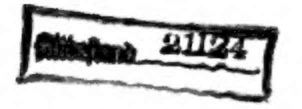
Digitized by Google

4°

4° Eph. pol. 107 l (1848,1-6

Digitized by Google

Digitized by Google



Digitized by Google

Nr. 1.

Münchener politische Zeitung.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir [illegible]-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend XLIX. Jahrgang. 1. Januar 1848.

Bayerische Staatsbibliothek München

An die verehrten Leser.

Was wir im neuen Jahre wollen? Wie wir allen Parteien die freieste Meinungsäußerung aus vollem Herzen gönnen, so werden auch wir von der gestatteten Freiheit nach allen Kräften Gebrauch machen. Verdächtigungen, Zettelungen, selbst Verbote können den nicht schrecken, noch in seiner Ueberzeugung einen Augenblick wankend machen, der an den Durchbruch des freien Geistes in allen Lebensverhältnissen einen aufrichtigen Glauben im Herzen trägt. Darum werden wir auch im neuen Jahre in dem Kampfe für die liberal-constitutionellen Interessen wie Bayerns so des deutschen Gesammtvaterlandes uns durch nichts beirren lassen, am wenigsten durch jene Gegner, die schon in den Waffen, die sie gebrauchen, das Bekenntniß ihrer Ohnmacht zu Tage legen.

D. Herausgeber d. pol. Z.

Deutschland.

Bayern.

△△ Aus Bayern. An den Ausgang des Jahres 1847, als eines neuen Gliedes in der Schicksalskette der Menschen wie der Völker, schloß sich in Bayern eine neue Epoche — jene, worin der Schritt der Zeit mit der Vergangenheit im Kampfe nach dem festen Anker erneuerten Vertrauens forschte. Seinem guten Genius verdankte Bayern die kürzere Dauer einer Uebergangsperiode vom Alten zum Neuen, die in einem vielbewegten Leben von neun Monaten zu einer neuen Gestaltung der Dinge führte. Mit sicherm Blicke sieht Bayern nunmehr in die hellere Ferne seiner Hoffnungen, während andere Staaten noch kränkelnd an den Wehen überraschender Fortschritte mit dem einen Fuß auf dem Boden des Alten, mit dem andern auf dem Ufer des neuen Eilandes, noch immer der Hoffnung leben, die Schnellsegler auf dem Strome der Zeit unberührt vorüberziehen zu sehen; wenn gleich größere Herrscher dem Versuche huldigen, die Stürme so lange zu beschwichtigen, bis die Wellen der öffentlichen Meinung wieder ein sicheres Bett gefunden, um dann in sicherer Fahrt dem Ziele allgemeiner Volkswünsche zuzusteuern, wenn anders nicht dieser schweren Aufgabe der Staatskunst zu unterliegen, die oft an der ermangelnden Bürgschaft unverrückter Zeitverhältnisse scheitert. Bayern hatte in der Reihe der constitutionellen Staaten einen Wegweiser zum Uebergange gefunden, der nicht gleich anderen Orten in factischen Demonstrationen, sondern in einer ständisch repräsentirten Volksstimme der Kammern vom Jahre 1846 aufgetreten war. Der damalige Andrang erhöht durch die ministerielle Spannung, mit der die Meinungsdifferenzen damals niedergekämpft werden sollten, blieb nicht ganz wirkungslos. Er hemmte das Fortschreiten auf einer Bahn, die nicht lange mehr haltbar schien, auf der man jedoch die Meinung durch die entschiedene Gunst für die Meinungsträger zu stützen suchte, ohne gleichwohl der Wagschale des Rechtes unter den Parteien ihre Stelle versagen zu können. So kam es denn, daß am Schlusse des ständischen Kampfes zuletzt ohne Verlust von Terrain vielmehr die Grenze durch Beschwichtigung des Andranges noch gesicherter erschien. Es bedurfte des mächtigen Trabanten eines Preßzwanges, um ausführbar zu machen, was ohne diesen Damm gegen die öffentlichen Stimmen nicht ausführbar gewesen wäre. Allein der Sturm der Adressen von derselben Seite, hervorgerufen durch den Kampf in der ersten Kammer bezüglich der Lebensfrage des damaligen Ministeriums durchbrach gewaltsam jenen Damm und zwar weit über die Grenzen der unbeschränktesten Preßfreiheit. Die freie Presse als ein wesentlicher Bestandtheil jeder constitutionellen Verfassung und zwar für die Harmonie des Volkes mit der Regierung das Organ der Volksstimme, daher am ersprießlichsten in freier Ausstreitung der Meinungsdifferenzen, um dieselben zum Ziele der Beschwichtigung zu führen — stand damals unter dem Zwang des herrschenden Regierungssystems. Vergessen schien ihr Verdienst aus dem Beispiele jener Länder, wo sie die öffentlichen Wünsche und Anträge vor dem Beginne der Kammern frei von persönlicher Partheiung auf dem Gebiete der Journalistik ausstreitet, den Wirkungskreis der Kammern von solch zweckloser Thätigkeit befreit und hiedurch Zeit und Kräfte der Volksrepräsentanten dem Wohl des Volkes statt dem fruchtlosen Streite der Meinungen zuwendet. Zu vergessen schien es: daß die Haltbarkeit eines Ministeriums oft durch die Freiheit der Presse bedingt ist, dasselbe sehr leicht seine Stellung gegenüber den Kammern schon längst voraus in der öffentlichen Stimme erkennen läßt, um seine Richtung, so lange es noch Zeit ist, nach jener Seite zu nehmen, wo es festen Fußes sich auf den kommenden Widerstand zu waffnen vermag, bevor die öffentlichen Stimmen in dem Ausspruche der Kammern bis zu den Stufen des Thrones dringen. Zurückgedrängt in das lautlose Gebiet des unfreiwilligen Schweigens war die öffentliche Stimme damals nicht besiegt, sondern nur gleich einer gefesselten Kraft der erhöhten Gewalt der Entwicklung in der Ständeversammlung vom Jahre 1846 zugeführt worden. Der Zwang der Presse verwandelte sich statt ein Schild zur Abwehr der Meinungen zu seyn, in eine Angriffswaffe. Aus jenem Zwang entsprang unläugbar ein neugebahnter Weg, jener der Adressen und zwar in dem ganzen Umfange dieses Uebels, welches in der Appellation an die Stimme des Volkes derselben über jene der Parteien in den Kammern den Platz einräumte, und sonach den eignen Wirkungskreis derselben zu verkümmern drohte. Den Willens- und Glaubensvereinen wurde aus der Gesammtheit der Nation der unmittelbare Weg zum Throne eröffnet, dessen Stufen die Meinungsverbrüderten sich in ihren Adressen und Gegenadressen zum Kampfplatz erwählten, auf dem sie mit Umgehung der Stände sich zur Selbstvertretung erhoben. Eine jede solcher Stimmen aber machte sich die öffentliche Verbreitung ihrer Ansichten in den Tagesblättern zum angelegensten

---

Gunehild von Schweden.

(Geschichtliche Novelle von M. v. St.)

Auf dem Söller der altehrwürdigen Königsburg zu Upsala stand, als eben die Sonne in dem golddurchflossenen Gewölk des Abendhimmels zu Rüste ging, eine hohe Frauengestalt; sinnend schweiften ihre Blicke hinaus in die friedenerfüllte Landschaft, eine weitgedehnte, von üppiger Fruchtbarkeit gesegnete Ebene, über welche jüngst erst die Blütenpracht des wiedererwachten Frühlings ausgeströmt. Reiche Trauergewandung umfloß die weibliche Gestalt, ließ jedoch vom leichten Abendwinde bewegt Formen durchschimmern, die durch ihre schwellende Fülle verriethen, daß diejenige, zu deren Schmuck sie gereichten, zwar nicht mehr in den Zaubern erster Jugend erglühte, aber auch noch nicht die den Frauen so gefährliche Mittagshöhe des Lebens überschritten hatte. Reiche Haarflechten umwanden die Stirn, unter deren erhabener Wölbung hellblaue Augen mit gebieterischem Stolz hervorblickten, und strebten dann in langem, seidenweichem Gelock bis auf die fein gerundeten Hüften unter dem wallenden Trauerschleier nieder. Eins hätte dem aufmerksamen Beobachter am meisten auffallen müssen. Um den schön gebildeten Mund, diesen unerbittlichen Herold und Verräther auch des geheimsten Herzens, schwebte oft in leise Zuckungen überwallend ein beinahe höhnisches Lächeln in scharfer Ausprägung einer mit jedem Augenblick sich steigernden Gemüthsbewegung. Die Frau im Leide war Gunehild, des Königs Hunding Wittib, den vor wenig Wochen erst die winkende Walkyrie zu Walhallas ewigen Kraftgenüssen abgerufen, mit dessen Todesfeier eben die geweihte Schaar der Skalden und Druiden beschäftigt, um in erhabenen Gesängen des Dahingerufenen Erdenthaten zu verewigen, oder durch Opferungen jene feindlichen Götter zu versöhnen, die dem entrückten den Eintritt in die langen strahlenden Reihen der Helden streitig machen, oder ihm die Schale des „biedern Willkommen“ versagen könnten. Zu den Füßen der hohen Frau spielte ein lieblicher, kaum sechs Jahre zählender Knabe mit einem gewaltigen Hunde; allein die zauberische Anmuth, welche aus des Knaben tiefblauen Himmelssternlein wonnig ins Daseyn hinüberlächelte, fesselte nicht ihre Theilnahme, hingerissen von dem Drange eifernder Gefühle brach sie in die laute Rede aus: „Nein! Nimmermehr will ich es dulden, daß die Krone, — die ich theuer mir erkauft, als ich meine blühende Jugend an den greisen, von innerer Unzufriedenheit zerquälten König knüpfte, und Wünsche des glühenden Herzens alle und auf einmal verstummen hieß, von meiner Stirn auf das Haupt eines unmündigen Kindes, und dazu nicht einmal eines Kindes, das unter meinem Herzen gelegen, niedersinke! Meine Hand, und keine andere, soll der Herrschaft Zügel führen! Mein Haupt soll das erste seyn auf Scandinaviens weiten Fluren, bis ich den schimmernden Reif einst freiwillig herabnehme, um die Locken des einzigen Sohnes damit zu schmücken. Sven wird es dann aber nie vergessen, daß seine Mutter es war, die ihm die Krone überantwortet, und

Gd.65/2213

Digitized by Google

Geschäfte, ohne daß ihnen, wie sie vor dem Throne sich aussprechen durften, irgend ein Zwang entgegengesetzt werden konnte. Indem zuletzt dem Aufschwung der Adressen die Flügel gekürzt werden mußten, blieb von diesem Auswuchse auf ständischem Boden der Staatsregierung nur die Erfahrung zurück, wie sehr die so gefürchtete Presse bald von der schädlichen Wirkung überboten werden würde, wolle den Stimmen aus dem Volke in Collectivnoten ein größeres Recht neben der constitutionellen Volksrepräsentation eingeräumt werden, als das Preßedict bei einer liberalen Auslegung durch zugelassene Besprechung der Regierungsacte und der öffentlichen Landesinteressen in den Tagesblättern nur immer bewilligen konnte. Mit der Unterdrückung derselben verschwand die Wohlthat, durch welche die Regierung sowie der Thron selbst von der öffentlichen Stimmung in Kenntniß gesetzt ihrer Aufmerksamkeit die Wünsche wie die Klagen eines jeden Theils des Volkes vor Augen gerückt würden. Nicht leicht vermochte man in diesen Verhältnissen und in solchem Zusammenhang von Ursachen und Wirkungen ein warnendes Zeichen der Zeit für die Wohlthaten einer freien Presse zu verkennen. So wie sich der Nachtheil ihrer Entbehrung in den religiösen Dissidien der Kammern von 1846 gezeigt hatte, so zeigte sich derselbe bei allen Berufungen einzelner Kammerglieder auf factische Notorietäten, für welche in Ermanglung öffentlicher Zeugnisse durch die Presse nicht selten das eigne Wort zur Bürgschaft eingesetzt und damit zur Gehässigkeit persönlicher Anklagen erhoben wurde, während eine jede äußere Stimme frühzeitig genug als warnender Ruf für die Verantwortlichkeit der Minister eingetreten seyn würde, denn nur so lange konnte derselbe verstummen, als er während einer Dauer von drei Jahren zu einem desto heftigeren Sturm zurückgedrängt wurde. Daß die freie Presse nach diesen Erscheinungen den wesentlichen Garantien einer constitutionellen Verfassung beizuzählen sey, darüber konnte am Schlusse des Jahres 1846 schon kein begründeter Zweifel mehr vorwalten. Allein damals noch blieb sie ein Schattenbild der fernen Zukunft. Das Beispiel Englands und Frankreichs vermochte nicht den noch festen Glauben deutscher Staatsmänner an die politische Möglichkeit zu besiegen: dem Glauben und Meinen in den höchsten Interessen constitutioneller Staaten noch immer die Schranken des Schweigens in einem Zeitpuncte auferlegen zu können, wo diese in den höchsten Interessen religiösen Glaubens längst durchbrochen waren. Der Monat Februar des Jahres 1847 verkündete die Lösung aller Fesseln der Vergangenheit; und die transitorischen Kammern des Octobers fanden mehr nicht, als ein transitorisches Ministerium. Es war zur Zeit noch das schwankende Resultat einer Uebergangsperiode wie solche in andern Staaten noch das Gepräge kaleidoskopischer Wechselgestalten an sich trug; und bald drängte die Gegenwart sich so nahe an die Vergangenheit, daß es eine schwere Aufgabe schien, den Lauf der Begebenheiten zum Stehen zu bewegen. Im eigentlichen Sinn war das Princip des Fortschrittes als in andern Staaten theils erstürmt, theils frei gewährt, in Bayern zuerst formell ausgesprochen worden und das neue System suchte nur nach den Männern der That; doch es war neben der Ausführung zugleich mit der Feststellung leitender Principien, auf fremden Boden schnell zu fußen eine der schwierigsten Aufgaben zumal in einem improvisirten Zustande, wo nur von neuer Aussaat eine neue Ernte zu erwarten, für beides aber die Zeit allzu sehr zugemessen war. Unterdessen blieb der Boden der bayerischen Finanzen, der eine Unsicherheit seines Zustandes nicht leicht erdulden konnte, zunächst erschöpft und war hiemit zur Veranlassung für die Einberufung der Stände geworden. Die Kammern trieben sich alsbald auf dem fremden Felde außerordentlicher Finanzverhältnisse während mehrerer Monate umher. Sie glaubten jedoch die Stellung der transitorischen Minister so gegeben, daß die Stände fast ihre Stelle tauschend mit den zur Initiative veränderten Gesetzen vorschritten und hiezu auf die berathende Zustimmung der Minister zählen dürften. Die Schwierigkeit der Verhandlungen über einen für beide Theile neuen Gegenstand boten hinreichende Muße, um nicht nach dem Beispiele einer ersten Ständeversammlung in dem Norden Deutschlands nur Wünsche ohne Geld, sondern hier die ergiebigsten Concessionen mit erneuerten Wünschen darzubringen. Zu den dringendsten dieser Wünsche erhob sich der vereinte Ruf der beiden Kammern um Gewährung der **Preßfreiheit** im Gegensatz zum bisherigen Preßzwange. Er war späterhin zum Rufe fast aller deutschen Kammern geworden. Bayerns Herrscher aber war der erste, welcher bald nach Entfernung der Stände unterm 16. Dec. 1847 seinem Volke jenes echte Pfand des Vertrauens gewährte. Ein solches Pfand war es im Gegentausch des Volksvertrauens zu nennen, denn wenn es eine anerkannte Wahrheit ist, daß der Glaube nur vereinigt mit der Ueberzeugung die Quelle des Vertrauens seyn kann, so war dem neuen Ministerium unter welchem die Verordnung vom 16. Dec. erschienen war, zuverlässig Glück zu wünschen, daß es im Gegensatz zum frühern Ministerium des Glaubens in dem übernommenen Schutz der Preßfreiheit das Panier fand, unter welchem die öffentliche Meinung in freiem Aussprache über öffentliche Landesinteressen ihre Ueberzeugung von der Sorge für des Volkes Wohl mit dem Glauben an dieselbe zum engen Band erneuerten Vertrauens einigen konnte. So wie die ernstliche Durchführung eines jeden Principes nur in beharrlich gleichem Verfahren, in der Stabilität allein ihre Bürgschaft finden kann, so glaubte das Volk dieselbe nun auch in der entbehrten Stabilität eines Ministeriums suchen zu müssen, an dessen Spitze eine auf dem Boden von Frankreich und England gereifte Erfahrung den Geist der Preßfreiheit im ächten Sinne zu erfassen vermag, in dem Gebiete der innern Verwaltung aber nach manchen bestandenen Stürmen zur sichern Brücke des Ueberganges dienen möge. Die Presse schien nach den öffentlichen Blättern ihren ersten Aufschwung weniger für die Interessen des Landes als für die eigenen dahin zu benutzen, daß sie mit dem Tadel über noch ermangelnde Befreiung von aller Censur alle Besorgniß über deren Eingriffe der Begründung eines festen Vertrauens auf die Sache, wie auf die Person entgegenstellte, indem sie in letzterer Hinsicht auch die frühere Zeit von 1832 bis 1837 und deren bloßen Wiederauferstehung zur Grundlage unterstellte. Wenn es an sich unfruchtbringend ist, bei dem Wandelbaren jeder Ansicht über Seyn und Werden die Zukunft bei der Handhabung der Presse schon vorhinaus belauschen zu wollen, so dient es zur Beruhigung, vorerst den Geist der neuen Verordnung vom 16. Dec. 1847 zur richtigen Auffassung zu bringen. Als überspannt scheint im Allgemeinen die Anforderung an eine ohne Zustimmung der Stände nicht zulässige Umwandlung des Grundprincips, wie solches in dem constitutionellen Edict III. über die Freiheit der Presse in dem Präventivsystem ausgesprochen ist. Die consequente Durchführung desselben bekunden alle einzelnen Bestimmungen von §. 4 anfangend, so wie der vielbesprochene §. 2 an ihrer Spitze. Ein unbemessener Wirkungskreis der Preßfreiheit bleibt nur allein vereinbar mit dem Repressivsystem und zwar nach den Erfordernissen der hierauf bemessenen Strafgesetze der Oeffentlichkeit des Verfahrens, sowie endlich der Staatsanwaltschaft; denn sowie diese dem öffentlichen Interesse der Regierung wie des Thrones zum Wächter über Preßvergehen bestellt ist, dienen die allgemeinen Gesetze dem Privaten zum sichern Schutz, wenn er selbst angegriffen in öffentlichen Blättern die Verletzung der Privatrechte auch dem öffentlichen Ausspruche des Strafrichters unterwerfen kann. Bayern gebricht es zur Zeit an beiden genannten Schutzmitteln und mit Recht hatte die Regierung solche bei einer sonach nicht maßlos zu bewilligenden Freiheit der Presse lediglich in der präventiven Maßregel der Censur zu suchen. Im wahren Verständnisse des Art. 2 der Verordnung vom 16. Dec. sind es die unter den drei Nummern daselbst bezeichneten Gegenstände, von welchen statt der Unterwerfung unter die Censur vielmehr das Verbot der Behandlung dieser Gegenstände in öffentlichen Blättern ausgesprochen ist. Die präventive Censur stehet sonach auch hier fortwährend als Wächterin für die Beobachtung jener Verbote zur Seite; sie kann aber in dieser Eigenschaft selbst da nicht gänzlich zurücktreten, wo sie nach freigegebener Sprache über innere Landesangelegenheiten dennoch bei vorkommenden Ueberschreitungen in das Gebiet der im Art. 2 bezeichneten Verbotwidrigkeiten den Zügel der Censur zur Hand zu nehmen um so mehr gezwungen würde, als in Ermanglung eines Repressivgesetzes der Regierung späterhin keine andere Maßregel mehr zu Gebote stände. Der Ausspruch des Art. 1. in den Worten: Vom ersten Januar 1848 anfangend ist von Anwendung der Censur auf Artikel über innere Landesangelegenheiten wieder Umgang zu nehmen, kann nicht über jene Grenze hinaus als eine gänzliche Censurfreiheit gedeutet, sondern nur als die wohlthätige Aufhebung des Preßzwanges, als jener Mißbrauch der Gewalt angesehen werden, um eine öffentliche Besprechung über innere Landesangelegenheiten nicht frei für jede Meinung, sondern mit Unterdrückung der nicht zusagenden Ansichten nur die selbstgefälligen zuzulassen. Mit diesem wahren Begriffe des Preßzwanges verband sich früher zugleich das Mittel der Täuschung, die allein sprechenden Ansichten eines Ministeriums mit solcher Sicherung gegen jede Widerlegung als herrschende Stimme gelten zu lassen. Die Freigebung der Sprache selbst über einzelne Regierungsacte, wie der Art. II. Nr. 3 besagt, aber hiemit nicht die Befreiung von aller Censur und somit die Entschlagung von aller Kenntnißnahme konnte in jenem wohlthätigen Zweck begriffen seyn. Auf welche Weise jedoch dieser sonach ausgeschiedene Theil der periodischen Presse künftig behandelt werden soll, darüber sind allerdings jene Normen aus dem Zeitraum von 1832—1837 wieder ins Leben gerufen worden. Nicht leicht kann dieser Umstand dahin gedeutet werden, als wolle, was mit der einen Hand gegeben mit der andern wieder entzogen werden. Die früheren Verordnungen, so weit solche nicht blos den Vorschriften der polizeilichen Aufsicht über die Herausgabe eines Blattes und der Verantwortlichkeit des Redacteurs angehörten, enthalten eine genaue Ausscheidung derjenigen Blätter, welche sich auf innere

---

ihn aus seines Bruders Diener zum Selbstbeherrscher des Reiches gemacht hat. Mag doch Hunding in bethörter Parteilichkeit den Sohn der Fremden, den ungezähmten Kanut, vorgezogen, und mich nicht wie eines Königs Wittib, meinen Sohn nicht wie das rechtmäßige Königskind bedacht haben! Mögen doch die Edlen des Landes, die Meisten wenigstens mir abhold und Jenem gewogen seyn! Ja! mag selbst der schwache Greis die Regierung meinem entflammtesten Feinde, dem verhaßten Olaf, während der Minderheit des Knaben bestimmt haben, mich soll das nicht schrecken! Nicht umsonst bewahre ich den köstlichen Schatz, den mir, als ich noch eine geweihte Priesterin der Göttin jenen Hain bewohnte, der dankbare Fremde gab von mir, weil seine Schönheit mich dauerte, vom Opfertod gerettet, und nicht umsonst darf ich die Mächtigsten im Volke, diese Vertrauten jenes Geheimnißvollen zu meinen Verbündeten zählen. Das Eine raubt, sobald die Gelegenheit sich bietet, vier verhaßten Augen das Sonnenlicht, das Andere verkündet den Willen der Götter nach meinem Wunsch! Wo aber lebt der trotzige Scandinave, der diesem Ausspruch zu widerstehen wagt!? Doch bis das hohe Ziel erreicht, verrathe kein Zug des Antlitzes was diesen Busen hier durchwühlt! Aus dem Auge schimmere Sanftmuth nur, Ergebung sey einzig der Lippen Beredsamkeit. Verstellung, die mächtige Waffe der Klugen, verhülle dichter meiner Seele Strebungen, als diese wallenden Schleier mein Antlitz!" Bei den letzten, fast nur gehauchten Worten, schlang die königliche Frau das Trauergewebe nur noch fester um den üppig emporschwellenden Leib, daß es in weiten rauschenden Falten zu ihren schönen Füßen niederglitt, und schritt im fürstlichen Bemessen, das edle Haupt auf dem kühnen Alabasternacken huldvoll gewiegt, in ihre innern Gemächer zurück, wo ihr der Anblick einer demüthig nahenden Dienerin eine längst erwartete und darum doppelt willkommen geheißene Erscheinung kündete. Am Eingang eines runden Erkerzimmers ward das holde Knäbchen der langsam gefolgten Dienerin übergeben, mit dem Befehl, dasselbe seinem Aufseher auszuliefern. Die Königin Wittwe schlug dann bebenden Armes den Schleier zurück, und betrat, im Auge strahlende Freude, auf den Wangen verrätherische Glut, das Gemach, wo eine in schönster Jugendkraft aufgeblühte Männergestalt ihr entgegeneilte, und sie mit dem Ausruf: Endlich! Endlich! an seine hochklopfende Brust drückte, und das schwellende Roth ihrer sammetweichen Lippen mit glutathmenden Küssen bedeckte. Einen Augenblick ließ auch die stolze Königin dieser Sturmflut seines Entzückens gewähren; schwer auch schien sie des eigenen Herzens Entströmung zu bewältigen; bald aber entwand sie sich den umschlingenden Armen des hohen Mannes, der schön und in sittigem Verlangen, wie einst der jugendliche Thor vor der beseligendsten Göttin, der reizenden Freya, vor ihr aufrankte; sie strich ihm das dunkle Gelock von seiner schneeigen Stirn, und die eigenen schwebenden Gewänder ordnend, lispelte sie huldvoll: „So empfing Gunehild, das liebende Weib, den Auserwählten ihrer Liebe, jetzt aber verlangt die Königin Rechenschaft von ihrem treuen Diener Erich über das, was er gethan, ihren Wünschen zu genügen."

Digitized by Google

Politik beziehen, zum Unterschied von der Handhabung der Censur für die derselben unterliegenden Schriften. Diese allein müssen vor dem Abdruck der Censur unterstellt werden, dagegen nach dem auch damals schon ausgesprochenen Grundsatz, daß von Uebung der Censur in Ansehung der Gegenstände innerer Politik Umgang genommen werden soll, „den Artikeln hierüber ein censurfreies Blatt gewidmet werden darf, so wie der Censor durchaus nicht berechtigt ist, selbst in gemischten Blättern für äußere und innere Politik irgend eine dem Bereiche der letztern angehörige Stelle dem Abstrich zu unterwerfen. Mit Recht erhebt sich hienach die Frage: Ob hier, wo eine Befreiung der Gegenstände der innern Landesangelegenheiten von aller und jeder Censur in der Art ausgesprochen ist, daß selbst deren Vorlage nicht erfordert wird, nicht der Begriff der Censurfreiheit in ausgedehntem Sinn seine Anwendung findet? Welches Interesse könnte es aber außer seinen eigenen Landesangelegenheiten für den Bayer haben, die äußere Politik einschlüssig der Verhältnisse anderer Staaten in der Journalistik des Inlandes abgehandelt zu sehen? Welchem rechtlichen Mann aber könnte es zusagen in öffentlichen Schriften Angriffe auf die Ehre von Privatpersonen, oder Artikel eines Inhaltes zu erblicken, wodurch Strafgesetze in Verbrechens oder Vergehensgrad verletzt werden? Dennoch sind diese allein es, welchen in Bayern die Strenge der Censurgesetze gilt. Was mag Bayerns Volk nun noch mehr verlangen, als für das Feld öffentlicher Besprechung ohne alle Bewachung der Censur, sonach ganz ungebunden jene Angelegenheiten preisgegeben zu sehen, welche in einzelnen Regierungs-Acten oder dem öffentlichen Landesinteresse allein der Competenz des freien Volkes für das hierüber zustehende Urtheil angehören? Kaum würde ein künftiges Repressiv-System mit seiner Grundlage unbedingter Preßfreiheit für alle und jede Gegenstände, welche oft in kühnem Wagstück satirischer Ideen nur zum Verführer zu Preßvergehen werden gegen den Staat oder Privatpersonen. dem Volke eine weitere Bahn eröffnen können, als in der Verordnung vom 16. December 1847. In ihr ist selbst mehr gewährt, als der §. 2 des Preßedictes in der Ausnahme der politischen Zeitungen und periodischen Schriften von der Freiheit der Censur jemals verstatten wollte. Es ist Bayern — so darf man wohl kühn behaupten — hiemit das seltene Glück zu Theil geworden, endlich mit der Zeit gleichen Schritt zu halten; während nach der Geschichte Altbayerns die Regierung unter dem Kurfürsten Carl Theodor von 1777 bis 1799 im mildesten Sinn in der Zeit stehen blieb, ihrem Drange weichend, hiernächst Altbayern fast den Lauf der Zeit überschritt; mit der Constitution von 1818 jedoch zuerst ein neues Leben begann, sehen wir, so fern es hinter der Zeit während längeren Jahren zurückgeblieben, dasselbe in seiner neuesten Epoche dem Fortschritte gewidmet, in jenes Gleichgewicht eintreten, **welches ausgleichend die Macht des Thrones mit den constitutionellen Elementen zum Siege des Rechtes und der Wahrheit führen wolle.**

---

†† München, 1. Jan. Nach allerhöchstem Reseript ist dem Kreis- und Stadtgerichts- und Polizeiarzt Dr. Kopp der Titel und Rang eines königl. Medicinal-Arztes verliehen worden.

München, 30. Dec. Die Mitglieder des Darmstädter Auswanderungsverein, Hr. Dr. Künzel, Redacteur der Auswanderer Zeitung, und Hr. Fischer aus dem Staat Wisconsin, befinden sich gegenwärtig hier, um auch unsere Regierung für diesen Verein zu interessiren. Dieselben hatten heute eine Audienz bei Seiner Durchlaucht dem Fürsten v. Oettingen-Wallerstein. (A. Z.)

Augsburg. Gestern wurde die irdische Hülle des am 28. Dec. im 78sten Lebensjahre sel. verstorbenen allgemein geachteten, hochwürdigen Domcapitulars und Jubelpriesters Hrn. Eustach Rieger, Ehrenkreuz des königl. Ludwigordens, bischöflich geistlicher Rath und Siegler, zur Erde bestattet.

Würzburg, 29. Dec. Gestern Abend fand zu Ehren des Kronprinzen und der Kronprinzessin im akademischen Musiksaale ein Concert des hiesigen Musik-Instituts statt, welches JJ. kk. Hoheiten mit Höchstihrer Gegenwart beehrten. (Würzb. Z.)

Württemberg.

Stuttgart, 28. Dec. Wie Sie schon aus den öffentlichen Blättern vernommen haben werden, findet die Eröffnung unserer Ständekammern den 22. Januar kommenden Jahres Statt. Zum Präsidenten der Kammer der Standesherrn ist, an die Stelle des früheren, des Fürsten von Hohenlohe-Langenburg, eines Protestanten, der Fürst von Waldburg-Zeil, welcher bis jetzt als Haupt der katholischen Partei betrachtet wurde, bestimmt und unsere Regierung scheint also in den Beziehungen zur katholischen Kirche eine versöhnlichere Praxis angenommen zu haben. (Augsb. Abdz.)

Ulm, 29. Dec. Heute sind die wegen der Maiunruhen zu Gefängnißstrafen Verurtheilten aber bis jetzt Zurückgebliebenen, mit Ausnahme von Zweien oder Dreien und den Rekratirenden an ihre resp. Bestimmungsorte abgeführt worden. (U. Schnp.)

Wie die „Ulmer Schnellpost“ meldet, hat der König die Ulmer Deputation gnädig empfangen und ihr die Zusicherung gegeben, daß er sich nochmals genauen Bericht (über die Maiexcesse) erstatten lassen und dann das Weitere verfügen werde. Se. Maj. hat auch den Verurtheilten die Kosten der Untersuchung und Haft bereits erlassen.

Baden.

Heidelberg, 26. Dec. Vor wenigen Tagen fand eine allgemeine Studentenversammlung dahier statt und zwar zur Berathung: 1) einer Bittschrift an die zweite badische Ständekammer um Aufhebung der akademischen Gesetze; 2) einer Bittschrift an das Ministerium des Innern um Einrichtung eines Universitäts Lesezimmers. Die Versammlung war zahlreich besucht. (Frkf. J.)

K. Sachsen.

Die außerordentliche Deputation der sächsischen zweiten Kammer zur Vorberathung des Gesetz-Entwurfs über die Benutzung fließender Gewässer ist zum 17. Jan. nach Dresden, einberufen worden.

Preußen.

Für die in Berlin zu erbauende neue katholische Kirche, welche zugleich als Garnisonskirche dienen soll, hat Se. Maj. der König 70,000 Thlr. bewilligt. Zur Beibringung der noch fehlenden Summe ist eine Sammlung im gesammten preußischen Staate gestattet worden.

Vom 1. Januar 1848 an ist ein täglich zweimaliger directer Verkehr von Heidelberg über Erfurt nach Berlin und umgekehrt eingerichtet, wodurch die Nachrichten und Briefe um 24 Stunden früher an Ort und Stelle gelangen. Die Straße über Würzburg bleibt fortan unbenutzt.

Münster. Nachdem der Bischof Johann Georg am 21. Dec. den üblichen Staatseid in die Hände des Hrn. Ministers Flotwell abgelegt, fand am folgende Tage die Inthronisation statt.

Freie Städte.

Frankfurt, 28. Dec. Heute herrschte an unserer Börse große Niedergeschlagenheit und Bestürzung: es haben drei unserer ersten Bankierhäuser, J. F. Gontard und Söhne, M. v. Haber S. Flersheim, ihre Zahlungen eingestellt.

Oesterreich.

Wien, 28. Dec. Der heutige Oesterreichische Beobachter veröffentlicht aus der „Gazetta Krakowska“ vom 24. Dec. die mit allerhöchster Entschließung vom 29. Sept. d. J. festgesetzten Bestimmungen über die künftige politische Administration und die Errichtung des Kreisamtes für die Stadt Krakau und deren Gebiet, welches mit 1. Jan. 1848 in Wirksamkeit tritt. (A. Z.)

Schweiz.

Der „Berner Verfassungsfreund“ will wissen, der französische Gesandte, Hr. Bois-le-Comte, habe im Augenblick wo er im Begriff gestanden sey von Basel nach Neuenburg zur Conferenz abzureisen, von seiner Regierung Gegenbefehle erhalten.

Nach einer Verfügung des Vorortes werden die Occupationstruppen im Kanton Luzern um 4 Bataillone Infanterie, 1 Kompagnie Scharfschützen und 1 Kompagnie Artillerie reducirt. Immerhin bleiben noch 13 Bataillone Infanterie und 13 Kompagnien Spezialwaffen im Kanton, unter dem Commando des Hrn. Oberst Ziegler. (Basl. Z.)

Bern, 27. Dec. Gestern Abend langte die neue Luzerner Gesandtschaft bei der hiesigen Tagsatzung, Hr. Dr. Steiger und Hr. Meier, hier an. (Eidg. Z.)

Basel, 28. Dec. Der französische Gesandte ist in Begleit des zweiten Gesandtschaftssecretärs heute nach Neuenburg abgereist, soll aber bis künftigen Montag wieder hieher zurückkehren. Graf Reinhard, erster Gesandtschaftssecretär, hat sich nach Freiburg im Breisgau begeben, wo sich der Legationssecretär der russischen Gesandtschaft aufhält.

Neuenburg, 18. Dec. Der heutige „Constit. Neuchat.“ meldet: „Se. Exc. der Hr. Gouverneur (v. Pfuel) ist heute nach Berlin abgereist, wo er kurze Zeit verweilen wird. Se. Exc. wird im Laufe des Winters, und zwar, wenn die Umstände es erheischen sollten, baldigst nach Neuenburg zurückkehren. Alle Gerüchte, welche in französischen oder deutschen Blättern über seine Ersetzung verbreitet werden, sind durchaus unbegründet.“

Italien.

Rom, 23. Dec. Die päpstliche Allocution vom 17. ist gestern in Druck erschienen, und beschäftigt sich zuerst mit den spanischen Verhältnissen, deren glückliche Regulirung mit Hülfe des bei dieser Gelegenheit glänzend belobten apostolischen Nuntius dem Papst gelungen ist. Ferner geht sie auf Rußland über, ohne es jedoch beim Namen zu nennen, wobei indeß bemerkt wird, daß bis jetzt durchaus kein Resultat auf dem Wege der gepflogenen Unterhandlungen erzielt worden sey. Die Journale (quidam ephemeridum scriptores) hätten zwar das Gegentheil berichtet, er, der Papst, könne indeß bis dahin durchaus nichts melden, als daß er von der festen Hoffnung getragen werde, daß der liebe Gott gnädig auf die Kinder der Kirche herabschauen möge. Gegen einen französischen Bischof, welcher an Pius IX. das

---

Da bog Erich ehrfurchtsvoll das Knie vor der königlichen Frau, um ihr in dieser demüthigen Stellung, sich selbst überwindend, zu genügen; Gunehild aber zog ihn mit den Worten: „Nicht also, Geliebtester!“ neben sich auf ein Ruhebett, das eben die letzten Strahlen der scheidenden Sonne mit noch reicherem, mit flüssigem Golde umsäumten.

„Leichter, als wir es geglaubt, Du Einzige!“ begann Erich, „wirst Du das heißersehnte Ziel erreichen. Ueberall, wo sich ein heiliger Hain erhebt, sey es nun, daß die Priesterschaar sich um die Eiche des gewaltigen Odin versammle, oder das Bild der beglückenden Freya bekränze, selbst die Dienerinnen der ernsten Hertha, die nur den Augen der Geweihten erreichbaren Geheimnisse, in schweigender Nacht am fernen See feiern! sind die Vertrauten der Götter Dir gewogen, und wünschen die Krone Scandinaviens und Gothlands jetzt auf Deinem Haupte, und einst auf der Stirn Deines Sohnes zu sehen.“

„Aber Olaf! aber Kanut!“ fiel die Königin ihm ein, und aus ihren Augen loderte eine dunkle Glut des Hasses.

„Für diese laß mich sorgen,“ sprach Erich beruhigend. „Gegen Beide erfüllt die Brust der Gottgeweihten ein tödtlicher Haß, als ihr Dein Herz, das nur in sanftern Gefühlen hochauf zu schlagen vermag, empfinden kann. Hat doch Olaf, der Thor! schon lange begonnen, mit frecher Hand die Rechte der Druiden zu schmälern, und ihnen unter nichtigen Vorwänden die Opfer an Jungfrauen und Gefangenen zu entziehen, mit denen sie den Zorn der ergrimmten Götter zu sühnen strebten.“ (Fortsetzung folgt.)

Mannigfaltiges.

*** München, 1. Jan. Dem Vernehmen nach wird der Violinvirtuose Ferdinand Laub der in dem öffentlichen Concerte, das er am letzten Mittwoch im Saale des Museums gab den ausgezeichnetsten Beifall erwarb, noch ein zweites Concert veranstalten. An jenem Abend hatte Fräulein Pom mitgewirkt, und in einer großen Sonate für Piano-Forte und Violin von Beethoven, welche sie mit dem Concertgeber vortrug, eine sehr gute musikalische Bildung an den Tag gelegt. Eben diese Gründlichkeit und Gediegenheit beurkundeten in mehreren Gesangstücken die beiden Fräulein Fanni und Euphrosine Stanko, Privatschülerinnen des Hrn. Hofsängers Lenz, welche, unterstützt von einer vorzüglichen Kraft und Fülle der Stimme, für ihre Leistungen ebenfalls eines sehr entschiedenen Beifalls sich zu erfreuen hatten, und weiterhin noch zu den schönsten Hoffnungen berechtigen.

Digitized by Google

Ansinnen gestellt hatte, er möge die Freiheiten der gallicanischen Kirche approbiren, wird sich auf's Entschiedenste verwahrt. Dann folgt eine fulminante Stelle gegen die Verkünder falscher Toleranz (indifferentia), denen man auch Papst Pius IX. habe beizählen wollen. Diejenigen, welche aus der Amnestie so etwas hätten folgern wollen, seyen in starrem Irrthum befangen. Wer selig werden wolle, möge zur Säule und Grundfeste der Wahrheit, der Kirche, kommen. Endlich folgen laute Klagen über die Demonstration zu Gunsten der Einnahme Luzerns vom 3. Der Bürgerkrieg sey fürchterlich und werde vor dem Papst aus tiefstem Herzen beklagt schon darum, weil er dem Katholicismus Schaden gebracht habe und ihn mit noch größerem bedrohe, und wegen der mancherlei Entheiligungen, die zu erwähnen die Seele sich sträube. Zu Dank verpflichte dagegen der glückliche Gang der Missionen. Zum Schluß werden alle Patriarchen, Erzbischöfe und Bischöfe zur Eintracht ermahnt. (A. Z.)

Von der italienischen Grenze, 23. Dec. Die neuesten Nachrichten aus der Lombardei lauten in Hinsicht der Stimmung der Bevölkerung leider nicht beruhigend und das Unerklärlichste ist die gereizte Stimmung des Adels in Mailand, der unverholen seine Mißstimmung an den Tag legt. Von einigen Städten, namentlich von Bergamo sind Adressen an den Vicekönig abgegangen, worin um Abänderung des verhaßten Stempel-Patents, der Verzehrungssteuer und anderer Reformen gebeten wird. Dieser Weg ist indessen kein unerlaubter und wir sind überzeugt, daß wenn der Mailänder Adel in Masse einen ähnlichen Weg verfolgen würde, er zum Ziele kommt. (Augsb. Abdz.)

Frankreich.

Paris, 28. Dec.

Heute nach 1 Uhr erfolgte durch den König die feierliche Eröffnung der Kammern. Wir entnehmen der wie die Blätter melden mit fester Stimme gesprochenen Thronrede für heute nur folgende Stellen: „Meine Beziehungen zu den fremden Mächten geben Mir das Vertrauen daß der Weltfriede gesichert ist. Ich hoffe, daß der Fortschritt der Weltbildung (civilisation générale) sich vollenden wird im Einklang der Regierungen und der Völker, ohne die Ordnung im Innern und die guten Beziehungen der Staaten zu stören (altérer). Bürgerkrieg hat das Glück der Schweiz gestört. Meine Regierung hatte sich mit den Regierungen Englands, Frankreichs, Preußens und Rußlands dahin benommen (entendu) diesem befreundeten Nachbarvolke (peuple voisin et ami) eine wohlwollende Vermittlung (médiation bienveillante) anzubieten. Die Schweiz wird, hoffe Ich, anerkennen, daß die Achtung der Rechte Aller, und die Aufrechthaltung der Grundlage des Schweizerbundes (confédération helvétique) ihr allein die dauernden Bedingungen des Glücks und der Sicherheit versichern können, welche Europa ihr durch die Verträge hat gewähren wollen. — Meine Regierung, in Uebereinstimmung mit der der Königin von Großbritannien hat so eben Maßnahmen angenommen, durch welche es endlich gelingen soll, unsere Handelsbeziehungen an den Ufern des Plata wieder herzustellen."

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonnabend, 1. Jan.: „Eine Familie", Schauspiel von Birch-Pfeiffer.

Sonntag, 2. Jan.: „Der Freischütz", Oper von Carl Maria v. Weber.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Oberst Kretschmann; Baron Bernhard und Baron Linden, Kämmerer v. Augsburg.

Gold. Hirsch. HH. Weinhold, Künstler v. Neapel; Kaskel, Künstler v. Innsbruck; v. Fischbein v. Wien; Herzog, Beamter v. Wien.

Hôtel Maulik. H. v. Duval, Rentier v. Paris.

Gold. Hahn. HH. Schwarz, Privatier von Ingolstadt; Weichel, Privatier v. Wien.

Blaue Traube. HH. v. Zankel von Augsburg; Pfaff, Oberverwalter aus Schlesien; Paßavant, Inspector v. Frankfurt; Mde. Ried, Appellationsgerichtsdirectorsgattin v. Eichstädt.

Stachusgarten. HH. Meleng, Student v. Bonn; Berliner, Kaufmann v. Berlin; Frl Lindner v Augsburg.

Gestorbene in München.

Karolina Eßfeller, Privatlehrerswittwe, 69 J. alt; Melchior Walch, Tischlergeselle v. Haidhausen, 29 J. alt; Max Joseph Stumb, b. Steinmetzmeister, 38 J. alt; Maria Anna Beisch, Kammerdienerswittwe, 77 J. alt.

Bekanntmachung.

2216. Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Anwesen Nr. 2 lit. a an der Bogenhauser-Straße dem öffentlichen Verkaufe unterstellt.

Dasselbe besteht

1) aus einem Wohnhause, zum Theil incl. ebener Erde zwei Stockwerk hoch mit gewölbtem Keller, zum Theil blos zu ebener Erde mit Dachwohnung,
2) aus drei hölzernen Holzhütten,
3) aus Hofraum mit Gärtchen und Gartenlaube, dann Gumpbrunnen. —

Es hat einen mittleren Schätzungswerth von 3200 fl., ist mit 8459 fl. 56½ kr. Hypotheken belastet, und um 1800 fl. der allgemeinen Brandassekuranz einverleibt.

Tagsfahrt zur Versteigerung ist auf

Samstag den 4. März 1848 Vormittags von 10 — 12 Uhr Zimmer Nr. 28

hierorts anberaumt, wozu Steigerungslustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß der Hinschlag nach §. 64 des Hypotheken - Gesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 — 101 der Prozeß - Novelle von 1837 erfolge, und daß dem Gerichte unbekannte Steigerer sich über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben.

Sign. am 28. Dec. 1847.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Steinle.

Verkaufs-Ausschreibung.

2215. Die Häuser Nro. 32 im Thal Mariä und Nr. 7 im Mariengäßchen, ersteres mit ebner Erde 4 Stock hoch, letzteres mit ebner Erde 2 Stock hoch, mit dem beide Häuser verbindenden Mittelbaue und zwei Hofräumen, dann Gumpbrunnen und offner Remise werden auf Antrag eines Gläubigers nach den Bestimmungen des Hypotheken-Gesetzes §. 64 und der Prozeßnovelle von 1837 §. 98—101 zum zweitenmale der öffentlichen Versteigerung unterstellt, und ist hiezu auf

Montag den 31. Januar 1848 Vormittags 11 — 12 Uhr

im Geschäftszimmer Nr. 16 hierorts Termin anberaumt.

Das Gesammt-Anwesen ist um 6000 fl. der Brandversicherung einverleibt, im Mai heurigen Jahres gerichtlich auf 12,500 fl. geschätzt worden, und mit 1550 fl. Ewiggeld-, dann 7200 fl. Hypothekkapitalien belastet.

Der Zuschlag hat ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth zu geschehen; jeder bei Gericht nicht bekannte Kaufslustige aber sich über Erwerb- und Besitzfähigkeit auszuweisen.

Sign. am 27. Dec. 1847.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

v. Klenze.

Bekanntmachung.

2217. (2a) Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird eine reale Weingastgebers-Gerechtsame dahier nach §. 64 des Hypotheken - Gesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98—101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 dem gerichtlichen Verkaufe unterstellt, und ist Versteigerungs-Tagsfahrt auf

Mittwoch den 23. Februar 1848 Vormittags von 10 — 12 Uhr im Geschäftszimmer Nro. 35 über 2 Stiegen

anberaumt.

Gedachte Gerechtsame ist auf 7500 fl. — geschätzt und mit 10,750 fl. — Hypothek-Schulden belastet.

Bemerkt wird, daß der Hinschlag an den Meistbietenden nur bei Erreichung des Schätzungswerthes erfolgt, und dem Gerichte unbekannte Käufer bei der Tagsfahrt ihre Zahlungsfähigkeit nachzuweisen haben.

Am 27. Dec. 1847.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Sigmund.

2205. (c)

Das americanische Postdampfschiff Washington, Cap. J. Johnston, wird am 13. Februar von der Weser, am 18. Februar 1848 von Southampton nach New-York abgehen. Wegen Fracht und Passage beliebe man sich zu melden bei

C. A. Heincken & Comp., in Bremen;
Day Croskey & Ross, in Southampton;
Wm. Iselin, in Havre.

Preis der Passage: Wor. Thlr. 195.

(Spinoza über Censur.) „Was unmöglich verboten werden kann, muß man nothwendig erlauben, obgleich daraus mancher Schaden erfolgt; denn wie viele Uebel entstehen aus Luxus, aus dem Neide, Geiz, der Betrunkenheit u. dgl.! Und doch werden sie geduldet, weil sie, obgleich wirkliche Laster, durch keine Gesetzesmacht verhindert werden können. Daher muß ein freies Urtheil um so viel mehr erlaubt werden, als dieses in der That etwas Edles ist, und sich nicht unterdrücken läßt. Dazu kommt, daß daraus kein Nachtheil entstehen kann, dem nicht durch verständige, keineswegs gewaltsame Mittel vorgebeugt werden könnte. Auch ist es nothwendig, Künste und Wissenschaften zu befördern, diese können aber mit glücklichem Erfolg nur von solchen Männern verehrt werden, welche freies Urtheil haben, und durch keinen willkürlichen Zwang beschränkt sind. Gesetzt indessen, diese Freiheit könne unterdrückt, und die Menschen so in Schranken gehalten werden, daß sie sich nicht anders zu lispeln getrauen, als nach der Vorschrift der obersten Gewalten: so wird es doch gewiß nicht dazu kommen, daß sie auch nur so denken, wie jene verlangen. Und somit würde nothwendig folgen, daß die Menschen alle Tage etwas anders denken, als sie reden; folglich würden Treue und Ehrlichkeit, ohne welche der Staat nicht bestehen kann, geradezu verfälscht, die nichtswürdigste Schmeichelei und Betrug dagegen begünstigt, daher der Lüge und dem Verfall aller guten Lebenseinrichtungen Thür und Thor geöffnet werden." Diese verständigen Bemerkungen sind zweihundert Jahre alt; daher hört noch ein Wort von Spinoza. Er sagt: „Die Menschen sind meist so beschaffen, daß sie nichts mehr mit Ungeduld ertragen, als wenn ihre Meinungen die sie doch für wahr halten, als Laster verschrieen werden, und ihnen zum Vergehen angerechnet wird, was sie selbst zur Frömmigkeit gegen Gott und zum Wohlwollen gegen die Menschen stimmt. Die Folge davon ist, daß sie gerade dann anfangen, die Gesetze und die Obrigkeit zu verwünschen und zu verachten, und sonach zu glauben wagen, es wäre weder schändlich noch ungerecht gegen eine, das Heiligste verkehrende, die Heuchler beschützende Regierung, Aufruhr zu predigen und alles mögliche Böse zu versuchen. — Es folgt aus der menschlichen Natur, die man nicht ändern kann, daß Gesetze, welche über und gegen bloße Meinungen aufgestellt werden, nicht die bösen Menschen, sondern die guten treffen, und nicht um Bösewichte zu zähmen, sondern um Ehrliche zu reizen, dienen können. Auch sind solche Gesetze nicht ohne große Staatsgefahr zu geben oder zu vertheidigen. — — — Viele Kirchenspaltungen hatten darin ihren Ursprung, daß die Obrigkeiten Gesetze gegen die anders Denkenden gaben. — Was kann für das allgemeine Beste Schlimmeres ausgedacht werden, als wenn die ehrwürdigsten Männer, weil sie mit andern verschieden denken und sich zu verstellen zu edel sind, als Geschändete ins Elend geschickt werden!"

Digitized by Google

Nr. 2.

Münchener politische Zeitung.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 2); auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag | XLIX. Jahrgang. | 3. Januar 1848.

Deutschland.

Bayern.

†† München, 2. Jan. Die bei der Regierung von Schwaben und Neuburg K. d. J. eröffnete Stelle eines Regierungsassessors ist in provisorischer Eigenschaft dem bisherigen Assessor bei der Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg K. d. J. Franz Gresser verliehen worden. (Die am 1. Jan. gemeldete Ernennung des Dr. Franz Xaver Kopp zum königl. Medicinalrath (Titel und Rang) ist unter Allerhöchster wohlgefälliger Anerkennung seiner verdienstlichen Leistungen erfolgt.)

München, 28. Dec. Die Bitte mehrerer Studirenden, für Beseler unter der akademischen Jugend eine Sammlung veranstalten zu dürfen, hat die königl. Genehmigung erhalten und wird ihren patriotischen Zweck gewiß erreichen. — Die Immatriculation an der Universität ist nunmehr vollständig beendigt, und zwar erreicht die Zahl der Neuaufgenommenen dem Vernehmen nach 650, was fast schon seit vielen Jahren nicht mehr vorgekommen ist — eine Folge der Wiederinkraftsetzung der Verordnungen über das Studienwesen aus dem Jahr 1835. (Schw. Mkr.)

Vom Oberlech. Daß die neuern Erlasse über die vaterländische Presse auf verschiedene feindliche Stimmen gestoßen sind, halten wir für ein gutes Zeichen. Möge nur die Presse ihre hochwichtige Stellung überall festhalten, und insbesondere den in den ersten Zeiten einer freien Rede so gerne auftauchenden puerilen Gehässigkeiten gegen Beamte u. dgl. ihre würdigen Spalten nicht öffnen, sondern ernsten Schrittes auf unser Hauptziel: richtige Volksbildung" — losgehen, dann wird ihr Erfolg um so ersprießlicher und bleibender seyn, je mehr er in Folge dieses Strebens sich selbst auf das Volkswohl zu stützen vermag! — Warum sich auch mit läppischen Kleinklaubereien befassen, da die Presse, seitdem ihr der gütige Schöpfer die beflügelte Eisenbahn zur Bundesgenossinn gab, eine unbesiegbare Großmacht wurde? Hohnlachend übersliegt sie die zopfbeschlagenen Lanzen der steifstiefligen Schlagbaumregimente, die sich ihr in rathloser Ohnmächtigkeit entgegenstellen, und schlägt mit stachligem Scepter an die bösen Gewissen, welche vor der Freiheit des Wortes erzittern. Nirgends noch hatten die Redlichen die Presse zu fürchten, und überall finden die über den Parteien Stehenden aus dem Kampfe heraus, auf welcher Klinge das Recht mitstreitet. Wochenlangen Kammerhader und Jahrelange Bureaukratenkämpfe erspart das freie öffentliche Wort den Völkern und den Regierungen, und tausend Herzen werden durch dasselbe von Mißmuth und Feindseligkeiten befreit, die sich da in der Brust sammeln, wo dem Munde das lichtscheue Polizeischloß angeheftet ist. — Wohl dagegen dürfen die Regierungen auf Auswüchse ihr Augenmerk richten, die bisher im Finstern zu schleichen wußten, wie z. B. ein unter dem Landvolk in letzterer Zeit verbreitetes Buch über den dritten Orden, dessen Lectüre vor wenigen Wochen in unserer Nähe einer geachteten Familienmutter Verstand und Leben kostete, — wohl sagen wir, auf Auswüchse, wie die Flugschrift, betitelt: „Erscheinung der seligsten Jungfrau zweien Hirtenkindern," welche fast in der Hand jedes Dienstbotens sich befindet, in vielfachen Auflagen vor wenigen Monaten aus einem nahen Schweizerkloster nach Bayern herübergeschleudert wurde, und das Volk belehrt, wie die seligste Jungfrau den Kindern erzählte, daß sie ihren zornentbrannten Sohn mit harter Mühe noch erbitten konnte, daß die Pest bloß die Kartoffeln heimsuchte; daß man nicht aussäen soll, weil das Getreide mißrathen, ja selbst beim Dreschen noch in Staub zerfallen werde rc. rc. Solche wahnwitzige, ja selbst der öffentlichen Ruhe gefährliche Gotteslästerungen brachte unserm Volke selbst noch das Jahr des Heiles 1847.*) Volksunterricht ist die mächtigste Waffe einer gewissen Genossenschaft, welche über Millionen Goldes gebietet, und für welche ein Häuflein galanter Damen Sammlungen hält, — Volksunterricht sey unsere Gegenwaffe, denn sie ist die einzige siegreiche; und darum Krieg dem bisherigen geisttödtenden frömmelnden Schulwesen, an dessen Stelle neben wahrhafter Religionsübung vorzüglich die Kenntniß der Naturwissenschaften und der Landwirthschaft zu setzen ist; denn nur in diesem Boden schlägt das Gedeihen des Vaterlandswohles, der materielle und der geistige Aufschwung, eine befestigte Wurzel, nur auf ihm kommt das Volk zur Erkenntniß der eigenen und des Vaterlandes Interessen und nur er ist und bleibt eine unerschütterliche feste Grundlage des Thrones! —

*) Sollte dieses Büchlein wirklich, wie öffentliche Blätter unlängst bemeldet, die Approbation des Bischofs von La Rochelle haben? Wie steht's mit der auch in München umlaufenden Uebersetzung hierauf bezüglich? In der Kammer von 1846 wurde beim Angriff auf ein Buch, das die maßlosesten Lobpreisungen der seligsten Jungfrau enthielt, wenn wir nicht irren, geltend gemacht, daß dieses Buch ohne bischöfliche Approbation in der Welt umkreise. A. v. H.

Augsburg, 30. Dec. Unter dem vorstehenden Datum ist den hiesigen Redactionen öffentlicher Blätter von dem königl. Stadtcommissariate folgendes Schreiben zugekommen: „Durch die über den Vollzug der Allerhöchsten Verordnung vom 16. d. Mts. die Anwendung der 8. Verfassungs-Beilage betreffend, ergangenen höchsten Weisungen ist der Unterfertigte veranlaßt, der Redaction rc. folgende Eröffnungen zu machen. 1) Da die Presse über die inneren Landesangelegenheiten unter den in der Allerhöchsten Verordnung vom 16. d. Mts. enthaltenen Ausnahmen keiner Censur unterliegt, in Folge dieser Bestimmung aber voraussichtlich Artikel erscheinen werden, welche Erwiderungen der Betroffenen veranlassen müssen, so erwächst der betreffenden Redaction aus der Aufnahme der Anschuldigung die Obliegenheit, auch der Erwiederung des Betheiligten ihre Spalten zu öffnen. 2) Die Censurstreifen sind fortan wie bisher vollständig und dreifach vorzulegen. 3) Gegen Abstriche steht der Redaction die Berufung an die königl. Regierung Kammer des Innern, und gegen die Regierungs-Entscheidung an das Ministerium des Innern und von diesem, auf Grund des §. 9 der 3. Verfassungs-Beilage, dann Tit. II. §. 7 Lit. B. Nr. 18. der Allerhöchsten Verordnung vom 8. Nov. 1825, die Beschwerde an den k. Staatsrath offen. 4) Die Censur darf ferner keine Artikel ändern auch ist sie zu theilweisen Abstrichen nur in so ferne berechtigt, als eine Redaction ausdrücklich zu Protokoll erklärt, partielle Abstriche den totalen Abstrichen einzelner Artikel vorzuziehen. (Unterz.) v. Kolb. (Augsb. Abdz.)

Bamberg, 31. Dec. So eben ist die heute eintreffende Nummer der „Weserzeitung" vom 20. Dec. mit Beschlag belegt worden. So fängt hier die neue Aera der Presse an zu tagen. (Fränk. Mkr.)

Baden.

Karlsruhe, 30. Dec. Damit nicht in Folge der Zahlungseinstellung des Bankhauses von Haber und Söhne in Karlsruhe und Frankfurt a M. die drei großen Etablissements: die Zuckerfabrik zu Waghäusel, die Baumwollspinnerei in Ettlingen und die Keßlersche Maschinenfabrik in Karlsruhe ihre Arbeiten reduciren oder einstellen soll, wie wir hören in der heutigen Sitzung des Staatsraths beschlossen worden seyn, jedem der drei

---

Gunehild von Schweden.

(Geschichtliche Novelle von M. v. St.)

(Fortsetzung.)

„Gereicht doch Kanut," fuhr Erich fort, „jener unbändige Knabe, der jetzt schon in kühner stolzer Brust alle Leidenschaften seines Vaters entwickelt, ihnen schon darum zum Abscheu, weil seine Mutter, die blonde Hertha, dem fernen Sachsenland entstammt, einen andern Gott in ihrem Herzen trug, und daher nur gezwungen und zum Schein unsern Göttern diente. Als ich Roswitha, die greise Priesterin der gewaltigen Hertha, begrüßte, versicherte sie mir: die zürnenden Götter hätten längst ihre schuldigen Häupter bezeichnet, und den Faden ihres Lebens der trennenden Walkyrie übergeben, darum sey die Hand gesegnet, die dieser die Verfallenen entgegenführe. Wohl verstand ich den Wink, und da auch Hullas, der gewaltige Oberpriester Skandinaviens, mir den Ausspruch bestätigte, steht mein Entschluß fest. Noch vierzehnmal wird die bleiche Göttin von ihrer Heimat auf die dunkle Erde blicken, ehe sich nach beschlossener Trauerzeit die Ersten dieses Landes versammeln, um dem neuen Herrscher zu huldigen. Aber weder Olaf noch Kanut werden die Krone aus der Hand des greisen Hullas empfangen. Nein!" fuhr er fort, und schlang tändelnd das weiche Lockengeringel der königlichen Frau um seine Finger, „nur diese Stirne darf von der Krone geschmückt werden! Nur vor dieser gebornen Königin, die die Götter selbst dazu bestimmten, als sie ihr alle menschlichen Zauber verliehen, werden der sonst unbeugsamen Helden Kniee sich beugen; von ihr nur werden die Völker ihre Gesetze gehorsam und dankbar empfangen."

Von dem wachsenden Feuer der eigenen Begeisterung hingerissen, umschlang er das schöne Weib aufs neue, doch mit jenem Ernst, der auch den zartesten Frauen in der Beschäftigung mit ihren Zukunftsplanen so eigenthümlich, wies sie den stürmischen Mann ihrer Liebe zurück und auf jene schönen Tage hin, wo das Herz in ruhigem Schlage nach Erreichung seiner Strebeziele frei seiner Seligkeit wieder leben könne. Jetzt sollte der Geliebte seine Plane Olaf und Kanut betreffend, vor der begierig lauschenden Frauenseele entfalten.

„Du erinnerst Dich," nahm Erich wieder das Wort, „wie Olaf mit dem Knaben, dessen Erziehung ihm der König seit seiner Mutter Tod anvertraut, fast stetig jene Burg bewohnte, die einsam auf einer Insel im Mälar liegend, sich, wie er sagte, besser zu den Betrachtungen des Alters und zur Entwickelung des Kindes eignet, als das geräuschvolle Treiben in den glänzenden Gemächern der Hofburg, und daß er auch jetzt wiederum dort verweilt, bis die Huldigung des jungen Gebieters ihn zur Rückkehr nach Upsala zwingt; sollen doch seine Schultern die Last der Regierungssorgen tragen, bis Kanut, zu Jünglingskraft erblüht, die Zügel des Reiches den Händen des Alten entnimmt. Um sich zu diesen schwerwiegenden Pflichten zu stärken, sucht er mehr als je die Einsamkeit, und fährt allabendlich, wie mir meine Kund-

Digitized by Google

genannten Etablissements mit einer sehr ansehnlichen Summe zu Hilfe zu kommen, und deßhalb den Ständen demnächst eine Vorlage zu machen." (Schw. Mkr.)

Nassau.

Nassau. Vom Neujahr an müssen die Staatsdiener stets in Uniform erscheinen. (D. Z.)

Kurhessen.

Kassel, 22. Dec. In der Sitzung der Stände vom 16. d. M. wurde nach längerer Berathung der Gehalt der Censoren (zum ersten Male seit der Verfassung) mit 23 gegen 19 Stimmen auf das Budget übernommen. (K. A. Z.)

Kassel, 26. Dec. Der Bürger-Ausschuß hat mit überwiegender Majorität, gegen zwei Stimmen, den Stadtrath ersucht und ermächtigt, wegen Suspension des Stadtsecretärs Wippermann sofort den Rechtsweg zu betreten. — Zwei Officiere, welche wegen Insubordination jeder zu mehrjährigem Festungsarrest verurtheilt waren und einen Theil desselben bereits abgebüßt hatten, sind von Sr. königl. Hoh. dem Kurfürsten begnadigt worden. So viel uns bekannt, ist dieß der erste Gnadenact seit dem alleinigen Regierungsantritt Sr. königl. Hoh. Die sogenannten politischen Verbrecher haben ihre Strafzeit alle bis auf den Dr. Eichelberg von Marburg erstanden. (Fr. J.)

Gr. Hessen.

Darmstadt, 31. Dec. In der Großherzogl. hessischen Zeitung ist ein von 27 Mitgliedern unserer zweiten Ständekammer unterzeichneter Aufruf zur Betheiligung an dem Beseler-Fonds durch Beiträge erschienen. (Schw. Mkr.)

Preußen.

Berlin, 28. Dec. In wohlunterrichteten Kreisen spricht man davon, daß das Obercensurgericht dem Kammergericht einverleibt und also aufhören solle, eine selbstständige Behörde zu seyn. (Nürnb. Cor.)

Berlin, 29. Dec. Des Königs Majestät hat den Staats- und Kabinetsminister v. Bodelschwingh zu Allerhöchstihrem Commissarius für die bevorstehende Versammlung des Vereinigten ständischen Ausschusses ernannt. (Allg. Pr. Z.)

Berlin, 29. Dec. Die zur Vorberathung des Entwurfs des neuen Strafgesetzbuches berufene Abtheilung des vereinigten ständischen Ausschusses hat unter dem Vorsitz des Landraths Grafen v. Schwerin auf Putzar, welcher dem durch Unwohlseyn verhinderten Staatsminister Grafen v. Arnim einstweilen substituirt ist, heute ihre Arbeiten begonnen. (A. Pr. Z.)

Die Leser entsinnen sich gewiß der Adresse der 40 Bauern an deren Spitze der Rittergutsbesitzer v. Holtzendorff-Vietmannsdorf; dreißig und etliche derselben haben sich in einer Immediateingabe an den König davon losgesagt da sie mit deren Inhalt nicht wörtlich bekannt gewesen, noch auch den Geist derselben ganz ermessen hätten. Sie versichern den König ihrer dankbarsten Ergebenheit und flehen um Verzeihung, die ihnen der König in einem Schreiben, datirt: Charlottenburg, den 28. Nov. huldvollst hat angedeihen und kundgeben lassen.

Mecklenburg.

Der diesjährige Landtag zu Sternberg ist am 22. Dec. geschlossen worden. Wir kommen auf den dabei erlassenen Landtagsabschied zurück.

Freie Städte.

Frankfurt, a. M. 30. Dec. Auf unserer Börse ist der Disconto auf 5 pCt. gestiegen, und Prolongationen sind nur gegen 6 — 7 pCt. auszuführen; dabei sind die Kurse aller hier gangbaren Fondsgattungen, zumal der Speculationspapiere, in merklichem Weichen. (Schw. Mkr.)

Oesterreich.

Wien, 26. Dec. Die hiesige Israelitengemeinschaft ist bei Sr. Maj. dem Kaiser in einem Immediat-Bittgesuch um staatsbürgerliche Emancipation eingekommen, welches vom Monarchen signirt, d. h. angeordnet worden ist, daß der Gegenstand von den betreffenden Behörden in Verhandlung zu nehmen und allerhöchsten Orts ein geeigneter Vorschlag darüber zu unterbreiten sey. (Bayer. Bl.)

Wien, 29. Dec. Vorgestern kamen der Herzog und die Herzogin von Chambord von Frohsdorf herein und speisten bei JJ. MM. dem Kaiser und der Kaiserin. Abends kehrten sie auf ihre Villa zurück. Es ist bemerkenswerth, daß hier vom neuen Jahr angefangen alle legitimistischen Journale Frankreichs, die doch sicherlich von Frohsdorf aus Inspiration empfangen, an öffentlichen Orten verboten sind. — Es finden neuerdings Truppenbewegungen gegen Italien statt. (Augsb. Abdz.)

Wien, 30. Dec. Unsere Staatsregierung scheint gegen die deutsche Tagespresse mit eiserner Strenge verfahren zu wollen. Vom Neujahr an sind die „Breslauer Zeitung" und der „Nürnberger Correspondent" durchaus verboten, für den Besitz eines Exemplars des „Gränzboten" muß eine Strafe von 350 fl. erlegt werden, und auf die „Allgemeine Zeitung" kann man sich nur mehr auf ein halbes Jahr, nicht aber mehr ein ganzes Jahr wie früher zum Voraus bei der Post abonniren. (Augsb. Abdz.)

Schweiz.

Unterwalden ist bereits von den eidgenössischen Truppen geräumt. (Schw. Mkr.)

Von der Neuenburger Conferenz meldet der „Konstanzer Tagesherold" vom 27. Dec.: „Heute erhalten wir die zuverlässige Nachricht, daß der Altlandammann Baumgartner in St. Gallen (das Haupt der St. Galler Katholiken) von der Gesandtenconferenz der Großmächte in der Stadt Neuenburg die Einladung erhalten habe, an den dortigen Verhandlungen in den Angelegenheiten der Schweiz Theil zu nehmen. Zugleich wurde beigefügt, daß Landammann Baumgartner entschlossen sey, unverzüglich dieser Einladung zu folgen."

Am 28. Dec. sollte die Conferenz in Neuenburg eröffnet werden.

Italien.

Rom, 18. Dec. Die Censurverwirrung dauert fort. Unlängst konnte selbst die Rede des Erzbischofs Reisach über Preßfreiheit in der bayerischen Reichsraths-Kammer abgehalten, die Engpässe der hiesigen Censur nicht durchschreiten. Von etwa 50 Aufsätzen werden kaum 3 durchgelassen. (D. Z.)

Rom, 22. Dec. Man spricht laut davon, daß es gewissen Vorstellungen gelungen sey, bei dem Cardinal Ferretti Scrupel zu erwecken, als habe er den Fortschritt mehr als recht sey begünstigt. Daß er über Erscheinungen des Tags, an denen er vor einigen Monaten noch eine sichtliche Freude hatte, jetzt ganz anders spricht als damals, ist, wie die „Allg. Zeitung" sagt, eine Thatsache.

Turin, 27. Dec. Die Errichtung einer eigenen Legation an unserem Hof von Seite der Regierung von Florenz hat mit Rücksicht auf die projectirte Zollverbindung zwischen beiden Ländern stattgefunden. — Nach Meldungen aus Rom zu urtheilen, scheint der Papst durchaus nicht geneigt, der Staatsconsulta die in Anspruch genommene Oeffentlichkeit für ihre Verhandlungen, noch die verlangte Tribune zu gewähren. (A. Z.)

Aus Mailand berichtet die „Neue Züricher Zeitung", am Tag, nachdem Nazzari, Abgeordneter der nichtadeligen Grundbesitzer zur lombardischen Centralcongregation seinen Antrag auf Reformen gestellt, haben sechstausend Bürger Visitenkarten in sein Haus gebracht. Nach der Florentiner Patria wären in Mailand mehrere Studirende wegen Correspondenz in auswärtige Zeitungen verhaftet worden.

Spanien.

Madrid, 21. Dec. Der päpstliche Nuntius, Herr Brunelli hat die Bischöfe ermächtigt, die Klöster wieder zu eröffnen. Die Frage wird dabei nur seyn, wer die Dotation bestreiten soll. (Schw. Mkr.)

Frankreich.

Paris, 29. Dec. Die Thronrede, welche wir gestern nur in ihren das Ausland betreffenden Puncten gaben, lautet vollständig: „Herren Pairs, Herren Abgeordnete! Indem ich mich wieder in Eurer Mitte befinde, freue ich mich, daß wir nicht mehr die Uebel zu beklagen haben, welche die Theuerung der Lebensmittel auf unserem Vaterlande lasten ließ. Frankreich hat sie ertragen mit einem Muth, den ich nicht ohne tiefe Rührung betrachten kann. Nie ist unter solchen Umständen die öffentliche Ordnung und die Freiheit des Verkehrs so allgemein aufrecht erhalten worden. Der unerschöpfliche Eifer der Privatwohlthätigkeit hat unsere gemeinschaftlichen Anstrengungen befruchtet. Unser Handel — Dank seiner klugen Thätigkeit — wurde von der Krisis die sich in andern Staaten fühlbar machte, nur schwach berührt. Wir nahen dem Ziele dieser Prüfungen. Der Himmel hat die Arbeiten der Bevölkerungen gesegnet, und reiche Ernten bringen überall das Wohlseyn und die Sicherheit zurück. Ich wünsche mir mit Euch dazu Glück. Ich rechne auf Eure Mitwirkung, um die großen öffentlichen Arbeiten, die sich über das ganze Königreich erstrecken, zu Ende zu führen. Die Raschheit und die Leichtigkeit der Verbindungen müssen neue Quellen der Wohlfahrt eröffnen. Während fortgefahren werden wird mit Anweisung zureichender Hülfsmittel zu diesem ersprießlichen Werk, werden wir alle zugleich mit gewissenhafter Sparsamkeit über die gute Verwendung des öffentlichen Einkommens wachen, und ich habe das Vertrauen daß in dem ordentlichen Staatsbudget, das Euch unverweilt vorgelegt werden soll, Einnahmen und Ausgaben einander decken werden. Ein besonderer Gesetzentwurf wird Euch vorgelegt werden zum Behuf der Ermäßigung des Salzpreises und zur Erleichterung der Brieftaxe in einem Maß wie sich mit dem guten Zustand unserer Finanzen verträgt. Gesetzentwürfe über den öffentlichen Unterricht, über die Gefängnißeinrichtung, über unsere Zolltarife liegen Euch bereits zur Berathung vor. Andere Entwürfe sollen vorgelegt werden über verschiedene wichtige Gegenstände, namentlich über die Gemeindegüter, über das Pfandwesen, über die Leihcassen über die Benützung der Sparcassen zu neuen Verbesserungen in der Lage der arbeitenden Klassen. Es ist mein steter Wunsch, daß meine Regierung mit Eurer Mitwirkung dahin arbeite, zumal die Sittlichkeit und das Wohlseyn der Bevölkerungen zu entwickeln. Meine Beziehungen zu allen

---

schafter berichten, von dem Knaben und einem einzigen Knecht begleitet, über den See nach einer andern kleinen Insel, die, unbewohnt von einem dichten Hain umkränzt ist, in dessen Dunkel er wohl eine Stunde verweilt, während Kanut, der ihm nicht folgen darf, am feisigen Ufer umherstreift, oder sich beim Hüter des Schifferkahns zurückbleibend von diesem Schauermährchen von Berg- und Wasser-Geistern oder Sagen über die Berserker erzählen läßt. Diesen Schifferknecht, einen graugewordenen Schalk, auf dessen Treue Olaf glaubt bauen zu dürfen, habe ich gewonnen; denn er haßt in der That seinen Gebieter mit der stillen Glut unseres Hasses. Ist erst des Mondlichts Silberströmung im Abnehmen, so will ich, von der Dunkelheit begünstigt, in die Kleider des Schifferknechts gehüllt, die einsame Fahrt an seiner Statt begleiten, und ein leichtes Spiel wird es dann seyn, erst den sorglosen Knaben und dann den unbewaffneten, wenn auch nicht unkräftigen Greis der harrenden Walkyrie zuzusenden, und so meiner Königin den Weg bahnen, den, einmal von ihr betreten, kein anderer Sterblicher wandeln darf."

„Und überschwenglich wird sie Dir lohnen! Darf auch die Herrscherin dem Freunde, — der es so sehr verdiente, daß fürstliches Blut in seinen Adern rollte, und keine unfreie Mutter das Leben ihm gegeben hätte — die königliche Hand nicht reichen, nicht vor dem Angesicht des Volkes auf den Thron an die Seite ihrer Größe ihn erheben, so wird Freya doch im traulich verschwiegenen Gemach dem König Erich einen Thron bereiten, reizender, beglückender und andauernder als der, von welchem herab das gekrönte Weib die Huldigungen der skandinavischen und gothischen Völker empfängt."

Bei den letzten Worten schlang sie ihre weißen runden Arme um des entzückten Mannes bebende Gestalt, drückte einen glühenden Kuß auf seine Lippen, entwand sich dann rasch seinen Armen, und enteilte durch eine nahe Thür, welche dicht hinter ihr sich schloß.

Mit schmerzlicher Sehnsucht blickte Erich ihr einige Augenblicke nach, dann folgte er der winkenden Dienerin, die ihn ins königliche Gemach eingelassen, durch vielfach verschlungene Gänge bis zu einem Pförtchen. Dieß öffnend trat er hinaus in die sternenerhellte Nacht; eine kühlige Luft umfächelte seine brennende Wange, und milderte die Glut seiner heißen Stirn. Es war ihm, als hätten nie Verrath sein Herz entweiht, nie unselige Mordgedanken seinen Geist umnachtet, so kühn leuchteten seine Augen auf zu dem Sternendom ohne Ende. Es schien, als wolle er den in ewiger Nacht Thronenden zurufen: „Ich darf euch nicht fürchten, die ihr doch jede That, welche die Nacht sucht, zu rächen habt! Wonnegenuß ist meines Lebens Wahlspruch! Was die Erde beut an süßester Frucht, pflücken werd' ichs, und sey es erwachsen an den Abgründen, die Hertha's schauervolles Reich umgeben." (Fortsetzung folgt.)

Digitized by Google

fremden Mächten geben mir das Vertrauen, daß der Weltfriede gesichert ist. Ich hoffe, daß die Fortschritte der allgemeinen Gesittung allenthalben werden vollbracht werden im Einvernehmen der Regierungen und der Völker, ohne daß die innere Ordnung und die guten Verhältnisse der Staaten nothleiden. Der Bürgerkrieg hat das Glück der Schweiz gestört. Meine Regierung hat sich mit den Regierungen von England, Oesterreich, Preußen und Rußland verständigt um diesem befreundeten Nachbarvolke eine wohlwollende Vermittlung anzubieten. Die Schweiz wird — ich hoffe es — begreifen daß die Achtung der Rechte aller und die Erhaltung der Grundlagen der helvetischen Bundesverfassung ihr allein die dauerhaften Bedingungen des Glücks und der Sicherheit bewahren können, welche Europa ihr durch die Verträge gewährleistet hat. Meine Regierung hat in Einklang mit derjenigen der Königin von Großbritannien Maaßregeln ergriffen, welche die Wirkung haben dürften, unsere Handelsverhaltnisse an den Ufern des Plataſtroms endlich herzustellen. Der erlauchte Chef, welcher so lange und glorreich in Algerien befehligt, wünschte von seinen Arbeiten auszuruhen. Ich habe meinem vielgeliebten Sohn dem Herzog von Aumale die große und schwierige Aufgabe anvertraut, dieses französische Land zu regieren. Wohlthuend ist für mich der Gedanke, daß es, unter Leitung meiner Regierung und Dank dem arbeitsamen Muth des hochherzigen Heeres, das ihn umgibt, seiner Wachsamkeit und seiner Hingebung gelingen werde, die Sicherheit, die gute Verwaltung und die Wohlfahrt unserer Niederlassung zu befestigen. Meine Herren! je weiter ich im Leben vorrücke, mit desto größerer Hingebung weihe ich, so viel mir Gott Thätigkeit und Kraft geschenkt hat und noch erhält, dem Dienste Frankreichs, der Sorge für seine Interessen, seine Würde und sein Glück. Inmitten der Aufregung, welche feindliche oder blinde Leidenschaften hegen, beseelt und hält mich eine Ueberzeugung, die Ueberzeugung daß wir in der constitutionellen Monarchie, in der Einigkeit der großen Staatsgewalten die gesicherten Mittel besitzen, um alle diese Hindernisse zu überwinden und alle moralischen und materiellen Anliegen unseres theuern Vaterlandes zu befriedigen. Laßt uns fest nach der Charte die gesellschaftliche Ordnung und alle ihre Bedingungen aufrecht halten. Laßt uns treu nach der Charte die öffentlichen Freiheiten und alle ihre Entwicklungen bewahren. Es ist ein anvertrautes Gut, wir werden es unversehrt den nach uns kommenden Geschlechtern übermachen und sie werden uns segnen, daß wir gegründet und vertheidigt haben den Bau unter dessen schirmendem Obdach sie glücklich und frei leben werden."

Bei aufmerksamem Lesen der Thronrede findet man, daß in dem Paragraphen in Betreff der Schweiz ein verbindender Mittelsatz fehlt. Dieser existirte auch wirklich in dem ursprünglichen Entwurfe und lautete: „Diese Vermittlung ist durch die Beendigung des Kampfes unnöthig geworden." Vorgestern Abend wurde der Paragraph den HH. v. Colloredo und Radowitz mitgetheilt, welche darauf drangen, daß dieser Mittelsatz wegbleibe und statt des den ersten Satz des Paragraphen anfangenden Ausdruckes: „Innere Zerwürfnisse" das Wort: „Bürgerkrieg" vorschlugen, überhaupt aber eine bestimmtere Fassung dieses Paragraphen wünschten. Gestern um 11 Uhr Vormittags war nochmals Ministerrath; der Mittelsatz wurde weggestrichen, wodurch nun die logische Verbindung beider Sätze fehlt, und das Wort „Bürgerkrieg" adoptirt; zu einer Umarbeitung des ganzen Paragraphen aber fehlte die Zeit. Um 1 Uhr als der König in den Wagen stieg, konnte das Manuscript der Rede erst in die königl. Druckerei geschickt werden. Bemerkenswerth ist ferner auch die Stelle über die Schweiz: die Worte „meine Regierung hätte sich verständigt" bestätigen es, daß seit einigen Tagen eine große Aenderung im französischen Cabinet hinsichtlich der gegen die Schweiz zu nehmenden Maaßregeln eingetreten ist.

Die Kammern waren heute mit ihrer Organisation beschäftigt. Bei den Pairs wurden schon der Bittschriftenausschuß der zur Entwerfung der Antwort auf die Thronrede und die Neujahrsdeputation gewählt. Im Palast Bourbon wurden die neun Abtheilungen gebildet, wobei die Opposition nur einen ihrer Candidaten, Hrn. Thiers als Präsidenten und einen andern, Hrn. v. Lasteyrie, als Secretär durchsetzte; ein weiteres Geschäft war die Prüfung der Vollmachten neueintretender Mitglieder, dann die Wahlen des Präsidenten und der Vicepräsidenten der Kammer. Hievon war das Ergebniß bei Abgang der Post noch nicht bekannt. Für die Vicepräsidentschaft wurden die HH. Leon de Malleville, Billaut, Georg Lafayette und Abatucci, für das Secretariat die HH. Lacrosse und Havin aufgestellt.

Zum ersten Male seit der Restauration hat gestern in der Kapelle der Pairskammer als Vorspiel zur Eröffnung der Kammer eine heilige Geistmesse mit Musik statt gefunden, die der Erzbischof von Paris selbst feierte. Alle Pairs waren durch ein Rundschreiben eingeladen worden, aber nur etwa ein Drittel erschien.

Die Herzogin de la Victoria ist in Paris eingetroffen und Espartero soll bereits nach Spanien abgereist seyn. — Der Herzog von Broglie ist von London kommend in Paris eingetroffen.

Eine königl. Ordonnanz vom 23. erhebt den gewesenen Seeminister, Viceadmiral Mackau, zu der Würde eines Admirals von Frankreich.

Die „Speyerer Zeitung" schreibt: Die Pläne wegen einer Intervention in der Schweiz sind nun wohl als gescheitert anzusehen. Ein Theil des französischen Ministeriums, namentlich Duchatel, fand es endlich doch gerathen, den Guizot'schen Entwürfen entgegenzutreten. Die Verlegenheit des Cabinets muß natürlich groß seyn. Am 8. Dec. hatte man ganz entschiedene Noten für eine Intervention an die Grafen Colloredo und Radowitz gesendet. Am nachfolgenden Tage fand die Ministerrathssitzung statt, in welcher Duchatel erklärte, augenblicklich seine Stelle niederzulegen, wenn die Dinge weiter getrieben würden. Darauf erfolgte denn die Absendung von Curieren an jene Gesandten, daß sie nicht nach Paris kommen möchten, — das französische Cabinet habe seine Ansichten geändert! Um die Verwirrung vollständig zu machen, verfehlten diese Curiere, die bereits auf der Reise befindlichen Gesandten, und dieselben trafen denn wirklich in der Hauptstadt an der Seine ein. Was kann nun weiter geschehen? In welchem Lichte erscheint die französische Politik in dieser ganzen Angelegenheit? Welche Rath- und Haltlosigkeit, welche Inconsequenz ließ sie sich zu Schulden kommen! — Der neuliche heftige Artikel des „Oesterreichischen Beobachters" war ohne Zweifel durch die erste französische Note veranlaßt, und hat nun wahrscheinlich seine Bedeutung verloren.

Die Bereitung des Runkelrübenzuckers macht in Frankreich rasche Fortschritte und kommt dem Zucker-Erzeugniß der Kolonien fast gleich. Während im vorigen Jahre nur 53 Millionen Kilogramme Rübenzucker verfertigt worden sind, wird sich nach amtlicher Berechnung die diesjährige Erzeugung auf 70 Millionen erstrecken.

Straßburg, 27. Dec. Mit der vorigen Woche endigten die diesjährigen Assisenverhandlungen. Eine auffallende und betrübende Erscheinung in den Criminal-Prozessen ist die häufige Wiederholung der Verurtheilungen wegen Angriffs auf die Schaamhaftigkeit. Unter 14 Prozessen hat das Geschwornengericht dießmal über vier empörende Verbrechen dieser Art zu erkennen gehabt. Außerdem ist ein Todesurtheil ausgesprochen worden gegen Georg Franz Stark, Zollwächter, wegen Ermordung seiner schwangern Ehefrau.

Abdel-Kader soll nach Nachrichten aus Algier vom 20. Dec. das ihm nächstgelegene Lager der Söhne des Kaisers von Marocco durchbrochen haben, mit einem Verlust von 250 der Seinen. Dennoch gelang es ihm nicht zu den befreundeten Stämmen durchzudringen und er mußte zurück und gewann nur mit Mühe die Ufer der Malnca wieder. Sein Stammlager (Deira) soll geplündert seyn wobei einer seiner Bruder Sidi Haid gefallen; ein anderer Sidi Mustapha soll sich den Franzosen unterworfen haben.

Großbritannien.

London, 28. Dec. Im Arsenal von Woolwich ist der Befehl angekommen, 267 Stücke schweres Geschütz zu Vervollständigung verschiedener Küstenbefestigungen in England und seinen auswärtigen Besitzungen, namentlich von Portsmouth, Gosport, Portsea, Gravesend, der normännischen Canalinsel, Guernsey, Gibraltar, Malta, Halifax (Nordamerika), Hongkong abzugeben.

Der Hof wird nach den Weihnachtsfeiertagen auf einige Tage nach Claremont gehen, aber bald wieder nach Windsor zurückkehren.

„Morning Chronicle" bekanntlich im Vertrauen des Staatssecretärs des Aeußeren sagt: „Es ist unleugbar, daß der Friede Europas und die Uebereinstimmung der regierenden Mächte seit langem auf keinen so schwankenden Grundlagen ruhten, wie jetzt.

Dänemark.

Kopenhagen, 15. Dec. Es ist der Vorschlag gemacht, auf Suderö, der südlichsten der Faröer-Inseln, eine Verbrecher Colonie anzulegen und die Verbrecher in den dortigen Steinkohlengruben zu beschäftigen. Es soll dort nemlich ein Steinkohlenlager von 6000 Ellen Länge, 2000 Ellen Breite und 2½ Ellen Mächtigkeit (im ganzen 48 Millionen Tonnen Inhalt) geben, welches man freilich schon auszubeuten versucht hat.

Vereinigte Staaten von Nordamerica.

New-York, 1. Dec. In Philadelphia fand am 22. Nov. eine deutsche Versammlung aus Anlaß eines Aufrufes des Pastors Gerok und des Kaufmanns G. Ziegler statt. Es handelte sich um eine deutsche Subscription zur Unterstützung mehrerer im Königreiche Würtemberg durch Hagelschlag und Unwetter schwer heimgesuchten Ortschaften. Die Sammlung für die Nothleidenden ward zwar endlich beschlossen; jedoch auch zugleich festgesetzt, die eingegangenen Gelder direct an die HH. Pfizer, Römer und Uhland nebst einer Adresse an die würtembergische Regierung abzusenden, in welcher Adresse die Deutschen Philadelphias sich erbieten, für das Unterkommen und die Existenz aller jener würtembergischen hilfsbedürftigen Unterthanen sorgen zu wollen,

Mannigfaltiges.

(Die neuaufgefundenen Wandmalereien in Reutlingen.) Die Pfarrkirche in Reutlingen ist von byzantinischer Bauart, und wie es scheint, in drei verschiedenen Epochen vergrößert worden. Die daselbst befindliche Seitencapell ist wohl die ursprüngliche, und soll schon von Kaiser Friedrich II. erbaut worden seyn, der ein Gönner der ihm treuanhängenden Stadt war. Bei der vom dortigen Bauinspector Rapp im vorigen Jahre vorgenommenen Restauration dieser Capelle kamen unter sehr starkem Verputz, welcher auf der Oberfläche mit Malereien aus neuerer Zeit bedeckt war, alterthümliche Gemälde zum Vorschein, deren Spuren Hr. Rapp verfolgte. Nach sorgfältiger Abnahme dieser Mörtelschichte kamen die in der ganzen Capelle angebrachten ursprünglichen, sehr interessanten, religiös-geschichtlichen Malereien zum Vorschein, die gegenwärtig die Zierde derselben sind, und von deren Darstellung wir eine genaue Schilderung geben wollen. Das in der Altarnische noch befindliche Bild, Christus am Kreuze, vom Jahre 1549, ist auf ältere Bilder gemalt, und man findet hinter demselben, bei tieferer Mörtelabnahme, dunkelrothbraune und verschiedene andere Farben. Das erste Bild an der Wand gegen die Taufcapelle (Bogengemälde) stellt Christus an einem gedörrten Kreuze hängend vor; Sonne und Mond sind symbolisch angebracht; die heil. Maria und Johannes sieht man zur Rechten und Linken; zunächst dem Kreuze sind zwei Figuren, ein römischer Soldat, die Seitenwunde öffnend, und ein Jude, Christus den Essigschwamm darreichend; an den zwei Ecken in der Bezierung des Bogens befinden sich unter Säulchen mit Baldachinen zwei kleinere weibliche Figuren mit Palmenzweigen und kleinen Gefäßen mit Feuerflämmchen. Der Grund ist leicht blaugrau, das Ganze hat röthliche Conturen, und ist so zu sagen nur colorirt. Sonderbarer Weise sind die Conturen einiger Figuren im Mörtelgrund eingegraben, die jedoch vom Maler nicht weiter ausgeführt wurden. Die Einfassung bildet eine Umschrift, die zur Zeit noch nicht entziffert ist, und als Schluß ein Ornament in braunschwarzem Grunde, welches mit einem weißlichen Tone leicht abgehoben ist. Es sind halbe Figuren, und nach unten ganz beschädigt. Das zweite Gemälde an der Wand gegen den Chor stellt die heil. Katharina vor dem Gerichte dar. Ueber der Eingangsthüre vom Chor erblickt man die Legende der heil. Katharina, wie sie zum Rade verurtheilt wird, und in betend knieender Stellung den Todesstreich erwartet, das Rad aber durch ein göttliches Wunder in Splitter zerfällt; rechts flieht ein Henker, von diesem Wunderzeichen erschreckt; weiter links befindet sich die heil. Jungfrau, die armen Seelen aus dem Fegfeuer erlösend. Das vierte Bild stellt die Enthauptung der heil. Katharina dar; zur Seite sind biblisch-allegorische Figuren. Nach diesem Gemälde folgen drei einzeln stehende Figuren, die heil. Katharina, das Rad auf der Hand über die Brust haltend, in langem bläulichen Ober- und einem röthlichen Unter-Kleid, Krone und Schein vergoldet. Die heil. Magdalena in einem bläulich-

die die württembergische Regierung auf ihre Kosten nach Nordamerika überschiffen lassen wolle. — Der Präsident hat Hrn. Friedrich Abae zu Cincinnati als württembergischen Consul bestätigt. — Die deutsche Gesellschaft in New-York macht zur Warnung für Auswanderer neuerdings bekannt, daß die hier etablirten deutschen Bureaux zur Besorgung der Geschäfte der Einwanderer in keinerlei Beziehung zu ihr stehen, und daß sie nur zwei Agenten hat, Hrn. J. C. Allstädt 95 Greenwichstreet, und (besonders für Ländereienkäufe) Hrn. C. L. Fleischmann, 304, Broadway. (Frb. Z.)

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Paris, 29. Dec. 3pCt. 75 Fr. 60 C.; 5pCt. 116 Fr. 94 C.

London, 28. Dec. Consols 85¹/₂.

Münchener Schrannen-Anzeige vom 31. December 1847.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest.	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	2495	1938	557	23	35	—	23	—	—
Korn	1090	1031	59	15	7	—	9	—	—
Gerste	7144	5637	1507	12	34	—	14	—	
Haber	1075	1052	23	6	2	—	—	—	6

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 4. Januar: „Der Schauspieldirector“, Musik v. Mozart. Vorher: „Der Weg durch's Fenster“, Lustspiel v. Friedrich.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. Artaria, Kunsthändler v. Mannheim; Berg, Bijoutier v. Stuttgart; Seebe, Fabrikant v. Leipzig.

Hôtel Maulik. HH. Dügelaerts, Privatier v. London; Pürlemann, Privatier v. Zürich.

Gold. Hahn. HH. Lepl, Kaufmann v. Eßlingen; Sickinb, Kaufmann v. Würzburg.

Blaue Traube. HH. Rommel, Kaufmann v. Stuttgart; Geiger, Forstcommissär von Regensburg; Bock, Hauptmann v. Agram; Morsbach, Cand. jur. v. Nordkirchen; Maurer, k. Rath v. Regensburg; v. Praunmayer, Gutsbesitzer v. Haidhofen.

Stachusgarten. HH. Richard, Regierungs-Secretär von Augsburg; v. Thoma, Revierförster v. Mittelneufahrn.

Gestorbene in München.

Franziska Schwitzer, Taglöhnerswittwe v. Gerfeld, 73 J. alt; Joh. Mayer, Hausknecht v. Oberschneidbach, Ldg. Aichach, 39 J. alt; Magd. Tröstl, Stadtkammerschmidstochter, 26 J. alt; Max Deislingen, Ingenieurpracticant von Egern, Ldg. Tegernsee, 20 J. alt.

Bekanntmachung.

2212. (3b) Auf Andringen eines Gläubigers wird das den Maurers-Eheleuten Paul und Kreszenz Schäfler dahier gehörige Anwesen Nr. 1 an der Erzgießereistraße, früher Nr. 91 lit. b an der Feldstraße, dahier, — bestehend aus einem mit Erdgeschosse zweistöckigen Vordergebäude mit gewölbtem Keller versehen, einem einstöckigen Hintergebäude (Remise und Stallung), dann Communhofraum und Communpumpbrunnen, mit 1550 fl. Hypotheken belastet und auf 1900 fl. gerichtlich gewerthet, — im Executionswege der gerichtlichen Versteigerung nach §. 64 des Hypotheken-Gesetzes und der §§. 98 — 101 der Prozeßnovelle von 1837 unterstellt.

Zur Aufnahme der Kaufsangebote ist Termin auf **Montag den 28. Februar l. Js. Vormittags 11 — 12 Uhr** im Gerichtszimmer Nr. 9 anberaumt, wozu besitz- und zahlungsfähige Steigerungslustige mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt werden, daß dem Gerichte Unbekannte sich über Zahlungsfähigkeit gehörig auszuweisen haben.

Am 21. Dec. 1847.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Bärth.

Buchinger.

Pfandauslösung und Versteigerung.

2211. (3b) Donnerstag den 20. Jan. 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat December 1846 und zwar von:

Nr. 19,948 bis 28,350.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Mittwoch den 26. Jan. öffentliche Versteigerung.

München, den 23. Dec. 1847.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt I. der Stadt München.
F. Negrioli, Magistratsrath.
Hannes, Cassier. v. Zech, Controleur.

2220. (3a)

Verkauf eines Postanwesens.

In einem Städtchen Bayerns, in solcher Nähe einer Eisenbahn, daß diese für Post-, Gasthofs- und Oekonomie-Verhältnisse nur günstig einwirken kann, wird von den Eigenthümern ein Postanwesen mit allen Einrichtungen zum Betriebe des damit verbundenen Gasthofes, der Bierbrauerei ec. und einer ausgezeichneten bedeutenden Oekonomie verkauft. — Die Lage in einer der schönsten Gegenden erhöht den Werth der Kaufsobjekte, wegen deren näherer Beschreibung und der Kaufsbedingnisse der Unterzeichnete nähere Aufschlüsse gibt.

Füssen am 28. Dec. 1847.

Riebel, kgl. Advocat.

Bekanntmachung.

2218. (1a) Der Schmid Georg Fackler von Bergenstetten hat sich freiwillig unter Curatel begeben. Er kann daher ohne Vorwissen und ohne Genehmigung seiner Curatoren, Joseph Weisemhorn und Bernhard Zanker von Bergenstetten keine rechtsverbindlichen Geschäfte eingehen.

Dieses wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Illertissen, 21. Dec. 1847.

Königl. Bayer. Landgericht Illertissen.
v. Ott, Landrichter.

2221 (3a)

Schreibstube des Hrn. Claudon, königl.-franz. Notar zu Mühlhausen, Oberrhein, im Elsaß.

Gerichtlicher Verkauf zwischen Mehr- und Minderjährigen.

Montag, den 31. Januar 1848, um 2 Uhr Nachmittags, im hienach bezeichneten Gasthof, wird vor Hrn. Claudon, Notar zu Mühlhausen, zur öffentlichen Versteigerung geschritten werden:

Des neuerbauten, schönen und geräumigen **Gasthofes zur Stadt Paris**, gelegen in Mühlhausen, am Baslerthor, Nr. 3, und an der königlichen Landstraße von Straßburg nach Basel.

Diese großartige Liegenschaft mißt eine Oberfläche von ungefähr 80 Aren, und besteht namentlich:

Aus einem Hauptgebäude, das in Wirthschaft, Restaurations- und Kaffeesälen nebst Billards, in Privatwohnungen und Krambuden eingetheilt ist, nebst Oekonomiegebäuden, Badzimmer, Stallungen, Scheunen, Höfen, Hühnerhof, Brunnen u. s. w.

Und aus einem hübschen, daran gelegenen englischen Lustgarten, Eishütte, große Kegelbank, Sommerhäuschen und sonstigen Rechten und Gerechtigkeiten.

Mit diesem Gasthofe, der sich der besten Kundschaft erfreut, und dessen vortheilhafte Lage demselben fortwährend einen glücklichen Fortgang verbürgt, werden noch die zur Wirthschaft und Restauration gehörigen Mobilien und Geräthschaften zum Verkaufe ausgesetzt werden, auf den Anschlag von 256,000 Fr.

Diese Liegenschaft wird, unter Vorbehalt des Ganzen, in zwei Loose veräußert werden, nämlich:

Das erste Loos bestehend aus sämmtlichen Gebäulichkeiten und Mobiliarwesen, nebst den Höfen, dem Hühnerhof, Brunnen und sonstigen Zugehörigkeiten, so wie auch aus einem beträchtlichen Theil des Gartens, geschätzt zu . . Fr. 250,000

Das zweite Loos besteht einzig aus der andern Abtheilung des Gartens, geschätzt zu . . . . . Fr. 6,000

Zusammen . Fr. 256,000

Außer diesen Liegenschaften werden noch andere Güter, bestehend aus Gärten, Matten und Ackerfelder, versteigert werden.

Für nähere Erkundigungen wende man sich an gemeldeten Notar, Inhaber des Lastenhefts und der Eigenthumsschriften.

2222. (3a)

Bekanntmachung.

Kgl. Bayer. concession. pfälz. Ludwigsbahn.

(Ludwigshafen-Bexbach.)

Wir laden die Herren Aktionäre ein, die von uns am 1. Dec. l. Js. auf nächsten **ersten Januar** ausgeschriebene neunte Einzahlung **ausschließlich** an einen der nachbenannten Herren Banquiers der Gesellschaft, als:

in	Augsburg:	Joh. Lor. Schäzler;
„	Frankfurt a. M.:	Gebrüder Goldschmidt;
„	id.	Ph. Nic. Schmidt;
„	Mannheim:	W. H. Ladenburg und S.;
„	id.	Joh. Wm. Reinhardt;
„	München:	Joh. Lor. Schäzler;
„	Neustadt a. H.:	L. Dacqué;

zu leisten. —

Speyer, den 30. December 1847.

Das Directorium
der Königlich Bayerischen concessionirten pfälzischen Ludwigsbahn.
Lamotte.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

ten Unter- und einem graulichen Ober-Kleid, die dritte Figur ist in einem röthlichen langen Ober- und weißlichen Unter-Gewand, einen Palmzweig haltend. An dem Seitenpfeiler der Fensterbögen sind die Heiligen: Nikolaus, Konradus, Augustinus, Kosmus und Damian, alle in blaugrauem Grunde mit Heiligenschein. Sämmtliche Bilder sind mit Temperafarben, wie schon bemerkt wurde, gewissermaßen nur colorirt, und die Conturen mit rothbräunlicher Farbe aufgezeichnet. Die ganze Wand hat einen dreifachen Farbenauftrag; den ursprünglichen, welcher dem Anscheine nach schon einmal abgenommen wurde, um, wie man glaubt, schönere Bilder anzubringen, welche die gegenwärtigen zu seyn scheinen, und denjenigen, der, wie bezeichnet wurde, gegenwärtig sammt dem Mörtel vom Inspector Rupp abgenommen wurde, um diese interessanten Bilder zu gewinnen. Die gegenwärtige Malerei haftet mit einer dünnen Unterlage auf der Mauer, jedoch findet man an einigen Stellen noch einen ganz alten Grund, auch sind jene Farben von klarem Schmelz und im Wasser unauflöslich. An mehreren Stellen hat die rothe Farbe keine Mörtelunterlage und sitzt auf dem rohen Stein so fest, daß man sie mit dem Messer nicht ablösen kann. Die zweite Lage war dicht auf der ersten Malerei mit Temperafarben, es liegt noch ein solches Fragment, welches sich mit der obersten Tünche nicht abgeschält hat, zur Ansicht und Beurtheilung frei, indessen sind, wie schon erwähnt, die untern Farben glätter, und im Wasser unauflöslich. Die Zeichnung der Figuren an den gegenwärtigen Bildern ist in gutem Verhältnisse, und correct, der Ausdruck voll Anmuth und Frömmigkeit, die Handlungen der Figuren sind edel und lebendig, und es reihen sich diese Werke nach dem Typus jener Zeit den vorzüglicheren an. Der gewandte Ornamentenzeichner Hr. Eberlein ist mit der Restaurirung dieser Gemälde beschäftigt, und man darf erwarten, daß er dieselben in ihrer ursprünglichen Originalität auffassen und wieder herstellen wird, so daß zu hoffen ist, es werden diese Gemälde als ein schätzbares Denkmal mittelalterlicher Kunst aus verschiedenen Jahrhunderten der Nachwelt würdig aufbewahrt werden. Fr. Xav. Ferndach.

Unter Direction des Capellmeisters an der italienischen Oper, Hrn. Tilmant, hat sich in Paris eine Gesellschaft für classische Musik gebildet, welche diesen Winter in zwölf Concerten die Erzeugnisse der classischen Kammermusik vorführen wird. Es sind deutsche Tonsetzer, deren Werke gegeben werden sollen: Mozart, Beethoven, Haydn, Hummel, Onslow u. s. w.

Digitized by Google

Nr. 3.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. [illegible], auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München vierteljährlich 1 fl. 30 kr., halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. [illegible] kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag | **XLIX. Jahrgang.** | **4. Januar 1848.**

Der Weltfriede ist gesichert.

Es ist nichts gewöhnliches, wenn ein König von 75 Lebensjahren, dessen Herrschaft seit 17 Jahren über einem Vulkane aufgerichtet worden, und den man sich gewöhnt hat, die napoleonische Grundsäule des Friedens zu nennen — nach einem modernen Throne hinwankend ausruft: „der Weltfriede ist gesichert!“ Ueberm Ocean drüben unter Montezuma's unwürdigen Enkeln starren noch die Kriegswaffen; zur Befriedung des unbeschreiblich langen Haders am Silberstrom sind erst neue vielleicht wiederum erfolglose Einleitungen getroffen, durch Asien hin sieht es gar wie Frieden nicht aus: am Kaukasus fließen Milch und Honig noch immer nicht; in der Schweiz, wo man so lange Jahre Soldaten gespielt ist wirklich Bürgerblut geflossen, ganz Italien zusammt Sicilien ist von inneren Bewegungen, die sich bald hier bald dort Luft machen, durchzuckt, deutsche Bajonnette starren durch ganz Oberitalien hin, Griechenland und die Türkey brauchen allen Athem gegen die Rebellen in den eigenen Eingeweiden, worin fremdes Gold wühlerisch geworden. Die britischen Küsten werden befestigt und schöne Geschütze aufgeführen, in den französischen Arsenalen wie in den österreichischen Waffenfabriken legt man die Hände auch nicht in den Schooß. In Spanien und Portugal Waffengeräusch ohne Ende und viel (beaucoup) Unsicherheit der Throne; in Deutschland tief einschneidende Fragen über Weiterbestand der stehenden Heere und Einführung einer wirklichen Volkswehr. Dazu vom römischen Stuhl aus jüngst an die uralte aber im Lebensrausch oft schon vergessene Wahrheit gemahnt, daß die Kirche gegen die außer ihr Stehenden nur einen Waffenstillstand freilich voll christlicher Liebe und Geduld kenne, im Lande aller Reussen eine mächtige religiöse im innersten Wesenskern aber politische Propaganda bei gleisnerischen Concordatsofferten; im Bereiche des Anglicanism stille Wuth nach der Ruthe für weltliche Uebergriffe langend, die Jesuiten als langsam aber sicher wirkendes Pulver und die Lanzettenschnitte der tausende von Sekten, in Deutschland Unglaube und Aberglaube in vollkommenen Rüstungen und die ganze Brutalität eines weltlichen Episcopats im vollen Strom unzähliger Mißgriffe wirken inne, in Frankreich die gallicanischen Freiheiten, die jüngst erst sich geregt, durch die neuesten Erklärungen von Rom, in großer Verlegenheit und, kämen erst die religiösen Fragen auf die Bänke der vereinigend werden wollenden Reformbankette, reiche Zündstoffe, das Judenthum endlich auf den Flügeln der liberalen Welt nahezu in allen Ländern zu stetiger Heimath und Bürgerrecht emporgewiegt an geistigen wie materiellen Kräften festgewurzelt und ebenbürtig, — die socialen Fragen in unabweislichen Facten aller Ländern der civilisirten Welt ungelöst, in vielen mit Hohn und Verachtung zu Boden getreten; der ganze ernste Waffenstillstand des Hungers unter grausamen Bedingungen geschlossen deren Erfüllung ja nicht einmal den besten Menschenhänden möglich, dazu gerechnet die stürmende eine tiefere Besonnenheit vereitelnde Bewegung aller Lebenskreise, die mit jedem Augenblick wachsende Zahl Unzufriedener wegen getäuschter Hoffnungen zerbrochener Pläne, der Aufruhr jener Leidenschaften, denen der intellectuelle Fortschritt nur Mittel zum sittlichen Rückschritt — Das ist der Welt Lage; doch wir haben ja gehört: „der Weltfriede ist gesichert!“

Deutschland.

Bayern.

München, 2. Jan. Se. Maj. der König hat geruht den bisherigen Hofstabsarzt, Rath Dr. Anton Schrettinger zum königl. Leibarzt zu ernennen. — Aus der Hand Sr. Maj. empfingen gestern Ordensdecorationen: Vom Verdienstorden der bayerischen Krone: das Comthurkreuz, der Geheimerath v. Deff. Das Ritterkreuz: die Ministerverweser v. Berks und v. Heres, der Ministerialrath v. Wänner, der Director des Oberappellationsgerichts v. Allweyer, der Regierungsdirector v. Schilcher, und der Oberconsistorialrath v. Grupen. Vom Verdienstorden des heil. Michael: das Comthurkreuz: der Geheimerath Dr. v. Breslau, der Ministerialrath v. Bezold, der Oberbaurath Frhr. v. Pechmann, Das Ritterkreuz: der Vorstand der Generalzolladministration Plank, der Oberappellationsgerichtsrath Beckers, der Domcapitular Mengein, der Professor und Akademiker Franz v. Kobell, der Oberkriegscommissär Mussinan, der Hauptmann Eichenauer, der Rector und Gymnasialprofessor Beilhack und der La dichter in der Vorstadt Dr. Mechel v. Mecheln. (A. Z.)

München. (Berichtigung.) Der bisherige Regierungsassessor Franz v. Greffer in Würzburg ist nicht, wie es im gestrigen Blatt auf Grund eines Druckfehlers hieß, zum Assessor, sondern zum Rath bei der Regierung in Schwaben und Neuburg K. d. J. ernannt worden.

= München, 4. Jan. Wir erfahren soeben von hiesigen Banquiers, daß sich die königl. Regierung für Anroßirungsanlehen ausgesprochen habe und morgen oder übermorgen die hierauf bezügliche Bekanntmachung erscheinen werde.

Aus München theilt die „Allgemeine Zeitung“ die (früher schon im Auszug erwähnte) Denkschrift des Fürsten von Leiningen über die Verhältnisse der deutschen Standesherren vollständig mit. Als dasjenige, was für die Zukunft die Stellung der Standesherren seyn müsse, so sie nicht in den Stürmen der Zeit ganz untergehen wollten“, wird darin bezeichnet: 1) „Die Standesherren werden Theilhaber an der Staatsgewalt selbst durch ihr erbliches Standschaftsrecht, welches in dem Maße an Bedeutsamkeit gewinnt, als das constitutionelle Leben sich entwickelt, und als sie nicht mehr ihre meist verhaßten Sonderinteressen werden zu vertreten haben. 2) Dieselben werden an der Spitze des Adels und aller Grundbesitzer stehen. 3) Sie werden jeweils das conservative Princip repräsentiren.“ Als dasjenige, was jetzt als Vorbereitung für diesen künftigen Zustand zu geschehen habe, wird bezeichnet: 1) Ablösung aller Gefälle und Leistungen der Mediat-Unterthanen; 2) Entäußerung aller sogenannten Ehrenrechte, als: Jurisdiction, Forstpolizei 2c., unter angemessenen schützenden Formen; 3) Abänderung der bestehenden Hausgesetze (namentlich in Bezug auf Gestattung von Ehen mit Nichtebenbürtigen); 4) Wahrung und Ausdehnung des Standschaftsrechts.

Augsburg, 3. Jan. Der erste Bürgermeister Hr. Forndran hatte die Absicht, gegen Schluß des abgelaufenen Jahres Namens der hiesigen Bürgerschaft, die Gefühle unverbrüchlicher Treue und Anhänglichkeit und unauslöschlichen Dankes, von welchen die Bürgerschaft gegen ihren allergnädigsten König durchdrungen ist, persönlich an den Stufen des erhabenen Königthrones allerunterthänigst auszusprechen. Ein seit längerer Zeit andauerndes Brustleiden hinderte denselben jedoch an der Reise nach München, und er zeigte daher die bestehenden Entschuldigungsgründe Sr. Maj. dem Könige allerehrfurchtsvollst an. Hierauf erließ Se. Maj. an den Hrn. Bürgermeister nachstehendes allergnädigstes Handbillet: Herr Bürgermeister Forndran! Auf Ihr Schreiben vom 29. d., worin Ich den Ausdruck treuer, Mir anhänglicher Gesinnungen gefunden, erwiedere Ich Ihnen, daß es — für die Darbringung eines Glückwunsches zum neuen Jahre eigens hieher zu kommen, oder schriftlich einen solchen an Mich zu schicken — nicht erforderlich, aber sehr wünsche ich, daß Einigkeit herrsche

Gunehild von Schweden.

(Geschichtliche Novelle von N. v. St.)

(Fortsetzung.)

Weit geöffnet waren die Thore der Königsburg zu Upsala, den staunenden Blick gönnend in die Pracht der hohen Gemächer, und im Saal, wo die Königsforge das Recht der Völker zu wägen pflegte, erharrte man wichtiger Dinge. Auf einem erhöhten kostbaren Sessel, überschwebt von einem Baldachin, lag, noch vom Trauerschleier umhüllt, des Reiches Krone, das Scepter und das Schwert der Könige Skandinaviens, und in tieferustes Schweigen versunken, standen die Edlen des Landes umher, besorgt des Götterausspruchs gewärtig; denn Hullas, der erste ihrer Diener im Allerheiligsten des geweihten Palaes, war, sie zu befragen, im Gebete. Besorgniß las man deutlich auf allen Gesichtern; selbst die wogende Volksmenge, den weitgedehnten Raum vor der Burg erfüllend, theilte sich unter leisem Geflüster, als fürchte sie die religiöse Stille zu unterbrechen, ihre oft wunderlichen Vermuthungen mit. Denn nichtig waren Hundings des letzten Herrschers Anordnungen gemacht, und der Erstgeborne, Kanut, war mit dem weisen Olaf spurlos verschwunden, und alle Nachforschungen hatten keine Kunde über die schmerzlich Vermißten ergeben. Nur bei den Göttern stand die Lösung dieses dunklen Räthsels; nur ihre Weisheit mochte bestimmen, wer für den Sohn aus zweiter Ehe, den kleinen Suen, dessen kindische Hand noch lange das schwere Scepter nicht fassen konnte, die Regierung des verwaisten Volkes übernehmen solle. Plötzlich theilten sich die gedrängten Volksmassen, einer langen Reihe Priester Raum gebend; sie kehrten aus dem vor der Stadt gelegenen Götterhain zurück, und wallten in feierlichem Zuge der Burg zu. Lange weiße Gewande, von dunkeln Gürteln, worauf die Bilder der Götter, unter der Brust gehalten, fielen schwebend über die Hüften nieder. Duftige Kränze von Eichenlaub umgaben ihre ernste Stirn, und in feierlichen Weisen erklang der Götter Preis von ihren weisen Lippen. Ehrfurcht gebietend schritt die erhabene Gestalt des greisen Oberpriesters Hullas dem geweihten Zuge voran. Weiß war auch sein Gewand, aber ein breiter Saum von Purpur schmückte dasselbe, und die aus demselben köstlichen Stoffe gearbeitete und reich mit Edelsteinen durchstickte Stirnbinde ward von einem in Gold gearbeiteten Eichenkranz gehalten, unter dem das seidige Silbergelock des Greisen bis auf den Gürtel niederwallte; ein prachtvoll gearbeiteter, Wodans Bild umschließender Mistelstengel, den er in der Hand hielt, und den er oft segnend nach der gedrängten Menge hin erhob, deutete an, daß er es sey, den die Unsterblichen zu ihrem ersten Vertrauten erhoben, und durch dessen zögernden Mund sie dem zitternden Volke Segen oder Fluch verkündeten, dessen Flehen den Ueberfluß auf die Fluren herabzieht, oder die Geißeln der Strafe von den Ungehorsamen abzuwenden vermag. In lautloser Ehrfurcht empfingen ihn, als er das Innere der Burg betrat, die kräftigen Gestalten der harrenden

Digitized by Google

unter den Bürgern Augsburgs, und daß diese zu festigen, ein Ziel Ihrer Bestrebungen bleibe. — Empfangen Sie hiermit die Versicherung Meiner königl. Huld und Gnade, mit welcher Ich bin Ihr wohlgewogener König Ludwig. München, den 31. December 1847. (Augsb. Abdz.)

Württemberg.

Ulm, 31. Dec. Unserer früheren Nachricht über das Resultat der Deputation haben wir beizufügen, daß bereits am Freitag von dem betreffenden Ministerium bei dem Criminalsenat des hiesigen Gerichtshofs der Befehl eingelaufen ist, die Untersuchungs-Acten über die bei den hiesigen Mai-Vorfällen betheiligten Personen sofort nach Stuttgart einzuschicken. (U. Z.)

Ein Versuch in Tübingen eine eigene Adresse an die Angelegenheit zu Stande zu bringen, ist gescheitert.

Baden.

Karlsruhe, 18. Dec. Ein Bericht der „Mannheimer Abendzeitung“ gibt folgende Statistik der politischen Gesinnungen der Kammermitglieder: Opposition. 1) Bassermann. 2) Baum. 3) Bleidorn. 4) Brentano. 5) Buhl. 6) Hecker. 7) Heimburger. 8) Helbing. 9) Helmreich. 10) v. Itzstein. 11) Kapp. 12) Mathy. 13) Mez. 14) Peter. 15) Reichenbach. 16) Richter. 17) Sachs. 18) Scheffelt. 19) v. Soiron. 20) Straub. 21) Welcker. 22) Weller. 23) Welte. — Liberalisirendes Juste-milieu. 1) Becker. 2) Bissing. 3) Blankenhorn. 4) Deimling. 5) Dörr. 6) Meyer. 7) Mittermaier. 8) Rießterer. 9) Siegle. 10) Zittel. 11) Hildebrand. (?) — Dickes Juste-milieu. 1) Oster. 2) Schmidt. 3) Stößer. — Ministerielle von reinstem Wasser. 1) Arnsberger. 2) Bayer. 3) Böhme. 4) Buß. 5) Christ. 6) Fauth. 7) Goll. 8) Hägelin. 9) Junghanns. 10) Kern. 11) Knapp. 12) Kuttler. 13) Litschgi. 14) Nokk. 15) Rombride. 16) Rettig. 17) Schaaff. 18) Seizam. 19) Speyerer. 20) v. Stockhorn. 21) Stolz. 22) Trefurt. 23) Ullrich. 24) Vogelmann. 25) Weizel. 26) Zentner. Wenn nur die erste Reihe nicht zu zahlreich angenommen ist!

Mannheim, 31. Dec. Hier ist jüngst ein Bürgerverein entstanden, der neben geselliger Unterhaltung hauptsächlich die Fragen der Zeit in staatlicher, kirchlicher und industrieller Beziehung zu beleuchten und den Sieg des Fortschritts zu erringen strebt. An der Spitze dieses Vereins, der bereits 300 Mitglieder zählt, stehen besonders Hecker v. Struve, Grohe, H. Hoff, Engelhard und Löwenhaupt. Sehr zahlreich sind darin die Israeliten vertreten. Der Verein wird solche Zeitschriften auflegen, welche das Interesse des entschiedenen Fortschritts verfechten. Auch werden Vorträge, welche das Erheblichste der Zeit erörtern, gehalten werden. (Schw. Mkr.)

Mannheim, 1. Jan. Das heutige „Mannheimer Journal“ trägt die Unterschrift: Redacteur, Otto Muller (bisher Redacteur des belletristischen Frankfurter Conversationsblatts.) Unter Verantwortlichkeit von Bandschu. Verlag der Buchdruckerei des katholischen Bürgerspitals.

Sächsische Herzogthümer.

Meiningen, 27. Dec. Auf den 15. Jan. sind die neu gewählten Stände, nachdem sie von der Regierung sämmtlich als zulässig erkannt worden sind, zu einem allgemeinen Landtage einberufen worden. Nächst der Budgetberathung werden sich dieselben hauptsächlich mit der Frage über die Beschaffung der Geldmittel zur Erbauung der Werraeisenbahn beschäftigen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Kurhessen.

Von Sr. königl. Hoheit dem Kurfürsten ist dem geheimen Cabinetsrath und Mitglied des Gesammtstaatsministeriums Geheimrath Koch die nachgesuchte Entlassung bewilligt worden.

Hanau, 27. Dec. Nach einer höheren Verfügung soll, dem Vernehmen nach, das wiederum eingeleitete Constitutionsfest, auf den 8. Jan. fallend, und diesmal in veränderter Weise abgehalten werden. (F. J.)

Preußen.

Berlin, 20. Dec. (Der Strafgesetzentwurf II.) Der zweite Theil, welcher die einzelnen Verbrechen abhandelt, beschäftigt sich in den sechs ersten Titeln mit den Verbrechen öffentlicher Natur. Tit 1. Hochverrath und Landesverrath. §. 80. lautet: „Wer es unternimmt: 1) das Leben, die Gesundheit oder die Freiheit des Königs zu gefährden, oder 2) das königliche Haus oder den König zu verdrängen oder die Thronfolge zu verändern, oder 3) die Staatsverfassung gewaltsam zu ändern, oder 4) das Staatsgebiet ganz oder theilweise der Herrschaft des Königs zu entziehen, macht sich des Hochverraths schuldig und ist mit der Todesstrafe zu belegen.“ In dem Falle Nr. 1. soll die Todesstrafe geschärft werden. In Nr. 4. erkennt man den Einfluß des Polenprocesses; nach dem neuen Strafgesetz würden die Polen nicht als Landesverräther, sondern als Hochverräther verurtheilt worden seyn. Die Anstifter und Rädelsführer eines hochverrätherischen Unternehmens sollen mit dem Tode, die übrigen Theilnehmer und Die, welche durch Rede oder Schrift dazu auffordern, mit zehnjährigem bis lebenswierigem Zuchthaus bestraft werden. „Der Hochverrath ist mit jeder Handlung vollendet, durch welche das verbrecherische Vorhaben unmittelbar zur Ausführung gebracht werden soll.“ Auch soll die unterlassene Anzeige eines Hochverraths und Landesverrathes nicht mehr mit 10 und 8 Jahren Zuchthausstrafe, sondern mit Gefängniß oder Strafarbeit bis zu 5 Jahren angesehen werden, welche Strafe auch auf unterlassener Anzeige eines Mordes und anderer schwerer Verbrechen steht. Der Landesverrath und die unter dessen Begriff fallenden Handlungen im Kriege werden mit dem Tode bestraft. Wer in Friedenszeiten „Staatsgeheimnisse, Festungspläne oder solche Urkunden, Aktenstücke oder Nachrichten, von denen er wußte, daß das Wohl des Staates deren Geheimhaltung einer fremden Regierung gegenüber erfordere, dieser Regierung mittheilt oder öffentlich bekannt macht,“ ist mit 5 — 20jährigem Zuchthaus zu bestrafen. Besondere Erwähnung verdient §. 92: „Wer es unternimmt, auf gewaltsame Weise den deutschen Bund aufzulösen, die Bundesverfassung zu ändern oder das Bundesgebiet zu verkleinern ist ebenso zu bestrafen, wie ein Hochverräther gegen den preußischen Staat.“ Dasselbe wird für den Landesverrath festgesetzt. Die wegen Hochverraths oder Landesverraths Verurtheilten sollen auch ihr Vermögen verlieren und Die, welche wegen derselben Verbrechen eine Freiheitsstrafe abgebüßt haben, unter besondere Polizei-Aufsicht gestellt werden. — Tit. 2 Beleidigungen der Majestät und der Mitglieder des königl. Hauses. „Wer den König thätlich beleidigt, ist mit dem Tode zu bestrafen,“ in minder schweren Fällen oder bei mildernden Umständen mit lebenswieriger Strafarbeit oder Zuchthausstrafe; dasselbe Verbrechen, gegen Mitglieder des königl. Hauses verübt, zieht fünfjährige bis lebenswierige Strafarbeit oder Zuchthausstrafe nach sich. Die Drohung einer Thätlichkeit gegen den König wird mit 2—10 Jahren Strafarbeit oder mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft, dieselbe gegen Mitglieder des königl. Hauses mit ein- bis fünfjähriger Strafarbeit oder mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren. „Wer durch Aeußerungen in Wort oder Schrift oder durch Abbildungen, Darstellungen oder durch andere Handlungen, welche nicht in Thätlichkeiten bestehen, die Ehre des Königs vorsätzlich verletzt, ist mit Strafarbeit von 6 Monaten bis zu 5 Jahren zu bestrafen“; betrifft die Verletzung Mitglieder des königl. Hauses, so soll auf Gefängniß nicht unter 3 Monaten oder auf Strafarbeit bis zu 3 Jahren erkannt werden. „Wer sich Aeußerungen oder Handlungen erlaubt, welche zwar an sich nicht als Beleidigungen des Königs anzusehen sind, dennoch aber die demselben gebührende Ehrfurcht verletzen, ist mit Gefängniß von 6 Wochen bis zu 1 Jahr zu bestrafen.“ Mit Ausnahme des letztbesprochenen Verbrechens steht auf Beleidigungen des Königs und der Mitglieder des königl. Hauses der Verlust der Ehrenrechte, welcher in den schwereren Fällen ausgesprochen werden muß, in den leichteren dem Urtheile des Richters überlassen wird. Die Anfertiger, Verbreiter oder Aussteller der erwähnten ehrverletzenden Schriften ꝛc. sollen ebenso, wie die Urheber bestraft werden; auch kann, und beim Rückfalle muß, auf zeitige oder immerwährende Entziehung der Befugniß zum selbstständigen Gewerbsbetriebe erkannt werden. Verleumdungen und Schmähungen verstorbener Mitglieder des königl. Hauses sind mit Gefängnißstrafe oder Strafarbeit bis zu 2 Jahren zu ahnden. Ausländische Regenten, welche mit Preußen in völkerrechtlichem Verkehre stehen, und deren Gemahlinnen schützt der Entwurf in der Art, daß thätliche Beleidigungen derselben mit Gefängniß nicht unter 6 Monaten, oder mit Strafarbeit bis zu 5 Jahren, nichtthätliche mit Gefängniß nicht unter 2 Monaten oder mit Strafarbeit bis zu 2 Jahren bestraft werden. Auch wegen der Gesandten und Geschäftsträger enthält der Entwurf besondere Bestimmungen. (C. v. u. f. D.)

Wie man hört, hat sich die juristische Facultät in Berlin gegen die Zulassung der Juden zu juristischen Lehrämtern ausgesprochen und dabei geltend gemacht, daß das römische Recht eine christliche Grundlage habe. Der geheime Obertribunalrath Professor Dr. Heffter soll indeß ein abweichendes Sondergutachten eingereicht haben. (Köln. Z.)

Noch ehe die speciell angeregte Frage wegen jüdischer Docenten in den weltlichen akademischen Facultäten durch Begutachtung der Universitäten erledigt werden konnte, ist jetzt in Betreff der jüdischen Aerzte bestimmt worden, daß sie zur Prüfung für die Befähigung zum Kreisphysikate zugelassen werden sollen. (D. Z.)

Herr v. Holtzendorff hat gegen den Dr. Hermes, Redacteur der „Berliner Bürgerzeitung“, welche zuerst einen ehrenkränkenden Artikel gegen ihn brachte, eine Klage auf Verläumdung angestellt, zugleich aber auch Schritte gethan, um Herrn v. Tippelskirch in Halle und den Redacteur des „Rheinischen Beobachters“ Professor Bercht in Köln in gleicher Weise zu belangen.

Dr. Jellinek aus Oesterreich, früher aus Leipzig ausgewiesen, ist nunmehr auch aus Berlin, wo er sich seit einigen Monaten aufhielt, ausgewiesen worden. Am 28. Dec. wurde ihm angezeigt, daß er Berlin spätestens am 2. Jan. zu verlassen habe.

Wie man der „Deutschen Zeitung“ aus Breslau meldet, ist die mehrerwähnte Adresse an den Magistrat in Sachen der Glaubensfreiheit bereits der Gegenstand

---

Krieger, und geleiteten ihn in den Saal der Könige. Erwartend hing jedes Auge an seinen Lippen, die ernst und bleich unter dem wallenden Silber des langen Bartes hervorblickten, und die er zaudernd öffnete, um ihnen den Willen Odin's, des allmächtigen Herrschers, mitzutheilen. „Vergebens,“ hub er an, „habe ich die Götter angefleht, mir das Loos der Verschwundenen zu offenbaren. Sie blieben unerbittlich bei meiner Beschwörung, und zeigten dadurch, daß die von uns Betrauerten ihrem furchtbaren Reiche verfallen sind. Ach, nicht ungestraft lassen die Unerbittlichen den, der an ihnen gefrevelt oder sie verachtet, und beides war hier der Fall. Vermessen schmälerte Olaf ihre geheiligten Rechte, und des Knaben Mutter trug, eine Abtrünnige, fremde Götter in ihrer strafbaren Brust. Furchtbar schwebt noch die Geißel der Erzürnten über dem schwachen Volk, das sie nicht freiwillig gesühnt, sondern den Frevler sogar in seiner Mitte geduldet. Nur wenn es sich demüthig und reuig in ihren allmächtigen Willen fügt, hat Odin gelobt, seine Zornglut in Segen zu verwandeln. Swen, der nunmehr rechtmäßige Erbe von Skandinaviens Krone, vermag sie auf dem kindlichen Haupt noch lange nicht zu tragen. Mit frevelnder Hand entriß der König einst des Kindes Mutter, eine geweihte Priesterin, dem heiligen Hain, um, was den Göttern gehörte, als eigen in seine Burg zu führen. Um diese Entheiligung zu sühnen, um zu zeigen, wie erhaben dieselbe stehe, die einst der Götter Dienst geweiht war, schmücke ihr Haupt, bis zur Reife des Sohnes, der königliche Reif, und das Scepter in Frauenhand strecke sich über die stolzen Nacken der Heldensöhne Skandinaviens. Doch nur als Priesterin darf sie herrschen! Verwaist und einsam bleibe ihr Lager! Nie gehöre die Hand, die König Sundling in stolzem Uebermuth den Himmlischen entriß, einem andern Manne an!“

Da drang es wie das Brausen aus dem tiefsten Meeresgrunde aufgewühlter Wogen durch die langen Männerreihen, bis endlich der laute Ruf der empörten Brust entfuhr: „Nimmer! Ein Weib soll über Männer herrschen! Nie darf dieß geschehen! Der Rocken gehört in die Hand des Weibes, nicht aber das gebietende und entscheidende Schwert, und nur dieses kann und muß uns unentweiht vor dem einbrechenden Feinde schützen. Kann ein Weib uns voranstürmen in die blutgierige Schlacht? Vermag sie dem in Unmuth sich erhebenden Volke Ruhe zu gebieten? Würde nicht des übermüthigen Gegners Hohn uns, die dem Weibe Gehorsamen, treffen? Wähle den Geringsten aus den Männern zur Beschützung des Kindes Swen und des verwaisten Landes, und ohne Murren werden wir seinem wehenden Banner folgen, flösse selbst kein Fürstenblut in seinen Adern.“

„Ruhe, ihr Thoren!“ donnerte jetzt des Oberpriesters gewaltige Stimme. „Wer von Euch wagt es, sich dem Willen der allmächtigen Götter zu widersetzen; denn der war es, den ich nach Eurem Verlangen kündete, nicht der meinige. Wer wagt es, den Urhebern und Vollstreckern der ewigen Gesetze seinen eitlen und ohnmächtigen Willen entgegenzuhalten! Wehe! Dreifaches Wehe dem Lande, das in Selbstüberhebung das Mark seiner eigenen Söhne dem

Digitized by Google

polizeilicher Nachforschung geworden. Ebenso wird auf Befehl des Ministers Eichhorn durch den Universitätscurator und Richter gegen den Professor Nees von Esenbeck wegen eines auf Simon ausgebrachten Toastes inquirirt.

Halle, 21. Dec. Abermals beschäftigt hier eine Ausweisungsgeschichte einige Kreise des Publicums; die Schriftsteller Horarik und Benfey haben den Befehl erhalten Halle und die preußischen Staaten binnen acht Tagen zu verlassen, und die Polizei ist streng verantwortlich gemacht für die Ausführung dieser Maßregel. Der Grund zu diesem Schritt ist nicht angegeben. (Triersche Z.)

Das Oberlandesgericht zu Naumburg hat jetzt sein Urtheil über die Tumultuanten von Eilenburg (24. Apr. d. Js.) gefällt. Wegen Tumults, Diebstahls, Erpressung und Verletzung des Hausrechts, sind gegen 139 Personen, worunter 63 Frauenzimmer (Letztere mit Ausnahme von 8 sämmtlich verehlicht oder verwittwet) Freiheitsstrafen von 4 Tagen bis zu 3 Jahren ausgesprochen worden. Auch die Untersuchung über die Badinski'sche Todtenfeierangelegenheit in Posen ist beendigt, und drei der Damen, welche hauptsächlich jene Feier veranlaßt, sind „wegen Verspottung der Anordnungen der Behörden" zu 6, 4 und 3 Monaten Gefängnißstrafe verurtheilt worden.

Münster im Dec. Unsere Weber, von denen ein sehr fleißiger nur ungefähr 3 sgr. (10 kr.) täglich verdienen kann, fangen jetzt an, sich etwas mehr auf die Segeltuchverfertigung zu legen, woran etwas mehr verdient wird. — Die Zeit der Handspinnerei und Weberei scheint unwiederbringlich dahin. (Rh. Beob.)

Mecklenburg.

Schwerin, 22 Dec. Der diesjährige Landtag zu Sternberg ist heute durch den Landtagsabschied geschlossen worden. Wir heben aus demselben Folgendes hervor: „Durch die dritte Landtagsproposition und die darauf ertheilte Erklärung der Stände geht die höchst wichtige Maßregel der Einführung des Vierzehnthalermünzfußes an die Stelle der bisher kursirenden Münzen ihrer vollständigen Ausführung entgegen. Se. königl. Hoh. wird unverzüglich Anordnungen erlassen, insonderheit zur baldigen Ausprägung der Scheidemünze und Umarbeitung der Taxen und Tarife für Abgaben und andere Leistungen, auch thunlichst dafür Sorge tragen, daß vor der Einziehung der jetzigen Scheidemünze eine entsprechende Quantität der neuen Scheidemünze in den Verkehr gelange; doch ist Se. königl. Hoh. entschlossen, auch die Schillinge nach dem äußern Werthe, den sie nach dem Leipziger Fuße haben, einwechseln zu lassen. — So viel die fünfte Landtagsproposition betrifft, so kann Se. königl. Hoh. nur bedauern, daß der dringenden Empfehlung ungeachtet, die Stände dem von ihnen selbst als gemeinnützig anerkannten, für Mecklenburgs Wohlfahrt wichtigen Eisenbahnunternehmen nicht einmal eine solche Theilnahme haben bethätigen wollen, daß dessen Vollendung, nachdem es durch bloße Privatmittel derselben schon so nahe gebracht ist, gesichert erschiene. Der Proposition lag nur die landesväterliche Absicht zu Grunde, das Land gegen eine drohende Gefahr zu schirmen, und glaubte Se. königl. Hoh. hiebei der Mitwirkung der getreuen Stände um so mehr vertrauen zu dürfen, da sich dieser Zweck als selbst ohne ein wirkliches Opfer erreichbar darstellte. In wie weit ihre Besorgnisse begründet waren, kann und wird freilich erst die Zukunft lehren, und kann Se. königl. Hoh. nur wünschen, daß die Folgen der ständischen Ablehnung vom Lande nicht zu schwer empfunden werden mögen. (H. C.)

Oesterreich.

Wien, 28. Dec. Heute wurden die aus dem Vermögen des kk. Staatsschuldentilgungsfonds ausgeschiedenen Staatsobligationen vom Jahre 1829 in einem Betrage von 22,731,460 fl. 46 kr. C. M. öffentlich verbrannt. (A. Z.)

Wien, 28. Dec. Die Rüstungen werden eifrig fortgesetzt; der hiesige Gewehrfabrikant Fruwirth, Besitzer eines sehr bedeutenden Etablissements, hat vom Staat den Auftrag zur Erzeugung von 500,000 Feuergewehren erhalten, die er in gemessenen Terminen, je 50,000 Stück, an das Militärärar abliefern muß. Die Anfertigung wird so sorgfältig überwacht, daß täglich ein General, ein Stabsofficier und zwei Hauptleute zu verschiedenen Stunden die Fabrik zu inspiciren und den Fortgang der Arbeiten wahrzunehmen haben. — Im Staatsrathe soll kürzlich eine sehr lebhafte Debatte über die Herbeischaffung der Geldmittel zur Bestreitung der außerordentlichen Ausgaben stattgefunden haben.

Oesterreichische Monarchie.

Lemberg, 21. Dec. Mit dem 1. Januar 1848 hört die Lemberger polnische Zeitung auf Eigenthum der Kratei'schen Erben zu seyn; da diese noch das letzte und zwar das 50ste Jahr (1848) darauf Anspruch hatten, so wurde ihnen dieses Recht um 17,000 fl. abgelöst. Unser Gouverneur Graf Stadion hat eine Reform dieses einzigen und daher vielgelesenen politischen Blattes beschlossen. Auch mit der bisherigen deutschen Lemberger Zeitung wird bei Beginn des Jahres 1848 eine Aenderung vorgenommen. Zu Redactoren der deutschen und der polnischen Lemberger Zeitung sind nunmehr auf Veranlassung des Gouverneurs kundige Männer gewählt worden; der gleiche Inhalt in beiden Sprachen wird beibehalten werden. Der nach Abschlag der gesammten Auslagen verbleibende Ueberschuß wurde zu wohlthätigen Zwecken bestimmt. — Zu Gunsten der galizischen Bauern sind von der Regierung bereits Einleitungen getroffen worden, daß die bisherige Robot bedeutend vermindert wird. (N. K.)

Schweiz.

Bern, 28. Dec. Das eidgenössische Kriegsgericht ist heute versammelt, um über im letzten Feldzuge begangene Vergehen abzuurtheilen. (Frkf. O.-P.-A.-Z.)

Major Zeerleder, ein reicher Patricier aus Bern, der im Sonderbundsheer aus Ueberzeugung diente, hat einen Bericht an General Salis gerichtet, worin nächst Darstellung seiner Betheiligung am Kampfe den Geist der Sonderbundstruppen als einen durchaus elenden und meuterischen schon vor dem Gefechte vor Gislikon schildert. (Auch diese Aufhellung wird die Siegerner-Freunde nicht bekehren.) Die eidgenössische Armee hat im letzten Feldzug 60 Todte und 255 Verwundete gehabt (die zufällig und ganz leicht Verwundeten abgerechnet.)

Der Berner „Verfassungsfreund", das Organ Ochsenbeins, verlangt, daß Neuenburg, Baselstadt und Appenzell J. Rh., auch Graubünden gleich den übrigen Kantonen ihr ganzes Kontingent mobil machen, um die eidgenössischen Truppen, die schon zwei Monate im Felde stehen, abzulösen. Ferner macht er gegenüber dem Artikel des „Oesterreichischen Beobachters" folgende Vorschläge: „Wir schlagen vor: 1) noch mehr Waffen herbeizuschaffen und Alles in guten Stand zu stellen; 2) eventuell mit Nordamerica Anlehen abzuschließen; 3) alle Reactionäre in unserer Mitte scharf ins Auge zu fassen; 4) eine umfassende Denkschrift abzufassen, in welcher der ganze Gang der Angelegenheiten in der Schweiz seit 1831 klar und bündig aller Welt vor die Augen gelegt würde; 5) Mahnung an Tessin, sein ganzes Militärwesen ohne Verzug in bessern Stand zu stellen; 6) Kornhäuser zu errichten und Getreide oder Mehl u. A. m. herbeizuschaffen, was namentlich auf den Fall einer Lebensmittelsperre nöthig seyn wird. Dann wollen wir ruhig zuwarten, Gott, unsrem Arm und dem Rechtsgefühl der Völker von Mitteleuropa vertrauen. Die Großmächte können auf der betretenen Bahn, auf die sie durch Leidenschaft und Lügen geworfen worden sind, nicht fortwandeln, oder sie graben sich selbst das Grab."

Der katholische Pfarrer von Zürich, Hr. Robert Kälin, erläßt in der „Eidgenössischen Zeitung" einen Aufruf zur Unterstützung der Bedrängten in den kleinen Kantonen.

In Weggis (Kanton Luzern) sind die Wahlen radical ausgefallen, da die HH. Landamm. Waldis von Vitznau und Staatsanwalt Knüsel gewählt worden sind. Die provisorische Regierung von Wallis setzt ihre theils umwerfende, theils reorganisirende Thätigkeit fort. Davon zeugen folgende Beschlüsse: 1) Ein Beschluß in Bezug auf den von der vorigen Regierung gegen die Jungschweizer eingesetzten Centralgerichtshof, der dahin lautet: Artikel 1. Die Akte des Centralgerichtshofes sind null und nichtig erklärt. Art. 2. Die Bürger, die gerichtliche Functionen als Mitglieder und Suppleanten dieses Gerichtshofes oder als öffentliche Anwälte bekleideten, sind verpflichtet, der Staatskasse den Werth dessen zurückzuerstatten, was sie unter dem Titel von Diäten, Emolumenten oder Entschädigungen empfangen haben, mit Vorbehalt des Rückgriffs gegen diejenigen, die von Rechts wegen dafür haften. 2) Ein Beschluß, der das Officiercorps der beiden eidgen. Kontingente auflöst, um dasselbe auf einem bessern Fuß wieder herzustellen. 3) Ein Beschluß, der den flüchtigen Mönchen vom St. Bernhard anbefiehlt, sofort ins Kloster zurückzukehren und innerhalb acht Tagen alles wieder an Ort und Stelle zu bringen, was zum Nachtheil des Hospizes und des Staates fortgeführt worden ist. 4) Ein Decret, das den Mitgliedern der Weltgeistlichkeit, deren Benehmen zu dem Widerstand gegen die Beschlüsse der Tagsatzung beigetragen, eine Steuer von 50,000 Fr. auferlegt. — Der Große Rath ist am 27. d. zusammengetreten und hat Peter Torrent, Advocat, zum Präsidenten gewählt. Adrian v. Courten ist seit einigen Tagen wieder auf freiem Fuße, hat dagegen in Folge erklärter Nichtigkeit des Wahlaktes seine Großrathsstelle verloren und bei der Neuwahl in Siders nicht wieder erlangen können.

Neuenburg, 26. Dec. Der österreichische Gesandte, Baron v. Kaisersfeld, ist am Mittwoch den 22. d. M. hier eingetroffen.

Italien.

Rom, 24. Dec. Aus dem Finanzbericht Monsign. Morichinis geht hervor, daß die römische Staatsschuld sich auf 37 Millionen Scudi beläuft. Das Deficit des laufenden Jahres 1847 beträgt 1,200,000 Scudi. (A. Z.)

Rom, 24. Dec. Soweit die Presse sich über die Tagesvorgänge aussprechen darf, macht sie ihren Klagen

---

sichern Verderben weiht!" Und Wehe! Wehe! tönte es aus dem Munde der zahlreichen Priesterschaar, die, im zähen Schmerz das Antlitz verhüllend, die Kränze von den bebenden Häuptern rissen, daß das entsetzte Volk in stöhnenden Jammer ausbrach, und in wehen Demuthsklagen verlangte, daß von ihnen, den Schuldlosen, der Götter Zorn gewendet werde. „Oder, vermeint ihr," fuhr Hullas fort, als er den Eindruck bemerkte, den sein Weheruf hervorgebracht, „die Götter würden der nicht Kraft verleihen, die sie sich selbst zur Wächterin über ihr Lieblingsvolk auserkoren! Sie sind mächtig in dem Schwachen, aber sie werfen nieder den Hochfahrenden! Ihr Männer Skandinaviens! Noch einmal künd' ich Euch der Götter Willen: Nur wenn Gunhild die Zügel der Herrschaft mit geweihter Hand während der Minderjährigkeit ihres Sohnes führt, winkt Euch der Sieg über Eure Feinde, und Friede und Wohlstand dem beängsteten Lande, ... er das sonst der alles erschütternde Fluch der Unerbittlichen hereinbrechen würde." (Fortsetzung folgt.)

Mannigfaltiges.

Landshut, 26. Dec. Ein hiesiger Bierbrauer hat aus Anlaß der im Regierungsblatt Nr. 53 enthaltenen allerhöchsten Entschließung „Schenktag betr." dem hiesigen Armenpflegschaftsrathe die Summe von 300 fl. zur beliebigen Verfügung in der Art gestellt, daß hiefür Holz und andere Lebensmittel angekauft und unter die Bedürftigen vertheilt werden sollen.

(Hebung der Noth der arbeitenden Klassen durch Selbsthülfe.) Unter diesem Titel stattet der würdige Liedke Bericht ab von dem Sparverein, den er in Berlin vor mehreren Jahren bereits gegründet hat, und dessen segensreiche Wirkungen immer augenscheinlicher zu werden anfangen. Während der 30 Sommerwochen nämlich werden bei dem Sparvereine von allen Denen, welche ein monatliches Einkommen unter 20 Thaler haben, Beiträge angenommen von $2\frac{1}{2}$, 5, $7\frac{1}{2}$ und 15 Silbergroschen. Für die ersparten Summen werden Vorräthe von Holz, Torf und Kartoffeln im Großen eingekauft, hiedurch aber eine Ersparung gewonnen, die, der Erfahrung gemäß 115 Prozent beträgt. In dem Bezirk, dem Liedke selbst vorsteht, gingen im Jahre 1845 von 448 Familien 2204 Tglr. ein, und für diese Summe wurden $63\frac{3}{4}$ Haufen Kiefernspaltknüppelholz, $238\frac{1}{2}$ Klafter Torf und 314 Scheffel Kartoffeln gekauft. Im Detail-Ankauf würde der gleiche Vorrath 4485 Thlr. gekostet haben. Bereits im Jahre 1846 war die Zahl der Mitglieder in demselben District auf 702, die ersparte Summe auf 4602 Thlr. gestiegen. Im Ganzen betrug die Anzahl solcher Vereine im Jahr 1846 zu Berlin 29, in welchen 22,000 Thlr. eingelegt worden waren. Leipzig, Dresden, Hannover, Hamburg, Bremen und andere Städte sind dem von Liedke in Berlin gegebenen Beispiel bis

Digitized by Google

und Bedenken wegen einiger Polizeimaßregeln Lust, die sie eine Rückkehr zu dem alten Verdächtigungssystem fürchten lassen. In den letzten Tagen ist sogar wieder viel von einem Verbot der toscanischen Blätter die Rede gewesen, mit welchem die Staatssecretarie wenigstens gedroht zu haben scheint. Daß von Neujahr an die hiesigen Zeitschriften unter Posto gesetzt und daher mit einer verhältnißmäßig hohen Taxe werden belastet werden, ist jetzt entschieden. (A. Z.)

Parma, 29. Dec. Karl Ludwig hatte ein aus Modena, 26. Dec. datirtes Manifest an seine neuen Unterthanen erlassen, worin er ihnen väterliche Liebe und alle Sorge für ihr Wohl, für Recht und Gesetz verspricht, und beifügt, die Institutionen, wie er sie im Herzogthum vorfinde entsprechen der öffentlichen Wohlfahrt, daher er nicht beabsichtige, etwas daran zu ändern. Wiederholt werden die Minister sowohl als alle Civil- und Militärbehörden in ihren Stellen bestätigt.

Florenz, 28. Dec. Der Großherzog hat ein Motuproprio erlassen, mit Bestimmungen, welche bezwecken, zeitgemäße Verbesserungen in der Justiz und Verwaltung von Lucca einzuführen und eine Vereinbarung der administrativen Zustände des Landes mit denen der übrigen Theile des Großherzogthums anzubahnen. Zu gleicher Zeit ist eine Bekanntmachung erschienen, welche die größte Beschleunigung der Recrutenaushebung — 1800 Mann — anbefiehlt, und die näheren Bestimmungen darüber enthält. Die Bekanntmachung beginnt mit den Worten: Se. k. k. Hoh. in Erwägung daß es bei der gegenwärtigen Lage des Großherzogthums passend ist, die Recrutenaushebung von 1848 alsbald vorzunehmen rc. (A. Z.)

Aus Mailand. In die Commission zu Begutachtung des von Nazzari in der Centralcongregation gestellten Reformantrags sind von dem Präsidenten ernannt worden: Graf Porro, Abgeordneter der Provinz Como, Dr. Villa, Abgeordneter der Provinz Mailand; Graf Schizzi, Abgeordneter der Stadt Cremona; Graf Barni, Abgeordneter der Provinz Lodi; San Gervasso, Abgeordneter der Stadt Brescia; Nazzari, der Antragsteller, Abg. der Provinz Mantua. Wie man sieht, hat das lombardisch-venetianische Königreich in seiner Centralcongregation schon lange, was Pius IX. in der Staatsconsulta den Römern gewährte. (D. Bl.)

Niederlande.

In Folge der Berathungen über die in dem Staatsgrundgesetz vorzunehmenden Aenderungen haben der Finanzminister v. Hall und der Minister des Auswärtigen de la Serraz ihre Entlassung eingereicht und erhalten. Als neue Minister treten ein die HH. van Rappard und van der Heim, laut dem Handelsblatt, bekannte Gegner einer erheblichen Staatsgrundgesetzreform.

Frankreich.

Paris, 30. Dec. Die heutige Sitzung der Deputirtenkammer (Präsident Sauzet) begann mit Erwählung der vier Vicepräsidenten. Anwesend waren 355 Deputirte. (Majorität 178.) Eine erste Abstimmung ergab für Bignon 217, für Lepelletier d'Aulnay 210, Bugeaud 206, Delessert 185. Alle vier Conservative wurden ernannt. Malleville erhielt nur 112 Stimmen. — Herr Sauzet wurde mit 226 von 363 Stimmen zum Präsidenten der Kammer gewählt. — Die vier Secretäre der Pairskammer heißen: Vicomte Flavigny, Vienney, Graf Ham und Graf Noé. Im Palast Bourbon wurden die neuen Abtheilungen gebildet, wobei die Opposition nur einen ihrer Kandidaten, Hrn. Thiers, als Präsidenten und einen andern, Hrn. v. Lasteyrie, als Secretär durchsetzte.

Noch vor Jahresschluß hat die Bank ihren alten Discontosatz von 4 pCt. wiederhergestellt.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 4. Januar: „Der Schauspieldirector", Musik v. Mozart. Vorher: „Der Weg durch's Fenster", Lustspiel v. Friedrich.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Obermaier, Banquier von Augsburg; Königsberger, Kaufmann v. Fürth; Mr. Kloo v. Landsberg.

Goldn. Hirsch. HH. v. Herrold, Privatier aus England; v. Provenchere, Proprietär v. Wien.

Hôtel Maulick. HH. Le Chevalier de Varigha, Proprietär aus Rußland; Petag, Dr. med. v. Teplitz.

Blaue Traube. H. Kurz, Privatier v. Augsburg.

Stachusgarten. HH. Schmitt, Pfarrer, und Heiß, Rechtspracticant v. Augsburg; Schweiger, Kaufmann v. Zürich.

Gestorbene in München.

Ursula Kainzinger, Schuhmacherstochter v. d. Au, 67 J. alt; J. B. Baumann, b. Schuhmacher, 49 J. alt; Ursula Degenhart, b. Schneiderstfrau, 47 J. alt; Kaspar Schuster, k. Kammerportier, 77 J. alt.

Edictalladung.

2146. (3c) In Folge Erkenntnisses des kgl. Appellationsgerichts von Oberbayern als gemischten Criminalgerichts vom 6. November l. Js. wird hiemit der ledige Schmidsohn und Forstcandidat Georg Keck von Bamberg aufgefordert, innerhalb drei Monaten von heute an bei dem unterfertigten Gerichte zu erscheinen und sich wegen der wider ihn vorliegenden Anschuldigung der Tödtung des Rechtscandidaten Joseph Dorner dahier zu verantworten.

Sign. am 11. Nov. 1847.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

Weisch, Rpr.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

2213. (3b) Mittwoch den 19. Jan. 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Decbr. 1846, und zwar von

Nro. 15,631 bis 23,100.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Büreaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Montag den 24. Jan. 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 24. Dec. 1847.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

J. Regnitt, Magz.-Rath.

Schuetz, Cassier. Offenbrunner, Controleur.

№ 2224. Fortepianos sind zu verkaufen bei dem Klaviermacher X. Mayerhöfer am Altheimereck Nr. 7/2.

2222. (3b)

Bekanntmachung.

Kgl. Bayer. concession. pfälz. Ludwigsbahn.

(Ludwigshafen-Bexbach.)

Wir laden die Herren Aktionäre ein, die von uns am 1 Dec. l. Js. auf nächsten ersten Januar ausgeschriebene neunte Einzahlung ausschließlich an einen der nachbenannten Herren Banquiers der Gesellschaft, als:

in	Augsburg:	Joh. Lor. Schäzler;
„	Frankfurt a. M.:	Gebrüder Goldschmidt;
„	id.	Ph. Nic. Schmidt;
„	Mannheim:	W. H. Ladenburg und S.;
„	id.	Joh. Wm. Reinhardt;
„	München:	Joh. Lor. Schäzler;
„	Neustadt a. H.:	L. Dacqué;

zu leisten.

Speyer, den 30. December 1847.

Das Directorium der Königlich Bayerischen concessionirten pfälzischen Ludwigsbahn.

Lamotte.

2223.

Höchst wichtige Erfindung

für

Bäcker, Hefenhändler, Bierbrauerei- und Branntweinbrennerei-Besitzer, Conditoren, Kaufleute u. s. w.

Die erprobte, sehr deutliche, practische Anweisung zur Verfertigung einer in England ganz neu erfundenen, sehr weißen Kunsthefe oder Bärme, welche im trocknen und flüssigen Zustande ohne Betrieb einer Branntweinbrennerei in jedem Local und in jeder Quantität von jedem selbst sehr billig gefertigt werden kann, kräftiger wie jedes andere Gährungsmittel wirkt und sich Jahre lang, ohne zu verderben und ohne an ihrer Treibkraft zu verlieren, hält, ist gegen portofreie Einsendung von 3 Thlr. pr. Cour. oder 5 fl. 15 kr. CM. (vorbehaltlich der Geheimhaltung) bei dem Unterzeichneten zu haben und durch jede Buchhandlung nur von demselben zu beziehen. Bemerkt wird noch, daß dieser Erwerbszweig jetzt besonders vortheilhaft und gewinnbringend ist, da jetzt überall Mangel an guter Hefe ist und dieselbe zu guten Preisen bezahlt wird.

Schultz in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78 a, königl. preuß. approbirter Apotheker, Chemiker und practisch-technischer Fabrikant.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Paris, 30. Dec. 3pCt. 75 Fr. 50 C., 5pCt. 116 Fr. 90 C.

London, 29. Dec. Consols 85¾.

Braunschweig. Die Meßzahlwoche beginnt mit dem 26. Jan. und dauert bis 17. Febr. Mittags.

Schubert, verantwortlicher Herausgeber.

---

jetzt schon gefolgt, und fühlen auch bereits die herrlichen Früchte dieses segensreichen und doch so einfachen Systems. (Könnte, ja sollte München nicht auch folgen!)

Die Zeitungshalle erzählt aus Berlin folgenden Fall über Anwendung des Chloroforms: Es war ein Kranker, dessen Unterkiefer bis nahe an die Zungenwurzel und zum Theil auch die Bedeckungen des Unterkiefers von dem Krebs auf das Scheußlichste zerstört waren. Vergebens hatte man durch wiederholte Auftragung der Chlorzinkpaste der immer weiter um sich greifenden Zerstörung Einhalt zu thun gesucht, es blieb als letztes Linderungsmittel nur das Glüheisen übrig — furchtbares Heilmittel einer furchtbaren Krankheit! — Nachdem man circa 12 Minuten nach begonnener Einathmung der Empfindungslosigkeit des Kranken sicher war, wurde zur Operation geschritten. Schnell wird das Glüheisen angesetzt, zischend dringt es in die Tiefe, ein dicker Qualm steigt lästerpestend in die Höhe, rasch ein anderes und so fort bis zum achten. Da fängt der bis dahin wie eine Leiche Gelegene an zu zucken, wenige Tropfen des Zauberwassers auf das Tuch gegossen, sind hinreichend, seine frühere Todtenstarre zurückzuführen. Von neuem wüthet das mörderische Instrument auf dem Fleische des Unglücklichen, bis mit dem vierzehnten Glüheisen alle krebshaft entarteten Stellen mit einem schwarzen Brandschorfe bedeckt sind. Nun wird der schützende Verband umgelegen; noch liegt der Kranke da, mit ruhigem Athem, langsamem Blutstrom, von sanftem, erquickendem Schlafe umfangen, bis er durch wiederholtes Rufen erweckt, mit Staunen die Kunde von der vollzogenen Operation empfängt.

Auf dem Mecklenburgischen Landtage zu Sternberg ist von einer Anzahl Gutsbesitzer eine Summe von 50 Louisd'or für den Beselerfonds zusammengebracht worden. In Nürnberg hat die Theaterdirection dieser Tage eine Vorstellung zu Gunsten des Beselerfonds (wozu das Stück: Die Dänen in Holstein, von dem Nürnberger Bühnendichter Pelenz, gewählt war) gegeben. Unter den Studenten Berlins hat eine Silbergroschen-Sammlung für Beseler stattgefunden, deren Ertrag (es sollen 50 Thlr. seyn) unzweifelhaft weit reicher ausgefallen seyn würde, wenn nicht einem Anschlag an das schwarze Brett, welcher darüber einfache Meldung thun sollte, die obrigkeitliche Genehmigung versagt worden wäre.

(Der schwedische protestantische Geistliche.) Der schwedische Gottesdienst hat unter allen protestantischen das Meiste vom Katholicismus beibehalten. Dieß zeigt sich namentlich in der Amtstracht des den Altardienst verrichtenden Geistlichen. Derselbe ist bekleidet mit dem weißen Meßgewand (messkjorta) mit weiten Aermeln von feiner Leinwand, und darüber das eigentliche Meßgewand (messhake) von rothem Sammt ohne Aermel. Vorn befindet sich eine in Gold gestickte Sonne, in deren Mitte die hebräischen Buchstaben Jehovah eingeschrieben seyn sollen, hinten, gleichfalls in Gold gestickt, befindet sich ein großes Kreuz.

Nr. 4.

Man pränumerirt auf die Nr. [illegible] in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir, Kaufinger-Gasse Nr. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 26 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Mittwoch | XLIX. Jahrgang. | 5. Januar 1848.

Deutschland.

Bayern.

Im Intelligenzblatte von Unterfranken werden sämmtliche königl. Rentämter aufgefordert, die Uebersicht über den Stand der Aerarial-Getreidrenten und über die Perception während des ersten Quartals 1847/48 bis zum 30. Dec. l. J. in Vorlage zu bringen. Mit derselben ist zugleich über die Qualität der Früchte, über den muthmaßlichen Betrag der zur Eindienung kommenden Früchte im Vergleiche zum Eindienungssoll und über die Ursachen dieser Differenz, ferner über die bisherigen Erfahrungen bezüglich des Getreidehandels und über andere etwa hervorgetretene wichtige Erscheinungen Bericht zu erstatten.

Augsburg, 1. Jan. An die Stelle des verstorbenen Domcapitulars Rieger, ist vom hochw. Domcapitel einstimmig der Domvicar, bischöfliche Secretär und geistliche Rath Herr Anton Steichele gewählt. Die Wahl unterliegt noch der allerhöchsten Bestätigung.

Hr. Stadtpfarrer und Dechant Lechner von Burghausen, Mitglied der Kammer der Abgeordneten, hat das beim Collegiatstift U. L. Fr. zur alten Kapelle in Regensburg erledigte Canonicat erhalten. (R. Z.)

Württemberg.

Stuttgart, 31. Dec. Daß wegen des Baues der Westbahn (Bretten zu) eine Regierungsmittheilung an die Stände erfolgen wird, ist außer Zweifel. Die Vorbereitungen dazu sind beendigt. (Karlsr. Z.)

Baden.

Der „Schwäbische Merkur" meldet neuerdings, im Staatsrath sey beschlossen worden, vorerst eine Commission, bestehend aus 1 Mitglied des Ministeriums des Innern und 1 der Finanzen zur Untersuchung des Finanzstandes der durch die Zahlungseinstellung von Haber und Söhne in Frankfurt und Karlsruhe gefährdeten großen Anstalten: Der Zuckerfabrik zu Waghäusel, Baumwollspinnerei in Ettlingen, Keßlersche Maschinenfabrik in Karlsruhe — abzuordnen.

Aus Baden, 31. Dec. Die nächste Conferenz der Bevollmächtigten der Zollvereinsstaaten verspricht für die Entfaltung des deutschen Handelsstaats, und besonders für die deutsche Industrie, von Bedeutung zu werden. Wie wir aus guter Quelle hören, beabsichtigen nämlich Bayern, Württemberg und Baden auf dem Congreß gemeinsame Anträge zum Schutze und zur Förderung der heimischen Industrie zu stellen und dieselben, die schon im wesentlichen verabredet seyn sollen, mit allem Nachdruck zu vertheidigen. Wir glauben uns hiervon sehr günstige Ergebnisse versprechen zu dürfen. Zugleich verlautet, daß neue Unterhandlungen einerseits mit Hannover, andrerseits mit Bremen über einen deutschen Handelsverein im Werke seyen. — Die „Deutsche Zeitung" dürfte bereits zu den verbreitetsten und gelesensten Blättern des Vaterlandes gehören; die Zahl ihrer Abonnenten soll jetzt gegen 3000 betragen; namentlich hat sie im südwestlichen Deutschland und in der Schweiz schon feste Wurzel geschlagen. Dagegen fand sie bisher in Preußen weniger Eingang und auch weniger Anklang als man wohl erwarten sollte. Wie man hört, beabsichtigt Höfken, von verschiedenen Seiten dazu aufgemuntert, an der Universität Heidelberg sich zu habilitiren*) und, wo möglich, schon im nächsten Semester über Nationalökonomie und deutsche Handelspolitik zu lesen. (A. Z.)

K. Sachsen.

Leipzig, 29. Dec. Eine Untersuchung wegen verbotener burschenschaftlicher Verbindungen ist beendet. Sämmtliche Angeschuldigte sind mit Unterschreibung des Consilium abeundi davongekommen. (K. Z.)

Leipzig, 30. Dec. In der gestrigen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten wurde die Verordnung des Ministeriums des Innern verlesen, worin der Recurs sowohl der Stadtverordneten als Hrn. Blums selbst gegen die Entscheidung der Kreisdirection in Betreff der Wahl des letztern zum Stadtrath auf Zeit verworfen und demnach die frühere Nichtbestätigung der Kreisdirection bestätigt wird. Am Schlusse der Verordnung heißt es: Auch hat sich das Ministerium eines nähern Eingehens auf das was den in der Verordnung der Kreisdirection enthaltenen Gründen entgegengestellt worden ist, umsomehr für überheben erachten können, als der Buchhändler R. Blum keinen Anstand genommen hat in seiner Recursschrift unumwunden zu Grundsätzen und Ansichten sich zu bekennen, von denen es am Tage liegt, daß sie unvereinbar sind mit den Ansprüchen, welche die Regierung an das Mitglied einer Behörde zu machen hat die Obrigkeit und zugleich Organ der Staatsgewalt ist." Auf die gestellte Frage, ob das Collegium nun sofort zu einer neuen Wahl schreiten wolle, wurde mit Ja geantwortet, und es wird hiernach die übliche Vorwahl in einer der nächsten Sitzungen stattfinden. (L. A. Z.)

*) Höfken hatte in Einklang mit einigen der bedeutendsten Männer von Rheinland und Westphalen die Gründung eines wesentlich handelspolitischen Blattes am Niederrhein — in Crefeld — beabsichtigt; dem Vernehmen nach wurden aber die diesfälligen Anträge von der preußischen Regierung wiederholt abgelehnt.

Kurhessen.

Kassel, 29. Dec. Die von dem Oberbürgermeister und gesammten Stadtrath hiesiger Residenz Sr. königl. Hoh. dem Kurfürsten am 24. d. M. ehrerbietigst überreichte Adresse lautet wie folgt: „Allerdurchlauchtigster Kurfürst, allergnädigster Kurfürst und Herr! Im Gefühle des schmerzlichen Verlustes, welchen Ew. königl. Hoh. und Allerhöchstderen fürstliches Haus erlitten haben, nahen wir uns dem Throne, um Ew. königl. Hoh. Namens der treuen Bewohner der Residenz unsere allerunterthänigste Condolenz ehrfurchtsvollst darzulegen. Stets werden wir das Andenken des weiland allerdurchlauchtigsten Fürsten und Herrn verehren, welchem das Land die Verfassungsurkunde, so wie die Wohlthat verdankt, daß uns die Segnungen der Regierung Ew. königl. Hoh. nun schon seit 16 Jahren zu Theil geworden sind, und Störung und Neuerung den Gang der Regierung nicht treffen können, wie das bei dem tödtlichen Hintritte der Fürsten sonst wohl der Fall ist. Möge der Allmächtige die Regierung Ew. königl. Hoh. auch ferner segnen. Möge dieselbe zum Wohle der Stadt und des ganzen Landes eine lange, friedliche und glückliche bleiben. Dies sind unsere innigsten aus treuem Herzen kommenden allerunterthänigsten Wünsche. Der Gnade Ew. königl. Hoheit die Stadt und uns selbst allerunterthänigst empfehlend, ersterben wir in tiefster Ehrfurcht und treuester Ergebenheit Ew. königl. Hoheit allerunterthänigste treugehorsamste und pflichtschuldigste Oberbürgermeister und Stadtrath. (Gez.) Arnold." (Kass. allg. Z.)

Gr. Hessen.

Darmstadt. Die Antwortadresse der zweiten Kammer der Stände lautet wie folgt: Allerdurchlauchtigster Großherzog, allergnädigster Herr! Eurer königl. Hoh. fühlen wir, Allerhöchstihre getreuen Stände der zweiten Kammer zu dem aufrichtigsten Dank uns verpflichtet, daß Allerhöchstsie auch dießmal uns zu unserem neuen Beruf in erhabener eigener Person einzuführen geruht haben, und hätte unsere Freude darüber durch irgend einen äußeren Umstand noch vergrößert werden können, so würde es der gewesen seyn, daß Allerhöchstdieselben die

---

Gunhild von Schweden.

(Geschichtliche Novelle von M. v. St.)

(Fortsetzung.)

Zu den nahen Gemächern der Königin begab sich, von Pallas geleitet, die Schaar der Edlen; die königliche Wittwe empfing sie mit scheinbarer Ueberraschung, und umgeben von ihrem Frauenkreise schien sie den kleinen Suen für den wichtigen Augenblick zu schmücken, wo er dem Volke als der nunmehr rechtmäßige Erbe König Hundings vorgestellt werden sollte. Demüthig neigte sie sich vor der erhabenen Gestalt des Oberpriesters, der ihre Stirn leicht mit seinen Lippen berührte; im milden Klang der Worte und mit züchtig gesenktem Blicke aber stürmisch aufwallendem Herzschlage forschte sie nach dem Grunde des zahlreichen und so ehrwürdigen Zuspruchs. In flüchtiger Rede kündete ihr Pallas den Willen der Götter und die Zustimmung der Fürsten, sie auffordernd, mit ihrem Sohn den Königsstuhl zu besteigen und die Huldigung der mächtigen Vasallen und kühnen den Thron umringenden Helden zu empfangen. Doch wider Erwarten der Männer neigte Gunhild ängstlich das schöne Haupt, durch dessen Lockenpracht sich heute schimmernde Perlenschnüre wanden, einen blendenden Purpurschleier umgürtend, während ein schneeiges, golddurchwirktes Gewand in schweren Falten den schwellenden Leib umfloß, unter der üppig wogenden Brust von einer breiten priesterlichen Binde, — ein ihr vom früheren Beruf ihr verbliebenes Vorrecht — schmiegsam umfangen ward. Fast im Tone des Flehens lispelte der sonst so stolze Frauenmund: „Nicht also, ihr würdigen Männer! Wie könnte des schwachen Weibes noch schwächere Hand" — doch ein strenger Blick des Priesters hieß sie verstummen, der in die Rede fallend ermahnte: „Gehorsam, lautloser Gehorsam ist die erste Pflicht der früheren Priesterin!" ihre Hand ergriff, und sie und den lieblichen Knaben in den Thronsaal geleitete. An den Stufen des königlichen Sessels angelangt, lüftete er den Trauerschleier von den Zeichen der höchsten Gewalt, ließ das götterschöne Weib die Stelle einnehmen, hob selbst den blühenden Knaben auf ihre Kniee, befestigte den schweren Goldreif über dem wallenden Schleier und legte das gewichtige Schwert in ihre zarte bebende Rechte. Dann ergriff er das stralende Schwert und dicht an der Königin Seite tretend sprach er: „Da die weiche Hand des Weibes zu schwach ist, die drohende Waffe zu schwingen, so ergreifen die Götter selbst sie, und Thor der Gewaltige verheißt durch mich, Euch zum Siege zu führen!" Nach einander nahten sich nun die finster schauenden Männer der hohen Frau, und leisteten ihr, mit der Hand das goldene Schwert berührend, den Eid des Gehorsams bis die Zeit es gestatten würde, ihn zu übertragen auf den zum Manne gereiften Knaben; das Knäblein aber schmiegte sich mit Kindesanmuth an der Mutter schützende Seite, und kaum wagten sich seine schüchternen Blicke zu den tiefernsten Kriegergestalten auf. (Fortsetzung folgt.)

Eröffnung der Ständeversammlung gerade an dem Tage vornahmen, an welchem vor 27 Jahren Ihr verklärter und in den Herzen aller treuen Hessen ewig unvergeßlicher Vater, der Großherzog Ludwig I., das hessische Volk mit der Verfassung beglückte, welche, in allen Schichten unserer politischen Gesellschaft als das höchste Kleinod unseres öffentlichen Rechtszustandes verehrt, die stets heilig zu haltende Grundlage unseres ständischen Wirkens bilden soll. Der bedeutende Nothstand des verflossenen Winters, welcher leider in verschiedenen Theilen des Großherzogthums eine kaum je vorgekommene Ausdehnung erlangt hatte, und neben den Unterstützungen des Staats die Privatmildthätigkeit, bei welcher allerhöchst ihr treues Volk vor allen Ew. königl. Hoh. als leuchtendes Vorbild diese Tugend üben sah, auf das höchste in Anspruch nahm — wird, Dank der gütigen Versehung durch die stattgehabte bessere Ernte wohl größtentheils beseitigt seyn. Dennoch leiden aber noch viele Gegenden Allerhöchstihres Landes sehr an den traurigen Nachwehen jenes Mangels und die fortwährend sich zeigenden Spuren einer, wie es fast scheint, unvertilgbaren Krankheit eines der wichtigsten Nahrungsmittel sind wohl geeignet, noch immer mit einigen Besorgnissen für die Zukunft zu erfüllen. Wir können es daher nur mit tiefgefühltem Dank erkennen, daß Euere königl. Hoheit uns Gelegenheit geben lassen wollen, uns über vorbeugende Maßregeln gegen die zerstörenden Folgen etwaiger künftiger Mißernten auf diesem Landtag auszusprechen, und es wird gewiß ein Gegenstand unserer größten Sorgfalt seyn in Verein mit Allerhöchstihrer Staatsregierung die Mittel ausfindig zu machen, welche am besten geeignet seyn möchten Kummer und Sorgen besonders unserer ärmeren Mitbürger bei wiederkehrenden schlimmen Zeiten soweit möglich zu verhüten. Aber nicht dieser im wesentlichen beseitigte Nothstand allein, auch noch andere Erscheinungen deuten auf tief gefühlte Bedürfnisse im Volke, bezüglich der bisherigen Verwaltungszustände, deren Ursachen zu ergründen und wenn möglich zu beseitigen von der erleuchteten Weisheit und dem väterlichen Herzen Ew. königl. Hoheit für eine ernste Pflicht Allerhöchstderen Regierung nicht minder als der Stände erkannt werden wird. Das Bewußtseyn deutscher Nationalität ist erstarkt, und jeder vom Fürsten bis zum Bürger fühlt, daß das deutsche Volk nur dann wahrhaft stark und achtunggebietend dem Auslande gegenüber seyn könne, wenn der erhabene Gedanke, Ein Brudervolk zu seyn von Deutschen immer mehr und tiefer auch durch äußere Lande und gemeinsame Interessen genährt und befestigt wird. Dieses Bewußtseyn ist so rege, daß im Norden unseres schönen deutschen Vaterlandes kaum die Gefahr zu dämmern schien es solle uns ein Bruderstamm entrissen und fremder Nationalität unterthan werden, als sofort in allen deutschen Gauen die kräftigste Bewegung gegen solch Beginnen sich zeigte. Hat schon der gemeinsame Zollverband die innigere Verbrüderung deutscher Völkerstämme mächtig angebahnt, so wird doch eine Verschmelzung und unauflösliche Verbindung gewiß in noch weit höherem Maße erreicht werden, wenn erst die Schranken der unzähligen particularen Rechte, welche uns Deutsche trennen, werden gefallen seyn, und das Band eines allgemeinen deutschen, eines freien Volkes würdigen Gesetzes uns umschlingen wird. Wir verkennen nicht die mannigfachen Schwierigkeiten, welche sich einem solchen großartigen Werke entgegenstellen. Allein der erste Stein dazu ist soeben glücklich gelegt worden. Wir begrüßen mit aufrichtiger Freude die Ankündigung der Vorlage eines aus den gemeinsamen Berathungen des von fast allen deutschen Staaten beschickten Congresses hervorgegangenen Entwurfs eines allgemeinen deutschen Wechselrechts zu unserer verfassungsmäßigen Mitwirkung. Und wie bald wird aus diesem kleinen Anfang, wenn er zum erwünschten Ziel führt, die Ueberzeugung entspringen, daß auch dem weiteren Rechtsgebiet eine gleiche unser Gesammtvaterland beglückende Behandlung zu Theil werden könne, sobald nur guter Wille und Eifer, wie sie von allen Seiten zu jenen Berathungen über den ersten Versuch eines allgemeinen deutschen Gesetzes gebracht wurden, auch bei solchen größeren Werken der Gesetzgebung den Ausschlag geben! Die inzwischen vorbereiteten beiden weiteren Abtheilungen eines hessischen bürgerlichen Gesetzbuches werden dann als Entwurfe zu einem allgemeinen deutschen Gesetzbuche gewiß sehr erwünschte Beiträge abgeben. Der anderen Gesetzvorschläge von geringerem Umfang, deren Ew. königl. Hoh. nur im allgemeinen zu gedenken geruhten, sind wir ehrerbietigst gewärtig. Wir werden auch ihnen die sorgfältigste Erwägung widmen. Dabei geben sich Höchstihre getreuen Stände der Hoffnung hin, daß Ew. königl. Hoh. den gedrückten Zustand der Presse im deutschen Vaterland überhaupt und in dem Großherzogthum insbesondere als einen Ihren landesväterlichen Gesinnungen würdigen Gegenstand zu erkennen geruhen. Die Erleichterung der Presse von den drückendsten Fesseln bedarf der ständischen Mitwirkung nicht, wo aber diese zur Begründung eines gesetzlich geregelten Zustandes erforderlich wäre, werden Höchstihre getreuen Stände eine deßfallsige Vorlage als einen hohen Beweis des Vertrauens zu Ihrem Volke dankbar anzuerkennen wissen. Es wird zuverlässig im ganzen Lande die freudigste Stimmung erwecken, daß Ew. königl. Hoh. Ihre besondere Aufmerksamkeit der nachhaltigen Verminderung der Communalausschläge, welche allerdings bisher oft ungemein drückend geworden sind, zugewendet haben. Ohne hiemit den Anordnungen irgend vorgreifen zu wollen, welche zur Erreichung dieses wichtigen Zweckes bereits in Aussicht genommen worden sind, glauben wir jedoch hier die Ueberzeugung aussprechen zu müssen, daß ein großer Theil der seitherigen Klagen schon dann beseitigt werden dürfte, wenn man den Gemeinden gestatten wird, sich in der Verwaltung ihres Vermögens allenthalben so selbstständig zu bewegen, wie es Wort und Geist der Gemeindeordnung mit sich bringen, wenn also der Staat nur die wohlthätige und unentbehrliche Oberaufsicht übt, ohne durch seine verschiedenartigen Behörden an der Verwaltung selbst einen mehr oder weniger tief eingreifenden Antheil zu nehmen. Den uns auf dem begonnenen Landtag sich darbietenden verfassungsmäßigen Arbeiten, und namentlich denjenigen, welche durch das Budget und die sonstigen Angelegenheiten der Finanzverwaltung gegeben sind, werden wir eine angestrengte Thätigkeit zu widmen nicht verfehlen; es kann auch nur unser eigener Wunsch seyn, daß eine allzulange Dauer des Landtags möglichst vermieden werde. Die allerhöchste Verkündigung daß, ungeachtet der schweren Opfer, welche die letztverflossene Zeit erheischte, eine Vermehrung der Abgaben nicht nöthig befunden worden sey, haben wir mit Freude vernommen, und wir glauben schon jetzt hieraus die beruhigende Hoffnung schöpfen zu dürfen, daß wir bei allenthalben bethätigter weiser Sparsamkeit selbst zu einer Abgabenverminderung, nach der Allerhöchstihr Volk so angelegentlich sich sehnt, gelangt seyn würden, wenn nicht jene letztverflossene Zeit der Noth und Bedrängniß in der Mitte läge. Ihre getreuen Stände sprechen die Ueberzeugung aus, daß eine Verminderung der Staatsausgaben von irgendeinem Ihr Volk wirklich erleichternden Umfang nur durch weise Vereinfachung der verschiedenen Zweige des Staatshaushaltes zu erreichen möglich sey. Wir werden das Einschlagen dieser Richtung als die hoffnungsreichste Verbesserung unserer öffentlichen Zustände begrüßen. Indem wir zum Schlusse noch versichern, wie wir des uns ausgedrückten und uns sehr beglückenden landesherrlichen Wohlwollens durch redliche Bethätigung eines tiefen Pflichtgefühls und einer wahren Ueberzeugungstreue in unserem ständischen Beruf stets und würdig zu bewähren hoffen — ersterben wir in tiefster Ehrfurcht Ew. königl. Hoh. allerunterthänigst treugehorsamste die zweite Kammer der Landstände. (Wegen Unwohlseyns Sr. königl. Hoheit des Großherzogs konnte die Adresse der zweiten Kammer bisher nicht in Empfang genommen werden.)

(Hess. Bl.)

Preußen.

Berlin, 30. Dec. Vor einigen Tagen begab sich Se. Maj. der König in die zum Besten der hiesigen Krankenanstalt der barmherzigen Schwestern veranstaltete Ausstellung wo er fast den größten Theil der noch vorhandenen Gegenstände ankaufen ließ. — Die erwähnte Anstalt erfreut sich seitens hiesiger jüdischer Familien der namhaftesten Unterstützungen. (Karlsr. Z.)

Aus Berlin wird der „Weser-Zeitung" geschrieben: „Der mit einer Specialcommission in den Schweizer Angelegenheiten beauftragte englische Gesandte, Sir Stratford Canning, wird, bevor er seine Reise nach Konstantinopel fortsetzt, noch in unserer Stadt erwartet, um wahrscheinlich unserer immer mehr der englischen Auffassung der Schweizerfrage sich zuneigenden Regierung den wahren Stand der Dinge in der Schweiz und die Vereinbarungen mitzutheilen, welche er mit den Schweizer-Radicalen hinsichtlich ihres fernern mäßigen Verfahrens getroffen hat. Auf seiner Weiterreise nach dem Orient wird er Wien nicht berühren."

Am 27. Dec. feierte in Berlin der greise Vorsaß des Rhein. Revisions- und Cassationshofes Sethe sein 50 jähriges Amtsjubiläum. Er war es, der, als der Fortbestand des Schwurgerichtes in den preuß. Rheinlanden wankend geworden und der verewigte König zur Prüfung des wahren Gehaltes und Werthes dieser Einrichtung eine Immediat Justizcommission niedersetzte, vorzugsweise den alle Zweifel glänzend beseitigenden Entscheid herbeiführte und als Mitglied jener Commission, woran wohl nicht mehr zu zweifeln, das classische Gutachten verfaßte, dessen Erfolg die Erhaltung des rhein. Gerichts war und dessen wissenschaftliche Bedeutsamkeit selbst bei Gegnern Bewunderung gefunden. (D. Z.)

Hannover.

Hannover, 28. Dec. Vom 1. Jan. 1848 an tritt die bereits von der hannöverischen Zeitung angekündigte neue Proceßordnung auf geheimes und schriftliches Verfahren gegründet ins Leben. (König Ernst August ist der älteste Monarch Europas!)

Freie Städte.

Frankfurt, 28. Dec. Von Seiten des dänischen Gesandten, v. Pechlin wurde eine heftige Note wegen eines in den hiesigen Blättern erschienenen Aufrufs zu einer Beselerstiftung an den Senat gerichtet, jedoch fest und ablehnend beantwortet, da die Sache Beselers eine

Mannigfaltiges.

Die Zahl der in Augsburg erscheinenden Blätter ist vom 1. Jan. d. Js. an vermehrt. Es erscheinen nunmehr: Die Allgemeine Zeitung, Abendzeitung, Postzeitung, constitutionelle Zeitung, Volkshalle, Lechbote, Anzeigeblatt, Tagblatt

In einem sehr lesenswerthen Aufsatz der „Karlsruher Zeitung" vom 1. Jan. wird über die jeden Augenblick drohende Verwelschung Tyrol's Klage geführt. Sollte nicht das kluge Oesterreich lieber hier vor seiner eigenen Thüre rein zu fegen haben, als über die noch ungelegten Eier in der Schweiz verfügen zu wollen.

Ludwig Clarus in seinem Werke: „Schweden Sonst und Jetzt" sagt über den verstorbenen König von Schweden (Bernadotte) und seinen Sohn Oscar, den gegenwärtigen Regenten: „Mir scheint, als ob er (Bernadotte) es als Hauptaufgabe betrachtet seine Dynastie in Skandinavien sattelfest zu machen. Er würde gewiß nicht an Adel und Priester sich gelehnt haben, wenn er nicht das conservative Princip, welches diese vertreten, (?) als das geeignete Mittel erkannt hätte, seiner Familie eine sichere Stütze zu werden." Der Sohn aber schlägt eine andere Richtung ein: „Dem neuen König hat sich die ganze Volksliebe zugewendet, welche seinem Vater abhanden gekommen war. Bauer und Bürger schwärmen für den Mann, welcher sich immer so offen und milde erwiesen und für ihre Rechte mit schöner Beredsamkeit das Wort ergriffen. Es fragt sich, ob er im Stande seyn wird, die Regungen der Freiheit, welche sich überall zum Schrecken des Adels und der Geistlichen kund thun, so zu beschwichtigen und zu leiten, daß sie nicht denjenigen Erfolgen zuführen, um deren Willen sein Vater denselben so sehr abhold war. Geistliche und Adel versahen sich bei Oscars Thronbesteigung zu seiner vom Volke gepriesenen Richtung nichts Gutes. Der Erzbischof von Upsala, Dr. Wingård, hielt dem Könige bei der Huldigung eine Anrede, worin er die Tugenden des verstorbenen Vaters pries und mit dürren Worten herausfagte, daß man einer gleichen Güte vom Sohne sich nicht versehe, der weit davon entfernt scheine, der Kirche (d. h. der Geistlichkeit) und deren Bestandes (der geistlichen Vorrechte, denn für der Kirche Bestand sorgt Gott) sich in gleicher Weise als Karl Johann annehmen zu wollen. Diese Rede durchlief wie ein Brand die ganze Stadt, und Dr. Wingård war nahe daran, an seinem Leibe auf eine unangenehme Weise durch die Menge blau gezeichnet zu werden, oder dem Glaser einen unfreiwilligen Dienst zuwenden zu müssen, so aufgebracht war man über die furchtlosen Worte, welche der Erzbischof seinem Könige ins Gesicht gesagt hatte."

deutsche sey, auch bezog man sich auf den desfallsigen §. 4 des Bundesvertrags. (Freib. Z.)

Frankfurt, 31. Dec. Der kurhessische Staatsminister v. Meysenbug ist gestern dahier verstorben.

Frankfurt, 1. Jan. Die Abrechnung für Ende Monats und Jahres hat, (wie schon kurz erwähnt wurde) ein alle Erwartungen übersteigendes günstiges Resultat geliefert. Bei einem Wechsel-Disconto von 4½ bis 4¾ pCt. konnten Depotgeschäfte mit 10 pCt. Ueberbesserung zu 5 pCt. ausgeführt werden, und Prolongationen kamen etwa 1 pCt. höher zu stehen. Zu diesen Bedingungen waren baare Geldmittel im Ueberfluß vorhanden, um die Ausgleichungen zu bewirken. Gegen Ende der Börse gingen sogar die Curse mehrerer Fondsgattungen in die Höhe, da die Speculanten auf diese Weise sich genöthigt sahen, Deckungsankäufe zu machen. (Schw. Mkr.)

Wie man der Weser-Zeitung, wiewohl unverbürgt, von Hamburg schreibt, soll dort die Gewährung völliger Preßfreiheit für innere Angelegenheiten vorbereitet werden.

Oesterreich.

Wien, 30. Dec. Aus Mailand lauten die neuesten Berichte vom 26. fortwährend ungünstig. Eine absichtlich durch den Adel genährte gereizte Stimmung gegen die Regierung gibt sich nach allen Seiten kund. So wird jetzt dort mit Vereinen gegen das Rauchen von k. Cigarren und gegen das Lottospiel getrotzt. Diese Machinationen erinnern an das Hony-Geschrei der ungarischen Opposition, womit alle österreichischen Waaren verpönt werden sollten. Nach kurzer Zeit wurde das Lächerliche solcher Versuche erkannt. Allein beklagenswerth erscheint jedenfalls das Benehmen des lombardischen Adels, der sich vom Hofe zurückzieht und mit Auswanderung droht. — Die Trennung von Galizien in Ost- und West-Galizien ist definitiv beschlossen. Krakau wird zur zweiten Hauptstadt Galiziens mit einem eigenen Gouvernement erklärt. Dem westlich Galizien, nämlich dem Gouvernement von Krakau, werden 9 Kreise, die von Ost-Galizien getrennt werden, zugetheilt. Eben so sieht die Robotfrage für die Erbstaaten der Monarchie einer definitiven Lösung entgegen.

(Augsb. Abdz.)

Wien, 31. Dec. Es soll das seit Jahrhunderten bestehende sogenannte Juden-Amt, vor welchem alle Angelegenheiten der Juden, ausnahmsweise polizeilich verhandelt wurden, aufgelöst und in Zukunft sollen die fremden Juden gleichen polizeilichen Gesetzen wie andere christliche Fremde, unterworfen seyn. Auch soll ihnen das Besitzthumsrecht in den Erbländern bewilligt und alle andern beschränkenden Ausnahmsgesetze gegen sie aufgehoben werden. Das Princip einer allgemeinen Juden-Reform ist, wie man bestimmt vernimmt, im Staatsrathe anerkannt. (Augsb. Abdz.)

Siegwart-Müller gibt in der Augsburger Postzeitung eine Erklärung ab, woraus hervorgeht, daß das Geld, welches ihm in Domodossola mit Beschlag belegt, später jedoch wieder herausgegeben wurde, nicht etwa ein Theil der eidgenössischen Kriegskasse, sondern ihm von Mailand zugekommen war, wohin er am 17. Nov. einen Vertrauten gesandt hatte, um wo möglich Geld für die Bestreitung der Kriegskosten zu erhalten. Als er (Siegwart) am 26. in Domodossola ankam, war der Vertraute ebenfalls dort eingetroffen und hatte in der That 50,000 franz. Francs aus Mailand mitgebracht. Dieß das in Beschlag genommene Geld; von wem dasselbe herstammte, darüber gibt Siegwart keinen Aufschluß; er spricht nur immer mit einer gewissen Zurückhaltung von dem „Eigenthümer des Geldes.“ Die Beschlagnahme in Domodossola war auf Requisition der Tessiner Regierung erfolgt.

Schweiz.

Bern, 30. Dec. Der waadtländische Soldat Crivet, welcher nach der Capitulation von Freiburg eine Frau erschossen hatte, ist vom Kriegsgericht zu 18 Monaten Zuchthausstrafe verurtheilt.

Luzern. Die provisorische Regierung hat beschlossen, die Mitglieder der abgetretenen Regierung sollen innerhalb 10 Tagen das Deficit der eidgenössischen Kriegskasse von 221,777 Fr. decken. Dieselben mögen ihre Rechte gegen den Staat auf dem Wege des Rechtens geltend machen, so wie auch diesem weiteres Einschreiten auf straf- oder civilrechtlichem Wege vorbehalten bleibt. Die provisorische Regierung hat ferner das sämmtliche Officiercorps aufgelöst, um dasselbe neu zu bestellen. (Basl. Z.)

Im Wallis hat sich am 27. d. der große Rath versammelt. Der Antrag der provisorischen Regierung der dahin ging, aus dem Schooß des großen Raths diejenigen Mitglieder auszuschließen, welche zu dem Widerstand gegen die Beschlüsse der Tagsatzung aufgewiegelt haben, wurde dem Princip nach gutgeheißen, und aus diesem Grunde die HH. Jost, Walther v. Courten, Romain, Roten und Nicolas Roten für unfähig erklärt im gegenwärtigen großen Rath während der Dauer desselben zu sitzen. Die vorgenommenen Wahlen sind: Alt-Staatsrath P. Torent, Präsident; Zen-Ruffinen, gewesener Präsident des Staatsrath, erster Vicepräsident; Advocat Pottier, zweiter Vicepräsident; Advocat Ricordy, französischer Secretär; Alex. Allet, Staatssecretär der abgetretenen Regierung, deutscher Secretär. Die Gewählten waren sämmtlich die Candidaten der liberalen Partei; die Ernennung des Staatsraths und der Tagsatzungsgesandten wurde auf die nächste Sitzung verschoben.

In den besiegten Minderheitskantonen stehen mit Ausnahme des gänzlich geräumten Unterwalden nur 15 Bataillone eidgenössische Truppen.

Italien.

Rom, 24. Dec. Drei Obscurantisten, Tellerini, ehemaliger Marechal-de-logis unter den Karabiniers, Zamma, vormaliger Polizeiinspector, und Kavalier Ponzini, eines der übelberufensten Subjekte der retrograden Partei, sind durch das Governo aus dem Kirchenstaat verbannt worden. Die Polizei soll entdeckt haben, daß diese Menschen eine Anzahl der Proletarier in Rom mit Geld unterstützt haben, um sich ihrer zu gewissen finstern Zwecken gelegenzlich zu bedienen, namentlich soll dieß der Fall gewesen seyn bei der vor Kurzem stattgefundenen Aufregung der niedern Volksklasse in Trastevere. — Leider ist es mehreren Mitgliedern der retrograden Partei gelungen, unter die nähere Umgebung Seiner Heiligkeit aufgenommen zu werden. (N. Corresp.)

Nach Berichten der „Allgemeinen Zeitung“ aus Neapel, die bis 23. Dec. reichen (in jener Stadt war es am 14. Decb. 1 Uhr Nachts zu einem Volkstumult unter den Lebehochrufen für die Einheit Italiens, Pius IX., Leopold II., Sicilien, die Reform gekommen. Im Zusammenstoß der Massen mit der bewaffneten Macht sind ein Gendarme getödtet, acht verwundet und mehrere Bürger schwer verletzt worden) sind viele Söhne des hohen Adels, junge Literaten, Advocaten und Söhne der Professoren verhaftet. Sämmtliche Studenten der Provinz 6000 (!) haben Neapel verlassen müssen, und die Universität ist bis auf weiteres geschlossen. 1200 Mann der Civica sind zur Aufrechthaltung der Ruhe aufgeboten. — Der aus Rom hiehergekommene Lord Minto ward noch nicht bei Hofe empfangen; dagegen ist die dem russischen Gesandten Chreptowitsch gewährte Gunst des Königs im Steigen. — In Palermo hat es in den Hörsälen der Universität vorübergehend gespuckt.

Die englische Flotte unter Admiral Parker ist nach Neapel unter Segel gegangen.

Sardinien. Die amtliche „Gazzetta“ bringt eine neue Eintheilung der Generalintendanzen (Regierungsbezirke), die Errichtung eines neuen Ministeriums für Staatsbauten, Ackerbau und Handel, dann ein neues Reglement für die Wechselagenten. (C. v. u. f. D.)

Florenz, 28. Dec. Ein Erlaß aus dem Ministerium des Auswärtigen sagt: „Da der im Princip bereits festgestellte Zollverband zwischen Toscana, dem heil. Stuhl und Sardinien die Beziehungen und Interessen dieser Staaten immer enger verknüpft, so hat es Se. k. k. Hoh. der Großherzog für angemessen erachtet, den Commenthur Giulio Martini neuerdings als außerordentlichen Gesandten nach Turin zu schicken.“

Florenz, 29. Dec. Vorgestern Abends fand ein vorübergehender Volkstumult wegen des Einrückens österreichischer Truppen in Parma und Modena statt. Man verlangte Waffen, ließ sich aber bald beschwichtigen. — Cardinal Ciacchi ist wieder nach Pesaro abgereist.

Niederlande.

Haag, 29. Dec. Die Tagespresse ist einstimmig in der Mißbilligung der heute in der Staatscourant erschienenen Beschlüsse in Betreff des Ministerwechsels. Man geht so weit, den Fall des Ministers von Hall zu betrauern! Man betrachtet das Eintreten der HH. van Rappard und Van der Heim als ein wahres Unglück für Holland, indem durch diese Männer erst vollends der Rückschritt seinen Einzug in das Cabinet halte. (Köln. Z.)

Belgien.

Brüssel, 30. Dec. Der Senat hat in seiner gestrigen Sitzung das Budget des Innern einhellig angenommen.

Portugal.

Lissabon, 15. Dec. Die ministerielle Krisis dauert fort. Das neue Decret zur Regelung des Geldumlaufs ist erschienen; die Hauptpuncte sind: 1) Alle Zahlungen von Steuern und Zöllen haben halb in Metall und halb in Papier zu geschehen; 2) an jedem Montag erscheint eine, auf den Bericht der Geldmäkler gegründete Bekanntmachung der Regierung über den Disconto des Papiergeldes; 3) Geschäfte zwischen einzelnen Privaten oder öffentlichen Gesellschaften unterliegen dieser Maßregel nicht. In den Wahlen der Provinz Estremadura haben die Cabralisten ohne Opposition obgesiegt. (M. Chronicle.)

Spanien.

Madrid, 25. Dec. Der Finanzminister Orlando tritt zurück, und das Ministerium ist jetzt also gebildet: Narvaez Präsident, aber ohne Portefeuille; General Figueras, Senator, Krieg; Beltran de Lis y Ribera, Finanzen; Sartorius, Inneres; Arrazola, Justiz; Bravo Murillo, Unterricht; Mariano Roca de Togores, Marine. (Span. Bl.)

Frankreich.

Paris, 31. Dec. Heute starb des Königs Schwester und langjährige theilnehmendste Umgebung, Madame Adelheid, (am 23. August hatte sie ihr 70 Jahr vollendet.) Die Kammer begab sich auf die erhaltene Nachricht davon in die Tuilerien. (Sie hatte den vierten Secretär Hrn. Lacrosse (von der Opposition) gewählt.)

In Paris ist der hochangesehene Notar Dattrebon garde-note des Kriegsministeriums wegen sehr bedeutenden Veruntreuungen verhaftet worden. Das Deficit soll 1,600,000 Fr. betragen, fast durchgängig Pupillen- und andere anvertraute Gelder.

Herr Cousin hat, heißt es, in der Pairskammer den Kriegsminister General Trézel befragt, ob Frankreich wirklich dem Sonderbund Gewehre abgeliefert habe. Die Frage wurde mit einem Ja erwiedert. Hr. Cousin fragte weiter, ob den Zwölfbündnern ein ähnlicher Vortheil gewährt worden wäre, wenn sie darum angehalten hätten. General Trézel bejahte die Frage ebenfalls.

Für Wahlreform ist kaum eine Aussicht; denn von den 9 Bureaux der Deputirtenkammer ist nur das 8 liberal, die übrigen sämmtlich conservativ. Präsidenten der Kammer waren 1830 Royer-Collard, 1831 Girod (vom Ain), 1832 — 1839 Dupin, 1840—47 Sauzet.

Großbritannien.

London, 30. Dec. Gestern Nachmittags trafen der Herzog v. Victoria und seine Gemahlin auf Besuch bei Hofe ein. — Der rationalistische Dr. Hampden ist nun doch noch zum Bischof von Hereford trotz aller Proteste der Hochkirchlichen und ihrer Presse gewählt. — Zwei Handelshäuser und die westindische Bank auf der Insel Barbadoes haben die Zahlung eingestellt.

Der Herzog und die Herzogin v. Victoria (Espartero) kehrten noch gestern Abend von ihrem Besuch bei der Königin auf Windsorschloß nach London zurück. Gleichzeitig Viscount Palmerston.

Die „Times“ urtheilt: die französische Thronrede sey nicht geeignet irgend helles Licht auf Frankreichs Stellung oder die Lage Europas zu werfen. In Bezug auf die Schweiz läßt sich dasselbe Blatt aus Paris schreiben: „Hr. Guizot hat, auf die Weigerung der helvetischen Tagsatzung die Vermittlung der Großmächte anzunehmen, eine Note an die Cabinete von London, Wien, Berlin und St. Petersburg übersandt. Er sagt darin: „Nachdem die Tagsatzung den schweizerischen Bundesvertrag vernichtet, betrachten die Großmächte sich von den Verpflichtungen entbunden, die sie sich durch die Verträge vom Jahr 1815 auferlegt.““

Sechs bis siebenhundert Geistliche und Laien haben dem Dr. Hampden eine Beglückwünschungsadresse wegen

seiner Wahl zum Bischof überreicht. In seiner Antwort sagt er, die Sache, für die sie sich erklärt haben, sey die der wahren protestantischen Kirche, wie sie von der Reformation uns überliefert worden. — Am 23. sind wieder in ganz London die Brodpreise um ½ Penny (1½ kr.) gesunken. Auch die Preise aller Arten von Fleisch haben eine namhafte Verminderung erlitten.

Griechenland.

Ueber zu Patras verübte Gewaltthätigkeiten schreibt man der „Allgemeinen Zeitung" aus Athen 19. Dec. An der Spitze der insurgirten irregulären Truppen stand der Capitän Merentitis, ein in Griechenland als unverläßig bekannter Mann. Die Fahne des Aufstandes wurde von ihm in Folge eines Verhaftsbefehls erhoben, welcher gegen ihn erlassen und von dessen Erlassung er auf vertraulichem Wege benachrichtet war. Die (kaum einhundert Mann zählenden) Insurgenten begannen damit, den Commandanten Sturnara zu überfallen, zu fesseln und zu mißhandeln. Sie eilten hierauf, sich des Nomarchen zu bemächtigen, und als dieser ihnen durch rechtzeitige Flucht entkommen war und sich unter den Schutz des österreichischen Consulats begeben hatte, verfolgte ihn die aufrührerische Rotte bis an das österreichische Consulat. Hierauf bemächtigte sich Merentitis mit seinen Genossen der Filialbank, deren Verluste wir in der nachstehend beigefügten, sehr tröstlichen Bekanntmachung des Bankdirectors Stauros verzeichnet finden. Auch die in den Regierungscassen von den Anführern vorgefundenen Summen, im Ganzen 34,000 Drachmen, wurden als Eigenthum von denselben angesprochen. Zuletzt, als Merentitis und die Seinigen bei der städtischen Bevölkerung keinerlei Sympathien fanden, und die Nationalgarde sich rein passiv verhielt, nahmen sie eine drohende Haltung gegen die Stadt an, und erregten einen solch allgemeinen Schrecken wegen möglicher Plünderung und Niederbrennung derselben, daß unter Mitwirkung der Consuln der auswärtigen Mächte und Angesichts der aufgestellten, aber unthätig gebliebenen Nationalgarde, eine Convention zwischen der Stadt Patras und den Rebellen zu Stande kam, vermöge deren nicht nur der englische Consul eingeladen worden, ihnen den Rückzug auf ein in dem Hafen so eben vor Anker gegangenes englisches Dampfschiff zu gestatten, sondern auch die Mitnahme des weggenommenen Geldes der Bank, und sogar die Deponirung der in den Staatscassen liegenden 34,000 Drachmen erfolgte. Indessen ist dieses Endereigniß nicht ganz unblutig herbeigeführt worden. Der Nomarch Rondopulos, welcher von seinem Zufluchtsorte aus den benachbarten Gemeinden ungefähr 400 Mann reguläre Truppen an sich gezogen hatte, drang in die drei Tage lang von Merentitis occupirte Stadt Patras. Die Insurgenten, wiederholt in die Flucht geschlagen, sammelten sich zuletzt auch in dem Gasthause des Tzriotis am Quai, woselbst sie seit dem Beginn des Aufstands überhaupt ihr Quartier genommen hatten. Bewältigt hatten sie zwei Todte, fünfzehn lebensgefährlich Verwundete und zwei Gefangene. Nicht allein während des Kampfes, sondern auch nach dessen Vollendung ertönten überall die lebhaftesten Lebehochrufe auf den König. Bevor die Rebellen sich einschifften, erließ der Nomarch Rondopulos, jedoch vergeblich, eine Protestation gegen die unter Mitwirkung der fremden Consuln abgeschlossene Convention. Vermöge derselben sollten die Insurgenten in Attika ausgeschifft werden, von wo aus sie Akarnanien und Aetolien bedrohen können. Es sind ihnen jedoch bereits die nöthigen Befehle vorausgeeilt.

Türkei.

Konstantinopel, 15. Dec. Seit einigen Tagen ist von Cholera beinahe nicht mehr die Rede. — Es sind in Folge der bekannten Zwangsmaßregeln die im türkischen Reich wohnenden Griechen überall unter die Gerichtsbarkeit der Localbehörden gestellt und demnach alle Schritte, die mehrseitig gemacht worden, um ihnen den Schutz einer oder der andern der europäischen Großmächte angedeihen zu lassen, erfolglos geblieben. — Der berüchtigte Kurdenhäuptling Bedrhan Bey war mit einem Gefolge von 110 Personen auf dem türkischen Dampfer Eregli zu Canea auf Candia, also am Ort seiner Bestimmung, angekommen.

Vereinigte Staaten von Nordamerica.

New-York, 8. Dec. Der Congreß war am 6. Dec. in Washington zusammengetreten. Der New-York Sun berechnet die Verluste, welche americanische Häuser durch die vielen europäischen Fallimente der letzten Zeit erlitten, zu mehr als 3 Millionen Dollars. Indessen ist der Stand des americanischen Geldmarktes fortdauernd ein sehr günstiger. (Engl. Bl.)

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Paris, 31. Dec. 3pCt. 75 Fr. 15 C.; 5pCt. 117 Fr. — C.

London, 30. Dec. Consols 85¾.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 6. Januar: „Norma", Oper von Bellini.
Freitag den 7. Januar: „Der Vetter", Lustsp. v. Benedix

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. Graf, Kaufmann v. Sedan; Steinbach, Fabrikant v. Salzburg; Morion, Fabrikant v. Paris.

Gold. Hahn. HH. Regensburger, Gutsbesitzer, und Dr. Fuchsberger v. Friedberg.

Blaue Traube. HH. Gartmayer, Pfarrer v. Pframbach; Schillerer, Bräuer v. Regensburg.

Stachusgarten. HH. Meuchers, Comorant, und Sartori, Geometer v. Donauwörth; Holzbauer, Benefiziat v. Schierling.

Gestorbene in München.

Julie Horner, Zimmermannstochter v. Burghausen, 22 J. alt; Theres Keller, k. Militäractuarswittwe, 54 J. alt; Ferdinand Schütz, k. Hoftheatermaschinistenssohn, 23 J. alt; A. M. Demischeck, Weggeldeinnehmerswittwe, 78 J. alt; A. M. Eisengram, Webersfrau, 66 J. alt; Magd. Pferl, Taglöhnersfrau, 57 J. alt; Agnes Neyer, Aufschlagdienerswittwe, 81 J. alt; Theres Lemberger, Soldatenswittwe, 91 J. alt; Franziska Grain, franz. Sprachlehrerswittwe, 77 J. alt; Josepha Nedo, Gärtnerswittwe, 70 J. alt.

Bekanntmachung.

Obgleich die Straßen und Plätze Münchens in und auf denen nicht Tabak geraucht werden darf, nur sehr wenige sind, so werden dennoch, wie neuere Wahrnehmungen zeigen, selbst diese wenigen Ausnahmen nicht berücksichtiget.

Es wird darum neuerdings bekannt gemacht:

Das Tabakrauchen in den Straßen und auf den Plätzen Münchens ist zwar erlaubt, jedoch ist und bleibt das Tabakrauchen ein für allemal strengstens verboten:

1) In der kgl. Residenz.
2) In den Straßen und auf den Plätzen um die k. Residenz, also:
   a) Residenzstraße (vom Postgebäude bis zum Eingange des Hofgartens.)
   b) Hofgartenstraße.
   c) Marstallplatz.
   d) Zeughausplatz.
   e) Max Josephsplatz.
   f) Im Hofgarten und den dortigen Arkaden.
3) In der Nähe von allen Gebäuden, an denen aus Rücksichten der Feuergefährlichkeit Warnungstafeln angebracht sind; wohin insbesondere auch die Schau- und Kaufmannsbuden auf dem Dultplatze vor, während und nach der Dultzeit, bis zur gänzlichen Räumung des Platzes zu rechnen sind.

Man versieht sich von der Wohlgesinntheit des Publicums, daß sich an diesen wenigen Ausnahmsplätzen und Straßen des Tabakrauchens um so mehr enthalten werde, als durch Unachtsamkeit und Uebertretungen in den k. Residenzgebäuden und ihrer Umgebung die den in der Nähe befindlichen Allerhöchsten Herrschaften schuldige Ehrfurcht verletzt würde.

Den Uebertretern aber wird hiemit Geldstrafe von Einem Gulden, die bei der Größe des Frevels auch gesteigert werden kann, nach Umständen Arrest angedroht.

München am 3. Jänner 1848.

Königliche Polizei-Direction München.

Mark.

Ingebrand.

2210. (3b)

Bekanntmachung.

Die Einführung der Gasbeleuchtung betreffend.

Der Magistrat der königl. Haupt- und Residenzstadt München beabsichtet an die Stelle der bisherigen Beleuchtung der öffentlichen Straßen und Plätze die Beleuchtung derselben mit vollkommen gereinigtem Gase aus besten Steinkohlen treten zu lassen, und dieses Unternehmen in Accord zu geben. Wer wegen Uebernahme dieser Beleuchtung mit dem Magistrate einen Accord abzuschließen gedenkt, hat sich daher bei Vermeidung des Ausschlusses in Zeit von drei Monaten, vom Tage dieser Ausschreibung, über seine Tüchtigkeit und Cautionsfähigkeit auszuweisen, und seine Anerbietungen in deutscher Sprache einzusenden.

Die nähern Vertragsbedingungen über die Ausdehnung und Durchführung dieser Beleuchtung mit Gas liegen bei dem Magistrate vor, und können in eigener Person oder durch Bevollmächtigte eingesehen, oder auch gegen Vergütung allenfallsiger Auslagen abverlangt werden.

München, den 17. Dec. 1847.

Der
Magistrat der königl. Haupt- und Residenzstadt
München.

Bürgermeister:
Dr. Bauer.

Lachmayr,
Secretär.

2222. (3c)

Bekanntmachung.

Kgl. Bayer. concession. pfälz. Ludwigsbahn.
(Ludwigshafen-Bexbach.)

Wir laden die Herren Aktionäre ein, die von uns am 1 Dec. l. Js. auf nächsten ersten Januar ausgeschriebene neunte Einzahlung ausschließlich an einen der nachbenannten Herren Banquiers der Gesellschaft, als:

in	Augsburg:	Joh. Lor. Schäzler;
„	Frankfurt a. M.:	Gebrüder Goldschmidt;
„	id.	Ph. Nic. Schmidt;
„	Mannheim:	W. H. Ladenburg und S.;
„	id.	Joh. Wm. Reinhardt;
„	München:	Joh. Lor. Schäzler;
„	Neustadt a. H.:	L. Dacqué;

zu leisten. —

Speyer, den 30. December 1847.

Das Directorium
der Königlich Bayerischen concessionirten pfälzischen Ludwigsbahn.
Lamotte.

Aufforderung zu mildthätiger Unterstützung.

Die Zimmermannswittwe Maria Eder, 56 J. alt, wegen fast gänzlicher Erblindung erwerbsunfähig, und ohne alles Vermögen einzig auf einen Almosenbezug von wöchentlich 24 kr. angewiesen, wird hiemit dem bewährten Wohlthätigkeitssinn des Publicums empfohlen. Zur Entgegennahme von Beiträgen ist die unterzeichnete Expedition bereit, und wird in diesen Blättern über eingegangene Beiträge genaue Rechnung gelegt werden.

München, 4. Jan. 1848.

Die Expedition der Münchener politischen Zeitung.
(Kaufingergasse Nr. 2.)

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 5.

Münchener politische Zeitung.

Man pränumerirt auf die Zeitung in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir, Kaufinger-Gasse Nro. [illegible]; in auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München vierteljährlich 1 fl. 30 kr., halbjährlich 3 fl.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für auswärtige: halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 26 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum mit zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Donnerstag | XLIX. Jahrgang. | 6. Januar 1848.

Deutschland.

Bayern.

München, 3. Jan. Wir erhalten aus einer guten Quelle die hocherfreuliche Mittheilung, daß Ihre königl. Hoh. die Frau Kronprinzessin sich in gesegneten Umständen befindet. Ihre Majestät die Königin wird sich wahrscheinlich im Monat April nach Würzburg begeben, um bei der Entbindung der geliebten Tochter gegenwärtig zu seyn. (C. v. u. f. D.)

†† München, 6. Jan. Zufolge allerhöchstem Rescript wurde der Forstmeister Theodor Martin zu Donauwörth nach §. 19. der IX. Verfassungsbeilage temporär quiescirt und auf dessen Stelle der Forstmeister zu Bruck Max Remond auf sein Ansuchen versetzt. Der Secretär I. Klasse bei der Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg Rath Johann Adam Fröhlich, seinem Ansuchen zufolge nach §. 22. lit. C. der IX. Verfassungsbeilage mit Belassung des Titels und Functionszeichens, dann unter dem Ausdrucke Allerhöchster Zufriedenheit mit dessen treu- und langjährig geleisteten Diensten für immer quiescirt. Die Grenzobercontroleurstelle zu Hornbach Hauptzollamts Zweibrücken dem Grenzoberaufseher zu Pferd Adam Noll daselbst, und die Grenzobercontroleursstelle zu Berchtesgaden, Hauptzollamts Reichenhall dem Unterlieutenant und dermaligen Zollpraktikanten Franz Dafferrebther dahier und die Zollverwalterstelle beim Nebenzollamt I. Wegscheid dem Controleur am Nebenzollamt Schärding a/Th. Martin Hofbauer, und dessen Stelle dem Assistenten Joseph Bacherl zu Lindau letztern beiden provisorisch verliehen.

München, 5. Jan. Das heute ausgegebene königl. Regierungsblatt (Nro. 1.) enthält die Bekanntmachung, den Vollzug des Gesetzes über das Eisenbahn-Anlehen betreffend. Zum Vollzuge des Gesetzes vom 30. Nov. 1847, den Zinsfuß der Eisenbahn-Anlehen betr., wird Nachstehendes bekannt gemacht: 1) Die königl. Staatsschuldentilgungs-Specialcassen sind angewiesen worden, baare Darleihen gegen 4 pCt. Verzinsung anzunehmen. Wer solche Darleihen geben will, kann daher das baare Geld einer königl. Specialcassa überliefern, und dagegen die Staatsschuld-Urkunden, oder insoferne die Cassen hiermit noch nicht versehen seyn sollten, bis zur förmlichen Ausstellung derselben die Hoffscheine in Empfang nehmen. Der Inhalt der Urkunden, welche in Beträgen von 100, 500 und 1000 fl. nach der Wahl des Gläubigers auf den Inhaber oder auf Namen lauten, ist aus der Anlage ersichtlich. 2) Demjenigen, welcher ein solches baares Darleihen gibt, wird, wenn er es begehrt, ein gleicher Betrag von bayerischen zu 3½ pCt. verzinslichen Staatsobligationen auf den Zinsfuß von vier vom Hundert erhöht. In diesem Falle hat der Darleiher zugleich mit dem baaren Gelde die entsprechende Anzahl von 3½ procent. verzinslichen Staatsobligationen sammt den dazu gehörigen Zins-Coupons bei der königl. Specialcassa zur Abstemplung zu übergeben. 3) Wer das Darleihen nicht sogleich, sondern erst nach Ablauf einer bestimmten Zeitfrist geben will, hat dieß schriftlich oder mündlich bei einer königl. Specialcassa anzumelden, welche hievon die geeignete Vormerkung zu machen hat, insoferne die Zeitfrist sich vom Tage der Anmeldung anfangend, nicht über drei Monate erstreckt. 4) Um einer baldigen Abfertigung bei den königl. Specialcassen gewiß zu seyn, werden es die Darleiher ihrem eigenen Interesse angemessen finden, von derjenigen königl. Specialcassa, bei welcher sie das Darleihen aufrecht machen wollen, sich vorerst einen Tag bestimmen zu lassen, an welchem sie das Geld und die Staatsobligationen überbringen können. 5) Die Wirksamkeit dieser Bekanntmachung dauert bis zum 31. März 1848, insoferne die gesetzliche Darleihenssumme von 10½ Millionen Gulden nicht früher aufgebracht werden sollte. Schließlich wird aber noch ausdrücklich bemerkt, daß vor Herstellung der bereits in Arbeit befindlichen Arrosirungs-Stempel der Vollzug vorstehender Bekanntmachung bezüglich der Anlehen mit Arrosirung nicht verwirklicht werden — jedoch jeder Darlehenslustige die nebst der Arrosirung anzulegende Summe bei den königl. Staatsschuldentilgungs-Specialcassen jetzt schon mündlich oder schriftlich anmelden resp. deren Annahme sichern kann. Wer sich auf solche Weise angemeldet hat, wird zur Darlehens-Einzahlung nach der Zeitfolge seiner Anmeldung von der einschlägigen königl. Staatsschuldentilgungs-Specialcassa aufgefordert werden. München am 2. Januar 1848. Königl. Staatsschuldentilgungs-Commission. v. Weigand. Drexl, Secretär.

Aus Franken, 30. Dec. schreibt man der „Karlsruher Zeitung: Wie man vernimmt, hat die neue Verwaltung dem Nothstand der mittleren und unteren Klassen ihre besondere Aufmerksamkeit zugewendet, und es dürften deßhalb nach dieser Richtung hin mehrfache Anordnungen ins Leben treten, von denen man sich einen günstigen Einfluß auf den öffentlichen Wohlstand versprechen zu können glaubt. Hieher gehört vor Allem, neben der Hebung des Ackerbaues und der Gewerbe, die Sorge für die Beschäftigungslosen und Armen, denen man durch Errichtung von Distrikts- und Kreis-Beschäftigungsanstalten Arbeit und Brod zu verschaffen gedenkt. Gleichzeitig sollen in jeder Provinz aus achtungswerthen und einflußreichen Männern aller Klassen Ausschüsse gebildet werden, welche die Thätigkeit der Orts- und Bezirks-Armenbehörden überwachen und unterstützen, der Kreisbehörde aber berathend zur Seite stehen und in öffentlichen Sitzungen Rechenschaft über die Leistungen der Unterbehörden ablegen sollen. Man hofft durch dieses Zusammenwirken von Behörden und Privatleuten, welche in der Regel mit den Verhältnissen des practischen Lebens besser vertraut sind als jene, nicht nur den Bedürfnissen der unbemittelten Klassen wirksamere Abhilfe gewähren, sondern auch den Geschäftsgang vereinfachen und die Vielschreiberei vermindern zu können. Jene Ausschüsse sollen indeß nicht blos über das Armenwesen, sondern auch über Gegenstände der Landwirthschaft, der Gewerbe, des Handels, und der Statistik von den Kreisstellen zu Rathe gezogen werden. Hinsichtlich des Getreideverkehrs huldigt die Verwaltung dem Grundsatze, daß derselbe so wenig als möglich zu beschränken, der Wucher aber durch strenge Strafen zu ahnden sey. In Betreff der ärarialischen Getreidegefälle und der dem Staate aus seinen Waldungen zufallenden Holzvorräthe soll nicht, wie bisher, das rein fiskalische Princip vorwalten; Fürst Wallerstein hegt vielmehr die Ansicht, daß es Pflicht des Staates sey, von den Mehreinnahmen, die ihm aus jenen Quellen erwachsen, wieder einen Theil zur Unterstützung der dürftigen Klassen durch wohlfeilere Abgabe von Holz und Getreide zu verwenden. Gleichzeitig soll es die Absicht seyn, der nächsten Ständeversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher zum Zweck hat, das unbedingte Veto, das den Gemeinden in Ansäßigmachungssachen zusteht, theilweise aufzuheben, und dadurch die Niederlassung braver und arbeitsamer Familien zu erleichtern. Diese letztere Absicht wird indeß wahrscheinlich von vielen Seiten auf Widerspruch stoßen, weil die Gemeinden nicht ohne Grund die Besorgniß hegen werden, daß ihnen auf diese Weise ein Heer von Armen zugeführt werden möchte, deren Unterhalt ihnen am Ende zur Last fallen würde.

Baden.

Die „Mannheimer Abend-Zeitung“ schreibt aus Karlsruhe, vom 2. Jan.: Das großherzogl. Ministerium

---

Gunehild von Schweden.

(Geschichtliche Novelle von M. v. St.)

(Fortsetzung.)

Wie in schamhafter Verlegenheit hielt die königliche Wittwe während der ernsten Feier das strahlende Auge gesenkt, oder glättete durch einen bittenden Blick, durch ein zauberisches Lächeln die gefurchte Stirn so manches der finster schauenden Helden, dessen Haß ihr noch schaden konnte; öfter aber flog das Auge, vom Glück der Leidenschaft beflügelt, in des Saales Hintergrund, wo es dem leuchtenden Sternenpaar eines schönen Mannes begegnete, der hinter den Fürsten stehend, ihr zwar nicht huldigend nahen durfte, aber es zu fühlen schien, wie er der eigentliche Beherrscher dieser Versammlung sey. War doch die, vor welcher sich jetzt auch des Mächtigsten Kniee beugen mußten, seines Herzens Eigenthum, hielt er doch durch die gewaltigste und göttlichste der Leidenschaften das für Macht und Herrschaft erglühte Herz gefesselt, und hatte er nicht von den schönsten und wärmsten Lippen im weiten Lande den Schwur treuer Liebe empfangen, der ihm, dem Unbeachteten, Herz und Leben der thronenden Herrscherin unterwarf. Erich war's, des Königs Brudersohn, den dieser mit der Tochter eines Knechts in flüchtiger Buhlschaft erzeugt, und den er, da der Knabe schön wie ein Sohn der Unsterblichen, in seiner Burg auferzogen, und ihm, da er ihn nicht in die Reihen der Fürsten erheben durfte, ein reiches Erbe hinterlassen hatte. Wundersam verschmolzen in dieses Mannes Herzen Tugend und Laster. Da unbeugsamer Stolz ein Hauptzug seines Charakters war, würde der Geist des Besseren in ihm vielleicht gesiegt haben, hätte sich nicht unüberwindlich das Vorurtheil seiner unrechtmäßigen Geburt, die Schande, unter dem Herzen einer unfreien Mutter gelegen zu haben, seinen kühnen, ja oft maßlosen Wünschen entgegengestellt, und seinem freien Heldenmuthe List und Falschheit nothwendig beigesellt. Glühende Leidenschaft für Gunehild hatte sich später mit diesen Fehlern vereinigt, und da sie diese zwar erwiederte, es aber wohl verstand durch Gewähren und Versagen zur rechten Zeit den entflammten Mann immer fester in ihre Netze zu verstricken, war er das Werkzeug geworden, welches ihr den Weg zu der Stelle gebahnt, auf der sie jetzt in erheuchelter Bescheidenheit thronte. Als der letzte der Fürsten sich ihr genaht und der Oberpriester sie aufforderte, dem Volke den Anblick der neuen Beherrscherin zu gönnen, erhob sie sich von ihrem Sitz; allein ehe sie die Stufen herabschritt, um den prachtvoll geschmückten Söller, der von dieser Seite einen Theil der Stadt überschauen ließ, zu betreten, wandte sie sich noch einmal zu den sie umgebenden Helden, deren Widerwillen ihre bezaubernde, anmuthige und demüthige Haltung halb schon überwunden hatte, und sagte: „Ihr Fürsten Skandinaviens und ihr hohen Helden des fernen Gothenlandes, die ihr gelobt habt den stolzen Nacken dem Willen eines schwachen Weibes zu beugen, empfangt auch meinerseits das Gelübde, nie zu vergessen, daß

Digitized by Google

des Innern hat verfügt, daß unter die für die protestantische Wahlpfarrei in Mannheim vorgeschlagenen drei Candidaten nunmehr „Zittel“ aufzunehmen sey. Man behauptet, noch in dieser Woche würden die Mitglieder der zweiten Kammer zusammentreten, um alsbald über die Bewilligung eines Credits für die durch das von Haber'sche Falliment in Gefahr gebrachten drei großen Etablissements zu verhandeln.

Kurhessen.

Die bisher öffentlichen Sitzungen der Gemeindebehörden von Hanau sind untersagt worden. (F. J.)

Fulda, 3. Jan. Der hochwürdigste Bischof Johann Leonhard Pfaff ist mit Tod abgegangen. (A. Z.)

Preußen.

Berlin, 27. Dec. Der Genuß des Roßfleisches ist hier im Zunehmen. Kurz vor dem Weihnachtsfeste sind noch zwei Pferdeschlächtereien eröffnet worden, so daß nun deren bereits sieben in Berlin bestehen. Die Garde-Kavallerieregimenter haben die Weisung erhalten, alle ihre für den Militärdienst unbrauchbar gewordenen Pferde die indeß noch genießbar sind, an die hiesigen Pferdeschlächtereien für einen ermäßigten Preis abzulassen, und nicht, wie bisher, an den Meistbietenden zu versteigern.

Berlin, 29. Dec. In den ersten Tagen des kommenden Monats werden der Graf v. Fürstenberg und der Geh. Regierungsrath v. Münch-Bellinghausen von Köln hier erwartet. Der Zweck ihrer Reise ist, wie man hört, unsern König als Beschützer des Dombaues im Auftrage des Central-Dombau-Vereins zu dem im August des Jahres 1848 in Köln zu veranstaltenden großartigen Domfest einzuladen. Mit der Ausarbeitung der in lateinischer Sprache abzufassenden Einladung an den Papst Pius ist, wie man von Köln berichtet, der bekannte Präsident E. v. Groote beauftragt worden.

Von J. W. Neumann ist hier eine Schrift „über die Nothwendigkeit der Abschaffung der Todesstrafe und Entfernung des §. 8. in dem neuesten Entwurf des preußischen Strafgesetzbuchs“ erschienen.

Elbing, 26. Dec. Die Summe, welche für den Weseler-Fonds heute von hier abgegangen ist, beläuft sich auf ungefähr 122 Thlr. (Köln. Z.)

Bonn, 29. Dec. Auch bei uns hat man Pferdefleisch gegessen. In Köln und Elberfeld rühmt man es zur Nachahmung an. (Aach. Z.)

Freie Städte.

Frankfurt, 2. Jan. Die neuliche außergewöhnliche Sitzung der Bundesversammlung ward namentlich durch eine Mittheilung bezüglich der schweizerischen Verhältnisse hervorgerufen. In den daran geknüpften Aeußerungen soll sich namentlich die Stimme Bayerns in sehr bestimmter Weise über die gegen die Schweiz befolgte Politik ausgesprochen haben. (C. v. u. f. D.)

In Hamburg ist am 30. Dec. die Zulassung der Juden in die Versammlungen des sogenannten ehrbaren Kaufmanns mit 196 gegen 119 Stimmen verweigert worden. Das Präsidium und die Commission hatten sich günstig entschieden (die übrigen Köpfe haben sich selber gerichtet!)

Oesterreich.

Wien, 28. Dec. Ihre Majestät die Erzherzogin Marie Louise hat den von dem Kaiser Napoleon erhaltenen Schmuck und andere Kostbarkeiten, deren Werth auf 6 Millionen angegeben wird, ihrem Bruder, dem Kaiser, zur Verfügung mit der Bitte hinterlassen, dieselben nach seinem Ermessen an die kaiserl. Familie zu vertheilen. (Berl. Nachr.)

Schweiz.

Freiburg. Am 19. Dec. war die Stadtbürgerschaft einberufen, um über die Frage zu berathen, ob die Kriegskosten durch die Urheber des Sonderbundes getragen werden sollen. Sie bejahte die Frage; die Conservativen waren weggeblieben. (Courr. Suisse.)

Wallis. Die Regierung hat den von der alten Regierung verdrängten Geistlichen Clärts wieder zum Director des Kantonalmuseums und des physikalischen Kabinets in Sitten ernannt. Es stellte sich bei der Aufnahme des Inventars heraus, daß in diesen beiden wissenschaftlichen Anstalten des Kantons, die von der alten Regierung der Gesellschaft Jesu anvertraut waren, eine Menge Gegenstände, namentlich alle goldenen Denkmünzen, fehlen. Der Schrank, worin sich diese befanden, war nicht erbrochen und mehrere Schlüssel konnten nicht aufgefunden werden. Der Betrag der Entwendung wird auf 1200 bis 1500 Fr. geschätzt.

(Die Jesuiten in Frankreich.) Jedermann wird sich noch erinnern, welches Aufsehen vor etwas mehr als 2½ Jahren die Schritte erregten, die zum Zwecke der Entfernung der Jesuiten aus Frankreich gethan wurden. Von der Opposition und der öffentlichen Meinung gedrängt, sah sich damals das Ministerium genöthigt, sich den Anschein zu geben, als wünschte es aufrichtig die Auflösung jenes verderblichen Ordens, der bekannte Diplomat Rossi unterhandelte deßhalb Monate lang mit Rom, und unterm 6. Juli 1845 brachte endlich der „Moniteur“ die officielle Note: „Die Regierung hat Nachrichten aus Rom erhalten. Die Unterhandlung, mit der sie Hrn. Rossi beauftragt hatte, hat ihren Zweck erreicht. Die Congregation der Jesuiten wird aufhören, in Frankreich zu existiren, sie wird sich von selbst auflösen, ihre Ordenshäuser werden geschlossen und ihre Noviciate aufgelöst werden.“ Schon damals wurde bezweifelt, daß die Sache sehr ernst gemeint sey, indeß hoffte man doch wenigstens den Orden als organisirtes Ganzes verschwinden, und dessen Wirksamkeit einigermaßen gehemmt zu sehen. Eitle Hoffnung! Die Congregation der Jesuiten ist in Frankreich nicht geschlossen, und ihre Noviciate sind nicht aufgelöst worden. Die ganze Mission des Hrn. Rossi war eine Spiegelfechterei, eine officielle Täuschung, wie die HH. Ludwig Philipp und Guizot dergleichen auszuführen pflegen, um dem Volke Sand in die Augen zu streuen. Den Beweis für diese unsere Behauptung haben wir in Händen. Er liegt in einem bei der Besetzung des Jesuitenpensionats von Freiburg unter den Papieren des Ordens aufgefundenen gedruckten Verzeichnisse der Mitglieder, Ordenshäuser, Missionen rc. der Jesuiten der Provinz Lyon (Lugdunum) vom Jahre 1846. Das interessante Document, in lateinischer Sprache abgefaßt, trägt die Ueberschrift: Ad majorem Dei Gloriam. Catalogus sociorum et officiorum Provinciae Lugdunensis societatis Jesu ineunte anno MDCCCXLVI. Lugduni. 1846. Den Inhalt der Schrift betreffend, so stellt sich Folgendes heraus: Die Provinz Lyon, das südliche Frankreich umfassend,*) zählte auf Anfang des Jahres 1846 fünfhundert und vier Ordensmitglieder, nämlich 220 Priester (Sacerdotes), 161 Novicen (Novicii Scholastici) und 123 Hilfspriester (Coadjutores). An der Spitze des Ordens steht der Provincial (Praepositus Provincialis), welche Stelle seit 18. August 1839 durch Ludwig Maillard, geb. den 4. Juni 1792, und in den Orden eingetreten den 14. Sept. 1815, bekleidet wird. Stellvertreter des Provincials ist Firmin Pouget, seit 23. Oct. 1839, geb. 29. Aug. 1800 und eingetreten 29. Sept. 1819. Dem Provincial ist ein Rath (Consultores Provinciae) beigegeben, bestehend aus dem Superior der Residenz Lyon, dem obengenannten Stellvertreter des Provincials und den Patres Heinrich Delfour, geb. 22. April 1803, eingetreten 14. Nov. 1822, und Nikolaus Deschamps, geb. 12. Dec. 1797, eingetreten 1. Nov. 1826. Häuser hat der Orden in der Provinz 13, nämlich: 1) das Ordenshaus in Lyon (Residentia Lugdunensis) mit 10 Priestern und 7 Hilfspriestern, unter dem Superior Karl Balandret, geb. 17. Dec. 1781, eingetreten 6. August 1808; 2) das Uebungshaus Lyon (Domus Exercitiorum Lugdunensis juxta aedem B. M. V. Foriveteris) mit 7 Priestern und 3 Hilfspriestern; Superior Ludwig Valentio, geb. 12. Jan. 1786, eingetreten 4. Oct. 1814; 3) das Ordenhaus Aix (Residentia Aquensis) mit 6 Priestern und 4 Hilfspriestern; Superior Joseph Bun, geb. 24. März 1807, eingetreten 7. Oct. 1832; 4) das Prüfungs- und Ordenhaus Avignon (Domus Avenionensis, Probationis et Residentiae) mit dem zugehörigen Noviziat Gines (Novitiatus Avenionensis in Carignano), 17 Priester, 44 Novizen und 15 Hilfspriester; Provincial des Ordenshauses Ludwig Ribeaux, geb. 17. Jan. 1802, eingetreten 4. Sept. 1823; Rector des Noviciats Joseph des Jécas, geb. 29. Jan. 1806, eingetreten 6. Nov. 1827; 5) das Prüfungshaus dritter Kl. zu Ay (Domus tertiae Probationis juxta aedem B. m. V. d'A) mit 15 Priestern und 4 Hilfspriestern; Rector Sebastian Fouillet, geb. 5. Nov. 1798, eing. 23. Oct. 1816; 6) das Ordenshaus zu Bordeaux (Residentia Burdigalensis), mit 8 Priestern und 5 Hilfspriestern; Superior Eugenius Pepard, geb. 8. Nov. 1809, eing. 30. Juli 1829; 7) Ordenhaus zu Castres (Residentia Castrensis) mit 6 Priestern und 3 Hilfspriestern; Superior Claudius Ramel, geb. 6. April 1808, eing. 30. August 1826; 8) das Ordenshaus und Noviziat Dôle (Dolana Domus Novitiatus et Residentiae) mit 14 Priestern, 18 Novizen und 10 Hilfspriestern; Rector August Pirie, geb. 25. Oct. 1804, eing. 26. Sept. 1828; 9) das Ordenshaus Grenoble (Residentia Gratianopolitana) mit 7 Priestern und 3 Hilfspriestern; Superior Julianus Jordan, geb. 14. Juli 1803, eingetr. 30. Juli 1829; 10) das Ordenshaus zu Laval (Residentia Lalovecana) mit 7 Priestern und 4 Hilfspriestern; Superior Theofried Richard, geb. 3. Oct. 1794, eing. 12. Sept. 1817; 11) das Ordenshaus Marseille (Residentia Massiliensis) mit 9 Priestern und 5 Hilfspriestern; Superior Leopold Pitron, geb. 30. März 1801, eing. 11. Nov. 1820; 12) das Prüfungs- und Ordenshaus Toulouse (Domus Tolosana Probationis et Residentiae) mit 14 Priestern, 17 Novizen und 15 Hilfspriestern; Rector Mauritius Ogervias, geb. 29. Juni 1808, eing. 11. Nov. 1834; und 13) das Ordenshaus und Seminar Vals (Valsense Seminarium cum Residentia) mit 22 Priestern, 70 Novizen und 16 Hilfspriestern; Rector Johann Baptist Maisonnabe, geb. 10. Juli 1805, eingetreten 1. Oct. 1832. Ueberdieß hat die Provinz Missionshäuser: I. In Africa: 1) das Ordenshaus in Algier (Residentia Algeriensis), mit 5 Prie-

*) Frankreich theilt sich bekanntlich in zwei Jesuitenprovinzen, Francia, mit dem Hauptsitze Paris (das nördliche Frankreich) und Lugdunum, mit dem Hauptsitze Lyon (das südliche Frankreich).

---

ich in diesem feierlichen Augenblicke meinem Geschlecht entsagt habe. In Eurer Mitte sey fortan mein Platz! Euer weiser Zurath soll meine Schritte leiten, und mein Anblick den Muth der Krieger entflammen, wenn ich auch nicht vermag, auf dem blutigen Felde der Ehre die erste in den Kämpferreihen zu seyn.“

Finster hatte sich beim Anfang dieser Rede bereits die Stirn des stolzen Priesters umzogen, in dessen Brust ganz andere Pläne gähren mochten, allein Unmuth und Zorn häuften sich auf derselben, als die Königin jetzt die Hand ihres Sohnes ergriff, und dem greisen Ingurth, den geachtetsten der Fürsten Skandinaviens, herbeiwinkend, also fortfuhr: „Um Euch zu zeigen, wie gern ich Euren Wünschen entgegenkommen möchte, und wie hoch mein Herz Euch, des Thrones Stützen, verehrt, trenne ich mich von dem mir Theuersten, meinem Sohne, und übergebe den künftigen Herrscher der würdigsten Hand des Reiches. Nehmt ihn denn hin, Ingurth! Vertretet Vaterstelle bei dem Knaben, lehrt ihn sich würdig zu machen, einst über Männer, wie ihr seyd, herrschen zu dürfen.“

Diese fein berechnete That vollendete ihren Sieg. Freudige Begeisterung leuchtete aus den Augen, in denen bis dahin nur finsterer Mißmuth gewohnt, und als sie nun freundlich grüßend dem Alten nahte, den kleinen Sven der Hand seines neuen Führers überlassend, der ihr in wenig Worten die strengste Erfüllung dieser heiligen Pflicht zugesagt hatte, tönte aus Aller Munde der Jubelruf: „Heil! Heil! unserer Königin Gunhild, der Erwählten der Götter!“ so daß selbst die Veste zu beben schien, als schüttle sie das greise Haupt über die schwachen Menschen, die der Schein so leicht zu blenden vermag, und die selbst der gauklerischen Hoffnung Gehör geben, wenn die prüfende Vernunft laut von der Unmöglichkeit der Erfüllung spricht.

„Was habt Ihr gethan!“ flüsterte Pallas ihr im Gedränge mit zornerstickter Stimme zu. „Habt Ihr vergessen, was Ihr gelobt! und daß ich, denen Ihr die Krone verdankt, durch Eure Hand herrschen wollen!“ aber eben so leise entgegnete sie: „Fürchtet nichts! Es war nur eine Lockspeise für die grimmigen Bären, damit sie die Schlingen nicht sehen. Nahet diese nur erst um die störrischen Nacken, dann kann eines Kindes Hand sie leiten, und dann mögen sie die Stirnen an den gezogenen Schranken zerschmettern.“ (Fortsetzung folgt.)

Mannigfaltiges.

In Berlin und Minden ist die Polizei jüngst ganzen Gesellschaften Meineidiger auf die Spur gekommen.

stern und 2 Hilfspriestern; Superior Lazarus Reynaud, geb. 11. Oct. 1811, eingetreten 30. Aug. 1837; 2) das Haus Ben-Aknoun (Domus Orphanorum), mit 4 Priestern, 7 Hilfspriestern und 4 Novizen; Superior Ferdinand Brumauld, geb. 28. Juli 1798, eingetreten 1. Oct. 1820; 3) das Ordenshaus Konstantine (Residentia Constantinensis), mit 3 Priestern und 4 Magisters; Superior Peter Rigaud, geb. 9. Aug. 1795, eingetreten 16. Jan. 1825; und 4) das Ordenshaus Oran (Residentia Oranensis), mit 3 Priestern und 1 Hilfspriester; Superior Stephan Pascalin, geb. 16. Sept. 1804, eingetreten 13. Aug. 1825. — II. Auf den Inseln: 1) Bourbon mit 3 Priestern und 2 Hilfspriestern; Superior Ludwig Jouan, geb. 10. Jan. 1805, eingetreten 3. Sept. 1839; 2) Madagaskar, mit 4 Priestern und 1 Hilfspriester; Vorsteher Peter Cotain, geb. 15. April 1796, eingetreten 12. Oct. 1821. — III. In Indien: 1) das Missionshaus Trichinopolis, mit 4 Priestern und 1 Hilfspriester; Superior Alex.s Canoz, geb. 11. Sept. 1805, eingetreten 22. Aug. 1824; 2) das Collegium in Tanjour (Collegium Negapatanense in regno Tanjaorensi), mit 11 Priestern und 2 Hilfspriestern; Superior Desideratus Audibert, geb. 11. Nov. 1807, eingetreten 31. Oct. 1828; 3) in Madura und Maraga, 4 Priester auf Mission; 4) in Missionen an verschiedenen Orten 6 Priester. — IV. In Syrien: Missionshaus mit 7 Priestern und 3 Hilfspriestern; Superior Benedict Planchet, geb. 24. Juni 1802, eingetreten 31. Oct. 1821. — V. In America: Missouri, Jamaica rc., mit 3 Priestern und 2 Hilfspriestern. — Endlich hatte die Provinz Lyon in andere Provinzen entsendet: nach Rom 2 Priester und 2 Novizen; Belgien 1 Priester und 4 Novizen; Paris (Francia), 7 Priester und 2 Hilfspriester; Oberdeutschland 3 Priester; Turin 8 Priester und 2 Novizen; aus den andern Provinzen befinden sich hingegen in derjenigen von Lyon 18 Priester, 9 Novizen und 9 Hilfspriester. Wir haben bei der Darstellung des Personenbestandes stets nur die Namen der Vorgesetzten angegeben; der Catalog enthält jedoch die sämmtlichen Namen, und auf Begehren kann das Verzeichniß vervollständigt werden. Vergleichen wir den Bestand des Ordens in der Provinz Lyon auf Anfang des Jahres 1846 mit demjenigen von Anfang 1845, so ergibt sich ein bedeutender Zuwachs.

	Priester.	Novizen.	Hilfspriester.
Eingetreten sind im Laufe des Jahres 1845	8	23	8
Dagegen gingen durch Tod ab	6	4	2
Vermehrung	2	19	6
Seit dem Abschluß der Verhandlungen mit Rom traten ein	3	19	6
Dagegen gingen ab	6	4	2
Vermehrung	—	17	—
Verminderung	3	—	—

Der Jesuitenorden hatte also, seitdem er nach dem „Moniteur" aufgehört hat, in Frankreich zu existiren, einzig in der Provinz Lyon einen Zuwachs erhalten von 18 Individuen. In Betreff der Verbindungen des Ordens enthält der vor uns liegende Catalog noch ein Verzeichniß von Adressen, nach welchem in dem Gebiete von Frankreich die Personen und Gebäude für die Correspondenzen des Ordens angegeben sind. Hiemit schließen wir unsere Uebersicht, die wir absichtlich mit Namen und Adressen specialisiren, um der französischen Presse genaue Data über den Bestand des Ordens an die Hand zu geben. Jedermann wird daraus sehen, daß die Worte des „Moniteurs" vom 6. Juli 1845: „die Corporation der Jesuiten wird aufhören, in Frankreich zu existiren, ihre Ordenshäuser werden geschlossen und ihre Noviciate aufgelöst werden", nichts sind als eine leere Täuschung. Der Jesuitenorden hat seine Polypenarme über Frankreich verbreitet, wie nicht leicht über ein anderes Land, Ludwig Philipp und seine Minister werden von demselben beherrscht, und es ist daher leicht erklärlich, warum diese Regierung in der jüngsten Zeit eine so schmähliche Rolle gegenüber der Schweiz zu spielen sich bemüßigt fand. Ja es läßt sich vermuthen, daß das Zugeständniß einer scheinbaren Auflösung des Ordens in Frankreich zu Rom nur unter der ausdrücklichen Bedingung gemacht wurde, daß die französische Regierung sich derselben um so eifriger in der Schweiz annehme, eine Bedingung, die dieselbe jedenfalls treuer erfüllt hat, als die Verpflichtung der Beseitigung des Ordens, die ihr gegenüber dem französischen Volke oblag.

Italien.

Rom, 28. Dec. Gestern Abends ward dem heil. Vater zum Namensfest trotz furchterlichem Regenwetter ein glänzender Fackelzug gebracht. Während des Zugs durch den Corso wurde das feierliche Viva Pio IX. häufig wiederholt und die ganze Tonleiter der Reformstichwörter bunt durchgemacht. Pius IX. erschien auf der Loggia. (A. Z.)

Niederlande.

Amsterdam, 30. Dec. Durch königl. Beschluß vom 17. d. ist der Handel und die Schifffahrt nach der Colonie Surinam für alle Nationen freigegeben, zu welchen die Niederlande in freundschaftlicher Beziehung stehen. Dieser Beschluß wird mit dem 1. Mai 1848 in Kraft treten. Nach den später zu veröffentlichenden Tarifen werden fremde Schiffe doppelt so viel an Aus- und Eingangsrechten zu zahlen haben als die holländischen.

Belgien.

Brüssel, 27. Dec. Nach dem französischen „Moniteur" hat der Handel Belgiens mit Frankreich im verflossenen Monate November, was die Garne und die Leinwand betrifft, wieder bedeutend ab-, der Handel mit Gußeisen und Steinkohlen dagegen zugenommen. An Leinengarn waren nach Frankreich im Nov. d. J. nur noch 631 Zentner ausgeführt worden, gegen 1115 im November 1846. An Leinwand belief sich die Ausfuhr im November d. J. auf 735 Zentner, gegen 1291 Zentner im Nov. des vorigen Jahres. Dagegen war die Ausfuhr an Gußeisen, welche sich im November 1846 auf 56,326 Zentner belief, im November d. J. auf 60,361 Zentner gestiegen; an Steinkohlen wurden im November 1846: 11,394,455 Zentner und im Nov. d. J. 13,545,547 Zentner ausgeführt (Köln. Z.)

Die Zahl der Auswanderer über Antwerpen belief sich am 22. d. M. auf 14,613, und wenn man diejenigen mitrechnet, welche den Hafen verlassen, um sich in London oder Plymouth einzuschiffen, auf 16,730. Im Jahr 1846 war die Zahl nur 13,178 gewesen, im Jahr 1845 5223, im Jahr 1844 2961 und im Jahr 1843 3179.

Portugal.

Lissabon, 24. Dec. Das Ministerium ist zurückgetreten, und folgendes neue Cabinet ernannt: Conseilspräsident, Minister des Auswärtigen und (interimistisch) Kriegsminister, der Herzog v. Saldanha; Minister des Innern, Bernardo Gorgao Henriques; der Finanzen Joaquim Jose Falcao; der Marine, A. Aldano de Silveira Pinto; der Justiz, Joaquim Jose de Queiros. Dieses reine Chartistenministerium wurde vom Volke ruhig hingenommen. Sir Charles Napiers Geschwader ist zu einer zehntägigen Kreuzung ausgelaufen. Man hat in Lissabon in den letzten Tagen mehrere Erdstöße verspürt, die jedoch keinen ernstlichen Schaden angerichtet. (Engl. Bl.)

Frankreich.

(In Folge der noch bestehenden Nachcensur können Nachrichten vom Laufenden französischer und englischer Blätter nicht mitgetheilt werden.)

Paris, 1. Jan. In Folge des Ablebens seiner Schwester hat der König eine zweimonatliche Trauer angelegt. Nachdem der Körper der Prinzessin einbalsamirt, wird er von heute an in einer Trauerkapelle der Tuilerien ausgestellt werden. Das feierliche Begräbniß findet nächsten Mittwoch zu Dreux statt. — Es wurde die große Neujahrsaufwartung abbestellt. Doch empfing der König die beiden Kammern. Von den Deputirten blieb keine politische Meinung zurück, und man bemerkte unter den Aufwartenden die Führer aller Fractionen, die Herren Thiers, Dufaure, Billault, de Rémusat und Odilon-Barrot.

Die verstorbene Schwester des Königs, Madame Adelaide, war am 23. August 1777 geboren; ist also 70 Jahre und 5 Monate alt geworden. Sie war einst dem vor einigen Jahren verstorbenen Herzog von Angouleme Sohn des Grafen v. Artois (Karl X.) zur Gemahlin bestimmt; sie war Begleiterin des Königs in seiner Verbannung und soll ihm mit den Worten: la couronne ou l'exil zur Annahme der Krone im Jahre 1830 gerathen haben. Der König that nichts ohne sie; in morganatischer Ehe war sie an den General Athalin vermählt; sie hinterläßt ein ungeheures Vermögen.

Die Adreßcommission der Pairskammer hat bereits in der Person des Hrn. v. Barante ihren Präsidenten bestellt.

Unterm 23. Dec. ist in Folge eines Berichts des Marineministers Herzogs v. Montebello eine neue Organisation der Marineverwaltung erschienen.

Vor Kurzem wurde erwähnt, daß Hr. Guizot bei seinem neuesten Interventionsprojecte in der Schweiz auf einen unerwarteten Widerstand im Schooße des Cabinets selbst gestoßen ist, und daß die Ankunft der HH. Colloredo und Radowitz (die noch nicht ein Mal vom Könige empfangen worden sind) die Verlegenheiten des Hrn. Guizot nur vermehrte. Hr. Guizot hat nun nach einer langen Besprechung mit den HH. Colloredo und Radowitz den Cabinetten von Wien und Berlin den Vorschlag gemacht, sich vorläufig auf eine Beantwortung der Note der Tagsatzung, in der diese die Collectiv-Mediation ablehnte, zu beschränken. Der Entwurf dieser Antwort ward am 26. d. nach Wien und Berlin abgeschickt; er bemüht sich vor Allem, die Argumente und Conclusionen der Tagsatzungs-Note zu widerlegen und schließt mit der Erklärung: „Die Mächte würden sich der durch die Verträge von 1815 gegen die Schweiz eingegangenen Verpflichtungen für enthoben betrachten, sobald die Tagsatzung Hand an den, ebenfalls durch jene Verträge verbürgten, Bundesvertrag legen würde." Man bezweifelt hier, daß Fürst Metternich, der mit den letzten Schritten des Hrn. Guizot in der Schweizerangelegenheit höchst unzufrieden ist, die etwas ängstliche Redaction des Hrn. Guizot annehmen werde. Da weder Rußland, noch England die erste Collectivnote übergeben und somit auch von der Tagsatzung keine Antwort erhalten haben, so kann die jetzige Replik auch nur von Frankreich, Oesterreich und Preußen ausgehen. Wie es heißt, soll der Kaiser Nicolaus seine Bereitwilligkeit erklärt haben, jedem Interventionsschritte beizutreten, der geradezu den Zweck habe, die Souveränetät der Urkantone durch materielle Gewalt wieder herzustellen, daß er aber an keiner diplomatischen Conferenz Theil nehmen wolle.

Nach einer in Straßburg eingetroffenen telegraphischen Depesche ist Abd-el-Kader in Toulon angelangt. Er wollte sich lieber der französischen Großmuth anvertrauen, als seinen maroccanischen Glaubensgenossen in die Hände fallen, die ihm ohne Zweifel den Kopf abgeschnitten haben würden.

Großbritannien.

London, 31. Dec. Fürst Metternich hat hier wie in Paris angezeigt, daß die österreichischen Truppen in der Lombardei Vorsichts halber verstärkt würden.

Die „Weser-Zeitung" schreibt: „Es soll dem Lord Palmerston gelungen seyn, sich bestimmte Beweisstücke darüber zu verschaffen, daß zwischen Frankreich und Oesterreich geheime Vereinbarungen getroffen sind, falls die Verwickelungen in der Schweiz ein directes Einschreiten daselbst irgendwie ermöglichen oder gar erforderlich machen sollten, Schritte zu thun, durch welche die Selbstständigkeit oder doch die Untheilbarkeit der Schweizer Republik möglicher Weise als gefährdet erscheinen dürfte."

Nach beinahe fünfthalbjährigen Aufenthalt in England hat Espartero, der Herzog de la Victoria gestern die Rückreise nach Madrid angetreten, um im dasigen Senat seinen Sitz einzunehmen. Er und Narvaez scheinen wider gegen die Königin-Mutter Christine sich verbünden zu wollen.

Die Berichte aus Nord-England, besonders von Fabrikbezirken, lauten sehr ungünstig. Die Entlassung vieler Eisenbahnarbeiter hat eine furchtbare Zunahme von Raub und sonstigem Frevel herbeigeführt.

Griechenland

Die Deputirtenkammer hat in ihrer Sitzung vom 15. Decb. mit 70 Stimmen gegen 2 als Antwort auf eine Botschaft der Krone, worin kraft des Art. 71 der Verfassungsurkunde die Ermächtigung begehrt wurde, 35 Senatoren über die ursprünglich durch die Constitution festgesetzte Zahl, wenn die Interessen des Staates es erheischen, zu ernennen, den Beschluß gefaßt, daß diese Ermächtigung zu ertheilen sey.

Türkei.

Konstantinopel, 22. Dec. Die gestrige Nummer des hiesigen Journals verkündet die Beendigung des

griechisch-türkischen Zerwürfnisses. Darnach hätte das griechische Cabinet Hrn. Persiani, dem russischen Geschäftsträger in Athen, ein an den Reis-Effendi gerichtetes Schreiben übergeben, das die „Lacune" die der Brief von Kolettis noch gelassen, vollends ausfülle. Hr. Nelludoff, russischer Gesandschaftssecretär in Athen, erhielt den Auftrag besagtes Schreiben hieher zu überbringen, und kam vorigen Sonntag mit dem Lloyddampfboote hier an. Herr Mussurus wird also nun wohl nächstens nach Athen zurückkehren! Man schreibt diese endlich erlangte Nachgiebigkeit Griechenlands hauptsächlich dem Drängen des russischen Cabinets zu. (A. Z.)

Vereinigte Staaten von Nordamerica und Mexico.

Durch das Dampfboot „Ashburton," welches am 8. Dec. Abends von New-York abfuhr, ist die Präsidentenbotschaft nach England gelangt. Ein beträchtlicher Theil derselben besteht aus einer Erzählung der gescheiterten Friedensunterhandlungen mit Mexico durch die Agentschaft Trist, dann einer Uebersicht der Ereignisse des erfolgreichen Feldzugs in jenem Lande. Polk empfiehlt den vereinigten Staaten ihren gegenwärtigen Besitzstand in Mexico zu behaupten, bis daselbst eine Regierung errichtet sey welche Frieden schließen werde unter Gewähr von Schadloshaltung für die Vergangenheit und von Bürgschaft für die Zukunft. Diese Friedensbürgschaft soll die Abtretung von Neu-Mexico und Californien wenigstens (at least) in sich fassen. Der Präsident ist entschieden dem Gedanken entgegen, das americanische Heer ganz aus Mexico oder bis auf eine bestimmte Vertheidigungslinie zurückzuziehen. Um aber die Festhaltung Mexicos erwirken zu können, wird ein Anleihe erforderlich seyn. Diese soll nach Polks Vorschlag aus siebzehn Millionen Dollars bestehen, falls gleichzeitig der Congreß eine Kriegssteuer auf Thee und Kaffee beschließen wolle, wo nicht so werden 18½ Mill. erforderlich seyn. Ueberdieß eine Anleihe von 20½ Mill. Dollars für den laufenden Staatsdienst des Fiscaljahres 1848/49, wenn anders keine Kriegscontributionen in Mexico beigetrieben werden. In Summa sind also 37 oder 38½ Mill. Dollars nöthig auf eine Periode von 18 Monaten bis zum Junius 1849. Der neue Tarif hat sich nach Polks Versicherung wohlthätig erwiesen; er wird höchlich belobt. Die Errichtung einer Münze in der Stadt New-York wird angelegentlich empfohlen. Die mit der Pforte, mit Tripolis, Tunis Marocco geschlossenen Verträge werden erwähnt; Geschäftsträger sollen nach den Republiken Bolivia, Guatemala und Ecuador ernannt werden. Die Beziehungen zu China bedürfen einer Verbesserung: die Differenzen mit Brasilien werden bald ausgeglichen seyn. Endlich heißt es: „Der Staatssecretär (des Auswärtigen) hat einen Ueberschlag über die Kosten der Eröffnung diplomatischer Verhältnisse mit den päpstlichen Staaten vorgelegt. Die anziehenden politischen Ereignisse, die jetzt in jenen Staaten vor sich gehen, so wie eine gebührende Rücksicht auf unsere Handelsinteressen haben meines Erachtens eine solche Maßregel sehr rathsam (highly expedient) gemacht. Der innere Zustand der Union, was Ackerbau, Handel und Wandel, Verkehrsmittel zu Land und Wasser, die Beziehungen zu den Indianern u. s. w. betrifft, wird als ein höchst erfreulicher geschildert. Die letzten Data aus Veracruz sind vom 21. Nov. Santa Ana unterhandelte fortwährend mit dem Congreß, indem er die Präsidentenwürde ansprach. Das americanische Heer war im Allgemeinen für fortdauernde Occupation bestimmt. Am Rio Grande hatten Kämpfe mit Guerillas stattgefunden. In Veracruz war eine reiche Conducta von 6 Mill. Thaler im Werth zur Verschiffung nach England angekommen. (Engl. Bl.)

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Paris, 31. Dec. 3pCt. 75 Fr. 15 C.; 5pCt. 117 Fr. — C.

London, 31. Dec. Consols 85⅛.

Mainz, 31. Dec. Durchschnittspreise der in Mainz vom 25. bis 31. Decbr. verkauften Früchte: — Weißmehl, per Mltr. zu 140 Pfd., 11 fl. — kr. — Roggenmehl, per Mltr. zu 140 Pfd., 8 fl. 30 kr. — 349 Mltr. Weizen, 10 fl. 50 kr. — 80 Mltr. Korn, 8 fl. 9 kr. — 71 Mltr. Gerste, 6 fl. 1 kr. — 176 Mltr. Hafer, 4 fl. 24 kr. Hievon in der Halle am heutigen Markttage: 343 Mltr. Weizen, 10 fl. 49 kr. — 78 Mltr. Korn, 8 fl. 9 kr. — 65 Mltr. Gerste, 6 fl. 2 kr. — 176 Mltr. Hafer, 4 fl. 24 kr. Außerhalb derselben: 6 Mltr. Weizen, 11 fl. 5 kr. — 2 Mltr. Korn, 8 fl. 10 kr. — 6 Mltr. Gerste, 5 fl. 53 kr. (Karlsr. Z.)

Frankfurt, a. M. 2. Jan. Die Häuser, welche als Geranten auf den auf die fallirten Firmen gezogenen Wechseln figuriren, haben bereits Auftrag gegeben damit zur Ehre ihrer Unterschriften intervenirt werde; einzelne derselben lassen die betreffenden Beträge mit 4 pCt. Disconto alsbald einlösen. Da hiedurch dem Platze große Beruhigung, sowie eine beträchtliche Vermehrung der umlaufenden Baarschaften zugewendet wird, so wirkte diese Nachricht heute sehr günstig auf alle Effekten. (A. Z.)

Frankfurt, a. M. 3. Jan. Das Haus Bethmann hat heute bekannt gemacht, daß alle Wechsel von Haber auf Merkheim und Gontard, welche das Haus S. Oppenheim jün. u. Comp. in Köln gerirt hat, für dessen Rechnung sogleich baar gegen 4 pCt. Disconto eingelöst werden. (A. Z.)

New-York, 8. Dec. Wechselcurs auf England 110, 110½. Seit dem 1. Dec. sind nur 10,000 Pf. St. Species nach England ausgeführt worden. Die „Lewiston Bank" hat fallirt, deßgleichen eine große Eisenhandlung in New-York. Der Name ist nicht genannt.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

München. Verkehr auf den königl. bayer. Eisenbahnen im Monat November 1847:

Bahnstrecken.	Personen. Zahl.	Personen. Einnahme. fl.	kr.	Frachtgüter. Gewicht. Ctnr.	Pf	Frachtgüter. Einnahme. fl.	kr.	Baggage, Equipage, Vieh 2c. Einnahme. fl.	kr.	Gesammt-Summe der Einnahmen. fl.	kr.
München-Donauwörth-Kaufbeuren	30888	24998	8	55569	20	9627	13	3619	49	38545	10
Nürnberg-Neuenmarkt	30415	17493	12	75686	17	12653	23	1505	6	31651	41
Summa:	61303	42491	20	131255	37	22580	36	5124	55	70196	51

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 6. Januar: „Norma", Oper von Bellini.
Freitag den 7. Januar: „Der Vetter", Lustsp. v. Benedix.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Baron v. Bernhardt von Augsburg; Dr. Heß, Professor von Würzburg; Buschley, Privatier aus England.

Hôtel Maulick. HH. Dreher, Bräuer von Wien; Bischof, Rentier v. New-York.

Goldn. Hahn. H. Baron v. Closen v. Gern.

Blaue Traube. HH. Dr. Bauer v. Augsburg; Mme. Lilienthal v. Vilsbiburg.

Getraute in München.

HH. Wilhelm Rupert Karl Maximilian Bechtold, Oberlieutenant im k. Inf.-Leibregiment dah., mit Frl. Jul. Ludovica Carolina Justina Schropp, kgl. Oberstenstochter dahier; Joseph Schwirer, Taglöhner von Oberbrunn, Ldg. Starnberg, Bürger und Hausbesitzer dah., mit Elise Bachmayr von Maisteig, Pf. Heimhausen; Franz Christoph Wolf, Soldat im k. Inf.-Leibregimente, mit Franziska Hainzelmayr v. Hohenried, Ldg. Schrobenhausen; Johann Schmid, Brauknecht dah., mit Theres Mück, Güterlerstochter v. Untermenzing; F. N. Peter Schenk, Civil-Architect und funct. Bauconducteur bei der k. General-Bergwerks- und Salinen-Administration, mit Frl. Marg. Aug. Raimer, Schiffmeisterstochter von Regensburg; C. Mich. Schüßel, Kaufmann, Galanterie- und Bijouterie-Waarenhändler in Fürth, mit Frl. A. Maria Dipp, Spiritusfabrikantenstochter v. h.

Bekanntmachung.

2217. (2b) Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird eine reale Weingastgebers-Gerechtsame dahier nach §. 64 des Hypotheken-Gesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98—101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 dem gerichtlichen Verkaufe unterstellt, und ist Versteigerungs-Tagsfahrt auf

Mittwoch den 23. Februar 1848 Vormittags von 10 — 12 Uhr im Geschäftszimmer Nro. 35 über 2 Stiegen

anberaumt.

Gedachte Gerechtsame ist auf 7500 fl. — geschätzt und mit 10,750 fl. — Hypothek-Schulden belastet.

Bemerkt wird, daß der Hinschlag an den Meistbietenden nur bei Erreichung des Schätzungswerthes erfolgt, und dem Gerichte unbekannte Käufer bei der Tagsfahrt ihre Zahlungsfähigkeit nachzuweisen haben.

Am 27. Dec. 1847.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Sigmund.

Bekanntmachung.

2212. (3c) Auf Andringen eines Gläubigers wird das den Maurers-Eheleuten Paul und Kreszenz Schäfler dahier gehörige Anwesen Nr. 1 an der Erzgießereistraße, früher Nr. 91 lit. b an der Feldstraße, dahier, bestehend aus einem mit Erdgeschoße zweistöckigen Vordergebäude mit gewölbtem Keller versehen, einem einstöckigen Hintergebäude (Remise und Stallung), dann Communhofraum und Communpumpbrunnen, mit 1550 fl. Hypotheken belastet und auf 1900 fl. gerichtlich gewerthet, — im Executionswege der gerichtlichen Versteigerung nach §. 64 des Hypotheken-Gesetzes und der §§. 98 — 101 der Prozeßnovelle von 1837 unterstellt.

Zur Aufnahme der Kaufsangebote ist Termin auf Montag den 28. Februar l. Js. Vormittags 11 — 12 Uhr

im Gerichtszimmer Nr. 9 anberaumt, wozu besitz- und zahlungsfähige Steigerungslustige mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt werden, daß dem Gerichte Unbekannte sich über Zahlungsfähigkeit gehörig auszuweisen haben.

Am 21. Dec. 1847.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Daxinger.

Digitized by Google

Nr. 6.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir (Knödel-Gasse Nr. 2), auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Freitag XLIX. Jahrgang. 7. Januar 1848.

Deutschland.

Bayern.

München, 5. Jan. Es wurden am 1. Jan. von Sr. Maj. dem König folgende Ordensverleihungen an Personen außer München vorgenommen und solchen die betreffenden Decorationen zugesendet: Das Commenthurkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone: 1) dem Erzbischof von Bamberg; 2) dem Gesandten rc. Frhrn. v. Cetto in London. Das Ritterkreuz dieses Ordens: dem Ministerresidenten Frhrn. v. Perglas in Athen. Daß Großkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael: dem Gesandten Grafen v. Lerchenfeld in Berlin. Das Commenthurkreuz dieses Ordens: dem Regierungsdirector Dr. Ant. v. Kopf in Augsburg. Das Ritterkreuz dieses Ordens: 1) dem Appellationsgerichts-director Math. Obermüller in Passau; 2) dem Appellationsgerichtsrath Spach in Zweibrücken; 3) dem Regierungsfinanzrath Dr. Franz Meyer in Würzburg; 4) dem Consul v. Meinel in Havre-de-Grace; 5) dem Landrichter Schill in Donauwörth; 6) dem Gymnasialrector Döderlein in Erlangen; 7) dem Professor Fröhlich in Würzburg; 8) dem General-Zoll-Adm.-Rath Carl Meixner beim Centralbureau in Berlin; 9) dem Maler Joh. Schraudolph in Speyer; 10) dem Bürgermeister Gottfr. Stengel in Zweibrücken; 11) dem Caplan Arneth in Athen; 12) dem Tabackfabrikanten Sander in Augsburg und 13) dem Ingenieur-Major Seidel in Germersheim. Vorgestern erhielt der Ministerverweser des Kriegsministeriums Generalmajor Frhr. v. Hohenhausen aus den Händen Sr. Maj. des Königs das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone. (A. Z.)

München. Der königl. Kämmerer und Legationsrath Graf v. Marogna ist in Erneuerung der allerhöchsten Entschließung vom 17. März v. J. zum Ministerresidenten an den königl. belgischen und niederländischen Höfen ernannt worden.

München. Dem gestern mitgetheilten Auszug aus dem kgl. Regierungsblatt fügen wir noch nachstehende Bekanntmachung, die Bildung einer Handelskammer im Regierungsbezirke Niederbayern betreff., bei. Dieselbe lautet: Se. Maj. der König haben unter'm 2. Jänner l. Js. Sich bewogen gefunden, im Verfolge der allerhöchsten Verordnung vom 19. Sept. 1842, die Einführung von Handelskammern betr., auf so lange Allerhöchstdieselben nicht anders verfügen, die Bildung einer Handelskammer im Regierungsbezirke von Niederbayern mit dem Sitze in Passau allergnädigst zu genehmigen, und zu Mitgliedern dieser Handelskammer zu ernennen: I. Aus dem Fabrikantenstande: 1) den Tabakfabrik-Besitzer und Kaufmann Joseph Bauer in Passau; 2) den Tabakfabrik-Besitzer Georg Fahrenbacher in Landshut; 3) den Mechanikus und Wollspinnereifabrik-Besitzer Benedict Liebherr in Landshut. II. Aus dem Handelsstande: 4) die Kaufleute: Joseph Pummerer, 5) Paul Hauer, 6) Joseph Oberhauser, 7) Ignaz Harslem, 8) Georg Eglauer, 9) Anton Pummerer, 10) Alois Obpacher, 11) Karl Herrman, sämmtlich aus Passau, und 12) den Kaufmann Joh. Nepomuk Deutter aus Landshut. — Die in demselben Blatte enthaltenen Dienstes-Nachrichten sind unsern Lesern schon früher bekannt gegeben.

München, 4. Jan. Wie es scheint, läßt das Ministerium des Innern eine genaue Statistik der Israeliten in Bayern anfertigen; denn die Administration der hiesigen israelitischen Gemeinde hat von der k. Polizei-Direction den Auftrag erhalten, ein genaues Verzeichniß der hiesigen israelitischen Bevölkerung vorzulegen. Die Anfertigung dieser Statistik geschieht wahrscheinlich wegen der Revision des Juden-Edicts von 1813, mit welcher man eben in den beiden Ministerien des Innern beschäftigt ist. Es dürfte sonach außer Zweifel seyn, daß ein hierauf bezüglicher Gesetzentwurf der nächsten Ständeversammlung werde vorgelegt werden. Bei Anfertigung dieser Statistik dürfte unsers Erachtens besonders ein Punkt genau ins Auge gefaßt seyn — jener der Auswanderung. Die Zahl der Israeliten, die in Folge der drückenden Gesetze seit 30 Jahren aus Bayern ausgewandert sind, und das Vermögen, welches sie mit über das Meer genommen haben, sind sehr bedeutend. Daß nur die Vermöglichern überhaupt auswandern, während die Aermern daheim bleiben und schließlich den Gemeinden zur Last fallen, ist eine bekannte Thatsache. (C. v. u. f. D.)

Dem „Fränkischen Merkur" ist vom Stadtcommissariate in Bamberg nachfolgende Mittheilung über die Vollzugsinstructionen zur Verordnung vom 16. Decbr. v. Js. gemacht werden: „Durch einen k. Ministerialerlaß vom 26. v. M. sind die Normen zum Vollzuge der allerhöchsten Verordnung vom 16. v. M. über die Censur emanirt, und sollen die Redactionen im Geiste dieser Instruction geeignet angewiesen werden, was hiemit geschieht. 1) Die inneren Landesangelegenheiten sind jeder Präventiveinschreitung entrückt, und letztere soll nur noch angewendet werden auf: a) Gegenstände der äußern Politik; b) auf Artikel, wodurch ein Strafgesetz im Verbrechens- oder Vergehensgrade übertreten wird; c) auf Antastungen der Ehre von Privaten. 2) Was unter äußere Politik zu subsummiren, ist der Redaction aus früheren Erlassen bereits bekannt, und darunter zu verstehen, was den deutschen Bund als solchen, dann das politische Leben jedes einzelnen deutschen und außerdeutschen Staates sowohl in sich als in seinen Wechsel-Beziehungen zu den übrigen Staaten, einschlüssig Bayerns, angeht. Innere Landesangelegenheiten in das Bereich der äußeren Politik hereinziehen, wäre den allerhöchsten Absichten entgegen. 3) Bezüglich des strafrechtlichen Gebietes ist von Polizeiübertretungen Umgang genommen, die Censoren können nur abstreichen, was dem Gebiete der Verbrechen oder Vergehen angehört. 4) Der Fürsorge zu Gunsten der Privatehre liegt die Absicht zu Grunde, Private gegen Verunglimpfungen durch die Censurwaffe zu sichern, und das freie Wort von dem Pfuhle der gemeinen Klatscherei auf das ernste und fruchtbare Gebiet der öffentlichen Interessen herüber zu drängen. Dem Tadel gegen Staats- und öffentliche Diener, in welcher Form er sich auch bewegt, soll ein Abstrich nicht entgegentreten, selbst wenn auf die Kritik der Begriff der Amtsehrenbeleidigung anwendbar erscheinen könnte, dagegen sind die Redactionen auch gehalten, Erwiederungen aufzunehmen, unbeschadet der Injurien- oder Kalumnienklage, oder der Provocation zur strafrechtlichen Einschreitung wegen beleidigter Amtsehre. 5) In welcher Art die Censur über Artikel äußerer Politik gehandhabt werden soll, ist schon bekannt und hieran nichts geändert, übrigens soll den Blättern eine bestimmte Richtung nicht aufgedrängt und jedes Urtheil gehört werden, das in ruhiger und anständiger Form hervortritt. 6) Die Censurstreifen sind dreifach vorzulegen, und die Verweigerung des Imprimatur wird in margine mit Datum und Unterschrift geschehen. Der Redaction steht Berufung an die königl. Regierung zu, welche binnen 3 Tagen im bureaukratischen Wege entscheidet, auch ebenso der Recurs an das k. Ministerium und im Hinblick auf §. 9 III. Verfassungsbeilage nach allerhöchster Verordnung vom 18. Nov. 1828 die Beschwerde an den k. Staatsrath offen. 7) Abänderungen oder partielle Abstriche sind untersagt, letztere aber erlaubt, wenn protokollarische Erklärung der Redaction vorliegt. 8) Die Abstriche werden auch ohne Beschwerde

Gunehild von Schweden.

(Geschichtliche Novelle von N. v. St.)

(Fortsetzung.)

Während rauschende Feste das Volk in den Mauern des altehrwürdigen Upsala beschäftigten und seine Bewohner in den Träumen goldener Zeiten wiegten, während Gunehild sich im Innern ihrer Gemächer reichlich für den Zwang entschädigte, den sie sich in der Fürsten Versammlung auferlegen mußte, in jener Versammlung, wo man über die Mittel ernst zu Rathe saß, das von den gewaltigen Normannen und wilden Dalekarliern zugleich bedrohte Land zu schützen, landete an einem der verwegensten Küstenausläufer Norwegens, wo die donnernden Wogen der Nordsee an den zahllos starrenden Felsen und verborgenen Klippen schäumig branden, ein kleines Fahrzeug. In Schlangenwindungen hatte es durch das schmale Fahrwasser und die tobende Brandung hingleiten müssen, oft wie ein leichter Wasservogel über den scharfen Felsspitzen, welche die kräuseligen, spitzigen Wellen tückisch verhüllten, schwebend, und nun betrat eine kräftige Greisengestalt, von einem blühenden Knaben und einem bereits alternden Diener begleitet, den sicher gewonnenen Boden.

„Du hast Dir den Weg gut gemerkt, alter Junge!" sprach der Greis zu dem Knecht, der das leichte Fahrzeug auf den weichenden Strand zog, um es gegen den immer noch großen Andrang der Wogen zu schützen. „Hinter diesem Felsen muß das Thal und die Hütte liegen, wo der ehrwürdige Gundebert einst den Todtwunden aufnahm, als Du mich nach jener blutigen Schlacht in diese Thäler geflüchtet, und hier ist die kleine Bucht, von welcher der Wiedergenesene mit erstarktem Muth, im leichten Fischerkahn dem stattlichen Schiffe zuruderte, das sich ihm auf der Höhe des Meeres zeigte, um mit ihm dem Vaterlande, das seines Armes bedurfte, zuzueilen. Sey mir gegrüßt Boden, den ein wahrhaft edler Mensch durch ein zwanzigjähriges mit stillen Tugenden geschmücktes Leben geheiligt hat, den Verrath und Mord nie heimgesucht und entweiht haben. Möge auch jetzt der freudenselige Geist von Walhalla's Räumen zurückkehren, und es so lange schützend umschweben, bis die Frucht des Geschickes zur Reife gediehen. „Dort, fuhr er fort, indem er des Knaben Hand ergriff, der erstaunt und angstbewegt die hohen Felswände anstarrte, als wollte er sagen: hier vermag wohl die windschnelle Möve und die mißtrauische Eidergans, nimmer aber ein Mensch zu wohnen — und mit ihm um eine schroffe Felsecke bog, „dort, hinter jenem dichten Walde liegt das Dorf, dessen gastfreundliche Bewohner, friedsame Fischer, uns mit dem Nöthigsten versorgen werden, und hier, geschützt gegen die rauhen Nordwinde, erwartet uns, mein geliebter Sohn, unsere Behausung."

Ein freundliches, obwohl kleines, von einem tiefdunklen Föhrenwald begrenztes Thal lag vor ihren Blicken ausgebreitet, und nach wenigen Schritten standen sie vor einer Hütte, die

an die Regierung und an das kgl. Ministerium vorgelegt. 9) Schließlich hat das kgl. Ministerium auf die Normen vom 8. März 1836 für alle nicht benannten Fälle verwiesen."

Der katholische Dekan und Stadtpfarrer Pflaum in Ansbach, Abgeordneter zur Ständeversammlung, ist zum Domcapitular und Stadtpfarrer in Bamberg ernannt worden.

Erlangen, 2. Jan. So eben wird der Personalstand der hiesigen Universität ausgegeben. Die Gesammtzahl der Studirenden beträgt 403, wovon 32 Ausländer sind. Es stellt sich dabei gegen das vorige Jahr eine Mehrzahl von 38 heraus, wohl die größte Zunahme seit etwa 12 Jahren. Im Jahre 1835 betrug die Zahl der Studirenden nicht ganz 300. Die Zahl der Theologen ist 202, der Juristen 141, der Mediciner 35, der Pharmaceuten 7, der Chirurgen 1, und der Philosophen, Philologen u. s. w. 17. (C. v. u. f. D.)

Der Weserzeitung wird „vom Main" geschrieben, der Bischof von Würzburg habe jüngst den bekannten Erlaß in Betreff der Beerdigung von Protestanten in katholischen Parochien zurückgenommen.

K. Sachsen.

Das Finanzministerium beabsichtigt laut einer Bekanntmachung der Oberpostdirection, mit dem 1. August 1848 die Strecke der sächsisch-bayerischen Staatseisenbahn zwischen Plauen und der Grenze bei Hof dem Betriebe zu übergeben, und, da hiernach die in Gemäßheit des einschlagenden Staatsvertrags herzustellende unmittelbare Eisenbahnverbindung zwischen Leipzig und Nürnberg nur noch zwischen Reichenbach und Plauen, der auf dieser Strecke noch in der Ausführung begriffenen Kunstbaue halber, eine Unterbrechung erleidet, für die Dauer der letzten den gegenseitigen Anschluß an die Eisenbahnzüge zwischen den Eisenbahnstationen Reichenbach und Plauen durch postmäßige Beförderung der Reisenden, ingleichen des Post- und Eilgutes bewerkstelligen zu lassen, wogegen wegen sicherer und möglichst beschleunigter Beförderung der der Eisenbahnverwaltung übergebenen gewöhnlichen Frachtgüter anderweitige Verfügung getroffen werden wird.

Sächsische Herzogthümer.

Köthen, 29. Dec. Im letzten Herbst vereinigten sich die einflußreichsten Bewohner der anhaltischen Herzogthümer zu einer Eingabe an ihre Fürsten, in welcher sie um Einführung der 1815 versprochenen landständischen Verfassung baten. Sie haben darauf noch keine Antwort erhalten. Man versichert man, daß Köthen deßhalb noch nicht gehuldigt habe. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Kurhessen.

Hanau, 3. Jan. Nach der Versicherung des „Frankfurter Journals" ist der Turnverein durch höhern Befehl aufgelöst.

In Giessen ist wie in Berlin ein akademischer Gottesdienst eingerichtet.

Preußen.

Berlin, 2. Jan. Ihre Majestäten der König und die Königin haben heute ihr Hoflager von Charlottenburg nach Berlin verlegt.

Berlin, 27. Dec. Die beiden religiösen Partrien der hiesigen jüdischen Gemeinde treffen Anstalten, sich wieder zu vereinigen. Die bevorstehende Ausführung des neuen Judengesetzes durch Bildung der Synagogenbezirke, gibt einer in der Mitte stehenden Fraction die Veranlassung, das Friedenswerk zu unternehmen. Man hat daher zunächst eine allgemeine Versammlung ausgeschrieben, in welcher Reformer und Orthodoxe unterhandeln werden. — Ludwig Buhl, der noch bis vor Kurzem unfreiwillig ein Bewohner Magdeburgs war, hat wieder einen Proceß zu bestehen. Er ist der Erregung von Mißvergnügen angeklagt, weil er in einem in den „Epigonen" abgedruckten Aufsatz seinen früheren Proceß veröffentlichte und bei dieser Gelegenheit die früheren incriminirten Stellen, welche damals seine Verurtheilung zur Folge hatten, wieder hat abdrucken lassen. In der Mitte des nächsten Monats steht der Termin zur öffentlichen Verhandlung der Sache an. (Wes. Z.)

Aus der Provinz Sachsen, 30. Dec. Die sogenannte freie Gemeinde in Magdeburg soll jetzt mit Inbegriff der Kinder neuntausend Seelen zählen; es sind ihr weder gottesdienstliche Handlungen, noch ihrem Geistlichen, Uhlich, Vorträge in dessen Hause erlaubt. Dem Consistorium ist von seinen Anhängern eine Dankadresse zugesandt worden. Der Eifer der freien Gemeinde soll sich insofern legen, als Magdeburg zu wenig Sinn für geistige Interessen und zu wenig intelligente Volksmänner hat. Man würde sich täuschen, wenn man glauben wollte, daß die Magdeburger Opposition gegen das Consistorium wirklich einem religiösen Drange ihre Macht verdankt; Magdeburg ist größtentheils indifferent gegen Religion und Kirche, der Eifer der streng Kirchlichen ist ihm aber unbequem, und gegen diese Unbequemlichkeit opponirt man. Vielleicht dürfte indeß die kirchliche Bewegung zu einer socialen erwachsen, da Uhlich namentlich Vorsteher oder Mitglied aller Armen- und Sparcassenvereine ist. Hierin liegt die Zukunft der freien Gemeinde, deren Consequenz die hallische Wislicenische Gesellschaft ist. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Freie Städte.

Frankfurt, 3. Jan. Der Bundespräsidialgesandte Graf v. Münch-Bellinghausen wird dem Vernehmen nach noch vor Ablauf des gegenwärtigen Monats von Wien nach Frankfurt zurückkehren (nach der „Allgemeinen Zeitung" erst im Frühjahr) um den Vorsitz in der Bundesversammlung wieder zu übernehmen. (C. v. u. f. D.)

Frankfurt, 3. Jan. Heute ist der russische Geheimerath und Gesandte am Bundestag Hr. v. Dubril, nach längerer Krankheit verschieden. (A. Z.)

Bremen, 31. Dec. Die dießjährige Auswanderung über Bremen hat die Zahl der im vorigen Jahre über Bremen Ausgewanderten noch um mehr als tausend übertroffen. Es haben sich nemlich im Jahr 1847 im ganzen genommen 33,682 Passagiere auf 235 Schiffen von Bremen aus nach den verschiedenen Häfen Nordamericas, Brasiliens und Süd-Australiens u. s. w. eingeschifft. Indeß kann die Zahl der nach den zuletzt genannten Ländern Ausgewanderten kaum in Betracht kommen neben der Zahl, welche die Auswanderung nach den vereinigten Staaten umfaßt. Es sind nemlich nach sechs Häfen der vereinigten Staaten New-York, Baltimore, Neworleans, Philadelphia, Charleston und Galveston, außerdem noch Quebek auf 227 Schiffen befördert, darunter 100 Schiffe mit 10,960 Passagieren nach New-York. Auf Quebek kommen 26 Schiffe mit 5921 Passagieren. Auf die brasilianische Auswanderung nach Rio de Janeiro und Rio Grande do Sul kommen 3 Schiffe mit 25 Personen, auf Adelaide in Süd-Australien 4 Schiffe mit 699 Auswanderern, auf Port-Natal ein Schiff mit 189 Auswanderern. Die Mehrzahl der dießjährigen gesammten Auswandererzahl beläuft sich auf 1319 Personen (33,682 in diesem Jahre gegen 32,372 im vorigen Jahre.) Dagegen ist die Zahl der Schiffe in diesem Jahr um 1 niedriger, nemlich 235 gegen 236 im vorigen Jahre. (Wes. Z.)

An Dr. Andree's Stelle hat der bekannte Dr. Lorenzen aus Kiel vom Neujahr an die Redaction der „Bremer Zeitung" übernommen. Andree will sich mit mehr Muße schriftstellerischen Arbeiten widmen und seinen Aufenthalt in Wiesbaden nehmen.

Oesterreich.

Wien, 1. Jan. Se. Maj. der Kaiser hat das ihm, für den Fall, daß sich Streitigkeiten an die Vollziehung des letzten Willens des verstorbenen Kurfürsten von Hessen knüpfen sollten, zugedachte Schiedsrichteramt durch eine Erklärung abgelehnt, welche sich dahin ausspricht, daß Se. Maj. der kindlichen Liebe und dem Rechtssinne des regierenden Kurfürsten in Betreff der Vollziehung des Testaments seines Vaters volles Vertrauen schenke. (Karlsr. Z.)

Der „Allgemeinen Zeitung" schreibt man aus Wien vom 2. Jan. Von den aus der Schweiz vertriebenen Mitgliedern der Gesellschaft Jesu ist nicht ein einziges hier angekommen; es konnte ihnen also unmöglich irgendein Aufenthalt, am wenigsten im Palast der Erzherzogin Maria Anna auf dem Kahlenberg, der nur in der Einbildungskraft des Correspondenten, keineswegs aber in der Wirklichkeit da ist, angewiesen werden. Aus dem Gesagten ergibt sich von selbst, welche Bewandtniß es mit den 7000 fl. C. M. haben kann, welche Ihre Maj. die Kaiserin-Mutter diesen ausgewiesenen Jesuiten mit der Bestimmung augenblicklich angewiesen haben soll, eine Klosterkirche und Schule zu Mautern zu bauen. (Demgemäß ist die Meldung in 311 der polit. Zeitg. v. Js. die nach einer Correspondenz der „Allgemeinen Zeitung", von der Donau erfolgte, durchaus unrichtig.)

Wien, 29. Dec. In einer der Vorstädte Wiens hat eine vollkommen organisirte Gesellschaft, welche ein schönes Haus bewohnte, dort ganz elegant eingerichtet und im Besitz einer eigenen glänzenden Equipage war, die Industrie des Diebstahls in einem großartigen Style betrieben. Der unermüdlichen Thätigkeit unserer Polizeibehörde ist es endlich gelungen, die ganz eigenthümliche Erwerbsquelle dieser Industrieritter zu entdecken und ihrem Handwerke durch gefängliche Haft ein Ende zu machen. (A. Pr. Z.)

Schweiz.

Bern, 31. Dez. Es kann nicht geläugnet werden, daß in Berücksichtigung der vielen politischen Verwickelungen die neu constituirten Behörden des Kantons Bern eine große Thätigkeit entwickelt und manches Gute geschaffen haben. Das neue Armengesetz, die Zehntliquidation, die Gründung der Hypothekarcasse, das Gesetz über die Vermögens- und Einkommensteuer, die Liquidation der Staatsdomänen, die Anbahnung eines neuen Rechnungssystemes, die Revision der Militärverfassung, die Organisation des Gerichtswesens, das Gesetzbuch über das Verfahren in Civilrechtssachen, dasjenige über die Schuldbetreibungen und das Gesetz über den Tarif in gerichtlichen und Betreibungssachen sind Schöpfungen der neuen Behörden. Am thätigsten war Hr. Finanzdirector Stämpfli. Die Erziehungsdirection hat am wenigsten zu Stande gebracht. Außer der Reorganisa-

---

einst wohl festgerammt, jetzt aber nur geringen Schutz gegen die wechselnden Unbilden der Witterung verhieß. „Wir haben zu thun," sprach er unter heiterm Lächeln weiter, als seine Begleiter in befangenem Schweigen verharrten, „allein fleißige Hände scheuen die Arbeit nicht, und wo immer der Mensch das Gute aus reinem und gesundem Herzen will, und nach dem Rechte beharrlich strebt, bleibt der Götter Segen nimmer, nimmer aus! Auch Du, mein Thiodolf, wirst Dich mit Deiner neuen Heimat bald befreunden, so fremdlich Deine Blicke auch umkreisen. Oder glaubst Du, daß Dein gewohnter Frohsinn nicht auch hier Dein treuer Begleiter seyn wird, so laß mich einsam hier und kehre mit Welf heim ins verlassene Burggemach."

„Nie, süßer Vater!" rief der holde Knabe, indem ein feuchter Schleier den Strahlenglanz seines Auges umwob, und er sich ungestüm an des Greises Brust drückte. „Es war Dein Ernst nicht, mich von Dir scheiden zu sehen, allein auch scherzend hast Du mir wehe, recht wehe gethan, lieber guter Vater! Wo gibt es eine schönere Heimat als an Deiner Seite! An Deiner Hand allein mag ich den lichten Höhen des Rechten zuwallen; ja, ohne Dich könnte und möchte ich gar nicht einmal leben! Nicht meinetwegen betrachtete ich diese öden Stätten mit Besorgniß, die auch, mit Dir getheilt, an ihrer Einsamkeit verlieren. Nicht für mich fürchte ich ihre Beschwerden, ihre Entbehrungen, sondern für Dich, den leidend zu sehen ich nimmer zu ertragen vermöchte." (Fortsetzung folgt.)

Mannigfaltiges.

Bühnenschau.

München, 7. Jan. Die gestrige Vorstellung von Bellini's Oper „Norma", welche Se. Maj. der König mit Allerhöchstseiner Gegenwart beehrte, brachte uns das erste Gastspiel von Madame Stöckl-Heinefetter. Seit langer Entbehrung wiederum ein Abend des wahrhaftigen Kunstlebens. Die bedeutendsten Gesangkräfte unserer Oper standen im vollsten Wetteifer um die keusche Priesterin der Töne, um die Schöpferin eines Kunstganzen, in welchem Mimenbegabung mit der urkräftigsten Kraft eines von der Feuertaufe des Geistes geweihten Gesanges in allseitig befriedigender Abrundung zusammengeflossen. Die Norma der Stöckel-Heinefetter gehört bereits der Kunstgeschichte an. Vielleicht gönnt der Raum späterhin, die Darstellungen der gefeierten Künstlerin im Zusammenhange zu beleuchten, da ein Cyclus von Gastrollen bevorsteht, und auch die ganze Macht deutschen Gesanges an uns vorüberrauschen wird. Für heute bemerken wir, daß die besprochene Künstlerin wiederholt innerhalb des Abspiels den vereinigten reichen Beifall des Publicums und der Kunstkenner erntete, und am Ende des Stückes zweimal unter einstimmigem Zuruf begehrt wurde, worauf sie mit Mad. Diez (Adalgisa), welche wiederholten Beifalls des Publicums innerhalb der Scenen sich zu erfreuen gehabt hatte, erschien. Hr. Härtinger (Sever) und Hr. Pellegrini (Orovist)

tion der Schullehrerseminare in Münchenbuchsee und in Pruntrut ist nichts geschehen. (A. Z.)

Bern. Professor Stettler ist in der Anklage, welche der Regierungsrath seines Anschlages am schwarzen Brette wegen („er werde das schweizerische Staatsrecht nicht mehr lesen, da es gewaltsam gestürzt worden") gegen ihn erhoben, von dem Amtsgerichte von Bern freigesprochen, aber zu den Kosten verurtheilt worden.

Die Berner „Volkszeitung" nach der Basler das beste conservative Blatt erscheint nicht mehr. Von den 5 noch in Bern erscheinenden Blättern ist das Intelligenzblatt conservativ, die andern 4 radical.

Zürich, 3. Jan. Der Effectivstand des eidgenössischen Occupationsheers soll nach den neuesten Verminderungen nur noch 15,000 Mann betragen. Oberst Ziegler hat seine Entlassung vom Oberbefehl im Kanton Luzern erhalten, und statt seiner wurde Oberst Gmür zum Oberbefehlshaber in Luzern und den kleinen Kantonen ernannt, während Oberst Rilliet die Truppen in Freiburg und Wallis commandirt. (A. Z.)

Basel, 3. Jan. Se. Excell. Graf Bois-le-Comte, französischer Gesandter in der Schweiz, ist nebst Gesandtschafts-Secretär aus Neuenburg wieder hieher zurückgekehrt.

Luzern. Dr. Kas. Pfyffer hat, wie das Z. B. berichtet, die Obergerichtspräsidentenstelle abgelehnt, weil er als Großrichter noch längere Zeit im Dienste der Eidgenossenschaft verweilen muß und als Advocat die Vertheidigung der in dem zu revidirenden Leuenprocesse angeklagten Männer führen wird.

Im Kanton Schwyz scheint der neugewählte Verfassungsrath eine gänzliche Umgestaltung der alten Verfassungsformen zu beabsichtigen. Bekanntlich ruhte die eigentliche Souveränetät dieses Kantons, gleichwie in Uri, Unterwalden, Zug, in den Händen der Landsgemeinde, d. h. einer öffentlichen Volksversammlung aller stimmfähigen Kantonsbürger, welche mindestens alle zwei Jahre einmal zusammentrat, die Landesbehörden wählte und die Beschlüsse der Regierung bestätigte oder verwarf. Diese alte Landesinstitution soll aufgehoben und an ihre Stelle ein großer Rath von 80 Mitgliedern mit dem Gesetzgebungsrecht treten, welcher seinerseits einen Regierungsrath von sieben Mitgliedern erwählt, der die Competenzen des bisherigen Kantonsrathes und der Regierungscommission in sich vereinigt. Aus den Regierungsräthen ernennt der große Rath den Landammann, den Statthalter und den Säckelmeister des Kantons. Die Bezirksräthe bleiben nur noch Verwaltungsbehörden; der Bezirksvorsteher ist unmittelbarer Vollziehungsbeamter der Regierung, und die Beurtheilung der Polizeistraffälle — die bisher den Bezirksräthen zukam — geht den gehörigen Gang an die Bezirksgerichte. Die dreifachen Bezirksräthe bleiben zur Begutachtung aller an die Bezirksgemeinden zu bringenden Verhandlungsgegenstände, sowie zur Wahl der Bezirksschreiber und Waibel, die bisher den Landsgemeinden zustand. Die radicale N. Zürcher Zeitung begrüßt all' diese Neuerungen als „einen anerkennungswerthen Fortschritt."

Waadt. Der Staatsrath hat durch Beschluß vom 28. Dec. bekannt gemacht, daß das Verbot aller religiösen Versammlungen außer der Nationalkirche fortwährend in Kraft bleibe, bis der große Rath darüber entschieden habe.

„Von allen Sonderbundsständen," bemerkt die „Eidgenössische Zeitung", „hat sich Unterwalden in und nach dem Krieg am rühmlichsten gehalten. Vor dem Krieg hat es nicht bramarbasirt, während des Kriegs haben sich seine Soldaten am tapfersten bewährt, und nach dem Krieg hat es, ohne seine frühern Häupter zu brandschatzen, am meisten Bereitwilligkeit gezeigt seinen schweizerischen Bundesgenossen die ehrliche Hand zur Versöhnung zu reichen."

Von den Schweizern in Bergamo sind an Unterstützung für die Verwundeten und Hinterlassenen von Gefallenen 8502 Lire eingelangt, von Marseille 5200 Fr.

Italien.

Eine Correspondenz des Ami de la Religion aus Rom, 18. Dec. meldet die Abreise des neuen Patriarchen von Jerusalem Monf. Valerga, die am 13. Dec. erfolgt war. Sie bemerkt, diese Sendung habe nicht den Charakter noch die diplomatische Wichtigkeit, die man ihr insgemein in Frankreich beilege, ihr Zweck sey überhaupt nicht politischer, sondern blos religiöser Art. Die Jurisdiction des neuen Patriarchen erstrecke sich nur auf die lateinischen Katholiken in Palästina, und die Christen des Libanon hätten also keine große Hülfe von ihm zu erwarten. Dagegen werde diese unglückliche Nation an dem außerordentlichen Botschafter, den Pius IX. mit Glückwünschen und reichen Geschenken an den Sultan abschicke, einen mächtigen Beschützer finden. Monf. Ferrieri werde sich am 20. Dec. auf einem Dampfboot der königl. sardinischen Marine in Civitavecchia einschiffen, und er habe den besondern Auftrag alle katholischen Missionen des Orients zu besuchen. Außer dem Pater Arsenio, einem seit mehreren Jahren in Rom ansässigen gebornen Konstantinopolitaner, der als Dolmetscher mitgehe, und den Abbaten Vespasiani und Capei, welche die Stelle von Secretären versehen, würden zwei junge römische Herren, der Sohn des Grafen Marchetti und ein Neffe des Cardinals Ferretti, die Gesandtschaft begleiten. Der letztere werde seine Verrichtungen als Staatssecretär wenigstens während des Monats Januar noch behalten.

Rom, 24. Dec. Der Municipalrath hat in seiner letzten Sitzung am 20. sich in folgende Sectionen getheilt. I. 1) Für öffentlichen Unterricht und Erhaltung der Werke der Kunst und des Alterthums; 2) Annona e Grascia (Sorge für die Zufuhr von Lebensmitteln), Handel und Feldpolizei. II. 1) Wohlthätigkeitsanstalten 2) Gesundheitspolizei. III. Straßen- und Wasserbauten, Straßenpolizei. IV. 1) Statistik, Bürgergarde, Archiv; 2) Verwaltung der Einkünfte. V. Oeffentliche Schauspiele. — In derselben Sitzung hat man den Vorschlag gemacht, die Statue des Marc Aurel von dem Platze des Capitol wegzunehmen und ein Monument für Pius IX. an dieser Stelle aufzurichten! So sagt die „Pallade". Für den Augenblick mußte jedoch der Antrag unberücksichtigt bleiben, bis der Magistrat in seine vollen Functionen eingetreten seyn wird.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Rom, 25. Dec. Als Gerücht wird gemeldet, daß Monf. Corboli-Bussi, der eben erst aus Modena hier eingetroffen ist, die Bestimmung erhalten habe, in einigen Tagen nach Neapel abzugehen, um auch dort die Unterhandlungen wegen des Anschlusses an den mittelitalienischen Zollverein, welche er an den Höfen von Florenz und Turin mit so viel Glück geführt hat, selbst zu leiten. — Der Ingenieur Giuseppe Sartori, ein Römer, hat dem Papst ein neues System von Eisenbahnen mit geneigter Ebene vorgelegt. (A. Z.)

Rom, 26. Dec. Die Consulta wird nächsten Mittwoch (29. Dec.) abermals eine Plenarversammlung abhalten, in welcher dann das Organisationsreglement mit der Gewißheit landesherrlicher Approbation versehen werden soll. Diese Nachricht hat die Hoffnungsgeister, welche in den letzten Tagen sehr gedrückt waren, wieder etwas belebt. Es kommt hinzu, daß der Papst gegen einen der Consultoren die Aeußerung gethan hat, er sehe die Nothwendigkeit ein, die Zahl der Deputirten auf das Doppelte zu vermehren. Gleichzeitig mit der erwähnten Aeußerung soll Pius IX. eine andere gethan haben. Dieser zufolge würde er damit umgehen der Consulta, die in dem Motuproprio erwähnte Cardinalcongregation, welcher die Beschlüsse der Consulta zur Prüfung vorzuliegen hätten, als eine Art von erster Kammer (alta camera, wie sich der Berichterstatter ausdrückt) gegenüberzustellen. (A. Z.)

Rom, 28. Dec. Paradisi Torlonias Ankläger, von diesem wegen Injurien belangt, ist am 26. verhaftet worden. Desgleichen wie es heißt, mehrere Andere, welche die Jesuiten und Torlonia mit Insulten bedroht hatten. (A. Z.)

Parma, 1. Jan. Der neue Souverän mit dem Erbprinzen ist angekommen und hat den herzoglichen Palast bezogen. (A. Z.)

Aus Parma bringen italienische Blätter eine Adresse von Gemeinderath und Bürgern der Stadt Parma an den neuen Herzog, Karl Ludwig von Bourbon, worin sie demselben verschiedene Beschwerden vorlegen; die Landwirthschaft sey darniedergedrückt durch Steuern, während im Staatsschatz Geld nutzlos sich anhäufe; das Militär verschlinge einen großen Theil der Staatseinkünfte, übertrete die Gesetze und verursache Ruhestörungen; „jesuitische Barbarei" beflecke den Unterricht, die Censur werde launenhaft geübt, die Polizei verletze die persönliche Freiheit und Spione verbreiten Mißtrauen unter allen Klassen. Der Herzog wird sodann gebeten, diesen Beschwerden abzuhelfen, dem italienischen Zollverein beizutreten, den Handel neu zu beleben und den Bürgern die Wahl der Gemeindebeamten zu überlassen.

In Pontremoli, das vertragsmäßig nun in Folge der Vereinigung Luccas mit Toscana von diesem an Parma abgetreten werden soll, herrscht in der Aussicht hierauf große Aufregung. Die Einwohner, auf die unzugängliche Lage am Abhange des schneebedeckten Appenins vertrauend, rüsten sich zum Widerstand und sollen die Eisabrücke unterminirt und militärisch besetzt haben.

Turin, 1. Jan. Dem Vernehmen nach wäre von Seiten Oesterreichs dem Herzog von Modena angerathen worden zur Vervollständigung des im Herzogthum benöthigten Militärdienstes ein neues Bataillon Infanterie zu errichten. Zugleich soll Oesterreich den Wunsch ausgedrückt haben, die der modenesischen Regierung bewilligte Aushilfsmannschaft baldmöglichst zurückzuziehen.

(A. Z.)

Belgien.

Der König Leopold hat den Ankauf einer Monstranz, eines Meisterwerkes der Kunst und von der größten Kostbarkeit, als Geschenk für den Papst Pius befohlen.

Frankreich.

Paris, 2. Jan. Als die Deputirtenkammer dem Könige ihren Trauerbesuch abstattete, sagte der Präsident: Sire, Wir kommen nicht, um Ihren Kummer

---

waren, wie immer, auch dießmal ausgezeichnet. — Am gestrigen Mittag seyen, wie aus guten Quellen berichtet wird, Gerüchte in der Stadt in Umlauf gesetzt worden, welche die große Künstlerin, unsere Gästin, beeinträchtigen sollten. Die schönste Widerlegung dieses unheimlichen Treibens war eine Ueberfülle des Hauses, wie seit lange nicht vorgekommen, und der unablässig der Künstlerin gespendete Beifall des gesammten Hauses. Eine umfassend eingehende Besprechung der Darstellung, welche unter Zugrundelegung der Partitur, Orchester und Bühnenkräfte gleich sehr der strengsten Beurtheilung zu unterwerfen hätte, erlaubt uns leider der sparsam bemessene Raum nicht. Offenbare Versündigungen, wie eine solche gestern Seitens der Dem. Wertzmüller (Clotilde), sollten aber bei einer Oper, wie die unsere, nicht vorkommen. — Mit freudiger Spannung sieht man dem weiteren kunstvollen Gastspiel entgegen. A.

(Schiller über die deutschen Studenten.) Die Studenten sind wohl noch diejenige Classe des deutschen Publicums, von der man die meiste Empfänglichkeit für das Poetische zu erwarten hat, denn durch die Verhältnisse der wirklichen Welt sind sie noch nicht abgestumpft. Viele unter ihnen sind bekannter mit Rom und Griechenland, als mit ihrem Vaterlande. Das eigentliche Burschenleben ist ein immerwährendes Fest, und eine festliche Stimmung ist eine Hauptbedingung des höhern Kunstgenusses. Bei dem übrigen Publicum hat die Kunst erst alles zu überwinden, was dieser Stimmung entgegen ist. Manche Feinheit in der Behandlung wird dem Studenten entgehen, aber das Große und Herrliche wird er lebhaft auffassen und mächtig davon ergriffen werden.

Der Mörder des Studenten Heller in Mannheim hat seine That eingestanden; er heißt Jenner und ist einer von Jenen, die sogleich nach der That verhaftet wurden. Auch stellt es sich immer mehr heraus, daß ein Raubversuch die Ursache des Mordes war.

Aus dem Nassau'schen, 28. Dec. Ein Verein von Freunden vaterländischer Geschichte gedenkt einen „nassau'schen Plutarch" herauszugeben, der die bedeutendsten Männer unseres Landes, vornemlich vom Schluß des vorigen und Anfang des laufenden Jahrhunderts berücksichtigen soll. (Im Nassau'schen gibt es noch nicht einmal eine Zeitung.)

Wien. So eben ist der zweite Band der Biographie des Cardinals Khlesl von Hammer-Purgstall von der Buchhandlung Prandel und Comp. ausgegeben worden, und macht durch seinen reichen Urkundeninhalt und dessen historische Bewältigung auf die zwei noch folgende Bände in bedeutender Weise gespannt.

durch Worte zu unterbrechen, sondern um unsern Kummer mit dem Ihrigen zu vereinigen und Ihnen das lebhafte Mitgefühl des Landes zu überbringen. Der König weinte und vermochte kaum zu sprechen. Die Deputirten verstanden nur die abgebrochenen Sätze: „Ich hatte gehofft, ich werde morgen der Kammer meinen Dank auszusprechen haben für ihre Verstellung — Dieß wäre meinem Herzen wohlthuend gewesen — ich fühle, daß ich meinem Schmerze nachgebe — er ist bitter — ich bin tief gerührt durch den Beweis Ihres Mitgefühls und daß ich die Kammer so zahlreich um mich sehe.“ Sämmtliche Minister wohnten der Vorstellung an.

Nach dem fürchterlichen Treffen mit den Maroccanern, wo Abd-el-Kader mit seiner kleinen Schaar das marokkanische Heer von 40,000 M. durchbrach, wollte er mit 1500 Reitern, die ihm noch blieben sich auf das französische Gebiet werfen; Lamoricière aber, welcher voraussah, daß es so kommen würde, war mit mehrern Schwadronen Spahis an den Grenzen, so das Abd-el-Kader zwischen zwei Feuer gerieth. Um nicht den Maroccanern in die Hände zu fallen, wo sein Proceß gleich mit seinem Kopf entschieden worden wäre, ergab er sich den Franzosen und wurde augenblicklich zum Herzog v. Aumale nach Nemours geführt, welcher ihn zwar gut aufnahm, aber auf seinen ausgesprochenen Wunsch nach Aegypten oder St. Jean d'Acre gebracht zu werden nicht einging.

Der „Toulonnais“ schildert den berühmten Gefangenen also: Abd-el-Kader ist von mittlerer Größe, sein Gesicht von sanftem mehr schwärmerischem als kriegerischem Ausdruck. Die Farbe hat nicht ganz die vollkommene Reinheit vornehmer Araber, sie ist durch kleine Flecken gezeichnet, die wie von Pocken herrühren. Inmitten der Stirn trägt er eine leichte Tatuirung. Sein Bart ist sehr schwarz aber wenig buschig, sein Costüm von einer Einfachheit, die vielleicht nicht ohne einige Affectation ist. Unter den Personen von Auszeichnung, die ihn begleiten befindet sich einer seiner Schwäger — derselbe, der den barbarischen Befehl der Ermordung der Gefangenen von Sidi-Brahim vollzogen hat, sein Chalifah und der General seiner Regulären. Er hat drei Frauen und zwei Söhne bei sich, von denen der Jüngste ein Kind von sehr interessanter Physiognomie, gegen acht Jahre alt ist.

Der Sieg über Abd-el-Kader bildet den Schlußstein der Plane Frankreichs für die Befestigung seiner Macht im Mittelmeere, denen England durch seine Politik in Italien, der Halbinsel und Griechenland entgegenzuwirken sucht, aber nur mit theilweisem Erfolg. Wohl möglich, daß Sir W. Parkers Geschwader nun in Tripolis etwas zu thun bekommt.

Großbritannien.

London, 1. Jan. Die englische Admiralität hat dem Arsenal von Woolwich Befehl ertheilt, in aller Eile 267 Kanonen abzusenden, welche zur Bewehrung der englischen Küsten und der Kolonien bestimmt sind.

Auf den englischen Werften sind dermalen nicht weniger als 75 Kriegsschiffe, nämlich 20 Linienschiffe, 15 Fregatten, 25 Corvetten und 15 Dampffregatten im Bau begriffen.

Türkei.

Konstantinopel, 22. Dec. Die griechische Regierung läßt sich herbei dem Hrn. Mussurus durch den Reis-Effendi ihr Bedauern über den bekannten Verfall auf dem Hofball zu Athen ausdrücken zu lassen, und erklärt sich bereit jeden türkischen Abgesandten — wäre es auch Hr. Mussurus selbst — auf eine den zwischen der Pforte und Griechenland nunmehr waltenden Freundschaftsverhältnissen entsprechende Art zu empfangen. Hr. v. Titoff setzte sich daher mit der Pforte ins Einvernehmen und theilte ihr eine Abschrift des von der griechischen Regierung an Ali-Effendi gerichteten Schreibens mit, um sich in Betreff des Erfolgs von dem in Athen beschlossenen Schritt im voraus sicher zu stellen. Die Pforte säumte nicht ihre Befriedigung auszudrücken, und beeilte sich nach dem Empfang des erwähnten officiellen Schreibens den Gesandten der Mächte die gänzliche Beilegung des griechisch-türkischen Streites mittelst Note anzukündigen. An Hrn. Mussurus ist von der Pforte der Befehl ergangen, sich zur Reise nach Athen anzuschicken. Die Repräsentanten von Oesterreich, Frankreich und Preußen sollen mit der Absendung des Hrn. Mussurus nach Athen nicht ganz einverstanden zu seyn, vielmehr der Pforte gerathen haben, auf diesen Punct freiwillig zu verzichten. (A. Z.)

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Paris, 31. Dec. 3pCt. 73 Fr. 15 C.; 5pCt. 117 Fr. — C.

London, 1. Jan. Consols 85¼.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Freitag den 7. Januar: „Der Vetter“, Lustsp. v. Benedix.

Fremdenanzeige.

Blaue Traube. HH. Berger, Privatier von Holz; Koch, Kaufmann v. Stuttgart; Mde. Elsera v. Augsburg.

Stachusgarten. HH. Jomann, Fabrikdirector v. Augsburg; Franke, Cassier von Ansbach; Deele, Privatier, und Erdler, Hutmacher v. Nördlingen; Harburger, Kaufmann v. Baireuth.

Gestorbene in München.

Hubert Kirchmaier, k. Fasanenfutterer, 76 J. alt; Kreszenz Bernhard, k. Kreis- und Stadtgerichtsexpeditorswittwe v Regensburg, 74 J. alt; Josepha Katzensteiner, Bräuhausbesitzersfrau v. Munsing, Ldg. Kelheim, 29 J. alt; Georg Zeller, Metzgersknecht v. Buchdorf, Ldg. Donauwörth, 18 J. alt; Georg Lück, Schuhmacher, 79 J. alt.

Bekanntmachung.

2228. (2a) Alle Diejenigen, welche an den Nachlaß des verlebten k. Staatsraths Egid v. Kobell Ansprüche zu machen haben, werden hiemit aufgefordert, dieselben, falls dieß nicht bereits geschehen, um so gewisser binnen 60 Tagen a dato bei unterfertigtem Gericht anzumelden, als außerdem ohne Rücksicht auf sie in rubricirter Verlassenschaftssache vorgeschritten werden würde.

Concl. den 31. Dec. 1847.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:
Barth.

R. Koller.

Edictalladung.

2225. (3a) Auf Andringen eines Gläubigers wird das dem Glaser Johann Haas gehörige Anwesen Nr. 8 lit. a an der Augustenstraße dahier, bestehend aus einem mit Erdgeschoß dreistöckigen Wohnhause mit gewölbtem Keller versehen, einem mit Dachwohnung zweistöckigen Hintergebäude, dann Hofraum, Garten und Communpumpbrunnen für die Gebäude mit 8000 fl. Brand versichert, mit Hypotheken für 13,200 fl. belastet und auf 14,000 fl. gerichtlich gewerthet, im Wege der Hilfsvollstreckung der gerichtlichen Versteigerung nach §. 64 des Hypotheken-Gesetzes und §§. 98 — 101 des Gesetzes vom 17. November 1837, nachdem am ersten Termin ein Angebot nicht erfolgte, zum zweiten Male unterstellt.

Zur Aufnahme der Kaufsangebote ist Termin auf

Donnerstag den 3. Febr. l. Js. Vormittags 11 — 12 Uhr

im Gerichtszimmer Nro. 9 anberaumt, wovon Steigerungslustige mit dem Beifügen in Kenntniß gesetzt werden, daß dem Gerichte Unbekannte ihre Zahlungsfähigkeit gehörig nachzuweisen haben, und daß der Hinschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgt.

Sign. am 3. Jänner 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:
Barth.

Rechenauer, Rpr.

Bekanntmachung.

2227. (2a) Zur Versteigerung der Realitäten der Gantleider, und zwar

a) des Hauses mit Bierbrauers - Gerechtsame und dazu gehörigen Gärten und Keller Nr. 7 an der Brunngasse, zu dem Kreuzbräuer genannt, wird anmit auf

Mittwoch den 9. Februar 1848 Vormittags 10 — 12 Uhr Zimmer Nr. 1,

b) des Sommerkellers Nr. 40 an der Bayerstraße auf

Donnerstag den 10. Febr. 1848 Vormittags 10 — 12 Uhr Zimmer Nr. 1

zweite Tagsfahrt nach den Bestimmungen des §. 64 des Hypothekengesetzes in Verbindung mit §. 99 der Prozeßnovelle von 1837 und folg. angesetzt, wornach der Hinschlag dieser Realitäten ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth, jedoch vorbehaltlich des Einlösungsrechtes der Gläubiger zu geschehen hat.

Rücksichtlich der Beschreibung der Realitäten wird sich auf die dießseitige Ausschreibung vom 9. März l. Js. bezogen, nähere Erkundigung kann bei dem Massacurator, Schäfflermeister Paul Radlmaier dahier eingezogen werden.

Die Behausung sammt Garten und Keller, dann der radizirten Bräuers - Gerechtigkeit wurde unter dem 16. Jänner l. Js. auf 42,000 fl. —, der Sommerkeller auf 10,000 fl. geschätzt.

Erstere Realität ist mit 10,950 fl. Ewiggeld und 39,145 fl. 23 kr. 2 dl. Hypothek - Kapitalien, letztere mit 34,445 fl. 23 kr. 2 dl. Hypothekkapitalien belastet, wovon jedoch 24,445 fl. 23 kr. 2 dl. auf beiden Realitäten hypothekarisch versichert, sohin doppelt eingetragen sind.

Indem Kaufslustige hiezu eingeladen werden, wird zugleich bemerkt, daß die Kaufschillinge mit Ausnahme der zu übernehmenden Ewiggeld Kapitalien nöthigen Falls baar entrichtet werden müssen, — daher sich unbekannte Käufer über ihre Vermögens-Verhältnisse geeignet auszuweisen haben.

Concl. den 28. Dec. 1847.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:
Barth.

Steinle.

Berichtigung.

Im Feuilleton der Nummer 4 ist auf S. 1 Sp. 2 Z. 10 von oben zu lesen: „das gewichtige Scepter“, statt: „das gewichtige Schwert.“

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 7.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in Münchner Zeitungs-Expeditions-Comptoir, Kaufinger-Gasse Nro. 7; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 35 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend | XLIX. Jahrgang. | 8. Januar 1848.

Deutschland.

Bayern.

München, 7. Jan. Gemäß allerhöchstem Rescript ist die bei der Regierung der Oberpfalz und v. Regensburg K. d. J. eröffnete Regierungssecretärsstelle II. Cl. provisorisch dem Accessisten bei der Regierung v. Oberfranken K. d. J. Maximilian Franz **Blumenröder**, die erledigte Landrichtersstelle zu Leutershausen dem bisherigen I. Assessor des Landgerichts Göggingen, Johann Franz Heinrich **Heim** verliehen, und auf die eröffnete Landrichtersstelle zu Hilders Dr. Eustach **Seiff** seiner Bitte entsprechend versetzt, die Forstei Hohenfels, Forstamt Burglengenfeld, dem Actuar des Salinenforstamts der Saalforste Eduard **Schenk** provisorisch verliehen, dem Revierförster zu Holzheim, Forstverwaltung Weissingen, Adam **Kollmann**, die nachgesuchte Dienstes-Entlassung nach §. 22 lit A der IX. Verfassungs-Beilage gewährt, und auf dessen Stelle den Revierförster Joh. Nepomuk **Daffner** zu Pommersdorf, Forstamt Vilseck, seiner Bitte zufolge versetzt, die Verwaltersstelle vom Nebenzollamt Schellenberg, Hauptzollamts Reichenhall, dem Nebenzollamts-Controleur Joh. **Beck** in Kaufbeuern provisorisch verliehen, und auf dessen Stelle der Nebenzollamts-Controleur Joseph **Schrott** zu Kiefersfeldern versetzt worden.

München, 8. Jan. Gestern wurden in einer deßfalls anberaumten Zusammenkunft durch den königl. Polizei-Obercommissär Frhrn. v. Lindenfels sämmtlichen Redacteurs hiesiger Tagesblätter die neuen Censurinstructionen mitgetheilt, im wesentlichen dieselben, die wir in Nr. 6. dieser Zeitung nach dem „Fränkischen Merkur“ mitgetheilt haben. Mit dem partiellen Abstrich waren Alle einverstanden und so erfolgten nach kurzer Besprechung und Erläuterungen einzelner Puncte ohne weitere Proteste die protokollarischen Zufriedenheitsunterschriften. Auf die bereits in der Presse vielfach lautgewordene Veranlassung hin, daß die Censoren außerdem besondere Anweisungen hätten, wurde es freilich als sehr wünschenswerthe Garantie hingestellt, auch diese in ihrem Umfange und Geiste kennen zu lernen; die königl. Polizeibehörde hatte hierauf einzugehen keinerlei Ermächtigungen, auch ist bei unserem liberalen Regimente vorauszusetzen, daß jene Anweisungen, wenn sie überhaupt existiren, keines geheimen, die Presse etwa beeinträchtigenden Wesens seyn, sondern zur Erleichterung der Presse selbst gereichen werden.

Augsburg, 6. Jan. Die erledigte Domvicariatsstelle ist, vorbehaltlich der allerhöchsten Bestätigung, Hrn. J. **Weckert** übertragen worden.

Das Intelligenzblatt für Mittelfranken enthält ein Ausschreiben betreffend die Verlegung des Zahltags für Tag- und Wochenarbeiter vom Samstag auf den Donnerstag. Es wird darin zunächst auf die Thatsache Bezug genommen, daß nicht bloß junge und ledige Personen, sondern selbst Familienväter wegen Mangels an häuslichem Sinn verleitet werden, mit den am Samstag empfangenen Geldern am Sonntag einer verderblichen Genußsucht sich zu ergeben, und dadurch sich oder ihren Familien nicht selten für die ganze folgende Woche die bittersten Sorgen und Entbehrungen zu bereiten. Se. Maj. der König hat deßhalb befohlen, daß zur Beseitigung dieser Nachtheile auf die Betheiligten belehrend und ermunternd gewirkt werde. Es ist allen Arbeitsherren, Gesellen, Fabrik-, Stück- und Wochen-Arbeitern bemerklich zu machen, daß von einer zwangsweisen Abänderung der bisherigen Uebung der Lohnausbezahlung am Samstag durchaus keine Rede ist, und daß Abänderungen nur der freiwilligen Uebereinkunft der Betheiligten überlassen bleiben.

Erlangen, 4. Jan. Gestern Abends 10 Uhr starb nach einem kurzen Krankenlager der Senior der hiesigen theologischen Facultät, der Consistorialrath und Professor Dr. G. Ph. Chr. Kaiser im Alter von 67 Jahren.

K. Sachsen.

Leipzig, 1. Jan. In der neuen Oper v. Schmidt „Prinz Eugen“ hat der hiesige Theatercensor Stadtrath Dr. Demuth, Titularregierungsrath und Inhaber mehrerer Orden, einen Vers gestrichen, worin es den Dänen scharf gegeben wurde. (D. Z.)

Gr. Hessen.

Giessen, 2. Jan. Der Personalbestand unserer Universität zählt dießmal 550 Studenten, 403 Inländer, 147 Ausländer, von diesen widmen sich der evangelischen Theologie 80, der katholischen 67, der Rechtswissenschaft 126, der Medicin 62, der Chirurgie 5, der Thierarzneikunde 8, der Cameralwissenschaft 47, der Architectur 21, der Forstwissenschaft 45, der Philosophie und Philologie 31, der Pharmacie und Chemie 57. Es sind dieß 20 Studenten weniger als im vorigen Sommer aber um 15 mehr als im vorigen Winter. (Im gestrigen Blatt war aus Versehen beim Umbrechen die Rubrik „Gr. Hessen“ weggeblieben und so „Giessen“ unter Kurhessen verschoben.)

Kurhessen.

Der „Köln. Zeitung“ meldet man, daß von der kurhessischen Regierung wahrscheinlich folgende Verfassungsänderungen beantragt würden. 1) Statt der bisherigen einen Kammer sollen zwei Kammern eingeführt werden. 2) Die Verantwortlichkeit der Minister soll aufgehoben werden. 3) Die Landstände sollen zwar das Recht der Bewilligung resp. Verweigerung der Steuern behalten, jedoch nur im Allgemeinen, wogegen die Verwendung lediglich dem Ermessen der Staatsregierung anheimfällt. Von dem Rechte der Stände, die Verwendung der Steuern zu den bestimmten Zwecken zu verlangen, würde also danach nicht die Rede seyn können. 4) Erhöhung der bisherigen fünfjährigen Militärdienstzeit auf zehn Jahre. 5) Die auf den Grund des §. 140 der Verfassungs-Urkunde und der beiden Gesetze vom 27. Febr. 1831, die Bildung und Verwaltung des Staatsschatzes und den kurfürstlichen Hausschatz betreffend bisher bestandene Theilnahme der Landstände an der Verwaltung des Staats- und Hausschatzes soll aufgehoben werden.

Man schreibt der „Allgemeinen Zeitung“ aus Fulda vom 3. Jan. Es scheint bei dem geheimen Zwiespalt unseres Klerus ein Parteitreiben um den erledigten Bischofsstuhl zu befürchten und durch die mögliche Wahl eines Eiferers der Friede bedroht, den der nun verstorbene Bischof Leonard bei gebildetem Geist und mildem Charakter nachgerade aufrecht zu erhalten wußte. Unserer Staatsregierung, der durch die Bulle Dominus ac redemtor noster einiger Einfluß gegen unbeliebte Personen bei der Wahl zusteht, wird es dermalen um so schwerer werden solchen auszuüben, als es schon längere Zeit bei der hiesigen Regierung an dem Director fehlt, der als landesherrlicher Commissarius bei der geistlichen Behörde sich die nöthige Kenntniß der Persönlichkeiten die auf die Wahlliste kommen könnten und einigen Einblick in die hier vorwaltenden innern Zustände zu verschaffen berufen ist. Hoffentlich werden sich andere Beamten von Einsicht und Unpartheilichkeit finden lassen.

Preußen.

Breslau, 31. Dec. (Antwort des Magistrats auf die Adresse der Bürgerschaft in Sachen der Gewissensfreiheit.) Der Magistrat hat auf die an ihn erlassene Adresse hiesiger Einwohner folgendermaßen geantwortet: „Auf Ihre uns unterm 9. Dec. c. überreichte Erklärung vom 28. Nov. c. erwidern wir Ihnen hiemit Folgendes: Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die

Gunchild von Schweden.

(Geschichtliche Novelle von M. v. St.)

(Fortsetzung.)

„Laß Dich nicht beunruhigen, theures Kind,“ erwiderte der Greis, und strich ihm die dunklen wallenden Locken von der gewölbten Stirn. „Nichts von dem, was Du fürchtest, bedroht uns! Leicht befriedigt sind die wenigen Bedürfnisse meines Alters — und der Umgang mit Menschen, nun Du weißt, daß ich stets den der Natur vorzog. Darum, mein Kind, gedenke jetzt nicht der Vergangenheit, die Niemand wiederbringt, auch der Zukunft nicht, welche die Götter sorgfältig verhüllen, sondern lebe froh und unbesorgt, wie es dem Knaben ziemt, der Gegenwart, und strebe, wie Du bisher gethan, meine Liebe durch kräftige Entwickelung Deines Körpers wie Deines Geistes zu lohnen.“

„Ist doch Deine Freude mein höchstes Glück!“ rief Thiodolf begeistert, „nur vermag ich es nicht zu begreifen, warum Du, der stets mit Verachtung von heimlichen, finstern Wegen sprach, auf welchen Verrath nur und Feigheit wandeln, mich im Dunkel der Nacht fern von der Heimat führst, und tausend kleine Listen anwendest, unsere Spur jedem forschenden Auge zu entziehen.“

„Auch diesen Schleier wird die Hand der Zeit einst lüften,“ entgegnete ihm ernst der Greis. „Jetzt genüge Dir zu wissen, daß der Wille der Unsichtbaren selbst uns diesen Weg vorgezeichnet, und es dem Knaben nicht ziemt, zu fragen: warum? wenn der erfahrene Vater gebietet.“

In kindlicher Anmuth zog der Knabe die geliebte Hand an seine Lippen, und eilte raschen Sprunges dem rückkehrenden Diener entgegen, der aus dem nahen Dorfe einige Fischer herbeigeholt hatte, um mit ihrer Hilfe schneller die verlassene Hütte in wohnlichen Stand zu setzen. Unermüdet half der rasche Knabe zur Förderung des Werkes, dessen Leitung der Greis übernahm, und schon nach wenigen Tagen, in den gastlichen Dorfhütten zugebracht, bezogen sie die neue Wohnung, die nur wenig bequemer als die andern Fischerhütten eingerichtet war, und erwärmend knisterte die flackernde Flamme auf dem gastlich-gemüthigen Herde. Nur in einem kleinen Gemach, das der Greis für sich allein bestimmt hatte, sah es etwas verändert aus. Hier lehnte neben dem einfachen Lager eine reichbesaitete Harfe, die den Skalden verrieth, und neben ihr, wie zu ihrem Schutze, hing ein großes Schwert, auf einem roh gearbeiteten Tischchen schimmerte ein Kästchen aus kostbarem Holz, mit Gold verziert, welches die geretteten Schätze der neuen Thalbewohner zu bergen schien. — Jahr auf Jahr rollte über die Einsamen dahin, und vielleicht hätte der muthige Knabe, zum stattlichen Jüngling heranreifend, es vergessen, daß er einst in anderer Gegend und unter andern Verhältnissen gelebt, wenn nicht mit jedem neuen Frühling ein Mann in ihrer Hütte erschienen wäre, der sich vor

evangelische Kirche nach Veranlassung und Zweck der Reformation, aus der sie hervorgegangen, unter Leitung der reinen, aus der heil. Schrift geschöpften Erkenntniß göttlicher Lehre und Heilswahrheit berufen ist, die Freiheit von äußerer Herrschaft menschlicher Satzung in Religionssachen zu wahren, haben auch wir die Zerwürfnisse und Spaltungen nur mit Schmerz bemerken können, welche in der evangelischen Landeskirche in den letzten Jahren dadurch herbeigeführt worden sind, daß mit Aufhebung jenes Grundprincips der Reformation die Gewissen durch einseitiges Festhalten und Geltendmachen von Symbolen und Bekenntnißschriften beschwert und beunruhigt werden, welche, wenn auch für ehrwürdige, doch immer nur für menschliche Zeugnisse von der Glaubensauffassung der Vorzeit zu erachten und nach der heil. Schrift selbst zu prüfen und zu beurtheilen sind. In diesem Sinne haben wir auf die uns aus den evangelischen Gemeinden unseres Consistorialbereichs bekannt gewordenen Klagen und Besorgnisse bereits früher unsere Bitten Sr. Maj. unserm allergnädigsten Könige, als Schirmherrn der evangelischen Kirche, vorgetragen und erst ganz neuerlich wieder, schon vor Empfang Ihrer Erklärung vom 23 Nov. c., im Einverständnisse mit der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, Se. Maj. zu bitten, zur Wiederherstellung des kirchlichen Friedens die baldmöglichste Einführung der verheißenen, auf freie Gemeindevertretung mitbegründeter Verfassung der evangelischen Landeskirche verordnen, bis dahin aber den Consistorien anbefehlen zu wollen, das Kirchenregiment im Geiste evangelischer Freiheit zu verwalten. Hienach müssen wir entschieden wünschen und rathen, daß Sie der Allerhöchsten landesväterlichen Fürsorge vertrauen und in der evangelischen Landeskirche um so mehr treu ausharren mögen, als des Königs Majestät selbst Allerhöchstihre Ueberzeugung wiederholt dahin zu erkennen gegeben haben, daß der Kirche nicht durch Anordnungen des Kirchenregiments zu helfen sey, sondern daß sie nur durch sich selbst erbaut werden könne; als es ja der Geist ist, welcher über den Buchstaben von Symbolen und Formeln zu erheben vermag und als ganz namentlich, wie in unsern Stadtkirchen die geistlichen Aemter besetzt sind und von den Dienern am göttlichen Worte verwaltet werden, keine der verschiedenen, in der evangelischen Kirche vorhandenen Richtungen und Bedürfnisse ohne Befriedigung bleiben darf. Wir aber werden, wie Sie ebenfalls vertrauen mögen, unsern Vorfahren in der reformatorischen Zeit nachstrebend, nicht ablassen, nach Pflicht und Gewissen für das Wohl und den Fortbestand der unserm Patronate und unserer consistorialen Fürsorge übergebenen evangelischen Gemeinden bemüht zu seyn und mit unserm Stadtconsistorium über den theueren unveräußerlichen Errungenschaften der Reformation zu wachen. Breslau, 24. December 1847. Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt. (Gez.) Pinder, Bartsch, Jüttner." (C. v. u. f. D.)

Braunschweig.

Braunschweig, 30. Dec. Unsere Stadtverordneten haben die Oeffentlichkeit ihrer Sitzungen beschlossen und den Beschluß dem Magistrate zur Genehmigung vorgelegt. Antragsteller war der Buchhändler E. Vieweg. (Wes. Z.)

Hannover.

Hannover, 29. Dec. Das unter den amtlichen Nachrichten angezeigte Patent, die Einführung einer allgemeinen bürgerlichen Proceßordnung für das Königreich Hannover betreffend lautet: Ernst August von Gottes Gnaden König von Hannover. Nachdem Wir in Erwägung der Uebelstände welche aus der Befolgung verschiedener von einander abweichender und zum Theil einander widersprechender Proceßgesetze in einzelnen Theilen und vor einzelnen Gerichten Unseres Landes für die Ausübung einer gleichmäßigen Rechtspflege entstehen und in Berücksichtigung daß die gegenwärtig geltenden Proceßvorschriften nicht durchgängig einen raschen und den Anforderungen der Gerechtigkeit völlig entsprechenden Gang des processualischen Verfahrens sichern, beschlossen haben eine allgemeine Proceßordnung für alle bürgerlichen Gerichte Unseres Königreichs zu erlassen, und demgemäß unter verfassungsmäßiger Mitwirkung Unserer getreuen Stände eine solche allgemeine Proceßordnung verfaßt ist, so ertheilen Wir hierdurch derselben, wie hieneben verkündet wird, Unsere königliche Sanction und verordnen über deren Einführung das Folgende: 1) Die neue Proceßordnung gilt für das processualische Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten vor allen weltlichen und geistlichen Gerichten Unseres Königreichs, mit Ausnahme sämmtlicher Gerichte Unseres Fürstenthums Ostfriesland und Unserer Niedergrafschaft Lingen, sowie der Münster'schen Abspliffen, in welchen Landestheilen es einstweilen bei den bestehenden Proceßgesetzen sein Bewenden behält. 2) Sie gilt nicht in Ehe- und Verlöbnißsachen, und da sie sich nur auf bürgerliche Rechtsstreitigkeiten bezieht, auch nicht in Steuer-Contraventionssachen, Gemeinheitstheilungs-, Verkoppelungs- und Ablösungsangelegenheiten rc. 3) Sie tritt in Kraft mit dem 1. Mai 1848, nur für die Gerichte des Landes Kehdingen und die weltlichen Gerichte des Landes Hadeln behalten Wir Uns vor die Zeit, wann sie auch bei diesen in Wirksamkeit treten soll, noch näher zu bestimmen. 4) In den am 1. Mai 1838 bereits anhängigen Rechtsstreitigkeiten sollen im allgemeinen die bis dahin bestandenen Proceßvorschriften auch ferner befolgt werden; jedoch kommt für das Beweisverfahren und für das Verfahren in der Instanz der Rechtsmittel die neue Proceßordnung zur Anwendung wenn das Beweis-Interlecut oder das Erkenntniß erster Instanz nach dem 1. Mai 1848 erlassen ist; auch richtet das Verfahren in der Executionsinstanz sich allgemein nach den neueren Bestimmungen, dafern nur vor dem 1. Mai 1848 mit der Vollstreckung der Execution noch nicht der Anfang gemacht ist. 5) Vom 1. Mai 1848 an werden in allen Sachen, in welchen die neue Proceßordnung zur Anwendung kommt, alle älteren Proceßordnungen, soweit sie das processualische Verfahren betreffen und Bestimmungen des Gemeinen- oder Partikularrechts, insoweit sie mit dem Inhalt der neuen Proceßordnung nicht übereinstimmten, für aufgehoben erklärt. Wir gebieten allen, welche es angeht nach diesen Unsern Vorschriften sich gebührend zu achten, und haben verfügt daß dieses Patent sammt der allgemeinen bürgerlichen Proceßordnung in die erste Abtheilung der Gesetzsammlung eingerückt werde. Gegeben Hannover, den 4. Dec. 1847. Ernst August. v. Falcke. E. v. Schele.

Das Städtchen Ilfeld hat einen Beitrag an den Beseler-Fonds abgesandt.

Oldenburg.

Aus Oldenburg vom Ende December. Von der Eutiner Regierung ist auf das Gesuch der Eutiner-Liedertafel, das nächstjährige norddeutsche Sängerfest, nachdem dasselbe in Kiel verboten worden, in Eutin abhalten zu dürfen, zur Resolution ertheilt worden, daß der dießfalls eingelangte Antrag abzulehnen sey. (Nordd.Bl.)

Freie Städte.

Der ehemalige Kapuziner Amann aus Zug wurde von der Frankfurter Polizeibehörde in Folge mehrerer im jüngsten Montagskränzchen in einem Vortrag über Schweizer Zustände ausgestoßenen heftigen Diatriben aus der Stadt gewiesen.

Oesterreich.

Unser Wiener Correspondent erklärt die von einigen Blättern verbreitete Angabe, daß in der „Geschützgießerei" zu Maria Zell Tag und Nacht „Waffen und Kugeln" angefertigt werden, für unwahr. (Augsb. Abdz.)

Oesterreichische Monarchie.

In einem sehr beherzigenswerthen Aufsatze über ungarische Verfassungszustände schreibt der „Nürnberger Correspondent unter anderm: Soll Ungarn wirklich ein freies Land seyn, dann dürfen Bürger und Bauern nicht länger als misera contribuens plebs mißhandelt werden, dann muß der empörende Unterschied vor dem Gesetz und Gericht aufhören, dann muß der ungarische Patriotismus nicht im Pochen auf barbarische widerrechtliche Vorrechte und Immunitäten bestehen, sondern in dem eifrigen Bestreben jedes Ungarn, für das Wohl des Landes jede Bürgerlast zu tragen und jede Bürgerpflicht zu erfüllen. Was ist das für eine Freiheit, wo Bürger und Bauern allein Steuern zahlen, Adel und Geistliche dagegen frei sind; wo für den Adel eine eigene Gerechtigkeit, eine eigene Zurechnung, ein besonderes Gerichtssystem besteht, wo der Besitz aller Güter durch endlose willkürliche Processe illusorisch gemacht ist, wo der Edelmann, blos weil er ein Edelmann ist, jeden Spruch des Gerichtes, der ihm nicht genehm ist durch sein adeliches Veto annulliren kann, wo gerade Diejenigen, welche am häufigsten Gebrauch von den öffentlichen Wegen machen, Nichts zur Instandsetzung derselben beitragen rc.? Daß diese empörenden Uebelstände noch immer nicht beseitigt sind, ist um so tadelnswerther, weil den Privilegirten selber aus ihren Privilegien durchaus kein Nutzen sondern im Gegentheil der empfindlichste, tödtlichste Nachtheil entspringt. Durch diese Adelsprivilegien hat Ungarn nichts anderes erlangt als das traurige Privilegium, unter allen Ländern des civilisirten Europas am weitesten zurück zu seyn, ja in mancher Beziehung sogar weit hinter Rußland zu stehen. Dieser Steuerfreiheit des Adels, dieser Unsicherheit des Besitzes verdankt es Ungarn, daß noch immer die weitesten und gesegnetsten seiner Landstriche Nichts als Haiden, Weiden und Jagdreviere sind, daß alljährlich an vielen Orten die Früchte auf dem Felde verfaulen, daß der reiche Segen der Natur verschleudert werden muß, weil der Markt fehlt oder doch die Wege, um zum Markt zu gelangen. Die ungarischen Magnaten wissen es recht wohl, daß ihre Güter in einem Preis stehen, der zu ihrem innern Werth ein ganz unwürdiges Verhältniß bildet. Sie wissen es, daß ihnen zu allen ihren Unternehmungen die Capitalien, die Hände und die Köpfe fehlen, daß sie von Niemanden Credit bekommen, als von aussaugenden Wucherern. Aber sie sollten endlich auch zur Einsicht gelangen, daß an allen diesen Uebeln nichts Schuld ist, als die Steuerfreiheit, die Unterthanskechtschaft, und das parteiische Gerichtswesen.

Schweiz.

Bern, 1. Jan. Das Schlagwort liberaler Blätter ist jetzt „Bundesrevision". An eine schweizerische Einheitsrepublik denkt wohl niemand. Der „Verfassungsfreund" sagt hierüber: „Eine solche Tendenz (Centralisation im

---

des Knaben Blicken geheimnißvoll verbarg, und mit welchem nur der Alte im engen, von Niemand als ihm betretenen Gemach verkehrte. Alle lieben Erinnerungen sproßten dann wieder in der jungen Brust auf. Wohl erkletterte er mit der Gewandtheit der Gemse auch die schroffsten Klippen, oder ließ den leichten Kahn auf den dumpfgrollenden, schaumbekränzten Wellen tanzen; aber weder der Kampf mit den tückischen Wassern, noch die ergreifende Kraft des wild-naturischen Lebens, noch die tief in die Stillseligkeit eines unentweihten Herzens einklingenden Wellen der Harfe vermochten seine Seele den neckischen Geistern der Vergangenheit, wenn sie ihn wieder einmal verlockt, zu entreißen. Unausgesetzt beschäftigte ihn dann die Lösung der wunderlichen, und doch so unabweislichen Frage: Warum sein Vater der Bahn seines Lebens eine so ganz andere Richtung gegeben habe, und nur wenn der Greis oder der betagte Diener begann, von den Helden und Herrschern zu sprechen, deren Ruhm in den Liedern der Skalden verewigt ward, kehrte er lauschend in die Gegenwart zurück. Voll Verlangen, Muth und Unwillen blitzte dann sein feuriges Auge, und überwältigt von der Macht des innern Gefühls rief er oft schmerzlich: „O mein Vater! wann werde auch ich eine andere Bahn betreten dürfen! Wann werde ich das Schwert, das Du mich führen lehrtest, gegen den drohenden Feind ziehen dürfen, und nicht mehr in thatenloser Ruhe meine Jugendkraft verkümmern lassen!"

„Nur die reife Frucht verläßt den mütterlichen Baum," sprach dann lächelnd der Greis. „Auch Deine Zeit wird kommen, mein Sohn, und daß sie Dich weder unvorbereitet noch unwürdig finde, darnach trachte jetzt mit Deinem ganzen Herzen. Bedarf es wohl erst der Versicherung, daß ich Dein reiches junges Leben nicht auf diesen engen Kreis beschränken werde. Geschähe es, so würde das in Deinen Adern strömende Blut Dich gegen mein Vorhaben empören, und dasselbe nichtig machen. Die königliche Eiche muß einen weiten Raum haben, wenn sie ihre kräftigen Wurzeln und Zweige ausbreiten soll. Auch Du, mein Sohn, wirst Dich einst noch wie die üppige Krone des Odin geweihten Baumes entfalten. Vielleicht ist er nicht mehr fern der heiß von Dir ersehnte Augenblick. Schon zogen die Winterstürme zehnmal über dieses stille Thal, seit wir es betreten, und zur Ernte reif scheint die Saat, die der Schooß des Geschickes empfangen. In Vollkraft rankt das Gute empor, und entgegen der mähenden Sichel neigt sich, schwer von den Thränen der Völker, die Saat des Verraths und des Lasters Pflanzung. Auch mein Herz verlangt nach Vergeltung. Dürfte ich bald nur rufen: So habe ich mein Wort erfüllt! Nehmt hin die Frucht meiner liebenden Sorge! Sieh, bergen will ich's nicht länger. Die schnelle Flucht, über welche Du trauerst, hat Dein und mein Leben gerettet. Noch ist die Gefahr keineswegs vorüber, noch der Boden, auf welchem die Verräther brüten, nicht tief genug unterhöhlt, um im jähen Einsturz die Elenden zu begraben. Allein bald! bald! Mit steigender Ungeduld harre ich des Besuchs meines Vertrauten, der endlich Gewißheit bringen soll. Spärlicher werden die Locken auf meinem Haupt,

Sinne des Jahres 1798) hat, wenn sie bestehen sollte, nur eine sehr geringe Zahl Anhänger und die große Mehrheit, zu welcher auch wir uns rechnen, sieht in einer solchen Nivellirung und Centralisation nichts weniger als das Glück der Eidgenossen, glaubt vielmehr, daß bei der großen Verschiedenheit ihrer Bestandtheile nach Lage, Sprache, Cultur, Sitten, Gewerbsart, kurz nach der ganzen Geschichte und so verschiedenartigen Institutionen der einzelnen Kantone sich eine solche niemals realisiren lasse, jedenfalls keine Aussicht auf Bestand für sich, wohl aber unsägliche Verwirrung im Gefolge haben würde." Ueber die Art der Bundesrevision spricht sich dieses radicale Blatt so aus: „Die Bundesrevision müßte in zweifacher Beziehung eingreifen: negativ und positiv, d. h. sie soll feststellen, was außer der Sphäre der Kantonalsouveränetät bleiben müsse, und bezeichnen in welcher Beziehung diese bestimmten allgemeinen Anordnungen unterworfen seyn solle. In ersterer Hinsicht würden alle Beschränkungen der Religions- und Preßfreiheit, der Transport-, Durchgangs- und Verkehrsfreiheit zwischen einzelnen Kantonen, die Aufnahme fremder religiöser Orden und Körperschaften der Kantonalsouveränetät ausdrücklich zu entziehen seyn. Unter den positiven Institutionen halten wir für die wesentlichste: das Militärwesen, Posteinrichtungen und Eisenbahnanlagen; allgemeine polizeiliche Bestimmungen, allgemeine Handelsgesetzgebung, Gleichberechtigung aller Schweizerbürger zu Niederlassung und zum Gewerbsbetrieb; Erwerbung von Grundeigenthum und Hypothekarrechten in allen Kantonen; Gleichheit der verschiedenen Kantonsbürger vor den Gerichten; allgemeine Gränzzolleinrichtungen; ein oberster Bundesgerichtshof als Richterstuhl für Streitigkeiten einzelner Kantone und in ihren politischen Rechten beeinträchtigter Classen von Kantonsbürgern, gegen die Regierung ihres Kantons, sowie als Appellationsgericht politischer Verbrecher für alle Kantone." (A. Z.)

Die Professoren Michelet und Quinet in Paris, bekannt durch ihre Bekämpfung der Jesuiten, haben die Tagsatzung wegen des Siegs über die Jesuiten beglückwünscht.

Der päpstliche Nuntius hat sich klagend an den Papst gewendet, wegen der Verfolgungen und Contributionen, welche die siegende Partei gegen die Klöster verübe. Als Beleg hatte derselbe dem heiligen Vater radicale Zeitungen übersandt.

Zürich, 2. Jan. Es ist eine Idee veröffentlicht worden, die bei den Gebildeten aller Parteien Eingang gefunden hat und auch im Volke finden wird. Die Tagsatzung soll nach derselben ganz so bestellt und mit den gleichen, wohl auch erweiterten Befugnissen ausgerüstet seyn wie bisher. Neben ihr aber stände ein großer Rath der gesammten Eidgenossenschaft, in welchen die kleinsten Kantone zwei und die größern für je 30,000 Einwohner einen Repräsentanten wählen würden. Diese aus ungefähr 140 bis 150 Mitgliedern bestehende Behörde hätte alle von der Tagsatzung zu entscheidenden Geschäfte vorzuberathen und die Stimmen des Schweizervolkes nach eigener Ueberzeugung auszusprechen, der Tagsatzung bliebe überlassen, ob sie in einzelnen Fällen darauf hören wolle oder nicht, allein für längere Zeit könnte sie wiederholten Begehren der Mehrheit des Schweizervolkes kaum entgegentreten. So wären die Souveränetät der kleinen Kantone und ihre Rechte im Bunde gewahrt, und die gesammte Bevölkerung der Schweiz hätte ein Organ ihres Willens, wodurch dem Uebelstande, daß die Minderheit die Mehrheit beherrscht, abgeholfen wäre. Diese und andere Ideen, namentlich das Zweikammersystem, werden jetzt in allen Schweizerblättern besprochen, allein von einer allgemeinen Centralisation, von einer Einheitsrepublick liest man nichts. Daß einzelne Köpfe von der Unhaltbarkeit einer solchen durch die Helvetik (helvetische Republik) nicht überzeugt worden sind, ist wohl wahr, allein es sind eben nur Einzelne. Die Massen sind für Beibehaltung des Bestehenden in seinen Grundzügen, aber zugleich auch für bedeutende Reformen namentlich in Beziehung auf den Verkehr im Innern. Manche Schranke, die die Kantonalsouveränetät aufgestellt hat, wird fallen müssen. (Schw. Mkr.)

Basel. Graf Reinhard, erster Secretär der französischen Gesandtschaft in der Schweiz ist aus Freiburg im Breisgau ebenfalls wieder hier eingetroffen. (Basl. Z.)

Die „Ober-Post-Amts-Zeitung" schreibt: Folgende sind die Hauptgrundsätze, welche die einflußreichsten Männer der größeren Kantone des ehemaligen Sonderbundes zur Regeneration und Heilung der zerrütteten Finanzzustände ins Werk zu setzen übereingekommen sind: Aufhebung aller Klöster und Einziehung deren Vermögens, Verbot des Etablissements von solchen oder irgend eines religiösen Ordens für die Zukunft. Die dermaligen Mitglieder erhalten aus dem Fond lebenslängliche Pensionen — der gesammte Unterhalt wird einzig vom Staate geleitet und beaufsichtigt — der Staat ernennt die Geistlichen und besoldet selbige aus den zu einem Hauptfond zu vereinigenden Pfründgütern. Vom Kloster- ꝛc. Vermögen sollen zuvörderst die Pensionen entrichtet — sodann die Schulden getilgt werden, welche die Sonderbundscalamität veranlaßt hat. Der Ueberschuß soll zu Kantonalspitälern und Hebung des öffentlichen Unterrichts verwendet werden. Außerdem soll eine umfassende Amnestie für alle politischen Vergehen nach Kategorien ausgesprochen werden, einige Hauptschuldige sollen eine verhältnißmäßig geringe Summe als verzinsliches Darleihen einzahlen, welches ihnen außerdem aus den versilberten Klostergütern restituirt werden soll. Nur eine geringe Anzahl soll auf 10 und einige wenige Personen auf sechs Jahre zur Entfernung aus dem Kanton gehalten seyn, um die neue Ordnung der Dinge gegen ihre Umtriebe zu sichern und deren Consolidation zu unterstützen. Voraussichtlich wird im Kanton Freiburg zuerst diese Angelegenheit vor die oberste Behörde gebracht werden.

Italien.

Rom, 30. Dec. Die Consulta hat in der gestrigen Plenarsitzung über das Organisationsreglement, welches auch Bestimmungen über die Weise der Veröffentlichung der Verhandlungen enthält, definitiv abgestimmt, und es ist dasselbe mit 15 Stimmen gegen 8 angenommen worden. — Das Motuproprio über das Ministerconseil ist so eben erschienen. Ein Cardinal-Präsident steht demselben ohne Portefeuille vor. Die Minister sind sämmtlich Prälaten, und es werden deren nicht weniger als neun nöthig seyn. Die Ernennungen werden wahrscheinlich heute Abend erfolgen. Sowie der Consulta Auditoren beigegeben sind, so erhält nun auch das Ministerconseil eine solche Hilfe und Pflanzschule. Ihre Anzahl ist auf 24 festgesetzt, von denen 12 geistlichen und 12 weltlichen Standes seyn müssen. Es wurde dabei die Verantwortlichkeit der Minister ausgesprochen. (A. Z.)

Modena, 31. Dec. Der heutige „Messagere" veröffentlicht den am 28. Nov. 1844 zwischen Toscana, Modena und Lucca geschlossenen Vertrag über die wechselseitigen Successionsrechte, die in der letzten Zeit ihre Anwendung gefunden haben; sodann ein Erlaß, wodurch ein Gegenstand der Klage im Herzogthum entfernt wird, durch Gleichstellung und Herabsetzung des Salzpreises in allen Bezirken des Landes.

Von der italienischen Gränze, 29. Dec. Großes Aufsehen machte in Mailand die unbegreifliche Aufführung des eben nach Parma durchgereisten neuen Erbprinzen von Parma, der mit jungen Leuten so großen Scandal trieb, daß Se. k. H. der Erzherzog Vicekönig Rainer ihn nicht bei Hof empfangen konnte und ihm bedeuten ließ, weiter zu reisen. Er hatte sich mit seiner Umgebung im betrunkenen Zustande auf den Straßen und in öffentlichen Häusern herumgetrieben und zwar so, daß die Polizei einschreiten mußte. Einen Tag früher war sein Vater durch Mailand gekommen und hatte sich nach Parma begeben, um die Regierung alldort zu übernehmen. Man kann sich denken, zu welchen Ansichten das Publicum durch solche Scandale geführt wird. F. M. Graf Radetzky war von Parma zurück in Mailand eingetroffen. (Augsb. Abdz.)

Frankreich.

Paris, 3. Jan. Gestern ist der Oberst Beaufort Adjutant des Herzogs von Aumale, derselbe, welchen der Prinz in seinem Namen nach Sidi-Brahim geschickt hatte, um die Unterwerfung Abd-el-Kaders entgegenzunehmen, und welcher den Emir darauf nach Toulon geleitet hatte, hier in Paris eingetroffen. Er wurde augenblicklich von dem König und hernach von der k. Familie empfangen. Heute begab er sich zu Hrn. Guizot und dem Kriegsminister General Trezel. Hr. v. Beaufort überbrachte dem König die Pistole Abd-el-Kaders, und wird auch dem General Lamoricière den Säbel des Emirs einhändigen. Abd-el-Kader ist in Toulon geblieben, wo er, unter sicherer Bedeckung, im Lazareth untergebracht ist.

Abd - el - Kaders Unterwerfung ist nicht unbedingt, sondern auf Grund eines Vertrags geschehen, nach welchem der Emir sammt Familie nach Alexandrien oder Saint Jean d'Acre gebracht werden soll.

Die „Démocratie pacifique" gibt folgendes Namensverzeichniß, welches dem vergangenen Jahr ein ganz eigenes Stempel aufdrückt: Martin (du Nord), Cultusminister, Pellapra, Millionär, der die Epoque unterstützt, Graf Cubières - Teste, Minister, Herzog v. Praslin, Graf Mortier, Graf Bresson, Datrebon, Notar; Beauvallon, Ecquevilly, und anderes literarisches Freibeutergesindel können der Liste beigefügt werden.

Großbritannien.

Zwei neue Zahlungseinstellungen werden gemeldet, von Colesworth, Powel und Pryor, nach Südamerica und Westindien handelnd, und den americanischen Kaufleuten Durand und Kenzie. Auch aus New-York werden nun vier Zahlungseinstellungen gemeldet, darunter eine Quincaillerie - Handlung mit 400,000 Dollars Schulden.

Aus Tipperary in Irland wird wieder der Mord eines Pächters gemeldet, nebst einer Anzahl Drohbriefe durch welche auch die menschenfreundlichsten Gutsherren von ihren Landsitzen getrieben werden.

---

meine Kniee sinken tiefer, die Brust versagt dem Harfenklange die geschwisterliche Begleitung. Und doch darf ich nicht scheiden! Nicht eher das lebensmüde Haupt zur Ruhe neigen, bis ich der Welt, welcher Du gehörst, Dich wiedergegeben, bis kräftigere Hände, als die meinigen, mit Dir zum Schutz Deiner geheiligten Rechte sich verbünden!" (Fortsetzung folgt.)

Mannigfaltiges.

München. Se. königl. Hoheit Prinz Karl von Bayern hat in besonderer Mildthätigkeit zum neuen Jahre und zwar für Dürftige der Stadt München die Summe von 9000 fl., und für Auswärtige die Summe von 10,000 fl. großmüthigst gespendet. — Der Vorstand des Reichsarchivs, Baron v. Hormayer, wurde in der Nacht vom 1. auf den 2. Jan. ohne alle vorhergegangene Anzeichen vom Schlag getroffen, und liegt tödtlich krank darnieder.

Augsburg. Im verwichenen Jahre 1847 wurden geboren: 386 Kinder katholischer und 382 Kinder protestantischer Seits. Getraut wurden: 95 Paare in den katholischen Pfarreien, 65 Paare in den protestantischen Pfarreien. Gestorben sind: 739 Katholiken und 397 Protestanten. Hiernach übertrifft dieses Jahr wieder bei beiden Confessionen die Zahl der Gestorbenen die der Geborenen, und zwar bei den Katholiken um 153, bei den Protestanten um 15.

Die jüngste New-Yorker Post brachte die Nachricht von dem unerwartet rasch erfolgten Tod eines deutschen Landsmanns, Frhrn. Wilhelm v. Eichthal aus Augsburg (Redacteur der „New-Yorker Schnellpost"), der, nachdem er die im Dienste Griechenlands angetretene diplomatische Laufbahn verlassen hatte, vor etwa zehn Jahren nach New-York übersiedelt war.

Aus einem höchst anziehenden Aufsatz der „Postzeitung", welcher die Thätigkeit der Jesuiten in Nordamerica schildert, entnimmt man, daß dort gegenwärtig einhundert und sechsunddreißig Personen dieses aus der Schweiz ausgetriebenen Ordens angesiedelt sind, d. h. der sechste Theil der gesammten römisch-katholischen Geistlichkeit.

Die Sammlungen der streng-kirchlichen Partei in Frankreich für den päpstlichen Schatz nehmen guten Fortgang. — Nach Irland waren am 20. Dec. an die dasigen Bischöfe zur Vertheilung an die Armen 439,335 Fr. abgeliefert; für die ehemaligen Sonderbündler sind bisher 83,525 Fr. zusammengetragen.

Kunstnotiz.

Von

Fernbach.

Nürnberg.

Jeder Fremde, der in dieser ehrwürdigen, so schönen alten Patricierstadt einige Tage sich verweilte, wird mit größtem Vergnügen an die unzähligen, schönen, groß- und verschiedenartigen mittelalterlichen Kunstwerke sich erinnern. Die Bewohner Nürnbergs sind bemüht, mit größter Freundlichkeit und Bereitwilligkeit, selbst mit einer gewissen Aufopferung jedem durchreisenden Fremden den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu bereiten, und demselben über die im Kunstgebiete so mannigfach dort vorhandenen Kunsterscheinungen den gewünschten Aufschluß zu ertheilen. Die unzähligen dort vorhandenen verschiedenartigen Kunstwerke können nur in Bruchstücken oder in Parzellen eine Erläuterung finden, um sie nach und nach, klassenweise geordnet, zu Nürnbergs unvergänglichem Ruhme einstens in Folianten den künftigen Geschlechtern aufzubewahren. Von diesem Standpuncte betrachtet, ist Verfasser bemüht einige, vielleicht nicht so allgemein bekannte Erscheinungen, nämlich die in der adelichen von Imhoff'schen St. Rochus-Kapelle, oder der neuen Gottesackerkirche vorhandenen, im Mittelalter geschaffenen Malerwerke in eine nähere Anschauung zu bringen. Von allen dortigen Malerwerken ragen hervor, die unweit der Sakristei angebrachten Flügelthürengemälde. Das äußere stellt die Geburt und Anbetung Christi vor, und das innere die sterbende Gattin des Pirkheimer von Albrecht Dürer im Jahre 1504 gemalt. Diese Bilder sind in einer so eigenthümlichen Weise einfach, liebevoll, schön und edel componirt und gemalt, wie man es in der mittelalterlichen deutschen Schule nur von diesem Meister in seinen Werken findet. Der Ausdruck in den Köpfen ist meisterhaft, die Figuren sind voll von klarer heiliger Empfindung und Hingebung. In der Luft schwebt eine Gruppe wunderschöner Engel; der große Theil des Bildes ist im schönsten Helldunkel gehalten. Das innere Gemälde, die sterbende Pirkheimer, ist mit derselben Vortrefflichkeit durchgebildet. Die Scene des Scheidens der Gattin vom Gatten und von Freunden ist wirklich ergreifend; der Schmerz des Gatten und der die Sterbende umgebenden Freunde ist so tief und innig empfunden und so eindrucksvoll ausgesprochen, wie er nur vom Gatten und von Freundenempfunden bildlich vorgestellt werden kann. In der Altarstufe sind die Ahnen des Stifters, die knieende Crescentia Pirkheimer, Wilibald Pirkheimer und Albrecht Dürer, von Sandrat vortrefflich gemalt. Das Gemälde im Katharinen-Altar stellt das Märterthum der heil. Katharina vor, und ist, wie die Familien-Porträte des Stifters Imhoff in der Altarstufe, von Jansen aus Antwerpen kräftig gemalt, sehr gut gezeichnet und das ganze Bild ist vortrefflich durchgebildet. Die Flügelthürengemälde am Rosenkranzaltar sind von Burgmeyer in seiner bekannten Meisterschaft ausgeführt. Der Ausdruck in den Köpfen ist voll Geist und Herz, die Figuren sind edel gezeichnet, das Bild ist äußerst schön, zart und doch kräftig in der Farbe und ist ebenfalls eine Zierde dieser Kapelle. Die an diesem Altare vorhandenen Schnitzwerke und Figuren sind von Veit Stoß mit seiner bekannten Originalität und Schönheit ausgeführt. Die charakteristische Verschiedenheit der ausdrucksvollsten Köpfe, die verschiedenartigsten und schwierigsten Stellungen und Wendungen der Figuren sind in zahllos abwechselnden Reihenfolgen bewunderungs- und staunenswürdig durchgebildet. Eben so vortrefflich ist das unter dem Hauptbild sich befindliche, von eben diesem Meister ausgeführte Fegfeuer. Der von Wilhelm Imhoff gestiftete Altar-Schrein, das Märterthum der heil. Katharina vorstellend, ist, nach einem Verzeichniß der Imhoff'schen Familie, von van Dyck ausgeführt, und bedarf zu seiner Würdigung keiner weitern Erörterung. Das über der Sakristeithüre hängende Bild, das Abendmahl vorstellend, ist, nach demselben Imhoff-schen Verzeichniß, von Michael de Tempis aus Antwerpen gemalt; es ist ein schönes Bild, schön gezeichnet und geistreich componirt, jedoch sind die Farben sehr erbleicht. Dieses sind die in dieser Kapelle vorhandenen interessantesten Malerwerke. Die edlen und humanen Bewohner Nürnbergs mögen es nicht verkennen oder mißdeuten, wenn Verfasser bei dieser Gelegenheit in ihrem eigenen Kunstinteresse einen schon häufig laut gewordenen Wunsch an dieselben auszusprechen sich erlaubt; ein altes Sprüchwort sagt: „Ein freundliches Wort findet einen guten Ort." Die katholische Pfarrkirche nämlich ist eines der schönsten mittelalterlichen Monumente Nürnbergs. Die innere decorative Ausschmückung derselben, steht aber mit der äußern Schönheit und Originalität im auffallendsten und strengsten Contrast. Bedenkt man, das alles Zart- und Schönheitsgefühl verletzende, mit ganz gewöhnlichen Patronen aufgetünchte hellgrüne Blätter, streifenweise die farbigen Mauerflächen, die Rippen und die inzwischen vorhandenen blaugrauen Felder des schönen Spitzbogen-Gewölbes, quer durchlaufen, möchte unser freundlicher Wunsch vielleicht einige Würdigung finden. Es wäre der erste und schönste Triumph unserer Tage, wenn sich die christliche Charitas beider Confessionen dort zu diesem so schönen und edlen Zwecke und zur Zierde dieses schönen geheiligten Tempels vereinigen würde, das Innere desselben auch nur durch einfache, aber durch malerische, oder kunstgerechte und harmonische Farbentöne zu schmücken, die gegenwärtige so ungeeignete decorative Farbenschmückung aus jener heiligen Halle zu verbannen. Die schöne St. Jakobskirche in Nürnberg soll im Anfang des 11ten Jahrhunderts erbaut und in verschiedenen Epochen 3 Mal vergrößert worden seyn. Gegenwärtig sind in derselben 2 Nebenkapellen, 5 kleinere und ein Hauptaltar. In dieser schönen, im gothischen Style gebauten Kirche sind die Mauerflächen mit einem weißen, die Rippen des schönen Spitzbogengewölbes sind, sammt der im Schiffe der Kirche herumlaufenden Säulenreihe mit einer blassen, ziegelrothen Farbe übertüncht. Ueber 50 in dieser Kirche aufgestellte von verschiedener Größe, antike, steinerne und hölzerne Standbilder, die 8 gothischen Altäre sammt Figuren, die Kapitäler der Säulen, das schöne Sakraments-Häuschen, die Kanzel, die verzierten Schlußsteine des Spitzbogengewölbes und anders mehr sind, angeblich in jüngerer Zeit, sonderbarer Weise sämmtlich dunkelgrün profirt. Ferner glaubt Verfasser auf die historisch höchst interessante Kapelle zu Altenfurth, Herrensitz der v. Scheuerlschen Familie, zwei Stunden von Nürnberg in dem vom Walde umgebenen Weiler Altenfurth, noch erwähnen zu müssen. Ueber die Entstehung und über die Zeit ihrer Entstehung ist bis jetzt noch nichts Bestimmtes ermittelt worden. Die meiste Wahrscheinlichkeit über ihre Entstehung gewinnt in der Sage, daß Karl der Große von seiner Villa des nahe gelegenen Forchheims jene Wälder mit Jagden durchstreifte, in denselben unter aufgeschlagenen Zelten auch zu übernachten pflegte. Die Mönche, die er gewöhnlich bei sich hatte, und nach Gewohnheit der fränkischen Könige, St. Dionys und St. Martins Heiligthümer und Chorkappen mit sich führten, soll Karl der Große bestimmt haben, daß der Ort wo diese Zelte gestanden, fernerhin nicht mehr zu weltlichen, sondern für kirchliche Zwecke bestimmt bleiben soll. Die Kapelle ist in der Art einer Moschee gebaut. Der innere Umfang beträgt 62 Fuß 5 Zoll. Der innere Durchmesser 19 Fuß 3 Zoll und die innere Höhe der in gerader Richtung aufgeführten Mauer mit Simsgliedern 7 Fuß 10 Zoll. Die ganze Höhe bis an die gewölbte Decke beläuft sich auf 17 Fuß 4 Zoll. Der Eingang führt nicht gerade von der Erde, sondern über einige abwärts führende Stufen in die Kapelle. Wibeling sagt in einem seiner Werke: „Linker Hand an der von Nürnberg nach Feucht führenden Landstraße liegt zu Altenfurth eine uralte kleine Kapelle. Sie besteht aus zwei Abtheilungen; die größere bildet einen ganzen, die kleinere einen Halbzirkel; jede ist mit einem aus großen rohen Steinen gemachten Kuppelgewölbe gedeckt und diese Form ist die eines römischen Tempels bei Novera (Novaro) die freilich im Innern mit Säulen geschmückt war, ähnlich. Diese erwähnte Construction läßt auf ihr hohes Alter schließen und ich bin geneigt, sie ursprünglich für einen von römischen Truppen gemachten und gebildeten Tempel zu erklären. Das darüber pyramidalförmig aus einer schlechten Holzconstruction gebildete und mit Ziegeln gedeckte Dach ist aus neuerer Zeit." Es gibt in Deutschland noch mehrere Kapellen von ähnlicher Form; wir möchten in dieser Kapelle weit eher eine byzantinische Bauart erkennen, weil hauptsächlich die kleinen Bogenfenster ganz in jener Art gebaut sind. Baron v. Soden hat in seinem Werke über diese Kapelle, eine Abbildung derselben gegeben. Ich habe bei der genauesten Untersuchung auch nicht eine Spur von Farben noch weniger Malereien auf der Grundmauer aufgefunden; wohl aber scheint sie eine gelbe Tünche gehabt zu haben. Die gemalten vorhandenen Sträuschen mit kleinem Laubwerk sind eine neuere Arbeit. Verfasser verweißt im Uebrigen auf die vom Major Baron von Soden herausgegebene Schrift, Nürnberg bei Riegel und Wießner. 1834.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Paris, 3. Jan. 3pCt. 75 Fr. 15 C.; 5pCt. 116 Fr. 95 C.

London, 1. Jan. Consols 85¹/₄.

In Stockholm hat das seit 40 Jahren bestehende Haus Kantzow und Biel fallirt. Die Activa werden zu 1,200,000 Rthlr. Banko angegeben, die Passiva betragen 680,000 Rthlr. Banko, wovon 94,000 Rt. Bko. auf dänische und deutsche, größtentheils Hamburger Häuser, 35,000 Pfd. Sterl. auf Häuser in England, Nordamerica und Ostindien kommen.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag den 9. Januar: „Elisene, Prinzessin von Bulgarien", Ballet in 3 Aufzügen von Horschelt, Musik von Riotte. Vorher: „Der 30. November", Original-Lustspiel v. L. Feldmann.

Montag den 10. Januar: (Mit aufgehobenem Abonnement) „Anglicaner und Puritaner", Oper v. Meyerbeer.

Fremdenanzeige.

Hôtel Maulick. HH. v. Dumont v. Mainz; Baronin v. Ehlers v. Wien; Mde. Pillaut v. Paris.

Blaue Traube. H. Haub, Courier v. Meistrachheim; Dlle. Dollmann v. Ansbach; Dlle. Braun v. Mühlhausen

Stachusgarten. HH. Roser, Chirurg v. Burghausen; Huber, Ingenieur v. Nürnberg.

Gestorbene in München.

Anna Eberle, Pechgartenwirthswittwe, 66 J. alt; Andrä Stettner, bgl. Tischler, 51 J. alt; Elisabetha Kayser, Maurersfrau, 43 J. alt; Gustav Rhein, quiesc. kgl. Kreis- und Stadtgerichtsrath, 73 J. alt; Egidius Fiederer, Stadtgerichts-Diurnist v. Roding, 33 J. alt; Elise Höß, Hofbrunnpallierswittwe, 94 J. alt; Maria Anna Reifenstuhl, Hofstallerstochter, 80 J. alt; Sybilla Sigl, Taglöhnerstochter v. Hebertshausen, Ldg. Dachau, 27 J. alt; Theres Haud, Ernonne aus dem englischen Fräuleininstitute, 66 J. alt; Karl Schliebwein, k Leibjäger, 66 J. alt

---

2230. (2a) **2 chambres noblement garnies, à louer. S'adresser: Magasin d'Antiquités, Salvatorstrasse Nro. 18.**

2231. (3a) Da ich diese Dult wieder bezogen habe mit einer bedeutenden Auswahl meiner schon bekannten Corsets, Schnür- und Zugmieder aller Art nach neuester Façon mit und ohne Armband und elastischem Band, nebst neuen Ball-Corsets und deren einschlägigen Artikel, empfehle ich mich einer geneigten Abnahme.

Die Auslage ist in der dritten Reihe, obere Abtheilung, Nr. 234¹/₂.

Ant. Kohlhund
aus Augsburg.

Für die arme erblindete Zimmermanns-Wittwe Maria Ecker.

Den 5. Januar	von N. N.	. . . .	6 kr.
" 5. "	von N. N.	. . . .	6 kr.
" 6. "	von A. M. mit dem Motto: „Gott möge es segnen!"	. . . .	12 kr.
" 7. "	von W. L. M. mit dem Motto: „Gott segne es!"	. . . .	30 kr.
" 7. "	aus Nächstenliebe	. . . .	24 kr.

2229. Besonders schöne und solide Bücherschränke von Nußbaumholz mit Glasthüren und sehr guten Schlössern sind um billige Preise zu verkaufen, und täglich von 10 Uhr bis Mittag und von 2 bis 4 Uhr zu besehen in der Ludwigsstraße Nr. 4 über zwei Treppen.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Digitized by Google

Nr. 8.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir (Kaufinger-Gasse Nr. 31), auswärts bei den nächstliegenden Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 36 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag | XLIX. Jahrgang. | 10. Januar 1848.

☞ Wegen Andrang des politischen Stoffes muß das Feuilleton für heute ausgeschieden werden.

Deutschland.

Die deutsche Postconferenz in Dresden, hervorgerufen durch die von Preußen und Oesterreich an die deutschen Regierungen ergangenen Einladungen, ist nach zuverlässigen Mittheilungen der Lösung ihrer Aufgabe nahe gerückt. Die leitende Idee deutscher Posteinheit hat durch die von der Conferenz gefaßten Beschlüsse, nach welchen in Zukunft für die gesammten deutschen Staaten ein gemeinschaftlicher Briefportotarif mit nur drei mäßigen Sätzen (bis auf 6 Meilen einschließlich 2 kr. C.-M. bis 20 Meilen einschließlich 5 kr. über 20 Meilen 10 kr.) bestehen soll, bereits festen Boden gewonnen, zumal da dieses gemeinschaftliche, zwischen je zwei Staaten gleich zu theilende Porto die Erhebung jedes Transitportos von Seiten der dazwischenliegenden Postadministrationen gänzlich ausschließen soll. Diese Transitfreiheit ist als ein sehr wichtiges Ergebniß zu betrachten, weil dadurch erst die Verschmelzung der vielen deutschen Postgebiete zu einem nationalen Ganzen verwirklicht wird, welches den Begriff des deutschen Auslandes für die einzelnen Staaten unter sich ausschließt. Die durch obige Beschlüsse der Conferenz vorbereitete wesentliche Erleichterung des deutschen Correspondenzverkehrs und das damit verknüpfte Gefühl nationaler Einheit sind uns um so erfreulicher, als sich keine deutsche Postverwaltung von der Theilnahme an der Dresdener Postconferenz ausgeschlossen hat und die erwähnten wesentlichsten Beschlüsse mit überraschender Einhelligkeit gefaßt worden sind. Der Congreß hat übrigens auch die für den Postverkehr wichtigen Einzeleinrichtungen hinsichtlich auf Briefgewicht, indem künftig einfaches Briefporto bis zu 1 Loth gehen wird, Taxprogression nach Gewicht, Kreuzbandtaxe, Zeitungsexpeditionsgebühren, Einheit der fahrpostlichen Bestimmungen u. s. w. sich zur Aufgabe gesetzt. Es ist binnen Kurzem für diese gesammten Ergebnisse die Genehmigung der hohen Regierungen zu erwarten. (Berl. Nachr.)

Bayern.

† München, 10. Jan. Es ist die Behauptung verbreitet worden, als habe der Hr. Kriegsministerverweser Generalmajor Frhr. v. Hohenhausen bei Sr. Majestät eine Bitte um Enthebung von dem ihm anvertrauten Portefeuille eingereicht. Es ist uns erfreulich, dieses Gerücht als durchaus grundlos bezeichnen zu können.

München, 9. Jan. Dem gestern erschienenen königlichen Regierungsblatt (Nro. 2) entnehmen wir: I. Dem königl. geistlichen Rath, Districts-Schulinspector und Stadtpfarrer zu Vilshofen, Joseph Schwaiger, wurde das Ehrenkreuz, dann dem Pfarrer zu Sandbach, Lorenz Sick, und dem Canonicus bei dem Collegiatstifte St. Johann zu Regensburg, Anton Merl, die Ehrenmünze des königl. bayer. Ludwigordens verliehen. — II. Außer den unsern Lesern von uns bereits schon bekannt gegebenen Dienstesnachrichten, enthält dieses Blatt noch folgende: dem dermaligen Conservator der vereinigten Gemäldesammlungen, Karl Mattenheimer, wurde, unter Enthebung zeitheriger Function, in provisorischer Eigenschaft die erledigte Stelle eines Conservators bei der Central-Gemäldegallerie-Direction verliehen, und die hiedurch erledigte Stelle eines Conservators der vereinigten Sammlungen in provisorischer Eigenschaft dem ehemaligen Conservator des Kunstvereins, C. Klotz, übertragen; der Rector der Kreis-Landwirthschafts- und Gewerbs-Schule in München, Dr. Alexander, wurde als Ministerialreferent im königl. Ministerium des Innern für Kirchen- und Schul-Angelegenheiten berufen. — III. Der durch die Wahlverhandlung vom 10. August v. Js. zum Ersatzmann bestimmte ordentliche Professor, Dr. Haneberg, in die erledigte Stelle eines Mitgliedes der theologischen Facultät im Universitätssenate zu München einberufen. — IV. Dem hochwürdigen Hrn. Bischof von Eichstätt, Georg v. Oettl, wurde die allerhöchste Erlaubniß zur Annahme und Tragung des Ordens vom heiligen Grabe ertheilt, ebenso dem königl. Leibarzte, geh. Rath Dr. v. Breslau, zur Annahme und Tragung des ihm von Ihrer Maj. der Königin von Portugal verliehenen Commandeurkreuzes des portugiesischen Ordens Unserer lieben Frau zur Empfängniß von Villa-Viçosa.

Aus der Pfalz. Gemäß eines Rescripts des Ministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten und einer Mittheilung desselben von Seiten der königl. Kreisregierung an die königl. Landcommissariate vom Monat Juli, des Inhaltes: „Es sey die Wahrnehmung gemacht und auf amtlichem Wege angezeigt worden, daß verschiedene geistliche Bündnisse unter der Benennung von Bruderschaften, Congregationen, dritten Orden u. s. w. ohne alle weltliche Mitwirkung und obrigkeitliche Autorisation entstehen und eine umfassende Wirksamkeit vorzugsweise unter der Jugend, unter Dienstboten u. s. w. entwickeln" ist von einem und dem andern Landcommissariate den Bürgermeisterämtern der Auftrag zugegangen: 1) das Daseyn der geistlichen Bündnisse aller und jeder Art zu ermitteln und dieselben aufzunehmen, 2) deren Satzungen und Constitutionsurkunden einzufordern und die ohne Genehmigung bestehenden Congregationen u. s. w. bis auf Weiteres in ihrer Thätigkeit zu suspendiren. In der Pfalz handelt es sich zunächst um eine im Jahre 1845 mittelst bischöflicher Instruction und eines sie begleitenden Hirtenbriefes eingeführte „Bruderschaft vom hochheiligen und unbefleckten Herzen Mariä zur Bekehrung der Sünder." Die Einführung dieser Bruderschaft war öffentlich geschehen; die eben genannten gedruckten Urkunden waren an alle Pfarrer ergangen, diese mußten sie von der Kanzel herab den Kirchengemeinden vorlesen, zur Gründung von Filialbruderschaften auffordern, die sich zur Theilnahme Anmeldenden aufzeichnen, und nach Ermittelung einer gehörigen Anzahl Bruderschaftsglieder die Einverleibungsurkunde bei der bischöflichen Behörde erwirken, wonach dann die Filialbruderschaft „nicht nur mit der in der Klosterkirche der Dominicanerinnen zu Speyer, sondern auch mit der in der Kirche zu Unserer lieben Frau vom Siege in Paris bestehenden und von dort aus über den ganzen Erdkreis verbreiteten Erzbruderschaft in Verbindung stehend" erklärt wurde. In den meisten Kirchen sind — der Instruction gemäß — die Einverleibungsurkunden in Rahmen gefaßt aufgehängt. — Die „Speyerer Zeitung," der wir Vorstehendes entnehmen, ist der Ansicht, man hätte sofort die geistliche Oberbehörde zur Rechenschaft ziehen, und mit ihr über Beseitigung dieser Association, die gesetzwidrig und großentheils erzwungen sey, verhandeln sollen. Die Qualification der Gesetzwidrigkeit und die Befugniß zur Aufhebung dieser Association sey klar durch den §. 76 der II. Verfassungsbeilage ausgesprochen.

Aus der „Speyerer Zeitung" vom 5. Jan. entnimmt man, daß protestantische Mucker und katholische Ultramontane (warum nicht die gemeinsame Bezeichnung: Ultramontane?) gleichmäßig geschäftig sind, auf die genannte Zeitung zu schmähen und das Lesen derselben als grundverderblich zu schildern und dasselbe, soweit ihre Macht reicht, gleichsam zu verbieten. Allerdings ist das gottselige Verzeichniß der Zeitungen der verderbenden Lehre schon sehr stark; es wird nicht viel fehlen, so stehen alle bayerischen Blätter von freisinniger Auffassung des staatlichen und kirchlichen Lebens darin. Das lassen wir uns nur recht lieb seyn; denn die verbotenen Früchte dürften auf die Auserwählten, die wie die Geschichtsacten bemelden, ganz außerordentlichen Versuchungen ausgesetzt zu seyn pflegen, ihre wunderlichen Wirkungen kaum verfehlen.

Baden.

Karlsruhe, 5. Jan. Es scheint nun nach verschiedenen Wahrnehmungen kaum mehr einem Zweifel zu unterliegen, daß die großherzogliche Regierung den bedrängten Fabriken zu Hülfe kommen und deßhalb auch die Stände früher aus den Urlaub zurückberufen will. Man will wissen, das Gesammtcapital der drei Fabriken an Aktien und geliehenen Geldern betrage zusammen zwischen 9 und 10 Millionen Gulden. Dem Vernehmen nach beabsichtigt der Gemeinderath der Stadt Ettlingen bei Sr. königl. Hoheit dem Großherzog in der Audienz eine Bittschrift für die Forterhaltung der Fabrik einzulegen. Im Lauf dieses Monats sind die Gläubiger des Hauses S. v. Haber und Söhne und der drei Fabriken zu Versammlungen eingeladen. Es werden Leute aus allen Weltgegenden hiezu erscheinen. (S. M.)

Karlsruhe, 8. Jan. In Folge einer höchsten Entschließung aus dem großh. Staatsministerium hat heute das Finanzministerium den Vertretern der Spinnerei Ettlingen, Maschinenfabrik Karlsruhe, und Zuckerfabrik Waghäusel bezüglich auf ihre Eingabe vom 20. v. M. eröffnet, daß Se. königl. Hoheit „je nach dem Ergebnisse der Untersuchung, welche durch die von dem Ministerium des Innern und jenem der Finanzen niedergesetzte Commission über den finanziellen Zustand der erwähnten drei Fabriken vorgenommen wird, eine den Umständen entsprechende Vorlage an die Ständeversammlung machen lassen würden. (Karlsr. Z.)

Kurhessen.

Für die Auflösung des Hanauer Turnvereins ist der Grund angegeben worden, daß dessen Mitglieder sich bei dem bekannt gewordenen Begräbniß eines Deutschkatholiken besonders betheiligt. (Die Turner hatten nemlich den Verstorbenen als einen ihrer Genossen mit zu Grabe geleitet.) Uebrigens ehrt die Regierung die Turnfreiheit in demselben Sinne, wie die Gewissensfreiheit. Es bleibt nemlich den Turnern unbenommen, „einzeln in ihren Häusern zu turnen;" jedoch sobald die Zahl zu groß sey, werde man sie als Verein betrachten und bestrafen.

Preußen.

Das „Amtsblatt" des königl. Post-Departements enthält die Verordnung, betreffend die Beförderung der Briefe aus der Rheinprovinz nach Bayern mittelst der zwischen den preußischen und bayerischen Postanstalten bestehenden directen Kartenschlüsse.

Es soll der Befehl ergangen seyn, die Proceßverhandlungen gegen den geh. Hofrath v. Webecke in Berlin öffentlich zu führen. (N. C.)

Köln, 3. Jan. Die Broschüre des Appellationsgerichtsraths Leue über den Entwurf des Strafgesetzbuchs ist erschienen, bei Kollmann in Leipzig gedruckt, 69 Seiten groß, und den Mitgliedern des Ausschusses gewid-

met. Sie enthält nur Bemerkungen ohne Berücksichtigung der Motive der Gesezgebung, die zur Zeit noch nicht publicirt waren. Leue findet den Entwurf für die Rheinprovinz unbrauchbar, weil er deren Gerichtsverfassung in ihren Elementen zerstöre, und er sucht insbesondere nachzuweisen, daß der wesentlichste Bestandtheil der Entscheidung der Geschwornen an die Richter übertragen, daß die Ungleichheit vor dem Gesetze versteckt eingeführt, und daß die richterliche Macht bis zur Willkür ausgedehnt sey. (A. Z.)

Bonn, 5. Jan. Gestern Abend vor Mitternacht starb nach dreiwöchentlichem Leiden der hier studirende Erbprinz Friedrich von Hessen-Homburg. Mit dem Tod desselben geht das Thronfolgerecht auf seinen Oheim, den jüngern Bruder des regierenden Landgrafen, über, mit welchem, da er unvermählt und schon bejahrt ist, dereinst der Mannsstamm der in der deutschen Kriegsgeschichte berühmten Familie von Hessen-Homburg vermuthlich erlöschen wird. In diesem Falle würde das Land an das Großherzogthum Hessen zurückfallen. (A. Z.)

Aus Preussen. Nach Berichten aus Posen in der Berliner Zeitung sind seit Kurzem auch die Resultate der Untersuchung über die Badynskische Todtenfeier in das Publicum gekommen. Drei der Damen, welche hauptsächlich jene Todtenfeier veranlaßt hatten, sind mit Gefängnißstrafe von sechs, vier und drei Monaten belegt worden, und zwar lautet das Erkenntniß dahin, daß die Betheiligten wegen Verspottung der Anordnungen der Behörden zu bestrafen seyen. Bis jezt ist noch von keiner der Damen Appellation eingelegt.

Mecklenburg.

Im Schwerin'schen haben die Beseler-Sammlungen bei den bürgerlichen Landständen guten Fortgang.

Hannover.

Der Stabscapitän v. d. Knesebeck ist zum Geschäftsträger am königl. bayerischen Hof ernannt worden. (Hann. Z.)

Freie Städte.

Der „Schwäbische Merkur" meldet nach einem Handelsschreiben aus Frankfurt, vom 4. Jan. Die Börse war heute noch ziemlich flau und mit Ausnahme von kleineren Bedürfnissen ist so gut, als nichts im Wechseln umgegangen, so daß unsere Kurse noch immer nur als nominal zu betrachten sind. Indessen gestalten sich die Aussichten doch in sofern besser für den Plaz, als die Aussteller der namhaften noch in Circulation befindlichen Tratten auf Gontard und Flersheim, größtentheils Häuser von Rang, anfangen, für die gehörigen Interventionen zu sorgen, zu welchem Behuf denn auch schon bedeutende Baarsendungen eintreffen und noch erwartet seyn sollen. Von den nähern Verhältnissen der gefallenen Häuser, Creditorenlisten rc. ist noch nichts bekannt.

Frankfurt, 6. Jan. Unseren Bankiers sind seit einigen Tagen so namhafte Baarsummen von auswärts zugegangen, daß der Disconto auf 4 pCt. und darunter gewichen ist und die meisten hier gangbaren Fondsgattungen im Steigen sind. So gingen die württembergischen 4½ procent. Obligationen seit Anfang der Woche um etwa 2 pCt. in die Höhe. — Wegen umlaufenden Gerüchten hatte das Wiener Haus Arnstein und Eskeles am Jahresschluß seine Bilanz vorgelegt, die eine Ueberbesserung von 6 Millionen C. M. ergebe. (Schw. Mkr.)

Die „Bremer Zeitung" schreibt aus Hamburg, 30. Dec. Nicht nur die völlige Aufhebung der Censur für Besprechung innerer Verhältnisse ist der lezten Bürgerschaftsversammlung (vom 25. Nov.) wieder lebhaft verlangt worden, sondern es ist auch in sämmtlichen fünf Kirchspielen ein Antrag gestellt worden, des Inhalts: „Die Bürgerschaft erwarte zuversichtlich, Ein Edler Rath werde den hamburgischen Bundestagsgesandten dahin instruiren, daß er auf Verwirklichung der in Art. 18 der deutschen Bundesacte dem deutschen Volke verheißenen allgemeinen Preßfreiheit nach Kräften hinwirke." Der Antrag bekam mit außerordentlicher Majorität die überwiegende Mehrheit in der ganzen Bürgerschaft für sich und hat nur ein einziges und dazu das kleinste Kirchspiel gegen sich.

Dasselbe Blatt will wissen, daß wenn die Zulassung jüdischer Großhändler zu den Versammlungen des ehrbaren Kaufmanns allein vorgeschlagen worden wäre, und zwar in der Fassung: jeder jüdische Kaufmann, der ein Bankfolio hat, überseeische Geschäfte macht und Sonnabend abschreibt kann an den Versammlungen des Ehrbaren Kaufmanns Theil nehmen, so würde dieser Vorschlag die Mehrheit gehabt haben. Allein die neue Börsensaalsordnung wollte zugleich die jungen christlichen Kaufleute, die nicht Großbürger sind, ausschließen, und deßhalb hauptsächlich ist dieselbe verworfen.

Oesterreich.

Wien, 31. Dec. Es tritt mit dem 1. Jan. die neue Censurdirection ins Leben; aber auch das ihr vorgesezte Censurcollegium hat sich constituirt; Präsident desselben ist Graf Sedelnitzky, dessen Mitglieder die Hofräthe der Polizeihofstelle, v. Vogel, v. Amberg, Malz, der Staatskanzleirath Frhr. v. Menßhengen, der Justiz-Hofrath v. Adlersburg, der Hofrath der Hofkanzlei v. Ott und ein Hofrath der allgemeinen Hofkammer. (A. Pr. Z.)

Wien, 4. Jan. Das Fallisement des Hauses Haber in Karlsruhe hat auch den hiesigen Plaz im Allgemeinen sehr erschüttert und unsere Börsengeschäfte für diese Tage auf Null reducirt. (Augsb. Abdz.)

Wien, 5. Jan. Von hier ist eine Militärbespannung mit allem Zubehör für 4 Batterien Geschüz bereits nach Italien abgegangen. — Aus sicherer Quelle erfährt man, daß nach endlichem definitiven Entschluß der höchsten Staatsbehörde der Bau der Eisenbahn zwischen Gloggnitz und Mürzzuschlag im künftigen Jahr mit Nachdruck in Angriff genommen werden soll. Die Trace wird abseits über Reichenau durch die sogenannte Brein nach Steiermark hinübergeführt, und muß bis 1850 vollendet seyn. — Durch den Sturz des Hauses Haber und Söhne in Frankfurt a/M. erleidet das Haus Arnstein und Eskeles einen Verlust von 90,000 fl. (C. v. u. f. D.)

Wien, 6. Jan. Frhr. v. Kübeck ist wiedergenesen. Ein reicher, bisher für unbescholten geachteter Lederfabrikant hat sich eine Wechselfälschung von 69,000 fl. CM., welche die Bank und die Sparcasse trifft, zu Schulden kommen lassen. (A. Z.)

Grätz, 26. Dec. Unter dem Einflusse der in Folge bekannter Vorfälle herrschenden Aufregung hat sich hier ein gegen den Luxus bei Leichenbegängnissen gerichteter Verein gebildet, dem gerade die reichsten und angesehensten Personen beigetreten sind, die sich insgesammt verpflichten, bei ihrem Tode nur die niedrigste Beerdigungstaxe an die Pfarrkasse zu entrichten, den Ueberschuß aber an die städtische Armencasse zahlen zu lassen. Wer die Organisation des katholischen Sportelwesens in Oestreich kennt, weiß gar wohl, was dieß bedeuten soll und welche Einbuße dadurch die Geistlichkeit erleidet. (C. v. u. f. D.)

Grätz, im Jan. Unsere Provinz ist gegenwärtig durch die starken Truppenmärsche nach Italien sehr in Anspruch genommen. Nun sollen sich bei Pettau in Südsteiermark slavonische und kroatische Regimenter aus der kk. Militärgränze versammeln, um der italienischen Armee als Reserve zu dienen. Für das Armeefuhrwesen, wovon bedeutende Abtheilungen zur Bespannung der Batterien nach der Lombardei aufgebrochen sind, werden fortwährend steiermärkische Pferde vom schwersten Schlag angekauft. (C. v. u. f. D.)

Triest, 2. Jan. Mit den Dampfbooten des österreichischen Lloyd wurden verflossene Woche 1200 Mann der hiesigen Garnison, mit der Bestimmung nach Vicenza, befördert. (A. Z.)

Schweiz.

Bern, 5. Jan. Der Generalstab und das übrige hier anwesende Offiziercorps hat am Neujahrstag dem General Dufour seinen Besuch zur üblichen Beglückwünschung abgestattet. Sehr wohlwollend und zuvorkommend empfing sie der General. Der Chef des Generalstabs, Hr. Oberst Frei-Herose, hielt eine angemessene Beglückwünschungsrede. Der biedere und bescheidene General antwortete aus tiefbewegter Seele: nur der Versehung sey man Dank schuldig; sie habe uns den Sieg verliehen; unser Dank solle aber darin bestehen, daß wir den Sieg mit weiser Mäßigung benutzen; man solle aufhören, die verirrten Brüder und Miteidgenossen mit Vorwürfen, Höhnungen und Beleidigungen fortwährend zu überschütten, wodurch die geschlagenen Wunden immer wieder aufgerissen würden. Man werfe den Schleier der Vergessenheit über das Vergangene und lebe als getreue, einträchtige Eidgenossen mit einander, jeder die Rechte des andern achtend und nur das Wohl des Ganzen im Auge haltend, dann dürfte die schöne Sonne des Friedens wieder über Helvetiens glückliche Gefilde leuchten. (A. Z.)

Der Rest der eidgenössischen Armee wird demnächst nur noch 15,000 Mann betragen und Oberst Gmür der in der innern Schweiz, Oberst Rilliet den in Freiburg und Wallis liegenden Theil derselben commandiren. — Dem Journal des Débats wird aus Bern vom 31. Dec. geschrieben, es sey bereits eine päpstliche Note an den Vorort eingelaufen, worin über die bei der Execution gegen den Sonderbund vorgekommenen Tempelräubereien und die Ausweisung verschiedener im Bundesvertrag verbürgter Klöster Beschwerde geführt sey. — Der Bischof von Chur hat an die Geistlichkeit des Kantons Schwyz ein Rundschreiben erlassen, in welchem er dem gesammten Klerus dringend empfiehlt, bei den gegenwärtigen Begegnissen in Wort und Handlung klug und behutsam zu seyn, sich ferne von jeder Politik zu halten und sich in keine Welthändel zu mischen, wofern Gerechtigkeit und Seelenheil nicht in Gefahr schweben. „Nie und nirgends, sagt er, werde die heilige Stätte des Wortes Gottes zum politischen Kampfplaz erniedriget, oder um politische Meinungen auszukramen, mißbraucht. Wenn aber die Weltpolitik des Tages ins Gebiet der katholischen Religion hinüberstreifen oder Eingriffe in die Rechtsame der Kirche sich erlauben wolle, dann fordert Beruf, Eid und Amtspflicht von uns, mit Wort und That, mit Gut und Blut dafür einzustehen.

Nach der „Neuen Luzerner Zeitung" haben die abgetretenen Regierungsräthe gegen die ihnen auferlegten Geldbußen den Rechtsweg eingeschlagen. — Obrist Ziegler, der an Gmür den Befehl abgetreten, ist zum Zeichen der Anerkennung der Mannszucht seiner Truppen von einer Anzahl Luzerner Frauen mit einer Blumenvase beschenkt worden.

Italien.

Rom, 27. Dec. So trüb der Himmel, so trüb und dunkel hängt über Rom der politische Horizont. Das Volk ist unzufrieden, und wenn man Alles genau betrachtet, so liegt die Schuld wohl auf beiden Seiten. Die Regierung ist unentschlossen, das Volk bleibt fortwährend am Fordern und Schreien, was dann andererseits streng gerügt wird, aber nur mit Worten, die keinen Nachdruck durch die That erhalten. So geschah es mit dem Fackelzug bei dem Schweizer Consul: das Ende der strengen Rugen, bei welchen diese Demonstration so dargestellt wurde, als handelte es sich um einen Angriff auf die katholische Kirche, verlief in vierundzwanzigstündige Haft, welche der Träger der eidgenössischen Fahne erhielt. So geht es auch mit der Presse, über welche die Regierung sich nicht zu einer definitiven Maßregel entschließen kann welche der Agitation ein Ende machen würde. Blut wird bei dieser Agitation nicht fließen. Die Officiere der verschiedenen Truppengattungen hatten hier durch den Artillerie-Obersten Stewart eine Adresse beim Präsidenten des Kriegsdepartements, Monsignore Rusconi, um Verbesserungen des Heerwesens eingereicht; diese Adresse wurde von ihm ganz gnädig aufgenommen, ja das Versprechen gegeben, Allem aufzubieten, damit Verbesserungen erfolgen. Alles war zufrieden, da erschien auf einmal ein Tagesbefehl, worin das Benehmen der 200 Officiere als sträfliches Komplott dargestellt wird. Unterschrieben war der Tagesbefehl von demselben Monf. Rusconi. (Schw. Mkr.)

Rom, 28. Dec. Dieser Tage kam ein Justizmord aus der Zeit Gregors XVI. an den Tag. Im Jahre 1844 wurde ein Brigadier der Gendarmerie Sperampini, in Ravenna beim Eintreten ins Theater erschossen. Viele Personen wurden darüber verhaftet und vor die Militärcommission gestellt, die zwei junge Leute wegen des Verbrechens zum Tod verurtheilte, welches Todesurtheil auch gegen beide vollzogen wurde. Vor einigen Wochen starb nun in Ravenna ein Schuhmacher, der kurz vor seinem Tode, durch Gewissensbisse gepeinigt, sich als den Mörder des Brigadiers bekannte. Der hier wegen der reaktionären Verschwörung im Gefängniß sitzende Oberst Freddi war zu der Zeit Präsident der Militärcommission.

Rom, 28. Dec. Gestern Morgen, als am Namensfeste des heiligen Vaters (Johann Maria Mastai Ferretti), begaben sich der General der Bürgergarde, mehrere Obersten, Kapitäne, Officiere, Unteroffiziere und Soldaten zu Sr. Heiligkeit, um ihm seines Namenstages wegen ihre Glückwünsche darzubringen. Nachdem Se. Heiligkeit den Glückwunsch, welchen der General

im Namen der ganzen Bürgergarde des päpstlichen Staates ihm darbrachte, aufs Huldvollste angehört hatte, dankte er ihm aufs Freundlichste, fing dann an, sich ganz vertraut mit Vielen der Bürgergarde zu unterhalten und sich bewundernd über das schöne Aussehen der Mannschaft auszudrücken. Nachdem sämmtliche zum Fußkuß zugelassen waren, entließ er sie. Gleich darauf gingen diese Herren auch zum Cardinal Ferretti, der sie aber nicht annahm mit der Bemerkung: „Bald werdet ihr einen andern Minister haben, er wird es wohl besser machen als ich, ich tauge zu einem solchen Amte nicht.“ Abends fand eine ganz originelle Volksdemonstration statt. Beinahe 4000 Mann, aus der niedrigsten Volksklasse, in ihrer Alltagskleidung, zogen unter dem heftigsten Regenwetter mit Fackeln, Musik und Fahnen über den Corso zum Quirinal hinauf, an ihrer Spitze Ciceruacchio und andere bekannte Volksführer. Voraus zog die Musik der Feuerwache, dann kamen mehrere Führer mit dem Wappen des Papstes, Ciceruacchio trug ein Tableau mit der Inschrift: Viva Pio IX. Padre della Patria. — Jetzt folgten mehrere hundert Männer in Jacken, dann die Inschrift: „Das römische Volk am Namenstage von Pius IX. Rechnet auf uns, das Volk ist fromm, beständig und unverderblich.“ — Jetzt kam die Musik der Gendarmerie, dann wieder 1000 in Jacken, dann die Inschrift: „Das römische Volk fordert nichts, indem es seine Forderungen schon privatim durch seinen Führer Ciceruacchio zu Handen Sr. Heiligkeit hat übergeben lassen.“ Hierauf folgten wieder mehrere Tausend Jackenmänner mit Fahnen und Fackeln. Der Zug wurde zuweilen durch Bürger der andern Volksklassen unterbrochen, welche die Jackenbrüder zum Schreien anfeuerten. Da hieß es: „Viva Pio IX. solo! Viva Pio IX. liberale! Viva Italia!“ Wie der Zug am Palast Torlonia links einschwenkte, schrie man: Heraus Paradisi! Tod seinen Feinden! — Als man auf dem Quirinal angekommen, gieng eine Deputation zum Papste, welcher dieselbe huldvollst empfing. Ciceruacchio war der Führer der Deputation; kaum war sie zurückgekehrt, erschien der Papst, und im fürchterlichsten Regenwetter, unter Blitzen und Donnern ertheilte er den Segen, worauf sich die ganze Volksmasse ganz ruhig verlief. Die Forderungen, welche das römische Volk dem Papste vorträgt und die heimlich lithographirt sind, lauten wie folgt: „Wünsche des römischen Volks welche man Pius IX., dem Vater des Vaterlands, durch den Bürger Ciceruacchio am 7. Dec. auf privatem Wege (?) hat zukommen lassen: Freiheit der Presse. Entfernung der Jesuiten. Bürgerbewaffnung. Eisenbahnen. Beseitigung der Polizeiwillkühr. Gesetzgebung mit nützlichen und unparteiischen Gesetzen. Oeffentlicher Unterricht. Polytechnische Schule. Aufmunterung der Künste. Abschaffung des Monopols. Italienischer Bund. Emancipation der Juden. Belebung des Handels. Reform und Garantie der postalischen Correspondenzen. Volkswirthschaftliche Schulen. Bürgerartillerie. Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Staatsconsulta. Säcularisirung einiger Aemter. Kleinkinderbewahranstalten. Reform der Armenasyle. Belebung der Industrie. Kolonien im Agro Romano. Bessere Ordnung in der Miliz. Gewährleistung der persönlichen Freiheit. Organisirung der Reserve der Bürgergarde. Aufmunterung der Marine. Abschaffung des Lotto. Amnestie für die 24 in Civita Castellana eingesperrten Liberalen. Vertrauen zum Volke. Zügelung der unablässigen Willkür. Abschaffung der Fideikommisse ꝛc. (in den hohen adeligen und fürstlichen Häusern). Reformen in der todten Hand. Den Priestern und religiösen Corporationen Das aufzulegen, was sie Pius IX. schuldig sind, nemlich Liebe und Hochachtung. Abschaffung der Kammerpachte. (Alle diese und ähnliche Worte waren zugleich auf zwei vorangetragenen Fahnen zu lesen.) Ueber die Audienz, die Ciceruacchio bei Sr. Heiligkeit hatte, werde ich Ihnen das nächste Mal berichten, da ich es morgen aus seinem Munde zu erfahren gedenke.

(C. v. u. f. D. u. Schw. Mkr.)

Rom, 29. Dec. Gutierrez Estrada, vormaliger Staatsminister von Mexico und Publicist von Auszeichnung ist hier wiederum eingetroffen und hat an Lord Minto Briefe von Lord Palmerston überreicht. (A. Z.)

Rom, 31. Dec. Mit Gewißheit wird versichert, daß Ciceruacchio mit den 35 Forderungen, die das Volk an Pius IX gestellt haben soll, und die man an mehreren Straßenecken angeschlagen, durchaus nichts gemein, sie noch viel weniger dem Papst überbracht hat. Wer so etwas habe glauben können, wird ausgelacht. Nach Briefen der „Allgemeinen Zeitung“ vom 1. Januar ist Fürst Carlo Torlonia gestorben. (A. Z.)

Rom, 31. Dec. Das Motuproprio, durch welches gestern der Ministerrath eingesetzt worden ist, kündigt sich selbst als den Schlußstein des Gebäudes an dessen Grundlage die Staatsconsulta und die römische Municipalverfassung bilden. Die Verantwortlichkeit der Minister und die dadurch erheischte strengere Beamtendisciplin machen die vornehmsten Elemente dieses „politisch-rationalen Regierungssystems,“ wie es sich selbst nennt, aus. Die Aggregation von 21 Auditoren gibt gute Hoffnungen, und wohlunterrichtete Personen versichern, der Papst habe mit der Zeit auch die Vergebung einiger Ministerien an Laien in Aussicht gestellt. (A. Z.)

Rom, 1. Jan. Diesen Morgen hatten sich die Radicalen, welche die 35 Artikel angeschlagen haben, auf Piazza del Popolo versammelt und wollten sie mit Gewalt an den Papst bringen. Der Governatore hat sie durch Polizeisoldaten zerstreuen lassen. Eine Deputation, die sich zum Papst den Weg zu bahnen suchte, ist abgewiesen worden. Zuletzt beschloß man den Fürsten Corsini für diese Forderungen zu interessiren. Dieser im Verein mit dem römischen Senat, der heute seine neue Amtsführung antritt, hat unterdessen das Volk durch einen Anschlag von dem Eintritte dieser neuen Aera in der römischen Stadtverwaltung in Kenntniß gesetzt, Ruhe gepredigt und schließlich Lust zur Arbeit als ein vorzügliches Förderungsmittel des Guten angepriesen. In allen Wachtquartieren ist die Mannschaft um 100 Köpfe verstärkt worden. Die dem Papst zugedachte Neujahrsgratulation ist durch fürchterliches Regenwetter verhindert worden. — Nachdem die Ferrareser Angelegenheiten durch die gemeinsamen Bemühungen des Grafen v. Lützow und des Cardinals Ferretti vollständig ausgeglichen worden sind, hatte der Papst den Wunsch geäußert, dem k. k. österreichischen Botschafter ein Zeichen der Anerkennung seiner vielfachen Verdienste in dieser an Schwierigkeiten so reichen Sache zukommen zu lassen; was jedoch da es sich nicht um den Abschluß eines Tractats gehandelt hatte, bescheidentlich abgelehnt wurde. Pius IX, um dem Drang seines Herzens nachzukommen, hat daher der Gemalin des allseitig verehrten Staatsmanns sein eigenes Porträt aus Silber zum Geschenk übersandt. (A. Z.)

Rom, 4. Jan. Auf Anrathen und Zureden des Paters Ventura scheint sich der Papst entschlossen zu haben, die Zahl der Mitglieder der Staatsconsulta auf 48 zu erhöhen. Am 28. Dec. des vorigen Jahres empfing Se. Heiligkeit die ganze Consulta und drückte sein volles Vertrauen zu ihr aus. Auch sprach er von dem guten Einvernehmen, in dem er mit allen dem Fortschritt huldigenden italienischen Fürsten stehe. Es heißt die Consulta wolle für die Militärverwaltung die in Sardinien geltenden Bestimmungen zur Einführung vorschlagen. (Augsb. Abdz.)

Nach Berichten aus Neapel, 21. Dec. im „Journal des Débats ist das gegen sämmtliche Studirende 8—10,000 an der Zahl ergangene Ausweisungsdekret auf Andringen der Bürger, welche von den Studenten leben, dahin abgeändert worden, daß sie in Neapel bleiben dürfen, wenn ein Einwohner der Stadt sich für sie verbürgt. — Flugschriften werden in Masse unter dem Volke verbreitet, selbst in die Kasernen beginnen sie einzudringen.

Aus Sardinien. Die „Gazzetta Piemontese“ vom 1. und 2. Jan. enthält verschiedene Decrete zu Organisirung des Unterrichtswesens, contrasignirt von C. Alfieri, dem Unterrichtsminister. Die vier zu Mitgliedern des Oberstudienraths ernannten Männer sind sämmtlich Laien. Zum Curator (Sovrintendente) der Universität Genua ist der Marchese Tommaso Spinola (gelehrter Naturforscher) ernannt.

Sardinien. Der Marchese d'Azeglio hat dem König eine Bittschrift um Emancipation der Juden überreicht. Unter den Unterzeichnern derselben sind vier Bischöfe. (?)

Mailand, 3. Jan. Das schon seit längerer Zeit circulirende Gerücht, daß unter hiesigen Einwohnern die Verabredung getroffen sey, keine Regie-Cigarren (Monopol der Regierung) mehr zu rauchen, um der Regierung dadurch Schaden zuzufügen, schien sich am Morgen des Neujahrstages zu bestätigen, denn man sah nur äußerst selten einen Raucher auf der Straße. Mittags, als die Straßen belebter wurden und mehr Raucher sich zeigten, wurden diese von Pöbelhaufen mit Pfeifen und Geschrei empfangen; bald war ihnen dies nicht mehr genug und man fing an den Leuten die Cigarren aus dem Munde zu reißen, was natürlich zu Schlägereien führte, über die man Anfangs lachte. Gegen Abend nahm die Sache ein Ende, um den andern Tag noch derber zu beginnen. Da die Polizei nicht kräftig genug einschritt, ging der Uebermuth des Pöbels so weit, die königl. Prinzen, Officiere und Soldaten, rauchend oder nicht, zu insultiren. Erst jetzt durchstreiften Patrouillen der Gendarmes zu Pferde und Dragoner die Straßen und wurden genöthigt, flach einzuhauen, um die Menge zu zerstreuen. Am 3. Jan. Abends 4 Uhr zeigten sich wieder auf dem Corso Haufen, die den Scandal von Neuem anfingen. Sogleich wurden die Läden geschlossen. Militär rückte von allen Seiten heran und mußte, da es vom Pöbel mit Steinwürfen empfangen wurde, von seinen Waffen Gebrauch machen. Es fielen viele Verwundungen vor, denn das Militär, seit drei Tagen gereizt, schien sich bei dieser Gelegenheit rächen zu wollen und wir haben leider den Tod und die Verwundung mehrerer Unschuldigen zu beklagen. Ein alter Mann von circa 60 Jahren zeigte mir seine Wunde in der Hüfte, die er durch einen Degen empfangen; ein Herr von 72 Jahren, der unmittelbar neben mir mit Frau und Dienerschaft logirt, ist auch unter den Verunglückten; er wollte seiner Gewohnheit gemäß ins Café gehen, wurde aber durch einen Bajonnetstich von hinten verwundet und ihm mit einem Säbel der Kopf gespalten. Um 9 Uhr Abends war alles wieder ruhig. Was in andern Theilen der Stadt sich zutrug, weiß ich nicht. Hoffentlich ist die Ruhe morgen wieder hergestellt. — Nachschrift: 8 Personen sind getödtet und viele verwundet. (Augsb. Abdz.)

Mailand, 6. Jan. Die Unruhen vom 2. haben sich am 3. Jan. erneuert. Der Pöbel hatte dem Schreien und Pfeifen dießmal Steinwürfe zugesellt. Die Soldaten, welche rauchten, und denen deßhalb die Angriffe galten, machten von den Waffen Gebrauch. Appellationsgerichtsrath Manganini unwillkürlich in einen Haufen hineingezogen, fand den Tod. 19 Verwundete wurden ins große, 4 ins andere Spital gebracht. Die Unruhestifter wurden auseinander getrieben, die frechsten verhaftet. In der Nacht vom 3. zum 4. war die öffentliche und Privatsicherheit wiederhergestellt. Die Unzufriedenen haben nächst dem Rauchen auch dem Lotto, um die Einnahme der Regierung zu schmälern den Krieg erklärt. (A. Z.)

Die „Mailänder Zeitung“ vom 3. Januar enthält eine auf obige Scenen bezügliche Bekanntmachung der Generalpolizeidirection, worin im Wiederholungsfalle mit strenger Einschreitung gedroht, auch vor Anzeichen aufregender Worte an Mauern und Häuser, endlich vor nächtlichem Singen und Schreien unter Androhung von Verhaftung ꝛc. allen Ernstes gewarnt wird, unter Hinweisung auf die Allocation des Papstes vom 4. October v. Js., die sich über den vielfachen Mißbrauch beklagt, den man mit dem Namen und der Würde Sr. Heil. sich erlaube.

Die „Gazzetta di Milano“ veröffentlicht vom 5. Jan. einen Aufruf des Vicekönigs Rainer an die Bewohner der Hauptstadt, worin die Unruhen vom 2. und 3. gerügt und tief beklagt und alle zum Vertrauen auf den besten Willen der Regierung für Beförderung des öffentlichen Wohles aufgefordert werden.

Venedig, 1. Jan. Auf Veranlassung des Schriftstellers und Gelehrten Nicolo Tommaseo ist ein Bittgesuch für mildere Handhabung der bestehenden Censurgesetze, mit über 600 Unterschriften der Regierung eingereicht worden, desgleichen vom Anwalt Manin ein ähnliches Bittgesuch an Congregationi municipali e centrali mit unzähligen Unterschriften. (A. Z.)

Belgien.

Belgische Blätter melden, daß am 1. Januar ein ermäßigtes Porto-System in ganz Belgien in Kraft getreten ist. Ein gleichförmiges Porto von 10 Centimen für Briefe, ist für das ganze Königreich von einem Postbureau zum andern eingeführt. Recommandirte Briefe zahlen 10 Centimen weiter und müssen frankirt seyn. Es werden Franko-Stempelzettel um 10 und 20 Centimen, gültig im ganzen Königreich, verkauft. Die Taxe für Geldsendungen beträgt 10 Centimen bei Summen bis zu 5 Fr. einschließlich, 20 Centimen bis zu 10, 30 bis zu 15 Fr. einschließlich und so je 10 Centimen

mehr für weitere 5 Fr.. Zeitungen, andere periodische Schriften, Musikalien, Bücher, Prospekte rc. zahlen 1 Centime für das Blatt ohne Rücksicht auf dessen Größe; Zeitungen, die unfrankirt aus dem Ausland kommen, zahlen 5 Centimen für das Blatt ohne Rücksicht auf Größe oder Entfernung.

Frankreich.

Paris, 5. Jan. In der vorgestrigen Sitzung der Abgeordnetenkammer legte der Finanzminister das Budget für das Jahr 1849 vor. Darnach belaufen sich die gewöhnlichen Ausgaben auf 1,382,468,322 Fr., außerordentliche Ausgaben auf 135,528,000 Fr., zusammen 1,517,996,322 Fr.; dagegen sind die Einnahmen auf 1,383,469,360 Fr. veranschlagt, was also, die außerordentlichen Ausgaben, wie oben, dazu gerechnet, wieder einen Ausfall von mehr als 110 Millionen ergibt. Ferner übergab er den Gesetzesentwurf über die Salzsteuer und die Postreform. Der erstere schlägt ein System vor, ähnlich dem fast überall in Deutschland üblichen. Der Staat behält wie bisher für den Verkauf des Salzes im Großen zu einem bestimmten Preis das Privilegium, würde dagegen den Kleinverkauf gleichfalls zu bestimmtem Preis entweder freigeben oder Commissionären übertragen. Der Staat würde jedes Jahr nach dem Monat October gemäß den öffentlichen Bedürfnissen das Salz aufkaufen, den Preis bestimmen und den Kleinverkauf einleiten. Man könnte das Salz im Großen zu 27 Cent., im Kleinen zu 30 Cent. (das Kilogramm, wonach ein Pfund Salz auf 4½ kr. käme) verkaufen, und würde dadurch eine jährliche Mindereinnahme von 15 Mill. Fr. erhalten. — Das Gesetz über die Postreform behält die Eintheilung nach Entfernungskreisen bei, und würde vom 1. Januar 1850 an folgende Portosätze für einfache Briefe einführen: für eine Entfernung bis 40 Kilometer (etwa 10 Stunden) 2 Dezimen (6 kr.), bis etwa 20 Stunden 9 kr., bis etwa 37½ St. 12 kr., darüber 15 kr. Der Portosatz für Zeitungen innerhalb des ganzen Königreichs ist 4 Cent., und für Sendungen innerhalb des eigenen Departements die Hälfte. — Die Kammer wählte in ihren Abtheilungen in die Adressecommission die HH. v. Bussieres, Muret de Bort, Plougoulm, Vitet, Cousture, Saglio, d'Angeville, d'Haussonville, d'Hauberfarrt; sämmtliche Gewählte sind entschieden ministeriell. Die Besprechungen in den Abtheilungen waren blos in der ersten von Interesse. Auf mehrere Anfragen der Herren Desmousseaux de Givré, Durand und Leon Faucher in Betreff der Schweiz, Italiens und Abd-el-Kaders gab Hr. Guizot folgende Erklärungen ab: Vom Einmarsch der Oesterreicher in Parma habe er noch nichts gehört; in Modena seyen sie auf Verlangen des Herzogs zur Herstellung der Ordnung einmarschirt, aber, wie man versichere, im Begriff, wieder abzuziehen. Die Schweiz betreffend, werde er die seit 1833 befolgte Politik fortsetzen und sich auf keine Weise der Revision des Bundesvertrags widersetzen, welche ein Recht der Schweiz sey; es scheine ihm aber, daß die Radicalen den Bundesvertrag zerstören wollen. Hierauf motivirte er die Waffenabgabe an den Sonderbund mit der Ueberzeugung der Regierung von der Rechtmäßigkeit des Sonderbundes; aber er sey auch im Begriff gewesen, solche dem Kanton Waadt abzugeben. Die Stelle von den „feindlichen Leidenschaften" in der Thronrede, erklärte Hr. Guizot, beziehe sich auf kein Mitglied der Abtheilung oder der Kammer, sie betreffe die Feinde der Verfassung. Die Bezeichnung „blind" sey parlamentarisch, das Cabinet habe gehört, daß die Opposition wider ihren Willen den äußersten Parteien Vorschub geleistet habe; wenn ein ministerielles Journal die Worte „feindliche Leidenschaften" auf die ganze Opposition bezogen habe, so habe es nicht die Meinung der Regierung ausgedrückt. Hr. Leon Faucher fragte an, ob die Bedingungen der Uebergabe Abd-el-Kaders, daß er die Freiheit habe, nach Alexandrien oder St. Jean d'Acre zu gehen, die Genehmigung der Regierung erhalten. Hr. Guizot erwiderte: „Die Regierung hat noch keinen Entschluß gefaßt."

Die Vorlesungen des Professors Michelet sind auf Regierungsbefehl eingestellt worden. (Mickiewicz und Quinet's Vorlesungen sind bekanntlich schon untersagt.)

Abd-el-Kader soll 1808 in einem Duar seines Vaters Sidi-Mahi-Eddin, bei Mascara geboren seyn. Seine Mutter, Zora, wäre eine literarisch gebildete Frau gewesen. 1832 predigte Mahi-Eddin den heiligen Krieg. Abd-el-Kader war damals 25 Jahre alt. — Unter den Blättern, welche der Regierung rathen, dem gefangenen Emir den Vertrag nicht zu halten, befindet sich auch das fromme katholische Univers, welchem Verträge mit den Jesuiten sehr heilig sind. Der Emir hat von Toulon aus an Ludwig Philipp geschrieben.

Großbritannien.

London, 3. Jan. Der Bischof von Oxford hat erklärt, daß er sich zu der Zurücknahme seiner gegen Dr. Hampden eingeleiteten Ketzerklage entschlossen habe, weil derselbe über seine Vorlesungen über scholastische Philosophie auf die jene Klage sich gestützt, reinigende Erläuterungen abgegeben hatte. — Der Baarvorrath der Bank von England ist in fortwährender Zunahme. In der mit dem 24. Dec. zu Ende gegangenen Woche betrug die Zunahme wieder 245,150 Pfd. Der Notenumlauf vermehrte sich um 15,054.

Die „Times" sagt: „Aus der Antwort, welche der Geheimerathspräsident Lord Lansdowne neulich im Oberhaus auf die an ihn gerichtete Frage über die Sendung des Lord Siegelbewahrers nach Italien ertheilte, läßt sich wohl schließen, daß eine der ersten Regierungsmaßregeln nach den Parlamentsferien die Einführung einer Bill ins Parlament seyn wird zur Beseitigung der gesetzlichen Zweifel die über unsere diplomatischen Verhältnisse zum päpstlichen Stuhl obwalten."

Die Nachrichten aus Ostindien gehen bis zum 1. Dec. In Folge der englischen Bankerutte haben in Calcutta vier Häuser, Cockerell und Comp., Lyall, Matheson und Comp., Church, Lake und Comp. und Shearmann, Mullens und Comp., in Bombay Livingston und Comp., meist Commanditen gefallener englischer Häuser, die Zahlungen eingestellt; man hofft aber, daß sich hierauf die Nachwirkung der englischen Bankerutte beschränken werde. Aus China lauten die Nachrichten friedlich. — Zum Vicegouverneur der Insel Labuan, unter Brooke, ist William Napier, vorher Beamter auf Singapur, also mit den hinterindischen Verhältnissen wohl bekannt, ernannt worden. — Sir J. Davies, der Gouverneur von Hong-Kong war auf seiner Expedition nach Cochinchina von Gützlaff als Dollmetscher begleitet.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Paris. 5. Jan. 3pCt. 75 Fr. 10 C.; 5pCt. 117 Fr. 20 C.

London. 4. Jan. Consols 85¼.

Münchener Schrannen-Anzeige vom 8. Januar 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	2941	2176	765	22	42	—	53	—	—
Korn	1274	1270	4	14	44	—	23	—	—
Gerste	7130	6173	957	12	39	—	—	—	5
Haber	1623	1587	36	5	58	—	4	—	—

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Montag den 10. Januar: (Mit aufgehobenem Abonnement) „Anglicaner und Puritaner", Oper v. Meyerbeer.

Dienstag den 11. Januar: Zum ersten Male: „Fluch und Segen", Drama von Houwald. Hierauf zum ersten Male: „Baron Martin", Posse von J. Wandt. In den Zwischenakten Production des Hr. Christ. Mayer.

Fremdenanzeige.

Hôtel Maulick. HH. v. Rißbeck, Privatier v. Dresden; Suskein, Kaufmann v. Paris; Laube, Kaufmann v. Freiburg.

Gold. Kreuz. HH. Arnold, Privatier v. Baireuth; Egger, Apotheker v. Bregenz.

Blaue Traube. HH. Buck, Gastgeber v. Aichach; Franz, Privatier v. Egg.

Stachusgarten. HH. Simon, Hopfenhändler aus Böhmen; Kunz, Landgerichtsfunctionär v. Kempten.

Gestorbene in München.

Jakob Brückelmaier, chemaliger Bräuer v. Rainburg, 88 J. alt; Anton Eßinger, Maurer von hier, 47 J. alt; Joseph Engelmaier, Schneiderslehrling von der Au, 17 J. alt.

Bekanntmachung.

2234. Der Rücklaß der Verwalterstochter Anna Bramm wird

Donnerstag den 13. Januar 1848 Vormittags von 9 — 12 und Nachmittags von 3 bis 5 Uhr

in der Herzogspitalgasse Nr. 19 3 gerichtlich versteigert.

Derselbe besteht in Kleidern, Betten, Leibwäsche, mehreren Resten Leinwand, silbernen Hals- und Schnürketten, Zuckerzange und andern verschiedenen Effekten von Silber.

Sign. den 8. Januar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

coll. Nagelschmid.

2230. (2b) **2 chambres noblement garnies, à louer. S'adresser: Magasin d'Antiquités, Salvatorstrasse Nro. 18.**

Nur Theatiner-Schwabingerstraße im Laden dicht neben dem Gasthofe zum goldenen Hirsch bei J. Sachs aus Berlin.

Oekonomische Erfindung einer neuen Berliner-Meubel-Schnell-Glanz-Politur,

die von mehreren Gewerbs-Vereinen Deutschlands die beste Anerkennung gefunden hat.

Mit wenigen Tropfen derselben kann jeder Domestik des Hauses mit leichter Mühe den Meubeln, die Jahre lang bestaubt und glanzlos geworden sind, den herrlichsten Spiegelglanz wieder geben. Ich gebe Flaschen nebst Gebrauchsanweisung für 28 und 36 kr.

Die Niederlage dieser Politur befindet sich während der Dult Theatiner-Schwabingerstraße Nr. 17 dicht neben dem Gasthof zum goldenen Hirsch bei

2232. (2a) **J. Sachs aus Berlin.**

2233. (2a)

In der Theatiner-Schwabingerstraße dicht neben dem Gasthof zum goldenen Hirsch unten im Laden Nr. 17 findet während der Dult ein beispiellos **billiger Ausverkauf** statt.

Schlafröcke und Hausröcke in den besten Stoffen und schönsten Mustern per Stück 2 fl. 36 kr. bis 7½ fl., Winterpaletots größte Auswahl per Stück 5½ fl. bis 20 fl., Tuch und Bucksking zu Beinkleidern per Hose 3½ fl. bis 6½ fl., Westenstoffe neueste Muster in Wolle, Seide und Sammet von 24 kr. bis 2½ fl.

Regenschirme in schwerer Seide mit eleganten Stöcken per Stück 4 fl., 5 fl. bis 5½ fl.

Regenschirme in feinstem Tuch per Stück 1 fl. 12 kr. bis 2 fl.

Reisesäcke mit starkem Bügel per Stück 1 fl. 45 kr. bis 2½ fl., Unterhosen (gestrickt) per Stück 48 kr. bis 1 fl. 15 kr.; Unterjacken per Stück 1 fl.

Sommerröcke und Paletots per Stück 2½ fl. bis 5½ fl., Sommerhosenzeuge die Hose 54 kr. bis 3½ fl.

Alle möglichen Herrenschlipse und viereckige Binden in überraschender Auswahl, so wie Cravatten in Atlas und Lastings, Gummihosenträger, Cigarren-Etui, Porte-Monnaie, Handschuhe und noch viele andere Artikel werden um jeden Preis ausverkauft.

2231. (3b) Da ich diese Dult wieder bezogen habe mit einer bedeutenden Auswahl meiner schon bekannten Corsets, Schnür- und Zugmieder aller Art nach neuester Façon mit und ohne Armband und elastischem Band, nebst neuen Ball-Corsets und deren einschlägigen Artikel, empfehle ich mich einer geneigten Abnahme.

Die Auslage ist in der dritten Reihe, obere Abtheilung, Nr. 234½.

Ant. Kohlhund
aus Augsburg.

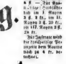
Für die arme erblindete Zimmermanns-Wittwe Maria Ecker.

Den 9. Januar von St. . . . . 1 fl.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Digitized by Google

Nr. 9.



Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 1?; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag XLIX. Jahrgang. **11. Januar 1848.**

Deutschland.

Bayern.

„München, 8. Jan. Der Verein zur Verbreitung nützlicher Kenntnisse unter der Leitung Sr. königl. Hoh. des Kronprinzen von Bayern hat nun auch den zweiten Theil von Professor Runges, „populären Grundriß der Chemie" erscheinen lassen. Der Band ist womöglich noch reicher ausgestattet als der erste und durch das jeder Beschreibung eines Metallpräparats beigegebene Metallpräparat selbst besonders instructiv geworden. Schon der erste Theil hat bei seinem Erscheinen allgemeinen Anklang gefunden und es ist bereits nothwendig geworden eine neue Ausgabe zu besorgen, welcher wahrscheinlich noch eine kleine Einleitung über chemische Operationen und Geräthschaften beigegeben werden wird. Die Wirksamkeit dieses humanen Vereins läßt sich am besten aus der Zahl von Exemplaren ersehen, die er bereits dem Publicum übergeben hat. Vom ersten Theil der populären Einleitung in die Chemie wurden vertheilt Exemplare an 7263 Schulen zu einem Werth von 12,105 fl. — kr., an 1844 Mitglieder 3,073 fl. 20 kr. Summe 15,178 fl. 20 kr. Vom zweiten Theil werden soeben versendet Exemplare: an 7263 Schulen zu einem Werth von 12,710 fl. 15 kr., an 1353 Mitglieder 2,267 fl. 45 kr. Summe 15,078 fl. — kr., welches eine Gesammtsumme von 30,256 fl. 20 kr. gibt, wobei der Ladenpreis des ersten Theils bloß 1 fl. 40 kr., des zweiten Theils 1 fl. 45 kr. ist. — Frhr. v. Hormayr befindet sich seit gestern wieder auf dem Wege vollkommener Wiederherstellung. (A. Z.)

„München. (Schluß des Auszugs aus dem neuesten Regierungsblatt:) Pfarreien- und Beneficien-Verleihungen, Präsentations-Bestätigungen. Das Curat-Beneficium zu Heideck wurde dem Priester Peter Ulrich, zur Zeit Commorant in Moosbach, und das Curat-Beneficium zu Bühel, dem Priester Johann Baptist Waldmann seitherigem Curaticvikar zu Aach, übertragen; der von dem Pfarrer zu Inzell, Gregor Winhart und dem Pfarrer zu Mitterngars, Anton von Lürzer nachgesuchte Pfründetausch wurde genehmigt, und sofort dem ersteren die Pfarrei Mitterngars und dem letztern die Pfarrei Inzell übertragen. Die Pfarrei Sauerlach, von dem Hochwürdigsten Herrn Erzbischofe von München-Freising dem Peter Wenninger, Schloßbeneficiaten zu Münchsdorf, und die Pfarrei Fridorfing, vom demselben Hochwürdigsten Herrn Erzbischofe dem Franz Seraph Gruber, Pfarrer zu Haimhausen verliehen, wurde bestätigt, ebenso die Pfarrcuratie Buttenwiesen, von dem Hochwürdigen Herrn Bischofe zu Augsburg dem Cyprian Mayr, Kapitelcaplan zu Bertholdshofen, und die Pfarrei Memmelsdorf, von dem Hochwürdigsten Herrn Erzbischofe zu Bamberg dem seitherigen Pfarrer zu Wiesenthau, Priester Peter Herold verliehen, und schlüßlich die Pfarrei Hammelburg, von dem Hochwürdigen Herrn Bischofe zu Würzburg, dem Pfarrer zu Unterhohenried, Landgerichts Haßfurt, Priester Michael Bäuerlein, verliehen. Die erledigte protestantische Pfarrei Schalkhausen wurde dem bisherigen Pfarrer zu Neusitz, Decanats Rothenburg, Johann Karl Albrecht Kellein, und die erledigte III. protestantische Pfarrstelle in Dürkheim, dem bisherigen Pfarrer zu Sembach, Decanats Winnweiler, Valentin Fleischmann verliehen, und die bisherige protestantische Pfarradjunctur in Speyer aufzuheben, und dem II. geistlichen Consistorialrathe Friedrich Börsch daselbst die Function eines Hauptpredigers an der dortigen protestantischen Stadtpfarrkirche, in widerruflicher Eigenschaft übertragen, der von dem erblichen Reichsrathe, Herrn Grafen Franz Eberhard zu Erbach-Erbach und von Wartenberg, als Kirchenpatron, für den bisherigen protestantischen Pfarrer Karl Heinrich Caspari, in Sommerhausen, ausgestellten Präsentation auf die protestantische Pfarrei Eschau, desselben Decanats, die landesfürstliche Bestätigung ertheilt. — Gewerbs-Privilegien-Verleihungen. Dem Sattler- und Riemermeister Valentin Engerisser, in der Vorstadt Au, auf Anwendung des von ihm erfundenen Verfahrens zur Verhinderung des Entstehens der Motten und deren Verbreitung in alten und neuen Wägen und Chaisen aller Art, für den Zeitraum von drei Jahren, und dem Mechaniker Georg Alphons Risler zu Cernay in Frankreich, auf Einführung der von ihm erfundenen, in Frankreich unterm 27. August 1847 auf 15 Jahre patentirten Maschine, „Parfait Epurateur" genannt, mittelst welcher Baumwolle und andere faserige Stoffe geöffnet, zertheilt, gereinigt und gehörig vorbereitet werden können, ehe sie auf die, auf die Carden gewöhnlich folgenden Maschinen zum Verstrecken, Verdoppeln und Drehen übergehen, und wobei die Carden selbst nach Willkür beibehalten oder weggelassen werden können, für den Zeitraum von 14 1/2 Jahren.

Württemberg.

Mittelst Rundschreibens vom 10. Nov. v. J. ladet der Rechtsconsulent Tafel zu Stuttgart sämmtliche Rechtsconsulenten des Landes ein, einer Petition an die Ständeversammlung beizutreten, worin diese ersucht werden soll, bei der königl. Staatsregierung die Einbringung eines Gesetzes-Entwurfs über die Gränzen der Administrativjustiz und das Verfahren bei den Administrativ-Justizbehörden zu beantragen. Zugleich werden die Rechtsconsulenten aufgefordert, diejenigen Beiträge, welche sich zu einer über die Verhältnisse der württembergischen Rechtsanwälte an die Stände einzureichenden Beschwerde etwa zu geben beabsichtigen, alsbald einzusenden, damit dieselben bei der abzufassenden Darstellung benützt werden können. (Ulm. Bl.)

Baden.

Ein Theil der deutschen Presse, welcher bald in Unterschätzung bald in Ueberschätzung deutschen Handels und deutscher Industrie lauter Schreckgestalten vom Auslande her bemerkt, hatte der deutschen Lesewelt zu einer Zeit, wo Fallimente aus allen Ländern der Welt gemeldet wurden, die Fabel aufgetischt, das Haus Rothschild habe beim nahen Eintritt ins Parlament dem edlen John Bull den Sturz der süddeutschen Industrie durch das Fallenlassen des Hauses Haber gleichsam als Angebinde bringen wollen. Rothschild macht nun in Frankfurter Blättern bekannt, daß das Haber'sche Haus weder eine laufende Rechnung bei ihm hatte, noch jemals sich einen Credit bei ihm eröffnet hatte, so daß er also unmöglich demselben habe einen solchen aufkünden können. Ein wie es scheint trefflich unterrichteter Berichterstatter der Allgemeinen Zeitung schreibt dieser unter Anerkennung der rührigen und edelgehaltenen Thätigkeit des v. Haberschen Hauses: „Die mehrgenannten drei badischen Fabrikanlagen würden sich eine bessere Zukunft bereitet haben, wenn sie hätten fern bleiben können von den Geldoperationen der Bankhäuser, deren nominelle Grundlage sie bildeten und für die sie schwere Kosten zu tragen hatten, bis zuletzt das ängstliche Rennen im Kreise herum nicht mehr anging und mit einem Schlag ein plötzlicher Stillstand für die im Vordergrund eine traurige Bedrohniß für eine zehnfache Zahl hinter ihnen sich ergab." (Sapienti sat!) Derselbe Berichterstatter meldet den Fall des Hauses Kusel in Karlsruhe, einer alten unbefleckten Firma, nachdem wenige Tage der Bankerutt von Cohen in Paris vorausgegangen. Nur vom umfassendsten Einschreiten zur Hilfe sey Erfolg zu hoffen.

Kurhessen.

Der Generalmajor v. Specht, Commandant der ersten Infanteriebrigade ist von der Stelle eines zweiten Commandanten der Residenz entbunden.

Gunehild von Schweden.

(Geschichtliche Novelle von M. v. St.)

(Fortsetzung.)

Wiederum, wie vor zehn Jahren, zitterten die Scheidegrüße der Abendsonne an den hohen Fenstern des runden Erkers der Königsburg zu Upsala, und belächten mit ihrem flimmernden Gold das weiche Dunenbett, auf welchem, in süßlässiger Wollust hingegossen, Gunehild den Bericht des liebeglühenden Erich, durch den Skandinaviens Krone ihrem Haupte geschmückt werden sollte, in stolzer Freude entgegengenommen hatte. Wie damals trat sie auch heute in das wonneduftige, verführerische Frauengemach, aber obgleich heute die kostbarsten Gewande die noch üppige und begehrliche Gestalt umflossen, ein durchsichtiger Schleier die Haarflechten umzog, und die Hand der Zeit, als dürfe sie diese Züge einer an Beherrschung gewohnten Schönheit nicht berühren, nur leise, kaum merklich ihren Vorüberflug bezeichnet hatte — so flog doch Erich, der auch jetzt ihrer harrte, nicht wie damals in stürmischer Eile ihr entgegen, sondern blieb nachlässig in einer Fensterbrüstung lehnen. Wohl flogen auch die Blicke des königlichen Auges spähend ihm entgegen, aber nicht in der früheren Gluth verlangender Liebe, sondern im verzehrenden Blitzstral tieflodernden Hasses. Schweigend bettete sie sich in den quellenden Polstern des Ruhebettes, und erst nach mühsam erkämpfter Sammlung begann sie mit erborgtem Tone: „Ich habe Euch rufen lassen, Erich; denn ohne das Gebot Eurer Königin scheint Ihr den Weg in diese Gemächer, wo einst eine glückliche Liebe lohnte, nicht mehr finden zu können. Doch glaubt nicht," fuhr sie fort, als Erich, wie um sich zu vertheidigen, einen Schritt näher trat, „glaubt nicht, daß das Weib, daß Gunehild Euch rufen ließ, um Euch Vorwürfe zu machen, über den Undank und die Untreue, die Euch in den Fesseln eines Kindes niederhalten. Nein, die Königin ist es, die zu Euch zu sprechen begehrt, die Rechenschaft verlangt von dem Manne, der sie verrätherisch betrogen, da er sich einer That rühmte, die er niemals vollbracht hat. Durch welche Hand fielen einst diejenigen, welche mein Mund nicht nennen mag? Woher kommt es, daß das Gerücht, sie lebten, unter dem Volke wuchert, das mich nicht lieben kann, so daß die Krone auf meinem Haupte schüttert und selbst meinem Sohne entrissen zu werden droht!"

Ohne durch diese stürmische Anrede aus seiner Fassung gehoben zu werden, erwiderte Erich, indem er das Auge über die weite lichte Gegend hinschweifen ließ: „Deren Namen sich nicht über Deine Lippen getrauen, sie sind Schreckbilder Deiner gespenstischen Einbildung. In Deinen Aengsten haben sie eine Gestalt gewonnen und in den trügerischen Wünschen eines Landes, das freilich wohl in anderem Zustande seyn würde, wenn jener Schmuck," er deutete auf einen wundersam verzierten Schrank, der die königlichen Machtzeichen barg, „das Silbergelock eines Greises und nicht die goldenen Flechten eines eitlen herrschsüchtigen Wei-

Digitized by Google

Hanau, 6. Jan. Die Feier des Constitutionsfestes (5. Jan.) durch Umzug der Bürgergarde war dießmal verboten. Dagegen waren gestern Abend alle Fenster von der vornehmsten bis zur ärmsten Hütte hinab erleuchtet und bekränzt. Auch Festmahle gab es. Der Oberbürgermeister nahm an der Feier regen Antheil. Die Luft hallte wieder vom Ruf: „Es lebe die Constitution.“ (Fr. J.)

Vom Main, 5. Jan. Die Veränderungsvorschläge, welche der Kurfürst von Hessen seinen Ständen in Betreff der Verfassung vorzulegen gedenkt, sollen im wesentlichen dahin gehen das Zwei-Kammersystem an die Stelle der bestehenden einzigen Kammer zu setzen. Während auf diese Weise eine moderne Einrichtung an die Stelle des alten Rechtes treten würde, sollen im übrigen die Stände auf den älteren Modus zurückgeführt werden, wonach ihnen die Steuerbewilligung bliebe, jedoch ohne Berechtigung nach der Verwendung derselben zu fragen. Auch die Verantwortlichkeit der Minister soll wegfallen. Was die letztere betrifft, so war das Richteramt bekanntlich dem von der Regierung besetzten Oberappellationsgericht übertragen, und bis dahin ist noch jede Anklage der Minister mit einer Freisprechung derselben ausgegangen. Der Preis der verlangten Zugeständnisse würde die Anerkennung der modificirten Verfassung abseiten der Agnaten seyn. Es ist indessen zu erwarten, daß die Stände an ihrem Recht festhalten werden. Wie man vernimmt, hat der Kurfürst über die Rechtsbeständigkeit des von seinem Vater bei dem Stadtgericht zu Frankfurt hinterlegten Testaments ein Gutachten von dem preußischen Justizminister Uhden eingeholt. Was die Versorgung der Gräfin Bergen betrifft, so kann versichert werden, daß auf die für sie in Böhmen erstandenen Liegenschaften erst ein Viertheil des Kaufpreises einbezahlt ist. Die Sachlage bietet überhaupt zu processualischen Wirren Veranlassung, die, sollen sie aus dem Gesichtspunkte des formellen Rechts gelöst werden, eine weitläufige Ausdehnung erhalten können. (Karlsr. Z.)

Preußen.

Berlin, 2. Jan. Auch Berlin ist bei dem Frankfurter Fallissement mit nicht unbedeutenden Summen betheiligt, ungleich mehr aber Hamburg. (Schw. Mkr.)

Der Staatsanwalt hat seine gegen das Urtheil erster Instanz eingelegte Appellation nur gegen diejenigen Polen, welche ihrerseits appellirt haben, aufrecht erhalten, außerdem aber auch gegen eilf von der Anklage Entbundene appellirt. (Ztgsh.)

Schleswig-Holstein.

Kiel, 1. Jan. Beim durch die hiesigen Studenten gewöhnlich mit einem Fackelzug gefeierten Jahreswechsel ist sehr viel Militär und Polizei aufgeboten worden; doch ist alles ohne Störung und Verhaftung abgegangen.

Altona, 9. Jan. Der holsteinische Justizrath Raben ist auf sein Ansuchen seines Amtes als Obersachwalter im Herzogthum Holstein in Gnaden entlassen. (Alt. M.)

Freie Städte.

Frankfurt, 4. Jan. In der soeben abgehaltenen großen Rathsversammlung wurde in pleno des Senats beschlossen, die hiesige Turngemeinde, da sie sich von politischen Tendenzen nicht fern gehalten habe, aufzulösen. Das Turnen soll von nun an hiesigen Orts nur in den Schulen gestattet seyn, und jede Versammlung der Turngemeinde als verbotene Gesellschaft betrachtet werden. Das hiesige Polizeiamt ist mit Vollzug dieses Beschlusses beauftragt. (Hess. Z.)

Frankfurt, 5. Jan. Von neuesten Erzeugnissen hiesiger Schriftsteller liegt der erste Band der Germania, Archiv zur Kenntniß des deutschen Elements in allen Ländern der Erde von Dr. Stricker mir vor, worin auf eine für unsere glücklicherweise wieder patriotische Zeit zweckmäßige Art in Originalaufsätzen und Entlehnungen zusammengestellt wird, was auf alle wichtigen Verhältnisse der Deutschen unter andern Völkern und Volksstämmen Bezug hat. (A. Z.)

Oesterreich.

Wien, 3. Jan. Der kirchliche Frieden hier dauert ungestört fort, und auch jene früheren Anstände wegen der gemischten Ehen sind bei dem gesunden Sinne der Bevölkerung und der milden kirchlichen Praxis völlig verschwunden. In einer katholischen Kirche priesterlich eingesegnet zu werden, dazu wird kein Ehepaar gemischter Religion angehalten, nur verordnet ein neueres Gesetz, daß in diesem Falle eine geistliche Ceremonie auch von Seite des protestantischen Pfarrers nicht stattzufinden hat. — Um die Wohlthat des Wiener Pfandleihhauses (wo man zu 5 und 6 pCt. Darlehen bekommt) für das Publikum noch ersprießlicher zu machen, hat die Regierung die Fonds desselben durch Ausgabe von Partial-Obligationen an Privaten zu vermehren beschlossen, welche 4 pCt. Zinsen tragen und nicht unter 25 fl. Nominalwerth haben sollen. (Schw. Mkr.)

Wien, 6. Jan. Ihre Maj. die Kaiserin-Mutter hat dem Magistratsvorstand dreitausend Gulden Conventionsmünze mit der Bestimmung allergnädigst zuzuwenden geruht, diesen Betrag unter die Armen Wiens vertheilen zu lassen. (Oest. Beob.)

Schweiz.

Am 8. Jan. wird die Tagsatzung ihre Berathungen wieder aufnehmen, zunächst über die Frage betreffs der Fortdauer der eidgenössischen Besatzung der Siebnerkantone. — Am 6. Jan. ist Oberst Ziegler still nach Zürich heimgekehrt, mit den Waffen Ulrich Zwingli's, Helm, Schwert, Streitart, die er in der Schlacht bei Kappel getragen und die als Siegesbeute bisher im Luzerner Zeughaus geruht. — In Basel hat es wegen körperlicher Abstrafung zweier nichtswürdigen Subjecte am 6. eine Soldaten-Meuterei gegeben. — Genf beantragt für Dufour ein Nationalgeschenk in Ankauf eines Grundstücks zur Vergrößerung und Verschönerung seines Landsitzes.

In Bern ist ein Arzt wegen Desertion zu zweimonatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt worden. In Solothurn wurde Lieutenant Lack, welcher zum Feind überging, dem Criminalgericht überantwortet.

Zürich, 5. Jan. Der große Rath von Freiburg hat sich am 3. d. wieder versammelt, hauptsächlich um die finanzielle Frage zu lösen. Die Regierung schlägt nämlich dem großen Rath ein Dekret vor, dessen wesentliche Bestimmungen folgende sind: Die Haupturheber des Sonderbundes, an der Zahl 31, sollen dem Staat 1,200,000 Fr. als Entschädigung für die Kriegskosten ersetzen, dagegen soll dann weiter keine Verfolgung stattfinden, sondern alle politischen Vergehen vergessen seyn. Das Karthäuserkloster Part-Dieu am Moléson soll aufgehoben werden. Die noch bestehenden neun Klöster sollen die Summe von 440,000 Fr. erlegen, woran das einzige Kloster Altenryf 400,000 Fr. beizutragen hat. Dem Bischof wird eine Contribution von 20,000 Fr. aufgelegt. Alle Güter der gesammten Geistlichkeit, und des Bischofs insbesondere, sollen unter die Verwaltung des Staats und der Gemeinden gesetzt werden. Ohne Erlaubniß des Staatsraths kann kein fremder Geistlicher sich im Kanton aufhalten und wirken. An die Gemeinden soll eine Steuer von 100,000 Fr. ausgeschrieben werden. (Schw. Mkr.)

Am 5. Abends wurden in Luzern folgende Mitglieder der gestürzten Regierung verhaftet: Altschultheiß Rüttimann, General Sonnenberg, Emanuel Müller und Wendelin Kost, wahrscheinlich wegen der unterlassenen Deckung des Deficits der eidgenössischen Kriegscasse von 221,777 Frs.

Der Bischof von Sitten hat gegen den Beschluß der Volksversammlung vom 2. Dec. hinsichtlich der Besteuerung der Klöster protestirt. Nach einem Waadtländer Blatte sollen nun die Regierungen von Waadt, Genf und Freiburg Conferenzen halten, und über die Mittel berathschlagen, wie gegen den bischöflichen Einfluß einzuschreiten sey. — Das Kriegsgericht der vierten und fünften Armeedivision hat am 5. Januar seine erste Sitzung gehalten unter der Präsidentschaft des Dr. Casimir Pfyffer. Der erste Angeklagte war ein aargauischer Soldat, der wegen Ausreißens in der Nähe des Feindes zu einjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt wurde. Der zweite Angeklagte, ein Züricher Soldat, hatte sich als Schildwache von seinem Posten entfernt und wurde zu zweijähriger Zuchthausstrafe verurtheilt.

Italien.

Rom, 31. Dec. (Bestimmungen über die Organisation des Ministerraths.) Cap. I. stellt folgende 9 Ministerien auf: 1) Aeußeres, 2) Inneres, 3) öffentlicher Unterricht, 4) Gnaden und Justiz, 5) Finanzen, 6) Handel, schöne Künste, Industrie und Ackerbau, 7) Staatsbauten, 8) Krieg, 9) Polizei. Die Chefs dieser Ministerien bilden den Ministerrath. Es können mehrere dieser Ministerien unter einem Vorstand vereinigt werden, wenn dieß als zweckmäßig erscheint und der Gang der Staatsgeschäfte nicht dadurch gestört wird. Dem Ministerrath steht zur Seite ein Prälat-Secretär unter dem Titel Secretär des Ministerraths. Cap. II. handelt von dem Geschäftskreis (attribuzioni) der Mitglieder des Ministerraths. Der Präsident des Ministerraths Minister des Aeußern ist immer ein Cardinal und hat unter sich einen Prälaten unter dem Titel eines Stellvertreters (Sostituto). Eben so wenn ein anderes Ministerium einen Cardinal zum Vorstand hat, so hat dieser ebenfalls einen Prälaten unter demselben Titel „Stellvertreter“ unter sich. Ist ein Minister nicht Cardinal, so hat er unter sich den Beamten, den das Gesetz für dieses oder jenes Ministerium bestimmt. Die Geschäfte der Minister sind theils allgemeine, theils specielle, allen Ministern gemeinschaftlich oder nur dem einzelnen eigen. Allgemeine Geschäfte sind: Vorschlag von Gesetzen und Abfassung von Verordnungen, welche sich auf die einzelnen Ministerien selbst beziehen und die Vollziehung derselben überwachen; Ernennung, Beförderung und Absetzung von Beamten, wobei jeder Minister im Ministerrathe die in sein Ministerium einschlägigen Anträge stellt; Vorarbeiten zur alljährlichen Erhebung der Einnahmen und Ausgaben, damit der Finanzminister darauf weiter bauen kann; Ueberwachung der Verwaltung der verschiedenen Behörden, Verbesserung oder Widerrufung der Beschlüsse subalterner Be-

---

des umgeben hätte.“ Da zuckte aus den tiefblauen Augen der Königin ein Blitzstral, den Redner zu vernichten, allein dieser fuhr nur noch eisiger also fort: „So wenig der Mälar den Raub, den er einmal in seine unermeßne Tiefe verschlungen, wieder gibt, so wenig kehren die abgeschiedenen Geister aus der Wohnstätte zurück, die ihnen die Götter angewiesen. Dort aber weilen sie, deren Körper auf dem felsigen Boden des Sees eine Ruhestätte fanden. Wer sie ihnen dort bereitet oder welche Hand sie den ernsten Walkyrien zugeführt, kann Dir gleichgiltig seyn. Genug, daß es so ist! Daß aber die Krone dennoch nicht lange mehr Deine stolze Stirn schmücken wird, ist eben so gewiß und eben so sicher, als die Meisten im Volke wie die Edlen sie nicht auf dem Haupte des Sohnes einer solchen Mutter zu sehen wünschen! Warum, weißt Du besser als ich!“

„Ha!“ rief die Königin, und kräftiger als je richtete sich ihre hohe Gestalt empor. „Ruhen jene, wie Du sagst, für immer, so fürchte ich dieses Volk nicht! Zu fest hat diese Hand die Fesseln um seinen Nacken geschlungen! Sie wagen sich nicht aufzulehnen; denn der Muth, der die eigne Kraft weckt und prüft, ist ihnen längst schon entschwunden. Ja, sie werden sich überglücklich preisen, wenn ich nun bald, scheinbar freiwillig, die Krone von diesen Locken nehme, und sie zwei Jahre früher, als ich es dürfte, auf die reine Stirn Gaea's übertrage, der auch als Herrscher nicht wagen wird, meiner Macht Grenzen zu setzen, gegen den Volk und Edle nichts einwenden können, da er Gauting's rechtmäßiger Erbe und von Jugend erzogen ward. Nur scheint mir selber ein fremder Geist den Knaben zu beseelen, der ihn fähiger erscheinen läßt, das Opfermesser denn das Scepter zu führen. Und dann,“ fuhr sie nach kurzem Sinnen fort, „sind die Ausleger des Willens der Götter und des Volkes Lenker noch immer mir verbündet; denn zu fest ist ihr Vortheil dem meinigen verknüpft, als daß sie abzufallen vermöchten.“

„In diesem Puncte dürftest Du irren,“ versetzte Erich mit steigender Kälte. „Hullas war Dein Bündner und durch ihn die ihm Untergebenen. Der aber ist hinüber, und sein Nachfolger, der sanfte Siegebert, ist Dir und Deinem Treiben feind. Ueberdem verfolgt Dich der Haß Grimmhild's, der ersten Dienerin Hertha's, die Du durch Hulla's Mund einst zum Priesterindienste zwangst, weil ihr Gelobter, Thorston der Heldenjüngling, Dein Auge verführt hatte.“

Dunkle Röthe überschüttete bei diesen Worten Gunhild's Wangen, Erich aber, sich an ihrer Verlegenheit weidend, fuhr höhnisch fort: „Du siehst, ich bin wohl unterrichtet, und wenn mein Sehnen der reizenden Swanehild zugeflogen, übte mein Herz nur das betrübte Recht der Vergeltung.“

Noch langehin schwebte Rede und Widerspruch, von Beiden in wachsender Erbitterung geführt, züngelnd von ihren Lippen; endlich kam es zum Schein einer Versöhnung; nachdem Erich aufs Neue versprochen, der Königin verbündet zu bleiben, ward er endlich in Gnaden

amtungen, Organisation der untergebenen Behörden, Vorschlag von Verbesserungen in dieser Organisation Erhaltung der Ordnung in derselben ꝛc. Die Minister haben gemäß dem Motu proprio über die Staatsconsulta die dort aufgeführten Gegenstände der Staatsconsulta vorzulegen, bevor sie im Ministerrathe berathen werden. Jeder Minister ist verantwortlich für Alles, was in Leitung, Gang, Verwaltung seines Ministeriums einschlägt wobei den Subalternbeamten die Verantwortlichkeit für den Vollzug des ihm Befohlenen bleibt. (Schluß folgt.) (C. v. u. f. D.)

Rom, 31. Dec. Der edle Senator Fürst Corsini läßt morgen 50,000 Rationen an Brod und Fleisch an die hiesigen Armen durch die vierzehn Fahnenträger der Guardia civica vertheilen. Ferner läßt derselbe Sonntags den 2. am Abend den sämmtlichen im Theater Tordinone versammelten Zuschauern ein glänzendes Rinfresco reichen. Von Paradisi's Verhaftung war weder der Governator Savelli, noch der Staatssecretär Ferretti unterrichtet. Dieselbe wurde vorgenommen auf Befehl des Fiscals Merandi (des frühern Progovernators), angeblich, weil Torlonia darauf wegen der bis Dato noch nicht erwiesenen Beschuldigungen, also wegen Verleumdung angetragen hatte. Heute Abend wird seine Gattin Sr. Heiligkeit eine Bittschrift überreichen. Seine sämmtlichen Papiere, welche die vollständigen Beweise seiner Beschuldigungen enthalten sollen und an deren Besitz der Gegenpartei unendlich viel gelegen wäre, sind in derselben Stunde, wo Paradisi verhaftet ward, in Sicherheit gebracht worden. (C. v. u. f. D.)

Genua, 31. Dec. Der hiesige Corriere mercantile enthält eine vortrefflich geschriebene Adresse von Piemontesern an den König von Neapel, unter deren Unterzeichnern Silvio Pellico ist. Sie beginnt wie folgt: „Sire! Zwar nicht Unterthanen E. M., aber Italiener aus andern Provinzen und demnach höchst betheiligt bei dem Wohlergehen Ihrer Völker, Ihrer Krone und Ihres und unsres gemeinsamen Vaterlands, nahen wir uns Ihrem Thron in der Absicht, Sie anzuflehen, daß Sie beitreten mögen der Politik Pius IX., Leopolds und Karl Alberts, der italienischen Politik, der Politik der Versöhnung, des Verzeihens, der Civilisation, der christlichen Liebe." Weiter heißt es: „Blicken Sie, durch ganz Italien, auf die Freude der erwachten Völker, auf die Zufriedenheit der Fürsten, die sich an die Spitze der Auferstehung gestellt, auf die gegenseitige Einigkeit, den Frieden, die Unschuld, die Tugendhaftigkeit aller unserer Thaten unter dem Segen des Papstes, der bekräftigt ist durch die Zustimmung der ganzen Christenheit; urtheilen Sie, ob wir eine thörichte, gottlose Revolution vollführen, oder eine gute, heilige, glückliche Aenderung, unter dem Beistand und nach dem Willen Gottes. Sire! Ihr Gehorsam gegen diesen Willen, Ihr Beitritt zu dieser Aenderung wird sie leichter, glücklicher, gemäßigter machen und durch Beifügung eines zweiten Drittheils zu dem ersten der bereits erwachten Italiener unsere Nation in ihrer großen Mehrheit als erwacht darstellen." — Hier in Sardinien erwarten wir große Dinge vom Neujahr, wie allgemeine Amnestie, Gewissensfreiheit, Gleichstellung der Protestanten mit den Katholiken, in bürgerlicher Berechtigung. Unter den bereits erfolgten Reformen ist auch eine neue Eintheilung der Regierungsbezirke und die Gründung eines eignen Ministeriums für Staatsbauten, Ackerbau und Handel. Das ganze Volk in allen seinen Schichten arbeitet an dem Werk der Wiedergeburt. In den höhern Klassen beschäftigt man sich eifrig mit Anstalten zur Armenpflege und Volksbildung ohne geistliche Mitwirkung. Mehrere Schulen für Jung und Alt traten neuerdings ins Leben, meist von Privaten unternommen, wobei die reichen Nobili mit anständigen Summen vorangehen; auch ist eine Sammlung veranstaltet, um aus dem Pfandhause die von den Armen verpfändeten Winterbedürfnisse auszulösen. Adel und Volk leben fortwährend in schönster Eintracht. — Es heißt, die Jesuiten seyen nach und nach von hier weggegangen, und ihr Palast stehe leer. Kürzlich entstand sogar ein Geschrei, als hätten sie sich an das Landvolk gemacht und regten es gegen die neuen Verbesserungen auf. (Schw. Mk.)

Genua, 3. Jan. (Schw. Mkr.) Gestern fanden hier 2 große Verbrüderungsfestmahle statt, eins Seitens der Marchese Serra für 30 und etliche Kohlenträger, das zweite hielten die Nobili, wobei jeder einen oder zwei Bauern und Handwerker mitbrachte. (Würdige Nachfeier des im alten Jahr begangenen Balillafestes zur Erinnerung an die Austreibung der österreichischen Truppen aus Genua 1747, zu welcher Balilla, ein Knabe, durch Tödtung eines österreichischen Soldaten das Zeichen gegeben hatte. Am Jubiläum war die Frau Terese Doria mitten im Festzuge der armen Weiber einhergeschritten; auch in Rom hatte man das Balillafest gefeiert.)

Florenz, 30. Dec. Ibrahim Pascha traf, von Pisa kommend, wo er bekanntlich schon seit längerer Zeit verweilte, in Begleitung von zwei seiner Söhne und zahlreichem Gefolge hier ein und stieg im Hotel dell' Arno ab. Bald nach seiner Ankunft machte derselbe seine Aufwartung am großherzoglichen Hofe, welcher Besuch vom Großherzog bereits erwiedert wurde. Gestern Abend langten die erwarteten sechs Kanonen nebst gefüllten Munitionswagen und sonstigem Zubehör aus dem Arsenal in Livorno hier an. Muthmaßlich sind dieselben für die Bürgergarde bestimmt, eine Abtheilung derselben war dem Geschütz entgegengezogen und escortirte dasselbe durch die mit Menschen angefüllten Straßen der Stadt. Das Volk brach in lauten Jubel aus und stimmte die bekannten Nationalhymnen an. Man schrie Lumi, lumi, fuori! Alle Fenster öffneten sich und Menschen und Lichter erschienen an denselben. Es war eine Nationalfestlichkeit!*) Als man die Kanonen bis zur Fortezza bassa begleitet hatte, ging alles ruhig auseinander. — Die Abfahrt der englischen Flotte aus dem Golf von la Spezzia nach Neapel oder Malta hat sich zufolge der beim englischen Consul in Livorno eingelaufenen Nachrichten bestätigt. (A. Z.)

*) Ein Schreiben aus Florenz vom 30. Dec. (im Nürnberger Correspondenten) sagt bei Erwähnung dieser Scene: Ob übrigens dieser kriegerische Geist sich auch auf die That erstreckt, mag eine gestern erschienene Notification des Kriegsministers beleuchten. In dieser wird gesagt: „Da Se. k. k. Hoh. der Großherzog erfahren, daß während viele junge Toskaner so großen Eifer für Ergreifung der militärischen Laufbahn bezeigen, doch nur sehr wenige der Aufforderung vom 25. Nov. zu freiwilliger Anwerbung entsprochen haben, so habe er glauben müssen, nur die zu lange Capitulationszeit habe die Bereitwilligkeit der Bürger zurückgehalten; und die Einladung werde deßhalb hiemit erneuert, unter Herabsetzung der Dienstzeit auf drei Jahre und der Zulage eines Handgeldes von 60 Lire für jeden Angeworbenen."

Turin, 4. Jan. Sir Stratford Canning hat dem Vernehmen nach an das Präsidium der Schweizer Tagsatzung unterm 15 Dec. eine Denkschrift erlassen, worin er derselben auf das eindringlichste Mäßigung anempfiehlt, damit alles unterbleibe, was die angränzenden Staaten aufregen oder auch nur beunruhigen könnte. Hr. Canning soll für eine allgemeine Amnestie seyn, so wie für größere Nachsicht und Billigkeit in der Ausmessung der den besiegten Kantonen auferlegten Entschädigungsgelder. (A. Z.)

Mailand, 7. Jan. Jetzt hat sich auch die Gemeindebehörde mit einer Mahnung zur Ordnung an die Bürger Mailands gewendet. — Die Generalpolizeidirection warnt in einem weitern Aufruf vor Zusammenrottungen wo bei Waffenanwendung Schuld und Unschuld nicht zu unterscheiden sey. Die Proclamation des Vicekönigs wird heute wiederholt.

Spanien.

Madrid, 29. Dec. Gestern legte der Finanzminister in der Abgeordnetenkammer das Budget vor. Die Einnahmen sind auf 1,283,631,000 Realen veranschlagt; die Ausgaben betragen bisher 1583 Millionen, der Minister verlangt aber Vollmacht und freie Hand, um sie auf den Betrag der Einnahmen zu vermindern. — General Ros de Olano, der neue Generalcapitän der Presidios in Nordafrica hat einen Credit von 40,000 Piastern (100,000 fl.) zur Verfügung erhalten.

In der Klagsache gegen das vorige Ministerium hat die Commission angetragen, daß bloß Hr. Salamanca zur Verantwortung gezogen werden soll. (Span. Bl.)

Frankreich.

Paris, 6. Jan. Gestern hat in Dreux die feierliche Beisetzung der Prinzessin Adelheid stattgefunden. König Leopold und die Königin Louise waren von Brüssel herübergekommen, um sich bei dieser Familientrauer zu betheiligen. Die königliche Familie kehrte schon um Mitternacht nach den Tuilerien zurück. — An den gottesdienstlichen Handlungen hatte der Erzbischof von Paris Theil genommen. Der Sarg ward in das Gewölbe unter der Capelle versenkt, nahe dem des Herzogs von Orleans.

Hr. Guizot hat den beiden Adreßcommissionen eine Reihe Papiere über die Schweizerfrage mitgetheilt, welche im Journal des Débats theils auszüglich, theils vollständig abgedruckt sind. Es sind 22 Actenstücke, darunter acht ältere, welche der Minister beigefügt hat, um die Kammern in Stand zu setzen, sich eine gründliche Einsicht über die staatsrechtlichen Verhältnisse der Schweiz zu verschaffen, nämlich der Bundesvertrag zwischen den Kantonen vom 16. Aug./18. Sept. 1814, die Anerkennung der Integrität der Kantone von Seite der Mächte durch Erklärung vom 20. März 1815, die Beitrittsurkunde der Kantone, die Anerkennung der Neutralität, ein Schreiben des Hrn. Guizot an den Grafen v. Pontois vom 19. Febr. 1845, mit der Weisung, den Vorort einzuladen zur Ergreifung von Maßregeln zur Unterdrückung der Freischaaren, eine Depesche ähnlichen Inhalts vom 3. März, eine vom 25. März, mit der Versicherung des Wohlwollens der französischen Regierung für die Schweiz und ihrer Achtung für deren Unabhängigkeit, eine weitere Depesche vom 19. Jan. 1845, die Aufforderung enthaltend an die Tagsatzung, daß sie die ihr vorliegenden innern Fragen in einem friedlichen und versöhnlichen Geist behandeln möchte.

---

entlassen. Die in den wundesten Herzensschwächen aufgeregte Frau wankte aber noch lange in dem jetzt von unheimlichen Geistern entsiederten Gemach umher — später erst ließ sie sich nach dem üppigen Lager geleiten, worauf aus erzwungenem Schlummer böswillige Traumgebilde sie oft genug aufstörten. (Fortsetzung folgt.)

Mannigfaltiges.

Bühnenschau.

München, 11. Jan. Der gestrige Abend brachte uns auf der königl. Hofbühne Meyerbeer's umfassendstes Tonwerk: „Die Anglicaner und Puritaner", bei gefülltem Hause. Mad. Stöckl-Heinefetter (Valentine), unsere berühmte Gästin, fand heute reiche Gelegenheit, die Gediegenheit und Vollkraft der biegsamsten und umfassendsten Tonmittel und die unwiderstehlichen Zauber eines Spieles zu entwickeln, das mit auf allen Puncten anmuthiger Naturtreue gleichsehr nach der seelischen Tiefe des Gemüthes wie auf die Höhe intellectueller Begeistigung reicht. Das Publicum folgte der Darstellung der Gefeierten mit dankbarster Aufmerksamkeit; sie ward wiederholt während des Stückes und am Ende zweimal gerufen. Hr. Härtinger (Cecil) und Hr. Pellegrini (Marcel), des reichsten Beifalls sich erfreuend, wirkten voll und beharrlich im Geiste des großen Meisters der vielbewanderten Tondichtung. Wir kommen des Ausführlicheren auf die Vorstellung zurück. A.

Die Franzosen und Engländer, sagt das „Frankfurter Conversationsblatt", scheinen einen schönen deutschen Brauch bei sich aufnehmen zu wollen: den Weihnachtsbaum. Die Herzogin von Orleans war die Erste, welche den Christbaum am französischen Hof einführte, die Herzogin von Nemours folgte dem Beispiel, später die Prinzessin Clementine. Wer am Weihnachtsabend in den innern Familienkreis des Hofes der Tuilerien träte, der möchte sich mitten in das traute deutsche Leben versetzt glauben. Auch in der Familie des Hrn. Guizot, der bekanntlich dem protestantischen Glauben angehört, pflegt jedes Jahr der Christbaum angezündet zu werden. In den langen Beschreibungen, welche englische Blätter über die jüngste Weihnachtsbescherung in Windsor Castle gebracht haben, werden auch die fünf mächtig großen Christbäume verherrlicht, welche ihren Lichterglanz über die königlichen Geschenke ausgegossen haben.

Von der neunten an, welche unterm 24. Oct. 1846 an den Botschafter Grafen v. Flahault in Wien gerichtet ist, sind die Depeschen ganz mitgetheilt. Die übrigen sind alle vom vorigen Jahr, Correspondenzen mit den Gesandten bei den großen Mächten, zuletzt zum Behuf der Verständigung über die gleichlautende Note, vom neuesten Datum eine Depesche des Hrn. Guizot vom 28. Nov. worin Hr. v. Bois-le-Comte benachrichtigt wird, daß die Vereinbarung der Mächte zum Zweck der Pacification der Schweiz endlich erreicht sey. Ueber die deßhalb zwischen England und Frankreich gepflogene Unterhandlung sind auch einige englische Documente mitgetheilt.

(Der Inhalt des Testaments der Prinzessin Adelheid, Schwester des Königs). Ludwig Philipp behält die Nutznießung des gesammten Nachlasses. Nach dem Tode des Königs werden die unbeweglichen Güter zwischen dem Herzog v. Nemours, dem Prinzen v. Joinville und dem Herzog v. Montpensier so vertheilt, daß der Herzog v. Nemours die Besitzungen von Crécy und Armanvilliers, der Prinz von Joinville die von Arc in Barrois, und der Herzog von Montpensier das Schloß von Randon erhalten. Dem Herzog von Aumale verbleibt der ihm aus dem Nachlaß des Prinzen von Condé zukommende Antheil im Betrag von 1,300,000 Fr., von deren Zinsen er jedoch das vom Prinzen von Condé gestiftete Krankenhaus in Enghien zu unterhalten haben wird. Ihren Nichten, der Königin von Belgien und der Prinzessin Clementine, fällt jeder ein Legat von 4 Millionen Fr. zu, wovon bis zu dem Tod Ludwig Philipps jedoch nur die Zinsen zu 3 Prozent auszuzahlen sind. Dem Grafen von Paris wird 1 Million Fr., dem Herzog von Chartres, seinem jüngern Bruder, 2 Millionen Fr., und dem jungen Herzog von Württemberg, Sohn der verstorbenen Prinzessin Marie, ebenfalls 2 Millionen vermacht. Endlich ist 1 Million für fromme Stiftungen und Werke der Wohlthätigkeit ausgesetzt. Das hinterlassene Vermögen beträgt etwa 60 Millionen Fr.

Rußland und Polen.

Von der russischen Gränze, 4. Jan. Se. Maj. der Kaiser Nikolaus liegt an einem dreitägigen Wechselfieber krank darnieder. (A. Z.)

St. Petersburg, 25. Dec. Unser Gesandter am römischen Stuhl, Hr. v. Butenief erhielt am 18. d. dem kaiserl. Namensfest, wo große Militärbeförderung stattfand, den St. Alexander-Newsky-Orden.

Die „Deutsche Zeitung" bemerkt über ein jüngst entposauntes kaiserl. Handschreiben, womit dem Grafen Bludoff wegen des Abschlusses eines Concordats mit Rom der Annenorden verliehen wird, während fast in demselben Momente der Papst über das Fehlschlagen der Unterhandlungen klagt, äußerst treffend: „Wenn gleichzeitig der russische Czar dem Grafen Bludoff die diamantenen Insignien des Andreasordens ertheilt, weil er die Unterhandlungen mit dem römischen Hofe zu dem ihm vorgezeichneten gedeihlichen Ziele geführt habe, so muß Dieß entweder auf einem Irrthum beruhen, oder die russische Politik war nicht darauf gefaßt, daß der heilige Vater so bald und unbequem der Welt die Wahrheit verkündigen werde. In ähnlicher Weise sind auch die russischen Generale im Kaukasus dekorirt worden; zum Glück hielt aber Schamyl keine Allocutionen, wodurch das Verdienst jener Auszeichnungen hätte compromittirt werden können."

Griechenland.

Athen, 26. Dec. Nach einem dem Senate vorgelegten Gesetzentwurfe ist die Stärke der griechischen Landarmee folgende: 1) Tetrarchien der Phalanx 389; 2) Infanterie 3497; 3) Kavallerie 224; 4) Artillerie und Arsenal 482; 5) Genie 51; 6) Gendarmerie zu Pferd 165; Gendarmerie zu Fuß 1224; 7) Gränztruppen 2650; 8) Platzcommando 50; 9) Militärspitäler 24; 10) Militärschule 41; 11) Armeemonturcommission 6; 12) Kriegsgerichte 9; 13) Invalidencompagnie 157. Summa 9169 Mann. (A. Z.)

Vereinigte Staaten von Nordamerica.

Nachrichten aus Boston bis zum 19. Dec. bringen Neueres aus Nordamerica. Der Antrag des Schatzsecretärs auf eine Kriegssteuer von 25 pCt. vom Werth auf Thee und Kaffee fand keine günstige Aufnahme. Die Whigs (ein Whig ist Sprecher) nun im Repräsentantenhause in der Mehrzahl, sind, da sie sich hauptsächlich auf die fabricirenden Küstenstaaten im Norden stützen, auch gegen die Freihandelstheorien des Schatzsecretärs. In Betreff des mexicanischen Kriegs werden sie förmlich die Zurückziehung der americanischen Truppen aus Mexico beantragen, wogegen die Demokraten, die Partei des Präsidenten, auf Einrichtung einer Regierung in Mexico unter dem Schutze des americanischen Heeres antragen werden. (Ueber Westindien erfährt man nun daß der mexicanische Congreß Commissäre zu Friedensunterhandlungen ernannt hat; dieselben werden wahrscheinlich nach Washington gehen müssen, da General Scott keine Vollmachten hat und Hr. Trist kürzlich zurückberufen wurde.) — Auch die Sclavenfrage taucht wieder auf. Die Legislatur von Süd-Carolina droht mit Rücktritt von der Union, wenn das „Wilmotsche Proviso," d. h die Bestimmung, daß in allen neu erworbenen oder zu erwerbenden Gebieten der Union Sclaverei ausgeschlossen sey, vom Congreß angenommen werde.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 8. Jan. Bayerische $3\frac{1}{2}$ pCt. Obligationen — P., 89 G. Bayerische Bankactien II. Semester 1847 675 P., — G. Promessen per Stück Agio 78 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. $104\frac{1}{2}$ P., — G.; 4pCt. 92 P., — G.; 3pCt. $65\frac{1}{2}$ P., — G. Bankactien II. Semester 1620 P., — G. Württembergische $3\frac{1}{2}$ pCt. Obligationen — P., $86\frac{1}{2}$ G. Darmstädter 50 fl.-Loose $76\frac{1}{2}$ P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose $35\frac{1}{2}$ P., — G. Badische $3\frac{1}{2}$ pCt. Obligationen — P., $86\frac{1}{2}$ G.

Frankfurt, 8. Jan. Metall. 5pCt. $103\frac{1}{4}$; 4pCt. 91; 3pCt. 66; Bankactien 1936; Taunus-Eisenbahn-Actien 357; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn $56\frac{3}{16}$; bayer. Ludwigs-Bexbacher-Eisenbahn $86\frac{1}{16}$; bayer. Ludwigs-Canal 62.

Wien, 7. Jan. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 104; zu 4pCt. in CM. 90; zu 3pCt. in CM. 65; Bankactien per Stück 1617; Nordbahn $151\frac{3}{4}$.

Amsterdam, 6. Jan. $2\frac{1}{2}$ pCt. $54\frac{15}{16}$; 3pCt. $66\frac{7}{16}$; 4pCt. $84\frac{15}{16}$; Synd. $3\frac{1}{2}$ pCt. —; Handels-Maatschappy —; Ard. $14\frac{15}{16}$; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. —.

Paris, 6. Jan. 3pCt. 75 Fr. 5 C.; 5pCt. 117 Fr. 20 C.

London, 5. Jan. Consols $85\frac{1}{2}$.

Augsburger Schrannen-Anzeige vom 7. Januar 1848.

Getreidegattung.	Mittelpreis		Im Vergleich gegen die letzte Schranne			
			minder		mehr	
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Waizen	21	22	—	35	—	—
Kern	21	37	—	25	—	—
Roggen	14	56	—	—	—	6
Gerste	12	38	—	—	—	14
Haber	5	19	—	—	—	13

Aufgezogen wurden 140 Schäffel.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 11. Januar: Zum ersten Male: „Fluch und Segen", Drama von Houwald. Hierauf zum ersten Male: „Baron Martin", Posse von J. Wandt. In den Zwischenakten Production des Hr. Christ. Mayer.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Dr. Griesmaier, Advocat von Neuburg; Westermann, Kaufmann von Bonn; Lorg, Kaufmann v. Sinderore.

Gold. Hirsch. HH. Weiße, Kaufmann v. Danzig; Kaufmann, Privatier v. Dresden.

Hôtel Maulik. HH. Fürst Fugger-Babenhausen; Ahlnen, Kaufmann v. Barmen; Schmätzer, Kaufmann v. Nürnberg; Mde. Lechert v. Paris.

Gold. Hahn. HH. Pianza, Privatier aus Ungarn; Kreider, Privatier aus Ulm; Dlle. Koch, Particuliere v. Wolnzach.

Blaue Traube. HH. Mickschick, Privatier von Augsburg; Dr. Schauer, Advocat von Landshut; Haug, Ingenieur von Kaufbeuern; Cauch, Kaufmann von Pesth; Rahl, Kaufmann aus der Schweiz; Kruse, Kaufmann v. New-York.

Stachusgarten. HH. Baron v Bau, v. Frankfurt; Müller, Gutsbesitzer v. Elbing; Epple, Student v Karlsruhe.

Edictalladung.

2225 (3b) Auf Andringen eines Gläubigers wird das dem Glaser Johann Haas gehörige Anwesen Nr. 8 lit. a an der Augustenstraße dahier, bestehend aus einem mit Erdgeschoß dreistöckigen Wohnhause mit gewölbtem Keller versehen, einem mit Dachwohnung zweistöckigen Hintergebäude, dann Hofraum, Garten und Communpumpbrunnen für die Gebäude mit 8000 fl. Brand versichert, mit Hypotheken für 13,200 fl. belastet und auf 14,000 fl. gerichtlich gewerthet, im Wege der Hilfsvollstreckung der gerichtlichen Versteigerung nach §. 64 des Hypotheken-Gesetzes und §§. 98 — 101 des Gesetzes vom 17. November 1837, nachdem am ersten Termin ein Angebot nicht erfolgte, zum zweiten Male unterstellt.

Zur Aufnahme der Kaufsangebote ist Termin auf
Donnerstag den 3. Febr. l. Js. Vormittags 11 — 12 Uhr
im Gerichtszimmer Nro. 9 anberaumt, wovon Steigerungslustige mit dem Beifügen in Kenntniß gesetzt werden, daß dem Gerichte Unbekannte ihre Zahlungsfähigkeit gehörig nachzuweisen haben, und daß der Hinschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgt.

Sign. am 3. Jänner 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

Rechenauer, Rpr.

2234. Schäfflergasse Nr. 12 im Hintergebäude über 1 Stiege werden weiße und färbige Glacehandschuhe ganz schön und geruchlos geputzt und gefärbt.

2220. (3b)

Verkauf eines Postanwesens.

In einem Städtchen Bayerns, in solcher Nähe einer Eisenbahn, daß diese für Post-, Gasthofs- und Oekonomie-Verhältnisse nur günstig einwirken kann, wird von den Eigenthümern ein Postanwesen mit allen Einrichtungen zum Betriebe des damit verbundenen Gasthofes, der Bierbrauerei rc. und einer ausgezeichneten bedeutenden Oekonomie verkauft. — Die Lage in einer der schönsten Gegenden erhöht den Werth der Kaufsobjekte, wegen deren näherer Beschreibung und der Kaufsbedingnisse der Unterzeichnete nähere Aufschlüsse gibt.

Füssen am 28. Dec. 1847.

Niebel, kgl. Advocat.

2205. (b)

Das americanische Postdampfschiff Washington, Cap. J. Johnson, wird am 13. Februar von der Weser, am 18. Februar 1848 von Southampton nach New-York abgehen. Wegen Fracht und Passage beliebe man sich zu melden bei

C. A. Heineken & Comp.,
in Bremen;
Day Croskey & Ross,
in Southampton;
Wm. Iselin,
in Havre.

Preis der Passage: Wor. Thlr. 105.

Für die arme erblindete Zimmermanns-Wittwe Maria Ecker.

Den 10. Januar von C. A. . . . . 2 fl.

Schubart,
verantwortlicher Herausgeber.

Digitized by Google

Nr. 10.

Man pränumerirt auf die Nr. 3 in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kindel-Gasse Nr. 2? auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 6 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Mittwoch | XLIX. Jahrgang. | 12. Januar 1848.

Deutschland.

Ergebnisse der Leipziger Conferenz in Bezug auf die deutsche Wechselordnung.

Die „Deutsche Zeitung" enthält unter obiger Rubrik Folgendes: Die Leipziger Conferenz hat die ihr gestellte Aufgabe glücklich gelöst, indem sie sich über den Entwurf einer allgemeinen deutschen Wechselordnung vollständig geeinigt hat. Da die Einführung dieses ersten deutschen Gesetzes in den verschiedenen deutschen Bundesstaaten demnächst zu erwarten steht, so dürfte es auch für das größere Publikum von Interesse seyn, die Ergebnisse der Berathungen, wenigstens in ihren Hauptumrissen, kennen zu lernen. Der Entwurf besteht aus 100 Paragraphen und zerfällt in drei Abschnitte, von denen der erste (§. 1—3) von der Wechselfähigkeit, der zweite (§. 4—95) von den gezogenen, der dritte (§. 93—100) von den eigenen Wechseln handelt. Der vierte Abschnitt des preußischen Entwurfs, über den Wechselprozeß, ist ganz ausgefallen. Als wechselfähig erkennt der Entwurf Jeden, der sich überhaupt durch Vertrag verpflichten kann (§. 1.) Der Wechselschuldner haftet für die Erfüllung einer Wechselverbindlichkeit nicht allein mit seinem Vermögen, sondern auch mit seiner Person, d. h. es findet wegen derselben sowohl bei eigenen, wie bei gezogenen Wechseln körperliche Haft (Personalarrest) statt. Von dieser sind jedoch ausgenommen: Frauen, welche nicht Handel oder ein anderes Gewerbe treiben, ferner die Erben des Wechselschuldners, endlich diejenigen, welche im Namen und mittelst Anderer Vollmacht einen Wechsel unterschreiben (§. 2.) Wer aber im Namen eines Andern ohne dessen Vollmacht unterzeichnet, haftet persönlich (§. 95.) Es ist zugleich den einzelnen Regierungen anheimgegeben, noch andere Ausnahmen im öffentlichen Interesse zu gestatten. Durch diese Bestimmung hat die Conferenz manche häckelige Frage, über welche eine Vereinigung wohl kaum zu erzielen gewesen wäre, sehr weise umgangen. Die Unfähigkeit einer auf dem Wechsel unterschriebenen Person, z. B. einer minderjährigen, hat auf die Verbindlichkeit der übrigen Personen keinen Einfluß (§. 3.) Bei der Bestimmung der wesentlichen Erfordernisse eines gezogenen Wechsels (§. 4.) hat man sowohl von der Werthangabe, welche bekanntlich zu den meisten Prozessen Veranlassung gegeben, wie auch von dem Ziehen von einem Ort auf den andern, worin das französische und österreichische Wechselrecht den eigentlichen Charakter des gezogenen Wechsels findet, endlich auch von dem Wort „Ordre" (Verfügung), welches bisher beinahe alle Wechselgesetze für nothwendig hielten, Umgang genommen, und statt desselben die einfache und klare Bezeichnung „Wechsel" für hinreichend gehalten, um der Urkunde die charakteristische Unterscheidung von andern zu geben. Die übrigen in §. 4 angegebenen wesentlichen Erfordernisse sind so sehr durch die innere Nothwendigkeit geboten, daß wohl selten ein Wechsel, dem es an einem derselben gebricht, zu finden seyn wird, weßhalb man auch, ohne das materielle Recht der Form zum Opfer zu bringen, in §. 7. festsetzen konnte, das eine Schrift, der es an jenen Erfordernissen fehlt, nicht die Wirkungen eines Wechsels habe. Die Usowechsel sind abgeschafft, Meß- und Marktwechsel beibehalten, wiewohl man einsah, daß die Consequenz des im Entwurf bezüglich der Annahme (Accept) zu Grund gelegten Systems darunter leide. Aber das Interesse der Meß- und Marktorte überwog. Wechsel an jeden Inhaber (au porteur) wurden nicht zugelassen; man hat aber demungeachtet sich nicht verhehlt, daß sie dadurch, daß ein Wechsel an eigene Ordre gestellt und in blanco indossirt wird, in den Verkehr übergehen können. Die Stellung der eigenen Wechsel, welche an einem andern Ort, als an dem der Ausstellung zahlbar sind (trassirt-eigene Wechsel,) gab zu lebhaften Erörterungen Veranlassung, welche zu keiner glücklichen Lösung führten, da von ihnen in §. 6 und 99 gehandelt wird. An diese knüpften sich längere Debatten über die von den sächsischen und hamburgischen Bevollmächtigten gewünschte Aufnahme einiger Bestimmungen über Anweisungen, welche jedoch bei der endlichen Abstimmung der besonderen Gesetzgebung der einzelnen Ländern (hoffentlich nicht auf lange Zeit) überlassen wurden. Für die Uebertragung der Wechsel ist gar keine Form vorgeschrieben; es genügt an der Unterschrift auf der Rückseite des Wechsels (Blanko-Indossament) (§. 12.) Hierdurch wird eine Unzahl von Prozessen, welche bisher durch die sogenannten unregelmäßigen Indossamente entstanden sind, abgeschnitten. Andererseits kann der Antheil aus der Zulassung der Blanko-Indossamente nicht so hoch angeschlagen werden, theils weil sie bisher trotz der Ungunst, mit der die Gesetzgebung sie behandelt hat, gar nicht selten vorgekommen sind, theils weil Jeder, der sich vor den Nachtheilen derselben bewahren will, dergleichen Wechsel entweder zurückweisen oder die Blanko-Indossamente ausfüllen kann, was ihm in §. 13. ausdrücklich gestattet ist. Aussteller und Indossamenten haften für Annahme und Zahlung des Wechsels „wechselmäßig" (§§. 8. und 14.) Was dieser Ausdruck „wechselmäßig", der auch sonst z. B. in §§. 7, 16, 22, 23, 25, 60, 75 und 81 gebraucht ist, bedeuten soll, darüber scheint man in der Leipziger Conferenz nicht klar geworden zu seyn. Ebensowenig läßt sich die Bedeutung anderer ähnlichen Ausdrücke, wie „Wechselkraft, wechselrechtliche Wirkung" (§§. 7 und 9) aus den Protokollen genau ermitteln. Hier wird wohl die Doctrin nachhelfen müssen. Man kann vielleicht die körperliche Haft, als eine dem Wechsel eigenthümliche Wirkung darunter begreifen, was aber nicht im Sinne des §. 9 zu liegen scheint. Ein anderer Tadel trifft die Conferenz über Lösung der Frage, welche Wirkungen ein erst nach Verfall des Wechsels bewirktes Indossament hat? (§. 10.) Auffallend mag auch seyn, daß man einem höchst selten vorkommenden Fall, nämlich dem Verbot der Begebung des Wechsels zwei Paragraphen (§§. 9 und 15) gewidmet hat; man hätte dessen Entscheidung weit besser dem Ermessen der Gerichte anheimgegeben. Von Indossamenten ohne Gewährleistung (ohne Obligo) handelt §. 14 und von Einzugsaufträgen (Prokur-Indossamenten) §. 17. Alle gezogenen Wechsel können dem Bezogenen sofort zur Annahme vorgezeigt, in Ermangelung derselben protestirt und darauf hin der Rückgriff genommen, d. h. Sicherheit von den Vormännern begehrt werden (§§. 18 und 25.) Der bayerische Bevollmächtigte hat hiebei einen besondern Vorbehalt wegen Augsburg gemacht, wo bekanntlich die Wechsel erst 14 Tage vor Verfall zur Annahme vorgezeigt, und im Fall der Nichtannahme protestirt werden können. Er konnte sich auf die für Meß- und Marktwechsel schon oben berührte Ausnahme berufen, indem diese erst in der an dem Meß- oder Marktort gesetzlich bestimmten Präsentationszeit zur Annahme vorgezeigt, und wegen Nichtannahme protestirt werden dürfen (§. 18.) Es ist übrigens immer noch Hoffnung vorhanden, daß Bayern davon absehen wird, das erste Beispiel einer Abweichung von dem allgemeinen Gesetz zu geben.

(Fortsetzung folgt.)

Bayern.

†† München, 11. Jan. Auf die erledigte I. Assessorstelle beim Landgerichte Bamberg I. ist der dermalige II. Assessor dieses Landgerichts Philipp Anton Degen nach seiner Bitte vorgerückt, die hiedurch sich eröffnende II. Assessorstelle jenes Gerichts dem Appellationsgerichts-

---

Gunchild von Schweden.

(Geschichtliche Novelle von N. v. St.)

(Fortsetzung.)

Schwer wuchteten die Jahre, in denen Gunchild am Ruder, über dem Reiche. Verarmt nach innen, bedroht von äußerer Feindesgewalt, die bereits mehrere schöne Landstriche an sich gerissen, und verhöhnt von seinen Nachbarn war gänzliche Vernichtung ihm nahe, wenn nicht unter dem wundersamen Gnadenhauch der Götter der Funke angestammten Muthes zur lodernden Flamme sich wieder anfachen ließ, nicht die wunderschaffende Selbstachtung, ohne welche kein Volk seine Freiheit und Ehre zu behaupten vermag, wiederbelebt wurde. In den ersten Monden hatte es geschienen, als sollten des Landes Hoffnungen noch übertroffen werden; denn die Herrscherin lauschte begierig im Rathe der Fürsten, den sie bald nach ihrer Thronbesteigung berufen, und sie neigte willig ihr Ohr den Rathschlägen der Männer, die hilfreich ihren Gemahl umstanden hatten. Mit bescheidenem Munde, aber voll Geist, der die Götter zu dolmetschen schien, stellte sie ihre Meinung hin, so daß die Strengsten gestanden: ein solches Weib sey der Herrschaft über Männer wohl würdig. Als sie vollends die Kriegsbeschwerden mißachtend die Kriegerschaaren gegen die gewaltigen Normannen begleitete, die unter ihrem riesigen König Germs bereits die Grenzen verwüstend überschritten, und in weitgedehnter Ebene die Schlacht gerüstet hatten, als sie im blendendsten Schmuck, mit auf dem Haupte sich wiegender Krone auf dem stattlichen Roß durch die Reihen hinritt, als ihre Beredtsamkeit und die Leuchte ihres stralenden Antlitzes sie zur Thatkraft, zur Vertilgung des übermüthigen Feindes aufforderte, da waren ihr Aller Herzen gewonnen, und mit dem Jubelruf: Heil unserer Königin Gunchild, der Auserkornen, dem Liebling der Götter! stürzten sie auf die überraschten Normannen, die, ihre Feinde für eine herrenlose Heerde haltend, nur einen leichten und günstigen Kriegswurf erwartet hatten. Die Götter standen dem guten Recht schützend zur Seite. Germs ward überwunden, und floh mit den Seinen in die wilden Bergschluchten, aus welchen er bald vertrieben und gezwungen ward, sich heimwärts zu wenden, und den Frieden um schwer wiegende Opfer zu erkaufen. Noch ehe Gunchild als Siegerin in die Mauern ihrer Hauptstadt zurückkehrte, wandte sie sich den rauhen Gebirgen Dalekarliens zu, dessen kraftstrotzende, gutmüthige aber rohe Bewohner von vielen Beschwerden gedrückt, sich der Herrschaft Skandinaviens zu entreißen drohten, und auch hier gelang es dem blendenden Liebreiz, der bezaubernden Milde ihres Wesens, mit der sie auch dem Niedrigsten sich zuwandte, Aller Herzen zu erobern, und einen eben so unblutigen als vollständigen Sieg zu erringen, der diese tapfern und streitbaren Männer fester als je an ihre Krone knüpfte.

(Fortsetzung folgt.)

Accessisten Martin Zierer aus Straubing verliehen, auf die bei dem Kreis- und Stadtgerichte zu Aschaffenburg erledigte Protocollisten-Stelle der Protokollist am Kreis- und Stadtgerichte Schweinfurt Franz Englert seinem Ansuchen entsprechend, versetzt, und die hiedurch am Kreis- und Stadtgerichte Schweinfurt erledigte Protocollisten-Stelle dem Appellationsgerichts-Accessisten Franz v. Clarmann zu Neuburg in provisorischer Eigenschaft verliehen worden.

*†München, 12. Jan. Heute über acht Tage findet wie man hört, am königl. Hofe der erste Kammerball statt.

München, 12. Jan. Die „Leuchtkugeln," deren neueste Nummer (7) äußerst gediegene Satyren bringt, namentlich das treffende „Naturwunder" dem bald die erschütterndsten Wunder im Leben folgen dürften, haben sich die Theilnahme des gebildeten Publikums bereits in hohem Grade gesichert; denn wie man hört, geht die Zahl der sichern Abnehmer schon über das dritte Tausend weit hinaus, obschon erst die siebente Nummer vorliegt. Es stößt also die politische Satyre durchaus nicht, wie viele vermuthet hatten, auf ein undankbares Publicum.

=Von der Isar, im Januar. Mit Spannung sah wenigstens der gebildetere Theil des bayerischen Volkes den ersten Tagen des neuen Jahres entgegen, wo die Presse an ihr bedeutungsvolles Amt schreiten würde, die im Staats- und Kirchenwesen etwa vorhandenen Mängel und Gebrechen, insoweit diese nicht durch die unmittelbaren Beamtungenwege der Administration eruirt werden möchten, zur Besprechung und gründlichen Darlegung zu bringen. Es war zu erwarten, daß die Verordnungen vom 16. Dec. gleichsam den Anfang und die Grundlage der neuen Ordnung der Dinge liefernd, ihrem Princip, wie ihren einzelnen Theilen nach, zumal in ihnen auf eine Reihe früherer Verordnungen hingestützt ward, den Gegenstand lebhafter Erörterung und strenger Prüfung über die erste freudige Ueberraschung hinaus bilden würden. So ist es denn auch geschehen. Die doctrinäre Richtung des Liberalism seit dessen neuerm Emporkommen in Deutschland wie in Bayern überhaupt, mit Vorliebe den Erörterungen der theoretischen Seite der Preßangelegenheiten nach innerstem Rechtsinstincte zugewandt, hat sich auch bei uns wie schon in den letzten Tagen des Decembers v. J. so namentlich seit Beginn des neuen Jahres, in ihrem Lieblingsthema festgesetzt, mit fast ängstlicher Vorsicht, um nicht zu sagen Mißtrauen die Verordnungen vom 16. Dec. und was damit im Zusammenhange, namentlich auch die bezüglichen Censurinstructionen betrachtend.*) Die „constitutionelle Zeitung„ und der „Nürnberger Correspondent" haben sich auf diesem Felde mit unleugbaren Sachgründen und mit feinem Tact bewegt, und es läßt sich erwarten, daß diese Erörterungen nicht erfolglos seyn werden. Es ist hier heute nicht bezweckt das Für und Gegen bezüglich der Verordnungen vom 16. Dec. zu beleuchten. Wir müssen vorderhand den Blick wo anders hin richten. Es fragt sich, ob bei dem Bewußtseyn, daß die Augen aller deutschen Staaten wie des Auslands nunmehr auf die bayerischen Preßvorgänge sich gerichtet haben und der Bundestag dieselben wie einen Prüfstein für alle Zukunft in das scharfe politisch-diplomatische Auge fassen wird, es nicht gerathener gerade für die Presse selbst seyn dürfte, namentlich für die liberale, ihre Kräfte nicht gleich von vornherein im Aufsitzen bei der Theorie zu zersplittern. Man muß es hier auf concrete Erfahrungen und Fälle schlechthin ankommen lassen, um einen sicheren Maßstab der Beurtheilung zu finden. Erweist dieser Weg die Unhaltbarkeit der neuen Theorie, dann werden doch auch sicher die Mittel zur Abhilfe nicht fehlen. Will nicht gerade der gütige Monarch die Stimme seines Volkes vernehmen? Diese Volksstimme kann aber nicht einzig die der theoretischen Erörterungen seyn; aus allen Gebieten des Staats- und Volkslebens sollen Stimmen an den Thron dringen, erörternd und aufhellend die wirklichen Zustände und Mißstände des Landes, die wahren und stillbaren Bedürfnisse des Volkes, angebend die besten und wirksamsten Mittel die wahre und nachhaltige Heilung und Abstellung von Gebrechen und Uebelständen überall hin zu rechter Zeit zu bringen, da die Augen auch der erleuchtetsten Regierungen nicht zu derselben Stunde überall hin zu dringen vermögen. „Grau ist alle Theorie und grün des Lebens goldener Baum! Es ist viel, überaus viel nachzuholen. Nur indem die Presse sich mitten in die Fülle der Gegenstände wirft, wird das hohe Ziel erreicht werden. Es bedarf wohl kaum der Hinweisung, daß die Stellung Bayerns im Verbande der deutschen Staaten eine gewichtigere als je geworden, da die Erhaltung, ja die Durchführung und Vollendung des constitutionellen Princips durch Deutschland hin mit Recht als die gemeinsame Aufgabe deutscher Lande betrachtet wird und wie Bayern hierin in schweren Zeiten treu befunden worden, so wird es sich auch weiterhin auf der wichtigen aller Staatsarenen gerecht und beharrlich erfinden lassen. Wem aber nicht blos ein Raisonnement ins Leere gilt, wer den Blick aus beschränktem Kreise hinaus aufs Staatsganze erhebt, der wird wissen, daß Bayern seine erhabene Aufgabe nur zu lösen vermag durch den Geist verläßiger Einheit im Innern, durch Zusammenfassen aller seiner gesunden Lebenskräfte und Ausscheiden alles dessen, was die innere Einheitskraft auch nur im Mindesten im rastlosen Wirken nach vorwärts zu stören und zu schwächen vermag. Wie es Aufgabe ist, von staatlicher Seite her den Gegnern des constitutionellen Lebens zu zeigen, daß in dessen Reinerhaltung und Vollendung die allein beständigen Garantien der Erhaltung der Throne und des öffentlichen Heiles gegeben sind, so muß andererseits thatsächlich bewährt werden, daß die freieste Entwickelung der Kirchen aus ihren innern Triebkräften nur ein dem wahren verfassungsgemäßen Staatsleben unabweislich inhärirendes Rechtsmoment ist, weil die Factoren, Staat und Kirche, sich zwar im zerlegenden Denken neben-, über- und untereinander stellen lassen, in dem keine Minute innehaltenden Geschichtsfluß aber nur als verbundene Kräfte die Einheit und den Frieden des Ganzen zu sichern vermögen. Wie jede Antastung des sich frei und wahr entwickelnden constitutionellen Staatsprincipes ein Rückschritt ist, so ist es nicht weniger jede Gefährdung der freien Entwicklung der Kirchen in ihrem innern Leben und auf ihren durch die Geschichte hin fortentwickelten Rechtsfundamenten. Wie aber der Staat alle seinem verfassungsmäßigen Leben entfremdeten Elemente ausstößt, so haben die Kirchen alles ihrem wahren Wesen fremde auszustoßen, und thun sie es nicht, so wird der constitutionelle Staat keinen Augenblick versäumen, es zu thun. Nach diesen Grundsätzen werden künftighin Beleuchtungen des Staats- und Kirchen-Lebens folgen, nicht in Theorien sich ergehend, sondern aus dem lebendigen Springquell der Geschichte und der Erfahrung herausgegriffen.

*) Wie man aus sicherer Quelle vernimmt, werden um auch hier jeden Nebel zu zerstreuen die Censurinstructionen in den Regierungsblättern vollständig mitgetheilt werden. A. d. H.

Kurhessen.

Die vielbesprochene „Brieftasche" weiland Sr. königl. Hoheit des Kurfürsten von Hessen, Wilhelm II., welche derselbe bei Lebzeiten stets mit sich führte und worauf wegen seiner Leichenbestellung in den Codicillen Bezug genommen wird, ist nun endlich entsiegelt und ihr Inhalt untersucht worden. Nach dem, was darüber ruchbar geworden, ist es des Hochseligen Wille, in dem von ihm erbauten Mausoleum an der Seite der Gräfin v. Reichenbach-Lessewitz zu ruhen. Zur Bestreitung der Kosten des Leichengepränges wird die Summe von 60,000 fl. überwiesen, wovon der Ueberschuß nach Abzug jener Kosten an die Frankfurter Stadtarmen vertheilt werden soll. Endlich soll noch verfügt seyn, daß die mit der Ausführung dieser letztwilligen Verfügungen beauftragten Personen ihrer Legate verlustig gehen, sofern sie sich lässig oder saumselig in dem Puncte bezeigen möchten.

Kassel, 5. Jan. In der gestrigen Sitzung der Ständeversammlung übergab der zweite Landtagscommissär einen Beschluß des Innern, betreffend die Legitimation des Hrn. Wippermann, aus welchem ersichtlich ist, daß das Ergebniß der von der Regierung zu Hanau geführten Untersuchung zwar keinen Grund zu einer weitern Beanstandung gebe, daß jedoch auf der Beanstandung beharrt werden müsse, weil Wippermann inzwischen in eine gerichtliche Untersuchung wegen Verläumdung und Beleidigung der Regierung und Anreizung zur Unzufriedenheit gezogen sey. (Fr. J.)

Preußen.

Berlin, 31. Dec. Am 29. d. bot unsere Stadtverordneten-Versammlung ein Bild der belebtesten und wärmsten Verhandlungen dar, und ein dichtgedrängtes Publikum wohnte ihr bei. Es wurde nämlich die Angelegenheit wegen Abänderung des Niederlassungsgesetzes und Erschwerung des selbstständigen Gewerbebetriebes unbemittelter Personen erörtert. Die Versammlung genehmigte folgende Anträge an die Staatsbehörden: 1) daß künftig die Entscheidung über die Niederlassung neuanziehender Personen nicht mehr dem Polizeipräsidium, sondern dem Magistrat zustehen möge. Der Magistrat hatte sich damit einverstanden erklärt, weil die Stadt, welcher die Verpflichtung zur Armenpflege obliegt, einen billigen Anspruch auf jene Entscheidung hat. 2) Daß künftig bei den im ersten Jahre zu Unterstützenden nicht mehr diesseits der Beweis obliegen möge, daß die Verarmung schon vor dem Anzuge vorhanden gewesen, sondern daß die auswärtige Gemeinde den Gegenbeweis zu führen habe, widrigenfalls die Annahme der frühern Verarmung von selbst gelte und somit die Ausweisung eintrete. Auch hiemit war der Magistrat einverstanden. 3) Daß künftig Niemand mehr ein selbstständiges Gewerbe treiben dürfe, ohne den Bürgerbrief gelöst zu haben. Dieser dritte, gegen die Ansicht des Magistrats angenommene Antrag enthält allerdings eine ernstliche Erschwerung des Rechtes, frei seine Kräfte gebrauchen zu können, wird aber, auch wenn er von der Regierung genehmigt werden sollte, practisch keinen großen Unterschied gegen die bisherige Weise herbeiführen, weil jeder einen selbstständigen Gewerbetrieb Beginnende ohnehin sofort zur Gewinnung des Bürgerrechts angehalten wird. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Mannigfaltiges.

Rostock, 31. Jan. Nach dem in diesen Tagen ausgegebenen Verzeichniß der hiesigen Universität zählt dieselbe 103 Studirende. Mit Ausnahme von 2 Franzosen, die zugleich deutsch hier lernen wollen, 1 Hamburger, 1 Sachsen und 1 Hannoveraner sind alle übrigen Studirenden Landeskinder. Die Universität ist so reich dotirt, daß jeder Student dem Staate nahe an 2000 Thlr. kostet. (Nordd. Bl.)

(Plattdeutsche Sprichwörter.) ∴ Dr. J. Goldschmidt gesteht in seinem Werke: „Der Oldenburger in Sprache und Sprichwort", daß ihm unter allen plattdeutschen Sprichwörtern nur eines bekannt sey, worin nächst Gottes Namen auch das gläubige Vertrauen auf seine Fürsorge eine Stelle findet. Es lautet: „Giwwt use Herr Gott Jungens, giwwt he ook Bücksen!" (Tiefer und geistiger gefühlt ist das hochdeutsche: „Gott verläßt die Seinen nicht!") Dagegen geben die meisten Sprichwörter nächst einem guten Beigeschmack derber Ironie wenig Gläubigkeit zu erkennen; z. B.: „Gott kürt (bestimmt) de Böm, dat se nich in'n Häwen (Himmel) wast." (Wie anders das hochdeutsche: „Es ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.") „Frät to, t'is all Goddsgawe!" (Wie fromm das hochdeutsche: „Trink und iß, Gott nie vergiß.") „Wo de Mestwagen (Mistwagen) nich herkummt, hört de Segen Godds up." (Das volle Gegentheil im Hochdeutschen: „An Gottes Segen ist Alles gelegen;" „wenn Gott will, grünt ein Besenstiel!") „Nu sünd wi usen Herrgodd Mester!" (Es ist eingeheimst, es kann uns keine Unbilde des Wetters mehr schaden.) „Help Gott, harr de Jung seggt (gesagt), unn harr (hat) up de Pär (Pferde) haut, dat de Damp (Dampf) uten mess (Mist) stoew (davon stob)!" (Barbarisch, den lieben Gott hiebei einzumischen.) „Godds Wort ist full Fluchten, harr de Jung seggt, da harr'n de Katechism an de Schwäp!" „Godd regeert de Welt, Jungens und Hunne (Hunde) de Knüppel!" „Is all good, watt Godd giwwt, harr de Jung seggt, aber's watt Moder (Mutter, Hausfrau) giwwt (auf den Tisch bringt), is doch bäter (besser), da (der) scheet (schüttet) em (einem) Krei (Kreide) upp't Botterbrod." Jan (Johann) sä (sagte) de Captein (Capitain beim Schiffbruch) hol (halte) di an Godd!" „Nä, sä Jan, ick hol mi (mich) an den Mast!" Ein reicher oldenburgischer Kaufmann erzählt, nach dem Volkswitz, seinen Freunden, ihm habe geträumt, er sey gestorben. Als er nun zum Himmel gekommen, habe der liebe Gott ihm allein vor allen zu sich gewinkt mit den Worten: „Treten Sie näher, Herr Kloppenberg! und darauf zu Jesus gewandt hinzugefügt: „Jung, stah upp, unn lat usen (unseren) Herr Kloppenberg sitten (sitzen)!" Auch die Geistlichen kommen im Volksmunde übel davon; z. B.: „Pastoren und Hunne (Hunde) verdeent (verdienen) är (ihr) Geld mit'n Mund (Munde)!" Ferner der Volksscherz: „Jung, snuv (schraube) di, giww (gib) 'n Pa-

Berlin, 5. Jan. Nach einer durchschnittlichen Berechnung wird jetzt ein Criminalproceß in der Regel in vier Wochen durch beide Instanzen vollständig absolvirt, während man früher fast eben so vieler Jahre dazu bedarfte. Unser Criminalgericht hat allein (mit Ausschluß des Kammergerichts) im verflossenen Jahre 1500 Criminalprocesse absolvirt, 1000 hat es herübergeschleppt ins neue Jahr und 1500 Anklagen hat es als unstatthaft zurückgewiesen. — Ludwig v. Mieroslawski ist im Staatsgefängnisse erkrankt. (C. v. u. f. D.)

Die Acten in der Adreßangelegenheit der 40 Bauern sind noch nicht geschlossen; als Entgegnung auf den jüngst mitgetheilten Artikel der „Allgemeinen Preußischen Zeitung" bringt die „Mannheimer Abendzeitung" folgende Erklärung: Die königl. preußische Staatszeitung theilt eine Immediatvorstellung der 33 brandenburgischen Bauern mit, worin gesagt ist, daß sie die Adresse der 42 an den König nur so weit verstanden, als Hr. Holtzendorff und sein Förster Heder ihnen daraus mitgetheilt hatten. Man wird diesen Aufsatz ganz zu würdigen wissen, wenn ich mit Bezug auf die gerichtlichen Verhandlungen hiemit erkläre, daß ich so wenig mit 33 als auch nur mit 10 Unterzeichnern der Adresse gesprochen, daß diese unter den Gemeinden circulirt hat, daß ich gar keinen Förster Heder in meinem Dienste habe, und daß die 33 Petenten — wie Viele derselben mir mitgetheilt und wie aus der Anlage erhellt — nur aus Furcht eine ihnen vorgelegte Bittschrift an den König unterzeichnet haben. Sie wurden mit Festungsstrafe und mit Amtsentsetzung (soweit als sie Ortsvorsteher im Amte waren) bedroht, worüber ich, nachdem Dieß geschehen, bei dem Kreislandrathe gegen den Sammler der Unterschriften eine Denunciation eingereicht. Daß diese unter den obwaltenden Umständen erfolglos bleiben mußte, braucht wohl kaum erwähnt zu werden. Langenorla, 1. Jan. 1848. v. Holtzendorff. — Die in vorstehender Erklärung erwähnte Anlage lautet: „Ew. Hochwohlgeboren berichte ich gehorsamst, daß vor einigen Tagen der Lehnschulze Schirmeister zu mir gekommen ist und mich überführt hat, daß in unserm Briefe an den König Majestätsbeleidigungen enthalten, auf welche Festungsstrafe erfolgt. Ich habe mich bewogen gefunden, mein Wort unter der Petition zurückzunehmen und mich zu unterzeichnen unter einer Bittschrift, die der Hr. Schirmeister mir vorlegte, um nicht in Strafe gezogen zu werden. Bittmannsdorf, 26. Nov. 1847. Dürre."

Aus der ersten Lieferung der Berliner Jahrbücher für Erziehung und Unterricht ersehen wir, daß Se. Maj. der König eine rein katholische Universität zu gründen beabsichtigen soll. Die sieben Universitäten, welche die katholische Kirche nach und nach in Preußen eingebüßt, sind nach der Ansicht der Katholiken in wissenschaftlicher Beziehung keineswegs durch die geistlichen Seminarien zu Münster, Paderborn, Trier, Posen, Pelplin und Braunsberg als ersetzt zu betrachten, und selbst die katholisch-theologischen Lehrstühle zu Breslau und Bonn reichen zur Ausbildung des katholischen Klerus nicht hin. Demnach möchte Münster wohl zum Sitz der neuen katholischen Universität ausersehen werden. (Westf. M.)

Köln, 7. Jan. In Folge des Meinungsstreites der sich rücksichtlich der Theilnahme an dem Vereinigten ständischen Ausschusse zwischen v. Beckerath und Camphausen gebildet, lag der Wunsch dringend nahe, daß die Liberalen verschiedener Farben des rheinischen Provinziallandtags vor Eröffnung des Ausschusses in Berathung gehen möchten. Eine solche Berathung hat stattgefunden. Gern melde ich, daß eine gewisse Einigung in dem Satze sich ergeben: daß es vor wie nach feststehe, daß durch die Verordnungen vom 3. Febr. die früheren staatsrechtlichen Gesetze nicht als aufgehoben zu betrachten seyen, und daß man das Verhalten der Ausschußmitglieder dem eigenen Wissen und Gewissen derselben überlasse. Viele Vorbehaltswähler erklärten unumwunden, daß sie den Act vom 25. Juni, wenn sie ihn heute zu thun hätten, verweigern würden, indem sie damals, wie v. Beckerath es ausgesprochen, nur in der Voraussetzung gehandelt, daß die auf Beschränkung des Wirkungskreises des Ausschusses gerichteten ständischen Anträge noch vor Einberufung des Ausschusses sorgsame Berücksichtigung finden würden, und daß sie den Ausschuß zur Berathung des Strafgesetzentwurfs für incompetent halten müßten. Hüffer v. Eupen ist heute nach Berlin abgegangen, Camphausen bleibt von den Vorberathungen zurück. (A. Z.)

Königsberg, 31. Dec. Der Königsberger Unterstützungsverein, größtentheils aus Juden bestehend die sich im Nothfalle gegenseitig zinsfreie Darlehen gewähren, hat so eben sein Stiftungsfest begangen. Man hatte sämmtliche Prediger der freien evangelischen Gemeinden, die beiden Ausschußdeputirten Königsbergs (Bürgermeister Sperling ist überdieß seit der Verhandlung über die Judenfrage auf dem ersten Landtage Ehrenmitglied), den Dichter Gottschall, den berühmten Philologen Lebeck und Andere hiezu eingeladen. Ein Polizeibeamter hatte den Tag zuvor den Versuch gemacht, Mitglied des Vereins zu werden, ohne jedoch seinen Zweck erreichen zu können. Der Polizeipräsident Lauterbach, der jetzt seine Ueberwachung des hiesigen Geistes mit verdoppeltem Eifer betreibt, hatte übrigens mehrere Polizeibeamte beauftragt, ihm den Tag darauf genauen Rapport über die Gäste und alle ausgebrachten Toaste abzustatten. Es war wirklich für den, der die Humanität nur aus Büchern kennt, ein bewunderungswerther Anblick, neben dem Staatsmann und dem christlichen Gelehrten den polnischen Juden mit seinem Barte und in seiner Nationaltracht sitzen zu sehen. — Aller Wahrscheinlichkeit nach wird bei uns eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der Bürger zusammentreten, um den Strafgesetzentwurf in Betracht zu ziehen. Jener Antrag verbreitet sich über die Bestimmungen desselben, die die Freiheit und Wohlfahrt der Bürger zu gefährden scheinen, und bittet die Stadtverordneten Alles anzuwenden, was zu ihren gesetzlichen Mitteln gehört, daß es in dieser Gestalt nicht zum Gesetz erhoben werde. — Großes Aufsehen erregt hier eine Ernennung, nemlich die des Hrn. Stadtgerichtsdirectors Reuter, hiesigen Censors und Verfassers fast aller leitenden Artikel der „Zeitung für Preußen" zum Staatsanwalt. Er ist Ultraroyalist und streng kirchlich gesinnt. (C. v. u. f. D.)

Oesterreich.

Wien, 4. Jan. In Hinsicht der für das lombardisch-venetianische Königreich bevorstehenden Reformen sollen im Laufe des nächsten (?) Jahres die höchsten Entschließungen sicher zu erwarten seyn. Der in Mailand nicht beliebte Gouverneur, Graf Spaur, wird zurückberufen und der allgemein verehrte Präsident der österreichischen Stände, Graf Montecuculi, welchen man hier sehr ungern verliert, wird als sein Nachfolger designirt. Der Vicekönig-Erzherzog Rainer soll ausgedehntere Vollmachten erhalten haben. Die Trennung von Galizien in Ost- und Westgalizien ist definitiv beschlossen. Krakau wird zur zweiten Hauptstadt Galiziens mit einem eigenen Gouvernement erklärt. Dem westlichen Galizien, nämlich dem Gouvernement von Krakau werden neun Kreise, die von Ostgalizien getrennt werden, zugetheilt. Ebenso sieht die Robotfrage für die Erbstaaten der Monarchie einer definitiven Lösung entgegen. (Wien. Z.)

Mehrere Blätter enthalten die Nachricht, daß das Wiener Bankierhaus Arnstein und Eskeles einen Verlust von 900,000 fl. erleide; dieß beruht jedoch auf einem Mißverständniß. Gedachtes Haus hat nämlich an seine Geschäftsfreunde ein Circular erlassen, worin es heißt: Obgleich mit 900,000 fl. bei der Masse von Haber und Söhne betheiligt, so hätten sie doch die feste Ueberzeugung, daß wenn auch diese ganze Summe total verloren würde, sie ihren Verbindlichkeiten doch nachkommen und ihr Geschäft erhalten könnten.

Das Amtsblatt der „Prager Zeitung" enthält eine zwischen der kaiserl. österreichischen und königl. preußischen Regierung getroffene Verabredung zum Zweck gegenseitiger Erleichterungen des Gränzverkehrs an den beiderseitigen Landesgränzen.

Schweiz.

Nach dem Schweizer-Militär-Almanach, vom eidgenössischen Major Rudolf, für das Jahr 1847, besteht die gesammte Streitmacht der Schweiz, ausschließlich des Landsturms, aus 137,517 Mann, mit 328 Geschützen. Diese Truppen zerfallen den Waffen nach in 15 Kompagnien Genie mit 1539 Mann, in 3 Kompagnien Sappeurs-Pompiers mit 300 Mann, in 76½ Kompagnien Artillerie mit 9762 Mann, in uneingetheilter Train mit Musquetairs zur Bedienung mit schweren Standröhren bestimmt 300 Mann, in 30½ Kompagnien Kavallerie mit 2024 Mann, in 112 Kompagnien Scharfschützen 11,235 Mann, in 153 Bataillone Infanterie mit 110,722 Mann.

Die „Basler Zeitung", das bedeutendste Preßorgan der sogenannten Conservativen, sagt: „Die Bundesrevision war uns nie ein noli me tangere, der Bundesvertrag von 1815 galt uns nie für unverbesserlich. Jetzt, wo der Augenblick zu Durchführung passender Reformen geeignet wäre, werden wohl hin- und herfahrende Wünsche ausgesprochen, aber kaum ist ein gemeinsames Einverständniß wahrzunehmen. Nur solche Reformen aber, welche vielseitig und gründlich vorbereitet sind, haben Aussicht auf dauerhaften Bestand."

Basel. In unserer Stadtgarnison ist gestern eine Meuterei ausgebrochen. Veranlaßt wurde dieselbe durch die körperliche Züchtigung zweier als nichtswürdige Subjecte bekannter Schweizersoldaten, genährt durch Wein und Aufstiftung in Schenken. Ungestüm auf Entlassung der etwa 30 Ausländer dringend, verlangte das Complott Befreiung der bereits Inhaftirten. Vergebens waren die Vorstellungen der Officiere und des Commandanten, selbst die Entlassung der nicht-schweizerischen Soldaten. Das Militärcollegium und der kleine Rath mußten sich versammeln um die geeigneten Maßregeln zu treffen. (Basl. Z.)

Basel, 8. Jan. In Folge der störrischen Bewegungen unter der Standestruppe ist auf heute 10½ Uhr die erste Compagnie des Contingents, der übrige Theil

---

För de Hand une segg (sage): „Godden Dag (guten Tag) du Esel!" „Dreemal um de Kerk (Kirche) is so gord as eenmal drin." „Von bäen (beten) kannst nich satt weren (werden)." — Wer etwa nun Gottlosigkeit dieser Leute aus ihren Sprüchwörtern folgern wollte, der würde durchaus irren; es fehlt ihnen die Wärme des Gefühls, der Schwung der Phantasie, diese Genien der gottesfürchtigen Ausdrucksweise. Im Leben ist der Oldenburger ein entschiedener Protestant, still, brav, spricht äußerst wenig und lebt die glücklichste Ehe von der Welt, und seine Kinder sind die gehorsamsten.

Zeitstimmen.

(Eigenes und Gesammeltes.)

Eine Freiheit, die wie ein Arzneiglas die Verordnung ihres Gebrauchs am Halse trägt ist eben keine Freiheit mehr. Gerade aus Religion soll der Staat sich nicht in die Religion mischen, damit er nicht durch diese Einmischung seiner ihr fremden Bestandtheile — das auf welchem Wege er es auch einfließen lassen mag, immer sofort gewittert wird — eine allseits unerquickliche Gährung hervorbringe, und das reine freiheitliche Leben ihr trübe. Oder kann der Staat etwa die Religion machen, oder auch nur etwas daran? Er wird vielmehr von ihr gemacht und getragen, eben weil seine nächste Lebensbedingung, die Sittlichkeit, nicht nach kategorischen Imperativen der formellen Vernunft sich construiren läßt, sondern wie Alles in demjenigen Unbedingten wurzelt, das die Philosophie das Absolute, der lebendige Glaube Gott nennt. —

Nur in der Gesammtheit des Volkslebens, nicht in dem Einzelwillen der Herrscher wohnt sittliche, bedingende Kraft. Wo dieses in innerstem und kräftigem Drange sich regt, da erscheint auf der Oberfläche des Lebens eine Fülle stets neuer, ungeahnter, wunderbarer Blüten, die der Einzelwille nicht zurückzudrängen vermag. Auch der mächtigste Herrscher muß sich dem unsichtbar wirkenden Geiste des Lebens fügen. Wo dasselbe nach allgemeiner Erschöpfung entschlummert, da spreizen sich zwar die von keiner Macht mehr gehemmten Herrscher, und der Mensch in ihnen entfaltet seinen ganzen herrschsüchtigen und gewaltthätigen Sinn; aber er personificirt hiedurch nur den ganzen eisernen Bann und Druck, dem das Gesammtleben von selbst verfiel; er bedingt es nicht.

Die Communisten, Socialisten, Republicaner, diese dunklen Gestalten und Triebwerke der Zeit ans Licht zu zwingen, wäre die eigentliche Aufgabe einer antirevolutionären Staatskunst. Es kann nur geschehen durch Begünstigung und Förderung der offensten und freiesten Ordnungen und Formen der Staaten. So hätte denn wohl jede wahrhaft staatsmännische Regierung in Deutschland auch anderes zu thun, als wie es oft geschieht, sich mit jenen Regungen gegen die allerdings mächtig gewordene Mittelclasse zu verbünden.

desselben und die Landwehr auf Nachmittags 2 Uhr aufgeboten. Um 11 Uhr bezog das Contingent die sämmtlichen Posten.

Italien.

Rom, 1. Jan. Die von dem Grafen Cesare Balbo in Turin verfaßte Adresse an den König von Neapel circulirt jetzt in Rom und wird mit unzähligen Unterschriften von Personen aller Stände versehen. (C. v. u. f. D.)

Rom, 2. Jan. Das neue Jahr hat hier unruhig begonnen. Diejenigen, welche sich auf Piazza del Popolo versammelt hatten, um nach dem Quirinal zu ziehen, waren, als sie dort auseinander getrieben worden, nach dem Capitol, und von da aus zu dem Fürsten Corsini gezogen, um dessen Fürsprache zu erbitten, durch welche er sie bei dem Papst von dem Verdacht vorgehabter Unschicklichkeiten reinigen sollte, was er auch gethan. Unterdessen waren die Wachen der Quartiere der Bürgergarde verdoppelt und verdreifacht worden. Abends patrouillirten selbst die Grenadiere, was nicht einmal während der Juliustage geschehen war. Cavallerie ritt auf, und soll Befehl zum Einhauen gehabt haben. Keinem aber wollte es gelingen, Unruhestifter zu entdecken. Der Fürst Borghese begab sich in der Corporaluniform selbst nach Trastevere, wo man von Tumulten sprach, er mußte sich überzeugen, daß alles auf übertriebenen Besorgnissen und ausgestreuten Sagen beruhe. Auf Monte Cavallo wurden sogar die Thore des päpstlichen Palastes geschlossen. Ein Gerücht trat mit dem andern in Widerspruch. Endlich gelang es diesen Morgen einigen der hiesigen Senatoren (nach andern allen acht) dem Papst eine richtige Vorstellung von dem im Volke lebenden loyalen Geiste beizubringen und er versprach nach Tisch anspannen zu lassen und sich in der Stadt zu zeigen. Dieß geschah auch. Um 3 Uhr fuhr er nach St. Peter und von da aus über den Corso nach dem Quirinal zurück. Ciceruacchio wußte ihn mit einer seit zwei Tagen viel umhergeschleppten Fahne zu erreichen, auf welcher die Worte standen: Santo Padre, giustizia al popolo che è con voi*) Mit derselben trat er auf den im Gefolge des Papstes befindlichen Wagen, und fuhr in diesem Aufzug mit ihm in den Quirinalischen Palast ein. Dort bedeutete ihm Pius IX, daß weder das Wetter noch seine Gesundheit die Benediction zu geben erlaube, und sie möchten sich ruhig nach Hause begeben. Als der friedliche Volksführer mit seiner Standarte aus dem Thor des Palastes heraustrat und der versammelten Menge die Worte: a casa (nach Hause) zurief, ging dieselbe rasch und ohne Murren aus einander. — Das Resultat ist wiederum, daß der Papst sich gleich bleibt, daß aber das Gouvernement noch immer nicht den rechten Tact zu finden weiß und bald barsch auftritt, wo es sich bedenken sollte, bald Schwäche zeigt, wo Ordnung und Strenge unerläßlich wäre. (A. Z.)

Rom, 3. Jan. Die Unruhen vom 1. und 2. d. M. sind durch die Behörden selbst insofern veranlaßt worden, als der von oben herab ertheilte Befehl, jede Demonstration selbst mit Gewalt der Waffen zu verhindern, die ganze Bewegung verursacht hatte. Als Fürst Corsini beim Papst erschien und ihm über die stattgehabten Unbilligkeiten ernste Vorstellungen machte, erklärte dieser, er wisse von nichts und versprach dem Volke Genugthuung. Diese bestand in einer Auffahrt durch dem Corso bei Gelegenheit eines dem Vatican abgestatteten Besuches. Er wurde mit ungeheuern Evvivas empfangen. Aufrührerische Rufe, die höchst ungerechter Weise auch gegen Monsign. Savelli gerichtet waren, blieben gänzlich im Hintergrund. Savelli hat nichts anderes gethan, als die Befehle des Staatssecretariats ausgeführt. Cardinal Ferretti hatte die militärischen Anordnungen auf dem Quirinal selbst getroffen. Dem Volke läßt sich, so weit man die Facta hat prüfen können, nichts zur Last legen. Es ist nicht einmal erwiesen, daß der kleine auf Piazza del Popolo versammelte Haufe die Absicht gehabt habe, nach Monte Cavallo zu ziehen. (A. Z.)

(Schluß des Motuproprio über die Reorganisirung des Ministerconseils.) Hierauf werden die speciellen Geschäfte der neun Minister in eben so vielen Titeln behandelt. Die ihnen zugewiesene Amtssphäre liegt großentheils schon in ihrem Titel ausgesprochen. Dem Ministerium des Innern kömmt unter anderm die Leitung des officiellen Journals und die Censur der periodischen Presse zu. Zum Geschäftskreis des Handels- etc. Ministers gehört auch die Erhaltung der Monumente des Alterthums. Unter dem Polizeiminister stehen insbesondere noch die Theater und Volksfeste. Cap. III. Zum Geschäftskreis des Ministerraths gehören: Die Beaufsichtigung der einzelnen Ministerien, die Berathung der Staatsgeschäfte, nachdem die Staatsconsulta sich darüber geäußert und bevor sie dem Souverän vorgelegt werden; die Entscheidung über Reclamationen gegen Erlasse einzelner Ministerien, die Ernennung gewisser höherer Beamten, während die niederen von den einzelnen Ministern, und Cardinäle etc. vom Papst unmittelbar ernannt werden. Cap. IV. Im Ministerrath führt entweder der Papst selbst oder der Minister des Aeußern den Vorsitz. In den ordentlichen Sitzungen sind nur die Minister gegenwärtig, zu den außerordentlichen können noch andere Personen gezogen werden. Jene finden wöchentlich einmal, diese auf Geheiß des Souveräns statt. Nachdem der Souverän entschieden hat, darf derselbe Gegenstand nur mit seiner ausdrücklichen Genehmigung wieder im Ministerrath vorgebracht werden. Cap. V. handelt von den Uditori. Es sind deren 24 — 12 geistliche und 12 weltliche. Nur nach vollendetem 25sten Jahre kann man in diese Körperschaft gewählt werden, auch ist es nöthig, daß man in Rom wohnen kann und auf einer Universität graduirt wurde. Sie beziehen keinen Gehalt haben aber nach 4 Jahren das Recht, um ein ihren Fähigkeiten u. s. w. entsprechendes Amt zu bitten. Cap. VI. Jeder Minister hat wöchentlich einmal regelmäßig Audienz beim Papste. Jeder hat bis zum März den Entwurf eines Programms vorzulegen, wie er sein Ministerium führen wolle. Diese Programme werden geprüft von einer aus den Ministern gewählten Commission welche hieraus ein allgemeines Programm ausarbeiten wird. Eben so soll ein Regiment über das Beamtenwesen zu Stande gebracht werden, dessen Grundzüge das Motuproprio feststellt. Es soll zum Beispiel die Aemtercumulation nicht gestattet seyn, kein Beamter abgesetzt werden, ohne daß ihm vorher Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben worden, die Beförderung nur nach Verdienst und niemals sprungweise stattfinden. Cap. VII. Dieses Motuproprio tritt mit dem 1. Jan. ins Leben. (C. v. u. f. D.)

*) Heiliger Vater, Gerechtigkeit dem Volke, das mit Euch ist.

Frankreich.

Paris, 7. Jan. Das „Journal des Débats von heute gibt eine Reihe diplomatischer Actenstücke betreffs Italiens, welche erweisen sollen, daß die französische Regierung stets für eine gesunde Reform in Italien gewesen. — Gegen die von staatswegen behinderten Vorlesungen von Quinet, Mickiewicz und Michelet legt die Oppositionspresse wiederholt Protest ein, da besonders letzterer für einen Studentenskandal während seiner Abwesenheit (es war die Thronrede gelesen und commentirt worden) nicht verantwortlich gemacht werden könne.

Großbritannien.

London, 6. Jan. Gegen Wellingtons Befürchtungen zählt der „Sun“ die englische Seemacht auf 671 Fahrzeuge aller Art, 233 worunter 88 Dampfschiffe im activen Dienst. — In Irland Drohbriefe Raub von Waffen, Geld, Lebensmitteln und Schafen.

Die Blätter theilen den Wortlaut der Rußell'schen Judenemancipationsbill mit. Dieselbe bestehe eigentlich in der Substitution einer Eidesformel, welche den Bekennern der jüdischen Religion statt der sonst vorgeschriebenen vorzulegen ist; sie enthält übrigens die genaue Aufzählung derjenigen Aemter, von denen die Juden nach wie vor ausgeschlossen sind, nemlich außer den mit der Kirche in England, Schottland und Irland verbundenen Aemtern von den höchsten Staatsstellen, namentlich der Lordkanzler-, Siegelbewahrer-, Lordlieutenants- und anderen Stellen.

Türkei.

Konstantinopel, 22. Dec. Die Cholera war in der letzten Woche wieder etwas im Zunehmen, besonders in den zu Stambul gelegenen Stadttheilen. In den fränkischen Bezirken Pera und Galata sind die Fälle viel seltener. — Das hiesige ministerielle Blatt bestätigt, daß die Pforte neuerdings ein Landgut am Bosporus käuflich an sich gebracht, um dasselbe ihrem frühern Geschenke an die britische Gesandtschaft beizufügen. (A. Z.)

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 10. Jan. Bayerische 3½ pCt. Obligationen 93 P., — G. Bayerische Bankactien II. Semester 1847 675 P., — G. Promessen per Stück Agio 78 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 104⅛ P., — G.; 4pCt. 92 P., — G.; 3pCt. 65½ P., — G. Bankactien II. Semester 1620 P., — G. Würtembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 86½ G. Darmstädter 50 fl.-Loose 76½ P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 86½ G.

Frankfurt, 9. Jan. Metall. 5pCt. 103⅞; 4pCt. 91; 3pCt. 66; Bankactien 1938; Taunus-Eisenbahn-Actien 356¼; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 56⅛; bayer. Ludwigs-Verbacher-Eisenbahn 86½; bayer. Ludwigs-Canal 62.

Wien, 8. Jan. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 103¾; zu 4pCt. in CM. 90; zu 3pCt. in CM. 65½; Bankactien per Stück 1616; Nordbahn 139¾.

Amsterdam, 7. Jan. 2½ pCt. 55; 3pCt. 66⅞; 4pCt. 85; Synd. 3½ pCt. 84¼; Handels-Maatschappy 163⅞; Ard. 15⁵⁄₁₆; port. 3pCt. 26; 5pCt. Metall. —.

Paris, 7. Jan. 3pCt. 74 Fr. 85 C.; 5pCt. 116 Fr. 85 C.

London, 6. Jan. Consols 85⅞.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 13. Januar: „Don Juan“, Musik von Mozart.

Fremdenanzeige.

Baier. Hof. HH. Kollmann, Baurath, Glöckler u. Heinemann, Privatiers v. Augsburg.

Gold. Hirsch. HH. Galie, Privatier von Kehl; Dyssard, Privatier v. Saarbrücken.

Hôtel Maulik. H. Bianco, Rentier v. Amsterdam.

Gold. Kreuz. HH. Landauer, Privatier von Hürben; Schnetter, Kaufmann v. Schweinfurt.

Blaue Traube. HH. Ehner, Fabrikant von Augsburg; Maison, Privatier v. Reichenhall; Martin, Assessor v. Traunstein; Baron v. Löwenstein v. Stuttgart.

Gestorbene in München.

Anna Maria Schneider, Schuhmacherstochter von hier, 73 J. alt; Mathias Nebauer, bgl. Weißbierbräuer von hier, 53 J. alt; Thomas Klein, Schlossergesell von hier, 55 J. alt; Anna Paulus, Chorregentenswittwe von der Au, 47 J. alt; Ludwig Emert, Steuerkataster-Graveur von hier, 62 J. alt; Magdalena Beck, Maurerswittwe von hier, 74 J. alt; Anna Schwarz, Privatierswittwe von Attal, Ldg. Wasserburg, 62 J. alt; Georg Kirchberger, b. Branntweiner, 46 J. alt; Magnus Schenk, Glasschleifer von der Au, 56 J. alt.

2238. (2a) Bei einer bedeutenden Auction in Bremen hatte ich Gelegenheit, eine

Partie Bremer- und Havanna-Cigarren

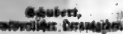
an mich zu bringen, und bin daher im Stande, solche für die Hälfte des reellen Werthes abzugeben. Der festgesetzte Preis per Kistchen von 100 Stück 48 kr. bis 2 fl. 42 kr. die feinsten.

Der Verkauf ist nur während der Dult **Theatiner-Schwabingerstraße unten im Laden dicht neben dem Gasthof zum goldenen Hirsch.**

J. Sachs aus Berlin.

Für die arme erblindete Zimmermanns-Wittwe Maria Ecker.

Den 11. Januar von G. . . . . 30 kr.



Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 11.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. im Münchener Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gasse Nr. 2½ auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 39 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Donnerstag | XLIX. Jahrgang. | 13. Januar 1848.

Die zwischen der päpstlichen Curie und dem kaiserl. russischen Gouvernement getroffene kirchliche Uebereinkunft.

In der päpstlichen Allocution vom 17. Dec. v. J. hatte der gefeierte Pius IX., welchen die Mitwelt einen großen Fürsten des Friedens zu nennen sich beeilt hat, große Tröstungen für größere herbe Erfahrungen aus dem glücklichen Fortgange der auswärtigen Missionen entnehmen wollen und allerdings ist es eine eigenthümliche, bisher nicht sehr gewürdigte Erscheinung, daß in dem Grade, als das Reich der römisch-katholischen Kirche sich in fernern Ländern ausdehnt, in dem Grade als das Akatholische sich dem Schooße der Kirche zu nähern beginnt, unter den Weltmächten die schwerwiegendsten Cabinette, das von St. James und von Washington vor dem römischen Stuhle die geschichtliche Nöthigung diplomatischer Anknüpfungen öffentlich bekennen, — in der nächsten Umgebung des päpstlichen Stuhles, ja mehr oder minder innerhalb der Marken der Kirche selber, Regungen, Bestrebungen und Bewegungen vorhanden sind, über welche das Herz des Papstes nach dem Wortlaut der erwähnten Allocution auf das tiefste betrübt ist, ja zusammenschaudert. Bei solchen Bewandtnissen hätte Pius IX. laut der Allocution von Herzen gewünscht, bezüglich der Stellung der römisch-katholischen Kirche in Rußland, über deren freundlicher gewordene Natur Berichte in den Zeitungen neuerst wiederholt umgelaufen waren, Erfreuliches und Tröstendes künden zu dürfen. Dieses betrübte eigenmündige Geständniß des Papstes schien in offenbarem Widerspruch zu stehen mit einem bald nach den Tagen der Allocution veröffentlichten sehr gnädigen Handschreiben des russischen Czar, welches die Verleihung der diamantenen Insignien des St. Andreas-Ordens an den in besonderer Mission am römischen Hofe verwendet gewesenen Grafen Bludoff begleitete, zumal es dem genannten Staatsmanne gelungen sey, die Unterhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle zu dem ihm vorgezeichneten gedeihlichen Ziele zu führen. Dazu die wie es schien, fast unerklärliche Erscheinung, daß auch der wirkliche bevollmächtigte Gesandte des russischen Hofes in Rom, Hr. v. Butenief am 18. Dec. v. J. dem kaiserl. Namensfest mit dem St. Alexander-Newsky-Orden geschmückt worden. Das Räthsel scheint durch eine uns aus sicherer Quelle gewordene Mittheilung gelöst, daß zur Zeit der Allocution die definitive Gewißheit und Meldung einer kirchlichen Uebereinkunft zwischen dem päpstlichen Stuhle und dem kaiserl. russischen Gouvernement in Rom noch nicht vorlag. Eine Uebereinkunft ist aber dennoch zu Stande gekommen und deßfallige definitive Mittheilung geschehen. Ohne uns ein Urtheil über Geist, Umfang und Zufriedenstellung der in Rede stehenden kirchlichen Uebereinkunft anmaßen zu wollen, theilen wir dieselbe ihren Hauptgrundzügen nach, wie solche uns aus guter Quelle zugekommen, den Lesern nachstehend mit, wonach dann auch unser nach der „Deutschen Zeitung" in Nr. 9. dieses Blattes unter Rußland gegebenes Raisonnement zu berichtigen ist. Der Hauptinhalt der zwischen der päpstlichen Curie und dem kais. russ. Gouvernement getroffenen kirchlichen Uebereinkunft lautet: „In Zukunft wird Rußland 7 katholische Diöcesen erhalten: Mohilew (Erzbisthum), Wilna, Walsch, Minsk, Lautzk, Zitamir, Kaminiek und Kherson. Diese letztere Diöcese wird neu gegründet und dotirt von der Regierung, und erstreckt sich bis Bessarabien, Tauris und den Kaukasus. Eine Circumscriptionsbulle wird die Grenzen dieser Diöcesen bestimmen, indem sie die zu jeder gehörigen Pfarreien aufnimmt. Der Bischof der neuen Diöcese Kherson genießt eine Rente von 4500 Silberrubeln. Das Capitel besteht aus 9 Canonikern, von denen zwei Dignitarien sind; das Diöcesanseminar mit 20 Zöglingen wird auf Regierungskosten unterhalten. Die Bischöfe und Suffraganen, sowohl in Rußland als in Polen werden nur nach jedesmal verhergehender Uebereinkunft zwischen dem kaiserl. Gouvernement und dem päpstlichen Stuhle ernannt, wonach ihnen der Papst die kanonische Einsetzung ertheilen wird. Die Leitung der geistlichen Angelegenheiten ist ganz dem Bischof überlassen; doch muß von demselben in wichtigeren Gegenständen, wie z. B. Ehesachen, Streitigkeiten über Kirchen-Eigenthum rc. rc. das Diöcesanconsistorium vorher mit berathender Stimme gehört werden. Die Mitglieder des Consistoriums sind Geistliche, die vom Bischof mit Zustimmung der Regierung hiezu ernannt werden. Unterricht, Lehre und Disciplin in den Seminaren werden nach den Vorschriften des Kirchenraths von Trient der Leitung und Aufsicht des Bischofs untergeben. Vor der Ernennung eines Rectors, Professors oder Lehrers hat sich derselbe jedoch zu vergewissern, ob die Regierung in weltlicher Beziehung keine Einwendung dagegen erhebe. Der Erzbischof von Mohilew hat ungefähr dieselben Vorrechte. Die Pfarrer werden vom Bischof mit Zustimmung der Regierung, vorbehaltlich der Patronatsrechte und nach vorgängigem Examen ernannt. Was die Kirchen anbelangt, so werden diese von den Gemeinden freiwillig hergestellt; die Regierung gibt aber die Hoffnung, Beiträge zu leisten und die Pfarreien nach Bedürfniß zu vermehren. Nach gegenseitiger Ratification wird ohne Verzug zur Ernennung der Bischöfe geschritten werden."

Deutschland.

Ergebnisse der Leipziger Conferenz in Bezug auf die deutsche Wechselordnung.

(Fortsetzung.)

Sichtwechsel müssen binnen zwei Jahren zur Annahme (oder Zahlung) vorgezeigt und in Ermangelung derselben protestirt werden (§§. 19, 20 und 21.) Man hat hier die sowohl dem preußischen Entwurf wie dem Code de commerce zu Grunde liegende Ansicht, als könnte eine solche Bestimmung nur für die im Inland zahlbaren Sichtwechsel getroffen werden, mit Recht verlassen und ist sogar weiter gegangen, als das für Frankreich erlaßene Gesetz vom 19. März 1817, welches die vom Inland auf das Ausland gezogenen Sichtwechsel erwähnt, dagegen die vom Ausland gezogenen vergessen hat. Die Bestimmung ist dadurch sehr vereinfacht, daß nur eine einzige Frist statt mehrerer nach der Entfernung bemessener Fristen beliebt wurde. Auch in Bezug auf die Annahme ist keine Form vorgeschrieben; die Unterschrift des Bezogenen auf der Vorderseite des Wechsels ist genügend (§. 21.) Bedingungen und Beschränkungen der Annahme hatte man schon beschlossen, für nicht geschrieben zu achten, besann sich aber noch bei Zeiten eines Bessern; sie sind als Verweigerung der Annahme anzusehen, d. h. der Inhaber kann protestiren lassen und den Rückgriff nehmen — der Bezogene haftet dem ungeachtet aus seiner Annahme. Nur bezüglich der Summe muß der Inhaber sich eine beschränkte Annahme gefallen lassen, d. h. er kann nur wegen des nicht angenommenen Betrags protestiren und den Rückgriff nehmen (§. 22.) Der Bezogene wird durch die Annahme auch dem Aussteller zur Zahlung des Wechsels verpflichtet (§. 23.) Wird die Annahme verweigert, so kann der Inhaber Sicherheit für künftige Zahlung des Wechsels von seinen Vormännern verlangen; Jeder derselben hat das gleiche Recht in Bezug auf seine Vormänner, ohne den

---

Gunhild von Schweden.

(Geschichtliche Novelle von M. v. St.)

(Fortsetzung.)

Als Gunhild endlich unter dem Jubel des Volkes und den glühenden Dankgebeten der Priester die Gemächer ihrer Königsburg wieder betrat, wartete ihrer ein neuer Sieg, dem Weibe ungleich schmeichelhafter als die, welche die heldensinnige Königin so eben errungen hatte. Gorms, der wilde Herrscher der Norweger, ein stattlicher Held, in schönster Blüte der Mannesjahre, hatte sie erblickt, als sie stralend wie eine Göttin durch ihrer Krieger Reihen dahinflog, und vollständiger als der Sieg ihrer Waffen über seine Völker, war der ihrer Schönheit über sein Herz gewesen. Stürmisch und wild in seinen Leidenschaften, die er nie zu zügeln gelernt, erfüllte das Verlangen nach dem Besitz des herrlichen Weibes seine ganze Seele; daher waren Gesandte mit reichen Gaben in Upsala erschienen, um die Hand der Königin zu werben, und ihr die Vereinigung Skandinaviens und Norwegens anzubieten. Ohne einen Augenblick des Bedenkens, ward dieser Antrag von ihr verworfen, da, wenn sie auch nicht gelobt hätte, nie wieder eines Mannes Weib zu werden, ihr Herz längst in heißester Leidenschaft Erich's Bild umfaßt hielt, sie aber auch ohne das feierliche Gelöbniß nie eingewilligt haben würde, den freien Nacken für den Preis eines zweiten Reiches unter das Joch eines Mannes, wie Gorms, zu schmiegen. Mit Bestimmtheit wurden daher unter dem Vorwande des Gelübdes des Königs Anträge abgelehnt; doch geschah es unter dem mildernden Vorschlage, die Vereinigung beider Reiche noch auf einige Jahre hinauszuschieben, und dann den reiferen Sven mit der einen Tochter des Königs aus dessen früherer Ehe zu vermählen. Wohl ergrimmte der Gewaltige über den unerwarteten Schimpf, wie er seine verfehlte Hoffnung nannte, und hätte nun gern die erst so heiß Geliebte unter der ganzen Wucht seines Grolles zernichtet, allein langhin mußte er die Rachestunde vertagen; denn er hatte geschworen, durch zehn Jahre Skandinaviens Boden nicht wieder feindlich zu betreten, und überdem hatten ihn Ungestüm und Habsucht eben in einen Krieg mit den verwegenen Angelsachsen verwickelt, da er durch seine Gattin, eine Tochter des Königs von Weß-Sex, Ansprüche auf einen Theil dieses Reiches zu haben vermeinte, welche aber die Brüder der verstorbenen Königin Wallamora nicht anerkennen wollten.

Doch ach! nur zu bald schwanden die Träume von Glück, in die sich das beruhigte Skandinavien gewiegt. Kaum sah Gunhild ihre Grenzen nicht mehr bedroht und ihre Macht befestigt, als sie nach und nach die Schleier sinken ließ, in denen sie so meisterlich ihr eigentliches Selbst verhüllt hatte. Wie sie längst im Stillen das einst vor den Fürsten des Landes abgelegte Gelübde gebrochen, so ließ sie bald vor den Augen der Welt den Günstling von Würde zu Würde, von Macht zu Macht emporsteigen. Zahlloser auch als je fielen an den

Beweis führen zu müssen, daß er selbst Sicherheit geleistet; der Besitz des Protestes reicht zur Legitimation hin (§§. 25—28.) Außerdem kann, auch nachdem der Wechsel angenommen wurde, Sicherheit von den Vormännern begehrt werden, wenn der Acceptant seine Zahlungen eingestellt hat, oder wenn wider denselben eine Execution fruchtlos ausgefallen: oder Personal-Arrest erkannt ist (§. 29.) Der code de commerce gestattet bekanntlich im Falle eines Concurses des Bezogenen wegen Nichtzahlung zu protestiren und den Rückgriff zu nehmen, wodurch die Vormänner gezwungen werden, vor dem Verfalltag zu zahlen und dadurch die Zinsen zu verlieren, welche dem Inhaber ohne hinreichenden Grund zu gut kommen. Dieses wird durch obige Bestimmung verhütet. Die §§. 30 — 35 enthalten Vorschriften über Berechnung des Verfalltags, die §§. 36 — 40 handeln von der Zahlung. Der erste Absatz des §. 36 enthält einen Satz, der mehr in ein Lehrbuch als in ein Gesetz paßt. Dagegen spricht der dritte Absatz den wichtigen Grundsatz aus, der Zahlende sey nicht verpflichtet die Aechtheit der Indossamente zu prüfen. Im code de commerce wagte man noch nicht so weit zu gehen; nach langer Discussion im Staatsrath einigte man sich nur so weit, daß man im Art. 145 festsetzte: Celui qui paie une lettre de change à son échéance est présumé valablement libéré. Man wollte damit andeuten, daß die Gültigkeit der Zahlungen von den Umständen abhänge, und namentlich dann bestritten werden könne, wenn der Zahlende dolos oder culpos gehandelt habe. Dies scheint durch § 36. des Entwurfs abgeschnitten, doch ist die Frage nicht gelöst, ob der Bezogene an eine ihm unbekannte Person mit Sicherheit zahlen könne. Wie aus den Protokollen ersichtlich, wurde der Antrag eine dahin zielende Bestimmung in den Entwurf aufzunehmen, verworfen. Die Frage wird daher nach den Civilgesetzen eines jeden Staates zu entscheiden seyn, was sehr zu bedauern ist. — Nach §. 37 ist es gestattet, den Wechsel in bestimmter Münze zahlbar zu stellen, durch Beisetzung des Wortes „effectiv“ während nach andern Wechselgesetzen ein Wechsel immer in derjenigen Münze bezahlt werden muß, auf welche er lautet. Theilzahlungen muß der Inhaber annehmen, er kann nur wegen des Restes protestiren (§. 39). Der preußische Entwurf hatte dagegen dem Inhaber gestattet, Theilzahlungen zurückzuweisen, was keineswegs im Interesse lag. Meldet sich der Inhaber nicht am Verfalltag, so kann der Acceptant die Wechselsumme hinterlegen (§ 40.). Die §§. 41—45 handeln von dem Regreß wegen Mangel Zahlung, unstreitig der schwierigste Theil des ganzen Entwurfes, der auch zu den längsten Verhandlungen Veranlassung gegeben. Man darf aber behaupten, daß die hier einschlagenden Fragen auf völlig befriedigende Weise gelöst wurden, und daß man auch hier wo schon so viele Gesetzgebungen gescheitert sind dem materiellen Rechte über die bloße Form den Sieg zu verschaffen wußte, was selbst den so practischen Franzosen und den im Handel besonders erfahrenen Holländern nicht in gleichem Maße gelungen ist. Es mag zwar auffallen, daß in §. 41 zwei Protesttage gestattet sind; dieß geschah aber, weil die hamburgischen Bevollmächtigten erklärten, nur unter dieser Bedingung beitreten zu können; eben so wurde im Interesse von Bremen, Augsburg, und andern Städten auf die daselbst bestehenden Zahl- oder Cassiertage Rücksicht genommen (§. 93). Dagegen sind alle Respecttage abgeschafft (§. 33). Der Beisatz: „ohne Kosten“, den der preußische Entwurf verworfen hatte, ist wieder zugelassen (§. 42.) was für den Kleinhandel nicht ohne Bedeutung ist. Dem Acceptanten gegenüber bedarf man keines Protestes (§. 44), wovon jedoch für Domicil-Wechsel eine durch die Natur des besondern Verhältnisses begründete Ausnahme gemacht ist (§. 43.) Der Rückgriff auf die Vormänner hängt allein von der rechtzeitigen Protesterhebung ab (§. 41); zwar soll der Inhaber seinen Indossanten, dieser den seinigen u. s. w. binnen zwei Tagen von der Nichtzahlung des Wechsels brieflich benachrichtigen; doch ist hievon der Regreß selbst nicht abhängig gemacht. Die Unterlassung verpflichtet nur zum Schadenersatz §. 45.) Die Zeit binnen welcher der Rückgriff genommen werden muß, ist drei Monate für die in Europa, sechs Monate für die in den Küstenländern von Asien und Afrika längs des mittelländischen und schwarzen Meeres, achtzehn Monate für die in den übrigen außer-europäischen Ländern zahlbaren Wechsel (§§. 78 und 79.) Der Acceptant haftet dagegen 3 Jahre (§. 77,) ebenso der Aussteller eines eigenen Wechsels (§. 100.) Diese Verjährung wird nur durch Behändigung der Klage oder Streitverkündung unterbrochen (§. 80); warum nicht auch durch Anerkennung der Schuld? Die Verträge, welche mittelst des Rückgriffs gefordert werden können, sind in §§. 50 und 51 ganz genau bestimmt; man hat auch dafür Sorge getragen, daß alle Zweifel, welchen der code de commerce des Ricambio Raum gegeben hat, beseitigt wurden. (Schluß folgt.)

Bayern.

††München, 12. Jan. Die Stelle eines Kronanwaltes wurde dem Staatsschuldentilgungs-Commissions-Rath Johann Baptist Graf, unter Gleichstellung desselben im Gehalte, Titel, Rang und der Uniform mit den übrigen Finanzministerialräthen provisorisch verliehen.

Baden.

Heidelberg, 8. Jan. Nach langem Kampfe wird nun doch unsere Stadt eine Gasbeleuchtung erhalten. — Das Lehrpersonal unserer Universität wird mit einem tüchtigen Docenten vermehrt. Es wird nämlich Dr. Höffken schon im nächsten Halbjahr über National-Oekonomie und deutsche Handelspolitik lesen. — Darf man aus den Aeußerungen der während der Ferien hier anwesenden Abgeordneten schließen, so wird man jedenfalls die Keßlersche Maschinenfabrik zu unterstützen suchen. (Schw. Mkr.)

Kurhessen.

Ueber die Vorgänge bei der Beerdigung eines Deutschkatholiken in Hanau ist bei dem dortigen Landgericht eine Criminaluntersuchung eingeleitet worden.

Preußen.

Die Stadtverordneten von Hirschberg hatten in ihrer Sitzung am 28. v. M. eine Commission von fünf Mitgliedern ernannt, die in Gemeinschaft mit dem dortigen Landtagsabgeordneten, Herrn Ungerer, den neuen Strafgesetzentwurf berathen sollte, um sodann eine Adresse oder Petition an den Ausschuß des vereinigten Landtags zu richten. Hierauf ist, wie aus „zuverlässiger Quelle“ der Schles. Chronik mitgetheilt wird, von der Liegnitzer Regierung an den Hirschberger Magistrat die Weisung ergangen, die Berathungen jener Commission sofort zu inhibiren.

Schleswig-Holstein.

Die fiscalischen Anklagen wegen der Vorbereitung und Veranlassung der Nortorfer Vorgänge vom 14. Sept. 1846 sind jetzt wieder zur öffentlichen Verhandlung vor dem holsteinischen Obergericht angesetzt, und zwar die Anklage gegen Th. Olshausen auf den 6. März 1848, die gegen Tiedemann auf den 13. März, die gegen den Advocaten Wiggers in Rendsburg auf den 20. März, die gegen Dr Lorentzen auf den 27. März und endlich die gegen Rohwer jun. zu Holtorf auf den 3. April.

Freie Städte.

Frankfurt, 9. Jan. Das Haus Kusel in Karlsruhe hat (wie bereits gemeldet) sich in Folge der Haber'schen Katastrophe nun ebenfalls genöthigt gesehen, seine Zahlungen einzustellen. Die Passivsumme soll etwa eine halbe Million Gulden betragen. Da das Haus seit etwa zwanzig Jahren eine Kommandite in Frankfurt unterhält, so werden hier durch diesen Unfall abermals bedeutende Verluste erlitten. Eines unserer ersten Bankhäuser soll mit 80,000 fl. betheiligt seyn. Die handelsbrieflichen Mittheilungen aus dem Großherzogthume Baden lauten sehr betrübend. (C. v. u. f. D.)

Schweiz.

„Schweizer Blätter“ schreiben: Das Decret des Großen Raths von Freiburg, betreffend das Zwangsanlehen sagt: „1) Die provisorische Regierung ist zur Erhebung eines Zwangsanlehens bis zu dem Betrag von 300,000 Fr. ermächtigt. Sie wird sich mit dem Vorort verständigen um alle andern geforderten Garantien für die Entrichtung der restirenden Schuld des Kantons gegen die Eidgenossenschaft zu geben. 2) Dieses Anlehen wird wesentlich auf die Urheber und Anstifter des Kriegs, unter Anrechnung der eingezahlten Summen bei einem fernern Decret oder Urtheil, und auf die Rentiers und Capitalisten fallen. Es wird außerdem zu freiwilligen Unterzeichnungen aufgefordert werden. Ueber die Maßregel gegen die Klöster wird erst am 10. Beschluß gefaßt. Einstweilen lief ein Schreiben des hochw. Bischofs ein, worin dieser sein Bedauern über alle von der provisorischen Regierung gefaßten und ausgeführten Maßregeln ausdrückt und besonders gegen die in dem bekannten Projekt beantragten Beschlüsse, den Beutel und die Immunitäten der Geistlichkeit betreffend, sich verwahrt, ja sogar die Regierung mit dem Bannfluch bedroht. Das Schreiben wurde an die Petitionscommission gewiesen. — Im Courr. Suisse ist eine Protestation des Bischofs von Sitten zu lesen, welche im Großen Rathe von Wallis am 29. Dec. verlesen wurde. Der Bischof wahrt die Rechte der Kirche (so z. B. die kirchlichen Immunitäten) gegenüber den Beschlüssen der am 2. Dec. zu Sitten abgehaltenen Volksversammlung. — Das bischöflich baselsche Ordinariat (Sitz in Luzern) hat an die provisorische Regierung des Kantons Zug ein versöhnliches Schreiben erlassen, worin gesagt ist: „Ich habe, um Ihrem Wunsche, ein Circular an die Hochwürdige Geistlichkeit des Kantons Zug erlassen zu wollen, zu entsprechen, sogleich unter heutigem Datum an meinen Hochwürdigen Herrn Commissär den Auftrag ergehen lassen, in meinem Namen ein ernstes Wort der Warnung und der Ermahnung an die Hochwürdige Geistlichkeit des Kantons zu sprechen, durch welches sie angewiesen werde, sich niemals, ihre heilige Amtsstellung und hohe priesterliche Aufgabe vergessend, in irgend ein leidenschaftliches Parteigetrieb

---

Altären der mit der Königin verbündeten Priester die Opfer des Fanatismus durch die unersättlichen Opfermesser. Schwelgerische Feste rafften des Landes Mark dahin, vergebens suchte der Völker Stimme das Gehör der Königin, vergebens waren die Erinnerungen an die Versprechungen der ersten schönen Zeit. In Erich's Herzen war längst Verachtung an die Stelle der Leidenschaft getreten; denn selbst der Schlechte ist nicht blind für das Schlechtere. Er haßte überdem in ihr die Verführerin, die ihn zuerst auf den blumengeschmückten Pfad des Lasters gelockt, auf welchem er nun in sinnbetäubendem Genusse, von Verbrechen zu Verbrechen forttaumelnd, immer sicherer in dem Vertrauen wurde, der Stern seines Glückes dürfe gar nicht untergehen. (Fortsetzung folgt.)

Mannigfaltiges.

„Ueber das Mitleid, seinen Ursprung, und seinen bisher viel zu wenig beachteten Einfluß auf das Glück der ganzen menschlichen Gesellschaft,“ psychologisch und historisch betrachtet von Hofrath Dr Perner. (Aus dem Jahresberichte des von ihm gegründeten Münchener-Vereins gegen Thierquälerei unter der Vorstandschaft Sr. Hoheit des Prinzen Eduard von Sachsen-Altenburg, Herzogs zu Sachsen, für 1846.*)) Möchte Jedermann, dem diese kleine Abhandlung zu Gesicht kommt, sie zu durchgehen, zu prüfen und weiter zu verbreiten, durch die Erwägung bestimmen lassen, „wie oft schon nach dem Zeugnisse der Geschichte die für die Menschheit nützlichsten Unternehmungen bei ihrem Entstehen verkannt, ja verspottet und verfolgt wurden, wie ihre Urheber die durch Geist und Rang mächtigsten Zeitgenossen vergeblich um Unterstützung anriefen, wie man sie hilflos ins Grab steigen ließ — und nach ihrem Tode bedauerte.“ (Aus des Verfassers früher schon veröffentlichten Schreiben an die berühmtesten Schriftsteller unserer Zeit.) — Der Verein, am 11. Juni 1842 von Sr. Maj. dem Könige von Bayern genehmigt, war bei seinem Entstehen der Gegenstand des Spottes und des Witzes vielleicht mehr, als noch irgend eine andere gute Sache, höchstens vielleicht den Satz, daß die Erde sich um die Sonne drehe, die Entdeckung von America und den Genuß der Kartoffel ausgenommen, und jetzt, nach 4 Jahren, steht er als der größte Verein seiner Art in Europa da, anerkannt von allen Regierungen und geistlichen und weltlichen Autoritäten, und ist nicht mehr ein Verein für München, sondern für fast ganz Europa, da fast in

*) Auf besondere, vielseitig und wiederholt an uns gestellte Wünsche hin wird die Angelegenheit des Vereins gegen Thierquälerei in umfassenderen Mittheilungen dem Publikum hiemit vorgeführt.

A. L. H.

hineinzuwerfen und den Boden der weltlichen Politik zu betreten, anderntheils vorzüglich durch ihr eigenes Beispiel des Gehorsams und der Ehrfurcht gegen die bestehende Obrigkeit alles Mögliche dazu beizutragen, damit die allgemeine Ruhe, Ordnung, Friede und Wohlfahrt befördert werde. Ich zweifle nicht, daß dieses Wort sich des besten Erfolges zu erfreuen habe. Es bleibt mir also nur noch übrig, die gesammte Hochwürdige Kantonsgeistlichkeit Ihrem hohen Wohlwollen bestens zu empfehlen, und Sie zu bitten, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung und Ergebenheit zu genehmigen. Hochdero dienstbereitwilligster † Joseph Anton Salzmann, Bischof von Basel." — Im Kantonsblatt von Luzern ist Hr. Schuldheiß Siegwart wegen Landesverraths und Veruntreuung eidgenössischer Gelder und Hr. Regierungsrath Hautt wegen Verdachts des letzteren Verbrechens zur Einbringung ausgeschrieben.

Der St. Galler Erzähler will wissen, daß der letzte Artikel des Oesterreichischen Beobachters in Betreff der schweizerischen Angelegenheiten und des Verhältnisses der Mächte zu ihnen von dem zur katholischen Kirche übergetretenen ehmaligen Antistes von Schaffhausen, jetzigen kk. Hofrath Hurter herrühre.

Italien.

Die Versichtsmaßregeln, welche man in der Sylvesternacht getroffen hatte, waren durch den Glauben veranlaßt, das gemeine Volk wolle die Jesuitenhäuser stürmen. Es wurde daher jede Wache der Bürgergarde um 100 Mann verstärkt, die Gewehre wurden geladen und die Oberstlieutenants waren consignirt. Es fiel indeß nichts vor, was die rege gemachten Besorgnisse gerechtfertigt hätte.

Die „Gazzetta di Genova" bringt aus Neapel Nachrichten bis zum 29. Nov. Nach denselben wiederholten sich an den Abenden des 24. und 25. Dec. die Zusammenrottungen zahlreicher als je. Sie sind von der bewaffneten Macht zerstreut worden. Am letzten Abend erhielt die Stadtgarde, weil sie sich weigerte, mit den Schweizer Truppen zu Unterdrückung der Aufläufe thätig zu seyn, auf Befehl des Königs Arrest im Kastell S. Elmo.

Nach einem Schreiben aus Turin vom 29. Dec. in der Patria geht die Protestation von neun Bischöfen, worunter der Erzbischof von Turin, gegen die Aufhebung der geistlichen Censur. Der heftigste Protest kam von Monsignor Losana, Bischof von Biella, der sonst von den Liberalen und auch von Gioberti gelobt wurde. Der Bischof von Pinerolo und einige andere haben, da der König ihrem Protest nicht willfahrte, ihre Entlassung eingeschickt. Der König nahm sie an. Andererseits erfährt man, daß der Bischof von Angennes einen Kapuzinerprediger, Fra Valentino, der auf der Kanzel Gioberti und seine Leser verflucht hatte, suspendirt hat. — Der Herzog von Genua, zweiter Sohn des Königs, ist mit einer sächsischen Prinzessin verlobt.

Aus Modena. Wie die Patria berichtet, sind Guastalla und das Gebiet jenseits der Enza, welche laut dem Vertrag vom 28. Nov. 1844 nach dem Tode der Herzogin von Parma an Modena fielen, bereits von dem Herzog in Besitz genommen. — Die „Gazzetta Piemontese" berichtet, am 27. Dec. seyen 350 österreichische Infanteristen in Parma eingerückt.

Frankreich.

Paris, 8. Jan. Die Berathung über die Adresse in der Abgeordnetenkammer wird wahrscheinlich am 17. beginnen; man nennt Hrn. Vitet als vermuthlichen Berichterstatter. — Die französische Academie hat an die Stelle des Hrn. Ballanche Hrn. Vatout, Bibliothekar des Königs, zum Mitglied ernannt. — Vor einigen Monaten wurde in Lothringen bei Forbach, zwischen Metz und Saarbrücken, in einer Tiefe von 120 Metern ein reiches Steinkohlenlager erbohrt; ein Fund von größter Wichtigkeit für das Elsaß und Lothringen, so wie auch für Deutschland, sofern dadurch der Preis der Saarbrücker Steinkohlen herabgedrückt werden muß. Das Forbacher Lager, eine Verlängerung des Saarbrückischen, wurde von Hrn. Kind, bekannt durch sein eigenthümliches Bohrsystem, erbohrt. — Hr. Pethion, Sohn des bekannten Mannes aus der Revolutionszeit, ist in Trevoux, 79 J. alt, gestorben.

Den Blättern zufolge sieht man den Grafen Molé jetzt öfter als je in der Umgebung des Herzogs v. Nemours des nächsten Regenten der Franzosen. — Espartero's des Siegesherzog Gemahlin ist am 5. mit Familie in Bordeaux angekommen. Die Blätter bringen nach einer gerichtlichen Denkschrift von Petit Belege, wie dieser von einem Guizot'schen Beamten zwei Aemter erkauft habe.

Die Regierung hat sich vorläufig entschlossen, bei Mehemed Ali in Aegypten anfragen zu lassen, ob er Abd-el-Kader aufzunehmen und unter geeigneter Aufsicht zu halten geneigt sey, zugleich aber auch auf Abd-el-Kader selbst einzuwirken, um ihn wo möglich zu vermögen, selbst sein Verlangen, nach Aegypten gebracht zu werden, zurückzunehmen. Man bietet ihm dafür den Aufenthalt in Frankreich an, wo die Regierung bereit wäre, allen billigen Wünschen desselben zu willfahren, namentlich auch durch den Bau einer Moschee an seinem künftigen Aufenthaltsorte für seine und seines Gefolges religiöse Bedürfnisse Vorsorge zu treffen. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 6. Jan. Die auf Januar für einheimische Eisenbahnen verfallenen Einzahlungen betragen 4,470,078 Pf. St.

Wie Lord Arundel, so hat auch eine andere Stütze der katholischen Kirche im englischen hohen Adel, Graf Shrewsbury, Haupt des berühmten Hauses Talbot, an den Erzbischof von Tuam in strengen Worten wegen der angeblich von katholischen Priestern ausgegangenen Aufreizungen des irischen Landvolks gegen die irische Aristokratie sich gewendet und die Antwort des Erzbischofs an Lord Arundel für Sophisterei erklärt.

Bücher-Schau.

Die zwei Schwerter Gottes auf Erden. Vaterländische Betrachtungen von Friedrich Freiherrn von Bernhard, auf Erolzheim und Edelbeuern in Schwaben. Erlangen, bei Th. Bläsing. 1847.

Wer durch Stellung und Beruf sich innerlich gedrungen fühlt, in vaterländischen Angelegenheiten das Wort zu ergreifen, hat heutzutage mehr als jemals die Verpflichtung, dieß nicht zu unterlassen, vielmehr seine Gesinnung wahr und furchtlos darzulegen. Unsere Zeit strebt (und Niemand halte dieß für ihre schlimmste Seite) dahin, eine durch und durch öffentliche zu werden. Die Gedanken drängen sich, gut oder böse, fruchtbar oder zerstörend, immer mächtiger und rascher zum vollen Tageslichte hervor, und eilen gerade deßhalb ihrer entschiedensten Sonderung, ihrem unausweichlichen ernsten Gerichte unaufhaltsam entgegen. Wer unter solchen Umständen, da ihm Pflicht geworden zu reden, schwiege, den müßte der Vorwurf belasten, er habe verabsäumt, den Baustein, der ihm am nächsten lag, unverdrossen und selbst auf die Gefahr hin, daß er verworfen werde, zum Neubau des Vaterlandes herbeizuschaffen. Der Verf. des vorliegenden Buches, das wir zu den geist- und gehaltvollsten derjenigen zählen, die über deutsche Verhältnisse neuerlich erschienen sind, gehört zu den (nicht zahlreichen) Schriftstellern, welchen es innere Beruhigung gewährt, Freund und Feind gegenüber die eigene Gesinnung ohne Rückhalt und Nebenabsicht ausgesprochen zu haben. Er legt ein Saatkorn in die Erde, von dem er gute Früchte hoffen darf; dort mög' es treiben und sprossen, und sich selber die Bahn zu Luft und Sonne brechen; dem Säemanne fehlt der Glaube nicht, daß Triebkraft in dem Körnlein wohne; die Förderung des Wachsthums aber stellt er wie billig jener höhern Macht anheim, welche die Weltschicksale lenkt. Der Standpunct des Verfassers, von dem aus er die gegenwärtige und künftige Beschaffenheit des weltlichen und des geistlichen Schwertes, des Staates und der Kirche in Deutschland, aus ihrer Vergangenheit beleuchtet, ist der positiv christliche und zugleich der nationale. Es konnte ihm dabei nicht entgehen, daß er sich gerade in die Mitte der beiden feindlichen Heereslager stelle, in welche sich Deutschland zu spalten droht. Denn wenn einerseits der christliche Glaube mehr und mehr zu einem unhistorischen und des objectiven Gehaltes entbehrenden für Viele, die ein lebhaftes Nationalgefühl in sich tragen, sich verflüchtigt hat, so gilt andrerseits nicht Wenigen, denen an der Bewahrung der Religion auf dem Grunde des kirchlichen Lebens gelegen ist, das Element der Nationalität in seiner sichtlich zunehmenden bewußtvollen Erstarkung als ein für die Allgemeinheit des Glaubensbandes hinderliches und selbst gefahrdrohendes. Wie nun der Irrthum auf beiden Seiten liegt, da dort die Tiefe der christlichen Erkenntniß abhanden gekommen ist, hier die richtige Erfassung der dem Christenthum keineswegs widerstrebenden, vielmehr erst durch dasselbe zur Verklärung gelangenden Nationalität mangelt, so bekämpft die Ansicht des Verfassers allerdings die beiden bezeichneten Parteien, bahnt aber auch ihre Versöhnung dadurch an, daß diese Ansicht, was beide an wesentlichem Gehalte aufzuweisen haben, in sich trägt, und nur das ausscheidet, was den Bestand jener Parteien für die Dauer unhaltbar macht. Die Bernhard'sche Schrift, die in diesem Sinne (nicht indem flach sich accommodirenden) eine irenische genannt werden kann, geht von dem Gedanken aus, daß wie der Menschheit im Großen, so den Völkern in gewisser Hinsicht eine unsterbliche Individualität und Persönlichkeit zukomme, und gemäß den jedem Volke verliehenen besondern Kräften auch Jedem, wie dem einzelnen Menschen ein besonderer Beruf, eine Bestimmung und Aufgabe von der Vorsehung zugewiesen sey, die es in dem großen Weltgange und für dasselbe zu lösen hat. Ja der Verfasser geht noch weiter durch die Behauptung, daß die allgemeinen Ideen nur als geistiger Inhalt in der einen oder andern Nationalität ein reelles Dasein haben, und erst durch ihre le-

---

ganz Europa seine Grundsätze in den Schulen und im Volke verbreitet und in landesherrliche Verordnungen aufgenommen und Vereine nach seinem Vorbilde gegründet werden. Er zählt jetzt 147 Filialvereine und über 5,000 Mitglieder aus allen Ständen und zum Theil aus sehr entfernten Ländern, namentlich folgende allerhöchste und höchste Personen (der Zeitfolge des Beitrittes nach). JJ. kaiserl. und königl. Majestäten, Hoheiten und Durchlauchten: 1) Prinz und 2) Prinzessin von Sachsen-Altenburg, Herzogin zu Sachsen; 3) Kronprinz und 4) Prinz Luitpold von Bayern; 5) regierende Fürstin von Hohenzollern-Hechingen; 6) Herzogin Wittwe und 7) Herzogin von Leuchtenberg; 8) regierender Fürst und 9) regierende Fürstin von Schwarzburg-Sondershausen; 10) Königin von Bayern und 11) Sachsen; 12) Herzogin Amalie Auguste von Sachsen; 13) Königin von Preußen; 14) Erbprinz von Hohenzollern-Sigmaringen; 15) Erbprinzessin von Hohenzollern-Sigmaringen; 16) Louise Prinzessin Friedrich von Preußen; 17) regierende Herzogin von Altenburg; 18) Prinz Adalbert und 19) Herzog Max von Bayern; 20) Erbgroßherzog und 21) Erbgroßherzogin von Hessen-Darmstadt; 22) Wilhelm Graf von Württemberg; ferner haben 23) Großfürstin Anna Feodorowna von Rußland; 24) Kronprinz von Schweden und Norwegen; 25) die verwittwete Kaiserin von Brasilien; 26) Fürst von Reuß; 27) Fürst von Schwarzburg-Rudelstadt; 28) Herzog von Anhalt-Köthen und 29) von Anhalt-Dessau außerordentliche Beiträge geleistet. — Fast in ganz Europa bestehen jetzt, großentheils durch uns hervorgerufen oder erhalten, Vereine gegen Thierquälerei, nach unsern Versendungsverzeichnissen werden unsere Schriften und Aufsätze, in 100,000 und Millionen von Exemplaren gedruckt, regelmäßig an mehrere hunderte von Orten in Europa versandt, sie sind und werden in viele Sprachen, z. B. in die italienische, französische, slavische, slavonische, krainische, illyrische, böhmische, croatische rc. übersetzt, besonders wichtig werden die in diesem Jahr theils entstandenen, theils weiter ausgebildeten Vereine in Paris, Linz, Salzburg, Wien, Pest, Görz in Illyrien, Freiburg in Baden, Dresden mit seinem weit verbreiteten Blatte: „Der Menschenfreund", Berlin, Leipzig, Altenburg, Sondershausen, Hamburg, Hannover, Zwickau, Kallnberg, Frankfurt und die erst jüngst entstehenden in Athen, Braunschweig, Mannheim, Karlsbald, Brüssel, Schlettstadt, St. Gallen, Anhalt, Lippersdorf in Sigmaringen, Orleans und Departement des Niederrheins in Frankreich. Mit dem in London stehen wir in fortwährender Correspondenz, unzählige andere Orte, auch wo noch keine Vereine bestehen, erhalten und verbreiten unsere öffentlichen Aufsätze und Schriften, ein katholischer Missionär nahm eine große Anzahl derselben nach Nord- und Süd-America zur Ausbreitung unserer Grundsätze mit, zu welchem Zwecke er sich aus freiem Antriebe an uns wandte. (Fortsetzung folgt.)

bendige Verbindung in dem nationalen Ganzen unter einer vom Nationalcharakter abhängigen Form zur Existenz gelangen. Der mit dem größten Umfange selbstständiger Forschung gegebenen Nachweisung nun, welche die Mission des deutschen Volkes insbesondere seyn, wie es sie bisher erfüllt habe und in Zukunft erfüllen werde, wird gewiß kein Leser, selbst wenn er den Standpunct des Verfassers im Ganzen oder im Einzelnen nicht theilen sollte, ohne das größte Interesse folgen. Mit reiner und edler Begeisterung, die nicht selten sich zu wahrhaft dichterischem Schwunge erhebt, sind die Grundzüge des germanischen Nationalcharakters, der germanischen Freiheit, Verfassung und Kunst, so wie auch der germanischen Auffassung des Christenthums gegeben, und zwar durchgängig mit Anknüpfung an die höchsten Probleme der Wissenschaft und die gewichtvollsten Resultate der Geschichte. Daß der Verfasser mit Vorliebe die Lichtseite des Charakters und der Geschichte des deutschen Volkes hervorgehoben hat, wird Denen mißfällig seyn, welche den deutschen Geist zur Selbstthätigkeit und Selbstständigkeit zu wecken glauben, wenn sie ihn durch den schneidendsten Hohn erniedrigen und im Vergleiche mit dem Ausland aufs Tiefste und Schmachvollste herabsetzen. Wer solche Gemälde liebt, dem sind sie anderwärts dem herrschenden Tone gemäß zu Dutzenden geboten. Unser Verfasser aber hat, wie uns bedünken will, ganz wohl daran gethan, auch einmal Klänge anzuschlagen, die man nur allzuselten vernimmt und die, wenn sie auch in eine ideale Zukunft hinübertönen, keineswegs dem realen Boden der Vergangenheit und Gegenwart entrückt sind. Einen besondern und eigenthümlichen Werth hat der Verfasser seinen Betrachtungen dadurch gegeben, daß er das germanische Element im scharfen Gegensatze zu dem romanischen hervorhebt, und die Verderbniß nachweist, die in den staatlichen und kirchlichen Verhältnissen durch den Romanismus im Laufe der Jahrhunderte eingedrungen ist. Allerdings gehört die allmählige Ausscheidung romanischer Einflüsse und Tendenzen, die schon theilweise begonnen hat, zu den wesentlichsten Aufgaben unsrer Zeit. Die Verschiedenheit der romanischen und germanischen Nationalität ist eine so weit und mächtig eingreifende, daß wir es dem geistreichen Verfasser zu Danke wissen müssen, sie auf eine Weise beleuchtet zu haben, welche theils neue Gesichtspuncte eröffnet, theils die bekannten in engere und tiefere Beziehungen zu einander setzt. Wer die Geschichte kennt, weiß, daß die staatlichen Principe der Unterordnung und der Vereinigung im römischen Nationalgeiste niemals zu jener organischen Verbindung gelangt sind, wie in der deutschen Verfassung. Weder die römische Republik, noch die römische Kaiserzeit haben die einer solchen Verbindung entsprechenden, reinen und edlen Formen aufzuweisen. Der römische Freiheitsbegriff, der die schlechthin negierende Abwehr jedweder Beschränkung unvermittelt der absoluten Herrschaft gegenüber stellt, und des dem germanischen eigenthümlichen positiven Inhaltes entbehrt, führt in seinen äußersten Consequenzen nothwendig theils zum Absolutismus, theils zum communistischen Radicalismus — den beiden, einer Wurzel entsprossenen, sich wechselweise bedingenden und doch sich gegenseitig vernichtenden Extremen des falschen, weltlichen und auch des nach diesem gebildeten geistlichen Regimentes. Wenn es auch des Verfassers nächster Zweck war, die nachtheiligen Folgen ans Licht zu stellen, welche eine allzulange und durch die Zeitbedürfnisse nicht mehr zu rechtfertigende Vermischung unsers nationalen Rechtsbewußtseins mit dem römischen erzeugt, so ist er doch weit entfernt, die hohe äußere Würde, Verstandesschärfe und reichhaltige consequente Durchbildung des römischen Rechts zu verkennen. Ihm gilt diese Vermischung sogar als eine nothwendige und unausweichliche, als ein der göttlichen Führung angemessenes Entwicklungsmoment unsers einheimischen Staatslebens, das nur auf solche Weise, erstarkend durch die gereifte Frucht des Romanismus, aus einem zwar schön aufgeblühten, aber bewußtlosen nach Ausstoßung des nur für eine bestimmte Zeitdauer aufgenommenen Fremden zu einem bewußtvollen, klar erkannten sich gestalten kann. F. V.

(Fortsetzung folgt.)

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 11. Jan. Bayerische 3½pCt Obligationen 93 P., — G. Bayerische Bankactien II. Semester 1847 675 P., — G. Promessen per Stück Agio 78 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 104¼ P., — G.; 4pCt. 92 P., — G.; 3pCt. 65½ P., — G. Bankactien II. Semester 1620 P., — G. Würtembergische 3½pCt. Obligationen — P., 86½ G. Darmstädter 50 fl.-Loose 76½ P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½pCt. Obligationen — P., 86½ G.

Frankfurt, 10. Jan. Metall. 5pCt. 103¾; 4pCt. 91½; 3pCt. 66; Bankactien 1950; Taunus-Eisenbahn-Actien 356¼; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 57¼; bayer. Ludwigs-Bexbacher-Eisenbahn 86¾; bayer. Ludwigs-Canal 62.

Wien, 8. Jan. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 103¾; zu 4pCt. in CM. 90; zu 3pCt. in CM. 65½; Bankactien per Stück 1616; Nordbahn 139¼.

Amsterdam, 7. Jan. 2½pCt. 55; 3pCt. 66⅞; 4pCt. 85; Synd. 3½pCt. 84¼; Handels-Maatschappy 163⅞; Ard. $15\frac{5}{16}$; port. 3pCt. 26; 5pCt. Metall. —.

Paris, 8. Jan. 3pCt. 75 Fr. 5 C.; 5pCt. 117 Fr. 20 C.

London, 7. Jan. Consols 86¼.

Karlsruhe, 10. Jan. Nachdem nun officiell ausgesprochen, daß die großherzogl. Regierung zur Erhaltung der drei Fabriken das ihrige thun, und deßhalb eine Vorlage an die Stände bringen werde, sieht man mit Spannung den in den nächsten Tagen abzuhaltenden Creditorenversammlungen entgegen. Die Regierungscommission hat zwar bis jetzt ihre Arbeiten noch nicht beendigt; doch verlautet im Publicum schon von einem angeblichen Finanzplane, wornach unter Vermitlung der Regierung ein 4procentiges Anlehen für die Fabriken zur vollständigen Tilgung aller Passiven creirt und sämmtliche Revenuen vorweg — unter Aufsicht oder Controlirung der Regierung — bis zum Betrag des Zinsenbedarfs, zur Verzinsung, alle weiteren Einkünfte aber zur Tilgung verwendet würden. In diesem Falle würde die Tilgung bei dem in der That meisterhaft blühenden Betrieb sehr rasch vor sich gehen, und wenn auch die Actionäre einige Jahre lang den Zinsengenuß entbehren würden, so müßte in verhältnißmäßig kurzer Zeit der Werth ihrer Actien um mehr als das Doppelte steigen. Nach einer andern Angabe würden für das jedenfalls fest anzuschaffende Capital 5 pCt. Zinsen (statt seither 12—14 an Zins und Provision) berechnet, sofort 5 pCt. des Ertrags zur Tilgung verwendet, ferner 3pCt. Zins für die Actionäre in Anspruch genommen, und ein etwaiger weiterer Ueberschuß wieder dem Tilgungsfond zugewiesen werden. — Die HH. S. v. Haber und Söhne haben eine weitere 14tägige Zahlungsfrist von den hiesigen Gläubigern erhalten. — In Betreff der Zahlungseinstellung von Jakob Kusel will man wissen, daß dieselbe in tieferen Verhältnissen begründet, und die Auseinandersetzung, resp. eine volle Zahlung, vorläufig auf Schwierigkeiten stoßen werde, was durch ein von diesem Haus in den letzten Tagen ausgegebenes Circular bestätigt zu werden scheint. — In allen Geldverhältnissen herrscht hier ein so unbeschreiblicher Schrecken, daß sogar der Verwaltungsrath unserer höchst soliden Privat-Sparkasse, die ein auf Hypotheken und Faustpfänder notorisch vollkommen gesichertes Vermögen von mehr als 600,000 fl. besitzt, sich veranlaßt sah, das Publicum über die Finanzen zu beruhigen.

(Schw. Mkr.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 13. Januar: „Don Juan“, Musik von Mozart (Mde. Stöckl-Heinefetter: Donna Elvira.)

Freitag den 14. Januar: „Er muß auf's Land“, Lustspiel in 3 Aufzügen von Friedrich.

Fremdenanzeige.

Hôtel Maulick. HH. Heydner, Privatier v. Wien; Landes, Dr. v. Zürich.

Gold. Hahn. H. Beck, Particulier v. Nürnberg.

Blaue Traube. HH. De la Torre, Erzieher v. Regensburg; Mde. Kolb v. Nürnberg.

Getraute in München.

HH. Joseph Georg Ott, kgl. Hofpostillon dahier, mit M. Anna Elise Schöpp, k. Hofreitknechtstochter v. h.; Jos. Forstner, Zimmergeselle dah., mit Theresia Hartmann, Privatierstochter v. h.; Gustav Karl Falter, Mechanikus dahier, mit Karoline Barbara Mathilde Eugenie Louise v. Daumüller, k. Hauptcassa-Offiziantenstochter v. h.; Graf Friedrich Hector v. Hundt, k. Kämmerer und Oberkirchen- und Schulrath am Ministerium für Kirchen- und Schulangelegenheiten dah., mit Frl. Maria Anna Karolina Josephina Theodolinda Gräfin v. Lösch, k. Kämmerers- und St. Georg-Ordens-Commenthurs-Tochter v. h.; Stephan Führmann, Bürger und Bierwirth, mit Maria Josepha Bingeser, Bäckermeisterstochter v. Gremheim, Ldg. Höchstädt; Karl Friedrich Maurer, Kontroleur bei dem Taxamte des k. Kreis- und Stadtgerichts dah., mit Frl. Antoinette Amalie Rosenkranz, k. Registratorstochter v. h.

Gestorbene in München.

Franziska Popfinger, Gaßlersfrau von der Sendlinger-Haide, 48 J. alt; Katharina Monser, Taglöhnerswittwe von der Au, 78 J. alt; Josepha Morlock, pens. Erzieherin der k. Prinzessinen v. Bayern, 68 J. alt.

Edictalladung.

2225 (3c) Auf Andringen eines Gläubigers wird das dem Glaser Johann Haas gehörige Anwesen Nr. 8 lit. a an der Augustenstraße dahier, bestehend aus einem mit Erdgeschoß dreistöckigen Wohnhause mit gewölbtem Keller versehen, einem mit Dachwohnung zweistöckigen Hintergebäude, dann Hofraum, Garten und Communpumpbrunnen für die Gebäude mit 8000 fl. Brand versichert, mit Hypotheken für 13,200 fl. belastet und auf 14,000 fl. gerichtlich gewerthet, im Wege der Hilfsvollstreckung der gerichtlichen Versteigerung nach §. 64 des Hypotheken-Gesetzes und §§. 98 — 101 des Gesetzes vom 17. November 1837, nachdem am ersten Termin ein Angebot nicht erfolgte, zum zweiten Male unterstellt.

Zur Aufnahme der Kaufsangebote ist Termin auf

Donnerstag den 3. Febr. l. Js. Vormittags 11 — 12 Uhr

im Gerichtszimmer Nro. 9 anberaumt, wovon Steigerungslustige mit dem Beifügen in Kenntniß gesetzt werden, daß dem Gerichte Unbekannte ihre Zahlungsfähigkeit gehörig nachzuweisen haben, und daß der Hinschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgt.

Sign. am 3. Jänner 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:
Barth.

Rechenauer, Rpr.

Bekanntmachung.

2228. (2b) Alle Diejenigen, welche an den Rücklaß des verlebten k. Staatsraths Egid v. Kobell Ansprüche zu machen haben, werden hiemit aufgefordert, dieselben, falls dieß nicht bereits geschehen, um so gewisser binnen 60 Tagen a dato bei unterfertigtem Gericht anzumelden, als außerdem ohne Rücksicht auf sie in rubricirter Verlassenschaftssache vorgeschritten werden würde.

Concl. den 31. Dec. 1847.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:
Barth.

N. Müller.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Digitized by Google

Nr. 12.

Münchener politische Zeitung.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

[illegible] Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 4 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Freitag | XLIX. Jahrgang. | 14. Januar 1848.

Deutschland.

Ergebnisse der Leipziger Conferenz in Bezug auf die deutsche Wechselordnung.

(Schluß.)

Die §§. 56 — 61 handeln von der Ehrenannahme, die §§. 62 bis 65 von der Ehrenzahlung, die §§. 66 bis 69 von Doppelwechseln, die §§. 70 bis 72 von Wechselabschriften. Alle hier einschlagenden Bestimmungen dürften, vielleicht mit einer Ausnahme (§. 61), ungetheilten Beifall finden. Bei verlornen Wechseln (§§. 73 und 74) hätte man die Amortisirung ganz umgehen können, wenn man sich dem französischen Recht genähert hätte. Die Frage: Kann der Verlierer bei dem Bezogenen Einsprache gegen die Zahlung machen? ist nicht gelöst worden. Die §§. 75 und 76 stellen den Grundsatz auf, daß auch bei falschen oder verfälschten Wechseln Aussteller, Indossanten und Acceptanten, deren Unterschriften ächt sind, verhaftet bleiben. Wie ist es aber, wenn die Summe verfälscht ist? Die §§. 77 — 80 handeln von der Verjährung; deren wesentlicher Inhalt ist schon oben angeführt. Die Sammtverbindlichkeit aller Wechselschuldner ist durch §. 81, der auch des Wechselbürgen (aval) erwähnt, normirt, woran sich §. 82 anreiht, welcher die allein zulässigen Einreden des Wechselschuldners in Uebereinstimmung mit §. 93 des preuß. Entwurfs feststellt. In §. 83 wird die Regel der Billigkeit, daß Niemand sich mit dem Schaden eines Andern bereichern soll, auf den Fall angewendet, wenn der Wechsel-Inhaber entweder den Protest oder die Frist zur Erhebung der Klage versäumt hat. Man hat aber den preußischen Entwurf, §. 75, der von allen Verpflichteten handelte, auf den Aussteller und Bezogenen beschränkt, weil die Indossanten nicht in den Fall kommen könnten, sich mit dem Schaden des Inhabers zu bereichern. Das ist ein Irrthum, wie mehrere bei den französischen Gerichtshöfen verhandelte Fälle, da Jemand einen Wechsel ausgestellt hat, um einem andern Kredit zu verschaffen, beweisen. Auch hat man übersehen, daß der Code de commerce eine hier einschlagende Bestimmung (A. 171) enthält. Die §§. 84 bis 86 handeln von den im Ausland ausgestellten oder indossirten Wechseln oder aufgenommenen Protesten, nach dem allgemein geltenden Grundsatz „locus regit actum.“ Sehr zweckmäßig ist auch die Wechselfähigkeit von Ausländern, welche im Inland einen Wechsel unterzeichnen, den inländischen Gesetzen unterworfen. Die §§. 87 — 90 sind den Protesten, die §§. 91 — 95 einigen allgemeinen Vorschriften gewidmet, die §§. 96 — 100 endlich den eigenen Wechseln. Für diese sind in §. 96 die wesentlichen Erfordernisse und in §. 98 diejenigen Bestimmungen des zweiten Abschnitts angegeben, welche auf den eigenen Wechsel anwendbar sind. Dabei ist nicht klar genug hervorgehoben, daß die Versäumung des Protests nicht den Verlust des Klagrechts gegen den Aussteller zur Folge hat. — Im Ganzen wird Niemand der Conferenz das Zeugniß versagen, daß sie ein wohlgelungenes Werk geliefert, das sich durch Kürze, Einfachheit und Klarheit seiner Bestimmungen, durch das von dem besten Erfolg gekrönte Streben, die bloße Form dem materiellen Recht unterzuordnen, durch allseitige Berücksichtigung der Bedürfnisse des Lebens, durch kluge Vermittlung entgegenstehender Interessen und durch weise Benützung der schon anderwärts gemachten Versuche und gesammelten Erfahrungen auszeichnet und aufs Neue den schlagenden Beweis erstellt, daß unserer Zeit keineswegs der Beruf zur Gesetzgebung mangelt.

Vom Main. Bei der Schlußverhandlung der am 9. Dec. beendigten Leipziger Wechselconferenz brachte der königl. württembergische Abgeordnete, Obertribunalrath Hoffaker, noch zwei Wünsche vor: den einen in Bezug auf Weiterbildung des allgemeinen deutschen Wechselrechts, den anderen in Bezug auf ferneres Vorschreiten in dem Wege, der jetzt durch Verhandlung über ein gemeinsames Wechselrecht angebahnt worden. Rücksichtlich des ersten führte er an: „Es liege in der Natur der Sache, daß ungeachtet der zu erwartenden Einheit der Wechselgesetzgebung, die Auffassung, Anwendung und Rechtssprechung an verschiedenen Orten und in den verschiedenen deutschen Staaten eine mehr oder weniger verschiedene seyn, und daß daher ein mehr oder weniger verschiedenes Wechselrecht sich ausbilden und festsetzen könne. Dieß werde um so mehr der Fall seyn, als sich die Gesetzgebung bemüht habe, nur die allgemeinen Sätze aufzustellen und die Ableitungen daraus der Anwendung zu überlassen. In andern Ländern, z. B. in Frankreich, würden diese Uebelstände durch die Entscheidungen des obersten Gerichtshofes ausgeglichen, welche für das ganze Land, wo nicht formell, doch materiell maßgebend seyen, und so eine gewisse Gleichförmigkeit des angewandten Rechts vermitteln. Dieses Mittel zur Erzielung der Gleichförmigkeit fehle Deutschland, und es dürfte um so mehr Noth thun, sich nach einem Surrogat umzusehen, als bei der beschlossenen Ausdehnung der Wechselfähigkeit, wenigstens für den Anfang, die Behandlung von Wechselsachen in die Hände von Richtern fallen könnte, die wenig Erfahrung darin haben. Dieses Surrogat würde der Antragsteller darin finden, wenn nach einigen Jahren ein Zusammentritt der Abgeordneten der verschiedenen deutschen Staaten veranstaltet, die Rechtsanwendung und insbesondere die Rechtssprechung (Präjudicien), welche sich in den einzelnen Staaten ergeben, zusammengestellt und dasjenige, was dem Geiste des Gesetzes und der Sache am gemäßesten erscheine, bezeichnet werde, wobei es jeder Regierung überlassen bliebe, ob und in wie fern sie die gefaßten Beschlüsse zum formellen Rechte wenigstens als subsidiäre Rechtsquelle, erheben wollte oder nicht. Dabei würde namentlich vorausgesezt, daß die Materialien dazu, namentlich die interessanten Rechtssprüche, von dem Tage an, wo die allgemeine Wechselordnung im einzelnen Staate Gesetzeskraft erhält, gesammelt und bei dem dereinstigen Zusammentritt mitgetheilt würden. Obendrein würde dieser Zusammentritt ein sehr geeignetes Mittel seyn, in dem deutschen Volke die Idee der Gemeinsamkeit des Rechts lebendig zu erhalten. Der Antragsteller sey zu dieser Aeußerung ausdrücklich bevollmächtigt und habe nur noch den Wunsch auszudrücken, daß ein ähnlicher Antrag von den Herren Commissarien bei ihren respectiven Regierungen befürwortet und dereinst von der königl. preußischen Regierung, die auch bisher die Initiative auf so dankenswerthe Weise ergriffen habe, die Einleitung eines in der obigen Richtung zu veranstaltenden Zusammentritts von Abgeordneten der deutschen Regierungen getroffen werden möge. Hieran schließe sich zugleich der weitere Wunsch, daß, wenn sich auch in den einzelnen Staaten Mängel und Lücken der berathenen Wechselordnung fühlbar machen sollten, vor diesem Zusammentritt solchen Mängeln nicht durch Partikulargesetze und Novellen abzuhelfen versucht werden möge, indem Vieles sich durch die Anwendung und Rechtssprechung ausgleichen und die etwaigen rechtlichen Vortheile einer solchen Ausfüllung und Ergänzung durch den moralisch-politischen Nachtheil, welcher in dem Verluste der Gemeinsamkeit des Rechts liege, aufgewogen, auch der Zweck der Conferenz dadurch eigentlich vereitelt werde. Denn nicht die leitenden Grundsätze bei Abfassung von Particularwechselgesetzen, sondern ein gemeinsames, wörtlich übereinstimmendes Gesetz habe man verabreden wollen.“ — Rücksichtlich des zweiten Wunsches bemerkte er: „Nachdem die königl. württembergische

---

Gunhild von Schweden.

(Geschichtliche Novelle von M. v. St.)

(Fortsetzung.)

Sechs lange schwere Jahre waren so an dem verarmenden Lande vorübergegangen. Mancher der Besseren, dessen Herz sonst laut für des Vaterlandes Wohl geschlagen, war durch die Macht des bösen Beispiels verlockt, von den Umstrickungen der Verführung fortgezogen, hinübergetreten auf die Seite der schwelgenden Königin. Immer kleiner war die Zahl derer geworden, die ihr Leben daran gewagt hätten, dem Landesjammer ein Ende zu machen. Mit brennender Sehnsucht erwartete man allgemein den Zeitpunct, wo Suen das gesetzliche Alter erreicht haben würde, obwohl man sich gestehen mußte, daß der sonst so gerühmte Ingurth an dem Knaben die Vaterpflicht nicht erfüllt hatte. Das ihm zu Theil gewordene Vertrauen der Königin hatte den Funken der Herrschsucht, der den Meisten unbekannt, in seiner Brust geschlummert, zur leckenden Flamme angefacht, so daß er, obwohl von Haß gegen Gunehild durchglüht, dennoch nicht dahin gestrebt hatte, dem armen Lande einen würdigen Herrscher heranzubilden. Fern zwar vom bösen Beispiel, aber auch ohne thatweckende Aufmunterung zur Tugend ließ er den Knaben in Gesellschaft seiner Tochter Swanehild im Frauenkreise sich verweichlichen, und freute sich ernstlich wenn er den emporgeblühten Jüngling, anstatt mit der Armbrust und dem Schwert im Kreis der Jugendgefährten das muthige Roß zu tummeln, mit der Harfe im Arm zu den Füßen seiner Tochter fand, im Wechselgesang der Lieder, die ein alter Skalde sie lehrte, oder den wundersamen Mährchen des blinden Greises lauschend.

Mit Suens Thronbesteigung sollte die Zeit seiner eigenen Herrschaft beginnen, rechnete Ingurth, da des Jünglings ungeübte Kraft dem Reiche nimmer genügen würde. Damit diese in ihm nicht doch noch erwache, pflegte er sorgsam den Keim der auflodernden Leidenschaft, die ihre hinreißenden Zauber immer unauflöslicher um die unschuldigen Herzen geschlungen hatte. Swanehild sollte Skandinaviens Thron mit Suen theilen, die Bahn zum ersehnten Ziele ebenen, und wiederum Suen's großgezogene Leidenschaft vereint mit dem frommen Dank für den Pflegevater, die Netze zerreißen, mit welchen etwa Gunehild das Herz des eigenen Sohnes, an dessen Schwäche sie sich zu erfreuen schien, umstricken würde.

So standen die Sachen, als ein neues furchtbares Uebel sich zu den schon vorhandenen gesellte, und dem verarmten, in sich selbst zerfallendem Reich mit gänzlicher Vernichtung drohte. Waldemar, der König jener zahlreichen Inseln, welche die Wogen der Ostsee zwischen Deutschland und Schweden umspielen, hatte längst sein Auge verlangend nach Skandinavien gewandt, doch hatten bis jezt die Eroberungen, die sein sieggewohnter Arm auf der gegenüberliegenden Halbinsel gemacht, seine Thätigkeit zu sehr in Anspruch genommen, als daß er

Regierung schon im Jahre 1840 bei Gelegenheit der amtlichen Mittheilung des Entwurfes eines Handelsgesetzbuches die Einleitung zu einer gemeinsamen deutschen Handelsgesetzgebung befürwortet und diesen Antrag auf den Generalconferenzen der Zollvereinsstaaten wiederholt hatte, sey auf der achten Generalconferenz §. 24 die allseitige Geneigtheit zu einem Vereinigungsversuche über das Wechselrecht erklärt worden. Es dürfte nun hier am Schlusse der Conferenz an der Zeit seyn, den obigen Antrag auf Berathung und Vereinigung über den übrigen Theil eines Handelsgesetzbuches, so weit er nicht das Seerecht betreffe wieder in Anregung zu bringen. Zwar sage man, die übrigen Theile des Handelsrechts greifen mehr in das Civilrecht ein, als die Wechselgesezgebung, und allerdings seyen die Schwierigkeiten, ein gemeinsames Handelsrecht zu Stande zu bringen, etwas größer, aber unüberwindlich seyen sie nicht, und werden sie überwunden, so sey damit zugleich eine Vereinigung über ein gemeinsames Obligationenrecht angebahnt. Die württembergische Regierung würde es daher dankbar anerkennen, wenn die preußische Regierung wie bei der Wechselordnung die Initiative zu Berathung eines gemeinsamen Handelsrechts ergreifen würde, und zugleich bitte er die HH. Abgeordneten, diesen Wunsch bei ihren Regierungen im Interesse des gesammten deutschen Vaterlands zu befürworten." Die Abgeordneten von Preußen, Baden, Großherzogthum Hessen, Großherzogthum Sachsen und Nassau erklärten hierauf, daß sie in ähnlichem Sinne sich auszusprechen im Begriff gewesen seyen. Auch sonst noch fanden die vorgetragenen Wünsche vielfachen Anklang und es vereinigten sich darauf sämmtliche HH. Abgeordnete dahin, dieselben ihren Regierungen zur Erwägung und Beschlußnahme vorzutragen. Es ist daher eine Vereinbarung über Entfernung jedes wechselrechtlichen Particularismus und über ein gemeinsames deutsches Handelsgesetz in nahe Aussicht gestellt, auch soll dem Vernehmen nach der preußische Entwurf eines Handelsgesetzbuches schon weit vorgerückt seyn. (A. Z.)

Es wird erzählt, der österreichische Bevollmächtigte habe die vertrauliche Mittheilung gemacht, daß seine Regierung zum Zweck eines gemeinsamen Handelsgesetzbuches eine Conferenz nach Wien einladen werde, was allgemein mit Freude aufgenommen worden. So dürfen wir uns der schönen Hoffnung hingeben, daß Thibaut's Traum einer allgemein deutschen Gesetzgebung vielleicht noch verwirklicht werden wird. (D. Z.)

Baden.

Karlsruhe, 10. Jan. (VIII. öffentliche Sitzung der zweiten Kammer.) Mehrere Petitionen werden vorgelegt, und zwar um Abschaffung des sogenannten Molzerns durch die Kundenmüller und Umwandlung desselben in eine zu regelnde Mahltaxe, um Aufhebung oder Revision der Gerichtstaxen und Stempelgebühren, um Besserstellung der Bezirksnotare, um ein Gesez über Ablösung von Drittelsgebühren, so wie der Erb- und Schupflehendestände und endlich um einen Staatszuschuß zu dem in Freiburg bestehenden allgemeinen so wohlthätig wirkenden Hagelversicherungsverein. — Hierauf werden von Seite der Regierung Gesetzesentwürfe übergeben über die Wiesencultur, über Regulirung der Besoldungen, Functionsgehalte und Pensionen der Civil- und Militär-Staatsdiener, über die Besteuerung der Gewerbe, beziehungsweise die Revision der Gewerbssteuer, und endlich die Besteuerung des bis dahin noch nicht belasteten unmittelbaren Einkommens, d. h. die Einführung einer Capital- und Einkommenssteuer. Sämmtliche Entwürfe wurden an die Abtheilungen zur vorläufigen Berathung und Ernennung von Commissionen verwiesen, worauf Bissing seinen Antrag auf Errichtung einer besondern Behörde zur Führung der Contractenprotocolle, Kauf- und Unterpfandsbücher ausführlich begründet. (Schw. Mkr.)

Freie Städte.

Frankfurt, 9. Jan. Die deutsche Bundesversammlung hat letzten Donnerstag ihre erste ordentliche Sitzung in diesem Jahre gehalten. — Bei der bedeutenden Passivmasse der Häuser Kusel soll ein hiesiges Bankhaus mit 80,000 fl. wovon nur ein kleiner Theil gedeckt sey, betheiligt seyn. — Gestern ist die erste Wechselklage gegen das Haus J. F. Gontard beim hiesigen Stadtgericht erhoben worden. Da sich jedoch die Forderung auf nur 5000 fl. beläuft, so hofft man, daß irgend eine freundliche Dazwischenkunft eintreten wird, da sonst, in Folge dieses Schrittes, die Angelegenheit des Hauses in ein Stadium treten würde, das so lange als möglich hinauszuschieben im Interesse der meisten dabei betheiligten Gläubiger desselben liegen dürfte. (Schw. Mkr.)

Frankfurt, 11. Jan. Von einigen gestern und heute bekannt gewordenen Insolvenzerklärungen verdient nur die der uralten Manufacturwaaren-Handlung Alexander Baert dahier Erwähnung. Diese Insolvenzen sind Folgen ungünstiger Zeitverhältnisse, haben aber mit der Zahlungseinstellung der drei Bankhäuser nichts zu schaffen. (A. Z.)

Schweiz.

Der Vorort hat die von den Siebenerkantonen zu leistenden Kriegskosten, zum Zweck ihrer vorläufigen Deckung durch Geld und Titel von Seite der Kantone, auf 5½ Mill. Fr. berechnet, unvorgegriffen der von der Tagsazung zu genehmigenden Schlußrechnung. — Nach Berner Blättern ist dem Vorort eine Protestation des Papstes gegen das in den besiegten Kantonen beobachtete Verfahren gegen die kirchlichen Institute zugegangen. In einem Tagesbefehl des Obercommandanten Dufour, werden die noch im Dienst stehenden eidgenössischen Truppen zur Geduld ermahnt, da sie bald die Heimath wieder sehen würden.

Bern. Nebst Unterwalden hat nun auch Uri seinen Kriegskostenantheil gedeckt, indem ein solides Banquierhaus in Basel an seiner Statt die Zahlung übernommen. Den Repräsentanten ist hierauf die Vollmacht zugegangen, die Truppen in diesem Kantone gänzlich zu entlassen.

Basel, 10 Jan. In Folge der von dem kleinen Rathe ergriffenen energischen Maaßregeln ist den meuterischen Bewegungen der Standestruppe ein Ziel gesezt worden. Letzten Samstag wurde dieselbe aufgelöst und entwaffnet, und 30 bis 40 der am meisten Compromittirten sogleich über die Grenze geschafft. Eine Reorganisation der Truppe steht bevor. Das Contingent versieht fortwährend die Wachtposten.

Italien.

Rom, 8. Jan. Die Ministerstellen sind nun theilweise bestellt, und zwar wie folgt: Mons. Amici, Inneres; Mons. Pentini, die Vicepräsidentschaft der Consulta; Mons. Sbarretti, Substitut des Staatssecretariats, Mons. Rusconi, Kriegswesen. Immer deutlicher verlangen die Blätter Ferretti's Entfernung, indem sie mit großen Buchstaben drucken A Cose Nuove Uomini Nuovi (für neue Sachen neue Menschen.) (Augsb. Abdz.)

Florenz, 7. Jan. Gestern Abend fanden in Livorno Unruhen von so ernster und bedenklicher Art statt, daß heute unverzüglich eine außerordentliche Commission, an deren Spitze der Minister Marchese Ridolfi steht, mit unbeschränkter Vollmacht vom Großherzog dahin abgesandt worden ist. Ein auf heimliche Weise ausgestreuter Aufruf an das toscanische Volk, voll von widersinnigen Verleumdungen und gröbsten Beleidigungen gegen das Ministerium und alle die ihm vertrauen, abgefaßt in der frechsten Sprache, um die niedern Volksclassen in Unruhe zu versetzen und aufzuwiegeln, gab Anlaß zu den Tumulten, welche so an Ausdehnung zunahmen, daß es den angewandten Gewaltsmitteln nicht sogleich gelungen ist, die Ruhe wieder herzustellen. (A. Z.)

Florenz, 8. Jan. Die Vorgänge in Livorno müssen sehr bedenklicher Natur gewesen seyn, da der Großherzog sich in Folge derselben bewogen gefühlt hat an das Volk von Toscana einen Aufruf zu erlassen. Der Eingang enthält eine Andeutung der Vorgänge selbst. Weiterhin heißt es: „Brave und getreue Toscaner! Der Augenblick ist gekommen, in welchem ich euch aufrufe, mir einen Beweis der Gegenseitigkeit jener Liebe zu geben, wovon ich meinerseits schon die unzweifelhaftesten Beweise geliefert, welche ich immer durch die That nachdrücklich zu bekräftigen wissen werde. Gebt keinen Besorgnissen Raum. Schaart euch treu und fest um euren Fürsten wie liebende Kinder um ihren Vater, und seyd überzeugt, daß euch keine von außen drohende Gefahr überwältigen wird, und daß es keine Schwierigkeit gibt, welche ich mich nicht fähig fühle zu überwinden. Ich bin auf das festeste entschlossen die begonnenen Reformen ganz zu vollenden, nur müßt ihr unbedingtes Vertrauen zu meiner Sorge für euer Wohlergehen haben, denn es kann weder mein Werk gedeihen noch können euere Hoffnungen erfüllt werden ohne Eintracht, ohne gegenseitiges Vertrauen und ohne die vollkommenste Achtung vor dem Gesetze. In diesem Augenblick nehmen die Unruhen in Livorno meine ganze Aufmerksamkeit in Anspruch; stark in meinem Rechte und beseelt von der Sorge für euer Wohl werde ich alles thun um die Ruhe dieser so wichtigen Stadt dauernd herzustellen; ich hoffe dabei auf den Beistand der bewaffneten Bürgermacht; ja mehr noch als in meine eigene Kraft setze ich, zum Heil unseres Gesammtvaterlandes, mein Vertrauen in die Waffen seiner Bürger. (A. Z.)

Ein der „Allgemeinen Zeitung" zukommendes Schreiben aus Venedig vom 8. Jan. sagt: „Hier gehen die Dinge einen für die Regierung durchaus nicht erfreulichen Gang, der sehr bald zu ernsthaften Resultaten führen könnte.

Mailand, 7. Jan. (Abends.) In Folge des Zusammenstoßes am 3. Jan. haben außer dem bald gestorbenen Appellationsrath Manganini noch andere 5 oder 6 Personen auf schwere Verwundugen hin den Tod gefunden. — Das Militär zeigt sich nur bewaffnet und fast ausschließlich im Dienst. Bei dem am 4 erfolgten Schlußlottosegen fand keine Störung statt. Die poly-

ihm möglich gewesen wäre, den aufsteigenden Wunsch zur That zu gestalten. Diese waren nun durch weise Veranstaltungen und mächtige Bundesgenossen gesichert, und da ihm der Zustand des Landes unter der gehaßten Königin nur zu bekannt war, glaubte er den glücklichen Zeitpunct nahe, um sein gewaltiges Scepter auch über dieses Reich auszustrecken. Unerwartet, wie der Bliz aus dem reinen Himmelsblau, drang die Kunde von der Dänen Landung nach Upsala. Jammernde Flüchtlinge, von der Raubsucht der Eingedrungenen fortgetrieben, strömten hülfeflehend herbei, und verbreiteten Schrecken und Entsetzen bis in die geheimsten Gemächer der Königsburg. Da erwachte der Geist des Bessern noch einmal in der Brust der Männer. Die zerstreuten Krieger warfen sich, wiederum gesammelt, dem Feinde entgegen, während Ingurth Alles aufbot, den gesunkenen Muth neu zu beleben, und das in dumpfe Apathie versunkene Volk zur Vertheidigung des eigenen kleinen Heerdes und der Altäre der Götter zu ermuntern. Doch dachten gar Manche mit heimlicher Freude an eine Dänenherrschaft, da jede Veränderung ihres jetzigen elenden Zustandes ihnen Verbesserung schien. (Fortsetzung folgt.)

Mannigfaltiges.

(Fortsetzung des Auszugs aus dem Jahresbericht des Münchener Vereins gegen Thierquälerei.)

Unsere Haupttendenz ist, Mitleid in die Herzen der Menschen, besonders der Jugend, zu pflanzen, Mitleid, die Quelle fast aller übrigen Tugenden, Mitleid, nicht bloß mit den Thieren, wie manche anfangs, uns mißverstehend, glaubten, sondern mehr noch mit den Menschen. Wir glauben es in unseren Schriften klar nachgewiesen zu haben, und auch der jetzige Jahresbericht wird es nachweisen, daß ohne Mitleid mit den Thieren kein echt und gründlich mitleidiges Gemüth, kein wahres, nachhaltiges Mitleid mit den Menschen möglich ist. Die größten Denker, Staatsmänner, Erzieher, Gelehrten, hochgestellte Priester haben es anerkannt und ausgesprochen, daß ein mit Thieren grausamer Mensch in der Regel auch hartherzig und gleichgiltig gegen seine Mitmenschen ist oder wird, weil die Gleichgiltigkeit gegen fremden Schmerz überhaupt das Gemüth verhärtet. Je tiefer und je beharrlicher man in der Geschichte, in der Kenntniß der Menschen und in der Erfahrung den Hauptquellen des menschlichen Elends nachspürt, desto klarer und lebendiger wird die Ueberzeugung, daß Mangel an Mitleid die allertiefste, die allerreichhaltigste jener menschlichen Unglücksquellen ist. Der Einzelne gegen den Einzelnen, der Stärkere gegen den Schwächeren, der kalt-herzlose Reiche gegen den verzweifelnden Armen, die gewaltige Mehrheit gegen die minder mächtige Minorität, die brutale Grausamkeit des Despoten, des Fanatismus, des wahnsinnigen Ehrgeizes, der blutige, Länder und Völker zermalmende Gang des Eroberers — — wie wäre es möglich, wie wäre es denkbar, daß uns die Erfahrung und die Geschichte solche Schreckensscenen vorführen könnten, wenn von jeher der Hauptgesichtspunct der Erziehung das Mitleid gewesen wäre? Wer kennt nicht die frechen Gräuelthaten von Caligula, Domitian, Nero, der Rom,

technische Schule nebst einer andern ist geschlossen. Heute Nacht ist ein Bataillon Gränzer von Pavia zur Verstärkung hier eingerückt. Nachschrift. Man soll erfahren haben, daß man die Befreiung der Gefangenen beabsichtige, daher die Verstärkung der Wachen. (A. Z.)

Portugal.

Englische Berichte aus Lissabon vom 31. Dec. geben vorläufig die Thronrede, mit welcher die portugiesischen Cortes am folgenden Tag, dem Neujahrstag eröffnet werden sollten. Sie handelt zumeist von der Beendigung des Bürgerkriegs mit Hülfe der englisch-französisch-spanischen Intervention, und verspricht Rechenschaft über die lange Suspension des 145. Artikels der constitutionellen Charte. Von dem vorliegenden Budget ist gesagt: es sey mit aller möglichen Sparsamkeit und Rücksicht auf die Mittel des Landes entworfen.

Spanien.

Madrid, 1. Jan. Gestern übergab Hr. Seijas Lozano dem Congreß den Antrag, das Ministerium Salamanca in Anklagestand zu versetzen.

Der Sentinelle des Pyrénées vom 5. Jan. zufolge ist am Mittag des 4. der Herzog de la Victoria in San Sebastian angekommen. Die ganze Stadt wurde Abends beleuchtet.

Frankreich.

Paris, 9. Jan. Die beiden Kammern sind fortwährend mit den Vorberathungen über die Adresse beschäftigt. Hr. Guizot hat denselben ein neues auf die Schweizerangelegenheiten Bezug habendes Actenstück vorgelegt, nemlich einen Brief Palmerstons an Normanby, vom 27. Dec. 1847, worin der englische Minister die Erklärung abgibt, daß so lange die Schweiz nicht angriffsweise verfahre, keine der Mächte das Recht zur bewaffneten Intervention habe; daß aber die Schweiz bei den neuesten Vorgängen keinen solchen Angriff vorgenommen, die britische Regierung demnach auch der Ansicht sey, daß der die schweizersche Neutralität und Unverletzlichkeit gewährleistende Vertrag vom 29. Nov. 1815 noch in seiner vollen Wirksamkeit bestehe, und von allen Mächten, welche daran Theil genommen, beachtet und respectirt werden müsse.

Das „Journal du Commerce“ bringt folgende Note: Man sprach kürzlich in den politischen Kreisen von einer durch die Rathskammer der Notare von Paris an diesem Morgen gefaßten Entschließung, die auf nichts Geringeres hinausgeht, als eine Untersuchung über Corruptionsfälle der höchsten Wichtigkeit zu veranlassen. Dieß ist Alles, was wir heute sagen können. Man wird unsere Zurückhaltung begreifen, da es sich um Personen handelt, die solche Stellungen bekleiden, daß sie selbst der leiseste Zweifel nicht erreichen dürfte.“ Andererseits veröffentlicht der „National“ Auszüge aus der gerichtlichen Denkschrift eines Hrn. Petit, der nachweist, wie er sich 1840 eine Rathsstelle am Rechnungshofe, und 1844 die Einnahmsstelle in Corbeil von einem, Hrn. Guizot allernächst stehenden, Beamten gekauft habe, — er belegt alle seine Angaben mit Beweisen, und ein Pair von Frankreich, ein Generaladvocat am Cassationshofe, ein Generaleinnehmer der Finanzen, ein Rath und zwei Referendare des Rechnungshofes und endlich Hrn. Guizot nahestehende Beamtete sind durch diese Denkschrift auf das Schwerste bloßgestellt.

Auch ein Pariser Haus hat in Folge der Frankfurter Geldwirren seine Zahlungen eingestellt, dagegen sind die wegen Zahlungseinstellung von Dabrit und Comp. in Thann bedroht gewesenen Werkstätten wieder im besten Gang.

Bücher-Schau.

Die zwei Schwerter Gottes auf Erden. Vaterländische Betrachtungen von Friedrich Freiherrn von Bernhard, auf Erolzheim und Edelbeuern in Schwaben. Erlangen, bei Th. Bläsing. 1847.

(Fortsetzung.)

So viele wichtige Andeutungen nun auch in dem vorliegenden Buche uber das Verhältniß der römischen und der deutschen Nationalität gegeben sind, so glauben wir doch, daß eine weitere Ausführung ins Einzelne, namentlich mit bestimmter Hervorhebung dessen, was der Romanismus positiv werthvolles in sich trägt, gerade jetzt zu einer dringenden Anforderung der Wissenschaft geworden ist, und es kann nicht fehlen, daß die Bernhard'sche Schrift hiezu die bestimmteste Anregung geben wird. Wenn in dieser Schrift der Nachdruck unverkennbar auf die Schattenseite des Romanismus gelegt ist, so geschah dieß mit der vorwaltenden Absicht, vor ihr zu warnen, und die Auswüchse dieser Richtung zu einer Zeit bloszulegen, in der sie verderblicher als je geworden sind, da das Versäumniß ihrer Ausscheidung sich späterhin kaum wieder gut machen ließe. Eben darum mußte aber auch die Lichtseite des deutschen Wesens um so heller hervortreten. Es ist deßhalb nicht nöthig, wie jüngst geschehen, dem Verfasser den Vorwurf zu machen, er sehe in den Deutschen nur „Engel“, und habe nach der andern Seite hin zu schwarz gemalt. Es möchte schwer seyn zu bestreiten, daß die germanische Auffassung der Dinge eine freiere und höhere sey als die romanische, wofür schon auf dem practischen Felde die reiche Erfindungskraft der Deutschen, die weit uber der römischen steht, und ein ächtes, organisches Leben beurkundet, den schlagendsten Beweis liefert. Eben so wenig läßt sich der Nationalismus und seine Potenzirung zum Unglauben und zur Auflehnung gegen jede weltliche und kirchliche Autorität als deutsches Element nachweisen, oder, wie versucht wurde, auf den englischen Deismus oder auf die noch allgemeinere Quelle des in jeder Menschenbrust ruhenden Zweifels zurückleiten. Wohl ruht der Zweifel als Keim des Unglaubens und der Ungesetzlichkeit in der Menschheit im Allgemeinen; aber eine besondere Erscheinung desselben ist es, wenn er als Anlage zu einem eine ganze Nationalität in Intervallen ergreifenden Widerstand gegen eine gleichfalls in dieser Nation scharf und schroff als Princip sich äußernde Autorität auftritt, und wer möchte laugnen, daß diese der wahren Freiheit gefährlichen Stoffe den romanischen Völkern in besonders reicher Fülle eigen sind, und deßhalb von den germanischen als fremdartige ausgestossen werden müssen? Anders verhält es sich mit jenen Stoffen, denen eine ewige Dauer bestimmt ist, die wir stets zu unserer Läuterung und Erhebung bedürfen werden, und deren Erbe in der antiken Literatur und Kunst, der schönsten Blüthe des Romanismus und Hellenismus, auf uns übergegangen ist. Da, wie gleich Anfangs bemerkt wurde, der Standpunct des Verfassers eben so sehr ein nationaler als christlicher ist, so mußte ihm daran liegen, zur Anschauung zu bringen, wie sich das Christenthum zur Nationalität und insbesondre zur deutschen und römischen verhalte. Jenen, die das Christenthum als Gegensatz der Nationalität fassen, da es über jede individuelle Verschiedenheit erhaben sey, wird erwidert, daß die Wahrheit, wenn sie auch eine allgemeine bleibe, doch das individuelle Leben nicht aufhebe, vielmehr die Bestimmung habe, es zu läutern und zu verklären, und gerade dadurch ihm sein eigenthümliches Gepräge am unterscheidendsten zu verleihen. Wie die weltliche Verfassung, so müsse deßhalb auch die geistliche nach der Verschiedenheit der Völker eine verschiedene Form gewinnen, und man dürfe somit, unbeschadet der Katholicität des Glaubens, wie weltliche Nationalverfassungen, so auch kirchliche statuiren, in denen sich die geistliche Seite des Volkes in vollendeter Eigenthümlichkeit spiegele. Für diese kirchliche Verfassung sey aber die politische die Vorbereitung und das Vorbild, wie die Zeitlichkeit das Vorbild der Ewigkeit. Das deutsche Kirchenwesen habe demgemäß seine eigentliche Entfaltung erst dann zu erwarten, wenn auf dem staatlichen und rechtlichen Gebiet die Ausscheidung der romanischen und die Hervorbildung der germanischen Elemente ihren Kreislauf zu Ende gebracht habe. Man wird es natürlich finden, daß der Verfasser, welcher der protestantischen Kirche angehört, nach den ausgesprochenen Grundsätzen die Reformation als eine kräftige Erhebung des deutschen Gedankens und der deutschen Freiheit auf dem geistlichen Gebiete betrachtet, und den Romanismus in seinen dem germanischen Wesen widerstrebenden Richtungen auch auf diesem Felde bekämpft, ohne jedoch die weltumfassende Größe und Bedeutung der römisch-katholischen Kirche, besonders in Beziehung auf das Mittelalter, schmälern oder abläugnen zu wollen. Da dieser Ansicht zufolge die politische Ausbildung jederzeit maßgebend für die äußere kirchliche Gestaltung seyn wird, so folgt man mit um so höher gesteigertem Interesse den Betrachtungen des Verfassers sowohl über Deutschlands politische Vergangenheit, als über den gegenwärtigen Stand der deutschen Verfassungsangelegenheiten, der Gesetzgebung und der Rechtspflege. Mit Wärme, Klarheit und Entschiedenheit vertritt er das (in seinen Grundlagen ächt germanische) Repräsentativsystem als diejenige deutsche Verfassungsform, welche allein uns gegenwärtig dem Ideal germanischer Freiheit, zu dessen Realisirung die monarchische Herrschaft der corporativen Verbindung aller Glieder des Staates bedarf, näher zu führen im Stande ist. Mit Recht gilt ihm die Umgestaltung des älteren ständischen Wesens in die Repräsentativverfassung für so wesentlich und folgenreich, daß er kein Bedenken trägt, sie als das zweite der drei Hauptstadien unsrer Geschichte seit dem Reformationszeitalter zu bezeichnen. Während er das erste dieser Stadien in der durch deutsche Wissenschaft und Poesie bewirkten Erfüllung der idealen Kreise, namentlich des religiösen mit dem nationalen Elemente, und die dritte Stufe in der äußern Gestaltung der Kirchenverfassung erblickt, findet er die zweite Stufe jener Oberherrschaft, die der germanische Geist gewinnen soll, darin, daß die innere Politik sich nach deutschen Ideen umgestalte. F. B.

(Schluß folgt.)

---

die damalige Hauptstadt der Welt, zu seinem Vergnügen in Brand steckte, von Philipp II., der in den Niederlanden allein 50,000 Menschen hinrichten, tausende lebendig verbrennen ließ, von seinem Sohne Carlos, der den eigenen Vater zu ermorden versuchte, von Carl IX., der auf seine eigenen Unterthanen aus dem Fenster schoß, von Heinrich VIII., berühmt durch die Hinrichtung seiner vielen Frauen, der unzählige „Ketzer“, wie er sie nannte, nämlich Katholiken und andere, hinrichten ließ, von Ludwig XI. und seinen unterirdischen Kerkern? Wer kennt nicht die Gräuel der Bleikammern und der Bastille, die Frevelthaten der wüthenden englischen und französischen Demagogen? Von allen ist bekannt, daß sie bei den grausamsten Martern, an Menschen verübt, mit kalter Gleichgiltigkeit, ja mit Lust, Zuschauer seyn konnten, und von den meisten weiß die Geschichte, daß sie von ihrer Kindheit an die gräßlichsten Mißhandlungen der Thiere als Lieblingsunterhaltung trieben. Je länger die armen, lebendig verstümmelten Thiere litten, desto größer die Lust, desto entzückender die Freude! Von Carl IX. sagten die von ihm Verfolgten: „man hat ihn von Kindheit an daran gewöhnt, das Blut der Thiere zu vergießen, um ihn daran zu gewöhnen, ohne Mitleid auch das der Menschen zu vergießen.“ Unzähligemal wurden zugleich mit einem zum Tode Bestimmten, Hunde, Katzen und Esel lebendig mitgehängt, oder Katzen in einem Sacke mitersäuft, als Zeichen von Hohn und Spott mit dem Unglücklichen. Wie wäre solcher Hohn und Spott gegen Menschen möglich gewesen, wenn man schon aus Mitleid mit den unschuldigen Thieren jenes Mithängen rc. unterlassen hätte? Die Geheimnisse der Bastille sind allgemein bekannt, nur Einiges davon wollen wir hier anführen, entnommen den Schriftstellern rc. (folgen sodann schauderhafte Details). Mohamed der Eroberer ließ seine Gefangenen, diese armen ganz schuldlosen Schlachtopfer in der Regel lebendig entzwei sägen. Timur (Tamerlan) errichtete vier Schädelpyramiden von den grausam ermordeten Gefangenen, die kleinste von 60,000, die größte von 100,000 Köpfen, er ließ einmal 4,000 Gefangene, die Köpfe zwischen die Füße gebunden, lebendig begraben, je 10 in eine Grube, diese aber mit Bretter bedeckt, damit die Unglücklichen länger zu leiden hatten. Wlad, Woiwode der Walachei, ließ eine ganze türkische Armee, bestehend aus Männern, Weibern und Kindern, 20,000 an der Zahl, pfählen, — den Capudan Pascha auf einem höhern Pfahl, in Gold und Silber geschmückt; nach Hammer's Geschichte lebten viele der Gepfählten 3—6, einzelne sogar 8 Tage! In diesem Walde von Jammernden, Heulenden, Verzweifelnden, und allmählig von Leichen, spazieren zu gehen, war ihm ein ungeheuerer Genuß, und einen seiner Vertrauten, einen Greis von 70 Jahren, ließ er selbst pfählen, weil er ihn auf solchen Spaziergängen nicht begleiten wollte! Die Geschichte nennt ihn den Pfahlwüterich. Dschingis-Khan, der tartarische Eroberer, hätte die Geschichte des ganzen Erdballes verändert, wäre er nicht plötzlich sehr jung gestorben. Er verwüstete halb Asien, er tödtete (die großartigste Unmenschlichkeit der ganzen Geschichte) eine asiatische Provinz mit 3—4 Millionen Einwohnern gänzlich aus. Er kannte als Kind kein

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 12. Jan. Bayerische 3½ pCt. Obligationen 93 P., — G. Bayerische Bankactien II. Semester 1847 675 P., — G. Promessen per Stück Agio 78 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 104⅛ P., — G.; 4pCt. 92 P., — G.; 3pCt. 65½ P., — G. Bankactien II. Semester 1620 P., — G. Württembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 86½ G. Darmstädter 50 fl.-Loose 76½ P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 86½ G.

Frankfurt, 11. Jan. Metall. 5pCt. 103½; 4pCt. 91; 3pCt. 66; Bankactien 1950; Taunus-Eisenbahn-Actien 356; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 57½; bayer. Ludwigs-Verbacher-Eisenbahn 86½; bayer. Ludwigs-Canal 62.

Wien, 10. Jan. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 103⅞; zu 4pCt. in CM. 89½; zu 3pCt. in CM. 65½; Bankactien per Stück 1614; Nordbahn 134½.

Amsterdam, 8. Jan. 2½ pCt. 54¹¹⁄₁₆; 3pCt. 66⅞; 4pCt. 84¹⁵⁄₁₆; Synd. 3½ pCt. —; Handels-Maatschappy —; Ard. 15⅝; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. —.

Paris, 8. Jan. 3pCt. 75 Fr. 5 C.; 5pCt. 117 Fr. 20 C.

London, 8. Jan. Consols 86⅝.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Freitag den 14. Januar: „Er muß aufs Land", Lustspiel in 3 Aufzügen von Friedrich.

Fremdenanzeige.

Bayr. Hof. H. Baron v. Bernhard v. Augsburg; Dlle. Schüler v. Nürnberg.

Hotel Maulik. H. Friedmann, Rentier aus Holland.

Goldn. Hahn. HH. Andelbeß, Lieutenant von Augsburg; Schäfer, Theaterdirector v. Wien; Förster, Gastgeber v. Ingolstadt.

Blaue Traube. HH. Frhr. v. Trapp v. Augsburg; Dr. Held v. Würzburg.

Stachusgarten. HH. Spitz, Conditor v. Regensburg; Mde. Keratscheck, Kaufmannsgattin v. Mindelheim; Ludwig, Privatier v. Mannheim; Mayer, Privatier v. Hambach.

Gestorbene in München.

Heinrich Bermauer, Schuhmachergesell v. Nymphenburg, 34 J. alt; Walburga Lorenz, Friseurstochter von hier, 30 J. alt; Fr. Xaver Kaufmann, Schmidgesell von Kirchdorf, Ldg. Regen, 19 J. alt; Alois Karl, bürgl. Lebzelter von hier, 40 J. alt.

Bekanntmachung.

2236. (2a) Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Haus Nr. 35 in der Amalienstraße nach §. 64 des Hypothekengesetzes, vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 bis 101 der Prozeßnovelle vom Jahre 1837 dem Zwangsverkaufe unterstellt, und hiezu Tagsfahrt auf

Montag den 6. März 1848 Vormittags 10 bis 12 Uhr Zimmer Nro. 35 über 2 Stiegen

anberaumt, bei welcher jedoch der Zuschlag nur nach Erreichung des Schätzungswerthes erfolgt.

Das Anwesen besteht aus einem Wohnhause, mit Erdgeschoß 2 Stockwerk hoch, mit gewölbtem Keller und Dachkammern, dann rückwärts die Stallung und Remise, einschlüßig der Wohnung zu ebener Erde zweistöckig. Das Anwesen hat einen Hofraum mit schadhaftem Pumpbrunnen und einem Wurzgarten. Dasselbe ist auf 5000 fl. geschätzt, die Baulichkeiten sind mit 3400 fl. der Brandassecuranz einverleibt, und mit Hypothekkapitalien im Betrage von 5305 fl. belastet.

Am 5. Jänner 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Petz, Rchtspr.

Bekanntmachung.

2239. (2a) Es wird hiemit bekannt gemacht, daß das den theils großjährigen, theils minderjährigen Milchmann-Schröfl'schen Kindern gehörige Anwesen in der Ludwigsstraße Nr. 5 dahier der öffentlichen Versteigerung unterworfen wird, welcher Verkauf jedoch ein durchaus freiwilliger und theilweise im Interesse minderjähriger Betheiligter stattfindender ist, wozu auf

Mittwoch den 23. Februar 1848 Vormittags 10 — 12 Uhr

im Bureau 32 II des kgl. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Frhrn. v. Feuri Versteigerungs-Tagsfahrt mit dem Bemerken angesetzt wird, daß die Genehmigung des Zuschlages an den Meistbietenden den großjährigen Interessenten und resp. bezüglich der minderjährigen Betheiligten der Obervormundschaftsbehörde vorbehalten bleibt.

Dieses Anwesen ist gerichtlich auf 34,800 fl. gewerthet, mit 11,650 fl. der Brandassecuranz einverleibt, und lediglich mit einer Hypothek von 4000 fl. zur Sicherung einer Leibrente belastet.

Dasselbe besteht:

1) aus einem mit ebener Erde 4 Stockwerk hohen, mit gewölbtem Keller versehenen Wohngebäude, woran sich nördlich ein Seitenbau von gleicher Höhe anschließt;
2) rückwärts im Hofe befindet sich ein von ebener Erde hoch erbautes Oekonomiegebäude, in welchem Remise und Kutscherwohnung enthalten ist;
3) westlich sind mehrere von Holz erbaute Hütten angebracht, und befindet sich bei diesem Anwesen ein geräumiger Hofraum, Pumpbrunnen und laufendes Wasser.

Concl. den 31. Dec. 1847.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Kopp, Rchtspr.

Bekanntmachung.

2240. (3a) Auf Andringen zweier Hypothekgläubiger wird das Anwesen der Branntweiners-Eheleute Georg und Elisabeth Eisgruber Nro. 56 in der Sendlingerstraße dahier im Wege gerichtlicher Hilfsvollstreckung nach §. 64 des Hypothekengesetzes und den §§. 98 — 101 der Prozeß-Novelle vom 17. November 1837 dem öffentlichen Verkaufe zum ersten Male unterstellt und hiezu Versteigerungs-Tagsfahrt auf

Mittwoch den 15. März 1848 Vormittags 10 — 12 Uhr

im Bureau 32/II des k. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Frhrn. v. Feuri anberaumt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken geladen werden, daß die dem Gerichte unbekannten Steigerer sich über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben.

Dieses Anwesen besteht:

1) in einem gemauerten Vordergebäude, welches mit ebener Erde 4 Stock hoch erbaut und mit gewölbten Kellern versehen ist;
2) in einem gemauerten, mit ebener Erde 3 Stock hohen Mittelgebäude;
3) in einem gemauerten, mit ebener Erde 3 Stock hohen Hintergebäude mit zwei kleinen Hofräumen und einem Gumpbrunnen, und ist gerichtlich auf 24,000 fl. geschätzt, mit 10,000 fl. der Brandassecuranz einverleibt, und mit einem Ewiggeld-Kapital von 10,000 fl., dann mit 18,900 fl. Hypothekkapitalien belastet.

Concl. am 31. Dec. 1847.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Kopp, Rpr.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

2213. (3c) Mittwoch den 19. Jan. 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Decbr. 1846, und zwar vom

Nro. 13,681 bis 23,400.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Montag den 24. Jan. 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 24. Dec. 1847.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.
L. Negrioli, Mag.-Rath.

Schnetz, Cassier. — Offenbrunner, Controleur.

2220. (3c)

Verkauf eines Postanwesens.

In einem Städtchen Bayerns, in solcher Nähe einer Eisenbahn, daß diese für Post-, Gasthofs- und Oekonomie-Verhältnisse nur günstig einwirken kann, wird von den Eigenthümern ein Postanwesen mit allen Einrichtungen zum Betriebe des damit verbundenen Gasthofes, der Bierbrauerei rc. und einer ausgezeichneten bedeutenden Oekonomie verkauft. — Die Lage in einer der schönsten Gegenden erhöht den Werth der Kaufsobjekte, wegen deren näherer Beschreibung und der Kaufsbedingnisse der Unterzeichnete nähere Aufschlüsse gibt.

Füßen am 28. Dec. 1847.

Riebel, kgl. Advocat.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

größeres Vergnügen, als Vögel, Hunde, Katzen rc. lebendig zu sieden und sie im siedenden Wasser zappeln zu sehen. Als Eroberer ließ er seine Gefangenen gewöhnlich lebendig sieden — in 70 großen Kesseln, die er zu diesem Zwecke auf seinen bluttriefenden Zügen stets mit sich herumführte! Wie kann man beim Hinblick auf diese durch unzählige Schriftsteller, z. B. Hammer, Heinrich, Karamsin, Hume, Gibbon, Galliez, Montaigne, Volnay, Schmid rc. rc. verbürgten Lehren der Geschichte, (Lehren, deren ähnliche sie tausende und abermals tausende aufstellt) die ungeheure, mit keinem Ausdruck genug hervorzuhebende, Wichtigkeit des Mitleids mißkennen? wie kann man daran zweifeln, daß nur der Mangel an Mitleid jene entsetzlichen Gräuel, die das Blut starren machen und den Menschen als das schrecklichste Ungeheuer der Erde darstellen, möglich machen konnte? Wie hätten Menschen, nur mit einem Funken von Mitleid im Herzen, so handeln können? Wie wäre dieses denkbar? Es wäre, antworten wir aus voller Ueberzeugung, nach dem Begriffe des Mitleides absolut und eben so gewiß unmöglich gewesen, als überhaupt eine logisch-, oder mathematisch- oder physisch-undenkbare Erscheinung nicht möglich ist. Mitleid ist, wie es das Wort von selbst ausspricht, das Mitleiden beim Leiden, beim Schmerz Anderer. Der Mitleidige empfindet mit, wenn er Andere leiden sieht oder weiß, daß sie leiden. Wer dieses nicht kann, wem dieses nicht bekannt ist, dem ist auch das Wesen des Mitleids nicht bekannt, der hat auch nie ein Mitleid gefühlt, der kennt nur das Wort „Mitleid", aber nicht die Sache, das dem Worte entsprechende Gefühl. Daher gibt es Millionen Menschen, die gar nicht ahnen, was Mitleid ist, obwohl sie selbst mitleidig zu seyn glauben. Ja, wenn es darauf ankäme, was Jeder von sich selber glaubt, was er für gute Eigenschaften sich selber zuschreibt, dann gäbe es in der Welt nur gute, nur gerechte, nur dankbare, nur fleißige, nur zuverläßige, nur reinliche Menschen u. dgl., denn alle oder fast alle glauben, das Alles zu seyn, und wie wenige sind es wirklich? Alle kennen jene schönen Worte, fast alle schreiben diese schönen Prädicate sich zu, und dennoch: wie viel Unrecht, Undank, Unordnung und Unzuverläßigkeit und Unreinlichkeit existiren in der Welt? Ebenso verhält es sich mit dem Mitleide, jeder glaubt mitleidig zu seyn, weil er das Wort kennt und das Wort ihm gefällt, und dennoch ist das Menschengeschlecht im Ganzen, wie die Geschichte uns zeigt, ein so furchtbar grausames. (Fortsetzung folgt.)

Zeitstimmen.

(Eigenes und Gesammeltes.)

Zugeständnisse der Regierungen haben nur dann den rechten Erfolg, wenn sie freiwillig erscheinen, wenn der Zugestehende noch die volle Kraft hat, sie zu verweigern. An dem Tage, wo sie nicht mehr ohne Gefahr verweigert werden können, ist selbst das Nachgeben nicht mehr im Stande, die Gefahr zu beseitigen, welche die Zugeständnisse gebieterisch fordert.

Nr. 13.

Münchener politische Zeitung.

Man pränumerirt auf der [illegible] 3. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger Gasse Nr. 2[illegible]; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. halbjährlich 3 fl.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend | XLIX. Jahrgang. | 15. Januar 1848.

Deutschland.

Bayern.

⊙ München, 15. Jan. Die am 3. Jan. stattgefundene Sitzung des „historischen Vereins von und für Oberbayern" beehrte Se. Erlaucht Herr Graf Wilhelm v. Württemberg mit seiner Gegenwart und legte hiebei der Versammlung die von ihm angefertigte Terrainkarte des südwestlichen Deutschlands, welche zur Ausführung im lithographischen Farbendruck bestimmt ist, vor. Diese Vorlage begleitete Se. Erlaucht mit historischen und topographischen Notizen und Erläuterungen, und wir freuen uns bei dem allgemeinen Interesse, welches die fragliche Terrainkarte hat, in den Stand gesetzt zu seyn, diese Notizen dem gegenwärtigen Berichte über die Januarsitzung des historischen Vereins von Oberbayern anzureihen, in welcher nach diesem Vortrage des Herrn Grafen v. Württemberg der Herr königl. Oberbaurath Panzer einen Vortrag über populäre Anleitung zum Sammeln der Ueberreste deutschen Alterthums, namentlich deutscher Mythen und religiöser Volksgebräuche hielt. Diesem folgte ein Vortrag des Herrn Dr. Nagler über das alte Madonnenbild in der Kirche zu Ettal und über die sonstigen vormaligen Kunstdenkmäler daselbst. Von dem Herrn Hauptmann v. Rogister wurde das eiserne Originalsiegel des bayerischen Kanzlers Johann Georg v. Herwart Frhrn. v. Hohenburg gest. 1622 als Geschenk für die Vereinssammlung, nebst einer biographischen Notiz über die Familie Herwart überreicht. Wegen vorgerückter Zeit wurde ein von Herrn Alumnus Wiedemann in Freising eingekommener Aufsatz über die Geschichte der Pfarrei Högling Landgerichts Aibling zum Vortrag in die nächste Sitzung bestimmt, welche Dienstag den 1. Febr. Nachmittags 4 Uhr stattfinden wird. — Nachstehendes sind die erwähnten Notizen Sr. Erlaucht des Herrn Grafen Wilhelm v. Württemberg." Der Zweck derselben ist ein vielseitiger. Vor Allem glaubte ich einem lange gefühlten Bedürfnisse, dem einer guten Terrainkarte und zuvörderst des südwestlichen Deutschlands insoferne entgegen zu kommen als ich in hinreichend großem Maaßstabe (etwa von 1 : 200,000) ein gewissenhaft getreues, zugleich aber auch leicht auffaßliches und wohl in die Augen fallendes Bild des benannten Länderstriches zu geben beabsichtige. Zu diesem Behufe nun und unter Benutzung der besten vorhandenen Quellen sind in der aus vier Blättern bestehenden Karte die Erhabenheiten nach einer besonders angefertigten, in Folge zahlreicher photographischer Versuche genau ermittelten Tintenscala braun lavirt, wobei unter Zugrundelegung der Lehmann'schen Manier, die horizontale Fläche sich weiß darstellt und eine Böschung von 60° als derjenigen, welche selbst im Hochgebirge selten steiler supponirt werden dürfte, in der dunkelsten Tinte gegeben wird. Bäche, Flüsse, Seen rc. werden blau dargestellt. Da die Tinten mit mathematischer Genauigkeit und auf das Gewissenhafteste eingetragen sind, und eine Horizontalprojection angenommen ist, so geht hervor, daß troz des in Folge reiferer Erwägung im Verhältnisse von 1 : 225,000 gestellten Maßstabes immerhin sich noch ziemlich bemerkbare Profile construiren lassen können. Die nach den angeführten Grundsätzen ausgeführte Terrainkarte dürfte schon an und für sich manchem Forscher oder Dilettanten zu beliebiger Benützung und Ausarbeitung nicht unwillkommen seyn. Ich beabsichtige aber dieselbe zu den verschiedensten Zwecken und zwar in historisch archäologischer, dann in militärischer, in statistischer, geognostischer botanischer und meteorologischer Beziehung auszuarbeiten. Hiebei muß ich zu näherer Verständigung bemerken, daß für jeden einzelnen der benannten Zweige auf die Terrain- oder Fundamental-Karte eine weitere Steinplatte aufgedruckt wird, welche die sich zunächst auf das betreffende Fach beziehenden Gegenstände (als z. B. Straßen, Orte einerseits, Formationsgränzen rc. andererseits) enthalten. Es versteht sich von selbst, daß auf ein und dasselbe Exemplar die sämmtlichen angeführten Ausarbeitungen sich nicht wohl eindrucken lassen dürften und der Geschichtsforscher wird sie daher nur in geschichtlicher, der Militär in militärischer Beziehung ausgearbeitet erhalten können. Um das Bild der Karte durch Namen oder conventionelle Zeichen so wenig als möglich zu verunstalten, werden den einzelnen Orten kleine Nummern beigedruckt und auf dem sehr breit gelassenen Rande der Blätter soll der zur Erklärung nöthige Text den entsprechenden Nummern, resp. Orten beigefügt werden. Einem jeden Blatte wird ein weiteres von durchsichtigem Pflanzenpapiere beigelegt werden, auf welches, zum richtigen Orientiren etwa die Hauptcontouren der größeren Flüsse aufgedruckt sind. Der Zweck dieser Blätter ist: etwaige Verbesserungen, Zusätze, Neuentdecktes rc., das innerhalb des Forschungskreises der einzelnen Inhaber sich darbietet, genau auf die dem Terrain entsprechenden Puncte ein und nachtragen zu können; insbesondere aber um, ohne sich der Karten selbst zu entledigen, mir die angemerkten Verbesserungen rc. zusenden zu können. Hiedurch werde ich in den Stand gesetzt, diese sämmtlichen Einträge auf den Originalplatten zu ergänzen und von Zeit zu Zeit vermehrte und verbesserte Exemplare erscheinen zu lassen. Es ist mir endlich gelungen die bereits fertigen Originale durch Lithographie in den erwähnten Tinten vervielfältigen lassen zu können. Gehe ich nun von diesen allgemeinen Grundzügen in das den verehrlichen historischen Verein speciel interessirende Fach über, so dürfte wohl in erster Linie eine Bearbeitung des Kriegsschauplatzes der Römer, ihrer Niederlassungen rc. erwähnt werden. Seit einer Reihe von Jahren habe ich die darüber vorhandenen reichhaltigen Materialien in möglichster Vollständigkeit zu sammeln gesucht und die bekannten unzweifelhaft römischen Ueberreste von Orten Straßen, Vertheidigungswerken, Thürmen rc. auf eine Karte von noch größerem Maßstabe eingetragen. Bei Beurtheilung über deren Zweck und Wichtigkeit, glaubte ich hauptsächlich vom militärischen Standpuncte ausgehen zu sollen, denn das Land, welches die Karte darstellt, war ein militärisch occupirtes und in dieser Beziehung eines der interessantesten; seine nördliche Gränze war durch keine oder wenigstens durch minder bedeutende natürliche Hindernisse gedeckt, eine Blöße, welche die damaligen Heeresführer wohl empfunden und der sie auch durch die bekannte Umwallung (Pfahlhag, Teufelsmauer, Schweinegraben rc.), welche sie von der Donau bei Kelheim bis an den Rhein bei Coblenz zogen, vorzubeugen suchten. Ich übergehe die Beschreibung der Operationslinien, der einzelnen Straßenzüge, Verbindungslinien, der Haupt- und Nebenstationspuncte, der einzelnen Standquartiere u. s. w., eben so der Ueberreste der Kunst, der Altäre und Inschriften, welch' Letztere gleichfalls auf dem Rande der Karte kurz beschrieben werden sollen, und glaube nur noch des Umstandes erwähnen zu müssen, wie das bereits vorhandene, in die genannte Probekarte gewissenhaft eingetragene Material meinen weiteren Forschungen den wesentlichsten Vorschub geleistet hat, wie ich hiedurch in den Stand gesetzt wurde, einzelne Straßenzüge rc. wieder auffinden und verfolgen zu können, und wie ich es namentlich nur diesem Umstande verdanke, eine Reihe höchst interessanter Signallinien gefunden zu haben. Aber undankbar wäre es, wenn ich bei dieser Gelegenheit nicht mit der größten Anerkennung des Verdienstes zahlreicher For-

---

Gunhild von Schweden.

(Geschichtliche Novelle von M. v. St.)

(Fortsetzung.)

Endlich standen sie dem Feinde gegenüber. Aber der Geist, der sie belebte als sie die gewaltigen Normannen überwältigten und den hochmüthigen Gorms zwangen, den Frieden nach ihren Bedingungen anzunehmen, war entwichen, und nur in einzelnen Schaaren glühte zuweilen die alte skandinavische Tapferkeit noch auf, so daß sie, wenn auch nicht die Eingedrungenen in deren Schiffe zurücktrieben und das Land von den übermüthig Höhnenden befreiten, doch ihr rasches Fortschreiten aufhielten. Dieser günstige Erfolg gab der verzagten Gunhild, die ihn kaum zu hoffen gewagt, schnell ihre kecke Zuversicht zurück. Wiederum ertönten die weiten Gemächer der Königsburg wie die düstern Straßen der altersgrauen Stadt von Heldengesängen bei schwelgerischen Gelagen, indeß der bleiche Mangel in täglichem Anwachs den Kummer und die Noth in den Volkshütten wie in den Kriegerzelten vermehrte. Zwei Jahre schon währte der schleichendes Elend verbreitende Kampf, als eine Waffenruhe zwischen beiden Heeren dem erschöpften Lande eine kurze Erholung versprach, indem der Dänenkönig einen großen Theil seiner Macht gebrauchen mußte, um die kaum unterjochten trotzigen Friesen, welche das unfreiwillig anerkannte Joch wieder abzuwerfen drohten, aufs Neue zu demüthigen.

Die kurze Frist benutzend, kehrte ein Theil der Krieger und die meisten Edlen in die Heimat zurück, um am trauten Herde und im Kreis der ihrigen Entschädigung für die erduldeten Drangsale zu suchen, und sich für den bald zu erneuenden Kampf zu stärken. Allein nicht wie eine Pause, die sie weise zu ernsterer Vorbereitung benutzen müsse, ward dieses Ereigniß betrachtet, sondern wie ein vollständiger Sieg mit prahlerischen Festen begangen. Sie selbst, an der Spitze der Priester, zog den Heimkehrenden entgegen, und geleitete sie in die glänzend geschmückte Stadt. Um die Feier dieses Empfanges zu erhöhen, hatte die Königin darauf bestanden, daß Suen, der künftige Beherrscher des Landes, an ihrer Seite dem Heere entgegenziehe, und auch die Tochter des Helden, der die Tapfern zum Kampf geführt, die holderblühte Swanehild, zum erstenmal dem Volk sich zeige, den Zug der reichgeschmückten Jungfrauen eröffnend. (Fortsetzung folgt.)

Mannigfaltiges.

Bühnenschau.

△ München, 14. Jan. Die gestrige Aufführung des „Don Juan" gehört unstreitig zu den sonderbarsten, die wir uns gehört zu haben erinnern. Wir bewunderten die gute Laune

scher und Schriftsteller in diesem merkwürdigen Fache, deren Quellen ich benützte, erwähnen würde und ich glaube diese kurze Mittheilung nicht besser und würdiger schließen zu können, als ihre Namen anzuführen. Nebst den verehrlichen historischen Vereinen Bayerns, deren vortreffliche Schriften und Sammlungen mir ebenso willkommen als unentbehrlich waren, sind es die Herren: Buchner, Döderlein, v. Dürrich, v. Gock, Hanßelmann, v. Hefner, v. Jaumann, Leichtlen, Limbrun, Mannert, Mayer, Pallhausen, Panzer, v. Pauli, Paulus, Prugger, v. Raiser, Schlett, Stählin, v. Stichaner, v. Weishaupt. Mögen dieselben meinen freundlichsten Dank und die noch Lebenden die ersten Exemplare der Karte, die ich ihnen zu übergeben gedenke, als geringen Beweis meiner Dankbarkeit und Hochschätzung nachsichtsvoll in Empfang nehmen!"

München. In unserer Haupt- und Residenzstadt befinden sich gegenwärtig 84 Civilärzte, 32 Militärärzte 7 Zahnärzte, 5 Landärzte, 3 magistri chirurgiae, 14 Chirurgen, 7 approbirte Bader und Baderei-Inhaber, 51 Hebammen, 16 Apotheker und 15. Thierärzte.

.... Der „Nürnberger Kurier" schreibt: Die Folgen der verzögerten Eisenbahnbauten in Bayern treten immer mehr hervor. Wie wir bereits bezüglich der Verbindung mit dem Westen im offenbaren Nachtheil sind und die Mängel dieser Route den Verkehr zwangen, andere Wege zu suchen, so wird auch noch die so wichtige Briefpost von Sudost nicht mehr durch Bayern gehen. Die „Wiener Zeitung" schreibt nemlich: Mit dem neuen Jahre werden unsere Briefpostcurse eine abermalige Erweiterung und Beschleunigung erhalten. Nach Rheinpreußen, Westphalen, Belgien und Holland nemlich, wohin die Briefe bisher über Nürnberg und Frankfurt gingen, sind diese Sendungen über Berlin mit Benützung der nördlichen Eisenbahnen eingeleitet worden, wobei jetzt schon eine Frist von 24 Stunden erspart wird.

Württemberg.

Aus Württemberg, 9. Jan. Unsere Abgeordneten, selbst die ministeriellen, halten vor dem Zusammentritt der Stände Versammlungen mit ihren Wählern um aus deren Munde die Wünsche und Klagen des Volkes zu vernehmen. Sehr gespannt ist man darauf, ob in der Kammer die Mai-Excesse zur Sprache gebracht werden. Sollte dies der Fall seyn, so spricht man mit ziemlicher Gewißheit von einer alsbaldigen Auflösung der Stände. Eine hohe Person soll in der Eröffnungsrede mehrere sehr starke und entschiedene Stellen mit Nachdruck dem Geheimrath gegenuber festgehalten haben. — Die angeordnete Vermehrung der Stuttgarter Garnison wird mit diesen Sagen in Verbindung gebracht. — Bis Ende des Jahres 1850 wird, wenn die durch die Akkorde festgesetzten Bauten zur rechten Zeit zu Stande kommen, die ganze Bahnstrecke von Heilbronn bis Friedrichshafen befahren werden können. Die nächste Zweigbahn, welche dann im Plane liegt, ginge im Neckarthal aufwärts nach Reutlingen und Tübingen und neuerdings taucht auch die Idee auf, durch den Anschluß an das Ansbachische die Verbindung mit Frankfurt und den Rhein zu gewinnen.

(Augsb. Abdz.)

Baden.

Karlsruhe, 22. Jan. (IX. Sitzung der zweiten Kammer.) Dieser Sitzung entnehmen wir für heute, daß der umfassend begründete Antrag des Abg. Christ: „im Gr. Baden die Presse wenigstens für die inneren Angelegenheiten zu regeln, beziehungsweise für diese Preßfreiheit zu gewähren, von allen Seiten des Hauses in ausführlichen Reden unterstützt ward und die Kammer einstimmig beschloß, den Antrag sofort dem Druck zu übergeben und in die Abtheilungen zu verweisen. Bezüglich der bevorstehenden Vorlagen der Regierung die Fallissemente betreffend, ward von Welcker Verhandlung in öffentlicher Sitzung beantragt, wovon der Regierungs-Commissär Kenntniß nahm. (B. Bl.)

In Heidelberg und Mannheim sind die Beseler-Subscriptionen jetzt geschlossen. In letzterer Stadt gingen 777 fl. 55 kr. in ersterer nebst Umgegend 1414 fl. 55 kr. ein.

Kurhessen.

Kassel, 7. Jan. Einige thatkräftige Officiere im besten Mannesalter sind aus der Linie zu den Garnisonscompagnien versetzt. Diese Officiere waren noch am 6. Dec. v. Js. bei der Eidesleistung des Militärs im Dienst. Sie sollen damals vor Andern zumeist oder zuerst Zweifel darüber gehegt haben, ob der den Truppen angesonnene Eid mit dem auf die Verfassung geleisteten in Einklang zu bringen sey; allerdings unbegründete Zweifel, weil die Zusicherung erfolgte, daß jener Militäreid neben dem Verfassungseid bestehe. Der zweite Commandant von Kassel ist (wie bereits gemeldet) dieser Function enthoben worden. Er soll derjenige General gewesen seyn, welcher, wie gesagt wird, die Schilderung über die am 6. v. M. unter den Truppen herrschende Stimmung bestättigt habe. (D. Z.)

Kassel, 8. Jan. Gestern hat Se. königl. Hoh. der Kurfurst eine Deputation der althessischen Ritterschaft, bestehend aus dem Erbmarschall Freiherrn Riedesel zu Eisenach und fünf Mitgliedern der Ritterschaft in Audienz empfangen und eine Condolenz- und Ergebenheits-Adresse von derselben entgegengenommen.

Preussen.

Berlin, 6. Jan. Es sind nunmehr hierselbst bestimmte Nachrichten eingegangen, daß der Dr. Freyberg nach der Schweiz und zwar durch Suddeutschland entkommen ist, und von dort aus das Resultat der gegen den geheimen Rath Wedecke geführten Untersuchung abwarten will, ehe er sich entscheidet, was er selbst zu thun haben werde. (Weser-Z.)

Braunschweig.

Braunschweig, 7. Jan. Der hiesige Beseler-Verein hat das Schicksal des in Hannover getheilt; der öffentliche Aufruf zu Beiträgen ist unterdrückt.

Hannover.

Hannover, 10. Jan. Dem König Ernst August ist sein zweites Großkind geboren. Gestern Nachmittag wurde die Kronprinzessin von einer Tochter entbunden. König Ernst, dessen Dynastie nur auf vier Augen beruht, hätte wahrscheinlich einen männlichen Sprossen des Königstammes lieber gewünscht, obgleich für den zwar nicht wahrscheinlichen aber doch möglichen Fall des Erlöschens des Mannsstammes auch die gestern geborne Prinzessin thronfolgefähig ist. (A. Z.)

Hildesheim, 6. Jan. Der von dem hiesigen wohllöblichen Gesammt-Magistrate und Bürgervorsteher-Collegio einstimmig gefaßte Beschluß, „ihre Sitzungen öffentlich zu halten, und zu ihren Verhandlungen Zuhörer zuzulassen, ist, zuverlässiger Mittheilung zufolge, von Sr. Maj. dem König nicht genehmigt worden.

(Hild. Z.)

Freie Städte.

Frankfurt, 11. Jan. Die Einwirkung der gestern gemeldeten kleineren Fallimente auf die Lage des Platzes besteht darin, daß der Wechselhandel sich in immer engeren Gränzen bewegt, und die ziemlich reichlichen Geldvorräthe zunächst in soliden (größtentheils süddeutschen) Staatspapieren sucht. Nur der Verkehr mit Actien namentlich Nordbahn, will nicht wieder in den frühern Gang kommen. Köln-Mindener, die ebenfalls gedrückt waren, haben sich auf die besseren Berliner-Curse wieder gehoben. — Seit dem 1. d. M. ist in Folge des jüngsten Postvertrags das Porto für die französische Correspondenz herabgesetzt; für die belgische dürfte eine gleiche Reduction ebenfalls zu erwarten seyn. (A. Z.)

Oesterreich.

Wien, 7. Jan. Die Angabe, als sey eine außerordentliche Anschaffung von Schießgewehren für unsere Armee neuerlich erfolgt (der hiesige Gewehrfabrikant Frühwirth sollte eine Bestellung von 500,000 Stücken erhalten haben,) ist grundlos. Unser Armeecorps in Italien ist durch die Verstärkungen auf einen Fuß gesetzt, um jedem etwaigen Ereignisse begegnen zu können, denn es beläuft sich sicherem Vernehmen nach auf 75,000 Mann, während dasselbe in der gewöhnlichen Zeit nur ungefähr 30,000 Mann zählte. (Schw. Mkr.)

Schweiz.

Vom Jura, 8. Jan. Der Bundespräsident, Hr. Ochsenbein hatte in den letzten Tagen häufige Unterredungen mit den englischen Repräsentanten. Wie es heißt, hat Hr. Canning den freundschaftlichen Rath ertheilt, die Tagsatzung möge auf Antrag ihres Vorsitzenden die feierliche Erklärung abgeben, daß bei der vorzunehmenden Bundesdurchsicht die Grundlagen des Vertrags von 1815 auf keinen Fall eine Schmälerung erleiden sollen, und man die Kantonalsouveränetät durchaus nicht zu beschränken beabsichtige. Hr. Ochsenbein hatte sich geneigt gezeigt, diesem Wunsch zu willfahren, allein mehrere seiner Amtsgenossen legten Verwahrung dagegen ein. Die Sache wird indessen bei der Tagsatzung zur Sprache kommen, zumal eine Collectivnote der Großmächte (mit Ausnahme von England und Rußland) im Anzuge ist. 11. Jan. Sir Stratford Canning steht, wie wir vernehmen, auf dem Puncte Bern zu verlassen um sich auf seinen Gesandtschaftsposten in Konstantinopel zu begeben. Er würde dem Präsidenten der Tagsatzung bereits seinen Abschiedsbesuch abgestattet haben, wenn nicht Hr. Ochsenbein seit einiger Zeit krank wäre. Letzterer soll den eindringlichen Mahnungen des britischen Gesandten überhaupt, namentlich aber gegen die Sonderbundskantone, gemäßigt und nachsichtig zu handeln immer ein ganz williges Ohr geliehen haben. Leider machen sich aber auch noch von anderwärts her Einflüsse geltend, welche entgegengesetzter Art sind, abgesehen von dem Umstande, daß Ochsenbein, wenn auch Präsident der Tagsatzung, doch nur ein einzelner Mann ist. — Der Aufenthalt der französischen Gesandtschaft in Basel hat in Folge einer Weisung der französischen Regierung seine Endschaft erreicht, und Hr. Bois-le-Comte wird mit seinen Secretären schon morgen nach Neuenburg abreisen wo er vorläufig bleiben wird. — Die Tagsatzung hat nun den Gedanken dem Oberbefehlshaber, Hrn. Dufour, eine Nationalbelohnung zu gewähren verwirklicht und demselben einen Ehrensäbel und 40,000 Schweizerfranken zuerkannt.

(Karls. Z.)

Genf. Der große Rath hat das Project, dem General Dufour ein Stück Land als Nationalgeschenk zuzustellen in der Sitzung vom letzten Freitag angenom-

---

eines Theiles der Zuhörer, welche wieder einmal das Mittelmäßige unmäßig beklatschten und wahrhaft gediegene Leistungen mit Zischen und andern rügenswerthen Unarten belohnten. — Die Elvire ist wohl der schwierigste, weil undankbarste Charakter der ganzen Oper. Nicht allein, daß derselbe nichts Anziehendes für die Menge besitzt, und der Beweggrund selbst, aus dem sie beständig auf der Bühne erscheint, eben nicht der schönste ist — hat auch der Tondichter sie zwar mit vielen Schwierigkeiten bedacht, diese sind jedoch von der Art, daß sie nur dem Kenner so recht ins Auge fallen, während sie am Ohre des Laien unverstanden vorübergehen. Mad. Stöckl-Heinefetter zeichnete diesen Charakter in scharfer Ausprägung, sie gab die leidenschaftliche Spanierin, mit den Stürmen überstürzender Regungen in der Brust, Ihr Recitativ, mit all den feinen Schattirungen, wie sie nur eine Künstlerin zu fassen und wiederzugeben vermag — wollte nicht beachtet werden; ebenso die darauf folgende Arie, die in ihren verschlungenen Gängen und Wendungen nur einem musikalisch gebildeten Geiste zugänglich und ausführbar wird. — Donna Anna ist ein in anderer Beziehung nicht viel leichter darzustellender Charakter. Während in Elvire stets ein tobendes, aufgeregtes Element vorherrscht, ist Anna im Gegentheil sehr zimpferlich und weinerlich aufgefaßt, und erhebt sich nur einmal (in dem Recitativ Nro. 11: „mein Geliebter, ich bebe,") zu wahrhafter poetischer Höhe — und dieser Moment ist für die Darstellerin vorzüglich zu erfassen, dies der Probirstein für eine denkende, geniale Künstlerin. Aber Fräul. Rettich fand diesen Moment gar keiner Beachtung werth; sie findet ihr Selbstgenüge in distinctester Wiedergabe von Schnörkeln und Geläufigkeiten, sie fragt nicht, ob eins ihrer gesprochenen Worte verständlich, oder ob die Noten, die sie singt und wie sie dieselben singt, auch irgend über den musikalischen hinaus auch einen geistigen Sinn und Gehalt haben. — Der leichteste Charakter ist wohl jener der Zerline. Für sie hat Mozart seine ansprechendsten, süßen Weisen geschrieben, für sie ist kein tragischer, erschütternder Moment zu bewältigen. Demungeachtet können wir Mad. Diez nicht so ganz lobend erwähnen. Was uns an ihr mißfällt, ist die immerwährende Anstrengung ihrer Kehle, um einen möglichst starken Ton zu erzielen, gleichviel, ob es vom Tonsetzer vorgeschrieben oder nicht. So soll z. B. in dem Duett Nro. 8 zwischen Don Juan und Zerline bei den Worten: „Ich fühl's, ich muß erliegen", das Abnehmen der Stimme das allmählige Sinken ihrer Willenskraft bedeuten, statt dessen treffen wir gerade bei jener Stelle auf ein ff, was für den denkenden Zuhörer alle Täuschung stört. — Für den Darsteller des Don Juan kommt uns Hr. Kindermann doch etwas zu linkisch vor. Derselbe soll in seinem ganzen Wesen etwas Lüsternes — natürlich nicht über die Grenzen der Bühne hinaus — etwas Frivoles, Uebermüthiges, dabei aber Uebersättigung zur Schau tragen. Auf eine eigentlich tragische Höhe erhebt sich derselbe ohnedieß, vermöge seines Charakters, nicht. Wir vermissen das Leichte, Bewegliche, Zierliche, das ihn als Mann von Welt, als den Liebling der Frauen bezeichnen soll. Dagegen ließ er uns im Gesange wenig oder

men. Die Tagsatzungsinstruction für Genf macht den Vorschlag, das Zweikammersystem zur Repräsentation der Kantone und des Volkes einzuführen.

Wie der Bischof von Sitten hat nun auch der päpstliche Nuntius eine Verwahrung gegen die Aufhebung der geistlichen Freiheiten eingelegt.

Von den bis jetzt bekannt gewordenen Gemeinderathswahlen in Luzern sind 60 im freisinnigen 25 im conservativen Sinn ausgefallen.

Die Luzerner Gesandtschaft soll auf ihre Kriegskostenrate 300,000 Fr. in Bern einzezahlt haben, so daß Luzern vorerst noch 100,000 Fr. zu zahlen hat.

Die „Neue Züricher Zeitung" berichtet aus Zug, 8. Jan.: Mit heute Abend wurden die Berathungen des Verfassungsrathes geschlossen, und endeten mit dem überraschendsten Triumphe für die gewalteten Bemühungen aller Parteien — Es wurde nämlich der Verfassungsentwurf einmüthig angenommen. Die Landesgemeinde fällt weg. Der große Rath besteht aus 60 und die Regierung aus 11 Mitgliedern.

Der „Schwäbische Merkur" schreibt: Eine eigenthümliche Erscheinung ist das Bestreben in den Kantonen Schwyz und Zug, die Landesgemeinden abzuschaffen und so die demokratische Regierungsform in die repräsentative umzuwandeln, während man in Genf durch die Einführung der Landtagsgemeinde, in St. Gallen, Baselland durch das Veto, und auch in Bern und Waadt die entgegengesetzte Richtung einschlägt. Man glaubt damit der Wirksamkeit der Geistlichkeit entgegentreten zu können, die, wie es scheint, den Kampf von Neuem aufnehmen will.

Italien.

Die neue römische Censurordnung.

**Eben wollten wir unser Blatt für heute schließen, da geht uns aus guter Quelle der Text einer neuen römischen Censurordnung (Ordine circulare sulla stampa) zu. Wir können für heute wegen Mangel an Zeit und Raum aus diesem höchst interessanten Actenstücke nur Auszüge geben. Dasselbe besteht aus 12 Artikeln, ist unterzeichnet von Cardinal Gabriele Ferretti und datirt vom 31. Dec. 1847. Da es nöthig geworden, Erläuterungen zu geben, um sowohl die Lage der Presse zu erleichtern und zu verbessern, als auch, um für dieselbe bestimmte Normen aufzustellen, an welche der Censurrath und die Censoren sowohl in Rom als in den Provinzen sich zu halten haben, um das Preßgesetz vom 15. März 1847 zu vollziehen, hat Se. Heiligkeit, nachdem man die Meinung einer zu diesem Zweck ernannten Special-Commission vernommen, den Befehl ertheilt, als Zusatz und Erläuterung des Märzgesetzes zu verordnen wie folgt: Es wird nun in Artikel 1. gesagt, daß die Zahl des bereits aus fünf Mitgliedern bestehenden Censurrathes (consiglio di censura mit Inbegriff des P. Maestro del S. Palazzo) auf 7 vermehrt werde. Außer dem Maestro del S. Palazzo befassen zwei Censoren sich mit Revision aller literarischen und politischen Schriften und vier andere speciell mit den Zeitungsblättern. Nach Art. 2. beziehen die 4 in Rom fürs Zeitungswesen bestallten Censoren ein monatliches Honorar und müssen sich mit dem Minister des Innern, der die Oberaufsicht der Presse hat, vereinigen. Nach Art. 3. findet diese Versammlung (riunione) alle Tage mit Ausnahme der Festtage statt. Nach Art. 4 versammelt sich der gesammte Censurrath wöchentlich dreimal. Nach Art. 5. haben die Präsidenten der Provinzen zu bestimmen, ob bei ihnen die Zahl der Censoren zu vermehren, und ob zu honoriren. Nach Art. 6. hat der Censor für nicht zugelassene Artikel dem Censurrath die Gründe anzugeben, ohne jedoch an der Discussion und Abstimmung Theil zu nehmen. Nach Art. 7. ist dem Censurrath wie den Censoren aufgegeben, sich strengstens an das Märzgesetz zu halten, namentlich bezüglich der Censurnegative. Art. 8. erläutert den strittig gewordenen Begriff „Zeitgeschichte" (storia contemporanea) als Erzählung der neuest geschehenen oder bevorstehenden Ereignisse; ausgenommen sind von der die Zeitgeschichte treffenden Erleichterung Aufsätze, welche die höhere sowohl innere als internationale Politik benachtheiligen (pregiudicare) könnten. Nach Art. 9. können Journale die wo andersher als aus dem Kirchenstaat nur dann zugelassen werden, wenn sie keine Ausdrücke oder Dinge enthalten, die im Märzgesetz buchstäblich verboten sind. Nach Art. 10 muß jedes Blatt seinen Titel, seine Natur und Tendenz, wofür die Concession erworben, aufs strengste einhalten; demnach dürfen Blätter für Mode, Handel und Ackerbau mit Politik sich gar nicht befassen. Nach Art. 11 muß es beim vom Censor approbirten Original alsdann bis zum letzten Preßabdruck verbleiben. Jede Veränderung durch einzelne Worte, größere Buchstaben und selbst Punctation wodurch der approbirte Sinn der Rede alterirt werden könnte, ist untersagt, desgleichen jede Censurlücke oder Ausfüllung derselben mit Puncten u. s. w. Nach Art. 12 sind wie vom Märzgesetz so auch von dieser Verordnung ausgenommen die geistlichen Ordinariate mit ihren amtlichen Drucksachen und der von ihnen geübten Censur über moralische und religiöse Schriften. (Im nächsten Blatt lassen wir die wörtliche Uebersetzung folgen.)

Neapel, 3. Jan. Monsignor Cocle (des Königs Beichtvater) ist nicht gerade in Ungnade gefallen; doch ist die Macht seines Einflusses gebrochen. (A. Z.)

Die „Genueser Zeitung" berichtet die Besetzung von Pontremoli, angeblich durch die Truppen von Parma und Modena. — Nach Briefen der „Allgemeinen Zeitung" aus Venedig 8. Jan. hätte in Treviso ein Volkskrawall durch Fenstereinwerfen stattgefunden. Die Blätter aus Venedig 10 Jan. melden davon noch nichts.

Von der italienischen Grenze, 6. Jan. Der Doctor Nazzari hat dem Vicekönig eine Bittschrift um Bewilligung von Reformen eingereicht. Die Forderungen der Lombarden sind jetzt bekannt und umfassen im Ganzen 15 Puncte, nemlich 1) Centralisation aller gegenwärtigen Befugnisse der Hof-Dicasterien im Vicekönigreich, die sodann, nebst einem zu schaffenden Ministerrath, nur unter Sr. Majestät stehen sollen; 2) Erweiterung der Befugnisse der Provinzial-Congregationen und Verwandlung der Central-Congregationen in Staatsräthe; 3) Revision des jährlichen Budgets von Seiten des Staatsraths, ohne dessen Einwilligung die Steuern nicht vermehrt oder verändert und keine Anlehen gemacht oder der Nation aufgebürdet werden dürfen. Reduction der öffentlichen Schuld auf den durch die Tractate und das allerhöchste Patent vom 27. Aug. 1820 festgesetzten Betrag; 4) Uebertragung aller Aemter mit Ausnahme der Viceregentschaft an Italiener; 5) Besetzung Italiens durch einheimische Truppen, Entfernung derer, welche andren österreichischen Provinzen angehören; Verminderung der Militärdienstzeit auf fünf Jahre; 6) ein Gesetz, welches der Polizeiwillkür und den Mißbräuchen der öffentlichen Gewalt ein Ziel setzt; schriftlicher Specialbefehl zur Verhaftung eines Bürgers, augenblickliche Ueberlieferung des Verhafteten an seine competente Behörde; 7) öffentliches Straf- und Proceßverfahren, Reform der Strafgefängnisse, Abschaffung der Todesstrafe, wenigstens für die Staatsverbrechen; 8) Ersetzung der gegenwärtigen Zoll-, Stempel-, Post-, Octroy-, Industrie-, Bankerutts- und anderer Gesetze durch der Vernunft angemessene; 9) Vorsorge in Betreff der todten Hand, der mit dem Geist der Zeit in Widerspruch stehenden geistlichen Orden, des Johanniter-Ordens, Aufhebung der Feudallasten und der Majorate; 10) freiere Gemeindeverfassung und vernünftige Beschränkung der Oberaufsicht; 11) Anschluß an den italienischen Zollverein, freier Verkehr jeder Waare im Innern des Staates; 12) Genehmigung einer Eisenbahn von Mailand nach Piazenza, und von Mailand an den Tessin gegen Novara und endlich Verlängerung der von Como bis zur Schweizergrenze; die Freiheit, mit einer Sicherheitskarte im ganzen österreichischen Kaiserstaat reisen zu dürfen, und Bestimmung, daß man jederzeit einen allgemein lautenden Paß für das Ausland erhalte; 14) Verbesserung des öffentlichen Unterrichts; 15) Erweiterung der Preßfreiheit in dem Grade, wie solche in den päpstlichen Staaten besteht. — Der Gouverneur Graf Spaur hat nun von dem Vicekönig die Weisung erhalten, aus der Central-Congregation eine aus sieben Mitgliedern bestehende Commission zur Prüfung dieser Forderungen zu ernennen und die Wahl hiezu mit vier Adeligen und drei Bürgerlichen (darunter auch Nazzari) bereits getroffen, jedoch dabei die Hoffnung ausgedrückt, es werde sich dieselbe innerhalb der festgesetzten Grenzen ihrer Befugnisse bewegen. Der Vicekönig hat dem Grundsatz nach den obigen Forderungen beigestimmt.

(Augsb. Abdz.)

Der Gemeinderath von Mailand hat eine außerordentliche Sitzung gehalten, um über die in diesem Jahre in Italien stattgefundenen Umgestaltungen und die der Regierung vorzuschlagenden Maßnahmen zu berathen. Es wurde beschlossen, eine Adresse mit möglichst viel Unterschriften von angesehenen Männern aus dem ganzen Königreich an den Thron zu richten und darin um diejenigen Concessionen und Reformen zu bitten, welche die Zeit und die veränderte Lage der Nation erheische.. (Nürnb. C.)

Frankreich.

Paris, 10. Jan. Die Adreßdebatte in der Pairskammer hat mit Vorlegung des von Hrn. v. Barante abgefaßten Entwurfs begonnen. Letzterer ist zwar wie gewöhnlich ein Wiederhall der Thronrede, doch sind einige Stellen bemerkenswerth, weil sie vielleicht den Gedanken der Regierung noch deutlicher und mit etwas weniger Zurückhaltung ausdrücken. Es sind dieß namentlich die Paragraphen über die Schweiz, Algier und die Reformbankette. In Beziehung auf die große Tagesfrage wird gesagt: „der Friede der Schweizer Kantone, dieser alten treuen Freunde Frankreichs, ist durch innern Zwist gestört worden. Es ist zu bedauern, daß eine wohlwollende Vermittelung nicht hat dem Bürgerkrieg vorbeugen können. Wir wünschen, daß derselbe keine unheilvollen Spuren hinterlasse, und daß die Rechte aller geachtet werden. Die Eidgenossenschaft wird erkennen, daß die ihr durch die Verträge, gemäß allen ihren historischen Traditionen, gewährleistete Lage die Basis ihrer Ruhe und das Sicherheitspfand für die Nachbarstaaten ist."

---

nichts zu wünschen übrig. Hr. Pellegrini ist der Leporello, wie man ihn sich nicht denken kann. Von all der Komik, dem tiefen Humor, der in diesem Charakter liegt, fanden wir nicht eine Spur; dagegen war das Uebertriebene, Lächerliche recht mit Liebe gepflegt, wie während des Terzetts im 2. Acte, wo das Gelächter des Publicums die Musik verdarb. Auch möchten wir Hrn. Pellegrini bitten, seine Rolle etwas besser zu studiren, damit er nicht, wie zu Anfang seiner Arie (Nro. 4) acht Tacte nach einander umwerfe. Auch in Bezug auf den Dialog dürfte ihm eine Cur von Grund aus anzurathen seyn. — Don Ottavio war durch Hrn. Diez gar nicht vertreten; wenigstens hörten wir nichts, was der geforderten Stimme ähnlich gelautet hätte! Wie lange werden wir noch an diesen Genüssen uns zu erladen haben? Und was soll man nun von Leuten sagen, welche mit dergleichen zufrieden sind, ja gar noch ihren Beifall laut zu erkennen geben?!

(Fortsetzung des Auszugs aus dem Jahresbericht des Münchener Vereins gegen Thierquälerei.)

Das Gefühl des Mitleids, das Gefühl, das dem Worte „Mitleid" entspricht, kennen nur jene wenigen, die einen wahren, wirklichen Schmerz in sich fühlen bei fremden Leiden, an denen fremder Schmerz, fremder Kummer nagen, die sie quälen, wie oder fast wie die eigenen, die, eben weil sie selbst Schmerz und Kummer empfinden, oder, was dasselbe ist, weil sie mit leiden, sich von diesem Schmerz und Kummer, wenn auch deren Quellen außer ihnen liegen, dennoch zu befreien einen unwiderstehlichen Drang in sich fühlen. Ihr Mütter werdet uns verstehen, die ihr wacht am Schmerzensbette eures Kindes! Aber das wahrhaft mitleidige Gemüth leidet nicht nur mit beim Schmerz eines ihm nahestehenden Wesens, es leidet, es empfindet mit bei jedem fremden Unglück, bei jedem fremden Schmerz, und wenn es auch nicht überall zu helfen weiß, so empfindet es doch mit und sucht zu helfen so viel und in einem so weiten Kreise, als es ihm möglich ist. Daher sind die wahrhaft mitleidigen Herzen Engel in Menschengestalt und die größten Wohlthäter der Menschheit die, die das wahre Mitleid allgemein zu verbreiten, die es in alle menschlichen Herzen zu pflanzen suchen. Je mehr Herzen dem Mitleide sich öffnen, je mehr Menschen mitleiden bei fremden Leiden, desto mehr werden sich von diesen ihren eigenen Leiden zu befreien, mit andern Worten: desto mehr Menschen werden fremdem Unglück abzuhelfen, es zu mindern und zu lindern suchen.

(Fortsetzung folgt.)

Zeitstimmen.

(Eigenes und Gesammeltes.)

Das Bedürfniß ist der Boden, worin eine Einrichtung wurzeln muß, wenn sie von Nutzen und von Dauer seyn soll.

Großbritannien.

Der Fall des Hauses Cotesworth, Powell und Pryor hat in Glasgow Zahlungseinstellung mehrerer Kaufleute und Fabricanten zur Folge gehabt.

Dänemark.

Kopenhagen, 1. Jan. Die zwischen Dänemark und Schweden abgeschlossene Postconvention bestimmt, daß die Briefsendung bedeutend erleichtert und die Zeitungen portofrei befördert werden. (Berl. N.)

Die Berlingsche Zeitung meldet den Tod des Geh. Archivars Finn Magnusen. Sein Name, bemerkt sie dabei, als eines der größten Archäologen des Nordens, und namentlich seine Verdienste um die altnordische oder alte isländische Literatur, werden bei der Nachwelt in dankbarer Erinnerung und bis zu einer späten Zukunft bewahrt bleiben. Er starb am 24. Dec. im 66 Jahre seines Alters.

Türkei.

Konstantinopel, 29. Dec. Am 26. d. ist der persische Botschafter, Mehemed Ali Chan, an Bord des französischen Dampfboots Sesostris aus Marseille hier eingetroffen. — In der letzten Zeit sind mehrere Cholerafälle in den Militärspitälern und im Arsenal vorgekommen. (A. Z.)

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 13. Jan. Bayerische 3½ pCt. Obligationen — P., 91 G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 670 P., — G. Promessen per Stück Agio 77 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 104¼ P., — G.; 4pCt. 92 P., — G.; 3pCt. 65½ P., — G. Bankactien 1. Semester 1590 P., — G. Württembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 86¾ G. Darmstädter 50 fl.-Loose 76½ P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 86¼ G.

Frankfurt, 11. Jan. Metall. 5pCt. 103¼; 4pCt. 91; 3pCt. 66; Bankactien 1950; Taunus-Eisenbahn-Actien 356; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 57⅞; bayer. Ludwigs-Bexbacher-Eisenbahn 86⅛; bayer. Ludwigs-Canal 62.

Wien, 11. Jan. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 104⅛; zu 4pCt. in CM. 91½; zu 3pCt. in CM. 65; Bankactien per Stück 1584; Nordbahn 140¼.

Amsterdam, 10. Jan. 2½ pCt. 54 15/16; 3pCt. 66¾; 4pCt. 84⅞; Synd. 3½ pCt. —; Handels-Maatschappy 162⅞; Ard. 15 9/16; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. —.

Paris, 10. Jan. 3pCt. 75 Fr. — C.; 5pCt. 117 Fr. 10 C.

London, 9. Jan. Consols 86¼.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag den 16. Januar: „Die Jüdin", große Oper mit Ballet von Halévy.

Königliches Odeon.

Montag den 17. Januar: „Erste maskirte Akademie" mit der Pantomime: „Arlequin als armer Mann", in 2 Abtheilungen von Constant.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Forster, Fabrikant von Augsburg; Jakoby, Kaufmann v. Berlin.

Gold. Hahn. H. Dutter, Partikulier v. Wien.

Blaue Traube. HH. Loher, Fabrikant v. Kempten; Dingelstedt, Legationsrath von Stuttgart; Dr. Kaiser von Chur; Mde. Courpassier v. Paris; Mde. Hainke v. Wien.

Stachusgarten. HH. v. Häuser, Kaufmann v. Augsburg; Lechner, Professor v. Nürnberg; Widmann, Landgerichtsfunktionär v. Göggingen; Kessenp, Maier v. Bobingen.

Gestorbene in München.

Margaretha Schderle, Kaufmannsfrau von Memmingen, 72 J. alt; Friederich Ehrmann, Oberdorator, 52 J. alt; Karolina Mahn, k. Kochsfrau, 22 J. alt; Valentin Müller, Revisor bei dem k. Hauptzollamte dahier, 69 J. alt.

Pfandauslösung und Versteigerung.

2211. (3c) Donnerstag den 20. Jan. 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat December 1846 und zwar von:

Nr. 19,948 bis 28,350.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Mittwoch den 26. Jan. öffentliche Versteigerung.

München, den 23. Dec. 1847.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt I. der Stadt München.

F. Negrioli, Magistratsrath

Hannes, Cassier. v. Zech, Controleur.

Hôtel Maulik au Premier.

Liquidation complète et définitive.

Magasin de Châles français à l'Hôtel Maulik.

Le liquidateur a l'honneur d'annoncer aux dames, que la vente de Châles continuera jusqu' à la fin de la foire, et que les marchandises vont être vendues **avec un rabais** énorme.

Châles longs, garantis tous laine de 29 á 48 fl.

Châles longs en Cachemire et Ternaux, franges ouvertes de 48 à 110 fl.

Châles carrés, tous laine de 14 à 19 fl.

Châles carrés en Ternaux et Cachemire de 20 à 70 fl.

2242. JUSTIN KULP.

2231. (3c) Da ich diese Dult wieder bezogen habe mit einer bedeutenden Auswahl meiner schon bekannten Corsets, Schnür- und Zugmieder aller Art nach neuester Façon mit und ohne Armband und elastischem Band, nebst neuen Ball-Corsets und deren einschlägigen Artikel, empfehle ich mich einer geneigten Abnahme.

Die Auslage ist in der dritten Reihe, obere Abtheilung, Nr. 234½.

Ant. Kohlhund
aus Augsburg.

2233. (2b)

In der Theatiner-Schwabingerstraße dicht neben dem Gasthof zum goldenen Hirsch unten im Laden Nr. 17 findet während der Dult ein beispiellos **billiger Ausverkauf** statt.

Schlafröcke und Hausröcke in den besten Stoffen und schönsten Mustern per Stück 2 fl. 36 kr. bis 7½ fl., Winterpaletots größte Auswahl per Stück 5½ fl. bis 20 fl., Tuch und Buckskin zu Beinkleidern per Hose 3½ fl. bis 6½ fl., Westenstoffe neueste Muster in Wolle, Seide und Sammet von 24 kr. bis 2½ fl.

☞ Regenschirme in schwerer Seide mit eleganten Stöcken per Stück 4 fl., 5 fl. bis 5½ fl. ☜

☞ Regenschirme in feinstem Tuch per Stück 1 fl. 12 kr. bis 2 fl. ☜

Reisesäcke mit starkem Bügel per Stück 1 fl. 45 kr. bis 2½ fl., Unterhosen (gestrickt) per Stück 48 kr. bis 1 fl. 15 kr; Unterjacken per Stück 1 fl.

Sommerröcke und Paletots per Stück 2½ fl. bis 5½ fl., Sommerhosenzeuge die Hose 54 kr. bis 3½ fl.

Alle möglichen Herrenschlipse und viereckige Binden in überraschender Auswahl, so wie Cravatten in Atlas und Lastings, Gummihosenträger, Cigarren-Etui, Porte - Monnais, Handschuhe und noch viele andere Artikel werden um jeden Preis ausverkauft.

Nur Theatiner-Schwabingerstraße im Laden dicht neben dem Gasthofe zum goldenen Hirsch bei J. Sachs aus Berlin.

Oekonomische Erfindung einer neuen Berliner - Meubel - Schnell - Glanz - Politur,

die von mehreren Gewerbs-Vereinen Deutschlands die beste Anerkennung gefunden hat.

– Mit wenigen Tropfen derselben kann jeder Domestik des Hauses mit leichter Mühe den Meubeln, die Jahre lang bestaubt und glanzlos geworden sind, den herrlichsten Spiegelglanz wieder geben. Ich gebe Flaschen nebst Gebrauchsanweisung für 28 und 36 kr.

Die Niederlage dieser Politur befindet sich während der Dult Theatiner-Schwabingerstraße Nr. 17 dicht neben dem Gasthof zum goldenen Hirsch bei

2232. (2b) J. Sachs aus Berlin.

2238. (2b) Bei einer bedeutenden Auction in Bremen hatte ich Gelegenheit, eine

Partie Bremer- und Havanna-Cigarren

an mich zu bringen, und bin daher im Stande, solche für die Hälfte des reellen Werthes abzugeben. Der festgesetzte Preis per Kistchen von 100 Stück 48 kr. bis 2 fl. 42 kr. die feinsten.

Der Verkauf ist nur während der Dult **Theatiner-Schwabingerstraße unten im Laden dicht neben dem Gasthof zum goldenen Hirsch.**

J. Sachs aus Berlin.

2221. (3b)

Schreibstube des Hrn. Claudon, königl.-franz. Notar zu Mühlhausen, Oberrhein, im Elsaß.

Gerichtlicher Verkauf zwischen Mehr- und Minderjährigen.

Montag, den 31. Januar 1848, um 2 Uhr Nachmittags im hienach bezeichneten Gasthof, wird vor Hrn. Claudon, Notar zu Mühlhausen, zur öffentlichen Versteigerung geschritten werden:

Des neuerbauten, schönen und geräumigen **Gasthofes zur Stadt Paris**, gelegen in Mühlhausen, am Baslerthor, Nr. 3, und an der königlichen Landstraße von Bar-le-duc nach Basel.

Diese großartige Liegenschaft mißt eine Oberfläche von ungefähr 80 Aren, und besteht namentlich:

Aus einem Hauptgebäude, das in Wirthschaft, Restaurations und Kaffeesälen nebst Billards, in Privatwohnungen und Kramkuden eingetheilt ist, nebst Oekonomiegebäuden, Bade-Zimmer, Stallungen, Scheunen, Höfen, Hühnerhof, Brunnen u. s. w.

Und aus einem hübschen, daran gelegenen englischen Lustgarten, Eishütte, große Kegelbank, Sommerhäuschen und sonstigen Rechten und Gerechtigkeiten.

Mit diesem Gasthofe, der sich der besten Kundschaft erfreut, und dessen vortheilhafte Lage demselben fortwährend einen glücklichen Fortgang verbürgt, werden noch die zur Wirthschaft und Restauration gehörigen Mobilien und Geräthschaften zum Verkaufe ausgesetzt werden, auf den Anschlag von 256,000 Fr.

Diese Liegenschaft wird, unter Vorbehalt des Ganzen, in zwei Loose veräußert werden, nämlich:

Das erste Loos bestehend aus sämmtlichen Gebäulichkeiten und Mobiliarwesen, nebst den Höfen, dem Hühnerhof, Brunnen und sonstigen Zugehörigkeiten, so wie auch aus einem beträchtlichen Theil des Gartens, geschätzt zu Fr. 250,000

Das zweite Loos besteht einzig aus der andern Abtheilung des Gartens, geschätzt zu . . . . Fr. 6,000

Zusammen . Fr. 256,000

Außer diesen Liegenschaften werden noch andere Güter, bestehend aus Gärten, Matten und Ackerfeldern, versteigert werden.

Für nähere Erkundigungen wende man sich an gemeldeten Notar, Inhaber des Lastenhefts und der Eigenthumsschriften.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Digitized by Google

Nr. 14.

Man pränumerirt auf die Zeitung in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir (Kaufinger Gasse Nro. 2); auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag XLIX. Jahrgang. 17. Januar 1848.

☞ Wegen Andrang des politischen Stoffes muß das Feuilleton für heute ausgeschieden werden.

Deutschland.

††München, 16. Jan. Se. Maj. der König haben geruht, den I. Assessor des Landgerichts Burghausen Cäsar Widder zum Landrichter in Reichenhall zu ernennen.

*†München, 17. Jan. Se. Maj. der König geruhten, wie allen Gast-Vorstellungen, so auch der gestrigen letzten der gefeierten Künstlerin Mad. Stöckl-Heinefetter in Halévys „Jüdin“ dieser großen mit Recht bewunderten Tonschöpfung anzuwohnen, und der Künstlerin, welche mehrmals gerufen ward, am Schluß allerhöchst Ihren Beifall in huldvollster Freundlichkeit zu spenden. — Es bleibt einzig zu wünschen, daß die große Künstlerin, welche als „Norma“, „Valentine“ (Anglicaner und Puritaner) „Elvira“ und „Recha“ wahrhaft erhebende Kunstgenüsse spendete, für die königl. Hofbühne gewonnen werde. — Wie man hört, ist der auf den 19. d. M. angesagt gewesene Kammerball am königl. Hofe auf den 26. d. M. vertagt worden.

München, 14. Jan. Dem Intelligenzblatt Nro. 2 der königl. Regierung von Oberbayern entnehmen wir die Anwendung der III. Verfassungs-Beilage betreffend: Nachstehend wird die unterm 26. v. Mts. von dem königl. Ministerium des Innern für Kirchen- und Schul-Angelegenheiten erlassene Instruction über den Vollzug der allerhöchsten Verordnung vom 16. v. Mts. zur Kenntniß gebracht: „Als Se. Maj. der König durch allerhöchste Verordnung vom 16. d. Mts. den Vollzug der III. Verfassungs-Beilage huldreichst neu zu regeln geruhten, trugen Allerhöchstdieselben zugleich Ihrem Ministerio des Innern für Kirchen- und Schul-Angelegenheiten auf, das weiter Geeignete zu verfügen, und für den Vollzug Allerhöchst-Ihrer wohlwollenden Absicht Sorge zu tragen. In Gemäßheit dieses königl. Befehls erhalten sämmtliche Regierungen, Kammern des Innern, hiemit nachstehende Vollzugsweisung: I. Der Monarch will, insolange Allerhöchst-Er nicht anders befiehlt, die inneren Landesangelegenheiten jeder Präventiv-Einschreitung entrückt und letztere fortan nur angewendet wissen: 1) auf Gegenstände der äußeren Politik; 2) auf Artikel, wodurch ein bestehendes Strafgesetz im Verbrechens- oder Vergehens-Grade übertreten wird; 3) Auf Antastungen der Ehre von Privaten. Diese allerhöchste Bestimmung ist durchaus loyal und ohne alle Mentalreservation begriffen. Sie muß also auch mit gleicher Legalität vollzogen werden. II. Unter auswärtiger Politik ist lediglich zu verstehen, was den deutschen Bund als solchen, dann das politische Leben jedes einzelnen deutschen und außerdeutschen Staates sowohl in sich, als in seinen Wechselbeziehungen zu den übrigen Staaten, einschlüssig Bayerns angeht. Innere Landesangelegenheiten des bayerischen Staates unter irgend welchen Vorwänden in das Bereich der äußern Politik hereinziehen, wäre den allerhöchsten Absichten geradezu entgegen. III. Bezüglich des strafrechtlichen Gebietes wurde sich in der Allerhöchsten Verordnung deßhalb ausdrücklich auf die Sphäre der Verbrechen und Vergehen beschränkt und von Gesetzesverletzungen im Polizeiübertretungsgrade Umgang genommen, weil der diesseits des Rheines so unendlich vage Polizei-Begriff dem Censurgebiete jede sichere Begränzung entziehen und Willkürlichkeiten Thür und Thor öffnen würde. Das königl. Zugeständniß ging absichtlich weiter als die III. Verfassungs-Beilage, welche in §. 6 sogar förmliche Beschlagnahme aus dem einfachen Polizeimomente gestattet. Es bedarf daher nicht erst der Erwähnung, daß die Censoren auf dem Grund der Ziff. II. Abs. 2 der allerhöchsten Verordnung nur Demjenigen das Imprimatur zu verweigern haben, was, wie z. B. Majestätsbeleidigungen (dießrheinisches Strafgesetzbuch, Theil I. Art. 309 bis inclus. 314), Verbrechen gegen den öffentlichen Rechtsfrieden u. s. w. in dem Falle des Erscheinens wirklich strafrechtlicher Cognition anheimfallen würde. IV. Der Fürsorge zu Gunsten der Privatehre liegt bekanntermaßen die ebenso gerechte als weise Ansicht zu Grund, es komme der Regierung zu, Jene, welche durch kein öffentliches Amt in das politische Räderwerk des Landes eingreifen, mittelst der verfassungsmäßigen Censur-Waffe gegen Verunglimpfungen in so lange zu sichern, als nicht die bevorstehende neue Civilgesetzgebung dem Mißbrauche der Presse zu entwürdigenden Antasten des Privatlebens einen vollwirksamen Damm entgegenstelle. Sicher ist diese Allerhöchste Beschränkung das Edelste und Förderlichste, was sich im Interesse vernünftiger Preßfreiheit je ersinnen ließ, indem die leider allenthalben beträchtliche Zahl derer, welche in den Tagblättern zunächst einen Erwerbscanal erblicken, nur zu gerne den Privatverhältnissen, als einem vorzugsweise picanten Gegenstande sich zuwendet, und das Zustandekommen einer würdigen Presse dann einer von dieser getragenen ächten öffentlichen Meinung wesentlich dadurch bedingt erscheint, daß das freie Wort von dem Pfahle gemeiner Klatscherei hinübergedrängt werde auf das ernste und fruchtbare Gebiet der öffentlichen Interessen. Aber eben dieses Motives wegen darf dem Tadel gegen Staats- und öffentliche Diener, in welcher Form er sich auch bewege, ein Abstrich nicht entgegentreten. Selbst Kritiken, worauf der Begriff einer Amtsehrenbeleidigung anwendbar erscheinen könnte haben frei vor das Publicum zu treten damit alle Welt erkenne, daß wer in Bayern ein öffentliches Amt annimmt, und die öffentliche Bühne betritt, auch vor dem öffentlichen Urtheile keine Scheu trägt. Hinwieder sind die betreffenden Redactionen gehalten, auch Erwiederungen der Betheiligten ihre Spalten zu öffnen, und ist ein öffentlicher Beamter oder Diener mit Unrecht getadelt worden, so wird abgesehen von der im zustehenden Injurien- oder Calumnienklage, die königl. Regierung, Kammer des Innern es sich zur dringenden Pflicht rechnen, nicht nur den schuldlos Getadelten auf dem Wege der Publicität energisch und erschöpfend zu vertreten, sondern auch insoferne es irgend zulässig erscheint, die strafrechtliche Einschreitung aus dem Titel beleidigter Amtsehre ex officio zu provociren. V. Die Censur in Gegenständen der äußeren Politik darf nichts dulden, was die Verfassung und die Gesetze des deutschen Bundes, oder die Grundlagen des christlichen Staates und der socialen Ordnung irgendwie antasten könnte. Sie darf ferner keinerlei Beleidigungen gestatten gegen auswärtige Regenten und Dynastien und gegen fremde Regierungen. Im Uebrigen ist ihr Zweck keineswegs, den öffentlichen Blättern eine bestimmte Richtung aufzubringen; vielmehr muß das freie Urtheil in so weit gehört werden, als dasselbe in ruhiger anständiger und bemessener Form hervortritt, und als die Redactionen sich nicht weigern, auch eingehenden Berichtigungen den Zugang zu gestatten. Ueberdieß ist auf den Reciprocitäts-Standpunct sorgfältige Rücksicht zu nehmen. VI. Die Censurstreifen sind fortan stets dreifach vorzulegen. Verweigert ein Censor das Imprimatur, so muß diese Weigerung auf sämmtlichen drei Exemplaren in margine des durchstrichenen Artikels mit Beifügung des Datums und unter eigenhändiger Unterschrift des Censors constatirt werden. Der Redaction steht die alsbaldige Berufung an die königl. Kreisregierung, Kammer des Innern zu, welche im bureaukratischen Wege binnen 3 Tagen nach Eintreffen der Berufung zu entscheiden gehalten ist. Auch bleibt der Redaction gegen die Entscheidung der Kreisregierung der Recurs an das königl. Ministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten und gegen eine ablehnende Entschließung des letztern auf dem Grunde des §. 9 der III. Verfassungs-Beilage, dann Titel 2 §. 7 lit. B. Nr. 18 der Allerhöchsten Verordnung vom 18. Nov. 1825 die Beschwerde an den königl. Staatsrath offen. VII. Die Censur darf unter keinem Vorwande Artikel ändern; auch ist sie zu theilweisen Abstrichen nur in so ferne berechtigt, als eine Redaction ausdrücklich zu Protokoll erklärt, partielle Abstriche dem totalen Abstreichen einzelner Artikel vorzuziehen. VIII. Mit Schlusse jeden Monates sind die Duplicate und Triplicate der Censurabstriche an die königl. Kreisregierung, Kammer des Innern, einzusenden, welche ihre etwaigen Erinnerungen den Censoren kund gibt, sofort das eine Exemplar in ihrer Registratur aufbewahrt, das andere aber unter schriftlicher Beifügung der etwa von ihr erlassenen Erinnerungen dem königl. Ministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten zur weitern Beurtheilung übermittelt. IX. Beschlagnahmen inländischer Blätter sind nur bezüglich solcher Artikel zulässig, welche gemäß Ziffer I. II., III. und IV. gegenwärtiger Vollzugsweisung der Censur nicht unterliegen. Rücksichtlich derselben ist genau nach Vorschrift der §§. 6, 7, 8, 9, 10, 11, der III. Verfassungs-Beilage zu verfahren. X. Bezüglich aller in gegenwärtiger Vollzugsweise nicht vorhergesehenen Fälle bleiben die Normen vom 8. März 1836 in ungetrübter Wirksamkeit. Die königl. Regierung, Kammer des Innern, wird hienach das weiter Geeignete anordnen, und die Redactionen im Geiste vorstehender Verfügung anweisen. München, den 26. Dec. 1847. Auf Sr. königl. Majestät allerhöchsten Befehl Fürst v. Oettingen-Wallerstein. Durch den Minister der General-Secretär Oberkirchen- und Schulrath Neumayr.

†München, 15. Jan. Die königl. Verordnung vom 16. Dec., wodurch die Besprechung innerer Landesangelegenheiten der Censur entrückt wurde, und die derselben gefolgten Vollzugsanordnungen haben in der inländischen sowohl als ausländischen Presse vielfache Commentare gefunden. Wir freuen uns dessen aufrichtig, namentlich was die bayerische Journalistik betrifft, und glauben eben in der absoluten Zwanglosigkeit, womit sich jegliche Art von Urtheil kund gethan, den schlagendsten Beweis zu finden, daß die königliche Gabe weit mehr ist, als Manche im ersten Augenblicke darin erblicken zu wollen schienen, daß sie eine große, fruchtbare Wahrheit genannt zu werden verdient. In der That, vergleicht man das lebendige Wort, wie es heut durch alle Gauen des bayerischen Vaterlandes sich bewegt, mit jenem jüngstverflossenen 10jährigen Zeitraume, während dessen nur die dem Regierungssysteme jeweils befreundete Ansicht ihre Stimme mehr oder minder ungehemmt erhob, so muß auch der Befangenste erkennen: es sey anders, es sey besser geworden! Die Bedenken, welche sich in Mitte allgemeiner Freude Bahn

gebrechen, berühren theils die Verfügungen selbst, theils ihre muthmaßliche Vollzugsweise. — Die Beantwortung der Vollzugsbesorgnisse mag füglich der Zeit überlassen bleiben. Nichts ist natürlicher, als daß bei plötzlichem Uebergange von starrer Bevormundung zu vertrauensvoller Freigebung die öffentliche Meinung nur allmählig an die volle Rückhaltlosigkeit eines solchen Actes glaube, und ist eine Regierung sich bewußt, das was der großherzige Entschluß eines edelsinnigen Monarchen ungezwungen gegeben, auch loyal vollziehen zu wollen, so darf sie kühnen Muthes die Erfahrung zum Richter wählen. Vielleicht hat sich schon zur Stunde manches Urtheil angesichts der unwidersprechbaren Thatsachen berichtigt, und unfehlbar wird in Kurzem auch der Ungläubigste sich überzeugen, daß im Geiste ihres durch und durch deutschen Monarchen die bayerische Regierung nur verheißt, was erfüllen zu wollen sie entschlossen ist, daß sonach hier Verheißenes auch in vollem Maße zur Verwirklichung gelangt. Anbelangend die Bedenken gegen die Verfügungen selbst, so sind daran vorzüglich drei laut geworden. Man beklagt 1) die Nothwendigkeit, auch fortan alle Probebogen dem Censor vorlegen zu müssen. Man findet es 2) hart, daß gegen Polizeiübertretungen nachträgliche Beschlagnahmen eintreten können, während Artikel, in welchen die Censurbehörden ein Vergehen oder Verbrechen indicirt erachten, lediglich dem vorläufigen Abstriche unterliegen. Man erachtet endlich 3) den Recurs-Instanzenzug für schleppend. Diese Bedenken beruhen offenbar auf einem reinen Mißverständnisse. Was hat die Verordnung vom 16. Dec. 1847 gewollt und verfügt? — Sie hat freier Besprechung den gesammten Bereich der innern Landesangelegenheiten mit alleiniger Ausnahme jener Fälle anheimgegeben, welche das strafrechtliche Gebiet berühren oder der Privatehre nahe treten. Sind nun einerseits die Redactionen gehalten, ihre Probebogen dem Censor vorzulegen, damit dieser bezüglich der Ausnahmsfälle sein Amt zu üben vermöge, so steht andererseits scharf gezeichnet die Grenzlinie fest, innerhalb deren jeglicher Abstrich peremptorisch untersagt erscheint. Die Censurfreiheit des freigegebenen Bereiches ist daher eine unbedingte, eine unzweifelhafte. — Wehrlos kann die bürgerliche Gesellschaft dem Preßmißbrauch nicht gegenüberstehen; wo die Prävention endet, muß die Repression beginnen. Sind daher Gesetzesübertretungen der Censur entrückt, so finden nothwendigerweise auf sie jene Repressivmaßregeln Anwendung, welche die III. Verfassungs-Beilage bezüglich censurfreier Schriften anordnet. Aber ein großer Irrthum wäre, anzunehmen, die Beschlagnahme habe auch bezüglich solcher Artikel Platz zu greifen, welche blos polizeiwidrig erachtet worden. Das bayerische Strafrecht unterscheidet zwischen Verletzungen der bestehenden Strafgesetze im Verbrechens-, im Vergehens- und im Polizeiübertretungs-Grade. Da die Strafgesetzes-Verletzungen im Polizeiübertretungs-Grade von der Censur eximirt sind, so unterliegen sie allerdings gegebenen Falles der Beschlagnahme. Die III. Verfassungs-Beilage ordnet jedoch Beschlagnahmen nur an, in Absicht auf evidente Uebertretungen eines in dem Königreiche bestehenden Strafgesetzes, und auch hier nur insoferne als die Gesetzesübertretungen „den Monarchen, den Staat, dessen Verfassung oder die in dem Königreiche bestehenden Kirchen und religiösen Gesellschaften betreffen, oder der öffentlichen Ruhe und Ordnung durch Aufmunterung zum Aufruhr, oder endlich der Sittlichkeit durch Reiz und Verführung zum Laster gefährlich sind." Die Vollziehungsweisungen sprechen auf das Bestimmteste aus, Beschlagnahmen seyen nur hinsichtlich censurfreier Artikel und selbst bezüglich dieser nur genau nach Vorschrift der III. Verfassungs-Beilage vorzukehren. Somit erscheint auch das zweite Bedenken nur insoferne denkbar, als Jemand überhaupt die Prävention der Repression vorzöge, ein Fall, dessen Obwalten zu den Seltenheiten zählen dürfte. — Wäre der verfassungsmäßige Recursweg wirklich ein schwerfälliger, so könnte diese Erwägung auf Verfügungen keinen Einfluß behaupten, welche die Regierung im Verordnungswege erläßt, indem Verordnungen an dem gesetzlichen und um so mehr an dem grundgesetzlichen Gebiete nicht zu rütteln befugt sind. Abgesehen aber hievon ist die Klage eine höchst seltsame. Niemand zwingt einen Betheiligten, alle Recursinstanzen zu durchlaufen; hat er bei der ersten Instanz Abhilfe gefunden, so wird er gewiß die zweite nicht beschreiten. So lange die Welt steht, hat man die Befugniß, stufenweise die höhere und selbst die höchste Stelle anzurufen, als eine Rechtsbürgschaft angesehen, und wahrlich, hätte die Staatsgewalt die Aussprüche der Kreisstellen als inappellable bezeichnen können und wollen, so würde nicht nur an allseitigen, sondern auch an begründeten Klagen kein Mangel gewesen seyn. Bedurfte es übrigens einer alle Zweifel abschneidenden Beurkundung der hohen Redlichkeit, womit die Regierung den neuen Zustand der Presse zu handhaben gedenkt, so läge dieser in jener Anordnung, wonach sämmtliche Censurabstriche monatlich den Kreisstellen und von diesen nebst Abschriften der etwa von ihr erlassenen Belehrungen dem Ministerio vorgelegt werden müssen. Bisher war der ministerielle Standpunct gegenüber den Kammern ein sehr bequemer. Der Minister erklärte mit vollem Rechte Abstriche nur zu kennen, sofern sie mittelst Recurses der Betheiligten seiner Cognition unterworfen wurden, und diese einfache Erklärung genügte, beinahe die gesammte moralische Responsabilität von dem verantwortlichen Rathe der Krone wegzuwälzen. Fortan sieht der Minister auch solche Abstriche, gegen welche keinerlei Beschwerde erhoben wurde, an ihm ist von Amtswegen einzuschreiten, wo Uebergriffe sich zeigen. Das Schweigen der Betheiligten hört auf, seinen Schild zu bilden. Furwahr! wo so verfahren wird, und zwar kaum 10 Monate vor Beginn eines Landtages, da walten keine arrière-pensées ob. Uebrigens scheinen die geäußerten Bedenken größtentheils drei sehr verschiedenartigen Quellen zu entstammen. Einige äußern Desiderien, weil sie sich den positiven Verfassungs- und Gesetzesboden und die unüberschreitbaren Schranken des reinen Verordnungsgebietes nicht in voller Strenge vergegenwärtigt haben mochten. Diese Desiderien sind achtbar in ihrem Zwecke, und ihnen gegenüber erscheint ein Ansichten-Austausch lohnend. Andere Klagen rühren von Pseudoliteraten, d. h. Männern her, welche ohne publicistische Vorbildung dem publicistischen Berufe sich zugewendet, welchen oberflächliche Artikel ein bequemes Feld, welchen die Pfütze der Klatschereien und der Angriffe auf die Privatehre eine Art von Zufluchtsort boten. Daß diesen Männern vor dem Hervortreten einer ernsten würdigen Presse und einer aufgeklärten öffentlichen Meinung bangen müße, liegt in der Natur der Sache, und gerade ihr Bangen zählt unseres Dafürhaltens zu den erfreulichsten Symptomen des neuen Zustandes. Wieder andere und nicht wenige Stimmen gehören offenbar einer politischen Doctrin an, welche Finsterniß und Todtenstille liebend, in dem königlichen Zugeständnisse eine allzuweit greifende, bedenklich freisinnige Maßregel erblickt. Vor dem Scheinliberalismus dieser Richtung möchten wir die Presse warnen. Ihre vorgeblichen Sympathien sind keine aufrichtigen, ihre Besorgnisse zu Gunsten vernünftiger Freiheiten sind Besorgnisse im Geiste des Zwanges und der Gedankenunterdrückung. Möge die bayerische Presse den mächtigen Schritt, welchen ein erhabener Regent ihr entgegen gethan, in seiner vollen Bedeutung würdigen, durch Vertrauen lohnen, und auch fortan mittelst würdiger besonnener Haltung stützen. Die Journalistik unseres Vaterlandes ist zu einer großen, zu einer ernsten Probe berufen, besteht sie dieselbe, wie von ihr zu erwarten steht, und wie der Geist des bayerischen Volkes es mit sich bringt, so wird die Frucht eine reichhaltige, eine folgenschwere seyn.

**München, 16. Jan. Die Nachricht von dem am 12. Jan. erfolgten Ableben des Landtagsabgeordneten Pfarrer Wagner in Baireuth hat wie im ganzen Lande so besonders auch hier in der Hauptstadt, wo man den thatkräftigen und gesinnungstüchtigen Volksvertreter während eines zwar kurzen aber wichtigen Landtages des nähern kennen lernte, die schmerzlichste Theilnahme erregt. Es war der Landtag 1846, zu welchem ihn die fast einstimmige Wahl seiner Wähler berief. Auf welche edle und würdige Weise der zu frühe Dahingeschiedene auf diesem Landtage zum Besten des Landes wirkte, mit welchem Muth, Entschlossenheit und Sachkenntniß er dem damals herrschenden, dem Lande verhaßten ministeriellen System entgegen trat — dieß alles ist aus den damaligen Landtagsverhandlungen den Lesern noch zu genau bekannt, als daß hier eine Wiederholung nöthig wäre. Der Name Wagner wird in der Geschichte des constitutionellen Lebens Bayerns im 19. Jahrhundert einen ehrenvollen Platz erhalten; so oft man die Namen derjenigen aufzeichnet, die für die constitutionellen Rechte des Volkes mit Muth und Kraft gekämpft haben, wird sein Name in den vordersten Reihen glänzen. Sein so frühes Dahinscheiden in eine Welt, wo geheiligte Rechte nicht erst erkämpft werden durfen, ist ein schwerer Verlust für das ganze Land, — möge er in Frieden ruhen und die Erde ihm leicht seyn.

München. Die „deutsche constitutionelle Zeitung" hat nunmehr den Postdebit. — Die historisch politischen Blätter haben gleich dem Pariser Univers Sammlungen für die Leidenden und Verfolgten der Siebener Kantone veranstaltet, desgleichen jetzt auch die „Augsburger Postzeitung" bei ihr eingegangene Beiträge an.

München. Die reinen Erträgnisse der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank" waren im Jahre 1847. 680,166 fl. 24 kr. — Der Reservefond beträgt 558,107 fl. 51 kr. Die Dividende und Superdividende für das zweite Semester ist 14 fl. für die Aktie, und 2 fl. 48 kr. für die Promesse. — Durch die Dividendenzahlung von 25 fl. 30 kr. (erstes und zweites Semester) und durch die Beiträge zu den Reservefonds nebst Uebertrag von 4 fl. 1 43/100 kr. stellt sich das Erträgniß jeder Aktie auf 29 fl. 31 76/100 kr. An „Hypothek-Capitalien" hat die Bank darlehensweise außen stehen 14,251,043 fl. 52 kr. Die Vergleichung mit dem vorjährigen Stande weist eine Mehrung von 1,371,568 fl. 53 kr. nach. Bei der „Lebensversicherungs-Anstalt" verblieben am Schlusse des Jahres 1847—1244 Versicherungs-Verträge, 1107 versicherte Personen und ein Versicherungscapital v. 1,545,700 fl. Wegen einundzwanzig eingetretener Todesfälle wurden ausbezahlt 25,700 fl.; nicht bezogen wurden 28,000 fl. von 21 Versicherungen. Bei der neu errichteten „Leibrenten-Anstalt" wurden in der kurzen Zeit ihres Bestehens sechs Verträge zu einem Capitalwerth von 17,000 fl. abgeschlossen, wofür die Bank auf die Lebensdauer der Versicherten eine jährliche Rente von 1457 fl. 54 kr. zu entrichten hat. Bei der ebenfalls neugegründeten „Capitalversicherungs-Gesellschaft für Kinder" waren bis zum Bilanzschlusse sechs Versicherungen in einem Gesammtbetrage von 937 fl. 58 kr. erfolgt. Das Vermögen der VI. bei der „Rentenanstalt" bestehenden Gesellschaften beträgt 903,026 fl. 14 kr. — Die siebente Gesellschaft konnte sich, da das Einlagscapitel die erforderliche Große nicht erreicht hatte, noch nicht constituiren; daher werden die Inscriptionen im Jahre 1848 fortgesetzt. Das Versicherungscapital bei der „Mobiliar-Feuer-Versicherungs-Anstalt" beträgt 166,351,483 1/2 fl. in 95,756 Verträgen. Die Einzahlung der Prämien betrug 322,269 fl. Für Brandentschädigungen wurden ausbezahlt 185,330 fl. an 402 Betheiligte. Der Reservefond dieser Anstalt beträgt 250,000 fl. und das ursprüngliche Garantie-Capital 3 Millionen. — Seit Errichtung der Feuer-Versicherung — 1836 — wurden an Brand-Entschädigungen 1,140,366 fl. 59 kr. ausbezahlt. Am Ende des Jahres 1846 waren 4,400,000 fl. in Banknoten ausgegeben; dazu kamen in Folge der im Jah. 1847 vollzogenen Einzahlung von 1 Million Gulden zum Bankfond, weitere 400,000 fl. — so daß nun 4,800,000 fl. Banknoten im Umlaufe sind. Weiteres beschäftigte sich die Bank mit „Escompte-Leih-Giro Geschäften.

K. Sachsen.

Leipzig, 8. Jan: Es sollen die Schüler der hiesigen drei Gelehrtenschulen künftig zu fleißigem Kirchenbesuch angehalten werden. Die Zöglinge sollen sich jeden Sonntag in dem Schulgebäude versammeln und von da im feierlichen Zug unter Aufsicht eines Lehrers in die Kirche begeben. Unentschuldigtes Wegbleiben soll bestraft werden. (Schw. Mkr.)

Preußen.

Berlin, 11 Jan. Die vorberathende Abtheilung bezüglich des Strafgesetzbuches hat sich gegen die verschärfte Todesstrafe, gegen die Confiscation des ganzen Vermögens und gegen die Prügelstrafe erklärt. Für gänzliche Abschaffung der Todesstrafe ist keine Mehrheit vorhanden. — Für den Beselerfonds wird in Privatgesellschaften fleißigst gesammelt. (A. Z.)

Magdeburg, 8. Jan. Die Deputirten der „christlichen Gemeinde" sind von Berlin zurückgekehrt. Es ist ihnen die Hoffnung gegeben worden, daß sie binnen Kurzem Seitens des Staats die Anerkennung als geduldete Religionsgesellschaft erhalten würden; auch der Mitgebrauch der Heiligengeistkirche wird wahrscheinlich genehmigt werden. Der sofortige Beginn des Confirmandenunterrichts ist ohne Weiteres ausdrücklich erlaubt worden, und übermorgen bereits wird Uhlich denselben mit ziemlich 200 Kindern seiner Gemeinde beginnen.

(Lpz. Z.)

Königsberg, 3. Jan. Rupp ist wegen Austheilung des Abendmahls zu 100 Thlr. Geldstrafe verurtheilt. Prediger Ender sieht seinem Urtheile wegen unbefugter Taufhandlungen entgegen. Ender hat dennoch gestern eine neue Taufe vollzogen. (Brem. Z.)

Hannover.

Hannover. Das Cabinet hat, wie die „Bremer-Zeitung" meldet, dem Bürgermeister Stüve in Osnabrück, dem braven Vorkämpfer des Staatsgrundgesetzes, eröffnet, daß, da er die Anzeige von der auf ihn gefallenen Wahl in die Ständeversammlung nicht in der — im Jahre 1841 von der Regierung einseitig — vorgeschriebenen Form gemacht habe, das Cabinet diese Anzeige als nicht geschehen betrachtete. Jene Vorschrift verlangt nemlich die Ausstellung eines Reverses, daß der Gewählte sich nach den Bestimmungen des Landesverfassungsgesetzes richten wolle. Da nun die Anzeige des Gewählten binnen einer bestimmten Frist erfolgen muß, die bereits abgelaufen ist, und die Regierung Stüves Anzeige als nicht geschehen betrachten will, so würde daraus folgen, daß derselbe seinen Sitz in der Ständeversammlung nicht einnehmen könnte.

Italien.

Rom, 2. Jan. So ist denn gestern der zweite wohlberechnete Versuch, das Volk von seinem Herrscher zu trennen, die Schranken aller gesetzlichen Ordnung niederzureißen und vielleicht durch eine gehoffte Anarchie weitere Folgen herbeizuführen, auf eine schmähliche Weise verunglückt und alle angewandten Mittel sind an dem abermals auf das Glänzendste bewährten loyalen Geiste des römischen Volkes gescheitert. Die Sache verhält sich folgendergestalt. Schon seit einigen Wochen vernahm man unter der Hand von Personen, welche die Ideen jener an sich ohnmächtigen reactionären Partei begünstigen, Prophezeiungen eines in Kurzem bevorstehenden öffentlichen Ausbruchs einer geheimen Verschwörung gegen die Jesuiten, ꝛc, wodurch die öffentliche Ruhe auf eine furchtbare Weise gestört werden würde. Jeder Vernünftige hielt diese Furcht für nichts Anderes, als für ängstliche Schreckbilder einer erhitzten Phantasie, da bekanntlich im eigentlichen Kerne des römischen Volkes alle Elemente zu derartigen rohen Excessen gänzlich mangeln; Niemand aber konnte ahnen, daß diese prophetischen Blicke sich auf die vorbereiteten reactionären Versuche einer hochgestellten Partei stützten, welche durch die Reformen Pius IX. und namentlich durch die Errichtung der Consulta, des Municipiums und das neueste Motu proprio sich ihres frühern und selbst bis jetzt noch ziemlich behaupteten Einflusses beraubt sieht. Am Morgen des 31. Dec. begann das Volk bereits sich auf der Piazza del popolo zu sammeln, um gegen 10 Uhr den Zug nach dem Monte Cavallo zu beginnen, der die Gratulation zum glücklichen Jahreswechsel und den Dank für das Motu proprio zum Zweck hatte. Plötzlich aber erschien ein Polizeibeamter und zeigte dem mit der Anordnung der Versammlung beschäftigten Angelo Brunetti (Ciceruacchio) an, daß Se. Heiligkeit sich höchst unpäßlich befinde und daß aus diesem Grunde der Zug nicht stattfinden dürfe. Zwar ging das Volk ruhig auseinander, doch war dieser Befehl um so auffallender, da man einestheils von der Kränklichkeit des Papstes nichts Bestimmtes wußte, anderntheils und hauptsächlich aber, weil in der vorhergehenden Nacht bereits die sämmtlichen Wachen in den Quartieren der Guardia civica vervierfacht, die sämmtlichen Militärs in ihre Kasernen consignirt, die Tiberbrücken versperrt waren und die Stadt von einer Menge von Polizei- und Militärpatrouillen durchstreift ward. Gegen 11 Uhr Vormittags erhielt der Progovernator Savelli von der Staatssecretarie die Ordre, alle möglichen Mittel anzuwenden um irgend eine Bewegung des Volkes nach dem Quirinalpalaste zu verhindern. Ein angesehener Römer befand sich gerade bei Savelli, und durch ihn ward dieser überraschende Befehl alsbald wie durch ein Lauffeuer bekannt. Alle Zugänge zum Quirinal fanden sich nach Mittag von Cavalleriepostеn besetzt, welche die Ordre hatten, jeden Aufzug des Volkes abzuhalten. Natürlich erregte Dieß die allgemeinste Erbitterung: dessenungeachtet enthielt man sich ungesetzlicher Maßregeln, vielmehr beschloß man, durch eine Deputation den Senator Fürsten Corsini von dieser außerordentlichen Lage der Dinge in Kenntniß zu setzen und ihn um seinen Rath und seine Vermittlung zu ersuchen. Dieß geschah nach Ave Maria (nach 5 Uhr.) Corsini war erstaunt über den Bericht und erklärte augenblicklich: man möge auf ihn vertrauen, morgen werde er dem Volke die nöthige Genugthuung verschaffen. Als die Deputation (zu der Ciceruacchio, Sterbini, Dr. Masi und eine Anzahl angesehener Männer aus allen Ständen gehörte) den Senator verlassen hatte, begegnete sie zwei Patrouillen Karabiniers (Gensdarmen), welche sogleich ihre Hüte zogen unter dem Rufe: Di noi non dovete temer, noi siamo col Popolo! (von uns dürft Ihr nichts fürchten, wir sind mit dem Volke.) Abends nach 9 Uhr fanden Mehrere, die den Quirinalplatz passirten, nicht nur ganz ungewöhnlicher Weise den Palast des Papstes verschlossen, sondern auch sogar durch eine Escadron Jäger zu Pferde sowie durch Carabiniers und Fußtruppen besetzt. Gestern am 1. Jan. um 11 Uhr verfügte sich der Senator Corsini nebst sämmtlichen Conservatoren zu Sr. Heil. und referirte demselben den ganzen Verlauf der Sache und die Wünsche sowie die Aufregung des Volks. Se. Heil. war im höchsten Grade hierüber erstaunt, erklärte, daß er von der ganzen Sache nicht das Mindeste wisse und war augenblicklich bereit, sein treues Volk zu befriedigen. Tausende harrten auf den Straßen auf Corsinis Rückkehr, der ihnen sodann gleich den Erfolg seiner Mission verkündete. Nachmittag verbreitete sich schnell das freudige Gerücht, Se. Heil. werde nach 3 Uhr die Hauptstraßen durchziehen. Wie mit einem Schlage war die ganze Stadt mit Teppichen, Kränzen ꝛc. aufs festlichste geschmückt: unzählige Massen des jubelnden Volkes durchwogten die Straßen. Plötzlich erschien der edle Corsini in seinem Staatswagen im Corso, er wurde aufs Freudigste vom Volke begrüßt; er begab sich in den Circolo Romano, bestieg den Balcon und sprach ungefähr Folgendes zum Volke: „Se. Heiligkeit sey jetzt von der Liebe und Anhänglichkeit des Volkes überzeugt, und um ihm einen Beweis seiner Liebe zu geben, werde er, nachdem er in St. Peter für Alle gebetet, durch die Hauptstraßen fahren. Se. Heiligkeit lasse ferner dem Volke die Versicherung ertheilen, daß dessen Wünsche befriedigt und Italiens Geschicke erfüllt werden würden." Wie diese Rede vom Volke erwidert wurde, bedarf keiner Erwähnung. Um halb 5 Uhr erschien an der Ecke des Caffè nuovo, aus der Peterskirche zurückkehrend, der erwartete Herrscher. Dort harrte seiner eine unermeßliche Volksmenge, darunter Ciceruacchio, umgeben von einer Abtheilung der Guardia civica, mit einer Standarte, auf der die Worte standen: Santo Padre, Giustizia al popolo che è con Voi! (Heiliger Vater, Gerechtigkeit für das Volk, das mit Euch ist.) Von hier aus ging durch den Corso nach dem Palaste ein Triumphzug, wie ich noch nie einen gesehen habe. Am Caffè delle belle Arti erschien augenblicklich die Inschrift: A buonne leggi fedeli ministri (zu guten Gesetzen treue Minister.) Vor dem Caffè stieg Ciceruacchio mit der erwähnten Standarte auf den zweiten Wagen des Papstes. Pius war so gerührt, daß er am Palaste Piombio fast ohnmächtig zurücksank, und seine Umgebung bat das Volk, das nicht enden wollende Evviva zu beschließen. Alles war aufs Tiefste erschüttert. Den Segen konnte er nicht ertheilen, da er von der Scene zu ergriffen war. (C. v. u. f. D.)

Livorno, 10. Jan. Vorigen Donnerstag waren Tumultuanten in das Haus des Gouverneurs eingedrungen und hatten im dortigen Saal berathend einen Volksausschuß ernannt. Ein durch die Winkelpresse gedruckter höchst aufrührerischer Aufruf an das Volk hatte dazu vorbereitet. An der Spitze des Ausschusses stand der als Schriftsteller bekannte Advocat Guerrazzi. Es schien beabsichtigt, die bestehende Regierung umzustoßen und sich der Stadt zu bemeistern. Die Regierung sandte Truppen von Florenz hieher und den Minister Ridolfi mit ausgedehnten Vollmachten, die von diesem erlassene Proclamation ward, wo sie angeheftet, von den Rädelsführern beschmutzt, abgerissen, mit Dolchen zerfetzt. — Gestern Abend, wo man große Besorgniß hegte, ward jedoch die Ordnung, ohne das Ausrücken des Militärs einzig durch die Bürgergarde aufrecht erhalten. In vergangener Nacht hat man Guerrazzi und seine Mitschuldigen verhaftet und nach Elba abgeführt. — Im Vorhof des Palastes, wo Guerrazzi wohnte, fand man eine Menge seiner Gehilfen mit Dolchen und Pistolen bewaffnet, doch wagten sie keinen Widerstand. Unter den Verhafteten befindet sich Kaufmann Rapp, aus Würtemberg gebürtig. (A. Z.)

Florenz, 10. Jan. Morgens. Alle Classen der Bevölkerung sind empört über die Vorgänge in Livorno. Der Magistrat von Florenz hat an Se. königl. Hoheit den Großherzog als Erwiederung auf die allerhöchst erlassene Proclamation an das Volk von Toscana im loyalsten Sinn und mit Empörung über die Livorner Vorgänge geantwortet. Auch die Guardia civica hat in einer zahlreichen Abordnung dieselben Gesinnungen an den Tag gelegt. Ferner haben Ergebenheitsadressen eingesandt Volk und Magistrat von Siena, die Guardia universitaria v. Pisa, die von Arezzo, die von Pistoja. — So eben treffen Nachrichten von neuen in Livorno stattgehabten Tumulten ein. (A. Z.)

Frankreich.

Der am 11. Jan. zur Berathung gekommene Adreßentwurf der Pairskammer lautet: „Sire! Die Pairskammer vereinigt sich mit Ew. Maj. um der göttlichen Vorsehung zu danken. Reiche Ernten haben den Entbehrungen und Leiden, welche die Theuerung der Lebensmittel den armen und arbeitsamen Classen auferlegt hatte, ein Ziel gesetzt. Ihre muthvolle Geduld und die theilnehmende Wohlthätigkeit, die ihr überall zu Hülfe gekommen ist, ehren unser Vaterland. Zu keiner andern Epoche haben die friedliche Stille der Bevölkerungen und die Verkehrsfreiheit so sehr beigetragen die Uebel der Theuerung zu verringern. Der französische Handel hat durch seine gewohnte Klugheit sich vor den Wirkungen dieser Krisis zu bewahren gewußt. Der Preisabschlag der Nahrungsgüter wird die andern Verbräuche vermehren, und das Wohlseyn wird fortfahren zu wachsen. Die Nationalwohlfahrt geht wieder ihren Weg. Das Gleichgewicht herstellen zwischen den Ausgaben und den Einnahmen ist eine der ersten Pflichten der Gesetzgebung. Wir geben uns gern der Hoffnung hin, daß diese Pflicht werde erfüllt werden. Wenn eine Erleichterung der Salzauflage und der Brieftaxe mit dem guten Zustand unserer Finanzen sich verträgt, so werden wir den Entwurf, der die Bedingungen davon regelt, aufmerksam studiren. Das vollständige und wahrhafte Gleichgewicht in unsern Budgets wird erst dann bestehen wenn die außerordentlichen Ausgaben durch den Ueberschuß des Einkommens bezahlt seyn werden. Es ist gleichwohl von Wichtigkeit, die schon angefangenen großen Unternehmungen zu beendigen. Sie sind bestimmt, die Communicationen zu erleichtern, und werden zum Fortschritt des Nationalreichthums dienen. Die Zukunft wird davon Nutzen ziehen; es ist gerecht, daß sie dazu beitrage, und der öffentliche Credit mußte für den gegenwärtigen Augenblick zur Hülfe gerufen werden. Wir werden die Prüfung der nützlichen Gesetzentwürfe wieder vornehmen, die auf Befehl Ew. Maj. unsern Berathschlagungen vorgelegt worden waren, und wir werden mit Bereitwilligkeit die neuen Vorschläge empfangen, welche zum Zweck haben werden den Zustand und die sittlichen Gewohnheiten der Bevölkerungen zu verbessern. Wir glauben mit Ew. Majestät, daß der Weltfriede gesichert ist. Er ist wesentlich für alle Regierungen und alle Völker. Dieses allgemeine Bedürfniß ist die Gewährleistung der friedlichen Beziehungen, die zwischen den Staaten bestehen. Unsere Wünsche werden die Fortschritte begleiten, die jedes Land in seiner eigenen und unabhängigen Wirksamkeit vollbringen kann. Diese Fortschritte werden um so besser gesichert seyn, als sie sich verwirklichen in Einvernehmen zwischen den Regierungen und den Völkern, und ohne den internationalen Verhältnissen Eintrag zu thun. (Folgt die bereits mitgetheilte Stelle über die Schweiz.) Wir schätzen uns glücklich zu vernehmen, daß die oft getäuschten Hoffnungen auf Wiederherstellung unserer Handelsverhältnisse mit den Republiken des Platastroms endlich sollen verwirklicht werden können. Sire. Unsere Prinzen, Eure vielgeliebten Kinder, von patriotischem Eifer beseelt, erfüllen unter Leitung Eurer Regierung die Pflichten von Dienern des Staats. Die Einsetzung des neuen Generalstatthalters von Algerien ist durch ein glückliches Ereigniß bezeichnet. Es war vorbereitet durch den Krieg, welchen sein hochberühmter Vorgänger mit so geschickter Thätigkeit geführt, durch die tapfere Standhaftigkeit unsers Heers und durch die vorausichtige Weisheit, die bei unseren Verhältnissen mit Marocco obgewaltet hat. Eine nicht weniger glorreiche Aufgabe bleibt Eurem würdigen Sohn. Unsere Niederlassung in Africa befestigen, ihre Entwicklung fördern, mit stillem Fleiß über ihre innere Sicherheit wachen, ihr eine gerechte und geregelte Verwaltung sichern — das sind die Wohlthaten, welche die Colonie und das Mutterland erwarten von seiner Weis-

heit, seiner Festigkeit und den Einsichten wovon er schon Proben abgelegt. „Lärmende Kundthuungen, heißt es, wo sich vage Ideen von Reform und Fortschritt mit gegen unsere monarchische Verfassung feindlichen Leidenschaften, mit gegen die sociale Ordnung subversiven Meinungen und fluchwürdigen Erinnerungen blind vermischten, haben mehr Unruhe als Zerrüttung in die Gemüther geworfen. Die Regierung des Königs muß darauf ihr Augenmerk lenken. Wir sind überzeugt, daß solche Aufregungen, durch ein Regiment der Freiheit geduldet (tolerées) machtlos gegen die öffentliche Ordnung sind." Ja, Sire, die Einigung der großen Staatsgewalten, die öffentliche Vernunft, werden hinreichen die Ruhe des Landes zu bewahren, die verirrten Geister zurückzuführen, unsinnige Hoffnungen zu zerstreuen. Die siebzehn Jahre wo unser theures Vaterland endlich zumal Ordnung und Freiheit genossen, sind etwas anders als eine Phase unserer Umwälzungen. Diese Periode beginnt eine dauerhafte Aera, und wird den künftigen Geschlechtern die Aufrechthaltung der Charte, die Wohlthaten Eurer Regierung und den Ruhm Eures Namens übermachen. Sire, möge der Gedanke an das was Ihr für Frankreich waret, Eure Kräfte stützen und Euern Muth und die Schmerzen versüßen die Euch in Euren zartesten Neigungen betroffen haben."

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 15. Jan. Bayerische 3½ pCt. Obligationen — P., 91 G. Bayerische Bankactien 1 Semester 1848 670 P., — G. Promessen per Stück Agio 77 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 104½ P., — G.; 4pCt. 92 P., — G.; 3pCt. 65½ P., — G. Bankactien 1. Semester 1590 P., — G. Württembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 86½ G. Darmstädter 50 fl.-Loose 76½ P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 33½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 86½ G.

Frankfurt, 14. Jan. Metall. 5pCt. 103; 4pCt. 90¾; 3pCt. 66; Bankactien 1940; Taunus-Eisenbahn-Actien 356; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 56¼; bayer. Ludwigs-Bexbacher-Eisenbahn 86¼; bayer. Ludwigs-Canal 62.

Wien, 13. Jan. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 104; zu 4pCt. in CM. 90; zu 3pCt. in CM. 65; Bankactien per Stück 1579; Nordbahn 140¼.

Amsterdam, 12. Jan. 2½ pCt. 55; 3pCt. 66¹³⁄₁₆; 4pCt. 84¾; Synd. 3½ pCt. —; Handels-Maatschappy 163; Ard. 14⅞; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. —.

Paris, 12. Jan. 3pCt. 74 Fr. 70 C.; 5pCt. 116 Fr. 80 C.

London, 11. Jan. Consols 87⅝.

Münchener Schrannen-Anzeige vom 15. Januar 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest.	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	3168	2200	968	20	55	1	47	—	—
Korn	1571	1296	275	14	11	—	33	—	—
Gerste	7701	6276	1425	12	26	—	13	—	—
Haber	1581	1439	142	5	48	—	10	—	—

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 18 Januar: „Der Verschwender", Zauberspiel mit Gesang in 3 Aufzügen v. F. Raimund, Musik von Konradin Kreutzer.

Königliches Odeon.

Montag den 17 Januar: „Erste maskirte Akademie" mit der Pantomime: „Arlequin als armer Mann", in 2 Abtheilungen von Constant.

Mittwoch den 19. Januar:

Redoute.

Eintrittskarten, à Person 36 kr., sind zu haben bei Zaller und Sohn. Streck.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH Baron von Kielselbeck von Hannover; v. Porathal, Appellationsgerichts-Assessor v. Bamberg.

Hotel Maulik. HH. Chann, Rentier v. England; Kirn, Kaufmann v. Schweinfurt.

Gold. Hahn. HH. v. Mayer, Gutsbesitzer v. Stanzhausen; Bonne und Essinger, Kaufleute von Frankfurt; Asfelder, Kaufmann v. Fürth.

Gold. Kreuz. HH. Ludsted und Krause, Privatiers von Straubing.

Blaue Traube. HH. Levi, Großhändler v. Regensburg; Daumann, Juwelier von Erding; Ringwald, Kaufmann von Feldburg; Rübner, Dr. v. Wunsiedl; Ziosel, Stadtpfarrer u. de Crignis, Privatier v. Neuburg; Beckle, Buchhändler von Nördlingen; Kutze, Kaufmann v. Frankfurt; Parnat, Maler v. Klagenfurt; Mde Davoine von Neuchatel; Dlle. Mayer, Beamtenstochter v. Neuburg.

Bekanntmachung.

Da den Partheien obliegt, die Bezahlung der Sporteln sogleich bei ihrem Erscheinen vor Amt zu bewirken (Hauptzusammenstellung der Normen über Gerichtstaxen und Stempelgebühren von Geret, S. 8 §. 11 Ziffer I.), bringt das unterfertigte Expeditions- und Taxamt zur allgemeinen Kenntniß, daß Jeder, welchem die Gerichtskosten für ein bei dem Kreis- und Stadtgericht aufgenommenes Protokoll, das eine Ausfertigung nicht veranlaßt, zu berichtigen obliegt, dann, wenn er zur Zahlung der Gerichtskosten weder am Tage der Aufnahme des Protokolls, noch dem unmittelbar darauf folgenden Werktage im Expeditions- und Taxamte sich meldet, die Zusendung einer Aufforderung oder einer gerichtlichen Zahlungsweisung zu gewärtigen hat, für deren Insinuation, wenn solche in der sogenannten Altstadt geschieht, 4 kr., wenn sie aber vor den früher bestandenen 4 Thorern erfolgt, 8 kr., dem Gerichtsboten nach den Taxordnungen vom Jahre 1735 und 1810, dann den höchsten Ministerialrescripten vom 7. und 12. Juli 1815 zu zahlen sind.

Zugleich wird darauf aufmerksam gemacht, daß auch bei jenen Partheien, welche, wenn ihnen eine Gerichtsverfügung zugestellt wird, die hiebei angeforderte Taxe nicht sofort dem Gerichtsboten bezahlen, der Zahlungs-Saumsal die Entrichtung der bezeichneten Zustellgebühr für die Insinuation des gerichtlichen Zahlungsauftrages, welchen das unterfertigte Expeditions- und Taxamt gegen sie veranlassen muß, zur Folge hat.

München, den 15. Januar 1848.

Das Expeditions- und Taxamt des k. Kreis- und Stadtgerichts München.

Der kgl. Expeditor verhindert.
v. Maurer.

Bauer.

2242. (3a)

Bekanntmachung.

Die k. General-Bergwerks- und Salinen-Administration hat zufolge hoher Entschließung vom 8. d. M. Nr. 2834 beschlossen, den Aerarial-Salztransport von Regensburg auf der Donau und dem Ludwigs-Kanale nach Nürnberg, Forchheim und Bamberg, dann auf dem Main nach Kitzingen für die Jahre 1848, 1849 und 1850 an den Wenigstnehmenden im Submissionswege zu überlassen.

Die betreffenden Angebote müssen längstens bis zum 14. Februar dieses Jahres versiegelt bei obiger hohen Centralstelle unmittelbar eingereicht werden.

Wenn ein Angebot für annehmbar erkannt wird, so erhält der Urheber desselben hievon sogleich Nachricht, um mit ihm in Person oder mit einem Bevollmächtigten desselben vorbehaltlich höchster Genehmigung des königl. Finanzministeriums einen Schifffahrtsvertrag auf obigen Zeitraum abzuschließen.

Die gedruckten Bedingnisse, unter welchen die Ueberlassung dieses Salztransportes stattfindet, werden den Bewerbern auf Verlangen von den königl. Salzämtern Passau, Regensburg, Nürnberg und Bamberg, dann von der kgl. Salzniederlage in Straubing und von der kgl. Salzfactorie Forchheim mitgetheilt.

Gleichzeitig mit den Angeboten müssen auch legale Zeugnisse darüber vorgelegt werden, daß der Bewerber zur Schifffahrt berechtiget und daß er im Stande ist, eine Kaution von 5000 fl. baar oder in bayerischen Staatsobligationen zu leisten.

Bei dem Beginnen der Contractsverhandlungen hat der Contrahent 500 fl. baar oder in bayerischen Staatsobligationen bei der k. Bergwerks- und Salinen-Haupt-Casse in München als Reugeld zu hinterlegen, welche ihm jedoch unverzüglich zurückgegeben werden, sobald die bedungene Caution erlegt ist.

München den 8. Januar 1848.

2243. (3a)

Bekanntmachung.

Zufolge hoher Entschließung vom 8. d. Mts. Nro. 2985 hat die k. General-Bergwerks- und Salinen Administration beschlossen, daß der Transport des Aerarial-Salzes auf der Donau von Passau nach Deggendorf, Straubing und Regensburg für die Jahre 1848, 1849 und 1850 an den Wenigstnehmenden im Submissionswege überlassen werden soll.

Die betreffenden Angebote müssen längstens bis zum 14. Februar d. Js. versiegelt bei der erwähnten hohen Centralstelle unmittelbar eingereicht werden.

Wenn ein Angebot für annehmbar erkannt wird, so erhält der Urheber desselben sogleich hievon Nachricht, um mit ihm in Person oder mit einem Bevollmächtigten desselben vorbehaltlich höchster Genehmigung des k. Finanzministeriums einen Contract auf die obigen 3 Jahre abzuschließen.

Die Bedingnisse, unter welchen der fragliche Salz-Transport überlassen wird, werden den Bewerbern auf Verlangen von den k. Salzämtern Passau und Regensburg mitgetheilt.

Nur berechtigte inländische Schiffmeister oder andere zur Schifffahrt berechtigte Inländer, welche sich hierüber durch obrigkeitliche, gleichzeitig mit dem Angebote einzureichende Zeugnisse auszuweisen, auch eine Caution von 10,000 fl. entweder baar oder in bayerischen Staatsobligationen zu leisten vermögen, können bei diesem Salz-Transporte zugelassen werden.

Bei dem Beginnen der Contracts-Verhandlungen müssen vom Contrahenten 1500 fl. baar oder in bayerischen Staatsobligationen bei der königl. Bergwerks- und Salinen-Hauptcasse in München als Reugeld hinterlegt werden, welche er jedoch unverzüglich zurückerhält, sobald er die bedungene Caution erlegt hat.

München, den 8. Januar 1848.

2241. In der C. H. Beck'schen Buchhandlung in Nördlingen ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen (in München durch Joh. Palm's Hofbuchhandlung) zu beziehen:

Blätter für Fortschritt in der Civilrechtspflege mit besonderer Rücksicht auf Bayern. Eine Zeitschrift in zwanglosen Heften. Herausgegeben von Eduard Freiherrn von Völderndorff-Waradein, k. Advocaten in Nördlingen. Zweites Heft. 83 Seiten in 8. geh. Preis 30 kr.

Inhalt des ersten Heftes: I. Gebrechen des bisherigen Verfahrens hinsichtlich der Rechtsverfolgung gegen verzögernde und Ränke treibende Schuldner, und Mittel zur Abhilfe dieser Gebrechen. II. Vorschlag einer Verfahrungsweise zur großen Vereinfachung der schriftlichen oder protokollarischen Parthei-Vorträge und der Urtheilsfindung unbeschadet der Gründlichkeit, mit einem Formular. III. Betrachtungen über die Grundsätze des Rechtes als Leitfaden zur Verbesserung der Rechtspflege. IV. Ueber Eidesabnahme beim Sühneversuch als Mittel zur Prozeßverminderung. V. Wissenschaftliche Begründung der ad II besprochenen Verfahrungsweise und Anwendung derselben auf den Prozeß in appellatorio, mit einem Formular.

Inhalt des zweiten Heftes: VI. Ueber Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit im Civilprozesse. VII. Einiges über den Aufsatz „Advocatenmoral" in den Blättern für Rechtsanwendung. Band XII. Nr. 1—6. VIII. Ueber Richteringenden. IX. Gebrechen des gemeinen und des bayerischen Concursverfahrens und Mittel zu deren Abhilfe. X. Gebrechen des Arrestprozesses nach bayerischem und gemeinem Rechte. XI. Verschiedene andere Gebrechen.

Bemerkung. Das dritte Heft, welches in kurzer Zeit nachfolgt, enthält eine Darstellung des Civilprozeßverfahrens in der bayerischen Rheinpfalz, soweit solches vom gemeinen und vom bayerischen Prozesse diesseits des Rheins wesentlich abweicht, mit 42 Formularen.

Preis eines Heftes 30 kr. Die Hefte werden auch einzeln abgegeben.

2248. Allergrößte Auswahl (3a)
in
Regenschirmen.

500 Stück der schwersten seidenen Regenschirme, per Stück 3 fl. 48 kr. bis 5½ fl.; die besten **800 Stück ganz feinen Zeugschirme**, per Stück 1 fl. bis 2 fl. die besten. Nur **Theatiner-Schwabingerstrasse** dicht neben dem **Gasthof zum goldenen Hirsch** bei

J. Sachs aus Berlin.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Digitized by Google

Nr. 15.

Man pränumerirt auf die Zt. p. J. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger Gasse Nr. 2[illegible]; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 3 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 26 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag — XLIX. Jahrgang. — 18. Januar 1848.

☞ Wegen Andrang des politischen Stoffes muß das Feuilleton für heute ausgeschieden werden.

Deutschland.

Bayern.

Bayerische Blätter berichten unterm 11. Jan. aus München: „Dieser Tage begegneten einige Alumnen Sr. Maj. dem König, welcher bemerkte, daß mehrere, ungeachtet der bedeutenden Kälte, keine Mäntel trugen. Auf die an einen derselben darüber gestellte Frage lautete die Antwort: sie hätten leider keine, und auch die Mittel nicht sich deren anzuschaffen. Sr. Maj. der König ließ hierauf nähere Erkundigung einziehen, und es wurden sogleich auf allerhöchsten Befehl 14 neue Mäntel zur Verfertigung für eben so viele Alumnen bestellt, welche deren bedürftig sind."

München, 15. Jan. Diesen Vormittag war Staatsrathssitzung unter Vorsitz Sr. Maj. des Königs, wobei der jüngsternannte Staatsrath, Frhr. v. Strauß, eingeführt und beeidigt wurde. — Für den gestorbenen Abg. Pfarrer Wagner tritt der erste Ersatzmann Hr. Dekan Meänel in Münchberg in die Kammer der Abgeordneten, in welcher er 1840 und 1843 thätiges Mitglied gewesen. Für den unlängst beförderten Abg. Dekan Lechner ist Hr. Pfarrer und Dekan Reitmair zu Frauenberg Ersatzmann. (Bayer. Bl.)

÷÷ München, 17. Jan. Auf die erledigte II. Assessorstelle des Landgerichts Rothenburg wurde der II. Assessor des Landgerichts Waldsassen, Karl Rochenhofer, versetzt.

Laut Nro. 1 des Intelligenzblatts für Oberbayern ist die Aufstellung des Kaufmann C. A. Buchner in München als Agenten des Leipziger-Central-Vereins für Gewerbe, Industrie, Handel u. s. w., für den Regierungsbezirk Oberbayern genehmigt worden. — Möchte das gewerb- und handeltreibende Publicum jenem segensvollen Verein die größtmöglichste Aufmerksamkeit zuwenden!

München, 17. Jan. Nach einer Ausschreibung der königl. Polizeidirection beabsichtigt man dahier eine neue Fahrgelegenheit, mittelst einspänniger Droschken, herzustellen, wie solche schon bereits zur Bequemlichkeit des Publicums in mehreren größeren Städten Deutschlands besteht.

§§ Vom Inn, 9. Jan. Man freut sich über das sich verwirklichende Ereigniß einer in Zukunft durch alle deutschen Bundesstaaten allgemein giltigen Wechselrechtsordnung, weil dadurch wieder ein neuer Schritt geschehen für die endlich zu erringende deutsche Einheit durch Wort und That. Wenn alle fünf Jahre ein so ereignißvoller Schritt gethan wird und auch der hohe Bundestag rühriger im Thaten als im Rathen seyn wird, dann dürften sich auch die Zweifel darüber mindern, ob man bei uns ernstlich gesonnen sey, den uralten Grundsatz „Eile mit Weile" etwas geistreicher auszulegen. Vorderhand aber gibt fast jeder deutsche Bundesstaat mit oft unerklärlicher Aengstlichkeit kund, daß er keineswegs gemeint sey, irgend Etwas zuzugeben, was nur den entferntesten Anschein hätte, den eigenen Landeshoheitsrechten auf die unbedeutendste Weise irgend einen Eintrag widerfahren zu lassen, selbst sogar auch in dem Falle, wo durch das Aufgeben eines wirklichen oder vermeintlichen Vortheils im kleinen Ländchen dem großen Ganzen ein wahrhaftiger und bedeutungsvoller Nutzen entstände. Und, die Hand aufs Herz gelegt, was bleibt uns Deutschen nicht noch Alles zu thun übrig, bis wir nur mit gutem Gewissen behaupten dürfen, Deutschlands Einheit ist eine Wahrheit geworden in seinem Innern, wie allem Auslande gegenüber? Und wie wäre auch von einem Staatenbunde eine wahrhafte und thatkräftige Einheit in allen Beziehungen zu gewärtigen, wenn seine mächtigsten Glieder in Regierungsweise und Länderzusammensetzung und in ihren Verhältnissen zum Auslande in ganz gesonderter Stellung verharren? wenn diesen die innern Bundesangelegenheiten eigentlich nur Nebenzweck sind, dem Hauptzweck, dem Gewichte nach der Fremde hin nachzustellen und die materiellen Kräfte der schwächern Bundesglieder nur für die möglichen Zerwürfnisse mit irgend einer oder mit mehreren der europäischen Großmächte in erwogen werden? Oesterreich mit seinen zahlreichen außer- ja undeutschen Länder- und Völkermassen, kann und wird es sich einst im Ernste, d. h. in That und Wahrheit dem beifällig zuwenden, und dem huldigen, was dem übrigen rein deutschen Vaterlande allein in seinem Innern Gedeihen und Aufschwung, in seinem Verhältnisse zum Auslande aber Kraft und gebührende Achtung andauernd zu verschaffen vermag? Dasselbe gilt von Preußen, welches seinem kostspieligen Ringen und Trachten fortwährend als europäische Großmacht zu glänzen und anerkannt zu bleiben, im Patent vom 3. Febr. v. J. lieber die innere Stärke der Volks-Sympathien hat opfern wollen. Oder gibt es für die Auskräftigung und Bestandessicherung wahrhaft einträchtiger deutscher Gesammtentwicklung und Machtäußerung nach innen und nach außen einen tüchtigeren Hebel als die Gestaltung reiner und ungetrübter Constitutionalität in Form und Wesen aller deutschen Bundesländer, in Gesinnung und Ueberzeugung so der Fürsten, wie aller auch der geringsten Bewohner! — Nach der neuesten Auflage des Lehrbuchs der Geographie v. J. G. Fr. Cannabich, Weimar 1847 zählen die sämmtlichen deutschen Bundesstaaten auf einem Flächenraum von 11,500 Geviertmeilen 40½ Millionen Einwohner. Davon besitzt in seinen deutschen Landen: Oesterreich mit 3756½ Quadratm. und 12,020,000 Einwohner, Preußen, mit 3365½ Quadratm. und 11,775,278 Einwohner, im Ganzen 7124 Quadratm. mit 23,795,278 Einwohner. Es bleibt also für die übrigen rein deutschen Bundesstaaten noch immer ein Gesammtgebiet von 4,476 Geviertmeilen mit nahe an 17 Millionen Einwohnern, welche in der Wagschale der Völker, deren politische Leitung aufrichtig nach constitutionellen Grundsätzen gehandhabt wird, gerade keine Kleinigkeit wäre. Würde das zwischen absoluter und repräsentativer Regierungsform noch immer schwankende Preußen aber durch den Drang der andern vorwärts strebenden deutschen Bundesstaaten endlich überzeugt, daß sein Halt und Gehalt, sowie seine Großmächtigkeit für die Zukunft einzig und allein dadurch mit bedingt bleibt, daß es, der eben so lauten als dringenden Sehnsucht seiner rein deutschen Völker nachgebend, unverblümt und rückhaltlos einlenkte auf die heilbringende Bahn eines in Wahrheit bestehenden Constitutionalismus, dann ja dann würde Deutschland erst eine in jeder Hinsicht achtungswürdige Macht, kräftig und blühend im Innern, aber auch geschätzt nach und von Außen. Allein, so lange Preußen lediglich als Soldatenstaat seinen Bestand und sein Heil sucht als vollgiltige Großmacht, ohne durchgreifende politische Reformen, und namentlich auch durch zeitgemäße Auffassung religiöser Bestrebungen fehlen die Schwerpuncte für deutsches Einheitsleben. Mit um so größerem Rechte glauben wir, daß das constitutionelle Bayern, als der größte, rein deutsche Bundesstaat bei der gegenwärtigen Lage der Dinge pflichtmäßig berufen sey, kein Mittel unversucht zu lassen, auf daß das ganze Deutschland durch die allseitige Förderung constitutioneller Grundsätze in Wort und That einig, groß und stark werde. Es kann wohl kein gutgesinnter vernünftig denkender Deutscher hierbei ein Verlangen vermuthen, es solle Deutschland sich in zwei Theile scharf abtrennen, in ein constitutionelles und in ein unconstitutionelles. Durch ein freisinniges Preßgesetz, durch zeit- und zweckgemäße Umänderung des gesammten bisherigen Heerwesens, durch Ausdehnung des Zollvereins, durch Fortsetzung einer bereits angebahnten gemeinsamen Handels- und Verkehrsgesetzgebung, durch geregelte Feststellung des Niederlassungsrechtes zu einer wahren deutschen Gesammtheimat, durch Herstellung eines allgemeinen deutschen Bundesbanners würden sich wie von selbst eine Menge einheitlicher Lebensfactoren ergeben, welche in ihrem Ineinanderwirken geschwängert vom Fortschreiten des Zeitbewußtseyns den Sieg des Constitutionalismus durch ganz Deutschland hin vollenden müßten. Denn welcher Staat würde der alsdann zur thatsächlichen Macht gewordenen öffentlichen Meinung, die zugleich die Mehrheit für sich hat, auf die Länge hin widerstehen wollen und können!?

Das jüngst nach der „Augsburger Abendzeitung" gemeldete Verbot des „Nürnberger Correspondenten" für Oesterreich wird nunmehr von der Redaction des letztern Blattes als irrig erklärt.

Baireuth, 14. Jan. Wir erhalten aus dem benachbarten Kemnath die schreckliche Kunde, daß seit vergangener Nacht die Flammen dort wüthen, und bis jetzt schon 190 Gebäude verzehrt haben; die ganze untere Stadt liegt bereits in Asche; das Landgerichtsgebäude ist sehr bedroht, das Rathhaus ist niedergebrannt. Bei Abgang der Post war an ein Ende des Feuers noch nicht zu denken. (Bayreuth. Z.)

Mit Nächstem wird eine Vereinbarung in Betreff des Anschlusses der französisch-pfälzischen Bahnen zu erwarten seyn, deßhalb noch in diesem Monat (26.) eine Conferenz bayerischer und französischer Bevollmächtigter stattfinden.

Baden.

Karlsruhe, 15. Jan. Heute Vormittag war die früher erwähnte Versammlung der Gläubiger der Ettlinger Spinnerei. Es wurde der Beschluß gefaßt, die Fabrik durch den Geschäftsführer fortbetreiben zu lassen und demselben einen Gläubiger-Ausschuß, bestehend aus Bankier Klose, Kaufmann Daler dahier, und Kaufmann Wachter in Ettlingen zur Seite zu geben. Sobald bekannt seyn wird, was die großherzogl. Regierung und die Stände thun, sollen sämmtliche Gläubiger zur weiteren Beschlußfassung zusammenberufen werden. — Heute um 12 Uhr machte die Regierung ihre deßfallsige Vorlage an die zweite Kammer in geheimer Sitzung. Es würde hiernach ein Anlehen für die bedrohten drei Fabriken gemacht mit Zinsengarantie auf 5 Jahre für 4 pCt., auf weitere 5 Jahre für 3½ pCt. und auf letzte 5 Jahre 2½ pCt. Nächsten Dienstag soll die Berathung stattfinden. (Schw. Mkr.)

Preußen.

Am 12. Jan. verschied zu Berlin der Generalfeldmarschall Frhr. v. dem Knesebeck, hochverdient durch seine einflußreiche Stellung in den Befreiungskriegen.

Daß in Münster die Begründung einer rein katholischen Universität beabsichtigt sey, wird von der

„Allgemeinen Preußischen Zeitung" halbamtlich widersprochen.

Posen, 7. Jan. Die seit einiger Zeit in den öffentlichen Blättern verbreiteten Nachrichten von einer demnächst bevorstehenden Aufhebung der Grenzzölle zwischen Polen und Rußland, sowie von der Einführung des russischen Tarifs an der polnisch-preußischen Grenze, entbehren alles Grundes. (Pos. Z.)

Schleswig-Holstein.

Kiel, 9. Die Gerüchte in Betreff der beabsichtigten Veränderung unserer ständischen Verfassung, der Einberufung erfahrener Männer nach Kopenhagen, oder der Stände zum ersten April rc. vervielfachen sich und finden immer mehr Glauben, selbst bei höher und an guter Quelle Stehenden. Die königl. Buchdruckerei, in welcher Tag und Nacht gearbeitet wird, soll völlig abgesperrt seyn. Es ist nicht zu bezweifeln, daß von Seite der Regierung sehr bald ein neuer Versuch gemacht werden wird, ihrer Theorie über den Gesammtstaat Anerkennung in den Herzogthümern zu verschaffen. (Börsenh.)

Oesterreich.

Wien, 12. Jan. Gestern starb hier der k. k. Generalmajor und Oberlieutenant der königl. ungar. adeligen Leibgarde, Petrich v. Hannsfála. (A. Z.)

Schweiz.

Bern, 10. Jan. Bei der heutigen Versammlung der Tagsatzung wurde bestimmt, daß alle eidgenössischen Stabsofficiere, welche Angesichts des ausbrechenden Krieges ins Ausland verreist seyen, aus der Liste gestrichen werden sollen. Ihre Theilnahme an der Bundesrevision erklären: Freiburg, Wallis und Luzern. In die Revisionscommission wurden gewählt: Dr. Steiger für Luzern, Bussard für Freiburg, Barmann für Wallis; in die Siebenercommission Dr. Steiger und Jauch von Uri.

Basel, 13. Jan. Gestern Morgens ist Hr. Graf Bois-le-Comte mit dem gesammten Gesandtschaftspersonal von hier nach Neuenburg abgereist. (Basel. Z.)

Der Regierungsrath von Luzern hat den Beitrag von St. Urban an die Kriegskosten auf L. 250,000 heruntergesetzt.

Italien.

Rom, 7. Jan. Das Cabinet ist nunmehr folgendermaßen zusammengesetzt. Ferretti Präsident des Ministerraths und Aeußeres; Cardinal Mezzofante öffentlicher Unterricht; Monf. Roberti Justiz; Morichini, Finanzen; Cardinal Riario Handel und Ackerbau, Cardinal Massimo öffentliche Arbeiten; Monf. Rnêconi, Krieg; und Savelli Polizei. — Pontremoli ist ruhig an Modena übergeben, aber noch nicht militärisch besetzt, auch Guastalla ist bereits in Besitz genommen. — Die Anlegung einer Eisenbahn von Parma nach Piacenza ist genehmigt. (Augsb. Abdz.)

Nach Briefen der „Allgemeinen Zeitung aus Turin 10. Jan. hat der König von Neapel den Beitritt zur Begründung eines italienischen Zollvereins neuerdings so gut als bestimmt abgelehnt.

Bei einem Tumult der untersten Volkshefe in Pavia am 9. Jan. der mit Insulten gegen Raucher begann, mußte die bewaffnete Macht einschreiten; in Folge dessen sind acht Personen verwundet worden.

Genua, 12. Jan. Der „Corriere mercantile" sagt: „Die Jesuiten haben sich aus der Stadt entfernt, man weiß nicht ob freiwillig, oder auf wessen Geheiß oder Anlaß. Nur einige wenige noch befinden sich in dem Collegium, aus dem zwei Drittel seiner Zöglinge geschieden sind. In der Stadt herrscht die vollkommenste Ruhe."

Ueber die erwähnten neuesten Unruhen in Livorno bringt die Gazzetta di Firenze vom 7. Jan. ein außerordentliches Supplement, welches kurz erwähnt, daß am 6. d. die öffentliche Ruhe zu Livorno ernstlich gestört worden, aus Anlaß der heimlichen Verbreitung einer ganz absurden umsturzbezweckenden Proclamation (dell indole la più sovversiva.) Die Masse der Neugierigen, die sich in den Tumult gemischt, habe die geringe anwesende bewaffnete Macht gehindert zu rascher Wiederherstellung der Ruhe passend einzuschreiten. Eine außerordentliche Commission, den Marchese Ridolfi an der Spitze, sey in diesem Augenblick mit außerordentlichen Vollmachten nach Livorno abgegangen. Dann theilt die Gazzetta die aufrührerische Proclamation vollständig mit. Sie ist ganz im jacobinischen Styl abgefaßt. Fivizzano sey preißgegeben worden, Pontremoli werde in diesem Augenblick preisgegeben. „Meineidige, warum habt ihr geschworen? Prahlhanse, was habt ihr euch berühmt? Feiglinge, warum habt ihr euch großherzig gestellt? Jämmerliche Sclaven, die ihr nichts gelernt, als ruhig auf dem Lotterbett euerer Niederträchtigkeit zu liegen!" Unter solchen Umständen schreite der Deutsche heran, besetze Toscana, trenne Piemont von Rom, isolire Carl Albert. „O Staatsmänner, Minister, ihr seyd Verräther! Was kümmert es uns, ob ihr es aus Schlechtigkeit, oder aus Unthätigkeit seyd! Die Folgen sind dieselben. Ihr verrathet das Vaterland." Sgombrate Traditori, e Codardi, sgombrate Arcadi, Sofisti e Dotrinarii; I destini di un popolo sono volume troppo grande e troppo peso per le vostro mani da eunuchi e da omiciattoli. Das Aufruhrplacat geht dann auf die Mittel über, durch welche das Vaterland zu retten sey. Als solche werden genannt: „man muß Männer, die den Tod nicht fürchten, deren Herz erfüllt ist von heiliger Vaterlandsliebe, freiwillig oder widerstrebend an das Staatsruder in Einklang mit dem Fürsten stellen; das Vaterland muß in Gefahr erklärt werden; öffentliche Gebete zu Gott, daß er nicht unsere Sache verlasse, permanent sitzende Commissionen müssen angeordnet werden, öffentliche Darlehen eröffnet; man muß Leute ernennen, die mit der Schnelle des Gedankens für Waffen sorgen; 30,000 Piken müssen gefertigt werden, Anstalten um Kanonen zu gießen, muß man schaffen; Kupfer, Bronze, Messing muß man aus den Häusern nehmen, den Kirchen alle Glocken bis auf eine entlehnen, unter dem Versprechen nach der Rettung des Vaterlands für die genommenen schönere wiederherzustellen; auf den Altären muß man die Namen der Freiwilligen niederschreiben die gegen den Feind marschiren wollen; die Frauen muß man bitten, Binden und Charpie für die Verwundeten zu schaffen; mit den Pferden der reichen Müßiggänger muß man die Kanonen bespannen; die Servilen muß man zum erstenmal mit Gebrüll einschüchtern, zum zweitenmal wehe ihnen." Den Schluß dieses in Form und Gedanken dem französischen Terrorismus von 1793 entlehnten Machwerks bildet der Ruf: „Schmach über die Verräther!"

Livorno, 11. Jan. Nach Einigen soll die Sache der Tumulte verzweigt seyn und mit dem gegen den Fürsten von Canino in Rom eingeleiteten Proceß in Verbindung stehen. Guerrazzi hat kurz vor seiner Verhaftung viele Papiere verbrannt; bei einigen anderen Verhafteten hofft man Aufklärung zu finden. Mehrere haben sich der Verhaftung durch Flucht entzogen. (A. Z.)

Florenz, 12. Jan. Das Eintreffen von Adressen im Sinne der loyalen unserer Stadtmagistrate dauert fort. — Von Livorno laufen fortwährend beunruhigende Nachrichten ein. Die Verhaftungen daselbst dauern fort. (A. Z.)

Venedig, 11. Jan. Das nach Triest bestimmte 49. Infanterieregiment Ritter v. Heß, daß am 9. in Görz eingetroffen, soll sich nach Mailand zu begeben haben. Von Wiener-Neustadt sollen zwei Raketenbatterien nach der Lombardei gesendet werden. (A. Z.)

Mailand, 11. Jan. Eine jüngste Proclamation des Vicekönigs schien nach vielen Seiten guten Eindruck gemacht zu haben. Loyale Wünsche sollen der Proclamation zufolge dem Throne unterbreitet werden.

Mailand, 11. Jan. Neuere Demonstrationen gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit haben nicht stattgefunden. Es herrscht vielmehr jetzt unheimliche Stille. — Zur Verpöntheit des Cigarrenrauchens und Schnupfens gesellt sich ein neuester Entschluß der Mailänder, sich in einheimische Seide zu kleiden, und alle außer Italien erzeugten Schaaf- und Baumwollenstoffe aufzugeben. (A. Z.)

Laut der „Gazzetta piemontese" wird das Herzogthum Parma dem italienischen Zollverein beitreten.

Belgien.

Brüssel, 11. Jan. Der König ist gestern Abend von Paris zurückgekehrt.

Spanien.

Madrid, 2. Jan. Nach dem „Morning Chronicle" ist die Königin, die durchaus in gesellschaftlichen Genüssen kein Maß einhält, bereits epileptischen Zuständen unterworfen.

Madrid, 7. Jan. Die Anklagecommission hatte gegen den Exminister Salamanca entschieden, und in der Versammlung (Congreß) sind nun auch 128 für und nur 39 gegen die Anklage gewesen. Die Anklageacte gelangt nun in die Bureaux, dann wird ein Commissionsbericht erstattet, worauf die Anklage erst vor den Senat, das zuständige Forum, gelangt. — Espartero, der Siegesherzog, ist heute in der Hauptstadt eingetroffen. (Span. Bl.)

Frankreich.

Paris, 13. Jan. Der König hat von Ihrer Maj. der Königin Victoria ein sehr theilnehmendes Beileidsschreiben wegen des Todes seiner Schwester, der Frau Prinzessin Adelheid erhalten. Aus demselben Anlaß hat Ihre Maj. an ihren Vetter, den König Leopold, geschrieben. Seine belgische Majestät sind am 10. nach Brüssel zurückgereist.

Die Adreßcommission der Abgeordnetenkammer hat Hrn. Vitet einstimmig zu ihrem Berichterstatter gewählt. Sie wird wie in der Pairskammer geschehen, einen Paragraphen über den Tod der Prinzessin Adelheid, und einen zweiten über die Unterwerfung Abd-El-Kaders einschalten. In Betreff des Emirs hat jetzt die Regierung zwei Entschlüsse gefaßt — sie läßt zum Andenken an dieses Ereigniß eine Münze prägen, und auf der Stelle, wo seine Begegnung mit dem Herzog von Aumale stattgefunden hat, eine kleine Pyramide errichten. Mit Abd-El-Kader selbst scheint unterhandelt zu werden, um ihn zum freiwilligen Bleiben zu bewegen.

Am 11. bei Eröffnung der Preßdebatte in der Pairskammer war Graf Alton-Shee der erste Redner, der im kühnen Gegensatz zur Regierung mit starkem Anflug von Voltaireschem Freisinn die Rundschau der Weltlage und der Staatsweisheit oder vielmehr Staatsverkehrtheit der Cabinette lieferte. Schärfer noch mitten in die Sachen eingreifend, war ein Angriff am 12. von Seiten des reichen Marquis v. Boissy, welcher die Bestechungsärgernisse zum Hauptthema machte, Hrn. Guizot einen courtier de corruption et de tripotage nannte und in dessen einem vom Siegelbewahrer Hrn. Hébert verlesenen Brief die Regierung die verdorbenste und verderbendste im Innern, die feigste und verrätherischeste gegen das Ausland von allen Regierungen, die je über Frankreich gekommen, genannt wird. Es half nichts, daß Hr. Guizot bessere Tage verheißt und den Aemterhandel überliefert nennt. Nolé, Passy, d'Argout verwahren sich für ihre Zeit gegen solche Beschuldigungen. Hr. Guizot nimmt das längere Wort zur Vertheidigung seiner von allen Seiten angegriffenen Politik: „Frankreich vermag so wenig dem Umsturz mit seiner unmittelbaren Folge der Anarchie das Wort zu reden, als es die Stütze der Ideen des Despotism in der Reaction sehen kann. In diesem Sinne hat es dem erlauchten Oberhaupt der katholischen Welt Frankreichs Beistand zugesagt, zumal gegen die Stationairs und Revolutionairs und gegen alle Aggressionen, woher sie immer kommen." Auf den Tadel des Grafen Montalembert hin, der reichen Anklang findet, daß der heilige Vater in der Thronrede nicht besonders bedacht worden, und daß man fernab von den Revolutionairs und den Stationairs dem Papste nicht das Halt, sondern das muthige Vorwärts in einer reinen christlichen Revolution zuzurufen habe, nimmt die Kammer am 13. trotz der Guizotischen Rede die Stelle in Betreff Italiens in folgender Fassung fast einhellig an: „Eine neue Aera der Gesittung und der Freiheit öffnet sich für die Staaten Italiens. Wir werden mit allen unseren Sympathien und allen unseren Hoffnungen beistehen dem großherzigen Papst der derselben mit so viel Weisheit und Muth die Weihe ertheilt, und den Souveränen, die wie er diese Bahn friedlicher Reformen einschlagen, wo die Regierungen und die Völker Hand in Hand gehen." Ein nicht minder wichtiger Zusatz betreffs des unmöglich sterbenden Polens ist von Graf v. Tascher und v. Montalembert vorgeschlagen: „Sire, die Sympathie der edelmüthigen Nationen bleibt einem unvergänglichen Rechte zugethan. Ew. Majestät im Einklang mit den Gesinnungen Frankreichs wird eine unterdrückte Nation nicht vergessen, zu deren Gunsten sie bereits protestirt hat."

Die Abgeordnetenkammer ist schon in ihren Abtheilungen mit dem Budget von 1849 beschäftigt. Das außerordentliche Budget der öffentlichen Arbeiten für dieses Jahr ist zu 93,270,000 veranschlagt, darunter sind 57,300,000 zum Eisenbahnbau, die sich also vertheilen: Paris-Hommering 20 Mill., Tours-Bordeaux 12 Mill., Tours-Nantes 1,300,000, Chateauroux-Li-

mozes 8 Mill., Bec d'Allier-Clermont 6 Mill., Versailles-Chartres ½ Mill., Chartres-Rennes 9 Mill., Saint-Dizier-Gray ½ Mill. Zunächst wird jedoch die Kammer die Ergänzungs- und außerordentlichen Creditforderungen für die Rechnungsjahre 1847 und 1848 erledigen. Für 1847 beläuft sich dieses Nachbudget auf 41,607,814 (bei 25 Mill. Mehraufwand aus Anlaß der Theuerung, 700,000 Fr. Gerichtskosten wegen Theuerungsunruhen und der beiden Processe vor dem Pairshof), für 1848 auf 17 Mill. (13 Mill. 3 pCt. Renten in Folge des letzten Anlehens, 527,240 Fr. zum Behuf der verfallenen Semestralzahlung des griechischen Anlehens, wodurch die Vorschüsse auf 7,483,562 Fr. anlaufen.) In die Commission zur Begutachtung dieser Nachforderungen ist ein Mitglied der Opposition, Hr. v. Jouvenel, gewählt.

Ein ehemaliges Kammermitglied, Hr. Hervé, Rath am Cassationshof, hat sich am 10. Jan. aus dem dritten Stockwerk, das er bewohnte, durchs Fenster gestürzt. Unglückliche Speculationen sollen ihn zu diesem Schritt der Verzweiflung gebracht haben, in dem Augenblick, als ein Gerichtsbote erschien, um auf sein Mobiliarvermögen Beschlag zu legen.

Großbritannien.

London, 12. Jan. Die Wahl des Dr. Hampden als Bischof von Hereford ist jetzt bestätigt.

Die Specialcommission in der irischen Grafschaft Limerick setzt ihre richterlichen Arbeiten mit Eifer fort, und hat neuerdings zwei überführte Mörder — „Tipperary-Jungen," wie sie das Volk mit einem allgemeinen Namen nennt — schuldig gesprochen.

Vereinigte Staaten von Nordamerica und Mexico.

New-York, 18. Dec. Die Congreßverhandlungen waren bedeutender geworden. Gegen die in voriger Session angenommene Bill zur Verbesserung der Fluß- und Seehäfen hatte Präsident Polk in einem langen Document sein Veto motivirt. Am 15. Dec. zeigte Hr. Calhoun im Senat folgende Resolution an: Mexico zu erobern, es entweder als Provinz zu behalten, oder unserer Union einzuverleiben das wäre ein Widerspruch gegen den erklärten Zweck dieses Krieges, eine Abweichung von der festgestellten Politik unseres Bundesstaats, seinem Charakter und Genius entgegen, und würde am Ende unsern freien und volksthümlichen Einrichtungen verderblich werden. Behufs der Weiterführung dieses Krieges darf keine Maßregel gefaßt werden, die zu so verderblichen Folgen führen könnte. Man sah der Berathung dieses whigischen Antrages entgegen. — Ein telegraphischer Bericht aus Philadelphia meldete von zwei großen Fallimenten in dieser Stadt; auch fünf bis sechs Landbanken in Pensylvanien sollen ihre Zahlungen eingestellt haben. — Der „Yorkshire" hat 45,000 Pf. St. Species nach England mitgebracht.
(Engl. Bl.)

Bücher-Schau.

Die zwei Schwerter Gottes auf Erden. Vaterländische Betrachtungen von Friedrich Freiherrn von Bernhard, auf Erolzheim und Edelbeuern in Schwaben. Erlangen, bei Th. Bläsing. 1847.

(Schluß.)

Die ständischen Rechte — sagt der Verf., dessen eigene Worte wir hier wiederzugeben uns nicht versagen können — leben in einer Weise wieder auf, wie jene größere Universalität, die dem deutschen Geiste seit dem Mittelalter zu Theil geworden ist, es fodert. Soll eine Nationalität die herrschende auf der Erde seyn oder werden, so muß ihr wenigstens der Keim einer großen Einheitsidee inwohnen. Diese Einheitsidee trägt Rom in großartigster, aufs mächtigste äußerlich hervortretender Weise in sich, — aber sie ist auch in der germanischen Welt, nur in viel reicherer Construction. Sollte die ständische Berechtigung wieder erstehen, so konnte als Träger derselben von nun an **nur das Ganze** des Staates erscheinen, wenn auch nach den Kategorieen gegliedert, welche vordem eine Mehrheit solcher Träger bildeten, — aber nicht mehr jene Kategorieen allein, so daß das Ganze dahinter verschwinden müßte oder, wie es sich in der That ergeben hat, die Stände zerfallen müßten. Ist hierdurch der publicistische Theil der Erneuerung eines nationalen Zustandes in Deutschland gegeben, so muß der privatrechtliche nachfolgen und wird mächtig auf das öffentliche Recht zurückwirken, indem auch die rechte Restauration des Adels und der Corporationen in seinem Bereiche liegen, — und zwar mit eben solcher Unterscheidung von dem Adel und den Corporationen des Mittelalters, wie sich die constitutionellen Verfassungen von heute, schon ihrem Keime nach, von den vormaligen Landständen unterscheiden und demgemäß auch ihrer Wirkung nach. Jener Unterschied besteht aber vornämlich in der lebendigen Beziehung zum Ganzen, ohne welche dem Adel und den Corporationen kein neues Leben zu schaffen ist. Dieses werden sie aber sicher erhalten, wenn getrost, ohne Rückhalt, ohne Scheu und Mißkennen des wahren Bedürfnisses, der germanische Grund des Ganzen, der echte Begriff germanischer Volksfreiheiten, zu seiner vollen politischen Bedeutung erhoben wird." — „Namentlich wird die Gesetzgebung eine völlig andere Gestalt erhalten und jene beschränkte Procedur derselben, das Recht mittelst bestimmter Worte von Seite der öffentlichen Gewalt zu formuliren aufgegeben werden. Dieses wird jedenfalls im Zusammenhange mit jener Umgestaltung der Rechtspflege geschehen, durch welche wir dahin kommen, daß die Gerichtsgemeinde bei der Bewahrung des Rechtsbewußtseyns und der Führung der Gerichtsverhandlungen so thätig ist, als die Nation nach den ursprünglich deutschen Begriffen bei der Besorgung der Rechtspflege seyn soll. Wie sich eine Umwandlung des bisherigen Canzleiorganismus und Canzleiregiments an eine solche Reform der Rechtspflege knüpfen wird, wie eine neue Gestalt des Administrationswesens mit germanischen Einrichtungen in Bezug auf die Aristokratie und die Corporationen (den Adel und die Gemeinden) hiemit unfehlbar verbunden seyn soll, das liegt in den Wünschen darnach und in Aller Vorempfindung angedeutet. Die Fragen über das Wie? der Einzelnheiten sind unfruchtbar und, wie die Dinge dermalen noch beschaffen sind, für jetzt unlösbar. Das Erste ist, daß man **öffentliche** Geschäfte nicht **heimlich** betreibe. Das setzt alle Verhältnisse wieder in die ihrem Wesen entsprechende Verbindung zu einander. Dann wird jeder gesunde Blick die einzuschlagenden Wege erkennen." — „Es ist überflüssig zu sagen, daß die Oeffentlichkeit zu nichts fromme, wenn nicht das Recht dem allgemeinen Verständniß zugänglich ist; denn die Heimlichkeit entstand daraus, daß die Rechtskunde der Nation fremd wurde, weil sie nicht mehr aus deutscher Quelle floß. — Das fremde Recht brachte uns die Heimlichkeit. Die Oeffentlichkeit wird durch ihre innere Kraft uns vom fremden Recht befreien. Dieses hat ohnehin selbst nunmehr eine wesentlich andere Stellung, als es zur Zeit seiner Aufnahme hatte; denn jetzt liegt es so bewunderungswürdig sein Bau ist, vor uns als das Ergebniß einer wissenschaftlichen Reise, welche im Ganzen hinter der unsrigen zurückstehen muß, so daß uns nun unmöglich entgehen kann, welchen Vorzug die germanischen Rechtseinrichtungen vor den römischen haben, wenn wir ihren innersten Kern zum System gestalten. Die eilende Zeit zerreißt einen Schleier nach dem andern, damit wir erkennen, was uns näher angehört als Alles, was uns bisher die Richtschnur gab. Wir werden von Tag zu Tag mehr dahin gelangen, den Vergleich zwischen dem römischen und deutschen Recht durch Wiederaufbau des letztern durchzuführen. Der Stoff und der Sinn ist hiezu nicht verloren, und tritt immer wieder in die Erscheinung und ins Leben." Da der beschränkte Raum dieser Anzeige uns hindert, dem Verfasser ins Einzelne zu folgen, verweisen wir die Leser auf die höchst gewichtigen Abschnitte über „die Repräsentativverfassung und ihre Rechtfertigung", dann über Gesetzgebung und Rechtspflege, worin insbesondere über das unsre Zeit so lebhaft beschäftigende Thema der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit die gediegensten und beherzigenswerthesten Gedanken niedergelegt sind. Volle Beachtung wird bei allen, denen die öffentlichen Zustände Deutschlands am Herzen liegen, auch dasjenige finden, was der Verfasser über den gegenwärtigen Stand der preußischen Verfassungsfrage und zum Theil gegen die bekannte, diesen Gegenstand behandelnde Schrift von Gervinus äußert. Es heißt hier unter Anderm: „Es ist ein großer Irrthum, zu glauben, Preußens Bestimmung und seine jetzige Zusammensetzung verbiete die constitutionellen Einrichtungen und eine repräsentative Verfassung. Damit in entscheidenden Zeiten Alle für Einen und Einer für Alle stehen, dazu ist eine Gemeinschaft des Rechtszustandes nöthig, welche keinen Zweifel darüber läßt: ob auch alle Preußen eine große Volksgemeinde bilden. Dieses wird aber nur durch eine Constitution gewährt. — Preußen hat in seinen Einrichtungen so viele Vorbereitungen zur vollkommensten Constitution (namentlich in seiner Wehrverfassung, Oeffentlichkeit der Gerichte, Städteordnung, Regulirung der bäuerlichen und Steuerverhältnisse) ohne Rückhalt theils gegeben, theils mit einem anderwärts vielfach vermißten Kraft vorbereitet und ins Werk zu setzen begonnen. Die Krone und Spitze aller dieser unter sich zusammenhängenden Einzelnheiten eines freien politischen Zustandes kann nicht ausbleiben, nämlich die rechte Reichsverfassung. Auch das Urtheil von Gervinus über die preußische Verfassung leidet an dem Mangel einer Auffassungsweise, wie sie von dem Standpuncte des deutschen Rechtes aus gefordert werden muß. Sonst könnte er die neuen preußischen Verfassungsgrundzüge nicht bezüglich der Art und Weise anfechten, wie sie die aristocratischen Elemente zu würdigen weiß. Es fehlt im Gegentheil in Ansehung des anderen hauptsächlichen Gliedes, ohne welches der Herrenstand in der beabsichtigten Stellung und Gestaltung nicht fortbestehen könnte, — d. h. an der Volksgemeinde. Denn so wird mit Recht der sonst für democratisch gehaltene Bestandtheil der Ständeversammlung bezeichnet, dasjenige, in welchem der corporative Grund der Einheit der ganzen Nation beruht. Um die germanische Verfassung zur vollen Blüthe und Herrlichkeit zu bringen, müssen das Königthum, — der Adel — hier im ursprünglich germanischen Sinne, als Herrenstand, mit Ausschluß der Ritterschaft, welche, richtig gebildet, nur zur Volksgemeinde gehören kann — und die Volksgemeinde bestehen, und soll jedes dieser Elemente zu seiner vollen Bedeutung gelangen. Nur die vereinigte und verhältnißmäßige Ausbildung von allen dreien kann den gerechten Anforderungen genügen." Wie aber die preußische Verfassung nach des Verfassers richtiger Ansicht in Hinsicht der Vollständigkeit der Organe der Volksvertretung erst als eine werdende angesehen werden kann, so ist sie ihm dieß auch hinsichtlich der Grundsätze, nach welchen sie das Wesen der Volksvertretung betrachtet, da nach der vollen germanischen Befugniß den Ständen nicht bloß eine berathende Stimme, sondern auch das Recht der Einwilligung und Mitentscheidung in der Sphäre der Gesetzgebung und Auflegung öffentlicher Lasten zuzugestehen ist. Mit Freude wird im Gegenhalte zu obigen Betrachtungen jeder Freund des constitutionellen Lebens mit dem Verfasser die Thatsache anerkennen, daß Bayern der Ruhm gebühre, „das tüchtigste, in großherzigster Weise begründete Verfassungswerk zu besitzen, welches zugleich das geistvollste Princip der Volksvertretung enthält und hierin die unerschütterlichste Grundlage für Bayerns Stärke." Das Gleiche gilt, wenn er an einer andern Stelle bemerkt: „Die seitherige Reichsfreiheit der Stände ist auch formell die vollste Selbstständigkeit geworden, und die wesentliche Aufgabe aller deutschen Regierungen ist nun, den deutschen Staat mittelst deutscher Einrichtungen zu erneuern. — Jetzt also kann nur darin der Angelpunct des deutschen politischen Lebens bestehen, in Erfüllung dieser Aufgabe voranzugehen. — Diesen Weg nun hat Bayern seit der Gründung des deutschen Bundes eingeschlagen und, nach einer ziemlich langen Parekbase in der Richtung nach den früheren Bahnen, wieder gewonnen." Und so wird man auch gerne der prophetischen, hoffnungsreichen Aussicht seine Zustimmung geben, die der Verfasser in dem letzten Abschnitte seines Buches, der vom deutschen Bunde handelt, und worin er auch den Bestrebungen Friedrich List's ein schönes Denkmal der Anerkennung setzt, mit folgenden Worten öffnet: „Eine Verbindung vieler Monarchieen zur Einheit eines nationalen Körpers unter dem höchsten weltlichen Haupte der Christenheit, eine Föderativform, welche zugleich die höchste Aufgabe der Monarchie realisirt, steht als oberstes Glied über dem Zusammenhange der Reiche der ganzen Welt. Das war Deutschland und ist es wieder zu werden bestimmt; dieses sichert ihm auch für die Zukunft die höchste Stellung in Mitte der Reiche des Erdkreises." — Als Anhang ist dem Buche die zuerst im Jahre 1829 in Druck erschienene, seither vergriffene vortreffliche Abhand-

lung des Verfassers: „Ueber die Restauration des deutschen Rechts, insbesondere in Beziehung auf das Grundeigenthum" beigefügt, auf deren Inhalt hier einzugehen nicht des Ortes ist und zwar um so mehr, als wir voraussetzen dürfen, daß diese bedeutende Schrift Keinem, der sich mit germanistischen Studien beschäftigt, unbekannt geblieben ist. F. B.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Frankfurt, 15. Jan. Metall. 5pCt. 103⁵/₁₆; 4pCt. 90⁷/₈; 3pCt. 66; Bankactien 1940; Taunus-Eisenbahn-Actien 356; kurheß. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 56⁷/₈; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 86¹/₄; bayer. Ludwigs-Canal 62.

Amsterdam, 13. Jan. 2¹/₂pCt. 54¹¹/₁₆; 3pCt. 66⁷/₈; 4pCt. 84³/₄; Synd. 3¹/₂pCt. —; Handels-Maatschappy 162³/₄; Ard. 14¹³/₁₆; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. —.

Paris, 13. Jan. 3pCt. 74 Fr. 50 C.; 5pCt. 116 Fr. 45 C.

London, 12. Jan. Consols 87¹/₄.

Das Haus S. P. Cohen in Köln hat ebenfalls seine Zahlungen eingestellt; in Aachen und Mainz sollen gleichfalls Häuser gefallen seyn. (Nürnb. Corr.)

Frankfurt, 12. Jan. Man spricht heute von der Zahlungseinstellung mehrerer Firmen in dem benachbarten Offenbach, wobei sich einige unserer hiesigen Bankhäuser betroffen finden sollen.

Frankfurt, 12 Jan. Gestern hat der Gläubiger des Hauses J. F. Gontard und Söhne seine gegen dasselbe beim Stadtgericht angestellte Klage wieder zurückgenommen, was in so fern von Wichtigkeit ist, als sich aus dem Verfolg dieser Klage ein Hinderniß entwickelt haben würde, einen gütlichen Vergleich zu bewirken. (Schw. Mkr.)

Frankfurt, 13. Jan. Ein vom Hause Haber an seine Gläubiger erlassenes Circular ladet dieselben zu einer Generalversammlung auf den 23. d. ein. Es hofft bis dahin den Erfolg der von der Regierung den Ständen zu machenden, den Umständen entsprechenden Vorlagen in Betreff der Fabriken zu erfahren, und will alsdann den Gläubigern eine Uebereinkunft vorschlagen. Die Materialvorräthe der Fabriken sollen sehr bedeutend seyn; inwiefern aber die Stände sich zu einer Unterstützung geneigt zeigen werden, ist noch sehr zweifelhaft. — In dem benachbarten Offenbach hat das Falliment des Bankiers Mainz mit ungefähr 200,000 fl. die Insolvenz mehrerer anderer Geschäftsleute, Fabricanten rc. nach sich gezogen. Auch vom Rhein und aus andern Gegenden gehen Berichte von Fallimenten ein. (A. Z.)

Hamburg, 6. Jan. Jetzt erst kommen die Folgen der großen Fallimente in England zu Tage. Im Jahre 1847 erklärten sich beim hiesigen Handelsgerichte 128 insolvent. Bei dem zweiten Prätur haben sich 152, bei dem Patronate der Vorstadt St. Georg 27, der Vorstadt St. Pauli 17, bei der Landprätur der Geestlande 22, und bei der der Marschlande 7, zusammen 225, insolvent erklärt. Die Zahl der Fallimente in diesem Jahr kann noch bedeutender seyn, da viele der Grundeigenthümer fast ruinirt sind, oder wenigstens bedeutende Verluste durch den Ankauf von Grundstücken erlitten haben. Nach dem Brande machte sich nämlich, obgleich das Bauen sehr theuer war, ein Ueberbieten bemerkbar, so daß die Bauplätze, wie in Köln, auf einen Preis in die Höhe geschroben wurden, den sie in Wirklichkeit nicht hatten. Jetzt ist es den Besitzern nicht möglich, die Capitalien wieder anzuschaffen, wenn ein Capital gekündigt wird: die Grundstucke kommen zum Anschlag, und es werden bedeutende Summen verloren. (Köln. Z.)

London, 11. Jan. Es lauten die Nachrichten aus den Fabrikstädten, trotz der tröstlichen Voraussage des Chronicle, sehr ungünstig und in Glasgow ist eine Anzahl neuer schwerer Fallimente vorgekommen. Das bedeutendste ist das des südamericanischen Handelshauses John Andersen und Comp. mit 200,000 Pfund St. Außerdem haben: Thos. Waddle und Comp. ein canadisches Handelshaus, Gilmour und Kerr, Tuchfabricanten John Lacy, ein Westindienhändler, Alex. Taylor, Tuchfabricant, und die Handelsfirma Anderton, M'Gregor und Comp. mit 30,000, 15,000, 14,000, 12,000 und 15,000 Pf. St. Passiven ihre Zahlungen eingestellt.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 18. Januar: „Der Verschwender", Zauberspiel mit Gesang in 3 Aufzügen v. F. Raimund, Musik von Konradin Kreutzer.

Königliches Odeon.

Mittwoch den 19. Januar:

Redoute.

Eintrittskarten, à Person 36 kr., sind zu haben bei Faller und Sohn. Streck.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. Comar, Kaufmann v. Colmar; Diller, Kaufmann v. Berlin; Faure, Kaufmann v. Lyon.

Hôtel Maulik. HH. Baller, Banquier von Augsburg; v. Bauz u. Scherrenbauer, Privatiers v. Stuttgart; Steinberg, Rentier v. Leipzig; Dr. Wagner v. Augsburg; Baronin v. Schallern v. Bamberg.

Blaue Traube. HH. Frhr. v. Raad v. Elling; Amman, Rentier v. London; Dlle. Hesel v. Feldkirchen; Dlle. Speth v. Würzburg.

Stachusgarten. HH. Dr. Wolfram v. Hof; Huber, Gastgeber v. Hartenbosen; Gradl, Weinwirth v. Augsburg; Toppel, Perlenhändler aus Böhmen; Daumüller, Müller von Mammendorf; Becker; Steinmetz v. Landsberg; Neumark u. Rottenheim, Kaufleute v. Wallerstein.

Gestorbene in München.

Kunigunde Rezer, Bauerstochter v. Zinst, Ldg. Kemnath, 39 J. alt; Walburga Reith, Meßnerstochter von hier, 79 J. alt; Gottfried Sameth, Geometer von hier, 60 J. alt; Anna Winterhalter, Privatiersfrau von Füßen, 63 J. alt; Maria Fischer, Zimmermannswittwe von Haidhausen, 74 J. alt; Theres Karl, Färbergesellensfrau von hier, 54 J. alt; Gottlob Kipping, bgl. Schneider von hier, 46 J. alt; Joseph Prellinger, Zitherspieler von hier, 38 J. alt; Appollonia Wagner, b.l. Scheiderersfrau von hier, 67 J. alt; Karolina Feierlein, Vorstadtkrämersfrau von hier, 53 J. alt.

Bekanntmachung.

2250. Nachdem der öffentlichen Ladung vom 78. Juli v. Js. zufolge weder Gallus Suhberger, Söldnerssohn von Umendorf, selbst, noch eine Descendenz desselben innerhalb präjudicieller Frist von sich Nachricht gegeben, so wird Ersterer hiemit als verschollen erklärt, und dessen Vermögen ohne Caution an die Gerichtsbekannten Präsumtiverben als extradirt erachtet.

Landsberg, den 11. Januar 1848.

Königliches Landgericht Landsberg.
Schöninger.

Gantproclama.

2244. Ueber den Rücklaß des gewesenen k. Advocaten und Notars dahier, Nikolaus Dr. v. Eggelkraut, ist der Universalconcurs rechtskräftig beschlossen.

Demnach werden die Edictstage, und zwar:

1) zur Anmeldung der Forderungen und deren Nachweisung
   Montag den 13. März 1848,
2) zur Vorbringung der Einreden gegen die angemeldeten Forderungen
   Mittwoch den 12. April 1848,
3) zur Schlußverhandlung, und zwar
   a) für die Replik
      Freitag den 12. Mai 1848,
   b) für die Duplik
      Samstag den 27. Mai 1848 bis inclus Samstag den 10. Juni 1848

jedesmal Morgens 9 Uhr festgesetzt, und hiezu sämmtliche Gläubiger des Gemeinschuldners hiedurch unter dem Rechtsnachtheile vorgeladen, daß das Nichterscheinen am ersten Edictstage den Ausschluß der Forderungen von der Gantmasse, das Nichterscheinen an den übrigen Edictstagen aber den Ausschluß mit den an denselben vorzunehmenden Handlungen zur Folge habe.

Bei dieser Gelegenheit wird bemerkt, daß

1) die Masse in Realitäten und Actien in einem ohngefähren Werthe von 15,000 fl.

bestehe, daß

2) der k. Advocat Hr. Lißlkirchner dahier als kreditorschaftlicher Commissionanwalt und Massacurator, hingegen der Stiftssyndicus zur alten Capelle dahier, Hr. Advocat Rudhart, der Privatier Krauß, Kaufmann Guggenheimer und Kaufmann Speckholz als Massaausschußmitglieder gewählt worden seyen, und daß
3) der Passivstand, soweit er bisher bekannt geworden, die Summe von 60,000 fl. betrage, worunter insbesondere 7,100 fl. Hypothekschulden begriffen sind.

Schließlich werden Jene, welche von dem Vermögen des Gemeinschuldners etwas in Händen haben, aufgefordert, solches vorbehaltlich ihrer Rechte, bei Vermeidung des Ersatzes diesgerichtlich zu übergeben.

Regensburg, den 10. Januar 1848.

Königliches Kreis- und Stadtgericht.
Hörl, Director.
Fritsch.

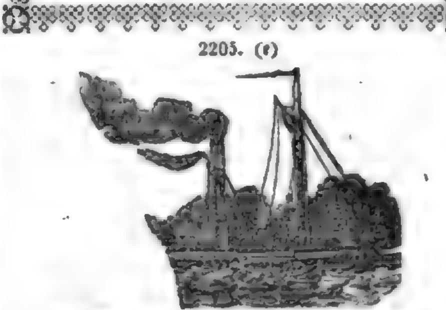
2248. **Allergrößte Auswahl** (3a)
in
Regenschirmen.

500 Stück der schwersten seidenen Regenschirme, per Stück 3 fl. 48 kr. bis 5¹/₂ fl.; die besten **800 Stück ganz feinen Zeugschirme,** per Stück 1 fl. bis 2 fl. die besten. Nur **Theatiner-Schwabingerstrasse** dicht neben dem **Gasthof zum goldenen Hirsch** bei

J. Sachs aus Berlin.

Dernier jour de vente!
Letzter Verkaufstag
der
Pariser u. Lyoner Shawls
im Hôtel Maulik,
welche mit enormem Rabatt ausverkauft werden.
Châles longs in reiner Wolle 29 bis 45 fl.
Châles longs in Ternaux von 45 bis 85 fl.
Umschlagetücher in reiner Wolle und in Cachemire 12 fl.
2249. JUSTUS KULP.

2205. (c)



Das americanische Postdampfschiff Washington, Cap. J. Johnston, wird am 13. Februar von der Weser, am 18. Februar 1848 von Southampton nach New-York abgehen. Wegen Fracht und Passage beliebe man sich zu melden bei

C. A. Heineken & Comp.,
in Bremen;
Day Croskey & Ross,
in Southampton;
Wm. Iselin,
in Havre.
Preis der Passage: Lo'or. Thlr. 195.

Berichtigung.

In der gestrigen Zeitung ist auf S. 54 Sp. 3 Z. 9 von oben statt: „Allgemeine Postzeitung" zu lesen: „Augsburger Postzeitung."

Nr. 16.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir (Kaufinger-Gasse Nro. 1); auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.

Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Mittwoch XLIX. Jahrgang. **19. Januar 1848.**

Deutschland.

Bayern.

*†München, 19. Jan. Das Wochenbett Ihrer königl. Hoh. der Frau Kronprinzessin wird, wie bereits gemeldet, in Würzburg und nicht in Bamberg, wie einige Blätter behaupteten, gehalten werden.

†München, 18. Jan. Einige inländische Blätter lassen sich von der Schweizer Grenze aus unterm 12. Jan. benachrichten: „Bayern beabsichtige auch in der Schweizerfrage eine hegemonische Stellung, gegenüber den beiden Großmächten, einzunehmen. Wir können den treffenden Blättern versichern, daß von einer hegemonischen Stellung Bayerns hier, wie überall, die Rede weder ist, noch seyn kann. Aufgefordert aus Veranlassung eng befreundeter Großmächte, sich an dem Bundestage über die Schweizerfrage auszusprechen, hat der bayerische Staat dieß mit Redlichkeit und mit jener Achtung der wahren Rechte des Schweizervolkes gethan, welche seines Erachtens der teutsche Bund sich selbst nicht minder, als einer altverwandten Eidgenossenschaft schuldet, und daß der bayerische Staat dieß thun werde, war im Voraus, vermöge des eminent teutschen Charakters König Ludwigs, verbürgt. Aber Bayern setzt seinen Stolz darein, an dem Bunde kein weiteres Gewicht auszusprechen, als jenes seiner Stimme und einer unbedingt föderativen Gesinnung. Die Idee systematischen Gegensatzes gegen die beiden Großmächte oder veralteten Separatismus liegt ihm eben so ferne, als das indirecte Begünstigen eines Radicalismus, welcher, wo ihm das Hervortreten gestattet ist, niederreißt ohne aufzubauen, und dessen gesammtes Streben nur darauf abzielt, die sociale Ordnung sammt allen glorreichen Errungenschaften vergangener Jahrhunderte in cynischer Blindheit zu zerstören. Diesen Radicalism weiß Bayerns großartiger Monarch in der Schweiz, wie überhaupt gar wohl zu unterscheiden von den Freunden und Vertretern des echten ruhigen organischen, also wahrhaften und dauernden Fortschrittes. Gilt es dem Kampf gegen radicale Tendenzen, so wird man Bayern, sowohl was Raschheit des Entschlusses, als was Energie der Durchführung betrifft, in erster Linie der Kämpfenden finden.

***München, 18. Jan. Der in Mainz erscheinende „Katholik“ enthält einen Aufsatz, welcher, nachdem er die Quiescirung der ultramontanen Professoren an der hiesigen Universität mit bekannter Leidenschaft und Gehässigkeit besprochen, also fortfährt: „Möchten auch die besser gesinnten Vertreter der akatholischen Partei bald einsehen, wie leicht ihre einseitige Bekämpfung der katholischen Sache zur Aufhebung aller Religion, zum Umsturze von Altar und Thron führen kann! Einen neuen Beleg dazu liefern die wegen ihrer auf der Menterschwaige, einem nahen Belustigungsorte, gehaltenen demagogisch-communistischen Reden in Untersuchung stehenden Studenten, welche dem Hrn. Professor Thiersch, ebenfalls Verehrer des nunmehr abgetretenen Ministeriums, einen unbedeutenden Fackelzug gebracht hatten.“ Nie noch hat die Journalistik etwas Schmählicheres zu Tage gefördert, indem sie dieses Gebräu perfider Verleumdungen mischte. Die in der Menterschwaige abgehaltene Versammlung war die Frucht einer schon lange im Schooße der, keiner sanctionirten Verbindung angehörenden Studentenschaft, keimenden Blüthe, welche nur die eine Färbung hatte, in brüderlicher geselliger Vereinigung Förderung der Intelligenz, Befriedigung des schon lange gefühlten Bedürfnisses nach geistiger Vertretung zu erstreben. — Es ist schändliche Lüge, daß irgend welche Reden, denen zumal ein demagogisch-communistisches Element zur Grundlage diente, gehalten wurden; ein Toast wurde gebracht und mit Enthusiasmus begrüßt, er galt einem unsrer gefeiertsten Lehrer, unserm hochverehrten Rector magnificus; es ist eine weitere Lüge, daß diese Versammlung auf Grund ihrer geäußerten verwerflichen Tendenzen eine Untersuchung veranlaßte, im Gegentheile! das zufällige Zusammentreffen mit Professor v. Lassaulx rief ein Mißverständniß in der Art hervor, daß man solche Aeußerungen junger Lebenskraft unter den Studenten als von einer Partei ausgehend betrachtete, die in unserem Vaterlande, wie im politischen und staatsrechtlichen Gebiete, so auch und schon lange in dem, wenn auch verhältnißmäßig kleinen, doch für alle hochherzigen Sympathien begeisterten Bereiche der Münchner Studenten jede und alle Geltung verloren hat, wenn sie je welche besessen. — Der Artikel enthält eine, die ganze Sache charakterisirende Schlußbemerkung, indem er den dem Rector Thiersch gebrachten Fackelzug einen „unbedeutenden“ nennt, welcher bei einer Anzahl von weit über 200 Studenten nach allgemeinem Urtheile mit großem Glanz und Pretiosität durchgeführt wurde, wie wir uns überhaupt von Seite der Nichtcorpsstudenten keines ähnlichen erinnern.

:München, 19. Jan. Nach eingetroffenen Privatbriefen aus Nemnaih über den verheerenden Brand, sind über 190 Häuser, selbst das Rathhaus, das man Anfangs gerettet glaubte, und eine Capelle ein Raub der Flammen geworden, auch drei Menschenleben werden vermißt, ein Mann und zwei Kinder.

Augsburg. Se. Maj. der König hat an Hrn. C. A. v. Brentano als „Referenten des Kreisausschusses des Seidenbau-Frauen-Vereins von Schwaben und Neuburg“ nachstehendes allergnädigstes Handschreiben, dd. München 12. Jan. 1848, zu richten geruht: „Herr C. A. v. Brentano! Mit Vergnügen ersah Ich aus dem jüngsten Jahresberichte des Kreisausschusses des Seidenbau-Frauen-Vereins von Schwaben und Neuburg die befriedigenden Beweise so — von der wachsenden Theilnahme an fraglichem, für die vaterländische Industrie so wichtigem Beginnen, als auch von dem Eifer, und der nützlichen Thätigkeit, die der betreffende Kreis-Ausschuß ihm gewidmet. In der Fortdauer dieser rühmlichen Theilnahme, an welcher zu zweifeln kein Grund, liegt die Bürgschaft, daß dem Bemühen um diesen Zweig der Industrie ein mehr und mehr lohnender Erfolg nicht entstehen werde. Ich danke für die Zusendung gedachten Jahresberichtes, und bemerke zugleich, daß, wenn Ich auf künftige solche nicht immer eine Erwiderung gebe, darin kein Zeichen einer Nichtanerkennung des von dem Vereine Geleisteten zu erblicken. Der Ich mit königl. Gnade bin Ihr wohlgewogener König Ludwig.

(Augsb. Abdz.)

Baden.

Karlsruhe, 12. Jan. Der in heutiger Sitzung der II. Kammer begründete Antrag des Abgeordneten Stößer auf Einführung von Geschwornengerichten bei allen Strafsachen, welche bei den Hofgerichten und Bezirksstrafgerichten nach der neuen Gerichtsordnung zu verhandeln und abzuurtheilen sind, ward einstimmig zum Vorausdruck beschieden, und dessen Verweisung in die Abtheilungen beschlossen. — Aus der Begründung der Motion des Abgeordneten Christ (Hofgerichtsdirectors in Rastatt) auf Preßfreiheit mindestens für innere Angelegenheiten, welche Christs Landtagsbote mittheilt, heben wir nach demselben Folgendes hervor: „Ich mag nicht glauben, daß der Bund die große Frage der Preßfreiheit unbeachtet läßt und sie nicht durch ein Gesetz über die freie Presse befriedigend erledigt. Wie aber, wenn es doch geschieht? Dann bleibt nichts Anderes übrig, als daß die einzelnen Regierungen, und so auch Baden für Baden diesen Gegenstand aufnehme. Sind sie aber dazu ermächtigt? Ich beantworte diese Frage mit Ja. Die Regierungen

---

Gunchild von Schweden.

(Geschichtliche Novelle von M. v. St.)

(Fortsetzung.)

Wie die Königin, war auch das Volk wundersam ergriffen vom Anblick des hochaufgeranksten Jünglings Suen, aus dessen edlen Zügen eine gewinnende Milde und Güte sprach, in welchem das Volk seinen künftigen Fürsten erkannte, und welchen Ingurth so lange unter den verschiedensten Vorwänden in seiner Wohnung vor des Volkes Augen verborgen gehalten hatte. Mit diesem ersten Erscheinen im Angesicht der Menge zerriß der Schleier, den er künstlich über den Jüngling und Swanehild gebreitet. Wenn auch das liebliche Frauengebilde sogleich nach der Einzugsfeier in die Gemächer zur ängstlich harrenden Mutter heimkehrte, und nur dann wieder in der Oeffentlichkeit erschien, wenn sie als eine nunmehr gereifte Jungfrau an den Altären der Götter nicht fehlen durfte, so konnte er es doch nicht verhindern, daß Suen öfters das pflegeväterliche Haus verließ, um nach dem Verlangen der Königin den Hoffesten beizuwohnen, oder sich in ritterlichen, seinem Alter und Stande angemessenen Uebungen zu ergehen. In unumwölkter Heiterkeit hatte sich bisher über den beiden lieblichen Gestalten der Jugendhimmel hingewölbt; selten waren ihre Wünsche über des Hauses sanft begrenzten Raum hinausgeflogen, und in der stillseligen Liebe, welche ungeahnt immer festere Gestalt in ihrer beider Herzen gewonnen, lag ihr Glück, ihre befriedete Wonne beschlossen. Das strenge Licht der Oeffentlichkeit hatte diese heimische Umhägung jetzt durchbrochen. Die Wolken von draußen nahmen das erstemal ihren Durchzug durch die Herzenswelt, und bald sollten ernste Mächte, die des Lebens Loose zuwiegen, dunkle Fäden durch das schimmernde Lichtgewebe einer bisher im Stillen blühenden Liebe ziehen. Einmal hinaus gegangen aus des Hauses sittig und sicher gezogenem Kreise, kehrt die Jungfrau sobald nicht wieder; sie sieht hinter dem Leben, das ihr so freundlich, so lieb, so schmeichlerisch, so kosig und rosig sich entgegenwiegt, ihren süßen Launen so hingebend sich anschmiegt, nicht den schlauen Verräther lauern, der kalt nur den Zweck, nicht aber die Mittel in seinen Händen wägt. (Fortsetzung folgt.)

Mannigfaltiges.

Bühnenschau.

△München, 17. Jan. Mad. Stödl-Heinefetter hat gestern Abends von uns in der „Jüdin“ von Halevy Abschied genommen. Betrachten wir ihre Leistung als Recha mit unbefangenem Auge, so stellt sich dieselbe als ein Gebilde seltener Vollendung, als ein glänzendes Zeugniß von dem hohen Geiste der Künstlerin dar. Die Rolle der Recha ist an und für

haben dem deutschen Bunde in Gemäßheit des Art. 18 der Bundesacte die Verfügung über Preßfreiheit übertragen, auf daß derselbe diesen Gegenstand „in seiner ersten Zusammenkunft" erledige. Da der Bund diesen Auftrag nicht vollzog, da die einzelnen Volksstämme aber auf die Preßfreiheit, auf deren Festsetzung, und nicht auf Erlassung der Censur das Gesetz ausdrücklich lautet, ein gesetzliches Recht haben, so müssen auf den Andrang der Völker die ursprünglichen Regierungen wieder als Vollzieher des Gesetzes um so mehr aufzutreten befugt seyn, als das Gesetz selbst seinen augenblicklichen Vollzug angeordnet hatte. Für die Richtigkeit dieser Theorie sprechen nun die allerwichtigsten Vorgänge: Auf dieselbe Weise nemlich, wie rücksichtlich der Preßfreiheit wurde dem Bunde vom Gesetz wegen des Handels und Verkehrs zwischen den Bundesstaaten die Einleitung auferlegt, und da der Bund auch hier den Vollzug beruhen ließ, so schlossen sodann die einzelnen Regierungen unter sich Verträge darüber ab, und zogen auf diese Art den dem Bunde gegebenen Auftrag wieder an sich. Der Bund ließ diese Thatsache und diesen Rechtsvorgang vor sich gehen, und erkannte den Zollverein als rechtmäßig geschlossen an, wodurch die obige Theorie ihre volle Bestättigung findet. Dazu kommt, daß kürzlich die Krone Bayern die Gewährung der Preßfreiheit für ein Kronrecht anerkannt hat, und dies Recht das Bayern zusteht muß auch Baden zustehen. Da aber das Recht von Baden nicht weiter gehen kann, als auf Baden, so ist die Regierung auch nur berechtigt, für die inneren Angelegenheiten die Preßfreiheit zu gewähren, in dieser Beziehung aber um so ungehemmter, als die Regierung für die inneren Angelegenheiten unbeschränkt ist. Ich gebe nun zu, daß die Grenzlinie zwischen innern und äußern Angelegenheiten um so schwerer ist, als es viele Gegenstände gibt, die innerlich und äußerlich zugleich sind, wie der Zollverein. Allein verschieden bleiben doch immer die Regierungen und die Angriffe auf sie sind es, um die es sich handelt. Würde nun die Preßfreiheit für die inneren Angelegenheiten gewährt, so würde dieser Theil des Blattes keiner Censur unterliegen; um aber zu verhindern, daß der Schriftsteller in diesem Theil Angriffe gegen auswärtige Regierungen aufnehme, wäre die Anordnung zu treffen, daß vor der Ausgabe des Blattes ein Abdruck bei einer Richterbehörde hinterlegt würde, welcher das Recht zustünde, auf den Fall, daß in dem censurfreien Theile ein Angriff auf eine auswärtige Regierung sich befände, den Beschlag auf das Blatt auszusprechen. Ueberdieß müßten auf Umgehung des Gesetzes strenge Strafen festgesetzt werden. In dieser Einrichtung läge die Möglichkeit, die Preßfreiheit für das Innere zu retten, und wenn von dem Rechte der Preßfreiheit auch nur ein Theil gerettet werden kann, so haben wir viel sehr viel wir haben den Grundsatz gerettet. Schrecken wir also, meine Herren, nicht vor der Schwierigkeit der Ausführung zurück, wenn es sich darum handelt, die Anerkennung des Rechts der Preßfreiheit durch ein Gesetz gesichert zu sehen."

Kurhessen.

Kassel, 9. Jan. In der vertraulichen Sitzung der Stände vom 8. Jan. wurde die Berathung über den Antrag des Budget-Ausschusses auf ein Provisorium in Betreff der Hofdotation fortgesetzt, und dem Vernehmen nach der Ausschuß-Antrag mit 28 gegen 13 Stimmen angenommen. (Kass. Z.)

Kassel, 11. Jan. Die Stände kamen heute nach langer Discussion nicht zum Schluß über die Zulassung des zweiten Abgeordneten der Residenz zum Landtage, Frhrn. v. Waitz zu Eschen. Die Sitzung ward nach stürmischer Debatte aufgehoben. (Fr. J.)

Preußen.

Ueber die voraussichtliche Haltung des vereinigten Ausschusses bringt die „Bremer Zeitung" folgenden Artikel: Derselbe wird, da der Bauernstand der Rheinprovinz die Wahlen verweigert hat, aus 98 Mitgliedern bestehen. Von diesen haben 38 die bekannte Erklärung der 138 mit unterzeichnet, 20 andere gehören zu der Nüance des Grafen Schwerin. Eine liberale Mehrheit dürfte, wenn beide Abtheilungen sich vereinigen, demnach wohl bewirkt werden können. Man ist begierig, welche Stellung Hr. v. Auerswald nehmen wird, auf welchen es sowohl bei der Beurtheilung des Gesetzentwurfs, wie bei der Frage, was über eine Erklärung betreffend den Wahlvorbehalt zu beschließen sey, ganz besonders ankömmt. Hr. v. Auerswald hat den größten Einfluß, nicht allein auf die Abgeordneten der Provinz Preußen sondern auch auf alle Deputirte von gemäßigtliberaler Denkweise. Jetzt nachdem Vincke, Beckerath, Hansemann, Milde, v. d. Heidt und fast alle Führer der Opposition des Landtages fehlen, ist Hr. v. Auerswald der hervorragendste Mann in der Versammlung.

In der öffentlichen Sitzung des rheinischen Cassationshofes zu Berlin am 10. Jan. wurde die Gräfin Sophie v. Hatzfeld, wegen Verläumdung der Geschwister Hohns aus Düsseldorf, sowie der Licentiat Lasalle wegen Hülfeleistung dabei, ein Jedes zu einer Gefängnißstrafe von zwei Monaten, einer Geldbuße von 100 Thalern in die Kosten verurtheilt, sowie der in Art. 42 des rheinischen Strafgesetzbuches enthaltenen politischen, bürgerlichen und Familienrechte auf die Dauer von fünf Jahren verlustig erklärt.

Die Voruntersuchung in der Wedecke'schen Sache ist so ziemlich beendigt, und das Ministerium hat nun definitiv befohlen, daß dieser Proceß in einer öffentlichen Sitzung, welche schon binnen Monatsfrist stattfinden dürfte, geführt werden soll. (N. Corr.)

Der „Allgemeinen Zeitung" kam von dem in letzter Zeit vielgenannten Dr. Freyberg ein Schreiben aus dem Piemontesischen, (Aux Balances) vom 8. Januar zu, worin derselbe erklärt, er werde sich in Berlin stellen, wenn ein ordentliches Justizverfahren gegen ihn eingeleitet und bis zum gerichtlichen Spruch seine persönliche Freiheit garantirt werde. Jedenfalls werde er am Tage des öffentlichen Verfahrens in Berlin anwesend seyn. Dr. Freyberg gesteht übrigens seine Schuld unverblümt zu, obgleich er darauf keinen Werth zu legen scheint: der ganze Betrugsproceß (bemerkt er) werde sich darauf reduciren, daß man an eine dritte in Haft befindliche Person (Wedecke?) gegen das vorhandene Versprechen eines hohen preußischen Staatsbeamten, „eine gewisse Eisenbahn zu concessioniren" ein Paar tausend Stück Ducaten bezahlt habe, wozu er seinen Theil ehrlich beigetragen, und daß er einem Schreiber 20 Rthlr. geborgt. Daß seine Associés beim Omnibusgeschäft Schurken gewesen, werde man hoffentlich ihm nicht zur Last legen. Am Schlusse verspricht er weitere Aufklärungen durch Thatsachen, die zur Oeffentlichkeit kommen sollen.

Der „Magdeburger Zeitung" zufolge soll dem ständischen Ausschuß noch ein anderes Gesetz, ein Jagdablösungsgesetz-Entwurf zur Berathung vorgelegt werden, der nicht wie der Strafgesetz-Entwurf vorher den einzelnen Provinziallandtagen vorgelegen hat.

Köln, 10. Jan. Die Zeitungen haben berichtet, daß von Seiten des hiesigen Dombauvereins ein Schreiben an den Papst erlassen worden sey, oder erlassen werden solle, um Se. Heiligkeit zu bitten, dem bevorstehenden Dombaufeste beizuwohnen. Wie wir hören, ist allerdings im vorigen Sommer von einer solchen Einladung die Rede gewesen, und dieß hat wahrscheinlich die angeführte Mittheilung in den öffentlichen Blättern veranlaßt; der Hr. Erzbischof soll jedoch den Antrag sogleich als ungeeignet zurückgewiesen haben. Es braucht auch wohl kaum bemerkt zu werden daß Pius IX — anderer Schwierigkeiten nicht zu gedenken — unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Reise über die Alpen nicht unternehmen könnte, ohne den Kirchenstaat und ganz Italien den größten Gefahren auszusetzen. Es ist jedoch wie wir weiter hören, die Ueberreichung einer Adresse beschlossen worden, worin dem Oberhaupt der katholischen Kirche von dem Dombaufeste Kunde gegeben und um seinen Segen gebeten werden soll. Mit der Abfassung dieser Adresse sind Hr. Präsident v. Groote und zwei Geistliche beauftragt. (Rh. Beob.)

Köln, 12. Jan. Die Procedur gegen den wegen Betheiligung an dem Diebstahle der Cassette der Baronin Meyendorf angeklagte Dr. Mendelssohn hat gestern vor dem Assisenhofe in so weit ihren Anfang genommen, als die Anklage verlesen und vom Oberprocurator näher begründet wurde, indem er zugleich zu beweisen suchte, daß aus der Freisprechung Opp nheims die Unschuld Mendelssohns nicht gefolgert werden könne. Als aber nach Beendigung seines Vortrags zum Aufrufe sämmtlicher Zeugen geschritten wurde, fand es sich daß sowohl mehrere Belastungszeugen als einige Schutzzeugen fehlten und zwar von ersteren unter andern die Baronin v. Meyendorff, ihre Kammerfrau und ihr Kammerdiener, von letzteren Graf Hatzfeldt. Der Oberprocurator beantragt daher Anfangs die Verhandlung bis zum nächsten Quartal zu vertagen, auf Begehren der Vertheidiger des Angeklagten jedoch beschränkte sich der Gerichtshof darauf, die weitere Verhandlung bis zum 10. Februar aufzuschieben, worauf die Sitzung aufgehoben wurde.

Schleswig-Holstein.

Altona, 7. Jan. Der „Altonaer Merkur" berichtet, daß als Nachfolger des Justizraths Raben, der erst kürzlich zur Praxis beim Oberappellationsgericht gelangte Ober- und Landgerichtsadvocat E. G. L. Schmidt v. Leda, genannt v. Hattenstein aus Oldesloe bestimmt sey. — Die Börsenhalle meldet, daß gegen Lorentzen wegen seines Aufsatzes in Honeks Buch für Winterabende eine fiscalische Anklage verfügt worden sey. Es ist dieß die vierte Anklage, welche sich gegen Lorentzen richtet. — Derselben Quelle entnehmen wir, daß die Auswanderung nach America in den Herzogthümern während der letzten Jahre sehr zugenommen hat. Vornehmlich befinden sich auffallend viel Volksschullehrer unter diesen Auswanderern. Der Grund davon ist die ungenügende Einnahme für die Beschwerden ihrer dienstlichen Stellung, so wie das Disciplinarverfahren, welches ausnahmsweise allein gegen sie durch die Verordnung vom 4. April 1845 angeordnet ist.

Freie Städte.

Frankfurt, 13. Jan. Ueber das so viel besprochene Verbot der Turngemeinde vernimmt man, das lediglich die Gemeinde als abgeschlossene Körperschaft auf-

---

sich eine außerordentliche Aufgabe, der Charakter meist leidend, wenig handelnd und bestimmend — ein edles Mädchenherz in dem verachteten Stande der Juden, voll Liebe, dabei großmüthig und selbstverleugnend, nur einmal im Groll über ihres Geliebten Treubruch aufflammend, doch bald darauf voll Edelmuths für ihn sich opfernd. Die Schrecken des Todes wohl in tiefster Weiblichkeit und menschlicher Naturwahrhaftigkeit durchfühlend, aber von der Hand der Kindesliebe zu verklärtem Muthe emporgetragen, mit dem Vater sterbend in süßester, flammender Verkettung. Wer sollte sie je vergessen Recha's Worte: „Ach, mein Vater, die dumpfen Trauertöne sind mir fürchterlich (Act V. am Schluß)"; mit welch erschütternder Klangesirene wurden die dumpfen Trauertöne im Tone von Recha's Stimme wiedergelebt, wie markdurchbebend erstarb das Wort fürchterlich auf den entsagenden Lippen. Die letzten so menschlichen Schwingungen der Freude am süßen Daseyn zitterten langsam aber in sicherer Naturtreue hinüber in die engelhaft heranschwebende Verklärung der geistigen Verzücktheit. Diese Grundzüge mußten von der Künstlerin aufgefaßt werden, wenn ihre Rolle zu etwas Bedeutenderem werden sollte. Ueberhaupt muß der innere Ausdruck des erregtesten Stilllebens der Seele hier zum Vorwurf des Studiums gemacht werden, um dann, nach außen gekehrt, ein dichterisches Wahrheitsganze zu geben, das im Bilde der Verklärung zuletzt über sich selbst hinaus in die ewigen Harmonien verklingt. Und aus diesem Gesichtspuncte hat Mad. Heinefetter die Recha aufgefaßt und wiedergegeben. Dabei entwickelte sich an diesem Abende ihre umfangreiche Stimme des reinsten Metallklanges und der Wärme auch nach der Tiefe hin. Da ist kein kleinliches Abmühen um Nebendinge, über die man den Hauptmoment vergißt, keine Verzerrung, nichts Groteskes, Bizarres in der zwiefachen Entfaltung des Charakters durch Gesang und Spiel. Gereift, kräftig, voll der unerschöpflichen Geistesströmung treten die Gebilde der Künstlerin vor uns hin — eine gepanzerte Minerva, Zeus Haupt entsprungen! — Wollen wir nun aber noch ihre Schöpfungen in Einen Satz zusammenfassen, so gelangen wir zu dem Resultate: daß Mad. Stöckl-Heinefetter eine durchaus vollendete echt deutsch-dramatische Sängerin ist! — Neben dieser erhabenen Künstlergestalt ist vor allem Hrn. Härtingers, als Eleazar, zu gedenken. Der Charakter dieses Juden ist eine Aufgabe ohne Ende. — Der ganze Mensch erscheint hier in den zwei Principien, einem guten und einem bösen. In Eleazar ist das höchste Gute in dem einzigen Namen: Kindesliebe begriffen. Das böse Princip faßt in sich den Glaubenshaß, Rachedurst, unbezähmte Wuth des Unterdrückten gegen den Unterdrücker; dazu Habgier, Bosheit und Hinterlist. Diese widerstreitenden Elemente, die, wie so oft geschieht, von der Natur in eine Brust zusammengewürfelt wurden, doch gewissermaßen innerlich zu vereinen, Räthsel, die tief im Menschen sich begründen — wenn nicht zu lösen (denn daran zerschellt unsere Kraft) doch unserm Verstande näher zu rücken — das ist die Aufgabe der Kunst, so wenig erfaßt von unsern sogenannten Künstlern, an unserer Bühne vorzüglich ungemein selten auch nur versucht. Härtinger, dessen mit-

gelöst und alle Vorträge untersagt worden sind; das Turnen und der Besuch des Turnplatzes sind auch für die Zukunft gestattet. (N. Corr.)

Oesterreich.

Wien, 8. Jan. Ueber den Geist in den italienischen Provinzen gehen keine zufriedenstellenden Nachrichten ein. Eine große Sensation macht die von der „Reunione de' Nobili" in Mailand offen zur Schau getragene Absicht, die Einkünfte des Staats durch die Verbannung des Lottospiels und des Tabaks zu verkürzen. In Betreff des letzteren geht die Frechheit so weit, daß den Leuten, die auf den Straßen rauchen, die Cigarren von den Liens aus dem Mund geschlagen wurden. Das tadelnswürdige Betragen des Erbprinzen von Lucca zu Mailand, sowie die von ihm begangenen Excesse scheinen keinen Theil zu der Brüsquerie der jungen Mailänder Stutzer beigetragen zu haben. (Allg. Pr. Z.)

Wien, 10. Jan. An die Stelle des kürzlich verstorbenen k. k. Feldmarschallieutenants Prinz v. Hohenzollern wurde der k. k. Feldmarschallieutenant und Commandant der kaiserlichen Truppen zu Ferrara, Graf v. Auersperg, zum k. k. Militärobercommandanten von Oesterreich ob der Enns zu Linz ernannt. Zum Ersatz des von hier aus nach Italien abgegangenen kaiserlichen Fuhrwesens sind dieser Tage mehrere solcher Bespannungen aus Böhmen hieher beordert worden. (A. Z.)

Schweiz.

Die „Basler Zeitung" vom 15. Jan. sagt: In der gestrigen Sitzung der Tagsatzung wurde nach lebhafter Discussion beschlossen, die Note des Nuntius (betreffend die angeblichen Eingriffe der verschiedenen Regierungen der ehemaligen Sonderbundsstände in die Rechte der katholischen Kirche) gar nicht zu beantworten. Andere Anträge gingen dahin, auf Abberufung des jetzigen Nuntius, ja auf Aufhebung der Nuntiatur überhaupt hinzuarbeiten. Solothurn warnte vor Siegestrunkenheit und theologischen Discussionen. Auf den Antrag von Zürich wird vom Kriegsrath ein Gutachten begehrt, ob das Thuner Lager von 1848 abzuhalten sey, oder nicht. General Dufour übergab der Tagsatzung 4000 Fr. für Verwundete beider Parteien. Nach den letzten Entlassungen befinden sich noch 10 Bataillone mit Specialwaffen, im ganzen etwa 7000 Mann unter den Waffen. Nur Uri und Unterwalden haben gar keine Truppen mehr. Mit Ende des Monats Januar, ja vielleicht früher, dürfte eine Vertagung der Tagsatzung stattfinden. Ob dann die Commission für Revision des Bundesvertrags arbeiten wird steht dahin.

Bern, 7. Jan. Ich habe Ihnen seiner Zeit gemeldet, daß einen Tag vor dem 23. Nov. dem Tag der Flucht des Siegwartschen Regiments, ein französischer Abgeordneter über die Furka nach Luzern gekommen ist. Aus zuverläßiger Quelle wird nun versichert, und mehrere Zeitungen haben bereits davon Mittheilung gemacht, daß das französische Ministerium dem sonderbündischen Kriegsrath die Weisung zukommen ließ, falls Luzern nicht haltbar wäre, in die Urkantone zurückzuziehen und nur auf wenige Tage eine bewaffnete Stellung zu beobachten; die versprochene Intervention werde nicht mehr lange auf sich warten lassen. Dadurch läßt sich die Sprache des Journals des Debats erklären, das auf die Nachricht von der Einnahme Luzerns seine Hoffnungen auf die Urkantone setzte. Unterwaldens schnelle Unterwerfung hat den Plan zerstört. (D. Z.)

Italien.

Rom, 4. Jan. Um falschen und entstellenden Nachrichten zu begegnen, welche über die Vorfälle verbreitet werden könnten, die am 1. Jan. in unserer Hauptstadt sich zugetragen, theile ich Ihnen im folgenden eine authentische Darstellung des ganzen Verlaufs mit. Um 31. Dec. brachte man im Lauf des Tags in Erfahrung, daß das römische Volk damit umgehe, sich in großer Menge auf dem Platz des Quirinals zu versammeln, um dem heiligen Vater seine Glückwünsche zum neuen Jahr darzubringen und von der gewöhnlichen Loggia aus seinen Segen zu empfangen. Von der Ueberzeugung geleitet, daß es dem Volke, nachdem die Stadt Rom in der Magistratur ein gesetzliches Organ erhalten jetzt viel leichter als früher seyn müsse, dem Souverän seine Gesinnungen bekannt zu geben, glaubte Se. Heiligkeit die beabsichtigte Demonstration nicht erlauben zu sollen, wozu noch kam daß Dieselben etwas mit Katarrh behaftet, und seit einigen Tagen das Wetter so anhaltend regnerisch war, daß man nicht hoffen konnte es würde für den bestimmten Tag besser werden. Es wurde daher zu erkennen gegeben, wie Se. Heiligkeit aus diesen beiden Gründen wünschte das Volk möchte auf sein Verhaben verzichten, und da man übrigens zweifeln durfte ob dieses einfache Mittel hinreichen würde um den beabsichtigten Erfolg zu sichern, geruhte Se. Heiligkeit dem Polizeiministerium aufzutragen dahin zu wirken, daß eine Volksversammlung sich nicht bilde. In Folge dessen wurde es für zweckmäßig erachtet einige Posten, vorzüglich der Milizia civica, zu verstärken und einige Abtheilungen der Linie in den Casernen zu consigniren, um den allerhöchsten Anordnungen nöthigenfalls unter Anwendung aller Klugheit und Schonung die gebührende Achtung zu verschaffen. Einige wenige exaltirte Köpfe unter dem Volke wußten diese Vorschriften der Masse in einem andern Lichte darzustellen, indem sie dieselben lediglich der Polizei zur Last legten, und es fanden am 2. Jan. um 1 Uhr Nachmittags in der Nähe des Corso Zusammenrottungen statt, in der Absicht vereint zum Quirinal zu ziehen und Sr. Heiligkeit die vermeintlichen Beschwerden vorzutragen. Ausgezeichnete und einflußreiche Personen bemühten sich vergeblich die Menge von diesem Verhaben abzubringen, bis Se. Heiligkeit, davon unterrichtet, wissen ließen, Dieselben würden in kürzester Frist ausfahren. Dieß geschah, und kaum hatte das Volk gehört, daß der Papst die Richtung nach dem Vatican genommen habe, als eine außerordentliche Menge dorthin eilte und ihn bei seiner Rückkehr zum Quirinal durch die Straßen Tordinona und Corso begleitete. Wenn auch nicht mit Stillschweigen umgangen werden darf, daß auf dem Wege einige leidenschaftliche und sehr tadelnswerthe Ausrufe zu hören waren, die das Mißfallen des heiligen Vaters in nicht geringem Grade erregten, so wurde dennoch die öffentliche Ruhe durchaus nicht gestört, sondern die Bevölkerung zeigte sich bei dieser Gelegenheit mehr als je von Liebe und Begeisterung für den heiligen Vater hingerissen. (A. Z.)

Rom, 11. Jan. Es herrscht vollkommene Ruhe Die Fürstin Belgiojoso wirkt auf die höheren Kreise des Liberalismus, wie Ciceruacchio auf die niedern. — Florenz, 13. Jan. In Folge von Verzweigungen mit den Unruhen in Livorno auch hier Verhaftungen. — Livorno, 12. Jan. Wiederkehr der Ruhe. Oeffentlicher Anschlag der Regierung, daß sie mit den Tumult nicht unterhandeln werde. — Die „Gazzetta di Venezia" vom 14. Jan. meldet die erfolgte Ankunft des Erzherzogs Albrecht, des Erzherzogs Wilhelm und Erzherzogs Ferdinand in der Lagunenstadt. (A. Z.)

Belgien.

Brüssel, 6. Jan. Vorgestern ist im Cabinet des Hrn. Rogier der Vertrag zwischen der belgischen Staatseisenbahn und dem österreichischen Lloyd zur schleunigsten Herstellung eines Depeschendienstes zwischen England und Ostindien über Belgien, Deutschland und Triest hergestellt worden. (Rh. Bl.)

Frankreich.

Paris, 14. Jan. Gerüchte von Unwohlseyn des Königs, friedenstörerisch an der Börse, werden von den Blättern als irrig bezeichnet. Am 13. nach der italienischen die Schweizerfrage in der Pairskammer debattirt. Der Herzog v. Broglie hält der Cabinetspolitik eine warme Lobrede, die nichts als die crambo sexcenties recocta bringt. Am 14. wirft der Herzog v. Noailles dem Cabinet vor, es habe die günstige Zeit versäumt, der revolutionären Mehrheit in der Schweiz die Spitze zu bieten. Graf v. Montalembert: „Man hat sich in der Schweiz nicht für und gegen Jesuiten geschlagen, sondern gegen uns Alle. Eine wilde Freiheit droht von der Höhe der Alpen den Brand auf ganz Europa zu werfen. Wir alle sind die Besiegten; in der Schweiz wie in Polen; dort aber ist vom Radicalismus das Heiligste verletzt worden."

Marquis d'Aragon, Pair von Frankreich, ist auf seinem Schloß Salies, bei Alby, 86 Jahre alt, am 6.; Generallieutenant Graf Chalot, weiland Adjutant des Kaisers Napoleon, am 9. Jan. in Paris gestorben. — Die Herzogin v. Victoria ist am 5. Jan. in Bordeaux eingetroffen. Sie wird daselbst einige Zeit verweilen, bis sie ihrem Gemahl, dem General Espartero, nach Madrid folgt.

Großbritannien.

Contre-Admiral Sir Thomas Ussher, welcher soeben das Commando der irischen Schiffsstation in Cove (dem Hafen von Cork) übernommen hatte, ist daselbst 70 Jahre alt gestorben. Er war es, der als Capitän des Schiffs „Undaunted", Napoleon nach Elba überführte. Durch den Tod des Viceadmirals Granger rückt Graf v. Dundonald (Cochrane) zum Viceadmiral der rothen, Thomas Browne zum Viceadmiral der weißen Flagge vor. Graf Dundonald übernimmt, wie schon gemeldet, den Oberbefehl der nordamericanisch-westindischen Station.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 4. Jan. Die königl. Familie wohnte am Neujahrstage dem gewöhnlichen Bürgerball im großen Börsenball bei. Ihre Majestäten nahmen dießmal nicht am Tanze Theil, aber der Kronprinz sowohl als die übrigen Prinzen tanzten mit Bürgerfrauen, und die Prinzessin mit verschiedenen bürgerlichen Herren. Hinter den Sesseln Ihrer Majestäten waren mehrere Wache habende Gardeofficiere mit bedecktem Haupte aufgestellt, was man nie vorher gesehen hatte. Ihre Majestäten waren von einem zahlreichen und glänzenden Gefolge umgeben. Auch die übrige Gesellschaft war prunkvoll und zahlreich, sie bestand aus mehr als 800 Personen. — Der König ist durch einen Bericht des Gouverneurs der Insel St. Barthelemy benachrichtigt worden daß, seitdem im verwichenen October die Frist verlaufen war, binnen welcher die Sclaveneigenthümer auf dieser Insel

---

senschaftliche Bildung ungemein vortheilhaft auf Geist und Herz wirken mußte, hat sich hier aus dem alten Schlendrian aus ureigener Vollkraft emporgerissen, seinen Beruf erfaßt, und bestrebt sich, das erkennt man überall, seinen Darstellungen innern Werth zu verleihen, ohne gierig nach dem Beifall der Menge zu haschen, oder einem leicht befriedigten Geschmack huldigend zu schmählicher Beute zu fallen. Die Rolle des Eleazar — ungemein schwierig für einen Tenor, weil sie sich in ungewohnter Sphäre bewegt — ist von ihm aufs Glücklichste erfaßt. Alle einzelnen Schönheiten hier anzuführen, würde zu weit gehen; betrachten wir unsern Härtinger nur in den beiden letzten Acten. Mit hardbewußter Hand griff er in die gezückte Schneide seines Schicksals, aber er klagt nicht — er flammt betend zu den geöffneten Himmeln empor, fluchend seinen Feinden da unten. Eine heilige Pflicht dünkt ihm die Rachübung am Mörder seiner Söhne. Langsam träufelt er sein Gift in des Feindes Seele: die innerste Genugthuung glitzert in seinen Zügen bei den Siegesworten: „Ein Jude rettete Dein Kind, und diesen Juden, den — den kenne ich!" Hier steht Härtinger auf der erhabensten Stufe dramatischen Künstlerthums. Dieselbe Vollendung tritt in der folgenden Arie (Nro. 18) — sowie im Finale des letzten Actes (Nro. 20) hervor, wo die Vaterliebe noch einmal über den Haß sich emporringt. Diese Scene ist eine gemütherschütternde — ein Meisterstück der Charakterzeichnung von Recha und Eleazar. Und ob auch das sogenannte Publicum ganz still und, wie es schien, theilnahmslos blieb, so möge doch Hr. Härtinger sich dadurch nicht beirren lassen, sondern rastlos fortfahren, durch so wohldurchdachte Leistungen den Kunstsinn der Zuschauer zu bilden, und dieselben nach und nach wieder empfänglich für wahre Schönheit und weniger nachsichtig für die Mittelmäßigkeit zu machen. — Das unüberwindliche Phlegma des Hrn. Pellegrini, den ausdruckslosen, faden Gesang des Fräul. Rettich übergehen wir dießmal ganz mit Stillschweigen. — — Unser sonderbündlerische geistlose Torpismus erging sich dießmal wieder in allerlei Unarten, allein die Macht der Wahrheit warf das ruhmlose Geschlecht zuletzt doch zu Boden. — Zum Schluß die Frage: warum blieb denn das Duett im 2. Acte (Nro. 10 in C) dießmal weg? —

Zeitstimmen.

(Eigenes und Gesammeltes.)

Diejenige Regierung ist wohl die beste, die so wenig wie möglich von ihren Bürgern verlangt, aber auch derjenige Bürger ist der beste, der so viel als möglich für das Gemeinwohl leistet Nicht die Höhe des Steuersatzes an sich, sondern die Leichtigkeit und Schwierigkeit des Aufbringens der Steuern ist entscheidend. Wo die höhere Steuer nur die natürliche Folge der höher gesteigerten Lebensthätigkeit ist, da ist sie auch kein Gegenstand der Klage, sondern vielmehr ein erfreuliches Zeichen des Nationalwohlstandes.

ebas vom Staat angebotene Lösegeld für ihre Sklaven entgegenzunehmen wußten, der Gouverneur ein Kirchenfest veranstaltet hatte, wobei feierlich erklärt worden, daß die Sklaverei nunmehr auf der Insel St. Barthelemy ganz und für immer abgeschafft sey. Die befreiten Sklaven knieten nieder und brachten ihren innigsten Dank für diese Wohlthat dem allmächtigen Gott dar. (A. Z.)

Griechenland.

Athen, 2. Jan. Die regelmäßige Post aus Konstantinopel brachte von dort Nachrichten und Antwort über die Aufnahme der von Griechenland geleisteten Genugthuung, indeß ist das eigentliche Resultat nicht bekannt. Die Kammer der Abgeordneten hat das Budget für 1847 mit unbedeutenden Abänderungen genehmigt, und erwartet in wenigen Tagen die Vorlage des Budgets für das künftige Jahr. — Das Abberufungsschreiben des französischen Gesandten, Herrn Piscatory ist angelangt, und in sehr kurzer Zeit wird derselbe den griechischen Boden verlassen. (A. Z.)

Plata-Staaten.

Englischen Nachrichten dd. Montevideo, 11. Nov zufolge waren die höchst langweiligen Händel der Plataftaaten, deren nahe Beilegung Lord Palmerston im Parlament schon so oft angekündigt hat, noch immer auf dem alten Fleck. Die französische Blokade von Buenos-Ayres war noch in Kraft; zwei Schiffe, welche sie zu durchbrechen versucht, darunter ein brasilisches, wurden nach Montevideo aufgebracht. Am 30. Oct hatte Oribe die Feindseligkeiten wieder begonnen, und canonirte Tag und Nacht. In Montevideo herrschte große Niedergeschlagenheit. Rosas hatte ein Decret erlassen, welches den Ein- und Ausfuhrhandel mit Montevideo suspendirte.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 18. Jan. Bayerische 3½ pCt Obligationen — P., 92 G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 670 P., — G. Promessen per Stück Agio 77 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 104½ P., — G.; 4pCt. 92 P., — G.; 3pCt. 65½ P., — G. Bankactien 1. Semester 1585 P., — G. Würtembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 87½ G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 87½ G.

Frankfurt, 15. Jan. Metall. 5pCt. 103⅝; 4pCt. 90¼; 3pCt. 66; Bankactien 1940; Taunus-Eisenbahn-Actien 356; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 56¼; bayer. Ludwigs-Bexbacher-Eisenbahn 86½; bayer. Ludwigs-Canal 62.

Wien, 15. Jan. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 103; zu 4pCt. in CM. 90½; zu 3pCt. in CM. 66; Bankactien per Stück 1576; Nordbahn 135⅛.

Amsterdam, 14. Jan. 2½ pCt. 54¹¹⁄₁₆; 3pCt. 66⅞; 4pCt. 84¾; Span. 3½ pCt. —; Handels-Maatschappy 162¾; Ard. 14⅞; port. 3pCt. 27¼; 5pCt. Metall. —.

Paris, 14. Jan. 3pCt. 74 Fr. 55 C.; 5pCt. 116 Fr. 50 C.

London, 13. Jan. Consols 87⅞.

Die Direction der württembergischen Gesellschaft für Zucker-Fabrication zeigt an, sie sey im Begriff, mit den Gläubigern in der Art ein Abkommen zu treffen, daß der Betrieb für dieses und das nächste Jahr nicht gestört sey. (Karlsr. Z.)

Frankfurt, 13. Jan. An unserer Börse wurden gestern und heute in bayerischen 3½ pCt. Obligationen von einem unserer ersten Bankhäuser, welches sich bei dem bayerischen 4 pCt. Arrosirungsanlehen betheiligen zu wollen scheint, sehr beträchtliche Quantitäten angekauft, was eine Preisverbesserung dieses Effects um 2½ pCt. zur Folge gehabt hat. — Von neuen Fallimenten sind heute die der Häuser C. E. Kahn in Berlin und Gebrüder Bruno in Mannheim bekannt geworden. Bei Letzterem namentlich sollen auch hiesige Häuser betheiligt seyn. (N. Corr.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag, den 20. Januar: „Die Puritaner", Oper von Bellini.

Königliches Odeon.

Mittwoch den 19. Januar:

Redoute.

Eintrittskarten, à Person 36 kr., sind zu haben bei Falter und Sohn. Streck.

Fremdenanzeige.

Baier. Hof. HH. Graf v. Bonneville v. Paris; Sabolewski, Privatier v. Lemberg; Baronin v. Lozbeck v. Augsburg.

Gold. Hirsch. HH. Fischer, Stallmeister v. Regensburg; Kelnstein, Kaufmann v. Ulm.

Gold. Hahn. H Schurabl, Rentier v. Aachen.

Blaue Traube. HH. v. Braunmüller von Schleißheim; Helferich, Kaufmann v. Ulm; Dlle Weiß v. Straubing.

Stachusgarten. HH. Ruser, Weinhändler v. Buchbeuern; Dr. Weiß v. Straubing; Sämer, Fabricant v. Fürth.

Gestorbene in München.

Joseph Gebald, Taglöhner von hier, 46 J. alt; Maria Tiffart, k. Hartschierstochter v. h., 29 J. alt; Theres Solbek, Steuerkatastersunctionärswittwe v. h., 67 J. alt; Kath. Huber, Wirthstochter von Eiemannsberg, Ldg. Friedberg, 20 J. alt; Michael Söllinger, Metzgerknecht v. h., 37 J. alt; Joh. Reiter, Taglöhner v. h., 64 J. alt; Karolina Freifrau v. Lilien-Waldau, k. Kämmerers- und Landrichterswittwe, 72 J. alt; Vitus Huber, b. Priechler v. h., 57 J. alt; Geo. Taubenberger, Taglöhner v. Schwabing, 23 J. alt; Christian Schuster, Handlungscommis v. Augsburg, 21 J. alt; Heinrich Heidmann, Goldschlägerlehrling von Engelharding, Ldg. Ebersberg, 20 J. alt; Joseph Brepherr, Bedienter v. Schöllnach, 54 J. alt.

Verkaufs-Ausschreibung.

2215. Das der Fuhrmannswittwe Theres Landsperger dahier gehörige Anwesen an der Schleißheimerstrasse Haus Nro. 4 c, bestehend aus einem Wohnhause nebst Hintergebäude, Garten und Hofraum, der Brandassecuranz mit 1500 fl. einverleibt, und mit einer jährlichen Ewiggilt von 60 fl. aus einem Kapitale von 1500 fl., dann 1000 fl. Hypothekschulden belastet, auf 3478 fl. 30 kr. gewerthet, wird auf Antrag eines Gläubigers zum zweiten Male nach §. 64 des Hypothekgesetzes und den Bestimmungen der Prozeßnovelle vom 17. November 1837 §. 98 — 101 dem öffentlichen Verkaufe mit dem Bemerken unterstellt, daß der Hinschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgt, und bei Gericht unbekannte Kaufslustige sich mit entsprechenden Zeugnissen über Erwerb- und Besitzfähigkeit auszuweisen haben.

Bietungstermin steht auf

Mittwoch den 9. Februar l. Js. Vormittags 11 Uhr

im Commissionszimmer Nr. 16 an.

Sign. am 14. Januar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Director:

Barth.

Loé.

Bekanntmachung.

2246. (2a) Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Anwesen Nr. 8 an der Josephspitalgasse dahier am

Samstag den 18. März 1848 Vormittags 10 Uhr im Geschäftszimmer Nr. 17

dahier zum ersten Male öffentlich versteigert.

Das frägliche Anwesen, welches gerichtlich auf 16,250 fl. geschätzt, der Brandassecuranz mit 4,500 fl einverleibt, mit 4,500 fl. Ewiggeld und 17 923 fl. 41½ kr. Hypothekkapitalien belastet ist, besteht aus einem incl. des Erdgeschosses drei Stock hohen Wohngebäude mit einem gewölbten, dann einem ungewölbten Keller, dann aus einem theils gemauerten, theils von Holz erbauten Hintergebäude, der gemauerte Theil als Wohnung, der andere als Holzhütte benutzt, dann zwei Anbauten, und zwar zweistöckigen auf jeder Seite des Hauptgebäudes, endlich einem Hofraum mit Pumpbrunnen und einem Gärtchen.

Kaufsliebhaber werden hiezu mit dem Anhange geladen, daß sich der Hinschlag nach den Bestimmungen des §. 64 des Hypothekengesetzes und der §§. 96 — 102 der Prozeßnovelle vom 17. November 1837 richte.

Concl. am 11. Januar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Director:

Barth.

Schweykart.

Bekanntmachung.

2247. (2a) Behufs der Befriedigung eines Hypothekgläubigers wird das in der Wurzerstrasse dahier gelegene Haus Nro. 10, auf der Vorderseite drei und auf der Rückseite vier Stockwerke hoch, mit Ziegeln gedeckt, und mit Kellergewölben und Dachwohnungen versehen, nebst dem dabei befindlichen einstöckigen mit Stallung versehenen Hintergebäude und Hofraume, gerichtlich gewerthet auf 10,000 fl., mit 3,500 fl. der Brandassecuranz einverleibt, mit 1,750 fl. Ewiggeld und 9,450 fl. Hypotheken belastet, zum ersten Male der öffentlichen Versteigerung nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 — 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 unterstellt. Tagsfahrt hiezu ist auf

Montag den 20. März l. Js. Vormittags von 10 — 12 Uhr

im Bureau des königl. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Baron v. Schleich, Zimmer Nro. 36, anberaumt, wozu Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß dem Gerichte Unbekannte sich über Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben.

München, den 12. Januar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

v. Doß.

Bekanntmachung.

2236. (2b) Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Haus Nr. 35 in der Amalienstraße nach §. 64 des Hypothekengesetzes, vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 bis 101 der Prozeßnovelle vom Jahre 1837 dem Zwangsverkaufe unterstellt, und hiezu Tagsfahrt auf

Montag den 6. März 1848 Vormittags 10 bis 12 Uhr Zimmer Nro. 35 über 2 Stiegen

anberaumt, bei welcher jedoch der Zuschlag nur nach Erreichung des Schätzungswerthes erfolgt.

Das Anwesen besteht aus einem Wohnhause, mit Erdgeschoß 2 Stockwerk hoch, mit gewölbtem Keller und Dachkammern, dann rückwärts die Stallung und Remise, einschlüßig der Wohnung zu ebener Erde zweistöckig. Das Anwesen hat einen Hofraum mit schadhaftem Pumpbrunnen und einen Wurzgarten. Dasselbe ist auf 5000 fl. geschätzt, die Baulichkeiten sind mit 3400 fl. der Brandassecuranz einverleibt, und mit Hypothekkapitalien im Betrage von 3305 fl. belastet.

Am 5. Jänner 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

Petz, Rchtspr.

2248. **Allergrößte Auswahl** (3c)

in

Regenschirmen.

500 Stück der schwersten seidenen Regenschirme, per Stück 3 fl. 48 kr. bis 5½ fl.; die besten **800 Stück ganz feinen Zeugschirme**, per Stück 1 fl. bis 2 fl. die besten. Nur **Theatiner-Schwabingerstrasse** dicht neben dem **Gasthof zum goldenen Hirsch** bei

J. Sachs aus Berlin.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 17.

Münchener politische Zeitung.

Man pränumerirt auf die Nr. [illegible] in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nr. [illegible] auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärts: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 29 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Donnerstag XLIX. Jahrgang. 20. Januar 1848.

München, 20. Jan. In dem zu Mainz erscheinenden ultramontanen Blatt „der Katholik" liest man eine vom 27. Dec. von München aus datirte Berichterstattung, in welcher sich folgende Stelle findet: „Beachtenswerth ist die Haltung der „Münchener Blätter" in neuerer Zeit. Sie, die nach dem Sturze Abels das neue Ministerium auf Kosten des Abelschen nicht hoch genug erheben, die nun anbrechen sollende „Morgenröthe" nicht flammend genug schildern und von dem goldenen Zeitalter, welches jetzt unfehlbar heraufdämmern werde, nicht genug Rühmens machen konnten, dieselben Münchener Blätter können jetzt nicht umhin, über das Ministerium der „Morgenröthe" zu wehklagen, aber ihr früheres, ungerechtes Urtheil über das Abelsche Ministerium zurückzunehmen, dafür sind sie doch zu feig und zu charakterlos. So hätte sich also der Sturm, welcher für die katholische Sache in Bayern so verderblich zu werden sich anließ, ausgetobt." Da unser Blatt nun auch zu den Münchener Blättern gehört, so möchten wir doch gerne wissen, wann und wo wir Wehklagen über das sogenannte Ministerium „der guten Hoffnung" und zwar in der Weise selbst angestimmt hätten oder durch andere hätten anstimmen lassen, daß uns dabei eine Sehnsucht nach den Fleischtöpfen der vielbesprochenen ägyptischen Finsterniß überkommen wäre. Wenn Staatsmänner in den Mitteln „Richtungen und Dinge, welche das Staatswohl gefährden könnten, unschädlich zu machen" mit besonderem Eifer zu Werke gehen, so geschieht es nur zu oft, daß eben dieser Eifer das irreleitende oder über die scharfgezogenen Grenzen hinausschweifende Element ist, wenn aber die Folgen der That nicht auf dem Fuße nachkommen, so büßt zwar die Person, das Princip aber bleibt gesichert und gerettet, und es wird neue Aufgabe, dasselbe nunmehr in Gediegenheit zu erfüllen. Indem die Männer der abgetretenen Verwaltung die Kirche nicht scharf genug vom Ultramontanismus schieden, vielleicht auch des Letztern Kräfte unterschätzten, so lag darin schon alles nothwendig eingeschlossen, was später kam. Jetzt steht ein bewährter Charakter an der Spitze der Verwaltung, der mit staatsmännischem Blicke gerüstet die Freiheit der Kirchen ehrt und liebt, aber auch den Ultramontanismus genau, sehr gründlich kennen gelernt hat. Mußte sich die vorige Verwaltung in einer äußerst schwierigen Uebergangsperiode mit Zuwarten und Verheißungen tragen, so ist dafür nun die Zeit des Thatens und der Erfüllungen eingetreten. Niemand aber wird längnen mögen, daß mit einziger Ausnahme katholischer und protestantischer Ultramontanen alle übrigen Bayern die Männer der abgetretenen Verwaltung bei ihrem Amtsantritt mit wahrem Herzensvertrauen begrüßt haben, des Landes Vertreter sprachen es bestimmtest in der Kammer aus, und daß dieses Vertrauen den reinsten Mitklang in allen gebildeten Staaten Europas erfuhr; wie sich jene Regierung in der Schweizerfrage benommen und gesinnungstreu erhalten, sichert ihr einen unvergänglichen Denkstein in der Geschichte. Alle Tage geht die Sonne Gottes auf über Gute und Böse; oft wenn das Morgenroth sich bereits ergossen und einen schönen Tag verheißt, fließen Nebel und Wolken dazwischen. Die dann auf einen heitern Tag gerechnet, die pflegen wohl zu klagen und betrübt zu seyn; allein spotten, mit teuflischem Hohnlachen es verkunden, daß das Frühroth einem trüben Morgen Platz gemacht, das setzt eine Herz- und Gesinnungslosigkeit voraus, deren nur geistentwerthe Auswürflinge fähig sind. Auf die Willens- und Charakterreinheit eines v. Maurer, v. Zu-Rhein und v. Zenetti werden wir nun und nimmermehr in diesem Blatte etwas Befleckendes kommen lassen; gegen den Ultramontanismus aber in allen Gebieten und Confessionen kennen wir nur einen Kampf ohne Ende, und zwar einen Kampf ohne Concessionen und Waffenstillstand, und wir haben deßhalb kein Wort, keine Sylbe aus den bisherigen Bekämpfungen zurückzunehmen.

Deutschland.

Bayern.

††München, 19. Jan. In Folge allerhöchsten Rescripts wurde der Ministerialrath und Kronanwalt Dr. Christoph Lorenz v. Brunner, seiner Bitte gemäß nach §. 22. lit. C. der IX. Verfassungsbeilage mit Belassung des Gesammtgehalts, Titels und Functionszeichens, und unter dem Ausdruck Allerhöchster Zufriedenheit mit seinen langjährigen, treugeleisteten, ausgezeichneten Diensten für immer in den Ruhestand versetzt, die erledigte Rechnungs-Commissärsstelle bei der General-Bergwerks- und Salinen-Administration dem Rechnungsrevidenten bei derselben Wilhelm Schenkelberg provisorisch verliehen, der geheime Secretär des Finanzministeriums Heinrich Lutz, zum Regierungs- und Fiscalrath bei der Staatsschuldentilgungs-Commission provisorisch ernannt, der Revierförster von Bächelberg, Forstamts Waldsassen Alois Ehrenthaller, wegen nachgewiesener physischer Gebrechlichkeit nach §. 22. lit. D. der IX. Verfassungsbeilage auf seine Bitte in den Ruhestand versetzt, die Stationscontroleurstelle am kurfürstl. hessischen Hauptzollamt Witzenhausen dem Grenzobercontroleur Adolph Wiedenmann, zu Weißbach, und die Stationscontroleurstelle am königl. sächsischen Hauptzollamt Marienberg dem Zollrechnungs-Commissär, Karl Wolfanger provisorisch verliehen, die dritte Revisionsbeamtenstelle am Hauptzollamt München dem Zollrechnungs-Commissariatsassistenten Jakob Schaller, dahier gleichfalls provisorisch übertragen, der Forstverwalter zu Weißingen Karl Leixl, wegen nachgewiesener physischer Gebrechlichkeit und Dienstesunfähigkeit nach §. 22. lit. D. der IX. Verfassungsbeilage quiescirt und dessen Stelle dem Revierförster zu Oberschönefeld Forstamts Biburg Franz Fürholzer provisorisch verliehen, die Grenzobercontroleurstelle zu Lamm, Hauptzollamts Eschlkam dem Hauptzollamts-Assistenten und fungirenden Obercontroleur daselbst, Hermann Schön, provisorisch verliehen.

München, 18. Jan. Der neuernannte hannöversche Geschäftsträger Stabscapitän von dem Knesebeck ist hier eingetroffen. — Der Flügeladjutant Sr. Majestät des Königs, Rittmeister Graf Rechberg ist zum Cuirassierregiment in Landshut versetzt. — Ein längst projectirter gemeinnütziger Verein nämlich der „Viehversicherungsverein für Bayern" ist nunmehr durch die dieser Tage erfolgte allerhöchste Sanction seiner Statuten, nachdem dieselben schon unter dem Ministerium Abel zur Begutachtung vorgelegt worden, in's Leben getreten.

(Bayer. Bl.)

Württemberg.

Stuttgart, 16. Jan. Se. Maj. der König wird am 22. Jan. den Landtag in Person eröffnen. Der vorgeschriebene Text für die Landtagspredigt ist: „Falsche Mäuler sind dem Herrn ein Gräuel; die aber treulich handeln, gefallen ihm wohl." Salom. 12, 22.

(Karlsr. Z.)

Stuttgart, 17. Jan. Heute wurde sechsen der hiesigen Maitumultuanten das Urtheil eröffnet: Die höchste Strafe gegen Musiker Selter lautet auf 2 Jahr 9 Monat Festungsstrafe; die andern, ein Schriftsetzer, drei Schneider und ein Kutscher haben 1 Jahr 4 Monate, 8 Monate, 2 Monate und 4 Wochen Kriegsgefängniß. (U. Schnellp.)

Gunchild von Schweden.

(Geschichtliche Novelle von M. v. St.)

(Fortsetzung.)

In Erich's Brust, der die Gefühle einer tiefgreifenden Herzensliebe längst durch die Pfeile der ausgelassensten Genüsse ertödtet oder gefahrlos abgestumpft wähnte, erwachten bei Swanehild's bezauberndem Anblick die Geister sehnsuchtsglühender, eifersuchtsbestürmter Leidenschaft von Neuem, wie in den Tagen der Jugendblüte. Erich war noch in den schönsten Mannesjahren, der Königin Liebling und fast mehr als sie selbst des Landes Beherrscher; dem leidenschaftlichen Aufluge seiner Gedanken und Empfindungen war bisher kein noch so hohes Ziel unerreichbar geblieben. Zum erstenmal der engelhaften Jungfräulichkeit gegenüber, sollte er die Schranken irdischen Strebens kennen lernen; er mußte um so tiefer leiden, als das Bild der Geliebten mit jedem Augenblick in wachsender Anziehungskraft vor seinem innern Menschen schwebte, und seine Phantasie in ausschweifendem Fluge alle Möglichkeiten und Wirklichkeiten vorauszugenießen gewohnt war. Dennoch lag zwischen ihm und Swanehild eine weite Kluft. Hätte auch Jugurth vielleicht seinen Vortheil höher als seine Ehre geschätzt und Erich's Werbung begünstigt, so würde doch Swanehild nie in eine Verbindung der Art gewilligt haben, und ohne die Einwilligung der Herrscherin erlaubte Swanehild's Stand keine Vermählung.

Nach vielen vergeblichen Versuchen war es Erich endlich gelungen, in den Garten einzudringen, wo Swanehild sich gewöhnlich an der Abendkühle zu erfrischen pflegte; hinter einer dichten Laubwand war er Zeuge, wie die Herzen der Liebenden, aufgeschreckt von jetzt öfter vorkommender Trennung, so wie von dem Wunsch, den Suen dringend ausgesprochen, Jugurth in den bald wieder beginnenden Kampf begleiten zu dürfen — sich zum erstenmal über das still gepflegte Geheimniß ihrer Liebe klar geworden, und die Lippen mit dem ersten Wonnekuß auch den Schwur ewiger Treue getauscht hatten. — Brennender Haß mischte sich nun zu Erich's Liebesgluth für Swanehild, ein Haß, der um so tiefere Wurzeln faßte, jemehr des Mannes eisige Verstandesschärfe die ehrgeizigen Plane Jugurth's durchschaute, und den Grund erkannte, welcher diesen vermocht hatte, den Knaben Suen in Swanehild's unmittelbarer Umgebung zu erziehen. Doch nicht Erich's Auge allein blickte forschend in die Herzen. Auch die Königin hatte es noch nicht verlernt, in seiner Seele, die einst ihr Bild allein erfüllte, zu lesen. Zwar hatte die Zeit der ehemals gewaltigen Leidenschaft Kühlung gebracht, ja kalte Gleichgiltigkeit an die Stelle gesetzt; allein ihrem stolzen Herzen war der Gedanke unerträglich, daß er, das Geschöpf ihrer Gunst, es wagen könne, das, wenn auch nur noch lockere Band ganz zu zerreißen, und eine andere in Liebe umfangend, ihre gemeinsamen Interessen zu trennen. Nimmer sollte diese Schmach über sie kommen, und fest hatte sie sich demgemäß gelobt, nicht nur nie in diese Verbindung zu willigen, sondern wo möglich es da-

Baden.

Karlsruhe, 17. Jan. (XI. Sitzung der zweiten Kammer.) Der Präsident veröffentlicht eine in der am letzten Samstag abgeschlossenen geheimen Sitzung auf Befehl Sr. königl. Hoheit des Großherzogs zur Berathung und Zustimmung der Kammer gemachte Vorlage, welche die Unterstützung der Maschinenfabrik Karlsruhe und ebenso der Spinnerei Ettlingen und der Zuckerfabrik Waghäusel bezweckt. Die Vorlage lautet: „Wir beauftragen Unsere Präsidenten der Ministerien des Innern und der Finanzen, Unseren getreuen Ständen, und zwar zuerst der zweiten Kammer, eine Unterstützung der Maschinenfabrik Karlsruhe, und ebenso der Spinnerei Ettlingen und der Zuckerfabrik Waghäusel durch eine den Gläubigern zu leistende Zinsengarantie in Antrag zu bringen und zu diesem Behufe folgende Bestimmungen vorzuschlagen: 1) Bei jeder der genannten drei Fabriken kann die nachbeschriebene Zinsengarantie des Staates nur für den Fall übernommen werden, daß zwischen den Inhabern der Fabrik und ihren Gläubigern ein den Fortbetrieb der Fabrik sichernder Borg- oder Nachlaßvergleich zu Stand komme, den auch die Staatsverwaltung angemessen finde. 2) Bei einem solchen Vergleiche muß bedungen seyn, daß sämmtliche (nicht durch Pfandrechte gesicherte) Wechsel- und Contecurrentgläubiger für ihre Forderungen Partialobligationen, worin die zur Fabrik gehörigen Liegenschaften und Gebäude sammt Einrichtungen zu Unterpfand eingesetzt sind, wenigstens nach ihrem Nennwerthe an Zahlungsstatt annehmen. 3) Bei der Zuckerfabrik Waghäusel und bei der Spinnerei Ettlingen können den Inhabern der Partialobligationen in keinem Falle mehr als 4, und bei der Maschinenfabrik Karlsruhe in keinem Falle mehr als 4½ pCt. Zinsen zugesichert werden. 4) Was eine Fabrik an Reingewinn jährlich mehr abwirft, als zur Zinszahlung erforderlich ist, wird zur allmäligen Tilgung der Schulden mittelst Auslosung von Partialobligationen verwendet. 5) Die Actionäre von der Spinnerei Ettlingen und von der Zuckerfabrik Waghäusel erhalten von dem Ertrage Nichts, bis alle Partialobligationen eingelöst seyn werden, und Emil Keßler kann bis dahin aus dem Ertrage seiner Maschinenfabrik nur eine seinen häuslichen Bedürfnissen entsprechende Summe für sich beziehen. 6) Sollte in einem Jahre der Betrieb einer Fabrik wegen was immer für Verhältnissen nicht einmal den zur Zinszahlung erforderlichen Reinertrag abwerfen, so würde die Staatscasse den Inhabern der Partialobligationen Dasjenige aufbessern, was sie für eines der fünf ersten Jahre weniger als 4 pCt. für das 6., 7., 8., 9. oder zehnte Jahr weniger als drei und ein Viertel pCt. und für das 11., 12., 13., 14. oder 15 Jahr weniger als zwei und ½ pCt. aus dem Ertrage der Fabrik erhalten sollten. 7) Diese Verbindlichkeit erlischt bei einer Fabrik auch vor Ablauf der im Art. 6 bestimmten 15 Jahre, wenn aus was immer für Gründen der Betrieb eingestellt oder z. B. im Falle eines Krieges um mehr als die Hälfte herabgesetzt werden sollte. 8) Um das Interesse der Staatscasse in Beziehung auf den Betrieb der drei Fabriken zu sichern, soll der Staatsverwaltung die erforderliche Controle zustehen. Es soll auch zu dem Schuldentilgungsplane insbesondere in Beziehung auf die Berechnung des Reingewinnes zur Ausdehnung des Geschäfts, zur Vermehrung des Betriebsfonds, zu neuen Schuldencontrahirungen ꝛc. ihre besondere Genehmigung eingeholt werden. 9) Wenn die Staatscasse in die Lage kommen sollte, nach Art. 6 zur Zinszahlung beizuschießen, so wäre sie berechtigt, in den folgenden Jahren, ohne daß weitere Obligationen eingelöst werden, aus dem nach Zahlung der Zinsen übrigen Theile des Reingewinnes das Zugeschossene sammt Zinsen von dem im §. 6 bestimmten Betrage wieder zurückzufordern." (Der übrige Sitzungsbericht morgen.) (Bad. Bl.)

Heidelberg, 16. Jan. Mit großer Theilnahme wurde heute die Trauerkunde vernommen, daß Kirchenrath Dr. Lewald, Professor der Theologie an der hiesigen Universität, gestern Abend gestorben sey.

(Karlsr. Z.)

Kurhessen.

Auch die „Deutsche Zeitung" berichtet, daß die Commission, welche die Bestimmung hatte, die der Verfassung zu gebenden Modificationen zu bearbeiten, die Weisung erhalten habe, ihre Arbeiten einzustellen. Manch, glauben, es sey der Landgraf Wilhelm in Kopenhagen, dermalen nächster Thronerbe, nicht ohne Einwirkung auf diese Maßregel geblieben, und es befestigt sich jetzt immer mehr die Ansicht, daß die Verfassung unverändert bleiben werde.

Kassel, 13. Jan. Die Abstimmung über das Finanzgesetz für die Jahre 1846 bis 1848 ist erfolgt, und zwar in geheimer Sitzung, was noch niemals früher geschehen war. Veranlassung dazu bot die Feststellung der Bedarfssumme für den Hof. Die Proposition wegen Bewilligung von 392,000 Thlrn. ist dabei zwar nicht zur Erledigung gekommen, dagegen wurde in das neue Finanzgesetz die nämliche Summe aufgenommen, welche in demselben während der vorigen Finanzperiode aufgeführt war. Es ist das der Betrag von 355,000 Thlrn. welcher sich durch 312,000 Thlr., die für den Kurfürst Wilhelm II., durch 29,000 Thlr., die für den Kurprinzen Friedrich Wilhelm und durch 14,000 Thlr. bildet, welche für Letzteren als außerordentliche Leistung deshalb bewilligt waren, weil er, der Revenuen des Hausschatzes während der Lebzeit seines Vaters entbehrend, alle Bedürfnisse der Hofhaltung nicht in entsprechendem Maße zu bestreiten vermöge. Die Hofdotation ist unter dem ausdrücklichen Vorbehalte erfolgt, daß dadurch weiteren Vereinbarungen innerhalb der sechsten Finanzperiode nicht vorgegriffen seyn solle. (D. Bl.)

Marburg, 13. Jan. Von der hiesigen Bürgerschaft wurde der 5. Jan. als der Tag der Ertheilung unserer Verfassung durch feierlichen Aufzug der gesammten Bürgergarde und Abends in Privatkreisen verherrlicht. (Fr. J.)

Preußen.

Die „Kölnische Zeitung" theilt aus Königsberg vom 7. d. das völlige Resultat der Abstimmung sämmtlicher dortiger Universitäts-Facultäten in Betreff der Frage über die Zulassung jüdischer Glaubensgenossen zu Lehrstühlen mit. Zur Ehre der Universität, dann der Wissenschaft und ihrer Verkünder hat in überwiegender Mehrheit das Princip der Aufklärung und Humanität den Sieg errungen, und es ist vom Senate der Beschluß gefaßt worden, daß eine über drei Jahrhunderte bestandene Barbarei aufhören und für die Zukunft Juden zu akademischen Lehrstühlen zugelassen werden sollen. Die Scrutinium in den einzelnen Facultäten fielen folgendermaßen aus. Von 13 Philosophen stimmten 2 (die schon erwähnten Voigt und Drumann), von Juristen 2 (Meier und Jakobson), von 4 Medicinern ebenfalls 2 (Sereig und Rathke) und von 3 Theologen 1 (Lehnert) gegen die Juden. Möge die Oeffentlichkeit diese Obscuranten richten! Professor Juris Jacobson, selbst früher Jude, trat am fanatischsten gegen seine früheren Glaubensgenossen auf.

Freie Städte.

Berichten aus Frankfurt vom 15. Januar in der „Deutschen Zeitung" zufolge ist der dortige Turnverein keineswegs aufgehoben und das Turnen nur noch in den Schulen gestattet, noch auch das Sängerfest mit einem Verbote bedroht, sondern der Turnverein besteht ganz wie früher fort, und nur die Turngemeinde, welche ganz unabhängig davon sich gebildet hat und an andern Orten zusammen kam, ist von der Polizei bedeutet worden, daß sie als Verein den allgemeinen Gesetzen gemäß nicht fortbestehen könne, ehe sie ihre Statuten dem Senate vorgelegt und dessen Genehmigung erhalten hätte. Der Liederkranz aber hat ganz ohne alle äußere Einwirkung beschlossen, das Sängerfest, als dessen Ort von der Versammlung zu Würzburg Frankfurt gewählt war, auf ein Jahr zu verschieben, in Betracht der Zeitumstände, welche gerade jetzt, wo die Vorbereitungen beginnen müßten, die Aufbringung der sehr bedeutenden Kosten für die Sängerhalle u. s. w. mißlich erscheinen lassen.

Schweiz.

Bern, 13. Jan. Aus Wallis erfährt man, daß der große Rath unter Vorbehalt einer zweiten Berathung sowie der Sanction durch das Volk folgenden Vorschlag der provisorischen Regierung angenommen hat: es wolle der große Rath zunächst im Grundsatz decretiren, daß zu dem Staatsvermögen gezogen werden sollen die beweglichen und unbeweglichen Güter, in deren Genuß sich folgende geistliche Personen und Corporationen befinden, 1) des hochwürdigen Bischofs von Sitten; 2) des wohlehrwürdigen Capitels und der Rectoren der Kathedrale; 3) des Seminars und 4) der Klöster und der religiösen Corporationen des Kantons; alles wohlverstanden unter Vorbehalt der Verpflichtung des Staats die obenbezeichneten Mitglieder des Klerus gehörig auszustatten, und dafür zu sorgen, daß die Hospitalität auf dem St. Bernhard und dem Simplon stets geübt werde. Der Ueberschuß dieser Güter würde zur Tilgung der öffentlichen Schuld verwendet werden. — Die revidirte Verfassung ist einstimmig angenommen worden. (A. Z.)

Bern 14. Jan. Aus Wallis wird berichtet, daß am 11. d. der große Rath die zweite Berathung über die Säcularisation der geistlichen Güter vorgenommen und abermals mit 42 gegen 36 Stimmen für dieselbe entschieden hat. Ein dem Regierungsrath zur Begutachtung überwiesenes Amendement als Ergänzung zu dem Säcularisationsdecret geht dahin, daß von dem säcularisirten Corporationsgut ein bestimmter Theil, für Bestreitung sowohl der Cultuskosten, als der Pfarrbesoldungen speciell ausgeschieden werden solle, versteht sich unter der directen und ausschließlichen Verwaltung des Staats. Nächsten Sonntag wird das Volk über die Annahme der Verfassung und die Genehmigung der Großrathsbeschlüsse in Betreff der Säcularisation der Güter des Klerus abstimmen. Der große Rath hat den Staatsrath definitiv mit folgenden Männern besetzt: Moriz Batmann, Rey v. Leuk, Alex. de Torrente, Claivaz, Zen-Ruffinen und Wetzlig. Die drei letzteren saßen nicht im Provisorium. Die politische Farbe der neuen Regierung gilt im Durchschnitt als gemäßigt-liberal. Der große Rath von Wallis soll sich erst wieder am 20. versammeln, um das Obergericht zu wählen. (A. Z.)

---

hin zu bringen, daß Swanehild die priesterliche Binde Hertha's, deren geweihte Jungfrauen sich nie vermählen durften, um ihre einsamen Locken schlinge. (Fortsetzung folgt.)

Mannigfaltiges.

(Fortsetzung des Auszugs, aus dem Jahresbericht des Münchener Vereins gegen Thierquälerei.)

Es folgt demnach mit logisch bindender Evidenz, was wir behaupten, daß die beispielsweise erwähnten, historisch berüchtigten, Gräuel und eben so alle übrigen nicht möglich gewesen wären, wenn die Erziehung von jeher Mitleid in die kindlichen Gemüther gepflanzt hätte, nicht möglich, weil sie ihren Urhebern selbst einen unerträglichen Schmerz, weil ihre Urheber durch Sieden, Verbrennen, Lebendig-Begraben, Entzweisägen u. dgl. sich selbst ein namenloses Leiden bereitet hätten, und weil es nicht denkbar ist, daß Menschen aus Bosheit, aus Rachsucht, aus Muthwillen, aus Ehrgeiz u. dgl. sich selbst den Schmerz des Siedens, Verbrennens, Lebendig-Begrabens, Entzweisägens u. dgl. bereiten. Ein wahrhaft mitleidiger Mensch würde lieber auf eine Krone verzichten, als sie mit solchen furchtbaren Opfern erkaufen! Es versteht sich von selbst, daß wir nicht von jenen Fällen sprechen, wo man das Mitleid aus höhern Rücksichten, aus Pflicht, bezwingen, wo man eine schreckliche Pflicht aus höhern Rücksichten — weinend und mit blutendem Herzen — erfüllen muß, wie z. B. der Richter, der Monarch, der aus Rücksichten auf das gemeine Beste die Begnadigung verweigert. Das Motiv der Pflicht, des gemeinen Besten ist ein ganz anderes, als alle egoistischen Zwecke, Zwecke des Ehrgeizes, der Rache, der Grausamkeit, der despotischen Willkür, oder mit einem Worte, als alle Motive menschlichen Wahnsinns. „Gefährlich ist's, den Leu zu wecken, verderblich ist des Tigers Zahn, doch das Schrecklichste der Schrecken, das ist der Mensch in seinem Wahn." Aus unsern Vordersätzen folgt daher mit eben so unwidersprechlicher logischer Consequenz, daß, wenn man Mitleid als die Grundlage der menschlichen Erziehung von jeher sich denkt, das ganze Menschengeschlecht von jeher viel glücklicher gewesen wäre, und zwar um so mehr, als das bisher Entwickelte nicht nur von den großen historischen Gesichtspuncten, von den Arterien, so zu sagen, des Menschengeschlechts, sondern eben so sehr, ja noch in höherm Grade, vom Privatleben bis in die kleinsten Bestandtheile hinab, sozusagen von den kleinsten Venen und Gefäßen der Staatskörper, gilt. Der wahrhaft Mitleidige wird sein Weib, seine Kinder, seine Eltern, seine Wohlthäter, seine Untergebenen, die Armen und Kranken, mit einem Worte alle, auf die er mittel- oder unmittelbar einwirken kann, nicht so hart und herzlos behandeln, wie die tägliche Erfahrung es zeigt. Die größten Denker, wie z. B. Schiller, Goethe, Shakespeare, Herder, Lessing, Wieland, sprachen einstimmig aus, daß der Undank gegen die Eltern, überhaupt der Undank, al-

Freiburg, 1. Jan. Gestern hat der große Rath ein Project des Hrn. Claſſen angenommen, deſſen Hauptdispositionen sind: 1) Es wird ein neues Zwangsdarlehen von 1,606,000 Franken von den Schuldigen, worunter auch der Bischof und andere Geistliche, erhoben und nach mehreren Kategorien vertheilt. 2) Die Klöster welche keine geistlichen Functionen verrichten und keinen eigentlichen Zweck mehr haben (darunter gehören Part-Dieu, St. Hauterive [Altenrief]) läßt man aussterben. 3) Der Klerus wird unter Staatsaufsicht gestellt. Die Collaturrechte werden an den Staat gezogen. 4) Die Güter der Klöster, so wie die des Bischofs werden unter die Verwaltung des Staates gestellt. 5) Das Zwangsanleihen ist während 10 Jahren unverzinslich, nach deren Abfluß zahlt der Staat 3 pCt. So wie die Conventualen ausgestorben sind, wird mit dem Klostervermögen das Anleihen zurückbezahlt. Die Güter der Klöster werden zu wohlthätigen Zwecken verwendet, für Schulen, Spital, Irrenanstalten (Letzteres nach einem Amendement des Hrn. Page). 6) Die Haupturheber des Sonderbundes werden auf eine bestimmte Zeit verbannt; doch können sie schon nach zwei Jahren um Begnadigung einkommen.

Schwyz, 12. Jan. Der große Rath hat ein Decret angenommen, vermittelst welchem für die noch restirenden 220,029 Fr. Kriegskosten Kaution geleistet wird. Für 1/3 cautionirt das Kloster Einsiedeln, gemäß dem in der noch bestehenden Verfassung angenommenen Steuerfuß, und für 2/3 die sämmtlichen Bezirke, was innerhalb 8 Tagen zu geschehen hat.

Italien.

Nach einem Brief aus der „Romagna" wurde in Faenza die Bürgergarde suspendirt, weil dieselbe nachdem das Volk alle Fenster des Jesuitenconvents eingeworfen hatte und rief: Nieder mit den Jesuiten! ruhig zusah und den Leuten zurief: „Genug für heute, morgen brechen wir Alles ab." — Das heutige Diario di Roma bringt die Bekanntmachung vom 22. Juni 1846, durch welche der Papst sich allen fernern Demonstrationen verbat, wieder in Erinnerung.

In Genua hatte man auf Neujahr die mehrbesprochenen Reformen erwartet. Als keine derartige Bekanntmachung erging, hieß es, die Rückschrittspartei habe die Oberhand gewonnen, und es bildeten sich am 4. Jan., als sich die beunruhigenden Gerüchte noch vermehrten, auf dem Theaterplatz in Genua immer zahlreichere Gruppen, die zuletzt zu den dichtesten Massen sich anhäuften. Als die Nacht einbrach, ward eine Bittschrift an den König entworfen, welche zwei Wünsche enthielt: Ausweisung der Jesuiten und Errichtung einer Bürgergarde. Die erwähnte Bittschrift erlangte in Zeit von vierundzwanzig Stunden fünfzehntausend Unterschriften, zum Beweis, daß sie nicht die Gesinnung einer Partei, sondern der ganzen Bevölkerung ausdrücke. Eine Deputation von 9 Genuesen brachte die Bittschrift nach Turin. Der König aber verweigerte die Annahme, da sie auf ungesetzlichem Wege entstanden, und er entschlossen sey, der Gesetzlichkeit strenge Achtung durch seine Regierung wie durch alle seine Unterthanen zu verschaffen. Am 9. Jan. erfolgte dann eine Verkündigung des Gouverneurs von Genua, worin die Zusammenläufe vom 4. und 5. mit den stärksten Worten getadelt, und erklärt ward, daß solche Scenen mit allen Mitteln der Gewalt würden niedergeschlagen werden. Die Bevölkerung hat das mit stillem Gleichmuth gelesen. Am folgenden Tage aber haben die Stadtbehörden von Genua mit 30 gegen 8 Stimmen eine Bittschrift an den König beschlossen, daß ihnen gestattet werde aus dem Jesuitencollegium die darin auf Kosten der Gemeinde unterhaltenen Zöglinge zurückzuziehen und dieselben vorläufig andern mit dem öffentlichen Unterrichte sich beschäftigenden religiösen Orden zu übergeben. (Die thatsächlichste Entfernung der Jesuiten meldeten wir vorgestern nach Genueser Blättern vom 12. Januar.)

Florenz, 13. Jan. Die Uebergabe von Pontremoli an den Herzog von Parma wurde am 8. d. mit den üblichen Förmlichkeiten und ohne alle Ruhestörung vollzogen. Das toscanische Heer zog ab, und nahm seinen Weg durch die modenesischen Herzogthümer Massa und Carrara. — In Ferrara sollen neulich zwischen dem österreichischen Militär den Schweizertruppen und den Einwohnern der Stadt einige Reibungen vorgefallen seyn. (A. Z.)

Am 6. Jan. wurden in allen Straßen Mailands Zettel folgenden Inhalts gefunden: „Muth! Ungezügelter Eifer wäre verderblich! Hütet Euch, durch die Aufreizungen der Polizei Euch fortreißen zu lassen! Haltet an Euch, das ist ein Beweis von Kraft! für jetzt Ruhe, Würde! Vermehrt dieses" (d. h. schreibt es ab und verbreitet es).

Spanien.

Madrid, 8. Jan. Der Exregent Espartero ist von der Königin bereits, in Gegenwart des Königs empfangen worden. Er war 4 1/2 Jahr in der Verbannung, am 30. Juli 1843 war er in Cadix nach England am Bord des englischen „Malabar" gegangen.

Frankreich.

Paris, 15. Jan. In der heutigen Sitzung der Pairekammer ging die Berathung über die Schweizerfrage fort. Hr. Fulchiron stellte eine Anfrage an Hrn. Guizot über die Vertreibung der Mönche auf dem St. Bernhard. Hr Guizot verlas eine Protestation derselben. Der Graf Pontois, vor 1 1/2 Jahren französischer Botschafter in der Schweiz theilte seine bei seiner Abreise ausgesprochenen Absichten mit. Die Sitzung dauert fort.

Die Opposition hat die Absicht, sich in allen Bureaux der Kammer der Theilnahme an Ernennung der Budgetcommission zu enthalten.

Am 8. d. M. hat der Marinepräfect in Toulon die arabischen Gefangenen, die provisorisch im Lazareth untergebracht waren, dem Kriegsdepartement übergeben. Abd-el-Kader, sein Schwager Mustapha-Ben-Thami, ihre Familien und Dienerschaft, ungefähr 30 Personen, sind in Barken von dem Dampfer „La Navette" bugsirt, nach dem Fort Lamalgue gebracht worden.

Großbritannien.

Nach amtlichen Nachrichten unterhält Großbritannien in allen Theilen des unermeßlichen Reiches im ganzen ein Heer von 140,000 Mann, wovon auf England selbst nur ein sehr kleiner Theil kommt. Die Flotte besteht aus 680 Kriegsschiffen von 10 bis 120 Kanonen, im Dienst, abgetakelt oder im Bau begriffen. Darunter sind 150 bewaffnete Dampfschiffe von 100 bis 850 Pferdekraft. Bemannt ist diese Flotte mit 40,000 Matrosen, 2000 Schiffsjungen und 14,000 Seesoldaten. Außerdem gibt es bei den verschiedenen Werften 25—30,000 Mann, welche mit Geschütz und Küstenvertheidigung umzugehen verstehen.

Aus Irland trotz der Todesurtheile der richterlichen Special-Commission Meldungen von neuen Morden und Mordversuchen.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 6. Jan. Der Kaiser befindet sich seit einigen Tagen viel besser, verläßt jedoch seine Gemächer noch nicht. Seit mehreren Wochen herrscht die Cholera in dem nächstgelegenen Gouvernement Twer. St. Petersburg und sein Gouvernement blieben bisher ganz verschont. (A. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, 29. Dec. In einer Note vom 25. Dec. macht die Pforte die förmliche officielle Mittheilung von der erfolgten Beilegung der griechischen Differenz an die Repräsentanten der fünf Großmächte, und ladet diese zu ihrer Verwendung bei dem griechischen Hof ein, damit in Bälde der so oft erörterte griechisch-türkische Handelsvertrag zu Stande kommen könne. Die Antwort des Reis-Effendi an Hrn. Glarakis soll in sehr schmeichelhaften und freundschaftlichen Ausdrücken abgefaßt seyn; sie ist vom 27. datirt, und ist insoferne merkwürdig, als sie ihre äußerst freundliche Form durch Zuthun Lord Cowleys erhielt. Dieß Alles hindert jedoch nicht, daß Mussurus den 2. des nächsten Monats seine Reise nach Athen antrete, um daselbst die Functionen als türkischer Gesandter zu übernehmen. (A. Z.)

Vereinigte Staaten von Nordamerica und Mexico.

New-York, 23. Dec. Die Verhandlungen im Congreß betreffen natürlich den mexicanischen Krieg und die Maßregeln, wie ihm ein Ende zu setzen sey. Es sind zu diesem Zweck mehrere entgegengesetzte Anträge gestellt worden, von Hrn. Calhoun z. B. in dem Sinne, daß die Eroberung oder Einverleibung Mexicos mit den größten Gefahren für die Institutionen der vereinigten Staaten begleitet seyn würde, wogegen Hr. Richardson den Antrag stellte, daß man den Krieg mit dem größten Nachdruck fortsetzen müsse, bis man von Mexico für erlittenes Unrecht und zugefügten Schaden genügenden Ersatz an Land oder Geld erhalten habe. In Mexico selbst das alte Chaos. Während wie es hieß, der an Listen reiche Santa Anna nach Spanien unterwegs sey, erfährt man jetzt, daß er an der Spitze eines ansehnlichen Heerhaufens stehe und gegen Queretaro in Anmarsch sey, um den zum Frieden sich neigenden mexicanischen Congreß auseinander zu sprengen. General Scott hatte sofort zum Schutze des Congresses, der 2000 M. unter dem General Filizola zur Verfügung hatte, eine bedeutende Truppenabtheilung dorthin entsendet, übrigens — was wohl eine vorschnelle Maßregel ist — die Generale Worth und Pilow und den Obersten Duncan verhaften lassen, weil sie sich in ihrer Correspondenz über den Oberbefehlshaber der mexicanischen Armee, den General Bustamente unglimpflich geäußert. Leider ist Mexico mit seinen weiten Strecken ein rechter Schauplatz für militärische Intriguen, die hier auch stets das bürgerliche Element unterdrückten und niederhielten.

Bücher-Schau.

□ Vom Oberlech. Um uns gleich mitten in das Herz eines ausgezeichneten Buches zu werfen, („Bücher und Menschen" Herisau im Verlag des liter

---

gemein am menschlichen Geschlechte zu bemerken sey, und wer Gelegenheit hatte, das Familienleben in großer Ausdehnung, namentlich auf dem Lande zu beobachten, wer hundert und abermal hundert Väter und Mütter gesehen hat, denen der schwarze, rohe Undank ihrer Kinder das Herz buchstäblich abdrückte, wer es gesehen hat, wie den Eltern, namentlich den sogenannten Austräglern, die Liebe, die schlaflosen Nächte, wie alle Opfer für ihre Kinder ihnen im Greisenalter mit empörender Härte, mit Hunger, Durst, Entziehung der Wärme im Winter, ja oft sogar des Platzes am Ofen, mit den gemeinsten Beschimpfungen, selbst mit Schlägen, belohnt werden, der wird jenem hochgestellten Schriftstellers beistimmen. Dieser Undank ist eine wahre Grausamkeit, aber ihr unglückseligen Eltern und Wohlthäter, habt ihr euch je eingestanden, daß ihr selbst eben so gegen eure eigenen Eltern und Wohlthäter gehandelt, daß, so wie diese in euer Herz, eben so ihr selbst in das Herz eurer Kinder den ersten Keim zur Grausamkeit gelegt habt? Habt ihr euch je daran erinnert, daß grausames Spiel mit den Thieren, Lachen und Freude beim Geschrei eines in Gegenwart eurer Kinder unter den gräßlichsten Leiden geschlachteten Thieres, daß allgemeines Gelächter und Heiterkeit und Schimpfworte beim Zusammenstürzen eines bis zum Tode mißhandelten Pferdes, einer muthwillig gequälten Katze u. dgl., die erste und von euch selbst gebilligte Unterhaltung eurer Kinder, daß eine Peitsche, also ein bei Kindern ganz nutzloses Instrument zu Mißhandlungen schwächerer Wesen als sie, das erste Spielzeug eurer Kinder war? Habt ihr euch je gefragt, wie das Mitleid in deren Herz hätte einziehen sollen, wenn dort, wo ihnen die erste eigene Macht eingeräumt war, Mißhandlungen als Spiel und Vergnügen ihnen gestattet wurden? Wir fragen: wäre es möglich, daß die Menschen so schonungslos und undankbar gegen ihre Wohlthäter seyn könnten, wenn sie als Kinder Mitleid mit den ihnen ganz untergeordneten Wesen gelernt hätten? Klagt euch also selbst an, ihr unglücklichen Eltern und Wohlthäter, mit euren durch eure einstigen Lieblinge vor Gram gebrochenen Herzen, und ihr, bei denen es noch Zeit ist, bewahrt euch vor demselben kummervollen Alter!

(Fortsetzung folgt.)

Zeitstimmen.

(Eigenes und Gesammeltes.)

In dem ewigen Kampf der Ideen gegen das Unrecht und die Ordnungswidrigkeiten, welche als ein Vermächtniß der Geschichte auf die Gegenwart vererbt sind, kommt Alles darauf an, den rechten Zeitpunct abzuwarten. Jedes Jahrhundert hat seine Aufgabe. Verrichten wir vor allen Dingen die Arbeit des heutigen Tages, wenn wir die Arbeit für morgen erleichtern wollen, und verzichten wir darauf, heute das zu thun, was erst morgen zu geschehen hat. Wehe denen, welche der Zeit vorgreifen wollen. Die Zeit kehrt sich gegen sie und gegen ihr Werk, und sie werden nie etwas zu Stande bringen.

Instituts) können wir nicht umhin, wörtlich mit dem Verfasser (Seite 91. f.) auszurufen: „daß in Deutschland, wie es sich für das Mutterland der Erfindung Guttenbergs ziemt, die Freiheit des Gedankens und der Rede sich der völligen Unterdrückung stets zu entziehen wußte.“ Der Verfasser rechtfertigt diesen Satz vollkommen, indem er uns eine Gallerie von Menschen und Büchern vorführt, die er mit ebenso viel historischen, als philosophischen Kenntnissen, mit ebenso großer Freimüthigkeit als Unpartheilichkeit, gepaart mit dem aufrichtigsten glühendsten Patriotismus für das deutsche Vaterland beurtheilt, und uns zum wärmsten Danke verpflichtet, durch die klare, offene kenntnißreiche Darstellung uns in den Geist einer Masse von Büchern, und mit ihnen gleichzeitig in den Geist unserer Zeit, in die Lage unserer Bedürfnisse und in die Schule der Erkenntniß unserer Zustände auf das wohlwollendste eingeführt zu haben. Können wir auch von dem rein objectiven Standpuncte aus, von welchem wir Zeit, Menschen und Zustände der Völker beurtheilen, nicht jeden Satz des Verfassers unterzeichnen, so finden wir uns dennoch berechtiget, auszusprechen, daß es wenige Werke dieses kleinen Umfanges (von nur 275 Seiten) geben wird, aus welchen eine so klare, reine Erkenntnißquelle der wichtigsten Lagen unserer Zeit im wahren Sinne des Wortes uns entgegensprudelt. Trefflich schildert der Verfasser Seite 3—16 die Stellung Roms seit Guttenberg. Wir ersehen dort die Unmacht des Bücherverbotes und dessen drei verschiedene Abstufungen, und lernen eine schöne Zahl derer kennen, die ihre Mit- und Nachwelt anstaunt, und hochachtet, die aber dem nicht zündenden Bannstrahle des Index nicht entrinnen konnten, welcher in der neuesten von Gregor XVI. verordneten Ausgabe auf 50 Seiten die einschlägigen allgemeinen Verordnungen, und auf nicht weniger als 393 Seiten die „verdammten“ Bücher und „verdammten“ Autoren enthält. — Von da an gibt uns der Verfasser Betrachtungen über die österreichischen Journale, und meint mit Recht, daß die Journalisten Niemanden lieber zum Sündenbock machen, als die Censur. „Man muß, sagt er, den Teufel nicht schwärzer malen, als er ist. Die Censur kann allerdings beliebig streichen, aber sie kann nicht gebieten, daß man dummes Zeug drucken läßt.“ Er macht uns, da er mit den österreichischen Verhältnissen innig und tief vertraut ist, zu unserer freudigen Ueberraschung zu klarem Mitkennern der dortigen literarischen journalistischen Strebungen, und führt uns sofort in ein Gebiet, welches seit lange schon die Aufmerksamkeit des deutschen Vaterlandes fesselt. Oder wer von uns nahm nicht an den Schweizerverhältnissen den lebhaftesten Antheil? Wie wenige waren es, die sich auf Seite der Sonderbündler stellten, und wie viele waren es, die aus der Ferne, wenn auch mit banger doch mit sicher hoffender Brust den Tag hereinbrechen sahen, an welchem wie noch zu allen Zeiten, die hochmüthigen Schürer des Kampfes das Feld räumten, — aber leider die bethörten Fanatiker in ihrem Unglücke meineidig verließen? Das vor uns liegende Werkchen widmet von Seite 25 bis 31 geistreiche, herzlich wohlgemeinte Betrachtungen für die Schweiz, und beurkundet, wie auch auf den folgenden Blättern, den Beruf des Verfassers zum diplomatischen Organe. „Die wahre Frömmigkeit schwingt nicht die Fackel der Zwietracht und schürt nicht das Feuer des Aufruhrs“ ruft er den Schweizern zu, aber die Verführten hörten weder diese, noch die Stimme sonstiger aufrichtiger Freunde des Guten, vielleicht schon darum nicht, damit endlich dem Charakter einer gewissen Genossenschaft zum hundertstenmale der Stempel ihrer Verwerflichkeit vor aller Welt aufgedrückt werde. „Ueber einige Zeichen der Zeit in Oesterreich“ gibt das Werk ernste Blicke in die Lage dieses Staates, welche jedem Deutschen am Herzen liegen muß; denn es kann sich dortselbst keine wichtige Zukunft vorbereiten, ohne daß sie tief und gewaltig in die Verhältnisse des deutschen Vaterlandes einschneide. Mit Recht geißelt der Verfasser die dortigen journalistischen Zustände, denen er nachweist, daß dem Allgemeinen die Censur nicht mehr. als die Journale selbst schadeten. In einem Theile der Schrift Seite 41—78 schwingt diese eine entrüstete aber gerechte Ruthe gegen das Werk eines Mannes, der vor nicht gar kurzer Zeit so viel von sich reden machte, und dem die Nachwelt, obschon er Wiener Hofhistoriograph ist, den verdienten Rang unter der Klasse egoistischer Freibeuter nicht versagen wird. Wenn wir von Hurter nichts weiter erwähnen wollen, so können wir doch nicht unterlassen, die Worte des Verfassers Seite 45. zu unterzeichnen, nämlich: daß er, Hurter, einen Bürgerkrieg „erwünscht für alle Wohlgesinnten,“ und „ersprießlich für Frankreich“ nennt, bezeichnet am besten ihn und jene ganze Partei, welche, wie ihre im Finstern schleichenden, Alles zur größern Ehre Gottes thuenden Schützlinge, stets die heiligsten Namen im Munde führt, und die selbstsüchtigsten Zwecke durch die unsittlichsten Mittel zu erreichen strebt.“ — Mit wenigen aber eben so treffenden Worten stellt der Verfasser (Seite 79—80.) das Werk des „von Hallerschen Schildknappen“ — Schärer „Revolution ꝛc. der Staatswissenschaft ꝛc.“ in ihr wohlverdientes Licht, und wirft sich endlich auf die neueste Literatur, „über die Gesellschaft Jesu,“ welch letzterer ein großer Theil des Buches (Seite 81—90. und Seite 122—159. Seite 189 221. und Seite 236—275.) gewidmet wird. Wer sich von dem berüchtigten Mitgliede dieser Societät dem P. Hardouin bis zum Sohne des Redacteurs des österreichischen Beobachters herunter, wer sich von den Staatsumwälzungen und Religionskriegen; die der Gesellschaft zur Last geschrieben sind, bis zum versuchten Urkundendiebstahl zu Innsbruck herab unterrichten, wer die trefflichsten Werke und tiefst durchdachten Beurtheilungen über diese Gesellschaft sich aneignen, wer ihre feinsten Gewebe, Mittel und Wege von dem niedrigsten Winkelzuge derselben durch die unterste Hefe der Völker aller Zungen bis in die kronengezierten Salons hinauf mit einem Male durchschauen will, — und wie nothwendig und ersprießlich wäre dieß in unserer Zeit! — wer namentlich auch die Zustände der Schweiz und jene Oesterreichs genau erkennen, und aus der Lage der Gegenwart einen unzweideutigen Schluß auf unsere deutsche Zukunft ziehen möchte, dem bietet das vorliegende Werk den sichersten Leitfaden dar, zumal da es uns mit einer darin ausführlich behandelten, streng wissenschaftlich, geschichtlich, philosophisch und diplomatisch gewürdigten reichhaltigen Literatur der neuesten Zeit bekannt macht, und zum sichern Leiter auf ein Feld dient, dem wir unsere Kräfte in der gegenwärtigen Zeit nicht eifrig und aufrichtig genug widmen können. R.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 18. Jan. Bayerische 3½ pCt Obligationen — P., 92 G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 670 P., — G. Promessen per Stück Agio 77 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 104½ P., — G.; 4pCt. 92 P., — G.; 3pCt. 65½ P., — G. Bankactien 1. Semester 1585 P., — G. Würtembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 87½ G. Darmstädter 50 fl.-Loose 73 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 87½ G.

Frankfurt, 17. Jan. Metall. 5pCt. 103; 4pCt. 90½; 3pCt. 65¾; Bankactien 1936; Taunus-Eisenbahn-Actien 350; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 55½; bayer. Ludwigs-Bexbacher-Eisenbahn 85½; bayer. Ludwigs-Canal 62.

Wien, 15. Jan. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 103; zu 4pCt. in CM. 90½; zu 3pCt. in CM. 66; Bankactien per Stück 1576; Nordbahn 135½.

Amsterdam, 15. Jan. 2½ pCt. 54¹¹⁄₁₆; 3pCt. 66⁷⁄₁₆; 4pCt. 84½; Synd. 3½ pCt. —; Handels-Maatschappy 162½; Ard. 14½; port. 3pCt. 27½; 5pCt. Metall. —.

Paris, 15. Jan. 3pCt. 74 Fr. 30 C.; 5pCt. 116 Fr. 40 C.

London, 14. Jan. Consols 87⅛.

Auch in Pforzheim, wo bekanntlich Fabriken für Gold- und Silberarbeiter sich befinden, werden mehrere dieser Unternehmungen falliren. Diese Fabriken, welche etwa 180 Arbeiter beschäftigen, haben zwar selbst keine Kapitalien bei einem der gefallenen Häuser liegen, allein das Haus Haber, welches sich lebhaft für jede Landes-Industrie interessirte, hat diesen anfangenden Unternehmungen bedeutende Geldsummen vorgestreckt.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Die eben zu Ende gegangene Leipziger Neujahrsmesse ist nach dem Berichte der dortigen Zeitung eine „leidliche Mittelmesse“ gewesen.

Schwaben,
verantwortlicher Herausgeber.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag, den 20. Januar: „Die Puritaner“, Oper von Bellini.

Freitag den 21. Januar: „Zopf und Schwert“, Lustspiel in 5 Aufzügen von Karl Gutzkow.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. Müller, Ingenieur aus Ungarn; Mürkel, Kaufmann v. Berlin; Zamboni, Privatier v. Bologna.

Hôtel Maulik. HH. v. Klein, Rentier, und Dr. Wagner v. Augsburg; Paulsen, Rentier v. Mainz.

Blaue Traube. H. v. Schwebe, Garderiltmeister v. Petersburg; Mme. Danzer v. Mödling.

Stachusgarten. HH. Schalenmann, Student, und Kanz v. Wertheim; Fürther und Bär, Kaufleute v. Pappenheim.

Getraute in München.

HH. Karl Albert, fürstl. Thurn- und Taxis'scher Kammerdiener dahier, mit Theresia Rabl, Schneidermeisterstochter v. Aichach; Andreas Laut, Universitätsbibliothekdiener dahier, mit M. A. Egger, Maurermeisterstochter v. Haag; Hieronim. Giggenbacher, lic. Winterschuhmacher und Hausmeister dahier, mit Antonia Auer, kgl. Stadtgerichtsbotenstochter v. h.; in Amberg Hr. Joh. Nep. Jos. Neumayer, königl. Hauptmann im Artillerie-Regiment Zoller, mit Frl. Maria Amalia Freiin v. Junkher, k. Kreis- und Stadtgerichts-Directors- und Rittergutsbesitzers-Tochter v. Amberg; Max Joseph Alois Müller, Graveur dahier, mit M. Antonia Bauz, Krämerstochter von Mähren, Ldg. Monheim; Jak. Mich Jos. Schmidt, k. Leibgardehartschier, mit M. A. Kreszenz Bohrer, Schneiderstochter v. Nußhausen, Ldg. Mietenburg; Joh Nep Bürkl, b. Maurermeister dahier, mit Mathilde Ernestine Schommer, bürgl. Kaufmannstochter v. h.; Rudolph Weiß, Werkführer dahier, mit Magd. Müller, bgl. Bierwirthstochter v. h.; Franz Landelsberger, pens. Korporal v. h., mit Ursula Billinger v. h.; Aug. Dom. Endhammer, Leversalzer dahier, mit M. Anna Schweiger v. Mallersdorf; Lorenz Wenninger, herrschaftlicher Kutscher dah., mit Katharina Huber, Bauerstochter v. Ueberacker; Frieo. Joh. Wilh. Dräbne, b. Schlossermeister dahier, mit M. A. Jos Saller, Gutsbesitzerstochter v. Haidhausen; Karl Jos. Hildebrand, Bürger und Glasermeister dahier, mit M. Straßer, Silberarbeiterstochter v. h.; Andreas Karmann, Bote des ständischen Archivariates dah., mit Maria Barbara Dietsch, Zinngießerstochter v. Neumarkt; Ludw. Christ. Held, k. Hoimusicus dahier, mit Frl. A. M. Marg. v. Dall'Armi, Partikulierstochter v. h.; Joh. Jos. Böhner, Geometer dah., mit Walburga Lachner, Gärtnerstochter v. h.; Georg Fricht, Metzgersknecht, mit Sibilla Schieder, Schneiderstochter von Berg a. L.

Gestorbene in München.

Melchior Zum-Egen, Schlossergeselle von Saffenberg in Preußen, 23 J. alt; Elise Koller, bgl. Seilersfrau, 48 J. alt; Michael Kraus, Bäckergesell von Schönthal, Ldg. Waldmünchen, 27 J. alt; Anna Weiß, Schlosserstochter v. Eschenbach, 27 J. alt.

Bekanntmachung.

Verlassenschaft des Ignaz
Sturm, Maurers von
München, betr.

Unter'm 26. Januar vor. Js. ist dahier der Maurer Ignatz Sturm mit Hinterlassung eines gerichtlichen Testamentes, dann einer Wittwe und fünf erstehelichen Kindern verstorben. — Da der gegenwärtige Aufenthaltsort eines der Letztern, nämlich des Bildhauers Ignatz Sturm, zur Zeit unbekannt ist, so wird derselbe hiemit im Wege dieser öffentlichen Ladung aufgefordert, seine Erklärung über Anerkennung des vorliegenden Testamentes, so wie den Erbschaftsantritt und die bereits gepflogenen Verlassenschaftsverhandlungen, welche zur Einsichtsnahme bereit liegen, binnen 60 Tagen um so gewisser hierorts abzugeben, als außerdem ohne Rücksichtsnahme auf seine Erbsansprüche mit Auseinandersetzung dieser Verlassenschaftssache weiter verfahren würde.

Sign. am 15. Januar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der königl. Director:
Barth.

Sengel.

Digitized by Google

Nr. 18.

Man pränumerirt auf das Bl. v. J. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährig 1 fl. 30 kr., Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Freitag | XLIX. Jahrgang. | 21. Januar 1848.

Deutschland.

Bayern.

München, 21. Jan. In Sachen der auf der **Menterschwaige** versammelt gewesenen Studirenden sind weder **Polizeiliche Recherches** erfolgt noch ist aus irgend welchen Gründen eine **amtliche Untersuchung** eingeleitet worden. Mündlich eingezogene Erkundigungen haben vollkommen befriedigende Aufhellungen über den guten Geist jener Versammlung geliefert. Dieß nochmals zu erklären sind wir aus **amtlicher Quelle** ermächtigt. Auf die unwürdigen Angriffe eines Augsburger ultramontanen Blattes gegen die Wahrheit des Aufsatzes in Nro. 16 dieser Zeitung einzugehen, liegt tief unter unserer Aufgabe.

München, 17. Jan. Die Einzeichnungen für das Bahnanlehen von 10½ Millionen Gulden nehmen den raschesten Fortgang. Es werden Einzelsummen von solchem Belange genannt, daß dadurch die Betheiligung großer Capitalisten außer Zweifel gesetzt ist. Man will die hohen Getreidepreise während der letzten Jahre auch bei dieser Gelegenheit in ihren Folgen wieder erkennen, indem viele reiche Bauern kommen, um Einzahlungen zu machen. Die vielfach ausgesprochene Angabe, als dürften der neuen Gläubiger verhältnißmäßig nur wenige seyn, und nur auf dem eigentlichen Wege des Arrosements werde vorzugsweise das Anlehen zu Stande gebracht werden können, hat sich ebenfalls als unbegründet erwiesen, indem thatsächlich neben den ältern Staatsgläubigern, welche durch neue Einlagen ihre ältern Papiere in vierprozentige umwandeln lassen, sich auch sehr viele durch Einzahlungen älterer Obligationen bei dem neuen Anlehen betheiligen. (Schw. Mkr.)

Vom Mittel-Lech, 17. Jan. Sie haben Ihren Lesern in Nro. 5. vom 6. d. Mts. aus der „Karlsruher Zeitung" einen Artikel aus Franken mitgetheilt, in welchem für die nächste Ständeversammlung ein Gesetzesentwurf in Aussicht gestellt wird, der das unbedingte Veto der Gemeinden bei Ansässigmachungsgesuchen theilweise aufheben und die Niederlassung braver und arbeitsamer Familien erleichtern soll. Es wird dort aber auch die Besorgniß ausgedrückt, daß diese Absicht der Staatsregierung wahrscheinlich von vielen Seiten auf Widerspruch stoßen werde, weil die Gemeinden nicht ohne Grund die Besorgniß hegen, daß ihnen auf diese Weise ein Heer von Armen zugeführt werden möchte, deren Unterhalt ihnen am Ende zur Last fallen würde. Ich war auf jede Nummer Ihres Blattes begierig, ob dieser Passus aus Franken keine Erörterung des hochwichtigen Gegenstandes hervorrufen werde, und da dieß bisher nicht geschah, so erlauben Sie einem schlichten Dorfbewohner hierüber seine auf vielfache Erfahrungen gegründete Ansicht auszusprechen, welche jedoch durchaus nicht für unfehlbar gelten will, sondern gründliche Belehrung und Widerlegung mit Freuden entgegen nimmt. Unser gegenwärtiger Zustand in Betreff der Ansässigmachung gründet sich auf das im Jahre 1834 modificirte Gesetz über Ansässigmachung und Verehelichung vom 11. Sept. 1825 (Gesetzblatt vom 12. Juli 1834 Seite 133 — 146.) Dieses modificirte Gesetz spricht §. 9. Seite 143. den Gemeinden das Recht des „**absolut hindernden Widerspruches**" zu in allen jenen Fällen, wo die sich niederlassende Familie ein neues häusliches Anwesen begründen und sich durch Lohnerwerb ernähren will (Seite 137. IV. a — d.) So lange den Gemeinden die absolute oder unbedingte **Pflicht** obliegt, jede verarmte Familie, gleichviel welche die Quelle der Verarmung sey, zu ernähren, so lange ist es auch ein köstliches **Recht** derselben, durch unbedingten Widerspruch der muthmaßlichen Vermehrung der Armen vorzubeugen. Erlauben Sie mir aber die Behauptung auszusprechen, daß sowohl jene Pflicht, als dieses Recht von den verderblichsten Folgen für das allgemeine Wohl begleitet ist, und ich halte es für Pflicht eines jeden Patrioten, das Eine wie das Andere mit allen Waffen der Erfahrung zu bekämpfen, damit bis zur nächsten Ständeversammlung das Urtheil der öffentlichen Meinung festgestellt, und ein hierauf bezüglicher Gesetzesentwurf wohlwollend aufgenommen werde, ohne, um mit Ihrem Correspondenten vom „Oberlech" zu reden, „wochenlangen Kammerhader" zu veranlassen. Verderblich wirkend nenne ich die unbedingte Verpflichtung der Gemeinden, alle Arme ohne Unterschied der Ursache ihrer ursprünglichen Verarmung und der Fortdauer derselben, wie solche geregelt ist in zahllosen, einander an praktischer Unbrauchbarkeit und Unausführbarkeit überbietenden, endlose Schreibereien veranlassenden Verordnungen vom 17. Nov. 1816 angefangen, bis auf diese Stunde. Wer nur einige Jahre sich mit Besorgung des Armenwesens befaßt hat, wird zur Ueberzeugung gekommen seyn, daß die Gesammtzahl der auf Unterstützung Anspruch machenden Armen fast in jeder Gemeinde aus **zwei** Drittheilen solcher Individuen besteht, welche durch **eigene Schuld** verarmt sind, und durch fortdauernde eigene Schuld arm bleiben. Warum sie aber mit unglaublichem Leichtsinn auf einem Wege forttaumelten, der sie zu diesem Ziele führte, daran trägt die, für Menschen von Religion, Ehrgefühl und Charakter freilich nicht lockende Aussicht keinen geringen Theil der Schuld: „**die Gemeinde muß mich erhalten.**" Wahrhaft empörend sind die zahlreichen Fälle, wo nur ganz gemeiner Menschenverstand dazu gehört, um mit Bestimmtheit voraussagen zu können, in so und so vielen Jahren kommt dieser oder Jener Taugenichts, dieser oder jener träge, leichtsinnige verschwenderische Familienvater der Gemeinde auf die Schüssel, wo dann in Ermangelung reicher Localstiftungen rechtschaffene, arbeitsame und sparsame Gemeindeglieder, die im Schweiße ihres Angesichts die Last und Hitze des Tages und alle Staats-, Kirchen- und Gemeindelasten willig tragen, einen Theil ihres sauren Verdienstes und Erwerbes hergeben müssen, um der Lüderlichkeit, der Faulheit und Verschwendung ein wo nicht behagliches doch erträgliches Loos zu bereiten. Erlauben Sie mir auf einige Beispiele hinzuweisen. Ich kenne in einer Gemeinde einen Bauern, der vor 15 Jahren einen schuldenfreien Hof von etwa 100 Tagw. Grundstücken übernahm. Dieser hat es mit einem eben so leichtsinnigen Weibe dahin gebracht, daß das Gut ganz überschuldet ist und seit einigen Jahren gar nicht mehr angebaut wird. Für seine Kinder, wovon das älteste 12 Jahre alt ist, bezahlt die Gemeinde bereits das Schulgeld. Wenn man diesen Menschen auf die Folgen seines Müßiggangs und seiner Verschwendung aufmerksam machte, sagte er mit lachendem Munde: „die Gemeinde muß mich erhalten." Das auf Aeckern und Wiesen wild wachsende Gras wird alljährlich verkauft, (denn er hat weder Pferd noch Kuh) um den Zins nothdürftig aufzubringen und die aus 13 Köpfen bestehende Familie vor dem Verhungern zu schützen, so lange es eben noch möglich ist, bis der glückliche Zeitpunct eintritt, wo den Verschwender und sein ganzes Haus „die Gemeinde unterhalten" muß. Ein anderes Beispiel. Ein Bauer in derselben Gemeinde übernahm vor 11 Jahren einen schuldenfreien Einödhof von etwa 150 Tagw. im Werthe zu 10 bis 12,000 Gulden. Nach acht Jahren fiel er in die Gant; zwei Eheweiber hatte der Gram getödtet, für sein einziges Kind wurden noch 1000 Gulden, für den lüderlichen Vater, der nun in der Welt umläuft und seiner Zeit auf die Gemeindecasse kommt, noch einige 100 gerettet. Wenn man diesem Verschwender Vorstellungen machte, sagte er trotzig: „Ich verthue nur mein' Sach, und am End muß mich ja doch die Gemeinde erhalten." Ich kenne ein Städtchen, das eine sehr reiche Versorgungsanstalt hat, auf welches alle Verschwender und schlechten Hauswirthe jenes Ortes hinsündigen. „Wenn ich nichts mehr habe, komme ich ins Spital" (so heißt man dort die Anstalt.) Die Zuversicht unwissender, roher, ungezogener, in sinnliche Lust versunkener Menschen, daß sie im äußersten Falle, wenn sie durch eigene Kraft sich nicht mehr helfen können, oder auch nicht mehr **wollen**, auf **fremde** Hilfe rechnen dürfen, wird bei Tausenden dieser Menschenclasse gerade die Ursache jenes Zustandes, welchen zu erleichtern oder zu heben die Aufgabe der Armenpflege ist. Sentimentale Weichherzigkeit im Unterstützen solcher Armen, besonders wenn Gesetze hiezu zwingen, ist Ungerechtigkeit gegen den arbeitsamen und sparsamen Bürger und Bauersmann, und auch gegen jene Arme, die durch unverschuldetes Unglück, durch Alter, Krankheit ꝛc. gerechten Anspruch auf die Hilfe ihrer Mitmenschen haben, in derselben aber verkurzt werden, weil jene durch größere Unverschämtheit und Keckheit dem Armenpflegschaftsrath imponirend den größern Theil der disponiblen Mittel vorwegnehmen. Um die Aufhebung des „absoluten Widerspruchs der Gemeinden" bei Ansässigmachungsgesuchen anzubahnen, ja überhaupt nur möglich zu machen, halte ich für nothwendig, daß für alle Zukunft nur jenen Personen Unterstützung zu Theil werde, welche durch ein Geschwornen-Gericht aus den rechtschaffensten älteren Gemeindegliedern das Verdict zu gut kommt: **Sie sind an ihrer Armuth nicht selbst schuld.** An diesem Ausspruch müßte aber, wenige außerordentliche Fälle ausgenommen, mit unerbittlicher Strenge festgehalten werden, um jede Aussicht abzuschneiden, als dürfte Müssiggang, Lüderlichkeit und Verschwendung auf die sichere Prämie dereinstiger Unterstützung rechnen.

(Schluß folgt.)

Bayreuth, 15. Jan. Gestern haben wir einem der tüchtigsten und ehrenwerthesten Männer, dem edlen Emil Wagner, die letzte Ehre erwiesen. Der Leichenzug bewies deutlich, wie sehr, selbst unter einer so wenig zu Demonstrationen geneigten Bevölkerung wie die guten Bayreuther der Werth Wagners von allen Ständen gewürdigt und anerkannt wurde. Die Mitglieder aller Behörden, den Regierungspräsidenten an der Spitze, zahlreiche Geistliche, worunter auch der Rabbiner und eine Masse von Bürgern und selbst von Leuten aus den untern Ständen, Soldaten u. s. w. thaten dar, welche Achtung er sich als Seelsorger in seiner Gemeinde erworben. Leider war das ständische Element nur durch den Grafen v. Giech, Frhrn. v. Lerchenfeld und Regierungsdirector Schwindl vertreten. In der Kirchhofskirche hielt Pfarrer Vetter, am Grabe Pfarrer Wirth eine ergreifende Trauerrede, in welcher nicht nur die geistliche, sondern auch die politische Wirksamkeit des Entschlafenen gefeiert ward. Zuletzt ergriff auch noch Frhr. v. Lerchenfeld das Wort, um in wenigen, aber von der tiefsten Empfindung zeugenden Worten auf das

ständische Wirken Wagners hinzuweisen, die Festigkeit und Ueberzeugungstreue, welche er in Zeiten bewährte, wo diese Eigenschaften nicht so häufig und nicht ohne Bedenklichkeit waren, zu rühmen und allen und jeden zum Beispiel aufzustellen, so wie schließlich die Ueberzeugung auszusprechen, daß solches Beispiel segensreich wirken werde, solange die Erinnerung an ihre ständische Wirksamkeit überhaupt fortleben werde. Ernst und schweigend trennte sich hierauf die zahlreiche Versammlung, deren ganze Haltung den tiefen Schmerz über den erlittenen Verlust unverkennbar aussprach. (Nürnb. Corr.)

Die „Speyerer Zeitung" vom 18. Jan. schreibt: Noch immer wird da und dort der neuliche Kampf in der Schweiz und das, was in der jüngsten Zeit in dem genannten Lande geschah, als eine brutale Unterdrückung des Katholicismus durch den Protestantismus geschildert, und insbesondere ununterbrochen Beschwerde geführt über die angeblich schrankenlose Dictatur, welche die protestantischen Sieger in den ehemaligen Sonderbundskantonen ausüben sollen. Bei dieser fortwährenden maßlosen Verdrehung des wahren Gesichtspunctes ist es nothwendig, wiederholt auf einige bezeichnende Thatsachen hinzuweisen. In Schwyz ist selbst in der neuen Verfassung die „christ-katholische Religion" als die einzige Religion des Staats erklärt worden. In den Verhandlungen des großen Rathes wollten viele Leute aus der angeblich unterdrückten Partei diese Bestimmung sogar noch schärfer gefaßt wissen, und es gelang nur einer kleinen Majorität, die Beibehaltung des bisherigen Ausdrucks durchzusetzen! — In Uri und Unterwalden besteht eine gleiche Bestimmung wie in Schwyz unabgeändert fort. Selbst in Wallis war noch nicht einmal die Rede von Aufhebung der bekannten schmählichen Gesetze, durch welche die Ausübung des protestantischen Cultus als Verbrechen bestraft wird!

Preußen.

Berlin, 17. Jan. Heute Mittag bald nach 1 Uhr wurden die Sitzungen des hier versammelten vereinigten ständischen Ausschusses durch den königl. Commissär Staats- und Cabinetsminister v. Bodelschwingh eröffnet (nach allerhöchstem Patent vom 3. v. M. ist bekanntlich Se. Durchl. Fürst von Solms-Hohensolms Lich zum Marschall und Oberstlieutenant Adolf v. Rochow zu dessen Stellvertreter ernannt.) Wir lassen hier nach der „Allg. Pr. Zeitung" die Eröffnungsrede des königl. Commissärs v. Bodelschwing folgen: „Durchlauchtigste Fürsten, hochgeborne Grafen, edle Herren, hochzuehrende Abgeordnete der Ritterschaft, Stadt- und Landgemeinden! „Als Veranlassung Ihrer Berufung ist in dem Patent vom 3. vor. Mts. der Wille Sr. Majestät bezeichnet, den von dem Ministerium für die Gesetz-Revision und von einer Staatsraths-Commission umgearbeiteten Entwurf des Strafrechtes einer letzten ständischen Begutachtung zu unterwerfen, vorzugsweise um die von den einzelnen Provinziallandtagen bei der Berathung des früheren Entwurfes kundgegebene Verschiedenheit der Ansichten in einer den Bedürfnissen und Wünschen des gesammten Vaterlandes möglichst entsprechenden Weise auszugleichen. Gewiß ist die Berathung eines so bedeutenden Gesetzentwurfs schon an und für sich ein wichtiges und folgenreiches Geschäft; für uns aber tritt diese Wichtigkeit um so mehr hervor, als dieses Gesetz zugleich die Bestimmung hat, die längst gefühlte Anomalie zu beseitigen, daß im Namen desselben Königs von verschiedenen Richtern des Landes ein und dasselbe Verbrechen mit Strafen belegt wird, welche nach Art und Maß höchst verschieden sind, ja daß eine und dieselbe Handlung in dem einen Theil der Monarchie als ein schweres Verbrechen bestraft wird, welche in dem andern Theile derselben völlig straflos bleibt. So und nicht anders aber kann es seyn, so lange neben den Strafbestimmungen des Allg. Landrechts noch die Carolina und das aus der fremdherrischen Gesetzgebung stammende rheinische Strafrecht Gültigkeit haben. Das neue Strafrecht soll und wird diese die innere Einheit des Staates wesentlich störende Ungleichheit beseitigen, übrigens aber bei dieser Ausgleichung nicht weiter gehen, als es die Nothwendigkeit erfordert, weshalb die Formen des Strafverfahrens dadurch nicht berührt werden. Namentlich wird für die Rheinprovinz in dieser Beziehung keine wesentliche Veränderung eintreten, indem unter mehrfachem Beirath rheinischer Juristen der Entwurf dem daselbst geltenden Strafrechtsverfahren möglichst angepaßt ist und die nöthige Verbindung dieses Verfahrens mit dem neuen Strafcodex durch besondere Anordnungen gesichert werden soll, welche Ihnen mit dem Entwurfe des Strafrechts zur Begutachtung vorgelegt werden. Einem anderen in naher Aussicht stehenden Acte der Gesetzgebung bleibt es vorbehalten, auch das Strafrechtsverfahren zwar nicht völlig gleichzustellen, aber doch die bestehenden Verschiedenheiten, namentlich durch allgemeine Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit wesentlich zu vermindern. Sollte auch die neue Bearbeitung des Strafrechts nicht die individuellen Wünsche jedes Landestheiles befriedigen, sollte es auch Ihren Bemühungen nicht gelingen, in dieser Beziehung eine vollständige Befriedigung hervorzurufen, so werden Sie, hochverehrteste Herren, eingedenk sein der Nothwendigkeit, daß zur Erreichung großer Zwecke kleine Opfer nicht versagt werden dürfen, daß, wo es gilt, eine große Monarchie durch Einheit zu befestigen, die einzelnen Landestheile ihre besonderen Wünsche dem Wohle des Ganzen zu opfern stets bereit seyn müssen. — In dieser Zuversicht übergebe ich Ihnen, durchlauchtigster Herr Marschall, das sich auf das Strafrecht beziehende allerhöchste Propositionsdecret, dessen Erledigung unmittelbar wird beginnen können, da die von des Königs Majestät angeordnete und von Ew. Durchlaucht im Einvernehmen mit den Herren Provinzialmarschällen berufene vorbereitende Abtheilung ihre Arbeiten bereits so weit gefördert hat, daß in dieser Beziehung kein Hinderniß mehr besteht. (Die Begutachtung der Abtheilung bezüglich des aus 79 Paragraphen bestehenden allgemeinen Theils des Strafgesetzbuches, das Ganze besteht aus 479 Paragraphen, ist geschlossen und dem Druck bereits übergeben.) Im Vertrauen auf die unserem theuren Vaterlande so vielfach bewährte Gnade der allwaltenden Vorsehung hoffen Se. Majestät der König zuversichtlich, daß auch diese Versammlung für Thron und Land eine segensreiche seyn, daß sie das gemeinsame Band, welches die Provinzen unter sich und alle mit dem Throne verbindet, befestigen, diese Verbindung immer enger schließen möge. In diesem Vertrauen, in dieser Hoffnung — erkläre ich auf allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Königs den Vereinigten ständischen Ausschuß auf die Dauer von vier Wochen für eröffnet. Hierauf bezeichnet der Landtags-Marschall in einer Bitte um Nachsicht und Unterstützung in seiner Stelle die acht Abgeordneten für die Secretariatsgeschäfte, und meldet, daß die stenographischen Berichte, ganz wie auf dem vereinigten Landtage ohne weitere Censur mit Nennung der Namen durch vollständigen Druck in der „Allg. Preuß. Zeitung" zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden sollen, wenn dieß von der Versammlung gewünscht werde. Nachdem die Versammlung damit einverstanden, wird die Eröffnungssitzung, da keine weitere Gegenstände vorliegen, für geschlossen erklärt, die nächste auf morgen beraumt und die Versammlung trennt sich um ein halb zwei Uhr nach dreimaligem Lebehoch auf den König. Sämmtliche Mitglieder des Ausschusses wurden sodann durch die Provinzialmarschälle oder deren Stellvertreter Sr. Majestät in den königl. Gemächern vorgestellt.

Berlin, 11. Jan. Heute stand der Schriftsteller Hr. Ludwig Buhl vor den Schranken des Criminalgerichts unter der Anklage des frechen, unehrerbietigen Tadels, der Verspottung der Landesgesetze und Anordnungen im Staate. Die Grundlage der Untersuchung bildeten Buhl's Veröffentlichungen in einer von Wigand verlegten Schrift. Die Sitzung war geheim. Der Gerichtshof sprach das Nichtschuldig und die Niederschlagung der Kosten aus. Der hiesige Buchhändler Hr. Jul. Springer, welcher wegen einer Kritik in dem Leipziger Buchhändler-Börsenblatt im April v. Js. dergleichen Vergehungen angeklagt und ebenfalls freigesprochen worden ist, wurde, nachdem der Staatsanwalt Hr. v. Kirchmann Appell einlegen mußte, in zweiter Instanz zu dreimonatlicher Gefängnißstrafe und in die Kosten verurtheilt. Die Acten sind jetzt zur Entscheidung in dritter Instanz an das geheime Obertribunal, welches aber diese Sachen im geheimen und schriftlichen Verfahren erledigt, abgegeben worden. (Köln. Z.)

Nach der „Allgemeinen Zeitung für Christenthum und Kirche" haben die Superintendenten in der Provinz Sachsen Rundfragen an ihre Diöcesanen ergehen lassen, ob sie es nicht für angemessen finden, dem Consistorium in Magdeburg einen Ausdruck der Freude und Zufriedenheit über seine Maßnehmungen gegen Uhlich und bei den jetzigen kirchlichen Angelegenheiten überhaupt zu übersenden, und somit ein „treues evangelisches Zeugniß" vor den Gemeinden abzulegen.

Hannover.

Hannover, 13. Jan. Am 9. d. starb hier Miß Karoline Herschel, die Schwester des berühmten Astronomen Wilh. Herschel, dem sie in seinen wissenschaftlichen Forschungen nicht allein beistand, sondern auch durch eigene wichtige Entdeckungen zu Hilfe kam. Erst seit etwa 1½ Jahren hatte die Verstorbene, trotz ihres hohen Lebensalters, sich aus der Welt zurückgezogen und auf den kleinen Kreis ihrer Familie und einiger Freunde beschränkt. Bis dahin hatte sie an allem Bemerkenswerthen in Leben, Wissenschaft und Kunst regen Antheil genommen, und erst in dem letzten Halbjahr ihres Lebens scheint ihr Geist ermattet zu seyn. Miß Karoline, deren Geburtsjahr in fast allen Handbüchern irrigerweise auf 1743 angegeben wird, war am 16. März 1750 geboren; sie hat also ihr 98stes Lebensjahr nicht ganz vollendet. (A. Z.)

Oesterreich.

Die Bürger der Stadt Gratz haben dem Garnisonscaplan, welcher bei der Beerdigung des ohne Empfang der Sterbsacramente Hingeschiedenen die geistlichen Functionen versah, ein goldenes Kreuz zum Geschenk gemacht. Dagegen verwehrt ihm die Geistlichkeit, in den Kirchen gestiftete Messen zu lesen, wodurch sein Einkommen bedeutend geschmälert wird. Weil der Männergesangverein am Grabe des Verstorbenen gesungen, befahl der Bischof allen Schullehrern (welche leider noch immer von der Geistlichkeit abhängen), sofort aus dem Verein auszutreten. Die „Gränzboten", welchen wir diese Notizen entnehmen, fügen bei, die Untersuchung über diesen Vorfall sey noch im Gang und man spreche davon, daß dem Bischof ein Coadjutor zur Seite gesetzt werde, da ein Gesetz aus der guten Zeit Kaiser Joseph's bestimme, daß nur Jenem der geistliche Beistand (wozu auch das Begräbniß gehört) zu verweigern sey, welcher in Gegenwart vor Zeugen und vor einer geistlichen Behörde aus der christlichen Gemeinschaft ausgeschieden sey.

Schweiz.

Der große Rath von Bern hat am 12. eine ältere Einrichtung aufgehoben. Das Sittenverderbniß äußerte am Ende des vorigen Jahrhunderts seine Wirkungen vorzüglich auch unter dem bernischen Patriziat durch Erzeugung einer Menge unehelicher Kinder. Damit solche dem Ansehen der Regenten keinen Eintrag thun, beschloß der große Rath im Jahr 1788, es sollen solche Sprößlinge weder den angeborenen Familiennamen führen, noch die Vorrechte des Standes und der Corporation genießen. Man schuf so künstlich eine Art Heimatloser unter dem Titel „bürgerliche Bastarde" (ähnlich den Bastarden von Frankreich). Diese ziemlich zahlreiche Classe bernischer Landsassen beschwerte sich schon seit langer Zeit über ihre üble Lage und wollte in den vollen Besitz ihrer angebornen Rechte eingesetzt seyn. Nun beschloß der große Rath ihre vollständige Rehabilitation in Beziehung auf Familiennamen und Corporationsrechte, keine Kleinigkeit für die alten Patrizier und Stadtbürger in Beziehung auf Ahnenstolz und Nutznießung des wohl 20 Millionen betragenden Stadtvermögens; denn bisher konnte kein Bürger von Bern nur dürftig werden, so reich ist die Stadt. Jetzt bekommt die Bürgerschaft zwar einigen Zuwachs aus der nicht gerade wohlhabendsten Classe; allein auch diese werden genug zu leben haben. Es ist billig, daß die Enkel gut machen, was die Väter verschuldeten. Die Repräsentanten des Patriziats, die Herren v. Tillier, v. Tavel, v. Grafenried und von Stettler waren indeß anderer Meinung blieben aber allein. — Das Budget von Bern weist unter den Einnahmen 1 Mill. Schw. Fr. als Ertrag des Staatsvermögens an Liegenschaften und Capitalien, beinahe 2 Mill. als Ertrag der Regalien; 1,200,000 Fr. indirecte Steuern und 627,000 Fr. Vermögenssteuer zu 1 per Mille nach. Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen um 58,000 Fr. Es fände ein großer Ueberschuß der letzteren statt, wenn nicht der Staat so viele Liegenschaften besäße. — In Luzern wurde im großen Rath der von Anton Schnyder gestellte Antrag, gegen Klöster, Geistliche und Beamte, welche durch trügerische Mittel zum Unternehmen der bekannten Ergebenheitsadresse an den abgetretenen großen Rath aufgemuntert haben, strafrechtliche Untersuchung einzuleiten, nach erklärter Erheblichkeit dem Regierungsrath zur Begutachtung überwiesen. Derselbe schlägt nun vor: Gegen die Aufwiegler, Herumträger

und Unterschriftensammler jener Adressen für Sonderbund und Jesuiten sey Untersuchung zu erkennen, ebenso gegen die, welche fortwährend das Volk beunruhigen, wegen angeblicher Religionsgefahr schrecken, oder fremde Intervention verspiegeln. Die Mäßigeren werden Mühe haben, zu verhindern, daß das Beispiel des früheren großen Rathes in Beziehung auf die Bestrafung der Freischärler nachgeahmt wird. Hr. Dr. Casimir Pfyffer hat in einem Schreiben von Zürich aus zur Milde und Großmuth ermahnt, wie in den Jahren 1844 und 1845. Dagegen gehen aus verschiedenen Gemeinden rachedurstige Petitionen ein. — Der Credit des Regierungsrathes hinsichtlich der Abschließung eines Darlehens wurde von 600,000 Fr. auf eine Million erhöht. — Dr. Bluntschli, eines der Häupter der Züricher Conservativen, hat einen Ruf als Professor der Rechte nach Erlangen erhalten. (Schw. Mkr.)

Bern, 14. Jan. Die Note, die der Nuntius im Namen des Papstes an die Tagsatzung gerichtet hat, lautet: Exc. und meine Herren! Der heilige Vater Pius IX. hat mit tiefsten Schmerz die traurigen, geheiligte Rechte der katholischen Kirche verletzenden Acte vernommen, die nach dem Einzug der eidgenössischen Truppen in die Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Freiburg und Wallis in einigen dieser Kantone stattgefunden haben. Er hat, das Herz von Pein zerrissen, bemerken müssen, daß man durch provisorische Regierungsbeschlusse religiöse Corporationen und fromme Anstalten selbst von Weibern hat aufheben wollen, und daß man durch die geistliche Behörde canonisch eingesetzte Pfarrer aus ihren Pfarreien vertrieben, und dieß trotz der Protestationen ihres Bischofs. Er hat die Thränen im Auge, bemerken müssen, daß eidgenössische Soldaten in den ersten Augenblicken ihrer Erbitterung und gegen die Absichten und Befehle ihrer Oberen in einigen Kirchen derselben Kantone Schändungen und Gräuel zu begehen gewagt haben. Der heilige Vater, der sich in die während der letzten Zeit in der Eidgenossenschaft angeregten politischen Fragen nicht gemischt, hat die heilige Pflicht nicht vergessen können, die er als Oberhaupt dieser Kirche hat, alle diese Verletzungen höchlich zu mißbilligen. Deßhalb hat er mir aufgetragen, diese Pflicht in seinem Namen bei der hohen in Bern sitzenden Tagsatzung zu erfüllen. Ich habe also, Excellenz und meine Herren, die Ehre, mich an Sie in Bezug auf diesen Gegenstand zu wenden. Und da meine Aufgabe unendlich peinlicher würde, wenn ich im einzelnen alles auseinandersetzen wollte, was sich in der letzten Zeit zugetragen hat, so will ich es lieber mit Stillschweigen übergehen, innigst überzeugt, daß nicht nur die hohe Weisheit der Tagsatzung, sondern auch alle Männer von Ehre in der Eidgenossenschaft, welcher Confession sie seyn mögen, im Stande seyn werden, die Bedeutung desselben in allen Beziehungen zu würdigen. In meiner Eigenschaft als Vertreter des heiligen Vaters lege ich daher hiemit bei den als Tagsatzung versammelten Vertretern der Kantone die förmliche Protestation nieder gegen alle Eingriffe die durch diese Beschlüsse in die dem heiligen Stuhl inwohnenden Rechte gethan sind und mit dem Bundesvertrag im Widerspruch stehen, sowie gegen alle Schändungen und gottlosen Handlungen die in den Kirchen und andern geheiligten Orten der katholischen Confession verübt sind. Es sind dieß Thatsachen, die das Gewissen verwirft und die ohne Zweifel eines Tages von unparteiischen Geschichtschreibern mißbilligt werden, und es sind dieß ebensoviele Verpflichtungen für Sie, Excellenz und meine Herren, dieselben im voraus von sich abzulehnen und in der Art zu handeln, daß die Gerechtigkeit und die Ruhe in den Regierungen dieser Kantone wieder vollkommen zur Herrschaft gelangen und daß man die vielleicht in einem Augenblicke der Aufregung gegen die Rechte des heiligen Stuhls erlassenen Decrete wieder zurücknimmt. Im Vertrauen daß die hohe Tagsatzung, Hüterin der heiligen Gesetze der Eidgenossenschaft, die Rechte der katholischen Confession, die von dem Oberhaupte derselben in Anspruch genommen werden, wiederherstellt und unversehrt erhält, ergreife ich ꝛc. Luzern, 27. Dec. 1847. (Unterz.) † A., Erzbischof von Kolossus, apostolischer Nuntius." (A. Z.)

Zürich, 17. Jan. Das Volk des Kantons Zug hat gestern die neue Verfassung mit 1206 gegen 663 Stimmen angenommen. In allen Gemeinden mit Ausnahme von Menzingen und Oberägeri war die Mehrheit für Annahme. — Waadt hat eine Einkommensteuer von 2 vom Hundert ausgeschrieben, um die 700,000 Fr. außerordentlichen Ausgaben wegen der letzten Ereignisse zu tilgen. Wie man sieht haben auch die Mehrheitskantone Opfer gebracht. (Schw. Mkr.)

Bei der Berathung der Verfassung in dem großen Rath von Luzern ist das Vetorecht des Volkes — das man als eine Waffe der Geistlichkeit ansah — gefallen und auf eine zweimalige Gesetzesberathung im großen Rath reducirt worden. Das Bankierhaus F. Knörr und Sohn, welchem hinreichende Sicherheit gewährt ist, wird dem Staat binnen 14 Tagen 1 Million Fr. vorschießen.

Italien.

Livorno, 12. Jan. Wahrscheinlich werden die Ereignisse eine Trennung zwischen denen hervorbringen, die es mit dem Fortschritt und den Verbesserungen redlich meinen, und jenen, die diese nur als Instrument benutzen wollten um zum Umsturz des Bestehenden und zur Anarchie zu gelangen. Mehreremale schon hatte Entzweiung stattgefunden, aber die Intriganten wußten immer wieder Versöhnung herbeizuführen, die von ihrer Seite natürlich nur Komödie war. So war denn noch am 7. zwischen Guerrazzi und den Häuptern der Gemäßigten eine solche Scene in den Casernen der Bürgergarde, wobei etwa 3000 Mann gegenwärtig waren, vorgefallen. Dadurch glaubte sich Guerrazzi wahrscheinlich auf dem Punct angelangt, nun freier hervorzutreten und der Regierung die Spitze bieten zu können. Nur so lassen sich seine am 9. in der Kaserne gehaltenen aufrührerischen, die Regierung verhöhnenden Reden und seine ganze Haltung erklären. (A. Z.)

Von der italienischen Grenze, 12. Jan. Wie man vernimmt, hat die in Mailand gepflogene Untersuchung über die jüngst stattgehabten Excesse zur Verfolgung ähnlicher Fäden geführt, wie sie von den Unruhestiftern in Galizien angesponnen worden waren. Die österreichische Regierung ist in den Augen der „Signori" im Unrecht, insoferne ihre Sorgfalt sich auch auf den Mittelstand, und soweit dieß thunlich, auch auf die untersten Volksclassen erstreckt; allein dieß gibt ihr einen Halt gegen die Parteiumtriebe. (A. Z.)

Von der lombardischen Grenze, 14. Jan. Die Truppenmacht in österreichisch Italien ist auf mehr als 100,000 Mann angewachsen. (A. Z.)

Die „Gazzetta di Milano" vom 17. Jan. bringt eine Proclamation des Kaisers Ferdinand I., welche die Betrübniß Sr. k. k. Majestät über die aus den Intriguen einer Faction hervorgegangenen Ruhestörungen der letzten Zeit kundgibt, an die jederzeit bewiesene Sorgfalt der kaiserlichen Regierung für die Wohlfahrt des lombardisch-venetianischen Königreichs erinnert, Vertrauen in die gute Gesinnung der großen Mehrzahl der italienischen Unterthanen Sr. Majestät ausspricht, zugleich aber, unter Hinweis auf die Treue der kaiserlichen Truppen den festen Entschluß Sr. Majestät ankündigt die lombardisch-venetianischen Provinzen gegen jeden Angriff, von welcher Seite er auch kommen möge, energisch zu vertheidigen. Das Actenstück ist d. d. Wien, 9. Jan. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 16. Jan. Die Unpäßlichkeit des Königs war abermals gestern das allgemeine Gespräch. Nur auf der Börse bringen solche Gerüchte Wirkung hervor. Thatsache ist, daß der König seit drei Tagen nicht mehr empfing. Sonst sprach man gestern blos von den Unruhen in Mailand, welche auch auf die Curse einen merklichen Einfluß ausübten. (Ebenso in England.) — Durch die Erwähnung der Namen der Herren Lamartine, Michelet und L. Blanc in der Pairskammer sind wieder viele Exemplare ihrer Revolutionsgeschichten abgesetzt worden. Eben so geht es mit dem Leben Jesu von Strauß, da Graf Montalembert von demselben in seiner Rede über die Schweizerfrage sprach.

In der Sitzung des Ministerraths am 7. d. M. sey die Ratification des zwischen dem Herzog von Aumale und Abd-el-Kader geschlossenen Uebereinkommens in der Art entschieden worden, daß man dem Letztern den Antrag gestellt, künftighin in Corsica(?) zu wohnen, wofür man ihm den Titel Sultan nebst einer Pension von 200,000 Fr. zustehen will.

Die Sitzung der Pairskammer vom 15. endete mit Annahme des Paragraphen über die Schweiz, aus welchem das „treue Freunde" zu streichen, vergebens beantragt ward. — Hr. Guizot erklärte, bereits zu Gunsten der Mönche vom St. Bernhard, des Klosters wie der Schwestern des hl. Vincenz v. Paula und der mit Frankreich verbundenen religiösen Körperschaften bei der Tagsatzung reclamirt zu haben. Für das Empfehlenswerthe seiner Politik zog er den Lord Palmerston an, der am 9. Juni 1832 in einer Note an die Tagsatzung sich gegen Revision der Bundesverfassung ausgesprochen. — Die Einschaltung über Polen ist ebenfalls angenommen.

Die vom Gericht mit Beobachtung des Grafen Mortier beauftragten Aerzte haben ihr Gutachten abgegeben. Sie erklären einstimmig, daß man dem Grafen nicht gestatten könne, das Krankenhaus zu verlassen. — Der Gegenadmiral Dufresne ist in Lorient gestorben. — Die Minister der Marine und des Handels haben ihre Zustimmung zu Errichtung von Docks und eines Freihafens in Dünkirchen gegeben. — Der Notar Outrebon ist als solcher abgesetzt worden; die Untersuchung dauert fort.

Großbritannien.

London, 15. Jan. Am 12. gab der neue Lord-Mayor von Dublin ein Festmahl, dem auch der Vicekönig, Graf Clarendon, beiwohnte.

In einer großen Versammlung der Besitzer der meist still stehenden Eisenwerke zu Birmingham wurden die Beschlüsse einer vorläufigen Versammlung genehmigt, die Preise der verschiedenen Eisensorten um 2 Pf. St. zu erniedrigen.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 7. Jan. Einiges Aufsehen erweckt die Nachricht, daß der Ausschuß der Stände, welcher die Befugnisse hat, nach Prüfung der Verhandlungen des Staatsraths ein Gutachten über die Minister und Rathgeber des Königs an die Stände abzugeben, neulich den Entschluß gefaßt hat, jene in Anklagestand zu versetzen. Die Veranlassung ist jedoch von ziemlich unbedeutender Natur, nämlich daß die Regierung ohne Vorwissen und Zustimmung der Stände ein Haus gekauft hat, um die Münze aus ihrem bisherigen Gebäude dahin zu verlegen. (A. Z.)

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 19. Jan. Bayerische 3½pCt. Obligationen — P., 92 G. Bayerische Bankactien I. Semester 1848 670 P., — G. Promessen per Stück Agio 77 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 104¼ P., — G.; 4pCt. 92 P., — G.; 3pCt. 65½ P., — G. Bankactien I. Semester 1585 P., — G. Württembergische 3½pCt. Obligationen — P., 87½ G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½pCt. Obligationen — P., 87½ G.

Frankfurt, 18. Jan. Metall. 5pCt. 103; 4pCt. 90½; 3pCt. 65⅞; Bankactien 1925; Taunus-Eisenbahn-Actien 355½; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 54; bayer. Ludwigs-Bexbacher-Eisenbahn 84⅛; bayer. Ludwigs-Canal 62.

Wien, 17. Jan. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 103 1/16; zu 4pCt. in CM. 89 1/16; zu 3pCt. in CM. 65; Bankactien per Stück 1570; Nordbahn 134¼.

Amsterdam, 15. Jan. 2½pCt. 54 11/16; 3pCt. 66 7/16; 4pCt. 84 5/16; Synd. 3½pCt. —; Handels-Maatschappy 162½; Ard. 14 5/16; port. 3pCt. 27 5/16; 5pCt. Metall. —.

Paris, 15. Jan. 3pCt. 74 Fr. 30 C.; 5pCt. 116 Fr. 40 C.

London, 15. Jan. Consols 87¼.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Freitag den 21. Januar: „Zopf und Schwert", Lustspiel in 5 Aufzügen von Karl Gutzkow.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Baron v. Bernhard von Augsburg; Flamlich, Regierungsrath v. Bamberg; Löro, Kaufmann von Berlin.

Hôtel Maulik. H. Miles, Major v. Landau.

Gold. Kreuz. HH. Doßer, Advocat v. Regensburg; Fröl, Gastgeber v. Kelheim.

Blaue Traube. HH. Dr. Mayer v. Augsburg; Schlesinger, Privatier aus Ungarn; Cuthbull, Dr. theol. aus England.

Farchhausgarten. HH. Wimmel, Unterarzt v. Oppenheim; Amtmann, Steuereinnehmer v. Entweiler.

Gestorbene in München.

Franz Ries, Nadelmacher v. h., 36 J. alt; Anna Maria Eider, Milchmannsfrau v. h., 53 J. alt; Augustin Häringer, Ceremoniar und Beneficiat bei U. L. Frau, 64 J. alt; Klara Maurer, Webermeisterstochter v. h., 64 J. alt.

Bekanntmachung.

2227. (2b) Zur Versteigerung der Realitäten der Gantleider, und zwar

a) des Hauses mit Bierbrauers - Gerechtsame und dazu gehörigen Garten und Keller Nr. 7 an der Brunngasse, zu dem Kreuzbräuer genannt, wird anmit auf

Mittwoch den 9. Februar 1848 Vormittags 10 — 12 Uhr Zimmer Nr. 1,

b) des Sommerkellers Nr. 40 an der Bayerstraße auf

Donnerstag den 10. Febr. 1848 Vormittags 10 — 12 Uhr Zimmer Nr. 1

zweite Tagsfahrt nach den Bestimmungen des §. 64 des Hypothekengesetzes in Verbindung mit §. 99 der Prozeßnovelle von 1837 und folg. angesetzt, wornach der Hinschlag dieser Realitäten ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth, jedoch vorbehaltlich des Einlösungsrechtes der Gläubiger zu geschehen hat.

Rücksichtlich der Beschreibung der Realitäten wird sich auf die dießseitige Ausschreibung vom 9. März l. Js. bezogen, nähere Erkundigung kann bei dem Massacurator, Schäfflermeister Paul Radlmaier dahier eingezogen werden.

Die Behausung sammt Garten und Keller, dann der radizirten Bräuers - Gerechtigkeit wurde unter dem 16. Jänner l. Js. auf 42,000 fl. —, der Sommerkeller auf 10,000 fl. geschätzt.

Erstere Realität ist mit 10,950 fl. Ewiggeld und 39,145 fl. 23 kr. 2 dl. Hypothek - Kapitalien, letztere mit 34,445 fl. 23 kr. 2 dl. Hypothekkapitalien belastet, wovon jedoch 24,445 fl. 23 kr. 2 dl. auf beiden Realitäten hypothekarisch versichert, sohin doppelt eingetragen sind.

Indem Kaufslustige hiezu eingeladen werden, wird zugleich bemerkt, daß die Kaufschillinge mit Ausnahme der zu übernehmenden Ewiggeld-Kapitalien nöthigen Falls baar entrichtet werden müssen, — daher sich unbekannte Käufer über ihre Vermögens-Verhältnisse geeignet auszuweisen haben.

Concl. den 28. Dec. 1847.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:
Barth.

Steinle.

Bekanntmachung.

2251. Nachdem an der zur erstmaligen Versteigerung des an der Feldstraße Nro. 107½, alter, Nro. 14 neuer Numerirung gelegenen Anwesens angesetzten Tagsfahrt ein den Schätzungswerth erreichendes Angebot nicht erfolgte, so wird besagtes Anwesen unter Hinweisung auf die dießgerichtliche Ausschreibung vom 23. November vor. Js. (Münchner Politische Zeitung St. 282, — Bayerischer Landbote St. 337) wiederholt dem öffentlichen Verkaufe unterstellt, und zur Annahme der Kaufsangebote Termin auf

Montag den 21. Februar l. Js. Vormittags 9 bis 12 Uhr

im Geschäftslocale Nr. 12/I anberaumt, wobei der Hinschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgen wird.

Sign. am 17. Januar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Director:
Barth.

Dr. Jungermann.

Bekanntmachung.

2239. (2b) Es wird hiemit bekannt gemacht, daß das den theils großjährigen, theils minderjährigen Milchmann-Schröst'schen Kindern gehörige Anwesen in der Ludwigsstraße Nr. 5 dahier der öffentlichen Versteigerung unterworfen wird, welcher Verkauf jedoch ein durchaus freiwilliger und theilweise im Interesse minderjähriger Betheiligter stattfindender ist, wozu auf

Mittwoch den 23. Februar 1848 Vormittags 10 — 12 Uhr

im Bureau 32/II des kgl. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Frhrn. v. Fenri Versteigerungs-Tagsfahrt mit dem Bemerken angesetzt wird, daß die Genehmigung des Zuschlages an den Meistbietenden den großjährigen Interessenten und resp. bezüglich der minderjährigen Betheiligten der Obervormundschaftsbehörde vorbehalten bleibt.

Dieses Anwesen ist gerichtlich auf 34,800 fl. gewerthet, mit 11,650 fl. der Brandassecuranz einverleibt, und lediglich mit einer Hypothek von 4000 fl. zur Sicherung einer Leibrente belastet.

Dasselbe besteht:

1) aus einem mit ebener Erde 4 Stockwerk hohen, mit gewölbtem Keller versehenen Wohngebäude, woran sich nördlich ein Seitenbau von gleicher Höhe anschließt;
2) rückwärts im Hofe befindet sich ein von ebener Erde hoch erbautes Oekonomiegebäude, in welchem Remise und Kutscherwohnung enthalten ist;
3) westlich sind mehrere von Holz erbaute Hütten angebracht, und befindet sich bei diesem Anwesen ein geräumiger Hofraum, Pumpbrunnen und laufendes Wasser.

Concl. den 31. Dec. 1847.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:
Barth.

Kopp, Achtspr.

Bekanntmachung.

2240. (3b) Auf Andringen zweier Hypothekgläubiger wird das Anwesen der Branntweiners - Eheleute Georg und Elisabeth Eisgraber Nro. 56 in der Sendlingerstraße dahier im Wege gerichtlicher Hilfsvollstreckung nach §. 64 des Hypothekengesetzes und den §§. 98 — 101 der Prozeß - Novelle vom 17. November 1837 dem öffentlichen Verkaufe zum ersten Male unterstellt und hiezu Versteigerungs-Tagsfahrt auf

Mittwoch den 15. März 1848 Vormittags 10 — 12 Uhr

im Bureau 32/II des k. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Frhrn. v. Fenri anberaumt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken geladen werden, daß die dem Gerichte unbekannten Steigerer sich über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben.

Dieses Anwesen besteht:

1) in einem gemauerten Vordergebäude, welches mit ebener Erde 4 Stock hoch erbaut und mit gewölbten Kellern versehen ist;
2) in einem gemauerten, mit ebener Erde 3 Stock hohen Mittelgebäude;
3) in einem gemauerten, mit ebener Erde 3 Stock hohen Hintergebäude mit zwei kleinen Hofräumen und einem Gumpbrunnen, und ist gerichtlich auf 24,000 fl. geschätzt, mit 10,000 fl. der Brandassecuranz einverleibt, und mit einem Ewiggeld - Kapital von 10,000 fl., dann mit 18,900 fl. Hypothekkapitalien belastet.

Concl. am 31. Dec. 1847.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:
Barth.

Kopp, Rpr.

Bekanntmachung.

2247. (2b) Behufs der Befriedigung eines Hypothekgläubigers wird das in der Wurzerstraße dahier gelegene Haus Nro. 10, auf der Vorderseite drei und auf der Rückseite vier Stockwerke hoch, mit Ziegeln gedeckt, und mit Kellergewölben und Dachwohnungen versehen, nebst dem dabei befindlichen einstöckigen mit Stallung versehenen Hintergebäude und Hofraume, gerichtlich gewerthet auf 10,000 fl., mit 3,500 fl. der Brandassecuranz einverleibt, mit 1,750 fl. Ewiggeld und 9,450 fl. Hypotheken belastet, zum ersten Male der öffentlichen Versteigerung nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 — 101 des Prozeßgesetzes vom 17. Novmber 1837 unterstellt. Tagsfahrt hiezu ist auf

Montag den 20. März l. Js. Vormittags von 10 — 12 Uhr

im Bureau des königl. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Baron v. Schleich, Zimmer Nro. 36, anberaumt, wozu Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß dem Gerichte Unbekannte sich über Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben.

München, den 12. Januar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:
Barth.

v. Deß.

*: Im Hause Nr. 13 an der Brienerstraße, vis à vis dem Wittelsbacher Palais, ist über eine Stiege die große Wohnung entweder ganz oder abgetheilt, sogleich oder für nächstkommendes Ziel Georgi zu vermiethen. Das Nähere beim Hausmeister rechts daselbst. 2252. (2a)

Bekanntmachung.

Schuldenwesen des Georg
Deibler zu Prittriching
betreffend.

2254. Auf Andringen eines Hypothekgläubigers hat das unterfertigte Gericht beschlossen, das Anwesen der Georg und Victoria Deibler'schen Eheleute zu Prittriching dem öffentlichen Verkaufe an den Meistbietenden zu unterstellen, und hat zu diesem Zweck auf kommenden

Donnerstag den 24. Februar d. Js. Vormittags von 9 — 12 Uhr

im Wirthshause des Siebenhütter zu Prittriching Termin angesetzt, wozu allenfallsige Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß sich dem Gerichte unbekannte Steigerungslustige durch legale Zeugnisse über guten Leumund und hinreichendes Vermögen auszuweisen haben.

Dieses Anwesen, welches nach der gerichtlichen Schätzung vom 13. December vor. Js. einen Werth von 2116 fl. hat, umfaßt nachstehende Bestandtheile:

1. Das Wohnhaus nebst Stall und Stadel.
2. Garten zu 0 Tgw. 68 Dez. Plnr. 186.
3. Krautgarten zu 0 Tgw. 02 Dez. Plnr. 1109.
4. Gemeindetheile Wiese zu 0 Tagw. 39 Dezim. Plnr. 566.
5. Gemeindetheile Wiese zu 2 Tagw. 46 Dezim. Plnr. 2179.
6. Untere Au zu 0 Tgw. 72 Dez. Plnr. 2861.
7. Schlechte Gründe zu 1 Tgw. 08 Dez. Plnr. 2981.
8. Schlechte Gründe zu 1 Tgw. 20 Dez. Plnr. 2526.
9. Untere Auwald zu 3 Tagw. 76 Dezim. Plnr. 2930.
10. Obere Au zu 3 Tgw. 60 Dez. Plnr. 3101.
11. Untere Au zu 4 Tgw. 83 Dez. Plnr. 3330.
12. Burgstall zu 0 Tgw. 76 Dez. Plnr. 646.
13. Merchingerweg zu 0 Tgw. 77 Dez. Plnr. 830.
14. Sicherweg zu 0 Tgw. 89 Dez. Plnr. 1164.
15. Auacker zu 0 Tgw. 74 Dez. Plnr. 375.
16. Kranzacker zu 0 Tgw. 89 Dez. Plnr. 1543.
17. Lochacker zu 0 Tgw. 80 Dez. Plnr. 1023.
18. Steibele zu 1 Tgw. 23 Dez. Plnr. 1278.
19. Holzweg zu 0 Tgw. 82 Dez. Plnr. 1683.
20. Boracker zu 0 Tgw. 68 Dez. Plnr. 1700.
21. Herleacker zu 1 Tgw. 19 Dez. Plnr. 2120.
22. Mühlangerl zu 0 Tgw. 51 Dez. Plnr. 2427, und
23. Katharinenholz zu 2 Tgw. 41 Dez. Plnr. 833½.

Der Hinschlag erfolgt nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 bis 101 der Prozeßnovelle vom 17. Novbr. 1837.

Concl. am 14. Januar 1848.

Königliches Landgericht Landsberg.
Schöninger.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 19.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödelgasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 23 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend · XLIX. Jahrgang. · 22. Januar 1848.

Deutschland.

Bayern.

*) München, 22. Jan. Sicherm Vernehmen nach liegt über eine Reise Sr. Maj. des Königs nach Italien, die einige besonders gut unterrichtete Berichterstatter bayerischer wie auswärtiger Blätter bereits für den Monat März behauptet haben, noch gar nichts Definitives vor.

München, 19. Jan. Der kgl. hannoversche Geschäftsträger am hiesigen Hof, Gardestabsmajor Frhr. v. dem Knesebeck, der jüngst hier eingetroffen, hat Sr. Maj. dem Könige bereits sein Beglaubigungsschreiben überreicht. — Der derzeitige Rector der hiesigen Universität Hofrath Dr. Thiersch hat vom König von Sachsen das Ritterkreuz des sächsischen Civilverdienstordens erhalten. — In Folge der unseligen Brandstiftung in Kemnath sind nach amtlichen Erhebungen 61 Haupt- und 31 Nebengebäude in Asche gelegt, außerdem 31 Gebäude mehr oder minder beschädigt. Vieh zwar wurde gerettet, von Effecten nur wenig. Ein alter Mann hat, da er das Bett nicht verlassen wollte, mit dem Leben gebüßt. Der Brandstifter ist verhaftet. In Regensburg und Bayreuth wird für die Brandverarmten gesammelt.*) (Bayer. Bl.)

München, 20. Jan. Am 18. d. erhielt der Generallieutenant und Generaladjutant Sr. Maj. des Königs, Frhr. v. Washington, das Ehrenkreuz des königl. Ludwigordens, für 50 zurückgelegte Dienstjahre, und da derselbe unwohl zu Hause ist, geruhte Se. Maj. der König allergnädigst, demselben in höchst eigener Person den Orden zu überbringen, und unter allerhuldreichsten Ausdrücken zuzustellen. Es werden bald 41 Jahre seyn, daß der General als damaliger Hauptmann des Regiments Kronprinz zum Adjutant Sr. Majestät als Kronprinz nach Warschau berufen wurde (Februar 1807). Seine frühere Dienstzeit mit eingerechnet, zählt derselbe dem Vernehmen nach fast 60 Dienstjahre. (Bayer. Bl.)

† München, 21. Jan. Seit geraumer Zeit verkünden Blätter einer bestimmten Farbe die nahe Wiedereinsetzung einiger im verflossenen Jahre ihrer Lehrerstellen enthobenen Professoren. So lange nur der erwarteten Thatsache Erwähnung geschah, konnte füglich geschwiegen werden, da die Zeit jedenfalls das Widerlegen übernommen haben würde. Nun aber weiter gegangen, über zugefügtes Unrecht geklagt und die erwähnte Reintegrirung als Recht ausgesprochen wird, nun erwächst auch das Reden zur Pflicht. Daß dem Wechseln in den höchsten Verwaltungs-Sphären Veränderungen in den übrigen Abstufungen öffentlicher Wirksamkeit sich anreihen, ist wahrlich nichts ungewöhnliches. England und Frankreich, diese eigentlichen Heimatländer des constitutionellen Systems bieten hievon eine ununterbrochene Reihe sprechender Beispiele, in den americanischen Freistaaten ist sogar Herkommens, daß der Wahlsieg einer politischen Partei den Rücktritt aller derselben nicht angehörigen Angestellten einschläfig der Posthalter nach sich zieht. Bei uns in Deutschland pflegt keineswegs mit solch eiserner Consequenz verfahren zu werden, und zwar mit vollem Fuge. Besitzen wir das Repräsentativsystem nicht in seinen letzten Folgerungen, so können wir uns um so leichter einer Sitte entschlagen, deren Schattenseite nicht minder als die Lichtseite zu Tage liegt. Aber wesentlich bleibt der Unterschied zwischen Entlassungen in Masse, und zwischen einzelnen Veränderungen. Jede Regierung muß sich Organe geben, deren Gesinnungseinklang ihr Vertrauen einflößt; ja, ohne eine solche Befugniß wäre die ministerielle Verantwortlichkeit ein reines Unding. Als im Jahre 1837 auf bayerischem Boden eine bekannte Partei im Widerspruche mit der immensen Mehrheit des Landes und der dasselbe repräsentirenden Kammern sich des Einflusses bemächtigt, und 10 volle Jahre hindurch bei beständiger parlamentärer Minorität diesen Einfluß festhielt, war sie wahrlich nicht sparsam mit reactionären Verfügungen. Manch achtbarer Beamte sah sich aus seiner Stellung verdrängt. Wer den momentanen Regierungsdoctrinen nicht huldigte, dem blieb jede Beförderung in dem Staats- wie im Kirchendienst unerbittlich verschlossen, soferne nicht der Scharfblick des Monarchen in einzelnen Fällen die Parteiberechnungen durchkreuzte. Zufolge des Ministerwechsels von 1847 haben in dem weiten Bereiche des Justiz- und Verwaltungsdienstes kaum zwei oder drei Pensionirungen stattgefunden; wahrlich ein rühmliches Zeugniß für die Jetztzustände unseres Vaterlandes. Auch unter den öffentlichen Lehrern ist von Ruhestandsversetzungen nur nach ganz geringem Maaßstabe die Rede gewesen. Daß jedoch einzelne Professoren, deren laut ausgesprochene Ueberzeugungen jenen von Regierung und Kammern geradezu entgegenstanden, nicht ferner erkoren blieben, diese Ueberzeugungen auf die Jugend des Landes zu übertragen oder irgendwie deren Entwicklung zu lenken, dieß wird wohl Jedermann begreiflich finden. Pflichtvergessen wäre das damalige Ministerium zu nennen gewesen, hätte es dem Monarchen gerathen, der kommenden Generation in Form von Lehrvorträgen eine Richtung aufzudrängen, die ihm inconstitutionell oder zweckwidrig schien. Sprech- und Schreibfreiheit ehren, ziemt den Regierungen. Wie durchdrungen heute die Bayerische von dieser Wahrheit ist, beweist die freigegebene Erörterung der inneren Landes-Angelegenheiten. Auch die Lehrfreiheit zählt zu den höchsten Gütern des entwickelteren Staatslebens. Doch das Staatsrechtlehren lassen im Sinne eines bekannten Handbuches, wäre nicht mehr Lehrfreiheit, es wäre Lernzwang zu Gunsten jedenfalls sehr eigenthümlicher Verfassungsauslegungen. Ebendarum wird wohl, so lange das gegenwärtige System in Kraft verbleibt, von Wiederberufung jener durchaus achtbaren aber einem entgegengesetzten Systeme offenhuldigenden Männer in das Lehrfach keine Rede seyn können, und am allerwenigsten dürften Klagen von jener Seite zu erwarten seyn, deren frühere Epurationen noch im frischen Andenken stehen. Fragen sich gewiße Blätter, wer seiner Zeit Okens Entfernung aus Bayern erzwungen, wem das Ausland Notabilitäten, wie Stahl, Pfeuffer, Harleß, von der Pfordten rc. dankt, so dürften sie etwas milder über die Gegenwart urtheilen, erkennend, daß hodie mihi cras tibi sey nichts weniger als zur Vollanwendung gelangt.

München, 21. Jan. (Amtliche Berichtigung.)*) Aus dem in Mainz erscheinenden „Katholik" ist in die „Augsburger Postzeitung", in die „Abendzeitung" und in mehrere andere Blätter eine Münchener Correspondenz vom 27. Dec. v. Js. übergegangen, an deren Schluß ein scharf bezeichneter Theil der hiesigen akademischen Bürger öffentlich der schwersten Vergehen angeschuldigt wird. Das Rectorat der Universität hat es nicht unterlassen, sich unter Bezugnahme auf die erwähnte Correspondenz an die königl. Polizeidirection mit der amtlichen Frage zu wenden: „ob gegen Studirende, welche bei der Versammlung auf der Menterschwaige betheiligt gewesen, Untersuchungen wegen angeblich dabei gehaltener demagogisch-communistischer Reden gepflogen worden seyen oder gepflogen würden, und geschähe solches oder sey es geschehen, welchen Erfolg diese Untersuchungen gehabt hätten." Darauf ist dem Rectorate die amtliche Antwort zugegangen: „daß bei der königl. Polizeidirection keinerlei Untersuchung wegen communistisch-demagogischer Reden, welche von Studirenden bei der auf der Menterschwaige jüngst stattgehabten Versammlung gehalten worden seyn sollten, eingeleitet worden sey." Da nun auch dem königl. Rectorate weder von communistisch-demagogischen Tendenzen unter irgend einem besondern Theile der hiesigen Studentenschaft, noch im Allgemeinen über die Gesinnungen und über das Betragen der akademischen Bürger im Verlaufe des gegenwärtigen Studienjahres irgend Etwas bekannt geworden ist, wodurch die im „Katholik" erhobene ebenso schwere als bedenkliche Beschuldigung beabsichtigten Umsturzes von Altar und Thron auch nur im Mindesten gerechtfertigt werden könnte, so beeilt man sich, im Vollzuge hohen Auftrages, zur Wahrung der Ehre der Universitätsangehörigen und zur Beruhigung auswärtiger Eltern rc. rc., die betreffenden Aeußerungen in dem Münchener Correspondenzartikel des „Katholik" hiemit als völlig grundlose Verdächtigungen zu bezeichnen. Diejenigen bayerischen Zeitungen, welche den verläumderischen Artikel des Mainzer Blattes aufgenommen haben, ersucht man geziemend, auch diese Berichtigung aufzunehmen. — Im speciellen Auftrag vom Rector und Senat der königl. Ludwigs-Maximilians-Universität das königl. Universitätssecretariat: Dr. Richter.

Durch ein Schreiben aus München vom 16. Jan. ist der „Allgemeinen Zeitung" folgende Erklärung zugegangen: „Die neueste von Sr. Majestät dem König genehmigte Studentenverbindung „Allemania" hielt gestern im Saale des bayerischen Hofes ihren ersten Bundescommers. Wir erwähnen dieses, theils weil den Veranstaltern dieses Studentenfestes die Ehre des Besuches des königl. Ministers des Innern, Hrn. v. Berks, widerfuhr, theils um im Gegensatze zu einer Menge von grundlosen Gerüchten und Uebertreibungen beizufügen, daß der Commers von Anfang bis zu Ende sich von allen derartigen Studentenvergnügungen durchaus in nichts unterschied, wohl aber durch Eleganz und Anstand sich auszeichnete. Der Minister richtete nach seiner Einführung in den Saal an die jungen Leute in kurzer Rede treffende Worte, welche auf die Zunächstbetheiligten einen guten Eindruck zu üben wohl ebensowenig verfehlt haben, als sie von den zahlreichen andern Anwesenden (fast aller Stände) mit lebhafter Theilnahme vernommen wurden.

♃ Vom Mittel-Lech, 17. Jan. (Schluß des gestern begonnenen Aufsatzes über das unbedingte Veto der Gemeinden und dessen Folgen.) Eben so verderblich, wie die unbedingte Pflicht der Gemeinden ihre Armen zu unterhalten, kann auch ihr Recht des „absolut hindernden Widerspruches" bei Ansässig-

*) Die Unterzeichnete ist zur Annahme von Beiträgen aller Art für die durch Brandunglück in Kemnath Verarmten bereit.

Expedition der Münchner polit. Zeitung, Knödelgasse Nro. 2.

*) Die gestrige Erklärung aus amtlicher Quelle bezog sich auf die k. Polizeibehörde. A. d. H. d. p. Z.

machungsgesuchen in den durch das Gesetz bestimmten Fällen wirken, und es wirkt verderblich, wo von demselben ein unverständiger, leidenschaftlicher und selbst unbarmherziger Gebrauch gemacht wird. Die „Niederlassung braver und arbeitsamer Familien" ist bei dem jezigen Gesetze nicht möglich, wenn jenen nicht auch schon der Besitz eines Vermögens zur Seite steht, welches als hinreichende Garantie betrachtet wird, daß die Familie der Gemeinde zur Unterhaltung nicht aufgebürdet werde. Der junge Mann im Handwerks- oder Bauernstande, der von Haus aus kein Vermögen besitzt, hat, glückliche Zufälle ausgenommen, gar keine Aussicht, durch Geschicklichkeit, Fleiß und Sparsamkeit dereinst einen eigenen Familienherd zu begründen. Die Folge davon ist Muthlosigkeit, Verschwendung, flottes Leben. Auch wird nicht selten, da das Institut der Sparcasse für ihn zu langsam und zu unergiebig wirkt, zur Lotterie Zuflucht genommen, weil diese die thörichte Hoffnung gibt, auf einmal und viel Geld zu erhalten. Daher die Erscheinung, daß Knechte und Gesellen ihren Lohn leichtsinnig vergeuden, und besonders leztere beim Verlassen der Werkstätte schon im nächsten Dorf zu betteln genöthigt sind, und dieses bequeme Subsistenzmittel auf ihrer ganzen Rundreise durchs Land nicht mehr loslassen. Aber auch die rühmlichen Ausnahmen finden ihr redliches Streben nach Ansässigmachung sehr selten mit günstigem Erfolge gekrönt. Ich will mich hier vorläufig auf die Ansässigmachung auf Lohnerwerb beschränken, deren größere Ausdehnung vorzüglich für jene Gegenden Bayerns wünschenswerth wäre, wo es bei einem großen Gutsbesitze in einzelnen Gemeinden an einer hinreichenden Zahl tüchtiger Taglöhner fehlt, und darum die Gutsbesitzer (Bauern) genöthigt sind, mehr Dienstboten einzustellen, als sie das ganze Jahr hindurch brauchen, und welche sie bei der Unzahl der gebotenen und abgewürdigten, aber doch durch Müssiggang gefeierten Feiertage den dritten Theil des Jahres für Nichtsthun lohnen und nähren müssen — dann für jene Gegenden, wo noch die Hälfte des Grundbesitzes aus öden Gründen, sterilen Viehweiden und einmädigen Wiesen besteht, welche nur auf kräftige Hände in hinreichender Zahl und ihre verständige Benützung warten, um in die üppigsten Getreidfelder und zwei- und dreimädige Wiesen umgewandelt zu werden. Wenn es sich aber auch in solchen Gegenden um Begründung neuer häuslicher Niederlassungen handelt, so wird in den allermeisten Fällen durch das Gespenst: „wir müssen die Leute seiner Zeit erhalten" — auch der absolut hindernde Widerspruch der Gemeinden hervorgerufen, und die Hoffnung der solidesten jungen Leute, sich durch Fleiß und Sparsamkeit im Familienleben ehrlich zu nähren, ist für immer vernichtet. Ein paar Beispiele. In einer Gemeinde in Oberbayern, die bei einem ausgedehnten Güterbesitze nicht einen einzigen Taglöhner hat, wollte ein lediger Bauernknecht eine Person heirathen, die auf 1½ Tagw. Grund ein neues Haus erbaute, das auf 500 fl. geschäzt ist, um sie, das von ihm erzeugte Kind, und die alte, bisher aus der Armencasse unterstüzte Großmutter durch Lohnerwerb, an dem es weder in, noch außer der Gemeinde gefehlt hätte, redlich zu ernähren. Absolut hindernder Widerspruch! Der Mensch, schon in den vierziger Jahren, lernte mit bestem Erfolg das Maurerhandwerk, um auch auf diese Weise Garantie eines gesicherten Nahrungszustandes zu bieten. Absolut hindernder Widerspruch! Die seitdem gealterte Weibsperson ist nun seit drei Jahren nicht mehr im Stande, den Zins für 200 fl. Hypothekschuld zu erschwingen, nun will die Gemeinde das Anwesen, für welches, wenn eine Ansiedelung gestattet worden wäre, schon 600 fl. geboten wurden, verkaufen, resp. in ein Gemeinde-Armenhaus umwandeln und die bisherige Besitzerin auf den Bettel anweisen, was wohl der humane Beamte, der durch längeren Aufenthalt in der Pfalz über Ansässigmachung liberalere Ansichten gewonnen und durch das Verfahren der fraglichen Gemeinde empört ist, zu verhindern wissen wird. — Ein anderes Beispiel. Zwei ledige Personen in einer anderen Gemeinde haben mit einem Vermögen von 900 fl. ein Anwesen von 1300 fl. erworben, das aus einem neu erbauten Haus und 6½ Tagw. guten aber noch uncultivirten Gründen besteht. Dasselbe erreicht die gesezliche Steuerquote nicht. Absolut hindernder Widerspruch! Der Vater darf sein sieben Jahre altes Kind und dessen 41 Jahre alte Mutter als verheiratheter Lohnarbeiter nicht ernähren. — Solche Beispiele könnten zu Hunderten angeführt werden. Einer starken Modification dieser Tyrannei des unbedingten Widerspruchs sieht gewiß jeder Freund des Vaterlandes, besonders im Interesse einer fortschreitenden Landescultur, ebenso zuversichtlich entgegen, als auch eine Beschränkung der unbedingten Pflicht der Gemeinden, allen Verarmungen ohne Ausnahme die helfende Hand zu bieten, als schlechterdings nothwendig erscheint. Es ist aber auch eine gerechte Forderung, daß in jenen Gemeinden und Bezirken, wo reiche Stiftungen zu Zwecken der Armenpflegen vorhanden sind, diese mit der höchsten Gewissenhaftigkeit verwaltet werden, und Fälle unmöglich werden, wie der, wo der Verwalter einer solchen über mehrere Landgerichtsbezirke Segen spendenden Stiftung seit einer langen Reihe von Jahren, Troz alljähriger Revision der Rechnung, eine Unterschlagung von mehr als 30,000 Gulden bewirken, ein großes Haus machen und seine Kinder reich aussteuern konnte, wogegen den betreffenden Gemeinden angekündigt ist, daß sie bis zur Deckung des Deficits nur mehr den dritten Theil der bisherigen Unterstüzungsbeiträge erhalten sollen. Die freie Presse wird auch in solches Dunkel Licht bringen, und es ist die Frage, ob einer freien Presse gegenüber solche Frevel an dem geheiligten Gute frommer Stiftungen überhaupt möglich gewesen wären. Da seit zwei Jahren von keinem ernstlichen Einschreiten gegen so enormen Mißbrauch des öffentlichen Vertrauens außer der Abnahme der Verwaltung, etwas zur Offenkunde gekommen ist, so dürfte vor allem die Besprechung der Frage interessant seyn, wer hier zum Ersaz verpflichtet ist, das K. Aerar für den nun verstorbenen Revisor, oder die zahlreichen, um zwei Drittheile ihrer bisherigen Unterstüzung beraubten Armen. Aufdecken der Wunde dürfte auch hier der erste Schritt zur Heilung seyn.

Aschaffenburg, 18. Jan. Gestern empfing der Schiffscapitän Adam Geiger von hier, welcher das Schiff „Amsterdam und Bremen" von Amsterdam durch den Ludwigscanal nach Wien geführt, auf dem Rathhause aus den Händen des königl. Stadtcommissärs, Hrn. v. Raiser die goldene Ehrenmünze des Verdienst-Ordens der bayerischen Krone. Der königl. Stadtcommissär hob in einer passenden Rede die großen Vortheile des Canals hervor, und erinnerte unter Anderm, wie es Ludwig I. von Bayern gelungen, den erhabenen Gedanken Karls des Großen, Rhein und Donau zu verbinden, in der Wirklichkeit auszuführen. Ein dreimaliges Lebehoch auf Se. Majestät schloß die Feier.

(Aschaffb. Z.)

Württemberg.

Stuttgart, 14. Jan. Gestern und heute wurde in der Eröffnung der Erkenntnisse an die Marktravaller fortgefahren; doch erfolgten mehr freisprechende als verurtheilende Erkenntnisse, die alle es nun definitiv darthun, daß auch keine Spur von einem Complott aufgefunden wurde und aufgefunden werden konnte. (U. Schn.)

Ulm, 19. Jan. Es freut uns berichten zu können, daß, während Se. Maj. der König einer allgemeinen Begnadigung der wegen der Mai-Excesse Verurtheilten zwar nicht stattzugeben geruht, doch dabei verfügt haben, daß etwaige specielle Begnadigungsgesuche — die sich auf die Art der besondern Verschuldung und auf die persönlichen Verhältnisse der Verurtheilten stützen würden — nicht ausgeschlossen seyn sollen. Die den Verurtheilten zugeschiedenen, nicht unbeträchtlichen Haft- und Untersuchungskosten sind denselben gänzlich nachgelassen worden. (Ulm. Schnellp.)

Baden.

Karlsruhe, 17. Jan. Die in der zweiten Kammer zur schleunigen Berathung der ministeriellen Vorlage über die drei Fabriken von den Abtheilungen bereits erwählte Commission besteht in den Abgeordneten Bassermann, Siegle, Goll, Weller, Mez, und wurde heute durch die Kammer mit folgenden verstärkt: Mathy, Blankenhorn, Speyrer und v. Itzstein. Der Präsident des Justizministeriums, Staatsrath Trefurt, und Ministerialrath Brauer legen die allgemeine deutsche Wechselordnung, welche von den meisten Zollvereinsstaaten bereits genehmigt worden, mit dem Bemerken vor, daß die Kammer dieselbe entweder unbedingt, also ohne Zusäze und Abänderungen, annehmen oder aber im Ganzen verwerfen könne. Diese Vorlage begleitet ersterer mit einer Rede, in welcher er unter anderem ausführt, daß der Zollverein, überhaupt bei seinem Entstehen von wenigen gewürdigt und von vielen angefeindet, schon längst die Schranken durchbrochen und für Deutschland Großes gewirkt habe. Von allen Früchten sey vielleicht eine der schönsten diese allgemeine deutsche Wechselordnung, die er somit zur Annahme empfehle. (Bad. Bl.)

Sächsische Herzogthümer.

Briefe aus dem Anhaltischen bestätigen die Nachricht, daß die gesammte Ritterschaft daselbst die Verleihung einer landständischen Verfassung beantragt hat. Die Vorstellung der Köthener soll besonders energisch abgefaßt seyn. (Aach. Z.)

Kurhessen.

Der Kurfürst hat den bisherigen Legationssecretär am österreichischen Hofe, A. v. Baumbach, zum Geschäftsträger am königlich bayerischen Hofe ernannt.

(Kass. Z.)

Kassel, 16. Jan. Der Stadtrath hatte, wie man neulich bereits berichtete, gegen die Suspension des Stadtsecretärs Wippermann remonstrirt. Gestern ist nunmehr dem Stadtrathe bei 20 Thlr. von kurfürstlicher Regierung aufgegeben worden, sofort den ꝛc. Wippermann vom Dienste zu entfernen. Diese Angelegenheit kommt nun in den Rechtsweg. — Ueber die Feier des Tags der Verkündigung der Verfassung im „Abendverein" ist eine polizeiliche Untersuchung eingeleitet worden, und es haben deßhalb schon viele Personen Verhöre zu bestehen gehabt. Die Untersuchung erstreckt sich bis jezt über die ausgebrachten Toaste und über das Aufspielen der Marseillaise. (Fr. J.)

Den „Gränzboten" wird als Vermuthung mitgetheilt, daß, wenn die Kammer die Verfassungsänderungen nicht annehme, der Kurfürst sich an den Bundestag wenden und die Erklärung verlangen wolle, daß die kurfürstliche Verfassung der Souveränetät zu nahe trete und darum nicht rechtsbeständig bleiben könne. Man wolle sich dabei auf den Umstand stützen, daß der Bundestag seiner Zeit die Garantie der hessischen Verfassung verweigert habe.

Dem „Frankfurter Journal" ist durch die Taxische Oberpostamtsbehörde die Anzeige zugekommen, daß es im ganzen Umfange des Kurfürstenthums Hessen verboten ist.

Preußen.

Berlin, 18. Jan. Nachdem Se. Maj. der König Sich gestern die hier versammelten Mitglieder des Vereinigten Ausschusses in Allerhöchstihren Gemächern hatten vorstellen lassen, wurden selbige sämmtlich zur Tafel gezogen, an welcher auch Ihre Maj. die Königin Theil nahmen. (Allg. Pr. Z.)

Unter der Rubrik: „Ständische Angelegenheiten" bringt die „Allgemeine Preußische Zeitung" vom 19. Jan. folgende Mittheilungen: I. Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc., entbieten dem Vereinigten ständischen Ausschusse Unsern gnädigen Gruß. Nachdem Wir den Entwurf des neuen allgemeinen Strafgesezbuches im Jahre 1843 Unsern getreuen Provinzialständen zur gutachtlichen Aeußerung haben vorlegen lassen, ist dieß wichtige und umfangreiche Werk auf Grund der Bemerkungen und Anträge derselben einer nochmaligen umfassenden Erwägung von Unserm Justizminister für die Gesezrevision und demnächst von einer aus Mitgliedern Unsers Staatsraths ernannten Commission unterworfen und hiernach der frühere Entwurf umgearbeitet worden. Da die provinzialständischen Gutachten über mehrere wichtige Puncte desselben wesentlich von einander abweichen, so haben Wir es, wie schon dem ersten Vereinigten Landtage in Unserer Botschaft vom 24. Juni d. Js. eröffnet worden, angemessen befunden, behufs Vorbereitung Unserer weiteren Entschließungen über den umgearbeiteten Entwurf des neuen Strafgesezbuchs noch den Vereinigten ständischen Ausschuß mit seinem Gutachten zu hören, und denselben zu diesem Zweck durch den Befehl an Unser Staatsministerium vom 3. d. Mts. berufen. Gleichzeitig sind an die Mitglieder desselben der umgearbeitete Entwurf des neuen Strafgesezbuchs nebst den dazu gehörigen Gesezentwürfen über dessen Einführung, so wie über die Competenz und das Verfahren in Strafsachen der Gerichte in dem Bezirk des rheinischen Appellations-Gerichtshofes zu Köln, imgleichen die von Unserm Justizminister für die Gesezrevision ausgearbeiteten Motive der gedachten drei Entwürfe vertheilt, und außerdem diejenigen Puncte im Strafgesezbuche, welche sich durch ihre praktische Wichtigkeit auszeichnen oder in Ansehung deren bei den provinzialständischen Berathungen vornehmlich eine wesentliche Verschiedenheit der Ansichten sich ergeben hat, auf Unsern Befehl besonders zusammengestellt worden. Indem Wir dem Vereinigten

ständischen Ausschusse, unter Hinweisung auf die bereits vertheilten Gesetzentwürfe, diese Zusammenstellung anliegend*) zugehen lassen, wollen Wir vorzugsweise über die hierin hervorgehobenen Puncte der gutachtlichen Aeusserung desselben entgegensehen, ohne jedoch den Vereinigten Ausschuß in der Befugniß beschränken zu wollen, Uns auch über andere Puncte in den demselben vorgelegten Gesetz-Entwürfen sein Gutachten abzugeben. Uebrigens bleiben Wir dem Vereinigten ständischen Ausschusse in Gnaden gewogen. Gegeben Charlottenburg, den 31. Dec. 1847. (gez.) Friedrich Wilhelm. (gez.) Prinz von Preußen. Mühler. Eichhorn. v. Thile. v. Savigny. v. Bodelschwingh. Graf zu Stolberg. Uhden. v. Canitz. v. Dücsberg. v. Rohr. — II. Hauptfragen zur Berathung für die Vereinigten ständischen Ausschüsse. 1. (§. 8.) Soll statt der im Entwurf von 1843 angeordneten Schärfung der Todesstrafe die in dem gegenwärtigen Entwurfe angeordnete Schärfung stattfinden? 2. (§. 9.) Soll die geringste Dauer der Zuchthausstrafe auf 3 Jahre bestimmt werden? 3. (§. 10.) Soll die Bestimmung des Entwurfs von 1843 wegen der körperlichen Züchtigung dahin beschränkt werden, daß diese Strafe nur gegen ehrlose Verbrecher als Zusatz zur Zuchthausstrafe, und zwar nur bei Diebstahl, Raub und Hehlerei beibehalten wird? 4. (§. 12, [27, 74, 78].) Soll die längste Dauer der Gefängnißstrafe der Regel nach zwei Jahre betragen? 5. Soll die im Entwurfe von 1843 (§§. 17, 18) angenommene Festungsstrafe wegfallen? 6. (§. 15.) Soll die Festungshaft allgemein ausgeschlossen seyn in denjenigen Fällen, in welchen der Verlust der Ehrenrechte eintritt? 7. (§. 28.) Soll die Vermögensconfiscation beibehalten werden? 8. (§. 51.) Soll das vollendete zwölfte Lebensjahr als Grenze der unbedingten Zurechnungsunfähigkeit wegen jugendlichen Alters (Entwurf 1843, §. 79, Nro. 1) gelten? 9. (§. 77.) Soll der Rückfall die Eigenschaft eines Schärfungsgrundes verlieren, wenn das neue Verbrechen zehn Jahre nach Abbüßung oder Erlaß der Strafe des zuletzt begangenen Verbrechens verübt worden ist? 10. (§. 111.) Sollen Bestimmungen über den Landfriedensbruch aufgenommen werden? 11. (§. 168.) Soll die Strafe des Ehebruchs wegfallen, wenn der schuldlose Ehegatte auf den Wegfall anträgt? 12. (§§. 199 und 204 [Entwurf 1843 §§. 284 und 187].) Soll bei Verletzungen der Ehre dem Beleidigten die Zurücknahme des Strafantrags bis zum Anfang der Vollstreckung der Strafe gestattet seyn? 13. (§§. 238 und 243 [Einführungsordnung §§. XXI. XXII.]) Soll die Untersuchung der schweren und leichten Körperverletzung im Strafgesetzbuch dem richterlichen Ermessen überlassen (§§. 238, 243) und nur in der Rheinprovinz von einer bestimmten Dauer des zugefügten Uebels abhängig gemacht werden? (Einführungs-Ordnung §§. XXI. XXII.) 14. (§. 269.) Soll bei dem Diebstahl, welcher an einer Sache von geringem Werthe und nicht unter erschwerenden Umständen begangen wird, der Richter ermächtigt seyn die Strafe bis auf Gefängniß von acht Tagen herabzusetzen? 15. Soll der §. 406 des Entwurfs von 1843, welcher eine mittlere Classe von Diebstählen ohne Veränderung des Maximums der Strafe zum Gegenstand hat, fortfallen? 16. (§. 286.) Soll die Erpressung durch Androhung einer an sich nicht strafbaren Handlung unter Strafe gestellt werden? 17. (§. 408. ff.) Sollen die Strafbestimmungen über Amtsverbrechen auch auf Inhaber von Hoheitsrechten oder Regalien, so wie auf deren Stellvertreter Anwendung finden? 18. (§. 412.) Soll der §. 621. des Entwurfs von 1843 auf die im §. 412 angegebene Art beschränkt werden? 19. Soll der §. 622 des Entwurfs von 1843 fortfallen? — III. Das Reglement über den Geschäftsgang bei dem vereinigten ständischen Ausschusse, (worauf wir zurückkommen). — IV. Die Mittheilung der Namen und des Charakters von 100 Mitgliedern der ständischen Ausschüsse; verfassungsmäßig müßten es 104 seyn, doch fehlen die Vertreter der rheinischen Landgemeinden, die sich auf dem Vereinigten Landtag von der Wahl ausgeschlossen haben.

Berlin. Die Gesetzsammlung enthält eine Cabinetsordre vom 29. Nov. v. J., betreffend den Bau einer Eisenbahn von der bayerischen Landesgränze bei Weilersweiler bis zur französischen Landesgränze in der Richtung auf Forbach.

Die „Weser-Zeitung" schreibt aus Berlin: Wir hatten in diesen Tagen Gelegenheit, umfangreiche Actenstücke einzusehen, die aus Karlsruhe hierher gelangt waren. Es sind theils Auszüge aus den Berathungen der dortigen Staatsbehörden, theils Gutachten von Kammermitgliedern und anderen Sachverständigen über die in Karlsruhe projectirte süddeutsche Bank, und zwar sind dieselben hierher gesandt worden, um von einzelnen Männern mit Rücksicht auf die hier in neuester Zeit gemachten Erfahrungen über die bei Gründung von Banken zu befolgenden Grundsätze gutachtliche Rathschläge einzuholen.

Oesterreich.

Wien, 18. Jan. Gestern trafen 400 Mann vom 3. Feldartillerie-Regiment aus Ollmütz, welche nach der Lombardei beordert wurden, hier ein und setzten ihren Marsch heute auf der Eisenbahn nach Cilly fort. — Das gestrige 50jährige Dienstjubiläum des berühmten Staatsministers Kollowrath ist von seinen Anhängern und Verehrern mit vieler Freude gefeiert worden. Der Kaiser schickte ihm ein schmeichelhaftes Handbillet. Möchte er dem Staate noch lange seine Dienste weihen, und als Vermittler der alten und neuen Zeit die jetzige Krisis zu beschwichtigen suchen. In diesem Wunsch vereinigen sich die Patrioten. Graf Kollowrath wird bekanntlich in den Augen des Volks als der mächtige Repräsentant des Fortschrittes in dem Rathe des Kaisers angesehen. — Die heutigen Nachrichten aus Mailand vom 14. melden die Ankunft des Hauptmanns Maier, der die neuesten kaiserl. Entschlüsse nach Mailand brachte. (Augsb. Abdz.)

An sämmtliche Feuerwerkmeistereien in allen Provinzen, namentlich aber in Italien, ist die Weisung ergangen, im Laufe des Winters in den Laboratorien alle Thätigkeit zu entwickeln, um die vorräthige Infanteriemunition bis zum Frühjahr völlig umzuarbeiten. Da nun der Vorrath sich auf 32,000,000 Stück Patronen beläuft, so erwächst hieraus den betreffenden Garnisonen eine tüchtige Aufgabe. (Nürnb. Cor.)

Italien.

Rom, 8. Jan. Aus den Ereignissen am 1. und 2. Jan. will die radicale Partei durchaus eine neue Verschwörung der Reactionäre machen. Die Clandestina (geheime Presse) ist wieder trotz dem Erlasse Morandis, in voller Thätigkeit. Eine von Sterbini, dem Hauptredacteur des Contemporaneo, verfaßte Adresse an den Papst soll diesem von acht Mitgliedern der Staatsconsulta übergeben werden, darunter Sterbini selbst, Masi, Azeglio, u. A. Die Deputation soll dem Papst die Gefahr für die Sache Italiens vorstellen, und die Vorschiebung eines Beobachtungscorps von 30,000 M. an den Po und gegen Modena beantragen. Letzteren Plan betreibt General Durandi, der selbst nach einem Commando strebt. Aber abgesehen davon, daß die kriegerische Erhitzung eigentlich gegenstandslos ist, fehlt es vor Allem an dem Kriegsnerv, am Geld; in der Staatscasse ist ein starker Ausfall, so daß gestern die Regierung ein Anlehen von 1 Million Scudi (2½ Mill. Gulden) mit einem französischen Bankier zu 6pCt. abschließen mußten. Von der Staatsconsulta wurde es mit 19 gegen 5 Stimmen gutgeheißen, dabei fügte sie Rathschläge zur Verminderung des Ausfalls bei. (Schw. Mkr.)

Rom, 10. Jan. Die erwähnte, von Sterbini verfaßte Adresse um Bewaffnung gegen angeblich von Oestreichs Rüstungen drohende Gefahren ist übergeben. Sie beruft sich zugleich auf die Eingabe des Obersten Stewart und 200 anderer Officiere um eine neue Militärorganisation und Vervollständigung der Bataillone. Die Adresse ist ein Ausfluß des mißtrauischen Geistes der Italiener und der jetzigen allgemeinen Aufregung, deren Mittelpunkt das Streben nach einer wirklichen Nationalität bildet. Das Volk ist auf einmal aus tiefem Schlafe erwacht und aus dem Dunkel in die blendende Tageshelle getreten: nun tastet es umher und sucht, da es Grund und Boden verloren, einen festen Haltpunkt zu gewinnen, um nicht wieder in den Abgrund zu versinken. Es fehlt, meint man, ein großer Geist, der unumschränkt und fest den Willen des Volkes lenken würde; in Pius IX. glaubte man ihn gefunden zu haben, nun sagen aber die Ungeduldigen, er habe wohl den Willen und unerschöpfliche Herzensgüte, aber er sey nicht fest genug, um Einflüsterungen zu widerstehen. — Man sagt, Monsignore Corboli-Bussi werde mit einer Sendung nach England gehen. — Graf Pietro Ferretti hat die Postdirectorstelle in Ferrara nicht angenommen, und es heißt nun, er werde nach Turin gehen, um dort an dem Abschluß des Zollvereins zu arbeiten. (Schw. Mkr.)

Aus Rom vom 11 Jan. schreibt die „Patria": Die Staatsconsulta hat ihre Zustimmung zu dem Anleihen von einer Million Scudi unter folgenden Bewilligungen ertheilt: 1) daß die Consulta vor der Verwendung nochmals befragt, 2) daß die Tilgungscasse wieder ins Leben gerufen werde, 3) daß sofort große Sparsamkeit in den Staatsausgaben eintrete. Letzteres soll auf folgende Weise bewirkt werden: daß alle seit 1814 an religiöse Körperschaften und gottesdienstliche Häuser ohne wirkliche entsprechende Gegenleistung überlassenen Einkünfte Behufs ihrer Zurücknahme einer Revision unterworfen werden; ebenfalls einer Revision unterworfen und liquidirt werden alle in gleicher Zeit bewilligten Pensionen mit strenger Zurückführung auf den gesetzlichen Betrag; daß endlich die Finanzsection der Consulta ermächtigt werde, diese beiden Grundsätze auch auf das Budget für 1848 anzuwenden. — Vom Circolo romano ging eine Bittschrift um Vermehrung der Truppen an den Cardinal Antonelli, bisherigen Präsidenten der Consulta.

Neapel, 6. Jan. Man steckt hier über die Bewegungen der Oesterreicher die Köpfe zusammen, auch die tägliche Berufung des Staatsraths bringt man mit den neuesten Ereignissen zusammen. — Ein neues in der Staatsconsulta verhandeltes Preßgesetz hat dort Gegner gefunden. (A. Z.)

Neapel, 10. Jan. Es verbreitet sich seit gestern Abend die Nachricht von einer, wie es scheint, ziemlich ernsthaft ausgefallenen Theaterdemonstration in Messina, die am Dreikönigstag stattfand. Die Menge heißt es, habe an der königl. Loge im Theater, an den Fenstern des Palastes ihren Unmuth ausgelassen und Rufe ausgestoßen, die mit den hiesigen Evvivas nichts gemein hatten. Ein Mann aus dem Volk der Scene des Auflaufs sich zufällig nähernd, sey von herzustürmendem Militär niedergeschossen worden. Gewiß ist, daß eine englische Fregatte seit einiger Zeit auf unserer Rhede vor Anker, in verflossener Nacht durch ein Dampfboot in aller Eile abberufen wurde, und die Richtung des Golfs von Messina einschlug, um dort die englischen Interessen zu wahren. — Handel und Gewerbe haben vom gegenwärtigen Zustande von Stadt und Land empfindlich zu leiden, und Alles klagt über schlechte Geschäfte. Die Ausfuhr von Producten ist sehr gering; die Händler auf dem Platze versehen sich nur mit dem Allernothwendigsten, und die kleineren Fabricanten und Gewerbsleute finden für ihre Waaren keinen Absatz. Besonders schlecht stehen diesen Winter diejenigen Einwohner die von den vielen Fremden ihren Erwerb ziehen; viele Fremdenwohnungen stehen ganz leer, und der Ausfall im Geldumlauf, den dieser Mangel an Fremden nach sich zieht, wird auf viele tausend Ducati per Tag berechnet. (Schw. Mkr.)

Genua, 14. Jan. Briefe aus Messina, vom 8 bemerken, daß die dortigen Unruhen, die im Ausland vielleicht übertrieben werden, sich auf eine sogenannte Demonstration im Theater und Straße beschränkten, wobei zufällig ein Handwerksmann, der keinen Theil daran nahm, durch die Kugel eines Polizeisoldaten getödtet wurde. (Schw. Mkr.)

Aus Sardinien. Wie der „Patria" aus Turin vom 5. Jan. gemeldet wird, ist zwischen Oesterreich und Sardinien eine Uebereinkunft abgeschlossen, welche die Streitfrage wegen des Zolls von piemontesischen Waaren beim Eingang in die Lombardei beilegt. — In der Deputation von Genua, welche dem König die Adresse um eine Bürgergarde und Aufhebung der Jesuiten überbringen sollte aber nicht angenommen wurde, waren Giorgio Doria und der Abbate Doria, Lorenzo Pareto, Vincenzo Ricci, Giacomo Balbi, Marchese Cambiaso und drei Advocaten. In Genua erscheint seit dem 5. Jan. ein neues Blatt: „La Lega Italiana" (der italienische Bund). — Aus Piemont ist eine Beglückwünschungs-Adresse an den lombardischen Advocaten Nazzari wegen seiner Reform-Anträge in der Centralcongregation abgegangen.

Aus Parma. Eine Angabe von Turiner Blättern als habe der Herzog den Beitritt zum italienischen Zollverein beschlossen, wird von der „Patria" bezweifelt.

*) Siehe unten „Hauptfragen zur Berathung für die Vereinigten ständischen Ausschüsse."

Digitized by Google

Mailand. 16. Jan. Die „Gazzetta di Milano“ enthält folgende amtliche Artikel: „In der Sitzung vom 12. Jan. hat die Centralcongregation der lombardischen Provinzen die Arbeit eines Ausschusses geprüft, welcher im Dec. vorigen Jahrs von derselben aus ihrer Mitte gewählt worden war, um Sr. k. k. Maj. unserm erlauchtesten Monarchen Ferdinand I. eine Bittschrift zu unterbreiten, in welcher, indem die Congregation von den ihr mittelst k. k. Patents vom 24. April 1815 ertheilten Befugnissen Gebrauch machte und die neuerlichst von den Provinzial-Congregationen zur Sprache gebrachten Vorschläge benützte, die Bedürfnisse, Wünsche, und Bitten der getreuen Unterthanen dieser Provinzen in Betreff einiger Verbesserungen und Umgestaltungen in den verschiedenen Zweigen der öffentlichen Verwaltung aufgenommen und der Huld des Kaisers empfohlen wurden. Der Entwurf des Ausschusses fand einstimmige Annahme von Seiten des Central - Collegiums, das auch in dieser Hinsicht das unbeschränkte Vertrauen welches das Vaterherz Sr. Maj. einflößt, gerecht zu würdigen verstand und jene würdevolle Ruhe und Erwägung zeigte, welche der Wichtigkeit des Gegenstandes angemessen war. Vorgestern, 14., hatte hierauf eine Abordnung derselben Congregation, bestehend aus einem Mitglied jeder der neun lombardischen Provinzen, die Ehre vorbesagte ehrfurchtsvolle Bittschrift in die Hände Sr. k. k. Hoheit des Erzherzogs-Vicekönigs niederzulegen, der sie mit seiner angebornen Güte in Empfang nahm und sie Sr. Maj. dem Kaiser übersenden wird.“

Aus dem lombardisch-venetianischen Königreich. Folgendes sind laut der Patria die von dem Advocaten Dr. Daniele Manin der venetiischen Centralcongregation vorgelegten und von einem Mitgliede derselben zu den seinigen gemachten Reformanträge: 1) Concentrirung aller gegenwärtigen Befugnisse der Hofstellen in dem Vicekönig, welcher mit einem Ministerrath ihm zur Seite, nur von dem Kaiser abhängen soll. 2) Erweiterung der Befugnisse der Provinzialcongregationen und Verwandlung der Centralcongregationen in Staatsräthe. 3) Durchsicht des jährlichen Budgets durch einen Ausschuß des Staatsraths; Verbot der Vermehrung und Aenderung der Steuern, der Aufnahme von Anleihen und der Uebernahme von Schulden zu Lasten der Nation ohne seine Zustimmung; Verminderung der Staatsschuld auf den in den Verträgen und dem allerhöchsten Patent vom 27. Aug. 1820 festgesetzten Fuß. 4) Uebertragung aller Aemter, außer dem des Vicekönigs an Italiener. 5) Zurückbehaltung der einheimischen Truppen in Italien, Entfernung der aus anderen Provinzen in das Königreich gezogenen, Verminderung der Dienstzeit auf fünf Jahre. 6) Beschränkung der Polizeiwillkür und der Mißbräuche der Staatsgewalt, schriftliche Verhaftbefehle, alsbaldige Ueberweisung der Verhafteten an die zuständige Behörde, wiederholte Aufforderung zum Auseinandergehen, ehe zur Anwendung von Gewalt geschritten wird. 7) Oeffentliches Rechtsverfahren im Straf- und bürgerlichen Sachen, Reform des Gefängnißwesens, Abschaffung der Todesstrafe, wenigstens für Staatsvergehen. 8) Vernünftige Gesetzgebung in Betreff der Zölle und Monopole über die Stempelgebühr, über die Posten, über die Verbrauchssteuer, über die industriellen Gesellschaften, über die Falliments, über das Prioritätsgesetz 2c. 9) Gesetzliche Bestimmungen über die todte Hand, über die nicht mehr in die Zeit passenden geistlichen Korperschaften, den Orden von Jerusalem, das Lehenswesen und die Majorate. 10) Größere Freiheit im Gemeindewesen. 11) Beitritt zum italienischen Zollverein, freier Durchpaß aller Waaren im Innern des Staats. 12) Concessionirung einer Eisenbahn von Mailand nach Piacenza und von Mailand an den Ticino und Verlängerung der Bahn von Como an die Schweizer Gränze. 13) Zu Reisen in dem ganzen österreichischen Kaiserreich soll die Sicherheitskarte hinreichen und ein allgemeiner Paß ins ganze Ausland ohne Zögerungen ausgestellt werden. 14) Reorganisation des öffentlichen Unterrichts. 15) Erleichterung der Presse in ähnlicher Art, wie sie im Kirchenstaat bewilligt sind.

Belgien.

Brüssel. 14. Jan. Aufsehen erregt die Denkschrift, welche der Bischof von Lüttich, Hr. van Bommel gegen den jetzigen Justizminister veröffentlicht hat. Dieser hat nämlich den unter seinen Vorgängern unberücksichtigt gebliebenen Gesetzen gemäß, vom genannten Bischof Rechnung über die Verwaltung des Lütticher Priester-Seminars und des Domstiftes verlangt, und zwar aus dem Grunde, weil der Staat, welcher die Lehrer jenes Seminars und die Domherren dieses Stiftes besoldet, Rechenschaft über die Verwendung seiner Gelder fordern könne und nach den Gesetzen auch fordern müsse. Hr. van Bommel bezeichnet diese Handlungsweise als eine Ungesetzlichkeit und Quälerei. Der Bischof von Lüttich stützt sich darauf, daß eine solche Rechnungsforderung seit vielen Jahren nicht mehr gestellt worden sey. Noch ein anderer nicht weniger merkwürdiger Streitpunct wurde dieser Tage zur Sprache gebracht. Der Bischof von Lüttich hat seit vielen Jahren von sämmtlichen Kirchenstiftungen seines Sprengels eine gewisse Steuer erhoben. Da nun diese Erhebung in keinem Gesetze begründet ist, auch durch den Bischof von Lüttich allein betrieben wird, so hat der Justizminister auch diesem Mißbrauche Einhalt zu thun für gut befunden, und die Kirchenstiftungen von dieser Burde befreit. Auch gegen diese Maßregel protestirt der Prälat energisch, unter der Behauptung diese Steuer sey bereits seit 30 Jahren erhoben und folglich Verjährung eingetreten. — Nach einem Brusseler Blatte sind die belgischen Seefahrer-Schulen in Ostende und Antwerpen im besten Flor und machen mit jedem Jahre große Fortschritte. Der Minister des Innern hat durch Beschluß vom 22. Dec. v. J. den Kreis des an diesen Schulen zu ertheilenden Unterrichts bedeutend erweitert.

Frankreich.

Paris, 17. Jan. Die beiden ministeriellen Blätter „Conservateur“ und „Journal des Débats“ enthalten heute folgende Erklärung: „Seit einigen Tagen geht das Gerücht um, daß die Gesundheit des Königs angegriffen sey. Dieses Gerücht hat keine Art von Begründung. Se. Majestät erfreut sich vollkommener Gesundheit und hat, seit der Ruckkehr von Dreux, die gewöhnlichen Geschäfte wieder aufgenommen.“ — Der König hat gestern wieder mit den Ministern des Auswärtigen und des Innern gearbeitet. Sodann wurde ein Ministerrath gehalten, in welchem Hr. Guizot den Vorsitz führte. - Das „Journal des Débats“ vom heutigen Datum bringt die Versicherung, die Regierung habe von Abd-el-Kader einen Brief erhalten, worin er erkläre, daß er sich der Weisheit des Königs völlig anheimgebe, und dankbar Alles annehme, was Se. Majestät uber ihn beschließen werde.“

In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer ward die Antwortadresse auf die Thronrede verlesen. Wir heben für heute aus: Nach der Versicherung, daß der Weltfriede nirgends zerstört, lautet der eingeschaltete Paragraph uber Italien. „Unser Mitgefühl und unsere Wünsche begleiten die italienischen Fürsten und Völker, welche in einer neuen Bahn wandeln mit einer Vorsicht und Klugheit, für welche das erhabene Haupt der Christenheit das rührende und großherzige Beispiel gegeben.“ Nun folgt die Schweizer Frage: „Der Bürgerkrieg ist bei einem benachbarten und befreundeten Volk ausgebrochen; Ihre Regierung hatte sich mit denjenigen von England, Oesterreich, Preußen und Rußland verständigt, um eine wohlwollende Vermittlung anzubieten. Die Schweiz wird hoffentlich erkennen, daß sie nur durch Achtung der Rechte Aller und durch Aufrechthaltung der Grundlage der schweizerischen Eidgenossenschaft ihr Glück sichern und die Bedingungen der von Europa gewährten Sicherheit erhalten kann.“ Dann wird an die Rechte der polnischen Nationalität erinnert.

Griechenland.

Ancona. 12. Jan. Aus Athen erfährt man, daß die Art wie der Reis-Effendi den Inhalt des letzten von Hrn. Glarakis an ihn gerichteten Schreibens benützte, um der Pforte die Ergänzung der verlangten Genugthuung zu verschaffen, einen sehr unangenehmen Eindruck auf das griechische Cabinet gemacht habe. Während nämlich der griechische Minister Ali Effendi ersuchte dem Hrn. Mussurus das Bedauern der Regierung von Athen über „das Mißverständniß vom 25.“ auszudrücken, hat sich der Reis-Effendi erlaubt dem Hrn. Mussurus „den beklagenswerthen Zwischenfall vom 25.“ als Gegenstand des Bedauerns zu bezeichnen. Wir können nicht glauben, daß dieser Vorgang geeignet sey, die griechische Frage noch offen zu erhalten, und hoffen daß man sich Glück wünschen wird, den leidigen Gegenstand endlich losgeworden zu seyn.

Türkei.

Konstantinopel. 29. Dec. Die Cholera scheint sich allmählich mehr auszubreiten, namentlich zu Stambul und im Weichbild der Stadt am Bosporus. Auch im Arsenal, auf den Kriegsschiffen und in einigen Casernen hat die Sterblichkeit zugenommen. (A. Z.)

Aegypten.

Triest. 10. Jan. Die neuesten Nachrichten aus Aegypten melden eine Erkrankung des Vicekönigs.

(Schw. Mkr.)

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Frankfurt, 18. Jan. Metall. 5pCt. 103; 4pCt. 90½; 3pCt. 65¾; Bankactien 1925; Taunus-Eisenbahn-Actien 355½; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 54; bayer. Ludwigs-Bexbacher-Eisenbahn 84½; bayer. Ludwigs-Canal 62.

Paris, 15. Jan. 3pCt. 74 Fr. 30 C.; 5pCt. 116 Fr. 40 C.

Berlin, 13. Jan. Es sollen sehr bedeutende Bankerotte in Petersburg nur durch die kräftige und rechtzeitige Hilfe aus dem russischen Cabinet verhindert worden seyn. Se. Majestät soll, so wird hinzugefügt, hiezu 5 Mill. Silberrubel (1 Silb.-R. gleich etwa 1 fl. 54 kr.) angewiesen haben. (Wes. Z.)

Triest, 16. Jan. Die hiesige Börse hat so eben die Ausweise über den Handel von Trieß im J. 1846 veröffentlicht, aus welchen sich für den Gesammtverkehr unserer Stadt ein Werth von 221,385,979 fl. ergibt.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag den 23. Januar: „Alessandro Stradella“, romantische Oper mit Ballet in 3 Acten v. W. Friedrich. Musik von F. v. Flotow

Königliches Odeon.

Montag den 24. Januar: „Erste Redoute im königlichen Odeon.“

Fremdenanzeige.

Gold. Hahn. HH. Baby, Bauconducteur von Eichstädt; Regensburger, Gutsbesitzer v. Friedberg; Baron v. Closen v. Gern

Gold. Kreuz. HH. Macceri, Advocat, und Bischoff, Privatier v. Augsburg.

Gestorbene in München.

Jakob Bödl, Fuhrwesenscorporal v. h., 36 J. alt; Apolonia Westermaier, Taglöhnersfrau v. h., 38 J. alt; Katharina Hofer, b. Früchtenhändlerswittwe, 53 J. alt; Math. Geiß, pensionirter königl. Hofkaller, 70 J. alt; Michaelina Schlachter, k. Hartschierswittwe, 86 J. alt.

Bekanntmachung.

Da den Partheien obliegt, die Bezahlung der Sporteln sogleich bei ihrem Erscheinen vor Amt zu bewirken (Hauptzusammenstellung der Normen über Gerichtstaxen und Stempelgebühren von Gerret, S. 8 §. 11 Ziffer 1.), bringt das unterfertigte Expeditions- und Taxamt zur allgemeinen Kenntniß, daß Jeder, welchem die Gerichtskosten für ein bei dem Kreis- und Stadtgericht aufgenommenes Protokoll, das eine Ausfertigung nicht veranlaßt, zu berichtigen obliegt, dann, wenn er zur Zahlung der Gerichtskosten weder am Tage der Aufnahme des Protokolls, noch dem unmittelbar darauf folgenden Werktage im Expeditions- und Taxamte sich meldet, die Zusendung einer Anforderung oder einer gerichtlichen Zahlungsweisung zu gewärtigen hat, für deren Insinuation, wenn solche in der sogenannten Altstadt geschieht, 4 kr., wenn sie aber vor den früher bestandenen 4 Thoren erfolgt, 8 kr., dem Gerichtsboten nach den Taxordnungen vom Jahre 1735 und 1810, dann den höchsten Ministerialrescripten vom 7. und 12. Juli 1815 zu zahlen sind.

Zugleich wird darauf aufmerksam gemacht, daß auch bei jenen Partheien, welche, wenn ihnen eine Gerichtsverfügung zugestellt wird, die hiebei angeforderte Taxe nicht sofort dem Gerichtsboten bezahlen, der Zahlungs-Saumsal die Entrichtung der bezeichneten Zustellgebühr für die Insinuation des gerichtlichen Zahlungsauftrages, welchen das unterfertigte Expeditions- und Taxamt gegen sie veranlassen muß, zur Folge hat.

München, den 15. Januar 1848.

Das Expeditions- und Taxamt des k. Kreis- und Stadtgerichts München.

Der kgl. Expeditor verhindert,

v. Maurer.

Bauer.

Digitized by Google

Nr. 20.

Man [illegible] auf das Bl. [illegible] in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir ([illegible] Nro. 2); auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährig 1 fl. 30 kr., halbjährig 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 3 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag | XLIX. Jahrgang. | 24. Januar 1848.

Deutschland.

Bayern.

††München, 23. Jan. Se. Maj. der König haben geruht, die bisherigen Legationsräthe Wilhelm Weber und Franz Auer zu Ministerialräthen II. Classe a. g. zu befördern und den Rang des königl. Generalsecretärs Dr. Joseph Rappel als Ministerialrath II. Classe zu bestimmen, ferner den Dr. Friedrich Loschge zum Ministerialassessor und den Dr. Ernest Prestele zum Ministerialsecretär II. Classe und zum geheimen Chiffreur, sämmtlich im Ministerium des königl. Hauses und des Aeußern, und endlich den geheimen Secretär Johann Schaller zum St. Hubertusordens-Secretär a. g. zu ernennen.

München. Se. Maj. der König hat durch Ministerialentschließung die Einführung des Waffenrocks und der sogenannten Schlitzhose bei der Infanterie für Alle, welche den Helm tragen, dann eine Aenderung des Mantels und der Achselblätter der Offiziere aller Waffen zu befehlen geruht. Ferner daß zu Pferd keine weißen Hosen sondern nur die blauen tuchenen, zu Fuß aber, im Sommer, auch von den Generälen, Stabsofficieren und Adjutanten, wie bisher, weißleinene und Nanking-Hosen getragen werden dürfen; dann, daß bei Hofgalla und Bällen am Hofe die den Waffenrock tragen in weißen kasimirnen über die Stiefel gehenden Hosen zu erscheinen haben. Damit der Mantel der Officiere allen Anforderungen entspreche, erhält er eine solche Einrichtung, daß seine beiden Hauptheile, nämlich der Mantelrock und der große Radkragen, von nun an, je nach Temperatur und Witterung, sowohl jeder einzeln, als beide vereinigt getragen werden können. Ueber die Form der ledernen Helme, dann welche Chargen, die bisher den Hut getragen, künftig Helme und Waffenröcke erhalten, sowie auch über die Kuppeln der mit Waffenröcken bekleideten Offiziere, hat sich Se. Maj. der König nach allerhöchster Entschließung Weiteres vorbehalten. Ebenso wird noch über die Einführung des Waffenrocks oder die Beibehaltung der bisherigen Uniform bei den Cuirassier- und Artillerie-Regimentern und dem Geniebataillon weitere Bestimmung erfolgen. — — Vom 1. Jan. 1851 an dürfen die bisherigen Uniformen nicht mehr getragen werden. — Die mit Einführung der Waffenröcke der veränderten Epaulettes der Offiziere erhalten die Benennung „Achselblätter“, und bekommen eine etwas kürzere Form, dieselben werden nämlich nur aus vier Schuppen bestehen und die Schlinge am äußern Ende von massiver Arbeit seyn. (Bayer. Bl.)

Württemberg.

Stuttgart, 21. Jan. Die Mitglieder der Kammer der Standesherren, wie die der Kammer der Abgeordneten, sind zum größten Theil hier eingetroffen, auch ist die Legitimation der neueintretenden Mitglieder durch den ständischen Ausschuß, als verfassungsmäßige Legitimationscommission, berichtigt. Als neu eintretend in die Kammer der Abgeordneten sind zu nennen: von der Ritterschaft des Donaukreises der Graf v. Adelmann; von den Bezirken Eßlingen, Nürtingen, Münsingen, Tuttlingen die HH. Stierlen, Eisenlohr, Lock, Mögling. Morgen, den 22., wird nach vorausgegangenem Gottesdienst der Landtag eröffnet werden, und zwar durch Se. Maj. den König selbst. Für die Form, in welcher künftig die Protokolle der Kammer der Abgeordneten erscheinen sollen, ist dem Vernehmen nach die Ihrer Zeitung vorgeschlagen; sie sollen unter der Aufschrift „Verhandlungen der württembergischen Kammer der Abgeordneten“ künftig wie jede andere Zeitschrift durch die Postämter des In- und Auslandes bezogen werden können. (A. Z.)

Stuttgart, 22. Jan. Die Thronrede, womit Se. Maj. der König heute die Ständeversammlung eröffnete, lautet: „Durchlauchtigste, Durchlauchtig-Hochgeborne, Hochgeborne, Edle, Ehrwürdige, Liebe Getreue! Nach einer schweren Prüfung, welche uns die göttliche Versehung auferlegt hat, fühle Ich mich glücklich, Meinen treuen Ständen ankündigen zu können, daß die durch Theurung verursachten Leiden unsers Volkes — Dank dem allmächtigen Gott — durch reichlichen Segen der Erde geendigt sind. Im Namen des Vaterlandes statte Ich allen Ständen, denen vorzüglich das Beispiel unserer ehrwürdigen Geistlichkeit vorgeleuchtet hat, den lebhaftesten Dank ab für alle Maßregeln der Wohlthätigkeit, welche die Drangsale der Unbemittelten zu lindern gesucht haben. Wenn auch in diesen verhängnißvollen Zeiten einzelne Unordnungen vorgefallen sind, so hat sich ebenso sehr der treue Sinn der gutgesinnten Bürger ausgezeichnet, und die Störer der Ordnung sind durch unsere Gesetze gerichtet werden. Trotz der großen unvorhergesehenen Ausgaben, welche die Staatscasse bei dieser Gelegenheit zu tragen gehabt hat für Ankauf von fremdem Getreide, für außerordentliche Bauten der Straßen und schnellere Förderung unserer Eisenbahnen, kann Ich doch mit hoher Zufriedenheit erklären, daß unser geregelter Staatshaushalt und die Ergebnisse der früheren Jahre uns in den Stand gesetzt haben, diese großen Ausgaben zu entrichten, ohne den Steuerpflichtigen größere Opfer als bisher aufzulegen. Bei unserm Finanzgesetz werden Sie mehrere vorgeschlagene Erleichterungen für den Grund und Boden zu berathen haben. Unser Eisenbahnbau schreitet so glücklich fort, daß Ich hoffe, in dieser Finanzperiode die verabschiedete Bahn vollendet zu sehen. Für unsere Justizgesetzgebung sind für einen künftigen Landtag mehrere zeitgemäße Reformen in Arbeit begriffen; einige dringendere werden Ihnen auf diesem Landtag vorgelegt werden, unter diesen eine allgemeine deutsche Wechselordnung, welche als ein sehr erfreulicher erster Schritt zu einer Gemeinsamkeit deutscher Gesetzgebung zu betrachten ist. Meine Ueberzeugung, daß der gegenwärtige Zustand der Presse für Zeitschriften und Blätter in Deutschland den gerechten Erwartungen der Regierungen, sowie den Bedürfnissen der Nation nicht mehr entspreche, hat Mich veranlaßt, dem Bundestag Meine entschiedenen Anträge mitzutheilen und darauf anzutragen, daß ein für alle Bundesstaaten gültiges Preßgesetz die Freiheit der Presse ausspreche, unter der Bedingung eines Strafgesetzes gegen den Mißbrauch und gegen die Uebertreter dieses Gesetzes. Die Nothwendigkeit eines Gesetzes für die Wahlen der Abgeordneten, sowie über die Organisation der Gemeindebehörden und über die Verehelichung der Gemeindegenossen ist durch die Ausbildung unserer öffentlichen Zustände ausgesprochen; in gleicher Richtung werden Sie die Entwürfe der Gesetze über Bannrechte und andere Grundlasten beurtheilen, welche — unter Beachtung der Forderungen des Rechts wohlbegründeter älterer Verhältnisse — die Einrichtungen und Bedürfnisse unserer Zeit auszugleichen bestimmt sind. Noch eine ernste Pflicht bleibt Mir zu erfüllen übrig. Die allgemein bekannten Vorfälle in der Schweiz, herbeigeführt durch schroff entgegenstehende Parteien, bis zum Bürgerkriege entflammt, mußten auch für die Nachbarländer einen gefährlichen Einfluß ausüben. Deutsche, durch die Gerichte verfolgte Verbrecher sammelten sich in jenem Land, suchten Vereine mit ihren Landsleuten zu stiften, sowie uns durch Schriften revolutionären Inhalts zu überschwemmen. Jedes auch noch so schlechte Mittel wurde versucht, um Aufregung und Unzufriedenheit zu verbreiten. In diesem Zustand, der ebenso gefährlich für uns wie für unsere Bundesnachbarn ist, wende Ich Mich mit allem Vertrauen an Meine getreuen Stände, als diejenigen, die an der Spitze Unseres Volks seinen Sinn und seine Denkungsart aussprechen. Ich lege Ihnen offen die Lage unserer Verhältnisse vor. Wenn die Einwirkungen von außen stärker hervortreten sollten, so werden Sie Mich mit unerschütterlichem Muth, so wie einst gegen die Feinde unsers Vaterlandes, jetzt — nach beinahe 32jähriger Regierung — gegen Störer unserer innern Ruhe mit eben der Festigkeit und Entschiedenheit in Grundsätzen auftreten sehen. In Vereinigung mit Ihnen, im Geiste Unserer Verfassung handelnd, gehe Ich ruhig den Stürmen unserer Zeit entgegen. Gott schütze und segne unser Vaterland!“

Auf die Thronrede erwiderte der Präsident der ersten Kammer: „Ew. königl. Majestät empfangen die getreuen Stände mit Freude und Ehrfurcht in ihrer Mitte, und fühlen sich glücklich, dem geliebten Landesvater persönlich ihre Huldigungen darbingen zu können. Sie preisen vereint mit Ew. Majestät den Allmächtigen für die Segnungen der letzten Ernte, die den schweren Prüfungen des vergangenen Jahres ein Ziel setzte. Mit pflichtgetreuem Eifer werden die versammelten Stände des Königreichs sich der Prüfung der angekündigten Gesetzesentwürfe unterziehen, wobei ihnen die von Ew. Majestät bezeichnete gleichmäßige Beachtung des Rechtes wie der Zeitverhältnisse zum Leitstern dienen muß, wenn dieselben zu einem dem Wohle des Landes gedeihlichen Ziele führen sollen; denn Gerechtigkeit ist die erste Grundveste der Staaten. Freudig begrüßen sie unter den angekündigten Gesetzen das, auf gemeinschaftlicher Berathung der deutschen Staaten beruhende Gesetz über eine Wechselordnung, als den ersten Schritt zu der so wünschenswerthen gemeinsamen deutschen Gesetzgebung. Wenn im verflossenen verhängnißvollen Jahre das Herz des für Sein Volk stets väterlich sorgenden Königs durch einzelne frevelhafte Unordnungen betrübt wurde, so zeugte dagegen der in allen Theilen des Landes über dieselben laut ausgesprochene Unwille für den guten Sinn des größten Theils desselben, und so werden, sollten je nach den beklagenswerthen Umtrieben — die aus einem Nachbarland hervorgingen, Unruhestifter versuchen wollen, ihre Parteikämpfe und Unordnungen herüber in unsere Gauen zu verbreiten, alle Gutgesinnten sich ebenso um ihren geliebten König zur Aufrechthaltung von Ruhe, Ordnung und Recht schaaren, wie einst wir unserm heldenmüthigen Könige im Kampf und Sieg folgten. — Mögen diese Stürme und Parteikämpfe unser Vaterland unberührt lassen, und Ew. Majestät noch lange Jahre im Frieden sich der Liebe Ihres Volks erfreuen. Gott beschütze unsern König! Er lebe hoch! (Schw. Mkr.)

Stuttgart, 20. Jan. Die Stuttgarter Wählerversammlung hat dem Hrn. Abgeordneten von Stuttgart ein Programm eingehändigt, aus dem wir folgende Puncte hervorheben: Preßfreiheit in dem vollen von der Verfassungsurkunde §. 28. zugesicherten Umfang, sowohl für innere als äußere Angelegenheiten, mit dem

Wunsche, die Stände möchten für die Verwirklichung dieses Rechts alle verfassungsmäßigen Mittel anwenden. Wiederherstellung des (verfassungsmäßigen) Rechts öffentlicher Versammlungen und des Vereinsrechts durch Beseitigung der die Ausübung dieser Rechte beschränkenden Verordnungen. Wahrung des Petitionsrechts der Einzelnen, wie der Corporationen. Gewissensfreiheit in dem vollen und wahren Sinne des Worts, in dem Sinne aß der Vollgenuß aller staats- und gemeindebürgerlichen Rechte durchaus unabhängig ist von dem Glaubensbekenntniß. Beeidigung des Militärs auf die Verfassung. Abschaffung der Gerichtsstandsprivilegien. Volksbewaffnung und entsprechende Verminderung des hohen Militäretats. Durchgreifende Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens der Gerichte und der Administrativstellen, Rechtsprechung durch Schwurgerichte. Errichtung deutscher Consulate. (Stuttg. Beob.)

Stuttgart. Ein Aufsatz in der „Schwäbischen Chronik" über die Nothwendigkeit des süddeutschen Eisenbahnbaues faßt seine Ansichten und Wünsche Angesichts des zusammengetretenen Landtags also zusammen: 1) Die Kammern mögen auf die alleinige Verbindung mit Baden durch eine Bahn über Pforzheim nicht eingehen. 2) Die Kammern mögen der Regierung die Mittel zum Bau einer Bahn von Bietigheim an die badische Grenze in der Richtung nach Bruchsal für die Finanzperiode von 1848—50 und zwar ohne den Vorbehalt vorherigen Abschlusses eines Staatsvertrags mit Baden über den Anschlußpunct bewilligen. 3) Die Kammern mögen für den Fall, daß die badische Regierung den Anschluß bei Bruchsal abhängig machen würde von gleichzeitigem Anschluß bei Pforzheim auch die für die kleine Abzweigung bis Pforzheim nöthigen Gelder auf dem bevorstehenden Landtage eventuell verwilligen. Schlüßlich wird beigefügt, daß auch der Beginn der obern Neckarbahn als der wichtigsten unserer Seitenbahnen für nothwendig zu erachten. Es wird nur auf die Kammern ankommen, die Mittel zum Angriff dieser Bahn sofort zu bewilligen.

Baden.

Karlsruhe, 19. Jan. Die auf heute verkündet gewesene öffentliche Sitzung der zweiten Kammer wurde dem Vernehmen nach aus dem Grunde wieder abbestellt, damit die Commission, welche über die Regierungsvorlage wegen der Unterstützung der oftérwähnten drei Fabriken Bericht zu erstatten hat, ihre Arbeiten unter Anwohnung der übrigen Kammermitglieder um so schneller vollenden kann. (Schw. Mkr.)

Karlsruhe, 19. Jan. Die Commission der zweiten Kammer, welche zur Begutachtung des Vorschlags der Regierung, die Unterstützung der drei Fabriken betreffend, niedergesetzt war, hat ihre Berathungen beendigt. Der Antrag der Majorität empfiehlt, wie verlautet den Vorschlag der Regierung mit folgenden Abänderungen zur Annahme: 1) die Garantie wird nur für die Zinsen von der Hälfte der Schulden übernommen; 2) die Zinsen von dieser Hälfte werden durchgängig mit 4 pCt. auf 8 Jahre garantirt. Die Minorität soll gegen jede Unterstützung und nur eventuell für einen Vorschuß aus dem Grundstock gegen genügende Sicherheit gestimmt haben. Der Majoritätsbericht, vielleicht auch ein Minoritätsbericht wird vorausgedruckt. Die Verhandlung ist öffentlich. (Mannh. Journ.)

Die „Karlsruher Zeitung" vom 19. enthält aus Pforzheim eine aus beglaubigter Quelle ihr zukommende Erklärung des Inhalts: die Nachricht daß in Pforzheim mehrere Fabriken in Folge der Frankfurter und Karlsruher Vorfälle ihre Geschäfte eingestellt hätten, sey durchaus unwahr.

Gr. Hessen.

Darmstadt. Bekanntlich ist seit mehreren Jahren ein Proceß zwischen den Standesherren und dem Fiscus des Großherzogthums Hessen anhängig, indem erstere als Kläger auftreten, um die Unanwendbarkeit des Grundrentenablösungsgesetzes oder doch eine vom Fiscus zu leistende höhere Entschädigungsquote zu erlangen. Dieser Rechtsstreit, dessen Beendigung unsere gesammte Ackerbau treibende Bevölkerung mit der größten Spannung entgegensah, ist nun in letzter Instanz zum Nachtheil der Kläger entschieden worden.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Preußen.

Nach einem Berichte in der „Allgemeinen Zeitung" hat der König bei der Vorstellung der Ausschußmitglieder eine Anrede gehalten, worin er sagte: daß jetzt Gelegenheit gegeben sey, der Welt zu zeigen, wie eine vollkommene Einheit bestehe zwischen der Krone und den Ständen; daß er hoffe, die Stände würden dieß beweisen, und daß er ihnen dafür gern mit seinem Danke lohne.

Das Geschäftsreglement gibt wieder eine ungemein ausgedehnte Macht in die Hände des Regierungscommissärs und des Marschalls. Es bestimmt ferner eine Präclusivfrist für einzureichende Petitionen von 8 Tagen von Eröffnung der Sitzungen an gerechnet. Jeder Plenarberathung muß eine Vorbereitung durch eine Abtheilung vorausgehen, welche der Marschall zu ernennen und deren Vorsitzende er zu bestimmen hat. Die Abtheilungen können, wenn Wir es angemessen finden, auch vor der Eröffnung des Vereinigten ständigen Ausschusses ernannt und berufen werden, und treten dann sofort in Thätigkeit. Unter den Regeln für die Plenarberathung sey hier hervorgehoben, daß diejenigen Mitglieder, welche sich vor Beginn der Berathung zum Wort melden, auch sogleich erklären müssen, ob sie für oder gegen den Gegenstand der Debatte sprechen wollen, und erhalten nach der Zeitfolge der Anmeldung abwechselnd das Wort. Ueber die Veröffentlichung der Berathungen ist bestimmt, daß dieselben eben so wie die Berathungen des Vereinigten Landtags behandelt werden sollen. Nach dem hierauf folgenden Verzeichniß der Mitglieder des ständischen Ausschusses beläuft sich deren Zahl auf 99, welche sich numerisch nach den Provinzen vertheilen: 13 Preußen, 13 Brandenburg, 13 Pommern, 12 Schlesien, 13 Posen, 12 Sachsen, 14 Westfalen, 9 Rheinprovinz.

Berlin, 18. Jan. Heute Morgen um 10 Uhr haben die Berathungen des Vereinigten ständischen Ausschusses ihren Anfang genommen. Die politischen Fragen eröffneten, wie wir gestern voraus sahen, die Debatte, doch scheint man ihnen geringere Ausdehnung gegeben zu haben, als sich vermuthen ließ. Der Graf v. Schwerin als Vorsitzender der Abtheilung begann mit der Erklärung, wie die Abtheilung der Ansicht gewesen sey, daß die politischen Fragen ausschließlich dem Vereinigten Landtage gehörten, und man sich daher gegenwärtig nur mit dem Strafgesetzentwurf zu beschäftigen habe. Eine ähnliche, mehr den Charakter einer Verwahrung tragende Erklärung gab Hr. v. Auerswald, indem er sich auf die Gränzen des vom Vereinigten Landtage nur zur Berathung des Strafgesetzentwurfs ertheilten Mandats stützte. Er verlas zugleich die Namen derjenigen Abgeordneten, welche einer solchen Erklärung beigetreten seyen. Weit aufregender aber als diese Vorträge war eine Rede des Abgeordneten Camphausen von Köln, welcher auf die Vorgänge am Vereinigten Landtage zurückgehend, der Regierung über ihr Verhalten scharfe Vorwürfe machte, und in gewisser Weise mit ständischen Repressalien drohte. Dieß rief eine mächtige Aufregung hervor. Der Landtagsmarschall forderte den Redner auf, die gebrauchten Ausdrücke zurückzunehmen; der Landtagscommissär erhob sich mit nicht geringerer Entschiedenheit, indem er zu verstehen gab, daß jeder, der sich in seinem Gewissen bedrängt fühle, volle Freiheit habe, sich zu entfernen. Hiermit endete aber auch diese Debatte; man ging demnächst sofort zur Berathung des Strafgesetzentwurfs über, und verhandelte die ersten Paragraphen desselben ohne weitere Abschweifung. Ob nun damit die Competenzfrage und was weiter damit zusammenhängt, abgethan oder nur einstweilen vertagt ist, muß im Augenblick dahinstehen. Es fehlt nicht an Vorwürfen, welche die eigene Partei dem Hrn. Camphausen macht, daß er durch seine Heftigkeit die Sache verdorben habe. Man möchte daraus auf erneute Kampflust schließen, welche vielleicht bei der Einbringung etwaiger Petitionen losbrechen wird. (A. Z.)

Die „Allgemeine Preußische Zeitung" schreibt aus Berlin, 20. Jan. Bis heute war uns bis zum Schlusse unseres Blattes, 3 Uhr Nachmittags, das Manuscript des Protokolles über die Sitzung des Vereinigten ständischen Ausschusses vom 18. Januar noch nicht zugekommen.

Berlin, 12. Jan. Heute haben wir aus sicherer Quelle die Mittheilung erhalten, daß die Errichtung eines Oberconsistoriums angeordnet und dem Staatsministerium im allgemeinen, dem Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten aber insbesondere der Befehl zugegangen ist, Sr. Majestät die Vorschläge zur Formation und zur näheren Instruction der gedachten neuen Centralbehörde vorzulegen. Es betrifft aber das Wirken oder der Geschäftskreis derselben, wie bekannt, nur die Angelegenheiten der evangelischen Confessionsgenossen im Staate. (Pr. Bl.)

Die am 18. Jan. ausgegebene Nummer der Gesetzsammlung enthält eine Verordnung, betreffend die Vereinfachung der Berathungen des Staatsraths. Die Bestimmung der Verordnung vom 20. März 1817, wonach alle Entwürfe zu Gesetzen und Verordnungen dem Staatsrath vorgelegt werden mußten, wird aufgehoben und dem König vorbehalten, über welche von diesen Entwürfen er das Gutachten des Staatsraths vernehmen will.

Halle, 15. Jan. Aus Schleswig ist hier eine Zuschrift von dem Beselercomité eingegangen, welche den Eingang von 320 Mark Banko aus Halle für den Beselerfonds bescheinigt, dafür dankt, und verspricht, es solle über die aus den verschiedenen Gauen des deutschen Vaterlands eingehenden Beiträge seiner Zeit ein vollständiger Nachweis veröffentlicht werden. (N. Cour.)

Oesterreich.

Wien, 17. Jan. Dieser Tage sind 200 Mann hiesige Artillerie-Soldaten nach Mailand befehligt worden. Dort dauern die Neckereien „gegen die Deutschen" so böswillig fort, daß die Unterdrückung dieses Unfugs mit strengern Mitteln wie bisher anbefohlen werden dürfte.

(A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Preßburg, 17. Jan. Die Magnatentafel hat heute nach viertägigen Verhandlungen über die Steuerfrage einstimmig beschlossen, daß fortan der Grundsatz der gleichen Besteuerung aller Classen der Bewohner in Ungarn Geltung haben solle, und daß zu diesem Behuf im Einvernehmen mit der Deputirtentafel eine Commission ernannt werden soll, welche einen umfassenden Vorschlag über die Modalität, die Vertheilung und Verwendung der gemeinschaftlichen Steuer, wie über die gehörige Controle derselben zu wachen habe. (A. Z.)

Schweiz.

Die „Basler Zeitung" vom 19. Jan. sagt: „Seit letztem Freitag hat keine Sitzung der Tagsatzung stattgefunden. Der einzige interessante Zwischenfall ist ein dem Präsidenten der Tagsatzung überreichtes Memorial von Sir Stratford Canning, der auf freundschaftliche Weise allgemeine Amnestie und vorsichtige Behandlung der Bundesrevisionsfrage empfiehlt und namentlich darauf aufmerksam macht, daß das entschiedene Uebergewicht Einer Partei in der Schweiz weder von Dauer sey, noch das Glück des Landes begründen könne.

Die „Basler Zeitung" vom 20. Jan. bringt nun die von Sir Stratford Canning dem Bundespräsidenten übergebene Denkschrift, die aufs eindringlichste zur Mäßigung mahnt. Die Spannung zwischen dem englischen Gesandten und den Häuptern des herrschenden Regiments soll dadurch noch größer geworden seyn. — Oberst Ziegler, der conservative Stabsofficier, der die eidgenössische Besatzung in Luzern befehligte, ist um seine Entlassung eingekommen; in einem Schreiben daß seine Unzufriedenheit mit dem bisherigen Gang der Dinge darlegt. Auch Oberst Burckhardt soll seine Entlassung verlangt haben.

Bern, 15. Jan. Der große Rath hat, das Gesetz über die Reorganisation der Hochschule heute beendigt und die Nichtlebenslänglichkeit der Anstellung der Professoren beschlossen. Der Grundsatz der Pensionirung ist ausgesprochen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Italien.

Neapel, 11. Jan. Am 6. und 8. fanden Unruhen in Messina statt. Das Militär mußte einschreiten. Auf beiden Seiten gab es Todte. Anlaß zum Aufruhr gab die Verhaftung zweier volksbeliebter Bürger, deren Freigebung man erzwingen wollte. — In Catania herrschte Aufregung. — In Palermo ist bei Erbrechung eines Hauses, aus welchem Jemand verhaftet werden sollte, das englische Consulatswappen herabgerissen worden.

(A. Z.)

Neapel, 14. Jan. Viele am 11. und 12. stattgefundene Verhaftungen haben Alles in Bewegung gebracht. Die ganze Bevölkerung von Palermo durchzieht bewaffnet die Stadt; die Truppen sind in den Casernen eingeschlossen. Ein Cavallerieausfall ist mißglückt.

(A. Z.)

Neapel, 15. Jan. Zehn Dampfschiffe bringen 7 Bataillone Jäger, das ganze 8. Regiment, die Pioniers (unter Corné), mit 24 Kanonen unter General Desauget

zur Dämpfung des sicilischen Aufstandes. — In Palermo soll es auf beiden Seiten einige Todte und Verwundete gegeben haben. Reisende schildern die Stadt als wogendes Menschenmeer. — Nach Foggia, wo Unruhen stattgefunden ist Artillerie und Cavallerie beordert. — In der Umgegend Avellinos, in Savignano, Piedimonte d'Alife fielen Störungen der Ordnung vor. — Im hiesigen Hafen ist ein einziges Dampfschiff zurückgeblieben. (A. Z.)

Mailand, 14. Jan. Einzelne Angriffe und Neckereien von Seite gewisser Classen gegen das Militär dauern fort, wobei letzteres stets nur defensiv verfährt. Das Rauchen ist noch immer völlig verpönt. Bei einem letzten zwar unbehinderten Lottoziehungsschluß waren die Setzer spärlich. Der Gemeinderath hat heute einen zum Frieden mahnenden Aufruf ans Volk erlassen. (A. Z.)

Portugal.

Lissabon, 9. Jan. Die Cortes wurden am 2. Jan. von der Königin Donna Maria in Person eröffnet. Die Thronrede haben wir wesentlich mitgetheilt. Der Eröffnung wohnte das ganze diplomatische Corps bei, mit Ausnahme des britischen Gesandten Sir H. Seymour. Seine und Sir Charles Napiers Abwesenheit, sowie das Unterlassen der üblichen Salve von dem im Tagus liegenden britischen Geschwader bei der Auffahrt der Königin, ward als ein erneuter Protest gegen die letzten Corteswahlen betrachtet. Graf v. Thomar (Costa Cabral) hat wirklich die Gesandtschaft nach Paris erhalten und angenommen; der Herzog von Terceira ist zum Gesandten in Wien ernannt. (Engl. Bl.)

Frankreich.

Paris, 19. Jan. Die Königin Louise ist am Morgen des 16. Jan. nach Brüssel zurückgereist.

Die Pairskammer hat die Adreßberathung beendigt, und dem Entwurf mit 144 gegen 23 Stimmen ihre Genehmigung ertheilt. Zuletzt hatten noch die Reformbankette die Debatte etwas belebt. Graf d'Alton-Shee hatte die Besorgniß geäußert die Regierung möchte diese lärmenden Demonstrationen zum Vorwand nehmen zu einer heftigen Reaction, zur Unterdrückung der Presse, der Minoritäten, zur Knechtung der Tribüne. Dieß gab zuerst dem Grafen Beugnot, und dann dem Minister des Innern Grafen Duchatel Anlaß der Bankettagitation den Text zu lesen. Jener beschuldigte die Opposition des Bestrebens die Wahlgesetzgebung zu entstellen, dieser warf ihr vor, daß sie das Cabinet zwingen wolle die jetzige Kammer aufzulösen, was geschehen müßte, wenn es auf die Reform eingehen wollte. Daher erklärte er den Entschluß der Regierung die Kammer nicht aufzulösen und deßwegen sich auch hinsichtlich der Reformfrage zu nichts zu verpflichten, was jedoch nicht so viel besagen wolle, daß sie für alle Zukunft jeder Reform entgegenseyn werde. Diese authentische Interpretation des „ministeriellen Nihilismus" (wie die liberalen Blätter spotten) kam noch in der gestrigen Sitzung vor, in der heutigen brachte Graf d'Alton-Shee die Reformbankette nochmals zur Sprache, indem er die Anfrage stellte: ob die Regierung den Bürgern das Recht zuerkenne, sich bei Banketten zu versammeln, oder ob die bis jetzt stattgefundenen 53 Bankette bloß Sache der Duldung gewesen, ob sie sich die Befugniß vorbehalte, dieselben zu verbieten, und ob der Polizeipräfect deßwegen vielleicht sein Veto eingelegt habe gegen das Bankett das im zwölften Bezirk von Paris gehalten werden sollte? Hierauf erwiederte der Hr. Minister des Innern: allerdings habe die Regierung das Recht, die Bankette zu verbieten, und zwar kraft des allgemeinen Polizeigesetzes von 1790. Und sobald sich die Nothwendigkeit darbieten werde, sey sie willens dieses Recht zu gebrauchen. Das Verbot des Banketts im zwölften Stadtbezirk sey auf Befehl des Ministers des Innern geschehen. Indessen nahmen sich doch einige Mitglieder der Bankette an. Jedenfalls steht eine besondere Gesetzgebungsmaßregel oder ein allgemeines Verbot nicht zu erwarten. Dagegen soll, wie die halbofficielle Presse ankündigt, demnächst ein Gesetz zur wirksamen Verhinderung des Diensthandels den Kammern vorgelegt werden.

Die Adresse der Pairskammer wurde dem König, der gestern einem dreistündigen Ministerrath vorgesessen, heute überreicht.

Der Adreßentwurf der Abgeordnetenkammer lautet wie folgt: „Sire! Seit unserer letzten Versammlung hat eine reiche Erndte die Besorgnisse zerstreut und die Uebel erleichtert, die auf unserm Vaterland gelastet. Frankreich verdiente durch seinen Muth diese Gunst des Himmels. Nie wurde unter solchen Umständen die öffentliche Ordnung so allgemein aufrecht erhalten. Die Bevölkerungen haben begriffen, daß die Verkehrsfreiheit das sicherste Heilmittel ihrer Leiden sey. Der unerschöpfliche Eifer der Privatmildthätigkeit hat die Opfer des öffentlichen Vermögens befruchtet. Unser Handelsstand hat sich durch seine Klugheit, wenn auch nicht vor schmerzlichen Schlägen bewahrt, so doch vor den Drangsalen, von welchen andere Staaten betroffen wurden. Wir wünschen uns Glück dazu mit Ew. Maj. dem Ziele dieser Prüfungen zu nahen, deren Erinnerung als eine beruhigende Erfahrung und als eine heilsame Mahnung bleiben wird. Unsere Mitwirkung ist Euch gesichert, um die großen öffentlichen Arbeiten, die wir unternommen zu Ende zu führen. Es ist für die Macht und die Wohlfahrt des Landes, für die Entwickelung unserer Industrie und die Fortschritte unserer Landwirthschaft wichtig, daß dieses große Werk vollbracht werde. Aber indem wir also fortfahren demselben genugsame Hülfsquellen zu widmen, werden wir mit immer strengerer Sparsamkeit wachen, um in unseren Budgets die Voraussetzungen aufrecht zu halten worauf die Zukunft unserer Finanzen beruht, und endlich ein vollständiges und wirkliches Gleichgewicht in den Einnahmen und Ausgaben, die erste Bedingung der Kraft und Sicherheit eines Staats, herzustellen. Der Gesetzentwurf der uns vorgelegt ist um den Preis des Salzes und die Brieftaxe in dem Maß zu erleichtern als sich mit der Lage unserer Finanzen verträgt, wird der Gegenstand unserer Sorgfalt und unserer ernsten Erwägungen seyn. Wir hoffen daß dieser Landtag durch nützliche und wichtige Arbeiten werde ausgefüllt werden. Schon sind Gesetzentwürfe über den öffentlichen Unterricht, über die Gefängnißordnung, über unsere Zolltarife unseren Berathungen unterlegt. Ihr kündigt uns andere Entwürfe an über verschiedene Materien, die nicht weniger würdig sind, geprüft zu werden, über die Communalgüter, das Pfandwesen, die Leihhäuser, die Anwendung der Sparcassen zur Unterstützung der Arbeiter im Alter. Wir gesellen uns den Wünschen Ew. Maj. bei, indem wir es uns angelegen seyn lassen, das Loos derjenigen zu versüßen, deren einzige Hülfsquelle die Arbeit ist. Wir müssen sie zumal mit Festigkeit bewahren vor den Täuschungen gefährlicher Utopien, und ihnen alle materiellen und moralischen Verbesserungen verschaffen, deren Verwirklichung in unserer Macht ist. Die Verhältnisse Ew. Majestät zu allen fremden Mächten geben Euch das Vertrauen, daß der Weltfriede gesichert sey. Wie Ihr, Sire, hoffen wir, daß der Fortschritt der Gesittung und der Freiheit überall vollbracht werde, ohne daß die innere Ordnung und Unabhängigkeit noch die guten Verhältnisse der Staaten Schaden leiden. (Folgen die bereits mitgetheilten Stellen bezüglich Italiens und der Schweiz.) Treu der Sache eines edlen Volks, erinnert Frankreich Europa an die Rechte der polnischen Nationalität, die so nachdrücklich durch die Verträge festgesetzt ist. Die Kammer hofft, daß die von Eurer Regierung, im Einvernehmen mit der Regierung der Königin von Großbritanien, getroffenen Maßregeln endlich unsere Handelsverhältnisse an den Plataufern herstellen werden. Wir ernten in Algerien die Früchte unserer Beharrlichkeit, der unermüdlichen Hingebung unserer Soldaten und eines von einem gefeierten Chef glorreich geführten Kriegs. Der furchtbarste Widersacher unserer Macht hat sich unterworfen. Dieses Ereigniß, das Frankreich eine nahe Erleichterung eines Theils seiner Lasten verspricht, bereitet für unsere africanischen Niederlassungen eine neue Aera vor. Euer vielgeliebter Sohn wird sich, wir haben dieses Vertrauen; würdig seiner großen und schwierigen Sendung entledigen. Unter Leitung Eurer Regierung wird er unsere Herrschaft durch eine geregelte und wachsame Verwaltung befestigen. Die Wohlthaten des Friedens haben nun die Eroberung dieses durch die Gewalt unserer Waffen französisch gewordenen Landes fortzusetzen. Sire! Indem Ihr Euch widmet dem Dienst unseres Vaterlandes mit diesem Muth den nichts beugt, selbst nicht die Schläge, die Euch in Euern theuersten Neigungen betroffen, indem Ihr Euer Leben und das Eurer Kinder der Sorge für unsere Anliegen, unsere Würde weihet, werdet Ihr täglich mehr das Gebäude befestigen, das wir mit Euch gegründet haben. Rechnet auf unsern Beistand um es Euch vertheidigen zu helfen. Die Aufregungen feindlicher Leidenschaften oder blinder Hingerissenheiten werden vor der durch unsere Discussionen, durch das Lautwerden aller rechtmäßigen Meinungen erleuchteten öffentlichen Vernunft zu Boden fallen. In einer constitutionellen Monarchie überwindet die Einigkeit der großen Staatsgewalten alle Hindernisse, und erlaubt allen moralischen und materiellen Anliegen des Landes zu genügen. Durch diese Einigkeit, Sire! werden wir die gesellschaftliche Ordnung und alle ihre Bedingungen aufrechthalten, wir werden die öffentlichen Freiheiten und alle ihre Entwicklungen gewährleisten. Unsere Charte von 1830, von uns als ein unverletzliches Pfand übermacht auf die kommenden Geschlechter wird die kostbarste Erbschaft sichern, welche es vergönnt ist, den Nationen zu ernten, den Bund der Ordnung und der Freiheit."

In der Abgeordnetenkammer hat sich bereits eine Anzahl Redner für die Adreßdebatte eingeschrieben: die HH. Berville, Darblay, Desmousseaux de Givre und Ducos um gegen den ganzen Entwurf, Hr. Duvergier de Hauranne um gegen den Paragraphen über die Reformbankette das Wort zu nehmen. Den Hauptgegenstand des Parteikampfes scheint vorerst die Corruptionsklage aus Anlaß der Petitschen Geschichte abzugeben. Noch vor der Adreßdebatte wird Herr Odilon-Barrot deßhalb eine Interpellation stellen, und die Regierung hat sich nicht allein bereit erklärt, der Kammer Rede zu stehen, sondern ist durch die versprochene Vorlage einer Gesetzgebungsmaßregel den Wünschen und Angriffen gewissermaßen zuvorgekommen. Sie konnte wohl nicht anders, denn schon unterm 17. Jan. hatte Hr. Dupin folgenden Antrag als Zusatz zu Art. 178 des Strafcodex über die Corruption von Beamten auf dem Bureau des Präsidiums niedergelegt. „Jeder öffentliche Diener der überwiesen wird mit seiner Stelle Handelschaft getrieben zu haben, indem er Geschenke oder Versprechungen hervorruft oder annimmt zu dem Behuf seine Entlassung zu nehmen, wird verurtheilt: 1) zur bürgerlichen Degradation; 2) zu einer Geldbuße vom doppelten Betrag des empfangenen Preises, oder zum gleichen Betrag des ausgemachten und noch nicht empfangenen Preises; 3) zu einer Gefängnißstrafe von wenigstens drei Monaten bis höchstens zu fünf Jahren. Dieselben Strafen sind anzuwenden auf jede Person die mit Kenntniß der Sache, zu einem solchen Geschäfte mitwirkt, sey es daß sie für eigene Rechnung oder als Mittelsperson für Rechnung eines andern handelt." In den Adreßentwurf selbst hat Hr. Billault die Aufnahme einer diese Controverse betreffenden Anspielung beantragt als Abänderung des vierten Paragraphen: „Wir gesellen uns dem Wunsch Ew. Maj. bei, indem wir vor allem von Eurer Regierung begehren, daß sie ohne Unterlaß bemüht sey, die Moralität der Bevölkerungen zu entwickeln, und sich nicht der Gefahr auszusetzen, sie durch unheilvolle Beispiele zu schwächen." Die bevorstehenden Interpellationen dürften leicht einige Sitzungen erfordern, die Opposition will ihre Stärke durch Antrag auf ein Censurvotum in Form einer motivirten Tagesordnung versuchen. Der Anfang der Adreßdebatte ist daher auf nächsten Montag vertagt.

Abd-El-Kader wird im Fort Lamalgue (Toulon) trotz dem ihm vom Herzog von Aumale gegebenen Worte, als Kriegsgefangener behandelt. Diese moderne punische Treue ist ein schönes Beispiel den Völkern zu einer Zeit gegeben, wo man bezüglich des freien Schweizervolkes angeblich zum Schutze heiliger Verträge Dazwischenkunft halten will. — Dem gefangenen Emir soll kurz vor seiner Niederlage vom maroccanischen Kaiser die Stelle eines ersten Ministers angeboten worden seyn. Die gefangenen Trümmer seines ehemaligen Heeres sind jetzt unter die kaiserlichen Haustruppen eingereiht.

Die Regierung hat im „Moniteur" den Ertrag der indirecten Auflagen des Jahres 1847 veröffentlicht. Es sind 820,643,000 Fr., gegen 1846 ein Ausfall von 2,648,000 Fr.

Ueber die beabsichtigte Absendung einer neuen Collectivnote an die Schweiz enthält die „Revue des deux Mondes" folgende Mittheilung, die als Angabe eines ministeriellen Blattes Beachtung verdient: „In der Conferenz, welche seit einiger Zeit in Paris gehalten wird, ist England nicht mehr repräsentirt, und da Rußland die erste Collectivnote an die Tagsatzung nicht hat überreichen lassen, so hat es auch nicht an der jetzt abgefaßten theilgenommen, die also nur im Namen der drei Cabinette von Frankreich, Oesterreich und Preußen eingegeben werden wird. In dieser Note erkennen die drei

Mächte, daß, da der Sonderbund im Augenblick des Vermittlungsanerbietens aufgehört hatte zu existiren, es natürlich war, daß die Tagsatzung den Vorschlag verwarf, (äußerst naiv!) aber sie erklären, daß sie die Kantons-Selbstherrlichkeit stets als die Grundlage der Eidgenossenschaft betrachten werden, daß in ihren Augen diese Selbstherrlichkeit nicht besteht, so lange die besiegten Kantone militärisch besetzt sind, und daß die Schweiz nicht eher einem geregelten Zustand zurückgegeben seyn wird, als nachdem die Kantone die volle Ausübung ihrer Rechte wieder erlangt haben, auf deren Aufrechthaltung die Verhältnisse der Eidgenossenschaft mit Europa gegründet sind."

Dänemark.

Kopenhagen, 15. Jan. Der König liegt an einer Entzündungsgeschwulst darnieder.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 11. Jan. Unser Wissenschaftsheros, Frhr. v. Berzelius ist erkrankt.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Paris, 19. Jan. 3pCt. 73 Fr. 45 C.; 5pCt. 115 Fr. 45 C.

London, 18. Jan. Consols 87¼.

Münchener Schrannen-Anzeige vom 22. Januar 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest.	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne			
						minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	2964	2614	330	17	53	3	2	—	—
Korn	1621	1411	210	12	25	1	46	—	—
Gerste	7684	5863	1821	11	38	—	48	—	—
Haber	1628	1521	107	5	41	—	7	—	—

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 25. Januar: Zum ersten Male: „Ein rascher Entschluß und ein Jahr nach der Hochzeit", Lustspiel in 2 Aufzügen nach dem Französischen von A. Elz. Hierauf: „Der Kobold als Arlequin", Zauberpantomime in 2 Aufzügen von Fenzl.

Königliches Odeon.

Montag den 24. Januar: „Erste Redoute im königlichen Odeon."

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. H. Neumann, Kaufmann von Mannheim; Fr. Fürstin Fugger-Babenhausen.

Gold. Hirsch. HH. Frhr. v. Salis-Seglio a. d. Schweiz; Beyerlet, Privatier v. Hanau; Pabeck, Privatier von Frankfurt; Danell, Rentier aus Amerika.

Hôtel Maulik. HH. v. Greifenberg, Privatier v. Potsdam; Bulow, Militär v. Berlin.

Gold. Hahn. HH. Würdiger, Pfarrer v. Großzundelshausen; Haas, Caplan v. Ganzenroth; Ruttiger, Privatier von Hamburg.

Blaue Traube. HH. Stalzer, Pfarrer v. Langengaibling; Hartmann und Mayer, Regierungsräthe von Nürnberg; v. Braunmüller, Gutsbesitzer v. Stuttgart; v. Barth, Gutsbesitzer von Euraeburg; v. Zander von Augsburg; Baron v. Starmseder, k. k. Oberlieutenant aus Ungarn; v. Wahlkampf, Minister v. Frankfurt; Dlle. Scheuring v. Stuttgart; Dlle. Groth, Schauspielerin v. Augsburg.

Stachusgarten. HH. Müller, Bachmeister v. Schwabmünchen; Donold, Kaufmann v. Augsburg; Wagenmiller, Kaufmann v. Kempten.

Gestorbene in München.

Ellise v. Hofmann, Schriftstellerswittwe v. h., 78 J. alt; J. B. Pfeiffer, Zimmermann v. h., 81 J. alt; Kath. Schuh, Waarenbeschauerstochter v. h., 77 J. alt; Georg Wörler, Schuhmacher v. h., 66 J. alt.

Versteigerung.

2253. Im Wege gerichtlicher Hilfsvollstreckung wird die dem Thomas Reithmayer gehörige reale Leinwebersgerechtsame, mit 200 fl. Hypotheken belastet und auf einhundert fünfzig Gulden geschätzt, der öffentlichen Versteigerung nach §. 64 des Hypothekengesetzes und den Bestimmungen der Prozeßnovelle vom 17. November 1837 §§. 98 — 101 unterwerfen, wozu auf

Montag den 28. Februar Vormittags 11 bis 12 Uhr

im Geschäftszimmer Nr. 16 Tagsfahrt angesetzt ist, und Kaufslustige mit dem Anhange geladen werden, daß solche, welche dem Gerichte unbekannt sind, sich über ihre Zahlungsfähigkeit gehörig auszuweisen haben.

Sign. am 20. Januar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

Preysing.

2242. (3b)

Bekanntmachung.

Die k. General-Bergwerks- und Salinen-Administration hat zufolge hoher Entschließung vom 8. d. M. Nr. 2834 beschlossen, den Aerarial-Salztransport von Regensburg auf der Donau und dem Ludwigs-Kanale nach Nürnberg, Forchheim und Bamberg, dann auf dem Main nach Kitzingen für die Jahre 1848, 1849 und 1850 an den Wenigstnehmenden im Submissionswege zu überlassen.

Die betreffenden Angebote müssen längstens bis zum 14. Februar dieses Jahres versiegelt bei obiger hohen Centralstelle unmittelbar eingereicht werden.

Wenn ein Angebot für annehmbar erkannt wird, so erhält der Urheber desselben hievon sogleich Nachricht, um mit ihm in Person oder mit einem Bevollmächtigten desselben vorbehaltlich höchster Genehmigung des königl. Finanzministeriums einen Schifffahrtsvertrag auf obigen Zeitraum abzuschließen.

Die gedruckten Bedingnisse, unter welchen die Ueberlassung dieses Salztransportes stattfindet, werden den Bewerbern auf Verlangen von den königl. Salzämtern Passau, Regensburg, Nürnberg und Bamberg, dann von der kgl. Salzniederlage in Straubing und von der kgl. Salzfactorie Forchheim mitgetheilt.

Gleichzeitig mit den Angeboten müssen auch legale Zeugnisse darüber vorgelegt werden, daß der Bewerber zur Schifffahrt berechtiget und daß er im Stande ist, eine Kaution von 5000 fl. baar oder in bayerischen Staatsobligationen zu leisten.

Bei dem Beginnen der Contractsverhandlungen hat der Contrahent 500 fl. baar oder in bayerischen Staatsobligationen bei der k. Bergwerks- und Salinen-Haupt-Casse in München als Reugeld zu hinterlegen, welche ihm jedoch unverzüglich zurückgegeben werden, sobald die bedungene Caution erlegt ist.

München den 8. Januar 1848.

2243. (3b)

Bekanntmachung.

Zufolge hoher Entschließung vom 8. d. Mts. Nro. 2985 hat die k. General-Bergwerks- und Salinen-Administration beschlossen, daß der Transport des Aerarial-Salzes auf der Donau von Passau nach Deggendorf, Straubing und Regensburg für die Jahre 1848, 1849 und 1850 an den Wenigstnehmenden im Submissionswege überlassen werden soll.

Die betreffenden Angebote müssen längstens bis zum 14. Februar d. Js. versiegelt bei der erwähnten hohen Centralstelle unmittelbar eingereicht werden.

Wenn ein Angebot für annehmbar erkannt wird, so erhält der Urheber desselben sogleich hievon Nachricht, um mit ihm in Person oder mit einem Bevollmächtigten desselben vorbehaltlich höchster Genehmigung des k. Finanzministeriums einen Contract auf die obigen 3 Jahre abzuschließen.

Die Bedingnisse, unter welchen der fragliche Salz-Transport überlassen wird, werden den Bewerbern auf Verlangen von den k. Salzämtern Passau und Regensburg mitgetheilt.

Nur berechtigte inländische Schiffmeister oder andere zur Schifffahrt berechtigte Inländer, welche sich hierüber durch obrigkeitliche, gleichzeitig mit dem Angebote einzureichende Zeugnisse auszuweisen, auch eine Caution von 10,000 fl. entweder baar oder in bayerischen Staatsobligationen zu leisten vermögen, können bei diesem Salz-Transporte zugelassen werden.

Bei dem Beginnen der Contracts-Verhandlungen müssen vom Contrahenten 1500 fl. baar oder in bayerischen Staatsobligationen bei der königl. Bergwerks- und Salinen-Hauptcasse in München als Reugeld hinterlegt werden, welche er jedoch unverzüglich zurückerhält, sobald er die bedungene Caution erlegt hat.

München, den 8. Januar 1848.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

2255. (3a) Mittwoch den 16. Feb. 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Jänner 1847, und zwar von

Nro. 23,401 bis 31,428.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Dienstag den 22. Febr. 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 22. Jan. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

L. Negrioli, Mag.-Rath.

Schnetz, Cassier. Offenbrunner, Controleur.

2221 (3c)

Schreibstube des Hrn. Claudon, königl.-franz. Notar zu Mühlhausen, Oberrhein, im Elsaß.

Gerichtlicher Verkauf zwischen Mehr- und Minderjährigen.

Montag, den 31. Januar 1848, um 2 Uhr Nachmittags im hienach bezeichneten Gasthof, wird vor Hrn. Claudon, Notar zu Mühlhausen, zur öffentlichen Versteigerung geschritten werden:

Des neuerbauten, schönen und geräumigen **Gasthofes zur Stadt Paris**, gelegen in Mühlhausen, am Baselthor, Nr. 3, und an der königlichen Landstraße von Bar-le-duc nach Basel.

Diese großartige Liegenschaft mißt eine Oberfläche von ungefähr 80 Aren, und besteht namentlich:

Aus einem Hauptgebäude, das in Wirthschaft, Restauration und Kaffeesälen nebst Billards, in Privatwohnungen und Krambuden eingetheilt ist, nebst Oekonomiegebäuden, Badezimmer, Stallungen, Scheunen, Höfen, Hühnerhof, Brunnen u. s. w.

Und aus einem hübschen, daran gelegenen englischen Lustgarten, Eishütte, große Kegelbahn, Sommerhäuschen und sonstigen Rechten und Gerechtigkeiten.

Mit diesem Gasthofe, der sich der besten Kundschaft erfreut, und dessen vortheilhafte Lage demselben fortwährend einen glücklichen Fortgang verbürgt, werden noch die zur Wirthschaft und Restauration gehörigen Mobilien und Geräthschaften zum Verkaufe ausgesetzt werden, auf den Anschlag von

256,000 Fr.

Diese Liegenschaft wird, unter Vorbehalt des Ganzen, in zwei Loose veräußert werden, nämlich:

Das erste Loos bestehend aus sämmtlichen Gebäulichkeiten und Mobiliarwesen, nebst den Höfen, dem Hühnerhof, Brunnen und sonstigen Zugehörigkeiten, so wie auch aus einem beträchtlichen Theil des Gartens, geschätzt zu Fr. 250,000

Das zweite Loos besteht einzig aus der andern Abtheilung des Gartens, geschätzt zu . . . . Fr. 6,000

Zusammen . Fr. 256,000

Außer diesen Liegenschaften werden noch andere Güter, bestehend aus Gärten, Matten und Ackerfelder, versteigert werden.

Für nähere Erkundigungen wende man sich an gemeldeten Notar, Inhaber des Lastenhefts und der Eigenthumsschriften

Für die arme erblindete Zimmermanns-Wittwe Maria Ecker

sind eingegangen bis 11. Januar in Summa 4 fl. 48 kr.

Um weitere Beiträge der Mildthätigkeit wird hiemit gebeten.

Expedition der Münchener politischen Zeitung, Knödelgasse Nr. 2.

Für die durch Brandunglück in **Kemnath** Heimgesuchten sind an Beiträgen eingegangen:

Den 23. Jan. von St. . . . . 1 fl.

Expedition der Münchener politischen Zeitung, Knödelgasse Nr. 2.

Schubert, verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 21.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger Gasse Nr. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 24 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag | XLIX. Jahrgang. | 23. Januar 1848.

Deutschland.

Bayern.

††München, 24. Jan. Gemäß allerhöchstem Rescript wurde der Forstcommissär II. Classe bei der Regierung der Oberpfalz und von Regensburg, K. d. F., Heinrich Geiger, zum Forstmeister des Forstamts Bruck provisorisch ernannt, und die Postverwaltung III. Classe zu Brückenau dem Postofficial Karl Pillement zu Aschaffenburg provisorisch verliehen.

München, 20. Jan. Vom 1. März d. Js. wird eine „Isarzeitung", redigirt von Dr. Riedel, hier erscheinen, und wie man hört, freisinnige Strebungen verfolgen. — Immer lauter wird der Wunsch nach Begründung einer zweiten, wo möglich volksthümlichen Bühne; es soll dieser höchst billigenswerthe Wunsch durch Wiederherstellung der ehemaligen „Bühne am Isarthor" verwirklicht werden.

Die „Regensburger Zeitung" theilt ein Rescript des königl. Ministeriums des Innern an die Kreisregierungen in Betreff des Aufenthalts der aus der Schweiz geflüchteten Jesuiten in Bayern seinem Wortlaut nach mit. Es lautet: „Nachdem verlautete, daß einige von den, in Folge der neuesten Ereignisse in der Schweiz aus diesem Lande entflohenen Jesuiten nach München und an andere Orte in Bayern sich begeben haben, so wird dem Regierungspräsidium zur Nachachtung eröffnet, daß den aus der Schweiz geflüchteten Jesuiten und ihrem etwaigen Gefolge im ganzen Gebiete des Königreichs, somit auch in Klöstern, ein den Zeitraum von einigen Tagen überschreitender Aufenthalt nicht gestattet werden darf und daß lediglich bei eintretenden Krankheitsfällen Ausnahmen einzutreten haben. Das königl. Regierungspräsidium hat demnach ungesäumt in angemessener Weise die Anordnung dahin zu treffen, daß den allenfalls im Regierungsbezirk sich aufhaltenden aus der Schweiz geflüchteten Jesuiten nebst Begleitung die Aufforderung zugehe, das Königreich demnächst zu verlassen, insoferne nicht die alsbaldige Abreise durch Krankheit verhindert ist. Der vorstehende Auftrag ist mit derjenigen Schonung in Vollzug setzen zu lassen, welche Unglücklichen geziemt, ohne daß aber die Anordnung selbst außer Vollzug bleibt. Auch ist Anzeige anher zu erstatten, ob solche aus der Schweiz geflüchtete Jesuiten nach Bayern sich zurückgezogen, in welcher Zahl und wo sie sich aufhalten, dann wann sie das Königreich verlassen haben. Für den gegentheiligen Fall ist Fehlanzeige zu machen. München, 9. Dec. 1847."

Unter der Rubrik: „Vollzug der Preßverordnung vom 10. December" schreibt der „Correspondent" aus Nürnberg, 22. Jan.: „Gestern wurde dem C. v. u. f. D. eine Anzeige, worin Jemand eine neue Kaffee-Zubereitungsmethode empfahl, und sich zu deren Mittheilung gegen Honorar erbot, von der hiesigen Censurbehörde gestrichen. Da nun, obgleich der Kaffee aus auswärtigen Staaten bezogen wird, doch dessen Zubereitung im Inlande zu den „inländischen Angelegenheiten" zu gehören scheint, und da der Redaction ein im Königreiche Bayern bestehendes Strafgesetz, welches durch eine neue Kaffee-Zubereitungsmethode, oder eine Anzeige darüber, im Verbrechens- oder Vergehens-Grade verletzt würde, nicht erinnerlich war, auch ein Angriff auf die Ehre eines Privaten in einer solchen Anzeige schwerlich gefunden werden dürfte: so hat die Redaction gegen jenen Abstrich sofort den Recurs an die königl. Kreisregierung ergriffen, über welchen nach Ziffer VI. der Vollzugsinstruction vom 26. Dec. v. Js. binnen drei Tagen entschieden werden muß, und dessen Resultat wir seinerzeit den Lesern mittheilen werden."

Nürnberg, 22. Jan. Das Gemeindecollegium unserer Stadt, dem bis jetzt noch keine Entschließung auf sein vor länger als sechs Monaten eingereichtes Gesuch um Oeffentlichkeit seiner Sitzungen geworden, ist jüngst wiederholt um geneigte Antwort bei der Regierung von Mittelfranken eingekommen. (C. v. u. f. D.)

In Würzburg hat sich, laut der dortigen Zeitung, bei dem Arrosirungsgeschäft eine eigenthümliche Controverse erhoben. Die Special-Schuldentilgungs-Casse will nämlich die Arrosirenden zwingen, für das zugeschossene Baargeld Obligationen von derselben Größe wie die arrosirten zu nehmen. Wenn z. B. Jemand eine 1000 fl.-Obligation arrosirt, und für das baare Geld 10 Stück 100 fl.-Obligationen verlangt, so verweigert sie ihm dieß und sagt, sie könne ihm wieder nur eine 1000 fl.-Obligation geben. In welchem Paragraphen des Anlehensgesetzes, in welchem Interesse des Staates (der den Geldbesitzern die Anlage in jeder Weise erleichtern und angenehm machen müßte, statt sie ihm durch kleinliche Plackereien zu verleiden) ein solches Verfahren begründet seyn soll, läßt sich schwer einsehen.

Württemberg.

Stuttgart, 20. Jan. Viel erwartet man von dem Landtage, hauptsächlich von der Opposition. Diese wird zwar moralisch im Uebergewicht seyn, der Stimmenzahl aber gewiß nicht, denn Sie dürfen sich nur daran erinnern, daß allein 23 Sitze in unserer zweiten Kammer von Mitgliedern der Geistlichkeit und von Abgeordneten der Ritterschaft eingenommen werden, Herren, die doch gewöhnlich nicht gegen die Regierungsmaßregeln stimmen. — Der „Entwurf einer bürgerlichen Proceßordnung für das Königreich" ist jetzt im Druck erschienen. In dem Vorwort des Justizministeriums heißt es: bei diesem auf die Grundlage der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit des Verfahrens und des damit in nothwendiger Verbindung stehenden Verhandlungsprincips gebauten Entwurfe sey die bürgerliche Proceßordnung für das Großherzogthum Baden, so weit sie während ihrer 15jährigen Wirksamkeit als zweckmäßig sich erprobt hat, zum Vorbild genommen, wegen der einleuchtenden Vortheile, welche die möglichste Uebereinstimmung der Grundsätze des gerichtlichen Verfahrens in beiden Nachbarstaaten für die Ausbildung der Rechtspflege und Wissenschaft vor einer isolirten Gesetzgebung habe, und um zu einer Vereinigung deutscher Staaten über gemeinsame Gesetzgebung, welche inzwischen hinsichtlich des Wechselrechts mit so günstigem Erfolg wirklich unternommen wurde, Anregung zu geben. Gewiß eine höchst erfreuliche Bekanntmachung als weiterer Schritt zu einer gemeinsamen deutschen Gesetzgebung; ein Ziel, das wohl auch fernerhin durch Unterhandlungen zwischen den verschiedenen Staaten verfolgt werden wird. (Augsb. Abdz.)

In mehreren Wahlbezirken haben die Wähler ihren Abgeordneten ähnliche Aufträge, wie die 28 auf der Stuttgarter Versammlung vom 17. Jan. angenommenen, ertheilt.

Baden.

Karlsruhe, 20. Jan. (12. Sitzung der zweiten Kammer.) Brentano zeigt eine Motion an auf Enthebung der Ortsvorgesetzten von den diesen durch die Gemeindeordnung übertragenen Verrichtungen eines Vollstreckungsbeamten und Uebertragung derselben an einen besondern Geschäftsvollzieher. Speyrer übergibt seinen Namens der dießfalls ernannten Commission erstatteten Bericht über die im Vereinszolltarife stattgefundenen Abänderungen, er wird dem Drucke übergeben. Nach Vorlegung einiger Petitionen um Verwandlung der Weinaccise in ein Aversum, Aufhebung oder Ermäßigung der Hundstaxe, sodann um baldmöglichste Katastervermessung u. s. w. begründet Zentner seine angekündigte Motion auf Einführung eines vollständi-

---

Gunchild von Schweden.

(Geschichtliche Novelle von N. v. St.)

(Fortsetzung.)

Mit verdoppelter Stärke hatte indeß Waldemar das Gebiet Skandinaviens wieder betreten, und den kurz unterbrochenen Kampf wieder aufgenommen, wobei, da nur wenige Schaaren ihm die Landung wie das Vordringen verweigern konnten, der Sieg auf seiner Seite geblieben. In beflügelter Eile zog daher Ingarth, von Sven begleitet, dem die Kampfbegier des feurigen Herzens den Abschied von der Geliebten erleichtert hatte, mit dem wieder versammelten Heer dem Schauplatz des Krieges entgegen. Leichter athmete des Jünglings Brust auf, seit er die weiten Gemächer der stolzen Königsburg nicht mehr betreten durfte, wo der Anblick der Zügellosigkeit die hier herrschte, und den Höchsten wie den Geringsten ergriffen, sein einfaches reines Gemüth mit Abscheu erfüllte, und ein heißer Schmerz ihn bei dem bloßen Gedanken durchzuckte, daß die Verschwenderin seine Mutter. In beklommener Leidenheit, die oft sich bis zu innerster Erbitterung steigerte, vernahm er die herben Klagen, die lauten Verwünschungen, und beim gewalthabenden Odin, dem furchtbar unerbittlichen Rächer des Meineids, gelobte er in seines Herzens Tiefe sich, sobald man ihn des Landes Herrscher nennen werde, die eben so leichtsinnig als unbarmherzig geschlagenen Wunden des verarmenden Landes zu schließen, Freudigkeit über die abgehärmten Gesichter zu ergießen, und Sättigung in die entblößten Hütten zurückzuführen. Doch auch den Zauberklängen des Ruhmes blieb sein frisch empfindendes und für alles Große empfängliche Herz nicht unzugänglich. Zwar hatte seine Erziehungsstätte fern dem geräuschvollen Kriege gelegen, aber der Durst nach kühnen Thaten hatte, über die heimischen Harfentöne hinwallend, im Herzen eine Gestalt errungen; der stille Geist war im göttlich-freien Bilderreiche hinausgezogen in die strahlenden, im Kampfgetümmel wild durcheinanderwogenden Reihen der mannhaften Streiter.

(Fortsetzung folgt.)

Mannigfaltiges.

(Fortsetzung des Auszugs aus dem Jahresbericht des Münchener Vereins gegen Thierquälerei.)

Was vom Undank gilt, gilt eben so vom Verbrechen. Wie wäre es möglich, daß Menschen, die mit untergeordneten Thieren Mitleid gelernt hätten, mit kaltem Blute, mit fester, schonungsloser Hand — oft einer erbärmlichen Ursache wegen — durch Mord, Todtschlag, Raub, Diebstahl, Betrug, Nothzucht und dergleichen Unglück, Elend, Tod und Todesangst und Verzweiflung über ihre Schlachtopfer und deren Familien und Angehörige bringen könnten? Ihr unglücklichen Eltern, die ihr, den Tod im Herzen, Abschied nehmt von

gen bürgerlichen Gesetzbuches in den deutschen Bundesstaaten, Stößer stellt den Antrag auf deren Vorausdruck und Verweisung in die Abtheilungen und wird von Buß, Peter, Junghanns, Hägelin, Mez, Christ, Oster und Anderen unterstützt, worauf der Präsident die öffentliche Sitzung schließt und solche in eine geheime verwandelt, in welcher mehrere Berichte über den Zollverein betreffende und unter den Vereinsstaaten abgeschlossene Verträge erstattet werden sollen. Die nächste öffentliche Sitzung ist auf den 22. Jan. angeordnet, und es wird in derselben Mathy über die eine Unterstützung der bekannten drei Fabriken bezweckende Regierungsvorlage Namens der zu ihrer Prüfung ernannten Commission Bericht erstatten, sofern er nämlich bis dahin dessen Ausarbeitung vollendet hat. (Schw. Mkr.)

Karlsruhe, 22. Jan. Die zweite Kammer unserer Stände hat sich durch ihren Berichterstatter Mathy bereit erklärt, für die drei in ihrer Existenz bedrohten Fabriken in Ettlingen, Karlsruhe und Waghäusel einzutreten, und eine Zinsgarantie zu übernehmen, durch welche die Gläubiger, wie man hofft, gegen allzu große Verluste gedeckt und zu einem Arrangement bestimmt werden sollen. Mathy's Bericht war ausgezeichnet, und Deutschlands Industrie ist ihm zu Dank verpflichtet. Der Entwurf der Regierung ist in seinen wesentlichen Puncten der Kammer, welche nächsten Mittwoch die Discussion beginnen wird, zur Annahme empfohlen, abgeändert wurde indeß folgendes: Die Staatsgarantie soll nicht für den ganzen Schuldenbetrag zugestanden werden, sondern bloß zu drei Viertel für die Maschinenfabrik, und zu der Hälfte für die beiden andern Gewerbsanlagen, für sämmtliche drei Fabriken würden 4 pCt. auf 15 Jahre garantirt. Dieß betrüge, die ganze Schuldsumme berechnet, nur etwa 2 pCt. für Waghäusel und Ettlingen und 3 pCt. für Keßler; wenig genug. Der Staat hätte, wenn die Gläubiger sich einverstanden erklären, nach dem jetzigen Vorschlag alljährlich für 120,000 fl. gut zu stehen, nach dem Regierungsentwurf etwa für 200,000 fl. (A. Z.)

K. Sachsen.

Leipzig, 16. Jan. In diesen Tagen ist in den hiesigen Gymnasien eine Verordnung des Cultusministeriums verlesen worden, worin alle und jede Vereine und Verbindungen unter den Schülern, welchen Namen sie auch tragen und welchen Zwecken sie dienen mögen, z. B. selbst bloße Singkränzchen, auf das Strengste verboten und die Mitglieder mit der schwersten Ahndung bedroht werden.

Sächsische Herzogthümer.

Meiningen, 16. Jan. Heute wurde der neuberufene Landtag feierlich eröffnet. Da Se. H. der Herzog noch nicht völlig hergestellt ist, so eröffnete der Vorstand des Landesministeriums Geh. Rath v. Werthern, die Ständeversammlung in dem Landschaftsgebäude. Mittags war große Tafel bei Hofe. Außer dem Etat liegen mehrere Gesetze über Eigenthumsrecht und Hypothekenwesen und mehrere andere bei dem Schlusse des letzten Landtags unerledigt gebliebene Gegenstände zur Berathung vor, und mehrere andere, z. B. über Eisenbahnangelegenheiten, wurden in der Eröffnungsrede verheißen. (Dorfz.)

Kurhessen.

* Kassel. Die Stadt Kassel ist dermalen ohne Repräsentation. Durch den Eintritt des Oberbürgermeisters Arnold in den Staatsdienst ist auch für ihn eine neue Wahl als Ständemitglied nothwendig geworden. — Der Stadtrath hatte gegen die Suspension des Stadtsecretärs Wippermann remonstrirt. Am 15. Jan. ist nunmehr dem Stadtrathe bei 20 Thaler von kurfürstlicher Regierung aufgegeben worden, sofort den rc. Wippermann vom Dienste zu entfernen. Diese Angelegenheit kommt nun in den Rechtsweg. (Fr. J.)

Am 12. Jan. kam zu Hanau in dem Gasthause zur Krone eine bedeutende Zahl dortiger Bürger (nach den Angaben etwa 800) zusammen, um unter den Auspicien des Bürgermeisters Eberhard den Eidschwur zu erneuern, den auf die Verfassung zu leisten ein jeder Kurhesse mit erreichtem achtzehnten Lebensjahre gehalten ist. Zugleich kam man überein, an den Vertreter Hanaus in der Ständeversammlung eine Deputation zu entsenden, um ihn im Namen seiner Committenten aufzufordern, seine Zustimmung keiner Proposition, von welcher Seite sie auch gestellt werden möchte, zu ertheilen, wodurch unmittelbar oder in ihren Consequenzen der kurhessischen Verfassung irgendeine principielle Benachtheiligung erwachsen könnte. Außerdem habe er alle seine Bestrebungen dahin zu richten, daß die constitutionelle Charte Kurhessens in allen ihren Bestimmungen zur rücksichtslosen Geltung gelange, sohin eine Wahrheit werde. (Fr. J.)

Preussen.

Berlin, 18. Jan. Heut, am Jahrestag der Stiftung des hohen Ordens vom Schwarzen Adler, fand im Rittersaal des königl. Schlosses die feierliche Investitur des Staatsministers v. Rother statt, bei welcher Se. Maj. der König Allerhöchstselbst demselben die Ordenskette umzuhängen geruhten.

Demnächst begaben Sich Se. Majestät mit den sämmtlichen, hier anwesenden, capitelfähigen Rittern des schwarzen Adlerordens in die rothe Sammetkammer zur Abhaltung eines Capitels, worauf die Herren Ritter zur Tafel bei JJ. königl. Majestäten waren. (Allg. Pr. Z.)

Durch die gestern erwähnte Verordnung über den Staatsrath wird eine Plenarversammlung und eine engere Versammlung dieser Behörde eingeführt; die Begutachtung von Gesetzen und Verordnungen durch die engere Versammlung soll die Regel, jene durch das Plenum die Ausnahme bilden. Also ein „vereinigter" Staatsrath und ein staatsräthlicher „Ausschuß." Die engere Versammlung besteht aus: 1) sämmtlichen Mitgliedern des Staatsministeriums, 2) dem Staatssecretär, 3) sämmtlichen Mitgliedern derjenigen Staatsrathsabtheilung, welche nach der Geschäftsordnung den Plenarvortrag über die zu begutachtende Sache vorzubereiten haben würde, 4) aus mindestens je zwei Mitgliedern derjenigen Staatsrathsabtheilungen, welche nach der Geschäftsordnung an der Vorbereitung der Sache zum Plenarvortrage als Nebenabtheilungen Theil zu nehmen haben würden und 5) aus zwei oder mehreren anderen Mitgliedern des Staatsraths. Außerdem sind die dem Staatsrath angehörenden Prinzen befugt, jeder engeren Versammlung beizutreten.

Man schreibt dem Nürnberger Correspondenten aus Berlin 19. Jan. (III. Sitzung der Ausschüsse.) Es sey bezüglich einer vom Minister v. Savigny, gegebenen Verheißung einer in das neue Strafgesetzbuch zu bringenden dreifachen Gliederung der Verbrechen und Vergehen, in solche entehrender Natur, in solche, die es nicht sind, und in Polizeivergehen und Contraventionen von der Versammlung der wichtige Beschluß gefaßt worden; diese Erwägungen sogleich an den Staatsrath gelangen zu lassen, um dessen Gutachten darüber schleunigst zu erfahren und danach bemessen zu können, in wiefern man mit Bezug darauf eine Umarbeitung und andere Fassung des Entwurfs vornehmen könne. Hiernächst wurde ferner bei §. 8 durch Stimmenmehrheit beschlossen, sich für den Fortfall jedweder Schärfe der Todesstrafe auszusprechen. Ein Antrag, der die völlige Beseitigung der Todesstrafe überhaupt bezweckte, ward verworfen.

Berlin. Die hiesige philosophische Facultät hat sich nunmehr (den Professor Huber abgerechnet) einstimmig in einem Gesammtgutachten für die Zulassung der Juden zu den akademischen Lehrämtern ausgesprochen; die medicinische Facultät hat sich schon factisch für die Zulassung der Juden ausgesprochen, durch die Zulassung des Dr. Remak. (Brem. Z.)

Potsdam. Am 15. Jan. fand hier die erste Versammlung der Schützengilden-Deputationen zur Bildung eines allgemeinen Landesschützenbundes für Preußen statt; anwesend waren die Deputationen von 44 Schützengilden; 33 Schützengilden hatten schriftlich ihre Zustimmung erklärt. Darüber, was Zweck des Bundes sey, einigte man sich im Wesentlichen dahin, daß der Bund Liebe für den König und das Vaterland erwecken, das gesammte Schützenwesen veredeln und heben, und Bürgersinn und Einigkeit fördern solle. Als Mittel zur Erreichung der Zwecke des Bundes wurde zunächst vorgeschlagen und beschlossen, daß der König ersucht werden solle, die Protection über den Bund zu übernehmen oder zu genehmigen, daß eine andere von ihm zu bestimmende hohe Person die Protection übernehme. Sodann wurden wegen Förderung der Uebungen in den Waffen, wegen Abstellung des für unsere Zeiten nutzlosen Schießens mit Standrohren und wegen Schießübungen aus freier Hand Wünsche ausgesprochen und allgemein anerkannt, wobei jedoch bevorwortet wurde, daß den Localstatuten und Gewohnheiten der einzelnen Gilden durchaus kein Zwang angethan werden solle. Eben so wurden Beschlüße über Schieds- und Ehrengerichte zur Schlichtung von Mißhelligkeiten in Schützenangelegenheiten gefaßt. (D. A. Z.)

Elbing. Der Magistrat hat in seiner Sitzung vom 11. Jan. einstimmig den Protest gegen den neuen Strafgesetzentwurf genehmigt, den die Commission in Form einer Denkschrift vorgeschlagen hatte. Die Stadtverordneten sind heute mit 50 gegen 3 Stimmen diesem Beschluß beigetreten. Morgen geht der Protest an ein Mitglied des Ausschußes nach Berlin ab. (Brem. Z.)

In fast allen Städten und Ortschaften Oberschlesiens richtet der Typhus große Verwüstungen unter den Bewohnern an.

Freie Städte.

Frankfurt, 16. Jan. Der bereits mitgetheilte Beschluß wegen Auflösung der Turngemeinde beruht sich dem Vernehmen nach auf einen Bundesbeschluß von 1834. Den Mitgliedern wurde der fernere Besuch des Turnplatzes bei Geldstrafe, den Fremden bei Strafe der Ausweisung untersagt. Nur für Knaben bis zu 14 Jahren soll fortan der Turnplatz zugänglich bleiben. — Wie es scheint, dürfte das für kommenden Sommer hier beabsichtigte große Sängerfest wegen ungünstiger Zeitverhältnisse verschoben werden. Einer unserer bedeutendsten Gesangvereine, der Liederkranz, hat sich bereits für die Vertagung auf das Jahr 1843 ausgesprochen, die Entscheidung hängt indessen von dem Festco-

---

eurem aufs Schaffot oder in das Zuchthaus wandernden Sohne, wen habt ihr am Meisten anzuklagen? Denkt ihr wohl daran, daß nur die Saat, die ihr selbst gesäet, jetzt aufgegangen ist? Die Giftmischerin Lafarge, Mörderin ihres Gatten, begann ihre traurige Laufbahn mit der im elterlichen Hause geschöpften Lust, Hühner zu erwürgen. Hogarth's Zeichnungen schildern trefflich die Lebensgeschichte eines Menschen, der mit Thierquälerei begann und mit Mord endigte. Der gräßlichste Vatermörder, von dem Feuerbach berichtet, kannte als Knabe kein größeres Vergnügen, als Hühnern die Augen auszustechen und sie dann vor sich herumtanzen zu lassen. Als man anfing, Vereine zur Besserung entlassener Sträflinge zu gründen, schrieben wir daher öffentlich: „Man räume die Grausamkeit gegen die Thiere hinweg, und man wird nicht mehr so viele Sträflinge zu entlassen und zu bessern haben." Wir haben die Wahrheit dieser Ansicht in unsern Schriften durch eine Menge von Nachweisungen aus der Criminalgeschichte dargethan, wir haben gezeigt, daß die grausamsten Verbrecher meistens in ihrer Kindheit schon an den schändlichsten Mißhandlungen der Thiere ihr Herz verhärteten und an Gleichgültigkeit zu Blut und fremder Verzweiflung gewöhnten. Wir haben aus Feuerbach, Pfister, Pitaval, Mittermair und andern berühmten Criminalisten überzeugende Belege geliefert, wir könnten ein großes Buch voll hierüber schreiben und wollen hier als charakteristisch nur noch ein paar Fälle aus der neuesten Geschichte der Strafrechtspflege einschalten. (Fortsetzung folgt.)

* Der „Morning Chronicle" theilt aus Bucharest folgenden Vorfall mit: „Eine junge Deutsche aus Hannover war als Erzieherin bei den Kindern des Hospodars angenommen. Neulich (am 7. Dec. v. Js.) bemerkte die Fürstin Thränen in ihren Augen und fragte nach der Ursache. Die Erzieherin beschwerte sich über die Amme des jüngsten Kindes. Diese ward herbeigerufen, leugnete alles und erklärte die junge Dame für eine Lügnerin. Die Hospodarin, bekannt wegen ihrer Launen, überließ sich ihrer Heftigkeit und sagte der armen Erzieherin, sie glaube ihr kein einziges Wort. Diese erblaßte und zitterte. „Sie haben Unrecht," rief die Fürstin ihr zu, „denn Sie zittern!" Jene erwiderte ruhig: „Ich zittere bloß vor Gott." Die erbitterte Hospodarin wollte mit eigener Hand über das Mädchen herfallen, als der Fürst eintrat, welchem sie die Sache auf ihre Weise erzählte. Der Fürst trug ohne weiteres seinem Adjutanten auf, unserer Landsmännin, welche das Unglück gehabt, in jenes barbarische Land verschlagen zu werden, sogleich 25 Peitschenhiebe ertheilen zu lassen. Sie ward in ein Nebenzimmer geschleppt; vergebens schrie sie um Erbarmen; die schimpfliche Strafe ward sogleich durch einen Kammerdiener an ihr vollstreckt. Sie fiel in Ohnmacht und ward in ein Wirthshaus geschafft, wo sie allein, verlassen und in Verzweiflung jammerte. Ein Fremder, ein Franzose, nahm sich ihrer an. Sie ward zum britischen Generalconsul geführt; aber dieser konnte sie nicht unter seinen Schutz nehmen, da, wie das Morning Chronicle sagt, der König von Hannover seine Unterthanen unter den Schutz einer Macht gestellt hat, deren Ansichten

mité ab. Bei dem Antrag auf Vertagung scheint besonders der Kostenpunct ins Gewicht zu fallen. (D.Bl.)

Frankfurt, 20. Jan. In dem heute erschienenen hiesigen „Amtsblatt" macht das Polizeiamt folgendes bekannt: „Die ohne obrigkeitliche Genehmigung dahier bestandene Turngemeinde ist heute von unterzeichneter Behörde geschlossen und sind fernere Versammlungen derselben nach Maßgabe des Gesetzes vom 2. Juli 1832 III. verboten worden. Indem dieß zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, bemerkt man, daß die obrigkeitlich bestätigte Turnanstalt dahier in ungestörter Wirksamkeit verbleibt. Frankfurt a. M., den 15. Jan. 1848. Polizeiamt."

Oesterreich.

Wien, 17. Jan. Die Art und Weise der Ueberschreitung des Sömmering auf der südlichen Staatsbahn zur Befahrung mit gewöhnlichen Dampfmaschinen ist seit geraumer Zeit bestimmt und genehmigt, weniger gewiß aber, ob der Angriff der Arbeiten schon heuer wird unternommen werden können. Die ausgesteckte Linie führt von Gloggnitz rechts nach Reichenau, und wendet sich von da in einer Steigung, daß sie bei Schottwien bereits die Höhe des Sömmerings über der altberühmten Veste Claam erreicht. Elf Tunnels wird dieselbe zu passiren haben, wovon der bei weitem bedeutendste 630 Klafter lang. (A. Z.)

Wien, 19. Jan. Gestern ist abermals ein Transport von 650 Mann des kaiserl. kgl. Infanterieregiments Kaiser Ferdinand aus Mähren auf dem Durchmarsch nach Italien hier eingetroffen. Es ist dieser Transport zur Completirung des in der Lombardei garnisonirenden Regiments bestimmt, das dort durch Krankheiten viele Leute verliert. — In Betreff der Kriegsrüstungen vernehmen wir, daß neuerdings im Schooße der höchsten Militärbehörde die schon bei frühern Anlässen angeregte Errichtung eines 6. Artillerieregiments zur Sprache gekommen ist, da bei der Wichtigkeit des Geschützwesens in der modernen Kriegsführung sich die Unzulänglichkeit der dermaligen Stärke dieser Waffengattung in der österreichischen Armee heraus stellt. Diese besteht gegenwärtig aus 5 Regimentern, mit je 18 Compagnien und den Stabsorten Wien, Grätz, Prag, Pesth und Olmütz; dazu kommt das Feuerwerkscorps mit 5 Compagnien in Wiener-Neustadt und das k. k. Bombardiercorps mit 7 Compagnien, welches zugleich die Bildungsschule für die gesammten Artillerieoffiziere ist. So eben findet in dem Commando dieses Corps ein Wechsel statt, da der Oberst Jüttner zum Generalmajor nach Prag befördert wurde und das Commando an den Oberstlieutenant Sonnenmeier übergeht. (C. v. u. f. D.)

Den „katholischen Blättern aus Tyrol" wird aus Oberösterreich geschrieben: „Se. k. k. Hoheit Erzherzog Maximilian habe auf seinem Schlosse Buchheim den aus der Schweiz vertriebenen Mitgliedern der Gesellschaft Jesu ein freundliches Asyl bereitet; es soll für beiläufig 50 Personen wohnlich eingerichtet und einige Väter sollen bereits dort angekommen seyn.

Oesterreichische Monarchie.

Preßburg, 17. Jan. Die Ständetafel beschäftigte sich seit der Beendigung der Weihnachtsferien mit einem neuen Gesetzvorschlag über die ungarische Sprache. In diesem Entwurf wird der Dank der Nation gegen den König dafür ausgesprochen, daß die Mitglieder des kaiserlichen Hauses in der Nationalsprache unterrichtet werden, und dieses denselben für die Zukunft gesetzlich zur Pflicht gemacht. Außerdem sollen von nun alle amtlichen Documente, die nicht in ungarischer Sprache verfaßt sind, ungiltig seyn; in allen höhern Schulen soll diese Sprache die Unterrichtssprache seyn, während in den Elementarschulen deren Einführung von den örtlichen Verhältnissen und dem Ermessen der betreffenden Behörden abhängig seyn soll; für die drei slavonischen Comitate wurde ein Termin von 6 Jahren festgesetzt, binnen welchem die ungarische Sprache als diplomatische gebraucht werden soll; während für die verbundenen Theile (Croatien) die lateinische, und für das Küstenland die italienische Sprache für innere Angelegenheiten wie gegenwärtig auch weiter belassen bleiben sollen rc. Die letztern Puncte, welche schon in der Ständetafel von Seite der croatischen und slavonischen Deputirten heftigen Widerspruch erfuhren, werden, wenn sie zum Gesetz erhoben werden, neuen Anlaß zum Zwiespalt zwischen den Nationalitäten geben. Denn wie unausführbar auch der Beschluß der croatischen Landescongregation ist, die illyrische Sprache in den verbundenen Landestheilen zur diplomatischen zu machen, so wäre es doch zu wünschen gewesen, daß die ungarische Legislatur ihre gesetzgebende Wirksamkeit nicht auf die innern Angelegenheiten und auf die so eifersüchtig bewachten Municipalrechte Croatiens erstreckt hätte. — In Bezug auf den Punct der kgl. Propositionen wegen Einverleibung der drei siebenbürgischen Comitate wurde von der Ständetafel beschlossen, die Vermittlung des Reichspalatins wegen Vollziehung des betreffenden Gesetzes zu erbitten. (A. Z.)

Schweiz.

Zürich, 21. Jan. Gestern saß die Tagsatzung. Der Antrag der Kriegsräthe wurde berathen. Ein von Druey verfaßter Entwurf eines Aufrufs an die eidgenössische Armee ward vorgelegt. Die 6—7000 Fr. aus der aufgefundenen Sonderbundskriegscasse sind der Tagsatzung überantwortet. — In Bern hat der große Rath den Antrag auf Erhebung einer Steuer von 1 vom 1000 vom Grundeigenthum und 2½ vom 100 vom reinen Eigenthum einstimmig angenommen. — Die Berner Truppen in Gislikon haben wiederum geplündert und zerstört. — General Dufour dankt dem Staats- und großen Rath von Genf für das ihm bei seinen Landsitz geschenkte Stück Landes. — Die Ligorianer, welche auf savoyischem Gebiete neben jenem Landsitz sich niedergelassen, wurden von den Savoyern vertrieben wegen Erbschleicherei.

Der Beschluß des großen Rathes von Luzern, daß auch die neue Verfassung den römisch katholischen Glauben als die allein herrschende Staatsreligion im Kanton anerkenne, findet selbst von Seite der conservativen „Basler Zeitung" gelinden Tadel.

Italien.

Rom, 14. Jan. Die Berathung im letzten Ministerconseil galt den Eisenbahnen, über deren endliches Schicksal im Publikum noch immer nichts verlautet. Gleichzeitig soll die Anleihe von einer Million Scudi besprochen worden seyn, welche das Gouvernement in Folge der Vorstellungen der Consulta mit einem französischen Hause abzuschließen im Begriff ist. Dem Vernehmen nach ist dieselbe von den Ministern bereits bestätigt und von dem Papst sanctionirt worden. — Der Prinz v. Teano, Präsident des Circolo Romano, wird der Pallade zufolge die neuen Consolidaten, welche auf die besprochene Anleihe hin mit 10,000 Scudi ausgegeben werden sollen, an sich nehmen, was gleichzeitig für einen Beweis gelten soll, daß der hiesige Staatscredit trotz der dringenden Geldnoth nichts eingebüßt habe. Die nächtlichen Patrouillen der Civica beginnen schon in frühen Abendstunden. Den päpstlichen Palast umziehen Patrouillen von Grenadieren. (A. Z.)

Rom, 15. Jan. Eine Staffette soll der hiesigen Regierung die Nachricht von einem allgemeinen Aufstand in Sicilien gebracht haben. — Das Zeichen zum Ausbruch in Sicilien war das Nichterscheinen der erwarteten Zugeständnisse am 12. Jan. (Schw. Mk.)

Die Aufstände in Sicilien bestätigen sich von allen Seiten. Nicht nur unsere Briefe aus Neapel, sondern auch die Zeitungen aus Genua und Livorno, sowie die Mailänder Blätter bringen mehr oder minder umständliche Berichte. Die Ruhestörungen in Messina am 7. und 8 scheinen nur das Vorspiel gebildet zu haben. Voraus bestimmt und in gedruckten Anschlägen — einer sogenannten Proclama dei Palermitani — förmlich angekündigt war die Revolution auf den 12 Jan. den Geburtstag des Königs! An dem verhängnißvollen Tage versammelten sich die Aufrührer, durch Tausende von Landleuten verstärkt, auf den vier Hauptplätzen Palermos. Die Truppen, sagt die Mailänder Zeitung vom 20. Jan. mußten von den Waffen Gebrauch machen, und mehr als fünfzig der Aufständischen wurden getödtet oder verwundet. Als die Nachricht nach Neapel kam, ließ der König alsbald 6000 Mann Truppen übersetzen. Weiter gehen die Angaben des Mailänder Blattes nicht. Die Zeitungen von Livorno und Genua (Corriere mercantile) aber wollen wissen: die Truppen seyen aus der Stadt gedrängt worden, am folgenden Tag (13) hätten die Forts von Palermo sich dem Volk ergeben; in Messina, Catania, Syracus sey das gleiche geschehen, in Manfredonia seyen, aus Corfu kommend, einige hundert vertriebene Italiener, Polen und Deutsche ans Land gestiegen. Alles dieß gehört bis jetzt bloß dem unbeglaubigten Gerüchte an. (A. Z.)

Turin. Dem Risorgimento (von Graf Cesar Balbo geleitet), einem Turiner Blatt, zufolge ist dort ein Befehl erschienen, der das Contingent von 1826, das eben vom Contingent des folgenden Jahrgangs abgelöst werden sollte, unter der Fahne zurückbehält. Vom Contingent 1824 sind Artillerie und Infanterie, vom Contingent 1823 die leichte Infanterie einberufen, ebenso alle beurlaubten Officiere und Unterofficiere. Alle festen Plätze sollen armirt werden.

In Genua sind die Jesuiten wieder zurückgekehrt.

In Mailand ist ein Tagesbefehl des Feldmarschalls Grafen Radetzky veröffentlicht worden, an dessen Schluß es heißt: Soldaten! Unser Kaiser zählt auf uns, euer greiser Führer vertraut euch, das ist genug. Möge man uns nicht zwingen, die Fahne des Doppel-Aars zu entfalten; die Kraft seiner Schwingen ist noch nicht gelähmt. Unser Wahlspruch sey: „Schutz und Ruhe dem friedlichen, treuen Bürger, Verderben dem Feind, der mit frevelnder Hand den Frieden und das Glück der Völker anzutasten wagt." Mailand, 15. Jan. Graf Radetzky, m. p. Feldmarschall."

Spanien.

Madrid, 13. Jan. Der Herzog v. Victoria hat gestern dem Präsidenten des Ministerraths, dem Kriegsminister und dem Generalcapitän der Provinz seinen Besuch abgestattet. Heute erschien er im Senat, leistete

---

mehr mit den seinen übereinstimmen, als die der Engländer. Er empfahl sie dem österreichischen Consul, der sich ihrer, nach dem britischen Bericht, nur lässig annahm. Um die Erzählung der traurigen Begebenheit kurz zu Ende zu führen: „Es ward ausgemacht, daß das mißhandelte Mädchen Bucharest verlassen und in Wien 100 Ducaten erhalten sollte." Wir sind weit entfernt, dem britischen Berichte vollen und unbedingten Glauben beizumessen; aber wir halten es für unsere Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, welchen geringen Schutz deutsche Unterthanen nach der Meinung der Engländer im Ausland genießen, selbst in Deutschlands unmittelbarer Nähe. Wir werden uns freuen, wenn diese Erzählung berichtigt wird, denn es schmerzt uns, den deutschen Namen nicht so geachtet zu sehen, wie er es sollte, wie er es verdiente. — In Beziehung auf den vorstehenden Bericht schreibt die „Vossische Zeitung" aus Berlin vom 15. Jan.: „In mehreren öffentlichen Blättern ist der empörenden Behandlung gedacht, welche einer jungen Hannoveranerin zu Bucharest zu Theil geworden seyn solle. Es ist bei Erzählung des Vorfalls hie und da bemerkt worden, daß man hoffe, die hannoversche Regierung werde sich ihrer Landeskinder kräftig annehmen, bis jetzt haben sie wenig Hilfe gefunden und der österreichische Consul zu Bucharest habe sich nur matt ihrer angenommen. Hier hat die Begebenheit, so weit man nur hört, eine große Entrüstung hervorgerufen, und man ist hier vielfach der Meinung, daß die Sache keine bloß hannoversche, sondern eine allgemeine deutsche sey, daß man daher hoffe, es werde Hannover, obgleich es sich noch immer vom deutschen Zollvereine ausschließe, bei seinen Reclamationen in dieser empörenden Angelegenheit von allen deutschen Regierungen kräftigst unterstützt werden, da es eine Schmach für ganz Deutschland seyn würde, wenn Deutsche im Auslande auf so brutale Weise fernerhin ungeahndet gemißhandelt werden sollten."

Zeitstimmen.

(Eigenes und Gesammeltes.)

Der gute staatsmännische Säemann weiß, daß wenn auch die meiste Saat auf Dornen und Felsen fallen sollte, doch ein Körnlein da und dort Wurzeln faßt und gute Früchte trägt.

Ein wahrer Fortschritt kann nur ein geschichtlicher seyn; er muß sich im Geiste aus den Zuständen des Volkes herausbilden, und im Materiellen soll und darf er bestehende Rechte nicht verletzen.

Es ist ein unseliges Mißverständniß unserer Zeit und ihrer so nahe gelegten wundersamen Zeichen, wenn man glaubt, es gezieme dem Manne, muthlos die Hände in den Schooß zu legen.

den Eid und nahm seinen Platz neben den Herzog v. Baylen. (Span. Bl.)

General Don Francisco Linage, der vertraute Freund Esparteros, ist am 10. Jan. in Madrid gestorben.

Dieser Tage empfingen hier die neuen Erzbischöfe von Toledo und Burgos das Pallium aus den Händen des päpstlichen Nuntius. Auch ward ein neuer Bischof gewählt und die päpstlichen Bullen für etliche zwanzig präconisirte weitere Bischöfe dürften bereits angelangt seyn, so daß uns viele Prälatenweihen bevorstehen. Bei der Entgegennahme der Pallien von Seite der Erzbischöfe verlangte Monsignor Brunelli: der Treuschwur derselben gegen die Königin und die Staatsgesetze solle nicht gleichzeitig geschehen, sondern einem eigenen Akte vorbehalten bleiben; aber darauf konnte die Regierung nicht eingehen, und es verblieb bei der in Spanien herkömmlichen Praxis.

Frankreich.

Paris, 20. Jan. Gestern um 9 Uhr des Abends wurde die große Deputation der Pairskammer von dem König empfangen. Der Kanzler, Herzog Pasquier, verlas die Adresse, welche Se. Maj. mit folgenden Worten erwiederte: „Meine Herren Pairs! Mit lebhafter Rührung finde ich in dieser Adresse wieder den Ausdruck des Beileids und der Empfindungen der Anhänglichkeit, womit die Pairskammer mich nach dem großen Unglück, das mich in meiner Familie betraf, umgeben hat. Ich drücke Euch dafür meine aufrichtige Erkenntlichkeit aus. Ich wiederhole immer gerne der Pairskammer, wie sehr ich mir Glück wünsche zu der so loyalen als aufgeklärten Mitwirkung die sie fortwährend meiner Regierung leiht. Nur wenn wir beharrlich, wie wir seit bald 18 Jahren gethan, die Bande immer enger knüpfen, welche die großen Staatsgewalten so glücklich vereinigen, wird es uns gelingen, mehr und mehr zu befestigen und vor jedem Angriff zu bewahren, die Institutionen, die sich Frankreich gegeben hat, und die mit so großer Wirksamkeit ebensosehr die progressive Entwicklung seiner Wohlfahrt sichern, als die Befestigung der Ordnung im Innern und den Frieden nach Außen. Sehr herzlich danke ich Euch von neuem wieder für alle Gesinnungen, die Ihr mir ausdrückt."

Großbritannien.

London, 19. Jan. Bei der bevorstehenden Entbindung der Königin dürfte Professor Simpson, der Erfinder des Chloroforms, in Anspruch genommen werden.

London, 15. Jan. Ich kann nicht umhin Ihnen von dem starken Widerwillen zu sagen, welchen die Kunde von Viscount Palmerstons Depesche an den griechischen Minister Glarakis d. d. 30. Oct. hier erregt hat. Die Sprache unseres Staatssecretärs des Auswärtigen wird in England allgemein als eine höchst muthwillige Beleidigung und Ungebühr gegen die griechische Regierung betrachtet. (A. Z.)

Dieser Tage erfolgte in der Kathedrale von York die Inthronisation des hochwürdigen Dr. Musgrave als Erzbischof von York. Der Erzbischof von Canterbury ist Primas von ganz England und Metropolitan; der von York heißt in seinem Kirchsprengel Primas von England und Metropolitan; ihm sind untergeben die Bisthümer York, Durham Carlisle, Chester und Man. Die Kathedrale von York wurde gegründet von Edwin, König von Northumberland, im Jahr 626, und man zählt seit der Zeit von Paulinus dem ersten Erzbischof im Ganzen nun 86 Erzbischöfe von York.

Graf (Edward Herbert) Powis, geboren im Jahre 1785, ist gestorben. — Die Zeitungen berichten von ungewöhnlich vielen Selbstentleibungen die in letzter Zeit vorgekommen.

Im Laufe der letzten Woche ist der Befehl ergangen, das Artilleriecorps um 20 Compagnien zu 99 Mann zu vermehren, was diese Waffe auf das Doppelte der Stärke bringt, welche sie vor zwei Jahren hatte.

Die Bank hat wieder 12½ Millionen Pfd. St. baar Geld; nach Berichten aus Canada ist dasselbe zum Aufstande reif.

Griechenland.

Athen, 9. Jan. Unsere Deputirten sind der Feiertage wegen in ihre Heimat geeilt, der Senat ruht aus, und im ganzen Lande ist Ruhe und Friede. Einige Ergänzungswahlen für die Kammer der Abgeordneten, welche in Andros, Korystos, Korinth ꝛc. vorgenommen werden mußten, sind auf Conservative gefallen. — Der erst im vorigen Jahr zum Pair von Frankreich erhobene königl. französ. Gesandte am griech. Hofe, Hr. Piscatory, hat gestern um die Mittagstunde Athen verlassen, um seinen neuen Posten als Botschafter Frankreichs in Madrid anzutreten. (A. Z.)

Vereinigte Staaten von Nordamerica.

New-York, 2. Jan. Der Congreß in Washington hatte angefangen, die Regierung mit Mitteln zur Fortsetzung des Krieges zu versorgen. Bereits waren Bills eingebracht zur Vermehrung der Armee um 10 Regimenter, sowie zur Anwerbung von 20 Regimentern Freiwilligen auf drei Jahre. Zur Füllung des Staatsschatzes in der vom Präsidenten empfohlenen Weise aber waren noch keine Schritte gethan.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 19. Jan. Bayerische 3½ pCt. Obligationen — P., 92 G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 670 P., — G. Promessen per Stück Agio 77 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 101½ P., — G.; 4pCt. 92 P., — G.; 3pCt. 65½ P., — G. Bankactien 1. Semester 1585 P., — G. Württembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 87½ G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 87½ G.

Frankfurt, 22. Jan. Metall. 5pCt. 100¾; 4pCt. 90; 3pCt. 65¼; Bankactien 1905; Taunus-Eisenbahn-Actien 353½; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 50¼; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 84; bayer. Ludwigs-Canal 62.

Wien, 21. Jan. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 101¾; zu 4pCt. in CM. 88; zu 3pCt. in CM. 64; Bankactien per Stück 1558; Nordbahn 124¾.

Amsterdam, 19. Jan. 2½ pCt. $54\frac{11}{16}$; 3pCt. $66\frac{7}{16}$; 4pCt. 84¾; Span. 3½ pCt. —; Handels-Maatschappy 162½; Ard. 14¾; port. 3pCt. 27¾; 5pCt. Metall. —.

Paris, 20. Jan. 3pCt. 73 Fr. 85 C.; 5pCt. 115 Fr. 95 C.

London, 19. Jan. Consols 87¼.

Frankfurt, 19. Jan. An unserer Börse herrschte heute eine äußerst düstere Stimmung, und selbst zu den gedrückten Cursen fanden sich keine Käufer. Das Fallen der Rente, die Gerüchte über das Befinden des Königs der Franzosen und die auswärtigen Fallimente brachten allgemeine Entmuthigung hervor. Heute erfahr man, daß das Haus J. C. Plitt in St. Petersburg seine Zahlungen eingestellt hat. Hr. Plitt war Frankfurter Consul und stand in naher Verbindung mit hiesigen Häusern, die mit bedeutenden Summen betheiligt seyn sollen. (A. Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 25. Januar: Zum ersten Male: „Ein rascher Entschluß und ein Jahr nach der Hochzeit", Lustspiel in 2 Aufzügen nach dem Französischen von A. Elz. Hierauf: „Der Kobold als Arlequin", Zauberpantomime in 2 Aufzügen von Fenzl.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. Cepard, Kaufmann von Straßburg; Mayer, Privatier v. Wien.

Hôtel Maulik. HH. Rami, Rentier von Mailand; Süßmann, Kaufmann v. Frankfurt; Schätzler, Privatier v. Amsterdam; Wanders, Kaufmann v. Crefeld; Merton, Kaufmann v. Köln.

Gold. Kreuz. HH. Mahr, Particulier von Köln; Hell, Particulier v. Dresden.

Blaue Traube. HH. Wolfinger, Rentbeamter v. Regensburg; Dr. Fischer, Dilenius, Kaufmann, und Rommel, Banquier v. Augsburg; Schneider, Privatier v. Fürth; Ott, kgl. Stadtgerichtsrath von Ansbach; v. Maurer, Privatier von Wien; v. Niedzialkowsky v. Bologna; Baumüller, Postexpeditor v. Miesbach; Gräfin Taufkirch-Pöttmes; Mde. Schneider v. Frankfurt.

Storchusgarten. HH. Manz, Kaufmann von Augsburg; Schmidt, Großhändler v. Nürnberg; Ramb, Studienlehrer v. Germersheim; Dr. Emerich, Gerichtsarzt v. Michausen.

Gestorbene in München.

Friederich Mau, Maurermeister von Kempten, 58 J. alt; Joseph Wegerer, Milchmann v. Schwabing, 74 J. alt; Marg. Bauer, Taglöhnerstochter v. Neunaigen, Landgerichts Nabburg, 36 J. alt; Kresc. Freifrau v. Kißler, k. Steuer-Assessors-Gattin, 70 J. alt; Lorenz Miller, b. Holzhändler, 66 J. alt.

2210. (3c)

Bekanntmachung.

Die Einführung der Gasbeleuchtung betreffend.

Der Magistrat der königl. Haupt- und Residenzstadt München beabsichtet an die Stelle der bisherigen Beleuchtung der öffentlichen Straßen und Plätze die Beleuchtung derselben mit vollkommen gereinigtem Gase aus besten Steinkohlen treten zu lassen, und dieses Unternehmen in Accord zu geben. Wer wegen Uebernahme dieser Beleuchtung mit dem Magistrate einen Accord abzuschließen gedenkt, hat sich daher bei Vermeidung des Ausschlusses in Zeit von **drei Monaten**, vom Tage dieser Ausschreibung, über seine Tüchtigkeit und Cautionsfähigkeit auszuweisen, und seine Anerbietungen in deutscher Sprache einzusenden.

Die nähern Vertragsbedingungen über die Ausdehnung und Durchführung dieser Beleuchtung mit Gas liegen bei dem Magistrate vor, und können in eigener Person oder durch Bevollmächtigte eingesehen, oder auch gegen Vergütung allenfallsiger Auslagen abverlangt werden.

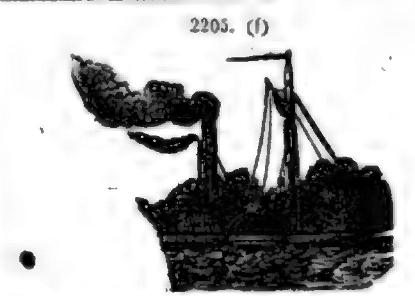
München, den 17. Dec. 1847.

Der
Magistrat der königl. Haupt- und Residenzstadt
München.

Bürgermeister:
Dr. Bauer.

Lachmayr,
Secretär.

2205. (f)



Das americanische Postdampfschiff **Washington**, Cap. J. Johnston, wird am 13. Februar von der Weser, am 18. Februar 1848 von Southampton nach New-York abgehen. Wegen Fracht und Passage beliebe man sich zu melden bei

C. A. Heinecken & Comp.,
in Bremen;
Day Croskey & Ross,
in Southampton;
Wm. Iselin,
in Havre.

Preis der Passage: Ld'or. Thlr. 195.

Für die durch Brandunglück in Kemnath Heimgesuchten sind an Beiträgen eingegangen:

Den 24. Jan. von L. A. . . . . 10 fl. — kr.
Den 24. Jan. mit dem Motto: Nach Kräften! — fl. 30 kr.

Expedition der Münchener politischen Zeitung.
Kreuzgasse Nr. 2.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 22.

Münchener politische Zeitung.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir (Kaufinger-Gasse Nro. 21) auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr.

Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mittwoch | XLIX. Jahrgang. | 26. Januar 1848.

Deutschland.

Die „Deutsche Zeitung“ kann aus bester Quelle melden, daß das der Bundesversammlung vorgelegte **allgemein deutsche Preßgesetz** gegenwärtig bei den verschiedenen Bundestagsgesandten umlaufe und nächstens (?) zur Berathung kommen werde. Freisinnigere der Gesandten äußerten, es sey nicht so schlimm, als man hätte glauben sollen. (Sehr naiv!)

Vom Neckar, 12. Jan. Aus glaubwürdiger Quelle geht uns die Nachricht zu, daß die süddeutschen Vereinsregierungen nicht versäumen werden, neben der Industriefrage auch die Differenzialzoll-Frage auf der nächsten Zollconferenz zur weiteren Verhandlung zu bringen. Hoffentlich liegt bis dahin die Entscheidung des britischen Parlaments über die Zukunft der Navigationsacte vor, und es wird dann auch die Einrede derer von selbst verstummen, die, bevor sie einen weitern Schritt in der genannten Angelegenheit thun, die betreffenden Beschlüsse abwarten wollen. (Zollvereinsbl.)

Wie man der „Kölnischen Zeitung“ schreibt, hätten Hannover und Württemberg beim Bundestag besonders dringend energische Maßregeln gegen die Schweiz beantragt (?). Letzteres Cabinet habe in einem ausführlichen und sehr geschickt entwickelten Memorandum zu bedenken gegeben, wie in der Schweiz Zeitungen erscheinen, die zur augenscheinlichen Aufgabe hätten, die Regierungen Europa's zu beschimpfen. Ferner würden deutsche Handwerker, die nach der Schweiz gingen, dort als Communisten gleichsam enrollirt. Geschähe nichts, um dieses alles zu verhindern, so könnten sich die betheiligten Staaten genöthigt sehen, nicht nur den Transit der Waaren nach der Schweiz und von ihr her zu verbieten, sondern auch den der Personen.

Bayern.

*†.München, 26. Jan. Heute findet am königl. Hofe, wie bereits gemeldet, der erste Kammerball statt. — Seit einigen Tagen erblickt man Infanterieoffiziere in dem neuen sehr kleidsamen Waffenrock.

††.München, 25. Jan. Der k. Kämmerer Julius Frhr. v. **Poullan** auf Osterberg ist zum erblichen Reichsrath der Krone Bayerns ernannt worden.

.München, 26. Jan. Das gestern erschienene königl. Regierungsblatt (Nro. 3) enthält unter anderm: I. Königl. allerhöchste Verordnung, die Anwendung des Chloroforms gegen die Schmerzen bei chirurgischen Operationen an Menschen, welche ausschließlich nur wissenschaftlich gebildeten und förmlich promovirten Aerzten zugestanden, allen übrigen untersagt wird. II. Bekanntmachung, die wesentlichen Ergebnisse der Gemeinde- und Wohlthätigkeits-Stiftungsrechnungen der den königl. Kreisregierungen unmittelbar untergeordneten Städte diesseits des Rheins für 1845/46 betreffend. III. Die Ernennung des bisherigen kgl. Stabschirurgen Dr. Max Schleiß v. Löwenfeld zum kgl. Stabsarzte. IV. Die Verleihung der katholischen Pfarrei Affalterbach an den Pfarrer zu Rottenegg, Andreas Rensch; dann der I. protestantischen Pfarrstelle zu Homburg in der Pfalz an den bisherigen Pfarrer zu Lambsheim, Jakob Ludwig Göppel, mit der provisorischen Uebertragung der Function als Decan des Districtsdecanats Homburg, und schlüßlich der II. protestantischen Pfarrstelle in Kaiserslautern an den bisherigen II. protestantischen Pfarrer zu Otterberg, Johannes Dannheimer. VI. Die Verleihung des Ehrenkreuzes des königl. bayer. Ludwigsordens an den Stabsarzt der 4. Armeedivision, Dr. Joseph Pfeiffer.

=Von der Isar. Im Jan. (Bemerkungen über das **unbedingte Widerspruchsrecht der Gemeinden** bei Ansäßigmachung auf Lohnerwerb u. dgl.) Man ist gewohnt dieses Veto der Gemeinden für eine nützliche Schutzwehr gegen Ueberbürdung derselben mit armen Familien anzusehen. Wer möchte läugnen, daß diese Ansicht auch gegründet sey, wenn die Gemeinden davon einen gewissenhaften und weisen Gebrauch machen. Allein man darf nicht hoffen, daß dieß der Fall sey, denn die meisten Menschen gewöhnlicher Bildung erfreuen sich keineswegs der Weisheit. Wäre wohl sonst soviel Regierung, soviel Justiz- und Strafrechtspflege nöthig, welche Einrichtungen der Staaten gewiß Niemand weniger bedarf, als der wahrhaft Weise und Gewissenhafte? Man wende nicht ein, daß nicht die Gemeinden in ihren einzelnen Gliedern dieses Recht ausüben, sondern daß solches durch deren Vertreter, die Gemeindeverwaltungen, Magistrate und die denselben beigegebenen Armenpflegschaftsräthe geübt werde. Wer sind denn die Leute, welche diese Corporationen bilden? Sind es nicht solche, die von Haus aus der Regel nach ohne edlere höhere Geistes- und Herzensbildung dem Egoismus des eigenen Nutzens und Erwerbs vorweg hingegeben sind und in ihrer Kurzsichtigkeit über einen kleinen möglichen Nachtheil ihrer Privatcasse den ungeheuern Nachtheil übersehen, welchen sie dem öffentlichen Wohle, dem Wohle der Nebenmenschen, der öffentlichen Sittlichkeit zufügen, oder dieses von niedrigem Eigennutze verblendet, sogar absichtlich thun. Doch es sind ja auch einige gelehrte Personen und insbesondere Geistliche in den Armenpflegschaftsräthen thätig. Dieß ändert jedoch wenig an der Sache; denn nicht nur verhallet deren Ausspruch nicht selten wie die Stimme des heil. Antonius, als er den Fischen gepredigt, nutzlos, sondern häufiger noch sind solche Menschen wenn auch von gelehrter Bildung wiederum in religiöser Hinsicht starren Vorurtheilen anheimgegeben. Wem, der sich in dieser Beziehung Erfahrungen zu sammeln Gelegenheit gefunden, sind nicht schon Fälle vorgekommen, wo Verschiedenheit der christlichen Bekenntnisse, den die Ansäßigmachung nachsuchenden Brautleuten, wenn ein protestantisches Mädchen in einen katholischen Ort oder umgekehrt heirathen soll, der wahre Grund des geltend gemachten Veto war? Sapienti sat! Tief beklagenswerth ist eine andere Erscheinung, daß Gemeindeverwaltungen Verehelichungen eines Ortskindes mit einer Person aus einem andern Orte oft genug deßhalb verweigern, weil z. B. irgend ein unsittliches Individuum im Orte vorhanden, das man lieber solcher Gestalt versorgt sehen möchte. Da spricht der Vorsteher, wenn du die Hirtentochter heirathest und ihre zwei außerehelichen Kinder annimmst, so geben wir dir den Consens, obgleich sie nichts hat, aber die Person aus dem Nachbarorte mit ihren 300 fl. Vermögen nehmen wir nicht an. Vollends abscheulicher Art sind die nicht sehr seltenen Fälle, in welchen das Veto als ein Mittel gebraucht wird, sich das Jawort von dem Bewerber abkaufen zu lassen; es fehlt nicht, daß dieser sein kleines Vermögen opfern muß um einigen stimmenden Gemeinde- und Pflegschaftsrathsgliedern die Einwilligung zu versilbern. Die traurigen Folgen solcher alltäglichen Erscheinungen bei einem an sich guten Gesetze, das die Schlechtigkeit oder Thorheit der Menschen in der Anwendung zur allgemeinen Calamität umwandelt, leuchten jedem Vorurtheilslosen ein und waren vom Gesetzgeber natürlich unvorhergesehen. Die öffentliche Sittlichkeit wird beleidigt durch das breit wurzelnde Unrecht, darunter eine große Anzahl der Staatsangehörigen leidet, beleidigt, durch das Ueberhandnehmen des nothgedrungen veranlaßten und vermehrten Concubinats (naturam expellas furca tamen usque recurret. Horat.), aufs höchste entwürdigt durch das zur allgemeinen Geltung und Ausbreitung gelangende System der Bestechung. Die öffentliche Wohlfahrt wird gefährdet, weil gerade in Folge des Veto, der endlosen Chikanen und damit geborenen Bestechungen das Vermögen der Bewerber sich dahinzehrt und sie daher schon verarmt zur Ansäßigkeit gelangen und den Gemeinden somit zur Last fallen müssen. Aber auch das Recht der Staatsangehörigen wird durch dieses Veto tief verletzt. Die Menschen bilden den Staat, um die natürlichen Rechte nicht aufzugeben, sondern so frei und sicher als möglich üben zu können. Es ist ein natürliches Recht des Menschen eine Familie zu gründen und die Fortpflanzung seines Geschlechtes zu bewirken. Dieses Recht der Willkür einiger meist rohen und unwissenden, oder eigennützigen Menschen in der größeren Mehrzahl aus den untersten Ständen preisgeben, ist eine Gefährdung der wichtigsten Interessen der Menschheit, ein Zustand grausamer Rechtslosigkeit. Handelt es sich um einige Tage Arrest, einige Gulden Geldstrafe, um einige Gulden des Mein und Dein, um einen nur geringen Ehrenhandel, so steht der Staat mit Rechtshilfe bereit. Gelehrte Richter, Männer vorzüglichen Charakters und unabhängiger Stellung so gut als menschliche Einrichtungen überhaupt sie zu bieten vermögen, sprechen in zwei bis drei Instanzen Recht, das auf das Minutiöseste gesucht wird. Handelt es sich dagegen um des Menschen ganze irdische Bestimmung, um sein ganzes Lebensglück, um die theuersten Interessen, da spricht das Urtheil inappellabel eine Versammlung von einigen Leuten, denen in der Regel alles fehlt, was sie nur einigen Vertrauens würdig erscheinen lassen konnte. Darum möge eine weise Regierung Uebel zu beheben wissen, die keinen Vertheidiger finden als Kurzsichtigkeit, verderbliche Habsucht und andere verwerfliche Leidenschaften.

Die Passauer Liedertafel hat laut der „Allgemeinen Zeitung“ 138 fl. für den Beselerfonds dem Nürnberger Centralcomité verabfolgen lassen. (Sehr schön!)

Baden.

Karlsruhe, 22. Jan. (13. Sitzung der zweiten Kammer.) Es werden vom Präsidenten einige in den Abtheilungen vorgenommene Commissionswahlen angezeigt, und zwar zur Berathung und Berichterstattung über Bissings Motion auf Errichtung einer besondern Behörde in den Gemeinden für Führung der Kauf- und Unterpfandsbücher: Heimburger, Junghanns, Schmitt, Bleidorn und Baum; sodann über Christs Motion, Einführung der Preßfreiheit betreffend: v. Itzstein, Hecker, Bader, Mittermaier und Zittel; endlich über jene von Stößer wegen Einführung von Schwurgerichten: v. Soiron, Weller, Zentner, Peter und Sellham. Letztere Commission wurde auf den Antrag Baum's am Ende der Sitzung noch mit zwei weitern Mitgliedern, Mittermaier und Helbing, verstärkt. — Nach Vorlegung einiger Petitionen, worunter eine solche mehrerer Bürger von Mosbach wegen verweigerter Bewilligung, dort eine Buchdruckerei errichten zu dürfen, verliest Mathy aus Auftrag der Commission, welche die Regierungsvorlage wegen Unterstützung der Fabriken zu prüfen

hatte, seinen Bericht. Nach dieser mit allgemeinem Beifall aufgenommenen umfassenden und gründlichen Arbeit spricht sich die ungleich stärkere Mehrheit der Commission für eine Unterstützung aller drei Etablissements in Karlsruhe, Ettlingen und Waghäusel, und zwar im nationalen Interesse aus. (Das Nähere ist den Lesern seit gestern bekannt.) — Hierauf folgt die Berathung über den durch Hildebrand erstatteten Commissionsbericht in Betreff der theilweisen Aufhebung der Weinaccise. Das diesfallsige von der Regierung früher schon provisorisch erlassene Gesetz lautet also: „Erben eines Weinproducenten, die nicht Wirthe sind, haben von dem ererbten oder aus der noch ungetheilten Erbschaft übernommenen Wein fortan keine Weinaccise zu entrichten. Die entgegenstehende Bestimmung der Modification vom 9. April 1812 zur Accisordnung ist aufgehoben.“ Die Commission trägt auf unveränderte Annahme dieses Gesetzes an, welchem Antrag auch die Kammer nach kurzen Erörterungen zwischen Knapp, Schaaff, Blankenhorn und dem Regierungscommissär Staatsrath Regenauer durch namentliche Abstimmung beitritt. (Bad. Bl.)

Wir heben nachträglich aus der Rede des Staatsraths Bekk, womit er in der geheimen Sitzung der II. Kammer die Vorlage des Gesetzesentwurfs über die Hilfe für die drei Fabriken begleitete, aus Christs Landtagsboten Folgendes hervor: „Die Maschinenfabrik des Emil Keßler in Karlsruhe hat ein Activvermögen von 1,686,985 Gulden. Ich will bemerken, daß hier, so wie bei den andern, die Commission nicht blos den Stand angenommen hat, welcher aus den Büchern der Fabriken sich ergibt, sondern daß sie nach Prüfung der Sache die geeignete Berichtigung des Activ- und Passivstandes, so wie der Rentabilität hat eintreten lassen. Dieß vorausgesetzt also, nimmt die Commission den Activstand bei Keßler zu 1,686,985 fl. an, und der Passivstand beträgt 1,478,246 fl., es zeigt sich also ein Vermögensüberschuß von 208,738 fl. Die Passiva bestehen zum größten Theile aus sogenannten Wechsel- oder Contocurrentschulden, indem nämlich Keßler, wie die beiden andern Fabriken, sich durch Wechsel das Geld verschaffte. Diese Wechsel bildeten sodann eine schwebende Schuld, indem der Eine mit dem Andern gedeckt worden ist, insoweit nicht gerade andere Mittel vorhanden waren. Diese unter der Gesammtschuld des Keßler von 1,478,246 fl. begriffene Wechselschuld macht 926,647 fl. Es ist bekannt, daß die Gelder, welche auf solche Art verschafft werden, sehr theuer zu stehen kommen, weil alle Vierteljahr die Provision und andere Spesen an die verschiedenen Betheiligten bezahlt werden, und es hat sich ergeben, daß gerade Keßler von seiner Wechsel- und Contocurrentschuld im Verlaufe des Jahres 1846 — 47 9½ pCt. an Zinsen und Nebenkosten bezahlen mußte. Was die Rentabilität des Geschäfts betrifft, so ergibt sich, daß Keßler im vorigen Jahre einen Reingewinn von 167,300 fl. gehabt hat. Wird dieser Reingewinn, aus dem zuerst noch die verhältnißmäßig unbedeutende Summe für die häuslichen Bedürfnisse des Keßler zu bestreiten ist, im Uebrigen ganz zur Tilgung von Capital und Zinsen verwendet, so wird dadurch, wenn die Verhältnisse sich nicht ändern, im Verlaufe von ungefähr 10 oder 11 Jahren das Capital mit Zinsen getilgt, so daß dann nach dieser Zeit das ganze Etablissement frei wäre. — Was die Zuckergesellschaft in Waghäusel betrifft, so steht es da schlimmer. Es ist nicht nur das Activcapital von 1,000,000 fl. aufgezehrt, sondern es ist selbst eine effective Ueberschuldung vorhanden, d. h. die Schulden machen mehr als das Vermögen. Das Vermögen, wie es die Commission bei ihren Prüfungen reducirt hat, ist angeschlagen zu 2,168,171 fl., die Schulden zu 2,728,723 fl.; das Deficit beträgt also 560,552 fl. Unter den Schulden machen hier die Wechsel- und Contocurrentschulden einen noch viel größeren Theil aus, sie betragen nämlich 2,081,529 fl. und die Zinsen, welche im vorigen Jahre davon bezahlt worden sind, machen 158,876 fl. Den Reinertrag des Jahres 1846 — 47 von der Ernte 1846 hat die Fabrik zu 224,000 fl. angeschlagen. Wegen Abnützung und sonstiger möglicher oder wahrscheinlicher Verluste, welche überall eintreten, hat aber die Commission diese Summe auf 174,360 fl. reducirt. Würde dieses Ergebniß fortan dasselbe bleiben, sich weder bessern, noch verschlechtern, so würde bei mäßigen Zinsen das Capital sammt Zinsen vielleicht in 16 bis 18 Jahren getilgt werden. — Was die Spinnerei in Ettlingen betrifft, so beträgt ihr Vermögen 2,339,243 fl., die Schulden 1,900,963 fl., hier zeigt sich also wieder ein Vermögensüberschuß von 438,280 fl. Die Actien, deren Capital 1,200,000 fl. ausmacht, können dabei nicht in Anschlag kommen. Den Actionären gehört statt ihrer 1,200,000 fl. der fragliche Ueberschuß von 438,000 fl. Unter den 1,900,963 fl. Schulden sind 1,739,473 fl. Wechsel- und Contocurrentschulden, und davon sind 154,745 fl. Zinsen und Spesen aller Art, also durchschnittlich 8$^{1}/_{10}$ vom Hundert, bezahlt worden. Der Reingewinn, wie er nach der Reduction der Commission sich herausstellt, beträgt 191,027 fl., also etwas mehr als der zehnte Theil der ganzen Schuldmasse. Würde nun bei einem mäßigen Zinse dieser Reingewinn fortbestehen und zur Tilgung des Capitals nebst Zinsen verwendet werden, so würden etwa 14 oder 15 Jahre nothwendig seyn, um die ganze Schuld zu tilgen. — Ich will nun noch Einiges über die beschäftigten Arbeiter bemerken: Die Maschinenfabrik von Keßler hat 880 Arbeiter in der Fabrik, außer denen, welchen sie in der Stadt oder der Umgebung noch zu thun gibt. Die Zuckergesellschaft hat im Sommer 303 und im Winter, wo die Ruben getrocknet und verarbeitet werden, weitere 700, also im Ganzen 1003 Arbeiter. Die Spinnerei und Weberei hat 1893 Arbeiter. Die Arbeitslöhne haben bei Keßler im vorigen Jahre 442,000 fl., bei der Zuckergesellschaft etwa 130,000 fl. und bei der Spinnerei 270,923 fl. betragen. Der Mehrbetrag der Arbeitslöhne in der Fabrik von Keßler kommt daher, weil dort lauter Männer beschäftigt sind, und darunter auch solche, welche wegen ihrer Fertigkeit und Tüchtigkeit theuer bezahlt werden, während in den andern Fabriken größtentheils Kinder und halberwachsene Personen arbeiten, welche geringern Lohn bekommen. — Der Werth der Production war im vorigen Jahre bei Keßler 1,187,000 fl., bei der Zuckerfabrik 961,000 fl. und bei der Spinnerei 993,000 fl.

Mannheim, 23. Jan. Gestern Abend kamen die schon öffentlich gutgeheißenen Petitionen hiesiger Bürger und Einwohner zu öffentlicher Schlußvorlage und Unterzeichnung. Einige hundert Bürger hatten sich zu jenem Zwecke im Saale des Badener Hofs eingefunden, und nach nochmaliger Anhörung des Hauptinhalts die Petitionen unterschrieben. Diese wurden zugleich gedruckt abgegeben; sie bilden ein stattliches Schriftchen von 64 Druckseiten, die Auflage ist 3000 Exemplare, die wie an die Ständemitglieder und hiesigen Einwohner, so an unsere badischen und deutschen Mitbürger in weiteren Kreisen gelangen sollen. Die Petitionen betreffen 1) die verfassungsmäßigen Zustände Deutschlands und Badens insbesondere, 2) Religionsfreiheit, 3) Kriegsverfassung, 4) Polizeistrafgesetzgebung, Polizeistrafgewalt, Gerichtsverfassung und Prozeßgesetzgebung, 5) das Gewerbswesen, 6) das Steuerwesen, 7) das Vereinszollwesen, 8) die Anhäufung von liegenden Gütern in der todten Hand, 9) Rheinocktroi und Rheinschifffsrecognitionsgebühr, 10) Eisenbahn über Bretten ins Württembergische, 11) Errichtung einer Bank zu Mannheim, 12) Straßenbau von Mannheim nach der Bergstraße und der hessischen Gränze, 13) die Ermäßigung des Rheinbrückengeldes. (Mannh. A.-Z. und Freib. Z.)

K. Sachsen.

Leipzig. In Sachen des Nachdrucks hat der Schriftstellerverein den ersten Proceß, der auf seine Veranlassung eingeleitet wurde, gewonnen. Der Proceß betraf eine Skizze „Eine Woche in New-York“, welche Friedrich Gerstäcker mit seiner Namensunterschrift im deutschen Volksblatt hatte abdrucken lassen, und welche darauf ohne seine Genehmigung und ohne daß er als Vertreter genannt ward, in einem im Verlagscomptoir zu Grimma erscheinenden Sammelwerk wörtlich abgedruckt war. (Europa.)

Preußen.

Wir kommen nach der „Allgemeinen Preuß. Zeitung“ mit folgendem des Ausführlichern auf die II. Sitzung des vereinigten ständischen Ausschusses vom 18. Jan. zurück und zwar geben wir die kurz abstoßende Berathung bezüglich der Competenzfrage hiermit vollständig. Graf Schwerin: Meine Herren, ich erlaube mir zuerst das Wort zu nehmen, als Vorsitzender der vorberathenden Abtheilung, und in dieser Eigenschaft als Organ der vorberathenden Abtheilung habe ich eine Erklärung abzugeben, welche den Standpunkt bezeichnet, von welchem die Abtheilung ausgegangen ist, als sie die Berathung des Strafgesetzbuches begann. Die Erklärung, die auf einstimmigen Beschluß der Abtheilung beruht, lautet so: Bevor die Versammlung in die Berathung eintritt, habe ich im Namen der vorbereitenden Abtheilung zu erklären, daß in ihrem Schoße bereits in Erwägung gezogen, ob dieselbe in Einklang mit den Wahlen zum Vereinigten ständischen Ausschusse und unbeschadet der bei denselben von einem Theile der Abgeordneten abgegebenen Erklärungen und gemachten Vorbehalte stattfinden könne. Die Abtheilung ist der Meinung gewesen, daß diese Erklärungen und Vorbehalte durch die Berathung des Entwurfs zum Strafgesetzbuche in keiner Weise alterirt werden, indem dadurch in die für den Vereinigten Landtag in Anspruch genommenen Rechte nicht eingegriffen wird. Sie hat daher, um so mehr, als bis jetzt dem Ausschusse andere Vorlagen und Anträge nicht gemacht sind und solche auch kaum zu erwarten seyn dürften — dafür gehalten, daß eine weitere Erörterung über die Stellung des Ausschusses unter solchen Umständen selbst in Hinblick auf den Allerhöchsten Landtagsabschied und das erlassene Geschäftsreglement vom 2. December 1847 nicht erforderlich und demgemäß nicht wünschenswerth erscheine. Diejenigen Mitglieder der Abtheilung, welche die Wahlen zu den Ausschüssen ohne Vorbehalt angenommen haben, und unter diesen besonders diejenigen, welche die Competenz des Landtagsausschusses überhaupt als unzweifelhaft anerkennen, konnten um so mehr obiger Erklärung aus voller Ueberzeugung beitreten, und es hofft die Abtheilung daher, daß sie auch in der hohen Versammlung von keiner Seite Widerspruch finden möge. Abgeordneter v. Auerswald: In Verfolg der eben von dem Vorsitzenden der Abtheilung vernommenen Worte muß ich daran erinnern, daß der erste Vereinigte Landtag an Se. Majestät fast einstimmig und auf Grund früherer Gesetze die Bitte gerichtet hat: „die Verordnung vom 3. Februar 1847 über den Vereinigten ständischen Ausschuß und dessen Befugnisse Allergnädigst abändern und diesem Ausschusse, dem Vereinigten Landtage gegenüber, keine weiteren Befugnisse einräumen zu wollen, als den ständischen Ausschüssen der Provinziallandtage diesen letztern gegenüber beigelegt worden sind durch die Allerhöchste Verordnung vom 21. Juni 1842 in den §§. 2. und 4.“ Nachdem des Königs Majestät Allergnädigst verheißen, diese Bitte in sorgsame Erwägung zu ziehen, sind die Wahlen zu dem zur Begutachtung des Strafgesetzbuches zu berufenden ständischen Ausschuß theils ohne, theils aber mit verschiedenartigen Erklärungen und Vorbehalten vollzogen. Hiernach sind viele Mitglieder des Ausschusses der Ueberzeugung, daß sie nur ein bedingtes Mandat, eine bedingte Berechtigung haben, und Viele von denen, welche hier auf den Ruf Sr. Majestät erschienen sind, um in die Begutachtung des bereits von den Provinzialständen berathenen Strafgesetzbuches einzugehen, können seit Erlaß des Allerhöchsten Landtagsabschiedes vom 24. Juli und in Betracht des Geschäfts-Reglements für den Vereinigten Ausschuß vom 2. Dec. 1847 dieß nur mit der offenen und ehrfurchtsvollen Erklärung thun, daß sie zu anderen Berathungen und Handlungen sich außer Stand gesetzt sehen würden. Nachdem ich von diesem Standpunkte aus, der auch der meinige ist, als Mitglied der Abtheilung, dem Beschlusse und der Erklärung derselben beigetreten bin — zu meiner großen Befriedigung in wesentlicher Uebereinstimmung mit dem geehrten Vorsitzenden derselben — habe ich geglaubt, noch auf den Grund hinweisen zu müssen, der eine solche Aussprache nicht in unsere Willkür gestellt, sondern unserer Treue und Wahrhaftigkeit zur unabweislichen Pflicht gemacht hat. Ich habe dieß gethan für mich und zugleich zu der wohl im Interesse der hohen Versammlung liegenden Vermeidung zahlreicher gleichartiger Erklärungen, im Einverständnisse mit den Abgeordneten: Grabow, Camphausen, von Saucken-Tarputschen, von Saucken-Julienfelde, Graf von Hompesch, Brämer, Naumann, Hüffer, von Brodowski, Graf von Skorzewski, Heinrich, Kersten, Allnoch, von Potworowski, von Miscewski, Sperling, von Pogrell, Braffert, von Kurcewski, Urra, Abegg, Lucanus, Frhr. von Mylius, von Dominierski, Krause, Hauslentner, Brown, Plange, Siegfried, von Eynern, Urban, Schier. (Forts. folgt.)

Dem „Nürnberger Correspondenten“ schreibt man aus Berlin 20. Jan. Den Abgeordneten waren, wie bekannt, 19 Hauptfragen zur Berathung mitgetheilt worden. Die Versammlung ist hinsichtlich dieser Hauptfragen davon ausgegangen, daß ihre Beantwortung allein weder eine Prüfung des ganzen Gesetzentwurfs bedingen, noch dem Ausschusse die Gelegenheit geben würde, seine Ansicht über viele der wichtigsten Fragen kund zu

geben, und es ist in Folge davon beschlossen worden, diese Fragen bei denjenigen einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfs, an welche sie sich unmittelbar anschließen, zur Erörterung zu bringen und so nach und nach zu beantworten. Indem man sich somit zum ersten Titel, der von den Grenzen der Anwendung der Strafgesetze handelt, wendete, nahm man den §. 1. welcher festsetzt, daß die preußischen Strafgesetze auf alle im Inlande begangenen Verbrechen, ohne Unterschied, ob dieselben von preußischen Unterthanen oder von Ausländern verübt worden sind, anzuwenden seyen, unverändert an. Der §. 2 bestimmt, daß die preußischen Strafgesetze auch auf die im Auslande von preußischen Unterthanen begangenen Verbrechen anzuwenden seyen, jedoch mit dem Zusatze, daß in dem Falle, wo die im Auslande begangene Handlung in den Gesetzen des Auslandes nicht mit Strafe bedroht ist, das preußische Strafgesetz darauf nur dann angewendet werden solle, wenn die Handlung a) ein Verbrechen gegen den preußischen Staat enthalte, b) in der Absicht, das preußische Gesetz zu umgehen, im Auslande vorgenommen worden sey. Die Abtheilung hatte ad a mit 6 gegen 5 Stimmen beschlossen, vorzuschlagen, das preußische Strafgesetz auch in dem Falle für anwendbar zu erklären, wenn die im Auslande begangene Handlung ein Verbrechen gegen einen preußischen Unterthanen enthalte. Die Plenarversammlung stimmte dieser Ansicht zwar in ihrer Majorität bei, es erhielt der Antrag aber nicht eine Majorität von zwei Dritteln, so daß also beide Meinungen vorgetragen werden müssen. Außerdem wurde beschlossen, diese Verbrechen noch genauer zu specialisiren und daher eine weitere Beschlußnahme noch vorzubehalten. Die Bestimmung ad b wollte die Abtheilung mit 10 gegen 1 Stimme ganz fortgelassen sehen, es blieb dieser Vorschlag in der Plenarversammlung aber in der Minorität. Der §. 3 lautet dahin: „Ausländer sind für die im Auslande begangenen Verbrechen von preußischen Richtern nur dann zu bestrafen, wenn ihre Handlung entweder ein Verbrechen gegen den preußischen Staat enthält oder einen preußischen Unterthan verletzt. Die Bestrafung soll in diesen Fällen nach preußischen Gesetzen erfolgen. Wenn jedoch die gegen einen preußischen Unterthan verübte Handlung in dem Gesetze des Auslandes nicht mit Strafe bedroht ist, so soll dieselbe straflos bleiben." Es war gegen diese Bestimmung bemerkt worden, daß dieß gegen den Grundsatz der Territorialität verstoße; der Ausländer habe keine Veranlassung, bei Handlungen in seinem Vaterlande die preußischen Gesetze zu beachten, und diese Handlungen könnten ihm niemals als strafbar angerechnet werden, wenn sie gleich gegen den preußischen Staat gerichtet seyen oder preußische Unterthanen verletzten. Ausländer in diesem Fall mit Strafe bedrohen, setze Besorgniß voraus, die der Würde des preußischen Staats nicht entspräche, und die Anwendung einer solchen Bestimmung würde zu unvermeidlichen Schwierigkeiten und Verwickelungen mit dem Auslande führen, weil sie unter Umständen Personen treffen könnte, die lediglich im Interesse ihres Vaterlandes zu den für strafbar erklärten Handlungen veranlaßt worden seyen. Stelle sich die Nothwendigkeit dar, sich gegen Unternehmungen von Ausländern gegen den preußischen Staat zu sichern, so müsse dieß in entsprechender Weise durch Staatsverträge geschehen, nicht aber durch Bestimmungen im Strafgesetzbuche. Die hierauf begründeten Anträge wegen gänzlicher Fortlassung oder wesentlicher Umgestaltung der Bestimmung blieben jedoch in der Minorität, indem dagegen geltend gemacht wurde, daß ohne dergleichen Bestimmungen der preußische Staat unter Umständen kein Mittel besitzen würde, sich gegen feindselige Unternehmungen von Ausländern zu sichern. Solchen Unternehmungen gegenüber seyen die Bestimmungen des §. 3 Maßregeln der Nothwehr zur eigenen Sicherheit, und deshalb beizubehalten. Allerdings aber könne es Fälle geben, in welchen Rücksichten gebieten, Ausnahmen eintreten zu lassen, und deßhalb werde es angemessen seyn, die Bestimmungen des §. 3 facultativ zu fassen. Es wurde deshalb in Uebereinstimmung mit dem Vorschlage der Commission beschlossen, statt „Ausländer sind zu bestrafen" zu sagen „Ausländer können bestraft werden". Eine gleiche Abänderung wurde bei §. 4 beliebt, wo es heißt: „Wenn ein Verbrechen gegen den preußischen Staat verübt, der Angeschuldigte aber im Auslande entweder freigesprochen oder gelinder bestraft wird, als nach den preußischen Gesetzen zuläßig ist, so soll (hiefür wurde gesetzt „so kann") ein neues Strafverfahren vor den preußischen Gerichten gegen den Angeschuldigten eingeleitet werden, ohne Unterschied, ob derselbe ein preußischer Unterthan oder ein Ausländer ist". Die §§. 5 und 6 wurden unverändert angenommen, nachdem bei §. 5 eine Umarbeitung der Kriegsartikel gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Entwurfs zugesagt war, und damit die Berathung des ersten Titels geschlossen.

Berlin, 12. Jan. Berthold Auerbach, der berühmte Volksschriftsteller, hat die unerschöpfliche Bühnengeschmack-Verderberin, Charlotte Birch-Pfeiffer, eingeklagt, weil diese zum Stoff ihres neuesten Bühnenwerks, „Dorf und Stadt", die Auerbach'sche Novelle „die Frau Professorin", mehr als nach dem gesetzlichen Schutz des literarischen Eigenthums erlaubt scheint, benutzt hat. Der Staatsanwalt hat die Klage des Auerbach'schen Sachwalters in Erwägung gezogen. Man ist auf den Ausgang allseits gespannt.

Oesterreichische Monarchie.

Preßburg, 14. Jan. In der heutigen 35. Circularsitzung wurde die Angelegenheit der nicht einverleibten Municipien Siebenbürgens in Berathung genommen, und Kossuths Antrag: die Tafel wolle um eine Palatinal-Intermediation bitten, ohne Widerspruch zum Beschluß erhoben. (Pesth. Z.)

Schweiz.

Zürich, 22. Jan. Fast sämmtliche schweizerische Blätter bringen heute die Nachricht, daß die angekündigten Noten der großen Mächte (welche Großmächte sich dabei betheiligt haben wird nicht gesagt) in Bern eingetroffen seyen. Nach der Basler Zeitung sollen darin an die Tagsatzung folgende Forderungen gestellt seyn, daß 1) die Kriegskosten nicht auf die sieben Kantone verlegt, sondern durch die Eidgenossenschaft übernommen werden; 2) die Occupation der sieben Kantone aufgehoben werde; 3) die Behörden in diesen Kantonen nach aufgehobener Occupation frei durch das Volk neu gewählt werden; 4) die Grundlagen des Bundesvertrags unverändert bleiben. Dieses Basler Blatt ist das besonnenste conservative Organ der Schweiz und warnt dringend vor fremder Intervention, die dem Radicalismus bloß den Vorwand gäbe sich mit der Nationalehre und Nationalunabhängigkeit zu identificiren und das Land in neue Verwirrung zu stürzen. (A. Z.)

Aus der Schweiz, 22. Jan. Von Seite Oesterreichs und Preußens soll dem Vororte eine Collectivnote in den letzten Tagen zugegangen seyn. (Der Inhalt soll der von der „Basler Zeitung" angegebene seyn.) Diese Note hat nicht wenig Aufsehen in Bern erregt, und wie wir vernehmen, wird sich die Tagsatzung schon in nächster Woche damit beschäftigen. (Schw. Mkr.)

In Bern wurde im großen Rath am 20. Jan. ein nachträglicher Instructionsentwurf für die Tagsatzungsgesandtschaft des Inhalts vorgelegt, daß dieselbe sich dahin verwende, daß in den Sonderbundskantonen gerichtlich bestraft werden: 1) diejenigen, die sich des Landesverraths gegen die Eidgenossenschaft schuldig gemacht, und 2) diejenigen, denen die Veruntreuung eidgenössischer Staatsgelder zur Last fällt; daß im Uebrigen dagegen Amnestie ertheilt werde. Niggeler trägt darauf an, die ehemaligen Sonderbundskantone einzuladen, die Kriegskosten und anderweitige Vergütungen einzig den Hauptschuldigen (denjenigen, die sich des Vaterlandsverrathes oder des Diebstahls an eidgenössischen Staatsgeldern schuldig gemacht haben), und den Corporationen die sich bei dem Bürgerkriege compromittirt, aufzuerlegen, den erstern natürlich blos in Folge richterlichen Urtheils den letztern aber auf einem andern geeigneten Wege. — Der große Rath beschließt die Annahme des Vorschlages, mit dem Zusatzantrag. Nach der neuen Luzerner Zeitung weilen 72 aus der Schweiz geflüchtete Jesuiten in Oleggio bei Novara im Königreich Sardinien.

Endlich hat Freiburg für Bezahlung seiner Schulden gesorgt, aber wie? Der große Rath beschloß am 18. in zweiter Berathung Folgendes: 1) Die Urheber und Anhänger des Sonderbundes bezahlen die Summe von 1,600,000 Schw. Fr. ohne in Classen eingetheilt zu werden, aber unter solidarischer Haftung. Die Regierung soll ihr Verzeichniß aufnehmen. Die darauf Gesetzten können sich in 13 Tagen an die Gerichte wenden, um befreit zu werden oder andere Mitschuldige anzugeben. 2) Die Weltgeistlichkeit und der Bischof bezahlen 60,000 Fr. Die Regierung bestimmt die Personen ebenfalls. 3) Das Kloster Altenryf bezahlt 400,000 Fr., Part-Dieu 300,000 Fr., die Uebrigen 50,000 Fr. Alles in drei Terminen, 1 März, 1 Juni und 1 Dec. Von Rückzahlung an die Privaten ist keine Rede.

Italien.

Rom, 14. Jan. Hier in Rom wird kein Agitationsmittel unversucht gelassen. Vorgestern war in St. Carlo am Corso großes Todtenamt für die bei dem Mailänder Cigarrenkrawall Umgekommenen; gestern Abend wurde in den Kaffeehäusern ein wahrhaft blutdürstiges Pamphlet vertheilt, worin die Regierung des „Hochverrathes am Volke" angeklagt wird, „nur die Person des Papstes ist unsunverletzlich", hieß es darin. (Basl. Z.)

Neapel, 14. Jan. Diesen Morgen las man an allen Ecken der Hauptstadt angeschlagen (mit großen Lettern): „Im Namen Gottes! Palermo und ganz Sicilien sind im Aufruhr. Der König sendet seine Dampfschiffe und seine Truppen dahin. Volk von Neapel! Bewaffne dich mit Steinen und Messern, stürme den königl. Palast und nimm, das was dir gehört." Derartige verbrecherische Aufrufe werden natürlich schleunigst von der Polizei vertilgt. (A. Z.)

Neapel, 15. Jan. Aus Palermo vom 12. Jan. erfährt man, daß die Stadt in vollem Aufstand ist. Der Capitän des Dampfers Vesuvio, der diese Nachricht brachte, fand die Umstände bereits so, daß er für gerathen fand weder seine Ladung ans Land zu setzen, noch sonst mit der Stadt zu communiciren und in der Nacht des 12. wieder hieher zurückzukehren. Vor kurzem noch, so erzählt der Capitän, habe die Besatzung auf dringendes Gesuch des Commandanten einige Verstärkung erhalten, und darauf hin habe die Polizei Verhaftungen in Masse unter den vornehmsten Classen vorgenommen, worunter mehrere angesehene Damen. Schon jetzt wurde die Lage der Stadt so kritisch, die Bevölkerung so drohend, daß ein Ausbruch nicht mehr zu verhindern war. Man forderte die unverzügliche Freilassung aller politischen Gefangenen. Sie erfolgte nicht. Am 12., dem Geburtsfest des Königs, brach das Volk in die Gefängnisse ein. Am Abend war die Besatzung zum Theil in die Citadelle eingeschlossen, zum Theil hatte sie sich außerhalb der Stadt zurückgezogen. Die politischen Gefangenen wurden befreit, die übrigen Gefängnisse nicht geöffnet. Den ganzen Tag über tönte die Sturmglocke, viele Tausende von Bauern, alle bewaffnet, waren schon Morgens in der Stadt, die ganze Bevölkerung, vornehm und gering, unter den Waffen. (Schw. Mkr.)

Neapel, 15. Jan. Abends 8 Uhr. Als ob gar nichts vorgefallen, fuhr der König diesen Abend die Königin eigenhändig spazieren, und grüßte mit heiterer Miene rechts und links. (A. Z.)

Palermo, 9. Jan. Aus Neapel kehrte eine Anzahl junger Leute, welche drüben entweder des Studiums der Wissenschaften beflissen oder sonst beschäftigt waren, nach Sicilien zurück; sie brachten die Nachricht, wie auf Befehl der Regierung alle Studenten und andere junge Leute aus der Hauptstadt weggewiesen worden seyen. Einige geben die Zahl derselben bis zu 14,000 an. In Neapel soll darüber nur Eine Klage herrschen, weil dadurch vielen Häuserbesitzern, Kostgebern ꝛc. der Verdienst geraubt sey. — Die Brüder Gallo wurden Freitag (7.) Morgens nach Ankunft des Dampfschiffs endlich freigegeben. — Es circulirt eine Aufforderung zum förmlichen Ausbruch des Aufruhrs auf den 12. (königl. Geburtstag), wo alle ohne Ausnahme bewaffnet in den Straßen sich zeigen sollen, und wer keine Waffen habe dem sollen dieselben zugestellt werden. (A. Z.)

Genua, 13. Jan. Es herrscht hier fortwährend unter der Bevölkerung eine gewisse Aufregung, gefördert und genährt von einigen Tonangebern an der Spitze der untersten Classen. — In Pisa und Lucca haben angeblich wegen des Einrücken österreichischer Truppen in Modena unruhige Bewegungen stattgefunden. — Die sardinische Regierung rüstet im hiesigen Hafen und in der Landarmee. — Die Gesuche um Errichtung einer Bürgergarde will der König in Erwägung ziehen. — Die Deutschen fangen an, sich in Rath und That enger aneinander zu schließen. (Karlsr. Z.)

Mailand, 17. Jan. Verhaftungen haben in Folge der Vorfälle vom 2. und 3. d. M. sehr viele und eingreifender Art stattgefunden. 60 der Eingezogenen wurden in ein Militärgefängniß im Castell gebracht. (A. Z.)

Spanien.

Nach Berichten aus Madrid, 15. Jan., hat General Serrano die Zaffarinen (drei kleine Felsennester) im Namen der Krone Spanien in Besitz genommen. Der General hat der mittlern Insel den Namen Isabellens und der östlichen den des Königs (isla del Rey) beigelegt, die westliche aber (isla del Congresso) Congreßinsel getauft. (Span. Bl.)

Madrid, 16. Jan. Die Abgeordnetenkammer hat die Erlaubniß, die bisherigen Steuern bis 30. Juni d. J. fortzuerheben, mit 148 gegen 37 Stimmen ertheilt; ein glänzender Sieg des Cabinets.

Frankreich.

Paris, 22. Jan.

Das „Journal des Débats“ zeigt an, daß JJ. kk. HH. der Prinz und die Prinzessin v. Joinville eine Reise nach Algier machen werden, um einige Zeit bei dem Herzog v. Aumale zuzubringen.

In der Sitzung vom 20. Jan. hat die Abgeordnetenkammer ihre Landtagsarbeiten für 1848 begonnen. Zuerst wurden von den verschiedenen Berichterstattern die unerledigt gebliebenen Gesetzentwürfe in Betreff des Primär- und Secundär-Unterrichts, des Capitels von St. Denis, der Handels- und Fabrikmarken u. s. f., zur Tagesordnung empfohlen. Nachdem diesen Mahnungen Folge gegeben, auch einige Bittschriften, z. B. über die Wahlreform, eingereicht waren, erhob sich der Siegelbewahrer, Hr. Hebert, und legte den Gesetzentwurf zum Verbot der bezahlten Dienstabtretung vor, indem er auseinandersetzte, daß dieser Mißbrauch alt sey, daß man ihn aber nicht mit dem durch das Gesetz von 1780 verbotenen Diensthandel verwechseln dürfe. Jede entgegenstehende Uebereinkunft wird hiemit für null und nichtig, und die Zuwiderhandelnden, unter andern Strafen, jedes Anspruchs auf einen Rücktrittsgehalt verlustig erklärt. Hr. Dupin nahm seinen Gesetzantrag zurück. Nun kam die Wahl des Hrn. Richmond des Brus an die Reihe. Diese Wahl, durch eine Eingabe von 49 Wahlmännern angefochten, wurde mit mehr als zwei Drittelmehrheit bestätigt. In der gestrigen Sitzung erhob sich „Odilon Barrot“, interpellirend über die Petit'sche Bestechungsgeschichte. Guizot antwortete mit eisiger Ruhe, die Feinheit des sich kundgegebenen sittlichen Gefühls beglückwünschend, sich auf sein unentweihtes Privatleben berufend, und endlich erinnernd, man solle der Regierung, wenn man ihr kein Vertrauen mehr schenke, die Stimmen entziehen. (Unterbrechung.) Darauf nun redete Dufaure. Guizot erwiederte auch fest und bestimmt auf Dufaures Angriffe. Auf seine Erklärung, daß der geringste Tadel ihm das Zeichen zum Rücktritt seyn werde, ward endlich folgende Tagesordnung des conservativen Hrn. Peyramont: „Die Kammer vertraue auf den vom Ministerium ausgesprochenen Willen und auf die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Maßregeln, um einem bedauernswerthen Mißbrauch ein Ziel zu setzen, geht zur Tagesordnung über“ mit 225 gegen 146 Stimmen angenommen und die Tagesordnung der Herren Darblay und Lherbette die auf Tadel des Ministeriums lautet, mit derselben Mehrheit verworfen. — Nach dem „Moniteur“ Algerien, vom 10. Jan. ist ein kirchliches „Tedeum“ für die Gefangennahme Abd-el-Kaders vom Bischof von Algier Ludwig Anton Augustin angeordnet.

Ein Freund des General Dufour Huber-Saladin aus Genf, dessen Urtheil um so unpartheischer, als er, um nicht gegen den Sonderbund zu dienen, seine Entlassung als eidgenössischer Obrist genommen, hat sich zu gründlicher Bekämpfung der leeren Declamationen, die Grafen v. Montalembert in der Pairskammer jüngst von sich gegeben, erhoben. — Nach Berichten aus Toulon 17. Jan. sind die arabischen Gefangenen von Malbouquet, die man äußerst hart gehalten, mit denen im Fort Lamalgue also mit Abd-el-Kader vereinigt worden.

Großbritannien.

London, 20. Jan.

Gestern Nachmittags saß auf dem auswärtigen Amt ein zweistündiger Cabinetsrath.

Wiederum ist über drei Mörder in der irischen Grafschaft Clare das Todesurtheil gesprochen. — Am Cap sind die Kaffern wieder einmal von den britischen Truppen geworfen worden. — Für China ist die Gründung eines anglicanischen Bisthums beschlossen.

Dänemark.

Bremen, 21. Jan. (Ableben des Königs von Dänemark.) Kiel, 20. Jan. „So eben, kurz vor Abgang des Eisenbahnzugs, trifft ein Courier von Kopenhagen ein mit der Nachricht vom Ableben des König-Herzogs Christian VIII. Am 19. Jan. Morgens um 6½ Uhr hat der Tod dem Leben dieses Monarchen ein Ziel gesetzt.“*) (Weser Ztg.)

Rußland und Polen.

Die Cholera hat in den drei letzten Wochen Decembers in Moskau zugenommen. Im Gouvernement Kasan tritt sie mit solcher Heftigkeit auf, daß beinahe die Hälfte der von ihr Ergriffenen stirbt. Fast mit derselben Intensität dauert sie im Gouvernement Orenburg fort; in den Gouvernements Woronesh, Tula, Kaluga, Orel, Kursk, Charkow, Poltawa, Jekaterinoslaw und Taurien dauert sie fort, ist jedoch theilweise im Abnehmen; im Abnehmen ist sie auch im Lande des Uralschen Kosakenheers, während sie in den Gouvernements Minsk und Podolien langsam um sich greift. (Rig. Ztg.)

Vereinigte Staaten von Nordamerica und Mexico.

Ein Theil der New-Yorker Presse agitirt dafür, New-York anstatt Washingtons zur politischen Hauptstadt der Union zu machen. Die Blätter veröffentlichen die von Hrn. Bancroft, dem americanischen Gesandten am Hofe von St. James an Lord Palmerston gerichtete Verwahrung gegen die neuliche Ordre des englischen Generalpostamtes, wornach alle in americanischen Schiffen zwischen England und den vereinigten Staaten transportirten Briefe mit doppeltem Porto belegt werden. — Die Berichte aus Mexico sind um einige Tage neuer als die letzten (Veracruz 16. Stadt Mexico, 14. Dec.), aber wenig erheblich. General Patterson war, eine Besatzung in Rio Frio zurücklassend, mit seiner Verstärkung in Mexico dem Hauptquartier des Generals Scott, angelangt. Die gerichtliche Procedur gegen General Worth, der wegen ungeeigneten Tadels gegen den Generalissimus verhaftet ist, hatte begonnen. Der mexicanische Congreß in Queretaro gab wenig Lebenszeichen. Einerseits hieß es, er habe die Aushebung eines neuen Heeres von 20,000 Mann beschlossen; anderseits ging das Gerücht, es würde eine Friedenscommission nach Washington abgehen, mit dem Vorschlag: die beiderseitigen Unterhändler sollten in Havanna auf der Insel Cuba zusammentreten. (Engl. Bl.)

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 24. Jan. Bayerische 3½pCt. Obligationen — P., 92½ G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 660 P., — G. Promessen per Stück Agio 76 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 103½ P., — G.; 4pCt. 92 P., — G.; 3pCt. 65½ P., — G. Bankactien 1. Semester 1575 P., — G. Würtembergische 3½pCt. Obligationen 88 P., — G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½pCt. Obligationen 88 P., — G.

Frankfurt, 23. Jan. Metall. 5pCt. 101¼; 4pCt. 90; 3pCt. 65¼; Bankactien 1915; Taunus-Eisenbahn-Actien 353¼; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 52½; bayer. Ludwigs-Bexbacher-Eisenbahn 85¾; bayer. Ludwigs-Canal 62.

Wien, 22. Jan. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 100½; zu 4pCt. in CM. 98; zu 3pCt. in CM. 64; Bankactien per Stück 1544; Nordbahn 119.

Amsterdam, 21. Jan. 2½pCt. 54; 3pCt. 65¾; 4pCt. 83¼; Synd. 3½pCt. —; Handels-Maatschappy —; Ard. 14¼; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. 97½.

Paris, 21. Jan. 3pCt. 74 Fr. 20 C.; 5pCt. 116 Fr. 25 C.

London, 20. Jan. Consols 87¾.

---

*) Die Krankheit des Königs bestand, wie bereits angegeben, aus einer Entzündungsgeschwulst, hervorgegangen aus einem Aderlaß am Arme; ein bösartiges Wundfieber scheint das Lebensende beschleunigt zu haben. — Die schleswig-holsteinische Angelegenheit ist nunmehr um ein bedeutendes Stadium vorgerückt. A. d. H.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 27. Januar: Zum ersten Male: „Prinz Eugen, der edle Ritter“, Oper in 3 Akten von Gust. Schmidt.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Bahlkampf, Ministerresident v. Sachsen-Meiningen; Hipp und Berg, Kaufleute v. Elberfeld.

Blaue Traube. HH. Süßmann, Maler v. Berlin; Onerer, Privatier v. Augsburg.

Hirschgarten. H. Schwendl, Pfarrer v. Kaisersheim.

Gestorbene in München.

Franziska Coleta Gabriel, Hammerschmidstochter von Wolfratshausen, 20 J. alt; Kath. Kölbl, Taglöhnerswittwe v. Friedersried, 57 J. alt; Barb. Deutinger, Müllerswittwe v. Marienberg, 81 J. alt; Theres Rebling, kgl. Edelknabendienerswittwe v. h., 80 J. alt; Peter Fischer, Maurer v. d. Au, 69 J. alt; Joh. Kastenmüller, Maurer v. d. Au, 67 J. alt; Anna Schuster, Goldarbeiterstochter v. hier, 55 J. alt; Karol. v. Winter, k. Oberberg- und Salinenrathswittwe, 80 J. alt; Georg Grasenwallner, Hadernsammler von hier, 69 J. alt.

Bekanntmachung.

2256. (2a) Am 25. vorigen Monats verstarb dahier die ledige 82jährige Theres Woschitka mit Hinterlassung eines gerichtlich errichteten Testaments.

Sie war die Letzte der Nachkommen des am 2. December 1796 dahier verstorbenen churfürstlichen Kammervirtuosen Franz Xaver Woschitka.

Allenfallsige Intestaterben werden aufgefordert, binnen sechs Wochen von heute an ihre Erklärung über das vorliegende Testament um so gewißer hierorts abzugeben, als nach Umfluß dieser Frist das Testament ohne Weiteres für anerkannt erachtet und in Vollzug gesetzt wird.

Concl. München den 21. Jan. 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

Steinle.

Bekanntmachung.

2257. (2a) Im Hilfsvollstreckungswege wird das Anwesen Nr. 16 an der Löwenstraße dahier auf Andringen eines Hypothekgläubigers nach §. 64 des Hypothekgesetzes und den Bestimmungen der Prozeß-Novelle vom 17. November 1837 §§. 98 — 101 rc. rc. das zweite Mal dem gerichtlichen Verkaufe durch Versteigerung an den Meistbietenden unterworfen.

Dieses Anwesen besteht aus einem Wohnhause mit einer ebener Erde drei Stockwerk hoch, nebst Mezzaninwohnung, gewölbtem Keller, einem Hofraume mit Pumpbrunnen, dann zwei mit ebener Erde ein Stockwerk hohen Hintergebäuden, welche als Wohnungen benützt werden, und wovon das eine eine Wäschküche enthält, ferner aus einer gemauerten Holzhütte und einem Garten.

Dasselbe ist durchschnittlich auf 12,875 fl. gerichtlich geschätzt, mit 4000 fl. der Brandassecuranz einverleibt, und mit 3000 fl. Ewiggeld, dann 9000 fl. Hypothekkapital belastet.

Termin zur Aufnahme der Kaufsangebote ist auf

Montag den 21. Februar l. Js. Vormittags von 10 — 12 Uhr

im Geschäftszimmer des kgl. Kreis- und Stadtgerichtsrathes von Hagens Nro. 11 dahier anberaumt, wozu Kaufsliebhaber mit dem Anhange hiemit geladen werden, daß sich gerichtsunbekannte Personen über ihr Vermögen gehörig auszuweisen haben, widrigen Falls zur Steigerung nicht gelassen werden würden.

Der Zuschlag erfolgt übrigens in Gemäßheit des §. 99 der angeführten Novelle auch unter dem Schätzungswerthe.

Concl. den 21. Jan. 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Director:

Barth.

Steinle.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 23.

Man abonnirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger Gasse Nr. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 26 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Donnerstag XLIX. Jahrgang. 27. Januar 1848.

Zur italienischen Frage.

∴ Die Nachrichten von der italienischen Halbinsel nehmen gegenwärtig die ganze Aufmerksamkeit des politischen Publicums in Anspruch. In Rom ist Cardinal Ferretti plötzlich von der Höhe seiner Popularität herabgefallen, und sein Rückzug war auf den 20. Januar entschieden festgesetzt. Als sein Nachfolger im Amte der auswärtigen Angelegenheiten wird der Cardinal Fürst Altieri bezeichnet, nachdem Cardinal Antonelli die Uebernahme des Ministeriums verweigert haben soll. Der heilige Vater beobachtet mitten unter den Stürmen der Gegenwart die ihm eigene unerschütterliche Ruhe und Zuversicht. Nichts desto weniger steht aber seine Regierung völlig isolirt (?), und die Bewegung im Kirchenstaate macht sich immer stärker außerhalb desselben unter dem Streben nach einem unitären Italien und unter beklagenswerthem Widerstand und Toben gegen alles Fremde, Nichtitalienische geltend. Dazu kommt der mehr und mehr ausgesprochene Zwiespalt zwischen dem Laienstande und der Prälatur bezüglich der Staatsämter, und nicht unwichtig ist die Mißhelligkeit, die sich wegen der Secularisirung des geistlichen Regiments zwischen der römischen Staatsconsulta und dem päpstlichen Ministerium festgesetzt hat. Toscana schreitet am sichersten auf dem betretenen Wege des gemäßigten Fortschrittes voran. Der Großherzog hat offen und wiederholt erklärt, Verbesserungen in seinen Staaten einführen zu wollen; dagegen hält er aber auch mit Erfolg und ohne Schonung der Waffen jeden Gewaltschritt von Seite des Volkes nieder. Das energische Benehmen der toscanischen Regierung bei den tumultuarischen Vorfällen, welche jüngst in Livorno stattgefunden, hat den Beifall aller Wohlgesinnten erlangt. Die Anführer dieser politischen Bewegung, die Doctoren Guerazzi, Berlinghieri und Bignozzi sind mit mehreren anderen Gefangenen auf die Insel Elba in sichern Verwahr gebracht worden. Der toscanische Minister des Innern, Cosmas Ridolfi, entwickelt eine strenge einsichtsvolle Thätigkeit. Beunruhigender sind die Aspecten im lombardisch-venetianischen Königreiche. Oesterreich, zwischen den zum aufgeklärten Staatsleben übergetretenen Reichen Sardinien und Toscana, nicht mehr im Stande sein hochconservatives System, ohne Concessionen an die Neuzeit, durchzuführen, wird zwar durch die Entwicklung ungeheurer Streitkräfte Meister bleiben, in so lange es nur seinen eigenen Unterthanen gegenüber steht; es hat indessen von seinen Nachbarstaaten gegenwärtig vieles zu leiden. Unter sardinischer Censur werden trotz unaufhörlicher Protestationen von Seite Oesterreichs fortwährend die aufregendsten Druckschriften, die incendiärsten Pamphlete gegen die österreichische Staatsregierung geschleudert. In Turin werden Todtenmessen gehalten für die in Mailand und Pavia Umgekommenen, welchen Feierlichkeiten nicht blos, mit allen Zeichen der Parteinahme, Studenten und Künstler, sondern selbst Minister beiwohnen, und die Turiner Clubs sind Oesterreichern, auch wenn sie von hohem Stande, verschlossen. Das sardinische Gouvernement hat so eben die Aushebung eines neuen Truppencorps von 15,000 Mann angeordnet, was auf eine sehr demonstrative Haltung Sardiniens gegen Oesterreich schließen läßt. — Daß die Jesuiten der Schweiz eine gastliche Aufnahme in Savoyen gefunden und König Karl Albert ihnen seinen Schutz zugesagt, bestätigt sich. Dagegen ist die jüngst gegebene Nachricht von einem definitiven Concordats-Abschlusse zwischen Rußland und dem Papste vorzeitig und ungenau (vgl. polit. Zeitung Nr. 11). Die Bevollmächtigten beider Staaten haben vielmehr vorerst nur eine, sehr wichtige Puncte ad separatum verweisende Uebereinkunft geschlossen, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß der heilige Vater demnächst einen officiellen Artikel veranlassen werde, dem Gerüchte einer Finalconvention entschieden zu widersprechen.

Deutschland.

Bayern.

†† München, 26. Jan. Nach allerhöchster Entschließung ist der obersten Baubehörde ein zweiter Ober-Ingenieur beigegeben und diese Stelle dem bisherigen Kreis-Ingenieur der Regierung von Oberbayern K. d. J. Egid v. Kobell provisorisch verliehen, aus der im Forstamtsbezirk Schongau gelegenen Buchinger-Trauchgebirgsforsten das Forstrevier Buching-Trauchgau gebildet, und zum Revierförster desselben der Forstamtsactuar und Functionär im Kreisforstbureau zu München Anton Schricker provisorisch ernannt worden.

München. Der junge Graf Türkheim-Montmarie wurde zum k. Kammerjunker ernannt. — Aus dem Verzeichniß der Wohlthätigkeitsstiftungen hiesiger Stadt von 18⁴⁶/₄₇ erhellt bezüglich der Legate, daß der verstorbene Professor Priester Anton Refflinger das Waisenhaus mit einem Legat von 12,600 fl. bedacht hat.

△ München, 27. Jan. Allen, die es mit der Presse, demnach auch mit der Gesittigung des Landes wohl meinen, wird die Erscheinung wohlthuende Befriedigung gewähren, daß die Nachcensur für 23 theils deutsche, theils englische und französische Blätter ganz aufgehoben ist. Möge nun auch die neue Verwaltung den Ruhm sich nicht rauben lassen, das unheimliche Institut der Nachcensur durchaus (es besteht noch für einige Blätter) und für immer aufzuheben. In vollem, aufrichtigem Vertrauen wird dann in die Zukunft geblickt werden können. Wenn dann einst noch ein freisinniges Preßgesetz keinen Unterschied zwischen äußerer und innerer Politik mehr begründen wird, werden sich wohl die schweren Verabsäumungen einer ruhmlosen Vergangenheit noch einmal mit Gottes Hilfe nachholen und wieder gut machen lassen.

München, 27. Jan. Aus dem „Fränkischen Merkur" v. 25. d. ersieht man, daß die Namensnennung des Hrn. Carl Heger, als verantwortlichen Redacteurs jenes Blattes nicht mehr beanstandet ist (was leider bisher der Fall gewesen). Deßgleichen finden wir seit einigen Tagen Hrn. Dr. E. Feust als verantwortlichen Redacteur des „Nürnberger Courier" unterzeichnet. Mögen beide Ehrenmänner Zierden der bayerischen, der deutsch-vaterländischen Presse an Geisteskraft und Gesinnungstüchtigkeit in ungetrübter Wirksamkeit fort und fort verbleiben.

München. Im Monat December wurden von der kgl. Polizei-Direction München wegen Polizei-Vergehen 1294 Individuen (unter Andern 268 wegen Bettels, 46 wegen Diebstahls, 19 wegen Betruges, 21 wegen Unterschlagung, 7 wegen Fälschung, 16 wegen Tragens verbotwidriger Messer, 12 wegen Thierquälerei, 1 wegen muthwilligen Schuldenmachens) abgestraft, 45 Individuen (31 wegen Diebstahls, 4 wegen Unterschlagung, 2 wegen Widersetzung, 2 wegen Körperverletzung, 2 wegen Majestätsbeleidigung, 2 wegen Duells, 2 wegen Kindsabtreibung) hingegen den betreffenden Behörden übergeben.

(Für Auswanderer.) Die deutsche Zeitung warnt auf Grund eines verläßigen Schreibens aus Caracas vor Anwerbungen dahin durch das berüchtigte Haus Delrue und Comp. in Paris, das einen Seelenverkaufscontract für Auslieferung von 80,000 Personen nach Caracas geschlossen hat.

Gunehild von Schweden.

(Geschichtliche Novelle von M. v. St.)

(Fortsetzung.)

Nie fielen die Sagen des blinden Skalden auf edleren Grund, als bei dem andächtig lauschenden Suen, in dessen Herz die Regungen von Manneskraft und Frauenmilde wundersam in eins geflossen, während sein strebsamer Geist in den Anschauungen alles Guten und Schönen unerschöpfliche Nahrung sog, dem lauteren Quell vergleichbar, der einsamer Gebirgshöhe entrieselt, unbesorgt in dem Schooß desselben Boden dahinrauscht, der die betäubenden Giftpflanzen und das mörderische Arsenik mit gleich treuer Naturkraft umfängt.

Kampferfüllt und blutgeröthet lagen die einst friedsamen Fluren Skandinaviens; der Andrang der vereinten Feindesschaaren schien den Muth auch der Mannestüchtigsten auf gefährliche Probe zu stellen; da wuchsen riesengroß die Schatten neuer Gerüchte über das unselige Regiment Gunehild's herein. Bald lief es hastig von Mund zu Mund im Volke, wie bei den Kriegern im Feld: der weise Freund König Hunding's, unter dessen väterlichem Walten das Land und der hinterlassene Königssohn Kanut gedeihen sollte, lebe noch, und habe sich zusammt dem theuren Pfande auf die rauhen Gebirge Norwegens geflüchtet, um sich und das theure Leben des königlichen Knaben vor ruchlosem Mörderstahl zu wahren. Dort habe er in tiefer Einsamkeit der übernommenen heiligen Pflicht treu gelebt, und über seinem Zöglinge gewacht, bis jetzt, wo er den jungen Fürsten, der nunmehr das krongesetzliche Alter erreicht, dem Volke zuzuführen gedenke, ein segnender Retter aus langem Leiden und noch härterer Schmach.

Wuthentbrannt schäumte Gunehild auf bei der immer mehr, immer deutlicher wachsenden Kunde, daß diejenigen, die sie längst für immer unschädlich gemacht wähnte, noch unter den Lebenden weilten, sie um die Frucht ihrer listigen Anstrengungen, um all das glänzende Elend und Irrsal von Macht und Genuß bringen könnten. Mit der stürmischen Heftigkeit ihres Geschlechts drang sie in Erich, mit Gewißheit ihre peinigenden Zweifel zu entkräften, und das sinkende Reich der Hoffnungen zu stützen; denn ihrem fieberhaft spähenden Geistesauge hatte es nicht entgehen können, daß auch die leisesten Schatten gewisser Möglichkeiten die Gemüther des Volkes mit steigendem Entzücken durchdrangen, ein Entzücken, dessen gestaltende Lebenskraft die Spinnweben ihres angemaßten Herrscherthums in Schande zu verwehen drohte. Schon flüsterte man sich im Volke zu: es sey die rechte Zeit gekommen, Boten nach Norwegen abzusenden, um die Heißersehnten zur schleunigsten Eile aufzufordern, und ihnen im Voraus den herzlichsten Willkomm zu bringen. (Fortsetzung folgt.)

Nürnberg, 25. Jan. Der in Nro. 22. d. Bl. erwähnte Censurstrich (vergl. die Münchener politische Zeitung Nro. 21) ist von der königl. Kreisregierung von Mittelfranken sofort aufgehoben worden, so daß der Einrückung der betreffenden Anzeige nichts mehr im Wege stehen würde, wenn nicht Derjenige, von dem sie ausging, inzwischen abgereist wäre.

(C. v. u. f. D.)

Preußen.

Berlin, 18. Jan. (II. Sitzung des Vereinigten ständischen Ausschusses.) Die Competenzfrage. (Fortsetzung.) Abg. von Camphausen: Der Erklärung, welche das verehrte Mitglied für Preußen abgegeben hat, habe ich hinzuzufügen, daß sie für mich und Andere die Befugniß nicht ausschließt, sondern einschließt, auf die nähere Erörterung der Frage, inwiefern das Strafgesetzbuch die verfassungsmäßigen Stadien bereits durchlaufen habe und inwiefern eine schließliche Berathung durch den Vereinigten Landtag erforderlich sey, im Laufe der Verhandlungen näher einzugehen, und daß ich auf die Erörterung dieser Fragen an geeigneter Stelle näher eingehen werde. In dem Augenblicke, wo wir zu einem neuen gemeinsamen Wirken zusammentreten, ist es für Viele von uns unerläßlich, ist es unsere erste Pflicht, uns selbst, dem Lande und der Regierung über den rechtlichen Standpunkt, von welchem wir ausgehen, so klar zu seyn, daß darüber ein Zweifel nicht obwalten kann. Dazu halte ich die abgegebene Erklärung ausreichend. Das Volk wird wissen, daß wir, die wir hier erschienen sind, gleich denjenigen, die zu erscheinen abgelehnt haben, gleich denjenigen, welche die Wahlen zu dem Ausschuß zu vollziehen oder anzunehmen sich geweigert haben, an dem Grundsatze festhalten, daß alle das Personen- und Eigenthumsrecht und die Steuern betreffenden Gesetze ohne den Beirath des Vereinigten Landtages nicht erlassen werden können, daß wir diesen Grundsatz zu vertreten, so wie im vorigen Jahre, auch künftig berechtigt, verpflichtet bleiben wollen. Die Mitglieder des Vereinigten Landtages, die nicht um uns sind, werden wissen, daß wir nicht gesonnen waren, noch gesonnen seyn werden, uns Rechte beizumessen, die nach der Ansicht des Vereinigten Landtags ihm allein zustehen. Die Regierung endlich wird wissen, daß nicht, wie ihr Organ dem Lande einzureden bemüht gewesen, der Zwiespalt geschlichtet ist, der zwischen den thatsächlichen Zuständen und der früheren Gesetzgebung besteht. Um so mehr halte ich es für meine Pflicht, die Regierung hierüber nicht in Zweifel zu lassen, als der Gang, den sie am Schlusse des Vereinigten Landtags und nach demselben eingeschlagen hat, mich mit tiefer Betrübniß und mit Sorge für die Zukunft erfüllt. Eine große That war geschehen; nach 30jährigem Harren waren die Vertreter des ganzen Landes in einem Saale versammelt, und Alle, welche wissen, wie selten und wie schwer großen Versammlungen die Selbstbeherrschung gelingt, sahen mit Spannung und nicht ohne Besorgnisse ihren Schritten entgegen. Wie ist der Erfolg gewesen? Das Ausland war erstaunt und überrascht über die Mäßigung der Versammlung, über ihre treue Ergebenheit gegen den Fürsten; es war im Zweifel, ob es ihre Zurückhaltung loben oder sie der Schwäche beschuldigen sollte; es fand den König zu beneiden, der unter solchen Umständen eine solche Versammlung berufen und eine so glänzende Manifestation der Treue und Ergebenheit seines Volkes der Welt vor Augen legen konnte. In Preußen aber, wo die Stände bis auf die äußerste Grenze vorrückten und, weit hinübergebogen, die Hand zur Ausgleichung boten, ist diese Hand im Zorne zurückgestoßen worden; (Murren in der Versammlung.) in Preußen haben die Stände von Seiten der Regierung Tadel und Nichtbeachtung gefunden, und Aeußerungen des Mißfallens und Unwillens, welche in geringem Einklang mit einem monarchischen Staate stehen, der von den Ständen nur Rath verlangen, sie nur Rath zu ertheilen berechtigen will. Ein Wort hätte hingereicht, den Verfassungsstreit in Preußen auf immer zu beendigen; es ist nicht gesprochen worden, die Folgen müssen getragen werden; die Geschichte aber wird richten zwischen der Regierung und uns. Marschall: Das Mitglied, welches eben gesprochen hat, hat sich leicht überzeugen können, daß ein Ausdruck, dessen er sich bedient hat, in allen Theilen des Saales Mißbilligung gefunden hat. Es sind dieß die Worte, daß das, was von dem Vereinigten Landtag geschehen sey, von der Regierung im Zorne zurückgewiesen worden sey. Ich gebe dem Abgeordneten anheim, zu erklären, daß dieser Ausdruck von ihm nicht beabsichtigt, sondern daß er ihm in der Rede nur entfahren sey. Abg. v. Camphausen: Ich würde eine solche Erklärung insofern nicht abgeben können, als ich die Thatsache für vorhanden ansehe. Wenn der Ausdruck Zorn beanstandet und derselbe durch das Wort Unwillen ersetzt wird, so habe ich meinen Ausdruck dahin zu modificiren kein Bedenken. Marschall: Was ich gesagt habe, bezog sich allerdings gerade auf den erwähnten Ausdruck, und nachdem die Zurücknahme desselben Zeugniß abgelegt hat von der Ansicht des Abgeordneten, so ist es zweckmäßig, den Werth der Worte nicht weiter zu messen, sondern sich an die Gesinnung des Abgeordneten zu halten. Wir gehen über diesen Punkt hinaus.

(Fortsetzung folgt.)

Berlin, 20. Jan. Wir folgen den Berathungen des vereinigten ständischen Ausschusses zum zweiten Titel des Strafgesetzbuchentwurfs, der „von den Strafen" handelt. Bei Berathung dieses sehr wichtigen Titels wurde im Allgemeinen bemerkt: das in der Rheinprovinz geltende Strafgesetz unterscheide zwischen Verbrechen, Vergehen und Polizeiübertretungen; diese dreigliedrige Eintheilung beruhe materiell auf der Verschiedenartigkeit der strafbaren Handlungen, an welche sich die dreifach geschiedene Proceßform anschließe. Nach dieser Dreitheilung habe sich in der Rheinprovinz der Sprachgebrauch gebildet, und mit Bezug auf sie werde nach dem Rechtsbewußtseyn des Volks über die Schwere der strafbaren Handlungen gerichtet. In dem vorliegenden Gesetzentwurf sey diese Dreitheilung formell nicht aufgenommen worden, und um bei dem Aufgeben dieser Theilung die für das Strafverfahren in der Rheinprovinz bestehenden Proceßformen nicht zu alteriren, sey in dem Entwurf des Gesetzes über die Competenz und das Verfahren in Strafsachen der Gerichte in dem Bezirke des rheinischen Appellationsgerichtshofes zu Köln die Competenz der verschiedenen Gerichte nach der Abstufung der Strafen, und zwar hier nach der im rheinischen Rechte bisher maßgebenden dreigliederigen Eintheilung der strafbaren Handlungen an die Spitze gestellt. Es sey nicht einleuchtend, weßhalb, wenn in Bezug auf das Proceßverfahren im Wesentlichen die Dreitheilung beibehalten worden sey, die Begrenzung in namentlich gesonderte Kategorien in das Strafgesetzbuch selbst nicht aufgenommen werden solle. Darin, daß sich der Sprachgebrauch daran gewöhnt und daß sich das Gefühl und das Bewußtseyn des Volks über die Schwere der strafbaren Handlungen darnach gebildet habe, liege ein unabweislicher Grund, die Dreitheilung im Interesse der Rheinprovinz beizubehalten. Im Interesse aller übrigen Landestheile aber liege es, dieselbe Dreitheilung in das Strafgesetzbuch aufzunehmen, weil der Erfolg, welchen diese Theilung in jenem Landestheile gehabt habe, als ein ersprießlicher angesehen, weil es für eine Aufgabe der Gesetzgebung erachtet werden müsse, durch bestimmte Ausdrücke die Schwere der mit Strafe bedrohten Handlungen kenntlich zu machen und es zu erleichtern, daß sich im Volke eine bestimmte Erkenntniß derselben bilde, wie sie in der Rheinprovinz bestehe, in den übrigen Landestheilen aber vermißt werde. Wenn nun nach dem System des vorliegenden Entwurfs durch Einführung der Dreitheilung ein von dem Entwurfe anerkanntes Princip nur bestätigt, keineswegs aber ein Grundsatz desselben angegriffen werde, so spreche für die durchgreifende formelle Sonderung noch der Umstand, daß ähnliche Institutionen, wie sie die Rheinprovinz besitze, als dringendes Bedürfniß auch für die übrigen Landestheile erkannt würden, daß eine Annäherung an dieselben bereits durch das nach dem Gesetze vom 17. Juli 1846 bei dem Kammergerichte und bei dem Criminalgerichte zu Berlin eingeführte Strafverfahren stattgefunden habe, die Ausdehnung desselben Verfahrens für einen größern Umfang zu gewärtigen stehe, daß die Fortbildung dieses Verfahrens zu gleichen oder ähnlichen Institutionen führen werde, wie sie in der Rheinprovinz bestehen, und daß es daher gerathen erscheine, das materielle Strafgesetz mit den Forderungen in Einklang zu bringen, die, wie sie für die Rheinprovinz sich schon gegenwärtig herausstellten, sich später für den ganzen Umfang des Staates geltend machen würden. Dieser Vorschlag zu Gunsten der Rheinländer ward von dem Minister von Savigny bekämpft und von ihm eine andere dreifache Eintheilung vorgeschlagen wurde und wie beschlossen wurde, die detaillirteren Vorschläge der Regierung darüber abzuwarten. Zu den einzelnen Paragraphen dieses Titels übergehend, einigte man sich sehr bald dahin, den allgemeinen einleitenden §. 7. unverändert anzunehmen. Dagegen rief der §. 8. die lebhaftesten Debatten hervor, indem einerseits die gänzliche Aufhebung der Todesstrafe beantragt, andererseits die unveränderte Beibehaltung des Paragraphen vertheidigt, endlich die Verschärfung der Todesstrafe bekämpft wurde. Der Antrag wegen Abschaffung der Todesstrafe kam zuerst zur Abstimmung und ward mit 63 gegen 34 Stimmen verworfen. Hiernächst wurde der Antrag, jedwede Verschärfung der Todesstrafe aus dem Entwurf fortzulassen, fast einstimmig angenommen, vorbehaltlich einer späteren Entscheidung über den gleichzeitig zu erkennenden Verlust der Ehrenrechte. Alsdann sprach man sich dafür aus, daß die Todesstrafe durch das Fallbeil zu vollstrecken und dieß im Gesetze ausdrücklich auszusprechen sey. In Betreff der Frage, ob die Hinrichtungen öffentlich stattfinden sollten oder nicht, beschloß man, darüber nichts Bestimmtes festzustellen, sondern die Entscheidung dieser Frage in jedem einzelnen Falle dem Gerichte zu überlassen. So lautet also der im gegenwärtigen Entwurf ziemlich lange §. 8 in der jetzt angenommenen Fassung nur: „die Todesstrafe ist durch Enthauptung vermittelst des Fallbeils zu vollstrecken." Beim §. 9 wurde die Entscheidung der Frage, ob die Zuchthausstrafe niemals auf weniger als drei Jahre erkannt werden dürfe, und somit die Beantwortung der zweiten von der Regierung den Ständen vorgelegten Hauptfrage bis nach erfolgter Berathung über die einzelnen Verbrechen und deren Bestrafung ausgesetzt. Die morgende fünfte Sitzung beginnt mit den folgenden Paragraphen.

Berlin, 21. Jan. Der ständische Ausschuß hat für heute und für morgen seine Sitzungen ausgesetzt, und wird dieselben erst mit dem Montag folgender Woche wieder aufnehmen. Es haben sich bei der fortgesetzten Berathung des Strafgesetzentwurfs verschiedene Anstände ergeben, über welche eine vorherige Verständigung zwischen der Abtheilung und dem Gesetzgebungsministerium wünschenswerth erschien. Gestern kam man nach lebhaften Debatten mit dem die Todesstrafe behandelnden §. 8 zu Ende. Die Todesstrafe soll nach dem Gesetzentwurf durch Enthauptung vollstreckt, in besonders vorgesehenen Fällen aber dahin geschärft werden, daß der Kopf öffentlich ausgestellt und die rechte Hand nach der Enthauptung abgehauen wird. Die Versammlung hat mit 63 gegen 34 die Beibehaltung der Todesstrafe beschlossen, dagegen mit allen gegen 2 Stimmen (aus Westphalen) verworfen. Eben so hat sie sich auch gegen die öffentlichen Hinrichtungen ausgesprochen, und nur solche Vorkehrungen für angemessen erklärt, welche im Interesse der Sicherheit des zu Verurtheilenden wie der Gesellschaft liegen möchten. Demnächst ging man zum folgenden die Zuchthausstrafe behandelnden Paragraphen über. — Aus unseren Zeitungen werden Sie ersehen, daß Herr v. Beckerath aus Crefeld plötzlich hier angekommen ist. (A. Z.)

Der Ertrag, der in Berlin von den Professoren Jacob Grimm und Trendelenburg veranstalteten Sammlung für Beseler erläuft gegenwärtig schon auf 600 Rthlr.; auch in anderen Kreisen wird gesammelt.

Oesterreich.

Wien, 23. Jan. Aus österreichisch Italien wird nichts von weiteren Ruhestörungen gemeldet; auch die Vorgänge in Pavia und Treviso erscheinen nach den neuesten Berichten von weit geringerer Bedeutung als sie in auswärtigen Blättern dargestellt worden sind.

(A. Z.)

Schweiz.

Bern, 22. Jan. (Tagsatzung.) In der heutigen Sitzung ward zuerst der Dankaufruf an die eidgenössische Armee verlesen, behandelt und der Entwurf einstimmig angenommen. — Sodann die eingegangenen gleichlautenden Noten von Frankreich, Oesterreich und Preußen an der Reihe und durch allseitiges Einverständniß zur Berichterstattung an die Neunercommission gewiesen. (Die preußische Note ist datirt Neuenburg 18. Jan. 1848 unterzeichnet R. v. Sydow, die österreichische Note ist von Frhr. v. Kaisersfeld und die französische vom Grafen v. Bois-le-Comte unterzeichnet. Der neueste „Schwäbische Merkur" theilt den Wortlaut der identischen Note bereits mit; wir werden ihn morgen geben.) Ein Antrag der Neunercommission, daß die Kantone, die sich der Occupation entledigt, nicht zu

Kosten beitragen sollen, die durch längere Occupation anderer Kantone entstehen, wird mit 18½ Stimmen angenommen.

Folgendes ist das Schreiben mit welchem Sir Stratford Canning die erwähnte Denkschrift an den Bundespräsidenten begleitet hat. Bern, 10. Jan. 1848. Herr Präsident! Der Wiederbeginn der Sitzungen der Tagsatzung, und mehr als ein Umstand, der sich seit unserer letzten Unterredung zugetragen hat, veranlassen mich, Ihnen einige Bemerkungen vorzulegen, die den gleichen Zweck und den gleichen Charakter haben wie die welche Ihnen früher von meiner Seite mitgetheilt worden sind. Ich nehme gerne an, Ew. Excellenz werden darin einen Beweis von dem ganz freundschaftlichen Antheil erblicken den meine Regierung während der gegenwärtigen Verwickelung fortwährend an den schweizerischen Angelegenheiten nimmt, und Sie werden mir die Ehre erweisen, dem beiliegenden Memorandum ihre ernste Aufmerksamkeit zu schenken, und es ohne Verzug auf gutfindende Weise den Mitgliedern der Tagsatzung mitzutheilen. Ich habe die Ehre ꝛc.

Das Memorandum lautet: „Die schweizerische Eidgenossenschaft ist, man muß es gestehen, durch eine schwere Prüfung hindurchgegangen. Sie ist auf so glänzende Weise daraus hervorgetreten, daß alle Augen mit der lebhaftesten Theilnahme auf die Aussicht in ihre Zukunft gerichtet sind. Im Augenblick, wo die Tagsatzung ihre Arbeiten wieder beginnt, um die letzte Hand anzulegen, frägt sich jedermann welches Gepräge denselben werde aufgedrückt werden. Eine sehr schwere Verantwortlichkeit liegt auf dieser Versammlung. Zwei Wege öffnen sich vor ihren Schritten. Schreitet sie auf dem einen vor, so wird sie die Früchte ihres Triumphes dem Glück des gemeinsamen Vaterlandes widmen können; stürzt sie sich auf den andern Weg, so verlängert sie die schmerzlichen Eindrücke des Kriegs und verzögert für lange Zeit die Herstellung der wesentlichen Bedingungen dauernder Ruhe und nationaler Unabhängigkeit. Es ist wichtig, daß dieser Gedanke vollständig klar gemacht werde. Um des innern Friedens zu genießen, um die Mittel zu behalten, die Neutralität selbst zu behaupten, um Verwickelungen mit dem Ausland zu vermeiden, ist es nöthig, daß die schweizerischen Kantone sich gegenseitig mit der herzlichen Sympathie betrachten, welche aus gegenseitigem Wohlwollen und der Ueberzeugung gemeinsamer Interessen hervorgeht. Es liegt nicht in der Natur der Dinge, daß die Uebermacht einer einzigen Partei und die Demüthigung einer jeden andern ein solches Resultat herbeiführe. Wenn man mit Hülfe einer Partei regieren will, so ist man genöthigt, sich auf Willkür d. h. auf Gewalt zu stützen. Anhänglichkeit ist dann keine zu erwarten. Betrachtet man nun aber den jetzigen Zustand der öffentlichen Meinung, so ist die systematische Anwendung von Gewalt überall bedenklich und kostspielig. In der Schweiz würde man ohne allen Zweifel darin etwas den Volkssitten, besonders zuwiderlaufendes und etwas, den Institutionen des Landes feindseliges erblicken. Daraus entständen neue Zerwürfnisse, neue Bewegungen, Reactionen je nach Zeit und Ort und auf jede Gefahr hin, und was ein Uebermaß der Gefahr, sowie der Schande wäre, es wird den Fremden mehr Vertrauen geschenkt werden, als der Mehrzahl der Eidgenossen. Dem Himmel sey gedankt, der Kampf gehört einem Jahre an, das nur noch in der Geschichte existirt. Auch kann man sich Glück wünschen, daß der provisorische Zustand im Begriff steht, in den besetzten Kantonen aufzuhören, und daß die Reduction der eidgenössischen Armee ihrer Vollendung entgegengeht. Wir fügen bei, daß eine allgemeine Amnestie allzuherzlich mit den Gebräuchen und Gefühlen des Schweizervolks übereinstimmt, um nur einen Augenblick zu zweifeln, daß sie unverzüglich von der Tagsatzung werde empfohlen und sofort von allen Kantonen werde gewährt werden. Was also noch zu erwägen bleibt, beschränkt sich im wesentlichen auf zwei Puncte, die Vertheilung der Kriegskosten und die Bundesrevision. Es begreift sich unschwer, wie sehr in den ersten Augenblicken nach dem Siege man geneigt seyn konnte, alles auf die besiegte Partei zu werfen. Seinen Gegner besiegen und ihn schonen, gewinnen und doch zugleich zahlen, mußte nothwendig einen Schein von Widerspruch bei dem gemeinen Verstand erregen. Die Mehrheit der Tagsatzung, auch abgesehen von der Betheiligung der Gesandten bei den Leidenschaften der Krise, hätte vielleicht zu viel dem Zufall überlassen, wenn sie nicht für den Augenblick dem ersten Eifer des Publicums etwas zugegeben hätte. Jetzt aber erlauben die Umstände und die Pflicht verlangt, wie es scheint, eine hochherzigere Auffassung, eine definitive Bestimmung, welche mit den Grundsätzen gesunder Politik, mit den bleibenden Interessen der Eidgenossenschaft besser übereinstimmt. Die Gerechtigkeit selbst gibt nicht zu, daß man mildernde Erwägungen außer Acht läßt, daß man die Antecedentien nicht in die Wagschale wirft, welche geeignet sind, Fehltritte zu erklären, die jedenfalls durch die Niederlage schon gebüßt sind. Dieses würde aber geschehen, wenn man darauf beharren wollte, die Kantone die vordem Glieder des aufgelösten Bundes waren mit der äußersten Strenge zu behandeln, welcher ein feindliches zur Unterwerfung genöthigtes Volk nicht immer unterliegen muß. Die Vernunft welche so in der Vergangenheit Gründe findet, um sich von dem glücklichen Erfolge nicht hinreißen zu lassen, wird nothwendig andere nicht minder starke Gründe finden, wenn sie ihre Blicke auf die Interessen der Zukunft richtet. Seyen wir billig. Es handelt sich nicht darum, zu erdrücken, sondern zu erheben, zu versöhnen, nicht darum, zu entfremden, sondern das eidgenössische Band fester zu knüpfen, statt es jedem wehenden Winde, jedem fortreißenden Anstoße preiszugeben. Die Tagsatzung wird zur Bundesreform aller ihrer Mitglieder bedürfen. Es gibt deren, die bis dahin den Vortheil der Erweiterung der Attribute und der Verstärkung des Ansehens der Centralgewalt noch nicht anerkannt haben. Durch häufigere Verbindungen, durch Beweise aufrichtigen Wohlwollens, durch die Sympathien gemeinsamer Interessen wird es gelingen, sie zu Opfern für den gewünschten Zweck zu bewegen. Wollte man sie mit Gewalt zwingen, so würde man damit nichts anderes thun als die Fundamentalgrundsätze des Bundes verkennen, man würde gefahrvollen Zufällen alles das aussetzen, was die Schweiz seit mehr als dreißig Jahren mit dem allgemeinen System des Friedens und des öffentlichen Rechts in Europa verbinden. Beachten Sie, wie viel Uebels ein in der Eile gefaßter Entschluß schon herbeigeführt hat, und entnehmen Sie aus diesem Anfange, was derselbe in der Folge noch herbeiführen könnte. Seine erste traurige Folge war die Anwendung der Willkür in einem der Freiheit geheiligten Lande. Hierauf kam das heftigere Auftreten des Parteigeistes, mit Zwangsanlehen, mit Sequestrationen von Privateigenthum, mit Erhebung partieller und sehr lästiger Contributionen auf Kosten von religiösen Stiftungen und Individuen und endlich mit der Aufhebung eines Klosters und Confiscation seiner Güter. Hiezu kommen noch, um die Wahrheit dieses Gemäldes zu bekräftigen, die Decrete mehrerer provisorischer Regierungen, die in Gegenwart eidgenössischer Truppen und eidgenössischer Repräsentanten erlassen wurden. Hiezu kommt endlich um alles zu sagen, das Leiden und das Ertragen einer Last wovon die Betroffenen, wenn man sie dazu anhält, sich bei Lebzeiten der gegenwärtigen Generation nicht mehr erholen werden. Täusche man sich nicht. Aus solcher Saat wird nichts Gutes hervorkeimen. Und wenn noch die Folgen dieser unvorsichtigen Maßregeln sich nur auf einige Kantone beschränken sollten; aber zuverlässig wird jedes Mitglied der Eidgenossenschaft seinen verhältnißmäßigen Antheil daran zu tragen haben. Die ganze Schweiz wird sie in jeder Weise zu fühlen haben: politisch, moralisch, materiell. Selbst die Grundlage ihrer Unabhängigkeit wäre nicht sicher vor einem Gegenstoße. Ihre aufrichtigsten Freunde hätten den Schmerz, sie verirren zu sehen durch eine Verblendung, deren Gefahren voraus zu bezeichnen sie sich zur undankbaren Aufgabe gemacht hätten. (Schluß folgt.)

Aus Bern vom 20. Jan. schreibt der Verfassungs-Freund: Gestern ist mit einem einspännigen Fuhrwerke die Summe von 300,000 L. in baar, Seitens des Kantons Luzern für die Kriegskosten dahier angelangt. — Die Verfassung von Wallis ist mit etwa 6000 gegen 800 Stimmen vom Volk angenommen; ungefähr das gleiche Ergebniß hatte die Abstimmung über die Säcularisation der Klostergüter.

Zürich, 23. Jan. Die gestrige Nachricht, daß eine Note der großen Mächte dem Präsidenten des Vororts übergeben worden sey, wird heute von allen Blättern bestätigt. Die „Eidgenössische Zeitung" versichert: dieselbe sey in dem gestern angedeuteten Sinn, jedoch in der milden Form eines Memorandums abgefaßt, und von Frankreich, Oesterreich und Preußen in gleichlautender Fassung eingereicht worden.

Italien.

Am 11. Jan. starb in Rom, 42 Jahre alt, Cardinal Francisco Xaverio Massimo.

Neapel 17. Jan. Noch am 14., am dritten Tag nach dem Aufstand schlugen sich die Palermitaner mit den in einigen Forts eingeschlossenen oder sonst vereinzelten Truppen. Die Citadelle am Meer sollen die wüthenden Montanari (Gebirgsbewohner) dreimal angegriffen haben; heute früh sagte man, der Telegraph habe die Uebergabe an die Aufständischen und die Errichtung einer provisorischen Regierung gemeldet. So viel bis jetzt bekannt wurde, fand der Ausbruch seinen Anlaß am frühen Morgen in dem Einschreiten einer starken Abtheilung Dragoner gegen die Menge, welche die erscheinenden Reiter mit dem Rufe: „es lebe Italien, es lebe Ferdinand II., es leben die Dragoner!" begrüßte, dafür aber alsbald mit Karabiner und scharfem Säbel empfangen wurde. Diese Schwadron wurde denn auch von dem wüthenden Pöbel gänzlich niedergemacht, auf einige Fliehende haben selbst die Weiber aus den Fenstern geschossen, Marmorplatten und Geräthe aller Art heruntergeschleudert. In der Stadt selber scheinen die Bewohner, von den furchtbaren Massen der Bauern aus dem Gebirg, alle in Waffen, unterstützt, bald Herr geworden zu seyn; den Unterhalt der Streiter sichert eine von Adel und Reichen ohne Ausnahme gebildete Casse; Plünderung und Raub sollen mit dem Tod bestraft werden, und diese Strafe sey an drei auf der That Ertappten auf der Stelle vollzogen worden. Alsbald habe man sich auch zweier kleiner Dampfboote bemächtigt, um mit denselben der Küste entlang die Nachricht von dem Aufstand der Palermitaner zu verbreiten. Daß die Truppen sich bald theils außerhalb der Stadt zurückzogen, theils in die Citadelle sich einschlossen, weiß man; daß letztere später wirklich dem Volk in die Hände gerathen sey, bedarf der Bestätigung. Die von hier abgesandten Truppen können nicht vor der Nacht vom 15. auf den 16. gelandet worden seyn, und zwar geschah dieß in großer Entfernung von Palermo. Ein gestern zurückgekommener Dampfer hat heute Abend eine mit Brod u. s. w. beladene Corvette im Schlepptau mit fortgenommen. Was in Messina, in Syracus, in Trapani geschehen, weiß man noch gar nicht. In Salerno, in Nocera, Avellino sollen viele tausende von Bauern die Waffen bereit haben, und nur auf ein Zeichen warten, um gegen die Hauptstadt zu marschiren; in Foggia, Lecce sey der Aufstand völlig organisirt, und überall zeige sich die Erbitterung des Volkes gegen das seitherige System. Man sagt, der König habe erklärt, so lange er noch Kanoniere auf Castell St. Elmo habe, gebe er nicht nach; er soll unwohl seyn und zur Ader gelassen haben. Die Stadt ist Nachts wie verödet; starke Patrouillen, zum Theil 60 Mann stark, durchziehen die Straßen. Die Neapolitaner sind bis jetzt ruhig. — Vom 18. Jan.: Auch heute keine sicheren Nachrichten. Gestern Abend ging noch ein zweites Schiff mit Vorräthen für die Truppen ab. Die Einrichtung einer provisorischen Regierung, die Uebergabe aller Forts in Palermo wird von allen Seiten bestätigt. (Schw. Mkr.)

Nach den Livorneser und Genueser Zeitungen (letztere vom 22. Jan. ist durch ein neues aus Palermo kommendes Dampfboot, „Ville de Marseille" die Nachricht eingetroffen, daß die königl. Truppen den Versuch machten, in die von den Aufrührern besetzte Stadt durch die Porta Macueda einzudringen, aber mit Verlust zurückgeschlagen wurden und nun außerhalb der Stadt am Fuße des Monte Pelegrino campirten. Der Graf Acquila sey nach Neapel zurückgekehrt, um Verstärkungen zu verlangen. Die Besatzung des Forts Castellamare (das also nicht capitulirt hat) wollte die Stadt beschießen, soll aber durch die Protestationen des englischen Consuls, wegen des in Palermo liegenden englischen Eigenthums, davon abgehalten worden seyn. Die Insurgenten hätten ein provisorisches Comité erwählt, an dessen Spitze Dr. Ruggiero, Exminister der auswärtigen Angelegenheiten nach der Constitution von 1812, der Fürst Villafiorita, der Advocat Marocco, und Graf Pietro Aceto. Der Klerus soll an der Bewegung theilgenommen, aber auch die Ausbreitung der Unordnungen gehindert haben. Die Gewehre seyen um ein Spottgeld zu haben, was man der Anwesenheit zweier englischen

Schiffe zuschrieb. — Die Bestätigung aller dieser Berichte bleibt dahingestellt. (A. Z.)

Briefe aus Malta vom 16. Jan. schreiben: Das englische Geschwader des Admirals Sir W. Parker, 2 Dampffregatten und 5 Linienschiffe und Fregatten, welche früher im Golf von Spezzia gelegen und später an der Küste von Neapel kreuzten, ist am 15.—16. in Malta eingelaufen, und wird nun wohl die Ereignisse in Sicilien beobachten. (Schw.-Mkr.)

Frankreich.

Paris, 23. Jan.

In der gestrigen Sitzung der Abgeordnetenkammer hat die Berathung der Adresse begonnen. Gegen dieselbe und gegen das Ministerium als das des Rückschritts sprachen die conservativen Berville und Desmousseaux de Givré. — Die bereits gewählte Finanz-Commission besteht aus 15 Mitgliedern der conservativen Partei, mit Hrn. Bignon als Vorsitz.

Graf Montalembert hat John O'Connell und die ganze O'Connell'sche Familie im Namen der französischen Katholiken zu einem ihnen zu Ehren zu gebenden Bankette am 13. oder 14. Febr. eingeladen und zugleich angezeigt, daß am 10. Febr. in Notre Dame eine Trauerrede auf D. O'Connell durch Lacordaire, dem ersten Redner Frankreichs und vielleicht der Kirche, gehalten werden würde. Eine solche Ehre sey bisher nur Königen und Thronerben widerfahren. Der Erzbischof von Paris werde bei der Feierlichkeit zugegen seyn. J. O'Connell hat diese Einladung im Namen seiner Familie angenommen.

Rosemond de Beauvallon und d'Ecquevilley, welche bekanntlich wegen falschen Zeugnisses zu 8, resp. 10 Jahren Einsperrung verurtheilt sind, haben die königl. Gnade angefleht; der Entscheid ist noch nicht getroffen. — Der Cassationshof hat das Cassationsgesuch Wernerys, gegen das die Zuständigkeit des Zuchtpolizeigerichts in seinem Verläumdungsprocesse aussprechende Urtheil des königl. Gerichtshofes verworfen.

Mlle. Deluzy ist vom Gericht der ihr von Herzog von Praslin vermachte Jahresgehalt von 3000 Franken zuerkannt worden; außerdem soll sie eine Reihe ihr angehöriger Gegenstände und 4000 Fr. (nicht 5000, wie sie verlangt hatte), welche sie der Herzogin in Verwahrung gegeben hatte, zurückbekommen.

Ein reicher Gutsbesitzer, Hr. Verber, welcher jüngst in seinem 89sten Lebensjahre in Paris verschieden ist, hat in seinem Testamente eine Summe von 1,500,000 Fr. für Gründung eines Asyls für hilfsbedürftige Greise aus dem Gelehrtenstande, wie Aerzte, Advokaten, Schriftsteller angewiesen. — Im letzten Jahr sind in Frankreich 5606 neue Bücher gedruckt worden, darunter 446 in verschiedenen fremden Sprachen.

Großbritannien.

London, 21. Jan.

Das „Edinburgh Journal" widerspricht der neulichen Angabe eines andern Edinburger Blattes, daß Professor Simpson nach London beschieden sey, um der Königin Victoria bei ihrer nächsten Niederkunft mit Chloroform beizuspringen.

In den verschiedenen Städten des Landes hält man jetzt Versammlungen gegen die Fenstersteuer. Ihre Aufhebung dürfte da sie 1/12 der ganzen ordentlichen Staatseinnahme beträgt, nahezu unmöglich seyn, zumal da die Nationalschuld um 8,000,000 Pf. St. vermehrt ist, die Ausgaben des vorigen Jahres die Einnahmen um beinahe 400,000 Pfd. St. überstiegen haben. — In Manchester sind noch über 5000 Fabrikarbeiter geschäftslos, d. h. mehr als ein Fünftel der sonstigen Arbeiterzahl; 14 Cattunspinnereien stehen still und 75 arbeiten kürzere Zeit.

Dänemark.

Die neuesten Bremer und Hamburger Blätter enthalten noch keine Bestätigung der gestrigen Nachricht der Weserzeitung über den Tod des Königs. Ein uns aus Hannover vom 23. Jan. zugehendes Schreiben versichert aber, der dortige Hof habe schon am 22. früh diese Trauerkunde empfangen. Die Bestätigung ist abzuwarten. Die Hannoverische Zeitung vom 22. Jan. bringt keine dießfällige Meldung. (A. Z.)

Rußland und Polen.

Aus Südrußland meldet man, daß dort unter den evangelischen Kolonien eine Krankheit wie die Läsare in Schweden überhandnimmt. Kinder und Erwachsene fangen an, in dem Gotteshause zu zittern, zu beben, allerlei Unsinn zu treiben, und dann zu Glauben und Frömmigkeit zu ermahnen. Es sind dieselben Erscheinungen, welche man bei vielen andern religiösen Aufregungen beobachtet hat, und die namentlich Tieck in seinem Cevennenkrieg so vortrefflich schildert. Die Zitterscene endigt gewöhnlich damit, daß sie plötzlich, vom Teufel entlassen, ausrufen: „Jesus ist da," oder „Jesus lebt", über die Bänke hinwegsteigen, die Mitgenossen umarmen und küssen und hinausgehen. Die Regierung hat verordnet, daß gegen diese Schwärmer nicht eingeschritten werden soll, sondern daß man sie, wo sie den Gottesdienst stören, hinausschaffe. (Brem. Z.)

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 25. Jan. Bayerische 3 1/2 pCt Obligationen 92 1/2 P., — G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 860 P., — G. Promessen per Stück Agio 76 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 103 1/4 P., — G.; 4pCt. 92 P., — G.; 3pCt. 65 1/4 P., — G. Bankactien 1. Semester 1575 P., — G. Württembergische 3 1/2 pCt. Obligationen 88 P., — G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35 1/2 P., — G. Badische 3 1/2 pCt. Obligationen 88 P., — G.

Frankfurt, 24. Jan. Metall. 5pCt. 101 3/4; 4pCt. 89; 3pCt. 65 1/2; Bankactien 1920; Taunus-Eisenbahn-Actien 355; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 53; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 85 3/4; bayer. Ludwigs-Canal 62.

Wien, 22. Jan. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 100 1/2; zu 4pCt. in CM. 98; zu 3pCt. in CM. 64; Bankactien per Stück 1544; Nordbahn 119.

Amsterdam, 22. Jan. 2 1/2 pCt. 54 1/4; 3pCt. 65 7/8; 4pCt. 84 1/16; Synd. 3 1/2 pCt. 84 1/4; Handels-Maatschappy 161 7/8; Ard. 14 9/16; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. —.

Paris, 22. Jan. 3pCt. 74 Fr. — C.; 5pCt. 116 Fr. 30 C.

London, 21. Jan. Consols 88 1/4.

Haag, 13. Jan. Das Handelsblad schreibt, daß das Haus J. H. Russe und Sohn zu Amsterdam ebenfalls zu Grunde gerichtet sey; die Passiva belaufen sich auf 1,300,000 fl., während die Activa kaum 100,000 fl. erreichten. (Rhein. Beob.)

London, 19. Jan. Das Mäklerhaus Henry, Hopkins, hat mit 20,000 Pfd. St. fallirt. Auch aus Liverpool werden einige kleinere Fallimente berichtet.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 27. Januar: Zum ersten Male: „Prinz Eugen, der edle Ritter", Oper in 3 Akten von Gust. Schmidt.

Freitag den 28. Januar: „Don Carlos", Trauerspiel in 5 Akten von Schiller.

Fremdenanzeige.

Hôtel Maulik. HH. Boraus, Privatier von Oettingen; Duval, Proprietär v. Paris.

Gold. Kreuz. HH. Buchner, Kaufmann von Kitzingen; Kaufmann und Kopf, Kaufleute v. Landshut.

Blaue Traube. HH. Biermiel, Privatier v. Augsburg; Bonnschlegel, Lederfabrikant v. Mainz; v. Biba, Privatier v. Ungarn; Givoli, Kaufmann v. St. Gallen.

Getraute in München.

HH. Joh. Kräuler, Schreinergeselle dahier, mit Magd. Egger, Taglöhnerstochter v. Wasserburg; Joh. Bapt. Waldhauser, b. Melber dah., mit M. A. Joh. Döfinger, b. Hofschäfflermeisterstochter v. h.; Georg Wintersheimer, k. Reitknecht dah., mit M. A. Gasteiger, Gypsbrennerstochter v. h.; Ludw. Albert Fröhlich, Ministerial-Funktionär dah., mit Soph. Kar. Frieder. Wilh. Lederer, k. Hofagentstochter v. h.; Al. Schloder, bgl. Taferwirth dah., mit Anna Wörmann, Bierbrauerstochter v. Rothenbuch, Ldg. Schongau; Fr. X. Sauermann, Maurer dah., mit Krescz. Hofmann, herrschaftl. Portierstochter v. h.; Georg Friedr. Lamprecht, Schreinermeister von Altenschönbach, Landg. Gerolzhofen in Unterfranken, mit Paul. Reg. Drumeier, Samenhändlerstochter von Nürnberg; Samuel Friedmann, Dr. med., Gesundheits-Offizier bei der niederländischen Marine auf dem Dampfschiff Cerberus, mit Luise Eisenberger, Handelsmannstochter von Dürrmaul in Böhmen.

2242. (3c)

Bekanntmachung.

Die k. General-Bergwerks- und Salinen-Administration hat zufolge hoher Entschließung vom 8. d. M. Nr. 2834 beschlossen, den Aerarial-Salztransport von Regensburg auf der Donau und dem Ludwigs-Kanale nach Nürnberg, Forchheim und Bamberg, dann auf dem Main nach Kitzingen für die Jahre 1848, 1849 und 1850 an den Wenigstnehmenden im Submissionswege zu überlassen.

Die betreffenden Angebote müssen längstens bis zum 14. Februar dieses Jahres versiegelt bei obiger hohen Centralstelle unmittelbar eingereicht werden.

Wenn ein Angebot für annehmbar erkannt wird, so erhält der Urheber desselben hievon sogleich Nachricht, um mit ihm in Person oder mit einem Bevollmächtigten desselben vorbehaltlich höchster Genehmigung des königl. Finanzministeriums einen Schifffahrtsvertrag auf obigen Zeitraum abzuschließen.

Die gedruckten Bedingnisse, unter welchen die Ueberlassung dieses Salztransportes stattfindet, werden den Bewerbern auf Verlangen von den königl. Salzämtern Passau, Regensburg, Nürnberg und Bamberg, dann von der kgl. Salzniederlage in Straubing und von der kgl. Salzfactorie Forchheim mitgetheilt.

Gleichzeitig mit den Angeboten müssen auch legale Zeugnisse darüber vorgelegt werden, daß der Bewerber zur Schifffahrt berechtiget und daß er im Stande ist, eine Kaution von 5000 fl. baar oder in bayerischen Staatsobligationen zu leisten.

Bei dem Beginnen der Contractsverhandlungen hat der Contrahent 500 fl. baar oder in bayerischen Staatsobligationen bei der k. Bergwerks- und Salinen-Haupt-Casse in München als Reugeld zu hinterlegen, welche ihm jedoch unverzüglich zurückgegeben werden, sobald die bedungene Caution erlegt ist.

München den 8. Januar 1848.

2243. (3c)

Bekanntmachung.

Zufolge hoher Entschließung vom 8. d. Mts. Nro. 2985 hat die k. General-Bergwerks- und Salinen-Administration beschlossen, daß der Transport des Aerarial-Salzes auf der Donau von Passau nach Deggendorf, Straubing und Regensburg für die Jahre 1848, 1849 und 1850 an den Wenigstnehmenden im Submissionswege überlassen werden soll.

Die betreffenden Angebote müssen längstens bis zum 14. Februar d. Js. versiegelt bei der erwähnten hohen Centralstelle unmittelbar eingereicht werden.

Wenn ein Angebot für annehmbar erkannt wird, so erhält der Urheber desselben sogleich hievon Nachricht, um mit ihm in Person oder mit einem Bevollmächtigten desselben vorbehaltlich höchster Genehmigung des k. Finanzministeriums einen Contract auf die obigen 3 Jahre abzuschließen.

Die Bedingnisse, unter welchen der fragliche Salz-Transport überlassen wird, werden den Bewerbern auf Verlangen von den k. Salzämtern Passau und Regensburg mitgetheilt.

Nur berechtigte inländische Schiffmeister oder andere zur Schifffahrt berechtigte Inländer, welche sich hierüber durch obrigkeitliche, gleichzeitig mit dem Angebote einzureichende Zeugnisse auszuweisen, auch eine Caution von 10,000 fl. entweder baar oder in bayerischen Staatsobligationen zu leisten vermögen, können bei diesem Salz-Transporte zugelassen werden.

Bei dem Beginnen der Contracts-Verhandlungen müssen vom Contrahenten 1500 fl. baar oder in bayerischen Staatsobligationen bei der königl. Bergwerks- und Salinen-Hauptcasse in München als Reugeld hinterlegt werden, welche er jedoch unverzüglich zurückerhält, sobald er die bedungene Caution erlegt hat.

München, den 8. Januar 1848.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Digitized by Google

Nr. 24.

Münchener politische Zeitung.

Man pränumerirt auf die Z. v. J. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nr. 13; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die breispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Freitag — XLIX. Jahrgang. — 28. Januar 1848.

Deutschland.

Bayern.

München. Nach Privatbriefen aus Venedig ist Herzog Max in Bayern dort eingetroffen, und gedachte einige Zeit dort zu verweilen. Se. königl. Hoheit wird erst in 2—3 Monaten zurückkehren. — Joseph v. Görres liegt sehr gefährlich krank darnieder. — Unter den am diesjährigen preußischen Krönungs- und Ordens-Feste (24. Jan.) Decorirten befindet sich auch der hiesige königl. Hofrath Dr. Schauß, mit dem rothen Adlerorden III. Cl. ohne Schleife. — Wie aus Würzburg, hört man auch vom Münchener Publicum mehrfache Klage über Schwierigkeiten und Umständlichkeiten, die beim Arrosirungsgeschäft von der betreffenden Specialcasse gemacht werden. Die Folge hievon ist eben, daß viele Gelder, die der Staatsschuldentilgungs-Casse zugeflossen wären, auf andere Weise angelegt werden. — Das Pfandhaus in der Vorstadt Au, resp. das Privilegium desselben, ist von dem bisherigen Eigenthümer, Hrn. v. Stegmaier, durch Kauf für eine sehr bedeutende Summe an den Magistrat unserer Stadt übergegangen, und soll dieser die Absicht haben, dieses Pfandhaus eingehen zu lassen, da die bestehenden zwei städtischen Leihanstalten dem Bedürfnisse genügten.

(Bayer. Bl.)

München. Aus Kemnath, 25. Jan., geht uns von einem Augenzeugen des großen Brandunglücks, Hrn. Joh. Matth. Br... folgende Mittheilung zu: „Am 13. Jan. 1848 Abends 8½ Uhr brach in der Stadt Kemnath in einer Seitenstraße Feuer aus, welches, angefacht und fortgetragen durch einen äußerst verheerenden Sturmwind, in kürzester Frist zwei ganze Häuserreihen ergriff. Von nun an überschüttete ein förmlicher Feuerregen die ganze Stadt. Vom Winde gepeitscht wälzten sich die den Häusern entrissenen Flammen auf den Straßen fort, und über eine Viertelstunde Entfernung flogen die brennenden Dachschindeln. Angst und Verzweiflung ergriff die ganze Einwohnerschaft, nachdem man die Unmöglichkeit eingesehen, dem Feuer Einhalt zu thun, zudem die strenge Kälte das Wasser während des Löschens in Eis verwandelte. Jeder ging nun auf das Seinige zu, um entweder seine Habe zu retten, oder sein Haus vor Anbrennen zu schützen. Hiedurch vertheilten sich die hilfeleistenden Kräfte so, daß viele der Abgebrannten nur einen geringen Theil ihrer Habseligkeiten dem Feuer zu entreißen vermochten, und zwar dieß auch nur unter augenscheinlicher Lebensgefahr. Kinder trug man aus den Häusern, nachdem die Kissen, in denen sie gewickelt waren, schon brannten; und nicht selten mußte man die Kleider derjenigen löschen, die Effecten aus den brennenden Häusern tragen. Bei 90 Gebäude liegen nun in Asche und Trümmern, einige 30 Gebäude sind mehr oder minder beschädigt, viele der Abgebrannten sind ohne Betten und Kleidungen, viele in der Ausübung ihrer Gewerbe gehemmt, die meisten ohne Geld, sich Nahrungsmittel und Brennholz zu kaufen, und wenn auch allen ein Obdach verschafft wurde, so ist dieß doch in Hinsicht auf die dermalige Strenge des Winters gewöhnlich nur ein sehr nothdürftiges. Nur sehr wenige der Abgebrannten hatten ihre Mobilien in Brandassecuranzen versichert, indem seit mehreren Jahren die Brand-Assecuranz-Gesellschaften keine Versicherungen von Mobilien, die sich in mit Schindeln gedeckten Häusern befanden, mehr vornahmen, und die bei weitem größere Zahl der niedergebrannten Häuser mit Schindeln gedeckt war. Leider muß auch ein Menschenleben beklagt werden; der Lebküchner Georg Grilsch wurde am 15. Januar in seinem Hause bei Ausräumung des Schuttes in ganz verbranntem Zustande aufgefunden. — Ob das Brandunglück angestiftet, darüber herrscht, obgleich öffentliche Blätter das Gegentheil behaupten zu dürfen gemeint, nicht die geringste Gewißheit; es kann also auch von Verhaftung eines Brandstifters nicht die Rede seyn." —

Wir erlauben uns für die durch Brandunglück wie durch die Unbilden eines strengen Winters doppelt schwer Heimgesuchten hiemit beim menschenfreundlichen Publicum die dringendsten Bitten um baldige thatkräftige Unterstützung der Leidenden ergebenst einzulegen.

Speyer, 24. Jan. Eben findet die Generalversammlung der pfälzischen Rhein-Eisenbahngesellschaft statt. Sowohl von der bayer. als von der französ. Regierung sind Commissäre ernannt, um wegen Erbauung einer Eisenbahn von Speyer nach Straßburg zu verhandeln. Diese Commissäre sind die HH. Regierungspräsident Alwens von Speyer und Ministerialrath Weber von München einerseits, und Präfect Sers von Straßburg und Rheinschifffahrts-Commissär Engelhardt von Mainz andererseits. Dieselben werden schon am 26. dieß zu Straßburg die Verhandlungen beginnen. Der diesseitigen Gesellschaft wurde Namens der königl. bayer. Regierung eröffnet: Nachdem Frankreich verlange, daß Weißenburg (statt Lauterburg) als Anschlußpunct bestimmt werde, und nachdem dieser Punct auch als den diesseitigen Interessen entsprechend befunden worden, so sey die concessionirte Gesellschaft darüber zu vernehmen, ob sie (von Kandel aus) nach Weißenburg bauen wolle, wogegen die bayer. Regierung zusichert, ein Gesetz wegen Garantie eines Ertragsminimums von 4 pCt. auf 25 Jahre den Ständen zur Zustimmung vorzulegen. — Die pfälzische Rheinbahn-Gesellschaft hat über die Frage abgestimmt: ob der Vorschlag der Staatsregierung, die Bahn, deren Richtung über Germersheim nach Kandel unverändert bleibt, von Kandel aus anstatt nach Lauterburg, an die französische Grenze bei Weißenburg zu führen, — unter der Bedingung anzunehmen sey, daß es jedem Gesellschaftsmitgliede freistehe, mittelst einer innerhalb zwei Monaten abzugebenden Erklärung und mit Rücksichtnahme seiner Einzahlung abzüglich des Kostenantheils, aus der Gesellschaft zu treten, den übrigen Mitgliedern überlassend, die Gesellschaft unter Ergänzung des Baucapitals fortzusetzen? Diese Frage wurde mit 586 gegen 9 Stimmen bejaht. — Auch eine zweite Frage: Ob die Richtung über Kandel nach Weißenburg ohne jene Bedingung anzunehmen sey. — ward von 271 gegen 220 angenommen. (N. Speyer. Z.)

Württemberg.

Stuttgart, 24. Jan. (1. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Der Präsident, Kanzler v. Wächter beruft zu Secretären die jüngsten Mitglieder der Kammer, Becher und Mögling, und begrüßt die Versammlung im Wesentlichen mit folgendem: Eilf Monate seyen verflossen seit der letzten Sitzung, und wir dürfen uns freuen über die veränderten Verhältnisse; das letzte Mal Geldbedarf für die Eisenbahnen, mangelhafte Ernte, Sorgen und Noth, die Stände sollten helfen, sie haben der Regierung beigestanden und ihr Mittel gegeben: allerdings noch manche Sorge und Noth, besonders wegen des Nahrungsstandes, auf welchen der Umschwung der mercantilischen Verhältnisse einwirke. Mit Muth aber könne die Kammer an diese und ähnliche Fragen gehen. Die Zeit sey die des entschiedenen Fortschritts und man könne schon Früchte desselben ernten. Ueber allgemeine Grundsätze bestehe fast Uebereinstimmung zwischen Regierung und Ständen: so über Preßfreiheit. Wer würde ferner der Unfreiheit des Bodens noch das Wort reden? wer noch gegen Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in Criminal- und Civilsachen, wer noch gegen gemeinsame deutsche Gesetzbücher sprechen? Ebenso sey allgemein anerkannt, daß Deutschland gegen das Aus-

---

Gunchild von Schweden.

(Geschichtliche Novelle von N. v. St.)

(Fortsetzung.)

Gunhild beschloß endlich, einen schnell entscheidenden Schritt zu thun, und um wenigstens für den Augenblick neue Hoffnungen zu erwecken, die Krone von ihrem schuldbefleckten Haupte herabzunehmen, und sie der reinen Stirn ihres Sohnes aufzudrücken. Erich, wie stets, ihr Vertrauter, versprach die Ausführung ihres Planes mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräften zu fördern, aber nur, um sein Innerstes vor den scharfblickenden Augen Gunehild's desto sicherer zu verbergen; denn in seiner Seele stand längst der Entschluß fest, Alles aufzubieten, um den beiden Verhaßten die höchste Macht zu entreißen, da er sich schmeichelte, daß aus ihrem Sturz und Ingurd's Demüthigung für ihn das höchste Glück erblühen müßte. Waren doch für ihn die umlaufenden Gerüchte keine Schreckbilder, da die Götter seine Hand vom Morde in der That frei erhalten hatten.

Jener Knecht, den er gewonnen und den er für einen Feind seines Gebieters gehalten, hatte ihn selbst betrogen; denn als er sich am verabredeten Abend bei der bestimmten Stelle einfand, um nach vollzogenem Kleidertausch die entsetzliche That zu vollbringen, fand er die Burg verödet, und jenen sowohl als die dem Tode Geweihten spurlos verschwunden, und da es weder ihm, noch den eifrigsten Verfolgern jemals gelang, eine Ahnung von Jener Aufenthalt oder die Gewißheit ihres Lebens zu erhalten, so durfte er keck mit der Versicherung, sie seyen dahin, des Ruhmes seiner Gräuelthat vor der Königin sich erfreuen.

In Bälde wurden die entfernten Fürsten nach Upsala entboten, um den Entschluß der Herrscherin zu vernehmen; schweigend fügten sie sich in das Ungewöhnliche, obgleich wiederum Unerwünschte; denn für das Kind einer solchen Mutter war im Volk keine Liebe. Geräuschlos und ohne den Jubelruf der Menge empfing Sven die Zeichen der höchsten Macht, in deren volle Ausübung er jedoch erst nach wieder errungenem Frieden treten, so wie die übliche Huldigung anfangen sollte; bis dahin würden Ingurd, der kaum seine Freude bemeistern konnte, und noch einige der ältesten Fürsten ihm als treue Führer zur Seite gestellt seyn. So fand denn Erich, der nicht vermuthet, daß Gunhild so schnell handeln und so wenig Hindernisse finden würde, als er nach einigen Tagen von einer geheimen Reise, zu der ihn seine neuen Pläne bewogen, heimkehrte, bereits alles in vollem Gange, an dessen Hintertreibung er jede List seiner Seele gesetzt hatte. (Fortsetzung folgt.)

land eine ganz veränderte Stellung einnehmen müsse, besonders in mercantilischen Fragen; überhaupt walten ganz andere Verhältnisse ob, als vor 10 — 15 Jahren. Die Stände Württembergs werden sich immer am rechten Platze finden lassen; sie mögen sich gegenseitig die Hand bieten, die Extreme vermeiden, nach dem Erreichbaren trachten auf dem Boden der Verfassung für das Wohl von König und Vaterland. Schließlich erwähnte der Redner der geschiedenen Mitglieder: seit 3 Jahren 14, und in den letzten 11 Monaten 8, 5 durch Niederlegung ihres Mandats, 3 durch Tod. Der Präsident berührt kurz die Erleichterungen, welche er auf der Gallerie für die Journalisten, von denen heute fünf anwesend sind, getroffen hat. v. Scheurlen, als Mitglied des engern Ausschusses, berichtet über die Legitimation der seit dem letzten außerordentlichen Landtag gewählten Mitglieder, wobei sich, mit Ausnahme des Abg. von Mergentheim, kein Anstand ergiebt. In letzterer Beziehung beschließt die Kammer durch Zuruf, die in den nächsten Tagen zu wählende staatsrechtliche Commission mit einem Bericht zu beauftragen. — Die Kammer geht hierauf zu Berathung des von der Druckcommission über die Beschleunigung der Veröffentlichung der Kammerverhandlungen erstatteten Berichts über und erhebt nach einer kurzen Debatte alle Anträge zum Beschluß mit Ausnahme des §. 2., in welchem eine Veränderung in der Form der seitherigen Abstimmung vorgeschlagen ist. Es werden zwei Geheimenrathsrescripte verlesen, wonach der Staatsrath v. Köstlin, als Vorstand der Commission in Getreideangelegenheiten, und die Directoren v. Ergenzinger der königl. Hofdomänenkammer und v. Knapp der Eisenbahnkommission zu königl. Commissären über die Dauer des gegenwärtigen Landtags bestellt werden. Unter den angekündigten Motionen bemerken wir die von Schäbler über gewerbliche Angelegenheiten, des Abg. Fetzer über gewerbliche Verhältnisse. Unter den eingekommenen Petitionen sind zu nennen: mehrerer dem obern Neckar nahe liegender Oberämter wegen Erbauung einer Eisenbahn durch das obere Neckarthal; des Stadtraths in Ulm wegen Revision des Bürgerrechtsgesetzes; des Abg. Fetzer über Censurangelegenheiten; einer großen Zahl von Rechtsanwälten über Administrativjustiz. (Schw. Mkr.)

Stuttgart, 25. Jan. In der heutigen II. Sitzung der Kammer der Abgeordneten fand die Wahl der drei Candidaten für die Vicepräsidentenstelle statt. Zahl der Anwesenden 85: absolute Mehrheit 43. Stimmen erhielten in der ersten Abstimmung: Duvernoy 45, von Scheurlen 35, Graf v. Bissingen 2, Frhr. v. Linden 2, Römer 1, Goppelt 1; in der zweiten Abstimmung: v. Scheurlen 48, Goppelt 29, Graf v. Bissingen 3, Römer 1, v. Linden 1, v. Varnbüler 1, Holzinger 1, v. Hornstein 1; in der dritten Abstimmung: Frhr. v. Varnbüler 43, Goppelt 31, Murschel 3, Graf v. Bissingen 4, Holzinger 1, Prälat v. Mehring 1 ec. Sofort legt der Finanzminister v. Gärttner den Hauptfinanzetat für die Periode vom 1. Juli 1848 bis dahin 1851 vor. Damit ist auch die Exigenz für die Vollendung unseres Eisenbahnsystems durch Erbauung der Eisenbahn von Bietigheim bis zur badischen Gränze bei Bretten vorgesehen. Die Kammer schreitet zur Wahl der Adreßcommission. Gewählt werden Frhr. v. Berlichingen mit 50 Stimmen, v. Scheurlen 49, Federer 48, Prälat v. Faber 46, Idler 43, v. Schmidt 42, Seeger 42. Weitere Stimmen haben erhalten: Domdecan v. Jaumann 37, Goppelt 35, Haßler 32, Eisenlohr 31. Als besonders bemerkenswerth heben wir hervor, daß wegen der Zehnten und der Aufhebung des Novalzehntens auf den königl. Kammergütern weitere Mittheilungen der Regierung in Aussicht stehen. — Schließlich entwickelt Fetzer seinen Antrag wegen Aufhebung der Kreisregierungen. Der Druck dieses Antrags wird mit 57 gegen 23 Stimmen beschlossen. Unter den angekündigten Motionen bemerken wir die von Mögling über die Mittel zu Hebung der landwirthschaftlichen und gewerblichen Verhältnisse, von Redwitz über Ablösung sämmtlicher Jagdrechte, von Frhrn. v. Wöllwarth über ein verändertes Wehrsystem. (Schw. Mkr.)

Stuttgart, 26. Jan. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten wurden in die Petitionscommission gewählt: Schwarz mit 49, Hiller 46, v. Strobel 42, Mayer von Heilbronn 38, Frueth 38, Pr. v. Köstlin 35 und Gr. v. Adelmann mit 35 Stimmen. Pr. v. Köstlin bittet um Dispensation, für ihn tritt mit 33 Stimmen Schmidlin ein. Weitere Stimmen erhielten: Ruff von Ulm, Redwitz, Müller und Egelhaf. — In die staatsrechtliche Commission wurden gewählt: Römer mit 51, v. Scheurlen mit 49, Hofer v. Lobenstein mit 49, Holzinger mit 49, Duvernoy mit 47, v. Kober mit 45, v. Schmid mit 43 Stimmen. Weitere Stimmen erhielten: Frhr. v. Linden 41, v. Hirrlinger 36, Wiest 32, Murschel, Fetzer und Seefried je 31, Beiel 30.

Stuttgart. Unter den 93 Mitgliedern unserer Kammer befinden sich 36 active Staats- und Kirchen-Diener, 25 sind Gemeinde- und Corporations-Diener, 10 Advocaten; dem Handel- und Gewerb-Stande gehören nur 9 Abgeordnete an. (Ulm. Schnellp.)

Baden.

Karlsruhe. In der Sitzung der ersten Kammer v. 24. Jan. begründete der Frhr. v. Andlaw eine Motion, die Unterdrückung der Spielbanken betreffend. (Bad. Bl.)

Karlsruhe, 25 Jan. In der gestern stattgehabten Versammlung der Gläubiger des Hauses S. v. Haber und Söhne, wobei sieben Achtel der Gesammtforderungen repräsentirt waren, ist dem Vernehmen nach einmüthig beschlossen worden, daß dem Hause Haber die Verwaltung des ganzen Geschäfts und Vermögens verbleibe, jedoch wurde ihm, seinem Antrag gemäß, ein Comité zur Berathung wichtiger Angelegenheiten und zur Ueberwachung eines geordneten Fortbetriebs an die Seite gegeben. (Karlsr. Z.)

Der badische Minister Bekk soll alle badischen Censoren angewiesen haben, nicht das Geringste von dem, was auf seine Person sich bezieht, zu streichen. (Sehr edel, werden aber die Censoren diesen Edelmuth begreifen? Warum nicht bald die Censur aufheben?)

Sächsische Herzogthümer.

Gotha, 22. Jan. Heute Mittag endete einer der gefeiertsten Veteranen des deutschen Rationalismus der Generalsuperintendent Dr. Karl Gottlob Bretschneider, im 72. Lebensjahr. Die von ihm besorgte Herausgabe des Corpus Reformatorum und seine neutestamentlich lexicalischen Arbeiten werden sein Andenken der späten Nachwelt überliefern. In seinen Ueberzeugungen ist er nie einen Augenblick lang wankend geworden. Der schönste Nachruhm.

Kurhessen.

Kassel. Nach drei Sitzungen und sechszehnstündigen Debatten, in denen das Publicum einigen Rednern mehrmals seine Meinung so deutlich zu erkennen gab, daß der Präsident mit gefänglicher Abführung u. s. w. drohte, hat unsere Ständeversammlung die Frage über die Legitimation des Baron Waitz von Eschen entschieden. Seit dem Erscheinen der Verfassungs-Urkunde vom 5. Jan. 1831 bis zum Jahr 1846 hatte man stets dafür gehalten, daß die Abgeordneten des Bürger- und Bauernstandes nicht nothwendig aus dem resp. Stande gewählt zu werden brauchten, sondern daß es auch zulässig sey, in andere Stände überzugreifen, und z. B. einen Städter zum Vertreter von Landgemeinden, einen Ritter zum Vertreter einer Stadt zu wählen. Im Jahr 1846 stellte zum erstenmal die Regierung die Behauptung auf: die Verfassungs-Urkunde sey bisher mißverstanden, ein jeder Stand dürfe nur einen ihm Angehörigen zum Deputirten ernennen. In dem Streit, der hierauf zwischen Regierung und Ständen über diese „Standesprincipien-Angelegenheit" sich erhob, war anfangs die Majorität der Stände der Meinung, daß die alte Sonderung in Ständecurien von der neuen Verfassung Kurhessens beseitigt worden sey; jetzt (17 Jahre später) hat die Majorität der Kammer sich für die Regierungsansicht ausgesprochen. Hr. v. Waitz, Mitglied der althessischen Ritterschaft und zweiter Deputirter der Stadt Kassel (deren Bürger er zugleich ist) wurde mit 23 gegen 18 Stimmen für nicht legitimirt erklärt. Die Mitglieder der Minorität haben fast sämmtlich ihre Abweichung zu Protokoll gegeben. (C. v. u. f. D.)

Dem in Kassel ergangenen Verbot des „Frankfurter Journals" hat sich unmittelbar das der „Weserzeitung" angereiht. In Kassel selbst ist der Abendverein polizeilich geschlossen worden. (Fr. J.)

Preußen.

Berlin, 23. Jan. Die Feier des Krönungs und Ordensfestes wurde heute auf Allerhöchsten Befehl begangen.

Berlin, 18. Jan. (II. Sitzung des Vereinigten ständischen Ausschusses.) Die Competenzfrage. (Fortsetzung.) Abg. von Platen: Wenn bei den verschiedenen Erklärungen, die abgegeben worden sind, mein Name nicht genannt worden ist, so befinde ich mich dennoch in der Lage, mich den beiden ersten anzuschließen, da ich nur in Folge eines bestimmten Mandats hier erschienen bin. Ich halte es für meine Pflicht, um über meine Stellung keinen Zweifel obwalten zu lassen, zu erklären, daß wenn ich gleich die Bestimmung vom 3. Febr. vorigen Jahres für rechtsverbindlich erachte, ich dennoch außer Stand seyn werde, über die Grenzen des mir ertheilten Mandates hinaus Handlungen vorzunehmen oder Beschlüsse auszuführen. Vice-Marschall von Rochow: Es sind hier verschiedene Meinungen über die Competenz dieser Versammlung ausgesprochen worden. Niemand kann mehr als ich jede Meinung ehren, wenn sie auf redlicher Ueberzeugung beruht, ja ich habe einen wahren Respect vor solchen Meinungen, wenn sie auch den meinigen schnurstracks entgegengesetzt sind. Hiernach ist es nicht meine Absicht, zu untersuchen, in wie fern diese Meinungen begründet sind, und mich auf eine Widerlegung derselben einzulassen. Ich fühle aber das Bedürfniß, meine eigene Ansicht einfach daneben hinzustellen. Diese geht dahin, daß die hiesige Versammlung, da sie auf Grund des Gesetzes vom 3. Febr. berufen ist, alle die Rechte und Befugnisse hat, welche ihr die Verordnung beilegt, und daß ich mich nicht allein für befugt, sondern sowohl in Beziehung auf den Allerhöchsten Gesetzgeber als in Bezug auf diejenigen, welche ich hier zu vertreten die Ehre habe, für verpflichtet halte, vorkommenden Falls alle jene Befugnisse und Rechte, welche mir das Gesetz als Mitglied des Ausschusses beilegt, auszuüben. Die ständische Gesetzgebung vom 3. Febr. ist ein aus mehreren Gliedern bestehendes Ganzes, das Hauptglied ist der vereinigte Landtag. Zu diesem Landtag berufen, haben wir alle demselben gegebenen Rechte und Befugnisse auf das allervollständigste ausgeübt. Der vereinigte Ausschuß ist das zweite Glied. Dieses Institut hat wenig Beifall gefunden. Möge mir selbst es nun gefallen oder nicht, darauf wird es nicht ankommen, ich werde nichtsdestoweniger meine Verpflichtungen ausüben müssen, so lange nicht etwas Anderes von Sr. Majestät befohlen ist. Unmöglich würde ich versuchen können, ein Glied aus dieser ständischen Kette abzulösen, ohne Willkühr zu üben und das Gesetz zu verletzen. Daß wir hier versammelt sind, beruht einzig und allein auf dem Patente vom 3. Febr.; eine andere Veranlassung, ein anderer Grund zu unserer Versammlung ist nicht vorhanden, und wir haben daher nicht mehr, und nicht weniger Rechte, als das Patent uns gibt. Anders ist es mit dem Einzelnen, der in dieser Versammlung erscheint. Diesen Einzelnen zwingt das Gesetz weder, zu erscheinen, noch zwingt es ihn, diese oder jene Befugniß auszuüben. Hierdurch glaube ich, ist die Freiheit eines Jeden, seine wahre Freiheit gesichert. Ich komme nun zu der Schlußfolgerung. Jeder Einzelne möge also seine Ueberzeugung, wie sie auch seyn möge, festhalten, er möge in der Ausübung seiner Rechte so weit gehen, als ihm sein Gewissen erlaubt. Das stimmt vollkommen überein mit dem, was diejenigen erklärt haben, welche gewisse Rechte gewahrt haben oder in Folge der Wahrung gewisser Rechte gewählt worden sind. Aber auf den Charakter der Versammlung kann dies nicht den mindesten Einfluß haben, der bleibt nach meiner Ueberzeugung ganz derselbe, das heißt wir sind und bilden den Ausschuß nach dem Patent vom 3. Febr. Es wird nun auch gewiß Niemand der Meinung seyn, irgend einen Versuch wagen zu wollen, uns hier als eine andere Versammlung zu constituiren, als diejenige, welche Se. Majestät berufen hat, eine Versammlung mit anderen, mit wenigeren Rechten. Hiernach bin ich der vollständigen Ueberzeugung, daß jede weitere Discussion über diesen Punct zu gar keinem practischen Resultate führen kann, und richte die Bitte an den Hrn. Marschall der hohen Versammlung vorzuschlagen, daß sie über diesen Gegenstand hinweggehe und sich so bald wie möglich zu der wichtigen ausführlichen Allerhöchsten Proposition wende. (Von mehreren Seiten: Sehr gut!) (Schluß folgt.)

Oesterreich.

Prag, 19. Jan. Die Typhusepidemie scheint so wie die Cholera immer mehr westlich vorzuschreiten; sie herrscht jetzt mit besonderer Stärke in Reichenberg und den angränzenden Ortschaften, in Nieder-Rosenthal starben acht Personen in einem kleinen Hause. In Prag ist der Typhus schon seit geraumer Zeit einheimisch. In Wien ist das Sterblichkeitsverhältniß noch ungünstiger. (A. Z.)

Prag, 22. Jan. So eben haben die in Prag garnisonirenden Brigadiers Karl Fürst zu Schwarzenberg, Hannibal Fried. Fürst v. Thurn und Taxis und Eduard Graf Clam-Gallas, die Weisung erhalten schleunigst zur österreichisch-italienischen Armee abzugehen, und zwar die erstern zwei als Feldmarschallieutenants. (A. Z.)

Schweiz.

Am 19. Jan. sind dem Hrn. Bundespräsidenten von den Gesandten von Oesterreich, Frankreich und Preußen gleichlautende Noten folgenden Inhalts übergeben worden: „An Sr. Excellenz den Präsidenten der Tagsatzung. Der unterzeichnete königl. preußische Gesandte bei der schweizerischen Eidgenossenschaft ist von seinem Allerhöchsten Hofe beauftragt, Sr. Excellenz dem Hrn. Präsidenten der hohen schweizerischen Tagsatzung die nachstehende Erklärung zuzustellen: Als die k. preußische Regierung sich mit den Regierungen von Frankreich, Großbritannien, Oesterreich und Rußland dahin einverstand, daß sie gemeinschaftlich der Schweiz ihre freundschaftliche Vermittlung anbieten würden, — that sie dieses, nicht in der Absicht allein, dem in jenem Lande ausgebrochenen Bürgerkriege ein Ziel zu setzen, sondern sie hatte dabei auch den Zweck im Auge, den obersten Grundsatz, auf welchem der Schweizerbund beruht, zu wahren und zu schirmen, den Grundsatz nämlich der Souveränetät der XXII Kantone, welche unter sich als souveräne Staaten, den unter dem Namen des schweizerischen Bundesvertrags bekannten Allianztractat, in welchem obige Bezeichnungen ausdrücklich gebraucht sind, abgeschlossen haben. Deutlich haben die Mächte ihre dießfällige Meinung zu erkennen gegeben, als sie das Begehren stellten, daß von Seiten der Tagsatzung förmlich anerkannt und erklärt werde, keine Veränderung dürfe in der Bundesacte gemacht werden anders, als unter Zustimmung eines Jeden der souveränen XXII Kantone. Indem sonach die Mächte, im eigenen Interesse der Eidgenossenschaft, und bewogen durch die Gefühle treuer Freundschaft für dieselbe, für die unverbrüchliche Aufrechterhaltung der Kantonalsouveränetät Sorge trugen, übten sie ein ihnen zustehendes, aus den Verträgen, welche die Stellung der Schweiz in Europa geregelt haben, hervorgehendes Recht aus. — Unter Mitwirkung der Mächte hat der Schweizerische Bund in den Jahren 1814 und 1815 sich wieder constituirt. Diese Mitwirkung allein war es, durch welche damals mehrere Kantone, namentlich Schwyz, Appenzell J. R. und Unterwalden nid dem Wald sich bestimmen ließen, wieder in den Bund der Schweizer einzutreten; und sie thaten dieses erst, nachdem sie von der Tagsatzung, wie von den Mächten selbst, die Versicherung erhalten hatten, daß ihre Souveränetät und ihre Religion durch ihren Anschluß an den Bund niemals irgend einen Abbruch zu erleiden haben würden. Und als später eben dieselben Mächte, in der Absicht, das Interesse der Schweiz mit den allgemeinen Interessen Europa's eng zu verknüpfen, dem neu geregelten Bunde bedeutende Gebietsvermehrungen und die beständige Neutralität seines Bundes gewährten, — thaten sie es mit Hinblick auf die wesentlichen Grundlagen des eben geschlossenen Bundes, und in dem Vertrauen, daß diese Grundlagen unverbrüchlich würden heilig gehalten werden. Auf das Förmlichste sprachen sich hierüber die in jener Epoche ausgewechselten diplomatischen Aktenstücke aus. Eine Wechselbeziehung findet sonach unstreitig statt zwischen den der Schweiz gewährten Vorzügen und den dieserhalb von den Mächten eingegangenen Verbindlichkeiten — und zwischen der Aufrechthaltung der wesentlichen Grundlagen der schweizerischen Bundesorganisation. Und wenn mithin die Mächte, welche ihren Verpflichtungen gegen die Schweiz getreulich nachkommen, hinwiederum von ihr verlangen, daß sie die Grundlagen, auf die jene Verpflichtungen Bezug nehmen, heilig halten, so üben sie lediglich ein nicht zu bestreitendes Recht aus, — ein Recht, welches sie denselben Verträgen entnehmen, auf welche sich die eigenen Rechte des Schweizerbundes gründen. Im Angesichte der Ereignisse, welche sich in der Schweiz zugetragen haben, und dessen, was heute in diesem Lande vorgeht, — fühlen sich die Mächte gedrungen, von obigem Rechte Gebrauch zu machen; denn sie sehen und können in jenen Begebenheiten nichts anders sehen, als einen beklagenswerthen Bürgerkrieg, welcher inmitten des Bundes zwischen zwölf und zwei halben souveränen Kantonen einerseits und sieben nicht minder souveränen Kantonen andrerseits zum Ausbruch gekommen und unverkennbar gegen die Kantonalsouveränetät, d. h. gegen die Grundlage des Schweizerbundes und seiner Stellung in Europa, gerichtet gewesen ist. Bewogen durch diese Betrachtungen hat sich der königliche Hof mit den Höfen von Wien, Paris und St. Petersburg, welche gleich ihm die wechselseitig zwischen der Schweiz und den Mächten eingegangenen Verpflichtungen achten und geachtet sehen wollen, einverstanden; und in Einklang mit ihnen erklären zu lassen, beschlossen: 1) Daß die Kantonalsouveränetät nicht als bestehend anerkannt werden kann, in jenen Kantonen, welche durch die Truppen anderer Kantone militärisch besetzt sind, und unter dem Drucke der Maßregeln stehen, von denen jene Besetzung begleitet ist; 2) Daß der Schweizerbund als in regelmäßiger und tractatmäßiger Lage sich befindend nicht eher wird angesehen werden können, als bis die erwähnten Kantone, ihrer völligen Unabhängigkeit wiedergegeben, ihre Regierungsbehörden vollkommen frei werden haben bestellen können; 3) Daß die Rückkehr auf den militärischen Friedensfuß in allen Kantonen die nothwendige Bürgschaft ihrer wechselseitigen und allgemeinen Freiheit ist; 4) Daß keine Veränderung in der Bundesacte giltig gemacht werden kann, es sey denn unter einstimmiger Genehmigung aller Staaten, welche den Bund bilden. Indem der königl. Hof diese Erklärung abgibt, hat er das Bewußtseyn, die heiligen Gesetze der Gerechtigkeit nicht minder als die wesentlichen Grundlagen des schweizerischen Bundes unter seinen Schutz zu nehmen. Er wünscht in der Schweiz nichts anderes, als den innern Frieden des Landes und die Erhaltung des innigen Verbandes zwischen den Kantonen, aus denen der Bund besteht. Er hegt die tiefste Achtung für die Würde und die Unabhängigkeit der Schweiz. Nie hat er der regelmäßigen und verfassungsgemäßen Vervollkommnung der Institutionen des Bundes ein Hinderniß in den Weg gelegt. Zugleich hat er aber immer gemeint, daß die Souveränetät und die Unabhängigkeit der einzelnen Kantone im Innern der Schweiz nach den Bestimmungen der Bundesacte, ebenso aufrichtig und treu heilig gehalten werden müsse, als es die Souveränetät und die Unabhängigkeit der Schweiz selbst inmitten von Europa sind. Die Verbindlichkeiten der Mächte gegen die schweizerische Eidgenossenschaft und jene der Eidgenossenschaft gegen die Mächte sind wechselseitig, und auf eben dieselben Tractate begründet. — Würden die einen nicht treulich beobachtet, so würden unvermeidlich auch die andern gefährdet und suspendirt, und die Mächte, welche der Schweiz die ihr gemachten Vorzüge verbürgt haben, besäßen das unstreitige Recht, alsdann lediglich die Pflichten, welche ihnen als Gliedern des großen europäischen Staatenverbandes obliegen, und das Wohl ihrer eigenen Länder zu Rathe zu ziehen. Der Unterzeichnete versichert rc. Neuenburg, den 18. Jan. 1848. R. v. Sydow. — Die österreichische Note ist unterzeichnet von Hrn. v. Kaisersfeld, die französische von Hrn. Bois-le-Comte.

Zürich, 23. Jan. Nach der radicalen „Berner Zeitung" sollen die Gesandten bei der Notenübergabe zu verstehen gegeben haben, daß sie für dießmal keine Antwort erwarten. Den Grund für diese letztere Bemerkung glaubt das radicale Berner Blatt in dem Mißfallen der Mächte über den rücksichtslosen Styl zu errathen, dessen Hr. Druey sich in seiner Antwort Namens der Tagsatzung auf die frühere Note bedient habe. — Ueber die Annahme der neuen Verfassung im Kanton Zug erfahren wir nachträglich, daß nicht einmal die Hälfte der stimmberechtigten Bürger, deren Zahl 3956 beträgt, an der Abstimmung theilgenommen hat. Nur 1863 Votanten erschienen in den Gemeindeversammlungen, von welchen 1205 für die Annahme, 658 für die Verwerfung stimmten. Ueber die Abstimmungen in Wallis fehlen uns noch Einzelheiten. Nach den heutigen Blättern sollen dort 7910 Stimmen für die Annahme der neuen Verfassung und nur 664 dagegen gewesen seyn. (A. Z.)

Schluß der Denkschrift von Sir Stratford Canning: Auch mit dem besten Willen von Seiten aller Kantone wird die Bundesrevision immer ein Unternehmen von großer Schwierigkeit seyn, da die freiwillige Mitwirkung aller Kantone eine unumgängliche Bedingung ihrer Durchführung ist, und die einsichtsvollsten Mitglieder der Tagsatzung werden ihrer ganzen Geschicklichkeit bedürfen, um dazu zu gelangen. Auch wenn man über alle kantonalen Einwendungen hinaus wäre, wäre noch viel zu thun um den Platz des neuen Baues zu entwerfen und ihn den wahren Bedürfnissen der Eidgenossenschaft anzupassen. Der Versuch ein solches Problem zu lösen, wäre gewiß hier nicht am Ort. Diejenigen, welche am meisten interessirt sind beim Gelingen des Werkes, die welche die Fehler des bestehenden Bundes am meisten erfahren haben, müssen am Ende auch am besten beurtheilen können was nothwendig ist, um die Reform zu gutem Ziele zu führen. Doch kann es dem unbetheiligten Zuschauer nicht entgehen, daß die Natur und die Lage des Landes, die Beschränkung seiner Hilfsmittel, die Sitten seiner Bewohner und die Rolle, die sie im System Europas zu spielen berufen sind, nothwendig die wesentlichen Grundlagen und die rechtmäßigen Schranken des neuen Bundesvertrags bilden müssen. Wenn einerseits die Beziehungen der Kantone zu einander und der Einfluß der Bundesgewalt einiges zu wünschen lassen unter dem bestehenden Bunde, wer sieht nicht andererseits, daß für die Schweiz vieles zu befürchten wäre von Einsetzung einer Volksbehörde (pouvoir populaire), welche keiner Verantwortlichkeit gegen die Kantone unterworfen und mit der nöthigen Kraft zur Durchsetzung der ungemessensten Beschlüsse versehen wäre? Sparsamkeitssinn, Gewohnheit localer Administration, Eifersucht auf jede außerordentliche Gewalt, Schwierigkeit der Lage, alles endlich, selbst die Natur des Landes und die verhältnißmäßige Beschränktheit seiner materiellen Hülfsmittel scheint mit den Erfordernissen der Kantonalsouveränetät zusammenzutreffen um den Wirkungskreis einer wohlthätigen Centralität in der Schweiz zu beschränken. Wie dem auch sey, eine Aufgabe, die eben so heikel als wichtig ist, erfordert eben so viel Klugheit als Eifer, um sie zu gutem Ende zu führen. Hoffen wir daß, weit entfernt durch einen ihrem wirklichen Geist fremden Impuls vorangetrieben zu werden, sie vielmehr auf eine Zeit der Ruhe verspart werde, wo die Leidenschaften weniger Spielraum haben werden, wo die natürliche Weisheit der Schweizer alle ihre Kraft entwickeln wird, um diese Frage auf eine Weise zu lösen, welche dem Wachsthum ihres Wohlstandes, der Erhaltung ihrer Unabhängigkeit und der unbefleckten Ueberlieferung ihres alten Ruhms förderlich seyn wird. Das sind ohne Zweifel große nationale Güter, dahin sollten alle Bemühungen abzielen, die durch Vaterlandsliebe eingegeben, durch Einsicht geleitet sind. Der Weg, der dieser Richtung nicht folgt, führt früher oder später zum Abgrund. Tritt man hinaus aus den durch die Natur selbst angewiesenen Grenzen, so ist es als ob man auf Wasser bauen oder das Dach seines Hauses über das Eigenthum des Nachbars hinaustragen lassen wollte. Durch ihre Schwerkraft (aplomb), durch die Anhänglichkeit an die Heimath, durch die Eigenthümlichkeit ihres Gebirgslebens, durch ihren Gemeindesinn, durch die einfache Geradheit ihrer Sitten, durch die wohlbedachte Kraftlosigkeit ihrer äußern Politik, hat die Schweiz ihre Integrität und mit wenigen Ausnahmen im wesentlichen auch ihre Unabhängigkeit seit Jahrhunderten erhalten und sich trotz ihrer innern Unruhen, und der Umwälzung Europas die Achtung und das Wohlwollen der mächtigsten Staaten Europas zu sichern gewußt, selbst in Krisen, welche anderwärts Verderben und Jammer herbeigeführt haben. Wenn die Nation diese Vortheile nach ihrem wahren Werthe zu schätzen weiß, wenn sie fortfahren will derselben zu genießen, so wird sie nicht den unglückseligen Einflüsterungen der Fremden Gehör schenken, welche ganz andere Interessen, ganz andere Grundsätze als die ihrigen im Auge haben, sie wird ihr ganzes Vertrauen denen schenken, welche sich von wahrhaft nationalem Sinn beseelt zeigen, die sich blos und allein dem Glück ihrer Mitbürger aller Kantone und aller Classen widmen, welche in dem vollen Sinne des Ausdrucks Patrioten, welche mit einem Worte Schweizer sind. Am würdigsten dieses Namens ist ohne Zweifel der, welcher, indem er den Wohlstand seines Vaterlandes zu befördern sucht, niemals dessen wesentliche Grundlagen verkennt, der welcher gleichweit entfernt ist von Theorien, welche die Interessen der Schweiz auf fremden Boden zu verpflanzen suchen, um dort im Blauen sich zu verlieren, wie von Umtrieben, die selbst vor der empörenden Idee nicht zurückbeben fremde Kriegsmacht über den Boden der Schweiz zu führen. Bern, 8. Jan. 1848.

Im Kanton Schwyz ist am 23. Jan. die neue Verfassung verworfen worden.

Digitized by Google

Italien.

Neapel, 18. Jan. Eben gehen über die zu Palermo stattgefundenen Unruhen folgende Nachrichten hier ein. Am 12. Jan., dem Geburtstage Sr. Maj. des Königs von Neapel, wurden wie gewöhnlich mit Anbruch des Tages Kanonen gelöst, was den Neapolitanern als Signal für den Aufstand galt. Eine unermeßliche Menge Leute versperrten alsbald die Straßen, man holte Waffen aus den Klöstern, vertheilte sie unter das Volk, bildete schleunigst eine Reiterei, setzte eine provisorische Regierung ein, proclamirte die Constitution vom Jahre 1812, und verkündete sogar die Entsetzung des Königs. Ob die Garnison in Palermo, die aus 5000 Mann besteht, ihre vollen Kräfte entwickelte, ist bis jetzt noch unbekannt, nur soviel weiß man, daß zwei Escadrons, die beordert waren, auf den Straßen die Ordnung herzustellen, 30 Verwundete zählten, und als sie die Stadt verlassen wollten, bewaffneten Landleuten begegneten, die das Militär zurücktrieben. Es verlautet, daß 8 Dampfschiffe mit 5000 Mann abgehen, und für den Fall, daß man sich der Ausschiffung widersetzen wollte, die Weisung haben, die Stadt zu beschießen. Unter die Bewohner von Palermo soll man viel Geld vertheilt und auch für Nahrungsmittel gesorgt haben; aus dem Ganzen geht deutlich der Verdacht der Plans hervor. Auch nach Messina und Nola hat man Truppen entsandt, und überhaupt viel Energie entwickelt; hier ist anscheinend Alles ruhig, unsere Garnison beläuft sich auf 18,000 Mann.

Aus Neapel vom 18. Jan. bringt die „Mailänder Zeitung“ vom 24. d. die Nachricht, daß die am 14. in Neapel eingeschifften Truppen am 15. in Palermo landeten, unter dem Lebehochrufen der in der Nähe des Hafen wohnenden Bevölkerung. Die Dampffregatten haben sich im Hafen so aufgestellt, daß sie mit ihren Kanonen die Hauptstraßen der Stadt bestreichen. Die Insurgenten behaupteten sich in der Stadt, aber alle Forts und das Bankgebäude blieben von den königl. Truppen besetzt. Nach den Berichten des Grafen Aquila stand zu erwarten, daß mit Hülfe der neuangekommenen Truppen die Aufrührer zu Räumung der Stadt würden gezwungen werden. — Dagegen sagt die Turiner Zeitung, Graf Acquila habe berichtet, er halte es vorerst für unmöglich Palermo's wieder Meister zu werden.

In Livorno, wo die Ruhe bisher nicht mehr gestört wurde, ist eine französische Dampfcorvette mit 5000 französischen Gewehren angekommen. (!!)

Nachrichten aus Modena melden, daß, in Anbetracht des dort herrschenden Ruhestandes, auf Verlangen Sr. königl. Hoh. des Herzogs von Modena, die auf estensischem Gebiete befindlichen k. k. Truppen um vier Compagnien, die am 17. und 18. d. Mts. nach Mantua zurückgezogen wurden, vermindert worden sind. (Oesterr. Beob.)

Frankreich.

Paris, 24. Jan.

Das „Journal des Debats“ sagt: Die belgischen Majestäten sollten gestern nach Calais kommen, um hier nach England an Bord zu gehen; sie haben die Ueberfahrt per Ostende in dieser Jahreszeit nicht versuchen wollen. — Der Prinz und die Prinzessin Joinville werden auf der Dampfcorvette „Cuvier“ auf einige Monate nach Algier reisen und zwar aus Gesundheitsrücksichten der prinzlichen Gemahlin. So sagt das Hofblatt das auch nach seinem Geständniß betreffs der beginnenden speciellen Kammeradreßdebatte äußerst getröstet ist.

In der vorgestrigen Sitzung der Abgeordnetenkammer ging die allgemeine Berathung der Antworts-Adresse zu Ende, nachdem zwei unabhängige Conservative Darblay und Desmousseaux de Givré, die Politik des Cabinets, als nach Außen contrerevolutionär, nach Innen reactionär und durch Bestechung befleckt, heftiger angegriffen hatten, als je ein Oppositionsmann. Die meisten unabhängigen Conservativen enthielten sich vorgestern, als es sich um die Petit'sche Sache handelte, der Abstimmung; sie wollten dem Cabinet kein Vertrauensvotum bewilligen, ebenso wenig aber der Opposition behülflich seyn, sich an dessen Stelle zu setzen. — Im Schlosse von Vincennes, dem Hauptarsenal von Paris und von Frankreich, sollen seit 14 Tagen solche Vorräthe von Geschützen und Kugeln sich anhäufen, daß schwer durchzukommen sey.

Großbritannien.

London, 22. Jan.

Nach dem heutigen „Morning Chronicle“ haben die mit der heutigen Mallepost eingelaufenen Nachrichten von der Gesundheit des Königs der Franzosen den Börsenspeculanten für das Steigen der öffentlichen Fonds neues Vertrauen eingeflößt.

Ein Geschwader von 12 Dampfschiffen sammelt sich in Portsmouth und hat Befehl, sich zum activen Dienst zu rüsten. — In Blackburn haben die Arbeiter eine Arbeitseinstellung beschlossen, da die Fabrikherren auf einer Lohnverminderung um 10% bestehen; dabei hielt ein Demagog, Namens Beesley, wüthende Reden an die Versammelten. In Südstaffordshire dauert die Arbeitseinstellung fort.

Dänemark.

Kopenhagen, 20. Jan. Die neuesten Bulletins über das Befinden des Königs widerlegen die Nachricht (siehe unten) über den Tod des Königs; sie lauten: Vom 19. Jan.: Se. Maj. der König hat seit gestern Nachmittag fast unablässig Fieber gehabt; die Nacht war schlaflos und die Kräfte haben deßhalb abgenommen E. Dahlerup. — Vom 19. Jan. Abends 9 Uhr: Se. Maj. der König hat heute ein minder heftiges Fieber gehabt, hat etwas geschlafen und befindet sich am Abend ein wenig besser. Die Geschwulst im Arme hat etwas abgenommen, und eine gute Suppuration fängt an, sich in den Einschnittswunden zu zeigen. E. Dahlerup. — Vom 20. Jan.: Se. Maj. der König hat eine schlaflose Nacht gehabt; im übrigen ist sein Befinden und der Zustand des Armes ungefähr derselbe wie gestern Abend. E. Dahlerup.

Ein Extrablatt zur „Weserzeitung“ (Bremen, 21. Jan. 6 Uhr Abends) meldet: Laut telegraphischer Meldung von Altona 21 Januar, ist daselbst die Nachricht von dem Ableben des Königs von Dänemark mit der Anzeige vom Regierungsantritte des Königs Friedrich VII. auf außerordentlichem Wege hier eingetroffen.

Neueste Nachrichten.

Rom, 20. Jan. Die bisherige Ungewißheit über die Wahl des Nachfolgers Ferretti's im Ministerium des Auswärtigen hat durch die Ernennung des Legaten von Ravenna Cardinal Bofondi (promovirt 11. Juni 1847) einen freudigen Ausgang genommen. Derselbe, früher Präsident des Appellgerichtshofes zu Rom ist als sehr gesetzkundiger Mann bekannt. — Die am 17. d. Mts. zum erstenmal erschienene römische Staatszeitung (Gazetta di Roma) bringt eine theilweise Widerlegung des Gerüchts, von einem zwischen der Curie und Rußland abgeschlossenen Concordat; deßgleichen die amtliche Kundgabe von der Ernennung des Kriegsministers Fürsten Gabrielli, des ersten solchen Ministers „aus dem Layenstande“. — Nach Gerüchten aus Sicilien sollen die aus Neapel dahin entsandten Truppen Palermo und Messina bombardirt und zu Lande die Stadt angegriffen haben. Die Neapolitanische Regierung sucht alle aus Sicilien kommenden Neuigkeiten strenge zu überwachen. Die englische Flotte, welche sich von Malta aus dem Golf von Neapel näherte, hat sich auf erfolgte ernstliche Remonstrationen der neapolitanischen Regierung von da wieder zurückgezogen.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 26. Jan. Bayerische 3½ pCt. Obligationen 92½ P., — G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 660 P., — G. Promessen per Stück Agio 76 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 103½ P., — G.; 4pCt. 92 P., — G.; 3pCt. 65½ P., — G. Bankactien 1. Semester 1575 P., — G. Würtembergische 3½ pCt. Obligationen 88 P., — G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen 88 P., — G.

Frankfurt, 25. Jan. Metall. 5pCt. 101¹¹/₁₆; 4pCt. 89; 3pCt. 65¼; Bankactien 1920; Taunus-Eisenbahn-Actien 353; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 54; bayer. Ludwigs-Bexbacher-Eisenbahn 86½; bayer. Ludwigs-Kanal 62.

Wien, 24. Jan. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 101½; zu 4pCt. in CM. 85; zu 3pCt. in CM. 63; Bankactien per Stück 1545; Nordbahn 122¼.

Amsterdam, 22. Jan. 2½ pCt. 54½; 3pCt. 65½; 4pCt. 84¾; Span. 3½ pCt. 81½; Handels-Maatschappy 161½; Ard. 14½; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. —.

Paris, 22. Jan. 3pCt. 74 Fr. — C.; 5pCt. 116 Fr. 30 C.

London, 22. Jan. Consols 88½.

Leipzig. Nach einer amtlichen Erklärung in der Leipziger Zeitung wird am 1. Aug. die Strecke der sächsischen Staatseisenbahn zwischen Plauen und der Landesgränze bei Hof dem Betriebe übergeben. Bis eben dahin wird dem Vernehmen nach von bayerischer Seite die Linie bis zur Landesgränze ganz hergestellt seyn. (Nürnb. Cor.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Freitag den 28. Januar: „Don Carlos“, Trauerspiel in 5 Akten von Schiller.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Deden, Kaufmann v. Aachen; Barker, Offizier v. London.

Hôtel Maulik. HH. Montifiore, Rentier von London; Eckhardt, Kaufmann v. Frankfurt.

Gold. Kreuz. HH. Garden, Rentier v. Stockholm; Zerroth, Privatier v. Berlin; Maurer, Privatier v. Passau.

Blaue Traube. HH. Mayer, Kaufmann v. Bühl; Schreiner, Privatier v. Nürnberg.

Stachusgarten. HH. Keßner, Pfarrer von Mindelheim; Pfeiferl, Zimmermeister v. St. Georgen; Six, Landrat von Lauingen; Dlle. Müller v. Augsburg.

Gestorbene in München.

Joseph Lauerer, Sattlergesell von Neumarkt, 59 J. alt; Alois Knittl, Anstreicher v. Sendling, 59 J. alt; Martin Zehle, Schmidgesell v. Baierbrunn, Ldg. Wolfratshausen, 18 J. alt; Agatha Keßler, b. Conditorsfrau v. h., 32 J. alt; Anna Hahn, Taglöhnerstochter von Schönberg, Ldg. Regenstauf, 35 J. alt; Georg Strobl, Wächter von der Au, 55 J. alt.

Bekanntmachung.

2257. (2b) Im Hilfsvollstreckungswege wird das Anwesen Nr. 16 an der Löwenstraße dahier auf Andringen eines Hypothekgläubigers nach §. 64 des Hypothekgesetzes und den Bestimmungen der Prozeß-Novelle vom 17. November 1837 §§. 98 — 101 rc. rc. das zweite Mal dem gerichtlichen Verkaufe durch Versteigerung an den Meistbietenden unterworfen.

Dieses Anwesen besteht aus einem Wohnhause mit einer ebener Erde drei Stockwerk hoch, nebst Mezzaninwohnung, gewölbtem Keller, einem Hofraume mit Pumpbrunnen, dann zwei mit ebener Erde ein Stockwerk hohen Hintergebäuden, welche als Wohnungen benützt werden, und wovon das eine eine Waschküche enthält, ferner aus einer gemauerten Holzhütte und einem Garten.

Dasselbe ist durchschnittlich auf 12,875 fl. gerichtlich geschätzt, mit 4000 fl. der Brandassecuranz einverleibt, und mit 8000 fl. Ewiggeld; dann 9000 fl. Hypothekkapital belastet.

Termin zur Aufnahme der Kaufsangebote ist auf Montag den 21. Februar l. Js. Vormittags von 10 — 12 Uhr im Geschäftszimmer des kgl. Kreis- und Stadtgerichtsrathes von Hagens Nro. 11 dahier anberaumt, wozu Kaufsliebhaber mit dem Anhange hiemit geladen werden, daß sich gerichtsunbekannte Personen über ihr Vermögen gehörig auszuweisen haben, widrigen Falls zur Steigerung nicht gelassen werden würden.

Der Zuschlag erfolgt übrigens in Gemäßheit des §. 99 der angeführten Novelle auch unter dem Schätzungswerthe.

Concl. den 21. Jan. 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Director:

Barth.

Streicher.

Berichtigung.

Aus Versehen ist gestern bei dem Artikel: Berlin, 20. Jan., die Quellenangabe des „C. v. u. f. D.“ in einigen Exemplaren unterblieben.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 25.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Andrée Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 34 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend XLIX. Jahrgang. 29. Januar 1848.

Deutschland.

Bayern.

††München, 28. Jan. Die bei der Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg K. d. J. erledigte statusmäßige Stelle eines Regierungsassessors in provisorischer Eigenschaft wurde dem bisherigen Regierungssecretär II. Classe Dr. Wilhelm Bucher in Würzburg verliehen.

München, 29. Jan. Nach dem Intelligenzblatt der königl. Regierung von Oberbayern Neo. 4. sind nunmehr auch Theuerungsunterstützungen für Bedienstete der Magistrate und Stiftungsverwaltungen allerhöchst verwilligt worden.

Das königl. Regierungsblatt Nr. 3. enthält auch eine summarische Uebersicht der Gemeinde-Rechnungs-Ergebnisse für das Verwaltungsjahr 1845/46 von 28 Städten, die den königl. Regierungen unmittelbar untergeben sind. Der Activstand beziffert sich auf 4,347,689 fl. 39 kr. Die Passiva betragen: 673,625 fl. 32 kr. worein sich drei Städte theilen: München mit 458,867 fl. 43 kr.; Bamberg mit 1503 fl. 53 kr. und Würzburg mit 213,253 fl. — Ferner enthält es eine gleiche Uebersicht über die „Wohlthätigkeits-Stiftungen“ dieser nämlichen Städte, wonach sich der Activstand auf 27,416,547 fl. 49 kr. beläuft. Die reichstdotirten Städte sind: München 3,871,812 fl. 59 kr. Bamberg 2,637,801 fl. 13 kr. Rothenburg, 1,175,954 fl. 45 kr. Augsburg 3,210,292 fl. 17 kr. Passau 1,540,074 fl. 40 kr. Nürnberg 3,550,464 fl. 31 kr. Würzburg 1,797,824 fl. 30 kr. Nördlingen 1,107,319 fl. 12 kr.

Die „Augsburger Abendzeitung“ vom 28. Jan. klagt, daß ihr Artikel gestrichen werden, die in allen Augsburger Tagblättern stehen. (Das wäre in der That sehr stark und bedarf wohl der näheren Erörterung.)

Speier, 24. Jan. Das Ergebniß der heutigen Generalversammlung der pfälzischen Rheinbahn-Actionäre ist ein für unser ganzes Land sehr wichtiges. Der Erfolg hat thatsächlich bewiesen, welche Bedeutung den Planen derjenigen beizulegen ist, welche erwarteten, daß die diesseitige Gesellschaft sich auflösen werde, entweder um einer andern Gesellschaft Platz zu schaffen, zu der aber Concession und Actionäre, somit nichts weniger als Alles fehlt, (wie bei Lichtenbergs Messer, an dem der Stiel abhanden gekommen und dessen Klinge mangelte), oder aber um von vorn herein gar keine Bahn am linken Rheinufer zu Stande kommen zu lassen. Es waren wesentlich drei verschiedene Ansichten, welche sich bei den beiden ersten Abstimmungen geltend zu machen suchten. Zunächst diejenige, gar nicht von Speyer über Kandel nach Weissenburg zu bauen, was eine Auflösung der Gesellschaft herbeigeführt hätte: blos zwei Repräsentanten dieser Ansicht waren vorhanden, sie verfügten über 9 Actienstimmen, und ihnen trat die wahrhaft imposante Majorität von 596 Actienstimmen entgegen. Obwohl nun aber eine solche große Mehrheit die entschiedenen Vortheile anerkannte, welche die der concessionirten Gesellschaft von der königl. Regierung angebotene Zinsgarantie gewährt, — so glaubten doch viele Actionäre, im Hinblick auf die jetzigen Geldverhältnisse, daß man den Einzelnen einen partiellen oder selbst völligen Rücktritt gestatten solle. Für diese Meinung waren Solche, die bei dem heutigen Stande des Geldmarktes gar nicht mehr, oder nicht mehr mit größeren Summen bei Actienunternehmungen betheiligt seyn möchten, und auch Solche, welche eine Nachsicht gegen die Actionäre der genannten Classe ausgeübt wissen wollten. Auch sie bildeten nur die Minorität: 221 Stimmen gegen 270. Die dritte Ansicht, die zahlreichste, war für unbedingte Annahme des Regierungsantrages, nämlich gegen eine 4 procentige Zinsgarantie von Speyer über Kandel nach Weissenburg zu bauen. Da man aber dies als eine Aenderung der Satzungen betrachtete, zu deren Annahme bekanntlich drei Viertheile der Stimmen erforderlich sind, so konnte diese Meinung im obigen Zahlenverhältnisse nicht durchdringen, und der deßfallsige Antrag ist somit als abgelehnt anzusehen, — ein Ergebniß, welches auch der Billigkeit gegen die einzelnen Betheiligten am besten entsprechen dürfte. Es fand die drittelweise Erneuerungswahl statt. Zur Ergänzung des Verwaltungsraths wurden erwählt oder wieder erwählt die Herren: Kreiscassier Rebenack mit 523 Stimmen, Anwalt Spatz von Frankenthal mit 512, Casimir Lichtenberger mit 484, Bankier Ladenburg von Mannheim 467, Kaufmann Joseph Heß von Germersheim 454, und Dr Walz 442. Als erster Ersatzmann tritt zugleich ein: Bürgermeister Claus mit 409 Stimmen. Zum Vorstand der Gesellschaft wurde vom Verwaltungsrathe wieder erwählt Hr. Rebenack, zum Protokollführer Kolb. Der Verwaltungs-Ausschuß ward gebildet aus den Herren Rebenack, Kolb, Ret. Reichard, Reg.-Rath Mattern und Dr. Walz. — Das Eisenbahnunternehmen wird nachgerade als ein wesentlich vaterländisches angesehen. Dies und die Zinsgarantie des Staates haben einen regen Eifer dafür erweckt. Ueberall auf der ganzen Linie finden Betheiligungen statt, — von Privaten und Corporationen. In Speyer allein wurden von Einwohnern mehrere Hunderttausend Gulden neu unterzeichnet; die Stadt beschloß ebenfalls für 100,000 fl. Actien zu übernehmen, und das Hospital für 25,000. Auch andere Gemeinden, namentlich Germersheim und Lingenfeld, haben bereits ähnliche Beschlüsse gefaßt, und die übrigen Orte auf der ganzen Linie werden diesem Beispiele folgen, was sie mit um so größerer Zuversicht thun können als die Zinsgarantie selbst bei den Furchtsamsten diese Actien jedenfalls vor Entwerthung sichert, während alle Verhältnisse der Bahn einen den gewöhnlichen Zinsfuß bedeutend übersteigenden Ertrag in Aussicht stellen. (Speyer. Z.)

Baden.

Karlsruhe, 25. Jan. (XIV. Sitzung der zweiten Kammer.) Der Präsident eröffnet der Kammer, daß der Vorstand und Gründer des Vereins für deutsche Statistik, Dr. Frhr. v. Redern zu Berein einen besondern Abdruck aus dem ersten Hefte des Jahrgangs 1848, welcher die Nachrichten über die Wirksamkeit seines Vereins bis zum Schlusse des Jahres 1847 enthält, mit dem Ersuchen um Unterstützung durch Beitritt zu demselben und durch Mittheilungen gesendet habe. Ebenso werden folgende Commissionswahlen bekannt gemacht. Zur Prüfung des Gesetzentwurfs über Regulirung der Gewerbesteuer Helbing, Speyrer, Blankenhorn, Siegle und Ullrich, zu jener der Regierungsvorlage über Einführung einer Capitalsteuer Bassermann, Mez, Schmitt, Knittel und Oster. Beide Commissionen wurden auf den Antrag Bassermanns durch die Kammer je um zwei Mitglieder verstärkt, und zwar erstere durch Mathy und Bleidorn, letztere durch Mathy und Buhl. Schmitt begründet eine Motion auf Vorlage eines Gesetzes über Polizeivergehen; die Kammer beschließt den Vorausdruck. Zittel begründet seine früher schon angekündigte Motion auf Errichtung einer gemeinsamen Oberschul- und Studienbehörde, Bissing beantragt den Druck derselben, wogegen Böhme nichts einzuwenden will, indem eine reifliche Berathung des Gegenstandes nur wünschenswerth seyn könne, jedoch glaube er in dieser Motion eigentlich nur die Vorrede zu einem weitern Antrag auf Communalschulen, dem er das Wort nicht reden möchte, zu erblicken. Bassermann vertheidigt die Zweckmäßigkeit solcher vereinigten Schulen und beruft sich unter Anderem auf unsere Gymnasien und Lyceen,

Gunchild von Schweden.

(Geschichtliche Novelle von M. v. St.)

(Fortsetzung.)

Grauenvoll, als wolle er die Grundvesten der altmütterlichen Erde erschüttern, tobte der Sturm an der von zackigen Klippen starrenden Küste Norwegens, so daß der stolz emporgewölbte Baum Odins der riesigen Wurzelung im mütterlichen Schooß entrissen mit seiner üppig schwellenden Blätterkrone die erbebende Erde umarmte. Bis an die verwegensten Enden des starrenden Felsenwalles leckten die empörten Wogen der Nordsee empor, oft auch schleuderte Sturmesgewalt sie bis in die Nähe der einsamen Hütten, deren spärliche Bewohner die wärmende Herdflamme versammelt hatte. Die zitternde Hand über die in sanften Klängen erregte Harfe wandelnd, saß der Greis, mit seinem unaussprechlich freundlichen Antlitz nach dem blühenden Jüngling hingekehrt. Dieser, beschäftigt dem Griff eines gewaltigen Schwertes strahlende Helle zu geben, lehnte unweit eines winzigen Fensters, und seine Blicke irrten oft spähend hinaus in das vom Kampf der Elemente zerrissene nächtige Dunkel; der alte Diener ging leise zu und ab, das einfache Nachtmahl bereitend. Nur selten stahl sich ein Wort von den Lippen der Hüttenbewohner. Plötzlich erreichte die ängstlich lauschenden Ohren eine um Einlaß flehende Stimme, als eben das Toben des Sturmes in scheinbarer augenblicklicher Ruhe nur verstärkten Anlauf suchte. Mit dem Freuderuf: So vermochte selbst das grause Unwetter den treuen Freund nicht abzuhalten! gebot der Greis, den Harrenden einzulassen; doch die Worte des trauten Willkomms erstarben plötzlich auf den geöffneten Lippen; denn nicht die bekannte Gestalt des Erwarteten zeigte sich dem verlangenden Blick. Ein hoher Greis, von dessen Silbergelock wie von dem hellgoldnen seines Begleiters, eines aufstrebenden Jünglings, das Wasser in Strömen herabfloß, betrat die gastliche Schwelle, und bat um Aufnahme und Schutz gegen das Unwetter. Sogleich ward gewillfahrt, und den durchkälteten Fremdlingen ein bequemer Sitz nahe der knisternden Herdflamme bereitet. Endlich war das Unwetter vertauscht, die ersten Stralen einer schönen Morgensonne glühten zu den kleinen Fenstern herein, und noch schienen die gastfreundlich beherbergten Fremdlinge an keine Weiterreise zu denken, vielmehr baten sie, verweilen zu dürfen, bis ein Schiff unter bestimmten Zeichen auf der Höhe des Meeres erscheinen werde, um sie aufzunehmen, indem sie der Gewalt eines der mächtigsten Fürsten Norwegens zu entrinnen trachteten, der des Knaben sich bemächtigen wolle. Gern ward diesem Verlangen nachgekommen. Vorsichtig verließ der fremde Greis die Hütte, ängstlich in der Gegend umherspähend, ob nicht auch dieses Thal bereits von den Verfolgern erreicht sey, oder sein Auge das rettende Fahrzeug nicht erforschen könne, das sie von diesen Gestaden wegbringen sollte. Der schöne Knabe aber war in der Hütte zurückgeblieben, und Thiodolf bot Alles auf, seine Trauer durch heiteres Geplauder zu zerstreuen. (Fortsetzung folgt.)

worin sich Schüler aller Confessionen und zwar in dem besten Einvernehmen befinden. Die Kammer verweist die Motion in die Abtheilungen. Hägelin berichtet Namens der Petitionscommission über die Bitte des Anton Benig von Unteribenthal um Revision seines Schuldenwesens und trägt auf den Uebergang zur Tagesordnung an, da es sich hier um eine Rechtssache handle. Angenommen. (Schw. Mkr.)

Karlsruhe, 26. Jan. Die neuesten Anträge der Commission der zweiten Kammer gehen dahin, daß die Zinsenhaftung des Staates für die drei Fabriken nur für den Fall übernommen werden können, daß zwischen den Inhabern der Fabrik und ihren Gläubigern ein den Fortbetrieb der Fabrik sichernder Borg- oder Nachlaßvergleich zu Stande komme, den auch die Staatsverwaltung angemessen findet. (Karlsr. Ztg.)

K. Sachsen.

Dresden. In einem der letzten Ministerconseils soll einstimmig der wichtige Beschluß gefaßt worden seyn, alle in den königlich-sächsischen Landen noch bestehenden „Patrimonial-Gerichte“ demnächst aufzuheben.

Preussen.

Berlin, 18. Jan. (II. Sitzung des Vereinigten ständischen Ausschusses.) Die Competenzfrage. (Schluß.) Landtagscommissär: Nur wenige Worte werde ich Namens des Gouvernements der so eben gehörten Debatte hinzuzufügen haben. Von einem Mitgliede der hohen Versammlung ist die Geschichte unseres ständischen Lebens durchgegangen worden; es hat dasselbe scharf kritisirt und namentlich die Entschlüsse der Regierung bitter getadelt. Ich glaube nicht, daß es am Ort und an der Zeit ist, auf diese Discussion einzugehen, sie würde uns auf dasselbe Feld führen, welches den vereinigten Landtag Wochen lang beschäftigt hat, und überdieß wirklich die Gränze des Gebiets überschreiten, welche dem vereinigten Ausschuß durch das Gesetz gezogen ist, und dieß glaube ich am sorgfältigsten in einem Augenblick vermeiden zu müssen, wo dessen Competenz angegriffen wird. Darum schweige ich hierüber. Im Uebrigen aber steht die Sache so einfach, und es ist von den wenigen Rednern, welche darüber gesprochen haben, der Standpunkt meines Erachtens von beiden Seiten so vollständig beleuchtet worden, daß ich kaum etwas Neues hinzuzufügen habe. Nichtsdestoweniger glaube ich es der Regierung schuldig zu seyn, auch ihren Standpunkt so genau zu bezeichnen, daß darüber kein Zweifel bestehen bleiben kann. Des Königs Majestät haben durch den Landtagsabschied vom 24. Juli v. J. ausdrücklich erklärt, daß der vereinigte ständische Ausschuß, so lange keine gesetzliche Abänderung erfolge, alle diejenigen Befugnisse habe, welche ihm die Verordnung vom 3. Februar v. J. beilege. Eine Abänderung des gesetzlichen Zustandes ist aber seitdem nicht erfolgt, und konnte ohne Verletzung des königl. Wortes nicht erfolgen, weil sich Se. Majestät in der Botschaft vom 27. Juni v. J. ausdrücklich dahin ausgesprochen hatten, daß Sie die Anträge des vereinigten Landtags auf Abänderung der Gesetze vom 3. Febr. und namentlich diejenigen auf Beschränkung der Befugnisse des ständischen Ausschusses zwar in sorgfältige Erwägung nehmen, sich die Allerhöchste Entschließung aber bis dahin vorbehalten wollten, wo jene Gesetze in allen ihren verschiedenen Stadien ausgeführt seyn würden. Dieser Zeitpunct war noch nicht eingetreten, und Niemand durfte daher erwarten, daß Se. Majestät eine Aenderung in diesem Puncte schon jetzt gesetzlich feststellen würden. Demnach ist nach der deutlichen Erklärung des Landtagsabschiedes der jetzt berufene und hier versammelte vereinigte ständische Ausschuß mit allen denjenigen Rechten und Befugnissen bekleidet, welche ihm die zweite Verordnung vom 3. Febr. zuweist, und jedes einzelne Mitglied der Versammlung hat die volle Befugniß, sich dieser Rechte in ihrem ganzen Umfange zu bedienen, während der Regierung die Verpflichtung obliegt, Jeden, der sich dieser Rechte bedient, in deren Ausübung zu schützen. Sie wird dieser Pflicht nachkommen. Wie aber die Regierung bei ihrer Vorlage an den vereinigten ständischen Ausschuß die Ausübung dieser Rechte nicht in ihrem vollen Umfange in Anspruch genommen hat — und gerade diejenigen Mitglieder der hohen Versammlung, welche in dieser Debatte zuerst aufgetreten sind, sollten dieß nicht verkennen — so fordert sie auch von keinem der Mitglieder, daß es von seinem Rechte den vollen Gebrauch machen solle. Daher lag auch bis dahin noch keinerlei Veranlassung vor, die Competenzfrage des vereinigten Ausschusses zur Erörterung hier zu ziehen. Uebrigens trete ich der von einem anderen geehrten Mitgliede hervorgehobenen Ansicht völlig bei, daß die Gewissen der einzelnen Mitglieder nicht beschwert werden dürfen, und daß es jedes Einzelnen Sache ist, nach seiner Ueberzeugung zu bemessen, wie weit er sich der ihm gebotenen Rechte bedienen oder enthalten wolle. Ich glaube, daß dieß genügen wird, um den Standpunkt der Regierung festzustellen, und schließe mich dem Wunsche an, daß diese Discussion für die ganze Dauer der Session hiermit geschlossen seyn und die Versammlung nunmehr zur Lösung der ihr zunächst vorliegenden Aufgabe schreiten und solche mit Eifer und Ausdauer zum Ziele führen möge. (Mehrere Mitglieder: Ja wohl! Ja wohl!) Marschall: Ich halte es nicht für erforderlich, noch irgend ein Wort hinzuzufügen, und schließe mich dem Vorschlage an, zur Tagesordnung überzugehen. (Von allen Seiten Zeichen der Zustimmung.) Wir wenden uns also zur Berathung des Gesetzentwurfs über das Strafrecht. Ich ersuche den Referenten Naumann, den Bericht zu erstatten. Referent Naumann liest das Abtheilungsgutachten vor.

Berlin, 20. Jan. Die Opposition ist zufrieden ihre Erklärungen und Verwahrungen niedergelegt und sich dadurch den Standpunkt gesichert zu haben, auf welchem sie schon zur Zeit des Vereinigten Landtags ihr Mandat nur annehmen zu wollen erklärte. Da eine Gegenverwahrung gegen jene Erklärungen zur Stelle nicht erfolgt ist, so setzt sie eine stillschweigende Zustimmung des Vereinigten Ausschusses voraus. Die conservative Partei hält sich auf dem Boden des Gesetzes, der vollen Rechtsbeständigkeit der Verordnungen vom 3. Feb. 1847. In dieser eigenen Voraussetzung hat sie die Erklärungen der Opposition schweigend entgegengenommen, indem sie wie der Marschall v. Rochow sich ausdruckte, zugibt daß man allerdings entgegengesetzter Ansicht seyn könne. Die ganze politische Frage über die Competenz des Ausschusses ist also eigentlich in suspenso und jede Partei bei ihrer Meinung geblieben. Ein neuer Kampf muß entstehen, wenn sich irgendein Umstand ereignet, wobei die Verschiedenheit der Ansichten zur practischen Geltung kommen muß. Dieser Umstand ist jedes an den Ausschuß gerichtete Verlangen über den Strafgesetzentwurf hinaus eine neue Arbeit vorzunehmen, bestehe sie nun in Begutachtung einer Regierungsvorlage oder Berathung einer Petition. Dann werden die Kräfte sich in der Debatte, eventuell in der Abstimmung messen, und die unterliegende Partei hat die Wahl sich zu fügen, oder zu protestiren und, wenn es die Opposition ist, sich zurückzuziehen. (A. Z.)

Breslau. Wie bestimmt versichert wird, hat die philosophische Facultät der hiesigen Universität in der betreffenden Facultätssitzung auf das verlangte Gutachten des vorgesetzten Ministeriums über eine Aenderung der Universitätsstatuten wegen Zulassung von Juden zu akademischen Lehrämtern solche beschlossen, während die medicinische Facultät (in derselben befinden sich getaufte Juden) dieselbe abgelehnt hat. (Zeitungsh.)

Breslau, 22. Jan. Die Immediateingabe, welche von Seite des hiesigen Magistrats und der Stadtverordneten an Se. Maj. den König gerichtet worden ist und welche um Beilegung der religiösen und kirchlichen Wirren bittet, ist dieser Tage an den Bestimmungsort abgegangen. Es wird darin hauptsächlich um Zusammenberufung einer General- und Landessynode gebeten, bei welcher die evangelischen Gemeinden auch durch Mitglieder des Laienstandes vertreten seyn sollen.

(A. Z.)

Köln, 19. Jan. Das Interesse an dem Strafgesetzentwurf und an der Discussion, welche der Vereinigte Ausschuß in Berlin zur Zeit bereits begonnen hat, ist sicher in keinem Theile der Monarchie so lebhaft und stark, als hier am Rhein. (A. Z.)

Königsberg, 18. Jan. Die hiesige Dissidenten-Gemeinde hat sich unter das Religionspatent vom 30. März, freilich nur bedingungsweise, gestellt.

Freie Städte.

Frankfurt, 23. Jan. Nachdem am vergangenen Mittwoch die Bürgerversammlung in Hanau durch polizeiliches Einschreiten untersagt worden, sollte heute eine andere Versammlung auf großherzogl. hessischen Gebiete in Steinheim stattfinden. Als Zweck derselben wird die Berathung einer Adresse an die Ständeversammlung angegeben. (A. Z.)

Oesterreich.

Dem „Gränzboten“ zufolge befindet sich in dem Contract der „Wiener Zeitung“ eine geheime Clausel, welche in allen Artikeln zu Besprechungen wissenschaftlicher und Kunstforschungen den Witz verbietet. Derselben Quelle zufolge wären vom Neujahr an auch die beiden „Bremer Zeitungen“ verboten worden. — Freitags Stück, „Valentine“ darf in Wien nicht gegeben werden.

Mehrere deutsche Blätter melden: die Schrift F. Kölle's „Italiens Zukunft“ sey in Oesterreich mit dem Damnatur (Verbot) belegt.

Grätz, 19. Jan. In Folge der Anstände, welche bei einem Begräbniß hier neuerlich stattgefunden, ist eine höchste Weisung aus Wien angelangt, wornach sich in Zukunft in ähnlichen Fällen zu verhalten. Dieselbe verordnet im wesentlichen, daß, wenn ein Katholik in seinen letzten Stunden bei gesundem Verstande die Heilmittel der Religion hartnäckig zurückweist, und der Geistliche sich nicht berechtigt glaubt, den Abgeschiedenen mit den üblichen kirchlichen Ceremonien zu beerdigen, die Anzeige davon in der Hauptstadt durch das Ordinariat an das Gubernium, auf dem Lande aber von dem Pfarrer an das Kreisamt, oder, wenn dieses zu entfernt ist, an die betreffende Bezirksobrigkeit unverzüglich zu geschehen habe. Eine gemischte Commission soll hierauf den Thatbestand ermitteln, und erweist sich derselbe in der angegebenen Art (nämlich als hartnäckige Verweigerung des Empfanges der Sterbsacramente), so ist der Verstorbene anständig in dem Friedhofe zu beerdigen, wobei jedoch die Nachahmung von kirchlichen Ceremonien zu unterbleiben hat, und alles was Aergerniß geben oder Ruhestörungen veranlassen könnte, vermieden werden muß.

(A. Z.)

Schweiz.

Dem Pariser „National“ ist aus Bern ein bemerkenswerthes Document zugesandt worden. Es ist der Bericht der eidgenössischen Repräsentanten im Kanton Wallis an die Tagsatzung über den Verkehr, welchen Agenten der französischen Diplomatie im Auftrag des Grafen Bois-le-Comte und des Hrn. Guizot vor und nach den letzten Kriegsereignissen mit den namhaftesten Vertretern des Sonderbundes unterhalten hatten. (Wir kommen darauf zurück.)

Zürich 25. Jan. Ueber die Verwerfung der neuen Verfassungsentwurfes folgendes Nähere. Für die Annahme stimmten die Bezirke Einsiedeln, Küßnacht, Gersau und March zusammen mit einer Bevölkerung von 19,010 Seelen; gegen die Annahme stimmten die Bezirke Schwyz, Wollerau und Pfeffikon mit einer Bevölkerung von 20,255 Seelen. In letzteren Gemeinden war die Stimmung des Volkes so entschieden für die Verwerfung, daß, z. B. in Pfeffikon, welches 1315 Seelen zählt, nur 30 Bürger für die Annahme sich erklärten. Nach dem „Eidgenossen von Luzern“ soll nun die dortige Regierung endlich in den Stand gesetzt seyn das Deficit der eidgenössischen Kriegscasse und die erste verfallene Rate der Kriegskosten zusammen mit einer Summe von 663,546 Franken abzutragen. Nach angestellten Berechnungen hat der Sonderbundskrieg auf den Kanton Luzern die enorme Schuldenlast von 4 Mill. Franken gewälzt. (A. Z.)

Luzern, 25. Der apostolische Nuntius ist wirklich abberufen und sein Nachfolger (Monf. Luquet) bereits hier angekommen. (A. Z.)

Italien.

Rom, 17, Jan. Seine Heiligkeit Papst Pius IX. versammelte diesen Morgen die Cardinäle im apostolischen Palast des Quirinals zu einem geheimen Consistorium. Nach kurzer Allocution ernannte und publicirte er einen neuen Cardinalpriester in der Person des Monsignor Carlo Vizzardelli bisherigen Secretär der Congregation über die außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten, geboren in der Stadt Monte S. Giovanni (Diöcese Veroli, in der Delegation Frosinone), am 2. Juli 1791. Nach der Creation dieses neuen Purpurträgers promovirte der Papst folgende Prälaten: 1) zum Metropoliten und Erzbischof von Valencia den bisherigen Bischof von Calahorra und Calzada in Altcastilien, Monsignor Paul Abella; 2) zum Metropoliten und Erzbischof von Granada den zeitherigen Bischof von S. Cristoforo de Laguna auf Teneriffa, Monsignor Louis Folgueras Sion; 3) zum Bischof von Carcassonne den Monsignor H. M. Bonnechose, Priester der

Pariser Erzdiöcese und apostolischer Missionär sowie Oberster der französischen Nationalkirche Saint Louis zu Rom; 4) zum Bischof von Soissons den Monsignor P. J. A. Cardon de Garsignies, Erzdiöcesanpriester von Cambray und Generalvicar in Soissons; 5) zum Bischof von Santander in Castilien den Monsignor Emanuel Raimond Arias Teigeiro da Castro, Diöcesanpriester von Orense, Archidiacon der Metropolitankirche Valencia; 6) zum Bischof von Leon den Monsignor Joachim Barbagero, Diöcesanpriester von Zamora, Canonicus der Metropolitankirche zu Burgos; 7) zum Bischof von Oviedo den Monsignor Ignaz Caneja, Diöcesanpriester in Leon, Decan der Kathedrale in Oviedo; 8) zum Bischof von Coria den Monsignor E. Anselm Nafria, Diöcesanpriester von Osma, Canonicus in Calahorra. Zum Schluß dieses geheimen Consistoriums verwilligte Se. Heiligkeit den Metropoliten von Valencia und Granada das erzbischöfliche Pallium. (A. Z.)

*** Rom, 20. Jan. Die neue römische Staatszeitung (Gazetta di Roma) hat in ihrer ersten Nummer vom 17. d. Mts. folgenden Aufsatz: Der im letzten „Diario di Roma*)“ befindliche Artikel über die Unterhandlungen Rußlands mit dem heiligen Stuhl bezog sich auf die Lage der Dinge, wie sie am 17. Dec. standen, wo Se. Heiligkeit im Consistorium seine Allocution hielt. Heute jedoch erlauben uns einige später erhaltene Documente nicht mehr an der Aechtheit des Schreibens zu zweifeln, welches die von Sr. Maj. dem Kaiser von Rußland an den Grafen Bludoff ertheilte Auszeichnung des St. Andreasordens erwähnte. Was übrigens die Bedeutung dieses kaiserlichen Actes betrifft, ist es uns nicht gestattet, den Schleier zu lüften, welcher eine noch nicht beendigte Unterhandlung verhüllen muß; wir können blos die zu unserer Kenntniß gekommene Nachricht mittheilen, daß Se. kaiserl. Majestät einige Puncte eingegangen hat, welche die Reclamationen und Forderungen des heiligen Stuhls zur Erhaltung des katholischen Glaubens und des legitimen oberhirtlichen Ansehens (autorità pastorale) in der Kirche von Rußland und Polen betrafen.

*) Das officielle „Diario“ vom 15. Jan. sagt: In dem nicht officiellen Journal „Notizie del Giorno“ (Tagesneuigkeiten) vom 13. Jan. haben wir mit Befremden einen Artikel unter dem Titel „Rußland“ gelesen, laut welchem angezeigt wird, daß Se Maj. der Kaiser von Rußland, um dem Grafen v. Bludoff seine allerhöchste Zufriedenheit mit dessen glücklichem Abschluß der Unterhandlungen mit dem heil. Stuhle zu erkennen zu geben, ihm die Decoration des St. Andreasordens verliehen habe. Wir wissen nicht, aus welcher Quelle diese Nachricht geschöpft wurde, nur können wir sagen, daß fast alle französischen und italienischen Zeitschriften derselben keinen Glauben beigemessen haben, ja sogar das kaiserliche Schreiben, welches einige Blätter zur Bekräftigung jener Nachricht angeführt hatten, für unterschoben hielten. Wirklich können jene Zeitschriften sich nicht überzeugen, wie am 17. Dec. Se. Maj. der Kaiser habe seinen bevollmächtigten Minister wegen der glücklichen Beendigung der religiösen Angelegenheiten der katholischen Kirche in Rußland decoriren wollen, während am gleichen Tage der heil. Vater in seiner Allocution im Consistorium anzeigte, daß in dieser Sache noch Nichts definitiv abgeschlossen sey. Die Worte, wie Jedem bekannt ist, die von Sr. Heiligkeit gesprochen wurden, sind folgende: „Noch gibt es ein anderes sehr großes Reich unter der Herrschaft eines andern großen Potentaten, in welchem die Angelegenheiten der katholischen Religion von langen und höchst schweren Bedrängnissen bekämpft. Unsern Vorfahren sel. Andenkens durch lange Jahre in Kummer versetzt hatten, und auch Unsere vorzügliche Sorgfalt in Anspruch nahmen. Wir hätten gewiß gerne gewünscht, Euch heute den guten Erfolg mitzutheilen, welchen Wir von derselben theilweise mit Vertrauen zu erhalten hoffen. Es haben zwar einige Journalisten nicht ermangelt, zu behaupten, daß dieses glücklicher Dingen geschehen sey. Wir aber können Euch bis jetzt nur die feste Hoffnung, die Uns bestärkt, ankündigen, daß Gott in seiner Allmacht und Erbarmung gnädig auf jene von so vielen Betrübnissen beängstigten Söhne seiner Kirche herabblicken, und die Sorgfalt, mit welcher Wir Uns bemühen, den Zustand der katholischen Religion allerorten zu verbessern, segnen werde.“ Aus diesen Worten läßt sich offenbar sowohl der richtige Sinn fast aller andern französischen und italienischen Journale, welche die Wahrheit der Nachricht in Zweifel, ja sogar in Abrede stellten, als auch der Irrthum des Tagblattes, welches dieselbe zu leichthin aufgenommen, abnehmen.

Rom, 17. Jan. Die Ereignisse in der Lombardei und in Sicilien setzen alles auch hier in Bestürzung. Von allen Seiten her erfolgen Aufforderungen zur Bewaffnung und Vaterlandsvertheidigung. (A. Z.)

Rom, 20. Jan. Einem gestern Abend hier eingetroffenen Courier zufolge, welchen Lord Minto erhalten hat, sind die neapolitanischen Truppen, welche der König auf Dampfschiffen nach Palermo hinübergesandt hat, zwar nicht im Hafen (wo sie nach anderen Nachrichten von bewaffneten Marinariboten zurückgetrieben worden seyn sollen), sondern in einiger Entfernung von der Stadt gelandet. Man schickte sich beim Abgang des Dampfboots, welches Palermo am 17. verlassen, und diese Depeschen von dem dortigen Commandanten der englischen Beobachtungsschiffe nach Neapel befördert hat, an den Kampf zu beginnen. Von der Seeseite her sollten Bomben in die Stadt geworfen werden. Foggia wird mit einiger Sicherheit unter den Orten aufgeführt welche die Revolution mit bewaffneter Hand eröffnet haben. An eine österreichische Intervention denken jetzt sogar erfahrene Staatsmänner (A. Z.)

Genua, 21. Jan. Ein Schreiben aus Unteritalien sagt: Der Aufstand in Palermo begann am 12. Jedenfalls scheint nicht nur die Stadt, sondern auch die Umgegend bis tief ins Innere sich in der Gewalt der Aufständischen zu befinden, wogegen einzelne Gebäude in der Stadt, wie die Casernen und die Bank mit großer Festigkeit von den Truppen vertheidigt werden. Hier in Neapel wurde die Ruhe erhalten, was auch in Folge des kräftigen Auftretens der Regierung für die Zukunft zu hoffen ist. Aus den freilich ziemlich unvollkommenen Bruchstücken von Nachrichten über die Ereignisse in Palermo selbst geht jedenfalls hervor, daß die dortigen Truppen treu blieben. — Wir besitzen Briefe aus Messina vom 15. Jan. Am 13., als die Ereignisse von Palermo schon bekannt waren, war Messina noch ganz ruhig. — Am 12. d. war ein ziemlich starkes Erdbeben in Catania, der zweiten Stadt Siciliens, indessen ohne großen Schaden zu thun. Von Unruhen in dieser, als Sitz des Adels und der Collegien wichtigeren Stadt wird nichts erwähnt. (Schw. Mkr.)

Genua, 22. Jan. Nach Schiffersagen soll der Aufstand sich über ganz Sicilien verbreitet haben; in Messina seyen die Insurgenten im Besitz des Forts Gonzaga, gleichzeitig sey auch in Catania ein Aufstand ausgebrochen. In Palermo sollen außer den Priestern auch besonders viele Frauen sich an der Bewegung betheiligt haben, unter welchen der Bericht des hiesigen Corriere Mercantile besonders die Gattin eines gewissen Melero, der bei dem Aufstand in Messina thätig mitwirkte, namhaft macht, und bemerkt, dieses Weib habe sich an die Spitze einer Bande von mehr als 500 Männern gestellt, deren Kampfmuth auf alle Weise zu entflammen gesucht und selbst eine mehr als männliche Kühnheit gezeigt. Mit Lebensmitteln und Waffen, heißt es in diesem Bericht weiter, sey die Stadt reichlich versehen. Die Gegenwart von zwei englischen Kriegsschiffen, denen man die Wohlfeilheit der Gewehre zuschreibt, soll nicht wenig dazu beigetragen haben den Vorstellungen des englischen Consuls an den Commandanten des Forts Castellamare, der die Stadt bombardiren wollte, Gewicht zu verschaffen. Die königl. Generale, schließt der Bericht, haben geringes Zutrauen in ihre Truppen, welche mit offenbaren Zeichen der Unlust und Unzufriedenheit Neapel verließen. (A. Z)

Genua, 22. Jan. Vorgestern sind hier aus der königl. Kanonengießerei von Turin die beiden neuen Kanonen angelangt, welche Genuas Bürgerschaft der römischen Guardia Civica zum Geschenk macht. Die Regierung berechnete bloß die Kosten des Gusses. Auf beiden Kanonen stehen die Namen St. Peter und Pius IX. Auf die Eingabe des Municipalrathes von Genua, die 20 Zöglinge dieser Stadt, welche ihre Erziehung auf Stadtkosten im Jesuitencollegium von Turin bisher erhielten, in einer andern geistlichen oder weltlichen Erziehungsanstalt unterbringen zu dürfen, wurde eine genehmigende Antwort ertheilt, doch sollen die Zöglinge künftig nicht mehr auf Stadtkosten unterhalten werden. Der „Corriere Mercantile“ will wissen, daß ein Theil der den Jesuiten zugehörigen Gebäude in Genua zu außerordentlicher Einquartierung von Truppen bestimmt werde; zu gleichem Zweck sey auch das Gebäude der Esercizi spirituali in Carignan und ein Theil des Klosters vom heil. Ambrosius requirirt werden. (A. Z.)

Niederlande.

Haag, 21. Jan. Die an den Staatsrath versandten, auf die Reform des Grundgesetzes bezüglichen Gesetzentwürfe sind nicht weniger als 26 an der Zahl. Man sagt, daß der zweiten Kammer gleich bei der Wiederaufnahme ihrer Arbeiten ein Gesetzentwurf werde vorgelegt werden behufs Zuschüsse zum Budget von 1847, und zwar für Gefängnißkosten, und um die Ausgaben für die Bahn von Herzogenbusch nach Eulenberg zu decken. (Köln. Z.)

Frankreich.

(Die französischen und englischen Blätter vom Laufenden sind ausgeblieben.)

Berichte aus Algier vom 15. Jan. können den Eindruck der letzten Niederlage Abd-el-Kaders auf die arabische Bevölkerung nicht mächtig genug schildern. Eine unmittelbare Folge davon ist die Unterwerfung des großen Stammes der Ahmian-Garabas. Jetzt ist die ganze Provinz Oran zum Gehorsam zurückgekehrt, und es herrscht vollkommene Ruhe in den drei Provinzen Algeriens.

Großbritannien.

Richard Cobden, der siegreiche Freihandelspolitiker agitirt jetzt ernstlich gegen alle und jede Rüstung zur Landesvertheidigung, als des Systems des Freihandels, in dessen Durchführung ihm die beste Landessicherheit zu liegen scheint, durchaus unwürdig.

Dänemark.

**Hamburg, 24. Jan. (Morgens.) Se. Majestät, König Christian VIII. ist aus dieser Zeitlichkeit abberufen. Der Tod ist am Donnerstag, den 20. Jan. um 11½ Uhr Nachts, in Kopenhagen erfolgt. Die betrübende Nachricht ist hier auf außerordentlichem Wege zugleich mit der unter Allerhöchsteigener Hand ausgefertigten Anzeige von dem Regierungsantritt Sr. Maj. Königs Frederik VII. von Kopenhagen eingetroffen. Der verewigte Monarch scheint, seiner Gewohnheit getreu, auch in der Krankheit noch den Staatsgeschäften obgelegen und den ersten Anlaß zu der Krankheit selbst, ohne Schonung seiner Person, in seinem königl. Beruf sich zugezogen zu haben. Seine Regierung ist eine kurze, aber inhaltsschwere gewesen. Er hinterläßt das Regiment seinem Nachfolger in einer Zeit der Prüfung. König Christian VIII., geb. den 18. Sept. 1786 succedirte seinem Vetter, König Frederik VI. am 3. December 1839, hat also ein Alter von 61 Jahren und 4 Monaten erreicht, und nur 8 Jahre 1½ Monat regiert. Sein Nachfolger in der Regierung, König Frederik VII. ward am 6. Oct. 1808 geboren, ist also gegenwärtig im 40sten Lebensjahr. — Ein offener Brief des neuen Herrschers verspricht die vom verewigten König beabsichtigte Ordnung der öffentlichen Verhältnisse des Staates zu Förderung der Einigkeit, der Kraft und Ehre des Vaterlandes zu Ende zu bringen. (Also dänischer Gesammtstaat, nicht so?)

Kopenhagen, 21. Jan. Heute um 9 Uhr Vormittags wurde der Kronprinz Frederik Karl Christian zum König ausgerufen, indem der geheime Staats- und Justizminister v. Stemann in Anwesenheit der Prinzen und übrigen geheimen Staatsminister und Collegienchefs nebst mehreren hohen Beamten auf den Altan des Schlosses Christiansborg hinaustrat und daselbst drei Mal nach einander rief: „König Christian VIII. ist todt! Es lebe König Frederik VII.!“ welcher Ruf jedesmal von dem Herold auf dem Schloßplatze von Christiansborg wiederholt wurde, wobei ein Tusch von Trompeten und Pauken erfolgte. Der König Frederik VII. trat darauf auf den Altan, die versammelte Menge zu begrüßen. Die königl. Herolde mit einem Commando der Leibgarde zu Pferde wiederholten demnächst dem Brauche gemäß den Ausruf auf allen öffentlichen Plätzen. — Im Verlaufe des heutigen Vormittags wurden die in der Hauptstadt garnisonirenden Truppen sowie sämmtliche Bürgercorps durch den Generalmarsch zusammenberufen und legten theils in Gegenwart des Prinzen Frederik Ferdinand (Bruders Christians VIII.), theils in der des Landgrafen Wilhelm von Hessen den Eid der Treue dem jetzigen König ab (Nordd. Bl.)

Vereinigte Staaten von Nordamerica.

Der Plan, eine Eisenbahnbrücke über den Stromfällen des Niagara zu erbauen, ist in der Ausführung begriffen. Ein Berichterstatter im „New-York Inquirer" sagt darüber: „Wenn noch irgend etwas die Reize der vielbesuchten Niagara - Ufer erhöhen kann, so wird es durch diese Brücke geschehen, welche das Gebiet der Königin von England mit den Vereinigten Staaten in Verbindung bringen soll. Ihre Tausende von Tonnen schweren Eisenketten werden einen entsprechend festen Halt finden in den 100 Fuß tief in das unten liegende Felsgestein eingetriebenen Ankern von geschmiedetem Eisen, so daß, ehe diese Stütze wiche, erst der Felsengrund der Erde selbst wanken müßte. Auf diese riesenhafte Kettenunterlage soll ein Holzgerüste so fest aufgestellt werden, daß man in der Mitte unter dem darüber wegrollenden Wagenzug nicht die mindeste Bebung verspüren wird. Die Eisenbahn wird in der Mitte laufen, daneben zwei Fahrgleise für gewöhnliche Wagen und zwei Fußwege. So wird im vollen Anblick der Stromfälle, tief unter sich die tobenden Strudel und rings umher die sturmgepeitschten Felsen, die Locomotive mit ihrem Wagenschlepp pfeilschnell über den gähnenden Abgrund wegrollen. Dieses glorreiche Werk ist bereits im Werden, das Geld ist eingezahlt, und die Ausgrabungen sind begonnen. Welch ein prächtiges Schauspiel wird dieser Weg in seiner vollen Benützung gewähren! Die kühne Brücke über die Menaistraße in England ist berühmt; die Niagara-Brücke wird ein Weltwunder werden. Eine der ersten Fragen, die sich aufdrängen, ist: wie sollen die eisernen Ketten über den breiten Strom geworfen werden? Das Dampfboot, das jetzt unterhalb der Fälle herüber und hinüberfährt, wird zwei Kabel mitnehmen, an welche Eisendrähte befestigt sind. Wenn dann zwei Eisenstränge liegen, wird ein zeitweiliges Werkgerüste darauf gelegt, auf welchem die Arbeiter schaffen werden. (A. Z.)

Zum vaterländischen Schriftenthum.

Ein großartiges literarisches Unternehmen bereitet sich vor, eine Gesammtausgabe der Schriften des genialen Franz Baader, eines der bedeutendsten Männer, welche Deutschland, welche unser Bayern hervorgebracht hat. Unter den geistvollsten Forschern ist nur Eine Stimme darüber, daß die Erhabenheit der Weltanschauung, der unerschöpfliche Gedankenreichthum, sowie der echte Tiefsinn, welcher diesen Mann auszeichnete, ihn den größten Philosophen aller Jahrhunderte beigesellen. Männer, wie Schelling, Hegel, Steffens, Schubert, F. Schlegel, Meyer, Eschenmaier, Bockshammer, Kanne, Gügler, Molitor, Kreuzhage, Schlüter, Hjort, Rixner, Ast, Göschel, Marheineke, Rosenkranz, J. Fichte, C. Fischer, auch Göthe, J. Paul und so viele Andere haben dieß aufs entschiedenste anerkannt, und es zählt Baader eine große Menge dankbarer Schüler und Verehrer nicht bloß in allen Gegenden von Deutschland, sondern auch im Ausland, wie namentlich in Frankreich, Schweden, Dänemark und an so vielen Puncten der österreichischen und russischen Monarchie. Dessenungeachtet sind seine Leistungen noch lange nicht bekannt genug, und fehlt es auch noch gar sehr an einer allgemeinern richtigen Würdigung des großen Schatzes an gediegener Erkenntniß, welche seine Schriften darbieten. Der Grund hievon liegt zum Theil gerade in demjenigen, was seinen Bemühungen einen so ausnehmenden Werth verleiht, in der Tiefe nämlich und der Großartigkeit seiner Forschungen, welche schon an sich selbst nur ein allmäliges Eindringen und Auffassen erwarten läßt. Zudem mußte so lange Zeit das Vorwalten eines seichten Rationalismus der weitern Verbreitung der Ideen Baaders hemmend entgegentreten. Endlich konnten auch die in einer gewißen Periode neu auftauchenden kirchlichen Streitigkeiten bei einem nicht unbedeutenden Theile des Publicums auf die aus Baader's Geistesschätzen zu gewinnende Erweiterung der Wissenschaft nur ungünstig einwirken. Nachdem nun aber dieses wie jenes Hinderniß großentheils beseitigt ist, so scheint sich jetzt allerdings eine bessere Aussicht für die wahrhafte und allgemeinere Benützung der Baaderschen Leistungen zu eröffnen. Wenn diese aber auch dadurch noch erschwert war, daß Baader seine Gedanken in der Regel nur in aphoristischer Form aussprach, so daß im Grund jede seiner Schriften aller übrigen zu ihrer Ergänzung bedarf, so beabsichtigt nun einer seiner trefflichsten Schüler, Professor Franz Hoffmann zu Würzburg, in Verbindung mit mehreren Freunden sämmtliche Schriften des großen Denkers in Druck erscheinen zu lassen. Dieselben werden in zwei Hauptabtheilungen zerfallen, deren erstere die bereits schon gedruckten Schriften, durch Erläuterungen aus dem Nachlaß ungefähr um ein Drittheil vermehrt und in möglichst systematischer Ordnung zusammengestellt, enthalten wird. Die zweite Abtheilung soll dann den eigentlichen Nachlaß, sammt dem Briefwechsel und der Biographie umfassen, und wird theils Mittheilungen aus den Tage- und Studienbüchern des Verewigten, theils Erläuterungen zu den Werken J. Böhmes, dann St. Martin's, sowie des Thomas von Aquin, des Meisters Eckart, Tauler's, ferner Kant's, Hegel's, Daub's, Windischmann's u. s. w., ingleichen eine Reihe von Entwürfen zu Vorlesungen über die Theorie der Zeit, des Staats und der Natur, nicht minder Studien zur Staatswirthschaftslehre mit besonderer Beziehung auf A. Smith darbieten. Möge das dem Interesse der Wissenschaft wie der Ehre unseres bayerischen Vaterlands gleich förderliche Unternehmen einer hinreichenden Unterstützung sich erfreuen und der Eifer für jene wie für diese unter den Landsleuten des Dahingeschiedenen um so lebhafter sich kund geben, als bereits mehrere Ausländer, wie namentlich der Baron von der Osten-Sakken, an dieser Angelegenheit in großmüthiger und hochherziger Weise sich betheiligt haben. Es ist dieß insonderheit auch noch darum so dringend zu wünschen, als der Ertrag der beabsichtigten Gesammtausgabe dazu bestimmt ist, die Wittwe Baader's dem unverschuldeten Elend und dem bittern Mangel zu entreißen, in welchem sie außerdem verkümmern müßte. Eine sehr glückliche Idee des Professors Hoffmann war es aber, zur neuen Belebung des Interesses für Baader eine Reihe von kleineren Aufsätzen desselben aus früherer und späterer Zeit in einem Bande als Vorläufer für die Herausgabe der sämmtlichen Schriften ans Licht zu stellen. Es kann diese Sammlung wegen ihres so reichen und mannigfaltigen und überall durch gleiche Tiefe sich auszeichnenden Inhalts den Freunden echter Weisheitsforschung gar nicht dringend genug empfohlen werden.

München, 23. Jan. 1847. J. H.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 27. Jan. Bayerische 3½ pCt Obligationen 91¾ P., — G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 660 P., — G. Promessen per Stück Agio 76 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 103 P., — G.; 4pCt. 90 P., — G.; 3pCt. 64 P., — G. Bankactien 1. Semester 1570 P., — G. Württembergische 3½ pCt. Obligationen 88 P., — G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen 88 P., — G.

Frankfurt, 25. Jan. Metall. 5pCt. 101 11/16; 4pCt. 89; 3pCt. 65 1/16; Bankactien 1920; Taunus-Eisenbahn-Actien 353; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 54; bayer. Ludwigs-Verbacher-Eisenbahn 86¼; bayer. Ludwigs-Canal 62.

Wien, 25. Jan. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 101½; zu 4pCt. in CM. 85; zu 3pCt. in CM. 63; Bankactien per Stück 1545; Nordbahn 120¼.

Amsterdam, 23. Jan. 2½ pCt. 54 1/16; 3pCt. 65 7/8; 4pCt. 84; Synd. 3½ pCt. —; Handels-Maatschappy —; Arv. 14 11/16; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. —.

Paris, 24. Jan. 3pCt. 73 Fr. 50 C.; 5pCt. 115 Fr. 90 C.

London, 22. Jan. Consols 88¼.

Das Haus Eusel hat dem Vernehmen nach seinen Gläubigern 30 Prozent, in 3 Jahresfristen zahlbar, geboten. Die Passiva sollen 1,100,000 fl. betragen. (Nürnb. Cour.)

In Havre hat das Haus Delaunay und Comp. fallirt.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag den 30. Januar: „Prinz Eugen", Oper von Schmidt.

Königliches Odeon.

Montag den 31. Januar: „Zweite maskirte Akademie" mit der Pantomime: „Der Zauberdolch" von Constant.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Baron v. Bernhard und Forndran, Bürgermeister v. Augsburg.

Gold. Kreuz. HH. v. Weckbecker, Regierungsrath von Altötting; Giessing, Kaufmann v. Nürnberg.

Blaue Traube. HH. Weber, Pharmaceut von Traunstein; Dammann, Juwelier v. Erding; Meyer und Zell, Fabrikanten v. Wien; v. Schüller, Privatier v. Stuttgart.

Gestorbene in München.

Peter Widmann, b. Bäcker v. h., 47 J. alt; Katharina Reisner, Soldatenswittwe v. h., 72 J. alt; Math. Greinether, Privatier v. h., 90 J. alt; Franz Paul Kracher, Korbmachergesell v. Neuhausen, 21 J. alt; Adam Maier, Maurer v. h., 58 J. alt; Anna Maria Triall, Taglöhnersfrau v. h., 53 J. alt.

Bekanntmachung.

2256. (2b) Am 25. vorigen Monats verstarb dahier die ledige 82jährige Theres Woschitka mit Hinterlassung eines gerichtlich errichteten Testaments.

Sie war die Letzte der Nachkommen des am 2. December 1796 dahier verstorbenen churfürstlichen Kammervirtuosen Franz Xaver Woschitka.

Allenfallsige Intestaterben werden aufgefordert, binnen sechs Wochen von heute an ihre Erklärung über das vorliegende Testament um so gewißer hierorts abzugeben, als nach Umfluß dieser Frist das Testament ohne Weiteres für anerkannt erachtet und in Vollzug gesetzt wird.

Concl. München den 21. Jan. 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Steinle.

Edictalcitation.

(Verlassenschaft der Weinwirthstochter Clara Kiem betreffend.)

(2a) Durch Testament der Clara Kiem, Weinwirthstochter von München, ist dem Localarmenfonde dahier ein Capital von 400 fl. anliegend bei der kgl. Staatsschuldentilgungs - Special - Casse Cataster - Nro. [illegible] älteres Landanlehens - Capital, à 2½ pCt. verzinslich, Zinszeit 18. Juni, vermöge Hofzahlamtsurkunde Sr. Churfürstlichen Durchlaucht Karl Albrecht vom 18. Juni 1740, auf den Mathias Khümb, Rath und Weingastgeber hier, lautend, welche nach dessen Tod auf seine Tochter M. Klara Kiem überging, am 16. Febr. 1750 auf Letztere liquidirt, und dieser der Einantwortungsbrief der Stadt München am 13. August 1751 hierüber übergeben worden ist, vermacht worden.

Da nun die Original - Schuld - Urkunde über jenes Capital zu Verlust gegangen ist, so werden auf Antrag des hiesigen Armenpflegschaftsrathes unbekannte Inhaber derselben aufgefordert, dieselbe binnen 6 Monaten um so gewißer bei dem unterfertigten Gerichte zu produciren, und ihre allenfallsigen Rechte hierauf geltend zu machen, als dieselbe außerdem nach Umfluß des Termines für kraftlos erklärt werden würde.

Beschlossen am 18. Juni 1847.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Gr. v. Paumgarten.

Im Hause Nr. 13 an der Briennerstraße, vis à vis dem Wittelsbacher Palais, ist über eine Stiege die große Wohnung entweder ganz oder abgetheilt, sogleich oder für nächstkommendes Ziel Georgi zu vermiethen. Das Nähere beim Hausmeister rechts daselbst. 2252. (2b)

Für die durch Brandunglück in Kemnath Heimgesuchten sind an Beiträgen eingegangen:

Uebertrag .	11 fl. 30 kr.
Den 29. Jan. von F. A.	2 fl. 42 kr.
Summe .	14 fl. 12 kr.

Um weitere mildthätige Beiträge wird dringend gebeten.

Expedition der Münchener politischen Zeitung, Kreuzgasse Nr. 2.

Schubert, verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 26.

Man pränumerirt auf die Zeitung in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kindel-Gasse Nr. [illegible]; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: halbjährlich im I. Rayon 3 fl. [illegible] kr., im II. Rayon 3 fl. [illegible] kr., im III. Rayon 3 fl. [illegible] kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag XLIX. Jahrgang. 31. Januar 1848.

Zur Schweizerfrage.

Die „Speyerer Zeitung" bringt aus der Feder ihres geistvollen Herausgebers einen Aufsatz über die Schweiz, der in jeder Zeile mehr Werth hat, als alle jüngsten Declamationen der altersschwachen französischen Pairskammer in der Adreßdebatte zusammengenommen. Der Aufsatz lautet: „Die vier Großmächte haben wirklich eine neue Note an die schweizerische Tagsatzung gerichtet. Sie ist weniger drohend, als die vorige es war; dennoch steht zu bezweifeln, ob sie auch nur so die von jenen Mächten vertretene Sache fördern kann. Krieg will man, wie die Dinge jetzt stehen, offenbar keinen. Wozu aber solche immerhin erbitternde Noten, wenn man von vorn herein derem Inhalt keinen Nachdruck geben will oder kann? Diplomatische Zuschriften, welche den Thatsachen nachhinken, aber in einer denselben entgegengesetzten Richtung, können entweder zu gar nichts, oder doch zu nichts Gutem führen. Die Großmächte behaupten: Die Verträge von 1815 haben der Schweiz zwei bedeutende Vortheile gewährt: 1) Gebietsvergrößerung, 2) Neutralität; und sie hätten diese Bedingungen auch erfüllt. — Dieß sagt namentlich auch Frankreich. Die angerufenen Verträge von 1815 haben nun aber der Schweiz nicht nur keine Vergrößerung, sondern blos Zurückgabe eines Theiles der ihr entrissenen Gebiete gewährt (so blieb z. B. die ursprünglich schweizerische Stadt Mülhausen bei Frankreich,) sondern sie sind auch heute nicht vollständig erfüllt, denn noch immer behauptet Frankreich mit Gewalt den Besitz des Dappenthals, das nach der ausdrücklichen Bestimmung der Wiener Congreßacte der Schweiz zurückgegeben werden mußte. So verhält es sich mit dem einen der erwähnten Vortheile; der zweite, die Neutralitätserklärung, ist aber bis heute noch gar nicht erprobt worden, weil der Fall der Erprobung noch nicht eingetreten. Kommt es einmal zu einem europäischen Krieg, so kann es sich erst zeigen, wie es sich damit verhält. Wenn man aber die Schweiz alsdann in neutraler Stellung finden will, so muß man dieselbe auch sich in den Fall setzen lassen, ihre Neutralität wahren zu können. Dieß ist unmöglich, wenn man nicht eine, durch ein Föderativband einige Schweiz, sondern immer nur 22 souveräne Kantone anerkennen will. Dieß steht indessen auch im Widerspruch mit der ganzen historischen Entwicklung des Bundesvertrags, insbesondere mit den seiner Zeit von den Großmächten ausdrücklich gegebenen Erklärungen. Daß die Eidgenossen nicht kurzweg dem an sie gestellten Verlangen nachkommen werden, ist, im Hinblick auf die vollendeten Thatsachen, leicht vorher zu sagen. Unbegreiflich bleibt es uns aber, wie die Diplomatie zur Aenderung des Bundesvertrags Stimmeneinhelligkeit fordern kann, nachdem nachgewiesen ist, daß dieser Bundesvertrag selbst nur mit Stimmenmehrheit angenommen, ja sogar mit offener Waffengewalt einem Stande (Nidwalden) geradezu aufgedrungen worden ist."

Deutschland.

Bayern.

München, 29. Jan. Sicherm Vernehmen nach haben Se. Maj. der König geruht, den Generalmajor und Brigadier der vierten Armeedivision, Heinrich von der Mark, zum Ministerverweser des Kriegsministeriums zu ernennen. (A. Z.)

München, 29. Jan. Der Oberlieutenant Baron Rudolph von der Thann, Flügeladjutant Sr. Maj. des Königs, hat die nachgesuchte Entlassung von dieser Stelle erhalten; der bisherige Flügeladjutant Graf v. Rechberg-Rothenlöwen wurde seiner Bitte gemäß in die Linie (das in Augsburg liegende Chevauxlegers-Regiment) versetzt. — Gestern verschied hier der königl. Medicinalrath Dr. v. Widnmann, im 82. Lebensjahr. — Die königl. französ. Legation am hiesigen Hof hat in der Person des Grafen v. Bonneville einen neuen Gesandtschaftssecretär erhalten. — Der hochgeschätzte und verdiente Professor der Botanik, Dr. Zuccarini, befindet sich seit längerer Zeit sehr leidend, während der junge tüchtige Arzt und Professor, Dr. Erdl, von den Folgen eines Blutsturzes, der in den Ferien ihn in Wien überfallen hat, sich noch immer nicht erholen kann. (Bayer. Bl.)

††München, 30. Jan. Dem Gesuche der Regierungsräthe Franz v. Mussel und Franz Gresser, um Vertauschung ihrer Diensstesstellen, ist die allerhöchste Genehmigung ertheilt, und demzufolge der Regierungsrath v. Mussel zu der Regierung von Schwaben und Neuburg, K. d. I., sowie der Regierungsrath Gresser zu jener von Unterfranken und Aschaffenburg, K. d. I., in ihrer gegenwärtigen Diensteseigenschaft versetzt worden.

München, 30. Jan. Der Bürger Münchens, Professor Dr. Joseph v. Görres, ist am Morgen des 29. Jan. in den Armen seiner trauernden Familie verschieden. In den bedeutendsten Umschwungsperioden deutschen Lebens hat der entflohene gewaltige Geist an der Spitze der geistigen Bewegung gestanden. So 1814 durch die erste in selbstständig-vaterländischem Sinn geführte Zeitung „der rheinische Merkur", deren gediegene Aufsätze den Franzosen eine fünfte europäische Großmacht, den stolzen Söhnen Albions aber der regelmäßigen Uebertragung in ihr Idiom als würdig erschienen. In den Kölner Wirren von 1837—39 bildet seine theologisch-politische Schrift „Athanasius" wohl eins der entscheidensten Momente. Der Dahingegangene, ein vollendeter Redner und unerreichter Darsteller auf dem akademischen Katheder, war bei aller Dunkelheit des Stiles doch auch der größten Bildner der Sprache einer, im kühnen Wurf der Ideen wie im Dahinguß organischer Ganze vielleicht einzig. Die selbstbewußte Künstlerschaft hierin bricht als ein interessantes Phänomen in seinen „Aphorismen über Organologie" (1802) und vor allem in der tiefsinnigen Schrift „Organologie" (1805) bestimmtest hervor. Wie man auch über sein wechselvolles vielgeprüftes Leben urtheilen mag und muß, im Leben wie in der Wissenschaft hat er das hohe Verdienst der tiefsten und nachhaltigsten Anregung. Die Frage des Mittelalters, welche Einseitigkeit und Ungerechtigkeit beseitigt wähnten, hat er noch einmal und umfassend zu Gericht gebracht; noch scheint sie nicht vollends spruchreif, noch die Acten nicht alle geschlossen. Die Zukunft wird und muß Lösung und Beilegung der interessanten und dabei weltgeschichtlichen Frage bringen. Joseph v. Görres, geb. den 25. Jan. 1776 zu Coblenz, und gest. den 29. Jan. zu München, war der wissenschaftliche Durchbildner, Vertreter und Kämpfer der deutschen nicht blos, der Romantik überhaupt. Weniger bekannt, aber um so rühmenswerther dürfte es seyn, daß der große Todte im schweren Prüfungsjahr 1817, wo Hunger in Deutschlands Eingeweiden wühlte, in Coblenz an der Spitze eines Bürgervereins die menschenfreundlichste Wirksamkeit entwickelte. An Görres, den Preußen mißkannte, scheint des großen Römers Spruch: „Ingrata patria ne ossa quidem mea habeto" nunmehr in Erfüllung gekommen. Möge die Erde ihm leicht seyn, und sein rastloser Geist den Frieden finden, den die Erde ihm nicht geben konnte!

Regensburg, 23. Jan. Die wichtige Frage über die staats- und gemeindebürgerliche Gleichstellung der Israeliten mit der christlichen Bevölkerung ist dem Vernehmen nach auch von dem hiesigen Magistrate zu Gunsten der Ersteren bevorwortet worden. (Regensb. Z.)

Nürnberg, 27. Jan. Die Herstellung des Freihafens für die hiesige Stadt unterhalb der Rothenburger Distriktsstraße zwischen dem Ludwigscanal und der Ludwigs-Südnordbahn soll nun definitiv beschlossen seyn, und es dürften mit Anfang des Frühjahrs die erforderlichen Bauten mit aller Energie in Angriff genommen werden. (C. v. u. f. D.)

Württemberg.

Stuttgart, 26. Jan. Als bemerkenswerthes Gerücht theile ich Ihnen mit, daß in unserer Kammer der Standesherren ein Antrag auf Oeffentlichkeit der Sitzungen gestellt werden soll. (A. Z.)

Ein Ulmer Blatt gruppirt die Abgeordneten also: Ministerielle Seite 30—33; äußerste Linke 30—32; Mittelpartei der beiden Centra, welche in Cabinets- oder Auflösungsfragen die rechte Seite zu unterstützen pflegen, 25 — 30. Daraus ergibt sich eine grundsätzliche Mehrheit gegen die radicale Opposition von etwa 55 Stimmen. Nach dem Eintritt der fehlenden 8 Mitglieder dürfte dieses Verhältniß sich gleich bleiben.

Baden.

Karlsruhe, 26. Jan. Die neuesten Anträge der Commission der zweiten Kammer lauten ausführlich wie folgt: Die Zinsenhaftung des Staates kann nur für den Fall übernommen werden, daß zwischen den Inhabern der Fabrik und ihren Gläubigern ein den Fortbetrieb der Fabrik sichernder Borg- oder Nachlaßvergleich zu Stande komme, den auch die Staatsverwaltung angemessen findet. Bei einem solchen Vergleiche muß bedungen seyn, daß sämmtliche (nicht durch Pfandrechte gesicherte) Wechsel- und Contocurrent-Gläubiger für ihre Forderungen Partialobligationen erhalten und wenigstens zu ihrem Nennwerth annehmen, worin die zur Fabrik gehörigen Liegenschaften und Gebäude sammt Einrichtungen zu Unterpfand, welchem allein der Staat mit seinem Pfandrecht vorzugehen hat, gesetzt sind. Den Inhabern der Partialobligationen können in keinem Falle mehr als 3½ pCt. Zinsen zugesichert werden. Der Gesammtbetrag der mit Zinshaftung des Staates auszustellenden Partialobligationen darf folgende Summen nicht übersteigen: a) bei der Maschinenfabrik Karlsruhe 1,000,000 fl., b) bei der Spinnerei und Weberei in Ettlingen 1,800,000 fl., c) bei der Zuckerfabrik Waghäusel 2,100,000 fl., zusammen 4,900,000 fl. Der Staat garantirt die Zinsen zu 3½ pCt. auf die Dauer von 15 Jahren. Zur Sicherheit für diese Zinshaftung erhält der Staat das erste Unterpfand auf sämmtliche Liegenschaften der drei Fabriken; ferner wird dem Staate sämmtliches Fahrnißvermögen der Fabriken als Faustpfand bestellt. Was eine Fabrik an Reingewinn jährlich abwirft, wird der Reihe nach verwendet: 1) zur Zahlung der vom Staat garantirten Zinse, 2) zur Tilgung mittelst Ausloosung von ein Procent der Partialobligationen, für deren Zinse der Staat haftet, 3) zur Bildung eines Reservefonds, der vom Staate selbstständig verwaltet wird. Der Reservefonds wird nach Ablauf der fünfzehn Jahre den Gläubigern zur Verfügung

gestellt. Die Actionäre der Spinnerei Ettlingen und der Zuckerfabrik Waghäusel erhalten von dem Ertrage Nichts, bis alle Partialobligationen eingelöst seyn werden, und Emil Keßler kann bis dahin aus dem Ertrage seiner Maschinenfabrik nur eine seinen häuslichen Bedürfnissen entsprechende Summe für sich beziehen. Sollte in einem der 15 Jahre der Betrieb einer Fabrik wegen was immer für Verhältnisse nicht einmal den zur Zahlung der vom Staate garantirten Zinsen erforderlichen Reinertrag abwerfen, so würde die Staatscasse den Inhabern der Partialobligationen Dasjenige aufbessern, was sie weniger als drei und ein halb Procent aus dem Ertrage der Fabrik erhalten sollten. Die Aufbesserung geschieht zunächst aus dem Reservefonds, und, so weit dieser nicht zureichen sollte, aus Staatsmitteln. Diese Verbindlichkeit der Staatscasse erlischt bei einer Fabrik auch vor Ablauf der bestimmten 15 Jahre, wenn, was aus immer für Gründen, der Betrieb eingestellt oder um mehr als die Hälfte herabgesetzt werden sollte. Ist vor Ablauf der 15 Jahre der Reservefonds auf einen Betrag gestiegen, welcher dem noch übrigen Betrage der garantirten Zinsen gleichsteht, so kann sich die Staatscasse ihrer Verbindlichkeit dadurch entschlagen, daß sie den Reservefonds den Gläubigern zur Verfügung stellt, welche in diesem Falle auch ihrerseits das Recht haben, die Ausfolgung der Reservefonds unter gleichen Bedingungen zu verlangen. Um das Interesse der Staatscasse in Beziehung auf den Betrieb der drei Fabriken zu sichern, soll der Staatsverwaltung die erforderliche Controlle zustehen. (Karlsr. Z.)

Preussen.

Berlin, 25. Jan. In der vorgestrigen Sitzung des **vereinigten Ausschusses** wo man sich in §. 9 bis 13 mit Zuchthausstrafe, Strafarbeit und Gefängnißstrafe beschäftigte, wurde die Prügelstrafe gänzlich verworfen und nur durch strengeres Gefängniß, harte Kost, Lagerstatt und Einsamkeit ergänzt. In der gestrigen Sitzung wurde die Strafe der **Vermögensconfiscation** beinahe einstimmig verworfen. (A. Z.)

Die „Börsenhalle" bringt die, wenn sie sich bestätigt, wichtige Mittheilung, es werde dem vereinigten Landtag eine zweijährige Periodicität bewilligt werden, und man wolle nur die Verhandlungen der Ausschüsse abwarten, ehe man zur Veröffentlichung dieses Beschlusses schreite.

Köln, 18. Jan. Die Theilnahme für den Fasching hat sich in Köln etwas mehr auf den mittleren Bürgerstand zurückgezogen; die Vornehmen haben angefangen, sich näher an die höheren Beamten anzuschließen, während früher alle Rheinländer den „Preußen" gegenüber zu stehen pflegten. Die feine Gesellschaft hält in diesem Winter vereinigt ihre sogenannten Sonderbundsbälle. Die Sammlungen für den wirklichen Sonderbund haben hier keinen Fortgang gehabt; Coblenz ist der eigentliche Sitz eines leidenschaftlich aufgeregten confessionellen Eifers, von dort aus wird sogar allen guten Katholiken eingeschärft, die „Kölnische Zeitung" abzuschaffen, weil diese in der Schweizer Angelegenheit es nicht mit dem Sonderbunde hielt. Allein die Aufforderung hat keinen Erfolg gehabt, denn die Zahl der Abonnenten der Kölnischen Zeitung ist größer als je. Der sogenannte Deutsch-Katholicismus erhält sich am Rhein so eben am Leben; hier im deutschen Rom kann er nicht aufkommen. Der Communismus bildet in mehreren rheinischen Städten eine kleine verborgene Secte. Der „rheinische Beobachter", der sich gern zum Schirmherrn der evangelischen Kirche am Rhein aufwerfen möchte, ist mit andern unbeliebten Personen auf den Karten der großen Carnevalsgesellschaft verspottet; der Beobachter sitzt vor dem Rhein mit seinen Burgen, reckt aber den Hals hinten herein nach der Spree und scheint an einigen Windmühlen zu sehen, woher der Wind kommt. (A. Z.)

Am 25. Jan. starb zu Bonn der Professor Dr. Delbrück.

Hannover.

In Celle ist der Turnverein **aufgehoben**.

Oesterreich.

Wien, 26. Jan. Die Leiche der Wittwe des Kaisers Napoleon, ist gestern Abend in die kaiserl. Gruft versenkt worden. Gerüchte über einen Bauernaufstand im Judenburgerkreis in Steyermark hatten sich dieser Tage hier verbreitet. Das Wahre an der Sache ist, daß die Zehntverweigerung einiger Bauerngemeinden des Kreisamtes veranlaßten, militärische Hülfe von Gratz zu verlangen, bei deren Einrücken sich die Bauern zur Wehre setzten. Die Ruhe wurde indessen schnell hergestellt und die Untersuchung hat jetzt unter Vorsitz des Kreiscommissärs Grafen Gursky begonnen. — Man erwartet hier auf dem Durchmarsch nach Italien das Infanterie-Regiment Baron Fürstenwerther aus Teschen. — Aus Bochnia in Galizien wird vom 23. d. gemeldet, daß sich dort einige Bauerngemeinden mit Beschwerden und Bitten über den herrschenden Nothstand an das Kreisamt wendeten, man hofft aber, daß es keine weitern Folgen haben dürfte. — Unsere Börse ist fortwährend in krankhaftem Zustande. (Augsb. Abdz.)

Schweiz.

Bern, 24. Jan. Der Vorort hat die Reduction der Occupationstruppen im Kanton Luzern angeordnet, so daß nur noch drei Bataillone dort bleiben. — In Freiburg wird Montags den 31. Jan. auf öffentlichem Platze ein großes Autodafé stattfinden. Hierbei werden die Actenstücke der Jannar-Riesenprocedur und mehrere Marterwerkzeuge des Jacquemardthurmes öffentlich verbrannt werden, und die verschiedenen Sectionen der patriotischen Associationen diesen Anlaß benutzen, um in allgemeiner Versammlung zusammenzukommen. — In Sitten in Wallis verkundeten am 20. Abends drei Kanonen die Annahme der Verfassung. Dieselbe erfolgte mit 7190 Stimmen gegen 664 Verwerfende. Das Decret, die Säcularisation der geistlichen Güter betreffend, ist mit 6552 gegen 1356 angenommen worden. Am 21. leistete der Staatsrath den Eid und fand die feierliche Uebergabe der Regierung statt. (A. Z.)

Bern, 26. Jan. In der gestrigen Sitzung der Tagsatzung wurde die Kriegskostensache für den Kanton Zug erledigt. Dieser Kanton tritt für seine zu zahlende Summe von ungefähr 120,000 Fr. der Eidgenossenschaft Schuldtiteln ab, die er binnen 3 Jahren wieder einlösen wird. Nach geschehener Prüfung dieser Titel hat der Vorort Vollmacht, die noch in Zug liegenden Truppen zu entlassen. — Hierauf kam die Reihe an Freiburg. Dieser Stand hat 300,000 Fr. baar bezahlt und für 700,000 Fr. kann es keine weitere Bürgschaft geben. Die Occupation wird auf ein Bataillon reducirt. Bei diesem Anlasse beantragte Baselstadt vergeblich Milderung des Beschlusses über die Occupationskosten. — Die Herren Obersten Ziegler, Denats und Burckhardt wurden entlassen. Bei Hrn. Ziegler wurde angezeigt, es seyen durch Hrn. General Dufour umsonst Schritte zur Rücknahme seiner Entlassung geschehen. Auch begehrten noch vier andere Stabsofficiere ihre Entlassung, denen auch entsprochen wird. — Die Abreise von Sir Stratford Canning wurde der Tagsatzung von ihrem Präsidenten angezeigt. (Basl. Z.)

Bern. Vor seiner Vertagung hat der große Rath auf Antrag des Regierungsrathes dem Hrn. Obergeneral Dufour das Berner Kantonalbürgerrecht mit Stimmeneinhelligkeit ertheilt.

Der erwähnte Bericht der eidgenössischen Repräsentanten im Kanton Wallis an die Tagsatzung über den Verkehr, welchen Agenten der französischen Diplomatie in Auftrag des Grafen Bois-le-Comte und des Hrn. Guizot vor und nach den letzten Kriegsereignissen mit den namhaftesten Vertretern des Sonderbundes unterhalten hatten, trägt das Datum vom 12. Januar und erzählt am Eingang, daß bereits im Monat August Hr. Bois-le-Comte den Volksführern in Wallis die Versicherung ertheilt habe, Frankreich werde interveniren, und zu diesem Zweck sey eine Truppenmacht an der schweizerischen Grenze aufgestellt. (Folgt die ausführliche Beschreibung der Reise mehrerer französischer Agenten.) Am Schlusse versichert der Bericht der eidgenössischen Repräsentanten noch, daß Siegwart-Müller gegen Ende Novembers die Abschrift eines Schreibens des französischen Gesandten vorzeigte, worin derselbe den Sonderbund aufforderte, noch einige Tage zu widerstehen, und unter dieser Bedingung eine günstige Lösung versprach. Alle die Angaben dieses Berichts wollen die eidgenössischen Repräsentanten aus zuverlässigen Quellen gezogen haben.

Italien.

Rom, 18. Jan. Monf. Rusconi hat den durch den Tod des Card. Massimi erledigten Posten eines Ministers der öffentlichen Arbeiten erhalten. (A. Z.)

Rom, 21. Jan. Die „Pallade" verkündet in einer großgedruckten Nachschrift die mit Jubel aufgenommene Kunde, daß bei einem abermaligen Ministerwechsel der Graf Pietro Ferretti das Portefeuille der Finanzen erhalten, und der Fürst von Teano, Herzog D. Michele Gaetani, an die Spitze der Polizeiverwaltung gestellt werden solle. Graf Pietro Ferretti der Bruder des Cardinalstaatssecretärs, als ist oberster Leiter des Volksbewegung in Rom durch die häufigen Erwähnungen seines Namens hinreichend bekannt. — Monsig. Morichini soll ein Bisthum außerhalb Rom erhalten, und Monf. Savelli als Nuntius an einen auswärtigen Hof versandt werden. Rothschild von Neapel hält sich gegenwärtig hier auf. (A. Z.)

Rom, 21. Jan. Die officielle Zeitung der römischen Regierung theilt heute folgende wichtige Nachricht mit: „In der verflossenen Nacht um 4 Uhr verließ Se. Eminenz der Cardinal Ferretti diese Hauptstadt und begab sich nach Ravenna, um die Verwaltung der Legation in jener Stadt und Provinz zu übernehmen, mit der ihn Se. Heiligkeit ausnahmsweise betraute. (A. Z.)

Die „Allgemeine Zeitung" hat ausführliche Berichte über den Zustand der Dinge auf der Insel Sicilien erhalten, denen wir im Auszuge Folgendes entnehmen: „Graf Aquila, der Bruder des Königs, ließ sich bei seiner Ankunft in Sicilien mit den drei provisorischen Regierungs-Comités in Unterhandlungen ein. Ihre Bedingungen waren: 1) Lord Bentinck's Constitution von 1812; 2) Bürgerwehr; 3) Preßfreiheit; 4) gänzliche Trennung Siciliens und Neapels in Verwaltungsverhältnissen; 5) einen Vicekönig aus dem kgl. Haus; 6) Municipalverfassung. Diese Bedingungen schienen dem Prinzen unannehmbar, und der Prinz kehrte am 17. Jan. nach Neapel zurück, um persönlichen Bericht zu erstatten. Am Sonnabend gingen weitere Truppen aus Gaëta und Capua nach Sicilien ab; ebenso schickte man auch Schießbedarf und Lebensmittel hin. Man will wissen, die gelandeten Truppen hätten sich mit der Besatzung der Citadelle von Palermo vereinigt und der Aufstand sey unterdrückt. Die Truppen, namentlich die Reiterei, sollen sich sehr tapfer gehalten haben. Die Nachrichten über die Gefechte zwischen Soldaten und Volk sind bis jetzt sehr ungenau. Die Passagiere des am 16. Jan. von Sicilien in Neapel angekommenen Dampfschiffes machen folgende Aussagen: Bei ihrer Ankunft im Hafen von Palermo fanden sie die Marine mit Soldaten bedeckt, Infanterie und Cavallerie. Offiziere sprengten am Ufer auf und ab, und in einzelnen Pausen donnerten die Kanonen der Castelle und erschallte das Kleingewehrfeuer in den Straßen der Stadt. Man vermuthete, daß das Volk einen Angriff auf die Forts gemacht, aber zurückgeschlagen sey; jedenfalls waren die kgl. Truppen noch vollkommen Meister. Dicker Rauch stieg an mehreren Puncten empor, und dumpfes Geschrei erdröhnte an allen Ecken und Enden. Das Dampfschiff blieb 9 Stunden vor Palermo; ein neapolitanischer General (Nicoletti wenn ich nicht irre) wurde mit seiner Begleitung an's Land gebracht, ein Paar Engländer verfügten sich an Bord der ihrer Nation angehörigen im Hafen liegenden Schiffe, und ein americanischer Schiffs-Capitain (welcher sich ungemein trotzig benahm gegen die Verfügung des Postschiffscapitains und des Generals: das Dampfboot nicht zu verlassen) begab sich, der Gefahr ungeachtet, daß ihn Schüsse vom Ufer erreichen könnten, auf einer seiner herangerufenen Barken an Bord seines Kauffahrers. Die übrigen kehrten nach Neapel zurück. Fünf Sicilianer, welche sich schon ein paar Tage früher mit Kisten und Kästen an Bord fremder Schiffe geflüchtet hatten, fanden Aufnahme auf dem Postdampfer und diese versicherten, daß der Kampf heftig gewesen und daß es auf beiden Seiten viele Todte gegeben. — In der Provinz Salerno (Principato Citeriore), in Avellino ꝛc. befürchtet man ebenfalls Unruhen, und sowohl Artillerie als Cavallerie ist von Neapel dahin abgegangen. Fabrikbesitzer und Kaufleute in diesen Gegenden haben die Geschäfte vorderhand theils gänzlich eingestellt, theils auf ein Minimum reducirt.

Neapel, 19. Jan. Die „Neapeler Staatszeitung" bringt sechs wichtige königl. Erlasse, die unterm 18. und 19. ergangen sind. Sie betreffen eine Reihe Reformen, besonders für das Königreich jenseits des Faro. Die Attribute der „Consulte" von Neapel und Sicilien, wie sie durch das organische Gesetz vom 14. Juni 1824 festgestellt sind, werden erweitert, daß sie ein nöthiges Gutachten sollen abzugeben haben über alle allgemeinen Gesetzvorschläge und Regulierungen, über die vorgelegten allgemeinen Finanz- Provinzial- und Gemeinde-Etats, über die Verwaltung und Amortisation der Staatsschuld, über Handelsverträge und Zolltarife.

Den Gemeinden wird die eigene Verwaltung ihres Vermögens zugesichert, und die Administration der Provinciecassen soll einer eigenen Deputation unterstellt werden. Den Sicilianern wird die Aufrechthaltung ihrer getrennten Verwaltung und Rechtspflege zugesichert mit dem Beifügen, daß die Gesetze vom 8. und 11. Dec. 1816 in ihrer vollen Kraft wieder hergestellt werden, und daß fortan alle Aemter in Sicilien nur mit gebornen Sicilianern, in Neapel nur mit Neapolitanern besetzt werden sollen. Wo jetzt das Gegentheil der Fall ist, soll dieß spätestens binnen 4 Monaten abgeändert werden; nur für kirchliche Aemter ist eine längere Frist gesetzt. Die obersten Gerichtshöfe des Reichs erhalten eine erweiterte Organisation. Zum Generalstatthalter wird der königl. Prinz, Graf v. Aquila, Bruder des Königs, ernannt, und ihm ein besonderes Ministerium an die Seite gegeben, bestehend aus J. A. Lucchesi Palli Fürsten v. Camposranco als Vorsitzer; dem Herzog v. Montalbo für das Innere, Aeußere, Ackerbau, Handel und öffentliche Arbeiten; Don Giuseppe Buongiardino als Director der Finanzen und kirchlichen Angelegenheitenheiten, deßgleichen Generaladvocat des großen Rechnungshofs, endlich D. Giovani Cassisi als Director der Gnade, Justiz und Polizei (die beiden letztern ohne den Ministertitel). Weiter sind die Minister der Gnade und Justiz beauftragt, Sr. Majestät ein Verzeichniß der wegen politischen Ursachen Verurtheilten und Verhafteten vorzulegen, um ihre Begnadigung aussprechen zu können, unter Beifügung solcher Vorsichtsmaßregeln, wie sie die öffentliche Ruhe erheischen mag. Endlich das letzte und längste Decret enthält eine lange Reihe mildernder Bestimmungen über literarische und künstlerische Publicationen, so wie über das Theater für das ganze Reich, zu welchem Ende eine oberste Commission unter Leitung des mit den Unterrichtssachen beauftragten Ackerbau- und Handelsministers in Neapel niedergesetzt werden soll.

Neapel, 19. Jan. Der Graf von Aquila in Verbindung mit andern Ehrenmännern hat endlich das Herz des Königs erweicht. Der Graf reiste diese Nacht mit großen Geschenken, — nach andern Friedensanerbietungen — für Sicilien nach Palermo, wo das Volk sich, mit Ausnahme des Castells Castellamare, zum Meister gemacht, zurück. Der Bruder des Königs, Graf von Aquila ist zum Vicekönig erklärt, und erhält ein eigenes Staatsministerium zur Seite. Ein zweites königl. Decret stellt die Gesetze vom 8. und 11. Dec. 1816, welche in Bezug auf Sicilien zu Wien gemacht wurden, her; es erklärt ferner das Decret vom 31. Oct. 1837, die Wechselseitigkeit der Aemter und Anstellungen für aufgehoben, die Administration der Insel von der Neapels für immer getrennt, und binnen 4 Monaten sollen alle Stellen in Sicilien mit Sicilianern, in Neapel mit Neapolitanern besetzt werden. Ein Aehnliches in Bezug auf die Kirchenämter. Gleichzeitig mit obigen hochwichtigen Decreten erschienen zwei andere königl. Decrete: Reformen, Concessionen. — Heute geht im Vertrauen auf den guten Eindruck der obigen Decrete ein Dampfschiff mit vielen Passagieren nach Palermo ab. In Palermo haben viele Männer, z. B. Serradifalco, sich mit an die Spitze gestellt, nicht etwa im Geiste der Opposition, sondern im Geiste der friedlichen Ausgleichung. Die Truppen landeten nicht in Palermo, sondern in 6 — 8 Miglien Entfernung. Wir erwarten diesen Abend noch neue königl. Decrete, die Presse (ein Decret über Preßerleichterungen liegt uns bereits vor) und die Nationalgarde betreffend. (A. Z.)

Turin. Die „Gazzetta Piemontese" bestätigt aus Modena, daß ein Theil der österreichischen Truppen, welche Carpi besetzt hatten, nach Mantua zurückgekehrt sey. In Modena herrscht Ruhe, ziemliche Mißstimmung dagegen in Reggio, dessen Bevölkerung nicht sowohl wegen der österreichischen Besetzung, als wegen des nicht erfolgten Anschlusses an den neuen italienischen Zollverein unzufrieden sey. Auf der Insel Sardinien dauert die Hungersnoth fort, und der König Karl Albert hat beschlossen, der leidenden Bevölkerung durch eine neue Sendung von 10,000 Centnern Getreide zu Hülfe zu kommen. — Die „Turiner Zeitung" veröffentlicht ein sehr umfassendes königl. Edict, durch welches die Communal- und Provinzialverwaltung neu organisirt wird. Das Gesetz räumt der „Selbstregierung" der Bürger ein sehr weites Feld ein.

Florenz, 16. Jan. Morgens. Gestern fand der schon wochenlang vorher als „una grandiosa Festa Nazionale" angekündigte Ball im Casino di Firenze statt, dessen Ertrag bestimmt ist den ärmeren Mitgliedern der Guardia Civica die Mittel zu liefern sich gleich ihren wohlhabendern Waffenbrüdern mit Pickelhaube und Uniform zu schmücken. Bei dem außerordentlich großen Zudrang von Gästen wurde der Hauptzweck des Festes — ein möglichst großer Geldertrag — vollkommen erreicht. (A. Z.)

Mailand. Für Deutsche wird das Leben in Mailand allgemach unleidlich, fast unmöglich. Die Gastwirthe lassen sich einschüchtern, so daß sie ihnen sogar die Aufnahme verweigern; Hausinhaber haben deutschen Beamten die Miethe gekündigt; Feldmarschall Radetzky ließ ihnen aber erklären, er werde in diesem Falle Einquartierung in solche Häuser legen.

Die „Gazzetta di Milano" vom 24. Jan. versichert, daß nur 5 Individuen getödtet und 59 verletzt worden seyen.

Spanien.

Madrid, 17. Jan. Im Deputirtencongreß hat man der Regierung die Forterhebung der Steuern bewilligt; die Exaltados waren die einzigen die sich widersetzten, aber die Regierung siegte mit unermeßlicher Mehrheit. Ebenso wurde der berüchtigte Vorschlag Mendizabals, alle Güter der Weltgeistlichen und Pfarreien zu verkaufen und Cultus und Clerus sofort aus der Staatscasse zu besolden von der Regierung siegreich bekämpft und mit übergroßer Majorität verworfen; nur die Exaltados stimmten dafür. — Der Bürgerkrieg in Catalonien darf nachgerade für beendigt angesehen werden; mehr als 2000 Facciosos haben sich in den letzten Tagen freiwillig oder unfreiwillig unterworfen. — Gestern erfolgte endlich die Taufe des Sohns der Infantin und des Herzogs von Sessa. Die Königin und der König erschienen persönlich als Pathen, und das Kind erhielt die Namen Francisco de Asis Maria Isabel Fernando beigelegt. — Espartero hat seinen Eid als Senator geleistet und seinen Sitz eingenommen. Das Publicum beschäftigt sich nicht mehr viel mit ihm. In diesen Tagen fanden verschiedene Deputirtenwahlen statt und trotz aller Anstrengungen der Exaltados siegten überall die moderantistischen Bewerber. — Die Grippe haust schrecklich in Madrid. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 27. Jan.

Der Abendempfang hat beim vollkommen von der Grippe genesenen König wieder seit dem 24. begonnen.

Nachdem §. 1. des Adreßentwurfs den letzten Nothbestand betreffend angenommen, hat die Kammer seit dem 24. in drei Sitzungen den §. 2., betreffend das Budget und die Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben behandelt und ihn endlich angenommen. Die Opposition hat die deßfallsige Lage des Landes, namentlich die Größe der schwebenden Schuld (1000 Millionen Fr.) mit den düstersten Farben geschildert. Der Finanzminister Dumon hat die Geldlage günstig dargestellt und die Börse hat der Aussage des Ministers Vertrauen geschenkt. Der §. 3. die Erleichterung der Salzpreise und des Briefportos betr., wurde gestern fast einhellig angenommen.

(Moniteur.) Durch königl. Befehl von gestern bleibt die Kartoffelausfuhr bis 31. Juli 1848 verboten.

Die Regierung hat einer Dampffregatte den Befehl ertheilt, sich augenblicklich nach Neapel zu verfügen. Dieselbe hat ferner den französischen Gesandten in Florenz, Grafen von Larochefoucault, hieher entbieten lassen, um sich mündlich von ihm über den Zustand in Italien berichten zu lassen. Der Graf ist in Marseille angekommen und alsbald hieher weiter gereist.

Aus Stockholm ist am 24. der Regierung eine Note zugekommen, worin das schwedische Cabinet sich darüber beklagt nicht zur Theilnahme an den Conferenzen über die Schweizer Angelegenheiten eingeladen worden zu seyn. Schweden als Mitunterzeichner und Mitgewährleister des Schweizer Bundesvertrags und der die Schweiz betreffenden Verträge glaubt ein Recht zu haben, daß auch seine Stimme im Rathe der europäischen Mächte gehört werde. (A. Z.)

Aus London sind in den letzten Tagen mehrfache Erläuterungsschriften über das Verhalten der dortigen Regierung in der Schweizerfrage im Ministerium eingelaufen. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 26. Jan.

Die heutigen Blätter melden die erfolgte Ankunft der belgischen Majestäten zum Besuch am Hofe der Königin Victoria.

Dänemark.

Wie verschiedene Blätter melden, werden aus der Hauptstadt Kopenhagen wie aus fast allen Städten der Herzogthümer Adressen an den König Frederik vorbereitet, die Gesammt-Staatsfrage betreffend. — Der Präsident der schleswig-holstein-lauenburg'schen Kanzlei, Graf v. Moltke, die Seele des Gesammt-Staatssystems, ist zum geheimen Staatsminister ernannt worden.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 29. Jan. Bayerische 3½ pCt. Obligationen 91⅞ P., — G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 660 P., — G. Promessen per Stück Agio 76 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 103 P., — G.; 4pCt. 90 P., — G.; 3pCt. 64 P., — G. Bankactien 1. Semester 1570 P., — G. Würtembergische 3½ pCt. Obligationen 88 P., — G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen 88 P., — G.

Frankfurt, 28. Jan. Metall. 5pCt. 101⅝; 4pCt. 88¼; 3pCt. 65; Bankactien 1920; Taunus-Eisenbahn-Actien 336½; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 55⅝; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 86¼; bayer. Ludwigs-Canal 62.

Wien, 27. Jan. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 101⅞; zu 4pCt. in CM. 85; zu 3pCt. in CM. 62; Bankactien per Stück 1543; Nordbahn 123½.

Amsterdam, 26. Jan. 2½ pCt. 53¹⁵⁄₁₆; 3pCt. 65⅝; 4pCt. 83⅜; Span. 3½ pCt. 83½; Handels-Maatschappy 161½; Ard. 14¹¹⁄₁₆; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. —.

Paris, 26. Jan. 3pCt. 74 Fr. — C.; 5pCt. 116 Fr. 10 C.

London, 25. Jan. Consols 88⅝.

Münchener Schrannen-Anzeige vom 29. Januar 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest.	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	1447	1437	10	20	57	—	—	3	2
Korn	792	792	—	14	11	—	—	1	46
Gerste	6357	5835	522	11	38	—	—	—	—
Haber	1455	1408	47	5	39	—	2	—	

Bekanntmachungen.

Königliches Odeon.

Montag den 31. Januar: „Zweite maskirte Akademie" mit der Pantomime: „Der Zaubervolch" von Constant.

Königliches Hof- und National-Theater.

Mittwoch den 2. Februar: „Figaro's Hochzeit", Oper v. Mozart.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Obermaier, Banquier, und Heinemann, Privatier v. Augsburg.

Hôtel Maulik. HH. Winiarz, Privatier v. Wien; Rebel, Kaufmann v. Andernach; v. Zoller, Privatier v. Memmingen.

Gold. Hahn. HH. Baron v. Bonitar v. Augsburg; Dr. Böhmer v. Frankfurt; Stauber und Martinstätter, Privatiers v. Landshut; Regensburger, Gutsbesitzer v. Zoresburg.

Blaue Traube. HH. Breitach, Fabrikant v. Augsburg; Dattner, Kaufmann v. Neuötting; Schaeller, Forstpraktikant v. Wallerstein; Kraus, Kunstmühlenbesitzer v. Erding; Boggio, Kaufmann v. Lanzau; Dlle. Ripp v. Karlsruhe.

Stachusgarten. HH. v. Emerich, Privatier von Kaufbeuern; Baumgarten, Privatier v. Sulzbach; Trapp, Rentamtspraktikant v. Kitzingen; Rothenbichler, Rentamtsverwalter v. Rohrbach.

Gestorbene in München.

Dr. Franz Widmann, quiesc. k. Kreismedicinalrath v. h., 82 J. alt; Joseph Hädel, Leinwandhändler v. Neuötsch in Böhmen, 64 J. alt; Anton Maier, Hausknecht v. h., 39 J. alt; Anna Mietermaier, Wirthstochter v. h., 34 J. alt; Magdalena Pfeufer, kgl. Advocatenstochter v. Bamberg, 38 J. alt; Anna Schneeberger, Portierstochter von Regensburg, 67 J. alt; Navina Mörtl, Bedientenswittwe von hier, 35 J. alt; Marg. Plattner, k. Hartschier-Oberlieutenantstochter v. h., 47 J. alt; Alois Lutter, Bedienter v. Ensdorf, Landg. Amberg, 40 J. alt.

Bekanntmachung.

2260. Nachdem das an der Tagsfahrt vom 15. November vorigen Jahres für das zum Rücklasse des bgl. Metzgermeisters Georg Diemer gehörige Anwesen Nr. 21 an der Blumenstraße gelegte Meistgebot die Genehmigung der Gläubigerschaft nicht erhalten hat, so wird dieses Anwesen unter Bezugnahme auf die diesgerichtliche Ausschreibung vom 12. October vorigen Jahres (Münchner politische Zeitung Nr. 247, — Bayerische Landbötin Nro. 128, — Münchner Tagblatt Nr. 296) zum wiederholten Male dem gerichtlichen Verkaufe unterstellt; und zu diesem Zwecke Termin auf

Montag den 28. Februar l. Js. Vormittags von 9 — 12 Uhr im Geschäftslocale Nro. 12

anberaumt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken geladen werden, daß der Hinschlag von der Zustimmung der Gläubiger abhängt, und sich dem Gerichte unbekannte Steigerer über ihre Zahlungsfähigkeit legal auszuweisen haben.

Sign. am 25. Januar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

Rechenauer, Rechtspr.

Bekanntmachung.

2259. (2a) Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Anwesen Haus Nr. 8 an der Nymphenburger-Landstraße nach §. 64 des Hypothekengesetzes und §§. 98 — 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 dem öffentlichen Verkaufe unterstellt, und ist Versteigerungs-Tagsfahrt auf

Donnerstag den 9. März 1848 Vormittags von 10—12 Uhr im Geschäftszimmer Nro. 35 über 2 Stiegen

anberaumt.

Dieses Anwesen besteht aus einem Wohnhause, welches mit ebener Erde 2 Stockwerk hoch ist und gewölbte Keller und Dachwohnungen hat, aus einem kleinen Gärtchen und Communhofraum, in welchem sich einige hölzerne Hüttchen und ein Communbrunnen befindet.

Dasselbe ist geschätzt auf 4300 fl., mit 2500 fl. der Brandversicherung einverleibt, und mit 2682 fl. Hypothekschulden belastet.

Bemerkt wird, daß der Hinschlag des Anwesens an den Meistbietenden erst bei Erreichung des Schätzungspreises erfolgt, und daß dem Gerichte unbekannte Käufer bei der Tagsfahrt ihre Zahlungsfähigkeit nachzuweisen haben.

München den 7. Jan. 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

Sengel.

Bekanntmachung.

2240. (3c) Auf Andringen zweier Hypothekgläubiger wird das Anwesen der Branntweiners-Eheleute Georg und Elisabeth Eisgruber Nro. 56 in der Sendlingerstraße dahier im Wege gerichtlicher Hilfsvollstreckung nach §. 64 des Hypothekengesetzes und den §§. 98 — 101 der Prozeß-Novelle vom 17. November 1837 dem öffentlichen Verkaufe zum ersten Male unterstellt und hiezu Versteigerungs-Tagsfahrt auf

Mittwoch den 15. März 1848 Vormittags 10 — 12 Uhr

im Bureau 32 II des k. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Frhrn. v. Ferri anberaumt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken geladen werden, daß die dem Gerichte unbekannten Steigerer sich über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben.

Dieses Anwesen besteht:

1) in einem gemauerten Vordergebäude, welches mit ebener Erde 4 Stock hoch erbaut und mit gewölbten Kellern versehen ist;
2) in einem gemauerten, mit ebener Erde 3 Stock hohen Mittelgebäude;
3) in einem gemauerten, mit ebener Erde 3 Stock hohen Hintergebäude mit zwei kleinen Hofräumen und einem Gumpbrunnen, und ist gerichtlich auf 24,000 fl. geschätzt, mit 10,000 fl. der Brandassecuranz einverleibt, und mit einem Ewiggeld-Kapital von 10,000 fl., dann mit 18,900 fl. Hypothekkapitalien belastet.

Concl. am 31. Dec. 1847.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

Kopp, Rpr.

Pfandauslösung und Versteigerung.

2261. (3a) **Donnerstag den 24. Feb. 1848** ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Januar 1847 und zwar vom:

Nr. 28,351 bis 36,772.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Dienstag den 29. Feb. öffentliche Versteigerung.

München, den 29. Jan. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt I. der Stadt München.

L. Negrioli, Magistratsrath.

Dannes, Cassier. v. Zeech, Controleur.

2258.

Mobiliar-Feuerversicherungsanstalt der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank in München.

Geschäftsabschluß für 1847.

Netto-Versicherungskapital Ende 1846	fl.	154'835,718. 15 kr.
Netto-Zugang in 1847	fl.	11'515,765. 15 kr.
Laufendes Netto-Versicherungskapital Ende 1847	fl.	166'351,483. 30 kr.
Gesammteinnahme in 1847 .	fl.	546,691. 44 kr.
Brandschaden in 1847 gezahlt	"	185,330. 7 kr.
Brandschaden seit Errichtung des Instituts (Juli 1836) damit im Ganzen fl. 1'140,366. 59 kr.		
Nunmehrige Deckungsmittel der Anstalt, außer ihren laufenden Einnahmen und der bereits erworbenen Rückversicherungs-Haftung:		
1) Zurückzustellendes für die über 1847 hinausgreifenden Prämien und Freizeiten im nicht rückversicherten Theil obiger fl. 166'351,483. 30 kr. dann für noch angemeldete Brandschäden v. fl. 6000.	fl.	168,441. 19 kr.
2) Reservefond neben 1 (in 1847 um fl. 48,500 erhöht,)	fl.	250,000. — kr.
3) Ursprünglicher Garantiefond, voll eingezahlt und resp. gemäß Bank-Landesgesetzes auf Hypotheken in Bayern angelegt	fl.	3'000,000. — kr.

Die unterzeichnete Agentschaft glaubt hiebei, auf das Heilsame und Nothwendige der Mobiliar-Feuerversicherung für Jedermann dringend aufmerksam machen zu müssen; selbe verursacht immer nur geringe Auslagen; ihr Uebersehn aber wird oft allzuspät bereut und kann jeden Tag gerade Diejenigen am schwersten treffen, welche sich ganz sicher glauben. Was zuletzt menschliche Berechnung und Hilfe von den besten Löscheinrichtungen sind, hat auch in neuerer Zeit die Brandverheerung gar manchen Ortes erschreckend neu beleuchtet. — Zur Anmeldung und Vermittlung von Versicherungsanträgen unter den möglichst vortheilhaften Bestimmungen erbieten ihre Dienste:

Gg. Aigner in Trostberg.	Dr. Prann in Traunstein.
J. Dialer in Weilheim.	F. A. Rauch in Haag.
F. Dunst in Altötting.	J. Raizer in Landshut.
J. G. Eitzenberger in Partenkirchen.	Quir. Reinhard in Tegernsee.
J. Enzensperger in Burghausen.	J. Schederer in Tölz.
Chr. Freytag in Abensberg.	A. Scheifele in Mühldorf.
J. C. Hochwind in München.	M. Schmitt in Starnberg.
J. Karlinger in Miesbach.	L. Schneider in Erding.
J. Keimer in Füßen.	J. J. Schneider in Landshut.
F. Kerl in Wolfratshausen.	J. Schwab in Ebersberg.
Chr. Lechner in Niederaschau.	Gg. Stadler in Pfaffenhofen a Ilm.
W. C. Linhard in Schrobenhausen.	Unrath und Comp. in Rosenheim.
M. A. Lutz, Agentur-Verweser in Dachau.	F. Vetterlein in München.
J. Oberlindober in Freysing.	J. Wagner in Bruck.
C. Pollinger in Eggenfelden.	A. Wagner in Wasserburg.
F. X. Poschacher in Tittmoning.	J. Wally in Laufen.
	H. Wittmann in Landsberg.
	J. Zaunmaier in Reichenhall.

Todesanzeige.

Das am 29. Jan. Morgens 5 Uhr erfolgte Ableben des italienischen Sprachlehrers, Herrn

Franz Anton Martignoni,

aus Roschach am Bodensee, im 73. Lebensjahre, wird hiermit seinen zahlreichen Freunden und Bekannten angezeigt. — Die Beerdigung findet den 31. d. M. Nachmittags 3 Uhr statt, der Gottesdienst wird Sonnabend den 5. Febr. Vormittags 8 Uhr bei St. Petri abgehalten.

München, den 30. Januar 1848.

Die tief betrübten Hinterbliebenen.

2205. (8)

Das americanische Postdampfschiff **Washington**, Cap. J. Johnston, wird am 13. Februar von der Weser, am 18. Februar 1848 von Southampton nach New-York abgeben. Wegen Fracht und Passage beliebe man sich zu melden bei

C. A. Heineken & Comp., in Bremen;
Day Crosskey & Ross, in Southampton;
Wm. Iselin, in Havre.

Preis der Passage: Lo'or. Thlr. 195.

Für die durch Brandunglück in **Kemnath** Heimgesuchten sind an Beiträgen eingegangen:

Uebertrag .	14 fl. 12 kr.
Den 30. Jan. von O. P.	1 fl. — kr.
Den 31. Jan. von L. M.	1 fl. — kr.
Summe .	16 fl. 12 kr.

Um weitere mildthätige Beiträge wird dringend gebeten.

Expedition der Münchener politischen Zeitung, Knödelgasse Nr. 2.

Schubert, verantwortlicher Herausgeber.

Digitized by Google

Nr. 27.

Man pränumerirt auf die Nr. ... in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger Gasse Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 30 kr., im III. Rayon 3 fl. 58 kr.

Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag — XLIX. Jahrgang. — 1. Februar 1848.

Deutschland.

Dresden. In den letzten Sitzungen des deutschen Postcongresses zu Dresden vom December ist die Feststellung der Zeitungsprovision Gegenstand der Berathung gewesen. Wie berichtet wird, hat der Congreß nach vielseitigen Erörterungen sich dahin geeinigt, daß bei Entnahme der Provision der buchhändlerischen Berechnungsweise der Vorzug zu geben sey, und ist demnach beschlossen worden: 1) daß der gemeinsame Gebührentarif (wie bei der Vereinsbrieftaxe) nur den externen Zeitungsbetrieb, d. h. solche Zeitungen zu umfassen habe, welche die verschiedenen deutschen Postbezirke von einander beziehen; 2) daß ohne Rücksicht auf die Entfernung, auf die Zahl der Editionen und auf den Umfang der Zeitungen lediglich der ursprüngliche Erlaßpreis für den Aufschlag maßgebend bleiben und 3) letzterer a) für politische Zeitungen 25 bis 50 Proc. (bis jetzt betrug derselbe oft mehrere hundert Proc.), b) für nichtpolitische 25 Proc. betragen, und diese Gebühr von der aufgebenden und abliefernden Verwaltung (ohne Transitporto) bezogen werden solle. Der Antrag auf Abschaffung des theilweise in Deutschland eingeführten Zeitungsstempels, behufs vollständiger Gleichstellung der Zeitungspreise, soll die Conferenz, als nicht in dem Bereich ihrer Aufgabe gelegen, abgelehnt, hingegen ein Minimum und Maximum des Aufschlags auf politische Zeitungen für räthlich gehalten haben, wodurch den Regierungen die Möglichkeit ihnen zusagende oder mißliebige Blätter indirect zu begünstigen oder zu benachtheiligen offen gehalten wird. (D. Z.)

Bayern.

München, 1. Febr. Den 9. d. M. findet, wie man hört, am königl. Hofe ein Gabelfrühstück mit Tanz statt.

München, 1. Febr. Dem so eben erschienenen königl. Regierungsblatt (Nro. 4) entnehmen wir vorläufig: I. Bekanntmachung, den Vollzug des Gesetzes über das Eisenbahn-Anlehen betr. — II. Se. Maj. der König haben Sich bewogen gefunden, den Kriegsminister-Verweser, Generalmajor Frhrn. v. Hohenhausen, von der ihm seither anvertrauten Verwesung des Kriegsministeriums zu entheben, und den Brigadier der Cavallerie, Generalmajor Heinrich von der Mark, in Würzburg, zum Verweser des Kriegsministeriums zu ernennen. — Das weiter darin Enthaltene theilen wir unsern Lesern Morgen mit.

München, 1. Febr. Die Verordnung vom 16. Dec. v. Js. betreffs der Freigebung der Besprechung innerer Landesangelegenheiten wurde, wie von der Presse überhaupt, so namentlich von der ultramontanen mit lauter und wie es damals schien aufrichtig gemeinter Freude begrüßt. Um so eher durfte man vermuthen, der Kampf dieses Theils der Presse für seine höchsten Güter und Angelegenheiten würde nun in einer auch den entschiedensten Gegnern achtunggebietenden Weise fortgeführt werden. Eine gründliche, sachdurchdrungene Erörterung aller in ihr Gebiet einschlägigen Fragen würde erfolgen und da die Presse aller Farben ein gemeinsames Gut, das Palladium ihrer Freiheit und Selbstständigkeit, den oft wechselnden Zeitströmungen gegenüber zu wahren und im unausgesetzten Geistesringen einer immer reicheren Entfaltung zum Nutzen Aller entgegen zu führen hat, so ließen sich der geistigen Anknüpfungspuncte auch der in den meisten anderen Principien Getrennten gar manche wenn nicht viele denken. Gerade das entgegengesetzte, das unwürdigste Schauspiel, das je unter freien Preßzuständen erlebt worden, liefert nun die ultramontane Presse: In einer Zeit, wo es sich zeigen soll ob die Presse der ihr zu Theil gewordenen Freiheit, durch gegenseitige Achtung würdig, wo allein das Schwert der geistigen Gründe, Erörterungen und Widerlegungen geführt werden soll, da macht sich das pöbelhafteste Denunciaten- und Sykophantenthum gegen einzelne Preßorgane Luft, die jedem die Freiheit gönnen, die Niemanden durch Machtsprüche verfolgen, Niemandem das Brod des Lebens zu rauben, Niemandem weder an sein geistiges noch an sein materielles Eigenthum tasten, die keines anderen Verbrechens als schuldig zu finden sind als daß sie feststehen in der Vertheidigung ihrer Anschauungen und Grundsätze und keinerlei Gewalt in Händen haben in Drohungen mit Feuer und Schwert, mit Verfolgungen mit geheimen Zetelungen und Verboten, die keine irdische Macht, keinen Thron, keine Bajonnette, keine Aemterverleihungen, keine Geldbestechungen, keine Aufrufe an Volksmassen, an Corporationen, an einzelne Mächtige und Einflußreiche zum Schutz nehmen, die nichts beanspruchen, als die Freiheit sich durchs Wort, durch die Waffen des Geistes bei den Menschen Eingang zu verschaffen. Diese nichts als geistige Freiheit anstrebenden Preßorgane, zu denen wir die politische Zeitung mit gutem Gewissen rechnen dürfen, können, wie alles Menschliche irren, irren vielleicht schon im Princip, können wie alle menschliche Schwachheit fehlgehen in der Art der Vertheidigung dieses Princips — dann müssen sie durch das Schwert der Geistesgründe bekämpft werden und gelingt es nicht, sie bald zu widerlegen und eines andern zu überzeugen, immer wieder geistig bekämpft werden — denn die Endentscheidung auf dem Gebiete des Geistes kommt einzig durch die Macht der Wahrheit aber nicht durch den nächtlichen Lügengeist der Gewalt. — In einer Zeit wo ein geistiger Ringkampf um die edelsten Güter gefochten werden soll, erhebt sich eine Verfolgungshetze. Der Bannstrahl von der Kanzel herab, die eine Stätte der Friedensworte seyn soll, auf den „Fränkischen Merkur" niedergeschleudert, wird ohne Scheu als ein nothwendiger, ja heilig gebotener Ausfluß des kirchlichen Lehramtes hingestellt und der Unternehmer jenes Blattes gegen alles und jedes Gesetz des Staates, unter dessen Augen und mit dessen Erlaubniß das Blatt erscheint, an seinem Eigenthum gefährdet. Die „Speyerer Zeitung", welche unlängst erst über Verfolgungen und Beeinträchtigungen laute Klage erhob, schreibt vom 28. Jan.: „Wie wir vernehmen, erließ das bischöfl. Ordinariat dahier unterm 20. Jan. ein gedrucktes Rundschreiben an alle katholische Geistlichen persönlich worin eine Menge von Artikeln der Speyerer Zeitung bezeichnet sind, in denen „verdächtigt, beschimpft, . . geschmäht, verhöhnt, . . herabgewürdigt und verläumdet" worden seyn soll (woraber man freilich jeden Beweis vermißt.) Dann wird beigefügt: Da die Redaction der Speyerer Zeitung öffentlich erklärt habe, daß mehre dieser Aufsätze von katholischen Geistlichen verfaßt seyen, so erscheine dadurch die Ehre des Diöcesanklerus schwer verdächtigt. Um nun die Geistlichkeit des Bisthums von diesem schweren Verdachte zu befreien, werden alle katholischen Geistlichen der Diöcese aufgefordert, sub fide sacerdotali einen ihnen im gedruckten Formulare vorgelegten Schein des Inhalts auszustellen, daß sie an den bezeichneten Artikeln weder durch schriftliches Verfassen, noch durch Beiträge dazu, noch durch Einsendung irgend einen Antheil hätten." In zwei Aufsätzen (Aus Bayern und München) in der „Augsburger Postzeitung" vom 31. Jan. wird die „politische Zeitung" als „katholikenfeindlich, radical, ächt communistisch" des Vertrauens als eines halbamtlichen Blattes durchaus unwürdig bezeichnet und die hohe Staatsregierung geradehin aufgefordert, sich zu erklären, ob eine am Schluß des Jahres 1835 verfügte Subvention jenes Blattes noch bestehe, und ob, so dieß der Fall sey, solche Subventionirung und strengstens anbefohlene Verbreitung eines antikatholischen Blattes in einem zu zwei Dritttheilen katholischen Staate nicht doch als etwas befremdliches erscheinen müsse." (Fortsetzung folgt.)

München, 31. Jan. In einem halbofficiellen Artikel in Nro. 16. dieser Zeitung war erklärt worden: „Bayern setzt seinen Stolz darein, an dem deutschen Bunde kein weiteres Gewicht anzusprechen als jenes seiner Stimme und einer unbedingt föderativen Gesinnung." Da fährt nun ein Mitarbeiter des „Nürnberger Courier" (vom Main 23. Jan.) der in zwei Aufsätzen die „Politik Bayerns als Bundesstaat" beleuchten möchte, über jene halbamtliche Erklärung in einer Weise her, die in jeder Zeile die der Beschränktheit eigenthümliche Ungerechtigkeit an den Tag legt. Jene halbamtliche Erklärung war wie jeder weiß, der auch nur den Anfang derselben gelesen und verstanden darum erfolgt, weil inländische Blätter sich von der Schweizergrenze 12. Jan. hatten schreiben lassen: „Bayern beabsichtige auch in der Schweizerfrage eine hegemonische Stellung gegenüber den beiden Großmächten einzunehmen." Was heißt „Hegemonie?" und was blieb bei dem charakteristischen „gegenüber den beiden Großmächten also Oesterreich und Preußen" der bayerischen Regierung übrig, als diese leichtsinnigen Andichtungen entschieden zu desavouiren. Nicht der Geist der Selbstständigkeit, nicht der Geist einer freisinnigen Wirksamkeit für die edelsten Güter Deutschlands wurde desavouirt, sondern das leichtsinnige Anmuthen einer Hegemonie und das wird jeder, der es mit Deutschlands Wohl ernstlich gut meint, und deutsche Zustände aus der Lebenswirklichkeit und nicht nach Phantasiegebilden beurtheilt, nur billigen können. Die bayerische Regierung darf wie jede Regierung von der Presse aus fort und fort gemahnt werden, ihrem guten Willen, ihrem redlichen Streben auch am hohen Bundestage Anerkennung, Geltung und Einfluß zu verschaffen, allein ihr hegemonische Tendenzen gerade in unseren Tagen unterbreiten zu wollen, das kann nur der, welcher in dem Widersinn solcher Anmuthungen sich ohne weiteres als den incompetenten Richter in derlei Fragen erweist. Der Mitarbeiter des „Nürnberger Courier" sagt in seinem zweiten Aufsatz (vom Main 23. Jan.) wörtlich: „höchst salbungsvoll klingt es, wenn die „Münchner politische Zeitung" nach dem oben angeführten Artikel (der officiellen Erklärung vom 18. Januar an einer andern Stelle sich also vernehmen läßt: „Mit um so größerem Rechte glauben wir, daß das constitutionelle Bayern als der größte, rein deutsche Bundesstaat bei der gegenwärtigen Lage der Dinge pflichtmäßig berufen sey, kein Mittel unversucht zu lassen, auf daß das ganze Deutschland durch die allseitige Förderung constitutioneller Grundsätze in Wort und That einig, groß und stark werde." Es ist nicht abzusehen, wie diese schönen Vorsätze in Erfüllung gehen sollen, wenn Bayern seinen Stolz darein setzt, am Bunde kein weiteres Ge-

wicht anzusprechen, als jenes seiner Stimme, während Oesterreich und Preußen ein Uebergewicht behaupten, das weit über ihre Stimmenzahl hinausgeht. Die schönen Worte der „Münchener politischen Zeitung“ beruhen sonach lediglich auf frommen Wünschen, oder auf eitler Phrasenmacherei, denn wenn man den Zweck will, muß man vor allem die Mittel wollen.“ Abgesehen davon, daß der Aufsatz, aus dessen Zusammenhang eine Stelle herausgerissen werden, vom Jan, 9. Jan. datirt ist, während die halbofficielle Erklärung vom 18. Jan. sich herschreibt, so müssen wir den feinen Main-Politiker fragen: seit wann hat sich diese Zeitung eines selbstständigen Urtheils der Art begeben, daß es ihr irgendwie verwehrt seyn konnte, der Regierung, wie jedes andere Blatt, deren Aufgabe und deren heilige Pflichten, versteht sich innerhalb der Grenzen der Möglichkeit und Vernünftigkeit vorzuführen. Ist es nicht eine bare Perfidie, diese Zeitung als ein willenloses Werkzeug irgend einer Regierung zu bezeichnen. In einer Zeit, wo noch Niemand die Bekanntschaft der weltgeschichtlichen Main-Politik gemacht, zu einer Zeit, wo alle Verhältnisse in ziemlich verzwickter Wiege lagen, am 1. März 1847 zeichnete diese Zeitung anstatt aller banalen Lobhudeleien der damaligen Regierung die einzig würdige Aufgabe sehr klar und entschieden vor: „durch eine freie Presse allein möge segensreich gewirkt werden“. Nun diese Freiheit erstanden ist, jetzt soll dieselbe Zeitung verlernt haben, oder es ihr durch gewisse freilich nicht sehr furchtbare Preßtyrannen verwehrt seyn, die Aufgabe, die Pflichten der neuen Verwaltung in eben so freien Wünschen, Hoffnungen und Formen vorzutragen, wie jedes andere Blatt. Weil in dieser Zeitung halbofficielle Artikel veröffentlicht werden, wie fast in allen, oder doch in vielen anderen Blättern des Landes, darum ist jeder Aufsatz in ihr inspirirt, von höherer oder höchster Hand. Weil das irgend ein voreingenommener Kopf vermuthet, darum muß es auch so seyn. (Fortsetzung.)

München, 31. Jan. Die „Augsburger Abendzeitung enthält in ihrer Nummer vom 30. Jan. eine Correspondenz aus München vom 29., in welcher derselben aus angeblich authentischer Quelle mehrere auffallende Unrichtigkeiten gemeldet werden. Es ist nämlich nicht wahr, daß von irgend einem Professor Studentenexcessen*) vergebliche Worte entgegengesetzt worden seyen; es ist eine grundlose Erfindung, daß der Rector magnificus eine Rede an Studirende nur habe halten wollen, vielweniger, daß ein derartiger Versuch desselben mißlungen sey, und auch die Behauptung ist eine durchaus wahrheitswidrige, nach welcher Professor v. Bayer am 29. Jan. besonders entschieden aufgetreten seyn soll, indem Hr. Hofrath Dr. v. Bayer am genannten Tage so wenig wie irgend ein anderer akademischer Lehrer in seinem Hörsale auch nur das Mindeste von einer beabsichtigten Ordnungsstörung wahrgenommen hat. Man ersucht alle bayerische Blätter, in welche die fragliche Correspondenz etwa übergegangen seyn dürfte, anmit geziemend, auch diese Berichtigung aufnehmen zu wollen, sowie in Bezug auf die Mittheilung von Correspondenznachrichten über die Angelegenheiten der Universität mit jener Sorgfalt und Vorsicht zu verfahren, welche durch die Interessen der Hochschule und der studirenden Jugend selbst so dringend geboten wird. Im Rectorats-Auftrag das königl. Universitätssecretariat. Dr. Richter.

Der „Nürnberger Correspondent“ theilt eine königl. Ministerialentschließung bezüglich der Nachcensur vollständig mit, sie ist ganz im Geist der Verordnung vom 16. Dec. v. J. gehalten (wir werden sie vollständig nachliefern.)

Die „Bremer Zeitung“ enthält aus Erlangen eine Zuschrift worin die protestantisch-orthodoxe Partei und ihr Treiben in Bayern gehörig ans Licht gezogen und beleuchtet wird. Es heißt darin unter Anderm: Bis jetzt steht die Partei allmächtig da, ihr Träger ist der Präsident des Oberconsistoriums v. Roth, ein Mann, über dessen Ansichten vor längerer Zeit schon die Berliner Kirchenzeitung bei Erwähnung seiner Erhebung zu dieser wichtigen Stelle äußerte: man habe in Bayern den Jesuiten(?) nicht besser in die Hände arbeiten können, als daß man ihn an die Spitze des protestantischen Oberconsistoriums gestellt habe. Von den die Forderungen der Zeit ganz abweichenden Absichten Roths geben seine Vota in der Kammer der Reichsräthe, deren Mitglied er vermöge seiner Stellung ist, schlagende Beweise. Wenn aber die Vertreter des Protestantismus sich die äußerste Beschränkung in der Ausübung garantirter constitutioneller Rechte gefallen ließen, so verstanden sie es desto besser ihren kirchlichen Ansichten die größte Geltung bei den ihnen Untergebenen zu verschaffen. Die Glaubensgränzen wurden immer enger gezogen, die freie Forschung im Gebiete der Religionswahrheiten machte starren Sätzen Platz, die Schüler der höheren Lehranstalten erhielten schon diesen gemäßen Unterricht, und damit ja von dem rationalistischen Sauerteige (da leider die Universität Erlangen immer noch einige andersgesinnte Lehrer besaß) in den studirenden Theologen nichts hängen bleiben konnte, wurde das Institut der Repetenten erfunden(?). Die Uebelstände der Erlanger Universität, da die orthodoxe Partei selbst bei Vorschlägen zu Berufungen in anderen Facultäten entscheidenden Einfluß sich zu erringen gewußt hat, haben schon vielen Anlaß zu Klagen gegeben; wohl nirgends treten sie in ihrer Einseitigkeit so grell hervor. Der Tod des Professors Kaiser, eines Theologen aus der ältern Schule, giebt jetzt neuen Stoff zu Reibungen, die orthodoxe Partei wünscht einen Gesinnungsgenossen, man hofft aber, daß das Ministerium Wallerstein, in die Fußstapfen des ihm vorangegangenen Ministeriums der Hoffnung bezüglich des Fortschrittes treten und einen Theologen berufen werde, der freieren Ansichten auf dem Glaubensgebiete huldigt u. s. w.“

Württemberg.

Die in der Kammer der Standesherren votirte Adresse auf die Thronrede wurde heute Sr. Maj. dem König feierlichst übergeben, sie lautet: Euer königl. Majestät bringt die treugehorsamste Kammer der Standesherren ihren ehrerbietigsten Dank für die abermalige Eröffnung der Ständeversammlung dar. Mit dem Gefühle tiefer Rührung erkennen wir die Fügungen göttlicher Allmacht, welche der allgemein herrschenden Noth ein Ziel gesetzt und als einen leuchtenden Leitungsstern Eurer königl. Majestät hochherziges Beispiel und Allerhöchstderselben weise und durchgreifende Maßregeln dem ganzen Lande vor Augen geführt hat. Die von Euer königl. Majestät in Aussicht gestellten Gesetzesentwürfe wird die Kammer der Standesherren mit jenem unerschütterlich treuen Eifer ihrer Prüfung unterstellen, den sie dem unzertrennlichen Wohle des Königs wie des Landes mit gewissenhafter Beachtung gerechter Ansprüche, wenn auch mit billiger Berücksichtigung der Zeitverhältnisse schuldig zu seyn, jederzeit als heilige Pflicht erkannt hat. Zur besonderen Beruhigung gereicht uns die Versicherung Eurer königl. Majestät, daß trotz der vielen und großen Opfer, welche der Staatscasse durch die Bedrängnisse der jüngsten Zeit auferlegt wurden, eine größere Auflage von Leistungen auf die Steuerpflichtigen nicht nothwendig erscheint, und das mit so großen Opfern begonnene Unternehmen der Erbauung von Eisenbahnen einem baldigen gedeihlichen Ziele entgegenreift. Als eine erfreuliche Erscheinung begrüßt im Hinblicke auf die hieraus für Handel und Gewerbe entspringenden Vortheile mit dankbarer Anerkennung die treugehorsamste Kammer der Standesherren das Zustandekommen einer allgemeinen deutschen Wechselordnung. Wir geben uns der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß die von Eurer königl. Majestät in Anregung gebrachte, allseitig als höchst wichtig anerkannte Frage der Presse durch einen gemeinsamen Beschluß des Bundes, unter Feststellung der nöthigen Garantie gegen den Mißbrauch eine den Anforderungen der Zeit entsprechende Lösung erhalten werde. Wenn einzelne betrübende Erscheinungen im Innern des Landes das väterliche Herz Eurer königl. Majestät schmerzlich berühren mußten, so hat doch die entschiedene Mißbilligung der bei weitem überwiegenden Mehrheit aller Ihrer Unterthanen und die bei dieser Veranlassung aufs Neue erprobte Pflichterfüllung des getreuen Heeres Eurer königl. Majestät zugleich die Bürgschaft dafür gegeben, daß allen derartigen Versuchen ein fester auf Liebe und Ehrfurcht gegründeter Damm entgegensteht. Der in der Schweiz ausgebrochene Bürgerkrieg hat mit Recht die Aufmerksamkeit der Regierung Eurer königl. Majestät, wie die der benachbarten Staaten in Anspruch genommen, und wir vertrauen der Fürsorge Eurer königl. Majestät, daß Höchstdieselben mit Ihrer gewohnten Kraft und Umsicht denjenigen Bestrebungen entgegentreten werden, welche von dort, dem Sitze revolutionärer Umtriebe, ausgehen würden, um sowohl in Württemberg, wie in dem übrigen Deutschland Unzufriedenheit und Auflehnung gegen die bestehende Ordnung zu erwecken. Die Kammer der Standesherren wird furchtlos und treu, wie sie es immer bewiesen zu haben das beruhigende Bewußtseyn in sich trägt, vereint mit allen denjenigen, welchen ein geleisteter Eid der Treue eine geheiligte Pflicht auferlegt, sich um den Thron schaaren und kein Opfer scheuen für die Aufrechthaltung von Recht, Gesetz, Ordnung und Ruhe. Mit froher Theilnahme wird sie jedes Ereigniß begrüßen, das dem väterlichen Herzen Eurer königlichen Majestät Freude zu bereiten geeignet seyn dürfte. Möge die göttliche Vorsehung, die das Land aus den Drangsalen der Theurung und der Noth errettet hat, uns unter dem kräftigen und weisen Scepter Eurer königlichen Majestät auch vor neuen Stürmen bewahren, und der treugehorsamsten Kammer der Standesherren noch recht oft die Gelegenheit zu Theil werden lassen, unter friedlichen Verhältnissen die Gesinnungen ihrer Liebe, Ehrfurcht und Treue zu den Stufen des Thrones niederlegen zu dürfen. Wir ersterben in tiefster Ehrfurcht Eurer königlichen Majestät allerunterthänigst treugehorsamste Kammer der Standesherren. Stuttgart den 27. Januar 1848. Seine königliche Majestät erwiederte hierauf: Ich danke Ihnen für die Gesinnungen, die Sie Mir im Namen der Kammer der Standesherren so eben ausgedrückt haben. Meine Gesinnungen sind Ihnen bekannt; sie werden sich nicht ändern. Furchtlos gegenüber den Feinden des Vaterlandes werde Ich stets treu bleiben den von Mir eingegangenen Verpflichtungen.

Baden.

Karlsruhe, 29. Jan. Heute nach einer Debatte der II. Kammer die zwei Sitzungen ausfüllte, ist das (den Lesern gestern aufgeführte) Commissionsgutachten bezüglich einer Unterstützung der drei Fabriken von Seite des Staates mit 35 gegen 20 Stimmen angenommen worden.

Gr. Hessen.

Mainz, 27. Jan. Aus Darmstadt schreibt man so eben, daß unsere Ständeversammlung auf 4—6 Wochen vertagt sey. (A. Z.)

Preußen.

Breslau, 22. Jan. Hier circuliren mehrere Abschriften eines Schreibens Sr. Maj. des Königs an einen hiesigen Bürger, welches Schreiben ebenso von der persönlichen Liebenswürdigkeit des Monarchen als von der natürlichen Huld und Liebe zeugt, womit er alle Unterthanen umfaßt. Mit diesem Schreiben hat es folgende Bewandniß. Der hiesige Schneidermeister Baer war im Besitz eines Originalbriefes Friedrichs des Großen, welchen derselbe noch als Kronprinz an einen General in Geldangelegenheiten geschrieben hatte. Der Besitzer dieses interessanten Actenstückes verehrte dasselbe unserem Monarchen, als letzterer bei Gelegenheit der Enthüllung des Friedrich-Denkmals im vorigen Jahre in unserer Stadt verweilte. Es wurde dem Hrn. Baer bedeutet, er möge sich für dieses Geschenk ein anderes erbitten, und derselbe wünschte: eine Handschrift Friedrich Wilhelms IV. zu besitzen. Hierauf erhielt er in diesen Tagen obiges Cabinetsschreiben, welches also lautet: „Potsdam, 5. Jan. 1848. Es ist mir gesagt worden, lieber Hr. Baer, daß Sie für den mir übersandten eigenhändigen Brief des großen Königs als Kronprinz meine Handschrift zu besitzen wünschen; diesem Begehren willfahre ich gern, da der Brief einen ganz eigenthümlichen Werth dadurch hat, daß derselbe einen lebhaften Blick in die bewegte, oft sorgenvolle Jugend des Königs thun läßt. Der Ersatz, den sie für so Werthvolles wünschen, ist nur gar zu werthlos, darum möchte ich wenigstens recht schön schreiben, das habe ich aber verlernt. Ist es nun zwar mir wie jedem Fürsten unmöglich, besser zu regieren als Friedrich II., so bin ich doch so eitel, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß ich ein kleines Weniges bes-

---

*) In den letzten Tagen sind nämlich, wie verlautet, die Mitglieder der allerhöchst genehmigten Verbindung „Alemannia“ in den Hörsälen der k. Universität durch Zischen und Poltern verhöhnt worden, worauf später durch einen Anschlag am schwarzen Brette an die Studirenden der hiesigen Universität von Seite des Rectorats die Bekanntmachung erging, daß „wegen Ruhestörungen in den Hörsälen und wegen aufreizender ungebührlicher Demonstrationen gegen Mitglieder einer von Sr. kgl. Majestät genehmigten Verbindung eine disciplinare Untersuchung eingeleitet worden sey, so wie daß gegen die Urheber einer solchen Unordnung unnachsichtlich verfahren werden würde.“ A. v. H.

ser schreibe als er. Ihre Gabe und Ihr Wunsch haben aber noch einen anderen entschiedenen Werth für mich; ich weiß, daß sie aus einer ächten und tüchtigen Gesinnung fließen, die unter uns, Gottlob! nie selten war und nicht selten wird, und der wir unsere ehrenvolle Stellung in der Welt verdanken, die aber jetzt leider zuweilen den Muth verliert, dem lauten wirren Treiben unberechtigter und unverständiger Forderungssucht so kräftig und furchtlos entgegen zu treten als sie es sollte. Stärken Sie daher in Ihrem Kreise bei Ihnen Gleichgesinnten den ächten, treuen und muthigen Bürgersinn, an dem Ihre Vaterstadt, lieber Hr. Baer, so reich ist. Zu guter Letzt noch die Hauptsache. Ich danke Ihnen herzlich für die Freude, welche Sie mir durch die Ueberreichung des interessanten Briefes gemacht haben. Wenn ich wieder nach Breslau komme, so hoffe ich Sie zu sehen. Leben Sie wohl. Friedrich Wilhelm." (A. Z.)

In Danzig fand den 19. Jan. die erste öffentliche Sitzung der Stadtverordneten statt. (Z. f. Pr.)

Schleswig-Holstein.

Der offene Brief des Königs über die Thronbesteigung ist bereits auch in den Herzogthümern, für Schleswig deutsch und dänisch, für Holstein deutsch publicirt. Ueberall in Holstein, wo Militär garnisonirt, hat der Adjutant des verstorbenen Königs, v. Irminger heute den Befehl hingebracht, daß das Militär unaufhaltlich dem König Friedrich VII. den Eid der Treue leisten solle. Die Beeidigung ist in den Städten Schleswig und Rendsburg sogleich vollzogen und zwar, wie gewöhnlich, in deutscher Sprache. — Die Räthe der schleswig-holsteinischen Regierung haben mittelst einer der letzten Verfügungen des verewigten Königs Zulagen erhalten. — Eine Versammlung der angesehensten Einwohner von Kiel hat am 24. Jan. beschlossen, eine Adresse an Se. Maj. Friedrich VII. zu richten, in welcher außer dem Beileid und Glückwunsch zur Thronbesteigung die Wünsche und Hoffnungen aller in Betreff der staatsrechtlichen Stellung der Herzogthümer, in Uebereinstimmung mit den letzten Adressen der holsteinischen und schleswigischen Ständeversammlung, ausgesprochen würden. Aus allen Städten und Orten des Landes werden zahlreiche Adressen dem neuen König-Herzog die Stimmung des Landes, des Landes Wünsche verkündigen. Der Privatsecretär des jetzigen Königs ist ein exagirter Däne. — Nach einem ungefähren Ueberschlag sollen die für Hrn Beseler bis jetzt bekannt gewordenen Sammlungen eine Summe von 24,000 Thlrn. betragen. (Nordd. Bl.)

Schleswig, 24. Jan. Man versichert, daß ein Gesetz fertig geworden sey noch kurz vor dem Ableben des verstorbenen Monarchen, welches nur seiner Unterschrift bedurft habe; man vermuthet, daß es sich auf Reichsstände beziehe. (A. Z.)

Oldenburg.

Oldenburg. Unser Großherzog hat sich bereits dahin entschieden, daß der von dem Leipziger Congreß verfaßte Entwurf des Wechselrechts unverändert als Gesetz publicirt werde. Es werden nur noch die nöthigen processualischen Bestimmungen entworfen, und es ist deßhalb von der Gesetzcommission ein hiesiger Kaufmann mit zu Rathe gezogen. (D. Z.)

Freie Städte.

Frankfurt, 28. Jan. Der Gesetzentwurf in Betreff des neuen Civilprocesverfahrens ist dem Vernehmen nach bereits vollendet. Er soll auf einer Verbindung des schriftlichen mit dem öffentlich mündlichen Verfahren beruhen. (A. Z.)

Hamburg, 21. Jan. Die patriotische Gesellschaft bereitet eine Ausstellung hiesiger Industrie-Erzeugnisse zu nächstem Sommer vor. Der Verein zur Beförderung der nützlichen Gewerbe unter den Israeliten veranstaltete vor Weihnachten eine Ausstellung in den neuen Börsenarcaden um zu zeigen, daß der ihnen gemachte Vorwurf, sie können nichts tüchtiges leisten, ein ungerechter sey. Von 300 jüdischen Handwerkern die es hier giebt hatten nur 65 ihre Arbeiten eingeschickt, weil diejenigen, die sich mit Artikel beschäftigen, welche zünftig sind, es größtentheils nicht wagten, aus Furcht verfolgt zu werden. Nur einige Tischlerarbeiten befanden sich dabei, jedoch ohne Nennung der Verfertiger. Schneider hingegen nannten sich. Die Erzeugnisse waren alle gut, zum Theil ausgezeichnet, zu einer andern Jahreszeit wäre die Ausstellung reichlicher ausgefallen, aber gegen Weihnachten arbeitet ein großer Theil für Ladenbesitzer, wodurch seine ganze Zeit in Anspruch genommen wird. Dem letztgenannten Verein stehen bedeutende Geldmittel zur Verfügung, welche theils aus Vermächtnissen und andern Schenkungen, theils aus regelmäßigen Beiträgen herrühren. (A. Z.)

Oesterreich.

Wien, 25. Jan. Das heutige Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" enthält das Regierungscircular über die bereits erwähnte Errichtung der k. k. Censur-Oberdirection in Wien und des k. k. obersten Censurcollegiums, welche mit dem 1. Febr. d. Js. in Wirksamkeit tritt. Die Censur-Oberdirection mit welcher das Bücherrevisionsamt vereinigt wird, bildet die erste Instanz in Censur-Angelegenheiten und steht unter dem Präsidium eines eigenen Hofrathes. Gegen die Beschlüsse dieser Direction steht das Recht der Berufung an das oberste Censurcollegium zu, welches unter dem Vorsitz und der Leitung des Präsidenten der obersten Polizei- und Censurhofstelle aus Mitgliedern dieser Hofstelle, dann der geheimen Haus- Hof- und Staatskanzlei und der obersten Justizstelle zusammengesetzt ist. Zum Behufe des Recurses müssen dem Autor die Gründe aus welchen die Druckbewilligung versagt, und jene Stellen wegen deren das Manuscript für unzulässig zum Druck erkannt worden ist, bekannt gegeben werden. Die Frist zur Ergreifung des Recurses verläuft in 14 Tagen. In allem übrigen bleiben sowohl die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen sowie die dem Präsidenten der k.k. Polizei und Censurhofstelle übertragene oberste Leitung des gesammten Censurwesens unverändert. (A. Z.)

Schweiz.

Von der Aar, 26. Jan. Letzten Samstag ist in Bern Monsig. Lyquer, Bischof von Hesebon, angelangt. Derselbe ist von Sr. Heiligkeit Papst Pius IX. mit einer außerordentlichen Mission für die Schweiz beauftragt. Monsig. Lyquer wird zuerst die einzelnen katholischen Kantone bereisen, um sich selbst von der Lage der Dinge zu überzeugen, und dann nach Bern zurückkehren, um mit den vorörtlichen Behörden in Verbindung zu treten. Derselbe wollte bei seiner Durchreise in Bern bereits den Bundespräsidenten Hrn. Ochsenbein sprechen, zufällige Umstände verzögerten jedoch die Audienz, so daß der Prälat vorzog, zuerst nach Luzern zu reisen. Monsig. Lyquer ist ein Mann von versöhnlichem Charakter und kein besonderer Gönner der Jesuiten. — Welchen Eindruck der Note der vier Continentalmächte auf die öffentliche Meinung in der Schweiz gemacht habe, kann unschwer schon jetzt beantwortet werden. Dieselbe hat durchaus keinen Eindruck gemacht. (A. Z.)

Aus der nordöstlichen Schweiz, 28. Jan. Die Sprache der meisten Schweizer Blätter verschiedener politischer Färbung über die fremden Noten ist sehr heftig; sie wollen nichts wissen von 22 selbstständigen Staaten, und pochen gegenüber selbstherrlichen Kantonen auf eine schweizerische Eidgenossenschaft, an der man sich versündigt habe und die strafen müsse. (A. Z.)

Italien.

Rom, 23. Jan. Das Bombardement von Palermo dauerte den letzten Nachrichten zufolge, welche vorgestern auf officiellem Wege hier eingetroffen sind, fort. Bis jetzt wird der Schaden, den die Kugeln angerichtet haben, als gering angegeben. Die Truppen vor der Stadt sollen von einer merkwürdigen Feigheit seyn. Alle Lebensmittel müssen sie von Neapel aus erhalten. Im Castell hat man mit Wassermangel zu kämpfen, da die Röhrenleitungen abgeschnitten worden. — Ueber die Concessionen vom 18. macht man hier allgemein satyrische Bemerkungen, wenigstens was die Presse und die Amnestie betrifft. (A. Z.)

Neapel, 20. Jan. Der König läßt so eben veröffentlichen, daß die Justiz- und Polizei-Minister aufgefordert werden, ihm schleunigst die Liste aller wegen politischer Gründe Angeklagten zu überreichen, damit er Amnestie ertheilen könne, und daß gleichzeitig zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe alle den Umständen angemessenen Maßregeln (Nationalgarde?) angeordnet werden sollen. — Ein anderes königl. Decret liefert in 28 Artikeln die Uebersicht eines neuen Preßgesetzes, die hiesige und auswärtige Presse, Kupfer-, Stahlstiche und Theaterliteratur u. s. w. begreifend. Um jede Willkür zu hindern, soll eine Commission aus 20 chiari e distinti uomini di littere ernannt werden, welche die „Revision" bilden. — Die Nachrichten über die sicilianische Hauptstadt sind niederschlagend — auch über Messina und Catania, wo jetzt alles in Aufruhr seyn soll. General Carlamone (welcher mit dem neuen Intendanten, dem Duca de' Bagnoli, gut von den Messinesen aufgenommen wurde) beging den Mißgriff, den Messinesen, als er sie zur Ruhe und Ordnung ermahnte, die Drohung hinzuzufügen: oder ich setze Messina in Belagerungsstand. In Palermo stehen, theilweise gegen ihren Willen, die Principi Serradifalco, Palagonia, Spedalotto, Scordia u. a. an der Spitze der provisorischen von der Bevölkerung gebildeten Behörde — oder wie man das Amt nennen will. Nur drei Bomben wurden vom Fort Castellamare unter das stürmende Volk geworfen. Die Consuln in Palermo protestirten gegen ein Bombardement. Hier in Neapel fanden keine Excesse statt. In den Provinzen gährt es, besonders in der Gegend von Campagna, Cilento, Vallo u. s. w., wohin auch Truppen geschickt sind. Seit mehreren Tagen versilbert Jedermann die palermitanischen Bankscheine. (A. Z.)

Neapel, 24. Jan. Ein Amnestiedecret vom 23. datirt, spricht vollkommene Begnadigung aller wegen politischer Vergehen Verurtheilten und Verhafteten aus; ausgenommen sind nur 8 namentlich aufgeführte Priester, welche zwar begnadigt, aber vorderhand aus Rücksichten für die öffentliche Ruhe auf einer Insel detenirt bleiben sollen. — Uebrigens scheint in Sicilien bis dahin der Aufstand fortgedauert zu haben. Große Aufregung in Neapel, wohin gegen 200 verwundete Soldaten aus Sicilien herübergebracht worden. (A. Z.)

Livorno, 19. Jan. Die Ruhe ist hier auf keine Weise weiter gestört worden. Die Bürgergarde und das Militär haben fortwährend stark patrouillirt. Mehrere Individuen aus der untern Volksclasse sind noch verhaftet worden; auch in Pisa, Florenz und Pistoja sollen noch einige Verhaftungen stattgefunden haben. Wie es auch werden mag, so ist es wohl ziemlich als gewiß anzunehmen, daß diejenigen italienischen Fürsten, die im Verein mit ihren Völkern fortschreiten, den bessern Theil erwählt haben. — Ibrahim Pascha hat sich gestern mit seinem Gefolg auf dem Dampfboot „Castor" nach Neapel eingeschifft. — Aus Toulon traf am Sonntag ein Dampfboot mit 5000 Gewehren für unsere Regierung ein. — Nachschrift. 20. Jan. Die von Neapel nach Palermo gesandten Truppen waren ausgeschifft, hatten sich aber mit den in der Citadelle blokirten Truppen nicht vereinigen können, da sie nicht in die Stadt einzurücken wagten. In Messina, wo man aus der Citadelle auf die Stadt feuerte, wurde dieses Feuer bei Ankunft einer englischen Fregatte eingestellt. Diese Fregatte war gekommen, die Engländer und deren Eigenthum in Schutz zu nehmen. Nach der Abreise von Neapel parlamentirte das Dampfboot mit einem eben von Palermo kommenden Dampfboot, welches ihm mittheilte, daß bei seiner Abreise von der Citadelle auf die Stadt gefeuert worden. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 28. Jan.

Gestern saß der König einem Ministerrath vor. — Durch königl. Befehl vom 27. ist der Schiffscapitain Gatier zum Statthalter der Insel Bourbon ernannt. — Die Kammer hat gestern den Adreßparagraph 4, der von Gesetzentwürfen über Unterricht, Zölle, Gefängnisse u. s. w. handelt, berathen. — Der Pairskammer ist ein Gesetzentwurf über Umgestaltung des Universitätsrathes unterbreitet.

Es ist ausgemacht, daß der Herzog und die Herzogin von Montpensier, der erneuerten Einladung der Königin Isabella folgend, im nächsten Sommer den spanischen Hof besuchen werden. Die hohen Reisenden werden in Madrid einen eigenen Palast bewohnen, welchen der Herzog von Montpensier kürzlich gekauft hat, und den er gegenwärtig verschönern und mit allem möglichen Comfort einrichten läßt. Sollte die Herzogin von Montpensier gesegneten Leibes werden, so wird die Prinzessin dort ihre Niederkunft halten, damit der Sprößling der muthmaßlichen Erbin der Krone Spaniens nicht im Ausland geboren werde. (A. Z.)

Durch Decret des Unterrichtsministers Hrn. v. Salvandy vom 22. Jan. hat der Universitätsrath seine definitive Organisation erhalten. An der Spitze steht der Kanzler Baron Thenard. Titularräthe sind die HH. Orfila, Saint Marc-Girardin, Dubois, Poinsot, Cou-

fin, Girand. Außerdem sind 18 ordentliche Räthe ernannt: die HH. Naudett, Matter, Donne, Vendant, Geoffroy-Saint-Hilaire, Cournot, Dutrey, Ozaneaux, Magin, Abbé Glaire, Blondeau, Chomel, Damas, Pouillet, le Clerc, Poirson, Rinn, Poulain de Bossay. Dazu kommen ein Schatzmeister, Hr. Rendu, und ein Generalsecretär, Hr. Guigniat.

Südfranzösische Blätter melden die Rückkehr des englischen Geschwaders unter dem Viceadmiral Sir W. Parker nach Malta am 15. Jan. Es bestand aus sechs Schiffen. Da dieß nicht die ganze Flotte ist, so muß sich also der Rest noch an den Küsten von Italien befinden.

Großbritannien.

London, 26. Jan.

Bezüglich der Agitation gegen die Theezölle hat Lord John Russell in einem Brief an das Unterhausmitglied Hrn. Cardwell erklärt: die Regierung wolle und könne diese Zölle nicht ermäßigen.

Außer der Artillerie sollen auch andere Truppengattungen verstärkt werden, jede Compagnie der Garde um 20, jedes Regiment Reiterei um 60 und jedes Infanterieregiment im einheimischen Dienst von 800 auf 1000 Mann.

Die irische Specialcommission hat in Limmerik einen Mörder zum Tode verurtheilt. — Die Kaffern haben von den britischen Truppen wieder eine kleine Schlappe erlitten.

Dänemark.

Kopenhagen, 21. Jan. Heute Morgen 9 Uhr wurde Se. königl. Hoheit der Kronprinz Friedrich Carl Christian vom Altan des Christiansburger Schlosses aus auf die übliche feierliche Weise zum König ausgerufen. König Friedrich VII. hat sofort noch am gestrigen Abend einen „offenen Brief" erlassen, worin er seine Thronbesteigung verkündet und worin befohlen wird, daß alle öffentlichen Verrichtungen ihren ungehemmten Fortgang haben sollen nach den allergnädigst vorgeschriebenen Regeln. Der Inhalt dieses Erlasses für Dänemark lautet in deutscher Uebersetzung folgendermaßen: „Wir Friedrich VII., von Gottes Gnaden König zu Dänemark, der Wenden und Gothen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Normann, Dithmarschen, Lauenburg und Oldenburg, thun kund und zu wissen: Nachdem der Allmächtige des Vaterlandes theuren König, Unsern hochgeliebten Vater, Se. Maj. König Christian VIII. heimgerufen hat, haben Wir Unserer Väter Thron bestiegen. Indem Wir tief gerührt sind und schmerzlich bewegt durch den harten Schlag, der Uns als Sohn getroffen, theilen Wir mit Unserm treuen Volk die Sorge über den großen Verlust, den das theure Vaterland erlitten hat, und suchen Wir Unsre Stärke in dem festen Vertrauen auf des Allgütigen Beistand und in dem Bewußtseyn Unsers aufrichtigen und ernsten Willens, Unsers geliebten Volkes Wohlfahrt zu fördern. Es soll Unser erster und wichtigster Endzweck seyn, dem von Unserm hochgeliebten Vater aufgestellten Beispiel zu folgen, gleich Ihm in Unsrer Regierung Milde mit Gerechtigkeit zu einen, sämmtlicher Landestheile Bewohner mit gleicher landesväterlicher Liebe zu umfassen, und nicht allein die von Ihm begonnenen Verbesserungen in der Verwaltung fortzusetzen, sondern auch die „von Ihm beabsichtigte Ordnung der öffentlichen Verhältnisse des Staates zu vollenden, deren Vollführung allein durch Unsers hochgeliebten Vaters Krankheit und Abberufung ausgesetzt worden ist, und welche dahin abzielt, den Staatsbürgern gegenseitige Freiheiten und Gerechtsame zu sichern, in Unserm geliebten Vaterland die Einigkeit zu fördern und damit deren Gemeinschaft, Macht und Ehre zu befestigen. Es ist im Uebrigen Unser Wille, daß alle öffentlichen Verrichtungen ihren ungehemmten Fortgang haben sollen in Uebereinstimmung mit den vorgeschriebenen Regeln, und daß alle vom hochseligen König angestellten oder bestätigten Beamten bis auf weiters fortfahren sollen, in ihren Amtsverrichtungen unter dem früher von ihnen abgelegten Huldigungseid. Gegeben auf Unserm Schloß Christiansburg, den 20. Jan. 1848. Unter Unserer königlichen Hand und Insiegel Frederik R. (Unterz.) Ilsmann. Oersted. Bentigen. Holm. Algreen-Ussing." — König Christian VIII., geb. den 18. Sept. 1786, folgte seinem Stiefvetter König Friedrich VI. am 3. Dec. 1839 in der Regierung; er erreichte also ein Alter von 61 Jahren und 4 Monaten, und führte die Regierung 8 Jahre und nicht ganz 2 Monate. König Friedrich VII. ist am 6. Oct. 1808 geboren, bei seiner Thronbesteigung also 39 Jahre alt. Der nächste Erbe des Reichs ist der Bruder des verstorbenen Königs, Prinz Friedrich Ferdinand; mit ihm erlischt allem Anschein nach König Friedrich III. Mannsstamm, mit dessen Abgang die schleswig-holsteinische Erbfolgefrage eine unmittelbar praktische wird. (A. Z.)

Rußland und Polen.

Das offizielle „Journal de St. Petersbourg" vom 20. Jan. enthält Nachstehendes: In dem zu Rom am 17. Dec. stattgehabten geheimen Consistorium hat Se. Heiligkeit eine Allocution gehalten, welche eine Stelle enthält, die sich auf die Verhältnisse der römisch-katholischen Kirche in Rußland bezieht. Um allen falschen Auslegungen, zu welchen diese Stelle Veranlassung geben könnte, zuvorzukommen, bemerken wir, daß die Bestättigung, durch welche Se. Maj. der Kaiser die mit dem heil. Stuhl getroffenen Vereinbarungen zu genehmigen geruht haben, erst später, nachdem das Consistorium vom 17. Dec. bereits gehalten war, in Rom eingetroffen ist. Wir hoffen, daß diese einfache Anzeige genügen wird, jeden Zweifel über den befriedigenden Character unserer Beziehungen zum päpstlichen Hofe zu beseitigen.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 29. Jan. Bayerische 3½ pCt. Obligationen 91¾ P., — G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 660 P., — G. Promessen per Stück Agio 76 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 103 P., — G.; 4pCt. 90 P., — G.; 3pCt. 64 P., — G. Bankactien 1. Semester 1570 P., — G. Württembergische 3½ pCt. Obligationen 88 P., — G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen 88 P., — G.

Frankfurt, 29. Jan. Metall. 5pCt. 102; 4pCt. 88½; 3pCt. 65; Bankactien 1914; Taunus-Eisenbahn-Actien 356½; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 56¾; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 86½; bayer. Ludwigs-Canal 62.

Wien, 28. Jan. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 101¾; zu 4pCt. in CM. 85; zu 3pCt. in CM. 61; Bankactien per Stück 1544; Nordbahn 127¾.

Amsterdam, 27. Jan. 2½ pCt. 54⅛; 3pCt. 65⅞; 4pCt. 84; Synd. 3½ pCt. —; Handels-Maatschappy 162½; Ard. 15⅛; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall —.

Paris, 27. Jan. 3pCt. 74 Fr. 10 C.; 5pCt. 116 Fr. 20 C.

London, 26. Jan. Consols 88⅞.

Mainz, 27. Jan. Große Freude hat hier die Nachricht gemacht, daß die königl. bayer. Regierung der Speyer-Weissenburger Eisenbahn ein Zinsenminimum von 4 pCt. garantiren will, da man nun das Zustandekommen dieser Bahn, die für die unsrige so wichtig ist, und die Fortsetzung derselben durchs Elsaß für gesichert ansieht. Man rühmt in dieser Angelegenheit insbesondere die lebhafte Theilnahme und Thätigkeit des Hrn. Regierungspräsidenten Alwens in Speyer. An unserer Bahn wird fleißig gearbeitet; auf der ganzen Strecke von hier bis Oppenheim werden in Kurzem sämmtliche Arbeiten vergeben seyn. (A. Z.)

Straßburg, 26. Jan. Die Berathungen über den Anschlußpunct der von hier nach der bayerischen Grenze zu führenden Eisenbahn, welche in unmittelbare Verbindung mit dem von Speyer aus zu bauenden Schienenweg treten soll, haben heute begonnen. Von Seite Bayerns sind zu diesem Behuf der Präsident der königl. Regierung der Pfalz, Hr. Alwens, und der Ministerialrath Weber aus München gestern dahier eingetroffen. Die Bevollmächtigten Frankreichs sind der Präfect unseres Departements und der Central-Rheinschiffahrts-Commissär Hr. Engelhard. Daß Weissenburg als Anschlußpunct bestimmt werde, unterliegt nun keinem Zweifel mehr, nachdem sowohl von Seite der bayerischen als auch der französischen Regierung anerkannt wurde, daß diese Richtung den allgemeinen Interessen des Elsasses und der Pfalz mehr entspreche, als der vor Jahren vorgeschlagene Zug der Linie über Lauterburg. (A. Z.)

Mülhausen, 25. Jan. Im Geschäftsgange herrscht Stille. Das Haus Krause und Ritter dahier hat seine Zahlungen eingestellt. (A. Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Mittwoch den 2. Februar: „Figaro's Hochzeit", Oper v. Mozart.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. v. Bekerath, Kaufmann von Crefeld; Bösner, Kaufmann v. Neuwied; Kanerz, Kaufmann v. Crefeld.

Gold. Hirsch. H. Gumberg, Privatier v. Lyon; Frau v. Werstein v. Linz.

Hôtel Maulik. HH. Baron v. Welden von Augsburg; Vogler, Privatier v. Thurgau.

Gold. Kreuz. H. Prül, Privatier v. Böhmen.

Gestorbene in München.

Karolina Riedermaier, Schneiderstochter v. Pappenheim, 24 J. alt; Kath. Breitenbach, k. Oberpostamtsbureaudienersfrau v. h., 40 J. alt; Joseph Schwab, ehemaliger b. Tuchhändler v. h., 47 J. alt; Max Schaumberger, k. Saalmeister und St. Huberti Ordens Garderobier v. h., 54 J. alt; Joseph v. Görres, k. Universitäts-Professor rc. v. h., 72 J. alt; Alois Gäßl, bgl. Schuhmacher v. h., 62 J. alt; Franz Anton Martignoni, italienischer Sprachlehrer v. Rorschach in der Schweiz, 72 J. alt. — In Haidhausen: Martin Huber, Dechant und Pfarrer in Haidhausen, 52 J. alt.

Renten-Anstalt der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank.

2263. (3a) Die im Februar vorigen Jahres eröffnete **VII. Jahres-Gesellschaft** hat bis Ende Dezember die zur Constituirung erforderliche Zahl von Mitgliedern nicht erreicht, es erhalten somit dem §. 21 der Grundbestimmungen gemäß die im Jahre 1847 Beigetretenen für das Jahr 1848 eine Zinsvergütung von 3 Prozent, und die Einzahlungen für diese Gesellschaft werden vom 1. Februar angefangen, das laufende Jahr hindurch fortgesetzt.

Da die Zahl der vorhandenen Cassenscheine sich bereits auf 324 und die Capitalsumme auf fl. 29,225 beläuft, so darf man sich trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse der Hoffnung hingeben, daß die VII. Gesellschaft am Jahresschlusse mit einer hinreichenden Zahl von Mitgliedern in's Leben treten werde.

Um den Zugang so viel möglich zu fördern, hat die Bank-Administration beschlossen, den vom 1. Februar laufenden Jahres an bis zum Schlusse des 1. Semesters erfolgenden neuen Einlagen eine Prämie in der Art zu gewähren, daß im Februar fl. 2 30 kr., im März fl. 2 —, im April fl. 1 30 kr., im Mai fl. 1 — und im Juni 30 kr. vom Hundert der Einlagesumme in Abzug gebracht werden darf. Die Nachzahlungen in die sechs älteren Jahresgesellschaften, welche erst nach dem Erscheinen des achten Rechenschaftsberichtes ihren Anfang nehmen, sind jedoch hievon ausgeschlossen.

Da der Abschluß der Rechnungen und somit das Erscheinen des Rechenschaftsberichtes von der Kenntniß der vorgekommenen Sterbfälle abhängt, so werden die Erben der im Jahre 1847 verstorbenen Mitglieder ersucht, die Anzeige zeitig bei dem zunächst wohnenden Agenten zu machen und den Todtenschein dabei vorzulegen. Bei dieser Gelegenheit glaubt man auch Diejenigen, welche während 2 Jahren ihre Renten nicht erhoben, oder als Erben von Verstorbenen das treffende Guthaben nicht reclamirt haben, auf die Nachtheile aufmerksam machen zu müssen, denen sie sich den §§. 34 und 35 der Grundbestimmungen gemäß durch eine derartige Unterlassung aussetzen.

München 27. Januar 1848.

Die
Administration der bayer. Hypotheken- und Wechselbank.
Franz Xaver Riezler,
Director.

Für die durch Brandunglück in Kemnath Heimgesuchten sind an Beiträgen eingegangen:

Uebertrag .	16 fl. 12 kr.
Den 31. Jan. von F. F.: „Gott segne das Wenige!"	1 fl. — kr.
Summe .	17 fl. 12 kr.

Um weitere mildthätige Beiträge wird dringend gebeten.

Expedition der Münchener politischen Zeitung, Kaufinger... Windenmachergasse?

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 28.

Man pränumerirt auf der W. v. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gasse Nr. 2); auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 6 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Mittwoch XLIX. Jahrgang. 2. Februar 1848.

Deutschland.

Bayern.

Rücksichtlich der sogenannten Nachcensur auswärtiger Zeitungen ist folgende Ministerialentschließung ergangen: „Im Namen Sr. Majestät des Königs. Bei dem königl. Ministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten ist die Frage angeregt worden, wie Angesichts der königl. Verordnung vom 16. Dec. v. Js. in Absicht auf die s. g. Nachcensur zu verfahren sey. Die durch genannte Verordnung wieder ins Leben gerufenen Normen von 1832/37 setzen, Zeug der Zusammenstellung vom 8. März 1836 Lit. III. Ziff. 11. fest, was folgt. „„Insbesondere ist in Belang der außerhalb des Königreichs verlegten, sonach der verfassungsmäßigen Censur vor ihrem Erscheinen nicht unterwerfbaren Blätter und Zeitschriften politischen und statistischen Inhalts der Grundsatz nicht außer Acht zu lassen, daß zwar: a) die Bestimmungen des §. 2. der III. Verfassungsbeilage auf alle Zeitungen und periodischen Blätter politischen und statistischen Inhalts Anwendung finden, daß sonach den im Auslande erscheinenden Blättern der oben erwähnten Kategorie auf die Verbreitung in Bayern, ohne nachträgliche Erfüllung der Verfassungsbedingungen, sohin auf eine Bevorzugung gegen die inländischen, kein Anspruch zusteht, daß aber b) vermöge der von der bayerischen Regierung stets behaupteten facultativen Eigenschaft der Censur deren Anwendung auf die verschiedenen auswärtigen Zeitschriften von der jeweiligen Instruction abhängt, und daß dieselbe c) da, wo sie in Wirkung tritt, nur unbeschadet des Postgeheimnisses, also nur hinsichtlich der offen und unter Kreuzband eintreffenden Exemplare, und auch hier nur bezüglich jener Artikel statt zu finden habe, welche überhaupt dem Gouvernementalprincipe oder speciell dem bayerischen Staate nachtheilig erscheinen.““ Von diesem Standpuncte wurde seit 1837 vielfach abgewichen. Erst gab eine Reihe specieller Erlasse der s. g. Nachcensur eine nie geahnete Ausdehnung. Dann ward sogar die Theorie der Kronpflicht auf die s. g. Nachcensur angewendet, sonach die Gesammtheit ausländischer Blätter präventiver Cognition zugeschieden. Es kann wohl keinem gegründeten Zweifel unterliegen, daß der Krone die Befugniß zustehe, die Censur auch auf auswärtige Blätter politischen und statistischen Inhalts anzuwenden; denn gemäß der III. Verfassungsbeilage ist die Freiheit der Presse nur gewährt: 1) Bezüglich von Schriften, welche erst in Druck gegeben werden sollen, den Verfassern, Verlegern und berechtigten Buchdruckern im Königreiche; 2) Rücksichtlich schon in Druck gegebener Schriften den offenen Buchhandlungen, und den obrigkeitlich Gleichberechtigten, nemlich innerhalb gewisser Schranken, den Buchbindern. Den auswärtigen Zeitungen widmet das Preßedikt keine besonderen Bestimmungen. Sie müssen also unter irgend eine der ausgesprochenen Categorien subsumirt werden. Subsumirt man sie aber, was offenbar das Natürlichste und allein dem Geiste des Edikts Entsprechende ist, unter die Bestimmungen über die periodischen Schriften politischen und statistischen Inhalts, so unterliegen sie der hiefür angeordneten bayerischen Censur, und da diese nicht vor ihrem Eintritte in das Königreich gehandhabt werden kann, so muß sie bei diesem Eintritte stattfinden. Auch wäre die entgegengesetzte Annahme nichts weniger als diesen Blättern günstig. Wollte man dieselben nemlich behandeln als schon gedruckte Schriften, so wären nur die offenen Buchhandlungen und Gleichbefugten zu ihrer freien Debitirung berechtigt: auch unterlägen sie gegebenen Falles dem Beschlagnahmsverfahren der §§. 6, 7, 8 und 9. der III. Verfassungsbeilage, und da die einzelnen Nummern nur Theile des Ganzen sind, Beschlagnahmen aber stets das ganze Werk umfassen, so wäre kaum zu umgehen, daß gemäß der bestehenden grundgesetzlichen Normen die Beschlagnahme über die einzelne Nummer hinaus mindest auf den ganzen Jahrgang oder Halbjahrgang griffe. Um nun die absolut nothwendige Gleichstellung der fremden mit den inländischen Journalen zur Wirklichkeit zu gestalten, erhalten die sämmtlichen Distriktspolizeibehörden und Stadtcommissariate im Vollzuge höchster Entschließung vom 15. d. Mts. folgende Direktiven: I. Die Anwendung der verfassungsmäßigen Censurwirksamkeit auf Erzeugnisse der auswärtigen Tagespresse hat nur bezüglich solcher Zeitungen und periodischen Schriften, welche sich mit Politik und Statistik beschäftigen, und auch hier nur insoferne stattzufinden, als sie jeweils ausdrücklich angeordnet ist. II. Die sämmtlichen Distriktspolizeibehörden und Stadtcommissariate haben daher schleunigst ein Verzeichniß jener Zeitungen und periodischen Schriften politischen oder statistischen Inhalts vorzulegen, worauf in ihren Bezirken die Präventive gegenwärtig Anwendung findet, und in diesem Verzeichnisse bezüglich jedes Blattes die Ministerial- resp. Regierungsentschließung zu allegiren, woraus dessen Untercensurstellung hervorging. III. Ist die Anwendung der verfassungsmäßigen Censurwirksamkeit auf auswärtige Blätter und periodische Schriften im Sinne der Ziffer I. angeordnet, so darf die Censur nicht weiter greifen, als sie jeweils in Absicht auf inländische Blätter besteht. IV. Sonach dürfen, da von einer Censur der auswärtigen Politik hier die Rede nicht seyn kann, gegenwärtig unter der Herrschaft der Verordnung vom 16. Dec. 1847 nur Einschreitungen stattfinden in Absicht auf solche Artikel über innere Zustände des bayerischen Staates, wodurch ein im Königreiche bestehendes Strafgesetz im Verbrechens- und Vergehensgrade verletzt oder die Privatehre bayerischer Staatsangehöriger angetastet wird. V. Können anstößige Artikel ohne Beseitigung der ganzen Nummer in anständiger Weise dem Verkehre entrückt werden, und ziehen die Eigenthümer laut schriftlicher Erklärung ein solches Verfahren der Unterdrückung der betreffenden Nummer vor, so darf ihrem Wunsche entsprochen werden. VI. Den Redactionen inländischer Blätter ist gestattet, auch solche auswärtige Zeitschriften und Tagblätter, welche nach Ziffer I. gegenwärtiger Anordnung einer Prävention unterliegen, ohne Aufenthalt direkt von der Post zu beziehen, soferne sie sich verpflichten, die so bezogenen Exemplare nicht vor erfolgter Cognition der Censurbehörde Dritten mitzutheilen.“ — Durch eine zweite Ministerialentschließung vom 15. Dec. werden bis auf Weiteres nachstehende Blätter der Nachcensur enthoben: A. Englische: Bell's Weekly Dispatch; Examiner. B. Französische: l'Ami de la religion; Galignani's Messenger; Gazette de France; Gazette des Tribunaux; Journal des Débats; London and Paris Observer; Moniteur Parisien; Moniteur Universel; la Presse; l'Univers; l'Union agricole; l'Union monarchique. C. Deutsche: Börsenhalle von Hamburg; Deutsche allgemeine Zeitung; Katholik; Kölnerzeitung; Rhein- und Moselzeitung; Süddeutsche Zeitung; Weser-Zeitung; Rheinische Beobachter.

München, 2. Feb. Aus dem bereits gestern erwähnten neuesten königl. Regierungsblatte bringen wir nachträglich die vollständige Bekanntmachung, den Vollzug des Gesetzes über das Eisenbahnanlehen betr., welche lautet: Mit Bezug auf die Bekanntmachung vom 2. dieses Monats (Regierungsblatt St. 1.) wird noch Folgendes veröffentlicht: §. 1. Die k. Staatsschuldentilgungs-Specialcassen sind nun sämmtlich mit den zum Arrosirungsgeschäfte erforderlichen Stempeln versehen. Die Behandlung von Arrosirungsanlehen unterliegt demnach

---

Gunchild von Schweden.

(Geschichtliche Novelle von M. v. St.)

(Fortsetzung.)

Thiodolf fühlte sich zu der lieblichen Gestalt des fremden Knaben wunderbar hingezogen und doch auch wieder mit ehrfurchtsvoller Scheu zurückgehalten, so daß er ihm nicht zu folgen wagte, als der Knabe einigemal die Hütte verließ, um in das Gärtchen hinauszugehen. Thiodolf beobachtete aus der Ferne, wie der Knabe draußen auf die Kniee sank, etwas aus dem Busen hervorzog, und indem er Hände und Augen gen Himmel erhob, eifrig mit einem Wesen zu sprechen schien. Als der fremde Greis gegen Abend heimkehrte, begab er sich mit seinem jugendlichen Gefährten auf einen einsamen Felsen, und Thiodolf, der ihnen in bescheidener Ferne gefolgt war, sah, wie Beide dort niederknieten, einen Gegenstand innig und fest an ihre Brust drückten, anhaltend aber leise sprechend, nach dieser Unterhaltung aber, die vielleicht eine halbe Stunde gewährt haben mochte in heiterer Beruhigung, als hätten sie Trost oder gute Nachricht empfangen, zurückkehrten. So ging es durch drei Tage hin. Am dritten kam der Greis früher und mit banger Besorgniß in den ehrwürdigen Zügen zurück, und sprach, indem er sich zu seinen Gastfreunden gesellte: „Uns droht Gefahr! Ueberall streifen die Späher unseres Verfolgers durch den Wald, und nur mit Mühe entging ich ihren forschenden Augen; daher zögere ich nicht länger, Euch, auf deren Redlichkeit ich baue, mit der wahren Lage unserer Verhältnisse bekannt zu machen, und zwar um so lieber, als es mir längst klar geworden, daß es nicht niedere Fischer sind, unter deren schützendem Dach wir weilen. Dieser Knabe, auf welchem Eure Blicke mit freundlicher Theilnahme ruhen, ist Gunawith, die Tochter Gorms, des mächtigen Königs, der über das Volk der Norweger herrscht.“

„Wie! Du bist eine Jungfrau!“ unterbrach hier Thiodolf den Erzählenden, indem sein aufblitzendes Auge das sanft erröthende Antlitz der Jungfrau suchte, die beklommen darüber, ihr Geheimniß verrathen zu sehen, die seidigen Wimper niederschlug. (Fortsetzung folgt.)

Mannigfaltiges.

(Fortsetzung des Auszugs aus dem Jahresbericht des Münchener Vereins gegen Thierquälerei.)

Peter Unterkeller, ein Mörder von 15 Jahren. In vielen öffentlichen Blättern ist zu lesen, wie nach der öffentlichen Assisenverhandlung vom 17. und 18. Nov. 1846 in **Zweibrücken** der 15jährige Peter Untersteller wegen Mords verurtheilt wurde. Er ermordete die 4jährige Nachtwächterstochter Barbara Lang, brachte ihr vier Stiche in den Hals, eine Wunde in die Brust und einen Schnitt zwischen den Fingern bei, und da sie noch nicht

keinem Anstande mehr; jedoch wird wiederholt anempfohlen, daß sich die Darleiher, bevor sie das baare Geld zur Cassa bringen, sich einen Tag zu ihrer Abfertigung bestimmen lassen mögen. §. 2. Da nur fünf k. Staatsschuldentilgungs-Specialcassen bestehen, so sind die königl. Rentämter in Folge Allerhöchster Anordnung vom 23. d. Mts. zur Erleichterung der Theilnahme an den Eisenbahnanlehen à 4 pCt. angewiesen worden, von jedem Darleiher solche Anlehen mit und ohne Arrosirung nebst den älteren Obligationen à 3½ pCt. behufs der Uebersendung an die königl. Staatsschuldentilgungs-Specialcassen gegen Interimsbescheinigung in Empfang zu nehmen, sowie den Darleihern die arrosirten und neuen Obligationen zu behändigen, wofür an die königl. Rentämter weder Postporto noch eine andere Gebühr zu entrichten ist. Die 4 procentigen Zinsen aus den Darlehen beginnen vom Erlagstage bei den königl. Rentämtern. — Ferner die Ernennung des Rechtspraktikanten und Eleven im Ministerium des kgl. Hauses und des Aeußern, Karl Grafen von Dürckheim-Montmartin, zum königl. Kammerjunker.

München, 31. Jan. Das Leichenbegängniß des Professors v. Görres hat diesen Nachmittag mit großer Feierlichkeit und unter allgemeinster Theilnahme der Bevölkerung aus allen Ständen stattgefunden. Im Trauergefolge bemerkte man auch mehrere Personen hohen Ranges den Hrn. Erzbischof Grafen von Reisach, die Grafen v. Seinsheim und v. Arco-Valley. — Dem königl. Oberstkämmerer Frhr. v. Poißl, bisherigem Hoftheater-Intendanzverweser ist die Oberleitung der königl. Hofbühne nunmehr definitiv übertragen. (Bayer. Bl.)

— München, 2. Febr. Gegen den Aufsatz vom Main 23. Jan. im „Nürnberger Courier" Schluß.) Wer den Zweck wolle, der müsse auch die Mittel wollen, bemerkt der Aufsatz vom Main, also wer da finde, daß Bayern den Beruf habe am hohen Bundestage die deutschen Gesammtinteressen in liberaler Entschiedenheit zu vertreten, der müsse auch die Mittel zur Erfüllung dieses Berufes darthun. Bedenke nur der Main-Politiker, daß darum, wenn der Verfasser des Aufsatzes vom Inn, 9. Jan. über die Mittel des von ihm gezeichneten Zweckes nicht zu verfügen hat, darum seine schönen Worte noch lange keine gesinnungslosen Phrasen sind. Die bayerische Regierung, welche allein die Mittel zum Zwecke in Händen und zu verwenden hat, ist doch wahrlich in neuester Zeit nicht sehr säumig damit gewesen, wie die Haltung Bayerns in der Schweizerfrage bewiesen und wie sehr klar die bayerische Regierung die moralische Macht des Landes begreift und in Anwendung bringt, zeigt doch wohl sehr schlagend die Freigebung der Presse in inneren Angelegenheiten, welcher rechtzeitige Vorausgang doch wohl nicht geeignet seyn dürfte, das moralische Gewicht Bayerns als des größten der constitutionellen Staaten am hohen Bundestage zu vermindern oder irgendwie Verdächtigungen heraufzubeschwören oder gar die Geschichte der verfehlten Gelegenheiten mit einem neuen Capitel zu bereichern.

Der seit dem 17. Mai 1845 in München bestehende „St. Vincenz-Verein" hatte bis zum Schluße des Jahres 1847 eine Geldeinnahme von 7320 fl. 27 kr. In Naturalien wurden Unterstützung verabreicht an beiläufig 250 Personen: 179,961 Portionen Brod; 36 Zentner Fleisch; 23,589 Portionen Suppe, 52 Schäffel Kartoffel, 80 Klafter Holz. Geldunterstützungen wurden gereicht 63 fl. 36 kr.; für Kleidung und Bettzeug 180 fl. 44 kr. Für 13 Kinder in verschiedenen Erziehungsanstalten 778 fl. 56 kr. Für die Armenbibliothek 157 fl. Der Activreſt am Schlusse des vergangenen Jahres betrug 720 fl. 48 kr. Hierzu kommt noch die Einnahme der in diesem Jahre abgehaltenen „Verloosung" von circa 1500 fl.

§§ Vom Inn. Ende Januar's. Das äußerst pfiffige Rußland ausgenommen, gibt es in Europa wohl kaum ein Land, in welchem nebst der Verschiedenheit der Behandlungsweise die Presse in einem bodenloseren Zustande sich befindet, als innerhalb des Bereiches des deutschen Staatenbundes. Wie gegen die alle nicht-einheimischen Erzeugnisse des Fabrik-, Kunst und Gewerbfleißes überhaupt, also schließt sich das kaiserliche Oesterreich auch insbesondere ab gegen alle Geisteserzeugnisse, wenn sie nicht bestehen vor dem vieläugigen und prüfenden Späherblicke der unbarmherzigen Wiener-Censurscheere, bei welcher nur der Mechitaristen und Confratres Erbauungs- und Seligkeitmachungsbücher unbedingte Gnade zu finden scheinen. Und wie nicht österreichischer Tabak und Wein wenigstens durch einen hohen Eingangszoll sich Zutritt verschaffen können in den scharf und ängstlich bewachten Kaiserstaat, so gilt das Gleiche nicht von auswärtigen Flug- und Zeitschriften und anderen Geisteserzeugnissen politischer Natur. Alle Zustände sollen einzig nach der Ueberkommenheit des zähesten Gewohntseyns angeschaut und beliebt bleiben. Alles soll erst durch österreichischen Zuschnitt eine Gestalt gewinnen. Dabei bildet Oesterreich unläugbar das einflußreichste Glied der hohen Bundesversammlung; ihm ist der stetige Vorsitz darin übertragen und zugesichert! Darf man nun von daher ein den constitutionellen Grundsätzen und Bürgschaften wie den dringenden Zeitbedürfnissen des steten Fortschrittes wahrhaft entsprechendes und gedeihliches Preßgesetz im besten Sinne erwarten? und zwar von demselben Bundestage, der unter Oesterreichs Aegide, laut untäuschbarer Erfahrung, sich nie gezeigt hat als Freund einer unabhängigen und freisinnigen Presse? Was man in dieser Hinsicht von Oesterreich nie zu hoffen, nie zu erwarten, aber stets zu fürchten habe, das beweist bei jedem neuen Jahreswechsel das stets wiederkehrende Verbot selbst solcher Zeitschriften und Tagesblätter, welche in dem einen oder dem andern der deutschen Bundesstaaten erscheinen, und dort bereits das bundesmäßige und landesübliche Zwickbad der hochnothpeinlichen Censur glücklich überstanden haben. Da man in den 36 bis 38 deutschen Bundesstaaten bei Ausweisungen von Personen dieselbe Uebung eingeführt hat, daß der in einem deutschen Königreiche geborne A oder B in einem ebenfalls deutschen Großherzogthume oder Herzogthümchen von einer Scholle zur andern hin- und hergejagt und ausgetrieben werden kann aus seinem eigenen großen, einträchtigen und bevrheinliedeten deutschen Vaterlande, als wäre er ein vagabundirender Calcuttaner, so mag es wohl keinem Einsichtsvollen wundersam vorkommen, wenn man diesem oder jenem Zeitungsblatte, wegen seines unbequemen Inhaltes unsanft die Einkehr versagt. Wir zwar in Bayern dürfen seit dem 1. Jan. d. J. die inneren Landesangelegenheiten in freier Weise besprechen. Ungeschickte und grundsätzliche Widersacher dieses königl. Geschenkes werden sich, wie auch Klagen der Presse von der verschiedensten Seite bereits erweisen, freilich vorfinden in den verschiedenen Rangclassen der noch immer streng gegliederten bureaukratischen Hierarchie theils wegen des eingewurzelten Selbstvertrauens auf die amtliche Allunfehlbarkeit, theils wegen des Wahnglaubens, daß nur derjenige mitberufen seyn könne über Regierungsangelegenheiten ein Wort zu sprechen, dem irgendeine Beamtung, wenn auch noch so klein und geringfügig, im mittelbaren oder unmittelbaren Staatsdienste zugetheilt sey. Manchem Landpfleger und Genossen wird die neue Ordnung der Dinge wohl auch deßwegen manchmal unangenehm seyn, weil zu befürchten steht, daß eben durch die Presse sein, andern oft sehr empfindliches Zaunkönigthum hie und da einen Riß bekommen könnte. Und in der That treiben Einige dieser Herren derlei verfassungs- und humanitätswidrige Allotria, daß man leider nur zu oft glauben muß, man wäre unter moskowitische oder großsultanische Landeshoheit versetzt. Da nun die Presse nicht säumen wird derlei unzeziemende asiatische Liebhabereien, in so ferne sie gegründete und der Wahrheit getreue Thatsachen betreffen, gehörig zu offenbaren und zu beleuchten, so versteht sich wohl von selbst, mit welch scheelen, ja verächtlichen Augen die öffentlichen Wortführer der Presse von den hier gemeinten Individuen werden angesehen, und wie selbe in vorkommenden Fällen werden behandelt werden. Aber gerade solche Möglichkeiten sind und müssen seyn der Sporn, furchtlos, wenn auch bitter, aber wahr ans Tageslicht zu ziehen, was gegen die wohlmeinenden Absichten eines erleuchteten und gerechten Königs und gegen die verfassungsmäßigen Rechte der Staatsbürger von Seite derer gesündiget wird, welche durch das Allerhöchste Vertrauen darauf beeidiget sind, nur im Sinne des Gesetzes, des Rechtes und der Wahrheit ihre obhabenden Pflichten immer und überall zu üben. Solche Aufklärungen sind aber gewiß keine Denunciationen, sie sind vielmehr die pflichtmäßige Aufgabe der Presse, deren sie sich nicht entschlagen kann, noch darf, wie zum Vortheile der Regierung, so zum Heile der Staatsbürger. Stünden aber selbst unsere bayerischen Preßverhältnisse, wie sie dies vorderhand nach vielen Kundgebungen zu seyn scheinen, im guten Flor durch eigene innere Triebkraft und Entfaltung, so würde doch, findet das Beispiel Bayerns nicht eine Gesammtnachahmung in Deutschland überhaupt, das allmächtig belebende und vor immer auch bei uns noch gefürchteten Rückfällen allein wahrhaft schützende Concert aller frei gewordenen Stimmen der Presse fehlen. Wir müssen es demnach als die unerläßliche Aufgabe der bayerischen Vertretung am hohen Bundestage erkennen, einer freien Presse dort das Wort in möglichster Entschiedenheit zu reden, andererseits aber auch die auf die Presse sich beziehenden Vorbehalte in voller Integrität zu erhalten. So lange freilich Deutschlands Augen in fortwährender Spannung vom klugen und staatlich weitaus und langher überlegenen Außenland aller Farben erhalten werden, wird der Blick nach dem Innern der Schärfe, die nur der Ruhe und unbefangener Erfahrung gegönnt ist, durchaus ermangeln; allein da Niemand hierin von den Nachbarn Deutschlands weder eine gute noch eine schnelle Aenderung der betrübten Sachlage erwarten darf, so muß Deutschland sich so gut als möglich selbst zu helfen suchen, voran die deutschen Staaten, die hierin am liebsten wollen und am ehesten können. Die jüngste badische wie württembergische Thronrede ist doch wahrlich nicht geeignet, von bayerischer Seite eine Entmuthigung irgendwie zu begründen, noch auch kann ein energisches Handeln und eine entschiedene Sprache in den Augen aller einsichtsvollen Freunde des deutschen Gesammtvaterlandes einem gefährlichen Sondergelüste gleich geachtet werden. Also frisch und so lange an ein thatkräftiges „Caeterum censeo"

---

ganz todt war, bedeckte er das verwundete Kind, dem er die Kleider vom Leibe nahm, mit Stroh in einer Scheune, wo es im Hemde, noch vom Morgen bis zum Abend, unter schrecklichen Qualen lebte, bis es entdeckt wurde und worauf bald der Tod eintrat. Um Barbara Lang gleich einem Schwein abzustechen, hängte er sie an einem Haken des Kellerseiles auf, verband ihr die Augen, verstopfte ihr den Mund und schlachtete sie nach langer Marter. Sie war nach dem Ergebnisse der Untersuchung von gesunder, regelmäßiger Körperconstitution, die tödtliche Wunde hatte nach dem ärztlichen Gutachten Aehnlichkeit mit dem Stich der Schweine, wo zuerst ein Hautschnitt gemacht, dann der Schnitt in die Tiefe geführt wird, und der 15jährige Mörder war bei vollem Bewußtseyn, bei vollen Geisteskräften, bei voller Unterscheidungskraft, er verübte die That mit kalter Ueberlegung, war nach der That ganz gleichgültig, aß mit gutem Appetit und ging darauf in die Schule und sodann in die Kirche. Bei der öffentlichen Gerichtsverhandlung zeigte er das Benehmen eines verstockten und verschmitzten Menschen, auf die Frage, ob er bereue, beobachtete er hartnäckiges, störrisches Schweigen. Er bewährte, wie ausdrücklich bemerkt ist, ein ganz verwildertes, jeder Regung des Mitleids unzugängliches Gemüth, bloße Mordsucht, kein anderes Motiv, hatte ihn zur That verleitet. Vollkommen überwiesen, wurde er, bloß, weil er noch nicht 16 Jahre alt war, statt zum Tode zu 20jährigem Gefängnisse verurtheilt. Nach allen Zeugenaussagen, namentlich der seines Pfarrers und seiner früheren und jetzigen Lehrer, war er überhaupt ein störrischer, frecher, unbeugsamer Charakter, dabei von vorzüglichen Verstandesfähigkeiten, von jeher voll Lust, die Thiere zu quälen, und im Zusammenhang hiemit stand sein geäußerter Wunsch, das Metzgerhandwerk zu erlernen. Einmal trieb er Vieh auf die Weide, und ein Ochs kam ihm etwas dick vor. Um ihn wieder dünn zu machen, wie er sagte, zog er ihm die Zunge aus dem Maul und zerrte ihn lange Zeit so auf der Wiese herum. Wenige Tage vor der That sollte der Haushund seiner Mutter abgeschafft werden. „Kaum vernahm er es, als er mit Entsetzen erregender Lust das Schindergeschäft zum Gräuel anderer Leute ausübte. Er schlug den Hund mit einem Holze auf den Kopf, hing ihn lebend an den geschlitzten Hinterfüßen, an einen Stock gespießt, auf, der Hund zappelte, dann schlug er ihn todt, zog ihm mit einem alten Barbiermesser die Haut ab, und weidete ihn aus, als ob er ein Metzger wäre, der ein Kalb schlachtet." Das Alles und vieles Andere dieser Art ist in öffentlichen Blättern zu lesen, er wurde von den Geschwornen als schuldig erklärt eines mit Vorbedacht verübten Mordes und auf eine nach eröffnetem Urtheil gehaltene rührende Anrede des Präsidenten, bei der viele Thränen flossen — weinte der Verurtheilte allein nicht. (Fortsetzung folgt.)

(Die Macht der Wahrheit.) Es kann wohl nichts überzeugenderes geben bezüglich der unaustilgbaren Liebe zur Wahrheit im Menschengeist als folgende, von dem ärztlichen Vorstand einer württembergischen Irren-Heilanstalt an das Publicum gerichtete bewegende

bis mit dem beseitigten caeterum auch die Censur nicht mehr nöthig ist.

Württemberg.

Stuttgart, 30. Jan. Die Dankadresse der Kammer der Abgeordneten wurde gestern in geheimer Sitzung berathen; über ihre Natur streiten die Oppositionsblätter. Der neueste „Schwäbische Merkur" aber schweigt noch ganz darüber.

Kurhessen.

Der in einigen Monaten stattfindende Zollcongreß soll zu Kassel abgehalten werden.

Gr. Hessen.

Darmstadt, 26. Jan. In der heutigen Sitzung zweiter Kammer wurden zwei Anträge über freie Presse gestellt; der eine von dem Abgeordneten Advocat Reh von Darmstadt, der andere von dem Abgeordneten Advocat Lehne von Alzey. Hr. Reh übergab außerdem folgenden dem dritten Ausschuß zum Bericht mitgetheilten Antrag: Ich beantrage deßhalb, gestützt auf §. 76 der Verfassungsurkunde: verehrliche Kammer wolle die zuversichtliche Erwartung aussprechen, daß unsere hohe Staatsregierung die ihr bundesgesetzlich gebotenen Mittel, jedem etwaigen Versuch der Gefährdung des Staatsgrundgesetzes im Kurfürstenthum entgegenzutreten, zeitig und nachdrücklich geltend machen werde.

(Mainz. Z.)

Preussen.

Die neue christliche Gemeinde unter Uhlich in Magdeburg (aus 11,000 Mitgliedern bestehend) ist als Dissidentengemeinde von der Regierung nunmehr anerkannt und bestätigt.

Schweiz.

Bern, 29. Jan. Die gestrige Sitzung der Tagsatzung war kurz und ohne Resultat. Es lagen wieder mehrere Dimissionen von eidgenössischen Stabsoffizieren (unter andern Oberst Hauser von Zürich, Divisionsarzt Ziegler von Winterthur und Oberstlieutenant Couvreu von Vivis) vor, und viele Vorschläge zu neuen Ernennungen und Beförderungen. Allein die Wahlen wurden verschoben und die Sitzung geschlossen. Sir Stratford Canning ist nach Paris gereist. — Die Tagsatzung war gestern übrigens wieder vollzählig, da auch der Zuger Gesandte Oberst Müller zugegen war. Derselbe erklärte unter Anderm: Zug werde an der Bundesrevision Theil nehmen unter Vorbehalt des Referendums. Er wurde sodann in die Bundesrevisions-Commission gewählt.

Die eidgenössische Tagsatzung hat folgende Proclamation an die schweizerische Armee erlassen: „Eidgenössische Wehrmänner! Ihr seyd zum größten Theil an Euern häuslichen Heerd zurückgekehrt. Die Tagsatzung will nicht länger säumen, Euch den Dank der Nation auszusprechen für Euer Verhalten und die Dienste, die Ihr dem Vaterlande geleistet habt. Unserm Rufe folgend, seyd Ihr mit der edelsten Bereitwilligkeit unter die Fahne der Eidgenossenschaft geeilt. Wie groß auch Eure Begierde war, Euch mit dem Gegner zu messen, so habt Ihr doch den Befehl zum Kampfe mit jener Ruhe erwartet, welche das Kennzeichen des wahren Muthes ist. Euere langen und beschwerlichen Märsche, Eure Wachen, Euere Beiwachten in kalten Nächten bei vorgerückter Jahreszeit sind bewunderswerth gewesen. Euere Geduld, Eure Heiterkeit und Euer frischer Muth mitten unter Beschwerden und Entbehrungen jeder Art haben uns tief bewegt und Euch die Achtung der Kriegskundigen erworben. Diesen Tugenden habt Ihr durch Euere Unerschrockenheit in der Stunde des Kampfes die Krone aufgesetzt. Ihr habt Euch bei mehreren Gefechten ausgezeichnet: Lunnern, Geltwyl, Muri, das Gehölze des Taillettes und das Fort St. Jacques bei Bertigny, Escholzmatt, Schüpfheim, Gislikon und Meyerskappel sind die vorzüglichsten Zeugen Euerer Begeisterung und Eueres Muthes gewesen. Angesichts von Gegnern, welche Schweizer, und tapfer wie Ihr, aber verirrt waren, habt Ihr einen Sieg davon getragen, der um so größern Werth hat, als Ihr öfters kräftigen Widerstand gefunden habt. Mittelst der Kraft und der Raschheit, mit welchen Ihr die Beschlüsse der Räthe der Nation ausgeführt habt, mittelst Euerer Hingebung, Euerer Ausdauer, Euerer militärischen Ausbildung, Euerer Mannszucht, der Geschicklichkeit Euerer Führer hat die Schweiz ihren Ruhm verjüngt, ihren Namen geachtet gesehen und wieder einen ehrenvollen Rang unter den Nationen eingenommen. Ihre Unabhängigkeit ist mit einem neuen Schutzwalle umgürtet worden. Eben so ruhmeswerth war Euere Großmuth gegen die Schweizer, die Ihr zu bekämpfen hattet. Ihr habt Euch erinnert, daß sie Brüder, daß hingegen die wahren Schuldigen jene Menschen sind, die sie fanatisirt und auf verderbliche Bahn geführt haben. Indem Ihr Blut schontet, die Personen, das Eigenthum, die Tempel und Altäre, die religiösen Gebräuche und ihre Diener achtetet, indem Ihr dieselben nöthigenfalls beschütztet, indem Ihr die Bewohner der occupirten Kantone mit Wohlwollen behandeltet, habt Ihr diese von der Menschlichkeit und Gerechtigkeit der Miteidgenossen überzeugt. Ihr habt ihnen durch die That bewiesen, daß die Mehrheit weder ihre Kantonalsouveränetät, noch ihre Rechte, noch ihre Freiheit, noch ihre Religion antasten will. Indem Ihr auf solche Weise Irrthümer und Vorurtheile zerstreutet, habt Ihr beigetragen, sie der Eidgenossenschaft zurückzuführen und die Harmonie unter ihren Gliedern herzustellen. Der gute Ruf, den Ihr Euch erworben habt, kann nicht geschwächt werden durch die Unordnungen, welche verschiedenen Militärs, die bereits den Gerichten überwiesen sind, zur Last gelegt werden, weil die eidgenössische Armee nicht für vereinzelte Handlungen, deren Anzahl und Schwere übrigens glücklicherweise sehr übertrieben worden, gemein-verantwortlich ist. Darum machen wir es uns zur Pflicht wie zum Vergnügen, der exemplarischen Mannszucht der eidgenössischen Armee und dem vortrefflichen Geiste, der sie beseelte, Gerechtigkeit wiederfahren zu lassen. Sie hat gezeigt, was republicanische vom Pflichtgefühl geleitete Milizen vermögen; sie hat dargethan, was eidgenössische Wehrmänner sind, die ihre Aufgabe mit klarem Bewußtseyn erfassen. Auch hat man sich überzeugen können, wie unerläßlich für die Eidgenossenschaft eine Wehrverfassung ist, die alle wehrkräftigen Männer des Landes umfaßt, und daß die Waffenübungen, die Inspectionen, die Militärunterrichtsanstalten, die Lager weder eine eitle Parade, noch eine Luxusausgabe sind. Offiziere und Soldaten! Die militärische Sendung, die Euerer Vaterlandsliebe anvertraut worden ist, hat die glücklichsten Ergebnisse gehabt. Der Sonderbund, dieser zerstörende Keim, der das Daseyn der Schweiz bedrohte, ist zernichtet worden. Ueberall hat das eidgenössische Banner — in den sieben Kantonen aufgepflanzt — siegreich geflattert über der Standarte der Trennung, überall hat es die Fahnen der eidgenössischen Stände in einen einzigen Fahnenband vereinigt, über welchem die Nationalfarben schweben. Befreit von dem Joche, das auf ihnen lastete, haben die Kantone Luzern, Schwyz, Freiburg und Wallis die Jesuiten und die ihnen affilirten Orden ausgewiesen, jene gefährliche Gesellschaft, welche — mehr einen politischen Zweck als die heiligen Interessen der Religion anstrebend, — jene Stände ins Unglück gestürzt, die ganze Schweiz verwirrt, und ihre innere und äußere Sicherheit gefährdet hat. Mit der Hülfe der Armee hat die Tagsatzung dem eidgenössischen Bundesvertrag Achtung verschafft, die Ordnung, Ruhe und Sicherheit des Landes hergestellt, den Aufruhr unterdrückt, die Minderheit zum Gehorsam gegen die Gesetze und die Behörden des Bundes zurückgeführt, das Land vor der Anarchie bewahrt und auf diese Weise seine Unabhängigkeit sammt seiner Freiheit gerettet.

(Schluß folgt.)

In der Sitzung der Tagsatzung am 22. Jan. wurde das Modell des Generals Dufour aufgestellt, wie er die eidgenössische Fahne in der Hand, zwei Besiegte zu sich emporhebt.

Zürich, 29. Jan. Der neue päpstliche Gesandte, Monsig. Luquet, Bischof von Hesebon, soll nach der „Eidgenössischen Zeitung" seinen Wohnsitz in Freiburg aufzuschlagen gedenken. Gegenwärtig befindet sich derselbe noch in Luzern wo er am 27. durch den bisherigen Nuntius dem Schultheiß Kopp vorgestellt wurde. Die Unterredung dauerte 1½ Stunde. (A. Z.)

In Wallis befindet sich dermalen nur noch 1 Bataillon Genfer- und 1 Bataillon Waadtländertruppen, einige Trainmannschaft und Reiterei.

Italien.

Neapel (21. Jan. Morgens). Der König und die Königin fahren bereits mehreremale, freundlich grüßend, durch die Quartiere von Basso-Porto, Mercato, Foria u. s. w. In den Provinzen diesseits des Pharus, besonders in der Provinz Salerno, greift die Aufregung um sich. In den Bergen Avellinos, am Golf von Policastro und in Apulien spukt es. In der Hauptstadt liegen beinahe 20,000 Mann Truppen. Es ist ein bejammernswerthes Unglück, daß der König sich in seinen ersten Reformbemühungen — August 1847 — stören ließ. Seine Umgebungen ertheilten schlechten Rath und regten Gefühle, wie z. B. Stolz und Trotz auf Kosten der oft bewährten Herzensgüte in seiner Seele auf. Man nennt Namen, welche unter dem Deckmantel der Treue und Ergebenheit nach Geld, Decorationen und Beförderungen im Kriegsgetümmel trachteten; auch wird allgemein den Briefen vom Strande der Newa und dem Ueberbringer derselben, dem Grafen Chreptowitsch einige Schuld gegeben. Karl Albert von Sardinien — vielleicht an Schlauheit, aber wahrlich nicht an Edelmuth und Wohlwollen Ferdinand II. von Sicilien gleichstehend — wählte den rechten Zeitpunct zu Concessionen. Seyen wir aufrichtig, gestehen wir, daß dieser für Neapel verpaßt ist, und ertragen wir geduldig die unangenehmen Folgen! — (Abends.) So eben kehren königl. Schiffe aus Palermo zurück. Sie bringen 25 verwundete Soldaten, den Intendanten von Palermo, Fercella, den Intendanten von Girgenti und viele andere palermitanische Flüchtlinge. Ganz Sicilien ist in Bewegung. Man hat in Palermo die königl. Geschenke „verschmäht", man verlangt die Constitution von 1812 und deren Garantie durch die Großmächte. Die Minister verlassen den Palast nicht mehr und sind in steter Berathung mit dem König; nach mehreren Puncten der Provinzen mußten aufs neue Truppen geschickt

---

Bitte, die wir dem „Schwäbischen Merkur" entnehmen: „Schließlich müssen wir auch dießmal unsere oft geäußerte Bitte wiederholen, keinen Kranken mit List und Betrug zu uns zu bringen, indem, wie wir dieß wiederholt dargethan haben, nichts Verderblicheres für die Kranken geschehen kann, da ihr Gefühl durch nichts mehr empört und verletzt wird, als durch die Lüge, und wenn sie auch vermeintlich noch so dringend von Liebe und Klugheit geboten scheint. Das erste Gesetz in der Behandlung dieser Unglücklichen ist Wahrheit; nur sie vermag es auch, von den Fesseln des Wahnsinns frei zu machen, nur sie allein, Vertrauen zu erwecken. Alles kann der Gemüthskranke, kann der Genesene verzeihen, selbst den peinlichsten Zwang, so weit er von der Nothwendigkeit geboten war, nur diese tiefe Kränkung nicht, in der er sein heiligstes Menschenrecht angegriffen sieht, nur die Bosheit und Schwäche oder den Mangel eigener fester Ueberzeugung von der Güte ihrer Sache bei den Seinigen erblickt und jedesmal in die Gefahr kommt, auch all unser Thun und Sagen für eine complottmäßige Täuschung zu halten, bei der man es nimmer treu und redlich mit ihm meinen könne."

Zeitstimmen.

(Eigenes und Gesammeltes.)

Es hat Zeiten gegeben und es gibt noch jetzt Staaten, wo Alles, was das Volk aufbringen konnte, auf die Pracht der Höfe verwendet wurde; dann kamen Zeiten, wo die Heere Alles erforderten, jetzt soll das Wohl der großen Masse der Hauptzweck des Staates werden; Alles muß gefordert werden, was die Erfüllung desselben durch Arbeitgebung herbeiführen mag.

Zeitstrebungen.

„Die Fesseln fort! Mit allen Schranken nieder!
Wie der Gedanke sey die Sprache frei!"
So schallt's in Ost, so tönt's im Westen wieder,
Und Süd und Nord stimmt laut dem Mairuf bei!

Doch ob es auch zum Heile führend sey,
Wenn sich auf nachtgewohnte(?) Augenlieder,
Der Glanz der Sonne plötzlich senkte nieder,
Sind ernstlich zu bezweifeln wir so frei!

Enteilt der Aar dem lähmungsgierigen Blei,
Trägt ihn zur Sonn' sein lustiges Gefieder;
Doch läßt er erst auf einen Fels sich nieder,
Bis er für Sonnenlicht empfänglich sey!

G. Viel.

werden, 50,000 Rationen Lebensmittel genügen nicht mehr für Palermo. — (22. Jan. Nachmittags.) Die Aufregung steigert sich von Augenblick zu Augenblick. Diesen Mittag ertönte zum erstenmal das neapolitanische Revolutionssignal: Fuy, Fuy (sauve qui peut) gleichzeitig an mehreren Puncten der Stadt. In S. Giacomo, Toledo verursachte es ein gewaltiges Drängen und Thüren- und Läden-Schließen. Im Quartier Mercato soll es hin- und herwogen — leider auch schon die untere Volksclasse. Die Eisenbahnzüge sind eingestellt. Factisch ist, daß man auf den Straßen und in den Cafés ganz laut seine Meinung äußert, daß man die Patrouillen höhnisch becomplimentirt, Spottgedichte macht (ich könnte Ihnen fünf beilegen), die königl. Decrete laut recensirt u. dgl. m. Von Polizeibeamten sieht man nichts mehr, das Haus des Monſ. Cocle wurde die letzte Nacht beunruhigt, und aus dem Granili 20 Gefangene befreit. Eine Stunde nach dem obigen Revolutionssignal herrschte Todesstille in Toledo, in der Chiaja und auf dem Schloßplatz; in den Schloßhöfen ist viel Militär zusammengezogen. — Von Eboli bis Policastro soll Alles in Bewegung seyn. — (Abends 6 Uhr.) Bis jetzt blieb alles ziemlich ruhig, obschon man jeden Augenblick den Fortgang der Bewegung erwartet. Die Patrouillen sind verstärkt, von der Generalamnestie ist noch nichts erschienen. — (24. Jan. Mittags.) Die Bewegung wiederholte sich vor einer Stunde; es war wiederum nur ein panischer Schrecken. — Diesen Morgen erschien die Amnestie für alle politisch Compromittirten; gewisse nahmhaft Gemachte sollen aber bis zur Wiederherstellung der Ruhe, auf einer Insel bleiben. — In Palermo fährt man fort, die königl. Concessionen zu verschmähen, und in feindlicher Stellung zu verharren. (A. Z.)

Nach neapolitanischen Berichten des „Schwäbischen Merkur vom 21. bis 24. Jan. stände die ganze Provinz Salerno in Aufruhr. — In Reggio habe man königl. Beamte ermordet. Catania, Syracus, Trapani seyen Palermos Beispiel gefolgt; nur in Messina sey Ruhe.

Dänemark.

Die Ernennung des Grafen Moltke zum Staatsminister soll bereits vom verstorbenen König beschlossen gewesen seyn. Das Portefeuille, die Briefschaften und sonstigen Papiere des hohen Todten, der eine schriftliche ausführliche Mittheilung über die Staatspolitik hinterlassen haben soll, zu ordnen sind Oberhofmarschall Levetzow, Kammerherr Tillisch und Etatsrath Lundnig beauftragt. Einem Befehle des neuen Königs zufolge soll die Kopenhagener Bürgergarde auf dem Residenzschloß Christiansborg den Wachtdienst verrichten. Unter der Kopenhagner Bürgerschaft ist fortwährend große Bewegung. Adressen, Petitionen werden besprochen, unter Ermahnungen zur gesetzlichen Ordnung. Eine Deputation der in Kopenhagen anwesenden Ständemitglieder Dänemarks und der Bürgerrepräsentanten hat dem König eine von Professor Clausen veranlaßte Adresse überreicht, worauf der König sie auf den folgenden Tag (den 22. Jan.) beschieden um seine Antwort zu vernehmen. Alles deutet darauf hin den König zu bewegen das Königsgesetz sogleich zu aboliren. Die Garnison und die Bürgercorps haben bereits (den 21. Jan.) Sr. Majestät im Beiseyn der Prinzen den Eid der Treue geleistet. (Nordd. Bl.)

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 31. Jan. Bayerische 3½pCt. Obligationen 91½ P., — G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 660 P., — G. Promessen per Stück Agio 76 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 103 P., — G.; 4pCt. 90 P., — G.; 3pCt. 64 P., — G. Bankactien 1. Semester 1570 P., — G. Württembergische 3½pCt. Obligationen 89 P., — G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½pCt. Obligationen 88 P., — G.

Frankfurt, 30. Jan. Metall. 5pCt. 103¼; 4pCt. 89½; 3pCt. 65; Bankactien 1916; Taunus-Eisenbahn-Actien 356½; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 36½; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 87½; bayer. Ludwigs-Canal 62.

Wien, 29. Jan. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 101½; zu 4pCt. in CM. 86; zu 3pCt. in CM. 63; Bankactien per Stück 1550; Nordbahn 130.

Amsterdam, 28. Jan. 2½pCt. 54 3/16; 3pCt. 65½; 4pCt. 84¼; Synd. 3½pCt. —; Handels-Maatschappy 162½; Ard. 15; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. 97¼.

Paris, 28. Jan. 3pCt. 74 Fr. 20 C.; 5pCt. 116 Fr. 60 C.

London, 27. Jan. Consols 89¼.

Frankfurt, 27. Jan. Die Passivmasse des Bankhauses J. F. Gontard und Söhne beläuft sich, nach den darüber angestellten Ermittlungen, auf beinahe 4,200,000 fl. Dabei ist das Zubringen der Gattin des jüngern Herrn Belli, Associé des Hauses, im Betrag von 127,000 fl. inbegriffen. Die Wechselschuld des Hauses wird zu etwa 2,200,000 fl. angegeben. Auf eine Million Gulden weniger etwa berechnet sich die Passivmasse des Bankhauses L. H. Flersheim, die Zubringen der Frauen der beiden Chef des Hauses eingeschlossen. Etwa die Hälfte jener Masse sind Wechselschulden. Wie man hört, beabsichtigt das Haus Gontard, um die Wohlthat der Güterabtretung gerichtlich einzukommen, wofern der mit einer Wechselklage gegen dasselbe aufgetretene Gläubiger davon nicht abstehen sollte. Das Bankhaus Rothschild hat um die gerichtliche Ermächtigung nachgesucht, einen bei demselben vom Hause Haber gegen einen Vorschuß von etwa 200,000 fl. hinterlegten Belang an Werthpapieren in öffentlichem Aufstreich an der Börse veräussern zu lassen, indem der für ihre Einlösung anberaumte Zeitpunct verstrichen ist. (Schw. Mkr.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Mittwoch den 2. Februar: „Figaro's Hochzeit“, Oper v. Mozart.

Donnerstag den 3. Februar: Zum ersten Male: „Ein höflicher Mann“, Original-Lustspiel von Feldmann. Hierauf: „Der Fetzlschaß“, Alpenscene mit Gesang von H. M.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. v. d. Mark, Generalmajor v. Würzburg; Graf Karnicki, Legations-Secretär v. Wien.

Gold. Hahn. HH. Weinersheim, Kaufmann v. Frankfurt; Wanner, Proprietär von Prag; Dlle. Dusch, Privatiere von Augsburg.

Blaue Traube. HH. Rommel, Particulier v. Augsburg; Schmid, Fabrikant von Dillingen; Honegger, Kaufmann von Constanz.

Stachusgarten. HH. Maurer, Privatier, und Gelger, Maurermeister v. Lauingen; Mre. Deininger, Silberarbeiters-Gattin v. Diessling.

Gestorbene in München.

Anna Maier, Lohnkutscherstochter v. h., 44 J. alt; Genovefa Maier, ehemalige Dienstmagd v. h., 81 J. alt; Georg Scheurlon, Gensdarme zu Pferd von der k. Stadtcompagnie, 42 J. alt; Joseph Röckenschuß, bgl. Tuchfabrikant v. h., 35 J. alt.

Edictalladung.

Die mündliche Verhörscommission des k. Kreis- und Stadtgerichts München.

2264. In der Streitsache des Pankraz Götschel, Chevauxleger zu Baireuth, gegen Lorenz Rothbauer, Seifensiederssohn von Dingolfing, wegen Forderung, wird zur Erkenntnißeröffnung an den Beklagten auf

Montag den 6. März l. Js. Vormittags 9 Uhr

Termin im Zimmer Nro. 21 angesetzt, wozu Lorenz Rothbauer, dessen dermaliger Aufenthalt dem Gerichte unbekannt ist, unter dem Rechtsnachtheile geladen wird, daß im Falle seines Ausbleibens das am 24. November v. Js. erlassene Urtheil als an ihn verkündet erachtet würde.

Zugleich wird Lorenz Rothbauer aufgefordert, innerhalb 14 Tagen um so gewisser einen hierorts wohnenden Insinuationsmandatar zu bestellen, als sonst die an ihn ergehenden weiteren Verfügungen lediglich an die Gerichtstafel hierorts angeheftet, und hiedurch für richtig zugestellt erachtet würden.

Den 25. Januar 1848.

Der k. Kreis- und Stadtgerichtsrath:
Fresbeck.

Seibold, Actuar.

Bekanntmachung.

2265. (2a) Behufs der Befriedigung eines Hypothekgläubigers wird das in der Lerchenstraße dahier gelegene Anwesen Nro. 24 a, bestehend aus den zunächst an der Straße situirten drei Bauplätzen Pl. Nr. 5930 1/2, 5930 1/3 und 5930 1/4 zu einem Flächenraume von 14,600 Quadratschuh, aus dem hinter diesen Bauplätzen befindlichen einstöckigen, ganz gemauerten, mit Platten gedeckten und einem Kellergewölbe versehenen Hause sammt Hofraum und dem dabei befindlichen Gartencomplexe Pl. Nro. 5980 zu einem Flächenraume von 46,840 Quadratschuh, gerichtlich gewerthet auf 8983 fl., und mit 6901 fl. 11 kr. Hypotheken belastet, zum ersten Male der öffentlichen Versteigerung nach §. 64 des Hypotheken-Gesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 — 101 des Prozeß-Gesetzes vom 17. November 1837 unterstellt.

Versteigerungs-Tagsfahrt ist auf

Mittwoch den 29. März l. Js. Vormittags von 10 — 12 Uhr

dahier im Geschäftszimmer Nr. 36 des kgl. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Baron v. Schleich anberaumt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß dem Gerichte Unbekannte sich über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben.

Am 25. Januar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:
Barth.

Scheckenhofer.

Ankündigung.

Bei dem Unterzeichneten ist die von Hrn Professor Dr. Runge neu erfundene schwarze Tinte, die Maß zu 12 kr. — in größerer Quantität mit Rabatt — zu haben.

Diese Tinte hat außer der Wohlfeilheit vor der bisher gebrauchten noch wesentliche Vorzüge. Denn

1) behält die Schrift damit immer ihre schöne schwarze Farbe, die sich nie im Geringsten verändert, selbst wenn selbe längere Zeit in Wasser liegt oder an feuchten Orten aufbewahrt wird. Auch sogar die Einwirkung verdünnter Säuren bringt keine Veränderung hervor, was dieselbe zur Ausfertigung von Urkunden besonders empfiehlt.
2) Diese Tinte wird nie schimmlicht und trocknet schnell auf dem Papier.
3) Sie macht keinen Bodensatz, bleibt immer dünnflüssig, was ein großer Gewinn ist, weil sie bis auf den letzten Tropfen im Gefäße verschrieben werden kann; sie fließt auch leicht aus der Feder, und läßt an derselben keine schmierige zähe Masse oder trockne Krusten zurück.
4) Für die Stahlfedern ist diese Tinte die einzig zweckmäßige, da sie auf dieselben keine zerstörende Wirkung äußert, sondern selbe sogar gegen Rost schützt. — Was die Stahlfedern bisher so schnell abnützte, war der Vitriolgehalt und auch der Essig in der bis jetzt üblichen Tinte. Da diese neue aber nichts davon enthält, so bleibt eine solche Feder Monate lang zum Schreiben gleich tauglich, woraus der Werth derselben sich erst ergibt.
5) Die Schrift durch Stahlfedern mit dieser Tinte bleibt eben so unveränderlich wie mit Kielfedern. Sie übertrifft daher alle Vortheile der bisher gebrauchten Tinte, ohne ihre Nachtheile zu besitzen, und befriedigt alle Anforderungen.

München den 31. Januar 1848.

J. B. Neumüller,
Apotheker zur Rose.

2262.

Für die durch Brandunglück in Kemnath Heimgesuchten sind an Beiträgen eingegangen:

Uebertrag	17 fl. 12 kr.
Den 1. Febr. von C. v. L. und A. v. L.	10 fl. — kr.
Den 1. Febr. von K. P. mit dem Motto: „Gott segne es!“	1 fl. — kr.
Summe	28 fl. 12 kr.

Um weitere mildthätige Beiträge wird dringend gebeten.

Expedition der Münchener politischen Zeitung,
Kudrelgasse Nr. 2.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 29.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 29 kr., im III. Rayon 3 fl. 56 kr.

Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raume nur zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Donnerstag | XLIX. Jahrgang. | 3. Februar 1848.

Deutschland.

Bayern.

München. Aus dem königl. Regierungsblatt Nr. 4. vom 1. Febr. entnehmen wir weiter: Die Ernennung des Vorstands der Hebammenschule und der Gebäranstalt in München Dr. Anselm Martin, zum außerordentlichen Professor an der medicinischen Facultät der königl. Universität München in provisorischer Eigenschaft. — Pfarreien und Präsentations-Bestätigungen. Die Pfarrei Breitenthal dem Pfarrer zu Waltenhofen Johann Nepomuk Perkhammer; die Pfarrei Knöringen dem seitherigen Pfarr-Curaten zu Haldenwang Johann Baptist Gutekunst; die Pfarrei Neukirchen dem Pfarrer zu Vogtareuth, Heinrich Buchner; die Pfarrei Sünching dem Pfarrer zu Geiselhöring Johann Evangelist Schiller; die Pfarrei Gerbach dem Pfarrverweser zu Germersheim Sebastian Straub; die Pfarrei Ebrach dem Pfarrer zu Schnaid Joseph Holzschuh und die Pfarrei Heman dem Pfarrer zu Bärnau Georg Lehner. Se. Maj. der König haben allergnädigst zu genehmigen geruht, daß die Pfarrei Hutthurn von dem Hochwürdigen Hrn. Bischof zu Passau dem seitherigen Pfarrer zu Heining Georg Kiebelböck, die Pfarrei Fichtelberg dem Pfarrer zu Kollberg Franz Anton Augustin, und die Pfarrei Eggolsheim von dem Hochwürdigsten Hrn. Erzbischofe zu Bamberg dem Districtsschulinspector und Pfarrer zu Friesen Joseph Leipert verliehen werde. Die protestantische II. Pfarrstelle in Kirchenlamitz wurde dem Pfarramts-Candidaten Ferdinand Adolph Karl Reinhardt, aus Dinkelsbühl und die erledigte protestantische Pfarrei Dietkirchen dem bisherigen Pfarrer zu Finkenheim Johann Philipp Friedrich Welsch verliehen. — Ordensverleihungen. Se. kaiserl. Hoh. der durchlauchtigste Prinz und Erzherzog Stephan von Oesterreich, Palatinus von Ungarn, wurde unter die fürstlichen Ritter des Allerhöchsten Hausordens vom heiligen Hubertus aufgenommen und dem königl. Kämmerer, General-Lieutenant und General-Adjutanten Jakob Frhrn. v. Washington dahier wurde das Ehrenkreuz des königl. bayerischen Ludwigs-Ordens verliehen. (Schluß folgt.)

München, 2. Febr. (Zur Abfertigung ultramontaner Angriffe. Fortsetzung.) Angenommen die Münchener politische Zeitung sey von Regierungswegen subventionirt, wovon uns übrigens bisher nichts angezeigt worden, so ist es doch eine Infamie sonder Gleichen einem Blatte ächt communistische d. h. das Eigenthum beeinträchtige Tendenzen zur Last zu legen in demselben Augenblick, wo man das materielle und geistige Eigenthum jener Zeitung ohne alle und jede Begründung zu unterwühlen trachtet. Entschiedener kann sich doch der Jesuitismus seine Brandmale nicht aufdrücken. Und worin besteht nun der Communismus der politischen Zeitung? Darin, daß der Ehesegen der Königin von Portugal an einer einzigen Stelle in einer Einschaltung ein reicher Segen für das arme Volk genannt worden ist. Nicht Spott wird dieß dem erscheinen, der jenes Landes Verarmung, die jüngsten Vorgänge und die Zertretung alles gesunden Staatslebens in Erwägung zieht, sondern nur eine schmerzliche unwillkürlich den Geist überkommende Betrachtung ohne alle bösen Absichten. Was hat jene Stelle mit dem „echten Communism" zu thun? Niemals so lange klar und gewißenhaft gedacht wird, geschichtliche Erscheinungen nur nach geschichtlichen Begriffen gerecht bemeßen werden, mag aus jener Stelle ein communistisches Streben abgeleitet werden. Wenn Menschen sich freilich absichtlich vornehmen, alles was nicht in ihren Kreis sich einengen läßt, Radicalismus und Communismus zu nennen, wird jeder Streit ein total vergeblicher seyn. Wo der Gedanke, wo Begriffe fehlen, da stellt ja immer ein Wort und sey es auch noch so absurd, zu rechter Zeit sich ein. Man sollte glauben, die Vogelscheuche „Communismus" genüge, es sey mit ihr jemandem schon Alles nur irgend mögliche Böse und Verkehrte angedichtet; weit gefehlt; der Ultramontanismus dem es tagaus tagein wie ein Mühlrad im Kopfe umgeht, der nichts gar nichts von dem, was um ihn her, vorgeht, begreifen kann, der sich auf sich selbst nicht versteht, sonst würde er nicht Niederlage auf Niederlage häufen, schwazt alles durcheinander. Der echte Communismus ist ihm bald wieder ein serviler Radicalismus oder ein radicaler Servilismus oder ein hirnwüthiger Antikatholicismus und wie all des Unsinns mehr. (Fortsetzung folgt.)

Württemberg.

Stuttgart, 1. Febr. Gestern ward Sr. Maj. dem König die Dankadresse der Abgeordnetenkammer auf die Thronrede feierlich durch eine Abordnung überreicht. (Wir werden sie morgen vollständig nachliefern.) Der König in seiner Erwiderung sicherte abermals die thatkräftigste Verwendung für eine freie Presse am hohen Bundestage zu.

Preußen.

Aus Schlesien bringen die Breslauer Blätter furchtbare Schilderungen des in einigen Kreisen jener Provinz herrschenden Elends. So schreibt man aus Rybnik vom 20. Jan.: Neulich wurde berichtet, daß Leichen von Verhungerten auf dem Domänenamte Rybnik vorgefunden worden sind. Es hat sich nicht ermitteln lassen, ob es wirklich die Leichen von Verhungerten waren; denn diese Fälle eines solchen von vielen Unglücklichen erwünschten Todes wiederholen sich täglich und werden nur dann amtlich constatirt, wenn die Todten auf den Straßen oder Feldern gefunden werden und unbekannt sind. Die auf einander folgenden Mißernten dreier Jahre und das totale Mißrathen der Kartoffeln im vorigen Jahre haben als Folge des verbreiteten Genusses unverdaulicher und nicht nährender Lebensmittel, besonders Kleien, Gras rc., eine langwierige und langsam tödtende Entkräftung herbeigeführt. Diese Entkräftung ist jetzt in den Hungertyphus übergegangen, welcher von Oesterreich über die Gränze herübergekommen ist. Er brach zuerst in den niedern Volksclassen aus, und die Epidemie hat nunmehr ihre Ansteckung über alle Classen der Einwohner des Kreises verbreitet. Die Sterblichkeit hat schon gegen acht Procent der Bevölkerung des Kreises hinweggerafft. Die Noth ist allgemein. Die mäßigen Getreidepreise gewähren keine Hilfe; denn die verbreitete Massen-Armuth hat kein Geld zur Bezahlung der Lebensmittel. Die Anordnung größerer Arbeiten kann nichts nützen, denn die verhungerten und entkräfteten Menschen können nicht mehr arbeiten. So ist denn eine verzweifelte Abstumpfung da, bei der alles bettelt oder stiehlt, bis der Hungertod diesem schaudervollen Treiben ein Ende macht. Bei dem Allen geht es noch leidentlich, wo der Rittergutsbesitzer in der Nähe seiner darbenden Einsassen wohnt, dort wird nach den geringen Kräften für das elende Volk noch möglichst gesorgt. Wo aber der Gutsherr nicht am Orte wohnt, wo die Polizeibehörde zwei, drei oder mehr Meilen entfernt ist, wer sorgt dort in dieser Bedrängniß für die Kranken und die hilflosen Kinder? Erbarmt sich nicht die Wohlthätigkeit des gesammten Vaterlandes, wird nicht von Seiten des Staates auf das kräftigste eingeschritten, so ist der Ausgang des langsam anrückenden, jetzt aber in seiner ganzen Gräßlichkeit sich verbreitenden Uebels gar nicht abzusehen. Aus Pleß vom 21. Jan.: Es handelt sich nicht mehr um ein drohendes Uebel, sondern um den Schrecken der Wirklichkeit, der Alle mit Grausen erfaßt,

Gunehild von Schweden.

(Geschichtliche Novelle von M. v. St.)

(Fortsetzung.)

„Nun weiß ich," fuhr Thiorolf hochbegeistert fort, „warum ich mit geheimer Allgewalt mich in Deine Nähe gezogen fühlte, in der ich fortan auch nur zu leben vermag! Laß sie nur herankommen, Deine übermüthigen Verfolger! Auch in der Einsamkeit hat mein Arm das Schwert führen gelernt." Lächelnd, und nur zu gut die Quelle erkennend, aus welcher dieser lichte Redestrom sich ergossen, winkten ihm die Greise Mäßigung zu; doch blieb sein Auge zärtlichen Flehens feucht auf Gunawith's Zügen haften, als er, dem Gebot der ältern Männer Folge leistend, im Schweigen dem fortgesetzten Bericht des Führers der wunderlieblichen Jungfrau lauschte.

„Wallarmora, Gunawith's Mutter, fuhr dieser fort, war die Tochter des Königs von Wessex, im fernen Britenland. Nur dem strengen Befehl ihres Vaters gehorsamend, reichte sie dem wilden Germs ihre Hand; seit früher Kindheit bekannte sie sich zu der Lehre des Heilands und war von ganzer Seele Christin, so daß der Gedanke, einem Manne zu gehören, der diese Religion nicht kannte, sie innerlich erbeben machte. Sie mußte gehorchen, und ich, ihr getreuer Lehrer, geleitete sie in ihre neue Heimat, um Trost ihr und Stütze in den Stunden der Trübsal und der Versuchung zu seyn. Zum Glück fragte ihr Gemahl, dessen Leidenschaft für die sanfte, fromme Gemahlin bald verflogen war, wenig darnach, welchem Gotte sie opferte, allein stiller Gram und die Nothwendigkeit, vor dem Volke anders zu erscheinen, als die Stimme in ihrer Brust es gebot, zerstörten bald die zarten Lebenskeime, und noch zählte Gunawith, das Kind dort, nicht drei Sommer, als Gott sie aus den Armen eines ungeliebten Gatten ins Land der Vergeltung abrief." (Fortsetzung folgt.)

Mannigfaltiges.

(Fortsetzung des Auszugs aus dem Jahresbericht des Münchener Vereins gegen Thierquälerei.)

Der 20jährige Mörder W. H. Armbruster, (am 9. Oct. 1847 in Eßlingen in Württemberg abgeurtheilt). W. H. Armbruster ist ein Metzgerssohn aus Löchgau bei Bietigheim, und soll als Knabe schon ein verschlossenes, heimtückisches, gefühlloses Wesen gezeigt und besonders eine heillose Grausamkeit gegen Thiere an den Tag gelegt haben. Seine Lust zur Grausamkeit scheint sich, wahrscheinlich in Folge seines Handwerks, das täglich seinen Blick an Blutvergießen gewöhnte und sein Gefühl vollends abstumpfte, im Laufe der Jahre vermehrt zu haben; denn Augenzeugen berichteten namentlich eine (zu einer

welche dem jähen Abgrunde des tiefen und weiten Elendes nahe stehen. Im hiesigen wie im Rybniker Kreise hat der Hunger und die aus demselben hervorgegangene epidemische oder endemische Krankheit die Bewohner gezehntet, und ihre Reihen gelichtet. Im Jahre 1847 starben nach zuverlässigen Nachrichten im hiesigen Kreise gegen 4500 Personen mehr, als im vergangenen Jahre 1846. In manchen Kirchspielen sind 15 — 20 Procent der Einwohner dahingerafft worden. Wie viele Kinder sind vater- und mutterlos zurückgeblieben und dem Elende dem Hunger und dem Froste Preis gegeben! Die Noth ist zu allgemein, als daß die Gemeinden im Stande wären, so viel Waisen zu ernähren.

Schleswig-Holstein.

Altona, 27. Jan. Hier wie in allen Städten der Herzogthümer haben die üblichen Beeidigungen sämmtlicher Behörden, der Garnison und des Bürgermilitärs für den neuen Regenten schon stattgefunden, alles ist ruhig und ohne Anstand abgelaufen. (A. Z.)

Oesterreich.

Zu Wien starb am 28. Jan. die verwittwete Frau Herzogin Julie von Anhalt-Cöthen, geborne Gräfin von Brandenburg, 55 Jahre alt.

Wien, 29. Jan. Das Chevauxlegers-Regiment, „Fürst Liechtenstein" und das Infanterieregiment „Baron Fürstenwärther," ersteres in Schlesien, das letztere in Ober-Oesterreich stationirt, haben ebenfalls Befehl erhalten nach Italien zu rücken. (A. Z.)

Die österreichische Handelsmarine hat sich im verwichenen Jahr um 22 Schiffe langer Fahrt von 10,906 Tonnen vermehrt; sie belief sich Ende 1847 auf 577 Segelschiffe langer Fahrt von 164,936 Tonnen. Außerdem besitzt Oesterreich 24 der Dampfschifffahrtsgesellschaft des Lloyd gehörende Seedampfboote im Gehalte von 9782 Tonnen mit 3190 Pferdekraft. Im Bau und Umbau begriffen sind 7. (Oester. Lloyd.)

Schweiz.

(Schluß der Dank-Proclamation an die eidgenössische Armee.) Indem die Eidgenossenschaft eine Krise glücklich durchmachte, die nur noch mit Waffengewalt gelöst werden konnte, ist sie einiger und stärker als je aus der Prüfung hervorgegangen, der sie widerstanden hat. Das Gefühl, daß die Schweiz eine Nation ist, und daß sie, nächst Gott, ihre Unabhängigkeit nur sich selbst verdankt, ist tiefer und lebhafter als je geworden, in Folge des gewonnenen Bewußtseyns, daß sie die Mittel besitzt, diese köstlichen Güter, die Bedingungen ihres Daseyns, zu vertheidigen. Unter dem Schutze des eben wieder befestigten Friedens kann die Schweiz an ihrer materiellen Wohlfahrt und an der Vervollkommnung ihrer Staatseinrichtungen arbeiten. Ihr seyd stolz darauf, zu diesen großen Ergebnissen so mächtig mitgewirkt zu haben. Und wenn wider Erwarten ein äußerer oder innerer Feind es versuchte, diesen Frieden zu stören, so wüßtet Ihr, eidgenössische Wehrmänner! Euch von Neuem zu erheben und seine Unternehmungen zunichte zu machen. Wahr ist es, diese Resultate sind nicht ohne ungemein große Opfer von Seite der Eidgenossenschaft, der Kantone, der Gemeinden, der Wehrmänner und anderer Bürger erreicht worden. Aber glücklicher Weise übersteigen dieselben unsere Kräfte nicht, und diese Ausgaben, die bald wieder ersetzt seyn werden, sind reichlich ausgeglichen durch den Aufschwung welchen alle Nationalkräfte gewonnen haben, sowie durch die Achtung, mit der die Schweiz umgeben ist. Ein viel schmerzlicheres Opfer ist dasjenige des Lebens einer gewissen Anzahl schweizerischer Wehrmänner, sind die schweren Wunden, von welchen viele unter ihnen betroffen worden sind. Es ist allerdings richtig, daß die Anzahl der Todten und der Verwundeten im Vergleich mit dem, was hätte begegnen können, und im Verhältniß zu den ins Feld gestellten Kräften gering ist. Aber das Vaterland trägt nichtsdestoweniger Trauer um seine Söhne, es fühlt nichtsdestoweniger die Betrübniß der Wittwen und Waisen und die Leiden der Verwundeten. Es tröstet sich einzig im Hinblick auf die Lorbeeren, welche die Stirne jener Krieger umkränzen, und auf den Glanz, den sie auf den Schweizernamen geworfen haben. Ehre also den Tapfern, die auf dem Schlachtfelde umgekommen oder verwundet worden sind. Sie haben mit ihrem kostbaren Blute die Sache des gemeinsamen Vaterlandes besiegelt. Ihre Namen, in unauslöschlichen Zügen ins Herz der Zeitgenossen gegraben, werden der Nachwelt überliefert werden. Die Gaben, welche zu Gunsten der Opfer so reichlich aus der Schweiz, selbst aus dem Auslande fließen, die Summen, welche die Eidgenossenschaft diesem Werke der Gerechtigkeit und der Pietät geweiht hat, geben sattsames Zeugniß, daß die Republiken nicht undankbar sind, und daß, wenn es sich um Wohlthätigkeit handelt, die Völker sich eine brüderliche Hand zu reichen wissen. Die besondere Erwähnung, die so eben von den Todten und Verwundeten gemacht worden ist, mindert in nichts die Dankbarkeit des Landes gegen alle Bürger, welche die Waffen für das Vaterland ergriffen haben — sowohl Milizen als Freiwillige. Officiere, Unterofficiere und Soldaten, Wehrmänner aller Waffen und aller Grade! Ihr habt Euch würdig erzeigt des unbeschränkten Zutrauens, welches die Nation in Euern Muth und in Eure Hingebung gesetzt hat! Ihr habt die Erwartung erfüllt, welche Euch die Tagsatzung in ihrer Proclamation vom 4. Wintermonat abhin ausgedrückt hat. So erklären wir denn auch im Namen der Schweiz: „Die eidgenössische Armee hat sich um das Vaterland hoch verdient gemacht." Jeder von Euch wird ein Exemplar gegenwärtiger Proclamation empfangen als Zeugniß der vollen und gänzlichen Zufriedenheit der Bundesversammlung. Und damit der Armee diese Anerkennung noch auf glänzendere Weise in der Person ihres Führers ausgesprochen werde, haben wir dem General Dufour einen besonderen Ehrenbeweis zuerkannt. Die Tagsatzung will sich nicht von Euch trennen, eidgenössische Wehrmänner, ohne Euch ihre lebhafte Erkenntlichkeit darüber auszusprechen, daß Euer Muth der Energie, die sie unter schwierigen Umständen entfalten mußte, kräftig Hand geboten hat. Die Repräsentanten der Schweiz wünschen sich Glück, daß sie einig gegangen sind mit der Armee, daß sie von ihr so gut begriffen und unterstützt worden sind. Zum Schlusse fühlen wir uns gedrungen, die lebhafteste Danksagung an Denjenigen zu richten, ohne dessen Hilfe die Anstrengungen des Menschen ohnmächtig und seine Versuche eitel sind. Gott hat die Schweiz sichtbarlich geschützt und unsere Sache gesegnet. Er hat Euch mit seinem unbesieglichen Schilde gedeckt und durch die Kraft seines Armes habet Ihr überwunden. Ehre und Ruhm für und für — sey deßwegen gebracht dem allmächtigen Gott! So beschlossen in unserer Sitzung zu Bern, den 22. Jan. 1848. Die ordentliche eidgenössische Tagsatzung: In deren Namen, Der Präsident des Regierungsrathes des eidgenössischen Vorortes Bern, Präsident der Tagsatzung, Ochsenbein. — Der eidgenössische Staatsschreiber: Schieß.

Zürich, 29. Jan. Die provisorische Regierung von Freiburg hat den noch bestehenden zehn Klöstern bereits Verwalter bestellt. — Die Regierung von Luzern hat gegen die katholische „neue Luzerner Zeitung" eine Klage eingeleitet. — Die Regierung hat das Deficit in der eidgenössischen Kriegscasse und den Rest an der ersten Kriegskosten-Rate vollständig bezahlt. — Die Freiburger sogenannte katholische Gesellschaft ist aufgehoben und Geldstrafen von 1—100 Fr. treffen die welche bei Wiederherstellung eines ähnlichen Vereins sich betheiligen. Ueber das Eigenthum dieser Gesellschaft wird der Staat verfügen. (Das wird aber eines Freistaats unwürdig seyn.)

Italien.

Rom. Der neue Staatssecretär, Cardinal Bofondi, war, als der Papst noch als Erzbischof in Imola wohnte, sein beständiger Begleiter und Freund.

Die „Gazzetta di Roma" meldet die Ernennung des Fürsten di Roviano zum Generalsyndicus.

Turin, 27. Jan. Der nunmehr von Rom und Rußland ratificirte Vertrag über die Angelegenheiten der katholischen Kirche in Rußland läßt die Sache beim alten. Von Gregors Anforderungen an die russische Regierung sind nur zwei oder drei, sämmtlich von höchst untergeordneter Natur gewährt worden; die Hauptbeschwerden bleiben unerledigt. (A. Z.)

Neapel, 21. Jan. Von Palermo sind gestern auf einem Dampfboot der Regierung einige russische Familien angekommen, die, was man bisher wußte, bestätigen. Eine provisorische Regierung besteht und erhält eine musterhafte Ordnung in der Stadt. Geld sey im Ueberfluß vorhanden, wozu auch die Jesuiten beigesteuert haben. Die Beschießung während der ersten zwei Tage soll in den Volksquartieren arge Verheerungen angerichtet haben. Die Truppen sind im gleichen unthätigem Zustand, die von hier gesandten müssen bei Nacht auf spärliche Fouragirung ausziehen. Von der übrigen Insel weiß man jetzt, daß sie Palermos Beispiel folgte. Bei der Regierung hier und im königl. Palast soll eine unglaubliche Verwirrung herrschen; Befehle und Gegenbefehle durchkreuzen sich. Der Commandant von St. Elmo soll auf ein gegebenes Zeichen angewiesen seyn auf die Stadt zu schießen. Der Polizeiminister Delcaretto sey verschwunden. Man sagt sich als ganz bestimmt, die geheimen Leiter der Bewegung haben bereits Tausende von Leuten angeworben und bezahlt, um auf den ersten Wink bereit zu seyn; in der Provinz Salerno breite sich der Aufstand aus, Truppen seyen zurückgeschlagen worden 2c. In Sicilien kann der Kampf nur mit der Constitution von 1812 enden. Von Palermo lautet der jüngste Bericht des dortigen Obergenerals, daß er von den hingeschickten 4000 Mann kaum noch über 1200 verfüge, die andern sind theils gefangen, theils umgekommen, theils krank; sie leiden an allem Noth, das Volk achtet die Eigenthumsrechte.

(Schw. Mkr.)

Livorno, 26. Jan. In Sicilien schlägt man sich fortwährend; viele Verwundete waren in Neapel angekommen. In Salerno ist der Aufstand ausgebrochen, und man erwartet jeden Augenblick in Neapel ein gleiches. — Hier ward diesen Morgen in der Domkirche ein feierliches Todtenamt „für die in Cosenza gefallenen Märtyrer" gehalten. Unsere Bürgergarde, sowie die Pi-

---

gewissen Zeit) vorgefallene Rohheit beim Schlachten eines Kalbes, das er elendiglich marterte. Erst am 3. August 1847 ließ mir der würdige Hr. Dechant Forster von Berchtesgaden schreiben, daß der einzige seiner Schüler, der sich durch Grausamkeit gegen Thiere hervorthat und namentlich einmal eine lebendige Katze in einem glühenden Ofen verbrannte, jetzt eben sein Strafurtheil wegen eines Criminalverbrechens erwarte. Wird es wohl noch lange in den gebildeten Classen Menschen geben, die die Wichtigkeit der Vereine gegen Thierquälerei bezweifeln, oder vornehm über sie hinwegsehen, oder sich in Witz und Spott über sie oder in der abgenützten Phrase gefallen: „man solle lieber Vereine gegen Menschenquälerei gründen?" (Fortsetzung folgt.)

(Zur Religionsstatistik Deutschlands.) Dr. Eugen Huhn theilt in Frhrn. v. Reden's „Zeitschrift des Vereins für deutsche Statistik" nachstehende, auf die neuesten officiellen Erhebungen gegründete religionsstatistische Tabelle über das Gebiet des deutschen Bundes mit:

	Katholiken.	Protestanten.	Juden.
Oesterreich	11,358,438	245,549	121,553
Preußen	4,368,989	7,306,861	99,348
Bayern	3,061,547	1,319,458	59,292
Sachsen	30,502	1,726,418	882
Hannover	219,748	1,542,755	11,208
Würtemberg	523,000	1,190,901	11,266
Baden	873,846	438,742	22,609
Kurhessen	104,524	619,676	22,398
Hessen-Darmstadt . . .	209,500	596,868	28,325
Holstein und Lauenburg .	833	496,465	3,137
Luxemburg und Limburg .	376,809	—	141
Braunschweig	2,565	264,020	980
Mecklenburg-Schwerin .	536	500,646	3,318
Nassau	188,466	219,045	6,788
Sachsen-Weimar . . .	10,202	240,137	1,648
Sachsen-Gotha	—	143,534	400
Sachsen-Meiningen . . .	888	154,534	1,508
Sachsen-Altenburg . .	—	125,342	—
Mecklenburg-Strelitz . .	—	93,606	800
Oldenburg	74,548	201,107	1,404
Anhalt-Dessau	125	60,866	1,700

ſamer Univerſitätsgarde wohnten der Feierlichkeit in großer Anzahl bei. (A. Z.)

Aus Toskana. Am 25. Jan. begannen zu Florenz die Sitzungen der Delegirten-Verſammlung zu Berathung eines neuen Gemeindegeſetzes.

Von der lombardiſchen Grenze, 25. Jan. Dem öſterreichiſch-italieniſchen Armeecorps ſind neuerdings 2 Regimenter Infanterie, 1 Regiment Cavallerie und 1 Bataillon Jäger Verſtärkungen zugewieſen. Das Regiment Ritter von Heß, im Marſch nach Mailand begriffen, iſt geſtern in Trieſt angekommen. (A. Z.)

Belgien.

Brüſſel, 23. Jan. Sämmtliche Artikel des Juſtizbudgets ſind in der geſtrigen Sitzung der Repräſentantenkammer angenommen worden. Die Verhandlungen ſind täglich die alten Kämpfe zwiſchen den jetzigen Inhabern der Staatsgewalt und der geiſtlichen Partei. (B. Bl.)

Frankreich.

Paris, 30. Jan.

Bei Berathung vom 4ten Adreßparagraphen (die Ankündigung der Vorlage mehrerer Geſetzentwürfe betreffend) die ſich durch mehrere Sitzungen hingezogen, hat die Kammer der Abgeordneten ein betrübendes Schauſpiel dargeboten. Sämmtliche bisher kundgewordenen Stellenkaufsanklagen wurden nach der Reihe wieder aufgewärmt, Guizot ziemlich offen der Unredlichkeit geziehen und ein Auftritt zwiſchen Hrn. Girardin, dem Geranten der Preſſe und dem Siegelbewahrer Hrn. Hébert brachte den Straßenunfug der ärgſten Perſönlichkeiten auf die Tribune. In der geſtrigen Sitzung gelangte die Kammer zur Berathung des Paragraphen der italieniſchen Politik. Es ſprachen drei Redner Lamartine, Guizot, Mauguin. Der erſtere ſcheint mit ſeinem Plaidoyer pour le peuple italien durchgefallen. Die Berathung ward auf nächſten Montag vertagt.

Großbritannien.

London, 29. Jan.

Einer iſraelitiſchen Wochenſchrift zufolge wird am 11. Febr. am Wiederbeginn der Unterhausverhandlungen Sir R. Peel die erſte Rede für Judenemancipation halten; im Haus der Lords hätten der greiſe Herzog von Wellington und 7 unter den 26 Biſchöfen ihre Unterſtützung zugeſagt. — Auch wird dem Parlament die geſammte mit der Schweiz gepflogene diplomatiſche Correſpondenz in einem „blauen Buche“ (vom Einband zubenannt) von nahe 300 Folioſeiten unterbreitet werden.

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Jan. König Friedrich hat folgendes Reſcript an die däniſche Kanzlei erlaſſen: „Mit Hinſicht auf das von uns in Veranlaſſung unſerer allerhöchſten Thronbeſteigung erlaſſene königl. Patent vom 20. haben wir uns allergnädigſt veranlaßt gefunden, alle in unſerem Königreiche und unſern Herzogthümern der Zeit bei den Gerichten ſchwebenden Proceſſe über politiſche und Preßvergehen niederzuſchlagen. Unſere Kanzlei hat in Uebereinſtimmung hiermit das Nothwendige zu veranſtalten und thunlichſt ſchnell dieß unſer allerh. Reſcript zur öffentlichen Kunde zu bringen! Wir befehlen Euch Gott. Gegeben in unſerem Schloſſe Chriſtiansburg am 24. Jan. 1848. Frederik R. (An unſere däniſche Kanzlei.)“ (Nordd. Bl.)

Auf Grund der vielfachen dringlichen Staatsgeſchäfte hat der König beſchloſſen vorläufig keine aus Anlaß ſeiner Thronbeſteigung an ihn gerichteten Adreſſen anzunehmen. Die von den in der Hauptſtadt anweſenden 15 Ständedeputirten der däniſchen Inſeln und den ſämmtlichen Kopenhagener Bürgerrepräſentanten unterzeichneten übereinſtimmenden Anträge an den König verlangen eine verfaſſungsgemäße beſchließende und geſetzmäßige Theilnahme an der Leitung der Staatsangelegenheiten, und daß eine Commiſſion aus das Vertrauen des Königs und des Volks beſitzenden Männern aus den verſchiedenen Theilen des Landes zuſammenberufen werde, um eine freie conſtitutionelle Verfaſſung zu entwerfen, die ſodann der Schlußberathung durch die vereinigten Stände der Provinzen untergelegt werde. (D. A. Z.)

Am 24. Vormittags hatte der Magiſtrat von Kopenhagen, aus Veranlaſſung der Thronbeſteigung Audienz; auf die Anrede des Oberpräſidenten erwiederte der König unter anderm: „Ich habe bereits in dem offenen Briefe meinem Volke es erklärt, daß es mein erſtes und wichtigſtes Vorhaben ſeyn wird meines hochſeligen Vaters Beiſpiel zu folgen und namentlich das Werk der Ordnung der öffentlichen Verhältniſſe des Staats, welches er, mit unter meinem Antriebe, eben im Begriff ſtand auszuführen als er auf das Siechbett geworfen wurde, zu vollenden. Ich habe damit ausgeſprochen, was ich in mehrfacher Hinſicht für den Augenblick ausſprechen mußte und konnte, und ſo gewiß ich mein königl. Wort halte, ſo gewiß, ſo ſicher verlaſſe ich mich darauf, daß das Volk mit Vertrauen in ſeinen König den Beſchluß, den ich in dieſer gewichtigen Angelegenheit faſſen will, abwarte.“

Kiel, 26. Jan. In Kopenhagen iſt man nicht ohne Beſorgniß vor einer conſtitutionellen Bewegung. Nachdem die an die Kopenhagener Deputation geknüpften Hoffnungen geſcheitert ſind, ſucht man eine große Volks-Adreſſe, zu der man die Unterſchriften hausweiſe erbittet, folgen zu laſſen. (Weſ. Z.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 18. Jan. Die kürzlich erfolgte Verwerfung der Regierungsvorſchläge, über die Verlegung der Marine-Etabliſſements von Gothenburg nach Marſtrand ſelbſt im Adel- und Prieſterſtand iſt, wie „Aftonblad“ bemerkt, die ſtärkſte Niederlage, welche die Regierung ſeit langer Zeit erlitten. (Nordd. Bl.)

Türkei.

Konſtantinopel, 12. Jan. Der Miniſter des Aeußern, Ali Effendi, wurde zum Muſchir erhoben. Reſchid Paſcha, der Großweſſier, erhielt eine lebenslängliche Gehaltszulage von 50,000 Piaſter monatlich. Hr. Muſſurus wurde in voriger Woche vom Sultan empfangen. Die Cholera macht weitere Fortſchritte, beſonders in den Umgebungen Konſtantinopels. (A. Z.)

Börſen-, Handels- und Eiſenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 1. Febr. Bayeriſche 3½ pCt. Obligationen 91½ P., — G. Bayeriſche Bankactien 1. Semeſter 1848 660 P., — G. Promeſſen per Stück Agio 76 P., — G. Oeſterreichiſche Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 103 P., — G.; 4pCt. 90 P., — G.; 3pCt. 64 P., — G. Bankactien I. Semeſter 1570 P., — G. Württembergiſche 3½ pCt. Obligationen — P., 88 G. Darmſtädter 50 fl.-Looſe 75 P., — G. Badiſche 50 fl.-Looſe von 1840 55 P., — G. Badiſche 35 fl.-Looſe 35½ P., — G. Badiſche 3½ pCt. Obligationen — P., 88 G.

Frankfurt, 31. Jan. Metall. 5pCt. 102½; 4pCt. 88½; 3pCt. 65; Bankactien 1918; Taunus-Eiſenbahn-Actien 358½; kurheſſ. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 56½; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eiſenbahn 87½; bayer. Ludwigs-Canal 62.

Wien, 29. Jan. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 101½; zu 4pCt. in CM. 86; zu 3pCt. in CM. 63; Bankactien per Stück 1550; Nordbahn 130.

Amſterdam, 29. Jan. 2½ pCt. 54¾; 3pCt. $65\frac{11}{16}$; 4pCt. 84¾; Synd. 3½ pCt. —; Handels-Maatſchappy 162½; Ard. 15½; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. —.

Paris, 29. Jan. 3pCt. 74 Fr. 70 C.; 5pCt. 117 Fr. — C.

Straßburg, 30. Jan. Die hier verſammelten franzöſiſchen und bayeriſchen Commiſſäre, welche ſich über die Führung der Bahn von Straßburg an die rheinbayeriſche Grenze verſtändigen ſollten, haben ſich für den Bahnriß längs des Gebirges über Biſchweiler, Hagenau, Sulz und Altenſtadt (bei Weißenburg) ausgeſprochen. (Schw. Mkr.)

London, 28. Jan. Conſols 89¾.

Die Bank von England hat ihren Disconto von 5 auf 4 pCt. herabgeſetzt.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerſtag den 3. Februar: Zum erſten Male: „Ein höflicher Mann“, Original-Luſtſpiel von Feldmann. Hierauf: „Der Fehlſchuß“, Alpenſcene mit Geſang von H. M.

Freitag den 4. Februar: „Steffen Langer aus Glogau, oder: Der holländiſche Kamin,“ Original-Luſtſpiel in 4 Acten und einem Vorſpiele: „Der Kaiſer und der Seiler,“ in 1 Act, v. Chr. Birch-Pfeiffer.

Fremdenanzeige.

Hôtel Maulik. HH. v. Allwill, Gutsbeſitzer v. Hannover; Condray, Rentier von Paris; König, Privatier von Blieskaſtel.

Gold. Kreuz. HH. Liedl, kgl. Poſthalter v. Sauerlach; Karg, Baupraktikant v. Lichtenfels; Kreitmayr, Privatier v. Freyſing.

Blaue Traube. HH. Berlh, Partikulier von Nürnberg; Cochland, Oberlieutenant v. Salzburg.

Stachusgarten. HH. Dr. Neuburger v. Augsburg; Hozendol, Revierförſter v. Illertiſſen.

Getraute in München.

HH. Joh. Georg Näger, kgl. Schäfflermeiſter v. h., mit Kreszentia Ratzmaier, b. Schäfflermeiſterstochter v. Dachau; Alois Joſeph Pronberger, Kaſſier in der Leihanſtalt der Vorſtadt Au, mit Maria Huber, Gütlerstochter v. Maiſach; Joh. Lederer, Zimmergeſelle v. h., mit Franziska Rank, b. Holzmeſſerstochter v. h.; Eugen Eigershauſen, kgl. Poſtoffizial v. Augsburg, mit A. M. Eva Wimmelbacher, Schullehrerstochter von Bamberg; Karl Thomas Aß'n, Hautboiſt im Inf.-Reg.

	Katholiken.	Proteſtanten.	Juden.
Anhalt-Bernburg	—	46,129	500
Anhalt-Köthen	—	41,706	400
Schwarzburg-Sondershauſen	—	57,909	—
Schwarzburg-Rudolſtadt	—	69,891	—
Hohenzollern-Hechingen	19,403	—	740
Liechtenſtein	6,351	—	—
Hohenzollern-Sigmaringen	44,616	—	—
Waldeck	—	57,753	1,000
Reuß	—	109,686	—
Schaumburg-Lippe	—	36,764	—
Lippe-Detmold	—	101,462	—
Heſſen-Homburg	1,922	22,451	—
Lübeck	400	41,257	4,406
Frankfurt	9,000	52,425	4,406
Bremen	—	72,820	—
Hamburg	3,100	153,640	10,000
Zuſammen	21,489,858	18,352,610	416,334

Bei einigen der kleineren, faſt ausſchließlich Einer Confeſſion zugewendeten Staaten konnte die äußerſt geringe Zahl der, anderen Religionen zugehörigen Einwohner nicht angegeben werden; es gleichen ſich aber beide Confeſſionen dabei aus, und entſteht dadurch keine Differenz. Die Deutſchkatholiken und Griechen ſind in der Tabelle der Katholiken, die Mennoniten und Herrenhuter den Proteſtanten zugetheilt. Die Deutſchkatholiken zählen bereits 160,000 Mitglieder.

Leipzig, 25. Jan. Geſtern Abend feierte der Literatenverein zum ſiebenten Male ſein Stiftungsfeſt. Dr. Wuttke, dermaliger Vorſtand des Vereins, eröffnete die Feſtlichkeit mit einer Rede, welche in gedrängter Kürze die Entſtehung des Vereins und ſeiner Thätigkeit ſchilderte. Die allgemeinſte Theilnahme der Verſammlung fand der geiſtvolle Vortrag Dr. Kühne's, welcher ſich über das wichtige Thema, das in der geſammten deutſchen Literatur ſo häufig wiederklingt, „den Zwieſpalt des Talentes mit der Geſinnung“, verbreitete. Der hieſige Schriftſtellerverein zählt gegenwärtig 133 Mitglieder, von denen einige ſiebenzig außerhalb Leipzig leben. (Köln. Z.)

König, mit Theresia Bauer, Wirthstochter von Hohenaschau; Andreas Friedrich Kalb, Hautboist im Infanterie-Regimente König, mit Elisabetha Schrödel, Vogelhändlerstochter v. h.; Joseph Huber, herrschaftlicher Kammerdiener, mit M. A. Och, herrschaftliche Kutscherstochter v. h; Karl Emanuel d'Herigoyen, kgl. Forstcommissär, mit Frl. Karolina Lampertina v. Gärtner, k. Oberbauraths- und Directorstochter v. h.; Friedr. Eggel, fürstl. Oettingen-Wallerstein'scher Secretär, mit Kath. Winter, Goldarbeiterstochter v. h.; Georg Heinrich Walichhaus, Schneidergeselle v. Zweibrücken, mit Barbara Müller, Schneidermeisterstochter v. h. — In Aschaffenburg: Joseph Eisenhofer, k. Reitknecht v. h., mit Elisabetha Löchler, Bierbräuerstochter v. Aschaffenburg.

Bekanntmachung.

2259. (2b) Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Anwesen Haus Nr. 8 an der Nymphenburger-Landstraße nach §. 64 des Hypothekengesetzes und §§. 98 — 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 dem öffentlichen Verkaufe unterstellt, und ist Versteigerungs-Tagsfahrt auf

Donnerstag den 9. März 1848 Vormittags von 10—12 Uhr im Geschäftszimmer Nro. 35 über 2 Stiegen

anberaumt.

Dieses Anwesen besteht aus einem Wohnhause, welches mit ebener Erde 2 Stockwerk hoch ist und gewölbte Keller und Dachwohnungen hat, aus einem kleinen Gärtchen und Communhofraum, in welchem sich einige hölzerne Hüttchen und ein Communbrunnen befindet

Dasselbe ist geschätzt auf 4300 fl., mit 2500 fl. der Brandversicherung einverleibt, und mit 2682 fl. Hypothekschulden belastet.

Bemerkt wird, daß der Hinschlag des Anwesens an den Meistbietenden erst bei Erreichung des Schätzungspreises erfolgt, und daß dem Gerichte unbekannte Käufer bei der Tagsfahrt ihre Zahlungsfähigkeit nachzuweisen haben.

München den 7. Jan. 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Sengel.

Bekanntmachung.

2265. (2b) Behufs der Befriedigung eines Hypothekgläubigers wird das in der Lerchenstraße dahier gelegene Anwesen Nro. 24 a, bestehend aus den zunächst an der Straße situirten drei Bauplätzen Pl. Nr. 5930½, 5930⅓ und 5930⅓ zu einem Flächenraume von 14,600 Quadratschuh, aus dem hinter diesen Bauplätzen befindlichen einstöckigen, ganz gemauerten, mit Platten gedeckten und einem Kellergewölbe versehenen Hause sammt Hofraum und dem dabei befindlichen Gartencomplexe Pl. Nro. 5980 zu einem Flächenraume von 46,840 Quadratschuh, gerichtlich gewerthet auf 8983 fl., und mit 6901 fl. 11 kr. Hypotheken belastet, zum ersten Male der öffentlichen Versteigerung nach §. 64 des Hypotheken-Gesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 — 101 des Prozeß-Gesetzes vom 17. November 1837 unterstellt.

Versteigerungs-Tagsfahrt ist auf

Mittwoch den 29. März l. Js. Vormittags von 10 — 12 Uhr

dahier im Geschäftszimmer Nr. 36 des kgl. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Baron v. Schleich anberaumt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß dem Gerichte Unbekannte sich über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben.

Am 25. Januar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Scheckenhofer.

Bekanntmachung.

2237. (2a) Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Anwesen Nr. 43 an der Sendlingerstraße nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 — 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 dem öffentlichen Verkaufe unterstellt, und ist Versteigerungs-Tagsfahrt auf

Mittwoch den 29. März 1848 Vormittags 10 — 12 Uhr im Zimmer Nro. 35 über 2 Stiegen

anberaumt.

Dieses Anwesen besteht aus einem mit dem Erdgeschosse zwei Stockwerk hohen Wohnhause, welches theils gewölbte, theils mit Balken überdeckte Keller hat und aus einem Hofraume, in welchem sich ein zweistöckiges Hintergebäude, mehrere hölzerne Hütten und eine von Holz erbaute Stallung, so wie ein Pumpbrunnen befinden.

Daßelbe ist auf 7500 fl. geschätzt, mit 3000 fl. der Brandversicherung einverleibt, und mit 14,000 fl. Hypothekschulden belastet.

Bemerkt wird, daß der Hinschlag an den Meistbietenden nur bei Erreichung des Schätzungswerthes erfolgt, und dem Gerichte unbekannte Käufer bei der Tagsfahrt ihre Zahlungsfähigkeit nachzuweisen haben.

Beschlossen am 1. Februar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Klement Mayr.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

2255. (3b) Mittwoch den 16. Feb. 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Jänner 1847, und zwar von

Nro. 23,401 bis 31,428.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

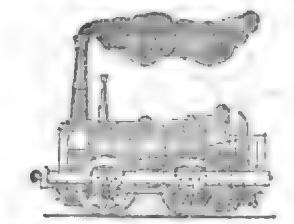
Hierauf Dienstag den 22. Febr. 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 22. Jan. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.
L. Negriali, Mag.-Rath.

Schnetz, Cassier. — Offenbrunner, Controleur.

Pfälzische Rhein-Eisenbahn- (bisher Speyer-Lauterburger) Gesellschaft.



2266. Der, von Sr. Maj. dem Könige von Bayern allergnädigst concessionirten pfälzischen Rheinbahn-Gesellschaft ist in der Generalversammlung der Actionäre vom 24. lauf. Mts., auf den Grund einer Entschließung der kgl. Ministerien des Innern und der Finanzen, vorgeschlagen worden:

Die Bahn, (deren Richtung von Speyer über Germersheim bis Kandel unverändert bleibt) von Kandel aus, nicht, wie bisher angenommen war, nach Lauterburg, sondern, zum Anschlusse an den französischen (Straßburger-) Schienenweg, nach dem Gränzpuncte Altenstadt, bei Weissenburg, zu führen, für welchen Fall der Gesellschaft, von Seite des bayerischen Staates, auf die ersten 25 Betriebsjahre eine Zinsengarantie von 4 Procent zugesichert wird, welche bei der nächsten Ständeversammlung in Antrag gebracht werden soll.

Die Generalversammlung zog in Erwägung:

daß zwar die Mehrlänge von 6900 Meter (ungefähr 1½ Stunden), welche die Kandel-Weissenburger Bahnlinie, gegen die Kandel-Lauterburger, darbietet, einen verhältnißmäßig größeren Kostenaufwand bedingt; daß aber anderseits:

a) die Weissenburger Bahnlinie; (bei ähnlichen, fast gleich günstigen Terrainverhältnissen wie auf der Lauterburger Linie), in der Pfalz wie im Elsaße eine starke Bevölkerung unmittelbar berühren und, in geringer Entfernung, zur Seite haben wird, während die Lauterburger Linie, von Kandel aufwärts, in der Pfalz durch den menschenleeren Bienwald, und im Elsaße durch eine gering bevölkerte Gegend ziehen würde;

b) daß bei Annahme der Weissenburger Richtung die Zinsengarantie von Seite des Staats eintritt, welche für die Lauterburger Linie früher schon versagt wurde und jetzt nicht mehr zu hoffen ist.

Hiernach hat die pfälzische Rheinbahngesellschaft in der Generalversammlung der Actionäre vom 24. Jan. 1848 den Vorschlag der kgl. bayer. Staatsregierung: gegen Verleihung der Zinsengarantie, zu 4 Procent, in der Richtung auf Weissenburg zu bauen, mit 596 gegen 9 Stimmen angenommen, mit dem Vorbehalte jedoch: daß es jedem Gesellschaftsmitgliede frei steht, mittelst einer, innerhalb zwei Monaten, sohin vor dem 25. März 1848, abzugebenden Erklärung aus der Gesellschaft zu treten und die geleistete Einzahlung, deductis deducendis, zurückzunehmen.

Dieser Beschluß wird durch Gegenwärtiges in denselben Blättern, worin auch die obgedachte Generalversammlung ausgeschrieben war, veröffentlicht, mit dem Bemerken:

1) daß in der Austrittserklärung die Nummer jeder einzelnen Actie, für welche das Austrittsrecht ausgeübt werden will, nach den Actieninterimsscheinen vom Jahre 1845 anzugeben ist;

2) daß die Erklärung von dem Inhaber der Actieninterimsscheine eigenhändig zu unterzeichnen, von Seite der einschlägigen Ortsbehörde aber die Unterschrift zu beglaubigen und der Besitz der Scheine zu bestätigen ist;

3) daß jeder, wie für alle Actien, die er besitzt, so auch blos für einen Theil derselben das Rücktrittsrecht ausüben kann und im letzteren Falle mit den übrigen Actien bei der Gesellschaft bleibt, deren Fortbestand nach dem Votum einer eminenten Majorität und vermöge der Allergnädigst zugesicherten Zinsgarantie keinem Zweifel unterliegt;

4) daß die schriftlich eingesendet werdenden Erklärungen frankirt an den Verwaltungsausschuß der Rheinbahn-Gesellschaft zu Speyer zu adressiren sind, dessen Vorstand auf Begehren Empfangsbescheinigung darüber ertheilen wird;

5) daß, bis zum Ablaufe obigen Termins, jeden Tag von 1—3 Uhr Nachmittags, im Bureau der Gesellschaft (im europäischen Hofe zu Speyer), die Austrittserklärungen auch mündlich, unter Vorzeigen der betreffenden Actieninterimsscheine, zu Protokoll gegeben werden können, welches der Declarant zu unterzeichnen hat.

Speyer, den 24. Januar 1848.

Der Verwaltungs-Ausschuß der Pfälzischen Rheinbahn-Gesellschaft.
Rebenack, Vorstand.
Reichard. Mattern. Dr. Walz. G. F. Kolb.

Für die durch Brandunglück in **Kemnath** Heimgesuchten sind an Beiträgen eingegangen:

Uebertrag .	28 fl. 12 kr.
Den 2. Febr. von K. P. mit dem Motto: „Gott segne es!“ noch	1 fl. — kr.
Den 3. Febr. von G.	2 fl. 42 kr.
Summe . .	31 fl. 54 kr.

Um weitere mildthätige Beiträge wird dringend gebeten.

Expedition der Münchener politischen Zeitung, Knöbelgaße Nr. 2.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 30.

Münchener politische Zeitung.

Man pränumerirt auf die Nr. 3. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kardels-Gasse Nr. 31; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Freitag | XLIX. Jahrgang. | 4. Februar 1848.

Deutschland.

Bayern.

††München, 3. Febr. Gemäß allerhöchstem Rescripts ist die eröffnete Landrichterstelle zu Weihers dem bisherigen I. Assessor des Landgerichts Eichstädt, Leonhard Geigel, die eröffnete Stelle eines II. Assessors beim Landgericht Waldsassen dem Appellationsgerichts-Accessisten Karl Leopold Dorner aus Regensburg, die Stelle eines Actuars beim Landgericht Herzogenaurach dem Appellationsgerichtsaccessisten Franz Xaver Greil aus Simbach verliehen worden.

*†München, 4. Febr. Oeffentliche Blätter melden als sicher die Begründung eines gesonderten Hofstaates für J. K. Hoh. Prinzessin Alexandra, und geben bereits die deßfallsigen höhern Bedienstungen an. Wohlunterrichtete wissen nur so viel, daß bis jetzt in der erwähnten Angelegenheit durchaus keine definitiven Anordnungen getroffen sind.

München, 3. Febr. Frhr. v. Brück, Abgeordneter Bayerns am Dresdener Postcongreß, ist hier in diesen Tagen wieder eingetroffen. — Der vor einigen Tagen hier eingetroffene neuernannte päpstliche Internuntius Monf. Sacconi hat gestern Sr. Maj. dem Könige seine Creditive überreicht. (Bayer. Bl.)

München. Aus dem Regierungsblatt Nr. 4 vom 2. Febr. entnehmen wir schlüßlich Gewerbsprivilegien-Verleihungen. Dem Schuhmachermeister Jacob Karl Hoiß, zu München, auf Anwendung des von ihm erfundenen, dem Wasser widerstehenden Schuhmacher-Drahtes und Bindemittels zur festeren Verbindung der Hauptsohle mit der Brandsohle und dem Ballenleder, für den Zeitraum von zwei Jahren; dem Joseph Schäfer, zu München, auf Bereitung eines Kaffee-Surrogates aus inländischen Stoffen nach dem von ihm erfundenen eigenthümlichen Verfahren, für den Zeitraum von fünf Jahren; dem Schreinergesellen Mathias Hasenmüller, zu München, auf Anwendung der von ihm erfundenen Tinctur zur Vertreibung der Wanzen und Reinigung beschmutzter Meubeln, für den Zeitraum von fünf Jahren; dem Kaufmann und Magistratsrath Jacob Wedl, zu Amberg, auf Erzeugung des von ihm erfundenen künstlichen Bimssteines für den Zeitraum von fünf Jahren; dem Eduard Shepard aus London, auf Einführung der von ihm erfundenen, in Frankreich unterm 30. Juni 1846 auf die Dauer von 15 Jahren patentirten mechanischen Vorrichtung zum Oeffnen und Schließen hängender Thore, Thüren, Fenster und Fensterläden und anderer dergleichen Gegenstände für den Zeitraum von zehn Jahren; dem Schuhmachergesellen Joseph Haindl, zu München, auf Anwendung des von ihm erfundenen eigenthümlichen Verfahrens bei Verfertigung von Schuhen und Stiefeln mit verbesserten Oberledersohlen und Brandsohlen für den Zeitraum von einem Jahre, und dem Großhändler und Mehlfabrikanten Christian August Erich dahier, auf Ausführung und Anwendung der von ihm erfundenen Maschine zur Reinigung und Sortirung der Mahlfrüchte und der Mühlenfabrikate, für den Zeitraum von fünf Jahren.

München, 1. Febr. Heute verschied hier in der Blüte seiner Jahre ein Dichter voll der schönsten Anlagen, die zu einer glorreichen Zukunft seiner dramatisch dichterischen Laufbahn berechtigten, Frhr. v. Wangenheim aus Stuttgart, Sohn des ehemaligen württembergischen Ministers, dessen Tragödie „Strafford" in Stuttgart zu wiederholtenmalen mit großem Beifall gegeben worden war, aber hier, obgleich längst von der frühern Theater-Intendanz zur Darstellung angenommen, noch nicht dazu gelangen konnte. Mittlerweile hatte der brave junge Dichter hier mit den Alltagsorgen des Lebens und mit Krankheit zu kämpfen. Er starb wie ein ächter deutscher Dichter ohne Trost, ohne Hülfe — verlassen. Jetzt wird man hier seinen „Strafford" geben, an dessen reicher Poesie werden sich Tausende laben und erquicken. Der Dichter aber mußte der Last von Kummer und Sorgen erliegen. (Augsb. Abdz.)

⊙Der historische Verein von und für Oberbayern hielt am 1. d. M. seine Versammlung für den Monat Februar, in welcher die schon in der vorigen Sitzung erwähnte „Geschichte der Pfarrei Högling, Landgerichts Aibling", verfaßt von dem Hrn. Alumnus Wiedemann in Freising, auszugsweise zum Vortrage gekommen ist. Ferner wurden Auszüge aus einer von dem königl. Kammerjunker Hr. Max Frhr. v. Perfall in Regensburg eingesendeten „historischen Beschreibung mehrerer Ortschaften in der Umgebung von Greifenberg am Ammersee" vorgetragen, insbesondere Notizen über die nach ihrer Bauart geschichtlich merkwürdige Kirche zu Unterschondorf. — Auch wurde der Versammlung die in jüngster Zeit acquirirten Literalien und die Zugänge zu der von dem Vereine angelegten bayerischen Portraitsammlung vorgelegt. — Die nächste Plenarversammlung wird Mittwoch den 1. März Nachmittags 4 Uhr stattfinden; über Vorlage des Jahresberichts des Vereins für 1847 wird von Seite des Vereinsausschusses besondere Bekanntmachung erfolgen. In demselben sind nach dem Ergebnisse der Ergänzungswahl für das Jahr 1848 die 6 ausgetretenen Mitglieder durch Wiederwahl verblieben und die vorigjährige Vertheilung der einzelnen Functionen im Ausschusse beibehalten worden.

Man erinnert im „bayerischen Landboten", daß es im Belieben der Inhaber 3½ procent. Obligationen sey, ohne eigentliche neue Geldanlage ihre älteren 3½ pCt. in 4 pCt. Papiere umzutauschen, wenn sie nämlich von je 200 fl. Obligationen 100 in Geld vertauschen, was mit einem Verluste von 8 höchstens 10 fl. vom Nominalwerthe durch jeden Banquier oder Wechsler geschehen kann. Mit dieser aus der einen Hälfte erzielten Baarschaft, und dem Zuschuß der aufs Hundert fehlenden 8 à 10 fl. wird nun arrosirt, und hiedurch also eine Zinserhöhung auf 4 pCt. dieser und weiterer 100 fl. gewonnen, ohne daß es nöthig wäre, neue Summen anzulegen.

Die „Speyerer Zeitung" schreibt vom 30. Jan.: Das Rundschreiben des bischöfl. Ordinariats dahier vom 20. d. behufs der Ermittlung des oder der Verfasser von Zeitungsartikeln, hat im Publicum einen eigenthümlichen Eindruck hervorgebracht. Es liegen Briefe vor uns, in denen sich eine lebhafte, wahrhaft innige und herzliche Theilnahme mit dem vermeintlich bedrohten Schicksale des oder der Verfasser jener Aufsätze ausspricht. Schon in der ersten Hälfte des Monats November v. Js. erfuhren wir, daß der nun erfolgte Schritt beabsichtigt werde. Ueberrascht wurden wir also nicht, überrascht ward kein Betheiligter. Wir freuen uns, beifügen zu können, daß überhaupt auch keiner von ihnen in diesen so lange schon zum Aufstellen bereit gehaltenen Netzen gefangen wird. (Die neueste Speyerer Zeitung vom 2. Febr. theilt bereits das Rundschreiben des bischöfl. Ordinariats vollständig mit.)

Württemberg.

Stuttgart, 1. Febr. Die Dankadresse der II. Kammer auf die Thronrede lautet vollständig also: „Ew. k. Majestät haben uns bei Eröffnung des Landtags mit der Hinweisung auf die Gnade des Allmächtigen empfangen, welche durch den reichen Segen der letzten Ernte die Theurung der vergangenen Jahre ihrem Ende zugeführt und uns hiedurch die Aussicht auf weitere Linderung der bestehenden Noth gewährt hat. Wir preisen hierüber mit Ew. k. Maj. die göttliche Vorsehung und bewahren tief im Herzen die Erinnerung, wie Höchstdieselben in der

---

Gunehild von Schweden.

(Geschichtliche Novelle von M. v. St.)

(Fortsetzung.)

„Sterbend empfahl mir Walladmora ihre Tochter, gebietend, dieselbe nicht nur im wahren Glauben zu unterrichten, sondern sie auch vor dem furchtbaren Loos einer Verbindung zu schützen, in der sie gezwungen seyn würde, das Heiligste zu verleugnen, oder wohl gar dem bereits Erkannten und Bekannten ungetreu zu werden. Das Erste wurde mir leicht, da Gorms nicht nach dem Kinde fragte, vielmehr bald, nachdem es ihm mißlungen, die Hand der schändlichen und verhaßten Gunehild, der Königin Skandinaviens, zu erhalten, die sich durch Mord den Weg zum Thron gebahnt, den sie durch jedes Laster alsdann entwürdigt, sich mit seinen Schwägern in eine neue Fehde einließ. Selten nur betrat er während dieser Zeit den Boden der Heimat, da ihn hier alles an die erlittene Schmach erinnerte, die er doch nicht zu rächen vermochte, da Verträge ihn zum Frieden zwangen. Jetzt, da die zehnjährige Frist derselben abgeflossen ist, und schnell mit den Brüdern seiner verstorbenen Gattin geeint, kehrte er nach Norwegen zurück, um endlich dem so lange genährten Rachegefühl Genüge zu leisten, und sie, die ihn einst verschmähte, wo möglich noch tiefer zu demüthigen, vielleicht ganz zu vernichten. Um seiner Rache eine möglichst vollständige Ausdehnung zu geben, hatte er sich den wilden Kurik, den Beherrscher Gothlands, zum Bundesgenossen gewählt, und ihm unter der Bedingung, daß er zu gleicher Zeit mit seinen Schaaren in Skandinavien einfalle, die Hand seiner siebenzehnjährigen Tochter Gunawith gelobt. (Fortsetzung folgt.)

Mannigfaltiges.

(Ein Ostersonntag in Polen.) [Originalmittheilung.] Am 3. April, als am Ostersonntage, des für das unglückliche Polen so verhängnißvollen Jahres 1831, lagerte die polnische Armee, etwa 14—16 geographische Meilen von Warschau entfernt, auf einer hiefür passenden Ebene. Der damalige Oberbefehlshaber des Nationalheeres, Johann Graf v. Skrynecki, ein aus innerstem Herzensgrunde wahrhaft frommer Mann hatte beschlossen, den Gedächtnißtag an die glorreiche Auferstehung des Herrn durch eine erhebend kirchliche Feier im Freien echt christlich zu begehen. Auf seine freundschaftliche Einladung waren Bischöfe von ein paar benachbarten Kirchensprengeln erschienen, um dieses Fest mit dem der katholischen Kirche eigenen Pompe zu feiern. Es war zu diesem Behufe ein Gerüst aufgezimmert worden, auf welchem ein prachtvoller Altar hergerichtet ward, vor dem ein Bischof, umgeben und unterstützt von einer zahlreichen Geistlichkeit in ihren prachtvollen und in einer freundlichmilden Frühlings-

Zeit dieser Prüfungen allen Ständen des Vaterlandes in Werken der Wohlthätigkeit zu Erleichterung der schweren Drangsale ein erhabenes Vorbild gewesen sind. Indem wir erwägen, daß jene äußere Noth auch tiefere sittliche Gebrechen enthüllt hat, hegen wir die Zuversicht, daß Ew. k. Maj. Regierung diesen ihre fernere Aufmerksamkeit schenken und alle auf sittliche Erhebung und Bildung des Volks gerichteten Bemühungen mit erhöhter Sorgfalt fördern werde. Wenn im verflossenen Jahre einzelne auch in unserem Lande im Gefolge der Theurung vorgekommene Störungen der öffentlichen Ordnung das königliche Herz mit Betrübniß erfüllen mußten, so geziemt es uns, als Vertretern eines Volkes, das an treuer Ergebenheit gegen sein Regentenhaus und an festem Willen für Recht und Ordnung keinem andern deutschen Volksstamme nachsteht, daß wir Zeugniß geben von dem tiefen Bedauern und Unwillen, welche jene frevelhaften Versuche durch alle Gauen des Vaterlandes hervorgerufen haben. Mit Befriedigung haben wir vernommen, daß trotz der außerordentlichen Ausgaben, welche die Noth der jüngst vergangenen Zeit gebieterisch gefordert hat, eine Steuererhöhung nicht in Aussicht steht, daß vielmehr auch unter den gegenwärtigen Umständen sich noch Mittel finden werden, Erleichterungen für den Grund und Boden eintreten zu lassen. Wir hoffen auch, daß es den Gemeinden und Amtskörperschaften werde möglich gemacht werden, die schweren Opfer, welche sie der Noth der vergangenen Jahre bringen mußten, wieder auszugleichen. Nicht minder dürfen wir vertrauen, daß Ew. k. Maj. der gedrückten Lage des Gewerbsstandes, insbesondere der kleineren Gewerbe, fortwährend Ihre Sorge zuwenden, auch im Vereine mit den Regierungen anderer Staaten Ihre Bemühungen für Herstellung einer den Interessen des Gesammtvaterlandes entsprechenden Zoll- und Handelsgesetzgebung fortsetzen werden. Wir freuen uns mit Ew. k. Maj. des glücklichen Fortschrittes unseres Eisenbahn-Baues und können uns von der Erwartung nicht trennen, daß in dem höheren Interesse nationaler Einheit die Nachbarstaaten über Beseitigung entgegenstehender Sonderinteressen durch gegenseitiges Vertrauen sich verständigen werden. Wir theilen die Ueberzeugung Ew. k. Maj., daß der gegenwärtige Zustand der Presse für Zeitschriften und Blätter in Deutschland den Erwartungen der Regierungen, so wie den Bedürfnissen der Nation nicht entspreche. Möge es den entschiedenen Anträgen, welche Ew. k. Maj. an den Bundestag gestellt haben, gelingen, daß durch gesetzliche Begründung der Preßfreiheit für ganz Deutschland das freie Wort dem deutschen Volke bald zu Theil werde. Gestatten uns Ew. k. Maj, daß wir, die Vertreter Ihres getreuen Volkes, schon jetzt einer freien Behandlung der Presse bei Besprechung der inneren Landesangelegenheiten, im Geiste der von Ew. k. Maj. an uns gerichteten Worte und im Einklang mit dem Grundgesetze ehrfurchtsvoll vertrauend entgegensehen. Rastlos bemüht, unsere Gesetzgebung mehr und mehr auszubilden, stellen Ew. k. Maj. uns für einen künftigen Landtag mehrere zeitgemäße Reformen in der Justizverwaltung in Aussicht und kündigen uns für den gegenwärtigen Landtag eine allgemeine deutsche Wechselordnung an. Wir begrüßen in dieser den ersten Schritt zu einer gemeinsamen deutschen Gesetzgebung mit Freude und Dank gegen Eure königl. Maj. als den erhabenen Pfleger deutscher Nationalität. Den weiter angekündigten Entwürfen von Justizgesetzen sehen wir mit um so größerem Interesse entgegen, als auch wir die Ueberzeugung hegen, daß unsere Zeit Reformen in der Justizverwaltung, namentlich im Sinne der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit dringend fordert. Eure königl. Maj. haben aber den Blick nicht blos auf Verbesserungen im Gebiete der Justizverwaltung, sondern auch auf so manche wichtige, in die gesellschaftlichen Verhältnisse tief eingreifende Gegenstände der inneren Verwaltung gewendet und uns zur Berathung der betreffenden Gesetzesentwürfe aufgefordert. Unsere ernste Aufgabe wird es seyn, durch sorgfältige Prüfung derselben den gerechten Erwartungen Eurer königl. Maj. wie unserer Mitbürger zu entsprechen. Wir werden insbesondere bei Prüfung der Gesetzesentwürfe über Bannrechte und Grundlasten ebenso die Rücksichten, welche die immer dringender hervortretenden Bedürfnisse der Zeit verlangen, als die Forderungen des Rechtes wohlbegründeter älterer Verhältnisse gewissenhaft erwägen. Eure königl. Maj. haben die Lage der Verhältnisse in Ansehung eines durch vielfache Beziehungen mit uns verbundenen Nachbarstaates zu berühren geruht. Sollten je in unserem Vaterlande ernste Besorgnisse für die öffentliche Ruhe und Ordnung sich ergeben, so würden Eure königl. Maj. bei Ihrem ganzen Volke den guten Geist finden, welcher für die Erhaltung der Ordnung und des Rechtes im Vaterlande kein Opfer scheut. Stark durch Einigkeit und gegenseitiges Vertrauen zwischen Fürst und Volk können wir, geschaart um den auf Verfassung gegründeten Thron des geliebten Königes, den Stürmen der Zeit ruhig entgegensehen. Gott schütze und segne unsern König!

Die Erwiederung Sr. Maj. des Königs lautet: Mit lebhaftem Dank kann Ich aus Ihren Aeußerungen erkennen, daß Sie Meinen in der Eröffnungsrede ausgedrückten Absichten und vorgeschlagenen Maßregeln Gerechtigkeit widerfahren lassen. Ich kann Ihnen nur wiederholen, daß, was die freie Presse betrifft, Ich alle Hoffnung habe, daß der Bundestag in kurzer Zeit darüber entscheiden wird. Die Erleichterung der Gemeinden liegt Mir ebenso sehr am Herzen, und in dieser Richtung werden Sie auch die Ihnen vorgeschlagenen Gesetze finden. Je ernster, je schwerer die Zeiten sind, desto mehr rechne Ich mit allem Vertrauen auf die Mitwirkung Meiner treuen Stände, um Württemberg und unserem gemeinsamen größeren Vaterlande das Beispiel der aufrichtigen Eintracht zwischen Regierung und Volk zu geben, ein gemeinsamer Zweck das Wohl des geliebten Vaterlandes zu befördern.

Stuttgart, 29. Jan. Die königl. Kreisregierung von Ludwigsburg hat die hiesigen deutsch-katholischen Bürger nun ebenfalls für unfähig erklärt, bei Gemeindewahlen als Wähler aufzutreten. Dieselbe Mittelstelle hatte im Jahre 1833 auch die Israeliten vom activen Wahlrechte ausgeschlossen; dieser Beschluß derselben wurde jedoch damals von dem Ministerium des Innern als ungesetzlich aufgehoben.

Sächsische Herzogthümer.

Coburg, 29. Jan. In diesen Tagen haben die außerordentlich einberufenen Stände des hiesigen Herzogthums in öffentlicher Sitzung das von der Staatsregierung vorgeschlagene Expropriationsgesetz, bezüglich der sächsisch-bayerischen Eisenbahn, mit Ausnahme einiger unwesentlichen Modificationen, durchgängig angenommen. (A. Z.)

Preußen.

Berlin. Für den nächsten Sommer, in den das 25 jährige Hochzeitsjubiläum des Königs fällt, wird dahier der Kaiser von Rußland auf das zuverlässigste erwartet. (Wes. Z.)

Berlin, 27. Jan. Gestern hielt die Akademie der Wissenschaften ihre jährliche Sitzung zur Erinnerung an Friedrich den Großen. (A. Z.)

Berlin, 28. Jan. Der ständische Ausschuß hat in den letzten Tagen seine Berathungen etwas mehr beschleunigt, so daß er ziemlich bis gegen das Ende des allgemeinen Theils gelangt ist. Es wurde abgehandelt: Tit. III. Vom Vorsatze und der Fahrlässigkeit; Tit. IV. Vom Versuche; Tit. V. Von der Theilnahme an einem Verbrechen; Tit. VI. Von den Gründen, welche die Strafbarkeit ausschließen oder mindern. Hier ist man bei der Verjährung stehen geblieben und es restirt jetzt nur noch der VII. Tit. Vom Zusammentreffen mehrerer Verbrechen und vom Rückfall. Die Abtheilung hat die erneuten Verhandlungen mit dem Gesetzgebungministerium wegen Annahme der Dreitheilung des rheinischen Rechts geschlossen und auch darüber bereits ihr Gutachten erstattet. Die Regierung hat sich bereit erklärt, die Dreitheilung in dem Strafentwurf zuzulassen, dafür jedoch die bestimmter gefaßten Bezeichnungen vorgeschlagen: 1) Polizeiübertretungen; 2) Verbrechen oder Vergehen; 3) schwere Verbrechen. Die nähere Bestimmung, so wie die Abgränzung dieser drei Categorien, soll nach dem Wunsche des Gouvernements bis zum Schluß der Berathung ausgesetzt bleiben, jedoch im allgemeinen festgehalten werden: daß alle strafbaren Handlungen, welche mit der Todesstrafe, der Zuchthausstrafe oder einer Freiheitsstrafe von mehr als fünfjähriger Dauer bedroht sind, zu den schweren Verbrechen gehören. (A. Z.)

Die „Allgemeine Preußische Zeitung“ theilte jüngst zur Würdigung der in öffentlichen Blättern erlassenen Erklärung des Dr. Freyberg folgende Actenstücke mit, durch die der k. Bahn-Polizeidirector Duncker zur Verhaftung des Dr. Freyberg ermächtigt worden ist: 1) Antrag des Staatsanwalts an das kgl. Kammergericht: „Schlüßlich formire ich — da nach §. 14 des Gesetzes vom 17. Juli 1846 die Beschlußnahme während der gerichtlichen Voruntersuchung dem Gericht zusteht — den Antrag: den Dr. Freyberg verhaften zu lassen, die Ausführung aber dem Hrn Untersuchungsrichter zu überlassen. Berlin, den 23. Dec. 1847. gez. Wentzel.“ — 2) Verfügung des Königlichen Kammergerichts auf diesen Antrag: „D. auf Vortrag. Der Dr. Freyberg ist sofort zu verhaften und die Ausführung dieser Maßregel dem Hrn. Untersuchungsrichter zu überlassen. Berlin, den 23. Dec. 1847. gez. Strietherst.“ — 3) Verfügung des Hrn. Untersuchungsrichters: „Citissime. D. Origin. dem Hrn. Bahn-Polizeidirector Duncker zuzustellen, um 1) den Dr. Freyberg sofort zu verhaften und zur Hausvogtei zu liefern, 2) rc. Berlin, den 23. Dec. 1847. (gez.) v. Bülow, Untersuchungsrichter.“ — 4) Schreiben des Staatsanwalts an den Hrn. Polizei-Präsidenten v. Minutoli: „Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich, ergebenst zu benachrichtigen, daß der Bahn-Polizeidirector Duncker den Auftrag erhalten hat: den Dr. Freyberg zu verhaften rc. Berlin, den 23. Dec. 1847. Der Staatsanwalt (gez.) Wentzel.“ Wie nach diesen Actenstücken die Verhaftung des Dr. Freyberg von dem kgl. Kammergerichte beschlossen worden, so ist auch der Steckbrief gar nicht von mir, sondern von dem Hrn. Untersuchungsrichter erlassen. Berlin, den 23. Jan. 1848. Der Staatsanwalt bei dem k. Kammergericht. Wentzel.

Schleswig-Holstein.

Schleswig, 25. Jan. Der Regierungspräsident v. Szerl ist in diesen Tagen abermals wegen Miß-

---

morgenlänne weithin glänzenden Gewändern, das heilige Hochamt hielt. Der Donner der Kanonen vertrat bei dieser Gelegenheit der Kirchenglocken feierliche Töne, und ungefähr 36,000 Mann kampfgeübter Krieger aller Waffengattungen umgaben in einem großen Viereck die in der Eile geschaffene heilige Stätte. Die Musik der verschiedenen Regimenter und die Sänger eines jeden derselben verherrlichten durch passende Tonweisen den feierlichen Gottesdienst. — Es war so eben von dem Celebrirenden das Credo angestimmt worden, als das Geknatter von den Gewehren der ausgestellten Wachposten die gottesdienstliche Feier plötzlich unterbrach. In einem Nu war das stattlich große Viereck aufgelöst, und mit Blitzesschnelle hatten seine es bildenden 36,000 Mann in drohender Schlachtordnung sich aufgestellt, mit gewohntem Heldenmuth und schlagfertiger Tapferkeit den anrückenden Erzfeind erwartend. Die äußersten Vorposten hatten nämlich einen langen Wagenzug wahrgenommen, dem eine Anzahl Lanzenreiter in unbekannter Uniform zur Begleitung diente. Man hatte selbe für eine Abtheilung Russen gehalten. Darum die Alarmschüsse. Allein bald zeigte es sich, daß man sich getäuscht. — In Warschau hatte man dem Oberbefehlshaber zu Ehren, und ohne dessen Wissen, aus etwa 150 Söhnen der ausgezeichnetsten Einwohner bestehend, unter dem Namen „die Kinder von Warschau“, eine eigene Leibwache gebildet. Diese herrlichen Jünglinge in ihrer kleidsamen Ulanentracht waren auserlesen worden, bei ihrer nun folgenden Einverleibung in das tapfer siegreich kämpfende Nationalheer dem letztern von Seite der Hauptstadt das landesübliche Ostergeschenk zu überbringen und militärisch zu begleiten. In 45—48 Wagen befanden sich die geweihten Eierkuchen, Eier und Kalbsbraten nebst Schinken. Man kann die freudige Ueberraschung sich denken über diese angenehme Zusendung, so wie den herzlichen Willkomm dieser blühenden Kinder von Warschau. Der nur kurz unterbrochene Gottesdienst ward sogleich bis zu seiner Beendigung fortgesetzt, nachdem das große Viereck in seiner früheren Ordnung eben so rasch wieder hergestellt worden. Beim Te Deum erdröhnte neuerdings der Donner aus zahlreichen Feuerschlünden, in welchen sich die kriegerischen Weisen der türkischen Regimentsmusiken sammt den Fanfaren der schmetternden Trompeten mengten. Redlich ward unter jubelndem Jauchzen das Ostergeschenk vertheilt, wobei der Schreiber dieß, damals Stabsarzt bei einem polnischen Uhlanenregimente, nicht am kärglichsten bedacht wurde. Ein milder Frühlingstag erhöhte wonniglich die heutige Auferstehungsfeier des Herrn für die polnische Armee, die kampflustig neuen Siegen, aber auch neuen Beschwerden, fröhlich entgegen zog.

Dr. J. F.

In Warschau wird mit kaiserlicher Genehmigung ein Adelsinstitut von 7 Classen errichtet werden, zu welchem Söhne von Eltern mit persönlichem oder erblichem Adel, selbst wenn letzterer von der Heraldik noch nicht schließlich anerkannt ist, den Zutritt erhalten; ferner Söhne sämmtlicher Beamten, Notaren, Besitzer größerer Grundstücke, Vorsteher bedeutender

brauchs obrigkeitlicher Gewalt zur Zeit seiner Amtsführung als Amtmann des Amtes Gottorf, vom Oberappellationsgericht mit einer sehr ernsten Rüge bedacht worden. Er hatte angesehene Einwohner der Insel Arals, um sie bei seiner Rückkehr von einer anzutretenden Reise nach dieser Insel sogleich zur Stelle zu haben und sie zu vernehmen, ins Gefängniß geworfen und sie in dieselben Behältnisse mit schweren Verbrechern setzen lassen. Dieser Ausspruch des höchsten Gerichtshofs wird es als unmöglich erscheinen lassen, daß v. Scheel die höchste Gewalt in „polizeilich-politischen Angelegenheiten“ in den Herzogthümern länger beibehalte.

(A. Z.)

Kiel, 27. Jan. Die projectirte Adresse an den König ist noch nicht zu Stande gekommen. Nächstens wird hier eine Versammlung von Männern aus verschiedenen Landestheilen die unter den jetzigen Verhältnissen zu ergreifenden Maßregeln berathen. (Nordd. Bl.)

Oesterreich.

Wien, 27. Jan. Gestern fand in einer Generalsitzung der kaiserl. Akademie der Wissenschaften die Wahl der Mitglieder statt. In die philologisch-historische Section wurden gewählt: Bergmann, Karajan, Pfitzmayer; in die naturhistorische: Kollar, Fenzl, Marian Koller, Barg, Fitzinger, Heckel; zu wirklichen auswärtigen Mitgliedern: Doppler, Reuß, Rusconi, Belli, Pavizza. Zu Ehrenmitgliedern wurden erkoren die Erzherzoge Ludwig und Franz Karl, der Fürst Metternich, die Grafen Kolowrath, Inzaghy, Münch-Bellinghausen, die Freiherren Pillersdorf und Kübek; aus dem Gelehrtenstande: Jacob Grimm, Ritter, Guizot, Hermann, denen noch vier zugesellt werden. Die feierliche Eröffnung findet am 2. Febr. im großen Sitzungssaale der niederösterreichischen Stände in Gegenwart des allerhöchsten Hofes statt. Die Akademiker erscheinen in schwarzer Uniform, der Kragen schwarzer Sammt mit Gold gestickt, schwarzer Federhut und Degen mit vergoldetem Griffe. (A. Z.)

Wien, 29. Jan. Aus Mailand lauten die Nachrichten vom 25. Abends beruhigend. Unter den Arretirten und nach Laibach Abgeführten befindet sich auch der berühmte Schriftsteller Cesar Cantu. — Aus dem Judenburger Kreise in Steyermark, allwo sich die Bauern-Excesse wegen Robotten ereigneten, wird von Gastern gemeldet, daß sich Alles wieder beruhigt hatte. Die Bauern sind zu ihrer Pflicht zurückgekehrt. — Die Truppenbewegungen nach Italien dauern fort.

(Augsb. Abdz.)

Schweiz.

Bern. In der eidgenössischen Tagsatzung vom 31. Jan. brachte die Neunercommission einen Antrag wegen der Jesuitenangelegenheit. Der Berichterstatter, Bürgermeister Dr. Furrer von Zürich, entwickelte in Kürze die Gründe, welche es nach der von den betreffenden Kantonen getroffenen Ausweisung der Jesuiten wünschbar machen, den Beschluß vom 3. Sept. 1847 der jetzigen Sachlage gemäß in solcher Weise zu bestätigen, daß dieser Gegenstand für ein und allemal beseitigt sey. Der Tagsatzung wird der Antrag gestellt zu beschließen: 1) Die Angelegenheit der Jesuiten fällt als erledigt aus Abschied und Tractanden. 2) Der jeweilige Vorort ist beauftragt die genaue Beachtung des Beschlusses vom 3. Sept. 1847 zu überwachen und denselben zu handhaben. In der Abstimmung ergaben sich für obigen Antrag 17½ Stimmen. Neuenburg und Baselstadt treten nicht bei. (N. Zürcher Z.)

Der Vorsteher des St. Bernhardsklosters hat an Oesterreich und Preußen das Ansuchen um ihren Beistand in der Beraubungssache des Klosters gerichtet. (A. Z.)

Italien.

Aus Rom. Am 18. Jan. machte, wie die Italia meldet, der heilige Vater einen unvorhergesehenen Besuch im Heiligengeistspital und war sehr wenig zufrieden wegen der Unordnung, Unreinlichkeit und Mangels an Mildthätigkeit Seitens desselben, worüber er sich offen gegen die leitenden Bruder und den Monsignore Commendatore aussprach. Man hofft, die Verwaltung werde an den Stadtrath übergehen. — Die Staatsconsulta beschäftige sich nicht blos mit Waffen und Politik, sondern auch mit Gegenständen der Landeswohlfahrt, wie z. B. mit Maßregeln zu Hebung der darniederliegenden Wollgewerbe, in welcher Beziehung öffentliche Gewerbeausstellungen anempfohlen wurden, wie auch, daß dem St. Michaelespital das Alleinrecht der Tuchfabrication für die Truppen entzogen und dieselbe allgemeiner Concurrenz überlassen werde. Auch das Consularwesen kam zur Sprache: der Wunsch ist, daß die Consulareinkünfte für den Staat eincassirt werden und die Consuln und Vizeconsuln fixe Besoldungen erhalten und so Einheimischen ein neuer Weg zur Verwendung im Staatsdienst angebahnt und der Staat bei der Wahl jener Beamten nicht an Einwohner der betreffenden Orte die kein Herz für die vaterländischen Interessen haben, gebunden sey.

Rom, 23. Jan. Den letzten Nachrichten aus Sicilien zufolge hielten die königl. Truppen noch fest. Um den Posten bei der Bank zu verproviantiren war eine große Colonne dahin abgesandt worden. Bei dieser Gelegenheit soll es sich ereignet haben, daß sich kein Officier fand, der sie befehligen wollte. Ein Sergeant übernahm es sie zu führen und soll dabei seinen Tod gefunden haben. Uebrigens gelang es, die Verproviantirung zu bewerkstelligen. Dem Dampfboot, welches die königl. Decrete nach Palermo hinüberbrachte, war das englische Depeschenschiff zehn Millien vor der Landung begegnet. (A. Z.)

Aus Neapel meldet das „Journal des Débats“ die erfolglose Beschießung Palermos habe 48 Stunden gedauert und sey von dem Castell am Meere erfolgt. Die Beschädigungen seyen bedeutend, ein Kloster in Brand gerathen. Auf die Bevölkerung habe diese Handlung nur einen erbitternden Eindruck gemacht. Der französische Consul, Hr. Bresson (früher Gesandtschaftssecretär in Stuttgart) bewirkte sammt den übrigen Consuln Einstellung der Beschießung auf 24 Stunden, in welcher Zeit die Franzosen auf einem americanischen Schiffe eingeschifft wurden. — In den Abbruzzen weigerten sich mehrere Gemeinden, ihre Mannschaft für die Conscription zu stellen. Der Aufruhr in der Provinz Salerno brach in Vallo aus, wo das Volk die Landjäger vertrieb und den Telegraphen zerstörte.

Aus Sardinien schreibt die Concordia: Die Waldenser haben der Regierung eine Bittschrift um Aufhebung der alten Edicte überreicht, durch welche gegenwärtig viele bürgerliche und staatliche Unfähigkeiten auf ihnen haften. Die Bittschrift wurde gütig aufgenommen.

Turin. Der Staatsrath in Sardinien ist von dem König durch offenen Brief vom 20. Jan., welchen die Gazzetta Piemontese mittheilt, sammt den einjährigen außerordentlichen Mitgliedern zur Berathung über financielle Gegenstände auf den 15. März einberufen.

Turin, 29. Jan. Die Behörden sollen an mehreren Orten, namentlich auch in der lombardischen Hauptstadt, sich vieler Kisten bemächtigt haben die von der Schweiz nach Italien gekommen, und von denen die meisten mit Dolchen angefüllt gewesen seyen. (?) — Unsere Verhältnisse zu Oesterreich scheinen sich von Tag zu Tag zu verschlimmern, obwohl man hier in Kleinigkeiten einige Nachgiebigkeit zeigt, und z. B. in dem Streit über die Ausfälle der genuesischen Presse gegen Oesterreich dem Verlangen dieser Macht gemäß die Absetzung des schuldigen Censors ausgesprochen hat. (A. Z.)

Von der italienischen Gränze, 25. Jan. Am 22. wurden in Mailand die Grafen Nerariś, Bataglii und Lonzino arretirt und nach Laibach abgeführt. — In Venedig herrscht vollkommene Ruhe. (Augsb. Abdz.)

Unter den in Mailand wegen politischer Umtriebe Verhafteten wird auch der Marquis Rosales erwähnt. In Venedig ist der Advocat Main sowie Niccolo Tommaseo eingezogen worden. Von den ersteren wurden einige nach Deutschland, wie es heißt nach Mähren, abgeführt. (A. Z.)

Spanien.

Madrid, 24. Jan. Espartero hat Pässe nach Logrono genommen, um hier in beschaulicher Einsamkeit zu leben. (?) (Span. Bl.)

Frankreich.

Paris, 31. Jan.

Der Empfang am Hof der Tuilerien währt jetzt wieder in seinem regelmäßigen Geleise fort, da der König nicht mehr leidend ist. — Während in der Kammer Aergerniß ohne Ende, schüttet der „Moniteur“ ein wahres Füllhorn von Ernennungen und Auszeichnungen aus.

Wir kommen auf die Sitzung vom 25. Jan. zurück; es war, wie bereits kurz angedeutet worden, eine sehr bewegte. Es handelte sich um §. 2 oder des Landes Finanzlage, seit dem Juli-Bürgerkönigs-Thron ein reichergiebiges Thema. Der Hr. Finanzminister hatte auf Erörterungen hin, welche die Geldlage verzweifelt dargestellt, mit schillernden Farben zu beruhigen nicht nur, sondern in neue fast großartige Hoffnungen einzuwiegen gesucht, da erhob sich Hr. Thiers. Seine Rede ist das beste, was die laufenden Kammerverhandlungen dieser Saison geliefert. Er ließ sich im wesentlichen über die heikle Finanzfrage also vernehmen: „In Wahrheit, ich bin erstaunt, den Hrn. Finanzminister mit so großer Behaglichkeit und Gemüthsruhe die Einwendungen hinnehmen zu sehen, welche man ihm entgegenstellt. Ich erkläre mir jedoch seinen anscheinenden Optimismus. Um sich selbst in Täuschung einzuwiegen, möchte er sie auch andern bereiten. Aber die ganze Wahrheit muß bekannt werden, und das Land muß wissen, daß wir, wenn man auf dem verderblichen Wege fortschreitet, den wir betreten haben, einer unvermeidlichen Katastrophe entgegengehen. Nehmen wir zuerst die Thatsachen, aus denen ich dann die Folgen ziehen werde. Ich glaube nicht, daß das ordentliche Budget im Gleichgewicht ist. Trotz der zu diesem Zweck versuchten Anstrengungen haben wir alljährlich ein Deficit, das nicht weniger als 20 Millionen beträgt. Aber nicht hierin erblicke ich die größte Gefahr unserer Finanzen, sondern in dem außerordentlichen Budget. Seit 1843 hat man uns hier 1100 Millionen für Arbeiten bewilligen lassen. Dies ist schon erschrecklich; andererseits hat man die Gesellschaften vermocht, 1500 Millionen zu liefern. Nun schöpfen aber die Gesellschaften mit dem Staate aus

---

Industrieanlagen, Bankiers und mit dem sogenannten Remissionsrecht versehener Kaufleute. Nichtchristliche Confessionen sind ausgeschlossen. Tendenz der Anstalt ist die Vorbereitung zu den Universitäten oder andern höhern Unterrichtsanstalten des Kaiserthums und zum Beamtendienste. In dem Institut sollen 200 Pensionäre aufgenommen werden; in den 4 unteren Classen beträgt das Schulgeld 225 Silberrubel, in den oberen 250 Silberrubel, außerdem 50 Silberrubel für die erste Inscription. (J. f. D.)

Am 16. Nov. war laut dem „Frankfurter Journal“ auf Java ein Erdbeben, das vielen Schaden angerichtet hat. Es sind alle Gebäude von Stein eingestürzt und unbewohnbar geworden; die Erde hat sich an vielen Orten gespalten von 1—4 Fuß, und aus den Oeffnungen sprang bläuliches Wasser und feiner Sand. Einige Zucker- und Reis-Mühlen in jener Gegend sind eingestürzt; glücklicherweise kamen die Stöße in Zwischenräumen, so daß die Leute Zeit hatten, ihre Wohnungen zu verlassen. Den Tod fanden nur 8—10 Personen, auch verwundet wurden nur Wenige. In Cheriko und Indramayo war die Bewegung der Erde so heftig, daß die Pferde in den Ställen zusammenstürzten.

Zeitstimmen.

(Eigenes und Gesammeltes.)

Die starken Cabinette leben durch die Werke, die sie vollbringen, die schwachen Cabinette bestehen nur durch die Vorwände, die sie ersinnen.

Manches Versäumniß in innern Angelegenheiten läßt sich einbringen, manche Wunde, die blos unser Selbst betrifft, ist heilbar. Wo aber Verträge mit andern souveränen Staaten, Völkern und Dynastien auf dem Spiele stehen, kehrt die Gunst der Umstände selten zweimal wieder, und wenn sie das zweitemal ausbleibt, mit welchen Opfern erkauft man das mittlerweile verminderte Bedürfniß, die inzwischen verringerte Vertragslust dieser andern!

Die Verzweiflung der Völker ist ein unleugbarer Beweis der schlechten Regierung ihrer Fürsten.

Wer die geheimen Fäden der Geschichte alle sehen könnte, würde staunend sein Haupt vor der Unfehlbarkeit des Gesetzes beugen, das jedes Unrecht unerbittlich straft.

Der Dichter der Zeit wird nur der seyn, welcher die Natur seiner Zeit in sich aufgenommen und durchlebt hat, und sie dann in seinen Dichtungen verklärt wieder erscheinen läßt.

---

der nämlichen Quelle, es sind also nicht weniger als drittehalb Milliarden, welche man dem Capital des Landes abverlangt. (Bewegung.) Mit dem ordentlichen und dem außerordentlichen Budget schreiten wir einer jährlichen Ausgabe von 1600 Millionen entgegen, und dieß ist so wahr, daß im Jahre 1847 diese Ziffer sogar überschritten wurde. Einer jährlichen Ausgabe von 1600 Millionen entgegengehen, heißt aber dem Abgrunde zueilen. Und doch hat für dieses Jahr keiner der Minister die Grenzen seines Budgets überschritten. Sogar der Unterrichtsminister, der mir in einer Versammlung, die ein wenig einem Bankett glich (Gelächter), den Vorwurf machte, daß ich seine Freigebigkeit fesseln wolle, hat Beweise von Sparsamkeit gegeben. Jedermann hat dasselbe gethan, und dennoch nimmt das Budget zu! Warum? Weil der Anstoß gegeben ist, weil man den Bedürfnissen der Anleihen, der jährlichen Zinsenzahlung genügen muß, weil eine jährliche Ausgabe von 1600 Millionen unsere Hilfsquellen überschreitet. Das außerordentliche Budget saldirt sich nur durch die Tilgungsreserven, welche verfügbar zu machen man uns seit drei Jahren umsonst verspricht. Der Finanzminister verspricht es uns auch für dieses Jahr; gut, wir werden ja sehen. Aber ich gebe es zu; ich gebe zu, daß 1848 das Ende der unglücklichen Jahre sey, und daß 1849 für uns eine neue Aera beginnen wird, wo man endlich mit Ernst an die außerordentlichen Budgets wird denken können. Man wird uns sagen, daß die außerordentlichen Budgets sich mit außerordentlichen Hilfsquellen, d. h. mit Anleihen saldiren. Dieß war nicht die Ansicht des trefflichen Baron Louis, der mir sagte, daß man während des Friedens tilgen müsse, um im Kriege borgen zu können. Davon ist man jetzt weit entfernt. Aber ich täusche mich wohl; es ist gar nicht einmal die gewöhnliche Anleihe, wozu sie ihre Zuflucht genommen haben; es sind die künftigen Tilgungsreserven, die noch gar nicht vorhanden sind, und in Erwartung derselben decken Sie mit den Hilfsquellen der schwebenden Schuld. Gerade in der schwebenden Schuld liegt die Gefahr, und ich stehe hauptsächlich deßhalb hier, um diese Gefahr hervorzuheben. Was ist die schwebende Schuld und aus welchen Mitteln ist sie zusammengesetzt? Die Fonds der Gemeinden, der Sparkassen, der Invaliden, der Marine rc. werden an den Schatz verabfolgt; zu diesen Capitalien kommen die königl. Bons hinzu und durch alle diese Mittel gelangt man zu einer Summe von 500 Millionen, welche, wie gesagt, in Erwartung der künftigen Tilgungsreserven zur Saldirung der Budgetüberschüsse verwendet werden. Wer sieht nicht ein, daß eine solche Hilfsquelle blos in der Einbildung beruht? Wohlan, am Schlusse von 1848 wird die schwebende Schuld auf mehr als 800 Millionen steigen; für 1849 und 1850 wird es eben so seyn. Nun scheint es mir, daß dies eine Lage ist, die man nicht näher zu bezeichnen wagt, zumal wenn man sich erinnert, daß Baron Roy unter der Restauration Herrn von Villèle wegen einer schwebenden Schuld von etwas über 200 Millionen des Leichtsinns anklagte."

Aus Cruijes wird der „Karlsruher Zeitung" unterm 25. Jan. geschrieben: Ein Trupp armer deutscher Korbflechter aus der Rheinpfalz und Hessen-Darmstadt hatte sich unter der Anführung der Eheleute Färberg auf den Weg durch Frankreich gemacht, um mittels ihres Gewerbes die Ueberfahrtskosten nach America zusammen zu bringen. Die armen Leute reisten alle mit guten Pässen versehen, machten unterwegs Körbe, und sammelten Knochen, die sie dann nach dem Zentner verkauften. In einem Dorfe der Champagne angekommen, werden sie von der Polizei aufgegriffen, und sieben Männer und vier Weiber erscheinen vor dem Zuchtpolizeigericht, unter der Anschuldigung gebettelt zu haben. Das Gericht verurtheilte alle eilf, jeden zu dreizehn Monaten Gefängnißstrafe. Glücklicher Weise war ein junger Advocat in der Sitzung, dessen Herz noch nicht durch langjährigen Umgang mit Themis und ihren Dienern allzu abgehärtet war, und er legte für die ganze Schaar Berufung ein. Gestern erschienen sie vor dem Appellationsgericht. Auf den Knieen bitten sie die Räthe, sie nicht länger eingesperrt zu halten, — unter Dieben und Spöttern; der Dolmetscher wird von ihren Worten fast zu Thränen gerührt; sie hätten ein Kind gehabt, das sey schon zwei Monate lang von ihnen getrennt; so grausam sey man nicht in ihrem Vaterlande; sie wollten um Alles in der Welt wieder dorthin gebracht werden; — sie bäten vor Allem wieder um ihr Kind! Das Gericht verhandelt sofort die Sache mit höchster Sorgfalt, und findet, daß die erste Instanz das Unglück doch allzuhart gestraft habe. Es entbindet die Eheleute Färberg ganz von der Strafe, setzt die Strafe für die übrigen auf zwei Monate herab, und rechnet dabei die Untersuchungshaft von 7 Wochen mit ein, so daß die Armen in 8 Tagen frei seyn, und auf dem Schub in die Heimath zurückgebracht werden können, von wo sie so hoffnungsvoll ausgezogen!

Großbritannien.

London, 30. Jan.

(Morning Post.) Der Hof verläßt den 8. Febr. Windsorschloß und kehrt in den Buckingham-Palast zurück. Nächsten Dienstag steht die Abreise der belgischen Majestäten bevor. Am 10. Febr. gibt Königin Victoria eine classische Fête im Buckingham-Palast. Hr. Barthley wird den „Oedipus" des Sophokles vortragen, und die bedeutendsten Tonkünstler werden die Mendelssohnsche Musik zu den Chören aufführen.

Neben der Zusammenziehung von 12 Kriegsdampfbooten in Portsmouth werden daselbst auch zwei Linienschiffe, der „Powerful" von 84 und der „Illustrious" von 72 Kanonen neu ausgerüstet.

Dänemark.

Kopenhagen, 22. Jan. Die liberalen Blätter verlangen im kühneren Aufschwung dringend freiere Institutionen. — Eine Deputation der Ständeabgeordneten und Bürgerschaftsvertreter der Hauptstadt fand mit einer Petition auf Christiansburg, das König Friedrich sogleich bezogen, keine Audienz, weil der König nicht zur Hand war. — Bei der Eidesleistung des Studentencorps wurde von den Zuschauern unter wiederholtem Hurrah der Ruf „Freiheit, Constitution!" ausgebracht. Es hat einen günstigen Eindruck auf die Bürger gemacht daß der Wachtdienst auf dem königl. Residenzschloß der Bürgerbewaffnung übertragen ist. (A. Z.)

Afrika.

Nach englischen Blätter haben neuerdings die freien Neger in Liberia an der africanischen Küste, die von der Sclavenbefreiungs-Gesellschaft in Nordamerica, der Schöpferin dieser Ansiedlung, nun sich selbst überlassen worden sind, eine vollständig organisirte Republik, ein Parlament, eine ellenlange Verfassung, aus welcher wir nur Einen Paragraphen hervorheben: „Kein Weißer hat das Recht zu wählen." Am 24. August 1847 war die eigene Flagge der Republik aufgepflanzt worden. Präsident ist J. J. Roberts, bisheriger Gouverneur, Vicepräsident Nathaniel Brander, Richter Samual Benedict.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 1. Febr. Bayerische 3½ pCt Obligationen 91½ P., — G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 660 P., — G. Promessen per Stück Agio 76 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 103 P., — G.; 4pCt. 90 P., — G.; 3pCt. 68 P., — G. Bankactien 1. Semester 1570 P., — G. Württembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 88 G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 88 G.

Mainz, 29. Jan. Obgleich an unserm heutigen Fruchtmarkt nur 55 Malter Weizen, und 12 Malter Korn aufgestellt waren, gingen doch die Preise abermals zurück: Weizen gegen den vorigen Fruchtmarkt etwa 12 kr. und Korn etwa 25 kr. per Malter; dafür wurden für Gerste und Haber höhere Preise bezahlt. (Fr. J.)

Frankfurt, 1. Febr. Metall. 5pCt. 102½; 4pCt. 88; 3pCt. 64; Bankactien 1870; Taunus-Eisenbahn-Actien 356; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 57½; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 86¾; bayer. Ludwigs-Canal 62.

Frankfurt, 30. Jan. Neben den drei täglichen Postverbindungen mit dem Norden, die wir seither schon besaßen, tritt mit dem 1. Febr. eine vierte ins Leben. Es ist dieß ein zweiter täglicher Eilwagen, welcher in Anschluß an die sächsisch-preußischen Eisenbahnen die Beförderungszeit für Reisende und Briefe von hier nach Berlin und umgekehrt auf 31 Stunden reduciren wird. (A. Z.)

Wien, 31. Jan. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 101⅞; zu 4pCt. in CM. 86; zu 3pCt. in CM. 62½; Bankactien per Stück 1555; Nordbahn 129½.

Amsterdam, 29. Jan. 2½ pCt. 54½; 3pCt. 65¹¹/₁₆; 4pCt. 84½; Span. 3½ pCt. —; Handels-Maatschappy 162½; Ard. 15½; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. —.

Paris, 29. Jan. 3pCt. 74 Fr. 70 C.; 5pCt. 117 Fr. — C.

London, 28. Jan. Consols 89½.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Freitag den 4. Februar: „Stefken Langer aus Glogau, oder: Der holländische Kamin," Original-Lustspiel in 4 Acten und einem Vorspiele: „Der Kaiser und der Seiler," in 1 Act, v. Chr. Birch-Pfeiffer.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. Warrender, Privatier v. Frankfurt; Alexander, Kaufmann von Brüssel; Spohn, Kaufmann von Hannover.

Hôtel Maulick. HH. Graf Fugger-Blumenthal; Elmer, Rentier v. Regensburg.

Blaue Traube. HH. Metzler, Maurermeister von Augsburg; Graf v. d. Mühl v. Regensburg.

Stachusgarten. H. Edelwirth, Fabrikant, und Olle. Merz v. Augsburg.

Gestorbene in München.

Marg. Reichlmaier, Näherin v. Grafeisenbach, Ldg. Freysing, 21 J. alt; Theresia Schuller, kgl. Landgerichtsarztens-Wittwe v. Bruck, 48 J. alt; Antonia Pauer, k. Generalauditorswittwe v. h., 82 J. alt; Paul v. Wangenheim, ehem. k. württembergischer Hofgerichtsadvocat v. Stuttgart, 30 J. alt; August Liebert, Schlossergesell v. Goslar, 24 J. alt.

Ankündigung.

Der Ausschuß der mechanischen Baumwoll-Spinnerei- und Weberei in Augsburg

hat die Ehre, in Gemäßheit des §. 17 der Statuten die Herren Actien-Inhaber zu einer

Dienstag den 14. März 1848 Vormittags 9 Uhr

in der Fabrik abzuhaltenden Generalversammlung einzuladen, um

- die üblichen Vorträge anzuhören;
- Beschluß zu fassen über das Ergebniß des Jahres 1847,
- über allenfallsige Anträge der Gesellschafts-Mitglieder zu berathen und zu beschließen, in so ferne solche, dem §. 18, Absatz 9 der Statuten gemäß, vier Wochen vor der Generalversammlung dem Ausschusse übergeben werden.

Die General-Versammlung beginnt mit der §. 14 der Statuten vorgeschriebenen Legitimation der erscheinenden Gesellschafts-Mitglieder.

Augsburg am 1. Februar 1848.

Der Vorstand:

2267. **Friedrich Schmid.** (3a)

Für die durch Brandunglück in Kemnath Heimgesuchten sind an Beiträgen eingegangen:

Uebertrag	31 fl. 54 kr.
Den 3. Febr. von L. G.	4 fl. — kr.
Den 4. Febr. von B.	3 fl. 30 kr.
Summe	39 fl. 24 kr.

Um weitere mildthätige Beiträge wird dringend gebeten.

Expedition der Münchener politischen Zeitung, Kinderlgasse Nr. 2.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 31.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 3; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr., halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend | XLIX. Jahrgang. | 5. Februar 1848.

Deutschland.

Der Postcongreß hat sich laut dem „Hamburger Correspondenten" über ein sehr wichtiges Werk geeinigt nämlich über die Aufstellung einer Postvereinsmünze, welche die eilf verschiedenen in den Vereinsstaaten vorkommenden Münzfuße einander so sehr annähert, als es für den vorliegenden Zweck erforderlich ist. Die Einheit soll der zwölfte Theil der kölnischen Mark seyn. Dieser zwölfte Theil wird mit dem Namen „ein Thaler Postwährung" bezeichnet und nach dem Decimalsystem in 100 Kreuzer eingetheilt.

Bayern.

München, 4. Febr. Der neuernannte Verweser des Kriegsministeriums, Generalmajor von der Mark, hat bereits das Portefeuille übernommen und die verschiedenen Offiziercorps empfangen. — Vor einigen Tagen starb auf der Veste Rosenberg der Commandant derselben, Friedrich Ritter v. Mann, charakterisirter Generalmajor. — Der Graf Wilhelm von Würtemberg ist wegen seiner Verdienste um Wissenschaft und Technik als Ehren- und correspondirendes Mitglied des polytechnischen Vereins für das Königreich Bayern in dessen diesjähriger II. Sitzung einstimmig gewählt worden. — Professor Walther hat seine Vorlesungen an hiesiger Universität eingestellt, weil der ihm mißliebige Dr. Martin als außerordentlicher Professor den Katheder besteigt. — Die „Mannheimer Abendzeitung" hat den ihr entzogen gewesenen Postdebit wieder erhalten. (Bayer. Bl.)

Dem „Münchener Eilboten" zufolge soll Fürst Wallerstein allen Censoren des bayerischen Landes die Weisung ertheilt haben, nicht das Geringste, was auf seine Person Bezug habe, zu beanstanden.

München, 3. Febr. Heute Nachmittag wurde die Leiche des Dichters des „Strafford", Baron v. Wangenheim, von vielen seiner Bekannten und Freunde zu Grabe begleitet. Er verschied ausgesöhnt mit seiner Familie, welche dem literarischen Wirken, dem er sich widmete, entgegen gewesen war, in den Armen seiner Schwester, einer Hofdame der Herzogin von Koburg, die hieher gekommen, um ihn mit sich in die Heimat zu nehmen. Schon seit mehreren Monaten erhielt er die beste Pflege, allein ein unheilbares Lungenleiden, das, wie die Section ergab, schon seit Jahren die Zerstörung an seinen Organen begann, und nicht Noth, Kummer und Elend, wie mehrere Blätter berichten, machten seinem Leben ein Ende. (A. Z.)

München, 2. Febr. Nach dem neuesten Hefte des „Kunst- und Gewerbeblattes" bestanden in Bayern im Schuljahre 1846/47 26 Landwirthschafts- und Gewerbsschulen mit 216 Lehrern, 1740 Schülern, 359 Hospitanten und 7670 Feiertagsschülern, im Ganzen also 9877 Schülern. Im Vergleich zu den früheren Jahren seit dem Bestehen der Landwirthschafts- und Gewerbsschulen, d. h. seit 1833/34 hat sich die Zahl solcher Anstalten von 41 auf 26 reducirt, war die Zahl der Lehrer nie so klein und die Zahl der Unterrichteten nie so groß, wie im abgewichenen Schuljahre.

München, 5. Febr. (Abfertigung ultramontaner Angriffe; vergl. Nro. 27 und 29 der polit. Zeit. Fortsetzung.) Die ultramontane Partei bedient sich gern und oft der Hinweisung, daß Bayern ein zu zwei Drittheilen katholischer Staat ist; sie thut dieß insonderheit darum, um anzudeuten, daß sie angeblich Vertreterin des wahren Katholicismus auf breiter und sicherer Grundlage ruhe, und ihre Gegner unbesorgt dürfe an sich herankommen lassen. Es wäre eitel, sich mit jener Partei in eine Begriffserörterung einzulassen, die etwa darauf hinausliefe, zu erweisen, daß auch ohne ihre 6'', Führer und den Schwanz ihrer geistlosen Nachtreter der Katholicismus bestehen könne; wir erlauben uns einzig den bescheidenen Zweifel auszusprechen, ob der Sturz dieser Partei wohl erfolgt wäre, wenn sie auf zwei Drittheile der Stimmen im Lande mit gutem Gewissen hätte zählen dürfen. Obgleich nun, wie jeder sich bei der geringsten Nachfrage unter allen Ständen mehr als genügend überzeugen kann, das zehnjährige Regiment der ultramontanen Partei gerade das Gegentheil von Volksthümlichkeit errungen hat, so liegt es doch zu sehr im Interesse dieser Partei, diese unwiderlegbaren Thatsachen absichtlich zu ignoriren und mit kecker Annahme des Gegentheils alle nicht in ihr Gebiet gehörenden Erscheinungen bei jenen zwei Drittheilen als denselben feindselig verläumderisch zu denunciren. So wird die „politische Zeitung" von den Ultramontanen geschildert, als ein Blatt, „das dem größeren Theil seines Inhaltes nach nichts ist, als ein geschmackloser mit hirnwüthigem Katholikenhaß versetzter Absud aus der Deutschen Zeitung, Mannheimer Abendzeitung, Berner- und Speyerer Zeitung, aus den radicalen Correspondenzen der Allgemeinen und anderen geistesähnlichen Tagesproducten." — Die „Mannheimer Abendzeitung" jemals citirt zu haben, können wir uns nicht entsinnen. Die „Deutsche Zeitung" haben wir, seit dieselbe erschienen, kaum zwölfmal angeführt und daß man in der aus ihr wie aus den übrigen genannten Blättern aufgeführten Stellen der katholische Name irgendwie verletzt und geschmäht worden, dafür erbitten wir uns die Belege. Mit hohlen Redensarten ist hier nichts ausgemacht und sey der, welcher sie ausstößt, noch so vornehm und noch so hochgestellt, wie er versicherte. Doch wird zum Erweis des hirnwüthigen Katholikenhasses, der in diesem Blatte sich aussprechen soll, ein concretes Factum aus Nro. 282 v. J. angeführt. Es war in jenem Blatte „von fulminanten Kanzelexpectorationen bei St. Michael gegen die Feinde der katholischen Kirche, von deren Existenz in München und in Bayern wenigstens kein vernünftiger Mensch sich auch nur das Geringste bisher träumen ließ" die Rede. Dieser Artikel war eingesandt, und da wir schon vor Einsendung jenes Artikels von den verschiedensten Seiten her Gespräche über heftige Kanzelpolemik in jener Kirche vernommen, so glaubten wir die Aufnahme jenes Artikels, der die Sache und nicht die Person betraf, im allgemeinen Interesse nicht beanstanden zu dürfen. Wir selbst haben jene Kirche niemals besucht, noch an den Tagen jener in Rede stehenden Polemik, daher wir auch es nicht für nöthig hielten, das Geringste zu erwidern, als in einem ultramontanen Blatt in der irrigen Annahme, jener Artikel rühre aus der Feder des Herausgebers dieser Zeitung her, und derselbe habe jenen Predigten selbst beigewohnt, — derselbe aufs gemeinste belobhet wurde. Hätte jener Artikel eine Sylbe mehr enthalten als die unwiderliche Wahrheit: daß die katholische Kirche in Bayern nirgends angefeindet werde, und daß Predigten gegen angebliche Feinde derselben durchaus unnöthig, so würden wir ihn nicht aufgenommen haben. Gibt es schon überhaupt nichts Beschränkteres, nichts Unchristlicheres als Religionshaß, so wäre vollends Haß, und dazu ein hirnwüthiger, gegen die katholische Kirche, welche den bei weitem größeren Theil aller Erdenbewohner umfaßt, eine eben so unverzeihliche Dummheit als wahrhaft verbrecherische Handlung. Wer die Kirchengeschichte kennt, weiß, daß die Stellung der katholischen Kirche zu keiner Zeit eine imposantere gewesen als gerade in unseren Tagen. Haben früher vielfach äußere und materielle Dinge ihre Entfaltung secundirt, so ist es in neuerer und neuester Zeit nicht mehr geschehen und sie hat einzig durch ihr moralisches Gewicht sich Geltung und Verbreitung zugesichert. Welch einen Eindruck ruft es bei jedem Kenner der Geschichte und der Politik der Staaten hervor, in einem Pius IX., dem großen politischen Reformator Italiens, zugleich das Oberhaupt der katholischen Kirche zu verehren. Wir gehören nicht zu denen, welche im Vertrauen auf die göttliche Verheißung „daß der Herr bei seiner Kirche seyn werde bis ans Ende der Tage, daß er sie in alle Wahrheit leiten werde und daß die Pforten der Hölle sie nimmer bewältigen mögen" etwa lehren möchten, die Hände geistlos und unthätig in den Schooß zu legen, da der Herr selber für Alles sorgen werde; solche Auffassung wäre eine entschieden akatholische; aber die immer wiederkehrende Erscheinung einer totalen Fassungslosigkeit gerade auf Seiten derer, welche sich die allein wahren Katholiken nennen, das wirre Geschrei über Gefahren, wo keine sind, oder wenigstens keine ernstlichen, das kindische Zusammenbeben bei der geringsten Versuchung von der Welt her, das fortdauernde Anwenden von untauglichen und oft genug verwerflichen Mitteln um die Sache der Kirche zu berathen, die als das Reich Gottes auf Erden nur durch die Waffen der tiefsten sittlichen Intelligenz wie der höchsten intelligenten Sittlichkeit, so weit es Menschen möglich gefördert werden mag, diese immer wiederkehrenden Erscheinungen erweisen nur, daß wie keck auch Leute sich als allein wahre Katholiken hinstellen und andere schonungslos verdammen und aus der Kirche hinausdisputiren, doch der Glaube an die Erfüllung der der Kirche gewordenen Verheißungen des unwandelbaren göttlichen Beistandes bis an der Zeiten Ende, in ihnen nicht lebt, wenigstens kein aufrichtiger tiefer und thatkräftiger ist. Gegen diese Kirche und ihre zahllosen Anhänger in allen Ländern der gebildeten Welt, die in ihren Dogmen, so weit sie jedem Sachkundigen vorliegen, Niemanden ermächtigt hat, das kirchliche Lehramt zu Beeinträchtigungen weltlicher Institute zu mißbrauchen überhaupt durch keine einzige Lehre ein unsittliches Mittel und führte es auch zum besten Zwecke gut heißt, gegen diese Kirche die nach einem neunzehnhundertjährigen Kampfe glorreich besteht, ist kein Artikel irgend einer einsichtsvollen Zeitung gerichtet, wohl aber sind unzählige Aufsätze unzähliger Zeitblätter wie ganzer zusammenhängender Werke gegen das Treiben einer Partei gerichtet, die Glanz und Ansehen, geistiges und moralisches Gewicht der katholischen Kirche zur Erreichung ihrer, auf irdische Macht, auf Unterdrückung aller ihr nicht Gleichgesinnten gerichteten Zwecke zu benützen fort und fort bemüht ist. (Fortsetzung folgt.)

Vom Mittelrein, 31. Jan. Der Verein zur Verbreitung nützlicher Kenntnisse unter Leitung Sr. königl. Hoheit des Kronprinzen wurde mit ungetheilter Freude begrüßt von allen denen, welche den Mangel an guten, auch dem gemeinen Mann verständlichen Volksbüchern längst fühlten und beklagten, und in den vom Verein verheißenen Schriften das geeignetste Mittel erkannten, die große Kluft auszufüllen, welche zwischen den wissenschaftlich Gebildeten und dem eigentlichen Volke im Bürger- und Bauernstande in Bezug auf Erkennt-

niß der unmittelbar ins Leben eingreifenden Gegenstände noch immer stattfindet. Besondere Freude erregte die Bestimmung in den Vereinsstatuten, daß von jeder der Vereinsschriften ein Exemplar an jede Volksschule abgegeben werden solle, damit auf diese Weise **Volksbibliotheken** gegründet würden, aus denen nicht nur die Lehrer das für ihre Schule Passende hervornehmen, sondern auch Handwerker und Oeconomen sich über die besondern in ihr Fach einschlägigen Gegenstände gründliche Belehrung erholen könnten. Die „Allgemeine Zeitung" hat unlängst die Versendung des zweiten Bandes des populären Grundrisses der Chemie von Prof. Runge als Vereinsgabe angekündet und gemeldet, daß so wie längst vom ersten, so nun auch vom zweiten Bande 7263 Exemplare an Schulen vertheilt worden seyen. Jene Schulen, welche dieses schöne Geschenk erhalten haben, werden gewiß sich zum innigsten Danke gegen den erhabenen Gründer des Vereins und dessen Mitglieder verpflichtet fühlen, und denselben dadurch bethätigen, daß sie das gemeinnützige so ziemlich populär gehaltene Werk nicht in den Schulschrank verschließen, sondern seinen Inhalt mit geeigneter Auswahl und Erklärung auch zum Gemeingut der sonntagschulpflichtigen Jugend machen. Ob indeß die Zahl 7263 sämmtliche Pfarrschulen Bayerns umfasse, ist uns nicht bekannt, aber daß nicht alle Schulen das genannte Werk erhielten, und selbst Schulen von großer Schülerzahl, deren Localschulinspectoren und Lehrer demselben mit Sehnsucht entgegensahen, leer ausgingen, können wir nicht unbemerkt lassen, und stellen die Bitte, es möchte wenigstens keiner Pfarrschule von Bedeutung die ihr vom Verein zugedachte Wohlthat vorenthalten werden. Da für formelle Bildung (wo nicht Dressur) im Lesen, Schreiben und Rechnen in unsern Volksschulen hinreichend gesorgt ist, und der Religionsunterricht für die Jugend allenthalben mit ähnlichem Eifer betrieben wird, so ist es gewiß keine überspannte Forderung, das heranwachsende Geschlecht auch mit einem Schatze materieller Kenntnisse aus dem Reiche der Natur auszustatten, welche das Nachdenken wecken, ihren Geist über die wichtigsten Angelegenheiten ihres künftigen Berufslebens aufhellen und sie überhaupt über jene Gemeinheit und Rohheit erheben, welcher Unwissenheit und Stumpfsinn im gewöhnlichen Handwerks- und Bauernleben rettungslos verfallen. Naturkunde im weitesten Sinne des Wortes greift mehr oder weniger ein in alle Theile der industriellen und landwirthschaftlichen Thätigkeit, erschließt Schätze, bietet Vortheile, wovon empirischer Schlendrian seit Jahrhunderten nichts ahnte. Man glaube ja nicht, daß z. B. populärer Unterricht in der Chemie für Landschulen phantastische Ueberspannung sey. So lange der Landmann die Kräfte und Bestandtheile seines Bodens, wie die Chemie sie ihm zeigt, nicht kennt, so lange er die chemischen Bestandtheile der von ihm zu bauenden Pflanzen nicht weiß ꝛc., wird er nie mit jener Sicherheit verfahren, die jene Erfolge erzielen, welche innige Vertrautheit mit den Gesetzen der Natur und deren verständige Anwendung gewähren. Oder fehlt es etwa an Zeit zu solchem Unterricht? Statt daß sich jetzt unsere Schuljugend von 12 bis 18 Jahren mit Wiederholung des vom 6 bis 12 Gelernten langweilt und nach dem Erlösungstage sehnt, gebe man ihr einen ihrer Wißbegierde würdigen Gegenstand, an welchem sich die geistige Kraft entwickeln und üben kann, und von dessen hoher Wichtigkeit fürs practische Leben sie sich schnell überzeugen wird. Anstatt der hundertmal wiederholten Lesung der für die Werktagschulen vortrefflich bearbeiteten biblischen Geschichte unsers gefeierten Jugendschriftners lasse man doch einmal Lehr- und Lesebücher in die Hand der reifern Schüler und Schülerinnen gelangen, welche sie aus dem beschränkten Kreise ihrer bisherigen Weltanschauung herausführen, mit den Wundern der Schöpfung über unserm Haupte, wie unter unseren Füßen bekannt machen, zum klaren kräftigen Bewußtseyn des Zwecks unseres Daseyns in dieser sublunarischen Welt bringen, und die geeignetsten Mittel bieten, das Leben auf eine den Menschen und Christen würdige Weise zu verschönern und zu genießen. Was A. v. Humboldt (Kosmus erster Band S. 34 und 37) den gebildeten Ständen sagt, läßt sich gar wohl auch in gewissem Sinne auf die untern Schichten des Volkslebens anwenden: „Wem seine Lage es erlaubt, sich bisweilen aus den engen Schranken des bürgerlichen Lebens herauszutretten, erröthend, „daß er lange fremd geblieben der Natur und stumpf über sie hingeht", der wird in der Abspiegelung des großen und freien Naturlebens einen der edelsten Genüsse finden, welche erhöhte Vernunftthätigkeit dem Menschen gewähren kann. Das Studium der allgemeinen Naturkunde weckt Organe in uns, die lange geschlummert haben. Wir treten in einen innigern Verkehr mit der Außenwelt, bleiben nicht unteilnehmend an dem, was gleichzeitig das industrielle Fortschreiten und die intellectuelle Veredlung der Menschheit bezeichnet . . . . Was von diesem Wissen in das industrielle Leben der Völker überströmt und den Gewerbfleiß erhöht, entspringt aus der glücklichen Verkettung menschlicher Dinge, nach der das Wahre, Erhabene und Schöne mit dem Nützlichen, wie absichtslos, in ewige Wechselwirkung treten. Vervollkommnung des Landbaues durch freie Hände und in Grundstücken von niederem Umfang, Aufblühen der Manufacturen, von einengendem Zunftzwange befreit, Vervielfältigung der Handelsverhältnisse und ungehindertes Fortschreiten in der geistigen Cultur der Menschheit, wie in den bürgerlichen Einrichtungen, stehen (das ernste Bild der neuen Weltgeschichte dringt diesen Glauben auch dem Widerstrebenden auf) in gegenseitigem, dauerndwirksamen Verkehr miteinander." — Zur Annäherung an einen solchen allerdings idealen, aber nicht unerreichbaren Zustand des öffentlichen Lebens muß durch umfassende und gediegene Volksbildung von unten herauf der Grund gelegt werden. Und sollte Bayern hiezu nicht festbegründete Hoffnung haben unter König **Ludwig** und unter der Leitung eines Staatsmannes, dem wir unsere polytechnischen, Gewerbs- und Landwirthschaftsschulen größtentheils verdanken? Was diese Schulen für eine verhältnißmäßig kleine Zahl von Schülern leisten, wird ohne Zweifel bald, wenn auch im verjüngten Maßstabe und so weit es die beschränkten Mittel ermöglichen, zur Aufgabe für die gesammte bayerische Jugend in den zu diesem Zwecke ganz besonders geeigneten Sonntagsschulen werden. Daß hiebei an die Lehrer, und wo es hie und da noch diesen an der nöthigen Bildung und gutem Willen fehlt, an die Ortsschulinspectoren (Pfarrer und ihre Gehilfen) gesteigerte Anforderungen ergehen, versteht sich von selbst. Glauben letztere ja nicht, daß eine rege Theilnahme an diesem Bildungszweig der ihnen anvertrauten jüngeren Generation ihres hohen Berufes unwürdig sey, und ihre Bemühungen nicht lohne. Wer mitwirkt, die Menschen verständig und geschickt für das irdische Berufsleben zu machen, arbeitet auch zugleich an der Grundlage höherer Gesittung. An freudiger Theilnahme und Empfänglichkeit für Lehrgegenstände genannter Art wird es bei der Jugend nicht fehlen. Ein Pfarrer, der aus eigenem Antrieb manchmal eine Stunde der Sonntagsschule benutzte, sich über solche Gegenstände mit der Schuljugend zu unterhalten, versicherte uns, daß er hiebei die gespannteste Aufmerksamkeit wahrgenommen habe, welche gewiß allenthalben sich einstellen und zu einem sehr erfreulichen Resultate führen müßte, wenn derartiger Lehrstoff vorgeschrieben und eine bestimmte Anzahl von Unterrichtsstunden auszufüllen bestimmt wäre. Der Verein zur Verbreitung nützlicher Kenntnisse wird mit der nothwendig im angedeuteten Sinne erfolgenden Aenderung des Schulplans parallel gehend von Jahr zu Jahr reichlicheres Material liefern, welches, da es für wissenschaftlich nicht vorgebildete Lehrer und Lernende zunächst bestimmt ist, immer mehr in die allgemein verständliche **deutsche Volkssprache** mit Ausschluß aller eben so gut **deutsch** zu gebenden Fremdwörter, sich kleiden wird.

Speyer, 1. Febr. Das öfters erwähnte Rundschreiben des bischöflichen Ordinariats lautet wörtlich folgendermaßen: „Das bischöfliche Ordinariat Speyer. Seit mehreren Monaten erscheint in der „Speyerer Zeitung" eine Reihe von Correspondenzartikeln „aus der Pfalz," in welchen mehrfach die bischöfl. Behörde und die Diöcesangeistlichen verdächtigt und beschimpft; Letztere zum Ungehorsame gegen bestehende Diöcesanverordnungen aufgerufen; das Diöcesanritual, kirchliche Andachten, Gebräuche und Institute geschmäht und verhöhnt; Maßregeln zur Unterdrückung derselben, sowie der Kirchenfreiheit gefordert; das bischöfl. Convict verläumdet; der geistliche Stand herabgewürdigt und von dem Eintritt in denselben abgemahnt wird ꝛc. ꝛc. Aufsätze dieses und ähnlichen Inhalts enthält die „Speyerer Zeitung" unter andern in den Nummern 183, 187, 196, 199, 209, 213, 221, 228, 233, 235 des Jahres 1847 und in den Nummern: 1, 2, 4, 5, 6, 8, 12, 13 des laufenden Jahres. Da die Redaction der „Speyerer Zeitung" öffentlich erklärt hat, daß mehrere dieser Aufsätze von katholischen Geistlichen verfaßt seyen, so ist dadurch die Ehre des Diöcesanclerus schwer verdächtigt. Um nun die Geistlichkeit unsers Bisthums von diesem schweren Verdacht zu befreien, hält sich die oberhirtliche Stelle verpflichtet, ihr eine Veranlassung zu geben, sich offen auszusprechen, und darum sie sub obedientia canonica auffordern zu sollen, wie sie mit Gegenwärtigem dieselbe sub obedientia canonica auffordert zu folgender Erklärung: „„Ich Unterschriebener erkläre sub fide sacerdotali daß ich an den bezeichneten Artikeln weder durch schriftliches Verfassen, noch durch Beiträge dazu, noch durch Einsendung irgend einen Antheil habe."" (Datum und Unterschrift.) Sollte ein Priester glauben diese Erklärung nicht unterzeichnen zu können, so hat er dieses unter der Erklärung selbst mit seiner Namensunterschrift zu bemerken. Wer aber außerdem noch eine andere weitläufigere Erklärung geben kann, ist verpflichtet, dieselbe ungesäumt an Se. bischöfliche Gnaden direct einzusenden. Speyer, den 20. Jan. 1848. Foliot, Gen.-Vic. Geißler, Secr." (Speyer. Z.)

Württemberg.

Wir kommen nach dem „Schwäbischen Merkur" auf die Sitzung der II. Kammer vom 25. Jan. zurück. In ihr legte der Minister v. Gärttner den Haupt-Finanzetat vor. Er erwähnte zunächst der theueren Zeit von 1847 mit dem Bemerken, daß verhältnißmäßig nirgends so viel für Linderung der Noth geschehen wie in Württemberg. Daraus möge man ermessen, wie sehr die Finanzverwaltung durch jene außerordentliche Zeit habe berührt werden müssen, obwohl in der Ordnung des Staatshaushaltes keinerlei Störung eingetreten. Sein weiterer Vortrag zerfiel in zwei Abtheilungen, in eine Uebersicht über die abgelaufene Periode von 1844—47 und über die bevorstehende von 1848—51. Die Einnahmen beliefen sich von 1844—47 nach dem Voranschlage auf 32½, in Wirklichkeit aber auf 38⅞ Mill. (in runden Zahlen,) so daß sich ein Ueberschuß von mehr als 6 Millionen (hauptsächlich in Folge der hohen Getreidepreise) herausstellen würde. Durch den Staatsaufwand in Folge der Theuerungsverhältnisse aber fallen hievon über 4⅞ Millionen aus, so daß an wirklichem Ueberschuß etwa 1½ Millionen übrigbleiben. Dieser wird für die verschiedenen Departements, namentlich für oberamtsgerichtliche und andere Gefängnisse 210,000 fl., verwendet. Zur Deckung des Deficits im neuen Etat werden 600,000 fl. herübergenommen. Was diesen letztern betrifft, so belaufen sich die Voranschläge der Einnahmen auf nicht ganz 35 Millionen, die der Ausgaben auf etwas mehr als 35 Millionen, so daß sich noch ein Deficit von etwa 228,000 fl. ergeben würde. Im Verlauf seines Vortrags bemerkt der Minister, daß die Regierung sich eifrig bemüht habe, mit Baden eine Uebereinkunft über den Anschluß der beiderseitigen Bahnen zu erzielen, es könne jedoch von diesen Bemühungen weder irgendein Erfolg überhaupt, der die Linie der Ungewißheit hinter sich ließe, noch insbesondere ein solcher gemeldet werden, welcher den Interessen Württembergs nur von fern entspräche. Von dem Nähern hierüber werde späterhin besondere Mittheilung gemacht werden. „Unter solchen Umständen (fuhr der Minister fort) hat nun die Eisenbahncommission einstimmig darauf angetragen daß, unabhängig von einer erst noch zu schließenden, voraussichtlich in naher Zeit kaum zu hoffenden Uebereinkunft mit der Regierung des Nachbarstaats, zur Ausführung der in Frage stehenden Linie und zwar in der Richtung gegen Bretten, für welche die mit entscheidendem Uebergewicht sprechenden Momente Ihnen seiner Zeit in einer eigenen Zusammenstellung von Seite der Eisenbahncommission dargelegt wurden, geschritten werde. Da die königl. Regierung diesen Antrag um so mehr wohlbegründet finden mußte, als sie, wie gedacht, die westliche Linie schon früher gebaut haben würde, so ist demgemäß bei Aufstellung der Exigenz verfahren worden. An dem dießmaligen Bedarf von im ganzen 10,443,000 fl. sind 6,196,000 fl. bereits durch die 4½ proc. Anleihe vom Jahr 1847 gedeckt: folglich, und zwar in den Jahren 1849/50 und 1850/51, noch aufzubringen 4,252,000 fl.; wozu der Art. 4 des Gesetzes vom 18. April 1843, wie der von der kgl. Regierung genehmigte besondere ständische Beschluß vom Jahr 1845 wegen der Westbahn den Weg der Anleihe vorschreibt. Die königl. Regierung sinnt an und glaubt voraussetzen zu dürfen, daß der hiefür zu eröffnende Credit, zur Verwirklichung durch den ständischen Ausschuß in Einverständniß mit der königl. Regierung, auf

demselben Wege zwischen ihr und beiden Kammern werde verabschiedet werden, der beiden bisher gemachten Eisenbahnanleihen eingehalten werden ist. Sie hält dafür daß es, zumal auch mit Hinsicht darauf, daß die Gelder erst später aufzubringen sind, am gerathensten sey für die Art der Aufbringung dem (größern) Ausschuß und der Regierung, bezüglich des Zinsfußes sowohl als der übrigen Modalitäten, völlig freie Hand zu lassen, damit dasjenige gewählt werden könne, was nach den alsdann obwaltenden Umständen, mit Rücksicht auf die Sicherheit des Erfolgs sowohl als auf vortheilhaftere Bedingungen, vorzüglicher erscheinen wird. Die königl. Regierung nimmt ferner an daß, wenn etwa die Gelder früher nöthig würden, auch die Zeit für den Vollzug nicht beengt seyn dürfe; sodann daß, falls zuletzt eine größere Summe als die derzeit berechnete als Erforderniß sich herausstellen sollte, die Ermächtigung des Ausschusses und der königl. Regierung sich hierauf gleichfalls erstrecken müsse."

Stuttgart, 1. Febr. In der heutigen (sechsten) Sitzung legte der Finanzminister von Gärttner eine Regierungsbotschaft vor, wonach eine Untersuchung des seit 1823 bestehenden Steuerkatasters vorgenommen, aber kein Grund gefunden worden ist, dasselbe abzuändern. Der Minister des Innern, v. Schlayer, legte einen Gesetzentwurf, betreffend die Abgeordnetenwahlen, vor, den er mit der Erklärung begleitete, die Regierung wolle nichts Anderes, als daß die Gewählten wirklich die Männer des freien Vertrauens der stimmberechtigten Bürger seyen; jede Absicht, durch das neue Gesetz auf die Wahlen einzuwirken, sey ihr vollkommen fremd. (Kundige vergleichen hiezu mit Befremden die Vorgänge bei der letzten Wahl im Bezirk Münsingen, wo der ministerielle Candidat Lock, Revisor im Ministerium des Innern, über Pfarrer Süskind, einen für Volkserziehung und Aufklärung sehr thätigen protestantischen Geistlichen, den Sieg davon trug. Derselbe Minister legte ferner vor den Entwurf eines Statuts für die Wahlen des ritterschaftlichen Adels. Die Entwicklung dreier Motionen von Schübler, über Hebung des persönlichen Credits, über Feudallasten, über Maßregeln gegen Güterzerstückelung, machte den Beschluß der Sitzung. — Nachträglich vernehmen wir aus den Berathungen der geheimen Sitzung über die Antwortsadresse, daß bei Besprechung der Preßfrage der Minister v. Schlayer die Behauptung aufgestellt habe, die königl. bayerische Regierung sey nicht berechtigt gewesen, Preßfreiheit für innere Angelegenheiten zu gewähren (!), der Minister v. Beroldingen aber die nicht minder kühne, es lasse sich nicht sagen, daß die Censur auch in neuester Zeit strenge gehandhabt werde, da keine Recursfälle gegen Censurstriche vorkämen. Ein unerfreuliches Gegenstück zu den Aeußerungen der Thronrede über Preßfreiheit bildet auch die Ernennung des geheimen Legationsraths von Neurath, der die Censur des „Beobachters" mit einer Strenge übt, für die man hier schon längst keinen Ausdruck mehr findet, zum Stellvertreter des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in der Kammer. (T.v.u.f.D.)

Preußen.

Berlin, 29. Jan. Dem vereinigten Ausschusse ist heute der Hauptfinanz-Etat für das Jahr 1848 vorgelegt worden. Die Gesammtsumme der Einnahmen ist in demselben auf 64,556,379 Thaler angegeben worden (im Jahre 1847 betragen dieselben 64,033,697 Thaler, es sind daher in diesem Jahre 522,682 mehr), und die für die Ausgaben angesetzte Generalsumme stellt genau denselben Betrag hin. (T. v. u. f. D.)

Berlin. Es sollen nach den Ausschüssen die acht Männer behufs der Einsicht in die Finanzen versammelt werden, damit die ganze Verfassung des 3. Febr. ihre Ausführung erhalten habe und als zu Recht bestehend angesehen werde; sie wird so in allen ihren drei Abtheilungen zur Ausführung kommen und vorher gewiß keine Aenderung derselben eintreten; ob nachher — — — fürs erste so wenig wie eine Aenderung unserer Ministerien. (Börsenh.)

Nach Beendigung der Sitzungen des Vereinigten Ausschusses werden, wie man erzählt, die Provinziallandtage einberufen, um vor Publication des neuen Strafgesetzes noch einmal gehört zu werden. Für die Rheinprovinz ist der Provinziallandtag auf den 11. April nach Coblenz einberufen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Die „Börsenhalle" nimmt jetzt ihre frühere Nachricht, wonach eine zweijährige Periodicität des Landtages beschlossen sey, zurück.

Auffallend ist es dem Berliner Publikum, daß bei der letzten großen Ordensverleihung alle diejenigen Personen mit Orden bedacht wurden, die bei der Schweizer Angelegenheit irgendwie preußischerseits thätig waren oder noch sind.

Schleswig-Holstein.

Kiel, 26. Jan. Das Plenum des Corps der Ritterschaft und Prälaten von Schleswig-Holstein ist von dem derzeitigen Vorsitzenden, Graf Moltke, auf den 1. Febr. festgesetzt.

Hannover.

Hannover. Der General v. Düring, seit des Königs Thronbesteigung dessen Generaladjutant, und Sr. Majestät stets in der vertrautesten Stellung nahe, hat in diesen Tagen zur allgemeinen Ueberraschung seine Entlassung erhalten. (Brem. Z.)

Freie Städte.

Hamburg, 24. Jan. Wir haben Ihnen leider von einer neuen und zwar gegen den hiesigen Juristenverein eingeleiteten Untersuchung Meldung zu geben: Anlaß lieferte der als Manuscript gedruckte Bericht der von jenem Verein ernannten Commission zur Erörterung eines Vortrages, welchen Professor Wurm „über die Ungesetzlichkeit der Censur in innern Angelegenheiten" hielt. Concipient dieses in vieler Beziehung ausgezeichneten und nur Wahrheit enthaltenden Berichtes ist Dr. Riesser. (Wes. Z.)

Oesterreich.

Wien, 28. Jan. Als Ergänzung meines letzten Berichtes über die Wahlen der kaiserl. Akademie theile ich Ihnen mit, daß noch folgende Ehrenmitglieder erwählt worden sind, für die historisch-philologische Section: HH. Wilson, Perz, Reinaud und Aug. Mai; für die mathematisch-naturhistorische: Humboldt, Buch, Berzelius, Faraday, Gauß, Joh. Müller, R. Brown. Zu inländischen correspondirenden Mitgliedern: Ankershofen, J. G. Seidl, Wartinger, Miklosich, Jaszay, Wisniewsky, Blumberger, Cicogna, Diemer, Hanka, Schedel, Frast, Gar, Kudlinger, Wolny, Boller und Goldenthal. Die correspondirenden Mitglieder im Ausland theile ich Ihnen zugleich mit dem Bericht über die feierliche Eröffnung mit. Heute und morgen finden die Sitzungen über die auszuschreibenden drei Preise: einen historischen, einen philologischen, und einen naturwissenschaftlichen in den verschiedenen Sectionen statt, die sich am 31. zu einer gemeinsamen Sitzung und Beschlußnahme vereinigen. (A. Z.)

Gegen die in Leipzig erscheinenden „Grenzboten" wird von der k. k. Polizeihofstelle mit entschiedenster Strenge verfahren; den Buchhändlern wird mit hohen Geldstrafen gedroht, und die Abonnenten will man mit Haussuchungen heimsuchen. Erlaubt wurde vom neuen Jahr an der Bezug dieses Journals nur der Staatskanzlei und dem Baron Kübek, zwei Exemplare sind für den Hof bestimmt, und ein anderes liest der Polizeiminister Graf Sedlnitzky, nichtsdestoweniger sind in Wien wenigstens 300 Pränumeranten, und der Leser gibt es mindestens 6000. (Bresl. Z.)

Schweiz.

Aus der „Allgemeinen Zeitung" ersieht man die bemerkenswerthe Thatsache, daß auch von Tirol Gelder für die eidgenössischen Soldaten bei der Tagsatzung eingelaufen sind.

Aus der Waadt, 26. Jan. Die Säcularisation der geistlichen Güter ist im Wallis von einer Stimmenmehrheit von 70,000 gegen 10,000 angenommen worden. Der päpstliche Nuntius hat appellirt; — seine Appellation ist ad acta gelegt.

Italien.

Das letzte in Civitavechia angekommene Dampfschiff hat eine prächtige Monstranz, im Werthe, wie man sagt, von 100,000 Fr. als Geschenk Ludwig Philipps an Se. Heiligkeit, überbracht.

Venedig, 23. Jan. Die Dinge haben ein ernsthaftes Ansehen gewonnen seit den blutigen Ereignissen in Mailand, und in einem noch höhern Grad seit der Verhaftung des in ganz Italien verehrten Literaten Tommaseo und des hier allgemein geachteten Advocaten Manin. Beide haben vor längerer Zeit Petitionen an den Kaiser für Freiheit der Presse und Reformen in der Verwaltung ausgearbeitet, zu denen nicht nur hier, sondern auch in Padua, Verona, Treviso und andern Städten des venetianischen Königreichs Unterschriften gesammelt wurden. Die hiesige Regierung legte diesem Treiben keine Hindernisse in den Weg. Am vergangenen Dienstag aber wurden in Folge eines von Wien gekommenen Cabinetsbefehls Tommaseo sowohl wie Manin auf die Polizei, und von dort nach abgehaltenem Verhör in das Criminalgefängniß abgeführt; die Einleitung einer förmlichen Criminaluntersuchung soll gegen sie beschlossen seyn. Keine Bälle, keine Gesellschaften — keine Masken — obgleich die Regierung wider Erwarten den Mummenschanz in derselben Ausdehnung wie in den frühern Jahren erlaubt hat. Die Apollonia, eine Gesellschaft, welche die Bälle für die vornehme Welt anordnet, hat bekannt gemacht, daß sie dieß Jahr das für die Festlichkeiten bestimmte Geld zu wohlthätigen Zwecken verwenden werde. Die Spannung zwischen Militär und Civil hat den höchsten Gipfel erreicht. Kein Offizier wird von einer italienischen Familie empfangen, ja sogar kein deutsches Haus von Italienern besucht, wo Offiziere verkehren! Es finden übrigens fortwährend Truppenmärsche nach der Lombardei statt. In der ganzen Lombardei und Venedig kann man österreichische Banknoten selbst von geringem Betrage nur mit größter Schwierigkeit in baar Geld umsetzen. (Deutsche Z.)

Venedig, 26. Jan. Wie in Mailand für die Lombardei, so hat in Venedig für die venezianischen Provinzen die Centralcongregation die Bedürfnisse und Wünsche der Bewohner in einer Bittschrift zusammengefaßt um sie alsbald dem Vicekönig zu überreichen, der sie dem Souverän vorzulegen versprochen hat.

Venedig. Der gestern erwähnte Bericht der Gazzetta di Venezia vom 26. Jan. lautet vollständig: „Die venetianische Generalcongregation verlangte am 5. d. mit einmüthiger Genehmigung von Sr. Exc. dem Grafen Statthalter, daß ein Ausschuß aus ihren Abgeordneten erwählt werde, zum Zweck der Wiedervornahme und Berathung der wirklichen Bedürfnisse und Wünsche der Bewohner der venetianischen Provinzen, um darüber gemäß der mittelst Patents vom 24. April 1815 zugestandenen Befugniß, Sr. kk. Maj. dem erhabenen Monarchen eine Bittschrift zu unterbreiten. Dieser Ausschuß ward sofort niedergesetzt und in der Sitzung vom 26. d. nachdem man die Arbeit desselben geprüft, die Entwürfe der einzelnen Abgeordneten in Berathung gezogen, sowie auch die verschiedenen neuerlich aus den Provinzialcollegien eingegangenen Vorschläge eingesehen hatte, beschloß die Congregation einstimmig, daß darüber eine unterthänige Denkschrift an das väterliche Herz Sr. Maj. gebracht werden solle. Fünf Abgeordnete hatten sofort die Ehre den Händen Sr. kais. Hoheit des durchlauchtigsten Erzherzogs Vicekönigs die ehrfurchtsvolle Bittschrift anzuvertrauen, ihn ersuchend sie gütigst an den Thron gelangen zu lassen, damit Geist und Gemüth unsers huldreichen und frommen Oberherrn, der stets aufmerksam auf die Verbesserung der öffentlichen Zustände ist, die heißen Bitten, die ergebenen Hoffnungen dieser treuen Nation mit Wohlwollen aufnehmen."

Florenz, 26. Jan. Die hiesige Regierung, fühlend, daß dem seit Jahren mannigfach vernachlässigten Militärwesen eine umfassende Organisation noth thue, ernannte eine Commission von toscanischen Offizieren, welche in Verein mit einigen erfahrnen piemontesischen Offizieren, die sich der Großherzog vom König von Sardinien in dieser Absicht erbeten hat, unverzüglich mit dieser Angelegenheit sich beschäftigen soll. Der Patria zufolge sind bereits zwei ausgezeichnete Militärs von Karl Albert zu diesem Behuf auserwählt worden. — Gestern hat die vom Großherzog vor einiger Zeit ernannte Conferenz, welcher der Entwurf der neuen Municipalverfassung zur Berathung vorgelegt worden ist, im Palast Riccardi ihre erste Sitzung gehalten. — In Pisa, Lucca und Pistoja wurden zum Andenken an die bei den jüngst stattgehabten Ruhestörungen in Mailand und Pavia ums Leben gekommenen Lombarden feierliche Todtenmessen gehalten. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 1. Febr.

In der gestrigen Sitzung der Pairskammer legte Hr. Dupin seinen Ergänzungsbericht über den Gesetzentwurf vor die Arbeit der Kinder in den Fabriken betreffend.

Gestern in der fortgesetzten Berathung der Kammer der Abgeordneten über den italienischen Paragraphen sprach unter mehreren Rednern auch Hr. Thiers. Italiens Sache ist nach ihm, die der Menschheit, weil nur Unabhängigkeit von ihm beansprucht werde. Die bis-

herige Politik Frankreichs bezüglich Italiens erscheint ihm als eine unaufrichtige. Frankreich müsse dem Reformwerk in Italien offen die Hand bieten um so mehr als Europa jetzt in zwei Lager gespalten: im Norden die absolutistischen Mächte, im Süden die Freiheit und die constitutionellen Regierungen. Der Ministerrathspräsident Hr. Guizot sprach zur Vertheidigung seiner Politik; schließlich hat die Kammer den §. 5. angenommen. (Wir kommen des Näheren auf die Reden in der italienischen Frage zurück.)

Die Generallieutenants Juchault de Lamoricière und Fairbans sind zu Groß-Officieren der Ehrenlegion ernannt.

Graf Bois-le-Comte hat der Tagsatzung eine Note des Hrn. Guizot zugestellt, welche die Angelegenheit der Mönche von St. Bernhard zum Gegenstand hat.

Hr. Bertin de Veaux, Pair von Frankreich, ist am Samstag mit einer Sendung der französischen Regierung nach Italien abgereist. — Sir Stratford Canning ist aus der Schweiz hier eingetroffen.

Am 25. Jan. ist die Dampffregatte Cuvier (von 320 Pferden) bei Porto di Campo, in der Nähe von Palma, verbrannt und untergegangen. Die Mannschaft wurde gerettet. Auch der englische Dampfer Scotia (von 120 Pferdekraft) hat dasselbe Schicksal im Golf von Stora gehabt.

Großbritannien.

Dr. Freund, bisher Arzt im deutschen Hospital in der Themsestadt hat seine Entlassung genommen.

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Jan. Die Bürgerrepräsentanten hielten in Veranlassung des königl. Beschlusses, vorerst keine Adresse anzunehmen, gestern Vormittag eine Versammlung auf dem Rathhause, wo derselbe einer zahlreich versammelten Menge von Bürgern und andern Einwohnern der Stadt, von dem Vormann der Repräsentanten, Etatsrath Hvidt, mitgetheilt wurde. Dieser wurde von den Anwesenden mit oft wiederholtem Hurrah begrüßt. Mehrere Tausende Bürger und Einwohner begleiteten hierauf gestern Nachmittag den Etatsrath Hvidt von der Börse nach seiner Wohnung, wo er in aller Kürze die Bedeutung des Augenblicks und die Gefühle, welche die Bürgerrepräsentanten beseelen, aussprach, welches mit wiederholtem Hurrah und einem Lebehoch für Etatsrath Hvidt erwiedert wurde. Hierauf begab sich die Menge nach dem Schloßplatze, wo man, nach verschiedenen Hurrah's für die Wünsche des Volkes, ruhig und ordentlich auseinanderging. „Fädrelandet“ fügt hinzu, die Menge habe sich nach dem Schloßthor gewandt, dort Freiheit und Constitution ein Hoch gebracht, und zuletzt den König zu sehen verlangt. Als aber ein Adjutant des Königs aus dem Schloßthor gekommen sey und gefragt habe, was man wolle, sey keine Antwort erfolgt, und die Menge sey bald darauf ruhig auseinandergegangen. Das genannte Blatt schätzt die Zahl der Menschenmenge, welche den Etatsrath Hvidt gestern nach seiner Wohnung begleitete, auf 4—6000. Nachdem ein von neunmaligem Hurrah begleitetes Hoch für den alten Ehrenmann ausgebracht worden, richtete er aus einem offenen Fenster in seinem Hofe folgende Worte an die Versammelten: „In der Eintracht des Bürgerstandes beruht die Stärke des Staats. Schließen wir uns daher im Augenblick der Bedrängniß fest aneinander, Leben und Blut für unser Vaterland zu opfern bereit! Es sind die Worte der Bürgerrepräsentanten, die hier durch meinen Mund ausgesprochen werden, und mit diesen Worten bringe ich Ihnen den Dank der Bürgerrepräsentanten und den meinigen. Es lebe der dänische Bürgerstand!“ Dieser Wunsch wurde mit einem Hurrah beantwortet, worauf ein neues Lebehoch für Etatsrath Hvidt und demnächst eines für „Dänemark bis zur Eider“ folgte. Auch folgten noch einzelne Ausrufungen, z. B. für Freiheit und Constitution, worauf man sich entfernte, und der Zug sich theilweise auflöste. (Alt. Mkr.)

Kopenhagen, 26. Jan. Der jetzige König Friedrich VII. war zweimal vermählt, hat jedoch von keiner seiner beiden Gemahlinnen eine Nachkommenschaft. Von männlichen Sprößlingen der Linie Friedrichs II. lebt noch ein Bruder Königs Christian VIII., Prinz Ferdinand, geboren 1792. Sollten er und der Kronprinz kinderlos versterben, so ist mit ihnen der Mannsstamm Friedrichs II. erloschen, und es tritt dann die Trennung der Personal-Union Dänemarks mit Schleswig-Holstein ein, indem in dem Königreich nach dem Königsgesetz der Weiberstamm, in den Herzogthümern dagegen nach der agnatisch-linealischen Erbfolge die nächste Linie des oldenburgischen Stammes, nämlich die sonderburgische, und zwar zunächst der Herzog von Augustenburg succedirt. Die dänische Krone fällt zunächst an die älteste Schwester des Königs Christian VIII., Prinzessin Juliane (geboren 1788), Witwe des 1834 verstorbenen Prinzen Wilhelm von Hessen Philippsthal - Barchfeld, vorausgesetzt natürlich, daß sie den Successionsfall erlebt. Da auch sie ohne Kinder bleiben wird, so folgt die zweite Schwester, Prinzessin Charlotte (geb. 1789), verheirathet an den Landgrafen Wilhelm von Hessen, und nach ihrem Tode ihr einziger Sohn, Prinz Friedrich (geb. 1820), Witwer von der russischen Großfürstin Alexandra, welche ihm keine Kinder hinterlassen hat.

Aus Jütland, 25. Jan. Die sämmtlichen jütländischen Ständeabgeordneten werden nächstens in Randers eine Adresse an den König berathen. — Von der Aalborger Ständedeputation nebst mehreren Bürgervertretern und Bürgern ist eine Adresse an den König bereits abgegangen, worin der heiße Wunsch erneuert wird für Einführung einer vollständigen constitutionellen Verfassung, die mit verantwortlichen Ministern, gleichen bürgerlichen Rechten, vollständiger Gewissens- und bürgerlicher Freiheit den nach liberalem Wahlgesetz erkornen Repräsentanten des Volks beschließenden Mitantheil an der Regierung einräumt. (Hamb. Börsenhalle.)

Vereinigte Staaten von Nordamerica.

New-Yorker Blätter, welche bis zum 14. Januar reichen, schreiben: General Scott, der Kommandirende in Mexico, welcher neuerdings in einer Bekanntmachung erklärt habe, er werde das ganze Gebiet der Republik besetzen, bis Mexico Frieden verlange, soll abberufen seyn. — Eine für die Schifffahrt im stillen Weltmeere wichtige Thatsache ist die Entdeckung reicher Steinkohlenlager auf der Vancouvers Insel, welche unter der Leitung von Engländern durch Indianer bearbeitet werden.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 3. Febr. Bayerische 3½ pCt. Obligationen 91 P., — G. Bayerische Bankactien I. Semester 1848 660 P., — G. Promessen per Stück Agio 74 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 103 P., — G.; 4pCt. 90 P., — G.; 3pCt. 64 P., — G. Bankactien I. Semester 1570 P., — G. Württembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 88 G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 88 G.

Nürnberg, 3. Febr. In der heute stattgehabten Generalversammlung der Actionäre der königl. privilegirten Ludwigs-Eisenbahn (Nürnberg-Fürth) erstattete Hr. Director Mainberger den Rechenschaftsbericht über die Verwaltung des verwichenen Jahres. Danach betrugen die Einnahmen a) auf der Hauptbahn zwischen Nürnberg und Fürth für 461,081 Personen: 51,378 fl. 6 kr.; b) auf der Zweigbahn zur Kreuzung für 28,256 Personen, 1755 Ctr. 17 Pfd. Passagiergut und 10,095 Ctr. 25 Pfd. Frachtgut 1809 fl. 6 kr. Die Gesammtpersonenfrequenz betrug sonach 489,337 Individuen und die Gesammteinnahme aus dem Betrieb 53,187 fl. 12 kr., wozu noch an etatsmäßigen Nebeneinnahmen kommen: 911 fl. 58 kr. Sonach Totalsumme der Einnahmen: 54,099 fl. 10 kr. Die Ausgaben betrugen a) Personalerigenz 11,116 fl. 56 kr., b) Realerigenz 16,708 fl. 24 kr. Summe: 27,825 fl. 20 kr.; verbleibt ein Ueberschuß von 26,273 fl. 50 kr. Die Ausgaben außer dem Etat (sonst Reserveconto) betragen: 4009 fl. 7½ kr. Der Etat pro 1848 ist folgendermaßen veranschlagt: Einnahmen 53,000 fl., Ausgaben: Personalerigenz 11,183 fl., Realerigenz 15,054 fl. zusammen 26,237 fl., verbleiben 26,763 fl. (C. v. u. f. D.)

Nürnberg, 4. Febr. In der gestrigen Generalversammlung der Actiengesellschaft der Nürnberg-Fürther Eisenbahn wurde die Dividende für das verflossene Jahr auf 13 pCt. somit für das Halbjahr auf 7 pCt. festgesetzt und beschlossen, daß dazu die für den eisernen Reservefonds für die nächsten zwei Jahre bestimmten je 2000 fl. mit verwendet werden sollen. Das Capital dieses Fonds von 10,000 fl. in 3½ procentigen bayerischen Papieren soll in der Art arrosirt werden, daß die Hälfte davon verkauft und mit dem Erlöse die andere Hälfte arrosirt werde. Der Verkauf der der Gesellschaft gehörigen Grundstücke längs der Bahn wurde dem Directorium und dem Ausschusse übertragen.

(C. v. u. f. D.)

Frankfurt, 2. Febr. Metall. 5pCt. 102½; 4pCt. 87½; 3pCt. 63½; Bankactien 1862; Taunus-Eisenbahn-Actien 353½; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 56½; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 86½; bayer. Ludwigs-Canal 62.

Wien, 1. Febr. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 102; zu 4pCt. in CM. 86⅝; zu 3pCt. in CM. 62; Bankactien per Stück 1565; Nordbahn 133¼.

Amsterdam, 31. Jan. 2½ pCt. 54½; 3pCt. 65⅝; 4pCt. 84½; Span. 3½ pCt. —; Handels-Maatschappy —; Ard. 15⅝; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. —.

Paris, 31. Jan. 3pCt. 74 Fr. 70 C.; 5pCt. 117 Fr. — C.

London, 28. Jan. Consols 89⅞.

Die nach Ostindien handelnden Häuser John Brightman u. Comp. in London und Bertram und Parkinson in Newcastle haben ihre Zahlungen eingestellt.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag den 6. Februar: „Guido und Ginevra,“ Oper von Halevy.

Königliches Odeon.

Montag, den 7. Febr.: „Zweite Redoute im königlichen Odeon.“

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Baron v. Jrmtraut v. Wien; Baron v. Bernhard und Baron v. Schätzler v. Augsburg.

Goldn. Hirsch. HH. Labot und de Larralde, Privatiers v. Amsterdam; Kranskopf, Kaufmann v. Hamburg.

Hôtel Maulik. HH. Maugin, Kaufmann aus Frankreich; Ritter, Privatier v. Wolfegg; Gräfin Fugger-Nordendorf.

Blaue Traube. HH. Dr. Meyer von Vilsbiburg; Dr. Kolb und Dr. Bauer von Augsburg; Händl, Proprietär von Ludwigsburg; Mikl, Ingenieur, und Frhr. v. Presaß, geheimer Rath v. Breslau.

Stachusgarten. HH. v. Reider, Practicant v. Bamberg; Schweikerl, Practicant v. Nürnberg.

Bekanntmachung.

2268. Auf dem Anwesen der Georg Schweiger'schen Metzgersehelente in Erding sind noch 225 fl. Currentschulden des Georg und der Barbara Siegl, Metzgersehelente von Erding, hypothekarisch versichert und laut Uebergabsbrief vom 22. Juli 1822 in jährlichen Fristen zu 30 fl. abzuzahlen festgesetzt worden.

Da nun die Schweiger'schen Eheleute diese Summe in den bestimmten Fristen erlegt haben wollen, und ihnen die Aufenthaltsorte der meisten Gläubiger zur Zeit unbekannt sind, so ergehet auf Antrag die Aufforderung, daß, wer immer eine Forderung an obiger Summe an den Siegl'schen und resp. Schweiger'schen Metzgersehelenten in Erding zu machen hat, sich binnen 3 Monaten um so gewisser bei dem Hypothekenamte des unterfertigten Gerichtes zu melden habe, als außerdessen obige Summe als bezahlt angenommen und im Hypothekenbuche gelöscht werden würde.

Am 29. Januar 1848.

Königliches Landgericht Erding.

Muggenthal.

Für die durch Brandunglück in Kemnath Heimgesuchten sind an Beiträgen eingegangen:

	Uebertrag	39 fl. 24 kr.
Den 4. Febr. von P.	. . . . . .	1 fl. — kr.
Den 5. Febr. von L. G.	. . . . . .	2 fl. — kr.
	Summe	42 fl. 24 kr.

Um weitere mildthätige Beiträge wird dringend gebeten.

Expedition der Münchener politischen Zeitung.
Kröpelgasse Nr. 2.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 32.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nr. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 30 kr., im III. Rayon 3 fl. 36 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag — XLIX. Jahrgang. — 7. Februar 1848.

Deutschland.

Bayern.

München, 5. Febr. Die königl. Entschließung, welche den bisherigen Verweser des Kriegsministeriums, Generalmajor Frhrn. v. Hohenhausen, zum Commandanten der Stadt Nürnberg ernennt, ist nunmehr erschienen. (A. Z.)

München, 4. Febr. Wie wir hören, so befindet sich Se. königl. Hoheit der Herzog Max gegenwärtig in Meran. — Gestern wurde Se. Durchlaucht der Fürst Wallerstein zur königlichen Tafel gezogen. — Der von einem Theil der hiesigen Studirenden auf gestern Abend beabsichtigte Fackelzug zu Ehren des verewigten Görres erhielt die polizeiliche Erlaubniß nicht, weil bisher Fackelzüge auf Friedhöfen nicht Gebrauch gewesen seyen, und dadurch der Gräberschmuck beschädigt werden könnte. Die Theilnehmer an dem beabsichtigten Zug haben sich nun entschlossen, ihre bereits eingezahlten Beiträge den Abgebrannten Kemnaths zuzuwenden. (A. Z.)

München, 7. Febr. Dem Gerücht, als habe Hr. Professor v. **Walther** seine Vorlesungen eingestellt (cf. Nro. 31 der polit. Zeitung nach bayerischen Blättern) wird jetzt in öffentlichen Blättern als einem durchaus unbegründeten widersprochen; am wenigsten würde der gefeierte Lehrer darum nicht mehr gelesen haben, weil Dr. Martin in die Facultät eingetreten.

Nürnberg, 5. Febr. Der bisherige Verweser des Kriegsministeriums, Hr. Generalmajor Frhr. v. Hohenhausen, hat am 3. d. das Patent als Stadtcommandant von Nürnberg erhalten, und wird in der Mitte dieses Monats hier eintreffen, um die Commandantschaft zu übernehmen. — Der bisherige Stadtcommandant, Generalmajor v. Sebus, hat seine weitere Bestimmung zu gewärtigen. (C. v. u. f. D.)

Württemberg.

Stuttgart, 3. Febr. Wir sehen uns in den Stand gesetzt, hier umlaufende Gerüchte über ein Attentat gegen Se. königl. Hoheit den Kronprinzen in nachstehender Weise zu berichtigen. Am 1. d. Mts. Abends um 10 Uhr, erschien der 22 Jahr alte Güterbuchscommissär August Kost von Reichenberg, Oberamts Backnang, auf der hiesigen Schloßwache und entdeckte dem wachhabenden Officier, welchem er nachher auch ein mit kleinen Schroten geladenes Doppelterzerol übergab, daß er die Absicht gehabt habe, Se. königl. Hoheit den Kronprinzen zu tödten, daß er aber diese Absicht nun ernstlich bereue, und sich selbst der Behörde übergebe. In dem am folgenden Tag von dem Criminalamt Stuttgart mit ihm vorgenommenen Verhör gab Kost an: bedeutende Schulden und unangenehme Geschäftsverhältnisse hätten ihn in eine verzweiflungsvolle Gemüthsstimmung versetzt, in welcher er am 27. v. Mts. Reichenberg verlassen habe. Nachdem er sich einige Tage in Stuttgart, Eßlingen und Ludwigsburg umhergetrieben, sey ihm der Gedanke gekommen, Sr. königl. Hoheit dem Kronprinzen und dann sich selbst das Leben zu nehmen. Auf diesen ruchlosen Entschluß sey sein früherer längerer Aufenthalt in dem an der badischen Grenze gelegenen Marktflecken Dürrmenz-Mühlacker, wo es, wie er sich ausdrückte, „viele revolutionäre Köpfe gebe", nicht ohne Einfluß gewesen. Ob Kost bei gesunden Sinnen ist, oder ob seiner Selbstanklage etwa andere Motive zum Grunde liegen, wird der weitere Verlauf der Untersuchung lehren. (Schw. Mkr.)

Stuttgart. Die Sitzung der Kammer der Abgeordneten am 4. Febr. ward fast ganz mit der Wahl von Commissionen ausgefüllt. Am Schlusse entwickelte Hr. Redwitz eine Motion über Wildschaden, und Frhr. v. Wöllwarth eine solche über die Einführung eines Landwehr-Systems. — Zu Ende der nächsten Woche wird der Landtag in der Weise vertagt werden, daß die Finanzcommission, die Commission für die Wahlordnung, sowie für innere Verwaltung in Stuttgart zurückbleiben. (Stuttg. Brod.)

Baden.

Karlsruhe, 5. Febr. In der heutigen Sitzung der I. Kammer kam die Drei-Fabriken-Frage zum Abschluß. Nach einer fünfstündigen Verhandlung, an welcher geh. Rath Nebenius, die Staatsräthe Bekk, Trefurt, und Regenauer, die geh. Räthe Klüber, Frhr. v. Marschall, und Vogel, sodann Oberforstrath v. Gemmingen, Generallieutenant v. Lasollaye, Hofdomänenkammer-Director Beger, und der Berichterstatter, Frhr. v. Andlaw, Theil nahmen, wurde die Adresse der II. Kammer **einstimmig** angenommen. (Karlsr. Z.)

Kurhessen.

Laut der „Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung" ist die Commission zur Feststellung von Modificationen der kurhessischen Verfassung noch zur Zeit gar nicht zusammengetreten, und vorerst den einzelnen Mitgliedern überlassen geblieben, sich Ansichten über zweckmäßige Modificationen zu bilden. Daß eine der Modificationen dahin gehen werde, statt des Einkammersystems ein anderes System einzuführen, könne als wahrscheinlich gelten.

Preussen.

Berlin, 30. Jan. Vor der Plenarsitzung des Ständeausschusses vom 29. kam die Dreitheilungsfrage zur Berathung. Die Abtheilung hatte verlangt, daß diese Eintheilung der strafbaren Handlungen, wie sie im rheinischen Rechte vorkommt, auch in das neue Strafgesetzbuch aufgenommen werde. Dem gemäß machte die Regierung folgende Anträge: Die strafbaren Handlungen sollen eingetheilt werden 1) in Polizeiübertretungen, 2) Verbrechen oder Vergehen und 3) schwere Verbrechen. Alle Handlungen, welche mit der Todesstrafe oder Zuchthausstrafe, oder einer Freiheitsstrafe von mehr als fünfjähriger Dauer bedacht sind, gehören zu den schweren Verbrechen. Sodann wird wegen des Verlustes der Ehrenrechte (bürgerlicher Ehre) noch besonders bestimmt, daß dieselben bei schweren Verbrechen auf immer, bei andern nur auf bestimmte Zeit entzogen werden sollen. Aber auch im letztern Falle blieben die besondern Ehrenvorzüge (Adel, öffentliche Aemter, Würden und Titel, Orden, Fähigkeit zur Ausübung des Patronats, der Gerichtsbarkeit und Polizeiverwaltung, Standschaft und Stimmrecht) auf immer verloren. So weit diese von der Regierung gemachten Vorschläge. Die Abtheilung ging im Allgemeinen auf dieselben ein, jedoch ist sie hinsichtlich der zeitweisen Entziehung der Ehrenrechte der Meinung, daß die Dauer von fünf Jahren nach Beendigung der Freiheitsstrafe ab nicht zu überschreiten seyn würde, und daß andererseits auch auf die Dauer von Einem Jahre die Entziehung ausgesprochen werden könne. Was den Verlust des Adels betrifft, so herrscht Einstimmigkeit darüber in Bezug auf den persönlich verliehenen Adel, dagegen meinten Einige, daß der ererbte Adel schon deßwegen nicht hieher gehöre, weil gegenwärtig die Ehre des Adels in der allgemeinen bürgerlichen aufgehe. Indeß trat die Abtheilung auch hierin der Meinungsansicht bei. Nicht so, was die Standschaft betrifft. Die Abtheilung war hier der Ansicht, daß die Standschaft und die Befähigung zur Theilnahme an Stimm- und Ehrenrechten in Gemeinden und Corporationen nach Ablauf der Zeit, für welche die Entziehung der bürgerlichen Ehre erkannt wird, von selbst wieder eintreten müsse. Dieß war denn auch der Punkt, um welchen sich die Berathung der heutigen Sitzung vorzüglich drehte. Hr. Camphausen vertrat den Vorschlag der Abtheilung auf das Lebhafteste, indem er nachzuweisen suchte, wie der Begriff Staatsbürger gar keinen Sinn habe, wenn ihm die Befugniß der ständischen Rechte fehlten. Graf v. Schwerin sprach in demselben Sinne. Indessen drang die Ansicht der Regierung durch, und es wurde der Antrag der Abtheilung mit 54 gegen 40 Stimmen verworfen.

Schleswig-Holstein.

Auf einer Versammlung von Männern aus beiden Herzogthümern, zunächst Abgeordneten, welche am 29. Jan. in Kiel stattfand, wurde einstimmig die Ansicht ausgesprochen: daß gegenwärtig aus den Herzogthümern keine Adressen an den König zu erlassen seyen. — Die Zahl der politischen Processe in den Herzogthümern, welche durch das bekannte königl. Rescript niedergeschlagen worden sind, beträgt 10. Angeschuldigt waren: Beseler, Olshausen, Tiedemann, Dr. Lorenzen viermal, Advocat Wiggers, Hufner Rohwer und Literat Bracklow. Das Rescript macht guten Eindruck, obgleich wahrscheinlich in den meisten dieser Processe die Regierung der unterliegende Theil gewesen seyn würde. Uebrigens hatte das Amnestiedecret wirklich nur für die Herzogthümer Bedeutung; die wenigen Preßprocesse in Dänemark können kaum in Betracht kommen. — Auf den 4. Febr. ist eine Versammlung der Ritterschaft ausgeschrieben, um, wie es in dem Schreiben heißt, „das Erforderliche wahrzunehmen." (Wes.-Z.)

Oesterreich.

Wien, 2. Febr. So eben ist die erste allgemeine Sitzung der kk. Akademie der Wissenschaften abgehalten worden. Erzherzog Johann präsidirte, neun Erzherzoge, das gesammte diplomatische Corps, eine große Zahl von sonstigen hochgestellten Personen, alle in großer Uniform wohnten der Sitzung bei, welche im prächtigen Rittersaale der niederösterreichischen Stände um 12 Uhr ihren Anfang nahm. Eröffnet wurde dieselbe mit einer vom Frhrn. v. Hammer-Purgstall gehaltenen Rede über „das Licht der Wissenschaften." Hierauf wurden die Namen der neuerwählten Mitglieder durch den ersten Secretär Regierungsrath v. Ettingshausen verlesen. Endlich wurden die Preisfragen abgelesen. Es sind deren acht, und zwar fünf für die geschichtliche Abtheilung (über die Geschichte Rudolfs von Habsburg), wovon für vier der Preis je zu 1000 fl. C. M., für die fünfte zu 2000 fl. C. M. bestimmt ist; die philologische Aufgabe ist der Entwurf einer vergleichenden slavischen Grammatik; Preis 1000 fl. Die physikalische Preisfrage ist: „Fortpflanzung der Wärme im Innern der Körper" — 1000 fl. der Preis; endlich für die Botanik mit dem Preise von 600 fl. C. M.: „Ueber Pflanzenzeugung." Die Beantwortungen müssen bis Ende Decembers 1849 eingelaufen seyn. Die Veröffentlichung der Zuerkennung der Preise erfolgt im Mai 1850. Se. Maj. der Kaiser konnte wegen andauernden Katarrhs der Sitzung nicht anwohnen. (A. Z.)

Wie wenig man in Wien mit den lombardischen Unruhestiftern sympathisire, dürfte der geringfügige Umstand darthun, daß letzthin, bei einer Vorstellung

von Nebelbildern durch Professor Robin im Theater an der Wien, das plötzliche Erscheinen der Stadt Mailand mit so furchtbarem Gezische aufgenommen wurde, daß unverzüglich der Vorhang herabgelassen werden mußte. (Fr.-O.-P.-A.-Z.)

Die „Deutsche constitutionelle Zeitung“ schreibt: „In den drei Kreisen Bruck, Judenburg und Grätz sind sehr bedenkliche Bauernunruhen ausgebrochen, die in der Weigerung der Landleute wurzeln, den Gutsherren die herrschaftlichen Giebigkeiten zu entrichten. Die meisten Gutsbesitzer aus diesen Gegenden haben sich in die Kreisstädte geflüchtet, wo sie die Hülfe des Kreisamtes anrufen. Der Kreishauptmann Ritter v. Stamperl hat sich mit zwei Kreiscommissären selbst in die unruhigen Bezirke begeben, um die Bauern zu beschwichtigen, allein er fand die Leute unbeugsam und zum Aeußersten entschlossen; wir fragen blos, sagte Einer der Stimmführer, ob das Militär auf uns schießen darf oder nicht, damit wir uns darnach richten können. Die Bauernbewegung erstreckt sich durch das Ennsthal nach Oberösterreich hinüber, wo besonders das Traunviertel und einige Salzburgische Thäler von ihr ergriffen worden sind. Das Landvolk, das ohnehin Büchsen führt, hat bedeutende Pulvervorräthe angekauft, und nimmt eine sehr entschiedene Haltung an, die bei der Stimmung in Galizien und Italien nicht mit Gleichgültigkeit betrachtet werden kann. Eine Division von dem hier garnisonirenden italienischen k. k. Infanterie-Regiment Baron Wimpfen ist unter dem Commando des Hauptmann Herrmann nach Bruck aufgebrochen. Bei Liezen kam es zwischen den beiden Compagnien und 4000 Bauern zum Gefecht, wobei eine davon gänzlich versprengt wurde. Der Tod eines Anführers hatte das Landvolk zur Wuth gereizt und man brachte eine bedeutende Anzahl zerbrochener und verbogener Bajonnette und Säbelklingen auf den Bahnhof in Bruck. Auch auf die Herrschaft Stanz des Erzherzogs Johann mußten Soldaten beordert werden, und im Spital am Pyhrn in Oberösterreich, einer Cameralherrschaft, veranlaßte die Eintreibung alter Steuerrückstände, durch die traurige Finanzlage des Staates herbeigeführt, den Ausbruch des Aufstandes.“

Schweiz.

Zürich, 31. Jan. Gewisse Bestimmungen des neuen Verfassungsentwurfs im Kanton Luzern haben unter der dortigen liberalen Partei Verstimmung und Opposition hervorgerufen, so namentlich die Bestimmung: daß jeder Kantonsbürger, wenn er im Besitz seiner Rechte verbleiben wolle, zur römisch-katholischen Kirche sich bekennen müsse. Sogar die streng conservative Basler Zeitung hatte diesen gegen die Religionsfreiheit gerichteten Paragraphen der neuen Verfassung entschieden mißbilligt. Es circulirt nun in der Stadt Luzern zur Unterschrift eine Adresse an den großen Rath, in welcher verlangt wird, daß in dem Verfassungsentwurf 1) der Grundsatz der Gewissensfreiheit, 2) Stimmrecht aller Eidgenossen die im Kanton niedergelassen sind, und übrigens die Erfordernisse der Stimmfähigkeit besitzen; 3) Erwerbung des Gemeinde- und Kantonsbürgerrechts für dieselben aufgestellt, und 4) der drittheilweise Austritt und die Wiederwählbarkeit der Mitglieder des Regierungsraths und Obergerichts gleichförmig wie für die Mitglieder des großen Raths festgestellt werden möchten. — Der schweizerische Gewerbverein hat beschlossen dieses Jahr eine Gewerbsausstellung schweizerischer Industrie-Erzeugnisse in Bern zu veranstalten; sie beginnt im Monat Juli und soll sechs Wochen dauern. (A. Z.)

Bei der nochmaligen Berathung des luzernischen Verfassungsentwurfs entschied sich der große Rath mit Mehrheit für Aufhören des Solddienstes im Auslande.

Italien.

Das „Journal des Debats“ vom 1. Febr. bringt ausführliche Berichte über den Zustand der Dinge in Palermo und Neapel. Aus ersterer Stadt gehen seine Nachrichten bis zum 21., aus letzterer bis zum 24. Jan. Die Palermitaner haben die ihnen vom König gemachten Bewilligungen verworfen und verlangen peremtorisch die Constitution von 1812 sowie die augenblickliche Zusammenberufung des Parlaments. Alle Briefe stimmen dahin überein, daß die Bevölkerung der sicilianischen Hauptstadt fortwährend zum Aeußersten entschlossen, und alle Klassen der Gesellschaft nur von Einem Gedanken beseelt sind: Edelleute, Bürger, Priester, Mönche, Handarbeiter, Fischer, sie Alle haben sich unter dem in Palermo volksthümlich gewordenen Ruf: „Es lebe die Unabhängigkeit Siciliens! Es lebe die heilige Rosalia!“ geschlagen. Bis jetzt herrscht die größte Ordnung und man hat keinerlei Excesse zu beklagen. Das Volk gehorcht fortwährend den seit dem 15. Jan. niedergesetzten Comités, deren es vier sind, nämlich: 1) Comité zur Vertheidigung der Stadt, mit dem Fürsten Pantellaria an der Spitze; 2) Comité der Finanzen, mit dem Marquis Rudini an der Spitze; 3) Comité für die Verpflegung, welchem der Prätor der Stadt, Marquis Spedalotto vorsteht; 4) Comité für die Staatsangelegenheiten, in welchem der General außer Dienst, Don Ruggero Settimo, ein sehr volksthümlicher Mann, den Vorsitz führt. Unter den einflußreichsten Mitgliedern des Comités nennt man besonders den Kaufmann Stabile und den Advocaten Scaglia. — Am 13. Jan. begann der Kampf in der Stadt und man hörte damals in der Richtung des Schlosses einzelne Kanonenschüsse, und von da an fand eine Reihe einzelner Gefechte statt, die mitunter ziemlich mörderisch gewesen seyen. Man spricht wohl übertrieben, von einem Verlust von 200 Todten auf Seiten der Truppen und von 50 bis 60 Gefallenen auf Seiten der Aufständischen. Das Militär zog sich gleich am ersten Tag aus dem Innern der Stadt nach folgenden Posten zurück, die es noch bis jetzt inne hat: der königl. Palast, wo sich der Generallieutenant des Königreichs Sicilien befindet; das Fort Castellamare, die Casernen am Molo, das zwischen dem Molo und der Stadt gelegene Gefängniß, der Finanzpalast auf dem Marineplatz, und die an den königl. Palast stoßenden Casernen. Am 13. und 14. Januar wurde die Stadt, ganz unerwartet und ohne daß man zuvor nur die mindeste Anzeige gemacht hätte, vom Fort Castellamare aus mit Bomben und Kugeln beschossen, und das Feuer nur auf das dringende Einreden der fremden Consuln, welche sich in Gemeinschaft zum Generallieutenant begaben eingestellt; dagegen aber fortwährend mit Erneuerung des Bombardements gedroht, wogegen die Consuln eine gemeinsame Verwahrung eingereicht haben. — Die Aufständischen in Palermo zählen auf eine allgemeine Schilderhebung in ganz Sicilien. Am 21. Jan. fand ein blutiger Angriff auf das Kloster Novizziato statt, der aber, wie es scheint, abgeschlagen wurde. Von sonstigen Waffenthaten ist nichts zu melden, als folgender durch seine Originalität merkwürdige Vorfall: Die Besatzung von Montreal, eines eine halbe Meile von Palermo entfernten Städtchens, hat sich den Benedictinern gefangen gegeben, deren Kloster in dem genannten Städtchen liegt, und die sich gleichfalls bewaffnet haben.

Man schreibt der „Allgemeinen Zeitung“ aus Neapel vom 25. Jan. Der Neapolitaner hat bis jetzt zur Revolution folgendes beigetragen: Karikaturen, Spottgedichte, Schmähschriften, Uebertreibungen in auswärtigen Journalen, Evvivas der buntesten Art, Schreien, Lärmen und Schimpfen. Erst jetzt, wo Sicilien, und namentlich Palermo ins Feuer gegangen, schwoll ihnen hier der Kamm. Jetzt wird nach allen Regeln der Kunst revolutionirt: die tollsten Gerüchte von Beifall und Abneigung auswärtiger Mächte werden ausgesprengt, die Provinzen werden aufgereizt und die dortigen Krawalle werden dann wieder in der Hauptstadt übertrieben, damit man hier die Truppenzahl schmälere. (Ganz unnütz wurde Cavallerie und Artillerie schon vor zehn Tagen in die Provinzen Apulien und Salerno geschickt.) Das Fuy Fuy wird hervorgeholt um die Läden zu schließen und die Taglöhner brodlos zu machen, mit der wüthendsten Kritik fällt man über die königl. Dekrete her, verhöhnt die Patrouillen u. dgl. mehr. Wir sind im ersten Stadium einer Revolution der Hauptstadt. Ueberall haben sich Vereine und Gesellschaften gebildet, die das Feuer schüren und in alle Stände schleudern, ja die Sache gewinnt täglich mehr an Umfang, Ordnung und Bedeutung. Schon redet man von einzelnen Gewaltstreichen, Räubereien, Diebereien u. dgl. und kaum wagen wir zu hoffen, daß die endlich gestattete vollständige Bewaffnung der Bürgergarde — gleichsam als Nationalgarde — dem heranziehenden Verderben die Spitze breche. Man lieferte die Gewehre zu freiem Gebrauch, d. h. Aufrechthaltung der Ordnung aus, und eröffnete die Listen zum Einschreiben vom 18ten bis zum 50sten Jahr. Viele tausend Unterschriften fanden statt und überall sieht man Gardisten in Uniform und ohne Uniform. Die Hälfte der Besatzung von Syracus (200 Mann), welche einem nahe gelegenen in Empörung begriffenen Städtchen zueilte, soll vernichtet seyn. Von Catania und Messina haben wir heute nichts Bestimmtes erfahren können. Travani, Termini sind in vollem Aufstand. Das Dampfschiff „Tancred“ liegt in Neapel von Anfang der palermitanischen Katastrophe an unbeweglich im Kriegshafen zur Verfügung des Königs und der Familie. Es ist vollständig verproviantirt und eingerichtet, der Capitain desselben, Roberti, gilt diesen Augenblick viel beim König und ist gleichsam Kriegs- und Marineminister. Er weicht nicht von der Seite des Monarchen. Gestern bis Mitternacht war ein Conseil nach dem andern. Alle hiesigen Nonnenklöster haben Wachen von Nationalgardisten (Civica) bekommen; ein medicinisches Collegium wird von 15 Schweizern bewacht, weil man dort Unruhen besorgte. Patrouillen ziehen selbst in den bergigen Stadttheilen einher.

Am 26. Jan. liefen abermals Dampfschiffe aus Palermo ein, welche den traurigen Zustand der königl. Truppen bestätigen. Viele Todte, Verwundete und Ueberläufer in Massen bis zu 300 Mann; dazu Kranke und Hungernde. Es herrscht die größte Niedergeschlagenheit und Muthlosigkeit. Die Palermitaner haben das Quatier Noviziato in ihre Hände gebracht, Kanonen gegossen (in der Eisengießerei der Gebrüder Gallo), andere erobert, und schickten sich beim Abgang der Schiffe an das königl. Schloß zu stürmen, zu welchem Behuf der Erzbischof seine Wohnung räumen mußte. Im Ganzen sind ungefähr 200 Bomben, Kanonenkugeln und Kartätschen (?) auf die Stadt geschleudert. Als die Consuln, gegen das Bombardement protestirend, mit weißer Fahne zu dem Festungscommandanten dem Schweizer Groß zogen, wurde auf sie geschossen, und dem Schweizerconsul Hrn. Hirzel sauste eine Kugel am Ohr vorüber. Dieser Commandant hatte vom König Befehl alle fünf Minuten eine Salve zu geben, und that mit widerstrebendem Herzen seine Pflicht; mit seinem Kopf sollte er ferner für die Vertheidigung der Finanzen haften. Man behauptet, daß der König ein paarmal entschlossen gewesen, die sicilische (und dann natürlich auch die neapolitanische) Constitution zu unterzeichnen, daß aber immer vielvermögende Einsprache geschehen.

Neapel, 27. Jan. Nachmittags 3 Uhr. Auf dem Castell S. Elmo weht die rothe Fahne der Revolution, die Allarmsignale ertönen von allen Forts, Cavallerie, Infanterie und Artillerie ist in Bewegung, denn diesen Mittag 12 Uhr erschienen Schaaren aus allen Ständen, besonders aus den höheren, mit Tricolorfarben, Fahnen u. s. w. geschmückt, aus mehreren Seitengassen des Toledo, und wie mit einem Zauberschlag bedeckten sich die unzähligen Balcone dieser langen und breiten Gasse mit Menschen, welche mit Schnupftüchern, Fähnlein, Bändern und was sonst zur Hand war, ziemlich ungetheilten Beifall winkten. Sogar von den Balconen des Regierungsgebäudes wehten die Tricolortücher, und überall erschallte der Ruf: „Es lebe der König; es lebe die Constitution!“ Geld wurde auf mehreren Puncten unter das Volk ausgestreut; die Bewegung ist ernster und allgemeiner geworden. Mittlerweile versammelten sich die Truppen auf dem Largo di Castello, auf dem Schloßplatz, und stellten sich an vielen Orten in Schlachtordnung auf. Vor dem Schloß standen die Husaren, die reitenden Gensdarmen und die Garde. Kanonen wurden aufgefahren, und Kanoniere mit brennenden Lunten danebengestellt. (Noch diesen Augenblick steht eine solche wenige Schritte unter meinem Balcon zwischen der Kirche S. Fernando und dem in den Toledo einmündenden Vico Nardones.) Ueber eine Stunde dauerte das Rufen, Schreien, Fahnen- und Tuchwinken; die Truppen besetzten alle Straßen und die Ein- und Ausgänge des Toledo; da aber nirgends die Massen, welche nach Constitution riefen, Feindseligkeiten verübten, so wurde auch von den Soldaten nicht gefeuert, und es blieb bei den brennenden Lunten. Allmählich verlief sich die Menge, die Fahnen verschwanden, und es füllte sich der Toledo theils mit Soldaten, theils mit lauerndem Gesindel. Zahlreiche Patrouillen (250 Mann) mit Artillerie durchstreifen die Stadt. Statella forderte überall zur Ruhe auf, und als man ihm mit dem Ruf: Constitution antwortete, soll er die Worte: Ihr sollt sie haben (l'avrete) ausgesprochen haben. So stehen die Dinge. Oben im Castell S. Elmo Kanonendonner und die blutrothe Fahne, unten im Toledo Constitutionsgeschrei und Tricolorkokarden. — Gestern Abend 10 Uhr, als der Polizeiminister Delcarretto in Begleitung des Generals Filangieri den König verließ, stand die Wache unter dem Gewehr. Filangieri verhaftete Delcarretto und führte ihn durch die Darsena auf ein Dampfschiff. (A. Z.)

Neapel, 27. Jan. Abends 8 Uhr. So eben läuft die Nachricht ein, daß die Palermitaner große Fortschritte gemacht; die Bank und das Schloß sind in die Hände derselben gefallen. Aus den Glocken werden Kanonen gegossen. In Messina will ein vorüberfahrendes Dampfschiff (Capri) starkes Schießen vernommen haben. Die „Marie Christine" brachte gestern eine große Zahl von Fremden aus Palermo, von denen einige mehr als neun Tage auf Schiffen im Hafen zugebracht hatten. In einem Journal von Palermo las ich, daß ein Engländer sämmtliche Munition seines Kauffahrers zur Verfügung der Sicilianer gestellt. Die Provinz Salerno soll am bewegtesten seyn; es liegen 1200 Mann in der Stadt Salerno. Die hiesige Revolutionspartei vergrößert begreiflicherweise die Berichte von Unruhen in den Provinzen, um Truppen dahin zu locken; sie freut sich über die Allarmschüsse von St. Elmo, über die blutrothe Fahne daselbst, und hofft, daß nun die Provinzialen bald heranrücken werden. Die Patrouillen sind so vermehrt, daß fast alles Militär von Neapel auf den Beinen zu seyn scheint. Die Kanonen stehen auf den Plätzen. Der König hat noch keine Constitution proclamirt. Nachschrift. An einigen Puncten soll es zu Angriffen, jedoch ohne Todte, gekommen seyn. Schweizer wurden zur Bewachung der Posilippogrotte und an die Mündungen der großen Landstraßen commandirt. An einigen Puncten gaben Beamte (z. B. in den sogenannten Finanzen) den constitutionellen Bestrebungen ihren Beifall zu erkennen; ja auch hohe Militärpersonen beruhigten das Volk mit der Art Verheißungen. Nichtsdestoweniger scheint der König abermals seinen Sinn geändert zu haben, wahrscheinlich in Folge auswärtiger Rathschläge, welchen sich sogar der päpstliche Nuntius angeschlossen haben soll. (A. Z.)

Livorno, 30. Jan. Gegen 11 Uhr lief das königl. neapolitanische Dampfschiff Neptun (um die ihm mangelnden Kohlen einzunehmen) mit dem Polizeiminister del Carretto hier ein. Sobald das Volk die Ankunft dieser Person erfuhr, entstand große Aufregung, sowie das Gerücht, man werde sich der Einschiffung von Kohlen widersetzen. Unsere Regierung erließ eine Bekanntmachung, daß dem kohlenbedürftigen Schiffe zu Hülfe gekommen werden solle; die Behörden würden jeden Tumult zu steuern wissen. Bevor indeß noch etwas entschieden war, ging, wahrscheinlich auf Anrathen des neapolitanischen Consuls, der sich an Bord begeben hatte, der „Neptun" wieder in die See, setzte Segel zu und steuerte gegen Corsica. Del Carretto soll versichert haben, wie er schon seit längerer Zeit dem König von Neapel zur Nachgiebigkeit gerathen, wie aber der König hartnäckig auf seinem Willen beharrt habe. Am 26. habe ihn der König auf geheimen Treppen des Palastes an die See und an Bord des Dampfers bringen lassen, wo er sich, ohne auch nur ein Hemd mitgenommen zu haben, befinde. Heute morgen traf der „Capri" ein, der Neapel am 28. im höchsten Freudentaumel verlassen hatte. Am 27. hatten drei Signalkanonenschüsse das Zeichen gegeben, worauf eine Volksbewegung stattfand, in Folge deren die Constitution proclamirt worden ist. (A. Z.)

Eben erhalten wir noch über Genua die jüngsten Concessionen des Königs von Neapel. Der Text der Decrete liegt vor uns. Das gesammte Ministerium ist geändert. Der Herzog von Serracapriola ist Präsident des Cabinets; die übrigen Minister sind Cesidio Bonammi, Fürst Dentice, Don C. Cianciulli, Fürst von Torella und D. G. Scovazzo. Ein weiteres Decret zeichnet die Grundzüge der neuen Constitution vor, wie sie das obige Schreiben aus Mailand darlegt. (A. Z.)

Florenz, 31. Jan. Nach einem heute Morgen ausgegebenen Supplement der hiesigen Alba fanden am 27. d. sehr ernstliche Ruhestörungen und Volksbewegungen in Neapel statt, in Folge welcher die Minister ihre Entlassung einreichten, welche auch sofort vom König angenommen wurde. Die neuen Minister, unter welchen Cianciulli und Serra Capriola, erklärten, daß sie nur unter der Bedingung, constitutionelle Minister zu seyn, einwilligen würden. Der König soll sich hiezu bereit erklärt haben, und man sah nun der alsbaldigen Verkündigung einer Constitution, welche, wie versichert wird, nach der belgischen gebildet werden seyn soll, entgegen. Ein Dampfboot ging sogleich mit dieser Nachricht nach Palermo ab, wo am 25. d. abermals ein hartnäckiger Kampf zwischen dem Militär und dem Volk stattgefunden haben soll. (A. Z.)

Dem „Mannheimer Journal" wird aus Mailand vom 27. Jan. berichtet, daß die österreichische Polizei angeblich eine Verschwörung entdeckt habe, in Folge deren sowohl in der Lombardei, als im Venetianischen, zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden sind. Unter den in Mailand Verhafteten nennt man die Namen Marchese Adda, Graf Perlusati, Battaglia, March. Somino und Rosales. Die an andern Orten zur Haft gebrachten gehören gleichfalls der höheren Gesellschaft an. Es sollen wichtige Papiere in die Hände der Polizei gefallen seyn, wodurch eine große Anzahl Personen compromittirt wird.

Mailand, 2. Febr. Ein vom 29. d. M. datirtes Decret des Königs von Neapel enthält folgende Bestimmungen: 1) Festsetzung der constitutionellen Regierung mittelst einer Pairs- und einer Deputirtenkammer; die Pairs werden vom Könige ernannt, die Deputirten vom Volke erwählt; 2) die Religion des Königreichs ist die katholische, und keine andere wird geduldet (d. h. wohl der öffentliche Gottesdienst keines andern Cultus); 3) die Person des Königs ist unverletzbar; 4) die Minister sind für alle Handlungen der Regierung verantwortlich; 5) der Oberbefehl über Heer und Flotte bleibt in der Hand des Königs; 6) Organisirung einer Nationalgarde, und zwar in der Hauptstadt und in den Provinzen; 7) Freiheit der Presse, insofern solche die Person des Königs, die Religion und die Ehre der Bürger nicht angreift. An die Stelle der Censur tritt ein Repressivgesetz. Dieses Decret ist vom Herzog Serracapriola mit unterzeichnet. Ein anderer königl. Befehl ordnet die Zurückziehung der nach Palermo entsendeten Truppen an. — Berichte aus Piemont sprechen von großen Truppenbewegungen. (A. Z.)

Spanien.

Madrid, 27. Jan. Die Regierung hat mit der Bank des h. Ferdinand einen Vetrag abgeschlossen, kraft dessen sie in monatlichen Abschlagszahlungen, deren Betrag je nach dem Bedarfe sich richtet, die ganze Summe des Ausgabenbudgets dem Staatsschatze vorschießen wird, der somit im Stande ist, seine Angestellten, die Armee, die Geistlichkeit und die Pensionäre regelmäßig auszuzahlen.

Frankreich.

(Die französischen und englischen Blätter vom Laufenden sind ausgeblieben.)

Der Prinz und die Prinzessin von Joinville sind nach Algier abgereist.

Am 1. Febr. hat in der Abgeordnetenkammer die Debatte über §. 6. der Antwortsadresse mit einem kleinen Scharmützel begonnen, am 2. ward sie fortgesetzt und es sprach Hr. Thiers. Nach ihm handelt es sich in der Schweiz um einen Kampf zwischen Revolution und Gegenrevolution; für letztere habe die französische Regierung Partei genommen, mit einer Keckheit, die ihn in Erstaunen gesetzt. Der Redner ging die Geschichte der Schweiz seit den letzten 50 Jahren durch. Im Wiener Vertrag sey von der Gewährleistung einer Bundesverfassung nicht die Rede, derselbe habe nur die Begründung der schweizerischen Neutralität und Sicherung der Gebietsunabhängigkeit bezweckt. (Wir kommen auf die Rede zurück)

In der am 31. Jan. vorgenommenen Monatserneuerung der Ausschüsse fielen alle Wahlen conservativ aus. — Der Gesandte in Turin, Hr. v. Bacourt, welcher den Winter über in der französischen Hauptstadt bleiben wollte, soll von Hrn. Guizot die dringende Aufforderung erhalten haben, sich sogleich auf seinen Posten zu begeben. Eine gleiche Mahnung sey an den Gesandten am Madrider Hof, Hrn. Piscatory, ergangen.

Straßburg, 2. Febr. Der Präsident der bayerischen Regierung der Pfalz hat gestern nach achttägigem Aufenthalt unsere Stadt wieder verlassen. Die Verhandlungen in Bezug auf den von hier nach Speyer auszuführenden Schienenweg sind nun beendigt, und erwarten die schlüßliche Gutheißung der obersten Verwaltungsbehörden Bayerns und Frankreichs. (A. Z.)

Am 31. Jan. hat die ikarische Kolonie, die Communisten von Cabets Schule, 75 an der Zahl von allen Gewerben, gleichförmig gekleidet, in Havre nach America sich eingeschifft, um sich auf dem für sie in Texas, am Red River, angekauften Grundstück von einer Million Acres anzusiedeln und dort die communistische Musteransiedlung zu bilden. Es muß sich nun zeigen, ob es dieser Kolonie besser als allen andern ähnlichen Versuchen gelingt, den menschlichen Eigennutz durch ein Lehrsystem zurückzudrängen. Cabet selbst bleibt in Frankreich zurück.

Großbritannien.

Der König und die Königin der Belgier haben sich am 1. Febr. auf Windsorschloß von ihren hohen Verwandten verabschiedet, und sind über London mittels Eisenbahn nach Dover abgereist, um über Ostende nach Brüssel heimzukehren.

Die Regierung hat ihre Absicht erklärt, mit dem 1. März die ermäßigten Kornzölle wieder eintreten zu lassen, also nicht wie von vielen Seiten gewünscht wird, die vorläufig angeordnete Aufhebung bis zu ihrer gänzlichen 1849 zu verlängern.

Am 1. Febr. Vormittags gaben die Richter der Queensbench ihre Urtheile in Betreff der Hampden'schen Sache ab: nämlich über das erlangte „Mandamus", wodurch der Erzbischof von Canterbury angewiesen werden sollte die gegen Dr. Hampdens Wahl zum Bischof von Hereford angezeigten Einwürfe zu hören. Der Menschenzudrang war ungeheuer. Die Richter sprachen sich zu gleichen Hälften für und gegen Zulassung des Mandamus aus, und schließlich gab der Oberrichter Lord Denman den Ausschlag gegen die Zulassung, indem er umständlich ausführte, das Recht des Vorschlags (nomination) zu einem Bischofssitze komme ganz der Krone zu, dieß sey Gesetz seit unvordenklicher Zeit, die Wahl sey blos eine Sache der Form, und der Erzbischof gleichviel ob ihm die Person des Vorgeschlagenen und Gewählten gefalle oder nicht, sey gehalten dessen Confirmation und Consecration binnen zwanzig Tagen nach der Wahl vorzunehmen.

In den beiden Grafschaften Limerick und Clare wurden 11 des Mords überführte Individuen zum Galgen, 32 zu lebenslänglicher oder vieljähriger Deportation, 36 zu längerem oder kürzerem Gefängniß verurtheilt.

Dem „Preston Guardian" zufolge sind einige der aus Freiburg vertriebenen Jesuiten in dem Jesuitenhaus zu Stonyhurst angekommen. — Unter mehreren Uebertritten von der anglikanischen zur römischen Kirche, die in letzterer Zeit in den höhern Ständen stattgefunden, ist der der Mistreß Malcolm, einer Tochter des unlängst verstorbenen Erzbischofs von York.

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Jan. Der Antrag in der Adresse der hier anwesenden Ständeabgeordneten lautet wie folgt: „Daß eine Versammlung von Männern, die das Vertrauen des Königs und des Volks besitzen, aus den verschiedenen Theilen des Staats zusammenberufen, und daß ein Entwurf zu einer freien constitutionellen Verfassung denselben zur Erwägung vorgelegt werden möge, um hierauf von den beikommenden Provinzialständen in Verein einer Schlußberathung unterworfen zu werden." In der Adresse selbst heißt es u. A.: „Ein unseliger Keim zu Zwietracht und Zwiespalt liegt in der Art und Weise, wie man von früheren Zeiten her das Verhältniß zwischen den verschiedenen Staatstheilen und das Verhältniß zwischen den beiden verschiedenen Nationalitäten ungeordnet und unbestimmt gelassen hat, und dieser Keim hat reichliche Nahrung durch die Trennung der Stände in vier verschiedene Versammlungen erhalten, so daß nach und nach die Stände des Königreichs und die der Herzogthümer nicht selten die Organe für mit einander streitende Interessen geworden sind. Es sind solchergestalt starke Schritte vorwärts auf dem Wege der Auflösung gemacht worden." Ferner: „Ew. Majestät! Es ist ein mit Gefahr bedrohter Zeitpunkt, in welchem Gott den Scepter in Ihre Hände giebt und gegen Gefahren, die von Außen und Innen drohen, ist die Hülfe für menschliche Augen allein in einem Zusammenschließen zu finden, wie dasselbe jetzt durch die Verfassung selbst ausgeschlossen ist, ein Zusammenschließen der Kräfte des Volks unter einander und ein Zusammenschließen des Königs und seines Volkes...... Will der König sich durch die Kräfte, die im Volke vorhanden sind, stärken, so wird er sie gesund und einig zum Tragen und Handeln finden. Aber diese Kräfte sind bisher nur wenig benützt worden...... Das dänische Volk erwartete, daß es berufen werden würde, für sein nationales und politisches Daseyn in Wirksamkeit zu treten. Es wartete bisher vergebens, und während die Verhältnisse immer stärker und dringender die Männer des Landes aufforderten, Sinn und Gedanken auf die Verwickelungen zu wenden, von welchen her das Ungewitter droht, wurden die rathgebenden Stände, das einzige Organ des Volkes, von der Regierung auf

enge Gränzen hingewiesen, innerhalb welcher sie sich mit den Angelegenheiten des einzelnen Landestheiles zu beschäftigen hatten, doch sollten sie unbefugt seyn, sich mit den nationalen und politischen Lebensfragen des Vaterlandes zu befassen. An der endlichen Erfüllung dieser Erwartung würde das dänische Volk nicht haben zweifeln können, wenn die Vorsehung dem verewigten Könige ein längeres Leben vergönnt hätte; jetzt sieht es der Erfüllung bei dem eingetretenen Wendepuncte entgegen. Möchten Ew. Majestät mit der Ihrem Volke ertheilten Zusicherung den Thron zu besteigen geruhen, daß es Ew. Majestät Wille ist, daß das Volk in eine verfassungsmäßige, beschließende und gesetzgebende Theilnahme an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten wieder eingesetzt werden soll, dann würde Ew. Majestät erste Regierungshandlung dazu beitragen, eine Beruhigung und Belebung zu verleihen, deren es in dem Ernste und dem Drangsal der Zeit in größerem Maße bedarf, als je..." (Folgen 15 Unterschriften.) (Hamb. Corresp.)

Unterm 26. Jan. hat der König dem Prinzen Friedrich Ferdinand von Dänemark (Bruder seines Vaters, commandirenden General über Seeland, Moen, Falster und Laaland, geboren den 22. Nov. 1792, also 16 Jahre älter als der König und kinderlos) den Titel Erbprinz verliehen.

Der König von Dänemark hat unterm 28. Jan. ein Rescript veröffentlicht, durch welches gemeinschaftliche Stände für Dänemark und die Herzogthümer eingeführt werden, welche sich regelmäßig in gewissen Zeiten und in bestimmten Zwischenräumen zu gleicher Anzahl aus Dänemark und aus den Herzogthümern, abwechselnd in Dänemark und den Herzogthümern, in näher zu bestimmenden Städten versammeln sollen. (Wir werden das Rescript vollständig nachtragen.)

Der aus Odense nach Kopenhagen berufene Stiftsamtmann von Fühnen, Kammerherr Bardenfleth, ist zum geheimen Staatsminister (bis weiter ohne Portefeuille) ernannt worden. Der Staatsminister Bardenfleth war in früherer Zeit Hofchef bei dem jetzigen König, später Amtmann auf Island, dann Stiftsamtmann von Fühnen. Derselbe wohnte schon am 24. Jan. der Staatsrathssitzung als Mitglied bei. Man will wissen, daß Hr. v. Bardenfleth demnächst zum Präsidenten der dänischen Kanzlei bestimmt sey, da sowohl der gegenwärtige Präsident v. Stemann als auch Oersted bereits ein hohes Alter erreicht haben. (H. C.)

Rußland und Polen.

In den Gouvernements Pensa, Woronesh, Tula, Kaluga, Orel, Charkow, Taurien, Cherson, Wiatka, Orenburg, Tschernigow und Jekaterinoslaw ist die Cholera dem Erlöschen nahe. Im Gouvernement Nishny-Nowgorod hat sie so gut wie völlig aufgehört. Im Gouvernement Kasan, Kursk, Kiew beharrt sie in ihrer frühern Stärke. In den Gouvernements Podolien, Wolhynien und Minsk greift sie langsam um sich.

(Riga'sche Z. v. 15. Jan.)

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 3. Febr. Bayerische 3½ pCt Obligationen 91 P., — G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 660 P., — G. Promessen per Stück Agio 74 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 103 P., — G.; 4pCt. 90 P., — G.; 3pCt. 64 P., — G. Bankactien 1. Semester 1570 P., — G. Württembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 88 G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 88 G.

Wie der „Nürnberger Correspondent" vernimmt, soll nun in Plan genommen worden seyn, daß auch eine Eisenbahn von Augsburg nach Ulm gebaut, und der nächsten Ständeversammlung eine deßfallsige Vorlage gemacht werde.

Frankfurt, 4. Febr. Metall. 5pCt. 101 7/8; 4pCt. 88; 3pCt. 64; Bankactien 1854; Taunus-Eisenbahn-Actien 354½; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 57½; bayer. Ludwigs-Verbacher-Eisenbahn 86¾; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Wien, 3. Febr. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 101 1/8; zu 4pCt. in CM. 87; zu 3pCt. in CM. 63; Bankactien per Stück 1563; Nordbahn 132.

Wien, 27. Jan. Um einen günstigeren Zustand unserer Geldverhältnisse herbeizuführen, ohne die Vermittlung eines oder mehrerer der Geldbarone zu beanspruchen, will auch unsere Regierung gleich zum Anfang dieses Jahres das Beispiel Frankreichs nachahmen, denn allenthalben spricht man davon, die Aussendung des Regierungsraths bei dem allgemeinen Tilgungsfonds, Frenzel, nach St. Petersburg habe die Unterhandlung eines Anlehens im Betrag von 50 Millionen zum Zwecke.

Amsterdam, 2. Febr. 2½ pCt. 54; 3pCt. 63 1/16; 4pCt. 84; Span. 3½ pCt. 83 7/8; Handels-Maatschappy 162; Ard. 15½; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. 97¾.

Paris, 2. Febr. 3pCt. 74 Fr. 15 C.; 5pCt. 116 Fr. 75 C.

London, 1. Febr. Consols 89¼.

Münchener Schrannen-Anzeige vom 5. Februar 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest.	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	2974	2908	66	20	48	—	9	—	—
Korn	1796	1674	122	13	58	—	13	—	—
Gerste	5151	5078	73	11	54	—	–	—	16
Haber	1353	1324	29	5	40	—	—	—	1

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 8. Februar: „Die neue Fanchon," oder: „Muttersegen", Schauspiel mit Gesang in 5 Akten nach dem Französischen v. Lynker.

Königliches Odeon.

Montag, den 7. Febr.: „Zweite Redoute im königlichen Odeon."

Gestorbene in München.

Thekla Böhm, Rechtsconcipientensfrau v. h., 29 J. alt; Joseph Gruber, Bäckergesell v. Hellkam, Landg. Deggendorf, 26 J. alt; Franziska Müller, k. Kreis- und Stadtgerichts-Rathswittwe v. h., 64 J. alt; Kath. Bachmaier, b. Schäfflerswittwe v. h., 77 J. alt; Georg Pierl, b. Bierwirth v. h., 56 J. alt; Josepha Sedlmaier, b. Zeugschmidsfrau v. h., 35 J. alt; Kath. Stegbuber, Maurerswittwe v. h., 80 J. alt; Maria Anna Scheuberti, Porzellainfabrikarbeiterstochter v. h., 79 J. alt; Johann Fellmaier, Beileater v. h., 50 J. alt; Alois Mangold, Heubinder v. hier, 64 J. alt; Joseph Schaller, Hofkupferschmid v. h., 71 J. alt.

Renten-Anstalt der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank.

2263. (3b) Die im Februar vorigen Jahres eröffnete **VII. Jahres-Gesellschaft** hat bis Ende Dezember die zur Constituirung erforderliche Zahl von Mitgliedern nicht erreicht, es erhalten somit dem §. 21 der Grundbestimmungen gemäß die im Jahre 1847 Beigetretenen für das Jahr 1848 eine Zinsvergütung von 3 Prozent, und die Einzahlungen für diese Gesellschaft werden vom 1. Februar angefangen, das laufende Jahr hindurch fortgesetzt.

Da die Zahl der vorhandenen Cassenscheine sich bereits auf 324 und die Capitalsumme auf fl. 29,225 beläuft, so darf man sich trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse der Hoffnung hingeben, daß die VII. Gesellschaft am Jahresschlusse mit einer hinreichenden Zahl von Mitgliedern in's Leben treten werde.

Um den Zugang so viel möglich zu fördern, hat die Bank-Administration beschlossen, den vom 1. Februar laufenden Jahres an bis zum Schlusse des I. Semesters erfolgenden neuen Einlagen eine Prämie in der Art zu gewähren, daß im Februar fl. 2 30 kr., im März fl. 2 —, im April fl. 1 30 kr., im Mai fl. 1 — und im Juni 30 kr. vom Hundert der Einlagesumme in Abzug gebracht werden darf. Die Nachzahlungen in die sechs älteren Jahresgesellschaften, welche erst nach dem Erscheinen des achten Rechenschaftsberichtes ihren Anfang nehmen, sind jedoch hiervon ausgeschlossen.

Da der Abschluß der Rechnungen und somit das Erscheinen des Rechenschaftsberichtes von der Kenntniß der vorgekommenen Sterbfälle abhängt, so werden die Erben der im Jahre 1847 verstorbenen Mitglieder ersucht, die Anzeige zeitig bei dem zunächst wohnenden Agenten zu machen und den Todtenschein dabei vorzulegen. Bei dieser Gelegenheit glaubt man auch Diejenigen, welche während 2 Jahren ihre Renten nicht erhoben, oder als Erben von Verstorbenen das treffende Guthaben nicht reclamirt haben, auf die Nachtheile aufmerksam machen zu müssen, denen sie sich den §§. 34 und 35 der Grundbestimmungen gemäß durch eine derartige Unterlassung aussetzen.

München 27. Januar 1848.

Die
Administration der bayer. Hypotheken- und Wechselbank.
Franz Xaver Riezler,
Director.

Ankündigung.

Der Ausschuß der mechanischen Baumwoll-Spinnerei- und Weberei in Augsburg

hat die Ehre, in Gemäßheit des §. 17 der Statuten die Herren Actien-Inhaber zu einer

Dienstag den 14. März 1848 Vormittags 9 Uhr

in der Fabrik abzuhaltenden Generalversammlung einzuladen, um

die üblichen Vorträge anzuhören;
Beschluß zu fassen über das Ergebniß des Jahres 1847,
über allenfallsige Anträge der Gesellschafts-Mitglieder zu berathen und zu beschließen, in so ferne solche, dem §. 18, Absatz 9 der Statuten gemäß, vier Wochen vor der Generalversammlung dem Ausschusse übergeben werden.

Die General-Versammlung beginnt mit der §. 14 der Statuten vorgeschriebenen Legitimation der erscheinenden Gesellschafts-Mitglieder.

Augsburg am 1. Februar 1848.

Der Vorstand:
2267.* Friedrich Schmid. (3b)

Bekanntmachung.

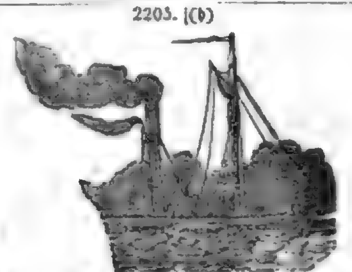
Verlassenschaft des Lorenz und der Susanna Brandl, Hofmaier Austräglers-Eheleute von Loitting betreffend.

Wer immer einen Anspruch an den Rücklaß der in rubro bezeichneten Defunkten zu haben glaubt, hat sich binnen 30 Tagen um so sicherer bei unterfertigtem kgl. Landgerichte zu melden und daselbst seine Verwandtschaftsverhältnisse zu bescheinigen, als außerdessen auf Grund der Bestimmung des Uebernahmsbriefes vom 24. September 1825 der Rücklaß an Victoria Maier, Hofmaierbäurin von Loitting extendirt, und der für die Defunkten auf dem Anwesen noch versicherte Zehrpfennings-Rest pr. 115 fl. nebst Austrag im Hypothekenbuche gelöscht würde.

Am 25. Januar 1848.

Königliches Landgericht Erding.
2269. Muggenthal.

2205. (b)



Das americanische Postdampfschiff **Washington**, Cap. J. Johnston, wird am 13. Februar von der Weser, am 18. Februar 1848 von Southampton nach New-York abgehen. Wegen Fracht und Passage beliebe man sich zu melden bei

C. A. Heineken & Comp.,
in Bremen;
Day Croskey & Ross,
in Southampton;
Wm. Iselin,
in Havre.

Preis der Passage: Ld'or. Thlr. 195.

Für die durch Brandunglück in Kemnath Heimgesuchten sind an Beiträgen eingegangen:

Uebertrag .	42 fl. 24 kr.
Den 6. Febr. von drei Kindern	3 fl. — kr.
Den 6. Febr. von T. C. G. K. mit dem Motto: „Gott segne es!	1 fl. — kr.
Summe .	46 fl. 24 kr.

Um weitere mildthätige Beiträge wird dringend gebeten.

Expedition der Münchener politischen Zeitung,
Knödelgasse Nr. 2.

Nr. 33.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir (Kaufinger-Gasse Nro. 2) auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag — XLIX. Jahrgang. — 8. Februar 1848.

Deutschland.

Bayern.

München. Eines der ältesten Mitglieder des St. Georgi-Ritterordens, Hr. Joseph Maria Graf v. Etzdorf, königl. bayer. Kämmerer, ehemal. Regierungsrath, Capitular des hohen Georgiordens, geb. den 7. Dec. 1763, ist gestorben. (Bayer. Bl.)

Die „Allgemeine Zeitung" läßt sich, in Bezug auf den Tod des hoffnungsvollen Dichters v. Wangenheim, aus München berichten: Hr. v. Wangenheim hat hier die zuvorkommendste Aufnahme, die bereitwilligste Anerkennung seines Talentes, ja schon um seines Namens willen überall Herzen und Thüren offen gefunden. Es war seine eigene, freie Wahl, daß er sich von den meisten, wenn nicht von allen, seinen hiesigen Freunden zurückzog, und wie schmerzlich sein Tod auch ist, er fällt weder seinen ihn innigst liebenden Angehörigen, noch der Stadt München, noch dem deutschen Volke zur Last.

München. Wegen plötzlicher Erkrankung des Herausgebers dieser Zeitung muß die Fortsetzung der Abwehr ultramontaner Angriffe für einige Zeit ausgesetzt bleiben, da die Redaction ausnahmsweise bis zur Wiedergenesung desselben von anderer Hand besorgt wird.

Baden.

Karlsruhe, 5. Febr. (XX. Sitzung der II. Kammer.) Vom Präsidenten werden folgende Commissionswahlen verkündet: zur Berathung der Gesetzesvorlage über die Besoldung und Pensionirung der Staatsdiener, Dennig, Bleidorn, Welker, Straub und Hägelin. Zur Prüfung der allgemeinen Wechselordnung, Mayer, Junghans, Blankenhorn, Bader und v. Stockhorn. Zu jener der Zentner'schen Motion auf Einführung eines allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches: Rott, Welcker, Straub, Welte und v. Stockhorn. Sodann zur Berathung der Helmreichschen Motion auf Einführung einer Gewerbeordnung: Helbing, Speyerer, Rettig, Vogelmann und Weizel. Zu Schmitts Motion auf Vorlage eines Polizeistrafgesetzbuches: v. Soiron, Richter, Zentner, Peter und Seltzam. Endlich für die Zittelsche Motion wegen Errichtung einer gemeinsamen Ober-Schul- und Studien-Behörde: Bassermann, Christ, Schmitt, Bissing und Weizel. Die Kammer beschließt auf Blankenhorn's Antrag die Verstärkung der zur Berathung der Wechselordnung ernannten Commission, sodann jener zur Prüfung der Helmreichschen Motion je um zwei Mitglieder, und wird diese Verstärkungswahlen in der nächsten Sitzung vornehmen. Bassermann zeigt an, daß er in einer der nächsten Sitzungen eine Motion auf Vertretung der deutschen Kammern bei dem Bundestag begründen werde. — Staatsrath Bekk legt einen Gesetzentwurf über den Loskauf der noch bestehenden Abzugsrechte, sowie das Budget der Badeanstalten zur Berathung und Zustimmung vor. — Welcker bittet um das Wort und erklärt: Es sey, wie er in Erfahrung gebracht, und worauf auch die Thronrede Sr. Maj. des Königs von Württemberg hindeute, nahe daran, daß die deutsche Bundesversammlung demnächst einen Beschluß rücksichtlich der Presse fassen werde. Da er aber die Besorgniß nicht unterdrücken könne, daß ein solcher nicht das wahre Recht enthalten dürfte, so wolle er jetzt schon die Regierung aufmerksam machen und sie ersuchen, fest an unserem früheren Preßgesetze zu halten. Vier Punkte seyen es hauptsächlich, die er einer besonderen Würdigung empfehle: daß nämlich die Druckconcessionen keiner Beschränkung unterliegen, daß die Druckschrift nicht vor ihrer Verbreitung der Polizei vorgelegt werden müsse, daß keine Beschlagnahme durch die Polizei, sondern eine solche nur von dem Richter verfügt werden dürfe, und daß endlich die Verantwortlichkeit nur eine successive sey. Ministerialpräsident Bekk: Hierauf zu antworten ist jetzt nicht an der Zeit. — Siegle übergibt den ersten Bericht der Budgetcommission über die Rechnungsnachweisungen der Regierung, die Kammer nimmt von dessen Verlesung Umgang und beschließt den Vorausdruck. — Es werden sofort mehrere Berichte der Petitionscommission erstattet. Zuletzt von Straub über die Bitten mehrerer Gemeinden um Aufhebung des Jagdrechtes, oder dessen möglichste Beschränkung, und stellt den Antrag: seinen Bericht als Motion zu behandeln. Nach längeren, zum Theile hitzigen Discussionen zwischen den Regierungscommissären und den Abgeordneten Dörr, Hemberger, v. Itzstein, Mez, Peter, Kapp, Junghans, Weller, Schaaff und Arnsperger, welch letzterer als bestes Mittel gegen den Wildschaden ein umfassenderes Wildschadensgesetz als das bisherige vorschlägt, wird sowohl der Commissionsantrag, als auch jener des Abgeordneten Welte, welcher eine der vorliegenden Petitionen, in der sich nach insbesondere darüber beschwert wird, daß manchmal anrüchige Leute zu Jagdaufsehern angestellt würden, an das großherzogl. Staatsministerium überwiesen haben will, von der Kammer angenommen und die Sitzung geschlossen. (Schw. Mkr.)

Nassau.

Wiesbaden, 2. Febr. Einer unserer würdigsten Veteranen, weit und breit rühmlichst bekannt, und von Allen, die ihn kannten, hochgeschätzt und geliebt, der herzogl. nassauische Generallieutenant, Frhr. v. Kruse ist am 31. Jan. auf seinem Gute Hofhausen bei Würges verschieden. (Fr. J.)

Preußen.

Breslau, 29. Jan. Der Magistrat zu Pleß hat einen sehr betrübenden Bericht über den Nothstand in jener Stadt abgegeben. In der Plessener Parochie ist bereits der zehnte Theil der Einwohnerschaft gestorben, und für die Genesenen fehlt es an Arbeit und Gelegenheit zum ehrlichen Erwerb. Die hungernden Menschen schleichen wie die Leichen einher, und dazu schaaren sich noch die hungernden Armen von Dörfern, welche durch erlaubte Mittel nicht zu vertreiben sind, und für die die Verhaftung eine Erlösung von der Hungersnoth ist. Der Magistrat gesteht, daß er nicht mehr im Stande sey, die Calamität aus eigenen Mitteln zu bekämpfen. (Bresl. Z.)

In der „Allgemeinen Preußischen Zeitung" erscheinen bereits Aufforderungen zur Wohlthätigkeit, welche das oben Gesagte vollkommen bestätigen.

Oesterreich.

Wien, 4. Febr. Als Ergänzung der früheren Berichte, die kaiserl. Akademie der Wissenschaften betreffend, theile ich Ihnen nun die Namen der ausländischen correspondirenden Mitglieder mit. Für die historisch-philologische Classe wurden gewählt: Pedro Sainz De Baranda in Madrid, Friedrich Böhmer in Frankfurt a. M., Eugen Burnouf in Paris, Cibrario in Turin, Friedrich Dahlmann in Bonn, Friedrich Diez in Bonn, Gustav Flügel zu Meißen, Gfrörer in Freiburg, Moriz Haupt in Leipzig, Anton Joh. Letronne in Paris, van der Mäelen in Brüssel, Francisque Michel in Bordeaux, Julius Mohl in Paris, Caspar Orelli in Zürich, Andreas Schmeller in München, Heinrich Stenzel in Breslau, Fried. Thiersch in München, Wuk Karadschitsch in Wien. Für die mathematisch-naturwissenschaftliche Classe: R. Bunsen in Marburg, Joh. Bapt. Dumas in Paris, Elie de Beaumont in Paris, C. F. Enke in Berlin, Carl Gustav Jacobi in Berlin, v. Martius in München, Melloni in Neapel, Herrmann v. Meyer in Frankfurt a/M., E. Mitscherlich in Berlin, Purkinje in Breslau, A. Quetelet in Brüssel, Heinrich Rose in Berlin, Tschudi (von St. Gallen?), C. A. v. Steinheil in

Mannigfaltiges.

(Fortsetzung des Auszugs aus dem Jahresbericht des Münchener Vereins gegen Thierquälerei.)

Was vom Undank und vom Verbrechen gilt, gilt ebenso von unzähligen andern Richtungen der menschlichen Verkehrtheit, vom Geiz, vom Neid, von übertriebenem Luxus, von Eitelkeit und Glanzsucht, von harter Behandlung der Dienstboten, von der Noth in Irland, von Mißhandlung der Sklaven, von der schauderhaften Lust an Hinrichtungen, an Stiergefechten u. dgl. Wie wäre es Menschen, die in ihrer Kindheit Mitleid mit Thieren gelernt hätten, möglich, Tausende in sinnlosem Luxus, in wahnsinniger Eitelkeit zu verschwenden oder in wahnsinnigem Geize zu vergraben, während ihre ihnen oft anhänglichen und treuergebenen, oft auch durch Hunger, Kälte und Anstrengung zur Verzweiflung gereizten Untergebenen im Elende schmachten? Wie könnten Todesangst und Verzweiflung eines Verurtheilten Gegenstand einer wahren Vergnügungswuth, eines wahren Volksfestes, wie könnte ein ganzes Volk beim Anblick muthwillig und bis zur Verzweiflung mißhandelter Stiere und Pferde mit nachgeschleiften Gedärmen, wie könnten hiebei selbst Frauen aus den sogenannten gebildeten Ständen, Mütter, liebende Mädchen — trunken seyn vor jubelnder, zitternder, wahnsinniger Lust, wenn man Mitleid in ihre Brust gepflanzt hätte? Wie wäre dieses möglich?! Aber es ist möglich, wie wir täglich sehen, seit wenigen Jahren wurden nach öffentlichen officiellen Berichten 2257 Stiere und 2934 Pferde in Spanien (nichts zu erwähnen von staatswirthschaftlichem Nachtheile) aus bloßer dämonischer Lust, grausam und öffentlich, in Beiseyn des Volkes, der Mütter mit Kindern im Arme oder Säuglingen an der Brust, hingeschlachtet, viele sogenannte Matadore verstümmelt oder todt hinweggetragen, und hiebei keine Spur des Mitleids, keine Regung des Erbarmens, nichts als Lust und Jubel und Applaus und Triumph und Blumenkränze und Ruhm und Ehre und Unsterblichkeit für die kaltblütigsten „Helden" dieses barbarischen Schauspiels!! Und von einem solchen, von einem so erzogenen, Volke verlangt man milde Sitten, Achtung vor dem Gesetze, Mitleid, Familien- und National-Glück! O über die unglückselige Verirrung des menschlichen Wahnsinns! Welch ein Anblick! Ein Volk, Hohe und Niedere, Männer, Frauen, Greise, Jünglinge, Kinder, berauscht vor Vergnügen über eine solche Ursache! Wie wird die Nachwelt einst über unser so „hochgebildetes" Jahrhundert urtheilen? Wie richtig schrieb einst ein hochgestellter Priester und Schulmann an mich: „O möchte Gott, der Vater aller Lebenden, alle Regierungen erleuchten über die Wichtigkeit Ihres Vereines!" Schon in einem frühern Berichte haben wir über ein Stiergefecht in Pamplona aus der „Allgemeinen Zeitung" Folgendes wörtlich angeführt: „Binnen 10 Minuten lagen 3 Pferde auf dem Platze und 2 oder 3 andere waren mit nachschleifenden Gedärmen weggeführt. Nachdem 6 Stiere nach allen Regeln der Kunst von den Leuten vom Handwerk gehetzt und gefällt waren, erschie-

München, Ernst und Wilhelm Weber in Leipzig, Friedrich Wöhler in Göttingen. (A. Z.)

Schweiz.

Luzern, 3. Febr. Abends 7 Uhr. Der große Rath hat soeben beschlossen: I. Die Mitglieder des gewesenen großen Raths bezahlen im Verhältniß ihres Vermögens einen Theil der Kriegskosten (einige 100,000 Fr.) — II. Die Mitglieder des gewesenen Regierungsrathes haften für den in 230,000 Fr. bestehenden Manco in der eidgenössischen Casse, und werden unter Androhung des strafrechtlichen Verfahrens und der Vermögensliquidation zur Bezahlung angehalten. Der Regierungsrath ist jedoch ermächtiget, gegen Leistung hinreichender Caution mit den zur Bezahlung Verfällten über die Bezahlung in Unterhandlung zu treten. — III. Die Urheber des Sonderbundes sind dem Strafrichter zu überweisen. (Basl. Z.)

Italien.

Nach Rom kam die erste Nachricht von Ertheilung der Constitution in Neapel durch einen Courier an Lord Minto. Dort wie in der Hauptstadt von Toscana wurde die Nachricht mit freudigen Volksdemonstrationen aufgenommen. Daß in Livorno die Volksmassen ebenfalls den Constitutionsruf erhoben hätten, finden wir bis jetzt bloß in der Mailänder Zeitung, die so früh als die Genueser Blätter die Grundzüge der neuen Verfassung mittheilt. Daß man in Florenz jedenfalls auch eine Erweiterung der Verfassungsverhältnisse (der Staatsconsulta) beabsichtige, spricht ein eben erschienenes Motuproprio des Großherzogs aus, das zu diesem Behuf eine Art constituirendes Comité niedersetzt, bestehend aus dem Cav. Lami, dem Marchese Capponi, dem Cav. Landucci, dem Professor Capei und dem Advocaten Galeotti, lauter Männer, die für sehr liberal gelten. (A. Z.)

Neapel. Zum Präsidenten des Ministerraths und Minister des Auswärtigen ist, wie erwähnt, der Herzog von Serracapriola ernannt. Die übrigen Portefeuilles sind wie folgt vertheilt: Justiz und kirchliche Angelegenheiten, Don Cesidio Bonanni; Finanzen, Fürst Dentice; Inneres, Don Carlo Cianciulli; öffentliche Arbeiten, Fürst v. Torella; Ackerbau und Handel, sowie provisorisch der öffentliche Unterricht, Don G. Scovazzo. Zum Staatsminister und Präsidenten der Generalconsulta des Königreichs, welche Stelle der Fürst von Campofranco bisher mit der Präsidentschaft des Conseils vereinigt hatte — ist Don Antonio Statella ernannt. *)

Die Proclamation des Königs von Neapel über die Verleihung einer Constitution lautet folgendermaßen: „Wir Ferdinand II. Nachdem Wir den allgemeinen Wunsch Unsrer geliebten Unterthanen gehört der jetzigen Gesittung entsprechende Gewährschaften und Staatseinrichtungen zu erhalten, erklären Wir, daß es Unser Wille ist, den Uns kundgethanen Wünschen durch Verleihung einer Verfassung zu willfahren, und zu dem Ende haben Wir Unser neues Staatsministerium beauftragt Uns spätestens binnen zehn Tagen einen auf folgenden Grundlagen beruhenden Entwurf zur Genehmigung vorzulegen: Die gesetzgebende Gewalt wird von Uns zwei Kammern, einer Pairs- und einer Abgeordnetenkammer, ausgeübt: die erste wird aus Personen gebildet, welche von Uns ernannt werden, die zweite aus Abgeordneten, die auf den Grundlagen eines festzustellenden Census von den Wählern zu ernennen sind. Die einzige herrschende Religion des Staats ist die katholisch-apostolisch-römische, andere Culte werden nicht geduldet (e non vi sarà tolleranza di altri culti.) Die Person des Königs ist stets heilig, unverletzlich und keiner Verantwortlichkeit unterworfen. Die Minister sind stets für alle Regierungshandlungen verantwortlich. Die Land- und die Seemacht sind stets vom König abhängig. Die Nationalgarde wird im ganzen Königreich auf gleichförmige Art organisirt, entsprechend der der Hauptstadt. Die Presse ist frei und einzig und allein einem Repressivgesetz unterworfen in allem was die Religion, die Sittlichkeit, die öffentliche Ordnung, den König, die königl. Familie, die fremden Herrscher und ihre Familien, so wie die Ehre und das Interesse der Privaten verletzen kann. Wir thun dem Publikum diese Unsere selbstherrliche und freie Entschließung kund, und vertrauen auf den Treusinn und die Rechtlichkeit Unsrer Völker, daß sie die Ordnung und die den Gesetzen und eingesetzten Behörden schuldige Achtung aufrechterhalten werden. Neapel, 29. Jan. 1848. (Unterz.) Ferdinand. Der Minister-Staatssecretär, Präsident des Ministerraths (Unterz.) Herzog v. Serracapriola."

Genua, 2. Febr. Die Nachrichten, welche das Dampfboot Capri heute aus Neapel brachte, reichen bis zum 29. Jan. und haben unter der hiesigen Bevölkerung freudige Bewegung hervorgebracht. Genua wird diesen Abend illuminirt, und in der Kirche Della Annunziata wird feierlicher Gottesdienst stattfinden, um durch öffentliche Dankgebete Gott zu preisen wegen der neapolitanischen Constitution. Nach Mittheilungen, welche der Capri aus Neapel bis zum 28. brachte, war der dortige Hergang der Dinge folgender. Am 27. versammelte sich viel Volk vor dem königl. Palast mit dem Rufe: Viva Pio Nono, Viva il Re, Viva la Constituzione! An allen Straßenecken schrieb das Volk mit großer Schrift: „heute ein Tag der Mahnung, morgen ein Tag des Blutes! Die Truppen traten unter das Gewehr, ohne jedoch zu feuern, und das Volk verlief sich nach wenigen Stunden. Inzwischen durchzog der General Statella, Militärgouverneur von Neapel, mit Truppenabtheilungen die Hauptstraße Toledo, von wo die Bewegung ausgegangen war. Man bemerkte besonders unter der Cavallerie wenig Lust zum Einhauen, und trotz des königl. Befehls auf das Volk scharf zu feuern untersagte dies Statella den Soldaten und begab sich zum König, um ihn vom Stand der Dinge zu unterrichten und ihn zur Nachgiebigkeit gegen die Wünsche der Bevölkerung zu bewegen. Der König fügte sich den Vorstellungen des bejahrten Veteranen und ernannte ihn zum Präsidenten des Staatsrathes. Der Tag des 28. Jan. an welchem die neuen Ministerernennungen durch königl. Decrete bekannt gemacht wurden, verlief ruhig. Bemerkenswerth ist die Art, wie die Volksbewegung in der Toledostraße Tags zuvor ins Werk gesetzt worden. Zwei Knaben durchschritten diese Hauptstraße, der eine mit einem rothen, der andere mit einem grünen Sonnenschirm, deren beide Enden durch ein weißes Tuch zusammengebunden waren, und die sie hoch empor hielten. Das Volk rottete sich in Massen zusammen und zog hinter den beiden Jungen in langem Schweife her mit dem Rufe: Es lebe Pius IX., es lebe die Constitution. Da öffneten sich plötzlich die Fenster, und Blumen und dreifarbige Cocarden regneten auf die Straßen herunter. Auch an den Kirchenthüren wurden sogleich die dreifarbigen Cocarden aufgesteckt und binnen wenigen Stunden nahm fast die ganze Bevölkerung an der Bewegung Antheil. Vier Dampfboote wurden von Neapel nach Palermo abgeschickt, um die Truppen zurückzubringen. Am 30. sollte die neue Constitution veröffentlicht werden. Den mit derselben Post eingetroffenen Nachrichten aus Palermo zufolge, bemächtigte sich das Volk des wichtigen Forts Monreale nach neunstündigem Kampf. Dasselbe durch Kriegslist zu nehmen, war zuvor mißlungen. Fünfzig Volksmänner, welche die Uniform gefangener Soldaten angezogen, hatten sich in das Fort eingeschlichen, wurden aber alle niedergemacht. (?) Mit gesteigerter Wuth ward das Fort vom Volke angegriffen, die Außenwerke wurden genommen, und die 60 Kanonen gegen die übrige Besatzung gerichtet mit der Aufforderung sich binnen vier Stunden zu ergeben. Nur ungefähr 100 Bomben sollen auf die Stadt Palermo gefallen seyn. Der angerichtete Schaden war, wie die Correspondenz des „Corriere Mercantile" berichtet, nicht sehr bedeutend, da man immer mit größter Eile alle Mittel anwandte, um die Verbreitung des Feuers durch platzende Bomben zu verhindern. In Messina waren die Forts noch in der Gewalt der Truppen, aber die Insurgenten trafen auch dort Vorbereitungen zum Angriffe.

Frankreich.

Paris, 3. Febr.

Der General Daumas soll von seiner Mission zu Abdel-Kader mit der Antwort zurückgekehrt seyn, der Emir werde nicht eher nach Paris kommen, als bis sein Vertrag ratificirt worden.

Die Sitzung vom 3. Febr. bot den Zwischenfall dar, daß eine Deputation von Studenten vor dem Palast Bourbon aufzog, um zu Gunsten der Professoren Michelet, Mickiewicz und Quinet, deren Lehrcurse auf höhern Befehl geschlossen sind, eine Bittschrift zu überreichen, die Hr. Cremieux von ihnen in Empfang nahm und sogleich auf den Präsidententisch niederlegte.

Die gestern kurz berührte Rede des Hrn. Thiers in der Schweizer Frage liefern wir hier in ihren wesentlichen Zügen nach. Der Redner begann denn auch mit dem Versprechen der Mäßigung, aber mit dem Beisatze, nirgends koste sie ihn mehr Mühe, denn keine Seite der Regierungsthätigkeit habe ihn mehr aufgeregt, als die auf vorliegendem Felde. In der Schweiz handle es sich um einen Kampf zwischen Revolution und Gegenrevolution; für letztere habe die französische Regierung Partei genommen, mit einer Keckheit, die ihn in Erstaunen gesetzt. Der Redner führte nun die Geschichte der Schweiz in den letzten 50 Jahren vor der Kammer vorüber. Einen Haltpunct gewähre der Wiener Vertrag, der keine Einmischung in den Bundesvertrag, sondern blos die Begründung der schweizerischen Neutralität und die Sicherung der Gebietsunabhängigkeit für dieselbe bezweckt habe. Nachdem die Schweiz die Bedingungen der Neutralität gutgeheißen, haben die Mächte sie vor allem fremden Einfluß bewahren wollen. Jetzt aber sey Jedermann, außer Oesterreich, überzeugt, daß der Bundesvertrag vollkommen ungenügend sey; an eine Einheitsrepublik, an eine Centralisation wie die

*) Eben erhalten wir noch Briefe aus Neapel bis zum 31. Januar. Es herrschte vollkommene Ruhe. Der König wurde bei einem Ritt durch die Toledostraße mit Jubel empfangen, sah aber düster aus, und erheiterte sich nur allmählich. Die Bürgergarde wachte streng über Erhaltung der Ordnung, die eine Zeitlang durch den Pöbel gefährdet war. Der König sprach mit vielen Leuten und drückte manchen die Hände.

---

nen 12 bis 15 „Liebhaber", die mit einander den letzten Stier bekämpfen sollten. Die Wirkung der Hörner des Stieres war durch lederne Polster geschwächt. Als er durch die erhaltenen Stiche wehrlos an den Schranken stand, wurde er unter kläglichem Brüllen von den Pikenmännern (den Liebhabern) erstochen. Dieses Schauspiel hat mich angeekelt. Ein tapferes edles Thier von einer ganzen Banditenbande mit Stiletstichen zu Tode peinigen zu sehen ꝛc. — das klagende Brüllen des Thieres, dem jene Metzgerknechte heute auf eine so kannibalische Weise den Garaus machten, war ohne Zweifel gegen alle ritterliche Sitte." Wir können in der hier vorkommenden Bezeichnung: „Metzgerknechte" keineswegs eine Beleidigung jener „Liebhaber" erkennen, wir finden hierin nur eine Beleidigung für die ehrliche und nützliche Gewerbsclasse der Metzger. Diese treiben ihr hartes Geschäft als Erwerbszweig und zum Nutzen des Publicums; was haben sie aber gemein mit jenen Eisenherzen, die in gräßlicher Lust und aus Lust allein — sich schwelgend und freudetrunken weiden am Schmerz, an der Verzweiflung und an der Todesangst eines ganz unschuldigen Geschöpfes? Wir haben übrigens schon öfters darauf aufmerksam gemacht, daß die Mißhandlung der Stiere und Pferde bei diesen abscheulichen Volksfesten, so schmachvoll sie auch seyn mag, doch hinsichtlich der mißhandelten Thiere nur eine Kleinigkeit ist gegen die Mißhandlung alter Pferde und des geknebelt transportirten Schlachtviehes, wie es an manchen Orten noch transportirt wird. Jene Thiere bei den Stierkämpfen sind doch wenigstens in einer Viertel- oder halben Stunde und im betäubenden Sturm des Kampfes zu Tode gemartert, aber das geknebelte Schlachtvieh steht Tage und Nächte lang, oft 3—4 Tage und Nächte lang, wahre Folterqualen aus, die von Minute zu Minute unerträglicher werden, und die Verzweiflung des Opfers menschlicher Grausamkeit bis ins Unglaubliche steigern. Die Füße mit Stricken zusammengeschnürt, oft bis ans Bein eingeschnitten, die Köpfe hinabhängend, oft vom Rade gestreift, die Augen herausgetrieben und mit Blut unterlaufen, sind sie dem Hunger und Durste, der Hitze, dem Staube, der Kälte und dem Ungeziefer wehrlos preisgegeben, das ihnen in Maul, Ohren und Nasenlöcher kriecht und das Blut aussaugt! Und das vier Tage und vier Nächte lang!! „Möchte," sagt der Canonicus Stanig in seiner jüngsten Schrift, „der barmherzige Gott jenen Quälern und jenen, die dieses Quälen verhindern könnten und es nicht thun, die Schmerzen, die sie ohne Noth den schuldlosen Geschöpfen verursachen, auf ihrem Sterbebette nicht vergelten!" Aber unter dem Gesichtspuncte der planmäßigen Erziehung des Volkes und der Jugend zur Grausamkeit und Rohheit, zur Gleichgültigkeit bei Blut, Schmerzen, Todeskampf und Verzweiflung, sind die Stiergefechte freilich die großartigste Anstalt, die wir kennen. — Wie kann man, frage ich wiederholt, die schlimmen Folgen der Grausamkeit gegen Thiere für die Menschen selbst mißkennen, wie es bezweifeln, daß ohne die in den jugendlichen Herzen wurzelnde Gleichgültigkeit gegen die Leiden oder erst gar Freude an den Leiden der

französische denke indeß Niemand; wer das sage, der lüge. Die wahren Patrioten der Schweiz wollen nichts als ein inniges Bündniß zwischen den Kantonen. Oesterreich allerdings habe stets gesagt, der Schweiz stehe es nicht frei, den Bundesvertrag anzurühren ohne die Zustimmung der Großmächte; aber Oesterreich sey mit dieser Forderung stets allein gestanden, und Frankreich, bis auf das jetzige Ministerium ausschließlich, sey nie dieser Ansicht beigetreten. Was die religiöse Frage betreffe, so haben die Jesuitenkantone den andern Kantonen (Aargau, Thurgau) Klöster aufdringen wollen, haben verlangt, daß der Bund (kraft dem Bundesvertrag) einschreite, und in ihrem Sinn und gemäß ihrer religiösen Ansicht handle (Bewegung). „Sie wundern sich Alle über solche Unduldsamkeit, erinnern Sie sich aber daran, daß gegen die Walliser unsre niederbretagneschen und vendéeschen Bauern Philosophen sind (Gelächter). Man schrie darüber, daß den besiegten Kantonen die Kriegskosten auferlegt werden. Zu allen Zeiten aber, wenn in der Schweiz die Kantone sich bekriegten, führte der Ausgang zu einer finanziellen Entschädigung: eine Geldbuße war immer das Ende. So neuerdings zur Zeit des Freischaarenzugs; ja man ging damals noch weiter, errichtete Ausnahmsgerichte zu Aburtheilung der Revolutionäre. Damals (1845) wurden auch die Jesuiten eingeführt, trotz des Widerspruchs der Kantonsbevölkerung(?). Am Ende errang die angeblich revolutionäre — in Wirklichkeit aber gemäßigte — Partei die Oberhand auf der Tagsatzung. Sie wollte einen Theil von dem, was gegen sie vollführt war, ungeschehen machen. Da bildete sich der Sonderbund zum Widerstand. Die Tagsatzung berief sich dagegen auf den Bundesvertrag. Sie hatte das Gesetz und die Sittlichkeit für sich. Ihr Verfahren war so gemäßigt wie kräftig. In kurzer Zeit zog sie eine große Truppenmacht zusammen, um ihren Beschlüssen Achtung zu verschaffen, führte den Krieg entschieden durch und milderte so viel als möglich seine Ergebnisse. Ich (d. h. Thiers, der Geschichtschreiber Napoleons) kenne keinen Krieg, der so rasch beschlossen, ausgeführt, beendigt worden wäre. Nachdem der Krieg beendigt war, behaupteten die, welche in Frankreich den Sonderbund ermuthigt hatten, er sey nur schwach geführt worden. Es ist unedel, den nach der Niederlage zu verlassen, den man hinterlistig vorwärts gedrängt. Ich halte Maillardoz für einen guten Offizier; er that, was er konnte, aber gegen sich hatte er das gute Recht. Man hatte ihm aber eine Einschreitung versprochen, und die blieb aus. Glücklicher Weise ist nun der Sonderbund verschwunden, kein Vorwand mehr für diese Einschreitung. Und mit welchem Rechte wollt auch Ihr, Minister Frankreichs, Euch in die innern Angelegenheiten der Schweiz mischen? Warum wart Ihr, sonst so schüchtern, so furchtsam, auf einmal so kriegerisch? Der Bundesvertrag ist verbürgt! Ja, ich weiß es, das ist Eure Ansicht, ist die Oesterreichs; aber ich behaupte, der Bundesvertrag ist nicht verbürgt durch den Wiener Vertrag, und will es beweisen." Der Redner sucht aus mehreren diplomatischen Aktenstücken nachzuweisen, daß die Mächte zu verschiedenen Zeiten erklärt haben, sie wollen keineswegs das Recht ansprechen, sich in die eidgenössischen Verfassungs-Angelegenheiten einzumischen. Im Wiener Vertrag stehe kein Wort von dem Bundesvertrag; in den spätern Aktenstücken habe die französische Regierung an die Tagsatzung die Aufforderung erlassen, den Bundesvertrag zu verbessern und zu vervollkommnen. Man behaupte dieselbe Regierung, die Eidgenossenschaft habe nicht das Recht, den Vertrag anzurühren ohne die Zustimmung der Mächte. All diese Ansprüche setzen eitel Ungerechtigkeit oder Wankelmuth. „Minister von Frankreich, Ihr habt das Völkerrecht verletzt, indem Ihr Euch das Recht anmaßtet, in die innern Angelegenheiten der Schweiz Euch einzumischen. Vor Allem aber springt ins Auge, daß Ihr Frankreichs Interesse preisgegeben, indem Ihr Euch an Oesterreichs System gegen die Schweiz gebunden habt. Frankreichs Interesse ist die Neutralität der Schweiz. So lange diese Neutralität gesichert war, konnten die Fremden nie unsre Ostgränze überschreiten. Das zeigt die Geschichte. Stets sind die nordischen Mächte durch die Schweiz in Frankreich eingefallen."

Guizot, durch Heiserkeit gestern gehindert, konnte erst heute das Wort gegen Thiers ergreifen, dem er nachzuweisen suchte, daß er, Thiers, als Minister ganz dieselbe Sprache gegen die Schweiz geführt, wie das jetzige Cabinet.

Großbritannien.

London, 2. Febr.

Daniel O'Conell soll wegen finanzieller Klemme gesonnen seyn, den Unterhaussitz für Waterford niederzulegen. — Der englische Handelsstand fürchtet ernstlich Krieg, daher hält er überall Friedensversammlungen und protestirt gegen kriegerische Rüstung. — Die Seeleute wollen in feierlichem Umzuge der Königin eine Bittschrift gegen die Aufhebung der Schifffahrtsacte übergeben; der Lordmayor hat ihnen aber den Durchpaß durch die City verweigert.

Dänemark.

Kopenhagen, 29. Jan. (Das Verfassungsrescript des Königs von Dänemark.) Unterm gestrigen Datum hat der König ein allerhöchstes Rescript wegen Einführung einer Verfassung sowohl an die dänische als an die schleswig-holstein-lauenburgische Kanzlei erlassen: „Um die von unserem höchstseligen Vater, Sr. Maj. dem höchstseligen König Christian VIII., beabsichtigte, von uns bereits früher angerathene und in unserem offenen Briefe angekündigte Ordnung der öffentlichen Verhältnisse zu bewerkstelligen auf eine Weise, die zur Aufrechthaltung der Selbstständigkeit der verschiedenen Landestheile, als auch zur Verbindung derselben zu einem wohlgeordneten Ganzen beiträgt, haben wir beschlossen, die Einführung einer solchen Verfassung in Ueberlegung zu ziehen, welche zugleich sich eigene, unserer Krone unantastbare Rechte als auch die Rechte unserer sämmtlichen lieben und getreuen Unterthanen im allgemeinen, wie die besonderen Rechte und Interessen der Einwohner der verschiedenen Landestheile zu sichern. Zu diesem Ende beabsichtigen wir gemeinschaftliche Stände für unser Königreich Dänemark und unsere Herzogthümer Schleswig und Holstein, welche sich regelmäßig zu gewissen Zeiten in bestimmten Zwischenräumen, in gleicher Anzahl aus unserm Königreiche und unsern vorbenannten Herzogthümern, und abwechselnd in unserm Königreiche und in den Herzogthümern, in näher zu bestimmenden Städten versammeln sollen. Die Rechte, welche wir über mehrere, im Verfassungsgesetze festzustellende Bestimmungen, diesen Ständen beilegen, sollen bestehen in einer beschließenden Mitwirkung an der Veränderung der Steuern und an der Finanzverwaltung, so wie an der Ertheilung von Gesetzen, welche gemeinschaftliche Angelegenheiten des Königreichs und der Herzogthümer betreffen, daneben wollen wir den besagten Ständen gestatten, uns allerunterthänigst Anträge einzureichen, betreffend solche Gegenstände für ihre Wirksamkeit, welche die gemeinsamen Interessen des Königreichs und der Herzogthümer berühren. „Durch diese ständische Verfassung, welche wir aus freier königlicher Machtvollkommenheit einführen, soll nichts verändert werden in der allgemeinen Anordnung v. 28. Mai 1831 oder in den Verordnungen vom 15. Mai 1834, betreffend die Einrichtung von Provinzialständen im Königreiche Dänemark und unseren Herzogthümern, noch in der bisherigen Verbindung dieser Herzogthümer und den Verhältnissen unserer Herzogthümer Holstein und Lauenburg zum deutschen Bunde, noch in der letztbenannten Herzogthümer Verfassung, noch in der durch Verordnung vom 8. März 1845 eingeführten Einrichtung der isländischen Althing. Endlich soll das Verfassungsgesetz angemessene Bestimmungen zum Schutz sowohl der dänischen als der deutschen Sprache in den betreffenden Districten des Herzogthums Schleswig enthalten. Bevor wir den in das Verfassungsgesetz aufzunehmenden Bestimmungen Gesetzeskraft ertheilen, sollen sie einsichtsvollen und erfahrenen Männern, die ihrer Mitbürger Achtung und Vertrauen besitzen, zur gemeinsamen sorgfältigen Ueberlegung vorgelegt werden. Die Wahl der überwiegenden Mehrzahl dieser Männer wollen wir, um unseren treuen und lieben Unterthanen einen Beweis unseres allerhöchsten Vertrauens zu geben, den verschiedenen Classen der gewählten Mitglieder der Provinzialständeversammlungen überlassen, so wie der Geistlichkeit, den Prälaten und der eingesessenen Ritterschaft unserer Herzogthümer Schleswig und Holstein, und den Consistorien der Universitäten in Kopenhagen und Kiel. Zu dem Ende sollen, was zuerst unser Königreich Dänemark betrifft, die für unsere k. Residenzstadt Kopenhagen und die andern Kaufstädte zu Mitgliedern unserer treuen Provinzialstände der Stifte Seeland, Fühnen und Laaland-Falster erwählten Deputirten aus ihrer Mitte drei, die Deputirten der Gutsbesitzer in den benannten Stiften zwei, die kleinern Landbesitzer in denselben Stiften aus ihrer Mitte zwei, die zu Mitgliedern unserer treuen Provinzialständeversammlung von Nordjütland aus den Kaufstadtdistricten ernannten Deputirten aus ihrer Mitte zwei, die Gutsbesitzer in dieser Provinz aus ihrer Mitte zwei und die Deputirten der kleineren Landbesitzer derselben Provinz aus ihrer Mitte gleichfalls zwei ernennen. Die Bischöfe und Pröpste der vorbenannten Stifte, so wie das in kirchlicher Hinsicht zum Königreiche gehörende Bisthum von Alsen und Arroe von der ganzen Geistlichkeit jenes Stiftes und dieses Bischofsthums zwei, die Bischöfe und Pröbste in Nordjütland, von der ganzen Geistlichkeit der Provinz und den in kirchlicher Hinsicht dazu gehörenden Kirchspielen des Herzogthums Schleswig zwei und das Consistorium der Universität Kopenhagen ein Mitglied. Was demnächst die Herzogthümer Schleswig und Holstein betrifft, so sollen die von den großen Gutsbesitzern erwählten Mitglieder unserer treuen Provinzialständeversammlung für das Herzogthum Schleswig aus ihrer Mitte ein, die Deputirten der Kaufstädte und der übrigen wahlberechtigten Städte in diesem Herzogthum aus ihrer Mitte zwei, die Deputirten der kleineren Grundbesitzer und der gemischten Wahldistricte desselben Herzogthums aus ihrer Mitte gleichfalls zwei

---

Thiere die echt himmlische Tugend des Mitleids, ohne die keine andere denkbar ist, sich dann der menschlichen Herzen bemächtigt und jene wahnsinnigen und schauderhaften Verfolgungen, mit denen gegeneinander wüthend die Geschichte uns die Menschen zeigt, so wie jene Marmorkälte, mit der Menschen oft der Verzweiflung ihrer Mitmenschen zusahen und noch zusehen, — unmöglich gemacht hätte! Das kindliche Gemüth gleicht jenem Stein, aus dem man in Frankreich und andern Ländern die größten Gebäude, Kirchen und Paläste erbaut, der weich, wie Lehm, sich schneiden und bilden läßt, nach einiger Zeit aber an der Luft so fest und spröde wird, daß er eher bricht, als daß man ihn noch beugen oder verändern könnte. So, Eltern, Erzieher und Staatsmänner, könnt ihr das kindliche Gemüth formen und bilden, wie ihr wollt, ihr könnt es milde und schonend, wohlthätig und barmherzig, ihr könnt es aber auch zu einem Schreckbild und zu einem furchtbaren Zeugen des Blutdurstes und der wilden Grausamkeit machen, wozu der Mensch fähig ist. Und was ihr in den ersten 10 bis 20 Jahren daraus gemacht, in der Regel kann keine Macht der Erde die einmal ausgebildete Grundform mehr beugen oder ändern, und wie gefällig auch der Schein, wie geschmeidig auch schöne Worte und Phrasen euer Werk im letzten Falle darstellen mögen, bei irgend einer Gelegenheit, wo es der Mühe werth ist, wird die hineingelegte Grundform sich hervordrängen, und was ihr euern Zöglingen beigebracht habt, seine Eltern, sein Gatte, seine Kinder, seine Verwandten, seine Untergebenen, und nach Umständen sein Volk werden es fühlen! Eben so wenig ist das in der Jugend ernstlich und tief eingewurzelte Mitleid je mehr auszurotten und gewiß sehr wahr spricht Hiob aus: „er sey sein ganzes Leben hindurch wohlthätig „und mitleidig gewesen, weil ihm Mitleid in der Kindheit eingeprägt wurde."

(Fortsetzung folgt.)

Zeitstimmen.

(Eigenes und Gesammeltes.)

Was sich auf sich selbst beschränkt, und nur seinen eigenen Stoff wiedererzeugt, das ist auf dem Wege des Verfalls. So lehrt die Geschichte der Völker und Staaten.

die aus der Classe der größeren Grundbesitzer erwählten Mitglieder unserer treuen Provinzialständeversammlung für das Herzogthum Holstein aus ihrer Mitte zwei, die Deputirten der Kaufstädte und der übrigen wahlberechtigten Städte dieses Herzogthums aus ihrer Mitte zwei, die Deputirten der kleineren Grundbesitzer desselben Herzogthums gleichfalls zwei, der Generalsuperintendent und die Probste des Herzogthums Schleswig von der ganzen in kirchlicher Hinsicht dahin gehörenden Geistlichkeit ein, der Generalsuperintendent und Probste des Herzogthums Holstein von der ganzen zu diesem Herzogthum gehörenden Geistlichkeit ein, die Prälaten und die eingesessene Ritterschaft der Herzogthümer Schleswig und Holstein aus ihrer Mitte vier, das Consistorium der Universität Kiel ein Mitglied ernennen. Für jede Classe der Erwählten ist ein Stellvertreter zu wählen. Die Wahl, welche von den verschiedenen Classen der Mitglieder der Provinzialständeversammlung und der Geistlichkeit vorzunehmen ist, soll, sobald dazu einem jeden der betreffenden Mitglieder dieser Versammlungen, so wie jedem Bischofe und Probste der Befehl dazu ertheilt ist, durch ein von uns ausgefertigtes allerhöchstes Rescript, für die Stifter von Seeland, Fühnen und Laaland, das Bisthum Alsen und Arroe stattfinden in unserer Kaufstadt Roeskilde, für Nordjütland und die in kirchlicher Beziehung dazu gehörenden Kirchspiele des Herzogthums Schleswig in unserer Kaufstadt Viborg, für das Herzogthum Schleswig auf unserem Schlosse Gottorf und für das Herzogthum Holstein in unserer Stadt Itzehoe, alles unter der Leitung von Commissären, welche wir zu diesem Zwecke allergnädigst ernennen werden und sollen die Wahlen stattfinden im Laufe des nächstkommenden Monats März an den Tagen, welche von den bemeldeten Commissären näher bestimmt werden. Die Wahlen für die Prälaten und die Ritterschaft und für die Consistorien beider Universitäten sollen nach der bisher üblichen Weise ebenfalls vorgenommen werden im Laufe des März-Monats. Nachdem sämmtliche Wahlen beendet und das Resultat derselben uns allerunterthänigst einberichtet ist, wollen wir zu dem betreffenden Zwecke ernennen aus unserem Königreiche acht, aus unserem Herzogthum Schleswig vier und aus unserem Herzogthum Holstein desgleichen vier Männer. Die Anzahl der Männer, die in solcher Weise theils allergnädigst von uns zu ernennen, theils nach Maßgabe des Vorstehenden zu erwählen seyn wird und deren Namen demnächst zur öffentlichen Kenntniß zu bringen sind, beträg für unser Königreich Dänemark 26, für unsere Herzogthümer Schleswig und Holstein ebenfalls 26, im ganzen also 52. Spätestens zwei Monate, nachdem die Wahlen zu Ende gebracht sind, sollen diese Männer an einem von uns näher zu bestimmenden Tage zusammentreten in unserer königl. Residenzstadt Kopenhagen und unter Vorsitz und Leitung einiger unserer höchsten Staatsbeamten ihre Arbeiten beginnen, welche sie so lange fortzusetzen haben, bis wir für gut befinden, allergnädigst deren Beendigung zu befehlen. Dabei behalten wir uns vor, außer dem oben angegebenen nächsten Zweck bei ihrer Zusammenkunft, ihnen zu gemeinschaftlicher Erwägung einige Legislativ- und Verwaltungsangelegenheiten vorzulegen, welche späterhin in dem in diesem Jahr zusammentretenden Provinzialständeversammlungen zur Verhandlung zu bringen seyn werden: die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht, die Regulirung des Münzwesens und nähere Bestimmungen in Betreff der Behandlung der königl. und der Privatanträge in den Versammlungen der Provinzialstände. Bei den Verhandlungen dieser Männer kann ein Jeder derselben sich nach seinem Gutbefinden der Sprache beider Länder bedienen und die Protokolle sollen dabei von dazu besonders durch uns allergnädigst ernannte Beamten in beiden Sprachen geführt werden. Die Resultate der Verhandlungen werden demnächst von den zu ihrer Leitung ernannten Beamten allerunterthänigst uns zu allerhöchster Beschlußnahme vorgetragen werden. Wie es uns eine Freude ist, das von unserem höchstseligen Vater begonnene Werk zu vollenden, so ist es uns doppelt lieb, dieses verkünden zu können an dem Geburtstage des hochseligen Königs Frederik VI., und dadurch das Andenken an den Stifter der Ständeinstitutionen an das gegenwärtige Vorhaben, welches er durch jene Institutionen vorbereitet hat, anzuknüpfen. Solches wird hiedurch auf allerhöchsten Befehl zur öffentlichen Kunde gebracht. Die königl. dänische Kanzlei, den 28. Jan. 1848. Unterz. Stemann. Oersted. Bentzen. Holm. Algreen-Ussing." Mit dem vorstehenden königl. Rescript zugleich publicirt die „Berlingsche Zeitung" eine Bekanntmachung des Chefs der Kopenhagener Polizeikammer, durch welche er anzeigt, von der dänischen Kanzlei die Mittheilung eines königl. Rescripts erhalten zu haben, durch welches der König der Kanzlei aufträgt, auf geeignete Weise allgemein bekannt zu machen, daß er sich überzeugt halte, seine getreuen Unterthanen werden die in dem Rescript vom 28. dargebotene Gabe mit Erkenntlichkeit annehmen, und daß er daher wünsche, es möge diese Erkenntlichkeit nicht auf irgend eine Weise kundgegeben werden, welche nicht mit der tiefen Trauer harmonire, welche er um seinen vielgeliebten Vater empfinde. Die beabsichtigte öffentliche Absingung eines von der „Berlingschen Zeitung" mitgetheilten Dankliedes für die königl. Gabe vom 28. ist nach dem Inhalt des obigen Rescripts unterblieben.

Das Patent vom 28. v. Mts. ist in Kopenhagen mit Kälte aufgenommen, weil der Däne seine Nationalität selbst um den Preis der politischen Herrschaft nicht der Vermischung preisgeben will. Die Ausarbeitung des Entwurfs des Verfassungsgesetzes, welcher von erfahrenen Männern berathen werden soll, ist nach zuverlässigen Nachrichten folgenden vier Männern übertragen: geheimen Staats- und Finanz-Minister Grafen A. W. v. Moltke, einem gebornen Dänen, geheimen Staatsminister Oersted, geheimen Staatsminister und Präsidenten der schleswig-holstein-lauenburg'schen Kanzlei Grafen Karl v. Moltke, wiederum einem gebornen Dänen, und Rentekammer-Deputirten Etatsrath Bang. (Nordd.Bl.)

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 3. Febr. Bayerische 3 1/2 pCt Obligationen 91 P., — G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 660 P., — G. Promessen per Stück Agio 74 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 103 P., — G.; 4pCt. 90 P., — G.; 3pCt. 64 P., — G. Bankactien 1. Semester 1570 P., — G. Würtembergische 3 1/2 pCt. Obligationen — P., 88 G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35 1/2 P., — G. Badische 3 1/2 pCt. Obligationen — P., 88 G.

Frankfurt, 5. Febr. Metall. 5pCt. 101 5/8; 4pCt. 87 1/2; 3pCt. 64; Bankactien 1957; Taunus-Eisenbahn-Actien 354 1/2; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 57 1/2; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 86 1/2; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Wien, 4. Febr. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 101 7/8; zu 4pCt. in CM. 87; zu 3pCt. in CM. 62; Bankactien per Stück 1570; Nordbahn 131 1/2.

Innsbruck, 4. Febr. Nicht blos für Tirol höchst wichtig, sondern auch für den ganzen Verkehr von Süd- und West-Deutschland sehr bedeutend ist die hier eingetroffene Nachricht, daß die österreich. Staatsverwaltung beschlossen hat, die Brenner-Eisenbahn, eigentlich die Eisenbahnlinie von Verona durch Tirol bis an die königl. bayer. Grenze bei Kufstein, in das Netz der Staatsbahnen aufzunehmen. In diesem Frühjahre noch werden die Aufnahmen und Terrainstudien durch die hieher beorderten Ingenieure beginnen. (A. Z.)

Amsterdam, 3. Febr. 2 1/2 pCt. 54; 3pCt. 65 7/16; 4pCt. 84 1/4; Synd. 3 1/2 pCt. —; Handels-Maatschappy 162; Ard. 15 1/4; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. —.

Paris, 3. Febr. 3pCt. 74 Fr. 45 C.; 5pCt. 117 Fr. — C.

London, 2. Febr. Consols 88 7/8.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 8. Februar: „Die neue Fanchon," oder: „Muttersegen", Schauspiel mit Gesang in 5 Akten nach dem Französischen v. Lyser.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Obermaier, Consul von Augsburg; Rosenthal, Kunstgärtner v. Wien; Gumpf, Kaufmann v. Elberfeld.

Gold. Hirsch. HH. v. Brederiz, Gutsbesitzer aus Pommern; Mombrini, Privatier aus Italien; de Betencourt von Paris; v. Winsheim, Privatier aus Baden.

Hôtel Maulik. HH. Paley, Rentier v. London; Vicomte Gamberand, Rentier, Graf de la Rosche und de Sesmoal, Proprietärs v. Paris; Thornton, Proprietär v. Triest.

Gold. Hahn. HH. Schmidtbauer, Bräuer von Siegenbrunn; Aber, Privatier von Gmund; Scheurer, Mechanikus aus der Schweiz.

Blaue Traube. HH. Baron v. Gumppenberg von Augsburg; Ahmeyer, Zeichner v. Gratz; Ditzmann und Weppler, Rentiers von Frankfurt; Rittmann, Rechnungscommissär von Augsburg; v. Czalowsky, Pharmaceut v. Drawieza; Partsch, k. k. Archivar v. Frankfurt.

Stachusgarten. HH. Dickl, Lithograph v. Schrobenhausen; Andrä, Rentamtsassistent v. Mindelheim; Blanker, Oberschreiber v. Bruck; Wurm, Beneficiat v. Mindelheim.

Gestorbene in München.

Joseph Maria Graf v. Cydorf, kgl. Kämmerer und St.-Georgi-Ordens-Kapitular-Großkreuz v. h., 84 J. alt; Elisabetha Baumann, Damenstiftssecretärstochter v. h., 50 J. alt; Kreszentia Christoph, Zimmermannstochter v. Arabach, Landg. Dachau, 28 J. alt.

Bekanntmachung.

2270. (2a) Christian August Braam, ehemals Kadett und Corporal im k. Infanterie-Regiment Kronprinz dahier, dessen gegenwärtiger Aufenthalt unbekannt ist, wird hiemit aufgefordert, über den Antritt der ihm mit andern Interessenten ab intestato angefallenen Erbschaft in der Verlassenschaftssache seiner Tante, der Verwalterstochter Anna Braam dahier, innerhalb 60 Tagen um so gewisser anher sich zu erklären, als außerdem ohne Rücksicht auf sein Interesse mit Auseinandersetzung dieser Verlassenschaftssache nach Lage der Akten weiter vorgeschritten werden würde.

Concl. den 28. Jan. 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Sengel.

Edictalladung.

Pflegschaft über die Eisenhändler Ziegler'schen Kinder betreffend.

2271. (3a) Jakob Ziegler, Eisenhändlerssohn von München, wird, nachdem er sich im Jahre 1846, in welchem er am 23. Oktober die Großjährigkeit erreicht hat, von Dachau, woselbst er sich bei seinem dort wohnhaften Mitvormunde aufhielt, entfernt und sich bisher zur Pflegschaftsentlassung und Ausantwortung seines obervormundschaftlich verwalteten Vermögens nicht gemeldet hat, und dessen Aufenthalt nicht auszumitteln ist, hiemit auf Antrag eines früheren Vormundes aufgefordert,

innerhalb 4 Monaten

von heute an bei dem untengenannten Gerichte persönlich oder durch einen gehörig Bevollmächtigten Behufs der Uebernahme seines Vermögens zu erscheinen, widrigen Falls über ihn Abwesenheits-Curatel bestellt, und sein — über Abzug einer auf rechtlicher Austragung beruhender namhafter Haftungspost in ungefähr 3000 fl. bestehendes Vermögen aus diesem Grunde in obervormundschaftlicher Verwaltung bleiben wird.

Concl. am 14. Jan. 1847.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

coll. Löe.

Für die durch Brandunglück in Kemnath Heimgesuchten sind an Beiträgen eingegangen:

	Uebertrag .	46 fl. 24 kr.
Den 7. Febr. von J. N. B.	. . . . . .	1 fl. — kr.
	Summe .	47 fl. 24 kr.

Um weitere mildthätige Beiträge wird dringend gebeten.

Expedition der Münchener politischen Zeitung, Knödelgasse Nr. 2.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 34.

Man pränumerirt auf die Z. z. 3 in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gasse Nro. 2?; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 24 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Mittwoch — **XLIX. Jahrgang.** — **9. Februar 1848.**

Deutschland.

Bayern.

†† München. Der bisherige Landgerichtsarzt in Weyhers Dr. J. Hillmayer wurde seiner Bitte entsprechend in gleicher Eigenschaft nach Pfarrkirchen versetzt, und die eröffnete Stelle eines Regierungssecretärs II. Classe bei der Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg dem bisherigen Accessisten bei der Regierung von Schwaben und Neuburg K. d. J. Eduard Schlereth verliehen.

München, 7. Febr. An unserer Universität sind nunmehr die Inscriptionen beendigt. Die Zahl der Inscribirten ist 1590. Von diesen widmen sich: der Theologie 182, der Jurisprudenz 496, der Cameralwissenschaft 10, der Medicin (und Chirurgie) 97, der Philosophie und Philologie 725, der Pharmacie 39, der Jerstwissenschaft 28, der Architektur 4 und der Bergwerkswissenschaft 9. Inländer sind 1499, Ausländer 91. (A. Z.)

= Vom Mittel-Lech, 7. Febr. Die zur eilften Ständeversammlung berufene Kammer der Abgeordneten hat in ihrer Adresse an den Thron unter den Wünschen und Erwartungen des bayerischen Volkes auch die Beseitigung einiger Mängel und Gebrechen des **Wahlgesetzes** aufgeführt. Aus den in den Zeitungen mitgetheilten Auszügen der Kammerverhandlungen haben wir nichts vernommen, daß eine nähere Bezeichnung der zu beseitigenden Mängel und Gebrechen des Wahlgesetzes vorgekommen wäre. Desto mehr dürfte es an der Zeit seyn, bis zum Beginne des nächsten Landtages diese Mängel und Gebrechen, die sich nun durch 25jährige Erfahrung klar herausgestellt haben, einer freimüthigen Besprechung zu unterstellen, um die Krone von der Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer Abänderung der betreffenden Verfassungsbestimmungen zu überzeugen, und die Kammern zur bereitwilligen Annahme eines diese Verbesserung bietenden Gesetzesentwurfes zu bestimmen. Da die bayerische Standschaft nach den Eingangsworten der Verfassung berufen ist, in öffentlichen Versammlungen die Weisheit der Berathung zu verstärken ohne die Kraft der Regierung zu schwächen, so kann der Zweck des Wahlgesetzes für den wählbaren Theil der Standschaft — die Kammer der Abgeordneten — kein anderer seyn, als aus der Gesammtbevölkerung des Landes solche Männer auszusondern, die nach bestem Wissen und Gewissen der zur Wahl berechtigten Staatsbürger die Einsichtsvollsten und Charakterfestesten sind, um nach ihrem abzulegenden Eide: „nur des ganzen Landes allgemeines Wohl und Beste ohne Rücksicht auf besondere Stände und Classen nach innerer Ueberzeugung zu berathen" — die große Aufgabe auf eine würdige, für König und Vaterland frommende Weise zu lösen. Alle Bestimmungen eines Wahlgesetzes, welche die Erwählung der zur Volksvertretung tüchtigsten und fähigsten Männer des Landes erschweren, verhindern oder gar unmöglich machen, sind an und für sich als mangelhaft und unzweckmäßig zu bezeichnen und bewähren sich auch als solche überall, wo sie vorhanden sind, durch die Erfahrung. Daß dieß in unserm Wahlgesetz der Fall sey, ist allgemein anerkannt, was sowohl die schon versuchten Nachbesserungen der dieses Gesetz enthaltenden X. Beilage zur V.-U. als auch der oben angeführte Wunsch der Kammer der Abgeordneten beweisen. Wir wollen nun in Bezeichnung der einer Beseitigung bedürftigen Mängel unseres Wahlgesetzes für diesmal uns mit den Bestimmungen über die Wahl aus der Classe der Geistlichen befassen. Freiheit der Wahl, Ferahaltung jedes direkten oder indirekten Zwanges ist der Grundsatz, der sich durch unser ganzes Wahlgesetz hindurchzieht. Nie seit dem Bestehen der Verfassung ist irgend eine Einwirkung der Staatsregierung zur Beschränkung dieser Freiheit bekannt worden. Daß die bei Leitung der Wahlen beschäftigten Beamten, wie dieß in Frankreich geschieht, angewiesen worden wären, die Wahl ministeriell gesinnter Candidaten durchzusetzen, ist in Bayern etwas Unerhörtes und alle kundgewordenen Aufträge von Oben gingen nur dahin, daß ungesetzliche Einflüsse auf die Wahlen gewissenhaft ferne gehalten oder beseitiget werden. Nun ist aber gerade bei der Wahl aus der Classe der Geistlichen die Freiheit der Wahl durch das Wahlgesetz selbst vernichtet. Dieß geschieht dadurch, daß der bei der Wahl activ und passiv betheiligte Dekan zugleich Präsident des Wahlcollegiums ist, und in seine Hand die schriftlichen Wahlstimmen mit Namensunterschrift der Wähler übergeben werden müssen (Beil. X. zur V.-U. Titl. I. §. 19.) Bei allen übrigen Wählerclassen ist mit Ausnahme der Universitäten ein bei der Wahl des Bezirkes weder activ noch passiv wählbarer Beamter der Wahlcommissär und bei der Wahl der Abgeordneten für die Universitäten werden die Stimmen verschlossen und unter einem beliebigen **Wahlspruch** übergeben. Das ganze Wahlgesetz will durch Geheimhaltung des Wählers seine Freiheit schützen, mit **Ausnahme der Wählerclasse der Geistlichen.** Wenn nun auch dem citirten §. 19. die **Absicht** nicht zu Grunde liegt, daß alle Pfarrer jedesmal ihren Dekan zum Wahlmann ernennen müssen, so ist dieses doch eine mehr oder weniger nothwendige Folge der gedachten gesetzlichen Bestimmung. Wer den ausgedehnten Wirkungskreis der Dekane kennt, der weiß auch, daß es jedem untergeordneten Pfarrer daran liegen muß, den Dekan nicht gegen sich zu haben. Ist dieser zugleich, wie das häufig vorkommt, Distriktsschulinspector, so hat er nicht nur Einfluß auf die Qualification jedes Pfarrers vor der geistlichen Oberbehörde, sondern stellt bei Beförderungsgesuchen desselben in den nämlichen Rubriken, wie das königl. Landgericht, die den ganzen wissenschaftlichen, moralischen und dienstlichen Werth eines Mannes umfassenden Noten aus, welche jedenfalls großes Gewicht in die Wagschale legen. Obgleich nun durchaus nicht anzunehmen ist, daß irgend einer dieser Männer fähig wäre, seine bevorzugte Stellung zu leidenschaftlicher Kränkung oder Benachtheiligung eines seiner Amtsbrüder zu mißbrauchen, wenn er sich etwa durch Nichterwählung zum Wahlmann beleidigt fühlen sollte; so ist es nichts desto weniger unbestreitbare Thatsache, daß in manchem Landcapitel der eine oder andere Wähler dieses besorgt, und aus diesem Grunde seine Stimme dem Dekan gibt, wenn er gleich der Ueberzeugung ist, daß dieser bei allen übrigen vortrefflichen Eigenschaften denn doch zu einem Landtagsdeputirten nicht, oder doch weit weniger taugt, als manches andere Mitglied desselben Wahlcollegiums, das aber nicht zu den Würdeträgern des Capitels gehört. Daher die Erscheinung, daß mit wenigen Ausnahmen nur Decane zu Wahlmännern und folglich auch zu Deputirten gewählt werden oder eigentlich gewählt werden **können.** Der moralische Zwang, der unter gewissen Umständen ein sehr drückender ist, läßt kein anderes Resultat zu. Daß mit dieser Behauptung weder dem Character noch der Intelligenz irgend eines Dekans in ganz Bayern zu nahe getreten werden will, braucht wohl nicht erst ausdrücklich versichert zu werden; es läßt sich aber auch die Möglichkeit nicht bestreiten, daß mancher Dekan, obwohl er die Würde und Bürde des Landtagsabgeordneten aus mehr als einem Grunde nicht wünscht, dennoch es sehr ungern sehe, wenn ihn seine Capitularen nicht mit der Ehrenstelle des Wahlmanns bekleideten. Ein Dekan kann der trefflichste Mann, der gelehrteste Theolog, der liebenswürdigste Capitelvorstand seyn, ohne deßwegen auch schon die Prärogative der alleinigen Tüchtigkeit für den Ständesaal

Mannigfaltiges.

(Fortsetzung des Auszugs aus dem Jahresbericht des Münchener Vereins gegen Thierquälerei.)

Autoritäten für unsere Ansicht, daß **Mitleid** mit den **Thieren**, der Kindheit eingeimpft, am Allersichersten zum **Mitleid mit den Menschen** führt, haben wir in unsern frühern Jahresberichten und Aufsätzen, so wie oben schon in Menge angeführt, und manche werden im Anhang noch erwähnt werden. Namen, wie die erwähnten, oder wie **Plato, Virgil, Herder, Langbein, Niemayer, Haller, Wieland, Schiller, Goethe, Lessing, Zschokke, Scheitlin,** Erzbischof und Patriarch Ladislaus **Pyrker, Sailer, Pestalozzi, Salzmann,** königl. preuß. Justizminister **v. Kampz,** geh. Oberfinanzrath **v. Trenspolde,** Oberlandesgerichts-Präsident **v. Strampf,** Kammergerichts-Präsident **Altleben, Deschamps** ꝛc. werden wohl jenen von unsern Gegnern, die keine gar zu unbescheidene Meinung von sich selbst haben, einigermaßen imponiren, gar nicht zu erwähnen die in unsern Schriften gesammelten Aussprüche des **göttlichen Stifters unserer Religion** selbst und des **alten Testamentes.** Aber wer ernstlich über die Frage nachdenken will, bedarf wohl gar keiner Autorität, um unserer Ansicht zu seyn. Mitleid mit den Thieren ist der am Meisten **praktische** Weg, um Mitleid überhaupt, also in erhöhtem Grade auch Mitleid mit den Menschen, in das kindliche Herz zu pflanzen, **aber nicht umgekehrt,** weil die Kinder über **Thiere** schon früh eine Art von **Macht,** von **Selbstständigkeit,** von **Willkür,** also Gelegenheit erlangen, nach eigenem Entschlusse Mitleid oder Grausamkeit wirklich **zu üben,** während **Menschen** sich von Kindern in der Regel nicht mißhandeln **lassen.** Die Lehre: „seyd mitleidig gegen die Menschen", wird daher in der Regel eine bloße, leere, unverständliche **Theorie** für die Kinder bleiben; lehrt sie dagegen, wie wir schon oft anriethen, an den ihrer Willkür preisgegebenen Thieren von ihrer Gewalt **keinen** grausamen Gebrauch zu machen, lehrt ihnen **hier** Selbstbeherrschung und Milde, und ihr werdet, wenn einmal dieser **Grund** gelegt, wenn ihr Herz einmal von **diesem** Mitleide durchdrungen ist, wenig Mühe mehr haben, ihnen später Mitleid gegen Menschen beizubringen, ihr werdet ihr Herz mehr veredeln, als mit den schönsten Theorieen und Phrasen, die sie nicht verstehen, und die daher keinen bleibenden Eindruck auf ihr **Gemüth** machen! Und wie wir aus der Geschichte sahen und aus täglicher Erfahrung sehen können, werden umgekehrt Menschen, die kalt und gleichgiltig gegen die Leiden der Thiere sind, nie ein gründliches, unter allen Umständen ausdauerndes Mitleid gegen Menschen bewähren. Als ganz irrig und schädlich für die gute Sache mußten wir immer und müssen wir ein für allemal die von Manchen, selbst von Gutgesinnten, vertheidigte Ansicht erklären, der Verein solle bloß auf die **Erziehung** und auf den allmähligen Sieg der Wahrheit durch die **öffentliche Meinung** einwirken, auf Durchsetzung seiner Principien aber durch die Mit-

zu besitzen. Zwar gehen fortwährend aus der Zahl der Dekane ausgezeichnete Landtagsabgeordnete hervor, allein es ist die Frage, ob diese ihre Erwählung ihrer Befähigung für den ständischen Wirkungskreis oder ihrer Dekanatswürde zu verdanken haben, folglich ob das Vaterland nicht mehrerer Zierden der Deputirtenkammer beraubt worden wäre, wenn diese nicht zufällig auch zugleich Dekane gewesen wären. Kurz, die Wahlfreiheit ist durch die Wahlart vernichtet. Wir erlauben uns daher, für den Titl. I. §. 19. der X. Verfassungsbeilage die Modification vorzuschlagen, daß die Wahl des Wahlmannes nicht im Speisesaal des Dekanats, sondern in einem öffentlichen Gebäude des Landgerichtssitzes vorgenommen werde, daß dem Wahlakt nicht der Dekan, sondern ein ganz unbetheiligter königl. Wahlcommissär vorstehe, und endlich daß die Stimmzettel nicht mit Namensunterschrift, sondern mittelst Wahlspruch unterzeichnet werden, so daß keiner der anwesenden Wähler, also auch der Dekan nicht weiß, wer für ihn gestimmt habe oder nicht. Ist der Dekan durch umfassendes Wissen, Charakterfestigkeit und Beredsamkeit der würdigste Candidat für den ständischen Beruf, so wird ihm auch bei diesem Wahlmodus die Majorität der Wahlstimmen nicht entgehen, und er kann dieselbe als Anerkennung seiner parlamentarischen Tüchtigkeit nicht blos als eine Folge des Respects vor seiner amtlichen Stellung betrachten. In der Aufstellung eines königl. Beamten als Wahlcommissär die Preisgebung eines wichtigen Rechtes oder gar eine Herabwürdigung des Clerus erblicken zu wollen, wäre wohl etwas mehr als lächerlich, da es sich um das bei weitem heiligere Recht der Wahlfreiheit handelt, welche durch eine ganz unwesentliche Aenderung in der Wahlform gesichert werden könnte. Ueberdieß würde hiedurch auch manchen Inconvenienzen vorgebeugt, die sich schon mehrmal ergeben und selbst die Nullität der Wahl dieser Classe für den ganzen Regierungsbezirk nach sich gezogen haben. So ist uns erst vor einigen Tagen die zuverläßige Kunde geworden, wie im October 1845 in einem Dekanate der Vorstand desselben auf ganz ungesetzliche, dem klaren Buchstaben der Verfassung widerstrebende Weise zum Wahlmann ernannt wurde. Wir werden diesen Fall zur Kenntniß der nächsten Ständeversammlung bringen, und beantragen, daß die Wahl der drei Deputirten aus der Classe der katholischen Geistlichkeit des Regierungsbezirkes von Schwaben und Neuburg annullirt wird, weil der ungesetzlich gewählte Wahlmann zur Ernennung der besagten drei Abgeordneten mitgewirkt hat. Die Deputirtenkammer wird ohne Zweifel, von der Richtigkeit der Thatsache sich überzeugend, eben so gewiß eine neue Wahl anordnen, wie sie es bei der Geistlichkeit von Oberbayern auf die Beschwerde des Pfarrers Stiglmair von Taning wegen eines ähnlichen Falles im Wahlbezirke Wolfrathshausen gethan hat. — Noch einfacher und zweckmäßiger wäre die direkte Wahl der für jeden Regierungsbezirk bestimmten Anzahl der Abgeordneten aus der Classe der Geistlichen in der Art, daß jedem wahlfähigen Pfarrer das Verzeichniß sämmtlicher mit gleicher Eigenschaft begabter Pfarrer der ganzen Provinz zugestellt würde, aus welchem er auswählen könnte diejenigen, die nach seiner Ueberzeugung in jeder Beziehung die Würdigsten sind. Die auf solche Weise gewählten Deputirten würden der wahre Ausdruck der Gesinnung der Majorität der Wähler seyn, was bei unserem jetzigen Wahlverfahren nicht immer der Fall ist. Was man den Grundbesitzern mit gutsherrlicher Gerichtsbarkeit (X. Beil. zur V.-U. Titl. I. §. 14 bis 16.) den Städten, welche eigene Abgeordnete zu stellen haben (ebendaselbst §. 21 — 22.) und den Professoren der Universitäten gestattet (ebendaselbst Titl. I. §. 18.) — eine einzige directe Wahl — das dürfte man auch den Pfarrern bewilligen, und zwar ganz in der §. 14 bis 16 vorgeschriebenen Form. Es ist eine in hohem Grade dankenswerthe Anordnung unseres Ministeriums für Kirchen- und Schulangelegenheiten, daß künftig auch die Theologen sich aus dem Staats- und Verwaltungsrechte prüfen lassen müssen. Das Studium desselben wird sie den großen Unterschied kennen lehren zwischen absoluten und freisinnig constitutionellen Regierungsweisen, wird sie alle, wenn das noch nicht allenthalben seyn sollte, mit gleichem Geiste der entschiedensten Anhänglichkeit an eine Staatsregierung beseelen, welche den Foderungen einer vorwärtsschreitenden Zeit huldigt, im Bewußtseyn ihres rückhaltlosen guten Willens und ihrer Kraft Schrift und Rede frei gibt um des Landes Wünsche und Bedürfnisse umfassend und gründlich kennen zu lernen, und ihnen nach Möglichkeit entgegen zu kommen. Auch der Clerus wird ohne Ausnahme den hohen Sinn der Worte des Dichters fühlen: „Ans Vaterland, ans theure, schließ dich an, da sind die starken Wurzeln deiner Kraft!" Besonders wird eine nähere Vertrautheit mit dem bayerischen Staatsrecht jeden Pfarrer von der Wichtigkeit seiner Stellung überzeugen, die ihm durch das active und passive Wahlrecht gegeben ist, und er wird den Act der Wahl nicht mehr blos als eine erwünschte Gelegenheit ergreifen, dem Hrn. Dekan und Distriktsschulinspector ein Compliment zu machen, sondern frei von kleinlichen Rücksichten nach festbegründeter Ueberzeugung mit männlicher Unabhängigkeit sprechen und stimmen, wie er es für des ganzen Landes allgemeines Wohl und Beste ersprießlich erachtet. Und wenn gleichwohl in die bayerische Deputirtenkammer eine oder die andere Ruine aus längst dahin geschwundenen Jahrhunderten hereinragen, wenn auch sie eine Curiosität haben muß, wie Preußen seinen Thadden, wie England seinen Oberst Sibtorp und Lord Winchelse, die den Mund nicht öffnen, ohne mitleidiges Lächeln zu erregen, oder solche Abgeordnete, die den Mund gar nicht aufthun; so wird die Wählerschaft aus der Klasse der Geistlichen dafür sorgen, daß eine solche Erscheinung nicht aus ihrer Mitte hervorgehe.

Württemberg.

Stuttgart, 5. Febr. Heute nahm ein Abgeordneter seinen Sitz in der Kammer ein, der durch seinen Rücktritt eine dem Ansehen derselben sehr gefährliche Verhandlung hätte verhüten können: der Abgeordnete Dietrich von Mergentheim, — ein Mann, der mit dem Gesetze nicht nur activ, sondern auch passiv schon so viel zu thun hatte, daß seiner Wahlurkunde von dem Vorsitzer des Wahlcollegiums, einem anerkannter Maßen sehr billig denkenden Beamten, ein langes Sündenregister von gerichtlichen Erkenntnissen hatte beigefügt werden müssen. Die Kammer mußte ihn zulassen, da diese Erkenntnisse nach dem Buchstaben des Gesetzes nicht zu seiner Ausschließung hinreichten; es wurde aber schmerzliche Klage darüber ausgesprochen, daß diese Verhandlung stattfinden müsse. (Karlsr. Z.)

Kurhessen.

Der „Kölnischen Zeitung" schreibt man aus Kassel vom 27. Jan.: „Die sogenannte Verfassungsmodificationscommission, von deren Thätigkeit noch nichts officielles bekannt ist, hat ein Mitglied durch den Tod verloren: der Oberappellationsgerichtsrath Münscher ist gestern an den Folgen eines Blutsturzes verschieden. Er war ein intimer Freund von Bickell und wirkte vielfach in dessen Geiste. Daher erklärt sich denn auch seine Mitgliedschaft hinsichtlich der gedachten Commission. Auch Bickell selbst hat mehrere Tage sehr bedenklich krank gelegen, befindet sich jedoch jetzt wieder außer Gefahr. Das dritte Mitglied, Geh. Regierungsrath Schröder, soll ebenfalls kränklicher Natur seyn."

Preußen.

Berlin, 3. Febr. Nachdem die neue Regierungsproposition wegen des Verlustes der Ehrenrechte erledigt und demgemäß auch die im Strafgesetzentwurf darüber handelnden §§. 20—25 abgemacht waren, verblieb dem vereinigten ständischen Ausschuße, der heute nach viertägigem Feiern seine Sitzungen wieder aufnahm, noch die Berathung des zweiten Theils des über die Todesstrafe handelnden §. 8, der als einen Schärfungsgrad dieser Strafart bekanntlich auch die gleichzeitige Aberkennung der Ehrenrechte ausspricht. Es entspann sich hierüber eine lange Debatte. Die Abgeordneten Camphausen, v. Gudenau, Steinbeck und der Correferent v. Mylius sprachen auch gegen diese Verschärfung der Todesstrafe, während dieselbe nicht blos von den Ministern v. Bodelschwingh und v. Savigny, sondern namentlich auch von dem Referenten Naumann und den Abgeordneten Graf Schwerin, v. Auerswald und v. Katte vertheidigt wurde. Es ward vorgeschlagen, diesen zweiten Theil des §. 8 kurz dahin zu fassen: „nur in den in dem Gesetz bestimmten Fällen kann neben der Todesstrafe gleichzeitig auch der Verlust der Ehrenrechte erkannt werden." Bei der schließlichen Abstimmung, ob diese Fassung angenommen werde, sprachen 6 Stimmen über ⅔ der Versammlung sich für die Annahme aus. Der Schlußpassus von §. 9 ward hierauf dahin beliebt: „Die Zuchthausstrafe zieht stets den Verlust der Ehrenrechte auf immer nach sich." Endlich wurden am Schlusse der Berathung dieses allgemeinen Theils des Entwurfs noch die rückständig gebliebenen §§. 38 wegen der öffentlichen Bekanntmachung erkannter Strafen und 64 wegen der Verjährung strafwürdiger Handlungen völlig erledigt, indem man den erstgenannten Paragraphen dahin modificirte, daß nur bei schweren Verbrechen die öffentliche Bekanntmachung des Urtheils erfolgen solle, und bei dem §. 64 dem Entwurfe unverändert beitrat. Man wandte sich nun endlich zu dem zweiten oder speciellen Theile des Entwurfs: „von den einzelnen Verbrechen und deren Bestrafung," und zwar zunächst zu der Lehre vom Hochverrath und Landesverrath, welche den Titel 1 dieses Theils, oder die §§. 80—98 ausfüllt. Die Rechtstheorie dieser beiden Verbrechen nach den Bestimmungen des preußischen Strafrechts hat die öffentliche Aufmerksamkeit in neuester Zeit zu sehr in Anspruch genommen, als daß nicht die lebhafteste Debatte hierüber im Ausschuße sich hätte vorhersehen lassen. Wir werden deßhalb hier den einzelnen Rednern etwas genauer folgen müssen. Bevor man an die einzelnen Paragraphen ging, entspann sich zunächst eine allgemeine Discussion, und hiebei sprachen sich vor Allem die beiden Abgeordneten v. Auerswald, und von Saucken-Tarputschen dahin aus, daß in diesem Titel des vorliegenden Entwurfs das in demselben sonst vorwaltende Princip der Milde aufgegeben und eine wesentliche Verschärfung in Beurtheilung der hier einschlagenden Verbrechen eingetreten sey. Der geheime Rath Mathias, unterstützt von den Ministern v. Bodelschwingh und v. Savigny suchte in einem ausführlichen Vortrage diesen Vorwurf zu entkräften, ohne jedoch,

---

hilfe der Polizeigewalt durch Strafen u. dgl. verzichten, da die Wahrheit am Sichersten und Nachhaltigsten sich langsam und allmählig von selbst die Bahn breche. Auf diesem Wege allein würde der Sieg der Wahrheit sich nicht nur ungeheuer langsam und zum größten Nachtheile von Millionen schuldloser und unglücklicher Thiere und der Milderung menschlicher Sitten seine Bahn brechen (was jeder zugestehen muß, der die enorme Gewalt der Vorurtheile und eingerosteten Mißbräuche und Gewohnheiten kennt), sondern jener Sieg wäre vollends unmöglich. Alle Lehren in der Schule, alle Lehren der Geistlichen, der Erzieher, der öffentlichen Blätter u. dgl. würden jede praktische Bedeutung verlieren, würden bei Kindern ewig vereitelt durch die viel größere Macht des Beispiels, des Thuns und Treibens der Erwachsenen. Wie soll das aus der Schule tretende Kind den Worten des Lehrers folgen, wie sollen diese Worte in sein Gemüth, in seinen Charakter übergehen, wenn es zu Hause und auf öffentlicher Straße täglich und stündlich die Erwachsenen, ja seine eigenen Eltern, ältere Geschwister, Vormünder u. dgl. hundert Mal Aergeres thun sieht, als woron die schwachen Worte des Lehrers ihm einen unbestimmten Begriff, ja kaum eine Ahnung beibrachten? Wir sind daher, wenn auch jeder Uebertreibung und Uebereilung abhold, dennoch der tiefbegründeten Ueberzeugung, daß ohne ernstliche Mitwirkung der Behörden und ohne polizeiliche Abstellung der zur Zeit auffallendsten und schreiendsten Mißbräuche die Erziehung ihren wohlgemeinten Zweck nie erreichen kann. Wir sagen: „der zur Zeit auffallendsten und schreiendsten Mißbräuche," weil sich nicht Alles auf einmal erreichen läßt; daher sollen von Jahr zu Jahr und von Jahrzehend zu Jahrzehend immer jene Mißbräuche am Kräftigsten und mit polizeilicher Gewalt abgestellt werden, die eben jetzt noch, in der eben gegebenen Zeit, als die ärgsten und der Erziehung hinderlichsten erscheinen. Sind diese abgestellt, dann werden später andere, jetzt minder wichtige, als die wichtigsten an die Reihe kommen. Daher haben wir auch bisher manche Mißbräuche theils nur durch öffentlichen Tadel, die ärgsten aber, bei denen es uns zeitgemäß schien, durch beantragte Verordnungen und Polizeimaßregeln bekämpft, wie aus unsern Jahresberichten näher hervorgeht. Unter diese ärgsten rechnen wir die Mißhandlungen des Schlacht- und Zug-Viehes, besonders der Pferde (deßwegen auch das Englisiren und das Vorurtheil gegen das Pferdefleisch-Essen als die Hauptquelle des traurigen Schicksals der alten Pferde) und die Anwesenheit des Publicums, vorzüglich der Jugend, beim Schlachten. So lange und wo diese Mißbräuche bestehen, wird die Jugend stets hundertmal mehr Grausamkeit außer der Schule lernen, als Mitleid in der Schule. Es versteht sich aber von selbst, daß wir durch die Versuche, jene speciellen Mißbräuche abzustellen, den Hauptgesichtspunct auf die Erziehung im Allgemeinen nie aus den Augen ließen. Und wir dürfen wohl versichern, daß uns in beiden Beziehungen für die kurze Zeit des Bestehens unsers Vereins ziemlich viel gelungen ist, wie aus der großen Ausbreitung unsers Vereins und seiner Einwirkung auf ganz Europa, aus den

wie es schien, die Versammlung in ihrer Mehrheit zu überzeugen. Man brachte hierauf noch die Berathung über die drei Paragraphen 80, 81 und 82 zu Ende, die wir bei der Wichtigkeit von deren Inhalt schon wörtlich hierher setzen müssen: „§. 80. Wer es unternimmt: 1) das Leben, die Gesundheit oder die Freiheit des Königs zu gefährden, oder 2) das königl. Haus oder den König zu verdrängen, oder die Thronfolge zu verändern, oder 3) die Staatsverfassung gewaltsam zu ändern, oder 4) das Staatsgebiet ganz oder theilweise der Herrschaft des Königs zu entziehen, macht sich des Hochverraths schuldig und ist mit der Todesstrafe zu belegen. Im Falle der Gefährdung des Lebens, der Gesundheit oder der Freiheit des Königs (Nr. 1) ist auf geschärfte Todesstrafe zu erkennen. §. 81. Der Hochverrath ist mit jeder Handlung vollendet, durch welche das verbrecherische Vorhaben unmittelbar zur Ausführung gebracht werden soll." Diese beiden §§. wurden ihres engen Zusammenhanges wegen gemeinsam berathen, wie denn auch heute der Antrag angenommen wurde, dieselben in einen Paragraphen zusammenzuziehen. Gegen die Bestimmungen 1, 2 und 3 fand sich nichts Wesentliches zu erinnern, außer daß statt der Worte: „die Thronfolge zu verändern" gesetzt wurde, „die Thronfolgeordnung umzustoßen." Lebhafter wurde die Discussion bei der Bestimmung sub 4, und es wurde am Schlusse derselben von den Abgeordneten der Provinz Posen wegen der Annahme dieser Bestimmung auf namentliche Abstimmung angetragen, bei welcher 62 sich für unveränderte Beibehaltung und 30 für Ausschließung der Todesstrafe in diesem Falle aussprachen. §. 82 lautet: „Wenn unter mehreren Personen ein hochverrätherisches Unternehmen verabredet worden, dasselbe aber noch nicht zur Ausführung gekommen ist, so sollen die Anstifter und die Rädelsführer mit der Todesstrafe, die übrigen Theilnehmer der Verabredung mit zehnjähriger bis lebenswieriger Zuchthausstrafe belegt werden." Diese Bestimmung wurde dahin geändert, daß bei den Theilnehmern statt der Zuchthausstrafe alternativ auch Strafarbeit oder Festungshaft erkannt werden dürfe und daß das Minimum dieser Strafe nicht auf 10, sondern auf drei Jahre festgesetzt werde, für welche letztere Abänderung sich bei der Abstimmung, 53 und gegen welche sich 34 aussprachen. (C. v. u. f. D.)

Schweiz.

Bern, 2. Febr. Die Neunercommission bringt der Tagsatzung folgenden Beschlußentwurf betreffend die Landesverräther und die Amnestie in den Kantonen des ehemaligen Sonderbundes. Morgen oder übermorgen wird derselbe in der Tagsatzung zur Verhandlung kommen; er lautet: „Nach Einsicht verschiedener amtlicher Berichte der eidgenössischen Repräsentanten und namentlich desjenigen von Luzern, dd. 18. Dec. 1847 und der Beilagen woraus sich mit hoher Wahrscheinlichkeit ergibt, daß der Kriegsrath des ehemaligen Sonderbunds oder einzelne Mitglieder und Beamtete desselben zur Unterstützung des bewaffneten Widerstandes gegen Bundesbeschlüsse die Intervention des Auslandes angerufen, hat die Tagsatzung, in Betracht daß eine solche Handlung sowohl nach den allgemeinen Rechtsbegriffen als nach den Strafgesetzen des Kantons Luzern, wo sie verübt wurde, sich als Landesverrath darstellt, und daß die in dieser Handlung enthaltene Gefahr für die höchsten Interessen des Vaterlandes, sowie die tiefe Entrüstung, mit welcher die schweizerische Nation darauf hinblickt, der Tagsatzung die Pflicht auferlegen, gegen die Urheber und Mitschuldigen eine gerichtliche Untersuchung zu veranlassen; in Erwägung, daß es dem Kanton Luzern, welcher als verantwortlicher Depositar der eidgenössischen Kriegscasse durch deren Veruntreuung sehr großen Nachtheil erlitt, überlassen werden muß, die Urheber derselben zu belangen; in Berücksichtigung daß im übrigen die Beruhigung des Vaterlandes dringend erheischt alle anderen Personen, Beamtete oder Privaten, welche vermöge ihrer politischen Tendenz zu der Errichtung oder Vertheidigung des Bündnisses der sieben Kantone mitwirkten, nicht weiter zu verfolgen, beschlossen: 1) Der Stand Luzern wird unter Mittheilung der erforderlichen Acten eingeladen eine gerichtliche Untersuchung gegen diejenigen Personen einzuleiten, welche des Landesverraths verdächtig sind, und seiner Zeit der Tagsatzung über das Resultat Bericht zu erstatten. 2) Den sammtlichen Kantonen des ehemaligen Sonderbundes wird empfohlen, mit Ausnahme der in Erwägung 1 und 2 bezeichneten Personen, eine allgemeine Amnestie zu ertheilen." (N. Zür. Z.)

Italien.

Neapel, 28. Jan. Morgens. Die gestern Abend spät mit Landpost abgeschickte Nachricht über Palermo bestätigt sich vollkommen. Die Sicilianer haben den k. Palast zu Palermo, die Bank und alle festen Plätze außer dem Meercastell (Castellamare) erobert. Die k. Truppen waren bereits entmuthigt; Verwundete und Kranke kamen in großer Anzahl herüber, und es hat ganz den Anschein, als ob der König in den beiden nächsten Tagen die wenigen Truppen, welche noch kampffähig vor Palermo liegen, herüberholen und somit alles in Neapel concentriren wird. Die Sicilianer haben jetzt Geld, Lebensmittel vollauf und mehr als 30 Kanonen. Das Meercastell soll, wie es heißt, unterminirt werden, da es nur mit schwerem Geschütz zu erobern. Aus Messina, Catania bekommen wir erst morgen nähere Nachrichten. (A. Z.)

Neapel, 28. Jan. Abends spät. Der verhaßte Vial ist seinen Feinden zu Palermo glücklich entkommen, und gestern Abend mit 160 Verwundeten in Neapel angelangt. Diese wurden provisorisch in einer Caserne bei der hiesigen Darsena untergebracht, und empfingen vom König einen Besuch und freundliche tröstende Worte. Ueber die Rettung und Flucht der weiblichen Bewohner des k. Palastes zu Palermo sind hier viele abenteuerliche Umstände verbreitet. Auf beiden Seiten soll in den Tagen des 24. und 25. Jan. viel Blut geflossen seyn. Die neue sicilische Regierung hat dem König die Hauptpuncte der constitutionellen Verfassung zur Unterschrift herübergeschickt, und man ist auf den Ausgang auf's höchste gespannt. In Salerno und Umgegend sollen kleine Scharmützel stattgefunden haben. (A. Z.)

Neapel, 29. Jan. Nachmittags. Die Constitution ist da! Ungeheurer Jubel erfüllt die Stadt. Um 10 Uhr diesen Morgen erschien das k. Decret. Um 12 Uhr ritt der König, gefolgt von den Grafen Aquila und Trapani, durch den Toledo und wurde mit Enthusiasmus begrüßt. Freilich ist der Schloßplatz mit Truppen besetzt, aber das thut dem Jubel keinen Abbruch. Ueberall, auf Dächern und Balconen, an Brust und Busen, am Herzen des Principe und des Lazzarone prangt die dreifarbige Cocarde. Die Nationalgarde bildet sich. Der Duca di Serracapriola hat freilich erst nach einigem Zögern dieß erste Decret unterzeichnet, aber das thut der Freude keinen Schaden. Der Toledo, die Hauptstraßen der Stadt, alles wimmelt von freudigen Menschen. Wir sehen der glänzendsten Illumination entgegen. Es lebe der König! schallt es allüberall. (A. Z.)

Neapel, 31. Jan. Der hervorragendste Name des neuen Ministeriums ist der des Ministerpräsidenten Serra Capriola, sowie des Präsidenten der Staatsconsulta, Duca di Cassaro, der seit der Schwefelgeschichte in Ungnade war. Allgemein bedauert wurde der Austritt Spinelli's, doch hofft man, es werde diesem fähigen, hochgeachteten Manne bald wieder Platz im Ministerium gemacht werden. Noch am gleichen Abend erfuhr man die positive Unterzeichnung des Constitutionsdecrets, welches am nächsten Morgen veröffentlicht werden sollte. Man erwartete diese Veröffentlichung unter Salven der Forts und Aufpflanzung der Fahnen, allein nichts von dem allen geschah: man beschränkte sich darauf, einfach das Decret an den Straßenecken anzukleben. Allgemeiner Jubel erfolgte, und eine ungeheure Menschenmasse strömte durch den Toledo, geschmückt mit dreifarbigen Bändern und Cocarden. Viele hundert Kutschen, gefüllt mit Leuten, welche dreifarbige Fahnen und Sacktücher wehen ließen, fuhren den ganzen Nachmittag den Toledo und die Chiaja auf und ab, und des Lebehochrufens war gar kein Ende. „Viva Palermo!" war der hauptsächlichste und allgemeine Ruf. Viva la Costituzione! Viva il Re! Viva l'Italia! Viva Pio IX! Viva la Guardia Nazionale! Sogar den guten Ibrahim Pascha, der in seinem Wagen das Schauspiel mit ansehen wollte, und dessen Hrn. Vaters zärtliche Behandlung seiner Unterthanen wohl wenig mit einer Constitution gemein hat, ließ man leben: „Viva Ibrahim Pascia!" Der König durchritt die ganze Stadt, begleitet von seinen Adjutanten. Im Anfang sah er ein wenig angegriffen und sehr verdrießlich aus, bei seiner Rückkehr jedoch hatten ihn die Zeichen allgemeinen Jubels und Dankbarkeit etwas erheitert, auch hatte er hie und dort mit den Leuten gesprochen und ihnen die Hände gedrückt. Keine Unordnung fiel bei all diesem Gedränge in den Mittelpuncten der Stadt vor, dagegen ergaben sich solche in den entlegenen Quartieren der Stadt, denn da die ganze friedliche Revolution von den höheren und Mittel-Classen ausgegangen, und die beste Ordnung fortwährend erhalten war, so fand das Lazzaronigesindel, das in politischen Dingen ohnehin niemals mit jenen Classen sympathisirt hatte, seine Rechnung bei einem solchen friedlichen Drama nicht. Sie hatten gehofft, entweder wie 1820 von den Leitern der Bewegung bezahlt zu werden, oder wie bei dem Einzug des Cardinals Ruffo im Jahre 1799 rauben, morden und plündern zu können, je nach der Partei, zu deren Gunsten sich der Sieg entschieden hätte, oder auch gelegentlich ohne Unterschied der Partei. Ueber die Täuschung aufgebracht, verfolgten sie mit Schimpfworten und Steinwürfen alle diejenigen, die sich in den Nebenstraßen mit den Constitutionsfarben sehen ließen, raubten und stahlen, wo ihnen die Abwesenheit der Hausbewohner dazu irgend Gelegenheit bot. Einige freilich wurden von der Bürgerwache niedergeschossen, viele andere abgefaßt und unter guter Escorte in Gewahrsam gebracht, wo sie es dießmal theuer bezahlen dürften. Hätte sich diese Bürgerwache oder Nationalmiliz nicht so musterhaft in dieser verflossenen Woche benommen, so hätte der Pöbel die Oberhand gewonnen, und die beklagenswerthesten Ereignisse hätten daraus entstehen können. Sie verdient aufrichtiges und allgemeines Lob: sie hat ihre Aufgabe auf die ehrenhafteste Weise gelöst. Da sie zu schwach

---

von uns erwirkten und anderwärts nachgeahmten Verordnungen und Regierungsmaßregeln, aus den von uns hervorgerufenen Vereinen in andern Ländern, aus den Uebersetzungen unserer Schriften, aus deren Verbreitung in Schulen und Familien im Auslande ꝛc. hervorgeht. Specielle Mißbräuche haben wir, wie das Folgende zeigen wird, schon viele und bedeutende abgestellt, wir nennen hier nur das Knebeln des Schlachtviehes, das gräßliche Schlachten ohne vorgängigen Schlag auf den Kopf, die Anwesenheit des Publicums und der Schuljugend beim Schlachten. Die Doppeljoche beim Zugvieh, manche andere Mißhandlungen desselben, sowie der Singvögel, der Fische und des Geflügels haben wir theils wirklich schon abgestellt, theils sind wir mit dieser Abstellung, so wie der des Englisirens und des Vorurtheils gegen das Pferdefleisch, eifrig beschäftigt. Pferdefleisch-Essen betrachten wir als den allerwichtigsten unserer speciellen Vereinszwecke. Hierüber und über unsern Plan und unsere ganze bisherige Thätigkeit hierin gaben wir eine eigene kleine Schrift in 100,000 Exemplaren heraus und der Erfolg — durch einen großen Theil von ganz Europa — ist jetzt schon, wie weiter unten sich zeigen wird, ein über alle Erwartung günstiger. (Schluß folgt.)

Als die Tänzerin Cerrito am 1. Jan. zum erstenmale wieder in Mailand tanzte, erregte sie weit weniger Beifall als in früheren Jahren. Sie verfiel indeß auf ein wirksames Mittel, den erkalteten Enthusiasmus wieder zu beleben. Am folgenden Tage erschien sie nemlich in den Tricolorfarben Italiens (weiß, rosa und grün), und nun brach rauschender Beifall los; es wurden ihr drei Guirlanden, jede von einer der genannten Farben, zugeworfen. Fanny Elßler wurde das Gleiche zugemuthet; sie aber, gut österreichisch gesinnt, wies das Ansinnen zurück, und als ihr anonyme Drohbriefe zugesandt wurden, verließ sie Mailand, indem sie auf ein Engagement von 10,000 fl. C.-M. verzichtete.

Die Art, wie Sir Charles Napier den Untergang seines Sohnes mit dem Schiffe, das ihn bringen sollte (Avenger) erfuhr, war, wie Lissaboner Blätter erzählen, herzzerreißend. Sir Charles saß beim Whist, als der diensthabende Officier mit Depeschen eintrat. „Was Neues?" frug der Greis gleichgiltig. Der Officier schwieg, bis die Frage wiederholt ward. „Der Avenger ist — verloren!" „Aber die Mannschaft doch gerettet?" „Ach nein, Sir, nur Wenige." Schweigend verläßt der Greis das Zimmer. Nach einer Viertelstunde kommt er wieder. „Ich verstehe diesen (französischen) Satz nicht recht. Nicht wahr, nur 8 sind geblieben?" — „Nein, nur 8 sind gerettet"; und wieder verschwindet der Greis lautlos. Seitdem hat er Niemand gesprochen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Digitized by Google

gewesen wäre, um allein allen Anforderungen des Augenblicks zu genügen, so schlossen sich ihr freiwillig die angesehensten Einwohner der Hauptstadt an, und man sah die reichsten Gutsbesitzer, Banquiers und Kaufleute, worunter viele Männer von 50 bis 60 Jahren und mehr, in Bürgerkleidung, aber bewaffnet, auf die Wacht ziehen, um die Dienstpflichten dieser Milizen zu theilen. Heute ist nun wieder alles in das gewohnte Geleise zurückgekehrt, und man sollte meinen, daß nicht der geringste Vorfall von Wichtigkeit vor zwei Tagen hier stattgefunden hätte. Kaum sieht man noch hier und dort eine dreifarbige Cocarde, und der größere Theil der Bürgergarde ist wieder zu den gewohnten friedlichen Gewerben, die während einer Woche unterbrochen werden mußten, zurückgekehrt. Geduldig erwartet jedermann die Erfüllung des königl. Wortes, das der Monarch in zehn Tagen zu lösen versprach, um dem ganzen Reiche eine neue Aera zu eröffnen welche, dem Wortlaute des Decrets zufolge, der gegenwärtigen Civilisation entsprechen soll. Ob dasselbe wirklich eine „souveräne und freie“ Entschließung bezweckend das Wohl des Volkes war, wollen wir nach den vorausgegangenen Ereignissen nicht näher untersuchen, gewiß ist aber, daß fast jedermann diesen Entschluß als einen, freilich edlen Akt der Wiedervergeltung gegen den Papst, den König von Sardinien und den Großherzog von Toskana ansieht, welche den König von Neapel durch ihre Reformen in die gegenwärtige Klemme gebracht haben, und die nun sehen mögen, ob das „Volk“ von Rom, Sardinien und Toscana sich mit dem dort Gewährten begnügt. Am 29. Jan., dem Tage der Publication des Decrets, waren es gerade 27 Jahre, daß der Beschluß des Congresses von Laibach vom 21. Jan. 1821 hier eintraf, welcher allen Versicherungen der Regierung Ferdinands I. entgegen die Aufhebung der hier im Julius 1820 proclamirten Constitution und die Herstellung der Zustände, wie sie vor dem 5. Juli bestanden, verordnete. (A. Z.)

Florenz, 2. Febr. Die gestern Abend erschienene halbofficielle „Florentiner Zeitung“ bringt ein großherzogliches Motuproprio, dessen wesentlicher Inhalt nachstehender ist. Nachdem der Großherzog es sich zur theuern Pflicht gemacht habe, seine Unterthanen auf dem von seinen Vorfahren bereits so glücklich eingeschlagenen Weg des Fortschritts weiterzuführen, zu diesem Zweck unlängst der Presse größere Freiheit bewilligt, eine Staatsconsulta eingesetzt und eine Conferenz, bestimmt die in der Municipalverfassung nöthig erscheinenden Veränderungen zu prüfen, berufen habe in der Absicht, das Land nach und nach mit wahrhaft nationalen, die Freiheit und Unabhängigkeit Italiens befördernden Institutionen auszustatten, habe derselbe den Entschluß gefaßt und angeordnet, daß ihm ein Entwurf erstens über Verbesserung der bisherigen Censurgesetze und zweitens über die mit der Verfassung der Staatsconsulta vorzunehmende und mit den neuen Municipalverordnungen in Einklang stehende weitere Ausbildung vorgelegt werden solle. Zu diesem Behufe ist eine aus dem Cav. Niccolo Lami, Marchese Gino Capponi, Cav. Leonida Landucci, Professor Pietro Capei und Advocat Leopold Galeotti bestehende Commission ernannt worden. Absichtlich seyen hierzu nur wenige auserwählt worden, in der Ueberzeugung, daß auf diese Weise die so wichtige Arbeit schneller und besser gefördert werden dürfte, als dieß in einer allzu zahlreichen Conferenz der Fall seyn würde. Uebrigens wird darin neuerdings auf die zwischen dem Fürsten und Volk, um zum gewünschten Ziele zu gelangen, nöthige Eintracht, auf das Vertrauen, welches der Landesvater in seine Unterthanen setzte und welches durch die bei Gelegenheit der Livorneser Unruhen so einstimmig überall ausgesprochenen loyalen Gesinnungen sich nun verdoppelt habe und durch nichts wankend gemacht werden könne, hingewiesen und schließlich die Hoffnung ausgesprochen, die zeitgemäßen Reformen ohne weitere tumultuarische Manifestationen, welche nur die Ruhe und Sicherheit des Landes gefährden müßten, zum gewünschten Ende führen zu können. — Zur Feier der glücklichen Wendung, welche die Angelegenheiten in Neapel genommen haben, wurde hier bereits vorgestern ein feierliches Tedeum im Dom veranstaltet. Heute findet die Einweihung der Eisenbahn von hier nach Prato statt. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 4. Febr.

Der Adreßparagraph über die Schweiz wurde nach einer sehr persönlichen Debatte zwischen Hrn. Guizot und Thiers, unverändert mit 206 gegen 126 Stimmen genehmigt. Der Ministerpräsident hatte zuvor noch die Erklärung gegeben, daß das Votum der Kammer sich nur auf die Vergangenheit beziehe, und durchaus nichts bindendes enthalte in Bezug auf die Zukunft, wie auch die Note nichts bindendes für die Regierung, die vielmehr in dieser wie in vielen andern Fragen gewußt habe ihre volle Freiheit des Handelns sich zu bewahren. Heute wurde der Paragraph über Polen angenommen. Da die Opposition das Verbot eines Bankets der Exilirten, die Ausweisung Bakunins zur Sprache brachte, so hielt der Unterrichtsminister Hr. v. Salvandy, zum Beweis, daß die Regierung in ihren Sympathien für Polen nicht ermatte, die 12 bis 1500,000 Fr. der jährlich der Emigration zugewandten Unterstützungsgelder entgegen. — Nach Guizot sprachen noch Odilon Barrot und der Legitimist Marquis Larochejaquelein, dieser gegen jede Einschreitung in der Schweiz, weil sie nach seiner Ansicht eine revolutionäre Bewegung in Frankreich zur Folge haben müßte; worauf Guizot erklärte, die Regierung behalte sich für die Zukunft ganz vollkommene Freiheit vor, zu handeln, wie es ihr passend erscheine.

„Daily News“ will wissen, der Herzog von Montpensier gehe im Frühjahr nach Algier um dort den Befehl über die Artillerie zu übernehmen.

Großbritannien.

London, 3. Febr.

Heute versammelt sich das Parlament wieder. Einer der ersten Gegenstände seiner Berathung wird die Bedrängniß der westindischen Pflanzer seyn. — Lord G. Bentinck ist nun entschieden wegen seiner freisinnigen Ansichten über die Judenfrage als Leiter der Torypartei abgesetzt. — Das erledigte Band des Hosenband Ordens ist an den katholischen Herzog von Norfolk übertragen worden.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 7. Febr. Bayerische 3½ pCt Obligationen 90 P., — G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 660 P., — G. Promessen per Stück Anlo 74 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 103 P., — G.; 4pCt. 90 P., — G.; 3pCt. 64 P., — G. Bankactien 1. Semester 1570 P., — G. Württembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 88 G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 88 G.

Frankfurt, 6. Febr. Metall. 5pCt. 102; 4pCt. 87½; 3pCt. 64; Bankactien 1670; Taunus-Eisenbahn-Actien 355; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 58; bayer. Ludwigs-Verbacher-Eisenbahn 86½; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Wien, 5. Febr. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 101¾ zu 4pCt. in CM. 87; zu 3pCt. in CM. 62; Bankactien per Stück 1576; Nordbahn 134.

Amsterdam, 4. Febr. 2½ pCt. 54 1/16; 3pCt. 65⅛; 4pCt. 84 5/16; Synd. 3½ pCt. —; Handels-Maatschappy 162¼; Ard. 15 1/16; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. —.

Paris, 4. Febr. 3pCt. 74 Fr. 65 C; 5pCt. 117 Fr. 10 C.

London, 2. Febr. Consols 88⅛.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 10. Februar: „Die Sirene“, Oper von Auber

Freitag den 11. Februar: „Die Gebieterin von Saint Tropez,“ Schauspiel nach dem Französischen von Lembert.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. Montgomerie und Ancherls, Kaufleute aus Frankreich; Thomas, Privatier v. Mailand.

Hôtel Maulick. HH. Perratin, Rentier v. Amsterdam; Lippmann, Privatier von Odessa; Wagenfeil, Banquier von Augsburg.

Blaue Traube. HH. Graf v. Holnstein, Regierungsrath v. Regensburg; Meßmayer, Forstaccessist v. Kempten; Baron v. Künsberg-Thurnau v. Obersteinbach; Gräfin v. Taufkirchen-Pöttmes; Frau v. Dietenhausen, Zollinspectorsgattin von Neusatz.

Stachusgarten. H. Schapper, Regierungskanzelist v. Ulm.

Gestorbene in München.

Naso Gallinger, b. Kramhändler v. h., 66 J. alt; Adam Hösl, pensionirter Bureaudiener der städtischen Local-Bau-Commission v. h., 71 J. alt; Matthias Pössenbacher, bürgl. Buchdruckerei-Besitzer v. h., 45 J. alt; Xaver Kistler, Pflaserergesell v. h., 24 J. alt; Maria Meßner, Taglöhnerstochter von hier, 37 J. alt; Georg Bergmann, Malergehilfe v. Runding, Ldg. Cham, 43 J. alt.

Edictalladung.

Pflegschaft über die Eisenhändler Ziegler'schen Kinder betreffend.

2271. (3b) Jakob Ziegler, Eisenhändlerssohn von München, wird, nachdem er sich im Jahre 1846, in welchem er am 23. Oktober die Großjährigkeit erreicht hat, von Dachau, woselbst er sich bei seinem dort wohnhaften Mitvormunde aufhielt, entfernt und sich bisher zur Pflegschaftsentlassung und Ausantwortung seines obervormundschaftlich verwalteten Vermögens nicht gemeldet hat, und dessen Aufenthalt nicht auszumitteln ist, hiemit auf Antrag eines früheren Vormundes aufgefordert,

innerhalb 4 Monaten

von heute an bei dem untengenannten Gerichte persönlich oder durch einen gehörig Bevollmächtigten Behufs der Uebernahme seines Vermögens zu erscheinen, widrigen Falls über ihn Abwesenheits-Caratel bestellt, und sein — über Abzug einer auf rechtlicher Austragung beruhender namhafter Haftungspost in ungefähr 3000 fl. bestehendes Vermögen aus diesem Grunde in obervormundschaftlicher Verwaltung bleiben wird.

Concl. am 14. Jan. 1847.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der I. Director:

Barth.

coll. Ebé.

Bekanntmachung.

2270. (2b) Christian August Braam, ehemals Kadett und Corporal im k. Infanterie-Regiment Kronprinz dahier, dessen gegenwärtiger Aufenthalt unbekannt ist, wird hiemit aufgefordert, über den Antritt der ihm mit andern Interessenten ab intestato angefallenen Erbschaft in der Verlassenschaftssache seiner Tante, der Verwalterstochter Anna Braam dahier, innerhalb 60 Tagen um so gewisser anher sich zu erklären, als außerdem ohne Rücksicht auf sein Interesse mit Auseinandersetzung dieser Verlassenschaftssache nach Lage der Akten weiter vorgeschritten werden würde.

Concl. den 28. Jan. 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der I. Director:

Barth.

Stengel.

Pfandauslösung und Versteigerung.

2201. (3b) Donnerstag den 24. Feb. 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Januar 1847 und zwar von:

Nr. 28,351 bis 36,772.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Dienstag den 29. Feb. öffentliche Versteigerung.

München, den 20. Jan. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt I. der Stadt München.

L. Negrioli, Magistratsrath.

Hannes, Cassier. v. Zech, Controleur.

Für die durch Brandunglück in Kemnath Heimgesuchten sind an Beiträgen eingegangen:

	Uebertrag	47 fl. 24 kr.
Den 8. Febr. von B. B.		12 fl. — kr.
	Summe	59 fl. 24 kr.

Um weitere mildthätige Beiträge wird dringend gebeten.

Expedition der Münchener politischen Zeitung. Knödelgasse Nr. 2.

Schubert, verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 35.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 25 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Donnerstag — XLIX. Jahrgang. — 10. Februar 1848.

Deutschland.

Die deutsche Postconferenz hat sich bis zum 1. Juni 1848 vertagt, um das Ergebniß der bisherigen Verhandlungen vorerst zur Entschließung der einzelnen Regierungen zu bringen. (Leipz. Z.)

Bayern.

*** München, 10. Febr. Gestern haben sich die seit einiger Zeit stattgefundenen Demonstrationen der Studirenden der Hochschule gegen die Studentenverbindung Alemannia erneuert, und die Veranlassung zu einem großen Auflaufe von Studirenden und herbeiströmenden Zuschauern in der Umgebung des Rottmanner'schen Kaffeehauses gegeben. In diesem befanden sich mehrere Mitglieder der Alemannia, denen durch Pereatrufen und Pfeifen die gegen sie herrschende Mißstimmung zu erkennen gegeben wurde. Die Aufregung vermehrte sich noch, als ein der genannten Verbindung angehöriger Studirender, der sich ebenfalls in das Rottmanner'sche Kaffeehaus begeben wollte, einen Dolch zog und gegen die Umstehenden richtete. Einige Zeit darauf wurde jener Alemanne zur Polizeidirection gebracht, und die Masse fing an, sich zu zerstreuen. Die öffentliche Ruhe der Stadt wurde im weiteren Verlauf des Tages nicht gestört. Dem Rectorate der hiesigen Universität ist gestern der Allerhöchste Befehl zugegangen, daß die Universität für dieses Jahr geschlossen sey und die Studirenden, welche nicht von hier, München bis Morgen Mittags zu verlassen haben. — Vorgestern Abend brach in dem Dorfe Moosach Feuer aus, wodurch zwei Bauernhäuser und eine Scheune in Asche gelegt wurden. Auch gestern Abend sah man gegen Pasing zu den Horizont durch eine Feuersbrunst geröthet.

München. Wenn in früheren Jahren häufig die gerechte Klage laut wurde, daß aus Bayern alljährlich große Summen für Maschinen und Maschinenwerkzeuge ins Ausland gingen, so lag darin zugleich eine gerechte Beschwerde über den geringen Aufschwung, welchen bis dahin dieses Fach der bayerischen Industrie genommen hatte. Je mehr wir dieses anerkennen, mit desto größerer Freude müssen wir dem Vorwärtsstreben einiger unserer Maschinenfabriken folgen, von denen wir hier nur drei nennen wollen. Die K. Reichenbach'sche Maschinenfabrik in Augsburg, welche neben Buchdrucker-Schnellpressen und andern Getriebswerken, ganz besonders ausgezeichnete Turbinen liefert, die nach den genauesten Untersuchungen einen Nutzeffect von 85 pCt. gewähren, und dadurch allen übrigen den Rang ablaufen, blüht ersichtlich immer mehr auf. — Die Menge aus der Nähe und der Ferne bei der v. Maffei'schen Maschinenfabrik in Hirschau bei München eingehenden Bestellungen bezeugen am besten, was dieses großartige Etablissement an Dampfmaschinen, eisernen Dampfschiffen rc. ausgezeichnetes liefert. — Das dritte Etablissement, die Maschinenwerkstätte des Mechanicus Mannhardt in München, in welcher eine Dampfmaschine die Drehbänke rc. treibt, erfreut sich ebenfalls, der soliden Arbeiten wegen, welche aus ihr hervorgehen, eines ausgebreiteten Rufs. Mannhardt, dessen Thurmuhren schon seit einer langen Reihe von Jahren ihrer vorzüglichen Construction wegen sehr gesucht waren, fertigt seit kurzem auch Normaluhren mit transparenten Zeigerwerken, wovon Exemplare nach Nürnberg und Zürich gingen, und deren eine auch in unserm neuen Bahnhofgebäude angebracht ist. Seine Maschinen und Hilfswerkzeuge liefert er nicht allein an alle Bahnhofwerkstätten Bayerns, sondern auch nach Dresden, nach Baden und Hannover, sowie auch in neuester Zeit an die Staatsbahnen Würtembergs. Wo von Privatpersonen jetzt schon solche Resultate erzielt werden, da darf man gewiß mit der Zeit den großartigsten Leistungen entgegensehen; Pflicht der Presse aber ist es, die Bestrebungen der unternehmenden Männer öffentlich dankend anzuerkennen. (A. Z.)

Würtemberg.

Stuttgart, 5. Febr. Die gestrige Sitzung unserer Kammer der Abgeordneten ward fast ganz mit der Wahl von Commissionen ausgefüllt. Am Schluß fanden noch einige Motionen statt, deren Druck beschlossen wurde. Redwitz stellte eine Motion auf Ablösung aller Jagdrechte des Staats, der Hofdomänenkammer, der Standes- und Gutsherren und Privaten durch die Gemeinden. Frhr. v. Wöllwarths Motion ging auf baldige Verwandlung des Loskaufsystems in allgemeine Wehrpflicht, auf Befestigung der Schwarzwaldpässe, sowie auf Einführung möglichst gleichförmiger Grundsätze über die Verpflichtung zum Kriegsdienst in allen Bundesstaaten; letzteres beides durch Hülfe des Bundes.

(Württ. Bl.)

Stuttgart. (XI. Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 8. Febr.) Am Ministertische: Die Minister der auswärtigen Angelegenheiten Graf v. Beroldingen, des Innern, v. Schlayer und des Kriegs, Graf v. Sontheim; Geh. Legationsrath v. Neurath und Regierungsrath Schober. Die Gallerien sind dicht gefüllt; man bemerkt viele Officiere. Der Minister des Innern legt einen Gesetzesentwurf, die Beschränkung der Verehelichung mittelloser Personen betreffend, vor; ferner ein Zusatzgesetz zum Verwaltungsedikt. Die Amtsdauer der Gemeinderäthe würde nach diesem Entwurf neun Jahre währen, alle drei Jahre aber ein Drittheil austreten. Die Wahl soll bei Gemeinden erster und zweiter Classe eine mittelbare seyn, durch Wahlcollegien, welche hälftig aus den Höchstbesteuerten, hälftig aus gewählten Wahlmännern zusammengesetzt würden. Für Gemeindeangelegenheiten allgemeiner Natur gestattet der Entwurf Oeffentlichkeit. Unter den drei Candidaten zur Stelle eines Ortsvorstehers soll der Regierung, auch wenn einer der Gewählten zwei Drittel aller Stimmen hat, das Wahlrecht zustehen. (Regierungsrath Schober verläßt den Saal.) Nun Uebergang zur Tagesordnung: Berathung des Rechenschaftsberichts in Betreff der Eingabe des Rechtsconsulenten Friedrich Römer über das Verfahren der Stadtdirection Stuttgart und der Ministerien des Innern und des Kriegs in Folge der Stuttgarter Excesse vom 3. Mai 1847. (Wir haben diese Eingabe bereits in unserem Blatte vom 1. Febr. mitgetheilt.) Römer giebt in längerem Vortrag eine Darstellung der bekannten Maivorfälle, die Minister des Innern und des Kriegs antworten. Ein Antrag ist von Römer nicht gestellt. Wir werden die Debatte morgen mittheilen. (Schw. Mkr.)

Baden.

Karlsruhe, 5. Febr. Während in der würtembergischen Kammer vor kurzem in der Debatte von einigen Mitgliedern einem allgemeinen deutschen Parlament, einer Zuziehung des Volkes zu der gemeinsamen deutschen Gesetzgebung das Wort geredet ward, kündigte heute der Abg. Bassermann folgende Motion an: „Die Kammer möge in einer Adresse an Se. k. Hoh. den Großherzog die Bitte richten auf geeignete Weise dahin wirken zu wollen, daß durch Vertretung der deutschen Ständekammern am Bundestage ein sicheres Mittel zur Erzielung gemeinsam deutscher Gesetzgebung und einheitlicher Nationaleinrichtungen geschaffen werde." Später richtete Welcker, aus Veranlassung einer Petition, die Bitte an die Regierung: bei den Preßverhandlungen am Bundestage streng an den Grundsätzen unsers Preßgesetzes von 1831 festzuhalten und neben der Aufhebung der Censur, die sich von selbst verstehe, wenigstens folgende vier

Mannigfaltiges.

(Schluß des Auszugs aus dem Jahresberichte des Münchener Vereins gegen Thierquälerei.)

Was wir bisher leisteten, ist gewiß genug für so kurze Zeit, für die geringen uns zu Gebote stehenden Mittel und für einen so schwierigen und undankbaren Gegenstand, wie die „Thierquälerei", ein Wort, das den Spott und den unüberlegten Witz mehr als vielleicht irgend etwas hervorrief, weil die wenigsten Menschen das nöthige Mitleid und die nöthige Einsicht hatten, um die tiefere Bedeutung und Wichtigkeit unseres Strebens zu begreifen. Wir hatten und haben nicht, wie andere Vereine und Institute, Anhänger aus persönlichen, eigennützigen oder Standes-Interessen. Hätten wir für ein bestimmtes Volk (wie z. B. der Verein für die Irländer), für eine bestimmte Religion, für ein bestimmtes Gewerbe, für einen bestimmten Stand, ja für einen speciellen Handels-, Gewerbs- oder ökonomischen Zweck geschrieben, Tausende, ja Millionen würden uns als betheiligt Beifall gespendet, wenigstens unsere Schritte mit Interesse und Wohlgefallen beobachtet haben, Tausenden von Gegnern wären Tausende von Anhängern entgegengestanden. Wir aber standen allein ohne Anhänger mit Ausnahme der äußerst geringen Anzahl derjenigen, die ohne alles persönliche Interesse, bloß aus Mitleid und gutem Willen sich uns anschlossen, der so mächtigen Gewalt einer enormen Majorität, des Vorurtheils und der eingerosteten Mißbräuche und Gewohnheiten, des herzlosesten, aber demungeachtet populären Treibens von Witz und Spott und selbst der directen Bosheit einflußreicher Personen — fast ohne alle Geldmittel und unter unsern Anhängern noch überdieß mit manchen solchen, die es nicht über sich gewinnen konnten, sich als Zielscheibe für Witz und Spott hinzustellen — gegenüber. Aber der Segen des Himmels waltet sichtbar über unserm Streben und Dank, warmer Dank, sey hiemit jetzt, da wir die Hauptschwierigkeiten überwunden haben, Euch Wenigen gezollt, die Ihr Charakterstärke genug hattet, für den hohen und wichtigen Zweck, den wir verfolgen, unbekümmert um Spott und persönlichen Vortheil, ohne Aussicht auf irgend einen Lohn, als den in Eurem Bewußtseyn liegenden, mit uns zu kämpfen. Ihr habt das erhebende Gefühl, ganz gewiß unter die uneigennützigsten Menschen der Erde zu gehören. Ihr dagegen, deren höchster Genuß es war, uns alle möglichen Hindernisse durch lügnerischen Spott und durch noch schlimmere Mittel in den Weg zu legen, bereut dieses vielleicht einst am Rande Eures Lebens, wenn Euer Gewissen Euch Vorwürfe darüber macht. Und wenn Ihr auch jetzt noch die Wichtigkeit unseres uneigennützigen Strebens zu ignoriren Euch die Miene geben wollt, so gesteht lieber geradezu ein, daß Euch das allgemeine Beste und fremdes Glück überhaupt gleichgültig sind, wie es auch wirklich der Fall ist; denn daß Ihr die moralischen (sowie die staatswirthschaftlichen und sanitätspolizeilichen) Folgen der Grausamkeit gegen die Thiere auch jetzt noch nicht begreifen solltet, wird Euch wohl Niemand aus der gebildeten Classe mehr glauben.

Punkte nicht außer Acht zu lassen: 1) daß an die Stelle der Censur von Schriften nicht eine Censur gegen Personen trete, d. h. daß die Befugniß zur Herausgabe von Zeitungen nicht an die Bedingung einer Concession geknüpft; 2) daß keine Hinterlegung von Druckschriften vor der Ausgabe gefordert werde; 3) daß polizeiliche Beschlagnahmen nicht ohne richterliche Bestätigung fortdauern; 4) daß die Schriftsteller nicht der schlimmsten Censur ängstlicher Verleger und Drucker überantwortet werden, sondern daß, um dieses zu vermeiden, die successive Verantwortlichkeit des Verfassers, Verlegers, Druckers und Verbreiters wie in dem Gesez vom 28. Dec. 1831 beibehalten werde. Ihm entgegnete Ministerpräsident Bekk: daß jetzt nicht Zeit sey über den Gegenstand zu sprechen, und daß er sich daher auch nicht weiter darüber erklären könne. (Bad. Bl.)

Baden, 3. Febr. In verflossener Nacht starb hier der auch als Schriftsteller bekannte Hofrath und Amtsphysikus Dr. Pitschaft. (Karlsr. Z.)

Heidelberg, 6. Febr. Die „Deutsche Zeitung" enthielt kürzlich eine ergreifende Schilderung der Noth unter den Bewohnern einiger schlesischen Kreise und knüpfte daran den Wunsch, daß bei solchen großen Calamitäten eben so wohl, wie früher bei dem Hamburger Brandunglück, Sammlungen in Deutschland veranstaltet würden. Dieser Wunsch wurde schnell erfüllt; bereits haben M. A. v. Rothschild und Söhne in Frankfurt durch das hiesige Bankhaus Gebrüder Zimmern der Redaction der Deutschen Zeitung 800 fl. als Beitrag eines Ungenannten für die armen Schlesier zustellen lassen; andere Beiträge sind nachgefolgt, und viele werden noch folgen, nachdem einmal ein Anfang gemacht ist. Möchte Dies auch in andern Orten unseres Vaterlandes Nachfolge finden! (Karlsr. Z.)

K. Sachsen.

Vom 1. Febr. Einem Gerüchte zufolge (schreibt ein sächsisches Provinzialblatt) soll bei uns die Behörde damit umgehen, die Disciplin unserer Gymnasien wesentlich zu verschärfen. Namentlich gelte dies in Bezug auf den hier und da sich zeigenden politischen Liberalismus. Schüler, welche in dieser Richtung sich bemerkbar machen würden, sollten, wie es heißt, ohne Nachsicht von den Schulen entfernt, und solche, die als Angehörige hervortretender politischer Charaktere eine Antheilnahme an politischen Dingen im liberalen Sinne vermuthen lassen, einer schärferen Beaufsichtigung als seither unterworfen und nach Befinden ebenfalls entfernt werden. — An unserer Universität hat sich ein Institut gegründet, das in jeder Beziehung hohe Beachtung verdient: ein mathematisch-naturwissenschaftliches Seminar. Zunächst wurde die Idee in dem Begründer dem Dr. Marbach, durch die neuerlichen Anordnungen des Cultusministeriums erweckt, nach welchen dem mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht auf den sächsischen Gymnasien eine weitere Ausdehnung gegeben wird, als seither. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Gr. Hessen.

Aus dem Großherzogthum Hessen vom 3. Febr. Die dem sehr thätigen Criminalrichter Hofmann zu Darmstadt übertragene Untersuchung gegen den Bedienten des Grafen Görlitz soll bis jetzt noch zu keinem Ergebniß geführt haben, das irgend hoffen ließe, zur Ermittlung des wahren Sachverhalts zu gelangen. Den ihm angeschuldigten Vergiftungsversuch stellt der Bediente gänzlich in Abrede, so wie jede Theilnahme an dem tragischen Tode der unglücklichen Gräfin. Die bei ihm und seinem Vater vorgefundenen werthvollen Gegenstände behauptet er von der Frau Gräfin noch bei ihren Lebzeiten zum Geschenk erhalten zu haben. Unter diesen Umständen bietet sich für die Untersuchung nur noch Ein Anhaltspunkt dar: es ist dieß ein von der Hand des Bedienten geschriebener Aufsatz, den man unter seinen Sachen gefunden hat, und welcher wortgetreu die Aussagen enthält, die er bei dem unmittelbar nach dem Tode der Gräfin Görlitz stattgehabten Verhör zu Protokoll gab.

Aus Rheinhessen, vom 27. Jan. Unsere Schullehrer wollen, um eine freiere Stellung zu erringen, die geeigneten Schritte bei dem Landtage thun und ihre Wünsche in einem Promemoria, das dieser Tage in Druck erscheinen wird, niederlegen. Bei diesem Kampf der hessischen Lehrer für ihre unabhängige Stellung dürfte folgendes Ausschreiben des Großherzogl. Oberschulraths an sämmtliche Bezirksschulcommissionen, betreffend die Lesezirkel der Schullehrer, nicht ohne Interesse seyn: „Ganz vorzüglich ist darauf zu achten, daß durch die Wahl der Schriften der Bildungsgrad und der Berufskreis des Volksschullehrers nicht überschritten wird. Deßwegen müssen Schriften, insbesondere Werke philosophischen, historischen und mathematischen Inhalts, entfernt bleiben, die nur der Sphäre höherer Gelehrsamkeit angehören, aber in den Händen der Volksschullehrer Mittel sind, sie von ihrem Berufskreis zu verrücken. Ebenso strenge sind alle Schriften entfernt zu halten, welche politisch verderbliche Grundsätze enthalten. Besonderes Augenmerk ist in dieser Beziehung auf historische, selbst pädagogische Schriften zu richten ꝛc. — Die obere Leitung der Lesezirkel haben die Großherzogl. Bezirksschulcommissionen zu übernehmen, denen auch, insbesondere den geistlichen Mitgliedern derselben, die Auswahl der für die einzelnen Lesezirkel geeignet scheinenden Schriften obliegt. Dieselben müssen für eine genaue Durchlesung und Prüfung der Schriften, nach den oben angedeuteten Grundsätzen, ehe sie ausgegeben werden, verantwortlich seyn. Diese Prüfung hat sich auch auf die Schriften der in ihren Schulbezirken bereits bestehenden Schullehrerlesezirkel zu erstrecken, und sie haben auch hier jene Schriften, die nach den angedeuteten Grundsätzen als unzulässig erscheinen, auszuscheiden. — Die geistlichen Mitglieder der Bezirksschulcommissionen sind hinsichtlich der Schriften über Religion und Moral zugleich ihren geistlichen Oberbehörden mit verantwortlich ꝛc. Die Bezirksschulcommissionen haben die Verzeichnisse der in die Lesezirkel aufgenommenen Schriften jährlich, bei Gelegenheit der Einsendung der jährlichen Uebersichten über den Zustand der Schulen, zu unserer Kenntnißnahme an uns einzuschicken."

(Köln. Z.)

Preußen.

Berlin, 3. Febr. In der heutigen Sitzung der Hauptabtheilung des königl. Criminalgerichts wurde die Ehefrau des Webergesellen Pöhlmann wegen Todtschlages ihres etwa zweijährigen ehelichen Kindes zur Todesstrafe des Beiles und Schleifung zur Richtstätte verurtheilt. Die Sitzung währte unter dem Andrang eines zahllosen Publicums von Morgens 8 bis Nachmittags 4 Uhr. Dieselbe gewährte dadurch ein besonderes Interesse, daß sich theils durch den Befund des Leichnams, theils durch die Aussagen von etwa 30 Zeugen eine Reihe der schauderhaftesten und unglaublichsten Mißhandlungen ergab, welche sich die unnatürliche Mutter mehrere Monate hindurch (trotz mehrfacher Ermahnungen von Seiten der Polizei und der Vormundschaftsbehörde) an dem zarten Kind erlaubt hatte. (Berl. Z.)

Als Curiosa aus dem preußischen Budget erwähnt das „Frankfurter Journal" folgende Posten: 1) für Pathengeschenke bei der Geburt eines siebenten Sohnes in hülfsbedürftigen Familien circa 53,000 Rthlr., 2) für Censurgebühren: Einnahme 2549 Rthlr., Ausgabe: 138,000 Rthlr., 3) für Confiscationen veranschlagt 21,000 Rthlr.

Schleswig-Holstein.

Kiel, 1. Febr. Die durch das königl. Rescript vom 24. Jan. niedergeschlagenen Processe wegen politischer oder Preßvergehen sind in den Herzogthümern, so viel wir wissen, vollständig folgende: 1) Der Proceß gegen Dr. K. Lorentzen wegen gewisser Aeußerungen in einer Vorrede zu dem Abdruck der Adressen in der Staatseinheitssache. 2) Die Processe gegen Beseler und Dr. K. Lorentzen wegen ihrer Thätigkeit bei der Neumünsterschen Volksversammlung am 20. Juli 1846. 3) Die Processe gegen Olshausen, Tiedemann, Advocat Wiggers in Rendsburg, Hufner Rohwer jun. in Holtorf und Dr. Lorentzen wegen der im August 1846 in Kiel stattgefundenen Bürgerversammlungen und der am 14. Sept. 1846 zu Nortorf und Neumünster stattgehabten Vorgänge. 4) Der Proceß gegen Dr. K. Lorentzen wegen gewisser Aeußerungen in einem Aufsatze in Homers Volkskalender. 5) Der Proceß gegen Olshausen als Redacteur des „Correspondenzblattes" wegen angeblich censurwidrig abgedruckter zweier Artikel in dem gedachten Blatte. (Köln. Z.)

Hannover.

Hannover, 24. Jan. Es ist an alle Obrigkeiten des Landes ein vertrauliches Schreiben ergangen, welches die Auflösung etwa bestehender Turngemeinden verfügt. Da nun solche Turnvereine unter Erwachsenen in unserm Königreich nur an einigen Orten bestehen, so ist natürlich nicht viel aufzulösen und zu verbieten.

(Nordd. Bl.)

Oesterreich.

Wien, 2. Febr. Die steigende Holztheurung in Wien und der Umstand, daß sich durch die neuesten mechanischen Erfindungen die Anwendung von Steinkohlen bei Heizapparaten (wie z. B. bei der mit dem günstigsten Erfolge ins Leben getretenen Dampfbäckerei des Hrn. Wimmer) als vollkommen zweckdienlich bewährt hat, ist Veranlassung einer großartigen Unternehmung geworden, wodurch die Residenz mit Steinkohlen aus östreichisch Schlesien in großen Massen und von der vorzüglichsten Beschaffenheit versehen werden soll. In der Umgegend von Ostrau, dem bisherigen Endpunkte der Nordbahn, befinden sich nämlich fast unerschöpfliche Lager dieses Brennmaterials, und die Eigenthümer, Frhr. v. Rothschild, die Grafen Wilczek und Larisch und Andere haben sich zur Lieferung desselben nach Wien auf der Eisenbahn mittelst contractlichen Uebereinkommens verstanden, so daß vorerst jährlich mit mehr als einer Million Zentner der Anfang gemacht werden wird, zu welchem Behufe 200 eigene Transportwagen im Baue stehen. Man glaubt, daß sich dieser Bedarf in Folge der Zeit wenigstens vervierfachen wird, zumal der Preis hier in Wien auf die billigste Weise (36 kr. C. M. pr. Zentr.) veranschlagt ist. (Schw. Mkr.)

Schweiz.

Zürich, 5. Febr. Die heute eingetroffene Nachricht von der Gewährung einer Constitution von Seite des Königs von Neapel hat hier die Gemüther in große Bewegung gebracht. Man findet durch den Sieg des Volkes in Italien das Athmen diesseits der Berge erleichtert, gerade wie eine Niederlage die Brust bis zum Ersticken beklemmt hätte. — Hr. Dr. Steiger ist mit seinen Ideen über die Pacification des Kantons Luzern nicht durchgedrungen. Das neueste Decret des Großen Raths über die Vertheilung der Kriegskosten ist durchaus nicht in seinem Sinne abgefaßt. — Vom 6. Febr. Noch hat der Commissionalantrag, betreffend die Ueberweisung der Landesverräther an die Gerichte, keine Mehrheit auf der Tagsatzung erlangt, allein es fehlt nur noch eine oder zwei Stimmen, die gewiß nicht ausbleiben werden. (Schw. Mkr.)

Zürich, 6. Febr. Das Secularisationsdecret von Wallis ist nun im Druck erschienen, nachdem der Entwurf einige Modificationen erfahren und zuletzt mit 46 gegen 20 Stimmen Annahme gefunden. Nach demselben soll künftig die Ernennung des Bischofs dem Großen Rath zustehen, und derselbe nur noch eine Jahresrente von 6000 Schw. Fr. beziehen. Die Mitglieder des Capitels werden nach Verhältniß besoldet, die Rectorate sind aufgehoben. Die Hospize auf dem St. Bernhard und Simplon sollen mit ihren religiösen Orden zwar beibehalten werden, doch wird künftig der Ueberschuß ihres Einkommens zunächst zur Bezahlung der öffentlichen Schuld, sodann zur Hebung des öffentlichen Unterrichts verwendet. Ueber die Verwaltung soll alljährlich Rechenschaft abgelegt werden. Wenn die Verwaltung vom St. Bernhard sich weigert, sich den obigen Bestimmungen zu unterwerfen, so wird der Staat anderweitig für die Besorgung des Hospizes Vorkehrungen treffen und die Ordensbrüder ersetzen. Da es notorisch und durch das Benehmen des Klosters St. Bernhard zur Genüge bewiesen sey, daß dasselbe ein bedeutendes überflüssiges Vermögen besitze, das es zu entziehen suche, so wird die Regierung alles, was das Kloster im Kanton Waadt und einen gleichen Theil dessen, was es im Wallis besitze, zum Nutzen des Staates verwenden. Letzteres tritt indeß erst 8 Tage nach Verkündigung des Decrets ein, wenn unterdeß das Kloster St. Bernhard sich nicht den obigen Bestimmungen gefügt hat. Was die Abtei St. Moritz betrifft, so wird ein Theil der Ordensbrüder zu Seelsorgerdiensten verwendet und die Zahl der im Kloster wohnenden Mitglieder der Corporation auf 12 reducirt. Der Staat wird in den Gebäuden der Abtei eine öffentliche Unterrichtsanstalt gründen, bei der die Mönche als Lehrer berufen werden können. Zum Unterhalt der Mönche werden aus dem Vermögen des Klosters 150,000 Fr. zu 4 pCt. capitalisirt. Falls sich der Orden den obigen Bestimmungen nicht unterwirft, kann die Abtei aufgehoben werden. Auch die Nonnenklöster von Brieg und Colombey werden reducirt. Alle Güter der Geistlichkeit werden unter die Aufsicht des Staates gestellt, und im Nothfall von ihm verwaltet. Schließlich wurde noch ein von Hrn. Zen-Ruffinen gestellter Antrag angenommen, wonach der Staatsrath bevollmäch-

tigt seyn soll das gegenwärtige Decret zu modificiren, wenn die Geistlichkeit innerhalb 14 Tagen di' Summe von 1,500,000 Fr. in die Staatscasse zahlt. (A. Z.)

Italien.

Rom, 31. Jan. Die Nachrichten von den Zuständen in Neapel waren zwar mit unglaublicher Schnelle, aber immer nur als dumpfe Gerüchte während der letzten Tage zu uns herübergedrungen. Sie mußten zum größten Theil unverständlich erscheinen, da die Mittelglieder meist ausgefallen waren und sich demnach keine Motivirung für die einzelnen Thatsachen, die mit großer Zuversicht gemeldet wurden, gewinnen ließ. Als gestern endlich ein Courier an Lord Minto anlangte, wurde er von einer Menschenmenge, die seiner bei dem Colisseum habhaft geworden war, angehalten. Er zog das Blatt hervor, auf welchem die Grundlinien der vom König von Neapel Tags vorher gewährten Constitution verzeichnet standen. Großer Jubel! Gestern Abend füllte sich der Corso, man zog auf und ab, ließ die Constitution von Neapel, Neapel, ganz Sicilien, die italienische Unabhängigkeit, zwischendurch auch Pio Nono leben, aber die Sache hatte alle dermaßen überrascht, daß sie selbst nicht wußten, was zu thun sey, und daß es nicht einmal zu einer weitern Demonstration kam. Anfangs mag es Absicht gewesen seyn, nach Palazzo Farnese zu ziehen und dem neapolitanischen Gesandten Glück zu wünschen. Allein die Fackeln fehlten, noch mehr Führer und Leiter, und so ließ man sichs an jenem Ausbruch friedlicher und harmloser Freude genügen. Bemerkenswerth dabei, daß der Ruf Viva Pio IX einen großen Theil seines Zaubers eingebüßt hat, daß er immer nur einen schwachen Nachhall fand und ziemlich vereinzelt stehen blieb. Dagegen gewährte es einige Beruhigung, daß Losungsworte revolutionärer Färbung entweder ganz ausblieben, oder, wie es bei Nennung der Jesuiten in solchem Sinn der Fall war, mit entschiedener und allgemeiner Mißbilligung zurückgewiesen wurden. Der Circolo Romano hatte illuminirt, sonst wurde auf die Aufforderung, Lichter herauszuhängen, nur spärlich geantwortet. Von der Befürchtung, daß die Gewährung einer Constitution in Neapel auch hier verbotene Wünsche rege machen möchten, ließ sich unter den Symptomen, die bei dieser Gelegenheit auftauchten, keine Spur wahrnehmen. (A. Z.)

Aus Rom. Die Angabe von der Ernennung zweier weiteren Laienminister hat sich noch nicht bestätigt; der einzige ist bis jetzt der Fürst Gabrielli.

Genua, 4. Febr. Mit dem Dampfboot „Lombardo" sind uns Nachrichten aus Neapel bis zum 31. Jan. zugekommen. Tags zuvor waren dort abermals Kriegsschiffe mit vielen Verwundeten aus Sicilien, welche sich im traurigsten Zustand befanden, angelangt. Die neuesten Mittheilungen aus Palermo waren folgenden Inhalts. Die ganze Stadt befand sich in der Gewalt der Insurgenten, die königl. Truppen campirten in bedeutender Entfernung von Palermo. Vom Fort Monreale, das in der Gewalt der Insurgenten, und vom königl. Palast, den das Volk am 25. mit stürmender Hand nahm, waren die Feuerschlünde gegen die Citadelle Castellamare gerichtet, mit der Aufforderung an die Besatzung, sich binnen vier Stunden zu ergeben. Die Nachricht des Zugeständnisses der Constitution war eben in Palermo bekannt geworden und hatte einen Waffenstillstand zur Folge. Vom Volk ward aber der Wunsch laut, daß entweder ein Vicekönig seine Residenz in Palermo aufschlagen, oder der König selbst dort je auf sechs Monate seinen Wohnsitz nehmen möchte. Bis zur völligen Erfüllung der versprochenen Concessionen und Reformen verlangen die Palermitaner die Forts in ihren Händen zu behalten, und wollen ohne die sichere Garantie irgend einer auswärtigen Macht (die von England, wie es heißt) die Waffen nicht niederlegen. Unter den verschiedenen Scenen des blutigen Kampfes zwischen Volk und Truppen heben die Mittheilungen des „Corriere Mercantile" besonders die tapfere Vertheidigung der prachtvollen Villa der Fürstin Butera, in welcher bekanntlich die Kaiserin von Rußland einen Winter zubrachte, durch 40 Sicilianische Jünglinge hervor. Die Villa wurde von 200 Soldaten mit zwei Kanonen angegriffen, doch ohne Erfolg; die Truppen mußten weichen, hatten viele Todte und Verwundete und ließen die Kanonen im Stich. Einer von den jungen Vertheidigern soll bei dieser Gelegenheit den Verband von seiner Kopfwunde gerissen, und solchen einem seiner Kameraden mit den Worten hingereicht haben: „Bring das nach Neapel und zeige dort dem Volk das Blut, das wir auch für seine Freiheit vergießen." In Neapel herrschte bei Abgang des Lombardo die vollkommenste Ruhe. Die Truppen haben plötzlich ihr Benehmen geändert und fraternisiren mit dem Volke. Vor wenigen Tagen noch äußerst verhaßt, begrüßt sie das Volk jetzt mit lautestem Beifall. Die Bürgergarde organisirte sich rasch und der bessere Theil der Bevölkerung hielt die zahlreichen plünderungslustigen Lazzaroni im Zaum. Dieses classische Gesindel Neapels schien zu glauben, das Spiel sey erst bei seinem Anfang und rottete sich zu schlimmer Absicht in zahlreichen Haufen zusammen. Aber ein großer Theil der jungen Bürgerschaft machte mit Stöcken bewaffnet als Patrouillen die Runde durch die Stadt und zeigte den wilden Gesellen die Nothwendigkeit der Disciplin, suchte auch den Lazzaroni die wahre Bedeutung der politischen Bewegung zu erklären. Was diese davon gehalten, erwähnen die neapolitanischen Correspondenzen nicht. (A. Z.)

Aus Sardinien. Auch in der Hauptstadt Turin wurde die Ertheilung einer Constitution in Neapel festlich begangen. Am 1. Febr. Abends zog das Volk vor die Wohnung des neapolitanischen Gesandten, Principe di Palazzolo, welcher für die Freudenbezeugungen im Namen seines Volks und seines Königs dankte. Die Stadt war beleuchtet. — Die Provinzialmilizen, welche in Folge der außerordentlichen Rüstungen aus dem Urlaub wieder unter die Fahnen berufen sind, beeilen sich mit lobenswerthem Eifer, dem an sie ergangenen Rufe zu folgen. (Gazz. Piem.)

Der „Piceno" meldet: In Venedig und Trie(st) sind, wie man erfährt, alle Anstalten zu einer sofortigen Expedition zur See getroffen worden. — Der „Allgemeinen Zeitung" wird aus Venedig, 2. Febr., geschrieben: „Heute Morgen verließ das Kriegsdampfschiff Vulcano unsern Hafen. An seinem Bord befindet sich die vollzählige Mannschaft für die Segelschiffe der Division im adriatischen Meer. Das weitere Ziel der in Eile veranstalteten Fahrt ist Niemanden bekannt, da der Commandant die geheime Ordre versiegelt empfing und sie erst auf hoher See eröffnen darf."

Mailand, 1. Febr. Dieser Tage war eine Abordnung von fünf Mitgliedern der Centralcongregation des venetianischen Königreichs hier, um dem Vicekönig eine Bittschrift zu überreichen, worin die Wünsche und Bedürfnisse des Landes dargelegt werden. Es sind im wesentlichen dieselben wie sie bereits von der lombardischen Versammlung an den Thron gebracht worden sind. Der Vicekönig nahm die Abgeordneten mit der gewohnten Huld auf, und ertheilte ihnen die Versicherung daß der Kaiser stets geneigt sey allen billigen Wünschen, wenn sie sich auf gesetzlichem Wege aussprechen, ein geneigtes Ohr zu leihen. Die Zahl der hier vorgenommenen Verhaftungen ist von auswärtigen Blättern sehr übertrieben auf 40 angegeben worden. Soviel man bis jetzt darüber in Erfahrung gebracht hat beläuft sich dieselbe auf 8 bis 10 Personen, welche sämmtlich der höheren Classe angehören, und als die Wortführer der äußersten Partei bekannt sind. Man soll bei ihnen Papiere aufgefunden haben, wodurch viele Personen, nicht blos in der Lombardei und Venedig, sondern auch auswärts belastet werden. In Folge davon sollen denn auch in andern Städten des lombardisch-venetianischen Königreichs Verhaftungen vorgenommen worden seyn. (Karlsr. Z.)

Mailand, 2. Febr. Gestern ist ein kaiserl. Verbot die Waffeneinfuhr betreffend, hier kundgemacht worden. Der Haß gegen die Deutschen ist schon weit gekommen. Daß sich ein Kellner in einem der besuchtesten Gasthäuser erfrechte das Deutschreden einem Deutschen zu verbieten und ähnliche Sottisen wollen wir unberührt lassen. Ernster aber ist, daß in aufreizenden Schriften, die in der letzten Zeit mit emsiger Hand verbreitet wurden, eine Anzahl deutscher Officiere mit Namen aufgeführt wird, als solche die man aufs Korn zu nehmen habe. Mit welcher Genauigkeit dabei zu Werke gegangen wird, mag der Umstand beweisen, daß ein Paar der Genannten sich schon längere Zeit nicht mehr hier, sondern in Deutschland befinden. Gleichgültig! Statt einige herauszuheben, dürfte man kecklich auf alle weisen, denn in allen lebt dieselbe Gesinnung. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 5. Febr.

In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer war der erste Redner über den Absatz der Antwortsadresse in Betreff Algeriens der Marschall Bugeaud; er bemerkte, trotz der Gefangennehmung Abd-el-Kaders sey in Algerien noch nicht Alles zu Ende, man solle deßwegen die Armee dort so wenig als möglich vermindern, auch sey die militärische Verwaltung daselbst noch lange nöthig: Rom habe auch keine Legionen in schwarzen Fräcken zum Regieren der africanischen Provinzen geschickt. General Lamoricière vertheidigte nun sein und des Herzogs von Aumale Verfahren in Betreff Abd-el-Kaders; er bemerkte, der Herzog habe sein Verfahren vollkommen gutgeheißen. Hr. Guizot erklärte, das dem Emir gegebene Versprechen, ihn nach St. Jean d'Acre oder Alexandria zu bringen, werde gehalten werden; St. Jean d'Acre sey aber von der Regierung beseitigt worden, weil die Pforte, die Besitzerin dieses Platzes, bis jetzt Frankreichs Herrschaft in Algerien nicht anerkannt habe. Wenn daher der Emir dabei beharre, nach dem Orient gebracht zu werden, so werde man ihn nach Alexandria bringen. Hier könne man, wenn der Vicekönig ihn aufnehme, Sicherheiten und Bürgschaften erlangen, die in St. Jean d'Acre nicht möglich wären. — Der Moniteur enthält nun die Ernennung des Barons Bussierre, bisher Gesandten im Haag, zum Botschafter in Neapel an Graf Bressons Stelle. Er geht unverweilt dahin ab.

Durch königl. Verordnung vom 31. Jan. werden die Städte Algier, Blidah, Oran, Mostagenem, Bona und Philippeville mit einer Gemeindeverfassung beschenkt. In dem Decret ist zugleich der sehr erweiterte Umfang der ihnen zugetheilten Markungen genau angegeben.

Französische Blätter vom 4. Februar schreiben: Die Verleumdungsklage einer Anzahl höherer Beamten worunter der vorige Kriegsminister, General Moline de St. Yon, gegen den oft genannten Warnery ist seit einigen Tagen vor dem Zuchtpolizeigericht im Gang. Warnery erscheint dabei in sehr erbärmlichem Lichte. Er giebt nun zu, daß er für alle seine Angaben über Bestechlichkeit der algierischen Verwaltung bei Bergwerksconcessionen ganz und gar keinen Beweis habe. — Vor dasselbe Gericht kam gestern auch eine Klage von Actionären der Marseille-Touloner Eisenbahngesellschaft gegen den Grafen v. la Tour-du-Pin-Chambly und den Abg. Denis wegen Vertrauensmißbrauchs in ihrer Stellung als Gesellschaftsdirectoren. Das Ergebniß war, daß die ganze Klage sich als Erpressungsversuch herausstellt und die Angeklagten freigesprochen wurden; der Hauptkläger aber wurde zu Bezahlung von 3000 Fr. als Schadloshaltung an jeden der Angeklagten verfällt. — Die Studirenden, welche gestern an dem Umzug in die Abgeordnetenkammer Theil nahmen, riefen auch zweimal in die Vorlesung des Chemikers Dumas hinein, aber keiner der 1200 Zuhörer folgte der Aufforderung, sich dem Zug anzuschließen.

Großbritannien.

London, 4. Febr.

Gestern versammelten sich beide Häuser des Parlaments wieder. Sir W. Somerville kündigte Namens der Regierung ein Gesetz zu Reglung des Verhältnisses zwischen Grundbesitzer und Pächter in Irland an. Dann erhob sich Lord G. Bentinck, schilderte den Nothstand der westindischen Kolonien in Folge der Aufhebung des Zollschutzes für sie und der Freilassung der Sklaven und beantragte ein Comité zu Untersuchung des Zustandes von Westindien. Der Kanzler der Schatzkammer erklärte, die Regierung sey nicht dagegen, werde aber das Gesetz von 1846, wodurch der Zollschutz für westindischen Zucker aufgehoben worden, aufrecht erhalten, dagegen verschiedene Maßregeln zu Gunsten der Westindier vorschlagen. Die weitere Verhandlung wurde auf heute vertagt.

Dänemark.

Eine unzweideutige Demonstration der dänischen Partei wird aus Kopenhagen berichtet. Aus Veranlassung der von den Professoren Clauſſen und Scheuw herausgegebenen (wie es scheint gemeinschaftlichen) Flugschrift, oder Schriften über „den Thronwechsel 1848" brachte ein zahlreicher von Studenten ausgehender Zug, dem sich unterwegs viele anschlossen, den Verfassern eine öffentliche Danksagung. Die Antwort des Professor Clauſſen, sowohl in seinem eigenen als Pro-

fessor Schouws Namen, schloß mit den Worten: „Zu ihm, der die Herzen der Könige lenkt wie er ihre Tage zählt, wollen wir für unsern König beten, auch darum bitten, daß er dänische Rathgeber, ebenso dänisch an Gesinnung und Gemüth zu finden wissen möge, als die Deutschen deutsch sind. Ein Lebehoch für unsern dänisch gesinnten König.“ (Nordd. Bl.)

Kopenhagen, 29. Jan. Elf Preßprocesse sind hier durch das allerhöchste Rescript vom 24. erledigt. Wie „Kjöbenhavnsposten“ meldet, ist hier eine Vorstellung an den König wegen gleicher politischer Rechte, zunächst mit Rücksicht auf das Wahlgesetz, für die nichtrepräsentirten Classen, in Umlauf gesetzt worden. Wie „Fädrelandet“ berichtet, hat die Preßfreiheitsgesellschaft beschlossen, eine außerordentliche Generalversammlung zum 21. einzuberufen, um sich über den Antrag des Landesobergerichtsprocurators Balthazar Christensen zu berathen, welcher bezweckt, dem Könige den Wunsch der Gesellschaft in Betreff unverzüglicher Verbesserung in den Bestimmungen hinsichtlich der Presse vorzulegen.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 20. Jan. Die öffentliche Meinung beklagt mit Recht, daß die drei Stände, der Adel, der Priester- und der Bauernstand, die vom vorigen Reichstag ruhenden Grundgesetzveränderungen verworfen und nur der Bürgerstand sie angenommen habe, da mehrere dieser Vorschläge, wie z. B. der über die Reichstagswahlen der Hauptstadt, ein besseres Schicksal verdient hätten. Uebrigens hat der Bauernstand nicht aus conservativen Gesinnungen die Puncte des Memorials des Constitutionsausschusses, sondern vielmehr aus radicaler Gesinnung verworfen, indem Sven Heurlen erklärte, man müsse keine neuen Lappen auf ein altes Kleid setzen. (Nordd. Bl.)

Griechenland

Athen, 23. Jan. Auf dem Meere wüthen gegenwärtig fürchterliche Südstürme, ein kürzlich angekommenes englisches Dampfboot hat unterwegs von Malta neun schiffbrüchige Fahrzeuge getroffen. Im Lande fällt der Regen so stark, daß überall die Flüsse austreten (der reitende Bote zwischen hier und Patras ist mit seinem Pferde ertrunken), der Cephissus strömt als kräftiges Flüßchen, und sogar der Ilissus hat — eine unerhörte Seltenheit — einige Fuß breit fließendes Wasser. Das Dampfboot des Lloyd, das am 16. d. nach Triest fahren sollte, ist bis jetzt noch nicht hier eingetroffen. Indessen grünen die Felder der hiesigen Umgebung recht freundlich, und die sonst so öden Umgebungen schmücken sich mit den lebhaften Farben der Anemonen und dem anmuthig blühenden Asphodelos. (Schw. Mkr.)

Türkei.

Konstantinopel, 17. Jan. Endlich ist der päpstliche Nuntius, Msgr. Ferrieri, auf dem sardinischen Dampfboot Tripolis hier angelangt. Er wurde sehr glänzend empfangen. Nach den gewöhnlichen Begrüßungssalven fuhr der Nuntius, begleitet vom armenisch-katholischen Patriarchen und einem Pfortenbeamten, bei Tophane auf einem prachtvollen von der Regierung zu seiner Verfügung gestellten Ruderboote an das Land und begab sich von da mit dem Gesandschaftsgefolge in Hofwagen in sein Hotel in Pera. Er wurde von dem gedrängt stehenden Volk mit dem Ruf: „Es lebe Pius IX.! Es lebe die italienische Freiheit!“ empfangen. Kaum war er in seinem Hotel angelangt, als das diplomatische Corps, so wie Deputationen der verschiedenen religiösen Corporationen ihn beglückwünschten. Die Pforte wird ihn in dem ihm angewiesenen Hotel während der ganzen Dauer seines mehrmonatlichen Aufenthalts durchaus frei halten. (Semaph. d. M.)

Aegypten.

Alexandria, 20. Jan. Am 10. d. war der Vicekönig Mehemed Ali unter Anzeichen, die denen bei der Cholera ähnlich, erkrankt, was besonders bei seinem hohen Alter große Besorgnisse erregte. Sein Leibarzt, Dr. Prusse, der acht Tage um ihn blieb, hat ihm jetzt eine strenge Diät empfohlen, der er sich willig fügte. Jetzt befindet sich Se. Hoh. wieder in voller Wiedergenesung, so daß er bereits wieder im Divan erschien und Dr. Prusse nach Kairo abreisen konnte. — In Kairo wollte die Frau eines dortigen Soldaten kürzlich bei einem Griechen, der mit Lebensmitteln handelte, für fünf Piaster Oel kaufen, der Grieche aber nahm das Geld, ohne das Oel zu verabfolgen, weil der Soldat ihm noch fünfzehn Piaster schulde. Es kam darüber zu einem heftigen Wortwechsel, der mit Thätlichkeiten endete. Baki Bey ließ hierauf den Griechen, den sein Consul bis zu gerichtlicher Erledigung der Sache in seine Wohnung geflüchtet, auf die Citadelle abholen, wo er sogleich, ohne alle Untersuchung, siebenhundert Stockstreiche erhielt. Man glaubt nicht, daß er auf diese fürchterliche Strafe mit dem Leben davon kommen werde. Der griechische Consul begab sich hierauf zum Vicekönig, um Beschwerde zu führen, wurde aber von diesem sehr kalt mit der Erklärung aufgenommen, er, der Vicekönig, würde ebenso mit Jedem, möge er nun Russe, Franzose oder Engländer gewesen, verfahren seyn, wenn er sich an einem Weib thätlich vergriffen hätte. Der griechische Generalconsul wendete sich hierauf in einer Note an die Consuln der drei Schutzmächte Griechenlands, um ihre Verwendung anzusprechen, jedoch mit geringem Erfolg. Blos der russische verwendete sich in der Sache. Er, wie der französische und der englische aber drückten ihr Bedauern darüber aus, daß trotz der Befehle seiner Regierung der griechische Consul seiner Zeit die griechischen Unterthanen in Aegypten unter den Schutz des Vicekönigs anstatt der Schutzmächte gestellt habe, weßhalb die Consuln ohne Befehle ihrer Regierungen in diesem Fall nicht officiell einschreiten könnten, obgleich sie bei diesem dringenden Fall thun werden, was sie vermöchten.

(Semaph. de Mars.)

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 8. Febr. Bayerische 3½pCt. Obligationen 90 P., — G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 660 P., — G. Promessen per Stück Agio 74 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 103 P., — G.; 4pCt. 90 P., — G.; 3pCt. 64 P., — G. Bankactien 1. Semester 1570 P., — G. Württembergische 3½pCt. Obligationen — P., 88 G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½pCt. Obligationen — P., 88 G.

Frankfurt, 6. Febr. Metall. 5pCt. 102; 4pCt. 87⅛; 3pCt. 64; Bankactien 1870; Taunus-Eisenbahn-Actien 355; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 58; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 86⅛; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Wien, 5. Febr. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 101⅛; zu 4pCt. in CM. 87; zu 3pCt. in CM. 62; Bankactien per Stück 1576; Nordbahn 134.

Amsterdam, 4. Febr. 2½pCt. 54 1/16; 3pCt. 65⅛; 4pCt. 84 1/16; Synd. 3½pCt. —; Handels-Maatschappy 162½; Arr. 15 1/16; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. —.

Paris, 5. Febr. 3pCt. 74 Fr. 70 C.; 5pCt. 117 Fr. 30 C.

London, 3. Febr. Consols 89¼.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 10. Februar: „Die Sirene“, Oper von Auber.

Freitag den 11. Februar: „Die Gebieterin von Saint Tropez,“ Schauspiel nach dem Französischen von Lembert.

Fremdenanzeige.

Hôtel Maulick. HH. Spina, Gutsbesitzer von Thielen; Semmelmayer, Privatier von Donauwörth; Dodson, Rentier v. Liverpool.

Gold. Kreuz. HH. Genth, Negotiant von Manchester; Beck, Kaufmann v. Frankfurt.

Blaue Traube. H. Müller, Privatier von Dillingen; Dlle. Morier v. Lausanne.

Stachusgarten. HH. Mammel, Revierförster von Nürnberg; Huber, Pfarrer v. Neustadt; Joß, Maler v. Frankfurt; Weißtein, Architekt von Carlsruhe; Halshald, Architekt von Zürich.

Gestorbene in München.

Anna Maria Kriegl, Weberstochter von Ergertshausen, Ldg. Neuburg a. D., 25 J. alt; Joh. Mitter, Taglöhner von Falkenstein, Ldg. Roding, 56 J. alt; Fr. Xav. Hafner, Fuhrmann v. h., 47 J. alt.

Bekanntmachung.

2273. Alle diejenigen Herren Studirenden, welche für ihre Heimkehr in die Heimath Zeugnisse über ihre bisherige Frequenz an hiesiger Universität zu erlangen oder auf der königl. Kanzlei deponirte Papiere zurück zu empfangen wünschen, wollen sich unter genauer Angabe ihrer eigenen Adresse oder der Adresse ihrer hiesigen Beauftragten mit den deßfallsigen Wünschen an das I. Secretariat der Universität schriftlich durch die Stadtpost wenden, da es unmöglich erscheint, in der gelassenen kurzen Frist allen derartigen Anforderungen zu entsprechen. Die begehrten Zeugnisse werden in kürzester Zeit nachgesendet werden.

München am 9. Februar 1848.

Kgl. Universitäts-Rectorat.

Bekanntmachung.

2246. (2b) Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Anwesen Nr. 8 an der Josephspitalgasse dahier am

Samstag den 18. März 1848 Vormittags 10 Uhr im Geschäftszimmer Nr. 17

dahier zum ersten Male öffentlich versteigert.

Das fragliche Anwesen, welches gerichtlich auf 16,250 fl. geschätzt, der Brandassecuranz mit 4,500 fl. einverleibt, mit 4,500 fl. Ewiggeld und 17,923 fl. 41¼ kr. Hypothekkapitalien belastet ist, besteht aus einem incl. des Erdgeschosses drei Stock hohen Wohngebäude mit einem gewölbten, dann einem ungewölbten Keller, dann aus einem theils gemauerten, theils von Holz erbauten Hintergebäude, der gemauerte Theil als Wohnung, der andere als Holzhütte benützt, dann zwei Anbauten, und zwar zweistöckigen auf jeder Seite des Hauptgebäudes, endlich einem Hofraum mit Gumpbrunnen und einem Gärtchen.

Kaufsliebhaber werden hiezu mit dem Anhange geladen, daß sich der Hinschlag nach den Bestimmungen des §. 64 des Hypothekengesetzes und der §§. 96—102 der Prozeßnovelle vom 17. November 1837 richte.

Concl. am 11. Januar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Director:

Barth.

Schweykart.

Bekanntmachung.

2272. (2a) Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das den Privatiers-Eheleuten Simon und Magdalena Kurz gehörige Anwesen Nro. 7 lit. B an der Landwehrstraße nach §. 64 des Hypotheken-Gesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 — 101 des Prozeßgesetzes von 1837 dem öffentlichen Verkaufe unterstellt, und Versteigerungs-Tagsfahrt auf

Donnerstag den 6. April 1848 Vormittags 10 — 12 Uhr Bureau Nro. 38 über 2 Stiegen

anberaumt.

Dieses Anwesen besteht aus einem wohlerhaltenen, einschlüßig des Erdgeschosses 4 Stockwerk hohen Hause, aus einem einstöckigen gemauerten Hintergebäude, einem Garten mit hölzernem Sommersalettchen, und einem Hofraume mit Gumpbrunnen. Dasselbe ist geschätzt auf 15,000 fl., mit 10,000 fl. der Brandassecuranz einverleibt, mit einer Ewiggilt pr. 430 fl. zu 9000 fl. Kapital und mit 5000 fl. Hypothekschulden belastet.

Schlüßlich wird bemerkt, daß dem Gerichte unbekannte Personen, wenn sie zur Versteigerung zugelassen werden wollen, sich über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben.

Beschlossen am 4. Februar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

v. Deß.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 36.

Man pränumerirt auf die Nr. 3 in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger Gasse Nro. 21 auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Freitag | XLIX. Jahrgang. | 11. Februar 1848.

Deutschland.

Die „Leipziger Zeitung" schreibt: Unsere deutsche Postconferenz hat sich vertagt. Nur als eine Vertagung stellt sich nämlich der Beschluß der versammelten Bevollmächtigten dar, das umfassende Ergebniß der bisherigen Verhandlungen vorerst zur Entschließung ihrer Regierungen zu bringen, um bei ihrem schon in der Einladung der Conferenz nach Dresden vorausgesetzten Wiederzusammentritte dem in seinen Hauptbestandtheilen ausgeführten Werke die einzelnen Ausbaue einzuverleiben und den Schlußstein zu geben. Eine Vertagung zu diesem Endzwecke erschien aber schon darum zweckmäßig, ja unvermeidlich, weil die wenigsten Abgeordneten mit einer über vorläufige Verabredungen hinausreichenden Vollmacht versehen waren und unter den vorwaltenden eigenthümlichen Verhältnissen versehen seyn konnten.

Bayern.

†München, 10. Febr. Die in jüngster Zeit zwischen Studirenden an hiesiger Universität vorgefallenen Reibungen sind schon so vielfach zum Gegenstand öffentlicher Besprechung geworden, daß wir sie ihrem allgemeinen Wesen nach füglich als dem großen Publicum bekannt ansehen können. Wie lange die, wenn immer schon in ihren ersten Anfängen bedauerlich excessiven Vorgänge sich auf die innern Räume der Universität beschränkten, durfte und mußte deren Untersuchung, sowie die Wiederherstellung der gestörten Ordnung den akademischen Behörden vertrauensvoll überlassen bleiben, obschon eben diese Untersuchung sehr bald zwei Merkmale constatirte, welche unzweideutig darauf hinwiesen, daß man es mit einer keineswegs gewöhnlichen Erscheinung zu thun hatte. — Einmal nämlich erwies es sich, daß die Reibungen gegen einen von dem Könige genehmigten Studentenverein nicht von den übrigen garantirten Corps ausgingen, sohin nicht ihren Grund in einem jener Verbindungszwiste haben konnten, wie sie von jeher vorgekommen sind, und dann ergab es sich als unzweifelhaft, daß die sich täglich in einer und derselben Richtung erneuenden Verhöhnungen weder von den einzelnen Beleidigten provocirt, noch gegen diese als Einzelne gerichtet werden, sohin auch nicht aus persönlichen Ursachen hervorgegangen waren. Man mußte sich vielmehr bald gestehen, daß man es, gleichwie bei den Vorgängen in den Märztagen verwichenen Jahres, mit einer Bewegung zu thun haben werde, wobei die scheinbar Treibenden und Anführenden nur die eigentlich Getriebenen und Verführten seyn dürften. War diese Ueberzeugung erst gewonnen, so mußte von dem Augenblicke an, wo sich im Innern der Universität diese Bewegung selbst durch die äußersten Anstrengungen nicht mehr bemeistern lassen wollte, ganz so, wie es Hunderten von Zuhörern im entscheidenden Augenblicke in unzweideutigster Weise angekündigt worden war, die Staatspolizeigewalt mit dem vollsten Ernste an die Wiedergeltendmachung des Ansehens der Gesetze denken. Dieß durfte als von allen Betheiligten vollkommen gekannt vorausgesetzt werden, — und dennoch wurde kein Anstand genommen, die Ordnungsstörungen in der Universität bis zu einem völligen, sich durch die Straßen wälzenden Tumult zu steigern, oder bis zu einem Zustande, welcher die Ruhe der Stadt selbst je länger desto bedrohlicher gefährden mußte. Das Unausbleibliche ist daher eingetreten, die Universität ist auf Allerhöchsten Befehl gestern für die Dauer des laufenden und nächsten Semesters geschlossen worden, und der akademische Senat hat sofort durch Anschlag am schwarzen Brette den königlichen Befehl gebührend in Vollzug gesetzt. Daß durch diese so andauernd und hartnäckig provocirte Maßregel nicht blos die Schuldigen und Verführten betroffen, daß von ihr auch Jünglinge berührt werden sind, welche der aller Gesetzlichkeit hohnsprechenden Bewegung sich ferne gehalten haben, kann keinem Zweifel unterliegen. Aber abgesehen davon, daß es gewiß in der Macht der ruhig gebliebenen Mehrzahl der Studentenschaft gestanden haben dürfte, durch ihre Haltung den in ihrer Mitte entkeimten Unfug in seinen Anhängen zu paralysiren, gehört es wohl überhaupt zu den schwierigsten, wenn nicht unlösbaren Aufgaben, unter solchen Umständen, wie es die hier obwaltenden sind, scheidende Linien zu ziehen. Ein Weg, eine Hoffnung bleibt aber auch hier offen, es ist der Weg zu dem Königlichen Thron, die Hoffnung auf die Gnade des geliebten Monarchen, dessen Huld und Milde nicht weniger bekannt sind, wie seine strenge Gerechtigkeit.

***München, 10. Febr. Se. Maj. der König haben dem königl. Ministerium des Innern gemäß höchster Entschließung vom heutigen allergnädigst zu eröffnen geruht, wie jetzt, da die Bürger Münchens sich ruhig zurückbegeben haben, es Allerhöchst Ihr Vorhaben sey, allergnädigst zu bewilligen, daß die hiesige Universität, statt erst mit dem Wintersemester, bereits mit dem Sommersemester dieses Jahres wieder geöffnet werde, wenn bis dahin Münchens Einwohner zur allerhöchsten Zufriedenheit sich benommen haben werden. Se. königl. Majestät haben huldvollst beizufügen geruht, daß das Wohl der Bürger Allerhöchstdemselben am Herzen liege, und daß dieß Allerhöchstdieselben seit mehr denn zweiundzwanzig Jahren bewiesen haben. Hievon wird der Bürgermeister v. Steinsdorf mit dem Auftrage in Kenntniß gesetzt, augenblicklich dem Magistrate und den Gemeindebevollmächtigten der Stadt München die geeignete Eröffnung zugehen zu lassen, und dafür Sorge zu tragen, daß die vorstehende huldreichste Entschließung schnellstens zur möglichst allgemeinen Kunde gelange.

***München, 11. Febr. Wir freuen uns, das gestern allgemein verbreitete, und leider die Aufregung sehr vermehrende Gerücht, daß ein am Vormittag in der Neuhausergasse von Gendarmerie verwundeter Studirender an den Folgen der erhaltenen Wunde gestorben sey, auf das Bestimmteste für ganz unbegründet erklären zu können, und müssen dasselbe dahin berichtigen, daß wohl ein Studirender eine leichte Kopfwunde erhielt, außer diesem aber Niemand verwundet wurde. Diesem können wir eben so bestimmt beifügen, daß auch bei den gestern Abends aus Anlaß der vorgekommenen höchst beklagenswerthen Tumulten dem ärztlichen Ausspruche nach keine lebensgefährlichen Verwundungen stattgefunden haben.

München, 11. Febr. Gestern Vormittags zogen die Studirenden der Universität in Schaaren nach der Wohnung des derzeitigen Rectors Magnificus, Hofrath Thiersch, und von dort durch das Karlsthor unter lautem Gesang in die Stadt zurück. Eine Abtheilung der Gendarmerie machte gegen sie von ihren Waffen Gebrauch, wobei, wie man hört, leider eine Verwundung vorfiel.

München, 11. Febr. Unsere ganze Stadt, die gestern Abends noch ein sehr düsteres Bild darbot, ist in freudiger Bewegung. Gräfin Landsfeld hat heute Morgens die Stadt verlassen. Die Studirenden bleiben. Der Gendarmeriehauptmann Bauer wurde durch Hauptmann Neumann von Augsburg ersetzt.

Der „Allgemeinen Zeitung" wird aus München, vom 9. Febr., geschrieben: „Aus Anlaß des unter die Zöglinge der Hochschule geworfenen verderblichen Erisapfels haben sich in den letzten Tagen mehr oder minder stürmische Auftritte erneuert, besonders heute, wo noch andere Personen, als Studenten, in empfindlicher Weise in den Conflict gezogen wurden. Wir sehen diese Scenen und was sie hervorgerufen mit Betrübniß. Nicht als ob wir Besorgnisse hegten vor ernsthaftern Unruhen, mit denen sich politische Ursachen verbänden: politische Unzufriedenheit ist nicht vorhanden. Es gibt hier keinen Bewohner, von den höchsten bis zu den untersten Reihen, keinen, der nicht wüßte und in dankbarem Herzen trüge, was diese Stadt ihrem König verdankt. Um so trauriger aber erscheint diese mannigfache Störung der socialen Verhältnisse. München ist eine der heitersten Städte Deutschlands, seit zehn und mehr Jahren ein Mittelpunct europäischen Fremdenbesuchs, der glänzendste Vereinigungspunct deutscher Kunst, bei der bedeutenden politischen Stellung Bayerns die erste Stadt des gesammten Südwest-Deutschlands, eine Stadt, die einen reichen selbstständigen Adel, eine kräftige strebsame Bürgerschaft, mehrere hundert tüchtige, theilweise weltberühmte Künstler, über 1500 Studenten, der großen Mehrzahl nach achtungswerth in Gesinnung und Streben, einschließt. Diese Stadt in ihrem Glanz, in ihrer Fülle freudigen fröhlichen Lebens zu erhalten, ist gewiß die dankbarste Aufgabe, und wer vermöchte diese Aufgabe besser zu lösen als König Ludwig, der seine Residenz mit all dem Reichthum geschmückt, der sie umgibt und umgeben wird noch lange, wenn wir alle, die wir die schönen Denkmale vor unsern Augen aufsteigen sahen, dahin sind. Wir führen das alles heute nur auf, um den Ernst der einfachen Frage zu zeigen: was ist nöthig, dieses Leben vor tieferer Trübung zu bewahren? Möchte diese Frage nirgends zu leicht genommen werden.".

Die „Augsburger Abendzeitung" kommt in einer Correspondenz aus München v. 7. Febr. auf den Tod des Dichters Baron v. Wangenheim zurück, und macht unter anderm folgende treffende und nur zu wahre Bemerkungen über das deutsche Theaterwesen: Zugegeben, daß unsere neue Literatur nicht mehr in dem Dachstübchen des bittersten Elends und des Jammers großgezogen wird, indem der Dichterfürst Goethe sogar Minister war und einige Andere Hofrathstitel tragen, Gutzkow, Laube von Haus aus vermögende Leute sind, zugegeben, daß wirkliche Talente sich heute allerdings leichter wie vor 50 Jahren Geltung verschaffen und in Folge dessen ihre dichterischen Bestrebungen Lohn ernten können: so sieht es bei all Dem noch schlimm genug mit dem Ehrensolde der meisten Poeten aus, wovon ein Dutzend, wenn nicht dem Hungertode, doch den Alltagssorgen und dem Werktagsschlendrian zum Opfer wird, bis es einem energischen Geiste einmal gelingt, sich aufzuraffen und die schweren Fesseln abzuschütteln. Angehende Novellisten, lyrische Dichter, die sich den Buchhändlern in die Arme werfen müssen, sind eo ipso schlimm daran; wo war je ein Buchhändler der noble Mäcen eines Poeten! Wer aber vollends für die Bühne schreibt — der muß die traurigsten Erfahrungen von Allen machen. Ein Possenverfertiger, ein Uebersetzer französischer Machwerke, ein Lustspielschwänkemacher, eine Madame Birch-Pfeiffer, sehen die Pforten aller Bühnen sich ihnen öffnen. Wer es aber wagt Höheres anzustreben, wer sich bis zum Kothurn versteigt, dem kann das herrlichste, blühendste, originellste Talent verliehen seyn, — es wird Jahre lang einen Kampf um Seyn und Nichtseyn kosten, und dann wird er es nicht seinem Genius, sondern dem Zufall oder einer etwaigen Stellung oder sonstigen Protection zu danken haben, wenn er reussirt. Ein flüchtiger Blick nur auf die Repertoires sämmtlicher deutschen

Bühnen wird zu Gesagtem den Beweis liefern. Die Theater, selbst die der Höfe, sind zu Cassa-Anstalten herabgesunken, welche nur sogenannte Zugstücke geben; die classischen Stücke sind auch längst keine Zugstücke mehr, denn man hat den Tagesgeschmack an die französischen Effectstücke, an die Wiener-Posse und Birch-Pfeifferiaden gewöhnt. Dazu kommen die in jeder deutschen Stadt und in jedem deutschen Ländchen verschiedenartig auftretenden sogenannten politischen Rücksichten, welche die Werke unserer jung-deutschen Literatur je von der einen oder anderen Bühne verbannen, so daß sie nicht Gemeingut der Nation werden. — Nach diesen Voraussetzungen darf uns Baron Wangenheim's Schicksal uns allerdings nicht in Verwunderung versetzen. Sein „Strafford" wurde nur an der Bühne seiner Heimath, in Stuttgart, sonst an keiner anderen gegeben. In Frankreich würde dieses Werk und noch dazu sein zweites, „Marlow", hinreichend gewesen seyn, ihm für sein ganzes Leben eine reichliche Revenue zu verschaffen. Mit beiden Werken hält Ponsard's „Lucrece" und „Agnès de Meran" kaum einen Vergleich aus. Aber man sehe hingegen Ponsard an, und wer dann noch sich in süßen Träumen von den glücklichen Zuständen unserer deutschen Literatur wiegen kann, — möge in diesem erquickenden Schlafe seine Träume wenigstens nicht laut aussprechen.

Augsburg, 4. Febr. Der „Allgemeinen Zeitung" wird folgendes mitgetheilt. Sie werden sich erinnern, daß im Monat December ein Nestorianer, Namens Barrou-Talar, einige Wochen lang sich hier herumtrieb, um zu einem angeblich religiösen Zweck milde Gaben zu sammeln, und, so viel ich höre, hat er sowohl hier als in andern Städten Deutschlands die Frömmigkeit des Publicums bereits mit Erfolg ausgebeutet. Allein noch während des Hierseyns dieses Individuums hatten ein Widerspruch in seinen Angaben über die Verwendung der gesammelten Gelder — indem er z. B. bei mir aussagte, sie seyen zur Unterstützung der bedrängten Christen in Persisch-Kurdistan bestimmt, während es im Publicum hieß, er sammle für den Bau einer katholischen Kirche zu Urmiah (die schon längst besteht) — und andere Umstände einigen Verdacht über die Glaubwürdigkeit jenes Nestorianers bei mir erregt, was mich damals veranlaßte, zur Lösung meiner Zweifel directe Erkundigungen bei dem nächsten Vorgesetzten der katholischen Mission zu Urmiah und Chosrowa, nämlich bei dem Superior der Lazzaristen in Konstantinopel, Hrn. Dumergue, einzuziehen. Die mit der letzten türkischen Post eingetroffene Antwort lautet nun dahin, daß die Congregation der Lazzaristen zu Konstantinopel von dem angeblichen Sendling durchaus nichts wisse, daß dieser also weder von derselben anerkannt werde, noch von dem Vorstand der katholischen Mission zu Urmiah, Hrn. Rouge, beglaubigt seyn könne. Man hegt also wenig Zweifel, daß der Nestorianer Barrou-Talar ein Nachfolger (wo nicht eine und dieselbe Person) eines andern Chaldäers seyn müsse, der früher ein oder zwei Jahre lang die ganze Christenheit bereiste und in Contribution setzte, mit wohlgefülltem Beutel nach Urmiah zurückkehrte und das leichtgewonnene Geld zu den dortigen wucherischen Zinsen von 30 — 60 pCt des Jahres anlegte! Bei diesem Anlaß werde ich aufgefordert zur Wahrung der Behörden und des Publicums gegen Wiederholung ähnlicher Mißbräuche zu veröffentlichen, daß, wenn Individuen in der Christenheit auftreten um Namens der katholischen Kirchen oder Gemeinden im Orient milde Gaben zu sammeln, sie nur dann als zu diesem Berufe beglaubigt gelten können, wenn sie mit einer urkundlichen Ermächtigung des Vorstandes der geistlichen Congregation des Ortes, von dem sie herkommen, und von welcher die Entsendung ausgehen soll, versehen sind, welches Document außerdem von den Bischöfen oder sonstigen Vorstehern der nacheinander vom Vorzeiger besuchten Kirchsprengel legalisirt seyn muß.

Augsburg, 9. Febr. Das amtliche Intelligenzblatt Nro. 12. der Stadt Augsburg veröffentlicht einen von dem Stadtmagistrate im Einverständnisse mit dem Collegium der Gemeindebevollmächtigten gefaßten Beschluß: nach welchem dem verstorbenen I. rechtskundigen Bürgermeister Dr. Carron du Val auf dem katholischen Gottesacker ein der Stadt und des Verstorbenen würdiges, mit der Büste des Letztern geschmücktes Denkmal gesetzt werden soll.

Württemberg.

Stuttgart. (XI. Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 8. Febr.) Fortsetzung der Berathung des Rechenschaftsberichts (Maiexcesse). Nachdem der Abg. Römer ausführlich über die Maiexcesse gesprochen und Minister v. Schlayer ihm erwiderte, äußerte am Schlusse der Debatte der Präsident: Der ständische Ausschuß sey als Stellvertreter der Stände nach dem §. 124 der V.-U. verpflichtet, Wünsche, Vorstellungen und Beschwerden der Staatsregierung vorzutragen, auf was immer für eine Weise ihm auch die Kenntniß von Mängeln oder Mißbräuchen in der Staatsverwaltung zukomme. Im vorliegenden Falle habe aber der ständische Ausschuß geglaubt, keinen Grund zum Einschreiten zu haben, und zwar nicht aus Gründen der Politik, sondern des Rechts. Römer selbst habe keinen Antrag gestellt, er habe aber dem Ausschuß entschiedene Vorwürfe gemacht, und Frhr. v. Berlichingen habe deßhalb den Antrag gestellt, zur motivirten Tagesordnung überzugehen, d. h. das Verfahren des ständischen Ausschusses für gerechtfertigt anzuerkennen; sein weiterer Antrag, auszusprechen, daß der Ausschuß nicht parteiisch gehandelt habe, könne auf sich beruhen, weil Römer erklärt habe, daß er diesen Vorwurf dem Ausschusse nicht habe machen wollen. Der Antrag des Frhrn. v. Berlichingen wurde zur Abstimmung gebracht und mit 50 gegen 39 Stimmen angenommen. (Schw. Mkr.)

Stuttgart, 6. Febr. Die Beselersammlung ist geschlossen: die Gesammtsumme beträgt 1599 fl. 56 kr., welche gestern an das Hauptcomité in der Stadt Schleswig abgesendet worden sind. Der Erfolg hat die Erwartungen, welche bei Erscheinen des öffentlichen Aufrufs vor nunmehr zwei Monaten gehegt wurden, übertroffen. Besonders erfreulich ist, daß bei dem Unternehmen die verschiedensten Stände sich betheiligt, und damit ihr Interesse für die Angelegenheiten unseres Bruderlandes bethätigt haben, welche durch die jüngsten Ereignisse, den Tod des König-Herzogs und die Verkündigung der dänischen Gesammtverfassung aufs neue in den Vordergrund getreten sind. (Schw. Mkr.)

Baden.

Karlsruhe, 7. Febr. Ueber das Befinden Sr. königl. Hoheit unseres Erbgroßherzogs, der noch immer im Schlosse Ausbach (zwischen Bühl und Achern) verweilt, laufen in den letzten Tagen sehr ungünstige Berichte hier um; seine Gesundheitsverhältnisse sollen sich sehr verschlimmert haben. — Das Haus Kusel hat dem Vernehmen nach 25 pCt. mit einiger Fristgestattung angeboten, ein Verlust, der Viele sehr hart trifft; man hört deßhalb auch von großen Vorwürfen, die diesem Hause gemacht werden. — Nachdem nun Regierung und Kammern über die Unterstützung der drei Fabriken einig geworden sind, sieht man den weitern Schritten, namentlich einer Ediktalladung sämmtlicher Gläubiger entgegen. Am 15. und 16. d. M. werden auch außerordentliche Generalversammlungen der Actionäre der badischen Zuckerfabrik und der Spinnerei und Weberei in Ettlingen statt haben. Für die erstere (Zuckerfabrik) die Finanzverhältnisse zu regeln, wird wohl am schwierigsten seyn. (Schw. Mkr.)

Karlsruhe, 8. Febr. Zu meiner großen Freude kann ich Ihnen heute melden, daß das hier allgemein verbreitet gewesene Gerücht über das Unwohlseyn Sr. königl. Hoh. des Erbgroßherzogs durchaus ungegründet ist, und sich Se. königl. Hoh. nach verlässiger Erkundigung vielmehr besser befindet. (Schw. Mkr.)

Karlsruhe, 7. Febr. (XXI. Sitzung der zweiten Kammer.) Schaaff übergiebt ein Gesuch mehrerer Wahlmänner des Bezirks Boxberg und Krautheim um Herstellung einer Eisenbahn von Wiesloch über Mosbach durch den Odenwald in das Tauberthal bis an die bayerische Gränze bei Würzburg; Hecker eine Bitte mehrerer Bürger von Weinheim um Einführung von Schwur- und Vergleichsgerichten. — Rettig begründet seine Motion und stellt den Antrag: um einen Gesetzesentwurf zu bitten, durch welchen die Todesstrafe in unserem Gesetzbuche abgeschafft werde. Staatsrath Trefurt als Regierungscommissär will gegen die Verweisung der Motion in die Abtheilungen und deren Berathung nichts einwenden, erklärt sich aber schon zum Voraus gegen die Abschaffung der Todesstrafe. Zentner ist dafür, begründet seine Ansicht und verlangt den Vorausdruck der Motion, sowie deren Verweisung in die Abtheilungen. Mez beruft sich auf die Bibel, wo es heißt: „wer Blut vergießt, dessen Blut muß wieder vergossen werden," und verlangt den Uebergang zur Tagesordnung. Welcker spricht sich in längerem Vortrage für die Aufhebung, Junghanns aber gegen dieselbe aus, ebenso Knapp, worauf Zentners Antrag mit bedeutender Stimmenmehrheit von der Kammer angenommen werde. (Schw. Mkr.)

K. Sachsen.

Leipzig, 7. Febr. Man vernimmt, daß der Entwurf der allgemeinen deutschen Wechselordnung von Seite der preußischen Regierung unbedingt genehmigt worden ist, jedoch vor der Publication noch den Provinzialständen vorgelegt werden wird. Wie man hört, hat Preußen sämmtlichen deutschen Regierungen dieß durch ein Circular angezeigt. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

In Leipzig starb am 6. Febr. 75 Jahre alt der Professor der geschichtlichen Hilfswissenschaften, Fr. Chr. A. Hasse, längere Zeit Redacteur des Brockhausschen Conversationslexikons wie später der Leipziger Zeitung.

Gr. Hessen.

Darmstadt, 6. Febr. Die neueste Erscheinung im Strafverfahren wegen des Todes der Gräfin von Görlitz ist ein ausführliches Gutachten des Stabsarztes Dr. v. Siebold dahier, eines ausgezeichneten Mannes der Chirurgie, worin er nachzuweisen sucht, daß die Gräfin, als geistige Getränke liebend, an Selbstverbrennung gestorben sey. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Preußen.

Berlin, 4. Febr. Die Veröffentlichung unsers Budgets mit so genauen Details hat einen sehr guten Eindruck im Publikum gemacht. Dieses selbst unterliegt dagegen mancherlei Urtheilen. Es wird sehr schwer seyn anzugeben ob in den einzelnen Posten die Ausgaben zu hoch, die Verwaltungskosten zu groß sind; selbst eine genaue Vergleichung mit den Budgets anderer Staaten würde kein richtiges Resultat geben. Es ist dazu durchaus nothwendig, daß man praktisch wisse, was für die Summen geleistet wird. Doch Ein Umstand tritt als ein schweres Mißverhältniß sofort heraus, der daß wir noch immer fast die Hälfte der gesammten Staatseinnahmen auf das Militärbudget verwenden müssen, beinahe 26 Millionen von 64. Es ist unerhört, daß nach 35 Friedensjahren der Krieg den Völkern noch jährlich so ungeheure Summen kostet! (A. Z.)

Berlin, 5. Febr. Der Antrag auf Einrichtung von geheizten öffentlichen Räumen für die Armen ist in der letzten Sitzung unserer Stadtverordneten nicht angenommen worden. — Von dem Verfasser des „Systems des freien Handels und der Schutzzölle", W. Dönniges, ist hier eine Schrift unter dem Titel: „die deutsche Schifffahrts-Acte und die Differenzialzoll-Frage im Interesse Deutschlands und des deutschen Zollvereins, erläutert mit Hilfe officieller Quellen" erschienen. (Karls. Z.)

Schleswig-Holstein.

Die „Bremer Zeitung" sucht in einem leitenden Artikel nachzuweisen, daß die Herzogthümer die neue Verfassung, trotz des sich darin bekundeten Geistes der Freisinnigkeit, entschieden ablehnen müssen. Auch die „Weser-Zeitung" spricht sich im ähnlichen Sinne aus und mahnt zum Festhalten an Deutschland, obgleich dasselbe den Herzogthümern jetzt noch nichts von Freiheit bieten könne und ihnen mit den Beschlüssen von 1819 die Censur und mit denen von 1832 die Unterdrückung jedes Volkslebens aufgezwungen habe. Ein anderes norddeutsches Blatt macht in dieser Sache die sehr wahre Bemerkung, daß Schleswig-Holstein vor Allem daran gelegen sey, bei dem sehr stark verschuldeten Staatshaushalt Dänemarks nicht in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Diese Rücksicht sey der Angelpunkt der gegenwärtigen Bewegung.

Schwarzburg-Sondershausen.

Sondershausen, 31. Jan. Die gewohnte Ruhe unseres Ländchens scheint auch dadurch keine besondere Unterbrechung zu erleiden, daß der seit dem 31. Julius v. J. vertagt gewesene Landtag am 18. Jan. wieder eröffnet worden ist. Es ist ihm bis jetzt keine andere Vorlage von der Regierung gemacht als das Budget für die Finanzperiode von 1848 bis 1851, und in der Denkschrift, mit welcher die Regierung das Budget begleitet, ist ausdrücklich gesagt, es wurden dem neuen Landtag gar keine weiteren Regierungsvorlagen gemacht werden. Der Finanzetat ergibt ein von der Regierung, ihrer Erklärung nach, nicht verschuldetes Deficit. (D. A. Z.)

Freie Städte.

Hamburg, 2. Febr. Der Grundeigenthümerverein zählte in voriger Woche bereits 430 Mitglieder. Man hört von drei Petitionen an den Senat, deren eine von

den 180er, die zweite von den 60ern, die dritte besonders von Kaufleuten ausgehen soll. In allen dreien werden Verfassungsreformen vorgeschlagen; doch wollen sich alle drei nicht zu weit vom Bestehenden entfernen. Die bescheidensten Forderungen sind wohl Oeffentlichkeit der Verhandlungen der 180er und Wahl der Adjunkten durch die Bürgerschaft. (W. Z.)

Schweiz.

In der Sitzung der Tagsatzung am 5. Febr. wurde der Bundespräsident Ochsenbein, bernischer Kantonaloberst, zum eidgenössischen Obersten ernannt; unter den zu Oberstlieutenants Ernannten ist der basellandschaftliche Major Kloß, der den ganzen polnischen Krieg mitgemacht hat, zum Major wurde ernannt Hr. Wild von Zürich. — In der Sitzung des großen Raths von Basel am 7. Febr. stellte Prof. Schönbein den Antrag, es möchte von Seite von Baselstadt dahin gewirkt werden, daß folgende Bestimmungen bei Anlaß der Bundesrevision in die neue Bundesurkunde aufgenommen werden: 1) Jeder Schweizer hat das Recht in jedem Theile der Eidgenossenschaft sein Bekenntniß frei, ungehindert und öffentlich auszuüben. 2) Es gibt in der ganzen Eidgenossenschaft keine politischen Beschränkungen, welche sich an Religionsbekenntnisse knüpfen. Nach der Geschäftsordnung mußte zuerst über Dringlichkeit der Behandlung dieses Anzuges entschieden werden. Bei diesem Anlaße entwickelte Hr. Schönbein denselben umständlich, worauf die Versammlung ohne weitere Verhandlung mit 42 gegen 20 Stimmen die Dringlichkeit erkannte. Die Verhandlung wird am 8. erfolgen. (Schw. Mkr.)

Italien.

Rom, 29. Jan. Drei Mitarbeiter der neuen amtlichen Zeitung, der „Gazzetta di Roma“, haben sich schon zurückgezogen, doch soll man jetzt den früheren Censor, Professor Betti, zum Redacteur derselben bestimmt haben. Der Papst sagte gelegentlich zu einem der Mitarbeiter, er wünsche, daß sie gemäßigt, aber freisinnig schreiben, dabei gleichen Schritt halten mit der Zeitung von Florenz und Genua. — Vorgestern wurde der Professor der Mechanik und Hydraulik an der hiesigen Universität ausgepfiffen und geschrieen: „Morte al infame!“ Er ist Geistlicher und soll an der Suspendirung des Padre Gavazzi wegen der Trauerpredigt für die Lombarden Antheil gehabt haben. — Neuerdings erscheint hier auch ein französisches Blatt, le Capitole, redigirt von einem Hrn. Durand; wie es scheint, sollen darin die Römer in französischem Sinn bearbeitet werden.

(Schw. Mkr.)

Das „Journal des Débats“ erzählt den Gang der Ereignisse zu Palermo vom 21. bis zum 24. Jan. Mit dem neuen Umschwung der Dinge erschien auch eine neue Zeitung „il Cittadino“ (der Bürger), welcher vom 22. an täglich erscheinen sollte, um für die Sache des Volkes zu wirken. General Sauget schickte am 22. einen Parlamentär an die Hauptjunta mit folgenden Vorschlägen: 1) Abschluß eines Waffenstillstandes; 2) Aufforderung den unter Obhut der Truppen eingekerkerten Verbrechern Lebensmittel zukommen zu lassen; 3) Absendung einer Deputation der Junta nach Neapel um dem König die Wünsche des Volkes darzulegen; 4) Bekanntmachung eines Amnestiedecrets. Alle diese Vorschläge, mit Ausnahme des zweiten wurden zurückgewiesen. Lebensmittel gab es im Ueberfluß und in der Stadt herrschte eine gewisse Stille, welche nur zuweilen durch Kartätschenschüsse, womit die Besatzung des Schlosses die Toledostraße fegte, unterbrochen wurde. Das Kloster Novizziato wurde am 22. nach langem blutigem Kampfe von den Insurgenten erstürmt; ziemlich viele Soldaten fielen dort in die Hände des Volkes. Die Gefangenen wurden gut behandelt, mußten aber die Kanonen bedienen, mit welchen das Volk gegen die Forts feuerte. Einige Tage später (nach Briefen des „Journal des Débats vom 29. aus Neapel) fielen auch der königl. Palaß und das Bankgebäude in die Gewalt der Insurgenten. In letzterem befanden sich 2 Millionen Ducati baar. Zu den Geldsammlungen für die Verwundeten steuerten auch die Jesuiten mit 1200 Fr. bei und verwandelten ihr Schulhaus in ein Hospital. Den Soldaten wird die Niedermetzelung wehrloser Benedictinermönche schuldgegeben; die Insurgenten sollen nur gegen die Polizeiagenten grausam gewüthet haben. — Durch das palermitanische Blatt „Cittadino“ erfahren wir, daß ein sehr großer Theil des sicilianischen Adels sich gleich in den ersten Tagen, wo der Sieg noch zweifelhaft war, an die Spitze der Insurrection stellte. Die Hauptjunta der Aufständischen theilte sich in zwei Sectionen, die eine für die Vertheidigung, an deren Spitze der Fürst Pantellaria, die andere für die Verwaltung mit dem Baron Riso als Präsidenten und vielen Mitgliedern aus dem Adel, worunter der Fürst Grammonte, der Marchese Pilo, der Graf Aceto ꝛc. Außerdem bildete sich noch ein Finanzcomité, welches die Gaben der „guten Bürger“ für die Insurrectionscasse in Empfang nahm, und an dessen Spitze der Marchese Rudini und der Graf Sommatino standen. Die Stadt Palermo ward von den Insurgenten in acht militärische Quartiere eingetheilt. Jedem diente ein solides öffentliches Gebäude als Sitz des Mittelpunctes. Darunter waren fünf Klöster und das Collegium der Jesuiten. Für jedes dieser Quartiere war ein oberster Anführer mit zwei Unterbefehlshabern ernannt, um sämmtliche waffenfähige Männer der Stadt zur Vertheidigung aufzubieten und aus ihnen Compagnien zu bilden. Die Befehlshaber dieser Quartiere standen in unmittelbarer Verbindung mit dem Vertheidigungscomité, von welchem die Schlacht und der Angriffsplan ausging. Das Universitätsgebäude ward in eine Artilleriecaserne umgewandelt, von wo alle Munition abgeliefert wurde und die ganze Leitung dieser Waffengattung ausging. Die drei Chefs des Hauptquartiers waren der Cavaliere Antonio Jacona, Don Giuseppe La Masa und Don Carlo Bentivegtia, Fürst v. Grammonte. Ueber sämmtlichen militärischen Quartieren flatterten Tricolorfahnen mit dem Adler. Der „Cittadino“ führt unter jenen welche sich gleich von Anbeginn des Aufstandes durch Muth und Tapferkeit besonders hervorgethan, vor allen den Namen des Principe de Grammonte auf, der auch im Bulletin des Vertheidigungscomités sehr belobt wird. Dieser junge Fürst habe bereits am Morgen des 12. Jan. Waffen unter das Volk ausgetheilt, die muthvollsten Männer um sich versammelt und sie aufgefordert zum Sieg oder Tod sich zu bereiten. Deßgleichen waren Filippo Nacoli und die Gebrüder Canciolo unter den ersten, welche zu den Waffen griffen, einen Haufen von 600 Insurgenten in die Stadt führten und die Reiterei der königl. Truppen in die Flucht schlugen. Derselbe Tagesbefehl erwähnt noch mit großem Lobe eines gewissen Bellaro, welcher durch Tapferkeit sich auszeichnete und eine Kanone von schwerem Caliber erbeutete. Außerdem stand die bereits erwähnte Familie Miloro in den ersten Reihen der Insurrection. Unter den Frauen wird die Fürstin Scordia belobt, weil sie vor dem Comité erschienen und sich bereit erklärt habe, die Verwundeten im Hospital eigenhändig zu verbinden. Ihrem Beispiele folgten die Herzoginnen von Monteleone und Gualtieri. Ueberhaupt zeigten die schönen Frauen Palermos große Begeisterung für die Sache der Revolution, und die Frauen des ersten Adels standen unter diesen warmen Patriotinnen oben an. Dagegen finden wir in den Auszügen des palermitanischen Blattes und in den Tagesbefehlen der Insurgentenanführer keine Erwähnung einer Theilnahme der Geistlichkeit von welcher andere italienische Correspondenzen berichtet hatten. Ein Aufruf des Generalcomités an den Klerus von Palermo läßt eher auf das Gegentheil schließen. (A. Z.)

Neapel, 31. Jan. Die heutige Staatszeitung meldet die Ernennung des Generalmajors Garzia zum Kriegs- und Marineminister und des Cav. Bozzelli zum Finanzminister, da Don C. Ciancialli, dem dieses Portefeuille übertragen war, dasselbe abgelehnt hat. Dasselbe Blatt füllt mehrere Spalten mit Schilderung der dankbaren Freudenbezeugungen des Volkes für die Concessionen des Königs. (A. Z.)

Nach Briefen der „Allgemeinen Zeitung“ aus Neapel bis zum 1. Febr. fielen nicht unbedeutende reactionäre Bewegungen von Seiten der Lazzaroni vor, so daß theilweise die Truppen einschreiten mußten. Noch aber war die Ruhe, die auch in anderen Städten und kleineren Orten von Seite der untersten Volksclassen gestört war, nicht gesichert. Man befand sich in großer Spannung. In Betreff des Friedensabschlusses mit Sicilien noch keine Entscheidung.

Florenz, 3. Febr. Gestern fand wie bestimmt war, die feierliche Eröffnung der Eisenbahn Maria Antonia von hier nach Prato statt. Die Einsegnung wurde vom Erzbischof vollzogen, worauf der großherzogliche Hof die Directoren der Bahn und eine große Anzahl eingeladener Personen aus den verschiedenen Ständen in zwei Zügen von hier nach Prato abfuhren. (A. Z.)

Florenz, 3. Febr. In Livorno fanden in den letztvergangenen Tagen wiederholte Unruhen statt; das Volk rottete sich nämlich zusammen, und die Rufe: „Viva Guerrazzi, fuori tutti, gli arrestati, abasso il Bargaueli (der neue Gouverneur) ließen sich in den Straßen vernehmen, und es scheint, daß man die Absicht hatte, die im Fort sitzenden Gefangenen zu befreien. Durch energisches Einschreiten der Bürgergarde wurde aber dießmal die Ruhe binnen kurzem wieder hergestellt. Es sollen dabei 47 Verhaftungen vorgenommen worden seyn. In diesen Tagen ging Monf. Buoninsegni von Pisa mit einer besondern Mission von hier nach Rom, und ein außerordentlicher Courier nach Turin ab.

(A. Z.)

Livorno, 1. Febr. Hier waren letzten Sonntag den 30. wieder unruhige Auftritte, ohne weitere Folgen als Verhaftung der Ruhestörer. Sollten es die Umstände erlauben, so dürften die Scenen erneuert werden. Da der König von Neapel die Constitution bewilligt hat, so bleibt dem Großherzog wohl nichts anderes übrig als sich ebenfalls dazu zu verstehen. In Florenz finden Demonstrationen in diesem Sinne statt, aber ruhiger und gemäßigter als hier, wo der Regierung und dem Gesetz auf die frechste Art Hohn gesprochen wird. Außer Livorno halten sich die übrigen Städte Toscanas ruhig, sie werden zwar die Constitution verlangen, aber auf gesetzlichem Wege. Von dem größten Theil der hiesigen Bevölkerung werden die Umtriebe gemißbilligt.

(Basl. Z.)

Spanien.

Die „Gazette de France“ behauptet, fortwährend sey die Gesundheit der Königin von Spanien Gegenstand von Besorgnissen. Die Presse spricht von dem möglichen Falle eines Kriegs mit England, welchen die Möglichkeit eines frühen Todes der Königin Isabelle ohne Leibeserben über Frankreich schwebend erhalte.

Frankreich.

Paris, 6. Febr.

In der gestrigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde noch der Absatz der Antwortsadresse in Betreff Algeriens einstimmig angenommen. Jules v. Lasteyrie stellte hierauf Anfragen in Betreff Portugals, worauf Hr. Guizot erklärte, Frankreich finde es nicht mehr nöthig, eine gemeinsame Einschreitung in Betreff Portugals fortdauern zu lassen, und die Folge sey nun, daß die portugiesische Nationalität wirksamen Widerstand gegen den englischen Einfluß äußere.

Der deutsche Schriftsteller Engels, bekannt durch seine Schrift über die arbeitenden Classen, der schon seit einigen Monaten hier ist und den ganzen Winter in Paris verleben wollte, hat plötzlich Befehl erhalten, Paris in Zeit von 24 Stunden und Frankreich in drei Tagen zu verlassen.

Großbritannien.

London, 5. Febr.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wurde Lord G. Bentincks Antrag auf Niedersetzung eines besondern Ausschusses zu Untersuchung des Zustandes der westindischen Colonien ohne Abstimmung gutgeheißen.

Aegypten.

Einer Alexandrinischen Correspondenz der Times vom 20. Jan. zufolge wäre der römische Jesuit Pater Ryllo sammt allen seinen Reisegefährten in Nubien von eingebornen Räubern ermordet worden. Näheres über Zeit und Ort wird nicht angegeben, so daß diese Nachricht wohl noch der Bestätigung bedarf. Die „Allgemeine Zeitung“ berichtete vor einigen Monaten über die bezügliche Expedition des nähern nach Mittheilung von einem ihrer Theilnehmer. Es war die größte und vollständigste Expedition, welche bisher in's Innere von Africa unternommen wurde. Die Gesellschaft bestand aus acht Europäern, worunter vier Deutsche. Der Zweck war theils religiös, theils wissenschaftlich. Die religiösen Zwecke wurden verfolgt von fünf katholischen Priestern, an deren Spitze Padre Ryllo, der berühmte Jesuit, welcher früher der Propaganda in Rom vorstand, und später im Libanon so thätig war. Ein anderes Mitglied der Unternehmung war Cassolani, Bischof von Maurocastro, dessen Vicariat das größte in der Welt, denn es erstreckte sich vom Aequator bis zum Mittelmeer, und vom schwarzen Meer bis zum atlantischen Ocean. Diese Herren wollten nach Kartum und dann den weißen Nil

bis 4° n. B. hinaufgehen, weiter als bis jetzt noch ein Europäer gedrungen: hier soll eine Missionsstation gegründet werden. Unter den wissenschaftlichen Reisenden befand sich Baron J. W. v. Müller, bekannt durch seine Reisen in Algier und Marocco. Dieser wollte den alten Plan erneuern Mittelafrica in seiner ganzen Breite in südwestlicher Richtung zu durchreisen.

Mannigfaltiges.

Nürnberg, 8. Jan. Gestern Abend 8½ brach in dem untern Stockwerke eines Hauses in der sogenannten langen Gasse Feuer aus. Die Flammen hatten, da viel Zündstoff vorhanden war, schon weit um sich gegriffen, ehe Hülfe kam. Die Bewohner des angebauten Hauses, von dem auch der größte Theil abbrannte konnten von ihren Habseligkeiten nur das Wenigste retten. (Nürnb. K.)

Im „Nürnberger Correspondenten" wird von einem Arzte in Norddeutschland in Bezug auf den begonnenen neuen Handelszweig mit Mastpferden für Pferdeschlächtereien aufmerksam gemacht, daß die angeregte neue Mastung von den bedenklichsten Folgen für die Gesundheit aller Hippophagen werden kann. Es ist allgemein bekannt, und bei allen Pferdekipperern zu erfragen, daß magere Pferde am Schnellsten fett und wohlgenährt werden durch — Fütterung mit Arsenik. Die Pferde vertragen dieses für den menschlichen Organismus so zerstörende Gift sehr gut, so daß man bis zu einer Drachme täglich damit steigen darf; es wirkt bei ihnen die Verdauung befördernd, als Stomachale (dieselbe Wirkung, die es in den kleinsten Dosen auch auf den Menschen äußert.) Dieses Mittel, das sich zwar nur in geringer Quantität im Wasser auflöst, geht doch durch die Verdauung in das Blut über und könne (wie besonders Orfila in Paris gezeigt) fast in allen Theilen des Organismus auf chemischen Wege mit Evidenz nachgewiesen werden. Ehe weitere Erfahrungen vorliegen, kann zwar nicht mit apodiktischer Gewißheit behauptet werden, daß auch beim Pferde Dasselbe stattfinde, aber nach der Analogie dürfe Dieß wohl mit der größten Wahrscheinlichkeit angenommen und vorausgesetzt werden, daß nach Verhältniß der größeren Consumtion auch eine absolut größere Menge Arsenik in alle Theile eines mit diesem Stoffe gemästeten Pferdes übergehe, daß somit auch das Pferdefleisch mit diesem Mittel imprägnirt seyn wird, und im Falle es genossen wird, Vergiftungszufälle hervorbringen muß.

In Berlin ist ein Drama des Professors Werder Columbus, welches auf der dortigen Bühne so gut wie durchgefallen war, nunmehr in abgekürzter Gestalt von neuem aufgeführt worden. Aber auch jetzt zeigte sich das Publicum ziemlich theilnahmlos, und die Berliner Kritiker rümpften ebenfalls die Nase. Nun aber ist ein ruhmvoller Ritter für das Drama in die Schranken getreten. Ludwig Tieck, welcher in der Allgemeinen preußischen Zeitung den Columbus mit solchen Lobsprüchen erhebt, daß die Ueberschwenglichkeit derselben in der That eben so gespannt als mißtrauisch macht.

Berlin, 31. Jan. Aus Anlaß eines hier vorgekommenen Falles, daß ein jüdischer Familienvater an seinem neugebornen Sohne den Ritus der Beschneidung vorzunehmen unterließ, stellten die hiesigen drei orthodoxen Rabbiner den Antrag, es möge durch öffentlichen Anschlag an der Synagogenthür vor einer ähnlichen Unterlassung gewarnt und der Betreffende mit Ausschluß aus dem Gemeindeverbande bedroht werden; der Antrag wurde jedoch schon vom Vorstande auf das Entschiedenste zurückgewiesen. (Schles. Z.)

Paris, 3. Febr. Gestern Abend wurde im Theatre historique die erste Abtheilung von Alexander Dumas Riesen-Drama: „Der Graf von Monte-Cristo" gegeben, und von da an werden beide Abtheilungen Abend um Abend wechselweise wiederholt. Erst wenn jede derselben 100 Aufführungen erlebt hat, kommen die dritte und vierte Abtheilung an die Reihe, die dann ebenfalls abwechselnd gegeben werden, doch wird für Reisende oder Personen, die die ersten Abtheilungen zu sehen versäumten, alle Sonntage eine von den ersten Abtheilungen wiederholt. Die gestern gegebene erste Abtheilung hat fünf Acte und eilf Tableaux (Verwandlungen) — die heute gegebene zweite Abtheilung hat fünf Acte und sechs Tableaux, die letzten beiden Abtheilungen werden zusammen zwölf Acte haben, und so war es unserer industriellen Zeit und dem Erfindungsgeiste Al. Dumas vorbehalten, ein Drama in zwei und zwanzig Acten zu schreiben, das an vier Abenden aufgeführt werden muß. Wenn übrigens alle Abtheilungen so gefallen, wie gestern die erste, so ist das Theatre historique für die Jahre 1848 und 1849 versorgt und die Schauspieler brauchen zwei Jahre lang keine neue Rolle zu lernen. (Nürnb. K.)

Dieser Tage starb zu London ein Mädchen in Folge der Anwendung des Chloroform bei einer wundärztlichen Operation. Der Spruch des Leichenschaugerichts war, Hannah Greener, 15 Jahre alt, sey gestorben an einer durch das Chloroform herbeigeführten Lungenaffection, den Wundarzt aber und seinen Gehülfen treffe kein Tadel.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 9. Febr. Bayerische 3½ pCt. Obligationen 90 P., — G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 660 P., — G. Promessen per Stück Agio 74 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 103 P., — G.; 4pCt. 90 P., — G; 3pCt. 64 P., — G. Bankactien 1. Semester 1570 P., — G. Württembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 89 G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 88 G.

Frankfurt, 7. Febr. Metall. 5pCt. 102; 4pCt. 87¼; 3pCt. 64; Bankactien 1873; Taunus-Eisenbahn-Actien 334½; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 57¾; bayer. Ludwigs-Verbacher-Eisenbahn 86½; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Frankfurt, 6. Febr. Der Bau der Frankfurt-Hanauer Eisenbahn wurde in diesem Winter, so weit es thunlich, auf diesseitigem Gebiete fortgesetzt; doch wird die Bahn nicht vor dem Sommer befahren werden können, wiewohl sie auf hessischem Gebiete längst vollendet ist. Der Bau der Main-Wesereisenbahn wird in diesem Frühjahre auch auf unserm Gebiete in Angriff genommen werden, in den beiden Hessen ist derselbe ziemlich vorgerückt. (A. Z.)

Wien, 5. Febr. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 101¾; zu 4pCt. in CM. 87; zu 3pCt. in CM. 62; Bankactien per Stück 1576; Nordbahn 134.

Innsbruck, 5. Febr. Nach hier eingetroffenen Nachrichten hat sich nunmehr die kais. österreichische Staatsverwaltung für den Bau einer Westeisenbahn bestimmt ausgesprochen. Die Richtung derselben ist noch nicht definitiv entschieden; zum Behuf der Aufnahme und Terrainstudien werden Ingenieurs nach Tirol gesendet werden. An diese Nachricht knüpft man hier schon die freudigsten Hoffnungen; man erwartet die abzusendenden Ingenieurs bereits in diesem Frühjahr; man überläßt sich der Ueberzeugung, daß die in politischer, strategischer und commercieller Rücksicht so wichtige Bahnlinie nicht an technischen Hindernissen scheitern werde. (Hiernach ist die von der Allgemeinen Zeitung (politische Zeitung vom 7. Febr.) über diesen Entwurf gegebene Meldung zu berichtigen.) (A. Z.)

Amsterdam, 4. Febr. 2½ pCt. 54⅛; 3pCt. 65⅝; 4pCt. 84⅛; Synd. 3½ pCt. —; Handels-Maatschappy 162½; Ard. 15⅛; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. —.

Paris, 5. Febr. 3pCt. 74 Fr. 70 C.; 5pCt. 117 Fr. 30 C.

London, 4. Febr. Consols 89.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Freitag den 11. Februar: „Die Gebieterin von Saint Tropez." Schauspiel nach dem Französischen von Lembert.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. H. Menger, Privatier aus Tirol; Mme. l'Enfant v. Paris.

Hôtel Maulik. H. Baron v. Malla, Rentier v. Cilly.

Gold. Hahn. HH. Weber, Professor von Meran; Ficord, Rentier von Straßburg; Scholler, Architekt von Aarau; Freifrau v. Ponikau v. Augsburg.

Blaue Traube. H. Heuman, Dr. med. v. Brugg (Schweiz).

Getraute in München.

HH. Joh. Paul Philipp Frank, Schneidergeselle von hier, mit Theresia Klarl, Schuhmachermeisterstochter v. Train, Ldg. Abensberg; Fr. Xav. Wurm, Eisenbahn-Bauamts-Aktuar dah., mit Anna Maria Magg, Schuhmachermeisterstochter v. Obermenzing; Philipp Geigel, k. Oberappellationsgerichtsrath, mit Kath. Hartmann, Oekonomstochter v. Dettelbach; Joh. Georg Stadelbauer, k. Steuerliquidationscommissär v. Amberg, mit Maria Anna Klara Mang, Hausbesitzers- und Thurmwächterstochter v. Amberg; Sigmund Ernest Merz, Associe des optischen Institutes Merz, Utzschneider und Fraunhofer dah., mit M. Katharina Haseneder, dgl. Handelsmannstochter v. Tölz; Ludwig Kolb, königl. Sattelkammerdiener v. h., mit Viktoria Büchler, h. Gärtnerschaffnerstochter v. h.; Jakob Wolker, Hoftheatertischler v. h., mit Rosalia Hintermimmer, h. Lodererstochter v. Schrobenhausen; Joh. Bapt. Rueff, kgl. Stadtgerichtsfunktionär dah., mit Karolina Kreck v. Amberg; Joseph Kunnert, h. Strumpfwirker v. h., mit Anna Maria Seuffert, Schäferstochter v. Dipbach, Ldg. Dettelbach; Wilhelm Gottfried Friedrich Ulmer, herrschaftlicher Koch dah., mit Franziska Schaffer, Revierjägerstochter von Parsdorf, Ldg. Ebersberg; Georg Kaspar Arnold, Steindrucker dah., mit Kreszenz Haibel, lizenz. Putzarbeiterin dah.; Johann Karl Ludwig Grötsch, Bäcker und Melber in Hairhausen, mit Christina Börner, Bauerstochter v. Möringen, kgl. württembergischen Oberamts Ludwigsburg; Johann Lorenz Leinisch, Kleinkramhändler in Pappenheim, mit Katharina Margaretha Pechbacher, Melbermeisterstochter von Culmbach; Süßkind Weinbach, Handelsmann v. Harburg, mit Maria Rosenblatt, Optikerstochter v. Fürstenforst, Ldg. Markt Bibart

Gestorbene in München.

Ludwig Ahrens, Tapezierergesell v. Linden bei Hannover, 24 J. alt; Anna Gantner, Näterin v. h., 33 J. alt; Victoria Föhr, Taglöhnerswittwe von der Au, 67 J. alt; Franz Ruedorfer, Taglöhner v. h., 72 J. alt; Roman Schillinger, Milchmann v. h., 63 J. alt.

Edictalladung.

Pflegschaft über die Eisenhändler Ziegler'schen Kinder betreffend.

2271. (3c) Jakob Ziegler, Eisenhändlerssohn von München, wird, nachdem er sich im Jahre 1846, in welchem er am 23. Oktober die Großjährigkeit erreicht hat, von Dachau, woselbst er sich bei seinem dort wohnhaften Mitvormunde aufhielt, entfernt und sich bisher zur Pflegschaftsentlassung und Aushantwortung seines obervormundschaftlich verwalteten Vermögens nicht gemeldet hat, und dessen Aufenthalt nicht auszumitteln ist, hiemit auf Antrag eines früheren Vormundes aufgefordert,

innerhalb 4 Monaten

von heute an bei dem untengenannten Gerichte persönlich oder durch einen gehörig Bevollmächtigten Behufs der Uebernahme seines Vermögens zu erscheinen, widrigen Falls über ihn Abwesenheits-Curatel bestellt, und sein — über Abzug einer auf rechtlicher Austragung beruhender namhafter Haftungspost in ungefähr 3000 fl. bestehendes Vermögen aus diesem Grunde in obervormundschaftlicher Verwaltung bleiben wird.

Concl. am 14. Jan. 1847.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

coll. Lst.

Ankündigung.

Der Ausschuß der mechanischen Baumwoll-Spinnerei- und Weberei in Augsburg

hat die Ehre, in Gemäßheit des §. 17 der Statuten die Herren Actien-Inhaber zu einer

Dienstag den 14. März 1848 Vormittags 9 Uhr

in der Fabrik abzuhaltenden Generalversammlung einzuladen, um

die üblichen Vorträge anzuhören;

Beschluß zu fassen über das Ergebniß des Jahres 1847,

über allenfallsige Anträge der Gesellschafts-Mitglieder zu berathen und zu beschließen, in so ferne solche, dem §. 18, Absatz 9 der Statuten gemäß, vier Wochen vor der Generalversammlung dem Ausschusse übergeben werden.

Die General-Versammlung beginnt mit der §. 14 der Statuten vorgeschriebenen Legitimation der erscheinenden Gesellschafts-Mitglieder.

Augsburg am 1. Februar 1848.

Der Vorstand:

2267. Friedrich Schmid. (3c)

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 37.

Man pränumerirt auf die Nr. 3 im Münchener Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend | XLIX. Jahrgang. | 12. Februar 1848.

Deutschland.

Denkschrift über die Verhältnisse des deutschen Adels vom Fürsten von Leiningen seinen Standesgenossen übergeben.*)

Die Schicksale, welche nach der französischen Revolution und während Napoleons Eroberungen viele der ehemaligen reichsunmittelbaren Fürsten, Grafen und Herren betrafen, sind hinlänglich bekannt. Nach dem Frieden konnten oder wollten die in Wien vereinigten Regenten den frühern Zustand ihrer ehemaligen nun mediatisirten Mitstände nicht wieder herstellen. Indeß glaubten sie, das Unrecht, das diesen zugefügt worden, doch einigermaßen wieder gut machen zu müssen. Die Mediatisirten wurden daher zwar auf das bestimmteste zu Unterthanen gestempelt, allein man erklärte sie für ebenbürtig mit ihren Landesherren, gab ihnen einige ihrer ehemaligen landesherrlichen Rechte und Attribute zurück und eröffnete ihnen die Aussicht auf Curiatstimmen in der Bundesversammlung. Das Streben der Standesherren selbst war anderseits auch lediglich darauf gerichtet, so viel als möglich solche Rechte und Attribute wieder zu gewinnen. Allein die Curiatstimmen, gerade das einzige hochpolitische Recht, welches sogar eine Theilnahme an den höchsten Souveränetätsacten gab, wurden später versagt, und so kam jenes Monstrum zur Welt, jenes Mittelding zwischen Landesherrn und Unterthan, welches den Keim seines Todes bereits bei seiner Geburt in sich trug. Die Collision mit oben, d. h. mit den Regierungen, und mit unten, nämlich mit den Mediatunterthanen, war unvermeidlich, und begann auch wirklich sogleich zum großen Schaden der Standesherren bis auf den heutigen Tag fortdauernd. Ob bei dem Wiener Frieden nicht manche der Staatsmänner, welche dort Deutschlands Schicksale regelten, die Sache durchschauten, und froh waren, so leichten Kaufs davon gekommen zu seyn, muß dahingestellt bleiben. Die Mediatisirten aber erkannten offenbar nicht, daß sie getäuscht seyen, konnten es auch nicht erkennen, denn was war natürlicher, als daß die damals vom Schicksale so hart betroffenen Herren in naher Erinnerung ihrer früheren unabhängigen Stellung nichts anderes wünschen, nach nichts anderem hätten trachten sollen, als: doch wenigstens noch ein klein bischen Landesherren bleiben zu dürfen. Schmerzliche Illusion! Weniger erklärlich ist es, daß noch heute bei der unglücklichen Entwicklung dieser Verhältnisse nach allen gemachten Erfahrungen, so wie bei dem dermaligen politischen Zustand Deutschlands überhaupt, manche der Standesherren bei diesen Ansichten beharren. Ueber die Lage, in der sich die Standesherren seit dem Wiener Congreß befunden haben und häufig auch jetzt befinden, kann ein Zweifel oder eine Meinungsverschiedenheit kaum denkbar seyn. Dieselben sitzen recht eigentlich zwischen zwei Stühlen — von oben und von unten gefährdet. Die Nothwendigkeit, das ruinöse Gebäude wieder auszubessern, um es vor gänzlichem Untergang zu bewahren, ist vielfältig anerkannt worden. Man hat versucht, auf der alten Basis zu reconstruiren, allein war diese in allem Anfang schon eine mangelhafte, wie hätte sie sich jetzt als tauglich bewähren sollen? Daß nichts von den Regierungen, eben so wenig von der deutschen Bundesversammlung zu erwarten ist, darüber bestehen bereits hinlängliche Erfahrungen. Die Standesherren sind daher lediglich auf sich selbst angewiesen. Zunächst müssen sie sich aber ein wenig umschauen, wie es in der Welt und in dem deutschen Vaterlande überhaupt aussieht; dann nach den Mitteln suchen, um auf einer neuen zeitgemäßen Basis wieder aufzubauen was auf der alten zusammengestürzt ist. Eine Vereinbarung aller Standesherren zu diesem Zwecke wäre allerdings von großer Wichtigkeit; allein ein solcher Gedanke muß bei der Individualität der standesherrlichen Kaste sofort als ganz hoffnungslos verabschiedet werden. Man muß sich begnügen ein Ziel auszustecken, nach welchem jedes standesherrliche Haus nach Belieben allein oder vereint mit andern wandern kann. Zunächst wird es nöthig seyn, einen Blick auf den politischen Zustand Deutschlands zu werfen, als wesentlich den Weg bedingend, der für die Zukunft einzuschlagen ist. Auf die Zertrümmerung des deutschen Reichs folgte, wie bekannt, die französische Herrschaft mit all' ihrer Schmach. Die Fürsten appellirten endlich an ihre Völker, diese erhoben sich und zerschlugen die fremden Fesseln. In Wien beriethen und ordneten die dort versammelten Regenten Deutschlands neue Geschicke und Zukunft. Die bekannte Bundesverfassung ging daraus hervor — ein lockeres Band zwischen 32 ganz unabhängigen souveränen Fürsten, mit Grundsätzen der Legitimität, welche indeß gleich vom Anfang durch höchst legitime Zustände Lügen gestraft wurden, und jenen des monarchischen Princips an der Spitze. Gleich oder bald nachher gaben fast alle deutschen Fürsten mit Ausnahme der beiden mächtigsten die in den Zeiten der Noth den Völkern versprochenen ständischen Verfassungen oder sogenannten Constitutionen. Man kam jedoch nicht zu den alten deutschen ständischen Verfassungen zurück, sondern schrieb neue nach dem Vorbilde der englischen behielt aber hier, wie im Bundesvertrag das Princip der Alleinherrschaft und strengen Souveränetät bei, d. h. die höchste Staatsgewalt blieb verfassungsmäßig allein bei dem Regenten, welcher sich seiner Alleinherrschaft nur in einzelnen bezeichneten Regierungshandlungen ganz oder theilweise begab. Man hätte glauben sollen, die Fürsten, deren hundertjährige Bestrebungen dahin gegangen waren, unumschränkte Regierungsformen einzuführen, würden gerade an dieser Grundlage festgehalten haben. Dem war aber nicht so! Obgleich die deutschen Verfassungen demnach von ihrem englischen Original sehr wesentlich abwichen, so haben die Regenten doch eine nachhaltige Auslegung jener Verfassungen im Sinne der englischen, oder später französischen, d. h. im Sinne des eigentlichen parlamentarischen Regierungssystems den Ständen und der Presse gestattet, ja — oft selbst mit eingestimmt. Vielleicht lag dieß auch in der Natur der Sache. Gleichzeitig hat man in den meisten Staaten die Erziehung des Volkes in einer Weise geleitet, Institutionen begründet und Gesetze gegeben, welche in ihrer naturgemäßen Entwicklung nur zu demokratischen, oder doch wenigstens Repräsentativ-Verfassungen führen mußten. Sehr bald befand sich auch das unumschränkte Regierungssystem der Fürsten sammt ihrer Bureaukratie dem demokratischen Geiste der Völker feindlich gegenüber, und der Conflict begann. Dieser würde rasch zu gewaltsamen Umwälzungen geführt haben, wenn nicht die Getheiltheit Deutschlands, sowie der bedächtige deutsche Charakter überhaupt revolutionäre Bewegungen erschwerte, und wenn nicht die Entstehung des Zollvereins den Ideen wenigstens für einige Zeit, eine andere Richtung gegeben hätte. Zum erstenmal sah sich Deutschland nicht dem Namen nach, sondern gerade durch diejenigen Interessen vereinigt, welche dermalen überall den Ausschlag geben. Die Vortheile, welche dieser Verein darbietet, das rasche Aufblühen des Handels und der Gewerbe, das Gewicht welches auswärtige Staaten auf dessen Entwickelung legen, haben dem Volke nie gekannte Dinge gezeigt, und zu der practischen Ueberzeugung geführt welche hohe Stellung Deutschland unter den Nationen einnehmen könne, sobald es vereint sey! Patriotismus, deutscher Patriotismus, ein Gefühl, welches in Deutschland bisher nur unter dem Namen „Anhänglichkeit an den Fürsten" gekannt war, ist erwacht und bemächtigt sich sichtlich der Nation. Der Uebergang von den ständischen Verfassungen im älteren Sinne zu dem Repräsentativsystem in seiner vollsten Ausdehnung bringt die Regierungsgewalt de facto in die Hände der Kammern, vorzüglich der zweiten Kammern. Diese letzteren repräsentiren fast ausschließlich den Mittelstand, wozu unter den jetzigen Verhältnissen der in Deutschland so bedeutende Bauernstand mitzuzählen ist, und dieser Mittelstand erstarkt täglich mehr durch das Aufblühen des Handels, der Gewerbe und des Ackerbaues.

(Fortsetzung folgt.)

*) Wir geben die früher nur in ihren Grundzügen mitgetheilte Denkschrift unsern Lesern jetzt vollständig mit, da später eine Besprechung ihres Inhalts nachfolgen wird.

Bayern.

München, 12. Febr. Wir konnten gestern nur noch mit wenigen Zeilen mittheilen, welche Wendung die seit einigen Tagen vorgefallenen Ereignisse hier zur allgemeinsten Freude und Befriedigung genommen haben. Die Kunde des Befehles zur Schließung der Universität und alsbaldigen Entfernung der Studirenden, deren Heimat nicht in München, war von allen Classen der Bevölkerung mit um so größerer Betrübniß und Bestürzung aufgenommen worden, als man wußte, daß die entschiedene Mißstimmung der großen Mehrheit der Studirenden gegen die Verbindung Alemannia, wodurch die bekannten bedauerlichen Zwiste und Thätlichkeiten hervorgerufen wurden, nichts gemein hatte mit den auch an andern Universitäten oft vorkommenden Reibungen des Verbindungswesens. Die Bürgerschaft versammelte sich deßhalb vorgestern in großer Anzahl (man schätzte sie auf zweitausend) auf dem Rathhause, und folgte in geordnetem Zuge einer magistratischen Deputation, die sich zur königl. Residenz begab, um von Sr. Maj. dem König die Aufhebung jener Verfügung zu erbitten. In gespannter Erwartung und lautloser Stille harrte die auf dem Max-Joseph-Platz versammelte Volksmenge der königl. Antwort, welche nach mehrstündiger Berathung dahin erfolgte, daß der allerhöchste Entscheid des andern Tages bekannt gegeben werden solle, worauf die Bürger in gleicher Ordnung und Ruhe, wie vorher, zum Rathhause zurückkehrten. Noch dauerten die getroffenen militärischen Sicherheitsmaßregeln zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe fort; indessen fiel an jenem Tage außer dem von uns schon gestern mitgetheilten Vorfalle in der Neuhausergasse keine Störung derselben vor bis zum Abende, wo ein tumultuirender Haufe nach der Bärerstraße zog, um in die Wohnung der Gräfin Landsfeld einzudringen, gegen welche sich seit Längerem der allgemeine Unwille gerichtet hatte. Die Gendarmerie wendete Waffengewalt an, und man hatte die Verwundung einiger Individuen zu beklagen. Hier zurückgetrieben zog der lärmende Schwarm in die innere Stadt,

und zertrümmerte, ehe er sich zerstreute, einige Fenster des Polizeidirections-Gebäudes. Weitere Unfuge wurden, so viel uns bekannt geworden, Abends und Nachts nicht mehr verübt. Gestern Vormittags verfügten sich abermals die städtischen Deputationen, begleitet von dem großen Bürgerzuge, nach der königl. Residenz, und ihren eben so dringenden, als ehrfurchtsvollen Bitten und Vorstellungen wurde jetzt die ersehnte allergnädigste Gewährung zu Theil. Donnernde Lebehochs erschollen, als sich die Nachricht hievon mit Blitzesschnelle verbreitete, auf dem dicht mit Bürgern, Studirenden und Einwohnern aller Stände angefüllten Platze, und als Se. Majestät das Volk grüßend Sich an einem Fenster zeigten, erhob sich kaum endenwollender Jubelruf. In langer Reihe verließen nun Studirende und Bürger den Max-Josephs-Platz, und erstere begaben sich in langem Zuge nach dem Rathhause, um der hiesigen Bürgerschaft für ihre erfolgreichen Bemühungen und Schritte den wärmsten Dank zu bezeigen. Dieser wurde von einer Deputation des Magistrats, den II. Burgermeister v. Steinsdorf an der Spitze, entgegengenommen, welcher eine Anrede an die Studirenden hielt, die mit einem dreifachen Hoch für Se. Maj. den König endete. Friedlich zerstreute sich mit frohbewegten Mienen in der Mittagsstunde die noch kurz vorher so bedenklich aufgeregte Menge. Die freudige Theilnahme aller Bewohner der Hauptstadt an der Aufhebung einer sie so schmerzlich berührenden Maßregel war um so größer, da man gleichzeitig vernahm, daß Gräfin Landsfeld auf die von der Bürgerschaft gestellte Bitte hin einem noch des Morgens ergangenen Befehle zufolge aus der Stadt sich entfernt habe. Ein Volkshaufe, der bei ihrer Abfahrt ihr Haus umgab, beschränkte sich, trotz seiner Erbitterung, auf das Einwerfen einiger Fenster, und wurde ohne Anwendung von Gewalt durch gütliche Zusprache von weiteren Beschädigungen abgehalten. Das Benehmen der Bürgerschaft war in diesen Tagen großer Aufregung ein so durchaus ehrenhaftes, einträchtiges und würdiges, daß ihm die ungetheilteste dankbarste Anerkennung zu Theil geworden ist, und wie diese Tage Zeugniß gaben von dem väterlichen Herzen des Monarchen, an dessen Throne keine begründete Bitte seines treuen Volkes ungehört verhallt, so werden sie auch in den Annalen der Geschichte stets das glänzendste Zeugniß geben von dem einmüthigen, festen und biederen Sinne seiner wackeren Bürgerschaft. Daß übrigens die ganze Bewegung politischen oder confessionellen Parteibestrebungen gänzlich ferne lag, glauben wir schließlich um jener auswärtigen Leser willen hervorheben zu sollen, welche über die hiesigen Verhältnisse vielleicht kein klares Bild gewonnen haben.

München, 12. Febr. Das königl. Regierungsblatt (Nr. 5) vom gestrigen Datum enthält: I. Eine Bekanntmachung, die Abhaltung eines Prüfungs-Concurses zur Anstellung veterinärärztlicher Practicanten in der Armee betreffend. — II. Den Plenarbeschluß des Oberappellationsgerichts des Königreichs Bayern, die Zulässigkeit der Berufung gegen Beweis-Interlocute über die gerichtsablehnende Einrede betreffend. — III. Die Entscheidung der Recurse in der Sitzung des königl. Staatsrathes vom 24. Jan. l. Js. 1) des Stadtmagistrats und der Gemeinde-Bevollmächtigten von Wassertrüdingen, Landgerichts gleichen Namens in Mittelfranken, wegen Distrietsumlagen zum Straßenbaue; 2) des Thomas Salter, Gastwirthes zu Hofkirchen, Landgerichts Vilshofen in Niederbayern, Bestrafung wegen Holzdevastation betreffend; 3) der Gemeinderechts-Besitzer Georg Förster und Cons., jetzt Engelhard und Cons. zu Wendelbach, Landgerichts Dinkelsbühl in Mittelfranken wegen Benützung der Gemeindegründe; 4) des Hofbesitzers Johann Forster von Meyenfeld, Landgerichts Greding in Mittelfranken, wegen eines Forststrafbeschlusses; 5) des Johann Georg Ny, Hofbauers von Neusitz, gegen das Stadtschäferei-Consortium von Rothenburg, Landgerichts gleichen Namens in Mittelfranken, wegen Ablösung der Schaafweide 6) des Johann Büchner und Cons. zu Schildeck, Landgerichts Brückenau, im Regierungsbezirke von Unterfranken und Aschaffenburg, wegen Forststrafen. An das königl. Ministerium des Innern wurden abgegeben die Recurse: 7) des Sebastian Hohenegger, Krämers zu Flotzing, Landgerichts Mühldorf in Oberbayern, wegen Beschränkung seines Realrechtes zum Nägelverkaufe; 8) des Anton Spengler und Cons. in Sachen gegen Math. Fendt zu Maingründel, Landgerichts Zusmarshausen, im Regierungsbezirke von Schwaben und Neuburg, wegen Viehweidens. — IV. Die darin enthaltenen Dienstesnachrichten sind unsern Lesern bereits schon früher mitgetheilt. — V. Pfarrei- und Beneficien-Verleihung, Präsentationsbestätigung. Das Beneficium St. Crucis et Assumptionis B. V. Mariae zu Sünching wurde dem Pfarrer zu Kammern, Franz Seraph Hechinger, verliehen, und die von dem hochwürdigen Hrn. Bischof von Augsburg ausgestellte Präsentation auf das Curat- und Schul-Beneficium in Emershofen an den dermaligen Verweser desselben, Benedikt Klein, wurde genehmigt; ferner wurde die III. protestantische Pfarrstelle in Speyer dem bisherigen Pfarrer zu Oppau, Karl Philipp Jakob König, verliehen. — VI. Der von dem Domcapitel zu Augsburg geschehenen Ernennung des seitherigen Domvicars, bischöfl. geistl. Rathes und Secretärs, Priester Anton Steichele zu Augsburg, zu der durch das Ableben des Canonicus Priester Eustach Rieger, und das sofort stattfindende Vorrücken der übrigen jüngern Canoniker erledigten achten Canonicatsstelle in dem bischöfl. Capitel zu Augsburg, wurde die Genehmigung ertheilt. — VII. Dem Kriegscommissär der dritten Armeedivision, Joseph Glockner, und dem Obersten und Commandanten der Festung Wülzburg, Ferdinand Zech v. Deubach Frhrn. zu Sulz, wurde das Ehrenkreuz, dann dem Pfarrer zu Gallenbach, Martin Münch, die Ehrenmünze des königl. bayer. Ludwigordens verliehen. — VIII. Gewerbsprivilegien-Verleihungen. Dem vormaligen Schmiedmeister und Hausbesitzer zu Freising, Michael Wagenpfeil, auf Anwendung des von ihm erfundenen verbesserten Verfahrens bei Verfertigung von Eisenketten, welche gleich dicke und große Glieder erhalten, an der Schweißstelle nicht aufspringen, und durch große Dauer und Tragkraft sich auszeichnen, für den Zeitraum von fünf Jahren; dem Lackirer und Chemiker aus Ulm, Gottlieb Neuffer, dermalen in München, auf Anwendung des von ihm erfundenen Verfahrens, Meubeln und andere Gegenstände aus ordinärem weichen Holze mittels einer eigenthümlichen Naturholz-Lackmalerei solchen Gegenständen aus edlen Holzarten ganz ähnlich zu verfertigen, für den Zeitraum von drei Jahren; dem vormaligen Buchbindermeister in München, Nik. Schwaighart, auf Anwendung des von ihm erfundenen verbesserten Verfahrens, Bücher mittels einer Schneid-, einer Schneidsäg-Maschine und einer excentrischen Hobelpresse zu binden, für den Zeitraum von drei Jahren; den Mechanikern und Fabrikbesitzern zu Köln, Hagen und Bähreus, auf Einführung des von ihnen erfundenen, in Preußen unterm 20. Sept. 1847 auf die Dauer von sechs Jahren patentirten Schiebers für rotirende Dampfmaschinen für den Zeitraum von fünf und dreiviertel Jahren; dem functionirenden Stadtcommissariats-Officianten zu Augsburg, Joseph Geiger, auf Anfertigung des von ihm erfundenen verbesserten Schnellschußschiffchens, mittels dessen das Leinengarn ebenso leicht wie Baumwollgarn gewoben werden kann, für den Zeitraum von einem Jahre; dem Werkzeugmacher zu München, Martin Grimm, auf Bereitung eines Kohlensäure haltenden, moussirenden Getränkes, Gingerwater genannt, nach dem von ihm erfundenen eigenthümlichen Verfahren, für den Zeitraum von zwei Jahren; dem Hutmachermeister zu Mering, Joseph Wankmüller, auf Herrichtung und Verfertigung buntfarbiger und geblümter Filzschuhe und Stiefel, Tisch-, Fuß-, Zimmer-, Chaisen- und Waggons-Teppiche, Pferddecken, Reise-, Jagd- und anderer Taschen rc. von Filz, nach dem von ihm erfundenen eigenthümlichen Verfahren, für den Zeitraum von fünf Jahren.

Baden.

Karlsruhe, 9. Febr. (XXII. Sitzung der zweiten Kammer.) Der Vicepräsident Bader verkündet der Kammer, daß Se. königl. Hoh. der Großherzog die ihm durch eine Deputation überreichte, die Unterstützung der drei Fabriken betreffende Adresse mit folgenden Worten entgegengenommen habe: „Mit Freude empfange Ich in dieser Adresse die Beistimmung der Stände zu Meinen Vorlagen in Betreff unserer theilweise gefährdeten Industrie, und Ich erkenne darin ein schönes Zusammenwirken der Kammer mit der Regierung. Meine Aufmerksamkeit ist stets unserem Gewerbfleiß zugewendet, da so viele theils arme Familien dadurch ihre Nahrung finden und Ich wünsche aufrichtig, daß unser gemeinschaftliches Bestreben mit dem schönsten Erfolg gekrönt werde. Mit Vergnügen spreche Ich Meinen getreuen Ständen Meinen warmen Dank aus.“ — Nach erfolgter Vorlage mehrerer Petitionen, worunter auch eine solche von Studirenden aus Heidelberg um Aufhebung der akademischen Gerichtsbarkeit, zeigt Hecker eine Motion an auf Aufhebung der Güteransammlung in todter Hand und Beseitigung der dahin zielenden Staatseinrichtungen. (Schw. Mkr.)

Preußen.

Berlin, 5. Febr. Die Aussicht auf baldige Entscheidung für eine zweijährige „Periodicität“ des vereinigten Landtags erhält sich noch immer. Daß man sich auch mit einer Prüfung der Wahlgesetze beschäftigt, geht aus einem Erlaß des Ministeriums des Innern an die Regierungen hervor, in welchem es heißt, daß, um zu einer richtigen Beurtheilung der Klagen über ungenügende Vertretung des zweiten und dritten Standes zu gelangen, eine genaue Untersuchung stattfinden solle, wieviel Bodenfläche die Rittergüter, die Städte, und das bäuerliche Grundeigenthum besitzen. Wir glauben nun zwar nicht, daß das zu ermittelnde Verhältniß für sich allein den Maßstab zur Beurtheilung jener Klagen abgeben könne, wie denn auch die Ansprüche auf eine andere Vertretung nicht von dem Hypothekenwerthe der Städte oder dem Werthe der Ritter- und Bauerngüter ausgegangen sind; indessen dürfte eine billige Ausgleichung darin zu finden seyn, daß jeder Stand eine gleiche Zahl von Abgeordneten zu erwählen hätte, wie es in der Rheinprovinz geschieht, und auch anderwärts gewünscht wird. (Karlsr. Z.)

Berlin, 5. Febr. Der russische Ueberläufer Julius v. Trojanowski, welcher in den diesseitigen Staaten studirend sich an der jüngsten polnischen Verschwörung stark betheiligt hatte und sich deßwegen hier in der Haft befand, hat sich seiner Gefangenschaft durch die Flucht entzogen. Als Geisteskranker nebst zwei andern der polnischen Gefangenen in einem Hospitale eingesperrt, zog er den Ueberrock eines Arztes der Anstalt an, und entfernte sich am hellen Tage, ohne Hindernisse zu finden. Wenn man sich fragt, warum von jenen dreien gerade er die Flucht ergriffen, so dürfte in dem inhaltsschweren Kartellvertrag zwischen Preußen und Rußland die Antwort liegen; denn die andern zwei sind Preußen. — Wir erfahren aus sehr glaubwürdiger Quelle, daß auch die, aus acht Personen bestehende Staatsschuldendeputation noch während des Zusammenseyns der Ausschüsse, und gleich darauf die Provinziallandtage einberufen werden sollen. Diese rasche Aufeinanderfolge unserer neuen aus dem Verfassungspatente sich ergebenden ständischen Wirksamkeiten scheint ihren Grund darin zu haben, daß jenes Patent seinem ganzen Inhalte nach baldmöglichst ausgeführt werden soll, um dasselbe alsdann Veränderungen im Sinne der Petitionen des Landtags, für welche Veränderungen sich jetzt auch Hr. v. Bodelschwingh erklärt haben soll, zu unterwerfen. Um bis dahin keinen Anlaß zu Streitfragen über die Verfassung zu geben, soll von der gouvernementalen Seite her den conservativen Mitgliedern des Ausschusses empfohlen worden seyn, an den Ausschuß keine Petition oder Beschwerde zu bringen, obgleich ihnen dieß Recht, dem Patente zufolge, zustehe. Den Oppositionsmitgliedern selbst aber wurde deutlich genug zu verstehen gegeben, daß das Patent eine Umgestaltung erfahren dürfte.

(C. v. u. f. D.)

Gegen Hrn. v. Holtzendorff ist neuerdings wieder eine Voruntersuchung (die sich wahrscheinlich auf seine Schrift „In Preußen!“ bezieht) eingeleitet worden. Der andere Proceß des Hrn. v. Holtzendorff scheint zu Ende zu seyn, ohne zu einem Resultate geführt zu haben. Die Verhöre haben herausgestellt, daß Hr. v. Holtzendorff sich rücksichtlich der Baueradresse keiner strafbaren Umtriebe schuldig gemacht hat, indem er dieselbe lediglich zirkuliren ließ. Der Oberappellationssenat des Kammergerichts fand keinen Grund, die weitere Untersuchung einzuleiten, und eine Remonstration des Staatsanwalts hatte nur eine wiederholte Ablehnung zur Folge.

(N. Z.)

In Berlin ist das Curatorium der Diakonissenanstalt Bethanien zum ersten Male zu einer Berathung zusammengetreten. Die Stellen der männlichen Mitglieder desselben und ihrer Stellvertreter sind das erste Mal durch unmittelbaren Befehl des Königs und die der weiblichen Mitglieder und Stellvertreterinnen durch Wahl der Königin besetzt. In Zukunft ergänzt sich das Curatorium selbst. Zur Zeit sind nur etwas über siebenzig Kranke in der Pflege der Anstalt, weil die bis jetzt vorhandene Zahl der Diakonissen für mehr Kranke nicht

Digitized by Google

ausreicht. Eine nicht geringe Zahl von Probepflegerinnen ist aber schon angenommen und in Thätigkeit, um zu Diakonissen herangebildet zu werden. Der König hat 100 Krankenbetten fundirt, und der hiesige Magistrat die Fundirung von andern 50 zugesichert. Die 150 bis 200 Krankenbetten, auf welche die Anstalt außerdem noch eingerichtet ist, bieten nun der Privatwohlthätigkeit ein reiches Feld zu der gesegnetsten Wirksamkeit dar. An der Spitze der unmittelbaren Verwaltung der Anstalt steht als Oberin Frau v. Rantzau.

(Pr. Bl.)

In Zergenschleuse am Finowkanal sind am 30. Jan. 40 Familien mit 150 Seelen aus der evangelischen Gemeinde ausgeschieden und haben sich der Stettiner deutsch-katholischen Gemeinde angeschlossen. (Stett. Z.)

Breslau, 2. Febr. Wenn auch sehr reiche Hülfe des Staats zutritt, so wird die Privatwohlthätigkeit dennoch in hohem Maße in Anspruch zu nehmen seyn, denn allein im Kreise Pleß wird jetzt die Zahl der verwaisten Kinder auf 3000 angegeben. Dr. Künzer mit 20 Conventualen und Novizen des barmherzigen Brüderklosters, darunter zwei Chirurgen, geht in die Kreise Rybnik und Pleß, um die Krankenpflege in den vom Typhus heimgesuchten Ortschaften zu übernehmen und zu leiten. Der Fürstbischof Frhr. v. Diepenbrock hat, nachdem derselbe 500 Thlr. bereits nach Rybnik und 500 Thlr. nach Pleß zur Unterstützung der Nothleidenden gesendet, neuerdings den Conventualen der barmherzigen Brüder 500 Thlr. mitgegeben. Es wurde beschlossen, die eingehenden Beiträge namentlich auf die Vorsorge für die Waisen und Wiedergenesenden zu verwenden. Die katholische Geistlichkeit ist bereits durch ihre Oberen aufgefordert worden, den Wohlthätigkeitssinn der katholischen Glaubensgenossen für das vaterländische Werk der Aushülfe der Bedrängten zu interessiren; die Bitte an die evangelische Geistlichkeit der Provinz, auf gleiche Weise den Wohlthätigkeitssinn der evangelischen Bevölkerung anzuregen, wurde beschlossen. (Schles. Bl.)

Köln, 6. Febr. Unser vereinigtes Karnevals-Comité hat, weil der Gemeinderath darauf beharrt, den Gürzenichsaal für die zwei Karnevalstage nur gegen die gesetzliche Armenabgabe von 25 pCt. der Bruttoeinnahme zu Ball und Picknik zu überlassen, seine Verrichtungen niedergelegt, und die Vorstände der beiden Gesellschaften haben den Beschluß gefaßt, für dießmal auf die Benutzung des Gürzenich zu verzichten und sich für das Fest ein eigenes Lokal, das heißt eine große Bretterbude zu bauen, die freilich gegen den Kaufhaussaal unvortheilhaft abstechen wird. Dieser Vorstandsbeschluß wird vielfach mißbilligt; man hofft jedoch, daß die Vorstände, weil es nun einmal nicht anders ist, sich zur Zahlung der Armenabgabe und zur Beibehaltung des Gürzenichs bequemen werden. (Schw. Mkr.)

Schleswig-Holstein.

Dem „Altonaer Merkur" wird aus Schleswig vom 2. Febr. geschrieben: Das gestern hier angelangte Verfassungspatent hat in allen Kreisen eine tiefe Aufregung hervorgerufen; man scheint meistentheils in der durch die königl. Urkunde vom 23. v. M. angedeuteten, bereits von des hochseligen Königs Majestät beabsichtigten Ordnung der öffentlichen Verhältnisse des Staats" nicht die jetzt verkündete reichsständische oder genauer: Verfassung gemeinschaftlicher Stände für das Königreich und die Herzogthümer erwartet zu haben, so wenig wie man im Allgemeinen die bereits gefaßten Hoffnungen dadurch verwirklicht sehen zu können glaubt. Die sofort beim ersten Eindrucke vorherrschende Besorgniß scheint vor Allem zu seyn, daß die zu Eingang des Patents vorangestellte königl. Absicht des allerhöchsten Gesetzgebers, durch die beabsichtigte Verfassung die Aufrechthaltung der Selbstständigkeit der Herzogthümer zu sichern, bei der practischen Durchführung trotz des besten Willens schwer zu erreichen sey, dergestalt, daß die mit dankenswerther Volksfreundlichkeit ertheilten liberalen Attribute der neuen „gemeinschaftlichen Stände", bei der Auflegung von Steuern, bei der Finanzverwaltung und bei der Gesetzgebung über gemeinschaftliche Angelegenheiten eine beschließende Mitwirkung auszuüben, in concreten Fällen sogar den entgegengesetzten Einfluß erlangen können, indem überall, wo die die Herzogthümer betreffende Ansicht in der Minorität sich befinden sollte, die Sache in die Lage gerathen werde, daß — und zwar dann durch verfassungsmäßigen Majoritätsbeschluß — das Königreich den Herzogthümern Steuern und Gesetze dictire.

Schleswig, 2. Febr. Aus Kopenhagen vernehmen wir, daß der seit Entlassung des Prinzen Friedrich von Augustenburg erledigte Posten des commandirenden Generals in den Herzogthümern mit dem Prinzen Wilhelm von Hessen, dem Schwager des verstorbenen und Oheim des jetzigen Königs, wieder besetzt werden soll, welcher mit einem fürstlichen Hofstaate angethan, auf dem Schlosse Gottorf residiren wird. Ob er auch zugleich zum Statthalter der Herzogthümer ernannt werden wird, oder ob Kammerherr von Scheel noch Verweser der Statthalterschaft bleiben soll, ist zur Zeit nicht entschieden.

(W. Z.)

Aus dem Holsteinischen, 3. Febr. Alle Verordnungen für die Herzogthümer Schleswig-Holstein werden jetzt wieder nicht blos deutsch, sondern auf der gegenüberstehenden Seite in dänischer Sprache verkündet, während seit dem Jahre 1842 die für das Herzogthum Holstein bestimmten Exemplare solcher Verordnungen nur deutsch verkündet wurden. Wahrscheinlich werden nun auch die Bestallungen für Beamte, welche in Holstein eingesetzt werden, künftig in beiden Reichssprachen, also nicht blos deutsch, sondern auch dänisch ausgefertigt werden und dasselbe auch für Schleswig stattfinden, wo seither die Bestallungen nur in dänischer Sprache ertheilt wurden. (Börsenh.)

Hannover.

Hannover, 3. Febr. Eine der letzten Nummern der „Hannoverischen Zeitung" enthält ein Verzeichniß der Mitglieder beider Kammern. Die Presse hatte sich indeß schon lange mit den Ergebnissen der Wahlen beschäftigt, und das Land weiß, daß es von der neuen Volkskammer mehr zu hoffen hat, als von der vorigen mit einer so großen Zahl von Beamten. Die Universität hat wieder Keinen aus ihrer Mitte für fähig gehalten, im Ständesaale zu erscheinen, und lieber ihr Mandat in die Hände eines Regierungsrathes gelegt. Es hat nach der Wahl nicht an Motivirungen derselben, nicht an Empfindlichkeiten gegen die Presse gefehlt; aber die Thatsache, daß die Universität sich wieder, wie immer seit dem Abgange Dahlmanns und seiner ehrenwerthen Freunde, so auch bei dieser Wahl, abhängig und ohne Muth benommen hat, kann durch nichts widerlegt werden. (Köln. Z.)

Freie Städte.

Frankfurt, 4. Febr. Briefe aus Wien melden, daß der Staatsminister, Graf v. Münch-Bellinghausen, in diesem Monate noch nicht nach Frankfurt zurückkehren werde. — Die Sitzungen der Bundesversammlung nehmen einen regelmäßigen Fortgang, doch waren die in der letzten Zeit über die Thätigkeit der hohen Stelle verbreiteten Gerüchte durchaus ungenau. Die Preßgesetzfrage ist es jetzt namentlich, welche die Bundes-Versammlung lebhaft beschäftigt und man hofft auch, daß darin ein nach beiden Seiten hin befriedigendes Ziel erreicht werde.— Da in der letzteren Zeit, namentlich in benachbarten Orten, gesetzwidrige Versammlungen von aufgelösten und noch tolerirten Turngemeinden stattfanden, so haben die Behörden der nahen Staaten Anordnungen getroffen, um in Zukunft dergleichen Versammlungen nicht mehr zu dulden. Sie werden auch wahrscheinlich nun kaum noch versucht werden.

(A. Pr. Z.)

Hamburg, 3. Febr. Die Elbe wird ein Seitenstück abgeben zu dem Vorfall am Rheine, als vor acht Jahren die Hessen bei Biebrich Steine in sein Bett warfen, um die Concurrenz dieses neuen Hafens gegen Mainz mit einem Male zu vernichten. Hannover will bekanntlich um jeden Preis Harburg zu einem Seehafen gestalten, und hat zu diesem Behufe, und um das Fahrwasser zu vertiefen, einen der Elbarme, beim sogenannten Köhlbrand, eindämmen lassen. Dadurch hat das Wasser eine gewaltige Strömung erlitten, welche es geradezu auf das rechte Ufer nach dem Altonaer Hafen zutreibt, und bereits eine so starke Wirkung ausübt, daß das Fundament einer ganzen Straße, der Elbstraße, wo die größten Speicher stehen, unterhöhlt ist und dem Einsturz droht. Dänemark hat bereits mehrere Male und immer dringendere Vorstellungen in Hannover gemacht; allein dieselben sind bis jetzt unbeachtet geblieben. Es beruft sich dabei auf die letzte Elbschifffahrtsacte, welche dergleichen einseitige willkürliche Wasserbauten, ohne Einvernehmen mit den angränzenden Uferstaaten, verbietet. Allein während aller dieser diplomatischen Proteste und Gegenproteste strömt das Wasser fort, und das Unglück kann jeden Tag geschehen. (Köln. Z.)

Schweiz.

Bern, 8. Febr. In der gestrigen Sitzung der Tagsatzung wurde die dargebotene Bürgschaft für den Kriegskosten-Antheil von Freiburg angenommen, und Aufhebung der Besetzung dieses Kantons beschlossen. Ueber die von Schwyz dargebotene Sicherheit dagegen, welche die Commission für ungenügend erachtete, ergab sich keine Mehrheit. Zum eidgenössischen Kanzler wurde erwählt Hr. Staatsschreiber Schieß mit 20 Stimmen, 2 Stimmen fielen auf Hrn. Amiet. Vorgelegt wird noch ein Bericht der eidgenössischen Repräsentanten in Luzern, welcher scharfen und wohlverdienten Tadel gegen das neue Raubdekret des dortigen Großen Raths ausspricht; derselbe soll sämmtlichen Ständen mitgetheilt werden.

In der Sitzung des Großen Raths von Basel am 7. Febr. wurde noch der Antrag des Prof. Schönbein auf politische Gleichstellung aller kirchlichen Bekenntnisse durch die Bundesverfassung — „eine Feuerbombe, die aus dem chemischen Laboratorium in die Versammlung geschleudert worden," wie Prof. Hagenbach sich ausdrückte, indem er den Antrag bekämpfte — mit 32 gegen 16 Stimmen an den Kleinen Rath zur Berathschlagung überwiesen.

Italien.

Rom, 1. Febr. Die Aufnahme, welche die Nachrichten von den Neapolitaner Reformen hier gefunden haben, ist freudig, bis jetzt aber hat sich alles streng in den Gränzen reiner Sympathie gehalten. Gestern Abend war großer Jubel im Theater Tordinona. Es wurden die üblichen Demonstrationen des Zusammenkettens von Taschentüchern und ähnliche Symbolisationen der Einigkeit vorgenommen. Der Papst soll am Abend des Empfangs der wichtigen Nachrichten eine außerordentliche Congregation zusammenberufen haben, und P. Ventura, welcher selbigen Tags bei Sr. Heiligkeit zur Audienz gewesen war, hatte sich mit sichtbaren Zeichen der Zufriedenheit in Betreff der freundlichen Aufnahme die ihm geworden war, aus dem Palast entfernt. Für das Volk ist dieß ein Wetterzeichen. Denn dieser freisinnige Geistliche besitzt des Volkes ganzes Vertrauen. An der Ertheilung der Erlaubniß zur Veröffentlichung der Verhandlungen der Staatsconsulta zweifelt unter den gegenwärtigen Umständen niemand mehr. (A. Z.)

Neapel, 29. Jan. Mitternacht. Der Jubel währte bis in die späte Nacht hinein, Nirgends sah man Gendarmen und Sbirren; nur die Civica sorgte für die Aufrechthaltung der Ordnung. Im Theater wurde Attila von Verdi gegeben. Die Hauptschauspieler und Schauspielerinnen erschienen mit breiten Tricolorschärpen, Tänzer und Tänzerinnen mit Cocarden auf der Brust. Selbst die anwesenden Polizeicommissäre trugen Tricolorcocarden. Jede nur irgend nach Freiheit duftende Stelle des beschnittenen Operntextes wurde beklatscht. Der König und die königl. Familie waren nicht anwesend. Man erwartet den König übermorgen. Nach vierzehn aufregenden Tagen bedurfte man wahrlich im königl. Palast der Ruhe und aus diesem Grund nahm das Publicum die Wegtreibung der vor dem Schlosse lärmenden Massen durch Husaren auch nicht sehr übel. Der Toledo strahlte den ganzen Abend hindurch im herrlichsten Glanze der improvisirten Illumination. Kolossale Fahnen und zierliche Fähnlein, Seidentücher mit Pius IX., mit Inschriften und Tricolorfarben, Schärpen und Cocarden wehten und wogten bis spät in die Nacht hinein durch den Toledo und von nahe und fern erschollen die Freudenrufe: Evviva il Rè, Evviva la Costituzione! Der König ritt (wie gemeldet) mit seinen Brüdern, den Grafen von Aquila und Trapani, dem Generalstab und einem Cavalleriegefolge durch den Toledo bis zu den sogenannten Studien hinauf, dann durch die ältern Stadttheile und kehrte über den Largo di Castello ins Schloß zurück. Ungeheuerer Jubel empfing ihn überall. Der König blieb größtentheils unbedeckten Hauptes und grüßte rechts und links, einzelne sogar mit Worten und kurzen Bemerkungen. Des Königs Züge waren ernst und feierlich. Durchwachte sorgenvolle Nächte lagen auf seiner Stirn und die näheren Umgebungen melden, daß mehr als ein graues Haar sich eingeschlichen. Mit edler Freimüthigkeit äußerte er sich über den allgemeinen Jubel. Er sah, daß das Volk ihn liebte, er erkannte, daß der düstere Unwillen nicht ihm, sondern seinen Ministern und einzelnen böswilligen Rathgebern gegolten habe. Die eigenthümlichsten Gruppen im Gedränge der Menschen bildeten die vielen verhaßten Ge-

wesenen. Ihnen rief alles entgegen; man drückte und küßte sie halb todt; man führte ganze Schaaren unter die Fenster ihrer Wohnungen und brachte ihnen die feurigsten Lebehoch. Die Sicilianer aber blicken stolzer und ruhiger auf das Roth der Cocarde auf ihrer Brust und sagen: E sangue nostro! (A. Z.)

Neapel, 30. Jan. Zwei Dinge springen schon jetzt in Bezug auf die innern Verhältnisse scharf in die Augen. Es ist die große Bewegung in den untersten Volksclassen und die Verstimmung des mächtigen Corps der Gendarmen, welches in Delcarretto einen strengen aber sehr geliebten Führer hatte. Delcarretto verschwand auf geheimnißvolle Art, man weiß nicht, welches Schicksal ihn ereilt, und finster blickt die kräftige Soldatesca welche unter ihm stand auf die Ereignisse des Tages. Schon munkelt es von verwechselter Parole, Verhaftungen einzelner u. dgl. Die Lazzaroni, behufs einer Contrerevolution durch Geld, beredte Worte (Don Placido, Mons. C.) und falsche Versprechungen aufgeregt, erhoben sich bereits in zahlreicher Masse. Aus dem Kreise meiner Bekannten kann ich 6 Personen namhaft machen denen die Cocarde von Lazzaronihaufen abgerissen wurde und welche Steinwürfe empfingen. Haufen von 80—200 Mann fielen Wägen und Fußgänger an, besonders in Carmine, Foria, St. Lucia und sogar auf der sonst so friedlichen Mergellina. Man raubte verwundete und bettelte in einzelnen Quartieren nach Herzenslust. Siamo fratelli, siamo tutti eguali! schreien einige; andere fluchen, daß man den König beleidigt habe, reißen die grün-weiß-rothe Cocarde ab, und verlangen, daß man Evviva il Re rufe. Gestern Abend mußte auf einen solchen Schwarm in der Strada Costantinopoli von Schweizern Feuer gegeben werden; es blieben drei auf dem Platze. In Carmine befreiten die Schweizer einen Wagen mit drei Fremden aus ihren Klauen u. s. w. Dem Könige selbst, dem Prinzen von Salerno und andern redlichen Personen erschien die Sache so bedenklich daß die Civica verdoppelt und verdreifacht wurde. — Diesen Abend erschien der König im glanzvoll erleuchteten S. Carlo-Theater. Er trat sehr ernst in die Loge; ein unermeßlicher Jubel, ein 15 Minuten langes Evviva empfing ihn. Die Damen erhoben sich alle, schwenkten die Tücher und jubelten hoch auf, bis endlich freundliche Heiterkeit auf das Antlitz des Königs zurückkehrte. Die Cocardenwuth der Schauspielenden war heute gezügelter. (A. Z.)

Neapel, 1. Febr. Palermo ist nun auch in Bezug auf die Erhaltung der Ordnung in der Hauptstadt Neapel Muster geworden. Jedermann ist bemüht, sein Scherflein dazu beizutragen, und mit Ausnahme der Lazzaronibewegung fanden keine Störungen statt. Alle Tagblätter, Gedichte, Proclame streben nach dem lobenswerthen Ziel: Ordnung und Mäßigung. Ueber Delcarretto wird so viel zusammengefabelt, daß Eugen Sue nicht ermangeln wird nächstens einen Roman dieses Namens herauszugeben. Als Wahrheit stellt sich heraus, daß Delcarretto überrascht wurde; er wurde mit Pässen und Geld versehen, und wird in Genua, La Spezia oder Marseille ans Land gestiegen seyn. Daß Delcarretto an der Spitze der Gendarmerie zu fürchten war, ist jedermann einleuchtend. Nachschrift. Majo kam heute aus Palermo an; auch verschiedene Truppenabtheilungen welche in Neapel, Castellamare und Portici in aller Stille ausgeschifft werden. Messina soll bombardirt seyn (bedarf der Bestätigung.) Catania ist in vollem Aufstand. Noch drang die Nachricht von der Constitution nicht dahin. Die Sicilianer sind vollkommen Meister, und wer weiß, ob sie die Constitution annehmen? Hier wird es ruhiger. Es tauchen Journale vollauf empor, und in den Cafés haben sich bereits die zwei Constitutionskammern gebildet. Auf den Straßen, schreien Leute: La bella legge per un grano! (so nennt man das Constitutionsdecret.) Don G. Garzia ist Kriegsminister geworden. (A. Z.)

Aus Sardinien. Ein Schreiben aus Genua vom 31. Jan. sagt: Aus Turin hat das Regiment der Königin den Befehl erhalten, unverzüglich in Eilmärschen nach der Festung Alessandria (im Jahre 1168 nach der Eroberung Mailands durch Friedrich Rothbart von vertriebenen Mailändern, als ein „Trutzdeutschland" erbaut und nach des Kaisers Feind, Papst Alexander III., Alessandria benannt) abzugehen. Ebendahin sind von andern Orten her ein Regiment Reiterei und einige Batterien Artillerie im Marsch. — Die Lega Italiana (Genueser Blatt) vom 1. Febr. fordert den König von Sardinien auf, dem Beispiel Neapels zu folgen und eine Constitution zu gewähren. Bei den Ehrenbezeugungen vor dem Hause des neapolitanischen Consuls auf dem Campetto hörte man auch den Ruf: Es lebe die Constitution! — Der Messaggere Torinese schreibt: Zu Gravalone ist verhaftet und in das Gefängniß zu Voghera gebracht worden der Gränzpostinspector Spagna, angeklagt, der lombardischen Polizei in Pavia Briefe von dortigen Studenten nach Turin ausgeliefert zu haben.

Aus Monaco meldet das Eco delle Alpi marittime, daß Fürst Florestan in Folge der schon gemeldeten Kundgebungen des Volkes dieselben Reformen, die in Sardinien stattgefunden, versprochen habe.

Frankreich.

Paris, 7. Febr.

In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer begann die Verhandlung über den Absatz der Antworts-Adresse in Betreff der Wahlreformessen. Duvergier de Hauranne, der erste Redner, sieht in dem von der Regierung dagegen erlassenen Verbot eine Verleugnung des Grundsatzes der Julirevolution. Wie es heißt, wird wirklich noch in dieser Sitzung, aber nur im Allgemeinen, d. h. ohne Verhandlung und Abstimmung, von gewissen Zugeständnissen bei den Wahlangelegenheiten die Rede seyn.

Der Canonicus und Generalvicar von Lyon, Abbé Lyonet, ist zum Primicier der k. Capelle von Dreux ernannt mit dem Titel eines Erzbischofs in partibus, den der König bei dem heiligen Stuhl für ihn nachsuchen wird. Derselbe ist Verfasser eines Lebens des Cardinals Fesch, einer Geschichte des Hrn. d'Avian, Erzbischofs von Bordeaux und mehrerer theologischer Werke.

Im Zusammenhang mit der Ausweisung des Schriftstellers Engels steht die Verhaftung mehrerer deutschen Arbeiter, welche einer communistischen Verbindung wegen in die Conciergerie gebracht wurden.

Großbritannien.

Die amtliche „Gazette" meldet daß Ihre Majestät Hrn. Adolph Brandt als königl. bayer. Generalconsul in London bestätigt habe.

Die Krankheit des greisen Erzbischofs von Canterbury, Primas des Reichs, Dr. William Howley, (geboren im Jahre 1765) hat seit zwei Tagen eine so gefährliche Wendung genommen, daß man den schlimmsten Ausgang fürchtet. — Auch die Frau Herzogin von Kent, Mutter der Königin, ist jetzt von der Grippe ergriffen.

Englische Blätter vom 5. Febr. schreiben: Von Leeds geht eine Antikriegspetition der Industriellen aus, gerichtet gegen alle Plane zu Kriegsrüstungen, da, wie Cobden meint, durch die Freihandelspolitik der ewige Friede feststehe. Bereits zählt die Bittschrift 23,630 Unterschriften.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 10. Febr. Bayerische 3½pCt. Obligationen 90 P., — G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 660 P., — G. Promessen per Stück Agio 74 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 103 P., — G.; 4pCt. 90 P., — G.; 3pCt. 64 P., — G. Bankactien 1. Semester 1570 P., — G. Württembergische 3½pCt. Obligationen — P., 88½ G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½pCt. Obligationen — P., 88¾ G.

Frankfurt, 9. Febr. Metall. 5pCt. 101 7/8; 4pCt. 87 7/8; 3pCt. 64; Bankactien 1877; Taunus-Eisenbahn-Actien 357½; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 56¼; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 86¾; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Frankfurt, 8. Febr. Die bekannten Vorgänge zu Neapel haben bis heute noch keinen unvortheilhaften Einfluß auf die Börsengeschäfte geäußert. Vielmehr vermeinen unsere Börsenmänner in der raschen Entwickelung der dortigen Krisis eine Bürgschaft mehr für Erhaltung des Friedens zu gewähren, da bei einer nunmehr vollendeten Thatsache — fait accompli — eine materielle Intervention gar nicht mehr zu besorgen sey, mithin auch die damit verknüpften Kosten erspart und den Staatsfinanzen der intervenirenden Macht zu Gut kommen würden. Anderntheils sind unsere Salonspolitiker der Ansicht, daß die erwähnten Vorgänge als das folgenreichste Erlebniß seit der französischen Julirevolution von 1830 zu betrachten sey. Insbesondere würden solche die Lösung mancher noch obschwebenden Verfassungsfragen im Sinne des zeitgemäßen Fortschritts auch in Deutschland sehr fördern. — Gestern Mittag wurden die Gerichtssiegel sowohl im Geschäftslocale des Bankhauses Haber, wie auch in den Privatwohnungen der beiden hier vor der Zahlungseinstellung residirenden Associés dieses Hauses angelegt. (D. Z.)

Immer wird noch sehr über die Stockung der Geschäfte geklagt, und da der Credit durch die stattgehabten großen Bankerutte sehr erschüttert ist und nur Disconto von ersten Häusern genommen wird, so befürchtet man noch mehr Fallissements, wie denn auch ein Bandgeschäft in große Bedrängniß kam und eine Passivsumme von mehr als 300,000 fl. aufzuweisen hat. — Die Börse ist sehr gedrückt, zeigt sich indessen seit einigen Tagen etwas fester. Das Geld ist überaus flüssig, wird aber von großem Mißtrauen bewacht. — Die Industriehalle des Handwerkervereins stattet sich immer reichhaltiger aus und findet mehr und mehr Beachtung beim Publicum. Für die am 13. zu veranstaltende Industrie-Lotterie sind bereits an 2000 Loose abgesetzt.

Wien, 7. Febr. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 101½; zu 4pCt. in CM. 87; zu 3pCt. in CM. 62; Bankactien per Stück 1578; Nordbahn 131½.

Amsterdam, 5. Febr. 2½pCt. 54 1/16; 3pCt. 65 7/8; 4pCt. 84 7/16; Synd. 3½pCt. —; Handels-Maatschappy —; Ard. 16 1/16; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. —.

Paris, 6. Febr. 3pCt. 74 Fr. 45 C.; 5pCt. 117 Fr. — C.

London, 4. Febr. Consols 89.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag den 13. Februar: „'S letzt Fensterln," Alpenscene von Seidl. Musik von J. Lachner. Hierauf: „Dr. Robin," Lustspiel nach dem Französischen von Friedrich. Zum Beschluß: „Drei Jahre nach dem letzten Fensterln," Alpenscene von Seidl. Musik von Lachner.

Montag den 14. Februar: „Erster Maskenball."

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. PP. Angus und Mayer, Privatiers von Frankfurt; Goddin, Rentier aus England.

Hôtel Maulik. H. v. Bator, Gutsbesitzer v. Weimar.

Gold. Kreuz. PP. Wernsfeld, Negotiant v. Wien; Kraus, Privatier v. Straubing; Schneidheim, Negotiant v. Linz.

Blaue Traube. PP. Graf v. Rochefort v. Paris; Dlle. Hesselbach v. Würzburg.

Stachusgarten. H. Wurmsberger, Gerichtsarzt v. Buchloe.

Gestorbene in München.

Katharina Dirschbacher, Taglöhnersfrau v. h., 75 J. alt; Franz Maier, Schmidgesell v. Bärnstein, Ldg. Tirschenreuth, 20 J. alt; Anna Hastreiter, Silberarbeitersfrau v. Tüßling, Ldg. Altötting, 32 J. alt.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

2255. (3c) Mittwoch den 16. Feb. 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Jänner 1847, und zwar von

Nro. 23,401 bis 31,428

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Dienstag den 22. Febr. 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 22. Jan. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

F. Negrioli, Mag.-Rath.

Schneh, Cassier. — Offenbrunner, Controleur.

Für die durch Brandunglück in Kemnath Heimgesuchten sind an Beiträgen eingegangen:

Uebertrag	59 fl. 24 kr.
Den 12. Febr. mit dem Motto: „Gott gebe seinen Segen dazu"	1 fl. — kr.
Summe	60 fl. 24 kr.

Um weitere mildthätige Beiträge wird dringend gebeten.

Expedition der Münchener politischen Zeitung, Knödelgasse Nr. 2.

Schubert, verantwortlicher Herausgeber.

Digitized by Google

Nr. 38.

Münchener politische Zeitung

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nr. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 3 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag XLIX. Jahrgang. 14. Februar 1848.

Deutschland.

Denkschrift über die Verhältnisse des deutschen Adels vom Fürsten von Leiningen seinen Standesgenossen übergeben.

(Fortsetzung.)

Wie die Gesinnungen des Mittelstandes sind und nach welchen Grundsätzen er regieren wird, so die Gewalt völlig in seinen Händen ist, darüber wird wohl Niemand in Zweifel seyn. Abschaffung der Ueberreste des Feudalwesens, auf dem früher in Deutschland fast alles basirt war, Abschaffung aller Privilegien, parlamentarische Verfassungen im ausgedehntesten Sinne, Preßfreiheit, Geschwornengerichte, Ministerverantwortlichkeit ꝛc., endlich — Einheit Deutschlands! denn es liegt ganz nahe, daß die Entwicklung dieser Institutionen in kleinen Staaten unpraktisch, oft lächerlich ist, hauptsächlich aber, daß der deutsche Handel und die Industrie — Leib und Seele der Mittelstände — nur dann volle Größe und Ausdehnung erlangen werden, wenn Deutschland nöthigenfalls mit gewaffneter Hand geltend machen kann, was ihm noth thut. In welcher Stelle befinden sich aber bei dieser Gestaltung der Dinge die deutschen Fürsten? Eine große Veränderung ist hier unbemerkt vor sich gegangen. Im vorigen Jahrhundert war die dynastische Politik der Fürsten allein maßgebend geworden, d. h. dieselben leiteten die innern und namentlich äußern Angelegenheiten ihrer Länder ganz nach Gutdünken und nach ihrer Ansicht, was für's Land oder für ihre eigenen Interessen am besten. Diese Politik der Fürsten ist nun übergegangen zu der Politik der Völker, d. h. erstere können jetzt nur das thun, was mit den Interessen letzterer, und zwar wie diese es verstehen, in Einklang steht. Unverkennbar strebt jetzt das deutsche Volk in seiner Gesammtheit nach einem bestimmten Ziel, nämlich nach politischer und religiöser Freiheit und nach Vereinigung. Was auch die Verschiedenheit der Meinung über den Begriff und die Nöthlichkeit der Sache selbst, über die Ursachen, über die Mittel zur Erreichung jenes Zieles, sowie des Zeitpunctes, wenn es erreicht werden wird, seyn mag, die Thatsache dieses Strebens selbst, sowie die an Gewißheit gränzende Wahrscheinlichkeit der Erreichung jenes Zieles, wird Niemand mehr in Abrede stellen können. Dennoch scheint von den Regenten die Gefahr in ihrer wahren Größe noch nicht erkannt worden zu seyn. Sie haben sich daher nicht, wie dieß in den Handelsinteressen geschehen ist, gleichzeitig auch in einer innern deutschen Politik vereinigt, um gefährlichen Uebergriffen der Demokratie zu begegnen, um sowohl die Stände als die Bureaukratie in gebührenden Schranken zu halten, um die Entwicklung des Mittelstandes zur Macht, sowie die erwachte Idee deutscher Einheit und deutschen Patriotismus mit ihren dynastischen Interessen in Einklang zu bringen. Freilich kann dieß nicht ohne Aufopferung des strengen Souveränetätsprincips in seiner vollen Ausdehnung und Unabhängigkeit geschehen, und hier wird wohl die Schwierigkeit der Lösung des Räthsels zu suchen seyn. Hält man nun diesen Gesichtspunct der politischen Zustände Deutschlands und ihrer weiteren Entwicklung fest, so kann man ziemlich deutlich erkennen, was für die Zukunft die Stellung der Standesherren seyn kann, seyn muß, so sie nicht in den Stürmen der Zeit ganz untergehen wollen. I. Die Standesherren werden Theilhaber an der Staatsgewalt selbst durch ihr erbliches Standschaftsrecht, welches in dem Maße an Bedeutsamkeit gewinnt, als das constitutionelle Leben sich entwickelt, und als sie nicht mehr ihre meist verhaßten Sonderinteressen werden zu vertreten haben. II. Dieselben werden an der Spitze des Adels und aller Grundbesitzer stehen. III. Sie werden jeweils das conservative Princip repräsentiren und vertreten. Die nächste Frage wird nun seyn, was jetzt als Vorbereitung für für diesen künftigen Zustand zu geschehen hat. 1) Ablösung aller Gefälle und Leistungen der Mediatunterthanen. 2) Entäußerung aller sogenannten Ehrenrechte, als Jurisdiction, Forstpolizei ꝛc. unter angemessenen schützenden Formen. 3) Abänderung der bestehenden Hausgesetze. 4) Wahrung und Ausdehnung des Standschaftsrechts. Zu 1. Die Berechtigung der Standesherren zu diesen Abgaben und Leistungen der Mediatunterthanen ist unbezweifelt, ebenso unbezweifelt aber daß ihr Fortbestand bereits jetzt unmöglich ist. Ehedem wurden die Unterthanen für diese Abgaben von ihren Landesherren regiert (wenigstens theilweise regirt); es fand eine Gegenleistung statt — ein ähnliches Verhältniß, wie jetzt zwischen dem Staat und dem Steuerpflichtigen. Nun wurden die Landesherren aber selbst Unterthanen, die Abgaben ihrer früheren Unterthanen dauerten indeß meistens fort, und wurden, da die früheren anderen Bande zerrissen waren, eine verhaßte lästige Bürde. Zudem sind unverkennbar viele dieser Gefälle und Leistungen in grellem Widerspruch mit den freien Institutionen unserer Tage und deren Entwicklung noch mehr mit der fortschreitenden Cultur des Bodens und dem Aufschwung der Industrie, welche bei der zunehmenden Bevölkerung zur Lebensfrage werden. Hiedurch allein ist der seit Jahren andauernde Kampf zwischen den Berechtigten und Pflichtigen zu erklären, welcher nachhaltig zum Schaden der ersteren ausgefallen ist. Die gewöhnliche Einrede gegen die Ablösung dieser Gefälle und Leistungen besteht darin, daß behauptet wird, hiemit werde neben pecuniären Verlust alles Ansehen und Einfluß der Standesherren schwinden, sie würden nur noch als vornehme Bauern fortbestehen. Hier tritt wieder die sehr verzeihliche und natürliche, aber nicht minder beklagenswerthe Illusion hervor, daß durch eine gewisse Analogie, welche zwischen der Steuerpflicht an den Staat und diesen Leistungen besteht, der Standesherr doch noch ein klein bischen Landesherr sey! Man übersieht dabei, daß der ganze Adel, vom Mittelstande vielfältig angefeindet, gerade wegen dieser Abgaben auch von dem Bauernstand meist gehaßt wird, daß, wenn sie eine Kette zwischen Herren und ehemaligen Unterthanen bilden, es eine von letzterem gehaßte ist, die er mit allen Mitteln zu brechen sucht. Mit dem Aufhören dieser Ursache wird der Bauernstand, dieses so bedeutsame Element in unsern deutschen socialen Zuständen, der natürliche Verbündete des großen grund- und stodenbesitzenden Adels. Welch' mächtige conservative Garantien liegen hierin! Statt eine Verminderung des landesherrlichen Ansehens und des Einflusses werden rechtzeitige Ablösungen gerade das Gegentheil hervorrufen. In unserer Zeit hat irgendein Stand, oder irgendein Individuum nur dann reellen Einfluß, Ansehen und Macht, wenn eines von beiden auf das Staatsleben oder die Gesellschaft überhaupt eine entscheidende Einwirkung besitzt. Macht gibt nur Theilnahme am Regiment, oder sehr viel Geld, beides natürlich im erhöhten Maßstabe, wenn es mit historischen Namen gepaart ist. Alles übrige ist Curtoisie, leerer Schall! Was die etwaigen pecuniären Verluste bei den Ablösungen betrifft, so stehen diese doch offenbar in keinem Verhältnisse zu der Gefahr, in welche ein gänzlicher Verlust dieser bedeutenden Vermögenstheile die Existenz der standesherrlichen Häuser brächte. Es ist gefährlich und unklug, dem sogenannten Zeitgeiste unbedingt zu huldigen; noch gefährlicher und unkluger aber sich unbedingt der Gewalt der Ideen entgegensetzen zu wollen. Der Untergang des Schwächern ist dann allemal die Folge! Zu 2. Die Entäußerung der sogenannten Ehrenrechte steht in enger Verbindung mit der Ablösung der Gefälle. Diese Vorrechte sollten einen Haupttheil jener Schadloshaltung bilden, welche die auf dem Wiener Congreß vereinten Souveräne ihren ehemaligen Mitständen darboten, obgleich in der Wirklichkeit selbst diese Gabe nur sehr spärlich gespendet wurde. War ihr Werth stets sehr relativ und illusorisch — etwa mit Ausnahme ihrer Benützung zur Eintreibung von Gefällen oder der kleinen Annehmlichkeit einem selbst angestellten, selbst bezahlten Beamten das befehlen zu dürfen, was ein anderer bereits befohlen hatte, oder ihm einen selbst erfundenen gestickten Rock anzuziehen, so hat sich dieser Werth jetzt sicherlich nicht erhöht. Dessenungeachtet glaubte man gerade in diesen Ehrenrechten das köstlichste Kleinod zu besitzen, die entfernteste Aehnlichkeit mit der verlornen Landeshoheit — und der mehr erwähnten Illusion sind gerade hier die bedeutendsten Opfer gebracht worden. Nicht allein aber, daß es räthlich erscheint, sich pecuniäre Vortheile durch Abgabe von Rechten zu sichern, deren Verlust bei einer höhern staatlichen Ausdehnung in Deutschland unvermeidlich, so hat die Entäußerung derselben auch noch aus einem andern Gesichtspuncte Bedeutung. Die Standesherren (der Adel überhaupt, denn beide sind nicht zu trennen) müssen trachten, so viel wie möglich aus ihrer dermaligen, auf einer veralteten, untergrabenen Basis beruhenden exceptionellen Stellung herauszutreten. Sie erweckt Neid und Mißtrauen ohne entsprechende Vortheile und könnte hierdurch leicht für dieselben ein Hinderniß werden, thätigen und einflußreichen Antheil bei der Entwicklung der deutschen Zustände zu nehmen, eine Entwicklung, die sicherlich nur im Sinne freier Institutionen vor sich gehen wird. Es wäre aber ein großes Unheil, denn jedes Reconstruiren der standesherrlichen Verhältnisse, wie des Adels überhaupt, ist nur möglich, indem beide an der fortschreitenden Entwicklung der politischen Gestaltung Deutschlands direct thätigen Antheil nehmen, und bei dieser Gelegenheit sich eine neue zeitgemäße gesicherte Stellung für die Zukunft bilden. (Schluß folgt.)

Bayern.

Ein Correspondent der „Allgemeinen Zeitung" aus München vom 11. Febr. schreibt über die neuesten Vorgänge: Es möchte heute jedem Münchner, welcher innigen Antheil an den jüngsten Ereignissen in unserer sonst so ruhigen Stadt genommen hat, mehr als schwer fallen, in Einzelnheiten über all' das Erlebte einzugehen. Der Uebergang von ernstester Besorgniß, ja von stürmischer Erregung zu einem Volksjubel, welcher sich kaum beschreiben läßt, ist ein zu plötzlicher gewesen selbst für diejenigen, welche bis zum letzten Augenblick vertrauensvoll auf den gerechten und milden König und den Muth seiner treuen Räthe geblickt hatten. Dieses Vertrauen ist glänzend gerechtfertigt worden, und nicht minder ist auch die Hoffnung derjenigen in Erfüllung gegangen, die sich's bis zur nahenden Entscheidung nicht mochten

nehmen lassen, es werde und müsse dem Einflusse der akademischen Lehrer und dem tactvollen Benehmen weit der Mehrheit der akademischen Jugend selbst gelingen, die Studentenschaft, trotz aller etwa stattfindenden Motive der Aufreizung, vor jeder Betheiligung an Gewaltthätigkeiten und Ausschweifungen zu bewahren. So hat denn diesen Morgen die aufgeschreckte Bevölkerung mit Freude, die unglaublich erregte sich aber in dem Gehorsam bewährende akademische Jugend mit Jubel vernommen, daß König Ludwig genehmigt habe: es solle der Befehl der Schließung der Universität und der Ausweisung aller nicht von hier gebürtigen Studenten unvollzogen bleiben. Fürst von Wallerstein, begleitet von den Staatsräthen v. Beisler und Heres, wurde von der Bürgerschaft mit dieser Kunde im Triumph auf der Straße und auf dem Rathhaus empfangen, den Rector der Universität lohnte nach der Bekanntgebung der großen Neuigkeit für seine Umsicht und für seine Ausdauer der stürmischste Jubel seiner akademischen Jugend in der Aula, und wenige Minuten reichten hin, die frohe Botschaft zum öffentlichen Gemeingut, zu einem Geschenk des Königs für alle zu machen. Tausende haben gesehen, wie die seit Jahresfrist oft genannte Dame im gestreckten Galopp die Stadt verlassen, abermal Tausende dagegen reichten sich die Hände mit dem sie ehrenden Gelöbnisse, alles Vorübergegangene vergessen seyn zu lassen. Gott segne den König!

München, 12. Febr. Da sich heute das Gerücht verbreitet hatte, als sey Gräfin Landsfeld wieder in die Stadt zurückgekehrt und halte sich noch verborgen in derselben auf, so wurde Nachmittags an allen Straßenecken folgende das Publicum darüber beruhigende Nachricht angeschlagen: Bekanntmachung. Dem unterfertigten Magistrate wurde das nachfolgende Schreiben der k. Polizei-Direction mitgetheilt. Die königl. bayer. Polizei-Direction München theilt dem hiesigen Magistrate offiziell mit, daß die Gräfin Landsfeld, nachdem sie gestern die Haupt- und Residenzstadt München verlassen, heute Vormittags 11 Uhr von Pasing aus in Begleitung zweier Polizei-Bedienstetер auf der Eisenbahn nach Lindau abgereist ist, worüber soeben dienstliche Meldung von Seite des Escadron-Commandos des k. Cuirassier-Regimentes in Nymphenburg bei dem Unterzeichneten eingetroffen ist, so wie daß die Gräfin mit einem Reisepasse in die Schweiz versehen ist. München, den 12. Febr. 1848 Mittags. Mark. Solches wird zur Berichtigung verschiedener Gerüchte bekannt gemacht. München am 12. Febr. 1848. Der Magistrat der k. Haupt- und Residenzstadt München. v. Steinsdorf, Bürgermeister. Lachmayr, Secretär.

Am schwarzen Brette der Universität wurde folgende Bekanntmachung mitgetheilt: Durch vorläufige mündliche Mittheilung Sr. Durchl. des Fürsten v. Wallerstein als Chef des Ministeriums für Cultus und Unterricht ist nach allerhöchsten Maßnahmen Sr. Maj. des Königs die Universität nicht weiter geschlossen. Es besteht darum bei der demnächst zu erwartenden Verkündigung des allerhöchsten Beschlusses die bestimmte Aussicht, daß die Vorlesungen nächsten Montag den 14. d. M. wieder beginnen werden. Indem wir diese freudige Botschaft zum Behuf der Beruhigung sämmtlicher Studirenden augenblicklich bekannt machen, vertrauen wir zugleich, daß dieselbe ruhige Haltung, welche sie auf unsere Ermahnung in den Stunden einer großen Bedrängniß gezeigt haben, von ihnen auch in den nun beginnenden Tagen der öffentlichen Freude werde bewahrt werden. Alle Gefühle müssen sich in dem des tiefen und lebendigen Enthusiasmus für Wissenschaft, Ehre und Sittlichkeit, für Wahrung dieser kostbaren Güter und für König und Vaterland vereinigen. Voll dieses Enthusiasmus werden wir unsere Laufbahn nicht nur ohne irgendeine weitere Störung fortsetzen, sondern die Universität wird durch die ernste, Gesetz und Ordnung ehrende Haltung der ihr anvertrauten Jugend einen neuen Beweis liefern, daß sie ihre Bestimmung kennt und zu erfüllen weiß. München, 11. Febr. 1848. Königl. Universitäts-Rectorat. Dr. F. Thiersch, Rector.

München, 14. Febr. Die Ruhe unserer Stadt hat seit Freitag Mittag nicht die mindeste Störung mehr erlitten. Die kurze, Sonnabends entstandene Aufregung der Gemüther, welche durch das Gerücht verursacht wurde, daß Gräfin Landsfeld heimlich zurückgekehrt sey, fand baldige Beschwichtigung in der amtlich publicirten Nachricht ihrer Abreise nach der Landesgrenze. Als sey ein unheimlicher Dämon der Zwiste und Zerwürfnisse plötzlich gewichen, athmet Alles wieder freier auf, und blickt, wie aus einem beängstigenden Traume erwacht, mit neuem Muthe und erhöhtem Vertrauen in die Zukunft. Seit Sonnabend durchziehen Bürgerpatrouillen die Stadt; die von Seite einzelner Gensdarmen vorgekommenen Gewaltüberschreitungen unterliegen der Untersuchung. Die Haltung des Linienmilitärs bei den letzten stürmischen Vorgängen zeichnete sich durch besondere Mäßigung aus, und trug in Verbindung mit dem ordnungsliebenden Sinne der Bürgerschaft und der Studirenden und dem umsichtigen Zusammenwirken der leitenden Stellen und Behörden wesentlich dazu bei, weiteres unnützes Blutvergießen und rohe Pöbelexcesse zu verhüten. Mögen ähnliche Auftritte und die Ursachen, von denen sie herbeigeführt wurden, niemals wiederkehren. Der Genius der Eintracht und des Friedens wache auch fernerhin über dem theuren Vaterlande! Alle Einzelnheiten zu erwähnen, welche das tausendzüngige Gerücht, gleichviel ob wahr, halbwahr oder unwahr, im Tagesgespräche stündlich verbreitet, halten wir für ein der öffentlichen Presse wenig würdiges Geschäft. Ein solches Verfahren kann nur dazu dienen, die Gemüther nutzlos aufzuregen, ohne den Einblick in die Sachlage zu fördern. Eben so wenig mag es frommen, wenn der Parteigeist das Geschehene zu seinem Vortheile auszubeuten sich beeilt, und das was jeder Freund des wahren Fortschrittes als ein erfreuliches Zeichen der Macht der öffentlichen Meinung betrachtet, zu einem planmäßigen Werke einer Coterie, sie heiße wie sie wolle, herabzuwürdigen versucht. Wann wird — so drängt sich auch bei diesem Anlasse die Frage auf — in Deutschland die Zeit kommen, wo es über gewisse Dinge nur eine Stimme gibt, und all der jämmerliche Hader, der uns seit Jahrhunderten entzweit, nicht immer wieder aufs Neue auftaucht, um uns jede Errungenschaft, sey sie auch die friedlichste und loyalste, zu verkümmern? Doch lassen wir die Klage; sie kann nichts ändern. Wenn nicht alle Zeichen der Zeit täuschen, so bereitet auch hierin sich eine Umgestaltung in nicht allzulanger Frist vor, und es werden die Tage kommen, in denen es sich nicht mehr der Mühe lohnen wird, wie noch jetzt geschieht, unwillkürliche Regungen des Gemeinsinnes als erkünstelte darstellen zu wollen.

München, 14. Febr. (Berichtigung.) In der vorigen Nummer unseres Blattes ist auf der vierten Spalte Zeile 44 von oben statt „in den Annalen der Geschichte" zu lesen: „in den Annalen der Geschichte Münchens." — In dem Artikel „vom Mittellech" Nr. 31. vom 5. Febr. kommen folgende zwei sinnstörende Druckfehler vor, um deren Verbesserung man ersucht: S. 124 Sp. 1 Z. 36 „ähnlichem" statt „rühmlichem" und S. 124 Sp. 2 Z. 16 „niederem" statt „minderem."

Augsburg, 12. Febr. Auch unsere Stadt war gestern den ganzen Nachmittag sehr bewegt. Vormittags traf nemlich durch eine Extra-Locomotive die Ordre ein, daß das hier garnisonirende Chevauxlegers-Regiment „König" sich augenblicklich in Marsch zu setzen habe, und um 1 Uhr war auch bereits eine Division auf dem Bahnhofe zur Abfahrt bereit, so daß die Truppen in 24 Wägen sammt Pferden um 3 Uhr an der Spitze ihres Obersten abfahren konnten. Um 5 Uhr sollte die zweite und Abends die dritte Division nachfolgen, als schon um 4 Uhr die zuerst abgesandte Abtheilung, welche bis zur Station Mehring gekommen war und daselbst Ordre gefunden hatte, daß in Folge der Aenderung der Dinge in der Hauptstadt ihre Anwesenheit nicht mehr nöthig sey und sie sofort ihren Rücktransport nach Augsburg wieder anzutreten habe, zurück hier eintraf. Das Einbarkiren der Pferde ging mit musterhafter Ordnung und ziemlich schnell von statten. Auch verhielten sich die Pferde während der Fahrt ruhig. Der Zug, aus etwa 200 Pferden, von 5—8 in Wägen vertheilt, bestehend, wurde im Hinweg von 2 Locomotiven, im Herweg aber von einer gezogen. Eine Menge hiesiger Einwohner hatte sich am Bahnhofe versammelt, um das interessante Schauspiel der Beförderung von Cavallerie durch die Eisenbahn mit anzusehen. Alles kehrte hocherfreut über den schnellen und glücklichen Ausgang Abends nach der Stadt zurück. (Augsb. Abdz.)

Augsburg, 13. Febr. Gräfin Landsfeld kam gestern gegen 1 Uhr auf der Eisenbahn von der Station Pasing (bei München) vor Augsburg an, speiste in der Restauration des hiesigen Stationshofs zu Mittag und fuhr nach ungefähr anderthalb Stunden in einem vierspännigen Wagen in der Richtung nach Lindau weiter, ohne die Eisenbahn nach Kaufbeuern zu benützen. Zwei Polizeibeamte saßen auf dem äußern Vordersitze des Wagens der Gräfin, die keine weibliche sondern männliche Begleitung hatte. Auf dem Stationshof befanden sich nur einige wenige Augsburger — stille Zuschauer. Uebrigens soll die Gräfin zwar sehr bleich ausgesehen, aber theils in deutscher, theils in französischer Sprache heiter und lebhaft sich unterhalten haben, namentlich auch über die jüngsten Vorfälle in München. (A. Z.)

Am 10. Febr. starb in Nürnberg der quiescirte Director der Generalverwaltung der Eisenbahnbaucommission, Hr. Dürig, im 57sten Lebensjahre.

(C. v. u. f. D.)

Preußen.

Berlin, 8. Febr. Die vielbesprochene Periodicitätsfrage geht nun wirklich, und zwar schon binnen kurzem, ihrer friedlichen und befriedigenden Lösung entgegen. Der Regierung nahe stehende Personen haben, wie man erfährt, den Führern der Opposition bereits die confidentielle Mittheilung gemacht, daß, sobald das Verfassungspatent in seinen drei Hauptmomenten verwirklicht seyn wird, die Periodicität verkündigt werden soll. Diese drei Momente sind nun bekanntlich: 1) die Ausschüsse, 2) die Staatsschulden-Deputation und 3) die Provincial-Landtage in ihrer neuen Umgestaltung, vermöge welcher dieselben bloß die rein provinciellen Interessen zu vertreten haben. (A. Z.)

Königsberg, 7. Febr. So eben ist ein höchst wichtiges Rescript des Ministerium des Innern an die hiesige Regierung angelangt: es betrifft die Oeffentlichkeit der hiesigen Stadtverordneten-Versammlungen. Zunächst erhält die Regierung einen Tadel, weil sie es geduldet habe, daß vor die Versammlung Dinge gebracht worden seyen, die offenbar nicht dahin gehörten, wie die Sauter'sche Angelegenheit; dann wird der Stadtverordnetenvorsteher, und namentlich der Bürgermeister Sperling (Commissarius des Magistrats bei den Versammlungen) heftig getadelt, daß sie jene bekannte Verhandlung nicht sofort sistirt hätten; jedenfalls soll daher die Regierung an den Magistrat eine Verfügung erlassen, wonach die Stadt der eben gewährten Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlungen verlustig gehen soll, wenn noch einmal ein ähnlicher Mißbrauch mit derselben getrieben werde, wie es auch die königl. Cabinetsordre, welche die Oeffentlichkeit gewährte, androht. Das Rescript, welches eben in der Stadt bekannt wird, soll lang und in seinen Ausdrücken sehr energisch seyn. (C. v. u. f. D.)

Schleswig-Holstein.

Aus dem südlichen Holstein schreibt man der „Bremer Zeitung": Während der erste — man pflegt ihn oft den richtigsten zu nennen — Eindruck, den das königl. Rescript vom 28. machte „Ablehnen" war, hat jetzt die Erwägung aller Umstände die Wage auf Seite der andern Alternative, des „Annehmens" niedergezogen, d. h. man wird die „einsichtsvollsten und erfahrenen Männer, die das Vertrauen und die Achtung ihrer Mitbürger besitzen" und welche die vorgeschlagene gemeinsame Verfassung berathen sollen, wählen, allein mit dem Vorbehalt, daß die neue Verfassung erst den Provinzialständen vorgelegt werden müsse und eine gemeinsame Verfassung Dänemarks und der Herzogthümer von letzteren nicht angenommen werden könne. Zu diesem Beschlusse neigen sich die angesehensten Abgeordneten aus mehrfachen Gründen, vor allen aus Rücksicht auf das sonst mögliche Zustandekommen von Minoritätswahlen, denn die Wahlen werden nach dem königl. Rescript vom 28. Jan. in Kurien geschehen, und daß die Geistlichkeit und die Universität unter allen Umständen wählen werden, ist sehr zu erwarten; ebenso könnten in den Curien der Städte einige Minoritätswahlen zu Stande kommen. Man wird also wählen und nach Kopenhagen gehen, allein dort nur protestiren.

Italien.

Rom, 2. Febr. „Wir sind unserer siebzehn Millionen und eine Constitution." Mit dieser Ueberschrift hat die Pallade einen kurzen Zeitungsartikel geschmückt, in welchem sie das große Ereigniß begrüßt, welches in dem Nachbarstaat stattgefunden hat. Der Senat dagegen hat an das römische Volk folgenden Aufruf gerichtet: „Das große Ereigniß, welches in einem benachbarten Königreich den Schrecknissen des Bürgerkriegs und der dadurch über die ganze Halbinsel verbreiteten Aufregung ein Ziel gesetzt hat, hat mit Recht in aller Herzen die Freude über den einem so schönen und wichtigen Theil

von Italien gewordenen Frieden erregt. Römer! Unser erlauchter Souverän ist derjenige, welchem vorzugsweise die Erfolge verdankt werden, welche, einer nach dem andern, die beglückende Eintracht zwischen Herrschern und Völkern im System des bürgerlichen Fortschritts bewerkstelligt, so viele Thränen getrocknet und so viel Blut erspart haben. Jede Freudenbezeugung bei solchen Ereignissen, während sie einerseits Theilnahme an dem frohen Geschick so vieler unserer Brüder an den Tag legt, ist andererseits ein schuldiger Dankact gegen den welcher freiwillig den Wünschen und den allgemeinen Hoffnungen analoge Reformen ertheilt hat, die sich ständiger erweisen werden, als jene, welche anderwärts durch besondere Umstände nothwendig geworden waren, und welche durch seinen großen Geist zur Vollendung gebracht ewig seyn werden wie sein Name. Der Senat ladet euch ein am 3. Febr. den Frieden des Königreichs beider Sicilien durch eine allgemeine Illumination zu feiern. Vom Capitol, den 1. Febr. 1849. Es folgen die Unterschriften des Fürsten Corsini als Senators und der acht Conservatoren. Sie können sich leicht denken, daß über einen solchen ungewohnten Act viel Kopfschüttelns ist. Selbst liberale Leute zeigen sich nicht einverstanden damit. Bei ruhiger Erwägung der Umstände läßt sich indeß leicht wahrnehmen, daß diesem Schritt die Absicht zu Grunde liegt die Demonstrationen, welche unvermeidlich sind, durch zeitiges Ergreifen der Initiative in die Gewalt zu bekommen. Dem Pianischen System ist dieß allerdings angemessen. Der letzte Erfolg kann allein über den Werth desselben ein Urtheil fällen lassen.

Rom, 3. Febr. Am 20. d. wird Se. Heiligkeit eine Revüe der gesammten Guardia Civica vornehmen. Er hegt zugleich die Absicht, die sämmtlichen Mitglieder derselben mit einer weiß und gelben Schärpe zu dekoriren, um sie auch rücksichtlich dieses äußern Schmuckes der Guardia Nobile gleichzustellen. — Der Cardinalvicar Patrizi hat den General der Barnabiten veranlaßt, den bekannten Pater Gavazzi, der zu diesem Orden gehört, von Rom zu entfernen und nach Camerino in ein dortiges Kloster zu verweisen. Diese Maßregel ist lediglich durch die Predigt veranlaßt, die Gavazzi bei dem Todtenamte für die in Mailand und Pavia Gefallenen gehalten hat und die allerdings nach einem vor uns liegenden Abdruck kaum leidenschaftlicher hätte seyn können. Dieser, hier als Flugblatt verbreitete Abdruck ist, wie wenigstens eine Note zu demselben besagt, nach der stenographischen Aufzeichnung einiger während der Predigt in verschiedenen Theilen der Kirche vertheilter Studenten veranstaltet. — Hr. L. Schücking, der den Winter über im Interesse der Kölnischen Zeitung hier in Rom zubrachte, ist nach Neapel abgereist, um die weitere Entwicklung der dortigen neuen politischen Gestaltung zu beobachten. (C. v. u. f. D.)

Neapel, 31. Jan. Es leidet keinen Zweifel mehr daß ganz Palermo, ja ganz Sicilien (mit Ausnahme Messina's) in den Händen der Sicilianer. Auch das feste Fort Castellamare soll gefallen seyn; der Commandant Groß erklärte schon vor vier Tagen er könne sich kaum länger halten. Dem General Desauget werden bittere Vorwürfe gemacht, daß er mit dem Angriff gleich nach der Landung — wo viele Bauern davon liefen — gezögert. Am 25. Jan. soll das Blutbad fürchterlich gewesen seyn auf beiden Seiten. Man gibt die Zahl der Todten auf königlicher Seite auf 2500 im ganzen an. 500 Verwundete liegen hier in Neapel in den Salen der Marinecasernen, und Amputationen wechseln mit andern schmerzvollen Operationen. Frauen und Kinder wurden in der Nacht, wo die Bevölkerung des Schlosses floh, zusammengeschossen und verwundet. Ja in der Verwirrung sollen sogar die Palermitaner auf ihre eigenen Leute geschossen haben. Gestern gingen abermals 40,000 Rationen für die sicilischen Truppen ab. Der König hat im ganzen 32 Schiffe (inclus. Dampfschiffe) hinübergeschickt. Einige meinen, sie seyen bestimmt, den Rest des Heeres nach Neapel zu führen, andere wollen wissen, man werde alles in Messina concentriren (des festen Forts wegen) und sich dort zu halten suchen. Merkwürdig ist daß vorgestern (29. Jan.) das Dampfschiff „Delphin" den ganzen Tag geheizt war um die Constitution nach Palermo zu bringen aber — nicht abging. Ich kann Ihnen die Versicherung ertheilen, daß vorgestern kein Schiff abfuhr, um wo möglich dem Blutvergießen ein Ende zu machen. Oder weiß man daß die Sicilianer nichts mehr von ihrem König und Constitution wissen wollen? Die Sache ist bedenklich. Sogar auf die in ihre Schiffe flüchtenden Soldaten wurde geschossen, und die Jäger aus Nocera (6 Bataillon) sollen schwere Verluste gehabt haben. Die starke Verproviantirung der gestern fortgeschickten Schiffe spricht dafür, daß man Messina zu erhalten sucht — gleichsam als künftige Hauptstadt. — Nachtrag. Es sind noch mehrere ernsthafte Lazzaroni-Unruhen vorgekommen, namentlich in der Riviera di Chiaja, wo man die Wagen förmlich angriff; auch sollte ein Angriff auf das große Leihhaus gemacht werden. Civica, Schweizer und andere Truppen stellten die Ordnung her. Das diplomatische Corps war im Theater; auch der österreichische Gesandte. Ueber Oesterreich wird hier, wie bekannt, seit langer Zeit viel fabelhaftes ungereimtes Gewäsch ausgestreut. Diesen Morgen heißt es überall, Oesterreich protestire gegen die neapolitanische Constitution, und der Gesandte reise ab. In Catania ist Revolution; Nunziante soll sich nach Messina zurückgezogen haben. Man scheint frühere Verhältnisse (1820) in Sicilien wieder herbeiziehen und Palermo ganz aufgeben zu wollen. Alles deutet auf eine Concentration der Truppen in Messina hin und Errichtung dieser Stadt zur provisorischen Hauptstadt. — Zweite Nachschrift vom 1. Febr.: Das Räthselhafte der Ereignisse und der gegenwärtigen Zustände erfüllt viele noch immer mit banger Besorgniß; es scheint sich mehr und mehr herauszustellen, daß die Contrerevolution mit großen Mitteln und großen Vorbereitungen organisirt war. Mit ängstlicher Besorgniß harrt man dem Tage entgegen, wo der König die Constitution besiegelt und beschwört. Am 8. oder 9. Febr. ist die Frist der 10 Tage abgelaufen. Der Prinz von Salerno drückte zu verschiedenenmalen die größte Besorgniß wegen der Erhebung der Lazzaroni aus, er feuerte die Nationalgarde zu dem thätigsten und energischsten Widerstande an, und man sieht bewaffnete zahlreiche Bürgerpatrouillen (in Civil und mit Jagdflinten) die Stadt durchziehen. (A. Z.)

Neapel, 2. Febr. Die königl. Dampfschiffe setzten gestern und heute fortdauernd Truppen aus Sicilien ans Land. Welch eine fürchterliche Veränderung in 16 Tagen! Die Dragoner sind fast ganz aufgerieben;*) vom 9. Regiment kehrte nur ein Drittheil heim, Jäger- und Garderegimenter befanden sich im traurigsten Zustande. Die Pferde der Dragoner sind fast alle wegen Mangels an Futter umgekommen. Palermo, ja ganz Sicilien wird als für den König verloren angesehen. In Folge eines Artikels ihrer Constitution (behaupten Sicilianer) haben die Insulaner ein Recht ihre Krone für erledigt zu erklären, und davon wollen sie jetzt Gebrauch machen. Ein neues mysteriöses Gerücht spricht von einer Person, welche sich während der Revolution niemand gezeigt und doch das Ganze zu Palermo geleitet habe. Sie werden längst wissen, daß Palermo in Comitate mit ihren Chefs eingetheilt ist (Ruggiero Settimo, Serradifalco, Requesenz ꝛc.) und nur mit einem einzigen dieser Chefs (Requesenz) soll jene geheimnißvolle Person in Verbindung stehen. Man nennt den Prinzen Karl von Capua; andere reden von General Pepe, Durante u. s. w. Vielleicht ist das Ganze eine Fabel. Das Castellamare ist noch nicht gefallen, wie hier fälschlich verbreitet worden. Der König scheint mit Ausnahme von Messina jede Communication mit Sicilien aufgehoben zu haben. Majo soll sehr ungnädig empfangen worden seyn. Die Abziehenden machten sich eines argen Streichs schuldig: sie öffneten alle Gefängnisse und hetzten die verworfensten und verwegensten Verbrecher auf die Palermitaner los. Es soll dieses die Ursache einer neuen bedeutenden Verwirrung gewesen seyn. Das Bombardement Messinas bestätigt sich; schon hören wir von Beschädigungen vieler uns befreundeter Häuser. England scheint sich endlich regen zu wollen; man bemüht sich die Flotte zu concentriren und jetzt, wo — leicht begreiflicherweise — jeder Verdacht eines Einverständnisses dahin geschwunden, zum Besten der streitenden Parteien beruhigend einzuwirken. Wir wissen alle, daß Englands Einfluß auf Sicilien groß ist, wir wissen, daß England mehr als einmal mit Geld in Sicilien umherwarf, daß es Maccaroni vollauf spendete, und daß es jetzt wie früher im Stande einen Stein in die Wage der sicilischen Geschicke zu legen. Der Sicilianer betrachtet aber die Besiegung der Neapolitaner wie eine zweite Vesper, und knüpft so leicht kein zweites Bündniß mit Neapel. Auf König Ferdinand II. hat die Besiegung seines Heers, eines Theils seiner besten Truppen einen tiefen Eindruck gemacht. Nunziante und Desauget sind verwundet, und überall erlitten die königl. Truppen die schwersten Verluste. (A. Z.)

*) Das Herabschleudern von Tischen, Stühlen, Marmorplatten ꝛc. aus den Häusern that ihnen großen Schaden; auch siedendes Oel und Wasser goß man auf sie hinab.

Neapel, 2. Febr. Es haben sich mehrere Wohlthätigkeitsvereine zur Unterstützung der Nothleidenden gebildet und zahlreiche Beiträge erfolgen. Die Ordnung kehrt hier immer mehr zurück. Der Cav. Ciarbulli, ein trefflicher Mann, ist Polizeidirector geworden, Tofano, an Gallotti's Stelle, erster Präfect. Der Minister Bonanni erließ ein Ministerialschreiben an alle Erzbischöfe, Bischöfe und Geistlichen, worin er sie auffordert, das Volk zu beruhigen und über die Vorgänge aufzuklären. Jetzt, wo die Zungen gelöst, kommen die fürchterlichsten Dinge zum Vorschein, worin Nunziante und Consorten wie wahre Henkersknechte erscheinen. Statella hingegen, welcher die Operationen im Sila-Wald leitete, erscheint vollkommen gerechtfertigt. Gedichte, Journale, ja sogar die französische Constitution von 1830 — wahrscheinlich behufs der Controle für die zu erwartende neapolitanische — werden in vielen tausend Exemplaren an allen Straßenecken für wenige Gran zu Kauf ausgeboten. Die Nationalgarde bildet sich rasch, und die weiß-rothe Cocarde ist die neuerwählte. Ein neues königl. Decret vervollständigt die am 28. gegebene Amnestie; Alle politisch Compromittirten, hier und im Ausland, sind vollständig begnadigt. Die Amnestie erstreckt sich bis auf das Jahr 1830 und so sind auch alle edeln Aquitaner (Parra u. a.) in Freiheit gesetzt, welche 1830, 1831 und später gefangen genommen wurden. Morgen kehren G. A. Romeo, Pellicano, Kramp u. a. von der Insel S. Stefano zurück. Der Jubel wird ungeheuer werden. Die hiesigen Lazzaroni wurden in Masse verhaftet, auch viele verkleidete und versteckte Gendarmen. (A. Z.)

Nach Berichten aus Palermo bis zum 30. Januar hatten die neapolitanischen Truppen am 27. einen letzten großen Sturm auf die Stadt gewagt, waren aber nach einem wüthenden Kampf mit großem Verlust zurückgeschlagen worden, so daß sie theils auf die Schiffe flüchteten, theils im Lande umher sich zerstreuten, wohin sie von den rachedürstigen Sicilianern verfolgt wurden. Noch konnte man am 30. natürlich die Ertheilung einer Constitution in Neapel nicht kennen. (A. Z.)

Die Nachrichten aus Palermo in italienischen Blättern reichen bis zum 31. Jan. Sie enthalten nur wenige Einzelnheiten über die blutigen Gefechte am 26. wo der erzbischöfliche Palast nach hartnäckigem Widerstand erstürmt wurde, und am 27, wo das Bankgebäude in die Gewalt der Insurgenten fiel. Nach einer Privatcorrespondenz der römischen Staatszeitung, welche auch die Mailänder Zeitung enthält, befand sich in der königl. Casse der Bank die Baarsumme von 800,000 Ducati. Das Bankgebäude liegt ganz nahe bei der Citadelle, und die Insurgenten versuchten von dort aus den Sturm. Die Besatzung vertheidigte sich aber sehr kräftig, und gegen 1000 Leichname der Stürmer sollen in den Gräben und auf den Wällen geblieben seyn. Die Zahl der Verwundeten, welche bis zum 31. Jan. in Neapel angelangt ist, belief sich auf 480. Am Abend des 2. Febr. ging ein Dampfboot von Neapel nach Palermo ab mit einer Regierungskommission an Bord, um sich mit den Palermitanern zu verständigen. Die Besatzung von Castellamare hielt sich noch am 31. Jan. Nach einem in Neapel verbreiteten Gerücht, soll diese Citadelle am 1. Febr. gestürmt und genommen worden seyn. Die Insurgenten von Catania haben sich des Forts Ferdinando bemächtigt, und darin 60 Gefangene gemacht. In Rom war auf officiellem Wege die Nachricht aus Civitavecchia eingegangen, daß das Volk von Messina am 29. Jan. einen Angriff gegen die Festung gemacht, in Folge dessen die Stadt eine Stunde lang bombardirt ward. Nachdem man das Feuer eingestellt, hieß es, ein mißverstandener Befehl des Commandanten habe diesen Unfall herbeigeführt. (A. Z.)

Mailand. Hier wird es mit jedem Tage ärger; und die Explosionen werden zwar noch zurückgehalten, aber kein Mensch kann bestimmen, wie lange es noch möglich seyn wird! Das Militär ist in eine Lage versetzt, die es kaum mehr auszuhalten vermag. Die Kinder auf den Straßen höhnen es, die Kellner in den Caffee-

und Gasthäusern schenken nicht ein, und versagen die Bedienung wenn deutsch gesprochen wird, weil sie wissen, daß die strengsten Befehle an die Regimenter ertheilt sind, zu keiner Thätlichkeit zu schreiten. Die Soldaten aber knirschen vor zurückgehaltener Wuth. Wohin soll das kommen, und was bereitet sich der italienische Leichtsinn, und diejenigen die ihm das Wort reden, vor? Die Mailänder Revolutionäre spielen ein höchst gewagtes Spiel, und es sieht nicht aus als ob sie es gewinnen würden. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 9. Febr.

Die Verhandlung der Deputirtenkammer über den Absatz der Adresse in Betreff der Zweckessen dehnt sich sehr in die Breite. Leon v. Malleville behauptete heute die Gesetzlichkeit dieser Wahlreformfestmahle. Der Minister des Innern, Graf Duchatel führte aus, jederzeit, auch unter dem Cabinet vom 1. März, unter dem Hr. v. Maleville Unterstaatssecretär des Innern war, habe die Staatsgewalt den Grundsatz gehandhabt, daß sie berechtigt sey, solche Versammlungen, wenn sie staatsgefährlich werden, zu verbieten.

Paris, 7. Febr. Das Cabinet geht von seiner der Schweiz gegenüber eingeschlagenen Haltung durchaus nicht ab. Guizot hat sich in diesem Sinn gegen den englischen Gesandten Sir Stratford Canning unumwunden ausgesprochen. Bei der russischen Gesandtschaft sind Depeschen aus St. Petersburg eingetroffen, welche das Verfahren der Höfe Oesterreichs, Preußens und Frankreichs vollkommen billigen und sich demselben anschließen. England, das aus seiner Isolirung zum Theil schon herausgetreten, wird wohl dieselbe allmählich ganz verlassen. (A. Z.)

Paris, 7. Febr. Der Fürst Adam Czartoryski hatte sich an den König von Sardinien mit der Bitte um Aufnahme seiner Söhne in dessen Heer gewendet. Der Fürst hat nun ein Handschreiben des Königs erhalten, durch welches ihm seine Bitte gewährt wird. Man versichert sogar, der König Karl Albert habe die Absicht eine große Anzahl Officiere des ehemaligen polnischen Heers in seine Dienste aufzunehmen, dagegen die in der sardinischen Armee bisher angestellten spanischen Carlisten allmählich daraus zu entfernen. — Die Zahl der entschieden vom Ministerium Guizot abgefallenen Conservativen beträgt bis jetzt 18, welche man unter dem Namen der „réunion Clapier“ bezeichnet, von dem Abgeordneten dieses Namens aus Marseille, welcher an der Spitze steht. (A. Z.)

In Paris war das Gerücht verbreitet, der Marquis Delcarretto sey mit geheimen Briefschaften des Königs Ferdinand angekommen, und die Abreise des Grafen von Syrakus nach Neapel habe dadurch eine Verzögerung erhalten.

Aus einem weitern ärztlichen Gutachten über den Zustand des Grafen Mortier geht hervor, daß die ihn beherrschende fixe Idee, als würde er von der Regierung wegen der Staatsgeheimnisse, die er veröffentlichen könnte, mit tödtlichem Hasse verfolgt, ihn mit Rachegedanken erfüllt, so daß er als ein gefährlicher Wahnsinniger anzusehen sey.

Großbritannien.

London, 8. Febr.

Gestern brachte im Oberhaus der Geheimrathspräsident Marquis v. Lansdowne eine Bill ein, wodurch die Regierung ermächtigt werden soll directe diplomatische Verbindungen mit Rom anzuknüpfen. Der Minister erinnerte das Haus an seine Aeußerungen darüber in der kurzen Session vor Weihnachten, bat die Bill jetzt ohne Debatte das erstemal zu lesen, und behielt sich vor, bei Beantragung der zweiten Lesung nähere Erörterungen darüber zu geben. Die Bill wurde sofort ohne weiteren Widerspruch das erstemal gelesen. Die zweite Lesung wollte Lord Lansdowne schon am nächsten Freitag vorschlagen, ließ sich jedoch von Lord Eglintoun bewegen, die Motion auf einen etwas späteren Tag zu verschieben. — Im Hause der Gemeinen beantragte Lord J. Russell zweite Lesung der Judenemancipationsbill. Hr. A. Stafford setzte das Amendement entgegen: die Bill sey nach sechs Monaten zum zweitenmal zu lesen, d. h. zu verwerfen. Eine halbe Stunde nach Mitternacht wurde die Discussion vertagt, um andern Tags wieder aufgenommen zu werden.

Der heilige Stuhl hat die Sache der angeblichen Aufreizung des irischen Landvolks gegen die Gutsbesitzer durch Priester an sich genommen. Ein Erlaß der Propaganda an die irischen Prälaten verlangt von ihnen Nachricht über diese Anschuldigungen, obwohl sie kaum an ihre Wahrheit glauben könne, und ermahnt zugleich die Geistlichkeit, nur zu trachten nach dem, was Christi sey, fleißig über dem geistigen Befinden ihrer Heerden zu wachen, in weltliche Dinge aber auf keine Weise sich einzumischen.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 12. Febr. Bayerische 3½ pCt Obligationen 90 P., — G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 660 P., — G. Promessen per Stück Agio 74 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 103 P., — G.; 4pCt. 90 P., — G.; 3pCt. 64 P., — G. Bankactien 1. Semester 1570 P., — G. Württembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 88½ G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 88½ G.

Frankfurt, 11. Febr. Metall. 5pCt. 101 13/16; 4pCt. 88; 3pCt. 64; Bankactien 1882; Taunus-Eisenbahn-Actien 336½; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 55½; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 88½; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Wien, 10. Febr. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 101½; zu 4pCt. in CM. 86½; zu 3pCt. in CM. 61½; Bankactien per Stück 1565; Nordbahn 130.

Amsterdam, 9. Febr. 2½ pCt. 54½; 3pCt. 65 9/16; 4pCt. 84 9/16; Synd. 3½ pCt. 83½; Handels-Maatschappy 162½; Ard. 13½; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. —.

Paris, 9. Febr. 3pCt. 74 Fr. 30 C.; 5pCt. 116 Fr. 95 C.

Straßburg, 8. Febr. Soviel über den neulich dahier abgeschlossenen Staatsvertrag bezüglich des Baues der Straßburg-Speyerer Eisenbahn (der natürlich der höhern Gutheißung noch gewärtig ist) verlautet, sey die gegenseitige Verpflichtung eingegangen worden die besagte Schienenlinie innerhalb der nächsten drei Jahre herzustellen. Während Bayern den Actionären des pfälzischen Antheils eine Zinsenbürgschaft von 4 pCt. gewährt, unterstützt Frankreich die den Bau auf französischem Gebiet ausführende Compagnie mit einer Summe von 4½ Millionen Fr., welche in Jahresraten von 1½ Millionen erstattet werden. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten wird den betreffenden Gesetzentwurf demnächst in die Kammern bringen. (A. Z.)

London, 8. Febr. Consols 89½.

Münchener Schrannen-Anzeige vom 12. Februar 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest.	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	2394	2359	35	21	26	—	—	—	38
Korn	1298	1223	75	14	2	—	—	—	4
Gerste	5495	5227	268	12	—	—	—	—	6
Haber	1274	1168	106	5	21	—	19	—	—

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Montag den 14. Februar: „Erster Maskenball.“

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. Maron und Seiler, Proprietärs von Paris; Hemeye und Reaue, Rentier aus England.

Hôtel Maulik. HH. Elpke, Lieutenant v. Berlin; Hammer, Privatier v. Mainz.

Blaue Traube. HH. Steiner, Particulier von Paris; Rothmayer, Schauspieler von Breslau; Mme. Kraicht von Ansbach.

Gestorbene in München.

Kaspar Breuer, Lohnkutscherknecht v. St. Veit in Oesterreich, 60 J. alt; Eva Herrmann, Kutscherswittwe v. h., 54 J. alt; Karl Glas, Taglöhnerssohn v. h., 30 J. alt; Philipp Manhard, Taglöhner von der Au, 29 J. alt.

Renten-Anstalt der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank.

2263. (3c) Die im Februar vorigen Jahres eröffnete VII. Jahres-Gesellschaft hat bis Ende Dezember die zur Constituirung erforderliche Zahl von Mitgliedern nicht erreicht, es erhalten somit dem §. 21 der Grundbestimmungen gemäß die im Jahre 1847 Beigetretenen für das Jahr 1848 eine Zinsvergütung von 3 Prozent, und die Einzahlungen für diese Gesellschaft werden vom 1. Februar angefangen, das laufende Jahr hindurch fortgesetzt.

Da die Zahl der vorhandenen Cassenscheine sich bereits auf 324 und die Capitalsumme auf fl. 29,225 beläuft, so darf man sich trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse der Hoffnung hingeben, daß die VII. Gesellschaft am Jahresschlusse mit einer hinreichenden Zahl von Mitgliedern in's Leben treten werde.

Um den Zugang so viel möglich zu fördern, hat die Bank-Administration beschlossen, den vom 1. Februar laufenden Jahres an bis zum Schlusse des 1. Semesters erfolgenden neuen Einlagen eine Prämie in der Art zu gewähren, daß im Februar fl. 2 30 kr., im März fl. 2 —, im April fl. 1 30 kr., im Mai fl. 1 — und im Juni 30 kr. vom Hundert der Einlagesumme in Abzug gebracht werden darf. Die Nachzahlungen in die sechs älteren Jahresgesellschaften, welche erst nach dem Erscheinen des achten Rechenschaftsberichtes ihren Anfang nehmen, sind jedoch hievon ausgeschlossen.

Da der Abschluß der Rechnungen und somit das Erscheinen des Rechenschaftsberichtes von der Kenntniß der vorgekommenen Sterbfälle abhängt, so werden die Erben der im Jahre 1847 verstorbenen Mitglieder ersucht, die Anzeige zeitig bei dem zunächst wohnenden Agenten zu machen und den Todtenschein dabei vorzulegen. Bei dieser Gelegenheit glaubt man auch Diejenigen, welche während 2 Jahren ihre Renten nicht erhoben, oder als Erben von Verstorbenen das heraustreffende Guthaben nicht reclamirt haben, auf die Nachtheile aufmerksam machen zu müssen, denen sie sich den §§. 34 und 35 der Grundbestimmungen gemäß durch eine derartige Unterlassung aussetzen.

München 27. Januar 1848.

Die
Administration der bayer. Hypotheken- und Wechselbank.
Franz Xaver Riezler,
Director.

2279. Im Verlage von Leonhard Henzel, Promenadeplatz neben dem Schulhause in München, ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Bericht aus München
über die
Ereignisse
des
9., 10. und 11. Februar 1848.
Preis 9. kr.

Erklärung.

Dem böswilligen Gerüchte: „ich hätte das Militär aufgefordert, auf das Volk zu feuern“, das wahrscheinlich zu keinem anderen Zwecke ausgestreut wurde, als meine öffentliche Wirksamkeit in einem Zeitpuncte zu lähmen, in welchem ich sie auf das Ersprießlichste entwickeln soll, setze ich folgende Bestätigung der k. Kommandantschaft der Haupt- und Residenzstadt München entgegen.

München den 12. Febr. 1848.

Staiger,
kgl. Polizei-Commissär.

Bestätigung.

Dem k. Polizei-Comissär Staiger wird andurch bestätigt, daß derselbe im Verlaufe der jüngsten Tage durch seine amtliche Stellung vielseitig zu öffentlicher Thätigkeit berufen, niemals eine andere als streng gesetzliche Aufforderung an das k. Militär erließ, insbesondere aber die Herren Offiziere regelmäßig in allen Fällen, in denen er gemeinschaftlich mit ihnen zu wirken hatte, speziell ersuchte, die Mannschaft dahin zu verhalten, ja mit der äußersten Mäßigung zu verfahren und sich zu keiner Handlung der Aufgeregtheit hinreißen zu lassen.

München am 12. Februar 1848.

Kgl. bayer. Kommandantschaft der Haupt- und Residenzstadt München.

(Siegel.) v. Kunst,
Generalmajor.

Die Uebereinstimmung vorstehender Bestätigung mit dem vorgelegten Originaldocumente beglaubigt
München am 12. Febr. 1848.

Königl. Bayer. Polizei-Direction.
Mark.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 39.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kardel-Gasse Nro. 21, auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährig 1 fl. 30 kr. Halbjährig 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 29 kr., im III. Rayon 3 fl. 29 kr.

Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 6 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag | XLIX. Jahrgang. | 15. Februar 1848.

Deutschland.

Denkschrift über die Verhältnisse des deutschen Adels vom Fürsten von Leiningen seinen Standesgenossen übergeben.

(Schluß.)

Die mehrerwähnten Ehrenrechte der Standesherren, wie auch die Gefälle, gingen sämmtlich theils aus der Grundherrlichkeit, theils aus dem Lehenswesen hervor. Die französische Revolution legte diesen beiden alles umfassenden Institutionen des Mittelalters die Art an die Wurzel. In Frankreich direct durch physische Gewalt, und der Baum fiel sogleich um — in Deutschland durch die Macht der Ideen; der Baum hat seitdem gekränkelt und dorrt ab. Warum erschöpft man sich in fruchtlosen Versuchen gerade diesen Baum wieder ins Leben rufen und Früchte von ihm ernten zu wollen? Zu 3. Die Abänderung der bestehenden Hausgesetze, ein Anpassen derselben an unsere Zeit ist dringend nothwendig, und zwar in Bezug. a) auf die Titulatur. b) auf eine gewisse Beweglichkeit des Grundstockvermögens, c) auf die rechtlichen Folgen nicht ebenbürtiger Ehen. Zu a. Es wird fast eine Bedingniß der Erhaltung der standesherrlichen Häuser, daß die Nachgebornen nicht einen und denselben Titel wie die Chefs ihrer Häuser führen. Nicht nur, daß ein hoher Titel ohne Mittel an und für sich eine wahre Calamität ist, sondern — was viel wichtiger, die Nachgebornen werden jezt meistens eine erdrückende Last für ihre Häuser, indem ihnen alle Erwerbsquellen abgeschnitten sind. Durchlauchtige und Erlauchte Herren können weder Handel noch Gewerbe treiben, die meisten Stellen im Staatsdienste sind ihnen gleichzeitig verschlossen. Hierdurch entgeht ein sehr wesentlicher Einfluß und entsteht ein bedenklicher Nachtheil. Mit bestem Willen sehen so viele dieser Herren sich daher zur Unthätigkeit verurtheilt. Zu b. Der eiserne Zwang, welcher in Beziehung auf Veräußerungen von Theilen des Grundstockvermögens dem jeweiligen Besitzer desselben durch hausgesetzliche Bestimmungen auferlegt ist, hat diese zwar selten abgehalten, das Stammvermögen mit großen Schulden zu belasten, was einer Vernichtung desselben sehr ähnlich sieht, wohl aber oft von jeder guten zeitgemäßen Speculation. Der große Vortheil, den der steigende Werth des Grundeigenthums darbietet, geht hiedurch beinahe gänzlich verloren; denn was hilft es, wenn heute ein Grundstück um's Zehnfache im Werthe gestiegen, wenn man es nicht rasch verkaufen kann, um anderswo wieder billiger anzukaufen? Es versteht sich von selbst, daß hier eine willkürliche, gänzliche Veräußerung des Stammvermögens oder etwa eine Umwandlung desselben in Capitalien, industrielle Anstalten u. dgl. nicht gemeint seyn kann. Die Basis des Vermögens muß nothwendig Grundbesitz bleiben. Zu c. Eine Abänderung der Hausgesetze in dieser Beziehung müßte darin bestehen, daß nicht-ebenbürtige Frauen Stand, Rang und Name ihres Eheherrn theilen, und daß die Kinder aus nicht-ebenbürtigen Ehen in Stand und Besitzungen succediren können. Durch die jezt bestehenden Vorschriften werden namentlich die Nachgebornen verhindert, sich mit dem reichen Mittelstande zu verbinden und hiedurch bedeutende Vermögen ihren Häusern zuzubringen. Sonst standen ihnen Klöster, Bisthümer, Domcapitel rc. offen. Selbst in Kriegsdiensten konnten sie damals noch erwerben. Das hat alles aufgehört. Hierin liegt voraussichtlich der totale Untergang der meisten standesherrlichen Häuser, sowie des alten Adels überhaupt. Auch würde hiedurch der reiche Mittelstand zum Adel heraufgezogen und die feindselige Stellung gemildert. Bei der Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland — wenn man erkennen muß, daß die Mittelstände die herrschenden werden, wo sie es nicht schon sind — ist gerade dieser Punct von der allerersten Wichtigkeit. Man wird zunächst einwenden, daß hierdurch das Recht der Ebenbürtigkeit gefährdet werde. Allerdings! Allein so bedeutsam dieses Recht seiner ursprünglichen Bestimmung nach auch war, so hat es doch von Jahr zu Jahr an practischem Werthe verloren, und kann füglich jezt als ein ganz steriles bezeichnet werden. Die Erfahrung hat es bewiesen. Die Ebenbürtigkeit hat die Standesherren vor keiner Unbill geschützt, die ihnen häufig von ihren ebenbürtigen Landesherren zugefügt worden ist. Bezüglich ehelicher Verbindungen mit souveränen Häusern hat die Praxis sie beinahe bereits aufgehoben. Sogar an den kleinen Höfen hat diese Ebenbürtigkeit den Standesherren nicht einmal jenen Rang verschaffen können, der selbst ihrer vornehmen Abstammung gebührte. Soll dieses Schattenbild mit großen reellen Vortheilen in die Wagschale gelegt werden? Gegen Mißbrauch ließe sich in der Einwilligung eines Familienrathes zu solch nicht-ebenbürtigen Ehen, die immerhin nur als Ausnahme von der Regel gelten könnten, leicht ein Mittel finden. Die Hausgesetze der standesherrlichen Familien waren für frühere Zeiten ebenso weise, wie nützlich. Jezt sind sie in der alten Form oft schädlich und lächerlich. Uebrigens wäre die Frage noch zu lösen, ob die Verbindungen reicher nicht streng ebenbürtiger Glieder standesherrlicher Familien mit souveränen Häusern in Wirklichkeit nicht öfters vorkommen würden, als jezt mit voll ebenbürtigen aber armen Standesherren oder standesherrlichen Töchtern?! Zu 4. Die Wichtigkeit des Standschaftsrechtes und die Nothwendigkeit ihm alle Aufmerksamkeit zu schenken, bedarf kaum einer Erläuterung. Es begreift das Wichtigste in sich, was die Standesherren aus dem Schiffbruche gerettet, kann vielleicht für alles Verlorne entschädigen — denn — denn es gibt Antheil an der Staatsgewalt selbst! Doppelt wichtig in einer Zeit, wo sich die politischen und socialen Zustände Deutschlands in einer Uebergangsperiode befinden. Dieß ist auch von den meisten Standesherren, welche sich nicht etwa lediglich ländlichen Beschäftigungen hingegeben haben, oder welche vorziehen, auf den Trümmern ihrer frühern wirklichen oder vermeintlichen Größe zu sterben — anerkannt worden. Wiederholt muß zum Schlusse darauf aufmerksam gemacht werden, daß nicht von einem sofortigen oder übereilten Handeln, noch weniger von dem Verschleudern eines Rechtes ohne Rücksicht auf Zeit oder Land — hier die Rede seyn kann. Andererseits muß aber die feste Ueberzeugung ausgesprochen werden, daß eine Reconstruction der standesherrlichen Verhältnisse sowie jener des Adels auf einer neuen Basis, und zwar mit freier Aneignung jener nationalen Bestrebungen und Gefühle, deren bereits Erwähnung geschehen, ganz unvermeidlich nothwendig wird. Versäumt man dieß, dann könnten, früher, als man es zu glauben geneigt ist, Standesherr und Adel in Deutschland nur noch historische Erinnerung seyn! Ein großes Unglück für Deutschland selbst, denn der Adel, wenn auch in anderer Gestaltung und Organisation, muß das conservative Gegengewicht bilden in den Zeiten democratischen Fortschritts, denen wir entgegengehen. Aus diesem Gesichtspuncte betrachtet, verlassen diese Verhältnisse den speciellen Charakter und gewinnen einen allgemein deutschen, somit viel größeren — mindestens von ebenso großer Wichtigkeit für die souveränen Fürsten selbst als für die Standesherren und den Adel. Osborne, Insel Wight, den 12. Juli 1846. (unterz.) Emich Karl Fürst zu Leiningen.

Bayern.

München, 14. Febr. Heute circulirt eine Petition hiesiger Bürger an den Magistrat, daß derselbe bei der königl. Regierung auf Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit städtischer Verhandlungen hinwirken möge. — Heute Nachmittags veranstalteten die 5 Corps der Studirenden dem am Nervenfieber hingeschiedenen Studenten Wöhring aus Bamberg, Mitglied der „Franconia", einen großen Fackelzug nach dem Leichenacker. — Gestern kam der Magistratsrath Casella aus Augsburg zum Zwecke einer Besprechung mit dem Magistrate unserer Hauptstadt hieher. — Graf Arco-Valley hat, der deutschen constitutionellen Zeitung zufolge, zur Verherrlichung des für Bayern eingetretenen glücklichen Ereignisses dem Armenpflegschaftsrathe die Summe von 5000 fl. übermacht. (Bfd.)

München, 15. Febr. Es wurden in den jüngsten Tagen beunruhigende Gerüchte über lebensgefährliche Verwundungen, ja selbst schon über einen Todesfall im Publicum verbreitet, was wir durch nachstehende Bekanntmachung der unterzeichneten Behörde zu widerlegen im Stande sind. Dieselbe lautet: „Da sich hier unter andern beunruhigenden und aufreizenden falschen Gerüchten auch das verbreitet hat, daß in den jüngsten Tagen dahier mehrere Personen auf den Straßen getödtet worden seyen, so sieht sich der Magistrat auf den Grund einer offiziellen Mittheilung der königl. Polizei-Direction vom Gestrigen veranlaßt, bekannt zu geben, daß der k. Polizei-Direction nur 3 Verwundungen zur Anzeige gekommen sind, nämlich: die ganz unbedeutende Kopfverletzung des Candidaten der Pharmacie Hilmar Molter aus Lübeck, die ebenfalls unbedeutende Kopfverletzung des Modellstechers Graner, und die nicht lebensgefährliche Kopfverletzung des Gärtnergesellen Pfau. Ein allgemein als todt bezeichneter Studirender, Faber, hat nicht die mindeste Verletzung erlitten, und der Candidat der Philosophie, Georg Röhring aus Bamberg, welcher heute beerdigt wird, ist in Folge einer schon länger andauernden Krankheit gestorben. Von der kgl. Gendarmerie-Mannschaft sind 3 Mann bedeutend verlezt worden, und liegen dermal krank darnieder. Den 14. Febr. 1848. Der Magistrat der kgl. Haupt- und Residenzstadt München. Bürgermeister v. Steinsdorf. Lachmayr, Secretär."

Kempten, 13. Febr. Heute um 11½ Uhr entstand ein gewaltiger Auflauf auf dem Platze vor dem Gasthofe zum Strauß. Es kam nemlich die Gräfin von Landsfeld in einem mit vier Pferden bespannten Reisewagen hier an. Ihr zur Rechten saß der Senior der „Alemannia" Hr. Peißner, und diesen gegenüber noch zwei von gedachter Verbindung. Anfangs war es ziemlich ruhig, denn es waren einige Officiere und andere hohe Beamte zugegen. Doch bald begann ein gellendes Pfeifen, und als man abfuhr, erschallte ein donnerndes Pereat von den Studenten, denen die HH. Officiere großen Beifall zollten. Das umstehende Volk aber brach beim Auseinandergehen in großes Gelächter aus. (Augsb. Abdz.)

Württemberg.

Aus dem Vortrag des Abgeordneten Römer in der Sitzung vom 8. d. über die Maivorfälle tragen wir Folgendes nach: „Die beklagenswerthen Ereignisse vom 3. Mai v. Js. leben noch in unser Aller Gedächtniß, und ein für allemal sey es gesagt, daß ich dieselben mit der vollsten Kraft meines Rechtsgefühls mißbillige und verabscheue. Am 4. Mai von Morgens 7 Uhr bis gegen Mittag wurde mein Zimmer nicht leer von hiesigen Bürgern, die sich über Brutalitäten einzelner Soldaten oder Militärpatrouillen beklagten. Da ich nicht selbst Bürger von hier bin und darum auch die Bürgergesellschaften nicht besuche, so kannte ich nur den kleinsten Theil dieser Bürger. Aber alle waren im höchsten Grade entrüstet und stellten das Ansinnen an mich, ich möchte eine unmittelbare Eingabe an den König entwerfen, daß diese Excesse untersucht werden. Ich wies sie natürlich damit ab, versprach ihnen aber, zu dem Stadtdirector zu gehen und ihm zu sagen, daß, falls am folgenden Abend wieder ähnliche Excesse ausbrechen sollten, er dafür sorgen möchte, daß mit der gehörigen Mäßigung von Seiten des Militärs eingeschritten werde. Er sicherte mir dieses zu, und ich glaube auch, daß er Wort hielte. Glücklicherweise war es jedoch nicht mehr nothwendig, denn die Auftritte vom 3. Mai wiederholten sich nicht, zum deutlichen Beweis dafür, daß die Unordnungen keinen tiefen Boden in Stuttgart hatten. Das von Ludwigsburg requirirte Militär mußte sammt seinen Kanonen abziehen, ohne daß von den Schießwaffen hätte Gebrauch gemacht werden müssen. Ich war Anfangs gesonnen, mich mit dem Gang zu dem Stadt-Director zu begnügen, allein die Mahnungen wurden dringender, und bald sah ich auch, daß Excesse vorgegangen seyen, und es im Interesse Aller liege, daß dieselben untersucht werden, daß ferner die Stimme eines Einzelnen weniger werde Gehör finden, als die Stimme einer Corporation, welche dazu da ist, in Abwesenheit der Stände die Interessen des Landes und das Wohl des Volkes zu wahren, und nöthigenfalls die gestörte Rechtsordnung durch ihre Vorstellung bei der Staatsregierung zu schützen. Ich wendete mich deßhalb an den ständischen Ausschuß in einer Eingabe vom 5. Mai, worin ich kurz darstellte, was mir die einzelnen Beschwerdeführer gesagt haben, und den Ausschuß um Verwendung, beziehungsweise um Beschwerdeführung bat. Die Verwendung sollte, wie ich einem Mitgliede des Ausschusses, Duvernoy, ausdrücklich sagte, nicht den Zweck haben, sogleich einzuschreiten, sondern nur den Zweck, die Regierung unter Darlegung der Notizen, die ich meiner Eingabe beifügte, zu einer Untersuchung zu veranlassen. Es war also nicht zunächst von einer Beschwerdeführung und noch weniger davon die Rede, daß der eine oder der andere Minister in Anklagestand versetzt werden solle, denn so viel Geschäftskenntniß habe ich, um wohl zu wissen, daß man den Prozeß nicht mit der Execution beginne. Ich entwickelte in meiner Eingabe, daß in Ermanglung positiver Gesetze für den Fall des Waffengebrauchs die Analogie der Dienstinstruction der Landjäger maßgebend seyn dürfte, in welcher gesagt ist, daß, sobald sie von ihren Waffen Gebrauch machen, sie gleichsam zum Avise für das Publicum oder überhaupt für diejenigen, gegen welche sie von den Waffen Gebrauch machen wollen, die Formel gebrauchen sollen: „Im Namen des Königs." Ich gebe zu, daß eine unmittelbare Beziehung dieser Instruction auf das Linien-Militär, besonders wenn es in geschlossenen Gliedern unter militärischen Vorgesetzten agirt, nicht ganz statthaft ist, allein weil mir keine anderen Bestimmungen bekannt waren, und besonders Art. 36 des Majestätsgesetzes von 1810 sich in dieser Hinsicht ebenfalls nicht ausspricht, glaubte ich, daß es zum Schutz des Publicums gereichen werde, wenn anderweitige Gesetze oder Verordnungen zur Sicherung in solchen Fällen angerufen werden können. Ich stellte deßhalb die Behauptung auf, daß von jener Formel vor dem Gebrauche der Feuerwaffen keine Anwendung gemacht, und sprach im Hinblick auf Zeugnisse, die ich vorlegte, zugleich die Vermuthung aus, daß das Publicum vor dem Schießen nicht gewarnt worden sey. Neben den Zeugnissen, die ich in dieser Hinsicht beibrachte, leitete mich auf jene Vermuthung aber auch ein offizieller Artikel des Schwäbischen Merkurs, worin blos von einem Signal mit der Trommel die Rede ist, welches Signal offenbar nicht genügt, weil der Civilist und Bürger nicht versteht, daß dieses Signal die Bedeutung haben solle, es werde nun geschossen werden. Diese Zeugnisse sind so speciell und lassen sich auf den fraglichen Fall so sehr ein, daß man ihnen Glauben schenken mußte. Der Erfolg des Schießens jener Abtheilung Infanterie, die ohne Zweifel unterhalb der engen Dachbrücke aufgestellt war, bestand darin, daß ein Schustergeselle, der neben der Staffel der Haidlenschen Apotheke stand, getödtet wurde, daß eine zweite Kugel durch die Hausthüre der Apotheke und eine dritte in die Wand derselben, eine vierte in die Apotheke selbst drang, eine fünfte über die Köpfe der in der Apotheke beschäftigten Gehülfen flog, eine sechste ein Gefäß zertrümmerte, und eine weitere Kugel unterhalb eines Fensters des ersten Stocks traf, wo gerade der Apotheker Haidlen mit seiner Mutter und Schwester stand, so daß diese Personen leicht hätten getödtet werden können. — Der Ausschuß glaubte, diesem meinem Gesuch um Veranlassung der Staatsregierung zu Untersuchung dieser Vorfälle nicht entsprechen zu können. So stehen die Sachen. Der Ausschuß hat mich abgewiesen, und ich kann mich auch kaum von der Ueberzeugung trennen, daß das Resultat des Ausschusses vielleicht ein anderes gewesen wäre, wenn es sich davon gehandelt hätte, Excesse in Untersuchung ziehen zu lassen, die in jener Nacht etwa Bürger gegen die bewaffnete Macht verübt hätten. Die anwesenden Herren Minister haben ohne Zweifel in dieser Sache sowohl die polizeilichen als die gerichtlichen Fäden in der Hand. Sie mögen nun die Gewogenheit haben, sich herbeizulassen, zu sagen, in wiefern Gründe vorhanden seyen, um anzunehmen, daß bei den Excessen vom 3. Mai entweder der Dämon des Radicalismus oder das Gespenst des Communismus eine Rolle spielte. Ich wiederhole meine Bitte, es möchte den Herren Ministern gefällig seyn, in dieser Hinsicht uns Eröffnungen zu machen, welche etwa im Stande wären, den Verdacht zu bestätigen, oder aber denselben zu beseitigen. Die Wahrheit geht über Alles!" (Schluß folgt.)

Stuttgart, 12. Febr. Die hitzigen Kammerverhandlungen über die Mai-Excesse haben ähnliche Folgen wie unlängst in der hessendarmstädtischen Kammer gehabt. Römer nämlich, der sich von den Abgeordneten Frhrn. v. Linden und Hierlinger persönlich beleidigt glaubte, (die Protocolle sind theilweise nicht dem Wortlaute getreu) hat Beide, so vernehme ich aus glaubwürdiger Quelle, Ersteren durch den ältesten Abgeordneten der Ritterschaft, den Frhrn. v. Gültlingen, den Zweiten durch den Alterspräsidenten der Kammer, dem Abgeordneten Hiller, auf Pistolen fordern lassen. Ob die Sache beigelegt wird, oder der Zweikampf vor sich geht, darüber konnte ich, bei der Geheimhaltung der Sache mir keine Gewißheit verschaffen. (Augsb. Abdz.)

Baden.

Karlsruhe, 9. Febr. (XXII. Sitzung der II. Kammer. Fortsetzung.) v. Soiron berichtet Namens der Petitionscommission über eine Vorstellung des Buchhändlers Julius Groos zu Heidelberg, willkürliche und gesetzwidrige Beschlagnahme von Verlagswerken betreffend, und stellte den Antrag: die Petition dem großh. Staatsministerium empfehlend zu überweisen. Der Regierungscommissär, Ministerialdirector Brunner bemerkt, daß er der in dem so eben verlesenen Berichte der Petitionscommission beliebten Gesetzes-Auslegung nicht beipflichten könne, und sucht unter Berufung auf die landrechtlichen Bestimmungen über das Schrifteigenthum, so wie auf die Einführungs-Edicte zum bürgerlichen Gesetzbuche und auf die ältere jetzt noch gültige diesfallsige Verordnung vom Jahre 1806 ausführlich nachzuweisen, daß hiedurch die von der Regierung angeordnete Beschlagnahme der Julius Groosschen Druckschrift, welche ausführliche Auszüge aus den bis jetzt stattgefundenen Bundestags-Verhandlungen und gefaßten Bundesbeschlüssen enthalte, als gerechtfertigt erscheine. Peter will der frühern Verordnung keine Gesetzeskraft mehr einräumen, auch bestreitet er der Regierung das Recht, eine solche Beschlagnahme, wenn sie selbst begründet wäre, im Administrativwege, wie geschehen, anzuordnen, indem dieß nur der Richter auf Anrufen des Staatsanwalts hätte thun können, weswegen er für den Commissionsantrag stimme. Kapp ist derselben Ansicht und hält die Ausführung im Commissionsberichte, so wie den dort gestellten Antrag für übermäßig milde. Es sey jetzt an der Zeit und wir dazu berufen, das schon viel zu lange bestandene heimliche Verfahren aufzuheben und den tausendjährigen Zopf einmal abzuschneiden. Welcker: Es habe das Berufen auf eine ältere Verordnung von Seite der Regierung nur als Sackträger dienen müssen, um die anderwärts angeordnete Beschlagnahme zu rechtfertigen. Ministerialdirector Brunner weist eine solche, den Handlungen der Regierung unterlegte Absicht mit Indignation zurück, worauf Welcker fortfährt, die Verheimlichung der Bundesverhandlungen und Beschlüsse scharf tadelt und die bezüglich auf die Groossche Druckschrift verhängte Beschlagnahme als unzuständig erlassen, für null und nichtig erklärt. Zentner ist zwar mit dem Commissionsantrag einverstanden, weniger aber mit den für denselben angeführten Gründen, jedoch glaube er, daß diese Sache nach dem theilweise noch gültigen Preßgesetze hätte behandelt und sonach an den Richter verwiesen werden sollen. Hecker und Weller sprechen sich im Allgemeinen wie Peter und Welcker aus, während Rettig zwischen dem unterscheidet, was wir wünschen, und dem, was jetzt zu thun gewesen. In ersterer Beziehung wünsche er auch die möglichste Veröffentlichung der Verhandlungen und Beschlüsse des Bundes, in letzterer Hinsicht aber müsse er dem Petenten das Nachdruckrecht darum bestreiten, weil der Bund zur Zeit seine Protokolle nur zum ausschließlichen Gebrauch seiner Mitglieder drucken lasse, sonach ein Dritter ohne ausdrückliche Erlaubniß des Bundes nicht befugt sey, solche der Oeffentlichkeit zu übergeben. Nachdem auch noch der Berichterstatter die gegen einzelne Stellen des Commissionsberichts gemachten Einwendungen beantwortet hatte, nimmt die Kammer den Commissionsantrag mit großer Stimmenmehrheit an. — v. Soiron berichtet ferner über eine Petition der Gemeinde Neukirch, um ein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister und stellt Namens der Petitionscommission den Antrag: diesen Gegenstand als Motion zu behandeln und zur Berathung und Berichterstattung in die Abtheilungen zu verweisen. Kapp und Peter unterstützen diesen Antrag, eben so Welcker, welcher letztere jedoch die Verhandlung und Aburtheilung einer gegen die Minister erhobenen Anklage weder der andern Kammer noch einem der jetzt im Lande bestehenden Gerichtshöfe, sondern einem ganz unabhängigen Gerichte übertragen wissen will. Knapp bemerkt daß ein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister schon im Jahre 1819 zur Sprache gebracht und im Jahre 1822 berathen worden, jedoch die Zustimmung nicht erhalten habe, er werde aber auch jetzt wieder, wie dormals, dafür stimmen, müsse jedoch dabei bemerken, daß man nunmehr nur noch sagen könne, über die Verantwortlichkeit des Ministers und der Ministerialchefs, indem ja erst vor Kurzem in der Kammer die Ansicht ausgesprochen worden, daß es für Baden an einem Minister genüge, und an die Spitze der übrigen Ministerien nur Chefs statt Minister gestellt werden sollen. v. Itzstein hofft, die Regierung werde mit der verlangten Gesetzesvorlage nicht mehr länger zögern, indem diese schon darum erfolgen müsse, weil sie vom Regenten schon längst zugesichert worden, und daher die Minister dieses Wort zu lösen hätten. Hecker unterstützt den Commissionsantrag. — Ministerialdirector Brunner bemerkt, daß es, da die Sache als Motion behandelt werde, noch nicht an der Zeit sey, sich näher einzulassen, weßwegen er seine Erklärung sich vorbehalten wolle. Die Kammer nimmt den Commissionsantrag an.

(Schw. Mkr.)

K. Sachsen.

Leipzig, 8. Febr. Vorgestern war in der Aula unserer Universität, unter dem Vorsitz des Professors Erdmann, eine allgemeine Studentenversammlung. Es wurde darin beschlossen, die Errichtung eines Turnplatzes für die Studirenden, ferner die Erlaubniß auch außerhalb des Fechtbodens schlagen zu dürfen, endlich bei Verweigerung dieses Gesuchs, die Herabsetzung des Honorars für die Fechtübungen, bei dem Ministerium zu beantragen. Zunächst wurde eine Commission zur schriftlichen Abfassung dieser Petition gewählt. Auch beabsichtigte man, um Aufhebung des eximirten Gerichts der Universität zu petitioniren; der Rector, Professor Hartenstein, gestattete aber die Berathung über diesen Punct nicht.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Preußen.

Der „Berlinischen Zeitung" wird aus Düsseldorf vom 4. Febr. geschrieben: Bei dem Begräbniß eines pensionirten Gendarmen in Neuß warfen nach dem Weggange der meisten Leidtragenden mehrere junge Bursche aus dem Haufen der Neugierigen, den ein Begräbniß gewöhnlich herbeilockt, Steine und Eisstücke mit so roher Gewalt und dem Ruf: „Schmeißt d'rauf auf den Cal-

einer!" auf den Sarg, daß der Deckel brach und die Leiche blos lag.

Schleswig-Holstein.

Schleswig. Am 28. Jan., dem Tage, an welchem das königl. Rescript über die dänische Verfassung erging, ist auch ein Regulativ für die Gelehrtenschulen in den Herzogthümern vom König genehmigt worden, in dessen § 3 es heißt: „Auf der Haderslebener Schule ist der Unterricht in Zukunft in dänischer Sprache zu ertheilen." Das Wort, das der verstorbene König gesprochen, ist mithin zur That gereift, und über eine deutsche Lehranstalt, die während dreier Jahrhunderte für deutsche Bildung gewirkt, ist der Stab gebrochen. Die Verantwortlichkeit dieser Uebereilung trifft vornehmlich die beiden Mitglieder des Staatsraths, welche den Herzogthümern angehören, die Grafen Reventlow Criminil und Karl Moltke. Beiden ist die Stimmung der Herzogthümer in dieser Beziehung und die ganze Bedeutung der Maßregel wohl bekannt: ihnen hätte es daher obgelegen, dem Könige vorzustellen, daß er durch eine solche Demonstration für die dänische Propaganda Partei nimmt, das Vertrauen zu seiner Gerechtigkeit von vornherein vernichtet, in den Herzogthümern die Gemüther erbittert, und dennoch kein anderes Resultat herbeiführt, als daß die durchaus deutsch gesinnte Stadt Hadersleben sich noch inniger und fester an Deutschland anschließt.

(D. Z.)

Freie Städte.

Hamburg. Die electro-magnetische Telegraphenlinie von Hamburg nach Cuxhaven ist jetzt gesichert und das Actien-Capital dazu bereits complett. Die königl. hannoveranische Regierung hat mit einer nicht genug anzuerkennenden Liberalität (wobei auch die Zuvorkommenheit des hiesigen hannoverischen Ministerresidenten dankend erwähnt werden muß) die Erlaubniß zur Anlegung einer Linie von Hamburg über Harburg nach Cuxhaven ertheilt. Mit den Vorarbeiten wird schon jetzt der Anfang gemacht, und man darf sicher erwarten, daß das Werk Mitte Sommers vollendet seyn wird. Die Direction besteht aus den Herren Möring und Comp., Ad. Godeffroy und A. W. Hüpeden. (H. B.)

Oesterreich.

Wien, 9. Febr. Es gehen im Publicum allerlei Gerüchte umher, daß der Präsident der Akademie der Wissenschaften, v. Hammer-Purgstall, in Folge eines Conflicts mit der Censur, seine Rolle niederzulegen gedroht hatte; allein dieß ist jedenfalls ungegründet. Das Wahre an der Sache ist, daß, nachdem der königl. Akademie der Wissenschaften in rein wissenschaftlichen Angelegenheiten von Sr. Maj. dem Kaiser, Preßfreiheit zugestanden ist, bei dem in der „Wiener Zeitung" erschienenen Abdruck der Rede des Hrn. v. Hammer, welche er am Eröffnungstage hielt, diejenige Stelle, welche des kostbaren Geschenks der Preßfreiheit des Kaisers für die Akademie lobend erwähnte, von der Censur gestrichen wurde. Der Präsident der Censur-Hofstelle ist hiebei in seinem guten Rechte (?!), und daß der Befehl des Kaisers respectirt wurde, beweist, daß die ganze Rede ohne Auslassung obiger Stelle in der kaiserl. Staatsdruckerei gedruckt, allen Mitgliedern der Akademie zugestellt werden wird. (Augsb. Abdz.)

Italien.

Nach einem Extrablatt der amtlichen Gazzetta Piemontese vom 8. Febr. hat König Karl Albert unter diesem Datum dem Königreich Sardinien eine Constitution verliehen. Folgendes sind in 14 Artikeln ihre Grundzüge: Die römisch-katholische Religion ist alleinige Staatsreligion: alle andern bestehenden Culte werden gesetzlich geduldet. Die Person des Königs ist heilig und unverletzlich; seine Minister sind verantwortlich. Dem König allein steht alle Vollziehungsgewalt zu; er befehligt die Streitmacht zu Land und zu Meer, erklärt Krieg, schließt Frieden, Allianzen und Handelsverträge, ernennt zu allen Aemtern; er allein sanctionirt die Gesetze und verkündigt sie; alle Rechtspflege fließt vom König aus und wird in seinem Namen verwaltet. Er kann begnadigen und die Strafen verwandeln. Die legislative Gewalt wird collectiv vom König und zwei Kammern geübt. Die erste besteht aus lebenslänglich vom König ernannten Mitgliedern (französisch!), die zweite wird auf der Basis eines noch zu bestimmenden Vermögenscensus gewählt. Das Vorschlagsrecht hinsichtlich der Gesetze steht dem König und jeder der beiden Kammern zu. Jedoch jeder Steuervorschlag muß zuerst der Wahlkammer vorgelegt werden. Der König beruft beide Kammern alljährlich, prorogirt die Sessionen und kann die Wahlkammer auflösen; in diesem Fall aber beruft er eine andere binnen vier Monaten. Keine Steuer kann aufgelegt werden ohne vorherige Discussion der Kammern, noch ohne Sanction des Königs. Persönliche Freiheit wird gewährleistet. Die Richter sind, nach Abfluß einer noch zu bestimmenden Zeit, unabsetzbar. Gleichzeitig wird eine beträchtliche Minderung des Salzpreises zugesagt. — Der freudige Eindruck dieser Verkündigung in Turin war außerordentlich; Abends war die ganze Stadt beleuchtet.

In das Fort Monreale zu Palermo welches, wie bekannt, später den Aufständischen in die Hände fiel, hatten sich 50 der Letztern listigerweise in königl. Uniform eingeschlichen, waren aber erkannt und sämmtlich niedergemacht worden.

Englische Blätter melden über Malta aus Syrakus ein Erdbeben, welches am 11. Jan. die Ostküste Siciliens erschütterte, habe die ganze Stadt Augusta zwischen Syrakus und Catania in einen Schutthaufen verwandelt. Der erste Stoß ward um 1 Uhr Nachmittags gespürt, und war so heftig, daß alle Menschen aus ihren Häusern flohen. Der folgende Stoß, ein paar Minuten später, zerstörte den ganzen Ort bis auf 27 Häuser; der Hafendamm versank, so zwar daß an der Stelle, wo er gestanden das Senkblei auf 50 Faden Tiefe keinen Grund findet. Den letzten Berichten zufolge hatte man 35 Todte und 59 Verwundete unter den Trümmern hervorgezogen. Der Erdstoß ward auch in Noto, Syrakus und Catania mit geringem, in Messina ohne Schaden verspürt.

Nach Briefen aus Mailand vom 9. Febr. kam es zwei Tage zuvor in Pavia zu blutigen Händeln eines Theils der Bewohner mit der Besatzung. Die Volkshaufen wurden zersprengt.

Frankreich.

Paris, 10. Febr.

Der Siegelbewahrer Hr. Hebert suchte gestern in der Deputirtenkammer durch eine Blumenlese aus den Reden bei den Reformessen den gefährlichen Geist derselben zu beweisen, und stützte sich wiederholt auf das mehrfach genannte Gesetz von 1790. Nach ihm hatten noch Feuilhade Chauvin und Ledru Rollin das Wort. Einer der gewöhnlichen Stürme, dießmal hervorgerufen durch Odilon Barrots Ruf: „Polignac und Peyronnet wären mehr constitutionell als ihr!" schloß die Sitzung und damit die allgemeine Berathung über den letzten Paragraphen.

Durch königl. Verordnung vom 5. Febr. ist Baron v. Langsdorff, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am badischen Hof, in dieser Eigenschaft nach dem Haag versetzt, und Hr. v. Lutteroth, erster Gesandtschaftssecretär in Neapel, zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Karlsruhe ernannt.

Großbritannien.

London, 9. Febr.

Im Hause der Lords kündigte gestern der Marquis von Lansdowne auf den 17. d. die zweite Verlesung seiner Bill auf diplomatische Verbindungen mit dem römischen Hofe an. — Im Hause der Gemeinen zeigte Lord John Russell die Vorlage des jährlichen Finanzetas auf nächste Woche an. — Eine Masse von Petitionen für und gegen die Judenemancipation wurde vorgelegt, die Berathung der Emancipationsacte ging aber nicht fort, da Hr. Anstey darauf bestand, seine Motion in 40 Artikeln, betreffend Lord Palmerstons Politik, zu entwickeln. Granzen und Trappen auf dem Boden hielten ihn nicht ab, seinen Vortrag anzubringen; die Mitglieder verließen das Haus, und als sich bei der Zählung des Hauses blos die ungenügende Zahl von 39 Mitgliedern ergab, wurde die Sitzung geschlossen.

Der Bau der neuen Parlamentshäuser schreitet langsam vor. Seit der Brand im Jahre 1834 einen Theil der alten Gebäude zerstörte, wurden nach einer eben ausgegebenen genauen Rechenschaft, auf den Neubau bereits 1,066,331 Pf. St. verwendet! Der ursprüngliche Kostenanschlag im Jahre 1837 betrug 707,104 Pf. St. Selbst der Saal, in welchem das Oberhaus seine Sitzungen hält, ist noch ohne seine Verzierungen. — Aus Tipperary in Irland meldet man Züge, welche das dumpfe Hinbrüten und die Rohheit der niedern Volksklassen charakterisiren: der Bruder des Mörders Longan, der dem Spruch über diesen anwohnte, sagte, als er das Todesurtheil hörte: „Was macht das, schon mancher bessere Mann, als er, ist gehängt worden," und die Frau sagte: „Es macht nichts, daß er sterben muß, denn er hat seiner Bande einen guten Dienst (den Mord des Hrn. Roe) gethan." Mörder werden als Märtyrer betrachtet.

Das „Athenäum" sagt: Der in Raumers historischem Taschenbuch für 1848 enthaltene Artikel „das Trauerspiel in Afghanistan," von Professor Neumann in München, ist, wie wir hören, ein Bruchstück aus einem sehr umfassenden Geschichtswerk über das britische Reich in Asien, an welchem dieser Gelehrte seit Jahren arbeitet. Dr. Neumann, der als Orientalist großen Ruf in Deutschland genießt, gab im Jahre 1846 eine Geschichte des englisch-chinesischen Kriegs heraus, welche die Erzählung der Thatsachen, mit werthvollen Commentarien über den Zustand des chinesischen Volks, seine Sitten, Religion, Philosophie und Gesetze beleuchtet — ein Werk welches abermals das Wort des seligen Dr. Arnold bestättigt: „„Wir Engländer lassen, trotz unserer vortheilhaftern Stellung, immer die Deutschen das thun was wir hätten thun sollen."" Die ostindische Compagnie wird, wie wir hoffen, Hrn. Professor Neumann bereitwillig dadurch unterstützen, daß sie ihm die Archive des India-House zur Benützung öffnet. Denn eine umfassende und gründliche Geschichte der unter britannischer Herrschaft stehenden asiatischen Nationen ist noch mehr ein Desideratum für England als für Deutschland und Neumanns orientalische Gelehrsamkeit und frühere Schriften bezeichnen ihn als den Mann, der dieser herculischen Arbeit wohl gewachsen ist.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 3. Febr. Von dem Kaukasus ist ein neues Kriegsbülletin eingegangen, nach welchem der General-Lieutenant Freitag trotz der Kälte von 20° R. einige Tschetschenzendörfer gestürmt hat. Auch die Tscherkessen sind wegen ihrer Raubzüge im vorigen Sommer gezüchtigt worden und haben bei 44 Gefangene, 300 Stück Hornvieh und 3000 Schafe verloren. Der General-Major Kowalewsky führte die Expedition.

(R. Bl.)

Von der russischen Grenze, Ende Jan. Die russische Polizei ist sehr thätig in der Aufsuchung einer neuen Schrift, die die Pariser Centralisation herausgegeben hat, und die in Polen vielfach verbreitet wird. Sie heißt: „Göttliche Worte an das polnische Volk" und ist in jenem glühenden biblischen Styl abgefaßt, der so großen Anklang in den Büchern des polnischen Volks von Mickiewitz und in dem Aufruf an die Polen von Lamennais gefunden. (D. Z.)

Vereinigte Staaten von Nordamerica.

Seit einigen Wochen ist der electromagnetische Telegraph bis St. Louis vollendet. Wir erhalten also jetzt am Mississippi die Nachrichten vom atlantischen Meer in wenigen Minuten. Das ist auch Poesie. Der Telegraph verbindet jetzt die Städte Washington, Baltimore, Philadelphia, New-York, Boston, Buffalo, Pittsburg, Cincinnati, Louisville und St. Louis in ununterbrochener Linie. Er ist auf 4028 (engl.) Meilen fertig und für weiterere 2800 Meilen (nach New-Orleans, Mobile rc.) angefangen, und zwar ohne alles Zuthun der Regierung. (D. Z.)

Mannigfaltiges.

Kaiserslautern. Ein furchtbares Unglück hat sich am 7. Febr. hier ereignet. Die Frau eines hiesigen Maurers verließ des Vormittags ihre Wohnung, um sich auf einen nahegelegenen Hof zu begeben. Bei ihrem Weggange ließ sie ein fünfjähriges Mädchen nebst einem drei Viertel Jahre alten Säugling in ihrer Stube zurück und verschloß die Thüre. Das Mädchen kam, wie es scheint, mit den Kleidern dem glühenden Ofen zu nahe. Sein Gewand fing Feuer und das arme Kind verbrannte auf die schrecklichste Weise; der Körper schien förmlich gebraten. In der Verzweiflung scheint es sich auf die Wiege des Säuglings geworfen zu haben, denn auch diese war angebrannt, ohne daß jedoch das darin liegende Kind erheblichen Schaden genommen. Erst durch den starken Brandgeruch wurden die Umwohnenden aufmerksam gemacht. Als sie aber herankamen und mit Gewalt die verschlossene Thüre öffneten, hatte das arme Kind bereits das Leben ausgehaucht. (K. B.)

Der Nürnberger Correspondent schreibt: „Aus einem Artikel der Allgemeinen Preußischen Zeitung sollte man schließen, daß Preußen jetzt auch weibliche Minister, geheime Staatsministerinnen, bekommen habe. Die Allgemeine Preußische Zeitung theilt diese wichtige Nachricht nur ganz beiläufig mit: bei Aufführung des Curatoriums der Berliner Diakonissenanstalt. Unter den weiblichen Mitgliedern dieses Curatoriums sind nämlich (wir citiren wörtlich): geheime Staatsministerin v. Bodelschwingh; geheime Staatsministerin Gräfin zu Stollberg-Wernigerode; geheime Staatsministerin Eichhorn. „Gattin des geheimen Staatsministers" kann damit nicht gemeint seyn, denn gleich darauf führt die Allgemeine Preußische Zeitung eine „Ehefrau des Fabrikbesitzers Stobwasser" (nicht „Fabrikbesitzerin" Stobwasser) an. Weibliche Minister! Es wäre schrecklich, wenn es wahr wäre; aber es wird doch nicht wahr seyn, obgleich es in der Allgemeinen Preußischen Zeitung steht."

Nach amtlichen Berichten beläuft sich die jetzige Volkszahl in Berlin mit Ausschluß des aktiven Militärs auf 403,895 Personen. Am Schlusse des Jahres 1846 wurde dieselbe auf 389,395 angenommen; sie hat sich demnach im Jahr 1847 um 14,500 vermehrt und zwar durch Mehrgeburten um 3307, durch von außerhalb angezogene Personen um 11,193 Seelen.

Was ist ein casino? Antwort: eine ressource. So ist aus einem deutschen journal zu entnehmen, welches eine nouvelle aus Königsberg mit den Worten beginnt: „In unserm Casino, einer zum großen Theile aus Offizieren bestehenden Ressource" ꝛc. (Königsberg en Prusse.)

Die „Magdeburger Zeitung" enthält die erfreuliche Nachricht, daß Eckermanns Gespräche mit Göthe, dieser köstliche Schatz der deutschen Literatur, fortgesetzt werden sollen. „Reich an den interessantesten Mittheilungen der verschiedensten Art und mit Eröffnungen, die manchen in Erstaunen setzen dürften," soll diee Fortsetzung der früher von Brockhaus in Leipzig gebrachten zwei Theile der Eckermannschen Denkwürdigkeiten noch vor Beginn des Sommers in der Verlagshandlung von Heinrichshofen in Magdeburg erscheinen.

Frankfurt, 15. Jan. Professor Böttger dahier hat sich um die Wissenschaft abermals Verdienste erworben. Ihm ist es gelungen, die Bereitungsweise der seither so zeitraubenden Gewinnung des Chloroforms wesentlich zu verbessern, und zwar auf die einfachste Weise; ebenso die höchst unbedeutende Ausbeute bedeutend zu erhöhen (aus 1 Pfd. essigsaurem Natron d. und Pfd. Chlorkalk 8 Loth.) In seinem in Mainz bei Kunze erscheinenden polytechnischen Notizblatt 1848 Nr. 1. beschreibt er das Verfahren genau. (D. Z.)

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg. 12. Febr. Bayerische 3½ pCt Obligationen 90 P., — G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 660 P., — G. Promessen per Stück Agio 74 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 103 P., — G.; 4pCt. 90 P., — G.; 3pCt. 64 P., — G. Bankactien 1. Semester 1570 P., — G. Württembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 88½ G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 88½ G.

Frankfurt, 12. Febr. Metall. 5pCt. 101 1/4; 4pCt. 88; 3pCt. 64; Bankactien 1880; Taunus-Eisenbahn-Actien 336; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 54½; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 85½; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Wien, 11. Febr. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 101 1/8; zu 4pCt. in CM. 86; zu 3pCt. in CM. 61; Bankactien per Stück 1562; Nordbahn 129½.

Amsterdam, 10. Febr. 2½ pCt. 54 1/16; 3pCt. 65 7/8; 4pCt. 81 5/16; Synd. 3½ pCt. —; Handels-Maatschappy —; Ard. 15 11/16; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. —.

Paris, 10. Febr. 3pCt. 71 Fr. 10 C.; 5pCt. 116 Fr. 75 C.

London, 9. Febr. Consols 89½.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 15. Februar: „Der Sohn des Fürsten," Trauerspiel in 5 Aufzügen von Moser.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. v. Nicolai, Baurath v. Gotha; Beringer und Stadler, Kaufleute aus Sachsen.

Hotel Maulik. HH. Röllien, Oberst v. Brüssel; Galton, Rentier aus England; Gretsch, Kaufmann v. Mannheim.

Gold. Hahn. HH. Keller, Privatier v. Regensburg; Regensburger, Gutsbesitzer v. Friedberg; Bieler, Dechant von Schwaden; Steiger, Particulier aus der Schweiz.

Gold. Kreuz. HH. v. Tschepeler, Oberst v. Aachen; Wedekind, Landbauconducteur v. Hannover.

Blaue Traube. HH. Ritter v. Haubner v. Kraud; Kesler, Rentbeamter v. Nieder-Stotzingen; Baron v. Menzinger, Oberlieutenant v. Karlsruhe; Ritter v. Leal-Dittersberg von Charlottenthal; Durnschmidt, Landgerichtsaccessist von Bunsiedel; Baron v. Müllman, Rittmeister v. Karlsruhe.

Gestorbene in München.

Joseph Schmid, pens. k. Artillerie-Stabs-Trompeter v. h., 64 J. alt; Georg Röpringer, Student von Bamberg, 20 J. alt; Theres Dietl, Bierwirthsfrau v. h., 52 J. alt; Joh. Bapt. Giulini, Großhändler v. h., 72 J. alt; Jakob Wagner, Ochsenhändler von Perlesreuth, 56 J. alt; Karolina v. Langenbach, k. Ministerial-Secretärs-Tochter v. h., 60 J. alt; Georg Weitelsdorfer, Bedienter v. h., 51 J. alt; Mathias Scheucher, Zimmermann v. h., 40 J. alt; Mathias Peitsch, Schuhmacher v. h., 57 J. alt; Friedrich Müller, Gefreiter im Infanterie-Regiment König, 33 J. alt; Thekla Stinglwagner, Handelsmannswittwe v. Tristern, 63 J. alt; Katharina Kifmann, Zimmermannsfrau v. h., 53 J. alt; Gregor Stumpf, Schuhmacher und Logendiener von hier, 73 J. alt; Johann Nepomuk v. Studenrauch, kgl. Registrator v. h., 66 J. alt; Anna Setlmaier, Bäckersfrau von der Au, 38 J. alt.

Edictalladung.

2272. Am 13. vor. Mts. starb der Benefiziat Augustin Häringer an der Metropolitankirche dahier mit Hinterlassung eines Testamentes vom 26. November vor. Js.

Da dessen zur natürlichen Erbfolge berufene Verwandte dem Gerichte nicht bekannt sind, so werden dieselben hiemit durch öffentliche Ladung aufgefordert, innerhalb 30 Tagen sich unter Bescheinigung ihrer Verwandtschaftsverhältnisse über Anerkennung des bezeichneten Testamentes, dessen Einsicht bei Gericht freisteht, um so gewisser zu erklären, als sonst dasselbe für anerkannt erachtet und nach Maßgabe desselben weiter verfahren würde.

Sign. den 8. Februar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

v. Lengrießer.

Bekanntmachung.

2273. Auf Anrufen einer Hypothekgläubigerin ist zu gerichtlichem öffentlichem Verkaufe des Hauses Nro. 50 sammt Hofraum und Nebengebäuden an der Karlsstraße auf

Montag den 3. April 1848 Vormittags von 10 — 12 Uhr Geschäftszimmer Nr. 1 über eine Stiege

erste Steigerungs-Tagsfahrt, und zwar nach den Bestimmungen des §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der §§. 98 — 101 der Prozeßnovelle von 1837, Tagsfahrt angesetzt, wobei jedoch der Hinschlag nur nach Erreichung des nachbemerkten Schätzungswerthes zu erwarten steht.

Dieses Haus ist, den Erdstock eingeschlossen, vierstöckig, hat einen Hofraum mit Pumpbrunnen, in welchem rechts ein zweistöckiges Nebengebäude mit Wagenschupfe und Stallung, links ein weiters Nebengebäude mit Wagenschupfe sich befindet.

Es ist mit keinem Ewiggelde, wohl aber mit 44,877 fl. 55½ kr. Hypothekkapitalien belastet, und wurde am 10. Juli vor. Js. auf 33,000 fl. geschätzt, welche Schätzung der Versteigerung zu Grund gelegt wird.

Auch haftet auf dem fraglichen Hause für den Privatier Joseph Hirschbeck ein lebenslängliches Wohnungsrecht im Hintergebäude oder eine jährliche Abfindung von 30 fl.

Der Brandassecuranz ist dasselbe mit 20,000 fl. einverleibt.

Indem Kaufslustige hiezu eingeladen werden, wird bemerkt, daß die Bezahlung des Kaufschillinges nach §. 104 der erwähnten Novelle nöthigen Falles baar geschehen müsse, — daher sich über genügende Zahlungsfähigkeit von unbekannten Käufern auszuweisen kommt.

Beschlossen am 4. Februar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der königl. Director:
Barth.

Dr. Walther.

Bekanntmachung.

2278. (2a) Nachdem bei dem am 7. d. Mts. abgehaltenen erstmaligen Versteigerungstermin für das dem Kafetier Johann Pleininger dahier gehörige Anwesen Nr. 1 an der Schwabinger-Landstraße, sich kein Käufer eingefunden; wird dasselbe auf neuerlichen Antrag hiemit wiederholt dem öffentlichen Zwangsverkaufe unterstellt.

Zur Aufnahme der Kaufsangebote ist auf

Mittwoch den 12. April 1848 von 11 bis 12 Uhr Termin im Geschäftszimmer Nr. 21

angesetzt, wozu besitz- und zahlungsfähige Kaufsliebhaber mit dem Bemerken geladen werden, daß der Zuschlag an den Meistbietenden ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgt.

Am 29. Februar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der königl. Director:
Barth.

v. Lengrießer.

Bekanntmachung.

(2a) Johann Benedict Köppel von Landshut, dessen Aufenthalt hierorts unbekannt ist, wird hiemit auf Antrag des k. Advocaten Schaaf dahier, als Offizialanwalts der Maria Martina Brasch von Aura und ihrer Kindes-Curatel, vorgeladen, bei der zufolge gegen ihn wegen Vaterschaft und Kindesalimentation nomine der erwähnten Brasch hierorts gestellten Klage zum Sühneversuch oder protokollarisch-schlüssigen Verhandlung auf

Mittwoch den 15. März l. Js. Vormittags 10 Uhr

anberaumten Tagsfahrt entweder persönlich oder durch einen legal Bevollmächtigten bei unterfertigtem Gerichte zu erscheinen, wobei demselben unbenommen bleibt, die gegen ihn vorliegende Klage inzwischen in diesseitiger Amtsregistratur einzusehen oder einsehen zu lassen, und das Duplicat in Empfang zu nehmen.

Am 8. Februar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht Landshut.
Der königl. Director:
Leiendecker.

Gareis.

Bekanntmachung.

2277. (2a) Auf Requisition des k. Kreis- und Stadtgerichts München werden in der Verlassenschaft der Kordula Gänsler, k. Secretärswittwe von Garmisch, nächst Partenkirchen, folgende Realitäten, als:

1) das in der hiesigen so reizenden Gegend hübsch gelegene, für eine kleine Familie während der Sommermonate zum Aufenthalt dahier sehr passende niedliche Wohnhäuschen sammt dem dabei befindlichen Garten per 28 Dez. Plnro. 399 und 399½,
2) der Krautgarten per 5 Dez. Plnro. 444,
3) der Gasacker per 1 Tagw. 39 Dez. Plnro. 2228

am 2. März früh 9 bis 12 Uhr

dem öffentlichen Verkaufe in der hiesigen Gerichtskanzlei untergestellt, mit dem Bemerken, daß die Genehmigung des gelegten Meistgebotes sofort der Zuschlag den Erben vorbehalten bleibt.

Zahlungsfähige Kaufslustige werden hiezu eingeladen.

Garmisch den 5. Februar 1848.

Königliches Landgericht Werdenfels.
Aliolt.

2276. (2a) In der Müllerstraße ist ein dreistöckiges Haus, welches in jedem Stock 4 Zimmer, Magdkammer, Speiß, Holzlege, dann Keller-, Speicher-Antheile und Waschhaus enthält, ohne Unterhändler zu verkaufen. Zu erfragen bei von Vollmar, geheimer Registrator, in der Müllerstraße Nro. 34 über 1 Stiege Nachmittags von 2 bis 5 Uhr anzutreffen.

Für die durch Brandunglück in Kemnath Heimgesuchten sind an Beiträgen eingegangen:

Uebertrag	60 fl. 24 kr.
Den 15. Febr. von L. H.	1 fl. — kr.
Summe	61 fl. 24 kr.

Um weitere mildthätige Beiträge wird dringend gebeten.

Expedition der Münchener politischen Zeitung.
Knödelgasse Nr. 2.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 40.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kreßel-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Mittwoch | XLIX. Jahrgang. | 16. Februar 1848.

Deutschland.

Die deutschen Standesherren.

△△ Aus Bayern. Eine Denkschrift des Hrn. Fürsten v. Leiningen, deren Inhalt mit dem Uebergang in mehrere deutsche Journale bereits die verschiedensten Urtheile hervorgerufen hat, ist von Seite dieser Herren eine der ersten Erscheinungen — neu in ihrer Quelle als dem Glaubensbekenntniß eines deutschen Fürsten, freisinnig in der unbefangenen Auffassung eines neuen Standpunctes und werthvoll für das gleiche Interesse aller Standesgenossen. In die geöffneten Schranken einer freien Besprechung über das allgemeine Wohl, jenes des Volkes sowie seiner einzelnen Elemente tritt eine der ersten Classen, welche früherhin zerfallen mit ihrem Schicksal, verpflanzt mit ihren materiellen Kräften auf den Boden ständischer Verfassungen, getrieben von dem Geist der Zeit und dem Wechsel aller Verhältnisse, — die Einsicht gewonnen hat, wie sie nur mit regem Bewußtseyn der vorigen Würde, vereint mit jenem der zugewiesenen Stellung, es dahin zu bringen vermöge: daß der neue Boden nicht unter den Füßen schwinde, wie der alte es längst schon war. Von der Feder eines Standesgenossen, der neben dem Wort auch mit der Kraft des Willens den Kreis des ständischen Wirkens in Bayerns erster Kammer betreten hat, ergeht hier der Ruf zum neuen Aufschwung seines Standes, der bisher mit zersplitterter Kraft nach einer getheilten oft entgegengesetzter Richtung seines Strebens selten mit günstiger Wirkung die neuen Bande aufsuchte, welche seine Interessen an jene des Volkes oder des Thrones knüpfen sollten. Sonst dem letztern näher als dem erstern, oft der Vermittler zwischen beiden, nicht selten die letzte Stufe von dem Untergebenen zu dem Herrscher, — nun durch die constitutionellen Verfassungen an der Spitze der Volksvertretung, mit legislativer Pflichtbefugniß der Staatsregierung gegenüber gestellt, — scheint es allerdings an der Zeit: daß derselbe bei dem Heranreifen neuer Staatsverhältnisse, in deren vielseitigen Bewegung sich die Frage stelle: „Wie das Mißverhältniß auszugleichen sey, welches gegenüber der glänzenden Vergangenheit daher von stetem Mißvergnügen in ihrer gegenwärtigen Stellung begleitet war." Noch wichtiger aber schien es: in dem raschen Gang des Fortschrittes, um nicht von jeder andern Gewalt überflügelt zu werden, sich nach den nächsten Hilfsquellen umzusehen, mit welchen auf der neuen Bahn in erneuerter Lebenskraft frische Wurzeln zu schlagen, und so im Aufschwung aller Stände das Uebergewicht zu erlangen sey, welches ein jeder derselben zu erringen strebt. Die Wege hiefür aufzusuchen, ist einer der edelsten Zwecke der fürstlichen Denkschrift, und wenn dieselbe wohl eingedenk: wie die Stämme des Volkes im Wechsel des Schicksals um den Gewinn ihrer Freiheit, die Mediatisirten aber um den Verlust einer freien Existenz gespielt haben —, vererst den scheidenden Blick noch zurück nach jener wendet, so ist solches von dem sichern Gefühle begleitet: wie sehr die Vergangenheit stets die Lehrmeisterin der Zukunft bleibe; dagegen dem Verlornen nachzustreben in einer Epoche verzeihlich ist, worin jeder Stand bisher ungekannte Rechte zu erkämpfen sucht. In gerechter Würdigung des von dem Hrn. Fürsten dem vorgesteckten Ziele unterstellten Ideenganges, folgen wir demselben gerne zuerst in das Gebiet der Vergangenheit. Das Schicksal der Mediatisirten, seit Jahrhunderten so eng verwebt in den Kreislauf der deutschen Nationalgeschichte, hat in der ältesten Kunde deutscher Lehen und Landesherrschaft den Grundstein ihrer Existenz bewahrt bis zu jenem Augenblick allgemeinen Umsturzes alles Bestehenden, wie solcher mit dem französischen Krieg über ganz Deutschland hereingezogen war. Gleich schwierig bleibt es deßhalb, den Faden der Geschichte von der neu erwachsenen Standesherrschaft an den successiven Verlust einer Landesherrschaft anzuknüpfen, die in dem politischen Wechsel der Staatsverhältnisse mit der Unhaltbarkeit der deutschen Reichsverhältnisse für die schwächern Glieder schon vor dem Fall des Reiches (1806) kraftlos dahingeschwunden war. Sehr gerne pflegt daher die Neuzeit jenes Verhältniß der vormals reichsunmittelbaren einer imaginirten antidiluvianischen Vergangenheit zuzuweisen, ohne hiemit jedoch die Erinnerung tilgen zu können: daß, so wie damals die Versündigung an dem Namen deutscher Einheit die kriegerische Ueberschwemmung nur in zu schneller Strafe herbeigezogen hatte, es nach längst errungenem Frieden der historischen Gerechtigkeit angehöre, vor ihrem Tribunal auch der längst vergangenen Größe deutscher Fürsten und Edlen das vollste Recht widerfahren zu lassen, welches oft mit dem blutigsten Verdienste erkämpft war. Dem deutschen Reichsadel war dieses Verdienst in keinem der französischen Kriegsjahre abzusprechen. Fürsten, Grafen und Herren kämpften um ihre eigene Existenz nicht weniger, als um jene der deutschen Nationen und ihrer Throne. Nach einer Reihe der bekanntesten Familiennamen, welche in dem österreichischen Heere unter den von der Geschichte Gefeierten, noch zahlreicher in der Classe der Ungenannten von langen Kriegsjahren verschlungen waren, folgte als Sieger in der Völkerschlacht von Leipzig der im bayerischen Franken mediatisirte Fürst v. Schwarzenberg als der Kämpfer für die neuerstandenen Königreiche Deutschlands. Dafür hatten die mediatisirten deutschen Fürsten und Edeln am Schlusse des Kriegs ihren blutigen Wappenschild an dem Grabe ihrer früher angebornen Standesrechte aufzuhängen, während im Kampf bereits für Deutschlands Völker eine neue Morgenröthe aufgegangen war. So wenig es auch lohnend seyn kann, den Lauf der politischen Umwälzungen zu verfolgen, durch welche die landesherrliche Unabhängigkeit zur standesherrlichen Unterwürfigkeit der Mediatisirten herabgesunken ist, so glauben wir solches dennoch der Widerlegung des in der fürstlichen Denkschrift aufgestellten Glaubens schuldig zu seyn, als sey irgend ein Zweig landesherrlicher Gewalt mit der staatsrechtlichen Natur des Mediatverhältnißes noch vereinbar, oder jemals zu erwarten. Den Reichsunmittelbaren, nachher Mediatisirten, war nach den erstern Kriegsjahren im Frieden von Campo Formio von 1797 Art. XX., bei den Verhandlungen des Rastadter Congresses, sowie im Lüneviller Frieden von 1801 Art. VII., damals noch das Princip ihrer materiellen Integrität mit allen Formen der Reichsständigkeit eben so treu zur Seite ihrer ebenbürtigen Genossen bewahret, wie solches im Reichsdeputations-Hauptreceß vom 25. Febr. 1803 mit allen Indemnisationen zum Vollzug kam. In dem kurzen Zeitraum jedoch bis zum Preßburger Frieden vom Jahre 1805 war mit der Besetzung des deutschen Reiches jede Stimme seiner Glieder im Kriegsgetümmel als ein lautloser Ton verschwunden, die Landesherrschaft über kleinere Bezirke aber nur zum Titel desto größerer Kriegslasten und Schulden geworden. Beide Attribute verschwanden mit der rheinischen Bundesacte, als mit dem Vernichtungsurtheil des deutschen Reichs und der Abdicationsacte seines Kaisers vom 6. August 1806. Durch das Machtwort des französischen Protectors hatten die rheinischen Bundesglieder die unbedingte Souveränität über die in ihren Landen gelegenen Besitzungen der frühern Genossen erlangt. Das staatsrechtliche Verhältniß der sonach factischen Mediatisirung, sowie der künftige Rechtsstand dieser Reichsglieder fand sich wenigstens für die in Bayern Betheiligten alsbald durch die bayerische Verordnung vom 19. März 1807 festgestellt. Es war dieser Zustand in seiner ganzen Ausbildung bereits verjährt, als acht Jahre später mit der Errichtung eines neuen Bundes deutscher Staaten statt des frühern Reichs bezüglich der längst Mediatisirten in dem Art. 14 Nro. 4 der Bundesacte diese bayerische Verordnung als allgemeine Norm für alle der Souveränität unterworfenen Fürsten, Grafen und Herren mit gesetzlicher Sanction der höhern Mächte versehen wurde. Nachdem es an sich unvereinbar mit diesem subordinirten Verhältnisse war, den Mediatisirten neben ihren Souveränen eine Curiatstimme in Pleno zuzugestehen, wie gleichwohl durch den Art. 6 der Bundesacte noch zur weitern Erwägung ausgesetzt wurde, so blieb auch dieser Lichtstrahl nur eine todtgeborne Hoffnung. Es verschwand der letzte Traum der Wiedererlangung einer landesherrlichen Gewalt, sobald nach dem ausgesprochenen Charakter des deutschen Bundes als eines völkerrechtlichen Vereins deutscher souveräner Fürsten nach Wortlaut des Art. I. der Wiener-Schlußacte vom Jahre 1820 alle Mediatisirten von jedem Corporationsrecht des Bundes, daher auch von jenem einer Curiatstimme von selbst, und zwar um so mehr hievon ausgeschlossen waren, als nach Art. 54 in allen Bundesstaaten auch die Mediatisirten gemäß dem Gebot ständischer Verfassungen mit ihren Stimmen an die landständischen Corporationen verwiesen, mit denselben aber lediglich auf den Wirkungskreis der innern Interessen der einzelnen Staaten beschränkt blieben. Unterdessen hatte mit der bayerischen Constitution vom Jahre 1818 und somit schon zwei Jahre früher das Verhältniß der Mediatisirten durch die Erhebung der bayerischen Verordnung von 1807 zu einem constitutionellen, und nach Maßgabe sonach unabänderlichen Edicte (Beilage IV. zur Verfassungs-Urkunde) eine seit 1807 bereits vierzigjährige Stabilität erlangt. Schon seit dem Anbeginn des constitutionellen Lebens war es den Einsichtigen klar geworden: daß es nun an der Zeit sey, den täuschenden Irrlichtern eines untergegangenen Sternes zu entsagen und sich jener praktischen Stellung zuzuwenden, in welcher mit der Ausbildung beiderseitiger Rechte, in der nachträglichen Ausscheidung der Dominialvermögen wie der Civillisten endlich nach manchen Kämpfen die constitutionelle Vertretung unterdessen zu dem Alter der Manneskraft herangewachsen war. In dem nun vorgerückten Geist der Zeit, worin statt der Unwandelbarkeit der vergangenen Jahrhunderte in der Staaten Form und Leben, nun im täglichen Wechsel des Heranreifens das Ankämpfen der Massen die Macht des Willens aus höhern Händen auf die Seite der höhern Kraft eines Gesammtwillens zu stellen sucht, in solcher Epoche ist es um so schwieriger auch für den Stand der Mediatisirten, nun erst auf einer neuen zeitgemäßen Basis wieder aufzubauen, was auf der alten längst zusammengestürzt, ja fast seit Generationen dem Gedächtniß entschwunden war. Die gesuchte Basis vermag einen reellen Anhalt in der Verfassungs-Urkunde nicht zu finden, weder in der Aussicht auf die lehensherrlichen

Würden eines Kronbeamten §. 1 Tit. 5, noch in der Theilnahme an einer problematischen Reichsverwesung (§. 13), noch in jenen persönlichen Ehrenvorzügen, wie solche auf dem allgemeinen Grund der Ebenbürtigkeit nach §. 1 17 des IV. Edicts verliehen sind. Auch an und für sich bezeichnet jene Ebenbürtigkeit nur die unvertilgbare Eigenschaft eines Bandes mit den regierenden Häusern, und zwar begründet in deren nicht seltenen Abstammung aus fürstlichen und gräflichen Geschlechtern, so wie in der gleichen Stellung bei den vormaligen Reichsverhältnissen, in welchen die geistlichen Kurfürsten aus gräflichen und freiherrlichen Familien dem Oberhaupte des Reichs die Krone aufsetzten, endlich begründet in der Erinnerung gleichfürstlicher Thaten kriegerischen Ruhmes; daher die Ebenbürtigkeit als eines der schönsten Monumente vergangener Jahrhunderte, doch ohne reelle Wirkung für die Betheiligten bleibt. Um so schwerer ist die Aufgabe, das Verlorne betrauernd, nicht das Erhaltene entfliehen zu lassen. Die fürstliche Denkschrift sucht mit Recht eine zeitgemäße Basis in den Gesammtverhältnissen Deutschlands, in dessen Vereintseyn als der moralisch obersten Souveränetätsgewalt der Völker, in dem nationalen Patriotismus und Vaterlandsliebe an der Stelle der Unterthanen treuer Anhänglichkeit, so wie in dem veränderten Geist der Nationen, insbesondere in der Erhebung einzelner staatlicher Elemente, namentlich jener des Mittelstandes, mit allem Gewinn im Erblühen von Handel und Gewerbe nicht minder in der von den Völkern angeeigneten Politik der Fürsten, so wie endlich in den gefährlichen Uebergriffen der Demokratie gegen das Souveränetätsprincip. Bei diesen Diversitäten so vieler aufstrebenden Gewalten sich dem Wechsel des noch zu seiner Reife drängenden Zustandes der deutschen Staaten zu unterwerfen, würde dem Interesse der Mediatisirten widerstreben, für welche nur eine selbstständige Basis das Mittel zu einem verbesserten Zustande werden kann, mit deren Auffindung sie auf sich selbst verwiesen sind. Unter allen Wahrheiten, welche die Denkschrift in solcher Hinsicht ins Auge faßt, möchte hier nur der allgemeine Erfahrungssatz aus dem Reiche Englands zum Muster dienen: daß die höhern Standesverhältnisse am festesten fußen, wenn sie an der Spitze jedes nationalen nutzbringenden Strebens der Industrie, wie der Landwirthschaft, der Schifffahrt wie des Handels stehen; das Gewicht der Assimilation ist es, welches ihnen hiebei mit höherer Kraft der materiellen, wie der intellectuellen Mittel die sichere Stelle anweiset, nicht mehr in zweifelhafter Mitte dem Druck von Oben wie von Unten zu unterliegen. Welches unter diesen Prämissen in Zukunft die Stellung der Standesherren seyn müsse, um in den kommenden Stürmen der Zeit nicht ganz unterzugehen, hierüber beschränkt sich die Denkschrift nur auf allgemeine Grundzüge. I. Die Standesherren ohne bevorzugte Repräsentation im Vergleich zu den übrigen erblichen Gliedern der ersten Kammer bewahren mit denselben den erblichen Uebergang eines unwandelbaren Grundbesitzes, und mit diesem für ihre Nachkommen das Interesse für die Erhaltung eines gleichen Princips bei der Theilnahme an der Staatsgewalt, wozu sie vermöge der Legislative, wie des mächtigen Hebels der Finanzgewalt hiedurch von selbst berufen sind, die mächtigste Stimme für die Interessen aller Stände zu führen, sobald sie durch alle Zweige der Industrie, wie der Agricultur, mit allen gleich betheiligt seyn werden. An den Mediatisirten, als unter dem Adel in der Regel die Großbegütertsten, wird es gelegen seyn, auf dem Gebiete der nationalen Gesammtinteressen ihrer Stimme die höhere Geltung in einer Kammer zu verschaffen, für welche sich der Zutritt, als allein auf einem größern erblichen Grundbesitz basirt, sich in demselben Maß für alle Stände erweitern muß, als die Mittel hiezu sich aus erhöhter Blüte des Handels und der Gewerbe einer größern Zahl von Individuen darbieten. II. Daß unter einer solchen Gestaltung der Kammer, in so weit dieselben nicht von zeitgemäßer Gnadenbewilligung der höchsten Staatsgewalt abhängig ist, die Mediatisirten an der Spitze aller Grundbesitzer stehen werden, bleibt nach der fideicommissarischen Unveräußerlichkeit eine richtige Voraussetzung, wenn gleich bedingt durch jene, daß sie von keiner Geldmacht mit größerm Grunderwerbe überflügelt werden. An der Spitze des vormals deutschen Reichsadels standen zweifelsohne die dynastischen Familien, und vereint mit denselben durch die Eigenschaft gleicher Unmittelbarkeit, fast enger aber noch verbunden durch ihre Verzweigung in die ritterschaftlichen Corporationen und deren Vortheile, so wie durch jene Ebenbürtigkeit, welche den Weg zu den ersten Reichsämtern bahnte. Gegenwärtig, wo in Bayern die fünf abstufenden Grade des Adels nach dem Edict V. der Verfassungs-Urkunde, auf dem diversen Entstehungsgrunde, als Geburts-, Brief-, Dienst- oder Geld-Adel beruhend, statt besonderer Standesrechte, vielmehr bloß Personalvorzüge, dagegen eine Repräsentation des Standes als solchen nicht genießen, hat dieses Verhältniß eher einer repräsentativen Stellung an der Spitze des aristokratischen Princips Platz zu machen. III. Offenbar findet die Aristokratie in dem engsten Bande mit der Vertretung des conservativen Princips in demselben schon darum ihre Lebensnahrung, weil die Stabilität das eigentliche Element ihres Gedeihens ist, während das wechselnde Streben in den übrigen Ständen den Boden des Gedeihens nur in einem Glückswechsel der Verhältnisse aufzusuchen, wenn nicht denselben in persönlicher Hervorragung zu finden hat. Es greift die fürstliche Denkschrift hiernächst zweckgemäß zur praktischen Seite der Zukunft, zu den Mitteln, sich in dieser eine günstigere Stellung als die gegenwärtige zu sichern. 1. Die Ablösung aller Gefälle und Leistungen hat in ihrer Allgemeinheit schon mit der Macht des Zeitgeistes in deutschen Landen einen so festen Boden gewonnen, daß die Frage der Nützlichkeit vor jener der Nothwendigkeit schon in den Hintergrund getreten scheint. Auch die Mediatisirten werden bei dem Drang einer überlegenen Majorität in dem Anschluß an dieselbe den mehr idealen als pecuniären Verlust mit der ausgesprochenen Ueberzeugung ihres Standesgenossen aufzuwiegen haben, daß es gefährlicher und unkluger seyn würde: statt der unbedingten Huldigung für den Zeitgeist sich unbedingt der Gewalt der Ideen widersetzen zu wollen. Der präsumtiven Folge einer theilweisen Aufhebung der Gerichtsbarkeit — wie auch ohne diese in Frankreich und England die standesherrliche Dignität besteht, dann der Ablösung des patriarchalischen Verhältnisses zu den Grundholden mit diesem schwachen Schein eines Unterthansverhältnisses hat unbedingt und nothwendig die Erweiterung des fideicommissarischen Grundbesitzes in der Verwendung der Ablösungssummen zu folgen. Fast unzertrennbar bleibt hievon ein ausgebreitetes Pachtverhältniß, welches auf deutschem Boden sich leicht friedlicher, als nach dem Beispiel Irlands, gestalten dürfte. 2. Ein freiwilliges Aufgeben der sogenannten Ehrenrechte würde, dem innern Gefühle der Standesgenossen widerstrebend, auch in den äußern Verhältnissen manche Gegengründe aufzuweisen haben. Zwar bilden die persönlichen Vorzüge, wie solche mit den allgemeinen Rechten in dem IV. Edicte aufgezählt sind, und im §. 17 mit der Vergünstigung eines eigenen Wochenblattes schließen, nur eine Reihe dürftiger Gestalten; allein auch als Schattenbilder der Vergangenheit gehören sie nach ihrer Quelle als der Ebenbürtigkeit einer monumentalen Erinnerung an. In der Seltenheit von erblichen Ehrenrechten, welche letztere fast allein dem Gnadenbereiche lebenslänglicher Verleihung zugewiesen, in erblicher Eigenschaft fast nur den Thronen angehören, wurde dieses Attribut für eine nächststehende Standesclasse eine wenigstens scheinbare Rangstufe gegen die übrigen Classen bezeichnen. Auch dürften Ehrenrechte ohne Zerstörung ihres Begriffes nicht als veräußerlich gegen pecuniäre Vortheile erachtet werden. Sind übrigens höhere Stellungen im Leben mit der Folge gegeben, daß, nach der Höhe gesehen, alle Vorzüge doppelt glänzend, als Aequivalent aber auch alle Schattenseiten doppelt sichtbar, auf dem höchsten Gipfel nicht zu bergen sind, so müssen die erblichen Ehrenvorzüge in der consequenten Durchführung des conservativen Princips auf die Ansicht hinweisen, wie leicht die Aufgabe einer höhern Stellung sey, selbst mit dem Fortbestand gegebener Verhältnisse, dennoch dem Fortschritte durch intensive Krafterhöhung zu folgen. Ob es jedoch überhaupt gerathner sey, bei dem Kreislauf der Zeit, welcher nur in dem Wechsel der Individuen sich so oft in der Wiederkehr zu demselben Standpunct gefällt, sich besitzender Rechte freiwillig zu entäußern, dieselbe hiemit dem Gebiete der Gnadenverleihung zuzuweisen, damit aber die stabilen Formen ganz zu zertrümmern, wenn sie auch ohne Kern, und nur als Mahnungen an eine bessere Zukunft dastehen sollten? über dieses zu entscheiden, kann nur einer kommenden Epoche heimgegeben werden; denn anders sind die Gebote der Zeit, anders die Gebote der Menschen. 3. Eine Abänderung der Hausgesetze, die erwachsen und gepflegt im Laufe von Jahrhunderten gegenwärtig ohne Einklang mit den legislativen Reformen bestehen, ist ein klares Bedürfniß, bei welchem jedoch die Anforderungen der Zeit nie überboten werden mögen. a. So gehaltlos in dieser Hinsicht alle Titulaturen, wenn sie allein auf sich beruhend in leerem Klang verhallen, bleibt ihnen als Standesbezeichnungen stets der Werth in der Aufforderung, eine höhere Stufe des Verdienstes zu erringen; denn noch immer knüpft sich in Deutschland an jene Formen, als an einen Urkundenbrief des Vertrauens, die Prävention der Meinungen. Nirgends ist — in Bayern so wenig als in andern Landen — die Bahn verschlossen, auf der im Kriege, wie im Staatsleben, fürstliche Geschlechter, nachdem sie ihre jüngern Sprossen dem Befreiungskriege geopfert, nun auch im Frieden sich dem edlen Streben nach der Bürgerkrone im Verdienste um das Wohl des Staates hingeben. Entsprechend bleibt es auch dem noch herrschenden Geiste deutscher Völker, im Kriege wie im Frieden, einen ritterlichen Führer eher nach Oben als in den Nebenstehenden aufzusuchen. Wenn übrigens an die Grundpfeiler der nationalen Größe, so wie in England an Schifffahrt, Handel und Gewerbe, sich auch jene des Individuums anschließet, so bleibt in deutschen Staaten ein noch größerer Wirkungskreis in allen jenen Ständen gegeben, welche sich in der Nationalrepräsentation bezeichnet finden. Nichts hindert es, auch mit dem Gepräge höherer Geburt sich in der Durchwanderung verschiedener Stände in jener Schule des Lebens zu bilden, aus welcher die Geschichte schon manche glänzende Größen hervorgehen sah, und welchen Weg bereits mehrere der Nachgebornen regierender Häuser zur Nachahmung betreten haben. b. Eine gänzliche Unveräußerlichkeit des Grundvermögens wird mit dem indirecten Zwange der Ablösung aller Grundlasten die engen Schranken der Hausgesetze durchbrechen, und eine ersprießliche Umgestaltung derselben dürfte mit dem Fideicommiß-Schutz gegen Schuldbelastung Hand in Hand die Garantie eines ungeschwächten Bestandes in der Wachsamkeit der Agnaten, sowie in der gerichtlichen Form der Umwandlung zu finden haben. c. Die Ebenbürtigkeit, als die Klippe, an der in den ehelichen Verbindungen der Höhern die Successionsfähigkeit so oft scheiterte, hat in andern Nationen, und schon längst in England, ihre Geltung, ohne Rücksicht auf die mütterliche Abstammung, als ein unveräußerliches Erbgut der männlichen Nachkommen in väterlicher Standeswürde ungeschwächt erhalten; längst isolirt erscheint dasselbe noch auf deutschem Boden. Die Erhaltung durch den Zwang von Familiengesetzen würde die Zurücksetzung auf einem Standpunct zur Folge haben, auf welchem der Fortbestand früherer Vortheile nicht zu erringen ist, ohne das Aufgeben jener Gesetze aber zuverlässig mit dem Lauf der Zeit eine Entkräftigung erfolgen würde, die ohnehin in stetem Verbande des Gleichartigen unter sich den Gesetzen der Natur folgt. Auch von dieser Seite würde eine Verlassung der bisherigen Bahn mit allen jenen Wohlthaten begleitet seyn, welche in der fürstlichen Denkschrift nach allen Richtungen der Zeit beleuchtet, jedoch klüglich der Modification erforderlicher Einwilligung eines Familienrathes unterstellt ist. 4. Wohl darf man zum Schluß die Ueberzeugung aussprechen, es ruhe die sicherste Basis für alle die, welche von den Zeitverhältnissen zurückgedrängt worden sind, auf dem Gebäude constitutioneller Verfassung, worin mit der Kraft der Intelligenz aus der Hütte sich zum Palast zu erheben, die Erlangung einer Größe dargeboten ist, deren Stufen zu ersteigen keinem verwehrt ist, welcher in der eignen Brust die Kraft dazu fühlet. Möge dem ersten Anklange solcher Erwartungen durch die vorliegende Denkschrift eine gedeihliche Folge verbürgt werden.

Bayern.

†‡ München, 15. Febr. Der Revierförster Anton Ruhland zu Freihöls Forstamts Amberg wurde nach §. 19 der IX. Verfassungs-Beilage in den Ruhestand versetzt, und der Regierungsassessor und exponirte Fiscal-Adjunct Alois Riederer in Amberg zum geheimen Secretär im Finanzministerium provisorisch ernannt. Auf die erledigte I. Assessorstelle des Landgerichts Göppingen wurde der dermalige I. Assessor des Landgerichts Weiler, Wilhelm Durocher seiner Bitte entsprechend versetzt. Der II. Landgerichtsassessor Joseph Ober zu Pleinfeld wurde mit Anwendung des §. 19. der IX. Verfassungs-

Beilage mittelst Dimmission unter Belassung seines Standesgehaltes für immer aus dem Staatsdienste entlassen.

*München, 15. Febr. Wie wir vernehmen, haben sich die Studirenden hiesiger Hochschule erboten, abwechselnd mit den Bürgern die Patrouillen in der Stadt zu übernehmen. — Auch soll dieselbe an Se. Majestät eine Petition um Aufhebung der Gensdarmerie und Bildung einer einfachen Polizeiwache, wie man sie in andern Städten findet, gelangen lassen. Wir unserseits könnten, wenn dem so wäre, mit diesem Wunsche nicht einverstanden seyn, und noch weniger, wenn, wie man vorgeschlagen, herabgekommene Bürger diese Stellen erhalten sollten. Verheirathete Männer, Familienväter, werden wohl jene Plätze nicht mit dem Eifer, dem Muthe ausfüllen, dessen es bei manchen gefahrvollen Unternehmungen bedarf. Eben so wenig können wir die Erbitterung theilen, welche das Volk nach den letzten Vorkommnissen gegen die Gensdarmen zeigt, indem nicht die Schuld Eines Mannes uns gleich auf die Gesammtheit zu übertragen scheint. — Der gestern stattgefundene erste Maskenball im k. Hoftheater bot des Anziehenden und Pikanten eben nicht viel, hatte sich auch keines sehr zahlreichen Besuches zu erfreuen. — Die „Allgemeine Zeitung“ enthält in ihren neuesten Nummern einen vortrefflich gehaltenen, ernst würdigen Artikel, welcher die Vorgänge in München, die ein von Parteiwuth und Einseitigkeit befangener Correspondent △ mit so entehrenden Ausdrücken, vorzüglich in Betreff der Studenten, und auf eine in den Augen der Welt entstellende Art und Weise berichtet hatte. Wenn die neuesten Münchener Ereignisse jedes Herz mit Freude und Dank erfüllen mußte, ist es um so betrübender, viele Lokal- und andere bayerische Blätter auf eine Weise auftreten zu sehen, welche uns wahrlich nicht zu einem günstigen Urtheil über die Leiter derselben führen kann, und nur zu deutlich den Charakter derselben als einen servilen, wohldienenden bekunden.

Baden.

Karlsruhe, 12. Febr. Heute begründete Abgeordneter Bassermann in der zweiten Kammer seine früher angekündigte Motion: „Die Regierung in einer Adresse zu bitten, auf geeignete Weise dahin zu wirken, daß durch die Vertretung der deutschen Kammern bei dem Bundestag eine gemeinschaftliche Gesetzgebung und andere die Einheit Deutschlands fördernde Einrichtungen erzielt werden.“ Staatsminister v. Dusch mahnte die Kammer, sich nicht in etwas rein unpraktisches einzulassen. Scheffelt unterstützte die Motion, und stellte den Antrag auf deren Vorausdruck und Verweisung in die Abtheilungen. Sein Antrag ward von der Kammer angenommen. (A. Z.)

Gr. Hessen.

Das Ministerium hat eine Verordnung erlassen, um die Versendung verbotener Zeitschriften unter Kreuzband zu verhindern. Wenn Druckschriften unter Kreuzband zur Versendung kommen, deren Inhalt ohne Verletzung der Kreuzbänder nicht zu ermitteln ist, so sollen die Post-Beamten dieselben unverzüglich an die Provinzialcommissäre zur Prüfung des Inhalts einsenden.

Preußen.

Berlin, 11. Febr. Morgen wird die ständische Staatsschulden-Deputation, wie sie durch das Patent vom 3. Febr. v. Js. eingerichtet worden ist, zusammentreten. Es sind nämlich die sämmtlichen Mitglieder derselben zugleich Mitglieder des vereinigten Ausschusses, und als solche hier anwesend; nur der Staatsminister Graf v. Arnim ist noch durch seine Krankheit gehindert, an derselben Theil zu nehmen, es wird daher statt seiner der Oberbürgermeister Grabow (aus Prenzlau) in dieselbe eintreten. — Auf vorgestern war bekanntlich die Versammlung der Meistbetheiligten der preußischen Bank ausgeschrieben; wir beeilen uns, über die Mittheilungen, welche in derselben von dem Bankdirectorio gemacht, und über die Beschlüsse, welche gefaßt wurden, Folgendes kurz zusammenzufassen: die Hauptsache bleibt wohl jedenfalls, daß die Dividende für das abgelaufene Geschäftsjahr auf 5½ pCt. festgesetzt worden ist. Sie würde wahrscheinlich noch wesentlich höher ausgefallen seyn, wenn nicht beschlossen worden wäre, die Unkosten für die Anfertigung der Banknoten zur Hälfte (27,500 Thlr.), und auch von den Baukosten 20,000 Thlr. vor Allem aus dem Gewinne zu decken. Gleichzeitig wurde der Beschluß gefaßt, den Rest dieser beiden hier näher bezeichneten Ausgaben (56,000 Thlr.) im nächsten Jahr aus dem Gewinn zu verrechnen. (C. v. u. f. D.)

Oesterreich.

Wien, 10. Febr. Seit mehreren Tagen sind die Einwohner der Leopoldstadt in beständiger Bewegung. Auf den Straßen sieht man Holzböcke und Dielen aufgefahren, und an den Ufern des Stromes, d. h. auf trockenem Lande, liegen große Boote. Man erwartete eine Ueberschwemmung welche das schnell eingetretene Thauwetter mit Recht befürchten ließ. Vorgestern begann der erste Eisstoß zu gehen und der Donaucanal wurde fast ganz frei, ohne daß die Vorstadt bedroht wurde. Gestern Abend verkündeten wiederholt Kanonenschüsse, daß der Eisgang auf der großen Donau begonnen habe. Alsbald donnerten die Eisschollen wieder durch die Bogen der Brücke und schossen mit reißender Schnelligkeit vorüber. Tausende von Menschen waren versammelt dieß Schauspiel zu genießen, welches durch die rothe Fackelgluth, die den Arbeitenden leuchtete, wahrhaft pittoresk wurde. Man erfuhr leider daß Erding, Simmering und andere Ortschaften unter Wasser stehen; der Prater war fast gänzlich überschwemmt. Diesen Morgen ist der Canal wieder vom Eise frei, allein die Gefahr schwebt noch. Auf der obern Donau soll das Eis noch stehen, ebenso unterhalb Preßburg. Thätigkeit zur Abwehrung größeren Unglücks ist auf allen Puncten sichtbar.

(A. Z.)

Wien, 11. Febr. Seit einigen Tagen gehen im Publicum sehr erfreuliche Gerüchte um, daß man von Seite unsers Ministeriums jetzt auf größere Concessionen gefaßt seyn dürfe. Wir wissen nicht, was sich von diesen Gerüchten, welche indessen selbst in den höhern Regionen Eingang gefunden haben, bewähren wird. Allein es ist unleugbar, daß sich in der neuesten Zeit auch hier Zeichen der Zeit äußern, welche so bedeutungsvoll sind, daß man an obige Gerüchte nicht nur glaubt, sondern deren Verwirklichung für höchst nöthig und nahe bevorstehend hält. Hierüber ist aber Jedermann einig, daß in diesem Falle der Jubel nicht nur in der Kaiserstadt sondern in der ganzen Monarchie wiederhallen würde. (Augsb. Abdz.)

Schweiz.

Die „Basler Zeitung“ vom 12. Febr. sagt: „Nächsten Montag (14) ist noch eine Sitzung der Tagsatzung, es soll aber die letzte seyn, und die Beantwortung der sogenannten identischen Note zum Zweck haben. Die Neunercommission hatte neulich den Antrag gestellt, den großen Generalstab zu entlassen, in der Tagsatzung wurde aber die Behandlung dieses Antrags ausgesetzt. Nun erregt es allerlei Gedanken zu vernehmen, der eidgenössische Kriegsrath werde vorschlagen, nicht nur den großen Generalstab beizubehalten, sondern auch die Divisionsstäbe wieder zu formiren. Auf Dienstag erwartet man die erste Sitzung der Bundesrevisionscommission.

Italien.

Die „Gazzetta di Roma“ meldet: Die Centraljunta (comitato centrale) von Palermo hat durch die ganze Insel Einberufungsschreiben zum Parlament nach der Constitution von 1812 ergehen lassen.

Italienische Grenze. Die Sicilianer dringen auf eine gänzliche Trennung von Neapel und wollen sich an einer administrativen Sonderung nicht mehr genügen lassen. In dieser bedrängten Lage hat der König die vereinte Intervention von England und Frankreich nachgesucht. (A. Z.)

Turin, 8. Febr. Heute wurde zum unendlichen Jubel Turins und der gesammten sardinischen Staaten die vom König bewilligte Constitution verkündigt. Am Tage waren alle Läden geschlossen, am Abend war die Stadt aufs glänzendste erleuchtet. (A. Z.)

Die gestern inhaltlich von uns erwähnte Verkündigung einer Constitution für Sardinien lautet wörtlich: „Wir Karl Albert, von Gottes Gnaden König von Sardinien, von Cypern, Jerusalem, Herzog von Savoyen, Genua, Monferrat, Aosta ꝛc. Die Völker welche, Wir nach dem Willen der göttlichen Vorsehung seit 17 Jahren mit väterlicher Liebe regieren, haben stets unsere Zuneigung begriffen, gleichwie Wir ihre Bedürfnisse zu begreifen suchten, und Unsere Absicht war immer darauf gerichtet, daß der Fürst und die Nation in den engsten Banden zum Wohle des Vaterlands vereinigt seyen. Von dieser jederzeit festesten Einigung erhielten wir sehr tröstliche Beweise in der Gesinnung womit Unsere Unterthanen die neuerlichen Reformen aufnahmen, welche der Wunsch sie glücklich zu sehen Uns angerathen, um die verschiedenen Verwaltungszweige zu verbessern und dieselben in die Berathung der öffentlichen Angelegenheiten einzuführen. Jetzt wo die Zeiten zu größern Dingen gestimmt sind, und inmitten der in Italien eingetretenen Veränderungen, stehen wir nicht an Unseren Unterthanen den feierlichsten Beweis dessen Wir fähig sind, von dem Vertrauen zu geben, das Wir in ihre Ergebenheit und ihre Gesinnung setzen. In der Stille vorbereitet, reifen in Unsern Rathssitzungen die politischen Institutionen, welche die Vervollständigung der von Uns gemachten Reformen seyn, und deren Segnungen auf eine den Bedingungen des Landes entsprechende Weise befestigen sollen. Aber schon jetzt gefällt es Uns zu erklären, wie Wir, nach Berathung Unserer Minister und der vornehmsten Räthe Unserer Krone, beschlossen und entschieden haben folgende Grundlagen eines Fundamentalstatuts zu fassen, um in Unsern Staaten ein vollständiges System von Repräsentativregierung einzuführen. Art. 1. Die katholisch-apostolisch-römische Regierung ist die einzige Religion des Staats. Die andern jetzt bestehenden Culte sind den Gesetzen gemäß geduldet. Art. 2. Die Person des Königs ist heilig und unverletzlich. Seine Minister sind verantwortlich. Art. 3. Dem König allein steht die Vollziehungsgewalt zu. Er ist das Staatsoberhaupt. Er befehligt alle Streitkräfte zu Land und zu Wasser, erklärt den Krieg, schließt die Verträge über Frieden, Allianz und Handel, ernennt zu allen Aemtern und ertheilt alle nöthigen Befehle zum Vollzug der Gesetze, ohne deren Beobachtung zu suspendiren, oder davon zu entheben. Art. 4. Der König allein sanctionirt die Gesetze und verkündigt sie. Art. 5. Alle Rechtspflege fließt vom König aus und wird in seinem Namen verwaltet. Er kann begnadigen und die Strafen verwandeln. Art. 6. Die gesetzgebende Gewalt wird collectiv vom König und von zwei Kammern ausgeübt. Art. 7. Die erste Kammer wird aus Mitgliedern bestehen, die der König auf Lebensdauer ernennt; die zweite wird eine auf der Basis des noch zu bestimmenden Census wählbare seyn. Art. 8. Die Vorschlagung der Gesetze wird dem König und jeder der Kammern zustehen (la proposizione delle leggi apparterà al Re ed a ciascuna delle camere). Indessen jedes Gesetz zur Steuerauflegung wird zuerst der Wahlkammer vorgelegt werden. Art. 9. Der König beruft alljährlich die beiden Kammern; er prorogirt die Sitzungen und kann die Wahlkammer auflösen; aber in diesem Fall beruft er eine andere, binnen vier Monaten. Art. 10. Keine Steuer kann aufgelegt oder abgeschafft werden ohne Berathung der Kammern und ohne Sanction des Königs. Art. 11. Die Presse wird frei seyn, jedoch Repressivgesetzen unterstellt (la stampa sarà libera, ma soggetta a leggi repressive). Art. 12. Die persönliche Freiheit wird gewährleistet. Art. 13. Die Richter, die Mandatsrichter ausgenommen, werden unabsetzbar seyn, nachdem sie ihre Amtspflichten einen noch zu bestimmenden Zeitraum hindurch geübt haben werden. Art. 14. Wir behalten uns vor eine Communalmiliz (milizia comunale) zu errichten, bestehend aus Personen, die eine noch festzusetzende Abgabenquota bezahlen. Sie wird den Befehlen der Verwaltungsbehörden und dem Ministerium des Innern untergeordnet seyn. Der König wird sie, an den Orten wo er es für gelegen erachtet, suspendiren oder auflösen können. Das Fundamentalstatut, welches auf Unsern Befehl in Einklang mit diesen Grundlagen vorbereitet wird, soll in Kraft treten, sobald die neue Anordnung der Gemeindeverwaltungen in Wirksamkeit gekommen. Während Wir also für die höchsten Erfordernisse der politischen Ordnung versehen, wollen Wir nicht länger die Erfüllung eines Wunsches hinausschieben, welchen Wir seit lange hegen, nämlich den Preis des Salzes auf 30 Centesimi das Kilogramm vom 1. Juli d. Js. anfangend, hauptsächlich zum Besten der ärmeren Classen, herabzusetzen, überzeugt, daß wir bei den vermöglicheren Classen den Ersatz finden werden, welchen die Bedürfnisse des Staats erheischen. Gott schütze die neue Aera die sich für Unsere Völker eröffnet, und indem sie die erlangten größeren Freiheiten gebrauchen können, deren sie würdig sind und seyn werden, erwarten Wir von ihnen die strenge Beobachtung der bestehenden Gesetze und die ungestörte Ruhe, die so nöthig sind, um das Werk der innern Anordnung des Staats zum Ziele zu führen. Gegeben in Turin am 8. Febr. 1848. Karl Albert.“

(A. Z.)

Genua, 9. Febr. Ein so eben noch ausgegebenes Supplement der „Genueser Zeitung“ enthält die Nachricht, daß, den letzten Berichten entgegen, Sicilien sich

mit der bewilligten Constitution nicht zufrieden erklärt hat. Es verlangt einen eigenen von Neapel ganz unabhängigen König. Lord Minto habe sich nach Palermo begeben, um eine Versöhnung zu versuchen. In Neapel habe ein Haufen Pöbels die Wohnung des englischen Consuls verletzt, in der Meinung, daß daselbst dem jetzigen Zustande der Dinge feindliche Personen verborgen seyen. Das englische Wappen sey abgerissen worden. Man bemerkt zugleich, der englische Consul habe unverzüglich Admiral Parker von diesem Vorfall unterrichtet. In den letzten Tagen hat der König von Neapel seinen Truppen öffentlich die dreifarbige Fahne übergeben. Diese Nachrichten sollen heute Morgen durch einen Dampfer hieher gelangt seyn. (A. Z.)

Mailand, 9. Febr. Vorgestern am 7. d. Mts. ist es zu Pavia zwischen Militär und Civil zu einem sehr ernsten Conflikt gekommen. Nachmittag fand ein Leichenbegängniß statt, und die Studenten der Universität fanden sich in großer Zahl dabei ein; sie trugen meistens Calabreserhüte mit Straußfedern, wie dieß im Piemontesischen Mode geworden ist. Ein Officier des daselbst garnisonirenden Regiments Graf Gyulay ging rauchend auf der Gasse, und als der Leichenzug sich bei ihm vorbeibewegte, blieb er stehen und nahm die Mütze vom Kopf und die Cigarre aus dem Munde. In einem Nu war er von einem Schwarm Studenten umgeben, die ihm alle möglichen Schmähungen, Schändlichkeiten und Drohungen ins Gesicht sagten. Der Officier rettete seine Ehre, indem er sich mit gezogenem Säbel aus dem immer größer gewordenen Haufen durchschlug. Er wurde mit Steinwürfen verfolgt, und ein anderer Officier, Lieutenant Schulz, welcher eben seinem Cameraden zur Hülfe gekommen war, wurde auf der Stirn dermaßen verwundet, daß er fast besinnungslos zu Boden fiel. Das brüllende Geschrei der erbitterten Menge zog auch Soldaten herbei, welche, als sie einen ihrer Officiere verwundet sahen, mit wahrer Wuth von der blanken Waffe Gebrauch machten und den Volkshaufen zersprengten. Als Abends der Hauptmann Ferenzi auf der Gasse ging, wurde er durch einen Flintenschuß aus einem Hause in der untern Brust schwer verwundet. Dieß hatte gräßliche Scenen zur Folge, deren Details noch nicht bekannt sind. Morgen näheres. — Heute Nachts sind hier drei wichtige Verhaftungen vorgenommen worden, nämlich jene der in der öffentlichen Meinung als Rädelsführer hiesiger Agitationen geltenden Männer: Simonetta, Besana und Prinetti. Sie wurden auch bereits von hier weggeschafft um nach Linz gebracht zu werden. (A. Z.)

In Padua fanden an demselben Tage, in derselben Stunde wie zu Pavia Unruhen statt. Die Zeitung von Venedig spricht von fünf Verwundeten — Studenten — wovon einer seitdem gestorben sey.

Nach der „Lega Ital." war die Eisenbahn von Treviglio nach Mailand am 29. bis 31. Jan. für das Publicum geschlossen und ausschließlich für den Truppentransport vorbehalten.

Frankreich.

Paris, 11. Febr. Heute Vormittags hatte der Herzog von Nemours mit Hrn. Guizot im Ministerium des Auswärtigen eine längere Conferenz, worauf gleichfalls bei Hrn. Guizot der Ministerrath sich versammelte und eine Berathung hielt. Das Cabinet zeigt außerordentliches Selbstvertrauen. Einige seiner etwas bedenklicheren Freunde hatten gestern Abend ihm zu erwägen gegeben, ob es nicht doch gerathen wäre, die Ausdrücke des letzten Adreßparagraphen, welche der Opposition so anstößig erscheinen, etwas zu mildern; aber der Antrag ist entschieden zurückgewiesen worden, und in diesem Sinne hat auch der Ministerrath heute sich ausgesprochen. Die Majorität will daher ausharren bis an's Ende. (A. Z.)

Nach dem „Constitutionnel" ist der Befehl nach Cherbourg abgegangen, eine Anzahl Dampfschiffe nach dem Mittelmeer zu schicken. Aehnliche Befehle scheinen auch nach andern Häfen auf der atlantischen Seite erlassen zu seyn. Man glaubt, daß eine Dampfflottille in Bereitschaft gesetzt werden soll, die im Stande ist, einen kleinen Heerhaufen nach irgend einem Uferpunct (Italiens?) überzuführen.

Toulon, 5. Febr. Gleich nach dem Eintreffen der Nachricht von der Ertheilung der Constitution in Neapel hat die Regierung durch den Telegraphen den Befehl hieher ergehen lassen, alle verfügbaren Dampfschiffe schleunigst segelfertig zu machen. Bis jetzt hat man indeß nur ein kleines Schiff absenden können, und die Dampfcorvette Vedette, die nach Konstantinopel abgegangen ist, wird wahrscheinlich auch in Neapel bleiben. Allgemein glaubt man, daß Prinz Joinville, nachdem er seine Gemahlin nach Algier geführt, das Commando über die Mittelmeer-Escadre wieder übernehmen wird. (C. v. u. f. D.)

Großbritannien.

London, 10. Febr. Heute Nachmittags empfing der Minister des Innern die Deputation der Seeleute und Matrosen und versprach ihnen, ihre Petition gegen die projectirten Veränderungen des Navigationsgesetzes, der Königin vorzulegen.

Gestern Nachmittags saß auf dem auswärtigen Amt ein Cabinetsrath, welcher ungewöhnlich lange, nämlich vierthalb Stunden währte. An Stoff zu solchen Berathungen ist allerdings kein Mangel. — Die Agitation der Rheder, Schiffsmeister, Schiffszimmerleute, Matrosen und sonst bei der Schifffahrt Betheiligter gegen eine Aenderung der Navigationsgesetze ist auf den verschiedenen Hafenplätzen des Landes im Zunehmen. Da der Lordmayor von London den Aufzug der in der Hauptstadt und ihrer Nachbarschaft versammelten Seeleute durch die Altstadt aus Besorgniß von Unordnungen untersagt hat, so haben dieselben beschlossen in drei Dampfbooten und vielen von diesen im Tau geschleppten Barken auf der Themse an der Altstadt vorüberzufahren, und oberhalb dieser an der Waterloobrücke zu landen, um dann vom Trafalgarplatz aus vor die Wohnung des Staatssecretärs des Innern zu ziehen und diesem ihre Bittschrift zu überreichen. Dieser Aufzug soll in diesen Tagen stattfinden. Gegen 3000 Matrosen werden daran theilnehmen, alle in Blau gekleidet, um den Hut ein blaues Band mit den Worten: „Die Navigationsgesetze."

Die weitere Verhandlung über zweite Lesung der „Jewish disabilities' bill," wie der Gesetzesvorschlag zur Rechtsgleichstellung der Israeliten heißt, ist bis morgen (11.) ausgesetzt.

Griechenland.

Athen, 30. Jan. Gestern Abend starb hier Petros Mauromichalis, Petro-Bey genannt, einst unabhängiger Fürst der Maina, patriarchalisches Haupt der großen Mainottenfamilie Mauromichalis, in dem Alter von 76 Jahren. Er bekleidete den Rang eines Generallieutenants und war früher Vicepräsident des Staatsraths. Es ist derselbe, wegen dessen Gefangenschaft Capodistria von den Brüdern Constantin und Georg Mauromichalis ermordet wurde. (C. v. u. f. D.)

Mannigfaltiges.

Die herrschaftlichen Kutscher in Düsseldorf haben beschlossen, am 8. Febr. in dem Geißlerschen Saal einen glänzenden Ball zu geben, gerade an der Stelle und so ausgestattet, wie ihn sonst ihre Herrschaften geben. Der Fortschritt dringt in alle Kreise. (C. B.)

Die Assisen des Seinedepartements richteten kürzlich zu Paris eine Bande von Dieben. Unter den Angeklagten befand sich auch ein 17jähriges Mädchen, Cöline Delapierre „plastische Künstlerin", wie sie sich nannte, und ehemaliges Mitglied der Gesellschaft des Hrn. „Professors" Keller aus Preußen, bei dessen „lebenden Bildern" sie die Venus Kallipygos vorstellte. Ihre Schönheit und ihre künstlerischen Antecedentien scheinen auf die Geschworenen günstig eingewirkt zu haben; denn während alle ihre Mitangeklagten zu 20 Jahren, 6 Jahren Galeeren, 5 und 2 Jahren Gefängniß verurtheilt wurden, ward Cöline freigesprochen. (C. v. u. f. D.)

Fräulein Rachel, von einem gesunden Knaben glücklich entbunden, wird demnächst im Theater français wieder auftreten.

In London hat man, wie die „Kölnische Zeitung" schreibt, in Thames-Street Ueberreste eines römischen Hauses ausgegraben; bis jetzt sind zwei Zimmer offen gelegt, wovon das eine mit einem Mosaik-Fußboden versehen ist. Besonders deutlich bemerkt man die Weise, wie die Römer ihre Zimmer zu heizen pflegten, nämlich durch erwärmte Luft, welche durch runde, in oblongen Ziegeln angebrachte Röhren in der Wand hinaufgeleitet ward. Die Britten fangen erst jetzt an, diese Einrichtung wieder einzuführen.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 14. Febr. Bayerische 3½pCt. Obligationen 90 P., — G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 — P., 656 G. Promessen per Stück Agio 74 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 103 P., — G.; 4pCt. 90 P., — G.; 3pCt. 64 P., — G. Bankactien 1. Semester 1370 P., — G. Württembergische 3½pCt. Obligationen — P., 88½ G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½pCt. Obligationen — P., 89 G.

Vom Haardtgebirge, 11. Febr. Die gestern in Neustadt a. d. H. abgehaltene Generalversammlung der Actionäre der bayerisch-pfälzischen Dampfschleppschifffahrts-Gesellschaft lieferte erfreuliche Resultate. — Während das Schifffahrtsjahr 1845 einen Reinertrag von nur etwa 1500 fl. abwarf, brachte das nun verflossene von 1847 einen Gewinn von mehr als 49,000 Gulden. Das fast ganz gesunkene Vertrauen zu dieser patriotischen Unternehmung hat sich wieder ganz gehoben und mit Zuversicht kann jetzt den nächsten Jahren entgegen gesehen werden. Das Unternehmen ruht auf sicherer Basis. Obgleich an den Schiffen der Gesellschaft die bedeutende Summe von circa 46,000 fl. abgeschrieben worden ist, so übersteigt das Vermögen derselben dennoch bedeutend die einbezahlten Actienbeträge. Durch den Remorqueur „Pfalzgraf" allein wurden circa 235,000 Centner, und durch fremde Schlepper 48,000 Centner zu Berg verbracht. Von ersterem Quantum gingen circa 150,000 Ctr. nach Ludwigshafen, ein erfreulicher Beweis, wie sich die Spedition dort hebt und wie es sich lohnen dürfte diesen Platz zu unterstützen. Der neue Remorqueur wird im April eintreffen. Er soll den Namen „Donnersberg" erhalten. Viele Stimmen wollten ihn „Eugen Wrede" nennen, zur Erinnerung an den Mann, der mit besonderer Vorliebe bei Gründung der pfälzischen Schleppschifffahrt mitwirkte. (Speyr. Z.)

In Mainz hat ein Haus (R. u. S.) sich mit einer Passivsumme von nahe an einer halben Million Gulden zur Zahlungs-Einstellung genöthigt gesehen; übertriebene Getreidespeculationen haben es zu dieser Katastrophe geführt. Dieses Haus hatte im vorigen Herbste nicht weniger als 60,000 Malter Weizen, im März lieferbar, zu ziemlich hohen Preisen gekauft, und der Anzeige mehrerer Verkäufer, daß sie ihre Beträge an dem festgesetzten Termine in natura abliefern würden, ist nun die Zahlungs-Einstellung jenes Hauses gefolgt, welches sich übrigens zur Zahlung von 45 Prozent zum Behufe eines gütlichen Arrangements erboten hat. Mehrere der ersten Bankhäuser Frankfurts sind hier abermals mit ansehnlichen Verlusten bedroht. (C. v. u. f. D.)

Frankfurt, 12. Febr. Metall. 5pCt. 101 3/8; 4pCt. 88; 3pCt. 64; Bankactien 1880; Taunus-Eisenbahn-Actien 356; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 54 1/4; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 85 3/4; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Wien, 12. Febr. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 101 1/4; zu 4pCt. in CM. 86; zu 3pCt. in CM. 61; Bankactien per Stück 1534; Nordbahn 130 1/2.

Amsterdam, 11. Febr. 2½pCt. 54 1/16; 3pCt. 65 1/2; 4pCt. 84 1/4; Synd. 3½pCt. 83; Handels-Maatschappy 162 1/4; Ard. 15 3/4; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. —.

Paris, 11. Febr. 3pCt. 74 Fr. 15 C.; 5pCt. 116 Fr. 95 C.

London, 10. Febr. Consols 89 1/4.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 17. Februar: „Der Antheil des Teufels," komische Oper in 3 Aufzügen. Musik von Auber.

Für die Abgebrannten zu Kemnath wurde als Ergebniß der bisherigen Sammlung die Summe von 30 fl. abgesandt. Um weitere milde Beiträge wird dringend gebeten, da die Noth noch immer groß und in gegenwärtiger Jahreszeit besonders drückend ist.

Die Expedition der Münchener politischen Zeitung,
Knödelgasse Nro. 2.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Man pränumerirt auf die Nr. ... in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir ...; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Nr. 41.

Münchener politische Zeitung.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 20 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 6 kr. berechnet.

Donnerstag | XLIX. Jahrgang. | 17. Februar 1848.

Deutschland.

Von der Unterelbe, 7. Febr. In einer Nachricht vom linken Elbufer, welche gegenwärtig ihren Rundlauf durch die Blätter des nördlichen Deutschlands macht, wird die unbegründete Behauptung aufgestellt, von hannoverscher Seite sey rücksichtslos ein Nebenarm der Elbe völlig abgedämmt worden, um die Schiffbarkeit des Köhlbrandes durch das Zusammendrängen einer größern Wassermenge in einen vollkommneren Zustand zu bringen. Diese Aenderung des Stromsystems habe jedoch im Altonaer Hafen eine solche Vertiefung hervorgerufen, daß die Waarenspeicher an dessen Ufer ihre Haltung täglich mehr verlören, und demzufolge in den Strom zu stürzen drohten.

In der Süderelbe sind unterhalb Harburgs zur Vertiefung der Fahrbahn allerdings Stromwerke ausgeführt, jedoch ist in dieser Strecke ein Nebenarm bisher weder abgedämmt, noch überhaupt nur wesentlich eingeengt worden. Die Abmündung der beiden Nebenarme, in deren Nähe sich Correctionswerke befinden, ist dem Vernehmen nach noch über 1200 Fuß weit, ungeachtet die mittlere Breite der Nebenarme selbst mehr abwärts kaum die Hälfte dieser Größe beträgt. Von einer merkbaren Vermehrung der Wassermenge des Hauptstromes, in Folge jener Anlage, kann darum nicht die Rede seyn. Aufmerksame Beobachter werden die Ursache der Vertiefung im Altonaer Hafen in ganz andern und näher liegenden Aenderungen finden. (Wes. Z.)

Bayern.

München, 11. Febr. Die Adresse der Bürger an Se. Maj. den König lautet: „Ein ebenso schwerer als unerwarteter Schlag hat die getreue Bürgerschaft Eurer Majestät Haupt- und Residenzstadt mitten in ihren friedlichen Beschäftigungen überrascht, die Nachricht von der plötzlichen Schließung der Ludwig-Maximilians-Universität. Wohl konnte uns nicht unbekannt bleiben, daß unter einem Theile der hiesigen Studentenschaft in jüngster Zeit einige unruhige Auftritte stattgefunden haben. Allein weit entfernt, daß die übrige Bevölkerung nur im mindesten davon berührt worden wäre, so ist es vielmehr Thatsache, daß die Mehrzahl der Studenten selbst ein musterhaftes, ruhiges Betragen auch während der letzten Tage, wie immer bewiesen hat. Und um dieser theilweisen Studentenreibungen willen sollte die Universität geschlossen, sollte die gesammte studirende Jugend, auch die gänzlich unbetheiligte Mehrzahl, so schwer an Zeit und Geld bestraft werden! Und wie schmerzlich und tiefeingreifend würden erst die Folgen dieser Maßregel seyn, die mit ihren kleinen, allen politischen Beziehungen meilenfernen Ursachen wahrlich in gar keinem Verhältnisse zu stehen scheint. Mehr als anderthalb Tausend junge Männer würden aus den gewohnten Kreisen ihres schönen Berufes müßiger Thatenlosigkeit in die Arme geschleudert, mehr als Tausend Familien des Königreichs würden den empfindlichsten Schaden dadurch erleiden, insbesondere würden Tausende hiesiger Einwohner von diesem Ereignisse auf das allerschmerzlichste betroffen werden. Nicht zu reden von dem schweren Verluste, der den Geschäftsleuten jeder Art daraus erwachsen müßte, so wollen wir nur an die hundert armen Familien, welche durch Mieth- und Kostverabreichung an Studirende ein sorgenreiches Daseyn fristen, hier erinnern. Wenn Ew. Majestät diese wenigen Punkte huldreichst in Erwägung zu ziehen geruhen, so werden Höchstdieselben sicherlich keinem Beschlusse Folge geben, welcher unberechenbar mehr Nichtschuldige als Schuldige treffen würde. Ew. Majestät Weisheit ist es ein Leichtes, eine andere allerhöchste Verfügung zu treffen, welche, dem vorliegenden vereinzelten Falle entsprechend, der öffentlichen Sicherheit und Ordnung genugthut, ohne so weit und tief treffende Folgen zur Seite zu haben. Indem wir also bitten, daß Ew. Majestät geruhen möchten, im Betreffe der Universitätsfrage, welche zugleich eine so wichtige Stadt-, ja Landesangelegenheit ist, eine mildere allergnädigste Verfügung fassen zu wollen, verharren ꝛc." (D. Z.)

München. In Nr. 42 der „Allgemeinen Zeitung“ vom 11. Febr. enthält der erste Artikel aus München, bezeichnet mit einem †, ein Raisonnement über die jüngsten Ereignisse in der bayerischen Residenzstadt, hervorgerufen durch fortgesetzte Reibungen unter Studirenden der Münchener Hochschule, deren tieferer Grund aber in dem moralischen Bewußtsein der fünf älteren Verbindungen gegenüber der neuentstandenen „Alemannia“ lag, welche bekanntlich unter dem Protectorat der Gräfin Landsfeld stand. Der Verfasser des angezogenen Artikels scheut sich nun nicht, Angesichts der ganzen Bevölkerung von München, welcher die Ereignisse wie ihre nächsten Ursachen zur Genüge bekannt waren, auf die Vorfälle vom März v. Js. zurückzugehen und auch die jüngsten als das Werk einer gewissen Partei zu bezeichnen, während die ganze Welt es weiß — nur jene Journale und ihre Correspondenten nicht, welche es nicht wissen wollen —, daß die Begebnisse von damals wie jetzt, fern von aller politischen und religiösen Tendenz, aus ein und derselben Quelle stammen: aus der Scheidewand, welche zwischen das väterliche Herz eines geliebten Königs und sein treues Volk zu stellen, versucht ward, und welche Scheidewand Niemand anderer als die Gräfin Landsfeld mit ihrem Anhange war. Da nun bei den jüngsten Ereignissen die Bürgerschaft von München, ihre gesetzlichen Organe an der Spitze, wie Ein Mann sich betheiligte, so mußte jener Aufsatz in der „Allgemeinen Zeitung“ ꝛc. ꝛc. die größte Indignation unter den hiesigen Bürgern hervorrufen*), um so mehr, als gerade diese Theilnahme den Vorwurf von Parteiumtrieben auch auf die gesammte Bürgerschaft werfen muß. Wir finden uns dadurch veranlaßt, eine solche Verleumdung auf das entschiedenste zurückzuweisen und vor ähnlichen Lügen für immer uns zu verwahren, so wie wir die Allgemeine Zeitung und alle jene Blätter, welche den angeführten halbofficiellen Artikel aufgenommen, auch diese unsere Erklärung in ihre Spalten aufzunehmen ersuchen. Wir können dabei nicht unterlassen, die Frage aufzuwerfen, wo denn die nur auf Parteiumtriebe bedachte Partei zu suchen sey: dort, wo man immer nur politische Tendenzen verschiebt und mit verhaßten Parteinamen selbst diejenigen verfolgt, welche von den edelsten Motiven zum Handeln getrieben; oder da, wo aller Politik fremd nichts anderes angestrebt wurde, als die Wiedergewinnung eines ungetheilten Besitzes des königlichen Herzens. Die Bürger von München hatten bei den Begebnissen im März v. Js. wie bei den Ereignissen der jüngsten Tage nur dieses Eine im Auge; und wenn zum Staunen des In- und Auslandes dieselben bei den Ereignissen im März theilnahmslos geschienen, so war der Grund eben nur der, daß die damaligen Vorfälle von jener parteimachenden Partei bereits auf das politische und religiöse Gebiet hinübergezogen waren, und so von jedweder Betheiligung abmahnten. Mehrere Bürger von München. (A. Pstz.)

München, 15. Febr. Am Montag Abends entstand bei einem Liqueurfabricanten in der Vorstadt Au Feuer, welches aber sogleich wieder gelöscht wurde. — Herr Hofschauspieler Lang ist heute auf Gastrollen nach Würz-

*) Eine Münchener Correspondenz in der Allgemeinen Zeitung gesteht nun selbst, jener Artikel habe in München großen Unwillen unter allen Ständen hervorgerufen. D. R.

(Die geschichtliche Novelle: „Gunhild von Schweden“, muß für einige Zeit ausgesetzt bleiben.)

Die Allerheiligen-Nacht im Jahre 1805.

(Eine Novelle aus A. Büssel's ungedrucktem Nachlasse.)

Es schlug drei Uhr Nachmittags. Die Glocken schollen ringsherum im Thale, und riefen wehmuthsvoll klagend zur Todtenfeyer. In Trauergewänder gehüllt zogen die einzelnen Gemeinden von den Berghöhen und geheimen Thalschluchten in schwarzen Zeilen nach dem Kirchhofe, und schickten sich an, die Gräber der Theuren zu schmücken mit den letzten Blumen des Herbstes, und das nie welkende Immergrün um die Hügel zu schlingen oder um die einfachen Kreuze zu flechten. Nur Frauen und Mädchen — nur Greise und Knaben erschienen beim Klange der Glocken, Blumen zu streuen und der Hingeschiedenen zu denken; denn die rüstigen Männer und waffenfähigen Jünglinge waren aufgebrochen nach der verschanzten Grenze, um den herannahenden Feind abzuwehren. Der Nord stürmte schauerlich durch die Waldungen; Blatt um Blatt entrauschte, welk und fahl, den trauernden Zweigen. Banges Schweigen schaute ernst und ahnungsvoll von den dunklen Bergen herab in das stille Thal, und der Strom brausete über die grünen Saatfelder und verödeten Auen herein. Die Erlenwälder, die ihn traulich in ihre geheimnißvolle Mitte faßten, schüttelten ihre Kronen ab, als müßten sie dem Erlenkönig die letzte Zierde vor die Füße legen.

„Die Feinde kommen! Napoleon rückt heran mit einem furchtbaren Heere — — wir sind verloren. Rüstet euch zum Kampfe, und rettet den heimatlichen Herd!“

„Nicht doch,“ erwiderte Mancher. „Die Scharnitz ist bedroht. Dort versammelt sich die französische Heeresmacht. Ney commandirt sie — aber er bezwingt diese natürliche Burg nicht. Wir schlagen in der Christnacht 1800 die Truppen Lecourbe's zurück an unsern Engpässen. Wer widersteht uns heute?“

Nichts regte sich im Markte L . . Nur in der Amtswohnung des Hrn. v. S . . . war große Thätigkeit. Officiere kamen und gingen. Eine Depesche drängte die andere. Frau v. S . . . war mit ihren blühenden drei Töchtern aus der Kirche zurückgekehrt. Sie war ernst und feierlich gestimmt, und die liebenden Töchter schmiegten sich an die zärtliche Mutter. Antoinette, die älteste unter den schönen Töchtern, geistreich und sanft, aber männlich entschlossen wie ihr Vater, wo Gefahren drohen, stahl sich aus dem Kreise ihrer Schwestern weg, und eilte auf den Flügel zu, der in einem entlegenen Nebengemache stand. Sie hatte kurz zuvor einige neue Musikstücke eingeübt. Ein Siegesmarsch des berühmten Salieri, voll Feuer, voll Kraft und Begeisterung, hatte so mächtig auf ihre Seele eingewirkt, daß sie ihn immer

burg abgereist. — Die Eröffnung des neuen Saales im Gasthofe zur blauen Traube, welche heute durch ein glänzendes Diner hätte statt haben sollen, ist verschoben worden. (Bayer. Bl.)

Kempten, 15. Febr. Der Bericht eines hiesigen Correspondenten in Nr. 45 der „Augsburger Abendzeitung“ über die Durchreise der Gräfin v. Landsfeld enthält mehrere Unrichtigkeiten. Dem Pereat, welches einige junge Leute riefen, wurde kein Beifall von irgend einer Seite gespendet. Die Gräfin saß in einem Extra-Eilwagen und fuhr sehr schnell von hier wieder ab. In Nellenbruck wurde zwei Stunden Halt gemacht und Nachts 10 Uhr kam sie in Lindau an, wo sie sich heute noch aufhält. Heute kam auch ihr Gepäck hier durch. (Augsb. Abdz.)

Die „Ulmer Schnellpost“ schreibt: Auf Befehl wurde — Behufs der Ueberfahrt der Gräfin v. Landsfeld — am 11. Febr. im Hafen zu Lindau ein Extra-Dampfboot geheizt, um sogleich bei ihrer Ankunft die Reisende aufzunehmen und über den See an Helvetiens Gestade zu schaffen. Dieselbe war jedoch anderer Ansicht. Als sie mit den sie begleitenden Polizei-Commissären dort eintraf, und von den getroffenen Anstalten benachrichtigt wurde, erklärte sie ihrer Eskorte, die Sache habe weniger Eile; sie werde mit ihren drei „Alemannen“, worunter Beisner, in Lindau bleiben, bis ihre Effecten von München angekommen seyn werden. Die beiden Commissäre überließen hierauf den schönen Flüchtling dem dortigen Landgericht und reisten wieder zurück.

Wertheim, 10. Febr. In der vorletzten Nacht sind sowohl Main als Tauber aus ihren Ufern getreten, so daß bereits die Hälfte der Stadt im Wasser steht. Seit heute früh scheint glücklicher Weise ein Stillstand eingetreten zu seyn und das weitere Anwachsen der Ueberschwemmung nachlassen zu wollen. Sonstige Unfälle in Begleitung der Wassersnoth haben sich bis jetzt nicht ereignet. (Karlsr. Z.)

Württemberg.

Stuttgart, 14. Febr. Der bei dem hiesigen Criminalamte in Haft und Untersuchung befindliche Güterbuchscommissär Kost von Reichenberg, Oberamts Backnang, hat neuerlich seine früheren Angaben (Schwäbische Kronik vom 5. d. Mts. Seite 149) größtentheils wieder zurückgenommen. Insbesondere versichert derselbe, daß er eine gegen das Leben Sr. königl. Hoheit des Kronprinzen gerichtete Absicht nie gehabt, und einer solchen sich nur darum fälschlich angeklagt habe, weil er sich dadurch aus der Bedrängniß seiner Schulden, worin er damals sich befanden, zu retten gehofft. Nach dem was über die Persönlichkeit des Kost sonst erhoben worden, erscheint seine neuere Aussage als ganz wahrscheinlich. (Schw. Mkr.)

Baden.

Christs Landtagsbote gibt die am 12. d. von Bassermann entwickelte Motion: Vertretung der deutschen Ständekammern beim deutschen Bunde betreffend, vollständig. Wir geben aus dem Schlusse derselben Folgendes: „Deutschlands größtes Bedürfniß ist eine Reform seiner Verfassung. Mag es auch erst einer Zeit der Noth zur Ausführung bedürfen, diese Ausführung wird dann um so sicherer und leichter geschehen, je fester die Ueberzeugung der Nothwendigkeit begründet, und je allgemeiner die Einsicht in die Zweckmäßigkeit der Heilmittel unserer Uebel in der Nation verbreitet ist. Diese Ueberzeugung, diese Einsicht auszusprechen, ist die Aufgabe der Vertreter des Volks, ist unsere Pflicht. Ich thue es in der mir gebotenen Form und stelle den Antrag, „die Kammer möge in einer Adresse an Se. königl. Hoh. den Großherzog die Bitte richten, auf geeignete Weise dahin wirken zu wollen, daß durch Vertretung der deutschen Ständekammern am Bundestage ein sicheres Mittel zur Erzielung gemeinsamer Gesetzgebung und einheitlicher National-Einrichtungen geschaffen werde.“ Indem ich diesen Antrag stelle, den der Abgeordnete Welcker schon 1831 gestellt, verhehle ich mir nicht, von wie vielen Seiten ihm der Vorwurf werden wird, er sey unpractisch. Man wird sogleich fragen, wie das auszuführen sey; ob denn ein kleiner Bundesstaat so viel Bevollmächtigte senden solle, als ein großer, oder ob im Verhältniß der Bevölkerung; ob blos die Wahlkammern oder auch die ersten Kammern, und wie diese vertreten seyn sollen. Ob damit ständige deutsche Reichstage, oder blos Versammlungen beabsichtigt seyen, die bei besondern Gelegenheiten zu berufen wären und dergleichen mehr. In solche Einzelheiten schon bei Begründung meines Antrags einzugehen, dies halte ich für unpractisch. Genug, wenn wir aussprechen, daß die Grundbedingungen der Wirksamkeit einer deutschen Nationalvertretung nicht fehlen dürfen; die bindende Kraft der Mehrheitsbeschlüsse, ohne welche es keine Einheit gibt, und die Oeffentlichkeit, ohne welche keine heilsame Verstärkung des National- und Einheitsgefühls gegenüber dem Auslande denkbar wäre. Was die Vertretung der ersten Kammer betrifft, so wird man allerdings sogleich weiter fragen, wie nur zu erwarten sey, daß die erste Kammer einem solchen Antrag zustimme? Mag seyn, daß sie es nicht thut; daß sie den Stimmen weiter blickender Mitglieder des deutschen Adels nicht folgt, die im wahren Interesse ihres Standes diesem rathen, sich den gerechten Wunschen der Nation nicht entgegenzustellen, sondern sich vielmehr zu deren wirksamen Vertretern zu machen. Mag seyn, daß sie übersieht, wie durch die Errichtung einer allgemeinen deutschen Ständeversammlung Gelegenheit geboten wäre, den Art. 6 der Bundesacte zu erfullen, der den mediatisirten vormaligen Reichsständen eine Vertretung beim Bundestag in Aussicht stellte. Könnte eine solche Vermuthung Sie von der Zustimmung zu meinem Antrage abhalten? Ich glaube, sie wird es ebensowenig, als die Gewißheit, die ich mir nicht verhehle, daß der Bundestag zur Zeit eine Vertretung nicht zulassen wird. Was ist es denn, was das deutsche Volk verlangt? Daß es da gehört werde, wo man über seine Schicksale entscheiden will. Hatte es doch fruher ganz andere Rechte, als dieses billigste von allen. An das unbedingte Recht der Steuerverwilligung knüpften die alten Stände Bedingungen; behielten sich häufig die Verwendung der Steuern selbst vor. Bei Kaiser und Reich, später bei den Reichsgerichten, konnten sie Klage führen gegen ihre Fürsten rc. Wie billig, wie bescheiden ist die jetzige Forderung, daß die Nation da nicht ausgeschlossen werden solle, wo über deren höchste Interessen entschieden wird; daß die Gewalt, die der Bund übt, nicht länger eine unumschränkte sey.

Sächsische Herzogthümer.

Weimar, 10. Febr. Auch bei uns soll das Pferdefleisch für die Küche zu Ehren gebracht werden. Der Thierarzt Dr. Lentin ist Unternehmer einer Pferdeschlächterei, und in ungefähr 2 Monaten wurden 6 Pferde geschlachtet, wovon man 1537 Pfund Fleisch verkaufte. Der Zweck, welchen der hiesige Stadtrath dabei verfolgte, dem ärmeren Theile der Bevölkerung für einen möglichst billigen Preis Fleischnahrung zu bieten, wurde indessen nur sehr unvollkommen erreicht. Ein unbesiegbarer Widerwillen gegen die Pferdefleischkost hielt die meisten ab, Gebrauch davon zu machen, und als sich das Gerücht verbreitete, man benutze in den Gasthäusern jenes Fleisch, wurde der Widerwille bei vielen noch größer. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Kurhessen.

In Hanau war am 9. Febr. wieder eine Bürgerversammlung von 600 bis 800 Köpfen. Der Wirth zur Krone, dem man früher die Oeffnung des Lokals untersagte, hält jetzt Restauration zu 3 kr. Entrée und in dieser Form scheinen die Versammlungen von der Polizei unbehelligt zu bleiben. Man will übrigens in Hanau bemerkt haben, daß jede Nacht die Hauptwache verstärkt wird, auch sollen an das Militär scharfe Patronen vertheilt werden, warum? weiß Niemand zu sagen. (Nürnb. Kur.)

Gr. Hessen.

Darmstadt, 11. Febr. Sobald die Stände, welche sich bis zu Ende d. M. vertagt haben, wieder versammelt sind, wird der Entwurf des auf dem Leipziger Congresse berathenen deutschen Wechselrechts, nebst dem Entwurfe des Einführungsgesetzes, welches namentlich das diesseitige und rheinhessische Verfahren in Wechselsachen zu reguliren hat, von dem großherzoglichen Regierungscommissär, Ministerialrath Dr. Breidenbach, der von Seiten unseres Staats nach Leipzig gesendet worden war und, besonders als Mitglied der engeren Commission, das Werk kräftig fördern half, den Ständen vorgelegt werden. — Gegen den in Untersuchung und Haft befindlichen Bedienten des Grafen von Görlitz ist von hiesigem großherzoglichen Hofgericht (dem zur Aburtheilung competenten Gerichtshofe) die Specialinquisition erkannt. Diese Untersuchungssache hat also ihre erste Stufe bereits hinter sich. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Mainz, 13. Febr. Durch die Main- und Neckar-Hochwasser war auch der Rhein ziemlich gewachsen, doch überfluthete er seine Ufer bei hiesiger Stadt nicht. Der Eisgang ist bis zur letzten Scholle vorüber, und schon ist man angelegentlich mit der Herausbringung der Pontons aus dem Sicherheitshafen und der Zusammenfügung der Schiffbrücke beschäftigt, die am 16. oder 17. d. M. wo möglich wieder stehen soll. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Preussen.

Berlin, 9. Febr. Fast stand es schon zu befürchten, daß das allgemeine Interesse für die Berathungen des ständischen Ausschusses wegen der Monotonie derselben allmälig abnehmen werde, als dasselbe plötzlich durch die Ergebnisse und Zwischenfälle der letzten Sitzungen wieder von Neuem angefacht wurde. Auch die heutige Sitzung ist jedenfalls den interessanteren und bewegteren beizuzählen, sowohl wegen der wichtigen Gegenstände, die verhandelt wurden, als wegen des Resultats derselben. Es kam zunächst der fünfte Titel des zweiten Theils des Entwurfs wegen der Verbrechen, welche sich auf Hoheitsrechte und Regalien beziehen, zur Berathung; auffallender Weise wurde aber dieser ganze Titel oder die §§. 145, 146 und 147 mit mehr als zwei Drittel Stimmen zu streichen beschlossen, ein deutliches Zeichen, wie sehr die Gegenwart zu einer völligen Aufhebung dieser Regalien drängt. Der siebente Titel (§§. 153 bis 159 inclus.) wegen des Meineides und Eidesbruchs wurde in allen seinen einzelnen Bestimmungen völlig unverändert angenommen, und zwar herrschte

---

wiederholte. Ihr Vortrag war voll Leben, und ergriff mit dem Sturme des kühnsten Muthes ihre Umgebungen. Sie schwärmte und phantasirte noch immer fort, als sie plötzlich einhielt, und ihren Vater, der mit Franz N . . ., ihrem Verlobten, und mit einigen Officieren eine geraume Weile sie beobachtet hatte, neben sich bemerkte.

Die Verbindung des Fräuleins Antoinette mit Franz N . . ., dem Sohne eines Zollbeamten am Passe Strub, der seine Studien binnen einem Jahre vollenden sollte, und schon Zusicherungen auf einen angemessenen Posten hatte, war für Hrn. v. S . . . und seine liebenswürdige Gattin eine höchst wichtige Angelegenheit. Eine heitere Zukunft dämmerte mit einer lachenden Morgenröthe in die Lebenskreise zweier Familien herein, die sich seit Jahren durch die Liebe ihrer Kinder immer näher kamen und sich einander unentbehrlich wurden. Unauflösliche Bande schlangen sich um die Glücklichen. Sie theilten alle Genüsse — aber auch jeden Schmerz. Der Vater des aufblühenden Franz verwaltete seit Jahren mit ungetrübter Heiterkeit sein Amt in dem einsamen, von himmelanstrebenden Felsen umengten Engpasse, neben dem die Loser, der Ausfluß des Pillersees, über Felstrümmer rauscht. Gegenseitige Besuche, welche die Nähe begünstigte, führte sie beinahe täglich zusammen. Im Hause des Hrn. v. S . . . herrschte feine Sitte, und übte der Anstand die milde Herrschaft, die fern von steifer Unnatur und gleissender Convenienz eine gewisse patriarchalische Würde über das häusliche Walten verbreitete. In beiden Häusern führten deutsche Gesittung und Gesinnung das Scepter.

Nicht sie zerstörten die Blüten eines reichen, glücklichen Lebens — nicht sie luden den Fluch auf sich, auf immer auseinander geschleudert zu werden wie zwei losgerissene Hälften eines Weltkörpers, den ein gewaltiges Ereigniß, ein unerforschbares Gesetz der Natur spaltet: die kommenden Ereignisse stürzten wie eine Lawine zwischen sie, und begruben den sprossenden Frühling zweier Familien, der die Blumen der Liebe und Freundschaft am wohlthätigen Strahl die Eintracht entfaltete. (Fortsetzung folgt.)

Mannigfaltiges.

Die Ostsee war an der holstein'schen Küste selten so weit mit Eis belegt gewesen, als in diesem Winter. Sowohl von Bülk, der äußersten Spitze am Eingange des Kieler Hafens, als von Howacht aus, war kein offenes Wasser zu sehen. Es wurde behauptet, daß die See bis Aerö und Langeland feste und vom Festlande zu Fuß bis dahin passirbar sey.

hiebei eine solche Einstimmigkeit, daß bei keinem der Paragraphen eine förmliche Abstimmung nothwendig wurde. Wir bemerken der Vollständigkeit halber nur, daß die für einen Meineid in Civilangelegenheiten festgestellte Strafe bis auf 10 Jahre Zuchthaus, und für einen Meineid in Criminalsachen bis auf 20 Jahre Zuchthaus sich ausdehnen kann. — Der Titel 8. (§§. 160 und 161) wegen der Bestrafung falscher Anschuldigung, dessen Berathung heute den Schluß bildete, wurde gleichfalls unverändert beibehalten. Die Strafe hiefür besteht in Strafarbeit oder Zuchthaus bis zu fünf Jahren. (C. v. u. f. D.)

Berlin, 11. Febr. Die neueste Nummer (4) der „Gesetzsammlung“ enthält die königl. Verordnung wegen Errichtung einer obern Kirchenbehörde in Berlin, für die evangelische Landesgemeinde, unter dem Namen: evangelisches Oberconsistorium; ferner eine königl. Cabinetsordre wegen der Niederlassung von Ausländern, deren Naturalisationsgesuche zurückgewiesen worden.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Schleswig-Holstein.

Kiel, 8. Febr. Mit der heutigen Kopenhagner Post sind bereits an die hiesigen Ständeabgeordneten die Aufträge zur Theilnahme an den durch das königl. Rescript vom 28. Jan. angeordneten Wahlen eingetroffen. Dieselben lauten: „Frederik VII. ꝛc. Nachdem Wir in Unserm Allerhöchsten Rescripte vom 28. v. M. zu verfügen Uns Allerhöchst bewogen gefunden haben, daß von den verschiedenen Classen der gewählten Mitglieder der Provinzialständeversammlungen, sowie der Geistlichkeit, den Prälaten und der possessionirten Ritterschaft in Unsern Herzogthümern Schleswig und Holstein, und den beiden Landesuniversitäten zu Kopenhagen und Kiel einsichtsvolle und erfahrene Männer zum Zweck gemeinschaftlicher sorgfältiger Erwägung der in eine zu erlassende Verfassungsurkunde aufzunehmenden Bestimmungen erwählt werden sollen; haben Wir Dir — — hierdurch Allerhöchst befehlen wollen, Dich an dem von Unserem zur Leitung dieser Wahlen im Herzogthum Holstein ernannten Commissär, Kammerherrn Amtmann v. Kardorff näher zu bestimmenden Tage in Unserer Stadt Itzehoe einzufinden, um in Uebereinstimmung mit Unseren gedachten Allerhöchsten Rescripte aus den in den städtischen Wahldistricten gewählten Mitgliedern Unserer getreuen Provinzialständeversammlung des Herzogthums Holstein Zwei, und Einen Stellvertreter zu dem gedachten Zwecke zu erwählen. Den Empfang dieses Allerhöchsten Rescripts hast Du fördersamst an Unsere schleswig-holstein-lauenburgische Kanzlei einzuberichten. Wornach ꝛc. Gegeben auf Unserem Schlosse Christiansburg, 4. Febr. 1848. Frederik R. Moltke. Dumreicher. Rathgen. Moltke. A. Warnstedt.“ (K. B.)

Freie Städte.

Frankfurt, 12. Febr. Die gesetzgebende Versammlung ertheilte heute ihre Zustimmung zu dem Antrage, daß von der 3½ pCt. Anleihe vom Jahr 1839 für das abgelaufene Jahr ein Betrag von 300,000 fl. durch Verloosung getilgt und der Zahlungstermin auf den 1. April d. Js. festgesetzt werde. Eben so wurde die beantragte Nachbewilligung von 3500 fl. für das Forstamt, so wie der Antrag, daß die Werbgelder für das hiesige Linienmilitär, in so weit sie der Stadtgemeinde obliegen, wie bisher aus dem Ertrag der Additionalaccise gedeckt werden, ohne Debatte genehmigt. Die Senatsanträge wegen Verbesserung des Gehaltes der Schullehrer (nach zwölfjähriger Dienstzeit um den Betrag von 200 fl.), so wie das neue Accisegesetz, wurden zur Vorberathung an Commissionen gewiesen. — Durch den Beschluß vom 31. Oct. v. J. hatte die gesetzgebende Versammlung genehmigt, daß vorläufig während 10 Jahren die gesetzliche Zahl der Ehen zwischen Israeliten, von denen der eine Theil fremd ist, nach Ermessen des Senats überschritten, und zugleich die Ehen, welche von hiesigen Israeliten mit fremden Frauenzimmern ohne Senatserlaubniß geschlossen worden, nachträglich sanctionirt werden dürfen. Der Senat beantragt nun, letztere Ermächtigung auch auf Ehen hiesiger Israelitinnen mit fremden Männern auszudehnen, und die Commission begutachtete die Zustimmung hiezu um so mehr, als der Beschluß von 1846 eine Uebergangsmaßregel sey, und die beantragte Ergänzung einer Grundlage zur Beurtheilung ihres Erfolges bieten werde. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Oesterreich.

Wien, 13. Febr. Zwischen Oesterreich und Modena ist in Bezug auf die italienischen Staaten des ersteren ein Schutzbundniß abgeschlossen worden, welches sich in seinem ganzen Wortlaut durch gleiche Uebereinkunft auch auf die Besitzungen des Herzogs von Parma erstreckt. Die Contrahenten verpflichten sich zur gegenseitigen militärischen Hülfeleistung im Falle eines Angriffs von außen, und Oesterreich insbesondere auch bei innern Unruhen in Modena und Parma, falls die eigenen Kräfte zur Dämpfung derselben nicht ausreichen. Ein Artikel dieses Staatsvertrages setzt fest daß die vertragenden Herzoge mit keiner andern Macht eine wie immer geartete militärische Uebereinkunft ohne Zustimmung des Kaisers von Oesterreich abschließen dürfen. (A. Z.)

Italien.

Neapel, 7. Febr. Es ging gestern und vorgestern allgemein das Gerücht, daß heute ein Aufstand des Pöbels, der sich in seinen Erwartungen durch die so friedliche Umgestaltung der Dinge getäuscht sah, und deßhalb einen reactionären Umsturz bezweckte, wo es zu rauben und plündern gäbe, stattfinden sollte. Deßhalb wurde gestern ein Erlaß des Polizeipräfecten veröffentlicht, worin er die Einwohner ermahnt, solchen Gerüchten keine Wichtigkeit beizulegen und sich nicht von den friedlichen Gewerben abhalten zu lassen, da die Behörden, unterstützt durch den Eifer der Nationalgarde, hinreichend für die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit gegen die Anschläge der Uebelgesinnten gesorgt haben. Bei der Sympathie aller besseren Classen, der Nationalgarde und der Truppen für den eingetretenen freisinnigen Umschwung der politischen Verhältnisse ist für den Erfolg einer Pöbelreaction, an deren Excesse man nur mit Schaudern denken kann, wenig Hoffnung vorhanden, und sie würde nur dessen blutige Niederlage herbeiführen. (A. Z.)

Nach einem Briefe aus Padua vom 9. Febr. wäre kaum ein Zweifel, daß es ein vorbereiteter förmlicher Aufstandsversuch war, der indessen vollständig bewältigt wurde. Die Zahl der Verwundeten soll gegen 40, die der Todten 5 betragen. Es bestätigt sich, daß viele Personen, darunter Meneghini, verhaftet wurden. Zwei Professoren wurden suspendirt, die Studenten fortgewiesen, die Universität geschlossen. (A. Z.)

Belgien.

Brüssel, 10. Febr. Die Repräsentanten-Kammer hat gestern die erste Berathung der Vorschläge über Modificationen im Tarif beendigt und die zweite, definitive Abstimmung darüber auf heute vertagt.

Frankreich.

Paris, 12. Febr.

Das Ministerium steht nicht mehr fest. Es ist heute davon die Rede, daß nicht weniger als fünf Minister abtreten werden.

Die vorgestrigen Verhandlungen in der Deputirten-Kammer über den Paragraphen der Antwortsadresse in Betreff der Wahlreformessen waren so stürmisch, wie seiner Zeit die über die Ausstoßung Manuels; doch ist viel Gemachtes an der Sache; es ist kein Zusammenstoß zweier großen Parteien, sondern mehr eine Reibung von Persönlichkeiten. Die Thronrede und die Adresse sprechen ein Verdammungsurtheil über die Festmahle aus. Der Finanzminister, Hr. Dumon, sagte, die Regierung wolle das Recht der Bürger, in Versammlungen ihre Ansichten kund zu geben, nicht bestreiten, daß aber könne sie nicht dulden, daß die politische Reform als Mittel zu einer socialen Revolution benützt werde, daß man die Grundsätze der Schreckenszeit predige. Indem der Finanzminister das Versammlungsrecht zugab, trat er einer zu weit gehenden Behauptung aus dem Schooße der Mehrheit entgegen, daß dasselbe, weil nicht in der Verfassung ausdrücklich festgesetzt, nicht bestehe, einer Behauptung, die sehr zu der obwaltenden Gereiztheit beitrug. Die Opposition, besonders Odilon Barrot, sprach das Recht an, die Regierung vor dem Gerichte des Landes zu denunciren; werde dieß verweigert, dann sey die Verfassung aufgehoben. Die Mehrheit habe das Recht nicht, über die Gesinnungen der Opposition ein Verdammungsurtheil zu fällen. Also, wendete Guizot ein, weil Kammermitglieder an gewissen Ereignissen Theil nehmen, soll die Kammer, die Regierung sich nicht darüber aussprechen dürfen? Damit wären die Rechte der Kammer und der Regierung vernichtet. Schließlich wurde der Gegenantrag Darblays gegen den Paragraphen des Entwurfs fast einstimmig verworfen, da sich die Opposition der Theilnahme an der Abstimmung enthielt. — Die gestrige Verhandlung ging heute weiter. Es handelte sich um den Antrag eines andern abgefallenen Conservativen, des Hrn. Desmousseaux de Givré, welcher die Verhandlungen bei den Zweckessen als eine rechtmäßige Aufklärung der öffentlichen Meinung schilderte. Lamartine nahm hierauf das Wort, um die Regierung vor jedem Versuch zu Unterdrückung freier Meinungsäußerungen zu warnen. Nach längerer stürmischer Verhandlung wurde der Antrag des Hrn. Desmousseaux de Givré mit 228 gegen 185, also mit einer Mehrheit von 43 Stimmen verworfen. Einundzwanzig unabhängige Conservative (auch Dufaure) stimmten mit der Opposition. Der Präsident ließ sofort über folgenden Paragraphen des Adresse-Entwurfs abstimmen: „Rechnen Sie auf unsere Unterstützung bei der Vertheidigung. Die Agitation, welche feindselige Leidenschaften erweckt oder blindes Sichfortreißen zur Folge hat, wird fallen vor der gesunden Vernunft des Volks, die aufgeklärt werden wird durch unsere Verhandlungen und die Kundmachung aller gesetzmäßigen Ansichten.“ Bei der Abstimmung enthielt sich die Opposition größtentheils der Abstimmung, und so wurde der Absatz mit 223 gegen 18 Stimmen angenommen. Der Präsident, Hr. Sauzet, stimmte für die Regierung; die Opposition will deßwegen sein Haus und, so behauptet wenigstens der National, auch die Tuilerien nicht mehr betreten: sie betrachtet sich als beschimpft (flétri) durch die ministerielle Mehrheit.

Mehrere Gegenden Frankreichs wurden in der letzten Zeit durch Wölfe unsicher gemacht. In einer der Dorfschaften am Doubs gingen zwei Kinder, das eine 10, das andere 8 Jahre alt, über Feld, als ihnen ein Wolf begegnete. Im Fliehen stürzte das jüngere der beiden Kinder und wurde augenblicklich von dem wüthenden Raubthier gepackt und in einen benachbarten Wald getragen. Man hat seitdem keine Spur von dem Kinde auffinden können. Im Jura wurde eine Bauerfrau, die mit ihrem Säuglinge durch den Wald ging, von einem großen Wolfe angefallen und furchtbar zerfleischt, glücklicher Weise aber noch zu rechter Zeit von einem dazu kommenden Landmanne, der das Thier verscheuchte, gerettet.

In Edinburgh ist Nelson's Denkmal auf Calton Hill, ein hoher Thurm, als Signalhaus und zugleich Restauration um 60 Pfd. 10 Sh. vermiethet worden. Eine andere miethlustige Gesellschaft wollte es für astronomische Zwecke übernehmen, aber das Ginger Bier hat den Vorzug erhalten.

Nach dem „Morgenblatt“ von Christiania vom 17. Jan. d. Js. ist schon wieder ein neues Aetherisationsmittel erfunden und mit ausgezeichnetem Erfolge erprobt worden. Der Erfinder desselben ist der Apotheker Harald Thaulow in Christiania. Nach dem Versuch, den man mit diesem Stoffe anstellte, ersetzt er das Chloroform vollkommen, und was dabei das Wichtigste ist, der Stoff ist überaus billig und leicht zu gewinnen, während das Chloroform sehr theuer ist. Dieses neue Aetherisationsmittel ist Schwefelkohlenstoff, welcher aus Holzkohlen und Schwefel und durch den einfachsten Apparat in Ueberfluß gewonnen wird. Es wird eben so angewandt, wie das Chloroform, in einem trichterförmig zusammengelegten Taschentuche.

Dem „Anzeiger des Westens“ (St. Louis) wird aus Texas mitgetheilt, daß die Darmstädter Communistengesellschaft, bestehend aus 20 jungen Männern und einer bejahrten Dame (einer Verwandten von mehreren der Mitglieder) im September v. Js. am Llano angekommen ist, und mit der Begründung ihrer Niederlassung den Anfang gemacht hat. Die Bauarbeiten wurden getheilt, und nach dem Alphabet täglich zwei Mann zum Viehhüten und zwei zur Jagd verwandt, während die Dame für Alle kochte. Bis dahin ist, obwohl einige Mitglieder sich träge und unbeholfen zeigten, Alles leidlich gegangen; der „Anzeiger des Westens“ meint aber, jetzt halte noch das Bedürfniß zusammen, und die Gesellschaft stehe mit andern Menschen in keinem Zusammenhange; später werde sich das wohl ändern. Sociale Wunderkuren, wie Socialismus, Communismus ꝛc., würden in America am allerwenigsten gedeihen.

Großbritannien.

London, 11. Febr.

In der gestrigen Unterhaussitzung führte der Minister Lord Morpeth eine neue Bill zur Verbesserung des Gesundheitszustandes der großen Städte ein, welche nun bei allen Parteien günstige Aufnahme gefunden hat. Hr. Cardwell beantragte dann Mittheilung amtlicher Papiere über den englisch-chinesischen Handel, um eine Ermäßigung der Theezölle vorzuschlagen. Der Schatzkanzler erklärte sich für eine Reduction vom theoretischen Standpuncte zwar günstig, bemerkte aber: eine solche Aenderung sey bei der jetzigen Lage der Finanzen nicht rathsam.

Die Londoner Blätter vom Heutigen enthalten die nicht unerwartete Nachricht vom Hintritte des Erzbischofs von Canterbury, Primas von ganz England, der also seinem Collegen in York bald nachgefolgt ist. Einstündiges Läuten der großen Glocke von St. Paul verkündigte diesen Todesfall der Hauptstadt. Er starb ruhig und anscheinend schmerzlos am 11. Febr. Morgens ½ nach 2 Uhr. Dr. William Howley, geboren am 11. Febr. 1765, war der Sohn eines Pfarrgeistlichen, studirte in Oxford, ward im Jahre 1791 Hofmeister des damaligen Prinzen von Oranien, im Jahre 1809 Regius Professor der Theologie in Oxford, 1813 Bischof von London und wurde dann im Jahre 1828 auf den erzbischöflichen Sitz von Canterbury erhoben.

Die angekündigte Demonstration von Rhedern, Schiffsmeistern, Matrosen u. s. w. zu Gunsten der Navigationsgesetze, fand gestern statt; aber nicht 3000 sondern gegen 20,000 Matrosen nahmen daran Theil.

Vereinigte Staaten von Nordamerica.

New-York, 15. Jan. Im Hause der Repräsentanten hat eine wichtige Abstimmung stattgefunden. Mit 85 Stimmen gegen 81 wurde der Antrag des Herrn Ashmun angenommen, daß der Krieg mit Mexico von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten unnöthiger und ungesetzlicher Weise angefangen sey! Bei der geringen whigischen Mehrheit gegen den Präsidenten unter den Repräsentanten, bei seinem Uebergewicht im Senate dürfte diese Abstimmung indeß wenige practische Folgen haben. Der Krieg mit Mexico ist einmal angefangen und muß auf ehrenvolle Weise zu Ende geführt werden. Der Congreß wird die Mittel dazu nicht verweigern. Hr. Hampton hat im Hause der Repräsentanten Anträge gemacht, nach denen Mexico, so weit es erobert ist, den Vereinigten Staaten einverleibt werden soll.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 15. Febr. Bayerische 3½ pCt Obligationen 90 P., — G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 — P., 656 G. Promessen per Stück Agio 74 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 103 P., — G.; 4pCt. 90 P., — G.; 3pCt. 64 P., — G. Bankactien 1. Semester 1570 P., — G. Württembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 88½ G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 89 G.

Frankfurt, 14. Febr. Metall. 5pCt. 101½; 4pCt. 87½; 3pCt. 64; Bankactien 1884; Taunus-Eisenbahn-Actien 356; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 55; bayer. Ludwigs-Bexbacher-Eisenbahn 86; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Amsterdam, 12. Febr. 2½ pCt. 54⅝; 3pCt. 65⁷⁄₁₆; 4pCt. 84½; Span. 3½ pCt. 83; Handels-Maatschappy 162½; Ard. 15¹¹⁄₁₆; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. 96¾.

Paris, 12. Febr. 3pCt. 74 Fr. 45 C.; 5pCt. 116 Fr. 90 C.

London, 11. Febr. Consols 89¼.

München. Verkehr auf den königl. bayer. Eisenbahnen im Monat Januar 1848:

Bahnstrecken.	Personen. Zahl.	Personen. Einnahme. fl.	kr.	Frachtgüter. Gewicht. Centr.	Pf	Frachtgüter. Einnahme. fl.	kr.	Bagage, Equipage, Vieh rc. Einnahme fl.	kr.	Gesammt-Summe der Einnahmen. fl.	kr.
München-Donauwörth, Augsburg-Kaufbeuern	22113	19742	43	45024	31	9237	43	2755	22	31735	48
Nürnberg-Neumarkt	20909	12335	9	59158	33	9452	22	993	39	22781	10
Summa:	43022	32077	52	104182	64	18689	5	3749	1	54516	58

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 17. Februar: „Der Antheil des Teufels,“ komische Oper in 3 Aufzügen. Musik von Auber.

Freitag den 18. Februar: „Der Mulatte,“ Drama in 3 Aufzügen von Hell.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Fischer, Kaufmann von Nürnberg; Wolfsberg, Ingenieur von Genf; Rinz und Fischer, Lieutenants v. Christiana; Baron Bernhard v. Augsburg; Genelost, Rentier v. Bremen.

Gold. Hirsch. H. Willow, Rentier aus England; Pelizet und Barnel, Proprietärs v. Straßburg; v. Redren, Rentier v. Paris.

Hôtel Maulick. HH. v. Heuß, Privatier von Kempten; Dr. Eckert v. Neuburg; Krönig, Privatier v. Bielefeld; Astrath, Kaufmann von Braunschweig; Schürer, Kaufmann von Augsburg; Kohn, Kaufmann v. Würzburg; Meyer, Privatier v. Frankfurt.

Gold. Hahn. HH. Röder, Gutsbesitzer von Stuttgart; Mayer, Particulier v. Karlsruhe; Friedl, Privatier v. Salzburg.

Gold. Kreuz. HH. v. Offen, Privatier von Augsburg; Baron v. Conradi, Rentier v. Breslau.

Blaue Traube. HH. Dr. Wagner, Baron v. Schätzler und v. Zander v. Augsburg; Bartels, Consul v. Köln; Pleß, Postcommissär v. Nürnberg.

Stachusgarten. HH. Hauser, Gutsbesitzer, und Retischer, Fabrikant v. Augsburg; Fuchs, Gastgeber von Rain; Baumann, Maler v. Aalen; Dorazeck, Kaufmannsgattin v. Mindelheim; Sulor, Musikmeistersgattin v. Augsburg.

Getraute in München.

HH. Gerhard Joseph Ludwig Nestor Nebel, Kaufmann in Andernach, mit Frl. Anna Mathilde v. Nibler, k. Advocatenstochter v. h.; Joseph Burger, Steindruckersgehilfe dahier, mit Theresia de Mozart v. Lochau; Joseph Fuchs, lic. Sterbkreuzmacher dah., mit Rigilldis Reisner, Gütlerstochter v. Ebelsbach; Mathias Ablaßmaier, b. Schuhmachermeister dah., mit Katharina Haberegger von Klotzau; Franz Borgias Stredl, b. Säcklermeister dah., mit Anna Penkele, b. Säcklermeisterswittwe v. h.; Anton Wagner, Regierungsaccessist dah., mit Antonia Karolina Magdalena Winter, k. Bratmeisterstochter v. h.; Karl Ignaz Thoms, Bettfedernhändler und Hausbesitzer dah., mit Anna Karolina Hilber, Landarztenstochter v. h.; Thomas Reichendinger, Bürger und vormaliger Metzger dah., mit Katharina Happ, Schuhmacherstochter v. Kreuzholzhausen; Peter Berchtold, Organist v. Grünbach, Landgerichts Erding, mit Antonia Schmid, Stadtschreiberstochter v. Cham; Anton Kaiser, b. Bierwirth dah., mit Katharina Windmaisinger, b. Bierbräuerswittwe v. h.; Andreas Murr, Bataillons-Tambour v. h., mit Maria Anna Zinsmeister, b. Metzgerstochter von Neuburg a. D.; Joseph Aleil, Kanzlei-Aktuar 1. Classe des k. Generalquartiermeisterstabs, mit Franziska Knillinger v. Mühldorf; August Karl Pflüger, kgl. Hofbrunnenmeister v. h., mit Barbara Katharina Mayerhofer, b. Metzgerstochter v. h.; Kaspar Hofbauer, Schäfflergeselle v. hier, mit Theres Hausick, Schmidstochter v. Tegernsdorf, Landger. Wolfratshausen; Math. Ernst Wörner, Bürger und Bäckermeister dah., mit Maria Eimer, Bäckermeisterswittwe v. h.; Karl Heinrich Dörzbach, Gütler in Forstenried, Landgerichts München, mit Anna Huggenberger, Gütlerswittwe daselbst.

Gestorbene in München.

Karl Braun, Wirthschaftspächter im Museum, 32 J. alt; Ambros Schmid, Hofkaplan und Ceremoniär v. h., 78 J. alt; Barbara Härtl, Zollamtsdienersfrau v. Memmingen, 68 J. alt; Regina Gabes, Badinhabersfrau v. h., 51 J. alt; Johann Georg Knogler, Privatier v. h., 82 J. alt; Maria Zimmerman, k. Central-Gemälde-Gallerie-Directors-Tochter v. h., 31 J. alt; Jul. Stichanner, Krämerstochter v. Rdh., 80 J. alt; Friedrich Philipp Prätorius, herzogl. Sachsen-Coburg-Gotha'sche Justizrathswittwe v. Coburg, 70 J. alt; Viktoria Stenger, Pelzerswittwe von hier, 90 J. alt; Anna Stipp, Partschierstochter v. h., 66 J. alt.

Bekanntmachung.

2280. Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Anwesen Nro. 10 am Tinkengraben nach §. 64 des Hypotheken-Gesetzes und vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 — 101 der Prozeß-Novelle vom 17. November 1837 zum ersten Male dem gerichtlichen Zwangsverkaufe unterstellt, und hiezu Steigerungstagsfahrt auf

Donnerstag den 13. April l. Js. Vormittags 10 Uhr
(Zimmer Nr. 7)

anberaumt.

Dieses Anwesen ist zu ebener Erde hoch erbaut, mit einem gewölbten Keller, einem einstöckigen angebauten Stallgebäude, einem einstöckigen Oekonomiegebäude, einem Garten von circa 16,000 Quadratschuh, dann Hofraum und Pumpbrunnen versehen, gerichtlich auf 2800 fl. gewerthet und mit 1800 fl. Hypothekschulden belastet.

Dem Gerichte unbekannte Steigerungslustige haben sich durch legale Zeugnisse über ihren Leumund und ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen.

Sign. den 10. Februar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

v. Klenze.

Bekanntmachung.

2281. (2a) Behufs der Befriedigung eines Hypothekgläubigers wird das an der Adalbertstraße dahier gelegene Anwesen Nro. 10, bestehend aus einem mit dem Erdgeschosse zwei Stockwerke hohen Wohngebäude mit Kellern und Dachwohnungen, aus einem einstöckigen Hintergebäude, gleichfalls mit Dachwohnungen, aus einer gemauerten Holzhütte und aus einem Hofraume mit Pumpbrunnen, gerichtlich gewerthet auf 4800 fl., mit 2700 fl. Ewiggeld und 1116 fl. Hypotheken belastet, zum ersten Male der öffentlichen Versteigerung nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§ 98 — 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 unterstellt.

Versteigerungs-Tagsfahrt ist auf

Montag den 17. April 1848 Vormittags von 10 — 12 Uhr

dahier im Geschäftszimmer Nro. 36 des königl. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Baron v. Schleich anberaumt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß dem Gerichte Unbekannte sich über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben.

Am 10. Februar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der königl. Director:
Barth.

v. Lengrießer.

Bekanntmachung.

(3b) Johann Benedict Köppel von Landshut, dessen Aufenthalt hierorts unbekannt ist, wird hiemit auf Antrag des k. Advocaten Schaaf dahier, als Offizialanwalts der Maria Martina Brasch von Kurn und ihrer Kindes-Curatel, vorgeladen, bei der zufolge gegen ihn wegen Vaterschaft und Kindesalimentation namens der erwähnten Brasch hierorts gestellten Klage zum Sühneversuch oder protokollarisch-schlüssigen Verhandlung auf

Mittwoch den 15. März l. Js. Vormittags 10 Uhr

anberaumten Tagsfahrt entweder persönlich oder durch einen legal Bevollmächtigten bei unterfertigtem Gerichte zu erscheinen, wobei demselben unbenommen bleibt, die gegen ihn vorliegende Klage inzwischen in diesseitiger Amtsregistratur einzusehen oder einsehen zu lassen, und das Duplicat in Empfang zu nehmen.

Am 8. Februar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht Landshut.
Der königl. Director:
Leienbecker.

Gareis.

Für die durch Brandunglück in Neumarkt Heimgesuchten sind an Beiträgen eingegangen:

	Uebertrag .	61 fl. 24 kr.
Den 13. Febr. mit dem Motto: „Geben ist seliger als nehmen!“		1 fl. — kr.
	Summa .	62 fl. 24 kr.

Um weitere mildthätige Beiträge wird dringend gebeten.
Expedition der Münchener politischen Zeitung,
Kaufingergasse Nr. 2.

Digitized by Google

Nr. 42.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir (Knödel-Gasse Nro. 2); auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raume nur zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Freitag XLIX. Jahrgang. **18. Februar 1848.**

Deutschland.

Bayern.

††München, 18 Febr. Die eröffnete Landrichterstelle zu Ebern wurde dem bisherigen Landrichter zu Nordhelben Dr. Th. Frenner, unter Enthebung von dem Antritte der ihm übertragenen Landrichterstelle Alzenau seiner Bitte entsprechend verliehen und die eröffnete Landrichterstelle zu Alzenau erhielt der bisherige I. Assessor des Landgerichts Monheim, und auf die eröffnete I. Assessorstelle des Landgerichts Burghausen wurde der dermalige I. Assessor des Landgerichts Neumarkt Alexander Spitzer, seiner Bitte entsprechend versetzt.

München, 16. Febr. Durch die Ereignisse der letzten Tage hat sich Fürst Wallerstein eine Popularität, eine Verehrung erworben, die nur derjenigen zu vergleichen ist, welche ihm für sein rastloses Bestreben während der Cholerazeit zu Theil geworden ist, die ihn wie einen rettenden, schützenden Engel der lebenden Bevölkerung erscheinen ließ. Gewiß, wir können uns Alle Glück wünschen, daß durch seine angestrengten mittelbaren und unmittelbaren Bemühungen der jetzige Stand der Dinge erzielt wurde. Gewisse Blätter entstellen absichtlich die Anrede, welche der Fürst an die Bürgerschaft auf dem Rathhause gehalten hat, weshalb wir es für Pflicht halten, diese nach ihrem beiläufigen Inhalte zu veröffentlichen. Seine Anrede lautet ungefähr folgendermaßen: „Der König, umgeben von seinem Ministerrathe, habe den Befehl ertheilt, daß die Vorlesungen an der Universität fortgesetzt werden dürfen, dieser allerhöchste Entschluß sey erfolgt, nachdem der königl. Ministerverweser des Innern in seiner Eigenschaft als Polizeiminister auf das entschiedenste bekräftigt habe, daß die Demonstration der Bürgerschaft nicht den Charakter einer Auflehnung oder eines Zwanges, sondern lediglich jenen einer Appellation an das Herz und an die Gnade des Königs an sich trage, ohne diese amtliche Darlegung würden die trüben Eindrücke der jüngsten Tage kaum zu einer so erfreulichen Lösung gelangt seyn. Noch ein weiterer Beweis landesväterlichen Wohlwollens sey aus dem freien Entschlusse des Monarchen hervorgegangen; er brauche denselben nicht näher zu bezeichnen; Jedermann fühle, wovon die Rede. Nichts befinde sich mehr zwischen dem Könige und seinem Volke; nun führe der Weg die Versammlung wohl abermals zur Residenz. (Legb.)

Aus Franken, 14. Febr. Die jüngsten Vorgänge in München haben wiederholt die Nothwendigkeit dargethan, durch bestimmte und klare gesetzliche Bestimmungen festzustellen, wann und unter welchen Voraussetzungen es der bewaffneten Macht bei Volksaufläufen gestattet seyn soll, von ihren Waffen Gebrauch zu machen, und welche Aufforderungen und Förmlichkeiten einem solchen Einschreiten vorausgehen müssen. Denn wenn auch, wie wir in dem vorliegenden Falle rühmend anerkennen müssen, die höheren Behörden geneigt sind, den Mißbrauch der Waffengewalt zur gebührenden Strafe zu ziehen, so kann doch dadurch das angerichtete Unglück nicht wieder gut gemacht und das unschuldig geflossene Bürgerblut nicht vollständig wieder gesühnt werden. Darum verlangen wir strenge gesetzliche Bestimmungen, damit diejenigen, welche mit Handhabung der Ordnung beauftragt sind, genau wissen, wie sie sich zu verhalten haben und welche Strafe sie trifft, wenn sie aus böser Absicht oder Fahrlässigkeit zu unnützem Blutvergießen Anlaß geben. Es ist dies um so nothwendiger, als unsere Polizeigewalt nur zu häufig sich als souverän zu betrachten und den eigenen Willen zum Gesetz zu erheben geneigt ist. So kann es denn auch nicht fehlen, daß sie mitunter aus übergroßem Eifer selbst in den wichtigsten Dingen die Grenzen der Mäßigung überschreitet. Wollte man in Italien auf dieselbe Weise zu Werke gehen, so würde des Blutvergießens kein Ende seyn. Dort hat man freilich in wenigen Monaten größere Fortschritte gemacht als in Deutschland in 33 Jahren; denn so lange ist es, seit man hier sich vergeblich abmüht, die politischen und Verwaltungsverhältnisse zu einem gedeihlicheren Zustande zu führen. Uebrigens scheint die Universität München eine gewisse Berühmtheit durch derartige Auftritte zu gewinnen; wir erinnern nur an die berüchtigten Dezembriaden, wo Polizei- und Militärbehörden durch so unkluges Benehmen einen jugendlichen Scherz zu einem Krawalle steigerten, und ihn zuletzt mit Säbelhieben und Bajonettstößen vergalten. (N. C.)

Württemberg.

Stuttgart, 14. Febr. Man erwartet stündlich die Niederkunft Ihrer königl. Hoh. der Prinzessin Katharina, vermählte Prinzessin Friedrich. Wird es ein Sohn, so ist dieser vorderhand der präsumtive Thronfolger, jedoch erst in vierter Reihe. Die Artillerie ist schon zum Salutiren bereitet. (Augsb. Abdz.)

Stuttgart, 9. Febr. Der Güterbuchscommissär Kost, welcher sich selbst wegen seines beabsichtigten Attentats auf den Kronprinzen den Gerichten stellte, ist — wie die „Ulmer Schnellpost“ berichtet — als etwas im Kopfe verwirrt, aber doch unschädlich, seiner Haft wieder entlassen worden.

Baden.

Karlsruhe. (XXIV. Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 14. Febr.) Der Präsident verkündet, daß die andere Kammer den an sie gelangten Adressen, den Abschluß einiger Zollverträge betreffend, beigetreten. Brentano zeigt eine Motion an auf Einräumung des Vollgenusses aller bürgerlichen Rechte an die Israeliten. Unter den übergebenen Petitionen befindet sich ein durch Schaaff vorgelegtes Gesuch des Vorstandes des landwirthschaftlichen Bezirksvereins in Mosbach, um Einführung einer Ackerbauschule im Odenwald. — Helbing berichtet Namens der Petitionscommission über eine Bitte mehrerer Bürger von Rheinbischofsheim um Beförderung der Hanf-Industrie und stellt den Antrag auf empfehlende Ueberweisung an das Staatsministerium unter Anschluß einer Abschrift seines Berichtes. Dieser Antrag wurde, nachdem sich Dörr, Peter, Christ, Knapp, Mez, Buhl, Kapp und Vogelmann dafür erklärt und letzterer sich auch noch ausführlich über den Hanfbau überhaupt, so wie über die Mittel, wodurch unsere Hanfbauern der Concurrenz des Auslandes widerstehen könnten, verbreitet hatte, von der Kammer angenommen. — Helbing berichtet über eine Beschwerde mehrerer Schiffer, Bäcker und Melhändler zu Wertheim wegen eines von der bayerischen Regierung zollvertragswidrig erlassenen Getreide- und Mehlausfuhrverbots und trägt auf dringende Empfehlung des Gesuchs an das Staatsministerium an. Schmitt, Schaaff und Vogelmann unterstützen den Antrag, während Staatsrath Regenauer die Auskunft gibt, daß sich die badische Regierung mit der bayerischen dieses Gegenstandes wegen bereits ins Einvernehmen gesetzt habe und der Aufhebung eines solchen Verbots entgegensehe. Die Kammer stimmt dem Commissionsantrage bei. — Hierauf eröffnet der Präsident die Berathung des Sieglerschen Budgetscommissionsberichts über die Hauptstaatsrechnungen und die von dem landständischen Ausschusse geprüften Rechnungen der Amortisationscasse, der Zehntschuldentilgungscasse, des Domanialgrundstockes, des Staatsgrundstockes, der Eisenbahnschuldentilgungscasse, sodann der aus der Hauptstaatsrechnung ausgeschiedenen Verwaltungszweige der Post, der Eisenbahnbetriebsverwaltung, der Eisenbahnbetriebsmaterialverwaltung, der

---

Die Allerheiligen-Nacht im Jahre 1805.

(Eine Novelle aus A. Büssel's ungedrucktem Nachlasse.)

(Fortsetzung.)

Antoinette, sanft erröthend, erhob sich von ihrem Sitze. Das Erscheinen der unerwarteten Gäste überraschte sie. Die kriegerischen Männer in weißen Uniformen, die Casquete und federumflatterten Hüte unter dem Arme, standen wie angefesselt beim Anblick des schönen Fräuleins, das in üppiger Fülle der Gesundheit wie eine begeisterte, wie eine verklärte Gestalt aus höhern Regionen mit forschendem Auge ihre Reihen durchflog.

„Franz“, sagte Hr. v. S . . . ., „Du bist der beste Dollmetscher bei Antoinette. Sie ist überrascht! Kläre sie auf über die Gegenwart dieser Herren! Der herrliche Siegesmarsch des Meisters Salieri, der den Ruhm der österreichischen Heere feierte, wird noch heute diese Nacht wie ein Festlied in diesem Schlosse triumphirend ertönen. Wars nicht vor fünf Jahren, als wir die Republikaner an der Hohenrätsteuch vernichteten? Streckten die Stutzen unserer Schützen damals die Republikaner hin, werden sie heute die Soldaten des Kaisers der Franzosen im Zaume halten!“ — —

Antoinette erbleichte leicht, was diese kriegerischen Gäste in das Schloß rief. Schnell traten wieder alle Bilder der Christnacht vom Jahre 1800 vor ihre Seele. Sie fühlte augenblicklich jenen Schauer, der sie als eilfjähriges Mädchen damals durchrieselte, als um die Stunde der Mitternacht, die sonst so feierlich und hehr ihr ganzes Wesen ergriff, der mit hellem Geläute durch das Thal hinscholl, der Donner der Kanonen und das Pelotonfeuer rings zerschmetternd krachten.

„Auch Du, Franz,“ fragte sie den Geliebten, „auch Du wirst kämpfen?“ und faßte mit aller Innigkeit seine Hand. „Gehst Du nicht auf die Universität? Bleibe hier, verweile bei uns, bis der Kampf entschieden ist. Ich ahne diesmal nichts Gutes . . . . Steh Du dem Vater zur Seite und warne ihn! Das Aufgebot der Schützen ist gegen den Willen der Regierung. Der Vater nahm es gestern zurück, und heute mit dem Frühesten fordert er alle Männer auf, für den geliebten Kaiser sich zu rüsten, und ihrer Ehre eingedenk zu seyn. Die Mutter ist tief bestürzt, sie bot ihre ganze Beredtsamkeit auf, den Vater auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die ihn und uns alle bedrohen. Er ist taub dagegen — er schweigt, seine Augen glühen, und jede Gesichtsmuskel ist in convulsivischer Zuckung, wenn er an die Schmach denkt, dem französischen Adler huldigen zu müssen. Er kann nun nicht mehr zurück. — Die Schützen stehen an den Verschanzungen — aber — Verbündete des französischen Kaisers sind im Anzuge, die jeden Seitenweg, jede Thalschlucht und jeden Uebergang kennen. Franz, es ist nicht mehr die Christnacht des Jahres 1800! Dort drangen ungefähr zweitausend Mann vor — heute stürmen mehrere Tausende, tapfer und kühn, gegen uns heran. O, bewege den Vater — —“

Haupteisenbahnbauverwaltung und der Badeanstaltenverwaltung für das Jahr 1845 und 1846. Die bei jedem Verwaltungszweige einzeln gestellten Anträge der Commission gehen dahin: Sämmtliche Rechnungen, beziehungsweise Nachweisungen für gerechtfertigt und richtig zu erklären, dabei aber den Wunsch auszusprechen, daß die Regierung für Beseitigung des Restes, der alten Abgaben wirken und den Erlös aus dem Holzbestande von verkauftem oder an fremde Etats überwiesenem Waldboden, nach Abzug des darauf haftenden Abganges nebst Kosten, der Staatscasse ersetzen wolle. Diese Anträge werden nach kurzer Berathung, wobei auch die Errichtung einer Bank zu Mannheim zur Sprache kam, von der Kammer angenommen. — Helbing berichtet über ein Gesuch des Mechanicus Philipp Schweizer zu Mannheim um Unterstützung seiner Fabrik aus Staatsmitteln und trägt Namens der Petitionscommission auf den Uebergang zur Tagesordnung an, indem hier nicht im Entferntesten solche Gründe vorliegen, welche die Regierung und Kammern vor Kurzem bestimmten, den drei Fabriken in Karlsruhe, Ettlingen und Waghäusel eine Unterstützung zu gewähren. Schaaff erklärt sich mit dem Commissionsantrage einverstanden und hofft, daß der hierauf zu erwartende Kammerbeschluß manche Bedenklichkeiten ängstlicher Gemüther beseitigen dürfte, welche darin bestånden, daß man jetzt nach einmal beschlossener Unterstützung fraglicher drei Fabriken, um consequent zu seyn, alle andern Etablissements ebenfalls unterstützen werde. Mez hält es für seine Pflicht, bei diesem Anlasse noch ein weiteres auf böswillige Weise ausgestreutes Gerücht, als habe man jene drei Fabriken nur darum unterstützt, weil hoch gestellte Personen bei denselben als Actionäre betheiligt gewesen, für eine Verläumdung zu erklären. Kapp bestätigt dies und hält das Ausstreuen solcher Lügen eines jeden Mannes, er möge eine Farbe haben, welche er wolle, für unwürdig. Die Kammer nimmt den Commissionsantrag einstimmig an. — Bissing berichtet über eine Bitte der Gemeinde Müllheim, die theilweise Abänderung des Forstgesetzes betreffend, und trägt auf Ueberweisung der Petition an das großherzogl. Staatsministerium zur Kenntnißnahme an, welcher Antrag angenommen wurde. — Derselbe berichtet über ein Gesuch mehrerer Gemeinden des 20. Aemterwahlbezirkes um Abänderung des §. 23 des Bürgerrechtsgesetzes, welcher das Vermögen eines zum Bürger Aufzunehmenden festsetzt und beantragt den Uebergang zur Tagesordnung. Nach längeren Debatten zwischen dem Regierungscommissär Staatsrath Bekk, und Knapp, Blankenhorn, Rettig, Buß, Straub, Schmitt, Hägelin und Ullrich, in welchen verschiedene Mängel des erwähnten Gesetzes hervorgehoben werden, nimmt die Kammer den Commissionsantrag an. (Schw. Mkr.)

Freiburg, 14. Febr. Die Ernennung Gfrörers zum auswärtigen Mitgliede der Wiener Akademie erregt hier in verschiedenartiger Weise Theilnahme; jedenfalls ist sie ein freudiges Ereigniß für Alle, die es mit unserer Hochschule wahrhaft gut meinen. Das Zeichen der Anerkennung, welches dem Lehrer wurde, ist zugleich eine schmeichelhafte Auszeichnung für die Hochschule selbst, und deutet nicht minder auf das gedeihliche Wachsthum derselben hin. (Karlsr. Z.)

Preußen.

Berlin, 12. Febr. In seinen Sitzungen vom 10. und 11. Febr. erledigte der vereinigte Ausschuß die §§. 182—188, welche von den Verbrechern wider die Sittlichkeit handeln, ohne im Ganzen wesentliche Veränderungen an den Bestimmungen des Entwurfs vorzunehmen. (C. v. u. f. D.)

Zu Mitgliedern des evangelischen Oberconsistoriums sind ernannt worden: Bischof und Hofprediger Dr. Eylert; Oberconsistorialrath, Hof- und Domprediger Dr. Ehrenberg; Bischof Dr. Neander; Bischof Dr. Roß; Oberconsistorialrath, Hof- und Domprediger, Professor Dr. Strauß; Feldpropst und Hofprediger Bollert; geh. Regierungsrath Dr. Eilers; geh. Regierungsrath Stubenrauch; geh. Regierungsrath Dr. v. Muhler; Oberconsistorialrath Ribbeck; Oberconsistorialrath, Hof- und Domprediger Dr. Snethlage; Oberconsistorialrath Prof. Dr. Twesten; Oberconsistorialrath Prof. Dr. Nitzsch; geh. Justizrath Prof. Dr. Stahl; Prof. Dr. Richter.

Wir können nun sicher mittheilen, daß die Appellationsinstanz des Polenprocesses erst im October stattfinden wird, da der neue Präsident desselben, Hr. Bonseri, gleich mit Beginn des Sommers eine längere Reise unternimmt. Allerdings dürfte hiedurch in der Zwischenzeit noch mancher Verurtheilte zu einem Gnadengesuche bewogen werden. Auch wird in dem übrigen Richterpersonale dieses Processes eine Veränderung eintreten; wenigstens ist schon jetzt der Graf Schlebuhr, zur Zeit beim Kammergerichte, zum Richter in der Appellation ernannt. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Man spricht davon, daß die allerhöchste Ordre in Beziehung auf diejenigen Angeklagten im Polenprocesse, welche die königl. Gnade nachgesucht haben, bereits erlassen sey, und in den nächsten Tagen publicirt werden würde. (Publicist.)

Berlin, 12. Febr. So eben geht mir durch glaubhafte Männer die Mittheilung zu, daß der steckbrieflich verfolgte Dr. Freyberg, welcher unterdessen mit dem Staatsanwalt und dem Polizeidirector Dunker in den Zeitungen wegen seiner Haftentziehung correspondirte, dem Polizeipräsidenten von Minutoli sich heute zur Haft gestellt und bereits ein Zimmer im Hausvogteigefängnisse als vorläufige Wohnung eingenommen hat. In Betreff des verhafteten Geh. Hofraths Wedecke wird die Voruntersuchung fortgesetzt. Letztere soll noch nicht so viel ergeben haben, daß ein Criminalproceß in der Sache eingeleitet werden könnte. — Herr von Radowitz scheint längere Zeit hier verweilen zu wollen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Breslau, 12. Febr. Wieder einmal eine Haussuchung und zwar eine im großen Style! Die Polizei hat gestern bei zehn Leuten, theils Bürgern, theils Gesellen, nach verbotenen Büchern und Broschüren gesucht, weil sie seit längerer Zeit einer geheimen Verbindung unter den arbeitenden Classen auf der Spur seyn will. Es sollen wirklich einige verbotene Bücher gefunden worden seyn; was aber die furchtbare „Verbindung“ unter den arbeitenden Classen betrifft, so ist sie in der Stadt schon längst als ein ganz unschuldiges Ding bekannt, vor dem sich Niemand zu fürchten braucht. Diese Verbindung reducirt sich nemlich auf einen zufälligen, statutenlosen Leseverein, dessen Mitglieder wahrscheinlich nichts miteinander gemein haben, als daß sie hin und wieder vielleicht einmal dasselbe Buch gelesen haben. Nichtsdestoweniger hat man dieses offenkundige Factum sehr ernst genommen, und es wird bereits frisch darauf los verhört; vorläufig natürlich noch polizeilich. Spätere Enthüllungen werden ja wohl ergeben, ob es sich um Communismus, Socialismus, Republicanismus, oder — um gar nichts handelt. Ich vermuthe stark das Letztere, trotzdem, daß die Verhöre bisweilen unendlich lang (eines z. B. von früh 8 Uhr bis Abends 6 Uhr) dauern sollen. (C. v. u. f. D.)

Köln, 11. Febr. Die Procedur gegen Dr. Mendelssohn, auf deren Ausgang man allgemein sehr gespannt war, ist beendigt. Heute Nachmittag vor zwei Uhr wurde sein Urtheil gefällt und er als des Diebstahls überführt von den Geschworenen schuldig erklärt und zu fünf Jahre Gefängnißstrafe, Verlust der Nationalcocarde und einer Geldbuße verurtheilt. Er wird Berufung gegen das Urtheil einlegen. Dieses fand allgemein Billigung, wie schwer es auch für den jungen Mann ist, der sich zu einem Verbrechen verleiten ließ, denn Diebstahl ist unter allen Umständen entehrend. Der Graf v. Hatzfeld hatte bekanntlich einer Frau v. Meyendorf in Paris eine Leibrente von 20,000 Fr. verschrieben, in zwei Raten jährlich zahlbar. Die Gräfin wollte diese Verschreibung der Frau von Meyendorf abgenommen wissen, sowohl aus materiellem Interesse, als um jene als Beweisstück in der gegen ihren Gemahl eingeleiteten Verschwendungsklage zu benutzen. Oppenheim und Mendelssohn wurden von der Gräfin gewonnen und brachten hier, im Gasthause zum Mainzer Hofe, wo die Frau v. Meyendorf wohnte, den Diebstahl einer Casette, in welcher sie die Verschreibung vermutheten, zur Ausführung. Sie flohen mit der Casette, ließen dieselbe aber mit ihrem Gepäck auf der Eisenbahn zwischen Köln und Bonn zurück, wo man sie als die Diebe verfolgte. Beide entkamen, wurden steckbrieflich ausgeschrieben, worauf sich Oppenheim stellte und von den Geschwornen zur allgemeinen Ueberraschung freigesprochen wurde. Nach diesem Erfolge stellte sich Mendelssohn ebenfalls, saß lange im Vorarrest und wurde endlich als schuldig verurtheilt. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Königsberg, 8. Febr. Den fast ausschließlichen Gegenstand des Tagesgesprächs bildet gegenwärtig ein Ministerialrescript des Herrn v. Bodelschwingh, welches an die hiesige Regierung gerichtet ist. Es läßt sich in sehr ausführlicher und heftiger Weise über den Gebrauch, oder vielmehr nach seiner Ansicht Mißbrauch aus, den Königsberg mit der Oeffentlichkeit der Stadtverordnetenversammlungen getrieben habe. Die Sautersche Suspension ist es vor allen Dingen, welche dem Minister Anlaß zu seinen Bemerkungen gibt, dieser Gegenstand habe nicht vor die Stadtverordneten hingehört, und die Regierung wird getadelt, seine Verhandlung bei denselben zugelassen zu haben. Den Bürgermeister Sperling, als Commissär des Magistrats in den Versammlungen, trifft der Vorwurf, diese Verhandlung nicht sogleich verhindert zu haben. Hieran knüpft sich die Verwarnung, daß bei nochmaligen ähnlichen Ausschreitungen, die Oeffentlichkeit der Versammlungen aufgehoben werde. (Brem. Z.)

Schleswig-Holstein.

Altona, 10. Febr. Der „Hamburger Correspondent“ berichtet: Gestern Abend wurden die Meinungsaustauschungen der Mitglieder des Bürgervereins über das neueste Rescript unseres König-Herzogs geschlossen. Die Mehrzahl sprach sich für die Wahl zuverlässiger Männer aus, um Minoritätswahlen vorzubeugen. Zugleich wurde eine Petition an den König wegen Erleichterung der hiesigen Censur vorgelegt, die, mit zahlreichen Unterschriften bedeckt, mit erster Post nach Kopenhagen abgehen soll.

Oesterreich.

Wien, 13. Febr. Wie man vernimmt, wird von dem freundlichen Anerbieten des Kaisers von Rußland,

---

Sie wollte Franz noch Einiges vertrauen, als sich Hr. v. S . . . plötzlich gegen sie wendete, und Franz mit festem Tone aufforderte: seinem Beispiele zu folgen.

„Dein Vater, Franz, bleibt unerschütterlich auf seinem Posten, und wahrt die Sache seines Monarchen. Ich halte hier aus und erwarte entschlossen, was immer kommen mag. Ich weiche nicht von der Stelle, und brennt es lichterloh um mich auf. Meine Befehle sind ertheilt, sie werden pünctlich vollzogen, und ich bin aller meiner Anordnungen und ihres Erfolges gewiß. Hauptmann St . . vertritt mein unmittelbares Commando. Als Beamter kann ich nicht von dieser Stelle weichen. Auf meine Gegenwart sind die Augen meiner amtlichen Umgebungen gerichtet. Du hast die freie Wahl, entweder hier zu bleiben und die Frauen aufzumuntern, oder auf den Mauern des Passes an der Seite Deines Vaters in den Reihen der Schützen und der Truppen kämpfend zu stehen. Ich wünschte, daß Du, mein künftiger Schwiegersohn, als Vorkämpfer Dich Deines Kaisers und der deutschen Ehrensache würdig zeigtest — ich möchte eine That von Dir aufzuweisen haben; denn nur die That im Kriege entscheidet über den Werth des Jünglings und des Mannes. Sieh, meine Haare sind bleich! — Ich opfere sie meinem Monarchen! —

Die Officiere waren mittlerweile in die anstoßenden Zimmer getreten, wo Frau v. S . . . mit ihren andern zwei Töchtern, Genovefa und Marie, am Fenster saß, und in das Thal hinaussah. Sie empfing sie mit freundlichem Lächeln, das aber die Ironie eines tiefgegrabenen Schmerzes war. Wie eine Niobe erhob sie sich, ihre Töchter mit schützenden Mutterarmen umschlingend. Genovefa und Marie standen wie zwei liebliche Genien neben ihr.

„Gnädige Frau,“ nahm der Major v. P . . das Wort, „Sie sind eine beneidenswerthe Mutter. Ihnen blühen drei herrliche Töchter. Wir sahen und bewunderten Fräulein Antoinette, die auf dem Flügel uns manche köstliche Passage vormeisterte. Sie ist Braut — ich bedaure es mit dem aufrichtigsten Schmerzgefühl, denn ich wäre so kühn gewesen, um dieses herrliche Kind zu werben, obschon ein Hagel feindlicher Kugeln um den Brautwerber anstatt der Hochzeitklänge bald schwirren werden. Mit einem solchen Engel verbunden, geht sichs leicht und froh ins blutigste Gefecht. Die Liebe trägt dem Krieger ihr unsichtbares Banner, seinem Geiste helleuchtend, vor, und die Hoffnung des Besitzes des Schönen begeistert zur Verachtung des Todes.“

„Antoinette's Hand,“ versetzte Frau v. S . . . „ist vergeben, allein wer verbürgt uns, daß die nächste Stunde nicht jene Bande auf immer zerreißt, die wir in der Minute des Glückes träumend flochten. Sie, meine Herren, üben auf meinen Gatten einen mächtigeren Einfluß, als das Glück der Familie. Der Mann läßt sich oft für ein Phantom begeistern, und vernachlässigt den schönen Besitz der Gegenwart. Der Ruhm, als Vertheidiger des heimatlichen Bodens zu glänzen, führt zu harter Rücksichtslosigkeit. Das Damals ist nicht das Jetzt. Der erlauchte Bruder des Kaisers untersagte die Bewaffnung. Mein Gemahl wird den Pflichten gegen Jenen untreu, um neue gegen Diesen zu übernehmen. Ich weiß,

einen Theil seines baaren Privatvermögens zur Erwerbung der im Besitze des Tilgungsfonds befindlichen hiesigen Actien verwenden zu wollen, vor der Hand kein Gebrauch gemacht werden. — Der russische Staatsrath v. Fonton befindet sich seit einigen Tagen, wie es heißt, in einer besonderen Mission, hier. Als Gegenstand derselben bezeichnet man wohl nicht ohne Grund die wiederholte Erklärung des St. Petersburger Cabinets, daß es die Grundsätze Oesterreichs der Schweiz und Italien, überhaupt den Bewegungen der Zeit gegenüber, so wie seine in dieser Hinsicht bereits genommene Stellung nicht nur vollkommen billige, sondern der russische Kaiser es dabei auch mit allen seinen Mitteln zu unterstützen bereit sey. — Außer den nach Italien im Marsche befindlichen oder bereits beorderten Truppen wird, einem neuesten Befehle zufolge, kein weiteres Militär dorthin mehr abgehen. Seit dem 1. d. M. genießen die Offiziere der italienischen Armee halbe Kriegsmaterialien, was aber bei den dritten Bataillonen, die keine bestimmte Station haben, nicht der Fall ist. — Ein hier stark verbreitetes Gerücht will wissen, der König Ludwig Philipp denke ernstlich daran, zu Gunsten seines Enkels, des Grafen von Paris, (natürlich unter der Vormundschaft des Herzogs von Nemours) abzudanken und sich nur noch einige Regierungsgeschäfte vorzubehalten. (?) (C. v. u. f. D.)

Schweiz.

Der Züricher Universität steht ein Verlust bevor. Herr Alt-Staatsrath und Professor Dr. Bluntschli hat dem Erziehungsrathe seine Entlassung eingereicht und wird Zürich verlassen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß dieser gründliche Kenner des deutschen Rechts einen Wirkungskreis an einer deutschen Hochschule, wie Dr. Keller, finden werde, allein man weiß noch nichts Bestimmtes.

Italien.

Rom, 12. Febr. Die Dinge entwickeln sich auf unserer schönen Halbinsel mit unaufhaltsamer Schnelle. Der Großherzog von Toscana hat seinem Volke jetzt gleichfalls eine Constitution bewilligt, die im Wesentlichen mit der sardinischen gleichlautend ist. Auch der Papst wird nicht zurückbleiben. Die Bologneser, stets die Vorkämpfer des Fortschritts, haben bereits in einer Eingabe an den Papst ein solches Verlangen ausgesprochen. Sie bitten um folgende Zugeständnisse: Preßfreiheit, Abschaffung des Ministeriums der Polizei und deren Unterordnung unter das Ministerium des Innern; Aenderung des Ministeriums, besonders der mit der Executivgewalt betrauten Personen, und Berufung von Männern aus allen Classen der Staatsbürger. Vervollständigung der stehenden Macht, Bewaffnung der Bürgerwehr und der Reserve, Mobilmachung eines Theils derselben; sorgfältige Einrichtung der Gemeinderäthe, welche einer mit ausgedehnten Befugnissen versehenen Staatsconsulta zur Grundlage dienen würden; Gewährung jener politischen Garantien, welche die Frucht und die Consequenz der modernen Bildung stützen. — Wegen der außerordentlichen Rüstungen Oesterreichs und Sardiniens hatte am 8. Febr. eine Abordnung, mit dem Fürsten Aldobrandini an der Spitze, eine Audienz beim Papst, wobei Se. Heiligkeit erklärte, daß zu Anfang der nächsten Woche das Ministerium mit weltlichen Mitgliedern besetzt würde, daß er mit dem Großherzog von Toscana und dem König von Sardinien wegen des Abschlusses eines italienischen politischen Bündnisses in Unterhandlung stehe, und daß er der Antwort Karl Alberts entgegensehe, um einige piemontesische Officiere an die Spitze seiner Truppen zu stellen. (Augsb. Abdz.)

Der „Moniteur" theilt aus dem Süd von Marseille vom 9. Febr. folgende Nachricht mit: Das Schiff Ercolano, von Neapel am 4. Febr. abgegangen, bringt Nachrichten aus Palermo vom 3. Privatbriefe zeigen uns an, daß der König den Sicilianern die Constitution von 1812 bewilligt hat, die angenommen worden ist, aber unter der Bedingung, daß der Kronprinz zum Vicekönig ernannt werde, und ein Parlament in Palermo seinen Sitz habe. Eine allgemeine Amnestie wurde bewilligt, gleichwohl mit Ausschluß der Ausgewanderten von 1821. Alle Festungswerke Siciliens (?) sind den Palermitanern übergeben und sämmtliche Truppen nach Neapel zurückgekehrt. (A. Z.)

Neapel, 7. Febr. Im Hause des Grafen Montessay versammelte sich am Samstag Abends (5. Febr.) die sämmtliche in- und ausländische Diplomatie. Auch Ibrahim Pascha wohnte dieser Soirée bei. Die letzten Truppen aus Palermo, d. h. die Besatzung des Castells Castellamare, welches unter Oberst Groß auf Befehl des Königs capitulirte, kamen gestern hier an. So wäre Palermo denn gänzlich geräumt. Das Beschießen Messinas hat wieder viel böses Blut gemacht; einige Chefs der Comitate von Palermo stimmten für eine Belagerung und Bestürmung der messinesischen Castelle, viele Stimmen erhoben sich für die Absetzung König Ferdinands — und Siciliens Schicksal ruht noch sehr im Dunkeln. Daß der König mit Freuden bereit ist, der Insel eine von Neapel gänzlich unabhängige Constitution zu geben, daran zweifelt hier Niemand mehr. (A. Z.)

Neapel, 8. Febr. Das leitende Aufstandscomité in Palermo erklärte unterm 3. daß Sicilien die Waffen nicht niederlege, bis das sicilianische Parlament, nach der Verfassung von 1812 und 1816, sich versammelt und über die Verfassungsfrage entschieden habe. Der König von Neapel sandte hierauf am 7. neue Parlamentäre nach Sicilien ab. (A. Z.)

Belgien.

Brüssel, 10. Febr. Der Bischof von Lüttich tritt als entschiedener Feind des jetzigen Ministeriums auf. Der geistliche Herr ärgert sich auch darüber, daß der Justizminister einen Herrn van Moorsel nicht aus dem Lande gejagt hat, den er wegen kirchlicher Streitigkeiten als einen Fremden denuncirte. Der Prälat aber ist selbst ein Fremder, und der Mann, den er austreiben will — sein leiblicher Vetter („Journal de Liege"). — Für die unglücklichen Flanderer laufen überall reichliche Beiträge ein. In Gent wurden in einem Tage 24,000 Franken unterzeichnet. — Die Schifffahrt auf der Schelde ist wieder im Gange. Heute sind acht Schiffe in Antwerpen angekommen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Brüssel, 11. Febr. Nach dem Urtheil der öffentlichen Meinung ist das jetzige Ministerium hinter dem zurückgeblieben, was es hinsichtlich der Verbesserung der Nothlage Flanderns zugesagt hatte, obgleich der Augenblick zu erfolgreichem Handeln günstiger als je war; denn bei der herrschenden Stimmung würde die Kammer sich nicht allein zur Bewilligung außergewöhnlicher Mittel bereit gezeigt haben, auch das der Nation auferlegte Opfer würde ohne Murren getragen worden seyn. Statt dessen hat man den Winter vorübergehen und die flandrischen Armen aus Mangel jeglicher Art verzehrenden Krankheiten anheimfallen lassen. Endlich hat sich die Privatwohlthätigkeit erhoben. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Frankreich.

Paris, 13. Febr.

Die Adresse ist in der gestrigen Sitzung endlich mit 241 Stimmen angenommen worden. Bei der Abstimmung über das Amendement Sallandrouze war das Stimmenverhältniß 222 gegen 189 gewesen, bei der Schlußabstimmung hatte sich die Opposition entfernt. Die Reformfrage war aus der Adresse beseitigt worden nach einer Erklärung des Hrn. Guizot, welche dahin ging, daß die Regierung sich auf eine solche Neuerung weder jetzt einlassen, noch sie für die Zukunft versprechen könne, denn sie müßte nothwendig zur Auflösung der Kammer führen, und dies würde im gegenwärtigen Augenblick, Angesichts der Ereignisse in Europa, eine Schwäche nach innen, eine Unklugheit nach außen seyn. Vor allem liege der Regierung daran die conservative Partei zusammenzuhalten, damit diese in ihrer Gesammtheit die Frage löse. Wenn eine verständige Regierung große Reformen vorhabe, so kündige sie dieselben nicht zum Voraus an. Hr. Thiers spottete über die Uneinigkeit im conservativen Lager, dem er zurief: „Unsere Ideen drängen, spalten, beherrschen euch. Sie werden euch besiegen und ihr werdet euch ihnen unterwerfen." Hr. v. Remusat ergänzte und erläuterte diesen Satz: die conservative Partei ist über eine Lebensfrage getheilt, sie erklärt sich desorganisirt, das Ministerium bekennt sich rathlos, ohne eigene Meinung, das ist ein Abdanken alles Regierens. Halten wir noch einige Zeit aus, und die Reform wird den Platz behaupten. So endete der neunzehntägige Adreßkampf.

Großbritannien.

London, 12. Febr.

Am 10. Febr. wurde der achte Jahrestag der Vermählung der Königin im Buckinghampalast im Familienkreis gefeiert. Die Antigone mit den Mendelssohn'schen Chören wurde vorgetragen, an welcher Tondichtung Victoria besonderes Gefallen findet.

Gestern nahm das Haus der Gemeinen die Debatte über die Judenbill wieder auf und führte sie zum Schluß. Nur ein einziger Redner von Ansehen ließ sich hören, dieser war aber Sir R. Peel; er unterstützte die ministerielle Maßregel in langer und nachdrücklicher Rede. Peels Vortrag wurde mit rauschendem Beifall aufgenommen. Die Abstimmung entschied in einem zu mehr als ⅔ vollen Haus mit 277 gegen 204 Stimmen, also mit einer Mehrheit von 73, für zweite Lesung der Bill. (Die vorige Abstimmung, am 17. Decbr. v. Js. war 253 gegen 186.) Da die zweite Lesung immer das Hauptstadium eines Gesetzvorschlags ist, so kann hiernach das Schicksal der Emancipation, wenn nicht etwa unerwartete Formfehler vorfallen, im Unterhaus als gesichert betrachtet werden. — Im Oberhaus ward eine untergeordnete Bill über das Eisenbahnwesen, die Audit of railway accounts bill, auf Lord Monteagles Vorschlag zum zweitenmal gelesen.

△△ London, 12. Febr. Die zweite Lesung der Emancipationsbill der Juden ist gestern mit einer Majorität von 73 Stimmen im Hause der Gemeinen durchgegangen, was so viel heißt, daß überhaupt die Emancipation proclamirt ist. Die ziemlich große Majorität läßt es außer Zweifel, daß auch das Oberhaus, wenn auch mit schwerem Herzen, die Emancipation genehmigen wird. — Und schwere Herzen gab es auch bei den gestrigen Debatten, denn es handelte sich hier allerdings nicht nur um die Geltendmachung eines liberalen Prin-

---

vom Erfolge hängt die Rechtfertigung ab. Der Erfolg allein hat Recht in der Welt. Wir umfassen die heilige Sache des Kaisers und vertrauen dem Waffenglücke. Mißlingt es — brechen die Feinde herein, so wird mein Gemahl für die verletzte Neutralität einstehen — mit seinem Leben. Hätte er diese Uniformen nicht gesehen, er wäre nicht an den Adler erinnert worden, der ihn stets mit ehrgeizigen Plänen mit sich fortreißt. Sie betreten unser neutrales Gebiet, und verleiten einen Ehrgeizigen, sich und die Seinigen preiszugeben. Glauben Sie mir, ich fühle einen eben so warmen Patriotismus, aber ich, die Frau, die Mutter, ziehe einen zwischen zwei Pflichten, die mein Gatte in ihrer feinen Trennung nicht unterscheidet."

„Im Kriege," erwiderte der Adjutant, „gelten diese feinen Trennungslinien nicht, meine gnädige Frau. Wir ehren Ihren Zartsinn, aber Ihr Herr Gemahl muß untergeordnete Rücksichten der gerechten Sache opfern. Es ist wahr, wir beschritten ein neutrales Gebiet — wir stehen auf dem Territorium, das noch dem erhabenen Bruder unsers Monarchen gehört. Allein, die französische Armee bedarf dieses Terrains zu ihren Operationen gegen uns, und wir finden keinen Grund, ihr einen Vortheil einzuräumen, den wir eben mit diesem Rechte für unseren Plan benützen können. Wer besitzt, hat Recht auf den Besitz. Herr v. S. . . . steht nun in unsern Pflichten, wir bedürfen seiner und seiner Schützen, und wir vertreten ihn. Er ist uns verantwortlich für Alles, was zwischen dem Straßpasse und der feindlichen Grenze geschieht."

Frau v. S . . . schwieg. Sie überzeugte sich, daß ihre Stimme nichts mehr entscheide oder ändere. Sie mußte ihren Gatten den gefährlichen Weg wandeln lassen, so sehr ihr das Herz blutete.

Der Major bemühte sich, sie zu beruhigen, und versicherte ihrer Familie den kräftigsten Schutz. Sie lehnte dieses Anerbieten mit dem Bemerken ab, daß sie mit ihren Kindern nie von der Seite ihres Gatten weichen werde, und entschlossen sey, mit ihm jedes Ungemach zu theilen. Die Officiere entfernten sich; allein kaum traten sie aus dem Zimmer der Frau v. S . . ., als ihnen Franz und Antoinette mit dem Vater entgegen kamen.

„Meine Herren," sagte er, „ich stelle Ihnen nun in diesem Jünglinge einen treuen Anhänger an die Monarchie und einen rüstigen Vertheidiger vor. Er schwor mir, kühn dem Tode ins Antlitz zu schauen, um durch eine Bravour sich der Hand meiner Antoinette würdig zu machen."

Die Officiere schüttelten mit Innigkeit dem Verlobten der blühenden Antoinette die Hand, und luden ihn ein, mit ihnen einen Ritt auf Recognoscirung zu machen.

Der Major nahm Herrn v. S . . . auf die Seite, und gab den übrigen einen Wink, näher zu treten. „Wir haben noch Einiges zu besprechen," sagte er ganz geheimnißvoll. „Weisen Sie uns ein Appartement an, wo wir ganz ohne Zeugen sind." —

(Fortsetzung folgt.)

tips den orthodoxen Meinungen gegenüber; nicht nur — wie es von Sir Robert Peel mit so großer Beredsamkeit ausgedrückt ward — das lange Unrecht gegen die Juden durch diesen Akt wieder gut zu machen; sondern was die Gegner der Bill hauptsächlich erschreckt, das ist das unaufhaltsame Untergraben altenglischer Institutionen. Denn bei allen hier herrschenden liberalen Einrichtungen übte die Hochkirche doch stets einen moralischen Zwang und bildete gleichsam die geistige Polizei gegen die Bewegung der Masse. Daher kommt es, daß man in keinem Lande der Welt eine solche Bigotterie wie hier wahrnahm. Und aus der Atmosphäre dieser Bigotterie zog die Aristokratie hauptsächlich ihre Nahrung und Kraft. — Werfen wir nun einen Blick zurück, so sehen wir, wie die beiden Elemente altenglischer Institutionen seit der Reformbill eine große Erschütterung erlitten. Die Emancipation der Katholiken versetzte der Hochkirche und die Cornlaws der Aristokratie einen harten Schlag. Man gewöhnte sich indessen daran, die Katholiken als Dissenters aber doch immer als Christen, als Mitglieder eines christlichen Staates zu betrachten. Die Emancipation der Juden hat nun auch den letzten Riegel geöffnet; und mit Sorgen sieht die conservative Partei ihre Grundpfeiler zerstört, und andere Reformen sie bedrohen. Daher kommt es, daß während der Debatten das Haus stets überfüllt war, und dieses Interesse alle andern einstweilen beseitigte. Zum Unglück für die Gegner der Emancipation gab es in ihren eigenen Reihen Spaltungen. Sie wissen, daß seit den Korngesetzen die Hochtorys Sir Robert Peel mit dem Titel eines „Verräthers" begrüßen und statt seiner Lord George Bentink zu ihrem Führer erwählt. Dieser nun ganz und gar den hochkirchlichen und aristocratischen Principien huldigend, hat sich bei einer frühern Gelegenheit für die Emancipation der Juden ausgesprochen. Jetzt nun, wo seine Partei alle Kraft anwandte, dieser entgegenzutreten, wollte er sich nicht widersprechen, und mußte daher einer Maßregel seine Stimme geben, die er vielleicht jetzt nicht mehr billigte. Während auf diese Weise die Conservativen sich ihres wichtigen Führers beraubt sahen, wurden die Whigs durch die mächtige Stimme Robert Peels unterstützt und erhielten so einen glänzenden Sieg. — Ein eigener Zufall ist es daß in der Nacht, die der Debatte voranging, der Erzbischof von Canterbury, der Primas des Reiches mit Tode abging. — Mich soll verlangen, ob die Toryblätter diesem Zufall nicht eine Bedeutung geben werden.

Die HH. Brett auf Hanover-Square haben von der englischen und französischen Regierung ein Patent erhalten auf Errichtung eines electrischen Telegraphs über die Meerenge zwischen Dover und Calais. Zu Land hat man Experimente auf 146 engl. Meilen Entfernung angestellt, und die Mittheilung durch den Telegraphen soll ebenso rasch und sicher erfolgt seyn, wie bei einem Abstand von nur wenigen Fuß. Die Entfernung von Dover bis Calais ist nicht halb so groß; dennoch fehlt es nicht an Leuten, welche die Ausführbarkeit des Projects bezweifeln.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 16. Febr. Bayerische 3½pCt. Obligationen 90 P., — G. Bayerische Bankactien I. Semester 1848 — P., 656 G. Promessen per Stück Agio 74 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 103 P., — G.; 4pCt. 90 P., — G.; 3pCt. 64 P., — G. Bankactien I. Semester 1570 P., — G. Württembergische 3½pCt. Obligationen — P., 89½ G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 55 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½pCt. Obligationen — P., 89 G.

Frankfurt, 15. Febr. Metall. 5pCt. 101½; 4pCt. $87\frac{1}{16}$; 3pCt. 64; Bankactien 1874; Taunus-Eisenbahn-Actien 356; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 55½; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 86½; bayer. Ludwigs-Canal 62.

Wien, 14. Febr. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. $101\frac{1}{16}$; zu 4pCt. in CM. 85¾; zu 3pCt. in CM. 62; Bankactien per Stück 1550; Nordbahn 130¼.

Amsterdam, 12. Febr. 2½pCt. $54\frac{1}{16}$; 3pCt. $65\frac{9}{16}$; 4pCt. 84½; Span. 3½pCt. 83; Handels-Maatschappy 162½; Ard. $15\frac{11}{16}$; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. 96¾.

Paris, 12. Febr. 3pCt. 74 Fr. 15 C.; 5pCt. 116 Fr. 90 C.

London, 12. Febr. Consols 89¼.

Erklärung.

Längst davon unterrichtet, daß mein Name auf gewissen, in Umlauf gebrachten, sogenannten Proscriptionslisten figurire, habe ich geglaubt, in so lange eine durchaus passive Haltung beobachten zu müssen, als mir kein meine amtliche Stellung antastendes Gerücht zu Gehör kommen werde. Nachdem jedoch Letzteres jetzt geschehen ist, sehe ich mich zu folgender Erklärung nothgedrungen:

1) Wenn zunächst behauptet worden ist, daß ich dem Commerce der Studentengesellschaft Alemannia im bayerischen Hofe beigewohnt habe, so ist dieß eine vollkommen richtige, von mir auch nie verhehlte Thatsache, — erklärbar aus Gründen, welche jeder Verständige im Hinblicke auf meine Stellung als Universitätsbeamter leicht zu würdigen im Stande seyn wird.

2) Wenn mir dagegen nach der Versicherung wohlwollender Freunde nachgesagt werden will, daß ich mich der Gräfin von Landsfeld durch wen und zugleich mit wem immer habe vorstellen lassen, oder daß ich mich in die Umgebung derselben gedrängt habe, — angeblich um mich in meiner dienstlichen Stellung zu sichern, — so muß ich diese Nachrede als eine Antastung meiner amtlichen Ehre annit für eine schaamlose Lüge erklären; denn ich habe mich seit meiner Amtsführung wohl vielfältiger Anerkennung von Seite meiner unmittelbaren und höchsten Vorgesetzten zu erfreuen gehabt, nie aber in derselben irgend etwas dienstlich erfahren, was mich hätte in der angedeuteten Weise besorgt machen können.

3) Wenn mir endlich in diesem Augenblicke von zwei ehrenwerthen Männern versichert wird, es werde in der Stadt geflissentlich das Gerücht verbreitet, ich sey aufgenommenes Ehrenmitglied der Studentengesellschaft Alemannia gewesen, so muß ich, abermals von meinem dienstlichen Standpuncte aus, auch diese Angabe um so mehr und um so gewisser für eine böswillige und niederträchtige Verleumdung erklären, als ich, wenn dieselbe begründet wäre, ohnmöglich in der Lage gewesen seyn würde, die mir über die Vorgänge vom 24. bis 31. Januar übertragene amtliche Untersuchung mit gutem Gewissen zu übernehmen und im Sinne der mir ertheilten Instructionen zu führen.

Ob und wie ich diesen dienstlichen Instructionen nachgekommen sey, darüber ein Urtheil zu fällen, ist nicht meine und nicht des Publicums Sache. Aber wie ich jeder deßfallsigen amtlichen Entscheidung ruhig entgegen sehen darf, so kann ich in dem Augenblicke, wo ich mich zu dieser öffentlichen Erklärung in Wahrung meiner angetasteten dienstlichen Ehre gedrungen sehe, getrost der Ehrenhaftigkeit aller der von mir im Verlaufe der fraglichen Untersuchung verhörten akademischen Bürger vertrauen, daß sie ohne Hehl und Scheu vor wem immer in Bezug auf meine dienstliche Begegnung mit ihnen zu erkennen geben werden, was das Gefühl für Wahrheit und Recht ihnen zur Pflicht machen wird.

München, den 17. Februar 1848.

Dr. Richter,
königl. I. Universitäts-Secretär.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Freitag den 18. Februar: „Der Maler," Drama in 3 Aufzügen von Hell.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. Graf Waldendorf von Regensburg; Houzeer, Particulier v. Valenciennes.

Hôtel Maulik. HH. Baron v. Butler, Gutsbesitzer von Dresden; Hijitsch, Privatier v. Berlin; Wiedemann, Kaufmann v. Hanau.

Gold. Hahn. HH. Graf v. Treuberg, Gutsbesitzer von Klosterholzen; Röder, Gutsbesitzer v. Stuttgart; Baron von Beck, Gutsbesitzer von Autenried; Breiting, Particulier von Wien.

Gold. Kreuz. HH. Frhr. v. Berg v. Stuttgart; Neeser, Privatier v. Augsburg.

Stachusgarten. HH. Stübner, Juwelier von Nürnberg; Hahn, Wappenmaler v. Augsburg.

Bekanntmachung.

2282. (3a) Auf Antrag der Erben wird das zum Rücklasse des Privatiers G. Heberr gehörige Haus Nro. 12 an der Theaterstraße dem öffentlichen Verkaufe unterstellt.

Dasselbe ist einschlüssig des Erdgeschosses 4 Stockwerke hoch, mit 2200 fl. Ewiggeld-Kapital und 300 fl. Hypotheken belastet, und gerichtlich auf 5500 fl. geschätzt.

Steigerungstagsfahrt findet

Mittwoch den 1. März l. Js. Vormittags 10 — 12 Uhr

im Commissionszimmer Nro. 22/1 statt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß der Zuschlag nach erfolgter Genehmigung des Meistgebotes durch die Erben stattfindet.

Den 14. Febr. 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Sengel.

Bekanntmachung.

2281. (2b) Behufs der Befriedigung eines Hypothekgläubigers wird das an der Adalbertstraße dahier gelegene Anwesen Nro. 10, bestehend aus einem mit dem Erdgeschosse zwei Stockwerke hohen Wohngebäude mit Kellern und Dachwohnungen, aus einem einstöckigen Hintergebäude, gleichfalls mit Dachwohnungen, aus einer gemauerten Holzhütte und aus einem Hofraume mit Pumpbrunnen, gerichtlich gewerthet auf 4500 fl., mit 2700 fl. Ewiggeld und 1116 fl. Hypotheken belastet, zum ersten Male der öffentlichen Versteigerung nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 — 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 unterstellt.

Versteigerungs-Tagsfahrt ist auf

Montag den 17. April 1848 Vormittags von 10 — 12 Uhr

dahier im Geschäftszimmer Nro. 36 des königl. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Baron v. Schleich anberaumt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß dem Gerichte Unbekannte sich über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben.

Am 10. Februar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der königl. Director:
Barth.

v. Lengrießer.

Bekanntmachung.

2277. (2b) Auf Requisition des k. Kreis- und Stadtgerichts München werden in der Verlassenschaft der Korbula Gänsler, k. Secretärswittwe von Garmisch, nächst Partenkirchen, folgende Realitäten, als:

1) das in der hiesigen so reizenden Gegend hübsch gelegene, für eine kleine Familie während der Sommermonate zum Aufenthalt dahier sehr passende niedliche Wohnhäuschen sammt dem dabei befindlichen Garten per 28 Dez. Plaro. 390 und 390½,
2) der Krautgarten per 5 Dez. Plaro. 444,
3) der Gaßacker per 1 Tagw. 39 Dez. Plaro. 2228

am 2. März früh 9 bis 12 Uhr

dem öffentlichen Verkaufe in der hiesigen Gerichtskanzlei untergestellt, mit dem Bemerken, daß die Genehmigung des gelegten Meistgebotes sofort der Zuschlag den Erben vorbehalten bleibt.

Zahlungsfähige Kaufslustige werden hiezu eingeladen.

Garmisch den 5. Februar 1848.

Königliches Landgericht Werdenfels.
Aloll.

2276. (2b) In der Müllerstraße ist ein dreistöckiges Haus, welches in jedem Stock 4 Zimmer, Magdkammer, Speiß, Holzlege, dann Keller-, Speicher-Antheile und Waschhaus enthält, ohne Unterhändler zu verkaufen. Zu erfragen bei von Vollmar, geheimer Registrator, in der Müllerstraße Nro. 34 über 1 Stiege Nachmittags von 2 bis 5 Uhr anzutreffen.

Für die durch Brandunglück in Kemnath Heimgesuchten sind an Beiträgen eingegangen:

	Uebertrag .	62 fl. 24 kr.
Den 17. Febr. von W. F. W.	. . . . .	— fl. 30 kr.
	Summe .	62 fl. 54 kr.

Um weitere mildthätige Beiträge wird dringend gebeten.

Expedition der Münchener politischen Zeitung, Knödelgasse Nr. 2.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 43.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir [illegible] Nr. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr., halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend | XLIX. Jahrgang. | 19. Februar 1848.

Deutschland.

Bayern.

*München, 17. Febr. Die Studirenden der Münchener Hochschule versammeln sich jetzt täglich um 11 Uhr in der Universitäts-Aula, wo sie in öffentlichen Sitzungen sich über gemeinnützige Zwecke, hauptsächlich ein freundschaftliches, akademisches Zusammenleben sich berathen. Es wäre auch Zeit, daß jener Kastengeist, jener Egoismus, der den Einzelnen bisher von der Gesammtheit trennte, gänzlich verschwände und sich ein innigeres Band um alle die aufstrebenden Gemüther schlänge, die an unserer Hochschule den Studien obliegen. — Diese Versammlungen erfreuen sich auch des Besuches Sr. Magnifizenz, des derzeitigen Rectors, Hofrath Thiersch, welcher die Studirenden mit Rath und That bei ihren Reformen unterstützt und bewacht. Nachdem er heute in einer längern Rede die liebevollen, wahrhaft väterlichen Gesinnungen an den Tag gelegt, die sein Herz für die Studirenden stets hegte und hegen wird (und es war kein bloßer Wortschwall, sondern aus der tiefsten Seele kommend), brachen alle Zuhörer begeistert in den Ruf aus: „Es lebe Vater Thiersch!" Tiefgerührt dankte der edle Greis. — Heute ging auch eine Deputation von Studirenden an Se. Excellenz den Fürsten von Oettingen-Wallerstein ab, welche ihn um seine Verwendung für eine zu gründende akademische Liedertafel bitten sollten. Sie schieden mit den besten Hoffnungen.

=Vom Mittellech, 14. Febr. Als bei der letzten Ständeversammlung in der Kammer der Reichsräthe die Verbesserung des Gewerbwesens zur Sprache kam, beklagte, als störend in die Industrie eingreifend, Hr. Reichsrath von Niethammer die vielen Tage, an denen nichts gearbeitet werde, nämlich die sogenannten abgeschafften Feiertage und die vielen Kirchweihtage, und bemerkte dabei, daß der Staat durch Mitwirkung der Kirche diesem Mißbrauch kräftig und heilsam entgegenwirken könne. Dieß veranlaßte den Hrn. Bischof v. Richarz zu der Erklärung, daß gerade die Bischöfe die ersten gewesen, welche auf eine Verminderung der Kirchweihtage die Aufmerksamkeit gelenkt hätten. Die Feier der abgeschafften Feiertage sey ein Mißbrauch, gegen den die Pfarrer kräftig wirkten ꝛc. (Allgemeine Zeitung vom 23. Jan. d. Js. Beilage Seite 362). Daß durch diese Verhältnisse in Verbindung mit den Sonn- und gebotenen Feiertagen der Industrie und Landwirthschaft ein großer Theil der Zeit, in manchen Gegenden der dritte Theil des Jahres entzogen wird, ist eine Thatsache, welche schon unzählige Beschwerden hervorgerufen hat, die sich in den Versammlungen der Stände, der Landräthe, des landwirthschaftlichen Vereins, in den Berichten der Districtsvorstände dieses Vereins und Generalcomité endlich in vielen öffentlichen Blättern und Broschüren aufs kräftigste aussprachen. Als eine kurze und bündige Zusammenfassung dessen, was hierüber vom religiös-sittlichen sowohl als ökonomischen Standpunct aus gesagt werden kann und bereits gesagt worden ist, können wir die Artikel „über katholische Feiertage" erklären, welche im Jahre 1844 das kirchliche Blatt „der Wahrheitsfreund" in den Nummern 6 bis 20 gebracht hat, von welchen der letzte, „über die Kirchweihen in Bayern" besonders abgedruckt erschien (Augsburg bei Kreuzer und Comp. 56 Seiten). Ueber die abgeschafften Feiertage ist nichts mehr zu sagen, da Staat und Kirche das Ihrige gethan haben, um sie in Arbeitstage umzuwandeln, und der Erfolg der Bemühungen der Geistlichkeit in dieser Hinsicht, wie Hr. Bischof v. Richarz richtig bemerkt, von den Fortschritten der Bildung und von der Zeit überhaupt abzuwarten ist. Ganz anders verhält es sich mit den sogenannten Kirchweihen, deren Verderblichkeit wiederholt besprechen zu wollen, nichts anderes hieße, als Eulen nach Athen, Frösche nach Abdera, oder, um es mit einem deutschen Sprüchworte zu sagen, Wasser in den Bach tragen. Hier bleibt dem Staat und der Kirche die große Aufgabe noch zu lösen, wozu jedoch von Seite des erstern blos etliche Zeilen erfordert werden, etwa: „**Die königl. Verordnung vom 23. Oct. 1806 Nr. 6, welche alle Kirchweihen auf den 3. Sonntag im October verlegt, tritt wieder in volle Kraft.**" Diesen wenigen Worten, wenn sie officiell ausgesprochen würden, könnte der allgemeine Beifall des Landes ebensowenig entgehen, als es im Jahre 1806 der Fall war, und die dieselbe wieder aufhebende allerhöchste Verordnung vom 23. Sept. 1813 mit tiefer Betrübniß von allen Freunden des wahren Volkswohles aufgenommen wurde. Wenn die Wiedergestattung des Kirchweihfestes an den verschiedenen Sonntagen des Jahres aus des allerhöchstseligen Königs eigenem Entschlusse hervorging, so hatte er zuverlässig nur der allbekannten landesväterlichen Liebe Allerhöchstdesselben zum bayerischen Volke seinen Ursprung zu verdanken und der festen Ueberzeugung, daß dadurch den Unterthanen, die in den langen und harten Kriegszeiten viel zu leiden hatten, eine Wohlthat erwiesen werde. Hat aber zur Wiedereinführung der Kirchweihen irgend Jemand den Rath gegeben, mag die Absicht was immer für eine gewesen seyn, so können wir alles, was hierüber zu sagen ist, mit den Worten der heiligen Schrift (II. Buch der Könige, XVII. Hauptstück 6. und 7. Vers) ausdrücken. „Als nun Chusai zu Absalom kam, sprach Absalom zu ihm: Solche Rede hat Achitophel gesprochen! Sollen wir's thun oder nicht? Was gibst du für einen Rath? Und Chusai sprach zu Absalom: **Der Rath ist nicht gut**, den Achitophel dießmal gegeben." Wenn wir die nun seit mehr als 34 Jahren in Kraft stehende allerhöchste Verordnung vom 23. Sept. 1813 in Folge vielfältiger und reiflich geprüfter Erfahrungen als ein Unglück für Bayern bezeichnen müssen, so vermögen wir durchaus nicht zu begreifen, welche Gründe den ehemaligen Minister Hrn. v. Abel bestimmen konnten, die verschiedenen und wiederholt ausgesprochenen Wünsche und Bitten des bessern Theils des bayerischen Volkes um Wiedervereinigung der Kirchweihen auf den dritten Sonntag im October hartnäckig zurückzuweisen. Desto gewisser hoffen wir in der nächsten Zukunft das Bessere in dieser Angelegenheit. Sollten aber unübersteigliche Hindernisse die Aufhebung der allerhöchsten Verordnung vom 23. Sept. 1813, also die Festsetzung sämmtlicher Kirchweihfeste auf den dritten Sonntag im October von Seite der Staatsregierung unmöglich machen, so tritt nach unserer Ueberzeugung für die bayerischen Bischöfe der Fall ein, von ihrer Befugniß und Pflicht Gebrauch zu machen, nämlich von Seite der Kirche jede Mitwirkung zu den volksverderblichen Bacchanalien dadurch zu versagen, daß sie die **kirchliche** Feier der Kirchweihen auf **einen** Tag festsetzen, was zuverlässig die bürgerliche Feier derselben ebenfalls auf diesen einen Tag nach sich ziehen müßte. Geschähe indeß letzteres nicht oder nicht überall, so wäre die Kirche doch wenigstens von der Demüthigung befreit für ein an diesen Tagen höchst unkirchliches und unchristliches Treiben die Unterlage hergeben zu müssen.

(Fortsetzung folgt.)

Die „Neue Speyerer Zeitung" vom 15. Febr. schreibt: Aus vollkommen glaubwürdiger Quelle kommt uns die überraschende Nachricht zu, daß der Versuch gemacht worden ist, mittelbar oder unmittelbar zur Verletzung des Briefgeheimnisses zu verleiten, um auf diese Weise zu entdecken, welche katholische Geistliche mit der Redaction der Speyerer Zeitung in Correspondenz ste-

---

Die Allerheiligen-Nacht im Jahre 1805.

(Eine Novelle aus A. Büssel's ungedrucktem Nachlasse.)

(Fortsetzung.)

Hand in Hand gingen die Liebenden auf die kummervolle Mutter zu, die ihnen mit offenen Armen entgegen kam, und sie Beide voll Schmerzgefühl an ihren Busen drückte.

„Ich sah Euch Beide aufwachsen und blühen. Ihr waret meine Freude, mein Stolz und meine Hoffnung. Ihr seyd es noch — mein Stolz wenigstens solltet ihr ewig bleiben, wenn auch Freude und Hoffnung schwinden. Ihr wisset, ich bin mit dem Vater gespannt, ja sogar entzweit. Ihn zogen Ehrgeiz und Nationalhaß rastlos fort und fort über alle diese Grenzen einer anspruchlosen Wirklichkeit. Er begnügt sich nicht mehr, als Beamter den genau umschriebenen Kreis seines Wirkens auszufüllen. Den Degen angeschnallt und den Federhut auf dem Haupte, faßt er wie ein feuriger Jüngling das rauhe Kriegeshandwerk gierig an, und sucht verwegen die Gefahr auf. Er sucht sie — ach, eben das ist es, was mich mit Schauer erfüllt. — Kinder, diese Zeit will kein stilles Glück. Jede Morgenröthe ist das blutige Signal der Zerstörung — und jedes Abendroth bedeutet einen Gluthbrand, der alle Hoffnungen der Nacht überliefert. Euer Vater ladet den Fluch vieler Hunderte auf sich. Er forderte sie zum Kampfe auf und weiht sein eigenes Haupt dem Tode. Ich sehe das Unabwendbare kommen. Ihr blickt so heiter, als ging es zum Traualtare. — Noch ein Jahr und etwa einige Monate, und ihr umschlingt als glückliche Bräute Hand um Hand. Vor unsern träumerischen Blicken der blumengeschmückte Altar — hart hinter uns die auflodernden Flammen, die prasselnd vom Niedergang der Sonne her auf die Wohnungen des Friedens stürmen."

Die Mutter war in ihrem Innersten ganz aufgeregt. Sonst mild und sanft, jedes unangenehme Ereigniß mit hoher Ruhe tragend, blickte sie ernst und finster in die Abendröthe.

Franz und Antoinette konnten sich diesen ungewöhnlichen Zustand gar nicht erklären. Genovefa und Marie zitterten beim Anblick ihrer Mutter, und schmiegten sich immer enger an sie.

„Mama," nahm Antoinette das Wort, „Sie sind heute sehr angegriffen. Sie leiden, Sie sehen das Fürchterlichste nahen, und bangen zu sehr für eine arge Zukunft. Ich bin ganz ruhig und auf Alles gefaßt. Der Vater hat sich entschieden. Er kämpfte mit sich selbst einen schwierigen Kampf. Er hat sein Wort, seine Ehre verpfändet. Sie wissen, daß ihn Nichts zu halten vermag, wenn es die Sache des Kaisers gilt. Er verletzte eine Pflicht, um einer höheren sich zu weihen. — Der wahrhaft große Patriot, sagt Franz, ordnet dem großen Interesse das seinige unter." —

„Das, mein Franz," unterbrach sie die Mutter, „sind die Grundsätze, die Du auf der Universität geholt, das sind die Ansichten desjenigen, dem die Hand meiner Tochter verspro-

hen, oder an wen diese oder jene Geistliche Briefe gewöhnlich absenden, oder von wem sie solche empfangen!

Sächsische Herzogthümer.

Aus Sachsen-Coburg-Gotha vom Febr. Bei dem außerordentlichen Landtage in Coburg ist für den Bau der Eisenbahn nach Lichtenfels und in die Werragegend ein Enteignungsgesetz berathen und angenommen worden, das formell und materiell ein gelungenes Werk seyn soll. Außer diesem Gesetz kam das Verhältniß des Herzogthums Coburg zu dem Herzogthum Gotha zur Sprache. Verheißen wurden für den nächsten Landtag Gesetzesentwürfe über die Einführung einer Einkommensteuer und der Friedensgerichte. Bei dieser Gelegenheit sprach der Landschaftsdirector offen sein Bedauern darüber aus, daß der Herzog und seine Minister rücksichtslos gegen den Coburger Landtag verfahren. Wenn die Stände versammelt seyen, müsse man wünschen, daß der Fürst das Land nicht verlasse (der Herzog ist derzeit in England), und daß das gesammte Ministerium sich in Coburg anwesend befinde, damit den Vertretern des Landes nicht der Weg erschwert werde, um zur Erhaltung ihrer Wünsche zu gelangen. (Dorfz.)

Preußen.

Berlin, 10. Febr. Der „Weserzeitung" wird geschrieben: Es sind Nachrichten aus Böhmen hiehergelangt, welche eine sehr compacte und bedenkliche Schilderhebung auch dort in nahe Aussicht stellen, indem, wie berichtet wird, die sehr mächtige slavische Partei sich zu gemeinsamen Bestrebungen mit derjenigen Partei vereinigt hat, welche eine Erneuerung der alten verbrieften Rechte des Landes zu erstreben sich zum Ziele gesetzt hat. In einer Versammlung, welche jüngst von den Führern dieser beiden Fractionen gehalten worden ist, sollen die in nächster Zeit zu ergreifenden Maßregeln genauer verabredet worden seyn, und man hofft gegenwärtig für die Bitten, welche im vergangenen Jahre bekanntlich in Wien keine besonders günstige Aufnahme fanden, um so mehr ein günstiges Resultat zu erreichen, als man weiß, daß nicht nur hochgestellte österreichische Staatsmänner dieselben unterstützen, sondern daß auch ein Theil der österreichischen Kaiserfamilie und namentlich auch der präsumtive Thronerbe sich entschieden josephinischen Ansichten zuneige, und als überdem diese beabsichtigte Schilderhebung von Männern geleitet wird, die sowohl staatsmännische Klugheit, als auch ein großes Ansehen im Volke besitzen.

Berlin, 14. Febr. Um den antideutschen französisch-russischen Bestrebungen in Kopenhagen das Gegengewicht zu halten, wurde, wie erzählt wird, von einer deutschen Großmacht auf dem Bundestage der Antrag in Anregung gebracht, daß der Bundestag als solcher einen Abgeordneten nach Kopenhagen absenden möchte, welcher in dieser entscheidenden Krisis die Rechte der Herzogthümer energisch zu wahren und den Gesandtschaftswirksamkeiten der einzelnen deutschen Staaten beizustehen haben sollte. — Man spricht jetzt hier wieder von einem neuen Unwohlseyn des Czaren, welches dießmal für um so bedenklicher gehalten wird, als die Krankheit durch eine ungewöhnliche Verstimmung wegen der jetzigen Lage Europas entstanden seyn soll. Mit dieser Nachricht scheint auch die Thatsache im Zusammenhang zu stehen, daß Paskewitsch plötzlich nach Petersburg berufen wurde, um von ihm einen Beirath über eventuelle Truppenbewegungen nach dem Westen hin entgegenzunehmen. (C. v. u. f. D.)

Potsdam, 7. Febr. Gestern Abends 6 Uhr trat der Prediger Ahrnsdorf seine vierwöchentliche Haft im hiesigen Stadtgefängnisse an, wozu er wegen einer am 27. Juli 1845 zu Berlin gehaltenen Predigt außerordentlich verurtheilt worden ist. Die Gemeinde entbehrt somit auf eine lange Zeit ihres Geistlichen, doch hat sie sich entschlossen, keinen andern Geistlichen in Anspruch zu nehmen, sondern sonntäglich zu einer Erbauungsstunde sich zu versammeln, in welcher ein Laie Gebet und einen religiösen Vortrag halten wird. (B. Z.)

Breslau, 9. Febr. Die „Schlesische Zeitung" bringt erschütternde Schilderungen von einem Augenzeugen, welche beweisen, daß auch die traurigsten Berichte über die Noth in Oberschlesien nicht übertrieben sind. Es heißt darin: Wir klopfen an eine Hütte — Niemand öffnet — wir bitten, flehen — da geht die Thüre auf — und eine Frau, buchstäblich auf Händen und Füßen, kriecht, nachdem sie geöffnet, in ihr Lager zurück. Der Mann todt — die Mutter mit vier Kindern sehen dem Tode durch Hunger und Typhus entgegen. Ebendaselbst sprengen wir in einer andern Hütte die Thür auf, und neun Wittwen wohnen bei einander und erwarten den Tod. Ein Anderes: Eine Mutter liegt auf Stroh, rechts und links von ihr, an das Herz gedrückt, ein Kind. Seit 9 Tagen krank, ohne Wasser, Holz und Brod — Niemand wagte, ihnen auch nur ein Tröpfchen Wasser zu bringen; — denn der Schulze hat es unter Strafe von Prügeln und Gefängniß verboten. Eine schwarze Tafel scheucht Alles fort; ich habe die Wegnahme der Tafeln beantragt, denn die Leute gehen sonst alle zu Grunde. — Eine kranke Frau hat ihren todten Mann seit vielen Tagen an der Seite, denn im Typhus merkt sie dies nicht, und Niemand mag zu ihr kommen. — Ebenso eine todte Mutter, noch ein lebendes Kind saugend an der Brust.

Breslau, 13. Febr. Gräßliche Verschwörung! Zum 15. dieses Monats hat sie losbrechen und allen königl., namentlich Polizei-, Beamten das Leben kosten sollen! Ob die unschuldigen Kinder, Weiber und Greise davon gekommen seyn würden, wenn die Polizei das Complott nicht bei Zeiten entdeckt hätte, weiß ich nicht, aber so viel kann ich Ihnen als sicher mittheilen, daß sich einige Polizeibeamte alle erdenkliche Mühe gegeben haben, obiges Gerücht in der Stadt zu verbreiten und dasselbe mit den grellsten Farben (z. B. die Polizeibeamten hätten mit eisernen Halsbändern versehen werden sollen) auszumalen. Es ist ihnen auch in so weit gelungen, als man seit gestern überall von nichts, als von den vorgefallenen Haussuchungen, die außer einigen weggenommenen verbotenen Büchern nicht das geringste Ergebniß gehabt haben, und Verhaftungen spricht. Die Entrüstung der Bürgerschaft über das von den Polizeibeamten beobachtete Verfahren ist allgemein; denn nicht genug, daß sie ohne allen und jeden schriftlichen Befehl in die Wohnungen von Bürgern und Arbeitern eindrangen, Haussuchungen (sogar in Abwesenheit der Besitzer) bis in die entlegensten Winkel vornahmen, während derselben aber einzelne Familienglieder wie Verbrecher durch Gendarmen bewachen ließen und sogar Frauen untersuchen wollten, ob sie nichts Verbotenes oder Verfängliches versteckt bei sich trügen, haben sie auch Tags darauf, also gestern, viele Bürger verhaftet und ihnen auf deren Frage nach einem schriftlichen Verhaftbefehl ironisch geantwortet: sie sollten nur nicht lange Umstände machen, sonst würde kurzer Proceß gemacht werden. Einige der Betheiligten haben sich bereits an den Magistrat und die Stadtverordneten gewandt, um diese unter Darlegung des Sachverhältnisses zu den geeigneten Schritten bei den königl. Behörden zu veranlassen. Außerdem circulirt bereits eine Adresse, in welcher sehr energisch auf dieses polizeiliche Verfahren hingewiesen und besonders der üble Eindruck hervorgehoben wird, den es zu einer Zeit machen müsse, in welcher ein großer Theil der Provinz dem Elende fast erliege. Der Magistrat wird darin aufgefordert, die Gerechtsame der Bürgerschaft und Schutzverwandten wahrzunehmen, da die vorgenommenen Haussuchungen bei völlig unbescholtenen Personen Sitte und Gesetz verletzt hätten. Zugleich hat sich noch eine Deputation von Bürgern zum Oberbürgermeister begeben, um demselben ihre Besorgniß vor dergleichen Maßregeln auszudrücken und das Schicksal der in Untersuchung Befindlichen und theilweise Verhafteten ans Herz zu legen. Zuvörderst dürfte wohl eine Untersuchung gegen diejenigen Polizeibeamten beantragt werden, welche durch leichtsinnige Verbreitung des obigen Gerüchts eine große Aufregung in der Stadt veranlaßt haben. Allerdings hängt die Einleitung einer Untersuchung von der Erlaubniß des Oberpräsidenten ab. Im Interesse des Publicums und der öffentlichen Meinung ist sie zu wünschen.

(C. v. u. f. D.)

Die „Barmer Zeitung" erzählt, daß die Armaturfabrik von W. Jäger am Neuenteich, obgleich hauptsächlich für das vaterländische Heer beschäftigt, gegenwärtig die Anfertigung von 26,000 Armaturen für die Guardia civica Roms besorgt.

Aus dem Großherzogthum Posen, 4. Febr., wird der „Schlesischen Zeitung" geschrieben: Am Todestage des Babinski wurden in einer der Kirchen Posens Todtenmessen gelesen, die eine außerordentliche Menge, namentlich viele vornehme polnische Damen, in die Kirche gelockt hatten. Allerdings hatte man durchaus keine Arrangements gemacht, welche darauf hindeuteten, daß diese Todtenmessen für den erschossenen polnischen Emissär seyn sollten, so wie man auch dies Mal natürlich nicht gesagt hatte, daß die Messe überhaupt für denselben sey; dennoch aber schien jeder der Anwesenden bestimmt überzeugt, für wen und zu welchem Zwecke die kirchlichen Feierlichkeit am 1. Febr., dem Hinrichtungstage Babinskis, gehalten wurde.

Schleswig-Holstein.

Schleswig, 7. Febr. Mit den Dänisirungsmaßregeln schreitet der jetzige König rascher noch als sein Vater vor. Er hat in der emanirten Schulordnung der Gelehrtenschulen in den Herzogthümern vom 28. Jan. die Verfügung getroffen, daß vom 1. April d. Js. an die Haderslebener Gelehrtenschule aus einer deutschen in eine dänische Bildungsanstalt umgewandelt werden solle. (Wes. Z.)

Freie Städte.

Frankfurt, 15. Febr. In der Sitzung der gesetzgebenden Versammlung vom 12. stellt Dr. jur. Reinganum den Antrag: „hohem Senate sey der Wunsch der Versammlung wegen einer Gesetzesvorlage zu äußern, wodurch die Beschränkungen beseitigt würden, welche die Ausübung der sogenannten gelehrten Berufe, namentlich des Arztes und Sachwalters an die vorgängige Bedingung des Frankfurter Stadtbürgerrechts knüpfen, vermöge deren sohin die Bewohner der zum Frankfurter Staatsgebiet gehörenden Orte, sowie auch die sogenannten Beisassen von der Ausübung dieser Berufe in der Stadt bisher ausgeschlossen wurden. Der Antrag

---

chen ist? Du durchbohrst die Brust Deiner Braut, weil ein Kriegsvortheil zu gewinnen ist, und bereitest Deiner künftigen Schwiegermutter endlosen Jammer, um Dich einer Bravour rühmen zu können? — — Kette Dich an meinen Mann, der tollkühn in die feindlichen Bayonette stürzt, um einst in den Jahrbüchern ein Held genannt zu werden! Stelle Dich auf die Schanzen hin und rufe laut: Nach dieser Brust zielet! Sie schlägt nicht mehr für das Schöne — sie pocht ungeduldig für den Heldentod."

„Mutter," rief Franz aus, und schlang feurig seinen Arm um Antoinette, „ich sterbe für diese, die ich fest an mein Herz drücke. Alle Jünglinge Tyrols stehen schlagfertig, und ich, der die Vaterlandsliebe und die Großthaten im höheren und reineren Lichte zu erkennen vermag, sollte lässig hinter den Mauern verweilen, und Andere das Bollwerk deutscher Freiheit vertheidigen lassen, die tiefer an Bildung und Kenntniß stehen? — Antoinette forderte mich selbst auf, mir einen Ehrenpreis zu erwerben. Unsere Väter beseelt Eine Gesinnung, und der Sohn sollte säumen, durch eine Kriegesthat sich den Weg zum Ruhme und zu einer Ehrenstelle zu bahnen? Ich und Antoinette schworen uns ewige Treue. Haß den blauen Röcken und Ruhm der Fahne Oesterreichs!"

„O Du unseliger Schwärmer," rief die Mutter, faßte die beiden jüngeren Töchter bei den Händen, und eilte in das anstoßende Gemach. Die Liebenden standen allein und ihre Blicke fragten sich, ob es Traum oder Wirklichkeit sey? — (Fortsetzung folgt.)

Mannigfaltiges.

(Curiosa.) Der Name des berühmten Gelehrten „Justus Lipsius" wurde einmal „der gerechte Leipziger" übersetzt. Der französische „Moniteur" übersetzte einst den Titel des bekannten Schauspiels: „die deutsche Hausfrau", durch: „la maîtresse de la maison allemande." Dieß ist übrigens nur ein Seitenstück zur deutschen Uebersetzung von dem französischen Lustspiel: „la femme juge et partie", durch: „die Frau Richterin ist verreist."

Am 4. Febr. wurde ein Soldat von der Coldstream-Garde im St. James-Park, in einem der besuchtesten Theile Londons, so zu sagen mitten unter den Spaziergängern von seiner Geliebten erschossen. Dieses junge Mädchen, Annette Mayers, ist aus Frankreich gebürtig, und hatte seit längerer Zeit mit dem jungen sehr schönen Manne in einem vertrauten Verhältnisse gestanden, als sie, wie die Kameraden des Gemordeten erzählen, vor ein paar Tagen erfuhr, daß ihr Geliebter, der für unverheiratet galt, bereits eine Frau habe. Sie ging gestern neben ihrem Treulosen, zog eine große Reiterpistole hervor, setzte sie ihm von hinten dicht auf den Nacken und erschoß ihn auf der Stelle. Sie war in solcher Wuth, daß sie die Pistole auf den zu ihren Füßen Niedergestürzten mit Heftigkeit warf. Sie ward sogleich verhaftet. Sie ist anständig gekleidet, von mittlerer Größe und hübschem Gesichte.

von Dr. med. Mappes unterstützt, wurde genehmigt. — Durch einen andern in der nämlichen Sitzung gefaßten Beschluß, ist das im Jahre 1846 erlassene Gesetz, betreffend diejenigen Judenehen, wobei der eine Theil der Stadt fremd ist, in der Art dem diesfallsigen Antrage gemäß erweitert worden, daß diese hohe Staatsbehörde ermächtigt wurde, die Bestimmungen desselben auch auf die Israelitinnen auszudehnen. (Schw. Mkr.)

Oesterreich.

Wien. Vertrag zwischen Sr. kk. apostolischen Maj. und Sr. königl. Hoh. dem Hrn. Erzherzog Herzog von Modena zu gegenseitiger Aufrechthaltung des innern und äußern Friedens und der gesetzlichen Ordnung in Ihren Staaten. „Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich und Se. königl. Hoh. der Erzherzog Herzog von Modena, von dem gemeinsamen Wunsche beseelt die zwischen Ihnen bestehenden Freundschafts- und Familienbande noch fester zu knüpfen, und durch Ihre vereinten Anstrengungen für die Aufrechthaltung des innern und äußern Friedens und der gesetzlichen Ordnung Ihrer Staaten zu sorgen, sind übereingekommen in dieser Beziehung einen eigenen Vertrag abzuschließen. Zu diesem Ende haben Sie zu Ihren Bevollmächtigten ernannt: Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich Se. Durchl. Clemens Wenzel Lothar Fürsten von Metternich-Winneburg, Herzog von Portella, Grafen von Königswart, Grand von Spanien erster Classe, Ritter des goldenen Vließes, Großkreuz des königl. ungarischen St. Stephansordens und des goldenen Civilverdienstzeichens 2c, Sr. kk. apostolischen Majestät wirklichen Kämmerer, geheimen Rath, Staats- und Conferenzminister, dann Haus-, Hof- und Staatskanzler; und Se. königl. Hoh. der Erzherzog Herzog von Modena den Grafen Theodor v. Bolo, Ihren Kammerherrn, welche nach Auswechselung ihrer richtig befundenen Vollmachten über folgende Artikel übereingekommen sind: Art. 1. In allen Fällen wo die italienischen Staaten Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich und Sr. kais. Hoh. des Herzogs von Modena einem Angriff von außen ausgesetzt wären, verpflichten sich die hohen contrahirenden Theile sich gegenseitig mit allen Ihnen zu Gebote stehenden Mitteln Hülfe und Beistand zu leisten, sobald hiezu die Aufforderung des einen Theils an den andern erfolgt. Art. 2. Da sonach die Staaten Sr. königl. Hoh. des Herzogs von Modena in die Vertheidigungslinie der italienischen Provinzen Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich eintreten, so räumt Se. königl. Hoh. der Herzog von Modena Sr. Maj. dem Kaiser das Recht ein, die kaiserl. Truppen auf modenesisches Gebiet einrücken und die dortigen festen Plätze besetzen zu lassen, so oft es das Interesse der gemeinschaftlichen Vertheidigung oder die militärische Vorsicht erheischt. Art. 3. Sollten in dem Innern der Staaten Sr. königl. Hoh. des Herzogs von Modena Verhältnisse eintreten, welche geeignet wären, die Besorgniß zu begründen, daß die gesetzliche Ruhe und Ordnung gestört werden könnte, oder sollten derlei unruhige Bewegungen sich bis zu einem wirklichen Aufstande steigern, zu dessen Unterdrückung die der Regierung zu Gebote stehenden Mittel nicht hinreichend wären, so verpflichtet sich Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich alsbald nach erhaltener Aufforderung alle zur Aufrechthaltung oder Wiederherstellung der Ruhe und gesetzlichen Ordnung erforderliche militärische Hülfe zu leisten. Art. 4. Se. königl. Hoh. der Herzog von Modena verpflichtet sich ohne die vorherige Zustimmung Sr. kk. apostolischen Majestät keine wie immer geartete militärische Uebereinkunft mit einer andern Macht abzuschließen. Art. 5. Durch eine besondere Uebereinkunft wird unverzüglich alles geregelt werden, was sich auf die Unterhaltskosten der Truppen des einen Theils, sobald sie auf dem Gebiete des andern Theils operiren, bezieht. Art. 6. Der gegenwärtige Vertrag soll ratificirt, und die Ratificationen sollen innerhalb vierzehn Tagen oder früher, wenn es seyn kann, ausgewechselt werden. Urkund dessen haben wir Bevollmächtigte Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich und Sr. königl. Hoh. des Erzherzogs Herzogs von Modena gegenwärtige Convention unterzeichnet und unsere Wappeninsiegel beigedruckt. So geschehen Wien den 24. Dec. 1847. Fürst v. Metternich mp. (L.S.) Graf Theodor v. Bolo mp. (L.S.) Ein gleich lautender Vertrag ist zwischen Sr. kk. Maj. und Sr. königl. Hoh. dem Infanten Herzog von Parma abgeschlossen worden.

Grätz, im Febr. Die Bauernunruhen im Gebirge sind gestillt, nicht ohne daß Blut geflossen wäre, und zwar auf beiden Seiten. Der Verlust des Militärs an Todten und Verwundeten beträgt 8 Mann, größer soll die Zahl derselben auf Seite der Tumultuanten seyn; doch läßt sich derselbe aus natürlichen Gründen nicht genau bestimmen. Die jetzt nach Unterdrückung des Aufstandes eingeleitete Untersuchung stellt als Thatsache heraus, daß die Unruhen durch einen entlassenen Beamten hervorgerufen worden sind, der aus Rache über die widerfahrene vermeintliche Unbill die Unterthanen gegen ihre Gutsherren aufhetzte und die Leute in den Wahn brachte, daß der Kaiser ihr Freund sey und sie gegen die Gutsbesitzer beschützen werde. (Bresl. Z.)

Schweiz.

Bern, 14. Jan. In der heutigen Sitzung der Tagsatzung hat die Gesandtschaft von Schaffhausen das in der Amnestiefrage offen behaltene Protokoll in dem Sinne geschlossen, daß sie dem Antrag der Neunercommission mit der von dem Gesandten von Zürich beantragten Modification beistimmt. (A. Z.)

Zürich, 14. Febr. Ein ungewöhnlicher Schritt ist, daß die Verfassungsertheilung in Sardinien officiell durch den sardinischen Gesandten dem Vororte mitgetheilt wurde. Sardinien wünscht offenbar, den Rücken durch einen guten Nachbar gedeckt zu haben. — Der päpstliche Nuntius Luquet hat seine Rundreise in die katholischen Kantone angetreten. In Freiburg befand er sich am 11. und machte dem Präsidenten der provisorischen Regierung einen Besuch, der über eine Stunde dauerte. Die Liberalen sind mit seinen dabei geäußerten Ansichten über die kirchlichen Verhältnisse sehr zufrieden und erblicken in ihm den würdigen Repräsentanten von Pius IX. Am 12. begab sich der Abgesandte nach Wallis. — Der Eidgenosse von Freiburg erzählt, daß am 8. eine arge Meuterei unter den Milizen in der Kaserne ausgebrochen sey, hofft aber, daß die Schuldigen ihre Strafe gebührender Weise empfangen werden. Vielleicht seyen diese Unordnungen nur die Anfänge eines Reactionsplanes. (Schw. Mkr.)

Zürich, 15. Febr. Die Gräfin von Landsfeld ist gestern von Lindau her hier angekommen und im Hotel Baur abgestiegen. Oeffentlich sah man sie noch nicht. (Schw. Mkr.)

Luzern, 14. Febr. Die Verfassung ist im ganzen Kanton mit großer Mehrheit angenommen, ungefähr im gleichen Verhältniß wie in der Stadt Luzern. Ueberall erschienen die Bürger ungewöhnlich zahlreich, und stimmten so ungenirt nach ihrer Ueberzeugung, daß z. B. in Luzern bei der Regierung angestellte Conservative, Weibel und Schreiber, die vor wenigen Tagen von der Regierung in ihren Anstellungen bestätigt worden waren, für Verwerfung stimmten, und es nicht einmal vorzogen, neutral zu Hause zu bleiben. Der Wahlkreis Habsburg hat mit 477 gegen 434, Weggis mit 198 gegen 154 Stimmen verworfen. (A. Z.)

Italien.

Nach unsern neuesten Briefen aus Rom vom 11. Febr. hatten dort Volksaufläufe einige Tage fortgedauert, so daß zuletzt der Papst selbst zu einem öffentlichen Aufruf an die Römer sich entschloß, worin er Verbesserung der bürgerlichen und politischen Verfassung so wie des Kriegswesens zusagt, und seine Unterthanen wegen der Besorgnisse vor einem auswärtigen Einfalle beruhigt. Träte ein solcher ein, so fände er wohl gehörige Unterstützung in seinen Unterthanen in ganz Italien, ja in der ganzen katholischen Christenheit. (A. Z.)

Neapel, 8. Febr. Die Forts von Messina, die Festung Syracus sind noch im Besitz der königl. Truppen, obschon Messina umlagert ist und man Anstalten getroffen hat, die Forts von den Höhen des Antenamaregebirges zu beschießen und zu vernichten. Von Catania einerseits und von Milazzo andererseits wird Messina von den Sicilianern angegriffen. Alle haben sich dem Generalcomitat von Palermo untergeordnet. General Nunziante mußte sich wegen in Reggio ausgebrochener Unruhen wieder nach Calabrien begeben. In Calabrien scheint es abermals wild hergehen zu wollen, und wir stehen wahrhaftig noch nicht am Schlußpunct der Ereignisse. Das nächste Dampfschiff von Messina wird neue Kämpfe melden. List und Tapferkeit reichen sich in Sicilien die Hände — und siegen. England sucht überall die Hände ins Spiel zu bekommen. — Das Constitutionsedict erschien heute nicht. Maueranschläge der Behörden suchen das Publicum zu beruhigen, aber das Mißtrauen ist erwacht und jederman sagt frei und offen König und Minister möchten sich beeilen. — Neapel ist ziemlich ruhig, dennoch versuchte gestern Abend ein Trupp Lazzaroni Raub und Plünderung in der Strada degli Orefici. Die Nationalgarde und die königl. Soldatesca stellten die Ordnung her. Die Nationalgarde zeichnet sich überhaupt sehr aus. Delcarretto soll jetzt nach Marseille gebracht seyn; seine Partei ist hier keineswegs so unbedeutend wie man annimmt. Die nächste Umgegend Neapels ist den Liberalen und Constitutionellen abhold. Letzten Sonntag erfuhr ich selbst in der Nähe Pozzuolis einige Symptome der Aufregung des Landvolkes. Gebe der Himmel daß die Minister die Constitution bald fertig gekartet. Serra Capriola gilt allgemein als juste milieu enragé d. h. als zögerndes Princip. Die Herren kommen vor lauter Bedenken zu keinem Resultat. Der Boden, auf welchem wir leben ist noch überaus wankend, und die vielgepriesene Mäßigung wohnt nur auf den Löschlappen welche in Toledo verkauft werden. — Nachschrift. Die Calabresen von Reggio und Gerace sollen gegen alle diejenigen losgebrochen seyn, welche im September die Partei des Königs nahmen. Es fehlen noch specielle Nachrichten, aber es munkelt von bösen Racheseenen. Nunziante wird schwerlich glücklich davon kommen. (A. Z.)

Belgien.

Brüssel, 10. Febr. Der Bischof von Lüttich hat abermals öffentlich das Wort genommen in einer Denkschrift, welche von den Ansprüchen der Bischöfe auf die Amtsverweser, von ihren Rechten auf die katholischen Kirchen, von dem Beistande, welchen sie vom Staate verlangen können, endlich von der Anwendung des Ausweisungsgesetzes handelt, und zwar auf Veranlassung der von dem Bischofe betriebenen Entfernung eines Herrn van Moorsel aus der Pfarrei von Thaver, in welcher derselbe als Amtsverweser fungirte. Die weltliche Macht hat sich nämlich der gewaltsamen Vertreibung dieses Seelsorgers, (welcher, von Herrn van Bommel in den Bann gethan, an den Papst appellirt hatte) geweigert. Der Bischof war am 17. Sept. vorigen Jahrs um den Beistand des Staates in einem Schreiben an den Justizminister eingekommen, welches unter Anderem lautet: „Wir verlangen, daß Herr van Moorsel außer Besitz der Anstalt gestellt werde, welche er ohne Titel inne hat, und vielleicht wird die Regierung es für gut finden, einen Ausländer, welcher hier die öffentliche Ruhe stört, in sein Land zurückzuschicken.“ In anderen Worten: des Landes zu verweisen. Der Generalprocurator von Lüttich, der Gouverneur dieser Provinz und der Justizminister haben sich alle drei dazu nicht verstehen wollen und erklärt, die weltliche Macht habe nur das Recht, Urtheile der Gerichte zur Ausführung zu bringen. Daher die Denkschrift. Das Journal de Liège bemerkt in Betreff dieser Angelegenheit, daß Herr van Moorsel, auf dessen Ausweisung Herr van Bommel dringt, der leibliche Vetter dieses Bischofes sey, welcher selbst ein Ausländer ist und nicht einmal auf die Rechte der belgischen Nationalität Anspruch machen kann. Das letzte Blatt der 43 Colummen großen Denkschrift ist dem Herrn Frere gewidmet, dem Minister nämlich, welcher den Muth gehabt hat, in der Kammer zu erklären, daß die Rechnungsführung des lütticher Seminariums und des Domstiftes der Prüfung der Regierung nicht entzogen werden dürfe. (Köln. Z.)

Spanien.

In der Kammer der Deputirten zu Madrid wurde in der Sitzung vom 8. d. Mts. ein neuer Gesetzvorschlag über die Preßfreiheit vorgelesen, welchen die Regierung den Cortes vorgelegt.

Man sagt, Martinez de la Rosa werde in Folge der Ereignisse in Italien den Auftrag erhalten, als Repräsentant des spanischen Hofes nach Rom abzugehen.

Frankreich.

Paris, 14. Febr.

Heute war die Kammer mit einem trockenen Finanzgeschäft, dem Rechnungsabschluß des Budgets von 1845, beschäftigt. Zuvor wurde die große Deputation gewählt um die Adresse zu überreichen, und man erfuhr, daß Se. Majestät dieselbe Abends 9 Uhr empfangen werde. Da die Wahl durchs Loos geschieht und die Opposition in einer Versammlung bei Hrn. Odilon-Barrot ausgemacht hatte, daß keiner von ihnen mitgehen solle, so fragt sich, ob die acht Mitglieder, welche das Loos getroffen hat, dieser Drohung Folge geben wer-

den. In derselbigen gestrigen Versammlung, der über 100 Abgeordnete von allen Schattirungen der Opposition anwohnten, wurde einmüthig beschlossen, daß ein Zweckessen unter dem Rechtstitel einer Protestation gegen die ministerielle Willkür stattfinden solle, und eine Commission ernannt, welche sich über die Anordnungen mit dem Wählerausschuß von Paris zu benehmen hat. Der Gedanke einer Abdankung in Masse ist aufgegeben, aber die Opposition behält sich alle Verwahrungen und Berufungen an die öffentliche Meinung vor.

Wie es heißt, soll das dem Polizeiverbot zum Trotz anberaumte Wahlreformessen künftigen Sonntag stattfinden. Es sollen eine Menge Nationalgardisten demselben beiwohnen. Es scheint, die Regierung sey über die Stimmung der Nationalgarde unruhig; General Jacqueminot hat nach dem National die Officiere der Nationalgarde um sich versammelt und soll von ihren Antworten nicht befriedigt seyn. Daß auch die Linie mit der Nationalgarde Hand in Hand gehe, ist eine alte Pariser Erfahrung. Man behauptet, der jetzige Polizeipräfekt, längst schon zum Rücktritt geneigt, würde diese Gelegenheit benützen, um die schwierige Lage einem Nachfolger zu überlassen. Die Opposition ist in demselben Verhältniß einig, als die conservative Partei getrennt dasteht. — Man erklärt sich das stumme Benehmen des sonst so redseligen Marschalls Bugeaud nicht recht. Natürlich findet das Gerücht seiner Ernennung zum Kriegsminister immer mehr Glauben. — Bei dem englischen Botschafter sah man die ersten Oppositionsmänner in vertraulichem Gespräch begriffen. Der Herr und die Frau vom Hause überhäuften die HH. Thiers und Odilon-Barrot mit Artigkeiten. Große Aufmerksamkeit erregte aber eine lange Unterhaltung des Herrn Thiers mit Hrn. Dumon, dem Minister der Staatsbauten. Man kann jetzt sagen: „Die Kammer hat ihre Pflicht erfüllt, die Sache ist nun vor der öffentlichen Meinung."

Der „National" fährt fort, die Maßregeln aufzuzählen, welche vorsorglich wegen des Banketts genommen werden. Heute spricht er von Dienstbefehlen, ausgestellt in blanco. Andererseits erinnert derselbe an die Festmahle von 1829 und die Reden von Lafayette bei denselben und bemerkt, daß auch Guizot damals Theil genommen. — Die Fregatte Virginie ist in der Nähe von Rochefort untergegangen.

Großbritannien.

Für das durch den Tod des Dr. Howley erledigte Erzbisthum Canterbury sind viele Candidaten im Feld; nicht weniger als neun englische Bischöfe werden genannt, darunter der Bischof von London, Dr. Blomfield, und Dr. Thirlwall, der Bischof von St. David's in Wales. Letzterer, der gelehrte Geschichtschreiber Griechenlands, ein in jeder Beziehung ausgezeichneter Mann, hat im Publicum viele gute Wünsche für sich; er ist aber ein vergleichsweise junger Bischof, und daher seine Erhebung zum Primat nicht sehr wahrscheinlich.

Graf Clarendon, der Lordstatthalter von Irland, fährt fort mit Entschlossenheit und Energie auf Unterdrückung der Verbrechen in diesem Unglücksland hinzuwirken. Eines seiner Hauptmittel ist die Umgegend wo ein Mord oder sonstiges schweres Verbrechen begangen wird, dadurch haftbar zu machen, daß die Umwohnenden für Aufstellung eines oder mehrerer neuen Polizeisoldaten zahlen müssen. Das spornt sie an den Verbrecher ausfindig zu machen und dem Gericht zu überliefern.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 5. Febr. Das heutige Journal de St. Petersbourg meldet: „Der Baron v. Krüdener hat vom kaiserl. Cabinet den Befehl erhalten der Tagsatzung der schweizerischen Eidgenossenschaft folgende Erklärung zukommen zu lassen: Nachdem die Höfe von Oesterreich, Frankreich und Preußen die Erklärung, welche sie unterm 18. Jan. d. J. abgegeben, zur Kenntniß des kaiserl. Cabinets gebracht haben, glaubt dieses seinerseits erklären zu müssen: daß Rußland den in diesem Aktenstück entwickelten staatsrechtlichen Grundsätzen, den Forderungen, welche darin kraft eben dieser Grundsätze aufgestellt sind, und den Folgen, die daraus entspringen können, ganz und vollkommen beitritt; daß nach der Ansicht des kaiserl. Cabinets, ebenso wie nach der Ansicht der drei Höfe, durch die Ereignisse, welche in der Schweiz ausgebrochen, und durch das, was gegenwärtig dort vorgeht, offenbar die Kantonalsouveränetät angegriffen und so das Grundprincip der schweizerischen Eidgenossenschaft, wie dieselbe im allgemeinen Interesse Europas begründet wurde, gestört worden ist, ein Princip an dessen Aufrechthaltung sich die der Neutralität der Schweiz geleistete Gewähr geknüpft findet; daß daher Rußland sich seinerseits als vorläufig der Verpflichtung entbunden erachtet die Rechte dieser Neutralität gegen die Maßregeln aufrecht zu erhalten, welche diese oder jene Gränzmacht im augenblicklichen Interesse ihrer eigenen Sicherheit zu ergreifen für nöthig erachten möchte. Seine Gewährleistung wird so lange suspendirt bleiben, als die Eidgenossenschaft sich außerhalb der die Grundlage ihrer anerkannten Existenz bildenden Bedingungen gestellt zu befinden fortfährt, so lange als überdieß die Schweiz den Revolutionärs aller Länder als Zuflucht dient und ihnen Beistand und Schutz bietet, um sich ungestraft gegen die Ruhe und Sicherheit der Nachbarstaaten verschwören zu können." Dann theilt das genannte Blatt die bekannte Note mit, welche gleichlautend von den Gesandten Preußens, Oesterreichs und Frankreichs dem Präsidenten der Tagsatzung übergeben worden ist.

Türkei.

Triest, 13. Febr. Unsere Berichte aus Konstantinopel reichen bis zum 3. d. Mussurus ist von seiner Wunde wiederhergestellt, und begibt sich in der nächsten Woche mit überaus großem Luxus nach Athen. Es heißt allgemein, daß er nur kurze Zeit dort bleiben und man an seiner Stelle einen Geschäftsträger ernennen werde. Der päpstliche Nuntius ist der Gegenstand der größten Aufmerksamkeit. Am 1. wurde er mit dem sardinischen Geschäftsträger, dem Marquis de Negro und seinem Stabe, dem Marquis d'Andragona und dem Fürsten Podenas, vom Sultan mit äußerstem Wohlwollen empfangen. Reschid Pascha und Ali Pascha waren bei der Audienz zugegen. Der Sultan richtete an ihn folgende Worte: „Ich betrachte diese Audienz als einen Ceremonial und Etikettebesuch, lassen Sie es mich aber wissen, wenn Sie über irgend eine Sache mit mir sprechen wollen, und es wird mir stets zum Vergnügen gereichen, Ihnen meine Zuneigung zu beweisen." — Den vielen Freunden Professor Fallmerayers wird es angenehm seyn zu erfahren, daß derselbe in der Quarantäne von Smyrna wohlbehalten angelangt ist. „Noch wenige Tage," heißt es unter anderem in seinem mir vorliegenden Brief vom 4. l. M., „und ich trete in freie Pratica, um für wenigstens dritthalb Monate meine Hütte in Smyrna aufzuschlagen." (A. Z.)

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 17. Febr. Bayerische 3½pCt. Obligationen 90 P., 89½ G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 660 P., 656 G. Promessen per Stück Agio 74 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 108 P., — G.; 4pCt. 90 P., — G.; 3pCt. 64 P., — G. Bankactien 1. Semester 1570 P., — G. Württembergische 3½pCt. Obligationen — P., 89 G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 56 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½pCt. Obligationen — P., 89 G.

Frankfurt, 15. Febr. Metall. 5pCt. 101¼; 4pCt. 87¼; 3pCt. 64; Bankactien 1874; Taunus-Eisenbahn-Actien 356; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 55¼; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 80¼; bayer. Ludwigs-Canal 62.

Wien, 15. Febr. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 101; zu 4pCt. in CM. 85½; zu 3pCt. in CM. 61; Bankactien per Stück 1548; Nordbahn 130½.

Amsterdam, 12. Febr. 2½pCt. 54³⁄₁₆; 3pCt. 65⁷⁄₁₆; 4pCt. 84½; Synd. 3½pCt. 83; Handels-Maatschappy 162½; Ard. 13¹¹⁄₁₆; port. 3pCt. —; 5pCt. Metall. 96³⁄₈.

Paris, 14. Febr. 3pCt. 74 Fr. 5 C.; 5pCt. 116 Fr. 70 C.

London, 12. Febr. Consols 89¼.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag den 20. Februar: „Prinz Eugen, der edle Ritter," Oper in 3 Aufzügen von Gustav Schmid.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. Freymans, Pharmaceut von Brüssel; Nordorf, Privatier v. Zürich; William, Privatier aus England.

Hôtel Maulik. HH. Don Jose Mascasenay v. London; v. Natal, Rentier v. Turin.

Gold. Kreuz. HH. Park, Rentier aus England; Schneid, Privatier v. Köln.

Blaue Traube. HH. Ziegler, Schiffmeister von Regensburg; Röth, Partikulier v. Augsburg; v. Feller, Gutsbesitzer v. Farchant.

Stachusgarten. H. Geiger, Privatier v. Oberndorf.

Gestorbene in München.

Wilhelmine Weißbeck, Funktionärsgattin v. h., 34 J. alt; Franzisca Wöhrle, Hofzimmerputzersfrau v. hier, 41 J. alt; Walb. Wiebler, Taglöhnerstochter v. Fristingen, Landgerichts Dillingen, 24 J. alt; Theres Holzmaier, Zimmermannstochter v. Ilmünster, 79 J. alt; Karolina Baßinger, Klavierlehrerstochter v. Fürth, 16 J. alt; Karolina Lechner, bürgl. Tischlerstochter v. h., 18 J. alt; Anna Schézier, Rentamtsbotenstochter v. Neuburg a/D, 62 J. alt.

Bekanntmachung.

2283. (2a) Auf Antrag eines Hypothekgläubigers wird das den bürgl. Malersehegatten Franz Paul und Franzisca Neumaier dahier gehörige Haus Nro. 1 an der St. Anna-Gasse hiemit dem öffentlichen Zwangsverkaufe untergestellt.

Dasselbe ist mit dem Erdgeschosse 4 Stockwerke hoch, mit einem gewölbten Keller und kleinen Hofraum versehen, im guten baulichen Zustande, auf 28,000 fl. gewerthet, dagegen mit 5000 fl. Ewiggeld-Kapital und 25,245 fl. 46 kr. Hypotheken belastet.

Zur Vornahme der erstmaligen Versteigerung ist auf Mittwoch den 26. April 11 — 12 Uhr Termin im Geschäftszimmer Nro. 21/1 angesetzt, wozu besitz- und zahlungsfähige Kaufsliebhaber unter dem Bemerken geladen werden, daß der Zuschlag durch das Erreichen des Schätzungswerthes bedingt ist.

München, den 15. Februar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Director:

Barth.

Bach, Rechtspr.

Bekanntmachung.

2284. Der Rücklaß der Franzisca Egger, ehemalige Putzarbeiterin, wird

künftigen Montag den 21. d. Mts. Morgens 9 — 12 Uhr

am Rindermarkt Nr. 15 über 2 Stiegen gerichtlich versteigert.

Dasselbe besteht in mehreren Kommoden, Spiegel, Waschzeug, Leibwäsche und Kleidern.

Sign. den 10. Februar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

Sengel.

Bescheinigung.

Mit folgenden Worten: „Aus Anlaß der erfreulichen Ereignisse dieser Tage übersendet dem Herrn Rector magnificus zur Vertheilung an dürftige Studirende hiermit 20 fl. ... A. Z." ist dem Unterzeichneten der angegebene Betrag zugekommen.

Er dankt für diesen Beweis eines thätigen Wohlwollens, und wird die ihm anvertraute Summe genau nach dem Sinne des menschenfreundlichen Gebers verwenden.

München am 16. Febr. 1848.

Dr. Fr. Thiersch,
z. Z. Universitäts-Rector.

2285. Fortepianos sind zu vermiethen und in Commission zu verkaufen bei dem Clavierstimmer K. Mayerhöfer am Althammereck Nro. 7/2.

Für die durch Brandunglück in Kemnath Heimgesuchten sind an Beiträgen eingegangen:

Uebertrag	62 fl. 54 kr.
Den 18. Febr. von einem Unbekannten	4 fl. 12 kr.
Den 19. Febr. von einem Ungenannten	— fl. 30 kr.
Summe	67 fl. 36 kr.

Um weitere mildthätige Beiträge wird dringend gebeten.

Expedition der Münchener politischen Zeitung,
Knödelgasse Nr. 2.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 44.

Man pränumerirt auf die N. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 31 auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. [illegible] kr.

Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag. XLIX. Jahrgang. 21. Februar 1848.

Deutschland.

Bayern.

München, 19. Febr. Die Bürgerschaft Münchens hat dem hiesigen Magistrat folgende mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Adresse überreicht: Hoher Magistrat und hochlöbliches Collegium der Gemeindebevollmächtigten der königl. Haupt- und Residenzstadt München. Mit dem Gefühle des wärmsten Dankes hat es die Herzen der unterzeichneten Bürger Münchens erfüllt, daß während der Tage der allgemeinen Erschütterung unsere gesetzlichen Organe in Uebereinstimmung mit allen Gemeindegliedern handelten, als es galt durch einmüthiges loyales Zusammenwirken die Ehre und die gefährdeten Interessen der Stadt aufrecht zu erhalten. Mit dem Ausdrucke dieses Dankes vereinigen wir zugleich die Bitte, unser Magistrat wolle Sr. Maj. unserm allergnädigsten König es kund thun, wie sehr wir die allerhöchste Huld zu schätzen wissen, wodurch unsere Stadt, die Sr. Majestät schon so unendlich viel verdankt, neuerlichst beglückt worden ist. Das Andenken an jenen erhebenden Augenblick wird in den Herzen aller treuen Münchener fortleben, so lange das großartigste Denkmal Ludwigs I. Haupt- und Residenzstadt, welche seine Kunstschöpfungen so hoch erhoben, und mit so viel unvergänglichem Glanz umgeben haben, bestehen wird. — Ja wenn es etwas gibt, womit unsere Liebe und Treue gegen einen solchen königl. Herrn verglichen werden kann, so ist es nur unser Dank und unsere Bewunderung. Wenn wir nun diese Gelegenheit ergreifen, vor unsern gesetzlichen Behörden einige Wünsche vertrauensvoll auszusprechen, die schon lange in Aller Herzen ruhen, so glauben wir nur im Sinne unseres geliebtesten Monarchen und Allerhöchstdessen hoher Regierung zu handeln, welche mit weiser Hand der zeitgemäßen Entwickelung neue Bahnen eröffnen. Durch manche ermunternde Erfahrungen in Bayern sowohl, als im übrigen deutschen Gesammtvaterlande sind diese vollkommen gesetzgemäßen Begehren allmälig so gekräftiget worden, daß wir es nachgerade für eine heilige Pflicht gegen das gemeine Beste ansehen, dieselben ebenfalls auszusprechen. Ein allgemeiner Wunsch ist es, daß die städtischen Behörden auf dem gesetzlichen Wege eine Abänderung der Gemeindewahlordnung erzielen möchten. Nach dem §. 41 derselben hat nämlich „jeder Wähler die Wahlmänner nur aus den Urwahllisten seines Bezirkes zu benennen.“ Es ist wohl der Beweis nicht erst zu führen, daß in dem einen Bezirk mehr in dem andern weniger wählbare Gemeindeglieder gefunden werden, welche Einsicht und Vertrauen in dem Grade besitzen, um das so wichtige Geschäft der weiteren Wahlhandlung in ihre Hände zu legen. Wie beengend also ist eine Bestimmung, vermöge welcher ein Wähler oft gerade jenen Mitbürgern, die sein Vertrauen im vorzüglichsten Grade besitzen, seine Stimme nicht geben darf, blos weil sie einem andern Bezirke der Stadt angehören. — Wozu die Gemeindeglieder, die in ihrer Gesammtheit gleichsam nur eine Familie ausmachen, durch Schranken trennen, die häufig, ohne dem Ganzen je zu nützen, der besseren Willensmeinung Einzelner, und dem Wohle Aller drückende Hemmnisse sind. — Ueberdieß haben ja auch die Mitglieder der städtischen Behörden nicht ihre verschiedenen Wohnbezirke, sondern die ganze Gemeinde zu vertreten. Ein zweiter Wunsch, dessen Erfüllung durchaus keine gesetzliche Bestimmung im Wege steht, ist dieser, daß die Versammlungen der Gemeindebevollmächtigten künftig öffentlich stattfinden möchten. Sollte unbeschränkte Oeffentlichkeit aus uns unbekannten Gründen vielleicht nicht für zweckdienlich erachtet werden, so würden wir selbst die Beschränkung, daß nur die Bürger der Stadt zu diesen Sitzungen jederzeit freien Zutritt haben sollen, mit freudigem Danke begrüßen. Die Gemeindebevollmächtigten üben als Vertreter der Gemeinde-Corporation auf das Wohl jedes einzelnen Bürgers sowohl, als auf das der ganzen Stadt den größten Einfluß aus. Durch öffentliche Verhandlungen muß der Eifer, die Sicherheit, die moralische Kraft dieser Behörde nothwendig eben so sehr erhöht werden, als das Vertrauen und die Zufriedenheit der Bürger, wenn sie von der sorgfältigen Vertretung aller ihrer Interessen sich selbst überzeugen können. — Den Gemeindebevollmächtigten kann es daher nicht weniger als uns wünschenswerth erscheinen, recht bald eine Oeffentlichkeit eingeführt zu sehen, die ihrem redlichen Wirken für das Gemeindewohl Dank und Ehre in reicherem Maße zuwendet, und allen Bürgern einen Gemeinsinn einpflanzt, in dessen Entfaltung von jeher alle aufgeklärten Regierungen die höchste und unerschütterlichste Kraft gefunden haben. Zum Schlusse erlauben wir uns, noch eines besonderen Anliegens Erwähnung zu thun. — Es ist dies die Bitte an unsern hohen Magistrat, die Mißstände in ernstliche Erwägung zu ziehen, welche sich rücksichtlich der unbedingten Verwendung der Gendarmerie, deren ersprießliche Dienste nach vielen Seiten hin, wir keineswegs verkennen, ergeben haben. — Wir halten es für überflüssig, hier an Vorgänge zu erinnern, wo es der vereinten Bemühungen der Bürgerschaft bedurfte, die durch polizeiliche Maßnahme aufgereizten statt besänftigten Gemüther zu beruhigen. Indem wir in unsere gesetzlichen Organe das vollste Vertrauen setzen, daß dieselben zur baldigen Erfüllung unserer hier ausgesprochenen Wünsche mitwirken, so wie das Wohl jedes Einzelnen unter uns stets nach Kräften fördern werden, zeichnen wir uns in treuester Ergebenheit. (Folgen die Unterschriften.)

*München, 20. Febr. Abermals hat unsere Universität eine ihrer schönsten Zierden verloren. Vorgestern (18.) Abends ½ 8 Uhr verschied dahier der königl. Professor Dr. Zuccarini nach längerem Leiden. Ausgezeichnet an Kenntnissen, dabei freisinnig und human, war er geliebt und geachtet von seinen Schülern, und die Theilnahme aller Edlen folgt ihm ins Grab. — Die Studirenden der Hochschule haben sich vereinigt, dem derzeitigen Rector, Hrn. Hofrath Thiersch, zum Danke für seine bei den letzten Auftritten bewiesene thätige Freundschaft und Bemühungen, einen prächtigen goldenen Pocal fertigen zu lassen. Ebenso ist von denselben eine akademische Zeitschrift projectirt.

≐ Vom Mittellech, 14. Febr. (Fortsetzung.) Daß die kirchlichen Behörden befugt seyen, die religiöse Feier auf den dritten Sonntag im October wenigstens durch Festhalten des Kirchweihablasses auf diesen Tag zu fixiren, war die Ansicht des bischöflichen Ordinariats Augsburg, welches sich im Jahre 1827 unterm 22. Mai durch den seligen Herrn Generalvicar Dr. Joseph v. Weber an den Diöcesanklerus, der durch die Dekanate einstimmig den Wunsch nach Vereinigung der Kirchweihen ausgesprochen hatte, also vernehmen ließ, daß es „zur Zeit das dienlichste seyn dürfte, wenn die Seelsorger mit aller Klugheit und Liebe, verbunden mit Belehrung nach dem Beispiele einiger Kapitel auf ihre Parochianen dahin einzuwirken suchen würden, daß diese sich freiwillig und gemeinschaftlich entschließen, das Kirchweihfest am dritten Sonntag im October, zum Frommen der guten Sache zu feiern, und zwar um so mehr, da dieses nicht durch Anordnung der Kirche, (auctoritate ecclesiastica) sondern nur nach königl. Bewilligung oder Connivenz am vorigen durch längere Zeit bestandenen Kirchweihtage gefeiert wird, sonach vermöge diesseitiger Verordnung vom 16. Mai 1807 der Kirchweihablaß auf den dritten Sonntag im October verlegt bleibt.“ Die gesammte Geistlichkeit des Bisthums Augsburg, ihren hochw. Bischof an der Spitze, war aber nicht so glücklich, ihre redliche auf Erfahrung gegründete Ueberzeugung und ihren aus wahrem Eifer für der übrigen zeitliches und ewiges Heil entsprungenen Wunsch gewürdigt zu sehen. Der sel. Hr. Minister v. Schenk erließ vielmehr an den Hrn. Bischof von Augsburg ein in Döllingers Sammlung 2c. VIII. Bd. 2. Abth. S. 1123 veröffentlichtes Schreiben unterm 17. Nov. 1829, dessen Inhalt zu merkwürdig ist, als daß wir ihm nicht eine staatsrechtliche Beurtheilung, deren es zur Stunde noch entbehrt, angedeihen lassen sollten. Zwar scheint schon der Verfasser der oben angeführten Piece S. 16 etwas der Art beabsichtigt zu haben, aber wie wir aus den schüchternen Andeutungen in der Note S. 18 und 43 entnehmen zu können glauben, durch die Censur daran gehindert worden zu seyn. Da wir in Bayern in Folge eines wahrhaft königl. Geschenkes alle Maßregeln der verantwortlichen Diener der Krone einer wohlmeinenden Prüfung unterstellen dürfen, so glauben wir, die der bürgerlichen Obrigkeit schuldige Ehrfurcht nicht im geringsten zu verletzen, und nur von dem verfassungsmäßigen Rechte der Freiheit der Meinungen (Eingang zur Verfassungs-Urkunde) Gebrauch zu machen, wenn wir ein vor 17 Jahren verfaßtes Actenstück einer königl. Stelle das noch jetzt gilt, einer freimüthigen Kritik zu unterwerfen und seinem wesentlichen Inhalt nach zu prüfen, uns unterfangen. Da aber dieses Ministerialschreiben außer in Döllingers Verordnungensammlung unseres Wissens sonst nirgends veröffentlicht wurde, und dieses Werk in den Händen der wenigsten Leser seyn dürfte, so sehen wir uns genöthigt, jenes hier mitzutheilen: „Se. Majestät wollen durchaus nicht, daß die Gemeinden in Abhaltung der Kirchenfeier an den althergebrachten Tagen, sey es durch Wünsche und Zureden, oder durch Befehle und indirecten Zwang gestört werden, sondern wünschen vielmehr, daß auch der im Bisthume Augsburg für alle Pfarreien auf den dritten Sonntag im October transferirte Kirchweihablaß wieder auf den althergebrachten Tag verlegt werde. Indem dieses in Gemäßheit eines allerhöchsten Signats vom 11. d. dem Bischof von Augsburg auf dessen Vorstellung vom 29. Oct. l. J. eröffnet wird, muß zugleich gerügt werden, daß die bischöfl. Stelle selbst jenen Gemeinden, welche von der durch das allerhöchste Rescript vom 23. Sept. 1813 zugestandenen Bewilligung das Kirchweihfest wieder an den herkömmlichen Tagen zu feiern, Gebrauch machen wollten, die Feier dieses Festes in der Kirche verweigert und deßfalls gegen die Bestimmungen der §§. 76—78 der II. Beilage zur Verfassungs-Urkunde einseitige Anordnungen getroffen, und gegen die weiteren Bestimmungen der §§. 58 und 61 der nämlichen Beilage ohne Erholung des königl. Placet publicirt habe. Diese Anordnungen sind sofort außer Wirksamkeit zu setzen, und demgemäß für das künftige Jahr auch keine Diöcesandirectorien mehr auszugeben, in welchem die kirchliche Feier des genannten Festes allgemein auf den dritten Sonn-

tag im October angeordnet wäre." Wem dieser Erlaß bisher noch nicht zu Gesicht gekommen, der wird sich gewiß des Staunens nicht erwehren können. Doch prüfen wir dessen Inhalt: „Se. Maj. wollen durchaus nicht ꝛc." Wir haben oben vernommen, daß der Diöcesanklerus angewiesen wurde, mit Klugheit und Liebe auf dem Wege der Belehrung dahin zu wirken, daß die Gemeinden sich freiwillig und gemeinschaftlich zur Feier des Kirchweihfestes am dritten Sonntag im October entschließen sollten. Wenn in einer wichtigen Angelegenheit beiläufig achthundert Pfarrer eines Bisthums ihre Wünsche dem hochwürdigen Bischof vorlegen und ihre Ueberzeugung darüber aussprechen, was sie für die zeitliche und ewige Wohlfahrt der ihnen anvertrauten Heerden heilsam oder verderblich halten; so möchte ein Bischof, der in diesem Sinne seinem Klerus gegenüber sich erklärt und zweckdienliche Anordnungen trifft, wohl auf den Boden seines guten, ihm durch sein heiliges Amt verliehenen Rechtes stehen, und darum nicht zu tadeln seyn. Und welches fremdartige Interesse konnte der Bischof bei seinem Klerus unterstellen, der sich wiederholt und beinahe einstimmig gegen die Kirchweihfeier in der althergebrachten Weise aussprach, um demselben nicht in gleicher Richtung zu antworten? Spricht nun ein Bischof, gestützt auf die Ueberzeugung seines ganzen Klerus, über einen in das Wohl der Kirche und des Staats tief eingreifenden Punct sein Urtheil aus, so dürfte eine solche Manifestation merkwürdig genug seyn, um nicht unbeachtet bei Seite geschoben zu werden. Was in dem Ministerial-Erlaß von Befehl und indirectem Zwange gesagt ist, wird weiter unten dadurch erklärt, daß die bischöfliche Stelle die Feier dieses Festes in der Kirche verweigert. Wie wenig die kirchliche Feier mit dem in Berührung steht, was unser Volk unter Kirchweih Kirtä ꝛc. versteht, ist schon vielfältig dargethan worden und wird jedem Menschen einleuchtend, der nur ein einzigesmal ein solches Fest, besonders in Altbayern mitgemacht hat. Gehen wir zu der Frage über: ob der Hr. Bischof von Augsburg durch seine Anordnungen die vom königl. Ministerium angeführten Bestimmungen der bayerischen Verfassungsurkunde verletzt habe, oder nicht. Derselbe war als ein zu guter Patriot bekannt, als daß man nicht mit Entrüstung die Anschuldigung zurückweisen müßte, er habe die von ihm beschworne Verfassung in der fraglichen Beziehung verletzen wollen, und die ministerielle Belehrung wird ihn auch schwerlich überzeugt haben, daß er sie verletzt habe. Die Differenz hatte also nicht in dem ungesetzlichen Wollen, sondern in einer von der Ansicht des Ministeriums abweichenden Ueberzeugung des Bischofs ihren Grund. Wenn aber ein Bischof mit dem Gesammtklerus seines Sprengels in einer Angelegenheit solchen Belanges über den Sinn einiger in das kirchliche Gebiet eingreifenden Stellen der Verfassung mit dem Ministerium divergirender Ansicht ist, so dürfte es nicht in der Befugniß des letztern liegen, gleichsam eine authentische Interpretation der in Frage stehenden Gesetzesstellen zu geben, was nach Titel VIII. §. 2 der Verfassungs-Urkunde nur mit dem Beirathe und der Zustimmung der Stände des Königreichs geschehen kann. Woher aber das damalige königl. Ministerium d. J. das Recht hatte, dem Klerus in Sachen der Kirchweihen sogar Wünsche und Zureden zu verbieten, will uns eben nicht sehr einleuchten, und wir sind der Meinung, daß in einem solchen Falle die Apostel kein Bedenken getragen haben würden, nochmal das zu sagen, was sie nach dem Zeugnisse der Apostelgeschichte (IV. Kap. 19. u. 20. V.) schon einmal gesagt haben. Um nun die vermeintliche Verfassungsverletzung, welche so strenge Rüge nach sich gezogen hat, näher zu beleuchten, wollen wir die angeführten §§. der Verf.-Urk. mit unserem Gegenstand zusammenhalten, und dann auch sehen, was das Concordat dazu sagt. Die Beschuldigung des Hrn. Ministers gegen den Hrn. Bischof von Augsburg ist eine zweifache, nämlich 1) daß er gegen die Bestimmungen der §§. 76—78 der II. Beilage zur Verfassungs-Urkunde einseitige Anordnungen getroffen und daß er 2) diese gegen die weiteren Vorschriften der §§. 58 und 61 derselben Beilage ohne Erholung des k. Placets publicirt habe. (Schluß folgt.)

Nürnberg, 17. Febr. Nachdem der Generalmajor Frhr. v. Hohenhausen vorgestern dahier eingetroffen, hat derselbe gestern das Commando der Stadt übernommen. (Nürnb. Kur.)

Württemberg.

Stuttgart, 17. Febr. Dem Vernehmen nach geht Hr. Dr Elsner, der Redacteur und Verleger der „Ulmer Kronik", eines im Sinne der Regierungspartei geschriebenen Blattes, mit dem Gedanken um, dieses Journal von Ulm in den Brennpunct des Landes nach Stuttgart zu verlegen. Wenigstens läßt darauf eine Audienz schließen, zu welcher der obengenannte Herr vor einigen Tagen bei Sr. Excellenz dem Minister des Innern, v. Schlayer, zugelassen ward. (Augsb. Abdz.)

Baden.

Karlsruhe, 16. Febr. (XXV. Sitzung der zweiten Kammer.) Folgende von den Abtheilungen ernannte Commissionen werden angezeigt: zur Prüfung der Regierungsvorlage über Verwendung des Holzerlöses aus Staatswaldungen, v. Soiron, v. Itzstein, Reichenbach, Stolz und Mathy; zu jener in Betreff der Ablösung des Abzugsrechtes: Rokk, Straub, Junghanns, Welte und Oster; zur Prüfung der Motion Rettigs auf Aufhebung der Todesstrafe: Mittermaier, Scheffelt, Schmitt, Peter und v. Stockhorn; zu jener der Brentanoschen Motion auf Enthebung der Ortsvorstände von dem Amte eines Vollzugsbeamten: Dörr, Buhl, Blankenhorn, Rießterer und Baum; zur Prüfung der Motion wegen Aufhebung der landesherrlichen Declarationen: Richter, Brentano, Welcker, Selzam und v. Soiron, zu jener über Aufhebung der Jagdrechte: Arnsperger, Hildebrand, Heimburger, Scheffelt und Zentner; endlich zur Prüfung der Motion über die Verantwortlichkeit der Minister: Bassermann, Hägelin, v. Itzstein, Bader und Hecker. — Nach erfolgter Uebergabe mehrerer Petitionen, worunter auch eine von Mudau u. s. w., um Errichtung einer Ackerbauschule im Odenwald, eröffnet der Präsident die Berathung des Wellerschen Budgetcommissionsberichtes über das Steuerausschreiben vom 13. Nov. 1847 für die ersten sechs Monate des Kalenderjahres 1848. Nach einer langen und heftigen Debatte, an welcher Straub, Knapp, v. Itzstein, Brentano und Weizel Theil nahmen, stellt Mez unter Berücksichtigung der von der Regierungsbank erhaltenen Erklärungen den Antrag, die Anträge der Commission fallen zu lassen und die von der Regierung erhaltene Vorlage als zur nachträglichen Zustimmung geschehen zu betrachten, der Budgetcommission zur Prüfung und Berichterstattung zuzuweisen und die Erwartung auszusprechen, daß jene Anträge noch mit einem Rescripte Sr. königl. Hoh. des Großherzogs begleitet werden. Obgleich sich noch eine Menge Redner gemeldet hatte, verlangt die Kammer, zur Abstimmung überzugehen, und nimmt bei dieser nach längeren Debatten über die Fragestellung und nachdem noch verschiedene andere Anträge vorgeschlagen und verworfen werden, jenen von Mez mit 39 gegen 18 Stimmen an. — Richter zeigt eine Motion an auf Aufhebung aller privilegirten Gerichtsstände mit Ausnahme jener, welche durch die Bundesakte garantirt seyen. — Stößer stellt an die Regierungsbank die Frage, wie lange es noch andauern werde, bis die noch nicht vollendete Eisenbahnstrecke von Schliengen bis Efringen dem Verkehr übergeben werde, und erhält von Staatsrath Bekk die Antwort, daß es der sehnlichste Wunsch der Regierung sey, solche so bald wie möglich, und zwar nicht nur bis Efringen, sondern selbst bis Haltingen eröffnen zu können, doch werde man sich nach dem Ausspruche der Sachverständigen immer noch bis zum Sommer 1849 gedulden müssen. Nach einer kurzen Debatte, bei welcher den Technikern viele Vorwürfe wegen ihrer kostspieligen Bauführung gemacht wurden, ward dieser Gegenstand verlassen und vor dem Schlusse der Sitzung durch den Präsidenten das so eben erschienene Regierungsblatt, in welchem der bis dahin bestandene Ausfuhrzoll auf Getreide und Mehl ꝛc. aufgehoben wird, verlesen. (Schw. Mkr.)

Gr. Hessen.

Vom Rhein, 14. Febr. läßt sich die „Großherzoglich Hessische Zeitung" schreiben: Während des hochherzigen Freiherrn v. Andlaw Motion wegen Aufhebung der Spielbanken allgemeine Freude in nahen und fernen Kreisen erregt, erfahren wir leider, daß der Badeort Nauheim auch eine Spielbank erhalten soll, und daß bereits Architekten dort gewesen seyn sollen, um einen Platz auszumessen, der für eine Spielbank bestimmt wurde. Kurhessen besitzt jetzt bereits drei Spielbanken: Hofgeismar, Nenndorf und Wilhelmsbad.

Mainz, 16. Febr. Die Auswanderung, welche nach den bereits eingetroffenen Anmeldungen sehr stark werden zu wollen scheint, wird ihren Weg nicht mehr über Rotterdam, sondern über Antwerpen nehmen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Preußen.

Berlin, 15. Febr. Die Eidesformel für die Mitglieder der ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen bei ihrer ersten Einberufung lautet folgender Maßen: „Ich .... schwöre zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß, nachdem ich zum (stellvertretenden) Mitgliede der ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen gewählt, demnächst aber zu den in §. 4. der Verordnung vom 3. Febr. v. J. über die Bildung dieser Deputation unter Nr. 1—3 bezeichneten Geschäften einberufen worden bin, Sr. königl. Majestät von Preußen, meinem Allergnädigsten Herrn, ich unterthänig, treu und gehorsam seyn, und die bei Verrichtung der gedachten Geschäfte mir obliegenden Pflichten nach meinem besten Wissen und Gewissen genau erfüllen will. So wahr mir Gott helfe u. s. w." Zur Erläuterung diene, daß der betreffende §. 4. in den allegirten Nrn. 1—3 diejenigen Geschäfte nennt, welche „außer der ihr im §. 6. der Verordnung über die Bildung des vereinigten Landtags übertragene Mitwirkung bei Aufnahme von Kriegsanlehen" zum Wirkungskreise der Deputation gehören. Jene Bezugnahme auf diesen §. 6. ist in dem Eide dadurch ausgeschlossen, daß nicht §. 4. ohne Weiteres, sondern ausdrücklich die Nrn. 1—3 des §. 4. aufgeführt sind. Dieser Eid war demnach völlig unverfänglich. (D. Z.)

Berlin. In der Sitzung des ständischen Ausschusses vom 9. kamen die Bestimmungen des Strafgesetzesentwurfs über Verbrechen, welche sich auf Hoheitsrechte und Regalien beziehen, zur Berathung; es wurde aber dieser ganze Titel, die §§. 145, 146 und 147 mit mehr als zwei Drittel Stimmen zu streichen beschlossen. Zu ebenso lebhaften Berathungen führte der Titel (§§. 148 bis 152) über die Verbrechen, welche sich auf die Religion beziehen. Auch hier wurde vielfach die Streichung der ganzen Bestimmungen beantragt und namentlich darauf hingearbeitet, die Gotteslästerung an sich völlig aus der Reihe der vom Staate zu strafenden Criminalverbrechen fortzulassen. Dieser Ansicht traten jedoch bei der Abstimmung nur 38 Mitglieder bei, 51 stimmten für die Beibehaltung des Paragraphen. — Der Titel (§§. 153—159) wegen des Meineids und Eidesbruchs wurde völlig unverändert angenommen, und zwar herrschte hiebei eine solche Einstimmigkeit, daß bei keinem der Paragraphen eine förmliche Abstimmung nothwendig wurde. Die für einen Meineid in Civilangelegenheiten festgestellte Strafe kann bis auf 10 Jahre Zuchthaus, für einen Meineid in Criminalsachen bis auf 20 Jahre Zuchthaus sich ausdehnen. — Der Titel wegen der Bestrafung falscher Anschuldigung (§§. 160 und 161) wurde gleichfalls unverändert angenommen. Die Strafe hiefür besteht in Strafarbeit oder Zuchthaus bis zu fünf Jahren. (C. v. u. f. D.)

Berlin, 15. Febr. Der General-Feldmarschall von Boyen ist heute Morgen um 4 Uhr in Folge einer durch ein Geschwür am Halse nöthig gewordenen und erst am verflossenen Sonntage ausgeführten Operation, nach zwei Tagen schwerer Leiden, im 77sten Jahre seines ruhmreichen Lebens verschieden. (A. Pr. Z.)

Die Gräfin v. Hatzfeld hält sich mit ihrem Sohne noch immer in Berlin auf; die Schritte, welche sie gethan hat, um eine Milderung ihrer Strafe zu erwirken, sind dem Vernehmen nach, ohne Erfolg geblieben, ebenso ist es nicht gelungen, hohe Personen für sie zu interessiren. (Düss. Z.)

Berlin, 13. Febr. Zu den vielen hier bestehenden wohlthätigen Vereinen wird nun ein neuer treten, welcher vom Publicum allgemein mit Freude begrüßt wird: — es ist dies nämlich ein Verein zum Schutz der Kinder aus den untersten Volksclassen. Die geistige und körperliche Verwahrlosung, welche häufig das bittere Loos dieser armen Geschöpfe ist, macht eine liebreiche Aufsicht und Vorsorge für dieselben zur Nothwendigkeit, zumal wenn man in Betrachtung zieht, daß nur auf diese Weise ein sittlicheres Geschlecht in diesen Schichten der bürgerlichen Gesellschaft herangezogen werden kann. (Karls. Z.)

Berlin, 12. Febr. Es laufen Meldungen aus Königsberg hier ein, welche wenn auch nicht eine definitive Lösung, so doch ein äußerliches Verschwinden der dortigen religiösen Conflicte als nahe bevorstehend erscheinen lassen. Es soll vor allem der Consisto. alpräsident

Bessel in seiner ersten officiellen Meldung von dorther angezeigt haben, daß er die Verhältnisse der dortigen freien Gemeinde in einer Verfassung angetroffen habe, daß eine völlige Auflösung derselben sehr wahrscheinlich sey. Es wird hinzugefügt, daß er in Folge davon die bestimmte Weisung von hier aus erhalten habe, möglichst schonend zu Werke zu gehen, um nicht durch strenge Maßregeln eine abermalige lebhaftere Opposition hervorzurufen und dadurch das Bestehen der sich streng sondernden religiösen Parteien zu verlängern. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Von der Spree, 14. Febr. Seit etwa drei Wochen herrscht eine auffallende Thätigkeit im preußischen Kriegsministerium. Nach dem zu urtheilen, was ich höre und mit eigenen Augen sehe, möchte ich fast behaupten: Preußen rüste. Mindestens sind in den verschiedenen Departements der Militärverwaltung Maßregeln angeordnet worden, die kaum eine andere Auslegung übrig lassen. Die Gränzfestungen, und andere deren Lage es nothwendig macht, sollen unverzüglich retablirt werden. Ebenso soll ohne Zögern der Bau der Swinemünder Forts in Angriff genommen werden, und es sind hierzu vorläufig 30,000 Thaler ausgesetzt worden. Eine andere Summe von 170,000 Thlr soll im laufenden Jahre auf die Festungs-Neubauten in Stettin verwendet werden. Uebrigens sind an die Generalcommandos der verschiedenen Armeecorps Befehle ergangen, die auf eine Mobilmachung der Landwehr ersten Aufgebots schließen lassen, oder mindestens darauf hindeuten, daß man an eine solche denkt. (A. Z.)

Provinz Preußen. Se. Maj. der König hat geruht, der Handelsakademie in Danzig eine jährliche Unterstützung von 500 Rthlrn. zu bewilligen, auch haben die Aeltesten der Kaufmannschaft eine gleiche Summe zur Erweiterung der Anstalt ausgesetzt, so daß nunmehr auch die Mathematik, Physik und Chemie in die Reihe der Lehrgegenstände aufgenommen werden können. (Ztg. f. Pr.)

Provinz Schlesien. Se. Maj. der König hat geruht, mittelst Allerhöchster Cabinetsordre einen sehr großen Theil der Lazaretheffekten des VI. Armeecorps, bestehend in Betten, wollenen Decken, Kopfkissen rc. rc. zur Benutzung für die Kranken und Armen im rybniker und pleßer Kreise zu bewilligen. Nach einer Verfügung des Kriegsministers an die königl. Regierung in Breslau sollen sich 18 Militärärzte ungesäumt nach Oberschlesien begeben, und zwar an die Orte, wo ihre Anwesenheit nach dem Ermessen des Herrn Oberpräsidenten von Wedell am nöthigsten erscheinen wird. (Bresl. Z.)

Aus Schlesien, 12. Febr. Gestern Abend ist ganz unerwartet Se. Maj. der König in Oppeln angekommen, indem allerhöchst derselbe unmittelbar nach einer Jagd mit einer Extralocomotive Berlin verließ, und in einer Tour bis nach dem genannten Orte fuhr, begleitet von nur einem königl. Prinzen und einem Adjutanten. Der Zweck dieser Reise ist, sich persönlich von dem in den Kreisen Rybnik und Pleß herrschenden Elend zu überzeugen, denn es ist keinem Zweifel unterworfen, daß der Monarch durch die Behörden nicht so vollkommen von den dortigen Zuständen unterrichtet wurde, als es jetzt auf anderm Wege geschehen seyn soll, indem Ihre Maj. die Königin durch die Gemahlin eines hohen Staatsdieners, mit welcher allerhöchstdieselbe in Briefwechsel steht, aus Schlesien selbst wie es heißt, detaillirte Mittheilungen erhielt. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Aus der Provinz Sachsen, 6. Febr. Die „freie Gemeinde," welche in Folge eines Conferenzbeschlusses sämmtlicher freien Gemeinden als Organ derselben vom 1. Jan. d. Js. an in Sondershausen bei Eupel unter der Redaction des Predigers Balzer in Nordhausen erscheinen sollte, ist auf Schwierigkeiten gestoßen. Nachdem die Concession bereitwillig ertheilt worden war, wurde sie, als das Blatt ausgegeben werden sollte, aus dem Grunde zurückgenommen, weil der Redacteur im Auslande wohne. Die Erklärung des Verlegers, die Redaction selbst übernehmen zu wollen, ist unberücksichtigt geblieben. Hoffen wir, daß die „freie Gemeinde" von ihren Namensschwestern uns bald authentische Kunde bringen werde. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Köln, 15. Febr. Heute Nachmittag ist durch den Telegraphen die Nachricht hier eingegangen, daß der in dem Hatzfeldtschen Familienproceß so sehr compromittirte Lic. phil. Lasalle auf Requisition des hiesigen Oberprocurators in Berlin verhaftet worden ist. Man sagt, daß bei der kürzlichen Untersuchung gegen Dr. Mendelssohn in Bezug auf Lasalle Thatsachen aufgedeckt worden seyen, die eine solche Maßregel nothwendig gemacht haben. (Rhein. Beob.)

In Emerich hatte man am 11. Febr. Berichte aus Nymwegen, Thiel und Dortrecht vom 8. Abends, denen zufolge in Nymwegen das Eis losgegangen war, sich aber neuerdings wieder festgesetzt hatte und am 7. Abends 8 Uhr noch fest stand, mit 19 Fuß Wasser. Zu Thiel stand das Eis noch oberhalb der Stadt um 8 Uhr Abends mit 15 Fuß Wasser. Zu Dortrecht hatte die Fluth das Eis losgemacht. Die Nord stand aber noch fest.

Posen, 11. Febr. Es darf als gewiß angenommen werden, daß unsere Provinziallandtage noch im Laufe dieses Jahres werden einberufen werden, doch soll noch darüber verhandelt werden, ob deren Zusammentritt unmittelbar nach dem Schlusse der Ausschußsitzungen, also etwa zu Anfang des April, oder erst im Spätherbst, nach beendigter Ernte geschehen solle, weil den Landwirthen ein längerer Aufenthalt von ihren Besitzungen im Frühjahre nicht wünschenswerth seyn dürfte. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Tarnowitz, 8. Febr. In der gegen den hiesigen christkatholischen Prediger Wiezorek, wegen seiner am 25. Mai 1845 hier gehaltenen Reformationspredigt eingeleiteten Criminaluntersuchung, ist nunmehr das erste Erkenntniß des Ratiborer Oberlandesgerichts ergangen. Es lautet auf zwei Monate Gefängniß. Prediger Wiezorek hat von dem Rechtsmittel Gebrauch gemacht. Die gedachte Predigt soll nächstens im Druck erscheinen. (Schles. Z.)

Schleswig-Holstein.

Schleswig, 12. Febr. Dem Vernehmen nach wird der Herzog von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg zur Beerdigung Christian VIII. nach Kopenhagen sich begeben. Se. Majestät der regierende König soll den Herzog mit einem eigenhändigen, sehr freundlichen Schreiben von dem Ableben seines Vaters in Kenntniß gesetzt haben, so wie der verwittweten Königin als Wittwengehalt 30,000 Rbthlr. ausgesetzt seyn sollen. Da man wohl nicht gewünscht hat, daß die Königin ihren Wittwensitz in Schleswig (in Plön kann sie nicht bleiben) aufschlagen möge, weil, wie man gefürchtet, sich dann, vermittelst ihrer Brüder, die Schleswig-Holsteiner um sie concentriren würden, so ist derselben das Schloß Amalienburg oder auch, wie man sagt, das Schloß in Odensee zum Wittwensitze angeboten, was unter diesen Verhältnissen von Ihrer Majestät nicht abgelehnt werden konnte. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Freie Städte.

Frankfurt, 13. Febr. In der gestrigen Versammlung der Mitglieder des physikalischen Vereins erregte das lebhafteste Interesse eine Mittheilung des Professor Böttger, der zufolge ihm vor wenigen Tagen gelungen, neuere sowohl wie ältere werthvolle Drucksachen (besonders Letterndruck und Steindruck) recht scharf und tief schwarz auf Stein überzutragen, so daß davon augenblicklich wieder eine beliebie Anzahl von, dem Originale vollkommen gleichen, Abdrücken auf einer lithographischen Presse hergestellt werden können. Aus Besorgniß jedoch, daß durch Publication dieser höchst interessanten Erfindung, Mißbräuchen aller Art Thor und Thür geöffnet werden, hält Prof. Böttger es für angemessen, vor der Hand nicht in die näheren Details seines Verfahrens einzugehen, legte jedoch eine Anzahl wohlgelungener Ueberdrücke auf Stein sowohl, wie Abdrücke hiervon der Versammlung vor, welche sich eines ungetheilten Beifalls zu erfreuen hatten. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Hamburg, 8. Febr. Seit 48 Stunden steht die auf der neugebauten Steinwärder, dem sogenannten Süd-Hamburg, errichtete Fabrik von tragbarem Gas und ein großes Steinkohlenlager in Brand. Das Feuer entstand in der Gasfabrik und zwar, wie man sagt, durch das Springen einer Vitriolröhre, rasch stand das ganze Fabrikgebäude in Flammen; und da die nöthige Hülfe ausblieb, theilte sich auch die Flamme dem Kohlenlager mit, welches 400 Last Kohlen in sich faßt. (D. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, im Februar. Zur Preisbewerbung in Betreff des hier zu erbauenden Ständehauses sind bei dem Ausschuß 31 Pläne eingelaufen, und bei raschem Angriff des Baues dürfte schon der nächste Reichstag in unsern Mauern abgehalten werden. Der Reichstag in Preßburg besteht an der obern Tafel aus 31 geistlichen und 252 weltlichen Standesherren, ferner an der Ständetafel aus 380 Repräsentanten. Das Personal der Hofkanzlei, der Septemviraltafel, der Kammer, des kk. Causarum-Directoriums und des Palatinalamtes zählt 93 Individuen; die Landtagsjugend kann auf 1000 Köpfe, die Zahl der anwesenden Honoratioren auf 800 angenommen werden, somit beträgt das gesammte Landtagspersonal in runder Summe 2500 Personen, für deren Unterkunft die Hauseigenthümer eine Jahresmiethe von 400,000 fl. C.-M. beziehen. Dazu kommt noch das Dienstgefolge von etwa 1500 Köpfen. Wenn nun diese 4000 Personen, außer dem Quartiergeld, täglich nur 2 fl. verausgaben, so bringt der Landtag, die obige Miethe mit einbegriffen, im Jahre bei 4½ Millionen Gulden in die Geldcirculation der Krönungsstadt und dürfte dieser die ihr bevorstehende Einbuße sehr empfindlich seyn. (C. v. u. f. D.)

Schweiz.

Bern. Eidgenössische Tagsatzung, 16. Febr. Auf den Antrag von Zürich hat sich die Tagsatzung auf unbestimmte Zeit vertagt. Dafür waren 17½ Stimmen. St. Gallen trug darauf an, der Bundesrevisionscommission einige Vollmachten zu ertheilen, das von ihr bearbeitete Bundesproject entweder noch der gegenwärtigen Tagsatzung direct vorzulegen, oder dasselbe dem Vorort mitzutheilen, um solches den Ständen ad instruendum zu übersenden. Darauf wurde entgegnet, daß es in der Stellung des Vororts liege, die Tagsatzung wieder einzuberufen, wenn er es für zweckmäßig erachte. Für den Antrag von St. Gallen waren 4 Stimmen. Nun wird die Bundesrevisionscommission ihre Arbeiten beginnen. Man glaubt, ihre Sitzungen werden öffentlich seyn.

Bern, 15. Febr. Durch Schreiben vom 11. Febr. bittet General Dufour nach nunmehr beendigten Geschäften um seine Entlassung als General. Dr. Kern, als Berichterstatter der Neunercommission, findet nun keinen Anstand mehr, die jüngsthin zurückgehaltenen Anträge zu stellen, nämlich 1) den großen Generalstab zu entlassen; 2) dem Vorort Vollmacht zu ertheilen, die eidgenössischen Repräsentanten zu entlassen, wann und wo er es zweckmäßig findet; 3) den Vorort einzuladen, sowohl dem Generalstab als den eidgenössischen Repräsentanten die Verdankung für ihre geleisteten Dienste auszusprechen.

Die Nachricht des „Schwäbischen Merkur" von der Ankunft der Gräfin Landsfeld in Zürich scheint sich nicht zu bewähren, indem Briefe aus Lindau vom 13. Febr. noch nichts von einer Weiterreise melden. Es hieß in Lindau allgemein, die Gräfin würde das schöne Landgut „Ahrenenberg" in der Schweiz zu kaufen suchen. (Augsb. Abdz.)

Italien.

Neapel, 9. Febr. Abermals sucht ein Polizeiplacat die wegen der noch immer nicht publicirten Constitution aufgeregten Gemüther zu beruhigen, was für heute und morgen noch gelingen wird. Es heißt, daß gestern Abend 6 Uhr das Project dem Könige vorgelegt worden und morgen die Discussion beginnen soll. Man fürchtet den Einfluß der in diesen Tagen zu erwartenden auswärtigen Noten. Lord Minto wurde am Sonntag von dem König und der Königin empfangen und überreichte als außerordentlicher Botschafter seine Accreditive. Marchese Pietracatella wurde auf drei Jahre zum Präsidenten der Akademie der Wissenschaften erwählt. Im Namen des Ministers des Innern erläßt der Polizeidirector Carlo Poërio an die Intendanten der Provinzen eine Verordnung behufs der unverzüglichen Bildung der Nationalgarde. (A. Z.)

Am 11. Febr. ist in Neapel die Verfassung verkündigt worden. Der Eingang dieser wichtigen Urkunde lautet, der „Lega Italiana" zufolge also: „Ferdinand II. Von Gottes Gnaden König beider Sicilien, von Jerusalem rc. In Gemäßheit des selbstherrlichen Actes vom 29. Jan. 1848, mit welchem wir dem einmüthigen Wunsche unserer vielgeliebten Völker beitraten, haben wir aus vollem, freiem und selbsteigenem Willen verheißen in diesem Königreiche eine der Gesittung unserer Zeit entsprechende Verfassung einzuführen, indem wir in wenigen Umrissen die Hauptgrundlagen derselben andeuteten und uns vorbehielten, sie nach dem Entwurfe zu sanctioniren den uns binnen zehn Tagen unser gegenwärtiges Staatsministerium vorlegen würde. Indem wir diesen festen Entschluß unseres Herzens verwirkli-

chen wollen, haben wir in dem ehrfurchtgebietenden Namen des allmächtigen, allerheiligsten, Einen und dreifaltigen Gottes, dem allein gegeben ist, im Innersten der Herzen zu lesen, und den wir laut anrufen zum Richter der Reinheit unserer Absichten und des offenen Treusinns, womit wir gesonnen, diese neuen Wege der Staatsordnung zu betreten, nach reiflicher Prüfung und Anhörung unseres Staatsraths, beschlossen zu verkündigen und verkündigen unwiderruflich mit unserer Sanction folgende Verfassung. (Nun folgen die einzelnen allgemeinen Bestimmungen in 31 §§.; sodann Capitel I. über die gesetzgebenden Kammern, §. 32 bis 42; Cap. II. über die Pairskammer, §. 43 bis 48; Cap. III. über die Abgeordnetenkammer, §. 49 bis 55, über die Wähler, §. 56 bis 62; Cap. IV. über dem König, §. 63 bis 70; Cap. V. über die Minister §. 71 bis 76; Cap. VI. über den Staatsrath §. 77 bis 80; Cap. VII. über die Gerichtsordnung, §. 81 bis 86; Cap. VIII. Vorübergehende Bestimmungen §. 87 bis 88. Den Schluß bildet §. 89, durch welchen alle Gesetze, Decrete, in Kraft befindliche Rescripte in allen gegenwärtiger Verfassung widersprechenden Theilen abgeschafft werden. Die Urkunde selbst ist datirt Neapel, 10. Febr. und unterzeichnet von Serradicapriola, C. Bonanni, Dentice, Torella, G. Scovazzo, F. P. Bozzelli und G. Garzia.) (A. Z.)

Palermo, 6. Febr. Man hat in Palermo und Messina das Versprechen einer Constitution für die Gesammtmonarchie zurückgewiesen, mit der Erklärung, daß Sicilien eine Constitution nicht erst von des Königs Gnade zu erhoffen habe, sondern sie bereits besitze und bei ihr beharre. Das sogenannte „Generalcomitat" hatte sich in den ersten Tagen Februars in eine förmlich gegliederte Regierung gebildet, an deren Spitze Cav. Ruggiero Settimo steht, während die Ministerportefeuilles folgendermaßen vertheilt sind: Krieg und Marine, Fürst Pontellaria; Finanzen, Marchese de Torre Arsa; Justiz, Cultus und öffentliche Sicherheit, Advocat Calvi; Civilverwaltung, öffentlicher Unterricht und Handel, Fürst v. Scordia. Es hieß, das Parlament sollte alsbald berufen, und Sicilien und Neapel sollten Föderativstaaten unter einem König werden.

Mailand, 8. Febr. Der Meuchelmord hat in Mailand seinen Sitz aufgeschlagen. Gestern Abend 7 Uhr wurde in einer sehr belebten Gasse auf zwei Officiere der Garnison geschossen. Der Schuß kam von hinten, verfehlte aber glücklicherweise sein Ziel und der Thäter flüchtete sich in ein Haus, wo er von der Polizei ergriffen wurde. Er hatte einen Hut alla Calabrese auf, und ist aus einem guten Hause. (A. Z.)

Spanien.

Aus Madrid, 9. Febr. schreibt man von 20 Officieren, sogenannten Centralisten, welche nach Neapel abgereist seyen, um der Revolution ihren Degen anzubieten. (Span. Bl.)

Nachdem General Serrano von den Zafarinen auf der Küste des Rif Besitz genommen, kehrte er am 3. Febr. nach Madrid zurück. Die spanische Expedition sollte, wie man sagt, im Lande vorrücken, um ein Territorium um Melilla zu erobern; allein dieß Projekt wurde auf eine andere Zeit verschoben, da in diesem Augenblicke die Marokkaner, bei Gelegenheit der Verfolgung Abd-el-Kaders, in diesem Landstriche in zu großer Masse sich vereinigt hatten.

Frankreich.

Paris, 16. Febr.

In der Pairskammer zeigte gestern der Präsident den Tod des Grafen Philipp Ségur (Verfassers der Geschichte Napoleons und der großen Armee im Jahr 1812) an. Heute beschäftigte sich diese Kammer mit dem Gesetzentwurf über die Arbeit der Kinder in Fabriken, Werkstätten ꝛc.

Die Abtheilungen der Abgeordnetenkammer verhandelten den Gesetzesentwurf über das Verbot, den Abgang vom Amte sich abkaufen zu lassen, wobei verlangt wurde, daß zur Aburtheilung der Zwischenträger in einem solchen Handel die Zuständigkeit der Assisenhöfe oder Zuchtpolizeigerichte ausgesprochen werde.

Die Officiere der Nationalgarde, etwa sechzig an der Zahl, haben in einer am Freitag Abends stattgehabten Versammlung von Oppositionsdeputirten erklärt, sie würden dem Zuge der Deputirten zu dem Bankett beiwohnen, auch an die übrigen Nationalgardisten von Paris die Einladung zu gleichem Zweck ergehen lassen, aber alle würden und müssen ohne Waffen erscheinen, lediglich zu Aufrechthaltung der Ordnung, und entschlossen umzukehren auf die erste Aufforderung der Behörde, und beim geringsten Vorzeichen eines Zusammenstoßes alle anwesenden Bürger zum ruhigen Auseinandergehen aufzufordern.

Bei der herrschenden Aufregung und den Befürchtungen oder Erwartungen die sich daran knüpfen, erregen die Verhandlungen der Kammern, bei denen es ziemlich zerstreut hergeht und die mit Mühe die erforderliche Mitgliederzahl um berathen zu können zusammenhalten, nur geringe Aufmerksamkeit.

Der „Constitutionnel" behauptet, die Regierung habe Truppen herangezogen und bei den Garnisonen in der Nachbarschaft alle Anstalten getroffen um mittelst der Eisenbahnen schnell 60 bis 80,000 Mann in der Hauptstadt vereinigen zu können. Sowie neue Regimenter einrücken, würden die Corpschefs von Generalstabsofficieren des Platzes, beiderseits in bürgerlicher Kleidung, auf die Punkte geführt, welche ihre Leute im Fall eines Lärmsignals einzunehmen hätten. Ein Theil der Truppen nicht bloß in Paris, sondern auch in der Banlieue werde jeden Tag in den Casernen bereit gehalten. In Vincennes seyen die Batterien hergerichtet, und die Kästen nicht blos mit Pulver und Kugeln, sondern mit Kartätschenbüchsen versehen.

Toulon, 12. Febr. Die Dampffregatte „Descartes," mit dem Baron v. Bussières, unserm Botschafter in Neapel an Bord, hat heute die Anker gelichtet. Man versichert der „Descartes" werde vorläufig an den Küsten beider Sicilien bleiben, wo sich bereits die Dampffregatte „Vauban" und zwei kleinere Dampfer, „Tonnerre" und „Pingouin", befinden. Die englische Marine ist in den dortigen Gewässern in sehr thätiger Bewegung. Die Dampffregatten „Bulldog" und „Gladiator," das Linienschiff „Vengeance" die Fregatte „Thetis", der Dampfer „Porcupine" und die Brig „Arlequin" wurden nach und nach von dem Admiral Parker nach der Küste von Sicilien abgeschickt, und es ist nicht zu läugnen, daß die englische Regierung dort einen bedeutenden Einfluß genießt. Am 2. Febr. hatte ein englischer Kauffahrer „Argo," Flüchtlinge von König Ferdinands Partei aus Palermo nach Malta gebracht. Der Marquis v. Fardella, der Herzog v. Sorrentino, beide mit ihren Familien, Don Francisco Criffatoli, Polizei-Intendant, und Don Gabriel Beglia, Obrist der Gendarmerie, werden genannt. Man schreibt aus Malta, daß die englische Flotte unverweilt eine Verstärkung von zwei Dampffregatten erwartet. Der Admiral Parker läßt die Rüstungen der Oesterreicher im adriatischen Meer sorgfältig überwachen. Die Ereignisse dürften mit dem Frühjahr eine ernste Wendung nehmen. Delcarretto befindet sich im Lazareth zu Marseille, wo er Quarantäne hält. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 15. Febr.

Das Haus der Lords hat seit dem Wiederbeginn der Session noch keine eigentliche Sitzung gehalten; so vertagte es sich auch gestern wieder nach wenigen Minuten Beisammenseyns. — Im Hause der Gemeinen ward eine Anzahl Petitionen für und gegen die Judenemancipationsbill, deßgleichen gegen jede Vermehrung der Armee und Flotte übergeben; der Friedensprediger Cobden namentlich überreichte eine solche aus Sheffield mit 13,900 Unterschriften. Auch der bekannte R. Owen hat dem Haus eine Denkschrift eingereicht, worin er seine „Parallelogramm"-Ansichten über diese Frage auseinandersetzt.

In der heutigen Sitzung im Hause der Gemeinen erklärte Lord Palmerston auf eine an ihn gestellte Frage, die Sendung Lord Mintos nach Rom sey des diplomatischen Charakters entkleidet (Lachen); wohl habe er Beglaubigungsschreiben an die Höfe von Turin, Florenz und Neapel, die Sendung sey aber, wie gesagt, ohne diplomatischen Charakter, er sey deßwegen auch außer Stand, dem Hause stattgefundene Correspondenzen vorzulegen (wiederholtes Lachen.) Dessen ungeachtet verlangte Dr. Bowring Mittheilung von Abschriften oder Auszügen der Correspondenz in Betreff des italienischen Zollvereins. Dabei ließ er wieder den Fuchsschwanz sehen in schmeichelhaften Worten an Sardinien, das im italienischen Bund die Rolle Preußens im deutschen Zollvereine spiele, indem es sich an die Spitze der „Bewegung für die Handelsfreiheit", d. h. die Erleichterung der Eingangszölle für englische Waaren, stelle. Bei Abgang der Post sprach Lord Palmerston. — Im Hause der Lords beantragte der puseyitisch gesinnte Bischof von Exeter die Aufhebung der gegen die Capitel gesetzlich bestehenden Strafandrohung für den Fall, daß sie nicht den Vorgeschlagenen der Krone zum Bischof wählen.

Se. Excellenz Mons. Badini ist mit einer besondern Sendung des Papstes an die britische Regierung hier angekommen. Se. Excellenz hatte bereits eine Unterredung mit dem Staatssecretär des Auswärtigen. Auch befand sich dieser Prälat unter den ausgezeichneten Personen, die zuletzt von der Viscounteß Palmerston empfangen wurden.

In Manchester sind in der Fabrik des Hrn. Thomas Ridley durch das Springen eines Dampfkessels acht Personen umgekommen.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Paris, 16. Febr. 3pCt. 74 Fr. 30 C; 5pCt. 117 Fr. — C.

London, 15. Febr. Consols 89' ,.

Münchener Schrannen-Anzeige vom 19. Februar 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	3176	2984	192	20	7	—	30	—	—
Korn	1853	1510	343	12	46	—	38	—	—
Gerste	6412	5658	754	11	3	—	26	—	—
Haber	1283	1249	34	4	39	—	10	—	—

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 22. Februar: „Herzog Christoph der Kämpfer, Schauspiel in 5 Acten von Dr. H. Th. Schmid.

Anzeige.

Mittwoch den 23. Februar findet vom Unterzeichneten die zweite und letzte

Redoute

im k. Odeon statt. Billeten sind wie immer bei Falter und Sohn zu haben.

Streck.

Todesanzeige.

2286. Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern innigstgeliebten Gatten und Vater,

Balthasar Demmelmayer,

genannt beim Oschenbräu in Pöttmes, heute Morgen um 2 Uhr nach langen Leiden, gestärkt durch den Empfang der heiligen Sterbsacramente, in ein besseres Jenseits abzurufen.

Ich theile diese Trauerkunde allen Verwandten, Bekannten und Freunden mit, empfehle mich Ihrem fernern Wohlwollen und bitte um stille Theilnahme.

Pöttmes, den 15. Februar 1848.

Crescentia Demmelmayer
mit ihren drei unmündigen Kindern und sonstigen Verwandtschaft.

Augsburg, 17. Febr. Nachdem die in München bei Leonhard Henzel erschienene Broschüre: „Bericht aus München über die Ereignisse des 9., 10. und 11. Februar 1848", vor uns liegt, sehen wir uns veranlaßt, den Verfasser wegen der darin gegen die „Augsburger Abendzeitung" mit schaamloser Frechheit erhobenen schandvollen Bezichte für einen „Lügner" zu erklären.*)

Die Redaction der „Augsburger Abendzeitung."

J. C. Wirth. H. Fr. Oßwald.

*) Aus Versehen ist obenstehende Erklärung verflossenen Sonnabend zurückgeblieben.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 45.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nr. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 30 kr.

Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum nach zu 6 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag — XLIX. Jahrgang. — 22. Februar 1848.

Deutschland.

Bayern.

*†München, 22. Febr. Wegen Ableben Sr. Maj. des Königs von Dänemark Christian VIII. hat Se. Maj. der König eine dreiwochentliche Hoftrauer vom 20. d. M. bis 11. März anzuordnen geruht.

*München, 21. Febr. Einem (nicht verbürgten) Gerüchte nach soll man damit umgehen, den Redemptoristen-Orden aus Bayern zu entfernen. — Hofrath Thiersch ist zum Präsidenten der königl. Akademie der Wissenschaften für die Dauer von drei Jahren ernannt worden. — Ein Anschlag am schwarzen Brette der Universität gibt den Studirenden das Recht, sich in Clubbs, die jedoch ein Maximum von hundert Mitgliedern nicht übersteigen dürfen, zu vereinigen. Auch ist denselben die nachgesuchte Erlaubniß einer zu gründenden Liedertafel ertheilt worden. — Heute Nachmittags 4 Uhr fand das Leichenbegängniß des dahingeschiedenen Professors Zuccarini statt, welchem die Professoren der Universität, so wie eine große Anzahl von Studirenden folgte. — An Görres Stelle soll Dr. Fallmereyer berufen seyn, was für unsere Hochschule eine äußerst wichtige Acquisition wäre, da Fallmereyer ein Mann der tiefsten Wissenschaft ist. — Eine bei L. Henzel erschienene Brochüre „Bericht aus München über die Ereignisse des 9., 10. und 11. Febr. erfüllt ihren Zweck nicht; denn statt einer kräftigen klaren Darstellung der jüngsten Vorfälle bietet sie nur ein gehaltes geschraubtes Unding, welchem man die Speculation auf den ersten Blick ansieht, und das außer einigen übel vorgebrachten Ausfällen auf Augsburger Journale, noch obendrein der Unwahrheiten so manche in sich faßt, wie z. B. der Dolchstich, den ein Alemanne einem Studirenden beigebracht haben soll. (?)

*München. Hofrath Thiersch, der als Rector Magnificus der Universität bei den letzten stürmischen Ereignissen durch seine umsichtigen Anordnungen und den Einfluß seiner Beredtsamkeit den Geist der Mäßigung und Gesetzlichkeit unter den Studirenden so kräftig und rühmlich zu erhalten wußte, hat so eben die literarische Welt durch eine ausgezeichnete poetische Spende erfreut. Es sind dies sechs von ihm in Sicilien bei seinem dortigen Aufenthalte im Jahre 1845 gedichtete in der hiesigen Buchhandlung von Christian Kaiser im Druck erschienene Sonette, deren phantasiereicher Schwung, Gefühlswärme und Gedankenfülle im gegenwärtigen Augenblicke eine um so ergreifendere Wirkung üben müssen, da sich in Folge des Umschwunges der Dinge in Sicilien und Neapel jenem Lande die allgemeinste Theilnahme zugewendet hat.

††München, 21. Febr. Durch allerhöchstes Rescript wurde der Actuar des Forstamts Amberg Franz Spörlein zum provisorischen Revierförster der Revier Büchelberg, Forstamt Waldsassen, ernannt. Die Nebenzollamtscontroleurstelle zu Kiefersfelden, Hauptzollamts Rosenheim, wurde dem Assistenten und fungirenden Nebenzollamtscontroleur Heinrich Krämer zu Zwiesel provisorisch verliehen. Der Salzbeamte Michael Kopf in Aschaffenburg wurde seiner Bitte gemäß vom Antritte der Salzbeamtenstelle in Nürnberg entbunden und auf seiner bisherigen Dienstesstelle zu Aschaffenburg belassen; statt dessen auf das Salzamt Nürnberg der nach Aschaffenburg ernannte Salzbeamte, vormalige Patrimonialrichter Conrad Schäffer versetzt. Die Grenzobercontroleurstelle in Pfronten dem Grenzoberaufseher zu Pferd Franz Xaver Koch, zur Zeit fungirenden Grenzobercontroleur zu Lenggries, Hauptzollamts Mittenwald, provisorisch verliehen. Der bisherige I. Assessor des Landgerichts Eltmann K. Amersbecher erhielt die eröffnete Landrichterstelle zu Hilders verliehen. Die eröffnete I. Assessorstelle beim Landgericht Kronach wurde dem dermaligen II. Assessor daselbst G. Ott und die hierdurch erledigte II. Assessorstelle dem Appellationsgerichts-Accessisten F. N. Schreiner aus Bamberg verliehen.

München, 22. Febr. Das gestern erschienene königl. Regierungsblatt (Nr. 6) enthält: I. In der Sitzung des königl. Staatsraths-Ausschusses vom 31. Jan. l. J. wurden entschieden die Recurse: 1) des Nicolaus Oelschlegel von Langenbach, Landgerichts Naila, in Oberfranken, wegen einer Forstfrevelstrafe; 2) des Bräuers Johann Hümmler zu Geldersheim, Landgerichts Werneck im Regierungsbezirke von Unterfranken und Aschaffenburg, — wegen einer Malzaufschlags-Defraudationsstrafe; 3) der Gemeinde Igenhausen, Landgerichts Aichach in Oberbayern, wegen Schaftriebes von Seite der Wittwe Crescentia Erhart und des Johann Lechner daselbst; 4) des Nicolaus Oelschlegel von Langenbach, Landgerichts Naila in Oberfranken, wegen Verurtheilung seiner Söhne in eine Forstfrevelstrafe; 5) des Kreisfiscalats von Schwaben und Neuburg in der Untersuchungssache gegen den Bräuer Georg Prechter, von Oettingen, wegen Verleitgebung saueren Bieres, nun die Kosten der II. Instanz betreffend; 6) der Gemeindeglieder von Grauwinkel und Cons. im Landgericht Hilpoltstein, Regierungsbezirks der Oberpfalz und von Regensburg, in Sachen gegen die Wittwe Monika Kammerer zu Auhof wegen Ablösung der Schafweide; 7) des Rittergutsbesitzers Christian Jacob Carl Frhrn. v. Welser zu Neunhof, Landgerichts Lauf in Mittelfranken, in Sachen gegen die dortigen Grundbesitzer, wegen Entschädigung für Schafweide; 8) des Fiscalats von Schwaben und Neuburg, bezüglich der Untersuchung gegen den Bräuer Gump von Westendorf, Landgerichts Wertingen, wegen Ausschenkens ungesunden Bieres. An das königl. Ministerium des Innern wurden abgegeben, die Recurse: 9) der Gutsbesitzer Albrecht Wahler und Cons. zu Ober- und Unter-Fürberg, Landgerichts Nürnberg in Mittelfranken, in ihrer Differenz mit der Stadtgemeinde Fürth, wegen Streubezuges aus dem Fürther Stadtwalde; 10) der Gemeinde Hofheim, Landgerichts gleichen Namens im Regierungsbezirke von Unterfranken und Aschaffenburg, in Sachen gegen die freiherrl. v. Truchseß'sche Gutsherrschaft von Bettenburg, wegen Kriegskostenausgleichung; 11) der Gemeindeverwaltung zu Gochsheim, Landgerichts Schweinfurt im Regierungsbezirke von Unterfranken und Aschaffenburg, wegen der dem Zehntgebotschreiber Rath. Schreiber daselbst zugestandenen Theilnahme an den Nutzungen des Gemeindevermögens; 12) des Advocaten Stauber in Schweinfurt wegen Gebührenabstriches in der vorbemerkten Sache; 13) des Bürgermeisters Karl Franz Steinlein von Pappenheim gegen den Stadtmagistrat Pappenheim, gräfl. Herrschaftsgerichtes gleichen Namens, in Mittelfranken, wegen Kriegskosten-Ersatzansprüchen; 14) des Landgerichts-Assessors Eder zu Pleinfeld in Mittelfranken, wegen Ersatzleistung in der forstpolizeil. Untersuchung gegen Johann Stephan Wolkersdorfer in Mäbenberg.

(Fortsetzung folgt.)

=Vom Mittellech, 14. Februar. (Schluß.) ad 1. Wir ersuchen die Leser dieses Blattes, die II. Beilage selbst nachzulesen und fragen, was hat denn der Hr. Bischof von A. gegen dieselbe gesündiget? Er hat dem beinahe einstimmigen Wunsche seines Clerus und dem richtig vorausgesetzten Verlangen des bei weitem größern und bessern Theils seiner Diöcesanen entsprechend, die durch allerhöchste Verordnung vom 23. Okt. 1806 auf den III. Sonntag im October vereinigten Kirchweihfeste, d. h. die Feier dieses Festes in der Kirche und den vom apostolischen Stuhl auf denselben Sonntag verlegten Kirchweihablaß auf diesem Tage be-

Die Allerheiligen-Nacht im Jahre 1805.

(Eine Novelle aus K. Büsel's ungedrucktem Nachlasse.)

(Fortsetzung.)

Einander die Hände fassend, saßen Franz und Antoinette, stumm vor sich hinblickend, auf dem rothsammtenen Sopha, als auf einmal sich ihr Schweigen löste. Das Porträt des Vaters, in der Uniform eines Schützenmajors, hing gerade vor ihnen. Zur Linken und Rechten waren die Gemälde, die Vertheidigung der hohen Kufsteuchl und den kühnen Angriff der Franzosen darstellend. Unter dem Bilde des Vaters befand sich die Inschrift: „Dem entschlossenen Bertold v. S . . ., dem Leonidas des Gebirges.“ Eine tiefe Narbe über die linke Stirne bis zum Mundwinkel vermochte nicht, die edlen Züge des Mannes zu entstellen, der mit überzeugender Beredtsamkeit persönlichen Muth in allen Gefahren und Situationen stets verband, und mit durchdringendem Verstande schnell Rath zu schaffen wußte. Die hohe, schlanke Gestalt mit dem feurigen Ausblick, schaute voll Ernst auf die Liebenden herab, und mahnte sie, sich fest aneinander zu schließen und sich ewige Treue zu schwören. Antoinette, ganz das Ebenbild des Vaters, ganz der Reiser des einst herrlich blühenden Jünglings, ganz der bezaubernde Achilles in Mädchengestalt, und mit den weichen, bezaubernden Lineamenten der schamerröthenden Jungfrau die Reize üppiger Jugendfülle vereinend, blickte abwechselnd vom Bilde des Vaters auf den künftigen Bräutigam, der, wie von einer Ahnung gemahnt, den Arm um ihren blendend weißen Nacken schlang, und im Anschauen versunken, sie immer näher und näher zu den Gemälden hinzog.

Die Flügelthüren eines nahen Gemaches öffneten sich geräuschvoll und schlugen wieder donnernd zu. Sporen klirrten über die Treppe hinunter — das ganze Schloß schien in Bewegung, und auf der Straße trabte und scharrte es, und stampfte und schnaubte, als rückte ein Reiterregiment heran.

Die Liebenden fuhren augenblicklich vor Schrecken zusammen; schnell war der Arm des Jünglings vom Nacken des Mädchens; aber sie umfaßte mit dem ihrigen den Theuren, den sie schwärmerisch wie eine Julie ihren Romeo liebte, mit dem sie vor einigen Wochen auf der Privatbühne begeistert in manchem kleinen Schauspiele zum Vergnügen in mancher Rolle debütirte — mit dem sie die Wahrheit spielte, als wie ein Geist der Vater vor ihnen stand.

Sie wußten nicht, wie sich die Thüre öffnete, wie er hereintrat. Er fand sie in dieser zärtlichen Umarmung und konnte nicht zürnen, dieses Engelpaar, Aug in Aug versenkt, mit dem unschuldsvollen Ausdruck reiner Naturen zu treffen. (Fortsetzung folgt.)

lassen. Er hat also keine „Anordnung über den äußern Gottesdienst, dessen Ort, Zeit, Zahl ꝛc. erlassen (§. 76 a.) sondern einer einseitigen und ohne alles vorausgegangene Benehmen mit der kirchlichen Gewalt verfügten Anordnung der Staatsgewalt, seinem Gewissen gehorchend, seinen Beifall nicht geschenkt. Wenn der Staat nach §. 78 das Recht hat, bei Gegenständen gemischter Natur, „sobald von Seite der Kirche etwas verordnet wird, alles zu hindern, was dem öffentlichen Wohle nachtheilig seyn könnte," so sollte man es der Kirche, hier dem mit seinem Clerus von gleicher Gesinnung beseelten Bischof, nicht so hoch anrechnen, wenn er Anordnungen des Staats, die, wie sich haarscharf beweisen läßt, dem öffentlichen moralischen und finanziellen Wohle auf eine kaum geahnte Weise wirklich nachtheilig sind, abgeändert oder wieder aufgehoben wünscht. Und worin besteht denn „die Feier dieses Festes in der Kirche", welche „verweigert" wurde? Darin, daß an diesem Tage das Evangelium vom Zöllner Zachäus (Luk. XIX. 1—10) verlesen und gewöhnlich über den Text: „Heute ist diesem Hause Heil wiederfahren" oder über einen ähnlichen gepredigt wird. Alles übrige ist im Wesentlichen in der Kirche wie an andern Sonn- und Festtagen. Im Bisthum Augsburg gehört der Kirchweihsonntag unter diejenigen, an welchen keine nachmittägige Katechese gehalten wird, wahrscheinlich darum, weil um diese Zeit die christenlehrpflichtige Jugend größtentheils schon betrunken ist, oder nur mehr den Tanzboden im Kopfe hat. Dieß also ist der ganze Unterschied. Daß aber in Bayern, wenn von dem „Kirta" die Rede ist, niemand an den Kirchweihablaß denke, geht daraus hervor, daß an diesem Tage niemand zu beichten verlangt und das Getriebe außer der Kirche von der Art ist, daß es mit Buße und Ablaß im grellsten Widerspruche steht. Auch ist der Ablaß unter den „gemischten Gegenständen" nicht aufgeführt, und kann als etwas rein Geistliches oder Kirchliches gewiß nicht unter dem „u. s. w." des §. 76. a. subsumirt werden. Allein es ist in dieser Stelle auch von der „Zeit des Gottesdienstes" die Rede, es wurde also vielleicht hierin die Verfassung verletzt. Wir haben aber gesehen, daß nicht der Bischof, sondern die Staatsgewalt über die Zeit, d. h. den Tag, an welchem das Kirchweihfest gehalten werden darf, verfügt hat. Die Stunde, in welcher über das Evangelium vom Zöllner Zachäus gepredigt wird, ist ganz dieselbe geblieben, wie an allen anderen Sonn- und Festtagen. Und was kann denn im Grunde dem Staat daranliegen, ob dieß am III. Sonntag im October oder an einem anderen Sonntag des Jahres geschieht? Ist ja doch die Hauptsache bei der ganzen Geschichte nach dem Urtheile unseres Volks der Bierverbrauch so wie alle übrigen hiebei üblichen Arten von Schwelgerei und Ausgelassenheit. Diese werden aber nicht im mindesten beeinträchtigt oder geschmälert, ob kirchliche Feier und Ablaß an diesem oder jenem Tage gestattet sind. Es ist ein unbegreiflicher Eigensinn mancher Gemeinden, daß sie zu ihren heidnischen Bacchanalien durchaus eine katholisch-kirchliche Feierlichkeit als Einleitung haben wollen. Daß das Verfahren des Hrn. Bischofs von Augsburg nicht gegen §. 76 lit. b. anstieß, springt in die Augen, da es sich nicht um „Beschränkung oder Aufhebung" der nicht zu den wesentlichen Theilen des Cultus gehörigen Feierlichkeiten ꝛc. handelte. Indeß lassen sich zwischen unsern Gegenstand und dem §. 76. lit. f. einige Berührungspunkte auffinden; aber uns will scheinen, es habe hier die kirchliche Autorität mehr im Sinn und Geist der Verfassung gehandelt, als die Staatsgewalt. Wenn Vervielfältigung des Luxus, der Trunkenheit, der Tanzmusiken, der Nachtschwärmerei und der daraus entspringenden Sittenlosigkeit die Kraft und Blüthe der Gesundheit unserer heranwachsenden Generation schwächen und entnerven — und dieß alles ist nothwendige Folge unserer Kirchweihen — so würde wohl durch Vereinigung derselben auf einen Tag die „Gesundheitspolizei" wenigstens in so weit am besten gehandhabt werden. Welch ein Sturm des Unwillens und der Entrüstung würde sich erhoben haben, wenn von Seite des Episcopates eine Maaßregel ausgegangen wäre, von deren Verderblichkeit für das „öffentliche Wohl" (§. 78) alle Staatsbeamten eben so überzeugt gewesen wären, wie es der Gesammtclerus Bayerns ist in Betreff der Wiedergestattung der Kirchweihen?! Wir glauben daher, daß in den angeführten Puncten die Verfassung nicht verletzt wurde und die Rüge des Ministeriums gegen den Hrn. Bischof von Augsburg eine unverschuldete und unverdiente war. ad 2. Kürzer können wir uns fassen bei der Beschuldigung wegen Umgehung des königl. Placets (§. 58 und 61.) Uns scheint, der hart getadelte Bischof habe den zwischen beiden angeblich verletzten Paragraphen inneliegenden §. 59. derselben II. Beilage zur V.-U. im Auge gehabt, wo es heißt: „Ausschreiben der geistlichen Behörden, die sich bloß auf die ihnen untergeordnete Geistlichkeit beziehen und aus genehmigten allgemeinen Verordnungen hervorgehen, bedürfen keiner neuen Genehmigung." Noch klarer spricht in Beziehung auf die doppelte Anschuldigung (Nro. 1 und 2) das Concordat im Artikel XII: „In Leitung der Diöcesen sind die Erzbischöfe und Bischöfe befugt, alles dasjenige auszuüben, was ihnen vermöge ihres Hirtenamts Kraft der Erklärung oder Anordnung der kanonischen Sazungen nach der gegenwärtigen und vom heiligen Stuhl bestätigten Kirchendisciplin zusteht, insbesondere .... c. nach Erforderniß des geistlichen Hirtenamtes sich dem Clerus und dem Volke der Diöcese mitzutheilen und ihren Unterricht und ihre Anordnungen in kirchlichen Gegenständen frei kund zu machen" ꝛc. (Man vergleiche noch Art. XVI. und XVII.) Nun ist aber doch gewiß die Belassung des Zachäusevangeliums, des Kirchweihablasses und der dem Volke ohnehin unverständlichen lateinischen Kirchweihvesper auf dem III. Sonntag im October eine bischöfliche „Anordnung in kirchlichen Gegenständen," welche „frei kund zu machen" der bayerische Episcopat concordatmäßig berechtigt ist. Wenn dem nicht so wäre, wo bliebe denn das Wort im Eingang der Verfassung: „Gewissenhafte Scheidung und Schüzung dessen, was des Staates und der Kirche ist?" Zwar scheinen die hieherbezüglichen Bestimmungen des Religionsedikts (II. Beil. zur V.-U.) und des Concordates sich zu widersprechen. Ist dieß aber wirklich der Fall, so tritt die Erklärung der bayerischen Staatsregierung in Kraft: „Daß das Concordat als Staatsgesez gelten, und der Inhalt der Constitution insoweit derselbe mit den Bestimmungen des Concordats zu streiten scheine, lediglich nur auf die bürgerlichen Verhältnisse (hier also doch wohl die bürgerliche mit Schmaus, Trunk, Tanz ꝛc. begangene Kirchweihfeier betreffend) sich beziehen solle." (Röm. Bullarium v. L. M. Eisenschmid II. Bd. S. 727.) Aus dieser Erörterung ziehen wir die Schlußfolge: Die bayerischen Erzbischöfe und Bischöfe sind berechtigt, die kirchliche Feier der sogenannten Kirchweihen auf den III. Sonntag im October zu verlegen, wenn es von einer andern Seite noch nicht für rathsam gehalten werden sollte, auf diesen Tag auch die bürgerliche Feier dieses Festes zu vereinigen. Sollte jedoch unsere wohlmeinende Ansicht eine falsche seyn, so werden wir gründliche Belehrung und Zurechtweisung mit Dank entgegennehmen.

Baden.

Karlsruhe, 18. Febr. (XXVI. Sitzung der zweiten Kammer.) Nach einer Anzeige des Präsidenten haben die beiden Commissionen, welche zur Prüfung der Gesezesvorlagen über Gewerbe- und Kapitaliensteuer ernannt sind, sich vereinigt, um diese Gegenstände gemeinsam zu berathen. Mathy, als Mitglied einer dieser Commissionen, entwickelt die diesfälligen Gründe und wünscht, es möge sich die Presse mehr als bis dahin geschehen, mit der Veröffentlichung beider Gesezesvorlagen befassen, damit Jene, welche dabei hauptsächlich betheiligt sind, nicht nur ihre Wünsche und Ansichten durch Petitionen oder durch Privatschreiben an einzelne Abgeordnete an den Tag legen, sondern auch in die Sache selbst näher eingehen und practische Vorschläge machen könnten. — Der Präsident eröffnet die Berathung des Bassermannschen Berichtes über die Vergleichung der Budgetsäze mit den Rechnungsresultaten für die Jahre 1844 und 1845, so weit sie das Ministerium des Innern und folgende Titel betreffen: 1. Einnahmen und Einnahmslasten der Amtscassenverwaltung: Hier stellt die Commission den Antrag: die Einnahmen der beiden Jahre mit 283,364 fl. 52 kr. und die Ausgaben mit 18,446 fl. 36 kr. anzuerkennen. (Ueber Titel 2 bis mit Titel 6 wird Dennig berichten) Titel 7 eigentlicher Staatsaufwand, Titel 8 Aufwand für die Bezirksjustiz und Polizei, Titel 9 Aufwand für allgemeine Sicherheitspolizei, Titel 10. Unterrichtswesen, Titel 12 Aufwand für den Cultus, Titel 13 Aufwand für milde Fonds und Armenanstalten. Hier stellt die Commission den eigentlichen Staatsaufwand der Titel 7 bis 13 zusammenfassend den Antrag: Die Kammer möge unter Abzug der bei §. 39 des Titels 8 erwähnten 240 fl. die Ausgabe der Gesammtsumme von 4,242,257 fl. 25. kr. als gerechtfertigt anerkennen. Der hier erwähnte Posten von 240 fl. ist ein Zuschuß, den die Regierung im Jahr 1844 der Redaction des Lahrer Kalenders unter der Bedingung gegeben, daß sie in dem Kalender 1845 ohne Preiserhöhung den Umfang ihrer lehrreichen Aufsäze um einen Bogen vermehrte. Da jedoch, sagt der Bericht jener Kalender im Jahre 1844 einen nicht unparteiischen Artikel über die Abgeordnetenwahl und gehässige Bemerkungen gegen den Advocatenstand lieferte, auch die Staatsmittel für Unterstüzung einer solchen Wirksamkeit nicht bestimmt seyen, so müsse die Commission, welche Unterstüzungen der Presse irgend einer Partei nicht gutheißen könne, den Antrag stellen: Die Kammer wolle die Verausgabung besagter 240 fl. nicht anerkennen und die Großherzogl. Regierung auffordern, für den Rückersaz dieser Summe Sorge zu tragen. Nach einer längeren zum Theil heftigen Berathung stellt Richter den weitern Antrag: nicht nur diese 240 fl. sondern alle übrigen bis dahin auch an andere öffentliche Blätter von der Regierung geleisteten Unterstüzungen zurückzuverlangen, beziehungsweise, die früher schon, jedoch erfolglos stattgehabten Reclamationen zu erneuern. Bei der Abstimmung nimmt die Kammer die Commissionsanträge, so wie diesen Antrag Richters, lezteren jedoch nur mit einer Mehrheit von einer Stimme an. (Schw. Mkr.)

Sächsische Herzogthümer.

Meiningen, 10. Febr. Aus zuverläßiger Quelle vernimmt man, daß der Herzog dem Präsidenten des Oberlandesgerichts in Hildburghausen, Geheimrath Dr. v. Fischern, Auftrag zum Entwurf eines auf Mündlichkeit und Oeffentlichkeit gebauten Criminalprocesses ertheilt hat. (Wes. Z.)

Kurhessen.

Kassel, 14. Febr. Das Ministerium hat durch einen förmlichen Beschluß die Adressen und sonstigen Demonstrationen zu Gunsten der schweizerischen Eidgenossenschaft, so wie Subscriptionen und Manifestationen für Beseler untersagt. (Berl. N.)

Preußen.

Berlin, 18. Febr. Großes Aufsehen macht die Ausweisung der Gräfin Hatzfeld, welche hieher gekommen war, um ihre Begnadigung von Sr. Majestät zu erbitten. (C. v. u. f. D.)

Oesterreich.

Wien, 15. Febr. In Betreff der durch das Gerücht vermuthlich vergrößerten Reformentwürfe unserer Regierung vernimmt man jezt, daß vorgestern die bereits im October v. Js. von uns gemeldete, damals schon beschlossene Trennung der italienischen Angelegenheiten von der hiesigen Hofkanzlei, durch Errichtung einer eigenen lombardischen Hofkanzlei, definitiv festgesezt wurde. Eine eigene italienische Hofkanzlei mit, die italienischen Angelegenheiten genau kennenden, Staatsbeamten wird unverzüglich ins Leben treten. Man nennt bereits die Namen der aus 6 Hofräthen und vier königl. Räthen zusammengesezten Kanzlei, unter denen als Präsidialhofrath der bisherige Hofrath v. Call von Venedig oben an steht. Von den bisherigen Räthen des Erzherzog-Vicekönigs kehren die drei längstbezeichneten hieher zurück. (Nurnb. C.)

Italien.

Rom, 14. Febr. Se. Heiligkeit Papst Pius IX. berief heute in der Frühe alle in Rom anwesenden Cardinäle zu einem außerordentlichen geheimen Consistorium auf dem Quirinal zusammen. Promotionen von Prälaten unterblieben, da es einzig und allein durch die drohenden Volksdemonstrationen der lezten Woche veranlaßt zur Discussion über die nöthigen Maßnahmen aufgefordert ward. Vorzüglich aber wollte Pius IX. in der fünfstündigen Berathung das Gutachten der Cardinäle über die Bildung seines neuen Ministeriums erfahren. Denn alle haben abgedankt, ohne daß jedoch außer dem Entlassungsgesuch des Cardinals Riario-Sforza, des Monsignor Savelli und des Monsg. Rusconi ein anderes höchsten Orts angenommen worden wäre. Dem Cardinal Riario folgte der seit vorgestern Abend officiell ernannte Graf Pasolini (Deputirter der Provinz Ravenna in der Staatsconsulta) als Minister des Handels, der Gewerbe, der schönen Künste und des

Ackerbaues; dem Monsg. Rusconi als Minister der öffentlichen Arbeiten der Advocat Sturbinetti (bisher Conservator des römischen Volks und Senats;) dem Monsg. Savelli als Polizeiminister der Fürst di Teano, Don Michelangelo Commendatore Caetani. Also wirklich drei weltliche Minister. Letzterer hat vorgestern und gestern Abend sein Amt dadurch eingeleitet, daß er mit den Carabinieri die Stadt durchzog und über hundert jener Schreier verhaftete, welche am vergangenen Dienstag mit dem wahnsinnigen Ruf: „Nieder mit den Priestern!" das geistliche Rom ängstigten. (A. Z.)

Neapel. (Die neapolitanische Verfassung.) Allgemeine Bestimmungen. Art. 1. Das Königreich beider Sicilien ist fortan eine gemäßigte, constitutionelle Erbmonarchie mit repräsentativen Formen. Art. 2. Die Gebietseintheilung bleibt dieselbe wie bisher, und kann nur in Folge eines Gesetzes geändert werden. Art. 3. Die einzige Staatsreligion wird immer die römisch-katholisch-apostolische seyn, ohne daß jemals die Ausübung irgend einer andern Religion gestattet werden könnte. Art. 4. Die gesetzgebende Gewalt wohnt gemeinschaftlich dem Könige und einem aus einer Pairs- und Deputirtenkammer bestehenden Nationalparlament bei. Art. 5. Die ausübende Gewalt steht ausschließlich dem Könige zu. Art. 6. Die Initiative zur Beantragung von Gesetzen steht ohne Unterschied dem Könige und jeder der beiden Kammern zu. Art. 7. Die Interpretation der Gesetze gebührt ausschließlich der gesetzgebenden Gewalt. Art. 8. Die Verfassung gewährleistet die volle Unabhängigkeit der Gerichte. Art. 9. Geeignete Gesetze werden, außer der freien Wahl Seitens der resp. Einwohner zu den Gemeindeämtern, den Gemeinden und den Provinzen rücksichtlich ihrer innern Verwaltung die größtmögliche Freiheit gewähren, welche sich mit der Erhaltung ihres Vermögens verträgt. Art. 10. Fremde Truppen können nur in Folge eines Gesetzes zum Dienste des Staates zugelassen werden; doch werden die bestehenden Verträge fortwährend geachtet werden. Ebenso wenig darf ohne ein besonderes Gesetz fremden Truppen die Besetzung oder der Durchzug durch das Gebiet des Königreichs gestattet werden, mit einziger Ausnahme des Durchzugs der päpstlichen Truppen nach (den im neapolitanischen Gebiete inclavirten Fürstenthümern) Benevent und Pontecorvo. Art. 11. Den Militärs aller Waffengattungen können ihre Rangstufen, Ehren und Pensionen nur in Gemäßheit der Gesetze und Reglements entzogen werden. Art. 12. Im ganzen Königreiche soll eine Nationalgarde bestehen, deren organische Einrichtung durch ein Gesetz bestimmt werden soll. In diesem Gesetze kann niemals der Grundsatz abgeschafft werden, daß die verschiedenen Grade in der Nationalgarde, bis zum Capitänsrang, von Denjenigen, welche die Nationalgarde bilden, durch Wahl übertragen werden. Art. 13. Die Staatsschuld wird anerkannt und gewährleistet. Art. 14. Keinerlei Art von Steuer, die Communalabgaben nicht ausgeschlossen, kann anders als in Folge eines Gesetzes auferlegt werden. Art. 15. Steuerfreiheiten können nicht gewährt werden, außer durch ein Gesetz. Art. 16. Die directen Steuern werden jährlich von den Kammern bewilligt; die indirecten können die Dauer von mehreren Jahren haben. Art. 17. Die Kammern votiren jährlich das Budget und bestätigen die darauf bezüglichen Rechnungen. Art. 18. Der oberste Rechnungshof verbleibt als constituirtes Collegium, doch können die Kammern dessen Attributionen durch ein Gesetz abändern. Art. 19. Das Staatseigenthum kann nur in Folge eines Gesetzes veräußert werden. Art. 20. Das Petitionsrecht steht Allen ohne Unterschied zu. Art. 21. Erwerbung und Verlust des Bürgerrechts richtet sich nach den Gesetzen. Ausländer können nur durch ein Gesetz naturalisirt werden. Art. 22. Alle Bürger ohne Unterschied des Standes sind gleich vor dem Gesetze. Art. 23. Die Fähigkeit, zu öffentlichen Aemtern berufen zu werden, steht allen Bürgern ohne Unterschied zu, und ohne irgend einen andern Rechtstitel als den ihres persönlichen Verdienstes. Art. 24. Die persönliche Freiheit wird garantirt. Niemand kann anders verhaftet werden, als in Folge eines von der zuständigen Behörde in Gemäßheit der Gesetze erlassenen Befehls, mit Ausnahme der Ergreifung auf handhafter oder nahezu handhafter That. Im Falle der Verhaftung als Präventivmaßregel muß der Inkriminirte innerhalb der unerstrecklichen Frist von 24 Stunden der zuständigen Behörde übergeben und dieser die Gründe seiner Verhaftung angezeigt werden. Art. 25. Niemand darf wider seinen Willen vor einem andern Richter, als welchen das Gesetz bestimmt, gestellt, und es können keine andern Strafen, als welche im Gesetze vorgeschrieben sind, verhängt werden. Art. 26. Das Eigenthum der Bürger ist unverletzlich, und die volle Ausübung desselben kann nur in Folge eines Gesetzes aus Gründen des öffentlichen Interesses beschränkt werden. Art. 27. Das literarische Eigenthum ist gleichfalls garantirt und unverletzlich. Art. 28. Die Wohnung der Bürger ist unverletzlich, außer wo das Gesetz selbst Haussuchung gestattet, die dann nur in den von dem Gesetze vorgeschriebenen Formen stattfinden darf. Art. 29. Das Briefgeheimniß ist unverletzlich. Die Verantwortlichkeit der Postbeamten wegen Verletzung des Briefgeheimnisses soll durch ein Gesetz bestimmt werden. Art. 30. Die Presse ist frei und lediglich einem Repressivgesetz unterworfen, welches über all Das erlassen werden soll, was die Religion, die Sittlichkeit, die öffentliche Ordnung, den König, die königliche Familie, die auswärtigen Regenten und ihre Familien, die Ehre und die Interessen der Privaten verletzen kann. Unter denselben Normen zur vorläufigen (präventiven) Garantie der Moralität der öffentlichen Schauspiele wird ein geeignetes Gesetz erlassen werden. Rücksichtlich derjenigen Schriften, welche religiöse Gegenstände ex professo behandeln, soll die Presse einem Präventivgesetz unterworfen seyn. Art. 31. Die Vergangenheit bleibt mit einem undurchdringlichen Schleier bedeckt; jede bisher ergangene Verurtheilung wegen politischer Anschuldigungen wird cassirt und jedes Verfahren wegen nachfolgender Ereignisse bis zu dieser Stunde ist untersagt. Kapitel I. Von den Kammern. Art. 32. Beide Kammern können nur gleichzeitig zusammenberufen und geschlossen werden; außer wenn die Pairskammer sich in den von der Constitution vorgesehenen Fällen als oberster Gerichtshof versammelt. Art. 33. Zur Eröffnung der Verhandlungen in jeder der beiden Kammern ist die Anwesenheit der absoluten Mehrheit ihrer Mitglieder erforderlich. Art. 34. Die Verhandlungen der Kammern finden öffentlich statt, außer wenn eine derselben auf den Antrag ihres Präsidenten, welcher Antrag von 10 Mitgliedern begehrt (reclamata) und unterstützt seyn muß, sich in geheimem Comité zu versammeln beschließt. Art. 35. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Die Abstimmung geschieht öffentlich. Art. 36. Ein Mitglied der einen Kammer kann nicht zugleich Mitglied der andern seyn. Art. 37. Die Untersuchung der Wahlvollmachten der Kammermitglieder und die Entscheidung der darüber sich erhebenden Streitigkeiten steht jeder der Kammern selbst zu. Art. 38. Die Staatsminister können die Gesetzentwürfe der einen oder der andern Kammer ohne Unterschied vorlegen; die Gesetzentwürfe über Steuern jeder Art oder über das Budget müssen aber nothwendig zuerst der Deputirtenkammer vorgelegt werden. Art. 39. Gesetzentwürfe können dem Könige erst zur Sanction vorgelegt werden, wenn sie von beiden Kammern berathen und angenommen sind. Art. 40. Wenn zwischen beiden Kammern Meinungsverschiedenheit über den Inhalt eines Gesetzentwurfs stattfindet, so kann die Discussion darüber bei einer der beiden Kammern in der nämlichen Session nicht wiederholt werden. Art. 41. Die Mitglieder der beiden Kammern können wegen ihrer Meinungen und der in Ausübung ihrer Functionen abgegebenen Vota nicht in Anspruch genommen werden (sono inviolabili). Sie können während der Dauer der Session und im Lauf des Monats, welcher derselben vorhergeht oder folgt, nicht in Schuldarrest gesetzt werden. In peinlichen Prozessen können sie ohne Ermächtigung von Seiten ihrer Kammer nicht verhaftet werden, außer in dem Falle handhafter oder nahezu handhafter That. Art. 42. Jede der beiden Kammern macht sich selbst ihr Reglement, in welchem die Art und Ordnung der Verhandlungen und Abstimmungen, die Zahl und die Geschäfte der ordentlichen Ausschüsse und Alles, was die Einrichtung ihres innern Dienstes angeht, festgestellt werden. Kapitel II. handelt von der Pairskammer. Die Pairs werden auf Lebenszeit vom König ernannt, welcher auch den Präsidenten und Vicepräsidenten ernennt. Die Zahl der Pairs ist unbeschränkt. Die Prinzen von Geblüt sind geborene Pairs. Die Pairs können nur aus gewissen Categorien von hohen Staatsbeamten, kirchlichen Würdenträgern rc. erwählt werden. Ueber Anschuldigungen gegen Mitglieder beider Kammern wegen Hochverraths und Attentats gegen die Sicherheit des Staates urtheilt die Pairskammer als oberster Gerichtshof. Capitel III. Deputirtenkammer. Das Mandat der Deputirten erstreckt sich auf 5 Jahre. Für je 40,000 Seelen wird ein Deputirter gewählt. Der Wahlcensus soll durch das Wahlgesetz bestimmt werden. Wählbar und Wähler sind außerdem gewisse Classen von Capacitäten. Die Deputirtenkammer wählt ihren Präsidenten und Vicepräsidenten selbst. Für die erste Session der Kammern wird ein provisorisches Wahlgesetz erlassen, welches aber erst dann definitiv wird, nachdem es von den Kammern selbst berathen seyn wird. Cap. IV. handelt vom König (der König muß die Kammern jährlich zu einer ordentlichen Session einberufen, die Civilliste wird für die Dauer jeder Regierung durch Gesetz bestimmt); Cap. V. von den Ministern (ein Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit wird zugesagt; der König kann die verurtheilten Minister nur auf die Bitte einer von beiden Kammern begnadigen); Cap. VI. vom Staatsrath; Cap. VII. von den Gerichten; Cap. VIII. transitorische Bestimmungen.

(C. v. u. f. D.)

Mailand, 16. Febr. In Folge der neuesten Vorfälle in Mailand, Padua und Pavia hat die Generaldirection der Polizei eine Bekanntmachung erlassen, wodurch das Tragen der sogenannten Calabreser-, Puritaner- und Ernani Hüte, sowie jedes politischen oder sonstigen Erkennungsabzeichens unter Androhung sofortiger Verhaftung der Zuwiderhandelnden verboten, und den Behörden die strengste Ueberwachung dieses Verbots eingeschärft wird. Ebenso hat die Regierung von Mailand jede politischer Zwecke halber beabsichtigte Volksdemonstration untersagt, und die Behörden zu kräftigem Einschreiten gegen dieselbe, wie gegen alles was die öffentliche Ruhe stören könnte, aufgefordert. In Pavia, wo bei den am 9. und 10. d. stattgehabten erneuerten Unruhen ein Student, zwei Stadtbewohner und ein Officier verwundet wurden, ist in Uebereinstimmung mit den Universitätsbehörden, die Carnevalsfeier verboten; die öffentlichen Vorlesungen sind geschlossen und die Studirenden auf einige Zeit in ihre Heimath entlassen.

(A. Z.)

Belgien.

Brüssel, 9. Febr. Gestern standen die Mörder des Fräuleins Evenepol und ihrer beiden Mägde vor den Assisen von Brabant. Die öffentliche Aufmerksamkeit ist jetzt fast ausschließlich den Verhandlungen dieses Processes zugewendet. Die Angeklagten zeigen eine grauenerregende Gleichgültigkeit. Als das Weib, welches mit Vandenplas Umgang gepflogen, unter den Zeugen (125 an der Zahl) aufgerufen wurde, erhob sich in dem Auditorium ein Lärm, in welchen die Angeklagten laut auflachend einstimmten. Vandenplas ist zuerst verhört worden, und zwar über den Ursprung des Geldes, welches er plötzlich nach langer Armuth unsinnig verschwendet habe. Er ist bei diesem Verhöre in der Verstocktheit beharrt, welche er bis jetzt allen Ermahnungen und den Beschuldigungen seines Mitverbrechers Rossels entgegengestellt hat. Letzterer wird heute vorkommen.

(Köln. Z.)

Frankreich.

Paris, 17. Febr.

Die Kammer hat am Montag ihre Tagesordnung geregelt, und es werden nun mehrere wichtige Gesetze, über den Primärunterricht, den Secundärunterricht, das Capitel von St. Denis, den Zolltarif nacheinander an die Reihe kommen.

Die Opposition hat endlich über das Bankett einen Entschluß gefaßt, es soll am Sonntag Nachmittag stattfinden, und zwar in den elyseischen Feldern in einem Hause das der Deputirte v. Courtais erst noch suchen soll. Am Ende könnte der Plan aber an der Weigerung der Hauseigenthümer in jenem Quartier scheitern ein Local zu diesem Zweck einzuräumen. Bereits hat Hr. v. Courtais mehrere abschlägige Antworten erhalten.

Der Bankettausschuß besteht aus fünf Kammermitgliedern: den HH. Odilon-Barrot, Duvergier de Hauranne, Garnier-Pagès, Havin und Abatucci, und den Redacteurs des „Siècle," des „Constitutionnel" und des „National."

Großbritannien.

London, 16. Febr.

In der gestrigen Sitzung erklärte Lord Palmerston, die Zwecke der Einschreitung in Portugal seyn mit dem Zusammentreten der Cortes erfüllt, demnach sey kein Grund zu weiterer Einschreitung vorhanden. Es ist

also ohne Zweifel richtig, daß die englische Flotte unter Sir Ch. Napier aus dem Tajo in den Canal zurückkehren wird. In Beziehung auf die sofort von Dr. Bowring angeregte italienische Frage bemerkte Lord Palmerston, es sey unmöglich, auf die Fortschritte der constitutionellen Ansichten und Einrichtungen in Italien ohne das innigste, lebhafteste Interesse zu blicken. Was Oesterreichs Stellung zu diesen Ereignissen betreffe, so gereiche es ihm und wohl auch dem Hause zur Befriedigung, daß so weit Ihrer Majestät Regierung von den Gesinnungen des Wiener Cabinets unterrichtet sey, kein Grund zu der Befürchtung obwalte, als werde dieses Cabinet in irgend feindlicher Art in die Ereignisse jenseits des Po sich einmischen. — Sofort legte Sir William Somerville, Generalsecretär für Irland, die angekündigte Bill über das Verhältniß zwischen Gutsbesitzer und Pächter in Irland vor. Der erste Theil bezweckt die Entschädigung der Pächter im Falle der Kündigung des Pachts für Gutsverbesserungen, deren Werth sie noch nicht vollständig genossen. Die andern Bestimmungen der Bill betreffen die Befugniß zur Auspfändung, (um die endlose Zersplitterung in Afterpachtungen zu hindern, wird Pächtern unter einem gewissen Pachtzinsbetrag, welche ihr Land in Afterpacht geben, das Pfändungsrecht gegen die Afterpächter entzogen) zur Austreibung nicht zahlender Pächter und andere auf das Pachtverhältniß bezügliche Punkte. Zugleich berichtete der Redner über den günstigen Erfolg der von dem Vicekönig veranstalteten Vorlesungen über Landwirthschaft in den Bezirken, wobei die katholischen Geistlichen besonders eifrig an die Hand gehen. Die Bill stieß bei allen Schattirungen der irischen Parlamentsmitglieder auf entschiedenes Mißfallen, da sie bei Weitem ihren Zweck nicht erfülle. — Heute wurde die Bill zum ersten Mal verlesen. Mit 186 gegen 154 Stimmen wurde dann die Bill, durch welche die noch bestehenden Strafbestimmungen gegen die Katholiken aufgehoben werden sollen, zur Berathung im Comité zugelassen.

Rußland und Polen.

Einem polnischen Kaufmanne zu Warschau, dessen Sohn trotz absolvirter Gymnasialstudien keine Aufnahme auf der Universität Charkow finden konnte, soll der Studiendirector Okunew (er ist auch zugleich General, wie es in Rußland nicht anders seyn kann) erklärt haben, daß zufolge höherer Verordnung kein Nichtadeliger eine Universität Rußlands (des Auslandes gewiß nicht) mehr besuchen dürfe. „Wir brauchen die Universitäten nur für das Ausland" schrieb schon im vorigen Jahrhundert die philosophische Katharina „nicht für unsere Unterthanen" am allerwenigsten also für die Unterthanen der Unterthanen — die Bürger. (D. Z.)

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 19. Febr. Bayerische 3½ pCt. Obligationen 90 P., 89½ G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 660 P., 656 G. Promessen per Stück Agio 74 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 103 P., — G.; 4pCt. 90 P., — G.; 3pCt. 64 P., — G. Bankactien 1. Semester 1570 P., — G. Württembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 89 G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 56 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 89 G.

Die „Ulmer Kronik" will wissen, daß die Unterhandlungen zwischen Bayern und Württemberg wegen der Ulm-Augsburger Eisenbahn im besten Gange seyen.

Frankfurt, 19. Febr. Metall. 5pCt. 100; 4pCt. 87; 3pCt. 63 1/8; Bankactien 1862; Taunus-Eisenbahn-Actien 354 1/2; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 53 5/8; bayer. Ludwigs-Bexbacher-Eisenbahn 85 1/8; bayer. Ludwigs-Canal 64.

Wien, 18. Febr. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 100 1/8; zu 4pCt. in CM. 84 1/8; zu 3pCt. in CM. 61; Bankactien per Stück 1542; Nordbahn 128 1/4.

Amsterdam, 17. Febr. 2½ pCt. 53 11/16; 3pCt. 65 1/4; 4pCt. 84 7/8; Synd. 3½ pCt. 83; Handels-Maatschappy 162; Ard. 15 9/16; port. 3pCt. 27 9/16; 5pCt. Metall. 95 3/4.

Paris, 17. Febr. 3pCt. 74 Fr. 14 C.; 5pCt. 116 Fr. 65 C.

London, 16. Febr. Consols 89 1/4.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 22. Februar: „Herzog Christoph der Kämpfer, Schauspiel in 5 Acten von Dr. H. Th. Schmid.

Anzeige.

Mittwoch den 23. Februar findet vom Unterzeichneten die zweite und letzte

Redoute

im k. Odeon statt. Billeten sind wie immer bei Falter und Sohn zu haben. Strack.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Graf Subolewski aus Polen; Baron v. Bernhard und Obermaier, Banquier v. Augsburg.

Gold. Hirsch. H. Baron v. Müller v. Karlsruhe.

Hôtel Maulik. HH. v. Zentsch, Privatier von Kempten; Lignat, Rentier v. Lyon.

Gold. Kreuz. HH. Wazerzick, Negotiant v. Karlsstadt; Baumann, Negotiant v. Wiggenfurth.

Stachusgarten. HH. Mayer, Pfarrer v. Binzingen; Eichhorn, Ingenieurpracticant von Roth; Stuzer, Pfarrer von Elchingen.

Gestorbene in München.

Kaspar Schwaiger, Unterkanonier im k. Artillerie-Regiment Prinz Luitpold, geb. v. Grafsau, Ldg. Traunstein, 22 J. alt; Balthasar Zenglein, Soldat im kgl. Cürassier-Regiment Prinz Carl, geb. v. Oberschleichach, Ldg. Eltmann, 22 J. alt; Alois Laroche, k. Hoftänzer v. h., 26 J. alt; Quirin Sellmaier, ehemaliger Melber v. Friedberg, 75 J. alt; Dr. Joseph Gerhard Zuccarini, k. Universitäts-Professor v. h., 50 J. alt.

Bekanntmachung.

Zweiter Neuhäuser Steinkohlen-Verein.

2285. (2a) Für die **vollständige** und **dauernde** Befriedigung des **Kohlenbedarfs** der Werke der deutschen **Eisenbahnschienen-Compagnie** zu Neuhaus, der sich jährlich auf 1½ Million Centner berechnet, wurde eine Vermehrung der dortigen Steinkohlenbergwerke dringend nothwendig. Ich habe daher den Abbau meines reichen Kohlenfeldes **Joseph** beschlossen. Es soll derselbe für **gemeinschaftliche und halbe Rechnung** mit einer Actiengesellschaft unter der Firma: **Zweiter Neuhäuser Steinkohlenverein** geschehen und das erforderliche Capital von **300,000 Thlr. Courant** durch Ausgabe von 1500 Actien, à 200 Thlr. Ct. oder 350 fl. im 24 fl.-Fuß, aufgebracht werden.

Von diesen Actien wurde beim Angriff der Arbeiten der dritte Theil dem Publicum angeboten und auch sogleich begeben. Der Rest blieb im Portefeuille, um dann, wenn die Arbeiten vorgerückt seyn würden, **weitere Betheiligung** zuzulassen.

Das **Steinkohlenfeld Joseph** liegt in der Mitte des Neuhäuser Bergreviers, wird von den Kohlenfeldern Sophie, August und Juliane begrenzt, und es tritt in demselben das bekannte **Neuhäuser Steinkohlenflötz** in **bester** Qualität mit einer Mächtigkeit von **26 Fuß** auf. Die Flächengröße des Feldes ist über **6 Millionen Quadratfuß**, der geschätzte **Kohleninhalt** desselben, bei einer angenommenen mittleren Mächtigkeit von 22 Fuß, über **Einhundert und zwölf Millionen Centner**, die **Abbauzeit** ist an 140 Jahre, die **jährliche Förderung** auf etwa 700,000 Centner berechnet. Es wird auf diese Förderung und auf den der Schienen-Compagnie für die nächsten 50 Jahre festgestellten Verkaufspreis von 24 Kreuzer per Ctr. Koakkohle für die Actionärs ein **jährlicher Reinertrag** von etwa **acht Prozent** als Dividende bleiben, und außerdem genießen sie von ihrem Capital **sechs Prozent** Zinsen. —

Die zu erwartende Gesammtrente wird also vierzehn Prozent betragen.

Ein Zehntel des gesammten Reinertrags soll zur allmähligen Capital-**Amortisation** verwendet werden. Bewirkt wird dieselbe von dem Zeitpuncte rentabler Kohlenförderung an durch jährliche **Actienauslosung**. Die Inhaber der verloosten Aktien, deren Rückzahlung innerhalb drei Monaten nach der Verloosung erfolgt, bleiben zum Fortbezug der Dividende noch auf die nächstfolgenden fünf Jahre berechtigt. Dann ist ihr Antheil am Unternehmen erloschen.

Für das Actiencapital tritt der Unterzeichnete den Verein das **halbe Abbaurecht** für das ganze Feld, beziehungsweise den halben Ertrag der gesammten Kohlenförderung bis zur vollständigen Amortisation des Kapitals, ab, bestreitet in kürzester Frist das Abteufen eines **Hauptförder- und Maschinenschachts** von 200 Quadratfuß Querdurchschnittsfläche bis auf das Kohlenflötz, den Bau eines ausgemauerten, etwa 80 Lachter langen **Förderstollens**, die Ausführung sämmtlicher **Tagebauten**, die Anlage der nöthigen **Straßen und Schienenwege** außerhalb und innerhalb der Gruben, die Anschaffung und Aufstellung **zweier Dampfmaschinen** von zusammen mindestens 60 Pferdekräften, die Construction und den Einbau der Apparate für **Förderung und Wasserhaltung** und die **Verzinsung** des Actien-Capitals selbst für so lange, bis eine rentable Kohlenförderung eingetreten ist.

Bereits sind mehre der obigen Arbeiten ausgeführt, andere sind in Betrieb und die Tagegebäude in Angriff genommen. Letztere werden Ende Mai fertig und bis zum Herbste wird auch eine Dampfmaschine von 60 Pferden aufgestellt seyn, deren Construction der Maschinenfabrik der Deutschen Eisenbahnschienen-Compagnie übertragen ist.

Von dem Zeitpuncte an, wo die **Kohlenförderung** beginnt, unterliegt die Rechnungsführung gesetzlich der **amtlichen Controlle**. Die Ermittlung des jährlichen Ertrags, behufs der Dividendenvertheilung, soll ebenfalls unter amtlicher Mitwirkung geschehen. Die Betriebsresultate der gemeinschaftlichen Grubenverwaltung werden am Schlusse jedes Rechnungsjahres veröffentlicht.

Das Unternehmen genießt den **großen** Vorzug, daß der **Kohlenabsatz im Voraus sicher gestellt ist**. Die Deutsche Eisenbahnschienen-Compagnie ist nämlich Abnehmerin für **alle** Kohlen, die gefördert werden. Ihre colossalen, bereits zum Betrieb gelangten Eisenwerke und Werkstätten für Maschinenbau liegen **auf** dem Steinkohlenfelde Joseph **selbst**, dessen Förderstollen dicht am Hüttenplatz mündet und mit den Verbrauchs-Localitäten der Werke durch Schienenwege unmittelbar verbunden werden soll, so daß die Kosten des Kohlen-Transports zu dem Hüttenplatz fortan wegfallen. Ueberdieß kommen unsere Kohlenwerke ganz nahe an den Bahnhofplatz der durch Staatsvertrag in der Ausführung sicher gestellten Neuhäuser Eisenbahn zu liegen. Es tritt dadurch unsere Kohlenproduction in die Mitte des deutschen Eisenbahnnetzes und dieß verschafft ihr nach allen Richtungen hin einen großen Absatzkreis für den Fall, daß sie dessen jemals bedürfen sollte.

Ein anderer und sehr bedeutender Vortheil erwächst unsern Kohlenwerken noch aus dem Umstande, daß sie blos den halben Zehnten zu entrichten haben und durch landesherrliche Privilegien von allen übrigen Abgaben **befreit** sind.

Actien und deren Beziehung.

1) Von den Stamm-Actien unsers Vereins sollen vorläufig noch 500 Stück für den festen Preis von **228 Rthlr. Ct. oder 399 Gulden rhein.** im 24 fl.-Fuß begeben werden. In diesem Preis sind die laufenden 6prozentigen Zinsen vom 1. Mai 1847 an inbegriffen.

2) Die Actien lauten **au porteur** und sind für den Betrag von zweihundert Thaler-Courant oder 350 fl. im 24 fl.-Fuß ausgestellt. Sie geben **sechs Prozent Zinsen**, außer den vom Ertrag der Kohlenförderung abhängigen, veränderlichen **Dividenden**. Für Zins und Dividenden sind den Actien **40 Coupons** beigefügt. Die Beträge der Coupons sind **jeden ersten Mai** sowohl bei der **Haupt-Casse** hier, als auch bei den auf den Zinsleisten bemerkten **Wechselhäusern** in **Augsburg, Frankfurt** a. M. und **Berlin** zu erheben.

3) Wer Actien bestellt, hat für dieselben innerhalb 4 Wochen **Zahlung** zu leisten. Es kann dieß sowohl durch portofreie Zusendung des baaren Betrags, oder durch kurze Remessen auf deutsche Wechselplätze, oder auch durch Einsendung von zinstragenden, curanten deutschen Staatspapieren geschehen, die zum Tagescurs berechnet werden. Zahlungen an solide Bankhäuser sind gleichfalls zulässig, auch kann durch dieselben die Auslieferung der Actien erfolgen.

4) Alle **Actienbestellungen**, die **vor** dem 15. März **eingehen**, werden, soweit die zum Verkauf designirte Anzahl reicht, **bestimmt** vollzogen. **Spätere** Aufträge zur Betheiligung bei diesem sichern und hochrentirenden Unternehmen müssen sich ein größeres **Aufgeld** gefallen lassen, dessen Regulirung gegenseitiger Einigung vorbehalten bleibt.

Hildburghausen, am 15. Februar 1848.

Der Chef der deutschen Eisenbahnschienen-Compagnie und Director der Neuhäuser Steinkohlen-Vereine,

J. Meyer.

Für die durch Brandunglück in **Kemnath** Heimgesuchten sind an Beiträgen eingegangen:

Uebertrag .	67 fl. 36 kr.
Den 19. Febr. von R.	3 fl. — kr.
Summe .	70 fl. 36 kr.

Um weitere mildthätige Beiträge wird dringend gebeten.

Expedition der Münchener politischen Zeitung, Ludwigsgasse Nr. 2.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 46.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 218 auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 25 kr.

Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Mittwoch | XLIX. Jahrgang. | 23. Februar 1848.

Deutschland.

(Resultate der deutschen Postconferenz.) Die in Dresden versammelt gewesene Postconferenz hat sich in der ersten Woche des Februars vertagt, indem die Bevollmächtigten beschlossen, das Ergebniß ihrer bisherigen Verhandlungen vorerst ihren resp. Regierungen zur Genehmigung vorzulegen, ehe sie zu Weiterführung des in seinen Grundbestandtheilen jetzt vollendeten Werkes schritten. Der Wiederzusammentritt der Conferenz ist auf den 1. Junius anberaumt, und der Vollzug der getroffenen Vereinbarungen wird vielleicht mit dem Jahr 1849 beginnen können. Inzwischen theilt die Leipziger Zeitung, wie es scheint aus officieller Quelle, eine Zusammenstellung der bisherigen Resultate der Conferenz mit, welche im wesentlichen folgendes enthält: „Der Verein, welcher sämmtliche deutsche, und die zu Oesterreich und Preußen gehörigen außerdeutschen Staaten umfassen soll, bezweckt in seiner vollen Ausbildung durchgängig gleiche Normen für das vereinsländische Postwesen überhaupt und zunächst gleichmäßige Bestimmungen für die Taxirung und Behandlung aller Postsendungen für den internationalen Vereinsverkehr. Die Benutzung der für jeden Fall geeignetsten Routen wird in allen Richtungen gegenseitig gestattet, und die Leitung der Postsendungen durch diejenigen Verkehrsmittel innerhalb jedes Staatsgebietes zugesichert, welche die meiste Beschleunigung darbieten. (Eisenbahnen, bureaux ambulants.) Für den Verein besteht Gleichheit des Maßes, Gewichts und der Münzwährung. Als Maß ist die deutsche oder sogenannte geographische Meile, und als Gewicht das Grammengewicht in der Art vorgeschlagen daß als Einheit das Pfund zu 500 Grammen betrachtet und in 32 Loth getheilt wird. Der Münzwährung hat die Conferenz, die den deutschen Münzsystemen allenthalben, mit Ausnahme von Bremen, zum Grunde liegende kölnische feine Mark zur Basis gegeben und 1/14 Mark als Rechnungseinheit oder 1 Thaler Postwährung mit Theilung in 100 „Kreuzer" bezeichnet. Alle Werthsbestimmungen im gegenseitigen Verkehre der Vereins-Postanstalten sollen nach dieser Postwährung erfolgen. Der Tarif für die internationale Vereinscorrespondenz ergibt für den einfachen — weniger als 1 Loth (15 Grammen) wiegenden — Brief bis 6 Meilen 2 kr., über 6—12 Meilen 5 kr., über 20 Meilen 10 kr. gemeinschaftliches Porto, wobei der Ansatz eines Transitporto, welches die durch mehrere deutsche Gebiete laufenden Briefe bisher so sehr vertheuerte, nicht mehr stattfinden kann. Für schwerere Sendungen steigt das Porto bis — Pfd. 4. Loth um das einfache Porto per Loth, von mehr als 4 Loth bis 1 Pfund um das einfache Porto per 4 Loth, von mehr als 1 Pfund um das einfache Porto per 8 Loth. Sendungen von weniger als 4 Loth werden ohne Unterschied von 4 Loth und mehr — aber von weniger als 5 Pfund — nur auf Verlangen als Gegenstände der Briefpost behandelt werden. Damit diese Taxe nicht da wo bisher die Steigerung des Porto mit sehr kleinen Beträgen von Meile zu Meile stattfand, Unzuträglichkeiten herbeiführe, ist dem durch eine besondere Vereinbarung vorgesehen. Der Frankirungszwang hört im allgemeinen auf und jeder Verwaltung bleibt die Einführung von Frankirungsstempeln — nach dem Vorgange von England — überlassen, welche solchenfalls innerhalb des gesammten Vereins als Frankozeichen gelten. Frankirte Kreuzbandsendungen werden nur mit 1/4, Waarenproben und Muster mit 1/2 der Vereinsportosätzen berechnet. Das Zusammenfassen mehrerer Exemplare der zu Kreuzbandsendungen geeigneten Gegenstände unter Einem Kreuzband oder Einer Schleife bis zum Gesammtgewichte von weniger als 16 Loth ist unverwehrt. Recommandirte Briefe werden neben dem Porto gleichmäßig mit einer Gebühr von 6 kr., außerdem mit keiner Quittungsschein- oder höhern Bestellgebühr belegt. (Schluß folgt.)

Bayern.

*† München, 23. Febr. Ihre königl. Hoh. die Frau Erbgroßherzogin von Hessen Darmstadt wird dem Vernehmen nach übermorgen früh mit dem ersten Bahnzuge von Donauwörth, wo Ihre königl. Hoheit übernachtet, hier eintreffen.

München. (Fortsetzung der gestern abgebrochenen Mittheilung aus dem neuesten Regierungsblatte.) II. Dienstesnachrichten. Der kgl. Kammerjunker und Vasall, Alexander Christian Ernst Frhr. v. Feilitzsch wurde auf sein allerunterthänigstes Ansuchen zum königl. Kämmerer befördert. Der königl. Oberstkämmerer Frhr. v. Poißl wurde, neben seiner bereits aufhabenden Hofstelle eines Oberstkämmerers, zum Hoftheater-Intendanten ernannt. Dem Secretär bei der Regierung von Mittelfranken, Michael Masson wurde, seiner allerunterthänigsten Bitte entsprechend die I. Secretärstelle bei der General-Bergwerks- und Salinen-Administration in provisorischer Eigenschaft verliehen. Dem Saalmeister Max Seelinger wurde die erledigte Stelle eines Garderobiers des königl. ersten Hausordens vom heil. Hubertus übertragen. Der Revierförster zu Hirschwald Xaver Ustrich wurde auf das Forstrevier Kirchenthumbach, Forstamts Pressath und der Revierförster Wolfg. Steger daselbst auf das Forstrevier Hirschwald, Forstamts Amberg, versetzt. Auf die eröffnete Stelle eines Actuars bei dem Landgerichte Herzogenaurach wurde der Appellationsgerichtsaccessist Franz Xaver Greil aus Simbach ernannt. Die durch das Ableben des Professors Dr. Mandigl erledigte zweite Lehrstelle an der k. Central-Veterinärschule dahier wurde dem bisherigen dritten Professor an derselben Dr. Plank und die sich hiernach ergebende dritte Lehrstelle an gedachter Anstalt dem bisherigen städtischen Thierarzt und Mitglied des Kreismedicinal-Ausschusses in Augsburg, Dr. Johann Martin Kreutzer in provisorischer Eigenschaft übertragen. Die Secretärstelle I. Classe bei der Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg wurde dem Functionär bei dieser Regierung, Ernst Friedrich Büchel, in provisorischer Eigenschaft verliehen. Die eröffnete Stelle eines Regierungssecretärs II. Classe bei der Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg, Kammer des Innern wurde dem bisherigen Accessisten der Regierung von Schwaben und Neuburg, Kammer des Innern, Eduard Schlereth verliehen. Der bisherige Landgerichtsarzt in Weyhers Dr. Joseph Hillmayer wurde, auf dessen Versetzungsbitte, in gleicher Eigenschaft nach Pfarrkirchen versetzt. Die eröffnete Landrichterstelle zu Deggendorf wurde dem zeitlich quiescirten Landrichter von Hengersberg Mathias Prantner seiner Reactivirungsbitte entsprechend verliehen. Auf die Lotto-Oberbeamtenstelle in Nürnberg wurde der dortige Rechnungscommissär Franz Remlein in provisorischer Eigenschaft befördert. Die bei dem Finanzministerium erledigte geheime Secretärstelle wurde dem Regierungsassessor und exponirten Fiscaladjunct, Alois Riederer in Amberg provisorisch verliehen. Es wurde gestattet, daß die beiden Advocaten Dr. Georg Vogel zu Immenstadt, und Dr. Johann Baptist Mayerhofer zu Kempten ihre Advocatenstellen gegen einander vertauschen dürfen, demnach der Dr. Vogel nach Kempten und der Dr. Mayerhofer nach Immenstadt, ihrem beiderseitigen Gesuch entsprechend in gleicher Eigenschaft versetzt wurden. Der Revierförster Anton Nußland zu Freihöls, Forstamts Amberg, wurde nach §. 19. der IX. Verfassungsbeilage in den Ruhestand versetzt (Fortsetzung folgt.)

Die Allerheiligen-Nacht
im Jahre 1805.

(Eine Novelle aus A. Büssel's ungedrucktem Nachlasse.)

(Fortsetzung.)

„Kinder," sagte er, „verhofft nicht an meiner Erscheinung! — Die Würfel liegen. Mein Loos ist entschieden. Ich selbst warf die Würfel — ich warf sie so, wie ich es wollte. Kein Zufall waltete ob. Du lächelst, Franz! Ich begreife Dich, es klingt ja immer lächerlich, wenn der Mensch wie ein Wahnsinniger behauptet, er selbst bestimme die Loose seines Lebens, er selbst würfle sich das Leben oder den Tod — den Ruhm oder den Untergang. — Und doch, schaut mich fragend und achselzuckend an, wie ihr wollt, ihr zwei jungen, überglücklichen Thoren, ihr arglose Naturmenschen, und doch zeichnete ich dem Schicksale trotzig den Gang meines Lebens vor, und rufe es nun in die Schranken. Ich könnte nach dem Passe fliehen, und dort unter schützenden Bajonetten, Kanonen und Dragonersäbeln mich, euch — kurz meine ganze Familie vor dem nahenden Sturme sicher stellen. Dieses Schloß geht in Rauch und Flammen auf, natürlich, es ist die Wohnung S . . .'s, der ein geschworner Todfeind der Adler ist, die auf Stäben, den zerschmetternden Blitz in den Fängen, die Flügel zum Siege drohend heben. Der Markt wird eingeäschert, und was nicht flieht, mit dem Bajonette durchbohrt, weil ich fehle, ich, der die Gegenwehr angeordnet habe. — Da aber hängt der Leonidas. Hier steht er, und schämet sich seines Conterfeits, das ihn an Großes erinnert. Ich will mich in diese Uniform werfen, wie ich sie mir verdient hatte. Mein Nebenbeamte — der alte, gute Murrkopf, sitzt in der Kanzlei und schüttelt die Perrücke. Er tadelt mein Betragen und fleht mit aufgehobenen Händen, ich möchte zahm seyn, wie er — zahm, wie ein Schaaf, und mir die Kehle willig entzwei schneiden lassen. O, die Federhelden! Sie schneiden sich täglich den Kiel, um ein Todesurtheil kaltblütig niederzuschreiben, und fallen in Ohnmacht, wenn sie den Schwertgriff anfassen sollen oder die Klinge blank und blinkend aus der Scheide fahren sehen! — Ihr Beide seyd nun einig! Antoinette, Herzenstochter, Dein glühendes Auge verspricht mir, daß Du den Vater verstehest, und mit keinem süßen Schmeichelworte mehr mich von der Bahn zurückrufest, die ich gehen muß. — Die Mutter — ja die Mutter ist eine zärtliche Gattin, und will mich nicht vollenden lassen, was ich vor fünf Jahren begonnen habe. Sie soll mit Dir und mit Deinen Schwestern hinter den hohen Verschanzungen ruhig seyn. Ihr müßt gerettet seyn, denn meine Lieben muß ich erhalten, und darf sie nicht wie ein verwegener Spieler aussetzen! — Franz, an Deinen Posten! Du wirst erwartet. Halte Dich gut!" (Fortsetzung folgt.)

Sächsische Herzogthümer.

Weimar, 12. Febr. Das Regierungsblatt veröffentlicht die landesherrliche Genehmigungsurkunde zu einem Anleiheplan der thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft nach welchem zur Deckung der Kosten für vollständige Herstellung dieser Bahn mit Doppelgeleis die Ausstellung von 20,000 Stück auf den Inhaber lautenden Prioritätsobligationen im Gesammtbetrage von 4 Mill. Thalern gestattet wird. Nach dem Plane werden die auszugebenden 4½ pCt. Zinse tragenden Obligationen in vier Serien, und zwar 500 Stück, je zu 1000 Thlrn., 2000 Stück je zu 300 Thlrn., 7500 Stück je zu 200 Thlrn. und 10,000 Stück je zu 100 Thlrn. ausgefertigt. Von diesen vier Millionen ist den Staatsregierungen von Sachsen-Weimar-Eisenach und Sachsen-Coburg und Gotha eine Million unterpfändlich gegen Gewährung des gleichen Betrages in ihrem Papiergelde eingesetzt. Die Inhaber dieser Obligationen sind Gläubiger der thüringischen Eisenbahngesellschaft, daher befugt, wegen ihrer Capitale und Zinsen sich an das gesammte Vermögen der Gesellschaft und an dessen Erträge mit unbedingter Priorität vor den Inhabern der Stammactien und der zu denselben gehörenden Dividendenscheine zu halten.

Gr. Hessen.

Darmstadt, 19. Febr. Der Gesundheitszustand Sr. königl. Hoh. des Großherzogs ist immer noch beunruhigend; als Hauptübel tritt Abnahme der physischen Kräfte hervor. (Karlsr. Z.)

Preußen.

Berlin, 17. Febr. Vorgestern Nachmittag um 5 Uhr traf hier ein englischer Cabinetscourier ein, welcher wie man hört, die Erklärung des britischen Cabinets nach Wien überbringt, daß jede Einmischung Oesterreichs in die italienischen Angelegenheiten als eine Kriegserklärung Seitens Großbritanniens werde angesehen werden. Der Courier ist noch am Abend um 10 Uhr auf der niederschlesischen Bahn von hier nach Wien abgereist. (Berl. N.)

Aus Preußen vom Febr. In Potsdam hatte der Stadtverordnetenvorsteher in Abendunterhaltungen vor Bürgern die Städteordnung unter Herbeiziehung der vielfach ergangenen dem Bürger fast nie zugänglichen Declarationen erläutert. Die Sache fand vielen Anklang unter der Bürgerschaft, welche im Allgemeinen die Städteordnung gar nicht kennt. Jetzt sind diese Abend-Unterhaltungen, falls sie sich nicht auf bloße Katheder-vorträge beschränken, auf Befehl des Oberpräsidenten untersagt werden, nicht etwa weil Ungehörigkeiten dabei vorgefallen wären, davon ist in Potsdam nicht die Rede sondern weil Erörterungen damit verbunden waren, in denen der Oberpräsident das charakteristische Merkmal politischer Versammlungen erblickt, die nach dem bekannten Bundesbeschlusse nicht zu gestatten seyen. Es hat sich die Stadtverordnetenversammlung der Sache angenommen, und mit großer Mehrheit beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, die geeigneten Schritte zur Aufhebung dieses Verbots zu thun.

Schleswig-Holstein.

Am 11. Febr. fand in Kiel die Versammlung der nichtritterschaftlichen Besitzer adeliger Güter in beiden Herzogthümern statt. Obgleich in derselben von einer Seite der Antrag gemacht wurde, gleich der Ritterschaft eine Deputation an das Königliche Hoflager zu senden, so wurde doch dieser Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt. Da nun die ritterschaftliche Deputation sich nicht mit den Landes-Angelegenheiten zu befassen, sondern instructionsmäßig, außer der Ueberbringung des Glückwunsches zur Thronbesteigung, nur die Bestätigung der ritterschaftlichen Privilegien in üblicher Weise nachzusuchen hat, so werden aus den Herzogthümern gar keine Adressen oder Deputationen abgesandt, um die Wünsche des Landes an den Thron zu bringen. (Alt. Mkr.)

Freie Städte.

Frankfurt, 13. Febr. Wegen der in Hattersheim vor einigen Wochen stattgehabten Versammlung der Turngemeinden und der dabei geführten Reden und gefaßten Beschlüße ist an verschiedenen Orten eine polizeiliche Untersuchung eingeleitet werden, welche auch hier zu einigen Vernehmungen Veranlassung gab. (A. Pr. Z.)

Frankfurt, 17. Febr. Daß die Einführung eines Winterfahrplans für die Main-Neckar Eisenbahn an der mangelnden Einigung der drei betreffenden Staaten gescheitert, war wohl schon bekannt, weniger aber war das Publicum darüber im Reinen, von welcher Seite eigentlich das Hinderniß ausgegangen sey. Durch einen Artikel der großherzogl. hessischen Zeitung hervorgerufen, ist nunmehr eine, wie es scheint, offizielle Erklärung hiesigerseits (im Frankfurter Journal Nr. 47) erfolgt. Es erscheint hiernach außer Zweifel, daß der Winterfahrplan an dem Verlangen Hessens gescheitert, der erste Morgenzug nach Mannheim und Heidelberg müße von Darmstadt ausgehen. Daß Frankfurt sich eine solche Ausschließung nicht gefallen lassen konnte, ist wohl begreiflich, wenn man seine Bedeutung als Handelsplatz, seinen großen Geschäftsverkehr und seinen überwiegenden Beitrag zur Bahnfrequenz ins Auge faßt. (A. Z.)

Frankfurt, 18. Febr. Wie man hört, würde Hr. v. Krüdener, dermalen Gesandter in der Schweiz, den hier vor einigen Monaten gestorbenen Hrn. v. Oubril, als kaiserl. russischen Gesandten beim deutschen Bunde und einigen benachbarten Höfen ersetzen (Schw. Mkr.)

Hamburg, 13. Febr. Die Aufregung steigt bei uns von Tag zu Tag, ein Erlaß vom 9. d., welchen der Senat gegen den Grundeigenthümerverein veröffentlicht, hat die Aufregung nicht gemindert, sondern vermehrt. Dem Vorstande des Grundeigenthümervereins wurde eine Verwarnung eröffnet, die er den einzelnen Mitgliedern mittheilen sollte. Der Vorstand verweigerte die weitere Mittheilung und lehnte jede Verwarnung ab. In Folge dessen veröffentlichte der Senat in den „Wöchentlichen Nachrichten" (dem täglichen Anzeigeblatt) vom 10. d. diese Verwarnung, was unter den erbgesessenen und nicht erbgesessenen Bürgern der Stadt eine große Aufregung hervorrief. Bei den einzelnen Vorstandsmitgliedern wurden Versammlungen gehalten, es wurde berathen und hin und her überlegt. Gestern waren zwischen 4—500 Bürger entschlossen, in der Senatssitzung zu erscheinen und nur mit Mühe hielt man sie davon zurück. Der Juristen-Verein, welcher vorgestern Abend eine Sitzung hielt, machte die Sache des Grundeigenthümer-Vereins zu seiner eigenen. Man berieth, ob die Schritte des letztern gesetzlich oder nicht, und die Mehrzahl entschied sich für das Verhalten desselben. Dieß hatte das Ausscheiden des Dr. Abendroth und einiger andern der Hauptverfechter der Ansichten des Senats zur Folge und der Genannte verließ ungesäumt die Versammlung. Flugschriften über die Verfassung regnet es ordentlich; gestern erschienen ihrer zwei, welche in wenigen Stunden vergriffen waren. Der in Braunschweig bei Vieweg erschienene „Proceß des Grundeigenthümervereins" wandert von Hand zu Hand; er ist sehr gut geschrieben und man glaubt allgemein, daß er aus der Feder des Dr. Baumeister geflossen sey. Auf die nächste Sitzung des Grundeigenthümervereins, sowie der erbgesessenen Bürgerschaft ist man sehr gespannt; beide werden sehr stürmisch werden und stark besucht seyn. (Köln. Z.)

Oesterreich.

Wien, 17. Febr. Es ist ein sehr wichtiger diplomatischer Briefwechsel über Italien, den Kirchenstaat insbesondere, zwischen der englischen und österreichischen Regierung zur Oeffentlichkeit gelangt, bestehend aus einem Schreiben des Fürsten Metternich an den Grafen v. Dietrichstein, d. d. 2. August 1847, zur Mittheilung an den Staatssecretär des Auswärtigen, Lord Palmerston, und zwei Briefen dieses Ministers an Viscount Ponsonby, der letzte vom 11. Septbr. 1847, zur Eröffnung an das Wiener Cabinet. Darin erklärte Se. Lordschaft mit Bezug auf Ferrara: „Die Integrität der römischen Staaten ist ein wesentliches Element der Unabhängigkeit Italiens. Keine Invasion dieses Gebiets würde stattgehaben können, ohne Folgen von hoher Wichtigkeit und schwerer Bedeutung herbeizuführen."

(Augsb. Abdz.)

Oesterreichische Monarchie.

Galizien. Nach einem Bericht des russischen Gouverneurs von Volhynien vom 26. Dec. v. Js. ist die Cholera im dortigen Gouvernement seit dem 21. Dec. v. Js. gänzlich erloschen. (Oest. B.)

Schweiz.

Man glaubt, daß die Abdankung des Staatsraths von Genf auch auf die Entfernung des Obersten Rilliet-Constant gerichtet sey, der mit J. Fazy stets in Zwietracht lebt. — Die Verhandlungen des Bundesrevisionsausschusses der Tagsatzung waren bis jetzt nicht öffentlich. (Schw. Mkr.)

Italien.

Neapel. (Die neapolitanische Verfassung. Näherer Inhalt der gestern nur skizzirten Kapitel II. bis VIII.) Kapitel II. Von der Pairskammer. Art. 43. Die Pairs werden von dem Könige ernannt, welcher aus ihrer Mitte den Präsidenten und Vicepräsidenten wählt. Art. 44. Die Zahl der Pairs ist unbeschränkt. Art. 45. Um Pair zu werden, muß man das Bürgerrecht besitzen und 30 Jahre alt seyn. Art. 46. Die Prinzen von Geblüt sind von rechts wegen Pairs und können in dem Alter von 25 Jahren in die Kammer eintreten, aber nicht vor zurückgelegtem 30sten Jahre ein Votum abgeben. Art. 47. Wählbar zur Pairswürde sind: 1) Alle, welche seit 8 Jahren ein steuerbares Einkommen von 3000 Ducati (6000 fl.) besitzen. 2) Die Minister-Staatssecretäre und die Staatsräthe. 3) Gesandte, welche drei, und bevollmächtigte Minister, welche sechs Jahre lang ihre diplomatischen Functionen ausgeübt haben. 4) Die Erzbischöfe und Bischöfe, jedoch nicht über die Zahl 10. 5) Die Generallieutenants, Viceadmirale, Generalmajore und Contreadmirale. 6) Die, welche fünf Jahre lang das Amt eines Präsidenten der Deputirtenkammer verwaltet. 7) Der Präsident und der Generalprocurator des obersten Gerichtshofes und des obersten Rechnungshofs. 8) Die Vicepräsidenten und Generalanwälte an den genannten beiden Dikasterien, wenn sie diese Aemter drei Jahre lang verwaltet haben. 9) Die Präsidenten und Generalprocuratoren der obern Civilgerichte (Appellhöfe?), welche diese Aemter vier Jahre lang verwaltet haben. 10) Der Generalpräsident der „bourbonischen Gesellschaft" (societa borbonica). 11) Die Präsidenten der drei Akademien, aus welchen die bourbonische Gesellschaft besteht, wenn sie diese Aemter vier Jahre lang verwaltet. Art. 48. Die Pairskammer constituirt sich als höchster Gerichtshof über die Verbrechen des Hochverraths und des Angriffs auf die Sicherheit des Staats, wenn Mitglieder beider Kammern solcher bezichtigt sind. Capitel III. Von der Deputirtenkammer. (Art. 49—62.) Die Deputirten vertreten die Nation im Ganzen, und nicht die Provinzen, wo sie gewählt worden. Die Dauer der Deputirtenkammer erstreckt sich auf fünf Jahre, und mit dem Ablauf dieser Periode erlischt auch das Mandat der Deputirten. Die Zahl der Deputirten ist immer der der ganzen Bevölkerung entsprechend, so zwar, daß für je 40,000 Seelen ein Deputirter in der Kammer sitzt. Die active und passive Wählbarkeit ist bedingt durch den Besitz des Bürgerrechts und ein Alter von 25 Jahren; ferner darf man nicht im Zustande des Bankerotts oder in einen Criminalproceß verwickelt seyn. Wähler sind: 1) Alle, welche ein steuerbares Einkommen besitzen, dessen Größe durch das Wahlgesetz bestimmt werden soll. 2) Die ordentlichen Mitglieder der drei Akademien, aus welchen die Societa Borbonica besteht, und die ordentlichen Mitglieder der andern königl. Akademien. 3) Die Titularprofessoren (cattedratici titolari) der königl. Universität und der öffentlichen Lyzeen. 4) Die Laureatprofessoren (professori laureati) aller Fächer an der königl. Universität. 5) Die Rathsherren (decurioni), Bürgermeister und Adjunkten der Gemeinden während der Zeit der Ausübung dieser Functionen. 6) Staatsbeamte, welche mit einer Pension von 120 Ducati (240 fl.) jährlich in Ruhestand versetzt sind; ebenso Officiere aller Waffengattungen, die einen Ruhegehalt genießen. Wählbar sind: 1) Alle, welche ein im Wahlgesetz zu bestimmendes steuerbares Einkommen besitzen. 2) Die ordentlichen Mitglieder der drei königl. Akademien, aus welchen die Soc. Borbon. besteht, die Titularprofessoren der königl. Universität und die ordentlichen Mitglieder der übrigen königl. Akademien. Auch inamovible Staatsbeamte, Weltgeistliche, sofern sie nicht einer in regulärer oder klösterlicher Form organisirten Congregation angehören, und Militärpersonen sind unter den eben erwähnten Bedingungen sowohl activ als passiv wahlfähig. Die Intendanten (Regierungspräsidenten), Generalsecretäre der Intendanturen und Unterintendanten sind weder activ noch passiv wahlfähig. Deputirte, welche ein Amt oder eine Beförderung annehmen, verlieren dadurch ihren Sitz in der Kammer, wenn sie nicht wieder gewählt werden. Die Deputirtenkammer wählt jedes Jahr ihren Präsidenten, Vicepräsidenten und ihre Secretäre in geheimer Abstimmung. Für die erste Zusammenkunft der Kammern wird ein provisorisches Wahlgesetz publicirt, welches aber nicht eher definitiv wird, als bis es von

den Kammern selbst in der ersten Periode ihrer Legislatur geprüft und discutirt worden. Capitel IV. Vom Könige. (Art. 63 – 70.) Der König ist das Oberhaupt des Staats, seine Person ist heilig und unverletzlich und keinerlei Art von Verantwortlichkeit unterworfen. Er commandirt die Land- und Seemacht, ernennt zu allen Staatsämtern, verleiht Titel, Orden und Ehrenbezeugungen jeglicher Art; er hat das Begnadigungsrecht, sorgt für Erhaltung der Integrität des Reichs, erklärt Krieg und schließt Frieden, unterhandelt über Allianz- und Handelsverträge und geht die Kammern um ihre Zustimmung zu denselben an, bevor er sie ratificirt; er übt die apostolische Legatie (legazia apostolica) und alle königl. Patronatsrechte der Krone aus. Er beruft die Kammern jährlich zu einer ordentlichen Session, in dringenden Fällen zu einer außerordentlichen, und er allein hat das Recht, sie zu vertagen und zu schließen; ebenso kann er die Deputirtenkammer auflösen, in welchem Falle er aber innerhalb der unerstrecklichen Frist von drei Monaten eine neue berufen muß. Ihm steht die Sanctionirung der von beiden Kammern angenommenen Ge etze zu, und ein Gesetz, dem er die Sanction versagt, kann während derselben Session nicht wieder in Berathung genommen werden. Er läßt die Münzen prägen und sein Bild darauf setzen. Er publicirt die erforderlichen Decrete und Verordnungen zum Vollzuge der Gesetze, ohne jemals letztere suspendiren oder Jemanden von deren Befolgung dispensiren zu können. Er kann einzelne Theile der Nationalgarde auflösen, wobei er jedoch gleichzeitig die nöthigen Anordnungen zu deren Reorganisirung innerhalb der unerstrecklichen Frist eines Jahres verfügen muß. Die Civilliste wird durch ein Gesetz für die Dauer jeder Regierung festgestellt. Beim Tode des Königs hat der großjährige Thronerbe die Kammern binnen einem Monate einzuberufen um vor ihnen den Eid auf die Verfassung zu leisten. Ist der Thronerbe minderjährig und der König hat zuvor keine Anordnungen wegen der Regent- und Vormundschaft getroffen, so haben die Minister unter ihrer speciellen Verantwortlichkeit die Kammern binnen zehn Tagen einzuberufen, um für Beides Vorsorge zu treffen. In diesem Falle sollen die Mutter und Vormündern und zwei oder mehrere Prinzen der königl. Familie Mitglieder der Regentschaft seyn. Dasselbe hat zu geschehen, wenn der König durch physische Ursachen an der Regierung verhindert ist. Der feierliche Erbfolgeakt des Königs Karl III. vom 6. October 1759, bestätigt in Artikel 5. des Gesetzes vom 8. Dec. 1816, die souveränen Akte vom 7. April 1829 und 12. März 1836 und alle auf die königl. Familie bezüglichen Akte verbleiben in voller Kraft. Capitel V. Von den Ministern. (Art. 71—76.) Die Minister sind verantwortlich. Alle vom Könige unterzeichneten Akte jeglicher Art haben keine Kraft, wenn sie nicht von einem Ministerstaatssecretär gegengezeichnet sind, welcher dadurch sich dafür verantwortlich macht. Die Minister haben freien Zutritt zu den Kammern und müssen auf ihr Verlangen das Wort erhalten; auch können die Kammern die Anwesenheit der Minister bei ihren Verhandlungen fordern. Nur die Deputirtenkammer hat das Recht, die Minister in Anklagestand zu versetzen, und die Pairskammer hat ausschließlich die Befugniß, sie abzuurtheilen. Ein besonderes Gesetz wird speciell die Fälle, in welchen die Verantwortlichkeit der Minister eintritt, das Gerichtsverfahren gegen dieselben und die Strafen, denen sie, wenn sie schuldig befunden werden, unterliegen, bestimmen. Der König kann verurtheilte Minister nur auf die ausdrückliche Bitte einer der beiden Kammern begnadigen. Capitel VI. Vom Staatsrathe. (Art. 77—80.) Es soll ein Staatsrath von nicht mehr als 24 Mitgliedern bestehen; Ausländer, auch wenn sie das Bürgerrecht haben, sind von demselben ausgeschlossen. Den Vorsitz im Staatsrath führt der Justizminister. Der Staatsrath hat sein motivirtes Gutachten über alle Angelegenheiten, welche ihm vorgelegt werden, abzugeben. Es wird ein Ge etz publicirt werden, um seine Attributionen zu bestimmen; bis dahin hat für denselben das Gesetz über die Generalconsulta des Königreichs Geltung. Capitel VII. Von den Gerichten. (Art. 81 — 86.) Es kann keine contentiöse J-risdiction anders als in Folge eines Gesetzes, eingesetzt we den. Außerordentliche Gerichtshöfe können nie, unter welcher Benennung es auch sey, errichtet werden. Doch sind das b. sondere Militärstrafstatut und die bestehenden Reglements für das Land- und Seeheer damit nicht abgeschafft. Die Gerichtsverhandlungen finden öffentlich statt. Glaubt ein Gericht, daß die Oeffentlichkeit die guten Sitten verletzen könne, so hat es Dieß in einem besonderen Urtheil auszusprechen, und dieses Urtheil muß einstimmig gefaßt seyn, wenn es sich um politische oder Preßvergehen handelt. Die richterlichen Beamten sind unabsetzbar, jedoch erst, nachdem sie unter der Herrschaft der Constitution neu ernannt worden sind und wenn sie das richterliche Amt schon drei Jahre nacheinander verwaltet haben. Die Agenten des öffentlichen Ministeriums bei den Gerichten sind wesentlich absetzbar. Capitel VIII. Transitorische Bestimmungen. Art. 87. Einzelne Theile dieser Constitution können für Unsere Besitzungen jenseits der Meerenge, nach den besonderen Bedürfnissen und Verhältnissen jener Bevölkerungen, modificirt werden. Art. 88. Das Budget von 1847 bleibt für das Jahr 1848 in Kraft, und mit ihm bleiben provisorisch in Kraft die bisherigen Befugnisse der Regierung, um den verwickelten und höchst dringlichen Bedürfnissen des Staates mit außerordentlichen Mitteln begegnen zu können. — Durch den Schlußartikel 89 werden alle entgegenstehenden Gesetze, Dekrete rc. aufgehoben, und sodann werden Anordnungen wegen Besiegelung, Unterzeichnung, Registrirung und Publicirung der Urkunde getroffen. — Folgen die Unterschriften des Königs und sämmtlicher Minister: Herzog von Serracapriola, Baron Cesidio Bonanni, Fürst Dentice, Fürst von Torella, Commenthur Gaetano Scovazzi, Cavaliere F. P. Bozzelli, Gius. Garzia.

Neapel, 10. Febr. Daß König Ferdinand II. wirklich beabsichtigte, Messina zur Hauptstadt Siciliens auf Kosten Palermo's zu erheben, aber mit diesem Gedanken seines Großvaters Ferdinand I. gänzlich an der Ehrenhaftigkeit der Messinesen gescheitert, wird immer wahrscheinlicher. Es kehrten diesen Morgen abermals geschlagene Truppen aus Messina und Catania auf zwei Dampfschiffen zurück: sie sahen etwas besser aus als die von Palermo. So wären also nur noch Syrakus und die Forts von Messina im Besitz des Königs. Auch letztere sind übergeben. — Dem Gerüchte, daß König Ferdinand II. in diesen Tagen der englischen Bank viele Millionen übermacht, mag ich keinen Glauben schenken. Die Nachrichten aus der Lombardei erregten hier alle Gemüther. Der wackere Polizeichef Carlo Poërio (vor kurzem noch Gefangener Delcarretto's) läßt die zahlreichen unterirdischen Kerker überall zumauern, und greift mit thätiger Hand in alle Zweige seiner Verwaltung ein. Deputationen wandern beim Könige ein und aus. Abendschulen für Handwerker sollen zunächst eingerichtet werden. Die kaufmännische Sammlung beläuft sich bereits auf 10,000 Duc. für die hiesigen Armen. Mehrere ausgezeichnete Decrete erfreuten heute das Publicum: der bekannte Literat Imbriani wurde an des zweideutigen Cenni Stelle Intendant von Principato Ultra; Marchese Spaccaforno Intendant der Provinz Palermo für Forcella. Der Professor Saliceti bekam die Intendantenstelle von Principato Citra (Salerno). Der sehr beliebte N. de Thomasis die von Abruzzo Ult. I.; der ehrenwerthe Bignale die von Cosenza, an Liguori's Stelle, welcher förmlich abgesetzt wurde. G. de Cesare geht in's Basilicat, der Duca della Verdura (dessen Familie sich in Palermo auszeichnete) nach Catania. Mariano d'Ayala (kürzlich noch Staatsgefangener) kommt nach Messina, zuvörderst aber nach Abruzzo Ult. II., an des elenden Ajossa Stelle, welcher unter Santangelo binnen 4 Jahren durch Geld sich zu den höchsten Stellen emporkaufte. Noch immer fehlt die Antwort auf die letzten Friedensvorschläge aus Palermo. (A. Z.)

Neapel, 11. Febr. Die Constitution erschien diesen Mittag um 2 Uhr, und von Stunde zu Stunde schwoll die Menschenmenge und steigerte sich der Jubel. In vielen tausend Exemplaren verbreitete sich das hochwichtige Document in kürzester Zeit über alle Theile der ungeheuern Stadt. Gegen 4 Uhr drängte sich die Masse gegen das Schloß, die Nationalgarde erschien mit Musikbanden, lange Züge führten in ihrer Mitte oder an der Spitze die bekränzten Büsten des Königs und der Königin einher, unzählige Lazzaroni schwirrten aus allen Winkeln zusammen, und als der König und die Königin auf den Hauptbalcon des Schlosses hinaustraten, da jauchzten hunderttausend Kehlen ihren Dank in die Lüfte. Der König sprach einige herzliche Worte und grüßte das Volk zu wiederholtenmalen. Man schrie, man bat, man flehte: er möge herunterkommen und sich unter die jubelnde Menge begeben. Nicht lange währte es, da sah man König und Königin, die Grafen von Aquila und Trapani aus der Schloßpforte ohne alle weitere Begleitung herausfahren. Man wollte die Pferde ausspannen und den geliebten Monarchen durch den Toledo ziehen, aber er bat freundlich, dieß zu unterlassen und fuhr langsam, die Zügel in der rechten Hand, in der linken den Hut schwenkend und überall grüßend weiter. Der Enthusiasmus war unbeschreiblich: alles drängte sich hinan, jeder suchte sein Entzücken auszudrücken; nicht allein der König, auch die Königin und die Prinzen waren tief und freudig bewegt. Dieser Zug des Königs währte fast eine Stunde. (A. Z.)

Florenz, 17. Febr. Der Tag, wo der lange gehegte Wunsch des toscanischen Volks in Erfüllung gehen soll, ist endlich erschienen! Heute mit Tagesanbruch war an allen Straßenecken das großherzogliche Motuproprio, durch welches die neue Landesverfassung bekannt gemacht wird, angeschlagen. Viele Hunderte von Menschen stehen vor demselben, mit aufmerksamem Lesen beschäftigt. Der Donner des Geschützes und Glockengeläute verkünden so eben das große Ereigniß. Alles überläßt sich der ausgelassensten Freude, Niemand denkt an Geschäfte, eben werden alle Läden geschlossen — es ist Festtag. (A. Z.)

Genua, 11. Febr. Wie es heißt, werden demnächst noch zwei Altersclassen zu den Waffen gerufen werden. Die sardinische Heeresmacht hat gegenwärtig bereits die Stärke von 60,000 Mann erreicht Diese Truppen haben ihre Standquartiere größtentheils in den Städten und Ortschaften längs der lombardischen Grenze. Oesterreichischerseits hat man sich durch diese Demonstration veranlaßt gesehen, ebenfalls eine Heeresabtheilung an der Grenze aufzustellen. Die piemontesische Festung Alessandria ist ganz auf den Kriegsfuß gesetzt worden, und noch immer wird von der Errichtung eines befestigten Lagers gesprochen, das zwischen Voghera und Stradella zusammengezogen werden soll.

Belgien.

Brüssel, 15. Febr. Der Minister des Innern hat gestern der Repräsentantenkammer drei wichtige politische Gesetzentwürfe vorgelegt: 1) über Aufhebung des Gesetzes, nach welchem die Wahlcollegien getheilt werden; 2) über die Ernennung der Bürgermeister außerhalb der Gemeinderäthe und nach dem Gutachten der permanenten Deputationen der Provinzialconseils; 3) über Hinzufügung der auf der Jury-Liste figurirenden Capacitäten zu dem Verzeichniß der Wähler (mit einem Census-Minimum von 20 fl.) (A. Pr. Z.)

Portugal.

Englische Berichte aus Lissabon reichen bis zum 9. Febr. Große Bestürzung herrschte über das Gerücht, die britische Regierung habe der portugiesischen anzeigen lassen, daß diese ihren übernommenen Verpflichtungen nicht nachgekommen sey, indem die portugiesische Deputirtenkammer nicht als gesetzlich gewählt angesehen werden könne. — Hr. Ayllon hat aufgehört spanischer Gesandter in Lissabon zu seyn. — Es hieß, die Bank habe eine Anleihe von 600,000 Pf. St. in Paris und London negocirt. — Auf den im Tejo liegenden englischen Schiffen grassirten fortwährend die Blattern, und zwar ziemlich bösartig. (Engl. Bl.)

Spanien.

Ein Schreiben aus Madrid vom 6. Febr. im „Daily News“ bemerkt: Espartero habe selbst seine Stellung muthwillig zu Grunde gerichtet durch einen Etikettestreit, indem er behauptete, der Herzog v. Rianzares hätte ihn, den ehemaligen Regenten, zuerst besuchen sollen, und deßwegen es unterließ, der Königin Christine seine Aufwartung zu machen, dadurch aber die Königin erzürnte und nachher sich in den Theatern auf eine Weise von dem Volke feiern ließ, daß dies als Beleidigung gegen die Königin erscheinen mußte. So machte er es sich selbst unmöglich an der Spitze der vereinigten Opposition ein Cabinet zu gründen. Nach dem Clamor publico kam Espartero am 7. in Logronno an. Hier und unterwegs wurde er überall festlich empfangen; er versicherte überall, sein einziger Wunsch sey, in der Stille des Privatlebens auszuruhen; die Deputationen aber nahm er willig an.

Madrid, 8. Febr. Wegen der Ereignisse im Königreich beider Sicilien sind zwei spanische Kriegsschiffe, ein Dampfboot und eine Fregatte, zum Schutze der dort sich aufhaltenden Spanier in die neapolitanischen Gewässer beordert.

Frankreich.

Paris, 18. Febr. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde die Prüfung der Rechnungen des Finanzministeriums von 1845 vollendet; die Kammer gieng zu den außerordentlichen Crediten für dasselbe Jahr über. Bei Abgang der Post war über den Entwurf noch nicht abgestimmt.

Der Herzog v. Nemours versammelt viele höhere Officiere um sich. Der Schauplatz soll ein Anwesen am Ende des großen Zugangs der elysäischen Felder seyn, bekannt unter dem Namen Clos-Beaujon.

Der Tagesbefehl des Herzogs von Montpensier lautet folgendermaßen: „In möglichster Eile sind aus den Artilleriemagazinen von Vincennes nach der (den elysäischen Feldern gegenüber liegenden) Militärschule folgende Sendungen zu machen: zwei Batterien Feldgeschütz mit vollständig geladenen Munitionswagen, 20 Infanteriemunitionswagen, 300 gefüllte Kartätschbüchsen, 400 Petarden, ein Wagen voll Fackeln für den Nachtdienst.“ (gez.) A. v. Orleans.

Im Bankett-Comité ist Spaltung ausgebrochen. Die Radicalen wollten den Sonntag, es scheint aber, daß jetzt Dienstag der 22. festgesetzt ist. Hundert Arbeiter sind seit gestern mit dem Aufschlagen von Tischen beschäftigt. Man sagt, mehrere Abgeordnete der Linken haben ausdrücklich erklärt, daß sie sich zurückziehen. Das Comité ist heute versammelt, um die Ordnung der Toaste festzusetzen. Viele ältere Abgeordnete haben sich als Theilnehmer einschreiben lassen. In der Verlegung wollen Viele die Möglichkeit sehen, durch Bildung eines neuen Cabinets dem ganzen Wirrwar ein Ende zu machen.

Ein Blatt aus Amiens, das „Journal de la Somme“ enthält eine Privatmittheilung aus Paris, die gestern Abend in allen Kreisen großes Aufsehen erregte. Der Verfasser der Correspondenz, die im Bureau des „National“ geschrieben wird, steht in genauer Verbindung mit Hrn. Thiers. Der Briefschreiber stellt den Fall auf, daß es in den Straßen von Paris, wie 1830 zu einem Kampfe gekommen und das Volk siegreich daraus hervorgetreten, dann solle der König zu Gunsten seines Enkels, des Grafen von Paris abdanken und die Herzogin von Orleans als Regentin erklärt werden.

Großbritannien.

London, 17. Febr. In der heutigen Sitzung der Lords beantragte der Marquis Lansdowne die zweite Verlesung der Bill, durch welche die Anknüpfung diplomatischer Verbindungen mit dem römischen Hofe gestattet werden soll.

„Englische Blätter“ vom 17. Febr. schreiben, Peel soll, indem er die Führerstelle über die seinem System anhängende Schattirung der Conservativen niederlegte, mit Bestimmtheit erklärt haben, daß er nie mehr in den activen Staatsdienst eintreten werde.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 21. Febr. Bayerische 3½ pCt. Obligationen 90 P., 89½ G. Bayerische Bankactien I. Semester 1848 660 P., 657 G. Promessen per Stück Agio 74 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 102 P., — G.; 4pCt. 89 P., — G.; 3pCt. 64 P., — G. Bankactien I. Semester 1565 P., — G. Württembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 89 G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 56 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 89 G.

Frankfurt, 20. Febr. Metall. 5pCt. 99¾; 4pCt. 87; 3pCt. 63¼; Bankactien 1802; Taunus-Eisenbahn-Actien 354½; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 53½; bayer. Ludwigs-Bexbacher-Eisenbahn 85½; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Wien, 19. Febr. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 100¾; zu 4pCt. in CM. 84½; zu 3pCt. in CM. 61; Bankactien per Stück 1540; Nordbahn 128⅞.

Amsterdam, 18. Febr. 2½ pCt. 53 13/16; 3pCt. 65⅝; 4pCt. 84¼; Synd. 3½ pCt. 83; Handels-Maatschappy 162½; Ard. 16⅞; port. 3pCt. 26 13/16; 5pCt. Metall. 95¾.

Paris, 18. Febr. 3pCt. 73 Fr. 95 C.; 5pCt. 116 Fr. 60 C.

London, 17. Febr. Consols 89¾.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 24. Februar: „Marie, die Tochter des Regiments.“ Oper von Donizetti.

Freitag den 25. Februar: „Zwei Tage aus dem Leben eines Fürsten.“ Lustspiel in 4 Acten von Deinhardstein.

Anzeige.

Mittwoch den 23. Februar findet vom Unterzeichneten die zweite und letzte

Redoute

im k. Odeon statt. Billeten sind wie immer bei Falter und Sohn zu haben.

Streck.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Feng, Major v. Neuburg; Dr. Wiedemann, Baron v. Schätzler, Dollfuß, Ingenieur, und Wertheimer, Privatier v. Augsburg; Allan, Rentier aus Schottland.

Gold. Hirsch. Se. Durchlaucht Fürst v. Salm von Wien; Hr. Graf Szechenyi, k. k. Legationssecretär v. Wien.

Hôtel Maulik. HH. Merisse, Rentier v. Havre; Friedr. Privatier v. Meranz v. Tianlo, Gutsbesitzer v. Köln; Bülow, Militär v. Berlin; v. Appel, Rentbeamter v. Freising.

Gold. Hahn. HH. Lißle, Juwelier v. Landshut; Harrer, Particulier v. Prag.

Gold. Kreuz. HH. Moll, Negotiant von Lüttich; Lasser, Particulier v. FinsPang.

Blaue Traube. HH. Rey, Postoffizial v. Regensburg; de Troge, Postverwalter v. Mindelheim; Landgraf, Dr. med. v. Wien; Frau Gräfin v. Blagy und Mad. de Blangy von Paris.

Stachusgarten. HH. Baur, Privatier von Donauwörth; Hackle, Kunstgärtner von Hamm; Klinger, Siebmacher, und Pfandl, Zimmermann v. Rosenheim.

Gestorbene in München.

Joseph Kern, Taglöhner v. Feldmoching, 58 J. alt; Anna Lehner, Bierwirthswittwe v. h., 64 J. alt; Johann Mosser, Schuhmachergesell v. h., 72 J. alt; Maria Wöhrl, Taglöhnerstochter v. Alling, Ldg. Starnberg, 44 J. alt; Elisabetha Zimmermann, Taglöhnerstochter von Landsberg, 22 J. alt; Maria Ludwig Hennet, Cand. med. v. Delemont, Kantons Bern, 19 J. alt; Marg. Grill, kgl. Central-Staats-Casse-Dienerswittwe v. h., 66 J. alt; Johanna Reisacher, k. Registratorswittwe v. h., 73 J. alt; Julius Sattler, Conditor v. Gerlingen in Württemberg, 17 J. alt; Maria Anna Walterherr, Zimmermannswittwe v. h., 82 J. alt; Maria Milchmaier, Maurerstochter von Neuötting, 28 J. alt; Franzisca König, Sergeantenswittwe von Amberg, 72 J. alt; Magdalena Winkler, bgl. Schneidersfrau v. h., 42 J. alt; Franz Paul Krammer, b. Friseur v. h., 43 J. alt; Barb. Wallner, Trockenladerswittwe v. h., 63 J. alt.

Pfandauslösung und Versteigerung.

2261. (3c) Donnerstag den 24. Feb. 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Januar 1847 und zwar von:

Nr. 28,351 bis 36,772.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Dienstag den 29. Feb. öffentliche Versteigerung.

München, den 29. Jan. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt I. der Stadt München.

L. Negrioli, Magistratsrath.

Hannes, Cassier. v. Zech, Controleur.

Erklärung.

Wir haben in Erfahrung gebracht, daß unter der Benennung von Ehrenmitgliedern der Alemannia Listen von Anhängern und Schützlingen jener Gesellschaft verbreitet werden, in denen Namen von Professoren sich finden, welche wegen ihrer Ehrenhaftigkeit und ihres europäischen Rufes zu den Zierden unserer Hochschule gehören, — ja, daß man wagt, die Verfassung und Verbreitung solcher Listen den Studenten beizulegen. Das ist ein Frevel gegen die Würde der Universität. Die Studirenden erklären, daß die Ehre ihrer Lehrer ihnen so heilig ist wie ihre eigene, daß sie jene Anschuldigung mit Entrüstung von sich stoßen, und daß die Urheber derselben Ehrenräuber und Verleumder sind.

Das Rectorat tritt dieser Erklärung bei und wir werden ihr gegen Jedermann, der sich an solcher Schlechtigkeit betheiligen würde, eine jede durch das Gesetz zulässige oder gebotene Folge zu geben wissen.

München am 21. Februar 1848.

Königliches Universitäts-Rectorat.

Dr. Fr. Thiersch, d. Z. Rector.

Aichmayr, st. jur., Senior des Corps Isaria.
Jörres, st. jur., Senior des Corps Suevia.
v. Loblowitz, st. jur., Senior des Corps Bavaria.
Seel, st. jur., Senior des Corps Franconia.
Banino, st. jur., Senior des Corps Palatia.
Brenner Michael, st. jur.
Herrmann Franz, st. med.
Knorr Julius, st. jur.
Kattler J. B., st. jur.
Lang Elias, st. jur.
Meßner Georg, st. phil.
v. Parseval, st. jur.
Schleich, C. phil.
Sensburg Fr. Ludw., st. jur.
v. Wölderndorff Otto, st. jur.

Edictalladung.

2269. In Sachen des k. Kämmerers und Gutsbesitzers Hrn. Grafen von Oberndorf zu Regendorf, gegen die vormaligen Essigfabricantens-Eheleute Lorenz und Maria Hopfengartner zu Nürnberg, wegen einer Wechselschuld per 5000 fl., will man zur Production des Originalwechsels auf 15. März 1848, Vormittags 10 Uhr, Commission anberaumt, und den, unbekannt wo, sich aufhaltenden Wechselschuldner Lorenz Hopfengartner edictaliter, et sub poena recogniti, hiezu vorgeladen haben.

Regensburg am 15. Febr. 1848.

Königliches Wechsel- und Merkantilgericht I. Instanz.

Hörl, Director.

Krieger, Sec.

Gantproclama.

2284. In dem Debitwesen des Johann und der Walburga Grabmaier, Krämerseheleute zu Au, ist die Eröffnung des Universalconcurses bereits rechtskräftig erkannt.

Es werden demnach hiemit die gesetzlichen Edictstage öffentlich ausgeschrieben, und zwar:

I. Zur Anmeldung und Nachweisung der Forderungen auf
Montag den 27. März l. Js.

II. Zur Vorbringung der Einreden auf
Dienstag den 25. April l. Js.

III. Zur Abgabe der Schlußerinnerungen, nämlich
a) zu den Repliken auf
Dienstag den 23. Mai l. Js.,
b) zu den Dupliken auf
Dienstag den 6. Juni l. Js.,

jedesmal von 8—12 Uhr Vormittags und 2—6 Uhr Nachmittags.

Hiezu werden sämmtliche bekannte und unbekannte Gläubiger des Communschuldners unter dem Rechtsnachtheile vorgeladen, daß das Ausbleiben am ersten Edictstage die Ausschließung der Forderung von der gegenwärtigen Gantmasse, das Nichterscheinen an den übrigen Edictstagen aber den Ausschluß mit den an denselben vorzunehmenden Handlungen zur Folge habe.

Die Activmasse beträgt nach dem Inventar vom 10. Dezember 1845 . . . . 6,489 fl. 24 kr.
während der Schuldenstand . . . . . 21,626 fl. — kr.
entziffert.

Der erste Edictstag wird übrigens behufs der allenfallsigen Beseitigung des weitern Gantverfahrens dazu benützt werden, unter den Gläubigern eine gütliche Ausgleichung zu erzielen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche von dem Vermögen der Grabmaierschen Eheleute irgend etwas in Handen haben, aufgefordert, solches bei Vermeidung nochmaligen Ersatzes unter Vorbehalt ihrer Rechte bis zum ersten Edictstage zu Gerichtshanden herauszugeben.

Den 12. Februar 1848.

Königl. Landgericht Aibling.

Der königl. Landrichter:
Kienast.

Lehner.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 47.

Münchener politische Zeitung.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaderl-Gasse Nro. 2½ auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 26 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Donnerstag | XLIX. Jahrgang. | 24. Februar 1848.

Deutschland.

(Resultate der deutschen Postconferenz.)

(Schluß.)

Allgemeine Portofreiheit besteht für die Correspondenz unter den Oberhäuptern der Postvereinsstaaten, den Mitgliedern der Regentenfamilien und den Mitgliedern des fürstlichen Hauses Thurn und Taxis, hiernächst aber auch für die Officialcorrespondenz aller öffentlichen Behörden im Vereinsgebiete; für Retourbriefe, für irrig geleitete, nicht angenommene und reclamirte Briefe ꝛc. wie für Postrestanten sind diejenigen Vorschriften getroffen, welche dieselben so bald und so billig als möglich ihrer Bestimmung zuzuführen, geeignet sind. Für die zwischen Postvereinsstaaten und außerdeutschen Ländern durch Vereinsgebiet transitirende Correspondenz wie für nichtvereinsländische Zeitungen soll, unter Beseitigung besonderer Transitportoansätze, eine Gesammttaxe festgesetzt werden, woraus zugleich die Entschädigung für Transitporto zu bestreiten wäre. Wofern eine Vereinigung hierüber nicht zu Stande käme, soll doch jedenfalls eine Regelung der von den einzelnen Postverwaltungen bei den verschiedenen Correspondenzen zu erhebenden eigenen und Transitporti erfolgen. Hierin wird daher eine der wesentlichsten Aufgaben für die Conferenz bei ihrer Wiedervereinigung liegen, deren Lösung der obwaltenden Schwierigkeiten ungeachtet, jedoch nicht zu bezweifeln steht. Für die Besorgung und Beförderung vereinsländischer Zeitungen innerhalb des Vereinsgebiets wird unter Festsetzung einer Minimal- und Maximaltaxe eine Gebühr von 50 Procent bei politischen, von 25 Procent des Nettopreises bei wissenschaftlichen und andern Journalen, mit Ausschluß jeder andern Beförderungsgebühr, erhoben.*) Außer den angeführten Tarifebestimmungen besteht für die Sendung von Päckereien jeder Art, wie für Gelb, Documente und dergleichen nur noch eine Portotaxe. Die Declaration des Werthes, wie die ganze oder theilweise Frankirung bis zu einem Gränzpunkte, bleibt dabei in die Willkür des Absenders gestellt. Als diese Fahrpostaxe soll nach den vorläufigen Verabredungen künftig auf je 5 Meilen der Entfernung erhoben werden: 1) eine Grundtaxe für jede einzelne Sendung, ohne Rücksicht auf deren Gewicht oder Werth, von 2 kr. P.-W. 2) eine Gewichtstaxe von ½ kr. P.-W. für jedes einzelne Pfund Postgewicht, und überdieß 3) eine Werthstaxe für jedes 100 Thlr. Postwährung des declarirten Werthes, mit 1/100 pCt. oder 1 kr. Um diese an sich sehr billige Taxe auf kurze Entfernungen oder kleine Werthsbeträge noch mäßiger zu stellen, soll die Gewichtstaxe auf Entfernungen von 1 bis 3 Meilen mit 1/10 kr., und von 4 bis 10 Meilen mit 1/10 kr. mehr für jede Meile, und erst auf Entfernungen von mehr als 10 Meilen nach dem angegebenen Satze von ½ kr. pro Pfund gerechnet, die Werthstaxe aber für Sendungen bis zum declarirten Werthe von 5 Thlr. P.-W. einschließlich mit ¼ und bis zum Werthe von 50 Thlr. P.-W. einschließlich mit ½ des tarifmäßig ausfallenden Taxbetrages erhoben werden. Diese Taxe bietet den Vortheil, daß nicht allein das für Fahrpostsendungen zu entrichtende Porto von dem Absender selbst im voraus leicht berechnet werden kann, sondern auch das Verbot des Zusammenpackens von Gold-, Silber- und Papiergeld durch dieselbe gänzlich beseitigt wird, weil es künftig behufs der Portoerhebung nur auf das Gewicht und den declarirten Werth der Geldsendung ankommt. Beispielsweise wird hiernach künftig zu entrichten haben: Ein Packet von 10 Pfund auf 5 Meilen 7 kr., auf 10 Meilen 14 kr., auf 20 Meilen 28 kr., auf 100 Meilen 140 kr.; ein Packet von 50 Pfund auf 5 Meilen 27 kr., auf 10 Meilen 54 kr., auf 100 Meilen 540 kr.; eine Geldsendung in Silber von 100 Thlrn. zu einem Gewichte von etwa 5 Pfund auf 5 Meilen 5½ kr., auf 10 Meilen 11 kr., auf 20 Meilen 22 kr."

*) Diese Bestimmung ist für die Journalpresse in Bayern von hoher Wichtigkeit. Denn wird sie — wie es von unserer für die Herstellung deutscher Einheit so eifrig wirkenden Regierung nicht anders zu erwarten ist — von dieser genehmigt, dann hört die Postdebits-Gewährung und Entziehung von selbst auf. Bayern hat dann gegen die andern Vereinsstaaten die Verpflichtung übernommen, die in ihren Gebieten erscheinenden Zeitungen um eine Maximaltaxe von 50 Procent zu befördern, und eine Zumuthung, für dieselben die Briefportotaxe zu bezahlen, würde sofort vertragswidrig seyn. Directe Zeitungsverbote aber, wie sie in Preußen ganz nach Art und mit der vollen Wirksamkeit der Postdebitsentziehung, nur unter anderm Namen, bestehen, sind in Bayern verfassungsmäßig unzulässig. So werden alle auswärtigen Blätter in Bayern künftig freien Curs haben; was man aber der außerbayerischen Presse gewährt hat, wird man es der inländischen vorenthalten können? Auf diese Weise wird das unheimliche Gespenst der Postdebitsentziehung von selbst aus der bayerischen Verwaltungspraxis verschwinden. D. R. d. N. C.

Bayern.

*† München, 24. Febr. Mit Ihrer königl. Hoheit der Frau Erbgroßherzogin trifft auch Se. königl. Hoheit der Erbgroßherzog morgen früh von Donauwörth hier ein, welche Anzeige erst später erfolgt ist.

München. (Fortsetzung der gestern abgebrochenen Mittheilung aus dem neuesten Regierungs-Blatte.) III. Pfarreien-Verleihungen, Präsentations-Bestätigungen. Die Pfarrei Seyfriedsberg, dem Johann Michael Städele, Pfarrer zu Wohlfartsschwenden; die Pfarrei Deubach dem Bartholomä Miller, Pfarrer in Wörleschwang; die Pfarrei Malgersdorf dem Joseph Münch, Districts-Schulinspector und Pfarrer in Schönau; die Pfarrei Obereuerheim dem Aegid Eckert, Localcaplan an der Saline zu Kissingen und die Pfarrei Bodenmais dem Georg Fuchs Cooperator zu Hochdorf. Von Sr. Maj. dem König wurde unterm 31. Jan. l. J. Allerhöchst genehmigt, daß die Pfarrei Eitensheim von dem Hochwürdigen Herrn Bischofe von Eichstädt, dem seitherigen Pfarrer zu Kaldorf Ignaz Pürner und die Pfarrei Dornach von dem Hochwürdigen Herrn Bischof von Passau dem bisherigen Religionslehrer an dem Gymnasium und an der Lateinschule zu Passau Johann Evang. Schmidbauer; die Pfarrei Kaldorf von dem Hochwürdigen Herrn Bischof von Eichstädt dem Pfarrer zu Mitteleschenbach Franz Xaver Schönberger und die Pfarrei Stadtbergen von dem Hochwürdigen Herrn Bischofe von Augsburg, dem dermaligen Pfarr-Vicar dortselbst Joseph Schifferle übertragen werde. Die protestantische Pfarrei Kirnberg wurde dem Pfarramtscandidaten Christian Friedrich Theodor Beck aus Neustadt am Kulm; die protestantische Pfarrei Degersheim und die damit verbundene II. protestantische Pfarrstelle in Heidenheim, dem bisherigen Pfarrer zu Wülzburg Johann Georg Feldner; die combinirte protestantische Pfarrei Kaltenbrunn und Freiung dem bisherigen zweiten Pfarrer in Lindenhart Johann Reinel, und die protestantische Pfarrei Ober- und Untermichelbach dem bisherigen Pfarrer zu Obertief, Friedrich Ernst Rasch verliehen. — IV. Se. Maj. der König haben vermöge allerhöchster Entschließung v. 28. Jan. l. J. das durch den Tod des Canonicus, Priester Mathias Marter und das Vorrücken des jüngsten Canonicus in Erledigung gekommene sechste (Stingelheim'sche) Canonicat bei dem Collegiatstifte zur alten Kapelle in Regensburg dem Prediger und Ehrencanonicus an der Hof- und Collegiatstiftskirche zum heiligen Kajetan dahier, Dr. Thomas

---

Die Allerheiligen-Nacht im Jahre 1805.

(Eine Novelle aus A. Büssel's ungedrucktem Nachlasse.)

(Fortsetzung.)

„Du hast recht," lieber Franz, sagte Frau v. S . . . ., „es ist schnell ausgesprochen: geh an Deinen Posten — aber man besinnt sich, an jenen sich zu begeben, der über Leben und Tod entscheidet. — Dein Posten ist im Augenblicke hier. Du hast Dir selbst die Erfüllung zweier Pflichten auferlegt: Liebe und Kampf, aber Beide umschlingt Ein Band: die unverbrüchliche Treue. Nimm Antoinette und ihre beiden Schwestern mit Dir. George hält unsere Chaise in Bereitschaft. Du kannst neben ihnen herreiten, und in wenigen Minuten seyd ihr in Strube. Klärchen richtet einige Winterkleider zusammen, damit sie wechseln können, und für den außerordentlichen Fall, wenn der Paß mit Sturm genommen würde, mit dem Nöthigsten versehen sind, und geschützt vor der Kälte nach dem Pillersee fliehen können. Ich bleibe hier, ich trenne mich von eurem Vater nie, so getrennt unsere Ansichten und entgegengesetzt sie seyn mögen. Weiß ich meine Töchter in Sicherheit, trag ich leicht jedes Ungemach mit ihm. Er hat mir alle Ruhe genommen, und mir das Herz mit finstern Sorgen belastet; ich bebe vor den Folgen seines Ehrgeizes, und sehe den Abgrund vor mir offen stehen, in den er mit patriotischer Raserei stürzt. Mein Beruf ist es, unwandelbar ihm zur Seite zu stehen, und mit ihm das Loos des Krieges zu theilen." —

Franz und Antoinette waren freudig überrascht, die Stimmung der Mutter, wo nicht ganz geändert, doch wenigstens gemildert zu sehen. Sie schöpften aus ihrer ruhigen Sprache Muth und Trost, und sahen das finstere Gespenst der Zwietracht, das sich zwischen die Gatten geworfen hatte, immer weiter und weiter von diesem glücklichen Hause fliehen. Klärchen war in der Garderobe voll Beschäftigung; Genovева und Marie hüpften voll Freuden durch die Zimmer, und riefen über ein und das andere Mal zum Fenster hinab, das nach dem großen Garten sah, dem Kutscher aufmunternd zu, die Pferde aus dem Stalle zu führen und einzuspannen. Bald umarmten sie ihre Schwester Antoinette, bald fielen sie voll Zärtlichkeit der Mutter um den Hals und überdeckten sie mit Küssen. Franz stand entzückt im Kreise der herrlichen Töchter, die, Hand in Hand geschlungen, ihn umschwebten und ihn mit scherzhaft-neckischer Rede aufforderten, einen rothen Federbusch zu erbeuten, oder einen französischen Adler als Zeichen seiner Tapferkeit zu bringen.

Doch immer nicht wollte der Kutscher erscheinen, als ein Eilbote hereintrat, und Franz ein Billet überreichte, das ihn ohne Aufschub an den Paß abrief.

„Lieber Franz," lautete unter Anderm dasselbe, „sattle augenblicklich, und fliege nur auf eine Stunde in die Arme Deines Vaters, der Deiner bedarf. Entschuldige mich und Dich

Wieser, vom 1. Febr. l. J. an, allergnädigst zu übertragen geruht. — V. Se. Maj. der König haben sich allergnädigst bewogen gefunden, dem bisherigen Präses am Bürgersaale dahier, Priester Joh. Bapt. Stocinger die Stelle eines Predigers und Ehrencanonicus an der Hof Collegiatstiftskirche zum heiligen Cajetan, vom 1. März l. J. anfangend, zu verleihen. — VI. Se. Maj. der König haben sich unterm 5. Febr. l. Js. bewogen gefunden, zur Besetzung der durch den Austritt des Johann Neumüller in Erledigung gekommenen Stelle eines Mitgliedes des Landrathes der Oberpfalz und von Regensburg, den als Landrathscandidaten gewählten Joseph Trautner, Gastwirth und Handelsmann in Schwarzhofen, Landgerichts Neunburg v. W., zum Mitgliede des Landrathes dieses Regierungsbezirkes zu ernennen. — VII. Dem pensionirten Obersten Heinrich Frhrn. v. Brakel wurde das Ehrenkreuz und dem Schullehrer Georg Martin zu Untermerzbach die Ehrenmünze des königl. bayerischen Ludwigsordens verliehen.

(Schluß folgt.)

*München, 23. Febr. So eben liegt der zehnte Jahresbericht des Unterstützungsvereins für Oberbayern vor uns. Dieser Verein hat sich durch die ihm alljährlich zufließenden Beiträge seiner Mitglieder und Wohlthäter in zehn Jahren zu einer der namhaftesten Wohlthätigkeitsanstalten Oberbayerns aufgeschwungen. Er hat seit seiner Begründung bereits 1012 Bittsteller um Unterstützungsdarlehen mit einem Gesammtcapitale von 48,236 fl. bedacht, wozu einmal bei drohender Epidemie 60 fl. ohne Rückerstattung kamen, so daß die Hülfeleistung des Vereins bereits 48,296 fl. umfaßt. Seine Einnahmen betragen in diesem Jahre (mit den außerordentlichen Beiträgen einiger edler Männer) 9539 fl. 52 kr., die Ausgaben 8820 fl. 32 kr., woraus sich ein Cassareſt von 719 fl. 20 kr. ergibt. Die Rechnungsablage über den Vermögensstand des Vereins zeigt uns ein Ergebniß von 24,000 fl. 25 kr. Wenn also der Verein in diesem zehnten Berichte seine Bitte um Beitritt und thätige Unterstützung erneuert, so können wir derselben nur beistimmen, und wollen hoffen, daß der edle Sinn unserer Mitbürger einem so segensreichen Unternehmen bald die allgemeinste Theilnahme zuwenden wird.

Württemberg.

(Fortsetz. des abgebrochenen Vortrags über die Maivorfälle in der Sitzung vom 8. d. Mts. [s. Nr. 39 der polit. Z.]) Minister v. Schlayer: „Ich glaube, die Kammer wird zunächst Eröffnungen anderer Art erwarten, als der Hr. Abgeordnete sie wünscht. Derselbe hat in seinem Vortrage sehr verschiedene Dinge zusammengefaßt. Zunächst hat er sich darüber beschwert, daß dem Militär bedeutende Excesse zur Last fallen, daß er sich veranlaßt gefunden habe, am 4. Mai bei der Stadtdirection eine Vorstellung zu erheben und die Bitte vorzubringen, daß dieselbe ferneren Excessen des Militärs Einhalt thun möchte. Ein zweiter Theil seines Vortrages beschäftigt sich eigentlich damit, auszuführen, daß er mit dem Bescheid des Ausschusses nicht zufrieden ist. Dort handelte es sich nach meiner Ueberzeugung zunächst davon, ob der Hr. Abgeordnete überhaupt im Falle war, bei dem Ausschuß irgend eine Beschwerde zu erheben und die Bitte an ihn zu stellen, sich bei der Regierung über Mißbrauch der Staatsgewalt zu beklagen, und ob er überhaupt einen Mißbrauch nachgewiesen habe. In Beziehung auf den letzteren Punkt hat er selbst zugegeben, daß er keinen Beweis habe führen können, gleichwohl aber verschiedene Zeugen Aussagen verlesen. Endlich hat er dann noch den Antrag gestellt, man möchte eine Bitte an die Regierung um gesetzliche Regulirung der Anwendung von Waffengewalt in solchen Fällen bringen. Was nun aber diesen Punkt betrifft, so glaube ich, daß er von der heutigen Debatte ganz geschieden werden sollte, denn es handelt sich nur davon, ob Grund vorhanden war, den Ausschuß zu veranlassen, eine Beschwerde bei der Regierung zu erheben. Endlich hat dann der Hr. Abgeordnete auch noch Aufschlüsse über die Maivorfälle verlangt, in welcher Beziehung ich nur bedaure, daß er jener in der letzten Sitzung begehrten Einladung der Minister nicht auch den Justizminister beigefügt hat, der gewiß im Stande gewesen wäre, Aufschluß aus den Gerichtsakten zu geben." Römer: „Ich bin nicht daran schuld, daß der Hr. Justizdepartements-Chef nicht anwesend ist." Minister v. Schlayer fährt fort: „Abgesehen hievon, kann ich nur im höchsten Grade bedauern, daß diese Sache hier in der Kammer zur Sprache kommt, eine Sache, die gewiß jeder gute Württemberger aus der Geschichte des Vaterlandes entfernt zu sehen wünscht. Der Hr. Abgeordnete hat indessen diese Sache nur in so weit berührt, als er glaubt, daß sie im Zusammenhang mit seiner eigenen Angelegenheit stehe. Ich bin vor Allem genöthigt, den von ihm verlesenen Aussagen andere Aussagen entgegen zu stellen. Es ist nicht richtig, wenn man sagt, es habe gar keine Untersuchung stattgefunden. Eine Masse von Personen wurde gehört, und es liegt eine Menge von Aussagen solcher Personen vor, die theils bei der Sache zu handeln hatten, theils solche unmittelbar mit angesehen haben. Insbesondere liegen bei den Akten die umfassenden Aussagen des Stadtschultheißen, des Stadtdirectors, der Officiere der Bürgergarde und aller militärischen Officiere. Nachdem sich der Hr. Abgeordnete insbesondere auf die Vorgänge bei der Haidlenschen Apotheke berief, kann ich nicht umhin, den Kaufmann F. Reihlen, der gegenüber wohnt, selbst sprechen zu lassen, indem dieser veranlaßt worden ist, seine Angaben der Polizei so mitzutheilen, wie er sie verantworten könne. Derselbe sagt: „Um der Aufforderung der königl. Stadtdirection, über die am 3. dieß vor meinem Hause stattgehabten bedauerlichen Vorfälle meine Beobachtungen mitzutheilen, entgegenzukommen, habe ich die Ehre, Folgendes anzugeben. Nach acht Uhr Abends wurde es vor meinem Hause sehr belebt; denn eine Masse von Menschen zog vorbei, der Hauptstätterstraße zu. Bald darauf hörte ich von daher ein Geschrei und verschiedene Zurückkehrende sagten, daß man dem Bäcker Mayer bereits die Fenster einwerfen und das Haus stürmen wolle. Der Zug an meiner Wohnung vorbei wurde stets größer, von meinen Leuten aber ließ ich Niemanden fort, hielt, so zu sagen Wache vor dem Laden, und als mir endlich ein Stein von einem Vorbeieilenden auf die Brust geworfen wurde, so ließ ich den Laden und mein Haus schließen. Der Lärmen und das Toben in jener Straße wurde immer ärger, als aber die Cavallerie herbeisprengte und die Hauptstätterstraße reinigte, so floh ein großer Theil an meinem Hause vorüber, der Markt-, Karls- und Eberhardsstraße zu, eine große Menge aber machte an der nördlichen Seite der Brücke, die Haidlinsche Apotheke im Rücken, Halt — es war ungefähr 9 Uhr. — Man schrie, lärmte und tobte entsetzlich, und als eine Abtheilung Reiterei von der Hauptstätterstraße herkam, die Ruhe auf ganz geordnetem friedlichen Wege und ohne von den Waffen Gebrauch zu machen, herzustellen, und die Meuterer heimgehen hieß, wurden sie mit Steinwürfen empfangen und gräßlich verschimpft und ausgespottet. — Wir bewunderten die Langmuth der Soldaten, bis sie endlich flache Säbelschläge austheilten und den Empörern schärfer zusetzten. Das half aber nichts. Die Leute blieben und verführten einen um so größeren Lärmen und schickten einen Hagel von Steinen auf das sich auf die andere Seite zurückgezogene Militär. Längere Zeit, es mag wohl eine Viertelstunde gewesen seyn, hielten sich die Soldaten ganz ruhig, ja einige Zeit lang verschwinden sie ganz, was die Aufrührer benutzten, Barrikaden aus den hölzernen Gittern des Nesenbaches zu machen, die Latten an den Bachschranken loszuschlagen und Steine herbeizuholen, die Laternen zu zerschlagen und auszulöschen und ein Gebrüll von Freiheit, Republik u. dgl. zu erheben, daß es mir und meiner Familie angst und bange wurde. Jeden Augenblick glaubten wir, daß unsere Magazine erbrochen und man vorerst aus denen darin befindlichen Gegenständen Barrikaden machen würde, allein sie wurden durch das endliche Herbeikommen von Militär, das wir mit großer Sehnsucht und innerem Dank unter die Meuterer sprengen sahen, gehindert. An Steinwürfen von allen Seiten her fehlte es hier nicht, Latten und aller Art Holz wurde auf die Soldaten geschleudert, die Pferde mit den Hölzern auf die Nase geschlagen und nur mit großer Mühe und unter vieler sichtbarer Gefahr konnten die Reiter vorwärts dringen und den Haufen auf einige Augenblicke zerstreuen. Kaum waren aber die Soldaten wieder auf ihrem Posten an Kupferschmid Kastens Hause, so waren alsbald auch die Aufrührer wieder da, und der Steinregen und das Schimpfen fing aufs Neue an. — Die Steine flogen rechts und links hin, in der ganzen Nachbarschaft klirrten die Fenster so, daß man hinter den Läden im ersten und zweiten Stock nicht sicher war. Durch die Behauptung ihrer Stellung trotz mehrfacher Angriffe des Militärs wurden die Meuterer, deren Zahl sich auf etwa 150 — Andere auf 200 schätzten, immer kecker und frecher und mit einer wahren Todesverachtung stürzten sie am Ende auf die Reiter, welche nun auch von ihren Waffen Gebrauch machten, los, schlugen die armen Thiere unbarmherzig auf die Nase oder an die Füße, schleuderten die größten Steine auf die Soldaten, warfen die hölzernen Gitter in den Weg, damit die Pferde stürzten. Einmal sprengte sogar eine Abtheilung von 15—20 Mann Cavallerie herbei, sie konnten aber nur auf die halbe Brücke kommen, denn ein Hagel von Latten, Steinen flog ihnen entgegen und trieb sie unter großem Hohngelächter und Spott jener Menschen zurück. Einmal schrie Einer, als es so an den Häusern klirrte: „nicht auf das Eigenthum, auf unsere Feinde los — allons — das sind unsere Feinde — vorwärts!" Mit einem Worte, die Reiterei konnte nichts hier ausrichten, das Terrain war, wie es mir schien, zu ungünstig für sie, und darum wurde, wie es mir vorkam, Infanterie herbeigezogen, welche unter Spott und Gelächter, unter Steinwürfen auch von der obern Bachstraße die Stellung von der Cavallerie, wie ich mich zu erinnern glaube, einnahm und sich in Linie gegenüber den Aufrührern stellte. Ich sah gerade durch einen halbgeöffneten Fensterladen gegen das Militär hin, da hörten wir etwas von einem Commando, die Trommel wurde gerührt und wie ich meine, wieder etwas gesprochen, was ich aber vor dem Lärmen auf der Straße nicht genau hören konnte, doch vernahm ich das Wort „Feuer" und darauf fielen die Schüsse. Ob man hinüber gerufen hat, die

---

bei der lieben Familie v. S . . ., und versichere sie und Deine Antoinette, daß Du bis sechs Uhr Abends wieder zurück seyn wirst. Oberst K . . . traf im Augenblicke mit seinem Cavallerieregimente ein. Er will Dich sehen — — — Grüße meinen Freund v. S . . ., und sage ihm, daß die Sachen vortrefflich stünden — daß es an der Scharnitz für die Franzosen manche harte Nuß aufzuknacken gebe, und daß der Paß Strub ein unbezwingliches Thermopylä sey. Ich komme selbst noch heute auf Besuch. Eile! Ich bin ꝛc. ꝛc."

„Und kein Aufschub," fragte Franz mit bedeutungsvollem Tone den Ueberbringer, der ein junger Tyroler-Scharfschütze war, und oft im Strub, wenn ein Freischießen gegeben wurde, den Punct hinausgeschossen hatte. „Keiner," erwiderte er, fest und kalt. „Keiner! Dieses Keiner hallte tief nach in der Seele Antoinettens, tief in dem Herzen der Mutter und der beiden Töchter, die Franz mit schwärmerischer Anhänglichkeit ergeben waren. —

„Ihr könnt ja, junger gnädiger Herr, wieder kommen," fuhr der Bote fort „Ihr seyd so schnell im Strube, als eine Kugel dort anlangt. Ich habe auch Aufträge an den gnädigen Herrn v. S . . .; diese kann ich mündlich unter vier Augen entrichten. Ja, Herr Franz," fuhr er fort, und verzog den Mund mit einem kalten Lächeln, „heute Nacht, wenn nicht Morgen, könnt Ihr Euern Stutzen probiren, den Ihr von Innsbruck bekommen habt. Ihr schießt sonst gut nach der Scheibe, und trefft oft ins Schwarze, daß mir das Herz im Leibe hüpfte. Werdet Ihr auch gut nach den Herzen zielen? — Die blauen Röcke kennen unsere Stutzen seit den neunziger Jahren, und haben Respect dafür. Laßt es nur brav krachen! Fest an die Wange gedrückt, scharf den Feind aufs Korn genommen — und hinaus die zerschmetternde Kugel, daß sie hinpurzeln und hinstürzen!" — —

Franz hatte nur ein halbes Gehör für den Boten und für seine Ermahnungen, denn er hörte die innere Bewegung seines Herzens, und das geisterhafte Geflüster der Ahnung. Frau v. S . . . bemerkte die Unruhe des Jünglings; Antoinette wiegte träumerisch seine Hände und sah ihm ruhig ins Auge, das eine stille Wehmuth aussprach.

„Ich bin in einer Stunde wieder bei Dir," sagte er, „seyd unbesorgt, ich komme, und müßte ich mich blutend durchkämpfen!" —

„Löse Dein Wort," entgegnete die Mutter, „denn ich vertraue Deinem Schutze drei Kleinode — und Deine Braut allein wird Dich bestimmen, tausend Bajonetten zu trotzen."

Er ergriff tiefbewegt ihre Hand und küßte sie.

„Nicht auf diese Spanne von Zeit leb' ich für Sie und für meine Antoinette, sondern für eine schöne, ferne Zukunft. Sie bedürfen daher meiner Betheuerung nicht. Grüßen Sie Papa . . . . er wird mich am rechten Orte finden . . . ich will mich des Preises würdig zeigen. Doch, ich schwärme ja, und denke und fühle so nüchtern."

Er umschlang Antoinette und drückte den Schwestern die Hände. Einige Trompetenstöße ließen sich vor dem Schloßthore vernehmen, die Frauen schüchterten zusammen. Franz riß sich

Leute sollen weggehen, kann ich nicht sagen, da der Lärmen, wie gesagt, gar zu groß war, und wir in unserer großen Angst und Sorge auch nicht so auf Alles Acht geben konnten. Gleich nach dem Schießen hörten wir rufen: „Es ist einer todt," dann trat eine Stille ein, denn die Revolutionärs hatten theilweise die Flucht ergriffen. Doch in Kurzem kamen sie wieder aus ihren Schlupfwinkeln hervor, schleuderten wieder Steine gegen die Soldaten, und erst als sich eine größere Militärmacht entfaltete und endlich auch die Eberhardsstraße beim Haidlenschen Hause gesperrt wurde, gab es vor unseren Wohnungen wieder gottlob Ruhe. Das sind meine und meiner Familie gemachten Wahrnehmungen bei diesem betrübten Anlaß, die ich der Wahrheit gemäß hier niedergeschrieben habe, zum Danke gegen Gott und unsern geliebten König für die gnädige Errettung von dem großen Unglück, das unserem theueren Landesvater, unserer lieben Stadt Stuttgart und meiner Familie gedroht hat. (Schluß folgt.)

Baden.

Freiburg, 20 Febr. Ein unglückliches Ereigniß erfüllt heute unsere Stadt. Diesen Morgen um 10 Uhr hat zwischen dem Lyceumslehrer F. und dem Studenten v. R. ein Pistolenduell stattgefunden, bei welchem Letzterer gefährlich am Halse verwundet wurde. Eine allgemein geachtete Familie ist durch dieses Ereigniß tief erschüttert. Ueber die Veranlassung des Duells sind wir nicht genau unterrichtet, und wollen darum keines der umlaufenden Gerüchte wiederholen. F. soll sich durch die Flucht einer alsbaldigen Untersuchung entzogen haben. (Karlsr. Z.)

Nassau.

Wiesbaden, 20. Febr. Auf landesherrlichen Befehl ist die Eröffnung unserer Ständekammern für den 11. März anberaumt. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Kurhessen.

Kassel, 14. Febr. Unter Bezugnahme darauf, daß am 6. Dec. 1847 das hiesige Militär einen Eid abgelegt, der weder dem Huldigungseide noch dem Diensteide, wie solche in der Verfassungsurkunde rc. vorgeschrieben sind, entsprach und daß die Ausschwörung des Eides erst erfolgte, als von Seiten des Landesherrn auf eine deßfallsige Anfrage wie es heißt, die Versicherung ertheilt war, daß derselbe mit der Verfassung nicht im Widerspruch stehe, hatte in unserer Ständekammer der Marburger Deputirte Lederer einen Antrag gestellt, „die Kammer möge die Regierung um nähere Aufschlußertheilung über den Inhalt des durch das hiesige Militär am 6. Dec. geleisteten Eides der Treue ersuchen." Der Antrag wurde dem Rechtspflegeausschuß zur Begutachtung überwiesen. Für diesen Ausschuß hat nun Herr Wagner in folgenden kurzen Worten berichtet: „Da der von der hiesigen Garnison am 6. geleistete Eid von der Regierung gefordert und vom sämmtlichen Militärpersonal ohne Bedenken abgelegt worden ist, so ist auch nicht zu bezweifeln, daß derselbe mit der Verfassungsurkunde nicht in Widerspruch stehe, und es ist daher der Rechtspflegeausschuß der Ansicht, daß es nicht nöthig sey hierüber eine weitere Auskunft von hoher Staatsregierung zu verlangen, und daß daher dem Antrage des Deputirten Lederer keine Folge zu geben sey." Ob die Ständekammer mit diesem Bericht zufrieden sey, muß die Folge lehren. (Köln. Z.)

Preussen.

Breslau, 19. Febr. In der gestrigen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten wurde über ein Antwortschreiben des Polizeipräsidiums an den Magistrat auf dessen Beschwerde wegen der bekannten Haussuchungen Bericht erstattet. Das Polizeipräsidium behauptet, völlig in seinem Rechte und nach seiner Pflicht gehandelt zu haben, was sich schon daraus ergebe, daß bei Einem der in Untersuchung Befindlichen ein Manuscript vorgefunden worden sey, in welchem sich sehr verfängliche Sachen fänden, während die beiden verhafteten Bürger sich geradezu einer, sowohl mündlichen als schriftlichen Majestätsbeleidigung schuldig gemacht hätten. Diese sind denn auch aus dem Polizeigefängnisse nach dem Inquisitoriate gebracht worden und sehen einer langwierigen Untersuchung entgegen. Aber von einer Verschwörung, einem Complott, einer verbotenen Verbindung und was dergleichen Dinge mehr sind, keine Spur!

(C. v. u. f. D.)

Schleswig-Holstein.

Kiel, 17. Febr. 4 Uhr Nachmittags. (Berathungen über die Wahl der „erfahrenen Männer.") Seit heute Mittag um 12 Uhr sind die hier befindlichen und von anderen Orten der Herzogthümer eingetroffenen Abgeordneten im Saale der „Harmonie" versammelt, um sich darüber zu berathen, ob „erfahrene Männer" zu wählen und mit welchen Vorbehalten die Wahl zu treffen. Es mag scharf genug dabei hergehen; denn während die hiesigen Abgeordneten für die Wahl sind, erklären sich diejenigen aus dem Herzogthum Schleswig aufs Entschiedenste dagegen. Ich sprach eben einen solchen, der auf einen Augenblick den Saal verlassen. Von Jemanden befragt, woher die verschiedene Ansicht wohl komme, antwortete er: „Weil zum Ablehnen der Wahl mehr Muth gehört, und die Verzweiflung den Muth gebiert! Den Holsteinern bleiben noch andere Mittel; wir stehen am Ende!" Auch in „Bartels Hotel" versammelte sich heute Morgen um 11 Uhr eine Anzahl Bürger und Einwohner, denen eine, vom Advocaten Samver verfaßte Adresse an die hier versammelten Ständemitglieder zur Genehmigung und Unterschrift vorgelegt ward. Man darf sie eine sehr gelungene nennen. Nachdem im Eingange bemerkt worden, daß durch das Verfassungsrescript die Rechte der Schleswig-Holsteiner in Frage gestellt würden, wird den Ständen, mögen sie nun wählen oder nicht, die kräftige Unterstützung des Volkes versprochen, „so lange sie den schleswig-holsteinischen Landesrechten nichts vergeben," und als die Hauptgrundzüge dieser Rechte werden die bekannten Sätze der Adresse der Ständeversammlung hervorgehoben: „Die Herzogthümer sind selbstständige Staaten; der Mannsstamm herrscht in den Herzogthümern; die Herzogthümer Schleswig und Holstein sind fest miteinander verbundene Staaten." Gegen eine gemeinsame Verfassung mit Dänemark wird aufs Entschiedenste protestirt und schließlich den Ständen zugerufen, daß der deutsche Bund und das deutsche Volk ihnen beistehen würden. (C. v. u. f. D.)

Oesterreich.

Wien, 17. Febr. Seit der vorigen Woche war der Präsident des Hofkriegsrathes Graf Ignaz v. Hardegg von einer bedenklichen Krankheit befallen worden, die bei seinem hohen Alter von 76 Jahren das Schlimmste besorgen ließ und heute Nacht mit dem Tode endete. Der Verblichene war allgemein geliebt und geachtet. Eine ächte Soldatennatur, was persönliche Tapferkeit betrifft, hatte er damit viele Herzensgüte und wahren Seelenadel verbunden. In den Feldzügen gegen Frankreich zeichnete er sich als einer der ersten Reiter-Obersten aus und erwarb sich auf dem Schlachtfelde den Maria-Theresia Orden. Er wurde später zum Inhaber des achten Kürassierregiments, in welchem er seine militärische Laufbahn angetreten, ernannt, dieses ältesten und historisch berühmten Reitercorps Oesterreichs, das unter seinem Obersten Dampier einst den Kaiser Ferdinand von Gefangenschaft in der Hofburg zu Wien gerettet und noch jetzt des Vorzuges sich erfreut mit klingendem Spiele durch die innere Stadt ziehen, und den Werbetisch auf dem Hofburgplatze aufschlagen zu dürfen. (C. v. u. f. D.)

Schweiz.

Bern, 17. Febr. Unmittelbar an die Sitzungen der Tagsatzung schließen sich die Sitzungen der Commission für Berathung der Bundesrevision an. Heute war die erste Sitzung derselben unter dem Vorsitz des Bundespräsidenten. Fast einstimmig war die Commission dafür, daß die Sitzungen, wie es auch bei den Bundesrevisions-Commissionen der Jahre 1832 und 1840 der Fall war, nicht öffentlich seyen, wozu namentlich auch der Umstand mitwirkte, daß die Gesandten einiger Kantone in öffentlicher Sitzung über einzelne Fragen mit Rücksicht auf die Stimmung ihrer Kantone ihre Meinungsäußerung weniger frei aussprechen dürften; sowie dann auch die Analogie, daß in den meisten Kantonen bei Berathung von Verfassungsrevisionen die ersten Commissionalberathungen in der Regel nicht öffentlich seyen. Der von Genf gestellte Antrag, daß die Revision einem Verfassungsrath übertragen werden soll, hatte nur zwei Stimmen.

(N. Zür. Z.)

Bern, 18. Febr. Der Vorort hat nun mit den Kantonen Luzern und Schwyz die Bezahlungsweise der noch restirenden Occupationskosten bereinigt. Das Kloster Einsiedeln hat dem Kanton Schwyz die nöthigen Titel auf Güter außerhalb dem Kanton Schwyz angeliehen. Luzern hat bisher von allen Kantonen am meisten geleistet. Bereits wurde das Deficit in der eidgenössischen Kriegscasse mit mehr als 221,000 Fr. getilgt, die erste Rata an der ersten Million mit 433,000 Fr. (wir nehmen runde Summen) bezahlt. Jetzt hat es wiederum 500,000 Fr. theils an Baarschaft, theils an Werthschriften abgetragen, für 875,000 Fr. werden Werthschriften hinterlegt, für 373,750 Fr. unverpfändete, ganz freie Güter des Klosters St. Urban eingesetzt, und für die restirenden 202,000 Fr. werden die auf 600,000 Fr. gewertheten Staatsdomänen eingesetzt.

(N. Zür. Z.)

Italien.

Rom, 14. Febr. Bereits vorgestern brachte die „Gazzetta di Roma" die amtliche Ernennung von drei Laien-Ministern. Das Portefeuille für Handel, schöne Künste rc., welche sich bisher in den Händen des Card. Camerlengo Riario Sforza befunden hatte, hat Pius IX. einem seiner vertrauten Freunde, dem durch Charakterfestigkeit und Reichthum gleich unabhängig gestellten Giuseppe Pasolini, dem Deputirten von Ravenna übergeben. Monf. Rusconi, der erst vor kurzem das Portefeuille der öffentlichen Arbeiten erhalten hatte, hat auch dieses zurückgegeben. An seine Stelle hat der Papst einen der acht römischen Conservatoren, also ein Mitglied des Municipiums ernannt. Es ist der Advocat Sturbinetti, welcher einstimmig den besten Rechtsgelehrten hier zu Lande beigezählt wird. Endlich wird der Austritt des Polizeiministers Monf. Savelli und die Ernennung des Fürsten v. Teano an diesen Posten bestätigt. Dieser soll auch bereits in vergangener Nacht sein Amt durch die

---

aus den Umarmungen seiner Antoinette los und stürzte fort. Sie eilten nach den Fenstern des Zimmers, das nach der Hauptstraße sah, und — staunten, als die Officiere Franz, der sich hurtig auf seinen Rappen schwang, mit frohem Gelächter umgaben.

„Gott sey mit ihm," rief Frau v S . . . „Hurtig, Märchen, packt Eure Koffer! Franz würde zürnen, wenn er Euch saumselig fände." (Fortsetzung folgt.)

Mannigfaltiges.

Einen der Hamburger Schifffahrt sehr nachtheiligen Eindruck haben die in Hamburger Localblättern erhobenen Beschwerden der Hamburger Matrosen hervorgerufen. Sie beklagen sich nicht nur über Lohnverkürzung, Zurücksetzung und sonstige schlechte Behandlung, sondern auch über mangelhafte Verproviantirung, wodurch öfter böse Krankheiten auf den Schiffen ausbrechen sollen. Die Regierung wird deshalb gebeten, in dieser letztern Beziehung nicht nur die Auswandererschiffe, sondern alle abgehenden Schiffe zu controlliren. Die Ursache dieser Mängel soll darin liegen, daß mehr als zwei Drittel der Capitäne der Hamburger Schiffe Ausländer sind, ja, daß man auf Hamburger Schiffen sogar dänisches Commando höre.

In früheren Zeiten muß der Tanz sehr steif und langsam gewesen seyn. So wurde am Hofe Karl IX von Frankreich nach der Melodie der Psalmen getanzt. Des Königs Lieblingstanz ging nach der Melodie des 129. Psalms: Sie haben mich oft gedrängt von meiner Jugend auf; aber sie haben mich nicht übermocht.

Das „Ausland" berichtet nach dem Athenäum von einer Nationaluhr in England. Der Westminster Palast soll nämlich die größte Glocke im ganzen englischen Reich erhalten: nach den in einigen Parlamentspapieren enthaltenen Andeutungen sollen die Stunden auf einer Glocke von acht bis zehn Tonnen Gewicht, und wo möglich die Viertel auf acht Glocken geschlagen, und die Zeit auf vier Scheiben von etwa dreißig Fuß im Durchmesser angezeigt werden.

Einem Kaufmann in Malaga sind jüngsthin an einem Tage fünf Töchter entführt worden. Dieser Mann wird wohl noch mehr den Neid der Väter erregen als Feldmann's Rechnungsrath, der nur drei Töchter an einem Tag an die Männer bringt.

Verhaftung mehrerer Schreier eingeweiht haben. — Am vergangenen Freitag, wo Pius IX. die Demonstration erwartete, der er auf eine so persönlich muthvolle Weise geantwortet hat, hatte er den Generalstab der Linie und der Bürgergarde zu sich kommen lassen. Er hielt eine Rede an denselben, die denkwürdig ist. Sie zeugte von dem unbeschränkten Vertrauen, welches er in die Civica setzt, sprach sich über die kritische Lage des Augenblicks unverhohlen aus, und schloß mit der Versicherung, daß dem Volks- und Staatswohl selbst seine arbeits- und kummervollen Nächte geweiht seyen. Wenn andere dieß so haben verstehen wollen, als habe er Anfrage gehalten, ob er sich auf die Civica verlassen könne, so ist dieß grundfalsch. Diese Rede soll zu den rührendsten und freundlichsten gehören, die er je gehalten. Der Generalstab der Bürgergarde begleitete ihn bekanntlich heraus auf die Loge, von der aus er den Segen ertheilte. (A. Z.)

Belgien.

Brüssel, 13. Febr. Der Proceß gegen die Mörder des Fräuleins Evenepoel ist gestern beendigt worden. Im Anfange der Sitzung nahm der königl. Procurator das Wort, um zu erklären, Vandenplas habe diesen Morgen seine Mitschuld an dem Verbrechen eingestanden; der Andere, Rosseel, hatte schon vorher gestanden. Die beiden Angeklagten wurden hierauf von der Jury für schuldig erklärt und vom Gerichtshofe zum Tode verurtheilt. (B. Bl.)

Frankreich.

Paris, 19. Febr. Die Abgeordnetenkammer hat heute nur eine kurze Sitzung gehalten. Es handelte sich um ein Gesetz über eine abgeänderte Wahlbezirksabgränzung im Departement Saone und Loire, das nach einer unerheblichen Debatte angenommen wurde. Was die öffentliche Aufmerksamkeit ausschließlich in Anspruch nimmt, ist das Zweckessen, das jetzt auf Dienstag definitiv festgesetzt ist. Man zählt bereits gegen 2500 Gäste, theils Unterzeichner, theils Eingeladene. — Die Fraction Dufaure-Billaut, heißt es, habe beschlossen, dem Bankett nicht anzuwohnen.

In der Abgeordnetenkammer wurde gestern noch über das Rechnungsgesetz für 1845 im Ganzen abgestimmt und dasselbe angenommen. Heute wurde ein Gesetz angenommen über Aenderung der Wahlbezirke im Departement der Saone und Loire für die Ernennung des Generalraths.

Die Oppositionsblätter melden: Es ist jetzt fest beschlossen, daß die Kundgebung Dienstag den 22. d., Mittags, statthaben wird. Wegen allzugroßen Andranges sind die schon ausgegebenen Karten für ungültig erklärt worden, neue werden ausgetheilt werden.

Bis zur Stunde ist das „Journal de la Somme" noch nicht in Beschlag genommen, wiewohl es das Aeußerste gewagt. — Es treffen viele Adressen aus den Departements ein, sich an die Pariser Bewegung anschließend. — Der Cabinetsrath war gestern zweimal versammelt. — Die in den Tuilerien wachhabenden Nationalgarden haben im Schlosse selbst den Ruf: „Es lebe die Reform" ertönen lassen. — Die Polytechniker dürfen Sonntag und Dienstag nicht aus dem Hause. Sonntag, Montag und Dienstag bleiben gewiß alle Werkstätten geschlossen. Die Gesammtbevölkerung ist übrigens jetzt schon auf den Beinen. Ist Dienstag aber so schlechtes Wetter, wie heute, so dürfte alles ruhig vorübergehen. Uebrigens herrscht große Unruhe in den Gemüthern.

Paris, 19. Febr. Ich höre so eben, daß das Ministerium seinen Abschied genommen habe. In einem Augenblick, wo alles so gespannt ist wie in dem gegenwärtigen, ist es natürlich, daß allerlei Gerüchte entstehen, und man daher selbst was aus sonst guter Quelle kommt, nicht verbürgen kann. Jedenfalls soll im Ministerium selbst Widerspruch über die Verfahrungsweise dem Bankett gegenüber herrschen. (A. Z.)

Heine ist nun ganz auf's Land gezogen; seine Gesundheit bessert sich nicht. — Die letzte Ausweisung zweier Deutschen wird von dem amtlichen „Moniteur parisien" als nicht durch politische Gründe veranlaßt dargestellt. — Emil von Girardin's Rücktritt als Abgeordneter erregt ungemeines Aufsehen.

Straßburg, 20. Febr. Die seit einiger Zeit in Frankreich herrschende politische Aufregung hat sich so eben in unserer sonst so friedlichen Stadt durch einen kleinen Krawall geäußert. Gestern Abend um halb neun Uhr begrüßte eine derbe Katzenmusik die Rückkehr des Abgeordneten Hrn. Alfred Renouard de Bussierres, den Privatangelegenheiten hieher zurückgerufen haben und der mit seinem Collegen, Hrn. Humann, zweitem Abgeordneten Straßburgs, für die im letzten Paragraphen der Adresse ausgedrückte Rüge der reformistischen Kundgebungen gestimmt hat. 2—3000 Personen hatten sich vor seinem Hause zusammengerottet und mengten unter ihr kreischendes Gepfeife und ihr gellendes Hohngeschrei die Rufe: „Nieder mit den Befriedigten! nieder mit Gui ot! Hierauf stimmte der Haufe die Marseillaise an und zog in fester Ordnung und immer wachsendem Andrange durch die Straßen vor das Haus des Hrn. Humann, wo die nämlichen Aeußerungen wiederholt wurden. (Schw.-Mkr.)

Großbritannien.

London, 18. Febr. In der heutigen Oberhaussitzung wurde die Lansdowne'sche Bill in Committee gebracht, und stieß in ihren einzelnen Clauseln auf lebhaften Widerspruch. — Die Bänke des Unterhauses waren an diesem Tage ungewöhnlich zahlreich besetzt; denn Lord John Russell legte den allgemeinen Finanz-Etat des Landes vor, und man erwartete den Vorschlag einer Erhöhung der Einkommensteuer auf 5 pCt. Die Staatseinkünfte für das laufende Jahr berechnete der Premier auf 51,250,000 Pf. St., die Ausgaben auf 52,315,709 Pf., was einen Ausfall von 1,065,709 Pf. ergäbe. Allein da eine große Summe für die vorjährige Ueberschreitung des Budgets, deßgleichen 1 Million Pf. St. für den Kaffernkrieg zu votiren seyen, so erlaufe das ganze Deficit auf 2,411,000 Pf. St. Diesem großen Abstand zwischen Einnahmen und Ausgaben sey entweder durch vermehrte Besteurung oder durch Verminderung der Staatsetablissements, namentlich der Armee und Flotte zu begegnen.

In der gestrigen Sitzung der Lords ging die zweite Verlesung der Bill, durch welche diplomatische Verbindungen mit Rom hergestellt werden sollen, ohne Abstimmung durch, da der Herzog von Newcastle seinen dagegen gerichteten Antrag zurücknahm.

Im Hause der Gemeinen wurde der Versuch des Hrn. Herries, die Bankfrage von Neuem anzuregen mit 163 gegen 122 Stimmen zurückgewiesen. Man erfuhr bei diesem Anlaße, daß die Reserve der Bank von England letzten Samstag 9,656,000 Pfd. betrug.

Börse.

Augsburg, 22. Febr. Bayerische 3½ pCt Obligationen 90 P., 89½ G. Bayerische Bankactien I. Semester 1848 660 P., 657 G. Promessen per Stück Agio 74 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 102 P., — G.; 4pCt. 89 P., — G.; 3pCt. 64 P., — G. Bankactien I. Semester 1565 P., — G. Württembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 89 G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 56 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 89 G.

Frankfurt, 21. Febr. Metall. 5pCt. 99 1/4; 4pCt. 86 1/4; 3pCt. 62 1/4; Bankactien 1855; Taunus-Eisenbahn-Actien 354 1/2; kurheß. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 53 1/4; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 85; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Wien, 20. Febr. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 100 1/8; zu 4pCt. in CM. 84 1/8; zu 3pCt. in CM. 61; Bankactien per Stück 1540; Nordbahn 128 1/4.

Amsterdam, 19. Febr. 2½ pCt. 53 11/16; 3pCt. 65 1/16; 4pCt. 84 1/16; Synd. 3½ pCt. 82 1/4; Handels-Maatschappy 162 1/4; Arr. 15 1/16; port. 3pCt. 26 15/16; 5pCt. Metall. 95 3/4.

Paris, 19. Febr. 3pCt. 74 Fr. 10 C.; 5pCt. 116 Fr. 70 C.

London, 18. Febr. Consols 89 3/4.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 24. Februar: „Marie, die Tochter des Regiments," Oper von Donizetti.

Freitag den 25. Februar: „Zwei Tage aus dem Leben eines Fürsten," Lustspiel in 4 Acten von Deinhardstein.

Fremdenanzeige.

Hôtel Maulik. Se. Durchl. Prinz Felix v. Hohenlohe, und Hr. Baron v. Gilderhorn v. Stuttgart; Baur, Privatier v. Augsburg.

Blaue Traube. HH. v. Waldmünch, Privatier, und Bar. v. Gumppenberg v. Augsburg; v. Urban, Posthalter v. Vilsbiburg; Frhr. v. Harold v. Troßberg; Schenk, Fabricant v. Stuttgart.

Gestorbene in München.

Franziska Spindler, Tischlersfrau v. Platter, Landgerichts Stadtamhof, 58 J. alt; Theres Leibl, Bräuerstochter v. Donaustauf, 54 J. alt; Franz Graf, Schneidergesell v. Heidelberg, 62 J. alt.

Bekanntmachung.

Die Gasbeleuchtung in München betreffend.

Um Anfragen zu begegnen, ob die Einführung der Gasbeleuchtung in München auf dem Wege der Submission, sohin unter durchaus unveränderter Beibehaltung des gedruckten Bedingniß-Heftes, oder auf dem Wege weiteren Uebereinkommens den sich meldenden Unternehmern überlassen werde, wird bekannt gegeben, daß die Bekanntmachung vom 17. December v. Js. unter dem Ausdrucke „Akkord" den Weg des Uebereinkommens oder Vertrages als den einzuschlagenden bezeichnet habe.

Aus Anlaß dieser Bekanntmachung wird auch die Anmeldungsfrist bis zum 31. März d. Js. einschlüssig verlängert.

Am 22. Februar 1848.

Der
Magistrat der königl. Haupt- und Residenzstadt
München.
Bürgermeister:
v. Steinsdorf.

Lachmayr,
Secretär.

2280. (3a)

Bekanntmachung.

2292. Im Executionswege wird das früher zum Rudelhofgute zu Hirschau (der Gemeinde Reichling) gehörige, nun Eigenthum des Wagners Georg Pollrieder von Mundraching befindliche, sogenannte Baumgartenholz Plnr. 2423½ b am Montage den 20. März d. Js. Vormittags 9 Uhr im Gasthause zu Reichling öffentlich versteigert.

Das Subhastations-Object ist 17 Tagw. 38 Dez. groß, wovon jedoch nur mehr circa 4 Tagw. mit Jungholz und Mittelholz bewachsen sind, die übrige Fläche aber abgetrieben ist, ist mit 1 fl. 27 kr. 1 hl. einfacher Rusticalsteuer und 42 kr. Scharwerksgeld zum k. Rentamte Schongau belastet, und gerichtlich auf 675 fl. taxirt.

Kaufsliebhaber werden zur Versteigerung mit dem Bemerken eingeladen, daß der Zuschlag nach §§. 98 bis 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 geschehe, und daß die näheren Verkaufsbedingungen, sowie die genauere Beschreibung des Grundstückes bei der Versteigerungs-Tagsfahrt selbst eingesehen werden könne.

Schongau am 14. Februar 1848.

Königliches Landgericht Schongau.
Frhr. v. St. Marie.

Bekanntmachung.

2291. (3a) Auf Andringen eines Hypothekgläubigers hat man das Anwesen der Bauersehelente Ignatz und Margaretha Maier zu Reichling dem gerichtlichen Zwangsverkaufe unterstellt und demnach zur öffentlichen Versteigerung auf Donnerstag den 8. Juni d. Js. Vormittags 9 Uhr im Gasthause zu Reichling Termin anberaumt.

Das Anwesen, auf welchem eine frühere Besitzerin das Wohnungsrecht und einen Naturalaustrag im jährlichen Anschlage von 70 fl. zu suchen hat, besteht aus dem Wohnhause nebst Oeconomiegebäuden, Stallung und Hofraum, ferner aus 94 Tagw. 73 Dez. Aecker, Wiesen und Waldungen, ist zum k. Rentamte grundbar, entrichtet 8 fl. 49 kr. einfache Rusticalsteuer, 4 kr. Häusersteuer, ferner jährlich zum k. Rentamte Schongau an Scharwerksgeldern, Handlohnsfixum, Maierschaftsfristen, Stift, Grundzinsen und andern Lasten 36 fl. 37 kr. 2 hl., zur Pfarrkirche Reichling 20 kr. Wachsgilt, dem Meßner daselbst eine Garbe Veesen und Haber und einen Laib Brod rc. rc., und ist gerichtlich auf 7205 fl. taxirt.

Kaufsliebhaber werden zur Versteigerung mit dem Bemerken eingeladen, daß der Zuschlag nach §. 64 des Hypotheken-Gesetzes und §§. 98 bis 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 geschehe, und daß dem Gerichte unbekannte Käufer sich über Vermögen und Leumund durch Vorlage legaler Zeugnisse auszuweisen haben.

Die näheren Verkaufsbedingungen werden bei der Versteigerungstagsfahrt bekannt gegeben, woselbst auch — sowie bis dahin im Amtszimmer des k. zweiten Assessors die nähere Beschreibung des Gutes, sowie das Taxations-Protokoll zur Einsicht aufliegen wird.

Schongau den 15. Februar 1848.

Königliches Landgericht Schongau.
Frhr. v. St. Marie.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 48.

Man pränumerirt auf die Bl. v. J. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 39 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Freitag — XLIX. Jahrgang. — 25. Februar 1848.

Deutschland.

Bayern.

*†München, 25. Febr. Ihre königl. Hoheiten die Frau Erbgroßherzogin von Hessen-Darmstadt mit Höchstdero Gemahl sind heute Vormittags nach 10 Uhr auf der Eisenbahn von Donauwörth kommend, hier eingetroffen, und in der königl. Residenz abgestiegen.

München. (Schluß der gestern abgebrochenen Mittheilung aus dem neuesten Regierungs-Blatte.) VIII. Dem Cleriker des Benedictinerstifts Metten, Andreas Brunner, aus Wörgel in Tyrol, wurde das Indigenat des Königreiches verliehen. — IX. Gewerbs-Privilegien-Verleihungen. Dem Kaufmann und Strumpfwaaren-Fabricanten Karl Fischer zu Erlangen, auf Anwendung des von ihm erfundenen eigenthümlichen Verfahrens, baumwollenes Strick- und Nähgarn zu enthaaren und zu glätten, und gleich dem ächt englischen herzustellen, für den Zeitraum von 10 Jahren; dem Wirthe und vormaligen Seilermeister Gottfried Hochleitner zu Riedheim, auf Anwendung des von ihm erfundenen verbesserten Verfahrens bei Anfertigung von Bindfaden, Stricken, Gurten, Seilen, Bremgeschirren und Bandwaren, ferner bei Bereitung einer, die Frictionen bei verschiedenen Metallen verhindernden und eine leichtere Armumdrehung mit geringerer Reibung hervorbringenden Wagen- und Maschinenschmiere, für den Zeitraum von drei Jahren, und dem Mechanicus Georg Hofmann, zu Nürnberg, auf Ausführung und Anwendung der von ihm erfundenen verbesserten Hohlschleif-Facettir-Maschine für den Zeitraum von drei Jahren.

München, 23. Febr. Der Unterzeichnete sieht sich veranlaßt, auf das ausführliche Gutachten des hochberühmten Arztes und Chirurgen Dr. Siebold über die Art des Todes der Gräfin Görlitz, nämlich, daß sie „als geistige Getränke liebend, an Selbstverbrennung gestorben sey," (Münchener politische Zeitung vom 11. Febr. aus der Franfurter Oberpostamtszeitung) zu berichten, daß derselbe bereits am zweiten Drittheile des Octobers v. J. der Redaction, in gleichem Sinne mit Siebold einen Artikel einsandte. Da ich aber meinen Namen verschwieg, und auch aus andern schonenden Rücksichten wurde er nicht aufgenommen, was meine, mit der Etikette wohl bekannten Freunde billigten. Ich fand es daher für gut, meine Ansicht durch ein Schreiben an das großherzogl. Hofgericht in Darmstadt bekannt zu machen. Der Aufsaz des Briefes, der aber, weil Hr. Kreisphysicus Dr. Jakobus in Eupen in der Kölnischen Zeitung im nämlichen Sinne den Tod der Gräfin auslegte, nicht abgesandt wurde, lautete wie folgt: „Die Todesart der Gräfin Görlitz und die fatalen Zeitungsartikel, die auf den Grafen ungerechter Weise ein so übles Licht warfen, hat mich so lebhaft interressirt, daß ich an dochdasselbe eine mir jezt vielleicht allein mögliche Aufklärung zu geben vermag. Es ist in verschiedenen Ländern bekannt geworden, daß an der Todesart der Selbstverbrennung allein nur die Person selbst schuld ist, die sie trifft. Es sind fast völlig nur weibliche Individuen, die sie zu leiden haben, wenn sie in ihrem Leben geistige Getränke sehr geliebt hatten. Da diese Fälle sehr selten sind, so liegen die Beispiele weit auseinander. Die Schrift P. A. Lair: Essai sur les Combustions humaines, broduites par un long abus des liquers spiritueuses. An VIII. gibt viele hieher gehörige Beispiele und C. W. Ritter übersezte diese Schrift, die ich gelesen, seitdem sie aber wieder unter meinen Büchern verloren habe. Sie kam ungefähr 1803 oder 1802 in Hamburg bei Kratsch und Weitach heraus. Auch haben sich seitdem andere solche Fälle ereignet. Einer davon ist folgender, der mit dem der unglücklichen Gräfin Görlitz viel Aehnlichkeit hat: Ein 72 jähriges Weib, mit Namen Laurent, welche entsezlich den Brantwein liebte, fand man folgender Weise verbrannt; die Kopfknochen, das linke Bein und die Extremität des rechten Fusses waren verbrannt; davon blieb nur ein feiner Staub und eine Art leichter schwammiger und zerbrechlicher Kohlen übrig. Dieses ereignete sich am 3. Juni 1809 zu Alancon in Frankreich. Die Flamme bei einer gewissen Madame Boiseon war wie die des Weingeistes, und ließ sich nicht löschen (Quodlibet Bd. 1. Hft. 1. Frankfurt 1805.) Der Geist des Brandweins theilt sich, nach Cuvier und Dumeril sogleich dem ganzen Körper, mit, woraus die Fälle überhaupt erklärlich sind. Denn die Chemie lehrt, daß der Phosphor in den Knochen sich verbinde mit dem brennbaren Theile des Weingeists und wird entzündbar. In freier Luft ist diese Verbindung Davi's entzündliches Phosphorwasserstoffgas und dieses entzündet sich schon ohne Beihürfe von Flammen. — Auf keine andere Weise ist außerdessen so eine Todesart zu veranstalten; ich referirte hier nur aus einem Buche, in welches ich alles verzeichnete, was ich gelesen. — Für jene, die die organische Chemie nicht studirt haben, ist diese wunderbare Art der Selbstverbrennung nicht begreiflich. Darum habe ich das Gegenwärtige öffentlich bekannt machen wollen. — Noch einige Beobachtungen muß ich machen, dann kann ich von der Sonne und der Witterung wichtiges Neues liefern. Gruithuisen, Dr. der Med. u. Chir.; und Professor der Astronomie an der Universität München.

□Vom Oberlech. Es wird Jedermann natürlich scheinen, daß die neuesten Ereignisse der Hauptstadt die Provinzen mächtig ergriffen, und daß auch hier das Gute nicht verkannt werde, obgleich der große Chorus „omnia ad majorem Dei gloriam" von jenen nicht vermehrt wird, welche das Was von dem Wie strenge scheiden, und denen der Grundsaz: fiat justitia etc. höher als alle andern steht, welche daher einen erschütternden Angriff auf die Fundamentalgeseze des Staates und der gesezlichen Ordnung nur mit Schmerz und mit gerechtem Bangen für die Zukunft betrachten. — Die kommende Zeit möge entscheiden, wie weit dieser Schmerz und dieses Bangen gerechtfertigt sey, und ob die neuen Tage eine andere Lehre bereiten, als die alten Blätter der Geschichte für jedes unbefangene Auge sie darbieten! — Wir wollen uns übrigens von dem rein politischen Felde zu einem materielleren zu unserem heutigen Zweck, nämlich zur Landwirthschaft hinwenden. Wie weit die leztere seit einem Decennium von der Landesverwaltung verabsäumt wurde, bedarf keiner Erörterung. Möchte es ja schon genügen, zu wissen, daß man den landwirthschaftlichen Vereinen nicht einmal Portofreiheit gewährte, so daß nicht selten selbst von den Kreiscomités Wege der Mittheilung benuzt werden mußten, die sonst nicht ohne Beifall ein Private einschlagen dürfte u. s. w. Allein was halfen die alten Klagen gegen ein Princip des Niederhaltens, und was halfen die neuen gegen die Folgen dieses Principes? Nur thatkräftiges Wirken kann einen Theil des Verlornen ersezen, darum möge Jeder redlich sein Schärflein nach Kräften beitragen, und auch Jeder den Willen des andern anerkennen! Von diesem Grundsatze ausgehend haben wir uns heute zur Aufgabe gestellt, ein wichtiges Capitel, den Kartoffelbau zur Sprache zu bringen, und dieß um so mehr, als wir den bisher so vielfach angepriesenen und empfohlenen Gegenstand von einer ganz entgegengesezten Seite aufgreifen, und statt der maßlosen Empfehlungen geradezu eine laute Warnung gegen die übermäßige Anpflanzung dieser im finstern Schooß der Erde wurzelnden Knolle aussprechen müssen. — Die Folgen des häufigen Genusses der Kartoffel sind: körperliche, geistige, moralische Verkrüppelung der Kar-

---

Die Allerheiligen-Nacht
im Jahre 1805.

(Eine Novelle aus A. Bussel's ungedrucktem Nachlasse.)

(Fortsetzung.)

Herr v. S . . . kam von der geheimen Conferenz zurück in das Zimmer, wo er kurz zuvor mit seinem künftigen Eidam und mit Antoinette das Schicksal gleichsam herausgefordert hatte. Er klingelte, und George, sein Kutscher, den er sehr liebte, erschien.

„Wo steckst Du!" rief er ihn barsch an.

„Ich schirrte die Pferde an, wie mir die gnädigen Fräulein befahlen," erwiderte er ganz trocken.

„Wohinaus wollen sie? Es fängt an zu dämmern. Der Abend wird unheimlich! Am Hirschbühel zieht der Nebel wie ein grauer Schleier hernieder. Im ganzen Markte brütet Todtenstille . . . . kein Mensch wagt sich vor die Hausthüre . . . ."

„Es ist ja kurz zuvor die Todtenvesper abgesungen worden, gnädiger Herr. Allerheiligen, Euer Gnaden, ist ja immer trübe, schaurig und seltsam. Heute wurde auf Gräbern schon geweint. Die gnädige Frau selbst sah ich in Thränen . . . sie bekränzte das Grab ihres Edmund, den sie nimmer vergessen kann. — Morgen ist Allerseelen! Sie will mit den Fräulein nach der Pfarrkirche fahren, aber sie wird es wohl alleinig, denn diese . . ."

„Nun, was ists mit diesen? Rede frei heraus! Sey nicht so halb, so geheimnißvoll!"

„Sie fahren," erwiderte George, „binnen einer Stunde nach dem Strub." — — —

„Auch Antoinette?" fragte er mit ruhigerm Tone, und schritt nachsinnend im Zimmer auf und ab. „Nun ja, lieber Georg," fuhr er fort, „ich finde das natürlich. Sie muß — sie will in der Nähe ihres Franz seyn. Es ist mir sogar sehr lieb, wenn meine Familie in Sicherheit ist. Ich bin genug auf meinem Posten hier. Sie werden, wenn meine Pläne scheitern, an Einem Leben genug haben. Sie würgen in mir eine ganze Familie, und die Bertolde v. S . . . sterben mit mir aus . . . freilich blüht mein Stamm in drei hoffnungsvollen Töchtern fort. Georg, richte mir vor Allem die Uniform zurecht. Mein Bild da oben mahnt mich immer mehr, in dieser Gestalt zu erscheinen und dem Feinde entgegen zu treten. Wo ist der Ehrendegen? Wo der Hut mit den grünen Federn? Schraube mir die Sporen an und sattle meinen Braunen. Er ist das Feuer gewohnt und trägt mich ganz vortrefflich. Auch Du mußt Dich in Deine Livrée werfen, denn ich erwarte brillante Gäste — entweder vom Süden oder vom Nordwest her — weiße Uniformen mit gelber Schärpe, oder dunkelblauer mit goldenen Epauletten. Die Einen kriegen Sieg und Leben — die Andern Verderben und Tod!" — (Fortsetzung folgt.)

toffelesser und eine Hauptmitursache der Verderbtheit der Dienstboten. — Nach der Nahrung des Menschen richtet sich die Ausbildung seines Körpers und die Erhaltung desselben. Den Kartoffeln mangeln aber gerade jene Bestandtheile, welche zur Ausbildung eines jugendlichen und zur Erhaltung eines ausgebildeten Körpers erforderlich sind. Sie besitzen nur 2 pCt. Nahrungsstoff, während z. B. Erbsen 24 pCt., Bohnen selbst 28 pCt. enthalten. Sie haben selten auch nur Spuren phosphorsauren Kalkes, welcher zur Bildung und Erhaltung der Sehnen und Knochen unumgänglich nothwendig ist. Darum verkrüppeln in jenen Gegenden, wo der Kartoffelbau so überhand nahm, daß er fast ausschließendes Nahrungsmittel wurde, die Menschen seit den letzten Decennien auffallend sichtbar, und gerade im Kartoffelbau liegt für die Classe der Armen das unsäglichste Unglück. Schon die Geburt hat diesen das Loos der Handarbeit zugewiesen; aber die bei uns künstlich hereingeführte Kartoffelkost nimmt ihnen die Kraft der Sehnen und der Knochen, nimmt ihnen damit die Lust zur Arbeit, und mit dem Verschwinden der Arbeitslust erwachen neben dem Triebe der Selbsterhaltung alle der menschlichen Gesellschaft gefährlichen Leidenschaften. Bedenkt man, daß sie ihren Kindern nicht nur im Urstoffe schon alle ihre Laster mittheilen, sondern daß sie dieselben auch noch mit Kartoffeln auffüttern so läßt es sich nicht wundern, daß Entkräftung und Entartung der ärmeren Volksclasse wie ein Pestübel um sich greifen. Selbst da, wo durch Milch, Brod, Fleisch rc. die mangelnden Bestandtheile der Kartoffel ersetzt werden, führt bei Kindern der häufige Genuß dieser Frucht die Scrophelkrankheit herbei, oder unterstützt diese bei der mindesten Disposition im mächtigsten Grade. Ein Nahrungsstoff, welcher die körperliche Verkrüppelung herbeiführt, muß nothwendig auch die geistige Kultur zurückbringen. Bei den Kartoffeln liegt dieß außerdem noch klar am Tage. Der Einfluß des Gehirns auf die Verstandeskräfte eines Menschen ist bekannt. Die Ausbildung und Erhaltung eines gesunden Gehirns erfordert aber vorzüglich phosphorsauern Kalk, welcher den Kartoffeln mangelt, daher sie auch in dieser Beziehung direct und verderblich wirken. Das einst so blühend gewesene Irland, dessen stumpfsinnig werdende Bevölkerung seit vielen Jahrzehnten nur Kartoffeln ißt, gibt einen schauderhaften abschreckenden Beleg. Ein körperlich und geistig verkommender Menschenschlag ist aber nach dem Zeugniß der Geschichte nie ein moralischer. Die Kartoffelesser haben weder Kraft noch Lust zur Arbeit, aber desto mehr Hang zu Leidenschaften und Verbrechen. Die Galgen Irlands können tägliche Beurkundung liefern, so wie die seit der ausschließenden Kartoffelkost so enorm gesteigerte Bevölkerung dieses Landes die Erfahrung in unsern eigenen armen Hütten bestätigt, daß diese Knolle in geschlechtlicher Beziehung unendlichen Einfluß übt. Höchst verderblich für die Landwirthschaft selbst ist der Kartoffelbau, und resp. der zu häufige Kartoffelgenuß bezüglich der Dienstboten. Diese können wegen der durch die Kartoffel ausgedehnten Mägen und erweiterten Eingeweide auch mit besserer Kost lange Zeit nicht gesättigt werden, es mangelt ihnen die Kraft und deßhalb die Lust zur Arbeit, darum wechseln sie fortwährend mit den Dienstherrschaften, scheuen sie Dienste mit strengerer Arbeit, insbesondere zur Zeit des Feldbaues und der Ernte, steigern aber täglich ihre Ansprüche und bei dem Mangel an Aussicht auf Ansässigmachung wird der errungene höhere Lohn für den Flitter oder zum Unterhalte in jenen Wochen und Monaten verwendet, welche sie während der anstrengendern Arbeitszeit dienstlos zubringen, da sie sich im nächsten Winkel mit der wohlfeilen Kartoffelschüssel leicht durchzuschlagen vermögen. Hierdurch gewöhnen sie sich an eine Art Unabhängigkeit mit allen bei ungebildeten Menschen in solchen Fällen eintretenden Lastern, namentlich jenem des Ungehorsams und der Unsittlichkeit und vermehren sie die Calamität der Gutsbesitzer, deren mißliche Lage sofort ebenfalls auf die consumirenden Classen reagiren muß. Wir Landwirthe, selbst die wenig intelligentern wissen aus Erfahrung zur Genüge, daß weder das Arbeitsvieh, noch weniger der streng arbeitende Mensch bei Kartoffelnahrung seine Pflicht erfüllen kann, daher können wir nicht genug warnen und anrathen, daß bei den übrigen Nachtheilen des übermäßigen Kartoffelbaues sowohl Regierungen als auch Private dahin wirken mögen den Anbau dieser Frucht in die gebührenden Schranken zurückzuführen.

⇌ Vom Mittel-Lech, 17. Febr. Der deutsche Postcongreß, der unlängst in Dresden seine Arbeiten eingestellt, um sie seiner Zeit wieder fortzusetzen, hat sich ohne Zweifel die Aufgabe gestellt, den Personen-, Brief- und Waarenverkehr auf den Post- und Eisenstraßen zu beschleunigen und zu erleichtern — ersteres mittelst Verbrauchs einer kürzern Zeit, letzteres durch möglichst billigen Tarifs. Wenn schon ganz Deutschland der gänzlichen Erreichung dieses Zieles sehnsüchtig noch entgegenharrt, so ist doch nicht zu verkennen, daß in der zweifachen Hinsicht seit den letzten zehn Jahren vieles geschehen ist, was mit Dank anerkannt werden muß. Bayern ist nicht zurückgeblieben. Ist es auch sehr zu beklagen, daß wir uns den Hauptverkehr von Osten nach Westen, wenigstens auf mehrere Jahre hinaus durch die nordischen Eisenbahnen haben entwinden lassen, so kann man doch wenigstens mit dem Postwesen im Innern des Landes nach allen seinen Richtungen zufrieden seyn. In wenigen Gegenden werden Zeitungen, Briefe an der Ausgabstation mehrerer Tage der Beförderung harren dürfen, und bei weitem an den meisten Posterpeditionen kommen diese Sendungen täglich an. Diese Vortheile eines beschleunigten Verkehrs, und der damit verbundenen nicht unbilligen Portosätze kommen aber leider nur jenen Orten zu gut, an welchen ein Postamt oder eine Posterpedition sich befindet. Die große Mehrzahl jener Ortschaften, die von der Poststation einige Stunden entfernt sind, können auf täglich in ihrer Nähe ankommende Zeitungen und Briefe gewöhnlich eine ganze Woche warten, bis sie dieselben durch ihre Bothen erhalten, und die durch die Post erträglich gestellten Portorien für Sendungen aus weiter Ferne werden durch die Forderungen der Bothen für den Weg von einer oder mehreren Stunden beträchtlich erhöhet. Wir sehen uns veranlaßt, hier auf einen dreifachen Uebelstand aufmerksam zu machen, nämlich auf den Mangel an regelmäßigen Bothen von den einzelnen Ortschaften auf dem Lande an den Ort der Posterpedition, dann da, wo solche vorhanden sind, auf die schrankenlose Willkühr, mit welcher sie nicht selten sich für die Sendungen bezahlen lassen, und endlich auf die geringe Zahl der Gänge, welche sie zur Post machen. Eine Befriedigung der gerechtesten Wünsche des von einer Posterpedition entfernt wohnenden Unterthans ist aber nicht abzusehen, wenn nicht die Postbehörden selbst sich der Sache annehmen, wie dieß in Frankreich, wenn ich nicht irre, seit einigen Jahren der Fall ist. Von unsern Landgemeinde-Verwaltungen die Anordnung eines geregelten und vervielfachten Bothendienstes erwarten, würde eine gänzliche Unkenntniß ihrer vielfach erprobten Rath- und Hülflosigkeit oft in den kleinsten wie in den größten Angelegenheiten ihres eigenen Interesses verrathen. Für jetzt ist es gewöhnlich dem Zufall überlassen, ob und wenn ein Bothe abgeht. Ist an dem Postorte zugleich ein Getreid- und Viktualienmarkt, so ist der Markttag auch Bothentag und dann tritt im Empfang der Postsendungen wieder eine Sabbatruhe von sechs Tagen ein, wenn dieselbe nicht manchmal durch den Zufall, d. h. durch irgend eine, und nicht selten ganz unzuverlässige Gelegenheit unterbrochen wird. Sendungen letzterer Art werden oft mehrere Wochen in den Taschen der Ueberbringer vergessen, bis wieder der Zufall darauf führt, daß noch etwas in der Tasche steckt, was nicht mehr hineingehört. Und doch! wie leicht wäre hier zu helfen. Beinahe jede Gemeinde hat eine oder mehrere Personen aus dem Armenfonde zu erhalten, die wenn nicht mehr zu schwerer und anhaltender Arbeit doch gewiß zu einem zwei- drei- oder viermaligen Spaziergang von etlichen Stunden in jeder Woche befähigt wären. Dem hiezu geeignetsten Individuum gebe man sein festgesetztes Almosen an Besoldungsstatt, und honorire die überbrachten Zeitungen, Briefe, Pakete rc. besonders. Dadurch würde noch dazu die Unzahl von Bettlern, die das liebe Bayerland den schönsten Verordnungen gegen den Straßenbettel zum Trotz in allen Richtungen durchkreuzen von Seite jeder Gemeinde wenigstens um einen vermindert; denn daß der aufgestellte, verpflichtete und durch seine Einnahme vor Hunger und Blöße geschützte Bothe auf seiner Tour auch betteln werde, ist doch nicht zu erwarten. Mit der Aufstellung solcher Bothen für jede Gemeinde müßte aber nothwendig ein bestimmter Tarif für die von ihnen zu fodernden Gebühren verbunden werden. Ohne solchen muß man sich an manchem Orte gefallen lassen, daß z. B. ein auf der Post zwanzig Stunden weit um 3 kr. beförderter Brief, den man 4 bis 6 Tage nach seiner Ankunft bei der Posterpedition erhält, für die letzten zwei oder drei Stunden seines Marsches nochmal 3 kr. kostet. Noch größer ist der Mißstand bei größeren Post- oder Eisenbahn-Sendungen mit den fahrenden Bothen. Auch hier nur ein Beispiel: Ein Colli kostete auf der Eisenbahn für eine Entfernung von 18 Stunden 36 kr., vom Bahnhof aber bis an seine Addresse für einen Weg von fünf Stunden 48 kr. Bothengebühr. Auf solche Weise werden die wohlmeinenden Absichten und Anstalten der Regierungen für Beschleunigung und Erleichterungen des Verkehrs einem großen Theile der Bevölkerung gegenüber vereitelt. Hoffentlich wird die wieder zusammentretende Postconferenz auch diesen Umstand nicht unbeachtet lassen und zur Abhülfe Einleitung treffen.

Lindau, 23. Febr. Gestern Nachts 9 Uhr sind die drei Universitäts-Studirende, aus der Begleitung der Gräfin L., von hier, zur Fortsetzung ihrer Studien, nach Leipzig abgereist. (Augsb. Abdz.)

Württemberg.

Stuttgart, 21. Febr. Durch eine königl. Verordnung vom 19. d. M. ist im Einvernehmen mit den Nachbarstaaten Bayern und Baden, der durch die Verordnung vom 22. Oct. 1846 unter dringenden Umständen festgestellte Ausgangszoll auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mais, Mühlenfabrikate und Brod, sofort außer Wirksamkeit gesetzt worden. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Mannigfaltiges.

Der Prinz Waldemar von Preußen, welcher bekanntlich Indien bereiste, hat so eben sein Tagebuch als Manuscript durch den Druck herausgegeben, und es auch an viele bekannte Bürgersleute vertheilen lassen. Auf dem Titelblatte erblickt man ihn und seinen unglücklichen, durch einen feindlichen Schuß getödteten Reisegefährten, Dr. Hoffmeister, als Bergsänger dargestellt. Seit Friedrich dem Großen ist dieß das erste Druckwerk, welches von einem Mitglied des preußischen Königshauses erscheint.

Wer sagt mir an, wo Löbau liegt? Dort ist der Himmel auf Erden für fünfthalb Batzen zu kaufen. „Die Kunst, eine reiche Partie zu machen, ein Handbuch für arme Teufel“ von F. Trill, und „Mittel zu einer glücklichen Ehe, oder Kunst, Frauen und Mädchen treu zu machen, ein unentbehrliches Handbuch für Ehemänner und Junggesellen“ von B. Braun, zwei unschätzbare Werke à 18 kr. sind so eben bei J. Breyer in Löbau erschienen.

Die „Berliner Zeitungshalle“ läßt sich aus Paris schreiben: „Es ist richtig, es gab keinen Rechtsgrund, kraft dessen man mit Erfolg Fräulein Deluzzi vor Gericht stellen konnte. Allein es fragt sich immer noch, welche intimen Gründe man hatte, die mit so vielem Geräusch begonnene Geschichte so still im Sande verlaufen zu lassen. Ich kann Ihnen darüber Notizen geben, die Sie aus guten Gründen umsonst in irgend einem französischen Journale suchen dürften. Zuerst würde man unnützer Weise die Kinder Praslin durch Publication der Correspondenz der Fräuleis Deluzzi compromittirt haben. Außerdem fand man auch unter den Briefen einige, welche von einem mit der Familie sehr nahe verwandten Generale herrührten und bewiesen, daß eine nicht beachtete Liebesconcurrenz von dem bereits bejahrten Officier unternommen worden war. Allein noch ein dritter Punct, von dem sich Spuren in dieser Correspondenz finden, ward uns aus dem Munde der Frau v. Remusat erzählt, der mehr auf sich hat, als selbst diese bedeutenden. Frau v. Praslin erzählte bereits vor einem Jahre einer genauen Freundin, Frau v. Remusat (da man sie mir zu nennen erlaubt), es sey zu drei verschiedenen Malen ein schwarzer Domino mit schwarzer Glasmaske um Mitternacht in ihr Zimmer getreten — aber augenblicklich verschwunden, da sie zur Schelle griff und die Maske daher bemerkte, daß die Herzogin erwacht sey. Frau v. Remusat bemerkte dagegen, die Herzogin habe wohl nur schwer geträumt; die Herzogin aber blieb bei ihrer Behauptung, und nach ihrer Ermordung begriff Frau v. Remusat, daß die Unglückliche allerdings wachend die Maske gesehen. Woher kommt es, daß die Untersuchung hievon durchaus nichts herausstellt?“

Baden.

Karlsruhe, 21. Febr. (XXVI. Sitzung der zweiten Kammer.) Nachdem mehrere Petitionen und insbesondere eine solche des in Freiburg bestehenden Vereins zur Gründung einer Beschäftigungs- und Versorgungs-Anstalt für erwachsene Blinde um Unterstützung aus Staatsmitteln eingereicht waren, wird die Berathung über Blankenhorns Budgetcommissionsbericht, die Rechnungsnachweisungen des Finanzministeriums von den Jahren 1844 und 1845. — Titel IV. die Steuerverwaltung, Titel V. die Salinenverwaltung und Titel VI. die Zollverwaltung betreffend — eröffnet. Die Commission stellte folgende drei Anträge: Die Nachweisungen der Steuerverwaltung für beide Budgetjahre mit einer Einnahme von 12,279,564 fl. 46 kr. und die Ausgaben mit 1,545,689 fl. 41 kr. für gerechtfertigt zu erklären. Ebenso jene der Salinenverwaltung mit der Einnahme von 2,878,805 fl. 6 kr. und einer Ausgabe von 666,688 fl. Sofort in gleicher Weise die ferneren Nachweisungen der Zollverwaltung mit der Einnahme von 6,198,825 fl. 45 kr., einer ordentlichen Ausgabe mit 2,010,702 fl. 6 kr. und einer außerordentlichen Ausgabe mit 214,865 fl. 47. kr. Scheffelt macht bei dem Titel Salinenverwaltung auf eine Salzquelle die bei Wyhlen, Amts Lörrach, aufgefunden worden seyn soll, aufmerksam und erhält von der Regierungsbank die Antwort, daß dießfalls schon Erkundigungen eingezogen und eine Untersuchung durch Sachverständige angeordnet worden, deren Endresultat abgewartet werden müsse. Nach längeren Debatten über einzelne Positionen wurden alle drei Commissionsanträge von der Kammer angenommen. Hierauf beginnt die Berathung über den durch Dörr erstatteten Budgetcommissionsbericht, die Vergleichung der Budgetsätze mit den Rechnungsresultaten der Etatsjahre 1844 und 1845 und zwar V. Abtheilung, Finanzministerium, Berg- und Hüttenverwaltung betreffend. Nach kurzen Debatten wird dieser Antrag von der Kammer angenommen und zur Erstattung von Berichten der Petitionscommission übergegangen. (Schw. Mkr.)

Sächsische Herzogthümer.

Weimar. Die Landstände des Großherzogthums werden am 21. Febr. wieder zusammentreten. (Weim. Z.)

Preußen.

Berlin, 19. Febr. Der französische Gesandte am hiesigen königl. Hofe, Marquis von Dalmatien, der sich zu den Kammersitzungen nach Paris begeben hatte, ist bereits wieder hier eingetroffen. Aus den Aeußerungen dieses gemüthlichen Diplomaten entnimmt man, daß die Zustände in Paris jetzt sehr bedenklich sind. Man fürchtet einerseits noch mehr Concessionen zu machen, andrerseits aber auch sie zu versagen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Italien.

Rom, 16. Febr. Die neueste Regierungszeitung zeigt an, daß Se. Heiligkeit den Cardinal Bizzardelli der Commission beigegeben habe, die niedergesetzt worden um „eine Erweiterung der bestehenden Institutionen und dasjenige Regierungssystem vorzuschlagen, das mit der Autorität des Papstes und den Bedürfnissen der Zeit übereinstimme." Mons. Amici hat das Portefeuille des Innern niedergelegt, das dann dem Mons. Pentini übergeben wurde.

Turin, 14. Febr. Hier sind 10,000 Mann bereits mobil gemacht, und zwei neue Contingente sind so eben einberufen worden. Die Mannschaft der dießjährigen Recruten ist ausgezeichnet schön bei den Garderegimentern, den Regimentern Savoyen und Piemont, sowie auch bei den Cavallerieregimentern. Von Cagliari laufen wiederholte Klagen ein. Die durch das Programm vom 29. Okt. 1847 bewilligte Ausdehnung der Preßfreiheit war dort bis zum 3. Febr. noch nicht in Wirksamkeit getreten. Unter heutigem Datum sind zum erstenmal sardinische Zeitungen mit großen unbedruckten Lücken erschienen, um die von der Censur gestrichenen Stellen anzudeuten. (A. Z.)

Toscana. Die toscanische Verfassung ist am 17. (datirt vom 15.) publicirt worden und besteht, außer einem Vorworte, aus neun Titeln, die wir nachstehend in einem getreuen Auszug mittheilen. „Tit. I. Oeffentliches Recht der Toscaner. Art. 1. Die römisch-katholisch-apostolische Religion ist die einzige Staatsreligion. Die übrigen jetzt vorhandenen Culte sind nach Maßgabe der Gesetze gestattet. Art. 2. Die Toscaner, welches auch der Cultus seyn mag, den sie ausüben, sind vor dem Gesetze alle gleich. Sie tragen ohne Unterschied nach Verhältniß ihres Vermögens zu den Lasten des Staates bei und haben alle gleichen Zutritt zu den Civil- und Militärämtern. (Also auch Emancipation der Juden.) Art. 3. Die persönliche Freiheit kann nicht beeinträchtigt werden, außer in den Fällen und mit den Formen, welche von dem Gesetze vorgeschrieben sind. Art. 4. Niemand kann vor ein anderes Gerichtsforum gerufen werden als vor dasjenige, welches ausdrücklich durch das Gesetz bestimmt ist. Es können somit keine außerordentlichen Commissionen oder Tribunale unter welcher Benennung und unter welchem Titel immer bestehen. Art. 5. Die Presse ist frei, aber einem Repressivgesetz unterworfen. Die Werke jedoch, welche ex professo von religiösen Gegenständen handeln, sind einer präventiven Censur unterworfen. Art. 6. Die Freiheit des Handels und der Industrie sind Fundamentalprincipien des staatswirthschaftlichen Staatsrechtes. Die Gesetze über die todte Hand werden beibehalten und über das ganze Großherzogthum ausgedehnt. Art. 7. Die Fundamentalprincipien der Municipalordnung werden in ihrer vollen Integrität erhalten. Art. 8. Alles Eigenthum ist unverletzlich, ausgenommen den Fall der gesetzlich genehmigten Expropriation um des öffentlichen Nutzens willen mit vorgängiger Entschädigung. Art. 9. Auch das literarische Eigenthumsrecht wird aufrecht erhalten und gewährleistet. Art. 10. Die Bürgergarde wird als Staatsinstitution nach Maßgabe des organischen Gesetzes aufrecht erhalten. Art. 11. Die Gesetze über die Militärausshebung sind für alle Bürger bindend." Titl. II. Fundamentalgrundsätze der toscanischen Regierung. (Art. 12 — 22.) Die Person des Großherzogs ist heilig und unverletzlich; ihm allein steht die ausübende Gewalt zu, er commandirt die Land- und Seemacht, erklärt Krieg, schließt Verträge ab ꝛc. Fremde Truppen können nicht in den Dienst des Staates berufen werden, es sey denn in Folge eines Gesetzes. Die Minister sind verantwortlich. Die gesetzgebende Gewalt wird von dem Großherzog und den beiden berathenden Versammlungen (assemblee deliberanti), dem Senat (senato) und dem allgemeinen Rathe (Generalconseil, consiglio generale), gemeinschaftlich ausgeübt. Das Generalconseil kann der Großherzog auflösen, muß aber ein neues binnen drei Monaten einberufen. Die Initiative der Beantragung von Gesetzen steht jeder der beiden Versammlungen eben sowohl als dem Großherzog zu. Die Richter, mit Ausnahme jener an den Untergerichten, sind drei Jahre von ihrer Anstellung an unabsetzbar. Die bereits bestehende Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens wird beibehalten. Die Integrität des toscanischen Gebiets wird aufrecht erhalten. Der Staat behält seine Flagge und seine Farben. Titl. III. Von den gesetzgebenden Versammlungen. (Art. 23—39.) Die beiden Kammern versammeln sich jedes Jahr in Florenz. 1) Vom Senat. Der Großherzog ernennt die Senatoren auf Lebenszeit; deren Zahl ist unbegrenzt, ihr Lebensalter mindestens 30 Jahre; ihre Function ist unentgeltlich. Die Prinzen sind von Rechts wegen Mitglieder des Senats. Die Senatoren werden aus folgenden Categorien genommen: aus den Erzbischöfen und Bischöfen, aus den Deputirten, welche 6 Jahre lang diese Stelle bekleidet, den Präsidenten, Richtern und Generalstaatsanwälten bei den höhern Gerichtshöfen, den Professoren der Universitäten, den Personen, welche hohe Verwaltungs- und Militärposten bekleiden oder bekleidet haben, den großen Grundeigenthümern, Kaufleuten, Capitalisten und Industrieherren, endlich aus Jenen, welche dem Vaterlande große Dienste geleistet oder zu dessen Ruhm beigetragen haben. 2) Vom Generalconseil. Dasselbe besteht aus 86 nach Districten gewählten Deputirten. Die Deputirten erhalten von ihren resp. Districten eine mäßige Entschädigung während der Sitzungszeit. Besitz, Capacität, Handel und Industrie geben das Recht, nach Maßgabe des Wahlgesetzes (welches einen integrirenden Bestandtheil des gegenwärtigen Staatsgrundgesetzes bilden wird) Wähler zu seyn. Jeder Wähler ist auch wählbar, wenn er das 30. Lebensjahr zurückgelegt und in dem Wahldistrict ständigen Besitz oder seine ständige Wohnung hat. Die Deputirten werden auf 4 Jahre gewählt. 3) Von den Mitgliedern beider Versammlungen. Keines dieser Mitglieder kann während der Session und drei Wochen vor- und nachher in Schuldarrest gesetzt, noch während der Session ohne Genehmigung der Versammlung verhaftet oder vor ein Criminalgericht gestellt werden. Wegen der geäußerten Meinungen können sie nicht in Anspruch genommen werden. Titel IV. (Art. 40 — 48.) Einberufung, Eröffnung der beiden Versammlungen, Form der Sitzungen. Der Großherzog kann die Dauer der Session unterbrechen und beide Versammlungen außerordentlicher Weise einberufen. Die Sitzungen beider Versammlungen sind öffentlich, können aber auf Antrag von 5 Mitgliedern geheim werden. Den Präsidenten und Vicepräsidenten des Senats ernennt der Großherzog, die Deputirtenkammer wählt ihre Präsidenten selbst. Ihr Reglement geben beide Versammlungen sich selbst. Titel V. Befugnisse der beiden Versammlungen. (Art. 49 — 59.) Die Gesetze müssen, um Kraft zu erhalten, vorher von beiden Versammlungen berathen und angenommen seyn. Steuern können ohne Zustimmung der Kammern nicht auferlegt werden. Steuergesetze, Budgets u. dgl. müssen der Deputirtenkammer zuerst vorgelegt werden. Die directen Steuern werden auf ein Jahr bewilligt; die indirecten können für mehrere Jahre festgestellt werden. Die Vorlagen der Regierung müssen vor allen übrigen berathen und votirt werden. Jeder Bürger, der das 21. Lebensjahr zurückgelegt, hat das Recht, an die Kammern Petitionen und Beschwerden einzusenden. Titel VI. Von den Ministern. (Art. 60 — 62.) Die Minister und Regierungscommissäre haben in den Kammern freien Zutritt. Der Deputirtenkammer steht das Recht zur Anklage der Minister zu; das Urtheil fällt der Senat. Titel VII. Von der Civilliste. (Art. 63 — 69.) Dieselbe wird von den Kammern für jede Regierungsperiode festgesetzt. Während der Regierung des gegenwärtigen Großherzogs wird die dermalige Hofdotation beibehalten. Dem Erbgroßherzog wird nach erreichter Großjährigkeit eine jährliche Rente zu Lasten des Staats ausgesetzt. Titel VIII. Allgemeine Bestimmungen. (Art. 70—78.) Dem toscanischen Adel werden seine Ehrenrechte garantirt; neue Adelige kann der Großherzog ernennen. Jede neue Regierung beginnt mit der Eidesleistung des Regenten auf das Staatsgrundgesetz vor beiden vereinigten Kammern. Titel IX. Transitorische Bestimmungen. (Art. 79 — 83.) Der Großherzog behält sich die Promulgirung derjenigen Gesetze vor, welche zur Constituirung der vollziehenden Gewalt und zum Vollzuge dieses Staatsgrundgesetzes erforderlich sind, namentlich: des Wahlgesetzes, des Preßgesetzes, des organischen Gesetzes über die Regierungen und Verwaltungen. Den gesetzgebenden Versammlungen dagegen sollen vorgelegt werden: Gesetzentwürfe über die Municipal- und Bezirksinstitutionen, gegründet auf das Wahlsystem; über den öffentlichen Unterricht; über die Verantwortlichkeit der Minister; über die Staatsbeamten und über Expropriation. In der ersten Session wird das Budget für 1849 und die Rechnung für 1847 vorgelegt werden. Die erste Session der gesetzgebenden Versammlungen wird sofort nach vollzogenen Wahlen eröffnet werden.

Genua, 13. Febr. Heute war die Stadt neuerdings aufs lebhafteste aufgeregt durch die Nachricht von der bevorstehenden Ankunft des Fürsten Pius Borromeo und seiner vier Söhne von Mailand. Zahlreiche Schwärme von Männern mit fliegenden Fahnen und mit dreifarbigen Cocarden und Bändern geschmückt zogen jubelnd und singend den erwarteten Ausgewiesenen oder Flüchtigen entgegen, welche sie bereits innerhalb der Stadt auf der Piazza dell' Acqua Verde antrafen. Die Söhne, lauter schöne junge Männer, stiegen aus dem Reisewagen, wurden unter stürmischen Liebkosungen empfangen und im Triumph durch die ganze Stadt und zuletzt nach dem Hôtel de Londres geführt. Dieß gab nun Anlaß zu fortgesetzten Zügen von Singenden, die während des ganzen Tages durch die Straßen wallten. Am Abend vermehrten sich dieselben. Fackeln und Musik wurden auch in Masse herbeigeschafft, und der Jubel dauerte bis tief in die Nacht hinein. In den gewöhnlichen Lebehochrufen hatten sich neue Evviva la libertà! Evviva l'Italia unita! ꝛc. gesellt. Bei dieser Gelegenheit, so wie ganz kürzlich in Turin, sind einzelne Schreier von Evviva la Repubblica! verhaftet worden. — Gestern ist der hiesige Platzcommandant Divisionsgeneral de Sonnaz unter lautem Jubel der Volksmassen abgereist, um seine Stelle als Gouverneur von Novara anzutreten, da der Gouverneur von Novara sogleich nach Nizza soll, um den so eben beim Volk in tiefe Ungnade gefallenen Grafen De Maistre abzulösen. Aus allen Gegenden Sardiniens gehen Nachrichten ein, daß in den

Städten Vereine gebildet werden, um die Jugend in allen kriegerischen Handübungen einzuweihen. Der erste dieser Vereine wurde in Asti gebildet. Auch hier in Genua sind dergleichen so eben ins Leben getreten. Jedermann zahlt monatlich einen Beitrag von 2 Fr., wofür er exerciren, fechten und schießen lernt. (A. Z.)

Modena. Der Herzog von Modena hat, in Einverständniß mit Oesterreich, die Verstärkung seines Truppencorps angeordnet; es soll auf 4000 Mann gebracht werden. Auch in Parma wurde eine Vermehrung der Truppen beschlossen.

Mailand, 19. Febr. Ein Polizeierlaß hat am 15. d. den Calabreser-Hüten das Verschwinden geboten, aber in Bergamo und Cremona bedeckten sie damit noch trotzig die Köpfe, die in ihrem Wahn nicht mehr der Monarchie Oesterreich, sondern einem neuen Italien angehoren. Als in Bergamo am 15. Abends der Garnisonszapfenstreich geschlagen wurde, versammelte sich eine Schaar der mit der Calabreserbedeckung sich glücklich Fühlenden, und begleitete den Schall der Trommeln mit einem schrillen Pfeifenchorus. Einige Soldaten straften diesen Spott, indem sie mit geschwungener Waffe, ohne sonstige Gewalt, die Ruhestörer zersprengten und ihre schmucken Hüte zur Beute machten. Ein Cadet des Regiments Geppert, welcher bei dieser zwar lärmenden, aber doch ohne alle traurigen Folgen gebliebenen Execution die Hauptrolle spielte, und der ein geborner Bergamasker ist, sollte mit seinem Leben den Frevel büßen. Am 16. um Mittagszeit fand sich ein Schwarm der Hutberaubten und Consorten auf einen Platz ein, über welchen der erwähnte Cadet, um seinen Dienstgeschäften nachzugehen, kommen mußte. Sowie er kam, sah er sich von unheimlichen Gesichtern umgeben; geschwungene Stöcke und geballte Fäuste bedrohten ihn; da erschien die Feuerreserve aus einer nahen Caserne und lud im Angesicht der zusammengerotteten Masse die Gewehre. Knirschend vor Wuth liefen die Mordlustigen auseinander. In Cremona, fanden am 15. mehrere Verhaftungen derjenigen statt, welche sich der ergangenen Polizeianordnung nicht fügen wollten. Am 16 erschienen die in ihrer Trachtfreiheit beschränkten mit weißen Hüten, die sie mit Bändern von päpstlichen Farben schmückten, im Theater. Dieß machte ein großes Aufsehen im Publicum, und die Polizei wurde thätig. Da legte einer den weißen Hut ab, und setzte sich zum lauten Gelächter aller eine Narrenkappe, ein anderer eine Jakobinermütze auf. Kurz darauf erschollen aus einer Loge die Worte: jeder gute Italiener verläßt das Theater augenblicklich! Alles entfernte sich, nur ein paar Beamte und die Officiere blieben auf ihren Plätzen. Nach einer Weile erfolgten aus einer verhängten Loge zwei Steinwürfe gegen eine Gruppe von Officieren. Sogleich wurden die Logen untersucht; niemand war zu finden. Die piemontesische Presse kennt keine Schranken mehr; sie macht die zügellosesten Ausfälle gegen den österreichischen Staat, seine Regierung und seine höchsten Notabilitäten. Es vergeht kein Tag, daß man nicht die ruchloseste Verleumdung gegen den greisen Feldmarschall Grafen Radetzky schleudern sieht. In der Concordia vom 18. ist eine beschimpfende Anspielung auf den Vicekönig zu lesen. Er ist ein kaiserlicher Prinz und verwandt mit dem Königshause jenes Staats, von wo die Beschimpfung ausgeht! (A. Z.)

Die neueste Post aus dem lombardisch-venetianischen Königreich (Mailand 20. Venedig 19. Febr.) bringt abermalige Meldungen von bedenklichen Auftritten. Wie neulich in Pavia (das so nahe bei Mailand liegt) die Unruhen drei Tage dauerten, so erneuerten sich in Bergamo am 16. und 17. die blutigen Raufereien vom 15. Selbst in Venedig — dessen Bevölkerung, gegenüber der lombardischen, sonst so geschmeidig ist — hegte man ernsthafte Besorgnisse vor Ausbrüchen des allwärts waltenden Geistes. Die vielen aus Pavia und Padua ausgewiesenen Studenten werden in den Orten, wohin sie sich verbreiten, schwerlich Friedensprediger seyn.

(A. Z.)

Frankreich.

Paris, 19. Febr. In der Pairskammer brachte der Marquis v. Boissy — freilich bei Berathung des Gesetzes über die Sorge für die in den Fabriken arbeitenden Kinder wenig am Platze — die Tagesfrage von Paris zur Sprache, erregte aber, wie gewöhnlich, den Unwillen nicht nur des Präsidenten, sondern auch der Mehrheit der Pairs. Schließlich kündigte er für den 21. eine Anfrage an die Ministerien über die Lage der Hauptstadt an.

Aus Toulon 18. Febr. schreibt man daß aus Paris Befehl gekommen sey, alle verfügbaren Dampf- und Segelschiffe unverweilt in Stand zu setzen, damit sie auf das erste Signal abfahren können. Der französische Consul in Malta hatte den Dampfer Leonidas eiligst mit Briefschaften, an die Gesandtschaften in Neapel und an die Regierung abgefertigt, wodurch sie vom Auslaufen der englischen Flotte in Kenntniß gesetzt wird. Das Linienschiff „Rodney“ und der Dampfer „Gladiator“ waren nämlich am 8. Febr. von Malta nach Messina geschickt worden, und am 11. waren alle übrigen Schiffe abgegangen. Auf Malta war schon ein Schiff mit der italienischen Tricolore und mit Patent der provisorischen Regierung eingelaufen. In Messina soll unter den k. Truppen eine Meuterei ausgebrochen und General Nunziante in große Gefahr gekommen seyn.

Großbritannien.

London, 19. Febr. Die Lansdowne'sche Bill zur Anknüpfung directer und stätiger diplomatischer Verhältnisse mit Rom, ward in der gestrigen (18.) Oberhaussitzung zur Committeberathung, d. h. Berathung ihrer einzelnen Clauseln gebracht. Das Amendement des Herzogs v. Wellington: den in der Bill dem Papste gegebenen Titel „souveräner Pontifex“ mit „Souverän der römischen Staaten“ zu vertauschen, wurde mit Zustimmung der Minister angenommen. Eine lebhafte Verhandlung entspann sich dann über das Amendement des Grafen Eglintoun, kein Geistlicher solle als Nuntius des Papstes in London angenommen werden. Lord Eglintouns Gegenantrag wurde mit 67 gegen 64, also mit einer Mehrheit von 3 Stimmen angenommen. Das Haus hat demnach entschieden, daß der britische Hof nur einen Laien als römischen Nuntius annehmen dürfe. Das Tags zuvor angekündigte Amendement des Herzogs von Wellington: Einschiebung einer besondern Clausel, welche ausspricht, daß der Souverän von England Oberhaupt und Leiter in allen kirchlichen und bürgerlichen Dingen des Landes bleibe wurde ministeriellerseits ohne Schwierigkeit zugestanden. Hingegen ein Amendement Lord Redesdales: „Ihre Majestät solle einen diplomatischen Agenten Roms erst dann annehmen dürfen, wenn der römische Hof erklärt haben werde daß er irgend eine temporale oder Civil-Jurisdiction, Gewalt oder Superiorität in den britischen Reichen weder unmittelbar noch mittelbar anspreche, sondern ausdrücklich darauf verzichte“, Lord Lansdowne entgegnete: die Einrückung dieser Worte würde allen diplomatischen Verkehr mit Rom schlechterdings verhindern. Lord Redesdale nahm sein Amendement zurück, und die Bill ging sofort durch die Committee. — Die dritte Lesung soll in den ersten Tagen nächster Woche erfolgen.

△ London, 19. Febr. Diesen Morgen sind alle Kaffeehäuser angefüllt, alle Exemplare der „Times“ in Anspruch genommen. Denn gestern Nacht fand das politische Glaubensbekenntniß der Wighs statt. Unter solchem Glaubensbekenntniß versteht man vor Allem hier die Geldfrage, die alle Kreise der Gesellschaft durchdringt, und von der alle andern Interessen abhängen. Man war daher auf's Höchste gespannt, die Resultate der gestrigen Sitzung im Unterhause zu vernehmen. — Lord John Russel entschuldigte sich zunächst, daß ein Unwohlseyn ihn verhindere, der wichtigen Aufgabe, die er sich für diesen Abend gesetzt, ganz zu genügen. Auch war seine Stimme weit schwächer und unverständlicher als gewöhnlich. Er begann nun damit, die Ursachen, welche die Noth des letzten Jahres veranlaßte, zu entwickeln, und sagte, daß der Wechsel der Preise während der letzten 18 Monate, der Schrecken, welcher in der mercantilischen Welt herrschte, die außerordentliche Noth, welche in Irland herrschte, und die großen Anstrengungen, diese zu erleichtern, das Land so empfindlich trafen, wie es, ausgenommen bei Kriegen und Insurrectionen, niemals früher ein ähnliches Beispiel gab. Nachdem er diesen Gegenstand näher entwickelt, kam er denn zu der am 3. Febr. vorgelegten Balance. Aus dieser geht hervor, daß während des letzten Jahres die Ausgaben um 4,900,000 Pf. St. die Einnahmen überschritten, worin jedoch die den Irländern gewährten 1,525,000 Pf. St. begriffen waren, und eben so die 450,000 Pf. St., welche von China kamen, aber am Cap der guten Hoffnung angehalten wurden, um für den Krieg mit den Kaffern verwendet zu werden. Das wirkliche Deficit betrage daher nur 981,636 Pf. St. — Sodann zeigte er, wie die wirklichen Einnahmen geringer waren, als ihre Schätzung, und stellte eine Berechnung der Einnahmen für dieses Jahr vom 5. April 1848 bis 5. April 1849 auf. Nach derselben wäre der Betrag: An Zöllen 19,750,000 Pf., an Accise 13,000,000 Pf., an Landkutschen 500,000 Pf., an Stempel 7,200,000 Pf., an Taxen 4,340,000 Pf., an Einkommentaxe 5,200,000 Pf., an Post 900,000 Pf., an Kronländer 60,000 Pf., an verschiedenem Andern 300,000 Pf. St. Das würde im Ganzen eine Einnahme von 51,250,000 Pf. St. ausmachen. Da sich nun die bewilligten Ausgaben auf 52,315,709 Pf. St. belaufen, so würde ein Deficit von 1,650,709 Pf. St. entstehen. Nimmt man noch dazu eine der Flotte schuldige große Summe, und 1,100,000 Pf. St. für die Ausgaben für den Kafferkrieg, so würde sich das Deficit auf 2,411,300 Pf. St. belaufen. Der edle Lord ließ dann der Kammer die Wahl entweder durch Taxen das Deficit auszugleichen, oder Armee und Flotte zu verringern, um es auf diese Weise zu decken. Er verbreitete sich dann über die Nothwendigkeit, England in solchen Zustand zu setzen, daß es vor allen Ereignissen sicher sey. Er sprach über das wünschenswerthe gute Vernehmen mit Frankreich, zeigte aber, wie dieses Land seine Flotte verstärke, obgleich es nicht, wie England, so viele Colonien zu vertheidigen habe. Auch berührte er ein Pamphlet des Herzogs von Wellington, als Antwort auf die Schrift des Prinzen Joinville, worin das Land zu Vertheidigungsmaßregeln aufgefordert wird. Indem er sich weiter über die Verstärkung der Flotte verbreitete, schlug er den ganzen Betrag der Ausgaben auf 54,596,500 Pfd. St. an. Um nun das Deficit zu decken, schlug er vor, daß die mit dem nächsten April ablaufende Einkommen Taxe, mit 2 pCt. also (anstatt 3—5 fl.) auf 2 Jahre vermehrt werden solle, daß aber Irland in Betracht seiner traurigen Lage von dieser Taxe befreit seyn soll. — Das ist der Extract dieser wichtigen Darlegung, die mit der größten Spannung vernommen wurde. Die Debatte ward bis nächsten Montag vertagt. Es fielen daher nur kleine Plänkereien von Seiten der Protectionisten vor. Mehrere Glieder sprachen sich besonders dagegen aus, daß Lord John Russel durch seine Darlegung eine feindliche Stimmung zwischen England und Frankreich erzeugen mußte. Auch Hume, der überall, wo es sich um eine Finanzsache handelt, die Minister überwacht, sprach sich in jenem Sinne aus. Besonders aber dagegen, daß man in einer so drückenden Zeit die Taxen vermehren wolle, die wiederum den Armen am meisten zur Last fallen. — Das ist auch die Meinung, die man außerhalb der Kammer hegt. Und man erinnert sich noch der heftigen Opposition von Seiten der Whigs, als im Jahre 1842 Sir Robert Peel eine ähnliche Maßregel vorschlug. — Die Protectionisten rufen sowohl über das Deficit, als über den neuen Vorschlag triumphirend aus, das sind die glänzenden Resultate der Korngesetze.“ — Wenn indessen auch die vorgeschlagene Maßregel keineswegs geeignet ist, dem jetzigen Ministerium Sympathie zu erwecken, so holt man doch bei dem Anblick des Deficits freier Athem, denn wie groß es auch ist, so hat man doch ein noch größeres erwartet. Man sieht den am Montag stattfindenden Debatten über diesen Gegenstand mit der größten Spannung entgegen — Während im Unterhause dieses vorkam, wurde im Oberhause über die Verbindung mit Rom entschieden. Auch die Hochtories, welche mit der Hochkirche dasselbe Interesse vertheidigen, fanden bei den jetzigen Verhältnissen in Italien eine Verbindung mit Rom wünschenswerth, nur wolle man sich vor jedem Einfluß bewahren. — In diesem Sinne wurde auch das Amendement vom Herzog von Wellington angenommen, daß man den Papst anstatt souvereigne Pontifex (Souveräner, Oberpriester, Souverän der römischen Staaten) Sovereign of the Roman states nennen solle.

Königliches Hof- und National-Theater.

Freitag den 25 Februar: „Zwei Tage aus dem Leben eines Fürsten,“ Lustspiel in 4 Acten von Deinhardstein.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 49.

Man pränumerirt auf die Zeitung in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 35 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend | XLIX. Jahrgang. | 26. Februar 1848.

Deutschland.

Bayern.

München, 24. Febr. Die „Allgemeine Zeitung" bringt als amtliche Mittheilung, daß dem Grafen Arco-Valley der Hof verboten worden. — Ein Anschlag am schwarzen Brett der Universität erklärt das vielfach verbreitete Gerücht von Schließung der Collegien nach dem Fasching für ein falsches, und stellt eine solche erst bis Ende März in Aussicht.

≈Vom Mittel-Lech, 22. Febr. Es ist etwas sehr Gewagtes, in allem Ernst die Hoffnung auszusprechen, daß der Weltfriede nicht nur als etwas Mögliches anerkannt, sondern mit der Zeit sogar als etwas Wirkliches in den Bereich der Menschheit werde eingeführt werden. Gewagt ist das Aussprechen einer solchen Hoffnung darum, weil sich über Jeden, der dieß thut, eine Fluth von Spott und Hohn ergießt, wie dieß erst unlängst dem Engländer R. Cobden in der Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 6. Febr. und einige Tage später (Beil. vom 10. Febr.) dem Verfasser der Schrift „Stehendes Heer und Volkswehr" begegnete. Des Ersteren Glaube an die Möglichkeit des Weltfriedens und seine daran geknüpfte Agitation gegen die Vermehrung der bewaffneten Macht wird kurzweg als „lächerlich" erklärt, und der Verfasser des genannten Schriftchens wird von seinem Recensenten sehr scharf angelassen, daß er der allgemeinen Volksbewaffnung vor den stehenden Heeren den Vorzug gibt. Dafür muß er den Vorwurf von „Irrlehren", „Kurzsichtigkeit" und „ideologischer Verblendung" hinnehmen und seine Berufung auf die vereinigten Staaten von Nordamerica ist dem tapfern Recensenten nur ein Beweis, „daß blinde Nachahmungssucht aller kritischen Vernunft Hohn zu sprechen pflegt, sobald es gilt, einer fixen Idee das Wort zu reden." Wenn wir nun gleich nicht vom beschränkten englandischen Standpunkte Rich. Coddens den Weltfrieden wünschen, nämlich damit die ganze Menschheit nicht gestört werde, ihre klingende Münze für englische Fabrikate umzutauschen, so können wir doch nicht umhin; mit dieses Mannes Glauben und Hoffen uns vollkommen einverstanden zu erklären. Damit wir aber nicht von vorneherein, wie unser englischer Herr College der „Lächerlichkeit" verfallen, wollen wir zuerst unsern Begriff vom Weltfrieden aufstellen. Weltfriede ist uns die ununterbrochene wechselseitige Achtung der Rechte, des Eigenthums und der Ehre der Völker — civilisirter Völker nämlich. Dieselbe Achtung von Seite civilisirter Nationen gegen sogenannte wilde Völker, so lange diese nicht gegen jene angreifend auftreten, stellen wir auch noch unter unsern Begriff. Das friedliche Nebeneinanderleben der einzelnen Familien eines Landes unter dem Schutze der Gesetze und aus Grundsätzen der Humanität und des Christenthums möchten wir als Vorbild für die internationalen Verhältnisse der Völker gegeneinander aufgestellt wissen. So gut als die deutschen Völker ruhig neben einander wohnen und ihre etwa möglichen Differenzen auf gesetzlichem Wege durch den Ausspruch eines Schiedsgerichtes, oder auf diplomatischem Wege friedlich ausgleichen, ohne zum Schwert zu greifen, eben so könnten ja auch alle übrigen civilisirten Völker dieselbe Bahn einschlagen, wenn es sich darum handelt, einen zündenden Funken, der zwischen sie gefallen, zu löschen, ohne einen noch größern, oder gar allgemeinen Brand anzufachen. Sollte es als pietistischer Wahn, als Hirngespinnst, als Nebelbild einer kranken Phantasie verhöhnt werden, wenn an die Völker und die mit diesen einigen Fürsten die ernste Forderung gestellt wird: Was du nicht willst, daß dir geschehe, das thue auch Anderen nicht! Die Forderungen des Naturrechts und der christlichen Sittenlehre sind für die moralische Person des Staates mit Inbegriff des Fürsten dieselben wie für jeden einzelnen Menschen. Werden diese Gesetze nicht erkannt oder nicht geachtet, so treten Störungen der Rechte, der Ehre oder des Eigenthums zwischen den Individuen eben so gut ein, wie zwischen ganzen Völkern. Daß diese wie jene das unveräußerliche Recht und die Pflicht der Vertheidigung haben ist unbestreitbar, aber kein Theil hat das Recht des Angriffs. Der Einzelne vertraut bei erlittener Beeinträchtigung auf die Kraft des Gesetzes und auf die Unparteilichkeit des Richters, soll dasselbe Vertrauen der Völker oder ihrer Fürsten, dasselbe ruhige Warten auf den Ausspruch eines den streitenden Parteien angemessen zusammengesetzten Gerichtes etwas Unmögliches seyn? Ist der Bürger größer, der die wohl verzeihliche erste Aufwallung bei ihm zugefügter Rechtsverletzung überwältigt, nicht zur Selbsthilfe greift, nicht durch Wiedervergeltung seinen Rachedurst stillt, sondern seine Rechte vor dem zustehenden Gerichte sucht, oder derjenige, dem die Zeit zwischen der erlittenen Kränkung und der ihm durch das Gesetz garantirten Genugthuung zu lang ist, weßwegen er gleich wuthentbrannt an die rohe Gewalt appellirt, oder wenn ihm dieß keine Aussicht auf Erfolg gibt, längere Vorbereitungen trifft, um desto sicherer seinem Gegner durch List oder Gewalt die gewünschte Satisfaction abzuringen. Wir nehmen es unsern uncultivirten Bauernburschen höchlich und zwar mit Recht übel, wenn sie in Wirthshäusern und auf Tanz- oder Kegelplätzen, von berauschenden Getränken erhitzt bei vorkommenden Zwistigkeiten die Stuhlfüße abtreten und damit einander die Hirnschale einschlagen oder das Messer in den Leib stoßen. Wir sprechen vom rechtlichen, christlichen und humanen Standpunkte dasselbe Urtheil der Verwerfung aus, wenn zwei „gebildete" Gegner mit allen möglichen Formalitäten einander auf Leben und Tod fordern und die Entscheidung ihres Zwistes der Degenspitze oder einem Loth Blei, gejagt von einem Fingerhut voll Schwefel und Salpeter in Kohlenstaub gewickelt, anheimstellen, und es dem Zufall überlassen, welcher von Beiden seine Thorheit mit dem Leben bezahlen muß. Wer findet nicht zwischen diesen Beispielen und dem Krieg eine Aehnlichkeit? Der Unterschied jedoch springt in die Augen, daß bei den genannten Balgereien — beim kleinen Krieg — nur diejenigen leiden, die es verdienen, beim Krieg im Großen aber — bei der Tödtung vieler Tausende, bei der Verbrennung von Dörfern und Städten, bei der Verwüstung ganzer Länder gehen die Veranlasser des Jammers gewöhnlich ohne allen Schaden und ohne alle Strafe aus. Künftige Generationen bluten oft noch an den Wunden, die ihren Vätern der Krieg schlug. So z. B. gibt es in Bayern viele eben nicht große oder reiche Gemeinden, die jetzt noch eine Kriegsschuld von mehr als 20,000 fl. zu tilgen haben und doch gewiß nicht daran schuld sind, daß die Franzosen den deutschen Boden betreten haben — anderer Nachwehen der letzten Kriege gar nicht zu gedenken. (Schluß folgt.)

Württemberg.

(Schluß des in der vorgestrigen Nummer abgebrochenen Vortrags über die Maivorfälle in der Sitzung vom 8. d. Mts.) Minister v. Schlayer fährt nach Verlesung mehrerer Zeugnisse so fort, daß sich drei andere der nächsten Nachbarn in ähnlicher Weise ausgesprochen und deren Aussagen besonders in Beziehung auf die Frage, ob dem Feuern eine Warnung voranging, von entscheidender Kraft seyen. Wenn nun solche actenmäßigen Aussagen vorliegen, so frage ich, ob es dann am Orte ist, auf andere unbestimmte Aussagen hin von Seiten eines einzelnen württembergischen Bürgers die Vermuthung zu gründen, es sey hier von der öffentlichen Gewalt ein Mißbrauch gemacht worden, und den ständischen Ausschuß anzugehen, wegen dieses Mißbrauchs Klage zu erheben? Ich frage ferner, ob es der rechte Zeitpunkt war, unter solchen betrübenden Verhältnissen sich auf unbestimmte Vermuthungen hin gewissermaßen auf die Seite derjenigen zu stellen, gegen welche auf gesetzlichem Wege eingeschritten werden mußte? Ich glaube nimmermehr, daß die Kammer diese Frage bejahen wird, und habe deßhalb sehr bedauert nicht blos, daß die Sache hier zur Sprache kam, sondern daß überhaupt ein Abgeordneter glaubt, diese Sache hier weiter verfolgen zu müssen, eine Sache, in welcher offenbar die Civil- und Militärgewalt nur gethan hat, was ihres Amtes war und wofür man ihr nur Anerkennung, keineswegs aber Tadel oder Vorwurf schuldig ist. Der Hr. Abgeordnete hat zwar gesagt, es sey nicht bewiesen, daß es gerade nothwendig gewesen sey, in solcher Weise von den Waffen Gebrauch zu machen; auch wenn man mit Steinen geworfen habe, so sey doch nicht in dem rechten Zeitpunkt von den Waffen Gebrauch gemacht worden; es wäre mit andern Worten besser gewesen, früher davon Gebrauch zu machen. Ich möchte aber Jeden in die ähnliche Lage setzen und ihn auf sein Gewissen darüber befragen, was er gethan hätte? Es gab damals Augenblicke, wo das Militär sogar ohne alle vorgängige Warnung hätte schießen können, denn selbst in den freiesten Staaten, wie z. B. in Frankreich, und auch in Preußen sprechen die Gesetze aus, wenn das Militär angegriffen werde, so dürfe es sich ohne vorhergegangene Warnung wehren. Ich möchte nun aber den Hrn. Abgeordneten fragen, ob er, wenn er von einem Volkshaufen überallhin verfolgt worden wäre und ihm nirgends hätte ausweichen können, nicht endlich seines Lebens ohne vorhergehende Warnung sich gewehrt hätte? Er und Sie alle werden mir diese Frage bejahen, und so sehe ich nicht ein, wie man hier nur entfernt in dem Fall ist, der Regierung einen Vorwurf machen zu können oder machen zu wollen. Der Hr. Abgeordnete hat endlich gewünscht, daß man über die Resultate der Untersuchung in Beziehung auf die Ursache der Vorfälle Auskunft geben möchte. Ich kann hier nur wiederholt mein Bedauern aussprechen, daß der Hr. Abgeordnete, der am letzten Samstag die Minister des Innern und des Kriegswesens einzuladen gebeten, nicht auch den Minister der Justiz begehrt hat, denn dieser würde im Stande gewesen seyn, über die Resultate der Untersuchungen in Ulm und Stuttgart nähere Auskunft zu geben. So viel weiß ich übrigens, und es ist auch schon früher von dem Herrn Justizdepartementschef hier gesagt worden, daß Anzeigen von Complotten vorliegen und jedenfalls liefern die Untersuchungen den Beweis, daß es sich allerdings mitunter von communistischen Grundsätzen handelte, ob sich gleich diese in der Nacht vom 3. Mai nicht so ganz eclatant herausgestellt haben. Zunächst ist nur gerufen worden: „Es lebe die Freiheit, es lebe die Republik!"

Baden.

Die „Kölner Zeitung" schreibt aus Karlsruhe vom 16. Febr.: Einige wichtige Regierungsvorlagen werden in den nächsten Tagen erwartet, so ein Gesetz über die Bildung und Zusammensetzung des Staatsrathes, über Errichtung einer Bank für das Großherzogthum, über

Aufhebung der Confessionsschulen ꝛc. Alle diese Arbeiten werden die Kammern wohl bis zum Juli beschäftigen, wenn es nicht vorgezogen werden sollte, eine Vertagung bis zum Herbste eintreten zu lassen.

Karlsruhe, 21. Febr. Hr. Emil Keßler hat in einem Schreiben vom 12. Febr. die Gläubiger seiner Maschinenfabrik auf den 14. März zu einer Versammlung eingeladen, und ihnen zugleich drei Vorschläge mitgetheilt um ihre Forderungen nebst Zinsen vollständig zu befriedigen. Der erste Vorschlag geht auf Bildung einer Actiengesellschaft mit einem Capital von 1,200,000 fl., welche hinreichen, um die Wechsel- und Contocurrentschulden zu tilgen und den Betrieb zu erhalten; Hr. Keßler würde Director bleiben, 100,000 fl. seiner Forderung an das Geschäft in Actien erhalten, jährlich 6000 fl. Gehalt beziehen, Wohnung und Garten wie bisher genießen. Der zweite Vorschlag besteht in der Annahme der Zinsgarantie des Staats nach den Beschlüssen der Stände; der dritte in der Liquidirung mittelst Ausarbeitung der Bestellungen und Verwerthung der Liegenschaften und Einrichtungen. (D. Z.)

Mannheim, 21. Febr. Heute war im Aulasaal eine Versammlung in Angelegenheiten Schleswig-Holsteins deren Resultat folgende von dem Vorstande des Schleswig-Holstein-Vereins ausgefertigten, von Herrn Struve vorgelesenen drei Adressen sind: 1) Aufruf an die Schleswig-Holsteiner: Festzuhalten an ihrem Rechte und sich nicht von Dänemark einschüchtern zu lassen, indem sie auf Unterstützung ihrer deutschen Brüder rechnen könnten. 2) Aufruf an das deutsche Volk: Nicht zu unterlassen in allen Vereinen für die größtmöglichste Unterstützung der Schleswig-Holsteiner zu wirken. 3) Aufruf an alle deutschen Volksvertreter: In ihren Ständekammern zu wirken, die Regierungen für kräftigste Unterstützung der Schleswig-Holsteiner zu bestimmen. Es entspann sich hiebei eine lebhafte Debatte deren Resultat war, daß von etwa 150 Anwesenden 100 die Adressen unterzeichneten. (Mannh. Journ.)

Heidelberg, 21. Febr. Kaum sind es zehn Tage, daß in Folge eines Wirthshausexcesses dahier ein Steinhauergeselle erschlagen wurde, und schon wieder haben wir einen solchen Akt der rohesten Brutalität zu berichten. Gestern Abend um 6 Uhr wurde in der Nähe des Mannheimer Thors der hiesige Bürger Job und sein Sohn von zwei jungen Burschen erstochen, seine zu Hilfe herbeieilende Tochter und sein zweiter Sohn ebenfalls schwer verwundet. (Mannh. M. Bl.)

Preußen.

Berlin, 17. Febr. Nachdem in der heutigen Sitzung des ständischen Ausschusses zunächst noch die aus dem zehnten Titel über die Verletzungen der Ehre übrig gebliebenen §. 202 bis 209 mit alleiniger Ausnahme des letzten Paragraphen, dessen Streichung beschlossen wurde, unverändert waren angenommen worden, schritt man zur Berathung des eilften Titels „über den Zweikampf." Diese Bestimmungen sind fast durchgängig neu und stehen jedenfalls weit mehr mit den Anforderungen der Zeit im Einklang, als die veralteten Paragraphen des Landrechts. Bei der Berathung kam die Frage zur Entscheidung ob und inwieweit die Strafgesetzgebung den Zweikampf zu berücksichtigen habe, und es ward hierbei die Ansicht aufgestellt, daß eine jede Strafbestimmung überflüssig und daher zwecklos sey; habe der Zweikampf keinen Erfolg gehabt, so sey sie nicht begründet, weil keine Rechtsverletzung vorhanden, habe eine körperliche Verletzung oder Tödtung stattgefunden, so liege kein Grund vor, von den für diese Fälle gegebenen Strafbestimmungen abzuweichen. Die Abtheilung fühlte sich bewogen mit 13 gegen 1 Stimme vorzuschlagen, den Titel 11 des Entwurfs ganz wegzulassen, und unter den Titel über Tödtung und körperliche Verletzung die nach den angegebenen Rücksichten erforderlichen Bestimmungen aufzunehmen. Diese Ansicht fand jedoch in der Plenarversammlung keine Billigung; es ward vielmehr die Beibehaltung eines abgesonderten Titels über den Zweikampf beschlossen, und nur an den einzelnen Paragraphen wurden einige ziemlich unwesentliche Veränderungen vorgeschlagen. (C.v.u.f.D.)

Berlin, 22. Febr. Unser pommer'sches Armeecorps hat nun wirklich den Befehl erhalten sich in der Art bereit zu halten, daß es in zwei Tagen marschfertig seyn könne. Die Lage Oesterreichs in Italien, so wie frühere Verträge zwischen den nordischen Mächten sind die Veranlassung hiezu. Die Frage nach der Verwendung der preußischen Rüstung dürfte in der Deckung der deutsch-österreichischen Provinzen ihre Antwort finden; wirklich hört man, daß besagtes Corps seine Marschroute dorthin soll angewiesen erhalten haben; denn an ein Einschreiten Preußens in Italien selbst ist aus vielfachen Gründen nicht zu denken. — Die ausgewiesene Gräfin Hatzfeld hat sich an den Minister des Innern mit Erfolg gewandt, denn dieser ignorirt die polizeiliche Ausweisung und will für dieselbe überhaupt keinen Grund finden. Die halbemancipirte Gräfin weilt daher noch, gerade nicht zum Wohlgefallen ihrer hocharistokratischen Verwandten unter uns, läßt sich nach wie vor ihre Cigarren wohl schmecken, reitet fleißig aus und soll auch sich und ihre Umgebung für eventuelle Fälle mit Waffen versehen haben. Ihr Begleiter Lasalle ist nicht verhaftet, sondern blos aus Berlin verwiesen; er weilt jetzt in Potsdam. (C. v. u. f. D.)

Aus Oberschlesien, 16. Febr. wird der „Schlesischen Zeitung" geschrieben: Heute Nachmittag wurden über 30 arme Waisen neu bekleidet und nach Ratibor zu Hrn. Kanonicus Heide geschafft, von da werden selbige weiter untergebracht werden. Der hiesige Standesherr, Graf v. Oppersdorf, hat eine Besitzung zur Aufnahme solcher armen unglücklichen Kinder bereitwilligst hergegeben, und andere städtische Beamte besorgen freundlichst deren Verpflegung. Auch haben schon viele Vertheilungen von Mehl ꝛc. stattgefunden, und der Wohlthätigkeitssinn zeigt sich unermüdlich, da täglich Gaben eingehen. Dagegen schreitet die Krankheit immer noch fort. Was Referent nicht für gut hält, ist, daß mehrere Leichen in Ein Grab gelegt werden, denn so viel Platz muß doch wahrhaftig noch zu ermitteln seyn, um für jede Leiche ein besonderes Grab zu bestimmen. Auch werden die Gräber nicht tief genug gemacht, und wie leicht kann bei dem herannahenden Frühjahr durch ein solches Verfahren die Seuche noch vergrößert werden. Möge diesem Uebelstande bei Zeiten abgeholfen, resp. vorgebeugt werden.

Aus Schlesien, 16. Febr. Es zeigen sich bei uns wieder viele Speculanten, welche sich die Zerstückelung der Güter zum Geschäft machen; dieß trägt aber nur dazu bei, das Proletariat zu vermehren, indem die dadurch entstehenden kleinen Parzellen zuerst gewöhnlich weit über den Werth verkauft werden und später nicht hinreichen eine Familie zu ernähren, sodann aber auch viele Menschen verlockt werden, ihren früheren, wenn auch mühsameren Lebensunterhalt aufzugeben, ihre kleinen Ersparnisse auf ihrem zu theuer erworbenen Besitzthum opfern, sich in Schulden stürzen und zuletzt in gänzliche Armuth versinken. Es wäre daher sehr zu wünschen, daß in Betreff dieses Gegenstandes eine Beschränkung oder doch Ueberwachung von Seiten des Staats stattfände. Auf der anderen Seite hat es namentlich in Oberschlesien zur Vermehrung der Armuth beigetragen, daß die Reichen ihren Grundbesitz ungeheuer ausdehnen, alle an ihr Grundstück grenzenden kleineren Ländereien nach und nach ankaufen und deren Besitzern vielleicht einen augenblicklichen Vortheil bereiten, der jedoch nur zu oft zu ihrem Unglück dient, indem das Kaufgeld vergeudet wird. Das Hüttenwesen, wie segensreich es an und für sich seyn mag, welchen colossalen Reichthum es auch in die Hände Einzelner geführt hat, so hat es doch auch nicht wenig zum Wachsthum der Armuth mitgewirkt. Wie viele Hände werden durch den Hüttenbetrieb dem Ackerbau entzogen! Man hat in neuester Zeit wiederholt vorgeschlagen, die Communicationen der vielen Hüttenwerke durch Anlegung von Pferdeeisenbahnen zu bewerkstelligen. Wir glauben, daß die Ausführung eines derartigen Vorschlages große Vortheile nach sich ziehen würde. Den Hauptvortheil wenigstens ganz gewiß, daß die vielen Leute, welche ein höchst kümmerliches Leben als Fuhrleute der Hüttenwerke führen, dem Ackerbau wieder gegeben würden. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Ratibor, 12. Febr. Während der Typhus sich bisher meist auf der rechten und ärmeren Oderseite hielt, breitet er sich jetzt auch auf der linken aus, wo die Dörfer und Städte wohlhabend sind, und die Bewohner unter der Schwere der Zeit nur wenig gelitten haben. Bauerwitz ist schon inficirt, in Katscher liegt der Canonicus Molerus mit seinen beiden Caplänen am Nervenfieber darnieder, und ein Caplan aus dem Nachbardorf mußte herbeigeholt werden um den Gottesdienst zu versehen. In Köbrowitz schreitet der greise Pfarrer von einem Kranken zum andern, um ihnen die Sterbsacramente zu reichen, und täglich umfängt ein frisches Grab ein Opfer der Seuche, die in der Richtung nach Leobschütz immer weiter vordringt. (A. Oderz.)

Coblenz, 20. Febr. Das hier garnisonirende 29ste Infanterieregiment ist vollständig marschfertig, und die Munitionswagen sollen sogar schon gepackt seyn. Welches die Bestimmung dieses Regiments ist, weiß man nicht; übrigens wird an der Completirung der Artilleriegeschirre ꝛc. thätig gearbeitet.

Schleswig-Holstein.

Aus Kiel wird der „Bremer Zeitung" mitgetheilt, daß von beiden Instanzen der Censurbehörde in Hamburg der Druck einer Schrift des Professors v. Madai in Kiel über das Verfassungsrescript untersagt worden sey.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 22. Febr. Die (aus den ersten Gesandten sämmtlicher Stände bestehende) Tagsatzungs-Commission, mit dem Auftrag eingesetzt, sich über eine Verbesserung der jetzigen Bundesurkunde zu berathen, ist seit voriger Woche in voller Arbeit begriffen und hält sechsmal in der Woche fünfstündige Sitzungen. Nach dem Geschäftsprogramm zu urtheilen, gemäß welchem die Commissionsberathungen stattzufinden haben, wird sich die Bundesreform auf eine große Anzahl der wichtigsten Gegenstände beziehen, wie z. B. auf die Verhältnisse der Kantonssouveränetät zum Bunde, die Stellung der Confessionen, das Unterrichtswesen, die Preßfreiheit, die freie Niederlassung, das Wehrwesen, den Verkehr, das Postwesen, die Bundesbehörden ꝛc. (Schw. Mkr.)

Bern. Von dem Obersten des Berner-Regiments in Neapel, Hrn. Gingins, ist an die Regierung von Bern ein Schreiben gelangt, worin gemeldet wird, daß wahrscheinlich die neapolitanische Regierung, in Folge der letzten Ereignisse, sich entschließen werde, Unterhandlungen über die Entlassung der Schweizertruppen anzuknüpfen, da diese mit den jetzigen Einrichtungen kaum mehr verträglich seyen. Hr. Gingins wünscht, daß bei diesen Unterhandlungen die Rechte der Capitulation gehörig vertreten werden.

Zürich, 19. Febr. Am 11. hat in Bern bei dem Erziehungsdirector Schneider und unter dessen Vorsitz eine Conferenz aller Kantone, außer Unterwalden, Baselstadt und Neuenburg, stattgefunden, um sich über die Errichtung einer eidgenössischen Facultät der katholischen Theologie zu besprechen. Alle Gesandten waren von der Wünschbarkeit und Wichtigkeit eines solchen Instituts für die Studien und den vaterländischen Sinn der Geistlichen durchdrungen. Sie ernannten daher eine Commission von 5 Mitgliedern, um einen Vertrags-Entwurf auszuarbeiten und ihn den Ständen mitzutheilen. — Die große Bundesrevisionscommission hat am 15. in Bern ihre erste Sitzung gehalten und die Oeffentlichkeit der Sitzungen nicht gestattet. — Auf den 15. war die Wahl eines neuen Abtes von St. Urban angesetzt. Die Regierung von Luzern untersagte aber diesen Act, weil es ungewiß ist, ob das Kloster fortbesteht. Wird es aufgehoben, so ist die hohe Pensionirung eines Abtes erspart und weniger Conflict zu gewärtigen. — Der Bischof von Freiburg will sich der Vormundschaft der Regierung entziehen. Durch ein Circular verbietet er den Pfarrern, denjenigen Mitgliedern des großen Raths die Absolution zu ertheilen, welche zu dem bekannten Brandschatzungsdecret gestimmt haben. Auch in Wallis soll die Geistlichkeit den Umsturz der Regierung versuchen. Die beurlaubten eidgenössischen Repräsentanten sind schleunigst dahin zurückberufen worden. (Schw. Mkr.)

Italien.

Rom, 17. Febr. Die Ministerialveränderungen dauern fort. Monf. Amici, welcher erst vor kurzem das Portefeuille des Innern aus den Händen des Papstes erhalten hatte, dessen Vertrauen er in hohem Grade zu genießen schien, nach dem Ereigniß vom 8. aber der erste gewesen war, welcher den Papst um seine Entlassung gebeten hatte, ist jetzt definitiv ausgetreten. Ersetzt wird er zwar nicht durch einen Laien, aber durch Monf. Pentini, einen Prälaten, welcher sowohl von Seite des Charakters als der Fähigkeiten eines guten Rufs genießt. Die Pallade verkündet mit großer Freude, daß die Regierung zur Bewaffnung der Reserve der Civica geschritten sey. In Monatsfrist soll dieselbe einberufen werden. Sie begreift die große Masse von Proletariern, welche man dem Edict zufolge, das ihre Einsetzung verkündete, wohlweise davon ausgeschlossen hatte. Gelingt es durch diese Maßregel, diese Leute etwas zu discipliniren, so mag man die Nachgiebigkeit der Regierung loben. Sonst könnte viel Gefahr damit verbunden seyn. (A. Z.)

Palermo, 11. Febr. Sonntag Abends war das Opernhaus gedrängt voll einer glänzend mit dreifarbigen Bändern gezierten siegtrunkenen Menge. Man gab

Gemma di Vergy, eine Oper, welche auf die heutigen Ereignisse keinen Bezug bietet, dagegen wurde der sicilianische Nationalgesang von den Sängern in Nationaltracht (olivengrüne sammtne Jacke) abgesungen, und ferner das Duett aus den Puritani: Egrideremo da forti — Liberta (die frühere Theatercensur hatte dieses letzte Wort gestrichen und mit Lealtà ersetzt) in welches die ganze Gesellschaft der Zuhörer mit gezogenen hochgeschwungenen Säbeln oder Degen — Werkzeuge, die nunmehr unentbehrlich geworden sind — jubelnd einstimmte. Die herrlichen kräftigen Männerstimmen, das Geklirre der Menge, der tosende Beifall aus schönem Munde und von schönen Händen, gespendet mit den süßen, eine unbeschreibliche Begeisterung ausdrückenden Augen — welch' ein Gefühl für den Augenzeugen! Die englischen Officiere waren in glänzenden Uniformen zugegen und wurden mit rasendem Evviva begrüßt: der Commandant der Fregatte Revenger antwortete mit Schwingen der dreifarbigen Fahne. Neuer Beifall zu Ehren der Nation der Königin u. s. w. Des ebenfalls in Uniform anwesenden französischen Consuls und der Officiere des Tonnerre wurde nicht gedacht. Dienstag den 8. erschienen drei neapolitanische Dampfschiffe mit Parlamentärflagge auf der Rhede. Tausend Vermuthungen bemächtigten sich sogleich aller Gemüther, die ganze Bevölkerung war auf den Straßen, um Erkundigungen einzuziehen. Der Schiffscapitän L. Jauch, mit dem Befehl der drei Schiffe und mit dieser neuen Mission beauftragt, mußte sich als Parlamentär durch die dichteste Menge drängen. Er kam endlich in's Comitat. Sein Auftrag betraf die Abholung der noch übrigen Gefangenen und aller der hier wohnenden Neapolitaner, welche abzuziehen wünschen. Es wurde hierüber eine Convention abgeschlossen, welche durch einen der Artikel die nahe Feststellung der Verhältnisse des Handels zwischen beiden Theilen des Reichs und namentlich der Schifffahrt hoffen läßt, da bereits angenommen ist, daß die Schiffe beider Theile wechselseitig mit Parlamentärflagge aufgenommen werden. Dieses ist nun bereits ein Schritt zur Beilegung aller Hindernisse. Indessen organisirt sich die Bürgergarde und thut wesentliche Dienste. Nebstdem eine stehende Macht von 5000 Mann, welche vorerst, so wird wenigstens vermuthet, den Städten Catania, Milazzo, Girgenti und endlich Messina zu Hülfe zu eilen bestimmt scheint, allwo die königlichen Truppen noch feste Orte besetzt halten. In Messina ist namentlich die Citadelle und eines der Forts noch in königlicher Macht, und ich höre sagen, daß die Stadt ein zweites Bombardement auszuhalten hatte. Die Menge der zu Hülfe nach Palermo Herbeigeeilten vermindert sich durch allmähliges Abziehen derselben, man verspricht denselben die Belohnung des durch sie befreiten Vaterlands, das Parlament werde hierüber das Nöthige festsetzen. Man hört von keinen Unordnungen, wohl aber von nächtlichen Diebstählen. Nichts außerordentliches, wenn man bedenkt, welch' gefährliches Element aus den Gefängnissen auf unsere Stadt ergossen worden ist. Das Comitat verfährt mit äußerster und summarischer Strenge gegen diejenigen, die sich auf der That ertappen lassen. Auch an die Gerichtshöfe hat die provisorische Regierung gedacht, und der Criminalgerichtshof und die Richter der ersten Instanz sind bereits wieder in Thätigkeit. Man bemerkt leider an der Spitze des Criminalgerichtshofs einen durch Gewaltthätigkeit und Willkür seit langer Zeit bekannten Mann, wogegen der neue Generalprocurator — nunmehr Guardiano delle leggi genannt — Hr. Pinelli, der an die Stelle des Calabresen Roberti kam, allgemein geachtet wird. Die Bank sollte gestern ihre Zahlungen wieder aufnehmen; warum es nicht geschehen, begreift man nicht. (A. Z.)

Mailand, 20. Febr. Täglich beklagenswerthe Scenen! Am 17. erneuerten sich in Bergamo die unruhigen Auftritte vom 15. und 16. in einem sehr gesteigerten Grade. Man befürchtet noch Ernstlicheres, wenn keine energischen Maßregeln getroffen werden. Gegen Abend jenes Tages wurden ein paar spazierengehende Soldaten des Regiments Geppert von einem brüllenden Schwarm mit Stöcken, Stockdegen, Stilets rc. bewaffneter Individuen, etwa 50 an der Zahl, durch die Gassen verfolgt. Den Soldaten kamen Kameraden zu Hülfe, und man wurde handgemein. Der Haufe der Ruhestörer wurde immer größer und die Soldaten zogen sich gegen die Hauptwache zurück. Eine von dort ausgesandte von einem Officier geführte Streifwache trieb die Rebellen auseinander, aber bei einer Gassenecke wurde sie mit einem förmlichen Plänklerfeuer aus den Häusern empfangen. Man warf aus den Fenstern der obern Stöcke Steine, Dachziegel, Stücke Holz u. dgl. auf sie herunter. Die von Seite des Militärs antwortenden Schüsse stellten die Ruhe wieder her. De Patrouillengang war häufiger und es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Spät in der Nacht fielen noch auf eine Streifwache Schüsse aus einem Hause, welche glücklicherweise kein Opfer forderten. Auf der Seite der Einwohner wurden mehrere verwundet. In Venedig ist die Stimmung sehr aufgeregt, und man hegt die dringendste Besorgniß, es werde bald zu bedeutenden Excessen kommen. (A. Z.)

Niederlande.

Haag, 20. Febr. Der Finanzminister hat durch die „Staats-Courant" eine Warnung erlassen gegen jede Theilnahme an auswärtigen Lotterien oder an Privatlotterien, welche auf auswärtige Anleihen begründet sind, da letztere nur auf trügerischem Scheine beruhen und gar keine Garantien darbieten. Der Finanzminister erklärt, diese Warnung nicht bloß als Erinnerung an die gegen gemeldete Theilnahme bestehenden Verordnungen, sondern im besonderen Interesse der Betheiligten selber zu veröffentlichen.

Belgien.

Brüssel, 17. Febr. Der König hat neuerdings 20,000 Fr. zur Verfügung für die beiden flandrischen Provinzen auf seine Civilliste anweisen lassen. Ueberall regt sich der Wohlthätigkeitssinn zu Gunsten der dortigen Nothleidenden; es haben sich in Gent und Antwerpen Comités zur Sammlung von Beiträgen gebildet, und in letzterer Stadt allein beliefen sich die Einzeichnungen binnen wenigen Tagen auf 60,000 Fr. In Brüssel soll zu demselben Zweck eine Gemäldeausstellung veranstaltet werden.

Spanien.

Madrid, 15. Febr. In der gestrigen Sitzung der Abgeordnetenkammer drückte der Minister des Auswärtigen, Herzog von Sotomayor, seine lebhafte Theilnahme an dem italienischen Umschwung aus. Als Zeichen dieser Theilnahme wird auch angesehen, daß der Gesandte in Neapel, Herzog von Rivas, zum Botschafter erhoben worden ist. (Schw. Mkr.)

Frankreich.

Paris, 22. Febr. 8 Uhr Morgens. Die von der Regierung in Folge eines im Namen des Bankettausschusses veröffentlichten Manifestes getroffenen Maßregeln haben die Opposition bestimmt (déterminé) auf das Vorhaben der Demonstration und des Banketts zu verzichten. **Paris ist vollkommen ruhig.**

In Rochefort hat man durch die Fregatte „La Virginie" Nachrichten aus Oceanien erhalten, die bis Ende Septembers gehen. In Tahiti war der neue Gouverneur, Hr. Lavaud, thätigst mit dem Werk der Befriedung beschäftigt. Ein Seemann, Ausreißer von einem americanischen Wallfischjäger, William Smith, der in den Reihen der Eingebornen gekämpft und sie gegen die Franzosen aufgewiegelt hatte, war auf der Corvette „Sirelle" nach Valparaiso eingeschifft worden. Neue blutige Zerwürfnisse werden von einem andern Punct jener entlegenen Inselwelt berichtet.

Großbritannien.

London, 19. Febr. Die Vorschläge Lord J. Russels hinsichtlich der Einkommenstaxe sind: Die jetzige Einkommensteuer in Britannien und die Stempelgebühr in Irland wird um fünf Jahre verlängert; für die nächsten zwei Jahre tritt aber eine Erhöhung der Einkommensteuer in folgender Art ein: Einkommen, das bis jetzt 7 Pence vom Pfund zahlte, hat nun 5 Pence weiter, also zusammen 1 Shilling vom Pfund (36 kr. von 12 fl. = 5 pCt.) zu bezahlen; alles Eigenthum, das bis jetzt 3¹/₂ pCt. zahlte, d. h. die Inhaber von Grund und Boden in England zahlen 2¹/₂ pCt. mehr; wer bis jetzt 2¹/₂ pCt. zahlte, d. h. alle Inhaber von Grund und Boden in Schottland zahlen 2 pCt mehr. Einkommen unter 150 Pfund bleibt wie bisher von der Taxe frei. Das „Morning Chronicle," das vor einigen Monaten versuchsweise seinen Preis vermindert hatte, ist nun zum frühern Preis zurückgekehrt; dabei ist zu bemerken, daß die englischen Blätter von den Expeditionen blos nummerweise verkauft werden.

In London bildet sich gegenwärtig ein „freiwilliges Schützencorps der Königin", vorderhand 600 Mann stark. Die Regierung liefert Waffen und Munition. Die Uniform ist dunkelgrün mit schwarzen Aufschlägen.

Englische Blätter vom 18. Febr. schreiben: Durch einen Schatzbefehl ist der tägliche Zins von Schatzkammerscheinen (im Betrag von 18,380,200 Pfd.) von 3 auf 2¹/₂ Pence von 100 Pfd. vermindert worden, was für das Jahr eine Verminderung von 4 Pfd. 11 Sh. 3 P. auf 3 Pf. 16 Sh. vom Hundert ausmacht.

Der Bischof von Chester, Dr. Summer, soll zum Erzbischof von Canterbury bestimmt seyn. — Es heißt, der österreichische Botschafter, Graf Dietrichstein, werde London im März auf Urlaub verlassen; an der Börse sprach man sogar gestern von Entfernung auf längere Zeit, zu Bekundung der Unzufriedenheit Oesterreichs über Englands Haltung in Italien. Man erfährt nun aber, daß die Abwesenheit des Grafen aus England blos vorübergehend seyn wird, und lediglich Familienangelegenheiten betrifft.

Hr. Daniel O'Connell, des „Befreiers" jüngster Sohn, bisheriges Mitglied für Waterford, hat (wie schon erwähnt) die Chiltern Hundreds angenommen, d. h. seinen Austritt erklärt, und es heißt, er werde eine Anstellung erhalten, nämlich als Handelsconsul in Boulogne, mit welchem Posten ein Gehalt von 800 Pfd. St. verbunden ist.

Aus Canada wird gemeldet, daß bei den Wahlen in das dortige Parlament die radicale, England ab- und der nordamericanischen Republik sich zuneigende Partei einen entschiedenen Sieg erfochten hatte, indem sie 52, die Ministeriellen blos 19 Stimmen errangen; 7 sind unentschieden. Bei den Wahlen ging es sehr stürmisch zu. In Montreal war der Pöbel zwei Tage lang Herr der Stadt.

Dänemark.

Kopenhagen, 12. Febr. Durch Rescript vom 8. hat Se. Maj. verordnet, daß an dem Tage, an welchem die sterblichen Ueberreste des hochseligen Königs Christian VIII. zur Ruhe bestattet werden sollen, und welcher auf den 26. festgesetzt ist, in sämmtlichen Kirchen des Landes, sowohl in Kopenhagen als auf dem Lande, eine Trauerpredigt gehalten werden soll. Zum Texte der Trauerpredigt wählte der König, nach dem Vorschlage des Bischofes des Stifts Seeland, Jeremias Cap. 3, V. 15.: „Und ich will euch Hirten geben nach meinem Herzen, die euch weiden sollen mit Lehre und Weisheit. (Alt. Merk.)

Kopenhagen, 12. Febr. Der Vorsitzer der Preßfreiheitsgesellschaft, Etatsrath Brinck-Seidelin, hatte, in Uebereinstimmung mit dem Beschlusse der Generalversammlung vom 31. Jan., um eine Audienz beim König nachgesucht, allein vom Cabinetssecretär Tillisch die Antwort erhalten, daß Se. Majestät vor dem Begräbnisse des hochseligen Königs Christian VIII. keine Deputation annehme. In Folge einer von der Direction der Gesellschaft der Bauernfreunde sogleich nach dem Thronwechsel erlassenen Aufforderung werden überall im Lande von den Bauern Deputationen und Adressen an den König vorbereitet, welche zum Zweck haben, auf die Ernennung einer neuen Commission Behufs Untersuchung der bäuerlichen Verhältnisse anzutragen, um die endliche Emancipation des Bauernstandes und seine Gleichstellung mit den übrigen Staatsbürgern herbeizuführen.

(H. B.-H.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 9. Febr. Der Constitutionsausschuß hat mit 14 gegen 7 beschlossen, den Chef des Finanzdepartements, so wie die übrigen Mitglieder des Staatsraths, welche an dem Protocoll vom Dec. 1845 wegen Bestimmungen des neuen Gesetzes über die Privatbanken Theil genommen, wegen Nichtbeachtung des wirklichen Staatswohls, kraft §. 107 der Constitution, in Anklagestand zu versetzen; eben so den Kriegsminister, Frhrn. von Peyron, wegen einer an sich unbedeutenden, ohne Zuziehung der Reichsstände, in seinem Departement vorgenommenen Maßregel. (Alt. M.)

Stockholm, 12. Febr. Der Staatsausschuß hat nun sein Gutachten über die drei ersten Haupttitel des Budgets eingereicht. In Bezug auf die Erhöhung der Appanage des Kronprinzen von 25,000 auf 100,000 Rthlr. S. B. geht der Ausschuß von der Ansicht aus, daß dieser Antrag mit einer bevorstehenden Vermählung Sr. königl. Hoheit in Verbindung stehe, und ist daher für die Bewilligung dieser Erhöhung, die jedoch erst von dem angedeuteten Zeitpunkte an, nämlich der Vermählung, eintreten solle.

Christiania, 11. Febr. Vorgestern Mittag versammelten sich die Repräsentanten, und kurz vor 1 Uhr erschien der Reichsstatthalter Severin Löwenskjold, gefolgt in Procession von den Mitgliedern der norwegischen Regierung, des Höchstengerichts, der Universität u. s. w. im Storthings-Saale. Der Reichsstatthalter verlas

einen offenen Brief des Königs, worin derselbe sein Bedauern ausspricht, behindert zu seyn, den zwölften ordentlichen Storthing in Person zu eröffnen, und dem Statthalter die deßfallsigen Vollmachten überträgt. Sodann verlas der Reichsstatthalter die königl. Rede, worin der König, behindert, das Storthing persönlich zu eröffnen, den Repräsentanten seinen Willkommsgruß und seine Wünsche ausspricht, dann auf die vorjährige Lebensmittelnoth übergeht, bedauert, noch verhindert gewesen zu seyn, sich mit der Königin in Norwegen krönen zu lassen, aber hofft, diesen Sommer die Krönung vornehmen lassen zu können, das freundschaftliche Vernehmen mit sämmtlichen Mächten anzeigt, Vertrauen zur Mitwirkung des Storthings zu Gesetzesvorschlägen über Unterricht, Rechtswesen, Handel, Schifffahrt, Landbau, Fischerei, Postwesen, Straßenwesen u. s. w. ausspricht. (B. H.)

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 12. Febr. Am Mittwoch fand die Feier des fünfzigjährigen Geburtsfestes und die damit verbundene fünfzigjährige Jubelfeier des Großfürsten **Michael**, in der Würde des General-Feldzeugmeisters, von Seiten aller Glieder des Kaiserhauses statt. Nach feierlichem Gottesdienst im Palais des Großfürsten war große Glückwünschungscour der hohen Staats- und Militärautoritäten, darauf Mittagsmahl, dem auch die kais. Familie beiwohnte. Abends war die Residenz erleuchtet. Am Dienstag, dem designirten Verlobungsfeste des Großfürsten Constantin mit der Prinzessin Alexandrine von Sachsen-Altenburg, soll die Erleuchtung wiederholt werden, auch fand am Abende gedachten Festtages im Alexandratheater für die hier anwesenden Artillerieofficiere und Subalternen des Gardecorps freier Eintritt statt.

Plata-Staaten.

Man hat in England Nachrichten aus Montevideo bis zum 20. Dec. General Urquiza, der General des Rosas in Corrientes, hatte gemeldet, daß er die Correntinos aufs Haupt geschlagen, deren gegen 700 fielen und 1200 Mann in Gefangenschaft geriethen. Der zersprengte Rest hatte sich nach Paraguay geflüchtet. In Montevideo hatten, unter dem Vorwand eines erwarteten Angriffs von Oribe das französische Geschwader 6 Geschütze und ein Marinebataillon gelandet und damit die stärksten Fortificationsposten der Stadt besetzt. Am 20. Dec. sollte der Hafen von Buenos-Ayres für die Montevideo berührenden Schiffe geschlossen werden. (Engl. Bl.)

China.

Das wichtigste aus dem südlichen China ist eine traurige Mordgeschichte. Sechs Engländer, die am 5. Dec. von den Factoreien in Canton aus eine Spazierfahrt stromaufwärts machten, wurden in dem nahen Dorfe Hwang-chu-kee von den Einwohnern grausam ermordet und verstümmelt. Diese Unthat hatte einen Besuch des englischen Oberbevollmächtigten Sir John Davis auf einem wohlbemannten Kriegsdampfboot in Canton und strenge Unterhandlungen mit den chinesischen Behörden zur Folge. Sofort wurden in jenem Dorfe vier Bauern in Gegenwart britischer und chinesischer Officiere hingerichtet, und 11 andere Theilnehmer des Mordes sollten noch theils erdrosselt, theils in die Sclaverei abgeführt werden. Die Erbitterung der Bevölkerung Cantons gegen die Fremden war aber in Folge dieser Vorgänge wieder sehr gestiegen. (A. Z.)

B ö r s e.

Paris, 21. Febr. 3pCt. 73 Fr. 95 C.; 5pCt. 116 Fr. 55 C.

London, 19. Febr. Consols 89½.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag den 27. Februar: „Martha, oder der Markt zu Richmond," Oper v. Flotow.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. Mme. Franchis, Rentiere aus England.
Hôtel Maulik. H. Arctiz, Rentier v. Wien.
Blaue Traube. H. Schefran v. Münster.
Starbusgarten. HH. Arnoldt, Professor v. Luzern; Sartorius, Secretär v. Landshut.

Getraute in München.

HH. Dr. Michael Pfaffenberger, praktischer Arzt in Eggstätt, Ldg. Trostberg, mit Maria Anna Theresia Scheidacker, bgl. Bierwirthstochter v. h.; Jacob Danner, Fuhrknecht und bgl. Hausbesitzer dah., mit Anna Niedermaier, Weberstochter v. Helmstetten, Ldg. München; Johann Georg Auer, Maurerpolier dah., mit Maria Barbara Stichauner, bürgl. Kupferschmidstochter v. Rötz; Anton Friedrich Püther, k. Hofküchengehülfe dah., mit Anna Gugler, Hausmeisterstochter v. hier; Anton Lindermüller, Ausgeher, mit Kath. Zaglmair, b. Bierwirthstochter v. h.; Johann Wilhelm Schneider, herrschaftl. Kutscher dah., mit Louise Franziska Peillard, Uhrmacherstochter von St. Croix, Kantons Waadt in der Schweiz; Karl Andreas Friedrich Klumpp, kgl. Bezirks-Ingenieur dah., mit Frl. Karolina Louise Friederike Beit, kgl. Staatsgüteradministrators- und Directorstochter v. Schleißheim; Christian David Müller, Maurermeister v. Nürnberg, mit Ursula Maria Schur, Maurermeisterswittwe v. Nürnberg.

Gestorbene in München.

Karl Boen, k. Oberrechnungsrathssohn v. h., 25 J. alt; Katharina Stocklausner, Geschmeidmacherstochter v. Freising, 32 J. alt; Johann Weber, Zimmermann v. h., 68 J. alt.

Bekanntmachung.

2298. In Betreff der Concurssache der Bäckerswittwe Ursula Pröbstl dahier wurde unterm Heutigen das Prioritätserkenntniß erlassen. Dieß wird den Gerichtsunbekannten Gläubigern mit dem Bemerken zur Wissenschaft eröffnet, daß dasselbe am 29. l. Mts. an die Gerichtstafel wird angeheftet werden.

Concl. am 18. Febr. 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der königl. Director:
Barth.

Panzer.

Bekanntmachung.

2297. Auf Antrag eines Hypothekgläubigers wird die Behausung Nr. 8 lit. B an der Augustenstraße dahier nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der §§. 98 — 101 der Novelle vom Jahre 1837 dem öffentlichen Verkaufe unterstellt, und hiezu Tagsfahrt auf

Donnerstag den 23. März Vormittags 10 — 12 Uhr im Zimmer Nr. 1/1

anberaumt.

Fragliche Behausung ist mit 8000 fl. der Brandassecuranz einverleibt und mit 11098 fl. Hypotheken belastet, ist mit ebener Erde 3 Stockwerk hoch, im guten Bauzustande und mit einem gewölbten Keller versehen. Im Hofe befindet sich ein einstöckiges Wohnhaus mit Wohnung, Stallung und Waschhaus, ein Communpumpbrunnen und hinter dem Hofraume ein Garten.

Das ganze Anwesen wurde gerichtlich auf 14,750 fl. gewerthet.

Bemerkt wird übrigens noch, daß der Hinschlag des Anwesens nach erreichtem Schätzungswerthe geschehe, und daß dem Gerichte unbekannte Käufer sich über ihre Vermögensverhältnisse auszuweisen haben.

Sign. den 21. Februar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Sengel.

Bekanntmachung.

2282. (3b) Auf Antrag der Erben wird das zum Rücklasse des Privatiers G. Heberr gehörige Haus Nro. 12 an der Theaterstraße dem öffentlichen Verkaufe unterstellt.

Dasselbe ist einschlüssig des Erdgeschosses 4 Stockwerke hoch, mit 2200 fl. Ewiggeld-Kapital und 300 fl. Hypotheken belastet, und gerichtlich auf 5500 fl. geschätzt.

Steigerungstagsfahrt findet

Mittwoch den 1. März h. Js. Vormittags 10 — 12 Uhr

im Commissionszimmer Nro. 22/1 statt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß der Zuschlag nach erfolgter Genehmigung des Meistgebotes durch die Erben stattfindet.

Den 14. Febr. 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Sengel.

Bekanntmachung.

Die Gasbeleuchtung in München betreffend.

Um Anfragen zu begegnen, ob die Einführung der Gasbeleuchtung in München auf dem Wege der Submission, sohin unter durchaus unveränderter Beibehaltung des gedruckten Bedingniß-Heftes, oder auf dem Wege weiteren Uebereinkommens den sich meldenden Unternehmern überlassen werde, wird bekannt gegeben, daß die Bekanntmachung vom 17. December v. Js. unter dem Ausdrucke „Akkord" den Weg des Uebereinkommens oder Vertrages als den einzuschlagenden bezeichnet habe.

Aus Anlaß dieser Bekanntmachung wird auch die Anmeldungsfrist bis zum 31. März d. Js. einschlüssig verlängert.

Am 22. Februar 1848.

Der
Magistrat der königl. Haupt- und Residenzstadt
München.
Bürgermeister:
v. Steinsdorf.

2290. (3b) Lachmayr, Secretär.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

2296. (3a) Donnerstag den 16. März 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Februar 1847, und zwar von

Nro. 31,429 bis 30,082.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Mittwoch den 22. März 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 23. Febr. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.
F. Negrioli, Mag.-Rath.

Schnetz, Cassier. Offenbrunner, Controleur.

2294. In der am Mittwoch den 1. März Nachmittags 4 Uhr im Vereinslocale (im Wilhelminischen Gebäude, Aufgang bei der Herzog Max Burg zum kgl. Oberappellations-Gerichte über 3 Stiegen) stattfindenden Plenarversammlung des **historischen Vereins von Oberbayern** wird der Vereins-Jahresbericht für 1847 vorgetragen werden, wozu die sämmtlichen Vereinsmitglieder hiedurch einzuladen sich beehrt

Der Vereins-Ausschuß.

Local-Veränderung.

2293. (3a) Mein Geschäfts-Local ist nun im mittleren Laden in meinem Hause

Rosengasse Nro. 10.

Ich beschäftige mich wie bisher mit Geld-Wechsel, Ein- und Verkauf von

Staatspapieren, Lotterie-Loosen, Actien,

und allen in diese Fächer einschlagenden Gegenständen,

Producten & Rauchwaaren.

Auch besorge ich die **Arrosirung** der **Bayerischen 3½ procentigen Obligationen** auf beliebige Weise und unter den billigsten Bedingungen.

Salomon Rau,
Rosengasse Nr. 10.

Für die durch Brandunglück in Kemnath Heimgesuchten sind an Beiträgen eingegangen:

Uebertrag	70 fl. 36 kr.
Den 24. Febr. von J. Maiczere	3 fl. — kr.
Summe	73 fl. 36 kr.

Um weitere mildthätige Beiträge wird dringend gebeten.

Expedition der Münchener politischen Zeitung, Knödelgasse Nr. 2.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 50.

Man pränumerirt auf die Zeitung in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir [illegible] Nr. 2, auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird der dreispaltige Petitzeile [illegible] nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag XLIX. Jahrgang. 28. Februar 1848.

Deutschland.

Bayern.

*; München, 28. Febr. Gestern Morgens traf am königlichen Hofe ein Courier von Straßburg mit der officiellen Sendung ein, daß Se. Majestät der König Ludwig Philipp abgedankt hat.

Die „Allgemeine Zeitung“ theilt folgende Erklärung des Grafen Arco-Valley mit: „Da die in der „Allgemeinen Zeitung“ enthaltene mich betreffende Veröffentlichung Anlaß mannigfacher Deutungen zu werden geeignet ist, so finde ich mich bestimmt, derselben erläuternd nachzutragen, daß mir der Grund der unerwarteten allerhöchsten Verfügung weder eröffnet noch irgendwie bekannt geworden ist. Ich habe mich daher gedrungen gefühlt, mir geeigneten Orts die Eröffnung der Beweggründe zu dieser Verfügung zu erbitten.“

= Vom Mittelrhein, 22. Februar. (Schluß.) Nulla salus bello — kein Heil im Kriege — diese Aufschrift lasen wir irgend wo unter einem Oelgemälde, in dessen Mitte der Kriegsgott in voller Rüstung stand, in der Rechten das hochgeschwungene Schwert, in der Linken eine Kette, unter seinem Fuße die zerrissenen Gesetzbücher, auf deren Bruchstücken die Worte zusammen zu lesen sind: Inter arma leges silent — im Kriegsgetümmel schweigen die Gesetze — rechts sieht man Menschen und Pferde schlachten d. h. sich eine Schlacht liefern, links liegen am Boden von Hunger und Krankheit blasse abgemagerte Gestalten untermischt mit Leichnamen, an deren einem ein Säugling noch Nahrung sucht, den Hintergrund bildet der Brand einer Stadt, aus deren Thoren einzelne Einwohner mit einiger geretteten Habe flüchten. Solche Gemälde sollten in den Cabineten aller Großen, die über Krieg und Frieden zu entscheiden haben, zur beständigen Betrachtung aufgehängt seyn. Den Weltfrieden wünschen und an seine Möglichkeit glauben, heißt nichts anderes als glauben, daß die Völker Christen werden können in der That und Wahrheit, und wünschen, daß sie das Hauptgebot des Christenthums: Liebe deinen Nächsten d. h. alle Menschen, wie dich selbst, zur Richtschnur ihres Handelns machen möchten. Die Richtigkeit dieser Ansichten vorausgesetzt, entscheidet sich die Frage über die Nothwendigkeit der stehenden Heere, über Volksbewaffnung rc. von selbst. Wir wollen hierüber unsere Gedanken nicht weiter entwickeln sondern über den Krieg, seinen Werth, seine Ursachen und Folgen einige Aussprüche solcher Autoritäten hersetzen, die uns wenigstens weder einer ideologischen Verblendung noch eines bösen Willens verdächtig scheinen. „Die versöhnliche Friedenspolitik des N. N. Cabinets ist eine Anerkennung gezollt jenem sittlichen Gefühle, einer der edelsten Früchte der neuern Civilisation, welches endlich die Menschheit gelehrt hat, den Krieg in seinem wahren Lichte zu betrachten: als ein Verbrechen und einen Fluch wenn er ungerecht — als ein schweres Unglück, selbst wenn er gerecht, nothwendig und siegreich ist.“ „Der gerechteste und nothwendigste Krieg ist eine grausame Calamität; ein grundloser Krieg ist ein Verbrechen, das sich in den Trübsalen die daraus entspringen, selbst seine Geißel flicht. In einem künftigen Kriege erblicken wir den Untergang aller uns theuren Güter und Hoffnungen, den Stillstand innerer Staatsverbesserungen, das Grab der Reform, den Beginn einer furchtbaren Handels- und Finanzklemme, aufrührerischer Bewegungen der verhungernden Tausende. In der weitern Perspektive stehen die erschrecklichen Wahrscheinlichkeiten eines Nationalbankerotts und einer Revolution.“ „Die Freiheit kann nie vom Kriege geboren werden. Ein Kind des Krieges trägt immer das Kainszeichen vom Verbrechen seines Vaters an der Stirn, und hat einen Geist der Gewaltthätigkeit geerbt, der dem Genius der Freiheit fremd, verwandtschaftlich zur Tyrannei hinneigt.“ „Der Krieg ist an und für sich eine Barbarei, aber eine Barbarei, welche die Vorsehung in Reserve hält zur Züchtigung der Völker.“ „Wird das dumme System des Tödtens, das man Krieg nennt, ewig dauern? Wie! Alle europäischen Völker, die sich auf ihre Bildung und Aufklärung so große Dinge einbilden, werden sie immer und immer ihre Jugend, ihren Verstand und ihr Geld dazu anwenden, um in Harnischen von vergoldetem Kupfer zu paradiren, Kanonen und Flinten mit Werg und Salpeter zu stopfen, und sich — man weiß nicht warum? — den Schädel zu zerschmettern? Nun ja, um keine Stunde des Würgens und der Schlächterei zu verlieren, müssen sie loslaufen auf einander, dahinfliegen auf Eisenschienen mit der Geschwindigkeit des Blitzes.“ „Freiwillig stellt sich kein Turke zur Conscription. Einen an den Andern gebunden, führt man sie in die Uebungsplätze ab. Bei einem etwa ausbrechenden Kriege würden dieselben Personen freiwillig sich sogleich zum Heere stellen, aber das Kasernenleben scheuen sie wie den Tod. Und im Grunde — hat etwa der gesunde Sinn dieser Barbaren so ganz Unrecht? Sind es allein die großen stehenden Heere, welche die Völker beglücken, die so und so viele Millionen jährlich vom Schweiß des Landes verzehren und noch eben so viel durch die für den Gamaschendienst der Nationalbetriebsamkeit entzogenen Hände Verlust bringen?“ „Es ist unerhört, daß nach 35 Friedensjahren der Krieg den Völkern noch jährlich so ungeheure Summen kostet, wie z. B. in Preußen, wo bei 64 Millionen Thaler Einnahmen 26 Millionen Ausgaben auf das Kriegsbudget kommen.“ Tragen Sie kein Bedenken, diese Citate abdrucken zu lassen, sie haben mit Ausnahme der letzten alle schon unterm Ministerium Abel die Censur passirt, enthalten also nichts staatsgefährliches. Wir wollen nun noch ein paar Worte aus einer Zeit mittheilen, wo es noch keine Censur gab und wo in hellen Köpfen auch schon die richtige Schätzung des Krieges durchdrang: „Es ist unläugbar, daß kein Krieg aus so gerechten Ursachen unternommen, noch auch so mäßig geführt werde, daß er nicht eine sehr große Menge von Greuelthaten und Elend im Gefolge hätte, und dann, daß der größte Theil der Leiden auf Unschuldige und auf Solche falle, welche es nicht verdienen.“ So schreibt Erasmus von Rotterdam. — Wir haben nun bisher nur von Krieg und Kriegsheer im Bezug auf das Ausland gesprochen, oder unsere Gedanken vielmehr bloß punktirt, es sollte nun wohl auch noch ein Wort über Krieg innerhalb der Grenzen des eigenen Landes und den Gebrauch der bewaffneten Macht hiezu gesagt werden. Allein statt dessen wollen wir einen Gewährsmann aus einem Lande und über ein Land reden lassen, in welchem sich in neuester Zeit unter der Aegide eines volksfreundlichen Herrschers und dankbarer Anerkennung des Volkes vor den Augen eines gewissen Gesandten dieselben Grundsätze zu entwickeln beginnen, die dieser zu Hause zehn Jahre lang bekämpfte: „Ein Land ist im Allgemeinen um so besser daran, je weniger es der Gensdarmerie d. h. einer allen Befehlen der Behörde blind gehorchenden bewaffneten Macht bedarf; und ein Zustand, wie in England, wo das einfache Zeichen des Constablers ausreicht, die gewöhnliche Ordnung zu erhalten, dürfte dem weit vorzuziehen seyn, wo man sich auf jedem Schritt von Leuten in Waffen beengt fühlt, und jede Bewegung von Bajonetten überwacht wird. Will der Staat allen Nachdruck gegen Verbrechen auf die bewaffnete Faust legen, so kämpft er, wie schlechte Aerzte thun, mehr mit den Symptomen als mit dem Grund des Uebels, davon ganz abgesehen, daß die willenlose Waffe auch ein gefährliches Werkzeug despotischer Laune und Willkühr werden kann, und daher immer ein zweifelhaftes Gut für das Volk bildet. Verbrechen sind die Krankheit der Gesellschaft, und um die Gesundheit ihrer Zustände zu fördern, die Moralität des Volkes zu heben, dient die bestorganisirte Gensdarmerie weit weniger, als gründliche Entfernung des Elendes unter der Bevölkerung, Unterricht und sorgfältige Erziehung, Verbreitung von Wohlstand und vor allem eine gute Gerichtsverfassung. Nicht eine bewaffnete abhängige Macht, sondern unabhängige wohlbestellte Gerichtshöfe sind die wahren Aerzte für moralische Gebrechen; denn jene kann, wie sie heute den Verbrecher trifft, morgen ohne sonstige Gewähr den besten Bürger und Vaterlandsfreund zerschmettern, und daher die Zustände des Volkes verschlimmern helfen.“

Regensburg, 24. Febr. Ihre Durchlaucht die Frau Fürstin von Thurn und Taxis ist gestern Nachmittags 3 Uhr glücklich von einem Sohne entbunden worden. (Reg. Z.)

Aus der baierischen Pfalz, 23. Febr. Das bischöfliche Ordinariat zu Speyer, unbekümmert um die öffentliche Meinung, unbekümmert um Recht und Gesetz fährt fort mit Anwendung seiner wahrhaft inquisitorischen Maßregeln zur Ermittlung jener katholischen Geistlichen, von denen die ihm mißliebigen, gegen den Ultramontanismus und das Jesuitenthum gerichteten Aufsätze in der „Speyerer Zeitung“ herrühren. Einige Pfarrer hatten sich durch die versuchte Ueberrumpelung nicht beirren lassen, sondern auf die ihnen gewordene Aufforderung, eingedenk ihrer Mannswürde und ihres guten Rechtes, geantwortet, daß sie keine Verpflichtung anerkennten zur Abgabe einer Erklärung, wie sie von ihnen erpreßt werden wollte. Daraufhin hat nun das Ordinariat folgende Verfügung erlassen: „Speyer, den 10. Februar 1848. Das bischöfliche Ordinariat Speyer. (Die oberhirtliche Aufforderung vom 20. Jan. l. J. betreffend.) Unterm 29. Jan. l. J. ist Ihnen durch den Decanatsboten eine oberhirtliche Aufforderung vom 20. Jan. eingehändigt worden, wodurch Sie sub obedientia canonica verpflichtet worden sind, sogleich eine positive oder negative Erklärung bezüglich mehrerer Correspondenzartikel der Speyerer Zeitung abzugeben. Da Sie diese Erklärung abzugeben sich geweigert, demnach Ihrer geistlichen Behörde den canonischen Gehorsam versagt haben, so erhalten Sie nunmehr die oberhirtliche Aufforderung, Dienstag, den 22. Febr. l. J., Morgens 10 Uhr, vor dem bischöflichen Generalvicariate dahier zu erscheinen und die weitere Verfügung zu vernehmen. Foliot. Für den abwesenden Secretär: Cronauer. An Hrn. N. N. in N. (NB. 1 Gulden Botenlohn hat derselbe zu entrichten.)“ Die betreffenden Geistlichen sind nun wirklich vor dem Generalvicariat erschienen. Man hat ein Inquisitionsverfahren gegen sie eingeleitet, wegen verweigerten canonischen Gehorsams, wobei man einen unbedingt blinden Gehorsam in Anspruch nimmt, so daß, wenn dieser Grundsatz thatsächlich zur Geltung gebracht werden sollte, die Geistlichen den Befehlen des Ordina-

rials namentlich auch in Streitigkeiten mit der Staatsgewalt unbedingt Folge leisten müßten! Wie weit wird aber die bayerische Regierung dieses mittelbar gegen sie selbst gerichtete Treiben fortsetzen, wie lange wird sie die trefflichsten Priester schutzlos, wie lange ein solches rechts- und gesetzwidriges Treiben einer Anzahl Fanatiker fortdauern lassen?! Noch ist das Urtheil gegen jene Männer nicht gesprochen, es soll demnächst erfolgen. — Man hält sie nicht für die wirklichen Verfasser jener Aufsätze: diese sehen vielmehr, nach den früheren Erklärungen der Redaction der Speyerer Zeitung gesichert dem neuen Schauspiele zu, das sich nun über das Thema des „canonischen Gehorsams" entwickelt. (D. Z.)

Württemberg.

Ulm, 21. Febr. Sicherem Vernehmen nach sollen die Festungsarbeiten in diesem Jahre durch vermehrte Arbeiteranzahl bedeutend gefördert werden. (Ulm. Chr.)

Baden.

Karlsruhe, 23. Febr. (XXVIII. Sitzung der zweiten Kammer.) Unter den vorgelegten Petitionen befanden sich auch mehrere von Tauberbischofsheim und Gerlachsheim um Lossagung von Seiten der badischen Regierung von den Karlsbader Beschlüssen, um Preßfreiheit, um Lehrfreiheit, um Beeidigung des Militärs auf die Verfassung, um volksthümliche Wehrverfassung, um Ausgleichung des Kapitales mit der Arbeit, um eine volksthümliche Staatsverwaltung, um Abschaffung aller Vorrechte und aller Feudallasten u. s. w. endlich auch um Verlegung des nach Wertheim bestimmten Bezirksstrafgerichtes in den Ort Tauberbischofsheim. Sie werden an die Petitionscommission verwiesen. — Denning erstattete den Budgetcommissionsbericht über die vom Ministerium des Innern vorgelegten Rechnungsnachweisungen der Etatsjahre 1844 und 1845 und es rügt die Commission bei Titel XIV. Siechenanstalt eine Ueberschreitung des Budgets im Betrag von 13,339 fl. 21 kr., welche Summe ohne Zustimmung der Kammer, ja selbst ohne Vorwissen des Ministeriums des Innern von der Regierung des Mittelrheinkreises auf Gebäulichkeiten verwendet und wegen welcher willkürlichen Handlung von dem großherzogl. Staatsministerium bereits eine Untersuchung eingeleitet werden. Sie stellt den Antrag: Das Staatsministerium zu bitten, nach geschlossener Untersuchung der angeführten Thatsachen gegen den betreffenden Regierungsbeamten das Geeignete zu verfügen, und die Kammer von dem Ergebniß in Kenntniß zu setzen — Bei Titel XV., Heil- und Pfleganstalt Illenau, stellt die Commission den Antrag: 1) die Einnahmen mit 254,160 fl. 40 kr., 2) die Ausgaben a) Lasten mit 152,081 fl. 44 kr., b) eigentlicher Staatsaufwand mit 231,937 fl. 21 kr. im ordentlichen Etat und mit 8971 fl. 31 kr. im außerordentlichen Etat für gerechtfertigt zu erklären. — Der Commissionsantrag bei Titel XVI. polizeiliche Verwahrungsanstalt wird ebenfalls angenommen und auch hier wegen einer stattgefundenen Ueberschreitung bei Bauführungen eine Beschwerde an das Staatsministerium beschlossen. — Titel XVII. Auch den hier gestellten Antrag nahm die Kammer ohne erhebliche Debatten an, eben so den Antrag bei Titel XVIII. Landesgestüts-Verwaltung. — Unter dem Titel XIX. verschiedene und zufällige Ausgaben des Ministeriums des Innern kommen zwei Posten vor, gegen welche bedeutende Anstände erhoben worden und welche hitzige Debatten veranlaßten. Diese sind ein Posten von 1778 fl. 3 kr. welcher Betrag als Belohnung an die Censoren in Konstanz, Freiburg Heidelberg und Mannheim bezahlt wurde, sodann weitere 920 fl. 24 kr. die der Staat für eine Dienstaushülfe an dem Lyceum zu Wertheim für die Zeit, in der ein dortiger Lehrer (Platz) als Abgeordneter auf dem Landtage war, bewilligte. Es stellte die Commission folgende Anträge: Die Kammer wolle die großherzogl. Regierung ersuchen: a) die Censurkosten im Betrage von 1778 fl. 3 kr. durch die betreffenden damaligen Vorstände des Ministeriums des Innern an die Staatscasse ersetzen zu lassen und b) den Wiederersatz der 920 fl. 24 kr. wegen Dienstaushülfe an dem Lyceum zu Wertheim in geeigneter Weise bewirken zu wollen. Der Antrag auf Zurückweisung der an die Censoren bezahlten 1778 fl 3 kr., so wie auf Ersatz derselben durch die früheren Vorstände des Ministeriums des Innern wurde angenommen. Die Ausgabe von 920 fl. 24 kr. für eine Dienstaushülfe erklärte die Kammer für nicht gerechtfertigt, stand jedoch von der ebenfalls beantragten Zurückforderung ab. (Schw. Mkr.)

Sächsische Herzogthümer.

Gotha, 22. Febr. Heute Nachmittag endete die Herzogin Caroline Amalie von Sachsen-Gotha-Altenburg, Schwester des letztverstorbenen Kurfürsten von Hessen und Wittwe des im Jahr 1822 verstorbenen Herzogs August von Sachsen-Gotha-Altenburg, in einem Alter von 77 Jahren ihr der liebevollen Pflege aller an das frühere Fürstenhaus geknüpften Erinnerungsmale sowie dem Schutze und der Erhaltung der hiesigen Wohlthätigkeitsanstalten gewidmetes Leben. (D. A. Z.)

Preußen.

Berlin, 21. Febr. Die letzten drei Sitzungen des vereinigten ständischen Ausschusses förderten in schneller Folge den 12. bis 14. Titel des zweiten Theils des Strafgesetzentwurfes, d. h. die §§. 222 bis 267. Es ist für das größere Publicum im Ganzen schwerlich von Interesse, den Berathungen dieser einzelnen Paragraphen zu folgen, zumal das schließliche Resultat derselben fast immer die unveränderte Annahme der Bestimmungen des Entwurfs war. Ja noch mehr, diese letzten drei Sitzungen, in denen die Verbrechen wider das Leben und wider die persönliche Freiheit den Gegenstand bildeten, schien von einer gewissen Erschlaffung bei den Ausschußmitgliedern zu zeugen, die sich namentlich auch darin bekundete, daß es fast niemals zu besonderen Abstimmungen oder ausgedehnteren Debatten kam, sondern die meisten Bestimmungen pure angenommen, nur selten die Streichung oder die deutlichere Fassung einzelner Stellen beantragt und diesen Anträgen meistentheils beigestimmt wurde. (C. v. u. f. D.)

Nach Angabe der „Bremer Zeitung" würde „aus dem so lange verschlossenen Füllhorn politischer Rechte" außer der Periodicität des vereinigten Landtags, deren Gewährung man allgemein für gewiß hält, noch eine zweite Concession hervorgehen, nämlich die Verleihung der Preßfreiheit in inländischen Angelegenheiten. Der Termin hiezu soll bereits festgesetzt seyn.

Breslau, 21. Febr. Nach der „Schlesischen Chronik" hatte sich in Oberschlesien das Gerücht verbreitet, daß im Frühjahre Soldaten in die bedrängtesten Bezirke geschickt werden würden, um die Aecker der armen und völlig hilflos gewordenen Einwohner bestellen zu helfen. So erfreulich nun auch eine solche Unterstützung wäre, so ist sie doch nach unserer Militärverfassung völlig unmöglich und entbehrt schon deßhalb alles Grundes. Soldaten sind heute früh allerdings nach Oberschlesien beordert worden, aber nicht bewaffnet mit Ackergeräthschaften, sondern jeder Mann mit dreißig Patronen. Nicht allein von den hier stehenden 16 Bataillonen, sondern auch von den übrigen Besatzungen der schlesischen Plätze, sind aus jedem Bataillon, sowohl der Infanterie als Cavallerie ein Unterofficier und vier Gefreite mit einem außerordentlichen Solde von 15 Sgr. für den Unterofficier und 10 Sgr. für den Gefreiten (ungerechnet das gewöhnliche Tractament) nach Rybnik und Pleß geschickt worden, um in den dasigen und umliegenden Kreisen die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten zu helfen, ob man gleich nicht recht einzusehen vermag, wie sie gerade dort, wo Hunger, Krankheit und Tod ihr absolutes Regiment führen, gestört werden soll. Jetzt gehen täglich bedeutende Sendungen von Geld, Lebensmitteln und Kleidungsstücken nach Oberschlesien. (C. v. u. f. D.)

Freie Städte.

Frankfurt, 23. Febr. Die unlängst verbreiteten Gerüchte von einem projectirten Fürstencongresse, auf welchem die gegenwärtigen kritischen Zeitverhältnisse zum Gegenstande ernster Erwägungen gemacht werden würden, haben bis jetzt von keiner Seite her eine auch nur entfernte Bestätigung erhalten. Hr. v. Radowitz, der jenen Gerüchten zufolge in dieser Angelegenheit sehr thätig und selbst mit einer besonderen Mission zur Verwirklichung eines solchen Projectes betraut seyn sollte, hat seit seiner Rückkehr von Paris die preußische Hauptstadt noch nicht verlassen. Er wird dem Vernehmen nach sich in Kurzem auf seinen Gesandtschaftsposten am badischen Hofe zurückbegeben. Von einer Berufung desselben in das Berliner Cabinet war, wie versichert wird, bis jetzt keine Rede, obschon derartige Angaben in der letzten Zeit wiederholt in Umlauf gekommen sind. (C.v.u.f.D.)

Oesterreich.

Wien, 24. Febr. Gestern gegen Abend verschied hier Ihre Durchlaucht die verwittwete Fürstin v. Liechtenstein, Mutter des regierenden Fürsten Alois v. Liechtenstein, in dem hohen Alter von 72 Jahren. (A. Z.)

Italien.

Genua, 22. Febr. Die auffallenden militärischen Rüstungen in Piemont dauern, den Genueser Blättern zufolge, mit rastlosem Eifer fort. Der Turiner Correspondent des „Corriere mercantile" schreibt vom 18. Febr., daß im dortigen Arsenal täglich gegen eine Million Patronen gefertigt werden. Nach Alessandria, nahe der lombardischen Grenze, wo beträchtliche Truppenmassen concentrirt stehen, seyen 3000 Bombenkugeln spedirt worden. Die Thätigkeit im Arsenal sey beispiellos. Ueber die Bedeutung dieser Kriegsrüstungen enthalten die piemontesischen Blätter nichts Bestimmtes. Obwohl noch keine eigentliche Preßfreiheit besteht (das neue Preßgesetz wird am 27. Febr. erwartet), so ist die Sprache der piemontesischen Blätter doch eine sehr ungebundene, besonders gegen Oesterreich. Als ein politisches Wetterzeichen, wie auch im piemontesischen Heer die allgemeine Stimmung Italiens immer mehr Wurzel fasse, theilt das „Risorgimento", ein in Turin unter den Auspicien des Grafen Balbo erscheinendes Blatt, mit großer Schrift mit, daß die Officiere des Cavallerieregiments von Novara entschlossen seyen, an den Kriegsminister ein Gesuch zu richten, worin ihr tiefes Bedauern ausgedrückt ist, daß die Farben ihres Regiments von einem Fürsten getragen werden, welcher auf den Namen eines Italieners verzichtet habe; sie bitten den Kriegsminister, er möge sich bei Sr. Maj. verwenden, daß ihre Wünsche gnädigst berücksichtigt werden. Uebrigens sind die liberalen Blätter mit dem Kriegsminister ziemlich unzufrieden. Derselbe hat nämlich ein Rundschreiben an die Obersten der Regimenter gerichtet, worin den Militärs aller Grade verboten wird, öffentlichen Banketten und Volksdemonstrationen, sowie allen Versammlungen mit Fahnen und Cocarden, welche nicht die der königl. Truppen sind, persönlich beizuwohnen. Das „Risorgimento" bemerkt: dieses Rundschreiben beweise, daß der Kriegsminister noch nicht vollkommen von dem constitutionellen Geist durchdrungen sey. (A. Z.)

Frankreich.

Paris. In der Sitzung der Abgeordnetenkammer am 22. Febr. hatten 53 Abgeordnete den Antrag auf Versetzung des Ministeriums in Anklagestand eingebracht. Die Anklage lautet wie folgt: Wir schlagen vor, das Ministerium in Anklagestand zu versetzen, als schuldig: 1) nach Außen die Ehre und Interessen Frankreichs verrathen; 2) die Grundsätze der Constitution gefälscht, die Bürgschaften der Freiheit verletzt und die Rechte der Bürger angegriffen; 3) durch systematische Corruption versucht zu haben, an die Stelle des freien Ausdrucks der öffentlichen Meinung die Berechnungen des Privatinteresses zu setzen, und so das Repräsentativsystem zu verfälschen; 4) im ministeriellen Interesse mit den Staatsämtern und allen Befugnissen und Vorrechten der Staatsgewalt Handel getrieben; 5) in demselben Interesse die Staatsfinanzen zu Grunde gerichtet und so die Kräfte und die Größe der Nation gefährdet; 6) gewaltsam die Bürger eines jeder freien Verfassung inwohnenden Rechts, dessen Ausübung ihnen durch die Charte, durch die Gesetze und durch die Geschichte verbürgt ist, beraubt; 7) durch eine offenbar contrerevolutionäre Politik alle Eroberungen unserer zwei Revolutionen in Frage gestellt und tiefe Verwirrung über das Land gebracht zu haben. Der Präsident, Herr Sauzet erklärte, vor der öffentlichen Verlesung dieses Antrages müsse gesetzmäßig die Verprüfung in den Abtheilungen vor sich gehen.

Paris, 22. Febr. Auf drei verschiedenen Puncten ist es bis jetzt zu Thätlichkeiten gekommen. Erstens an der Deputirtenkammer, wo die Studenten einen Angriff versuchten, wahrscheinlich wollten sie in die Kammer dringen, um der Reform ein Vivat zu bringen. Sie wurden durch die Municipalgarde und die Linie zurückgetrieben und zogen ab, nachdem die dreimalige Kriegsverkündigung ausgerufen und ausgetrommelt war und mehrere Verhaftungen stattgehabt. Zweitens auf dem Concordienplatz, wo ein Haufen, aus Studenten und Männern aus dem Volke, bestehend, zwei Wagen anhielt in der Meinung, Guizot sey darin. Sie waren bereits daran, sie beide umzuwerfen, als herbei sprengende Dragoner und Municipalgardisten die Angreifenden auseinander trieben. Drittens auf dem Boulevard des Capucines. Hier fing man damit an, eine Schildwache aus der Municipalgarde zu Pferd, vor dem Thor des Ministeriums des Auswärtigen, zu necken, bald flogen

Steine, und der Soldat gab ein Nothzeichen. Darauf drangen aus dem Innern des Ministeriums wie ex machina einige hundert Infanteristen und von andern Seiten Cavallerie hervor; die ersteren besetzten die Fußwege des Boulevards, und letztere machte eine Charge, wobei ein Mann aus dem Volke, der einen Stein gegen einen Gardisten geschleudert hatte, durch einen Säbelhieb schwer verwundet und als todt weggetragen wurde. (A. Z.)

Paris, 23. Febr. Gestern Abend scheinen sich die Unruhen mehr in die innere Stadt, das sogenannte Marais, gewendet zu haben, in das Quartier, wo früher die Emeuten ausgekämpft wurden. Zwischen der Straße du Temple und St. Martin waren um 11 Uhr die Straßen besetzt, Barricaden wurden errichtet. Nur wenige der Tumultuanten hatten Waffen. Ein blutiger Kampf entstand in der Straße Beaubourg. Die Boulevards, das Quartier der Tuilerien, waren von bedeutenden Streitkräften besetzt. Der König selbst mit den Herzogen von Nemours und Montpensier musterte die Truppen.

Paris, 23. Febr. Der gestrige Abend war sehr unruhig. Heute sind die Volkshaufen noch weit dichter und die Gemüther in einer außerordentlichen Spannung. Schon sind viele und bedeutende Unglücksfälle vorgekommen und keine Annäherungsschritte geschehen. Die Nationalgarde gehorcht spärlich dem Zusammentrommeln. Nur mit größter Ungeduld bleiben heute die Leute zu Hause. Die ganze Stadt ist auf den Beinen, um so mehr, als der Lärm nun in den sehr bevölkerten Stadtvierteln stattfindet. — Wir haben die schönste Frühlingswitterung, und die Flintenschüsse werden dadurch nur hörbarer. Noch ist kein Kanonenschuß geschehen. (Schw. Mkr.)

Gegen Mittwoch änderte sich die Witterung; es regnete stark. Man schlägt sich nichts desto weniger auf verschiedenen Seiten. — Die Nationalgarde zeigt dieselbe Gleichgültigkeit wie gestern. Man sieht nur hin und wieder einige Offiziers. Die Linientruppen zeigen viele Mäßigung. Handel und Wandel sind ganz im Stocken. Die Läden bleiben geschlossen. Viele Nationalgarden rufen: Nieder mit Guizot, es lebe die Reform. Es werden fortwährend Arrestationen gemacht, man zählt schon an 250. Die Gefangenen werden haufenweise durch die Stadt geführt.

Nachmittags 2 Uhr. Das Wetter hellt sich auf, aber die Lage der Dinge wird immer düsterer. Auf der Börse verbreitet man die widersprechendsten Gerüchte. Alle Journalisten sind auf den Straßen und die Studenten bemerkt man in der Mitte der Streiter. Lauter junge Leute, es ist ein Jammer, mit anzusehen, wenn so einer fällt. Es ist immer noch Hoffnung vorhanden, eine friedliche Beilegung zu erleben. — Umsonst haben es heute zwei Pairs versucht, die hohe Kammer mit einer Interpellation über die herrschenden Unruhen zu behelligen. Marquis Boissy ward zur Ordnung gerufen. Drei Uhr: Man weiß, daß Graf Molé bei Hofe ist. Das Ministerium tritt ab. Schon verbreitet sich die Nachricht hievon auf den Straßen und es wird weit ruhiger. Nur in einem entfernten Theil der Stadt schlägt man sich noch zur Stunde (4 Uhr), sonst ist alles ruhig. — Die Abgeordnetenkammer war gleich nach 4 Uhr beendigt. Die Kammermehrheit hält noch mit Guizot, trotz des geflossenen Blutes. — Der Pariser Gamin hat wieder die Hauptrolle gespielt.

Straßburg, 24. Febr. Telegraphische Meldung. Paris 23. Der Minister des Innern an den Präfecten des Niederrheins. Zusammenrottungen haben im Verlauf des gestrigen Tages stattgehabt. Seit Mitternacht ist die Ruhe gänzlich hergestellt. Gestern Abend hatten die Aufrührer ziemlich zahlreiche Barricaden errichtet; dieselben wurden von der Nationalgarde und den Linientruppen auf der Stelle genommen. (A. Z.)

Straßburg, 25. Febr., 2 Uhr Nachmittags. Telegraphische Botschaft. Der Minister des Innern an den Präfecten des Niederrheins. Paris, 25. Febr. Ludwig Philipp I. hat der Krone entsagt; sein Enkel, Ludwig Philipp II., ist König. Die Herzogin von Orleans ist zur Regentin erklärt. Herr Odilon-Barrot erklärt, daß sich das Ministerium unter seiner Mitwirkung zusammensetze. General Lamoricière ist zum Oberbefehlshaber der Nationalgarde ernannt. Alles läßt sich hier zur Ruhe und Versöhnung an. (Schw. Mkr.)

Wir erhalten so eben (Abends 8 Uhr) durch besondere Estaffette aus Straßburg vom 26. Febr. Morgens 11 Uhr folgende überraschende telegraphische Depesche. „Paris, 24. Febr. 1½ Uhr Nachts. Der Delegirte der provisorischen Regierung an den Herrn Präfecten. Bildung einer provisorischen Regierung. Dupont (de l'Eure) Präsident; Arago, Seeminister; v. Lamartine, auswärtige Angelegenheiten; Cremieux, Justiz; General Subervic, Krieg; Ledru-Rollin, Inneres; Marie, Handel; Garnier Pagès, Maire von Paris.“ Hiernach war Odilon-Barrot beseitigt, und wie es scheint, ebenso die Regentschaft der Herzogin von Orleans. Alle Mitglieder gehören theils zur äußersten Linken, theils zur republicanischen Partei. Welche Enthüllungen und Entwickelungen werden die nächsten Stunden bringen. (A. Z.)

Straßburg, 25. Febr., um Mitternacht. Die Abdankung des Königs hat in unserer Stadt einen unbeschreiblichen Eindruck hervorgebracht. Kaum war die rasche und unvorhergesehene Wendung der Dinge durch eine telegraphische Botschaft kund geworden, als lauter Jubel auf der Straße erschallte und die öffentlichen Gebäude und viele Privathäuser mit dreifarbigen Fahnen geschmückt wurden. Zahlreiche Bürger und junge Leute eilten nach dem Rathhaus, um die unmittelbare Wiedererrichtung der seit 1834 aufgelösten Nationalgarde zu verlangen. Um 3 Uhr versammelte sich der Gemeinderath und beschloß, daß die Nationalgarde schleunigst wieder hergestellt werden solle. Es wurden provisorische Obern ernannt, sämmtlich aus der Opposition. Nach beendigter Sitzung wurden unter großem Volksandrange Flinten an die Dienstpflichtigen und an die zahlreichen Freiwilligen vertheilt und mit Jubel angenommen. Schon in dieser Nacht sollten die Nationalgarden mit der Linie Dienst thun, welch letztere der neuen Gestaltung der Dinge sich anschließt. Um 8 Uhr wurde dem Advocaten Liechtenberger, Oberhaupt der hiesigen Opposition, eine Serenade beim Fackelschein gebracht. Die Marseillaise war das Hauptstück dieses patriotischen Concerts.

Unterdessen war folgende Erklärung mit zahlreichen Unterschriften bedeckt: Declaration der Patrioten Straßburgs. Die unterzeichneten Bürger, erwägend, daß nach den denkwürdigen Ereignissen, die so eben in der Hauptstadt vollführt wurden, das französische Volk wieder alle Rechte und Freiheiten erlangt hat, welche es im Jahre 1789 errungen, und welche es einen Augenblick im Juli 1830 wieder zu erobern geglaubt hatte; erwägend, daß es dringend ist, die nothwendigen Maßregeln zu ergreifen, um die Nation vor jedem neuen Eingriffe gegen die Volkssouveränetät zu bewahren; erklären, daß sie der gegenwärtigen Legislatur jede Vollmacht absprechen, und verlangen die unmittelbare Zusammenberufung einer constituirenden Versammlung, welche gemäß der durch die Constitution von 1791 vorgeschriebenen Weise gewählt werden soll. Sie beauftragen die gegenwärtig in Paris befindlichen Herren Martin (von Straßburg) und Champy, die in dieser Declaration aufgestellten Grundsätze zu unterstützen.“ (Schw. Mkr.)

Straßburg, 26. Febr., im Laufe des Tages. Gegen 9 Uhr verbreitete sich die Kunde einer neuen telegraphischen Botschaft (s. oben), welche die Aufregung bis zum Fieber und fast bis zum Wahnsinn steigerte. Die neue provisorische Regierung ist eine republicanische, von einer Regentschaft darin nicht mehr die Rede. Es scheint die Linientruppen seyen in Paris von der bestehenden Regierung abgefallen. Ein Beschluß des Maire ladet die Bürger ein, morgen ihre Häuser mit den Nationalfahnen zu zieren und sie des Abends zu beleuchten. Die öffentlichen Gebäude und namentlich das Münster werden in bunten Lichtern strahlen. Wolle Gott, daß diese Freudenfeuer keine Brände werden. (Schw. Mkr.)

Straßburg, 26. Febr., 2 Uhr Nachmittags. Von Seiten der republicanischen Partei ist man hier im Begriff, den Präfecten und den Maire ihrer Stellen zu entsetzen. An die Stelle des Erstern ist Advocat Liechtenberger bestimmt. — Die Pariser Briefpost ist bis jetzt nicht hier eingetroffen. Nur die Diligence Laffitte kam an und brachte die Nachricht mit, daß die Diligence royale und die Mallepost wahrscheinlich ausbleiben würden, indem in den betreffenden Quartieren (in der Montmartrestraße) der Verkehr durch Barrikaden gehemmt sey. (Karlsr. Z.)

Großbritannien.

London, 22. Febr. Das Oberhaus beschäftigte sich in seiner gestrigen (21) Sitzung mit der irischen Armengesetzbill. — In der gestrigen Unterhaussitzung schlug der Schatzkanzler vor über das Marine-Budget in Committee zu gehen. Hrn. Humes Widerspruch führte eine lebhafte Verhandlung herbei, endlich aber ward einstweilen ein kleiner Theil der Voranschläge votirt.

Die Parlamentssitzungen vom gestrigen, soweit sie uns vorliegen, waren wenig erheblich. Das Oberhaus beschloß, die Bill über den diplomatischen Verkehr mit Rom drucken zu lassen, sowie sie in der Committee abgeändert worden, und ging dann zur Verhandlung über die Bill zur Verbesserung des irischen Armengesetzes über. Im Unterhause nahm man vorgreifend Anlaß, den Plan der Verwaltung hinsichtlich der Einkommensteuer scharf anzugreifen.

Dänemark.

Dem „Hamburger Correspondenten“ wird aus Kopenhagen geschrieben, man denke dort an Concessionen z. B. an ein eigenes Ministerium in den Herzogthümern und schärfere Trennung der Verwaltung Dänemarks und Schleswig-Holsteins. Das war indessen auch bisher der rechtmäßige Zustand, nur wußte man ihn auf Umwegen zu umgehen.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 11. Febr. Der sogenannte ständische Constitutionsausschuß hat den Beschluß gefaßt, bei den Ständen darauf anzutragen, daß der Finanzminister, so wie diejenigen Staatsräthe, welche ihm zugestimmt, in den Anklagestand versetzt werden sollen, wegen der verschiedenen Privatbankgesellschaften in Widerspruch mit den von frühern Ständen getroffenen Bestimmungen verliehenen Freibriefs. Derselbe Ausschuß hat einen ähnlichen Antrag, betreffend den Kriegsminister wegen Abschreibung einer Schuld an den Staat ohne Einwilligung der Stände, beschlossen. (A. Z.)

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 17. Febr. Se. Majestät der Kaiser hatte zur Salbung Ihrer Hoheit der Prinzessin Alexandra von Sachsen-Altenburg den 17. Febr., und zur Verlobung Sr. Kaiserl. Hoheit des Großfürsten Constantin mit der in den Glauben der russischen Kirche aufgenommenen Fürstin den 18. Febr. bestimmt. Beide feierliche Handlungen finden demnach heute und morgen im Winterpalast nach dem veröffentlichten Programm statt. (A. Pr. Z.)

Riga, 20. Jan. Rußland beginnt durch die Eisenbahnen immer mehr seine Staatskräfte zu concentriren und zu schneller Verfügung gegen außen bereit zu machen. Außer der ersten lange beendigten Bahn zwischen St. Petersburg und Pawlowsk ist bereits die große Bahn zwischen St. Petersburg und Moskau in vollen Angriff genommen, die Bahn zwischen Warschau und Krakau sieht ihrer Beendigung entgegen, die Bahnen zwischen Libau und Jurburg und zwischen Moskau und Nischnei-Nowgorod sind vom Kaiser bestätigt worden, und jetzt ist in Riga der Plan aufgetaucht, eine Eisenbahn zwischen Riga und Dünaburg ins Leben zu rufen. (Rig. Z.)

Von der preussisch-russischen Grenze, 14. Febr. Zum Behuf der unbedingten Erfüllung des Paragraphs welcher den protestantischen Consistorien der russischen Ostseeprovinzen die Abfassung der Papiere in russischer Sprache vorschreibt, ist nunmehr befohlen, daß wie in Kurland so auch jetzt bei den Consistorien Livlands, Esthlands und in Oesel Uebersetzer mit 200 Rubeln S. jährlichen Gehalts, deren Auszahlung aus der Reichsrentei erfolgt, angestellt werden; der Gehalt der Uebersetzer der Stadtconsistorien von Riga und Reval wird jedoch auf Rechnung der Ortseinnahmen gesetzt, die zum Unterhalt der städtischen Consistorialkanzleien angewiesen sind. Die livländische Gouvernementsregierung hat ihre sämmtlichen Unterbehörden angewiesen, unter keinerlei Umständen eine directe Correspondenz mit den Behörden der großrussischen Gouvernements in deutscher Sprache zu führen, sondern sich vorkommenden Falls an die Gouvernementsregierung zu wenden (Voss. Z.)

Griechenland.

Eine Correspondenz des „Journal des Débats“ aus Athen, 10. Febr. bringt die Nachricht von der Ankunft des Hrn. Maßurus auf einem osmanischen Dampfboot im Piräeus. Dasselbe hält in Aegina eilftägige Quarantäne. Die Regierung traf sogleich die kräftigsten Maßregeln zur Aufrechthaltung der Ordnung. (A. Z.)

Vereinigte Staaten von Nordamerica und Mexico.

Durch das Segelpaketboot „Montezuma“ erhielt man in der Nacht vom 20. Febr. in Liverpool eine New-Yorker Post bis zum 1. Febr. Das neulich erwähnte Gerücht, daß Hr. Trist, der Commissär der Washingtoner Regierung, mit drei mexicanischen Commissarien die Präliminarien eines Friedensvertrags abgeschlossen, scheint sich zu bestätigen. Die lezten Nachrichten aus der Hauptstadt Mexico sind vom Ende Decembers. In dem Staate Texas war eine blutige Fehde zwischen den Indianerstämmen der Comanches und Delawares ausgebrochen, der zu einem allgemeinen Indianerkrieg zu werden drohte. Der Anlaß des Kriegs war ein Einbruch der Delawares in die Jagdreviere der Comanches, und der leztern Zorn darüber, daß jener Stamm die Weißen gegen die Indianer unterstüzt. — Der Zustand Canada's wird, den americanischen Darstellungen zufolge, immer kritischer. Die Stadt Montreal, wo neulich, wie gemeldet, zwei Tage lang Pöbelunruhen stattfanden, war noch sehr aufgeregt. Die liberale Partei tritt täglich kecker hervor. (Engl. Bl.)

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 26. Febr. Bayerische 3½ pCt Obligationen 90 P., 89½ G. Bayerische Bankactien 1 Semester 1848 660 P., 657 G. Premienscheine per Stück Agio 71 P., 67 G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 102 P., — G.; 4pCt. 89 P., — G.; 3pCt. 64 P., — G. Bankactien 1. Semester 1560 P., — G. Würtembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 89 G. Darmstädter 50 fl.-Loose 74 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 56 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 33½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 89 G.

Frankfurt, 25. Febr. Metall. 5pCt. 98¾; 4pCt. 85½; 3pCt. 62; Bankactien 1820; Taunus-Eisenbahn-Actien 355; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 53¾; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 85½; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Wien, 24. Febr. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 99¾; zu 4pCt. in CM. 84; zu 3pCt. in CM. 64; Bankactien per Stück —; Nordbahn 119½.

Amsterdam, 24. Febr. 2½ pCt. 53½; 3pCt. 64⅞; 4pCt. 83½; Synd. 3½ pCt. 82¼; Handels-Maatschappy 161½; Ard. 15¼; port. 3pCt. 26¾; 5pCt. Metall. 95½.

Paris, 23. Febr. 3pCt. 73 Fr. 70 C.; 5pCt. 116 Fr. 10 C.

London, 22. Febr. Consols 89½.

Münchener Schrannen-Anzeige vom 26. Februar 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest.	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die lezte Schranne minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	3119	2559	560	20	41	—	15	—	—
Korn	1597	1290	307	12	50	—	34	—	—
Gerste	6329	5353	976	10	55	—	39	—	—
Haber	1035	1031	4	5	22	—	—	—	11

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag, 29. Febr.: „Eine Familie“, Original-Schauspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Königliches Odeon.

Montag, 28. Febr.: „III. Redoute im königl. Odeon.“

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Obermayer, Consul; Fromel, Banquier, und Schmidt, Kaufmann v. Augsburg.

Gold. Hirsch. Mlle. Francis v England.

Hotel Maulick. HH. v. Varion, Gutsbesitzer v Neuchatel; Dorratin, Privatier v. Paris.

Gold. Hahn. HH. Baron v. Sazenhofer, Gutsbesitzer v. Rottenstadt; Dr. Adler, Zahnarzt von Memmingen; Dijon, Rentier v. Paris.

Blaue Traube. HH. v. Zander v. Augsburg; Pfaffenzeller, Assessor von Ebersberg; v. Stubenrauch, Dr. jur. von Ludwigsburg; Graff, Oberzollinspector v Passau.

Stachusgarten. H Niederer, Fabricant v. Regensburg; Wwe. Wolf, Gerichtsarztensgattin v Rain.

Gestorbene in München.

Nikolaus Pitzleberger, Bäcker v. h., 74 J. alt; Theres Elgershausen, kgl. Artillerie-Hauptmannstochter v. Augsburg, 30 J. alt; Franz Hellmuth, gräflich Basenheim'scher Domänenrathssohn v. Buxheim, 17 J. alt.

Bekanntmachung.

2293. Da die unten benannten beiden Personen in den frühern Kriegsjahren als Soldaten mit ausmarschirt und schon so lange abwesend sind, ohne von ihrem dermaligen Aufenthalte eine Nachricht hieher zu geben, daß nach Maßgabe des L. R. Th. I. cap. VII. §. 39 Nr. 6 und den Anmerkungen hiezu pag. 552 deren Absterben angenommen werden kann, so werden sie und ihre allenfallsigen Leibeserben aufgefordert, sich zur Empfangnahme ihres Vermögens innerhalb 6 Monaten dahier zu melden, oder Nachricht von ihrem Leben und Aufenthalte hieher zu geben, widrigenfalls sie als todt erklärt und ihr Vermögen an ihren bekannten Intestat-Erben gegen Cautionsleistung hinausgegeben wird.

Die Vermißten sind:

1) Georg Paul Hasenbrädl aus Hofstetten, der mit dem k. 10. Infanterie-Regimente nach Rußland mit ausmarschirte, und einen Capitalsstock von 280 fl. an Vermögen hat.
2) Johann Jacob Graßer aus Köfering, der im Jahre 1810 mit in den Krieg nach Tyrol ausgezogen und 189 fl. an Vermögen besitzt.

Amberg den 11. Februar 1848.

Königliches Landgericht Amberg.

Lindig.

Die Unterzeichneten zeigen hiedurch an, daß sie Beiträge für die Beseler-Sammlung annehmen und an das Generalcomité in Schleswig befördern.

München, 21. Febr. 1848.

Dr. Ristl, k. Advocat.
Dr. v. Vincenti, k Advocat.
Chr. Kaiser, Buchhändler.
Dr. Austwandl, k. Advocat.
Dr Prantl, k. Professor.
Fries, Weinhändler.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Bekanntmachung.

(Den Seidenbau in Bayern betreffend.)

Aus allerhöchstem Auftrag Sr. Maj. des Königs machte die königl. Hofgarten-Intendanz den Haupt-Frauenverein zur Beförderung des Seidenbaues in Bayern mit Schreiben vom 15. Nov. verwichenen Jahres bekannt: „daß Maulbeerbäume zur käuflichen Abgabe in der königl. Hof-Baumschule zu Nymphenburg, und in den königl. Hofgärten zu Bayreuth, Veitshöchheim und Aschaffenburg vorhanden seien, so wie, daß auch Maulbeerbäume zu Brückenau im dortigen Hofgarten unter gehöriger Schonung zur Seidenzucht benützt werden können.“ — Dieselbe spricht sich zugleich aus: **daß das Mißlingen der Maulbeerpflanzungen nicht der climatischen Beschaffenheit Bayerns, sondern einzig und allein der unzweckmäßigen Behandlung zuzuschreiben sey.** — Der Haupt-Frauenverein bringt dieses zur öffentlichen Kenntniß, damit die Maulbeerbaum-Pflanzungen ihren Fortgang behalten, und sich noch weiter ausbreiten möchten, und fordert jeden Freund des Fortschrittes der vaterländischen Industrie zur kräftigen Mitwirkung auf. Insonderheit ergeht dieser Aufruf an Münchens und überhaupt an alle Garten- und Grund-Besitzer, welche manchem Gartenplatz, der seiner Lage wegen, selbst eine ergiebige Bodenernte versagt, durch Anpflanzung von Maulbeerspalieren eine gute und sichere Rente abgewinnen können. — Andere Wohlthäter könnten mit Anpflanzung von nur 10–15 Maulbeerbäumen einer armen Familie einen **alljährlichen** Verdienst als ein edles Almosen zuwenden, wenn sie die Blätterbenützung derselben unentgeltlich überließen. — Jenen, welche auf Benützung ihrer Gartenplätze sehen müssen, wird die Versicherung gegeben, daß ihnen vom dritten Jahre der Anpflanzung angefangen, der Blätternutzen vom Vereine abgepachtet werden wird. Der Verein gibt im Nachfolgenden einen Auszug aus dem sehr geschätzten Werke des Hrn. Ritters Leopold v. Gröller, k. k. österreich. Oberlieutenants, Mitglied der Ackerbaugesellschaft von Kärnthen und Grätz zu Arria, als kurze Anweisung, wie der Maulbeerbaum leicht gezogen werden kann, damit hiedurch die falsche und unrichtige Behandlung der Maulbeerbaum-Pflanzungen beseitiget werden möchte. — Wo man bestimmt hat, sagt er, eine Reihe Maulbeerbäume zu setzen, ackert man eine gerade Strecke 14–15 Fuß breit; die aufgeackerte Erde wird dann mit Schaufeln zu beiden Seiten aufgeworfen, (wenn solches im Herbste geschah, so gefriert die Erde im Winter über durch, was sehr gut ist,) dann wieder gebreitet, nochmal geackert, um gelockert zu seyn. Auf diesem so hergerichteten Boden wird etwas Dünger gebreitet, und im März oder April, je nachdem die Witterung es erlaubt, macht man in Abständen von 2–3 Klaftern kesselförmige 1½ Schuh tiefe, 3 Schuh im Durchmesser haltende Baumlöcher, steckt darein die Baumpfähle, welche bis zur Krone der Bäume reichen müssen, und setzt daran die Bäume, an welchen vorher mit scharfem Messer Wurzeln und Krone gehörig, wie beim Obstbaume, beschnitten sind, die Wurzeln wie Radspeichen auseinander gelegt. Hierauf wird, wenn das Baumloch ausgefüllt ist, der Baum **ganz locker** an den Pfahl befestiget, damit sich derselbe mit der frischen Erde senken kann. Das beste und wohlfeilste Band ist die Weidenruthe oder die Hopfenrebe. Die Letztere wird bei der Hopfenernte, wo sie weggeworfen wird, gesammelt und an trockenem Orte aufbewahrt, und beim Gebrauche darf sie nur zuerst im Wasser feucht gemacht werden. — Die Strecke um die Bäume herum kann zum Anbau von Gemüsen, Hülsenfrüchten, Kartoffeln ꝛc. benützt werden; es ist sogar der Pflanzung zuträglich, denn dadurch bleibt der Boden offen, vom Unkraut rein, und erhält nährende Theile vom Dünger. — Hr. v. Gröller empfiehlt ferners das Besäen von einigen Quadratklaftern Land mit Maulbeersaamen. Von jedem Lothe Saamen, gut gesäet, erhält man 1500 Bäumchen, die im nachfolgenden Frühjahre schon als Hecken in Reihen gesetzt, und im dritten Jahre schon zum Seidenraupen-Futter abgeblättert werden können. Das Loth Saamen kostet nicht über 40 kr. Die vorzüglichsten Arten sind: Morus moretiana oder auch morettii genannt, Morus philippinus oder multicaulis. Diese leztere Art hat sehr große ergiebige Blätter, kommt sehr schnell, und läßt sich auch zweimal entblättern. Seine Fortpflanzung geschieht blos mit Reisern ohne Wurzeln; diese Reiser werden im Frühjahre von den Bäumen genommen, in 5 Zoll lange Stücke geschnitten und in die Erde gesteckt, so daß nur 2 Zoll über dieselbe bleiben, in der Entfernung von 6–8 Zoll, darüber wird leichter Dünger oder Strohgesäk (Häcksel, G'sott) ausgebreitet. Es ist jedoch nöthig, sie oft zu begießen. Sie treiben im ersten Jahre schon Schößlinge von 4–5, ja 6 Fuß, und diese können im folgenden Jahre schon entblättert werden. Ein halbes Joch (Tauchert) so bestellt und gut gepflegt, gibt im erst folgenden Jahre bei 3000 Pfd. Blätter. So weit Hr. Ritter v. Gröller. — Auch Morus aviensis gedeiht trefflich in unserm Clima, und gibt Blätter von oft 10 Zoll Durchmesser — Der Maulbeerbaum ist der reinlichste Baum, und durch sein späteres Treiben steht derselbe jenen Pflanzen nicht im Wege, welche der Frühlingssonne bedürfen, und das Beschneiden der Hecken und Spaliere zur Seidenraupen-Fütterung ist für den Garten nützlich, weil eine zu **große** Ausbreitung damit verhindert ist. — Nach einer Zusicherung obiger königl. Intendanz, dann des General-Comité des landwirthschaftlichen Vereins in Bayern und des Magistrates der königl. Haupt- und Residenz-Stadt München kostet der hochstämmige Maulbeerbaum 6 kr., und das Stück Heckenstämmchen 3 kr. — Wenn die Bestellung unmittelbar beim Haupt-Frauenverein gemacht wird, so darf von diesem Preise nur die Hälfte bezahlt werden, während die andere Hälfte vom Vereine ergänzt wird, wobei sich derselbe nur die Einsicht der Pflanzungen vorbehält. — Auch wegen Beziehung von Maulbeersaamen und Seidenraupen-Eiern ist sich an den Haupt-Frauenverein in rechter Zeit, d. i. noch in den Wintermonaten, zu wenden, wonach um den billigsten Preis, oder, dem Unbemittelten das erste Mal unentgeltlich, die Sendung geschehen wird, nur ersucht man, in der Bestellung von Raupeneiern die Zahl und Stammdicke der zur Benützung stehenden Maulbeerbäume anzugeben, damit man hiernach die rechte Zahl der Eier ermessen kann, und damit nicht durch das „Zuviel“ der eifrige Seidenzüchter in Verlegenheit kommt. Stadt-, Markt- und Land-Gemeinden, Güter- und Gründe-Besitzer, Pfarrer und Schullehrer werden vorzüglich und mit nachhaltigem Nutzen für Maulbeerbaum- und Hecken-Pflanzungen wirken können, indem sie damit ihren Unbemittelten und Armen einen Nebenverdienst zuwenden, welcher vieles Almosen beseitiget. Der Maulbeerbaum findet zwischen den Obstbäumen seinen passendsten Platz, denn keinerlei Ungeziefer wird durch ihn genährt. Wer die Seidencocons (Galetten) dem Haupt-Frauenverein einsendet, erhält für und für **1 Gulden 24 Kreuzer per bayerisches Pfund.** — Die Abhaspelungsgebühr wird in Rücksicht des Holzpreises auf 2 fl. 24 kr. per Pfund rein abgehaspelter Seide festgesetzt, damit die Filial- oder Kreis-Abhaspelungsanstalten concurriren können. — Der „Bayerische Volksfreund“ und der „Bayerische Eilbote“ werden als Organe des Haupt-Frauenvereins empfohlen. — Nur durch allgemeines Zusammenwirken im Pflanzen und Pflegen des Maulbeerbaumes kann Bayern in kurzer Zeit mehrere Millionen Gulden jährlich im Lande behalten und selbst consumiren. — Frauen, beseelt von Vaterlandsliebe, werden zum Beitritte als ordentliche Mitglieder in den Verein wiederholt eingeladen, und Männer von gleichen patriotischen Gesinnungen können nach §. 2 der Vereinsstatuten als außerordentliche Mitglieder eintreten, und werden ebenfalls hiezu eingeladen. — Dieser Beitritt legt die schöne und ehrenhafte Verbindlichkeit auf, **nach Möglichkeit** für Maulbeerpflanzungen und Beförderung des Seidenbaues überhaupt zu wirken, und als jährlichen Beitrag nur einen Gulden einzusenden. München, im Januar 1848.

Der Ausschuß des Haupt-Frauenvereins zur Beförderung des Seidenbaues in Bayern zu München.

Nr. 51.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kardei-Gang Nro. 1; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag | XLIX. Jahrgang. | 29. Februar 1848.

Deutschland.

Bayern.

†† München, 28. Febr. Der Revierförster zu Wolfratshausen, Forstamt Starnberg, Franz Xaver Waldermann, wurde zum Forstcommissär II. Classe bei der Regierung der Oberpfalz und von Regensburg K. d. F. provisorisch ernannt, der Revierförster zu Geisenfeld, Ignaz Julius Frimmer, wurde aus administrativen Erwägungen auf das Revier Oberschönefeld, Forstamt Biburg, und der Revierförster zu Fischen, Forstamt Immenstadt, Gustav v. Neger, seiner Bitte gemäß auf das Revier Geisenfeld versetzt, dem Forstmeister zu Vohenstrauß Lorenz Reber die nachgesuchte Versetzung in den Ruhestand nach §. 22. lit. C. der IX. Verfassungsbeilage unter Bezeugung Allerhöchster Zufriedenheit mit seinen mehr als 50jährigen treuen und ersprießlichen Diensten gewährt und das Forstamt Vohenstrauß sofort dem Revierförster zu Wanbreb, Forstamt Waldsassen, Carl Pramberger provisorisch verliehen, und dem Archivar des Ministeriums des Innern Rath F. Lampel wurde in huldvollster Berücksichtigung seines vorgerückten Alters nach Maßgabe des §. 22. lit. B. der IX. Verfassungsbeilage unter dem Ausdrucke der besondern allerhöchsten Zufriedenheit mit seinen langjährigen treuen ersprießlichen Diensten in den wohlverdienten Ruhestand versetzt.

Baden.

Karlsruhe, 24. Febr. (XXIX. Sitzung der zweiten Kammer.) Der Uebergabe mehrerer Petitionen folgt eine Anfrage, welche Welte an die Regierungsbank dahin stellt: über die Ablösung alter Gefälle und Abgaben seyen auf mehreren Landtagen verschiedene Gesetze zu Stande gekommen, mit welchen sich die Standes- und Grundherren nicht beruhigen zu können glaubten, auch insbesondere noch statt des ohnedieß schon hohen zwanzigfachen Ablösungsbetrags einen solchen von fünfundzwanzig und mehr forderten. Sie hätten dießfalls gegen den großherzogl. Fiscus eine Klage auf Entschädigung, beziehungsweise auf Ausbezahlung der noch weiter geforderten Summen bei den Landesgerichten angestellt, worauf sich letztere auch eingelassen, weßwegen er, Welte, an die Regierungsbank die Frage richte, in welcher Lage sich dieser Rechtsstreit befinde? Staatsrath Regenauer erwiedert, daß besagter Rechtsstreit von dem Fiscalanwalt eifrig betrieben werde, zur Zeit dem großherzogl. Oberhofgericht zur Entscheidung vorliege und deßhalb einer richterlichen Entscheidung nicht vorgegriffen werden könne. Zentner, der durch seine dienstliche Stellung nähere Kenntniß von der Sache hat, bestätigt jene Angabe — In dem durch Mathy über die Rechnungsnachweisungen für 1844 und 1845 erstatteten, das Finanzministerium betreffenden Budgetcommissionsberichte erscheint unter der Rubrik: Cameraldomänenverwaltung für Erweiterung der Brauerei Rothhaus auf dem Schwarzwalde eine Ausgabe von 110,818 fl. 43 kr., während zu demselben Zweck von der Kammer nur 14,650 fl. bewilligt waren. Dieser bedeutenden Ueberschreitung wegen stellte sofort die Commission den Antrag: 1) die Regierung zu bitten, bei vorkommender günstiger Gelegenheit die Brauerei Rothhaus sammt Zugehör zu veräußern; 2) die Regierung zu bitten, nach Maßgabe der Verordnung vom 25 April 1839 (welche die technischen Beamten bei Staatsbauten für ihre Voranschläge verantwortlich macht) eine Untersuchung gegen die betheiligten technischen Beamten einleiten zu lassen und das Ergebniß seiner Zeit der Kammer mitzutheilen; 3) gegen den Präsidenten des Finanzministeriums wegen der Ueberschreitung der bewilligten Credite für die Erweiterung und Einrichtung der Brauerei Rothhaus, auf den Grund der Ausführungen des Berichts in verfassungsmäßiger Form Beschwerde zu erheben. Der die ganze Rubrik betreffende Hauptantrag aber geht dahin: die ordentlichen Einnahmen mit 2,999,385 fl. 46 kr., die ordentlichen Ausgaben mit 1,568,303 fl. 12 kr. und die außerordentlichen mit 197,740 fl. 3 kr. Ausgaben, letztere jedoch vorbehaltlich künftiger Beschlüsse bezüglich auf die Ueberschreitungen bei der Brauerei Rothhaus, zu genehmigen. Ebenso nahm die Kammer den weitern, die Forstdomänenverwaltung betreffenden Commissionsantrag ohne weitere Debatte an, er lautet: Die ordentlichen Einnahmen für 1844 und 1845 mit 4,025,893 fl. 59 kr, die ordentlichen Ausgaben mit 1,610,214 fl. 24 kr., die außerordentlichen Ausgaben mit 51,152 fl. 41 kr. zu genehmigen. (Schw. Mkr.)

Kurhessen.

Kassel, 24. Febr. Der in der vorgestrigen Schlußsitzung der Stände in Berathung genommene Antrag des Hrn. v. Buttlar I, wegen theilweiser Modification des Gesetzes vom 29. October 1833, die bürgerlichen Verhältnisse der Israeliten betreffend, wurde durch ein Amendement des Abgeordneten Hrn. v. Keudel in der Art erledigt, „daß die Regierung um Vorlage eines Gesetzentwurfes ersucht werden möge, durch welchen dem angeblich immer mehr sich verbreitenden Handel mit Feldgrundstücken Schranken gesetzt werde.“ Sowohl Hr. v. Buttlar I als die Ständeversammlung erklärten sich für diesen Antrag. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Preußen.

Berlin, 18. Febr. Die hiesigen Buchhändler, unter denen sich einige sehr tüchtige Persönlichkeiten befinden, beabsichtigen in einer bereits zahlreich unterzeichneten Petition an das Ministerium des Innern den Antrag auszusprechen: daß die Censursachen bei vorkommenden Contraventionen nicht mehr auf polizeilichem Wege, sondern durch ein richterliches Erkenntniß entschieden werden möchten. Das Bedürfniß nach Ablösung der willkürlichen Polizeigewalt durch gesetzliche Rechtsgewährung macht sich jetzt bei uns in allen Lebenskreisen geltend und scheint je länger je mehr unabweislich. (D. Z.)

Berlin, 23. Febr. Es bestätigt sich, daß die Gewährung der periodischen Wiederkehr des Vereinigten Landtages nicht mehr ferne steht, und der Vereinigte Landtag sich hinfort alle zwei Jahre in der Hauptstadt Berlin versammeln wird. Die Herrschaft des constitutionellen Princips in Deutschland ist damit als entschieden zu betrachten. Der Wellenschlag drohender Erschütterungen, womit die Zeit schwanger zu gehen scheint, wird deßhalb auch Preußen weniger erreichen. Die Wünsche der Nation werden in der für die Zukunft befestigten Verfassung ihre folgerechte Erledigung finden. Die geistige Macht Preußens kann für die einstige volle Befriedigung als Unterpfand gelten. (Karlsr. Z.)

Berlin, 24. Febr. In der 22. Sitzung des Vereinigten ständischen Ausschusses, am 18. d. M., wurde die Erörterung des zwölften Titels des Strafgesetzbuch-Entwurfs, Verbrechen wider das Leben und die Gesundheit betreffend, vorgenommen, und die Annahme der §§. 222 bis 237, des ersten Abschnittes dieses Titels entschieden. Dasselbe geschah auch mit den §§. 238—248 des zweiten Abschnittes, Körperverletzungen und Verbrechen wider die Gesundheit begreifend. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Berlin, 24. Febr. Der Staatsanwalt Grote ist im Auftrage des öffentlichen Ministeriums nach Breslau gereist, um die dort eingeleiteten Untersuchungen fortzuführen. In ähnlichen Geschäften ist der Oberappellationsrath Michels nach Preußen abgereist. — Unser Staatsgefängniß wird nun auch schon zur Aufnahme anderer Gefangener als der Polen eingerichtet. (C. v. u. f. D.)

Köln, 22. Febr. Aus ganz zuverläßiger Quelle kann gesagt werden, daß Se. Majestät der König das

---

Die Allerheiligen-Nacht im Jahre 1805.

(Eine Novelle aus A. Düssel's ungedrucktem Nachlasse.)

(Fortsetzung.)

Genovefa und Marie standen um das Stubenmädchen und reichten ihr mit emsigen Händen die Winterkleider, um sie in die Koffer zu packen. Die Mädchen drängten, mahnten und trieben, so, daß Klärchen fast ungeduldig wurde.

„Ich bitte,“ rief sie, „lassen Sie mich zu Athem kommen. Sie pressiren, als wäre der Franzose schon vor dem Markt draußen, oder wir packten für die Ewigkeit ein! — — Wenn doch der Schnurbart — dieser mir verhaßte Scharfschütze, aus dem Halse geblieben wäre — — mir kommt er immer wie der leibhafte .... vor, mit seinem zugespitzten Knebelbärtchen, mit seinen schwarzen funkelnden Augen, und mit dem höhnisch verzogenen Munde! Ihm gilt es gleichviel, ob er einem Gemsbock oder einem Menschen die Kugel durch den Leib jagt. Ich weiß nicht, warum in unserem Hause die Franzosen so verhaßt sind? Tanzte doch die Mama mit dem charmanten Obrist Pontarlot eine Menuette, als die Franzosen unser Thal vor fünf Jahren besetzt hatten. Sie waren damals freilich noch Kinder von zehn und eilf Jahren, aber erinnern Sie sich nur, wie die hübschen Officiere in ihren blauen Uniformen so galant waren, und Sie Beide liebkosten und schaukelten!“

„Klärchen,“ wendete Maria ein, „der Vater haßt sie, und weil er sie haßt, können wir ihnen nicht gut seyn.“

„O, mein Fräulein,“ entgegnete Klärchen, „es wird eine Zeit kommen, wo Sie, Genovefa und Antoinette französischen Officieren das Wort sprechen!“

„Antoinette?“ fragte Genovefa wie überrascht, „sie ist binnen Jahr und Tag Franzens Gemahlin, das kann nicht seyn, das nenn ich vorlaut. Du sprichst wie eine Kartenschlägerin — gerade wie die alte Gertraud im Gärtnerhäuschen.“

Die Koffer standen gefüllt. Klärchen schlug die Deckel zu, daß es laut aufdonnerte im Schlosse. —

Antoinette, die, soweit ihr Auge reichen konnte, ihren Franz verfolgte, der mit seiner Begleitung wie ein Sturm dahinflog, fuhr bei diesem Knall zusammen. Klärchens muthwilliges Gelächter beruhigte sie aber bald wieder, und der Eindruck dieses gespenstischen Donnerschlages wich bald süßen Schwärmereien, welchen sie sich an ihrem Flügel überließ. Der Anblick ihres Geliebten, der mit seinem Pferde wie eine hohe Welle in der Mitte der Officiere auf und niederwogte, und das Flattern seiner Locken erregte in ihrer Seele ein süßes Grauen. Seine Gestalt vergeisterte sich, je weiter er sich aus ihrem Gesichtskreise sich verlor; die Phan-

große Dombaufest, welches im August d. J. gefeiert werden soll, mit seiner Gegenwart beehren wird: es ist in dieser Beziehung dem Vorstande in einem an den Hrn. Erzbischof gerichteten Schreiben die bestimmte Zusage ertheilt werden. Die Fürsten, welche 1842 der Grundsteinlegung beiwohnten, sollen nun ebenfalls zu dem Feste eingeladen werden. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Schleswig-Holstein.

Schleswig, 16. Febr. Es ist viel davon die Rede, daß jedes zweite Jahr künftig das Militär die Garnison wechseln soll, so daß unsere Landsleute abwechselnd in Dänemark Militärdienste thun müßten, was bisher nur einzeln vorkommt. Die Maßregel wäre im Geiste des Gesammtstaates, und würde eine Mißstimmung hervorrufen, welche jetzt schon sich darüber kund gibt, das Aushebungen zur Garde in Kopenhagen und zu der Garnison in Fridericia stattfinden. (Wes. Z.)

Kiel, 18. Febr. Der Pastor J. Hansen zu Igen auf Alsen, ein durch verschiedene Schriften, und durch seine stark national-dänische Richtung bekannter Geistlicher (früher Pastor zu Retmark auf Alsen), ist unter Belassung seines Amtes als Pastor zum Bischof von Alsen und Arrö ernannt worden. (A. Z.)

Lauenburg, 20. Febr. Advocat Sprewitz von hier hat in der „Eisenbahnzeitung“ eine von ihm in einer Ansprache an seine Landsleute angekündigte Supplik an den Landesfürsten veröffentlicht, und will, nachdem er gleichfalls eine Adresse an die Lauenburgische Ritter- und Landschaft gerichtet, einen Tag bestimmen, an welchem beide zur Unterzeichnung ausgelegt werden sollen. Die Supplik an den König schließt mit folgender Bitte: „Ew. Majestät wollen geruhen, den in dem vorstehenden Vortrage begründeten Repräsentativmaximen als eben so vielen Bitten um Erweiterung unserer Landesvertretung durch angemessenere Vertretung der Städte und Aufnahme der Vorstädte der Stadt Lauenburg, so wie des den landesherrlichen Aemtern untergebenen Bauernstandes in die Landesvertretung landesväterliche Gewährung zu Theil werden zu lassen.

Braunschweig.

Braunschweig, 20. Febr. Der bereits mehrfach in verschiedenen Zeitungen besprochene Antrag auf Oeffentlichkeit der Verhandlungen der hiesigen Stadtverordneten ist von diesen jetzt endlich beschlossen. Die Hinaussetzung dieser Beschlußnahme hatte in dem Wunsche ihren Grund, die Grundzüge des Antrags so zu fassen, daß derselbe ohne Aenderung der Städteordnung von 1834 ausführbar werde. Eine Rücksicht, welche eine commissarische Vorberathung nothwendig erscheinen ließ. Die wesentlichen Puncte des Antrags sind folgende: 1) Die Verhandlungen der Stadtverordneten sind öffentlich, und es werden Zuhörer zugelassen. 2) Auf Antrag des Magistrats oder von 4 Stadtverordneten kann die Sitzung in Betreff einzelner Gegenstände für eine geheime erklärt werden. 3) Die Tagesordnung wird am Tage vor jeder Sitzung durch das Intelligenzblatt bekannt gemacht, und nachher auch ein ausführliches Protokoll der Sitzung durch den Druck veröffentlicht. 4) Der Stadtmagistrat kann in pleno den Sitzungen beiwohnen, oder sich in denselben durch einen Deputirten vertreten lassen, der dadurch jedoch nicht eigentliches Mitglied der Versammlung wird. (D. Z.)

Freie Städte.

Lübeck, 15. Febr. Die Commission, welche fünf Jahre lang an der Revision unserer Verfassung gearbeitet hat, ist nunmehr mit diesem wichtigen Werke zu Schluß gekommen; der Entwurf zur neuen Verfassung ist bereits im Druck und wird binnen ganz kurzer Zeit vom Senat der Bürgerschaft zur Annahme vorgelegt werden. Da man über den Hauptgrundsatz, nämlich über das Aufgeben des allgemeinen persönlichen Stimmrechts und die an dessen Stelle zu setzende Repräsentation der Bürgerschaft durch gewählte Vertreter, schon einig ist, so wird die Berathung über die einzelnen Theile des neuen Entwurfs schwerlich noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten hervorrufen. Dazu kommt, daß bei der neuen Organisation des Senats dieser selbst auf eine höchst liberale und humane Weise den Anforderungen der Zeit entgegengekommen ist. In dieser letzteren Beziehung ist namentlich die Theilnahme der Bürgerschaft an der Rathswahl durch den Verfassungsentwurf empfohlen und die lebenslängliche Bürgermeisterwürde für die Zukunft aufgehoben. (H. W. N.)

Italien.

Neapel, 18. Febr. Die sicilische Frage scheint vermittelst des englischen Einflusses ihrer Lösung von Stunde zu Stunde näher zu rücken. Minto, Napier, und wie man hofft auch Baron de Bussières geben sich beim König direct alle Mühe. Rußland, Oesterreich und Preußen verhalten sich bis jetzt ruhig, indessen eilen Couriere aller Cabinette fortdauernd auf und ab. Man fängt endlich an einzusehen, daß der unselige Einfluß Rußlands auf den König von Neapel das meiste verschuldete, viel mehr als Oesterreich, welches öfters zu Concessionen rieth. — Auf dem letzten Akademieball erschien der König in der Uniform eines Obristen der Nationalgarde. Der König soll fortdauernd freudig bewegt seyn, und schon redet man von einer Aussöhnung mit dem Prinzen Karl von Capua und der bevorstehenden Rückkehr des Prinzen von Syrakus. Als der Minister Bozzelli in der Nacht des 10. Febr. dem Könige die Feder zur Unterzeichnung des Constitutionsedicts in die Hand gab, sank er tief gerührt zu seinen Füßen nieder. Freundlich hob ihn der König auf und sprach: „Bewegt mein Herz nicht allzusehr; ich hoffe, daß ich meinem Volke jetzt glückliche Zeiten bereite.“ (A. Z.)

Neapel, 19 Febr. Morgens 11 Uhr. So eben erhalte ich noch Briefe aus Palermo vom 17. d. Auf den 20. ist das allgemeine Parlament eingerufen. Admiral Parker liegt vor Palermo mit 4 Linienschiffen, 1 Fregatte und 1 Dampfschiff. Lord Minto wird von den Palermitanern erwartet. Mehrere Briefe reden von einer perfetta anarchia. Ein gewisser Santoro wurde des Verraths beschuldigt: man behauptete er habe Briefe vom Könige empfangen. Er floh, wurde aber vom Volke erwischt und erschossen. Er war ein Gerber und gehörte der Epoche von 1820 an. (A. Z.)

Palermo, 16. Febr. Die provisorische Regierung hatte die von Neapel vorgeschlagene englische Vermittlung (durch Lord Minto) angenommen, falls diese Vermittlung nur bezwecke auf die zeitgemäßen Modificationen mit einzuwirken die in der alten sicilianischen Constitution vorzunehmen wären, auf welcher Sicilien beharre, wie auf seinem eigenen Parlament. Für den 18. sollten die Gerichte ihre regelmäßige Thätigkeit wieder beginnen. Einstweilen hatte die provisorische Regierung die Schwäche oder die Grausamkeit gehabt der Volksjustiz eine Anzahl Opfer vorzuwerfen, durch die ihre Blutgier schwerlich gesättigt, eher gereizt worden seyn dürfte. Nicht genug, daß der Pöbel die in Schlupfwinkeln aufgefundenen Polizeisoldaten und Sbirren zu einer förmlichen Hetzjagd gebraucht und sie zum Ziele seiner Messer und Flinten gemacht hatte, gab die provisorische Regierung auch 34 in den Gefängnissen sitzende Polizeibeamte der lechzenden Volksrache preis. Sie wurden Nachts vor der Stadt hingemetzelt. (A. Z.)

Genua, 23. Febr. Die Ruhe ist hier schneller zurückgekehrt, als nach der Aufregung der vorhergehenden Wochen zu erwarten war; man hatte sich über die Kräfte angestrengt, und ist jetzt matt. Die Veröffentlichung der toscanischen Constitutionsacte hatte am 18. Mittags einen Aufzug zum toscanischen Consulat zur Folge; der Consul, mit Evvivas für Leopold II. rc. begrüßt, sprach einige Worte an die Versammelten, die darauf nach San Lorenzo zogen um dort eine Dankeshymne für dieses glückliche Ereigniß anzustimmen. Damit war die Sache abgethan; Sie sehen, man ist sparsamer mit den Festlichkeiten, sie sind zu alltäglich geworden. Das Wesentlichste der heute von Neapel durch den Dampfer „Castore“ eingetroffenen Nachrichten besteht darin, daß Lord Minto mit Vollmachten des Königs versehen nach Palermo abgereist sey, oder dahin abreisen werde (die Berichte darüber sind nicht ganz übereinstimmend) um wo möglich einen Vergleich zu Stande zu bringen; man hegt die besten Hoffnungen von diesem Schritte, da in Palermo mit großer Bereitwilligkeit der Vorschlag dieser Vermittlung angenommen wurde. (A. Z.)

Turin, 23. Febr. In Brescia soll vor einigen Tagen ein Polizeicommissär meuchlings angefallen und ermordet worden seyn. Die Veranlassung war folgende. Man hatte eines Morgens an den Straßenecken der Stadt einen Anschlag gefunden, worin mehrere hohe Militärs mit Namen bezeichnet waren auf deren Köpfe bedeutende Preise gesetzt wurden. Zugleich ward jeder, der es wagen sollte, einen solchen Anschlag abzureißen, mit dem Tode bedroht. Der erwähnte Commissär ließ sich natürlich durch diese Drohung von der Erfüllung seiner Pflicht nicht abhalten und zwei Tage später war die Drohung vollbracht. — Nach einem Privatschreiben aus Venedig ist von dort eine Deputation, bestehend aus dem Podestà Correr, einem Grafen Marsani und einem Hrn. v. Giovanelli nach Wien abgegangen. Als Zweck dieser Sendung wird die Erlangung einiger Veränderungen oder Reformen in den Institutionen des Landes angegeben. In diesem Augenblick muß die Deputation in der Hauptstadt bereits eingetroffen seyn. Hier wird von bevorstehenden nicht unwichtigen Veränderungen in der Lombardei und Venedig gesprochen. — Als Notiz theile ich mit, daß unlängst in Genua englische Anweisungen auf 500,000 Fr. anlangten, die unter mehrere italienische „Moteurs“ vertheilt wurden. Das Geschäft soll dem Vernehmen nach von der Bank von Genua besorgt worden seyn. (A. Z.)

Frankreich.

Paris. Die Post vom 24. fehlt noch. — Die uns vorliegenden Blätter bringen nichts Neues, besprechen nur die Vorgänge vor Ludwig Philipps Abdankung in ausführlicher Weise. Wie wir gestern schon meldeten, war die Montmartrestraße, wo sich die Post befindet, durch Barrikaden gesperrt. Wir lassen hier noch ein Paar Scenen aus den Ereignissen der letzten Tage folgen.

Paris, 23. Febr. 1 Uhr Nachmittags. Der Regen strömt vom Himmel, und wir haben seit langer Zeit kein so stürmisches Wetter gehabt. Der Augenblick scheint ungünstig zu einem Straßenkampf. Im Jahre 1830

---

tasie gab ihm Helm und Schwert, und das dumpfe Brausen der Loser, die am Fuße des Berges dem Wöhr zufluteten, mahnte an das Gewirre einer Schlacht, in welcher Trommeln und Menschenstimmen wild durcheinander heulen. Hoch wogte ihr der Busen; sie lächelte und konnte sich der Thränen nicht erwehren; ein banges Sehnen rang mit einem unerklärlichen Gefühle nie empfundener Lust. Bald stand Franz wie ein blutiges Schattenbild, die Augen geschlossen, die Brust durchbohrt, mit lächelnder Miene vor ihr; bald führte ihn die Phantasie in schimmernder Stahlrüstung, den Helm von jungem Eichenlaub umschlungen, und die Arme nach ihr ausbreitend vor die liebetrunkenen Sinne — und bald flossen diese Bilder in ein seltsames Gemisch von Freude und Trauer in einander. Sie setzte sich vor den Flügel hin und intonirte den Salieri'schen Siegesmarsch; aber sie brachte es kaum zu einigen Accorden, als sie ein Mozart'sches Alpenlied unwillkürlich anschlug. Sie wollte durch Gesang diesen Seelensturm beschwören, allein die Kehle war wie zugeschnürt, kein reiner Ton vermochte empor zu steigen aus der Brust — ihr Singen war nur dumpfe Declamation, von den Tönen des Flügels begleitet:

„Der Eichwald brauset, die Wolken zieh'n
Das Mägdlein sitzt an des Ufers Grün —“

hub sie an mit tiefer Wehmuth, stand auf, trocknete sich die Thräne, und nahm wieder Platz, um eine andere, heitere Arie anzustimmen:

„Liebchen, sag' mir treu und offen,
Lügt Dein schönes Auge nicht?
Was soll mir dieß süße Hoffen,
Wenn Dein Blick nicht Wahrheit spricht?“

„Wenn sich Herz und Herz umschlingen,
Und sich Geist in Geist versenkt —
Wenn sie glühend sich durchdringen,
Flammt das Auge Lieb' und Treu'.“

So declamirte sie singend vor sich selber hin. Es war nicht Gesang, es war keine Melodie in ihrem aufgeregten Vortrag; sie fühlte es selbst, daß er so dumpf, so monoton klang, und wurde ärgerlich, daß ihre Stimme im Augenblicke ganz metalllos war. Wie albern, wie thöricht bin ich, sagte sie, ich will die reinen Töne erzwingen, die sonst ungerufen aus meiner Kehle hervorströmen, wie heller Silberlaut. — Sie werden wieder kommen. Bange Vorgefühle sind es, die ihren Quell zurückdrängen. Aber warum meistern sie mein ganzes Wesen? Woher diese seltsame Mißstimmung? Bin ich nicht dieselbe Antoinette, die vor einer Stunde einen Kreis von Zuhörern bezauberte? — Mein Vater würde zurückschaudern, wenn er mich nun hörte — er würde ausrufen: Kind, Du singst ein Todtenlied, das tonlos, das wie

war es anders: weder Karl X. noch Polignac glaubten an die Möglichkeit eines ernsten Aufstandes, und waren daher nicht zum Widerstand gerüstet. Sie hatten im Ganzen 11,000 Mann Soldaten effectiv in Paris, die Nationalgarde bestand nicht mehr, und das Volk fand Waffen und Munition in allen Straßen. Gestern aber hatte man sich von Seite des Ministeriums auf einen möglichen Angriff reiflich und reichlich vorgesehen. Paris birgt in diesem Augenblick nahe an hunderttausend Mann Truppen, die Dörfer um die Hauptstadt selbst erhielten deren noch gestern im Tage. Alle Waffen sind den Waffenhändlern weggenommen, ganz Paris ist nach einem strategischen Plane wie von einem Truppennetz überzogen. Kanonen sind an den Hauptstellen aufgepflanzt und jede Ministerwohnung durch ein Bataillon Infanterie und eine entsprechende Zahl Reiter bewacht. Dieses Bewußtsein konnte gestern der Regierung einiges Vertrauen einflößen, denn was die Volksmasse angeht, so versichern viele Stimmen, daß seit 1830 keine so dichte und entschlossene Menge die Straße besucht habe, wir selbst sind geneigt, uns dieser Ansicht beizugesellen, man brauchte nur Augen und Ohren zu haben, um die Wahrheit derselben bezeugen zu können. Die Nationalgarde hatte man den ganzen Tag ruhig zu Hause gelassen, erst gegen die Nacht, auf ihre ausdruckliche Beschwerde, hat man sie endlich einberufen, und auch diesen Morgen wird sie zusammengetrommelt. Bis diese Nacht 1 Uhr dauerte die Bewegung fort und an einigen Stellen, im Maraiß und dem Quartier St. Martin wurde gekämpft: Barrikaden waren schnell errichtet, zuweilen so schnell und ungestört, daß man sie nur mit argwöhnischem Auge erblicken konnte. Eben so schnell wurden sie auch wieder genommen; entweder vertheidigten sie ihre Erbauer gar nicht, oder es fehlte ihnen an Pulver und Waffen. Solche Barrikaden waren auch an andern Orten aufgeworfen worden: in der Rue de Tivoli, in den Champs Elysées, ganz wahnwitzigerweise an offenen Orten und unter den Augen der Generale, die sich nicht beeilten, sie zu zerstören; eine in der Rue St. Honoré, nahe bei der Kirche de l Assomption: sie ward verlassen, als die Soldaten heranrückten, das Volk hatte keine Waffen; in denselben Straßen weiter hinauf gegen die Rue St. Dénis, in der Rue de l'Arbre-Sec, gegen den Markt des Innocens zu, in der Rue des Prouvaires, in der Rue Rambuteau, Borgu l'Abbé. Wenn das Journal des Débats heute sagt, daß es keine Todten gegeben, so scheint dieß nach der Aussage mehrerer Augenzeugen ein Irrthum zu seyn; auf der Seite des Volks wie auf der Seite der Truppen, der Municipalgarde und der Stadtsergeanten sind Opfer gefallen. Wir werden ihre Zahl später angeben. — Halb 2 Uhr. Die Nationalgarde, die gestern schon schwierig schien, soll sich heute noch ungünstiger ausgesprochen haben. Ich wage noch nicht, die mir mitgetheilten Gerüchte als gewiß zu geben. An einigen Orten soll ihre Lauheit bis zu offenem Widerstand gediehen seyn; bei einer Legion hätte der Oberst mit seinen Leuten verlangt, dem König eine Bittschrift um Concessionen einzureichen. So eben höre ich ferner, daß es an einer Stelle zum Handgemenge zwischen der Linie und der Nationalgarde gekommen sey. Sehr beachtenswerth ist schon, daß dieser Glaube überhaupt nur in der Bevölkerung Platz greifen konnte, sowie der andere, daß die Linientruppen nur wider Willen das Volk bekämpften. Was jeder schauen konnte, ist die feine und kecke Freundlichkeit, mit welcher das Volk sich den Soldaten näherte, mit ihnen sich unterhielt, ebenso mit der Nationalgarde, die sich nirgends zeigt, ohne mit freudigem Zurufe empfangen zu werden. — Zwei Uhr. Die Trommel wird gerührt — der Kampf hat wieder begonnen in dem Quartier St. Martin, der Rue Rambuteau, und ein Zeuge, der eben daher kommt, versichert, man schieße aus den Fenstern. Bewahre uns der Himmel vor einer neuen Rue Transnonain! — Halb 4 Uhr. Hier nur einige Thatsachen, die ich Ihnen als gewiß gebe, ohne vorerst Schlusse daraus zu ziehen; die zehnte Legion der Nationalgarde, Place Taranne, hat ihren berüchtigten Obersten Lemercier abgesetzt, und verlangt sich im Sinne der Bewegung gegen das Ministerium auszusprechen. Ein anderer Oberst, der durch den Fieschi'schen Proceß nicht minder bekannte Oberst Ladvocat, hat von seinen Officieren die Erklärung erhalten, daß sie nicht nur nicht für, sondern eher gegen das Ministerium kämpfen würden. (A. Z.)

Paris, 23. Febr. Der kampflustige Theil des Volkes scheint nicht groß zu seyn, und hat sich in das Viertel der Rue St. Denis zurückgezogen. Es soll dort wirklich zum Kampfe gekommen und Blut geflossen seyn. Selbst gesehen habe ich diesen Morgen früh 10 Uhr nur die Barricaden, die am Anfang der Rue Montorgueil und der Rue de Clerc aufgeworfen waren. Sie bestanden aus zwei umgestürzten Wagen und zwei Karren. Auch war Pflaster aufgerissen; aber wahrlich wenn die Leute keine besseren Barricaden machen, diese werden ihnen nicht viel nutzen. Hinter dieser Barricade in der Rue Montorgueil waren 40—50 Leute, alles zerlumptes Gesindel, aussehend wie lauter Galgenstricke. Sind sie nicht vorher von der Polizei bezahlt, so sollte sie ihnen nachträglich eine Remuneration geben, denn solche Gesichter genügten um alle Welt in Angst zu jagen. Mehrere hatten Jagdflinten, einer ein Munitionsgewehr; auch war ein Tambour unter ihnen. Einer hatte eine rothe Fahne. Gegen 1 Uhr wollte ich wieder durch diese Straßen zurück nach Hause; aber Flintenschüsse, die aus denselben hervorgrüßten, ließen mich einen Umweg machen. Man erzählt sich von mehreren Gebliebenen und vielen Verwundeten. Die Straßen waren übrigens ringsum mit Soldaten eingeschlossen. Alle Geschäfte stocken; alle Omnibus fehlen in den Straßen, nur Cabriolets gehen hin und her. — Halb 5 Uhr. Ich höre so eben, daß das Ministerium seinen Abschied eingegeben habe. Man sagt, die Nationalgarde der — Legion sey vor die Deputirtenkammer gezogen und habe Vive la Réforme! — à bas Guizot! gerufen. Ich begegnete auf den Boulevards einem Bataillon der Nationalgarde; hinterher Tausende, Arbeiter und Bürger, alle rufend: Vive la Réforme und à bas Guizot! Die Nationalgarden antworteten mit demselben Rufe. Ein anderes Bataillon sah ich aus der Ferne vorbeiziehen, von vielen hundert Leuten begleitet, die Marseillaise singend. Die „Emeuten" in dem Quartier St. Denis dauern fort, aber sie sind Nebensache, in der Rue Montorgueil wurden die Barricaden nach ein paar Schüssen, die nur Neugierige getroffen haben sollen, genommen. Die Nachricht vom Sturze Guizots ist officiell. Alle Gesichter heitern sich auf. Ueberall der Ruf: Vive la Réforme! Vive le Roi! (A. Z.)

Großbritannien.

London. Im Verfolg der Unterhaussitzung am 22. wurden, nach lebhafter Debatte, die Anträge des Schatzkanzlers auf Niedersetzung geheimer Untersuchungsausschüsse über Armee und Flotte, und über die Ausgaben des Landes bewilligt. Sir R. Peel unterstützte die Regierung. Hrn. Hutt ward eine besondere Committee bewilligt, welche über die besten Mittel zur endlichen Unterdrückung des Sclavenhandels zu begutachten habe. Bei einer Privatbill erlitt die Regierung eine Schlappe, indem sie mit 103 gegen 30 Stimmen in der Minorität blieb. In der Unterhaussitzung am 23. Febr., deren Anfang uns vorliegt, stellte Hr. Anstey wirklich seine Motion auf Inanklagestandsetzung Lord Palmerstons. Die Presse betrachtete dieses Unternehmen als eine Posse, blickte jedoch mit gespanntester Aufmerksamkeit auf die Tragödie in Paris, von wo man in London Nachrichten bis zum 22. Febr. Mittags hatte. Sie sprach die schlimmsten Ahnungen aus. An der Börse ging das sonderbare Gerücht von der Absetzung des Papstes!

Griechenland.

Die jüngste Post aus Athen bringt Briefe und Zeitungen bis zum 13. Febr. Am 6. Febr. hatte das Erinnerungsfest der Landung des Königs Otto stattgefunden. Mussurus befand sich noch in der Quarantäne von Aegina. Der Senator Aeneas war mit Tod abgegangen. Die Ereignisse in Italien machten gewaltigen Eindruck in Griechenland.

Neueste Nachrichten.

Wir erhalten eben noch (Nachmittags 4 Uhr) Briefe und Zeitungen aus Paris vom 24. Febr. Der Schleier der über den Motiven der Abdankung, fast möchte man sagen der Absetzung von Ludwig Philipp lag, ist dadurch gelüftet, in schrecklicher Weise. Der Kampf war am 23. nur kurze Zeit unterbrochen gewesen; er begann wieder in der Nacht, wo es viele Todte gegeben zu haben scheint. Am Morgen entspann er sich aufs neue, heftiger als zuvor. Der König versprach Odilon-Barrot und Thiers als Minister. Zu spät! Man schrie: das ist eine neue Täuschung! Das Volk stürmte die Tuilerien, das Palais-Royale, das Finanzministerium. Wir lassen darüber die zwei folgenden Briefe sprechen. (A. Z.)

Paris, 24. Febr. 1 Uhr. Ich schreibe Ihnen unter dem furchtbarsten Donner, den ich je gehört habe. Die Tuilerien werden gestürmt; eigentlich soll der Hauptangriff erst in einer Stunde seyn, und die Loosung durchläuft Paris: Aux Tuileries! Eben höre ich auf einer Barricade die Proclamation verlesen: „Bürger von Paris! Ludwig Philipp hat uns würgen lassen, wie Karl X, möge er gleiches Weges gehen wie er! Zu den Waffen!" Nach dem Gewehrdonner, der die Luft erschüttert, muß es jetzt schon keine Schlacht mehr, sondern ein Schlachten an den Tuilerien seyn. (A. Z.)

Paris, 24. Febr. 2. Uhr. Die Tuilerien sind gefallen, das Hotel de Ville ist gefallen; der König hat abgedankt; die Abdankung ist nicht angenommen; schon seit heute Morgen ruft das Volk: „à bas Louis Philippe, vive la république." Die provisorische Regierung ist gebildet: folgendes sind die Glieder, die eben in gedruckter Proclamation die Menge durchlaufen: Arago, Dupont de l'Eure, Lamartine, Ledru-Rollin, Marie, Marrast, Louis-Blanc und Floccon von der Réforme. Odilon-Barrot ward von den berathenden Kämpfern verworfen. Das Volk herrscht in den Tuilerien! Obigen Namen der provisorischen Regierung ist der eines Mannes aus dem Volke: Albert, Buchdrucker, beizufügen. — Der König wollte zuerst zu Gunsten des Herzogs von Nemours abdanken, hernach der Herzogin von

---

Geisterruf in mein Innerstes dringt. Franz, Du schworst mir und meiner Mutter, zu kommen, Du hältst Dein Wort, Du nimmst mich und meine Schwestern mit Dir, und schützest Deine Braut. Aber kann ich meine Mutter verlassen, sie, die mich, die uns Alle mit unendlicher Zärtlichkeit liebt? Darf ich von der Seite meines Vaters weichen, ich, die älteste seiner Töchter, die wie ein Cherub den Schild über seine früh ergraute Locke schirmend halten muß, wenn die zügellose Raserei der Wuth das Schwert nach seinem theuren Haupte zückt? — Es lebt in dir des Vaters kühner Geist, der keine Gefahr achtet, sprach er zu mir. — So wog sie zwischen der Liebe der Tochter und jener der Braut. Sehnsucht zog sie in die Arme des Geliebten, als dürfte sie ihn nicht mehr sehen, wenn sie es verschmähte, ihm zu folgen; Kindesliebe kettete sie fest an den Vater, der sie zur Vertrauten seiner Pläne machte, und tiefes Schmerzgefühl bemächtigte sich ihrer, wenn sie die bekümmerte edle Mutter auch nur auf eine Stunde verließe. Wo der Mensch nicht entscheidet, wenn er in seiner Wahl schwankt, schreitet die Stunde einher, die ihn auffordert, seiner Wahl zu entsagen, und sich dem Machtgebote des Augenblicks ohne Wahl zu fügen. (Fortsetzung folgt.)

Mannigfaltiges.

Aus Köln schreibt man: „Gestern Nachmittag (11. Febr.) hatten wir ein eigenes Schauspiel. Der Gesundheitsapostel Ernst Mahner hatte angezeigt, er werde um 3 Uhr vom Bayenthurme bis nach Mühlheim schwimmen oder auf einer Eisscholle hinunter steuern. Man hielt die Anzeige für einen Carnevalsscherz: es zeigte sich jedoch, daß es Ernst war, denn Mahner schwamm wirklich vom Bayenthurme ab, eine Eisscholle vor sich herstoßend, auf die er sich zuweilen setzte und auf der er auch, Angesichts der Stadt, eine Flasche Wein leerte. Er schwamm bis weit unterhalb der Stadt, wo er frisch und gesund ans Land stieg. Seine Urgesundheitslehre wird durch solche Proben wohl Anhänger finden, da er bisher durch seine Vorlesungen noch wenig Jünger gewonnen hat."

Glasbrenner erzählt in seinem Volkskalender, in Galizien sey eine Frau mit Drillingen niedergekommen und alsbald mit den Kindern arretirt worden, weil Volksversammlungen verboten seyen.

Der bekannte Componist Vogel in Paris, Verfasser der Oper Demophon, liebte den Trunk leidenschaftlich, und dieß zog ihm seinen frühen Tod zu, denn er ward nur 32 Jahre alt. Einst besuchte ihn ein guter Freund, und findet das Piano mit einem Heer von Bouteillen besetzt. Er nimmt ihn darüber etwas ernstlich mit. Statt aller Antwort spielt Vogel ihm ein Stück von seiner Composition voll Feuer und Kraft vor. Der Freund verliert sich in Bewunderung. — „Nun, was meinen Sie, he?" ruft Vogel aus, „kann man wohl solche Musik mit Limonade setzen?"

Digitized by Google

Orleans, da der erstere die Regentschaft nicht annahm. Die Herzogin war schon auf dem Weg nach der Abgeordnetenkammer um den Verfassungseid zu leisten, als die radicale Partei auf dem Stadthaus die Gewalt an sich riß und eine provisorische Regierung errichtete. Jetzt soll der König in Neuilly seyn. Sein Thron wurde auf den Bastilleplatz getragen, um dort verbrannt zu werden. Das Ministerium des Auswärtigen ist vom Volk hôtel du peuple getauft. Auch dort war die Menge eingedrungen, und hatte die Papiere zerstreut. Eine feste Form hatten die Verhältnisse noch nicht gewonnen. Die Kammer bestand noch, wagte es aber nicht die Regentschaft der Herzogin von Orleans anzuerkennen. So ist es also doch noch möglich, daß man sich zu einer constitutionellen Regierungsform vereinigt. Die telegraphische Depesche, welche um 8½ Stunden jünger als diese Briefe, nennt die Namen der drei extremen Männer Marrast, Flocon und Albert nicht. (A. Z.)

Paris, 24. Febr. Der Wiederbeginn des Aufstandes am 24. wurde dadurch herbeigeführt, daß, nachdem am 23. Alles erfreut war über den Rücktritt Guizots, am 23., Abends 10 Uhr, am Ministerium des Auswärtigen auf einen vorbeiziehenden Volkshaufen von den dort aufgestellten Linientruppen geschossen wurde, wodurch 52 Menschen fielen. Nun trug man die Leichname durch alle Stadttheile, Barricaden wurden errichtet, und der Kampf begann auf's Neue.

Straßburg, 26. Febr. Die ganze Stadt ist Samstag im Laufe des Tages mit dreifarbigen Fahnen geschmückt und Abends festlich beleuchtet gewesen. Seit 1830 ist keine Beleuchtung mehr so allgemein gewesen. Der Präfect (Sers) hat sich diesen Abend nach Kehl übergesiedelt. (Schw. Mkr.)

Straßburg, 27. Febr., 3 Uhr Nachmittags. Telegraphische Botschaft. Paris, 25. Febr. Der Minister des Innern an die Herren Präfekten. Die republikanische Regierung ist gebildet. Die Nation wird berufen werden, der Constitution ihre Sanction zu geben. Sie haben die nöthigen Maßregeln zu ergreifen, um der Regierung die Mitwirkung der Bevölkerung und die öffentliche Ruhe zu sichern. Geben Sie mir so schnell als möglich Nachricht über die Stimmung der Gemüther und theilen Sie mir die von Ihnen gemachten Verfügungen mit.

Paris, 25. Febr., um 2 Uhr Nachmittags. Der Kriegsminister an die Generallieutenants. „Im Namen der provisorischen Regierung ist der Generallieutenant Subervic Kriegsminister; er befiehlt den Generallieutenants, Commandanten der Militärdivisionen und Unterdivisionen, auf ihrem Posten zu bleiben, die Revue der Truppen zu passiren, die Disciplin und die Ordnung in allen Corps der Armee aufrecht zu erhalten." (A. Z.)

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 26. Febr. Bayerische 3½pCt. Obligationen 90 P., 89½ G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 660 P., 657 G. Promessen per Stück Agio 71 P., 67 G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 102 P., — G.; 4pCt. 89 P., — G.; 3pCt. 64 P., — G. Bankactien 1. Semester 1560 P., — G. Württembergische 3½pCt. Obligationen — P., 89 G. Darmstädter 50 fl.-Loose 74 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 56 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½pCt. Obligationen — P., 89 G.

Frankfurt, 26. Febr. Metall. 5pCt. 93; 4pCt. 85⅝; 3pCt. 62; Bankactien 1890; Taunus-Eisenbahn-Actien 353; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 50⅞; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 82; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Wien, 25. Febr. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 99½; zu 4pCt. in CM. 83; zu 3pCt. in CM. 60; Bankactien per Stück 1510; Nordbahn 119½.

Amsterdam, 24. Febr. 2½pCt. 53⅛; 3pCt. 64⅝; 4pCt. 83⅛; Synd. 3½pCt. 82⅛; Handels-Maatschappy 161⅛; Ard. 15 7/16; port. 3pCt. 26 11/16; 5pCt. Metall. 93⅛.

Paris, 23. Febr. 3pCt. 73 Fr. 70 C.; 5pCt. 116 Fr. 10 C.

London, 23. Febr. Consols 88⅞.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag, 29. Febr.: „Eine Familie", Original-Schauspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Edictalcitation.

(Verlassenschaft der Weinwirthstochter Clara Kiem betreffend.)

(2b) Durch Testament der Clara Kiem, Weinwirthstochter von München, ist dem Localarmenfonde dahier ein Capital von 400 fl. anliegend bei der kgl. Staatsschuldentilgungs-Special-Casse Cataster-Nro. [illegible]; älteres Landanlehens-Capital, à 2½ pCt. verzinslich, Zinszeit 18. Juni, vermöge Hofzahlamtsurkunde Sr. Churfürstlichen Durchlaucht Karl Albrecht vom 18. Juni 1740, auf dem Mathias Khümb, Rath und Weingastgeber hier, lautend, welche nach dessen Tod auf seine Tochter M. Klara Kiem überging, am 16. Febr. 1750 auf Letztere liquidirt, und dieser der Einantwortungsbrief der Stadt München am 13. August 1751 hierüber übergeben worden ist, vermacht worden.

Da nun die Original-Schuld-Urkunde über jenes Capital zu Verlust gegangen ist, so werden auf Antrag des hiesigen Armenpflegschaftsrathes unbekannte Inhaber derselben aufgefordert, dieselbe binnen 6 Monaten um so gewisser bei dem unterfertigten Gerichte zu produciren, und ihre allenfallsigen Rechte hierauf geltend zu machen, als dieselbe außerdem nach Umfluß des Termines für kraftlos erklärt werden würde.

Beschlossen am 18. Juni 1847.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.
Gr. v. Paumgarten.

Bekanntmachung.

2283. (2b) Auf Antrag eines Hypothekgläubigers wird das den bürgl. Malersehegatten Franz Paul und Franzisca Neumaier dahier gehörige Haus Nro. 1 an der St. Anna-Gasse hiemit dem öffentlichen Zwangsverkaufe untergestellt.

Dasselbe ist mit dem Erdgeschoße 4 Stockwerke hoch, mit einem gewölbten Keller und kleinen Hofraum versehen, im guten baulichen Zustande, auf 28,000 fl. gewerthet, dagegen mit 5000 fl. Ewiggeld-Kapital und 25,245 fl. 46 kr. Hypotheken belastet.

Zur Vornahme der erstmaligen Versteigerung ist auf
Mittwoch den 26. April 11 — 12 Uhr
Termin im Geschäftszimmer Nro. 21/1 angesetzt, wozu besitz- und zahlungsfähige Kaufsliebhaber unter dem Bemerken geladen werden, daß der Zuschlag durch das Erreichen des Schätzungswerthes bedingt ist.

München, den 15. Februar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der königl. Director:
Barth.
Bach, Rechtspr.

Bekanntmachung.

2282. (3c) Auf Antrag der Erben wird das zum Rücklasse des Privatiers G. Heberr gehörige Haus Nro. 12 an der Theaterstraße dem öffentlichen Verkaufe unterstellt.

Dasselbe ist einschlüssig des Erdgeschosses 4 Stockwerke hoch, mit 2200 fl. Ewiggeld-Kapital und 300 fl. Hypotheken belastet, und gerichtlich auf 5500 fl. geschätzt.

Steigerungstagsfahrt findet
Mittwoch den 1. März h. Js. Vormittags 10 — 12 Uhr
im Commissionszimmer Nro. 22/1 statt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß der Zuschlag nach erfolgter Genehmigung des Meistgebotes durch die Erben stattfindet.

Den 14. Febr. 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.
Stengel.

Bekanntmachung.

Die Gasbeleuchtung in München betreffend.

Um Anfragen zu begegnen, ob die Einführung der Gasbeleuchtung in München auf dem Wege der Submission, sohin unter durchaus unveränderter Beibehaltung des gedruckten Bedingniß-Heftes, oder auf dem Wege weiteren Uebereinkommens den sich meldenden Unternehmern überlassen werde, wird bekannt gegeben, daß die Bekanntmachung vom 17 December v. Js. unter dem Ausdrucke „Accord" den Weg des Uebereinkommens oder Vertrages als den einzuschlagenden bezeichnet habe.

Aus Anlaß dieser Bekanntmachung wird auch die Anmeldungsfrist bis zum 31. März d. Js. einschlüssig verlängert.

Am 22 Februar 1848.

Der
Magistrat der königl. Haupt- und Residenzstadt München.
Bürgermeister:
v. Steinsdorf.
Lachmayr,
Secretär.

2290. (3c)

Bekanntmachung.

2291. (3b) Auf Andringen eines Hypothekgläubigers hat man das Anwesen der Bauersehelente Ignaz und Margaretha Maier zu Reichling dem gerichtlichen Zwangsverkaufe unterstellt und demnach zur öffentlichen Versteigerung auf Donnerstag den 8. Juni d. Js. Vormittags 9 Uhr im Gasthause zu Reichling Termin anberaumt.

Das Anwesen, auf welchem eine frühere Besitzerin das Wohnungsrecht und einen Naturalauszug im jährlichen Anschlage von 70 fl. zu suchen hat, besteht aus dem Wohnhause nebst Oeconomiegebäuden, Stallung und Hofraum, ferner aus 94 Tagw. 73 Dez. Aecker, Wiesen und Waldungen, ist zum k. Rentamte grundbar, entrichtet 8 fl. 49 kr. einfache Rusticalsteuer, 4 kr. Häusersteuer, ferner jährlich zum k. Rentamte Schongau an Scharwerkgeldern, Handlohnfixum, Maierschaftsfristen, Stift, Grundzinsen und andern Lasten 38 fl. 37 kr. 2 hl., zur Pfarrkirche Reichling 20 kr. Wachsgilt, dem Meßner daselbst eine Garbe Kersen und Haber und einen Laib Brod 2c. 2c., und ist gerichtlich auf 7205 fl. taxirt.

Kaufsliebhaber werden zur Versteigerung mit dem Bemerken eingeladen, daß der Zuschlag nach § 64 des Hypotheken-Gesetzes und §§. 98 bis 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 geschehe, und daß dem Gerichte unbekannte Käufer sich über Vermögen und Leumund durch Vorlage legaler Zeugnisse auszuweisen haben.

Die näheren Verkaufsbedingungen werden bei der Versteigerungstagsfahrt bekannt gegeben, woselbst auch — sowie bis dahin im Amtszimmer des k. zweiten Assessors die nähere Beschreibung des Gutes, sowie das Taxations-Protokoll zur Einsicht aufliegen wird.

Schongau den 15. Februar 1848.

Königliches Landgericht Schongau.
Frhr. v. St. Marie.

Local-Veränderung.

2293. (3b) Mein Geschäfts-Local ist nun im mittleren Laden in meinem Hause

Rosengasse Nro. 10.

Ich beschäftige mich wie bisher mit Geld-Wechsel, Ein- und Verkauf von

Staatspapieren, Lotterie-Loosen, Actien,

und allen in diese Fächer einschlagenden Gegenständen,

Producten & Rauchwaaren.

Auch besorge ich die **Arrosirung** der **Bayerischen 3½procentigen Obligationen** auf beliebige Weise und unter den billigsten Bedingungen.

Salomon Rau,
Rosengasse Nr. 10.

Für die durch Brandunglück in Kemnath Heimgesuchten sind an Beiträgen eingegangen:

Uebertrag	73 fl. 36 kr.
Den 28. Febr. von S. L. R.	1 fl. — kr.
Summe	74 fl. 36 kr.

Um weitere mildthätige Beiträge wird dringend gebeten.
Expedition der Münchener politischen Zeitung,
Kaufingergasse Nr. 2.

Nr. 52.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir (Knödel-Gasse Nro. 2); auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 3 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Mittwoch — XLIX. Jahrgang. — 1. März 1848.

An die verehrlichen Leser der Münchener politischen Zeitung.

Da mit dem Monat März das Abonnement auf die „Münchener politische Zeitung" für das erste Quartal von 1848 zu Ende geht, so ersuchen wir Neueintretende, ihre Bestellungen für die Stadt bei der unterzeichneten Expedition, Auswärtige aber bei dem nächstgelegenen resp. Postamt zeitig zu machen, damit wir mit vollständigen Exemplaren dienen können.

Die politische Ausstattung des Blattes wird auch weiterhin nach den verlässigsten und reichsten Quellen eine möglichst vollständige seyn. Von Sonntag den 5. März ab wird die politische Zeitung auch jeden Sonntag ausgegeben werden, demnach fortan täglich erscheinen. — Dem Feuilleton wird auch weiterhin durch Originalerzählungen ernsten und heiteren Inhalts und durch mannigfaltige Skizzen aus dem Leben die größte Sorgfalt gewidmet werden. — Die neuesten gediegensten Erscheinungen auf dem Gebiete der Literatur sollen unter der Rubrik „Bücherschau" eine schnelle und gründliche Besprechung finden.

Inserate jeder Art werden bei mäßiger Einrückungsgebühr unverzüglich aufgenommen. Briefe und Gelder werden portofrei erbeten.

München, den 1. März 1848.

Expedition der Münchener politischen Zeitung.
(Knödel-Gasse Nro. 2)

Deutschland.

Bayern.

*München, 28. Febr. Die Redemptoristen haben bei Sr. Majestät eine Audienz gehabt, um die Rücknahme ihrer Entfernung zu erwirken, wurden jedoch von Sr. Majestät abschlägig beschieden. Von Unruhen in Altötting in Folge dieser Ausweisung hat man hier vielfach gesprochen; wir können aus guter Quelle versichern, daß solche nicht vorgefallen sind; im Gegentheile war die Wallfahrt nach genanntem Orte in letzterer Zeit viel geringer als sonst; und wenn man dieß auch theilweise dem verminderten Wallfahrtsgeiste zuschreiben muß, mag doch auch die Strenge der Redemptoristen im Beichtstuhle auch das Seine dazu beigetragen haben.

Dem Vernehmen nach wäre bereits Befehl nach Landau ergangen, die Festung auf den Kriegsfuß zu stellen. Jedenfalls werden alsbald diese Anordnungen an alle westlichen Festungen ergehen. Mag die republikanische Regierung in Frankreich Dauer versprechen oder nicht, immerhin wird der heißaufgeregte Geist der Nation die Wogenschläge nur zu bald über die Gränzufer treiben, gegen Italien wie gegen Deutschland hin. Kein Denkender wird von diesem Vorgefühl nicht erfüllt seyn. (A. Z.)

Wie man aus dem „Züricher Tagblatt" ersieht, ist die „Gräfin Marie v. Landsfeld mit Gefolge" in Zürich angelangt.

Württemberg.

Stuttgart, 25. Febr. Ihre königl. Hoh. die Frau Prinzessin Katharina, Tochter Sr. Maj. des Königs, Gemahlin des Prinzen Friedrich, k. Hoh., ist heute Abend von einem Prinzen glücklich entbunden worden.

Baden.

Karlsruhe, 26. Febr. (XXX. Sitzung der zweiten Kammer.) Der Präsident zeigt an, daß die erste Kammer nach seither stattgefundenen Berathungen den durch die Regierung vorgelegten Gesetzesentwurf über die Verpflichtung der Badener zum Kriegsdienst angenommen habe, und daß er sonach für den schnellen Verausdruck der betreffenden Mittheilung Behufs der ebenfallsigen Berathung in dieser Kammer sorgen werde. — Ebenso habe die erste Kammer den Gesetzesentwurf wegen Eingehung von Ehen, von Staatswegen bei kirchlichen Hindernissen angenommen und sey der an sie gelangten Adresse wegen des Gesetzentwurfs über Verzinsung der Pfarrcompetenz und Pfarrzehntablösungscapitalien durch die Amortisationskasse beigetreten. Hierauf führt die Tagesordnung zur Berathung des Budgetcommissionsberichts über die Rechnungsnachweisungen des Justizministeriums für die Finanzperiode 1844 und 1845, den Hecker über Titel 1, 2 und 3, Weller aber über Titel 4, 5 und 6 erstatteten. Die Anträge gehen dahin: Die Ausgaben Titel 1. Ministerium mit 45,243 fl. 11 kr., Titel 2. Oberhofgericht mit 109,380 fl. 36 kr., Titel 3. Hofgerichte mit 284,416 fl. 50 kr., für gerechtfertigt zu erklären, v. Itzstein und Hecker erklären, daß sie der neuen Gerichtsverfassung nicht eher ihre Zustimmung geben werden, als bis das Institut der Geschwornengerichte darin aufgenommen ist; sie führen dies näher aus und erwarten noch auf dem gegenwärtigen Landtage eine dießfällige Regierungsvorlage. Zu Titel IV., V. und VI. werden die Anträge gestellt: die Einnahmen der Strafanstalten mit 200,295 fl. 58 kr. und die Kosten mit 111,343 fl. 9 kr., den Aufwand der Rechtspolizeiverwaltung mit 749,771 fl. 4 kr., sodann den eigentlichen Staatsaufwand für die Straf-Anstalten mit 228,595 fl. 1 kr, sowie endlich den außerordentlichen Etat für dieselben mit 153,459 fl. 24 kr. und zwar für die Jahre 1844 und 1845, für gerechtfertigt zu erklären. Sämmtliche Anträge werden nach kurzen Berathungen von der Kammer angenommen. Hierauf erfolgte die Berathung über Reichenbachs Budgetcommissionsbericht über die Vergleichung der Budgetsätze mit den Rechnungsnachweisungen 1844 und 1845 die Badanstaltenverwaltung betreffend. Hier beschwert sich die Commission hauptsächlich darüber, daß die Regierung jene Summe, welche sie zur Unterstützung anderer Heilquellen im Lande, außer Baden selbst, verlangte, und welche von der Kammer auch noch erhöht wurde, nicht verwendet habe, stellt aber dessen ungeachtet den Antrag: die Einnahmen mit 116,483 fl. 32 kr. und die Ausgaben mit 59,620 fl. nicht weiter zu beanstanden. Der Commissionsantrag wurde angenommen und die Sitzung geschlossen. (Schw. Mk.)

Preußen.

Provinz Schlesien. Am 23. Febr. starb in Breslau der außerordentliche Professor der deutschen Literatur an der dortigen Universität, Dr. Jacobi.

(Schl. Z.)

Schleswig-Holstein.

** Kiel, 22. Febr. Gestern Abend sind die Einberufungschreiben an die städtischen Abgeordneten, um zur wirklichen Vornahme der Wahl von Mitgliedern für die Versammlung der erfahrenen Männer zusammenzutre-

---

Die Allerheiligen-Nacht im Jahre 1805.

(Eine Novelle aus A. Büssel's ungedrucktem Nachlasse.)

(Fortsetzung.)

So schwankte das Leben im Hause des Herrn v. S . . . immer zwischen Ebbe und Flut. Wie ein kühner Steuermann harrte der glühende Patriot am Strande: es riß ihn hinaus in die bewegte, gefahrvolle See. Wo die Woge sich am höchsten thürmt, wo sie schäumend den Gipfel des Felsens überfluthet, wo es in die grauenvolle Tiefe hinuntergähnt, und die Barke wieder emporschleudert und hinaufschaukelt über ein Wellengebirge, da schlug ihm freudig das Herz. Noch steht er nicht unmittelbar an der Spitze der Schützen, aber er ordnete mittels kluger Befehle die Vertheidigung, beseelte durch sein mitgetheiltes Wort, durch seinen Namen, durch seinen Ruf die Kämpfer, die dem Erbfeinde Deutschlands das Verderben schworen und ihn am Eingange ihrer Engpässe erwarteten. Zwischen dem Schützencorps und seinem Hauptanführer wechselten von Stunde zu Stunde fliegende Elboten, die ihm genau immer rapportirten und vom Stand der Dinge Kenntniß gaben. Er übertrug nun dem ersten Nebenbeamten die Leitung der Amtsgeschäfte und die Aufrechthaltung der Ordnung.

„Vertreten Sie mich," sagte er zu G . . ., „während meiner Abwesenheit. Ich lege in Ihre Hände das Amt. Sie genießen das Vertrauen der Einwohner. Führen Sie eine gute Polizei. Die Rechtshändel ruhen für mehrere Tage. Wir beendigen einen großen Proceß an der Grenze — dort findet seine Execution statt. Ich übergebe Ihrem Schutze meine Familie. Muntern Sie meine Gattin auf! Meine Töchter fahren nach dem Strud, ich kann und will es nicht verweigern. Das zarte Geschlecht paßt nicht zu solchen Stürmen, wo die rohen Kräfte sich messen, und nur Mann dem Manne gegenüber gestellt sich zu vertilgen strebt. Ich sorge nur für das Aeußerste. . . . Ganz Tirol steht in Waffen! Seine Berge und seine Schützen werden auch diesmal Trotz bieten. Die Franzosen mögen es versuchen, uns anzugreifen. Alle Eingangspunkte sind vertheidigt. Oesterreichische Truppen stehen auch uns zur Seite! — Der neue Kaiser der Franzosen wirft Deutschland und seine Berge nicht so leicht über den Haufen, um seinen Fuß wie auf eine Erdscholle darauf mit stolzem Hohn zu setzen, und im Triumphe den zermalmten Völkern frech ins Antlitz zu rufen: ich zertrete euch, wenn ihr euern Nacken meinem Adler nicht krümmt."

So sprach er, ruhig im Amtszimmer auf und abschreitend, während G . . . bedenklich den Kopf schüttelte und schwieg.

„Ich merke," fuhr v. S . . . fort, „Sie mißbilligen meine patriotische Wärme. Sie bleiben ungerührt, kalt und gleichgültig, während mir das Herz schlägt und der Kopf glüht-

ten, hier eingetroffen. Dieselben sind zum 13. März nach Itzehoe eingeladen. Ob auch die übrigen Wähler Holsteins zu demselben Tage berufen sind, ist uns noch unbekannt. — Gestern Morgen früh ist der Herzog v. Glücksburg nach Kopenhagen gereist, um einer gestern erhaltenen Einladung zufolge den Begräbnißfeierlichkeiten am 25. und 26. d. M. in Kopenhagen und Roeskilde beizuwohnen. Ohne Zweifel werden also auch der Herzog und der Prinz von Augustenburg dabei gegenwärtig seyn. (H. C.)

Freie Städte.

Frankfurt, 26. Febr. In Folge der Nachrichten aus Paris von der Abdankung des Königs u. s. w. war die Börse heute in großer Bewegung, da niemand auf Ereignisse so ernster Natur gefaßt war. In der ersten Bestürzung wurden sowohl österreichische Papiere als Eisenbahnactien und andere Effecten um 2 bis 3 pCt. unter dem gestrigen Corse ausgeboten. Der Umsatz war verhältnißmäßig gering, da man vor allem die Berichte über die Pariser Börse vom 24. d. abwarten will; sollten diese jedoch ungünstig lauten, dann ist eine Krisis zu fürchten, welche für die Börsen, die sich kaum von den Wirkungen der letzten Fallimente erholt, von traurigen Folgen seyn kann. In politischer Beziehung scheint man besonders die Rückwirkung der letzten Pariser Ereignisse auf Italien zu besorgen. (A. Z.)

Oesterreich.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" läßt sich aus Berlin schreiben, es sey dort aus Wien die sichere Nachricht eingetroffen, die gesammte kaiserliche Familie habe zur Deckung der Finanzbedürfnisse 100 Millionen Gulden von ihrem Privatvermögen zur Verfügung des Finanzministeriums gestellt.

Wien, 23. Febr. Der niederösterreichische Landtag soll am 10. März hier zusammentreten, und ein Theil der ständischen Mitglieder ist entschlossen, mehrere wichtige Anträge zu stellen, namentlich in Bezug auf Erweiterung der Repräsentation des Bürgerstandes und zu Gunsten der Preßfreiheit wobei ihnen die Majorität gesichert scheint Aber auch in den höchsten Regionen hat sich die Auffassungsweise ständischer Fragen sehr geändert, und man scheint gegenwärtig geneigt zu seyn, den Wünschen und Bedurfnissen der deutschen Provinzen Rechnung zu tragen, wobei der Einfluß der politischen Zeitstellung unverkennbar ist. (C. v. u. f. D.)

Wien, 25. Febr. Die aus Venedig gekommene Deputation, an deren Spitze Fürst Giovanelli und der Podestà Graf Correr steht, ist hier von Seite des Hofs und Ministeriums mit vieler Auszeichnung behandelt. Fürst Giovanelli hatte sogleich nach seiner Ankunft eine lange Unterredung mit dem Fürsten Metternich, worauf er alldort der Tafel beiwohnte. Dienstag begab er sich zu Sr. Maj. dem Kaiser und den Erzherzogen, und es heißt Mittwoch und Donnerstag hätten bereits die Schlußconferenzen über die Adresse der venetianischen Congregation stattgefunden. Wie dem auch sey, es ist jedenfalls sicher, daß hierüber vor der Rückreise der Deputation etwas näheres bekannt wird. Die Gerüchte über Concessionen des Ministeriums dauern indessen fort und setzen jetzt schon jeden Vaterlandsfreund in die freudigste Aufregung. Unermeßlich wäre der Jubel, wenn sie sich bewähren, und man kann sagen, wie mit einem Zauberschlage wäre die Krisis, in welche wir gerathen, gelöst. (Augsb Abdz.)

Wien, 25. Febr. Aus Italien kommen von allen Orten Nachrichten von ausgebrochenen Revolutionsscenen. Zu Bergamo soll Blut geflossen seyn; zu Cremona waren Unruhen im Theater, und man warf aus den Logen ins Parterre auf die Officiere; zu Piacenza wurden im Theater Verhaftungen vorgenommen, und man fand bei mehr als zwanzig der Verhafteten geladene Pistolen, bei einem sogar einen kurzen Doppelstutzen verborgen. Man fürchtet sehr, daß nur noch ein geringer Anlaß dazu gehöre, um in Mailand furchtbare Scenen herbeizuführen. Ein Attentat, eine Verwundung eines höheren Officiers, oder gar des Feldmarschalls Radetzky würde hinreichen alle Bande zu lösen. Denn Ordnung und Disciplin werden nur noch mit der größten Mühe erhalten, und jedermann muß einsehen, daß gegen solche fortgesetzte und wiederholte Anreizungen die Moralität des gemeinen Soldaten nicht auf die Länge verbürgt werden kann. Dem General Bianchi soll die Stelle des Hofkriegsrathspräsidenten angetragen und ein Courier deßhalb an ihn abgefertigt worden seyn. (A. Z.)

Italien.

Rom, 21. Febr. Der Communalrath von Bologna hat auf Betrieb des Marchese Carlo Bevilacqua eine Adresse an Pius IX. gerichtet, in welcher man in bündigen und doch sehr ergebenen Ausdrücken um eine Constitution bittet. Sie nimmt Bezug auf das Edikt vom 10. Febr. und ist vom 18. d. datirt. Aus den andern Provinzen werden ähnliche Adressen erwartet, und Rom wird eine Eingabe in gleichem Sinn zu machen kaum unterlassen dürfen. Möglicherweise dürfte früher noch als dieß geschehen kann, ein Resultat der Berathungen veröffentlicht werden, welche die dazu eingesetzte Congregation gepflogen hat. Schon gestern glaubte man einer Bekanntmachung, einigen zufolge sogar der Promulgation entgegensehen zu dürfen. Unterdessen wird wieder viel von Mobilisirung der Truppen und Aufstellung von Observationskorps gefunkert.

In Mailand — und wohl in der ganzen Lombardei — wurde das vom 22. Febr. datirte kaiserliche Decret des Standrechts verkundet. Es enthält eine lange Reihe der allerstrengsten Bestimmungen. Das Dekret — an allen Straßenecken angeschlagen — soll ungeheuere Sensation in Mailand gemacht haben. (A. Z.)

Frankreich.

Auch die Pariser Post vom 25. Februar ist ausgeblieben.

Paris, 24. Febr. Es ist 1 Uhr in der Nacht. Was morgen das Schicksal über Paris verhängen wird, steht bei dem, der Alles weiß, aber die Stunde ist verhängnißvoll, und jeder Augenblick kann die Entscheidung herbeiführen. Ob ich morgen, d. h. heute früh und während des Tages Zeit und Ruhe finden werde, um Ihnen zu schreiben, darf ich kaum hoffen, lassen Sie mich Ihnen daher mit raschen Zügen, wenn auch verworren, berichten, wie meine Eindrücke und Gefuhle sich durchkreuzen. Gegen Mitternacht kam ich durch die Rue Montmartre nach dem Boulevard gleiches Namens. Hinter mir, von der Gegend des Hotel de Ville her, wie mir dünkte, hallte dumpf die Sturmglocke, vor mir ein ordnungslos wandelnder Zug, der einem Wagen mit zwei Pferden folgte. Die Führer des Wagens, der ein flacher Packkarren der Eilwagenanstalt war, saßen zu Pferde, der Karren ging im Schritt, mit düstern Fackeln umgeben, und bei seinem Herannahen entblößten alle Umstehenden das Haupt: es waren die Todten, die von ihren Cameraden nach dem Hotel de Ville gebracht wurden. Ich berichte mit dürren, kalten Worten, der Eindruck war unbeschreiblich. Also Barricaden und Todte um diese Stunde? Also dauert der Kampf fort, also war der Jubel dieses Nachmittags nicht das fröhliche Ende der Bewegung? Damit stehen Sie mitten in dem Drama das sich eben blutiger als je entfaltet, und das bereits zahlreiche und bedauerliche Opfer gefordert hat. In dieser Stunde knarrt und schallt es um uns her, die Barricaden entstehen wie von Zauberhand, ihre Zahl mag bereits einige Hunderte übersteigen, und das Blut fließt. Wie das so plötzlich gekommen? Eigentlich nicht plötzlich; der Kampf hatte kaum ganz aufgehört, als er sich von neuem wieder entflammte. Nur wer Paris und seine Bevölkerung durch lange Erfahrung kennt, wird den gräßlichen Contrast verstehen, der in dem Raum einer Stunde liegt. Um 8 Uhr funkelten Millionen Lichter in den Straßen, Paris war erleuchtet wie nach einem großen denkwürdigen Siege. Während die Unschuldigen sich einer unverfänglichen Freude hingaben, sammelte sich neuer Zündstoff zu einem furchtbaren Brande. Die wahren Kämpfer in den fernen Stadttheilen, im Quartier St. Martin, in den Straßen Bourg l'Abbé, Transnonain, Beaubourg, Rambuteau, St. Martin und andere hatten die Waffen noch nicht niedergelegt, und sie wollten sie nicht niederlegen, weil ihnen keine beglaubigte, jedenfalls keine befriedigend scheinende Nachricht zugekommen war. Sie hatten sich in den Kampf begeben, um eines Rechts, eines Princips willen; man sagt ihnen, das Ministerium sey geändert, statt Guizot Molé am Ruder, und mit ihm Billault, Dufaure, Passy, Pelet de Lozère, Dode de la Brunerie u. s. w., lauter Namen, die beim Volke keinen Klang haben und von denen sie nur eines wissen: daß kein Einziger derselben für das Bankett, kein Einziger für die freie Vereinsbefugniß ist! Sie erinnerten sich des Jahres 1830, und dem Volke wollte bedünken, daß die Vorsicht vor Allem erheische, auf dem Schlachtfeld zu verbleiben und eine vollständigere Lösung abzuwarten. Unterdessen sehen sie sich nach Vorräthen für die Nacht um, nach Vorräthen nicht allein zum Leben, sondern nach Waffen und Munition. Eine Anzahl unter ihnen war bereits mit Flinten versehen, die sie hier den Wachtposten, dort der Municipalgarde, den Liniensoldaten abgenommen, theils auch in den Privatwohnungen erlangt, wenn Sie wollen, genommen hatten. In dieser Zwischenzeit nun der berathenden Ungewißheit und Vorbereitung ertönt ein Verrath und Jammerruf von dem Boulevard des Capucines her, wo Guizots Ministerium steht. Ein Zug, der nie aus dem Gedächtniß derer verlöschen wird, die ihn gesehen haben, bewegte sich von der Bastille nach der Madeleine herab, es waren viele, viele Tausende, Männer aus dem Volke, junge Leute von Stand und Studenten, Nationalgardisten und Officiere, mitten unter dem Haufen Liniensoldaten und Officiere, freundlich und versöhnt sich umfangend, singend, jubelnd, rufend: Vive la réforme, à bas Guizot, à bas le système! Voran eine Schaar mit Fackeln und einige Führer, denen der ganze Zug gehorchte. Sie gingen vor die Wohnung des National, dem sie eine Huldigung brachten, andere waren nach der Réforme gekommen, wo sie von dem Abgeordneten Ledru-Rollin und dem Pair d'Alton Shee angesprochen wurden. Als der Hauptzug des Boulevard vor dem Ministerium des Auswärtigen angelangt war, stieß er auf einen Trupp Liniensoldaten. Anfänglich ließ man das Volk durch, bald aber ward der Zug gehemmt und es fingen Unterhandlungen mit dem befehlhabenden Offi-

---

Sie sind der Mann der strengsten, gemessensten Regelmäßigkeit, und wandeln im sichern Geleise der Behutsamkeit. Sie meiden das Zuviel und das Zuwenig in Ihren Handlungen, und sind ohne Kampf mit dem Leben in die Jahre gerückt! — — — Mir überließen meine Ahnen ein heißes Blut und einen unersättlichen Drang, die Kreise des Lebens und Wirkens rastlos zu erweitern. Auf diese Locken fiel ein zu früher Winter, aber unter seinem unzeitigen Schnee treibt noch ein rascher Frühling Jugendblüthen. — Sie zählen achtundfünfzig Jahre — ich fünfzig, und welcher Unterschied in unsern Lebensansichten! Sie sind kleinmüthig, ich möchte diese Brust tausend Bajonetten entgegen halten. Sie scheinen mit dem Leben abzurechnen — und ich möchte sein großer Schuldner werden — ich borge von ihm große Capitalien, weil ich mich für fähig halte, ihm die schweren Zinsen abzutragen. Ich sehe wohl, ich mache einen Mißgriff, Ihnen meine Philosophie aufzudringen, und gebe mir vergebliche Mühe, die Flammen meiner Brust der Ihrigen mitzutheilen. — Sie tadeln mein Benehmen! Vielleicht haben Sie recht. Ich stehe handelnd zwischen Bruder und Bruder. — Ich huldige Jenem, auf dessen gesalbten Haupte mehrere Kronen glänzen. Meine Feinde — sowohl Jene, welche mit der Bajonettspitze agiren, als Diese, die mir täglich ins Antlitz schauen; brandmarken mich mit dem Namen eines Verräthers. Ich bot die Hand, um von diesem Thale die Legionen des französischen Kaisers abzuwehren, der in seinem Uebermuth Deutschlands Throne in die Tornister seiner Grenadiere stecken möchte, und setze meine Existenz, mein Leben und meine Familie aufs Spiel. Ich gab mein Wort — ich habe mich freiwillig gefesselt, ich darf nur vorwärts und nicht mehr rückwärts schauen. — — Ich verwickelte mich mit meiner Familie in einen schmerzlichen Zwist — meine Frau ist tief bestürzt, aber sie findet sich nun in die Nothwendigkeit und erwartet mit mir entschlossen die Entscheidung. Was würden Sie an meiner Stelle thun? — Wir theilten unsere Pflichten, aber unsere Wege laufen seit heute Morgens weit auseinander. Jeder von uns Beiden folgt seinem gewählten Banner. Oesterreichs Doppeladler vertragen keinen Doppelsinn, aber zwei mächtig wirkende Kräfte — Kopf und Herz." —

„Ich habe im Stillen," erwiderte G . . . „Ihren zu raschen Eifer getadelt und Sie sogar bedauert. Wenn Ihnen das Blut noch so heiß wallt, und mir, wie Sie meinen, in den Adern zu stocken anfängt, so klagen Sie nur die Natur an. Sie sind ein geborner Feuergeist — ich, der Proletarier — schöpfte mein Leben aus einem kühleren Elemente. Ihnen gibt die Geburt Vorrechte, mir meine amtliche Stellung nur Gesetze und Pflichten. Sie sind der Verstand des Amtes, und verantworten Alles, was Sie über seinen Kreis hinaus thun. Sie verwickelten sich in Verhältnisse, die nur der Augenblick zu lösen vermag. Auch ich bin ein warmer und treuer Anhänger der großen deutschen Sache und des Kaisers; auch ich hasse die französische Revolution und was sie ausgeboren hat — — —, und sehe nur mit Entsetzen einer Zukunft entgegen, die alles Bestehende — die Deutschlands Glück

cier an. Unter den Wortführern und den Vordersten einer war ein Unterofficier der Nationalgarde, der dem Commandanten der Linie vorstellte, daß der ganze Zug unbewaffnet und von der unverfänglichsten Natur sey, das Volk wolle seine Wanderung fortsetzen und hier rufen, wie es anderwärts ungehemmt gerufen habe. Da fällt plötzlich unversehens ein erster Schuß, und darauf ein Pelotonfeuer der Linie auf die geballte Menge, fünfzig, sechzig nach den einen, eine größere Zahl nach den andern stürzen zusammen, etwa fünfzehn, um nie wieder aufzustehen, darunter der Unterofficier der Nationalgarde, eine bedeutende Zahl mehr oder minder schwer verwundet, die übrigen stieben auseinander mit einem furchtbaren Wuth- und Racheschrei! Aux armes, hallt es über die Boulevards wieder, und die Nationalgarde selbst ergießt sich in Verwünschungen gegen dieses unverzeihliche, unangekündigte Gemetzel, dem auch nicht die geringste gesetzliche Aufforderung vorausgegangen war. Welche Wirkung diese Nachricht, die sich wie ein Blitz nach allen Winden verbreitete, in den ohnehin argwöhnischen Gemüthern hervorbrachte, mögen Sie sich denken, alles was kampfbereit war, strömte zu den Barricaden und nach seinem Stadttheile. Während ich nach Mitternacht über den Boulevard Montmartre und Bonne nouvelle ging, sah und hörte ich, wie die Barricaden in der Straße Montmartre, in der Rue Jocquelet, auf dem Boulevard Montmartre selbst, am Eingang der Vorstadt Montmartre und der Rue Bergère errichtet wurden; andere in den Straßen Vivienne und Richelieu und alle angrenzenden; Wagen, Balken, Steine, Eisen, Geländer und Thore, alles und jegliches wurde dazu verwandt, und ich konnte mit eigenen Augen gewahren, was man die harten Zähne des Pariser Volkes nennt. In einem Nu war z. B. vor dem Hotel der Familie Delessert, in der Rue Montmartre, die schwereiserne Einfassung des Eingangsthores zerbrochen, als ob es Glas wäre, zwei Wagen, die gerade vorbeifahren, stürzte man um, das Pflaster ward aufgerissen, und ehe 5 Minuten vergingen, hatte das Ding schon ein Ansehen. Eine Patrouille der Nationalgarde kam hinzu, der Officier näherte sich den Werkmeistern und redete ihnen mit freundlichen Worten zu, aber sie erwiederten ihm: on assassine le peuple, il faut le venger! Gleichwohl ließen sie es zu, daß man die Wagen wieder aufstellte, und die Kutscher glaubten schon, daß sie mit geretteter Habe abziehen könnten. Unterdessen aber hatte sich die Patrouille entfernt, offenbar wollte sie keinen Kampf, und alsbald lagen die Wagen wieder auf der Flanke. Beinahe in demselben Augenblick sah ich einige Liniensoldaten in kläglichem Zustande, man hatte ihnen glimpflich ihre Musketen und ihre Munition abgenommen und sagte ihnen mit wohlwollender Beschwichtigung: allez allez, camarades, tranquillement chez vous, voilà votre chemin! Und sie gingen. Auf später die Episoden, große, rührende, tragische und lustige, wie sie in dem Volksdrama sich ereignen. (A. Z.)

Auch zu Amiens hat es am 23. Abends einige Ruhestörungen gegeben. Das Volk soll eine feindliche Bewegung gegen die Behörden gemacht haben, welche, in Folge der von Paris erhaltenen Befehle, Truppen nach der Hauptstadt abgeschickt hatten. Dort soll man ebenfalls einige Schienen der Eisenbahn aufgerissen haben, und man scheint zu fürchten, daß die Uferbevölkerungen diesem Beispiele an verschiedenen Puncten der Bahn folgen möchten.

Großbritannien.

London, 24. Febr. In der vorabendlichen Sitzung des Unterhauses hatte Hr. Anstey seinen tollen Antrag den Lord Palmerston wegen seiner Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten in Anklagestand zu versetzen gestellt; seine Rede ward oft bald von der Ungeduld, bald vom Gelächter des Hauses unterbrochen. Indessen Hr. David Urquhart unterstützte die Motion. Viscount Palmerston antwortete in ironischem Tone, der Sprecher ließ ihn aber seine Rede nicht zu Ende bringen, sondern vertagte die Verhandlung auf den folgenden Tag. Sie wird angesichts der furchtbaren Posten aus Paris, die am 24. Febr. Nachts nach London gelangen konnten, schwerlich zu Ende geführt worden seyn. Soweit die Nachrichten von dort reichten, wünschten die liberalen englischen Blätter den französischen Reformern Glück zu ihrer Mäßigung! Eines steht zu erwarten: — daß die Opposition der HH. Hume, Cobden und anderer Schutzredner des „ewigen Friedens“ gegen die Vermehrung der Waffenmittel des Landes vor dem aus Paris herüberschallenden vive la république rasch verstummt seyn wird.

In der vorgestrigen Sitzung des Oberhauses kamen mancherlei Uebelstände zur Sprache, welche bei dem britischen Geschwader vorherrschen, das zur Vertilgung des Sclavenhandels an den africanischen Küsten kreuzt. Die der Gesundheit nicht zuträgliche Bauart der Schiffe und das Klima kosten manches Menschenleben. Doch war das Haus allgemein dafür, die Verfolgung dieses Menschheitszweckes durchaus nicht aufzugeben. Im Unterhause gab der Kanzler der Schatzkammer nach, daß die Berathungen über die Kosten der Marine und Armee in öffentlicher Committeesitzung stattfinden. Mit den Anschlägen selbst aber zeigten sich viele unzufrieden. Hr. Cobden und andere behalten das Recht des Hauses vor, ohne Rücksicht auf die Committees, die Frage zu entscheiden, ob die See- und Landmacht überhaupt vermehrt werden solle. Die mit der Voruntersuchung beauftragten Committees wurden hierauf ernannt.

Neueste Nachrichten.

Der „Moniteur“ vom 25. Febr. enthält bereits die ersten Akte der provisorischen Regierung. Sie sind sämmtlich datirt vom Tag zuvor. 1) eine Proclamation der provisorischen Regierung an das französische Volk, erlassen im Namen des französischen Volks. Sie ist von den bereits bekannten Mitgliedern derselben unterzeichnet, welche die HH. Marrast, Louis Blanc, Ferdinand Flocon und Aubert zu Secretären hat. Es wird darin erklärt: „Die provisorische Regierung will die Republik, vorbehaltlich der Ratification durch das Volk, das unverweilt zusammenberufen werden soll. Die Einheit der Nation, künftig gebildet aus allen Bürgern, aus welchen sie besteht, die Regierung der Nation durch sich selbst, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit als Principien, das Volk als Losungswort und Wahlspruch — das ist die demokratische Regierung, die sich Frankreich selbst schuldig ist und die unsere Anstrengungen ihr sichern sollen. 2) Eine Proclamation derselben provisorischen Regierung im Namen des französischen Volks an die Nationalgarde, der Dank des Vaterlandes für ihre bruderliche Vereinigung mit dem Volk. Jetzt gehören alle Bürger zur Nationalgarde. 3) Eine Bekanntmachung in Betreff der Vertheilung der Portefeuilles. Neu sind die Ernennungen des Hrn. Michel Goudchaux (Israelite) zum Finanzminister, Bedeau für den Krieg, Carnot für den Unterricht, Bethmont für den Handel, Cavaignac zum Generalgouverneur von Algerien. Die übrigen Portefeuilles blieben den Mitgliedern der provisorischen Regierung. Die Municipalgarde ist aufgelöst. Garnier-Pagès als Maire von Paris und Polizeipräfect hat die HH. Guinard und Recurt zu Adjuncten, alle andern Maires bleiben provisorisch. Obrist v. Courtais ist Generalcommandant der Nationalgarde. 4) und 5) Auflösung der Kammern der Pairs und der Abgeordneten, und Ankündigung, daß eine Nationalversammlung einberufen werden soll, sobald die Regierung die für das Votum aller Bürger nothwendigen Ordnungs- und Polizeimaßregeln getroffen haben wird. Die Pairskammer scheint abgeschafft zu werden, denn sie wird die Ex-Pairskammer genannt. Den Mitgliedern beider Kammern ist verboten, sich zu versammeln. In der letzten Sitzung im Palast Bourbon hatte die Kammer die Herzogin von Orleans mit Zuruf aufgenommen, Hr. v. Lamartine hatte für ihre Regentschaft gesprochen, es waren aber bewaffnete Bürger eingedrungen und hatten die Ernennung einer provisorischen Regierung durchgesetzt. Noch am Morgen des 23. Febr. war Marschall Bugeaud zum Obergeneral der Nationalgarde und der Besatzung ernannt worden.

Ueber das Schicksal des Königs und seiner Familie weiß man zunächst nur soviel mit Sicherheit: in der erwähnten Nachmittagssitzung der Deputirtenkammer sagte Hr. Cremieux: er habe so eben die königl. Familie an den Wagen geleitet, der sie hinwegführte. Eine Stimme rief: „Glückliche Reise“ (Narren). Hr. Cremieux fügte bei: die Bevölkerung von Paris habe für des Königs Unglück die tiefste Achtung bezeigt. Der „National“ vom 25. meldet nach einem Briefe aus Versailles: „Ludwig Philipp und seine Familie langten um 5 Uhr in Trianon an und reisten fast augenblicklich darauf weiter nach Eu. Dieß scheint auf die Einschiffung nach England zu deuten. (Andere Gerüchte lassen die hohen Flüchtlinge die Richtung nach Havre einschlagen, also jedenfalls an die Westküste.) Die Frau Herzogin von Orleans soll die Nacht im Hotel der Invaliden zugebracht haben; wie es scheint, war sie noch in Paris. (A. Z.)

Unsere Briefe bis zum 25. Febr. Abends besagen im Wesentlichen, der König habe sich wahrscheinlich nach England eingeschifft. (S. oben.) Die meisten Soldaten hatten ihre Waffen abgeliefert, wogegen man vielleicht hunderttausend Bewaffnete des Volks zählte. Die alte Nationalgarde, (bekanntlich meist den höhren Bürgerclassen angehörig) schien theils vermittelnd und mäßigend zwischen dem Heere und den Volksmassen zu stehen, theils ein Lager für sich zu bilden, über dessen Schicksale und Entschlüsse die Meinungen schwankten. Indessen hatte die republicanische Volkspartei nicht nur alle Gewalten an sich gerissen, sondern befand sich auch im Besitz sämmtlicher Forts von Paris, so daß eine Contrerevolution für den Augenblick wohl die ungeheuersten Schwierigkeiten zu überwinden hätte, obgleich anzunehmen ist, daß ein großer Theil der Bevölkerung der Hauptstadt mit jenem vollständigen Sieg der republicanischen Demokraten nicht einverstanden sey. Von Seite des Volks schien man dieses Sieges unbedingt gewiß zu seyn. So theuer erkauft, als es anfangs schien, war dieser Sieg nicht; man sprach von hundert, ja nur von fünfzig Gefallenen. Das Militär schwankte, so wie die Nationalgarde vive la réforme rief. Eine uns zukom-

---

und Freiheit untergraben wird. Wer hält das Ungewitter zurück, das sich über unsern Häuptern furchtbar entladen wird? Sie schlossen mich von den Verhandlungen aus, die Sie insgeheim mit den Officieren pflogen. — Sie thaten wohl, denn ich hätte Sie gewarnt. Sie sind in ihre Schlingen gegangen. — Sie mußten sich nun fortziehen lassen, da Sie die Sache des Herres zur Ihrigen machten. Unsere Nachbarn traten mit Frankreich in Bündniß. Diese bahnen dem französischen Adler den Weg in unsere Thäler. Der alte Haß wird an uns Allen Rache nehmen, und auf Ihr Haupt fällt jeder Fluch mit zehnfachem Gewichte, wenn nur Ein Tropfen Blut durch den Widerstand fließt, den Sie ihrem Eindringen entgegen halten. Lassen Sie uns kalt und ruhig der Gefahr ins Auge blicken, aber bringen Sie Ihre Familie in Sicherheit!“ (Fortsetzung folgt.)

Mannigfaltiges.

Berlin, 14. Febr. Heinrich Laube befindet sich seit einiger Zeit hier, um sein neuestes Stück: „Prinz Friedrich“, auf die hiesige Bühne zu bringen. Es hat die Jugendjahre Friedrichs des Großen zum Gegenstande, und es würde von des Königs Majestät die Zulassung, wie man sagt, gestattet werden, wenn mehrere Stellen, die auf die Religion sich beziehen, verändert würden. Eine hohe Dame besonders soll diese Modification wünschen.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Im „Chemnitzer Anzeiger“ sprach die Behörde vor einiger Zeit ihr Mißfallen darüber aus: daß häufig „Gänse ohne Herren“ auf dem Anger spazieren gingen! —! (Nichts über ein allgemein verständliches und richtiges Deutsch!)

Man spricht gegenwärtig in Rom viel über ein Duell, welches zwischen dem Fürsten v. Canino (Bonaparte) und dem Herzog Gaetano stattgefunden haben soll. Die Sache wird auf folgende Art erzählt: Die Fürsten trafen sich in einer Gesellschaft im Hause des Fürsten Odescalchi. Der Prinz Canino, als sehr unzuverlässig bekannt, erzählte mit ernster Miene, daß am Abend des 3. Febr., wo das große Volksfest stattfand, viele Personen auf dem Capitol: Nieder mit Pius IX. geschrieen hätten. Da nun der Herzog Gaetano sich unter dem Volke, von dem er sehr geliebt und geschätzt ist, befunden hatte, so strafte er den Fürsten Canino geradezu Lügen: darüber ein Duell auf Säbel, wobei beide leicht verwundet wurden.

mende Nachricht behauptet, eine Bewegung gegen die Rheingrenze sey schon am 24. Abends in den Versammlungen Place de la Madelaine und Rue Mathurin in das Programm der siegenden Partei aufgenommen worden. Wir müssen die Bestätigung dahin gestellt seyn lassen. (A. Z.)

₊ Paris, 25. Febr. Letzten Mittwoch war alles beruhigt; das Ministerium war verändert und Abends ganz Paris beleuchtet. Aber ein übel angebrachter Befehl, in der Nähe des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten auf das Volk zu schießen, hat die Erbitterung auf den höchsten Gipfel gesteigert. Bei Nachtzeit wurden in allen Straßen Barricaden errichtet. Donnerstag Morgens waren alle Posten der Linientruppen vom Volke in Besitz genommen; man kämpfte beim Palais royal und bei den Tuilerien. Um 2 Uhr hat der König zu Gunsten des Grafen von Paris und der Regentschaft der Herzogin von Orleans abgedankt. Als Letztere mit ihren beiden Söhnen zu Fuß zur Deputirtenkammer kam, hieß es: es sey zu spät. Um 4 Uhr hat die königl. Familie Paris verlassen. Das Volk war Herr der Residenz und die Republik ward proclamirt. Das ganze Volk ist bewaffnet und der Dienst wird vom Volk und der Nationalgarde versehen. Die Boulevards sind wie geschleift: kein Baum mehr, die schönen Brunnen vernichtet, alles Pflaster aufgerissen, die Gaslaternen zerbrochen. Das Palais royal und die Tuilerien sind ganz ausgebrannt. Die Diligencen können in Paris nicht fahren; man trägt die Briefe in Säcken zu den Barrieren.

Zu später Stunde (6 Uhr Abends) erhalten wir „Pariser Journale“ vom 25. Febr. Sie berichten über die Kammersitzung am 24, in welcher die Herzogin von Orleans mit ihren beiden Söhnen erschienen, um den Eid auf die Verfassung zu leisten, nachdem Hr. Dupin der Kammer die Thronentsagung Ludwig Philipps angekündigt hatte. Hr. Cremieux protestirte dagegen; das Volk sey Sieger und Souverän und müsse deßhalb befragt werden, welche Regierung es wolle; er halte es für seine Pflicht, für eine provisorische Regierung zu stimmen. Odilon Barrot und Lamartine traten in heftigen Reden dieser Meinung bei und die Aufregung erreichte einen solchen Grad, daß mehrere Deputirte der Herzogin von Orleans, welche übrigens keinen Augenblick die Fassung verloren hatte, den Rath ertheilten, sich zu entfernen. Die Sitzung wurde in größter Aufregung geschlossen und die HHr. Ledru-Rollin, Cremieux und Lamartine begaben sich nach dem Stadthause, um sich mit Dupont (de l'Eure), Arago, Garnier-Pagès und Marie als provisorische Regierung zu constituiren. Von da erließen sie eine Proclamation an das französische Volk, worin sie den Wunsch nach einer Republik aussprechen, und ihn der Genehmigung der Nation vorlegen. Eine andere Proclamation ist an die Nationalgarde gerichtet. Die Kammer ist „im Namen des französischen Volks“ aufgelöst und den Pairs verboten, sich in Sitzung zu versammeln. Eine Nationalversammlung ist einberufen. Louis Philipp soll um 5 Uhr Abends in Trianon angekommen seyn und sich sofort nach Eu begeben haben. In Stuttgart ging das Gerücht, er sey gefangen gesetzt und der Herzog von Nemours todt.

(Augsb. Postz.)

Paris, 25. Febr. Die provisorische Regierung hat eine Anzahl Männer erwählt, um die Verwaltung der Departements zu übernehmen. — Jeden Augenblick erhält die provisorische Regierung von allen Städten die kräftigsten Beweise ihrer Anhänglichkeit und Sympathie für die Sache des Volks. — Man hat die Herstellung von 24 Bataillonen activer Nationalgarde beschlossen. — Die Farben der neuen Regierung werden die nämlichen seyn, wie während der früheren Republik, auf den Fahnen die Worte République française. Der erste Akt des Ministers des Innern war durch telegraphische Depeschen die politischen Gefangenen in Freiheit zu setzen. — Die sämmtlichen Forts sollen von der Nationalgarde in Besitz genommen werden. — General Duvivier soll die mobile Nationalgarde organisiren. — Dijon, Bordeaux, Tours, Rouen und andere Städte haben sich für die Republik erklärt.

Stuttgart, 28. Febr., Mittags. Hier in der Stadt laufen mancherlei Gerüchte um. Ein Schreiben aus Karlsruhe berichtet aus Straßburg: „Ludwig Philipp ist gefangen gesetzt und soll nebst Guizot vor Gericht gestellt werden. Der Herzog von Nemours soll todt, der Herzog von Montpensier gleichfalls gefangen gesetzt seyn.“ Auch spricht man von einer Aenderung der provisorischen Regierung. — Ein anderes Gerücht behauptet, das Arsenal in Straßburg sey gestürmt. (?)

Frankfurt, 28. Febr. Glaubwürdiger Mittheilung zufolge ist in letzter Nacht folgende durch einen Courier in Straßburg eingetroffene Nachricht hieher gebracht worden: „In der Nacht vom 25. zum 26. d. Mts. ist eine Gegenrevolution in Paris ausgebrochen. General Lamoriciere und Odilon-Barrot haben sich an die Spitze derselben gestellt, das monarchische Princip, mit der Thronfolge des Grafen von Paris, als König der Franzosen, proclamirt und für dasselbe nicht allein das Militär, sondern auch die Nationalgarde gewonnen. Welchen Erfolg ihre Schilderhebung gehabt, ist noch nicht bekannt. Die republikanische Partei scheint nicht ohne Kampf nachgeben zu wollen. Der König und die königl. Familie befinden sich im Schlosse zu Eu am Canal. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Börse.

Augsburg, 28. Febr. Bayerische $3\frac{1}{2}$ pCt. Obligationen $89\frac{1}{4}$ P., — G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 660 P., — G. Promessen per Stück Agio 71 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. 100 P., — G.; 4pCt. 88 P., — G.; 3pCt. 63 P., — G. Bankactien 1. Semester 1540 P., — G. Württembergische $3\frac{1}{2}$ pCt. Obligationen — P., $89\frac{1}{4}$ G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 56 P., — G. Badische 35 fl.-Loose $35\frac{1}{4}$ P., — G. Badische $3\frac{1}{2}$ pCt. Obligationen — P., 89 G.

Wien, 26. Febr. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 96; zu 4pCt. in CM. 80; zu 3pCt. in CM. 60; Bankactien per Stück 1485; Nordbahn 115.

Amsterdam, 25. Febr. $2\frac{1}{2}$ pCt. $53\frac{1}{16}$; 3pCt. $64\frac{1}{4}$; 4pCt. $83\frac{1}{4}$; Synd. $3\frac{1}{2}$ pCt. $82\frac{1}{2}$; Handels-Maatschappy $161\frac{1}{4}$; Ard. $15\frac{1}{4}$; port. 3pCt. $26\frac{11}{16}$; 5pCt. Metall. 91.

Paris, 24. Febr. 3pCt. 73 Fr. 10 C.; 5pCt. — Fr.
London, 24. Febr. Consols $89\frac{1}{4}$.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 2. März: „Martha, oder der Markt zu Richmond,“ Oper v. Flotow.

Bekanntmachung.

Zweiter Neuhäuser Steinkohlen-Verein.

2283. (2a) Für die vollständige und dauernde Befriedigung des **Kohlenbedarfs** der Werke der **deutschen Eisenbahnschienen-Compagnie** zu Neuhaus, der sich jährlich auf $1\frac{1}{2}$ Million Centner berechnet, wurde eine Vermehrung der dortigen Steinkohlenbergwerke dringend nothwendig. Ich habe daher den Abbau meines reichen Kohlenfeldes **Joseph** beschlossen. Es soll derselbe für **gemeinschaftliche und halbe Rechnung** mit einer Actiengesellschaft unter der Firma: **Zweiter Neuhäuser Steinkohlenverein** geschehen und das erforderliche Capital von **300,000 Thlr. Courant** durch Ausgabe von 1500 Actien, à 200 Thlr. Ct. oder 350 fl. im 24 fl.-Fuß, aufgebracht werden.

Von diesen Actien wurde beim Angriff der Arbeiten der dritte Theil dem Publikum angeboten und auch sogleich begeben. Der Rest blieb im Portefeuille, um dann, wenn die Arbeiten vorgerückt seyn würden, **weitere Betheiligung** zuzulassen.

Das Steinkohlenfeld Joseph liegt in der Mitte des Neuhäuser Bergreviers, wird von den Kohlenfeldern Sophie, August und Juliane begrenzt, und es tritt in demselben das bekannte **Neuhäuser Steinkohlenflötz** in bester Qualität mit einer Mächtigkeit von **26 Fuß** auf. Die Flächengröße des Feldes ist über **6 Millionen Quadratfuß**, der geschätzte **Kohleninhalt** desselben, bei einer angenommenen mittleren Mächtigkeit von 22 Fuß, über **Einhundert und zwölf Millionen Centner**, die **Abbauzeit** ist auf 140 Jahre, die **jährliche Förderung** auf etwa 700,000 Centner berechnet. Es wird auf diese Förderung und auf den der Schienen-Compagnie für die nächsten 50 Jahre festgestellten Verkaufspreis von 24 Kreuzer per Ctr. Koakkohle für die Actionäre ein **jährlicher Reinertrag** von etwa **acht Prozent** als Dividende bleiben, und außerdem genießen sie von ihrem Capital **sechs Prozent** Zinsen. — **Die zu erwartende Gesammtrente wird also vierzehn Prozent betragen.**

Ein Zehntel des gesammten Nettoertrags soll zur allmähligen **Capital-Amortisation** verwendet werden. Bewirkt wird dieselbe von dem Zeitpuncte rentabler Kohlenförderung an durch jährliche **Actienauslovsung**. Die Inhaber der verloosten Actien, deren Rückzahlung innerhalb drei Monaten nach der Verloosung erfolgt, bleiben zum Fortbezug der Dividende noch auf die nächstfolgenden fünf Jahre berechtigt. Dann ist ihr Antheil am Unternehmen erloschen.

Für das Actiencapital tritt der Unterzeichnete dem Vereine das **halbe Abbaurecht** für das ganze Feld, beziehungsweise den halben Ertrag der gesammten Kohlenförderung bis zur vollständigen Amortisation des Kapitals, ab, bestreitet in kürzester Frist das Abteufen eines **Hauptförder- und Maschinenschachts** von 200 Quadratfuß Querdurchschnittsfläche bis auf das Kohlenflötz, den Bau eines ausgemauerten, etwa 60 Lachter langen **Förderstollens**, die Ausführung sämmtlicher **Tagebauten**, die Anlage der nöthigen **Straßen und Schienenwege** außerhalb und innerhalb der Gruben, die Anschaffung und Aufstellung **zweier Dampfmaschinen** von zusammen mindestens 60 Pferdekräften, die Construction und den Einbau der Apparate für **Förderung** und **Wasserhaltung** und die **Verzinsung** des Actien-Capitals selbst für so lange, bis eine rentable Kohlenförderung eingetreten ist.

Bereits sind mehre der obigen Arbeiten ausgeführt, andere sind in Betrieb und die Tagegebäude in Angriff genommen. Letztere werden Ende Mai fertig und bis zum Herbste wird auch eine Dampfmaschine von 60 Pferden aufgestellt seyn, deren Construction der Maschinenfabrik der Deutschen Eisenbahnschienen-Compagnie übertragen ist.

Von dem Zeitpuncte an, wo die **Kohlenförderung** beginnt, unterliegt die Rechnungsführung gesetzlich der **amtlichen Controlle**. Die Ermittlung des jährlichen Ertrags, behufs der Dividendenvertheilung, soll ebenfalls unter amtlicher Mitwirkung geschehen. Die Betriebsresultate der gemeinschaftlichen Grubenverwaltung werden am Schlusse jedes Rechnungsjahres veröffentlicht.

Das Unternehmen genießt den **großen** Vorzug, daß der **Kohlenabsatz im Voraus sicher gestellt ist**. Die Deutsche Eisenbahnschienen-Compagnie ist nämlich Abnehmerin für **alle Kohlen**, die gefördert werden. Ihre colossalen, bereits zum Betrieb gelangten Eisenwerke und Werkstätten für Maschinenbau liegen **auf** dem Steinkohlenfelde Joseph **selbst**, dessen Förderstollen dicht am Hüttenplatz mündet und mit den Verbrauchs-Localitäten der Werke durch Schienenwege unmittelbar verbunden werden soll, so daß die Kosten des Kohlen-Transports zu dem Hüttenplatz fortan wegfallen. Ueberdieß kommen unsere Kohlenwerke ganz nahe an den Bahnhofplatz der durch Staatsvertrag in der Ausführung sicher gestellten Neuhäuser Eisenbahn zu liegen. Es tritt dadurch unsere Kohlenproduction in die Mitte des deutschen Eisenbahnnetzes und dieß verschafft ihr nach allen Richtungen hin einen großen Absatzkreis für den Fall, daß sie dessen jemals bedürfen sollte.

Ein anderer und sehr bedeutender Vortheil erwächst unsern Kohlenwerken noch aus dem Umstande, daß sie blos den **halben** Zehnten zu entrichten haben und durch landesherrliche Privilegien von allen übrigen Abgaben **befreit** sind.

Actien und deren Beziehung.

1) Von den Stamm-Actien unsers Vereins sollen vorläufig noch 500 Stück für den festen Preis von **228 Rthlr. Ct. oder 399 Gulden rhein.** im 24 fl.-Fuß begeben werden. In diesem Preis sind die laufenden 6prozentigen Zinsen vom 1. Mai 1847 an inbegriffen.

2) Die Actien lauten **au porteur** und sind für den Betrag von zweihundert Thaler Courant oder 350 fl. im 24 fl.-Fuß ausgestellt. Sie geben **sechs Prozent** Zinsen, außer den vom Ertrag der Kohlenförderung abhängigen, veränderlichen **Dividenden**. Für Zins und Dividenden sind den Actien **40 Coupons** beigefügt. Die Beträge der Coupons sind **jeden ersten Mai** sowohl bei der **Haupt-Casse hier**, als auch bei den auf den Zinsleisten bemerkten **Wechselhäusern** in **Augsburg, Frankfurt a. M.** und **Berlin** zu erheben.

3) Wer Actien bestellt, hat für dieselben innerhalb 4 **Wochen Zahlung** zu leisten. Es kann dies sowohl durch portofreie Zusendung des baaren Betrags, oder durch kurze Remessen auf deutsche Wechselplätze, oder auch durch Einsendung von zinstragenden, curanten deutschen Staatspapieren geschehen, die zum Tagescurs berechnet werden. Zahlungen an solide Bankhäuser sind gleichfalls zulässig; auch kann durch dieselben die Auslieferung der Actien erfolgen.

4) Alle Actienbestellungen, die vor dem 15. März **eingehen**, werden, soweit die zum Verkauf bestimmte Anzahl reicht, bestimmt vollzogen. **Spätere** Aufträge zur Betheiligung bei diesem sichern und hochrentirenden Unternehmen müssen sich ein größeres **Aufgeld** gefallen lassen, dessen Regulirung gegenseitiger Einigung vorbehalten bleibt.

Hildburghausen, am 15. Februar 1848.

Der Chef der deutschen Eisenbahnschienen-Compagnie und Director der Neuhäuser Steinkohlen-Vereine,

J. Meyer.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nro. 53.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München am Zeitungs-Expeditions-Comptoir (Kaufinger-Gasse Nro. 2); auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Donnerstag | XLIX. Jahrgang. | 2. März 1848.

Deutschland.

Bayern.

††München, 1. März. Die eröffnete Archivarstelle im Ministerium des Innern wurde dem geheimen Secretär Bastauf verliehen.

München, 1. März. Wie man hört, beabsichtigen die hier anwesenden Reichsräthe eine Gegenvorstellung in Bezug auf das gegen den Grafen Arco-Valley ergangene Verbot des Hofes allerhöchsten Ortes einzureichen. — Ein Armeebefehl wird wohl in den nächsten Tagen erscheinen. Man trägt sich hier bereits mit den fabelhaftesten Gerüchten über denselben. Ebenso dürfte baldigst eine Entschließung über die Uniformsveränderungen der beiden Cürassier-, der beiden Artillerie-Regimenter und des Genie-Bataillons erfolgen. (B. Bl.)

München, 1. März. Dem Vernehmen nach ist der functionirende Registrator an der hiesigen Polizei Dichtl, zum wirklichen Registrator und der Functionär Weber dortselbst zum Officianten ernannt worden.

München, 2. März. Der Hülfsausschuß der Stadt Kemnath hat an den hiesigen Magistrat folgendes Dankschreiben für die dahier durch Geldbeiträge für die Abgebrannten Kemnaths gewährte Hülfeleistung gesandt: Hoher Magistrat der königl. Haupt- und Residenzstadt München! Durch verehrliches Schreiben, d. d. 15. Feb. l. Js., wurde vom hohen Magistrate München 50 fl. in 5 Stück Banknoten für die dürftigsten Brandleider hiesiger Stadt anher übermacht. Indem wir den Empfang bestätigen, bringen wir allen gütigen Spendern im Namen der Brandleider hiesiger Stadt unsern innigsten Dank dar mit dem Wunsche, Gott wolle die mildthätigen Bewohner Münchens vor ähnlichem Unglücke bewahren, und verbinden hiemit das höfliche Ansuchen, durch die Münchner politische Zeitung diesen unsern Dank allen Gebern, die zur Linderung hiesigen Nothstandes beigetragen, ausdrücken zu lassen. Mit vorzüglicher Verehrung und Hochachtung besteht: Kemnath am 22. Februar 1848. Der ergebenste Hülfsausschuß. Weigl, Pfarrprovisor. Dr. Keller. Kugler.

□Vom Oberlech. Wenn die Zeiten an die Thore pochen, hinter denen wichtige Wendepuncte liegen, so erschrecken die Völker und werden aufgeregt. Wenige sind sich des wahren Zustandes bewußt, und nicht selten mangelt den Leitern der Nationengeschicke der richtige Blick in die Vergangenheit und in die Zukunft, weil sie entweder zu jung in den Erfahrungen, oder zu alt in den physischen und geistigen Kräften den Wahn hegen, der Wagen lasse sich ewig in dem selbst ausgefahrensten Geleise fortschieben. Darum das Drängen auf der einen Seite nach vorwärts, darum das ängstliche und beim Widerstande ungestüme Suchen nach einem hellern Wege aus dem unbehaglichen Labyrinthe, während auf der andern Seite der Rückdruck zur alten Bahn die Elemente in Gährung bringt, und sie beiderseits unbewußt zum Ausspringen nach allen Seiten veranlaßt. Ist ein solcher Zustand eingetreten, dann übrigt kein Zweifel mehr, daß die Völker über ihre Institutionen hinausgewachsen sind, und ihre Handelns- und Lebensweise es nicht mehr verträgt, nach dem Maßstabe der abgetragenen Gesetze beurtheilt und geregelt zu werden. Nicht nur der äußere, auch der innere Mensch wird von der Zeit umgestaltet. Das beurkunden uns am deutlichsten die Strafgesetze, deren Anwendung bei allen Nationen und zu allen Zeiten dem häufigsten Wechsel unterworfen sind, und unterworfen werden müssen, ein Beweis, daß die Lenker der Völker ihr Augenmerk strenger und wachsamer auf die innere Entwickelung der Individuen zu richten haben, als auf die äußern Verhältnisse derselben. Blicken wir aber um uns her, und fragen wie das Schicksalsbuch der uns mehr oder minder nahe liegenden Nationen, ob von Seite derer, die das Wohl und das Wehe der Völker in ihren Händen tragen, immer die rechten Züge eingezeichnet wurden? Gehen wir weiter, und suchen wir die Staaten, in deren Schooß die Individuen am behaglichsten ruhen, und die Fürsten des schönsten Glückes der Volksliebe sich erfreuen, und wir werden nur da Befriedigung finden, wo die obersten Lenker sich selbst an die Spitze der fortschreitenden Bildung und der dadurch herbeigeführten Umgestaltung der Institutionen stellten. Laßt uns aber noch einen Schritt weiter thun, und in Gerechtigkeit nach den Hindernissen forschen, welche es oft dem besten Willen unmöglich machen, dieses schöne Ziel zu erstreben: finden wir nicht, daß gerade unter jenen Völkern am meisten der ewig gährende Stoff des Unwohlseyns fortwuchert, wo der Jesuitismus sich einmal einzuschleichen wußte? Der Schiffer auf der hohen See erkennt an dem Wettervogel das sicher kommende Ungewitter, wann werden die Regierungen aus der Geschichte sich die Erfahrung lesen, daß mit dem Einziehen des Jesuitismus der künftige Sturm ein unausbleiblicher sey? Wann werden die Regierungen mit sich einig seyn, daß ein mächtigeres Element der Trennung zwischen Fürst und Volk nicht geworfen werden kann, als der Jesuitismus, daß dieser allein es ist, der sich zu seinen Zwecken überall der Erziehung bemächtigt, um auf dieser sichern breiten Basis sein verderbenschwangeres Gebäude aufzuführen? Welches Unheil wuchert nicht in unserem eigenen Vaterlande, und werden wohl viele Decennien hinreichen, das systematisch durch alle Schichten ausgegossene Gift eines einzigen vergangenen Decenniums wieder zu vertilgen? Der tiefere Forscherblick in unsere Zustände wendet sich mit Schmerzen von der Fäule zurück, welche den jungen nachtreibenden Körper ergriff, und den ältern mit ihrem Peststoffe an so vielen Seiten bereits tödtlich benagte. — Wo finden wir Heilung? Nirgends, und abermal nirgends, als da, wo das Giftei in unser Fleisch gelegt wurde, — in der Erziehung, in der Volksbildung, und darum möge auf sie das erste, wichtigste Augenmerk geworfen werden, denn dort wurzelt die Basis des Wehes oder des Wohles der Nationen! —

Landau, 27. Febr. Die Aufregung ist bei uns, die wir zunächst dem ersten Choc französischer Eroberungsgelüste ausgesetzt sind, ungeheuer groß. Ueberall ergeht man sich in wahrscheinlichen Combinationen. Im Ganzen zeigt sich erfreulicher Weise ächt deutscher Sinn, dem hoffentlich die Staatsmänner am deutschen Bunde den gehörigen Nachdruck zu geben wissen werden. (Süd. pol. Z.)

Württemberg.

Aus Stuttgart, vom 28. Febr. schreibt man der „Ulmer Schnellpost“: „Hier geht in diesem Augenblick eine freudige Nachricht durch die Stadt, die, wenn sie sich bestätigt, von höchster Wichtigkeit ist; hiernach hätte Se. Maj. der König in Berücksichtigung der Zeitumstände den hochherzigen Entschluß gefaßt in Gewährung umfassender Reformen und Verwirklichung der in der Verfassung zugesagten Freiheiten unter allen deutschen Regierungen die Initiative zu ergreifen. Bereits sey ein außerordentlicher Bevollmächtigter (wie es heißt der Kriegsminister Graf v. Sontheim) nach Frankfurt abgegangen, dem Bundestag zu einem gemeinschaftlichen Schritt aller deutschen Regierungen in diesem Sinn zu veranlassen.“

Baden.

Die „Oberrheinische Zeitung“ theilt das Folgende mit, wobei jedoch zu bemerken ist, daß kein anderes Blatt diese unwahrscheinliche Nachricht enthält: Karlsruhe, 25. Febr. Heute läuft das Gerücht durch die Stadt, daß der Präsident des Finanzministeriums (Regenauer) in Folge der gestrigen Kammerverhandlungen und Beschlüsse sein Portefeuille niedergelegt habe. Ob und wie weit sich solches bestätigt, wird die nächste Zukunft lehren. Auch von einem andern Staatsdiener heißt es, daß er sich zurückziehen wolle.

Briefe aus Karlsruhe und Mannheim widerlegen die Gerüchte, daß im Badischen Aufstände stattgefunden hätten, die Bitte um Lostrennung vom Bunde eingereicht worden wäre rc. Indeß war alles in Bewegung. Wäre doch Baden das erste Land, auf das sich der gallische Hahn stürzen würde, wenn die neue französische Republik Bestand gewinnt! Ein Schreiben aus Karlsruhe vom 25. Febr. sagt: Heute Abend 4 Uhr fand eine Bürgerversammlung statt, eine Adresse an die Kammer wurde beschlossen, worin um Preßfreiheit, Geschwornengericht, allgemeine Wehrverfassung gebeten wird. Bemerkenswerth ist, daß ein Redner der um Preßfreiheit bloß für Baden sich verwenden wollte, aus dem Saale entfernt wurde. Morgens 10 Uhr wird die Adresse durch eine Deputation der Kammer überreicht. Nach einer Mittheilung des Oberbürgermeisters über eine Audienz beim Staatsrath Bekk ist an günstiger Aufnahme der Adresse höchsten Orts nicht zu zweifeln.

Mannheim, 27. Febr. Wie es sich erwarten ließ, haben die neuesten Ereignisse in Frankreich hier einen so tiefen Eindruck hervorgebracht, daß Unruhen zu befürchten sind, da man überall die größte Aufregung bemerkt. Wie ich eben erfahre, sind bereits Truppen von Karlsruhe abgegangen, wahrscheinlich zur Verstärkung des kleinen Detachements in Kehl. Ob wirklich die Grenze besetzt werden wird, ist aber noch zu bezweifeln. Jedenfalls kann man sich auf ein energisches Auftreten der Kammer gefaßt machen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Heidelberg, 27. Febr. Abends. Man schreibt uns von Karlsruhe, daß die dortige Bürgerschaft im Begriff steht, Angesichts der drohenden Gestalt, welche die auswärtigen Verhältnisse angenommen haben, Schritte zu thun, zur endlichen Herbeiführung einer Volksbewaffnung in Baden. Die verfassungsmäßigen Mittel zu diesem Zweck werden durch den glücklichen Umstand erleichtert, daß der Landtag in diesem Augenblicke versammelt ist. Für übermorgen beabsichtigt der Abg. Christ in der Kammer einen Aufruf zur Nationalbewaffnung an ganz Deutschland ergehen zu lassen. Wir zweifeln nicht, daß die Regierungen diesen durch die heiligsten Interessen Deutschlands gebotenen Bestrebungen entgegenkommen, und daß sie dem deutschen Volke dadurch die Beruhigung geben werden, daß für den Fall einer neuen Weltkrisis der vereinigte Nationalwille und die gesammte Nationalkraft den Ausschlag geben soll. (D. Z.)

Gr. Hessen.

Darmstadt, 27. Febr. Gestern hat der ältere Nationalverein für deutsche Auswanderung und Ansiedlung, insbesondere der für das Großherzogthum Hessen, in einer dahier abgehaltenen Generalversammlung sich aufzulösen beschlossen. — Gestern hieher gelangte Nachrichten

aus Reichelsheim, einem ansehnlichen Marktflecken im Odenwalde (Landrathsbezirks Erbach) zu Folge haben dort Unruhen, jedoch ohne allen politischen Charakter, stattgefunden. Anlaß derselben soll ein von einem Bergsträßer Juden bei einem Reichelsheimer christlichen Auswanderer versuchter Pferdeverkauf, für den sich Reichelsheimer Juden interessirten, und wobei, wenn das Gerücht wahr sagt, der Auswanderer in den Zustand der Trunkenheit versetzt wurde, in welchem Zustande er den Verkauf vollzog, gewesen seyn. Ein Theil der Reichelsheimer christlichen Bevölkerung, als sie hievon gehört, machte einen Angriff auf die Wohnungen und Personen der Juden, und nöthigte sie, sich vor den Ort zu flüchten, wo sie eine Nacht auf dem Felde zugebracht haben sollen. So wenigstens wird die Sache hier erzählt. In Folge jener Auftritte ist Gendarmerie von hier nach Reichelsheim abgegangen. — Politischer Natur dagegen (angeblich Verbreitung von Druckschriften) soll die Veranlassung seyn, daß in den letzten 14 Tagen nach und nach 5 Fabrikarbeiter in Offenbach verhaftet wurden. (Schw. Mkr.)

Nassau.

Wiesbaden, 24. Febr. Unsere Stände werden am 11. März zusammentreten. Möchten sie redlich dahin wirken, daß die Rechte des Volkes, die wahren Interessen des Vaterlandes, erhalten und gefördert werden, damit man sagen kann: unsere Deputirten haben es sich ernstlich angelegen seyn lassen, zu handeln, wie es echt deutschen Männern geziemt! (Frankf. J.)

Preußen.

Köln, 27. Febr., halb 8 Uhr Abends. Man hat jetzt bestimmte Nachricht, daß Louis Philipp an der englischen Küste, in Brighton, eingetroffen ist. (A. Z.)

Köln, 23. Febr. Der Papst ist zu der sechshundertjährigen Feier des Dombaues durch eine auf Pergament von Levi Elkan gemalte Urkunde eingeladen worden. Man vermuthet jedoch, er werde nicht kommen; weil in Rom ein noch grösseres Jubiläum zu begehen ist, das der 2600jährigen Erbauung der Weltstadt (nach Varro). (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Posen, 23. Febr. Wer die Bedeutung der chinesischen Mauer kennen lernen will, muß gegenwärtig eine Reise nach dem Königreich Polen unternehmen; trotz aller Pässe kommt er entweder gar nicht hinein, oder aufs schleunigste wieder heraus, es sey denn, daß er der Regierung als ein treuer Anhänger des unbedingten Monarchismus bekannt wäre. Wer einige Zeit im Königreich weilen will muß die äußerste Behutsamkeit in Wort und That geltend machen. Die Unruhen im österreichischen Italien, deren Influenza man vielleicht nicht ohne Grund fürchtete, haben eine Wachsamkeit bei den russischen Beamten hervorgerufen, die alles frühere weit übersteigt, und die, wo irgend möglich, jede mißliebige Idee an der Grenze zurückhalten wird. Dazu kommt eine starke Streitmacht, die im Königreich Polen concentrirt wird, und deren Linien sich immer mehr den Grenzen nähern. Wie es heißt werden nicht blos in Polen, sondern auch im südlichen Rußland, auf der Westseite des Dniepr, starke Truppenmassen zusammengezogen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Hermannstadt, 24. Febr. Zu den wichtigsten Ereignissen, welche sich in unserer Mitte vorbereiten, gehört unstreitig die auf Anfang Februar angesetzte Zusammenberufung sächsischer Abgeordneten, um neben den laufenden auch die Geschäfte zu erledigen, deren Ausführung eine freudigere Gestaltung der inneren sächsischen Verhältnisse hervorrufen soll. Besonders gespannt ist man auf die Deutung der zwei wichtigsten Landtagsbeschlüsse: des Sprach- und des Recrutirungsgesetzes, welche beide zu einer Lebensfrage für das Deutschthum zu werden drohen. Durch den allerhöchsten Orts bestätigten Sprach-Artikel ist die ungarische Sprache zur Geschäfts- das will sagen Landessprache, erhoben worden, unbeschadet, wie erläutert wird, der in den sächsischen Gauen bei inneren Angelegenheiten üblichen deutschen Sprache. Viel Gerede macht auch das Recrutirungs-Gesetz. Sowohl der Adel als die Geistlichkeit, so wie der Beamtenstand, sind von dem Militärdienste befreit, weiter alle ausgezeichneten höheren Lehranstalten und jeder Einwohner, dessen Mittel einen Ersatzmann zu stellen erlauben. Die auf achtjährige Dienstzeit berechnete Aushebung findet nicht nach der Einwohnerzahl, sondern nach den Grenzzügen statt, wodurch die reichen sächsischen Ortschaften hauptsächlich belastet werden. Dazu kommt, daß Vagabunden ohne Verloosung eingerollt werden, das sächsische Bürgerthum aber nicht gleich dem Adel zigeunerisches und wallachisches Gesindel stellen kann. Seit dem Jahre 1832, wo die letzte Aushebung stattfand, sind die drei inländischen Regimenter bis auf ein Bataillon geschmolzen; das neue Gesetz hat jedenfalls das Gute, auf eine weit mildere Art, als in dem früheren Verfahren lag, diesem Uebelstande abzuhelfen. (D. A. Z.)

Italien.

Rom, 21. Febr. Gestern ist die Bürgergarde vor dem Papst erschienen und von diesem mit freundlichen Worten begrüßt worden. Zum Empfang derselben hatte man nicht eben glücklicherweise den großen Hof des Belvedere ausgewählt, in welchem in früheren Jahrhunderten Carrossels und ähnliche Spiele abgehalten worden waren. Man kann diese Wahl, sage ich, nicht glücklich nennen, da die acustische Beschaffenheit dieses Hofraums der Bestimmung der Feier auf das ungünstigste entgegentrat. Der Schall der mit lauter Stimme vorgetragenen Worte verfing sich in den Wänden, wo er entweder verhallte, oder doppelt zurückgeworfen wurde. Der Papst erschien auf einem eigens für ihn hergerichteten Balcon und richtete an die versammelten Bataillons, die ungefähr nicht ganz 7000 Mann ausmachten, folgende Worte: „Es ist meinem Herzen süß, Euch in Liebe um mich vereinigt zu sehen. Indem ich Euch erblicke, sehe ich in Euch selbst die Fackel der Bruderliebe, der Ordnung und der Eintracht erglänzen. Ich sehe in Euch die Feinde der Anarchie, ich sehe in Euch die Freunde des Pontifex, des Vaterlandes, des Throns. Gott! segne dieses edle Corps, welches seine Ohren den Einflüsterungen Weniger verschließt, die vergebens versuchen es zu verführen; segne es, damit es sich in seinem weisen Benehmen immer mehr bekräftige. Segne es in Bezug auf alle seine Fähigkeiten und Dein Segen möge auch auf seine Familien herabsteigen, welche ja den größten Theil von Rom ausmachen.“ Hierauf erfolgte der apostolische Segen mit Antiphone. Als der geliebte Herrscher erschien, setzten die Civicisten ihre Helme, Hüte und Mützen auf die Spitzen der Bajonette, wirbelten sie, und begrüßten ihn mit einem Lebehoch. (A. Z.)

Neapel, 19. Febr. Dem Sturz des jetzigen neapolitanischen Ministeriums sieht man hier nächste Woche entgegen. Die Rente ist auf 102 gefallen. Diesen Nachmittag fand die erste Musterung von vier Nationalgardebataillonen auf dem Schloßplatze statt. Die königl. Familie schaute zu vom Balcon herab. Der König ging mit seinem Generalstab durch die Reihen, musterte und ermunterte. Die Haltung der Mannschaft war sehr gut; die noch nicht uniformirten jungen Männer marschirten in guter Ordnung und freudiger Muth glänzte in ihren Mienen. Die langen Reihen bewaffneter Männer in Civiltracht, den gewöhnlichen Hut mit einem Messingschilde besetzt, gewährten einen eben so neuen als interessanten Anblick — der Polizeipräfect Tofano erließ diesen Abend aufs Neue einen Aufruf zu Ruhe und Ordnung in gediegenster Sprache. Da aber solche Proclamationen hauptsächlich das untere Volk, die Lazzaroni angehen, so wollen viele eine derbere Sprache angemessener finden. Gegen Sicilien gleichsam neue Kriegsrüstungen. Königl. Dampfschiffe bringen 90,000 Rationen für die Citadelle nach Messina und 40,000 nach Syracus hinüber. Auch in Augusta scheint sich noch königl. Militär zu halten. Ueber Messinas Schicksal ist man sehr besorgt. Die Truppen aus Catania sah ich diesen Mittag ohne Flinten und Seitengewehr ins Castell Nuovo einziehen. (A. Z.)

Von der italienischen Grenze, 23. Febr. Aus Tyrol sind zwei Bataillone des Kaiser-Jäger-Regiments im Marsch nach der Lombardei begriffen; ebenso die ersten Bataillone der zwei Banatregimenter aus Croatien, so daß die Stärke der Grenzer Truppen in Italien nun gegen 20,000 Mann beträgt. Nachrichten von der sardinischen Grenze erwähnen einer Anhäufung piemontesischer Truppen, zwischen 20 bis 30,000 Mann stark, längs unseren anstoßenden Gebietstheilen, so daß es bei der bekannten kriegslustigen Stimmung des jenseitigen Militärs wohl der ganzen kaltblütigen Disciplin des österreichischen Soldaten bedürfen wird, zufällige Reibungen, die zu weiterm führen könnten, zu vermiden. Die ausgesprochene Neutralität Oesterreichs bei den dermaligen politischen Gestaltungen in Mittel- und Süd-Italien macht günstigen Eindruck und man betrachtet diese weise Maßregel zugleich als einen friedlichen Sieg des Wiener Cabinets hinsichtlich der englischen Interventionsgelüste auf der Halbinsel, so wie man sie in der zweiten Verbalnote Lord Palmerstons an den Fürsten Metternich über diesen Gegenstand nun zu Tage gefördert sieht. (A. Z.)

Belgien.

Berichte aus Brüssel vom 26. (in der Indépendance) versichern mit Gewißheit, daß Louis Philipp in Brighton gelandet sey. Cambrai war in Aufstand, Valenciennes hatte die Republik ausgerufen, das Präfecturhôtel in Lille stand in Flammen. In Belgien wurden Anstalten getroffen ein Beobachtungscorps längs der französischen Grenze aufzustellen. Eine Masse geflüchteter Fremden war aus Paris in Brüssel eingetroffen.

Frankreich.

Paris, 25. Febr. Gestern um 2 Uhr ging ich durch das Palais royal. Im Garten und im Hofe brannten große Feuer, in welche Meubles und Verzierungen des Schlosses geworfen wurden. Das Wachthaus auf dem Platze des Palais royal loderte in Flammen. Die Gallerie d'Orleans war mit Betten versehen, wo die Verwundeten verpflegt wurden, von da zog ich mit dem Strom in die Tuilerien; auf den Fenstersimsen saßen schon Kerls, die einem zuriefen: Entrez, on entre maintenant aux Tuileries avec blouses et casquettes! (Bisher durfte man in Blouse und Mütze nicht in den Tuileriengarten.) Plündern habe ich nirgends gesehen; jeder Dieb, den man ertappt, wird auf der Stelle niedergeschossen, und dieses ist in jedem Zimmer der Tuilerien angeschlagen. (Man sah auf der Straße zwei Leichname mit der Inschrift: „Voleur.“) Das ganze Schloß habe ich durchgangen; in dem Thronsal fehlt der Thron, denn derselbe wurde auf dem Boulevard herumgetragen und auf dem Bastilleplatz verbrannt. Abends war Illumination. Die Barricaden sind noch immer bewacht. Gestern und heute ist die Stadt ganz ruhig. Die großen und kleinen Gewölbe sind fast alle wieder geöffnet, so auch die Börse. Die Bank von Frankreich und der Staatsschatz zahlen aus. — Auch die Herzogin von Orleans soll nach England seyn. — Die Bank von Frankreich erhöht ihren Disconto nicht. Die Verfallzeit der vom 22. Febr. bis 4 März verfallenden Wechsel wird bis zum 5 März prolongirt. Die Zahlung der demnächst verfallenden Staatsschuldenzinse ist gesichert. Rothschild setzt die Einzahlungen an dem Staatsanleihen fort. Die Gerichte sind vom Justizminister Cremieux aufgefordert, ihre Arbeiten fortzusetzen „im Namen des französischen Volks.“ Ein Erlaß der provisorischen Regierung vom Heutigen erklärt, daß die Regierung sich verpflichte: die Existenz des Arbeiters durch Arbeit zu verbürgen; den Arbeitern ist das Recht zuerkannt, sich unter einander zu verbinden, um die Frucht ihrer Arbeit zu verbürgen. Ein Aufruf eines Arbeiterausschusses warnt vor Planen, die Maschinendruckpressen zu zerstören, indem dadurch nur die Schnelligkeit der Revolutionsstimme verzögert würde. Die freigelassenen politischen Gefangenen, die nicht hier bleiben, erhalten Reisegelder nach Hause. Für die Verwundeten ist eine Unterzeichnung eröffnet. Die erste Liste enthält Gaben der Bank von Frankreich mit 100,000, und des Hauses Rothschild mit 50,000 Fr. Etienne Arago ist wirklich zum Generalpostdirector ernannt, Guinard und Recurt zu Adjunkten des Maires von Paris. Der Buchhändler Pagnerre zum provisorischen Maire des 10. Bezirks, Oberst Dumoulin zum Commandanten des Louvre, Jeanron zum Conservator der Gemäldesammlung daselbst, der Lyoner Aprilgefangene Lagrange zum Gouverneur des Stadthauses, Caussidière und v. Sobrier haben die Aufsicht über die Verproviantirung der Hauptstadt; ihnen sind die Bürger Bassano und Solms und die Schüler der polytechnischen Anstalt beigegeben. Eine Anzahl Staatsanwälte ist abgeschafft. Die Zeitungsstempel sind einstweilen abgeschafft. (Schw. Mkr.)

Paris, 26. Febr. 11 Uhr. Alle Forts sind in den Händen der Republik; die Straßen von Paris wimmeln von entwaffneten Soldaten, die mit dem Volke ziehen. Die provisorische Regierung, um der augenblicklichen Unterbrechung der Arbeit und des Nahrungserwerbes zu steuern, erklärt allen Arbeitern Beschäftigung und Erwerb zuzusichern, einstweilen überläßt sie ihnen die Mission der Civilisten, die eben fällig wird. Admiral Bau-

Digitized by Google

bin befehligt das Geschwader in Toulon. General Duvivier (einer der in Nordafrika gebildeten Generale wie Bedeau, Cavaignac, Lamoricière) ist zum Befehlshaber der mobilen Nationalgarde ernannt. Eigens ernannte Commissäre gehen in die Departemente ab, um die Verwaltung zu regeln und zu übernehmen. Merkwürdig ist die Haltung der legitimistischen Blätter, die offen ihre Billigung der bisher getroffenen Regierungsmaßregeln und ihr Vertrauen in dieselben aussprechen; selbst das „Journal des Débats" behauptet von jeher die großen Grundsätze der Revolution von 1789 vertheidigt zu haben, und versichert seine Anhänglichkeit jeder Regierung, die denselben treu bleibe! Nach neuern Gerüchten hätte sich die königl. Familie in Tréport nach England eingeschifft; der König soll am Schlagfluß gestorben seyn. (?) Kaum sind achtundvierzig Stunden seit der Revolution verflossen, und schon wimmeln die Straßen von friedlichen Wanderern, und jeder geht seiner Neigung oder seinen Geschäften nach. Die Bank zahlt wie immer und Rothschild hat der provisorischen Regierung seine Ergebenheit und Anhänglichkeit erklärt. Die Barricaden fangen an zu verschwinden. Den beunruhigenden Gerüchten tritt die provisorische Regierung sogleich durch eine officielle Antwort entgegen. Die Börse ist heute offen, gestern konnten kaum Geschäfte gemacht werden, aus dem einfachen Grunde, weil die große Mehrzahl der Wechselagenten unter den Waffen waren. Lamartine hat durch seine Beredsamkeit mehrere Volkshaufen am Hôtel de Ville beruhigt, die durch erdichtete Anschuldigungen gegen die provisorische Regierung dahin geführt worden waren. Die meisten Theater gehen heute auf, mit Vorstellungen zu Gunsten der verwundeten Kämpfer der Republik und an einigen derselben ist das Schauspiel unentgeltlich. Die Bank hat hunderttausend Franken zu Gunsten der Verwundeten unterschrieben, und Hr. Emil Girardin von der Presse zehntausend Franken! Er ist voll Enthusiasmus für die neue Regierung! Rothschild 50,000 Fr.*) (A. Z.)

Paris, 26. Febr. Der Herzog von Nemours hat sich durch ein Fenster gerettet, nachdem er einen Civilrock angezogen. Die Herzogin von Orleans wurde halb ohnmächtig weggetragen. (Schw. Mkr.)

Paris, 26. Febr. Die Ereignisse schreiten rasch voran; die Republik ist officiell erklärt. Alles wird für den Augenblick davon abhangen, ob es der provisorischen Regierung gelingt, der Bewegung Meister zu bleiben. Gestern war die Gefahr für sie, zu fallen, sehr groß; mit Mühe wurde sie durch das außerordentliche Rednertalent Lamartine's noch beschworen. Die „Presse" erzählt heute die gestrigen Auftritte im Stadthause. Ueber die Frage: ob man die dreifarbige Fahne beibehalten oder die rothe annehmen solle, waren die Meinungen in der provisorischen Regierung selbst sehr gespalten; nur nach zweistündiger Rede drang Lamartine endlich durch für die dreifarbige, und erklärte sich auch selbst vor der bewaffneten Volksmasse gegen die rothe mit einem Muth, der jetzt besonders aller Ehre werth ist. Man empfiehlt auch von Seite der provisorischen Regierung Beibehaltung des gallischen Hahns als Abzeichen, aber die meisten Nationalgardisten hatten denselben schon abgenommen, als der Befehl der Regierung erschien. Ebenso sieht man überall Leute mit rothen Bändern, dem Abzeichen der eigentlichen Republicaner, im Knopfloch, auch mit rother Cocarde auf dem Hut, seit heute Mittag erst einzelne mit dem dreifarbigen Bande. Um 11 Uhr sah ich einen Haufen bewaffneter Blousenmänner durch die Rue St. Honoré ziehen mit einer rothen Fahne, die von einer Frau getragen wurde. Ein Tambour unter Trommelschlag voran, ein Offizier der Nationalgarde oder wenigstens in der Uniform dieser führte die Leute; auch Zöglinge der polytechnischen Schule sieht man solche Haufen führen, deren Zahl stündlich zunimmt, da Jedermann Waffen erhält, der sie verlangt. Die Einschreibungen für die neu zu bildenden 24 Bataillone mobilisirbarer Nationalgarden, welche General Duvivier organisiren wird, haben begonnen und nehmen raschen Fortgang, da der Staat den Leuten Kleidung, Waffen und täglichen Sold von je 1 Fr. 50 Cent. per Mann verspricht, während bei der allgemeinen Einstellung aller Arbeiten in Fabriken und Werkstätten anderwärts durchaus nichts zu verdienen ist, die Leute aber natürlich doch die Mittel zum Leben haben müssen, wenn die Erhaltung der Ordnung möglich werden soll. Die regelmäßige, aber jetzt unverkennbar sehr schwierige Zufuhr an Vorräthen für die Subsistenz von Paris zu sichern, ist ein capitaler Punct für die Regierung. Die großen Banquiers, v. Rothschild an der Spitze, suchen dieser in jeder Weise beizustehen. Aber die Gefahr liegt zum Theil in der täglichen Ankunft von Tausenden anderer Leute ohne Mittel aus den Provinzen, während die Besitzenden aus Furcht und Mißtrauen die Hauptstadt täglich zahlreicher verlassen. Viele von diesen thun es kaum mit den nöthigsten Geldmitteln versehen. Die Bank von Frankreich setzt inzwischen ihre Operationen regelmäßig fort. Die Barricaden in den Straßen sind jetzt so weit beseitigt, daß Wagen zur Noth durchkommen können, und heute tönt wieder zum erstenmal das Gerassel derselben an mein Ohr. So läßt sich endlich auch wieder bessere Regelung des Postdienstes hoffen. Wie gesagt, die Gefahren der Lage sind groß, und wachsen eher als sie abnehmen. Auch die Fremden befinden sich für den Augenblick ohne Schutz von Seite ihrer betreffenden Gesandtschaften, die bei der neuen Regierung nicht beglaubigt sind, also durchaus keine amtliche Stellung einnehmen. Dem österreichischen Botschaftshotel wurde noch von der gestürzten Regierung eine starke Abtheilung Nationalgarde zum Schutze beigegeben, und dieser Schutz besteht noch fort: die andern Gesandtschaften entbehren desselben, und stehen mit der Regierung so wenig als die österreichische Botschaft in Verbindung. Die Nationalgarde kommt, wie es scheint, nur aus Gewohnheit dahin zurück. Alle Gesandtschaften warten erst die Weisungen ihrer Regierungen ab, ehe sie einen Schritt thun. Man glaubt, England werde die Republik anerkennen; ob dieß auch von anderer Seite geschehen wird, hält man noch für sehr ungewiß, doch nicht für unmöglich, je nach der Wendung der Dinge hier. Das Schloß zu Neuilly, Privateigenthum Ludwig Philipps, wurde zum Theil auch geplündert und verwüstet, und diese Nacht sogar in Brand gesteckt. Doch sollen Maßregeln getroffen seyn, den Brand zu löschen und weitere Excesse zu verhüten. Hier sey nachträglich noch bemerkt, daß Ludwig Philipp den Abdankungsact erst auf dem Eintrachtsplatze vor dem Obelisken in der Hast unterzeichnete, einen Augenblick ehe er in den Wagen stieg. So groß war die Eile gewesen, in welcher die Flucht vor sich ging, daß die Unterschrift in den Tuilerien vergessen worden war. Die Communisten und zwar die sogenannten Icariens dieser Partei erlassen nun auch Aufrufe an das Volk in ihrem Blatte Le Populaire, und fordern besonders zu Beibehaltung der Barricaden (thatsächlich vergebens) und Jedermanns Bewaffnung auf, die „Démocratie pacifique" preist ihren Socialismus an, und warnt vor Zerstörung der Maschinen, und selbst der von früherer Zeit her bekannte Abbé Chatel hat wieder seine „französische Kirche" eröffnet, und ladet durch Maueranschläge zum Beitritt ein. Sie sehen, das Leben und Treiben hier hat sich seit zwei Tagen sehr bunt gestaltet, und noch läßt sich nicht erkennen, welcher Grundton endlich aus all diesem Wirrwarr heraus sich durcharbeiten und geltend machen werde. Die Elemente toben heute fürchterlich wie die politischen Leidenschaften: der Barometer zeigt auf Sturm, und während ich schreibe, heult der Wind, Dachziegel und Kamine umherschleudernd, während unter strömendem Regen der Blitz leuchtet und der Donner des Himmels rollt, und in jenen der von Zeit noch immer ertönenden Gewehrschüsse sich mischt. Die Natur scheint sich in Einklang setzen zu wollen mit dem Gewühl der Menschen. Nachschrift. Man hat eben den je durch ein Bataillon repräsentirten zwölf Legionen der Nationalgarde von Paris die dreifarbige Fahne vor dem Hotel de Ville übergeben und sie aufgefordert, dazu mitzuwirken, daß die Arbeiter in ihre Werkstätten zurückkehren und die Ordnung so wieder hergestellt werde. Während dessen kommt der Leichenzug des Studenten Salles, von mehrern tausend Bewaffneten begleitet, auch auf dem Platz an und hält. — Im Louvre hat man die Reiterstatue des Herzogs von Orleans herabgerissen. Der Sockel bleibt leer stehen, und die Inschrift darauf ist jetzt in folgende geändert: Aux citoyens de Paris morts pour la liberté la république reconnaissante. 22., 23., 24. Février 1848. — An den Eingängen der Tuilerien liest man: hôtel des invalides civils. Die Brücke Louis Philipp ist zur Hälfte in die Seine geworfen, die Aufschrift am Portale aber besteht noch. (A. Z.)

Straßburg, 27. Febr. Der heutige Tag begann mit Organisirung der Bürgergarde. Sämmtliche Officiere wurden unter den Oppositionsmännern ernannt. Um Mittag ward große Musterung gehalten. Nachmittags durchritt der General die Stadt und ward von der Menge unter Jubel begrüßt. (Kein Wort von Sturm auf das Arsenal.) Bemerkenswerth ist es, daß sehr viele Schweizer und Studenten heute hier angekommen sind, um eine Adresse der hiesigen Studirenden an die Pariser zu unterzeichnen. — Gestern Abend hat man die Fahne, die unsere beiden ministeriellen Abgeordneten ausgesteckt hatten, mit Hohngeschrei herabgerissen. Ungeachtet der großen Aufregung ist die Stadt ruhig. (Schw. Mkr.)

Kolmar, 28. Febr. Die neuesten Nachrichten aus Paris machen hier und in unserer gewerbreichen Umgegend verschiedenartigen Eindruck, und viele fragen, paßt eine Republik auch für uns? Indessen wird in den Bierhäusern gesungen und getrunken, man sieht eine Menge verdächtiger Leute in den Straßen. Wir sind sehr besorgt für Thann und Mülhausen mit ihren zahlreichen Arbeitern; es sind Truppen dahin gesendet worden. Hier wurden 1200 Mann Nationalgarde bewaffnet; große Einigkeit herrscht unter den Bürgern.

(Schw. Mkr.)

Von der Grenze des Elsaßes, 27. Febr. Der Eindruck, den die Pariser Ereignisse am 25. auf die Bevölkerung des Elsaßes hervorgebracht haben, ist ungeheuer und hat urplötzlich eine solche heftige Erregung der Gemüther herbeigeführt, daß man alle Ursache hat, für die nächste Zukunft den Eintritt verhängnißvoller Ereignisse zu besorgen. Bis auf diesen Augenblick scheint die öffentliche Ordnung zwar noch nirgends ernsthaft gestört worden zu seyn; die Berichte von Straßburg, Kolmar, Mülhausen und namentlich von Altkirch lauten aber so bedenklich, daß man stündlich die Nachricht von den ungewöhnlichsten Vorfällen gewärtigen muß. Von einem großen Theil der elsaßischen Bevölkerung wurde der Sturz des Königthums mit Beifall vernommen, und die Nachricht von diesem inhaltschweren Ereigniß selbst da so empfangen, wo man andere Gesinnungen erwartet hatte. (Schw. Mkr.)

Lyon, 26. Febr. Auch hier herrschte dumpfe Unruhe über die Ereignisse in Paris und längere Ungewißheit. Endlich gestern, Nachts 9 Uhr, erschien auf dem Balcon der Mairie, vor welcher Tausende versammelt waren, ein Beamter mit der officiellen Erklärung, daß, nachdem alles in den letzten Tagen Beschlossene zunichte geworden, Frankreich als Republik erklärt sey. Diese Nachricht wurde zuerst mit stummem Erstaunen aufgenommen, welchem bald wilde Freude folgte. Die Marseillaise ertönte aus tausend Kehlen, und verschiedene Freiheitsreden wurden gehalten. Bis heute Morgens 7 Uhr war das Stadthaus von Arbeitern besetzt. Einige Stadttheile sind so ruhig wie sonst, während in andern große Aufregung herrscht. Die Militärmacht läßt sich gar nicht sehen. (Schw. Mkr.)

Großbritannien.

London, 28. Febr. In der City ging das Gerücht: Ludwig Philipp sey in Dover gelandet. In der Unterhaussitzung am 28. Febr. ward ein Antrag Lord Duncans auf alsbaldige und gänzliche Abschaffung der Fenstersteuer von der Regierung bekämpft und nach langer Debatte mit 160 gegen 68 Stimmen verworfen. Die weitere Verhandlung über Hrn. Ansteys Motion gegen Palmerston wurde verschoben.

In der Queens-Bench ward vorgestern nach einer langwierigen Untersuchung Jenny Lind durch die Geschworenen zu 2500 Pfd. St. Ersatz an Herrn Bunn verurtheilt.

Aus der irischen Grafschaft Tipperary berichten die Blätter wieder unter der Aufschrift: „Tipperary-Kurzweil" eine Gräuelthat. Ein Mann, dem das große Verbrechen vorgeworfen wurde, daß er den Ober-Constable kenne, wurde in seiner Hütte von sechs Bewaffneten überfallen, sofort eine Zeit lang über das brennende Herdfeuer gehalten, dann mit einem Pistolenschaft zu Boden geschlagen, hierauf mit einem Rasirmesser ins Ohr geschnitten, zuletzt aus der Hütte herausgeschleppt, wo sie auf ihm herumtraten und ihn endlich für todt liegen ließen. Man zweifelt an seinem Aufkommen.

Vom Cap der guten Hoffnung bis zum 18. Dec. wird gemeldet, daß durch eine von Sir H. Pottinger getroffene Veranstaltung der Kafferkrieg beendigt

*) Also mochte der gestrige Bericht der „Frankfurter Oberpostamtszeitung" von einer Contrerevolution wohl unbegründet seyn!

Digitized by Google

[...]ß, indem alle Kafferhäuptlinge mit ihren Weibern und Familien gefangen genommen wurden.

Dänemark.

Kopenhagen, 18. Febr. In diesen Tagen hat hier eine sehr beachtenswerthe Demonstration des Bauernstandes stattgefunden. Einige Tage nach dem Ableben Christian's VIII. erschien in den öffentlichen Blättern eine Aufforderung von vier angesehenen Bauern auf Seeland an die Deputirten und Bezirksvorsteher der „Gesellschaft der Bauernfreunde" zu einer Versammlung, die am 15. d. in hiesiger Stadt gehalten werden solle, theils um den König zu bitten, die Landesculturverhältnisse einer öffentlichen und allseitigen Untersuchung zu unterziehen, theils um sich wegen etwaniger Anträge an den König zu besprechen. Ungeachtet der kurzen Frist und strengen Jahreszeit fanden sich gegen 200 der angesehensten Landleute hier ein. Die Versammlung wurde unter Vorsitz des Ständemitgliedes Kirchspielarzt Rasmussen abgehalten, der sein Bedauern darüber aussprach, daß eine persönliche Audienz beim Könige zur Uebergabe der mit 7240 Unterschriften bedeckten Petition aus 89 Kirchspielen nicht zu gewärtigen sey, zumal da ein ausdrücklicher Bescheid des Cabinetssecretärs, Kammerherrn Tillisch, jede Hoffnung darauf benommen habe, so lange die Beisetzung der königl. Leiche noch nicht erfolgt sey. Nach einiger Debatte wurde beschlossen, sich auf schriftliche Anträge zu beschränken und sie dem Könige durch den Cabinetssecretär auf Christiansburg, nicht in dessen Privatwohnung, oder durch den Portier des Schlosses, an welchen der Kammerherr sie verwiesen, zu übergeben. Es wurde noch eine Beglückwünschungsadresse an Se. Maj. ausgefertigt, worin zugleich das Bedauern ausgesprochen war, daß in dem Verfassungsrescript eine Versammlung angeordnet sey, in welcher nur 9 städtische und 5 ländliche Deputirte 11 Gutsbesitzern und 9 Beamten gegenüber figuriren, ein Mißverhältniß, das besonders in der Wehrpflichtigkeitsfrage drückend erscheine. Der Bauernstand bittet nun, daß diese Frage von einer so einseitig gebildeten Versammlung nicht entschieden werden möge, und ersucht um eine möglichst volkssinnige Wahl der 16 königl. Abgeordneten. Anfangs weigerte sich der Kammerherr Tillisch, die Petition und Adresse entgegenzunehmen, ließ sich jedoch „mit Allerhöchster Erlaubniß" dieselbe in einem Gemache zur Seite der königl. Appartements überreichen. In drei bis vier Mann hoher Reihe zogen die Bauern vom Schlosse nach der Kronprinzessinstraße, wo sie den Kammerrath Drewsen begrüßten. Nachmittags wurden sie in Folge einer vom Kammerherrn Tillisch getroffenen Veranstaltung nach Amalienburg geführt, um den Katafalk zu sehen, und verließen darauf Kopenhagen mit der Eisenbahn. (H. C.)

Neueste Nachrichten.

Paris, 27. Febr. Man sagt, Hr. Guizot, der in Lakaienkleidung zu entkommen gesucht, sey aus Müdigkeit genöthigt gewesen, sich zu ergeben, und der Herzog von Nemours, der bekanntlich von der Deputirtenkammer aus am 24. verkleidet entfloh, sey in der Gegend von Rouen verhaftet, der Nationalgarde dort übergeben worden, und solle nun hieher gebracht werden.
(Karlsr. Z.)

Die „Democratie pacifique", das Organ der Fourrieristen, scheint sich nunmehr an die Spitze sämmtlicher socialistischen Lehren stellen zu wollen. In diesem Sinne hat sie auch ihrerseits, sich auf die Zustimmung Lamartines berufend, ein Programm der Zukunft drucken lassen, welches folgenden Inhalts ist: Wünsche des Volkes. Reformen für Alle. Allgemeine Amnestie, mit Ausnahme der Minister, welche in Anklagestand versetzt werden. Das Recht der Versammlung, geheiligt durch eine baldige Manifestation. Sofortige Auflösung der Kammer und Berufung der Urversammlungen. Stadtgarde, unter den Befehlen des Gemeinderaths. Abschaffung der Septembergesetze. Freiheit der Rede, Freiheit der Presse, Freiheit der Petition, Freiheit der Association, Freiheit der Wahl. Wahlreform. Jeder Nationalgardist ist Wähler und wählbar. Parlamentarische Reform. Besoldung der Deputirten. Die öffentlichen Beamten (bleiben) auf ihrem Platze. Reform der Pairskammer. Keine königl. Ernennung, keine erbliche Aristokratie. Reform der Verwaltung. Garantien für alle Beamten und Angestellten gegen den Mißbrauch der Gunst und des Einflusses. Das Eigenthum geachtet, aber das Recht für die Arbeit garantirt. Die Arbeit dem Volke gesichert. Einigkeit und brüderliche Verbindung zwischen den Häuptern der Industrie und den Arbeitern. Gleichheit der Rechte durch die Erziehung für Alle. Kinderbewahranstalten, Zufluchtssale, ländliche Schulen, Stadtschulen. Keine Unterdrückung mehr, keine Ausbeutung der Kinder. Völlige Freiheit der Culte. Völlige Unabhängigkeit der Gewissen. Die Kirche unabhängig vom Staate. Schutz für alle Schwachen, Frauen und Kinder. Friede und heilige Allianz unter allen Völkern. Abschaffung des Kriegs, wo das Volk zum Kanonenfutter dient. Unabhängigkeit für alle Nationalitäten. Frankreich der Beschützer der Rechte der schwachen Völker. Die Ordnung gegründet auf die Freiheit. Allgemeine Brüderschaft.

Der „Constitutionnel" meldet, die provisorische Regierung hat die Nachricht empfangen, daß Belgie sich zur Republik constituirt hat. König Leopold hat Brüssel verlassen.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 29. Febr. Bayerische 3½ pCt. Obligationen 89¼ P., — G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 660 P., — G. Promessen per Stück Agio 71 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. — P., — G.; 4pCt. — P., — G.; 3pCt. — P., — G. Bankactien 1. Semester — P., — G. Württembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 89¼ G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 56 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35¼ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 89¼ G.

Barmen, 24. Febr. Gestern ist durch Erkenntniß des königl. Handelsgerichts zu Elberfeld einer der hiesigen Großmüller und Kornspeculanten, Jak. Busch, fallit erklärt. Man spricht von einer Passivmasse von 120,000 Thalern. Das Gerücht sagt, der Fallit habe sich in der Absicht, nach America zu gehen, von hier entfernt.
(Rhein B.)

Münster, 19. Febr. Dieser Tage wurde zu Greven, zwei Stunden von hier, das auf dem dortigen Schiffswerfte gebaute Seeschiff von Stapel gelassen. Es entwickelt sich auf der Ems ein lebhafter Verkehr durch die Dampfer, See- und Flußschiffe. Emden verspricht große Erfolge für den Zollverein. (Köln. Z.)

Frankfurt, 26. Febr. Metall. 5pCt. 95; 4pCt. 85¼; 3pCt. 62; Bankactien 1890; Taunus-Eisenbahn-Actien 353; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 50¼; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 82; bayer. Ludwigs-Canal 91.

Wien, 26. Febr. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 96; zu 4pCt. in CM. 86; zu 3pCt. in CM. 66; Bankactien per Stück 1485; Nordbahn 115.

Amsterdam, 25. Febr. 2½ pCt. 51¼; 3pCt. 64⅞; 4pCt. 83¼; Synd. 3½ pCt. 82; Handels-Maatschappy 161¼; Ard. 15¼; port. 3pCt. 26¼; 5pCt. Metall 91.

Paris, 24. Febr. 3pCt. 73 Fr. 10 C.; 5pCt. Fr. 10 C.

London, 25. Febr. Consols 88.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 2. März: „Martha, oder der Markt zu Richmond," Oper v. Flotow.

Freitag den 3. März: Zum ersten Male: „Dorf und Stadt," Schauspiel in 2 Abtheilungen und 5 Acten v. Ch. Birch-Pfeiffer.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Oberst Serrovilla, Lieutenants Velasco und Corruera, Spanier in österreichischen Diensten; Baron Bernhard und Dr. Winter v. Augsburg.

Gold. Hirsch. HH. Schöneck, Kaufmann von Frankfurt; Charpine, Kaufmann v. Lyon; v. Prinetti, Rentier v. Mailand; Baron Lasalle-Luisenthal v. Dagstuhl.

Hôtel Maulik. HH. Rasp, Privatier, und Biermann, Rentier v. Lindau; Trinius, Privatier v. Leipzig; v. Parrot, Rath v. Paris; Mallini, Proprietär v. Mailand.

Gold. Hahn. HH. Scherrer, Kaufmann v. Nürnberg; Mauder, Particulier aus der Schweiz; Stein, Particulier v. Wien.

Gold. Kreuz. HH. Jansen, Negotiant v. Mülheim; v. Harder, kgl. Landrichter v. Altötting; Derard, Negotiant v. Valence.

Blaue Traube. HH. Rittmann, Pfarrer von Baierbach; Baron v. Junker v. Regensburg; Baron v. Maderup, Gutsbesitzer v. Beuerberg; Mittelstenscheid, Kaufmann v. Barmen; Holzer, Gutsbesitzer v. Holzkirchen; Spenzel, Kaufmann von Leipzig; Oberisteringer, Privatier v. Salzburg; Dr. Slappino v. Florenz; Schaubeger, Regierungs-Secretär v. Augsburg; Knier, Mayer und Krempelsetzer, Privatiers v. Vilsbiburg; Guthmann, Thierarzt v. Erlangen; Schwarz, Grubendirector v. Miesbach; Wagenfeil, Banquier v. Augsburg.

Stachusgarten. HH. Ney, Privatier v. Nördlingen; Dr. Ott und Appel, k. Landrichter v. Mindelheim; Pfeiler, Offizier v. Augsburg; Kolb, Privatier v. Wurzach; Dlle. Kerler aus Württemberg.

Gestorbene in München.

Klara Hörmann, Schmidgesellensfrau v. h., 35 J. alt; Martin Kremknecht, Steuercatasterfunctionär v. Simmerberg, Ldg. Weiler, 42 J. alt; Karl v. Mendl, pensionirter königl. Major, 65 J. alt; Dr. Michael Erdl, k. Universitätsprofessor v. h., 32 J. alt; Eva Merle, b. Metzgersfrau v. h., 40 J. alt; Pauline Walther, quiesc. kgl. Consistorialsecretärstochter v. Speyer, 27 J. alt; Cordula Hittl, königl. Rentbeamtenswittwe v. Nabburg, 64 J. alt; Bernhard Maier, Steuerrevisor v. h., 59 J. alt; Otto Ludwig Friederich, cand. jur. v. Ansbach, 20 J. alt; Johann Reisinger, Maurer v. h., 67 J. alt; Paul Stuber, Taglöhner von der Au, 54 J. alt; Sigmund Frank, Glasmalerssohn v. h., 26 J. alt.

Getraute in München.

HH. Adolph Föckerer, b. Weingastgeber dah., mit Karolina Anna Maria Stoiber, b. Seifensiederstochter v. Vilshofen; Ludwig Schaller, Bildhauer von Wien, mit Frl. Anna Maria Walk, kgl. Secretärs- und Kanzlistenstochter v. h.; Johann Baptist Winter, vormaliger Tapezierer, nun Taschenspielkünstler dah., mit Magdalena Trost, Putzarbeiterin dah., Goldarbeiterstochter v. Regensburg; Lorenz Druskowitsch, bas. Pantelsmann in Wien, mit Maria Magdalena Cäcilia Weber, Instrumentenmacherstochter v. Nürnberg; Michael Brumauer, b. Schleifermeister dah., mit Maria Josepha Stolz v. Kelheim; Joseph Wagner, b. Stadtmüller v. h., mit Rosalia Trappentreu, Bierbräuerstochter v. Oberdietfurt, Landg. Vilsbiburg; Anton Landthaler, Oberschreiber dah., mit Margaretha Emilia Köhler, Steinlieferantenstochter v. Untermenzees, Ldg. Burgebrach; Max Steizer, Functionär bei der München-Aachener-Feuerversicherungs-Gesellschaft dah., mit Frl. Christina Anna Katharina Kauer, königl. Kanzlei-Secretärstochter v. hier.

Unterzeichneter erbietet sich, Beiträge für die unglücklichen Schlesier zu übernehmen, und seiner Zeit öffentliche Rechnung darüber zu stellen.

München, den 29. Februar 1848.

Hofrath Dr. Schauß,
k. Advocat.

2299. In der Arnold'schen Buchhandlung in Dresden und Leipzig ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen, in München bei Fleischmann, Kaufingergasse nächst der Hauptwache, zu erhalten:

Der Kaukasus
und das Land der Kosaken
in den Jahren 1843 — 1846
von
Dr. M. Wagner.
2 Bände 8. broch. 4 fl. 42 kr.

Wir empfehlen dieses Werk nicht allein Naturforschern, Liebhabern von Reisebeschreibungen und Freunden von Naturschilderungen, sondern auch Militärs, welche über die kaukasischen Kriegsereignisse vieles Neue darin finden werden.

2302. Die polizeiliche Beschlagnahme der Lithographie:

Der Engelsturz

ist in Folge erhobenen Rekurses von der kgl. Kreisregierung, Kammer des Innern, wieder aufgehoben worden. Diese Carricatur kostet 12 kr. und ist in den hiesigen Buch- und Kunsthandlungen zu haben.

München, den 2. März 1848.

2300. Nachdem der Unterzeichnete München verläßt, so ersucht er sämmtliche Zahlungen an seinen Anwalt, den königl. Advocaten Herrn Dr. v. Nibler (Dultplatz Nro. 4 0) zu leisten, welcher mit Generalvollmacht versehen ist.

München, 29. Febr. 1848.

P. P. Erlacher,
Zimmermeister.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Digitized by Google

Nr. 54.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 6 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Freitag — XLIX. Jahrgang. — 3. März 1848.

An die verehrlichen Leser der Münchener politischen Zeitung.

Da mit dem Monat März das Abonnement auf die „Münchener politische Zeitung" für das erste Quartal von 1848 zu Ende geht, so ersuchen wir Neueintretende, ihre Bestellungen für die Stadt bei der unterzeichneten Expedition, Auswärtige aber bei dem nächstgelegenen resp. Postamt zeitig zu machen, damit wir mit vollständigen Exemplaren dienen können.

Die politische Ausstattung des Blattes wird auch weiterhin nach den verläßigsten und reichsten Quellen eine möglichst vollständige seyn. Von Sonntag den 5. März ab wird die politische Zeitung auch **jeden Sonntag** ausgegeben werden, demnach fortan **täglich** erscheinen. — Dem Feuilleton wird auch weiterhin durch Originalerzählungen ernsten und heiteren Inhalts und durch mannigfaltige Skizzen aus dem Leben die größte Sorgfalt gewidmet werden. — Die neuesten gediegensten Erscheinungen auf dem Gebiete der Literatur sollen unter der Rubrik „Bücherschau" eine schnelle und gründliche Besprechung finden.

Inserate jeder Art werden bei mäßiger Einrückungsgebühr unverzüglich aufgenommen. Briefe und Gelder werden portofrei erbeten.

München, den 1. März 1848.

Expedition der Münchener politischen Zeitung.
(Knödel-Gasse Nro. 2.)

Deutschland.

Bayern.

†München, 3. März. Se. Maj. der König haben unterm Gestrigen dem Ministerverweser des Innern, Staatsrathe von Berks einen Geschäftsurlaub bis zu Ende dieses Monats zu ertheilen, und den Staatsrath von Volz mit der Leitung des Ministeriums des Innern zu beauftragen geruht.

**München, 3. März. Am gestrigen Abend zwischen 7 und 8 Uhr versammelte sich vor der Wohnung des Ministerverwesers v. Berks, in dem an der Ludwigsstraße gelegenen Damenstiftsgebäude, ein zahlreicher Haufen, um demselben eine Katzenmusik zu bringen. Der Auftritt führte allmählig eine größere Menge herbei, vom Lärm und Toben ging es sodann zu Steinwürfen über; die Wohnungen in dem Hause zu ebener Erde wurden verwüstet und in den höheren Stockwerken beschädigt. Nachdem die Tumultuanten hier durch anrückendes Linienmilitär verdrängt waren, eilten sie gegen die innere Stadt herein, zertrümmerten an dem Ministerium des Innern und an der Kreisregierung die Fenster und theilten sich dann in mehrere Haufen. Bei ihren weiteren aufrührerischen Zügen durch die Stadt wurden in mehreren Straßen viele Laternen zerschlagen, und mancher weitere Unfug getrieben. Die Ruhe der Bevölkerung blieb durch solche Auftritte unaufhörlich bis gegen Nachts 11 Uhr gestört, zu welcher Stunde sich auf geschlagenen Generalmarsch die Landwehr versammelte. Diese säuberte alsbald die Straßen, ein Versuch, in den Laden des Waffenfabricanten Strobelberger einzubrechen, wurde glücklich vereitelt. Ebenso der Versuch eines Ablagers jener Rotten, welche um Mitternacht sich auf den Eisenbahnhof stürzte, um die Schienen daselbst auszuheben, die Locomotive und Waggons unbrauchbar zu machen, wohl in der Absicht, vielleicht für heute das jedoch irrig vermuthete Ankommen der Garnisonstruppen von Augsburg zu hindern. Nach Mitternacht war die Ordnung wieder hergestellt. Heute bewegen sich zahlreiche müßige Zuschauer auf den Straßen. Die Bürger haben sich auf dem Rathhause versammelt, um eine Adresse an den König gelangen zu lassen, welche bereits mit mehr als tausend Unterschriften bedeckt ist.

Württemberg.

Stuttgart, 29. Febr. Ich schreibe Ihnen unter dem Einflusse des Eindrucks, welchen die Pariser Ereignisse bei uns hervorgebracht haben. Von den höchsten Sphären der Gesellschaft bis zu deren untersten Schichten beschäftigt sich Jedermann mit diesem so unerwartet gekommenen, in seinen Folgen so wichtigen Ereignisse. Couriere, theils an unsern Hof, theils an fremde, folgen schnell auf einander und bringen immer ernstere Nachrichten. Von den vielfachen Gerüchten will ich gar nicht reden. Noch Sonntag in der Frühe um 3 Uhr wurde der Geheimerath, zu welchem die Generale beigezogen wurden, im Schlosse unter dem Vorsitze Sr. Majestät versammelt, und eben so dauerten die Sitzungen vorgestern und gestern fast unausgesetzt. Was beschlossen wurde, darüber erfährt man nichts. Im Kriegsministerium herrscht außerordentliche Thätigkeit, und unsere Truppen werden wohl mobil gemacht werden. Man war eine Zeit lang um so mehr besorgt, als das Gerücht allgemein verbreitet war, daß es auch in Mannheim zu Demonstrationen von Seite der Bürgerschaft gekommen sey. Allein glücklicherweise hat sich dieses Gerücht, mit Ausnahme einer ruhig abgehaltenen Bürgerversammlung, wie ich von eben aus Mannheim angekommenen Personen weiß, nicht bestätigt. Rastadt soll eiligst, um vor Ueberrumpelung gesichert zu seyn, besetzt werden. Es wäre Schade, wenn wir nur für die Franzosen gebaut hätten. Man spricht hier viel von einer von einigen Oppositions-Abgeordneten und vielen Bürgern unterzeichneten Adresse an den König, in welcher versichert wird, daß die betreffenden Unterzeichner zwar treu zum Throne halten werden, daß sie aber Preßfreiheit und allgemeine Volksbewaffnung dafür ungesäumt verlangen. Die Adresse sollte im „Beobachter" veröffentlicht werden, wurde aber von der Censur gestrichen. Römer soll deßhalb in Untersuchung gezogen werden.(†) Unser König ist nach den Versicherungen seiner Umgebung sehr ernst gestimmt und wird allem Anscheine nach sehr determinirt handeln. — Der Kriegsminister, Graf v. Sontheim, ist gestern Mittag nach abgehaltenem Ministerrathe nach Frankfurt abgereist, um mit der Bundesversammlung nöthige Rücksprache über die wegen der französischen Angelegenheiten zu ergreifenden militärischen Maßregeln zu nehmen, namentlich die Mobilmachung des 8. Armeecorps (Württemberg, Baden, Hessen.) Morgen, längstens übermorgen erwartet man ihn zurück. Ein Ausmarsch, vorderhand in's Badische, wird, so geht das Gerücht, in wenigen Tagen erfolgen. (Augsb. Abdz.)

Baden.

Karlsruhe, 28. Febr. Die Haltung unserer zweiten Kammer in der letzten Woche und die eingetretenen französischen Ereignisse haben bereits in unserm Lande ihre Wirkung geäußert; wie man sagt, hatte der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Bekk, letzten Samstag eine Audienz bei Sr. königl. Hoh. dem Großherzog, worin die Angelegenheiten der Presse besprochen worden seyn sollen, und es giebt Viele, die einer Abänderung des seitherigen Zustandes in Bälde entgegensehen. Gestern sollen die Präsidenten der Ministerien der Finanzen und des Kriegs Staatsrath Regen-

Die Allerheiligen-Nacht im Jahre 1805.

(Eine Novelle aus A. Müller's ungedrucktem Nachlasse.)

(Fortsetzung.)

Antoinette und ihre Schwestern gaben sich endlich zufrieden, als sie sich überzeugt hatten, daß die Mutter nie von der Seite des Vaters weichen werde, so lange er im Schlosse walte.

„Frau v. K . .," sagte sie, „vertritt inzwischen ganz meine Stelle; sie ist euch eine zweite, zärtliche Mutter, ich bin es gewiß, und Dir, Antoinette, ist sie ohnehin Alles — das begreifst Du, denn Franz ist ihr einziger Sohn, und Du stehst ihr nun bald so nahe — —."

Franz wurde mit Ungeduld zurück erwartet. Die Koffer standen gepackt, und George murmelte einige Flüche, daß er im Hofe neben dem bespannten Wagen wie ein Posten auf und ab traben mußte. Antoinette stieg mit ihren Schwestern eine Treppe höher, um von der zweiten Altane nach der Straße zu sehen, die sich in einer langen Krümmung nach dem Strub einbiegt. Keine Staubwolke wirbelte auf, kein Fußgänger war sichtbar. Es kam ihr vor, als lauschte angstbeklommen das Thal, als zitterte jeder Baum mit banger Erwartung, und zöge selbst die Loser mit ihren grünen Wellen zaghaft und schüchtern. Der Abendhimmel schaute graulich-düster in die trauernde Gegend. Kein freundliches Bild begegnete dem sehnsuchtsvollen Blicke, der sich bald himmelwärts richtete, bald in die Tiefe voll Wehmuth senkte. Der Nord rüttelte die jungen Bäume im Garten, und zerrte an den Kronen, die mit dem ersterbenden Grün — ihrem letzten Schmuck, ihre Arme emporhielten und sich Grabelieder zuflüsterten. Die Blumengöttin Flora, vom Meister B . . gemeißelt, auf das Geheiß des Vaters, der ein Gönner der Kunst war und den bekannten Künstler gern beschäftigte, ruhte, die schwellenden Glieder hingegossen neben dem Blumenkorbe, die linke Hand mit einem Bouquet, weich ausgestreckt auf dem geräumigen Plateau des zierlichen Gartenhauses, und schien die heiteren Frühlingstage zurückzurufen.

Antoinette vermochte nicht eine Silbe zu sprechen. In ihrem Innersten kämpften Liebe, Furcht und Hoffnung einen fürchterlichen Kampf. Bald erblaßte sie zum Steinbilde, bald übergoß eine Flammenröthe ihre Wangen. Die Lippen wollten sich jetzt öffnen, um ihre Klage hinzuweinen, jetzt verschlossen sie sich wieder, als geböte ihr der Schmerz zu schweigen

Ihre Schwestern schauten unverrückt nach der Heerstraße, und bemerkten nicht, wie eine Thräne nach der andern ihren Augen entquoll

„Bleibt," sagte sie endlich, und barg ihr Gesicht in das vorgehaltene Tuch, „und ruft mich, sobald ihr einen Reiter gewahret! Es ist kein anderer als Franz. Kömmt er binnen einer Viertelstunde nicht — so mögt ihr fort — ihm entgegenfahren."

auer und v. Freydorf ihre Entlassung eingereicht haben, worüber jedoch noch nicht entschieden ist. Weitere Entlassungen sollen folgen (wohl Trefurts.) Heute früh 8 Uhr war außerordentlicher Ministerrath, und um 9 Uhr Staatsministerium, dem außer den Staatsräthen auch die Brüder Sr. königl. Hoh. des Großherzogs, die Markgrafen Wilhelm und Maximilian GG. HH. anwohnten; diese Sitzung dauerte bis 1½ Uhr. — Diesen Morgen hatte auch der Stadtdirector und der Oberbürgermeister eine Audienz bei dem Präsidenten des Ministeriums des Innern, Staatsrath Bekk, und durch öffentlichen Aufruf an den Straßenecken und in Privathäusern werden alle Bürger (seit gestern schon häufige Begrüßungsformel) aufgefordert, heute Abend 4 Uhr zur Berathung im hiesigen Rathhaus sich zu versammeln. Man ist hier auf die neuesten französischen Nachrichten kaum mehr gespannt, als auf die rasche Entwickelung der hiesigen Verhältnisse, insbesondere auf die nächsten Kammersitzungen. — Die Geschäfte stecken unter diesen Verhältnissen. (Schw. Mkr.)

Karlsruhe, 29. Febr. Heute früh um 5½ Uhr wechselte das hiesige Militär seine Dienstgewehre, jeder Mann erhält 20 scharfe Patronen und alles wird in die Kaserne consignirt. Ein Theil der beurlaubten Mannschaft wird einberufen. Das Rastatter Festungscommando soll sich hier befinden um zu berathen. Im Laufe des Vormittags übernimmt das hiesige bürgerl. Schützencorps Patrouillen- und den Wachdienst am Ettlinger Thor. — Nachmittags wurde nachstehende Aufforderung des Oberbürgermeisters an den Straßenecken angeschlagen: „Sämmtliche Orts- und Staatsbürger werden hierdurch eingeladen, sich heute Nachmittag 4 Uhr auf dem Rathhause zu versammeln, um Behufs der provisorischen Organisirung einer Bürgerwache die nöthigen Anordnungen entgegen zu nehmen. Karlsruhe, den 29. Febr. 1848. Gemeinderath Daler." — Die Versammlung im großen Rathhaussaal ist von allen Classen Orts- und Staatsbürgern äußerst zahlreich besucht; der Oberbürgermeister eröffnet, daß zur Sicherheit der Stadt noch heute eine Bürgerwache organisirt werden und ins Leben treten soll, welcher Se. königl. Hoheit der Großherzog 300 Gewehre aus dem Zeughaus verabfolgen lassen werde, nebst scharfen Patronen. Die Stadt ist in 7 Bezirke, mit eben so viel Rotten eingetheilt, die Rottenmeister und Sammelplätze werden verkündet; Gewerbsgehülfen und Kinder sollen Abends zu Hause behalten werden. Die ganze Versammlung ruft Sr. königl. Hoheit dem Großherzog ein stürmisches, kaum endendes Lebehoch! Alle guten Bürger sind vom besten Geiste beseelt, und die Stadt sonst ruhig, wiewohl in großer Erwartung der Zukunft. (Schw. Mkr.)

Karlsruhe, 29. Febr. Der Entwurf des Preßgesetzes war, wie man sagt, schon seit längerer Zeit vorbereitet; das Gesetz über das Strafverfahren in der Art abgefaßt, daß man das Geschworenengericht ohne wesentliche Aenderungen, nur einzufügen braucht.

Mannheim, 27. Febr. 4½ Uhr Nachmittags. So eben komme ich aus einer großen Volksversammlung. Die neuesten Ereignisse in Frankreich haben hier alles entflammt. Heute früh wurde durch Zettel eine Volksversammlung auf 3 Uhr angesagt, im Aulasaal. Schon vor der Zeit war der Saal zum Erdrücken voll. Punct 3 Uhr begannen die Verhandlungen mit der Wahl des Präsidiums: Itzstein; der erste und Hauptredner: Hoff. Ihm folgt als besonders noch hervorzuhebend Struve. Ihre Vorträge fest, entschlossen, feurig. Hierauf kam Bassermann, der sich mit der Sache einverstanden erklärte, aber vor Uebereilung warnte und Besonnenheit und Umschau empfahl. Nicht wir allein, ¹/₁₀ von Deutschland, können voraneilen, wir müssen auch unsere übrigen deutschen Brüder mitnehmen. Diese gute Mahnung zur rechten Zeit wurde von Manchen nicht am Besten aufgenommen und in einigen kürzern Reden mißdeutet, welche aber Mathy in einer schönen und herzergreifenden Rede widerlegte. Hierbei das Resultat. Nächsten Mittwoch früh mit dem ersten Bahnzug geht eine Deputation, welcher sich anzuschließen alle Bürger eingeladen sind, nach Karlsruhe, um der Kammer eine Petition zu überreichen. Der Anschluß wird gewiß stark werden. Man wird mit festem Schritt und Entschlossenheit, aber auf gesetzlichem Wege verlangen, was uns vorenthalten wurde. Der Inhalt der Petition ist: Eine ungeheure Revolution hat Frankreich umgestaltet. Vielleicht in wenigen Tagen stehen französische Heere an unsern Gränzmarken, während Rußland die seinigen im Norden zusammenzieht. Ein Gedanke durchzuckt Europa. Das alte System wankt und zerfällt in Trümmer. Das deutsche Volk hat das Recht zu verlangen: Wohlstand, Bildung und Freiheit für alle Classen der Gesellschaft, ohne Unterschied der Geburt und des Standes. Die Zeit ist vorüber, die Mittel zu diesen Zwecken lange zu berathen. Was das Volk will, hat es durch seine gesetzlichen Vertreter, durch die Presse und durch Petitionen deutlich genug ausgesprochen. Aus der großen Zahl von Maßregeln, durch deren Ergreifung allein das deutsche Volk gerettet werden kann, heben wir hervor: 1) Volksbewaffnung mit freien Wahlen der Officiere; 2) unbedingte Preßfreiheit; 3) Schwurgerichte nach dem Vorbilde Englands; 4) sofortige Herstellung eines deutschen Parlaments. Diese vier Forderungen sind so dringend, daß mit deren Erfüllung nicht länger gezögert werden kann und darf. Vertreter des Volks! Wir verlangen von Euch, daß Ihr diese Forderungen zu ungesäumter Erfüllung bringet. Wir stehen für dieselben mit Gut und Blut ein, und mit uns, davon sind wir durchdrungen, das ganze deutsche Volk. Mannheim den 27. Febr. 1848. (Schw. Mkr.)

Mannheim, 24. Febr. So eben erfahren wir Folgendes über den Mord in Heidelberg. Ein Maurergeselle, welcher ein junges Mädchen heirathen wollte, konnte die Zustimmung des Vaters dieser letzten auf keine Weise erhalten. Er begab sich daher eines Abends vor dessen Haus, schlug die Fenster ein, und als sich unter der Thüre Vater und Sohn zeigten, stürzte er sich mit einem Messer auf sie zu, stieß zuerst den Vater in die Brust, daß er leblos niederfiel und dann den Sohn, welcher jedoch noch lebt und nicht lebensgefährlich verwundet seyn soll. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Mannheim, 25. Febr. Heute Nacht geschah in dem Comptoire eines hiesigen Speditionshauses ein Einbruch, der durch die Art der Ausführung — die Diebe brachen nämlich von der Straße aus durch die massive Mauer ein — zu den frechsten gehört, die uns bekannt geworden sind. Es wurde, wie man sagt, die eiserne Casse mit dem Inhalte, so wie einige Seidenbällchen entwendet. (M. J.)

Preußen.

Berlin, 19. Febr. Eine Abhülfe der Ueberbürdung der in Fabriken arbeitenden Kinder scheint bis jetzt immer noch nur ein frommer Wunsch, auch der Regierung zu seyn. Die Abhülfe ist bei dem Darniederliegen des Verkehrs, welches niedrige Preise und somit zu starke Ansprüche an die Arbeiter in seinem Gefolge hat, so leicht nicht. Vorerst soll blos die hiesige Schuldeputation die Sache in Anregung gebracht haben. — Mit unsern sogenannten Vorschußvereinen will es nicht so recht vorwärts, weil die Stifter noch nicht einig sind, welche Organisation denselben zu geben sey; einige wünschen für die ganze Stadt einen einzigen Verein, andere — und diese scheinen Recht zu haben — bevorworten Vereine für einen jeden Bezirk. Fürs Erste haben wir daher zwei solcher Vereine, wovon einer nach dem ersteren, der andere nach dem letzteren Grundsatz verfährt, und beider Leistungen sind bis jetzt noch nicht von Erheblichkeit. — Wie sehr die Furcht vor einer Einkommensteuer manche Reiche plagt, geht aus dem Umstande hervor, daß auf die bloße kürzlich in einem unserer Blätter geschehene Anrühmung der Steuer, verbunden mit einem leisen Wink, daß die Regierung noch nicht ganz davon abstrahirt habe, mehrere Creditoren ihren unglücklichen Hypothekenschuldnern angekündigt haben, daß sie entweder höhern Zins oder ihr Capital haben müßten, weil sie sobald eine Einkommensteuer eintrete, sich mit ihrem Geld da ansässig machen würden, wo diese Last nicht bestehe. Es wäre dies der beste Wink, daß alle Staaten diese Steuer einführen sollten, um andere drückendere dafür aufgeben zu können. (Schw. Mkr.)

Das „Berliner Amtsblatt" enthält im Namen des Oberpräsidenten eine Warnung vor Preßpolizei-Contraventionen, da Seitens der Schriftsteller, Buchhändler und Buchdrucker noch häufig, nicht aus bösem Willen, sondern aus Unkunde oder Nachlässigkeit, Verstöße gegen die preßpolizeilichen Vorschriften begangen und dadurch dem Betreffenden oft sehr nachtheilige Folgen zuwege gebracht wurden. Daher werden zunächst 1) die Druckereibesitzer erinnert, jede, selbst die kleinste und auch jede zur Gratis-Vertheilung bestimmte Druckschrift mit ihrer Firma zu versehen. 2) Schriftsteller, welche als Selbstverleger auftreten, müssen sich auf dem Werke mit ihrem wahren Namen nennen. Wer im Inland seine Schriften anonym oder pseudonym herausgeben will, muß sich zu dem Verlage stets der Buchhandlungen bedienen. 3) Verlagsbuchhändler haben für die über 20 Bogen starken Schriften nur dann Censurfreiheit, wenn der Verfasser auch mit seinem wahren Namen benannt ist. Auch dürfen sie derartige censurfreie Schriften nur erst 24 Stunden nach der bescheinigten Einlieferungsstunde ausgeben. 4) Sortimentshändler müssen die ihnen aus Leipzig von ihren Commissionären zugehenden Sendungen sofort prüfen und die verbotenen sofort zurückschicken. Bei Novitäten, welche durch ihren Titel, die Persönlichkeit ihres Verfassers oder die Tendenz der Verlagshandlung den Verdacht eines verbrecherischen Inhalts rege machen, werden vorsichtige Sortimentshändler dem Verdachte einer wissentlichen Verbreitung verbrecherischer Schriften durch die sofortige Rücksendung zu entgehen suchen. Der frühere Buchhändlergebrauch, wonach alle Remissionen bis zur Ostermesse verschoben wurden, ist mit dem dermaligen Zustand der Presse durchaus unvereinbar."

Berlin, 25. Febr. Die letzten Sitzungen des ständischen Ausschusses waren von keinem allgemeinen Interesse. Es kamen darin die Titel über Diebstahl, Erpressung, Hehlerei, Betrug, Veruntreuung, Münzverbrechen und Fälschung, endlich Verbrechen in Beziehung auf Standesrechte zur Berathung, und man ist somit

---

Sie entfernte sich, und eilte in das Zimmer, wo sie so gern oft ganz allein den Tönen ihres Flügels manchen Kummer vertraute.

„Heilige, nimm Du Dein Kind zurück," fing sie an still zu singen, und präludirte in einzelnen, abgerissenen Accorden. Bald fiel sie in die Stelle mit elegischer Begleitung ein, und rief:

„Hemme der Thränen vergeblichen Lauf,
Es wecket die Klage die Todten nicht auf!"

Der Vater, der gerade im anstoßenden Zimmer damit beschäftigt war, seine Majorsuniform anzuziehen, hörte diese schwärmerischen Klagetöne.

„Was singt sie!" rief er überrascht aus „Das gute Kind schwärmt Todtenlieder, während ihr Vater sich zum Kampfe rüstet und sich in die festliche Kleidung wirft, die er wie das köstlichste Ehrengewand hoch und heilig hält. — Max und Thekla nehmen ihren Kopf schon lange ein, und wäre ich Wallenstein — — ich möchte es fast gedulden!" —

Er war nun angekleidet, schnallte sich den Säbel mit vergoldetem Griffe an, ordnete das Port-Epée, das golden funkelte, und drückte den Hut, von grünem Federbusche umflattert, fest zur genarbten Stirn herein.

„Gott sey mit mir," sprach er, die Augen himmelwärts gerichtet, „ich streite für den Kaiser und für das edle, deutsche Vaterland, das seine letzten Burgen in diesen Bergen hat!"

Schon griff er nach der Thürschwelle, als ihm seine Gattin entgegen trat.

„Sind die Mädchen noch nicht fort?" fragte er mit barschem Tone. „Mache, daß sie abreisen! — Antoinette, die standhafteste, die entschlossenste unter Euch, überläßt sich finstern Träumereien, und weil nur auf ein paar Minuten Franz nicht zugegen ist, fällt sie in Schwärmereien und singt, als wäre schon Alles verloren: „„Es wecket die Klage die Todten nicht auf!"" — Ich hasse die Phantastereien, diese Anklänge tragischen Spuckes, wo das Leben noch so herrlich grünt und seine Blüthenzweige um uns Alle erquickend ausspannt. Wenn der Vater mit offner, freier und freudestrahlender Stirne in das bewegte Leben hineinschaut und entschlossen vorschreitet, dürfen die Seinen nicht unheimliche Klagelieder und trübe Ahnungsgesänge anstimmen! Antonia, wie gefalle ich Dir in diesem Anzuge? Sieh, das Gold hätte bald angefangen, zu erbleichen — das Grün am Kragen des Rockes will seinen frischen Glanz verlieren, und das goldene Port-Epée läuft am Griffe an. Das sind die Spuren träger Ruhe. Ich muß hinaus damit in die freie Luft, ich muß sie baden in ihrem belebenden Quell und mich selbst in ihr stärkendes Bad stürzen!"

Er sprach diese Worte mit einem so scherzenden Tone, mit einer so gefälligen Heiterkeit, als ging er zu einer Festparade, und nicht in die Schlacht.

„Berthold!" rief sie aus, „wo denkst Du hin? Wo ist Deine Besonnenheit, die sonst jeden Sturm beschwor? In der Uniform, in diesem auffallenden, auszeichnenden Costüme

heute bis zum §. 323 gekommen, es erübrigen somit noch 155 Paragraphen, die, wenn es wie in den letzten Tagen fortgeht, in kurzer Zeit erledigt seyn können. Der ganze 20. Titel des Entwurfs aber, welcher von den Verbrechen in Beziehung auf Standes- oder Familienrechte handelt, ist zum Theil gestrichen, zum Theil an andere Stellen zur mildern Bestrafung verwiesen worden. (Schw. Mkr.)

Breslau, 23. Febr. Es hat sich bei uns der beklagenswerthe Fall ereignet, daß spät des Abends in einer Restauration Studenten und Zimmergesellen sich so ernstlich in die Haare geriethen, daß mehrere der erstern bedeutend, einer sogar lebensgefährlich von den letztern mit Messern verwundet wurden. Einige Zimmergesellen, die mit den Messern nicht gestochen, sondern geschnitten haben, sind verhaftet und werden einer bedeutenden Strafe nicht entgehen. Ein erschwerender Umstand ist noch, daß sie, Anfangs mit der Faust kämpfend, von den Studenten zurückgeschlagen wurden und sich nun entfernten, um sich mehrere von ihren Kameraden und jene Waffen zu holen, die sie auf so barbarische Weise anwendeten. Noch spät in der Nacht mußten Wundärzte geholt werden. Ein Student hat einen tiefen Schnitt in den Rücken erhalten, und es ist noch nicht ausgemacht, ob er denselben überleben wird. (D. Z.)

Die „Schlesische Zeitung" theilt aus Schildberg unterm 12. Febr. Folgendes mit: „Seit 3 Wochen liegt in der Vorhalle der hiesigen kathol. Pfarrkirche die Leiche eines 3 Wochen alten Kindes in einem aus Dachschindeln ärmlich zusammengefügten Särglein und wird nicht begraben, weil die Mutter des Kindes so arm ist, daß sie die wenigen Groschen, die der Geistliche für das Einsegnen der Leiche von ihr verlangt, nicht aufbringen kann. Die Polizei hat jedoch hiervon endlich Kunde erhalten und wird für die Beerdigung wohl sorgen. — Vor einigen Wochen ist von demselben Geistlichen ein hiesiger Bürger evangelischer Confession, der als Taufzeuge in der katholischen Kirche erschienen war, zurückgewiesen worden. Ottawa, Rector der Bürgerschule."

Bensberg, 24. Febr. Vor einigen Tagen stürzte das hiesige alte Schloß, die ehemalige Hofburg der Grafen von Berg, über Nacht ein, ohne daß jemand bei dem Unfalle verunglückt wäre. Das Schloß wurde im elften Jahrhundert erbaut, und würde noch stehen, wenn man nicht die Kernpfeiler der unteren Geschosse bedeutend geschmälert hätte, um den Gemächern durch Vergrößerung der Fenster mehr Licht zu geben. Das Rheinland ist durch diesen Unfall um ein historisch-merkwürdiges Gebäude ärmer und um eine Ruine reicher geworden. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Freie Städte.

Frankfurt, 24. Febr. Das vorbereitende Comité zur Veranstaltung eines allgemeinen deutschen Sängerfestes in Frankfurt a. M. ist nun zu dem Beschluß gelangt, das Fest auf ein Jahr zu verschieben. Durch Beschluß hohen Senats vom 22. Febr. ist bereits in gleicher Weise wie für das Jahr 1848 auch für das Jahr 1849 die Erlaubniß zur Abhaltung eines Sängerfestes ertheilt worden. (Frkf. Bl.)

Oesterreichische Monarchie.

Preßburg, 21. Febr. Der Erzherzog-Palatin erließ zu einem großen, für den 20. Febr. angeordneten Ballfeste die Einladungen an die sämmtlichen Reichstagsmitglieder der Magnaten- und Ständetafel sammt ihren Familien. Blos in Bezug der Gräfin Auguste B., gebornen Gräfin K., wurde hiervon eine Ausnahme gemacht. Diese trat vor einem halben Jahre von dem katholischen Glauben zur helvetischen Confession über, und wurde durch das Consistorium zu Breslau von ihrem frühern katholischen Gatten, Grafen Anton Sz., gesetzlich geschieden und zu einer andern Ehe zu schreiten ermächtigt, was sie auch that, indem sie zu Pesth mit dem ebenfalls vom katholischen zum reformirten Glauben übergetretenen Grafen Casimir B. in der reformirten Kirche getraut wurde. Diese Ehe wird von dem katholischen Klerus nicht als gültig erkannt. In Folge dessen erhielt wohl Graf Casimir B. eine Einladung zu dem erwähnten Balle des Erzherzogs-Palatin, jedoch nicht seine Gattin. Als dieß bekannt ward, sendeten die sämmtlichen Verwandten des Grafen und der Gräfin B., dann die protestantischen Glieder der Magnaten- und Ständetafel, endlich die ganze Opposition beider Tafeln, einige Hundert an der Zahl, ihre Einladungskarten dem Obersthofmeisteramte zurück. Mehrere der ausgezeichnetsten Glieder der Magnaten- und Ständeopposition, worunter Graf Ladislaus Teleki und Kossuth, versammelten sich nun beim Grafen Karl Zay, Generalinspector der Protestanten, und es wurde bestimmt, daß Graf Zay in Gesellschaft einiger Magnaten und Deputirten dem Obersthofmeister des Erzherzogs-Palatin, dem Grafen Karl Grünne im Namen der Committenten persönlich erklären möge, daß sie unter den obwaltenden Umständen von der ihnen durch den Erzherzog-Palatin für heute zugedachten Ehre leider keinen Gebrauch machen könnten. Se. kaiserl. Hoheit möge dies jedoch ja nicht als eine Demonstration gegen seine erlauchte Person betrachten, indem die Ungarn insgesammt, welcher Partei sie auch immer angehören möchten, eine gleich innige Verehrung für den Erzherzog-Palatin hegten, was sie bisher stets bewiesen, und auch künftighin bei jeder Gelegenheit thatkräftig beweisen würden. Graf Zay und die übrigen ihn begleitenden Herren entledigten sich sogleich ihres Auftrags beim Grafen Grünne, der sie mit der ihm angebornen Artigkeit und Herzlichkeit empfing. Bei dem erwähnten, an demselben Abende stattfindenden Balle, war die durch die Abwesenheit mehrerer Hundert Geladenen entstandene Lücke, sehr bemerkbar. (D. A. Z.)

Belgien.

Brüssel, 26. Febr. Die Regierung hat, seitdem sie in Besitz der Nachrichten aus Paris ist, keine Zeit verloren. In der heutigen Sitzung der Kammern wird von ihr der Vorschlag gemacht werden, die Armee sogleich auf den großen Kriegsfuß zu setzen. Die Befehle zur unmittelbaren Einberufung aller auf Urlaub befindlichen Officiere und Soldaten sind schon abgegangen, und die nöthigen militärischen Vorkehrungen an der Grenze, um jeder Ueberraschung vorzubeugen, getroffen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß aller Parteigeist, aller Meinungsstreit auf der Stelle bei Seite gelegt wird, die allerentschiedensten und ausdrücklichsten Erklärungen werden von den Leitern der verschiedenen parlamentarischen Nüancen in der heutigen Sitzung darüber gegeben werden. — Die beiden Kammern haben eine außerordentliche Grundsteuererhebung von 12 Millionen Fr. bewilligt. (A. Z.)

Aus Brüssel hat man Privatberichte bis zum 26. wornach um diese Zeit in Brüssel die Ruhe noch nicht gestört worden, aber Handel und Wandel darniederlagen. (Schw. Mkr.)

Frankreich.

Paris, 27. Febr. Morgens 10 Uhr. Es liegen in diesem Augenblick noch 74 Leichen in dem Hôtel de Ville; die ganze Zahl der Gebliebenen soll sich auf etwa 600 belaufen, darunter an 200, die bei dem Gemetzel des Palais Royal (morgen die nähere Beschreibung) gefallen sind. Der Abgeordnete Jollivet wird vermißt, es ist zu befürchten, daß ihn auf dem Boulevard oder sonstwie eine verirrte Kugel erreicht habe. Die Zahl der Verwundeten kennt man noch nicht, sie wird erst allmählig bekannt werden. Einstweilen wird wacker für sie gesammelt und gespendet: sechsundzwanzig der angesehenen Wechsel- und Handelshäuser haben gestern allein 192,000 Fr. gegeben. — Die Nachrichten aus den Departementen lauten günstig; nur von Lyon ist noch keine Gewißheit eingetroffen, was einigermaßen beunruhigt; vielleicht aber hat das furchtbare Wetter, das seit zwei Tagen wüthete, die telegraphischen Verbindungen unterbrochen. In Paris selbst und der Umgegend ist bis jetzt nicht das mindeste vorgefallen, was zu einer Besorgniß Anlaß geben konnte. In England soll schon die Bewegung vom Dienstag 22. eine große Aufregung verursacht haben; heute gar heißt es die Republik sey in London erklärt worden; weder diesem Gerüchte noch jenem von dem Tode des Königs kann Glauben geschenkt werden. Wo die Prinzen und Prinzessinnen sind, wo die Minister, weiß man nicht. Vielleicht will man es an der Regierung nicht genauer wissen.

(A. Z.)

Paris, 27. Febr. gegen 4 Uhr. Die feierliche Ausrufung der Republik hat so eben auf dem Bastilleplatz vor der Juliussäule stattgehabt. Der Zug der provisorischen Regierung ging vom Stadthaus aus, Dupont de l'Eure an der Spitze. Der allgemein verehrte Greis erregte Bedauern, er mußte sich auf seine Freunde links und rechts stützen, als er über den Platz ging, bald aber stieg er in einen Wagen, da es ihm nicht möglich gewesen wäre, den ziemlich weiten Weg zu Fuß zu machen, die andern Glieder der Regierung gingen. Der Zudrang war sehr groß. Unter den Schildwachen bemerkten wir besonders die Schüler von St. Cyr. Sie hatten vor zwei Tagen ihre Unterwerfung und Huldigung dargebracht. Fünf der jungen Leute, von ihren Cameraden abgeschickt, hatten sich zu der provisorischen Regierung in das Hôtel de Ville begeben und dieselbe ihrer treuen Anhänglichkeit versichert: „Wir wissen, sagte der Wortführer, daß Verdacht gegen uns besteht, weil Söhne aristokratischer Familien unter uns sind, aber es gibt heute keine Kasten mehr, und wir sind alle Söhne desselben Vaterlandes. Möge die Republik uns an den gefährlichsten Posten senden, dort werden wir bewähren daß wir ihrer Achtung und ihres Vertrauens würdig sind." Auch mehrere Officiere der Dragoner und Generale in Uniform haben wir gesehen, sowie die Zöglinge der verschiedenen Schulen der Regierung. Die Nationalgarde zu Pferd, eine Art Nobelgarde, hat sich sehr zahlreich eingefunden. Das dürfte befremden, wenn sie nicht anderwärts schon ihre Dienstwilligkeit bewiesen hätte. Unter den Schildwachen am Ministerium des Innern, gestern an der Justiz, war man heute sehr verwundert, die ältesten und glänzendsten Namen des französischen Adels zu finden, alles was Sie sich nur tönendes aus der Geschichte des Bourbonischen Königthums denken können. Auf das Befremden, das ihnen darüber geäußert wird, antworten sie: Warum nicht? Diese Re-

---

willst Du Dein Schicksal herausfordern? Genügt es Dir nicht, jenseits unseres Gebietes gekannt und gehaßt zu seyn ohne diese Abzeichen? Weißt Du nicht, daß man Dir noch nicht vergessen hat, daß Du unsere westlichen Nachbarn vor einigen Wochen Verräther des deutschen Namens schaltest? — Sie kennen Dein Antlitz, sie brennen vor Begierde, Dich zu vernichten! Dein Name ist ihre Losung zum Sturm und zur fürchterlichen Rache. — Du bist längst verrathen, und säßest Du ruhig, ganz theilnahmlos an allen kriegerischen Vorbereitungen mitten unter den Acten — sprächst Du das heilige Recht der Parteien und hieltest den Richterstab in der Hand: sie würden Dich würgen! Und Du magst ihren Zorn noch reizen, magst ihnen Hohn sprechen durch diese Uniform, die Du vergraben solltest, und Dich mit tollkühner Entschiedenheit als den Todfeind Napoleons als Zielscheibe ihren Bajonetten bloßstellen? Ich beschwöre Dich, lege dieses Kleid ab! Auch ohne dieses kannst Du Deine Treue an Oesterreichs Haus bewähren!" — —

„Rast ihr Alle im Hause!" rief er unwillig aus. „Wer hat Euch denn das Geheimniß der nächsten Stunde aufgedeckt? Welcher Zauberer oder welche Seherin hob vor Euch den Schleier auf, und verkündete mit Gewißheit, daß meine Sache verloren sey? Ist der Sieg unserer Feinde schon unterschrieben? Ihr blicket nur nach der drohenden Wetterwolke im Westen, und wendet Euch nie nach dem Aufgang der Sonne, wo das Licht der Hoffnung und des Sieges strahlt? In meinem Kopfe gestaltet sich Alles klar und sonnenhell; mir schlägt das Herz ruhig und gemessen, während Euch die Sinne umnachtet sind von den Schreckbildern der Angst, und das Blut, von schwarzen Ahnungen gejagt, in den Adern stürmt. Doch — ich will Deine Bitte gewähren. Sey ruhig, ich will mich verwandeln in den feierlich-ernsten Beamten, und in der Amtsstube Posto fassen."

Sie athmete wieder leichter, und war fest überzeugt, jede Gefahr vom Haupte ihres Gatten entfernt zu haben, weil sie ihn vermochte, in der Gestalt des Friedensrichters der entscheidenden Stunde entgegen zu sehen, wiewohl sein Name im feindlichen Lager schon die heftigste Erbitterung hervorgebracht hatte. Im Städtchen . . . l, das einen Theil der feindlichen, ihm durch Stamm und Gesinnung verwandten Truppen im Quartiere hatte, wetteiferten Uebelgesinnte die Flamme des Hasses anzublasen, und berauscht von der Begeisterung für den jungen Frankenkaiser, den Mann zu verderben, der, auf seine Kraft und auf die Berge vertrauend, entglüht für Oesterreichs Panier und voll Hingebung in Deutschlands Ruhm und Ehre mit dem festesten Muthe den Arm erhob, um die Schaaren an den Engpässen niederzuschmettern, die das heilige Asyl der Freiheit zu erstürmen drohten.

(Fortsetzung folgt.)

gierung hat unsern Beifall in jeder Hinsicht, ihre Handlungen sind ehrlich und gut, und wir, die Patricier des Faubourg St. Germain, wir sind gerächt durch sie. Auf den Boulevards sind wir den zahlreichen Legionen der Nationalgarde zu Fuß begegnet; darunter viele Freiwillige in Bürgertracht in grotesken Aufzügen, die einen mit einem Bande, die andern mit einem Mann von Lebkuchen, noch andere mit kleinen Holzfiguren, Soldaten, Thieren, Püppchen und dem tollsten Zeug auf dem Bajonnett. Dem Zuge folgte ein großer Theil der Bevölkerung. Das also wäre etwas neues. Es hat geregnet am Tage des Kampfes, als die Republik erfochten, es hat geregnet in dem Augenblick, wo sie feierlich ausgesprochen wurde. Es bedarf also nicht der Julius- oder Juniussonne um Revolutionen in Paris zu machen. (A. Z.)

Paris, 27. Febr. Der Appellhof hat gestern auf den Antrag des neuen Generalprocurators August Portalis die Versetzung des Hrn. Guizot und seiner Collegen in Anklagestand und deren Verhaftnahme ausgesprochen. Indessen scheinen dieselben sämmtlich entkommen, oder doch in sicherm Versteck zu seyn. Zu Havre hieß es sogar, Hr. Guizot sey in der Nacht vom 23. auf den 24. schon auf dem Paketboot Expreß von dort nach Southampton abgefahren und glücklich in England angekommen. Thatsache ist, daß das genannte Paketboot in jener Nacht im Hafen von Havre eingelaufen, statt aber, wie gewöhnlich eine gewisse Zeit zu bleiben, nach Ankunft von acht Reisenden aus Paris sogleich wieder heizte und mit denselben abgefahren ist. (A. Z.)

Paris, 27. Febr. Zum vorläufigen Abschluß des ungeheuern politischen Dramas, das sich in wenigen Tagen, ja Stunden in Paris abgespielt hat, gehören die letzten Verhandlungen der Pairskammer am 24. Febr. Sie zeigte sich freilich in ihrer Zusammensetzung als ein durchaus von der Krone abhängiger Senat noch weniger gewachsen den großen Aufgaben des Augenblicks als es die Autorität einer auf dem engen Wahlprincip beruhenden Abgeordnetenkammer mit der jeden Fortschritt unbedingt verwerfenden conservativen Partei war. Kanzler Pasquier führte den Vorsitz, aber die Sitzung verging unter Protestationen des Marquis v. Boissy gegen die Beschränkung der Freiheit der Tribüne wegen der Art, wie man ihm bei seiner Interpellation den Mund verschlossen hatte, wobei die Kammer nicht weiter kam, als daß man sich über die Formen der Geschäftsordnung stritt. Der Präsident selbst erklärte, er wisse nur aus dem Moniteur, daß das vorige Ministerium nicht mehr bestehe, und daß ein neues sich bilde. Eine Mittheilung habe er nicht empfangen. Da man nicht Lust hatte jetzt gerade die interesselose Berathung des Colonialgesetzes fortzusetzen, so war kein Geschäft vorhanden; man beschloß jedoch auf Vorschlag des Baron Duval in einer Art Permanenz zu bleiben, daß, wenn Mittheilungen an die Kammer gelangten, man die Mitglieder nicht in Paris zusammensuchen müßte. Die Sitzung wurde ausgesetzt, und die HH. Pairs stellten sich in Gruppen um den Lehnsessel des Präsidenten. Gegen drei Uhr verbreitete sich das Gerücht, die Frau Herzogin von Orleans werde sich, begleitet von ihrem Sohne dem jungen König, nach der Pairskammer begeben. Nach einigen Augenblicken erhebt sich der Präsident mit den Worten: Ich habe keine amtliche Mittheilung erhalten, aber man zeigt mir die Ankunft der Frau Regentin und des Königs an. Ich will eine große Deputation aus zwölf Mitgliedern durchs Loos ziehen lassen, um sie zu empfangen. Die Deputation wird wirklich gewählt, die gewöhnlichen Lehnsessel der Secretäre entfernt und durch andere von rothem Sammet ersetzt, und der Präsident nimmt auf der Ministerbank Platz. Indeß füllen sich die Tribünen mit Nationalgarden und Volk, es kommt keine Regentin und die Pairs schleichen sich gegen 4 Uhr davon. So endete die Pairskammer der Juliusdynastie mit einer Reglementsdebatte und einem leeren Ceremonienact.

Paris, 27. Febr. Immer mehr verschwindet der Straßentumult. Man sieht lauter dreifarbige Kokarden, die rothen Bänder verschwinden nach und nach. — Ein Augenzeuge, Hr. Carl Maurice, giebt einen Bericht über die Abreise des Königs und der Königin. Der Sohn des Admirals Baudin war der Erste, welcher auf das Geheiß Ludwig Philipps die Kunde von seiner Abdankung zu verbreiten suchte. Wenige Augenblicke hernach hörte man beim Ausgang des Tuileriengartens den Ruf: „Ein großes Unglück!“ Bald darauf erschien Ludwig Philipp zu Fuß, die Königin am Arm und sich auf sie stützend. Ludwig Philipp war ganz schwarz gekleidet, mit rundem Hut und ohne Decoration. Die Königin war auch in tiefer Trauer. Es hieß, der König begebe sich in die Abgeordnetenkammer, um abzudanken. Schon ertönte es rings umher: „Es lebe die Reform! Es lebe Frankreich!“ Zwei oder drei Stimmen riefen: „Es lebe der König!“ Beim Obelisk hielten der König und die Königin mit Gehen inne, und wurden von vielen Personen umgeben. Das Gedränge wurde immer größer. Der König und die Königin schritten etwas zurück. In einiger Entfernung standen zwei kleine schwarze einspännige Wagen. Zwei der königl. Prinzen befanden sich in einem, Ludwig Philipp nahm rechts, die Königin links Platz, und die Kinder standen, die Masse durchs Fenster mit Neugierde anschauend. Der Wagen fuhr schnell ab, umgeben von berittenen Nationalgarden, Cuirassiren und Dragonern. Im zweiten Wagen schienen zwei Prinzessinnen zu sitzen. Es mögen an 300 Mann die Eskorte gebildet haben. Die Fahrt gieng St. Cloud zu. — Heute sieht es schon hier aus, als wenn das Ganze ein Traum wäre. Wenn uns nur das Ausland zufrieden läßt, dann bleibt Friede — denn hier zeigt sich eine Bereitwilligkeit zum Frieden, die Alles in Erstaunen setzt: es ist eine gebildete Generation, es sind keine Blutmenschen von 1793: Humanität ist das Losungswort. — Das Wappen der Juli-Monarchie ist überall verschwunden; selbst die Postwagen tragen schon die Aufschrift: République française. — Lamartine arbeitet ein Manifest Frankreichs an Europa aus. — Der Gesandte der vereinigten Staaten von Nordamerica hat sich gestern nach dem Stadthause begeben, um im Namen seiner Regierung die französische Republik amtlich anzuerkennen und sie der wärmsten Sympathien zu versichern. (Schw. Mkr.)

Paris, 27. Febr. Ueber die Stellung der neuen Regierung nach Außen enthält der National heute einen Artikel, worin er die Fragen prüft: „Werden wir angegriffen werden? Sollen wir angreifen? Sollen wir uns zuwartend verhalten?“ Ersteres, antwortete er, sey durchaus unwahrscheinlich: an Coalition sey nicht zu denken; 1814 und 1815 aber seyen die Völker wegen der napoleonischen Eroberungen gegen Frankreich erbittert gewesen. Das zweite, selbst anzugreifen, wäre ein Grundfehler und würde dieselben Ereignisse, wie beim Sturz des Kaiserreichs, herbeiführen — die Nationen gegen Frankreich waffnen. Darum zu warten: das ist die Politik, welche unsere und Europas Interessen retten wird. So können wir dem Fortgang der Ereignisse zusehen, unter den Völkern die, welche am geneigtesten sind, ihren socialen Zustand zu ändern, herauserkennen, so stören wir nicht unzeitig den Fortgang dieser Ideen. Unser Beispiel, unsere moralische Unterstützung wird mehr thun, als unsere Waffen.“ Nur wenn Oesterreich die Reformstreben Italiens angriffe, schließt der National, hätte Frankreich zu deren Gunsten einzuschreiten.

Großbritannien.

London, 26. Febr. Die große Kunde aus Paris war am 25. Nachmittags durch Telegraph nach London und sofort in beide Parlamentshäuser gelangt. Der Eindruck war ungeheuer; die Mitglieder standen lange in bewegten sich lebhaft unterredenden Gruppen. Im Unterhaus stellte, als sich das Haus in eine Subsidien-Committee verwandeln sollte, Hr. Hume ein Amendement: das Haus wolle es für rathsam erklären, die Ausgaben des Landes nicht nur nicht zu vermehren, sondern zu vermindern. Das Amendement wurde mit 157 gegen 59 Stimmen verworfen, und das Haus ging in Committee. 1,100,000 Pf. St. für die Ausgaben des Kaffernkriegs wurden votirt. Der Schatzkanzler konnte sich über den Gegenstand kaum hörbar machen, so laut war die Unterhaltung der Mitglieder über einen andern Gegenstand. Der liberale Theil der Presse jubelt den Franzosen Beifall; aber die Besinnung wird nachkommen.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 2. März. Das Regierungsblatt enthält folgendes unmittelbare k. Decret: Königl. Verordnung, betreffend die Aufhebung der Censur. Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Württemberg. Wir haben in Betreff der Verhältnisse der Presse nach Vernehmung Unseres Geheimenraths beschlossen und verordnen hiemit: §. 1. Die durch die Verordnung vom 1. October 1819 eingeführte Censur ist aufgehoben. §. 2. In Folge hievon treten, bis ein die Verhältnisse der Presse regelnder Beschluß der deutschen Bundesversammlung erfolgt, sämmtliche Bestimmungen des Gesetzes über die Preßfreiheit vom 30. Januar 1817 wieder in Wirksamkeit. §. 3. Ueber einstweilige Einführung eines abgekürzten öffentlichen und mündlichen Verfahrens in Preßsachen soll den Ständen demnächst eine Vorlage gemacht werden. Unsere Ministerien der Justiz, der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern sind mit der Vollziehung der gegenwärtigen Verordnung beauftragt. Gegeben, Stuttgart den 1. März 1848. Wilhelm. Der Chef des Justizdepartements: Prieser. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten: Beroldingen. Der Minister des Innern: Schlayer. Auf Befehl des Königs, für den Staatssecretär, der Geheime Legationsrath: Maucler. (Schw. Mkr.)

Karlsruhe, 1. März. Die heutige Sitzung der Abgeordnetenkammer war eine sehr bewegte. Die Volksmenge, die aus verschiedenen Landestheilen zusammengeströmt war, um bei der Uebergabe ihrer Petitionen an die Kammer zugegen zu seyn, erfüllte die Gallerien und die Eingänge des Saales, Mann an Mann eng gedrängt. Hunderte, die im Innern nicht mehr Platz finden konnten, hatten sich im Hofe zusammengeschaart. Der Beginn der Sitzung war auf 12 Uhr angekündigt; allein die Stunde war längst verstrichen, und die gespannte Erwartung aufs höchste gestiegen, als endlich der Präsident seinen Stuhl einnahm. Die Träger der Petitionen machten sich mühsam Bahn durch die Massen welche die Eingänge belagerten. Hecker eilte mit der Rolle von Petitionen, welche ihm Struve überreicht hatte, auf die Rednerbühne, aber noch bevor er das Wort ergriff, erhob sich Staatsrath Bekk. Mit kraftvoller, fester, aber von der Gewalt des Momentes tief bewegter Stimme verkündete er, daß das Preßgesetz von 1831 von Stunde an wieder in Kraft getreten sey. Ein donnernder Jubelruf der ganzen Versammlung, in welchen sich ein stürmisches Hoch auf den Großherzog mischte, antwortete auf diese Freudenbotschaft; der mächtige Jubel pflanzte sich durch die mit Menschen erfüllten Gänge des Gebäudes fort, und hallte wie ein Echo von der außen harrenden Masse zurück. Wohl hatte der Präsident Mittermaier Recht, wenn er mit Thränen im Auge ausrief, daß man in solch einem heiligen Augenblicke dem Ausbruch des Gefühles nicht wehren dürfe. Lebhaft, wie sie begonnen, gingen die Verhandlungen weiter. Als ein von acht Kammermitgliedern unterzeichneter Antrag, welcher verschiedene Wünsche und Anträge als Wünsche der Kammer durch eine Deputation an das Ministerium zu bringen vorschlägt, von Hecker verlesen worden war, und die Formfrage über dessen Berathung sich entsponnen hatte, wurde die aufgeregte Menge allmählig schweigsamer. Der Antrag jener acht Abgeordneten wurde sofort an die Abtheilungen zur Berathung gewiesen; morgen wird öffentlich über denselben verhandelt werden. Obgleich die Entscheidung dieser Formfrage eine lebhafte Debatte hervorgerufen hatte, so vereinigten sich doch zuletzt die getheilten Ansichten, und ihre Verfechter reichten sich brüderlich die Hand, nicht blos bildlich, sondern auch im Wortsinne; denn in bewegten Stunden kann der Mensch Sinnbild und Zeichen nicht entbehren. Hiermit schloß die denkwürdige Sitzung. (Karlsr. Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Freitag den 3. März: Zum ersten Male: „Dorf und Stadt,“ Schauspiel in 2 Abtheilungen und 5 Akten v. Ch. Birch-Pfeiffer.

Pfandauslösung und Versteigerung.

2301. (3a) Donnerstag den 23. März 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Februar 1847 und zwar von:

Nr. 36,773 bis 44,715.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöset werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Dienstag den 28. März öffentliche Versteigerung.

München, den 29. Febr. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt I. der Stadt München.

L. Negrioli, Magistratsrath.

Hannes, Cassier. v. Zech, Contrôleur.

Schubert, verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 55.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend | XLIX. Jahrgang. | 4. März 1848.

Deutschland.

Bayern.

München, 4. März. Der Magistrat bringt hiemit nachstehende anher erfolgte allerhöchste königl. Entschließung zur öffentlichen Kenntniß: „Ludwig, von Gottes Gnaden König von Bayern rc. In Erwägung, daß die gegenwärtige Kammer der Abgeordneten durch die damalige Anwendung des Titl. I. §. 44 Lit. c. der X. Verfassungs-Beilage eine von den ursprünglichen Wünschen der Wähler wesentlich abweichende Zusammensetzung erhalten hat, und in der Absicht, Unserem Lande einen neuen Beweis Unserer landesväterlichen Gesinnungen zu geben, verordnen Wir hiemit auf den Grund des Titl. VII. §. 23 der Verfassungs-Urkunde, was folgt: Art. I. Die gegenwärtige Kammer der Abgeordneten ist aufgelöst. Art. II. Die neuen Wahlen, nach Maßgabe des Gesetzes vom 23. Mai 1846 über die Anwendung des genannten Titl. I. §. 44 Lit. c. der X. Verfassungs-Beilage, haben sogleich stattzufinden. Art. III. Die Kammer der Reichsräthe und die Kammer der Abgeordneten sind auf den 31. Mai dieses Jahres zusammenberufen, damit Wir mit den frei gewählten Vertretern Unseres treuen Volks dessen verfassungsgemäße Wünsche in herzliche Berathung nehmen können. München, den 3. März 1848. Ludwig. Fürst v. Oettingen-Wallerstein, Staatsrath; v. Beisler, Staatsrath; v. Heres, Staatsrath; von der Mark, Generalmajor; v. Voltz, Staatsrath.

München, 4. März. Die Adresse, welche gestern Nachmittag Sr. Maj. dem König durch eine Deputation von den hiesigen Bürgern und Einwohnern übergeben worden ist, und welche mit mehr als 14,000 Unterschriften bedeckt war, lautet wörtlich so: „Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König! Allergnädigster König und Herr! Angesichts der gegenwärtigen Weltlage, — angesichts eines bedeutungsvollen Ereignisses jenseits des Rheins, welches den Frieden Europas in Frage stellt, können sich die unterzeichneten Bürger und Einwohner der Hauptstadt der Besorgniß nicht entschlagen, daß die Tage der Gefahr das Vaterland weniger einig und stark finden möchten, als nach den denkwürdigen Erfahrungen von 1813 und 1815 und nach mehr als 30 Friedensjahren hätte erwartet werden müssen. Die Gefahr ist groß, aber nicht minder die Mittel sie zu bestehen; — sie liegen in der unwandelbaren Treue und Hingebung des Volkes an König und Vaterland, aber gefestet durch verbürgte Anerkennung und zeitgemäße Fortentwicklung seiner Rechte. Vollständige Abschaffung der Censur und unverweilte Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in die Rechtspflege mit Geschwornengerichten ist dringendes Bedürfniß, um der erhöhten Einsicht, sowie dem erstarkten Rechtsgefühl des Volkes zu genügen. Gleiche Ursachen fodern ein zeitgemäßes Polizeigesetz. Es ist eine bereits allseitig anerkannte Nothwendigkeit, daß nichts im Wege stehe, Fähigkeiten, wo sie sich finden mögen, mit Sicherheit zur Vertretung des Landes heranzuziehen. Hiedurch wird die Aenderung der Wahlordnung für die Stände des Reichs bedingt. Doch keine Aenderung in den öffentlichen Einrichtungen hat eine Zukunft, wenn die Verantwortlichkeit der Minister keine Wahrheit ist. Sie kann nur durch ein Gesetz gewährleistet werden, das den Richter, das Verfahren und die Unerläßlichkeit der Strafe genau bestimmt. Die Beeidigung des stehenden Heeres auf die Verfassung, schließt die Reihe jener Bürgschaften, deren Erreichung das Volk als heißen Wunsch seit Jahren im Herzen trägt. Die Gefahren, welche das deutsche Vaterland von Ost und West bedrohen, — die bedenkliche Gestaltung seiner inneren Verhältnisse verlangen eine rasche Vereinigung der Fürsten und des Volkes in einer wohlverbürgten einheitlichen Vertretung am Bundestage. Die Bürger der Hauptstadt erachten Gut und Leben für ein geringeres Pfand der Treue als die Wahrheit, und indem sie diese vor Euerer Königlichen Majestät in allertiefster Ehrfurcht darlegen, sollen die Tage der Gefahr uns als Männer finden, deren unerschütterliche Liebe zu ihres Königs Majestät dem Vaterlande die sicherste Bürgschaft seiner Unabhängigkeit bieten wird und muß. Nun aber richten wir an Euere Königliche Majestät die allerehrfurchtsvollste Bitte: Allerhöchstdieselben wollen die Stände des Reichs unverzüglich um sich zu versammeln und unter ihrer gesetzlichen Mitwirkung jene Maßregeln zu ergreifen geruhen, welche des Vaterlandes Wohl nach Innen und dessen Sicherheit nach Außen dringend fordern. Gott, der Allmächtige! erhalte Euere Königliche Majestät zum Glück und Ruhm des deutschen Vaterlandes! München den 3. März 1848."

*†München, 4. März. Se. königl. Hoheit der Erbgroßherzog von Hessen-Darmstadt ist gestern Vormittag in Begleitung eines Cavalier mit der Eisenbahn nach Darmstadt abgereist. — General B. v. Stosch, Oberhofmeister Ihrer königl. Hoheit der Frau Erbgroßherzogin von Hessen-Darmstadt wurde gestern abberufen und ist heute um 6 Uhr mit der Eisenbahn abgereist.

*München, 4. März. Welche gewaltige Erregung der Gemüther die neuesten Ereignisse in Frankreich auch bei uns hervorgerufen haben, davon möge folgendes Schreiben einen Beweis liefern, das der Redaction der politischen Zeitung gestern aus durchaus achtbarer Hand zugegangen ist und also lautet: „Herr Redacteur! Der Ernst der Zeit erfordert schleunige und entschiedene Maßnahmen. In kurzer Frist muß nachgeholt werden, was in mehr als dreißigjähriger Friedenszeit unterlassen worden ist. Die Würfel mögen fallen wie sie wollen: in jedem Fall muß Deutschland als einige und starke Nation der „Republik im Westen" gegenüberstehen. Deutschlands Stärke hängt aber davon ab, daß endlich diejenigen Reformen durchgeführt werden, welche lange versprochen, lange erstrebt und noch immer nicht erlangt sind. Jetzt muß es geschehen oder niemals! Aber nicht durch die Regierungen allein kann dieß geschehen, sondern nur in Vereinigung mit den Vertretern des Volks. Allenthalben also, in allen constitutionellen deutschen Ländern müssen alsbald die Stände zusammenberufen werden. Sie werden das Gewicht des Augenblicks erkennen und über das Nothwendige sicher nicht in Ungewißheit seyn. Dann erst wird ganz Deutschland auf der Wacht stehen; denn dieß kommt ihm jetzt zu. Bieten Sie deßhalb, Herr Redacteur! alle Mittel, welche Ihnen durch Ihre Zeitschrift zu Gebote stehen, auf, zunächst eine allgemeine Petition des bayerischen Volkes um alsbaldige Einberufung der bayerischen Ständekammer zu veranlassen. Der König wird auf die Stimme Seines Volkes hören. Erlassen Sie ferner einen Aufruf an das ganze deutsche Volk, daß die gleiche Agitation durch alle Gauen Deutschlands gehe. Allenthalben die Fürsten, die Regierungen von den Kammern umgeben — das ist die nothwendige, Deutschlands allein würdige Haltung; so allein soll und darf Deutschland in diesem Augenblick vor der Republik erscheinen. Ihre Pflicht aber ist es, Herr Redacteur! für diesen Zweck mit allen Ihren Kräften zu wirken. Ich ermächtige Sie, Herr Redacteur, von dieser meiner Zuschrift in Ihrem Blatte jeden beliebigen Gebrauch zu machen." — Nachschrift. Es muß hierauf bemerkt werden, daß der verantwortliche Herausgeber dieser Zeitung noch immer krank ist, also für die Zeitung durchaus nichts zu arbeiten im Stande ist.

*München, 4. März. Gestern Abend fanden, leider! wieder in einigen Straßen Zusammenrottungen statt, die jedoch keine weitere Folgen hatten, und vom

---

Die Allerheiligen-Nacht

im Jahre 1805.

(Eine Novelle aus A. Büssel's ungedrucktem Nachlasse.)

(Fortsetzung.)

Noch immer entscheidet sich Nichts. Die Wagschaalen zwischen den entgegengesetzten Pässen halten sich noch immer das Gleichgewicht. Am Strube wehten Oesterreichs Adler auf den veralteten Zinnen; die Axt, vom nervigen Arm der Bergschützen geschwungen, fällte einen mächtigen Stamm nach dem andern, daß sie brausend und krachend über einander stürzten, als müßte der Wald sich zur ewigen Schutzwehr aufthürmen — am Steinpasse und an der hohen Rußfeucht harrten die kühnen Schaaren, und glaubten sich das Waffenglück gewogen wie vor fünf Jahren, während die feindlichen Truppen in dreifachen Colonnen nach den Seitenthälern unbemerkt vordrangen und ihnen auf der Heerstraße entgegen rückend, den Verschanzungen allmählig näher kamen, um sie durch einen Scheinangriff zu täuschen.

Franz zählte nun schon Minute für Minute, und jetzt — jeden Pulsschlag, denn die Stunde lief ab, die ihn seiner Antoinette zurückbringen sollte, die ihn dem Schooße der theuren Familie zurückführte, in welcher ihm die schönste Blume erblühte. Mitten im Kreise der Officiere, der Vater zur Seite, umklirrte ihn das Waffentöse! Der Vater hatte bereits den Sohn von den Obristen der verschiedenen Regimenter in Pflicht genommen, und ließ ihn den Eid unverbrüchlicher Treue in ihre Hände schwören. Auf seinem Hute flatterten die grünen Federn, und den schlanken Leib umschloß die schwarze Koppel, an welcher die schimmernde Säbelscheide hing. Franz mußte das Commando einer Schützenabtheilung übernehmen, und wurde ihnen als ihr Anführer vorgestellt. Die Sprache der Deutschen, der Magyaren und Polen umklang ihm die Ohren, immer dichter und weiter erschien ihm der Kreis der kampflustigen Männer, aber immer enger schnürte ihm Wehmuth das Herz. Nur noch einmal wünschte er seine Antoinette zu sehen, nur einen Augenblick ihrer Mutter und ihren lieblichen Schwestern als schützender Engel zu erscheinen. Es galt, das so heilig gegebene Wort zu lösen und sie in das Asyl der Sicherheit zu bringen. Mitten in diesem Waffentöse, das der Absturz der brausenden Loser und der donnernde Nord an den himmelansteigenden Felswänden vermehrten, vernahm er die süßen Klagetöne seiner schönen Braut und die Stimmen Genovevas und Mariens. Er sah ihre Arme flehend sich ihm entgegen strecken — er sah, wie Thräne um Thräne den blassen Wangen der herrlichen Mutter entrollte, und ihr waffenumgürteter Gemahl, ungerührt von ihrem Schmerze, wie ein Marmorbild des Wogensturmes trotzend, gewärtig nur dem nahenden Gewitter mit ruhiger Stirne entgegenharrte. Franz raffte sich mit aller Kraft zusammen, und bemühte sich, jeden Schein eines Kummers von der Stirne wegzuscheuchen. Alle seine Umgebungen athmeten Krieg, kein anderer Gedanke

Militär bald zerstreut wurden. — An der Universität liegt eine Adresse der Studirenden an Se. Maj. den König auf, die zugleich mit einer solchen der Bürger Münchens an Höchstdenselben abgehen soll, und worin um Preßfreiheit, Wahlreform, Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens, und endlich um die Bildung eines studentischen Freicorps gebeten wird. Diese Adresse zählt bereits an 900 Unterschriften.

*Die obenbezeichnete Adresse der Studirenden an Se. Maj. den König lautet: „Das Vaterland ist in Gefahr. Die Bourbonen haben aufgehört zu regieren; Frankreich ist Republik. Ihre Streiter, voller Begeisterung, kriegsgeübt unter erfahrenen Führern, bedrohen unsere Gauen. Die Weltgeschichte verkündet es mit lauter Stimme: Volksideen lassen sich nur durch Volksideen bekämpfen. In allen deutschen Landen werde getagt; aus den Landtagen erhebe sich ein deutsches Parlament. Allgemeine Volksbewaffnung, freie Volksversammlungen, unbedingtes Associationsrecht, Freiheit des Gedankens durch die entfesselte Presse, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit im Gerichtsverfahren mit Anklageform und Geschwornengericht seyen die mächtigen Hebel eines einigen freien Deutschlands; zum Schutz und Schirm gegen West und Ost, kein Kampf gegen die Republik Frankreich, so lange sie unsere Grenzmark achtet, wenn nicht, ein deutscher Kampf ohne Hilfe der Russen. Im Falle einer unvermeidlichen Wahl zwischen Frankreich und Rußland: für Frankreich, gegen Rußland! Dieß die Wünsche, welche eine deutsche, für's Vaterland begeisterte Jugend an den Stufen des Thrones eines deutschen Fürsten niederlegt, und an deren Erfüllung sie die allerehrfurchtsvollste Bitte anknüpft: Ew. Majestät wolle allerhuldvollst geruhen, hiesiger Hochschule die Bildung eines Freicorps zu gestatten. In allertiefster Ehrfurcht ersterben rc. rc." (Folgen die Unterschriften.)

= Vom Mittelrhein, 26. Febr. Wenn gleich die Völker der Erde nach Stämmen und Sprachen und durch Landesgrenzen von einander geschieden sind, so hindert dieß den Kosmopoliten nicht, seinen theilnehmenden Blick über die engen Schranken der Nationalität hinaus schweifen zu lassen, und sich auch für das Schicksal ferner Länder zu interessiren. Bleibt ja doch aller Verschiedenheit im Einzelnen ungeachtet immerhin das gemeinsame Band der Menschheit, durch welches jeder denkende und fühlende Mensch sich an das Ganze gekettet findet. „Ich bin ein Mensch und erachte nichts Menschliches als mir fremd", sagte schon der Römer Terentius. Darum kann kein Freund der Menschheit es sich versagen, den Gang der Ereignisse im eigenen und in fremden Ländern mit Aufmerksamkeit zu verfolgen, sich bei Wahrnehmung günstiger Entwicklung des öffentlichen Wohls zu freuen, im Gegentheile aber zu trauern und die betreffenden Völker zu bemitleiden. Eben so natürlich ist es aber dem Patrioten, zwischen den Zuständen im eigenen Vaterlande und denen des Auslandes Vergleiche anzustellen, welche in ihm entweder das Gefühl der Behaglichkeit beim Besitze des größeren Gutes in der Heimat erzeugen, oder eine Sehnsucht nach dem Bessern, das andere Länder entweder durch eigene Anstrengung erkämpft oder als Gnadengeschenk der Fürsten erhalten haben, erwecken. Dieses gemischte Gefühl nöthigt sich jedem Staatsbürger auf, der die Verfassung seines Landes mit der eines andern vergleicht, und wir können es uns nicht versagen, dieser Gemüthsbewegung dadurch einen Ausdruck zu geben, daß wir auf einige Bestimmungen der neugebornen neapolitanischen Verfassung hinweisen, welche die bayerische in Gewährung volksthümlicher Rechte und Wünsche ziemlich weit hinter sich lassen, aber uns in der freudigen Hoffnung bestärken, es werde nach und nach auch in Bayern das im Eingang der Verfassungs-Urkunde in Aussicht gestellte „Fortschreiten zum Bessern nach geprüften Erfahrungen" in's Reich der Wirklichkeit eintreten. Was einem Volke gewährt wurde, das mit Ungestüm seine Staatsbürgerrechte zurückforderte, dessen darf immerhin als würdig erachtet werden ein Volk, das wie das bayerische stets mit unerschütterlicher Treue fest hielt an seinem angestammten Herrscherhaus in guten wie in schlimmen Tagen, sich demselben nie anders als mit Ehrfurcht und Vertrauen nahte, und noch immer seiner gerechten oder billigen Wünsche Gewährung fand. Ist auch noch manches im Rückstand, wofür in den Landtagsabschieden eine „nähere Erwägung" zugesichert wurde, so bescheidet sich der bayerische Staatsbürger mit dem Gedanken, daß Früchte, die lange dauern sollen, auch einer langsamen Zeitigung bedürfen. Der Bayer verleugnet auch in dieser Hinsicht den deutschen Charakter nicht. Daß aber Geduld nicht zu Schanden werden läßt, hat Bayern in neuester Zeit erfahren, da ihm Zusicherungen und Gewährungen zu Theil wurden, deren Realisirung man zwar schon lange wünschte, aber doch noch nicht so nahe glaubte, z. B. Preßfreiheit in innern Angelegenheiten, dann die bestimmte Verheißung eines neuen Civil- und Criminal-Gesetzbuches, eines auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit gegründeten Prozeßverfahrens rc. rc. Wo so vieles bereits gegeben ist, darf man getrost auch noch mehr hoffen und vertrauen, daß das, was Neapel ertragen kann, auch für Bayern nicht unerreichbar seyn werde, wenn es sich „nach geprüften Erfahrungen als ein Fortschreiten zum Bessern" bewähren sollte. — Da uns die Vorzüge der bayerischen Staatsverfassung vor der neapolitanischen Niemand zu nehmen gedenkt und wir im ruhigen Besitze uns derselben erfreuen, so wollen wir bloß einige Artikel andeuten, in welchen uns die Neapolitaner vorausgeeilt zu seyn scheinen. Artikel 6 der neapolitanischen Verfassung gibt die Initiative zu Gesetzen nicht bloß dem König, sondern auch jeder der beiden Kammern; unsere Verfassung gibt Titl VII. §. 19 den Ständen bloß „das Recht, in Beziehung auf alle zu ihrem Wirkungskreise gehörigen Gegenstände dem Könige ihre gemeinsamen Wünsche und Anträge in der geeigneten Form vorzubringen." Zu dieser „Form" scheint hauptsächlich auch zu gehören, daß von den Kammern keine artikulirten Gesetzesvorschläge vorgelegt werden dürfen; in Neapel darf dieß geschehen. Der Sache nach ist es freilich, beim wahren Lichte besehen, eins und dasselbe. Liegt den „Wünschen und Anträgen" der Stände das wahre Wohl des Volkes zu Grunde, so wird eine wohlwollende Regierung dieselben schnell und leicht in die entsprechenden Gesetzentwürfe umwandeln und den Ständen zur Annahme vorlegen. Setzt aber ein Ministerium seine Force darein, den Vertretern des Landes möglichst Trotz zu bieten und das Volk damit abzuspeisen, daß seine Wünsche und Bedürfnisse „in nähere Erwägung" gezogen werden sollen, dann würde es auch nichts nützen, wenn beide Kammern das Recht der Initiative zu Gesetzen hätte; denn das liberum veto muß auch in der freisinnigsten constitutionellen Monarchie immer der Krone verbleiben. — Art. 16 der neapolitanischen Verfassung bestimmt den jährlichen Zusammentritt des Parlaments. Dazu ist der Monarch Bayerns durch Titl VII. §. 22 auch berechtigt, da es dort heißt: „Der König wird wenigstens alle drei Jahre die Stände zusammenberufen." Ob es nicht eine wesentliche Erleichterung für die Räthe der Krone wäre, mit den Ständen alle Jahre eine verhältnißmäßig kürzere Abrechnung zu halten, ob jährliche Parlamente nicht besser geeignet wären, den mit progressiver Schnelligkeit sich entwickelnden Zuständen der Gegenwart Rechnung zu tragen, wollen wir nicht beurtheilen; aber dieß glauben wir sagen zu dürfen, daß jährliche und darum bedeutend kürzere Landtage den Mitgliedern beider Kammern gewiß erwünschter und weniger ermüdend wären, als wenn sie oft gegen ein halbes Jahr von ihren Familien, Gütern und Aemtern entfernt leben müssen.

(Schluß folgt.)

Augsburg, 1. März. Das Collegium der Gemeindebevollmächtigten unserer Stadt, auf Antrag seines Vorstandes, des Kaufmanns und Fabrikbesitzers Johann Leopold Paulin, hat einstimmig beschlossen, die Protokolle seiner Verhandlungen im amtlichen Intelligenzblatte der Stadt Augsburg durch den Druck zu veröffentlichen.

Nürnberg, 2. März. Heute Mittag 2 Uhr trat im Saale des goldenen Adlers eine zahlreiche Versammlung von Bürgern zusammen, um eine Adresse an Se. Maj. den König zu berathen. Hr Dr. med. Schwarz eröffnete dieselbe mit einer kurzen Rede. „Eine zahlreiche Versammlung, Das waren ungefähr seine Worte, sehen wir von Einer Idee bewegt und hieher geführt. Es ist Pflicht für uns, unseren Gefühlen Worte zu geben. Die neueste französische Revolution muß einen bedeutenden Rückschlag auf Deutschland äußern. Deutschland muß sich zum Kampf gegen den Andrang republikanischer und communistischer Elemente rüsten. Besorgniß hat die Bevölkerungen und die Regierungen ergriffen. Wir dürfen nicht müßig zusehen, wir müssen als Männer handeln, unser Eigenthum und den König retten. König Ludwig soll nicht in Ungewißheit bleiben über unsere Gesinnungen (allgemeines Bravo); wir wollen sie ihm aussprechen, aber auch die Garantien namhaft machen, die nothwendig sind, um das Vertrauen zu erhalten. Wir machen hiebei nur von dem Petitionsrecht Gebrauch. Achtung dem Gesetze! Es lebe der König!" Die Versammlung beantwortete diese Anrede mit dem Rufe: „Es lebe der König!" Hierauf bemerkte der Redner, daß er dem Stadtcommissär, welcher ihn zu sich berufen, erklärt habe, wie er gesonnen sey, eine gesetzliche Versammlung zu halten; und der Bürgermeister habe seinem Wunsche willfahrt, der Versammlung alle Gegenwart von Polizeiofficianten zu ersparen. Es sey also die Versammlung hier dazu da, nicht blos eine Ergebenheitsadresse zu beschließen, sondern hauptsächlich die Puncte anzugeben, welche das Vertrauen des Volkes sichern können. Als solche Puncte schlage er vor: 1) Allgemeine Wahlfähigkeit, active und passive. 2) Unbedingte Preßfreiheit. 3) Oeffentliches Gerichtsverfahren mit Geschwornengericht. 4) Beeidigung des Militärs auf die Verfassung. 5) Vertretung des Volkes beim deutschen Bunde. Sofort schlug Hr. Dr. Schwarz die Wahl eines Vorstandes für die Berathung vor. Als solcher wurde Hr. Advocat Korte durch Acclamation erklärt. Dieser dankte für das ausgesprochene Vertrauen, und rieth vor allen Dingen ruhig zu Werke zu gehen. Es komme jetzt auf ein Paar Tage mehr oder weniger nicht an, es sey keine Reaction zu besorgen;

---

faßte Raum, kein anderes Gefühl regte sich in ihnen. Alle zarten Rücksichten schwiegen, während dem sein Innerstes sich in zwei Welten spaltete. In dieser Stimmung überraschte ihn der Bergschütze, der als Eilbote an ihn abgeschickt wurde. Er drängte sich durch den stürmisch bewegten Kreis, und stellte sich, einen zierlich eingelegten Stutzen ihm überreichend, mit den Worten vor ihn:

„Herr Hauptmann, dieser Stutzen da fehlt noch zum Säbel und Hut. — Die Frau Mutter nahm ihn auf meine Bitte vom Schranke heraus und übergab ihn mir, denn ich machte ihr begreiflich, daß Sie erst mit Ober- und Unter-Gewehr ein ganzer Mann wären, und so Ihrer schönen Braut gefallen würden. Schauen Sie ihn nur recht genau an! Es ist derselbe, von dem ich Ihnen heute schon gesagt habe. Ich habe ein paar Dutzend Kugeln eigens dafür gegossen. Merken Sie wohl, sie sind von besonderer Kraft, wenn der Schütze gut und fest zielt nach Feindes Brust. Ich bin Ihrer Compagnie zugetheilt, und werde Ihnen lustig zurufen: Juchhe, Franz, laß es krachen, wenn die Blauröcke heranstürmen und „Avance" mörderisch aufschreien! Wir jauchzen dann und jubeln hinunter: Vorwärts! Vivat Tirol! Vivat Deutschland!!" —

Franz nahm den schönen, blanken Stutzen, besichtigte ihn und stellte ihn bei Fuß.

„Jetzt ist's recht," fuhr der Schütze fort, nahm seinen grünen Hut ab und rief ihn damit bekomplimentirend, indem er ihn dreimal um den Kopf sich schwang:

Säbel an der Seite,
Federn auf'm Hut,
Stutzen in der Hand
Tragen frische Leute,
Sind voll Lust und Muth!

Franz erröthete über den Zuruf des launigen Schützen, der ihm wie ein unheimliches, gespenstisches Wesen, seines Schmerzes spottend, erschien. (Fortsetzung folgt.)

Mannigfaltiges.

In der „Schlesischen Zeitung" erläßt Dr. C. Stolle einen Aufruf an die deutschen Dichter und Dichterinnen, und bittet sie zu einem poetischen Sammelwerke, das durch seinen hoffentlich reichen Ertrag ein Noth- und Hilfe-Büchlein werden soll für die armen Bewohner des Rybniker und Plesser Kreises, ein Scherflein beizutragen, dessen Höhe (übereinstimmend mit dem gerechten Princip der Einkommensteuer) ein Jeder sich selbst auferlegen soll nach Maßgabe des geistigen Vermögens, welches die gütige Vorsehung ihm anvertraut hat zu Nutz und Frommen der Menschheit.

er trage somit auf Niedersetzung einer Commission an, um die Adresse zu entwerfen. Nun wurden als Mitglieder in die Commission gewählt: die Herren Dr. med. Schwarz, pens. Artillerie-Hauptmann Bauer, Advocat Lindner, Advocat Korte, Kaufmann Engelhart, Advocat Kraft, Kaufmann Beck. Auf die Bemerkung, daß der Gewerbsstand und die Presse nicht vertreten seyen, wurden als weitere zwei Mitglieder die Herren Mechaniker Heller und Dr. Mayer, Redacteur der mittelfränkischen Zeitung, gewählt, und dieselben ermächtigt auch noch andere Puncte in der Adresse namhaft zu machen. Es wurde sofort beschlossen, daß die Adresse alsbald zu entwerfen sey. Die Commission zog sich nun zurück, um an das Redactionswerk zu gehen, nachdem Hr. Engelhard noch bemerkt hatte, daß viele Mitglieder des Stadtraths und der Gemeindebevollmächtigten sich gegen ihn ganz im Sinne der vorgeschlagenen Puncte erklärt hätten. Nach etwa einer Stunde kehrte die Commission in den Saal zurück, und Hr. Advocat Lindner verlas den Adreßentwurf, der mit Acclamation angenommen wurde. Ueber die Art und Weise der Uebermittelung derselben an Se. Majestät wurde neuerdings berathen, da hervorgehoben wurde, das eine Deputation nach München mit zu vielem Aufenthalte verbunden sey, indem man zuerst wegen deren Annahme anfragen müsse; die Antwort könne zögern, die Commission finde vielleicht in München Hindernisse ꝛc. ꝛc. Aus diesen Gründen wurde daher die Uebersendung durch die Post beschlossen. Ein Antrag die Adresse circuliren zu lassen, wurde aus dem Grunde, daß die größte Eile Noth thue, verworfen. Alsbald begann nun die Unterzeichnung. Heute Abend noch wird die Adresse an ihre Bestimmung abgehen. (C. v. u. f. D.)

Aus Franken, 26. Febr. Aus einer jüngst erlassenen Verfügung unserer Regierung bezüglich der Auswanderung nach Polen geht hervor, daß die Niederlassung fremder Ansiedler in jenem Lande in den letzten Jahren sehr erschwert worden ist. Handwerkern ist die Einwanderung ganz untersagt, und Landleute können nicht auf Privatgütern, sondern nur auf Kronländereien in der Provinz Augustowo angesiedelt werden, wo sie natürlich ganz in die Reihe der Kronbauern treten. Für jede Familie, die nach Polen auswandern will, müssen bei der russischen Gesandtschaft 400 fl., für jeden ledigen Mann 200 fl., für jeden Knecht und jede Magd 100 fl. hinterlegt werden: sonst werden ihnen die zur Reise nothwendigen Papiere nicht ausgehändigt. Dieses Geld soll den Einwanderern in Polen zwar zurückerstattet werden, sie erhalten aber durch dessen Erlegung noch keineswegs eine Bürgschaft, daß ihnen, wenn sie am Ziel ihrer Reise sind, die Aufnahme in den russischen Unterthanenverband gewährt werden wird.

Baden.

Karlsruhe, 29. Febr. (XXXI. Sitzung der zweiten Kammer.) Die auf heute angeordnet gewesene geheime Sitzung fand nicht statt, dagegen wurde die öffentliche bei gefüllten Gallerien und Eingängen zum Sitzungssaale durch den Vicepräsidenten Bader eröffnet. Es werden mehrere Petitionen übergeben, und zwar unter Anderen durch Welte eine solche aus den Bezirken Donaueschingen und Hüfingen, um Zustimmung zu den Beschlüssen der Offenburger Versammlung; sodann durch Stößer eine Bitte der Stadt Karlsruhe um Preßfreiheit, um Einführung von Schwurgerichten, um allgemeine Volksbewaffnung und um Vertretung der deutschen Kammern beim Bundestage. — Nun ergriffen Staatsrath Bekk, Staatsminister v. Dusch und Staatsrath Trefurt nach einander das Wort, um Eröffnungen von Seiten der Regierung zu machen. Wir lassen hier ihre Vorträge (aus dem Landtagsblatte) folgen: Staatsrath Bekk: Es ist eine schwere Zeit, in der wir leben. Die großen Ereignisse in unserem Nachbarstaate sind geeignet, die politische Welt ganz aus ihren Fugen zu bringen, alle Leidenschaften zu entzügeln, alle Bande der Ordnung aufzulösen. — In solchen Momenten darf der Staatsmann den Kopf nicht verlieren, und Alle, welche für das Wohl der Gesammtheit zu wirken berufen sind, müssen sich jetzt doppelt aufgefordert fühlen, für die allgemeine Beruhigung thätig zu seyn. Die Regierung ihrerseits ist entschlossen, wenn gleich mit Beachtung der Verhältnisse und mit großer Umsicht alle Kraft aufzubieten, etwaige Unordnungen niederzuhalten und Verbrechen zu unterdrücken. — Mitten in den Stürmen muß die Regierung feststehen, — mit der Gefahr muß ihr der Muth wachsen. — Ich hoffe, meine Herren! Sie werden uns darin unterstützen. Auf der andern Seite ist die Regierung bereit, auch ihrerseits Alles zu thun, was zu einer Beruhigung beizutragen geeignet ist. Namentlich soll in Dingen, die man im Allgemeinen für gut hält, die aber nach dem gewöhnlichen Verlaufe der Dinge noch mehrere Stadien durchzulaufen hätten, rascher vorangeschritten werden. Zuerst bezeichne ich in dieser Beziehung die Bewaffnung der Bürger. Die Regierung stützt sich auf die Treue und Anhänglichkeit des Volkes. Dem Volke, welches Interesse hat an der öffentlichen Ordnung, an die seine eigene Existenz, seine Freiheit geknüpft ist, soll die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung anvertraut werden. Um dieß zu erzielen soll überall schleunig eine bewaffnete Bürgerwache organisirt werden. Wir haben die Anordnung getroffen, daß unverzüglich ein dießfallsiger Entwurf gefertigt werde. Wegen der großen Eile der Sache werden wir, sobald der Entwurf bearbeitet ist, denselben als Provisorium sogleich vollziehen, und ihn dann Ihnen, meine Herren, zur nachträglichen Genehmigung vorlegen. Weitere Eröffnungen in Bezug auf die Presse und auf Einführung der Schwurgerichte werden Sie, meine Herren, aus dem Munde meiner Herren Collegen vernehmen. Staatsminister v. Dusch: Meine Herren! Die langen eifrigen und aufrichtigen Bemühungen der Regierung zur Herbeiführung eines Bundes-Preßgesetzes setze ich als hinlänglich bekannt voraus. Ich sage davon nichts weiter, und erinnere nur statt allem Andern an die Worte der Thronrede. Unterdessen hat sich die Regierung überzeugen müssen, daß die Berathungen bei der Bundesversammlung auch bei dem besten Willen sich zu sehr in die Länge ziehen werden. Sie hat deßhalb bereits dem Gesandten in Frankfurt die Instruction zugehen lassen, der Bundesversammlung anzuzeigen, daß die Regierung bei voraussichtlich längerer Verzögerung in dem Falle seyn werde, bis zum Zustandekommen der Bundesbeschlüsse von sich aus einstweilige Anordnungen hinsichtlich der Presse zu erlassen, und daß sie darauf vertraue, die Bundesversammlung werde ihre Gründe würdigen, wenn sie ein von den Ständen, wie von der Regierung selbst längst erkanntes unabweisbares Bedürfniß für ihr Land nicht länger unbefriedigt lasse. — Die Regierung hat sich daher auch entschlossen, in ganz kurzer Zeit solche einstweilige Anordnungen unter Aufhebung der Censur bis zum Eintritt der erwarteten Bundesbeschlüsse über die Presse zu erlassen. Meine Herren! Nur noch wenige Worte lassen Sie mich dieser Regierungserklärung beifügen. Ich schließe mich in diesem großen Momente, in dem wir heute versammelt sind, von ganzer Seele den ersten, würdigen und kräftigen Worten an, die Sie so eben von meinem verehrten Collegen gehört haben. Lassen Sie uns einig, ruhig und fest seyn, und gedenken Sie der Worte des großen Deutschen, der bei der Schilderung einer ähnlichen bewegten Zeit spricht: „Der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehrt das Uebel und verbreitet es weiter und weiter.“ Staatsrath Trefurt. Es sind kaum zwei Jahre, daß ich in diesem Saal von der Deputirtenbank aus sprach: Ich sehe den Tag kommen, an welchem das Schwurgericht ungeachtet meinem dagegen vorgebrachten Bedenken eingeführt werden müsse. Ich gestehe es, ich glaubte damals nicht, daß dieser Tag schon im Jahre 1848 eintreten werde. Allein wer verkennt das Gewicht der Zeit, welche in den letzten Tagen hereingebrochen ist, einer Zeit von so schwerer Bedeutung, daß von ihr Tage, ja Stunden mehr wiegen, als Jahrzehnte der gewöhnlichen Art. In Anbetracht dieser Zeit hielt ich den Augenblick gekommen, wo die Bedenken, welche ich gegen das Institut der Geschwornen, blos vom juristischen Standpunkt aus, gehabt, als geringfügig verschwinden; ich hielt es deßhalb für Pflicht, in meiner Stellung als Chef der Justiz, meine Ueberzeugung höchsten Orts auszusprechen, daß es am Platze sey, jetzt sogleich den Gesetzesentwurf über die Gerichtsverfassung einer Umarbeitung zu unterwerfen, welche auf das Schwurgericht gebaut ist, und ich bin ermächtigt, Ihnen zu erklären, daß die Regierung sich sofort diesem Geschäft unterziehen, und so bald als thunlich die entsprechende Vorlage machen wird. Kapp verbreitet sich über die großen Ereignisse in Frankreich und Italien, über das von unserer Regierung eingehaltene und künftighin einzuhaltende System und über die von Seite des deutschen Bundes zu treffenden Maßregeln, zu welch letztern er insbesondere eine Vertretung der Kammern bei demselben, ein festes Zusammenhalten aller deutschen Staaten und das Lostrennen derselben von Rußland zähle. Welcker freut sich über die von der Regierung zugesicherten Vorlagen, nur vermisse er eine solche wegen Vertretung des Volkes beim Bunde, welch letztere er als eine Grundbedingung für Deutschlands Einheit und Größe erachte. Christ macht in einem ausführlichen Vortrage auf das Großartige der Regierungsvorlagen und auf den Einfluß und die Rückwirkung, die sie auf alle übrigen deutschen Staaten ausüben werden, aufmerksam und hält sich der Regierung zum Danke verpflichtet. Hecker will sich zur Zeit noch nicht über die Gesetzesentwürfe aussprechen, sondern vielmehr deren Vorlage abwarten, jedenfalls protestire er gegen allfällige Provisorien, die uns vom Bunde wieder genommen werden könnten, er verlange eine ganze, eine volle Preßfreiheit. Weller: Die Ereignisse sind ernst und neu, man müsse handeln. Noch vor acht Tagen habe man Furcht vor den absoluten Staaten gehabt, jetzt befänden wir uns an den Grenzen einer Republik von vielen Millionen Bevölkerung. Man solle aber aus Patriotismus den Kopf nicht verlieren und nicht jetzt schon als ausgemachte Sache annehmen, daß diese Republik gegen Deutschland feindlich auftreten werde. Knapp hält die Einigkeit vor Allem am nöthigsten, indem was eine so lange Erfahrung gelehrt, durch Uneinigkeit die größten Uebel in Deutschland herbeigeführt werden. Er wünsche, daß die Vorlagen der Regierung zu einer solchen Vereinigung beitragen und die nunmehr zu entfesselnde Presse auch das Ihrige thun werde. Nachdem sich kein weiterer Redner zum Worte gemeldet, so schließt der Präsident die Sitzung. (Schw. Mkr.)

Preußen.

Berlin, 28. Febr. Der Herzog von Nassau, der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz und die geschiedene Gemahlin des früheren Kronprinzen von Dänemark (bekanntlich eine geborne Prinzessin von Mecklenburg-Strelitz) befinden sich seit zwei Tagen hier. Es heißt, daß die Verlobung des Herzogs von Nassau mit der genannten Prinzessin nahe bevorstehe. (C. v. u. f. D.)

Freie Städte.

Frankfurt, 29. Febr. Gestern Abend aus Wien hier eingegangene Handelsbriefe vom neuesten Datum theilen mit, daß dem Vernehmen nach die Verwirklichung von wichtigen politischen und administrativen Reformen für sämmtliche Staaten der österreichischen Monarchie nun näher bevorstehe, als es anfänglich geheißen, und daß diese Reformen bestimmt das constitutionelle Gepräge tragen würden. Diese Mittheilung war für unser, durch die Vorgänge im Westen mit so lebhaften Besorgnissen erfülltes Handelspublikum eine wahre Freudenbotschaft, und mit höchster Spannung sieht man weiteren und näheren Nachrichten über diese hochwichtige Angelegenheit entgegen. (C. v. u. f. D.)

Frankfurt, 29. Febr. Die Bundesversammlung hielt dem Vernehmen nach heute eine außerordentliche Sitzung, zu welcher wohl zunächst die politischen Ereignisse der Gegenwart Anlaß gaben. Das Zustandekommen des deutschen Preßgesetzes soll übrigens sehr eifrig, besonders auch von Seite einer großen Bundesmacht betrieben werden. (D. Z.)

Frankfurt, 1. März. Diesen Abend 6 Uhr brachte eine Extrabeilage unserer Journale folgenden officiellen Artikel: „Der deutsche Bundestag, als das gesetzliche Organ der nationalen und politischen Einheit Deutschlands, wendet sich vertrauensvoll an die deutschen Regierungen und das deutsche Volk. Verfassungsmäßig berufen für die Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands zu sorgen, spricht der Bundestag seine Ueberzeugung dahin aus, daß beide nur ungefährdet bleiben können, wenn in allen deutschen Landen das einmüthigste Zusammenwirken der Regierungen und Völker und die innigste Eintracht unter allen deutschen Stämmen mit gewissenhafter Treue erhalten werden! Nur auf dieser Eintracht und diesem Zusammenwirken beruht die Macht und die Unverletzlichkeit Deutschlands nach Außen und die Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe, sowie die Sicherheit der Personen und des Eigenthums im Innern. Die Geschichte Deutschlands gibt die Belege hiezu, sowie die bittern Lehren über die traurigen Folgen, wenn Zwietracht zwischen den Regierungen und Völkern und den einzelnen Stämmen die Kräfte der deutschen Nation zersplittert und schwächt, und ihr Inneres zerreißt. Mögen diese theuer erkauften Erfahr-

Digitized by Google

ungen in der bewegten Gegenwart unvergessen seyn und während der stürmischen Zukunft benutzt werden, die möglicherweise Deutschland nicht ferne steht. Der deutsche Bundestag fordert daher alle Deutschen, denen das Wohl Deutschlands am Herzen liegt — und andere Deutsche gibt es nicht — im Namen des gesammten Vaterlandes dringend auf, es möge ein jeder in seinem Kreise nach Kräften dahin wirken, daß diese Eintracht erhalten und die gesetzliche Ordnung nirgends verletzt werde. Der Bundestag wird von seinem Standpunct aus alles aufbieten, um gleich eifrig für die Sicherheit Deutschlands nach Außen, sowie für die Förderung der nationalen Interessen und des nationalen Lebens im Innern zu sorgen. Deutschland wird und muß auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Nationen Europa's gebührt, aber nur der Weg der Eintracht, des gesetzlichen Fortschritts und der einheitlichen Entwickelung führt dahin. Die Bundesversammlung vertraut mit voller Zuversicht auf den in den schwierigsten Zeiten stets bewährten gesetzlichen Sinn, auf die alte Treue und die reife Einsicht des deutschen Volks. Frankfurt a. M., den 1. März 1848. Die deutsche Bundesversammlung und in deren Namen das Präsidium. Dönhoff. (A. Z.)

Belgien.

Berichte aus Brüssel vom 27. Febr. enthalten kein Wort von einer Revolution daselbst. Die „internationale demokratische Gesellschaft" hielt gestern Abend ihre Versammlung. Dieselbe bewahrte eine durchaus ruhige Haltung, obgleich sie aus mehr als tausend Personen bestand. Inmitten der Wünsche, welche daselbst für die Reform und zu Gunsten einer Verbesserung des Looses der arbeitenden Classen ausgesprochen wurden, bemerkte man zugleich eine sehr bestimmt und lebhaft ausgedrückte Anhänglichkeit an die belgische Nationalität.

Frankreich.

Paris, 28. Febr. Wenn in der Welt die allgemeine Meinung ist, daß eine französische Republik im wilden unaufhaltsamen Uebereinanderstürzen aller Formen sich nur durch Krieg behaupten könne, so ist in den Pariser Journalen selbst ein ersichtliches Bestreben, diesen Gedanken zu entfernen. Zwei sonstige Antipoden, „La Presse" und „National", bekämpfen die, wie es scheint, sehr verbreitete Besorgniß; jene sagt: keinen Krieg; dieser: wenigstens jetzt keinen Krieg. Die Hauptstadt gewinnt allmählig wieder ein geordnetes Aussehen. Alle Kirchen waren am Sonntag geöffnet. in der Kathedrale predigte Lacordaire unter unermeßlichem Zulauf, und der Erzbischof, der nach den Kampfestagen in allen Lazarethen bei den Verwundeten herum gegangen war, Trost und Segen gespendet hatte, ließ in allen Kirchen das Domine salvum fac populum singen. Der Prediger, zu dem ersten Hirten der Hauptstadt gewendet, sagte: Hochwürdiger Prälat! das Vaterland dankt Euch durch meine Stimme für Euer muthiges und katholisches Beispiel, es dankt Euch, daß Ihr die Unwandelbarkeit der Kirche und die Heiligkeit der Eidschwüre mit den Veränderungen, welche Gott durch die Hand der Menschen in die Welt bringt, zu versöhnen gewußt habt. Die Einreihung für die mobile Nationalgarde geht rasch vor sich, schon sind die Cadres fast vollzählig. Gegen 25,000 Mann haben sich als Freiwillige einschreiben lassen. Die Polen in Paris haben der Regierung die Bildung einer Legion angeboten, die bereits im Werden begriffen, mit Fahnen unter Trommelschlag durch die Straßen gezogen ist. Auch der Marschall Bugeaud hat jetzt seine Ergebenheitserklärung eingesandt. Eine gute Anzahl der vormaligen Pairs, die Häupter der weiland dynastischen Opposition — die Herren Odilon-Barrot, Duvergier de Hauranne, Léon de Maleville haben auf dem Stadthaus aufgewartet. Die Partei der gefallenen Dynastie ist wie verschwunden. Ueber Ludwig Philipp hat das Journal „Union" Nachrichten aus Dreux: er war Nachts 11 Uhr von der Königin und dem Herzog von Montpensier begleitet in Dreux angekommen, und hatte in dem Schloß geschlafen. Das Abendessen war im Gasthof geholt worden. Der Unterpräfect und einige vertraute Bekanntschaften, die den König sprachen, fanden ihn in tiefster Niedergeschlagenheit, er wiederholte: „Wie Karl X.!" Am andern Morgen reiste er in einer Miethkutsche auf Nebenwegen nach Vernon. Doch scheinen die Orleanisten noch nicht alle Hoffnung aufgegeben zu haben mit der Zeit eine Regentschaft durchzusetzen, wenigstens ging das Gerücht, die Herzogin befinde sich noch in den Umgebungen von Paris. Auf der andern Seite regen sich auch die Bonapartisten. Hieronymus Bonaparte, der sich bekanntlich seit einiger Zeit mit Erlaubniß der vorigen Regierung in Paris befindet, hat am 26. Febr. folgendes Schreiben an die provisorische Regierung gerichtet: „Die Nation hat so eben die Verträge von 1815 vernichtet. Der alte Soldat von Waterloo, der letzte Bruder Napoleons, tritt von diesem Augenblicke an wieder in den Schooß der großen Familie. Die Zeit der Dynastien ist für Frankreich vorbei! Das Gesetz der Achtung, das auf mir lastete, ist mit dem letzten der Bourbonen gefallen. Ich verlange daß die Regierung der Republik durch ein Decret erkläre, daß meine Achtung eine Beleidigung für Frankreich war, und daß sie verschwunden ist mit allem was uns von den Fremden aufgelegt worden. Genehmigen Sie ꝛc. Jérome Napoleon." Prinz Louis Napoleon, der auf die erste Nachricht von den Ereignissen in Paris von England herübergeeilt, hat an dieselbe Behörde geschrieben: „Im Augenblicke des Volkssieges verfügte ich mich nach dem Hôtel de Ville. Die Pflicht jedes guten Bürgers ist es, sich um die provisorische Regierung der Republik zu schaaren. Ich erachte dieß für die allererst zu erfüllende Pflicht, und werde mich glücklich fühlen, wenn mein Patriotismus nützlich verwendet werden kann. Paris, den 26. Februar. Louis Napoleon." Von Seiten des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten wurde den Mitgliedern des diplomatischen Corps die Errichtung der französischen Republik gestern angezeigt. Nachstehendes ist die äußerst verbindliche Antwort des päpstlichen Nuntius: „Paris, 27. Febr. Herr Minister! Ich habe die Ehre den Empfang der mir gewordenen Mittheilung von heute den 27. Febr. zu bescheinigen, und ich werde mich beeilen, dieselbe unverweilt dem heiligen Vater dem Papst Pius IX. zu übermachen. Ich kann dem Bedürfniß nicht wiederstehen diesen Augenblick zu benutzen um die lebhafte und tiefe Befriedigung auszusprechen, die mir die Achtung einflößt welche das Volk inmitten der großen Ereignisse die vollbracht wurden, der Religion bewiesen hat. Ich bin überzeugt, das väterliche Herz Pius IX. wird davon tief gerührt seyn, und der allgemeine Vater der Gläubigen wird mit allen seinen Wünschen Gottes Segnungen auf Frankreich herabflehen. Genehmigen Sie ꝛc. R. Erzbischof von Nicäa." Zur Direction der auswärtigen Angelegenheiten ist jetzt Hr. Bastide delegirt. Cormenin ist Staatsrath im ordentlichen Dienst. Achill Marrast Generalprocurator beim Appellhof von Paris. Ueberall werden die Stellen mit alten Republicanern besetzt, oder machen neue Republicaner.

Paris, 28. Febr. Die provisorische Regierung wird heute schon die Grundlagen der allgemeinen Wahlen zu der zu berufenden Nationalversammlung festsetzen. Wahrscheinlich wird diese in zwei Monaten zusammentreten. Man glaubt, die Regierung werde für die Wahlen das System von 1791 annehmen, so daß sie in zwei Abstufungen statthätten. Die Börse ist noch geschlossen, aber vor derselben wurden heute doch Geschäfte gemacht. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 28. Febr. Im Oberhause wurde auf des Grafen Hardwicke Antrag ein neues Comité zu einer Untersuchung über die Wirkung der Schifffahrtsgesetze niedergesetzt. — Im Hause der Gemeinen erregte die Kunde aus Frankreich die lebhafteste Aufregung. Ein herausgeschnittenes Stück Zeitung, dieselbe enthaltend, machte die Runde, wurde auch Sir Robert Peel übergeben, der, nichts ahnend, nicht sogleich hinein sah, sobald er es aber gelesen, aufsprang und zu den Ministerbänken eilte, wo die Lords Russell und Palmerston begierig die auch ihnen noch neue Nachricht verschlangen. Lord Palmerston erklärte ausdrücklich, dieselbe sey ihm noch nicht amtlich zugekommen.

Das „Dover Chronicle" vom 26. Febr. Abends meldet, daß Tags zuvor um 4 Uhr Morgens Ludwig Philipp in Rye, einem kleinen Hafen zwischen Dover und Brighton, an's Land gestiegen.

Vereinigte Staaten von Nordamerica und Mexico.

Mit dem Packetschiffe „Montezuma" sind neuere Nachrichten aus den vereinigten Staaten und zwar aus New-York vom 1. Febr. in Liverpool eingegangen. Man erhält aus Washington die Nachricht, daß ein Friede zwischen Hrn. Trist und den drei mexicanischen Bevollmächtigten vollständig abgeschlossen worden ist, und daß, den letzten Berichten zufolge, dieser Friede blos noch der Zustimmung des mexicanischen Congresses bedurfte. Man sagt indeß, daß General Scott diesen Frieden gegen die Wünsche der americanischen Regierung zu Stande gebracht, daß diese ihn schwerlich genehmigen wird, und daß Scott des Oberbefehls entsetzt ist. Die nächste Veranlassung dazu sollen seine Streitigkeiten mit seinen Unterbefehlshabern gegeben haben. In Texas ist unter den Indianern ein Krieg ausgebrochen, der weit um sich greift. — Die Verhandlungen im Congresse haben nichts Bemerkenswerthes dargeboten. — In einer großen Versammlung in New-Orleans ist beschlossen worden, für die Präsidentschaft des Generals Taylor zu stimmen. — Vom La Plata sind Nachrichten aus Montevideo vom 20. Dec. in Liverpool angekommen. Berichte von Corrientes melden, daß General Urquiza an der Spitze der Truppen von Rosas und Entrerios einen entscheidenden Sieg über die Correntiner erfochten hat; er hat 1200 Mann gefangen genommen; 700 dieser Unglücklichen wurden niedergemetzelt. Die Entkommenen flüchteten sich meist nach Paraguay. Von Montevideo wird gemeldet, daß von dem französischen Geschwader 6 Geschütze und ein Bataillon Marinesoldaten gelandet sind, unter dem Vorwande eines von Oribe erwarteten Angriffes. Am 20. Dec. sollte der Hafen für alle Fahrzeuge geschlossen werden, die in Montevideo angelegt haben.

Neueste Nachrichten.

Paris, 29. Febr. Lord Normanby, der englische Botschafter, hat sich in Folge der von Lord Palmerston eingegangenen Instructionen heute zu dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten (Lamartine) begeben, und demselben erklärt, daß die englische Regierung der provisorischen Regierung Frankreichs nicht das mindeste Hinderniß zu bereiten wünsche und der neueste Regierungswechsel Frankreichs die freundschaftlichen Verhältnisse, die bis jetzt zwischen beiden Ländern bestanden, in Nichts ändern werde. (Karlsr. Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag, 5. März: „Lumpacivagabundus", Zauberposse mit Gesang von Nestroy.

Montag, 6. März: „Maskenball."

Dienstag, 7. März: Der „Fleischhauer von Oedenburg", Posse mit Gesang von J. Gleich.

Königliches Odeon.

Montag, 6. März: „Jugendball." Anfang halb 3 Uhr, Ende halb 6 Uhr.

Fremdenanzeige.

Hôtel Maulick. HH. v. Diemar, Gutsbesitzer von Weimar; Schmid, Privatier aus Curland; Frau Baronin v. Holzschuher v. Augsburg.

Gold Hahn. HH. Baron v. Retling von Augsburg; Pabler, Rentier v. Pesth; Kröniert, Rentier v. Hamburg.

Blaue Traube. HH. Gensonge, Oeconom von Berlin; Bennecke, Oeconom v. Magdeburg; Scherer, Rechtspracticant v. Reichenhall; Mome. Kraus v. Neuchatel.

Stachusgarten. HH. Schmaus, Goldschläger v. Lechhausen; Reinisch, Obersteiger v. Miesbach

Für Fondsinhaber und Capitalisten.

2303. (3a) Manchen Capitalisten und Fondsinhabern, welche den jetzigen politischen Verhältnissen mißtrauen, und die ihre Gelder außerhalb des Bereichs der Wechselfälle derselben und der damit verbundenen Gefahren zu placiren wünschen, glaubt der Unterzeichnete mit der Anzeige zu dienen, daß eine Betheiligung bei den seit mehren Jahren in gutem Betrieb stehenden bergbaulichen Unternehmungen der Neuhäuser Steinkohlen-Vereine und bei der Deutschen Eisenbahnschienen-Compagnie unter annehmlichen Bedingungen noch zuläßig ist.

Es liegen diese Unternehmungen außerhalb des Bereichs der Politik, und bei anerkannter Solidität und Sicherheit gewähren sie (neben allmähliger Zurückerstattung der Einlagen durch Amortisation) auf lange Zeiten hinaus eine hohe Rente.

Hildburghausen, 28. Febr. 1848.

Der Chef der Deutschen Eisenbahnschienen-Compagnie.
J. Meyer.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 56.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Sonntag | XLIX. Jahrgang. | 5. März 1848.

An die verehrlichen Leser der Münchener politischen Zeitung.

Da mit dem Monat März das Abonnement auf die „Münchener politische Zeitung" für das erste Quartal von 1848 zu Ende geht, so ersuchen wir Neueintretende, ihre Bestellungen für die Stadt bei der unterzeichneten Expedition, Auswärtige aber bei dem nächstgelegenen resp. Postamt zeitig zu machen, damit wir mit vollständigen Exemplaren dienen können.

Die politische Ausstattung des Blattes wird auch weiterhin nach den verlässigsten und reichsten Quellen eine möglichst vollständige seyn. Von Sonntag den 5. März ab wird die politische Zeitung auch **jeden Sonntag** ausgegeben werden, demnach fortan **täglich** erscheinen. — Dem Feuilleton wird auch weiterhin durch Originalerzählungen ernsten und heiteren Inhalts und durch mannigfaltige Skizzen aus dem Leben die größte Sorgfalt gewidmet werden. — Die neuesten gediegensten Erscheinungen auf dem Gebiete der Literatur sollen unter der Rubrik „Bücherschau" eine schnelle und gründliche Besprechung finden.

Inserate jeder Art werden bei mäßiger Einrückungsgebühr unverzüglich aufgenommen. Briefe und Gelder werden portofrei erbeten.

München, den 1. März 1848.

Expedition der Münchener politischen Zeitung.
(Knödel-Gasse Nro. 2.)

Deutschland.
Bayern.

München, 5. März. Das heute erschienene kgl. Regierungsblatt (Nr. 7) enthält: I. Die königl. Allerhöchste Entschließung, die Zusammenberufung der Stände-Versammlung betr., welche lautet: Ludwig von Gottes Gnaden, König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben rc. rc. Wir finden Uns allergnädigst bewogen, zu verordnen, was folgt: Art. I. Unsere, noch nicht zur gesetzlichen Verkündung gelangte Entschließung vom Gestrigen, die Auflösung der gegenwärtigen Kammer der Abgeordneten und die Wahl einer neuen rc. betr., ist zurückgenommen. Art. II. Die Stände Unseres Reiches sind auf Donnerstag den 16. des laufenden Monats März zusammenberufen. Art. III. Demzufolge befehlen Wir Unsern Kreisregierungen, alle in die zweite Kammer aus ihrem Kreise bestimmten Abgeordneten schleunigst durch abschriftliche Mittheilung gegenwärtiger Entschließung anzuweisen, daß sie sich an dem festgesetzten Tage unfehlbar in Unserer Haupt- und Residenzstadt einfinden, und nach ihrer Ankunft in dem Ständehause nach Vorschrift der §§. 52 und 61 des Art. I. Abschnitt III. des Edicts über die Ständeversammlung bei der Einweisungs-Commission persönlich melden. Im Falle aber, daß ein Mitglied durch unabwendbare Hindernisse von der Erscheinung abgehalten seyn sollte, hat dasselbe nach Vorschrift der §§. 44 und 47 Tit. I. Abschn. II. des gedachten Edictes das Erforderliche zu beobachten. Den Tag der Eröffnung dieser Sitzung der Stände werden Wir durch besondere Entschließung bekannt machen. München, den 4. März 1848. Ludwig. Fürst von Oettingen-Wallerstein, Staatsrath. v. Beisler, Staatsrath. v. Heres, Staatsrath. v. d. Mark, Generalmajor. v. Volz, Staatsrath. Auf Königl. Allerhöchsten Befehl: der General-Secretär, F. v. Kobell. (Fortsetzung folgt.)

*München, 5. März. Der gestrige Tag brachte uns wieder der betrübenden Ereignisse so manche. Nachdem früh Morgens ein Anschlag an allen Straßenecken die Auflösung der Kammer und die Einberufung einer neugewählten bis in 3 Monaten angezeigt hatte, begab sich Mittags eine Bürgerdeputation zu Se. Majestät, um eine Kürzung dieser Frist zu erbitten. Abschlägig beschieden wurde nach einer sehr sturmvollen Bürger-Versammlung auf dem Rathhause dem Volke das bürgerliche Zeughaus geöffnet. Alsbald hatte sich eine große Menschenmenge bewaffnet und zog in wildem Sturmschritt auf den Dultplatz, wo man bereits, eben so wie vor der kgl. Residenz, Kanonen aufgefahren hatte; von hier aus gegen den Promenadeplatz, wo Se. k. H. der Prinz Karl den Versammelten die Nachricht brachte, Se. Majestät hätten die Einberufung der Kammer bis zum 16. März beschlossen, um die Wünsche des Gesammtvolkes zu berathen. Sofort kehrte Alles wieder zur Ruhe und Ordnung zurück; man brachte die Waffen in das Zeughaus, und der Abend verging, ohne daß die Ruhe nur im Geringsten gestört wurde. — Wie man vernommen haben will, sollen heute eine Abtheilung Chevauxlegers aus Augsburg angelangt und in Nymphenburg (?) stationirt worden seyn.

⊙ München, 3. März. Die am 1. d. Mts. stattgefundene Plenarversammlung „des historischen Vereins von und für Oberbayern" war bestimmt zum Vortrage des Jahres- und Rechenschaftsberichts für das Jahr 1847, welchen der erste Vereinsvorstand Herr Staatsrath v. Stichaner verfaßt und der Versammlung unter Vorlage der Berichtsbeilagen und der revidirten Vereinsrechnung, deren Ergebniß bekannt gegeben wurde, vorgetragen hat. Derselbe wird demnächst im Drucke an die Mitglieder vertheilt werden, und dieser die Ueberzeugung von der Wirksamkeit des Vereines für seine Zwecke im jüngstverflossenen Jahr so wie von der geordneten Geschäftsführung gewähren. Eine Beilage des Jahresberichts bildet der von dem Hrn. Landrichter, Frhrn. v. Gumppenberg in Brückenau verfaßte Nekrolog des im Jahr 1847 verstorbenen Vereinsmitglieds Wilhelm Frhr. v. Gumppenberg auf Wallenburg, welcher Nekrolog auch bei der heutigen Versammlung vorgelesen wurde. Hr. Stadtpfarrer Baur aus Mühldorf, welcher bei der heutigen Versammlung erschienen war, legte eine von ihm bearbeitete Chronik von Mühldorf nebst einer dazu gehörigen reichhaltigen und mit trefflichen Siegelabzeichnungen begleiteten Urkundensammlung vor. Zum Schlusse hat Hr. Hauptmann v. Germing in München ein, seiner Alterthumssammlung angehöriges Idol aus Bernstein vorgelegt, welches auf der Insel Rügen gefunden worden und eine altgermanische Gottheit darzustellen scheint. — Die nächste Vereins-Versammlung wird am 1. April Nachmittags 4 Uhr stattfinden.

Augsburg, 4. März. Auch bei uns soll eine Adresse, der Nürnberger ähnlich, vorbereitet seyn. — Man kündigt heute das Erscheinen der ersten Lieferung der Protokolle der Gemeindebevollmächtigten an, auf welche sich die Bürger abonniren sollen. Dagegen tritt ein

Die Allerheiligen-Nacht im Jahre 1805.

(Eine Novelle aus A. Büssel's ungedrucktem Nachlasse.)

(Fortsetzung.)

„Der Himmel segne Dich, mein Sohn, in dieser Uniform!" sagte die Mutter, als Franz in ihr Zimmer trat. „Du siehst stattlich aus! Weil sich Alles bewaffnet und rüstet, so muß ich mein Wohlgefallen an diesem kriegerischen Schauspiel haben, und als Mutter Dich zur Erfüllung einer heiligen Pflicht auffordern. — Hole nun Deine Antoinette und ihre Schwestern, es ist vielleicht nicht mehr zu versäumen! — — Sie wohnen bei mir in sicherer Obhut. Grüße Frau v. S . . ., und berede sie, zu mir zu flüchten! Ich werde ihren Töchtern eine zärtliche, schützende Mutter seyn. Doch, sie wird es immer wieder ausschlagen; sie verläßt ihren Gatten nicht, und er bedarf ihrer. — Man weiß nicht, was die Stunden bringen." —

Franz hängte den Stutzen an die Wand, und eilte fort, den Vater aufzusuchen, der sich inzwischen unter die Schaaren der Officiere verloren hatte.

Als sie die Kanonen den Berg hinan, längs der Schirmmauer, ziehen sah, als sie mit ihren metallenen Schlünden, von den Stralen der sinkenden Sonne beleuchtet, hinüberragten auf den Vorder-Strub, neben dem sich ein ungeheurer runder Thurm wie eine ausgebrannte Ruine mit dem röthlichen Backsteingerippe düster schauend erhob, wurde sie plötzlich ernster gestimmt. Das Blitzen der Bajonette, das Gerassel der Munitionswägen und der Pulverkarren, das Geklirr der blanken Säbelscheiden der Melas-Dragoner und das rastlose Gestampfe der Pferde unter den Fenstern ihrer Wohnung, erfüllten ihre Seele mit einem tiefen Schauer. Die rückwärts gelegenen Bataillone rückten allmählig in Echelons näher, und breiteten sich, soweit es das schmale Terrain zwischen den Bergen gestattete, in Schlachtlinien aus. Die Schützenhaufen trennten sich von den Truppen, das bunte Gewirre der Massen löste sich auf, und das heitere Farbenspiel der Uniformen, der Nationaltrachten und der Waffen erlosch durch diese Trennung, die das Commando geboten hatte.

Noch schwiegen Trommel und Trompete. — — Der Caplan des Passes beging in der festlich geschmückten Capelle das Memento an die Todten. Vier rothe Kerzen leuchteten auf dem Altare, der mit einem schwarzen Tuche behängt war, und die beiden Glöcklein erklangen vom Thurme in harmonischem Geläute. Niemand wollte erscheinen. Keine Hand zog die Register der Orgel, um den Trauergesang des Priesters zu begleiten. Franzens Mutter suchte vergeblich mit forschendem Auge den Sohn — vergebens den Gatten, als hätten die anflutenden Wogen der Kämpfer Beide verschlungen. Der Sohn lag ihr sehr am Herzen, denn er war der Einzige. Immer ernster und finsterer wurde jede Minute, der elegische Klang der

Bürger im hiesigen „Tagblatt" auf, indem er sagt: „Wozu denn gedruckte und verstümmelte kostspielige Protokolle? Man öffne die Thüren, damit der Bürger mit eignen Augen sehen, mit eignen Ohren hören kann, was verhandelt und gesprochen wird über seine Angelegenheiten von denjenigen Männern, die er im Vertrauen auf ihre Posten geführt hat. — In der ganzen Stadt herrscht unter der Einwohnerschaft nur Eine Stimme, daß die Thüren der Sitzungszimmer geöffnet werden müssen; man will nichts Versteckes, nichts Geheimes, nichts Verstümmeltes von nun an mehr haben; — Oeffentlichkeit ist jetzt das Loosungswort jedes redlichdenkenden, ehrlichen Patrioten." (Augsb. Abdz.)

Nürnberg, 3. März. Nachstehendes ist der Wortlaut der gestern in einer Versammlung angenommenen und mit 370—380 Unterschriften an Se. Majestät übersandten Adresse: „Allerunterthänigste Eingabe der unterzeichneten Bürger und Einwohner Nürnbergs, Erfüllung gerechter und zeitgemäßer Forderungen betreffend. Allerdurchlauchtigster ꝛc. Deutschlands gefährlicher Nachbar ist so eben in einer Umwälzung begriffen, die in der Geschichte kaum ihres Gleichen hat. In wenig Tagen können republicanische Heere Deutschlands Grenzen überschreiten und der russische Koloß aus dem Norden heranrücken. Gegen russische Waffen können uns die Bajonette unserer Soldaten schützen, gegen die begeisterten Schaaren der Franzosen helfen besoldete Waffen allein nicht, sondern hier muß die deutsche Nation selbst wie ein Mann aufstehen und zur Vergießung des eigenen Blutes bereit seyn. Hiezu ist ungetrübte Vaterlandsbegeisterung nothwendig. Wenn das deutsche Volk Das, wonach es seit Jahren gerungen, wofür es in den ständischen Versammlungen deutscher Länder stets und stets gebeten, ja vor Jahren schon sein Blut vergossen hat, erreicht, so wird sich dieses deutsche Volk einmüthig erheben und Vaterland und Thron vertheidigen. Bayern vor allen, welches stolz seyn kann, einen ächt deutschen Fürsten zu besitzen, wird mit Freude in die ersten Reihen der Kämpfenden treten, wenn die drohende Gefahr näher tritt. Ew. königl. Majestät sind stolz darauf, aus dem Munde des Volkes selbst dessen Wünsche und Bedürfnisse kennen zu lernen und wir bezeichnen als solche I. durchgreifende und zeitgemäße Reform der bestehenden Wahlgesetze in allen ihren Richtungen; II. unbedingte Preßfreiheit; III. öffentliche Gerichtsbarkeit mit Geschworenen nach dem Vorbilde Englands; IV. Beeidigung des Militär auf die Verfassung; V. gleiche Berechtigung aller Religionen; VI. ein Polizeigesetzbuch; VII. Volksvertretung bei dem deutschen Bunde. Diese Forderungen sind gerecht, und allenthalben, wo nicht undurchdringliche Finsterniß herrscht oder physische Gewalt jede freiere Regung unterdrückt, haben diese Verlangen in einer Weise sich kund gegeben, daß man wohl sieht, wie die Zeit der Erfüllung gekommen. Indem wir in vollstem Vertrauen auf unsern gerechten deutschen König der gewissen Hoffnung sind, daß es bei seinen Gesinnungen kaum einer solchen Anregung bedürfte, haben wir es gleichwohl für unsere Pflicht gehalten, unsere Wünsche sowie unsere Gesinnungen zur Kenntniß Ew. königl. Majestät zu bringen. Doppelt gibt, wer schnell gibt, sagt ein alter Satz; und so stellen wir denn an Ew. königl. Majestät die allerunterthänigste Bitte: „„es mögen Allerhöchstdieselben bei den drohenden Zeitverhältnissen vor allem die Stände des Reichs einberufen, und zur Vorlage der von uns gestellten Anträge die Initiative geben."" Indem die Unterzeichneten für Ew. königl. Majestät den Segen des Himmels anrufen, werden dieselben auch, wenn es gilt, für ihr deutsches Vaterland Gut und Blut zu opfern, jeden Augenblick bereit seyn. In allerunterthänigster Ehrfurcht verharren Ew. Majestät allerunterthänigst treugehorsamste (folgen die Unterschriften).

(C. v. u. f. D.)

Württemberg.

Stuttgart, 3. März. Erwiederung Seiner Majestät des Königs auf die Adresse des ständischen Ausschusses: „Der König an den ständischen Ausschuß. Die Eingabe des ständischen Ausschusses vom 29. Febr. gibt Mir den willkommenen Anlaß, demselben Meinen aufrichtigen Dank für die Gesinnungen der Treue und Anhänglichkeit zu erkennen zu geben, welche der ständische Ausschuß in dem ernsten und wichtigen Augenblick, in dem wir leben, in seiner Eingabe gegen Mich ausgedrückt hat. Das Vertrauen Meines Volks, dessen derselbe Mich versichert, ist in einer langen Reihe von Jahren vielfach von Mir erprobt worden, und Ich überlasse Mich der Hoffnung, daß es Mir nicht am Abend Meines Lebens entgehen werde. Während Meiner ganzen Regierung bin Ich stets bestrebt gewesen, die Bedürfnisse der Zeit zu erforschen und im Geiste derselben zu handeln; diesem Grundsatze werde Ich bis zum Schlusse Meiner irdischen Laufbahn getreu bleiben. Angesichts der neuesten Weltereignisse, in deren Folge möglicher Weise die wesentlichsten Interessen unseres gemeinsamen Vaterlandes gefährdet werden könnten, bin Ich nur von Einer Empfindung belebt, der, des deutschen Namens Mich würdig zu zeigen. Alle Maßregeln, welche die Einigkeit, das Wohl und die Kräftigung Deutschlands befördern, werden in Mir den wärmsten Vertheidiger finden. Möge das Dasein jener Empfindung sich auch in Meinem Volke erproben! Mögen alle Angehörigen desselben, welche Verschiedenheit der Ansichten auch sonst unter ihnen besteht, sich in der Meinung vereinigen: daß es vor Allem Noth thue, die Liebe und die Anhänglichkeit zum gemeinsamen, wie zum besondern Vaterlande zu bewähren und fremden Staaten nicht das Schauspiel von Zerwürfnissen zwischen Fürsten und Völkern, von innerer Unruhe und Aufregung zu geben, denn nur „Eintracht macht stark." Wünsche, die aus den Bedürfnissen der Zeit hervorgehen, und deren Erfüllung Ich, nach ruhiger und unbefangener Prüfung, dem Wohl Meines Volkes für zuträglich erachte, werde Ich immer willig gewähren. So viel insbesondere die in der Eingabe des ständischen Ausschusses erwähnten betrifft, so ist der auf Preßfreiheit gerichtete durch Meine Verordnung vom gestrigen Tage erledigt worden. Ich hoffe, es werde bei Ausübung dieses Rechts der Mißbrauch desselben vermieden werden; denn dieser ist immer der gefährlichste Feind der Freiheit. In Erfüllung des §. 23 der Verfassung (über das Recht, Waffen zu tragen) ist ein Gesetzesentwurf vorbereitet, der schon früher zu Einbringung bei den Ständen bestimmt war, und der bei ihrer bevorstehenden Wiedereinberufung denselben alsbald mitgetheilt werden soll. Ueberdieß habe Ich angeordnet, daß die Frage von Errichtung von Bürgerwachen ungesäumt in Erwägung gezogen und das Ergebniß an die Stände gebracht werde. Einstweilen kann Meine Verordnung vom 13. Mai 1847 über die Errichtung von Sicherheitswachen auch fernerhin zur Anwendung kommen. Die gedrückte Lage, insbesondere der kleinen Gewerbe, geht Mir sehr nahe, und Ich werde jedes Mittel gerne ergreifen, durch welches ihnen aufgeholfen werden kann; indeß haben diese Mittel ihre Grenzen; ausführbare Anträge zu Erreichung dieses wünschenswerthen Ziels werden Mir stets willkommen seyn. Daß Ich Mich des Schutzes der Gewerbe nach Außen auch fernerhin kräftig annehmen werde, bedarf, nach den bisherigen Vorgängen, wohl keiner Zusicherung. Dem ständischen Ausschusse ist bekannt, daß Gesetzesentwürfe über die Ablösungen der Grundlasten und der Bannrechte den Ständen mitgetheilt werden sollen. Eine ständische Berathung über die Verordnung vom 12. Juni 1832 über die Abhaltung politischer Versammlungen steht bereits in Aussicht und Ich behalte Mir vor, nach Eingang des dießfälligen Ergebnisses Meine Entschließung zu ertheilen. Ich verbleibe dem ständischen Ausschusse mit gnädigem und freundlichem Wohlwollen beigethan. Stuttgart den 2. März 1848. Unterz.: Wilhelm.

Stuttgart, 2. März. Eben findet eine Bürgerversammlung statt. Dem Könige wird ein stürmisches Hoch gebracht. (N. Cour.)

Ludwigsburg, 27. Febr. Auch hier fand eine zahlreich besuchte Versammlung von Bürgern statt, auf den Aufruf des Deputirten der Stadt; man sprach hauptsächlich über innere Verwaltungsangelegenheiten und über die nothwendig erscheinenden Aenderungen in der Wahlreform. (N. Cour.)

Baden.

Leopold, von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. Die schweren Ereignisse der neuesten Zeit können nicht anders, als sich weithin fühlbar machen auf die Grundlagen der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung. Nie mehr als in solchen Zeiten ist es Bedürfniß, daß, so wie Regierung und Stände, so Fürst und Volk fest zusammenhalten, um den Feinden unserer verfassungsmäßigen Freiheit und des gesellschaftlichen Zustandes, ob sie im Innern oder von Außen sich zeigen, mit vereinter Kraft entgegenzustehen. In solchen Augenblicken fehlt es nicht an Verführern aller Art. Unter dem mißbrauchten Vorwande der Freiheit wird häufig die Gesetzlosigkeit, in der alle Freiheit untergeht, gepredigt, oder eine Schreckensherrschaft Einzelner, die jede freie Aeußerung Anderer auf die gehässigste Weise verfolgen, hervorgerufen. Ich weiß, daß so viele wohlgesinnte Bürger, welches auch ihre politische Ansicht sey, sobald sie nur zu ruhiger Besonnenheit sich fassen, und sich von keiner Verwirrung hinreißen lassen, die Besorgniß hegen, es möchte unter den obwaltenden schwierigen Verhältnissen auch in unserm glücklichen Lande, durch verbrecherische Bestrebungen Einzelner und Verführung Anderer, eine Störung der Ordnung, Verletzung des Eigenthums und anderer verfassungsmäßiger Rechte herbeigeführt werden. In dieser ernsten Lage wende Ich Mich mit dem vollsten Vertrauen und mit der alten, nie unterbrochenen Liebe an Mein Volk, das Mir auch schon in guten, wie in schweren Tagen so viele Beweise seiner Liebe und Treue gegeben hat: Ich wende Mich an Alle, denen die Ordnung, das Recht, und die wahre Freiheit am Herzen liegen, mit der Aufforderung: daß sie mit Mir zusammenwirken, um die heiligen Güter — die Ordnung, das Eigenthum, und die verfassungsmäßige Freiheit auch in den Stürmen der Gegenwart aufrecht zu erhalten, so wie es Meine Pflicht und Mein fester Entschluß ist, die guten Bürger des Landes in dieser Bestrebung zu unterstützen, verbrecherische Unternehmungen mit allen gesetzlichen Mitteln niederzuhalten.

Glocken, das einsame Geflimmer der Kerzen, die sie von ihrem Zimmer aus in der Capelle leuchten sah, und die schauerliche Stille darin stimmten sie zur tiefsten Wehmuth.

„Die Todten rufen mich," sagte sie, „sie mahnen an stille Memento. Ich will ihrer gedenken und für sie beten, da ich nicht kämpfen kann — beten für die Lebenden — für Sohn und Vater, vielleicht . . . ."

Sie öffnete den Schrank, und nahm ihr Gebetbuch hervor.

„Allerseelen-Litanei! Da liegt der Gesang vor mir schon aufgeschlagen!"

Sie warf ihren Mantel um, und eilte die Treppe hinab zur Capelle. Als sie eintrat — wie wurde sie überrascht, Vater und Sohn Hand in Hand zu sehen, als schwörten sie im Heiligthume sich Liebe und Treue wie edle Freunde. Hinter ihnen stand in einiger Entfernung der Schütze, die Stutzen der Beiden in den Bogen des linken Armes gelehnt, und mit der rechten Hand seinen bebänderten Hut haltend. Seine Augen rollten feurig, auf der Stirne lagerten ihm Ernst und Todesverachtung, die Lippen bewegten sich leise, als sprächen sie ein Ave.

„Hier find ich Euch!" rief sie mit gedämpfter Stimme. „Wohl uns! Gleiche Gefühle führten uns in das kleine Gotteshaus. Ihr holt den Segen des Himmels, ich gebe den meinen dazu. Ihr machet mir bange! — Franz, eile! Gedenke Deiner Antoinette und ihrer Schwestern! Es dünkt mich, als rollte schon ferner Kanonendonner! Führe sie in meine Arme, geh; ich vertrete Dich hier, wenn es der Himmel mißdeuten sollte, daß Du Deine Andacht abbrichst. Wer rettet, betet auch!" — —

Franz drückte der Mutter die Hand mit tiefer Innigkeit, und winkte dem Schützen.

(Fortsetzung folgt.)

Mannigfaltiges.

Ein Bauer schrieb an den Kurfürst Max Joseph III.: „Ich bitt' Euer Durchlaucht möchtn auch mit unserein reden. Ich hab was nothwendiges. Ich werd heut Nachmittag auf der Kaiserstiegn warten. Ich mag nit naufgehn zu den andern großen Herrn. Seid so gnädi, und kommts runter.

Köln, 19. Febr. Unsere heurigen Carnevalsangelegenheiten haben sich geordnet, indem die Gesellschaften sich mit dem Gemeinderath geeinigt haben. Das Fest selbst wird in seinem alten Glanze, in seiner vollen Herrlichkeit begangen werden. Der Maskenlust fehlt es an Stoff nicht, und sicher wird derselbe aufs Beste ausgebeutet werden, da die, dem diesjährigen Festspiele zu Grund gelegte Idee: „Italiens Wiedergeburt", als Wiege des Faschings, ein außerordentlich reiches und schönes Feld darbietet. Die Vorbereitungen zum Feste selbst sind

Meine Badener! An Euch ist es nun, der Welt das Beispiel zu geben eines in gesetzlicher Entwicklung der Freiheit, unter Festhaltung der Ordnung glücklich fortschreitenden Volkes: Ihr werdet — Ich weiß es, Ich vertraue darauf — dieses großartige Beispiel geben. Gegeben zu Karlsruhe den 2. März 1848. Leopold. Bekk. Auf allerhöchsten Befehl Sr. königl. Hoheit des Großherzogs: Büchler.

Karlsruhe, 1. März. (XXXI. Sitzung der zweiten Kammer.) Die Gallerien waren zum Erdrücken angefüllt, eben so alle Eingänge in den Saal und den Hofraum des Ständehauses. Der Präsident Mittermaier eröffnet vor 1 Uhr die Sitzung, worauf der Regierungscommissär Staatsrath Bekk das Wort nimmt, auf die ernsten Zeitverhältnisse aufmerksam macht, in denen sich der wahre Muth bewähren müsse; er appellire an die Kraft und den Widerstand der Kammer gegen ungesetzliche Zumuthungen von welcher Seite sie kommen mögen. Nach einer dießfallsigen näheren Ausführung macht er der Kammer unter Bezugnahme auf die gestrigen Regierungsvorlagen noch die weitere Eröffnung, daß das Preßgesetz vom 28. Dec. 1831 mit allen seinen verfassungsmäßigen Modificationen von heute an wieder in Wirksamkeit trete, was ein noch heute auszugebendes Regierungsblatt verkünden werde (allgemeiner Jubel). Hierauf werden von verschiedenen Gegenden des Landes Gesuche um Preßfreiheit, allgemeine Volksbewaffnung, Schwurgerichte, Vertretung des Volkes beim Bundestag übergeben, was insbesondere auch durch die Städte Mannheim, Heidelberg, Freiburg und andere der Fall war. Nach diesem verliest der Abgeordnete Hecker einen von acht Abgeordneten unterschriebenen Entwurf, in welchem dieselben von der Regierung Aufhebung aller Ausnahmsgesetze, der Karlsbader und Wiener Conferenzbeschlüsse, Beeidigung aller Badener nebst dem Militär auf die Verfassung, Glaubensfreiheit, Volksbewaffnung mit freier Wahl der Officiere, Aufhebung der Jagdprivilegien, eine volksthümliche Verwaltung u. s. w. verlangen, und stellt den Antrag, die Kammer möge hierüber sogleich in abgekürzter Form berathen, auch diese Gesuche heute noch übergeben. Dieser Antrag wird von der Regierungsbank, von dem Präsidenten der Kammer und den Abgeordneten Mathy, Bassermann, Welker und Andern als geschäftsordnungswidrig bekämpft und unter beständigem Zurufen von Seiten des Publicums innerhalb und außerhalb des Saales durch Mathy ein weiterer dahin gestellt: jene Gegenstände in die Abtheilungen zu verweisen, heute noch darüber zu berathen und eine Commission zu erwählen, welche Morgen schon darüber Bericht zu erstatten habe. Dieser letzte Antrag, mit dem sich auch Hecker vereinigte, wird von der Kammer angenommen und die Sitzung nach 3 Uhr geschlossen. (Schw. Mkr.)

K. Sachsen.

Leipzig, 1. März. Das heutige Tageblatt kündigt auf 10 Uhr Vormittags eine außerordenliche öffentliche Sitzung der Stadtverordneten an, und als Gegenstand der Berathung den Antrag auf Erlassung einer Adresse an den König.

Preussen.

Berlin, 28. Febr. Die Nachrichten aus Paris werden hier mit einer Spannung, ja Aufregung erwartet, wie sie kaum irgendwo größer seyn kann. Italien ist seit 3 Tagen ganz vergessen, der Landtagsausschuß, und die oberschlesische Noth sind in den Hintergrund gedrängt, die ganze Aufmerksamkeit aller Stände ist nach Westen gerichtet. Der Telegraph ist fortwährend in Bewegung. Die beunruhigendsten Gerüchte verbreiten sich. Man erzählt sich furchtbare Dinge. Die gestern Abend hier eingetroffenen Rheinischen Zeitungen berichten in Extrabeilagen vom 25. d. M., daß der Aufruhr in Paris furchtbar wüthe. Wenn bis heute Mittag nichts von Seiten der Regierung bekannt gemacht wird, so muß unsere Börse in die traurigste Lage versetzt werden. Was aber auch dort vorgegangen seyn mag, so ist man überzeugt, daß es keinen Einfluß auf den Weltfrieden haben kann. — Vor einigen Tagen hob die Polizei eine Diebsbande auf, bei welcher sich nicht weniger als 120 kunstvoll gearbeitete Instrumente fanden, die fast alle den hiesigen Gewerbemeistern unbekannt waren. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Posen, 24. Febr. Nach gestern hier eingegangenen glaubwürdigen Nachrichten, bestätigt es sich vollkommen, daß die Russen bedeutende Streitkräfte, über welche Fürst Paskiewicz den Oberbefehl führen wird, an der österreichischen Grenze zusammenziehen. Das ganze hier aufzustellende Corps, von dem erst ein Theil an den Bestimmungspunkten eingetroffen ist, soll auf 60,000 Mann gebracht werden. Für diese Truppen stellt sich aber ein großer Uebelstand dadurch ein, daß nunmehr auch in den südlichen Kreisen des Königreichs Polen, gleich wie in Galizien und Oberschlesien, in Folge schlechter oder mangelnder Lebensmittel, sich der Hungertyphus eingestellt hat, welcher die dortige arme und in Wohnung und Lebensmitteln durchaus unordentliche Bevölkerung, indem sie dem Branntweingenuß übermäßig ergeben ist, in furchtbarer Weise decimiren soll. (Brem. Z.)

Oesterreich.

Wien, 27. Febr. Die Barone Rothschild und Sina Vertreter der Geldaristokratie, hatten gestern vermuthlich in Folge der hier steigenden Börsekrisis, eine Audienz beim Fürsten Metternich. Das Resultat derselben ist im großen Publicum nicht bekannt. — Nach Berichten aus Venedig vom 23. war die österreichische Dampffregatte „Vulcano“ aus den römischen Gewässern zurück eingelaufen. Es heißt, England überwache die Rüstungen Oesterreichs zu Wasser und Land sehr strenge. (Augsb. Abdz.)

Wien, 29. Febr. Mehrere hier studirende lombardische Jünglinge haben sich erkühnt, für die in Padua und Pavia gefallenen Studenten in der hiesigen italienischen Nationalkirche zu den Minoriten ein Requiem, welchem gegen 100 Italiener beiwohnten abhalten zu lassen, weßhalb sich die Behörde veranlaßt sah, den Urhebern dieses veranstalteten Requiems nachzuforschen und einige dieser Jünglinge in Untersuchung zu ziehen. — Als dieser Tage die Nachricht hier eintraf, daß Se. Heiligkeit der Papst seinem Volke eine Constitution ähnlich der französischen verliehen habe, äußerte einer der hiesigen Herren vom diplomatischen Corps, dieser Papst dürfte wohl der letzte seyn der von Rom gewählt wurde. (Augsb. Abdz.)

Schweiz.

Bern. Der Vorort hat ein Anlehen von 3,300,000 Fr. für die eidgenössische Kriegscasse beschlossen. Man will Neutralität gegen jedermann; die Rüstungen werden nicht ausbleiben. Zu Locle und Lachauxdefonds im Neuenburgischen ist eine Revolution ausgebrochen: die eidgenössische Fahne wurde ohne Widerspruch aufgesteckt. (A. Z.)

Aus der Schweiz, vom 1. März. Schon seit einigen Tagen läuft das Gerücht um, daß sich im Kanton Neuenburg ein Aufstand vorbereite, welcher zum Zweck den vollkommenen Anschluß dieses Standes an die Schweiz habe. Heute vernehmen wir nun aus der zuverläßigsten Quelle, daß dieses Ereigniß wirklich eingetreten und gestern am Mittag sowohl in Lachauxdefond als Locle die eidgenössische Fahne aufgesteckt worden ist und die dortigen Regierungsbehörden zurückgetreten sind. Wahrscheinlich wird die Stadt Neuenburg keinen Widerstand leisten, da nöthigen Falls die eidgenössische Partei kräftige Beihülfe aus den benachbarten Kantonen erhalten würde. (Schw. Mkr.)

Italien.

Rom, 24. Febr. Vergangenen Montag wurde auf dem Capitol eine der Plenarversammlungen des Municipalrathes abgehalten. Die Frage, auf welche Weise man Pius IX. als Wiederhersteller des römischen Municipiums am schicklichsten ehren könne, kam abermals zur Berathung. Da trat der Fürst Borghese auf und erklärte als Präsident der Beneficenza habe er 8000 brodlose Arbeiter, für die er innerhalb der nächsten 14 Tage Beschäftigung suchen und finden müsse. Wohnungen für arme Leute seyen in Rom das dringendste Bedürfniß von allen. Man möge daher rasch zur Erbauung einer Vorstadt in Trastevere schreiten. Ein großer Gemüsegarten sey ihm zu solchem Zweck unter billigen Bedingungen angeboten worden. Zur Herbeischaffung der nöthigen Mittel wurde eine durch das Municipium zu machende Anleihe von 200,000 Scudi in Vorschlag gebracht. Auf dem großen Platz, um welchen die neue Vorstadt erbaut werden soll, denkt man die Granitsäule zu errichten, welche in dem Garten der Väter der Mission auf Monte Citorio seit so langen Jahren unbenutzt liegt. Diese soll die colossale Statue Pius IX. tragen. Ferner wurde unter anderm auch darüber berathen, ob das Municipium den Betrag der 12,000 Dienstgewehre, welche Pius IX. für die Civica hat aus Frankreich kommen lassen, zu übernehmen habe? Alle andern Orte des Kirchenstaats bis zu den kleinsten und unbedeutendsten herab, haben dies gethan, das römische Municipium scheint aber gar keine Lust dazu zu haben, und die energischen Vorstellungen des Generalissimus Fürsten Rospigliosi und des Brigadegenerals Duca Massimo konnten nur wenig fruchten. Der Cardinalpräsident Altieri sah sich genöthigt, die Discussion zu vertagen. (A. Z.)

Niederlande.

Amsterdam, 27. Febr. Die Pariser Ereignisse haben bereits in Holland Wiederhall gefunden. Das Handelsblatt von heute bringt unter dem Titel: „Lehren aus Paris“ einen warnenden Leitartikel, welcher mit den Worten schließt: Die Mehrheit der Kammer vertritt die öffentliche Meinung nicht, wenn die Wahl der Mitglieder der Kammer auf fehlerhaften Grundlagen beruht u. s. w.

Belgien.

Brüssel, 28. Febr. Seit gestern sind zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden, besonders unter den deutschen Handwerksgesellen, die bekanntlich hier eine besondere demokratische Gesellschaft gebildet haben. Der Hof ist gestern in die Stadt gezogen, alle Festlichkeiten im Schlosse (morgen sollte der dritte Hofball stattfinden) sind eingestellt, sowie in allen Geschäftskreisen eine Stockung eingetreten ist. — So eben vernehme ich, daß der

---

in vollem Gange, und werden großartiger, denn in den letzten Jahren betrieben. Man verspricht sich überhaupt ein recht heiteres Fest — drei tolle Tage, und als Endergebniß eine reiche Ernte für die Armen und die verschämte Noth.

Am zweiten Tage der Verhandlungen des Processes Leotade in Toulouse begann das eigentliche Verhör des Angeschuldigten. Er leugnet hartnäckig, die Cäcilie Combettes auch nur gekannt zu haben, eben so will er am Tage des Verbrechens gar nicht in die Vorhalle der Anstalt gekommen seyn. Es liegt klar am Tage, daß sein ganzes Vertheidigungssystem ein Gewebe von Lügen ist. Die Widersprüche, in welche er sich bei diesem System sowohl mit seinen eigenen früheren Angaben, als mit den Aussagen der Zeugen nothwendig verwickeln muß, werden durch die geschickt gestellten Fragen des Präsidenten klar hervorgehoben, und der Angeschuldigte stark in die Enge getrieben. Indessen hat er bis jetzt noch keine Lüge zugegeben, und sich immer mit seinem schwachen Gedächtniß auszureden gesucht. Als Beweis für das ungeheure Interesse, das dieser Proceß in Toulouse in Anspruch nimmt, führt ein französisches Journal an, daß am Morgen des zweiten Tages von dem Bericht der ersten Verhandlung mehr als 15,000 Exemplare à 5 Centimes abgesetzt wurden. Nur ein Uebelstand tritt hiebei hervor: Toulouse besitzt eine einzige Schnellpresse, die aber noch nie benutzt worden war. Jetzt hat man sie zum ersten Male angewendet, und wahrscheinlich zu stark, kurz, sie zerbrach; so daß also in den nächsten Tagen die Neugierde keine so rasche und vollständige Befriedigung wird finden können.

Von Merida wird ein schauderhaftes Ereigniß berichtet. Zwei Leute waren durch ein Kriegsgericht zum Tode verurtheilt, weil sie eine silberne Taschenuhr und 8 Dollars gestohlen hatten. Am 25. Jan. wurden sie erschossen. Da einer der Verurtheilten, Balagne, nach der ersten Salve noch athmete, so ward eine zweite abgefeuert, und die beiden Körper wurden hierauf begraben. Als Balagne's Sarg hinabgesenkt werden sollte, hörte man ein dumpfes Stöhnen; der Deckel ward abgenommen, und da lag der unglückliche Mann noch lebend, in seinem Blute schwimmend und vor Schmerzen wimmernd. Die Nachricht ward sogleich dem Generalcommandanten, Senor Castellan, hinterbracht, und dieser war unmenschlich genug, Soldaten abzuschicken, um den Mann im Sarge vollends zu tödten. Aber bei dem Zusammenlaufe des Volkes war auch der zweite Alcalde, Don Ramon Paiz, zur Stelle gekommen, der sich der Niedermetzelung entschlossen widersetzte. Während Civil- und Militär-Behörden in heftigem Streite mit einander waren, lag der Unglückliche drei Stunden mit seinen noch fließenden Wunden im Sarge; endlich ward Befehl gegeben, ihn ins Lazareth zu schaffen, aber zu spät! Er war nun eine Leiche.

Digitized by Google

König, umgeben von seinem Hofstaate, sich diesen Nachmittag in die Kammer der Abgeordneten begeben, und daselbst die Erklärung abgelegt hat: daß er sich ganz der Nation zur Verfügung stelle, auf den Thron verzichte, wenn es dem Willen des Volkes entspreche, aber auch Gut und Blut für die Vertheidigung der Nationalität und der im J. 1831 geschaffenen Institutionen aufzuopfern bereit sey. Ein einstimmiges Lebehoch ertönte von allen Seiten. Dieser unerwartete Schritt mag vielleicht von einem Artikel im gestrigen Debat social veranlaßt worden seyn, in welchem der König in einer (gemäßigten, fast höflichen, vielleicht ironischen) Weise gebeten wird seine Privatinteressen der Aufrechthaltung der Ordnung aufzuopfern. (A. Z.)

Brüssel, 27. Febr. Kammer und Senat haben gestern fast einstimmig die Forderung der Regierung durch eine außerordentliche Grundsteuererhebung die Geldmittel, welche die Lage des Landes erheischt, aufzubringen bewilligt. Dreiviertel des Jahresbetrags der Grundsteuer werden in den nächsten Tagen schon erhoben werden; geht alles ohne Schwierigkeit ein, so wird der Schatz dadurch ungefähr 12 Millionen erhalten, womit die Armee mobil auf den großen Kriegsfuß gesetzt werden kann. Die letztere Maßregel steht auf dem Punct, ausgeführt zu werden, die Beurlaubten fangen schon an bei ihren Corps einzutreffen. Das Land ist ruhig, die Stimmung in den größern Städten ist, wie wohl überall, gedrückt und bewegt, aber der Wunsch das Bestehende um jeden Preis, mit Anstrengung und Opfern, wenn es nöthig wird, aufrecht zu erhalten allgemein und lebendig. Die beiden großen Associationen der liberalen Partei, die in der letzten Zeit eine so entscheidende Rolle in unseren innern Verhältnissen gespielt haben, und von denen die eine, die Alliance, in Folge ihrer sehr vorgerückten politischen Ansichten, sich von der anderen getrennt hatte, haben sich gestern wieder vereinigt und scheinen entschlossen, die Regierung in allen ihren Maßregeln zu unterstützen. (A. Z.)

Frankreich.

Frankreich, 29. Febr. Am Sonntag war die feierliche Ausrufung der Republik unter der Juliussäule. Um 2 Uhr brach der Zug vom Berathungssaal der provisorischen Regierung auf. Voran eine Abtheilung der Nationalgarde zu Pferd, die Zöglinge der Generalstabsschule, dann eine Legion der Nationalgarde, untermischt mit Bürgern, deren Waffen und Tracht lebendiges Zeugniß war der vollbrachten Revolution, zwischen den Compagnien die Jünglinge sämmtlicher Schulen, dann die Mitglieder der Regierung in schwarzem Rock, mit der dreifarbigen Schärpe und der rothen Schleife im Knopfloch. Die Minister des Kriegs, der Finanzen, des Handels und des öffentlichen Unterrichts, der Generaldirector der Posten hatten sich angeschlossen. Sie wurden, wie sie erschienen, mit lebhaftem Zuruf begrüßt. Die Officiere von St. Cyr gingen unmittelbar vor ihnen und eine Abtheilung der Polytechniker bildete mit gezogenem Degen eine Hecke. Eine unermeßliche Volksmenge unter dem donnernden Ruf: vive la république! folgte. Der Cassationshof, der Appellhof, General Bedeau, Commandant der Militärdivision, Officiere der Land- und Seemacht, Beamte aus den andern Departements hatten sich direct nach dem Bastilleplatz begeben, wo man sich um die Juliussäule drängte, deren Spitze in den drei Farben prangte. Am Fuße der Säule stellten sich die Mitglieder der provisorischen Regierung in eine Reihe, die Musik spielte die Marseillaise, und die Fahnen wurden vor ihnen aufgepflanzt. Hr. Arago machte den ersten Festredner. Die Trommel wirbelte, und Hr. Arago erhob seine Stimme, um dem versammelten Volke anzukündigen, daß die provisorische Regierung es für Pflicht erachte die Republik auszurufen vor der heroischen Bevölkerung von Paris, die bereits durch ihren freien Zuruf diese Regierungsform genehmiget habe. „Bürger! wiederholt mit mir diesen volksthümlichen Ruf: Es lebe die Republik!" Die Mitglieder der provisorischen Regierung entblößten das Haupt, die Fahnen senkten sich, und unter dem Wirbeln der Trommel und dem Schmettern der Trompeten erscholl aus tausend und aber tausend Kehlen der begeisterte Ruf. Zuletzt sprach noch Hr. Cremieux, indem er an das Gedächtniß der Juliuskämpfer anknüpfte, deren Namen auf der Säule eingegraben sind. General Courtais, Commandant der Nationalgarde, ließ nun die Nationalgarde vor der provisorischen Regierung vorüberziehen, aber die Menge durchbrach die Reihen und zog mit. Das Defiliren der ersten und zweiten Legion dauerte fast eine Stunde. Die Mitglieder der Regierung setzten sich daher selbst in Marsch, um an der Fronte der auf dem Boulevards aufgestellten Legionen hinzugehen. Wenn man von der Höhe des Boulevard Saint-Denis sich umwandte, sah man eine unermeßliche Menge, welche die Straße in ihrer ganzen Breite füllte, auf unsehbare Weite der Regierung folgen. (A. Z.)

Straßburg, 29. Febr. Nachmittags 2 Uhr. Der feierliche Act der amtlichen Verkündigung der Republik ist nun vorüber. Schon um 10 Uhr wirbelten die Trommeln in allen Vierteln, um die Nationalgarde an ihre Sammelplätze zu rufen. Nach 11 Uhr stellte sich dieselbe in vier Bataillonen auf dem Kleberplatz auf, um halb 12 Uhr erschienen die Linientruppen, die Artillerie, die Husaren und Jägerregimenter, und vereinigten sich mit dem Bürgermilitär zu einer gemeinschaftlichen Musterung, nachdem sie von der Nationalgarde mit dem Rufe: Vive la ligne! vive la république! begrüßt worden waren. Um 12 Uhr ging die Departementalcommission aus dem Präfecturgebäude ab, am Gemeindehause gesellte sich ihr das ganze Municipalcorps bei. Der Präsident der Departementalcommission verkündigte die Republik und in demselben Augenblick begann das Glockengeläute aller Kirchen, während von den Wällen 101 Kanonenschüsse ertönten. Sämmtliche Truppen wurden von den Bürger- und Militärbehörden gemustert. Der Ruf: Vive la république! war allgemein. Diesen Abend wird die Stadt abermals festlich beleuchtet. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 28. Febr. Abends. Der Herzog v. Nemours war Abends zuvor kurz vor 8 Uhr von Brighton her im Londoner Gesandtschaftshotel angekommen, und zwar allein und sehr niedergeschlagen, ohne alles Gepäck. Gleich nach seiner Ankunft ward er vom Prinzen Albert, dem Herzog und der Herzogin von Sachsen-Coburg besucht. Die Begegnung war von der schmerzlichsten Art. Wo Ludwig Philipp sey, wo die übrigen Glieder der unglücklichen Familie? man wußte es in London nicht. Das neueste „Journal de Bruxelles" will wissen: die ganze Familie mit Einschluß der Herzogin von Orleans und ihrer Kinder sey auf der Insel Wight angekommen.

Aegypten.

Der Vicekönig ist am 14. Febr. von Alexandria abgereist, zunächst nach Malta, um seine leidende Gesundheit herzustellen. Man fürchtete in Alexandria sehr für sein Leben. (A. Z.)

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 2. März. Bayerische 3½ pCt. Obligationen 89¾ P., — G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 660 P., — G. Promessen per Stück Agio 71 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. — P., — G.; 4pCt. — P., — G.; 3pCt. — P., — G. Bankactien 1. Semester — P., — G. Württembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 89½ G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 56 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 89½ G.

Wien, 1. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 86; zu 4pCt. in CM. 68; zu 3pCt. in CM. 60; Bankactien per Stück 1420; Nordbahn 104.

London, 28. Febr. Consols 82.

Münchener Schrannen-Anzeige vom 1. März 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest.	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	3200	2501	699	20	16	—	25	—	—
Korn	1389	1234	155	12	32	—	18	—	—
Gerste	4726	4153	573	10	34	—	39	—	—
Haber	1196	1131	65	5	19	—	21	—	—

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag, 5. März: „Lumpacivagabundus", Zauberposse mit Gesang von Nestroy.

Montag, 6. März: „Maskenball."

Dienstag, 7. März: Der „Fleischhauer von Oedenburg", Posse mit Gesang von F. Gleich.

Königliches Odeon.

Montag, 6. März: „Jugendball." Anfang halb 3 Uhr, Ende halb 6 Uhr.

Fremdenanzeige.

Hôtel Maulik. HH. van der Koven, Privatier v. Rotterdam; Daumer, Privatier v. Ulm.

Gold. Kreuz. HH. Dorner, Particulier aus Böhmen; Alber, Privatier v. Heilbronn; Kraus, Privatier v. Straubing; Enzinger, Lehrer v. Freising.

Blaue Traube. HH. v. Zander v. Augsburg; Frhr. Seefried, Rittmeister v. Dresden; Chevalier, Gutsbesitzer v. Paris; Lippert, Schauspieldirector, und Hr. Wagner v. Augsburg.

Stachusgarten. HH. Mohr, Conditor von Limburg; v. Langenmantel, Baudirector von Rosenheim; Handegger, Papierfabricant v. Mindelheim; Ullmann, Privatier v. Augsburg; Senzig, Chemiker v. Mühlhausen.

Bekanntmachung.

2305. Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Haus Nro. 4 an der Floßstraße sammt der darauf ruhenden realen Floßmeistersgerechtsame nach §. 64 des Hypotheken-Gesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 — 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 zum ersten Male der öffentlichen Versteigerung unterstellt, und Versteigerungstagsfahrt auf

Samstag den 29. April l. Js. Vormittags
von 10 — 12 Uhr

dahier, Geschäftszimmer Nr. 36 des königl. Kreis- und Stadtgerichts-Rathes Baron von Schleich anberaumt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß dem Gerichte Unbekannte sich über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben.

Das Anwesen besteht aus einem mit ebener Erde zweistöckigen Wohnhaus mit gewölbtem Keller, Dachwohnung und einstöckigem Anbau, dann Stallung und Holzhütte, nebst Hofraum und Pumpbrunnen, ferner aus einem zur Communal-Administration auf Ruf und Widerruf gegen Verreichung von 10 fl. 31 kr. bodenzinsigem Garten, und ist mit 2000 fl. Ewiggeld und 11,600 fl. Hypotheken belastet.

Das Anwesen sammt der darauf ruhenden realen Floßmeister-Gerechtsame wurde gerichtlich auf 10,600 fl. geschätzt.

Sign. den 28. Februar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

C. Mayr.

Bekanntmachung.

2304. (3a) Auf kreditorschaftlichen Antrag wird das den Maurersehelenten Paul und Crescenz Schäfler dahier gehörige Anwesen Nro. 1 an der Erzgießereistraße, bestehend aus einem mit Erdgeschoß zweistöckigen Vordergebäude mit gewölbtem Keller, einem einstöckigen Hintergebäude (Remise), dann Communhofraum und Communpumpbrunnen, mit 1550 fl. Hypotheken belastet und auf 1900 fl. gerichtlich gewerthet, im Executionswege der gerichtlichen Versteigerung nach §. 64 des Hypothekgesetzes und §§. 98 — 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 zum zweiten Male unterstellt.

Zur Aufnahme der Kaufsangebote ist Termin auf
Montag den 3. April l. Js. Vormittags
11 — 12 Uhr

im Gerichtszimmer Nro. 9/1 angesetzt, wovon besitz- und zahlungsfähige Steigerungslustige mit dem Beifügen in Kenntniß gesetzt werden, daß der Hinschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgt.

Den 1. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Frhr. v. Karg.

Nr. 57.

Man pränumerirt auf das Bl. [illegible] in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir [illegible] Nr. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr., halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Die Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag | XLIX. Jahrgang. | 6. März 1848.

Zur Verständigung der treffenden Abonnenten wird hiermit bekannt gegeben, daß die „Münchener politische Zeitung" **von nun an** wochentlich siebenmal (d. h. auch am Sonntag eine Nummer) erscheint, jedoch fürs 1. Semester 1848 **ohne Preiserhöhung.**

Die Redaction.

Deutschland.

Bayern.

München, 6. März. (Königliche Proclamation.) Ich habe Mich entschlossen, die Stände Meines Reichs um Mich zu versammeln; dieselben sind auf den 16. d. Mts. in die Hauptstadt berufen. Die Wünsche Meines Volkes haben in Meinem Herzen jederzeit vollen Wiederhall gefunden. An die Stände des Reichs werden ungesäumt Gesetzes-Vorlagen unter anderen gelangen: über die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der Minister; über vollständige Preßfreiheit; über Verbesserung der Ständewahlordnung; über Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in die Rechtspflege mit Schwurgerichten; über die in der IX. Verfassungs-Beilage angedeutete umfassendere Fürsorge für die Staatsdiener und deren Relicten; dann deren Ausdehnung auf die übrigen Angestellten des Staates; über Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten. Ferner ordne ich in diesem Augenblicke die schleunige Abfassung eines Polizei-Gesetzbuches an, eben so befehle Ich die unverzügliche Beeidigung Meines Heeres auf die Verfassung, und lasse Ich von heute an die Censur über äußere und innere Angelegenheiten außer Anwendung treten. Bayern erkennt in diesem Entschlusse die angestammte Gesinnung der Wittelsbacher. Ein großer Augenblick ist in der Entwickelung der Staaten eingetreten. Ernst ist die Lage Deutschlands. Wie Ich für deutsche Sache denke und fühle, davon zeugt Mein ganzes Leben. Deutschlands Einheit durch wirksame Maaßnahmen zu stärken, dem Mittelpuncte des vereinten Vaterlandes neue Kraft und nationale Bedeutsamkeit mit einer Vertretung der deutschen Nation am Bunde zu sichern, und zu dem Ende die schleunige Revision der Bundes-Verfassung in Gemäßheit der gerechten Erwartungen Deutschlands herbeizuführen, wird mir ein theuerer Gedanke, wird Ziel meines Strebens bleiben. Bayerns König ist stolz darauf, ein deutscher Mann zu seyn. Bayern! Euer Vertrauen wird erwiedert, es wird gerechtfertiget werden! Schaaret Euch um den Thron. Mit Euerem Herrscher vereint, vertreten durch Eure verfassungsmäßigen Organe, laßt Uns erwägen, was Uns, was dem gemeinsamen Vaterlande Noth thut. Alles für Mein Volk! Alles für Deutschland! München, den 6. März 1848. Ludwig. Maximilian, Kronprinz. Luitpold, Prinz von Bayern. Adalbert, Prinz von Bayern. Karl, Prinz von Bayern. Fürst v. Oettingen-Wallerstein. v. Beisler. v. Heres. von der Mark. v. Volz.

München, 6. März. Folgender Aufruf ist so eben erschienen: „Mitbürger! Jetzt, wo sich eine ehrenwerthe Bürgerschaft und eine treue Bevölkerung vereinigte, um stark nach innen zu werden, befestigt in den verfassungsmäßigen Rechten, jetzt, wo sich diese Treuen um den verfassungsmäßigen Thron schaaren, um ihn und sich zu schirmen gegen die Gelüste des von Außen drohenden Feindes, ist es im höchsten Grade betrübend und muß gerechten Unwillen erwecken, daß sich neben diesem verfassungsmäßig erwachten frischeren Leben, welches unzertrennbar ist von Fürstentreue und bürgerlicher Ordnung, leider Reden, Aufrufe und Einflüsterungen vernehmen lassen, die nicht aus bayerischer Brust kommen, die offenbar das Werk fremder Bestrebungen sind. Viele solcher Uebelgesinnten mischen sich unter die Versammlungen von Bürgern und biederen Bayern, erhitzen unbefangene Gemüther, verbreiten verkehrte Begriffe, mißdeuten die wohlgemeintesten Anordnungen; sie suchen Mißtrauen zu erregen gegen jene Vorkehrungen, die nothwendig gegen eigenthumsgefährliche Excesse und gegen staatsgefährliche fremde Einwirkungen ergriffen werden müssen, wenn nicht das kostbare Gut einer wohlbefestigten constitutionellen Regierung, der bürgerlichen Ordnung und öffentlichen Wohlfahrt gefährdet seyn soll. — Bayern! blicket zurück auf euere ruhmvolle Vergangenheit, auf eueren uralten Ruf echter Treue, auf euere Vaterlandsgeschichte, welche nicht von dem Flecken thronfeindlicher Bestrebungen beschmutzt ist, haltet fest zusammen unter euch selbst, und Alle zusammen an euerem Regentenhause, an Wittelsbach, am treubewährten Vaterland, und weiset jede fremde Einflüsterung, jeden Lockruf zum Verrath an eurer unbefleckten Treue mit ächt bayerischer Festigkeit und Derbheit zurück! Wir wollen Ordnung, Gesetzlichkeit und Wohlfahrt des Vaterlandes, aber nicht Freiheitstaumel, welcher zu einem kurzen Rausche hinreißt, aus dem das Erwachen wahrlich nur ein höchst trauriges seyn könnte!

München, 4. März. (Bekanntmachung.) Im Namen Sr. Majestät des Königs von Bayern. Die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung betreffend. Gestern Nachts war die Haupt- und Residenzstadt München der Schauplatz höchst bedauerlicher und frevelhafter Ruhestörungen, verbunden mit Beschädigung des Staats- und Privateigenthums. Jedem Versuche der Erneuerung dieser Excesse wird mit dem zur Aufrechthaltung der Gesetze erforderlichen Nachdrucke entgegengetreten werden, wohlmeinend und väterlich wird aber hiemit Jedermann vor der Theilnahme an Freveln solcher Art und vor den gesetzlichen Folgen, namentlich und insbesondere vor den Folgen der Anwendung der Waffengewalt, wenn diese wider Erwarten zum Schutze des Gesetzes und zur Handhabung der öffentlichen Ordnung als letztes gesetzliches Mittel auf Requisition der zuständigen Civilbehörden nothwendig werden sollte, gewarnt, dabei werden die Artikel 319, 320, 321 und 322 des I. Theils des Strafgesetzbuches in Erinnerung gebracht, gemäß welchen Zusammenrottungen von mehr als 10 Köpfen zum Widerstande gegen die Obrigkeit unter Lärmen, Schimpfen oder Drohen mit 1 bis 8jähriger Arbeitshausstrafe, bei Verübung von Gewaltthaten an Personen und Sachen aber mit Gefängniß und im höchsten Grade der Verschuldung mit der Todesstrafe belegt sind. Sämmtliche Gastwirthe, Haus- und Wohnungsbesitzer erhalten den geschärften Auftrag, keinen Fremden ohne alsbaldige Anzeige bei der kgl. Polizeidirection bei sich aufzunehmen und zu beherbergen. Ferner werden alle Gewerbsmeister angewiesen, ihre Lehrjungen, welche bei ihnen wohnen, von 6 Uhr Abends angefangen, zu Hause zu behalten. Die uralt bewährten Gesinnungen der Gesetzlichkeit der gesammten Bürgerschaft Münchens, welche auch den gestrigen betrübenden Vorfällen nicht blos fremd blieb, sondern zahlreich in den Reihen der Landwehr erscheinend, ihren guten Sinn kund gab, rechtfertigen den Ausdruck des vollsten Vertrauens in ihre thätige und freudige Mitwirkung gegen jeden Versuch, die öffentliche Ruhe zu stören und die Eigenthumsrechte zu verletzen. München, den 3. März 1848. Die königl. Regierung von Oberbayern. Frhr. v. Godin, Regierungs-Präsident. Büttner, Regierungs-Präsidial-Secretär.

München, 4. März. (Bekanntmachung.) Im Namen Sr. Majestät des Königs von Bayern. Die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung betreffend. Nachdem schon zwei Nächte nacheinander zahlreiche Zusammenrottungen und theilweise sogar Angriffe auf das Privateigenthum stattfanden, welche die bewaffnete Macht in Bewegung zu setzen nothwendig machten, die Wahrnehmungen am heutigen Abend aber gleiche Vorsicht gebieten, sind Anstalten getroffen worden, die Garnison zu verstärken, um die theilweise Ablösung der Linienmilitär- und Landwehrmannschaft möglich zu machen und den Schutz des Eigenthums, sowie die Erhaltung der Ordnung zu sichern und dadurch den Wünschen aller Gutgesinnten zu entsprechen. München, den 4. März

Die Allerheiligen-Nacht

im Jahre 1805.

(Eine Novelle aus A. Büssel's ungedrucktem Nachlasse.)

(Fortsetzung.)

Dunkle Gerüchte verbreiteten sich mittlerweile unter den anwesenden Vertheidigern, als rückten die Franzosen von der südlichen Seite Tirols heran; denn mancher Wanderer zog ungehindert die belebte Heerstraße, mancher Frachtwagen, mit Weingütern aus Meran beladen, fuhr auf derselben, und sein Eigenthümer brachte diese und jene schwankende Kunde, die sich mit Blitzesschnelle Tausenden mittheilt, aber nie ihren ersten Urheber ausmitteln läßt.

Franz stieg mit seinem Begleiter in die Chaise. Er trieb die Pferde mächtig an. Die Mähnen flatterten hoch. Funken stoben auf von den flüchtigen Hufen, die Räder rasselten, und der Wiederhall scholl von den steilen Wänden und von den fernen Waldungen, auf die schon der feuchte Abend sich herabsenkte. Tosend schäumte die Loser über Felsen und Wehre, und der Abendstern steckte seine lodernde Goldfackel auf den höchsten Zinken der Berge auf.

Franz blickte zu seinem Lieblingssterne hinan, der ihm zu winken schien — der Gestalt und Bewegung bekam, und mildlächelnd seiner Antoinette glich, wenn sie, ausgeringelt die seidenen Locken, mit ihm an jenen Höhen in Liebe schwelgend süß plaudernd hinzog, und sich mit ihm in das stille Thal bückte, das wie ein lang gestreckter Garten, wie ein fruchtbares Eden bis zu den östlichen Bergthoren sich schwingend hindehnt, als harrte es des erquickenden Schlummers. Ungefähr auf der Mitte des Weges hörten sie fernen, dumpf herüberschallenden Glockenklang, als dränge er aus dem Thale hervor, das sich dem Wanderer, der nach Italien pilgert, zur Linken tief hinein in weiten Krümmungen verliert, und von Waldungen umkränzt, wie der Zugang zu einem Heiligthum, seine heiligen Schauer auswehet. Ueber dem hohen, steilen Geklippe, mit Fichten und Ahornen bekleidet, ragen vergoldete Kuppeln urplötzlich hervor. Nur im entblätterten Herbste werden sie ganz sichtbar.

„Herr Hauptmann," sagte der Schütze, „lassen Sie uns ein wenig halten! Es läutet zum Englischen Gruße da oben beim Gnadenbilde, beim miraculosen! Die Glocken klingen gar so feierlich und schön, es wird mir allemal so wohl im Innern, wenn sie so herabläuten und durch Fels und Hag heruntersprechen wie zwei laute Geisterstimmen."

Franz hielt an. Der Schütze entblößte sein Haupt, der junge Hauptmann folgte unwillkürlich seinem Beispiele. Jener regte andächtig die Lippen und sprach, die Blicke nach der Thalhöhe gewendet, ganz leise diese Strophen:

Digitized by Google

1848. Die königl. Regierung von Oberbayern. Frhr. von Godin, Regierungspräsident. Bütner, Regierungs-Präsidial-Secretär.

*München, 6. März. 12 Uhr Mittags. So eben vernimmt man, daß der allgemein verehrte Bürgermeister von Regensburg, Thon-Dittmer, zum Minister des Innern ernannt ist, und daß heute noch das Militär den Constitutionseid schwören soll. Die Stadt ist in freudiger Bewegung und man erblickt sehr viele Personen mit der Nationalcocarde und mit Bändern in den Nationalfarben geschmückt.

*†München, 6. März. Se. königl. Hoheit der Kronprinz ist gestern Abends 7 Uhr von Würzburg in Begleitung eines Adjutanten hier eingetroffen.

Augsburg, 5. März. Gestern Nachmittags fand eine Versammlung hiesiger Bürger aus allen Classen auf dem Rathhause statt, wo die unten folgende Adresse verlesen und unterzeichnet wurde. Auch zur freiwilligen Bewaffnung wurde aufgefordert. Die Adresse wird schon heute Mittags nach München abgehen. In einem Schreiben, welches Se. Maj. der König an den Regierungspräsidenten Dr. v. Fischer gestern ergehen ließ, sind die Worte enthalten: „Ich erwarte von Augsburg bereits, da ich noch Kronprinz, mir anhänglichen Bewohnern, daß sie auch fortan mir treu seyn werden." — Die Stimmung aller Gutgesinnten in Augsburg ist für zeitgemäßen Fortschritt unter Aufrechthaltung von Ruhe und Ordnung! — Die Adresse lautet: Allerdurchlauchtigster Großmächtigster König! Allergnädigster König und Herr! Ein Ereigniß im Westen Europas hat in wenigen Tagen eine weitverbreitete Erschütterung erzeugt. Es sind die Grundvesten der Ordnung und des Rechts, welche in mehr oder minder verkehrter Ausdeutung dieses Ereignisses mehr als je in Gefahr. Die ewige Geschichte des Fortschritts macht es zur unumstößlichen Gewißheit, daß die Bewegung der Völker eine unabwendbare sey. Sie lehrt uns, daß, schreitet diese Bewegung von unten nach oben, ihr Auftreten in den schlagenden Epochen Zerstörung und Unheil mit sich führt, daß sie aber eben so, wird sie von Oben herab geleitet, Segen spendet. Eine solche schlagende Epoche ist der Augenblick. Die Bürgerschaft einer Stadt, welche sich unter allen Umständen der treuesten ungestörtesten Anhänglichkeit an die allerhöchste Person Euer königl. Majestät und ebenso der Liebe ihres Monarchen bewußt ist, folgt hiemit dem ernsten Rufe der Zeit und wagt es in eben so tiefster Ehrfurcht als unerschütterlichem Vertrauen ein freies Wort der Bitte an Ew. königl. Majestät zu richten. Die Stimme des Volks, wir bezeichnen hiemit jenen Theil der Unterthanen Ew. königl. Majestät, welchem die Bestrebungen zum Umsturze fremd sind, die Stimme der Gutgesinnten, verlangt Anerkennung seiner Mündigkeit und gesetzliche Garantie hiefür, — es verlangt sie zu seiner eigenen Kräftigung Behufs der Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und des Rechtes gegen den Andrang derer, welche sie zu untergraben suchen. Diese Garantieen sind die Fahne, unter welcher sich ein damit ausgestattetes Volk mit frohem Muthe sammeln und Allem entgegenstehen wird, was den Rechten seines Königshauses und dem Vaterlande entgegentritt. Diese Garantieen sind das Band einer unzerstörbaren Einigung des Fürsten und seines Volkes und sichern das Bestehen. In dieser Richtung bitten wir Ew. königl. Majestät im sichersten Vertrauen, daß Allerhöchstdieselben hierin nur den thätigen Ausdruck unseres besten Wollens, den Ausdruck der unerschütterlichen Liebe, welche wir für König und Vaterland tragen, erkennen werden, um Befestigung des Rechtszustandes durch Hervorrufung entsprechender Gesetze, betreffend: 1) Die Freiheit der Presse, begleitet mit einem Repressivgesetze, gehandhabt von Geschwornen-Gerichten. 2) Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens in Rechtssachen und Geschwornen-Gerichte. Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Gemeinderäthe. Dieses Verfahren führt zu einem Rechtsbewußtseyn des Volks, zur Erkenntniß, daß ihm wahres wohlverstandenes Recht gewährt werde, es garantirt allein die Tüchtigkeit des öffentlichen Dieners und seine Integrität. In der Gesetzgebung eines Landes erkennt man vor Allem die Stufe seiner Bildung. 3) Aenderung der Wahlgesetze bezüglich der Volksvertretung in der Kammer und den Gemeinde-Wahlen aller Art, namentlich bezüglich der passiven Wahlfähigkeit und überhaupt in dem Umfange, daß sich in der Wahl auch der allgemeine Wille erkennen lasse. 4) Verantwortlichkeit der Minister, Creirung eines betreffenden Staatsgesetzes und Bestellung eines ordentlichen Gerichtes zu dessen Anwendung. 5) Verweisung der Beschwerden über Verletzung der Verfassung zur Entscheidung an die ordentlichen Gerichte. 6) Verfassungsmäßige Stellung der Armee durch Leistung des Constitutionseides zur Vorbeugung alles Mißtrauens gegen eine nicht verfassungsmäßige Gewalt im Staate. 7) Reorganisirung der Landwehr, damit sie den oben bezeichneten Theil des Volkes in einer Stellung in sich fasse, welche unter allen Umständen für die Aufrechthaltung der Ordnung und Sicherheit im Innern Gewährschaft leistet. 8) Ein Polizeigesetzbuch zur Aufhebung der Befürchtung jeglicher Willkühr. 9) Aufhebung der Consumtionssteuern als einer dem allein gerechten Grundsatze der gleichheitlichen Besteuerung widerstrebenden Auflage und Surrogirung des Ausfalls durch Rektificirung des Steuersystems überhaupt, namentlich durch Vermögens- oder Einkommenssteuer. 10) Freies Associationsrecht als Vertrauensakt und zur Einwirkung redlicher Theilnahme an den Interessen des Vaterlandes und Befestigung des Patriotismus. 11) Veranlassung der Revision der Bundesgesetze zu möglichst einiger Behandlung der Interessen, und Kräftigung der deutschen Bundesstaaten. Ein Volk, gesegnet mit solchen Garantieen, kann in allen Wechselfällen der Zeit nur den tiefsten Dank gegen den Urheber derselben empfinden, und nicht nur die Unterthanen Ew. königl. Majestät, sondern die gesammte deutsche Nation, welche in Allerhöchstdenselben immer den thatkräftigen Vertreter ihrer gemeinschaftlichen Interessen erkannt hat, würden den Tag feiern, an welchem der allerhöchste Wille Ew. königl. Majestät ein Beispiel gegeben hat, wie Deutschland auf dem Weg der Eintracht, des gesetzlichen Fortschrittes und der einheitlichen Entwicklung auf die ihm unter den Nationen Europas gebührende Stufe gehoben werden könne, von welchem die deutsche Bundesversammlung in dem Aufrufe an das deutsche Volk vom 1. d. Mts. nach mehr als dreißig Jahren ihres Bestehens erst verspricht, daß es dahin gehoben werden würde und müsse. Wir bitten Ew. königl. Majestät um ungesäumte Berufung der Kammern Behufs der möglichst baldigen Realisirung dieser allgemeinen unterthänigsten Petitionen. In allertiefster Ehrfurcht ersterben wir Ew. königl. Majestät allerunterthänigst treugehorsamste Bürger der Stadt Augsburg. Augsburg, den 4. März 1848.

Württemberg.

Stuttgart, 3. März. Mit der Preßfreiheit ist der „Beobachter" auf den köstlichen Gedanken gekommen, einen neuen Jahrgang zu beginnen. Er will alle seine frühern Nummern als ausgelöscht betrachten und bezeichnet die erste ohne Censur erschienene mit Nr. 1.

Baden.

Karlsruhe, 2. März. (XXXIII. Sitzung der zweiten Kammer.) Die Räume des Ständehauses waren wie gestern überfüllt, und es wurde die Sitzung erst Mittags vor 1 Uhr eröffnet. Der Präsident legt eine Petition der Professoren der Universität Heidelberg vor, worin dieselben Preßfreiheit, Schwurgerichte und eine andere Gestaltung der Bundesverfassung verlangen. Ebenso werden von mehreren Abgeordneten Petitionen in ähnlichem Sinne übergeben. Staatsrath Bekk macht auf einen Expeditionsfehler aufmerksam, wornach der im jüngsten Regierungsblatt veröffentlichte, das Preßgesetz vom Jahr 1831 wiederherstellende Erlaß als eine provisorische Verordnung bezeichnet wird, während dieser Ausdruck im Urtext nicht vorkomme. — Welcker erstattet Namens der gestern noch erwählten und sogleich zusammengetretenen Commission, welche über die von acht Kammermitgliedern der Kammer zur Zustimmung übergebenen Wünsche und Anträge zu berathen hatte, sofort Bericht und begründet die gestellten Anträge in ausführlichem Vortrag. Es möge die Regierung 1) die provisorischen Ausnahmegesetze, als die Karlsbader Beschlüsse vom 20. Sept. 1819, die Frankfurter vom 30. Mai, 28. Juni und 15. Juli 1832, so wie jene der Wiener Ministerialconferenz vom Jahr 1834, als für das Großherzogthum nicht bindend betrachten. Sofort 2) Beeidigung der Staatsbeamten mit Einschluß des Militärs auf die Verfassung anordnen. 3) Alle politischen Beeinträchtigungen um des Glaubens willen aufheben, beziehungsweise den Ständen hierüber Gesetzesvorlagen machen. 4) Ein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister mit einem aus Geschwornen bestehenden Staatsgerichtshof erlassen. 5) Die Verordnung, wonach ein Beamter nur mit Zustimmung seiner ihm vorgesetzten Behörde wegen Dienstvergehen belangt werden könne, aufheben. 6) Alsbaldige Zusicherung ertheilen, daß in nächster Bälde der Rest des Feudalwesens, Jagdregals, Bürgereinkaufsgelds, so wie der Abzugssteuer von Seite der Standes- und Grundherren beseitigt werde. 7) Anträge über ein gerechtes Steuersystem, über die Belastung der Gewerbe und solche über die Pflege der Industrie, insbesondere aber jener der einfachen Arbeit, vorlegen. 8) Aufhebung aller privilegirten Gerichtsstände. 9) Einführung einer volksthümlichen Kreisverwaltung und Betheiligung der Bürger bei derselben. 10) Dahin zu wirken, daß die deutschen Kammern beim Bundestag vertreten werden. 11) Gewährung einer unabhängigen Stellung für die Richter, und 12) Sorge zu tragen, daß bei dem Staatsministerium und bei der Gesandtschaft in Frankfurt nur solche Männer angestellt werden, welche das Vertrauen des Volkes genießen. — Der Berichterstatter, welcher am Ende der Debatten noch das Wort erhalten, schließt seinen Vortrag mit dem Ausrufe: Gott erhalte das Vaterland und unsern Fürsten! was mit einem dreimaligen Hoch aufgenommen wurde. (Schw. Mkr.)

Karlsruhe, 2. März. Nach Aussagen des Conducteurs der am 3. März früh von Karlsruhe in Stuttgart eingetroffenen Post war am 2. März Abends das Hotel des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten abgebrannt. (Schw. Mkr.)

Heilige Mutter im Thal
Mit Deiner Augen mildem Stral,
Das Kindlein in der Linken
Laß mich nicht sinken! —

Lächle mit rosigem Mund
Und gib mir Deine Gnade kund,
Und reich' mir Deine Hände,
Naht mir das Ende!

Gibst Du mir himmlischen Schutz,
Biet' ich dem ärgsten Feinde Trutz!
Wer kann Dir widerstehen,
Wo Deine Odem wehen!

Stärke mir heute den Muth,
Verzehrt im Kampf des Herzens Gluth,
Wirst meine Seele Du bewahren
Zum Himmel aufzufahren!

(Fortsetzung folgt.)

Mannigfaltiges.

Als Kaiser Albert nach dem langwierigen Krieg in Bayern von Frankfurt nach Bayern zurückkehrend auf das Schloß Lichtenberg zur Reigerbeiz ging, erhielt er dort von einem Oberlandsbauer folgende Zeilen: Gnädigster Kaiser gräß Gott. I hob im Krieg wie ein Hund ausghalten. Oberst Trenk der Halunk hat mit den Panduren mein Hof rein ausplündert. Zwai Buba hab i als Soldaten a verlorn. Mei Wei ist gstorbn. Es ist do no nit gfehlt. Aber 300 fl. muaßt ma leiha, i zahls in 6 Jahrn ehrli zruck. Sunst bin i mit mein Hof verlorn. Es is schreckli, wies in dein Bayern ghaust haben. I bitt di foaßfelli, vergiß mi nit. Der Saxenlammer. — Hierauf erfolgte nachstehendes resol. Aren. Fiat, und der Bichhorn hat ihm drei Freijahre obendrein zu lassen.

Daß nicht trotz gar mancher traurigen Verhältnisse der Humor ganz und gar ausgestorben ist, beweist unter andern folgende Mittheilung in der „Berliner Zeitungshalle": Das Comité für die Rybnik-Plesser veröffentlicht bekanntlich in den Zeitungen die Höhe der einzelnen Beiträge nebst Namen und Charakter der Geber. Und so las man denn jüngst an einem schönen Morgen, daß dem Comité unter dem Postzeichen „Irdunemühl" 3 Thlr. nebst folgendem Originalbrief zugegangen sey: „Da ich in der letzten Zeit gute Geschäfte gemacht

Heidelberg, 2. März. Wir theilen hier die Petitionen mit, welche die Universität im großen Senate, dem akademischen Wahlkörper, beschlossen hat, an den Großherzog und an die erste Kammer zu richten. Die erste Petition lautet: Allerdurchlauchtigster Großherzog, Allergnädigster Fürst und Herr! Ergriffen von der schweren Bedeutung der Lage, in welche, vermöge der furchtbaren Erschütterung eines Nachbarstaates in diesem Augenblick unser badisches und das gesammte deutsche Vaterland versetzt ist, glauben die unterthänigst unterzeichneten Mitglieder der Universität Heidelberg eine Pflicht der Treue und der Offenheit zu erfüllen, wenn sie Eurer königl. Hoheit die Gesinnungen darlegen, von denen sie in diesem verhängnißvollen Momente durchdrungen sind. Wir blicken mit begründeter Zuversicht nach dem Thron unseres gerechten und gütigen Fürsten, und wollen es in so ernster Zeit am Wenigsten unterlassen, Eurer Königlichen Hoheit den aufrichtigen Ausdruck unwandelbarer Treue und freudiger Hingebung zu erneuern. Nicht minder erheb: uns der heftig erregten Bevölkerung Frankreichs gegenüber die gute Zuversicht, daß nach den bittern Erfahrungen, welche Deutschland gemacht hat, seine Bürger und Söhne jederzeit bereit seyn werden, die Unabhängigkeit des Vaterlandes zu vertheidigen gegen jeden Angriff, von welcher Seite derselbe auch kommen möge. Zugleich aber achten wir es durch die unermeßliche Wichtigkeit der Weltlage geboten, Eurer Königlichen Hoheit vertrauensvoll ans Herz zu legen: Eure Königliche Hoheit wollen geruhen, mit allen in Höchstihre Hand gelegten Mitteln dahin zu wirken, daß die wohlbegründeten Wünsche unseres badischen und deutschen Volkes in Erfüllung gehen und diejenige Freudigkeit und Zuversicht zu unsern vaterländischen Zuständen in allen Klassen der Nation hergestellt werde, aus welcher die freie Bereitwilligkeit entspringt, in schwerer Zeit auch die größesten Opfer für Fürst und Vaterland zu bringen. Eure Königliche Hoheit werden es durch den Drang der Umstände gerechtfertigt finden, daß die getreuen Mitglieder Höchstihrer Universität Heidelberg ihre deßfallsigen Wünsche auch den Kammern des Landes ausgesprochen haben. Diese Wünsche fassen sich dahin zusammen: Es möge die hohe Regierung Eurer Königlichen Hoheit unter Mitwirkung der Stände die Einrichtungen treffen oder einleiten, welche geeignet sind, die geordnete Freiheit im Innern unseres Staatslebens zu erhöhen, den deutschen Nationalverband dauernd zu kräftigen und der deutschen Nation nach Außen die geachtete und einflußreiche Stellung zu sichern, die einem so großen und edeln Volke gebührt. Wird die gegenwärtige kritische Lage hierzu benützt, so zweifeln wir nicht, daß dadurch ein neues Band der Liebe und des Vertrauens zwischen Deutschlands Fürsten und Völkern geknüpft und mit der Macht und Größe der Einen auch die der Andern erhöht und fester begründet werden wird, während in entgegengesetztem Falle gerade der treueste Vaterlandsfreund nicht ohne Besorgniß in die Zukunft blicken könnte. Heidelberg, 29. Febr. 1848.

Die andere Petition lautet: Hohe erste Kammer! Der Augenblick, in dem das französische Volk den Königsthron umgestürzt hat und weitere gewaltsame Ereignisse erwartet werden dürfen, erfüllt alle redlichen Vaterlandsfreunde in Deutschland mit ernsten Besorgnissen. Tief ergriffen von der Wichtigkeit und ernsten Bedeutung dieses Augenblickes fühlen sich die unterz. Professoren an der großh. Universität Heidelberg aufgefordert, ihre Ueberzeugung von dem, was in diesem verhängnißvollen Zeitpunkte zunächst Noth thut, der hohen Kammer vertrauensvoll auszusprechen. Nichts scheint uns dringender, als ein festes Aneinanderschließen und ein einmüthiges, kraftvolles Handeln aller deutschen Regierungen und Völker, um die Unabhängigkeit, Sicherheit und Ehre Deutschlands unverletzt zu erhalten. Ist hierzu eine allgemeine Bürgerbewaffnung die erste Bedingung, damit wir auf alle Fälle stark gerüstet stehen, so würde doch die freudige Begeisterung, die sich auch den schwersten Opfern bereitwillig unterzieht und auf die in unserem Grenzlande ganz besonders gerechnet werden muß, nur dann in vollem Maße alle Bürger durchdringen, wenn zugleich durch Erfüllung mancher langgenährten, allgemeinen und gerechten Wünsche unserem Volke neue und werthvolle Bürgschaften der Freiheit, des Rechts und der Nationalehre gewährt werden. Diese Bürgschaften, nach denen sich schon seit den Befreiungskriegen ein eifriges Streben regt, finden auch wir in der Freiheit der Presse, in dem Schwurgerichte, endlich, — da es unmöglich ist, den Blick nicht über die Grenzen unseres engeren Vaterlandes hinaus auf den politischen Zustand von ganz Deutschland zu richten, — in einer solchen Gestaltung der Bundesverfassung, welche, ohne die Selbstständigkeit der einzelnen Staaten zu gefährden, dem deutschen Volke eine geregelte Mitwirkung zu der Behandlung der gemeinsamen nationalen Angelegenheiten möglich macht. Durch eine solche Reform würde das allgemeine Vertrauen auf die Einrichtungen des Bundes, welches, wie wir nicht verhehlen dürfen, bei dem deutschen Volke fast erloschen ist, neu belebt und gestärkt werden, und diese Reform erscheint uns als dringend, wenn dem deutschen Vaterlande jene achtunggebietende Stellung unter den europäischen Mächten sowohl im Frieden, als im Kriege gesichert werden soll, die ihm nach seinem Territorialbestande, seiner Volkszahl, nach seinen geistigen und sittlichen Kräften und dem Umfange seiner materiellen Hilfsmittel unstreitig gebührt. Deutschland wird stark und geachtet bleiben, wenn es einig und von nationaler Begeisterung durchdrungen ist. Durch diese offene Darlegung glauben wir eine Pflicht zu erfüllen, welche uns ebensowohl unsere unerschütterliche Treue gegen Se. königl. Hoheit, unsern geliebten und innig verehrten Landesherrn, als unsere verfassungsmäßige Wahlberechtigung auferlegt. Wir richten daher an Eine hohe erste Kammer die ehrfurchtsvolle Bitte: „Hochdieselbe wolle sich in Gemeinschaft mit der hohen zweiten Kammer bei hoher großh. Regierung angelegentlichst dafür verwenden, daß schleunigst die von uns bezeichneten Anordnungen getroffen werden, welche die bedrohte Lage des Vaterlandes erfordert. Heidelberg, den 1. März. (D. Z.)

K. Sachsen.

Leipzig, 2. März. Die Stadtverordneten-Versammlung hat gestern eine Adresse an den König, worin um Preßfreiheit und Vertretung des deutschen Volkes beim Bunde gebeten wird, einstimmig angenommen. Der Stadtrath trat der Adresse nicht nur bei, sondern sagte auch den Stadtverordneten für die kundgegebenen ehrenwerthen Gesinnungen Dank. Der Bürgermeister Groß mit zwei Stadträthen und drei Stadtverordneten wird die Adresse überreichen. — Siebenzehn hiesige Buchhändler, worunter Robert Blum und Arnold Ruge haben eine geharnischte Erklärung gegen die Censur und Confiscation von Schriften an das Gesammtministerium ergehen lassen. (C. v. u. f. D.)

Preußen.

Berlin, 29. Febr. In Folge des Eintreffens einer russischen Depesche ist gestern der Allianz-Vertrag zwischen Oesterreich, Rußland und Preußen Behufs gemeinsamer Unterstützung Oesterreichs in Italien ratificirt worden. Drei Armeecorps haben Befehl zur Mobilmachung erhalten. Das vierte geht aus Sachsen und Thüringen nach Westphalen, das siebente aus Westphalen bis Köln hinab, das achte an die französische Grenze. Das dritte Armeecorps in der Mark rückt nach an die Stelle des vierten nach Sachsen. (Frankf. Journ.)

Köln, 28. Febr. Auffallend ist es, daß das belgische Ministerium der Verwaltung der rheinischen Eisenbahn die Weisung gegeben, von hier keine directe Billete nach Brüssel mehr auszufertigen. Man will daraus schließen, daß man ebenfalls in Brüssel Unruhen befürchte. Gestern früh kam unser Gesandte von Paris hier durch, wie auch während des Tages mehrere Couriere hier eintrafen. Der Telegraph war den ganzen Tag über in anhaltender Thätigkeit trotz des trüben Wetters. Die Kriegsrüstungen werden mit außerordentlicher Emsigkeit betrieben. Die Reserven sind schon einberufen, um die Regimenter vollständig zu machen. Auch soll die Garde-Landwehr einberufen werden. Mehreren landwehrpflichtigen jungen Männern sind Pässe verweigert worden. Bis gestern Abend waren noch keine Befehle hier eingetroffen. Vorgestern ging eine große Schiffsladung Waffen von hier nach Trier und Luxemburg. Heute sollen die Wälle und Forts mit Geschützen befahren, und wie es heißt, ein Theil der Bäume um die Stadt gelichtet werden. Die hier stehende Artillerie erhält auch Bespannung. Die Truppen sind marschfertig, und können jeden Augenblick ausrücken.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Koblenz, 2. März. Gestern Abend wurde den hiesigen Behörden die Anzeige gemacht, daß so eben die Frau Herzogin von Orleans mit ihren beiden Söhnen, dem Grafen von Paris und dem Herzoge von Chartres, sowie der Herzog von Nemours hier eingetroffen und im Gasthofe zum Riesen abgestiegen seyen. (?) Nach ganz kurzem Aufenthalte reisten dieselben nach Ems weiter. Im Gefolge der Herzogin befand sich der Erzieher der beiden Prinzen und ein französischer General. (?)

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Die Festungen Saarlouis und Luxemburg sind bereits in Kriegszustand erklärt und am 28. Februar 80 Mann Pioniere von Koblenz nach Saarlouis abmarschirt, während nach derselben Festung mehrere hundert Centner Montirungsstücke gesendet wurden. Am 26. Febr. ging von Köln nach Luxemburg eine ganze Schiffsladung mit Waffen ab.

Freie Städte.

Frankfurt, 3. März. Nachdem die Bundesversammlung sich die Aeußerungen sämmtlicher Regierungen über den unterm 9. Septbr. v. Js. erstatteten ausführlichen Vortrag der Commission in Preßangelegenheiten, Behufs einer möglichst gleichförmigen Bundes-Preßgesetzgebung erbeten hat, so hat sie auf anderweiten Vortrag der Commission beschlossen: 1) Jedem deutschen Bundesstaate wird freigestellt, die Censur aufzuheben und die Preßfreiheit einzuführen. 2) Dieß darf jedoch nur unter Garantieen geschehen, welche die andern deutschen Bundesstaaten und den ganzen deutschen Bund gegen Mißbrauch der Preßfreiheit möglichst sicher stellen. (Augsb. Abdz.)

---

habe so schicke ich auch was den Armen in Abdulk und Pies. Schneider. Spitzbube." Ob dieser Brief und das Geld wirklich von diesem in Schlesien berühmten Spitzbuben herrühren oder von einem Spaßvogel, darüber wird nun vielfältig gestritten.

Dem Hamburger „Telegraph" berichtet man aus Berlin von kleinen Sonderbarkeiten, durch die sich A. v. Sternberg interessant zu machen trachte. So sey er aus Zerstreutheit und Unachtsamkeit noch dreimal zu Henriette Paalzow gegangen, um die „Frau Majorin" zu besuchen, nachdem sie bereits acht Tage im Grabe lag. Auch mit Bettina habe Sternberg eine kleine Neckerei gehabt. Er besuchte nämlich diese einmal und erkundigte sich im Lauf der Unterhaltung: ob sie seine „Zerrissenen" gelesen. Als diese das verneinte, nahm er verdrießlich seinen Hut, indem er ausrief: „Wenn Sie nicht einmal die Zerrissenen gelesen haben, warum unterhalte ich mich denn zwei Stunden mit Ihnen?" Damit war für geraume Zeit die Bekanntschaft zwischen beiden abgebrochen. Endlich aber, als A. v. Sternberg in der Gesellschaft die liebenswürdigen Töchter Bettinens kennen lernte, beschloß er, sie aufs neue anzuknüpfen. Gesagt, gethan. Eines schönen Tages ging er in die Wohnung der genialen Frau, und schickte seine Karte durch den Diener in ihr Zimmer, aus dem sie aber sehr bald mit den darauf geschriebenen Worten: ich habe die Zerrissenen noch immer nicht gelesen, zurückkam.

(Eine Uhr als Todesprophet.) Vor Kurzem traf aus weiter Ferne ein hoher Militär in Berlin ein, um von einem unserer berühmtesten Mechaniker und Uhrmacher aus einer großen, altmodischen, ungemein künstlich gebauten Spieluhr denjenigen Mechanismus entfernen zu lassen, welcher das musikartige und mehrere Minuten anhaltende Schlagen dieser Uhr bewirkt, — ohne daß diese dadurch an ihren gewöhnlichen Functionen gehindert würde. — Es hat nämlich mit der Uhr eine eigenthümliche Bewandtniß. Der Besitzer kaufte sie nach dem Einzuge in Paris von einem dortigen Künstler. Einige Jahre später hörte das spielende Schlagen der Uhr auf, und kein Mechaniker und Uhrmacher war im Stande, sie zu repariren. Plötzlich begann sie eines Tages anhaltend zu spielen, und 24 Stunden darauf starb die Frau des Besitzers. Die Uhr verstummte wieder auf einige Jahre; dann spielte sie wieder — 24 Stunden vor dem Tode seines Sohnes. Diese merkwürdige ominöse Prophezeihung der Uhr wiederholte sich später abermals, und endlich auch wieder vor einigen Wochen, als das letzte Kind, eine aufgeblühte Tochter des Militärs, verschied. Er will jetzt, wo er allerdings das freiwillige Spielen der Uhr nur noch einmal zu hören fürchtet, den Mechanismus derselben von künstlerischer Hand beseitigen lassen, ohne sich von der Uhr selbst zu trennen! Die Sache ist keine Fabel!

Digitized by Google

Schweiz.

Zürich, 1. März. Alle Blätter dringen jetzt auf schnelle Durchführung eines neuen starken Bundes. Man will die Neutralität gegen Jedermann aufrecht erhalten, und die Rüstungen werden nicht ausbleiben. Die Versicherungen der neuen Regenten von Frankreich, daß sie nicht angreifen werden, gereichen nicht zur vollständigen Beruhigung. Wer weiß, wie lange sie regieren und wer nach ihnen kommt. (Schw. Mkr.)

Belgien.

Brüssel, 26. Febr. Die Repräsentantenkammer hat vorgestern mit 53 gegen 37 Stimmen den Gesetzentwurf angenommen, wonach zu Bürgermeistern nur dann, wenn die Provinzialdeputation damit einverstanden ist, auch Personen ernannt werden dürfen, welche nicht Mitglieder des Gemeinderaths sind. Dieses Gesetz soll als Garantie dienen, daß man sich dieser Befugniß, auf solche Weise umschränkt, nur in äußerst seltenen Fällen bedienen werde, nur dann nämlich, wenn sich im Gemeinderath kein einziges Mitglied fände, welches die Bürgermeisterstelle annehmen könnte oder wollte. Die permanente Provinzialdeputation, deren Gutachten in solchem Fall erst eingeholt werden soll, ist ein gewählter Körper. (A. Pr. Z.)

Brüssel, 28. Febr. Brüssel ist ruhig: es ist die Ruhe vor dem Sturm. (Schw. Mkr.)

Frankreich.

Paris, 28. Febr. Das Wichtigste in diesem Augenblick ist die Stellung, welche das diplomatische Corps der provisorischen Regierung gegenüber, die gestern ihm die Errichtung der Republik officiell kundthat, einnimmt. Der Nuntius hat bereits seine günstige Stimmung an den Tag gelegt, und die andern Gesandten bleiben vorderhand ruhig hier bis zu einem fernern Beschluß ihrer Regierungen. — In 2 — 3 Tagen wird das von Lamartine eben verfaßte Manifest an die europäischen Mächte erscheinen. Keine Gedanke an eine Propaganda; auch die wie Pilze aufschießenden neuen Zeitungen enthalten keine Sylbe Unangemessenes gegen das Ausland — Victor Hugo ist zum Maire eines der Stadtbezirke von Paris ernannt worden. Das Univers und namentlich Graf Montalembert erklären sich unumwunden für die provisorische Regierung. Schon werden auf der Straße republicanische Gesänge abgesungen, aber kein einziges heftiges revolutionäres Lied. Die in der Stadt herrschende Ordnung übersteigt jeden Begriff. Der Unfug in den Umgebungen und in den zunächst gelegenen Departements kann der Regierung nicht zur Last gelegt werden. (Schw. Mkr.)

Paris, 29. Febr. Die Hauptbemühung der provisorischen Regierung ist fortwährend die unruhigen Wogen des öffentlichen Lebens in ihr natürliches Bett zurückzudrängen. Der Pariser Appellhof hat bereits eine Untersuchung wegen der Brandstiftung an den Eisenbahnbrücken von Asnières, Bezon und Dizel eingeleitet. Eine Bekanntmachung der provisorischen Regierung sagt: „Das öffentliche und Privateigenthum, die Brücken, Straßen, Eisenbahnen, Denkmäler sind unter den Schutz der Republik gestellt. Wer darüber ergriffen wird, daß er Beschädigungen an Straßen, oder Angriffe gegen das Eigenthum begeht, Eisenbahnschienen zerstört, gemeinnützige Gegenstände unbrauchbar macht, wird sofort verhaftet, processirt und gemäß den Gesetzen, besonders dem Gesetze über die Eisenbahnpolizei, mit aller Strenge bestraft." — Schon bilden sich Clubbs. Die republicanische Centralgesellschaft entschied gestern in ihrer dritten Sitzung, der etwa 1000 Bürger anwohnten, von der Regierung die gänzliche Aufhebung der Kaution, Stempelgebühr und des Postaufschlags für die Zeitungen, und die Abschaffung aller Beschränkungen des Verbindungsrechts zu fordern. — Der erwartete Sturm auf die Sparcasse in Paris ist nicht eingetreten. Von 185,000 Einlegern verlangten blos 4300 ihre Einlagen zurück, etwa das Doppelte der gewöhnlichen Zahl, eine Folge der Arbeitsstockung und der Versetzungen des Militärs in allen Waffengattungen. — Das Commando der Nationalgarde ist in das Palais royal verlegt, das nun über dem Hauptportal die Ueberschrift trägt: Etat major de la garde Nationale. — Auf mehreren Puncten der Eisenbahn nach Rouen und Tours verübten die französischen Arbeiter Gewaltthätigkeiten gegen die englischen. Die Democratie Pacifique mahnt davon ab. — Unter den Kämpfern am 24. war auch ein Sohn Mehemet Alis, Achmed Pascha, Zögling der hiesigen ägyptischen Schule; er nahm zwei Stunden lang am Kampfe Theil. — Die Flucht des Königs wurde nirgends gehindert. In Versailles mußten für seinen Wagen, da es an Postpferden fehlte, Cavalleriepferde genommen werden. Es fehlte ihm so an baaren Mitteln, daß im Lustschloß Trianon Geld für ihn zusammengeschossen werden mußte. In Paris auf dem Concordeplatze deckte ihn das zweite Kuirassierregiment, aber ohne die Säbel zu ziehen. Ein Officier rief dem andringenden Volke zu: „Meine Herren, schonet den König!" Da rief eine donnernde Stimme aus dem Volke: „Ja! Ja! laßt ihn gehen, wir sind keine Mörder." Und Alles rief: „Ja, ja, laßt ihn gehen." — Der Regierung stehen jetzt an Baarmitteln zu Gebot: in der Bank 135 Millionen, im Finanzdepartement 55 Mill. Franken, zusammen 190 Millionen. Hr. v. Rothschild hatte gestern eine lange Conferenz mit dem Finanzminister Godchaux, seinem alten Gegner. — Vor dem österreichischen Gesandtschaftshotel steht eine Sicherheitswache, die andern Gesandten haben keine gewollt. — Die Aemterjagd ist leider jetzt schon im Gange. (Schw. Mkr.)

Straßburg, 1. März. Heute hat die Municipalcommission beschlossen, daß die Nationalgarde fünf Bataillone bilden soll, vier in der Stadt und eines extra muros. Jedes Bataillon wird aus acht Compagnien bestehen; außerdem soll die Nationalgarde vier Batterien Artillerie stellen. Der Dienst ist unentgeltlich; nur die Trommler haben auf einen Sold Anspruch. — Man sagt, der General Lamoricière werde als Befehlshaber nach Straßburg geschickt. (Schw. Mkr.)

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Wien, 2. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 84; zu 4pCt. in CM. 70; zu 3pCt. in CM. 58; Bankactien per Stück 1400; Nordbahn 90.

Amsterdam, 29. Febr. 2½pCt. 50; 3pCt. 60; 4pCt. 79; Synd. 3½pCt. 8½; Handels-Maatschappy 156; Ard. 13; port. 3pCt. 23; 5pCt. Metall. 83.

Paris, 1. März. 3pCt. 70 Fr. 50 C.; 5pCt. 113 Fr. 20 C.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag, 7. März: Der „Fleischhauer von Oedenburg", Posse mit Gesang von J. Gleich.

Königliches Odeon.

Montag, 6. März: „Jugendball." Anfang halb 3 Uhr, Ende halb 6 Uhr.

Fremdenanzeige.

Hôtel Maulik. H. Graf v. Brango v. Mailand

Blaue Traube. HH. Keller, Missionär von Innsbruck; Graf Gattinhowski v. Wien; Kulany und Lühe, Priester v. Altötting; Dlle. Eggenberg aus Frankreich.

Stachusgarten. HH. Müller, Architect v. Plast; Wengermaier, Maler v. Donauwörth; Brenneisen, Oberschreiber v. Miesbach.

Gestorbene in München.

Anna Schechner, Mechanicuswittwe v. hier, 52 J. alt; Fr. Xav. Schreiber, Taglöhner v. Haudzell, Ldg. Aichach, 68 J. alt; Johann Georg Hornsche, Kaufmann v. h., 31 J. alt; Maria Rudhart, k. Regierungsrathstochter v. h., 32 J. alt; Elis. Schurk, Taglöhnerstochter von Tölz, 82 J. alt; Crescentia Strauß, Zimmermannstochter v. Oberaßling, Ldg. Starnberg, 17 J. alt; Franziska Dill, kgl. Rechnungscommissärsgattin v. h., 42 J. alt; Mathilde Greie, b. Instrumentenmachersfrau v. h., 27 J. alt; Anna Rahm, Taglöhnersfrau v. h., 50 J. alt; Maria Wellerer, Bauerstochter v. Niederleithen, Ldg. Osterhofen, 29 J. alt; Karl Bernard, quiesc. kgl. Rechnungscommissär v. Regensburg, 67 J. alt; Mathilde Haller, Privatierstochter v. hier, 19 J. alt; Franz Köttmaier, Metzgerknecht v. h., 48 J. alt.

Bekanntmachung.

2309. Die dem Thomas Reithmaier gehörige reale Leinwebergerechtsame, welche mit 200 fl. Hypothek belastet und auf 150 fl. gerichtlich geschätzt ist, wird am

Samstag den 1. April l. Js. Vormittags 11 — 12 Uhr

im Geschäftszimmer Nro. 16 zum zweiten Male der gerichtlichen Versteigerung unterstellt, wobei gemäß §. 99 der Prozeßnovelle vom 17. November 1837 der Zuschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgt, und werden Kaufslustige mit dem Anhange geladen, daß solche, welche bei Gericht unbekannt sind, sich gemäß §. 98 loc. cit. über ihre Zahlungsfähigkeit gehörig auszuweisen haben.

Sign. am 1. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

Schmeykart.

Bekanntmachung.

2308. In der Gantsache der Kreuzbräuers-Eheleute Joseph und Katharina Wittenzellner werden am

Montag den 13. März im Brauhause Nro. 7 in der Brunngasse, Morgens von 9 — 12 Uhr und Nachmittags von 3 — 6 Uhr

mehrere Betten, Tische, Sessel, Kanapee, Spiegel, Lustre, Stockuhr, ein silbernes Geschnür, silberne Eßlöffel, Lampen, Bettwaschzeug, Küchengeräthe, eine Waschmang, eine Schnellwage, ein Bierwagen, ein Tröberwagen, verschiedene Banzen, Bierfässer rc. rc. öffentlich dem Striche unterworfen.

Zur Versteigerung der im Kreuzbräukeller an der Pasinger Straße Nro. 28 befindlichen Gährbodinge, Banzen, Bierschäffeln, Ganterhölzer, Tische und Bänke rc. ist jedoch auf Dienstag den 14. März Nachmittags von 3 — 6 Uhr in dem erwähnten Sommerkeller Termin anberaumt.

Bemerkt wird übrigens, daß die wenigen vorhandenen Silbergegenstände am ersten Versteigerungstage zwischen 11 und 12 Uhr zum Auswurfe kommen, und daß der Hinschlag der ersteigerten Gegenstände stets nur gegen Baarbezahlung erfolgt.

München, den 2. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

Sengel.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

2296. (3b) Donnerstag den 16. März 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Februar 1847, und zwar von

Nro. 31,429 bis 39,082

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags verletzt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Mittwoch den 22. März 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 23. Febr. 1848

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

J. Negrioli, Mag.-Rath.

Schnetz, Cassier.

Offenbrunner, Controleur.

Dienst-Antrag.

2310. Wurzach. In der fürstl. Domänenkanzlei dahier wird auf längere Zeit ein Hilfsarbeiter angestellt, welcher die höhere Dienstprüfung im Justiz- oder im Regiminal- oder im Finanzfache mit Erfolg erstanden haben, und insbesondere auch im Rechnungswesen bewandert seyn muß. Der Jahres-Gehalt beträgt 600 fl. nebst freier Wohnung oder Entschädigung dafür, und es wird dem Anzustellenden, im Falle die Dienstherrschaft mit seinen Dienstleistungen ganz zufrieden wäre, nicht nur eine dauernde Anstellung, sondern auch eine Gehaltserhöhung und entsprechender Titel in Aussicht gestellt.

Die Bewerber um diese Hilfsarbeitersstelle wollen ihre — mit einer Nationalliste und mit den erforderlichen Zeugnissen versehene Eingaben binnen

vierzehn Tagen

anher überreichen.

Den 28. Februar 1848.

Fürstlich von Waldburg-Zeil-Wurzach'sche Domänen-Canzlei.

Pilatsburg.

2306. (3a) Ein Mädchen in den besten Jahren, welches bezüglich seiner Geschicklichkeit, seines Eifers und guten Benehmens rc. die besten Zeugnisse vorlegen kann, sucht bei einer kleinen Familie einen Dienst als Köchin. (D. Uebr.)

Oldenbourg, verantwortlicher Herausgeber.

Digitized by Google

Nr. 58.

Münchener politische Zeitung.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 3 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag — XLIX. Jahrgang. — 7. März 1848.

☞ Gestern ist durch unberufene Hand und unter Mißbrauch des Namens der Redaction eine durchaus irrthümliche Abonnementsanzeige in die Zeitung gekommen. Der Preis der „Münchener politischen Zeitung" erleidet, wenn dieselbe nunmehr auch **täglich** erscheint, **durchaus keine Erhöhung,** und zwar weder für das erste, noch für irgend ein folgendes Semester. Der Preis ist der alte, wie er täglich an der Spitze jeder Zeitungsnummer zu lesen ist. Dieß zur Widerlegung der gestrigen Annonce und zur Aufklärung der verehrlichen Abonnenten.

München, 7. März 1848.

Expedition der Münchener politischen Zeitung.
(Knödel-Gasse Nro. 2.)

Deutschland.

Bayern.

*; München, 7. März. Se. Majestät der König befand Sich seit ein paar Tagen unwohl, wie man hört, wird das kleine Uebel bald wieder gehoben seyn.

*. München, 6. März. Mit unauslöschlichen Zügen ist der heutige Tag in Bayerns, in Deutschlands Geschichte eingegraben, ein Tag wahrhaftiger Freude um das Herz und tief aus dem Herzen, ein Tag geistiger Erhebung auf den erhabenen Standpunct eines einheitlichen reinen politischen Gesammtbewußtseyns. Als um halb 11 Uhr des Morgens die (bereits bekannte) königl. Proclamation durch Hrn. Ministerialrath Darenberger auf dem Rathhaus vor dem versammelten Magistrat und der Bürgerschaft verlesen war und die Anschläge an den Ecken diese schönste Erfüllung der gerechtesten Volkswünsche von Mund zu Mund verbreitet hatte, da strömten auch bei Jung und Alt, bei Hoch und Niedrig der gesammten Einwohnerschaft die Herzen vor ungeheuchelter Rührung über und die alten bewährten Gesinnungen der Treue und Vaterlandsliebe strebten nun, sich in äußeren Freudenzeichen darzulegen, bald sah man jubelnde Schaaren durch die Straßen wogen, theils geschmückt, mit der Nationalcocarde, theils mit Schleifen und Bändern in den theueren Nationalfarben. Auch die Frauen wetteiferten mit den Männern an Hochherzigkeit, von der Fürstin und Gräfin nieder bis zum schlichten Dienstmädchen erschienen alle reich geschmückt mit den wehenden Schleifen und Bändern in den Nationalfarben, auch die liebliche Kinderwelt blieb nicht zurück mit ihrem sinnreichen Schmuck und ihren freudestrahlenden Gesichtern. Bald auch wehten von den Thürmen der Kirchen, von allen Gebäuden und aus den Fenstern aller Häuser unzählige Fahnen, Tücher und Teppiche, alle in dem theueren blau und weiß nieder. Nachmittags um 4 Uhr endlich ging der feierliche Act des Tages vor sich, die Beeidigung des gesammten Militairs auf die Constitution des Landes. Alles, was nur irgend dem Hause entkommen konnte, war auf den schönen Dultplatz geströmt, wo die stolzen Reihen des Militärs unter dem Oberbefehl des Prinzen Luitpold königl. Hoheit erglänzten. Der Eid ward den Soldaten laut vorgelesen und compagnieweise laut nachgesprochen. Als die erhebende Feier, die wohl über eine volle Stunde währte, beendet war, defilirten die Truppen auf dem schönen Max-Josephplatz vor der Residenz vorüber, an deren Fenstern Ihre Maj. die Königin und die Prinzen des königl. Hauses, auch die kleinen Prinzen, Söhne des Kronprinzen und des Prinzen Luitpold huldvoll und in herzlicher Rührung und wahrer Ergriffenheit erschienen. Se. Maj. der König war durch Unwohlseyn verhindert an dieser rührenden Scene Theil zu nehmen. Während die Truppen defilirten, wollte das donnernde Lebehoch Sr. Maj. dem König und dem gesammten k. Hause gebracht, kaum enden; immer brach der donnernde Jubelruf von neuem los. Den herrlichen, Allen die ihn durchlebt gewiß unvergeßlichen Tag vaterländischer Freude, beendete ein glänzender Abend. Die ganze Stadt war bis tief in die Nacht mit wahrhaft verschwenderischer Pracht erleuchtet. Es ist unmöglich, alle Gebäude hier einzeln aufzuzählen, die durch ihre strahlende Pracht die Blicke der Beschauer auf sich zogen. Wir erwähnen nur der Ludwigsstraße, des Bazars, der Briennerstraße, der Wohnungen der Grafen v. Schönborn und v. Arco; des Ministeriums des Innern und der Wohnung des Hrn. Kaufmann Sabatini. — Da der Tage im Staats- und Volksleben, an welchem ein Gefühl, ein Gedanke Alle vereinigt, so wenige sind, so ist wohl der Wunsch verzeihlich, es mögen uns der Tage, wie der heutige, recht viele werden! Schlüßlich sey es vergönnt, den uns zugekommenen dichterischen Erguß eines warmen und bewährten Vaterlandsfreundes dem Publikum hier mitzutheilen.

Blau und weiß.

Nehmt die Farben blau und weiß!
Bayerisches Panier!
Schlag das Herz doch stets so heiß,
Bayern dir zu Lob und Preis! —
Traules Bayern dir! —

Sollst mit Ehr' und Ruhm besteh'n.
Gut und Blut dafür!
Da wo deine Banner weh'n,
Da wo deine Flüsse geh'n
Ehre Bayern dir! —

Gut und Blut dem Vaterland!
Brüder setzet ein!
Mit dem König Hand und Hand
Knüpfet fester noch das Band.
Ewig soll es seyn! —

Wie der Sturm auch schrecklich braust,
Rings um [illegible] herum
Wie — ein böser Dämon — haust
Und durch alle Länder saust,
Unser Heiligthum,

Unsere Treue, unsern Sinn
Für das Vaterland —
Bayern! wahrt sie immerhin —
Als den herrlichsten Gewinn
Heiß für ihn entbrannt.

Nehmt die Farben blau und weiß,
O ihr kennt sie schon!
Ehre ihnen! Lob und Preis!
Bayerns Farbe blau und weiß!
Schmückt Bayerns Thron! —

Die „Augsburger Postzeitung" läßt sich aus München, 5. März (10 Uhr Abends) berichten: Der heutige Tag ist ohne weitere Ruhestörungen vorübergegangen. Zwar verursachte die Nachricht, daß zwei Escadrons Chevauxlegers von Augsburg in Nymphenburg eingerückt und die dort stationirten Cuirassiere in die Stadt gezogen worden seyen, einige neue Aufregung, aber im Ganzen war man sehr gleichgültig dagegen. Außerdem hatte der Prinz Carl k. Hoh. einigen Personen, welche zu Vorstellungen wegen dieser Maßregel an ihn abgeordnet worden, die Zusicherung ertheilt, daß er die Rücksendung dieser Truppen bei Sr. Majestät bevorworten werde. Interessant wird es Ihnen seyn zu erfahren, daß wir gestern in Zeit von anderthalb Stunden einen zweimaligen Ministerwechsel gehabt haben, und daß von etwa 1 Uhr bis um ein Viertel auf drei der Fürst Wrede Universalminister gewesen ist. In der Ueberzeugung, daß unter den obwaltenden Umständen die Anwendung von Gewaltmaßregeln nur zu den schlimmsten Folgen führen und ein va banque spielen seyn würde, hatten die bisherigen Ministerverweser zu dergleichen ihre Zustimmung versagt und deßhalb ihre Portefeuilles niedergelegt. Hierauf wurde der Fürst Wrede berufen, welcher schon zuvor seine Meinung dahin ausgesprochen hatte, daß „mit einer Charge Alles abgemacht seyn würde." Von ihm rührte denn auch das gestern bereits erwähnte Generalmarschschlagen her, und außerdem waren unter seiner Verantwortlichkeit auf dem Dultplatz gegen die improvisirte Armee, welche sich mit allen möglichen Waffen aus dem Zeughause dort geschaart hatte, sechs Kanonen, gedeckt von Cuirassieren, aufgefahren worden. Allein während man hier so sich gegenüber stand und hinüber und herüber parlamentirt wurde, hatte man in der Residenz sich von der Unbesonnenheit und Unüberlegtheit des Fürsten Wrede überzeugt; er war wieder entlassen, und die seitherigen Minister zurückgerufen worden. Auf den Dultplatz wurde nun die Nachricht gebracht, daß der König in Einberufung der Stände auf den 16. d. Mts. eingewilligt und sämmtliche Forderungen gewährt habe; allein der bewaffnete Volkssturm rief, er lasse sich nicht anlügen, er verlange schriftlichen Beweis. Darauf brachte Graf Vieregg aus der Residenz die schriftliche Declaration und demnächst erschien der Prinz Carl und erklärte, der König habe die Einberufung der Kammern auf den 16. d. Mts. und die übrigen Wünsche genehmigt. Doch selbst dieß reichte nicht hin, vielmehr wurden sehr starke Dinge gerufen, bis der Prinz Carl sein fürstliches Wort als Bürgschaft gab, daß der Landtag wirklich auf den gedachten Tag werde einberufen werden. „Dem Wort des Prinzen Carl glauben, vertrauen wir!" wurde nun geschrieen und darauf erst ließ sich die Masse bereitwillig finden, die Waffen

niederzulegen und ins Zeughaus zurückzuliefern. Während des Zuges dorthin soll der Fürst Wrede in der Rosengasse erkannt worden seyn und Thätlichkeiten erfahren haben. Seitdem hat er sich aus München in Sicherheit gebracht. Dennoch verlautete, daß man ihm auf heute Abend eine Katzenmusik und ähnliche Huldigung, wie neulich dem Hrn. v. Berks, zugedacht habe. Sobald dieß aber bekannt wurde, versammelten sich schnell eine Anzahl von etlichen hundert Bürgern und Studenten auf dem Rathhause und vereinigten sich, daß die beabsichtigte Demonstration unbedingt verhindert werden müsse, jeder daher das Seinige thun solle, damit keinerlei Ruhestörung stattfinde. Dieß hat seine gute Wirkung gehabt. Heute Abend hat nur das Bürgermilitär, einige Cuirassierpatrouillen abgerechnet, allein den Dienst der Stadt versehen. Nirgends haben sich, soweit man bis jetzt vernimmt, irgend welche weitere tumultuarische Bewegungen gezeigt, und es scheint ganz unnöthig, daß auch nur die Bürgermannschaft, wie bestimmt, bis 1 Uhr Nachts auf den Beinen bleibe.

München. (Schluß des vorgestern erschienenen kgl. Regierungsblattes). II. In der Sitzung des königlichen Staatsraths-Ausschusses vom 14. Februar l. J. wurden entschieden, die Rekurse: 1) des Rittergutsbesitzer Christ. v. Koch in Gottmannsgrün, Landgerichts Hof in Oberfranken, wegen einer Malzaufschlagsdefraudationsstrafe; 2) der Schäfereiberechtigten zu Markt Linkersheim gegen die Grundbesitzer zu Ickelheim, Landgerichts Windsheim in Mittelfranken, wegen Behütens der Felder in der Brache; 3) des Nikolaus Lauterbach und Johann Sahr von Mühlberg, Landgerichts Kulmbach in Oberfranken, wegen einer Forstfrevelstrafe; 4) des Sebastian Holzhauser und Consorten in Oberframmering, Landgerichts Landau in Niederbayern, gegen Georg Amer und Consorten von da, wegen Beseitigung der Weide in der sogenannten Frammeringer oder Thalhammer Au; 5) des Simon Lion zu Fulda gegen die Gemeinden des Landgerichts Weihers, im Regierungsbezirke von Unterfranken und Aschaffenburg, wegen Fouragelieferungen für dieselben in den Jahren 1808 und 1809; 6) des Grafen von Armansperg zu Egg, Landgerichts Deggendorf in Niederbayern, in Sachen des Joseph Maurer und Consorten in Weibing gegen ihn, wegen Entschädigung für Weiderecht; 7) des Bierbrauers Xaver Denzinger in Ansbach, — Bestrafung wegen geringhaltigen Bieres betreffend; 8) des Joseph Herz zu Helo, Landgerichts Kempten im Regierungsbezirke von Schwaben und Neuburg, in seiner Forderungssache gegen Xaver Leiprecht von der Aich, wegen Entschädigung für entzogene Weide; 9) des Bauers und Metzgers Johann Schrötz von Weingarten, Landgerichts Pleinfeld in Mittelfranken, wegen zwei forstpolizeilichen Bestrafungen; 10) des Bauers Andreas Christ von Scheraberg, Landgerichts Herrieden in Mittelfranken, wegen einer Forstfrevelstrafe. — An das k. Ministerium des Innern wurden abgegeben, die Rekurse: 11) der Gemeinde Unterschwaningen, Landgerichts Wassertrüdingen in Mittelfranken, im Sachen gegen Friedr. Föttinger, Bauer daselbst, wegen Huterceßes; 12) des Jos. Seitz und Consorten in Ellingen, fürstlich Wrede'schen Herrschaftsgerichts gleichen Namens in Mittelfranken, in Sachen gegen das königl. Staatsärar, wegen Militäreinquartierung in den Jahren 1812 und 1813; 13) der freiherrlich von Mayerhofen'schen Fideikommiß-Curatel gegen die Gemeinde Sommerau, Landgerichts Klingenberg im Regierungsbezirke von Unterfranken und Aschaffenburg, wegen Kriegskostenausgleichungs-Differenzen; 14) des fürstl. Wrede'schen Rentamts Ellingen in Mittelfranken, wegen Waldauslichtung. — III. Dienstes-Nachrichten. Der Lehen-Vasall Friedrich Freiherr von Schenk von Stauffenberg ist auf sein Ansuchen zum königl. Kämmerer ernannt worden; der Staatsrath im ordentlichen Dienste, Carl Graf von Seinsheim — unter dessen Ernennung zum Staatsrathe im außerordentlichen Dienste ist in den Ruhestand versetzt, und zu der hiedurch erledigten Stelle eines Staatsrathes im ordentlichen Dienste der Vorstand der Staats-Schuldentilgungs-Commission, Ministerialrath Moritz von Weigand, unter dessen Belassung als Vorstand bei gedachter Anstalt und der ihm in dieser Eigenschaft übertragenen Geschäftsleitung rc. — in provisorischer Eigenschaft ernannt; auf die eröffnete erste Assessors-Stelle bei dem Landgerichte Göggingen ist der dermalige I. Landgerichts-Assessor Wilhelm Durocher in Weiler, seiner Bitte entsprechend, versetzt; der II. Landgerichts-Assessor Joseph Eder zu Pleinfeld, ist unter Anwendung des §. 19 der IX. Verfassungs-Beilage, mittelst Dimission unter Belassung seines Standesgehaltes für immer aus dem Staatsdienste entlassen; die eröffnete Landrichter-Stelle zu Ebern wurde dem bisherigen Landrichter in Nordhalben, Dr. Theodor Conrad Freuer, unter Enthebung von dem Antritte der ihm allergnädigst übertragenen Landrichter-Stelle in Alzenau, seiner allerunterthänigsten Bitte entsprechend, verliehen; auf die eröffnete Landrichter-Stelle zu Alzenau wurde der bisherige I. Assessor des Landgerichtes Monheim, Jakob Dantscher, ernannt; und auf die eröffnete erste Assessorsstelle bei dem Landgerichte Burghausen wurde der dermalige I. Assessor des Landgerichtes Neumarkt, Max Spitzer, seiner allerunterthänigsten Versetzungsbitte entsprechend, versetzt.

= Vom Mittelrech, 26. Februar. (Schluß.) Artikel 20. der Neapolitanischen Verfassung: „Das Petitionsrecht steht Allen ohne Unterschied zu,“ in Bayern nur dann, wenn ein Mitglied der einen oder andern Kammern die Petition sich als Antrag aneignet, dagegen „kann jeder einzelne Staatsbürger, wie jede Gemeinde Beschwerden über Verletzung constitutioneller Rechte an die Ständeversammlung bringen.“ §. 21. Die Zeiten sind hoffentlich für Bayern auf ewig vorüber, wo es ein Minister den „einzelnen Staatsbürger“ bitter fühlen ließ, wenn er ohne Deputirter zu seyn sich berechtigt glaubte, in Petitionen an die Deputirtenkammer seine auf Erfahrung gegründeten Ansichten, Wünsche und reiflich erwogenen patriotischen Vorschläge kund zu geben. Diese gegründete Zuversicht vorausgesetzt, können wir uns in dieser Hinsicht auch mit dem begnügen, was wir haben, wenn wir davon nur stets einen weisen aber auch eifrigen Gebrauch machen. — Neapolitanische Verfassung §. 21.: „Ausländer können nur durch ein Gesetz naturalisirt werden.“ I. Beil. zur b. V.-U. §. 3 lit. c. geschieht dieß auch „durch ein besonderes nach Vernehmung des Staatsrathes ausgefertigtes königl. Dekret.“ Wenn es wahr ist, was öffentliche Blätter als Gerücht bringen, daß man die Redemptoristen für überflüssig halte, und wenn vielleicht in der Zukunft noch andere Orden, wenigstens in so großer Zahl, für entbehrlich erachtet werden sollten; so wäre es ohne Zweifel für uns kein Nachtheil gewesen, wenn auch die andern zwei Factoren der Gesetzgebung ein Wort mitzusprechen gehabt hätten bei Indigenatsverleihungen an solche Theologen, dergleichen in Bayern schon selbst noch zu finden gewesen wären. Naturalisationen von Ausländern (wenn der Deutsche in irgend einem Theile Deutschlands denn doch noch Ausländer heißen kann) wie Thiersch, Möhler, Klee u. s. w, die als Sterne erster Größe am Firmamente der Wissenschaft glänzen und als Lehrer wie als Schriftsteller, europäischen Namen haben, wird Bayern jeder Zeit mit oder ohne Gesetz mit freudiger Acclamation begrüßen. — Neapolitanische Verfassung Art. 30.: „Die Presse ist frei und lediglich einem Repressivgesetze unterworfen.“ Das haben wir im Eingang unserer Verfassung auch: „Freiheit der Meinungen mit gesetzlichen Beschränkungen gegen den Mißbrauch,“ nur mit dem Unterschied, daß das III. constitutionelle Edikt größtentheils wieder nimmt, was jene gibt, und daß in Bezug auf innere Angelegenheiten erst durch königl. Gnade wieder geschenkt wurde, was die angeführte Stelle als Recht zugesichert zu haben schien. Daß wir das vorläufig Mögliche bereits erhalten haben, mahnt uns zur Zufriedenheit und zu festem Vertrauen auf die Zukunft. Möge nur die bayerische Presse sich des bewilligten Gutes, nach welchem unsere Nachbaren noch ringen, würdig zeigen, der Stimme der Leidenschaft Schweigen gebieten, gehässige Persönlichkeiten ferne halten, und mit ruhigem Ernst und männlichem Freimuth die öffentlichen Angelegenheiten auf eine Weise besprechen, daß sie sich als fortgesetztes Parlament constituire, in welchem jeder einsichtsvolle und redliche Freund des Thrones und Vaterlandes zu beider Glanz, Sicherheit, Ruhm und Wohlfahrt sein Schärflein beizutragen bemüht ist. Vornehmes Schmollen verschiedener Ansichten oder erlittener Kränkung wegen, oder müßiges Sichgehenlassen in solchen ernsten Zeiten, wo vereinte Kraft aller Bessern so nothwendig ist, wäre Vernachlässigung der heiligsten Staatsbürgerpflichten, wonicht negativer Verrath am gemeinen Wesen. — Neapolitanische Verfassung §. 34.: „Beide Kammern verhandeln offentlich.“ Eingang zur V. U.: „Eine Standschaft d. h. zwei Kammern berufen, um in öffentlichen Versammlungen die Weisheit der Berathung zu verstärken rc.“ Nach Beilage X. zur V.-U. Titl. II. Abschn. I. §. 7. „wird nur bei den öffentlichen Versammlungen der zweiten Kammer einer angemessenen Zahl von Zuhörern der Zutritt zu den Galerien gestattet.“ Daß die bayerische Kammer der Reichsräthe gleich der Herrenkurie Preußens mit Würde und Ehre ihr gesprochenes Wort zum Gemeingut der aufmerksam lauschenden, nicht nur bayerischen, sondern deutschen Nation machen kann und will, hat sie durch ihre jüngsten Beschlüsse über die Art der Veröffentlichung ihrer Verhandlungen bewiesen. Welch ein Genuß müßte es erst seyn, die königl. Prinzen, die höchsten Würdeträger des Reiches und die würdigsten Glieder des bayerischen Adels auf einem Punkt zu hoher Aufgabe vereinigt zu sehen, und für des ganzen Landes allgemeines Wohl und Beste sprechen zu hören!? — Neapolitanische Verfassung Art. 42. Cap. III.: „Wähler und wählbar sind auch gewisse Classen von Capacitäten.“ Daß das bayerische Wahlgesetz die passive Wahlfähigkeit nur auf das eigene Wahlcollegium einschränkt und die Wähler zur Wahl Eines aus ihrer Mitte selbst dann nöthigt, wenn nach der Ueberzeugung und dem Zutrauen Aller der zu ihrer Vertretung würdigste Candidat sich außerhalb ihres Wahlbezirkes befindet, gehört sicher zu den längst gefühlten Mängeln dieses Gesetzes. Daß Neapel Wähler und Wählbare zuläßt, ohne auf Besitz allein zu sehen, sondern auch andern wissenschaftlich gebildeten und rechtschaffenen Männern die erforderliche Garantie für landständischen Beruf zutraut, ist eine sehr erfreuliche und aufmunternde Bestimmung. Und wenn, wie es ebendaselbst heißt: „das für die erste Versammlung provisorisch erlassene Wahlgesetz erst dann definitiv wird, wenn es von den Kammern selbst berathen wird,“ so hat Neapel das Mittel in den Händen, durch die Erfahrung anderer Länder belehrt, alles ferne zu halten, was besonders im Beginne der ständischen Verhandlungen unzählige Stoffe zu Reibungen und endlosen oft nicht ohne Bitterkeit geführten Debatten erzeugen kann, und vielfältig schon erzeugt hat — ein Verlust von Zeit, die wahrlich zu etwas Besserem verwendet werden könnte. Wäre unser Wahlgesetz für die erste Ständeversammlung provisorisch gewesen und hätte es erst nach reiflicher Prüfung durch beide Kammern die Sanction der Krone erhalten, so möchten sicher im Jahr 1847 keine Klagen mehr über dessen Mangelhaftigkeit erschollen seyn. Doch auch hierin leuchten als ein mildes Gestirn die Worte unserer Verfassung, welche sichert „gegen willkührlichen Wechsel,“ aber „nicht hindert das Fortschreiten zum Bessern nach geprüften Erfahrungen.“ Beneiden wir daher die Neapolitaner nicht um einzelne Vorzüge, da wir im Besitze des Bodens sind, auf welchen auch für uns die unserm geistigen Klima entsprechenden Früchte keimen und gedeihen können. Einen großen Vorzug haben wir vor jenen, daß unsere Staatsverfassung bereits festgewurzelt steht, wie Deutschlands Eichen, trotzend allen Stürmen, sie mögen kommen aus Norden, Osten oder Westen, während jene noch eine zarte Pflanze ist, deren Gedeihen leicht durch mancherlei feindliche Elemente gefährdet werden könnte, wenn auch ihre Blüthen nicht durch scharfen Nordwind vorzeitige Zerstörung zu befürchten haben.

Auch von Regensburg und Bamberg gehen Adressen an Se. Majestät den König ab.

Württemberg.

Stuttgart, 3. März. Se. Majestät der König hat befohlen, daß das nachstehende Manifest vom 2. März den Gemeinderäthen und Bürgerausschüssen und durch diese, sowie durch Verkündigung in den Kirchen, den Bürgern eröffnet werde: „Württemberger! Die großen Weltbegebenheiten, deren Wirkungen für unser Land, so für unser großes gemeinschaftliches Vaterland noch nicht zu übersehen sind, haben die größte Aufregung hervorgebracht. In diesem entscheidenden großen Augenblick spricht euer König zu Seinem treuen Volk. Bewähret auch jetzt wieder euern ächt deutschen Charakter, fest in dem Vertrauen in die göttliche Vorsehung, deren Allmacht und Weisheit das Schicksal der Völker lenkt, treu gegen eure Regierung und Verfassung, die eure Rechte und Eigenthum beschützt; Ruhe, Ordnung und Gehorsam vor dem Gesetz ist die heiligste und nothwendigste Pflicht. Reichen wir unsern deutschen Brüdern die Hand; wo unserm Vaterlande Gefahr droht, werdet ihr Mich an eurer Spitze sehen. Segen unserm Vaterland, Heil und Ruhm für ganz Deutschland!“

Digitized by Google

Tübingen, 3. März. Gestern fand hier im Reithaus eine Versammlung statt, auf der nicht blos Bürger, sondern auch Professoren und Studirende zahlreich erschienen. Ludwig Uhland, der mit donnerndem Hoch empfangen ward, beantragte eine Adresse an den ständischen Ausschuß, worin an ihn das angelegentlichste Ersuchen gestellt wird, dahin zu wirken, daß unverzüglich die vertagten Stände zusammenberufen werden, damit dieselben beantragen können: ein deutsches Parlament, Preßfreiheit, Volksbewaffnung, vollständige Oeffentlichkeit und Mündlichkeit im Gerichtsverfahren, ungeschmälerte Selbstständigkeit der Gemeinden und Amtskörperschaften, Versammlungs- und Vereinsrecht zu Besprechung öffentlicher Angelegenheiten, unverweilte Revision unserer Verfassungsurkunde nach den seit ihrem 29jährigen Bestehen gemachten Erfahrungen, namentlich zum Behuf der Herstellung einer neuen durch Volkswahl entstandenen Abgeordnetenkammer, also Entfernung der alten ständischen Elemente. Die Adresse wurde allgemein angenommen, innerhalb 3 Stunden mit 12–1500 Unterschriften bedeckt und sogleich nach Stuttgart abgeschickt. Mit Uhlands Lied: „Wenn heut ein Geist herniederstiege," ging die Versammlung auseinander. Am Abend wurde Uhland ein Ständchen und Fackelzug gebracht; Professor Vischer, zu dem es sich alsdann hinbewegte, war nicht zu Hause. (U. Schnellp.)

Baden.

Karlsruhe, 2. März. Das Benehmen der gestern hier anwesenden Mannheimer und Heidelberger, die in einer Anzahl von etlichen Hunderten in das großherzogliche Schloß eindringen wollten und nur durch das energische Auftreten unserer Pompiers und bewaffneten Bürger (erstere hatten bereits das Bajonnet gefällt) zurückgehalten wurden, hat bei den hiesigen Einwohnern und zahlreichen Fremden laute Mißbilligung erfahren. Gestern Abend zerstreute ein starker Regen die Schaar; zwischen 7 und 8 Uhr kam ein Regiment von Rastatt. Heute Morgen bezog ein Bataillon das Rathhaus und ein Bataillon das Schloß. Im großen Rathhaussaal wird fortwährend exercirt, alles ergreift die Waffen zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung. Beurlaubte treffen ein. (Schw. Mkr.)

Karlsruhe, 4. März. Wie man vernimmt, ist die Versetzung des großherzoglichen Bundestags-Gesandten auf einen andern Posten beschlossen worden. (Karlsr. Z.)

K. Sachsen.

Leipzig, 29. Febr. Die Nachrichten aus Paris haben hier eine große, noch täglich steigende Aufregung hervorgebracht. Alles befindet sich in der höchsten Spannung. Jedermann sieht mit Ungeduld dem Eintreffen neuer Berichte aus Frankreich entgegen. Im Museum drängen sich große Massen zusammen, um den Vorlesern zuzuhören, sogar auf den Straßen müssen die Beiblätter, welche die beiden Zeitungen und der Generalanzeiger ausgeben, vorgelesen werden. Bei dem gestrigen großen Ballfest, welches um mit seinem Erlöse der Noth der Schlesier und Erzgebirger beizuspringen ein zahlreicher Ausschuß von angesehenen und populären Männern unserer Stadt veranstaltet hat, war nur ein Gegenstand des Gespräches. Wenn diese Stimmung noch einige Tage anhält, so haben wir entscheidenden Folgen entgegenzusehen. Die Aufregung wird noch gesteigert durch allerlei dunkle Gerüchte über Bewegungen in Baden und Hessen. Am morgenden Tage erwartet man einen entschiedenen Schritt seitens der Stadtverordneten, denen die politischen Führer die Initiative überlassen. Ein Schrei erhebt sich gegen den Fortbestand der Censur. Einstweilen haben heute in der Eile 18 Buchhändler eine Erklärung an das Gesammtministerium abgehen lassen. Am nächsten Montag wird in der gewöhnlichen Schriftstellerversammlung jedenfalls von den Schriftstellern ein gleicher Schritt geschehen. (A. Z.)

Kurhessen.

Hanau, 1. März. Heute wurde hier folgende Adresse an den Kurfürsten unterzeichnet und nach Kassel durch Abgeordnete überbracht: „Allerdurchlauchtigster Kurfürst! Allergnädigster Kurfürst und Herr! In einer Zeit und unter Umständen, wie sie sich während einer Reihe von Jahren allmählich gebildet, und wie dieselben gebieterisch nun vor uns stehen, emporgehoben zu einer unwiderstehlichen Macht durch den Umschwung der Verhältnisse in Frankreich, thut es Noth, zur Sicherstellung des Vaterlandes und zur Kräftigung der deutschen Macht dem Auslande gegenüber, Maßregeln zu ergreifen, aber Maßregeln, die eine wirkliche Sicherstellung und Kräftigung in der That verbürgen. Daß aber diese Maßregeln bei uns die rechten werden, dazu ist nöthig, daß unser Fürst über unsere Verhältnisse die Wahrheit höre, wie sie im Volke lebt, und daß diese nicht, durch unlautere Canäle getrübt, sein Ohr erreichen. Das gegenwärtige Ministerium besitzt nicht das Vertrauen des Volkes und hat es nie besessen. Das System, welches von ihm befolgt wird, ist ein verhaßtes, und nur mit verhaltenem Unwillen sah das Volk bisher seine höchsten Güter und seine besten wohlverstandenen Interessen dadurch vernachlässigt, ja glaubt sie einer politisch-religiösen Genossenschaft geopfert. Die dermaligen augenblicklich vertagten Landstände, in ihrer jetzigen Zusammensetzung, besitzen nicht das Vertrauen des Volkes. Zum Theil zusammengebracht durch Machinationen einzelner Beamten, unvollständig durch willkürlichen Ausschluß würdiger Männer, boten sie bei ihren bisherigen Verhandlungen nichtsweniger als das Bild eines Volksorgans, vielmehr einer volksthümlichen Minorität gegenüber, in ihrer Majorität ein Schauspiel dar, von dem der Freund des Vaterlandes in kummervoller Erbitterung sich hinwegwandte. Die Presse ist bei uns in einem Zustande der Unterdrückung, wie er noch nie da gewesen. Selbstsucht, regellose Willkür und Hang zur Unterdrückung haben auf diesem Felde dem Ministerium Lorbeeren erworben, um die es Niemand auf der Welt beneidet. Wie ist es unter allen diesen Umständen nun möglich, daß Wahrheit zu dem Ohr des Fürsten dringe? Wahrheit muß aber seyn zwischen Volk und Fürst, darum bitten wir: 1) Um Verabschiedung des gegenwärtigen Ministeriums und Einsetzung anderer Minister, deren Persönlichkeit Garantie bietet für durchgreifende Aenderung des bisherigen Systems. 2) Um Auflösung der gegenwärtig vertagten Landstände, sofortiges Berufen einer neuen Ständeversammlung, Ausschreiben neuer Wahlen und Verbot jeder Beschränkung freier Wahlbewegung. 3) Um sofortige Freigabe der Presse. Die Gewährung dieser Bitten wird drei Canäle öffnen, die den Strom der Wahrheit zum Ohre unseres Fürsten leiten, und nur wenn dieser in höchster Lauterkeit zu fließen angefangen, wird es möglich seyn, Maßregeln für das Vaterland zu ergreifen, die als wirklicher Ausfluß eines vernünftigen Gesammtwillens in unserer ernsten Zeit allein den Namen wahrhaft vaterländischer verdienen, Maßregeln, allein geeignet, die Sicherung und die Zukunft unseres Vaterlandes zu verbürgen. Vertrauensvoll erwarten wir gewährende Verfügungen Eurer königl. Hoheit, Verfügungen, um einem braven treuen Volk verdientermaßen gerecht zu werden, dessen Name durch das bisherige System fast zu einem Spott geworden ist unter den Völkern. Wollte dazu sich Eure königl. Hoheit allergnädigst entschließen: Für alle Fälle politischer Natur vom Jahr 1830 an bis heute eine vollständige Amnestie und politische Rehabilitation eintreten und die Ministerialbeschlüsse gegen die Deutschkatholiken sofort aufheben zu lassen, so würde dieses zur Beruhigung der in diesen Zeiten und unter den obwaltenden Umständen nothwendiger Weise aufgeregten Gemüther sicherlich nicht wenig beitragen. Wir verharren ehrfurchtsvoll Eurer königl. Hoheit unterthänige Bürger der Stadt Hanau. Hanau, 29. Febr. 1848. (D. Z.)

Hanau, 2. März. Die Aufregung ist hier außerordentlich. Die Bürgerschaft hat gestern Nachts eine Deputation nach Kassel gesandt und drei Stunden früher ging eine energische Beschwerdeschrift von Seite des Stadtmagistrats an den Churfürsten ab. Man ist sehr gespannt auf die Resultate. Alles ist bis jetzt ruhig.

Gr. Hessen.

Darmstadt, 3. März. Gestern Abend war hier große Bürgerversammlung im Saal des Gasthauses zur Traube. Es wurde der Entwurf einer Adresse zum Zweck staatsrechtlicher Fortschritte an die beiden ständischen Abgeordneten der Stadt Darmstadt vorgelegt und über zwei Stunden lang, theilweise sehr stürmisch berathen. Später bestimmte man die Deputation, welche die Adresse überreichen soll. (Schw. Mkt.)

Darmstadt, 4. März. Eine Extrabeilage der „Großherzoglich hessischen Zeitung" enthält als „vorläufige Notiz", daß Se. königl. Hoheit der Großherzog Preßfreiheit auf die Grundlage des badischen Gesetzes, Bürgergarden in den Städten, Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, Geschwornengerichte ꝛc. zu bewilligen geruht haben, und die deßfallsigen nöthigen Vorlagen unverzüglich an die Stände kommen werden.

Offenbach, 2. März. Gestern wurde hier eine Adresse an die Landstände beschlossen, welche beantragt: Vertretung des Volks in einer zweiten Bundeskammer, allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht, volksthümlichere Einrichtung der Wehrverfassung, Versammlungs-, Associations-, Petitionsrecht, unbedingte Preßfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Religionsfreiheit, Anwendung der rheinischen Gesetzgebung in ihren Grundsätzen und so viel wie möglich in ihren Einzelnheiten auf das ganze Großherzogthum, und namentlich Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, Schwurgerichte, Collegialgerichte, Revision der Verfassung und der Gemeindeordnung auf freieren Grundlagen

(Fr. O.-P. A.-Z.)

Nassau.

Wiesbaden, 2. März. (Oeffentliche Bekanntmachung.) In heutiger Volksversammlung wurden die Forderungen der Nassauer festgestellt und sofort durch eine Deputation dem Staatsministerium zur Erklärung vorgelegt. Wegen Abwesenheit Sr. Hoheit des Herzogs, dessen Rückkunft stündlich erwartet wird, konnte die Erklärung des Staatsministers nur in Bezug auf allgemeine Bewaffnung und unbedingte Preßfreiheit bejahend gegeben werden. Die übrigen Puncte sind von der Anwesenheit Sr. Hoheit abhängig gemacht. Die befördernde Mitwirkung des Ministers aber zugesagt. Eine zweite Volksversammlung ist auf Samstag, den 4. März d. Js., Nachmittags 3 Uhr, auf dem Platze vor den Vier Jahreszeiten dahier bestimmt worden, und wird hierzu die Mitwirkung des ganzen Landes in Anspruch genommen.

Wiesbaden, 2. März. (Oeffentliche Bekanntmachung.) Bürger von Wiesbaden! Deutsche Männer! Große Ereignisse kommen uns nahe, und wenige Tage können über das Schicksal von Deutschland entscheiden. Zwei Gefahren müssen uns vorstehen: daß nicht nur durch Uneinigkeit Excesse und Unsicherheit des Eigenthums entstehen, und daß die große nationale Bewegung der deutschen Bevölkerung nicht durch Verbindungen mit dem Feinde des Vaterlandes ihres sichern Erfolges und ihrer Ehre verlustig gehe. Deutsche Männer und treue Bürger! Treten wir zusammen und ergreifen die Waffen. Die Regierung wird uns kein Hinderniß in den Weg legen. Sie muß uns vertrauen, unserm Muthe und unserer deutschen Gesinnung. Jeder treue Bürger lasse sich einschreiben zu den Schaaren unserer Bürgergarde, zur Vertheidigung der köstlichen Güter des Vaterlandes und unsers eignen Herdes. Deutschland lebe hoch. Wiesbaden, den 2. März 1848. Der Stadtrath und Stadtvorstand. Franz Bertram. Oeffner. Hergenhahn. Krieger. Käsebier. Leisler sen. Fischer. Krempel.

Wiesbaden, 2. März. (Oeffentliche Bekanntmachung.) Die Forderungen der Nassauer! Die neueste französische Revolution, hervorgerufen durch die Treulosigkeit und Corruption der Regierung, hat Europa erschüttert. Sie klopft an die Pforten von Deutschland. Es ist Zeit, daß Alles, was von nationaler Kraft, was von Freiheitsgefühl in der deutschen Nation ruht, zur schleunigsten Entfaltung gerufen werde. Es ist Vieles, was die Deutschen, was namentlich der Stamm der Nassauer zu fordern berechtigt ist. Aber die Zeit drängt, sie gestattet nicht Alles, was seit 33 Jahren versäumt worden ist, auf einmal zu ordnen. Folgende Forderungen aber sind es, welche sofort erfüllt werden müssen: 1) Allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl seiner Anführer, namentlich sofortige Abgabe von 2000 Flinten und Munition an die Stadtbehörde von Wiesbaden. 2) Unbedingte Preßfreiheit. 3) Sofortige Einberufung eines deutschen Parlaments. 4) Sofortige Beeidigung des Militärs auf die Verfassung. 5) Recht der freien Vereinigung. 6) Oeffentlichkeit, öffentliches mündliches Verfahren mit Schwurgerichten. 7) Erklärung der Domänen zu Staatseigenthum, unter Controle der Verwaltungen durch die Stände. 8) Sofortige Einberufung der zweiten Kammer lediglich zur Entwerfung eines neuen Wahlgesetzes, welches auf dem Hauptgrundsatz beruht, daß die Wählbarkeit nicht an einen gewissen Vermögensbesitz gebunden ist. 9) Beseitigung aller Beengungen der uns verfassungsmäßig zustehenden Religionsfreiheit.

Preußen.

Köln, 28. Febr. Da Köln für den Augenblick die wichtigste Stadt in Preußen ist, so fahre ich fort Ihnen täglich Bericht zu erstatten. Die Aufregung am Rheine ist groß. Alle höheren Classen haben zwar den Sturz des verkehrten Systems der französischen Regierung mit Genugthuung vernommen, aber daß die Regierung selbst

Digitized by Google

gefallen, daß eine Form der Regierung eingeführt ist, welche sich bisher für große europäische Länder nicht geeignet gezeigt, hat die Weiterschauenden bestürzt, und wenn sie zunächst auf Belgien und die Lombardei blicken, für den europäischen Frieden besorgt gemacht. Eine Enthaltung von jeder Einmischung, aber auch eine kräftige Abwehr fremder Einmischung in deutsche Angelegenheiten ist ihr nächster Gedanke. Sie hoffen, daß Deutschland sich zum vielleicht nöthigen Widerstande vor allen Dingen dadurch kräftige, daß die Fürsten mit ihren Völkern durch Erfüllung langgehegter Verfassungswünsche sich innig verbinden. Es heißt, die Deputirten dächten an eine Loyalitätsadresse, in welcher aber die Wünsche des Landes wohl nicht werden verschwiegen werden. (A. Z.)

Schleswig-Holstein.

Schleswig, 29. Febr. Der Wunsch und Wille unseres und des deutschen Volkes ist erfüllt worden. Beseler ist heute trotz aller Machinationen des Wahldirectors mit 46 Stimmen von 52 zum Abgeordneten für die nächste Wahlperiode erwählt worden. (W. Z.)

Freie Städte.

Frankfurt, 3. März. So eben erfahren wir, daß die Forderungen der Nassauer auf Volksbewaffnung, Preßfreiheit rc. gestern Abends vom Herzog (der von Berlin zurück ist) bewilligt worden sind. — Der Prinz Karl von Preußen soll hier eingetroffen seyn. (A. Z.)

Frankfurt, 3. März. Es verbreitet sich hier das Gerücht, von Seiten des Königs von Württemberg sey der Bundesversammlung eine neue überaus wichtige Erklärung zugegangen, und für den Fall, daß die in der Bundesacte enthaltenen, bis jetzt theils nur unvollständig erfüllten, theils noch ganz in der Schwebe gelassenen Zusagen nicht möglichst bald in endlichen Vollzug gebracht würden, sey ein sehr wichtiger Schritt der süddeutschen constitutionellen Staaten zu erwarten. — Von Seiten der Bundesversammlung ist, wie verlautet, dem Senate unserer freien Stadt das Anerbieten gemacht worden, in Betracht der Aufregung, die sich allenthalben kund gebe, eine Abtheilung Bundestruppen aus der Bundesfestung Mainz nach Frankfurt zu ziehen. Der Senat aber hat, wie man versichert, das Anerbieten abgelehnt, dagegen angeordnet, daß bis auf Weiteres unser Bürgermilitär im Vereine mit den Linientruppen die Wachen besetze und Patrouillendienste versehe. (C. v. u. f. D.)

Frankfurt, 4. März. Sicherem Vernehmen nach hat die Bundesversammlung sich in ihren letzten Sitzungen mit den militärischen Anordnungen beschäftigt, die zur Vertheidigung der Bundesgrenzen gegen mögliche Angriffe nothwendig sind. Insbesondere hat sie verfügt: an Preußen und die Staaten des 7. und 8. Bundesarmeecorps (Bayern, Württemberg, Baden und Großherzogthum Hessen,) für die Sicherheit der westlichen Grenze des Bundesgebiets Sorge zu tragen und darüber, was zu diesem Zwecke geschehen, der Bundesversammlung Anzeige zu machen; — an Oesterreich, Preußen, Bayern, Württemberg und Baden, diejenigen Besatzungstheile der Bundesfestungen Mainz, Luxemburg, Landau, Ulm und Rastatt bereit zu halten, die jedem dieser Bundesstaaten nach der Bundes-Kriegsverfassung zu stellen obliegt; — an Preußen, Bayern und Baden, als die betreffenden Grenzstaaten, von jedem Anzeichen einer Bedrohung des Bundesgebiets von Außen sofort der Bundesversammlung Mittheilung zu machen; — an sämmtliche Bundesregierungen die nach der Bundesmatrikel pro rata sie treffende Summe für die nöthig werdenden Ausgaben in die Bundescasse sogleich einzuzahlen.

Schweiz.

Bern, 2. März. Die Regierung von Neuenburg ist ohne Widerstand abgetreten. Zuzüge von Waadtländern, Solothurnern und Bernern waren in Bereitschaft. Namentlich die Längendörflergesellschaft. Der Vorort hat beschlossen, zwei Bataillone in den Kanton Neuenburg einrücken zu lassen. Die dafür bezeichneten Truppen bestehen zur Hälfte aus Bernern, zur Hälfte aus Waadtländern. Die Unterzeichner der Proclamation an die Bewohner von Locle sind die Mitglieder der provisorischen Regierung. (A. Z.)

Bern, 2. März. Gestern Abend ist die Regierung von Neuenburg durch den Einmarsch von 1400 bewaffneten Bergbewohnern aus Lachauxdefonds, Locle, Val de Travers in die Hauptstadt des Landes genöthigt worden, ihre Gewalt niederzulegen unter Vorbehalt der Genehmigung durch den König von Preußen. Die Volksbewegung in Neuenburg hatte schon am 26. Febr. begonnen und die Regierung hatte sich an den eidgenössischen Vorort Bern um Schutz gewendet durch Abordnung des Hrn. v. Chambrier. (A. Z.)

Belgien.

Brüssel, 29. Febr. Heute hat das Ministerium der Kammer ein äußerst wichtiges Gesetz vorgelegt, woran vor drei Tagen noch kein Mensch dachte. Nach der Constitution sollen Wähler seyn diejenigen, welche wenigstens 20 fl., höchstens 100 fl. Steuern zahlen. Das Wahlgesetz setzte in den verschiedenen Provinzen den Census verschieden, zwischen 80 und 20 fl. Nach dem Vorschlage des Ministeriums soll jeder Belgier, der 20 fl. directe Steuern zahlt, Wähler seyn. Die Zahl der jetzigen Wähler wird dadurch ungefähr verdreifacht.

(Schw. Mkr.)

Brüssel, 2. März. In der gestrigen Sitzung des Senats hat der Minister des Auswärtigen das Schreiben des Hrn. v. Lamartine an den belgischen Gesandten mitgetheilt, in welchem er, wie schon erwähnt, versichert daß die Revolution nichts in den Beziehungen zu den Staaten ändere. Die Regierung hat dem Gesandten befohlen, sogleich zu antworten, daß sie mit Freude den Willen Frankreichs vernehme die Unabhängigkeit der Nationen und den Frieden der Welt zu achten. Antwerpen wird in vollkommenen Vertheidigungszustand gesetzt. — Zwei große Häuser daselbst sollen ihre Zahlungen eingestellt haben. (Belg. Bl.)

Frankreich.

Paris, 3. März.

Eine Commission wird niedergesetzt werden, um sofort zur Reorganisation der Central-Verwaltung des Departement der Marine-Kolonien zu schreiten.

Die Leistungen der provisorischen Regierung finden die allseitigste Anerkennung. Die conservative Presse huldigt ihr, die Liberalen aller Farben, Legitimisten, Bonapartisten, Streng-Kirchlichen, die Republicaner des National, die Communisten, Socialisten, kurz alle Parteien. — Der Erzbischof von Paris hat am 29. Febr. alle Pfarrer eingeladen, sich ihren Befehlen zu fügen und die Fahne der Republik auf allen religiösen Gebäuden aufpflanzen zu lassen.

Nach einem Schreiben der „Allgemeinen Zeitung" aus Lyon, 2. März ist es dort zu bedeutenden Excessen gekommen. Der Sturm hat zunächst Klöstern und Gemeinschaften gegolten, welche weder Patent noch Steuer zahlten und doch sich mit allerlei Gewerben befaßten, so daß längst der Haß der Massen sich gegen sie gerichtet hat. Ueberall in der Nachbarschaft habe man ihre Webstühle zerstört. Doch bildeten sich auch dort schnell die Nationalgarde zum Schutz des Eigenthums.

Briefe aus Havre vom 28. Febr. sprechen ebenfalls von vielen Zügellosigkeiten die längs der Eisenbahnroute von Paris nach Havre ausgebrochen. Mehrere Brücken, Bahnhöfe, Waarentransporte rc. gingen in Flammen auf. In Rouen besonders war der Kriegsruf der Massen: Tod den Engländern! Es finden sich bekanntlich in diesen Theilen der Normandie viele englische Arbeiter.

Von der französischen Schweizergrenze, 2. März. Die Republik ist bei uns überall ausgerufen und anerkannt. Welchen Begriff das ungebildete und rohe Landvolk von diesem neuen politischen Zustande hat, mag daraus ersichtlich seyn, daß es in vielen Orten des oberrheinischen Departements Plünderungen vornahm, Häuser in Brand steckte und sich Excesse aller Art erlaubte. Die Militärbehörde mußte nach verschiedenen Richtungen Truppen senden, um dem herumziehenden Gesindel das Handwerk zu legen. Man soll sich namentlich sehr stark gegen Juden vergriffen haben, und von diesen flüchteten sich sogar viele Familien nach Basel und den größeren Städten des Elsasses. Begüterte Familien sind nicht wenig in Angst wegen weiterer Plünderungs- und Zerstörungswuth. (Einer der Brüder Köchlin von Mühlhausen hat, wie wir hören, sich ebenfalls nach Basel geflüchtet.)

Großbritannien.

London, 2. März.

In der Sitzung der Gemeinen vom 1. März hat Lord Palmerston erklärt, daß während der letzten Ereignisse in Paris gegen keinen britischen Unterthan ein Gewaltact ausgeübt worden, wie solche sich auch von jeder unbesonnenen That durchaus ferne gehalten hätten.

In der Sitzung des Oberhauses am 28. Febr. wurde nach kurzer Verhandlung die Bill zur Anknüpfung diplomatischer Verhältnisse mit Rom ohne Abstimmung zum drittenmal gelesen und sofort angenommen.

Auf eine an Graf Jarnac gelangte Depesche Hrn. v. Lamartines, welche die Regierungsänderung in Paris anzeigte, verließen der Herzog von Nemours und seine Anverwandten das französische Gesandtschaftshotel, um einstweilen Gemächer in der belgischen Gesandtschaft auf Portland-Place zu beziehen.

Dänemark.

Kopenhagen, 26. Febr. Heute fand die Abführung der Leiche Christian's VIII. nach Roeskilde statt. Die Truppen und die bürgerlichen Corps paradirten en haye von Amalienburg bis zur eisernen Pforte in der Frederiksberger Allee, unter Kommando des Kommandanten von Kopenhagen, Generals Hagen, und ihre Musikcorps führten, während die Prozession paradirte, die Trauermusik aus. Die Straßen waren erleuchtet und auf allen Plätzen Pechkränze aufgesteckt. Bei Charlottenburg hielt der königliche Leichenwagen still und von einer vorne am Thore errichteten Tribüne wurde von Künstlern ein schönes „Lebewohl" aufgeführt. Vom Westerthor herab, welches mit Lampen decorirt war, die über dem Thore die Inschrift: „Farvel" bildeten, wurde die Leiche ebenfalls mit einem Liede begrüßt, welches mehrere Gesangvereine ausführten. Außerhalb des Thores, jenseits der Freiheitsstatue, beim Anfang von Vesterbroe, war von Landbewohnern des Amts Kopenhagen eine kolossale Ehrenpforte errichtet, die mit Grün bekleidet und mit einer Menge Lampen erleuchtet, oben an der inwendigen Seite den Namenszug des verewigten Königs in Brillantfeuer zeigte, darunter die Inschrift: „Gesegnet sei König Christian's VIII. Andenken," und gerade über der Durchfahrt: „Aufgeführt von dankbaren Landkommünen." In den Seitenfeldern sah man zwei transparente Malereien mit passenden Inschriften. Außer der zugesagten Folge hatten die kopenhagener Geistlichkeit, und zugleich auch die Geistlichkeit der nicht-lutherischen Confessionen — wenigstens der Prediger und Katechet bei der mosaischen Gemeinde — der Magistrat, die Bürger-Repräsentanten, die Aelterleute der Zünfte und die Vormänner der Corporationen, sich dem Zuge angeschlossen. Der eigentliche Beisetzungsakt geht heute in Roeskilde vor sich. (Alt. Merk.)

Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

2307. Da bei der Versteigerungstagsfahrt am 28. v. Mts. kein Kaufsangebot erfolgte, so wird das Anwesen der Bauersеheleute Xaver und Elisabeth Tried zu Deutenhausen auf Antrag eines Gläubigers der zweiten Versteigerung unterworfen, wozu auf

Montag den 27. März d. Js. Vormittags 9 Uhr

im Gasthause zu Schwangau Termin angesetzt ist. Das Anwesen besteht aus dem Wohnhause mit Stallung, Brunnen und Hofraum, einem Gras- und Krautgarten und 42 Tagw. Wiesen und Aeckern, ferner einem ganzen Rußantheile an den noch unvertheilten Gemeindegründen, — ist mit 2 fl. 52 kr. einfacher Grund- und 3 kr. Haussteuer, 1 fl. 8¼ kr. Handlohnsbodenzins, 2 fl. 29¾ kr. Bodenzins, 2 Schff. Kirchhaber und 36 kr. Läutgeld belastet und auf 2328 fl. 40 kr. geschätzt. Kaufsliebhaber werden hiezu mit dem Bemerken eingeladen, daß der Zuschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth geschehe, und daß dem Gerichte unbekannte Käufer sich über guten Leumund und Zahlungsfähigkeit durch legale Zeugnisse auszuweisen haben.

Schongau den 29. Februar 1848.

Königliches Landgericht Schongau.
Frhr. v. St. Marie.

Bekanntmachung.

2312. Die Johann Nepomuk und Crescentia Baroner'schen Färberseheleute von Winzer beabsichtigen nach Nordamerica auszuwandern. Allenfallsige Forderungen an selbe wollen deßhalb

bis zum 1. April d. Js.

hierorts bei Vermeidung der Nichtberücksichtigung angebracht werden.

Am 26. Febr. 1848.

Königl. Landgericht Hengersberg.
Obermaier,
Landrichter.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 59.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger Gasse Nro. 21 auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Mittwoch XLIX. Jahrgang. 8. März 1848.

Deutschland.

Bayern.

*† München, 8. März. Se. königl. Hoheit der Erbgroßherzog von Hessen-Darmstadt ist Mitregent geworden. — Ihre königl. Hoheit die Frau Erbgroßherzogin tritt morgen die Rückreise nach Darmstadt an.

München, 8. März. Das vorgestern erschienene königl. Regierungsblatt (Nro. 8) enthält außer der von uns schon mitgetheilten königl. Proclamation noch folgende Dienstesnachrichten: die Stelle des Vorstandes der Akademie der Wissenschaften mit dem nächstbevorstehenden Ablauf der Amtsperiode des dermaligen Vorstandes, Frhrn. v. Freyberg-Eisenberg, dem königl. Universitätsprofessor und ordentlichen Mitgliede der Akademie der Wissenschaften, Hofrath Dr. Friedr. Thiersch in München, auf drei Jahre verliehen, und demselben die Function des Generalconservators der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates auf die gleiche Zeitdauer übertragen; die eröffnete Archivarsstelle bei dem Ministerium des Innern wurde dem geheimen Secretär im genannten Ministerium, Georg Michael Baldauf, provisorisch verliehen; der bisherige Professor der Philosophie und Geschichte, Dr. Fallmerayer, wurde zum ordentlichen Professor der Geschichte an der königl. Universität München in provisorischer Eigenschaft ernannt.

*† München, 8. März. Nachdem unsern Studirenden von Sr. Majestät die allerhöchste Genehmigung zur Errichtung eines Freicorps im Falle eines Krieges, sowie zur theilweisen Uebernahme der Patrouillen geworden, herrscht unter denselben bereits ein rühriger, muthiger Geist. Die Hallen der Universität sind vor der Hand in Wachtzimmer umgeschaffen, die jungen Männer haben sich in Compagnien abgetheilt, und üben sich im Gebrauch der Waffe. Heute Morgens leisteten dieselben vor Sr. Exc. dem Fürsten Wallerstein den Constitutionseid. — Auch die Künstler haben sich zu demselben patriotischen Zwecke vereint; ihre Caserne ist beim Stubenvoll, und das Exerciren wird von ihnen mit größtem Eifer betrieben. Künstlern und Studenten wurden vom königl. Kriegsministerium Waffen gereicht.

*† München, 8. März (Mittags 12 Uhr). JJ. MM. der König und die Königin, mit Ihrer königl. Hoheit der Frau Erbgroßherzogin von Hessen-Darmstadt fahren soeben in die Ludwigsstraße, wo gerade die fünf Verbindungen der Universität, mit dem Hrn. Rector an der Spitze, die neue Wache im alten Universitätsgebäude bezogen. Die allerhöchsten Herrschaften wurden mit einem stürmischen Hoch begrüßt. Die schöne Haltung des akademischen Freicorps erregte allgemeine Bewunderung.

Augsburg, 6. März. Wie wir vernehmen hat der Magistrat unserer Stadt, im Gefühle den energischen Forderungen der Zeit nicht widerstehen zu können beschlossen, bei der Regierung auf Oeffentlichkeit seiner Verhandlungen anzutragen. (Augsb. Abdz.)

Die „Allgemeine Zeitung" schreibt bezüglich der Königlichen Proclamation: Wir wissen nicht, welches der Eindruck, der Jubel im übrigen Deutschland seyn wird, aber hier in Augsburg war am Abend (6. März) die ganze Stadt festlich beleuchtet. Von vielen Häusern flaggten die bayerischen Farben über der bis tief in die Nacht durch die Straßen wogenden Menge, aus welcher endlose Lebehoch dem Könige ertönten. Der erste Bürgermeister verkündete auf dem Rathhause die frohe Botschaft und zugleich die günstige Entgegennahme der Augsburger Adresse in München. Vor dem Rathhause ließ die Liedertafel festliche Gesänge erschallen. — Heil Deutschland, daß sich einer der mächtigsten deutschen Fürsten gefunden hat, der die theuersten Anliegen des Vaterlandes, die Constituirung seiner Nationaleinheit auf sein Banner schreibt!

Die Besatzung in den Festungen Landau und Germersheim wird in der Art vermehrt, daß die daselbst befindlichen Abtheilungen auf die vorgeschriebene Stärke gebracht werden, auch die denselben zugewiesenen diesjährigen Conscribirten werden präsent gehalten. Die Verstärkung der Artillerie- und Genie-Truppen daselbst ist ebenfalls angeordnet. Von Ingolstadt wird eine Abtheilung Genietruppen nach Landau und Germersheim verlegt. (N. W. Z.)

Aus der Pfalz, 3. März. Damit die Motion des edlen Bassermann auf „Vertretung der Ständekammern am Bundestag" nicht abermals ein frommer Wunsch bleibe, werden Sonntag den 5. März in Heidelberg deutsche Volksvertreter aus Rheinpreußen, den beiden Hessen, Baden, Württemberg, Bayern (jenseits konnte wegen Kürze der Zeit nur Kirchgeßner hiezu aufgefordert werden) zusammentreten. (B. Bl.)

Württemberg.

Stuttgart, 4. März. Minister von Schlayer ist seiner Stelle enthoben und Dir. v. Linden zum Minister des Innern ernannt. (N. C.)

Stuttgart. Nach dem neuesten „Schwäbischen Merkur" sind die Kammern wirklich auf königl. Befehl vom 5. März auf den 13. d. Mts. wieder einberufen. — Nach einer Eröffnung des Ministers Schlayer vom 5. März an die königl. Stadtdirection Stuttgart ist der König geneigt, wenn die Stände die Einführung des Instituts der Geschwornengerichte für angemessen erkennen sollten, Höchstseine Zustimmung zu geben. Bezüglich der Bitte um Versammlungsrecht ist der König entschlossen, einen Gesetzentwurf an die Stände gelangen zu lassen.

Stuttgart, 5. März, Abends. So eben verbreitet sich die Sage, daß die Stände unverzüglich wieder einberufen werden sollen, und daß Se. Majestät der König befohlen habe, einer ungesäumten Berathung derselben Gesetzentwürfe über Volksbewaffnung und Volksversammlungen vorzulegen, nicht minder das revidirte Strafgesetz und die Strafprozeßordnung mit Schwurgerichten. (Schw. Mkr.)

Stuttgart, 6. März Mittags. Wie wir hören, tritt in der Besetzung der Ministerstellen eine wesentliche Veränderung ein. (Schw. Mkr.)

Baden.

Karlsruhe, 3. März. Das Feuer im Ministerium des Auswärtigen brach an drei bis vier Orten zugleich aus; in das Zimmer des jungen v. Dusch flog zwischen 6 und 7 Uhr eine Petarde. Das anstoßende Fürstenberg'sche Palais ist gerettet. Noch an einigen andern Häusern fand man Schwefelfäden.

Karlsruhe, 5. März. In einem heute ausgegebenen Extrablatt zur Karlsruher Zeitung erhalten wir die Beschlüsse des Großherzogs auf die von der Kammer der Abgeordneten am 2. März an ihn gerichteten Wünsche. Die Regierung wird die Karlsbader Beschlüsse v. 20. Septbr. 1819, die Frankfurter vom 30. Junius, 28. Juni und 8. Nov. 1832, sowie die Beschlüsse der geheimen Wienerconferenzen von 1834 im Großherzogthum nicht zur Anwendung bringen. In den Huldigungseid, den die Staatsbürger überhaupt zu leisten haben, soll die Verpflichtung auf die Verfassung aufgenommen werden, ebenso in den Diensteid der Staatsdiener, sowie der Officiere und anderer Militärbeamten, und dieser neue Diensteid wird alsbald von den Genannten geleistet werden; das Militär wird bereits seit 1841 auf die Gesetze, worunter ohne Zweifel die Landesverfassung das wichtigste ist, verpflichtet. Die Regierung ist bereit, den Ständen in der von der zweiten Kammer angedeuteten Richtung Gesetzentwürfe vorzulegen: behufs der Aufhebung der Beschränkung politischer Rechte aus Rücksichten der Confession, sowie in Betreff der Verantwortlichkeit der Minister, und behufs der Zulassung von Klagen wegen Amtshandlungen ohne vorgängige Ermächtigung des Ministeriums; ferner behufs der Beseitigung der Rechte des Feudalwesens; der Beseitigung privilegirter Gerichtsstände; der Einführung einer volksthümlichen Kreis- oder Bezirksverwaltung, und endlich behufs der unabhängigen Stellung der Richter. Die Regierung ist ferner zu allen Anordnungen bereit, welche eine gerechte Vertheilung der Staats- und Gemeindelasten begründen, oder eine Fürsorge für Gewerbsamkeit und einfache Arbeit enthalten. Sie theilt die Ueberzeugung, daß es zur innigeren Verbindung der deutschen Völker, zur Stärkung der nationalen Einheit und Kraft noch weiterer Einrichtungen bedarf. Sie wird den Zeitpunct, wo das große dießfallsige Bedürfniß mit Macht hervortritt, nicht vorübergehen lassen, ohne mit andern Bundesstaaten darüber in Verkehr zu treten. Sie wird zu jedem Mittel, das den gedachten Zweck erreichen und das Vertrauen des deutschen Volkes auf seine Einrichtungen durch Benützung volksthümlicher Elemente bekräftigen kann, mit Freuden die Hand bieten. Sie mißkennt nicht, daß die Mitglieder des Staatsministeriums des öffentlichen Vertrauens bedürfen, und sie wird auch hinsichtlich der Bundestagsgesandtschaft diesem Gesichtspunct Rechnung tragen.

Karlsruhe, 5. März. Neues Ministerium: Zolldir. Goßweiler Präsident des Finanz-, Dir. Brunner des Justiz-, Oberst Hoffmann des Kriegsministeriums, Reg.-Rath Hoffmann in Stettin Zolldirector, Rebenius, Bundestagsgesandter.

Mannheim, 2. März. Obschon man im Allgemeinen die Ruhe als hergestellt betrachten kann, dauert doch die Aufregung noch fort. Es dient dies zum Beweise, daß die Volksredner weniger das Volk aufregen, als es ermuthigen und zugleich beruhigen wollen. Die jetzige Zeit ist viel zu ernst, als daß es im Interesse irgend einer Partei wäre, das Volk zu reizen. Die Kriegsrüstungen werden mit dem größten Eifer und der möglichsten Schnelligkeit betrieben. Eilboten eilen nach Karlsruhe und kommen von dort. Auch zur Bildung der Landwehr wird mit Ernst geschritten, die Officiere sollen jedoch nicht aus der Linie genommen, sondern aus tüchtigen ausgedienten Militärs gewählt werden.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Mannheim, 2. März. Man will mit Gewißheit versichern, daß eine Rheinarmee zusammengezogen werde. In Karlsruhe soll beschlossen worden seyn, die Beurlaubten einzurufen, auch sollen Befehle an die Regimenter ergangen seyn, noch weitere 600 Mann per Regiment Infanterie und im gleichen Verhältnisse auch die Cavallerie einzurufen. Mannheim ist ruhig. Das Comité zur Errichtung der Bürgergarde ist gewählt, und wird im Laufe des heutigen Tages das nähere besprechen. Bis jetzt wird der Vorrath an Waffen nicht in der Ausdehnung hinreichen, daß das ganze Volk bewaffnet werden kann. Von Seiten unserer Regierung

wird aber alles gethan, was gut, recht und zweckmäßig ist. Die Parteien scheinen verschwunden; überall herrscht die größte Einheit. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Mannheim, 3. März. Gestern Abend um 9 Uhr kehrten jene Bürger, welche in Karlsruhe zur Beobachtung der Kammerverhandlungen zurückgeblieben waren, unter ihnen v. Struve und H. Hoff, in hiesige Stadt zurück. Sie wurden ebenfalls, wie Tages vorher, von einer großen Menschenmenge am Bahnhofe empfangen und durch die Straßen auf den Marktplatz geleitet. Von der Altane des Rathhauses herab verkündete v. Struve die in den zwei letzten Tagen errungenen Rechte und Freiheiten. Zuletzt ward v. Struve von der freudetrunkenen Bevölkerung nach seiner Wohnung begleitet. (Schw. Mkr.)

Mannheim, 3. März. Seit gestern sieht man die schwarz roth-goldene Farbe hier von allen Classen der Bürgerschaft getragen, selbst die Mützen der Knaben sind damit geschmückt.

K. Sachsen.

Die Aufregung gegen den Druck, unter dem auch das sächsische Volk schmachtet, nimmt täglich zu. Ein Schrei erhebt sich gegen den Fortbestand der Censur. Einstweilen haben jetzt in der Eile 18 Buchhändler folgende Erklärung an das königl. sächs. hohe Gesammtministerium abgesandt: Die Unterzeichneten erheben in dem Augenblicke, wo die lebensunfähige Welt der völkerunterdrückenden freiheitsfeindlichen Staatsweisheit von 1815 in ihren Angeln wankt, nochmals den Ruf der Mahnung, den Ruf um Recht an diejenigen, die bisher ihre Stimme nicht hörten, und das Recht verweigerten. Sie erklären vor dem Angesichte Europa's die geistesmörderische Censur noch einmal für eine Schande und Schmach, die ein gebildetes Volk nicht ertragen kann, nicht ertragen darf. Sie erklären die Ausnahmsgesetze, welche dieselbe schufen und erhalten, nochmals für widersprechend dem ewigen Menschenrechte und der Bildung unserer Zeit. Sie erklären die Hemmung der Besprechung innerer Angelegenheiten, selbst diesen Ausnahmsgesetzen gegenüber für eine Handlung der Willkür und Gewalt. Sie erklären es für einen schnöden Eingriff in Recht und Eigenthum, wenn man ihnen wohlerworbene Bücher und Zeitschriften unterdrückt oder wegnimmt, ohne Urtheil und Rechtsspruch. Sie erklären, daß sie nicht mehr bitten mögen, um ihr gutes Recht, daß sie aber hiermit die unausbleiblichen Folgen fernerer Rechtsverweigerung öffentlich und feierlich auf diejenigen wälzen, welche für Bitten und Mahnungen bisher kein Gehör hatten. Leipzig, am 29. Febr. 1848, dem achten 29. Febr. seit Einführung der Censur. (A. Z.)

Gr. Hessen.

Darmstadt, 5. März. Der Großherzog hat den Erbgroßherzog zum Mitregenten ernannt.

Mainz, 3. März. Außer dem Abgeordneten Aull, der angeblich in der zweiten Ständekammer gegen die in der hiesigen Adresse angedeuteten Wünsche sich ausgesprochen haben sollte, wurden gestern Abend auch noch im Regierungsgebäude die Fenster eingeworfen. Mittlerweilen war die Gendarmerie mit Unterstützung der Garnison ausgerückt, um die Menge zu zerstreuen. Diese sammelte sich jedoch später, zog vor das Stadthaus, schlug dort, so wie am Justizpalast und am Steuerbureau die Fenster ein, und konnte an weiteren Excessen nur durch das Einschreiten einiger Compagnien Militärs gehindert werden. Nach solchen bedauerlichen Auftritten ist zu besorgen, daß das Festungsgouvernement die Polizeigewalt übernehmen werde. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Mainz, 4. März. Die vorgestrige Nacht ist in Excessen verflossen. Das Volk hat mißliebigen Beamten die Fenster eingeworfen, anderen beliebten Vivats gebracht. Eine zweite Deputation hat sich mit den 11 Petitionspuncten der ersten Deputation, welche am 2. abgegangen heute wiederum zu den Vertretern in der Kammer nach Darmstadt begeben. Die Puncte lauten zu bitten: 1) um unbedingte freie Presse. 2) Erhaltung unserer bisherigen Gesetzgebung. 3) Zurücknahme des Polizeistrafgesetzbuches. 4) Möglichste Verminderung des stehenden Heeres. 5) Sofortige Beeidigung des Militärs auf die Verfassung. 6) Allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl der Officiere. 7) Volle Gleichstellung aller Religionsculte. 8) Zeitgemäße Revision der Verfassungsurkunde und der Gemeindeordnung. 9) Freie Gemeindeverwaltung ohne die alles beengende Bevormundung durch Beamten. 10) Freie Berathung öffentlicher Interessen in allgemeinen Versammlungen und unverkümmertes Recht die Wünsche des Volks durch Collectiv-Petitionen ihren Vertretern vorzutragen. 11) Allgemeines deutsches Parlament.

Worms, 4. März. In der ganzen Provinz circuliren Adressen an die Abgeordneten, deren Inhalt im Allgemeinen mit denen des übrigen südwestlichen Deutschlands übereinstimmt. (Mannh. Z.)

Preußen.

Berlin, 28. Febr. Wie man hört, ist im Ministerrath unter Vorsitz des Königs beschlossen worden, sofort alle militärischen Anstalten zu treffen, um jedem Ueberfluten der französischen Bewegung über die preußische Grenze kräftig entgegenzutreten, und um andererseits jeder Störung des Friedens, die möglicher Weise hieraus folgen könnte, sogleich zu begegnen. Es sollen definitive Marschbefehle einerseits nach dem Rheine, wo z. B. ein Theil des in Coblenz garnisonirenden Militärs sogleich der Grenze näher rücken soll, und nach Pommern, von wo vier Regimenter (zwei Infanterie- und zwei Cavallerie-Regimenter) ungesäumt weiter nach dem Südwesten vorgehen sollen, abgegangen seyn. (Köln. Z.)

Breslau, 26. Febr. Die Geschichte des sogenannten socialistischen Verbandes hat noch nicht ausgespielt, sondern scheint eine noch tragischere Wendung nehmen zu wollen. Es ist bereits erwähnt worden, daß die beiden Gebrüder H. wegen schwerer Majestätsbeleidigung dem königl. Inquisitoriate übergeben worden seyen, doch müssen bei den Haussuchungen noch mehr gravirende Indicien vorgefunden worden seyn, auf welche hin sich selbst eine Anklage auf Hochverrath basiren ließe. Es geht Dieß aus dem Umstande hervor, daß der Staatsanwalt Grote hier angekommen ist, wahrscheinlich um diese Indicien aus den Untersuchungsacten zu prüfen, und, falls sie sich dazu angethan zeigten, die Anklage bei dem Kammergericht zu Berlin zu erheben. (Wes.-Z.)

Die „Kölner Zeitung" schreibt in einem Extrablatt aus Köln vom 3. März: So eben geht uns folgende „amtliche Bekanntmachung" zur Veröffentlichung zu: „Die Ruhe der Stadt Köln ist heute Abend in bedauerlicher Weise gestört worden. Es hat eine Anzahl von Personen gewagt, den in Ausübung seines Berufes im Rathhause versammelten Gemeinderath nicht mit Bitten, sondern mit „Forderungen des Volkes" zu bestürmen versucht, eine Genehmigung von Anträgen durch Gewalt zu erzwingen, die in ordnungsmäßigem, gesetzlichem Wege bei den loyalen Vertretern der Stadt in keiner Weise Eingang finden konnten. Diese „Forderungen des Volkes" wurden in vielen Exemplaren vertheilt und laut verlesen. Es wurde unter aufrührerischen Reden die Versammlung der Gemeindeverordneten eine geraume Zeit in dem Rathhause belagert, bis die bewaffnete Macht den Rathhausplatz von der zahlreich versammelten Menge säuberte, und einer der Rädelsführer, der seit längerer Zeit den Behörden als solcher bezeichnet war, zur Haft gebracht wurde. Er ist der Justiz überantwortet. Die gerichtliche Untersuchung wird sofort über dieß in unserer Provinz unerhörte Attentat eingeleitet werden.

Coblenz, 2. März. Der hiesige Stadtrath hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen in einer unmittelbaren Petition Se. Majestät den König um Zurücknahme des gegenwärtig vom Stände-Ausschuß berathenen Strafgesetz-Entwurfs zu bitten. — Im hiesigen Artillerie-Laboratorium werden gegenwärtig ununterbrochen mit größter Thätigkeit scharfe Patronen angefertigt und schon vorgestern wurde eine bedeutende Quantität Munition auf der Mosel nach Saarlouis und Luxemburg verladen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Aus Preußen, 29. Febr. Sowohl im russischen Polen als in Galizien sollen wieder zahlreiche Emissäre der polnischen Propaganda thätig seyn, das Volk und den Adel zu neuen Unternehmungen aufzuregen. (A. Z.)

Schleswig-Holstein.

Viele Bürger und Einwohner Altonas haben Sr. Majestät dem Könige eine Petition um Gestattung des freien Gebrauchs der Presse in den die Herzogthümer Schleswig und Holstein betreffenden öffentlichen Landesangelegenheiten eingereicht.

Freie Städte.

Frankfurt a. M., 5. März. Der Herzog von Nassau hat gestern Abend nach seiner Ankunft in Wiesbaden, wo das Volk und mehrere tausend bewaffnete Bauern in größter Aufregung seiner harrten, erklärt, daß er alle Forderungen des Volkes bewillige. Den Mainzer Deputirten ist ebenfalls von der hessischen Regierung Gewährung zugesagt worden. Dagegen sollen die Hanauer einen abschlägigen Bescheid zurückgebracht haben. (A. Z.)

Oesterreich.

Wien, 2. März. Der Eindruck, den die neue furchtbare Umwälzung in Frankreich hier hervorgebracht, ist ein gewaltiger; mit fieberhafter Aufregung werden die einzelnen telegraphischen Meldungen aufgenommen, und kaum vermag man sich über die unerwarteten Hiobsposten zu ermannen, die mit überraschender Schnelligkeit auf einander folgen. Nach Allem zu urtheilen, was wir hier hören, wird man sich hier den Ereignissen in Frankreich gegenüber auf eine defensive Haltung beschränken. — Das Anlehen, welches wir dem Kaiser von Rußland verdanken, ist bereits am letzten Februar in Gold und Silber realisirt worden, und beträgt die Summe von 50 Millionen Gulden (nach andern 80 Mill.). Se. Majestät der Kaiser Nicolaus verlangte für diese bedeutende Summe keine andere Sicherstellung und Garantie als die einfache Unterschrift unseres Monarchen. Zugleich haben sich die Herzoge von Este und Mitglieder unserer kaiserlichen Familie zu Vorschüssen für den Staat bereit erklärt, im Ganzen 100 Millionen Gulden. Der Staatsminister Graf v. Ficquelmont ist zum Präsidenten des Hofkriegsrathes ernannt worden. Der Generaladjutant Sr. Majestät des Kaisers, Graf von Wratislaw, hat das Commando über das erste Corps der italienischen Armee erhalten. Die Mitglieder der Canzlei, welche dem Vicekönig von Italien ad latus beigegeben wird, sind bereits bestimmt, und der Präsident dieser Canzlei in dem Grafen v. Montecuccoli ernannt worden. Der Sitz der viceköniglichen Regierung soll, wie es heißt, von Mailand nach Verona verlegt werden. (A. Z.)

Italien.

Messina, 26. Febr. Das Volk hat vor der Stadt eine Citadelle mit Sturm genommen. Es herrschte die größte Aufregung; die Stadt ward 42 Stunden mit ziemlichem Schaden bombardirt. (Schw. Mkr.)

Turin, 24. Febr. Heute ist das königl. Patent erschienen, durch welches die Waldenser zu allen bürgerlichen und politischen Rechten zugelassen werden.

In Venedig soll es zu sehr ernsten Auftritten gekommen seyn. (D. Bl.)

Frankreich.

Paris, 4. März.

Heute findet die feierliche Bestattung der am 23. und 24. Febr. gefallenen Patrioten statt. — Der Finanzminister Goudchaux machte bekannt, daß die Semesterzahlung der 5proc., 4½proc. und 4proc. Renten, die am 22. März fällig, zu Paris und in den Departements an den gewöhnlichen Cassen effectuirt wird, und zwar zu Paris vom 6. März und in den Departements vom 15. März ab. — Das Journal des Débats veröffentlicht folgende telegraphische Depesche: Der Unterpräfect v. Avranches, 3. März, 4 Uhr. Ein Capitän, der gestern Abend von Jersey (Insel) gekommen, hat erklärt, daß die Herzogin v. Orleans, ihre Kinder, Hr. Guizot und der General ..... Montag Abends von Graville aus dort angekommen. Der Gouverneur der Insel (Jersey) hätte ein Dampfboot zu ihrer Ueberbringung nach England ihnen zur Verfügung gestellt.... (Durch die Nacht unterbrochen.)

Eine Proclamation der provisorischen Regierung vom 1. März sagt: „In Betracht, daß seit einem halben Jahrhundert jede neue Regierung, die sich erhoben, Eide verletzte und sich leisten ließ, die bei jedem politischen Wechsel durch andere ersetzt wurden; in Betracht, daß jeder Republicaner als erste Pflicht volle Hingebung ohne Vorbehalt für sein Vaterland besitzt, und daß jeder Bürger, der unter der republicanischen Regierung ein Amt annimmt oder es zu bekleiden fortfährt, noch die ganz besondere heilige Verpflichtung eingeht, ihr zu dienen und sich ihr ganz zu ergeben, verordnet die provisorische Regierung: „Die Beamten der Verwaltung und der Gerichte leisten keinen Eid."

Die provisorische Regierung erläßt fortwährend Decrete. Ein von gestern datirter Erlaß unterdrückt jede Formel eines politischen Eides von Seiten der Angestellten. Ein anderer fordert die Geistlichen aller Confessionen unter Zusicherung der vollsten Religionsfreiheit auf, den göttlichen Segen auf das Werk des Volkes

herabzuflehen. Die katholischen Bischöfe werden ersucht, die alte Formel durch: „Domine salvam fac Rempublicam" zu ersetzen. Gegen Personen, welche Anschläge an die Straßenecken anheften oder Flugschriften vertheilen, auf welchen der Name des Druckers nicht genannt ist, werden die strengsten Strafen in Aussicht gestellt. — Hr. Armand Marrast ist mit dem besondern Auftrage betraut worden, die Verwaltung aller beweglichen und unbeweglichen Güter der alten Civilliste, sowie der den Prinzen und Prinzessinnen des alten königlichen Hauses gehörigen Privatdomänen zu übernehmen.

Hr. v. Lamartine hat den Gesandten in Paris seine Uebernahme des Portefeuilles des Auswärtigen durch folgendes Schreiben angezeigt: „Herr Botschafter! Ich habe die Ehre, Ihnen zu eröffnen, daß die provisorische Regierung der französischen Republik mir das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten anvertraut hat. Die republicanische Form der neuen Regierung hat weder die Stellung Frankreichs in Europa, noch seine legalen und aufrichtigen Gesinnungen geändert, seine Beziehungen guter Eintracht mit den Mächten aufrecht zu halten, welche, gleich ihm, die Unabhängigkeit der Nationen und den Frieden der Welt wollen werden. Es wird ein Glück für mich seyn, durch alle in meiner Gewalt stehenden Mittel zu dieser Eintracht der Völker in ihrer gegenseitigen Würde mitzuwirken und Europa daran zu erinnern, daß der Grundsatz des Friedens und der Grundsatz der Freiheit am nämlichen Tage in Frankreich geboren wurden. Genehmigen Sie :c. Lamartine."

Lord Normanby ist seit 2. März in amtlichen Verkehr getreten, indem er Hrn. v. Lamartine Briefschaften des Lord Palmerston in Betreff der Gesinnungen der britischen gegen die neue französische Regierung officiös mitgetheilt hat. Lord Palmerston zeigt ihm an, daß England das Recht der französischen Nation, ihre Regierungsform zu ändern, ohne Bedenken anerkennt. Nur ist beigefügt, daß die diplomatischen Bräuche die englische Regierung nicht ermächtigen, definitive politische Agenten bei einer provisorischen Regierung zu bestellen, daher werde die englische Regierung ihren Botschafter bei der französischen Republik beglaubigen, sobald die Nationalversammlung die provisorische in eine definitive Regierung verwandelt haben werde. Einstweilen wird Lord Normanby ermächtigt, nicht allein die üblichen Verhältnisse mit der provisorischen Regierung zu unterhalten, sondern auch alle Beziehungen des guten Vernehmens und der Freundschaft, welche die beiden Regierungen beseelen sollen.

Cabet, das Haupt der Communisten, hat sich der provisorischen Regierung der Republik angeschlossen, er spricht seine unbedingte Achtung des Eigenthums aus und erklärt, daß es niemals seine und seiner Freunde Absicht gewesen sey, die Grundsätze des Communismus auf einem andern Wege als jenem der Ueberzeugung zum Sieg zu führen.

Großbritannien.

London, 29. Febr. Noch herrschte über das Schicksal der übrigen Mitglieder der vertriebenen französischen Königsfamilie — der „ex royal family", wie die Londoner Blätter sagen — große Ungewißheit. Die „Times" gibt über die Flucht und Zerstreuung der Unglücklichen folgende Details, mit der Bemerkung, daß sie von einem Augenzeugen und Theilnehmer dieser Schicksale herrühren: „Als die Herzogin von Orleans und der Herzog von Nemours die stürmisch bewegte Deputirtenkammer verließen, führte dieser den jungen Grafen von Paris, jene ihren zweiten Sohn, den Herzog von Chartres. So schrecklich war der Volkszudrang, daß die beiden Kinder von ihren Beschützern getrennt wurden, und daß der Herzog von Chartres nur mit äußerster Mühe im Gedränge wiedergefunden werden konnte. Der Herzogin und ihrem Schwager blieb nun keine andere Wahl, als sich nach dem Invalidenhotel zu wenden; sie erreichten dasselbe unter dem Schutz eines Häufleins ergebener Soldaten. Sofort fanden beide rathsam sich zu trennen, um einzeln ihre Rettung zu bewerkstelligen. Nemours verließ Paris direct, und traf auf dem Wege nach Boulogne zusammen mit seinen Verwandten, dem Herzog und der Herzogin von Sachsen-Coburg, mit denen er am Sonntag über den Canal setzte. Von den übrigen Gliedern der Familie weiß man nur soviel. Die revolutionäre Aufregung in allen Provincialstädten des Landes war so groß, daß es äußerst unklug gewesen wäre zusammenzureisen; man trennte sich daher mit dem Uebereinkommen einzeln oder in kleinern Partien den Weg nach England zu suchen. Der Herzog und die Herzogin August von Sachsen Coburg schieden sich zuerst von der Familie; die Herzogin von Montpensier zunächst. Letztere traf gestern 28. Nachmittags im französischen Gesandtenhotel in London ein. Der König und die Königin — so weit gehen die Nachrichten von ihnen — wandten sich mit den übrigen Familiengliedern von Dreux nach Havre, wo sie sich vermuthlich trennten, um nicht erkannt zu werden. Gestern Vormittags halb 11 Uhr hatte die Herzogin von Kent (Mutter der Königin Victoria) in der französischen Gesandtschaft eine lange Unterredung mit dem Herzog von Nemours und seinen erlauchten Verwandten. Etwas später erschien die regierende Herzogin von Sachsen Coburg. Die jüngste Tochter Nemours, und die drei Kinder des Herzogs und der Herzogin August von Sachsen-Coburg wurden dann vorläufig nach dem Buckinghampalaste gebracht. Um halb 5 Uhr Nachmittags gelangte die Herzogin Montpensier, die schöne Infantin Louise von Spanien, vom Stationshofe der südöstlichen Eisenbahn nach Hertford-House; sie hatte den König und die Königin bald diesseits von Paris verlassen, um unter dem Schutze eines vertrauten Freundes ihres Gemahls den Weg nach Boulogne zu finden. In Abbeville wurde die Herzogin erkannt und entkam nur mit knapper Noth, indem sie sich in das Haus eines ehrbaren Einwohners und durch dessen Hinterthüre flüchtete. Sie erreichte dann Boulogne und ging unter Segel. Der junge Herzog von Coburg und seine Gemahlin die Prinzessin Clementine, wohnen seit gestern Abend gleichfalls im Buckinghampalast.

Die Herzogin von Nemours mit ihren Kindern und der Herzog von Montpensier, meldet die „Morning-Post," sind in Southampton gelandet, und werden heute wahrscheinlich nach London kommen. Eine vornehme französische Dame mit Kindern ist auf der Canalinsel Jersey angelangt, und man hofft, daß es die Herzogin von Orleans sey mit dem Grafen von Paris und dem Herzog von Chartres. Das Gerücht, daß Hr. Guizot in England angekommen, ist grundlos, wohl aber sind die ehrwürdige achtzigjährige Mutter des Exministers und seine zwei Töchter angelangt.

Von Ludwig Philipp hat man noch keine Nachricht! Die „Times" bemerkt, daß überall die größte Angst über das Schicksal des Königs herrsche. Die Nachricht, daß er in England gelandet sey ist falsch und man besorgt, daß er in einem Boote habe überfahren wollen, das im Sturm Schaden genommen. Die Admiralität hat zwei Dampfschiffe abgeschickt, um zwischen Havre und Dieppe zu kreuzen und zugleich befohlen, daß sie einen französischen Lootsen aufnehmen sollen, um nach dem König zu suchen. Man weiß nichts Officielles über ihn, als bis zu seiner Ankunft in Dreux, wo er ohne Gepäck und nur im Besitz von 5 Frks. eingetroffen war.

In der Sitzung des Unterhauses vom 28. Febr. richtete Hr. Hume folgende Frage an die Regierung: „Ich wünsche eine Frage an die Regierung zu richten in Betreff der Regierung, welche in Frankreich bestanden hat und die durch eine provisorische Regierung ersetzt ist. Ich wünsche zu wissen, ob das Cabinet die Absicht hat, sich von jeder Intervention in die Angelegenheiten des französischen Volkes fern zu halten und ihm freie Hand zu lassen, sich eine Regierung nach seinem Gefallen zu wählen (langer und rauschender Beifall), mit Einem Worte: alles zu vermeiden, was sie in die Nothwendigkeit einer Intervention versetzen könnte. Ich wünsche, daß das Ministerium, wenn kein Hinderniß im Wege steht, diese Frage beantworte." Nach diesen Worten des Herrn Hume erhob sich ein langer Beifallssturm, während dessen Lord J. Russell sich erhob. Nachdem tiefes Schweigen entstanden war, antwortete der Premierminister: „Ich sehe durchaus kein Hinderniß, die Frage des ehrenwerthen Mitgliedes zu beantworten. Ich habe über die Ereignisse, die soeben in Paris stattgefunden haben, die Nachrichten erhalten, welche alle Welt kennt. Obgleich ich nicht geglaubt hätte, daß es nöthig wäre, diese Erklärung abzugeben, kann ich der Kammer doch versichern, daß wir durchaus nicht beabsichtigen, zu interveniren wegen der Form der Regierung, welche die französische Nation anzunehmen für gut finden wird (langer und rauschender Beifall), oder uns auf irgend eine andere Weise in die inneren Angelegenheiten dieses Staates zu mischen." (Neue Beifallsbezeugungen.)

In der Oberhaussitzung am 29. Febr. ward, auf Antrag des Colonialministers Grafen Grey, die Neuseelandbill zum zweitenmal gelesen. — Im Unterhause fragte Hr. M. Milnes ob die in Paris errichtete provisorische Regierung den auswärtigen Mächten eine formale Mittheilung über ihr Daseyn gemacht habe. Lord Palmerston: „Ich habe heute Morgens vom Marquis v. Normanby Abschrift einer ihm von Hrn. v. Lamartine, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, gemachten Mittheilung erhalten, welche, wie ich glaube, auch an alle übrigen fremden Gesandten in Paris ergangen ist. Dieselbe zeigt die Bildung der provisorischen Regierung an, und erklärt zugleich, daß die neue von Frankreich angenommene Staatsform die Stellung der französischen Nation in Europa nicht verändere, und daß Frankreich nach wie vor den loyalen und aufrichtigen Wunsch hege, die freundschaftlichsten Beziehungen zu allen den Mächten zu unterhalten, die sich, gleich der französischen Nation, entschließen, die Rechte und die Unabhängigkeit der Nationen zu achten. (Großer Beifall.)

Schweden und Norwegen.

In einem Schreiben aus Stockholm im „Hamb Corr." wird bestimmt der Nachricht widersprochen, daß die königl. französische Regierung aus Stockholm eine Note empfangen, worin das schwedische Cabinet sich beschwert habe, daß es nicht zur Theilnahme an den Conferenzen über die schweizerischen Angelegenheiten eingeladen worden sey, indem die schwedische Regierung, als Mitunterzeichnerin der Verträge, wodurch die schweizerische Eidgenossenschaft gebildet worden, sich als berechtigt ansehe, ihre Stimme in den Rathschlägen der europäischen Mächte geltend zu machen. Die schwedisch-norwegische Regierung dürfte, heißt es, um so weniger Grund haben, eine solche Beschwerde zu führen, da sie in diesem, wie in anderen analogen Fällen von den Mächten, im Verein, mit welchen sie die Wiener Congreß-Acte unterzeichnete, diejenigen Mittheilungen erhalten hat, welche sie auf den Grund jener Theilnahme zu erwarten berechtigt war.

Rußland und Polen.

St. Petersburg. 24. Febr. Se. Majestät der Kaiser hat unterm 18. d. folgendes Manifest erlassen: „Wir von Gottes Gnaden Nikolaus I., Kaiser und Selbstherrscher aller Reußen u. s. w. Thun allen Unseren getreuen Unterthanen kund: Nach der Fügung Gottes und mit Unserem und Unserer geliebten Gemahlin der Kaiserin Alexandra Feodorowna älterlichen Segen wird Unser zweiter Sohn, der Großfürst Konstantin Nikolajewitsch, welcher im verflossenen Jahr volljährig geworden ist, mit der Tochter des regierenden Herzogs von Sachsen-Altenburg, der Prinzessin Alexandra, den Bund der Ehe schließen. Gestern am 17. Februar hat die hohe Braut Sr. kaiserlichen Hoheit Unseren orthodoxen Glauben angenommen und die heilige Salbung empfangen, und heute haben Wir sie in der Kathedrale des Winterpalastes feierlich verlobt. Indem Wir Unsere getreuen Unterthanen hiervon in Kenntniß setzen, befehlen Wir: Ihre Hoheit fortan Großfürstin Alexandra Josephowna zu nennen und Hochderselben den Titel „Kaiserliche Hoheit" beizulegen. (gez.) Nikolaus." (Allg. Pr. Z.)

Aegypten.

Alexandria, 16. Febr. Der Vicekönig ist vorgestern Nachmittags 2 Uhr auf dem französischen Dampfboot „l'Alexandre" in die See gegangen; wohlunterrichtete Personen behaupten, daß die Fahrt direct nach Malta gehen werde; der ägyptische Dampfer „Raschid" begleitet den „Alexandre". Es hatte sich eine große Menge von Türken und Europäern im Palast des Vicekönigs versammelt, um dem Scheidenden noch ihre Ehrfurcht zu bezeugen. Zum Bedauern aller sah der Greis sehr leidend und schwach aus; die besten Wünsche aller für seine Erhaltung begleiten ihn, allein sein Zustand läßt das Schlimmste befürchten. Se. Hoh. befahl allen, im Falle Ibrahim Pascha früher als er nach Aegypten zurückkehren sollte, ihn als seinen Stellvertreter anzuerkennen und ihm als solchem zu gehorchen. Es herrscht sowohl in Cairo als hier eine düstere Stimmung unter dem Volke, man erwartet mit einiger Unruhe, was da kommen soll. (A. Z.)

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 2. März. Bayerische 3½ pCt Obligationen 89¾ P., — G. Bayerische Bankactien I. Semester 1848 660 P., — G. Premessen per Stück Agio 71 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. — P., — G.; 4pCt. — P., — G.; 3pCt. — P., — G. Bankactien I. Semester — P., — G. Würtembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 89¼ G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 56 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 89½ G.

Berlin, 2. März. In Folge der Börsenkrise der letzten vier Tage haben heute mehrere namhafte hiesige Bankiergeschäfte ihre Zahlungen eingestellt; man nennt namentlich die Firmen Kirchheim, Hirschfeld und Wolff, und Heymann. (C. v. u. f. D.)

Frankfurt, 26. Febr. Metall. 5pCt. 95; 4pCt. 85½; 3pCt. 62; Bankactien 1890; Taunus-Eisenbahn-Actien 353; kurheff. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 50½; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 82; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Wien, 4. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 82; zu 4pCt. in CM. 72; zu 3pCt. in CM. 58; Bankactien per Stück 1200; Nordbahn 84.

Aus Preußen, 28. Febr. Briefe aus St. Petersburg melden, daß daselbst die in den öffentlichen Blättern erwähnte Finanzoperation, der zufolge ein Anleihen von 30 Millionen an Oesterreich stattfinden sollte, bereits abgeschlossen und von Sr. Majestät dem Kaiser Nikolaus sanctionirt worden sey, und daß letzterer sich bei dieser Gelegenheit der verbindlichsten Aeußerungen gegenüber von Oesterreich bedient habe, z. B., daß es Sr. Majestät zur innigsten Freude gereiche, seinem Freunde, dem Kaiser Ferdinand, diesen Dienst erweisen zu können. (A. Z.)

Wien, 29. Febr. Die 5procentigen Metalliques gingen gestern auf 90 herunter, wozu gemacht wurde. Vorgestern hatten die Geldmächte (Rothschild, Sina) eine Audienz bei dem Fürsten Metternich, um ihm zu erklären, daß sie laut Vertrag die zweite Hälfte des letzten Anlehens von 80 Millionen nun nicht abliefern würden, wozu sie das Recht haben, da sie sich beim Abschluße des Anlehens, für den Fall, daß die 5 pCt. unter pari herabgingen, dieß vorbehalten haben. Man scheint sich hier pecuniär auf Rußland zu stützen.

(Schw. Mkr.)

Amsterdam, 3. März. 2½ pCt. 50; 3pCt. 60; 4pCt. 79; Synd. 3½ pCt. 80; Handels-Maatschappy 156; Ard. 13; port. 3pCt. 23; 5pCt. Metall. 83.

Paris, 1. März. 3pCt. 70 Fr. 50 C.; 5pCt. 113 Fr. 20 C.

London, 2. März. Consols 82.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 9. März: „Die Königin von Leon,“ Oper von Boiſſelt.

Fremdenanzeige.

Baier. Hof. Frau Schickendanz v. Landau.

Gold. Hirsch. HH. Wille, Rentier v. England; Baron Venningen v. Mannheim; Fürst Scherbatoth v. Petersburg; Frhr. v. Berchtolsheim v. Augsburg.

Hôtel Maulik. HH. Thalheim, Rentier v. Orferd; Graf Jaubert v. Jassy; Meimeringen, Advocat v. Reitzenburg; Beyer und Harring, Privatiers v. Mannheim.

Gold. Kreuz. HH. Bischoff, Privatier, und Fahrenbacher, Buchhändler v. Augsburg.

Blaue Traube. HH. Perway, Bräumeister v. Silz; Graf de la Rosa v. Isaregg; Reich, Particulier v. Donauwörth; Schmidt, Maler v. Bamberg; Zenz, Rechtsrath v. Augsburg; Dlle. v. Raveschkin und Dlle. v. Inoskin v. Petersburg.

Stachusgarten. HH. Wiedmann, Veterinärarzt v. Wasserburg; Sutor, Revierförster v. Schöngeising; Kornadl, Cadet und Rittler, Hauptmann v. Würzburg; Rötel, Oberschreiber v. Bruck.

Gestorbene in München.

Jakob Kammerer, Goldarbeitersgeselle v. h., 55 J. alt; Franz Xaver Bscheid, Maurerpolier von Velden, 43 J. alt; Josepha Sorter, Privatiersfrau v. h., 44 J. alt; Rosina Fink, Schneiderstochter v. h., 59 J. alt.

Bekanntmachung.

2304. (3b) Auf kreditorschaftlichen Antrag wird das den Maurersehleuten Paul und Crescenz Schäffer dahier gehörige Anwesen Nro. 1 an der Erzgießereistraße, bestehend aus einem mit Erdgeschoß zweistöckigen Vordergebäude mit gewölbtem Keller, einem einstöckigen Hintergebäude (Remise), dann Communhofraum und Communpumpbrunnen, mit 1550 fl. Hypotheken belastet und auf 1900 fl. gerichtlich gewerthet, im Executionswege der gerichtlichen Versteigerung nach §. 64 des Hypothekgesetzes und §§. 98 — 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 zum zweiten Male unterstellt.

Zur Aufnahme der Kaufsangebote ist Termin auf
Montag den 3. April l. Js. Vormittags 11 — 12 Uhr
im Gerichtszimmer Nro. 9/1 angesetzt, wovon besitz- und zahlungsfähige Steigerungslustige mit dem Beifügen in Kenntniß gesetzt werden, daß der Hinschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgt.

Den 1. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Frhr. v. Karg.

Bekanntmachung.

2272. (2b) Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das den Privatiers - Eheleuten Simon und Magdalena Kurz gehörige Anwesen Nro. 7 lit. B an der Landwehrstraße nach §. 64 des Hypotheken-Gesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 — 101 des Prozeßgesetzes von 1837 dem öffentlichen Verkaufe unterstellt, und Versteigerungs-Tagsfahrt auf
Donnerstag den 6. April 1848 Vormittags 10 — 12 Uhr Bureau Nro. 38 über 2 Stiegen
anberaumt.

Dieses Anwesen besteht aus einem wohlerhaltenen, einschlüßig des Erdgeschosses 4 Stockwerk hohen Hause, aus einem einstöckigen gemauerten Hintergebäude, einem Garten mit hölzernem Sommersalettchen, und einem Hofraume mit Pumpbrunnen. Dasselbe ist geschätzt auf 15,000 fl., mit 10,000 fl. der Brandassecuranz einverleibt, mit einer Ewiggilt pr. 430 fl. zu 9000 fl. Kapital und mit 5000 fl. Hypothekschulden belastet.

Schlüßlich wird bemerkt, daß dem Gerichte unbekannte Personen, wenn sie zur Versteigerung zugelassen werden wollen, sich über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben.

Beschlossen am 4. Februar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

v. Doß.

Pfandauslösung und Versteigerung.

2301. (3b) **Donnerstag** den 23. **März** 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Februar 1847 und zwar von:

Nr. 36,773 bis 44,715.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Dienstag den 28. März öffentliche Versteigerung.

München, den 29. Febr. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt I. der Stadt München.

L. Negrioli, Magistratsrath.

Hannes, Cassier. v. Zeech, Controleur

Local-Veränderung.

2293. (3c) Mein Geschäfts-Local ist nun im mittleren Laden in meinem Hause

Rosengasse Nro. 10.

Ich beschäftige mich wie bisher mit Geld-Wechsel, Ein- und Verkauf von

Staatspapieren, Lotterie-Loosen, Actien,

und allen in diese Fächer einschlagenden Gegenständen,

Producten & Rauchwaaren.

Auch besorge ich die **Arrosirung** der **Bayerischen 3½ procentigen Obligationen** auf beliebige Weise und unter den billigsten Bedingungen.

Salomon Rau,
Rosengasse Nr. 10.

2306. (3b) Ein Mädchen in den besten Jahren, welches bezüglich seiner Geschicklichkeit, seines Eifers und guten Willens rc. die besten Zeugnisse vorlegen kann, sucht bei einer kleinen Familie einen Dienst als Köchin. (D. Uebr.)

Bekanntmachung.

2291. (3c) Auf Andringen eines Hypothekgläubigers hat man das Anwesen der Bauerseheleute Ignaz und Margaretha Maier zu Reichling dem gerichtlichen Zwangsverkaufe unterstellt und demnach zur öffentlichen Versteigerung auf Donnerstag den 8. Juni d. Js. Vormittags 9 Uhr im Gasthause zu Reichling Termin anberaumt.

Das Anwesen, auf welchem eine frühere Besitzerin das Wohnungsrecht und einen Naturalaustrag im jährlichen Anschlage von 70 fl. zu suchen hat, besteht aus dem Wohnhause nebst Oeconomiegebäuden, Stallung und Hofraum, ferner aus 94 Tagw. 73 Dez. Aecker, Wiesen und Waldungen, ist zum k. Rentamte grundbar, entrichtet 8 fl. 49 kr. einfache Rusticalsteuer, 4 kr. Häusersteuer, ferner jährlich zum k. Rentamte Schongau an Scharwerksgeldern, Handlohnsfixum, Maierschaftsfristen, Stift, Grundzinsen und andern Lasten 36 fl. 37 kr. 2 hl., zur Pfarrkirche Reichling 20 kr. Wachsgilt, dem Meßner daselbst eine Garbe Kessen und Haber und einen Laib Brod rc. rc., und ist gerichtlich auf 7205 fl. taxirt.

Kaufsliebhaber werden zur Versteigerung mit dem Bemerken eingeladen, daß der Zuschlag nach §. 64 des Hypotheken-Gesetzes und §§. 98 bis 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 geschehe, und daß dem Gerichte unbekannte Käufer sich über Vermögen und Leumund durch Vorlage legaler Zeugnisse auszuweisen haben.

Die näheren Verkaufsbedingungen werden bei der Versteigerungstagsfahrt bekannt gegeben, woselbst auch — sowie bis dahin im Amtszimmer des k. zweiten Assessors die nähere Beschreibung des Guts, sowie das Taxations - Protokoll zur Einsicht aufliegen wird.

Schongau den 15. Februar 1848.

Königliches Landgericht Schongau.
Frhr. v. St. Marie.

Für Fondsinhaber und Capitalisten.

2303. (3b) Manchen Capitalisten und Fondsinhabern, welche den jetzigen politischen Verhältnissen mißtrauen, und die ihre Gelder außerhalb des Bereichs der Wechselfälle derselben und der damit verbundenen Gefahren zu placiren wünschen, glaubt der Unterzeichnete mit der Anzeige zu dienen, daß eine **Betheiligung** bei den seit mehren Jahren in gutem Betrieb stehenden bergbaulichen Unternehmungen der **Neuhäuser Steinkohlen-Vereine** und bei der **Deutschen Eisenbahnschienen - Compagnie** unter annehmlichen Bedingungen noch **zuläßig** ist.

Es liegen diese Unternehmungen außerhalb des Bereichs der Politik, und bei anerkannter Solidität und Sicherheit gewähren sie (neben allmähliger Zurückerstattung der Einlagen durch Amortisation) auf lange Zeiten hinaus eine hohe Rente.

Hildburghausen, 28. Febr. 1848.

Der Chef der Deutschen Eisenbahnschienen - Compagnie.
J. Meyer.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 60.

Man pränumerirt auf der M. v. J. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Donnerstag XLIX. Jahrgang. 9. März 1848.

An die verehrlichen Leser der Münchener politischen Zeitung.

Da mit dem Monat März das Abonnement auf die „Münchener politische Zeitung" für das erste Quartal von 1848 zu Ende geht, so ersuchen wir Neueintretende, ihre Bestellungen für die Stadt bei der unterzeichneten Expedition, Auswärtige aber bei dem nächstgelegenen resp. Postamt zeitig zu machen, damit wir mit vollständigen Exemplaren dienen können.

Die politische Ausstattung des Blattes wird auch weiterhin nach den verlässigsten und reichsten Quellen eine möglichst vollständige seyn. Seit Sonntag den 5. März wird die politische Zeitung auch **jeden Sonntag** ausgegeben, erscheint demnach fortan **täglich**. — Dem Feuilleton wird auch weiterhin durch Originalerzählungen ernsten und heiteren Inhalts und durch mannigfaltige Skizzen aus dem Leben die größte Sorgfalt gewidmet werden. — Die neuesten gediegensten Erscheinungen auf dem Gebiete der Literatur sollen unter der Rubrik „Bücherschau" eine schnelle und gründliche Besprechung finden.

Inserate jeder Art werden bei mäßiger Einrückungsgebühr unverzüglich aufgenommen. Briefe und Gelder werden portofrei erbeten.

München, den 1. März 1848.

Expedition der Münchener politischen Zeitung.
(Knödel-Gasse Nro. 2)

Deutschland.

Bayern.

*† München, 8. März. Se. Maj. der König hat den Herrn Reichsrath Fürsten v. Leiningen für den bevorstehenden Landtag zum I. Präsidenten der Kammer der Reichsräthe zu ernennen geruht.

*† München, 9. März. Gestern Nachmittag 2 Uhr hatte eine große Deputation des hiesigen Magistrats die Ehre, Sr. Maj. dem König die innigsten Dankesgefühle und die Ergebenheitsgesinnungen der gesammten Bürgerschaft auszusprechen. — Der neuernannte Hr. Minister des Innern Frhr. v. Thon-Dittmer, welcher seit vorgestern Nachmittag in unsrer Mitte weilt, hat bereits die Ehre gehabt, vorgestern und gestern Abends in Audienz bei Sr. Maj. dem Könige empfangen zu werden. — Heute ist um 11 Uhr feierlicher Gottesdienst in allen Pfarrkirchen, um dem Allerhöchsten den Dank der Herzen für die herrliche und großartige Wendung unserer politischen Ereignisse darzubringen.

München, 9. März. Das große mit Blitzesschnelle hereingebrochene Ereigniß im Westen, das den modernen Bürgerkönigsthron mit seiner entsetzlichen Devise: l'argent fait tout zerschmettert und der Welt die alte Lehre von neuem ins Gedächtniß gerufen, daß auch die höchste die raffinirteste Menschenklugheit einer Regierung, wenn sie der ewigen Gesetze der sittlich-religiösen Wahrhaftigkeit bar gegangen, sich nimmer auf die Länge halten könne, — jenes Ereigniß, in welchem die unerbittliche Geschichte ihr uraltes Weltrichteramt vollzogen, hat auch unter uns Deutschen einen neuen Geist, ein neues Leben aufgehen machen. Wonach die edelsten Geisteskräfte aller deutschen Lande seit mehr als 30 Friedensjahren in unaufhörlichen Anstrengungen, unter unzähligen Opfern bis zur Versiechung jungen und alten Lebens in öden Kerkern hin, unter Vermögensverlusten, Familienzerrüttungen und Berufszertrümmerungen vergeblich gerungen, das hat uns nahezu ein einziger Augenblick gebracht. So demüthigend einerseits der Gedanke für den tieferen Beschauer ist, daß ein Ereigniß auf fremdem Boden uns aus langer Schmach erlösen mußte, so freudig muß andererseits der Erlösungsanbruch begrüßt werden. Und so ist es auch. Aus allen deutschen Gauen hallt eine Stimme der Kraft und Würde, aus allen Gauen haben sich die deutschen Brüder die Hände zum großen Gesammtbunde gereicht, in fast allen deutschen Landen sind die unseligen Schranken und Mißtrauensschatten zwischen Fürsten, Regierungen und Völkern gewichen und aus dem Reden und Toastiren heraus ist es endlich zum gemeinsamen Thaten gekommen. Zwei Gedankenblitze haben Deutschland taghell gelichtet und das Wort Einheit zur Wahrheit und Wirklichkeit des Lebens umgeschaffen. Deutschland soll und muß dem Feind im Westen und Osten gegenüber auf eigene feste Füße kommen, muß einzig auf die eigene Kraft sich stützen, und auf keine zweideutige Bundesgenossen, und daß dieß geschehe, muß aus allen seinen Stämmen eine gemeinsame Vertretung, ohne alle politische oder gar höfische und diplomatische Sonderinteressen, und zwar aus den das volle Volksvertrauen und die ungeheuchelte Volksliebe besitzenden Männern erwachsen. Dieß wird zur That sich gestalten, denn Bayerns weiser und gefeierter Regent, der auch dießmal in deutscher Gesinnung als der erste unter den deutschen Regenten sich erhoben, hat es aufs erhabenste und feierlichste verbürgt.

(Fortsetzung folgt.)

München, 7. März. Bei der öffentlichen Sammlung für die Armen in den Straßen sind in kürzester Zeit 989 fl. 9 kr. eingegangen. Die Beiträge dauern fort. „Auch die Armen sollen sich freuen" lautet die Aufschrift der schwarzen Tafeln, welche von Landwehrmännern herumgetragen wurden. (B. Bl.)

Aus einer Erklärung des Hrn. Fürsten und Reichsrathes v. Wrede in der „Allgemeinen Zeitung" vom 8. d. geht hervor, daß derselbe am 4. März weder ein Portefeuille, noch sämmtliche inne gehabt. (So hat man also die gesammte Presse und das gesammte Publikum bis zum 8. ohne die geringste Berichtigung von dort her, wo man das Richtige wissen mußte, für nöthig zu erachten, im Irrthum belassen. Sehr schön!)

= Vom Mittel-Rech, 5. März. Sie haben unterm 28. Febr. Nro 50. aus der „deutschen Zeitung" einen die clericalischen Differenzen besprechenden Artikel aus der bayerischen Pfalz mitgetheilt, dem wir in mehreren Punkten entschieden entgegentreten müssen. Das bischöfliche Ordinariat Speyer wollte einfach sich vergewissern, ob einige Correspondenzartikel der „Speyerer Zeitung" von Diöcesangeistlichen mittel- oder unmittelbar herrühren, oder nicht, und foderte kurzweg ja oder nein. Die incriminirten Artikel selbst sind uns nicht bekannt, der Pfälzer Correspondent nennt sie „ihm (dem bischöflichen Ordinariat) mißliebige gegen Ultramontanismus und das Jesuitenthum gerichtete Aufsätze." Unter diese Begriffe kann man aber nicht nur die katholische Kirche, sondern das ganze Christenthum stellen, und hat es schon oftmals auch gethan; ob dieß auch in den fraglichen Artikeln geschehen sey, können wir nicht beurtheilen. Die geistliche Oberbehörde muß einmal in denselben, wenn sie Geistliche ihres Sprengels zu Verfassern hatten, ein Disciplinarvergehen wahrgenommen haben, und wollte den oder die Thäter kennen lernen. Ob sie hiezu einen erlaubten Weg eingeschlagen, wollen wir nicht entscheiden; ein Gesetz scheint uns jedoch nicht zu bestehen, welches eine solche Anfrage verböte. Die renitirenden Geistlichen, welche die Abgabe der gefoderten Erklärung verweigerten, sind entweder die Verfasser der strafbaren Artikel oder nicht. In beiden Fällen hätten sie „eingedenk ihrer Manneswürde," wie der pfälzische Correspondent sich ausdrückt, die Wahrheit sagen sollen. Wer öffentlich als Verfechter irgend einer Sache auftritt, muß sich auch nicht scheuen, sich gegen jedermänniglich zu vertheidigen, und thut er dieß auf eine ungesetzliche und beleidigende Weise, so muß er sich den Folgen seines Verfahrens unterziehen. Dem bischöflichen Ordinariat wird vorgeworfen, daß es „unbekümmert um die öffentliche Meinung, unbekümmert um Recht und Gesetz fortfahre mit Anwendung seiner wahrhaft inquisitorischen Maaßregeln," und daß man gegen die zum Generalvikariat berufenen Geistlichen „ein Inquisitionsverfahren eingeleitet" habe. Daß die „Deutsche Zeitung" von Heidelberg in geistlichen Angelegenheiten die „öffentliche Meinung", um welche sich die bischöflichen Ordinariate Bayerns bekümmern müssen, repräsentire, wird sie wohl selbst im Ernst nicht glauben. Welchem „Recht und Gesetz" zum Trutz das bischöfliche Ordinariat fortfahre ꝛc. ist uns nicht bekannt. „Vom Rechte, das mit uns geboren ward, ist leider selten eine Frage," um so weniger in dieser Sphäre, es kann sich hier nur um positives Recht, und um bayerische Gesetze handeln. Das Grundgesetz für das Verhältniß der Geistlichen zu ihren Oberhirten in Bayern ist aber das Concordat v. J. 1817, in welchem überdieß (Art. I.) „alle Rechte und Prärogativen der römisch-katholisch-apostolischen Religion, die sie nach göttlicher Anordnung und den canonischen Satzungen zu genießen hat," und (Art. XII. u. XVII.) „die Lehre der Kirche und die bestehende und angenommene Disciplin" feierlich garantirt sind. Wir kennen einen katholischen Geistlichen, der im Wahne war, in Angelegenheiten der Presse durch die Bestimmungen der bayerischen Verfassungsurkunde gedeckt zu seyn, dem aber eine sehr gesetzkundige geistliche Autorität bemerkte: „Das Concordat ist unsere Verfassung." Und wir stimmen dieser Ansicht vollkommen bei, da sie seit 30 Jahren in der Praxis als die richtige sich bewährte. Würden die „trefflichsten Priester," die nach der Deutschen Zeitung „schutzlos" verfolgt werden, das Concordat mit unbefangenem Blicke durchgehen, so würden sie sich bald überzeugen, daß das bischöfliche Ordinariat Speyer ihnen gegenüber in vollem Rechte ist. Wir wollen diese Herren auf einige Bestimmungen des Concordats hinweisen. Nach Art. XII. „sind die Erzbischöfe und Bischöfe in Leitung der Diöcesen befugt, alles dasjenige auszuüben, was ihnen vermöge ihres Hirtenamtes

Kraft der Erklärung oder Anordnung der canonischen Satzungen nach der gegenwärtigen und vom heil. Stuhle bestätigten Kirchendisciplin zusteht, insbesondere (a. b. c. gehört nicht zu unserm Thema) d. gegen Geistliche, welche eine Ahndung verdienen, oder keine ehrbare geistliche, ihrem Stande angemessene Kleidung tragen, die von dem heil. Concilium von Trient bestimmten oder ihnen sonst zweckmäßig scheinenden Strafen unter Vorbehalt des canonischen Rekurses zu verhängen, und dieselben in die Seminarien oder andere dazu bestimmte Häuser zu versetzen, auch gegen jeden der Gläubigen, welche sich der Uebertretung der Kirchensatzungen und der heil. Canonen schuldig machen, kirchliche Censuren anzuwenden." Ob nun die betreffenden Geistlichen „eine Ahndung verdienen" muß die richtende Behörde entscheiden, um entscheiden zu können, muß sie untersuchen; eine Aufforderung zu einem Ja oder Nein, und selbst eine Vorladung zum Generalvicariat scheint uns aber noch keine „inquisitorische Maaßregel", kein „Inquisitionsverfahren," wenn man mit diesen Ausdrücken, wie es scheint, an die ehemalige spanische Inquisition mit allen ihren geheimen und offenen Greueln zu erinnern und die Gemüther zu erbittern, beabsichtigt. Welche „weitere Verfügung" die Vorgeladenen zu vernehmen hätten, ist uns zur Stunde, da wir diese Zeilen schreiben, noch nicht bekannt. Die Strafe (denn Lob wird schwerlich gespendet werden) mag nun wie immer ausfallen, sie wird entweder eine solche seyn, die vom heil. Concil von Trient „bestimmt" wurde, oder die dem bischöflichen Ordinariate „sonst zweckmäßig scheint", sie wird also concordatmäßig seyn, mithin weder gegen „Recht" noch „Gesetz" verstoßen. Den Betheiligten, wenn sie sich beschwert glauben, steht der canonische Recurs offen (Beil. zur V.-U. §. 52—54.) In Rekursfällen hat das königl. Staatsministerium des Innern (jetzt wohl das für Kirchen- und Schulangelegenheiten) zu entscheiden, ob ein „Mißbrauch der geistlichen Gewalt" vorliege (§. 54). „So lange aber die Kirchengewalt die Grenzen ihres eigentlichen Wirkungskreises nicht überschreitet" (und dafür wird wohl jeder Bischof mit seinem aus besonnenen, leidenschaftlosen und gesetzeskundigen Räthen bestehenden Senate Sorge tragen) „kann dieselbe gegen jede Verletzung ihrer Rechte und Gesetze den Schutz der Staatsgewalt anrufen, der ihr von den königl. einschlägigen Landesstellen nicht versagt werden darf." (§. 51.) In unserm Falle sind aber der Kirchengewalt „die Grenzen ihres eigentlichen Wirkungskreises" durch Art. XII. lit. d. des Concordats vorgezeichnet, die allerdings keine engen sind, da nicht nur die vom Concil zu Trient bestimmten Strafen angewendet werden dürfen, sondern auch noch solche, die „ihnen (den Ordinariaten) sonst zweckmäßig scheinen" — und was kann in der Welt nicht alles zweckmäßig scheinen! Wenn nun der pfälzische Correspondent der „Deutschen Zeitung" für die „trefflichsten ‚Priester" schon bei der Untersuchung vor Fällung einer Sentenz den Schutz der bayerischen Regierung anruft, so gibt er zu verstehen, daß er weder das bayerische Religionsedikt (II. Beil. zur V.-U.) noch das Concordat kennt, das (Art. XVIII.) als „Staats-Gesetz" erklärt ist. Der Freund der Freiheit, und ein solcher will unser Gewährsmann gewiß seyn, muß vor allem bestehende Gesetze achten, und jene Behörden nicht schmähen, die innerhalb der Grenzen derselben handeln. Ob ein Gesetz selbst zweckmäßig sey, ob es mit den Foderungen und dem Geiste der Zeit im Einklang stehe, ob dessen Revision wünschenswerth oder gar dringend nothwendig sey, ist eine ganz andere Frage. So lange aber ein Gesetz in Kraft ist, muß ihm Gehorsam, und zwar unbedingter Gehorsam werden, bis die competenten Behörden dasselbe ändern oder aufheben. Ist im bayerischen Concordat in den angeführten Stellen der Kirchengewalt in Bestrafung der „eine Ahnung verdienenden Geistlichen" ein furchtbarer, nur durch „Schein" oder „Gutbefinden" (judicaverint) begrenzter Umfang eingeräumt, so können diejenigen, die dieser Strafgewalt verfallen, ihr Schicksal nur beklagen, aber Widerspenstigkeit und Verweigerung der dem Bischof bei der Ordination geschworenen Obedienz und Ehrfurcht („obedientiam et reverentiam") kann ihnen keine Rosen bringen, wenn auch die HH. Professoren in Heidelberg sich ihrer in der „Deutschen Zeitung" noch so kräftig annehmen. Uns ist seit dem Bestehen unseres Staatsgrundgesetzes kein einziger Fall bekannt, wo der von einem katholischen Geistlichen ergriffene canonische Recurs gegen eine Disciplinarverfügung der Kirchengewalt irgend einen für ihn günstigen Erfolg gehabt hätte, was offenbar als Beweis gelten kann, daß die kirchlichen Stellen sich genau an ihre Befugnisse hielten, in welchen sie kein Ministerium, welchem System es immer zugethan seyn mochte, zu stören wagte. Wir glauben auch, daß das gegenwärtige Ministerium sich nicht für ermächtigt halten wird, die Uebereinkunft zwischen Sr. Heiligkeit und dem König von Bayern, die sie für Sich und ihre Nachfolger feierlich abgeschlossen haben, in irgend einem Punkte zu verletzen, um den Beifall der öffentlichen Meinung im Sinne des Pfälzer Correspondenten der „Deutschen Zeitung" zu erringen. Hingegen scheint uns nicht im geringsten zweifelhaft, daß ein Concordat zwischen Sr. Heiligkeit Pius IX. und König Ludwig von Bayern im Jahre 1848 abgeschlossen in so manchem Punkte anders ausfallen würde, als im Jahre 1817. Daß auch die wichtigsten Staatsverträge und Gesetze nicht in allen Bestimmungen für ewige Zeiten passend seyn können, lehrt eine dreißigjährige Erfahrung selbst bei unserem Concordat. So z. B. hat sich die Bestimmung des Art. IV. in Betreff der Ausstattung der Erzbischöfe, Bischöfe und Domcapitel mit „Gütern und ständigen Fonds," welche die in demselben Artikel aufgezählten Summen reiner Einnahme abwerfen sollen, als unausführbar bewiesen, und steht als frommer Wunsch des heil. Stuhles, dem die zunächst Betheiligten schwerlich beistimmen, als eine verfallene Denksäule der Vorwelt im Concordat. Auch der Artikel VII. ist nicht in seinem buchstäblichen Sinne zur Ausführung gekommen. Es ist dort nur von Herstellung einiger Klöster „mit angemessener Dotation" die Rede. Nun sind aber die vielen wackern Söhne des heil. Franziskus, oder wie der schelmische Fragmentist, wir wissen nicht mehr, vor oder nach dem bekannten sultanischen Gastmahl zu Bajakdere sie zu nennen beliebt, „die stockfischessenden Weltüberwinder" rein auf den Getreidspeicher des Bauern, auf das Butterfaß und den Eierkorb der Bäuerin angewiesen, dessen Aufschließung sie noch dazu durch das sehr demüthigende persönliche Erscheinen bewirken, und durch verschiedene kleine Geschenke an Bildern, Rosenkränzen 2c. für die Kinder der Dotatoren vergelten müssen. Da das Motiv, warum St. Franziscus die Existenz seiner Jünger auf das Einsammeln freiwilliger Gaben gründete, in unsern Tagen schwerlich mehr gehörig gewürdigt werden möchte, so wünschten wir auch für diese Corporationen die concordatmäßige „angemessene Dotation." Doch wohin reißt uns die Ideenassociation? Wir wollten ja bloß zeigen, daß das bischöfliche Ordinariat zu Speyer bei dem so sehr gerügten Verfahren nicht mehr gethan, als was es nicht lassen konnte, und prophezeihen dem pfälzischen Correspondenten keine seinen Wünschen entsprechende Antwort auf die Frage: „Wie weit wird die bayerische Regierung dieses mittelbar gegen sie selbst gerichtete Treiben fortsetzen, wie lange wird sie die trefflichsten Priester schutzlos, wie lange ein solches rechts- und gesetzwidriges Treiben einer Anzahl Fanatiker fortdauern lassen?" Wie der Gebrauch concordat- und verfassungsmäßiger Rechte eines Bischofes gegen einige jugendliche Brausköpfe ein mittelbar gegen die bayerische Staatsregierung gerichtetes Treiben genannt werden könne, vermögen wir nicht einzusehen, und wären auf den Beweis sehr begierig, ebenso welches Recht oder Gesetz die Handvoll „Fanatiker" durch ihre Handlungsweise verletzt hätten. „Sie wollen frei seyn und wissen nicht einmal gerecht zu seyn" könnte man mit dem französischen Abbé allen denen zurufen, welche über Verletzung von Gesetzen klagen, die sie noch nicht einmal kennen zu lernen sich die Mühe gegeben haben. Der Entwicklung „des neuen Schauspieles über das Thema des canonischen Gehorsams" sehen auch wir mit Interesse aber ohne alle Besorgniß für das bischöfliche Ordinariat zu Speyer entgegen.

Nach der „Allgemeinen Zeitung" hat in Augsburg die Volksmenge am Abende des 7. März in einem Auflauf das Haus und den von der Wohnung getrennten Laden des Zinngießers Magistrathsraths Fischer, der schon längst die Liebe des Volkes eingebüßt, an Fenstern, und Thüren arg beschädigt. Andere Excesse fielen nicht vor und der erwähnte hatte mit der Politik nichts zu schaffen. Die Ruhe war um 8 Uhr wieder hergestellt, und ist seitdem nicht gestört worden. Unter den zahlreichen Arbeitern der vielen Fabriken und andern Etablissements, wie unter der Bevölkerung überhaupt, herrscht der beste Geist.

Augsburg, 8. März, Mittags 11 Uhr. So eben versammelt sich das königl. Linien-Militär unserer Garnison auf dem Frohnhofe, um den Eid auf die Verfassung zu leisten. (A. Abdz.)

Regensburg, 6. März. Heute Nachts 8½ Uhr traf eine Staffette von München ein mit einem Handbillet Sr. Maj. des Königs an unsern Bürgermeister von Thon-Dittmer, durch welches derselbe aufs schleunigste nach München berufen wurde. Hr. v. Thon-Dittmer ist auf dieß um 12 Uhr Mitternachts abgereist. (Regensb. Ztg.)

Von der bayerisch-preußischen Grenze, 4. März. Im benachbarten Preußen sind die Kriegsreserven einberufen. (?) (Speyr. Ztg.)

Württemberg.

Stuttgart, 6. März. Wir können, schreibt halbofficiell der „Schwäbische Merkur" versichern, daß eine Veränderung im Ministerium vor Eintritt der Ständeversammlung keines Falles eintreten werde.

Stuttgart, 7. März. In Balingen, Calw, Crailsheim, Eßlingen, Heilbronn, Tübingen, Rottweil, Ulm, Waiblingen, Göppingen, Reutlingen u. s. w. in fast allen bedeutenden Städten unseres Landes werden oder sind bereits Adressen eingeleitet, welche die mit seltener Einstimmigkeit ausgesprochenen Wünsche Deutschlands enthalten. Die Eßlinger, so wie die Heilbronner Adresse sprechen sehr bestimmt die Ueberzeugung aus, daß erst eine Vertretung der deutschen Volksstämme beim Bundestage allen Concessionen die gehörige Garantie geben könnte. Gewiß läßt sich keine schönere Feier des westphälischen Friedens denken als die, daß jetzt zweihundert Jahre nach dem dreißigjährigen Krieg Deutschland seinen dreißigjährigen politischen Schlummer (1819 Karlsbader Beschlüsse) endet. (A. Z.)

In Stuttgart war ein neues Ministerium beabsichtigt, bestehend aus dem Hrn. v. Linden, über dessen Wahl der Beobachter sagt: „Hülle sich das Land in Trauer", Frhr. v. Varnbühler, v. Bezzenberger, v. Hefele und v. Schmidlin. Da diese Namen jedoch alle sehr unpopulär sind, so entstand eine ungeheure Aufregung und die ganze Maßregel ist jetzt zurückgenommen.

K. Sachsen.

Am 1. März wurde in Leipzig von den Stadtverordneten eine Adresse an Se. Majestät den König berathen und einstimmig angenommen, deren Schlußbitte auf Freiheit der Presse im Umkreise des deutschen Bundes und auf Berufung von Vertretern sämmtlicher deutschen Völker an den Sitz des Bundestages gerichtet war. Der Stadtrath trat dem Antrage der Stadtverordneten auf Ueberreichung dieser Adresse bei. Am folgenden Tage Mittags reiste eine Deputation bestehend aus drei Mitgliedern des Stadtraths und drei Mitgliedern der Stadtverordneten, jener Ueberreichung wegen nach Dresden ab. (Leipz. Z.)

Leipzig, 3. März Abends. Die dem Könige in der gemeinschaftlichen Adresse des Stadtraths und der Stadtverordneten vorgetragenen Wünsche sind „für jetzt" abschlägig beschieden worden. (A. Z.)

Leipzig, 4. März. In einer außerordentlichen Versammlung der Stadtverordneten ist eine neue Adresse zu Stande gekommen, welche bezüglich der Antwort des Königs auf die erste Adresse: „daß eine einzelne Commune denjenigen Weg der Bitte eingeschlagen, der ihr nicht zuständig" vier wesentliche Punkte enthält: 1) die Stadtverordneten und der Stadtrath halten sich nicht nur für befugt, sondern für verpflichtet der öffentlichen Meinung nicht nur der Stadt Leipzig, sondern des gesammten Landes vor dem Throne eine Stimme zu geben, 2) dieselben Corporationen sind zur Uebergabe jener Adresse mit verleitet worden und sprechen mit derselben keineswegs nur die Wünsche einer „Partei" aus, sondern die der notoriellen Mehrheit Sachsens und des gesammten deutschen Vaterlandes, 3) der erwähnte Mangel an Vertrauen zur „Verwaltung" bezieht sich allein auf das Ministerium und dessen Organe und die Ruhe des Landes ist nur dann zu erhalten, wenn der König die jetzigen Minister entlasse, und an ihre Stelle Männer setze, welche das Vertrauen des Volkes genössen. Dringend sey aber auch 4) die schleunigste Berufung der Stände des Königreichs geboten. — Morgen soll die Adresse nach Dresden abgehen. — Eine Adresse der Buchhändler ans Gesammtministerium (16—17 Unterschriften) spricht die Forderung der unbedingten Preßfreiheit aus. — Die Dresdener Stadtverordnetenversammlung hat gestern ihre Berathung über eine der Leipziger ähnliche Adresse mit einer Incompetenzerklärung des Collegiums

geschlossen, doch sey eine Bitte um schleunige Ständeberufung beschlossen worden. (A. Z.)

Leipzig, 4. März. So eben läuft folgende Erklärung um: „Wir Unterzeichnete sind heute Nachmittag 4 Uhr bei dem Hrn. Prof. Dr. Marbach gewesen, um zunächst ihn zur Niederlegung seines Amtes als Censor zu bewegen. Derselbe erklärte uns, daß er eine augenblickliche Niederlegung seines Amtes in dieser ernsten Zeit nicht mit seinen Pflichten für vereinbar halte, las uns jedoch eine Eingabe der hiesigen Censoren an das Gesammtministerium vor, in welcher sich dieselben auf das entschiedenste gegen die Censur und ihre verderblichen Wirkungen aussprechen, und dem Gesammtministerium das Bedenkliche des Fortbestehens der Censur ernstlich vorgestellt haben. Leipzig, 4. März 1848. Robert Blum, Dr. Heinrich Wuttke, Vorsitzender des Schriftstellervereins, E. M. Oettinger, Redacteur des Charivari, Dr. Arnold Ruge.“ (A. Z.)

Baden.

Karlsruhe, 6. März. Heute Vormittag zwischen 10 und 11 Uhr erscholl Feuerlärm: es brannte in dem Seitengebäude eines Hauses der Lyceumsstraße. Man wurde in kurzer Zeit des Feuers Meister. Es ist ein Mann verhaftet worden, von welchem Zeugen behaupten, er habe eine Partie Schwefel von sich geworfen, die man unfern der Brandstätte in der Straßengosse fand. (Karlsr. Z.)

– Die badische zweite Kammer hat folgende Adresse an Se. königl. Hoh. den Großherzog erlassen: „Durchlauchtigster Großherzog! Gnädigster Fürst und Herr! Ew. königl. Hoheit haben geruht, in den Sitzungen vom 29. Febr. und 1. März d. Js. der zweiten Kammer der treuen Stände die Eröffnung machen zu lassen, daß das Preßgesetz vom 28. Dec. 1831 wieder in Wirksamkeit gesetzt, daß allgemeine Volksbewaffnung eingeführt und ein Gesetzentwurf über Einführung der Schwurgerichte den Kammern vorgelegt würde. Durch diese Eröffnungen haben Ew. königl. Hoheit einen Zustand beseitigt, welcher schmerzlich auf dem Volke lastete. Ihre Zusicherungen werden wesentlich zur Beruhigung des Landes beitragen. Uns, den Vertretern des treuen badischen Volkes liegt die heilige Pflicht ob, den tief gefühlten Dank für die Erfüllung der Wünsche des Volks Ew. königl. Hoheit ehrfurchtsvoll darzubringen. In einer Zeit, in welcher die außerordentlichen Ereignisse im Nachbarstaate das deutsche Vaterland zur angestrengten Wachsamkeit auffordern, dem badischen Volke zunächst möglicher Weise schwere Opfer auflegen, und es vor Allem wünschenswerth machen, daß ein festes Band des Vertrauens Fürsten und Völker umschlinge, ist es ein beseligendes Gefühl, in den Anordnungen Ew. königl. Hoheit einen neuen Beweis der Liebe zu Ihrem Volke und des Strebens, die verfassungsmäßigen Zustände zu verbessern, verehren zu können. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß Ew. königl. Hoheit für die schnellste Verwirklichung der ertheilten Zusagen, und für die folgerichtige Durchführung des verfassungsmäßigen Lebens Sorge tragen werde; wir dürfen voraussetzen, daß insbesondere die zugesicherte Volksbewaffnung unverzüglich eingeführt, die Wahl der Officiere dem Volke eingeräumt und die Wehrverfassung so geordnet werde, daß in Friedenszeiten die Belastung der Bürger durch stehende Heere vermindert werden kann und nöthigenfalls die Volksbewaffnung ein kräftiges Mittel zur Vertheidigung des Vaterlandes gegen jeden äußeren Feind werde. Es ist eine süße Pflicht, in den Zeiten drohender Gefahr die Gefühle der Treue und Anhänglichkeit dem geliebten Fürsten zu erneuern, mit der ehrfurchtsvollen Bitte, daß Ew. königl. Hoheit überzeugt seyn möchten, daß die überall laut ausgesprochenen, von uns im Namen des Volks erklärten Wünsche nicht von einer Partei, sondern von dem Kern des Volkes getheilt werden; wir bitten aber auch Ew. königl. Hoheit, unbedingt Ihrem Volke zu vertrauen, das, wenn es auch in dem schwer drängenden Augenblick, bewegt durch die Erinnerungen an lange dauernde beklagenswerthe Zustände des deutschen Vaterlandes und an die Weise, mit welcher der Sinn für deutsche Nationalität nie befördert wurde, erfüllt von Ahnungen einer verhängnißvollen nahen Zukunft, feuriger das Bedürfniß besserer politischer Gestaltungen erkennt und lebhafter seine Wünsche und seine Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten ausspricht, nie in der Achtung der Gesetzesherrschaft wanken wird. In heiliger Stunde sprechen wir als Vertreter des Volks die Versicherung aus, daß das badische Volk mit Begeisterung, die in dem Maße steigt, je mehr die Staatsregierung auch die gerechten Wünsche des Volks erfüllt, bereit seyn wird, das theuere Vaterland und den geliebten Fürsten mit Gut und Blut zu vertheidigen. Karlsruhe, den 3. März 1848. In tiefster Ehrfurcht im Namen der unterthänigst treugehorsamsten zweiten Kammer der Ständeversammlung. Der Präsident: Mittermayer. Die Secretäre Blankenhorn-Krafft. Baum. Mez.

Antwort Sr. königl. Hoheit des Großherzogs. An die Deputation der zweiten Kammer. 1. Auf die Adresse. Ich empfange mit aufrichtigem Danke den Ausdruck der Treue und Anhänglichkeit der Zweiten Kammer; Ich theile mit der Zweiten Kammer die Ueberzeugung, daß Mein Volk, dem ich von jeher Meine volle Liebe schenkte und dessen Wohl ich stets nach Kräften zu befördern suchte, auch in der gegenwärtigen erregten Zeit seinen alten Sinn für Ordnung und für Gesetzesherrschaft bewahre. Ich werde die den Ständen zugesagten Vorlagen in einer jede billige Forderung befriedigende Weise bearbeiten lassen und bei der mit den Ständen zu pflegenden Berathung derselben ihre Wünsche gebührend berücksichtigen.

2. Auf die von dem Präsidenten vorgetragenen Wünsche der Kammer. Die wichtigen und zeitgemäßen Wünsche, welche die Zweite Kammer in ihr Protokoll niederlegte und Mir der Hr. Präsident soeben vortrug, werde Ich mit dem Staatsministerium berathen. Der Chef des Ministeriums des Innern wird dem Hrn. Präsidenten der Kammer darüber alsbald eine nähere befriedigende Mittheilung machen.

Heidelberg, 5. März. Heute waren hier aus Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Nassau und Frankfurt 51 Männer, fast alle Mitglieder von Ständekammern beisammen. Das Ergebniß ihrer Vereinigung ist eine offene Ansprache an das Vaterland über seine Bedürfnisse. Deutschland muß die Selbstständigkeit anderer Staaten anerkennen; es darf nie in einem russischen Bündniß seine Vertheidigung suchen, die Versammlung einer Nationalvertretung ist unaufschiebbar. (Wir werden das Document morgen nachliefern.)

In Mühlheim ist es zu Unruhen gekommen. In Emmendingen und Bruchsal haben Plünderungen und leider Judenverfolgungen stattgefunden, daß das Militär von den Waffen Gebrauch machen mußte. — Am Abend des 5. haben die Mannheimer Bürger dem Abgeordneten Hecker einen Fackelzug gebracht. — Ueber die Ministerveränderung ist durchaus nichts Officielles bekannt. (Danach ist der gestern mitgetheilte Ministerwechsel zu berichtigen.)

Gr. Hessen.

Darmstadt. Um 4 Uhr versammelten sich die Kammern, um folgendes Edict, die Mitregentschaft Sr. k. Hoh. des Erbgroßherzogs betreffend, zu vernehmen: Ludwig II. von Gottes Gnaden Großherzog von Hessen und bei Rhein rc. Wir haben, um Uns bei Unserem vorgerückten Alter eine Erleichterung in den Regierungsgeschäften zu gewähren, beschlossen, Unseren vielgeliebten Sohn, des Erbgroßherzogs königl. Hoh. und Liebden, zum Mitregenten des Großherzogthums und zwar in der Weise anzunehmen, daß von jetzt an alle die Staatsregierung betreffenden landesherrlichen Entschließungen von Demselben ausgehen, auch deren Ausfertigungen von Ihm allein unterzeichnet werden sollen. Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und des beigedruckten Staatssiegels. So gegeben in Unserer Residenz Darmstadt den 5. März 1848. (L. S.) Ludwig. du Thil. Um 5 Uhr ist vorstehendes Edict bereits in einem Regierungsblatt publicirt worden. In der Stadt herrscht großer Jubel. Man hofft nun das Ende der unruhigen Stimmung der Gemüther. (A. Z.)

Darmstadt, 6. März. Heinrich von Gagern ist Minister des Innern, mit dem Auftrag die Männer seiner Verwaltung zu designiren; Eigenbrodt und Emmerling werden ins Ministerium treten. Eine Verfügung des Mitregenten erklärt so eben: „die Presse ist frei; den Ständen wird eine allgemeine Volksbewaffnung in Vorschlag gebracht, das Militär wird auf die Verfassung sofort beeidigt werden; unverzüglich wird den Ständen ein Gesetzesentwurf auf Aufhebung des Art. 81 der Verfassungsurkunde vorgelegt werden, damit das Petitionsrecht und das Recht der Volksversammlung frei ausgeübt werden könne. Die freie Ausübung aller religiösen Culte ist gestattet. Wir werden uns nach Kräften bemühen, einer Nationalvertretung beim Bunde Eingang zu verschaffen. Wir werden dahin wirken, daß für ganz Deutschland ein Civil- und Strafgesetz und dieselben Formen des Verfahrens gelten möchten. Einstweilen werden wir in Anerkennung des dringenden Bedürfnisses in den beiden diesseitigen Provinzen den Ständen alsbald Gesetzesentwürfe über ein neues auf Mündlichkeit und Oeffentlichkeit gegründetes Civil- und Strafverfahren, verbunden mit Schwurgerichten und Aufhebung der privilegirten Gerichtsstände, vorlegen lassen. Der Provinz Rheinhessen sind bis zur Einführung einer allgemeinen deutschen Gesetzgebung ihre Institutionen und Gesetze garantirt. Den Ständen wird ein Gesetzesentwurf auf Zurücknahme des Polizeistrafgesetzes unverzüglich vorgelegt werden. (A. Z.)

Mainz, 4. März. Seit heute Morgen befindet sich die Festung im Kriegszustande. — Die Soldaten stehen bei ihren Kanonen.

Braunschweig.

Braunschweig, 1. März. Unsere Truppen werden auf den Kriegsfuß gesetzt und unserer Eisenbahnverwaltung heißt es, ist Nachricht gegeben, daß 25,000, oder nach andern 45,000, Mann Preußen auf der Eisenbahn hier durch nach dem Rhein zu passiren werden. (Köln. Z.)

Nassau.

Wiesbaden, 4. März. Heute Mittag nach 4 Uhr hat der von seiner Reise heimgekehrte Herzog, Hoheit, die gesammten Forderungen der Bürger von Wiesbaden (cf. Nro. 58. der politischen Zeitung) wie der Bewohner des ganzen Landes genehmigt. Abends war die Stadt unter großem Jubel der Bevölkerung glänzend erleuchtet.

Preussen.

Berlin. Die Nachricht in Betreff der Mobilmachung des vierten, siebenten und achten Armeecorps bedarf insofern der Berichtigung, als dieselbe im Ministerrath vom 28. vor. Mts. wirklich beschlossen und der deßfallsige Befehl auch bereits ausgefertigt war, alsdann aber wieder dessen vorläufige Inhibirung angeordnet und statt dessen an sämmtliche Armeecommando's der Befehl abgesandt wurde, Alles so in Bereitschaft zu setzen, daß erforderlichen Falls die Truppen in zwei Tagen marschfertig seyen und die Armeereserve sofort eingerufen und eingekleidet werden könne. (N. Corresp.)

Köln, 3. März. Nach zuverlässigen Nachrichten aus Berlin wird Preußen zwar ernstlich und offen rüsten, die Landwehr aber nicht einberufen und keine aggressive Stellung einnehmen. — 4. März. Gestern Abend hatten wir einen Aufruhr communistischen Charakters. Der Oberbürgermeister versammelte auf die Anzeige eines beabsichtigten Tumultes hin den Stadtrath, der sich sofort mit den Wünschen beschäftigte, die zur möglichen Abwendung der das Vaterland bedrohenden Gefahren befriedigt werden mußte; man einigte sich für Aufhebung der Censur, Erweiterung des Wahlgesetzes, und der ständischen Befugnisse bis zur beschließenden Stimme, schleunige Einberufung des allgemeinen Landtags, Befestigung des deutschen Bundes und Zulassung der Vertretung des Volkes bei demselben. — Ein Redner der Tumultuanten, ehemals Hauptmann Willich, jetzt Arbeiter, ist verhaftet. (A. Z.)

Coblenz, 4. März. Gestern Abend gingen fünf Staffetten nach verschiedenen Richtungen von hier ab. Dieselben bringen die Ordre zur Einberufung der Kriegsreserven an die betreffenden Behörden. (Rh.- u. M.)

Freie Städte.

Frankfurt, 5. März. „Bürgermeister und Rath der freien Stadt Frankfurt“ haben sich veranlaßt gesehen, der gesetzgebenden Versammlung die Gewährung der Preßfreiheit vorzuschlagen. Diese hat denn sogleich einstimmig ein Gesetz angenommen, dessen erster Artikel lautet: „Die Presse ist frei. Die Censur darf nicht wieder eingeführt werden.“

Frankfurt, 5. März Abends. Ein heute Vormittag erschienenes Publicandum, welches die gewünschte Amnestie für frühere politische Vergehungen verkündigt, und der Bürgerschaft die Obsorge für Erhaltung der öffentlichen Ruhe anempfiehlt, hat die beste Wirkung hervorgebracht. (A. Z.)

Schweiz.

Bern, 2. März. Als Flüchtling ist Graf Bois-le-Comte heute von Neuenburg hier angekommen und hat unsere Regierung um Gestattung des Aufenthalts, um ein Asyl für sich und seinen Gesandtschaftssecretär, den

Grafen Reinhard, gebeten. Solches ist ihm ohne weiteres zugestanden worden, und er wird, ohne daß ihm Jemand ein Haar krümmt, ruhig im Hauptlager der anarchischen Schweiz, dem radicalen Bern, sich aufhalten. Die verschrieene Schweiz wird noch manche ihrer feindlichen Lästerer Lügen strafen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

In der zweiten Sitzung der Bundesrevisionscommission ward mit überwiegender Mehrheit folgendes Programm über den Gang der Commissionalberathungen angenommen. I. Allgemeine Bestimmungen. 1) Verhältniß der Souveränetät der Kantone zum Bund. a) Allgemeine Grundsätze; b) Beschränkung der Kantone, insbesondere in Bezug auf Abschließung von Verträgen. 2) Garantie des Bundes: a) Unabhängigkeit nach Außen; b) öffentliche Ordnung im Innern; c) Gebiet; d) Kantonsverfassungen; e) Rechtsgleichheit; f) confessionelle Verhältnisse; g) Unterrichtswesen (schweizerische Hochschule); h) Preßfreiheit; i) Petitionsrecht; k) freie Niederlassung. 3) Militärwesen: a) Allgemeine Wehrpflicht; b) eidgenössische Militärorganisation; c) Contingent der Kantone (eidgenössische Mannschaftsscala). 4) Verkehr im Innern und nach Außen: a) Zölle; b) Weg- und Brückengelder; c) Consumogebühren; d) Aufsicht über die Straßen (Eisenbahnen); e) Handelsverträge. 5) Finanzwesen: a) eidgenössische Kriegsfonds; b) Grenzzölle; c) Ertrag der Regalien; d) direkte Beiträge der Kantone (Geldscala). 6) Posten. 7) Münzen. 8) Maaß und Gewicht. 9) Pulverfabrication. 10) Verschiedenes: a) Verbot oder Beschränkung der Militärcapitulationen; b) Aufhebung der Abzugsrechte (Freizügigkeitsverträge); c) Heimathlose; d) Auslieferung der Verbrecher; e) Anerkennung und Vollziehung rechtmäßiger Urtheile, Concurs- und Schuldbetreibungsverhältnisse; f) Gesundheitspolizei (Fremdenpolizei). II. Bundesbehörden. A. Tagsatzung. 1) Organisation (Repräsentationsverhältniß, Instructionen u. s. w.); 2) Befugnisse. B. Bundesrath oder vorörtliches System. 1) Organisation; 2) Befugnisse. C. Bundeskanzlei. D. Bundesgericht. 1) Organisation; 2) Competenzen. E. Sitz der Bundesbehörden. III. Revision der Bundesverfassung. IV. Schlußbestimmungen. — Die Bundesrevisionscommission hat am letzten Samstag den §. 1. des Bundesvertrages vom 7. August 1815 in seiner dermaligen Fassung, mit einem Zusatze bezüglich des Zweckes der Vereinigung der 22 Kantone, angenommen. „Sie vereinigen sich durch den gegenwärtigen Bund zur Behauptung ihrer Freiheit, Unabhängigkeit und Sicherheit gegen alle Angriffe fremder Mächte, zur Beförderung der Wohlfahrt und zur Handhabung der Ruhe und Ordnung im Innern rc. Die staatsrechtliche Discussion betraf die Frage, ob die Souveränetät in der schweizerischen Nation liege, und die Kantonalsouveränetät blos als eine von dieser abgeleitete zu behandeln sey, oder umgekehrt. Im letzteren Falle bleibt Alles, was durch die Bundesverfassung nicht ausdrücklich dem Bunde übertragen ist, in der Souveränetät der Kantone. Die Ansicht von der Nationalsouveränetät, besonders von Hrn. Druey verfochten, blieb aber mit vier Stimmen in der Minderheit. Ueber den Titel, den sich die Schweiz geben will, wurde lange debattirt; — der Antrag, sich schweizerische Nation zu heißen, blieb in der Minderheit. Mit schwacher Mehrheit wurde das Verbot von Militärcapitulationen in den Bundesentwurf aufgenommen.

Neuenburg, 3. März. Der preußische Gesandte hat heute Neuenburg verlassen, und vorher Verwahrung gegen die neueste Ordnung der Dinge eingelegt.

Neuenburg. Die neue Regierung verordnet: 1) die provisorische Regierung spricht die Absetzung der alten fürstenthümlichen Regierung aus, 2) das monarchische Princip ist vernichtet, 3) der Kanton ist für den Augenblick proclamirt. Alles durch und für das Volk.

Italien.

In Neapel war am 24. Febr. die Constitution aufs feierlichste beschworen worden. Indessen herrschte noch große Bewegung. (A. Z.)

Spanien.

Madrid, 27. Febr. Die Nachricht von den Ereignissen in Paris, aber erst nur bis zur Abdankung des Königs und der Regentschaft der Herzogin von Orleans, hat einen erschütternden Eindruck hervorgebracht. In welcher Stimmung die Opposition ist, ersieht man daraus, daß sie eben im Begriff war, die Reformen Italiens durch ein großes Bankett zu feiern. Nun brach gleich im Congreß ein Sturm los. Herr Laserna führte ihn herbei durch die Frage, ob die Regierung die Gesetzlichkeit der Regentschaft des Herzogs v. Victoria bis zu seinem Austritt aus Spanien im Jahr 1843 anerkenne. Als der Präsident fragte: Wer das Wort verlange, rief der Minister des Innern: die ganze Majorität, und alle Abgeordneten dieser Partei erhoben sich. Die ganze Minorität, rief man links, und die erbittertsten Reden fielen herüber und hinüber. (Span. Bl.)

Frankreich.

Paris, 5. März.

In ihrer gestrigen Abendsitzung hat die provisorische Regierung der Republik die Zusammenberufung der Wahlversammlungen auf den 9. April und den Zusammentritt der constituirenden Nationalversammlung (Assemblée Nationale Constituante) auf den 20. April festgesetzt.

Der Gang der provisorischen Regierung in ihren Staatshandlungen verdient genau verfolgt zu werden. So hat sie beschlossen, daß der Zeitungsstempel zehn Tage vor der Zusammenberufung der Wahlversammlungen außer Wirksamkeit gesetzt werden soll, um den Wahlen die größtmögliche Publicität zu lassen. Ueberhaupt ist die Regierung bemüht, den dringendsten Wünschen oder Beschwerden rasch zu begegnen, daher auch nachstehendes Decret: „In Betracht 1) daß eine zu lange anhaltende Arbeit nicht allein die Gesundheit des Arbeiters untergräbt, sondern dadurch, daß sie ihn hindert, seinen Geist auszubilden, die Menschenwürde antastet; 2) daß die Ausbeutung der Arbeiter durch Sous-entrepreneurs-Arbeiter, sogenannte Marchandeurs oder Tacherons wesentlich ungerecht, vexatorisch und gegen das Princip der Bruderliebe ist, beschließt die provisorische Regierung auf Bericht der Regierungscommission für die Arbeiter: 1) das Tagewerk ist um eine Stunde vermindert, demnach wird die Arbeitszeit in Paris von 11 Stunden auf 10, und in den Provinzen, wo sie bis jetzt 12 Stunden betrug, auf 11 herabgesetzt; 2) die Ausbeutung der Arbeiter durch Sous-entrepreneurs oder Händler ist abgeschafft. Dieß ist so zu verstehen, daß Arbeitervereine, welche nicht die Ausbeutung der Arbeiter durch einander zum Zweck haben, nicht als Händlerei betrachtet werden.“ So hat die Regierung auch Proclamationen an die Colonisten und das Heer in Algerien erlassen. In jenen, unter Bezugnahme auf die strafbare Manie, vielleicht Kleinmüthigkeit der gefallenen Regierung, welche die Entwicklung der Colonie, das Hinüberwandern von Familien und Capitalien verhindert habe, sagt sie: „Die Republik wird Algerien vertheidigen, wie den Boden Frankreichs selbst. Eure materiellen und moralischen Interessen werden studirt und befriedigt werden. Die progressive Verähnlichung der algerischen Institutionen mit denen des Mutterlandes ist im Gedanken der provisorischen Regierung, sie wird Gegenstand der ernstesten Berathungen der Nationalversammlung seyn.“ Den Soldaten verspricht sie, ihre Dienste zu würdigen und zu lohnen, sie erkennt ihren unveräußerlichen Rechtstitel auf die Dankbarkeit der Republik.

Die provisorische Regierung hat wieder ein Decret erlassen: sie läßt den Zeitungsstempel schon jetzt aufhören. Dasselbe Decret bringt die Errichtung eines Escomptircomptoirs unter dem Titel: Dotation des Kleinhandels.

Straßburg, 4. März. Mit jedem Tage nimmt die Ruhe in unserer Stadt an innerer Kraft zu. Die Behörden zeigen Energie und Umsicht. Die regelmäßige Forterhebung der Steuern ist überall gesichert. Den Plünderungsauftritten in einzelnen Dörfern ist kräftige Militärgewalt entgegengesetzt. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 3. März.

Die Berichte über den Fortschritt der Hungersnoth in Irlands westlichen Grafschaften sind furchtbar, sagt die „Britannia“. Ein Gutsherr in Galway schreibt, daß das Volk Hungers stirbt, daß es sich von Pferde- und Hundefleisch zu nähren sucht, und daß Menschen an den Heerstraßen todt liegen, wo sie ihrerseits von den Hunden aufgezehrt werden. Die Zeitungsblätter bestätigen dieß. In Connemala ist es ganz gewöhnlich, daß Leichen vier, fünf, ja sechs Tage unbegraben liegen bleiben, da Niemand sich die Mühe nimmt, sie zu beerdigen. Eben so traurig wie in Galway steht es in Mayo. Der Mayo Telegraph vom letzten Sonnabend zählt 17 Fälle von Hungertod auf.“

Louis Philipp. Derselbe ist am 2. März Morgens nebst seiner Gattin in Newhaven bei Brighton auf englischem Boden gelandet. Das flüchtige Paar war mehrere Tage lang in der Gegend von Tréport von Bauernhaus zu Bauernhaus gewandert. Am Donnerstag schiffte sich der König und die Königin auf einem offenen Boote ein, wurde unterwegs von einem Dampfer aufgenommen und alsbald nach Newhaven gebracht. Louis Philipp schrieb sogleich an die Königin Victoria. — Guizot befindet sich zu Folkstone.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 9. März: „Die Königin von Leon,“ Oper von Boisselt.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. Thon-Dittmer, Bürgermeister v. Regensburg; Baron v. Dörnberg, Rittmeister von Darmstadt; Schuster, Rentier von Frankfurt; Ball, Rentier aus Frankreich.

Hôtel Maulik. HH. Graf v. Nangray von Wien; v. Dallberg, Privatier v. Stockholm.

Gold. Kreuz. HH. Lales, Bestallter von Raab; Hirschmayer, Schauspieler v. Berlin

Blaue Traube. HH. Dabrowski, Gutsbesitzer v. Posen; Weber, Pharmaceut v. Neuötting

Stachusgarten. HH. Wegleben, Schauspieler v. Straubing; Herele, Architekt von Ulm; Grasser, Posthalter von Augsburg.

Getraute in München.

HH. Michael Sporer, Zimmergeselle dah., mit Anna Buchner, Hausbesitzerstochter v. h.; Joseph Biecherl, Polizeifunctionär dahier, mit Karolina Wilhelmina Johanna Bodres, Steinmetzenstochter v. Coburg; Joh. Nep. Schwaizer, bürgl. Drechslermeister dah., mit Maria Anna Sommer, Schuhmacherstochter v. Neuburg a. D.; Florian Winkler, b. Schreinermeister dah., mit Anna Maria Kapermaier, Handelsmannstochter v. Pfarrkirchen; Ferdinand Frhr. v. Drachsdorf, Lieutenant im k. Artillerieregiment Zoller, mit Frl. Anna Grünberger, königl. Rentbeamtenstochter v. Dachau; Ludw. Wolf, k. Hofmusicus v. h., mit Maria Richthammer, Schullehrerstochter v. h.; Ignaz Bauer, bürgl. Glockengießer dah., mit Walburga Bietweck, b. Hufschmidstochter v. h.; Franz Pfeiffer, Claviermachersgehilfe v. Passau, mit Magdalena Barbara Schröter, Holzmesserstochter von hier; Mathias Baumeister, Handlungsreisender v. h., mit Barbara Schamper, Maurerpalierstochter v. h.; Joh. Bapt. Fürthmaier, Minist.-Functionär beim k. Ministerium des Aeußern, mit Maria Katharina Berthold, b. Metzgerstochter v. h.; Joh. Georg Langenecker, b. Branntweiner dah., mit Theres Huber, b. Bierwirthstochter v. h.; Johann Stahl, Bauer in Straßtrudering, k. Ldg. München, mit Elisabetha Bechler, Bauerstochter von dort; Georg Joseph Friedrich Kellner, Ministerial-Functionär dah., mit Bertha Johanna Geisendörfer, Kaufmannstochter v. Kitzingen; Isaak Sänger, Lehrer in Thalheim, kg. württemb. Oberamts Heilbronn, mit Jette Neu, Kaufmannstochter von Wilhermsdorf, k. Ldg. Markt Erlbach. In Tirschenreuth: Karl Wilhelm Heinrich Bader, Bildhauer dah., mit Monika Gregori, Maurerpalierstochter v. Altomünster

Bekanntmachung.

2311. Im Wege gerichtlicher Hülfsvollstreckung werden die Häuser Nro. 32 im Thale Mariä und Nro. 7 im Mariengäßchen, ersteres mit ebener Erde 4 Stock hoch, letzteres mit ebener Erde 2 Stock hoch, mit dem beide Häuser verbindenden Mittelbaue und 2 Hofräumen, dann Gumpbrunnen und offener Remise, wiederholt der öffentlichen Versteigerung unterstellt, und hiezu Termin auf

Montag den 3. April l. Js. Vormittags 11 — 12 Uhr

im Geschäftszimmer Nr. 16 anberaumt, wozu zahlungsfähige Kaufsliebhaber mit dem Bemerken geladen werden, daß der Hinschlag sofort und zwar ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgt.

Das Gesammtanwesen ist um 6000 fl. der Brandassecuranz einverleibt, im Mai h. Js. gerichtlich auf 12,500 fl. geschätzt worden, und mit 1550 fl. Ewiggeld, dann 7200 fl. Hypothekkapitalien belastet.

Concl. am 3. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

Mennacher.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 61.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. [illegible]; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. [illegible] kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Freitag XLIX. Jahrgang. 10. März 1848.

Deutschland.

Bayern.

*†München, 10. März. Als gestern Abend die Allerhöchsten und höchsten Herrschaften im Theater erschienen, wurden JJ. kk. Majestäten gleich am Eingang von zwölf festlich geschmückten Mädchen Blumen gestreut und als Allerhöchstdieselben in der k. Loge sich zeigten, brach das in allen Räumen überfüllte Haus in einen kaum enden wollenden Jubel aus. Der freundliche Monarch, aufs tiefste ergriffen, verneigte sich huldvollst dankend nach allen Seiten. Nach den rauschenden den Majestäten gebrachten „Lebehochs" sang die ganze Versammlung in Begleitung des Orchesters mit stets wachsender Begeisterung die theure „Nationalhymne". Es war einer jener herrlichen Abende, die sich tief der Erinnerung einprägen. Die Oper „die Königin von Leon" ward gegeben. — Schon am Dienstag im Vormittagstheater waren die königlichen Prinzen von der zahlreichen Versammlung mit stürmischem Jubelzuruf begrüßt worden.

††München, 9. März. Die erledigte I. Landgerichtsassessorsstelle in Weiler wurde dem dermaligen II. Assessor in Immenstadt, A. Frhr. v. Bruck, verliehen, und auf die hiedurch erledigte Stelle der II. Assessor des Landgerichts Gmünden, Jos. Rau, seiner Bitte entsprechend versetzt. Der k. Hauptbank zu Nürnberg wurde ein zweiter Buchhalter beigegeben und diese Stelle dem Functionär bei der k. Bank zu Nürnberg, Johann Friedrich Wilhelm Giesmann, provisorisch verliehen. Die zweite Revisorsstelle am Lottorevisionsamte Passau ward provisorisch dem Liquidationsactuar und Revidenten bei der Steuercatastercommission, Bernh. Troidl, verliehen.

⊙⊙München, 10. März. Es heißt gewiß im allgemeinen Interesse handeln, wenn ich versuche, durch Ihr geschätztes Blatt eine genauere Beschreibung der Organisation des akademischen Freicorps zu verbreiten. Ein Hr. Graf v. Joner, wenn ich nicht irre, Oberlieutenant und im Generalstab verwendet, ein eben so liebenswürdiger Mensch als ausgezeichneter Militär, ist von Seite des k. Ministeriums mit der Organisation und inneren Einrichtung des akademischen Freicorps beauftragt, welchem Beruf er auch mit begeisterter Hingebung und seltenstem Eifer obliegt. Das Freicorps umfaßt nicht nur die 5 sanctionirten Corps, sondern auch die sogenannten Obscuranten, kurz die gesammte akademische Bürgerschaft. Es besteht etwa aus 1200 Mann und hat vorderhand 16 Compagnien oder 1 Bataillon, an dessen Spitze 1 Major steht, Hr. Anton Wagner, Rechtspraktikant in Dachau, beigesellt sind ihm 2 Adjutanten mit Lieutenantrang, beide Studenten. Jede Compagnie wird von 1 Hauptmann und 2 Lieutenants und 8 Corporälen, welche „Führer" genannt werden, befehligt. Die Officiere tragen einen Schleppsäbel und am Arm eine seidene Feldbinde mit den gewählten Farben der Compagnie, deren jede ihre eigene Farbe und ihren eigenen Namen hat. Die Gemeinen tragen Gewehre, die sie aus dem Kriegsministerium empfangen haben. Sie sollen nunmehr auch Säbel nach Art der alten Infanteriesäbel erhalten, ferner eine Patrontasche, eine dunkelgraue Joppe mit grünem Ueberschlagkragen, eine hellgraue Hose mit grünem Streif; statt der Trommeln erhält das Freicorps Trompeter aus dem Corps selbst; auch eine Fahne weiß und blau wird dem Corps bald voranwehen. Vorgestern ist das Corps aus dem neuen Universitätsgebäude, wo die Wachen bisher waren, in das alte Universitätsgebäude, oder die Akademie umgezogen, bei dieser Gelegenheit erblickte man den Rector Prof. Dr. Thiersch an der Spitze seiner akademischen Bürger in stattlicher Rüstigkeit zu Pferde. In der neuen Hauptwache bewegt sich nun bereits alles in pünktlichster Ordnung. Alle Mittag 12 Uhr zieht eine Compagnie auf die Wache; die einzelnen Posten am Akademiegebäude werden stündlich abgelöst. Noch sind die Compagnien an Anzahl ihrer Mannschaft verschieden. Wenn sie auf Kriegsfaß gestellt würden, so würden der Compagnien vielleicht weniger werden, allein jede käme dann auf 76 Mann. Außer dem Wachtdienst wird in den Sälen der Akademie täglich Morgens von 10 — 12, Mittags von 4 — 6 Uhr exercirt. — Gestern Vormittags besuchten Se. Maj. der König die Wache, und jede Compagnie mußte einzeln vor Allerhöchstdemselben ihr Exercitium halten. Der verehrte Monarch erklärte huldvollst seine volle Zufriedenheit mit dem Tact und der Accuratesse, womit das Freicorps sich bewegte. Es darf wohl noch erwähnt werden, daß die Officiere der Linie sich sehr für das junge akademische Militär interessiren. — Die hier bestehenden vier Künstlergesellschaften sind ebenfalls schon vom Kriegsministerium aus bewaffnet und exerciren täglich in dem großen Saal des Gasthofs zur „goldenen Ente". — Die Polytechniker werden nächstens zur Bildung einer Batterie zusammentreten. (Auch in Augsburg und Erlangen haben sich bereits Freicorps gebildet.)

‖München, 10. März. Der Landrichter Schönninger von Landsberg, der, wie man hört, wegen Härte und Spionerie mißliebig geworden und bei dem thätlich gegen ihn ausgebrochenen Unwillen des Publicums genöthigt, seiner Stelle zu entsagen und zu flüchten, hält sich jetzt mit seiner Familie seit einigen Tagen hier auf.

**München, 10. März. Von der hiesigen Garnison sind die Beurlaubten erster und zweiter Classe einberufen, sowie bei den neu Rekrutirten gleich das Exerciren vorgenommen wird. — Seit gestern Mittag durch einen Anschlag an Straßenecken werden sämmtliche Bürger der hiesigen Hauptstadt aufgefordert für den nächsten Sonntag zur Illumination der Stadt überein zu kommen, sollte die Witterung nicht günstig seyn, so wird der nächste günstige Tag bestimmt. Der Anschlag enthält jedoch keine Unterschrift.

München, 8. März. Gestern Vormittags 10 Uhr leistete die k. Leibgarde der Hartschiere, welche zu diesem Zwecke unter dem Commando ihres würdigen Chefs, des Generalcapitäns, Generallieutenants Frhr. v. Zweybrücken, in dem ehemaligen Garde-Saal der k. Residenz, mit ihrer vom Jahr 1662 noch herstammenden Estandarte ausgerückt war, den Eid, nach der § 3 Titl. 10 der Verfassungs-Urkunde vorgeschriebenen Formel, und brachte hierauf ein dreimaliges donnerndes Lebehoch Sr. Majestät dem Könige. — Um dem Allmächtigen aus voller Brust für die Abwendung der dem Vaterland gedrohten Gefahr zu danken, hatte heute Vormittags 11 Uhr in der Metropolitanpfarrkirche ein solennes Hochamt mit Tedeum statt. — Eine Anzahl hiesiger Bürgerssöhne haben an Se. Majestät den König die Bitte gerichtet, daß es ihnen gestattet werden möge, ein Freicorps, jedoch unmittelbar unter der Landwehr zu errichten. — Künftigen Sonntag den 12. März wird eine allgemeine festliche Beleuchtung der Stadt erfolgen.
(B. Bl.)

△△München, 9. März. Eine in den letzten Tagen dahier verbreitete gedruckte Ansprache an „Mitbürger" (cf. Nr. 57 der polit. Ztg.) erregt bei vielen, die mit wahrem Patriotismus die jüngsten Ereignisse beobachteten, nicht geringes Befremden durch die Anonymität des Aufrufenden, durch die Unbestimmtheit der Ausdrücke, in denen sie abgefaßt ist, durch die Art und Weise, in welcher sie gleich Tractätlein verbreitet wurde. Es mag wohl keine böswillige Absicht gegen irgend jemand zu Grunde liegen, aber mehrere Ausdrücke, wie z. B. „Einmischen in Versammlungen von Bürgern und biederen Bayern" oder „Erhitzen unbefangener Gemüther" u. dgl. sind, gelind zu sagen, doppelsinnig. Soll damit irgend eine Partei gemeint seyn? Warum keine charakterisirende Bezeichnung? Oder will man etwa gar der Deutung auf Redner bei der letzten Versammlung Raum lassen, von denen nicht nur in der Versammlung, sondern auch höchsten Orts dahin zu wirken gesucht wurde, die nicht künstlich herbeigeführte, sondern vor der Zusammenkunft schon vorhandene Aufregung der Gemüther zu beschwichtigen? Das hieße doch solch ehrenwerthen Bestrebungen schlecht lohnen! Anonymus möge sich also deutlich und bestimmt aussprechen, welche Gefahren für Eigenthum und Staat (wir folgen hiebei seiner Zusammenstellung der bedrohten Güter) er gewittert! Die gewährte vollkommene Preßfreiheit kann ihn dazu nur ermuthigen.

Unter halbofficiellem Zeichen München, 8. März, wird nun endlich in der „Allgemeinen Zeitung" vom 9. d. Mts. erklärt: „Fürst Wrede hatte von dem König nicht für einen Augenblick auch nur ein einziges Portefeuille in der Hand gehabt."

München, 10. März. (Fortsetzung.) Was bisher beklagt werden mußte, die Zerrissenheit Deutschlands in so viele einzelne Staaten, ist im Augenblicke nach dem wunderbaren Gang der Völkergeschicke zum offenbaren Gewinn geworden. Gerade in den mittleren und kleineren Staaten Deutschlands hat die große Volksbewegung nach dem erhabenen Ziel der Gesammtvereinigung feste Wurzel gefaßt und wenn diese Bewegung tiefer und tiefer faßt in den Geistern und Gemüthern, werden sicherlich die zähen Regierungen von Preußen und Oesterreich nachgerissen werden: denn die Bevölkerung in jenen Ländern ist brav, ist echtdeutsch gesinnt, wie jeder Reisende es aussagen muß. Sie sind unsere lieben Brüder; ihre Herzen schlagen mächtig im Stillen und harren voll tiefster Sehnsucht des Augenblicks der Gesammtvereinigung. Darum um Gottes willen Besonnenheit, Fassung, nur um des Himmelswillen keine Sondergelüste, keine Trennungs- keine Ueberhebungsgedanken. Es wird ja Alles noch gut werden. Schon beginnt ja die Bewegung am Rhein, ganz in dem herrlichen, großartigen vaterländischen Sinne, wie sie in Süd- und West-Deutschland und namentlich in unserem theuren Bayern Wurzel gefaßt. Doch davon morgen.

□Vom Oberrhein. Wohin wird der blutige Würfel fallen, den der Kriegsgott mit eherner Hand bereits zum Wurfe erhob? — Niemand weiß es; denn es liegt außer aller Berechnung, wo der zündende Blitz sich niedersenken werde, um den allgemeinen europäischen Brand zu entflammen. Ob der Po, ob die Schelde, ob der Rhein oder die Donau den ersten Tropfen Feindesblut trinken? Gleich viel für die Gegenwart; genug daß wir wissen, es sey höchst an der Zeit, dem Unvermeidlichen sich zu fügen, und alles zögernden Windens sich zu entschlagen; denn nimmer drängen diplomatische Protokolle das kampfgierige Schwert von der Weltbühne, und die Völker schwingen ob des wirklichen oder vermeintlichen Verrathes an ihnen drängende

Fäuste, von denen sich nicht prophezeien läßt, auf wessen Haupt sie niederfallen! Wem verdanken wir überallhin unsern schreckenerregenden Zustand Europas? Wer streifte dem Franzosenkönig die schlaue Krone von dem 75jährigen Greisenhaupte, wer brachte tief innere Zerwürfnisse in die deutschen Gemüther durch Religionsmittel, wer zündete die Fackel in Polen und Schlesien, wer richtet das furchtbare Blutbecken der nächsten Zukunft Ober-Italiens zu recht, wer trägt die Schuld, daß sämmtlichen Völkern des österreichischen Doppeladlers der Tag nicht früh genug grauen kann, an welchem sie von einem gelockerten Körper sich abzutrennen vermögen, der ihrem geistigen und materiellen Wohle tödtende Fäulniß dräut, — wer endlich war es, der die Lenker der Nationalgeschicke unter dem stillen Angstrufe der Völker einzuschläfern vermochte, und der die laxe Moral durch die Cabinete bis in die herrschende Schreiberstube hinabtrug? Der Jesuitismus*) und er allein ist es, der sein finsteres Netz über Europa spannte, der die Völker darunter ersticken wollte, und sie nun im letzten Odemzuge aufregt, gewaltsam nach frischer, freier Luft sich durchzubrechen. Wie schmerzlich ergreift den Freund des Vaterlandes der Gedanke, daß es nicht einer schönern ruhigen Fortbildung gelang, die Interessen der Völker mit jenen der Kronen fester und fester zu knüpfen, und daß sich die entfesselten Forderungen überstürzen, ohne sichere Gewähr durch eine moralische breite Basis für die Zukunft zu geben! Der Jesuitismus hat den Thronen und den Völkern den unerschütterlichen Boden weggewühlt, und seine Anhänger beschworen den Dämon der Blindheit herauf, um alles in ein Chaos niederzustürzen, in welchem sie gewiß, und zwar ganz gewiß, vor allem zertreten werden. Mögen nur die Fürsten ihren Völkern vertrauen, mögen sie nicht säumen, ihnen das zu geben, schnell zu geben, was die Zeit jedenfalls und ohne Ausnahme einst würde gefordert haben, mögen sie sorgen für das Heil der Presse,**) für das Heil des Grundes und Bodens, vor allem aber für freie Religionsübung und Volksbildung, mögen sie das Unterrichtswesen umgestalten, und die heimlich beschlossenen Hemmnisse nun offen zurücknehmen, mögen sie ihr Augenmerk nicht darauf richten, Frankreich zu bekriegen, sondern dasselbe lieber zum Bundesgenossen gegen den weit gefährlichern Feind des Nordens in ihre Arme zu nehmen,***) dann wird ein schönerer Tag für die Throne und für die Völker heraufsteigen, und dem Feinde alles Guten, dem Jesuitismus, die Lebenswurzel entzweigebrochen werden. Wehe dagegen dem theuern deutschen Vaterlande, wenn unser nächster Schritt uns in die falsche Stellung setzt; denn dann gilt es nicht nur einen Kampf gegen Frankreich, sondern einen zweiten gegen Rußland, und zwischen beiden könnte noch ein dritter liegen, an dem unser bestes Herzblut verblutete, und der auf Generationen hinaus die Wiedergewinnung eines befestigten Glückes verzöge, das uns bei rascher Handlung mit kluger Berechnung in den nächsten Tagen vor der Thüre stehen kann. Darum möge jeder sich erheben für die gemeinsame deutsche Sache, für das theuere geliebte Vaterland, und mögen aber auch die unpopulär gewordenen Körper sich in dieser kritischen Zeit jedes Aufrufes an die Völker so lange enthalten, bis sie durch offenes, aufrichtiges Handeln für das Wohl der Nationen sich jenes Vertrauen erworben haben, welches unumgänglich erforderlich ist, wenn ein gemeinsames Band uns gegen den gemeinsamen Feind umschlingen soll. —

Augsburg, 8. März. Heute nach 11 Uhr versammelten sich die hiesigen Einwohner, welche seit den letzten Ereignissen in München zu einer Sicherheitswache sich gebildet haben, im Rathhause und schritten nach längerer Berathung und Besprechung der wichtigen Aufgabe dieses rein bürgerlichen Instituts zur Wahl ihrer Führer. Hr. Graf v. Maldeghem wurde per Acclamation als solcher und Hr. Dr. Paur zu dessen Adjutanten gewählt. Als Führer gingen aus der nach Buchstaben zusammengestellten und von jeder Abtheilung einzeln stattgefundene Wahl und zwar für lit. A. der pensionirte Hauptmann Molitor; B. Baron Joseph v. Gumpenberg; C. Baron Gottlob v. Süßkind; D. Stadtkämmerer Tröltsch; E und F Baron v. Eberts; G. H. I. Karl Forster hervor, welche sämmtlich die auf sie gefallene Wahl mit größter Bereitwilligkeit annahmen. Die Waffe, welche die Sicherheitswache trägt, ist die Musquete mit Bajonett. Das Abzeichen: Runder Hut mit Cocarde, dann eine weiße Armbinde, auf der der Buchstabe des betreffenden Stadttheiles schwarz angebracht ist. Der Sammelplatz ist vorläufig das Rathhaus. Heute Abend 5 Uhr schon, können durch lobenswerthe Fürsorge unseres ersten Bürgermeisters Forndran 500 — 700 Musqueten in Empfang genommen werden, welche die Stadt vom Milär-Aerar heute Nachmittag abgeliefert erhält. (Lechb.)

Regensburg, 7. März. Die junge Mannschaft, welche durch die gegenwärtige Aushebung unter die Waffen gerufen wird, hat in Folge eines Kriegsministerialbefehls, welcher heute bei dem dahier garnisonirenden Infanterieregimente Gumppenberg eingetroffen ist, schon am 30. laufenden Monats bei ihren Regimentern einzutreffen. (Regsb. Z.)

Nürnberg, 7. März. In der gestrigen Bürgerversammlung wurde die Errichtung einer Sicherheitswache beschlossen. Die Einzeichnungen haben bereits auf dem Rathhause begonnen. (Nürnb. Cur.)

Die Bamberger Adresse ist an den Stadt-Magistrat gerichtet, damit dieser auf geeignetem Wege die Zusammenberufung der Stände veranlasse; die in derselben aufgeführten Volkswünsche sind vierzehn an der Zahl: 1) vollkommene Preßfreiheit. 2) Gewissens- und Lehrfreiheit. 3) Ein Gesetz über Verantwortlichkeit der Minister. 4) Beeidigung des Militärs auf die Verfassung. 5) Aufhebung aller feudalen Lasten. 6) Persönliche Freiheit. 7) Vertretung des Volkes beim deutschen Bunde. 8) Volksthümliche Wehrverfassung. 9) Gerechte Besteuerung. 10) Daß die Bildung durch Unterricht Allen gleich zugänglich werde. 11) Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Capital. 12) Gesetze, welche freier Bürger würdig sind, und deren Anwendung durch Geschwornengerichte. 13) Volksthümliche Staatsverwaltung. 14) Abschaffung aller Vorrechte.

Aschaffenburg, 6. März. Heute Morgens versammelte sich das sämmtliche Offiziercorps der hiesigen Landwehr im „Bayerischen Hofe." Von da verfugte sich eine Deputation derselben zu dem Oberstlieutenant und Commandanten der hiesigen Landwehr, Hrn. Lotto-Oberbeamten Stephan Kaden, um ihm zu erklären, daß er das Vertrauen der Landwehr nicht mehr genieße, worauf derselbe sogleich seinen Rücktritt von der Führung des Bataillonscommandos einreichte. (Aschaff. Z.)

Speyer, 7. März. So eben fand hier eine Versammlung von mehren Hundert Bürgern auf dem Rathhause statt. Es wurde eine Beitrittserklärung zu der von pfälzischen Deputirten am 4. ds. zu Neustadt verfaßten Adresse unterzeichnet. Ebenso wurde eine Adresse an die Münchner Bürger und Studenten abgefaßt, um denselben den Beifall mit ihrem ausgezeichneten Benehmen auszudrücken. Sodann wurde eine Deputation erwählt, welche die Abgeordneten auch von hier, wie von anderen Orten aus, nach München begleiten soll.

(Speyer. Z.)

In Neustadt fand am 4. März eine Zusammenkunft der Mehrzahl der pfälzischen Abgeordneten statt; dieselben unterzeichneten eine Adresse, (mit den gemeinsamen deutschen Wünschen), welche sie persönlich nach München überbringen werden. (D. Z.)

Württemberg.

Rottenburg. Am 29. Febr. Mittag 4 Uhr hielt der neue Bischof unter Glockengeläute und Geschützsalven, von einer Deputation des Domcapitels, mehreren Geistlichen und Beamten und vielen achtbaren Bürgern begleitet, seinen Einzug in Rottenburg.

In Niederstetten wurde das Schloß des Fürsten von Hohenlohe-Niederstetten von einem Haufen Tumultuanten niedergebrannt und auch das Haus des Hofrathes G. demolirt (er selbst rettete sich durchs Fenster), sowie das Hof-Kanzlei-Gebäude eingeäschert. Es wurde nach Heilbronn um Militär geschickt. Der Fürst und die Fürstin reisten nach Würzburg ab. (N. Würzb. Z.)

K. Sachsen.

Dresden. Die Antwort des Königs an die Deputation der Stadt Leipzig vom 4. März lautet: „Als gestern eine Deputation vor Mir erschien um Mir im Namen der Stadt Leipzig eine Adresse zu überreichen, so mußte Ich diesen Schritt in Rücksicht des Inhaltes der überreichten Schrift als nicht in Ihrer Competenz liegend anerkennen, und konnte daher auf die besondern darin enthaltenen Wünsche eine Antwort nicht ertheilen. Heute stehen Sie vor Mir um Mir die Lage der Stadt vorzustellen. Ich bedauere, daß Meine Worte nicht bei allen die Aufnahme gefunden, die Ich von dem väterlichen Geiste in dem sie gesprochen waren, zu erwarten berechtigt war. Aber nichts wird mich bewegen von dem klaren Wege abzugehen, den Mir Meine Verbindlichkeit als Mitglied des deutschen Bundes und Meine durch die vaterländische Verfassung übernommene Pflicht vorschreiben. Es ist Ihnen bekannt, daß die Stände am vergangenen Landtag auf eine Reform der bestehenden Preßgesetzgebung angetragen haben. Ich habe diesen Gegenstand schon längst der sorgfältigsten, gewissenhaftesten Erwägung unterworfen, und habe bereits Meinen Gesandten am Bundestag mit Anweisung versehen, wie diese Angelegenheit nach Meiner gewissenhaften Ueberzeugung auf die dem öffentlichen Wohl zuträglichste Weise zur Erledigung gebracht werden kann. Sollte hierzu die verfassungsmäßige Wirksamkeit der Stände nothwendig seyn, so wird der Ständeversammlung, welche Ich, sowie es die Umstände erlauben, baldigst zusammenzuberufen beabsichtige, hierzu sich Gelegenheit bieten. Das muß Ich aber offen erklären, daß Ich Mich in dieser wichtigen Angelegenheit nicht von Zeitereignissen, sondern nur von der gewissenhaften Rücksicht auf das Wohl des Mir anvertrauten Volks und von meiner durch die Bundes- und Landesverfassung übernommenen Pflicht leiten lassen werde. Im übrigen vertraue Ich, daß es dem Ansehen der Behörden, der Kraft und dem guten Geist der Communalgarde, dem ernsten Willen aller guten Bürger gelingen werde, denjenigen gegenüber, welche auf ungesetzlichem Wege Ungesetzliches wollen, Gesetz und Ordnung zu bewahren; und mache Ich dafür, daß dieß geschehe, die Stadt Leipzig verantwortlich."

Dresden, 4. März. Anstatt der Leipziger Adresse beizustimmen, hat der hiesige Stadtrath nebst den Stadtverordneten dem König heute die Bitte um sofortige Zusammenberufung der Landstände vorgetragen, die das Weitere auf gesetzmäßigem Wege berathen möchten. In seiner Antwort versicherte der König, daß bereits Anstalten getroffen worden, die Stände zwischen Ostern und Pfingsten zu versammeln — eine Frist, die man zu weit hinausgeschoben findet. (A. Z.)

Dresden, 5. März. Hr. v. Falkenstein, Minister des Innern, hat seine Entlassung eingereicht, der König hat diese anfangs verweigert, dann aber angenommen, nachdem Hr. v. Falkenstein darauf bestanden, „indem er nicht die Veranlassung oder den Vorwand abgeben wolle zu irgend fernerweiten unangenehmen Demonstrationen oder möglichen Unordnungen." (D. A. Z.)

Dresden, 6. März. Eine heutige Ansprache des Königs an „Seine Sachsen" verheißt Einberufung der Stände für Anfang Mai d. J., welchen die nunmehr nach der Bundeserklärung in erweitertem Maße zulässige Vorlage über die Presse nach §. 35 der Verfassungs-Urkunde zugehen wird.

Leipzig, 5. März. Die Bewegung der Gemüther äußert sich hier immer lauter und entschiedener, es tritt aber auch mit jedem Augenblick der öffentliche Geist in immer grelleren Widerspruch mit dem Geiste, welcher aus den Maßregeln der Verwaltung spricht. Die Stadt ist ruhig. Es überdeckt sich eine Adresse mit unzähligen Unterschriften, welche heute ausliegend den städtischen Behörden, Rath und Stadtverordneten den Dank und Beifall der Bürger im lebhaftesten Ausdruck kundgibt.

(A. Z.)

In Crimmitzschau haben am 4. März über 200 Bürger eine Adresse an den König unterzeichnet, worin sie Preßfreiheit, Schwurgerichte, Volksbewaffnung, freies Versammlungsrecht, allgemeines Stimmrecht, Einkammersystem, deutsches Parlament und Entlassung der Minister fordern. Der Stadtrath wird diesen Forderungen beitreten. In Werdau, Glauchau und Borna versammeln sich am 5. März die Gemeindevertreter, um ähnliche Schritte zu thun. Von Chemnitz ist eine ähnliche Adresse an den König abgegangen, jedoch nur vom Stadtrath, nicht von den Stadtverordneten mit unterzeichnet. (D. Allg. Z.)

Gr. Sachsen-Weimar.

Weimar, 4. März. Von Weimaranern und Apoldern ist so eben eine Petition an die Ständeversammlung unterzeichnet, welche auf Reform der Bundesversammlung und Preßfreiheit geht, der Gesandtenversamm-

---

*) Hiermit ist doch jedenfalls nur allgemein: jesuitische Gesinnung und Handlung gemeint. A. d. H. d. pol. Ztg.

**) Der Brief ist vor Erlaß der k. Proclamation geschrieben. A. d. H.

***) Wenn Deutschland einig ist, so braucht es auch mit Frankreich keinen Bund. A. d. H.

lung der Fürsten zu Frankfurt soll eine Versammlung von Volksvertretern als „zweite Kammer" oder „Unterhaus" beigeordnet und einem Fürsten die Ausführung und Oberleitung der von einem solchen „deutschen Parlament" erwogenen und überwachten Bundesangelegenheiten vertraut werden. Das Ministerium, welches dieser Fürst für Bundesangelegenheiten erkiesen würde, müßte der Nation, d. h. der aus dem Hause der Fürsten und dem Hause des Volkes bestehenden Reichsversammlung verantwortlich seyn. (Frankf. J.)

Baden.

Am 5. März fand wieder eine große Volksversammlung in Mannheim statt. Die Versammlung, überzeugt daß nicht alle Verbesserungen zugleich ins Leben treten können, weil einige von ihnen die Bearbeitung umfassender Gesetzentwürfe verlangen, erklärte als die dringendste die Volkswehr, die unverzüglich vollzogen werden müsse. Die Versammlung genehmigte ferner folgende Anträge als ihren eigenen Willen der Kammer auszusprechen: 1) bis zur definitiven Constituirung durch ein Gesetz, werden einstweilen die Bürger des Landes sich selbst bewaffnen. Ueber die Sache wird zugleich eine Flugschrift vertheilt, die von einem ehemaligen Militär verfaßt, die Art der Bewaffnung, die Wahl der Anführer, die Vertheilung der Abtheilungen im Lande, die Hauptquartiere — Constanz mit Donaueschingen, Freiburg mit Lörrach, Rastatt mit Offenburg, und Mannheim mit Mosbach, angibt, und die auf Vorlesen ebenfalls von den Anwesenden ausdrücklich gebilligt wird. 2) Das deutsche Parlament soll sich in möglichster Bälde versammeln. 3) Kein Mann soll im Staatsministerium und beim Bundestage sitzen, der nicht das volle Vertrauen des Volkes genießt. Die Namen Blittersdorf, Regenauer, Trefurt werden als warnende Beispiele einer reactionären, dem Volk verhaßten Politik genannt. 4) Das Preßgesetz von 1831, ob provisorisch oder definitiv, wird als ungenügend erklärt, wenn auch seine polizeilichen Beschlagnahmen im Augenblick nicht zu befürchten sind, unbedingte Preßfreiheit verlangt. Die theilweise Anwendung des Strafgesetzes von 1845, als eines legislativen Werks, das in trüber Zeit erlassen, wird getadelt, und die Zurücknahme gefordert. 5) Auf Grohes weiteren Vorschlag wird der Antrag auf die Erlassung einer Habeas-corpus-Acte, eines Schutzes für das Heiligthum des Hauses und der Person beigefügt.

Heidelberg, 5. März. Heute waren hier 51 Männer versammelt aus Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Nassau und Frankfurt, fast alle Mitglieder von Ständekammern, um in diesem Augenblick der Entscheidung über die dringendsten Maßregeln für das Vaterland sich zu besprechen. Einmüthig entschlossen in der Hingebung für Freiheit, Einheit, Selbstständigkeit und Ehre der deutschen Nation, sprachen Alle die Ueberzeugung aus, daß die Herstellung und Vertheidigung dieser höchsten Güter im Zusammenwirken aller deutschen Volksstämme mit ihren Regierungen — so lange auf diesem Wege Rettung noch möglich ist — erstrebt werden müsse. Einmüthig nicht minder war der tiefe Ausdruck des Schmerzes, daß die traurigsten Erfahrungen über die Wirksamkeit der deutschen Behörde das Vertrauen zu derselben so sehr erschüttert haben, daß eine Ansprache der Bürger an sie die schlimmsten Mißklänge hervorrufen würde. Tief betrübend in einem Augenblicke, wo diese Behörde sich auf die traurigen Erfahrungen der Geschichte beruft und mit schönen Worten von der hohen Stellung spricht, welche die Nation unter den Völkern einzunehmen berufen ist, wo sie jeden Deutschen zu vertrauensvollem Mitwirken auffordert — tief betrübend in diesem Augenblicke ist die Erinnerung, daß sie selbst den Deutschen verboten hat, Vorstellungen an sie zu richten. Die Versammelten sprachen ihre Ueberzeugung von dem, was das Vaterland dringend bedarf, einstimmig dahin aus: Deutschland darf nicht durch Dazwischenkunft in die Angelegenheiten des Nachbarlandes oder durch Nichtanerkennung der dort eingetretenen Staatsveränderung in Krieg verwickelt werden. Die Deutschen dürfen nicht veranlaßt werden, die Freiheit und Selbstständigkeit, welche sie als ihr Recht für sich selbst fordern, andern Nationen zu schmälern oder zu rauben. Die Vertheidigung der Deutschen und ihrer Fürsten darf hauptsächlich nur in der Treue und dem bewährten Kriegsmuth der Nation, nie in einem russischen Bündnisse gesucht werden. Die Versammlung einer in allen deutschen Landen nach der Volkszahl gewählten Nationalvertretung ist unaufschiebbar, sowohl zur Beseitigung der nächsten inneren und äußeren Gefahren, wie zur Entwicklung der Kraft und Blüthe deutschen Nationallebens. Um zur schleunigsten und möglichst vollständigen Vertretung der Nation das Ihrige beizutragen, haben die Versammelten beschlossen: Ihre betreffenden Regierungen auf das Dringendste anzugehen, so bald und so vollständig als nur immer möglich ist, das gesammte deutsche Vaterland und die Throne mit diesem kräftigen Schutzwalle zu umgeben. Zugleich haben sie verabredet, dahin zu wirken, daß baldmöglichst eine vollständigere Versammlung von Männern des Vertrauens aller deutschen Volksstämme zusammentrete, um diese wichtigste Angelegenheit weiter zu berathen und dem Vaterlande wie den Regierungen ihre Mitwirkung anzubieten. Zu dem Ende wurden sieben Mitglieder ersucht, hinsichtlich der Wahl und der Einrichtungen einer angemessenen Nationalvertretung Vorschläge vorzubereiten und die Einladung zu einer Versammlung deutscher Männer schleunigst zu besorgen. Eine Hauptaufgabe der Nationalvertretung wird jedenfalls die Gemeinschaftlichkeit der Vertheidigung und der Vertretung nach Außen seyn, wodurch große Geldmittel für andere wichtige Bedürfnisse erspart werden, während zugleich die Besonderheit und angemessene Selbstverwaltung der einzelnen Länder bestehen bleibt. Bei besonnenem treuen und mannhaften Zusammenwirken aller Deutschen darf das Vaterland hoffen, auch in der schwierigsten Lage Freiheit, Einheit und Ordnung zu erringen und zu bewahren, und die Zeit einer kaum geahnten Blüthe und Macht freudig zu begrüßen. Baatlin, Würt. Barchet, Würt. Bassermann, Bad. Becher, Würt. Binding I., Frkf. Bisting, Bad. Brentano, Bad. Brunk, Hess. Buhl, Bad. Carové, Rh.-Pr. Christmann, Bair. Cresel, Bater, Nass. Eppelsheim, Bair. Fetzer, Würt. Frank, Hess. v. Gagern, Hess. Gervinus, Bad. Hansemann, Rh.-Pr. Hausser, Bad. Hagen, Bad. Hecker, Bad. Dr. Heldmann, Hess. Helmreich. Bad. v. Itzstein, Bad. Dr. Jucho, Frkf. Kapp, Bad. Kirchgeßner, Bair. Langen, Hess. Lehne, Hess. Leisner, Emil, Nass. Mathy, Bad. Peter, Bad. Raffauf, Rh.-Pr. Redwitz, Würt. Römer, Würt. Sachs, Bad. Schmitt, Regierungsrath, Bad. Schmeickardt, Würt. v. Soiron, Bad. Stedmann, Rh.-Pr. Stockinger, Bair. Stößer, Bad. v. Struve, Bad. Welcker, Bad. Weller, Bad. Wernher, Darmst. Wiesner, Oesterr. Wiest, Würt. Willich, Bair. Winter, Bad. Witzemann, Würt.

Gr. Hessen.

Darmstadt, 6. März. Hr. Zimmermann, der bisherige Präsident des Finanzministeriums, wurde heute Morgen 4 Uhr zu dem Erbgroßherzog-Mitregenten berufen und — wie man sagt — zum Finanzminister ernannt. (D. Z.)

Mainz, 5. März. In der nächsten Woche wird eine Verstärkung von zwei preußischen Regimentern hier eintreffen, gleichzeitig erwartet man die Ankunft des Gouverneurs der Festung, Prinz Wilhelm von Preußen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Kurhessen.

Kassel. Die neueste „Frankfurter Oberpostamts-Zeitung" versichert, der Kurfürst habe den vor dem Schlosse in großer Anzahl versammelten Bürgern Preßfreiheit, Schwurgericht, Religionsfreiheit &c., auch ein neues Ministerium versprochen. (Bestätigt sich.)

Nassau.

Wiesbaden, 5. März. Morgen tritt unsere Ständeversammlung zusammen um über ein neues Wahlgesetz zu berathen, welches auf dem Hauptgrundsatz beruht, daß die Wählbarkeit nicht an einen gewissen Vermögensbesitz gebunden ist. (A. Z.)

F. Hohenzollern-Sigmaringen.

Sigmaringen. Der Fürst von Sigmaringen hat seinem Volke nach einigem Zögern und durch die Umstände gedrängt nachzugeben, Preßfreiheit, Geschwornengerichte und Volksbewaffnung bewilligt. (Ulm. Sch.)

Sigmaringen, 6 März. In Sigmaringen zog das Volk, um seinen Forderungen Nachdruck zu geben, zuerst vor das Haus des Geheimenraths Schenk zu Schweinsberg und später vor das Schloß. Eine Proclamation des Fürsten, welche im Allgemeinen Versprechungen machte und zum Vertrauen ermahnte, wurde mit Hohn und Pfeifen aufgenommen. 600 - 800 Menschen aus den umliegenden Ortschaften strömten zusammen und man verlangte, daß der Fürst ganz dieselben Freiheiten und Rechte, wie in Baden verwillige. Auf das ungestüme Andringen wurde dem Volke von Sigmaringen noch an demselben Abend Alles gewährt.

Nachdem letzten Samstag die erste Bürgerversammlung in der Residenz stattgefunden hatte, wurde gleich am folgenden Morgen eine Adresse an Se. Durchlaucht den Fürsten von mehr als zweihundert städtischen Bürgern unterzeichnet und dem Regierungsdirector Freiherrn Schenk zu Schweinsberg übergeben. In derselben sind als dringende Wünsche des Volks bezeichnet: Allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl der Officiere, unbeschränkte Preßfreiheit, Schwurgerichte, allgemeine Glaubens- und Gewissensfreiheit, Gleichstellung Aller in den staatsbürgerlichen Rechten und ein deutsches Parlament, daneben speziell für die sigmaringischen Lande: Aufhebung der sogenannten alten Abgaben, Ablösung des Jagdrechts, Revision des Abgabensystems und Einführung einer Einkommensteuer. (Schw. Mkr.)

Hessen-Homburg.

In Homburg hat Se. hoch. D. der Landgraf durch ein vom 6. März datirtes Manifest, alle Höchstdemselben unterbreiteten Wünsche des Volkes vollständig genehmigt.

Preußen.

Berlin, 5. März. Die Berathungen des ständischen Ausschusses sind gestern beendet worden. Mit 60 gegen 33 Stimmen ward beschlossen: der Ausschuß erklärt, daß er als nothwendig erachtet, es möge das Strafgesetzbuch nicht erlassen werden, bevor eine neue Criminalordnung vom vereinigten Landtag berathen ist. (A. Z.)

Berlin, 6. März. Der König von Preußen hat die Periodicität des Landtages (vierjährig) und die Beschränkung der Wirksamkeit des ständischen Ausschusses zugestanden, ferner die Abänderung des Verfassungsgesetzes versprochen. (Die Allgemeine preußische Zeitung ist uns weder gestern Abend noch heute Morgen zugekommen. A. d. H.)

Halle, 3. März. Uebermorgen geht von hier, Magdeburg u. s. w. eine Adresse an den König, welche um Einberufung der vereinigten Landstände, um Fernhaltung der Russen bittet. (Frkf. J.)

Koblenz, 4. März. Der Befehl zur Mobilmachung des 8. Armeecorps ist gegeben. Infanterie und Cavallerie erhalten Kriegsstärke, und schon zu Anfang der nächsten Woche treffen die Kriegsreserven ein. Heute Nachmittag gingen zwei reitende Geschütze der hiesigen reitenden Batterie nach Trier ab, wodurch die dortige reitende Batterie auf Kriegsfuß kommt. Am Morgen wurden Feldgeschütze per Dampfschiff nach Köln und Wesel verladen. Auch hinsichtlich der Dislocation der Truppen ist bereits Befehl ertheilt, daß die 8. Jäger-Abtheilung von Wetzlar nach Neuwied und Andernach marschirt; das 29. Infanterieregiment bleibt vorläufig hier, dagegen geht das Füsilierbataillon des 25. Regiments künftigen Mittwoch mit Dampf nach Köln; es wird nach Jülich verlegt. Das 34. Reserveregiment (ein pommersches) marschirt von Aachen nach Köln, und das 38. Füsilierbataillon von hier nach Aachen. Im Generalcommando herrscht seit Rückkehr des Hrn. v. Thile eine außerordentliche Thätigkeit. Am gestrigen Nachmittage gingen zwischen 5 und 6 Uhr fünf Estaffetten zu gleicher Zeit in verschiedenen Richtungen von hier ab. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Hannover.

Hannover, 3. März. In der heutigen Sitzung der Bürgervorsteher, die bekanntlich den Stadtverordneten der preußischen Städte entsprechen, wurde einstimmig beschlossen gemeinschaftlich mit dem Magistrat den König zu ersuchen: 1) um sofortige Aufhebung der Censur; 2) baldthunlichste Einberufung der Stände; 3) Einberufung der durch eine Verordnung von 1831 organisirten Bürgergarden. (Köln. Z.)

Nach dem „Frankfurter Journal" ist in Hannover die Bewegung losgebrochen.

Freie Städte.

In der Nacht des 5. März ist die Ruhe der Stadt Frankfurt durch Excesse gestört worden, seitdem nicht mehr.

Hamburg, 4. März. Es haben gestern Abend Frevel an einigen Bürgerhäusern durch Einwerfung von Fenstern und Thüren stattgefunden. Um die boshaften Ruhestörer zu verhaften und ähnlichen Freveln kräftigst zu begegnen, sind alle geeigneten Maßregeln getroffen. (A. Z.)

Oesterreich.

Innsbruck, 3. März. Die Eröffnung des ständischen großen Ausschußcongresses für das Verwaltungs-

jahr 1848 ist mit allerhöchster Entschließung vom 22 Dec. v. J. genehmigt und dazu der 3. Mai 1848 bestimmt worden. (A. Z.)

Schweiz.

Bern, 24. Febr. Die Bundesreform-Commission hat in ihrer gestrigen Sitzung den Grundsatz, daß die Rechte und Freiheiten des Volks durch den Bund garantirt werden sollen, einmüthig angenommen. Der §. 12. der gegenwärtigen Bundesacte (die Garantie der Klöster durch den Bund betreffend) fällt weg. Die Klöster stehen, wie alle andern Corporationen, unter der Kantonalsouveränität. In der Bundesverfassung selbst soll ausgesprochen werden, daß die Ausübung des evangelischen und katholischen Cultus in allen Kantonen gleich garantirt sey. Endlich wird noch bestimmt, daß es eidgenössische Sache sey, wenn Störungen vorfallen, welche die Ruhe des Landes bedrohen.

Bern, 5. März. Die Mitglieder des Neuenburgischen Staatsraths sind verhaftet, weil sie sich weigerten die Abdankungsurkunde zu unterzeichnen, und erklärten nur der Gewalt gewichen zu seyn. Sie werden mit dem Polizeidirector de Pury, der auch verhaftet ist, im Schloß bewacht und mit Schonung behandelt. Die provisorische Regierung hat verordnet (außer den bereits den Lesern bekannten Puncten): Alle Bürger die das Opfer der alten Regierung waren, sind in ihre Rechte wieder eingesetzt, und alle gegen sie verhängten Verfolgungen für politische Vergehen sind für null und nichtig erklärt. Die gesetzgebende Behörde ist aufgelöst; das Volk wird sich als Nationalversammlung constituiren, um zur Aufstellung der Verfassung zu schreiten. Diese Verfassung wird auf die breiteste freisinnigste Grundlage gebaut werden, bestimmt zur Wiedergeburt des Landes und zur engeren Knüpfung der eidgenössischen Bande durch Gegenseitigkeit im Genuß politischer Rechte und freier Niederlassung. Alle Stellen sind für provisorisch erklärt; im Fall der Noth werden sie sogleich neu besetzt. Es werden gehörige Maßregeln genommen werden, um den bürgerlichen und militärischen Rechtsgeschäften so schnell wie möglich ihren Fortgang zu sichern. Die Justiz wird fortan im Namen der Republik verwaltet werden. Die Verfallzeit der Handelswechsel wird um 20 Tage verlängert werden, für solche welche den 28. Febr. fällig waren, und um 14 Tage für solche, welche den zweiten März fällig sind. Die gerichtlichen Beitreibungen, welche vom 28. Febr. bis 2. März stattfanden, sind als null und nichtig für solche Bürger, welche die Waffen ergriffen oder Verrichtungen bei den Comités der provisorischen Regierung gethan haben. Obiges Vorrecht werden die genannten Bürger so lange genießen, als dieselben im Dienst der provisorischen Regierung der Republik bleiben. — Im Angesicht einer drohenden Zukunft beschleunigt die Bundesrevisionscommission ihre Arbeit sehr. Man erwartet mit dem Ende dieses Monats das Zusammentreten der Tagsatzung. Das Begehren Genfs eine außerordentliche Tagsatzung zu versammeln, ist vom Vorort als mit dem letzten Tagsatzungsbeschluß der Vertagung unverträglich abgewiesen worden. (A. Z.)

Neuenburg, 3 März. Der königl. preußische Gesandte hat heute gegen Mittag Neuenburg verlassen und sich vorläufig nach Basel begeben, vorher aber im Wesentlichen nachfolgende Eröffnung an die hier anwesenden eidgenössischen Commissarien, Regierungsrath Schneider und Oberrichter Migy, gerichtet: „Der Unterzeichnete sieht sich genöthigt, Neuenburg bis auf weiteres zu verlassen. Er kann aber seine Reise nicht antreten, ohne Ihren Hochwohlgeboren gegenüber nochmals auf das Dringendste zu befürworten: daß den am 1. d. Mts. von der Regierung des eidgenössischen Standes Neuenburg bei dem hohen eidgenössischen Vororte gestellten Anträgen unverweilt in ihrem ganzen Umfang entsprochen, und insbesondere ohne allen Verzug den Regierungsmitgliedern die ihnen gestern gewaltsam entzogene Freiheit wieder gegeben werde. Zugleich erneut er hierdurch im Namen des Königs, seines allergnädigsten Herrn, die feierliche Verwahrung, welche er in seiner vorgestrigen Note an den hohen eidgenössischen Vorort niedergelegt hat. Er richtet dieselbe gegen alle und jede Vorgänge, Beschlüsse und sonstige Maßnahmen, von welcher Seite sie auch kommen, wie sie auch bezeichnet oder beschönigt werden mögen, wodurch die mit der Verfassung des Kantons und Fürstenthums auch durch die Eidgenossenschaft gewährleisteten Rechte des Fürsten von Neuenburg verletzt oder beeinträchtigt worden sind oder künftig verletzt oder beeinträchtigt werden könnten. Er richtet sie zugleich ausdrücklich gegen alles, was die Handhabung der Regierungsgewalt des Fürsten durch dessen rechtmäßige Organe dermalen hemmt oder künftig hemmen könnte. Der Unterzeichnete benutzt diesen Anlaß, um Ihre Hochwohlgeboren auf's neue seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern. Neuenburg, den 3. März 1848. (Unterz.) R. v. Sydow." (A. Z.)

Italien.

Neapel, 27. Febr. Vorigen Donnerstag schwuren der König, die königl. Familie und die Minister öffentlich vor allem Volke den Verfassungseid. Auch die Truppen schwuren, für König und Verfassung Gut und Blut zu opfern. Die sicilianischen Beamten und Generale schwuren nicht. (Schw. Mkr.)

Die neuesten Turiner Zeitungen enthalten die Constitution. Die beiden Kammern sollen alljährlich sich versammeln. Der Senat besteht aus einer unbeschränkten Zahl von Mitgliedern, die der König für Lebenszeit ernennt. Die Deputirten werden auf fünf Jahre gewählt. Freiheit der Presse ist garantirt. Die Minister sind verantwortlich. (A. Z.)

Genua, 3. März. Eben läuft eine americanische Schiffsdivision in den Hafen ein. (Schw. Mkr.)

Spanien.

Madrid. 28. Febr. Die Regierung hat auf Volksbewegungen gefaßt, von den Cortes die Suspension der Bürgschaften der persönlichen Freiheit verlangt.

Frankreich.

Paris, 6. März.

In der gestern kurz erwähnten Abendsitzung der provisorischen Regierung vom 4. März wurde noch folgendes festgestellt: 1) Die Nationalversammlung hat die Verfassung zu beschließen; 2) die Wahl hat die Bevölkerung zur Basis; 3) die Volksvertreter sind 900 an der Zahl; 4) die Wahl ist eine direkte und allgemeine ohne eine Bedingung des Census; 5) alle Franzosen von einundzwanzig Jahren sind Wähler, und alle Franzosen von fünfundzwanzig Jahren sind wählbar; 6) das Scrutin ist geheim. Also ein Abgeordneter auf 40,000 Einwohner. Ein Decret von demselben Datum verfügt die Abschaffung der Sclaverei. Es lautet: „Die provisorische Regierung der Republik, in Erwägung, daß keine französische Erde Sclaven tragen kann, beschließt: es wird eine Commission bei dem provisorischen Ministerium der Marine und der Colonien niedergesetzt, um in kürzester Frist (dans le plus bref délai) die unmittelbare Emancipation in allen Colonien der Republik vorzubereiten. Der Minister der Marine hat für Vollziehung gegenwärtigen Decrets Sorge zu tragen. F. Arago. Die Mitglieder dieser Commission sind bereits ernannt. Weiter ist auch eine Commission der Nationalbelohnungen ernannt — sie versammelt sich unter dem Vorsitz des Bürgers Albert auf der Mairie von Paris. Endlich bringt der Moniteur auch das Umlaufschreiben des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an die diplomatischen Agenten im Ausland. Dieses umfassende Manifest (das wir vollständig nachliefern werden) athmet einen ungewissen Geist des Friedens.

Die provisorische Regierung hat den Entwurf einer Verfassung ausarbeiten lassen, der in wenigen Tagen veröffentlicht werden wird, damit die Bürger vor Beginn der Urwahlen mit Muße darüber nachdenken können. Die Frage über die Wahl des Präsidenten der Republik und über die ein- oder fünfjährige Dauer seiner Präsidentschaft läßt der Entwurf offen und behält ihre Entscheidung der Nationalversammlung vor.

Auf den Vorschlag v. Armand Marrast hat die provisorische Regierung eine Liquidationscommission ernannt für die beweglichen und unbeweglichen Güter der ehemaligen Civilliste und Privatdomänen.

Neue freundschaftliche Zusicherungen von England sind eingegangen. — Der russische Geschäftsträger hat sich mit Lamartine wegen der Form der Pässe ins Einvernehmen gesetzt. — Heute werden 12000 Fünffrankenstücke die ersten mit republicanischer Schrift geschlagen.

Der „National" schreibt: Sobald die Ereignisse von Paris bekannt wurden, gab der König von Preußen dem Frhrn. v. Arnim Befehl, sich nach Berlin zu begeben. Frhr. v. Arnim ist in Paris provisorisch durch den Grafen von Hatzfeld als Geschäftsträger ersetzt.

(Algerien.) Der Herzog von Aumale hat nach Berichten aus Algier vom 2. März dicht hintereinander die Nachrichten von einem Ministerium Odilon Barrot, Abdankung Ludwig Philipps, Regentschaft der Herzogin von Orleans, und zuletzt von der Niedersetzung der provisorischen (republicanischen) Regierung erhalten. Der Generalgouverneur hat auch bezüglich der letzten Nachricht öffentlich erklärt: „Nichts sey geändert in seinen Pflichten gegen Frankreich, die Bevölkerung und das Heer werden mit größter Ruhe die Befehle des Mutterlandes abwarten."

Großbritannien.

London, 4. März.

Die Fürstin Lieven ist ihrem Freund Guizot nach London gefolgt.

Heute Mittag bald nach 12 Uhr langten Ludwig Philipp und die Königin mit einem Extra-Train von Newhaven auf dem Bahnhof von Croydon (nahe bei London) an. In Croydon empfing sie der dienstthuende Kammerherr der Königin Victoria, und geleitete sie alsbald in einem Hofwagen nach Schloß Claremont, dem Eigenthume des Königs Leopold.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 2. März. Bayerische 3½ pCt. Obligationen 89¾ P., — G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 660 P., — G. Promessen per Stück Agio 71 P., — G. Oesterreichische Anleihen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. — P., — G.; 4pCt. — P., — G.; 3pCt. — P., — G. Bankactien 1. Semester — P., — G. Württembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 89½ G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 56 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 89½ G.

Frankfurt, 7. Febr. Metall. 5pCt. 95; 4pCt. 85½; 3pCt. 62; Bankactien 1890; Taunus-Eisenbahn-Actien 353; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 42; bayer. Ludwigs-Bexbacher-Eisenbahn 82; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Wien, 6. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 81; zu 4pCt. in CM. 58; zu 3pCt. in CM. 58; Bankactien per Stück 1130; Nordbahn 84½.

Amsterdam, 3. März. 2½ pCt. 50; 3pCt. 60; 4pCt. 79; Synd. 3½ pCt. 80; Handels-Maatschappy 150; Ard. 13; port. 3pCt. 23; 5pCt. Metall. 83.

Paris, 1. März. 3pCt. 70 Fr. 50 C; 5pCt. 113 Fr. 20 C.

London, 4. März. Consols 82½.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Freitag den 10. März: Zum ersten Male: „Stadt und Dorf," Schauspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Fremdenanzeige.

Hôtel Maulik. HH. v. Levers, Privatier aus Curland; Olivier, Dr. v. Dänemark.

Blaue Traube HH. Hahn, Maler v. Nürnberg; Tauber, Inspector v. Bad Kreuth.

Stachusgarten HH. Röserle, Director von Weihenstephan; Müller, Revierförster v. Zell.

Gestorbene in München.

Maria Eisenthal, Bezirksinnehmerswittwe v. h., 60 J. alt; Otto Baumann, Rechtspracticant von Augsburg, 25 J. alt; Joseph Rölch, Bäckergesell v. Ammerdingen, 19 J. alt; Anton Kraus, k. k. Salinenadministrator v. h., 37 J. alt; Johann Wimmer, Soldat im k. Infanterieleibregimente, geb. v. Baumgarten, Ldg. Pfarrkirchen, 22 J. alt; Joh. Ev. Geisenhofer, Schneidergesell v. h., 17 J. alt; Joseph Renner, herrschaftlicher Stallmeister v. h., 44 J. alt; Katharina Streibach, Mühlmeisterstochter v. h., 31 J. alt; Elisab. Wiesech, Steindruckersfrau v. h., 49 J. alt; Paul Berghofer, Taglöhnerssohn v. h., 34 J. alt; Joseph Schäffer, Metzger v. Landsberg, 39 J. alt.

2313. **Neue Carricatur über die jüngsten Münchener Ereignisse.**

In allen Buch- und Kunsthandlungen, sowie auch bei Hofbuchbinder Fuchs ist zu haben:

Ein politischer Bilderbogen.

Preis 12 kr.

Diese Carricatur ist ein Gegenstück zu dem

Engelsturz,

von welchem ebenfalls in allen Handlungen Exemplare vorräthig sind.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 62.

Münchener politische Zeitung.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 31; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr., Halbjährlich 3 fl.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend — XLIX. Jahrgang. — 11. März 1848.

Deutschland.

Bayern.

**München, 11. März. Gestern inspicirte Herzog Max in Bayern k. H. als Kreiscommandant der Landwehr von Oberbayern das akademische Freicorps, das bekanntlich der Landwehr zugetheilt ist. — Künftigen Sonntag in der Mittagsstunde wird große Festparade der gesammten Landwehr abgehalten werden. — Heute findet in der hiesigen jüdischen Synagoge feierlicher Gottesdienst zur Dankesweihe der hohen königl. Gaben statt.

*† München, 10. März. Gestern Morgen hat der Hr. Ministerverweser des Innern, Staatsrath im ordentlichen Dienste, Frhr. v. Thon-Dittmer, sein Portefeuille übernommen, und am Mittag die Aufwartung der Beamten seines Ressorts entgegengenommen. — Es herrscht in allen Ministerien die regste Thätigkeit.

München, 9. März. An den königl. bayerischen Bundestagsgesandten, v. Gasser, ist heute eine motivirte Instruction bezüglich der Bundesrevision und deutschen Nationalvertretung am Bundestag mit der Weisung ergangen, dieselbe der königl. Proclamation vom 6. d. M. entsprechend, ungesäumt zur Proposition zu erheben. (A. Z.)

**München, 11. März. Die Bürgerschaft der Vorstadt Au, welche, wie man hört, schon seit längerer Zeit mit ihren städtischen Behörden unzufrieden gewesen, hat gestern nach einer Versammlung der Bürger den Magistrat abgesetzt und nur den Stadtschreiber beibehalten.

Aus fast allen bayerischen Städten und auch vom Lande her gehen die erfreuendsten Nachrichten über den Eindruck der königl. Proclamation ein. So erfüllte in Nürnberg am 7. nach Bekanntwerden des allerhöchsten Geschenkes allgemeiner Jubel die Stadt. Donnernde Lebehochs ertönten dem geliebten Landesvater; die Nationalhymne wurde gesungen; Alles schmückte sich mit weiß und blau in Cocarden und Schleifen, aus den Häusern wehten Fahnen, Abends ertönte feierliches Glockengeläute, die Stadt ward beleuchtet und in reichlichen Almosenspenden gedachte man der Armuth. Die Schützenmeister der Nürnberger Büchsenschützen-Gesellschaft luden bezüglich der Bildung eines „Schützencorps" zu einer Berathung im Schützenhaus ein. — In Erlangen entwickelte sich am 7. d. sogleich ein glänzender Festzug der Studirenden, Prof. Hoffmann brachte in einer schönen Rede ein Lebehoch Ludwig I. dem deutschesten der Fürsten. In Bamberg, Ansbach, Baireuth allgemeiner Volksjubel bei Festlichkeiten aller Art. In Lindau am 8. lauter Jubel und Beleuchtung der Stadt. In Füssen am 8. begeisterte Lebehochs auf den König. Gesang des „Heil unserm König," des „Walhalla-Thor" und Arndts „deutsches Vaterland". Bei den wackeren Pfälzern wurde am 8. in Speier die königl. Proclamation unter Volksjubel vom Stadthaus verkündet.

Vom Oberlech. Vor kaum einer Stunde langte die Kunde von der königlichen Proclamation bei uns an, und schon lodert der Jubel auf unter Alt und Jung, ein Jubel, den nicht der Commandostab, sondern der mächtigste Drang des Herzens selbst unter jene zauberte, welche sich des Grundes nicht klar bewußt sind, warum sie dem allgemeinen Freudenschrei ihre Rechnung unwiderstehlich tragen müssen. Was anders könnte die Ursache dieser plötzlichen Erhebung des Gefühles seyn, als die Befreiung des Volkes von der Sklavenkette, welche sich seit einem Dezennium immer mächtiger um seine Kehle legte, als die Befreiung von dem Alpe, der zum Riesen anwachsend auf der Brust des Volksglückes sich immer fester und fester niederließ?! Ein ächtdeutsches, ein wahrhaft königliches Wort streifte Alp und Sklavenkette hinweg, rief ein neues „Werde", und sieh! das Volk jubelt neugeboren auf; denn es ist sich selbst, seinem heiligsten Elemente, seiner Liebe zu Thron und Vaterland wiedergegeben! — Aber! ist unsere erste Frage, wird dieser neue Lebenskeim, diese rasch aufschießende Blume von Dauer seyn? — Ja, sie wird es, jedoch unter der einzigen Bedingung, daß die königliche Proclamation noch tiefer in das Volksherz greife, d. h. daß sie noch tiefer nach Grund und Boden forsche, und das Unkraut vertilge, und in der Wurzel zerstöre, welches als wuchernde Schmarotzerpflanze über das Volksglück zusammenwuchs. Ein neuer, goldene Früchte versprechender Lebensbaum wurde gepflanzt, — aber — er steht noch nicht tief genug mit seiner Herzwurzel in dem fruchtbaren Boden; denn diesen halten noch Leute, die vom Geist der neuen Zeit nichts wissen wollen — durch den Volksunterricht bis zur Stunde besetzt. Kein Früchte tragender Zweig wird auf demselben unter dieser Herrschaft grünen! Was halfen dem schlauen Bourbonen auf dem gallischen Throne mit seiner jesuitischen Politik die freiesten Institutionen? Ein Auto da fé des Volkes zerstörte seinen Sitz, und die heraufbeschworne Welle schlug über des Unglücklichen Haupt mit ihrer Vernichtung zusammen. — Was schützt den britischen Thron so mächtig? Nicht der Uebermuth eines völkerverachtenden Palmerston, nein, der kühne Wächter des Gesetzes, der Volk und Thron vor geheimen Wühlereien schirmt! — Umgestaltung, gründliche Umgestaltung des Volksunterrichtes allein gibt der neuen Aera in Bayern und Deutschland überhaupt die nothwendige, breite Basis, und nur auf dieser wird sie zum bleibenden Heile führen, das unser geliebtes Vaterland so eben mit lautem Jubel erfassen will. Auf! darum bayer'sches, auf! deutsches Brudervolk überall, schaare dich um den Thron, und lege die Hebel an, daß wir vorerst die Wurzel des Unheils aus ihrer Feste heben, und statt dessen eine Eiche pflanzen, die uns gegen den Sturm des drängenden Osten, und gegen jenen des Westen zu schirmen vermag!

Nürnberg, 7. März, Abends 7½ Uhr. Der Zudrang zur königl. Bank war dieser Tage so auffallend groß, daß viele ihre Depositen Verlangenden nicht befriedigt werden konnten. Ein alles Grundes entbehrendes Gerücht hatte unter engherzigen Menschen Glauben gefunden. Die Direction hat sich veranlaßt gefunden in einer Bekanntmachung darauf hinzuweisen, daß der Staat vollkommene Garantie der Bank ohne allen Vorbehalt übernommen hat, somit bei dieser sowohl als bei der Schuldentilgungsanstalt irgendeine Verlustgefahr nicht zu befürchten ist. (A. Z.)

Erlangen, 6. März. Auch hier wurde heute eine vor einigen Tagen in engerem Kreise besprochene Adreßpetition an Se. Majestät den König unter Leitung der Herren Pemsel, königl. Advocaten, und Dr. Leutbecher von zahlreich versammelten wackeren Bürgern unterzeichnet und auf gesetzlichem Wege befördert. Die darin ausgesprochenen Wünsche stimmen mit den zeither laut verkündeten vollkommen überein. (C. v. u. f. D.)

In Bamberg ist bereits eine Bürger-Sicherheitswache ins Leben getreten, in Nürnberg beschlossen, eben so in Regensburg und in anderen Städten.

Am 6. März sind in Aschaffenburg 200 — 300 Bauern aus dem benachbarten Damm eingedrungen. Ihre Forderung ging dahin, vom Landgericht in Polizeisachen getrennt und wieder wie früher der städtischen Polizei unterworfen zu werden. Sie waren übrigens unbewaffnet. Der k. Landrichter übernahm von ihnen eine Petition und sie zogen dann friedlich wieder heim.

Die am 4. März zu Neustadt in einer Zusammenkunft der Mehrzahl der pfälzischen Abgeordneten abgefaßte Adresse an Se. M. den König, deren bereits Erwähnung geschah, bittet um unverzügliche Gewährung folgender Zugeständnisse: 1) unverzügliche Berufung der Stände; 2) Revision der Verfassung, namentlich des Wahlgesetzes; 3) unbedingte Preßfreiheit; 4) Volksparlament für das eine und einige Deutschland; 5) Volksbewaffnung, mit freier Wahl der Führer, und zwar unverzüglich für die Pfalz; 6) Beeidigung des Militärs auf die Verfassung; 7) Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens und Schwurgerichte, auch Zurückverlegung des Cassationshofes in die Pfalz; 8) Trennung der Justiz von der Verwaltung und Ueberweisung der Polizei an die Gerichte (in den jenseitigen Landestheilen); 9) Freiheit des Glaubens und der Lehre, mit gleichen Ansprüchen zu allen politischen und bürgerlichen Rechten, ohne Rücksicht auf das Glaubensbekenntniß; 10) Freiheit der Gewerbe und des Grundes und Bodens, Ablösbarkeit aller Feudallasten zu billigen Bedingungen, betrifft die ältern Kreise); 11) Revision der Landraths- und Gemeindegesetze, und Recht zu freien Versammlungen der Bürger; 12) Revision der Steuergesetze, zur Erzielung eines gerechten Steuersystems.

(Die Nürnberger Blätter sind heute ausgeblieben.)

Württemberg.

Stuttgart, 8. März. Der ständische Ausschuß hat in einer Adresse an den König die dringende Bitte gestellt, noch diejenigen beabsichtigten Veränderungen, welche ohne Mitwirkung der Stände geschehen können, vor Zusammentritt derselben sofort auszuführen und von den durch die Regierung den Ständen zu machenden Vorlagen Kunde geben zu wollen. (Schw. Mkr.)

Stuttgart, 9. März Mittag 12 Uhr. Wir hören, daß in das neue Ministerium berufen seyen: Römer (Justiz), Duvernoy (Inneres), Pfizer (Kirchen- und Schulwesen), Goppelt (Finanzen). Jetzt 12 Uhr sind die Genannten (lauter Liberale aus der Opposition) zu Sr. Maj. dem Könige berufen. (Schw. Mkr.)

Ober-Regierungsrath v. Gärtner, Stadtdirector von Stuttgart, ist zum Director der Oberrechnungskammer befördert worden.

Der gestern berichtete Brand in Niederstetten ist dahin zu berichtigen, daß nur ein Nebengebäude des Schlosses eingeäschert worden ist.

K. Sachsen.

Dresden, 6. März. Appellationsgerichts-Vicepräsident Dr. Zschinsky ist provisorisch mit der Leitung des Ministeriums des Innern beauftragt. (Leipz. Z.)

Leipzig, 6. März. Hier ist folgender Aufruf an sämmtliche Censoren des Königreichs Sachsen veröffentlicht: Die Unterzeichneten appelliren an Ihr Ehrgefühl. Bevor der Staat Sie zum Amt eines Censors berufen hat, sind Sie Gelehrter, Schriftsteller und Sohn des Vaterlandes gewesen, der, wie wir, tief erröthend unter dem entehrenden Joche dieser verhaßten Geistestyrannei geseufzt. Jetzt, nachdem mehr als 30 Jahre lang die Völker Deutschlands vergebens auf die Erfüllung des

Versprechens ihrer Fürsten gehofft, jetzt ist die Zeit gekommen, dieses unerträgliche Joch, das uns in den Augen von ganz Europa erniedrigt, mit der ganzen Macht unseres Willens abzuschütteln. Unmöglich kann Ihnen die Stimmung des Volkes entgangen seyn. Durch ganz Sachsen, wie durch ganz Deutschland erschallt der millionenzüngige dringende Ruf, das nicht länger abzuweisende Verlangen: Preßfreiheit! Volkes Stimme, Gottes Stimme! Und darum bitten wir Sie nun im Namen der Ehre und der Liebe zum Vaterlande, ein Amt, das Sie, als Mann von Gewissen, nicht länger bekleiden dürfen, freiwillig niederzulegen und dadurch stillschweigend zu erklären, daß Sie die Rechtmäßigkeit Ihrer ohnedieß unhaltbaren Stellung selbst nicht anerkennen. Wir hoffen und erwarten, daß alle Censoren Sachsens unserem Aufrufe großherzig Folge leisten, ihr Amt in Masse niederlegen und auf diese Weise das Fortbestehen der Censur unmöglich machen werden, fest überzeugt, daß in diesen Tagen der Gefahr sich Keiner, der es mit seinem Vaterlande ehrlich meint, auffinden lassen wird, eine verhaßte Mission, die Sie freiwillig niederlegen, zum Trotz des ganzen Volkes weiterzuführen. Leipzig, am 4. März 1848. (Folgen die Unterschriften.)

Baden.

Bruchsal, 7. März. Heute sieht man ganze Karavanen von Wagen aus dem benachbarten Städtchen Heidelsheim hier einziehen: es sind Israeliten, welche sich und ihre Habe flüchten. (So etwas muß im 19ten Jahrhundert und in Baden und gerade jetzt zur Zeit der Wiedergeburt Deutschlands vorgehen!)

Gr. Hessen.

Darmstadt, 7. März. Gagern eröffnete heute der zweiten Kammer: die innere Civilverwaltung werde in drei Departements zerfallen: Inneres, Justiz und Finanzen. Er sey Minister des Innern; Präsident Zimmermann Finanzminister; ein Justizminister sey noch nicht ernannt. Eigenbrodt sey Ministerialrath im Ministerium des Innern. Gagern legte Gesetzentwürfe vor: Ueber Preßfreiheit, Versammlungs- und Petitionsrecht, und Zurücknahme des Polizei-Strafgesetzes und versprach unmittelbare Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über bürgerliche Gleichstellung aller Confessionen. (D. Z.)

Darmstadt, 7. März Morgens 8 Uhr. So eben rückt das Militär in großer Parade aus, um auf die Verfassung beeidigt zu werden. (Gr. H. Z.)

Kurhessen.

Kassel, 7. März. Als außerordentliche Beilage zur Kasselschen „Allgemeinen Zeitung" ist heute folgende Proclamation erschienen: Von Gottes Gnaden wir Friedrich Wilhelm I. Die Censur bei der Besprechung innerer Landesangelegenheiten ist aufgehoben. Die den Privatgottesdienst der s. g. Deutschkatholiken und Taufgesinnten hindernden Verfügungen sind zurückgezogen; über die Regulirung der sonstigen Rechtsverhältnisse dieser und anderer Dissidenten aber wird den alsbald einberufenen Landständen ein Gesetzentwurf vorgelegt werden. Dasselbe wird geschehen in Beziehung auf die in Gemäßheit der Verfassung und der Bundesgesetze gegen den Mißbrauch der Presse zu gewährenden Garantien, in Beziehung auf die Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens, des Anklageprocesses und des Instituts der Geschworenen; in Beziehung auf die Mitwirkung der Landstände bei der Besetzung des Ober-Appellationsgerichts, die Rechtsverhältnisse der Anwälte und andere, zur Beförderung der allgemeinen Landeswohlfahrt gereichende Gegenstände.

In der „Kassel'schen Allg. Zeitung" wird gemeldet: Der Staatsrath Scheffer hat das Ministerium des Innern niedergelegt und ist von Kassel abgereist; dem von der Residenzstadt erwählten Oberbürgermeister Hartwig ist die kurfürstliche Bestätigung ertheilt. Sicherem Vernehmen nach ist den Deutsch-Katholiken freie Religionsübung gestattet worden. Der Hr. Regierungsdirector Lotz zu Marburg ist zum Vorstand des Ministeriums des Innern, und der Hr. Regierungsdirector Moritz v. Baumbach zu Rinteln zum Vorstand des Justizministeriums ernannt. Die Ständeversammlung ist auf den 20. d. einberufen, um das Gesetz über die Preßfreiheit zu berathen. – Aus Frankfurt meldet man, Nebelthau habe resignirt.

Hanau, 6. März. Die Staatsdiener in hiesiger Stadt haben sich den Sr. k. Hoh. dem Kurfürsten bereits überreichten gerechten Wünschen der hiesigen Bürgerschaft einstimmig und mit Freuden angeschlossen. (Frkf. Journal.)

Der ersten Hanauer Deputation ist eine zweite nachgeschickt worden, welche der ersten ankündigte, „man könne für die längere Aufrechthaltung der Ruhe nicht stehen, wenn die Concessionen nicht auf's Schleunigste erfolgten; drei Stunden sollen sie noch zuwarten, dann ohne Weiteres heimkehren."

Die „Deutsche Zeitung" meldet die Antwort, welche die Marburger Deputation in der Audienz von dem Kurfürsten erhalten hat. Es war der Obergerichtsprocurator Schanz (der Vertheidiger Jordans), der Kaufmann Möller und der Landtagsdeputirte Bierbrauer Lederer. Se. königl. Hoheit bemerkte: „Kein Bierbrauer regieren, Universität verlegen, Audienz beendigt" etc. (??)

Gr. Sachsen-Weimar.

Am 4. März starb in Jena der Hofrath und Dr. H. K. Abraham Eichstädt, der berühmte Lateiner, im 76. Lebensjahre.

Sächsische Herzogthümer.

Koburg, 4. März. Es circulirt eine Petition an den Herzog, mit der Erklärung, daß die Bürger der Stadt Koburg dem aller Orten laut werdenden dringenden Verlangen nach Preßfreiheit, Schwurgerichten, Volkswehr und Vertretung bei der Bundesversammlung sich anschließen. Es wird in ihr auch um Einberufung der Stände gebeten. (D. Z.)

Gotha, 4. März. Gestern fand bei uns eine Bürgerversammlung statt, um auch von Seiten unserer Stadt den allgemeinen Forderungen des deutschen Vaterlandes sich anzuschließen. Vornehmlich wird eine Verfassung mit Wahlkammer begehrt.

Preußen.

Berlin, 3 März. Die Sendung des Generals v. Radowitz nach Wien hat, wie ich so eben aus einem mir vorliegenden norddeutschen Zeitungsblatt ersehe, zu der Vermuthung Anlaß gegeben, daß es sich um den Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Preußen, Oesterreich und Rußland handle. Aus sicherster Quelle kann ich Sie benachrichtigen, daß diese Vermuthung jedes Grundes entbehrt. Preußen wird dem bestimmt ausgesprochenen Willen des Königs gemäß in der rein exspectativen Stellung, welche es der neuen Ordnung der Dinge in Frankreich gegenüber zu beobachten beabsichtigt, keine andere Allianz suchen als die eines einigen, friedlichen, aber gegen jeden Angriff von Außen gerüsteten Deutschlands. Die eben erwähnte Sendung des Hrn. v. Radowitz nach Wien hat lediglich den Zweck, dort diejenigen Maßregeln anzukündigen, welche Preußen nöthig hält, um die Vertheidigungsfähigkeit des deutschen Bundes zu erhöhen. Sollten auch andere Defensivmaßregeln mit einem nichtdeutschen Staat verabredet werden, so würde das ohne Zweifel England seyn. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Berlin, 6. März. Nachdem der seit dem 17. Jan. hierselbst Vereinigte ständische Ausschuß die demselben vorgelegten Propositionen erledigt hatte, war der Schluß seiner Sitzungen auf den heutigen Vormittag anberaumt. Se. Majestät der König erschien gegen halb 12 Uhr, begleitet von Sr. k. Hoh. dem Prinzen von Preußen, von den Mitgliedern des Staatsministeriums, von dem Lebehoch der Mitglieder des Ausschusses empfangen, in dem Versammlungssaal und hielt folgende Rede: „Nachdem Mir angezeigt worden, daß Meine zum ersten Vereinigten Ausschuß versammelten getreuen Stände die ihnen aufgetragene wichtige Arbeit vollendet — und Ich darf zu Meiner wahren Befriedigung hinzufügen — mit großer Ausdauer und beseelt von dem schönsten Geist echter Vaterlandsliebe erledigt haben, bin Ich in Ihrer Mitte erschienen, um Ihnen ein herzliches Lebewohl zuzurufen! Es ist dieser Augenblick überdieß für Mich ein wichtiger und erfreulicher. Durch die Erledigung der dem Vereinigten ständischen Ausschuß ertheilten Vorlagen und durch die gleichzeitige Einberufung und Einführung der ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen ist Meine Gesetzgebung vom 3. Febr. v. Js. zur vollen Ausführung gebracht, und damit derjenige Zeitpunct eingetreten, bis zu welchem Ich nach der Botschaft vom 24. Juni v. Js. Meine Entschließungen über die Anträge des ersten Vereinigten Landtags auf einige Modificationen jener Gesetzgebung vorbehalten hatte. Schon in Meiner Thronrede vom 11. April v. Js. habe Ich wohlüberlegt ausgesprochen, daß Ich den Vereinigten Landtag gern und öfter um Mich versammeln würde, wenn derselbe Mir die Ueberzeugung gewähre, daß Ich es könne, ohne höhere Regentenpflichten zu verletzen. Die Periodicität ständischer Centralversammlungen hatte Ich von Anfang an als nothwendig für Mein ständisches Gebäude anerkannt, und sie den Vereinigten Ausschüssen gegeben. Nachdem aber beide Curien des Vereinigten Landtags die fast einstimmige Bitte an Mich gerichtet hatten, die Periodicität auf den Vereinigten Landtag selbst zu übertragen, so war es längst Mein Entschluß — mehrere von Ihnen wissen das aus Meinem Munde — diesen Wunsch durch die That zu erfüllen. Gern benutze Ich daher diese Veranlassung, Ihnen nun auch zu erklären, daß Ich die in der Gesetzgebung vom 3. Febr. dem Vereinigten Ausschusse ertheilte Periodicität auf den Vereinigten Landtag übertragen, und die Befugnisse des ersteren in entsprechender Weise beschränken will, wie dieß in einer Botschaft näher ausgeführt ist, welche Ihnen Mein Minister des Innern mittheilen wird. Sie aber, Meine Herren, mögen, indem Sie heimkehren, diesen Meinen Entschluß, wodurch die von beiden Curien des ersten Vereinigten Landtags gestellten Anträge in vollem Umfange gewährt sind, allen denen verkünden, welche sich danach gesehnt haben, und darunter sind — Ich weiß es — viele Meiner redlichsten und getreuesten Unterthanen. Ja, Meine Herren, gehen Sie mit Gott in Ihre Provinzen und Städte als Boten des Friedens, der Einigkeit und Kraft! Die Vorsehung hat Ereignisse eintreten lassen, welche die gesellschaftliche Ordnung in ihren Grundvesten zu erschüttern drohen. Deutsche Herzen, preußische Männer, Männer der Vaterlandsliebe, der Ehre, wissen, welche eigenthümliche heilige Pflicht solche Zustände bedingen. Kein Volk auf Erden hat unter ähnlichen Verhältnissen jemals ein erhebenderes Beispiel gegeben als das unsrige. Das aber bedingt die Wiederholung derselben Erfahrung in diesem Augenblick um so unerläßlicher, denn wir wollen nicht weniger treu, nicht weniger muthig, nicht weniger ausdauernd seyn als unsere Väter oder wir selbst als Jünglinge es waren! Was jeder klare Verstand begreift, was jedes edle Herz fühlt, das sprechen Sie, Meine Herren, in Ihrer Heimath aus! Rufen Sie einem jeden die unwidersprechliche Wahrheit zu: lasset alle Parteien ruhen, sehet nur auf das eine was noth thut, wenn wir mit Ehren und Segen aus dem Sturm hervortreten wollen, den unsere Einmüthigkeit, unsere Haltung, unser Beispiel, unter Gottes gnädigem Beistand allerdings beschwichtigen kann. Schaart Euch wie eine eherne Mauer in lebendigem Vertrauen um Euren König, um Euren besten Freund! Fern von dem Gedanken an die Einmischung in die innern Angelegenheiten fremder Völker, thue ich alles, Meine Herren, was an Mir ist, um durch die Eintracht und das mächtige Wort der Großmächte, vor allem aber durch Kräftigung des deutschen Bundes einen ehrenvollen Frieden zu sichern, der den Völkern Europas nöthig ist, wenn nicht die Bahn des geistigen und materiellen Fortschrittes, welche sie so rüstig betreten, unterbrochen, ja vielleicht auf Jahrhunderte zerstört werden soll. Wenn Mein Volk den deutschen Stämmen das Beispiel der Einheit und Kraft gibt, so ist ein großer Schritt zur Erreichung dieses segensreichen Zieles der Erhaltung des Friedens geschehen! Doch sollte es Gottes unerforschlicher Rathschluß anders fügen, sollten die Verträge gebrochen werden, auf denen Europas politisches Gebäude beruht, sollte ein Feind es wagen, das eigene Gebiet oder das Meiner deutschen Bundesgenossen anzutasten, dann würde Ich, wie es Ehre und Pflicht gebieten, selbst die Gefahren des Kriegs einem schmählichen Frieden vorziehen. Ich werde dann Mein wehrhaftes Volk zu den Waffen rufen, es wird sich um Mich schaaren wie vor 35 Jahren unter den Fahnen Meines unvergeßlichen — nun in Gott ruhenden Vaters — der auch der Vater seines Volkes war; dann wird — das ist Meine Zuversicht! — der Heldenmuth der Jahre 1813, 1814 und 1815 nicht fehlen. Sobald die Maßregeln, welche Ich für Preußens und Deutschlands Sicherheit und Ehre ergreifen muß, den Beistand Meiner getreuen Stände erfordern, spätestens dann wenn (was Gott gnädiglich verhüten wolle!) der allgemeine Ruf zu den Waffen erschallen müßte, werde Ich Sie, Meine Herren, und Ihre Mitstände — den ganzen Vereinigten Landtag — wiederum berufen, um Mir mit Rath und That beizustehen, wohl wissend, daß das Vertrauen Meines Volks Meine festeste Stütze ist, und um der Welt zu zeigen, daß in Preußen der König, das Volk und das Heer dieselben sind von Geschlecht zu Geschlecht! Auch das verkünden Sie den Ihrigen in der Heimath, und noch einmal ein herzliches Lebewohl!" Nach Beendigung der Rede verließ der Kö-

Digitized by Google

zog den Saal unter dem erneuerten Lebehochruf der Versammlung. Darauf verlas der Landtagscommissär und Minister des Innern eine allerhöchste Botschaft, durch welche (wie gestern kurz gemeldet) die dem ständischen Ausschuß verliehene vierjährige Periodicität auf den vereinigten Landtag übertragen wird.

Seit dem 4. März verbreiten sich Gerüchte über bedenkliche Aufregung in den untern Volksschichten Berlins.

Köln, 4. März. Im Laufe des heutigen Vormittags sind noch 2 Personen Dr. med. Gottschalk und der frühere Artillerie-Lieutenant Anneke an den gestrigen communistischen Excessen betheiligt verhaftet und Haussuchungen bei denselben gehalten worden. Die Untersuchung ist in vollem Gang. (Köln. Z.)

In Köln sind in einer Bürgerversammlung in Aachen vom Gemeinderath Adressen an den König beschlossen worden. Von Düsseldorf und Coblenz sind bereits Adressen nach Berlin abgegangen. Die Bitten sind im Geiste der süddeutschen Bewegung gehalten.

Braunschweig.

Die Stadtverordneten Braunschweigs haben eine Adresse an den Herzog gerichtet, worin sie die Freiheit der Presse, Anerkennung des Rechtes der Staatsbürger auf politische Versammlungen, Oeffentlichkeit der landständischen und Communalverhandlungen, der Civil- und Strafrechtspflege, Einführung der Schwurgerichte einer geregelten Volksbewaffnung und ein deutsches Parlament verlangen.

Freie Städte.

Frankfurt, 7. März. Der großherzogliche badische Bundesgesandte, Hr. v. Blittersdorf, ist durch Herrn Nebenius ersetzt. Der großherzogliche hessische Bundestagsgesandte, Hr. v. Gruben, ist auch abberufen, hat aber noch keinen Nachfolger erhalten. (A. Z.)

Bremen, 4. März. Es circulirt hier eine bereits mit zahlreichen Unterschriften versehene Adresse an Bassermann. Sie erklärt, daß im ganzen deutschen Vaterlande wie ein Blitzstrahl, das Wort vom deutschen Parlament gezündet habe. (Brem. Bl.)

Oesterreich.

Wien. Die Sage, daß die Mitglieder der kaiserl. Familie 100 Millionen ihres eigenen Vermögens zur Verfügung des Staates gestellt hätten, scheint irrig. (A. Z.)

Wien. Es sind jetzt Ausweise über den Handel Oesterreichs im Jahre 1846 erschienen, nach welchen sich der Werth der Einfuhr auf 126,742,236 fl., jener der Ausfuhr aber auf 105,821,427 fl. beläuft. Die bedeutende Zolleinnahme beträgt 17,166,727 fl., wovon aber auf die Ausfuhr nur 1,176,342 fl. kommen.

Oesterreichische Monarchie.

Preßburg, 3. März. Einer Privatconferenz zufolge warteten wir schon seit einigen Tagen auf eine neue Motion bei der Ständetafel. Sie wurde heute gestellt. Die Pariser Begebenheiten blieben auch bei uns nicht ohne Einfluß; auf einmal wurden die Verhandlungen über die auf der Tagesordnung befindlichen Gegenstände unterbrochen; denn Kossuth stellte indessen einen Antrag, dem zufolge eine den Umständen angemessene Repräsentation an Se. Maj. gerichtet werden solle, in welcher die unabweisbaren Maßregeln zur Vorbeugung nachhaltigerer Folgen, sowie zur Gewißheit des Erfolges unserer Reformbestrebungen nachgesucht werden. Die Tafel trat diesem Antrage alsogleich und einstimmig bei, und noch heute Nachmittag um 5 Uhr kamen die Stände zum zweitenmal zusammen, damit der Entwurf authentisirt und zugleich der Reichssitzung unterbreitet werde. Die Reichstagssitzung hat die obige Repräsentation angenommen. (Nürnb. C.)

Schweiz.

Für die verehrlichen Leser, welche bereits wissen, daß Neuenburg eidgenössisch geworden, tragen wir bezüglich der Anfänge der deßfallsigen Bewegung folgendes Schreiben der „Allgemeinen Zeitung" nach: Bern, 1. März. Die Ereignisse in Frankreich scheinen die von der einen Seite gefürchtete, von der andern längst gehoffte Katastrophe im Kanton Neuenburg gezeitigt zu haben. Auf die Nachricht, daß in Paris die Republik proclamirt worden sey, erhob sich in Lachauxdefonds und Locle die ganze Bevölkerung, und kaum gelang es dem sogleich aus den entschiedensten Patrioten gebildeten Comité, das sehr aufgeregte Volk von einem Zug nach Neuenburg abzuhalten. Man beschränkte sich darauf, am 29. Febr., die preußisch-gesinnten Municipalitäten zu nöthigen, freiwillig abzugeben. Das Comite, bestehend aus den HH. Grandjean, Perret, Zambelet, Leubat und Girod, hat die Bewohner der betreffenden Gemeinden von diesem Vorgang in Kenntniß gesetzt, und legt für einstweilen die Militär- und Civilgewalt in die Hände der Bewohner und empfiehlt ihnen Handhabung der Ruhe und Ordnung. Das Programm sey Vergessenheit alles Vorangegangenen, Achtung der Sicherheit der Personen und des Eigenthums, und Ordnung, gegründet auf Freiheit. In der Stadt Neuenburg herrscht heute Morgen noch tiefe Ruhe, nur seyen früh um 3 Uhr Morgens Kanonen nach Locle rc. weggenommen worden. Ueberall wurden die preußischen Fahnen entfernt und durch die eidgenössischen ersetzt. Die Regierung scheint ihre nicht mehr zu haltende Stellung einzusehen, und hat daher einen Abgeordneten an das Comite in Lachauxdefonds geschickt, um anzuzeigen, daß sie sogleich das Corps Legislatif versammeln und demselben Anträge zur Erfüllung der Volkswünsche vorlegen werde. Die eidgenössischen Montagnards in Lachauxdefonds, Locle und Travers haben die freie und unabhängige Republik proclamirt, und den Regierungscommissär Chambrier, Bruder des Präsidenten des Stadtraths, welcher das Bergvolk entwaffnen sollte, gefangen genommen. Auf heute ist eine allgemeine Volksversammlung nach Lachauxdefonds ausgeschrieben. Man erwartet 3000 Freiwillige von Waadtländern, Bernern und Solothurnern; die Neuenburger Patrioten selbst zählen 6000 Mann. Im Berner Seeland herrscht außerordentliche Theilnahme für die Neuenburger. Auf die Nachrichten von diesen Bewegungen hat der Regierungsrath von Bern Hrn. Regierungsrath Revell als Regierungscommissär mit ausgedehnten Vollmachten nach Courtlary gesandt. Der Vorort hat ein Circular in Bezug auf die Ereignisse des Tags an sämmtliche Stände erlassen. Es erinnert an die Principien der eidgenössischen Politik, Festhaltung der Neutralität und Nichtintervention. Obschon es für diesen Moment nicht nothwendig sey, sich zu bewaffnen, wird es doch wichtig seyn, sich bereit zu halten und das Material zu completiren, um im Nothfall unsere Neutralität vertheidigen zu können. Die Granzkantone sind besonders eingeladen, den Vorort von den Bewegungen in Kenntniß zu setzen, welche allenfalls stattfinden könnten. Die Gesetze der Humanität befehlen den Flüchtlingen Asyl zu geben, welche aber, wenn es deren geben sollte, entwaffnet werden müssen. Wie man hört, hat sich der Vorort letzten Sonntag bei den ersten Nachrichten, daß in Frankreich die Republik proclamirt worden sey, eiligst unter Beiziehung der Mitglieder der Bundesrevisionscommission versammelt. In dieser Versammlung sey ein Act der Sympathie oder eine Manifestation an das französische Volk beantragt worden, dieser Antrag sey aber in der Minderheit geblieben. Nur das erwähnte Circular habe man beschlossen. Der eidgenössische Kriegsrath beschäftigt sich dem Vernehmen nach bereits mit den Vorarbeiten für einen möglichen Gränzzug. Es sollen in einem solchen Fall sechs Divisionen, jede zu 10,000 Mann aufgestellt werden. Sehr viele Juden aus dem Elsaß flüchten mit Weib und Kind und ihrer beweglichen Habe nach dem Kanton Bern; bereits sind 60 in Pruntrut, 50 in Beurnevaisin und eine große Zahl in Delsberg und andern Orten angekommen. Die Regierung hat Sorge dafür getragen, daß diesen Flüchtlingen ein sicheres Asyl gewährt wird, bis sich die Volkswuth gelegt hat und die öffentliche Ordnung in ihren Wohnorten wieder hergestellt ist.

Italien.

Neapel, 1. März. Eben erscheint das Wahlgesetz. Das Königreich Neapel zählt 164 Abgeordnete. Für Sicilien Vorbehalt besondere Regulirung. Census für die Wähler 24 Ducati (43 fl.) jährl. Rente aus Capitalien oder steuerbarem Grundbesitz. Census der Wählbarkeit 240 Ducati jährl. Einkommens von Grundstücken oder Capitalien. Die Wahlcollegien werden unverzüglich einberufen. Die Kammern auf 1. Mai berufen; bis dahin werden vom König die Senatoren oder Pairs ernannt. — Mit Palermo immer noch Unterhandlungen; die Stadt Messina am 26. Febr. abermals bombardirt. Bei einem blutigen Ausfall blieben die königl. Truppen Meister der Citadelle. Viele Häuser vernichtet. Der Freihafen in Flammen. In der Stadt nur das kämpfende Volk. (Schw. Mkr.)

Frankreich.

Paris, 7. März.

Die provisorische Regierung hat die definitive Abschaffung des Stempels für „periodische Schriften" (écrits périodiques) decretirt. — Die Börse ist leider wegen vorgekommenen Bankerutten geschlossen und wird es bis Donnerstag wohl bleiben (jusqu'à nouvel avis). — Der russische Botschafter Herr v. Kisseleff wird diese Woche Paris verlassen und sich nach St. Petersburg begeben, ein Gesandtschaftssecretär bleibt hier.

Große Bestürzung in ganz Paris hat gestern die Zahlungseinstellung der Casse Gouin (der von dem verstorbenen J. Laffitte gegründeten Privatbank, an deren Spitze seit Laffitte's Tod der Bankier und bisherige Abgeordnete Hr. Gouin, ehemaliger Finanzminister im Ministerium vom 1. März, getreten war) verbreitet. — Der Finanzminister Hr. M. Goudchaux hat seine Entlassung gegeben: nach den einen, weil er heute 25 Millionen im Schatz beziehen, aber auf die besten Werthe nur 10 erhalten konnte; nach den anderen, weil sein Bankierhaus gleichfalls schwankt. Man bezeichnet Hrn. Garnier Pagès als provisorischen Nachfolger.

Das nunmehr erschienene Umlaufschreiben des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an die diplomatischen Agenten der französischen Republik lautet wie folgt: „Mein Herr! Sie kennen die Ereignisse von Paris, den Sieg des Volks, seinen Heroismus, seine Mäßigung, seine Sänftigung, die Herstellung der Ordnung durch die Mitwirkung aller Bürger, wie wenn in diesem Interregnum sichtbarer Gewalten die allgemeine Vernunft allein die Regierung gewesen wäre. Die französische Revolution ist sonach in ihre Schlußperiode eingetreten. Frankreich ist Republik. Die französische Republik bedarf keiner Anerkennung, um zu existiren. Sie ist es von Naturrechts, von Nationalrechts wegen; sie ist der Willen eines großen Volks, das nach seinem Rechtstitel Niemand fragt als sich selbst. Indeß da die französische Republik in die Familie der eingesetzten Regierungen einzutreten wünscht als geregelte Macht, und nicht als ein die europäische Ordnung störendes Phänomen, so ist es angemessen, daß Sie die Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, schnell bekannt machen mit den Principien und Tendenzen, welche die auswärtige Politik der französischen Regierung künftig leiten werden. Die Ausrufung der französischen Republik ist kein Act des Angriffs gegen irgendeine Regierungsform in der Welt. Die Regierungsformen haben so rechtmäßige Verschiedenheiten als die Verschiedenheiten des Charakters, der geographischen Lage und der intellectuellen, moralischen und materiellen Entwicklung bei den Völkern. Die Nationen, wie die Einzelnen, haben verschiedene Alter. Die Principien, die sie regieren, haben auf einander folgende Phasen. Die monarchischen, aristokratischen, constitutionellen, republicanischen Regierungen sind der Ausdruck dieser verschiedenen Grade der Reife, des Genius der Völker. Sie verlangen nach mehr Freiheiten in dem Maß, als sie sich fähig fühlen, deren mehr zu ertragen. Sie verlangen nach mehr Gleichheit und Demokratie in dem Maß, als sie mehr beseelt sind von Gerechtigkeit und Liebe für das Volk. Frage der Zeit. Ein Volk richtet sich zu Grund, wenn es der Stunde dieser Reife vorschreitet, gleichwie es sich entehrt, wenn es sie entwischen läßt, ohne sie zu fassen. Die Monarchie und die Republik sind in den Augen wahrhafter Staatsmänner keine absoluten Principien, die einander auf den Tod bekämpfen, es sind Thatsachen, die sich contrastiren, und die einander gegenüber leben können, indem sie einander verstehen und achten. Der Krieg ist daher nicht das Princip der französischen Republik wie er deren verhängnißvolle und glorreiche Nothwendigkeit im Jahre 1792 war. Zwischen 1792 und 1848 liegt ein halbes Jahrhundert. Zurückkehren nach einem halben Jahrhundert zum Princip von 1792 oder zum Princip der Eroberung des Kaiserthums — das hieße nicht vorschreiten, es hieße zurückschreiten in der Zeit. Die Revolution von gestern ist ein Schritt vor, nicht zurück. Die Welt und wir wollen zur Brüderlichkeit und zum Frieden wandeln. Wenn die Lage der französischen Republik im J. 1792 den Krieg erklärt, so erklären die Verschiedenheiten zwischen jener Epoche und der jetzigen den Frieden. Schicken sie sich an, diese Verschiedenheiten zu begreifen und um sich her begreiflich zu machen. Im Jahre 1792 war die Nation nicht einig. Zwei Völker bestanden auf demselben Boden. Ein schrecklicher

Kampf verlängerte sich zwischen den Classen, welche aus dem Besitz ihrer Privilegien gesetzt worden waren, und denen, welche die Gleichheit und die Freiheit errungen hatten. Die aus den Besitz gesetzten Classen vereinigten sich mit dem gefangenen Königthum und dem Ausland, das erpicht war Frankreichs Revolution zu vernichten, um ihm die Monarchie, die Aristokratie und die Theokratie durch die Invasion aufzuzwingen. Heute giebt es keine unterschiedlichen und ungleichen Classen mehr. Die Freiheit hat alles frei, die Gleichheit vor dem Gesetz alles eben gemacht. Die Brüderlichkeit, deren Anwendung wir ausgerufen haben und deren Wohlthaten die Nationalversammlung organisiren soll, wird alles vereinigen. Es gibt nicht einen Bürger mehr in Frankreich, welcher Meinung er auch angehöre, der sich nicht vor allem dem Princip des Vaterlands anschließt, und der es nicht gerade durch diese Einigung für alle Versuche und Beunruhigungen einer Invasion unüberwindlich macht. Im Jahre 1792 war es nicht das ganze Volk, das in den Besitz seiner Regierung eingetreten war — es war bloß die Mittelclasse, welche die Freiheit ausüben und genießen wollte. Der Triumph der Mittelclasse war damals egoistischer, wie der Triumph jeder Oligarchie. Sie wollte die von Allen eroberten Rechte für sich allein erhalten. Sie mußte deßwegen d r Erhebung des Volks zur Gewalt eine starke Diversion bewirken, sie stürzte es auf die Schlachtfelder, um es zu verhindern in seine eigene Regierung einzutreten. Diese Diversion war der Krieg. Der Krieg war der Gedanke der Monarchisten und der Girondisten — es war nicht der Gedanke der vorgeschrittenen Demokraten, die, wie wir, die aufrichtige, vollständige und geregelte Regierung des Volks durch sich selbst wollten, indem sie alle Classen der Nation, ohne Ausschließung und ohne Bevorzugung in diesem Namen begriffen. Im Jahre 1792 war das Volk nur das Werkzeug der Revolution, nicht ihr Gegenstand. Heute ist die Revolution für es und durch es geschehen. Es ist die Revolution selbst. Indem es in sie eintritt, bringt es mit sich seine neuen Bedürfnisse der Arbeit, der Industrie, des Unterrichts, des Ackerbaues, des Handels, der Sittlichkeit, des Wohlbefindens, des Eigenthums, des wohlfeilen Lebens, der Schifffahrt, kurz der Civilisation, was lauter Friedensbedürfnisse sind. Das Volk und der Frieden — das ist ein Wort. Im Jahre 1792 waren die Ideen Frankreichs und Europas auf Begreifen und Annahme der großen Harmonie der Nationen unter einander, zum Besten des Menschengeschlechts, nicht vorbereitet. Der Gedanke des schließenden Jahrhunderts war nur im Haupt einiger Philosophen; die Philosophie ist heute populär — fünfzig Jahre der Freiheit zu denken, zu reden und zu schreiben haben ihre Frucht getragen. Die Bücher, die Zeitungen, die Tribünen haben das Apostolat der europäischen Intelligenz bewirkt. Die ü erall über alle Völkergränzen hinweg ausstrahlende Vernunft hat unter den Geistern diese große intellectuelle Nationalität geschaffen, welche die Vollendung der französischen Revolution und die Constituirung der internationalen Brüderschaft auf dem Erdball seyn wird. Endlich war im Jahre 1792 die Freiheit eine Neuheit, die Gleichheit ein Ereigniß, die Republik ein Problem. Der Rechtstitel der Völker, kaum von Fénélon, Montesquieu und Rousseau entdeckt, war dermaßen vergessen, vergraben, entheiligt durch die alten feudalistischen, dynastischen, priesterlichen Traditionen, daß die rechtmäßigste Intervention des Volks in seinen Angelegenheiten den Staatsmännern der alten Schule als etwas ungeheuerliches erschien. Die Demokratie machte zumal die Throne und das Fundam nt der Gesellschaften wanken. Heute sind die Throne und die Völker gewohnt an das Wort, die Formen, die regelmäßigen Agitationen der Freiheit, die sich in versch edenen Verhältnissen fast in allen Staaten selbst den m narchischen übt. Sie werden sich an die Republik gewöhnen, welche ihre vollständigste Form bei den reifsten Nationen ist. Sie werden erkennen, daß es eine conservative Freiheit gibt; sie werden erkennen, daß es in der Republik nich t blos eine bessere Ordnung geben kann, sondern daß es auch mehr wahre Ordnung geben kann in dieser Regierung Aller durch Alle, als in der Regierung Einiger durch Einige. Allein abgesehen von diesen uneigennützigen Erwägungen würde schon das bloße Interesse der Befestigung und des Bestandes der Republik den Staatsmännern Frankreichs Friedensgedanken eingeben. Der Krieg ist sonst immer eine Dictatur. Die So daten vergessen die Institutionen über den Mensch en. Die Throne sind eine Versuchung für die Ehrgeizigen. Der Ruhm verblendet den Patriotismus. Der Zauber eines siegreichen Namens verhüllt das Attentat gegen die Nationalselbstherrlichkeit. Allerdings will die Republik Ruhm, aber sie will ihn für sich selbst, nicht für Cäsaren oder Napoleons. Täuschen Sie sich jedoch nicht Diese Ideen, welche die provisorische Regierung Sie beauftragt den Mächten als Pfand der europäischen Sicherheit darzulegen haben nicht zum Zweck, daß man der Republik ihre Kühnheit verzeihe, zur Welt geboren zu seyn; noch weniger sollen sie um den Platz eines großen Rechts und eines großen Volks in Europa demüthig bitten. Sie haben einen edleren Zweck; die Souveräne und die Völker zum Nachdenken aufzufordern, ihnen nicht zu erlauben sich über den Charakter unserer Revolution unwillkürlich zu täuschen; das Ereigniß in sein wahres Licht zu setzen und ihm seine rechte Physiognomie zu geben, endlich Pfänder zu geben der Menschheit noch eher als unseren Rechten und unserer Ehre, wenn sie verkannt oder bedroht werden sollten. Die französische Republik wird daher mit niemand Krieg anfangen. Sie hat nicht nöthig zu sagen, daß sie ihn annehmen wird, wenn man dem französischen Volk Kriegsbedingungen stellt.

(Schluß folgt.)

Gestern brachte der Moniteur schon eine Wahlordnung. Hauptbestimmungen sind: Alle Wähler stimmen am Hauptort ihres Kantons, mittels geheimen Scrutins auf einem Wahlzettel, der so viel Namen enthält, als Repräsentanten in dem Departement zu wählen sind. Hier geschieht auch die Aufzeichnung der Abstimmungen, die Zusammenzählung aber im Departement. Um Volksrepräsentant zu werden muß man wenigstens 2000 Stimmen erhalten haben. Jeder Volksrepräsentant empfängt für die Dauer des Landtags eine tägliche Entschädigung von 25 Fr. Angehängt ist eine Vertheilungsliste nach den 86 Departements, woraus zu bemerken ist, daß auf das Seinedepartement (Paris und Banlieue) 34 Abgeordnete kommen, auf Algerien und die Colonien 15, welche bisher gar keine Vertretung hatten. Die Taggelder, welche für die Repräsentanten ausgesetzt sind, ergeben sich als nothwendige Folge eines Wahlgesetzes, das keinen Census kennt, daher auch den ärmern die Möglichkeit gegeben seyn muß, die Pflichten eines Volksabgeordneten übernehmen zu können. Bei diesem allgemeinen Wahlrecht ist außer der Qualification der beiden Alter nur eine Bedingung, daß die Wähler sechs Monate in der Gemeinde ansässig und nicht durch richterlichen Spruch der Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte beraubt oder darin suspendirt seyen.

Der belgische Gesandte, Fürst v. Ligne, hatte am 5. eine Zusammenkunft mit Hrn. v. Lamartine, in welcher er ihm eine Depesche mittheilte, in welcher das belgische Cabinet den Wunsch ausdrückt, mit der Regierung der Republik auf dem freundschaftlichsten Fuß zu verkehren.

Am 3. März hat der Vicead iral Baudin den Oberbefehl über das Mittelmeergeschwader übernommen.

Contreadmi al Tréhouart, der die mittelländische Flotte interimistisch befehligt, hat der Regierung auf ihre telegraphische Depesche geantwortet, daß die Republik mit Enthusiasmus aufgenommen worden sey.

Straßburg, 6. März. Gegen die vorigen Minister sind Steckbriefe erlassen und die betreffenden Vorführungsbefehle (mandats d'amener) sind an allen Straßenecken angeheftet. An den Staatsgebäuden befindet sich seit einigen Tagen die Aufschrift: „propriété nationale." (A. Z.)

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Augsburg, 2. März. Bayerische 3½ pCt Obligationen 80¾ P., — G. Bayerische Bankactien 1. Semester 1848 660 P., — G. Promessen per Stück Agio 78 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. — P., — G.; 4pCt. — P., — G.; 3pCt. — P., — G. Bankactien 1. Semester — P., — G. Württembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 89½ G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 56 P., — G. Bayrische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 83½ G.

Frankfurt, 8. März. Metall. 5pCt. 95; 4pCt. 85½; 3pCt. 62; Bankactien 1890; Taunus-Eisenbahn-Actien 353; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 42; bayer. Ludwigs-Bexbacher-Eisenbahn 82; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Wien, 7. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 85; zu 4pCt. in CM. 70; zu 3pCt. in CM. 55; Bankactien per Stück 1170; Nordbahn 89½.

Amsterdam, 6. März. 2½ pCt. 42½; 3pCt. 51; 4pCt. 71; Synd. 3½ pCt. 80; Handels-Maatschappy 151; Ard. 9½; port. 3pCt. 23; 5pCt. Metall. 83.

Paris, 1. März. 3pCt. 70 Fr. 50 C.; 5pCt. 113 Fr. 20 C.

London, 4. März. Consols 82½.

Bekanntmachungen.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. H. Major Tellez aus Spanien.

Gold. Hirsch. HH. Horley, Fulday, Barlet und Blearquenail, Rentiers aus England.

Hôtel Maulick. HH. v. Steiger, Offizier von Neapel; Hall, Privatier v. Hall; Broqueville, Proprietär v. Rouen.

Gold. Hahn. HH. Dr. Wirth v. Hof; Lorch, Privatier aus der Schweiz; Stiebel, Negotiant v. Venedig.

Gold. Kreuz. HH. v. Wasy, k. k. pensionirter Major v. Preßburg; Baron v. Velten v. Bonn; Lurbinger, Privatier v. Kassel.

Blaue Traube. H. Baron v. Maderny, Gutsbesitzer von Beuerberg; Dlle. Aichbacher v. Bern.

Sauchnsgarten. HH. Baumann, Revierförster v. Grönenbach; Rottmann, Oberlieutenant v. Augsburg; Holzhauser, Förster v. Landsberg.

Gestorbene in München.

Franz Kraus, Bäckergesell v. Wildenegg, Landg. Landau, 26 J. alt; Theres Hobmaier, Bauerstochter von Rimbach, Ldg. Landshut, 18 J. alt; Anton Schlemmer, Büchsenmacher-Gesell v. Dingolfing, 26 J. alt; Joseph Marlao, Former in der kgl. Erzgießerei dah., 50 J. alt; Joh. Neumaier, Hausknecht v. h., 21 J. alt.

2314 In J. A. Schlosser's Buch- und Kunsthandlung in Augsburg erscheint nächster Tage eine künstlich ausgeführte

DENKMÜNZE

auf die in den Annalen des Vaterlandes ewig unvergesslichen Tage des 4., 5. und 6. März 1848.

nebst einer kurzen Beschreibung, in Britanniametall geprägt zu 18 kr., in Bronce zu fl. 1. 12 kr., in Silber zu fl. 3. 38 kr., worauf wir vorläufig jeden Vaterlandsfreund aufmerksam machen.

Hauptniederlage für München in der Papierniederlage des Hrn. Jacob Neustätter im Fingergäßchen.

Bekanntmachung.

2304. (3c) Auf kreditorschaftlichen Antrag wird das den Maurerseheleuten Paul und Crescenz Schäfler dahier gehörige Anwesen Nro. 1 an der Erzgießereistraße, bestehend aus einem mit Erdgeschoß zweistöckigen Vordergebäude mit gewölbtem Keller, einem einstöckigen Hintergebäude (Remise), dann Communhofraum und Communpumpbrunnen, mit 1550 fl. Hypotheken belastet und auf 1900 fl. gerichtlich gewerthet, im Executionswege der gerichtlichen Versteigerung nach §. 64 des Hypothekgesetzes und §§. 98 — 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 zum zweiten Male unterstellt.

Zur Aufnahme der Kaufsangebote ist Termin auf
Montag den 3. April l. Js. Vormittags
11 — 12 Uhr
im Gerichtszimmer Nro. 9 1 angesetzt, wovon besitz- und zahlungsfähige Steigerungslustige mit dem Beifügen in Kenntniß gesetzt werden daß der Hinschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgt.

Den 1. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:
Barth.

Frhr. v. Kerg.

2308. (3c) Ein Mädchen in den besten Jahren, welches bezüglich seiner Geschicklichkeit, seines Eifers und guten Willens rc. die besten Zeugnisse vorlegen kann, sucht bei einer kleinen Familie einen Dienst als Köchin. (D. Lehr.)

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 63.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödels Glasse Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonntag XLIX. Jahrgang. 2. März 1848.

Deutschland.

Bayern.

**München, 12. März. Gestern erschienen der Kronprinz, Prinz Luitpold und Herzog Max in Bayern KK. HH. in den Wachträumen des academischen Freicorps. Se. k. H. der Kronprinz ließ jede Compagnie einzeln defiliren und drückte sein Erstaunen und Wohlgefallen über die Präcision in Haltung und Exercitium aus.

*† München, 12. März. J. k. H. die Frau Kronprinzessin wird dem Vernehmen nach übermorgen von Würzburg hier eintreffen. Se. k. H. der Erbprinz wird in Würzburg verbleiben.

△ München, 12. März. Seit gestern Morgen ist Se. Durchl. Fürst Wallerstein aus der Verwaltung getreten. Das Portefeuille des Ministeriums des k. Hauses und des Aeußern hat Baron v. Berger, früher Ministerresident Bayerns in der Schweiz, und jenes des Ministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten hat Hr. v. Beisler, Verweser des Justiz-Ministeriums übernommen — dem Vernehmen nach Beide interimistisch.

München, 12. März. (Vergl. Nr. 61. Fortsetzung.) Mag auch die Gefahr, in welche das deutsche Vaterland von Westen und Osten her versetzt ist, eine unläugbar große seyn, so sind doch auch in dem Geiste, welcher aus allen Gauen als der eine und gleiche in wunderbarer Schnelligkeit, in nie geahnter Kraft und Entschiedenheit sich erhoben, große Bürgschaften für Abwehr der Gefahr gegeben. Welch ein mächtiger Hort deutscher Gesinnung und ernstester würdigster Thatkraft ist in wenigen Tagen in München, in ganz Bayern, gleichsam zauberhaft aus dem Boden emporgewachsen. Welch ein gewaltiges Stück deutscher Geschichte hat sich hier dargelegt, welch unvergängliches Denkmal ist Münchens Bürgern und Studirenden in einer Zeitkürze wie von selbst erwachsen, wovon dreißig und mehr Friedensjahre nichts ähnliches aufzuweisen haben. Und mit diesem Geiste angethan, der wie eine Fluth sich ergossen über das Gesammtvaterland, der nicht in einigen Schichten nur Platz gegriffen, sondern der die tiefsten Herzensräume des gesammten Volkes im Lande, vom Palast bis zur Strohhütte zu neuem Leben, zur gemeinsamen Thatkraft aufgerissen, da sollten wir bangen und zittern? Nimmermehr. Entfernen wir nur einen finstern Gedanken. Wenn die Gefahr naht, so erhebt sich das deutsche Volk nicht wie Miethlinge für Regierungszwecke, die außer ihm gelegen sind, sondern es erhebt sich für sich, zur Wahrung seiner Interessen, seiner höchsten Güter. Und es darf dieß; denn seine Fürsten und Regierungen, die einst ihre Sonderzwecke und Sonderinteressen dem wahren Heil des deutschen Volkes zuwider hatten, haben sich eines Bessern sich besonnen und überzeugt, daß wahres Fürstenglück, unerschütterlicher Bestand der Throne nur im innigsten Einheitsbande zwischen Fürst, Regierung und Volk gelegen ist. Möge die Gefahr kommen, das deutsche Volk wird ihr die ganze Schwerkraft der Einheit entgegen werfen, weil es das erste Mal wahrhaft für sein eigenes Wohl in Kampf geht, und daß ihm die Früchte einer glorreichen Erhebung nie mehr entwunden werden, darüber wird der Geist wachen, der gemeinsam Alle umschlungen hält. (Fortsetzung folgt.)

∴ München, 11. März. Die Einsendung „△△ München, 9. März" veranlaßt zu nachstehenden Bemerkungen: 1. Die Ansprache an „Mitbürger" wurde am 6. März Vormittags 9 Uhr zum Druck gegeben, wo sich Niemand über die gefahrvolle Lage der Dinge und darüber täuschen konnte, daß sich alle Gutgesinnten fest zu vereinigen haben zur Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe — 2. Im Moment, wo der Verfasser jener Ansprache Kunde von der ruhmvollen königl. Proclamation erhielt, ließ er den betreffenden Buchdrucker wissen, das Setzen, oder wenigstens das Abdrucken, sey nun zu unterlassen; allein der Abdruck war schon erfolgt und die Vertheilung improvisirt, indem die Menge auf der Straße, einen Pack Gedrucktes tragen sehend, und es wahrscheinlich für die Proclamation haltend, die Exemplare dem Träger fast aus den Händen riß; hierauf erst erfolgte die Vertheilung des Restes; beabsichtigt aber war sie vom Verfasser um so minder, als es nach seinem Dafürhalten keine herrlichere Beruhigung der Gemüther und kein stärkeres Mittel voller Einigung aller Gutgesinnten geben konnte, als des Königs großherzige Proclamation. — 3. Dem Aufruf seinen Namen beizufügen, hielt der Verfasser für eine Anmaßung, die, wer ihn kennt, seinem Wesen fremd ist. Es genügte, für die gute Sache ein Wort warmer patriotischer Ueberzeugung zu sprechen. — 4. Die Aufnahme jener Ansprache bei der großen Mehrzahl derer, die sie lasen, war schon im ersten Moment eine günstige; man äußerte offen, hierin sey die Denkart jedes Gutgesinnten ausgedrückt; die gelesensten Blätter des Inlands haben den Aufruf (ohne Zuthun des Verfassers) mitgetheilt, und zwar ohne den mindesten Beisatz einer Mißbilligung. — 5. Daß fremde Ideen und Einflüsterungen in jenen Tagen sich geltend machen wollten, daß Träger derselben sich häufig Gruppen und größeren Versammlungen beigesellten, daß von solcher Seite her zahlreiche Rufe und Aeußerungen vernommen wurden, die geeignet waren, von dem Boden besonnener und gesetzlicher Erringung constitutioneller Güter hinwegzudrängen, weiß Jeder, der die Ereignisse jener Tage aufmerksam verfolgte; hier ist keine Rede von Parteiverdächtigung, es bedurfte keiner besondern Parteibezeichnungen; leider hat man seit geraumer Zeit in Bayern nur allzuviel über Parteien von beiden Seiten gehadert, und darüber die kostbare Zeit zur Einigung des vaterländischen Bewußtseyns, der echt deutschen Kraft und Denkart nicht voll benützt. — 6. Daß Redner, die, sey es in welch immer für Versammlungen, zur Besonnenheit, zur Beschwichtigung aufgeregter Gemüther wirkten, in jenem Aufruf nicht gemeint seyn konnten, gibt dessen Inhalt und Zusammenhang zu erkennen; solche Redner verdienten nur den vollen Dank des Landes. — Mehr hier noch zu sagen, möchte nicht zeitgemäß seyn; laßt uns fortbauen am Werk des inneren Friedens, und eins und stark seyn zum Schutze für König und Vaterland!*)

*) Wir waren von vorneherein mit den herrlichen, echtdeutschen, und somit auch echtvaterländisch-bayerischen Gesinnungen des hochverehrten Verfassers des „Aufrufes" einverstanden; auch erschien derselbe in unserm Blatte zuerst; allein Redefreiheit mußte auch für die Mäkler an dem Aufruf bestehen, und so fand der Artikel △△ München, 9. März Aufnahme, wie jetzt, wo keine Censur mehr besteht, alle Stimmen zum Gehör bringen sollen. A. d. H.

≐ Vom Mittel-Rhein, 7. März. Wenn der Sclave etwa ein Jahrzehend Fesseln getragen, so wird auch nach seiner Befreiung noch längere Zeit die Stelle jucken, wo sich die Schelle ihre Schwielen gerieben hat — wenn der Schiffer nach sturmvoller Fahrt über den Ocean das feste Land betritt, so glaubt er immer noch, daß der Boden unter ihm wanke. So ging es auch in Bayern einem Jeden, der sich unter eiserner Ruthe zum Schweigen verurtheilt, in der Mitte des Decembers 1847 aber von der Censurfessel befreit und auf das feste Land des Rechts gestellt sah. Man konnte es nicht recht glauben, daß schon alles Schwanken vorüber sey, man konnte sich noch nicht losreißen von dem Gedanken an die Möglichkeit, daß Tilly II. (nur auf einem andern Felde) zurückkehre, und mit finsterm Blick noch einmal das bayerische Volk knechte. Darum trat die Presse so leise auf. Wer aber möchte jetzt, wo wir in wenigen Tagen Dinge erleben, zu deren Entwickelung sonst Jahrhunderte gehörten, wo sogar der Bundestag nach populären, ihm sonst nicht geläufigen Redensarten sich umsieht, — wer möchte jetzt noch eine Reaction für möglich halten? Nein! sie ist nicht mehr möglich! Die deutschen Fürsten überzeugen sich schnell, daß die wahre, die unerschütterliche Grundlage ihrer Throne in einem mündigen, seiner Kraft wie seines Rechts bewußten Volke ruht, mit welchem einig sie republikanische Vergrößerungsgelüste eben so zurückweisen, als die russische Knute von den Gauen Deutschlands ferne halten können. Hauptaufgabe der Presse in den Tagen der Gefahr ist es, dieses Bewußtseyn allenthalben zu bekräftigen. Aus allen Theilen jedes deutschen Landes erhebe sich die Stimme der Vaterlandsfreunde und gebe Zeugniß, daß Alle für Einen und Einer für Alle einzustehen entschlossen seyen. Man überschätze aber auch seine Kraft nicht bis zu dem Grade, daß man sich zu unüberlegter Herausforderung nach irgend einer Seite hinreißen lasse. Die Massen des deutschen Volkes seit den Befreiungskriegen alles nationalen Aufschwungs ermangelnd, nationaler und politischer Bildung und Entwickelung größtentheils beraubt, in den gerechtesten, auf heilige Gelobnisse gegründeten Erwartungen vielfach getäuscht, die höheren Güter eines freien auf Recht und Gesetz gebauten Staatslebens häufig nicht kennend, sind nicht so durchweg begeistert, wie die Gebildeten aller Stände, welche klar sehen, um was es sich handelt. Man hüte sich, die glühenden Ergüsse der Stimmführer schon für den Gesammtausdruck der öffentlichen Meinung zu halten. Diese muß sich in Deutschland erst bilden, und sie wird es freilich schnell. Deutschland wird nachholen, was es bisher zurückzulassen genöthigt war. Für jetzt belebe und entkräftige sich nur das Gefühl der Einigkeit der Völker mit ihren Fürsten und dieser untereinander, damit Deutschland nie mehr in die Lage komme, sich von dem Fremden Gesetze dictiren zu lassen, oder gar das Herzblut seiner Söhne zu vergießen für Zwecke, die ihm fremd und eines edlen Volkes unwürdig sind. Eintracht macht stark! Diese Stärke aber hat ihre Wurzel nicht in den Wällen der Festungen, nicht in der Zahl der Bajonette und Kanonen, sondern in dem Geiste, der ein Volk durchweht. Festungen, deren Bau und Unterhaltung ungezählte Millionen verschlingt, können den Gang der von der Vorsehung beschlossenen Weltbegebenheiten eben so wenig aufhalten oder lenken, als einige Dutzend Maulwurfshügel den Lauf des Stromes, der seine Ufer überschritten, seine Dämme durchbrochen hat. Dazu kann eine Festung dienen, eine unter ihren Kanonen und Bomben in Knechtschaft vegetirende Stadt in Furcht und Zittern zu erhalten, und beim leisesten Seufzer, oder beim Erwachen des Geistes der Freiheit aus hundert Feuerschlünden Tod und Verderben auf sie hinabzusprühen, aber auch diejenigen, die den Befehl zu solcher Barbarei gegeben, mit Schmach vor dem Gerichte der Weltgeschichte zu bedecken. Der alte „Eremit von Gau-

ting" General Hallberg weiset in seinen Reisebeschreibungen mehr als einmal auf die Lächerlichkeit hin, das Heil — die Sicherheit der Völker und der Throne von Festungen zu erwarten, und fordert, daß die Brust jedes von Patriotismus durchglühten Bürgers das Bollwerk sey, hinter welchem die theuersten Güter eines Volkes und seines Fürsten sicher geborgen sind. Daß stehende Heere mit ihren Hunderttausenden von Säbeln und Bajonetten eine morsche Stütze der Throne sind, hat, wenn es die Geschichte der Vergangenheit noch nicht gelehrt hätte, der Februar 1848 in Neapel und Frankreich, wo die Worte: Es lebe die Constitution, die Reform, die Republik! die ganze bewaffnete Macht lähmten, in die Annalen der Menschheit mit flammenden Zügen eingetragen. Warum will man denn nicht lernen von der Geschichte? In unseren Tagen und ohne Zweifel von nun an in die Zukunft werden ihre ohne Schminke vorgetragenen Lehren ungestraft nicht mehr überhört oder verachtet werden können. Mögen darum die Völker mit Wort und That ihren Regenten die feste Ueberzeugung beibringen, daß sie im Innern ihres Landes keinen Feind haben, und außerhalb dessen Grenzen keinen zu fürchten brauchen. Dann können die vielen Millionen, die in Friedenszeiten in die Kriegscassen wandern, den Künsten und Bestrebungen des Friedens zugewendet, das öffentliche Wohl erhöht, der Patriotismus entflammt und in der festen Haltung eines ganzen gut gerüsteten Volkes die Achtung gebietende Stellung dem Ausland gegenüber eingenommen werden, welche jeden ungerechten Angriff von außenher als Thorheit erscheinen läßt. Sehen Könige und Völker ihre wahren Interessen ein, dann ist der Weltfriede gesichert, und daß er es sey und bleibe, sprechen wir gerade jetzt aus, wo ängstliche Gemüther ihn für unmöglich halten. Unsere Hoffnung ist kein Wahn, da sogar die extremste Partei der französischen Radikalen in das Programm ihrer Foderungen den Satz aufgenommen hat: „Kein Krieg mehr! weil für den Krieg doch immer die Völker das Kanonenfutter liefern müssen." Si vis pacem para bellum — wenn du den Frieden willst, so sey zum Kriege gerüstet. Pacis firmamento, belli instrumento — steht auf dem Zeughause zu Augsburg geschrieben — zur Befestigung des Friedens, zum Gebrauch des Krieges — halte man die Waffen in Bereitschaft; die Hände, welche sie führen sollen, werden in der Stunde der Gefahr auf der Fürsten Ruf schnell sie ergreifen, nachdem sie vorher in denselben geübt wurden, wobei es dann nicht darauf ankommen wird, ob der Soldat das Gewehr um eine halbe Stunde später oder früher präsentirt und ein Gamaschenknopf mit weißem oder schwarzem Faden angenäht ist. Wenn die kleine Schweiz, um in ihren eigenen Eingeweiden zu wühlen, beiläufig 150,000 nicht zu verachtende Wehrmänner auf die Beine brachte, welche Macht hat Deutschland in seinen Söhnen aufzustellen, um seine Grenzen und die Throne seiner wohlmeinenden, wenn auch in früheren Tagen manchmal übel berathenen Fürsten zu schützen und zu schirmen?! Der Buchstabe tödtet, der Geist ist's, der belebt — das gilt auch jetzt, wo manche alte Form zu zerbrechen anfängt und das Wesen ringt nach neuen Gestaltungen. Deutschland erwartet, daß in dieser Krisis jeder seine Pflicht thut. Darum rufe der Bayer, der Deutsche seinen Brüdern freudig zu, was Göthe's Herrmann seiner Dorothea sagt:

Nicht dem Deutschen geziemt es, die fürchterliche Bewegung
Fortzuleiten, und auch zu wanken hierhin und dorthin.
Dieß ist unser! So laß uns sagen und so es behaupten!
Denn es werden noch stets die entschlossenen Völker gepriesen,
Die für Gott und Gesetz, für Aeltern, Weiber und Kinder
Stritten und gegen den Feind zusammenstehend erlagen.
Du bist mein, und nun ist das Meine meiner als jemals.
Nicht mit Kummer will ichs bewahren und sorgend genießen,
Sondern mit Muth und Kraft. Und drohen dießmal die Feinde,
Oder künftig, so rüste mich selbst und reiche die Waffen.
Weiß ich durch dich nur versorgt das Haus und die liebenden Aeltern,
O so stellt sich die Brust dem Feinde sicher entgegen.
Und gedächte Jeder, wie ich, so stünde die Macht auf
Gegen die Macht und wir erfreuten uns Alle des Friedens.

Nürnberg, 9. März, Vormittags 11½ Uhr. So eben zog eine Menge Bauern und Gutsbesitzer aus den nahe gelegenen Ortschaften Heroldsberg, Eschenau, Kalchreuth und Umgegend in die Stadt, an der Spitze einen Gutsbesitzer mit blauem Federbusche am Hute, während alle übrigen die vaterländische Cocarde trugen. Sie begaben sich vor das Forstamt St. Sebald und verlangten von dem Forstmeister Hrn. Seippel die Wiedereinräumung und Gewährung ihrer alt hergebrachten Forstrechte in dem Sebalder Walde, in dem sie sich seit Jahren in Bezug des ihnen zustehenden Holzes und der Rechstreu beeinträchtigt glaubten. Alle benahmen sich mit großer Ruhe und Mäßigung, und wurden dann einzeln beim Forstamte zu Protokoll genommen und ihnen zugesagt, geeigneten Orts ihren Wünschen nach Möglichkeit Gewähr und ihren Beschwerden Abhilfe zu verschaffen. Von da aus zogen sie in ruhiger Haltung zu dem andern hiesigen Forstamt St. Lorenzen. — In diesem Augenblicke wird die Hauptwache mit einem Piket Infanterie von 30 Mann verstärkt. — Nachschrift. 1½ Uhr. Die Ruhe und Ordnung wurde in keiner Weise gestört; zwar waren die nöthigen Vorsichtsmaßregeln getroffen, das Militär consignirt, die Hauptwache mit einer ganzen Compagnie Soldaten besetzt worden, auch ein Posten vor das Sebalder Forstamtslocale gesandt; letzterer wurde aber alsbald wieder entlassen. Alle Theilnehmer des Zugs verhielten sich musterhaft ruhig.

(C. v. u. f. D.)

Die beiden städtischen Corporationen von Bamberg haben sich der in Nro. 61 erwähnten Adresse angeschlossen und Dieß Sr. Majestät in einer eigenen Adresse kundgegeben.

Von Würzburg ist eine Adresse an Se. Maj. den König abgegangen. Nur von dem rein politischen Standpunct ausgehend, enthält dieselbe folgende bemerkenswerthe Wünsche: Zulassung jedes Bayern zur Wahl für Standschaft und Gemeindestellen. Jeder, der früher wegen politischer Vergehen verurtheilt worden, werde wieder in seine vollen bürgerlichen Rechte eingesetzt. Das Recht, Abänderungen oder Zusätze zu den Bestimmungen der Verfassung zu treffen, sey fernerhin nicht mehr ein allein der Krone, sondern auch den Ständen des Reichs zustehendes Recht. Die bisherige Bevorzugung einzelner Standesclassen weiche einer gänzlichen Gleichstellung. Eine gerechte Besteuerung trete ein, und die Ablösbarkeit der auf Grund und Boden haftenden Lasten nach billigen Normen werde ein Recht für die Belasteten. Allgemeine Volksbewaffnung, mit dem Rechte der freien Wahl der Führer zur Verminderung des stehenden Heeres trete schleunigst in's Leben. Die Gesammtheit der Studirenden schloß sich dieser Adresse an.

Würzburg, 9. März. Gestern Nacht war es sehr lebhaft in unsern Straßen. Einigen um die Stadt verdienten Personen wurden Vivats ausgebracht, dagegen fielen auch mehrere Pereats auf Mißliebige. Die Bürgerschaft in Mitwirkung mit den Studenten wachten darüber, daß diese Demonstrationen zu keinerlei Thätlichkeiten ausarteten. — In der gestern stattgehabten Bürgerversammlung wurde beschlossen, daß die bereits mitgetheilte Adresse in München und zwar durch unsern Landtags-Abgeordneten, Hrn. Kirchgeßner, die Hrn. Schönecker und Kinzinger überreicht werden solle. Auch eine Dankadresse an die Münchner wurde beschlossen und circulirt hier. (N. Wzb. Z.)

Aschaffenburg, 6. März. Nachdem heute Morgen der seitherige Oberstlieutenant und Commandant der hiesigen Landwehr, Lotto-Oberbeamte Stephan Kaden, seinen Rücktritt von der Führung des Bataillonscommando's erklärt hatte, versammelten sich Nachmittags drohende Gruppen vor seiner Wohnung, welche Anordnungen zum Schutze der in seinem Hause befindlichen Lottocasse, seines Eigenthums und seiner Person nöthig machten. Inzwischen folgte heute Nachmittag ein zweiter nicht minder wichtiger Schritt der Bürgerschaft. Mehr als dreihundert Bürger versammelten sich in dem Locale des Uzuber'schen Gartens, und beschlossen dort einstimmig, das Gesuch um sofortige Entlassung des rechtskundigen Rathes am hiesigen Magistrate, Konrad Bühler, der schon seit langer Zeit das Vertrauen der Bürgerschaft verloren habe, dem Magistrate vorzulegen. Gegen 5 Uhr begab sich eine Deputation der Bürgerschaft, gefolgt von sämmtlichen versammelten Bürgern, auf das Rathhaus, um die Bitte dem versammelten Magistrate vorzutragen. Nach kurzer Berathung erschien auf dem Balcon des Rathhauses Hr. Bürgermeister v. Herrlein in Begleitung des allgemein geachteten Stadtverordneten Franz Lessauer, und Letzterer erklärte den versammelten Bürgern, daß der seitherige rechtskundige Rath Bühler sofort außer Thätigkeit gesetzt werden würde, eine Erklärung, die einen ungeheuern Beifallssturm zur Folge hatte. Noch am späten Abend erschien hierauf folgende Bekanntmachung: „Nach dem Wunsche der Bürgerschaft wurde der bisherige rechtskundige Rath Bühler außer Thätigkeit gesetzt. Indem man die Bürgerschaft hiervon in Kenntniß setzt, vertraut man zu derselben, daß sie zur Aufrechthaltung der Ordnung und zum Schutze des Eigenthums thätigst mitwirken werde. Aschaffenburg, 6. März 1848. Der königl. Stadtcommissär: Kaiser. Der Stadtmagistrat. v. Herrlein. Mickler, Stadtschreiber." (Aschaff. Z.)

Die „Speyerer Zeitung" schreibt vom 9. März: Die bisherige Abgeordnetenkammer ist in aller Form als aufgelöst erklärt worden. Die amtliche Bekanntmachung war bereits in allen Straßen zu München angeschlagen. Einen Tag darauf ward jene Kammer aber wieder einberufen. Ist dieß zulässig? Unmöglich! Mit dem nemlichen Rechte könnte man die Stände von 1819, oder jene von 1825 wieder constituiren! Vom Momente der einmal ausgesprochenen Auflösung an ist die eine dieser Kammern gesetzlich eben so wenig mehr vorhanden als irgend eine frühere. Indessen sind allerdings die Verhältnisse der Zeit außerordentlich, dringend, ja überwältigend. Die Wahl einer neuen Kammer erfordert, nach dem zur Zeit noch bestehenden Wahlgesetze, eine längere Frist. Und gerade jetzt bedarf die Regierung der Stütze des Landtags. Unter diesen Verhältnissen mögen denn die bisherigen Mitglieder derselben der Regierung als „Notabilitäten" zur Seite stehen, unter Ausübung derjenigen moralischen Macht, welche ihnen als Individuen inne wohnt; — eine gesetzliche Macht kann ihnen dagegen wohl nie und von Niemanden mehr verliehen werden, ohne eine neue Wahl. Die Lage der Dinge wird es indessen rechtfertigen, wenn sie im Einvernehmen mit der Staatsregierung provisorisch und transitorisch Anordnungen über solche Gegenstände treffen, die eine augenblickliche Erledigung erheischen. Die Vereinbarung definitiver Gesetze mit ihnen scheint uns hingegen eine Unmöglichkeit. Unserer Ansicht nach müssen sich demnach die Kammern durchaus darauf beschränken, blos Verfügungen für den Augenblick mit der Regierung zu vereinbaren, die von Rechtswegen aufhören, sobald die neuen Stände gewählt sind. Allerhöchstens dürfte es als durch die Umstände gerechtfertigt angesehen werden können, wenn sie für das nächste Mal ein neues, vereinfachtes und liberaleres Wahlgesetz berathen. Die neuen Wahlen selbst aber müssen wohl, ungeachtet der neuen Berufung der alten Kammer, alsbald erfolgen, was noch während deren Vereinigung geschehen kann, da diese, wie gesagt, eine formell legale ohnehin nicht mehr ist. Dabei müssen wir noch Eines erinnern. Es ist die Rede davon, der wieder berufenen Kammer einzelne Gesetzentwürfe bezüglich der allgemeinen Forderungen des Volkes vorzulegen. Abgesehen nun von dem erwähnten formellen Anstande, darf in materieller Beziehung nicht aus den Augen gelassen werden, daß sich jene Forderungen keineswegs auf Abänderung einzelner Gesetze beschränken, sondern daß eine durchgreifende Revision der ganzen Verfassung eine unabweudbare Nothwendigkeit geworden ist.

Württemberg.

Stuttgart, 9. März. Die Kammer der Abgeordneten wird unverzüglich aufgelöst und die neue Ständewahl angeordnet werden. (A. Z.)

Nach einer Mittheilung der „Augsburger Abendzeitung" aus Stuttgart, 9. März, hat der König bei der Audienz der neuen Minister sich ohne Rückhalt für die Anbahnung eines deutschen Parlaments mit Volksvertretung erklärt.

Aus dem württemberg. Unterlande, 9. März. Die Gährung im Lande, besonders unter der Landbevölkerung der mediatisirten Standesherrschaften, die durch alle möglichen Abgaben, Banden, Frohnen, Zehnten, Gilten auch sehr gedrückt sind, ist groß. (Augsb. Abdz.)

Baden.

Karlsruhe, 9. März. Heute trat unsere zweite Kammer, nachdem sie mehrere Tage Ferien gehalten, wieder zusammen, um eine Legion von Danksagungen und Bittschriften anzuhören, welche in Betreff der gegenwärtigen Verhältnisse aus allen Theilen des Landes eingekommen waren. Staatsrath Bekk machte sodann die Eröffnung, daß sämmtliche Truppen nach einer neuen Formel auf die Verfassung beeidigt werden sollten, und daß von dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten schon ein bestimmter Antrag auf Vertretung des

deutschen Volks am Bundestage bei letzterem eingereicht und die Abberufung des Hrn. v. Blittersdorf beschlossen sey. Einen ungeheuern Eindruck machte hierauf ein Antrag des bisherigen Justizministerialpräsidenten Trefurt, der als einfacher Abgeordneter einen Sitz in der Kammer wieder eingenommen hatte; dieser Antrag, welcher einstimmig zur Berathung in die Abtheilungen verwiesen wurde, versetzt uns mit einem Schlage aus dem Bereich des papiernen Liberalismus auf das Feld der wahren handgreiflichen Volksinteressen; Trefort verlangt die sofortige Erhebung einer außerordentlichen Steuer von all denen, die mehr haben, als sie brauchen um eine allgemeine Unterstützungscasse für die Classe der Arbeiter in Stadt und Land zu errichten. (A. Z.)

K. Sachsen.

Leipzig, 7. März. Eine außerordentliche Versammlung der Stadtverordneten hat eine neue Erklärung an den König beschlossen, worin die Preßfreiheit als etwas bereits Gegebenes angenommen und die schleunigste Erwirkung des dahin bezüglichen Gesetzes gefordert wird. Ferner wird unumwunden erklärt, daß die Entlassung des Ministers v. Falkenstein keineswegs genüge, sondern nur durch Entlassung aller jetzigen Minister und eine vollkommene Aenderung des Verwaltungssystems die äußere Ruhe des Landes zu ermöglichen seyn werde. Auch dieser Adresse schließt sich, wie man vernimmt, der Stadtrath vollständig an. Die Aufregung in den Massen ist unbeschreiblich. (A. Z.)

Leipzig, 8. März. Der gestrige Abend ist ruhig verlaufen; aber die Aufregung ist nicht gemindert. Unterdessen wird jedoch hier bereits ohne Censur gedruckt, zufolge des gestrigen Beschlusses des Stadtraths und der Stadtverordneten. Leipzig wird von allen kleinern Städten Sachsens mit Beistimmungsadressen für seine Handlungsweise beehrt, und bereits sind auch Abgeordnete der Städte Glauchau, Zwickau, Crimmitzschau, Merane und Werdau hier durchgereist, um dem König direkt Adressen ihrer Städte zu bringen, welche mit dem Inhalt der Leipziger Schriften im wesentlichen übereinstimmen. (A. Z.)

Leipzig, 8. März. Die Abgeordneten von Zwickau, Werdau, Crimmitzschau, Meerane, Glauchau und Waldenburg haben in Dresden eine sehr ungnädige Aufnahme mit ihren Adressen gefunden. Der König hat auf alle auch die dringendsten Vorstellungen und Bitten nur auf seine Ansprache verwiesen und zuletzt geantwortet: Ich habe Ihnen weiter nichts zu sagen als: Leben Sie wohl. (Gen. A)

Sächsische Herzogthümer.

Weimar, 5. März. Der hiesige Stadtrath beschloß am 3. März beim Großherzog auf Preßfreiheit, allgemeine Volksbewaffnung und Schwurgerichte anzutragen. Die Ständeversammlung hat gestern einstimmig (d. h. in zwei Puncten gegen 1 oder 2 Stimmen) folgenden Beschluß gefaßt: Den Großherzog zu bitten, mit den übrigen zum deutschen Bunde vereinigten Fürsten eine Vereinigung dahin zu treffen, daß 1) soweit es nicht schon geschehen, die schon längst verheißenen Repräsentativ-Verfassungen mit entscheidenden Stimmen der Stände bei der Verwilligung und Verwendung der Steuern und bei der Gesetzgebung eingeführt werden; daß 2) die Karlsbader und Wiener Conferenzbeschlüsse, bezüglich die darauf gebauten Bundestagsbeschlüsse und die vom 28. Juni 1832, außer Kraft gesetzt werden, und daß das Recht der Preßfreiheit nicht länger beschränkt bleibe; daß 3) eine auf wesentlich gemeinsame Interessen berechnete und beschränkte deutsche Nationalvertretung eingeführt; dabei 4) die Verminderung und Umwandlung der stehenden Heere und gleichzeitig eine allgemeine Volksbewaffnung ins Auge gefaßt werde; daß endlich 5) zur Abwendung der augenblicklichen Gefahr die geeigneten provisorischen Maßregeln in ächt nationalem Sinne getroffen werden. (D. A. Z.)

Gr. Hessen.

Mainz, 7. März. Mainz ist seit gestern Abend in gränzenlosem Jubel, denn alle seine Forderungen sind von dem Erbgroßherzog, unserem neuen Regenten, genehmigt worden. Von Morgen an beginnt ein dreitägiges Volksfest, die Stadt wird glänzend beleuchtet, dem Abgeordneten Zitz soll eine Nationalbelohnung votirt werden. (A. Z.)

Hessen-Homburg.

Homburg v. H., 7. März. Unser heutiges Amtsblatt bringt bezüglich der von Sr. Durchlaucht dem Landgrafen genehmigten Volkspetitionen die Verordnung, betreffend: ein Gesetz über Preßfreiheit, Amnestie für politische Vergehen, Aufhebung der privilegirten Gerichtsstände, das Petitionsrecht und die Regulirung der privatrechtlichen Verhältnisse der Israeliten im Amt Homburg. (Fr. J.)

Nassau.

Wiesbaden, 6. März. Se. Hoh. der Herzog hat die Versammlung der Landstände heute mit nachstehender Rede vom Throne feierlich eröffnet. „Meine Herren und lieben Stände! Ich bin gekommen, diese Versammlung selbst zu eröffnen und gebe Ihnen den Beweis, daß ich mich offen und strenge an den Gang der Bestimmungen halte, welche gestern durch meine Proclamation dem Lande verkündet worden sind. Ihre gegenwärtigen Sitzungen haben nur das besprochene neue Wahlgesetz zum Gegenstand. Ich empfehle diese wichtige Angelegenheit Ihrer sorgfältigen Erwägung. Auf Ihre Einsicht und Treue muß ich mich in diesen schwierigen Zeitverhältnissen mehr als je verlassen können; ich verlasse mich darauf. Ihre Sitzungen werden öffentlich seyn. Meine Herren und lieben Stände! Ich hoffe und vertraue zu Gott, daß die neuen Institutionen unserm Lande und dem ganzen deutschen Vaterlande Segen bringen werden."

Aus dem Herzogthum Nassau ist bereits in außerordentlicher Commission ein Abgesandter auf dem Wege, um mit den süddeutschen Höfen über die Bundesvertretung zu unterhandeln.

Preußen.

Berlin, 6. März. Gott erhalte uns die Ruhe, sonst kann es hier sehr übel werden. Wir haben auf der einen Seite einen unbändigen nichtsachtenden Pöbel, auf der andern Seite ein rücksichtsloses nur dem Commando folgendes Militär; dazwischen steht der Handwerker und der Bürger, der Weib und Kind, Hab und Gut zu verlieren hat. Mehrere Adressen werden vorbereitet. Eine von den Studenten, in Verbindung mit den Bauleven und den andern Instituten unmittelbar an Se. Majestät; eine andere, von Seite der Bürger an die Stadtverordneten. In beiden werden die Wünsche und Forderungen aufgestellt, welche die Ruhe bedingen. (A. Z.)

Berlin, 8. März. So eben erfahre ich aus sicherem Munde, daß noch in dieser Woche in Preußen die Censur abgeschafft und schon morgen Abend ein Preßgesetz erscheinen wird. (C. v. u. f. D.)

In der nächsten Woche soll in Köln eine Versammlung aus allen Städten der Rheinprovinz zusammentreten, in der eine Adresse an den König zur Unterzeichnung vorgelegt werden soll.

Königsberg. Der polnischen „Posener Zeitung" zufolge wäre in Königsberg eine communistische Verbindung entdeckt, und es ist dorthin der Staatsanwalt Grotze abgereist, um die Untersuchung einzuleiten.

Oldenburg.

Oldenburg, 4. März. Eine Deputation unseres Stadtraths, welche dem Großherzog den Wunsch nach einer Verfassung vortragen sollte, ist, dem Vernehmen nach, von Sr. königl. Hoheit sehr huldvoll und gnädig empfangen worden, und hat die Versicherung mit hinweggenommen, daß alles mögliche geschehen sey und geschehen werde, um dem Wunsche der Hauptstadt des Landes zu genügen, wenn schon sich dergleichen wichtige Maßnahmen nicht übereilen ließen. (Nach dreiunddreißig Jahren!) Wie man hört, werden auch von andern Orten des Landes ähnliche Petitionen erwartet. (Br. Z.)

Freie Städte.

Frankfurt, 8. März. Das Frankfurter Journal ist von heute an in Kurhessen wieder zugelassen, und zwar ohne Bedingung. (A. Z.)

Frankfurt, 9. März. (Morgens.) Die neuesten Berichte aus Hanau von gestern Abend schildern die Gährung als noch immer im Zunehmen begriffen. Die bis jetzt bekannt gewordenen Concessionen haben dem Verlangen noch nicht entsprochen. Die bewaffnete Bevölkerung Hanaus trat gestern, durch Bewaffnete aus der Nachbarschaft verstärkt, zusammen und wählte einen provisorischen Ausschuß von 24 Mitgliedern, welchem die Leitung der Geschäfte einstweilen übertragen ist. (A. Z.)

Frankfurt, 9. März Morgens. Endlich ist auf Privatwege die bestimmte Nachricht von Kassel eingetroffen, daß der Kurfürst, wie er bereits das Ministerium gewechselt, auch alle übrigen Forderungen der Hanauer Petition zugestanden. (A. Z.)

Frankfurt, 9. März Mittags 2 Uhr. Gestern Abend um 9 Uhr haben begonnen und wurden diesen Morgen fortgesetzt die Berathungen der Bundesversammlung über die Vertretung des deutschen Volkes am Bundestage. (A. Z.)

Wie man vernimmt, ist auf die Kunde von den Ereignissen in Paris in der Bundesversammlung der Antrag gestellt worden, sämmtliche Bundesfestungen an der Westgränze, Ulm und Rastatt mit eingeschlossen, auf den Kriegsfuß zu setzen und daß die Bundesstaaten ihre Contingente in Bereitschaft zu setzen hätten. Dieser Antrag wird unstreitig in einer der nächsten Sitzungen zum Beschlusse erhoben werden. Es ist auch die Rede davon, daß ein Armeecorps von 80,000 Mann an der Rheingränze aufgestellt werden solle. Der Bundespräsidialgesandte Graf Münch-Bellinghausen wird demnächst aus Wien zurückerwartet. Wichtige Verhandlungen stehen in der Bundesversammlung bevor, nicht blos in Betreff der äußern Sicherheit des Bundes, sondern auch bezüglich der Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung im Innern desselben. (Wes. Z.)

Oesterreich.

Wien, 6. März. Se. königl. Hoh. der Erzherzog Johann, den das Volk als den liberalsten Prinzen des Kaiserhauses verehrt, traf Freitags hier ein, und nahm sogleich wieder an den Staatsconferenzen Theil. Man versichert Se. königl. Hoh. habe den Auftrag übernommen den Beirath aller Stände der Monarchie einzuholen. Se. königl. Hoh. soll ferner in der Zukunft eine einflußreichere Stellung in dieser jetzt so wichtig gewordenen Angelegenheit einnehmen. Diese trostreiche Kunde geht von Mund zu Mund und macht einen freudigen Eindruck. Die Bitten und Anträge der lombardisch-venetianischen Congregationen sind bereits dem Staatsrathe zur schnellen Erledigung überwiesen. — Der Landtag im Königreiche Böhmen wird Donnerstag den 10. eröffnet und die Ständeversammlung der Niederösterreichischen Stände, welche dießmal den zum Staatsminister ernannten Grafen Montecuculi an der Spitze hat, und welcher später dem Erzherzog Vicekönig Rainer als Staatsminister an die Seite gegeben wird, findet am 22. statt. — Die Truppenmärsche nach Italien dauern fort.

Schweiz.

Zürich, 8. März. Die Tagsatzungscommission ist bezüglich der Bundesrevision im Vorwärts. — Die Beibehaltung der Vertretung der Kantone nach dem System des Bundesvertrags von 1815 ist mit Stimmenmehrheit verworfen. Die Frage über Einführung eines neuen Vertretungssystems ist an eine Commission verwiesen.

Italien.

Neapel, 26. Febr. Die Aufregung ist in diesem Augenblick wieder sehr bedeutend in Neapel. Man kam neuerdings mehreren Anschlägen der Lazzaroni auf die Spur (so z. B. sollten gestern Abend mehrere Bomben im Menschengewimmel zerplatzen) und außerdem wächst das Mißtrauen gegen das Ministerium, namentlich gegen Serracapriola von Stunde zu Stunde. Sehr starke Nationalpatrouillen durchstreifen die Straßen Neapels, und vor dem Café d'Europe und anderswo stehen dichte Menschengruppen, welche gegen das Ministerium (Bozzelli ausgenommen) ihre Erbitterung in lauten Worten auslassen. Mißtrauen an allen Ecken und Enden. (A. Z.)

Die Volksbewegung gegen die Jesuiten greift immer weiter um sich. Aus Turin haben sie räumen müssen. In Fano im Kirchenstaate hat man die dortigen Jesuiten gewaltsamerweise in Wägen gesetzt und so fortgeschickt. Aus Faenza, Camerino u. a. O. sind gleichfalls die Väter Jesu, aus Ancona und Sinigaglia die Ignorantiner vertrieben worden.

Mailand, 6. März. Gestern Abends ist ein außerordentlicher Courier von Wien mit wichtigen Depeschen hier eingetroffen. Die eine derselben beruft den General der Cavallerie, Staats- und Conferenzminister Grafen Ficquelmont als Hofkriegsrathspräsidenten nach Wien. Gouverneur Graf Spaur verläßt heute Mailand, wie man glaubt, auf immer. (A. Z.)

Von der italienischen Grenze, 3. März. In der Umgegend von Udine wird ein Reservelager von 30,000 Mann zusammengezogen werden, so daß sich die zur Verfügung stehende Truppenmacht in österreichisch Italien gegen 150,000 Mann belaufen wird. (A. Z.)

Niederlande.

Amsterdam, 6. März. Es ist zwischen der holländischen und der belgischen Regierung ein Defensiv- und Offensivvertrag abgeschlossen worden. Die officielle Bekanntmachung wird, wie es heißt, in dem heutigen „Handelsblad“ erscheinen. Die Truppen werden einberufen. (Köln. Z.)

Spanien.

Madrid, 1. März. Die Königin hat den Herzog v. Ahumada nach Frankreich abgeschickt, um die Infantin nach Spanien zurückzubringen. Er ist angewiesen, nöthigenfalls die guten Dienste der französischen Republik in Anspruch zu nehmen. Die Regierung ist nicht ohne Besorgnisse und man spricht von Verstärkung der Besatzung Madrids um 6000 Mann, und von Aufstellung eines Beobachtungscorps von 50,000 Mann an den Pyrenäen. (Span. Bl.)

Frankreich.

Paris, 8. März.

Die provisorische Regierung decretirt, daß in allen Industrie- und Handelsstädten ein National-Discontirungsbureau errichtet werde um den Credit zu verbreiten und ihn über alle Zweige der Production zu erstrecken. — Schon organisiren sich auf mehreren Puncten in Paris die Wahlversammlungen.

Die provisorische Regierung beschäftigt sich auf das thätigste mit der Reorganisation der Armee, die große Geschützfabrik in Bourges ist in voller Thätigkeit; die Arsenale von Brest, Toulon und Rochefort werden auf das vollständigste gefullt; das Gesetz über die Einsteher (Ersatzmänner) wird aufgehoben, ein Jeder muß selbst dienen. Uebrigens wird die Armee durch die Nationalversammlung eine ganz neue Organisation erhalten.

Der „Moniteur“ enthält ein Regierungsdecret, welches die sogenannten Septembergesetze (vom 9. Sept. 1835) als ein Attentat gegen die Preßfreiheit, als einen verfassungswidrigen Eingriff in die Gerichtsordnung und die Befugnisse der Jury für null und nichtig erklärt und die älteren Gesetze auf so lange wieder in Kraft setzt, als die constituirende Nationalversammlung nicht anders entschieden haben wird. Zu einer Verurtheilung ist künftig wieder eine Jurymajorität von 9 Stimmen erforderlich, bei Strafe der Nichtigkeit.

(Schluß des Umlaufsschreibens des Ministers der Auswärtigen an die diplomatischen Agenten der französischen Republik.) Der Gedanke der Männer, die in diesem Augenblick Frankreich regieren, ist dieser: Glücklich Frankreich, wenn man ihm den Krieg erklärt, wenn man es solchergestalt zwingt sich an Kraft und Ruhm zu vergrößern, trotz seiner Mäßigung! Schreckliche Verantwortlichkeit für Frankreich wenn die Republik selbst den Krieg erklärt ohne herausgefordert zu seyn. Im ersten Fall würde ihr martialischer Genius, ihre Raschheit zur That, ihre während so vieler Friedensjahre angehäufte Kraft sie unbesieglich machen, vielleicht über ihre Grenzmarken furchtbar. Im andern Fall würde sie die Erinnerung an ihre Eroberungen, welche die Nationalitäten abgeneigt machen, gegen sich selbst kehren, und ihre erste und allgemeinste Allianz gefährden — den Geist der Völker und den Genius der Gesittung. Nach diesen Principien, mein Herr, welches die Principien des kaltblütigen Frankreichs sind, Principien, die es ohne Furcht wie ohne Herausforderung seinen Freunden und seinen Feinden darlegen kann, werden sie sich mit folgenden Erklärungen vertraut machen: die Verträge von 1815 bestehen nicht mehr zu Recht in den Augen der französischen Republik; gleichwohl sind die Gebietsabtheilungen eine Thatsache, welche sie zuläßt als eine Basis und einen Anhaltspunct in ihren Verhältnissen zu den andern Nationen. Wenn aber die Verträge von 1815 nur noch bestehen, als durch gemeinsamen Einklang zu modificirende Thatsachen, und wenn die Republik laut erklärt, daß sie das Recht und die Mission hat auf geregeltem und friedlichem Wege zu diesen Modificationen zu gelangen, so bestehen der gesunde Sinn, die Mäßigung, die Gewissenhaftigkeit, die Klugheit der Republik und sind für Europa eine bessere und ehrenvollere Gewährschaft, als der Buchstaben der von ihnen so oft verletzten oder modificirten Verträge. Lassen Sie sich angelegen seyn, mein Herr, dieser Emancipation der Republik von den Verträgen von 1815 Verständniß und redliche Zulassung zu verschaffen, und zu zeigen, daß diese Befreiung nichts mit der Ruhe von Europa unverträgliches hat. Darum, wir sagen es laut: wenn uns in den Rathschlägen der Vorsehung die Stunde geschlagen zu haben schiene für den Wiederaufbau einer der in Europa oder anderswo unterdrückten Nationalitäten; wenn die Schweiz unsere treue Bundesfreundin seit Franz I. vergewaltigt oder bedroht würde in der Bewegung des Wachsthums, die sie bei sich bewirkt, um dem Pfeilbund der demokratischen Regierungen eine Kraft mehr zu leihen, wenn die unabhängigen Staaten Italiens überzogen würden, wenn man ihren innern Umgestaltungen Schranken oder Hindernisse setzte, wenn man ihnen mit bewaffneter Hand das Recht bestritte, sich untereinander zu verbünden um ein italienisches Vaterland zu befestigen — so würde die französische Republik sich berechtigt glauben, selbst zu waffnen um diese rechtmäßigen Bewegungen des Wachsthums und der Nationalität der Völker zu schirmen. Die Republik hat, Sie sehen es, mit dem ersten Schritt die Aera der Proscriptionen und der Dictaturen durchmessen. Sie ist entschlossen, die Freiheit nach innen nie zu verletzen. Sie ist gleich entschlossen, ihr demokratisches Princip nie zu verletzen nach außen. Sie wird niemand die Hand legen lassen zwischen die friedliche Ausstrahlung ihrer Freiheit und den Blick der Völker. Sie erklärt sich zur intellectuellen und herzlichen Bundesgenossin aller Rechte, aller Fortschritte, aller rechtmäßigen Verfassungsentwicklungen der Nationen, die mit demselben Princip leben wollen wie sie. Sie wird keine heimliche oder brandstifterische Propaganda machen bei ihren Nachbarn. Sie weiß, daß es keine dauerhaften Freiheiten gibt, als die auf ihrem eigenen Boden erwachsen. Aber sie wird durch das Leuchten ihrer Ideen, durch das Schauspiel der Ordnung und des Friedens, das sie der Welt zu geben hofft, den einzigen und ehrlichen Proselytismus, den Proselytismus der Achtung und der Sympathie ausüben. Das ist nicht Krieg, das ist Natur. Das ist nicht die Agitation Europas, das ist sein Leben. Das heißt nicht die Welt entzünden, das heißt von seiner Stelle aus auf den Horizont der Völker glänzen, um ihnen zumal Vorgänger und Führer zu seyn. Wir wünschen um der Menschheit willen, daß der Friede erhalten werde. Wir hoffen es sogar. Eine einzige Kriegsfrage wurde gestellt vor einem Jahr zwischen Frankreich und England. Wer diese Kriegsfrage gestellt hatte, das war nicht das republicanische Frankreich, sondern die Dynastie. Die Dynastie trägt diese Kriegsgefahr mit sich fort, die sie aus einem ganz persönlichen Ehrgeiz ihrer Familienverbindungen in Spanien erregt hatte. So hat diese Hauspolitik der Dynastie, die seit 17 Jahren auf unsere Nationalwürde drückte, zu gleicher Zeit durch ihre Ansprüche auf eine Krone mehr in Madrid, auf unsere liberalen Allianzen und den Frieden gedrückt. Die Republik hat keinen Ehrgeiz, keinen Nepotismus. Sie erbt keine Familienansprüche. Möge Spanien sich selbst regieren, möge Spanien unabhängig und frei seyn. Frankreich rechnet in Bezug auf die Festigkeit dieser natürlichen Allianz mehr auf die Gleichmäßigkeit der Principien als die Erbfolgen des Hauses Bourbon! Dieß ist, mein Herr, der Geist der Rathsversammlungen der Republik. Dieß wird unwandelbar der Charakter der offnen, starken und gemäßigten Politik seyn, die Sie zu vertreten haben. Die Republik hat bei ihrer Geburt, inmitten der Hitze eines vom Volk nicht hervorgerufenen Kampfes, drei Worte ausgesprochen, welche ihre Seele offenbaren und die Segnungen Gottes auf ihre Wiege herbeirufen werden: Freiheit, Gleichheit, Brüderschaft. Sie hat am Tag nachher durch Abschaffung der Todesstrafe für politische Ursachen diesen drei Worten den wahren Commentar dabeigegeben. Geben Sie denselben auch ihren wahren Charakter draußen. Der Sinn dieser drei Worte angewendet auf unsere auswärtigen Verhältnisse ist dieser: Befreiung Frankreichs von den Ketten, die auf seinem Princip und seiner Würde lastet; Wiedererlangung des Ranges den es in der Wagschaale der europäischen Mächte einnehmen soll, endlich Bundes- und Freundschaftserklärung an alle Völker. Wenn Frankreich das Bewußtseyn seines Antheils an der liberalen civilisirenden Mission in diesem Jahrhundert hat, so ist keines dieser Worte das Krieg bedeutet. Wenn Europa klug und gerecht ist, so ist keines dieser Worte, das nicht Frieden bedeutet. Empfangen Sie, mein Herr, die Versicherung meiner sehr ausgezeichneten Achtung. Lamartine, Mitglied der provisorischen Regierung der Republik und Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Paris, 2. März 1848.

Großbritannien.

London, 7. März.

Prinz Albert und die Herzogin von Kent haben der verbannten Familie einen Besuch in Claremont abgestattet.

In der Unterhaussitzung vom 2. März ist Hrn. Horsman's Antrag, die Einkommensteuer, wenn sie (vor der Hand nach dem Antrag des Schatzkammer-Kanzlers auf weitere drei Jahre) genehmigt werden sollte, wenigstens nach verschiedenen Abstufungen anzulegen und zu erheben, so daß ein Einkommen von persönlichem Verdienst am niedersten, von Capitalbesitz höher, und vom Grundeigenthum am höchsten besteuert würde, nach längerer Discussion als schwer ausführbar und in Bezug auf die höhere Besteuerung namentlich der in englischen Staatspapieren angelegten Capitalien dem englischen Staatscredit nachtheilig, mit 316 gegen 141 Stimmen verworfen worden.

London, 6. März. Der gewesene König der Franzosen und seine Gemahlin haben den Namen „Graf und Gräfin von Neuilly“ angenommen. Mit Ausnahme der Herzogin von Orleans und der beiden Prinzen in Algier ist jetzt die ganze Familie Orleans in Claremont. (Karlsr. Z.)

Eine ernstliche Emeute soll am 6. in Glasgow ausgebrochen seyn. Das Volk ist in die Läden der Waffenschmiede eingebrochen und hat dann geplündert. Zwei Polizeiagenten wurden getödtet und mehrere verwundet. Verstärkungen von Truppen sind aus Edinburg hieher aufgebrochen.

Neueste Nachrichten.

*** München, 12. März. Schon seit dem frühen Morgen prangt unsere schöne Stadt im reichsten Festschmuck. Ueberall freudige, herzlich bewegte Stimmung, und für eine großartige Beleuchtung am Abend die umfassendsten Anstalten getroffen. — Um 2 Uhr wird auch das akademische Freicorps in Festparade erscheinen; der Parade der Landwehr geschah schon gestern Erwähnung.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Wien, 8. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 86; zu 4pCt. in CM. 71¼; zu 3pCt. in CM. 57; Bankactien per Stück 1180; Nordbahn 92.

Paris, 7. März. 3pCt. 56 Fr. — C.; 5pCt. 89 Fr. — C.

London, 6. März. Consols 82 3/8.

Münchener Schrannen-Anzeige vom 11. März 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest.	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	3037	2457	600	19	56	—	20	—	—
Korn	1138	1079	59	12	32	—	—	—	—
Gerste	3664	3656	8	10	47	—	—	—	13
Haber	902	864	38	5	28	—	—	—	9

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag den 12. März: „Martha, oder der Markt zu Richmond,“ Oper von Flotow.

Lieferungs-Akkord.

2315. (2a) Am Freitag den 24. d. Mts. Vormittags 8 Uhr wird von der Oeconomie-Commission des 1. Artillerie-Regiments Prinz Luitpold in der Lehelcaserne der Bedarf für das Etatsjahr 18⁴⁷/₄₈ an grauen, dunkelblauen, ponceaurothen, feinen und ordinären schwarzen Tüchern, an Hemden, gebleichter und ungebleichter Futterleinwand, Material zu Halbstiefeln und Bundschuhen, dann Vorschuhen, so wie an schwarzen Kalbfellen und Pferds-Kartätschen zur Lieferung in Akkord gegeben.

Die näheren Bedingnisse hierüber werden vor der Versteigerung den anwesenden Lieferungs-Uebernehmern bekannt gemacht.

München den 8. März 1848.

Koppur, Oberstlieutenant.

Gebert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 64.

Man pränumerirt auf die ... in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gasse Nro. 2, auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: halbjährlich im I. Rayon 3 fl. [illegible] kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 25 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag XLIX. Jahrgang. **3. März 1848.**

An die verehrlichen Leser der Münchener politischen Zeitung.

Da mit dem Monat März das Abonnement auf die „Münchener politische Zeitung" für das erste Quartal von 1848 zu Ende geht, so ersuchen wir Neueintretende, ihre Bestellungen für die Stadt bei der unterzeichneten Expedition, Auswärtige aber bei dem nächstgelegenen resp. Postamt zeitig zu machen, damit wir mit vollständigen Exemplaren dienen können.

Die politische Ausstattung des Blattes wird auch weiterhin nach den verlässigsten und reichsten Quellen eine möglichst vollständige seyn. Seit Sonntag den 5. März wird die politische Zeitung auch **jeden Sonntag** ausgegeben, erscheint demnach fortan **täglich**. — Dem Feuilleton wird auch weiterhin durch Originalerzählungen ernsten und heitern Inhalts und durch mannigfaltige Skizzen aus dem Leben die größte Sorgfalt gewidmet werden. — Die neuesten gediegensten Erscheinungen auf dem Gebiete der Literatur sollen unter der Rubrik „Bücherschau" eine schnelle und gründliche Besprechung finden.

Inserate jeder Art werden bei mäßiger Einrückungsgebühr unverzüglich aufgenommen. Briefe und Gelder werden portofrei erbeten.

München, den 6. März 1848.

Expedition der Münchener politischen Zeitung.
(Knödel-Gasse Nro. 2)

An Bayern.

Strale voran, mein Bayern, im schimmernden Ringe von Deutschland,
Und mit des Demants Kraft paare die lautere Treu.
Siehst du, wie freudig erstaunt dir lauschen die Völker, die Fürsten,
Wie dir die Nachbarn umher reichen zum Bunde die Hand!
Wandle, ein glänzend Gestirn, auf der Bahn des gesetzlichen Fortschritts;
Bayern und Wittelsbach! Heil euch im wachsenden Ruhm!

Seitl

Deutschland.
Bayern.

*† München, 13. März. Gestern Mittag 1 Uhr hatten die Herren Officiere des Freicorps die Ehre Sr. Majestät dem König ihre Aufwartung machen zu dürfen.

In der „Allgemeinen Zeitung" wird aus München 11. März bezüglich des viel verbreiteten Gerüchts: Bayern habe die französische Republik anerkannt, nunmehr amtlich erklärt: „Se. Majestät der König wünscht Frieden mit Frankreich, ohne daß solches von dessen Regierungsform abhängig; sollte es jedoch gegen Deutschland eine aggressive oder Gebietsausdehnungspolitik annehmen, so wird Bayern seinen Pflichten treu, den letzten Blutstropfen vergießen für deutschen Vaterlandes Unabhängigkeit und Integrität." (Wir hatten von obigem Gerücht nichts in unser Blatt aufgenommen. A. d. H. d. polit. Ztg.)

*München, 13. März. Die Beleuchtung der Stadt mußte wegen gar zu ungünstigen Wetters für gestern abgesagt werden, wird aber heute, da die Witterung freundlich ist, in voller Pracht stattfinden.

München, 11. März. (Erklärung.) Die Münchener Ereignisse vom 2. bis 6. März konnten nicht ermangeln, in der Presse die verschiedenartigste Beleuchtung zu finden. Eine unnatürliche und innerlich unwahre Verbindung dreier durchaus heterogener, ja sogar diametral entgegengesetzter Elemente benützte sie zu maßlosen Angriffen auf jenen Mann, der als ältester Minister zu vermittelnder Thätigkeit zwischen Krone und Land amtlich berufen war. Bis heute beobachtete ich, Angesichts aller Angriffe, ein unbedingtes Stillschweigen, nicht nur weil die ungeheuern Anstrengungen der jüngsten Wochen mir zum Betreten des journalistischen Gebietes keine Zeit ließen, sondern auch, weil von dem Momente an, da die nahe Eröffnung der Stände des Reiches feststand, das öffentliche Reden der Minister nothwendig dem parlamentären Gebiete anheimfiel. Mit Freude, mit Begeisterung sah ich der Stunde entgegen, wo mir vergönnt seyn würde, vom Ministertische aus über alle meine Amtshandlungen, ohne Ausnahme, Rechenschaft vor den Vertretern der Nation abzulegen. Ihr Urtheil sollte über das Vertrauen des Volkes zu dem Minister, sonach auch darüber entscheiden, ob ich den Monarchen um Zurückgabe des Portefeuilles bitten würde oder nicht. Der Wille des Königs hat anders entschieden; mir ist durch plötzliche Enthebung das ministerielle Wort in dem Augenblicke entzogen, wo die Ständehallen sich öffnen. Diesen Willen habe ich zu ehren; wohl aber bemerke ich hiemit öffentlich, daß nach meiner Ansicht der Austritt aus dem Amte nichts an dem Rechte eines ehemaligen constitutionellen Ministers ändert, die unter seiner Verantwortlichkeit vollzogenen Acte vollständig gegenüber jener Landesrepräsentation zu vertreten, welcher verfassungsmäßig das Wächteramt über die Wirksamkeit der öffentlichen Beamten zukömmt, daß sonach in der Kammer, deren Mitglied ich bin, von mir geäußert werden wird, was die Ehre, die constitutionelle Pflicht gebieten. Reichsrath Fürst v. Oettingen-Wallerstein.

München, 12. März. (Aufruf.) Mitbürger! Unsere Jugend hat freiwillig die Waffen ergriffen zum Schutze des Vaterlandes wider äußern und innern Feind, und übt sich unausgesetzt im Waffendienst. Noch ist der Kampf nicht ausgebrochen, aber die Gefahr steht vor allen Thüren und der Krieg blickt durch jede Versicherung des Friedens hindurch. Deutschland muß vollkommen gerüstet seyn und alle seine Wehrkräfte sammeln. In unserer Stadt, wie überall, sind eine große Anzahl Männer, die durch die dringenden Pflichten gegen Amt und Familie gehindert sind, in die Reihen der ordentlichen Landwehr, sowie in die der freiwillig bewehrten Jugend einzutreten, oder die bei vorgerücktem Alter aus dem Heere ausgeschieden, die aber dennoch bereit sind, bei wachsender Gefahr die bis jetzt bewaffnete Macht im Dienste des Vaterlandes thätig zu unterstützen, und nöthigenfalls an ihre Stelle zu treten. Diese Männer bilden ein natürliches und nothwendiges Glied in der Kette der allgemeinen Landesvertheidigung. An sie ergeht der gegenwärtige Aufruf. In ihrem Namen soll eine Bittschrift an Se. Maj. den König gerichtet werden, in welcher aus den hier angedeuteten Beweggründen die Bewilligung zur Bildung eines Landwehr-Freicorps nachgesucht wird. Diese Bittschrift liegt zur Unterschrift auf dem Rathhause, im Zimmer Nro. 2, auf, wo vom Dienstag den 14. d. Mts. an Morgens von 9—12 und Nachmittags von 2—4 Uhr Anmeldungen angenommen werden. Da die Bildung dieses außerordentlichen Landwehr-Freicorps die Casse der ordentlichen Landwehr nicht beeinträchtigen darf, so verzichten die Theilnehmer durch ihren Beitritt nicht auf ihre Rekrutenverpflichtung an die Landwehrcasse.

Am 10. März wurde die Nürnberger Besatzung auf die Verfassung beeidigt.

Unterm 8. März fordert Prof. Dr. Roßhirt in Erlangen zur Bildung eines Scharfschützencorps auf. —

Die israelitischen Glaubensgenossen in den Gemeinden Fellheim, Altenstadt und Osterberg haben am 8. März eine durchaus gesinnungstüchtige Adresse an Se. Maj. den König abgehen lassen, worin sie Allerhöchstdemselben ihre aufrichtigste Ergebenheit versichern, dann aber die Bitte stellen: „Se. kgl. Majestät möchten geruhen, allergnädigst die gesetzliche Einleitung zu treffen, daß den Israeliten des Königreichs das volle Staatsbürgerrecht zu Theil werde." (Wir erwarten und hoffen, daß die Stände einmal bezüglich der israelitischen Frage ihre Pflicht thun werden, aber ganz ohne alle Halbheit.)

In dem Orte Seßlach, bei Lichtenfels, fanden einige Ruhestörungen statt, welche mit Einwerfen der Fenster im gräflichen Amthause endeten. Die Bewohner, welche mit der Verwaltung des dermaligen Patrimonialrichters sehr unzufrieden sind, verlangen Abschaffung der Feudallasten, vorzüglich des Blutzehnten, der Schutz- und Herbergsgelder und des Handlohns; dann Abschaffung aller Patrimonialgerichte.

Von Würzburg ist die folgende Adresse, mit vielen Unterschriften versehen, nach München abgegangen: „An die Bürger und Bewohner von München. Theilend die Gefühle für Deutschlands Einheit, Ehre und Freiheit theilen auch wir, die Bewohner der alten Frankenstadt, die Hochgefühle der Freude, mit welcher die kgl. Proclamation vom 6. März jedes Bayern Brust erfüllt. Sie enthält die Gewährung von Wünschen, die seit dem großen Tage seiner Erhebung dem deutschen Volke verheißen war, sie enthält einen Theil jener Gewährschaften, durch welche des Volkes ehrenhafte Stellung bedingt ist. Erfüllt von solchen Gefühlen können wir des Dankes nicht vergessen, der Münchens Bürgern und Einwohnern gebührt, die diese nun gewährten Wünsche so ehrenfest vertraten, daß sie die Ueberzeugung begründeten, wie tief durchdrungen deutschen Mannes Brust von diesen Wünschen ist, und wie er deren Gewährung eben so würdig als er jederzeit bereit ist, Gut und Blut einzusetzen, wo es der Einheit und Freiheit seines Vaterlandes gilt. Euch wackern Brüdern an der Isar für die Verdienste um das Vaterland darum aus vollem Herzen unseren wärmsten tiefgefühlten Dank, den Euch hiemit entbieten die Bürger und Einwohner von Würzburg."

Würzburg, 8. März. Der erneute Ausbruch von Unruhen, welcher sich gestern in Aschaffenburg kundgege-

den, hat die dortige Behörde genöthigt, eine größere Anzahl Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung zu requiriren, und ist in dessen Folge heute Nachmittag ein Detachement von 120 Mann vom kgl. Regiment Otto mit dem Dampfboote nach dieser Nachbarstadt abgegangen. (W. A.)

Dem Vernehmen nach hat die 3. und 4. Armeedivision (Ansbach und Würzburg) Befehl zum Ausmarsch erhalten. (N. C.)

Aschaffenburg, 8. März. Gestern Vormittags versammelten sich die Bürger, welche mit dem vorgestrigen Beschluß über den rechtskundigen Rath Bühler unzufrieden waren, abermals und drangen auf völlige Abtretung desselben. Sofort wurde von dem k. Stadtcommissariate und dem Stadtmagistrate ein Antrag auf gänzliche Entfernung von seiner Stelle an die königl. Regierung abgeschickt, worauf sich die Gemüther beruhigten. (C. v. u. f. D.)

Speyer, 7. März. Die in der heutigen Versammlung mehrerer Hundert achtbarer, hiesiger Bewohner an die Münchner Bürger und Hochschüler beschlossene Adresse lautet: An die Bürger und Hochschüler zu München. Zum dritten Male schallt die Freiheit über unsere Berge von dem muthigen Volke der Franken, und durchtönt die ganze Welt. Die Bewohner des linken Rheinufers durchbebt der Schall am mächtigsten als Nachbarn der Franzosen, mit denen sie einen großen Theil der Opfer der ersten Revolution gebracht, aber auch einen guten Theil der Früchte geerntet haben. Jenem mächtigen Umschwunge verdankt die Pfalz die Institutionen, gegründet auf Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde, in denen sie, obgleich in ihrem Weiterbau mangelhaft, seither vielen Schutz gegen Bedrückungen und ein größeres Glück begründet sah, als den meisten andern deutschen Völkerstämmen zu Theil geworden. Fortschritt ist nothwendige Folge des menschlichen Geistes; wird dieser noch geweckt durch gewaltige Ereignisse, wie die der jüngsten Tage, so wird er fortgerissen zur Erstrebung seiner Forderungen mit unwiderstehlicher Macht. Das linke Rheinufer dient Deutschland zur Brustwehr gegen Eingriffe von Westen; je muthiger das Volk, je mehr dasselbe sich hingezogen fühlt zu seinem deutschen Vaterlande, desto kräftiger wird es seinen Vorposten vertheidigen; es wird als ein freies Volk eine unüberwindliche Veste Deutschlands seyn. Das Palladium der Freiheit ist der beste Schild. Freiheit laßt uns erringen, eine deutsche einige Nation erstehen, und unser Gut und Blut gehört ihr immerdar. Die gewaltige Zeit hat auch die edlen Bewohner Münchens erfaßt, sie haben ein erhabenes Beispiel gegeben, sie haben zuerst den Beweis geliefert, daß die sittliche Kraft und das Bedürfniß des entschiedenen Fortschritts in dem Geiste dieser großen Zeit wohne. Empfanget Bürger Münchens dafür den warmen Dank unserer Herzen. Die Bewohner der Pfalz drücken Euch als gleich gesinnte Brüder die Hand! (Speyer. Z.)

Wie die „Speyerer Zeitung" meldet hat in Speyer am 8. ein Krawall stattgefunden. Ein Schenkwirth hat einem Haufen Leute den Eintritt verweigert und diese im Zorn zertrümmerten dann Fenster, Läden und das Meyte im Innern des Wirthshauses.

Die „Speyerer Zeitung" meldet vom 9. März, daß sich die Tumultuanten am Morgen dieses Tages wieder versammelt. Es waren Angriffe auf das Eigenthum vieler Bewohner beabsichtigt. Unter Absingung des Schillerschen Räuberliedes war der Haufe bereits ins Haus des Rectors Schlosser eingebrochen, als Bürgern und Studenten es gelang, ihn zu bewältigen. Sieben der Tumultuanten sind, da die Untersuchung begann, bereits nach Mutterstadt abgeführt, um von da zum Bezirksgericht Frankenthal gebracht zu werden. Die Errichtung einer Bürgergarde ist in Speyer eingeleitet. — 10. März. In voriger Nacht waren 2 Schüsse gefallen. Man hatte blind auf den Wachtposten des Kantonsgefängnisses geschossen und letzterer that einen Nothschuß. Zwei Bursche wurden dann in der Nähe mit einer Doppelflinte aufgegriffen und festgenommen.

Frankenthal, 8. März. Heute ward in einer von dem Gesammtstadtrath präsidirten Bürgerversammlung die Errichtung einer Bürgergarde beschlossen, schon sind 320 Bürger eingezeichnet. Morgen findet die Wahl der Führer statt.

Von der Nahe, 8. März. In unserer Gegend herrscht eine große Aufregung. Die Leute ziehen, Freiheitslieder singend, umher. In Böckelheim (zwischen Meisenheim und Kreuznach) ist ein Freiheitsbaum gesetzt worden. In Kreuznach selbst ward Vive la République an Häuser geschrieben. In Meisenheim (Hessen-Homburg) zogen die Leute zum Landrath und bestimmten ihm einen Termin, bis zu welchem die Moststeuer, Salzsteuer und die Schlagbäume (Weggeld) aufgehoben seyn mußten. (Sp. Z.)

Württemberg.

An die Württemberger.

Se. Maj. der König haben einen Theil der verfassungsmäßigen Verwaltungsdepartements neu zu besetzen geruht, und es ist demnach das Departement der Justiz dem Abgeordneten Römer, das Departement des Innern dem Abgeordneten Duvernoy, das Departement des Kirchen- und Schulwesens dem Dr. P. Pfizer und das Departement der Finanzen dem Abgeordneten Goppelt anvertraut. Im vollen Bewußtseyn der Schwierigkeit ihrer Aufgabe und der gegen König und Vaterland übernommenen Pflichten treten die durch das allerhöchste Vertrauen Berufenen in ihr Amt, und die Unterzeichneten sind ermächtigt zu erklären: daß mit der Wiederherstellung der Preßfreiheit das erste Wahrzeichen und die nächste Bürgschaft einer neuen Zeit für die Entwicklung unserer staatlichen Verhältnisse gegeben seyn soll; als weitere Bürgschaft soll die unverweilte Beeidigung des Heeres auf die Verfassung folgen; Gesetzesentwurfe zur Aufhebung der bestehenden Beschränkungen in dem Rechte der Abhaltung öffentlicher Versammlungen und zum Zwecke der Volksbewaffnung sollen den hiernächst wieder zusammentretenden Ständen vorgelegt werden. Nach Erledigung der dringendsten ständischen Angelegenheiten wird dem würtembergischen Volke die Gelegenheit geboten werden, durch neue Ständewahlen seine Gesinnung der neu gebildeten Verwaltung gegenüber auszusprechen, und die Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in die Rechtspflege, durch Schwurgerichte, die Revision des Strafgesetzbuchs und der Strafproceßordnung, die Entlastung des Grundeigenthums, die Hebung der Gewerbe und der Schutz der Arbeit durch hiezu geeignete Maßregeln, die Vereinfachung des Staatshaushalts und der Staats-Verwaltung, die Kräftigung der Gemeinden zu erhöhter Selbstständigkeit und Unabhängigkeit, die weitere Entwicklung der Verfassung, wo eine solche im Bedürfnisse der Zeit gegründet erscheint, bleiben der neuen Ständeversammlung vorbehalten. Vor Allem aber ist es der Entschluß Sr. Maj. des Königs, Sich dem Rufe nach Vertretung der deutschen Nation am Bundestage anzuschließen, damit die Verfassung des deutschen Bundes eine den gerechten Erwartungen Deutschlands entsprechende Ausbildung erhalte, damit das allen Deutschen längst verheißene deutsche Bürgerrecht durch Berufung von Abgeordneten des deutschen Volks zur Mitberathung der gemeinsamen Angelegenheiten verwirklicht werde, und damit Deutschland, durch Befestigung seines Nationalverbandes zu der Stufe, die unter den Nationen ihm gebührt, emporgehoben, nicht wieder den Gefahren der Theilung, der Zerstückelung und der Abhängigkeit vom Ausland entgegen gehe. Nachdem so der königl. Wille den Wünschen des Volkes entgegengekommen ist, richten die Unterzeichneten an ihre Mitbürger die Aufforderung, die Ausführung des Beschlossenen mit Vertrauen zu erwarten und ihre Bemühungen mit der Staatsregierung dahin zu vereinigen, daß Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten, und ein Umschwung der Dinge, welcher bei Vernunft und Mäßigung die segensreichste Zukunft für das gesammte Vaterland verspricht, nicht in das Gegentheil verkehrt und zu verbrecherischen Zwecken ausgebeutet werde. Doch ist es nicht die Ruhe der Theilnahmlosigkeit, zu der die Unterzeichneten auffordern wollen. In einem Augenblick, wie er nur selten im Leben der Völker wiederkehrt, sind alle, jeder an seinem Theil, der Mitwelt und Nachwelt verantwortlich, daß die günstige Stunde, welche für die Sache der Menschheit und die Ehre unseres Volkes geschlagen hat nicht ungenützt verstreiche, und daß nach dem Ziele einer gesicherten und freien Nationalität jetzt ein entscheidender Vorschritt geschehe. Stuttgart, 11. März 1848. Der Chef des Justizdepartements: Staatsrath Römer. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten: Beroldingen. Der Chef des Departements des Innern: Duvernoy. Der Chef des Departements des Kirchen- und Schulwesens: Pfizer. Der Kriegsminister: Graf v. Sontheim. Der Chef des Finanzdepartements: Goppelt.

Stuttgart, 11. März. In einigen Bezirken der Oberämter Neckarsulm, Oehringen, Künzelsau und Gerabronn sind grobe Excesse gegen Personen und Eigenthum theils versucht, theils wirklich ausgeführt worden. Die Staatsregierung ist fest entschlossen, die Interessen aller in gleicher Weise zu wahren. Eben deßhalb darf sie nicht dulden, daß wahre oder vermeintliche Rechte, statt ihre Erledigung im gesetzlichen Wege zu erhalten, durch Anwendung roher Gewalt gegen Personen und Eigenthum verfolgt werden. Sie hat daher bereits die geeigneten Maßregeln ergriffen, um der Wiederholung solcher Frevelthaten mit den ihr zu Gebot stehenden Mitteln kräftig entgegen zutreten, und sie richtet an alle Diejenigen, welche etwa versucht seyn könnten, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu beeinträchtigen, die wohlgemeinte Warnung, die Schranken des Gesetzes nicht zu überschreiten. Eine Mißachtung dieser Warnung würde das Unglück der Ruhestörer und ihrer Familien zur unausbleiblichen Folge haben. Folgen die Unterschriften der Mitglieder des neuen Cabinets. (Schw. Mkr.)

Der „Schwäbische Merkur" meldet den Ministerwechsel amtlich wie folgt: Durch höchste Verfügung vom 9. März d. J. haben Se. königl. Majestät auf ihr unterthänigstes Ansuchen den Minister des Innern und des Kirchen- und Schulwesens v. Schlayer, den Minister der Finanzen v. Gärttner, und den Chef des Justizdepartements, Geheimerath v. Prieser, der Verwaltung der ihnen übertragenen Departements gnädigst enthoben; dagegen den Abgeordneten Römer zum Staatsrath und Chef des Justizdepartements, den Abgeordneten Dr. Duvernoy zum Staatsrath und Chef des Departements des Innern; den Dr. Paul Pfizer zum Staatsrath und Chef des Departements des Kirchen und Schulwesens, und den Abgeordneten Goppelt zum Staatsrath und Chef des Finanzdepartements gnädigst ernannt.

Stuttgart, 10. März. Wir hören, die Landstände werden sich Montag den 13. d. versammeln und sollen sogleich den Entwurf eines Bürgerwehrgesetzes und einen Gesetzesentwurf über das Recht der freien Versammlung berathen, nachher aber aufgelöst werden. (Schw. Mkr.)

Stuttgart, 11. März. Bereits treffen die Abgeordneten hier ein. Wir hören, daß der Adel bereit ist, sich an das neue System anzuschließen und von seinen Rechten zu opfern, was die Noth und der Ernst der Zeit erheischt. (Schw. Mkr.)

Stuttgart. Wie wir hören, hat sich hier ein Verein von Frauen gebildet, die sich gegenseitig verpflichten vor der Hand auf zwei Jahre nur deutsche Waaren zu kaufen, mit Ausnahme solcher Erzeugnisse, welche nicht in Deutschland gemacht werden können. Die Listen zählen bereits viele Unterschriften. (Schw. Mkr.)

Baden.

Karlsruhe, 9. März. Unter dem 9. d. M. wurde dem Ministerialdirector Brunner unter Ernennung desselben zum Staatsrath, die Verwaltung des Justizministeriums übertragen, und der geheime Finanzrath und Zollvereins-Bevollmächtigte Hoffmann in Stettin zum Staatsrath und Präsidenten des Finanzministeriums ernannt.

Mannheim, 10. März. Es marschiren heute von hier drei Compagnien Infanterie und eine Schwadron Cavallerie ab: wie es heißt, sind sie nach dem Odenwald bestimmt, wo die Unruhen einen bedenklichen Charakter anzunehmen drohen. (Mannh. Journ.)

K. Sachsen.

Dresden, 9. März. Das Ministerium des Innern hat beschlossen, daß die Censur von jetzt an bis zum 15. künftigen Monats aufgehoben seyn soll, dafern nicht schon früher eine Vereinbarung mit den zum 20. d. M. einberufenen außerordentlichem Landtage wegen des zu erlassenden Preßgesetzes eintritt.

Dresden, 9. März. Eine außerordentliche Beilage der „Leipziger Zeitung" enthält folgende Bekanntmachung: Die Stimmen, welche sich hier und da gegen die bisherige Wirksamkeit der unterzeichneten Staatsminister erhoben, gaben denselben Veranlassung, Sr. Maj. dem Könige schon vor mehreren Tagen und heute wiederholt ihre Entlassung anheim zu geben. Se. Maj. der König haben aber Anstand genommen, selbige anzunehmen, vielmehr die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Landtags für den 20. d. M. zu befehlen geruht, damit sogleich bei dessen Beginn darüber Gewißheit erlangt werde, ob das gesammte Land die obgedachte Meinung theile. Diesem Landtag wird dann auch das erforderliche Gesetz über Einführung der durch die Verfassungsurkunde zugesicherten Preßfreiheit vorgelegt

werden. Se. Maj. der König erwarten und hoffen, daß nach dieser auf allerhöchsten Befehl eröffneten Entschließung von jeden weiteren Vorschritten abgestanden und überall Ruhe und Ordnung erhalten werden wird. Dresden, den 9. März 1848. Die Staatsminister: v. Koennerig. v. Zeschau. v. Wietersheim. v. Carlowitz. v. Oppell.

Leipzig, 9. März, Abends 7 Uhr. So eben wird die Preßfreiheit durch Proclamation an den Straßenecken verkündet! Zugleich damit die Einberufung des Landtags auf den 20. März. (A. Z.)

In fast allen Städten Sachsens schreitet man zur Volksbewaffnung.

Sächsische Herzogthümer.

Meiningen, 3. März. In der heutigen Ständesitzung hat der Landtag eine Adresse berathen und angenommen, in welcher auf Preßfreiheit, Schwurgerichte, Constituirung eines deutschen Parlaments ꝛc. angetragen wird. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Kurhessen.

Kassel, 10. März. So eben verbreitet sich in unserer Stadt das Gerücht, daß Oberbürgermeister Eberhard zum Minister des Innern, Oberbergdirector Schwedes zum Finanzminister und Oberstlieutenant Weiß zum Vorstand des Kriegsministeriums ernannt worden. Außerdem soll der Geh. Cabinetsrath Abbe, auf den Wunsch der hiesigen Bürgerschaft aus dem Ministerium getreten seyn. (Fr. O.-P.-A. Z.)

Hanau, 8. März. Abends spät. Wir haben heute durch außerordentliche Gelegenheit eine Petition der Kasseler an den Kurfürsten erhalten, welche beweist, daß auch die Hauptstadt des Landes sich der Bewegung entschieden anschließt. — Der Stadtcommandant General Schirmer hat erklärt, er stimme den Anordnungen der Bürger völlig bei, d. h. das Militär ist auf Seite der Bürger. Am Nachmittag war die Aufregung ungeheuer; eine große Volksmenge, die Bürgergarde, die Turner, das Freicorps, sowie fremde bewaffnete Turner auf den öffentlichen Plätzen. (A. Z.)

Hanau, 9. März. Die gestern hier gewählte Volkscommission hat soeben in einer Zuschrift an den Kurfürsten folgende Forderungen gestellt: Besetzung aller Ministerien mit Männern, die das Vertrauen des Volks genießen. Auflösung der Stände und alsbaldige Einberufung neugewählter; vollständige Preß- und Religionsfreiheit, vollständige Amnestie; Zusage der Mitwirkung zu einem deutschen Parlament; Zusicherung, daß die versprochenen Gesetzentwürfe (über Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, Deutschkatholiken ꝛc.) alsbald vorgelegt werden; endlich Entschließung binnen drei Tagen, deren Verstreichen als Ablehnung betrachtet würde; für diesen Fall stellen sie, unter Hinweisung auf den bewaffneten Zuzug, Abfall in Aussicht. (A. Z.)

Gr. Hessen.

Mainz, vor wenigen Tagen noch von argen Excessen bedroht, ist seit dem 6. März in gränzenlosem Jubel. Alle Forderungen sind bewilligt.

Preußen.

Berlin, 6. März. Es circulirt jetzt hier eine Petition um Preßfreiheit, allgemeine Volksbewaffnung, Vertretung des Volkes beim Bundestag, baldige Einberufung des Landtages ꝛc. Unsere Studenten halten heute Abend eine Versammlung; sie erwarten auch Deputationen ihrer Commilitonen aus Halle, Breslau und Königsberg. (C. v. u. f. D.)

Berlin, 6. März. Der in der letzten Zeit so vielfach besprochene und so vielfach angegriffene Dr. Freyberg ist heute in Folge eines Collegialbeschlusses des k. Kammergerichts vollständig in Freiheit gesetzt worden. Der Geh. Rath Wedeke ist aber in Haft geblieben, und es wird, dem Vernehmen nach, gegen ihn wirklich Anklage erhoben werden. — Wir widerlegen denn aus sicherster Quelle ein in Umlauf gesetztes Gerücht: daß das Gardecorps Marschbefehl erhalten habe. — Ganz unbegründet ist die Nachricht, daß die Braunschweiger Bahnverwaltung Anzeige bekommen habe, sich auf den Transport von 25,000 Mann Truppen einzurichten. (Voss. Z.)

Berlin, 8. März, Abends. Eine unheimliche Stimmung zieht immer erhitzender durch unsere Stadt. Man fühlt sich unbehaglich in seiner eigenen Haut, jeder Tag kann auch uns den Ausbruch von Unruhen bringen, deren Ende dann nicht abzusehen seyn wird. In mehreren Privathäusern finden heute Abend kleine Versammlungen der Bürger statt, woselbst über Bürgerbewaffnung, Preßfreiheit, Geschwornengericht und die andern Zeitforderungen berathen wird. (A. Z.)

Breslau, 6. März. Heute Abend sollte im Wintergarten eine große Volksversammlung stattfinden, um den Magistrat aufzufordern, sich bei Sr. Majestät für Einberufung wirklicher Volksvertreter zur Entwerfung einer Verfassung, für freies Associationsrecht, Preßfreiheit, Schwurgerichte ꝛc. zu verwenden. So eben vernimmt man aber, daß zwei Compagnien Infanterie und eine Escadron Cuirassiere nach dem Wintergarten beordert sind, um die Versammlung zu verhindern. (C. v. u. f. D.)

Ein Kölner Correspondent der „Weser-Zeitung" gibt eine bedenkliche Schilderung von der Stimmung in den preußischen Rheinlanden. „Rheinpreußen, beginnt er, ist in Revolution; der Name klingt hart, aber die Sache ist nicht viel anders. Heute Morgen sind Hansemann, Mevissen, Beckerath, u. a. zum Oberpräsidenten gegangen, und haben ihm die allerernsteste Vorstellung gemacht. Sie haben anderthalb Stunden lang sich mit ihm unterredet und ihn auf den einzigen Rettungsanker hingewiesen, sofortige Bewilligung aller billigen Forderungen. Sie haben ihm Wahrheiten gesagt, die sich nicht länger verbergen lassen. Er war tief erschüttert, er versprach schleunige Meldung nach Berlin, versicherte auf Hansemann's stärkste Vorstellungen, Preußen werde sich nicht auf Rußland zu stützen suchen.

Auch von Kreuznach ging eine Petition der Stadtverordneten und Bürger an den König ab; die Wünsche sind die bekannten: deutsches Parlament, Preßfreiheit ꝛc. In Coblenz haben die Stadtverordneten eine Adresse an den König abgesandt, welche ein Wahlgesetz zur Reichsversammlung auf der breitesten Grundlage, mit Ausschluß eines jeden Unterschieds der Stände, jährliche Berufung der Stände, entscheidende Stimme derselben ꝛc. wünscht. Außerdem haben auch die Bürger in Coblenz eine ähnliche Petition an den König gesandt.

Hannover.

Der König von Hannover hat Preßfreiheit mit einem Repressivgesetz in Aussicht gestellt, in Bezug auf Vertretung des deutschen Volkes beim Bundestag, aber erklärt, daß dieselbe mit der monarchischen Regierungsform nicht vereinbar sey. Die Einberufung der Ständeversammlung ist auf den 28. März festgesetzt. — Auch von Hildesheim und andern Orten sind Adressen an den König gelangt.

Freie Städte.

Der Senat von Bremen hat Preßfreiheit, Geschworne u. s. w. genehmigt.

Die Adresse, welche die freie Stadt Bremen für den badischen Abgeordneten Bassermann bestimmt hat, lautet: Hochgeehrter Mann! im ganzen deutschen Vaterlande hat wie ein Blitzstrahl das Wort gezündet, welches Sie am 12. Febr. in der badischen Volkskammer gesprochen haben: das Wort vom deutschen Parlament. Ja, die deutsche Nation verlangt eine gemeinsame Vertretung! sie verlangt, daß von ihr freigewählte Abgeordnete die Interessen Deutschlands wahrnehmen, nur von diesen Männern erwartet sie Schutz gegen äußere und innere Feinde. Deutschland ist der unwürdigen Rolle müde, welche es zu lange hat spielen müssen unter dem Druck einer unvolksthümlichen Verwaltung. Es will frei seyn im Innern, geachtet nach außen! es will den Rang unter den Nationen einnehmen, der ihm gebührt. Sie haben mit Recht es ausgesprochen, daß Deutschland zerrissen, unfrei, und schwach bleiben muß ohne eine gemeinsame Vertretung. Wer unser Vaterland frei und stark sehen will, der stimmt ein in Ihren Ruf nach dem deutschen Parlament. Auch wir, die unterzeichneten Bürger eines Freistaats, wollen es Ihnen und der deutschen Nation laut kund geben, daß unsere Sympathien mit Ihnen sind, wackerer Mann des Volkes! Auch wir wollen zu den Verkämpfern des deutschen Volkes stehen in Freude und Leid; wir erachten unsere Freiheit und unsere Wohlfahrt unzertrennlich von der Freiheit und dem Wohle des Vaterlandes; auch wir sind entschlossen, kräftig mit zu erstreben, was das ganze deutsche Volk erstrebt, als das ihm gebührende Recht, welches ihm Niemand vorenthalten kann, noch wird! Auch wir glauben den Tag nahe, an welchem wir begrüßen können den Hort der deutschen Nationalheit: das deutsche Parlament.

Oesterreich.

Wien, 8. März. Vorgestern votirten die Mitglieder des Gewerbsvereins in ihrer öffentlichen Sitzung, bei welcher Se. k. Hoh. der Erzherzog Franz Carl, präsumtiver Thronerbe, zugegen war, eine Adresse an Se. Maj. den Kaiser, worin sie den Monarchen bitten, in Betracht der drohenden Krisis nach Innen und Außen, zur Herstellung des alten Vertrauens, den Beirath der Stände vor Allem in Anspruch zu nehmen. Die Adresse wurde mit Acclamation Sr. k. Hoh. dem Erzherzoge Franz Carl eingehändigt, der sie seinem Bruder zu übergeben versprach. Diese Demonstration erregte gestern in der ganzen Stadt die freudigste Aufregung und Anerkennung. Gleichzeitig circulirt in Abschrift die beantragte Adresse der k. k. österr. Landstände, die bei dem bevorstehenden Landtage übergeben werden soll.

Prag, 5. März. Selbst die Julirevolution und der polnische Kampf gegen Rußland hatten die Bevölkerung unserer Stadt nicht in solche Spannung versetzt als die jüngsten Berichte aus Paris. Die wenigen politischen Zeitungen die in unsern Kaffeehäusern aufliegen, werden förmlich belagert. Jeder fühlt mehr oder weniger deutlich daß ein Wendepunkt der Weltgeschichte blitzähnlich eingetreten. (A. Z.)

Italien.

Turiner Blätter bis zum 8. März melden den Rücktritt des gesammten Ministeriums. Der König berief den Grafen Cesare Balbo, der an der Spitze der liberalen Partei steht, und den Marchese Pareto, um ein neues Ministerium zu bilden. Eine ziemlich ernsthafte Volksbewegung, die am 6. in Genua ausbrach und Ministerwechsel, Amnestie, Wiedereinsetzung des entfernten Stadtcommandanten Quaglia forderte, scheint zu diesem königl. Entschluß beigetragen zu haben.

Spanien.

Madrid, 2. März. Ein Volkshaufen hat in einigen Stadttheilen die Republik ausgerufen, ist aber durch Reiterei auseinander gesprengt worden.

Frankreich.

Paris, 9. März.

An der seit einigen Tagen wieder eröffneten Börse gehen die Geschäfte sehr schlecht; sie werden nur baar in kleinen Summen gemacht, auf Zeit gar keine.

(Constitutionell.) Man versichert, was große Beunruhigung erregt, daß es sich um Vertagung der Wahlen für die Nationalversammlung handle, die ein Decret doch auf den 9. April angesetzt.

Paris, 8. März, 5 Uhr Abends. Eben wird öffentlich verkündet, daß der Prinz von Joinville und der Herzog von Aumale auf der Rhede von Toulon eingetroffen sind, und mit dem Admiral Baudin sich bereits ins Benehmen gesetzt hatten. Dieser hat von der provisorischen Regierung Weisungen in Betreff ihrer verlangt. (A. Z.)

Paris, 8. März. Seit die Nachrichten aus Süddeutschland und der Entschluß, Deutschland durch ein Nationalparlament zu kräftigen, bekannt sind, hat in Frankreich und England der deutsche Name unendlich gewonnen. (Schw. Mkr.)

An die Stelle von Bankier Goudchaux ist Garnier-Pagès, Maire von Paris und Mitglied der provisorischen Regierung, zum Finanzminister ernannt worden. Garnier-Pagès war der eigentliche Finanzmann der Republikaner in der Abgeordnetenkammer und betrieb besonders die Umwandlung der Fünfprocents.

Eine besondere Angelegenheit ist es der Regierung zu Einlagen in die Sparcasse aufzumuntern. Sie gibt deßwegen ein Decret, das den Zins der Sparcasse auf 5 pCt. erhöht, ein.

Gestern wurden folgende diplomatische Ernennungen bekannt: Thiers nach Bern; Harcourt nach London; Alton Shee nach Turin; Boissy nach Rom; Tracy nach Washington; Beaumont (Sasse) nach Kopenhagen; Fürst von der Moskwa (Ney) nach Madrid; General Fabrier nach Konstantinopel.

General Thiard ist zum Botschafter in der Schweiz ernannt.

Mehrere Städte besteuern sich in außerordentlicher Weise, um der Republik freiwillige Geschenke darzubringen.

Man hat im Auslande die Zahl der in den Februartagen Gefallenen ungeheuer übertrieben; der „Schwäbische Merkur" sprach gar von mehreren Tausenden. Die Anzahl der bis jetzt constatirten Todten betrug auf Seiten des Volks 200, und auf Seiten der Truppen fast das Doppelte, meist Municipalgardisten. Von

Verwundeten des Volkes befinden sich 492 in den Spitälern und ungefähr 200 bei ihren Familien; die Anzahl der Verwundeten der Truppen beträgt nicht 300.

Eine Bande von 200 Individuen (darunter Weiber), die sich seit dem 24. Febr. in den Tuilerien festgenistet hatte, ist nun auseinandergesprengt.

Die 4000 Arbeiter in den Steinkohlengruben von Anzin verlangen höhern Lohn und haben die Arbeit eingestellt. Wenn die Steinkohlenförderung in diesen Gruben aufhört, so kommen auch die zahlreichen Arbeiter in den Eisenwerken des Norddepartementes und des Pas-de-Calais um ihre Arbeit. Die Regierung hat eine Commission hingeschickt.

Großbritannien.

London, 8. März.

„Der Graf und die Gräfin v. Neuilly," meldet die M. Post, besuchten am 6. Ihre Majestät im Buckinghampalast.

In der Oberhaussitzung am 6. März wurde die Neuseeland-Bill zum drittenmale gelesen und angenommen.

In London haben am 5., 6. und 7. Unruhen statt gefunden. Nach einer Versammlung der Chartisten zog Gesindel durch die Straßen und warf Fenster und Laternen ein. Die Polizei wurde mit den Ruhestörern, meistens jungen Burschen, handgemein und es blieben 20—30 verwundet. 51 der Ruhestörer sind bereits zu Geldbuße und Gefängnißstrafe verurtheilt. Ein Mann rief auch die Republik aus.

In Glasgow wurde während der Unruhen „Nieder mit der Königin" gerufen.

In einer Versammlung von Abgeordneten der Arbeiter in Bolton ist beschlossen worden, sich wöchentlich zwei Pfennige vom Arbeitslohne zu entziehen, um für die ersparte Summe so vielen Arbeitern als thunlich, die Auswanderung möglich zu machen.

Auf der kleinen Canalinsel Jersey, deren Einwohner von normannisch französischem Blute sind und französisch sprechen, verlangen dieselben jetzt eine Verbesserung ihrer Verfassung, die Vermehrung ihres kleinen Parlaments um 14 Mitglieder und dreijährige Wahlen.

Der Kaffernkrieg ist wirklich beendigt, und der Schatzkanzler hat die Versicherung im Unterhause wiederholt.

Rußland und Polen.

Warschau, 25. Febr. Ein kaiserl. Ukas vom 1. Febr. a. St. bestimmt, daß vom 1. Mai ab in dem Verkehr zwischen Rußland und Polen die in Rußland gebräuchlichen Maaße und Gewichte in Anwendung gebracht werden sollen. (P. B.)

Börse.

Augsburg, 2. März. Bayerische 3½ pCt. Obligationen 89½ P., — G. Bayerische Bankactien I. Semester 1848 660 P., — G. Promessen per Stück Agio 71 P., — G. Oesterreichische Anlehen: von 1834 — P., — G.; von 1839 — P., — G. Metall. 5pCt. — P., — G.; 4pCt. — P., — G.; 3pCt. — P., — G. Bankactien I. Semester — P., — G. Württembergische 3½ pCt. Obligationen — P., 89¼ G. Darmstädter 50 fl.-Loose 75 P., — G. Badische 50 fl.-Loose von 1840 56 P., — G. Badische 35 fl.-Loose 35½ P., — G. Badische 3½ pCt. Obligationen — P., 89¼ G.

Wien, 9. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 86; zu 4pCt. in CM. 71; zu 3pCt. in CM. 55; Bankactien per Stück 1200; Nordbahn 98.

Amsterdam, 7. März. 2½ pCt. 41; 3pCt. 50; 4pCt. 67; Span. 3½ pCt. 80; Handels-Maatschappy 143; Ard. 9⅝; port. 3pCt. 23; 5pCt. Metall. 83.

Paris, 8. März. 3pCt. 47 Fr. — C.; 5pCt. 75 Fr. — C.

Neueste Nachrichten.

† München, 13. März. Se. Maj. der König hat auf Abends 7 Uhr eine große Serenade der hiesigen drei Liedertafeln anzunehmen, sowie nach derselben eine Fahrt mit den Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften durch die Straßen anzuordnen geruht.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 14. März: „Dorf und Stadt," Schauspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. Nelly und Höllerhof, Privatiers von Antwerpen; Baron v. Werthern v. Berlin.

Hôtel Maulik. HH. v. Bellmy, Gutsbesitzer v. Pommern; v. Stadler, Kaufmann v. Neuenburg; Graf v. Fugger-Blumenthal; Wybll, Rentier v. London.

Gold. Kreuz. HH. Berwald, Musikdirector v. Stockholm; Mitterhuber, Rentbeamter v. Mühldorf; Mdm. Fries, Privatiere v. Mannheim.

Blaue Traube. HH. Dr. Kreitmair, Advokat v. Nürnberg; Fischer, Lieutenant, Baron v. Mundhinger, k. k. Rittmeister, und Baron v. Kübeck v. Wien; v. Odwerer, Bergbeamter v. Pfaffenberg; Dlle. Hertel v. Stuttgart.

Stachusgarten. HH. Ueberreiter, Landrichter v. Moosburg; Böhm, Gerichtsdiener v. Landsberg; v. Zech, Abgeordneter, und Michel, Assessor v. Rain; Müller, Posthalter von Donauwörth; Mdm. Pilscher, Förstersgattin v. Annaberg.

Gestorbene in München.

Georg Grünwald, Lehramtscandidat v. hier, 32 J. alt; Johann Schell, Schuhmachergesell v. Pirried, Ldg. Aichach, 41 J. alt; Regina Eibelsdorfer, Riemerstochter von Wasserburg, 65 J. alt; Engelbert Maierhofer, Maurer v. Obertingau, 23 J. alt; Joseph Händl, Obergeometer v. h., 56 J. alt.

Bekanntmachung.

2316. Nachdem der hiesige Privatier August Traitteur gegen den landesabwesenden Zimmermann Georg Lachner von hier wegen rückständigen Hypothekzinsen hierorts Klage gestellt hat, so ergeht an denselben hiemit die Weisung, die dem Kläger schuldigen rückständigen Zinsen im Betrage von 40 fl. binnen der ihm vom Kläger gegönnten Frist von drei Monaten a dato bei Vermeidung des Verkaufes des Hypothekenobjectes zu bezahlen, und binnen derselben Frist hierorts um so gewisser einen Insinuations-Mandatar zu bestellen, als außerdessen die an ihn zu erlassenden Decrete an die Gerichtstafel geschlagen und hiedurch als ihm insinuirt betrachtet werden würden.

Concl. den 3. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

v. Lengrießer.

Bekanntmachung.

2278. (2b) Nachdem bei dem am 7. d. Mts. abgehaltenen erstmaligen Versteigerungstermin für das dem Kaserier Johann Pleininger dahier gehörige Anwesen Nr. 1 an der Schwabinger-Landstraße, sich kein Käufer eingefunden, wird dasselbe auf neuerlichen Antrag hiemit wiederholt dem öffentlichen Zwangsverkaufe untergestellt.

Zur Aufnahme der Kaufsangebote ist auf

Mittwoch den 12. April 1848 von 11 bis 12 Uhr Termin im Geschäftszimmer Nr. 21

angesetzt, wozu besitz- und zahlungsfähige Kaufsliebhaber mit dem Bemerken geladen werden, daß der Zuschlag an den Meistbietenden ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgt.

Am 29. Februar 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Director:

Barth.

v. Lengrießer.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

2296. (3c) Donnerstag den 16. März 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Februar 1847, und zwar von

Nro. 31,429 bis 39,092.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Mittwoch den 22. März 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 23. Febr. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

L. Negrioli, Mag.-Rath.

Schueb, Cassier. — Offenbrunner, Controleur.

Lieferungs-Akkord.

2315. (2b) Am Freitag den 24. d. Mts. Vormittags 8 Uhr wird von der Oeconomie-Commission des k. Artillerie-Regiments Prinz Luitpold in der Lehelcaserne der Bedarf für das Etatsjahr 18⁴⁸/₄₉ an grauen, dunkelblauen, ponceaurothen, feinen und ordinären schwarzen Tücheln, an Drillich, gebleichter und ungebleichter Futterleinwand, Material zu Halsbinden und Bundschuhen, dann Beschlägen, so wie an schwarzen Kalbfellen und Pferde-Kartätschen zur Lieferung in Akkord gegeben.

Die näheren Bedingnisse hierüber werden vor der Versteigerung den anwesenden Lieferungs-Uebernehmern bekannt gemacht.

München den 8. März 1848.

Noppus, Oberstlieutenant.

2319. Im Verlage von Leonhard Henzel, Promenadeplatz neben dem Schulhause, ist so eben erschienen:

Kampf und Sieg des politischen Fortschritts.

Authentische Darstellung der glorreichen März-Ereignisse in München.

Nebst allen darauf Bezug habenden Actenstücken.

Von einem Augenzeugen.

gr. 8. geh. Pr. 12 kr.

Bekanntmachung.

2318. (3a) Auf Antrag eines Hypothekgläubigers wird die Herberge des hiesigen Fuhrmanns Joseph Maier im Hause Nr. 174 an der untern Gasse sammt dazu gehörigem Feld am Richtplatze dem Zwangsverkaufe unterstellt, und zu dieser Versteigerung auf

Montag den 10. April l. Js. Vormittags zwischen 10 und 11 Uhr

Tagsfahrt in diesseitiger Kanzlei anberaumt, woselbst die Kaufsbedingungen bekannt gegeben werden, und wozu man Kaufsliebhaber einladet. Der Verkauf geschieht nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 §§. 98 — 101.

Die Herberge besteht in einer Stube, einem Keller, einer Kammer, einer gemeinschaftlichen Küche, einem laufenden gemeinschaftlichen Brunnen, einem s. v. Abtritt, zur Herberge gehört ein Oeconomiestadel, ein Hofraum; der Stadel enthält eine Stallung für 2 Pferde und 3 Stück Vieh, eine Knechtkammer und eine Geschirrkammer, einen Dreschtennen, einen Wagenschopf, einen Holzschopf, Heu- und Getreidlagen.

Das Anwesen wurde auf 1600 fl. — gerichtlich geschätzt.

Das Feld am Richtplatz besteht:

in Pl. Nr. 1638 mit 39 Dez. auf 195 fl.,
in Pl. Nr. 1640 mit 38 Dez. auf 190 fl.,
in Pl. Nr. 1641 mit 33 Dez. auf 132 fl., und
in Pl. Nr. 1777 mit 9½ Dez. auf 162 fl.

gerichtlich eingewerthet. Auf dem Gesammtanwesen lastet eine Hypothekschuld von 2952 fl. 48 kr.

Kempten am 4. März 1848.

Königliches bayerisches Kreis- und Stadtgericht.

Buckingham.

v. Germersheim.

Für Fondsinhaber und Capitalisten.

2303. (3c) Manchen Capitalisten und Fondsinhabern, welche den jetzigen politischen Verhältnissen mißtrauen, und die ihre Gelder außerhalb des Bereichs der Wechselfälle derselben und der damit verbundenen Gefahren zu placiren wünschen, glaubt der Unterzeichnete mit der Anzeige zu dienen, daß eine Betheiligung bei den seit mehren Jahren in gutem Betrieb stehenden bergbaulichen Unternehmungen der Neuhäuser Steinkohlen-Vereine und bei der Deutschen Eisenbahnschienen-Compagnie unter annehmlichen Bedingungen noch zulässig ist.

Es liegen diese Unternehmungen außerhalb des Bereichs der Politik, und bei anerkannter Solidität und Sicherheit gewähren sie (neben allmähliger Zurückerstattung der Einlagen durch Amortisation) auf lange Zeiten hinaus eine hohe Rente.

Hildburghausen, 28. Febr. 1848.

Der Chef der Deutschen Eisenbahnschienen-Compagnie.

J. Meyer.

Schubert, verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 65.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährig 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 34 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag | XLIX. Jahrgang. | 14. März 1848.

I.

Ueber Ministerverantwortlichkeit.

⸗⸗ Von der Donau. Im Monat März. Ein neues Geschenk so groß, so wichtig und bedeutungsvoll, wie jenes das 1818 in der Verfassung uns zu Theil geworden, hat eben so muthiges als einsichtsvolles Erfassen der Zeitverhältnisse, hat Großmuth und Gerechtigkeit, Eigenschaften, welche den Thron wie den großen Mehrtheil des bayerischen Volkes zieren, dem Vaterlande gewährt. Wahrhaft beglückende und gegründete Hoffnungen eröffnet der 6. März. Die Verfassung, das Fundament zu dem Ausbau unseres staatlichen Lebens soll nach 30jährigem Innehalten, endlich zum Ausbau gelangen, zur vollen Wahrheit, zur leuchtenden Urkunde der Mündigkeit eines längst würdigen Volkes werden. Mit Riesenschritten soll jetzt und gleichsam im Sturme vollbracht werden, was hiezu erfordert wird; es ist daher vor allem Aufgabe der Presse mit der ihr allein gegebenen Schnelligkeit berathend, berichtigend und belehrend hervorzutreten, um allgemein im ganzen Volke klare Begriffe von dem, was Noth thut, zu begründen, aber auch jene ausschweifenden Ansichten ferne zu halten, die mit einer wohlbegründeten constitutionellen Verfassung, mit dem wahren Glücke des Vaterlandes unvereinbar sind. Deßhalb soll in diesem Blatte eine Reihe von Artikeln solchen Betrachtungen gewidmet seyn. I. Verantwortlichkeit der Minister. Sie ist ausgesprochen im Tit. X. der Verfassungsurkunde. Allein weder das Verfahren, noch weniger ein Strafgesetz ist gegeben; man sieht kaum ab, wozu mit Ausnahme des Strafgesetzbuchs von 1813 eine Verurtheilung etwa führen könnte. Noch weniger ist bestimmt, auf welche Handlungen diese Verantwortlichkeit beschränkt oder erstreckt sey. Unterschieden wird zwischen vorsätzlicher und nicht vorsätzlicher Verfassungsverletzung. Erste wird vom Könige an das Oberappellationsgericht, das in I. und II. Instanz erkennt, zur Beurtheilung überwiesen; letzte wird der König entweder sofort abhelfend beseitigen, oder im Zweifel den Gegenstand je nach seiner Natur vom königl. Staatsrathe oder dem k. Oberappellationsgerichte untersuchen und entscheiden lassen. Bemerkenswerth ist noch, daß Anklage wegen absichtlicher Verfassungsverletzung von den Ständen nur gegen einen höheren Beamten des Staates Platz findet. Diese Mangelhaftigkeit dieser Bestimmungen ist von selbst klar; aber auch als Grundlage eines ausführlichen Gesetzes sind diese Bestimmungen nicht unbedingt brauchbar. Die Stände sind keine Behörde oder Stelle, welche zu Richteramtsfunctionen berufen ist oder seyn kann. Sie sind die Wächter der Gesetzlichkeit, berufen, im Falle einer anscheinenden Verletzung Klage zu erheben. Diese Klage ist eine peinliche und gehet daher vor den ordentlichen Richter, dem Niemand entzogen werden soll. Es ist daher offenbar Sache des Richters nicht Sache der Stände, darüber zu entscheiden, ob eine Verletzung der Verfassung gegeben sey, und ob solche absichtlich oder aus Fahrlässigkeit verübt worden. Wie bei jeder an sich unerlaubten Handlung nur der ordentliche Richter über diese Fragen erkennt; so wird dieses folgerichtig auch bei der Verfassungsverletzung der Fall seyn müssen. Ein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister wird daher die Stände der Nothwendigkeit entheben müssen, über das Daseyn der Absichtlichkeit (dolus) zu erkennen. Es wird den König verpflichten, in allen Fällen eine Beschwerde wegen Verfassungsverletzung dem ordentlichen Richter zu überweisen, nicht aber im Staatsrathe, einer administrativen Stelle, deren Mitglieder der Garantien des Richteramtes völlig entbehren, erledigen zu lassen. Auch wird ein solches Gesetz keinen besondern Gerichtsstand hiefür anordnen, sondern es bei den allgemein geltenden Competenzverhältnissen lassen, denn das Leben und die Ehre eines Ministers oder andern Staatsdieners ist nicht weniger, nicht mehr werth, als dieses bei jedem Bürger der Fall ist. Dieses Gesetz wird auch die Fälle genau bezeichnen müssen, in welchen peinliche Verantwortung einzutreten haben wird; sodann die Strafleiter enthalten nach den Gesichtspuncten 1. der Gemeingefährlichkeit oder Nichtgemeingefährlichkeit der Handlung; 2. des bereits eingetretenen oder noch nicht eingetretenen Erfolges; endlich 3. der bösen Absicht, der groben und geringen Fahrlässigkeit. Es wird sich dieses Gesetz endlich nicht auf Minister und höhere Beamte beschränken dürfen, dabei aber zu bestimmen haben, daß der untere Beamte sich durch die Einrede des von seinem Vorgesetzten erhaltenen Befehles dann schützen könne, wenn nach den bestehenden organischen Bestimmungen seine Verpflichtung auf unbedingten Gehorsam gerichtet ist, eine Verpflichtung ohne die in vielen Fällen eine geordnete Regierung gar nicht bestehen könnte. Eine natürliche Folge des Grundsatzes der Verantwortlichkeit der Minister ist endlich diese, daß jede Regierungshandlung oder Anordnung zu ihrer Gültigkeit die Contrasignatur, d. h. Unterschrift eines Ministers erfordert. Allein hierbei tritt sogleich das Bedenken hervor, daß alsdann auch die Entlassung eines Ministers und ebenso die Ernennung eines anderen der Contrasignatur bedarf; es aber in Möglichkeit läge, daß die bestehenden Minister sich verbänden, keines Amtsgenossen Entlassung zu contrasigniren, wodurch dann eine förmliche Usurpation der höchsten Gewalt durch die so verbundenen Minister herbei geführt würde. Erwägt man aber, daß alle Regierungsgewalt in die Hände des Königs gelegt ist, und von ihm ausgeht und ausgehen muß und wenn er dieselbe auch durch die Minister ausüben zu lassen gehalten ist, sie doch nur als seine Bevollmächtigte erscheinen, daß aber jeder Bevollmächtigungsvertrag, wie er auf dem Vertrauen beruht, so auch hinsichtlich seiner Dauer durch dieses Vertrauen bedingt seyn muß, sofort hierin dem Könige kein Zwang irgend welcher Art auferlegt werden dürfe, während andererseits die Rechte des Volkes durch die Verantwortlichkeit der bestellten Minister gegen Gefährde gesichert erscheinen; so möchte um wahrer Beamtenwillkürherrschaft vorzubeugen bei der Ernennung und Entlassung der Minister eher Grund gegeben seyn, auf der Nothwendigkeit einer Contrasignatur nicht zu bestehen. Der König ist der Regent, berufen den Staat zu regieren; er würde zum hohlen Phantom herabsinken sollte er nicht seine Regierung frei nach seinem Willen und Gewissen vollziehen können, soweit er für seine Unternehmungen haftbare Stellvertreter findet. Er muß daher diese frei und lediglich nach seiner Einsicht wählen und entfernen können. Die Stellung des Ministers ist deßhalb nicht die eines eigentlichen Staatsbeamten, als vielmehr bloß die eines für die Entschlüsse des Königs verantwortlichen Stellvertreters; ein Ausfluß des königl. Vertrauens von keiner längeren Dauer als dieses selbst; eine bloße durch das Vertrauen des Königs bedingte Function eines für die von ihm gebilligten Handlungen seines Gewaltgebers verantwortlichen persönlich Bevollmächtigten. Es dürfte daher wohl der Grundsatz festzuhalten seyn, daß die Wahl und Entlassung der Minister dem König frei stehe, ohne an die Mitunterschrift eines Ministers für den deßfallsigen Act gebunden zu seyn, daß dagegen jede Vergebung eines Amtes an die Mitunterschrift des betreffenden Ministers gebunden sey, welcher hier dafür verantwortlich ist, daß dem Angestellten die Erfüllung jener Bedingnisse zur Seite stehen, welche nach den bestehenden Bestimmungen für die Erlangung des betreffenden Amtes erforderlich sind. Ein zurücktretender Minister würde übrigens von Rechtswegen in jene Stellung zurückkommen, welche er vor dem Antritte seiner Function eingenommen hatte.

Deutschland.

An die Deutschen.

(Eingesandt.)

Was drüben sich ein Volk errungen
Und wie es selber sich bezwungen,
Deß hört' ich manches schöne Wort.
Es zitterte durch deutsche Gauen:
Auch wir, wir dürfen uns vertrauen,
Wir selber sind uns Schutz und Hort;
D'rum deutsche Waffen in die Hand,
Mit Gott für Volk und Vaterland!

Doch fürchten wir die Freiheitsbringer!
Wir kennen euch, ihr Freiheitszwinger!
Denn eu'r Panier war Raub und Mord;
Es flatterte durch deutsche Gauen!
Doch wir, wir wollen uns vertrauen,
Wir sind uns selber Schutz und Hort;
D'rum deutsche Wehr in deutsche Hand,
Mit Gott für Volk und Vaterland!

Und schallt's herab von deutschen Thronen:
Wir wollen eure Treu' belohnen
Durch freie Schrift und freies Wort!
Dann zittert's durch die deutschen Gauen:
Wir wollen fest dem Fürst vertrauen,
Er sey uns ferner Schutz und Hort!
D'rum freies Wort und starke Hand,
Für Fürst, für Volk und Vaterland!

Und soll das Volk sich höher achten
Und Keiner ohne Recht verschmachten,
Ist Schwurgericht das rechte Wort.
Dann heißt's durch alle deutsche Gauen:
Dem Volke mag der Fürst vertrauen,
Ihm ist Gesetz sein Schutz und Hort!
D'rum Schwurgericht in Volkeshand,
So schützt dich Gott, mein Vaterland!

Doch kommen Jene ungerufen,
Dann naht euch kühn der Throne Stufen
Und sprecht es aus das hohe Wort:
Wir helfen mit in deutschen Gauen
Den alten Feind zusammenhauen,
Komm' er von Westen oder Nord'!
D'rum deutsches Eisen in die Hand!
Gott schützet unser Vaterland!

Und bleibt es Fried' im deutschen Lande,
Dann knüpft noch fester alle Bande
Und sprecht gemeinsam freies Wort.
Und alle Fürsten deutscher Gauen,
Sie werden eurem Wort vertrauen,
Sie selber sind uns Schutz und Hort.
D'rum freies Wort und starke Hand,
Du großes, deutsches Vaterland.

Köln, 6. März 1848. F. C. Eisen.

Bayern.

*†München, 14. März. Ihre königl. Hoh. die Frau Kronprinzessin wird dem Vernehmen nach erst morgen hier eintreffen, da die gesegneten Umstände der Hohen Frau nur kurze Tagreisen erlauben.

****München, 14. März. Gestern Nachmittag von 3 Uhr ab, wurde die gesammte Landwehr der Hauptstadt und Vorstadt Au mit dem Freicorps der Studirenden unter dem Oberbefehl Sr. königl. Hoheit des Herzogs Max in Bayern von Sr. Maj. dem König inspicirt. Als der König, nachdem Allerhöchstderselbe am Fenster der Residenz die kleinen Enkel, Kinder Sr. königl. Hoh des Prinzen Luitpold den versammelten Truppen und der zahlreichen Volksschaar unter unbeschreiblichem Jubel auf den Armen vorgeführt hatte — zu Fuß unter den auf dem Max-Josephplatz erschien, brach die ganze Versammlung in lang anhaltenden Beifallssturm aus. Es mochte wohl nahe an 5 Uhr seyn, als erst die letzten Truppen vor der königl Residenz defilirten. Allgemeine Freude und Bewunderung erregte die wahrhaft treffliche Haltung des akademischen Freicorps. — Abends 7 Uhr bei dem günstigsten Wetter brachten die vier hiesigen Liedertafeln Sr. Majestät eine äußerst glänzende Serenade, die mit Arndt's herrlichem Liede und einem tausendfachem „Lebehoch" für Se. Majestät endete. Die äußerst prachtvolle Beleuchtung der Stadt zog alsdann die ganze Aufmerksamkeit des Publicums auf sich, das in solchem Andrange in den Straßen wogte, wie es kaum je hier erlebt worden. Am prachtvollsten strahlten das Herzog-Max Palais, im feinsten und ausgesuchtesten Geschmack die Wohnung des Baron v. Eichthal, ferner sehr schön das königl. Postgebäude, das Ständehaus mit der Inschrift: „Einheit schirmt Fürst und Volk", die Hypotheken- und Wechselbank, die Wohnung des Grafen v. Arco-Valley u. s. w. — Bis tief in die Nacht herrschte eine freudigst bewegte Stimmung durch die ganze Stadt. — Heute fand Kirchenparade der gesammten Landwehr statt.

München, 11. März. (Bekanntmachung. Die Aufsicht auf die Fremden betr.) Nach §. 27 der Instruction für die Polizeidirection vom 24. Septb. 1808 (Regierungsblatt pag. 2515) ist jeder Gastwirth, sowie auch jeder Einwohner überhaupt verbunden, die Fremden, welche er auch nur über Nacht aufnimmt, des andern Morgens bei der k. Polizei-Direction anzuzeigen. Ebenso sind die Vermiether von Wohnungen nach §. 19 der Verordnung vom 15. Sept. 1818 (Gesetzblatt pag. 580) verpflichtet, die Miethsleute binnen 24 Stunden nach erfolgtem Einzuge bei der k. Polizeidirection anzuzeigen. Diese Vorschriften werden hiemit zur genauesten Darnachachtung mit dem Anhange in Erinnerung gebracht, daß die säumigen Gastwirthe und Wohnungsvermiether unnachsichtliche Geldstrafe von 1 — 15 fl. zu gewärtigen haben, daß diese aber auch in Folge ihrer Verantwortlichkeit berechtigt sind, von den Fremden, welche ihre Wohnung oder ihren Aufenthalt selbst anzuzeigen übernehmen, den Nachweis der richtig geschehenen Anzeige zu fordern. München den 11. März 1848. Königl. Polizei-Direction München. Mark, kgl. Polizei-Director. v. Reinhardstöttner.

In Aschaffenburg ist wieder Ruhe. — Von Würzburg ist der königl. Regierungsrath Gresser als Commissär angekommen. Aber in den benachbarten Gemeinden zeigt sich hie und da noch eine gereizte Stimmung. In Großwallstadt hat man eine Commission des königl. Kreis- und Stadtgerichts unter Sturmläuten fortgejagt. In Mömlingen trieb man die Juden aus dem Orte. Auch das niedere Forstpersonal ist der Verfolgung ausgesetzt.

Der „Nürnberger Correspondent" schreibt aus Aschaffenburg vom 10. März: In Rothenbuch haben die Bauern das Landgerichtsgebäude förmlich beschossen, und das Landgerichtspersonal hat sich unter Lebensgefahr hieher geflüchtet. — In Amorbach, welches dem Fürsten v. Leiningen gehört, haben sicherm Vernehmen nach die Bauern sich zu tausend versammelt und unverholen den verbrecherischen Entschluß ausgesprochen, die fürstlichen Gebäude niederzubrennen.

Von Aschaffenburg aus wurde das dahin beorderte Detaschement von einigen 140 Mann in den Kahlgrund beordert, wo unruhige Auftritte vorgefallen seyn sollen.

In Großwallstadt haben fortgesetzte Widersetzlichkeiten gegen die Behörden stattgefunden. Es ist dahin ein Detaschement von 100 Mann entsendet worden, um die Behörde in Ausübung ihrer Untersuchung zu schützen. — Auch in Miltenberg sollen unruhige Auftritte stattgefunden haben.

Jugenheim, 6. März. Heute sind es zwei Jahre, daß Pfarrer Frantz suspendirt ist. Am gestrigen Sonntage hat sich die hiesige protestantische Gemeinde versammelt, und (nachdem das Presbyterium die Woche vorher seine Entlassung gegeben) eine Eingabe an Se. Majestät beschlossen, worin die Gemeinde einen letzten Nothruf an das Landesoberhaupt thut, zugleich aber die Erklärung damit verbindet, daß sie, wenn keine Abhilfe des unerträglichen Zustandes stattfinde, entschlossen sey, sich „von der ungerechten und tyrannischen Oberherrschaft des königl. Oberconsistoriums und überhaupt aller Kirchenbehörden, völlig loszusagen, und ohne aus der vereinigten Kirche auszuscheiden, an die Generalsynode zu appelliren, bis dorthin aber ihr Kirchenwesen selbst zu verwalten." Diese Eingabe soll an den König und zugleich auch an die Regierung und das Consistorium zu Speyer geschickt werden. — Pfarrer Frantz hat zu gleicher Zeit eine Eingabe an den König gerichtet, worin er Beschwerde führt, daß er mißhandelt werde, indem er seit Jahren suspendirt sey, ohne daß inzwischen eine Untersuchung geführt werde, und ohne daß man ihm auf seine vielfältigen Eingaben und Recursschriften auch nur irgend einen Bescheid ertheilt habe. Insbesondere klagt derselbe das Oberconsistorium an, daß es durch die widerrechtlich über ihn verhängte und ins Endlose fortgesetzte Suspension, sowohl gegen ihn selbst, als gegen die Gemeinde Jugenheim, und nicht minder gegen die vereinigte Kirche überhaupt, auf eine völlig rechtlose, und insbesondere der Vereinigungsurkunde zuwider laufende, ja dieselbe thatsächlich umstoßende Weise verfahre. (Speyr. Z.)

Württemberg.

Stuttgart, 7. März. Heute früh fand im Geheimrathe, unter Anwesenheit Sr. Maj. des Königs und Sr. königl. Hoheit des Kronprinzen, die feierliche Beeidigung des hochwürdigsten Hrn. Bischofs Dr. Lipp statt. (U. Bl.)

Stuttgart, 11. März. Das Programm des neuen Ministeriums ist von Paul Pfizer verfaßt. Die Mitglieder des neuen Ministeriums werden heute Vormittag 9 Uhr den Amtseid in die Hände des Königs niederlegen. (Schw. Mkr.)

Stuttgart, 11. März. Eben hier eingetroffene Reisende trafen zu Hechingen fast das ganze Fürstenthum zusammengelaufen, alles mit neuen schweren Bleistöcken bewaffnet, in hellem Aufstand und vom Fürsten Aufhebung der Abgaben verlangend. Dieser entfloh hieher. Nach Tübingen hatten sich alle Juden Hechingens geflüchtet. (A. Z.)

Stuttgart, 11. März. So eben trifft der Fürst von Hechingen landflüchtig hier ein. Die Bauerschaft des ganzen Städtchens hatte sich in der Stadt versammelt, bewaffnet mit dicken bleiausgegossenen Prügeln und erklärt, sie bezahle keine Steuern mehr! Im ganzen württembergischen Oberlande glimmt jetzt auch Feuer unter der Asche. Heute Nacht sollen sieben Schlösser abgebrannt seyn. (A. Z.)

Stuttgart, 11. März. Beängstigende Gerüchte über Unruhen im Hohenlohe'schen sind hier im Umlauf. Von Heilbronn aus ist Militär an die badische Grenze geschickt worden, um die eindringenden Banden zurückzuhalten. Der unruhige Geist herrscht gemeinsam im Badischen, Hessischen und in den angränzenden Bezirken.

Der „Stuttgarter Beobachter" schreibt: „Im Hohenlohe'schen werden Brand- und Drohbriefe aller Art gelegt. Das Schloß Jagsthausen wurde dem Vernehmen nach mit Brandstiftung bedroht. Die Freiherren v. Ellrichshausen mußten fliehen. — Der Rentamtmann von Ingelfingen mußte um seiner Sicherheit willen von seinem Posten abberufen werden.

Stuttgart, 12. März. In Folge der Freude über die herrliche Minister-Proclamation hat heute 12 Uhr ein Bürger-Festzug nach dem Schloßhof stattgefunden. Der König erschien mit seiner ganzen Familie auf dem Balcon. Ein tausendstimmiges Hoch erscholl ihm, und das ganze Volk sang das „Heil unserm König!"
(Schw. Mkr.)

Aus dem württembergischen Unterlande, 10. März. Nach glaubwürdigen Nachrichten sind im Hohenlohe'schen sowohl als in den angrenzenden badischen und württembergischen mediatisirten fürstlichen und ritterschaftlichen Herrschaften Bauernrevolten ausgebrochen, und namentlich wird eine freiherrliche Familie v. E. in der Gegend von Neustadt an der Linde bezeichnet, die bei Nacht und Nebel in einem mit Ochsen bespannten Wagen (die Pferde waren ihnen genommen) nur mit dem Allernothwendigsten versehen, im Schlafrock und Bettkittel sich vor den Bauern flüchten mußte.
(Augsb. Abdz.)

F. Hohenzollern-Sigmaringen.

Hohenzollern-Sigmaringen. (Landesherrliche Declaration.) In Beziehung auf die gestern abgegebene Erläuterung Meines dirigirenden geheimen Raths erkläre Ich hiemit die Presse für frei, und erscheint die deßfallsige Verordnung unter dem heutigen; die Volksbewaffnung ist bewilligt; deßgleichen das Institut der geschwornen Gerichte. Meine Behörden sind zum sofortigen Vollzug beauftragt. Ein außerordentlicher Landtag soll baldigst berufen werden. Ueberhaupt werde ich allen meinen Unterthanen alle diejenigen Einrichtungen gewähren, welche im Großherzogthum Baden getroffen werden. Sigmaringen, 6. März 1848. Karl, Fürst zu Hohenzollern-Sigmaringen. Schenk zu Schweinsberg.

Hohenzollern-Hechingen.

Die Stände sind auf den 13. d. Mts. zu einem außerordentlichen Landtag einberufen.

Baden.

Karlsruhe, 10. März. In der Kammer der Abgeordneten wurden heute nachstehende zwei Gesetzentwürfe vorgelegt: Leopold, von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben wir beschlossen und verordnen wie folgt: §. 1. Die sämmtlichen Feudalrechte, über deren Beseitigung nicht schon besondere Gesetze ergangen sind, werden hiermit für aufgehoben erklärt. §. 2. Eine billige Entschädigung der Berechtigten wird durch besondere Gesetze nachträglich bestimmt werden. So weit eine Berechtigung nicht einen privatrechtlichen Entstehungsgrund hat, kann die Entschädigung nur aus der Staatscasse bezahlt werden. Leopold, von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt: Art. 1. Wenn in einer Gemeinde bei einem Aufruhr oder überhaupt durch eine unter den im §. 622 des Strafgesetzbuches erwähnten Umständen zusammengerottete Anzahl von Personen öffentliches oder Privateigenthum beschädigt wird, sind sämmtliche Bürger und staatsbürgerliche Einwohner schuldig, den Schaden mittelst einer zum Theil nach Köpfen, zum Theil nach dem Steuercapital zu machenden Umlage, von der nur die Beschädigten selbst frei bleiben, zu vergüten, vorbehaltlich des Wiederersatzes durch die Schuldigen, insofern diese ermittelt werden. Art. 2. Wenn die zusammengerottete Menge, welche die Beschädigung verübte, nicht aus Einwohnern der Gemeinde besteht, sondern erweislich aus andern Orten herbeigekommen ist, und die Einwohner der Gemeinde nach den obgewalteten Umständen außer Stand waren, die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Beschädigungen zu hindern, so findet die Vorschrift des Art. 1. auf die Einwohner der Gemeinde, wo die Beschädigungen verübt wurden, keine Anwendung, sondern nur auf diejenige Gemeinde, aus deren Mitte die Theilnehmer an den Beschädigungen gekommen sind, vorausgesetzt, daß diese letzteren in einer großen Anzahl und in einer Weise, welche die Aufmerksamkeit der Einwohner ihrer Gemeinde auf ihr Vorhaben zu lenken geeignet war, sich von dort entfernten. Art. 3. Ueber die Verbindlichkeit zur Entschädigung und über die Größe derselben entscheiden die Gerichte, über die nach Art. 1. zu machenden Umlagen aber die Verwaltungsbehörden. Art. 4. Dieses Gesetz findet Anwendung auf alle Fälle, welche sich nach dem 11. März 1848 zutragen werden.

Heidelberg, 10. März. Vom Westen ist aus dem Elsaß eine rohe Judenverfolgung, besonders in unser Oberland herübergedrungen, und hat dieser Tage in Mühlheim damit geendet das Amthaus zu stürmen und zu verwüsten, weil der bis dahin einflußreiche nicht blos amtlich geachtete Amtmann J. Winter (Sohn des hiesigen genugsam als Mann des Volkes bekannten Bürgermeisters) sich gegen diese Rohheit und für Sicherung der Ordnung, des Eigenthums und der Personen an die Bürger gewendet hatte. Man hat daselbst und an andern Orten die Häuser der Juden verwüstet, geplündert und mehrfach die Geängstigten mißhandelt. Fast noch schlimmeres begibt sich im östlichen Theile un-

seres Landes. Da ist in diesen Tagen gegen die Grundherren ein Vernichtungskrieg ausgebrochen. Es haben sich Haufen des bedrangten Volkes gesammelt; ziehen von Dorf zu Dorf, zwingen mit unmittelbarer Gewalt und Branddrohung die Bewohner zur Mithandlung, und stürzen dann auf die Herrenhäuser, die sie verwüsten, niederbrennen, namentlich aber die Archive und Registraturen vernichten. So ists im Taubergrund, im Odenwald losgegangen, und heute früh ging ein starkes dahin bestimmtes Militärcommando hier durch. Einem Frhrn. v. Helmstädt, einem v. Rüdt sind, obgleich ersterer alles mögliche gewährte und zusagte, letzterer ein bei seinen Hintersassen als mild und gutig bekannter und geachteter Mann ist, auf diese Weise die Häuser zerstört, alles vernichtet worden. Sie haben sich mit ihren Familien flüchten müssen; v. Rüdt ist hier angekommen; andere werden sich, wie man hört, vor dem Sturme schon zurückziehen. Dem Fürsten von Leiningen (dem trefflichen Präsidenten Ihrer erblichen Reichsräthe) ist das schöne Jagdschloß, das er nach dem Vorbilde von Windsor Castle mit großem Aufwande erbaut hatte, zerstört und eingeäschert worden. Bemerkenswerth ist daß die Banden überall ihre Anhänglichkeit an die badische Regierung zu erkennen geben und bei den Vernichtungen mit: Es lebe der Großherzog! zu Werke gehen. Als vor einigen Tagen einem solchen Haufen der Postwagen von Wertheim begegnete, hielt man ihn an und frug, wessen die Post und der Wagen sey; auf die Antwort: großherzoglich ließ man ihn ungehindert ziehen. (A. Z.)

Wie im württembergischen Unterlande, sind im badischen, namentlich in dem sogenannten Baulande, auch gegen den Neckargrund und den Kraichgau zu förmliche Bauernunruhen ausgebrochen: „Helle Haufen" greifen grundherrliche Schlösser und Verwaltungsgebäude an, sengen und brennen, vernichten die Zins- und Hypothekenbücher, zwingen zum Theil (wenigstens geschah dieß im Württembergischen bei den Herren v. Berlichingen, Racknig, Nieth 2c.) die Edelleute oder ihre Rentbeamten selbst, die Urkunden und Saalbücher ins Feuer zu werfen. Viele Edelleute flüchten sich in die benachbarten Städte. Am 10. März Abends 9 Uhr erschallte wieder Feuerlärm. Es brannte in Gottesau. Der Brand wurde in Bälde gelöscht. Am 11. März kam eines der von Karlsruhe entsendeten Bataillone zurück; es war nur bis Langenbrücken gekommen, wo die inzwischen eingetroffenen Nachrichten eine weitere Truppenverstärkung als unnöthig erscheinen ließen. Dagegen war von Mannheim und Bruchsal Reiterei abgegangen.

Sinsheim, 8. März. In Ehrstädt, Hasselbach, Helmstädt 2c. wüthen die Bauern gegen die dortigen Grundherrschaften. Bei 150 Bauern sind diesen Mittag gegen Neuhaus losgezogen. — Borberg, 7. März. Schon bei Tag hörte man sprechen, daß bei Einbruch der Nacht in dem fürstlich Leiningischen Rentamtsgebäude dahier sämmtliche Acten genommen werden sollten. Der Rentbeamte hatte sich mit seiner Familie schon bei Tag aus dem Hause gemacht. Ungefähr um halb 8 Uhr kam auf der Straße von Schweigern her ein großer Volkshaufe von mehreren hundert Mann, verschiedenartig bewaffnet. Mit lautem Geschrei gingen diese dem Rentamtsgebäude zu, schlugen mit Holzäxten die Hausthüre ein, drangen zuerst in das Bureaux, schlugen die Fenster heraus, warfen durch diese sämmtliche dort befindlichen Acten und Bücher auf die Straße; diesen folgten Actenschränke und Gefäche, und darauf sämmtliche Möbel und die ganze Habe des Rentbeamten, so daß auch nicht für 6 kr. Werth mehr in sämmtlichen Zimmern enthalten ist. Von da ging es in den Keller und Speicher, wo in Säcken noch viele Bücher aufgefunden und herausgeschleppt wurden. Was nun so durcheinander auf der Straße lag, wurde auf Wägen geladen, vor die Stadt hinausgeführt und dort verbrannt. Während der Handlung wurde oft gerufen: Vivat unser Großherzog. — Aus dem Odenwald laufen fortwährend Nachrichten von Unruhen ein. — Frhr. v. Rüdt, Graf Helmstädt, Amtmann Hübsch, Achenbach 2c. sind flüchtig.

Am 8. d. Mts. wurden von einem Volkshaufen in Wölchingen die Gültbücher verbrannt. — In Angelthurm wurden die Häuser der Israeliten zerstört; hier und in Schillingstadt und Schwabhausen die Gült- und Pfandbücher verbrannt. Am 9. d. Mts. wurden auf der Marienhöhe bei Osterburken die fürstlichen Gebäude eingeäschert.

Donaueschingen, 9. März. Gestern Nachmittag fand dahier eine Volksversammlung im Freien statt, bei welcher sich aus allen Theilen der Baar wohl gegen 6000 Personen betheiligten. Das Ergebniß war, der Hauptsache nach, Anschluß an die bekannte Mannheimer Vorstellung, mit der Zugabe: kein Zweikammersystem mehr.

K. Sachsen.

Von allen Seiten zieht Militär auf Leipzig heran, die umliegenden Dörfer sind schon davon besetzt. Es haben sich circa 800 Studirende mit Genehmigung ihrer Behörde bewaffnet, desgleichen zählt die Stadt etwa 2500 Mann Communalgarde und die bewaffnete Volksreserve. Man ist entschlossen, die Thore zu besetzen und kein Militär in die Stadt zu lassen.

Sächsische Herzogthümer.

Weimar, 9. März. Nach dem „Frankfurter Journal" sind gestern früh zu allen Thoren Züge Landvolks eingeströmt und haben sich in Bier und Branntweinhäuser zerstreut. Es entstand bald Tumult. Die Vertheilung der Regierungsblätter bestimmend die Wiederherstellung der Preßfreiheit, wie sie vor dem 30. Oct. 1819 bestand, half nichts. Die Haufen drangen aufs Stadthaus, von da ins Schloß, woraus sie nur durch den beliebten Abgeordneten v. Wydenbruck entfernt werden konnten. Dann beschädigte der wilde Haufe die Wohnungen von vier hochgestellten Beamten. Um Mitternacht war die Ruhe wiederhergestellt. Es hat sich eine Stadtgarde gebildet.

Weimar, 9. März. Heute sind im Amtsbezirk St. Lengsfeldt im Eisenachischen wegen der drückenden Leistungen an die Gerichtsherren unruhige Auftritte vorgefallen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Weimar, 10. März (Abends 6 Uhr). So eben verbreitet sich in der Stadt die außerordentlich erfreuliche Nachricht, daß der Großherzog auf die vom Landtag und Volk vielfach wiederholte Bitte eingegangen, die Vereinigung des Kammer und Staatsvermögens verwilligt und eine Civilliste von 300,000 Thlr genehmigt hat.

Kurhessen.

Die „Kaßeler Allgemeine Zeitung" meldet außer der Wiederzulassung sämmtlicher verbotener Zeitschriften und Zeitungen die Reorganisation des ganzen Ministeriums, bekanntlich eine der Forderungen der Hanauer. An die Stelle des Finanzministers v. Motz (der, wie alle übrigen, „auf Nachsuchen" die Entlassung erhält) tritt der Oberberg- und Salzwerks-Director Schwedes; an die Stelle des Kriegsministers Generalmajor Schmidt der Oberstlieutenant Weiß; an die des Ministers des Auswärtigen und des Hauses Frhrn. v. Dörnberg der Geheimrath außer Dienst von Trott (Präsident der Ständeversammlung), und Regierungs-Director Lotz zu Marbach wird zum Minister des Innern ernannt.

Hanau, dem aus der ganzen Provinz Hilfe zuströmt, ist seit dem 10. März in einem förmlichen Kriegs- und Belagerungszustand.

Gr. Hessen.

Darmstadt, 7. März. Es wurde in der heutigen Kammer durch die Minister v. Gagern und Eigenbrodt drei Gesetzentwürfe eingebracht über Polizei, Presse und Petitions- und Versammlungsrecht. Der erste lautet: Art. 1. Das Polizeistrafgesetz vom 2. Nov. 1847 und das Gesetz über dessen Einführung und die Competenz der Polizeigerichte zur Untersuchung und Bestrafung der Polizeiübertretungen vom nämlichen Tage sind aufgehoben. Der zweite lautet: Art. 1. Die Presse ist frei. Die Censur ist aufgehoben und darf nie wieder eingeführt werden. — Art. 2. Jede Druckschrift muß mit dem Namen des Druckers und Verlegers, jede Zeitung mit dem Namen des Druckers und verantwortlichen Redacteurs versehen werden. — Art. 3. Gegenwärtiges Gesetz steht unter den Garantien der Verfassungsurkunde. Der Gesetzentwurf über Gestattung des Petitionsrechtes lautet: Art. 1. Der Art. 81 der Verfassungsurkunde ist hinsichtlich aller darin enthaltenen Beschränkungen des Petitionsrechts aufgehoben. Art. 2. Das Recht der Versammlungen zur Berathung über allgemeine politische oder Privatinteressen kann frei ausgeübt werden. Art. 3. Gegenwärtiges Gesetz steht unter den Garantien der Verfassungsurkunde. — Ueber alle drei Gesetze wurde noch in derselben Sitzung Ausschußbericht erstattet, Kammerberathung gepflogen und dieselben sodann einstimmig angenommen, das Preßgesetz jedoch mit folgendem Amendement des Abgeord. Emmerling: „Der Art. 1. des gegenwärtigen Gesetzes steht unter der Garantie der Verfassungsurkunde." Ferner beschloß die Kammer die Regierung um baldthunlichste Vorlage eines besondern Preßgesetzes zu bitten. Endlich soll die Regierung ersucht werden, durch einen baldigst vorzulegenden Gesetzentwurf die Polizeigerichtsbarkeit in den beiden diesseitigen Provinzen den Gerichten zu belassen und bis zur angekündigten Organisation der Staatsbehörden die Polizeigewalt der Kreisräthe angemessen zu beschränken. (Frankf. J.)

Darmstadt, 8. März. In der gestrigen Sitzung der Kammern hat v. Gagern uns in einer längeren Rede viele erfreuliche Aussichten geboten: er wird unverzüglich einen Gesetzentwurf vorbereiten lassen nach welchem die Verschiedenheit der Religion keine Beschränkung politischer oder bürgerlicher Rechte zur Folge hat; die Regierung wird Vorlagen machen bei denen ihr Bestreben ist, im Einverständniß mit den Ständen alle Feudallasten zu beseitigen, die Privilegien einzelner Classen aufzuheben und alle Staatsangehörigen vor dem Gesetz unbedingt gleichzustellen. Das Militär ist bereits auf die Verfassung beeidigt. Unter den bei der zweiten Ständekammer eingelaufenen Petitionen vom platten Lande befindet sich auch eine aus dem Odenwald, welche mit mehr als 1000 Unterschriften bedeckt ist, und welche unter ihren zehn Forderungen die Abschaffung aller standesherrlichen Rechte gleich obenan stellt. (Hess. Bl.)

Darmstadt, 10. März. Mit roher Gewalt haben die Landleute z. B. in Mörfelden den Förster und seine Schützen vertrieben. Die Klagen dieser Leute über bisherige rücksichtslose Handhabung der Forstpolizei sind gewiß gerecht, aber der Weg, auf dem sie ihre Klagen geltend machen ist durchaus verwerflich. Bereits hat in richtiger Erkenntniß des Nöthigen die Regierung angeordnet, daß die Forstbeamten inskünftige weder kleine Waldfrevel zur Anzeige, noch Denunciationsgebühren beziehen sollen. (A. Z.)

In Mainz bewegte sich am 8. März Abends ein großartiger Fackelzug durch die Straßen der glänzend erleuchteten Stadt. Dr. Zitz sprach den Dank aus und die Menge mit ihm vereint schwur mit zum besternten Himmel erhobenen Händen laut: „Für die Freiheit zu leben und zu sterben."

Mainz, 10. März. Unser Ministerium befestigt sich immer mehr durch Männer des Volkes. Der bisherige Generalprocurator am Kassationshofe zu Darmstadt, Hr. Kilian, ist zum Minister der Justiz ernannt.

Hessen-Homburg.

Der Landgraf von Hessen-Homburg hat laut dem „Frankfurter Journal" den orts- und staatsbürgerlichen Unterschied zwischen Christen und Juden aufgehoben.

Nassau.

Nach der „Deutschen Zeitung" hat der Herzog von Nassau bereits sein Wort bezüglich der Verwendung für Bundesrevision und Begründung eines deutschen Parlaments gelöst. Am 8. ist deßhalb Frhr. v. Gagern in außerordentlicher Sendung an die Höfe von Darmstadt, Baden, Württemberg und Bayern abgereist. Von Seite Darmstadts ist ihm Graf v. Lehrbach nach Karlsruhe auf dem Fuße nachgefolgt.

Preussen.

Berlin, 8. März. Nachdem die deutsche Bundes-Versammlung unter dem 3. d. Mts. folgenden Beschluß gefaßt hat: „1) Jedem deutschen Bundesstaate wird freigestellt, die Censur aufzuheben und Preßfreiheit einzuführen. 2) Dieß darf jedoch nur unter Garantieen geschehen, welche die anderen deutschen Bundesstaaten und den ganzen Bund gegen den Mißbrauch der Preßfreiheit möglichst sicherstellen," und dadurch die Grundlagen gegeben sind, auf welchen eine neue Bundes-Preßgesetzgebung zu basen Ich seit geraumer Zeit beantragt habe, so würde Meinerseits nunmehr kein Hinderniß mehr obwalten, die Censurfreiheit unter den nöthigen Garantieen in Meinen Staaten einzuführen, wenn Mich nicht der dringende Wunsch davon zurückhielte, in dieser, wie in vielen anderen wichtigen Angelegenheiten, ein gemeinsames deutsches Bundesrecht zu erstreben. — Demgemäß beauftrage Ich das Staatsministerium, unverzüglich solche Einleitungen zu treffen, daß Meine dahin gerichteten Anträge bei der Bundesversammlung schleunigst zur Entscheidung gefördert werden. Sollte dieß unerwartet auf Hindernisse oder Verzögerungen stoßen, so würde Ich dann mit einer auf Censurfreiheit begründeten, durchgreifenden Reform der Preßgesetzgebung, vorbehaltlich des späteren ständischen Beiraths, interimistisch vorgehen, weßhalb auch dieserhalb die Vorbereitungen

so zu treffen sind, daß eintretendenfalls sofort ein Meinen Absichten entsprechendes Gesetz erlassen werden könne. Friedrich Wilhelm.

Berlin, 9. März, Abends 6 Uhr. Ich schreibe Ihnen aus öffentlicher Sitzung unserer Stadtverordneten. Es werden zwei wichtige Petitionen berathen, welche von hiesigen Mitbürgern bei der Stadtverordnetenversammlung eingereicht sind. Die eine bezieht sich auf die arbeitende Claße, von welcher die Bittsteller bei der jetzigen Nahrungslosigkeit Gefahren befürchten. Sie beantragen daher 1) eine permanente Deputation der städtischen Behörde, welche sich unausgesetzt mit ihrem Wohl beschäftigen soll; 2) Veranstaltung einer allgemeinen Hauscollekte um Mittel zu beschaffen öffentliche Arbeiten, Bauten rc. unternehmen zu können. Man vereinte sich dahin, die Angelegenheit einer vorberathenden Deputation zu überweisen, der aber größte Eile empfohlen wurde. Die zweite Petition bezog sich auf die politischen Verhältnisse. Die Bittsteller tragen darauf an: die städtischen Behörden möchten eine Adresse an Se. Maj. den König votiren, und darin die Hauptwünsche der Zeit niederlegen, als 1) Preßfreiheit, 2) angemessenere Vertretung der Land- und Stadtgemeinden am Landtage mit Aufhebung aller Wahlbeschränkungen, 3) Vertretung des deutschen Volkes beim Bunde durch Ausschüsse aller deutschen Ständeversammlungen. Auch diese Angelegenheit wurde einer Deputation überwiesen, welche dieselbe auf das schleunigste erledigen und dann sofort einer zweiten öffentlichen Sitzung, die wenn möglich schon übermorgen Vormittag gehalten werden wird, zur definitiven Beschlußnahme vorlegen soll. Heute Abend findet im Thiergarten eine große Volksversammlung statt, zu welcher sich wahrscheinlich Tausende einfinden werden. In derselben soll eine Adresse an den König berathen werden. (A. Z.)

Breslau, 8. März. Nach der „Schlesischen Zeitung" habe heute ein Courier von St. Petersburg per Nordbahn nach Wien die Nachricht vom **Ableben des Kaisers von Rußland** gebracht (??)

Köln, 8. März. Die Wünsche des deutschen Volks sind von ganz Rheinland adoptirt und dem König mehr als Forderungen denn als Bitten vorgetragen. Heute Abend ist wieder große Bürgerversammlung. Die Zustände hier ertragen keine Dauer. (A. Z.)

Elberfeld, 6. März. Der Gemeinderath hat eine Commission ernannt, welche mit den Arbeitgebern berathen soll, wie durch sich selbst der Arbeitslosigkeit der arbeitenden Classen entgegengewirkt werden könne. (Aach. Z.)

Mecklenburg.

Wismar, 5. März. Es wird hier eine Petition an die Landesregierung um zeitgemäße Reform der Landesvertretung unterzeichnet.

Freie Städte.

Frankfurt, 10. März. Zuverläßigem Vernehmen nach hat sich die Bundesversammlung gestern für **Annahme der schwarz-roth goldenen Farben als Bundesfarben und des Doppeladlers als Bundeswappen entschieden.** – Der Kurfürst hat die nach Kassel gesandten Deputirten Mackeldey und v. Schenk ohne Antwort zurückgeschickt. (A. Z.)

Oesterreich.

Wien, 9. März. Der Bundespräsidialgesandte, Graf v. Münch-Bellinghausen, ist nach Dresden abgegangen. An seiner Stelle hat sich Graf Colloredo nach Frankfurt begeben. (A. Z.)

Wien, 9. März. Der Sturm, der in Folge der falschen Gerüchte über die Börse und Bank-Institute unter den geringeren Volksclassen entstanden war, hat sich gänzlich gelegt und das Vertrauen kehrt zurück — Die neuesten Nachrichten aus dem westlichen Deutschland erregen ferner fortwährend große Theilnahme. (Augsb. Abdz.)

Wien, 10. März. Man sieht einer alsbaldigen Auflösung des ungarischen Reichstages entgegen. Heute begibt sich der Erzherzog-Palatin nach Preßburg, und morgen wird die Magnatentafel wahrscheinlich die Adresse der Deputirtentafel an Se. Majestät in Verhandlung nehmen, worin diese Verantwortlichkeit des Ministeriums, Vorlage des Budgets, Nationalbewaffnung, Ertheilung einer Constitution für die Erbprovinzen u. s. w. verlangt. (A. Z.)

Italien.

Rom, 4. März. Die gestern aus Marseille eingetroffenen Nachrichten haben nicht ermangelt, auf die hiesigen Verhältnisse bereits rückwirkenden Einfluß zu äußern: Auf dem Festino, welches diese Nacht um 12 Uhr nach der freitäglichen Carnevalspause seinen Anfang nahm, hörte man schon Schreie wie: „Viva la Francia, Morte ai Rè, Morte ai Rè ed ai Ministri spergiuri!" (A. Z.)

Niederlande.

Amsterdam, 6. März. Durch königl. Beschluß vom 3. d. M. ist das Kriegsministerium ermächtigt worden, die Milizen der Aushebungen von 1845 und 1846 die sich auf längerem Urlaub befinden, sogleich unter die Waffen zu rufen. Man glaubt, daß die Einberufung der Aushebung von 1847 bald nachfolgen wird.

Frankreich.

Paris, 10. März.

Auf dem Marsfelde ist man in vollster Thätigkeit mit wichtigen Bauten, sie sollen noch bis 20. April dem Tage der Nationalversammlung fertig werden. Große Feste werden statt finden, zur Uebergabe der Fahne an die Nationalgarde der Seine, die 200,000 Bürger zählen wird. — Auf den elyseischen Feldern soll ein großes Gebäude für Aufnahme der Industrieausstellung, die auf nächstes Jahr fällt, errichtet werden. 500 Arbeiter werden ein halbes Jahr Brod finden.

Die Regierung hat jetzt in Paris in jeder Mairie Anzeigebureaux errichtet, wo die Arbeitsuchenden, wie die, welche Arbeiter brauchen, sich melden können und unentgeldliche Antwort bekommen.

Im „Moniteur" steht auch schon ein Decret, durch welches die Errichtung einer Verwaltungsschule, nach Analogie der polytechnischen, verfügt wird. Ein anderes Decret zeigt an, daß die Organisation der Pariser Nationalgarde vollendet ist, und daß vom 18. an die Wahlen der Officiere und Unterofficiere stattfinden sollen. Nach der jetzigen Ordnung ist jeder Bürger von 21 bis 55 Jahren, der im Genuß seiner bürgerlichen Rechte ist, zugleich zur Nationalgarde verpflichtet. Endlich ist auch einer alten Beschwerde der Presse abgeholfen, die gerichtlichen Anzeigen sind freigegeben.

Die Nationalwechselbank der Stadt Paris ist definitiv constituirt, und am 13. wird sie wohl ihre Thätigkeit beginnen.

General Cavaignac, ist zum Kriegsminister an die Stelle des Generals Subervic ernannt worden. Admiral Baudin zum Marineminister an die Stelle des Hrn. Arago.

Die Nationalflagge ist jetzt wieder bestimmt, wie sie es durch das Decret des Nationalconvents vom 27 Pluviose des J. 2. nach den Zeichnungen des Malers David war: am Flaggenstock blau, in der Mitte weiß, zu oberst roth. Die drei Farben in gleichen Streifen. — Hr. Eugen Duclerc ist zum Unterstaatssecretär im Departement der Finanzen ernannt.

Die Insel Bourbon hat wieder ihren republicanischen Namen: Ile de la Réunion, erhalten.

Algier, 5. März. Auf den ihm amtlich zugekommenen Bericht über Errichtung der Republik hat der Herzog v. Aumale die Statthalterschaft provisorisch in die Hände des Generals Changarnier niedergelegt. — Die Behörden haben sich der Republik unterworfen.

Großbritannien.

London, 9. März.

Auch Edinburg ist von der chartistischen Bewegung ergriffen. Seit dem 8. ist die Stadt im Besitz des Pöbels, der Lampen und Fenster zerschmetterte.

Die „Times" schreibt über das Haus Orléans. „In der ganzen Geschichte steht wohl dieser Sturz eines Fürstenhauses was die furchtbare Plötzlichkeit des Unglücks betrifft ohne Beispiel da. Heute vor vierzehn Tagen war Ludwig Philipp der glücklichste und der mächtigste Monarch des europäischen Festlandes; die allgemeine Meinung sah in ihm den klügsten Souverän der Welt. In der That stand dieser wunderbare Mann auf dem eigentlichen Gipfelpunkte des Erfolgs, des Ansehens und der Macht. Es würde Zeit erfordern alle Einzelheiten seiner herrlichen Stellung aufzuzählen. Seine zahlreichen, schönen und wohlerzogenen Kinder und Enkel; die glänzenden Verbindungen, welche die ungeheure Länderstrecke von Antwerpen bis Cadix in einem Familieninteresse verknüpft; die nahe Aussicht auf ein Ereigniß, welches wahrscheinlich einen seiner Söhne zum Regenten, seinen Enkel zum König von Spanien gemacht haben würde; der wunde Fleck seiner Regierung eben beseitigt; Algerien nach achtzehnjährigem Kriege befriedet; sein unermeßliches Privatvermögen; seine eilf oder zwölf Paläste, die an schöner Lage und Pracht der Einrichtung ihres Gleichen suchten, und auf die er erst unlängst ungeheuere Summen verwendet; sein glänzendes Heer von 400,000 Mann in höchster Mannszucht und Ausrüstung; ein Kanzler von beispielloser Energie und Geisteskraft, der endlich das Wort des Räthsels für Frankreich gefunden zu haben schien; eine befestigte und gegen alle Welt bis an die Zähne bewaffnete Hauptstadt; die neuerlichen günstigen Entgegenschritte jener Mächte, welche vorher auf den königl. Emporkömmling stolz herabgeschaut; der wohlgewogene Stand seiner auswärtigen Verhältnisse und die festgefaßten Zügel des Staatswagens: — alle diese Gaben des Glücks und noch mehr waren verschwenderisch auf einen Mann gehäuft. Und die Krone von allem war, daß all dieser Segen dem Ludwig Philipp ganz als sein Verdienst angerechnet wurde. Er konnte, wie jener alte König von Samos auf den Mauern und Thürmen stehen, die er um seine Stadt gezogen und sich wohlgefällig in den Werken seiner Politik bespiegeln. Das Gleichgewicht Europas, die Sache der Völker und der Könige, die Entscheide über Krieg und Frieden lagen in seiner Hand. Gab es in diesem Rosen- und Freudengarten etwas Bitteres — „amari aliquid" — so waren zwanzig uneinnehmbare Forts und hunderttausend Bewaffnete seine unbedeutende Wache über einigen wenigen unbotmäßigen Unterthanen. Solon selbst würde kaum gewagt haben, einem so sicheren Manne über seinen traurigen Text „Ante obitum nemo" zu predigen."

Börse.

Wien, 10. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 85; zu 4pCt. in CM. 71; zu 3pCt. in CM. 55; Bankactien per Stück 1215; Nordbahn 95⅞.

Amsterdam, 9. März. 2½ pCt. 40¼; 3pCt. 46; 4pCt. 62; Span. 3½ pCt. 60; Handels-Maatschappy 143; Ard. 8¹¹⁄₁₆; port. 3pCt. 23; 5pCt. Metall. 83.

Paris, 9. März. 3pCt. 52 Fr. — C; 5pCt. 73 Fr. 50 C.

London, 8. März. Consols 81⅞.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 14. März: „Dorf und Stadt," Schauspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Heinz, Appellationsgerichtsrath, und Ullier, Rentier von Zweibrücken; Kirchgeßner, Advocat von Würzburg.

Gold. Hirsch. HH. Baron v. Gagern, außerordentlicher Botschafter v. Nassau; Graf v. Lehrbach, Hofrath und Generalmajor v. Darmstadt.

Hôtel Maulick. HH. Hartmann, Privatier von Luzern; Galton, Rentier v. London.

Gold. Hahn. HH. Baron Kniestedt, k. k. Lieutenant von Wien; v. Roziński, Junker v. Ingolstadt.

Gold. Kreuz. HH. Wehlwend, Landrichter v. Mühldorf.

Blaue Traube. HH. Dr. Helmeyer, Gerichtsarzt v. Pfarrkirchen; v. Knöpfle, Gutsbesitzer v. Landsberg; Helmstetter, Ingenieur, und Dasso, Privatier v. Schwabmünchen; Frau v. Liris v. Feneburg.

Stachusgarten. HH. Rier, Architect v. Berlin; Schwindel, Pfarrer v. Kaisheim; Walther, Gutsbesitzer v. Neuburg.

Höchst piquant!

2320. Bei Leonhard Henzel in München, Promenadeplatz Nr. 14, ist so eben erschienen:

Die
zwölf Artikel
der
Oesterreicher.
Preis 2 kr.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 66.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 26 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Mittwoch XLIX. Jahrgang. **15. März 1848.**

An die verehrlichen Leser der Münchener politischen Zeitung.

Da mit dem Monat März das Abonnement auf die „Münchener politische Zeitung" für das erste Quartal von 1848 zu Ende geht, so ersuchen wir Neueintretende, ihre Bestellungen für die Stadt bei der unterzeichneten Expedition, Auswärtige aber bei dem nächstgelegenen resp. Postamt zeitig zu machen, damit wir mit vollständigen Exemplaren dienen können.

Die politische Ausstattung des Blattes wird auch weiterhin nach den verläßigsten und reichsten Quellen eine möglichst vollständige seyn. Seit Sonntag den 5. März wird die politische Zeitung auch **jeden Sonntag** ausgegeben, erscheint demnach fortan **täglich.** — Dem Feuilleton wird auch weiterhin durch Originalerzählungen ernsten und heiteren Inhalts und durch mannigfaltige Skizzen aus dem Leben die größte Sorgfalt gewidmet werden. — Die neuesten gediegensten Erscheinungen auf dem Gebiete der Literatur sollen unter der Rubrik „Bücherschau" eine schnelle und gründliche Besprechung finden.

Inserate jeder Art werden bei mäßiger Einrückungsgebühr unverzüglich aufgenommen. Briefe und Gelder werden portofrei erbeten.

München, den 6. März 1848.

Expedition der Münchener politischen Zeitung.
(Knödel-Gasse Nro. 2.)

Deutschland.

Die „Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung" schreibt aus Frankfurt vom 11. März: Sicherem Vernehmen nach hat die Bundesversammlung, davon ausgehend, daß eine Revision der Bundesverfassung nothwendig ist, sich mit der Berathung der zu diesem Zwecke den Bundesregierungen vorzulegenden Vorschläge beschäftigt. Es soll sich ihr jedoch bald die Ueberzeugung aufgedrungen haben, daß, damit diese Vorschläge mehr Aussicht hätten, allgemeine Befriedigung zu gewähren, sie der Mitberathung namentlich solcher Männer von außerhalb der Bundesversammlung bedürfen, welche das öffentliche Vertrauen auf ihre richtige Würdigung der gegenwärtigen Zeitverhältnisse besitzen. Die Bundesversammlung soll daher sämmtliche Bundesregierungen aufgefordert haben, „Männer des öffentlichen Vertrauens" unverzüglich zu diesem Zwecke hieher zu senden.

Die „Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung" schreibt aus Frankfurt vom 11. März: Aus guter Quelle kann ich Sie benachrichtigen, daß die Bundesversammlung den alten deutschen Reichsadler und die Farben des ehemaligen deutschen Reichspaniers — schwarz, roth, gold — zu Wappen und Farben des deutschen Bundes erklärt hat. Geeignetere Embleme hätten sich auch gewiß nicht dazu finden lassen; denn es sind die geschichtlichen Erinnerungszeichen der tausendjährigen Einheit aller deutschen Stämme. Die Bundesversammlung ist nunmehr noch mit der Frage beschäftigt, wo und in welcher Weise diese Embleme anzubringen sind, z. B. in den Bundesfestungen, wo das neue auf Bundeskosten angeschaffte Artilleriematerial schon mit dem alten Reichsadler als Bundesemblem bezeichnet wird. Ebenso wird vielleicht diesen Emblemen das allgemeine Feldzeichen zu entnehmen seyn, welches die Bundes-Kriegsverfassung für den Fall eines Bundeskriegs vorschreibt. (A. Z.)

Stuttgart, 11. März. Gestern Abend sind hier angekommen der großh. hessische General Graf Lehrbach und der herzogl. nassauische Geh. Legationsrath v. Gagern, zunächst von Karlsruhe kommend und, wie man vernimmt, in der Absicht die Entschlüsse und Vorschläge unseres Königs über die wichtige Frage des deutschen Parlaments und der damit zusammenhängenden Maßregeln zu vernehmen und weiter gemeinschaftlich mit einem großh. badischen und diesseitigen Bevollmächtigten sich nach München und unter Umständen an andere deutsche Höfe zu begeben.

Karlsruhe, 12. März. Der nassauische Legationsrath v. Gagern kam gestern durch Karlsruhe, um sich, wie man vernimmt, mit unsern Regierungsbehörden und den einflußreichsten Kammermitgliedern über die möglichst schnelle Vereinigung in Betreff der Nationalvertretung am Bunde zu verständigen. Von hier ging derselbe nach Stuttgart. Ueber die Art, wie der jetzige Bundestag reformirt werden möchte, werden die Berathungen in der betreffenden Kammercommission eifrigst betrieben, um in den nächsten Tagen mit einem bestimmten Antrage auftreten zu können. Auch über die Bestellung eines zeitweise für die Dauer der Gefahr mit der höchsten Executivgewalt betrauten Reichsoberhauptes fangen die Ideen an, sich zu sichten. (A. Z.)

Wir entnehmen der „Deutschen Zeitung" Folgendes: Wir erfahren so eben auf beschleunigtem Wege, daß in Folge der Sendung des Hrn. v. Gagern die Verhandlungen über die Bundesreform bei den süddeutschen Regierungen ihren raschen Fortgang nehmen. Man war in Darmstadt und Karlsruhe darüber einig, daß man ein möglichst gemeinsames Wirken der deutschen Staaten veranlassen müsse; in Württemberg, Bayern, Sachsen und Preußen soll durch Bevollmächtigte in diesem Sinne gehandelt werden. Die Regierungen wollen die Sache selbst in die Hände nehmen und durch rasches Handeln verhüten, daß nicht die Leitung der Dinge ihnen entwunden werde, so wenig man auch den berathenden Versammlungen von anderer Seite entgegentreten will. Als leitende Gedanken tauchten bis jezt auf: Vertretung der Fürsten und Völker (nach der Seelenzahl, etwa 1 zu 100,000) in einem deutschen Parlament; die Competenz desselben würde betreffen: Gemeinschaftlichkeit der Gesetzgebung und des Gerichtsverfahrens, Heerwesen und Volksbewaffnung, Handel, Münze, Maaß u. s. w., Vertretung Deutschlands gegenüber dem Ausland.

Bayern.

*† München, 15. März. Nach gestern hier eingetroffenen Briefen Ihrer k. Hoheit der Frau Kronprinzessin erfolgt die Ankunft erst am Freitag, da nur kleine Tagreisen von 6 — 8 Stunden gemacht werden. — Morgen treffen hier alle neu Rekrutirten bei ihren Compagnien ein.

X München, 14. März. (Reminiscenzen.) Zu den von Sr. Majestät in der Proclamation vom 6. d. Mts. niedergelegten Verheißungen gehört auch die eines neuen Polizei-Gesetzbuches; dadurch werden für die Folge dem Beamten-Despotismus, wie der Schreiber-Willkür, Schranken gesetzt werden. Hunderte von guten Menschen wurden sicher in unserem Vaterlande ein Opfer der rohen, unbesonnenen Polizeiwillkür. Beispiele mögen beweisen. Ich kannte einen bejahrten Beamten, einen Landgerichtsassessor, der kam gewöhnlich in den Nachmittagsstunden im trunkenen Zustande in seine Kanzlei. Jeder in Polizeihaft Befangene, ob schuldig oder unschuldig, wurde unter ihm mit Karpatschenstreichen bestraft. Dieser ungerechte Beamte starb im gereiften Alter im ganz erblindeten Zustand. Ungefähr im Jahre 1834 kam ein bürgerl. Landarzt aus Bamberg nach Arnstein, in Unterfranken. Der Reisende bekam im Wirthshause mit einigen excessiven Menschen Streit, er wurde verhaftet, und das landgerichtliche Protokoll lautete: Arreststrafe, Ruthenstreiche und der Schub nach Haus. Die beiden ersten Strafen hat er wohl erstehen müssen; um der dritten, ganz entehrenden, zu entgehen, löste der Schwergeprüfte in seinem Gefängniß zur Nachtzeit von einem alten Fenster das Blei, formte es zu einer Lanzette, öffnete sich mehrere Adern, und starb noch im Verlaufe der Nacht! — Welch ein Jammerbild der Polizeiwillkür. — Im Jahre 1838 wurden von hiesiger Polizeidirection vom 1. Jan. bis zum 27. Juli besagten Jahres circa 360 unschuldige Personen in die hiesige Frohnveste abgeführt. — Ein viertes Beispiel mag aus dem Wirken des jüngst vertriebenen Landrichters von Landsberg hier Platz greifen. Der genannte Beamte ließ einer Bürgerstochter, von sehr guter Familie, nach ihrem zweitmaligen Kindbett 25 Ruthenstreiche geben. Ein gutes Polizeigesetz, auf Menschlichkeit basirt, muß solcher Willkür Schranken setzen!

München, 13. März. Wie ich gestern hörte, wurde dem Rectorat der Hochschule die Summe von 5000 fl. zur Verfügung gestellt, um den unbemittelten Studenten die Anschaffung ihrer militärischen Kleidung zu erleichtern. Heute noch erwartet man eine sehr zahlreiche Deputation von Rheinpfälzern, welche mit der Eisenbahn hier ankommen sollen, um dem Könige persönlich die Anliegen vorzutragen, deren Berücksichtigung sie unter den obwaltenden Umständen für unsere Pfalz als wünschenswerth erachten. (A. Z.)

München, 12. März. Die Presse ist frei — der Buchstabe hat die Fesseln abgeworfen — wir schätzen uns glücklich darum! Aber was ist Preßfreiheit ohne Redefreiheit? Auch das Wort muß seine Flügel schwingen dürfen — auch das Wort muß frei seyn! Weil dieses bisher (in München hauptsächlich) nicht der Fall war, so hatte man bei vielen neuen Stücken, die man in Provinzialstädten gab, aber in der Residenzstadt nicht zu sehen bekam, die herrliche Ausrede, sie dürften hier nicht gegeben werden. Dieser herzzerreißende Grund muß von nun an wegfallen! Am Dürfen wirds nicht mehr fehlen, und am Mögen hoffentlich auch nicht. Wir werden also in Kürze Uriel Acosta, Freitags Valentine, Hebbels Maria Magdalena, und andere alte

Neuigkeiten, auf die wir so begierig sind, dargestellt bekommen. (Punsch.)

= Vom Mittellech, 8. März. „Lawinenartig überstürzen sich die Ereignisse", sagt ein Berichterstatter der Allgemeinen Zeitung aus Italien am 18. Februar, nicht ahnend, daß sechs Tage später eine Lawine nieder gehen werde, die in diesem Jahrhundert an Plötzlichkeit und Wirkung vielleicht ihres Gleichen noch nicht hatte. Noch erzittert Europa von ihrem Sturze und die Atmosphäre der Völker erdröhnt von den Sturmeswellen, die sie vor sich hinwälzte. Ob die erschütterte Strömung am Inn und an der Weichsel sich breche — wer weiß dieß zu sagen? Die Zeit, vielleicht eine kurze Zeit wird es lehren. Schnelle Gewährung unveräußerlicher Menschen- und Bürgerrechte wird überall den Sturm beschwören. Wo dieß noch nicht geschehen, wo man hiezu auch keine Geneigtheit zeigt, wer mag verbürgen, wie lange die Federnden noch warten? Glücklich die Länder, die schon früher oder später in die constitutionelle Bahn eingelenkt haben und von derselben weder rechts noch links abgewichen sind. Bei ihnen braucht es keine gewaltsame Explosion lange angehäuften Gährungsstoffes, sondern sie bringen ihre Hoffnungen und Wünsche durch ihre Vertreter an die Stufen des Thrones, sey es bei versammeltem Landtage durch die Kammern, sey es außer denselben auf dem Wege der Petition. Bayerns König gewährt, wenn er den unverfälschten Ausdruck der Wünsche seines treuen Volks erkennt.*) Dieß zeigt vor allem die baldige Einberufung der Stände. Freudig ist der Eindruck, den die Nachricht hievon in allen Gauen Bayerns machte. Eine compacte Majorität wird dem Ministerium die Hand bieten zu allen Maßregeln, die der Drang der Zeiten fodert. Die vereinzelt ausgesprochenen Wünsche nach Garantien künftigen Glückes werden in beiden Kammern kräftigen Wiederhall und unerschrockene Verfechter finden. Jetzt werden die lange geprüften Erfahrungen zu Rathe gezogen werden, und die Wege zu künftigen Verbesserungen schnell anbahnen. Vor allem wird Hand an's Wahlgesetz gelegt werden müssen, daß fortan die Wahlkammer die reine, ächte Repräsentation des bayerischen Volkes sey. Kein Talent in Verbindung mit gediegenem Charakter wird in Zukunft mehr ausgeschlossen werden von der Wahlfähigkeit, und vor allem wird der helle Blick der Wähler sich auf solche Candidaten richten, die unabhängig in Gesinnung, fest in ihren Grundsätzen nur das allgemeine Beste im Auge haben, und nie das Ständehaus nicht als die Brücke zu ihrer Beförderung, zur Erreichung selbstsüchtiger Zwecke betrachten. Der gewählte Volksvertreter wird nicht mehr besorgen dürfen, ausgestrichen zu werden, weil etwa ein Minister ihm gegenüber im parlamentarischen Kampfe sich zu schwach fühlt. Dieser Kampf wird nicht mehr ein leidenschaftlich erbittertes Ringen zwischen Personalitäten seyn, sondern ein Wettstreit um die Palme der Vaterlandsliebe, der Treue gegen den König, der Anhänglichkeit an die nach den Bedürfnissen der Zeit vervollkommnete Verfassung. Die Minister werden das verbesserte Wahlgesetz in einer solchen Gestalt vorschlagen, daß die zwei- und dreifachen Wahlacte unnöthig sind und es nicht mehr möglich wird, bei der ersten Wahl unter 5 oder 6 Wählern die tüchtigsten Männer zu beseitigen, welche die Wahlmänner dann bei der Wahl zur Stelle des Abgeordneten vergeblich erwarten. Die passive Wahlfähigkeit wird nicht mehr auf den oft sehr beschränkten Kreis eines Wahlcollegiums eingeschränkt werden, kurz die Wahlen werden fortan im vollen Sinne des Wortes frei seyn. Und einer so gewählten Kammer der Abgeordneten kann und wird das bayerische Volk ruhig die Besorgung seiner theuersten Interessen anvertrauen. Sie wird außer den schon allenthalben durch die Presse registrirten Hoffnungen auch die Bildung der untersten Classen des Volkes kräftig befürworten, wird für das mühevolle und undankbare Amt der Schullehrer auch den gebührenden Lohn in Anspruch nehmen und die Mittel dazu schaffen, daß keiner derselben mehr mit Mangel und selbst mit dem Hunger zu kämpfen habe für sich und seine Familie, sie wird Nationalbildung als Nationalsache erklären, und nicht mehr nach der Kopfzahl der Kinder das Schulgeld von den oft armen Eltern einfodern lassen, sondern auch den kinderlosen Reichen zu diesem Zwecke anziehen. Dadurch, durch eine bessere Stellung der Volkslehrer wird die Volksrepräsentation eine genügende Anzahl junger, talentvoller, sittlichguter, für den schönen Beruf begeisterter Jünglinge einladen zur Ergreifung desselben. Es wird der Fall nicht mehr vorkommen, daß der Viehhirte eine stärkere Besoldung hat als der Schullehrer, und dieser jenem in den Augen der Gemeinde an Wichtigkeit und Unentbehrlichkeit weit nachsteht. Unsere Volksschulen werden eine solche Umgestaltung erhalten, daß aus denselben ein denkendes, hellsehendes Volk hervorgeht, welches mit allen Gebildeten der Nation den Eckel und die Entrüstung theilen wird, die rohe Pöbelexcesse und blinde Zerstörungswuth zu allen Zeiten verdienen. Auch die Confessionen werden durch ihre frei gewählten Vertreter ihre Foderungen stellen. Mahnen werden besonders die Katholiken an die Zeitgemäßheit, Dringlichkeit und Nothwendigkeit der vom Kirchenrath zu Trient gebotenen (Sess. XXIV Cap. 2), vom bayerischen Concordat nicht untersagten, von der Verfassung (Beil. II. §. 50) vorgesehenen, aber seit mehr denn zweihundert Jahren in Bayern vernachläßigten Synoden. Man denke sich eine bürgerliche Verfassungsurkunde in ihren vorübergehenden, dem Wechsel und Bedürfniß einer fortschreitenden Zeit anzupassenden Bestimmungen und zweihundert Jahre keinen Landtag dazu, und man hat eine nicht unrichtige Vorstellung von der Masse des Stoffes, der auf dem kirchlichen Gebiete einer ruhigen, besonnenen, mit den Foderungen der Zeit versöhnenden Behandlung entgegen harret. Und so blickt denn mit gespannter Erwartung nicht nur Bayern auf seinen nächsten Landtag, sondern auch das theilnehmende Deutschland. Möge die Vorsehung das edle Streben aller beim großen Werke betheiligten Männer segnen zu neuem Glanze des königlichen Thrones und zum kräftigen geistigen und materiellen Gedeihen des geliebten, theuren Vaterlandes!

*) Geht wohl noch auf die erste Berufung auf 31. Mai und scheint noch vor dem Eindruck der königl. Proclamation geschrieben. A. d. H.

Aschaffenburg, 11. März. Auf die eingetroffene Nachricht, daß in Miltenberg und der Umgegend Unruhen ausgebrochen seyen, gingen auch 100 Mann der hiesigen Garnison in der Nacht mit dem Dampfboot dahin ab. So eben halb 1 Uhr kommt das Dampfschiff daher zurück, und zwar mit 12 Gefangenen, die sogleich in sichern Verwahrsam gebracht wurden. Bei der Expedition nach Wallstadt wurden 5 Gefangene gemacht, die nun im Kerker für diese traurige Verirrung büßen müssen. (Würzb. Z.)

Aschaffenburg, 11. März. Gestern Abends kam eine Staffette von Miltenberg hier an, welche schleunigst militärische Hilfe verlangte. Eine sehr große Anzahl Bauern aus dem Odenwalde und aus dem badischen hatte sich vor der Stadt gelagert und gedroht, sie in Brand zu stecken. Ein Haus außerhalb der Thore sollte bereits angezündet worden seyn. Noch gestern Nachts um 10 Uhr sind 100 Mann mit 4 Officieren auf einem besondern Dampfschiffe dahin abgegangen. (C. v. u. f. D.)

In Aschaffenburg ist am 12. das Militär auf die Verfassung beeidigt worden.

Die Besatzung von Landau und Germersheim wird auf Kriegsfuß gesetzt, die Compagnien statt der bisherigen 75 Mann auf 160 vermehrt. Die Artillerie- und Kavallerie- sowie die Genietruppen ebenfalls verstärkt. Nach Germersheim kommen 4 Compagnien Artillerie vom Regiment Zoller in Würzburg. Ebendorthin kommt eine Abtheilung des Reiter-Regiments Maximilian von Dilingen. Die nach Landau bestimmten Bundescontingente sind einberufen. Die Verproviantirung der Festungen geschieht. Die von Würzburg nach Germersheim abgehenden Artillerie-Compagnien werden durch Maindampfschiffe und auf Eisenbahnen in 2½ Tagen dahin befördert. Ebenso die Genietruppen. (N. Wzb. Z.)

In Burgkundstadt am 13. Nachts haben Excesse gegen die Juden stattgefunden, desgleichen gegen Juden und Gutsbesitzer in Küps, Redwitz und Umgegend. (C. v. u. f. D.)

Württemberg.

Stuttgart, 11. März. Zehn ritterschaftliche Mitglieder der Kammer der Abgeordneten haben sich in einer Erklärung an die Regierung im Einklang erklärt mit Ablösung der Grundlasten und veränderter Gesetzgebung über Jagdrecht. (Schw. Mkr.)

Stuttgart, 12. März. Fünf Standesherren erklären in einer Adresse an das königl. Ministerium des Innern, daß sie den in Aussicht gestellten Vorlagen von Ablösungsgesetzen mit Vertrauen und einer Recht und Billigkeit berücksichtigenden Ablösung in Betreff der Jagden bereitwillig entgegensehen. (Schw. Mkr.)

Der „Schwäbische Merkur" vom 13. März sagt: Wir hören, daß der Obertribunalrath v. Sternenfels demnächst nach München abreisen wird, behufs gemeinsamer Verabredungen der süddeutschen Regierungen über die Volksvertretung beim Bunde. Die an Baden von Würtemberg übergegangenen Orte Kessach und Roßach sind aufgestanden, und verlangen von ihren Grundherrschaften das an sie schon längere Zeit bezahlte Ablösungsgeld baar zurück, weil jetzt die Zeit gekommen sey, wo sie ohnehin davon frei würden, und wollen durchaus die Documente verbrennen. Die Gutsherren haben sich an den Geheimenrath gewendet und um Beistand gegen die aufständischen Bauern, auch in Berlichingen und Jaxthausen, gebeten. Gegen das Rentamt in Jaxthausen zog eine Rotte, die Gültbücher verlangend. Gleiche Forderungen stellten andere an das v. Gemmingensche Rentamt in Widdern. In der Nacht auf den 11. kam ein Reitender um den andern in Neckarsulm an, um Hülfe vom königl. Oberamt zu verlangen; es wurde Militär von Heilbronn requirirt.

Ludwigsburg, 11. März. Eingetroffenem Befehle zufolge verlassen uns heute Abend 4 Uhr das siebente Infanterieregiment, zwei Schwadronen des zweiten Reiterregiments und eine Abtheilung Artillerie mit drei Geschützen. Ihre nächste Bestimmung ist die Umgegend Heilbronns gegen das Hohenlohe'sche hin und Deckung der Gränze gegen den badischen Odenwald, von woher bewaffnete Banden mit Einfall drohen.

Heilbronn, 11. März. Gestern ist eine Abtheilung Infanterie unseres hiesigen Regiments nach Assumstadt, Möckmühl aufgebrochen, und das hiesige Regiment soll durch ein weiteres verstärkt werden. (Heilbr. T.)

Hohenlohe-Oehringen.

Der Prinz Hugo von Oehringen hat unterm 9. März folgendes Publicandum erlassen: „In der gegenwärtigen ernsten Zeit und bei den Gefahren, welche unserm deutschen Vaterlande drohen, halte ich es für unabweisbare Pflicht, daß jeder Stand dem Wohle des Staates Opfer bringe und gebe deßhalb im Namen meines Durchlauchtigsten Herrn Vaters, des Fürsten August zu Hohenlohe-Oehringen die Zusage: daß unsererseits zu einer gegenseitigen billigen Uebereinkunft gerne die Hand geboten und Alles geschehen wird, was auf gesetzmäßigem Wege die Befreiung des Grund und Bodens von den darauf haftenden Lasten und die Entfernung des Wildschadens herbeiführt, wie denn auch von mir bereits Verfügungen getroffen sind, die jede gegründete Klage heben werden. Andrerseits lebe ich der festen Ueberzeugung, daß jeder redliche Mann Willens ist, unser gutes Recht und unser wohlerworbenes Eigenthum auf gleiche Weise zu achten, wie das Seinige.

Baden.

Wertheim, 10. März. Heute Nacht soll ein Bauernsturm auf die Stadt losbrechen. Es hat sich im Tauberthal ein ungeheurer Bauernhaufe organisirt, der alle Zehnten, Gilten u. s. w. abgeschafft wissen will. (F. J.)

In Nußloch hat ein Pöbelhaufe am 9. Nachts die Wohnungen der jüdischen Bewohner zerstört.

K. Sachsen.

Leipzig, 9. März. Die Leipziger Censoren haben eine zweite dringende Eingabe an das Gesammtministerium um Aufhebung der Censur gemacht. (Schw. Mkr.)

Leipzig, 9. März. Ein im gestrigen Tagblatt erlassener Aufruf zu freiwilligem Eintritt in die Communalgarde hat einen großen Erfolg gehabt. Einen nicht minder raschen Fortgang nimmt die Bewaffnung der Studirenden. Die Mannschaften sind bereits von dem Commandanten der Communalgarde verpflichtet und halten, mit dem schwarz-roth-goldenen Bande geschmückt, regelmäßig in den ersten Nachmittagsstunden ihre Waffenübungen.

Die Studirenden in Leipzig haben ebenfalls eine Adresse bei dem Könige eingereicht. Weitere Adressen sind von den Städten Crimmitzschau, Chemnitz, Freiberg, Tharand, Plauen, Meißen, Zwickau, Werdau, Meraue, Glauchau, Waldenburg, Großenhain, Budissin 2c., ebenso auch von Bauern eingegangen.

Kurhessen.

Frankfurt, 12. März. Der Kurfürst hat alles bewilligt. Nachdem die Deputation von Hanau ohne Audienz erlangt zu haben bereits im Wagen saß, erhob sich das Kasseler Volk, zog unter Jubelgeschrei vor das

Schloß, begann hier die Fenster einzuwerfen und traf Anstalt zum Stürmen. Das Militär, das zum Schutz des Schlosses herbeigerufen worden, beobachtete eine passive Haltung. Die Sturmglocke hatte unterdessen die ganze Bevölkerung und eine Masse Landleute herbeigezogen, so daß die Masse vor dem Schlosse auf 17 bis 20,000 Köpfe anwuchs. Unter diesen drohenden Auspicien ließ endlich der Kurfürst die Hanauer Deputirten rufen und gewährte nach längerer Unterredung die Hanauer Forderungen: 1) Besetzung aller Ministerien, so weit diese nicht neuerdings geschehen ist, mit Männern, welche das Vertrauen des Volkes genießen. 2) Auflösung der wieder einberufenen Ständeversammlung und alsbaldige Berufung neu zu erwählender Stände. 3) Bewilligung vollständiger Preßfreiheit auf Grund der hiezu im §. 95 der Verfassungsurkunde gewährten Zuständigkeit. 4) Vollständige Amnestie für alle seit dem Jahre 1830 begangenen politischen Vergehen. 5) Gewährung vollständiger Religions- und Gewissensfreiheit und deren Ausübung. 6) Hinwirkung bei dem deutschen Bunde auf Bildung einer deutschen Volkskammer. Zurücknahme aller den Genuß verfassungsmäßiger Rechte, ganz insbesondere das Petitions-, Einigungs- und Versammlungsrecht beschränkenden Beschlüsse. 7) Die bestimmte Zusage, daß die bereits durch die Proclamation vom 7. März zugesicherten und in Beziehung auf die ausgesprochenen Desiderien weiter erforderlichen Gesetzentwürfe der nächsten Ständeversammlung vorgelegt werden. — Durch die Passagiere des Eilwagens, welcher gestern Abend, unmittelbar nach der Entscheidung Kassel verließ, erfuhr man die näheren Details. Das kurhessische Ministerium ist geändert; die neuen Minister sind die HH. Schwedes, Oberstlieutenant Weiß, v. Trott und Letz. (A. Z.)

Gr. Hessen.

Darmstadt, 9. März. Eine der ersten Verfügungen unsers gegenwärtigen dirigirenden Staatsministers, Gagern, betraf die Turnvereine und Turngemeinden, welche, da das bürgerliche Verbindungsrecht jetzt gewährleistet ist, wieder hergestellt werden können.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Darmstadt, 10. März. Aus dem Odenwald erhalten wir Nachrichten von bedeutenden Störungen der öffentlichen Ordnung, hervorgegangen aus der beharrlichen Opposition der Bauern gegen die Standesherren der drei gräflichen Häuser Erbach, Fürstenau und Schönberg. Vorgestern tobte die Emeute zu Erbach, wo gegen 2000 Bauern dem Grafen Eberhard vor das Schloß rückten und ihm durch eine Deputation ihre sehr ungestümen Forderungen zu erkennen geben ließen. Im Drange des Augenblicks mußte er der Gewalt weichen und einen Revers ausstellen, in welchem er förmlich verzichtete auf das Präsentationsrecht bei Besetzung geistlicher und weltlicher Stellen in der Grafschaft Erbach-Erbach, auf alle Jagden, die schon in vier Wochen gänzlich freigegeben werden sollen, auf Zehnten, Grundrenten &c. Der Graf Albert zu Erbach-Fürstenau sollte eine Urkunde ausstellen, wonach er bei Ablösung der Grundrenten mit dem sechsfachen Betrage des Werthes derselben zufrieden sey. Der Graf verweigerte dieses Ansinnen und erklärte, daß er lieber gar nichts dafür nehmen wolle. Ebenso sind dem Grafen zu Erbach-Schönberg von Bauernhaufen Zumuthungen gemacht worden, welche in seine Privatrechte tief eingreifen. So sollen sie verlangt haben, daß derselbe ihnen den Kaufwerth für die ihnen zur Zeit der vorjährigen Theurung zu einem ungewöhnlich billigen Preis von dem gräfl. Rentspeicher abgelassenen Früchte gänzlich erlasse.

(Frankf. Journ.)

Die Grafen von Erbach haben sämmtliche Bitten der auf ihren Besitzungen wohnenden Bürger bewilligt, nachdem diese eine ernstliche aber durchaus friedliche Demonstration gemacht hatten. Die Grafen versprachen nemlich ihre Präsentationsrechte abzutreten, sämmtliche Privat- und Gemeindewaldungen innerhalb des gräflichen Parks einfriedigen und die Renten nach dem gesetzlich festgesetzten Betrag ablösen lassen zu wollen.

Darmstadt. Es soll eine meuterische Rotte einen Angriff auf die Wohnung des gräfl. Kammerraths zu Philippseich beabsichtigt haben, in Folge dessen derselbe, besonders auf den freundschaftlichen Rath des Grafen, sich von dort einstweilen wegbegeben und mit seiner Familie in Sicherheit gebracht haben. (Frankf. Journ.)

Darmstadt, 11. März. Die längst vergeblich nachgesuchte Ueberlassung der Kapelle an die Deutschkatholiken zum Mitgottesdienst ist bewilligt und wird derselbe nächsten Sonntag darin stattfinden. Sodann wird von nächstem Donnerstag an der hiesige Gemeinderath seine Sitzungen öffentlich halten. (Schw. Mkr.)

Nassau.

Wiesbaden, 9. März. Se. Hoheit der Herzog hat verfügt, daß alle wegen Forst-, Jagd- und Polizei-Vergehen bis zum heutigen Tage erkannten Strafen entlassen, und die wegen solcher Vergehen dermalen anhängigen Untersuchungen niedergeschlagen werden. Die herzogl. Beamten werden angewiesen, dahin zu wirken, daß sich in allen größeren Orten des Herzogthums Sicherheitscomités zur Aufrechthaltung der Ordnung, wie solches in der Stadt Wiesbaden bereits geschehen ist, aus den Bürgern nach freier Wahl derselben bilden.

Preußen.

Berlin, 8. März. Gestern Abend versammelten sich hier in Berlin junge Literaten, junge Handwerker, Studirende und junge Kaufleute, und berietheu wohl 500 an der Zahl über eine dem Könige zu behändigende Adresse, worin folgende Wünsche ausgesprochen wurden: 1) Unbedingte Preßfreiheit. 2) Sofortige Amnestie aller wegen politischer Verbrechen Verurtheilten und Verfolgten. 3) Unbedingte Redefreiheit. 4) Freies Vereinigungs- und Versammlungsrecht. 5) Einsetzung von Schwurgerichten nebst Unabhängigkeit des Richterstandes. 6) Verminderung des stehenden Heeres (die beantragte Abschaffung desselben ward nicht genehmigt) und Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer. 7) Allgemeine deutsche Volksvertretung. 8) Schleunige Einberufung des vereinigten Landtages. 9) Gleiche politische Berechtigung aller ohne Rücksicht auf Bekenntniß, Besitz und Geburt (Anträge auf Wahlreform und Bürgschaft des Staates für Arbeit wurden beseitigt).

Berlin, 9. März. Nach Beendigung der ständischen Ausschußsitzungen haben die preußischen Abgeordneten, und an ihrer Spitze die Herren v. Auerswald, v. Brünneck und Sperling, eine Schrift aufgesetzt in der sie den Zustand der Provinz Preußen nach ihren politischen Bedürfnissen und Wünschen darlegen und denselben in einer solchen Spannung schildern, daß ihm nur durch die Einführung allgemeiner Staatsreformen im Sinne der drängenden Zeitforderungen abgeholfen werden könne.

(A. Z.)

Berlin, 11. März. Aus glaubwürdiger Quelle wird versichert, daß Preußen das Anerbieten Rußlands, auf Verlangen ein Armeecorps über die diesseitigen Grenzen rücken zu lassen, abgelehnt habe, was bei der Bevölkerung außerordentliche Freude erregt. (A. Z.)

Breslau, 6. März. In heutiger öffentlichen Sitzung haben die Stadtverordneten beschlossen, morgen eine Abordnung nach Berlin zu senden, mit der Bitte um Preßfreiheit und Geschwornengerichte. Bei einem heute stattgehabten Volkstumult haben durch Einschreiten des Militärs Verwundungen stattgefunden.

Bonn, 10. März. Aus unserer Stadt gehen nach Berlin ab: die Adresse der Universität, Dahlmanns Werk, die Adresse des städtischen Magistrats und eine von der Bürgerschaft besonders abgefaßte, elf verschiedene Puncte betreffende Petition. Reichsverfassung und baldigste Zusammenberufung des vereinigten Landtages bilden den Kern unserer Wünsche. (A. Z.)

Braunschweig.

Braunschweig, 5. März. Der Herzog hat auf die Adresse der Bürgerschaft erwiedert: Hinsichtlich der Preßfreiheit seyen die Beschlüsse des Bundes (der Bundesbeschluß vom 3. d. war wohl noch nicht bekannt!) und das Verhalten der größeren Staaten, namentlich Preußens, abzuwarten; zu einer Handelsvereinbarung von ganz Deutschland seyen die unruhigen Zeiten nicht geeignet; über Volksvertretung im Bunde behalte er sich die Entscheidung vor; wegen Oeffentlichkeit der Gerichte mit Schwurgerichten, sowie der Staats- (Stände-?) und Gemeindeverhandlungen solle Vorlage an die Stände erfolgen und wegen Berufung eines außerordentlichen Landtags mit dem Ministerium berathen werden. Die Volksbewaffnung betreffend, solle wegen Verbesserung des Reglements der Bürgergarde dem Magistrat und den Stadtverordneten Mittheilung gemacht werden. Regelmäßige Volksversammlungen hält der Herzog nicht mehr für nöthig, hat aber nichts dawider, daß der Bürgerverein sich fortan auch mit politischen Gegenständen beschäftige.

Oldenburg.

Oldenburg, 8. März. Ein Regierungsrescript, dd. 7. März, erklärt, der Großherzog werde, sobald irgend thunlich, die Stände berufen. (B. H.)

Freie Städte.

Der „Deutschen Zeitung" schreibt man aus Frankfurt vom 10. März: „Ein großer Theil unserer Bürger trägt bereits seit mehreren Tagen die früher so hart verpönten Farben Schwarz, Gold, Roth. Die Stadtwehr und selbst das Linienmilitär soll von nun an mit denselben geschmückt werden.

Frankfurt, 11. März. Morgens. Der Senat hat gestern Abend den Bescheid auf die Bürgeradresse vom 4. d. Mts. veröffentlicht. Außer der bereits gewährten Preßfreiheit und Amnestie verspricht er Mitwirkung zur Aufhebung der Ausnahmsgesetze des deutschen Bundes, zur Einführung der Nationalvertretung am Bunde und eines gemeinsamen Strafgesetzbuchs und Strafverfahrens für ganz Deutschland. Das Vereinigungsrecht solle alsbald wieder hergestellt, die hier bereits bestehende allgemeine Volksbewaffnung angemessen fortgebildet, die eingeleitete Einführung von Schwurgerichten beschleunigt, die Verhältnisse und das Wohl der Landbewohner eifrigst gefördert werden. Staatsbürgerliche Gleichheit ohne Unterschied des Glaubens bestehe hier schon für alle christlichen Confessionen. Ausdehnung auf Nichtchristen werde, so weit es auf dem Wege der Gesetzgebung möglich, auch ferner angestrebt werden. Weitergehende Aenderungen in dieser Hinsicht würden so tief in das Wesen der hiesigen Verhältnisse eingreifen, daß der Senat Anstand nehme, deren zu beantragen. (A. Z.)

Auch in Hamburg und Lübeck ist durch Staatsbeschluß die Censur aufgehoben. (Morgen Näheres.)

Oesterreich.

Wien, 10. März. Folgende von unzähligen Unterschriften begleitete Adresse ist gestern abgefaßt und übergeben worden: „An die hochlöblichen Stände des Erzherzogthums Oesterreich unter der Enns zu Handen des hochlöblichen ständischen verordneten Collegiums! Seit einer Reihe von Jahren ist von jedem Vaterlandsfreunde der Wunsch lebhaft gefühlt und von manchem in Rede und Schrift die Nothwendigkeit laut ausgesprochen worden auch unser schönes und mächtiges Oesterreich den Weg friedlichen gediegenen Fortschrittes betreten zu sehen. Die letzten Ereignisse im Westen Europas lassen diese Forderung um so unabweislicher und unaufschiebbarer erscheinen, als sie dem Weltfrieden, sowie dem Staatscredit, der Sicherheit des Eigenthums, der Ordnung und des Rechts in jedem Reiche gefährlich werden können. Was in Deutschland in diesem Augenblick zur Wahrung vor jedem Wechselfall des Glücks, zum Schutze und zur Stärkung nach Außen und im Innern geschieht, ist niemanden unbekannt. Jeder hegt zugleich die Ueberzeugung, daß Oesterreich, dessen Herrscherfamilie durch Jahrhunderte die deutsche Kaiserkrone trug, auch nur in festem Anschließen an deutsche Interessen und deutsche Politik sein wahres Heil gewinnen könne; wenn die österreichischen Bürger sich vor allem gedrungen fühlen, ihre unerschütterliche Liebe und Anhänglichkeit an das erhabene Kaiserhaus auszusprechen, so halten sie es auch zugleich für ihre heilige Pflicht, diejenigen Maßregeln offen und frei darzulegen, welche ihrer Meinung nach einzig und allein geeignet seyn können, in so drohenden Zeitverhältnissen der Dynastie, so wie dem Gesammtvaterland neue Kraft und neuen Halt zu verleihen. Diese Maßregeln sind: a) Unverweilte Veröffentlichung des Staatshaushaltes, b) Periodische Berufung eines alle Länder der Monarchie, sowie alle Classen und Interessen der Bevölkerung vertretenden ständischen Körpers mit dem Rechte der Steuerbewilligung und Controle des Finanzhaushaltes, so wie der Theilnahme an der Gesetzgebung, c) Herstellung eines Rechtszustandes in der Presse durch Einführung eines Repressivgesetzes, d) Durchführung des Grundsatzes der Oeffentlichkeit in der Rechtspflege und in der gesammten Verwaltung, e) Verleihung einer zeitgemäßen Municipal- und Gemeindeverfassung und auf deren Grundlage, f) Vertretung der in der gegenwärtigen ständischen Verfassung gar nicht oder nur unvollkommen begriffenen Elemente des Ackerbaues, der Industrie, des Handels und der Intelligenz. Die Stände, wenngleich in ihrer dermaligen Verfassung nicht der vollständige Ausdruck des ganzen Landes, sind als verfassungsmäßiges Organ für die Bedürfnisse des Volkes berufen die Gewährleistung unserer Bitten bei unserm gütigen Monarchen zu

vermitteln. Die Unterzeichneten stellen daher die Bitte: die hochlöbl. niederösterreichischen Stände wollen die vorgeschlagenen Maßregeln in der nächsten Landtagssitzung in Berathung nehmen, und die geeigneten Anträge zu deren baldiger Verwirklichung an den allerhöchsten Thron gelangen lassen." (A. Z.)

Die „Wiener Zeitung" vom 10. März enthält einen amtlichen Aufsatz, dem wir folgendes entnehmen: Die Regierungsveränderung, welche in Frankreich vor sich gegangen ist, betrachten Se. Majestät als eine innere Angelegenheit jenes Landes. Oesterreich ist fern von jeder Absicht, mittelbar oder unmittelbar auf die dortigen inneren Verhältnisse einzuwirken. Sollten jedoch wider Erwarten die bestehenden europäischen Verträge verletzt oder die Grenzen entweder der eigenen Staaten oder die des deutschen Bundes feindlich bedroht werden, so wird Se. Majestät der Kaiser mit allen von der Vorsehung Ihm verliehenen Mitteln einen solchen Friedensbruch zurückweisen.

Wien, 11. März. Nach einem Convocationsschreiben des Landmarschalls der niederösterreichischen Stände, Grafen v. Montecuculi, wird der Landtag schon übermorgen feierlichst eröffnet werden. Alle Blicke sind diesmal auf seine Wirksamkeit gerichtet. Von Seite des Handelsstandes sowie des Gewerbevereins waren dem ständischen Ausschuß dieser Tage Adressen um Abhilfe von Beschwerden übergeben worden. Mittwoch hatte eine Deputation von Buchhändlern zu gleichem Zweck Audienz bei Sr. Maj. dem Kaiser. (A. Z.)

Zwanzig der angesehensten Ständemitglieder des böhmischen Landtags haben eine Erklärung an den ständischen Landesausschuß erlassen, in der sie um möglichst schleunige Ausschreibung einer ständischen Versammlung bitten, um das Ihrige zur Förderung des Wohls der Dynastie und der gesammten Monarchie auf gesetzlichem Wege beitragen zu können.

Schweiz.

Die Bundesrevisionscommission beschäftigte sich am 28. Febr. mit dem Militärwesen. Neben der Organisation des Bundesheeres soll der Bund in Zukunft auch die Instruction des Generalstabs, des Genie, der Artillerie und der Cavallerie übernehmen, so wie den Unterricht der vereinten Waffen und der höheren Militärtaktik. Da jeder Schweizer militärpflichtig ist, so wurde festgesetzt, daß der Auszug gebildet werde aus je 3 Mann von 100 Seelen Bevölkerung und die Landwehr aus je 3 Mann auf 200 Seelen — was eine Streitmacht von beinahe 100,000 Mann ausmachen wird. In Zeiten der Gefahr kann aber der Bund auch noch über die Freiwilligen, den Landsturm und alle anderen Streitkräfte der Kantone gebieten.

Niederlande.

Haag, 7. März. In der zweiten Kammer der Generalstaaten, welche heute wieder zusammentrat, theilte der Minister des Auswärtigen das schon bekannte erste Rundschreiben Lamartines (an die fremden Diplomaten in Paris) mit und bemerkte, dasselbe enthalte in Bezug auf die Aufrechterhaltung des Friedens beruhigende Aeußerungen, demnach sey der königl. Gesandte in Paris beauftragt worden, dort zu verweilen, um die niederländischen Interessen „officiös" wahrzunehmen. Zugleich zeigte der Minister an, daß die zugesagten Wünsche in Betreff der Abänderung des Grundgesetzes unverzüglich mitgetheilt werden sollen.

Frankreich.

Paris, 11. März.

Um die Wahlen zu erleichtern, hat die provisorische Regierung beschlossen, daß die Geburtszeugnisse, welche nöthig sind, um das Alter der Wähler und die Ausübung des Wahlrechtes festzustellen, jedem Bürger auf sein Verlangen umsonst ausgestellt werden sollen. — Nach Verification der Wahlen wird die Nationalversammlung sogleich dazu schreiten, die provisorische Regierung bis zur Veröffentlichung der Constitution entweder zu bestätigen oder zu verändern.

Abberufungen in der Diplomatie: Rossi aus Rom; Flahault und Marescalchi aus Wien; Bourgoing aus München; Bearn aus Hannover; Lavalette aus Kassel; Glücksberg aus Lissabon; Dalmatien (Soult) aus Berlin; Barante aus Petersburg; Bacourt aus Turin; d'Eyragues aus Dresden; Polidor Larochefoucauld aus Weimar; Bois-le-Comte aus der Schweiz; Hippolyte Larochefoucauld aus Florenz; Bourqueney aus Konstantinopel; Mornay aus Stockholm 2c. Im ganzen 27 Namen.

Die Regierung hat einen Vertheidigungsrath der Republik bestellt: Präsident Hr. Arago; Mitglieder: Pelet, Divisionsgeneral Lamoricière, Bedeau, Divisionsgenerale des Fußvolkes; Oudinot, Divisionsgeneral der Reiterei; Paixhans, Divisionsgeneral der Artillerie; Vaillant, Divisionsgeneral des Genie; Denièe, Militärintendant.

Großbritannien.

London, 10. März.

Auch in andern schottischen Städten, in Dunfermline, Airdrie, Newark haben Ruhestörungen stattgefunden.

Dänemark.

Kopenhagen, 4. März. Die seit lange erwarteten Veränderungen im Ministerium wurden heute amtlich bekannt gemacht. Der Nestor unserer Staatsmänner, der bisherige Justizminister und Präsident der dänischen Kanzlei, v. Stemann, ist vom 1. April an von allen seinen Aemtern entlassen, und dagegen zum Oberkammerherrn ernannt; gleichfalls ist Oersted als Mitglied der dänischen Kanzlei und als Generalprocurator entlassen, dagegen bleibt er geheimer Staatsminister und Mitglied der Commission zur Ausarbeitung des Verfassungs-Entwurfs; der Staatsminister v. Bardenfleth ist zum Justizminister und Präsidenten der dänischen Kanzlei und Etatsrath Algreen-Ussing zum Generalprocurator ernannt. Unterm 28. v. Mts. wurde der Generallieutenant Landgraf Wilhelm zu Hessen, Gouverneur der Festung Kopenhagen und der Citadelle Frederikshavn, zum General ernannt. Unter demselben Datum ist dem entlassenen Obersten Herzog Carl zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg Generalmajors-Charakter beigelegt worden. (Nordd. Bl.)

Vereinigte Staaten von Nordamerica und Mexico.

New-York, 6. Febr. Das Segelpaketboot „Cambridge" hat 30,000 Pf. St. in Gold mitgebracht — ein Beweis von dem fortdauernden Zurückströmen der edeln Metalle. — Ein Expresser aus Mexico war angekommen. Die americanischen Truppen besetzen alle wichtigen Punkte des Landes, auch die Bergwerksbezirke, und die Staatseinkünfte werden zum Vortheil der americanischen Armee beigetrieben. Ueber den Stand der Friedensunterhandlungen weiß man noch nichts authentisches. Der Staat San Luis de Potosi hat ein Pronunciamiento gegen den Frieden erlassen, und die andern für Fortsetzung des Kriegs gestimmten Staaten zu einer Versammlung nach San Potosi eingeladen um neue Kriegsmittel zu votiren. (Engl. Bl.)

Südamerica

Mit einer britisch-westindischen Dampfpost, die in Southampton eingelaufen, hat man die Nachricht daß am 24. Jan. in Caraccas, der Hauptstadt des Freistaates Venezuela, eine neue Umwälzung ausgebrochen. Bei einer heftigen Debatte im Congreß gerieth man thätlich an einander, und fünf Mitglieder wurden im Sitzungssaal getödtet. Darauf folgten Straßenkämpfe; indessen kannte man noch kein Resultat. Der Handel in Britisch-Westindien lag fortwährend sehr darnieder. Das Dampfboot „Clyde" hat außer einer reichen Waarenladung, 554,500 Dollars aus Südamerica und dem stillen Meere mitgebracht. (Engl. Bl.)

Börse.

Wien, 11. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 83; zu 4pCt. in CM. 71; zu 3pCt. in CM. 54; Bankactien per Stück 1225; Nordbahn 95½.

Amsterdam, 10. März. 2½pCt. 38⅞; 3pCt. 46⅞; 4pCt. 60¼; Span. 3½pCt. 80; Handels-Maatschappy 143; Ard. 8⅞; port. 3pCt. 23; 5pCt. Metall. 63.

Paris, 10. März. 3pCt. 50 Fr. 50 C.; 5pCt. 77 Fr. — C.

London, 9. März. Consols 80⅛.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 16. März: „Die Entführung aus dem Serail," Oper in 3 Aufzügen von Mozart.

Fremdenanzeige.

Hotel Maulik. HH. v. Muralt, Gutsbesitzer v. Zürich; Bullinger, Privatier v. Basing; Fr. v. Pflaum v. Wien.

Blaue Traube. HH. Dr. Huld, Rechtsconcipient v. Landsberg; Hofmann-Thaler, Landwirth v. Wien.

Stachusgarten. HH. v. Thoma, Förster von Schongau; Fichtl, Concipient, und Hörhamer, Bräuer v. Abensberg; Eisenhauer, Hauptmann v. Ingolstadt; Rehrl, Lehrer v. Berchtesgaden; Hüll, Beneficiat v. Grünwald.

Gestorbene in München.

Dorothea Ehrl, b. Kammmachersfrau v. h., 59 J. alt; Johana Siehle, b. Koch v. h., 59 J. alt; Rebeka Ullmann, Fabricantensfrau v. h., 53 J. alt; Wilhelmine v. Laroche, k. b. Oberstenswittwe v. h., 73 J. alt; Rosina Kaderer, Tischlerstochter v. Neuburg a. D., 29 J. alt; Barbara Kronester, Mühlarztenstochter v. Erlangen, 31 J. alt; Maria Schwaiger, Schuhmacherstochter v. Schongau, 22 J. alt; Barbara Schmid, Magazinaufseherswittwe von Nymphenburg, 72 J. alt; Maria Anna Strell, Chirurgenswittwe v. h., 73 J. alt.

Bekanntmachung.

2321. (2a) Die am 10. Decbr. v. Js. dahier verlebte Generalmajorswittwe Frau Franzisca Gräfin v. Butler, geb. Freiin v. Hornstein, hat in ihrem Testamente vom 26. März 1845 bestimmt, daß jede ihrer Tauf- und Firmpathen, welche sich als solche in gehöriger Art ausweisen wird, als Legat die Summe von 250 fl. und beziehungsweise 150 fl. baar erhalten soll.

Jene Personen, welche hienach Ansprüche geltend machen zu können glauben, haben sich, nachdem das Testament anerkannt ist, an den eingesetzten Executor zu wenden, welchen ihnen das Gericht auf Anfrage benennen wird.

Sign. am 9. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

Sengel.

Bekanntmachung.

2317. (2a) Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Haus und Anwesen Nro. 10 an der Dachauerstraße (Oberwiesenfeld) nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der §§. 98 101 der Prozeßnovelle von 1837 gerichtlich versteigert, und hiezu Tagsfahrt auf

Montag den 15. Mai 1848 Vormittags 10 bis 12 Uhr Zimmer Nr. 35 über 2 Stiegen

anberaumt, und hiebei bemerkt, daß der Zuschlag nur nach Erreichung des Schätzungswerthes erfolgt.

Das Anwesen besteht aus einem 2 Stock hohen Wohnhause, einem einstöckigen Hintergebäude mit Hofraum, Garten, einem Brunnen und einer Holzhütte. Dasselbe ist gerichtlich auf 2300 fl. geschätzt, mit 2000 fl. der Brandversicherungs-Anstalt einverleibt, und mit Hypothekkapitalien im Betrage zu 3083 fl. 39 kr. belastet.

Am 10. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

Lock.

2323 Bei dem Trompeter-Corps des k. Cürassier-Regiments Prinz Carl wird die Stelle für die Stimme des II. Clarpenhorns erledigt.

Competenten, welche den militärdienstlichen Anforderungen und auch in musikalischer Beziehung entsprechen, können sich täglich darum bewerben.

München den 15. März 1848.

Bekanntmachung.

2322. Franziska Scheungraber, Kleingütlerstochter von Winzer, will nach Nordamerica auswandern.

Allenfallsige Forderungen wollen deshalb bis zum 15. Mai d. Js. hierorts bei Vermeidung der Nichtberücksichtigung angebracht werden.

Sign. 3. März 1848.

Königl. Landgericht Hengersberg.

Obermaier,

Landrichter.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 67.

Man pränumerirt auf die Z. p. J. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nr. 21 auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 36 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Donnerstag | XLIX. Jahrgang. | 16. März 1848.

Ein deutsches Lied.

(Speyerer Zeitung.)

Auf! Deutschland! auf! ein mächt'ger Völkersturm durchzittert
Europa's leichenhaftes, schmachbedecktes Feld,
Der Staaten Diplomatenbau, er ist verwittert,
Die Losung ist: „erstehe neu, du alte Welt!"
Und, was den Genius der Freiheit hielt umgittert,
Das stürzt zusammen jetzt, denn jede Fessel fällt!
Auf! Deutschland! auf! erringe Dir mit muth'ger Hand
Ein einig und ein starkes, großes Vaterland!

Die ewigen, die unveräußerlichen Rechte,
Die schützend in des Volkes Brust ein Gott gelegt,
Sie werden wach und laut durch aller Kerker Nächte,
Und wie das Meer, von seiner höchsten Fluth bewegt,
Trägt es zugleich an alle Ufer jene Mächte,
Die ganz Europa schon vom Schlafe aufgeregt!
D'rum! Deutschland! auf! erringe Dir mit kräft'ger Hand
Ein einig und ein starkes, großes Vaterland!

Des deutschen Mannes schönste Zierden sind die Waffen!
Ihr edelster Gebrauch: für Freiheit, Volk und Recht!
Nie! werden Herrliches und Starkes sie erschaffen,
Führt sie gesinnungslos der Söldner nur und Knecht!
Doch für das Volk geführt: wächst aus der Wunde Klaffen
Der Freiheit starke Säule, ungefälscht und echt!
D'rum Deutschland! auf! die Waffen Allen in die Hand!
Erkämpfe einig Dir ein großes Vaterland!

Ein mündig Volk! steh' auf! schon deutsche Fürsten schaaren
Sich um die Männer, welche schützend fort und fort
In hohem Muth' — Herd, Recht und Vaterland zu wahren —
Zusammenstehn: ein Wall der Freiheit und ihr Hort!
So! trotzen wir des Nordens wie des West's Gefahren,
Wir lösen treulich Fürst und Vaterland das Wort.
Und schaffen uns mit einiger und starker Hand
Ein hochgeliebtes und ein großes Vaterland!

Und, wer in einer solchen Völkerschöpfungs-Stunde
Feig den Erfolg erst sicher zu berechnen strebt,
Wer unentschieden bleibt bei solchem heil'gen Bunde,
Wer freudig nicht mit an dem Grab der Knechtschaft gräbt,
Wer stolz nicht wird und ist — selbst auf die Todeswunde,
Aus der ein einig, großes Deutschland sich erhebt:
Deß Körper faule an der Newa starrem Strand',
Und seine Seel' irr' ohne Lieb' und Vaterland!

Wer eine Mutter pflegt, wer Vaterpflichten übet,
Wer seinen Vater nährt, wer Weib und Herd beschützt,
Wer mit der ersten Liebe süßem Feuer liebet,
Wer durch sein Thun und Schaffen redlich wirkt und nützt:
Der greif' zum Schwert, das Fürst und Vaterland ihm bietet,
Es sind von Gottes Arm die Lieben ja umschützt!
Und, wenn im heil'gen Kampf' er seinen Frieden fand:
Lebt er im Ruhme fort von Volk und Vaterland!

Du! deutsche Frauenwelt! du Trägerin des Schönen!
Entfalte deines Seelenadels Tiefe ganz,
Ja! winde um das freie Haupt von Deutschlands Söhnen,
Das Hoffnungsgrün des Sieg's in deiner Anmuth Glanz;
Und, wer nicht wiederkehrt, dem weihe deine Thränen,
Dem leg' auf's kühle Grab' der Liebe ew'gen Kranz:
Denn, als sein freier Geist sich aus der Wunde wand,
Gewann er noch für Euch ein großes Vaterland!

D'rum! Männer auf! kein deutsches Herz darf jetzt erbeben,
Was wir erringen woll'n, das ist das Höchste Gut,
Und's Höchste wird im Kampf' errungen nur im Leben
D'rum setzt auch's Höchste ein; die Lieben und Eu'r Blut,
Soll stark und kräftig sich der Freiheit Banner heben!
Dieß fordert auch der Tausenden ihr Märtyr'r Muth,
Daß Ihr's erringt, was sie geäzt an Kerkers Wand,
Daß Ihr's erkämpft! ihr vorgehofftes Vaterland!

So steh' denn auf, mein Volk! in eines Volkes Willen,
Das seiner Macht wie seiner Kraft sich ist bewußt,
Das seine Gottessendung freudig will erfüllen,
Das Muth mit That und Treue trägt in freier Brust,
Das, um den Drang „ein Volk zu seyn" zu stillen,
Sich nicht auf fremde Macht, nur auf sich selber fußt:
Das hat der Mächte höchste Macht in seiner Hand,
Und ist in sich ein Volk mit einem Vaterland!

Ludwigshafen, den 7. März 1848.

Seybwerk.

II.

Ueber Ständewahlordnung.

⁂ Von der Donau. Im Monat März. Die Wahl nach Ständen möchte im allgemeinen nicht zu beanstanden seyn, weil nur so die Vertretung aller wesentlichen Bestandtheile des Staates gewährleistet ist. Eine Gefährde, die in dem selbstsüchtigen Bestreben einzelner Stände gefunden werden könnte, scheint durch das verhältnißmäßige Gleichgewicht der einzelnen Stände in der Zusammensetzung der Abgeordnetenkammer beseitigt. Allein die Stände, wie sie die Verfassungs-Urkunde unterscheidet, scheinen der Natur der Sache nicht entsprechend gesondert zu seyn. Dieselben sind in der Verfassungsbeilage X. aufgezählt, wie folgt: A. Adel mit Gerichtsbarkeit; B. Universitäten; C. Geistlichkeit; D. Stadtbürgerschaft; E. Landeigenthümer ohne Gerichtsbarkeit. Der hohe Adel füllt die erste Kammer neben den lebenslänglichen Reichsräthen, die ihm großentheils ebenfalls angehören, allein. Er genießt somit die Hälfte aller Repräsentationsrechte; ohne auch nur bei weitem die Hälfte des Grundbesitzes und der Steuerlast zu tragen. Es scheint daher in einer besonderen Vertretung des Adels in der zweiten Kammer ein übermäßiges Gewicht einem Stande beigelegt, dessen Bedeutung lange nicht mehr die einer früheren Zeit ist; um so mehr da sich zwischen dem niederen Adel und dem höheren Bürgerstande (Stadtbürgerschaft) kein wesentlicher Unterschied, kein wesentlich verschiedenes Interesse erkennen läßt, indem letztere an Intelligenz und Besitzthum dem niederen Adel völlig gleichsteht. Zudem ist das Kriterium des Adels, Besitz von Gerichtsbarkeit, ein mit der Zeit vergängliches und ein so trauriges Ueberbleibsel aller mit dem monarchischen Principe ebenso, wie mit der Idee des Staatsverbandes unverträglicher Verhältnisse, das wahrlich nicht zur Basis der Volksvertretung geeignet erscheint. Die Geistlichkeit vertritt entweder die Kirche, oder deren Grundbesitz, oder den Stand des Lehrers, d. h. den gelehrten Stand. Die Kirche als solche ist aber nicht von dieser Welt; sie und der Staat ist am glücklichsten gegenseitig unabhängig, und frei von allem anderen Einfluß, als dem des Schutzes und der Oberaufsicht, welcher dem Staate zukömmt. Als Vertreterin des kirchlichen Besitzes aber würde die Geistlichkeit nothwendig mit dem Stande der Landeigenthümer zusammenfallen. Dagegen ist nicht zu verkennen, daß der Reichthum an Intelligenz und geistiger Bildung ein sehr großes und wichtiges Capital im Staatshaushalte bildet; aber durch die Universitäten nicht ausschließlich und genügend vertreten werden kann. Eben so wenig vermag der geistliche Stand, der an sich nur einen Theil der zum Staatsleben wesentlich erforderten Intelligenz besitzt und repräsentiren kann, den Reichthum der Intelligenz allein zu vertreten, während die große Zahl der

Volkslehrer und der mit gelehrter Bildung ausgerüsteten und damit arbeitenden Beamten ohne alle Vertretung bleiben würde. Die Zahl erkennbar unterschiedener Stände möchte daher auf folgende zurückgebracht werden: 1. der Stand der Landeigenthümer; 2. der Stand der Stadtbürger, wohin auch der gesammte niedere Adel gehört; 3. der Stand der Gelehrten, wohin die Geistlichen aller öffentlichen Kirchengesellschaften; alle Lehrer vom Volksschullehrer bis zum Universitätsprofessor und Akademiker; dann alle Beamten mit pragmatischen Rechten gehören. Nach der Masse der Betheiligung am Staatsleben könnte sodann dem erstgenannten Stande die Hälfte, jedem der beiden anderen Stände ein Viertheil der Ständemitgliederzahl in der zweiten Kammer zugetheilt werden. Confessionelle Unterscheidungen sind nicht zu machen, weil der Idee des Staates es nicht entspricht, darauf zu sehen, Glaubensbekenntnisse als solche vertreten zu lassen. Die Universitäten zu besonderer Vertretung zuzulassen, besteht bei der Vertretung des Gelehrtenstandes überhaupt kein Grund mehr, oder man müßte alle Stiftungen zu einer geeigneten und besonderen Vertretung zulassen. Allein, warum dieses geschehe, läßt sich nicht absehen, weil die Existenz der Stiftungen keine absolute, sondern von dem Interesse der physischen im Staatsverbande stehenden Bürger bedingte ist, somit einer eigenen Vertretung neben der aller Bürger nicht ansprechen kann. Die Wahl selbst betreffend, so muß sich solche füglich in zwei Stadien abtheilen. Urwahl oder Wahl der Wähler; Hauptwahl oder Wahl der Abgeordneten. Zur Urwahl ist jeder selbstständige volljährige Staatsbürger ohne alle Rücksicht auf Vermögens, Leumunds und Glaubensverhältnisse in dem Gerichtsbezirke, wo er wohnt, bei mehreren ihm zustehenden Wohnorten nach seiner Wahl zulässig. Wählbar zum Wähler aber ist nur derjenige, selbstständige wenigstens 30 Jahre alte einer öffentlichen Religionsgesellschaft*) angehörige Staatsbürger, der nicht wegen eines Verbrechens u. s. f. verurtheilt oder von der Instanz**) entlassen ist, und entweder 5 fl. einfache Grund- oder Haussteuer, oder 15 fl. Gewerbsteuer gibt, oder einen fixen Gehalt als Beamter mit pragmatischen Rechten von 600 fl. des Jahres bezieht. Die Urwähler dürfen bei dieser Wahl nicht auf ihren Wahlbezirk sondern nur auf die Provinz oder den Kreis, dem sie angehören beschränkt werden, und wählen so oft 4 Wähler, als der Gerichtsbezirk 10,000 Seelen zählt; Bruchtheile von oder über 5000 Seelen zählen für voll, unter 5000 Seelen aber gar nicht. Von 4 Wählern müßten 2 dem Landeigenthümer- 1 dem Stadtbürgerstande einschlüssig des niederen Adels, 1 dem Gelehrtenstande angehören. Die Wähler wählen aus ihrer Mitte am Sitze jeder Kreisregierung die treffende Anzahl Abgeordneter und zwar ebenfalls nach obigem Verhältnisse. Läßt sich die Zahl der auf eine Provinz treffenden Abgeordneten nicht ohne Rest durch 4 theilen, so gelten die Bruchtheile 2 oder 3 für voll; es wird dafür ein Abgeordneter mehr gewählt; der Bruchtheil 1 bliebe dagegen außer Betracht. Wer in verschiedenen Bezirken zum Wähler gewählt würde, hat die Wahl wo er annehmen will; eben so, wer in mehreren Ständen gewählt wird. Mit diesem Verfahren ist jedem selbstständigem Einwohner und Staatsbürger ausreichender Einfluß auf die Wahl gesichert; hinlängliche Wahlfreiheit gewährt, die Intelligenz gegen die Uebermacht der Geldaristokratie geschützt, und dafür gesorgt, daß allen wesentlichen Standesinteressen, ein wohlthätiges und ausreichendes Gewicht gesichert sey. Daß von nun an der vielberedete §. 44 lit. c. der X. Verfassungs-Beilage nicht weiter bestehen möge, dürfte sich wohl von selbst verstehen. So wenig übrigens diese Andeutungen Anspruch haben auf Vollständigkeit, so dürften sie ausreichen, das Nachdenken über einen der wichtigsten Puncte des gesammten constitutionellen Staatslebens zu wecken.

Deutschland.

Frankfurt, 12. März. Seit heute Mittag weht von dem Bundespalast die schwarzrothgoldene Fahne als Zeichen der Anerkennung von Seiten des Bundestages. (Fr. J.)

Bayern.

*†München, 16. März. Die feierliche Eröffnung des Landtags wird Sonntag oder Montag, wie man vernimmt, durch Se. Maj. den König in Person erfolgen. Bereits weilen viele Reichsräthe und Mitglieder der II. Kammer in der Stadt. — Das ganze Publicum ist aufs Höchste auf die Kammeradresse gespannt.

††München, 14. März. Dem Ministerium des Innern wurde statt eines Ministerialsecretärs I. Classe ein dritter Ministerialassessor beigegeben und diese Stelle dem dermaligen Ministerialsecretär I. Classe K. Epplen verliehen, der bisherige Ministerialkanzlei-Secretär Max Dietrich ward zum geheimen Secretär im Ministerium des Innern ernannt, dem ersten Trigonometer der Steuerkataster-Commission Ludwig Frhrn. v. Imsland wurde in Anerkennung geleisteter vieljährige Dienste der Titel eines königl. Rathes tax- und stempelfrei verliehen, der Revisionsbeamte Joseph Reschreiter zu Ludwigshafen auf seine Bitte auf die II. Revisionsbeamtenstelle am Hauptzollamt München versetzt, der Accessist der Generalverwaltung der Posten und Eisenbahnen Michael Stuttner zum Ministerialsecretär im Finanzministerium provisorisch ernannt, die Postofficialstellen III. Classe: bei dem Postamt Aschaffenburg dem Postfunctionär Andreas Karl Booß zu Hof; bei dem Oberpost-Amt Augsburg dem Postfunctionär Friedrich Böttinger zu Lindau provisorisch verliehen, der Revierförster zu Steinwiesen Christian Schilling seiner Bitte gemäß auf das Revier Himelkron, Forstamt Kulmbach versetzt, und dessen Stelle dem Actuar des Forstamts Steinwiesen Philipp Brand provisorisch verliehen und auf die Grenzobercontroleurstelle zu Habkirchen, Hauptzollamts Zweibrücken, der Grenzobercontroleur Benedict v. Gäßler von Kröppen auf sein Ansuchen versetzt, und dessen Stelle dem berittenen Oberaufseher der Salzregiewache in der Pfalz, Karl Hauptmann zu Ludwigshafen provisorisch verliehen.

München, 16. März. Das königl. Regierungs-Blatt (Nro. 10.) vom 15. März bringt I. eine Allerhöchste königl. Entschließung, die Einführung der Landwehrordnung in der Pfalz betreffend. (Wir werden sie vollständig nachliefern) II. Bekanntmachung, den Vollzug des Gesetzes über das Eisenbahnanlehen betr. Die Wirksamkeit der Bekanntmachungen vom 2. und 29. Jan. l. J., den Vollzug des Gesetzes über das Eisenbahnanlehen betreffend, (Regierungsblatt 1848, Seite 6 und 50) wird in Folge allerhöchster Genehmigung Sr. Maj. des Königs um weitere drei Monate, sohin bis zum 30. Juni l. J. verlängert, in so ferne die gesetzliche Darlehenssumme von 10½ Millionen Gulden nicht früher aufgebracht werden sollte. München den 13. März 1848. Königl. Staatsschuldentilgungs-Commission v. Weigand. v. Appel, Secretär. III. Dienstes-Nachrichten. Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht, unterm 11. März l. Js. den Minister-Verweser des königl. Hauses und des Aeußern, dann des Innern für die Kirchen- und Schulangelegenheiten, Staatsrath im ordentlichen Dienste, Herrn Fürsten von Oettingen Wallerstein, mit dem ebengenannten Tage der gedachten ihm seither anvertrauten Verwesung vorbezeichneter beider Ministerien, dann der Stelle eines Staatsrathes im ordentlichen Dienste zu entheben, und ihn — bis von Allerhöchstdenselben seine weitere Bestimmung folgen wird — in die Stelle eines Staatsrathes im außerordentlichen Dienste zurücktreten zu lassen; — ferner mit dem 11. März l. J. angefangen, die Verwesung des Ministeriums des Innern für die Kirchen- und Schul-Angelegenheiten dem Justizministerverweser, Staatsrath im ordentlichen Dienste, v. Beisler, zu übertragen.

München, 14. März. Dem hier in Urlaub befindlichen Gesandten in der Schweiz, Baron Verger ist das Portefeuille des Ministeriums des königl. Hauses und des Aeußern nur interimistisch übertragen worden, bis Graf v. Waldkirch, königl. bayer. Ministerresident am badischen Hofe, welcher als Verweser dieses Ministeriums einberufen, angekommen. Graf Waldkirch ist nun, wie wir hören, wegen Krankheit verhindert, dieser Einberufung zu folgen, und man ist daher um so mehr in Verlegenheit, als sich Frhr. v. Gagern und Graf v. Lehrbach in einer außerordentlichen Mission von Seite der herzogl. nassauischen und großh. darmstädtischen Regierung bezüglich der Einberufung eines deutschen Parlaments rc. hier befinden und demnächst ein Congreß von Abgeordneten deutscher Staaten stattfinden soll. In der gleichen großen Angelegenheit der Nationalvertretung am Bunde wird von Seite Württemberg Frhr. v. Sternenfels hier erwartet. In diplomatischen Kreisen glaubt man annehmen zu dürfen, daß Fürst Wallerstein, welcher noch viel mit den königl. Prinzen verkehrt, trotzdem daß er das Vertrauen des Königs und eines großen Theils der Bevölkerung nicht mehr besitzt, in diesen schwierigen Zeitumständen nicht unmöglich geworden ist. (A. Z.)

München, 12. März. In tausend gedruckten Exemplaren circulirt hier eine „Antwort des deutschen Volkes an die deutschen Bundestagsgesandten in Frankfurt a. M.,“ in der diesen das Vertrauen, welches sie in ihrer Proclamation vom 1. März vom deutschen Volke verlangen abgesprochen wird, weil sie an dem Bevormundungssystem festgehalten, die Bildung des Volkes gehemmt und kein Organ der nationalen und politischen Einheit Deutschland gebildet hätten. Die Zeit des Bundestages sey vorüber, die electrische Wirkung der aller Orten hervorbrechenden Völkererhebungen könne bei jenen nicht die frischen Bewegungen der Gesundheit hervorrufen. Verfassungsgemäß berufen für die Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands zu sorgen, hätten sie nur freiheitswidrige Maßregeln hervorgerufen, die Männer des Volks verfolgt, Luxemburg abgetreten und Schleswig-Holstein bloßgestellt. Wohl beruhe auf der Eintracht der Deutschen die friedliche und freundliche Entwickelung unseres Vaterlandes, doch könnte jene diese nicht fördern, nur ein deutsches Parlament von freigewählten Männern, getragen durch das Vertrauen des deutschen Volkes, vermöge die Geschicke Deutschlands zu lenken. (Nürnb. Kur.)

***München, 16. März. Gestern hatte sich hier mit reißender Schnelligkeit das Gerücht verbreitet, die jüngst erst zum zweitenmal polizeilich ausgetriebene Lola Montez, weile in Fürstenried; gegen Abend brach ein aus nahe an 1000 Personen bestehender Volkshaufe, worunter viele bewaffnet gewesen seyn sollen, nach jenem Schloß auf. Man fand jedoch dort angelangt, die betreffende Person nicht, das Volksgerücht ließ sie, von dem Anzuge in Kunde gesetzt, nach einem Nachbarorte geflüchtet seyn. Am Schloß sollen Beschädigungen an Fenstern verübt worden seyn. (?)

Augsburg, 14. März. Schon längst sprach sich die allgemeine Stimme dahin aus, daß dem leidigen confessionellen Hader, welcher seit einer Reihe von Jahren unsere wackere Bürgerschaft in Spaltung gebracht, und ein einmüthiges Zusammenwirken zum Heil und Frommen des Ganzen gestört hatte, endlich einmal ein Ende gemacht werde. Diesem allgemeinen und immer mehr als Nothwendigkeit sich herausstellenden Verlangen Rechnung tragend, versammelten sich gestern je 40 der angesehensten Bürger beider christlichen Confessionen auf dem Rathhaus zu einer Berathung. Die Protestanten stellten die Bitte einer paritätischen Vertretung in den beiden Gemeindebehörden, als das einzige Mittel zur Herstellung des Friedens. Mit der lobenswerthesten und anzuerkennendsten Zuvorkommenheit gingen die katholischen Mitbürger auf diese Forderung ein, und es wird nun einer in den nächsten Tagen abzuhaltenden allgemeinen Bürgerversammlung vorbehalten bleiben diesen vorläufigen Beschluß zu sanctioniren, welche Billigung — wir vertrauen fest auf den gesunden Sinn der Bürger — nicht ausbleiben wird. (Augsb. Abdz.)

Nürnberg, 11. März. Die in Nro. 62 der „Münchener politischen Zeitung“ aus Nürnberg vom 7. d. enthaltene Notiz muß dahin berichtigt werden, daß von der königl. Bank bei dem erwähnten ungewöhnlichen Andrang zur Rücknahme deponirter Privatgelder nur aus Mangel an Zeit mehrere Personen nicht im Augenblick befriedigt werden konnten, sondern beim Herannahen des Abends auf den nächsten Tag beschieden wurden, und daß die königl. Bank auch von dem ihr zustehenden, und in den Banknoten über Beträge von mehr als 1000 fl. ausgedrückten Rechte eine vierwöchentliche Aufkündigung zu verlangen, keinen Gebrauch gemacht hat. (A. Z.)

Nürnberg, 13. März. In einer gestern Nachmittag abgehaltenen Bürgerversammlung wurde auf den Antrag eines Redners der Landtagsabgeordnete Herr Bürgermeister Bestelmeier aufgefordert, seinen Sitz in der Kammer der Abgeordneten auf dem bevorstehenden Landtag wieder einzunehmen, wozu derselbe seine Bereitwilligkeit aussprach. — Heute hat das Collegium der Gemeindebevollmächtigten mit 28 gegen 3 Stimmen erklärt, daß es zwar Herrn Bestelmeier nicht hindern könne, dem Landtage beizuwohnen, daß er aber das hiezu erforderliche Vertrauen des Collegiums nicht mit auf den Weg nehmen würde. (C. v. u. f. D.)

*) Hierüber später.

**) Ein anderes Strafgesetz muß hier Aenderungen veranlassen.

Nürnberg, 14. März. Heute Nacht 1 Uhr kam eine Kurier-Locomotive hier an, welche Briefe an die Commandantschaft überbrachte, Requisitionen von Militär enthaltend und zwar nach Lichtenfels, Schney ꝛc. indem dortselbst die Landleute gegen die Juden und Gutsherrn aufgestanden sind. Auf dem Gute Schney haben dieselben das gräflich Brockdorff'sche Schloß total demolirt. Möbel und Kostbarkeiten zu den Fenstern herabgeschlendert und den Grafen verjagt. Von einer Verwundung des Herrn von Redwitz wird gesprochen. Es sind bereits von hier 150 Mann Truppen mit der Eisenbahn nach Lichtenfels abgegangen. (C. v. u. f. D.)

Würzburg, 12. März. Gestern wurde hier beschlossen, wie in Augsburg und Nürnberg eine Stadtwehr zu organisiren, an welcher die im Landwehrregiment nicht Eingereihten Theil nehmen sollen. Bereits sind sehr zahlreiche Anmeldungen aus allen Ständen geschehen. Die Studenten beschlossen sich in sieben Compagnien von je 40 Mann zu organisiren, um nöthigen Falls den Patrouillen- und Wachdienst in der Stadt zu versehen. (N. Würzb. Z.)

Speyer, 10. März. Heute wurden wieder 4 der am schwersten verdächtigen Theilhaber an den gestrigen und vorgestrigen Tumulten unter starker Escorte nach Frankenthal abgeführt. Es scheint außer Zweifel, daß Versuche zur Befreiung der Festgenommenen aus dem hiesigen Kantonsgefängnisse beabsichtigt waren. Auch auf Brandstiftung soll es abgesehen gewesen seyn. (Speyer. Z.)

Neustadt, 13. März. Heute hat hier die angekündigte Volksversammlung unter freiem Himmel im großem Rathhaushofe stattgefunden. Ueber einer Tribüne wehte die schwarzrothgoldene Fahne. — Vor der Volksversammlung wurde hier der erste Gottesdienst der Deutschkatholiken abgehalten. (Speyer Z.)

Württemberg.

Ulm, 13. März. Heute ist die amtliche Meldung hier eingetroffen, daß das in Bregenz liegende k. k. österreich. 51. Infanterieregiment „Großherzog von Baden" nächstens zur Besetzung der Bundesfestung hier eintreffen wird. (Nach Ziff. 8. §. 151 des I. Abschnitts der Kriegsverfassung des deutschen Bundes soll Ulms Kriegsbesatzung zu einem Dritttheil aus österreichischen und zu zwei Dritttheilen aus bayrischen und württembergischen Truppen bestehen.) Heute ist dasselbe dort abmarschirt. — Die ganze Stadt ist in furchtbarster Aufregung und bereits ist nach Stuttgart ein Eilbote abgegangen, um Erklärung für dieses Ereigniß, dem die Aufgeregtheit die sonderbarsten Zwecke unterbreitet. Man will weder Oesterreicher noch Preußen (das ist nun freilich kein starker Beweis von deutscher Einheit).

F. Hohenzollern-Sigmaringen.

Sigmaringen. Ein Extrablatt des Verordnungs- und Anzeigeblattes enthält eine landesfürstliche Verordnung, welche bestimmt: §. 1. Es soll alsbald ein außerordentlicher Landtag einberufen werden. §. 2. Hiezu sollen sämmtliche Abgeordneten der Wahlbezirke und der Geistlichkeit neu gewählt werden. Die fürstliche Landesregierung ist beauftragt die Wahlkörper ungesäumt erneuern zu lassen und sogleich die nöthigen Anordnungen hiewegen, so wie wegen der Wahl der Abgeordneten zu treffen. §. 3. Die gegenwärtigen Abgeordneten sind dieser ihrer Eigenschaft enthoben. Sigmaringen den 12. März 1848. Karl, Erbprinz (im Namen und Auftrag des abwesenden Landesherrn). Schenk zu Schweinsberg. (Schw. Mkr.)

Hohenzollern-Hechingen.

Hechingen. Am 11. fand eine Versammlung des Volks vor dem Schlosse in Hechingen statt; Forderungen wurden gestellt und von Seite der Regierung Concessionen ertheilt; das Volk verließ den Platz nicht eher bis jeder Gemeinde die Fertigung der Gewährungen eingehändigt war. — Mündlichen Nachrichten zufolge hätten sich sämmtliche Beamte, welche nicht Hechinger sind, genöthigt gesehen, das Fürstenthum zu verlassen. (Schw. Mkr.)

Baden.

Karlsruhe, 13. März. Nach allerhöchster Entschließung des Großherzogs vom 7. d. M. ist der bisherige großherzogliche Bundestagsgesandte an den Höfen von Brüssel und dem Haag, Frhr. v. Blittersdorf, in den Ruhestand versezt worden. — Der Großherzog hat einen Erlaß veröffentlicht, daß die Strafe der körperlichen Züchtigung beim Militär unter keiner Bedingung mehr in Anwendung gebracht werden dürfe. (Karls. Z.)

Karlsruhe, 13. März. Heute wurde der von den Generalofficieren bereits geleistete Verfassungseid auch von den hiesigen Garnisonstruppen geleistet. — Auch das Mannheimer Militär hat heute auf die Verfassung geschworen.

Am 7. März ist an dem erzbischöflichen Ordinariat in Freiburg der Antrag auf Abhaltung einer Diöcesansynode nach lebhaftem Kampf durchgegangen.

Stockach, im badischen Seekreis, 9. März, Nachmittags 3 Uhr. Es schließt sich eben hier eine Volksversammlung von nahe an 10,000 Männern des Seekreises, in welcher unter den bekannten Wünschen des Volkes eine sofortige, augenblickliche Bewaffnung des Volkes mit Gewehren und Sensen zum Beschluß erhoben wurde. (Frankf. Journ.)

Mannheim, 11. März. Der Aufruf zur Errichtung eines Freiwilligencorps hat hier allgemeinen Anklang gefunden; es sind bereits über 800 Theilnehmer unterzeichnet, und darunter befinden sich auch Staatsdiener. (Schw. Mkr.)

Heidelberg. Einladung. Der Ausschuß, welchen die zu Heidelberg am 5. März versammelten deutschen Männer beauftragten, vorläufig die Grundlagen einer nationalen deutschen Parlamentsverfassung zu berathen, hat über diese Grundlagen sich so weit geeinigt, daß dieselben einer größern Versammlung von Männern des Vertrauens unseres Volkes zur weitern Berathung vorgelegt werden können. Wir laden demgemäß alle früheren oder gegenwärtigen Ständemitglieder und Theilnehmer gesetzgebender Versammlungen in allen deutschen Landen (natürlich Ost- und Westpreußen und Schleswig-Holstein mit einbegriffen) hiemit ein, sich Donnerstag den 30. März in Frankfurt am Main zu dieser Berathung einzufinden. Eine bestimmte Anzahl anderer durch das Vertrauen des deutschen Volks ausgezeichneter Männer, die bisher nicht Ständemitglieder waren, werden noch besondere Einladungen erhalten. Heidelberg, 12. März 1848. Binding I.; Gagern; Itzstein; Römer; Stedtmann; Welcker; Willich.

Breisach, 13. März. Aus Mosbach schreibt die „Karlsruher Zeitung" vom 11. März. Ringsumher wurden Juden, Standes- und Grundherren und immer mehr jeder Vermögliche überhaupt von zahlreichen Volkshaufen bedroht. Am Mittag seyen Truppen eingerückt: 65 Mann Reiterei, am Abend 3 Compagnien Fußvolk.

K. Sachsen.

Leipzig, 9. März. Die Landtagsabgeordneten Joseph und Schaffrath haben an den König eine Vorstellung gerichtet, in welcher derselbe gebeten wird, seinem Volk zu gewähren: Preßfreiheit, Gewissensfreiheit, freies Recht sich zu versammeln, Uebertragung des Wechselrechts und der Wechselbarkeit auf die gesammten Staatsbürger, Befreiung von der jetzigen weltlichen und ganz besonders priesterlichen Bevormundung der Kirchengemeinden, volksthümliche Wehrverfassung, Recht und Geltung der Arbeit und dauerhafte Sicherheit des Eigenthums, Vertretung des Volks am deutschen Bundestag. (Schw. Mkr.)

Leipzig, 9. März. Der Buchdrucker D. Sturm erklärt im heutigen Tagblatt, daß er den Druck des Bayard, einer obscuren Zeitschrift, deren armselige Tendenzen dem 15. und 16. Jahrhundert angehören, von heute an eingestellt habe. Die übrigen Leipziger Buchdrucker sollen fest entschlossen seyn, den Druck des Bayard in keinem Falle zu übernehmen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Der Rath der Stadt Leipzig mahnt durch einen Straßenanschlag vom 11. März von dem nach Dresden beabsichtigten massenhaften Volkszuge ab.

Gr. Sachsen-Weimar.

Weimar, 11. März. Das verhaßte Ministerium Schweitzer, v. Gersdorf und geheimer Staatsrath und Kammerpräsident Thon ist auf Verlangen des Volks entlassen. Der Abgeordnete Wydenbruck ist von dem Großherzog ersucht, an die Spitze des neuen Ministeriums zu treten. (Fr. J.)

Kurhessen.

Frankfurt, 13. März (Morgens). Bürgermeister Eberhard in Hanau erhielt gestern Nachmittag das Decret als Minister des Innern. (A. Z.)

Lengsfeld, 9. März. Hier im Fuldathal setzten die Ortsvorsteher der drei Orte Lengsfeld, Weilar und Gehaus eine Petition auf und ersuchten die Freiherren v. Boineburg um Abgabe des Patrimonialgerichts, um billige Ablösung der Lehens- und Feudalabgaben, um niedrige Holzpreise, um Jagd- und Fischereiberechtigung auf und an den Grundstücken der Besitzer, um freies Haidesammeln im Walde. Sie überreichten die Petition durch eine Deputation, welche in die einzelnen Schlösser zog. Die Gerichtsherren genügten sogleich den so vorgebrachten Bitten.

Gr. Hessen.

Darmstadt, 10. März. In der vereinigten Sitzung beider Kammern der Stände, am gestrigen Tage, übergab der Minister des Innern, Hr. Gagern, den Präsidenten beider Kammern eine Urkunde, worin der Erbgroßherzog, als Mitregent von Hessen, förmlich und feierlich erklärte, daß er die in der Verfassung des Großherzogthums enthaltenen Bestimmungen nicht nur selbst treu und unverbrüchlich halten, sondern auch diese Verfassung gegen alle Eingriffe und Verletzungen zu schützen und zu erhalten stets bedacht seyn werde. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Darmstadt, 10. März. Im Odenwald hat sich Neues ereignet. Die Bewohner der Standesherrschaften Erbach-Erbach und Erbach-Fürstenau, welche durch das doppelte Verhältniß von Staats- und standesherrlichen Untergebenen sehr gedrückt sind, stellten bestimmte Anforderungen an die Grafen, und diese erklärten sich bereit, auf ihr Präsentationsrecht zu verzichten, ihre Parke in Communal- und Privat-Waldungen auf ihre Kosten einzäunen und die Grundrenten nach dem gesetzlichen Maßstabe, wogegen sie sich bis jezt gesträubt, ablösen zu lassen. (Schw. Mkr.)

Preußen.

Aus fast allen Städten Rheinpreußens gehen Adressen an den König nach Berlin ab. — In Elberfeld kam auch eine Adresse an die deutschen Brüder im Süden, die freisinnigen Volksvertreter Badens, als die ersten Vorkämpfer für deutsche Volksfreiheit und Volksehre, zu Stande.

Köln, 11. März. Heute ist wieder eine Versammlung rheinischer Abgeordneten und Stellvertreter in Bonn. Die Aufregung des Volks steigt hier mit jedem Tag höher; die Stimmung ist allerorten deutsch und constitutionell-liberal. (A. Z.)

Magdeburg, 8. März. So eben ist der officielle Befehl eingetroffen, daß unsere Garnison, das 26. und 27. Regiment, am Sonntag den 11. d. Mts. auf der Eisenbahn nach Köln abgehen soll. Das 24. Regiment aus Neuruppin wird hieher nachrücken. (Leipz. Z.)

Lippe-Detmold.

Der Fürst Leopold zu Lippe Detmold hat am 9. d. M. sämmtlichen von seinem Volke gestellten Forderungen alsbald entsprochen.

Hannover.

Hannover, 7. März. Einer Deputation von Celle ward, wie es heißt, die Audienz verweigert, weil sie u. A. um Wiederherstellung des Grundgesetzes petitionirte. (Fr. J.)

Oldenburg.

Oldenburg, 10. März. Heute hat der Großherzog einer Abordnung der Marschbauern die Ertheilung einer Verfassung bestimmt zugesagt.

Freie Städte.

Bremen, 10. März. Der Senat, welcher alle Forderungen der Bürgerschaft rückhaltlos bewilligt, und dadurch als gerechte und nothwendige anerkannt hat, macht bekannt, daß er eine Versammlung von Bürgern (den Convent) mit Zuziehung von wenigstens 100 neuen Mitgliedern aus der Zahl der Antragsteller schon in den ersten Tagen der nächsten Woche berufen werde, um über die spätestens Ende des laufenden Monats in den Kirchspielen vorzunehmenden Wahlen die nöthigen Einleitungen zu treffen. In unserer Stadt herrscht ein bisher nie geahntes politisches Leben. (A. Z.)

Oesterreich.

Wie man hört, soll eine Deputation aus dem Mailänder Adel an Se. Maj. den Kaiser abgesendet worden seyn, um die Wünsche, Bitten und Versicherungen der Bewohner vor die Stufen des Throns zu bringen. (A. Z.)

Wien, 10. März. Außer den bedeutenden Summen, welche der kaiserliche Hof für die Nothleidenden in Schlesien aus der Privatcasse gespendet, hat Se. Maj. der Kaiser zu diesem Zwecke eine vorläufige Summe von 30,000 fl. C.M. auch aus dem Staatsschatze angewiesen. (A. Z.)

Wien, 11. März. Sehr lebhaft ist hier der Courierwechsel mit Berlin. Die neue Lage Deutschlands und Europas soll der Gegenstand der diplomatischen Erör-

lerungen seyn. Der hier anwesende Hr. v. Radowitz conferirt fast täglich mit dem Grafen v. Münch-Bellinghausen (der erst in einigen Tagen nach Dresden abgehen soll) und dem General Heß. Auf Verlangen der württembergischen Regierung (so wird erzählt, ohne daß ich Näheres anzugeben weiß) soll von hier aus an den General Lichnowski, der einige Truppenabtheilungen an der Schweizergrenze commandirt, der Befehl ergangen seyn, sich nach Ulm in Marsch zu setzen zur Besetzung der Bundesfestung, zu welcher Oesterreich vertragsmäßig ein Drittheil zu stellen hat. Ein zweites Drittheil ist von Bayern zu stellen, an welches von württembergischer Seite ein gleiches Ansuchen gerichtet worden seyn soll. Die Besetzung der neuen Festung mit Geschütz dürfte von Oesterreich aus geschehen. (A. Z.)

Wien, 12. März. Es haben die Bürger, der Handelsstand, Künstler, Schriftsteller und eine bedeutende Anzahl von Beamten mehrere Petitionen und Adressen um Abschaffung der Censur, Freiheit der Presse und sonstige Reformen unterzeichnet, die den morgen zusammentretenden niederösterreichischen Ständen übergeben werden. Heute Sonntag versammelten sich sämmtliche Studirende der juridischen und medicinischen Facultät an der hiesigen Hochschule, sowie die Polytechniker in der Aula der Universität, um eine Adresse wegen Aufhebung der Censur und Oeffentlichkeit der Verhandlungen (?) an den Kaiser in corpore zu überreichen. (A. Z.)

Prag, 12. März. So besonnen die Haltung unter den Bürgern, ebenso groß ist die Gährung der arbeitenden Classe. Die von Frankreich herübertönende Kunde von Organisirung der Arbeit hat die Köpfe erhitzt, und die meisten unter ihnen sind wohl geneigt zu glauben, daß durch einen Gewaltstreich allen Uebelständen abgeholfen werden könne. Die Arbeiter in den Fabriken sind noch nicht genesen von ihrem Hasse gegen die Maschinen, und hie und da tauchen Pläne auf, dieselben zu zerstören. — In einer am 11. März stattgehabten Bürgerversammlung las ein Bürger, Kaffeewirth Faßt, folgenden Entwurf einer an die Regierung zu richtenden Petition: 1) Gleichheit der Nationalitäten (böhmisch und deutsch) in Schule, vor Gericht und bei den Behörden. (Großer Beifall; ein Deutscher, am Accent kenntlich, ruft: Cech a Nemes je jedno telo, der Deutsche und der Böhme sind ein Leib.) (Wird applaudirt.) Alle Beamten müssen der beiden Landessprachen mächtig seyn. 2) Garantie für die Verbindung Böhmens, Mährens und Schlesiens durch eine ständische Repräsentation und deren Versammlung abwechselnd in Prag und Brünn. (Beifall.) 3) Ausdehnung der Landesrepräsentation auch auf die Städte und Landbezirke. (Großer Beifall.) 4) Freie Communalverfassung, insbesondere selbstständige Verwaltung des Gemeindevermögens. (Beifall.) Freie Wahl der städtischen Beamten und Magistrate. 5) Gleichheit aller Confessionen. (Großer Beifall.) 6) Unabhängigkeit der Bezirksgerichte. (Beifall.) 7) Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens. (Großer lang anhaltender Beifall.) 8) Vollkommene Preßfreiheit mit bloßer Beschränkung durch ein Repressivgesetz. (Das Applaudiren währt einige Minuten.) 9) Eigene verantwortliche Centralhofstellen. (Beifall.) 10) Volksbewaffnung. (Großer Beifall.) 11) Aufhebung der Feudallasten, Ablösung der Robott, Aufhebung der privilegirten Gerichte. (Großer Beifall.) 12) Aufhebung der Verzehrungssteuern, Verbesserung des Tax- und Stempelgesetzes. (Anhaltender Beifall.) 13) Allgemeine Militärpflichtigkeit, Recrutirung durch Losung, vierjährige Capitulation. (Langanhaltender Beifall.) 14) Sicherung der persönlichen Freiheit; Niemand soll seiner Freiheit beraubt werden können ohne vorhergegangenen Ausspruch des Gerichts. (Großer Beifall.) 15) (Von unten ruft man:) Associations- und Petitionsrecht. (Beifall.) Es wurde dann zur Ausarbeitung der Adresse eine Commission ernannt. Die Adresse soll bis Donnerstag fertig seyn und zur Unterschrift auf dem Rathhause vorliegen. Das Militär war mit scharfen Patronen in den Casernen consignirt. (A. Z.)

Innsbruck, 12. März. Heute marschirt das hier garnisonirende Bataillon des Linien-Infanterie-Regiments Ferdinand Karl v. Este Nr. 26 von hier nach Ulm ab. Ein Bataillon des in Vorarlberg liegenden Regiments Großherzog von Baden hat dieselbe Bestimmung erhalten. Vorläufig soll ein österreichisches Armeecorps von 30,000 Mann an der deutschen Südwestgränze Oesterreichs gegen den Rhein aufgestellt werden, um als Beobachtungscorps gegen Frankreich zu dienen. (A. Z.)

Innsbruck, 12. März. Die Truppenmärsche nach Italien dauern noch immer fort. Am 1. März ging der Stab des Kaiser-Jäger-Regiments nach Verona ab und hat seine Bestimmung nach Mailand. Ebenso erhielt das dritte Feldjägerbataillon in Trient vor einigen Tagen Befehl, weiter nach Italien zu marschiren; das Chevauxlegersregiment Fürst Liechtenstein Nro. 5 — bisher in Salzburg und Wels gelegen — marschirt seit vorgestern schwadronsweise und ohne Rasttag hier durch ebenfalls dahin. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 12. März.

Hr. Payer ist zum Cabinetschef im Ministerium des Auswärtigen ernannt worden. — Die persönliche Schuldhaft ist bis zu definitivem Beschluß der Nationalversammlung aufgehoben. — Große Thätigkeit herrscht in den Pariser Clubbs, deren Zahl bereits 15, aus Anlaß der Wahlen.

Die Gesandten von Belgien, Dänemark, Sardinien und England haben dem Minister des Auswärtigen Hrn. v. Lamartine sehr freundliche Zusicherungen Seitens ihrer Höfe gegeben. (Morgen Näheres.)

Großbritannien.

London, 10. März.

In Manchester haben an mehreren Tagen Unruhen stattgefunden. In Oldham sollen sich die Arbeiter in Masse erhoben haben. In London, Edinburg und Glasgow ist die Ruhe wieder hergestellt.

Rußland und Polen.

Aus Warschau melden Handelsbriefe nach Breslau, daß die polnischen Pfandbriefe plötzlich von 82—62 pCt. gefallen, was auf ein sehr wichtiges Ereigniß deutet.

Börse.

Frankfurt, 13. März. Metall. 5pCt. 70; 4pCt. —; 3pCt. —; Bankactien ——; Taunus-Eisenbahn-Actien —; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 39; bayer. Ludwigs-Bexbacher-Eisenbahn 82; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Amsterdam, 11. März. 2 1/2 pCt. 39; 3pCt. 46; 4pCt. 60; Synd. 3 1/2 pCt. 80; Handels-Maatschappy 143; Ard. 8 3/16; port. 3pCt. 23; 5pCt. Metall. 83.

Paris, 11. März. 3pCt. 51 Fr. — C.; 5pCt. 77 Fr. — C.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 16. März: „Die Entführung aus dem Serail,“ Oper in 3 Aufzügen von Mozart.

Fremdenanzeige.

Goldn. Hirsch. HH. Frhr. v. Sternenfels, Obertribunal-Rath v. Stuttgart; Baron v. Stauffenberg v. Jettingen.

Hôtel Maulick. H. Gerard, Proprietär v. Brüssel.

Blaue Traube. HH. v. Paull, Regierungsrath v. Nürnberg; v. Lesuire, Generalmajor, und Klein, Lieutenant von Ansbach; Seeler, Zahnarzt von Basel; Beck, Appellationsgerichtsaccessist v. Nürnberg; Gräfin v. Berchheim v. Burghausen.

Stachusgarten. HH. Wassermann, Lehrer v. Wallerstein; März, Pfarrer v. Taufkirchen; Renner, Peitschenfabrikant v. Augsburg.

Getraute in München.

HH. Michael Kühner, Forst-Stations-Gehilfe v. Kälberstall, kgl. Ldg. Ingolstadt, mit Franziska Ther. Haller, Viehhändlerstochter v. d.; Joh. Lanner, Maurer dah., mit Maria Breinhofer, Söllerstochter v. Hersching, kgl. Ldg. Starnberg; J. Kasp. Schneid, Tuchmacher in Landsberg, mit M. A. Loder, Bierbrauerstochter v. Freising; Christian Alois Herzog, Polizeibote dah., mit Theresia Hacker, Uhrmacherstochter von Mallersdorf; Joh. Bapt. Reiter, b. Riemermeister dah., mit Fr. Anna Zimmermann, geb. Seidl, b. Riemermeisterswittwe v. d.; Max Schwaiger, Schauspieldirector dah., mit Isabella Roth Elise Riezler, k. Division-Actuarstochter v. d.; Johann Georg Grädler, Braurechtsinhaber und Bürger dahier, mit Maria Heinert, Braurechtsbesitzerswittwe v. d.; Johann Kick, Metzgerknecht und Bürger dah., mit Barbara Stader, Gärtners- und Milchmannstochter v. d.; Simon Mazerl, Taglöhner dah., mit Theres Knoll, Käshändlerswittwe v. hier; Bernhard Barth, Tischlergeselle dah., mit Maria Anna Seybold, Actuarstochter v. d.; Nicolaus Neumayer, Taglöhner v. d., mit Cresc. Gradam, Taglöhnerstochter v. Pitzenried, Ldg. Aichach; Fr. Xav. Graf, Schlossergeselle v. d., mit Elisabetha Bechold, Hartschierstochter v. d.; Andreas Obermaier, Radlreiber v. d., mit Theresia Röhrl, Weberstochter v. Reichertshofen, Ldg. Neuburg a. D.; Karl Bauer, Posamentirergehilfe v. d., mit Ursula Karrer, Schneiderstochter v. Schaffhausen; Joseph Pesendacher, Schreinergeselle v. d., mit Anna Magdalena Stingl, bgl. Zeugmacherstochter von Mitterteich; Mathias Gotter, Zimmergeselle dah., mit Elisabetha Riedl, Taglöhnerstochter v. Mehring; Friedrich Leucht, kgl. Universitäts-Bibliothek-Scriptor dah., mit M. Franz. Reigl, Pottaschenbrennerstochter von Grösdorf, Ldg. Kipfenberg; Jacob Komposch, Schneidergeselle dahier, mit Anna Hitzberger, Weberstochter v. Niederschönfeld, Landg. Rain; Karl Stauder, Kunstmaler dah., mit Frl. Pauline Lißfreing, k. Steuercontrolleurstochter v. Kaiserslautern; Karl Riest, k. Hofmusikus, mit Frl. Ludovica Racke, Hofschauspielerstochter v. hier; Joseph Schmaus, Werkführer dah., mit A. M. Th. Fürst, Schmidmeisterstochter v. d.; Joseph Ostermaier, Gärtner dah., mit Maria Cäcilia Kleinhans, Söldnerstochter von Ob; Max Nöbl, Zimmüller dah., mit Maria Schmack, Musicantentochter v. Lenggries; Simon Rapeck, Zimmergeselle dah., mit M. Luchs, Taglöhnerstochter v. Stoffen; Konrad Keller, Taglöhner dah., mit Magd. Rigal, Metzgerstochter v. Mittenwald; Joh. Adam Baierlein, Anstreichergehilfe dah., mit Elisabetha Wiesinger, Bauerstochter v. Ebenried, Ldg. Pillpolltein. In Holzkirchen, Pfarrei Hartpenning: Hr. Konrad Ludwig Weber, k. Postofficial dah., mit Frl. Mathilde Meunier, Privatierstochter v. d.

Bekanntmachung.

2316. Am 2. d. Mts. starb zu Neumarkt der Priester Kaspar Norbert Simbeck, geboren zu Kraiburg, gewesener Beneficiat zu Teising, mit Hinterlassung einer außergerichtlich ohne Mitunterschrift von Zeugen errichteten letztwilligen Verfügung vom 10. August v. Js.

Da dessen zur natürlichen Erbfolge berufene Verwandte dem Gerichte nicht bekannt sind, so werden selbe hiemit durch öffentliche Ladung aufgefordert, innerhalb 30 Tagen unter Bescheinigung ihrer Verwandtschaft sich über Anerkennung des bezeichneten Testamentes, dessen Einsichtnahme hierorts frei steht, um so gewisser anher zu erklären, als sonst ohne weitere Rücksichtnahme auf sie mit Vertheilung der Erbschaft nach der Bestimmung des oben bezeichneten Testamentes weiter verfahren würde.

Am 9. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Director:

Barth.

v. Lenggrießer.

Ein fliegendes Blatt.

2324. So eben ist erschienen und zu haben in der Buchhandlung bei Hrn. L. Henzel, Chr. Kaiser, Palm und Finsterlin, bei der Expedition des Tagblattes und Hrn. Hofbuchbinder Fuchs:

Zeitstimmen,

von

Fr. Trautmann.

I.

Inhalt.

Denunciant.
Die Fürsten.
Nachtstreife.
Der Jesuit.
Der Nachtwächter.
Licht.

Preis: 6 kr.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 68.

Man pränumerirt auf die Nr. 3 in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr., Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Freitag | XLIX. Jahrgang. | 17. März 1848.

An die verehrlichen Leser der Münchener politischen Zeitung.

Da mit dem Monat März das Abonnement auf die „Münchener politische Zeitung“ für das erste Quartal von 1848 zu Ende geht, so ersuchen wir Neueintretende, ihre Bestellungen für die Stadt bei der unterzeichneten Expedition, Auswärtige aber bei dem nächstgelegenen resp. Postamt zeitig zu machen, damit wir mit vollständigen Exemplaren dienen können.

Die politische Ausstattung des Blattes wird auch weiterhin nach den verläßigsten und reichsten Quellen eine möglichst vollständige seyn. Seit Sonntag den 5. März wird die politische Zeitung auch **jeden Sonntag** ausgegeben, erscheint demnach fortan **täglich**. — Dem Feuilleton wird auch weiterhin durch Originalerzählungen ernsten und heiteren Inhalts und durch mannigfaltige Skizzen aus dem Leben die größte Sorgfalt gewidmet werden. — Die neuesten gediegensten Erscheinungen auf dem Gebiete der Literatur sollen unter der Rubrik „Bücherschau“ eine schnelle und gründliche Besprechung finden.

Inserate jeder Art werden bei mäßiger Einrückungsgebühr unverzüglich aufgenommen. Briefe und Gelder werden portofrei erbeten.

☞ Die Verhandlungen des eben zusammentretenden Landtags werden schnell und vollständig geliefert werden.

München, den 16. März 1848.

Expedition der Münchener politischen Zeitung.
(Knödel-Gasse Nro. 2)

Deutschland.

Auf Antrag Preußens in Gemeinschaft mit Oesterreich soll sofort in Dresden ein Congreß sämmtlicher deutschen Staaten stattfinden, zur Berathung der inneren und äußeren Zustände, jedoch ohne der Idee irgend einer Aggression Raum zu geben. (Fr. Jour.)

Bayern.

Das Regierungsblatt Nro. 9 enthält die officielle Anzeige, daß der Ministerverweser des Innern, v. Berks, „auf sein gestelltes allerunterthänigstes Ansuchen“ der Verwesung des genannten Ministeriums enthoben, und zum Staatsrathe im außerordentlichen Dienste ernannt, und Frhr. v. Thon-Dittmer „auf von Sr. Majestät in ihn gesetztes Vertrauen“ zum Staatsrath im ordentlichen Dienste und zum Ministerverweser des Innern ernannt worden ist.

Wir liefern hiemit die gestern kurz berührte königl. allerhöchste Entschließung, die Einführung der Landwehr-Ordnung in der Pfalz betr., nach. Ludwig, von Gottes Gnaden ꝛc. Um Unseren pfälzischen Unterthanen einen neuen Beweis Unseres landesväterlichen Wohlwollens und Unseres vollen Vertrauens auf ihre Anhänglichkeit an das bayerische und gesammte deutsche Vaterland zu gewähren, wollen Wir eine allgemeine Bürgerbewaffnung, sowie dieselbe in Unseren übrigen Landestheilen besteht, auch in Unserer Pfalz am Rheine ins Leben rufen, und verordnen hiernach wie folgt: I. Unsere allerhöchste Verordnung vom 7. März 1826, die Landwehrordnung betr., (Regierungsblatt 1826 S. 237 und Amtsblatt der Pfalz S. 225) soll unverzüglich im pfälzischen Regierungsbezirke mit jenen Modificationen in Vollzug gesetzt werden, welche durch die eigenthümlichen Institutionen der Pfalz geboten sind. II. Für dermalen erklären Wir außer dem Kreiscommando noch folgende Theile der Landwehr im pfälzischen Regierungsbezirke für den Local- und Bezirks-Dienst als activ: 1. die Landwehr in jenen Städten der Pfalz, welche eine Bevölkerung von fünfhundert Familien und darüber zählen; 2. die Bataillonscommandanten der Bezirke auf dem Lande mit den erforderlichen Adjutanten. III. Die Uniformirung nach den für die bayerische Landwehr bestehenden Normen ist gestattet aber nicht geboten. Wo die volle Uniformirung zur Zeit nicht erreicht wird, tragen die Landwehrmänner im Dienste eine weiß und blaue Binde um den linken Arm, die Landwehrofficiere aber eine weiß und blaue Schärpe von der rechten Schulter zur linken Seite herabhängend, und beide an der Kopfbedeckung die bayerische Nationalcocarde. IV. Die in den §§. 25 und 26 Unserer allerhöchsten Verordnung vom 7. März 1826 enthaltenen Vorschriften über Besetzung der Ober- und Unter-Officiersstellen sind in der Pfalz gleichmäßig, wie in den übrigen Regierungsbezirken, zu vollziehen. Die Stabsofficiere erhalten hienach ihre Ernennung und Patente von Uns. V. Wir behalten Uns vor, auch an andern Orten der Pfalz auf den Wunsch der Ortseinwohner die Landwehr zur Activität zu berufen, und überhaupt alle jene Erweiterungen in diesem Institute eintreten zu lassen, welche zum Schutze der innern und äußern Sicherheit als nothwendig oder zweckmäßig sich darstellen werden. VI. Diese Unsere Verordnung soll durch das Regierungsblatt und das Amtsblatt der Pfalz bekannt gemacht und von Unserem Ministerium des Innern und Kriegsministerium sofort vollzogen werden. München, den 14. März 1848. Ludwig. Frhr. v. Thon-Dittmer, Staatsrath. von der Mark, Generalmajor. Auf königl. allerhöchsten Befehl: der Generalsecretär, Fr. v. Kobell.

München, 15. März. Graf v. Waldkirch ist gestern Abend von Karlsruhe hier eingetroffen, und hat bereits heute die Functionen eines königl. Ministerverwesers des königl. Hauses und des Aeußern angetreten. (A. Z.)

München. Eine Abordnung der Bürger Würzburgs, welche mit Uebergabe zweier Adressen betraut wurde, wurde am 13. d. Mts. von Sr. Maj. dem Könige freundlichst empfangen, und übergab am 14. ihre Beistimmungs- und Dankadresse an Münchens Bewohner dem Collegium der Gemeindebevollmächtigten. — Am 11. d. Mts. überreichte eine Abordnung der Auer Bürgerschaft dem Hrn. Bürgermeister v. Steinsdorf eine Adresse, des Wunsches, daß die Vorstadt Au der Hauptstadt einverleibt würde. — Die Landwirthe Oberbayerns werden bei den Ständen ein Gesuch um Wegschaffung des Hochwildes auf freiem Felde und um Zehentfixirung einreichen. (B. Bl.)

München, 15. März. Heute Nachmittag fand die Beeidigung der hiesigen Stadtcompagnie und der Militärpensionisten auf die Verfassung in dem königl. Cadetencorps statt. — Der Kreis- und Stadtgerichtsdirector v. Barth hält jetzt allsonntäglich für die im Stadtgericht verwendeten Accesisten und Rechtspracticanten Vorlesungen über Oeffentlichkeit und Mündlichkeit. Bekanntlich ist v. Barth zur Gesetzgebungscommission zugezogen. (A. Z.)

München, 15. März. In einer heute Abend bei Weinwirth Ott stattfindenden Versammlung hiesiger Bürger und anderer Männer des öffentlichen Vertrauens wird ein Adreßentwurf an die Stände zur Berathung kommen, in welchem die Wünsche und Erwartungen ausgesprochen werden sollen, die man von der Wirksamkeit der morgen zusammentretenden Vertreter des Landes hegt. Gestern Abend fürchtete man von Seite vieler Unzufriedenen einen Angriff auf den Palast des Erzbischofs und es wurden deßhalb Vorkehrungen getroffen, um diese unwürdige Demonstration zu verhindern. Der Abend ging jedoch ohne Störung vorüber. (A. Z.)

***München, 17. März. Schon vorgestern verbreitete sich plötzlich hier das Gerücht, Lola Montez weile in der Stadt. Es entstanden nun am Nachmittage Zusammenrottungen und ein Haufen Leute durchsuchte die Wohnungen einiger früheren Freunde derselben, namentlich ein Haus in der Wurzerstraße, wo man, in der Annahme sie sey in der Feueresse verborgen, den Kamin geheizt haben soll. Die Stimmung der untern Classen wurde gestern Abend eine immer gereiztere, so daß zwischen 7 und 8 Uhr Abends dichte Massen das Polizeigebäude umstellten und ein rohes Vernichtungswerk begannen. Die Fenster wurden eingeworfen, Eisengitter ausgebrochen, viele Kreuzstöcke zerschmettert, im Innern die Bureautische zerschlagen und ein Theil der Acten, wie man erzählt, verbrannt, endlich die polizeilich Eingezogenen befreit. Um 8 Uhr ward Generalmarsch geschlagen und Linie und Landwehr rückten aus. Als die Tumultuanten in der Sendlingerstraße das Zeughaus stürmen wollten, ward die Landwehr genöthigt, Feuer (blind) zu geben, weil die Menge allen gütlichen Vorstellungen widerstand. Man erzählt, daß durch Cuirassier Säbelhiebe einer der Ruhestörer am Kopfe verwundet wurde. Die Ruhe ward erst gegen Mitternacht wiederhergestellt. Wenn das so fort geht, so dürfte der Boden der Gesetzlichkeit unter unsern Füßen weichen. Heute wird durch Eckenanschlag angezeigt, daß auf dem Rathhaus eine Bürgeradresse an die Stände, den 17. und 18. zur Unterzeichnung ausliegt. Sie enthält die Petitionen für die dem Landeswohl unentbehrlichen Reformen in aller Vollständigkeit.

*†München, 17. März. Heute hat sich eine Bürgerabordnung mit dem Hrn. Bürgermeister v. Steinsdorf an der Spitze zum Ministerverweser des Innern Frhr. v. Thon-Dittmer begeben, wahrscheinlich um in Folge der gestrigen Excesse diejenigen Maßregeln zu erbitten, welche geeignet, die Beruhigung der Gemüther für alle Zukunft zu sichern.

Am 6. ist in einer Bürgersammlung zu Memmingen eine mit 540 Unterschriften bedeckte Adresse an Se. Maj. den König berathen, angenommen und nach München gesandt worden. Sie stimmt mit den Eingaben von München und Nürnberg wesentlich überein. — Am 8. war großer Jubel über die eingegangene königl. Proclamation.

In Bamberg wurde am 10. März in der Karmelitenkirche eine zweite „Volksversammlung“ gehalten. Rechtsanwalt Tiins verlas eine Adresse an die Bürger Münchens, welche angenommen wurde, dann eine Adresse an die Stände des Reiches mit 17 Begehren.

Nürnberg. Heut Morgen ging ein starkes Detaschement des hiesigen Linieninfanterieregiment mit einem Extrazuge nach Lichtenfels ab, in dessen Umgegend die verabscheuungswürdigsten Excesse von Leuten in der Nacht vom 12. auf den 13. verübt wurden. Mehrere Edelleute wurden arg mißhandelt, Baron Kunsberg liegt dem Tode nahe, Baron Redwitz rettete mit Mühe sein Leben, er erhielt mehrere Stichwunden. In Kronach, wo eben Markt gehalten wurde, packten die Krämer ihre Waaren ein und flohen. Von Unterlangenfeld, wo Menschen mit geschwärzten Gesichtern eindrangen, wurden die meisten Häuser der dortigen jüdischen Kaufleute ausgeplündert. Gestern Abend wanderten alle aus, der Eisenbahnzug, den sie zu ihrer Flucht benützten, wurde dadurch um eine Stunde aufgehalten. Reisende die aus der Gegend kommen, erzählen von Bränden. Eben geht ein Extrazug mit dem noch disponibeln Militär ab nach Forchheim. — Es geht das Gerücht, daß in Kadelzburg das Rentamtsgebäude brenne. (A. Z.)

Aschaffenburg, 12. März. Durch das aus Miltenberg zurückgekehrte Militär sind 11 Verhaftete eingebracht. Das dasige Forsthaus wurde angezündet, das fürstlich Leiningensche Herrschaftsgebäude gerettet. Die Ruhe ist in Miltenberg wieder hergestellt.

Die „Speyerer Zeitung“ schreibt vom 11. März: Je näher die Zeit des Zusammentrittes der Kammern heranrückt, um so mehr wird eine Erörterung der Frage nothwendig, ob die vorzunehmenden Verbesserungen sämmtlich unter Mitwirkung der jetzigen Kammer zu Stande gebracht werden sollen, oder ob eine neue Kammer dazu geeigneter ist. Wir sind entschieden der letzten Meinung. Jedermann ist es bekannt, wie die jetzige Abgeordnetenkammer unter der Machtfülle der Abel'schen Herrschaft gebildet wurde, und wie in Folge dessen namentlich eine ganze Menge von Minoritäts- oder vielmehr durchgefallenen Candidaten in die Versammlung berufen ward, — Leute, die kaum ein Paar Stimmen auf sich vereinigt hatten. Dieses Verhältniß zeigte sich auch in seinen Wirkungen. Es sey ferne von uns so manchem wahrhaft ehrenwerthen Manne, der sich vergeblich abmühete, irgend zu nahe treten zu wollen. Aber es ist augenscheinlich genug, daß die jetzige Kammer in ihrer Gesammtheit für Entwickelung unserer politischen Verhältnisse das nicht gethan hat, was man selbst zur Zeit ihrer Versammlungen von ihr erwarten konnte und mußte. Man erinnere sich — um der Kurze wegen nur ein Beispiel anzuführen — wie auf dem Landtage von 1846 ungeachtet der von Tausenden unterzeichneten Petitionen, nicht einmal eine Verhandlung über den Zustand der Presse stattfand!! Allerdings wird die Majorität heute von Grund aus anders auftreten als damals. Dies wollen wir nicht bezweifeln. Aber eben dieses ist wohl nicht geeignet, volles Vertrauen zu erwecken. Es schwindelt uns bei dem Gedanken, daß irgend eine wichtige Entscheidung von einer Majorität abhängen soll, die, je nachdem der Wind geht, heute von Süden, morgen von Norden her sich drehen und wenden läßt. Es gibt nichts verderblicheres für das Volk und für die Regierungen, als Wetterfahnen, die gerade im entscheidenden Momente umschlagen, und damit eben fast jede Sache ins Verderben stürzen. Ein zweiter wichtiger Umstand ist dieser: Die jetzige Kammer vereinigt in sich nicht die nöthige Intelligenz in der erforderlichen Ausdehnung und Fülle, um mit glücklichem Erfolge so unendlich tiefgreifende und wichtige Gesetze zu Stande zu bringen, wie diejenigen sind, um welche es sich eben handelt. Es gebricht dieser Kammer insbesondere an einer genügenden Anzahl von Männern, welche mit dem constitutionellen Staatsrechte, nach der Theorie, der historischen Entwicklung und der Praxis vollkommen vertraut sind; ebenso an Männern, welche die Nationalökonomie als Wissenschaft kennen. Es wird wohl überflüssig seyn, in dieser Beziehung einzelne Beispiele anzuführen: die gesammte Geschichte der Landtage von 1845, 1846 und 1847 liefert sie leider in allzugroßer Menge! Dieser Mangel trat in ganz gewöhnlichen Zeiten schon in erschreckender Ausdehnung hervor, wie wird er sich erst ergeben bei den höhern Fragen, welche jetzt gelöst werden sollen?! Dazu kommt noch der wesentliche formelle Anstand: die Kammer war bereits aufgelöst; die Rechtheit der deßfallsigen königl. Proclamation wird von keiner Seite bestritten; die Auflösung war consumirt durch die Regierung, es kann darum rechtlich unmöglich mehr in der Macht der Regierung liegen, mit dieser aufgelösten Kammer nochmals als mit einer vollberechtigten zu verhandeln. Ein solches Zugeständniß hätte eine furchtbare Consequenz zur Folge. — Alles zusammengenommen sind wir der Ueberzeugung, daß sich die jetzige Kammer allermindestens auf Erledigung der allerdringendsten Puncte beschränken müsse. Geschieht dieses nicht, so sehen wir vorher, daß die gehegten Erwartungen weitaus keine genügend befriedigende Lösung erlangen werden, und daß man nur zu bald über neue Täuschungen zu klagen haben wird.

Württemberg.

Stuttgart. In der am 14. wiedereröffneten (XVI.) Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurden die Minister beim Eintritt in den Saal mit einem Hoch empfangen.

Baden.

Konstanz, 11. März. Gestern war hier öffentliche Versammlung des großen Bürgerausschusses, in welcher Ficker und andere fur Proclamirung der Republik sprachen. Es wurde nichts ausgemacht; aber in der nächsten Woche soll wieder Bürgerversammlung stattfinden, wo dann definitiv der Antrag gestellt und die Abstimmung gefordert werden soll. Inzwischen werden neue Volksversammlungen am See und auf dem Schwarzwalde gehalten und die Bauern werden durch Verspiegelungen aller Art aufgestachelt. (Karlsr. Z.)

K. Sachsen.

Dresden, 13. März. Der Staatsminister v. Könneritz ist entlassen, und die Entlassung der andern Minister v. Zeschau, v. Wietersheim, v. Carlowitz, v. Oppell vom König beschlossen. (L. Z.)

Kurhessen.

Wir tragen hiemit die am 11. März in Kassel veröffentlichte kurfürstl. Verkündigung in ihrer wörtlichen amtlichen Fassung nach: „Von Gottes Gnaden wir Friedrich Wilhelm I., Kurfürst rc., finden uns allergnädigst bewogen, zu den durch unsere allerhöchste Verkündigung vom 7. d. Mts. erlassenen Bestimmungen folgende weitere Zusagen zu ertheilen: 1) Bei der Besetzung aller Ministerien, soweit diese nicht neuerdings bereits geschehen ist, werden wir darauf Bedacht nehmen, Männer, welche das Vertrauen des Volks genießen, dazu zu berufen. 2) Ueber die Bewilligung vollständiger Preßfreiheit haben wir bereits heute eine Verordnung erlassen. 3) Es wird für alle seit dem Jahr 1830 bis hierhin begangenen politischen Vergehen, insoweit solche nicht durch die Bestimmung im §. 120, Absch. 4 der Verfassungs-Urkunde von dem landesherrlichen Begnadigungsrechte ausgenommen sind, vollständige Amnestie bewilligt. Zur Herbeiführung einer gleichen Amnestie, auch hinsichtlich der auf den Umsturz der Verfassung rc. gerichteten Unternehmungen soll der dermaligen Ständeversammlung alsbald ein Gesetz vorgelegt werden. 4) Wir gewähren vollständige Religions- und Gewissens-Freiheit und deren Ausübung. 5) Alle den Genuß verfassungsmäßiger Rechte, insbesondere des Petitions-, Einigungs- und Versammlungs-Rechtes beschränkenden Beschlüsse wollen wir hiermit aufheben. 6) Die durch unsere Verkündigung vom 7. d. Mts. zugesicherten und in Beziehung auf die uns vorgetragenen Desiderien weiter erforderlichen Gesetzentwürfe sollen der dermaligen Ständeversammlung vorgelegt werden. 7) Wir werden dahin wirken, daß bei dem Bundestage Nationalvertretung eingeführt werde. Urkundlich unserer allerhöchsteigenhändigen Unterschrift gegeben zu Kassel, am 11. März 1848. Friedrich Wilhelm. vt. Merchutt. f. A. (Die Hanauer Forderung der Ständeauflösung ist nicht erfüllt.)

Die neuen Minister werden ihr nächstes Augenmerk hauptsächlich auf folgende Puncte zu richten haben, schreibt die „Hanauer Zeitung“, wenn sie zur Beruhigung der Gemüther mit Erfolg beitragen wollen: 1) Augenblickliche Zurücknahme aller Zeitschriften und Bücherverbote. 2) Sofortige Aufhebung der über die Professoren Jordan, Bayrhoffer und Hildebrandt zu Marburg verhängten Suspensionen. 3) Zurückversetzung des Obergerichtsdirectors Günste zu Fulda in den Criminalsenat des hiesigen Oberappellationsgerichts, welche Veränderung Hr. Oberappellationsgerichtsrath von Dehn-Rothfelser, wie man vermuthet, benutzen wird, um sich nach Fulda versetzen zu lassen. 4) Schleunige Beseitigung aller derjenigen Maßregeln, welche im Publicum als strafende Mißbilligungen freimüthiger Aeußerungen rc. erschienen sind. 5) Schnellste Beförderung des Thätigwerdens der Ständeversammlung, insbesondere alsbaldiges Aufgeben der gegen den Eintritt Wippermanns erhobenen Bedenken. 6) Möglichst beschleunigte Vorlegung annehmbarer Gesetzentwürfe über die vollständige Freiheit der Presse und des Buchhandels, über die Mitwirkung der Stände bei der Besetzung des Oberappellationsgerichts und über die Unverletzbarkeit der Oberappellationsgerichtsräthe ohne Zustimmung der Stände, über die Aufhebung der Polizei-Commissionen und des polizeilichen Verordnungsrechtes, so wie über die Normirung der Polizeigewalt, über die Beseitigung der Lehns- und Meierverhältnisse, über die Gewährung des Vereins- und Versammlungsrechts rc. 7) Bestimmte Erklärung in der Ständeversammlung nach allen Kräften und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln eine deutsche Volksvertretung, einen deutschen Volkstag in geeigneter Weise herbeiführen zu wollen.

Bockenheim, 12. März. Heute früh halb 4 Uhr zogen 300 wackere Bürger und Einwohner Bockenheims durch Frankfurt nach dem Maindampfboot, um sich mit ihren tapfern Brüdern in Hanau zu vereinigen und mit ihnen für ihr gutes heiliges Recht zu streiten. — Gestern Nachmittag überreichten die Frauen Bockenheims den wackeren Männern 2 Fahnen und sprachen dabei ihre warmen Wünsche für sie und die heilige Sache aus. Auch die jungen Mädchen Bockenheims, die ein gleicher Enthusiasmus beseelt, überreichten heute früh beim Fackelschein den edlen Streitern noch eine dritte Fahne. (F. Z.)

Aus Oberhessen, 9. März. Dem Vernehmen nach werden die Landbewohner der standesherrlichen Bezirke, im Verein mit den Bewohnern der Städte in denselben, Eingaben an die einschlägigen Standesherren machen, um sie auf diese Weise zu veranlassen, Verzicht zu leisten: 1) auf den alten Mißbrauch der Ausübung der Jagd auf fremdem Eigenthum; 2) auf die Genehmigung ihrer Hausgesetze, insbesondere der die Majorate betreffenden, von Seiten des Staats; 3) auf das Präsentations-, resp. Besetzungs-Recht weltlicher und geistlicher Stellen und Schulämter; 4) auf das Bestätigungsrecht der Bürgermeister innerhalb ihrer Bezirke; 5) auf die Vergünstigungen hinsichtlich ihrer Besteuerungsobjecte. (Frankf. Journ.)

Gr. Hessen.

Darmstadt, 11. März. In ihrer achten Sitzung am 7. d. Mts. beschloß die erste Kammer der Stände zwei Adressen an II. KK. HH. den Großherzog und den Erbgroßherzog-Mitregenten zu richten, um ihren Dank und ihre Anerkennung für die allerhöchste Verkündigung, die Mitregentschaft betreffend, auszusprechen. In der eilften Sitzung setzte das Präsidium der Kammer diese von der huldvollen Aufnahme, welche den Adressen zu Theil geworden, in Kenntniß. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Darmstadt, 11. März. Unter dem heutigen Einlauf der zweiten Kammer befanden sich außer den schon erwähnten noch Anträge des Abgeordneten Zitz auf Lossagung von den Wiener Beschlüssen, bezüglich der Standesherren, und Cassirung des mit dem Fürsten von Thurn und Taxis abgeschlossenen Postlehensvertrags. (Frkf. Z.)

Darmstadt, 11. März. Die mitgetheilte Nachricht, daß der Generalprocurator am Cassationshofe Kilian, zum Minister der Justiz ernannt worden sey, erweist sich bis jetzt noch als unbegründet. (Mz. Z.)

Mainz, 11. März. Das hiesige Bürger-Comité hat sich nun vollständig constituirt. Es leitet die Volksversammlungen, überwacht nebst der Bürgergarde die öffentliche Ordnung und besorgt die Correspondenz mit den überall sich bildenden Bürgerausschüssen. Aus der Provinz Rheinhessen und aus den übrigen Provinzen unseres Landes laufen fortwährend Berichte ein von Bürgerausschüssen, welche sich in den verschiedenen Orten gebildet haben. Man scheint durchgehends zu wünschen, daß sich in Mainz das Centralcomité für das Großherzogthum Hessen bilden möge. Heute ist nun eine Bekanntmachung des Comités mit den Namen seiner Mitglieder erfolgt. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Nassau.

Wiesbaden, 10. März. Die hiesigen Verhältnisse gestalten sich den Wünschen des Volkes entsprechend. Bei den Behörden ist ein verständiges Eingehen in die

Umgestaltung der Dinge wahrzunehmen, und die Mitglieder der zweiten Kammer versammeln sich jeden Abend, um mit dem Volke, welches zur Assistenz aufgefordert worden ist, das neue Wahlgesetz zu berathen. Diese Versammlungen werden sehr besucht und die Tagesfragen mit vielem Scharfsinn zergliedert. Das in dem Großherzogthum Baden geltende Wahlgesetz soll angenommen und nur in wenigen Bestimmungen geändert werden. Die Beschickung des deutschen Parlaments ist gleichfalls zur Berathung übergeben und der Antrag gestellt worden; daß die Wahl des Vertreters bei demselben lediglich von den Volksrepräsentanten ausgehen dürfe. Von diesen soll nach der Ansicht Vieler auch die Ernennung des Ministers ausgehen, dessen Hände die Mittel zur gedeihlichen Entwicklung der Volksinstitutionen anvertraut werden, und der demnach dem Volke nahe stehen müßte. (Mainz. Z.)

Preußen.

Berlin, 11. März. In einer heutigen zahlreich besuchten Sitzung der Stadtverordneten wurde folgende Adresse an den König berathen und angenommen: 1) sofortige Einberufung des Vereinigten Landtags; 2) Gewährung der Preßfreiheit mit einem nur wirkliche Preßvergehen strafenden Preßgesetz; 3) angemessenere Repräsentation des Volks beim Vereinigten Landtag mit beschließender Stimme durch einfache Stimmenmehrheit für die Vertreter; 4) staatsbürgerliche Gleichheit aller Unterthanen ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses; 5) Einführung von Geschwornengerichten; 6) Vertretung der deutschen Nation beim Bunde durch Abgeordnete aller deutschen Ständeversammlungen. Dieselbe wurde denn auch von allen gegen zwei Stimmen unverändert angenommen, und soll Sr. Maj. dem Könige am Montag durch den Vorstand der Stadtverordneten, falls der Magistrat auch hierzu seine Mitwirkung versagt, allein überbracht werden. Hierauf wurde eine andere Adresse vorgelegt, welche von einer vorgestern abgehaltenen Volksversammlung an Se. Majestät gerichtet und den Stadtverordneten mit der Bitte übergeben war, dieselbe dem Könige mit zu überreichen. Die Stadtverordneten fanden sich indeß nicht geneigt, darauf einzugehen. Ein Antrag, für Errichtung von Schutzcommissionen wurde mit 37 Stimmen angenommen, und somit sollte ein zweiter auf Bürgerbewaffnung wegfallen. (A. Z.)

Berlin, 12. März. Der Prinz von Preußen ist zum Generalgouverneur der Provinzen Rheinland und Westphalen ernannt worden, und wird sich übermorgen nach dem Rhein begeben, um dort seinen Aufenthalt zu nehmen, sowie zugleich den Oberbefehl über das siebente und achte Armeecorps zu führen. Morgen will der Prinz von der Garde Abschied nehmen, weßhalb er, wie es heißt, die verschiedenen Regimenter in ihren Casernen besuchen wird. (A. Z.)

Bonn, 11. März. Die von Bürgern der Stadt Bonn entworfene Adresse an den König hat 11 Puncte: vor allem Vertretung des deutschen Volkes durch ein Parlament, Freiheit der Rede und Schrift, freies Associationsrecht, Repräsentativverfassung mit Erweiterung der ständischen Befugnisse, Aufhebung der verhaßten Ausnahmsgesetze namentlich der Karlsbader Beschlüsse, ferner freie bürgerliche Berechtigung aller Confessionen ohne Unterschied, Enthaltung des Staates von der Einmischung in die kirchlichen Angelegenheiten irgendeiner Confession, freies Petitionsrecht, Vorlage eines Gesetzes zu Verbesserung der Lage der Armen, ebenso der Fabrikarbeiter, endlich erneuerte Vorlegung des Strafgesetzentwurfs an die Stände. (A. Z.)

Koblenz, 10. März. Nach den zuverläßigsten Nachrichten werden die Truppen der beiden westlichen Provinzen, außer den (auch zu den sogenannten Reserve-Regimentern des siebenten und achten Armeecorps) einberufenen Kriegs-Reserven, nur durch zwei Regimenter des vierten Armeecorps verstärkt werden, um die großen Festungen jederzeit mit hinlänglicher Besatzung versehen zu können. Von einem Vorrücken nach der Grenze ist durchaus keine Rede. Bei den nächsten gewöhnlichen Controlversammlungen der Landwehr wird der nachstehende Tages-Befehl verlesen werden: Tagsbefehl für die Landwehr des achten Armeecorps. Se. Majestät der König haben unter den eingetretenen Verhältnissen im Nachbarlande die Reserven ausschließlich zur Sicherstellung der Rheinprovinz und der Festungen einberufen. Wie der König bereits beim Antritt seiner Regierung erklärt hat, kein sogenanntes glorreiches Regiment führen zu wollen, das sich den Völkern durch Kanonendonner verkündigt, so ist es auch dieser bewegten Zeit Sein ernster, unabänderlicher Wille, nur dann zu den Waffen zu greifen, wenn die Unabhängigkeit des theuren Vaterlandes durch einen Angriff von Außen wirklich bedroht wird. Die Landwehren sollen somit ihrer Heimat nicht früher entzogen werden, als bis Preußen zum Kriege gezwungen wird und es dann gilt, Haus und Heerd, Weib und Kind, alle Güter, welche dem Menschen heilig und theuer sind, zu vertheidigen, mithin die Wehr des Landes aufgerufen werden muß. — Gott wolle verhüten, daß es so weit kommt! — Wenn es aber dennoch so seyn soll, so rechnet der König, inmitten einer Zeit, wo Alles zu wanken scheint, mit unerschütterlichem Vertrauen darauf, daß die Wehrmänner der Rheinlande, gleich den Vätern, dem Rufe zu den Fahnen mit Treue und Hingebung folgen und den Wahlspruch: „„Mit Gott, für König und Vaterland!"" einem Feinde gegenüber bewähren werden, der es wagen sollte, Preußens und Deutschlands Frieden stören zu wollen. Der commandirende General, v. Thile.

Sicherem Vernehmen nach, sagt die „Düsseldorfer Zeitung" bestehen die militärischen Vorkehrungen, die dermalen von Seiten Preußens getroffen werden, in nichts Anderem, als in der Bildung eines sogenannten disponiblen Corps, das in der Umgegend von Koblenz Kantonirungen bezieht und aus einer auf den Kriegsfuß gesetzten Division besteht. Verwendet werden dazu theilweise die Truppen des 4. Armeecorps. Commandeur der Division ist der Generallieutenant, Graf v. Canitz, bisher in Köln.

Königsberg, 6. März. Eine Adresse wird hier unterzeichnet, welche den König ersucht Preußen Volksvertretung, Preßfreiheit zu verleihen, und ein deutsches Parlament beantragt, indem sie zugleich entschiedene Abneigung gegen Rußland und Widerwillen vor unnöthigen Verwickelungen mit Frankreich ausdrückt. (C. v. u. f. D.)

Schleswig-Holstein.

Schleswig, 6. März. Die bereits von einer Anzahl Bürger und Einwohner der Stadt Kiel an Se. Maj. den König abgesandte Petition um Gestattung freier Besprechung der Angelegenheiten des Gemeinwesens in Tagblättern und Druckschriften, so wie um Aufhebung des Verbots der Versammlungen zu solchem Zweck ist hier in einer gestern gehaltenen Versammlung von hiesigen Bürgern und Einwohnern gleichfalls unterzeichnet worden. Sie wird in den nächsten Tagen nach Kopenhagen abgeschickt werden. (Nordd. Bl.)

Kiel, 6. März. Gestern Abend war das Publicum im hiesigen Theater sehr erregt. Man verlangte, das Orchester sollte die Marseillaise spielen; indessen kam es nicht dazu, und das Parterre begnügte sich damit, „Schleswig-Holstein" zu singen. Am 4. März Abends war unser Bürgerverein sehr zahlreich besucht. Man erörterte aufs Lebendigste die Nothwendigkeit einer sofortigen Bürgerbewaffnung und des Strebens nach einem deutschen Nationalparlamente. Eine Petition um Preß- und Versammlungsfreiheit ist gestern nach Kopenhagen gesendet worden. (H. C.)

Kiel, 8. März. Unsere Polizei hätte die Fortsetzung der Bürgerversammlungen verboten und nur noch die gestrige als letzte gestattet. In dieser wurde einstimmig beschlossen, die regelmäßigen Versammlungen fortzusetzen und der ungerechten Macht Widerstand zu leisten. In der gestrigen Versammlung wurde zur Einleitung der Bürgerbewaffnung ein Comité gewählt, in der nächsten Versammlung werden die sechs deutschnationalen Forderungen: deutsches Parlament, wahrhaft constitutionelle Verfassung für die Herzogthümer als deutschen Staat, Nationalbewaffnung, Preßfreiheit, Recht der Versammlungen, Geschwornengerichte, verhandelt und eine Adresse an den Herzog abgesandt werden. (Brem. Z.)

Hannover.

Der König von Hannover hat dem Vernehmen nach in den jüngsten Tagen bei dem Bundestage einen abermaligen Protest gegen jedwede Verschmelzung der deutschen Herzogthümer Schleswig und Holstein mit den andern dänischen Landestheilen eingelegt und soll sich hierbei der bestimmtesten Unterstützung Seitens des preußischen Cabinets zu erfreuen haben. (Köln. Z.)

Oesterreich.

In Wiener Berichten des neuesten Hefts der „Grenzboten" liest man: Wer jetzt nur einige Stunden Polizeipräsident in Wien wäre, um eine Uebersicht über alle die Scenen, Aeußerungen, Wünsche und Befürchtungen, die aller Orten laut werden, zu gewinnen. Gerüchte der freudigsten und der betrübendsten Art kreuzen sich, man weiß nicht was und wie. Nur eins ist allen klar, daß in jedem Gemüthe Aufregung herrscht, daß man Besseres hoffen darf. Daß Mißtrauen gegen das Papiergeld ist ein fast allgemeines, man mußte zur Nationalbank, zur Sparcasse doppelte Wachen zur Aufrechthaltung der Ordnung stellen. Um Ihnen beiläufig die Stimmung anzuzeigen, an der Sie das frühere Wien nicht erkennen werden, erzähle ich Ihnen, daß in einem der besuchtesten Kaffeehäuser, die nebenbei gesagt überfüllt sind, als viele die Zeitung schreiend verlangten, ein Mann auf das Billard stieg und mit Stentorstimme rief: „Im Namen der constitutionellen Regierung, still! Ich werde verlesen."

Wien, 13. März. Heute sind bedenkliche Unruhen hier ausgebrochen. Auf einem der öffentlichen Plätze wurde geschossen, und zehn Personen sollen gefallen seyn. Die Vorstadt ist von der Stadt abgesperrt. Die Kanonen der Burg geladen, zahlreiches Militär aufgeboten. Ein Handbillet des Kaisers, worin auf die heute durch die Studenten eingereichte Petition ausweichend geantwortet wurde, führte zu großer Aufregung unter der Jugend. Man sieht mit Besorgniß dem Abend entgegen. Der Erzherzog Albrecht kam selbst ins Gedränge. Im Ständehause kam es zu stürmischen Auftritten. (A. Z.)

Einem in München am 17. d. eingelaufenem Handelsschreiben zufolge dauerten in Wien am 14. d. die Unruhen und das Blutvergießen fort. Bürger und Studirende erschienen bewaffnet als Patrouillen. Die Vorstädte waren gänzlich abgesperrt. Fürst Metternich hätte seine Entlassung genommen und die Preßfreiheit sey verkündet. (Wir müssen die Bestätigung dieser Nachrichten abwarten.)

Italien.

Neapel, 6. März. Das Ministerium ist abgetreten, weil es mit den Sicilianern nicht zurecht zu kommen vermochte. Nun ist diesen als letzte Concession verwilligt, daß die Insel, außer in Kriegszeiten, keine neapolitanische Besatzung erhalten soll. In Messina geht Alles drunter und drüber. Hier petitionirt man wieder um Bleiben des Cabinets. (Schw. Mkr.)

Aus Sardinien. Auch in Cagliari, Hauptstadt der Insel Sardinien, wurden am 18. Febr. die zwei Kirchen und Klöster der Jesuiten, Santa Teresa und San Michele, geschlossen und obrigkeitlich Siegel angelegt.

Florenz, 4. März. Die toscanische Regierung hat beschlossen, die Freiwilligen von der Bürgergarde zu mobilisiren; den Befehl über dieselben erhielt Giacinto di Collegno.

Frankreich.

Paris, 13. März.

Durch Decret der provisorischen Regierung ist die Zahl der ordentlichen Staatsräthe von 30 auf 25 beschränkt. — Die provisorische Regierung hat die Abschaffung der schweren Körperstrafen bei der Marine abgeschafft und in Einsperrung von 4 Tagen bis 1 Monat verwandelt.

Es ermächtigt die provisorische Regierung unterm 9. den Finanzminister, die Forsten, Ländereien, Güter rc. der Civilliste, so weit nöthig, zu verkaufen: die Käufer haben sogleich baar ein Viertel des Kaufpreises zu erlegen und für die übrigen drei Viertel den Steuereinnehmern des Bezirks Wechsel von höchstens einjähriger Sicht auszustellen. Die Privatdomänen des Hauses Orleans fallen nicht unter diese Verordnung, sondern bleiben zur Verfügung der Nationalversammlung gestellt. Alle Kronjuwelen werden zum Besten des Staatsschatzes verkauft; alles Silbergeräthe und die Barren, die sich in den Tuilerien und dem Schloß Neuilly und den andern königl. Schlössern vorfanden, werden eingeschmolzen und zu Münze geprägt. Ferner ist der Finanzminister, wenn es durchaus nothwendig ist, ermächtigt, solche Stücke von den Staatsforsten, die nützlich veräußert werden können, bis zum Betrag von 100 Millionen Franken unter denselben Bedingungen, wie die Kronforsten rc. zu verkaufen. Die letzte Finanzmaßregel ist: daß die Summe von hundert Millionen Franken, welche von dem durch Gesetz vom 8. Aug. 1847 genehmigten Anleihen noch nicht realisirt worden ist, unmittelbar unter der Leitung des Finanzministers ausge-

geben werden soll. Die Subscription bleibt einen Monat offen. Die Unterzeichner erhalten fünfprocentige Renten, entweder auf Namen oder Inhaber mit Zinsgenuß vom 22. März 1848 an; selbst wenn die 5 pCt. binnen eines Monates über Pari steigen sollten, werden die Anlehensscheine al pari ausgestellt. Tilgungsbeitrag [illegible]

Vorgestern hat der Fürst v. Ligne eine officielle Conferenz mit Hrn. v. Lamartine gehabt und ihm eine Depesche seiner Regierung mitgetheilt, deren Inhalt kurz dieser ist: Hrn. v. Lamartine für die Loyalität und den Freimuth seiner Erklärungen zu danken und ihm zu sagen, daß Belgien dieselben zu würdigen wisse, in seinen Verhältnissen zu Frankreich denselben Freimuth und dieselbe Loyalität beobachten werde, daß es überhaupt diesen Verhältnissen den herzlichsten und wohlwollendsten Charakter zu erhalten hoffe. Auch sollte er die Versicherung geben, daß die zu den Fahnen berufenen Milizen keinen aggressiven oder feindlichen Zweck gegen die Republik haben, sondern daß damit nichts beabsichtigt sey, als die belgische Neutralität gegen alle Mächte zu sichern, endlich sollte er die Versicherung erneuern, daß die belgische Regierung willens sey, die Republik anzuerkennen, sobald die Nationalversammlung dieselbe sanctionirt haben werde, und daß er Auftrag habe, einstweilen die freundschaftlichsten Beziehungen zwischen beiden Völkern zu unterhalten. Aehnliche Erklärungen und Versicherungen hat vorgestern auch der dänische Gesandte Hrn. v. Lamartine gegeben. Deßgleichen der sardinische Botschafter, der von seinem Hof beauftragt war, ihm eine Depesche seiner Regierung officiös vorzulesen, worin sie ihre freundlichste Geneigtheit versichert, die Republik anzuerkennen. Englands Regierung geht bei diesem Friedenswerk mit gutem Beispiele voraus: es liegt ihr daran, daß Ludwig Philipps Aufnahme drüben nicht mißdeutet werde. Daher theilte der Marquis v. Normanby vorgestern zwei Depeschen des Lord Palmerston mit: in einer ist die Rede von dem Exkönig Ludwig Philipp, seiner Familie und seinen Ministern, welche sich auf den britischen Boden geflüchtet haben. Lord Palmerston sucht der Meinung vorzubeugen, daß die Gastfreundschaft Englands gegen die entthronte Dynastie ein Merkmal politischer Sympathie sey, die Frankreich wegen der guten Verhältnisse beider Völker beunruhigen könnte, da in diesem Asyl und den gegen ein großes Unglück beobachteten Rücksichten keine andere Bedeutung liege als die der Gastfreundschaft. Eben so ängstlich ist man von französischer Seite bemüht alles zu vermeiden, was das Vernehmen mit England stören könnte. Deßwegen rügt es das „Journal des Débats" an dem Finanzbericht des Hrn. Garnier-Pagès als ein unnöthiges Wort der Aufreizung, wenn er sagt, die englische Staatsschuld von 20 Milliarden beruhe auf der industriellen und commerciellen Unterthänigkeit der Welt, ob das nicht eine wandelbare und zerbrechliche Basis sey?

Das Anerbieten der Polen zur Bildung einer polnischen Legion ist durch ein Decret der provisorischen Regierung unter Anerkennung der alten Sympathien beider Völker angenommen, und die Legion tritt sogleich unter den Befehlen des Kriegsministers zusammen. — Das Bankierhaus Th. Lafitte, Blouet und Long hat seine Geschäfte eingestellt.

Großbritannien.

In der vorabendlichen Unterhaussitzung am 8. März ging die Anstey'sche Katholiken-Erleichterungsbill zu gutem Theile durch die Committee.

Hr. Richard Cobden hat in die erregte Zeit den Plan einer neuen Liga geworfen, deren Zweck die „Sicherung von Frieden, politischer und Handels-Freiheit" seyn soll. Der vollziehende Rath der vormaligen Gegen-Korngesetz-Liga soll in gleicher Eigenschaft in den neuen Bund eintreten, dessen Ideen des nähern also formulirt sind: „die Grundsätze des Free-Trade im weitesten Umfange zu verwirklichen; der Industrie aufzuhelfen durch Beseitigung aller indirecten Steuern, die durch vernünftigere und gerechtere zu ersetzen seyen; die Abschaffung der Fideicommiß- und Primogeniturgesetze zu bewirken; eine billigere und gleichheitlichere Volksvertretung im Hause der Gemeinen zu erzielen; Gerechtigkeit für das irische Volk zu erlangen; den Charakter der Land- und Seemacht zu heben, durch Sicherung einer Belohnung oder Beförderung für lange und treue Dienste; vorzusehen, daß England durch den gefährlichen und verfassungswidrigen Hang seiner Aristokraten sich in die Anliegen anderer Nationen einzumischen, nicht noch einmal in einen blutigen und kostspieligen Krieg gestürzt werde."

Die Unruhen am 8. in Manchester beschränken sich auf folgendes. Ein Haufe von mehreren hundert Männern und Weibern zog vor das Armenarbeitshaus in der Tib-Street, und forderte schreiend die Freilassung aller seiner Insassen. Indessen wurden die Schreier von der Polizei ohne Anwendung gewaltsamer Mittel zerstreut. Bedenklich ist die Stimmung in Irland, wo Blätter, wie der „United Irishman", den ein gewisser Mitchell herausgibt, Nation, Dublin Freeman's Journal offen zur Nachahmung des in Frankreich gegebenen Beispiels, zur Empörung gegen die englische Herrschaft auffordern.

Griechenland

Athen, 27. Febr. Mussurus hat in Athen seinen Einzug gehalten. Den folgenden Tag schickte Mussurus seinen Secretär an den Minister des Auswärtigen, Hrn. Glarakis, und ließ ihm seine Ankunft melden, mit dem Ersuchen, eine Stunde zu bestimmen, in welchem der officielle Besuch stattfinden könnte. Glarakis bestimmte die eilfte Vormittagsstunde. Am 24. Februar in einer Abendstunde stellte derselbe Minister den Mussurus den beiden königlichen Majestäten vor. Seitdem sieht man ihn Arm in Arm mit Hrn. Lyons durch die Straßen gehen. Alles verhält sich ruhig. (C. v. u. f. D.)

Börse.

Wien, 13. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 82; zu 4pCt. in CM. 71; zu 3pCt. in CM. 53; Bankactien per Stück 1225; Nordbahn 90.

Amsterdam, 11. März. 2½ pCt. 39; 3pCt. 46; 4pCt. 60; Synd. 3½ pCt. 60; Handels-Maatschappy 143; Ard. 8[illegible]; port. 3pCt. 23; 5pCt. Metall. 83.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Freitag den 17. März: „Die Waldnymphe," in 2 Aufzügen von Fenzl, Musik von Grotjenthaler. Vorher: „Ein Stündchen Incognito," Lustspiel in 2 Aufzügen von Töpfer.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. v. Forbeck, Ministerreferent v. Stuttgart; Frhr. v. Reitzenstein v. Bamberg; Reuffer, Abgeordneter v. Regensburg.

Gold. Hirsch. HH. Graf v. Uxküll v. Wiesbaden; Graf v. Armansperg v. Eck.

Hôtel Maulick. HH. Baron v. Dörnberg, Offizier von Darmstadt; Legriß, Privatier v. Frankfurt.

Gold. Hahn. HH. v. Ponikau, Reichsrath v. Augsburg; Trautner, Abgeordneter v. Steinfels; Baron v. Schatte, k. Landrichter, und Stempflinger, Decan v. Tittmoning; Keller, Privatier v. Rosenheim; Brown, Rentier v. New-York; Wilson, Rentier v. Irland; Baron v. Sazenhofen, Abgeordneter v. Rothenstadt.

Gold. Kreuz. HH. Mackart, Kaufmann von Würzburg; Büß, Kaufmann v. Augsburg; Förch, Decan von Neuburg; Dittmar, Decan von Würzburg; Mam. Beril, Advocatenswittwe v. Landau.

Blaue Traube. H. Möser, Gutsbesitzer v. Reith.

Gestorbene in München.

Benno Mitke, Tischlergesell v. h., 19 J. alt; Franziska Schneider, k. Hofkutscherstochter v. h., 15 J. alt; Crescentia Schwarz, Taglöhner v. d. Au, 77 J. alt; Anna Sterler, ehemalige Apothekerstochter v. Ingolstadt, 39 J. alt; Anna Schölbeck, Güttlerstochter v. Schwimmbach, Ldg. Straubing, 36 J. alt; Alois Abholzer, Zimmermann v. h., 47 J. alt.

Bekanntmachung.

2324. Da sich bei der ersten Versteigerungstagsfahrt keine Käufer eingefunden haben, so wird das Anwesen Nro. 2 lit. a. an der Bogenhauserstraße zum wiederholten Male dem öffentlichen Verkaufe unterstellt.

Dieses besteht:

1) aus einem Wohnhause, zum Theil incl. ebener Erde zwei Stockwerk hoch mit gewölbtem Keller, zum Theil blos zur ebenen Erde mit Dachwohnung,
2) aus drei hölzernen Holzhütten,
3) aus Hofraum mit Gärtchen und Gartenlaube, dann Gumpbrunnen.

Es hat einen mittleren Schätzungswerth von 3200 fl., ist mit 8459 fl. 56¾ kr. Hypotheken belastet und um 1800 fl. der allgemeinen Brandassecuranz einverleibt.

Tagsfahrt zur Versteigerung ist auf

Donnerstag den 13. April l. Js. Vormittags von 10 – 12 Uhr

Zimmer Nr. 28 hierorts anberaumt, wozu Steigerungslustige mit dem Bemerken geladen werden, daß sie sich über Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben, und daß der Hinschlag des Anwesens ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolge.

Sign. am 11. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

v. Ziegler.

Bekanntmachung.

2325. Künftigen Montag den 20. d. Mts. Morgens 9 Uhr wird der Rücklaß des Expositus Bartholomä Gerstl in der Kanalstraße Nr. 45 über 3 Stiegen gerichtlich versteigert.

Derselbe besteht in einem vollständigen Bette, Möbels, Kleider und einer silbernen Uhr.

München den 16. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der königl. Director:
Barth.

Uebelacker.

2330. Zur Sicherung der übrigen Bewohner des Hauses in der Wurzerstraße, welches vorgestern der Gegenstand mehrmaliger Nachforschungen war, und zur Beruhigung des Publicums wird hiemit erklärt, daß die Familie, bei welcher man die Landsfeld verborgen glaubte, noch am selben Abend im Angesichte der versammelten Menge für immer das Haus verlassen hat.

München, 17. März 1848.

Der Eigenthümer des Hauses auf der Wurzerstraße.

2326. (2a) In der Ludwigsstraße Haus Nr. 28 ist die große Wohnung im II. Stock allsogleich zu vermiethen. Das Uebr. beim Hausmeister.

Ankündigung.

Der Ausschuß der mechanischen Baumwoll-Spinnerei und Weberei in Augsburg

beehrt sich hiemit bekannt zu machen, daß in Folge des in der Generalversammlung am 14. d. gefaßten Beschlusses der am 1. Juli a. c. fällige Actien-Coupon mit

fl. 55 per Stück

eingelöst wird.

Augsburg den 15. März 1848.

Der Vorstand:
2327. Friedrich Schmid. (3a)

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 69.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger Gasse Nro. 3; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 22 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 6 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend XLIX. Jahrgang. 18. März 1848.

Deutschland.

Bayern.

*†München, 18. März. Ihre königl. Hoheit die Frau Kronprinzessin ist gestern Nachmittags halb 2 Uhr von Würzburg im erwünschtesten Wohlseyn in der königl. Residenz eingetroffen.

†München, 17. März. Die „Allgemeine Zeitung" vom 17. d. M. enthält eine Nachricht über das angebliche Fehlschlagen der Mission der Bevollmächtigten von Würtemberg, Hessen-Darmstadt und Nassau. Wir können zu deren Berichtigung die bestimmte Mittheilung machen, daß unterm Heutigen in München eine Verständigung erfolgt ist, und demgemäß der königl. Gesandte Frhr. von Berger in außerordentlicher Mission sich sofort nach Dresden und Berlin begiebt, um ganz im Geiste der königl. Proclamation vom 6. d. die möglichst schleunige Durchführung der Nationalrepräsentation am deutschen Bunde und anderer die Einigung Deutschlands bezweckenden Propositionen zu erzielen.

München, 18. März. (Bekanntmachung.) I. Wir von Gottes Gnaden König von Bayern ꝛc. finden Uns zu der Erklärung bewogen, daß die Gräfin v. Landsfeld das bayerische Indigenat zu besitzen aufgehört hat. München, den 17. März 1848. Ludwig. Graf v. Waldkirch, Staatsrath. — II. Se. Maj. der König haben den Polizeidirector Mark seiner Stelle zu entheben, und an solche den königl. Landrichter v. Pechmann wieder zu ernennen geruht. An den Letzteren ist sofort Estafette mit der Anforderung abgegangen, seinen Posten alsbald anzutreten. Der königl. Polizei-Obercommissär Frhr. v. Lindenfels wird inzwischen die Leitung der Geschäfte übernehmen. München, den 17. März 1848. Ludwig. Frhr. v. Thon-Dittmer, Staatsrath. — III. In Anbetracht, daß die Gräfin v. Landsfeld, welche laut allerhöchster Entschließung Sr. Maj. des Königs vom heutigen aufgehört hat, das bayerische Indigenat zu besitzen, ihre Versuche nicht aufgibt, die Ruhe der Hauptstadt und des ganzen Landes zu stören, sind unterm heutigen alle Gerichts- und Polizei-Behörden des Königreichs angewiesen worden, auf besagte Gräfin zu fahnden, sie überall, wo man sie finden mag, zu Haft zu bringen, und auf die nächste Festung zu verschaffen, um sie sofort der richterlichen Untersuchung zu überweisen. München, den 17. März 1848. Justizministerium und Ministerium des Innern. v. Beisler, Staatsrath. Frhr. v. Thon-Dittmer, Staatsrath. Solches wird hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht. München, am 17. März 1848. Der Magistrat der königl. Haupt- und Residenzstadt München. v. Steinsdorf, Burgermeister. Lachmayr, Secretär.

München, 17. März. (Kammer der Abgeordneten.) Bei der heute stattgefundenen Wahl der sechs Candidaten zu den Präsidentenstellen der Kammer der Abgeordneten wurden im I. Scrutinium bei 123 anwesenden Mitgliedern erwählt: die HH. Abgeordneten 1. Heintz, mit 114; 2. Kirchgeßner, mit 111; 3. Willich, mit 94; 4. Müller, mit 84; 5. Stockinger, mit 75; 6. Kolb, Gottfried, mit 72 Stimmen. (Absolute Majorität ist 62 Stimmen. — Die königl. Bestätigung ist demnächst zu erwarten.)

München, 15. März. Bezüglich der Vorlagen, die den Ständen gemacht werden sollen, vernimmt man, daß der Kriminalproceßgesetzentwurf in den jüngsten Wochen weitgediehen ist, und nahezu vollendet seyn soll. Derselbe soll dermalen von dem als ausgezeichneten Rechtslehrer bekannten quiesc. Appellationsrath Seuffert durchgesehen und überarbeitet werden. Auch heißt es, der im Jahr 1831 schon bearbeitete Entwurf eines Polizeigesetzes werde zur Vorlage an die Stände vorbereitet. Die Entwürfe eines Ministerverantwortlichkeits- und eines Preßgesetzes sollen ebenfalls nahezu vollendet seyn. (Nach der Allgemeinen Zeitung wäre man noch nicht so weit.) (C. v. u. f. D.)

, München, 18. März. Gestern Abend hatte sich hier das wunderliche Gerücht verbreitet, eine Estafette habe den versammelten Ständen am Nachmittag die Kunde gebracht, daß die kaiserliche Familie Wien habe verlassen müssen, und daß man eine Volksregierung eingesetzt. — Nach einem heute Morgens hier aus Wien bei der k. Gesandtschaft eingetroffenem Courier, der sich in seinem gewöhnlichen Amt nach Frankfurt begibt, erweisen sich obige Gerüchte durchaus irrig. — Fürst Metternich hat Wien verlassen und man weiß nicht, wohin er sich begeben.

**München, 18. März. Die Zeit der Hexen scheint wiedergekehrt. Lola Montez, diese moderne Repräsentantin der Hexenkünste scheint in der That überall und nirgends zu seyn. Fast zu derselben Zeit, wo man sie in Bayern an verschiedenen Orten vermuthete, ist sie nach dem „Berner Verfassungsfreund" am 14. März in Bern wieder angelangt, nach der „Allgemeinen Zeitung" aber sey sie am 14. d. Mts. durch Heidelberg passirt und durch einen gegen sie gerichteten Studentenauflauf zur Weiterreise nach Frankfurt genöthigt worden.

München, 16. März. Heute Vormittag wurde eine Infanterieabtheilung nach Mehring und Fürstenfeldbruck abgeordnet, wo sträfliche Excesse vorgefallen seyn sollen; in letzterem Städtchen soll man das königl. Landgericht gestürmt haben. — In Garmisch sah sich der Revierförster Haindl zur Flucht genöthigt, von den Bauern hart gedrängt. (Augsb. Abdz.)

⚌ Schongau, 17. März. Ich theile Ihnen die betrübende Nachricht mit, daß in Bernbeuren, einem Pfarrdorfe im Landgericht Füßen, der Hr. Pfarrer Lerchenmüller gewaltsam von den Bauern vertrieben worden, ein Mann, dessen mehr als zwanzigjährige ausgezeichnete Seelsorge anerkannt ist, und der in jeder Beziehung zu den Gesinnungstüchtigsten in unseren Tagen gezählt werden muß. — Mögen doch die Staatsbehörden die kräftigsten Maßregeln ergreifen, um der immer weiter greifenden rohen Bauernjustiz ein Ende zu setzen.

Burgau, 15. März. Gestern und in verflossener Nacht haben in Wettenhausen (Pfarrdorf mit 83 Häusern und 119 Familien), dem Sitze des k. Rentamtes, Unruhen stattgefunden. Den Vorwand zu den Excessen gab die Abführung einer Quantität Getreide aus dem k. Kornspeicher, welches ein benachbarter Müller gekauft hatte. Man hinderte diese Abführung unter den fürchterlichsten Drohungen, und nachdem hierauf den ganzen Tag über von dem Volke mittelst Geschrei, Flinten- und Terzerolschüssen Ort und Umgegend in Allarm gesetzt war, wurden Nachts in verschiedenen Zwischenräumen die Häuser derjenigen Ortsbewohner, welche sich der Bewegung nicht anschlossen, dann der Pfarrhof und das Klostergebäude, in welchem sich das k. Rentamt befindet, vielfach durch Steinwürfe u. dgl. beschädigt. Heute kam ganz unerwartet eine Abtheilung Cavallerie nebst einer Commission des kgl. Landgerichtes an. Die Ruhestörer zogen sich in ihre Häuser zurück; Niemand will jetzt als Theilnehmer an den Unruhen gelten. Allgemein spricht sich auch die Mißbilligung über diese schändlichen Vorgänge, über diese unverantwortliche Störung der öffentlichen Ordnung aus. (Augsb. Abdz.)

Augsburg, 17. März. Heute Nacht ist eine Abtheilung des dahier garnisonirenden Chevaurlegersregiments König nach Edelstetten abgegangen, wo das fürstl. Esterhazy'sche Herrschaftsgericht dieses Namens seinen Sitz hat; andere Abtheilungen des Chevaurlegersregiments Herzog Maximilian zu Dillingen sind in den jüngsten Tagen für die fürstl. Oettingen-Wallerstein'schen Herrschaftsgerichte und das königl. Landgericht Burgau in Anspruch genommen worden. Mehrere Grundherrschaften haben sich durch ähnliche Veranlassung, aber bei viel bescheideneren Ansprüchen gedrungen gefunden, sich mit ihren Grundholden zu vereinbaren, so in den Fürstenthümern Oettingen-Spielberg und Fugger-Babenhausen. (A. Z.)

Der Antrag der Protestanten Augsburg's, daß bei allen Gemeindestellen die gleiche Zahl Katholiken und Protestanten zur Vertretung und Verwaltung berufen werden solle, ist in einer deßhalb anberaumten Bürgerversammlung einstimmig angenommen worden. (Augsb. Abdz.)

Amberg, 14. März. Heute Morgens ist der Bezirks-Landwehrcommandant Hr. v. Mann von hier in das benachbarte Castell abberufen worden, um mit Hülfe der Landwehr die von den Bauern mit bewaffneter Hand vertriebenen königl. Beamten, den königl. Landrichter und den königl. Rentbeamten alldort, in ihren Wirkungskreis zurückzuführen. (Bayer. Bl.)

Speyer. Die zur Begleitung der Deputirten der Pfalz nach München bezeichneten Bürger von Speyer, Frankenthal, Neustadt Oggersheim und Lambsheim sind heute zusammengetreten und haben nachstehende Adresse an die pfälzischen Deputirten angenommen, was sie den einzelnen Gemeinden zur Wissenschaft und geeigneten Berücksichtigung mittheilen. Die Gemeinden, welche noch weitere Begleiter zu wählen gedenken, werden eingeladen, solches unverzüglich zu thun, da die Zusammenkunft aller am Abend des 16. d. M. in Augsburg im Gasthaus zur goldenen Traube stattfinden soll. Ludwigshafen, den 10. März. 1848. Ußlaub. Dr. Walz. Merkle. Reichard. Heintz. J. W. Behmer. Spatz. Behlen. Heller. Peter Zöller. Schick. J. V. Reudelhuber. F. König. Ph. Knöckel. Kern. C. Knöckel. F. Kölsch. J. Löwenthal. Heinrich Moll. — Geehrte Mitbürger, Deputirte der Pfalz! Treu Ihren Pflichten als Vertreter des Volkes haben Sie in einer Eingabe vom 4. März von der Krone die Freiheitsrechte zurückgefordert, welche in der Schlaffheit früherer Zeiten untergegangen. Halten Sie fest an dieser Forderung. Sie haben um sich ein Volk von Brüdern, welches, durch seine Institutionen großgezogen in der Liebe zur Freiheit, bereit ist, Gut und Leben einzusetzen, wenn es den Kampf gilt um die höchsten Güter, den Kampf für Freiheit und Vaterland. Kämpfen Sie muthig für ein großes einiges freies Deutschland, auf daß wir Pfälzer an den Grenzmarken des gemeinsamen deutschen Vaterlandes, als nächste Nachbarn der großen einigen französischen Republik nicht erröthen müssen ob der Schmach deutscher Zerrissenheit und politischer Knechtschaft. Ein deutsches Parlament wache über die Freiheitsrechte aller deutschen Bürger, und berathe unter der Aegide der schwarz-rothgoldenen Fahne über die gemeinsamen Interessen des Vaterlandes. Statt der stehenden Heere führe das Volk selbst die Waffen zu Schutz und Trutz gegen innere

und äußere Feinde. Verschaffen Sie sofort die vollste Anerkennung den Grundsätzen der höchsten Freiheit in der Presse, dem Glauben, der Lehre, dem Rechte gesellschaftlichen Zusammentritts und unbeschränkter Meinungsäußerung. Verschaffen Sie Geltung den Grundsätzen der Gleichheit vor dem Gesetze, ohne Unterschied von Ständen oder Religionsparteien, der Selbstverwaltung der Gemeinden durch freigewählte Organe, besonderer Repräsentation des Kreises, sowie einer freien Stellung des Kreises und seines Landraths; aber lassen Sie sich nicht durch Versprechungen täuschen, denn die Erfahrung zeigte sie uns wandelbar. Allen politisch Verurtheilten werden die Kerker geöffnet, den Flüchtlingen die Heimath wieder gegeben, denn alle sind sie Opfer einer früheren volksfeindlichen Politik und das Vaterland zählt unter ihnen die edelsten seiner Söhne. Haben Sie diese Aufgabe gelöst, so berathen Sie ohne Verzug ein Wahlgesetz, welches ohne Rücksicht auf Stände und Classen dem Talente oder der Vaterlandsliebe den Weg zur Kammer eröffnet, nicht aber das höchste Recht der Volksvertretung von Besitz und Vermögen abhängig macht, oder gar der Krone die Befugniß ertheilt, durch Urlaubsverweigerung die besten Männer auszuschließen. Eine andere Kammer, nach dem neuen Gesetz gewählt, baue dann fort auf dem Freiheitsgrunde, den Sie gelegt haben, damit die Verfassung eine Wahrheit werde, befreit von den hemmenden Fesseln der Edicte und sonstigen Beiwerks. Die bewährten Freunde der Freiheit selbst, werden getragen von der Liebe und dem Vertrauen des Volks wiederkehren in diese neue Kammer und dann in deren Mitte die Unterstützung finden, welche sie jetzt nur in der Macht der öffentlichen Meinung, der Verhältnisse der Gegenwart und sittlichen Kraft der guten Sache zu suchen haben. Wirken Sie in diesem Geiste, so wird Ihnen die Zustimmung aller Ihrer Committenten gewiß seyn, und wie Sie jetzt unser Vertrauen nach München begleitet, so werden wir Sie bei Ihrer Rückkehr aus dem Kampfe für Freiheit und Vaterland wieder mit Stolz als die Unsern begrüßen. Mit Hochachtung Ihre Mitbürger.

(D. const. Z.)

Speyer, 10. März. Das königl. Regierungspräsidium der Pfalz hat heute folgende Bekanntmachung veröffentlicht: Inhältlich eines hohen Ministerialrescripts vom 6. d. Mts. haben Se. Majestät der König aus den jüngsten Vorlagen des königl. Regierungspräsidiums der Pfalz mit Freude ersehen, welche würdige Haltung die Bewohner der Pfalz in dieser ernsten Zeit und gegenüber der Gährung in dem westlichen Nachbarlande, besonders in einigen seiner Grenzbezirke behaupten, welcher Sinn für Aufrechthaltung der gesetzlichen Zustände sie belebe, und von welch entschiedenem Eifer für das gemeinsame Wohl des deutschen Vaterlandes, für dessen Erstarkung nach Innen und Außen die Pfälzer erfüllt sind. — Solche Wahrnehmungen in so verhängnißvollen Tagen thun dem pfalzgräflichen Herzen Sr. königl. Majestät doppelt wohl, und Allerhöchst Sie geben Sich dem festen Vertrauen hin, daß Ihre geliebten Pfälzer unter allen Umständen bei diesen trefflichen Gesinnungen treu beharren, an König, Vaterland und Verfassung festhalten und dem alle Deutsche von Tag zu Tag mächtiger umschlingenden Bande nationaler Einigkeit sich innig und unerschütterlich anschließen werden.

Zweibrücken. Die Sitzungen des Assisengerichts der Pfalz für das erste Quartal 1848 begonnen am 6. März und werden am 16. beendet seyn. Die Geschwornen haben sich in 13 Proceduren mit 18 Individuen befaßen, wovon 1 des Mordes, 2 des Straßenraubs, 1 der Brandstiftung, 1 des Meineids, 1 des gewaltsamen Angriffes auf die Schamhaftigkeit, 3 der Fälschung und 9 des qualificirten Diebstahls angeklagt sind.

Würtemberg.

Stuttgart, 14. März. Heute Morgen 10 Uhr wurde die Kammer der Abgeordneten durch eine zum Festhalten an Thron und Bund, zur Unterstützung der Minister auffordernde Rede des Präsidenten eröffnet. Der Chef des Departements des Innern legte einen Gesetzentwurf über die Bewaffnung des Volkes vor. Es wurde der Kammer mitgetheilt, daß ihre Auflösung in kurzem erfolgen werde. Viele Abgeordnete besonders Wiest, sprachen das Verlangen aus, daß noch vor der Auflösung eine Vorlage über Befreiung des Grundes und Bodens gemacht werde, Morgen wird die Feudalcommission hierüber berichten (A. Z.)

Stuttgart, 14 März. Die Nachricht von der Flucht des Fürsten von Hechingen ist glücklicherweise irrig. Auch der größere Theil der Berichte über den „Bauernkrieg,“ welche die Runde durch die Zeitungen machen, ist übertrieben oder falsch, und der Brand einer Reihe von Schlössern, der z. B. der „Deutschen Zeitung“ gemeldet wird, reducirt sich, was Württemberg betrifft, von dem Brand eines Schloßflügels zu Niederstetten abgesehen, in welchem sich das Archiv und die Wohnung eines verhaßten Beamten befand, auf Verbrennung von Acten der grundherrlichen Rentämter. Der zur Berathung der dringendsten Angelegenheiten auf kurze Zeit wiederberufene Landtag ward heute eröffnet, und der neue Departementschef des Innern, Staatsrath Duvernoy legte ein Landwehrgesetz vor, worauf sich über alsbaldige Vorlage von Ablösungsgesetzen eine längere Discussion entspann. Die heute vom Minister des Auswärtigen, Grafen von Beroldingen, angekündete Auflösung des Landtages und die Vornahme neuer Wahlen in die zweite Kammer wird ohne Zweifel in kurzester Zeit erfolgen (A. Z.)

Stuttgart, 15. März. Dem Vernehmen nach wird in Folge eines von der hiesigen Regierung abgesendeten Couriers das bei Bregenz rc. stehende österreichische Bundescorps die württembergischen Grenzen nicht überschreiten, sondern sich nur zum Vorrücken bereit halten, wenn Bundeszwecke, durch die auswärtige politische Lage Deutschlands bedingt, dieß fordern sollten, was weiteren Verhandlungen vorbehalten ist. (A. Z.)

Stuttgart, 16. März. (XVIII. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Es erfolgt Berichterstattung Namens der Feudalcommission. Hillers Antrag auf Auflösung der Kammer wird allgemein unterstützt. Die Kammer wendet sich nun mit einer Adresse an den König mit der Bitte: Allerhöchstdieselben möchten Gesetzesentwürfe zum Zwecke der Verabschiedung einbringen lassen, nach welchem alle auf dem Grundeigenthum haftenden Lasten nach einem billigen, den Zeitverhältnissen entsprechenden Maßstabe für ablösbar erklärt, ferner die das Grundeigenthum gefährdenden Jagdrechte die Neusteuerbarkeit, die Novalzehenten und die Bahnrechte beseitigt würden, und in gnädigste Erwägung ziehen, ob und in wie weit das Ablösungsgeschäft zwischen den Berechtigten und Pflichtigen zu vermitteln seyn möchte, auch den standesherrlichen und ritterschaftlichen Adel zu veranlassen suchen, auf die Patrimonialgerichtsbarkeit, den privilegirten Gerichtsstand und auf ihre Rechte hinsichtlich der Ernennung der Ortsvorsteher und der Bürgerannahme Verzicht zu leisten. Folgt dann die Bitte um Auflösung der Kammer, wenn Se. Majestät der Meinung, daß bezüglich des Obigen auf dem gegenwärtigen Landtag keine befriedigenden Ergebnisse erzielt würden. (Schw. Mkr.)

Baden.

Die „Karlsruher Zeitung“ enthält folgende zwei Decrete. I. Leopold, von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. Wir finden Uns bewogen, die Verordnungen vom 16. Febr. 1837 und 7. Dec. 1837, wodurch einige Standesherren und die Mitglieder des ehemaligen Reichsadels von den Bestimmungen der Gemeindeordnung vom 31. Dec. 1831 hinsichtlich der Bürgermeisterwahlen, Bürgerannahmen und Gemeindeumlagen als ausgenommen erklärt wurden, wieder außer Wirksamkeit zu setzen. Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium den 14. März 1848. Leopold. — II. Se. königl. Hoheit der Großherzog haben unter dem 14. d. Mts. allergnädigst geruht, den Hofrath Karl Welcker zu allerhöchstihrem Bundestagsgesandten zu ernennen; ferner haben Allerhöchstdieselben, nach Ansicht des Bundesbeschlusses vom 10. d. Mts., siebenzehnte Sitzung §. 140, den Abgeordneten der zweiten Kammer der Ständeversammlung, Friedrich Bassermann, nach Frankfurt zu der Bundesversammlung zu entsenden allergnädigst beschlossen, um nach Maßgabe des erwähnten Bundesbeschlusses bei der Revision der Bundesverfassung auf nationaler Grundlage, einverständlich mit allerhöchstihrem Gesandten mitzuwirken.

Karlsruhe, 13. März. In der heutigen Sitzung der Kammer wurde auf geschehene Anfrage, ob von Seite des Bundes wegen Besetzung der Rheingrenzen schon Anordnungen und welche getroffen worden, von der Regierungsbank aus erklärt: daß die dießfälligen Berathungen, und insbesondere auch jene wegen Besetzung der Bundesfestung Rastatt noch im Laufe seyen. Letztere Bemerkung gab mehreren Kammermitgliedern Anlaß feierlich gegen eine solche Besetzung durch preußische oder österreichische Truppen zu protestiren. Bekk sprach die Hoffnung aus, die Standes- und Grundherren könnten veranlaßt werden freiwillig auf ihre Hoheitsrechte zu verzichten. Die Frage, ob die Regierung sich schon wegen Einführung einer allgemeinen Preßfreiheit und wegen der übrigen die Bundeseinrichtungen betreffenden Wünsche der Kammer beim Bunde verwendet habe, wurde von der Regierungsbank aus in Bezug auf die Preßfreiheit bejaht. (Schw. Mkr.)

Vom Bodensee, 12. März. In dem nahen Radolfszell war die Aufregung in Folge einer Bürgerversammlung so groß, daß der großherzogliche Amtmann Klein die Flucht ergreifen mußte, und auf der Landstraße noch drei Schüsse auf ihn fielen! An den Thoren von Konstanz lassen sich keine Gränzzollwächter mehr sehen. Man will den Magistrat absetzen, spricht nur von Republik, der allgemeine Ruf ist: „Zu den Waffen!“ Es schicken sich viele Familien an Konstanz zu verlassen. Man sieht die gepackten Möbel rc. auf dem Damme. Auf den 19. März ist Einladung ergangen zur Volksversammlung in Offenburg (dieselbe ist von Hecker, Itzstein, Soiron, Welcker, Kapp rc. unterschrieben.) Die Konstanzer berathen — mit den Waffen in der Hand — über die Art und Weise, wie die Versammlung zu beschicken sey. Was ich Ihnen mittheile, habe ich als Augenzeuge beobachtet. (A. Z.)

Vom Bodensee, 14. März. Gerüchte sprechen von immer steigender Aufregung in Konstanz, Stockach, Offenbach rc. von vielen tausend Bewaffneten, von immer massenhafteren Rufen für die deutsche Republik, von einem beabsichtigten bewaffneten Zuge nach Karlsruhe. (A. Z.)

K. Sachsen.

Leipzig, 11. März. Der Justizminister v. Carlowitz, ist heute in unserer Stadt eingetroffen und wird hier in der Eigenschaft eines k. Commissärs bis zum Beginn des Landtags verweilen. Großes Befremden erregen bei der friedlichen Haltung unserer Stadt die großen Truppenmassen, welche in den Dörfern rings um Leipzig einquartirt sind. In Schkenditz sollen sogar preußische Truppen eingetroffen seyn. Die Stadtverordneten hatten deßhalb in der heutigen Sitzung beschlossen, mit dem Stadtrathe die sofortige Zurückziehung der Truppen zu beantragen, da diese Maßregel ungeeignet sey, das gestörte Verhältniß zwischen Volk und Regierung wieder herzustellen. Als eine Deputation sich in dieser Weise gegen den Minister von Carlowitz aussprach, erklärte derselbe, daß das Militär, welches in Rücksicht auf die gefährdeten, materiellen Zustände zusammengezogen worden sey, wieder entfernt werden solle, wenn die städtischen Behörden sich für die Ruhe der Stadt verbürgen wollten. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Sächsische Herzogthümer.

Coburg. Der Landtag ist auf den 2. April einberufen. Es ist ihm Vorlage von Gesetzen über vollständige Preßfreiheit, Petitionsrecht, Volksversammlungen und Beeidigung des Militärs auf die Verfassung zugesagt. Oeffentlichkeit und Mündlichkeit und Schwurgerichte sollen eingeführt werden. Die Regierung wird für ein deutsches Parlament und für ein die Last des stehenden Heeres erleichterndes Wehrsystem thätig seyn.

Gotha, 8. März. Auf Grund einer Bürgeradresse hat der Herzog vollständige Bewilligungen gemacht: Preßfreiheit, Petitions- und Versammlungsrecht, Versprechen einer zeitgemäßen Repräsentativverfassung, der Verwendung für ein deutsches Parlament und einige andere Versprechungen, worunter die localwichtigste, daß die Kammereinkünfte zur Bestreitung des gesammten mit der Staatsverwaltung verknüpften Aufwandes mit den zu diesem Zweck bestimmten Einnahmen der Obersteuercasse in eine Casse vereinigt werden sollen. Abgeschlagen ward in umschreibenden Worten die in der Petition erbetene Besetzung der höchsten Landesstellen mit andern Personen.

Weimar, 9. März. Heute ist folgende neue Bekanntmachung hier erschienen: Der Fürst werde für eine deutsche Nationalvertretung thätig seyn; die Verminderung und Verwandlung der stehenden Heere und eine allgemeine Volksbewaffnung werde er ins Auge fassen, über Umgestaltung der Rechtspflege behalte er sich seine Entschließung vor. Das Kammervermögen werde er mit dem landschaftlichen Vermögen gegen Gewähr einer Civilliste vereinigen. Mit dem Landtage werde er auch noch weiter an ihn gelangende Anträge erledigen.

Digitized by Google

Kurhessen.

Kassel, 11. März Abends. Der Geheimerath a. D., Obervorsteher von Trott, hat seine Ernennung zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Hauses, sowie der Regierungsdirector Lotz in Marburg die Ernennung zum Geheimerath und provisorischen Vorstand des Ministeriums des Innern abgelehnt.

Kassel, 12. März. (L. K. Z.) Gestern ist noch folgende Verordnung, die Freiheit der Presse betreffend, erschienen: „Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm der erste, Kurfürst und souveräner Landgraf von Hessen ꝛc. ꝛc. erlassen zur Vollziehung des §. 37 der Verfassungsurkunde und mit Beziehung auf den Bundesbeschluß vom 3. d. M. folgende Vorschriften. §. 1. Die Censur ist aufgehoben. §. 2. Es findet Freiheit der Presse statt, vorbehaltlich der besondern Bestimmungen, welche das nach §. 37 der Verfassungsurkunde zu erlassende Preßgesetz enthalten wird. §. 3. Bis zum Erscheinen dieses Gesetzes werden Preßvergehen nach den bestehenden Strafgesetzen geahndet. Urkundlich u. s. w. gegeben zu Kassel am 11. März 1848.“ Friedrich Wilhelm, vdt. Mordhutt, l. A.

Gr. Hessen.

Darmstadt, 12. März. In der gestrigen Sitzung unserer zweiten Kammer bemerkte Hr. v. Gagern auf Zitz Antrag: der Gesandte der französischen Republik sey mit ihm in Verbindung getreten; die Anerkennung der Republik werde sofort erfolgen, auf Aufrechthaltung des Friedens zähle er fest. (Frankf. J.)

Darmstadt, 13. März. Staatsminister v. Gagern hat eben einen warmen kräftigen Aufruf an die Odenwälder erlassen, worin er sie vor den Ruhestörungen und Gesetzlosigkeiten verwarnt, ihnen die Sendung des Ministerialraths Eigenbrodt in ihre Bezirke anzeigt, und mit den Worten schließt: „Bedenkt, nur auf dem Wege des Gesetzes und der Ordnung, welche aufrechtzuhalten mich mein Eid und mein Gewissen verpflichten, kann etwas Gutes gedeihen und für die Dauer erreicht werden!“ (A. Z.)

Preußen.

Patent wegen Einberufung des vereinigten Landtages. Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. haben im Verein mit der kaiserl. österreichischen Regierung unsere deutschen Bundesgenossen eingeladen, sich unverzüglich zu einer gemeinsamen Berathung über diejenigen Maßregeln zu vereinigen, welche unter den gegenwärtigen schwierigen und gefahrvollen Verhältnissen das Wohl des deutschen Vaterlandes erheischt, und sind entschlossen, mit allen Unseren Kräften dahin zu wirken, daß diese Berathungen zu einer wirklichen Regeneration des deutschen Bundes führen, damit das deutsche Volk in ihm wahrhaft vereinigt, durch freie Institutionen gekräftigt, nicht minder aber auch gegen die Gefahren des Umsturzes und der Anarchie geschützt, die alte Größe wiedergewinne, damit Deutschland den ihm gebührenden Rang in Europa einnehme. Welches aber auch der Erfolg dieser Unserer Bemühungen seyn möge, so werden jedenfalls dadurch Maßregeln für Unsere Staaten bedingt, zu deren Ausführung Wir der Mitwirkung Unserer getreuen Stände bedürfen. Dieserhalb und weil Wir überhaupt in so großen und entscheidenden Epochen wie die gegenwärtige, Uns nur in Vereinigung mit Unseren Ständen stark fühlen, haben Wir beschlossen, den vereinigten Landtag auf Donnerstag den 27. April d. J., in Unserer Haupt- und Residenzstadt Berlin zu eröffnen, und beauftragen das Staatsministerium, die Einberufung desselben durch den Minister des Innern zu veranlassen, auch die sonst erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Gegeben Berlin, den 14. März 1848. Friedrich Wilhelm. Prinz von Preußen. Mühler. v. Rother. Eichhorn. v. Thile. v. Savigny. v. Bodelschwingh. Graf zu Stolberg. Uhden. Frhr. v. Canitz. v. Düesberg. v. Rohr.

Berlin, 8. März. Der König hat sämmtliche verurtheilte Polen, welche um Gnade eingekommen sind, begnadigt. Den zum Tode-Verurtheilten ist die Strafe in eine sechsjährige Festungshaft verwandelt worden. Die begnadigten Gymnasiasten dürfen indessen erst, wie hinzugefügt wird, mit ihrem 24sten Lebensjahre nach der Provinz Posen zurückkehren; bis zu diesem Zeitpunkte können sie sich, mit Ausnahme der gedachten Provinz, aufhalten wo sie wollen. — Wie Dr. Freyberg wurde Hofrath v. Wedecke freigesprochen. (S. Z.)

Berlin, 12. März. Die hier anwesende Bürgerdeputation aus Breslau hat bis jetzt noch keine Audienz bei Sr. Maj. erhalten, da der König keinerlei Adresse persönlich in Empfang nehmen will. Der „Zeitungshalle,“ die in der Regel sehr detaillirte Berichte über die hiesigen Stadtverordnetenverhandlungen enthält ist, von der Censur nicht verstattet worden, eine vollständige Relation über die beiden letzten sehr aufgeregten Sitzungen zu liefern. (A. Z.)

Berlin, 13. März Abends 11 Uhr. Die allgemeine Gährung der Gemüther ist auch hier zum Ausbruch gekommen. Der Ausgangspunct ist durch den bekannten Versammlungsort im Thiergarten vor den Zelten gebildet worden. Die Menge zog sich Abends 7 Uhr unter Schreien, Pfeifen, Singen ꝛc. langsam durch das Brandenburger Thor die Linden hinunter nach dem Schloß zu. Hier stieß es auf eine auf der Schloßfreiheit stationirte Abtheilung Garde-Cuirassiere. Man versammelte sich unter den Fenstern des Schlosses, schrie „Freiheit!“ „Preßfreiheit!“ verhöhnte das Militär und warf mit Steinen. Die Bewegung nahm endlich vollständig den Charakter eines Straßenauflaufs an, welcher sich um das Schloß concentrirte und sich von hier die Linden hinauf bis zum Brandenburger Thor erstreckte. Dann und wann sprengte das auf dieser ganzen Strecke piketweise vertheilte Militär ein, worauf die Menge auseinanderstob, aber gleich wieder lärmend und schreiend in den Vordergrund trat. Auf dem Schloßplatz sollen dabei mehrere bedeutende Verwundungen vorgekommen, und unter den Linden einige durch Lanzenstiche niedergestreckt seyn. Dennoch erhielt die Bewegung keinen ernstern Charakter. Die Aufregung ist groß und allgemein. (A. Z.)

Berlin, 14. März. Die heute ausgegebene Nr. 7 der Gesetz-Sammlung enthält die Verordnung über die Errichtung von Handelskammern.

In Magdeburg ist der nunmehr vom Staate anerkannten freien Gemeinde, die am 12. ihren Gottesdienst auf freiem Markte halten wollte, der Mitgebrauch einer ihr angebotenen Kirche gestattet worden.

Koblenz, 14. März. Bei den nächsten gewöhnlichen Controlversammlungen der Landwehr wird ein Tagesbefehl verlesen werden, daß der König die Reserve ausschließlich zur Sicherstellung der Rheinprovinz und der Festungen einberufen habe. Zu den Waffen greifen wolle Se. Majestät nur dann, wenn die Unabhängigkeit des Vaterlandes durch einen Angriff von außen wirklich bedroht wird. (Köln. Z.)

Hannover.

In Göttingen hat es am 12. März einen nächtlichen Zusammenstoß zwischen Landdragonern und Studenten gegeben; es wurden einige der letzteren (8) schwer verwundet. Am andern Tage ging eine Abordnung von Professoren nach Hannover ab. — Das erste jüdische Handelshaus Benfey hat mit 1,50,000 Thaler fallirt. — Der Magistrat hat nunmehr die Reformadresse beschlossen.

Hildesheim und Lüneburg haben sich der Reformbewegung angeschlossen und Adressen an den König übersandt.

In Leer hat eine Bürgerversammlung eine Commission zur Entwerfung einer Adresse an das Cabinet des Königs niedergesetzt.

Oesterreich.

Wien, 7. März. Unter den Vortragsgegenständen für die Versammlung der niederösterreichischen drei obern Stände am 15. März d. J. sind als die wichtigeren verzeichnet: 1) Erledigung über die Vorstellung wegen Verweigerung der Robotleistung und der Zehententrichtung auf einigen niederösterreichischen Herrschaften. 2) Die bewilligte Umlage einer Summe von 207,300 fl. C.-M. auf den Domesticalbeitrag für das Jahr 1848. 3) Die Regulirung des Schulwesens. 4) Gutachten über die nachgesuchte Errichtung einer niederösterreichisch ständischen Creditanstalt, welche von den höchsten Behörden unter den gegenwärtigen Umständen in der angetragenen Weise für unzulässig erklärt wurde. 5) Vortrag wegen gänzlicher Aufhebung der Octava. 6) Gutachten über das Einschreiten mehrerer Landesmitglieder wegen Beiziehung des vierten Standes zu allen ständischen Berathungen. 7) Gutachten über den Antrag des ständischen Comité zur Verewigung des Andenkens an Se. kaiserl. Hoheit den Erzherzog Karl. 8) Gutachten über den Vorschlag wegen Erwirkung eines Preßgesetzes. 9) Gutachten in Betreff des unter der Steuerpostulatsumme begriffenen Zuschusses. 10) Vortrag wegen Ermäßigung der Verzehrungssteuer und Stempeltaxen. 11) Vortrag wegen Verbesserung der Unterrichtsanstalten; 12) wegen Verbesserung der Schullehrergehilfen auf dem Lande; 13) wegen Abfassung einer Gemeindeordnung ꝛc.

Wien, 13. März. 2½ Uhr. Blut ist geflossen. Als der Tumult seine Höhe erreicht hatte, kam der commandirende General Erzherzog Albrecht zu Pferd an der Spitze von einer Compagnie Pioniere und sprach den Leuten zu. Aber kaum eine halbe Minute, und ein Hagel von allem was die Masse zum Werfen aufraffen konnte, flog nach seinem Kopf. Man feuerte, das Volk setzte sich zur Wehr. Militärabtheilungen halten alle Straßeneingänge besetzt, und die Thore in die Vorstädte sind geschlossen. Auf dem Glacis sind Kanonen aufgeführt, und das Innere der Stadt ist von den Vorstädten abgeschlossen. Es sind neun Personen geblieben. Wie hoch sich die Zahl der Blessirten beläuft, weiß ich nicht. (A. Z.)

Wien, 13. März. Wien ist im Aufstand; Blut ist geflossen, Fürst Metternich hat Abends 7 Uhr abgedankt. Ein Theil des Adels flieht. Die Zahl der Todten beträgt nach einigen 10, nach andern 18; die Zahl der Verwundeten 40 bis 50. Von höhern Officieren sind einige als Opfer gefallen. (A. Z.)

Wien, 14. März Morgens. Eine Commission mit Hinzunahme von Männern aus dem Bürgerstande ist niedergesetzt, die Reformen schleunigst zu entwerfen. Die Studenten sind bewaffnet und ziehen gemeinschaftlich mit der Bürgergarde durch die Stadt, wo sie erscheinen ungeheurer Jubel. Ueberhaupt gebührt den Studenten das erhebendste Zeugniß von festem Bewußtseyn, edler Haltung, hinreißender Begeisterung; sie haben hauptsächlich dem ungeheuren Strome der allgemeinen Bewegung den entscheidenden Anstoß und die Richtung geben helfen. Nachschrift. Eben organisiren sich der juristisch-politische und andere Vereine als Bürgergarde, sie erhalten Waffen aus dem Zeughause. (A. Z.)

Wien, 14. März. (Nachmittags 3 Uhr.) Nationalgarde unter dem Befehl des Grafen Hoyos; Preßfreiheit; dieß sind die großen Angebinde der Bewegung. Erzherzog Albrecht, welcher gestern den Befehl zum Feuern gab, hat das Generalcommando der Militärmacht verloren, und wird vom Fürsten von Windischgrätz ersetzt werden. Als Stellvertreter von Metternich wird Montecucculi oder Colloredo genannt. Die Bürgerschaft wird unverzüglich zur Wahl eines neuen Bürgermeisters schreiten, und man hat Rudolph Arthaber so ziemlich als denjenigen bezeichnet, auf den die Wahl fallen wird. Der Jubel ist unbeschreiblich; alles mit weißen Schleifen geschmückt, welche die Damen nebst Kränzen auf die vorüberziehenden bewaffneten Bürger werfen. Als Motto wählt die Nationalgarde: Besitz, Arbeit, Intelligenz! Kein Unterschied der Confessionen, obgleich noch nicht von oben herab decretirt; ebenso dem Adel Achtung, wenn er arbeitet oder intelligent ist. (A. Z.)

Wien, 14. März. Der gestrige Tag war ein sehr stürmischer. Der Marschall des Landtags, Graf Montecuculi, suchte durch Ansprüche und oberflächliche Verheißungen den wachsenden Sturm zu beschwichtigen; allein er vermochte es nicht. Man wollte Zugeständnisse des Staatsoberhauptes, und gab zu erkennen, daß man sie mit Bestimmtheit und Ausdauer erwarten würde. Eine höhnische Aeußerung rief eine drohende Demonstration hervor. Alles blieb jedoch noch in den Gränzen einer unter diesen Umständen besonnenen Mäßigung. Da soll ein Schritt geschehen seyn, der mit einemmale die die Scene umgestaltete. Man sagt, die Petition der Studirenden sey zerrissen und ihrer Deputation vor die Füße geworfen und einer aus ihrer Mitte verhaftet worden. Die Studirenden öffneten die Fenster des landständischen Saales und riefen die andern herbei. Im Augenblick bot dieser Saal das Bild der Verwüstung, und Schüsse, die durch das Fenster fielen, tödteten mehrere. Jetzt stieg die Wuth auf das äußerste. Die Haufen vertheilten sich auf die Plätze der Stadt; man wollte Waffen aus dem bürgerlichen Zeughaus holen; die Truppen feuerten und hieben ein auf die waffenlose Menge. Viele den Vorgängen fremde Personen wurden getödtet oder verwundet. Die Massen hatten sich mit Latten, Aexten, Stangen, Knüppeln versehen, und suchten Widerstand zu leisten. So wogten Lärm und Kampf fort bis zu hereinbrechender Dunkelheit. Die Thore waren schon Mittags geschlossen worden, und nur einzelne Fußgänger durften aus den Vorstädten in die Stadt; alle Läden waren im Augenblick geschlossen und die Fiaker waren beordert, nach Hause zu fahren. Die italienischen

Digitized by Google

Cuirassiere hieben unbarmherzig ein. Ein Picket Artillerie, aus Wienern bestehend, wurde mit Jubel begrüßt als es die Bajonnette von den Gewehren nahm. An den Thoren waren Kartätschen aufgepflanzt, um das Volk aus den Proletariervorstädten abzuhalten, in die Stadt zu kommen. Der ganze Aufstand war von wohlbekleideten Leuten begonnen und ausgeführt, und kein Eigenthum wurde verletzt. In den Vorstädten sind viele Menschen getödtet worden. Hier wurde aus den kaiserlichen Stallungen auf das Volk gefeuert. Plötzlich sieht man die hohen Häuser der Stadt sich beleuchten; nach und nach macht man es in den Vorstädten nach. Man weiß nicht aus welchem Grunde. Da reitet ein Bürgerofficier vorüber und spricht: Meine Herren, der Fürst Metternich hat abgedankt. Bravo erschallt. Die Ruhe ist hergestellt. Die Soldaten gehen in die Casernen. — Der Abendtrain aus Prag brachte gestern Nachricht von ähnlichen Auftritten. Man erwartet das Gleiche aus andern Städten zu hören. — Mittags. Die bewaffneten Bürgerpatrouillen durchziehen die Stadt nach allen Richtungen und werden mit Jubel begrüßt. Eine kaiserliche Proclamation verheißt: Volksbewaffnung, und gibt die Versicherung, die Zeit in Erwägung zu ziehen unter dem Beirathe nicht nur der Stände, sondern auch einiger Mitglieder aus dem Bürgerstande. Zugleich wird zur Ordnung ermahnt, indem „Se. Majestät nur mit Bedauern Gebrauch von den Waffen machen lassen würde." (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Auch in Gratz, Preßburg und Pesth sollen schwere Unruhen vorgefallen seyn.

Schweiz.

Zürich, 12. März. Wie seiner Zeit in Altdorf, so hat man jetzt auch in Neuenburg Aktenstücke aufgefunden, die keinen Zweifel übrig lassen, daß die Sonderbundskantone ganz anders mit den Zwölfern verfahren wären, wenn sie gesiegt hätten, als diese mit ihnen. Den großen Kantonen Bern, Zürich, Aargau, St. Gallen, Waadt wäre ein großer Theil ihres Gebietes entrissen worden, so daß sie sich den kleinen Kantonen in allen Dingen hätten fügen müssen. (Schw. Mkr.)

Zürich, 14. März. Es sollen gestern alle Zollvereinsbeamten und Grenzwächter in der Umgegend von Konstanz und Schaffhausen vertrieben worden seyn und sich nach der Schweiz geflüchtet haben. Beide Grenzkantone hätten schleunigst einige Truppen an die Grenze verlegt. Alle Waaren passiren zollfrei; von den Schweizern wird diese Freiheit stark benützt. Ganze Ladungen von verbotenen oder hoch bezollten Gegenständen werden schleunigst der Grenze zugeführt. (Schw. Mkr.)

Italien.

Neapel, 24. Februar. Unter der Redaction des Dr. Schnars wird vom 25. März an in Neapel eine Deutsche Zeitung des Königreichs beider Sicilien erscheinen, die für Deutschland von großem Interesse zu werden verspricht, da sie die Zustände einer halben terra incognita aufschließen wird. Der Abonnementspreis in Neapel ist 12 fl. jährlich.

Frankreich.

Paris, 14. März.

Hr. Vitet, Präsident des Finanzausschusses des Staatsraths hat dem Justizminister seine Entlassung eingereicht. — Alle Künstler werden aufgefordert werden, Entwürfe einer symbolischen Figur der französischen Republik einzuliefern, die dann in der Ecole des Beaux-Arts ausgestellt werden sollen. Alsdann wird eine Jury von Künstlern, Literaten und Staatsmännern die drei besten aussuchen, und die Künstler werden dann aufgefordert werden, diese Entwürfe im Großen auszuführen. — Das Werk der Sclavenemancipation, resp. der allgemeinen Befreiung der Schwarzen, wird erst, da es sehr viel Arbeit in Anspruch nimmt, gegen den Herbst zu Stande kommen.

Der spanische Geschäftsträger und Gesandte der Hansestädte haben erklärt, ihre Beziehungen zur Republik einstweilen fortzusetzen. Die jüngst bemeldete Verheißung einer baldigen Anerkennung von Dänemark und Sardinien wird jetzt vom „Moniteur" als ungenau bezeichnet.

Die provisorische Regierung hat eine Deputation der deutschen Demokraten empfangen, welche ihr eine von 6000 ihrer Landsleute unterzeichnete Adresse überreicht hat. Die Adresse selbst ist im Moniteur nicht mitgetheilt, aber der Justizminister, Hr. Cremieux, gab Namens der Regierung folgende Antwort: „Bürger von Deutschland! Unsere Herzen sind lebhaft erregt von den edlen Worten, die ihr uns vernehmen ließet. Sie sind würdig des Volkes, das Ihr repräsentirt, und dieser Aera der Freiheit, in welche Frankreich zuerst eingetreten ist, und wo alle vernünftigen Nationen, die frei seyn wollen, ihr nachfolgen werden. (Ja! Ja!) Sitz der Philosophie und der hohen Studien, weiß Euer Deutschland wohl, was die Freiheit werth ist, und wir sind versichert, daß sie dieselbe durch sich selbst erringen wird, ohne andere Hülfe als dieß lebende Beispiel das wir dem Volke geben — ein Beispiel das allen beweisen muß daß die Freiheit das erste der Güter und die erste Nothwendigkeit für den Menschen ist. Deutschland überstürzt sich nicht, es geht, aber wenn Deutschland geht, so kommt es ans Ziel. (Bravo! Bravo!) In Erwartung des Tages, wo Deutschland, stark durch sich sich selbst, als eine große Nation die es ist, sich in seiner Macht constituirt, und diese großen Ideen der Freiheit verkündigt die es mit einer neuen Glorie umgeben werden, nimmt Frankreich den lebendigsten Antheil an den wichtigen Ereignissen, die sich auf dem Boden des alten Germaniens vorbereiten. (Bravo! Bravo!) Frankreich zollt mit Freuden allen Versuchen der Freiheit seinen Beifall. Die Freiheit nähert und vereinigt die Völker. Von dem Tage an, wo die Nationen wissen werden, daß sie Schwestern sind, wird es, wie Ihr gesagt nur noch eine Republik auf Erden geben, und wir werden alle rufen können: „Hoch die Freiheit!" Ein Mitglied der Deputirten: „Mögen die französischen und die deutschen Fahnen stets vereinigt bleiben." Hr. Cremieux: „Wir empfangen diese Doppelfahne, wie wir schon die französische und americanische Doppelfahne empfangen haben. So bilden sich die Bünde der Völker." Zum Abschied ließ die Deputation die französische Republik leben, und begab sich dann unter die Juliussäule, wo patriotische Lieder, deutsche und französische, abgesungen wurden.

Nach einer jüngsten Zusammenstellung im „Moniteur" beträgt die französische Nationalschuld, nach Abzug der für den Tilgungsfond berechneten Beträge, 5200 Millionen Franks. Es liegt nun daran, daß der Staatsschatz nicht um Zurückzahlung der schwebenden Schuld gedrängt werde. Deren Hauptbestandtheile sind die Schatzscheine und die Einlagen der Sparcassen. Der Zins der erstern wurde auf 5 pCt. erhöht. Die Einlagen in die Sparcasse, derzeit 355,087,717 Franks, sind sämmtlich in Staatsschuldscheinen und Canalactien angelegt, nur 65,703,620 Fr. baar sind in laufender Rechnung vorhanden. Die provisorische Regierung verfügt, daß blos die Einlagen, deren Gesammtsumme je in einem Sparcassenbüchlein nicht über 100 Fr. beträgt, auf Verlangen sogleich zurückbezahlt werden; dagegen Einlagen über 100 Fr. in der Art: 100 Fr. baar, vom Rest die Hälfte in 5procentigen Schatzscheinen auf 4 bis 6 Monate Sicht, die andere in Coupons der 5procentigen Renten al pari.

Großbritannien.

Das hochtoristische Sonntagsblatt „Britannia" urtheilt über Ludwig Philipps System und Fall: „Es liegt in dieser fürchterlichen Katastrophe eine große Warnung. Die französische Charte hatte wenigstens einen Fortschritt zu vernünftiger Freiheit versprochen. Der König hatte sie beschworen. Man hielt ihre Formen fest, vernichtete aber ihr Wesen. Die Deputirtenkammer, dem Namen nach die Vertreterin des Volks, war eine Maschine, und die alleinzige Lenkerin dieser Maschine war die Corruption. Eine Pairie ohne Eigenthum, und meistens von öffentlichen Aemtern lebend, war von vornherein vom Ministerium abhängig. So bildete der ganze Senat ein erschreckendes Zerrbild von Constitution. Selbst das Cabinet war eine Creatur des Throns. Arm, bis auf die Emolumente des Amtes; machtlos, bis auf die Abhängigkeit der Legislatur; Entlassung fürchtend bei der ersten Abweichung vom königl. Willen; ohne alle Verknüpfung mit dem Volke sey es es durch Dienste, Eigenthum oder Grundsätze: so waren die Minister ebenso an die Launen des Throns gefesselt, wie der Kammerdiener des Königs an diesen durch seinen Lohn. Auf solche Weise war die Charte in den königl. Willen zusammengedrängt; die Meinung eines Mannes allein war frei; die Regierung der Minister war eine Regierung von Stummen; die Vota der Kammern waren bloße Wiederhalle, und der Inhaber des Throns eines sogenannten freien Landes herrschte wie der Papst durch seine Unfehlbarkeit, und wie der Sultan durch sein Schwert. Die Septemberwahlen von 1840 zeigten die Wirksamkeit dieses monströsen Systems in Frankreich; in 18 von den 86 Departements wurde kein einziger Oppositionscandidat gewählt, und dieß zu einer Zeit wo den Franzosen über die Natur ihrer Regierung bereits die Augen aufgegangen waren, und wo die Journale voll waren von entrüsteten Aufrufen an den Volksgeist. Aber noch greller beleuchtet erscheint das System durch die, zuversichtlich behauptete Thatsache, daß von den 240,000 Wählern Frankreichs 160,000 unter sich und ihren Familien nicht weniger als 628,000 Staatsämter vertheilten, die von den Ministern abhingen, und deren Emolumente 21,000,000 Pf. St. jährlich betrugen. Kann man sich da noch wundern, daß die Nation von Ekel, Haß und Verachtung gegen das System erfüllt war? Kann man sich wundern, daß keine Partei geneigt war, Gut und Blut an die Vertheidigung einer solchen Regierung zu setzen? daß Männer von Ehre es verschmähten, sich an einem Kampfe zwischen roher Gewalt und feinem Betrug zu betheiligen, und daß eine Republik ihr verhängnißvolles Haupt in Frankreich unter Beifallsruf erhoben hat?"

Börse.

Wien, 14. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 83; zu 4pCt. in CM. 72; zu 3pCt. in CM. 53; Bankactien per Stück 1225; Nordbahn 92.

Amsterdam, 12. März. 2½ pCt. 39; 3pCt. 46; 4pCt. 60; Synd. 3½ pCt. 80; Handels-Maatschappy 143; Ard. 8; port. 3pCt. 23; 5pCt. Metall. 83.

Paris, 13. März. 3pCt. 49 Fr. — C; 5pCt. 74 Fr. 50 C.

London, 11. März. Consols 81.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag, 19. März: „Robert der Teufel", Oper von Meyerbeer.

Gestorbene in München.

Joseph Colmant, Lehrer der französischen Sprache dahier, 49 J. alt; Peter Paul Oberlircher, ehemaliger Handelsmann v. Lienz in Tirol, 51 J. alt; Franz Xaver Löw, Corporal im 1. Infanterie-Leibregimente, geb. v. Cham, 28 J. alt.

2331. Zum gemeinschaftlichen Betriebe von qualitativ und quantitativ sehr ergiebigen, vollkommen zu Tage liegenden Steinkohlenlagern im diesseitigen Bayern und in der Nähe von Eisenbahnzügen wird ein bemittelter Theilnehmer von Unternehmungsgeist und allgemein technischem Wissen gesucht.

Das Nähere in frankirten Briefen bei der Redaction.

Bekanntmachung.

2321. (2b) Die am 10. Decbr. v. Js. dahier verlebte Generalmajorswittwe Frau Franzisca Gräfin v. Butler, geb. Freiin v. Hornstein, hat in ihrem Testamente vom 26. März 1845 bestimmt, daß jede ihrer Tauf- und Firmpathen, welche sich als solche in gehöriger Art ausweisen wird, als Legat die Summe von 250 fl. und beziehungsweise 150 fl. baar erhalten soll.

Jene Personen, welche hienach Ansprüche geltend machen zu können glauben, haben sich, nachdem das Testament anerkannt ist, an den eingesetzten Executor zu wenden, welchen ihnen das Gericht auf Anfrage benennen wird.

Sign. am 9. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der 1. Director:

Barth.

Seggel.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 70.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gasse Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich, im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 30 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonntag | XLIX. Jahrgang. | 19. März 1848.

III.

Oeffentlichkeit, Mündlichkeit, Schwurgerichte.

— Von der Donau, im Monat März. Oeffentliche Rechtspflege ist gewährt, wo dem Volke gestattet ist, die Vorträge, auf welche das Gericht sein Urtheil baut, und die Fällung desselben anzuhören. Mündlichkeit der Rechtspflege heißt man jenes Verfahren kraft dessen das Gericht nur das zur Grundlage des Urtheils nehmen darf, was an Gründen der Anklage und Vertheidigung einschlüssig der Beweisführung dem Erkennenden unmittelbar und mündlich vorgetragen wird. Schwurgerichte (im Gebiete des Strafrechts) urtheilen über das Vorhandenseyn einer unerlaubten Handlung und der sie begleitenden Umstände ohne andere Richtschnur, als diejenige, welche in dem Erforderniß vernunftgemäßer Ueberzeugung gegeben ist. Oeffentlichkeit und Mündlichkeit sind ohne allen Zweifel große Güter im Gebiete der Völkerentwicklung. Durch sie wird die Fiction der allgemeinen Gesetzkenntniß zur Wahrheit; sie gewährleisten die Achtung vor dem Gesetze und dem Richteramte; sie überzeugen, daß es keinem Angeklagten an rechtlichem Gehöre gebreche; daß zwischen dem Richter und die auf seine Entscheidung einwirkenden Vorträge sich keine Möglichkeit für Irrthümer und Entstellungen eindrängen könne; mit einem Worte, sie gewährleisten wahre und volle Gerechtigkeit, so weit solche menschlichen Einsichten überhaupt möglich ist. Nebstdem beschränken sie die Dauer der Untersuchung und die Qual der zwar unvermeidlichen aber oft unverdienten Untersuchungsarreste regelmäßig auf jene kurze Zeit, welche durch die Anklage und Vertheidigung bedingende Voruntersuchung erheischt ist. Wenn Gerechtigkeit die Wurzel der Staaten ist, und durch Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege deren Handhabung mit dem vollen und unbedingten Vertrauen des Volks geziert wird, so kann man nicht anstehen, diese Einrichtungen selbst für ein wahres Palladium des glücklichen Bestandes jeden Staates zu betrachten. — Nicht ganz so offenbar und unbestritten trifft diese Anerkennung das Institut der Schwurgerichte. Der gewöhnlichen Theorie nach liegt ihnen die Prüfung der Beweise für eine in Frage stehende That ob, und hier würde man nur auf die einzige Schwierigkeit, welche in der Auswahl der für diese Arbeit moralisch und geistig befähigten Personen liegt, stoßen, allein thatsächlich verhält sich die Sache selbst da, wo diese Theorie dem Buchstaben nach der deßfallsigen Gesetzgebung zu Grund gelegt ist, ganz anders, weil Geschworne sich, wie die Erfahrung zeigt, nicht darauf beschränken zu beurtheilen, ob die Merkmale einer gesetzlich verbotenen Handlung erwiesen seyen, sondern sehr oft auch die gesetzlich verbotene Handlung für kein Verbrechen erklären, d. h. oft selbst dann frei sprechen, wo es an Beweisen der That nicht fehlt; blos deßhalb weil sie der herrschenden Ansicht der öffentlichen Meinung huldigend, die mit allen gesetzlichen Merkmalen des Verbrechens ausgerüstete That dessen ungeachtet nicht als Verbrechen behandelt wissen wollen. In solcher Weise zeigt sich in dem Institute der Geschwornen eine wahrhaft gesetzgebende Gewalt, welche das bestehende Recht außer Wirksamkeit setzt. Viele erkennen deßhalb dieses Institut als unverträglich mit jeder geordneten Regierung und namentlich verstoßend gegen das monarchische und ja selbst das constitutionelle Princip, welches die gesetzgebende Gewalt der Krone in Verbindung mit den Ständen allein zutheilt. Um diesem auf dem rein juristischen Standpuncte sich ergebenden Uebelstande zu begegnen, hat man vorgeschlagen, das Amt des Geschwornen mit dem des Richters zu verbinden, der ohne Rücksicht auf Volksmeinung, jedoch frei von einer sclavisch bindenden Beweistheorie die Thatfrage beantwortet, und dann die dem Gesetze entsprechende Strafe ausspricht. Unstreitig ist dieses von jenem besonderen Standpuncte ausgehend, auch das richtigste Auskunftsmittel, das Schwurgericht mit den bis jetzt herrschenden theoretischen Grundsätzen über Strafbarkeit und die Quelle aller Gewalten der Staatsregierung zu vereinbaren. So lange nämlich der Grundsatz besteht, daß jede Handlung als Verbrechen betrachtet werden müsse, welche den in einem Strafgesetze gegebenen Merkmalen einer unerlaubten Handlung entspricht, kann man zu einer andern Consequenz nicht kommen. Es wird sich aber fragen, ob nicht der Begriff eines Verbrechens als ein blos relativer aufzufassen sey, so daß man nur dasjenige als Verbrechen würde zu betrachten haben, was nach der Stimme der allgemeinen Volksansicht dafür erkannt wird. Sieht man, daß Vielweiberei dort Sitte, hier Verbrechen sey, sieht man, daß Hexerei in Gesetzbüchern als Verbrechen bezeichnet war; denkt man sich, daß Handlungen gegen die öffentliche Ordnung eines Staates heute Verbrechen, morgen aber als ritterliche Vertheidigung ewiger Menschenrechte, als Nothwehr gegen gemißbrauchte gesetzliche Vorschriften und Befugnisse betrachtet werden können, ja von dem höchsten Standpunkte der Menschheit betrachtet werden müssen; so wird dieser Gegenstand ein wesentlich verändertes Ansehen gewinnen. Man wird einsehen, daß der allein richtige Begriff der verbrecherischen That von dem Eindrucke abgeleitet werden müsse, den die in Frage stehende Handlung auf das öffentliche Gewissen des den Staat bildenden Volkes hervorbringt. Die öffentliche Gewalt im Staat ist nicht der Staat selbst, der noch außerdem aus einem mit kräftigem Selbstbewußtseyn ausgerüsteten Volke besteht, in dessen Namen sie ausgeübt wird, und deren Träger selbst nur einen Theil der großen Gesammtheit ausmachen. Die Geschwornen erscheinen auf diesem Standpunkte der Auffassung als die auserwählten Verkündiger der vernünftigen Anschauung der Gesammtheit eines Volkes über die Frage, ob eine das Rechtsgebiet der öffentlichen Ordnung verletzende Handlung geschehen sey; als die Zeugen von dem öffentlichen Urtheile; als die unmittelbare und folglich reinste Quelle der Rechtsfindung hervorgehend aus dem herrschenden Moralprincipe eines Volkes in ihrer Anwendung auf die Kritik der in die Rechtssphäre eingreifenden Willensbestimmung des einzelnen. So erfaßt entspricht das Schwurgericht der höchsten Idee im Gebiete des Strafrechtes, und erscheint als eine stets mit dem Bedürfnisse der Zeit fortschreitende jedem einzelnen Falle sich anpassende Gesetzgebung, übertragen in auserwählte Männer, die aus dem Volke hervorgegangen, die würdigen mit vollem Vertrauen begleiteten Träger des öffentlichen Urtheils sind. Die Strafgesetzgebung ist deßhalb nicht überflüssig, weil sie nicht nur die angemessenen Strafbestimmungen enthält, sondern auch die die Strafbarkeit der einzelnen Handlungen, wenn sie in concreto überhaupt als strafbar erachtet werden sollen, bestimmenden Momente enthält; weil sie dennoch als Regel und allgemeine Norm für die Handlungen der Staatsangehörigen gilt, und jedenfalls den negativen Werth haben muß, daß nichts als strafbar dürfe in Frage gezogen werden, was nicht darinnen als eine unerlaubte Handlung mit Strafe bedroht werden. Das Schwurgericht verstößt dabei auch keineswegs gegen das constitutionelle Princip, weil gerade nach solchem der Monarch nicht selbstherrlich, sondern nur durch andere von ihm überwachte Organe handeln soll; auch die Schwurgerichte nur in seinem Namen bestehen, sofort der Monarch durch sie die ihm übertragene Gewalt des Richterthums, wie der Gesetzgebung ausübt. Geschworenengerichte, bestehend aus vertrauenswürdigen Männern des Volks sind darum nach der höchsten und reinsten Idee der Gerechtigkeit die wahren und einzigen Quellen derselben in Beziehung der ins Gebiet des Strafrechts fallenden Handlungen und kein bedenkliches Unternehmen. Zu läugnen ist indessen nicht, daß die tüchtige Durchführung dieses Instituts an der Auswahl der Geschwornen eine erhebliche Schwierigkeit findet, deren Ueberwindung indessen nichts weniger als unmöglich erscheint. Gesetzt das Collegium der Wähler für die Abgeordneten wäre so wie oben unter II. vorgeschlagen aus den besten Männern des Landes in seinen drei Ständen zusammengesetzt und man würde hiezu noch sämmtliche Glieder der Kammer der Reichsräthe als Vertreter des Adels hinzufügen; so möchte es der Staatsregierung nicht schwer werden, hieraus eine Geschwornenliste zu bilden, bei welcher der Adel, der Gelehrtenstand rc. der Stadtbürgerstand, mit je $^{1}/_{4}$, der Stand der Landeigenthümer mit $^{1}/_{4}$ betheiligt werden sollte. Möge darum nicht gezögert werden, die Strafrechtspflege auf Mündlichkeit, Oeffentlichkeit und Schwurgerichte im eigentlichen und letztbemerkten Sinne zu begründen!

Deutschland.

Bayern.

München, 17. März. (Kammer der Reichsräthe.) Die anwesenden Reichsräthe vereinigten sich heute zu einem vorläufigen, ihre Constituirung vorbereitenden Zusammentritt. In demselben wurden in der herkömmlichen und geschäftsordnungsgemäßigen Weise die königl. allerhöchsten Ernennungsrescripte des I. Präsidenten, Fürsten zu Leiningen, dann des neu ernannten Reichsraths, Frhrn. v. Ponickau, verlesen, dann die Wahlen der beiden Secretäre, der drei Candidaten für die II. Präsidentenstelle (unter den Candidaten der II. Präsidentenstelle befindet sich Frhr. v. Zu-Rhein, als erster, Graf v. Reigersberg, als zweiter, und Frhr. v. Schrenk, als dritter. Fürst v. Wallerstein hatte die etwa auf ihn fallende Wahl durch vorhergegangene Erklärung der Nichtannahme abgewendet. Die beiden Secretäre der letzten Sitzung, Frhr. Schenk v. Stauffenberg und Graf v. Montgelas, wurden mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität wieder gewählt), der Deputation, welche Sr. Maj. dem Könige die Constituirbarkeit der Kammer anzuzeigen hat, endlich der Commissionen zur Prüfung der Legitimationen neu eintretender und der Entschuldigungen ausbleibender Reichsräthe, und für die Redaction der gedruckten Verhandlungen, vorgenommen. Hiemit war die Tagesordnung erschöpft und die Versammlung vertagte sich bis zum Eintreffen des allerhöchsten Ernennungsrescripts für den II. Präsidenten.

München, 18. März. So eben geht uns eine Abschrift einer von der Kammer der Reichsräthe an Se.

Majestät den König gerichteten Erklärung zu, welche also lautet: Allerdurchlauchtigster ꝛc. Die Ereignisse der jüngsten Tage, verbunden mit manchfach sich kreuzenden Gerüchten, welche die amtliche Stellung der Kammer der Reichsräthe berühren, legen den treugehorsamst Unterzeichneten die unabweisbare Verpflichtung auf, dem Throne Ew. Majestät in Ehrfurcht sich zu nahen. Wenn gleich die ehrerbietigst Unterzeichneten im erhebendem Bewußtseyn, in früheren Landtagen unerschütterlich den Boden der Verfassung bewahret, keiner Gunst nachstrebend nur in gleich offener und entschiedener Vertheidigung der geheiligten Interessen des angestammten Thrones wie des theuren Vaterlandes das Endziel ihres Strebens gefunden zu haben, sich bei solchen, nur trüber Quelle entsteigenden Gerüchten beruhigen könnten, so glauben sie doch auch vor Beginn des gegenwärtigen Landtages offen und ehrlich, wie es deutschen Männern ziemt, Ew. Majestät die heilige Betheuerung geben zu sollen, daß sie, durchdrungen von den Bedürfnissen und Anforderungen der Zeit auch im Laufe ihrer bevorstehenden Berathungen bewähren werden, daß nicht die Hegung von Sonderinteressen, welche sie freudig den großen Fragen der Gegenwart unterordnen, das Motiv ihrer Beschlußfassungen seyn wird. Ew. Majestät getreue Kammer der Reichsräthe wird kein gesondertes Glied in der engverbundenen Kette bayerischer, zur Berathung der höchsten Interessen des Landes berufener Staatsbürger seyn; sie wird der beschwornen Verfassung ohne Rückhalt ergeben unter die Fahne jenes legalen Fortschrittes sich reihen, den die mächtige Stimme der Zeit als Losungswort ausgerufen; treuergeben dem Throne und dem angestammten Königshause, wird sie offen und ohne Rückhalt zur Verwirklichung jener erhabenen königl. Zusage womit Ew. Majestät den 6 März als Tag der politischen Wiedergeburt Bayerns zu verherrlichen geruhten, nach allen ihr innewohnenden Kräften mitzuwirken bemüht seyn, und ihren Stolz in dem erhabenen Streben erkennen, dem deutschen Vaterlande zu beweisen, daß neben der Festigung des constitutionellen Thrones die edle Frucht nationeller Freiheit und gesetzlicher Entwicklung der Volkszustände in schönem Einklange zu reifen vermag. Durchdrungen von diesen Gesinnungen zeichnen wir (wer?) uns in allertiefster Ehrfurcht und Ergebenheit Ew. königl. Majestät. München, den 18. März 1848.

München, 18. März. (Kammer der Abgeordneten.) Bei der heute stattgefundenen Wahl zu den beiden Secretärsstellen der Kammer der Abgeordneten wurden im 1. Scrutinium gewählt die HH. Abgeordneten: 1. Stockinger, Advocat, mit 103, und 2. Dr. Müller, Forstmeister, mit 76 Stimmen.

*† München, 18. März. Die feierliche Eröffnung des Landtages wird morgen noch nicht, sondern wahrscheinlich Mittwoch stattfinden. Auch steht noch nicht fest ob Eröffnung und Auffahrt an demselben Tage erfolge.

München, 19. März. Das gestern erschienene königl. Regierungsblatt (Nro. 11) enthält die königl. allerhöchste Verordnung, die Ablösung der Handlohns und anderer gutsherrlicher Gefälle des Staates betr.: „Ludwig, von Gottes Gnaden ꝛc., Wir finden Uns bewogen, Unsere Verordnung vom 21. April 1840, die Ablösung des Handlohns und anderer gutsherrlicher Gefälle des Staats betr. (Regierungsblatt 1840 S. 249) hiemit außer Wirkung zu setzen, und die Ablösung der ständigen Dominicalgefälle, sowie des Handlohns, nach den Bestimmungen Unserer früheren Verordnungen vom 13. Febr. 1826 (Regierungsblatt 1826 S. 257), die Ablösung der ständigen Dominicalgefälle betr., dann vom 19. Juni 1832 (Regierungsblatt 1832 S. 389), die Fixirung und Ablösung des Handlohns betr., auf so lange Wir nicht anders verfügen, wieder ungehindert zu gestatten. München, den 17. März 1848. Ludwig. v. Heres, Staatsrath. Auf allerhöchsten Befehl: der Generalsecretär, Ministerialrath Gietl.“ — Der bisherige Gesandte und bevollmächtigte Minister am großherzogl. Hofe zu Karlsruhe, Graf Clemens v. Waldkirch, ist zum Staatsrath im ordentlichen Dienste in provisorischer Eigenschaft, und zugleich zum Verweser des Ministeriums des königl. Hauses und des Aeußern ernannt.

München, 18. März. (Warnung.) Damit den immer wieder sich erneuernden Frevels gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung endlich einmal ein Ziel gesetzt werde, ist das sämmtliche Militär requirirt, jedem fernern Angriffe gegen Militär- und andere Personen, sowie gegen öffentliches oder Privat-Eigenthum ohne besondern Aufruf mit der Gewalt der Waffen zu begegnen. Königl. Polizei-Direction München. Frhr. v. Pechmann, königl. Polizeidirector. v. Reinhardstöttner.

München, 17. März. Die Studirenden haben während der gestrigen nächtlichen Excesse überall eine äußerst lobenswerthe und erfolgreiche Thätigkeit neben den andern Truppen entwickelt. Ihrem energischen Einschreiten verdankt man es zunächst, daß das bürgerliche Zeughaus nicht von Volkshaufen gestürmt wurde, wozu der Anfang schon gemacht war. Es wurde ihnen dafür aber auch heute schon durch ein Handbillet des Königs die verdiente Anerkennung gezollt, und ihr Hauptquartier war einer der ersten Plätze, wohin man mündlich die später an die Straßenecken angeschlagenen Entschließungen des Königs berichtete. Um sie für alle Fälle gerüstet zu machen, wurden auf ihrer Hauptwache zehntausend Stück Patronen niedergelegt. — Der Volkswitz trägt seit einigen Tagen in einer neuen Art von Flugschriftenliteratur die innere und hauptsächlich äußere Politik in Formen ein, die aus dem Katechismus genommen sind. So circulirt in Tausenden von Abdrucken ein österreichisches, preußisches, russisches Vaterunser, ein Glaubensbekenntniß, die zehn Gebote ꝛc. dieser Länder. Einzelne dieser Producte sind mit trefflichem Humor(?) abgefaßt, während andere trivial und werthlos sind. Ein feierlicher Empfang wurde heute Nachmittag 3 Uhr den ungefähr neunzig aus der Rheinpfalz mit der Eisenbahn angekommenen Gästen zu Theil. Viele Hunderte von Menschen begrüßten sie beim Aussteigen mit Hochrufen und geleiteten sie in die Stadt. Einer von ihnen war im Bahnhof auf einen hohen Platz gestiegen und hatte von dort aus einige Worte des Dankes an die Versammlung gerichtet, mit denen er die Aufmunterung zu gemeinsamem festem Zusammenwirken für die großen Zwecke der neuesten Zeit verband und mit einem begeistert erwiederten Hoch auf Deutschlands Einheit schloß. (A. Z.)

*** München, 10. März. Es waren gestern schon am Tage beunruhigende Gerüchte bezüglich für die Nacht bezweckten Volksexcesse an öffentlichen Gebäuden ausgestreut worden. In Folge dessen war von Abend an die imposante Macht der Linie, der Landwehr und das akademische Freicorps auf den Beinen. Die öffentliche Ruhe und Ordnung wurde keinen Augenblick gestört.

§§ Vom Inn, 15. März. Zum erstenmale seit der gänzlichen Entfesslung der Presse ergreife ich die Feder wieder für Ihre Spalten. Wie viel hat in zwei Jahren bei uns und allenthalben sich geändert? Was kein menschlicher Geist ahnen konnte, was der sclavisch verschlossene Mund sich nicht zu sagen getraute innerhalb der streng bewachten Schranken einer stets eben so arglistig wie knechtend gebieterischen Polizeigewalt, es ist eine keimende Thatsache geworden, deren Früchte nimmer ausbleiben werden. Aus seinen 38 zerstreuten Trümmern erstarkt das fabelhaft zerstückelte, unwürdig und unverdient unterdrückte Deutschland durch den rastlosen und besonnenen Antrieb seines hochherzigen Bürgerthums, worunter Bayerns Bürger voranglänzen, wie durch einen Zauberschlag zu täglich wachsender Einheit. Eine allgemeine deutsche Volksvertreterschaft in irgend einer von Deutschlands edlen Städten, Ein Farbenschmuck für Deutschlands Völker insgesammt, Ein Wappenschild für alle deutschen Lande, so lange sehnsüchtig, aber vergebens, bisher erstrebt, sie zeigen dem staunenden Auslande gegenüber die unbesiegbare Kraft aller deutschen, wenn auch 33 Jahre schwer heimgesucht gewesenen Volksstämme. Es wird fortan, so hoffen wir, Deutschland eine nach allen Richtungen hin Achtung gebietende Macht, stark in seinem Innern, muthvoll nach Außen werden, wenn es gilt, gegen Fremde sich zu wehren für das eigene Recht, für den heimatlichen Herd, für die Heiligkeit der Verträge wie für echt deutsches Wesen in jeglichem Anbetracht nimmer scheuend den Ruf zum Kampfe, denselben aber auch nicht muthwillig hervorrufend. Vor allem muß aber darnach getrachtet werden, daß bei der sich verwirklichenden allgemeinen Volksbewaffnung jedem deutschen Vaterlandssohne unverkümmert offen stehe und bleibe, jegliche Anwartschaft zu jeglicher Führerstelle durch alle Rangstufen im deutsch-vaterländischen Heere bei jeder Waffengattung, und daß nicht mehr, wie bisher geschehen, nur einzeln bevorzugte Casten die ausschließende Aussicht haben, ihren Söhnen, oft ohne alles andere Verdienst außer dem der Geburt, die Heeresführerstellen zugeschanzt zu sehen. Ein Deutschland, Ein deutsches Bundesbanner zu Land wie zur See, Ein deutscher Wappenschild, aber auch Ein und dasselbe Recht in Wort und That für alle Deutsche. Es geschehe! —

Bamberg, 14. März. Abends. (Bauernunruhen.) Einer der Gutsherren, der vergeblich versuchte, sich durch Geld zu lösen, liegt mit eingeschlagenen Zähnen darnieder; einer der Amtleute mußte sich in einen Taubenschlag flüchten, um der Wuth der Tumultuanten zu entgehen; ein anderer wurde zu Boden geschlagen. Bei der Plünderung eines reichen Judenhauses mußte der aus seinem Bett geschleppte Hausherr den Plünderern leuchten. Einer Judenfrau, welche eben niedergekommen war, wurde das neugeborne Kind durch einen Steinwurf getödtet. Zwei Compagnien des in Nürnberg garnisonirenden Infanterie-Regiments sind schon heute Morgen nach den unruhigen Orten auf der Eisenbahn befördert worden; ebenso heute Nachmittag eine Schwadron Chevaulegers des Regiments Herzog v. Leuchtenberg. (A. Z.)

Nürnberg, 16. März. Gestern ist der Revierförster von Unterherrieden, von aufrührerischen Bauernrotten vertrieben, hier angekommen. (C. v. u. f. D.)

Würzburg, 14. März. Die Ruhestörungen im Odenwald und in einigen Bezirken des Spessarts haben, Dank den raschen Maßnahmen der Regierung und der Bereitwilligkeit des größten Theils der Bewohner jener Gegend, sie zu unterstützen, an den meisten Orten schon ihr Ende gefunden. Ueber 40 Verhaftete wurden nach Aschaffenburg gebracht. (N. W. Z.)

Württemberg.

Im Tübinger Amtsblatt zeigen Tübinger Frauen an, daß sie sich vereinigt haben, wo immer möglich, nur deutsche Erzeugnisse zu kaufen.

Tettnang, 16. März. Soeben wurde der Bürgerschaft durch den Hrn. Oberamtmann folgende an den k. Oberamtmann ergangene hohe Entschließung des k. Ministeriums des Innern vom 14. d. Mts. eröffnet: „Auf die Berichte vom 13. d. Mts., betreffend den Durchmarsch österreichischer Truppen zur Besetzung der Bundesfestung Ulm, wird dem Oberamt eröffnet, daß die Besetzung der Bundesfestung durch jene Truppen auf einem Bundesbeschlusse beruht, daß die Vollziehung des letztern aber verschoben worden ist, und die österreichischen Truppen daher vorerst die Grenze nicht überschreiten werden. (Ulm. Schn.)

Waiblingen, 13. März. Es hat sich hier ein Verein gebildet, der dem Luxus entgegen arbeiten will, und dessen Mitglieder sich verbindlich machen, nur deutsche Erzeugnisse zu kaufen.

Baden.

Vom Bodensee, 15. März. An folgenden Orten sind große Volksversammlungen ausgeschrieben: den 15. in Singen und Altdorf, den 16. in Bondorf und Lenzkirch, den 17. in Villingen und Föhrenbach, den 18. in Biberach und Lahr. In Hegne (bei Constanz) war am 13. Volksversammlung von mehr als 2000 Männern. Die Beschlüsse waren: allgemeine Bewaffnung in Ermanglung der Gewehre mit Sensen!, Bildung politischer Comités in jeder Gemeinde, in Verbindung mit dem Hauptcomité in Constanz; mit Gut und Blut einzustehen für Erringung der Bürger- und Menschenrechte; gewärtig zu seyn und sogleich zu erscheinen, wenn der Ruf zu den Waffen ertönt, die deutsche Republik proclamirt und eine provisorische Regierung eingesetzt seyn werde; diese Beschlüsse sogleich durch Namensunterschrift zu bekräftigen. (A. Z.)

K. Sachsen.

Dresden, 14. März. Die Truppen sind aus der Umgegend Leipzigs zurückgezogen. Braun ist Ministerpräsident, der Gesandte in London, Graf Beust, Minister des Auswärtigen; die andern Mitglieder sind Hübel, v. Ehrenstein, v. d. Pfordten. (A. Z.)

Kurhessen.

Die Ständeversammlung hat am 13. März ihre Sitzungen wieder eröffnet. Ein Antrag des Hrn. Pfeiffer auf Anklage des gewesenen Finanzministers v. Motz und des gewesenen Ministerialvorstandes Staatsrath Scheffer wurde in Erwägung gezogen und dem Rechtspflegeausschuß überwiesen. (Kass. Z.)

Gr. Hessen.

Darmstadt, 14. März. Das heute erschienene Regierungsblatt enthält ein Edikt, die noch unbezahlten Geldstrafen und unverbüßten Gefängniß-, Festungs- und Correctionshausstrafen betreffend, welche aus allerhöch-

fter Entschließung den Betreffenden erlassen werden. Ferner hat der Erbgroßherzog und Mitregent den Präsidenten des Ministeriums der Finanzen Karl Zimmermann, zum Finanzminister, den zweiten Präsidenten der zweiten Kammer der Landstände, Generalstaatsprocurator am Oberappellations- und Cassationsgerichte, Kilian, zum Justizminister, den geh. Staatsrath Dr. Jaup zum Präsidenten des Staatsraths, den Ministerialrath im Ministerium des großh. Hauses und des Aeußern geh. Rath Hallwachs zum geh. Staatsrath, den Landtagsabgeordneten Justizrath Eigenbrodt dahier und den Kreisrath Maurer zu Offenbach zu Ministerialräthen im Ministerium des Innern, den Landtagsabgeordneten Hofgerichtsadvocaten Emmerling dahier zum Ministerialrath im Ministerium der Justiz ernannt. — Die Ministerialräthe v. Bechtold und Dr. Breidenbach wurden bis auf Weiteres in den Ruhestand gesetzt. Der Ministerialrath Franck wurde in seiner früheren Ancienmität an das Oberappellations- und Cassationsgericht als Mitglied und Rath versetzt. (Großh. H. Z.)

Darmstadt, 15. März. Im Verlauf der gestrigen Sitzung unserer zweiten Kammer fragte der Abgeordnete Cretzschmar den Minister Gagern: Ob ein Ansinnen von Preußen, dem ähnlich, wie das an Baden gerichtete, an das Großh. hessische Gouvernement gelangt sey? Gagern erwiederte, daß ein Ansinnen der Art auch nicht entfernt gestellt worden sey, und er habe auch Ursache anzunehmen, daß es bei Baden nicht stattgefunden. (Schw. Mkr.)

Preußen.

Berlin, 13. März. Umlaufenden Gerüchten zufolge wird Preußen wegen des in Neuenburg Geschehenen protestiren und abwarten. (Nordd. Bl.)

Berlin, 14. März. In der heutigen Mittagsstunde fand die Audienz des hiesigen Magistrates und der Stadtverordneten bei Sr. Maj. dem König statt. Unter anderm erwiederte Se. Majestät: „Was Ihre Wünsche betrifft, so bin ich Ihnen schon zuvorgekommen. Ich habe meine getreuen Stände, mit denen ich gemeinschaftlich aller Wohl berathen will, zum 27. April zusammenberufen. Sie haben die Männer kennen gelernt, die mein und Ihr Vertrauen verdienen. Ich will freie Völker, aber auch die Fürsten müssen frei seyn. Halten Sie das, was ich Ihnen hier sage, für keine leere Phrase rc. rc." (A. Z.)

Köln, 14. März. Der Prinz von Preußen, zum Generalgouverneur der Rheinprovinz und Westfalens ernannt, ist gestern Abend hier angekommen und im Regierungsgebäude abgestiegen. Vorgestern wurde bei vollem Hause die Stumme von Portici gegeben, und Stellen wie: „der Tag der Freiheit naht rc." wurden mit tumultuarischem Jubel begrüßt. (A. Z.)

Von der Saale, 13. März. Seit drei Tagen füllen sich Halle, Schkeuditz und die in der Umgegend gelegenen Städte und Dörfer mit Truppen: Fußvolk, Reiterei und schwerem Geschütz, die von allen Seiten heranziehen und dem Vernehmen nach gegen die sächsische Grenze zunächst gegen Leipzig bestimmt sind. Die Bestürzung und die Entrüstung darüber ist allgemein. Nachschrift Bis jetzt sind 10 Bataillone Preußen (namentlich das 8. und 12. Regiment), zwei Husarenregimenter und 24 Geschütze in den Saalgegenden zusammengezogen. Hinter Leipzig sollen 8 Bataillone Sachsen stehen. (A. Z.)

Freie Städte.

Das „Frankfurter Journal" meldet unterm 12. März, bereits wehe die schwarz-roth-goldene Fahne auf dem Bundespalaste. Diese Nachricht ist jedoch, wie uns ein Privatschreiben meldet, voreilig; man erwartete die Aufstellung der Fahne erst in den nächsten Tagen. (C. v. u. f. D.)

Oesterreich.

Wien, 14. März. Gegen das zur Erhaltung der Ruhe am Ständehaus herbeigeeilte Militär fielen, wie allgemein mit Bestimmtheit versichert wird, von Seite des Volks nur unbedeutende Neckereien vor; von wirklichen Verletzungen kann keine Rede seyn, da das Volk ganz unbewaffnet in dicht gedrängten Massen vor dem landständischen Gebäude stand. Durch ein unglückliches Mißverständniß, und, wie es heißt, gegen den Befehl der Regierung ward durch die Raschheit und Unüberlegtheit eines jungen Militärcommandanten Feuer auf diese Massen gegeben, und mehrere Menschen wurden verwundet oder getödtet. Es kann nicht anders seyn, als daß viele Soldaten absichtlich zu hoch schossen, denn hätten diese gut gezielt, so wäre das Blutbad in der dichtgedrängten Menge entsetzlich gewesen. Von diesem Augenblick an ward die Bewegung allgemein in der Stadt. Wiederholte Befehle waren vom Hof und der Regierung aus an die Militärbehörden ergangen, mit aller Schonung gegen das Volk zu verfahren, und jeden blutigen Zusammenstoß zu vermeiden. Mehrere Deputationen, die bei Sr. Maj. dem Kaiser vorgelassen wurden, bewirkten durch dringende Vorstellungen die Entlassung des Fürsten-Staatskanzlers, die Aufstellung eines Comité's zur Prüfung und Unterbreitung von Vorschlägen zu entsprechenden Reformen, und hatten die Ertheilung der Erlaubniß zur Bewaffnung der Studirenden der Universität zur Folge. Der Zudrang der Studirenden und einer großen Zahl von meist wohlgekleideten Personen am bürgerlichen Zeughaus war ungeheuer. Der Jubel und die Innigkeit, mit welcher hier das Bürgermilitär und die Studirenden, draußen Menschen aller Classen, mit einander fraternisirten, war unbeschreiblich. Die einzelnen Abtheilungen der Studirenden, von Bürgermilitär begleitet, verließen, sowie sie bewaffnet waren, den Hof, und zogen unter Trommelschlag und dem Jubel der Menge durch die Straßen der Stadt, wo sie aus den erleuchteten Fenstern von den Einwohnern, vorzüglich von dem weiblichen Theil derselben, mit Begeisterung begrüßt wurden. Durchaus anständige, elegant gekleidete Menschenmassen begleiteten die einzelnen Züge, so daß sich die von vielen gemachte Bemerkung von selbst aufdrang, daß dieß eine Revolution von Gentlemen sey. (A. Z.)

Wien, 15. März. Die Bildung der Nationalgarde schreitet unglaublich rasch fort; Wien zählt augenblicklich gewiß 25,000 Bewaffnete. Die Wahl des Fürsten Windisch-Grätz zum Stadtcommandanten entsprach nicht den allgemeinen Wünschen, und sein Reich endigte in einer Nacht; er ist durch den beliebten Fürsten Karl Liechtenstein ersetzt. Was die zu erwartende Constitution anbetrifft, theile ich Ihnen folgende Proclamation mit; „In Erwägung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse haben Wir beschlossen, die Stände unserer deutschen und slavischen Reiche, sowie die Centralcongregationen Unsers lombardisch-venetianischen Königreichs durch Abgeordnete in der Absicht um Unsern Thron zu versammeln Uns in legislativen und administrativen Fragen deren Beirathes zu versichern. Zu diesem Ende treffen Wir die nöthigen Anordnungen, daß diese Vereinigung, wo nicht früher, am 3. Julius l. J. stattfinden könne. Wien, 14. März 1848. Ferdinand m. p." Die Verordnung betreffend die Preßfreiheit heißt also: „Se. kk. apostolische Majestät haben die Aufhebung der Censur und die alsbaldige Veröffentlichung eines Preßgesetzes allergnädigst zu beschließen geruht Wien, 14. März 1848. Joh. Talatzko Frhr. v. Festiercz im Namen des Kaisers." So eben 11 Uhr verläßt der Kaiser in Begleitung des Thronfolgers und des Erzherzogs Franz Karl die Burg in einer offenen Caleſche, um durch die Straßen zu fahren. Der Jubel, die Hurrahs sind unbeschreiblich. Die Kaiserin und die Prinzen weinen vor Rührung. Wagen und Pferde werden vom Volk getragen. Die ersten Schwadronen der berittenen Nationalgarde erscheinen in den Straßen und werden jubelnd begrüßt. Auch der Erzherzog Stephan durchfährt die Straßen. 11½ Uhr. Auf allen Straßen, Ecken und Plätzen wird von Tischen und Stühlen, von Wägen und improvisirten Rednerbühnen zum Volk gesprochen. Vor allem wird klar gemacht, was noch zu thun und zu erringen sey. (A. Z.)

Prag, 15. März. Nach den neuesten Ereignissen in Wien hat sich der hiesige Bürgermeister nicht nur ganz für die Petition vom 12. erklärt, sondern auch öffentliche Rechnungslegung über das Gemeindevermögen verheißen. Die Petition wird allgemein unterzeichnet. Die Bürger bewaffnen sich. Studirende, Polytechniker, Literaten Künstler bilden Freicorps. Man fürchtet die Proletarier, das Landvolk und die bedenkliche Stimmung der Arbeiter im Karolinenthal. Die ganze Stadt ist in größter Aufregung. Ein Ausschuß der Studirenden hat eine Petition entworfen, die Anträge gehen auf Verbesserung des Schulplans, Gleichstellung des Czechen und Deutschen, Preß- und Lehrfreiheit, Ehrengerichte, Turnanstalten u. s. w.

Schweiz.

Zürich, 13. März. In Luzern wollen die Führer der liberalen Partei die reichen Klöster entweder ganz aufheben, oder doch durch ungeheure Contributionen das Klostergut dergestalt schmälern, daß wenig übrig bleiben wird. Drückende Finanznoth, Unmöglichkeit die Kriegscontribution zu erlegen, ist der nächste Beweggrund dieser außerordentlichen Maßregel. Dr. Steiger hat an den Regierungsrath den förmlichen Antrag gestellt, das Kloster St. Urban, dessen Vermögen 2 Millionen Frc. beträgt, zu Gunsten der Staatscasse aufzuheben. Von dem Vermögen soll jedoch so viel übrig behalten werden, um den Klostergeistlichen lebenslängliche Pensionen von 700 bis 1000 Frc. zu sichern. Das Stift Münster, welches ein Vermögen von 3 Millionen Frc. besitzt, soll 400,000 Frc. an die Staatscasse erlegen. Von den übrigen Klöstern wird die Summe von 110,000 Frc. nachträglich gefordert. Durch diese Maßregel allein glaubt Dr. Steiger den Kanton aus schwerer Finanznoth retten zu können, ohne dem Volk unerschwingliche Steuern aufzulasten. Der Vorschlag soll jedoch dem Veto der ganzen Bevölkerung zur Bestätigung überlassen bleiben. Der Regierungsrath hat deßhalb noch keinen bestimmten Entschluß gefaßt. (A. Z.)

Italien.

Die „Gazzetta di Roma" vom 10. März. verkündigt die Bildung eines neuen Ministeriums für den Kirchenstaat. In Folge des freiwilligen Rücktrittes der bisherigen Minister sind ernannt: Cardinal Antonelli, Conseilspräsident und Minister des Auswärtigen; Hr. Gaetano Recchi, Minister des Innern; der Advocat Francesco Sturbinetti, Minister der Gnade und Justiz (Cardinal Roberti, der bisherige Inhaber dieses Amtes, bleibt oberster Uditore;) Monsignor Carlo Morichini, Erzbischof von Nisibi, Finanzminister; Hr. Marco Minghetti, Minister der öffentlichen Arbeiten; Fürst Aldobrandini, Kriegsminister; Advocat Giuseppe Galletti, Polizeiminister. Der bisherige Unterrichts- und Handelsminister, Cardinal Mezzofanti und Graf Pasolini, bleiben auf ihren Posten.

Das Fürstenthum Monaco unzufrieden mit der von seinem Fürsten Floreston I. jüngst ertheilten Constitution, hat denselben vertrieben und die Republik proclamirt.

Spanien.

Madrid, 6. März. Die Redacteure der progressistischen Presse haben unterm gestrigen Datum an die Königin eine Bittschrift unterzeichnet, worin sie Ihre Majestät beschwören dem an die Cortes gebrachten Gesetzentwurf, betreffend die Ermächtigung zu Suspendirung verfassungsmäßiger Gewährschaften und Aufnahme eines Anlehens von 200 Millionen Realen, ihre königl. Bestätigung zu versagen. Dieses Gesetz, in der vorgestrigen Sitzung vom Congreß mit 148 gegen 45 Stimmen genehmigt, liegt jetzt vor dem Senat. Bemerkenswerth ist die Erklärung des Generals Narvaez mit der die Debatte schloß. Die spanische Regierung wünsche mit Frankreich in Frieden zu leben, welches auch die Staatsform sey, die sich dasselbe glaube geben zu müssen, denn beide Länder seyen bestimmt, befreundet zu seyn und einander zu achten. Sie erwarte daher nur die Sanction der Nationalversammlung um mit der Republik in Verhältnisse zu treten, wie sie mit der gefallenen Dynastie bestanden. Die Journale, welche die Protestation enthielten, waren mit Beschlag belegt worden. (Span. Bl.)

Frankreich.

Die Wahlen der Nationalgarde sind nun auf dem 18. d. M. festgesetzt. — Der hessendarmstädtische Minister Frhr. v. Drachenfels und der badische v. Schweizer haben ihre Ermächtigung angezeigt ihre Verrichtungen bei der Regierung der Republik fortzusetzen.

Zu Paris hat das Haus Baudons und Comp. (Gouin) nun wirklich fallirt.

Man zählt in Paris folgende Clubbs: 1) Société républicaine centrale; 2) Société patriotique de l'Atelier; 3) Société des droits de l'homme (der Menschenrechte, Künste und Gewerbe sind hiebei besonders zahlreich vertreten); 4) la Fraternité; 5) die ikarischen (Cabetschen) Communisten; 6) Klubb der Porte Montmartre; 7) Club des Gravilliers; 8) Sorbonne Klubb; 9) Klubb des demokratischen Fortschritts; 10) Klubb der Vorsichtigen des ersten Arrondissements. 11) Gesellschaft der Rechte und Pflichten der Menschen (vorzüglich Studirende der Medicin); 12)

Digitized by Google

Gesellschaft der Popincourt-Saint-Ambroise; 13) demokratische Gesellschaft des dritten Arrondissements; 14) demokratische Gesellschaft des fünften Arrondissements rc. rc.; 15) Klubb der deutschen Arbeiter, mit Schapper, Bauer, Dr. Karl Marx an der Spitze.

Mit einer förmlichen Beipflichtung zu der französischen Staatsumwälzung hat sich ein Schweizer Kanton, Freiburg, eingestellt. Durch eine Zuschrift vom 5. März gibt dieser Kanton seine Freude zu erkennen über ein Ereigniß, das ihm gemacht scheint, die letzten Hoffnungen des Sonderbundes zu vernichten. Gleichzeitig gehen auch im Innern die Beitrittserklärungen, Deputationen von Städten, Corporationen u. s. w. fort. Vor einigen Tagen wartete der Erzbischof von Paris mit seiner Geistlichkeit auf dem Stadthaus auf, gestern die Consistorien der reformirten und der Augsburgischen Confession. Die Regierung der Republik hat bereits gezeigt, daß sie die Religionsfreiheit anders versteht als die vorige Regierung. Sie hat ein Decret erlassen, welches befiehlt, daß alle Bürger, die wegen Thatsachen verurtheilt sind, die sich auf die freie Religionsübung beziehen, sogleich in Freiheit gesetzt, die etwa eingeleiteten Processe niedergeschlagen, die noch nicht bezahlten Geldbußen erlassen werden. Einer andern Classe von Gefangenen, den Insassen der zwei Militärgefängnisse in Paris, hatte das Volk im Revolutionssturm die Freiheit geschenkt. Diese Amnestie hat die Regierung bestätigt, aber mit Beschränkung auf die wegen Disciplinarvergehen Verhafteten. Fünfunddreißig andere, welche wegen gemeiner Vergehen in Untersuchung waren, sollen wieder gefahndet und können nur durch einen Gnadenact, der von ihrem fernern Wohlverhalten abhängt, befreit werden.

Basel, 14. März. Nach eben hier eingegangenen Berichten war Lyon im Besitz der arbeitenden Classe und schon viel Eigenthum, namentlich Fabriken zerstört worden.

Börsen-, Handels- und Eisenbahn-Nachrichten.

Frankfurt, 15. März. Metall. 5pCt. 70½ 4pCt. —; 3pCt. —; Bankactien — —; Taunus-Eisenbahn-Actien —; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 39; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 82; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Wien, 14. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 83; zu 4pCt. in CM. 72; zu 3pCt. in CM. 53; Bankactien per Stück 1225; Nordbahn 92½.

Paris, 14. März. 3pCt. 48 Fr. — C.; 5pCt. 72 Fr.

Münchener Schrannen-Anzeige vom 18. März 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest.	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	3159	2719	440	18	52	1	4	—	—
Korn	1625	1343	282	11	48	—	44	—	—
Gerste	3958	3861	97	10	34	—	13	—	—
Haber	1442	1394	48	5	19	—	9	—	—

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag, 19. März: „Robert der Teufel“, Oper von Meyerbeer.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Graf zu Castel und Graf Ortenburg, Reichsräthe; Dr. Willich, Dr. Stockinger, Benzino, Hauk, Christmann, Keidelhuber, Kleinschmidt und Eppelsheimer, Abgeordnete aus der Rheinpfalz; Lüftenegger, Abgeordneter v. Passau.

Gold. Hirsch. HH. Fürst v. Oettingen-Spielberg; Dörnberg, Frhr., und Graf Bandkane, Hofmarschall; v. Beck, Oberrevisor v. Regensburg.

Hôtel Maulick. Se. Durchl. Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst; HH. Fröckl, Rechtscandidat, und Heller, Privatier von Frankenthal.

Gold. Hahn. HH. Höfer, geistlicher Rath v. Untergünzburg; Schwager, Abgeordneter von Bamberg; Mehle, Abgeordneter v. Nördlingen.

Blaue Traube. HH. Städler, Abgeordneter v. Schwabach; Seyler, Tonkünstler v. Brüssel; v. Giovo, Junker v. Freising; Bile, Gutsbesitzer v. St. Martin; Fuchs, Abgeordneter v. Miesbach; Lang, Gutsbesitzer, und Gerhard, Posthalter v. Landau; Bölker, Gutsbesitzer v. Edenkoben.

Stachusgarten. HH. Priester, Abgeordneter v. Aislingen; Sohr, Abgeordneter v. Neisaß; Mühlfeld und Reichard, Abgeordnete von Hallerstadt; Koller, Abgeordneter von Abbach; Dorfner, Abgeordneter v. Hirschau; Schwab, Abgeordneter v. Mittereiching; Wunderle, Abgeordneter v. Monheim; Zehnder, Abgeordneter v. Weißenstadt; Heberle, Abgeordneter v. Illertissen; Klözer, Abgeordneter v. Ichenhausen.

Gestorbene in München.

Barbara Bibel, b. Schuhmachersfrau v. hier, 58 J. alt; Anna Walch, Brunnknechtswittwe v. h., 54 J. alt.

Pfandauslösung und Versteigerung.

2301. (3c) Donnerstag den 23. März 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Februar 1847 und zwar von:

Nr. 36,773 bis 44,715.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Dienstag den 28. März öffentliche Versteigerung.

München, den 29. Febr. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt I. der Stadt München.

F. Negrioli, Magistratsrath.

Hannes, Cassier. v. Zeech, Controleur.

Renten-Anstalt der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank.

2332 (2a) Die im Februar vor. Js. eröffnete VII. Jahres-Gesellschaft hat bis Ende December die zur Constituirung erforderliche Zahl von Mitgliedern nicht erreicht, es erhalten somit dem §. 21 der Grundbestimmungen gemäß die im Jahre 1847 Beigetretenen für das Jahr 1848 eine Zinsvergütung von 3 Procent, und die Einzahlungen für diese Gesellschaft werden vom 1. Februar angefangen, das laufende Jahr hindurch fortgesetzt.

Da die Zahl der vorhandenen Cassenscheine sich bereits auf 324 und die Capitalsumme auf fl. 29,225 beläuft, so darf man sich trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse der Hoffnung hingeben, daß die VII. Gesellschaft am Jahresschlusse mit einer hinreichenden Zahl von Mitgliedern in's Leben treten werde.

Um den Zugang so viel möglich zu fördern, hat die Bank-Administration beschlossen, den vom 1. Februar laufenden Jahres an bis zum Schlusse des 1. Semesters erfolgenden neuen Einlagen eine Prämie in der Art zu gewähren, daß im Februar fl. 2. 30 kr., im März fl. 2. —, im April fl. 1. 30 kr., im Mai fl. 1. — und im Juni 30 kr. vom Hundert der Einlagssumme in Abzug gebracht werden darf. Die Nachzahlungen in die sechs älteren Jahresgesellschaften, welche erst nach dem Erscheinen des achten Rechenschaftsberichtes ihren Anfang nehmen, sind jedoch hiervon ausgeschlossen.

Da der Abschluß der Rechnungen und somit das Erscheinen des Rechenschaftsberichtes von der Kenntniß der vorgekommenen Sterbfälle abhängt, so werden die Erben der im Jahre 1847 verstorbenen Mitglieder ersucht, die Anzeige zeitig bei dem zunächst wohnenden Agenten zu machen und den Todtenschein dabei vorzulegen. Bei dieser Gelegenheit glaubt man auch Diejenigen, welche während 2 Jahren ihre Renten nicht erhoben, oder als Erben von Verstorbenen das heraustreffende Guthaben nicht reclamirt haben, auf die Nachtheile aufmerksam machen zu müssen, denen sie sich den §§. 34 und 35 der Grundbestimmungen gemäß durch eine derartige Unterlassung aussetzen.

München, 27. Januar 1848.

Die Administration der bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Franz Xaver Mizler.

2329. Ein solides mit den besten Zeugnissen versehenes Frauenzimmer, in der französischen Sprache und in allen weiblichen Handarbeiten bewandert, sucht so bald als möglich einen Platz als Jungfer. Geht auch mit auf Reisen. D. Uebr.

Bekanntmachung.

2318. (3b) Auf Antrag eines Hypothekgläubigers wird die Herberge des hiesigen Fuhrmanns Joseph Maier im Hause Nr. 174 an der untern Gasse sammt dazu gehörigem Feld am Richtplatze dem Zwangsverkaufe unterstellt, und zu dieser Versteigerung auf

Montag den 10. April l. Js. Vormittags zwischen 10 und 11 Uhr

Tagsfahrt in diesseitiger Kanzlei anberaumt, woselbst die Kaufsbedingungen bekannt gegeben werden, und wozu man Kaufsliebhaber einladet. Der Verkauf geschieht nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 §§. 98 — 101.

Die Herberge besteht in einer Stube, einem Keller, einer Kammer, einer gemeinschaftlichen Küche, einem laufendem gemeinschaftlichen Brunnen, einem s. v. Abtritt, zur Herberge gehört ein Oeconomiestadel, ein Hofraum; der Stadel enthält eine Stallung für 2 Pferde und 3 Stück Vieh, eine Knechtkammer und eine Geschirrkammer, einen Dreschtennen, einen Wagenschopf, einen Holzschopf, Heu- und Getreidlagen.

Das Anwesen wurde auf 1600 fl. — gerichtlich geschätzt.

Das Feld am Richtplatz besteht:

in Pl. Nr. 1638½, mit 39 Dez. auf 195 fl.,
in Pl. Nr. 1640 mit 38 Dez. auf 190 fl.,
in Pl. Nr. 1641 mit 33 Dez. auf 132 fl., und
in Pl. Nr. 1777 mit 91 Dez. auf 182 fl.

gerichtlich eingewerthet. Auf dem Gesammtanwesen lastet eine Hypothekschuld von 2952 fl. 48 kr.

Kempten am 4. März 1848.

Königliches bayerisches Kreis- und Stadtgericht.

Buckingham.

v. Germersheim.

Edictalladung.

2333. (3a) Nachdem nunmehr durch oberrichterliches Erkenntniß d. d. 1. praes. 28. vor. Mts. die Eröffnung des Universal-Concurses über den Rücklaß des dahier verlebten rechtskundigen Bürgermeisters Karl Lorber rechtskräftig feststeht, so werden hiemit nachstehende Edictstage festgesetzt.

I.

Zur Anmeldung und Nachweisung der Forderungen auf
Donnerstag den 4. Mai l. Js. Vormittags 9 Uhr.

II.

Zur Vorbringung der Einreden auf
Montag den 5. Juni l. Js.

III.

Zur Abgabe der Repliken auf
Mittwoch den 5. Juli l. Js.

IV.

und zur Abgabe der Dupliken auf
Mittwoch den 19. Juli l. Js.

Hiezu werden sämmtliche Gläubiger mit dem Anhange vorgeladen, daß das Nichterscheinen am ersten Edictstage den Ausschluß der Forderungen von der gegenwärtigen Concurs-Massa, das Nichterscheinen an den übrigen Edictstagen aber den Ausschluß mit den treffenden Handlungen nach sich zieht.

Schließlich wird bemerkt, daß das gesammte Activvermögen, excl. der von der Frau Wittwe als Eigenthum in Anspruch genommenen Mobilien, in circa 1000 fl. — kr. besteht, daß sich jedoch der Passivstand auf circa 69,700 fl. incl. der Heirathgutsansprüche der Wittwe beläuft.

Am 7. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht Landshut.

Der königl. Director:
Leiendecker.

Wiesend, Acc.

Binnen 3 bis 4 Wochen erscheint in meinem Verlage und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Den Armen.

Rheinisches Dichter-Album,
herausgegeben von
C. O. Sternau.

Mit Beiträgen von
E. M. Arndt, Niklas Becker, Rod. Benedix, H. Hersch, Alex. Kaufmann, G. Kinkel, Wolfg. Müller, G. Pfarrius, K. Simrock, E. Weyden.

Zum Besten der Nothleidenden in Schlesien.

Eine kleine Schaar rheinischer Dichter hat sich vereinigt, um zur Unterstützung der Nothleidenden in Schlesien, deren unermeßliches Elend mit einem Male die Herzen aller deutschen Brüder erschüttert, ein Scherflein beizutragen. Die Namen der Mitarbeiter mögen hinreichen, das kleine Buch in der deutschen Lesewelt so einzuführen, daß sein Zweck vollkommen erreicht werde; sie haben sich mit Freuden an die Spitze gestellt, um durch das Büchlein, Almosen bittend, von Haus zu Haus zu wandern, denn das Elend klopft hier mit harter, mahnender Hand an unsere Thüren.

Ich mache die geehrte Lesewelt jetzt schon auf das baldige Erscheinen des obigen Buches aufmerksam, weil hier nur schnelle Hilfe zur wahren Hilfe werden kann. Der Preis des Albums wird 15 Sgr. nicht übersteigen.

Köln, Ende Februar 1848.

Joh. Georg Schmitz.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Digitized by Google

Nr. 71.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag | XLIX. Jahrgang. | 20. März 1848.

An die verehrlichen Leser der Münchener politischen Zeitung.

Da mit dem Monat März das Abonnement auf die „Münchener politische Zeitung" für das erste Quartal von 1848 zu Ende geht, so ersuchen wir Neueintretende, ihre Bestellungen für die Stadt bei der unterzeichneten Expedition, Auswärtige aber bei dem nächstgelegenen resp. Postamt zeitig zu machen, damit wir mit vollständigen Exemplaren dienen können.

Die politische Ausstattung des Blattes wird auch weiterhin nach den verlässigsten und reichsten Quellen eine möglichst vollständige seyn. Seit Sonntag den 5. März wird die politische Zeitung auch **jeden Sonntag** ausgegeben, erscheint demnach fortan **täglich**. — Dem Feuilleton wird auch weiterhin durch Originalerzählungen ernsten und heiteren Inhalts und durch mannigfaltige Skizzen aus dem Leben die größte Sorgfalt gewidmet werden. — Die neuesten gediegensten Erscheinungen auf dem Gebiete der Literatur sollen unter der Rubrik „Bücherschau" eine schnelle und gründliche Besprechung finden.

Inserate jeder Art werden bei mäßiger Einrückungsgebühr unverzüglich aufgenommen. Briefe und Gelder werden portofrei erbeten.

☞ Die Verhandlungen des eben zusammentretenden Landtags werden schnell und vollständig geliefert werden.

München, den 16. März 1848.

Expedition der Münchener politischen Zeitung.
(Knödel-Gasse Nro. 2.)

Deutschland.

Bayern.

München, 18. März. Die Bevollmächtigten von Württemberg, Großherzogthum Hessen und Nassau haben, nachdem sie sechs Tage in der deutschen Parlamentsfrage lebhaft verhandelt, heute Nachmittag unsere Residenz verlassen, und ihre Reisen nach Dresden und Berlin fortgesetzt. Es wird denselben ein Bevollmächtigter unserer Regierung auf dem Fuße folgen, um ganz in Einverständniß mit den genannten, und ohne Zweifel auch mit dem bereits vorausgeeilten großherzogl. badischen Bevollmächtigten die Verhandlungen in dieser wichtigsten Angelegenheit des gemeinsamen Vaterlandes weiter zu führen. (A. Z.)

München, 18. März. Heute Abend ist wieder alles, was Waffen trägt, auf den Beinen und in Reih und Glied. Die dunkle Sage eines beabsichtigten, von Parteiinteressen geleiteten Handstreichs, der dem König eine Mitregentschaft geben wollte, hat Alle aufgeschreckt. Wir enthalten uns denen, die einen klaren Blick hinter die verdächtigen Coulissen gethan und die leitenden verbundenen Hände erblickt haben wollen, unbedingt Glauben zu schenken, und scheuen uns noch mehr aufregende Andeutungen in das wogende Meer zu werfen. Die Stunde vollständiger Aufklärung wird nicht lange auf sich warten lassen. Nur Eines ist sicher, und das ist das Beste: die Bürger haben erkannt, daß man bei weiterem Andringen gegen den König, der seine treuesten Rathgeber, die Stände des Reichs um sich versammelt hat, ein Werkzeug für Machinationen werden könnte, hinter deren Fortschrittsfahne leicht Reactionsgelüste sich bergen dürften. Darum treten sie zusammen und rufen ihr loyales: bis hieher und nicht weiter! Sie sind noch weiter gegangen: es wird von ihnen beschlossen, so lange der Landtag beisammen sey, den Rathhaussaal nicht ferner zu Besprechung allgemeiner Landesinteressen zu öffnen. Man kann, wenn die parlamentarische Tribüne aufgeschlagen ist, nicht eine andere neben oder über sie sich stellen wollen, wenn nicht, selbst wider Wissen und Willen der Theilnehmer, durch einige Agitatoren eine Art Clubherrschaft geschaffen werden soll, die zu heilloser Verwirrung führen würde. (A. Z.)

München, 18. März Abends 7 Uhr. Eine bewaffnete Macht von 9—10,000 Mann ist theils auf Plätzen und Straßen aufgestellt oder patrouillirt, theils ist sie in den Casernen consignirt. Jeder fragt bestürzt den andern: warum diese außerordentliche Kraftentwicklung? Die wenigsten wissen noch warum es sich handelt. Man spricht von einem durch geheime Leiter beabsichtigten Handstreich, von Anträgen, die dießfalls der Bürgerschaft gemacht worden. Augenblicklich hielten viele Bürger in einem Privathause (bei Rosipal) eine Berathung. Ohne Mühe durchschaute man die Plane, die hinter diesen Anträgen steckten, sprach sich einmüthig und entrüstet dagegen aus, und schickte sogleich eine Deputation an den Minister Thon Dittmer mit dem Auftrag durch ihn den König von allem in Kenntniß zu setzen und ihn der Treue der Bürger zu versichern. Man hatte unterdessen auch in Erfahrung gebracht, daß allerwärts in der Stadt gestern und heute von Unbekannten Aufkäufe an Waffen und Munition gemacht worden sind, daß Geld vertheilt, Drohbriefe gefunden worden, und dergleichen beunruhigende Nachrichten mehr. Daher die enormen Rüstungen. Die Bürger- Studenten- und Künstlertruppen, sowie das Militär beseelt der beste Geist, sie sind, so viel deren mit der eigentlichen Sachlage bekannt sind, entschlossen alle illegalen Plane zu vereiteln und so das Vaterland vor Anarchie, wozu dieselben ohne Zweifel führen müßten, zu bewahren. (A. Z.)

München, 18. März. Heute wurde die allerhöchste Entschließung bekannt, wonach unter den zu den Präsidentenstellen der II. Kammer Vorgeschlagenen, Appellationsgerichts-Rath Heintz als I. Präsident, und Advocat Dr. Kirchgeßner als Vicepräsident bestätigt sind.

München, 19. März. Unter den vorgeschlagenen Candidaten der II. Präsidentenstelle der Kammer der Reichsräthe hat der mit Stimmenmehrheit gewählte Reichsrath Frhr. v. Zu-Rhein die königl. Bestätigung erhalten.

△ München, 20. März. Gestern hatte eine Abordnung unserer II. Kammer die Ehre, Se. Majestät dem König aufzuwarten. — Heute wird vom Monarchen die jüngst angekommene Abordnung der Pfälzer Gemeinden empfangen werden. Heute Morgen nach 10 haben die Ausschußwahlen der II. Kammer begonnen.

*** München, 20. März. Morgen findet in allen Kirchen feierlicher Gottesdienst und übermorgen die feierliche Eröffnung der Stände durch Se. Maj. den König im Ständehaus statt. Heute Nachmittag wird wohl das Programm ausgegeben werden.

Die Adresse der Münchener Bürger und Einwohner an die hohe Kammer der Abgeordneten lautet: Hohe rc. Die unterzeichneten Bürger und Einwohner der Hauptstadt sind von dem Ernst des Augenblicks, in welchem die Stände des Reichs dießmal den von der bewaffneten Volkswehr beschirmten Frieden dieser Stadt betreten, tief ergriffen. Die Stunde der Entscheidung naht. Sie soll dem ganzen Volke seine vollen Rechte, den Gemüthern Beruhigung und Vertrauen, besonders aber dem Vaterlande jene sittliche Erhebung wieder bringen, deren allgewaltige Kraft zu allen Zeiten der einzige Rettungsanker unserer Ehre und unserer Freiheit war. Vertreter des Volks! wir fordern die Freiheit auf dem Boden des Gesetzes, — wir fordern Rechte, ohne welche die Freiheit nur ein Name ist, und dann sind wir auch bereit, Gut und Leben für sie einzusetzen. Keine Täuschung mehr! — Nur die Wahrheit, die ganze Wahrheit kann uns jetzt retten! Es gibt kein Vertrauen, das nicht durch die That erworben ist; — das verlorne kehrt schwer zurück; — im Leben der Völker kann es nur durch Heilighaltung ihrer Rechte errungen und durch rechtzeitige und redliche Gewährung zeitgemäßer Ansprüche erhalten werden. Das Heer hat die Verfassungsurkunde des Reichs beschworen und damit deren Verbindlichkeit übernommen; es möge sich auch deren Wohlthaten, besonders durch Anwendung der Staatsdienerpragmatik auf dasselbe in vollem Umfange zu erfreuen haben. Dieses ist der feurige Wunsch, mit welchem die Bevölkerung Münchens die bayerische Armee begrüßen will. In diesem Augenblick erwartet das Volk eine Wahlordnung mit möglichst gemindertem Census für die active Wahlfähigkeit und mit der größten Ausdehnung für die passive Wahlfähigkeit, ohne Minoritätswahlen, ohne Gebundenheit an einen gewissen Bezirk, bedingt durch das Vertrauen der Wähler. Alle Interessen des Landes, — Intelligenz, Grundbesitz, Capital und Arbeit, — müssen Vertretung finden, wenn Beruhigung wiederkehren soll. Die Räthe der Krone müssen die größte Summe des Volksvertrauens in sich vereinigen, und ihre Handlungen vor einem Richter vertreten, dessen Strafurtheil der Vollstreckung niemals entbehren darf. Das Volk erwartet Gleichberechtigung aller legislativen Gewalten in dem Recht der Initiative für die Gesetzgebung, und zeitgemäße Erweiterung ihrer Wirksamkeit durch alljährliche Berufung der Reichsstände. Die allgemeine Forderung einer einheitlichen Vertretung des Volkes in einem deutschen Parlamente setzt gebieterisch voraus, daß sich in der Landesvertretung und den Räthen der Krone der unverkümmerte Ausdruck des wahren Volkswillens finde, und daß dieser zu jeder Zeit einen gesetzmäßigen Boden

der freien Aeußerung habe. Wie die deutschen Fürsten durch ein staatsrechtliches Band vereinigt sind, so wollen auch die deutschen Volksstämme in nächster Zukunft von denselben Rechten und Sympathien getragen eine Solidarität bilden, an welcher sich alle feindlichen inneren und äußern Zeitströmungen als einem unüberwindlichen Wall brechen werden. Das Volk erwartet unverzügliche Trennung des Richteramts von der Verwaltung und Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in die Rechtspflege mit Schwurgerichten nach dem Vorbild Englands; — es erwartet eine durchgreifende Verbesserung des Schulwesens, unbedingte Lehrfreiheit, bürgerliche und politische Gleichberechtigung aller religiösen Bekenntnisse, das Recht der Association und freien Volksversammlung, auf daß in Verbindung mit der entfesselten und gesezlich garantirten Presse das Gebäude einer vernünftigen Volkserziehung vollendet und jener Grad von Bildung und Einsicht in die öffentlichen Angelegenheiten erreicht werde, der allein gegen Extreme schüzt. Wir werden mit Freuden den Tag begrüßen, wo durch ein Polizeigesez und dessen Handhabung durch Richteramtspersonen der Willkür auch der lezte Boden entzogen und das erhebende Bewußtseyn gewonnen wird, daß unter allen Umständen nur der klar erkannte Wille des Gesezes entscheidet. Wir verlangen Volksbewaffnung zum Schuz des Gesezes und der Unabhängigkeit unseres deutschen Vaterlandes. Die Befreiung des Grundbesizes von drückenden Reallasten ist ein unabweisliches Bedürfniß. Das Volk erwartet, daß alle Vorrechte schwinden, welche die Kraft der Verwaltung schwächen, die Sicherheit der Rechtspflege gefährden und den Wohlstand des Landes verkümmern. Bessere Fürsorge für die arbeitende Classe einerseits durch Hebung von Industrie und Gewerben, anderseits durch zweckmäßigere Vertheilung der Steuern, ist zur unabweislichen Nothwendigkeit geworden. Ungehemmte Entwickelung der individuellen Freiheit fordert das Volk als erste Bürgschaft seiner staatlichen Existenz, — von Ihnen aber, Abgeordnete des Landes, sicheres und rasches Handeln in diesen Tagen der Gefahr. Alle formellen Fragen mögen in Hintergrund treten vor der beflügelten Eile, mit welcher die Ereignisse dieser Zeit uns überholen. Wir beschwören Sie! geben Sie dem Volke ungesäumt Beruhigung durch redliche Gewährung seiner gerechten Forderungen, — schenken Sie ihm Vertrauen, — es ist dessen würdig, — geben Sie ihm Güter, deren Vertheidigung es für werth hält, und Sie sollen es unüberwindlich finden in der Stunde blutiger Entscheidung, die uns jeder Tag aus Osten oder Westen bringen kann. Handeln Sie im Sinne der königlichen Proclamation vom 6. d. Mts.; sie führt die Sprache des Zeitverständnisses und der Wahrheit, unmittelbar entsprungen aus einem ächt deutschen, — aus einem königl. Herzen. Ergreifen Sie aber auch diesen Augenblick von diesem Herzen eine allgemeine Amnestie für alle politischen Vergehen zu erbitten und der Dank des Vaterlandes wird Ihre Tugend krönen. Deutschland hat sein Auge auf Sie gerichtet, täuschen Sie das Vaterland nicht in dieser großen Stunde! München, am 17. März 1848."

†† München, 19. März. Auf die erledigte Land-Commissärstelle in Speyer wurde der dermalige Land-Commissär in Germersheim, G. Mayer, seiner Bitte entsprechend versezt; dem Landrichter S. Th. Sondinger in Weismain unter Anwendung des §. 22, lit. D. der IX. V.-B. der erbetene Ruhestand bewilligt, und der dermalige Polizei-Commissär, Carl v. Mangstl dahier, zum Landrichter in Weismain ernannt; der Rechnungs-Commissär der Regierung von Niederbayern, K. d. J., Jos. Lyzelburger, wurde in den erbetenen Ruhestand versezt; die Forstrevier Freihöls, Forstamt Amberg, dem Actuar und Functionär am Kreisforstbureau zu Regensburg, Joseph Gigglberger, provisorisch verliehen; der pens. Lieutenant, Alexander Frhr. v. Feilitzsch, zum Salzoberfactor in Ingolstadt provisorisch ernannt; die bei der Regierung der Oberpfalz und von Regensburg, K. d. F., erledigte Stelle eines Regierungs-Assessors und exponirten Fiscaladjuncten in Amberg dem Fiscalatsrathsaccessisten bei der Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg, K. d. F., Franz Krafft, provisorisch verliehen; die Communalforstei Käshofen, Forstamts Homburg, aufgelöst und ein Communalrevier II. Classe zu Wintersbach gebildet; dieses dem Forstamt Zweibrücken untergeordnet, und demselben die ärarialischen Waldungen der Wartei Reifenberg zugetheilt; der Castelerist des Oberamts Regensburg, Franz Joseph Drexler, zum Rechnungs-Commissär des Lottooberamts Nürnberg provisorisch ernannt.

München, 19. März. Wir sezen unsere in Nro. 63 dieser Zeitung abgebrochenen Betrachtungen über Deutschlands Wiedergeburt hiemit fort. Es sind viele Wermuthstropfen in den Freudenbecher gefallen. Die gewaltsame, mordbrennerische und blutige, von den Bauern vollzogene Selbstjustiz ist, haben auch nach den neuesten Berichten viel Zeitungsübertreibungen stattgefunden, ein beklagenswerthes und gefährliches Symptom, und kein zu wirklich staatlicher Bildung Gelangter wird und darf dergleichen Vorgänge entschuldigen noch rechtfertigen; allein erklären lassen sie sich, und dieß muß die Presse thun, weil schon wieder, wie in der Regel, das Kind mit dem Bade ausgeschüttet werden will. Was ist seit 33 Jahren z. B. für Heranbildung, Kräftigung und Stetigung einer von allen schädlichen religiösen, politischen, socialen Vorurtheilen freien, in offener Ehrlichkeit sich gebenden, und somit wahrhaft loyalen Volksbildung von den Regierungen Deutschlands geschehen? Wir sind jeder Antwort überhoben, denn das gesammte Deutschland hat in den lezten Tagen diese Sache zu gänzlichem Abschluß gebracht. Steht das Vorurtheil des Bauern gegen den Juden im allgemeinen und den sogenannten christlichen und jüdischen Wucherer, Müller u. s. w., so ganz vereinsamt, oder wird es nicht von Millionen, von den höchsten, vornehmsten Personen durch die Mittelstände herunter, fast unüberwindlich getheilt, und so immer von neuem den untern Ständen in Stadt und Land planmäßig eingeimpft? Was sagen die deutschen Ständeverhandlungen seit frühesten Tagen über diesen Punct? Ferner haben Millionen Menschen keine Begriffe davon, was der Bauer im Staate ist, wie das ganze Staatsgebäude auf ihm niederwuchtet, und dennoch soll er zu Geistesstumpfheit und absoluter Entsagung verdammt seyn. Wenn er nun vernimmt, Deutschland, zu dem er wohl auch als der mühsamste und geplagteste Stand gehört, werde endlich frei und einig, soll da in seinem Herzen nichts vorgehen? Sollen ihm jezt auf einmal, wenn unzählige Zeitungen, Flugschriften, Flugblätter von den unverständlichsten bis zu den verworfenen, in seine Mitte geschleudert, wenn selbst überspannte gelehrte Geister, wie Leute, denen überhaupt nur an Erregung von Scandal liegt, in seiner Mitte mit allen Gaben der Aufregung predigen, und seine Leidenschaften erregt sind alle richtigen und klaren staatlichen und gesellschaftlichen Begriffe vom Himmel herunter in das früher absichtlich zu höhern Zwecken verdummte Gehirn fallen? Oder wird nicht gerade jezt mehr als je ein Mühlrad in seinem Kopf umgehen, und er das ihm Unbegreifliche, welches das Bessere, fallen lassend, nach dem leider ihm nur zu Verständlichen, worin er ja schon bei allen Faßnachten, Kirmessen und Kirchweihen tüchtig angelernt worden, nach dem Faustrecht, nach gewaltsamer Erlangung seiner vorenthaltenen oder neugebildeten Rechte und sey es selbst durch Raub und Mord greifen. Wäre man sogleich Seitens der Behörden mit den kräftigsten Maßregeln, wie dieß, leider etwas spät, doch geschehen mußte, fern aller Befangenheit, entschieden gegen die Bethörten und Verführten eingeschritten, es wäre viel Unheil verhütet worden.

(Fortsezung folgt.)

Rain, 16. März. Gewisse Zeitungen scheinen in neuerer Zeit es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, unsern verehrten Herrn Landrichter Adam planmäßig durch übertriebene und entstellte Darstellung von Thatsachen und abgeschmackten Wiz zu verfolgen. Dieses einer freien Presse unwürdige Treiben hat zunächst unter der Bürgerschaft und Bevölkerung von Rain, in deren Mitte der genannte Beamte wohnt, den gerechten Unwillen erregt, welcher aber zur höchsten Entrüstung gesteigert wurde, als in den jüngsten Tagen diese Blätter mit schlechtverhohlener Schadenfreude die von bubischer Bosheit ausgeheckte Lüge verbreiteten, dem Landrichter zu Rain nebst zwei andern Landrichtern solle ein gleiches Schicksal, wie den zu Landsberg getroffen haben, er sey davon gejagt worden. Wir überlassen es den Angehörigen der übrigen betreffenden Gerichtsbezirke, ob sie derlei ehrenrührige Ausstreuungen auf sich beruhen lassen wollen oder nicht, aber die Bürgerschaft von Rain will und darf nicht mehr säumen, ihre Stimme zu erheben gegen Verläumdungen, durch welche sie die Ehre ihres verdienten Landrichters tief gekränkt sieht und sich in der eigenen Ehre frech verlezt fühlt und deren schmuzige übelriechende Quelle leicht zu errathen ist. Hat die hiesige Bürgerschaft gestern Abends schon, als sie unter der freudigsten Theilnahme der gesammten hiesigen Bevölkerung bei Fackelschein dem Verfolgten, aber von uns nur desto mehr Verehrten vor seiner Wohnung eine Serenade darbrachte, ihre Gesinnung, welche ohnehin nicht zweifelhaft war, auf das Glänzendste ausgesprochen, so erklärt sie hiemit vor dem ganzen bayerischen Vaterlande, in dessen Angesicht Herr Landrichter Adam auf so schändliche Weise zu verläumden gesucht wird, daß sie sich zu demselben für sein bisheriges Wirken zu innigstem Danke verpflichtet fühlt, und verwahrt sich zugleich auf das Entschiedenste gegen die verbreiteten schmachvollen Verdächtigungen und Zumuthungen, als sey die Bürgerschaft unserer altbayerischen Stadt, welche ihre Treue gegen sein angestammtes Herrscherhaus durch die Stürme der Jahrhunderte bewährt hat und auch hinfür fleckenlos zu erhalten gesonnen ist, je fähig, gegen einen von seinem geliebten Könige ihm vorgesezten und in dessen Namen Gesez und Ordnung handhabenden Beamten Gewalt zu üben, oder auch solche nur zu dulden. Ja! öffentlicher Dank sey dem kgl. Landrichter Adam, der während seines erst vierjährigen Wirkens in hiesigem Amtsbezirke durch seine rastlose Thätigkeit und gänzliche Hingebung in seinem Beruf, womit er die geistigen und materiellen Interessen des ihm anvertrauten Gerichtsbezirkes zu fördern bemüht ist, durch unparteiische und möglichst rasche Rechtspflege durch seine ächte Humanität, welche den Schwachen und Hilfesuchenden mit Rath und That beisteht, durch Umsicht in der Verwaltung und durch gleich emsige Förderung aller Zweige derselben, insbesondere durch Hebung der Schulen und der Sittlichkeit, Handhabung der öffentlichen Sicherheit, Sorgfalt für das Armenwesen, Ordnung der Gemeindehaushalte und des Stiftungsvermögens, Herstellung der Verbindungswege, und endlich durch sein Bemühen, einen seit vielen Jahren im hiesigen Gerichtsbezirke tief gewurzelten Krebsschaden, nämlich den wucherischen Kipper und Wipper einer bekannten Menschenklasse, von deren verderblichen Treiben die Gerichtsakten und der Ruin vieler Familien ein trauriges Zeugniß geben — die Rechtschaffenen, welche ihr Gewissen ohnehin frei spricht, wollen wir hierunter nicht gemeint haben — radikal auszumerzen, die Hochachtung und Liebe seiner Gerichtsuntergebenen erworben hat. Wir wollen keinen andern Landrichter und schäzen uns glücklich, wenn er recht lange in unserer Mitte weilt. Seine Feinde sind auch die Feinde der gesezlichen Ordnung und ebenso gering an Zahl als schwach an Einfluß. Aber zu beklagen ist es im Interesse des Vaterlandes und der gesezlichen Freiheit, daß in unserer bewegten Zeit, wo die Leidenschaften den Damm des Gesezes und der Ordnung immer mehr zu durchbrechen drohen, wo das Zusammenhalten der Gutgesinnten mehr als je noth thut, und die Presse bei ihrem mächtigen Einflusse nun, da sie der Bevormundung enthoben ist, durch besonnenes leidenschaftsloses Auftreten ihre Mündigkeit an den Tag legen soll, sich Zeitungen zum Profosendienst niedriger Schmäh- und Rachsucht gegen einen Ehrenmann auf den Grund vager Gerüchte, welche lediglich Aufreizung bezwecken wollen, hergeben. Alle diejenigen Blätter, welche ihre Spalten Angriffen gegen Hrn. Landrichter Adam öffneten, werden es ihrer Ehre schuldig seyn, gegenwärtige Erklärung ihrem wörtlichen Inhalte nach zu veröffentlichen. Der Magistrat und die Bevollmächtigten der Stadt Rain. Luz, Bürgermeister, Kapfer, Weigl, Sammeber, Lauter, Muggenthal, Fischer, Stadtschreiber. Im Namen der Bevollmächtigten. Lindermayr. Laibl.

Württemberg.

Stuttgart, 18. März. Wie wir vernehmen ist Ludwig Uhland zum Abgeordneten Württembergs nach Frankfurt zum Zweck der Berathung über die deutsche Volksvertretung ernannt. Er hat gestern eine Audienz bei Sr. Majestät dem Könige gehabt. — Heute Vormittag fand die Beeidigung des hiesigen Militärs auf die Verfassung statt. In Ulm geht dieselbe heute gleichfalls vor sich. (Schw. Mkr.)

Baden.

Karlsruhe, 16. März. In der heutigen Sizung der zweiten Kammer wurden von der großherzogl. Regierung abermals neue Gesezentwürfe vorgelegt, nämlich durch den Präsidenten des Ministeriums des Innern, Staatsrath Bekk: 1) ein Gesezentwurf in Betreff der Beeidigung auf die Verfassung, wonach für alle Zukunft der Eid auf die Verfassung in den Fahneneid der Soldaten, in den Huldigungseid der Bürger,

und in den Dienereid der Angestellten aufgenommen werden soll; 2) ein Gesetzentwurf, die Aufhebung der Beschränkung staatsbürgerlicher Rechte (Anspruch auf Staatsdienst und Eintritt in die Kammer) ohne Rücksichten der Confession betreffend. Die gemeindebürgerlichen Rechte werden dadurch nicht geändert, und soll in dieser Beziehung später eine Anordnung erfolgen. Durch den geh. Referendär Junghanns wurde vorgelegt ein Gesetzentwurf über die unabhängige Stellung der Richter, wonach die definitive Anstellung der Richter mit dem Tag ihrer Anstellung beginnt, und Dienergrade, so wie Versetzungen, nur durch die vorgesetzten Collegialgerichte verfügt werden können. Schließlich sicherte Staatsrath Bekk den Gesetzentwurf über die Volksbewaffnung auf nächsten Samstag zu. (Karlsr. Z.)

K. Sachsen.

In Dresden hat man am 15. März bei einem Volksauflauf einigen der entlassenen Minister „Pereats" gebracht, dem König aber ein donnerndes „Hoch".

Eine amtliche Bekanntmachung vom 16. März meldet, daß der König den Advocaten Dr. Braun zum Justiz und Cultusminister, den Prof. Dr. von der Pfordten zum Minister des Innern und provisorisch des Auswärtigen, den Landtagsabgeordneten Georgi zum Finanz- und den Obersten v. Holzendorff zum provisorischen Kriegsminister ernannt hat. Eine zweite, vom Gesammtministerium ausgehende Bekanntmachung besagt, nachdem durch den Ministerwechsel der Zweck der Einberufung des außerordentlichen Landtags sich theils erledigt, theils dem augenblicklichen Bedürfnisse gesetzlicher Bestimmungen, insbesondere über die Presse, auf andere Weise abgeholfen werden könne, auch die Kürze der Zeit den neueintretenden Ministern die erforderlichen Vorbereitungen zur Abhaltung eines Landtags nicht gestatte, der auf den 20. März zusammenberufene außerordentliche Landtag nicht abgehalten werden solle.

Preußen.

Berlin, 15. März. Nachmittags 4 Uhr. Die Unruhen in unserer Stadt haben leider seit dem gestrigen Abend einen bedauernswerthen Charakter angenommen. Durch die Ruhestörungen veranlaßt wurden von neuem Truppen zusammengezogen, und in der Brüderstraße namentlich hieb die Cavallerie mit blanker Waffe auf die versammelten Bürger ein. Mehrere friedfertige Bürger sind dabei beschädigt worden, und einige an den Verwundungen gestorben. In Folge dessen herrscht hier eine ungeheure Aufregung. Heute morgen begab sich eine Deputation der Bürger nach der Stadtverordnetenversammlung, um ihre Beschwerde vorzulegen und vor allem drei Anträge zu formuliren: 1) Zurückziehung des Militärs bis zum wirklich erfolgten Angriff des Volkes auf Person und Eigenthum. 2) Gestattung, daß sich unter jener Voraussetzung sofort Bürgercommissionen zur Beschwichtigung des Volkes organisiren; 3) strenge Untersuchung und Bestrafung derjenigen Militärs, durch deren rücksichtsloses Commando das Leben friedfertiger Bürger in Gefahr gebracht sey. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich diesen Anträgen ad 1 und 2 angeschlossen und dieselben an die Staatsbehörden befördert. In Folge dessen sind bereits beruhigende und zusichernde Placate vom Polizeipräsidenten an den Mauerecken affigirt. Die Bürgerdeputation veröffentlicht soeben auf gedruckten Zetteln eine beschwichtigende Ansprache mit der ministeriellen Zusicherung einer gemischten Untersuchungscommission. Zum Abend werden sich die Massen voraussichtlich noch mehr häufen. Nachschrift. Soeben erhalten wir die Nachrichten von den Unruhen in Wien; es mehrt dieß natürlich die Aufregung sehr. (A. Z.)

Berlin, 16. März. Die Unruhen hatten am 15. Abends in bedrohlicher Weise zugenommen; das Militär schritt ein, gab auch, wie es scheint, an einigen Orten Feuer; mehrere Personen sollen verwundet, zwei getödtet seyn. Die Bürger, welche Audienz beim König nachsuchten, konnten keine erhalten. Die Barricaden wurden genommen. (A. Z.)

Schleswig-Holstein.

Kiel, 13. März. Die Post von Kopenhagen hat uns drei Preßgesetze für Schleswig, Holstein und Lauenburg, dem Inhalt nach fast übereinstimmend, mitgebracht. (H. B. H.)

Oldenburg.

Der Großherzog hat Preßfreiheit verliehen.

Freie Städte.

In Hamburg haben an mehreren Tagen Unruhen stattgefunden; am 11. wurden in Folge des Einschreitens der Bürgergarde 5 tödtlich verwundet. (Auch Lübeck hat einen Krawall gehabt.)

Oesterreich.

Wir Ferdinand der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich rc. haben nunmehr solche Verfügungen getroffen, die Wir als zur Erfüllung der Wünsche Unserer treuen Völker erforderlich erkannten. Die Preßfreiheit ist durch Meine Erklärung der Aufhebung der Censur in derselben Weise gewährt wie in allen Staaten, wo sie besteht. Eine Nationalgarde, errichtet auf den Grundlagen des Besitzes und der Intelligenz, leistet bereits die ersprießlichsten Dienste. Wegen Einberufung von Abgeordneten aller Provincialstände und der Central-Congregationen des lombardisch-venetianischen Königreiches in der möglichst kürzesten Frist mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes und unter Berücksichtigung der bestehenden Provincial-Verfassungen zum Behufe der von Uns beschlossenen Constitution des Vaterlandes ist das Nöthige verfügt. Sonach erwarten Wir mit Zuversicht, daß die Gemüther sich beruhigen, die Studien wieder ihren geregelten Fortgang nehmen, die Gewerbe und der friedliche Verkehr sich wieder beleben werden. Dieser Hoffnung vertrauen Wir um so mehr, als Wir Uns heute in Eurer Mitte mit Rührung überzeugt haben, daß die Treue und Anhänglichkeit die Ihr seit Jahrhunderten Unseren Vorfahren ununterbrochen und auch Uns bei jeder Gelegenheit bewiesen habet, Euch noch jetzt wie von jeher beseelet. Gegeben in Unserer kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien, den fünfzehnten März, im eintausend achthundert achtundvierzigsten, Unserer Reiche im vierzehnten Jahre. Ferdinand. (L. S.) Karl Graf v. Inzaghi, Oberster Kanzler. Franz Frhr. v. Pillersdorf, Hofkanzler. Joseph Frhr. v. Weingarten, Hofkanzler. Nach Sr. k. k. apostolischen Majestät höchsteigenem Befehle: Peter Edler v. Salzgeber, k. k. Hofrath. (A. Z.)

Einem Privatbriefe vom 15. März entnehmen wir folgende Stellen: „Ein Finanzwächter, der auf das Volk geschossen, wurde lebendig in die Flammen geschleudert. Zwei Fabriken wurden abgebrannt, und einige Häuser ausgeraubt und verwüstet. — So eben, 3 Uhr Nachmittags, kommen 150 Ständemitglieder von Preßburg, Kossuth an der Spitze, hier an. Sie wurden mit donnerndem Jubel empfangen. Das Militär scheint sich auf die Seite des Volks zu neigen; wenigstens geht allgemein das Gerücht. Fürst Metternich soll auf der Nordbahn verreist seyn. Erzherzog Albrecht ebenfalls. Bürgermeister Czapka ist verschwunden." (A. Z.)

Wien, 16. März. Vormittags 11 — 12 Uhr. Die Ruhe in der Stadt und in den Vorstädten ist vollkommen wieder hergestellt, die Laden, welche bisher geschlossen waren, sind wieder geöffnet, selbst die Börse war heute wieder offen und alle Papiere sind gestiegen, die 5procentigen Metalliques stehen auf 90, die Ferd.-Nordbahn-Actien stiegen rasch bis auf 100, also das Vertrauen selbst in der Börsenwelt ist nicht allein nicht gesunken, sondern hat sich gehoben. Die Bewaffnung und Einschreibung der Nationalgarde hat ihren ungestörten Fortgang. Aerzte, Professoren, Advocaten, Kaufleute, Handwerker, höhere und niedere Staatsbeamte, Fürsten und Grafen reihen sich als Gemeine ein, die Zahl soll heute Morgen auf 60,000 gestiegen seyn, von denen etwa 35 bis 40,000 Mann schon bewaffnet sind. So eben ziehen die gestern angekommenen Ungarn mit unzähligen Fahnen unter Musik und Eljenruf durch die Straßen der Stadt zur Universität, sie werden von den Fenstern aus mit Blumen und Bändern wörtlich genommen überschüttet. Bald nach ihnen erscheint der Kaiser, begleitet von dem jungen Prinzen Leopold, Sohn des Erzherzogs Rainer. Se. Majestät sieht höchst ermüdet und matt aus, das Volk grüßt ihn mit unendlichem Jubel. Er fährt zur Universität, wo die ganze Studentenschaft unter Waffen versammelt ist. Unzählige Proclamationen, Blätter, Gedichte, musicalische Compositionen zur Feier der drei großen Tage werden in den Straßen ausgeboten und vertheilt. Die Nachrichten aus den Vorstädten, welche noch gestern so sehr beunruhigend waren, lauten ganz günstig. Furchtbare Verwüstungen, Plünderung und Brandanlegung haben an der Mariahilfer Linie stattgefunden. Dort kamen auch viele der Uebelthäter um; jedoch weiß man ihre Zahl nicht. In Fünfhaus wurden bei ähnlichen Auftritten wilder Zerstörungswuth 7 erschossen und etwa 50 bis 60 verwundet. Die Eisenbahnstationen sind unversehrt, der Dienst hat seinen geregelten Fortgang. Zur Herstellung der Ordnung und provisorischen Regierung und Verwaltung hat sich eine Art provisorisches Comite gebildet, welches anfangs vom Magistrate zu Rathe berufen, jetzt denselben ersetzt hat. Es besteht aus 24 Mitgliedern, worunter die ersten literarischen Notabilitäten und die besten Capacitäten der Stadt. Der Bürgermeister Wiens, Czapka, schon lange verhaßt, ist verschwunden, weil er die Volkswuth fürchtet, und man weiß nicht, wo er sich befindet. Dieselbe Ungewißheit herrscht in Beziehung auf Metternich; Gerüchte lassen ihn von steierischen Bauern verhaftet und erschlagen seyn. Auch Sedlnitzki existirt nicht mehr; wie könnte der Mann ohne Censur auch noch weiter fortleben! Heute Nachmittag soll große Versammlung aller Bewaffneten auf dem Glacis seyn, morgen ist das feierliche Leichenbegängniß der Gefallenen. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Die „Pesther Zeitung" v. 14., die „Preßburger" vom 15. wissen nichts von vorgefallenen Unruhen in jenen Städten.

Italien.

Das neue Ministerium für das Königreich Sicilien diesseits des Pharus ist gebildet und zwar aus folgenden Mitgliedern: Herzog von Serracapriola, Conseilspräsident; Baron C. Bonanni, Minister der kirchlichen Angelegenheiten; Fürst Dentice, Finanzminister; Fürst v. Torella, für Ackerbau und Handel; Fürst Cariati, für die auswärtigen Angelegenheiten; Oberst Uberti, für Kriegswesen und Marine; Don Giacomo Savarese, für die öffentlichen Arbeiten; Hr. S. P. Bozzelli, Minister des Innern; Hr. Poerio, des öffentlichen Unterrichts; Don A. Sa iceti, der Gnade und Justiz. Ferner: der Commendatore Don Gaetano Scovazzo ist zum Minister-Staatssecretär für die sicilischen Angelegenheiten ernannt, hat aber in der Nähe des Königs zu wohnen, es sey, daß dieser in Neapel oder in Palermo residire. Durch ein zweites Decret vom 6. März ist der Contre-Admiral Don Ruggiero Settimo, Fürst v. Fitalia zum General-Statthalter (Luogotenente Generale) von Sicilien ernannt. Ihm beigegeben sind: als Minister der Gnade, der Justiz und des Cultus, Don Pasquale Calvi; als Minister des Innern, Fürst v. Scordia; als Finanzminister, Don Vinc. Sardella. Endlich ist das sicilische Parlament auf den 25. März nach Palermo einberufen: „um die Verfassung von 1812 den jetzigen Zeitumständen anzupassen, und für alle Erfordernisse Siciliens vorzusehen, wobei die Abhängigkeit der Reich diesseits und jenseits der Meerenge von einem einzigen König, behufs der Ganzheit der Monarchie in Kraft zu bestehen hat." Ueber die Modalität der Wahlen sind ausführliche Bestimmungen beigefügt. Die Beschießung der Stadt Messina dauerte fort und Truppenverstärkungen waren dahin abgegangen. — Die „Florentiner Staatszeitung" vom 11. und 13. März enthält eine neue Provincialeintheilung des Großherzogthums, provisorische Bestimmungen für die Freiwilligen-Corps der Guardia Civica u. s. w. — Die „Gazzetta Piemontese" enthält ein vom 7. März datirtes königl. Breve mit den näheren Bestimmungen über die im Februar verheißene Ermäßigung des Salzpreises. Die Vorbereitungen zu den parlamentarischen Wahlen sollten in der Stadt Turin am 11. oder 12. März beginnen.

Niederlande.

Vom Niederrhein, 15. März. Der König hat gestern den Präsidenten der zweiten Kammer der Generalstaaten zu sich beschieden und ihm erklärt, er sey bereit im Grundgesetz alle die Veränderungen vorzunehmen, welche die Generalstaaten zum Heile des Staates rathsam finden würden. Dieser Schritt, der mit Umgehung des Ministeriums erfolgte, obgleich in den letzten Tagen wiederholt Staats- und Ministerrath versammelt waren, kommt einer Entlassung des Ministeriums ziemlich gleich. (A. Z.)

Vom Niederrhein, 16. März. So eben trifft die Nachricht ein, daß zuerst der Minister Baud und nach einigem Zögern auch alle andern Minister abgetreten sind. Hr. Lazac ist zum König entboten. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 16. März.

Die Verwirrung steigt in Folge des allgemeinen Mißtrauens. Alle Welt lauft zur Bank und will baar Geld, so daß eine Erschöpfung der Bank bevorsteht. In dieser äußersten Noth verfügt die provisorische Regierung, die Bankbillets müssen nunmehr von allen öffent-

lichen Cassen und Privatpersonen als baar Geld angenommen werden, und die Bank ist bis auf weiteres auch nicht genöthigt, gegen ihre Scheine wieder auszuzahlen. Doch darf die Bank nicht über 350 Millionen Franks an Werth Papier emittiren; zur schnelleren Geldcirculation ist die Bank ermächtigt, kleinere Noten (coupures), doch nicht unter 100 Fr., auszugeben. (A. Z.)

Herr Marrast, jetzt Maire von Paris, hat die provisorische Verwaltung und die Liquidation der alten Civilliste und der Privatdomäne abgegeben, und der ehemalige Deputirte von Paris, Hr. Bavin, ist mit diesem Dienste beauftragt. Es wird bemerkt, daß seine Verrichtungen unentgeltlich seyen. — Das Nationalanlehen macht nur langsame Fortschritte, doch haben am Montag drei starke Einzahlungen stattgefunden: Gabriel Odier und Comp. 1,117,800, Mathieu und Comp. 1,570,000 und Billaud 300,000 Fr.

Paris, 15. März Abends 5 Uhr. Man kündigt ein Decret der Regierung an, wodurch die Bank zur Ausgabe kleiner Banknoten von 50 und 100 Fr. im Gesammtbelauf zu 100 Millionen ermächtigt werden soll. Als Bürgschaft würde der Staat seine Waldungen und sonstigen Liegenschaften bieten. Inzwischen dauert der Zudrang zu der Bank, um für ihre Noten Geld zu erhalten, fort. Außerdem soll ein Decret beschlossen seyn für gezwungene Annahme der Banknoten. Das Comptoir Ganneron hat seine Zahlungen nun auch eingestellt; Gebrüder Mallet und andere Firmen liquidiren.

Großbritannien.

Die Bewegungen in Deutschland theilen jetzt mit der französischen Revolution die Aufmerksamkeit der englischen Presse. Sie erkennt in denselben eben nur die endlich erfolgreiche Einforderung wohlzuständiger blutbesiegelter und allzu lange vorenthaltener Volksrechte. Die Einigung der deutschen Einzelstaaten in einem deutschen Parlament betrachtet die „Times" als unerläßlich; als ebenso unerläßlich aber wenn dieses Parlament etwas nutzen solle eine demselben gegenüberstehende concentrirte Vollziehungsgewalt, mit andern Worten: ein Oberhaupt des deutschen Bundes. Die Schwierigkeiten der Aufstellung eines solchen Oberhauptes werden aber von der Times wohl erkannt

Dem „Morning Chronicle" zufolge sind der Herzog und die Herzogin v. Montpensier schon am 9. März über Ostende nach Deutschland abgereist, wahrscheinlich um ihre am Rhein befindliche Schwägerin, die Herzogin v. Orleans zu besuchen, oder nach England abzuholen.

Börse.

Frankfurt, 17. März. Metall. 5pCt. 69; 4pCt. —; 3pCt. —; Bankactien — —; Taunus-Eisenbahn-Actien —; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 39; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 82; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Wien, 16. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 89; zu 4pCt. in CM. 75½; zu 3pCt. in CM. 53; Bankactien per Stück 1270; Nordbahn 103.

Amsterdam, 15. März. 2½pCt. 43½; 3pCt. 51; 4pCt. 65½; Synd. 3½pCt. 80; Handels-Maatschappy 133½; Ard. 8½; port. 3pCt. 15½; 5pCt. Metall. —.

Paris, 15. März. 3pCt. 46 Fr. — C.; 5pCt. 69 Fr. — C.

London, 14. März. Consols 81.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 21. März: „Die junge Pathe," Lustspiel von Bath. Hierauf: „Der Roaga," oberbayerische ländliche Scene von Kobell.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Graf Rechteren, Reichsrath, Löwenthal, Appellationsgerichtsrath, Dr. Jacob, Heintz, sowie alle übrigen Herren Abgeordneten aus der Rheinpfalz.

Hôtel Maulik. HH. Lord Domeils aus England; Gnahl, Privatier, und Wagenseil, Banquier v. Augsburg.

Gold. Hahn. HH. Baron v. Reck, Gutsbesitzer v. Autenried; Durlacher, Abgeordneter v. Grünstadt; Weinzierl, Abgeordneter v. Großmehring; Helwig u. Hirsch, Bräuer v. Homburg.

Gold. Kreuz. HH. Gutmann, Fabrikbesitzer v. Feuchtwangen; Wirth, Redacteur von Augsburg; Seidl, Bibler und Bruchbauer, Privatier v. Landshut.

Blaue Traube. HH. Baron Herzog v. Regensburg; Rein, Gutsbesitzer v. Gimeldingen; Wiesend, Landstand v. Colmain; Röckelein, Appellationsgerichtsaccessist v. Bamberg; Sartorius, Rentbeamter v. Obermarchtall; Wachter, Privatier v. Memmingen.

Karlsgarten. H. Graf, Kaufmann v. Constanz.

Gestorbene in München.

Joseph Maier, Lohnkutscherknecht v. Oberbibrach, Landg. Eschenbach, 47 J. alt; Margaretha Waiver, Schlosserswittwe v. Schonungen, 74 J. alt; Simon Weber, b. Schneider v. h., 46 J. alt; Georg Schieder, Schuhmachergesell v. Amberg, 37 J. alt; Anna Klein, kgl. Hallamtswaagmeisterswittwe v. h., 88 J. alt; Fr. Xav. Wagner, k. Eisenbahnamtsbureaudiener v. h., 47 J. alt; Maria Gauser, Zimmermannswittwe v. h., 62 J. alt.

Bekanntmachung.

2317. (2b) Auf Anbringen eines Hypothekgläubigers wird das Haus und Anwesen Nro. 10 an der Dachauerstraße (Oberwiesenfeld) nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der §§. 98 — 101 der Prozeßnovelle von 1837 gerichtlich versteigert, und hiezu Tagsfahrt auf

Montag den 15. Mai 1848 Vormittags 10 bis 12 Uhr Zimmer Nr. 35 über 2 Stiegen

anberaumt, und hiebei bemerkt, daß der Zuschlag nur nach Erreichung des Schätzungswerthes erfolgt.

Das Anwesen besteht aus einem 2 Stock hohen Wohnhause, einem einstöckigen Hintergebäude mit Hofraum, Garten, einem Brunnen und einer Holzhütte. Dasselbe ist gerichtlich auf 2300 fl. geschätzt, mit 2000 fl. der Brandversicherungs-Anstalt einverleibt, und mit Hypothekkapitalien im Betrage zu 3083 fl. 39 kr. belastet.

Am 10. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Loé.

2326. (2b) In der Ludwigsstraße Haus Nr. 28 ist die große Wohnung im II. Stock alsogleich zu vermiethen. Das Nebr. beim Hausmeister.

Bekanntmachung.

2318. (3c) Auf Antrag eines Hypothekgläubigers wird die Herberge des hiesigen Fuhrmanns Joseph Maier im Hause Nr. 174 an der untern Gasse sammt dazu gehörigem Feld am Richtplatze dem Zwangsverkaufe unterstellt, und zu dieser Versteigerung auf

Montag den 10. April l. Js. Vormittags zwischen 10 und 11 Uhr

Tagsfahrt in dießseitiger Kanzlei anberaumt, woselbst die Kaufsbedingungen bekannt gegeben werden, und wozu man Kaufsliebhaber einladet. Der Verkauf geschieht nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 §§. 98 — 101.

Die Herberge besteht in einer Stube, einem Keller, einer Kammer, einer gemeinschaftlichen Küche, einem laufenden gemeinschaftlichen Brunnen, einem s. v. Abtritt, zur Herberge gehört ein Oeconomiestadel, ein Hofraum; der Stadel enthält eine Stallung für 2 Pferde und 3 Stück Vieh, eine Knechtkammer und eine Geschirrkammer, einen Dreschtennen, einen Wagenschopf, einen Holzschopf, Heu- und Getreidlagen.

Das Anwesen wurde auf 1600 fl. — gerichtlich geschätzt.

Das Feld am Richtplatz besteht:
in Pl. Nr. 1638½, mit 39 Dez. auf 195 fl.,
in Pl. Nr. 1640 mit 38 Dez. auf 190 fl.,
in Pl. Nr. 1641 mit 33 Dez. auf 132 fl., und
in Pl. Nr. 1777 mit 91 Dez. auf 182 fl.
gerichtlich eingewerthet. Auf dem Gesammtanwesen lastet eine Hypothekschuld von 2952 fl. 48 kr.

Kempten am 4. März 1848.

Königliches bayerisches Kreis- und Stadtgericht.
Buckingham.

v. Germersheim.

Bekanntmachung.

In Sachen der Maria Martina Brusch von Aura und ihre Kindscuratel gegen Johann Benedict Köppel, Bräuknecht von Landshut, wegen Vaterschaft und Kindesernährung wird zum Versuche der Güte oder zur protokollarisch schlüssigen Verhandlung auf

Samstag den 15. April l. Js. Vormittags 10 Uhr

Commission reassummirt, wozu die Partien vorgeladen werden, und zwar der Beklagte, dessen Aufenthaltsort gerichtsunbekannt ist, öffentlich und unter dem Rechtsnachtheile, daß bei seinem abermaligen Nichterscheinen die Klage für abgeläugnet angenommen, der Beklagte seiner Einreden für verlustig erklärt, und Klägerin und ihre Kindscuratel zum Beweise ihrer Klage zugelassen werden würden.

Dem Beklagten ist gestattet, das Anrufen der Kindscuratel vom heutigen in der hiesigen Registratur einzusehen.

Am 15. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht Landshut.
Der königl. Director:
Leiendecker.

v. Baum.

Edictalladung.

2333. (3b) Nachdem nunmehr durch oberstrichterliches Erkenntniß d. d. 1. praes. 28. vor. Mts. die Eröffnung des Universal-Concurses über den Rücklaß des dahier verlebten rechtskundigen Bürgermeisters Karl Lorber rechtskräftig feststeht, so werden hiemit nachstehende Edictstage festgesetzt.

I.

Zur Anmeldung und Nachweisung der Forderungen auf

Donnerstag den 4. Mai l. Js. Vormittags 9 Uhr.

II.

Zur Vorbringung der Einreden auf

Montag den 5. Juni l. Js.

III.

Zur Abgabe der Repliken auf

Mittwoch den 5. Juli l. Js.

IV.

und zur Abgabe der Dupliken auf

Mittwoch den 19. Juli l. Js.

Hiezu werden sämmtliche Gläubiger mit dem Anhange vorgeladen, daß das Nichterscheinen am ersten Edictstage den Ausschluß der Forderungen von der gegenwärtigen Concurs-Massa, das Nichterscheinen an den übrigen Edictstagen aber den Ausschluß mit den treffenden Handlungen nach sich zieht.

Schlüßlich wird bemerkt, daß das gesammte Activvermögen, excl. der von der Frau Wittwe als Eigenthum in Anspruch genommenen Mobilien, in circa 1000 fl. — kr. besteht, daß sich jedoch der Passivstand auf circa 69,700 fl. incl. der Heirathgutsansprüche der Wittwe beläuft.

Am 7. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht Landshut.
Der königl. Director:
Leiendecker.

Wiesend, Acc.

Stuttgart. Pferdemarkt.

2334. (2a) Der Stuttgarter Pferdemarkt, welcher zwei Tage währt, beginnt in diesem Jahre Montag den 10. April. Auf demselben werden nicht nur voraussichtlich von Seite angesehener Handelsleute wieder viele Luxuspferde, sondern auch, dem Vernehmen nach, wieder wie früher aus den königlichen Gestüten und Ställen eine größere Anzahl Pferde zum Verkauf kommen, welcher Umstand geeignet ist, unserem Marktverkehr ein besonderes Interesse zu verschaffen.

Den 12. März 1848.

Stadtrath.

2335.

Heilsame Erfindung

Hümmert's Pollutions-Verhütungs-Instrument,

welches, ohne im Geringsten Unannehmlichkeiten oder nachtheilige Folgen für die Gesundheit herbeizuführen, durchaus keine Pollution zuläßt. Die Wahrheit dieser Aussage ist durch vielfache Erfahrungen bestätigt und durch Zeugnisse von den berühmtesten Aerzten, als vom Hrn. Prof. Dr. Braune, Prof. Dr. Cerutti, Prof. Dr. Carus zu Leipzig, vom Hrn. Geh. Med.-Rath Dr. v. Blödau zu Sondershausen und vielen Andern dargethan, weßhalb ich mich jeder weitern Empfehlung enthalte. Da das Instrument in Holz bei Bewegungen im Schlafe leicht zerbricht, so sind nun auch welche in Metall zu nachstehenden Preisen zu haben, und erhält man gegen portofreie Einsendung des Betrages Instrument nebst Gebrauchs-Anweisung vom Unterzeichneten zugeschickt.

1 Instrument in feinstem	Neusilber	4 Rthl.	Pr. Cour.
1 „ „ „	Messing	3 „	„ „
1 „ „ „	Holz	2 „	„ „

Bleicherode bei Nordhausen im Februar 1848.

C. Filler.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 72.

Man pränumerirt auf die Zeitung in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nr. 32; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährig 1 fl. 30 kr. Halbjährig 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährig im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.

Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 6 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag XLIX. Jahrgang. 21. März 1848.

Deutschland.

Bayern.

Landtag.

München, 19. März. Die Kammer der Reichsräthe wird sich in ungewohnt starker Zahl zeigen; 46 Reichsräthe werden von Beginn an da seyn, zwei, Graf Erbach und Bischof Richarz werden später erscheinen. Nur acht haben erklärt, gar nicht zu kommen, während drei, unter diesen der Herzog von Leuchtenberg, sich noch nicht äußerten. Unter den bereits Anwesenden sind die sämmtlichen königl. Prinzen und zwei seit lange nicht erschienene Mitglieder Fürst v. Thurn und Taxis und Graf Armansperg. Heute wird als glaubhaft erzählt, daß sich die adeligen Mitglieder beider Kammern dahin vereinbart hätten, die Patrimonialgerichtsbarkeit gegen Uebernahme der Beamten und ohne Anspruch auf weitern Entgelt an den Staat zu überlassen, und auf alle Jagdfrohnden zu verzichten. (A. Z.)

München, 20. März. (Kammer der Reichsräthe.) In einem heute statt gehabten zweiten Zusammentritte erfolgte die Fortsetzung der Constituirungsverhandlungen der Kammer der Reichsräthe vor Eröffnung der Ständeversammlung. Auf der Tagesordnung waren die Vorträge der Legitimationscommission über die Legitimirung der neu eintretenden Reichsräthe Frhrn. v. Ponickau auf Osterberg und Frhrn. v. Lotzbeck auf Weyhern, die Wahl der Deputationen zum Empfange Sr. Maj. des Königs bei der feierlichen Eröffnung und Ihrer Maj. der Königin, endlich die Wahl der fünf Ausschüsse. Der Hr. I. Präsident eröffnete die Sitzung mit Kundgabe des allerhöchsten Ernennungsrescriptes für den II. Präsidenten, als welcher der inhaltlich unserer letzten Mittheilung gewählte erste Candidat Frhr. v. Zu-Rhein die königl. Bestätigung erhielt. Die Ergebnisse der Wahlen in die Ausschüsse sind folgende: (Gesetzgebung.) Graf v. Reigersberg, Graf v. Armansperg, v. Maurer, Frhr. v. Freyberg, Frhr. v. Schrenk, Ersatzmann: Graf v. Giech. — (Steuern.) v. Roth, Frhr. v. Stauffenberg, v. Niethammer, Graf v. Lerchenfeld-Köfering, Frhr. v. Aretin, Ersatzmann: Graf v. Schönborn. — (Innere Verwaltung.) Graf v. Giech, Frhr. v. Stauffenberg, Graf v. Montgelas, Graf Karl v. Seinsheim, Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst, Ersatzmann: v. Niethammer. — (Schuldentilgung.) Graf v. Sandizell, Graf v. Arco-Valley, Graf v. Reigersberg, Graf Ludwig v. Arco, Graf August v. Seinsheim, Ersatzmann: Graf v. Deroy. — (Beschwerden.) Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst, Erzbischof Graf v. Reisach, v. Roth, Oberconsistorial-Präsident, Frhr. v. Würtzburg, Frhr. v. Freyberg, Ersatzmann: Graf zu Castell. — Der durch Wahlen dieser fünf Ausschüsse unter sich zu bildende VI. Ausschuß für Prüfung von Anträgen der Kammermitglieder erhielt folgende Zusammensetzung: Graf v. Reigersberg, v. Niethammer, Graf Karl v. Seinsheim, Graf v. Arco-Valley, und Frhr. v. Würtzburg. — Wir bemerken, daß Reichsrath Fürst v. Oettingen-Wallerstein gleichwie die Wahl zum II. Präsidenten, auch diejenige zu einem Ausschußmitgliede im Voraus abgelehnt hatte.

München, 21. März. (Kammer der Abgeordneten.) Bei der heute stattgefundenen Wahlverhandlung bezüglich der Bildung der besondern Ausschüsse ergab sich folgendes Resultat: I. Ausschuß. Gegenwärtig waren 125 Mitglieder; die absolute Stimmenmehrheit betrug sonach 63. Als Mitglieder desselben wurden gewählt im I. Scrutinium die HH. Abgeordneten: 1. v. Habermann, mit 121; 2. Dr. Edel, mit 118; 3. Frhr. v. Closen, mit 112; 4. Decan Deininger, mit 83; 5. Willich, mit 83; 6. Schäfer, mit 75 Stimmen; II. Scrutinium: 7. Hr. Abg. v. Scheurl, mit 79 Stimmen. — II. Ausschuß. (Steuern.) Gegenwärtig waren 125 Mitglieder; die absolute Stimmenmehrheit betrug sonach 63. Als Mitglieder desselben wurden gewählt im I. Scrutinium die HH. Abgeordneten: 1. Decan Vogel, mit 121; 2. Frhr. v. Rotenhan, mit 114; 3. Neuffer, mit 112; 4. Langguth, mit 94 Stimmen; II. Scrutinium (121 Stimmende, 61 Majorität): 5. Fischer, mit 113; 6. Graf v. Hegnenberg-Dux, mit 107; 7. Brunk, mit 68 Stimmen. — III. Ausschuß. (Schuldentilgung.) Gegenwärtig waren 120 Mitglieder, die absolute Stimmenmehrheit betrug sonach 61. Als Mitglieder desselben wurden gewählt im I. Scrutinium die HH. Abgeordneten: 1. Frhr. v. Lerchenfeld, mit 99; 2. Rabl, mit 96; 3. Kolb, Gottfried, mit 92; 4. Decan Bauer, mit 79; 5. Dr. Schwindl, mit 62 Stimmen; II. Scrutinium (106 Stimmende, 54 Majorität): 6. Schlund, mit 62; 7. Frhr. v. Lindenfels, mit 56 Stimmen.

München, 21. März. Das heute erschienene königl. Regierungsblatt (Nr. 12) enthält folgendes königl. Patent. Ludwig, von Gottes Gnaden, König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben rc. rc. Wir haben Uns Allerhöchst bewogen gefunden, zu Unseres geliebten Sohnes, des Kronprinzen Maximilian, Königlichen Hoheit, Gunsten auf Unsere Krone zu verzichten, und fügen mit diesem zugleich zu wissen, daß Wir von nun an die Namens-Titulatur: „König Ludwig" (Majestät), und Unsere vielgeliebte Königliche Gemahlin die Titulatur: „Königin Therese" (Majestät), führen werden.

Vorstehende Unsere Verzichtleistung und Titulatur-Bestimmung ist in Unserem Regierungsblatte zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Gegeben München, den zwanzigsten März des Jahres Eintausend Achthundert und acht und vierzig, im drei und zwanzigsten Unserer Regierung. Ludwig. Königliche Worte an die Bayern. Bayern! Eine neue Richtung hat begonnen, eine andere als die in der Verfassungsurkunde enthaltene, in welcher Ich nun im 23 Jahre geherrscht. Ich lege die Krone nieder zu Gunsten Meines geliebten Sohnes, des Kronprinzen Maximilian. Treu der Verfassung regierte Ich; dem Wohle des Volkes war Mein Leben geweiht; — als wenn Ich eines Freistaats Beamter gewesen, so gewissenhaft ging Ich mit dem Staatsgute, mit den Staatsgeldern um. Ich kann Jedem offen in die Augen sehen. — Und nun Meinen tief gefühlten Dank Allen, die Mir anhingen. Auch vom Throne herabgestiegen, schlägt glühend Mein Herz für Bayern, für Deutschland. München, den 20. März 1848. Ludwig.

△ München, 21. März. Nie hat wohl ein Ereigniß die gesammte Bevölkerung der Hauptstadt so tief, so ungeheuer ergriffen, als die gestern bereits gezeichnete, noch in später Abendstunde dem Magistrate mitgetheilte, heute am frühen Morgen dem Volke kundgegebene Thronentsagung König Ludwigs zu Gunsten des Kronprinzen königl. Hoh., der nunmehr als König Maximilian II. den Thron besteigt. Heute Morgen fand sogleich die Beeidigung sämmtlichen Linienmilitärs und der gesammten Bürgergarde in feierlicher Weise auf dem Dultplatz statt, und später von 11 Uhr ab erfolgte die öffentliche Ausrufung (durch den Staatsherold) des neuen Regenten durch die Straßen der Hauptstadt. Laute Lebehochs ertönten aus dem Publicum „König Maximilian dem II." — Ob morgen noch die feierliche Landtagseröffnung stattfinde, war bis jetzt wenigstens durchaus ungewiß.

** München, 21. März. Gemäß Allerhöchstem Rescript wurde die Adresse der hiesigen Bürgersöhne zur Bildung eines Freicorps, unter dem Commando der Landwehr genehmigt.

†† München, 20. März. Nach allerhöchstem Rescript ist dem Kreis- und Stadtgerichte Aschaffenburg ein Rath und ein Assessor außer dem Status beigegeben, sofort zum Rathe daselbst der bisherige Assessor des Kreis- und Stadtgerichts Schweinfurt, Dr. Franz Vogt, befördert, und zum Assessor des Kreis- und Stadtgerichts Aschaffenburg der Appellationsgerichts-Accessist August Fritscher in Würzburg ernannt; ferner der Präsident des Bezirksgerichts Frankenthal Max Dall'armi zum Oberappellationsgerichtsrath außer dem Status berufen worden.

München, 20. März. Se. Maj. der König haben durch allerhöchstes Signat vom 17. dieß die königl. Hof-Jagdintendanz anzuweisen geruht, sogleich das Abschießen des Hochwilds in den sämmtlichen Leibgehege- und Reserve-Jagden, insoweit dieselben nicht eingeparkt und nicht im Hochgebirge gelegen sind, großartig zu beginnen und möglichst rasch und in so weit fortzusetzen, bis jeder Anlaß zu den bisherigen Beschwerden über großen Hochwildstand und die dadurch verursachten Beschädigungen gehoben seyn wird. Dieß wird den betreffenden Behörden mit dem Bemerken eröffnet, daß von Seite der königl. Hof-Jagd-Intendanz bereits die Weisungen zum Vollzuge erlassen wurden. Diese abermals zum Beweise der landesväterlichen Huld und Fürsorge Sr. Maj. des Königs dienende allergnädigste Verfügung ist sogleich an die betheiligten Gemeinden bekannt zu machen. Präsidium der königl. Regierung von Oberbayern v. Godin.

München, 15. März. Ein Ministerialrescript, das dieser Tage an die Regierungen ergangen, trifft Anordnungen über die neuesten Ruhestörungen. Dasselbe ordnet nöthigen Falls energisches Einschreiten an, trifft aber auch andererseits Bestimmungen darüber, daß die Klagen der Staatsangehörigen zur Würdigung gelangen. (N. Würzb. Z.)

Würzburg, 17. März. Der Spessart und Odenwald ist vollständig beruhigt; dagegen laufen betrübende Nachrichten aus der Rhön ein. Der Frhr. von der Tann in Tann wurde zum Zugeständniß vieler Forderungen genöthigt, und an der sächsisch-hessischen Grenze zieht eine Rotte von Meuterern herum und übt bei den Einwohnern förmliche Erpressungen. Zur Abwehr gegen diese Excesse gingen heute 120 Mann unserer Garnison dahin ab. (N. Würzb. Z.)

Bekanntlich hatten sich am 13. in Neustadt a. H. mehrere Tausend Pfälzer zusammengefunden, und sich über eine Adresse an die pfälzischen Abgeordneten in der II. Kammer geeinigt, worin alle die Forderungen aufgenommen, welche das gesammte pfälzische Volk thatsächlich erfüllt zu sehen wünscht. Die Adresse ward von einer pfälzischen Gemeindeabordnung nach München überbracht. Man verlangt nämlich: 1. Aenderung des Wahlgesetzes in dem Sinne, daß mit Beseitigung einer Aus-

scheidung nach Ständen ein jeder Bürger nach zurückgelegtem 21. Lebensjahre activ- nach Zurücklegung seines 25. Jahres aber passiv-wahlfähig sey. Dieses Gesetz möge von der jetzt zusammenberufenen Kammer provisorisch beschlossen und von der auf den Grund dieses neuen provisorischen Wahlgesetzes sogleich einzuberufenden Kammer, zur definitiven Beschlußnahme in Berathung genommen, ferner dieser neugewählten Kammer auch ohne allen Verzug die außerdem nöthigen Gesetzesvorschläge zur Vorlage gebracht werden, und zwar müssen II. Bei Revision unseres Staatsgrundgesetzes, die vor Allem stattfinden muß, folgende Grundsätze zur Geltung gebracht werden, als: 1) Unbedingte Preßfreiheit a) mit Beseitigung aller Hemmnisse, welche derselben durch die wegen der den Buchdruckern zu ertheilenden Concession bestehenden System, sowie durch Erschwerungen von Seiten der Postverwaltung hinderlich sind; und b) mit Einführung von Schwurgerichten für Aburtheilung aller Preßvergehen. 2) Gleiche politische und bürgerliche Berechtigung aller Staatsbürger ohne Rücksicht auf deren Glaubensbekenntniß, sonach Aufhebung der Bestimmung, daß nur die katholische, lutherische, reformirte und griechische Kirche vom Staate anerkannt werden, damit der Grundsatz der Glaubens- und Gewissensfreiheit auch bei uns eine Wahrheit werde. 3) Berechtigung der Stände, über alle Staatseinnahmen, sie mögen Namen haben, welche sie wollen, Rechnungsablage zu fordern, und periodische Bewilligung nicht nur der directen, sondern auch aller indirecten Steuern. 4) Bewilligung der Initiative zu Gesetzvorschlägen und zu Abänderungen der Verfassung für die Stände. 5) Das Recht freier Associationen und Versammlungen der Bürger und zur Berathung sowohl allgemein politischer und kirchlicher, wie ihrer Gemeinde-Interessen. 6) Bewilligung pragmatischer Rechte für die Offiziere und andere Beamten des stehenden Heeres. 7) Unversetzbarkeit der Richter und aller übrigen Justizbeamten, insbesondere Gleichstellung der Beamten der Staatsbehörde mit den Richtern in Betreff ihrer pragmatischen Rechte. III. Bei Revision des Gesetzes über die Landräthe: 1) Gleiche Bestimmungen über die Wahl, wie sie für die Ständewahlen verlangt werden, indem die Wahl jedoch unmittelbar die Landraths-Mitglieder selbst ohne weiteren Einfluß der Staatsregierung zu treffen hat. 2) Erweiterung von deren Competenz und Sicherung vor einer, ihrer Würde verletzenden Behandlung. 3) Oeffentlichkeit der Verhandlungen. IV. Bei Revision der Gemeindegesetze: 1) Active und passive Wahlbefähigung aller Gemeindebürger. 2) Oeffentlichkeit der Gemeinderathsverhandlungen, und 3) Größere Selbständigkeit der Gemeinden in der Verwaltung ihres Vermögens, insbesondere der Bewirthschaftung ihrer Wälder. V. Beseitigung des dominirenden Einflusses der Geistlichen auf die Schulen, sonach Trennung der Schule von der Kirche. VI. Bei Revision der Steuergesetze, Abänderung der ungerechten Bestimmung über Besteuerung der Häuser. VII. Revision des Forststrafgesetzes. VIII. Nach erfolgter Organisation der Volksbewaffnung, welche unverzüglich einzuführen, das dringendste Bedürfniß erheischt, und wobei dem Volke die Wahl seiner Führer überlassen werden muß, Verminderung des stehenden Heeres. IX. Stellung des Militärs wegen Verbrechen und Vergehen vor die ordentlichen Gerichte, und Unterordnung der Gensdarmerie unter die Civilbehörde. X. Alsbaldige Abschaffung des Lotto. XI. Unbedingte Amnestie aller wegen politischer Vergehen oder Verbrechen Verurtheilten und Wiedereinsetzung derselben in den Genuß aller bürgerlichen und politischen Rechte. XII. Im gesonderten Interesse der Pfalz: 1) Zurückversetzung des Cassationshofes in die Pfalz. 2) Revision der Gesetze über Stempel und Enregistrement. 3) Alsbaldige Abberufung des Regierungsdirectors Luft, dessen Versetzung in die Pfalz allgemeine Indignation erregte und der sich bis jetzt des Vertrauens der Pfälzer nie würdig gezeigt hat. 4) Wiederaufhebung der, dem Geiste und den Institutionen der Pfälzer zuwider, daselbst eingeführten Klöster in Oggersheim und Speyer. 5) Schleunigste Einberufung einer außerordentlichen General-Synode der vereinigten Kirche der Pfalz, oder vielmehr Erfüllung der von den zu Edenkoben und Winzingen stattgehabten Versammlungen gestellten Anträge; bei der Zusammenberufung jener General-Synode jedoch eine freie Wahl von deren Mitgliedern, namentlich aber Beseitigung der Bestimmung, daß die Decane, als solche, Mitglieder derselben sind. 6) Gänzliche Lostrennung der vereinigten Kirche der Pfalz von dem lutherischen Oberconsistorium und unmittelbare Stellung derselben unter das Cultus-Ministerium; wo nicht, mindestens Entfernung derjenigen Mitglieder des Oberconsistoriums, durch deren reactionäre Bestrebungen seit langen Jahren der kirchliche Friede in der Pfalz gestört wurde, namentlich alsbaldige Entfernung des Präsidenten jener Centralstelle, von Roth, und des Oberconsistorial-Rathes Ruſt. 7) Beendigung der ungesetzlichen, und schon seit zwei Jahren fortgesetzten, Suspension des Pfarrers Frantz von Ingenheim. Am Schluß der Adresse heißt es: Tragen Sie diese unsere Wünsche und Forderungen Sr. Majestät, unserem Könige und Pfalzgrafen, sogleich nach Ihrer Ankunft in der Residenz vor, und hoffen wir, daß dieser, getreu seinen Worten: „Alles für mein Volk! Alles für Deutschland!“ auch den Wünschen des Volkes williges Gehör schenken werde, und daß die besonderen Abgeordneten unserer Stadt- und Landgemeinden, welche wir beauftragt haben, Sie zur Unterstützung unserer Anträge nach München zu begleiten, uns die Zusage von deren Gewährung zurückbringen, damit das schwere Unglück, welches ein abschlägiger Bescheid unausbleiblich zur Folge haben müßte, von uns und unserem Vaterlande gewendet werde. Neustadt a H., den 12. März 1848. (Folgen die Unterschriften.)

Württemberg.

Heilbronn, 15. März. Die Nachrichten über die Bauernaufstände waren größtentheils übertrieben. Fast überall haben die württembergischen Bauern bloß die Akten verbrannt. Eine Correspondenz von Weinsberg erzählt, wie die Bauern in Weiler, nachdem sie ins Schloß eingedrungen waren, sogleich eine Wache an die Casse stellten, nichts berührten oder beschädigten, sogar die angebotenen Kellerschlüssel zurückwiesen, nichts wollten als die Akten, welche sie denn auch sämmtlich verbrannten. (Sig. Brod.)

Baden.

Karlsruhe, 18. März. Der Gesetzentwurf über die Bürgerwehr wurde heute von Staatsrath Bekk der zweiten Kammer vorgelegt, und auf den einstimmig ausgedrückten Wunsch, der Abgeordneten die Zusage gegeben, daß noch heute Amnestie für politische Vergehen ertheilt werden solle. Außerdem wurde ein Gesetzentwurf über die alsbaldige Abschaffung sämmtlicher noch vorhandenen Feudallasten gegen billige Entschädigung der privatrechtlich Berechtigten von der Kammer angenommen. Gestern hatte dasselbe stattgefunden in Bezug auf ein von der Regierung vorgelegtes Gesetz über die Gesammtbürgschaft oder Gesammtverpflichtung der Einwohner zu Schadenersatz in solchen Gemeinden, in welchen auf gewaltthätige Weise das Eigenthum beschädigt wird. Die Kammer tritt nun Mitte nächster Woche wieder zusammen. (K. Z.)

Bereits ist aus großherzoglichem Staatsministerium der Befehl an alle Zuchthäuser Badens ergangen, die politischen Verbrecher zu entlassen. (M. Z.)

K. Sachsen.

(Bekanntmachung.) An das sächsische Volk. Von Sr. Majestät dem Könige an die Spitze der Geschäfte berufen, haben sich Unterzeichnete über folgende Hauptgrundsätze und Maßregeln vereinigt: Beeidigung des Militärs auf die Verfassung. Aufhebung der Censur für immer. Ein Preßgesetz ohne das System der Concessionen und Cautionen. Reform der Rechtspflege auf Grundlage der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit; in Strafsachen Geschworenengericht. Reform des Wahlgesetzes Anerkennung des Vereinsrechtes mit Repressivbestimmungen wegen Mißbrauchs. Gesetzliche Ordnung der kirchlichen Verhältnisse im Geiste der Duldung und Parität. Antrag auf Revision des Vereinszolltarifes. Kräftige Mitwirkung zu zeitgemäßer Gestaltung des deutschen Bundes mit Vertretung des Volkes bei demselben. Se. königl. Majestät haben diesen Maßregeln und Grundsätzen Ihre Zustimmung zu ertheilen geruht. Gemäß ihnen wird das Erforderliche eingeleitet werden. Das sächsische Volk wird die hohe Bedeutung dieser königl. Entschließung würdigen und Dieß durch Erhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande bethätigen. Dresden, den 16. März 1848. Die Staatsminister. Dr. Braun. Dr. von der Pfordten. Georgi.

Sächsische Herzogthümer.

Aus dem Werrathale, 15. März. Auch hier hat sich die Volkswuth Bahn zu Ungesetzlichkeiten gebrochen. Besonders Salzungen wurde durch Bauern aus der Umgegend angegriffen; von Schweina, von Wildprechtsroda, von Langenfeld fanden sich Plünderer ein und konnten um so unaufhaltsamer Kaufladen plündern, Wohlhabende berauben, Fenster einschlagen, weil man sich Dessen in der Stadt nicht im Geringsten versehen hatte und eine Bürgerwehr nicht bestand.

Anhaltische Herzogthümer.

Der Herzog von Anhalt-Dessau hat am 14. März Reorganisirung der Verfassung, Preßfreiheit und Ackervertheilungen aus den herzoglichen Domänen gewährt. Da Dieses dem Volk nicht genügte, so wurde durch eine zweite, nachträgliche Bekanntmachung noch hinzugefügt: 1) Zusicherung, daß bei einem Widerstande Bernburgs, der beabsichtigten Reorganisation der Verfassung beizutreten, sofort Bernburg sich selbst überlassen und eine Verfassung für Anhalt-Dessau allein, oder in Verbindung mit Anhalt-Köthen berathen und ertheilt werden soll. Beirath von freigewählten Volksvertretern zur Berathung der Verfassung, auf je 5000 Einwohner einer. Steuerbewilligungsrecht, Zustimmung zur Gesetzgebung, Gesetzbeantragungsrecht, Abstimmung nach absoluter Stimmenmehrheit werden für nothwendige Grundlagen der Verfassung erklärt. 2) Ein Preßgesetz wird nicht eher publicirt, als bis es der Ständeversammlung vorgelegt werden kann. Zusicherung der unbedingten Emancipation der Juden. Anerkennung, daß der Herzog zum vollständigen Ersatz jedes Wildschadens rechtlich verpflichtet ist.

Kurhessen.

Marburg, 12. März. Es werden jetzt in Kurhessen folgende „Grundzüge einer Petition aller Kurhessen“ verbreitet: Wir bitten und das gesammte Volk fordert: 1. Unbedingte Freiheit der Presse, nicht bloß für innere Angelegenheiten, sondern für die gesammten deutschen und menschlichen Verhältnisse, so wie unbedingte Freiheit des Buchhandels, ohne Concession u. dgl. Urtheil der Geschwornen über Preßvergehen. Verbot von Schriften nur durch die Gerichte. 2. Unbedingte Religionsfreiheit. Gleiche politische Berechtigung aller Bekenntnisse. 3. Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens. Oeffentlichkeit des Anklageprocesses. Schwurgerichte. 4. Schiedsgerichte. 5. Volles Associationsrecht oder vollkommene Vereins- und Versammlungsfreiheit. Der Staat kann nur gegen Verbrechen, nie gegen Associationen als solche einschreiten. 6. Vollkommen unabhängige Gemeindeverfassung, vollkommen freie Wahl der Ortsvorstände und der Bürgergardeofficiere ohne jede Bestätigung und Uebertragung der Polizeigewalt an erstere. 7. Einen besonderen Staatsgerichtshof, zur Hälfte von der Regierung, zur Hälfte von den Volksrepräsentanten gewählt. 8. Unversetzbarkeit der Oberappellationsgerichtsräthe und Wahl derselben wechselnd zwischen Regierung und Ständen. 9. Definitive nicht provisorische Anstellung der Anwälte. 10. Gesetz zur Beschränkung der polizeilichen Willkür. 11. Allgemeines Civil- und Criminalgesetzbuch. 12. Aufhebung der Urlaubserlaubniß der Staatsdiener bei landständischen Wahlen. 13. Authentische Interpretation der Verfassungsurkunde dahin, daß die Wahlen der Landstände nicht durch das Standesprincip bestimmt sind. 14. Beschränkung der Civilliste. 15. Große Staatsarbeitsanstalten, verbesserte und veredelte Strafanstalten, und sonstige Einrichtungen, um alles Elend des Volkes zu beseitigen. 16. Vollständige Trennung der Schule von der Kirche, und freien Unterricht für das Volk. Besserstellung der Volksschullehrer. 17. Allgemeine Volksbewaffnung und Aufhebung der Linie. 18. Revision der Verfassung nach obigen Punkten. 19. Deutsches Parlament in volksthümlicher Weise als einen über allen Staaten stehenden Centralpunkt Deutschlands. 20. Allgemeines deutsches Bürgerrecht. — Alles ist jetzt hier in Waffen: Bürger, Staatsdiener, Studenten, Proletarier. Fast täglich werden große Volksversammlungen gehalten. In einer solchen wurde gestern die Wahl einer Volkscommission zum Zwecke der Aufrechthaltung der Ordnung und der Ueberwachung der Volksinteressen beschlossen. Die Wahl (von 12 Gliedern) geschieht durch Zettel von sämmtlichen Einwohnern, und das Resultat wird morgen gezogen werden. Die Landleute in der Umgegend Marburgs betheiligen sich in vielfacher Weise an der Bewegung. Auch unser Jordan, mit dessen Gesundheit es besser steht, leistet erfolgreiche Dienste. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Marburg, 12. März. Jordan ist genesen — genesen von den Leiden, in die ihn die Verfolgungen schwerer Jahre gestürzt haben, thätig hier in Marburg

Digitized by Google

seit dem Beginne der neuen Bewegung für Freiheit, Recht und Ordnung, ungeschmälert im Besitze seines reichen Talentes und seiner vollen Lebenskraft. Hier ist auch die Gerechtigkeit Gottes, die es diesem Manne verleiht, sich vom Rand des Grabes aufzurichten, seine Dränger zu überleben, oder in ohnmächtiger Niederlage zu erblicken, und zum zweitenmale an der Gründung eines freien Staatslebens Antheil zu nehmen. (Fr. O.-P.-A.Z.)

Aus dem Fuldathale, 15. März. Die eigentlichen Proletarier, Wollkammfabrikarbeiter und andere Besitzlose sind gesonnen, einen Plünderungszug zu unternehmen. Ihr Aufstand hat bereits begonnen.

Fürstenthum Waldeck.

Am 9. März wurde der Fürstin-Regentin durch eine Deputation der Städte Arolsen und Rhoden eine Petition überreicht, worin folgende Bitten ausgesprochen wurden: 1) freie Presse; 2) Vertretung des Volks beim Bundestage; 3) allgemeine Volksbewaffnung; 4) Einberufung der Stände behufs Reform der Verfassung; 5) Verantwortlichkeit der Regierungs-Mitglieder für ihre Amtshandlungen; 6) Reform der Gerichtsverfassung mit Zugrundlegung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit mit Schwurgericht; 7) staatsbürgerliche Gleichstellung ohne Unterschied der Confession. Die Deputation wurde zwar freundlich empfangen und ebenso entlassen, aber der ihr schriftlich ertheilte Bescheid war in so allgemeinen Ausdrücken abgefaßt, und so ausweichend daß derselbe allgemeinen Mißmuth und Unzufriedenheit erregte, welcher sich dermaßen steigerte, daß man große Besorgniß hegen mußte. Doch es stellte sich die Sache günstig, und durch Decret vom 10. bewilligte die Fürstin die ersten vier Forderungen und versprach die drei übrigen mit den Ständen zu berathen. (Leipz. Z.)

Lippe'sche Fürstenthümer.

Am 13. März Morgens sammelten sich gegen 2 bis 3000 Männer vor dem Schlosse des geliebten Fürsten von Lippe-Schaumburg in Bückeburg. Eine Deputation hatte sich zum Fürsten begeben um Gewährung der Wünsche des Volkes: es sind die bekannten, in ganz Deutschland allgemein laut gewordenen und einige locale. Noch gegen 4 Uhr stand die Masse ruhig und erwartend. Da wird bekannt gemacht, daß Se. Durchlaucht alle vorgetragenen Wünsche — bis auf Einen, die Civilliste betreffend — gewährt, die Ausfertigung befohlen und die Urkunde sofort unterzeichnet habe.

Preußen.

Am Abend des 13. März erhielt der Oberbürgermeister v. Krausnik ein Schreiben des Gouverneurs von Berlin, Hrn. v. Pfuel, in welchem der Letztere ihm anzeigte: daß auf höchstem Befehl das Militär aufgeboten sey, die Ruhe in der Residenz herzustellen. Es bleibe dem Magistrate überlassen, welche Verfügungen er seinerseits an die Bürgerschaft von Berlin erlassen wolle.

Der „Nürnberger Correspondent“ sagt: bis zum 15. März früh seyen 72 Verwundete in die Charité gebracht worden, außerdem liegen noch viele Bürger in Privathäusern darnieder, hierunter auch zwei vornehme Polen, drei herzogl. sächsische Geschäftsträger, ein wurtembergischer Gesandtschaftssecretär u. s. w. — Der König, welcher in Potsdam war, ist am 15. d. nach Berlin gekommen.

Die „Allgemeine Preußische Zeitung“ schreibt aus Berlin, 16. März. Im Laufe des gestrigen Tages bildeten sich in der Bruder- und Breitenstraße zahlreiche Gruppen, die sich von Mittag ab auf dem Schloßplatze zu einer dichten Masse vereinigten. Gegen Abend begann die Menge, die an den Schloßportalen aufgestellten Wachtmannschaften mit ausgerissenen Pflastersteinen zu werfen. Die wiederholten Aufforderungen sich zurückzuziehen, wurden mit neuen Steinwürfen beantwortet, so daß es der inzwischen entbotenen Cavallerie bedurfte, um den Schloßplatz zu säubern. Die auseinanderstäubende Menge warf sich in wilder Hast die Breite Straße hinab und suchte sich dort wie in verschiedenen nahe gelegenen Straßen zu setzen, indem sie durch zusammengeschleppte Fässer, durch theilweises Abtragen und Aufziehen der Brücken die Truppen aufzuhalten suchte. Die mit Wegräumung dieser Hindernisse beschäftigten Soldaten wurden mit Steinwürfen empfangen, und erst der Gebrauch der Schuß- und Hiebwaffe vertrieb die Tumultuanten. Die Ruhe und Ordnung konnte nicht ohne Opfer hergestellt werden, es haben Verwundungen stattgefunden, leider auch, wie man sagt, einige Todesfälle, gemeldet war heute Vormittag nur ein Todesfall. Die Tumultuanten unterließen nichts, um das mit größter Ruhe und Selbstverleugnung einschreitende Militär zu necken, zu reizen und durch Werfen zu beschädigen. Die in einzelnen Gruppen zusammengetretenen Bürger-Commissarien boten mit großem Eifer alles auf, um die Neugierigen zu bewegen, sich zu entfernen. Unsere Schutzbürger begaben sich mitten in die Gefahr, um mit wahrer Hingebung dahin zu wirken, daß Unglück mit Erfolg vermieden werden möchte, sie achteten nicht des Hohnes, mit dem ihre Ermahnungen aufgenommen wurden und nur ihrer Ausdauer und ihrem wahren Bürgersinn war es zuzuschreiben, daß sie ihre Thätigkeit bis zu Ende der Sache fortsetzen konnten. Um 11 Uhr war in allen Straßen Ruhe und Ordnung vollständig wieder hergestellt.

In Lippstadt, Gütersloh, Ersecke (Westphalen) haben Arbeiterunruhen stattgefunden. — Nach den Elberfelder Fabrikbezirken ist ein Bataillon Infanterie gesandt worden.

Köln, 15. März. Daß der Prinz von Preußen hier angekommen beruht auf einem Mißverständniß; aus sicherer Quelle läuft die Nachricht ein, daß seine Herkunft verschoben ist. Uebermorgen früh wird eine aus zwölf Mitgliedern bestehende Deputation des Stadtraths nach Berlin abgehen, um dem König persönlich die Lage der Stadt und des Landes darzustellen. Sie werden Se. Maj. besonders auf die drohenden Folgen des allgemein erschütterten Zutrauens aufmerksam machen. Die Aufträge hören auf, der Absatz steht still, große Häuser brechen, die Arbeiter werden entlassen. Schon ziehen sie hier durch die Straßen und verlangen auf dem Rathhause Beschäftigung. Die rheinischen Abgeordneten haben sämmtliche Abgeordnete des Vereinigten preußischen Landtags von ihrer Vorstellung an den König in Kenntniß gesetzt und sie aufgefordert, ihrem Beispiel zu folgen. Hier laufen eine Menge Aufrufe ein gegen die Russen, gegen den deutschen Bund, für die Republik rc. Ein hiesiger Weinhändler hat die Nachricht erhalten, daß sein Besitzthum am Johannisberg verschont, das Eigenthum des Fürsten Metternich dagegen verwüstet sey. (A. Z.)

Coblenz, 13. März. Die Herzogin von Orleans befand sich am 10 noch zu Ems. An diesem Tage traf bei ihr ein Brief Ludwig Philipps aus Claremont ein. Hier in Coblenz selbst ist es lebhaft; es langen von allen Seiten die Kriegsreserven an und marschiren entweder nach Luxemburg und Saarlouis, oder sie fahren auf den Dampfbooten nach Mainz. Uebereinstimmenden Nachrichten zufolge bewegen sich im östlichen Theil der Monarchie starke Truppencorps der preußischen Armee größtentheils von Osten gegen Westen vor, indeß zugleich durch nach Posen gesendete Truppen dafür gesorgt wird, daß in dem allerdings bewegten preußisch Polen keine Unruhen ausbrechen. (Pr. Bl.)

Wie ein Reisender, der Königsberg am 14. März verlassen, versichert, war dort ein Aufstand ausgebrochen; man hatte die Passagiere der eben abfahrenden Post gezwungen auszusteigen, weil man Lauterbach unter ihnen vermuthete. Die Post war wegen der wogenden Menschenmassen genöthigt, einen Umweg zu nehmen. Das Polizeigebäude wurde demolirt. Das Militär ist eingeschritten.

Hannover.

Hannover, 16. März. Der hiesige Magistrat und die Bürgervorsteher haben eine zweite Adresse an den König beschlossen. In dieser haben sie alle gemeinsamen Wünsche Deutschlands niedergelegt und die besonderen Hannovers ausgesprochen. Diese wie fast alle Eingaben des Landes fordern die Bestimmungen zurück, welche mit dem Grundgesetze von 1833 für uns verloren gegangen sind. — Das Preßgesetz ist fertig. (D. A. Z.)

Die Göttinger Deputation ist unverrichteter Dinge zurückgekehrt. Darauf beschlossen sämmtliche Studenten, auszuziehen und in ihre Heimat zurückzukehren. Auch die Professoren wollen ihre Entlassung fordern.

Oesterreich.

Sehr treffend heißt es am Schluß eines Schreibens der „Allgemeinen Zeitung“ aus Wien 15. März: „Was doch die Berliner für lange Gesichter machen werden! Darauf freut sich hier alle Welt.“

Als am 15. d. Mts., wie die „Allgemeine Zeitung“ erzählt, bei einem großen Jubelumzuge des Volks in Wien der Kaiser auf dem Balcon auf dem Josephplatz erschien, überreichte ihm eine Bürgerdeputation folgende Dankadresse: „Hoch lebe unser constitutioneller Kaiser! Hoch, Hoch, Hoch! Zum Himmel dringe unser Jubel, und der Allmächtige, welcher die Schicksale der Völker lenket, vernehme unsere innigsten Gebete, daß er lange erhalte unseren gütigen Vater, daß er segne die Regierung, getragen von der Liebe eines treuen Volkes, welches Blut und Leben für seinen großherzigen Kaiser, für seine Freiheit geben und allen Stürmen der Zeit trotzen wird. Majestät! Wir Oesterreicher werden beweisen, daß wir der Freiheit würdig sind, werden es beweisen in dem festen Verbande mit allen unseren Brüdern, welches Stammes und welcher Sprache sie sind; wir werden es beweisen Angesichts von Europa, welches uns an uns einen Feld erkennen wird, zeigen gegen jeden Feind der Intelligenz und Selbstständigkeit. Ew. Majestät! wir getreuen Bürger beugen unser Knie vor unserem im neuen Glanze thronenden Kaiser Ferdinand!“

Wien, 16. März. Heute morgens um 1 Uhr begab sich die ungarische Deputation in glänzendem Nationalcostüm zu Fuß durch die belebtesten Straßen und unter den enthusiastischen Theilnahmsbezeugungen der Bevölkerung in die Hofburg, wo ihnen Se. Majestät in den allergnädigsten Ausdrücken die Gewährung aller Wünsche der Reichsstände zusagte, und den Grafen Ludwig Batthiányi (Chef der Opposition) mit der Bildung eines ungarischen Ministeriums beauftragte. (Der Kanzler Graf Apponyi ist schon vor zwei Tagen abgetreten.) Man glaubt, daß Graf Szechenyi, Baron Eötvös, Kossuth und Deák in die neue Verwaltung berufen werden. Zu hoffen ist es übrigens, daß die Mitglieder der ungarischen Reichsdeputation auch zu der bereits niedergesetzten Verfassungscommission für die ganze Monarchie beigezogen werden, damit eine wahre Vereinigung aller Völker des großen Kaiserstaats angebahnt werde. (A. Z.)

Wien, 17. März. Mein gestriger Bericht über die neu zu bildende Verwaltung für Ungarn ist noch damit zu ergänzen, daß Se. Maj. den Erzherzog-Palatin als außerordentlichen und bevollmächtigten Commissär für Ungarn ernannte, mit dem sich der neue Ministerpräsident Graf Ludwig Batthiány ins Einvernehmen zu setzen hat. Auch der Fürst Nicolaus Esterhazy, der so lange den Interessen seines Vaterlandes entfremdet geschienen, hat sich in der Stunde der Gefahr zu seinem Volke wiedergefunden und erklärte in Gegenwart des Monarchen, der neuen Verwaltung mit allen seinen Kräften beistehen zu wollen. Außer den gestern erwähnten muthmaßlichen Mitgliedern desselben wird heute noch Graf Ladislaus Teleki genannt. In Pesth, Raab und in anderen ungarischen Städten herrscht ungeheure Aufregung; in Tyrnau sind bedauerliche Excesse gegen Juden vorgefallen. Der Bericht der Deputation, welche heute nach Preßburg zurückgekehrt, wird hoffentlich die aufgeregte Spannung des ganzen Landes in freudigen Jubel verwandeln. (A. Z.)

Wien, 17. März. Fürst Metternich hat sich dem Vernehmen nach auf seine Herrschaft Königswart in Böhmen begeben. Baron Josika, Kanzler von Siebenbürgen, begleitete den greisen Minister bis vor die Stadt, wo ihn eine militärische Escorte erwartete. Gestern reichte auch Baron Josika als siebenbürgischer Hofcanzler seine Entlassung ein. Das neugebildete ungarische Ministerium, welches in Ofen seinen Sitz haben wird, will Siebenbürgen mit Ungarn vereinigen, und man sieht demnach einer alsbaldigen Einberufung der siebenbürgischen Stände, welche sich wiederholt für die Union mit Ungarn ausgesprochen, entgegen. Die hiesige ungarische und siebenbürgische Hofkanzlei wird in der Folge auf ein einzelnes untergeordnetes Bureau reducirt werden. Der Polizeiminister Graf Sedlnytzky, der trotz der kostspieligen Augen und Ohren seiner zahlreichen Späher die Bewegung der Geister, die sich in der so ängstlich bewachten Stadt erhob, nicht ahnte, hat auch seine Dimission gegeben. Man spricht so eben von einer heute hier angelangten Kriegserklärung Sardiniens an Oesterreich. (A. Z.)

Wien, 17. März. Der zum Chef des Hofkriegsraths ernannte Staats- und Conferenzminister, Graf Ficquelmont, ist aus Mailand hier eingetroffen. Intermistisch versieht die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten der Staatsrath der Staatscanzlei Frhr. v. Lebzeltern. Als künftigen Minister des Aeußern bezeichnet man den Grafen Colloredo-Wallsee, frühern Botschafter in St. Petersburg, der sich gegenwärtig in einer Mission zu Frankfurt a. M. befindet. (A. Z.)

Prag, 17. März. Durch Grafen Stadion wurde die telegraphische Nachricht aus Wien verbreitet, daß die Censur aufgehoben und die Einberufung der Stände der deutschen und slawischen Reiche und der Centralcongregationen des lombardisch-venetianischen Königreichs beschlossen sey. Man nahm diese Nachrichten mit Freuden auf, aber das Zauberwort war noch nicht gesprochen. Unterdessen drängte sich alles zur Unterschrift der Bürgerpetition. Später erschien im Theater Graf Stadion und rief aus seiner Loge zum Publicum: „Telegraphische Depesche: Die Constitution für alle Provinzen wird proclamirt. Wien ist in Jubel." Sogleich bildete sich ein imposanter Fackelzug, der von einer ungeheueren Volksmenge begleitet bis ein Uhr Nachts dauerte. Es kamen bis zu Thränen rührende Scenen hiebei vor. Manche Stadttheile beleuchteten, als der Zug durch sie kam. Heute früh war die Verkündigung der Constitution gedruckt an allen Ecken und in den Zeitungen zu lesen, ebenso daß Metternich abgedankt habe. Der Jubel ist unermeßlich. Von jedem Antlitz strahlt die reinste Seelenfreude. Ueberall sieht man weißrothe Cocarden, an den Armen der Ausschüsse der studirenden Jugend, deren Entzücken unnennbar ist, überdieß weiße Kreuze. Gestern hat das gesammte Gubernium, heute die ganze studirende Jugend die Bürgerpetition unterschrieben. — Karl Egon Ebert fordert alle Schriftsteller und Buchhändler zu einer Versammlung auf, die darüber berathschlagen soll, wie man mit Nachdruck den etwaigen Mißbräuchen der Presse begegnen könne, damit wir uns der neuen Freiheit würdig zeigen. (A. Z.)

Belgien.

Brüssel, 14. März. Die „Independance belge" widerspricht auf's Bestimmteste dem Gerüchte von einem Schutz- und Trutzbündnisse zwischen Belgien und Holland.

Frankreich.

Paris, 17. März.

Um die Uebel zu heben, welche seit 4 Jahren den Ackerbau, die Industrie und Handel lähmen, hat die provisorische Regierung verfügt: 1) daß dem Finanzminister 60 Millionen Franks zur Verfügung zu stellen, 2) daß diese 60 Millionen Franks unter die verschiedenen Comptoirs werden zu vertheilen seyn, die nach dem Zweck und den Bestimmungen des Decrets vom 8. März dieß Jahres, nach und nach zu Paris und in den Departements, in allen großen Centren des Ackerbaues der Industrie und des Handels werden gebildet werden.

Die Nationalgarde hat bereits die ersten reactionären Schritte gethan, sie hat einen großen Klubb von mehreren Tausend Mitgliedern gestiftet, der als Centralpunct für die gemäßigte Partei gelten soll, sie hat ein Blatt gegründet: L'Ordre (die Ordnung), als officiellen Moniteur der Moderados, sie hat sogar beschlossen, sich compagnienweise nach den Straßen zu organisiren, um im Falle einer Journée ihre Wohnungen und Läden zu schützen.

Das Rundschreiben des Hrn. Ledru-Rollin an die Regierungscommissäre in den Departements und die Auflösung der Grenadier- und Voltigeurcompagnien der Nationalgarde, um sie mit der großen Masse zu verschmelzen — hat unter der höhern Bürgerclasse böses Blut gemacht. Von Seiten der Nationalgarde sind Bittschriften von Tausenden zu Abwendung einer Maßregel eingereicht worden, die aus dem Princip der Gleichheit hervorgegangen, alle Cameradschaften dieser Bürgerwehr seit achtzehn Jahren vernichten wurde. Mit welchem Erfolg ist nicht bekannt, da jene Verfugung ein Decret der gesammten Regierung war, und es ist auch nicht wahrscheinlich, daß sie es ganz zurücknehmen wird, da sie wegen dieser Veränderung in der Organisation der Nationalgarde so eben ein neues Decret erlassen hat, welches die allgemeinen Officierswahlen auf den 25. März hinausschiebt. Dagegen hat jenes ministerielle Rundschreiben bereits sehr begütigende Erläuterungen gefunden, theils von dem Urheber selbst, der in Verbindung mit dem Justizminister erklärt hat, daß die Commission keineswegs Vollmacht erhalten habe die Magistrate abzusetzen, theils im Namen der Regierung von Hrn. v. Lamartine in dessen Erklärung gegen die Deputation des republicanischen Clubs für die Freiheit der Wahlen.

Inmitten der Clubs, wo die Wörter Guillotine, Kopfabschlagen, Aristocraten, Canaille, Ränkeschmiede, Verschwörer wiederzuhallen beginnen wie 1793, sind auch andere erstanden, welche nun die Vereinigungspuncte für Männer werden, denen es um Rettung der bedrohten Grundvesten der Gesellschaft zu thun ist. Diese Männer waren vor dem 24. Febr. scharf von einander geschieden; jetzt schaaren sie sich um das gemeinsame Panner. Ehemalige Pairs und Deputirte, Conservative und Legitimisten, Männer der Linken wie des linken Centrums, Generale und Fabricanten, strenggläubige Katholiken und besorgte Handelsleute reichen einander da die Hand; alle oder doch die meisten sind aus Grundsatz Gegner der Clubs, aber sie begreifen, daß man die Gegner nur mit dergleichen Waffen wirksam bekämpfen könne, darum haben auch sie zuerst einen Centralclub gebildet, der sich den Namen „republicanischer Club für die Freiheit der Wahlen" gegeben hat, und von diesem werden nun in allen zwölf Bezirken von Paris Unterclubs gebildet. Der Centralclub hält seine Sitzungen im Concertsaal des bekannten Instrumentenmachers Sax.

Die jüngste Nachricht, daß Lyon in den Händen der arbeitenden Classen hat sich glücklicherweise nicht bestätigt.

Großbritannien.

In der Unterhaussitzung am 14. März ward ein Antrag des Hrn. Ewart eine Bill zur Abschaffung der Todesstrafe einzubringen, mit 122 gegen 66 Stimmen verworfen.

In einem Meeting der „Westminster Reform Society," das am 13. Abends statfand, ward eine Adresse an die Königin beschlossen. Ihre Majestät möge ihre jetzigen Minister entlassen, und Hrn. Richard Cobden mit der Bildung einer neuen Verwaltung betrauen. Die Hauptbeschwerde war die Einkommensteuer.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 8. März. Gestern, am letzten Tage des Carnevals, war Ball im Winterpalast, dem auch der Kaiser beiwohnte. Es wurde eben eine Masurka getanzt, als ein Adjutant dem Kaiser ein Papier überreichte. Es enthielt die Nachricht von der Pariser Revolution, die eben durch den Telegraphen angekommen war. Die Züge des Kaisers verändern sich, indem er liest; dann faßt er sich, und tritt mitten unter die Tanzenden. Alles hält inne, die Musik verstummt, der Kaiser tritt vor: „In Paris ist die Republik ausgerufen; viel Blut ist geflossen, Tuilerien und Palais royal verbrannt; der König und die königl. Familie sind auf der Flucht. Meine Herren," fügt der Kaiser hinzu, und wendet sich gegen die Officiere, „machen Sie sich fertig, aufs Pferd zu steigen."

Vereinigte Staaten von Nordamerica und Mexico.

Der Friedensvertrag, der zwischen Hrn. Trist und dem mexicanischen Congreß abgeschlossen wurde, ist zur Genehmigung nach Washington gelangt. Soviel verlautet, soll der Rio Grande die Grenze bilden und ein Theil von Kalifornien und Neu-Mexico bis zum 32. Grad an die vereinigten Staaten abgetreten werden, wogegen diese die americanischen Forderungen und 15 Millionen Dollars bezahlen sollen. Man hofft, der Senat werde den Vertrag genehmigen. – John Quincy Adams ist in seinem 81. Lebensjahre im Senat von einem Schlagfluß gerührt worden und nach zwei Tagen gestorben.

Börse.

Frankfurt, 17. März. Metall. 5pCt. 69; 4pCt. —; 3pCt. —; Bankactien ——; Taunus-Eisenbahn-Actien —; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 39; bayer. Ludwigs-Bexbacher-Eisenbahn 82; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Wien, 17. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 87; zu 4pCt. in CM. 74; zu 3pCt. in CM. —; Bankactien per Stück 1240; Nordbahn 89.

Amsterdam, 16. März. 2½pCt. 43½; 3pCt. 50¼; 4pCt. 64; Synd. 3½pCt. 80; Handels-Maatschappy 133½; Ard. 8¼; port. 3pCt. 15¾; 5pCt. Metall. —.

Paris, 16. März. 3pCt. 50 Fr. — C; 5pCt. 73 Fr. — C.

London, 15. März. Consols 81.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 21. März: „Die junge Pathe," Lustspiel von Bald. Hierauf: „Der Noaga," oberbayerische ländliche Scene von Kobell.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. Frhr. v. Künsberg von Guttenthan; Fischer und Schnyder, Studenten aus der Schweiz; Erlaucht Graf Fugger Kirchberg v. Weißenhorn.

Hôtel Maulick. HH. v. Diemer, Gutsbesitzer v. Weimar; Beck, Privatier v. Innsbruck; Mm. Frey v. Augsburg.

Gold. Hahn. HH. Mettler, Negotiant aus der Schweiz; Glas, Gastwirth v. Freysing.

Blaue Traube. HH. Dr. Feust, Redacteur v. Nürnberg; Kolb, Bürgermeister v. Straubing; Schubknecht, Oberst und Commandant v. Ulm.

Gestorbene in München

Georg Fuchs, b. Tändler v. h., 50 J. alt; Lor. Stillkraut, polytechnischer Schüler v. Bayreuth, 18 J. alt; Josepha Escherlohr, bal. Sattlersfrau v. h., 57 J. alt; Elisabetha Hennich, Handelsmannswittwe v. h., 73 J. alt; Barb. Lämmermaier, b. Bierwirthsfrau v. h., 64 J. alt; Franziska Fleischmann, Buchdruckereibesitzerswittwe v. h., 69 J. alt.

Lieferungs-Akkord.

2315. (2b) Am Freitag den 24. d. Mts. Vormittags 8 Uhr wird von der Oeconomie-Commission des I. Artillerie-Regiments Prinz Luitpold in der Lehelcaserne der Bedarf für das Etatsjahr 18⁴⁸/₄₉ an grauen, dunkelblauen, ponceaurothen, feinen und ordinären schwarzen Tüchern, an Pember, gebleichter und ungebleichter Futterleinwand, Material zu Halsbinden und Bundschuhen, dann Vorschuhen, so wie an schwarzen Kalbfellen und Pferde-Kartätschen zur Lieferung in Akkord gegeben.

Die näheren Bedingnisse hierüber werden vor der Versteigerung den anwesenden Lieferungs-Uebernehmern bekannt gemacht.

München den 8. März 1848.

Noppus, Oberstlieutenant

Ankündigung.

Der Ausschuß der mechanischen Baumwoll-Spinnerei und Weberei in Augsburg

beehrt sich hiemit bekannt zu machen, daß in Folge des in der Generalversammlung am 14. d. gefaßten Beschlusses der am 1. Juli d. J. fällige Actien-Coupon mit

fl. 55 per Stück

eingelöst wird.

Augsburg den 15. März 1848.

Der Vorstand:

2327. Friedrich Schmid. (3b)

Stuttgart. Pferdemarkt.

2334. (2b) Der Stuttgarter Pferdemarkt, welcher zwei Tage währt, beginnt in diesem Jahre Montag den 10 April. Auf demselben werden nicht nur voraussichtlich von Seite angesehener Handelsleute wieder viele Luxuspferde, sondern auch, dem Vernehmen nach, wieder wie früher aus den königlichen Gestüten und Ställen eine größere Anzahl Pferde zum Verkauf kommen, welcher Umstand geeignet ist, unserem Marktverkehr ein besonderes Interesse zu verschaffen.

Den 12. März 1848.

Stadtrath.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Digitized by Google

Nr. 73.

Man pränumerirt auf die Z. p. 3 in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kreuzgasse Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Mittwoch | XLIX. Jahrgang. | 22. März 1848.

Regierungs - Antritts - Patent.

Seiner Majestät des Königs Maximilian II. von Bayern.

Wir Maximilian II.

von Gottes Gnaden, König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben rc. rc.

Entbieten Männiglich Unseren Gruß und Königliche Gnade zuvor!

Nachdem Unseres vielgeliebten und theuersten Herrn Vaters Königliche Majestät Sich unterm 20. d. Mts. aus frey-eigenem Entschlusse Allerhöchst bewogen gefunden haben, zu Unseren Gunsten den Verzicht auf die Krone Bayern zu erklären, und durch diese Verzichtleistung das Königreich Bayern in der Gesammt-Vereinigung aller seiner älteren und neueren Gebietstheile nach den Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde auf den Grund der Staats- und Haus-Verträge an Uns, als nächsten Stammfolger übergegangen ist, und Wir davon vollen Besitz ergriffen und die Regierung des Königreiches angetreten haben;

Als wollen Wir Uns zu sämmtlichen Ständen, Bürgern und Unterthanen in den Städten und auf dem Lande, auch allen Bediensteten und überhaupt allen Unseren Erblanden Angehörigen, welchen Standes, Würde und Wesens sie immer seyn mögen, gnädigst versehen, daß sie Uns von nun an für ihren rechtmäßigen und einzigen Landesherren so willig als pflichtmäßig erkennen, Uns unverbrüchliche Treue und unweigerlichen Gehorsam leisten, sofort in Allen Stücken sich, wie es pflichtbewußten Unterthanen gegen ihre von Gott verordnete Landesherrschaft und Obrigkeit gebührt, gegen Uns bezeigen werden.

Wir geben denselben dagegen zu erkennen, daß Wir den im Tit. X. §. 1 der Verfassungs-Urkunde enthaltenen Eid bereits in der dort vorgeschriebenen Form abgelegt haben.

Damit der Gang der Regierungs- und Justiz-Geschäfte nicht unterbrochen werde, oder zum Schaden des gemeinen Wesens einiger Aufenthalt entstehe, so ist Unser Befehl, daß sämmtliche Stellen und Behörden im Königreiche ihre Verrichtungen bis auf Unsere nähere Bestimmung gebührend und nach ihren aufhabenden Amtspflichten fortsetzen, die amtlichen Ausfertigungen von nun an unter Unserem Namen und Titel, wo solches vorgeschrieben ist, erlassen, bei der Siegelung aber sich der bisherigen Siegel solange, bis ihnen die neu zu verfertigenden werden zugestellt werden, bedienen sollen.

Wir wollen alle Bedienstete an den von ihnen geleisteten Verfassungs- und Dienst-Eid besonders erinnert haben, und versehen Uns gnädigst, Unsere gesammten Stände, Unterthanen und Diener werden dieser ersten, von Uns, als ihrem angeborenen rechtmäßigen Landesherrn an sie gerichteten Aufforderung sich treugehorsamst fügen, wogegen Wir ihnen mit Königlicher Huld und Gnade wohl beigethan verbleiben. —

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München den ein und zwanzigsten März Eintausend achthundert acht und vierzig.

(L.S.) **Maximilian.**

Frhr. v. Thon-Dittmer, Staatsrath.

Auf Königlich Allerhöchsten Befehl:
der General-Secretär,
F. v. Kobell.

Königliche Worte an die Bayern!

Bayern!

Mein vielgeliebter Vater und König hat geruht, Mir die Krone zu übertragen. — Tief ergriffen fühle Ich das ganze Gewicht der Verpflichtungen, das er Mir auferlegt.

In einer Zeit besteige Ich den Thron, die mit ihren großen Anforderungen das In- und Ausland mächtig bewegt. Auf Gottes allmächtigen Schutz vertraue Ich und auf Meinen redlichen Willen, dieser Zeit Gebot zu verstehen und zu vollbringen. Wahrheit will Ich in Allem. Recht und gesetzmäßige Freiheit im Gebiet der Kirche wie des Staates.

Auf der Bayern Treue hoffe Ich, auf die seit Jahrhunderten bewährte Liebe zu ihrem Fürsten.

Bayern, steht Mir bei in Meinem festen Vorhaben, Euch auf die Stufe zu erheben, zu der Ihr als ein freies Volk berufen seyd, ein Achtung gebietender Staat im einigen deutschen Vaterlande!

München den 20. März 1848.

Maximilian.

IV.

Volksvertretung am Bundestage.

⁑ Von der Donau, im Monat März. Jede Bundesregierung ist schwach, die blos im Verhältnisse eines Verbandes der Bundesregierungen ihre Grundlage findet, ohne daß unmittelbare Einwirkung der Bürger der einzelnen Staaten auf die Bundesregierung und dieser auf jene gegeben ist. Das heißt, ein reines Föderalsystem bietet keine Garantie eines segensvollen Bestandes wenn es nicht, vom nationalen Elemente belebt zu einem lebendigen Ganzen, zu einer wahren Einheit und Vereinigung sich erhebt. Im Gegensatze macht die eifersüchtige Bewahrung der Souveränetät der einzelnen Staaten fast jeden Act der Bundesregierung von der Zustimmung der einzelnen Bundesglieder abhängig. Der engherzigste Egoismus der einzelnen Regierungen verweigert jedes, wenn auch nur scheinbare Opfer für Erlangung gemeinschaftlicher Vortheile. Familieninteressen der einzelnen Fürsten beuten die durch die Umstände ohnehin begünstigte Uneinigkeit und Eifersucht der einzelnen Staaten zum Vortheile derjenigen Staaten aus, deren Thron von Gliedern ihrer Familie eingenommen werden. Staaten, welche nur theilweise dem Bunde angehören, bemühen sich dessen Kräfte für ihre Sonderinteressen zu benützen. Der Hang zum Despotismus, in dieser oder jener Regierung vorherrschend, hindert jede freie Entwickelung auch in anderen Staaten des Bundes aus Furcht, außerdem zu ähnlichen Concessionen genöthigt zu werden. Diese und leicht noch mehr andere aufzuzählende Nachtheile des rein föderalen Systems tragen den Keim seiner Schwäche so offen zur Schau, daß man überzeugt seyn muß, der erste Anstoß werde eine solche Verbindung aufs tiefste erschüttern, ja leicht zerstören. Wie das ehemalige deutsche Reich fast aller nationalen Einigungsmomente entkleidet war, sank es in Schwäche, Schmach und Schande, Erniedrigung jeder Art war sein Loos; es war schon todt lange zuvor, ehe der deutsche Kaiser die verwelkte Krone niedergelegt. Nach Vertreibung der Fremdherrschaft durch den Geist und die Kraft des deutschen Volkes wollte dieses in seinem intelligenteren Theile ein großes einiges mächtiges Deutschland. Im Selbstvergessen hinderte sogar der angestammte Egoismus der Großmächte Europas nicht, einige warmblütige Versprechungen der Art zu geben. Allein nur zu bald verschwand dieser Zauber eines redlichen und dankbaren Gefühls, denn der französischen, englischen, russischen und anderer Cabinette, deren Name zur Schonung deutscher Ehre verschwiegen bleiben mag, Diplomatie schien der deutsche Riese, wenn er zum Gebrauche seiner Glieder gelangen würde, gefährlich; einzelne Staaten Deutschlands selbst gedachten von der Schwäche und Theilung des Vaterlandes zu gewinnen, während andere, diese Absicht ahnend durch möglichste Wahrung ihrer Unabhängigkeit sich gegen solche Gelüste zu schützen suchten; und so kam es, daß jene armselige Erscheinung das Licht der Welt erblickte, welche Deutschland in seiner Bundesverfassung besitzt: ein Bund souveräner Staaten unabhängig von allem nationalem Einflusse der verbündeten Völker fast ohne Wirkung auf die verbündeten Regierungen, kaum mehr als ein Schutz- und Trutzbündniß gegen auswärtige Staaten und Compromißvertrag zur Ausgleichung von Streitigkeiten der Bundesglieder unter sich durch Austräge. Das Organ des Bundes ist eine diplomatische Versammlung von Repräsentanten der einzelnen Regierungen der Bundesglieder; jeder Gesandte vertritt nur seine Regierung, nicht das gemeinsame, ja nicht einmal das eigene Vaterland. Fast in allen wichtigen Angelegenheiten bindet die Mehrzahl die Minderzahl der Stimmenden nicht. Kein Wunder, daß ein mehr als dreißigjähriger Bestand ohne alle ersprießlichen Ergebnisse blieb; kein Wunder daß das deutsche Volk in ihm eine Stütze seiner Blüthe, seiner Größe, seines Ruhmes nicht, wohl aber die Quelle seiner Kraftlosigkeit, seiner Schutzlosigkeit in der Welt, der überall zu erfahrenden Geringschätzung, der Nutzlosigkeit aller Bestrebungen im Welthandel und für die Wohlfahrt des Vaterlandes; kurz einer Erniedrigung und Ehrlosigkeit erkennen mußte, welche kein Volk, das nicht zur Sclaverei geboren ist, zu ertragen vermag. Die Masse erläuternder Beispiele aufzuzählen, würde zu weit führen, ist aber auch unnöthig, da sie ohnehin dem Bewußtseyn jeden deutschen Mannes nicht fremd ist. Es ist daher keine revolutionäre Tendenz, keine leere Neuerungssucht, wenn sich in diesen Tagen welterschütternder Ereignisse das deutsche Volk wie ein Mann erhebt und das Gebäude seiner politischen Existenz auf neue und haltbare Grundlage zu errichten strebt. Aechte und deutsche Fürsten werden das deutsche Volk hierin kräftig und aufrichtig unterstützen; nur diejenigen, die dieses Ehrentitels unwerth sind, werden die Unvereinbarlichkeit solchen Strebens mit ihren zuständigen Souveränetätsrechten dagegen geltend machen wollen; eine Souveränetät, die zu allen Zeiten nur durch die Indulgenz und den Schutz des gesammten Vaterlandes besteht und zu bestehen vermag, nicht um ihrer selbst willen, sondern nur um der allgemeinen Wohlfahrt willen zu bestehen hat; darum dem Wohle des Vaterlandes gegenüber in solcher Weise behauptet, von eben so viel Geistlosigkeit, als pflichtvergessendem Undanke Zeugniß gibt. Fragt man sich nun aber um die Mittel, welche dazu dienen, eine bessere Grundlage für die Verbindung der deutschen Staaten zu gewinnen, so wird der richtigste Anhaltspunct aus Grundursache der oben dargelegten Mangelhaftigkeit des bisherigen Zustandes gewonnen werden. Während das föderale Princip jetzt die Regel bildet, muß das einer nationalen Vereinigung aller zum Bunde gehörigen deutschen Völkerschaften an dessen Stelle gesetzt werden; während die Souveränetät der einzelnen Bundesstaaten dermalen an die Spitze der Bundesverfassung gestellt ist, muß solche unbedingt nur in die Centralregierung des gesammten Bundes gelegt, dagegen für die einzelnen Staaten auf jenes Maß beschränkt werden, welches durch die völlige Erringung des Bundeszweckes, welcher in der Macht, der Ehre, der Wohlfahrt der steten Fortentwickelung aller moralischen geistigen und materiellen Kräfte der Gesammtheit der verbündeten Volksstämme gegeben ist, bedingt wird. Der Souveränetät der einzelnen Staaten müssen alle jene Gegenstände entzogen werden, welche als gemeinsame Angelegenheiten der Gesammtheit erscheinen, und alle Möglichkeit, daß ein Glied des Bundes in dasjenige hindernd eingreife, was die Mehrheit hierin als nützlich erachtet, unbedingt abgeschnitten seyn. Nur nächste Folge dieses Grundsatzes ist es, daß keinem deutschen Staate frei steht, sich vom Bunde loszusagen, indem sämmtliche ein einiges unzertrennliches Ganze, „den deutschen Reichsbund“ bilden; daß Regenten von zum Bunde gehörigen Staaten, welche zugleich das Oberhaupt außerdeutscher Staaten sind, für ihre zum Bunde gehörigen Staaten völlig selbstständige Verfassung und Verwaltung einzurichten, und entweder dafür oder für ihre auswärtigen Staaten eine förmliche Regentschaft einzusetzen haben; und daß es nicht gestattet sey, ohne Einwilligung der höchsten Bundesgewalt, von den finanziellen und Heereskräften ihrer zum Bunde gehörigen Gebiete für ihre außerdeutschen Staaten etwas zu verwenden. Die höchste Bundesgewalt theilt sich übrigens in die gesetzgebende und vollziehende. Die letzte würde geübt von einem dem Bunde angehörigen obersten Regenten, „dem Reichsgroßkanzler“, umgeben von einem obersten Reichsrathe und den vollziehenden Reichsministern. Die gesetzgebende Gewalt aber hätte in einer Repräsentation, „dem Reichstage“, zu ruhen, welcher in einer einzigen Kammer bestehen sollte, um in seiner Wirksamkeit nicht durch getheilte Interessen behindert zu werden. Nach einer für die Concurrenz der Reichshilfe an Geld, Mannschaft u. s. f. ebenfalls Norm gebenden Matrikel würde jeder zum Bunde gehörige Staat für je 400,000 Einwohner 3 Repräsentanten zum Reichstage abordnen der Art, daß deren einen die Regierung des betreffenden Staates ernennt, die beiden übrigen aber die in eine Kammer vereinigten Stände dieses Staates aus ihrer Mitte wählen. Kleinere Staaten müßten sich zu gemeinschaftlicher Abordnung vereinigen. Sämmtliche Repräsentanten vertreten nicht ihre bezüglichen Länder oder Regierungen, sondern sind auf die Gewahrung der gemeinsamen Wohlfahrt der Gesammtheit des Bundes und der Aufrechthaltung der Bundesverfassung verpflichtet. Ihre durch zwei Drittheile der Stimmen gefaßten Beschlüsse gelten als Gesetze, welchen sich die Gesammtheit zu unterwerfen gehalten seyn müßte. Die vollziehende Gewalt oder vielmehr ihre Träger theilten mit den Gliedern des Reichstags die gleiche Verpflichtung, und wären für den genauen Vollzug der Bundesgesetze und Verfassung verantwortlich, in welcher Beziehung ein besonderes Gesetz das Nähere zu bestimmen hätte. Die Mitglieder des Reichsrathes wären von dem Reichstage; die Reichsminister dagegen, deren Anzahl die Hälfte der Anzahl der Reichsraths-Mitglieder, die von dem Reichstage ernannt werden, nicht übersteigen könnte, vom Reichsgroßkanzler zu erwählen. Dieser wäre für seine Person heilig und unverantwortlich; er könnte aber keinen Act außer der Entlassung und Ernennung der Reichsminister ohne Beistimmung und Mitunterschrift wenigstens des betreffenden Ministers thun, welcher dadurch die volle Verantwortlichkeit auf sich nähme. Es wäre als ein Recht des Reichsgroßkanzlers aufzunehmen, daß er in Uebereinstimmung mit dem Mehrheitsbeschlusse des Reichsrathes, indem auch die Reichsminister Sitz und Stimme haben, einem Beschluß des Reichstags ein Veto entgegen zu stellen. In diesem Falle wäre von selbst die Auflösung des Reichstags ausgesprochen, welcher indessen unverzüglich neu gewählt werden und zusammentreten, denselben Gegenstand neu berathen und zum Beschlusse bringen müßte. Würde nun der frühere Beschluß durch den neuen Reichstag bestätiget; so wäre gegen diesen Beschluß ein weiteres Veto nicht mehr für statthaft zu erachten. Der Reichsgroßkanzler hätte einer vorher bestimmten Ordnung gemäß alle 5 Jahre zu wechseln, so daß diese Würde ordnungsgemäß von jenen großjährigen selbstständig regierenden Fürsten des Bundes nach der Reihe begleitet würde, welchen der königliche Titel von zum Bunde gehörigen Staaten zukömmt. Als gemeinsame zur ausschließenden Zuständigkeit der Bundesregierung gehörige Angelegenheiten wären hervorzuheben: a) das Recht zu Krieg und Frieden; b) die das gesammte Heerwesen umfassende Gesetzgebung in Beziehung auf Dienst und Exercierreglement, und Art der Bewaffnung; c) die Anstellung der obersten Heerführer der Bundesarmee und derjenigen einzelnen Hauptarmeecorps, welche aus der Mannschaft verschiedener Bundesstaaten zusammengesetzt sind; d) die Gesetzgebung über Freiheit der Presse, Freiheit der Lehre und der Religionsübung; e) die Gesetzgebung über das Zoll- und Postwesen; Beseitigung von Binnenzöllen und Ungleichmäßigkeiten; f) die Gesetzgebung über Erhaltung und Benützung der natürlichen Wasserstraßen; Beseitigung aller Flußzölle u. dgl.; g) die Gesetzgebung über Eisenbahnen und Straßen und deren Benützung, soweit sie als Theile des über den Hauptverkehr aufzustellenden und angenommenen Systems erscheinen; h) die Gesetzgebung über Handels- und Wechselrecht und das deßfallsige Verfahren; i) die Gesetzgebung über Münzwesen, Maaß und Gewicht; k) die Gesetzgebung über Seeschifffahrt, Seehandel, Seehäfen, Handels- und Kriegsflotte, Matrosenwerbung und Seetruppen; l) Errichtung, Erhaltung, Besetzung und Ausrüstung der Festungen im Umfange des Bundesbedarfes; m) der diplomatische Verkehr einschlüssig der aufzustellenden Handelsconsulate, bezüglich außerdeutschen Staaten; n) die Ernennung der hiezu erforderlichen Beamten. Mit solcher Grundlage, wer möchte zweifeln an der einstigen Verwirklichung des Volksspruches: „Wer kann wider Gott und Deutschland!“

Deutschland.

Bayern.

Landtag.

München, 21. März. (Kammer der Abgeordneten.) VI. Ausschuß (Schuldentilgung). Gegenwärtig waren 119 Mitglieder; die absolute Stimmenmehrheit betrug sonach 60. Als Mitglieder derselben wurden gewählt: I. Scrutinium: Die Herren Abgeordneten: 1) Reim mit 93; 2) Schwager mit 85; 3) Bestelmeyer mit 73; 4) Graf v. Seidern mit 71; 5) Frhr. v. Traunhofen mit 70 Stimmen. II. Scrutinium 110 Stimmende. Majorität 56. 6) Sattler mit 77 Stimmen. III. Scrutinium. 97 Stimmende. Majorität 49. 7) Unterberger mit 73 Stimmen.

---

*†. München, 22. März. Schon gestern Morgens 8 Uhr hatte Se. Maj. König Maximilian II. die Constitution beschworen. — Bei der gestrigen Bürger-Beeidigung, welche durch Se. k. Hoh. Herzog Max in Bayern vorgenommen ward, ward von den Bürgern die ernste Frage gestellt, ob auch der neue König sich an die bereits erfolgten Concessionen gebunden erachtet werde? Daß dem so sey, versicherte Se. k. Hoheit mit seinem Fürstenwort. — Heute 8 Uhr Morgens war Gottesdienst in sämmtlichen Pfarrkirchen. Um 10 Uhr erfolgte die kirchliche Feier in der Hofkirche zu St. Mi-

chael, welcher Se. k. Majestät, der gesammte Hof in großem Cortège, sämmtliche Behörden und Collegien in Gallauniform und die Stände des Reichs beiwohnten. Lauter stürmischer Jubel aus der zahllos versammelten Volksmenge ertönte bei der Auffahrt und Rückkehr aus dem Gotteshause dem neuen Monarchen. Um 1 Uhr fahren Se. Majestät der König in einem achtspännigen Gallawagen, begleitet von den für den allerhöchsten Dienst nöthigen sechsspännigen Hofwagen und einer Abtheilung Cavallerie unter Kanonensalven von der Residenz ab und im feierlichen Zuge von der Kaisertreppe durch das Kaiserthor bei der Theatinerkirche vorbei, durch den Berchembogen, Salvator- und Prannersstraße zum Ständehaus. Hier werden Se. M. der König vom Präsidenten und Abordnungen beider Kammern feierlichst empfangen und eingeführt. Im ersten Zimmer erwarten Se. Majestät die früher eingetroffenen Prinzen des königl. Hauses. Alsdann erfolgt durch Se. Majestät dem König im Ständesaal vom Throne aus durch Anrede die feierliche Eröffnung des Landtags. — König Ludwig mit Allerhöchst Seiner Gemahlin wird dem Vernehmen nach noch bis Mitte April hier verweilen, alsdann aber sich nach Aschaffenburg begeben.

††München, 21. März. Se. Maj. der König haben Sich unterm 17. März l. Js. bewogen gefunden, die durch die Allerhöchste Verordnung vom 14. Septbr. 1847 gebildete Eisenbahnbau-Commission nunmehr zu besetzen, und ernennen demgemäß in provisorischer Eigenschaft: 1) zum Vorstande der Commission mit dem Range, Titl und Uniform eines k. Oberbaurathes den bisherigen functionirenden technischen Vorstand der Eisenbahnbaucommission zu Nürnberg, Friedr. Aug. Ritter v. Pauli. 2) Zum Oberingenieur und Stellvertreter des Vorstandes den functionirenden Oberingenieur der Eisenbahnbaucommission in Nürnberg, Bezirks-Ingenieur Herrmann Lehritter, mit dem Rang eines Kreis-Bauraths. 3) Zu Assessoren der Commission den bisherigen Rechnungscommissär bei der Regierung, K. d. F., von Niederbayern, Friedrich Max Engel; den k. Landgerichtsassessor und bisherigen functionirenden Administrativcommissär der Eisenbahnbau-Commission, Karl Hellmuth. 4) Zum Fiscalassessor der Commission, den Fiscaladjunct Herrmann Fischer in Eichstädt. 5) Zu Commissions-Ingenieuren die bisherigen functionirenden Oberingenieure der Commission, Karl Dyck, Bezirks-Ingenieur in Deggendorf, Karl Ruland, Kreisingenieur in Augsburg, Johann Georg Reischl, Bezirks-Ingenieur in Landshut. 6) Zu Commissions-Architecten die bisherigen functionirenden Architekten der Eisenbahn-Baucommission, Eduard Rüber, Civilbau-Inspector in Augsburg, Gottfried Neureuther, Bauconducteur in Kempten. 7) Zu Commissions-Buchhaltern und Revisoren den Rechnungsführer der Eisenbahnbausection Aschaffenburg, Friedrich Arnold; den functionirenden Officianten der Eisenbahnbaucommission in Nürnberg, Joh. Wilhelm Herrmann, und den functionirenden Buchhalter der Eisenbahnbaucommission in Nürnberg, Georg Andreas Utz; den Rechnungsführer der Eisenbahnbau-Section Donauwörth, Clemens Adolph Lindner, und den Officianten und Controleur der k. Hofjagdintendanz dahier, Christian Fahrnberger. 8) Zum Cassier der Eisenbahnbaucasse den functionirenden Cassier derselben, Ludwig Haag, kgl. Zollrechnungscommissär. 9) Als Controleur der Eisenbahnbaucasse den functionirenden Cassecontroleur bei der Eisenbahncommission in Nürnberg, Christian Heinrich John. 10) Zu Secretären der Commission den bisherigen Grunderwerbungs-Commissär, Rechtspraktikanten Joseph Breidenbach; den bisherigen functionirenden Secretär der Eisenbahncommission, Johann Nepomuk Gossinger; 11) als Registrator der Eisenbahnbau-Commission den bisherigen functionirenden Bureau-Secretär derselben, Hieronymus Hagler.

München, 20. März. In Betreff der deutschen Bundesreform hat sich gestern Hr. v. Berger in Begleitung des Attaché Grafen v. Dürkheim-Montmartin, nach Dresden begeben, und wird nach kurzem Aufenthalt dortselbst nach Berlin eilen, um namentlich am dortigen Hof diese höchst wichtige Angelegenheit schleunigst im Sinne der süddeutschen Staaten zu betreiben. An dem auf den 25. März anberaumten deutschen Fürstencongreß wird sich Bayern nicht betheiligen. (A. Z.)

Württemberg.

Stuttgart, 19. März. Den Vorschlägen unserer Regierung, welche die Ablösungsfrage betreffen hat gestern der standesherrliche und ritterschaftliche Adel seine Zustimmung in vorbereitender Zusammenkunft ertheilt. An der Zustimmung der zweiten Kammer ist nicht zu zweifeln. Zehnten und Gülten sollen im 16fachen andere Feudalabgaben (Handlohn rc.) im 12fachen Betrage abgelöst werden. Um das Gehässige der Stellung des Adels aufzuheben, soll zwischen Berechtigte und Verpflichtete der Staat durch Errichtung einer eigenen Casse ins Mittel treten. (U. Schnellp.)

K. Sachsen.

Den Vorsitz im Gesammtministerium hat der König dem Dr. Braun übertragen.

Sächsische Herzogthümer.

Gotha, 16. März. In Folge der an der bayerisch-koburgischen Grenze vorgefallenen Bauernexcesse ist das in Koburg garnisonirende Militär zum Schutz an die Grenze beordert und eine Bürgerbewaffnung zum Schirm der Stadt eingerichtet worden. (C. v. u. f. D.)

Gr. Hessen.

Die großherzogliche Regirrung hat einen Gesetzentwurf über die gänzliche Abschaffung der Körperstrafe beim Militär eingebracht.

Nassau.

Wiesbaden, 12. März. Der „Nassauischen Zeitung" zufolge hat der Herzog eine Verfügung erlassen, wonach den Deutschkatholiken gleiche Rechte mit den übrigen christlichen Confessionen in Nassau eingeräumt worden sind. Der hochwürdige Herr Bischof Peter Joseph v. Limburg hat aus Anlaß der neuesten Entschließungen des Herzogs von Nassau, welche auch die Beseitigung aller Beengungen der den Katholiken zustehenden Religionsfreiheit mit sich führen, in allen Kirchen des Herzogthums feierliche Dankgebete angeordnet.

Preußen.

Wie die „Bremer Zeitung" meldet, haben die Minister Thile, Savigny und Eichhorn dem Könige dringend gerathen nichts nachzugeben, denn das Volk werde statt des Fingers die Hand nehmen; Graf Stollberg und Hr. v. Bodelschwingh sollen für Concessionen gewesen seyn. Die öffentliche Meinung erblickt kein Heil, wenn nicht das ganze Ministerium und mit ihm das bisherige System fällt. Man läßt eine neue Ministerliste umlaufen, auf welcher sich die Namen: Graf Alvensleben, Graf Schwerin, Hr. v. Auerswald, Hr. Camphausen und Hr. v. Vincke befinden.

Berlin, 17. März. Der 4tägige Aufstand ist durch Waffengewalt unterdrückt, wenn gleich nicht beschwichtigt. Gegen 10,000 Mann Militär wurden gestern und heute durch die Eisenbahnen aus der Umgegend herbeigeschafft. Es haben sich 6000 Bürger zusammengefunden, um morgen gegen 2 Uhr zum Schlosse zu ziehen und sofortige Preßfreiheit, Bürgerbewaffnung, sofortige Einberufung des Landtags zu erbitten. Leicht dürften sich auch noch unsere übrigen 24,000 Bürger so wie ein großes Publicum anschließen, falls das Vorhaben noch in der Eile bekannt werden sollte. (C. v. u. f. D.)

Die „Allgemeine Zeitung" schreibt in einer zweiten außerordentlichen Beilage vom 21. d. Mts.: Seit gestern Frühe erhielten wir keine Briefe aus Berlin; die heute Nachmittag eingetroffene „Deutsche Allgemeine Zeitung" aus Leipzig bringt nun folgende Berichte: Berlin, 18. März, Mittags 3 Uhr. Am Ende der Börse kam die Nachricht, daß der König alles bewilligt habe, sowie daß auf dem Schloßplatz Unruhen vorgefallen und daß auf das Volk scharf eingehauen werde. Dasselbe ist fürchterlich erbittert, und sogleich kam das Militär, Cavallerie und Infanterie, zusammen. In diesem Moment ist der ganze Schloßplatz, Lustgarten und das ganze Schloß mit Truppen besetzt. Die Minister v. Thile, Eichhorn, v. Savigny sind abgetreten; v. Auerswald, Beckrath und Camphausen sind an deren Stelle Minister geworden. Eben um 3 Uhr geht es gräßlich zu; die Bürger schlagen sich gegen das Militär; in der Königs- und Jägerstraße sind Barricaden errichtet; die Bürger sind auf's Höchste erbittert. Die ganze Stadt ist mit Militär angefüllt. In der Jägerstraße hört man eben anhaltendes Pelotonfeuer. Die Bürger sind es, nicht der Pöbel, der sich mit dem Militär schlägt. Der Berliner Cursbericht vom 18. März enthält die Notiz, daß ein Extrablatt der „Allgemeinen Preußischen Zeitung" auf der Börse verlesen worden sey, welches die Aufhebung der Censur, sowie mehrere andere allerhöchste Entschließungen enthalten habe. Daß nun gleichwohl nach diesen Gewährungen und nach dem oben gemeldeten Ministerwechsel der Kampf fortgedauert, wird durch die uns durch Reisende zugekommene Nachricht erklärt, wonach in dem Augenblicke, wo diese Bekanntmachungen veröffentlicht wurden, ein Schuß gefallen. Das Volk habe darauf Verrath geschrieen, und es sey nun der Kampf auf's Neue ausgebrochen und soll derselbe, nach Berichten aus Magdeburg, um 9 Uhr Abends noch fortgewüthet haben. Mit dem Zuge, welcher nach 10 Uhr heute Vormittag hier eintraf, sind aus Berlin weder Zeitungen noch Briefe angekommen. — Noch lassen wir eine uns eben zugehende Nachricht folgen: Nachmittags 4 Uhr. Die Neuchateler Truppen sind zum Volk übergegangen. Es wird mörderisch fortgekämpft. Von den Dächern herab werden Steine geschleudert. Reisende, welche eben in Leipzig angekommen und am 18. März Abends 9 Uhr aus Berlin abgefahren sind, melden, daß der König nach einem mörderischen Kampfe zwischen Militär und Volk, der bis Abends 9 Uhr gedauert, sich in Alles gefügt habe, was das siegreiche Volk gefordert habe. Eine Caserne sey im Besitz des Volks, das Militär cernirt und das Volk verlange, es solle die Waffen strecken!

Breslau, 16. März. In der heute stattgehabten öffentlichen Stadtverordnetenversammlung wurde Folgendes einstimmig beschlossen. Da die Zusagen des Königs nur unbestimmt lauteten und keineswegs die nöthige Garantie gewährten, daß dem Volke Das gegeben werde, was die Zeit erheischt, so sey eine neue Adresse an den König zu richten, worin gebeten werde: 1) um Entlassung der jetzigen Minister, die in keiner Weise das Vertrauen des Volkes besäßen; 2) um eine sichere Zusage, daß kein Bündniß mit Rußland zu Stande komme. Es sollen, wie ein Mitglied wissen wollte, bereits russische Truppen gegen die preußische Grenze im Anmarsche seyn; 3) um die Erklärung, daß sich die Regierung der Richtung der süddeutschen Staaten anschließen werde. Es wurde ferner beschlossen, bereits morgen dahin zu wirken, daß die Bürger aus dem Zeughause Waffen erhalten und die Aufrechthaltung der Ordnung sofort übernehmen. Es soll damit jedem militärischen Einschreiten vorgebeugt werden, daß nur zum Blutvergießen führen kann. Morgen Abend soll eine große Volksversammlung auf dem großen Ring (Markt) stattfinden. Wenn das Militär einschreitet, so sind blutige Collisionen nicht zu vermeiden. (A. Z.)

Posen, 11. März. Die militärischen Rüstungen fangen hier bereits an, einen ernsthaften Charakter anzunehmen; scharfe Patronen sind ausgetheilt und ansehnliche Detaschements nach denjenigen kleinen Städten abgesandt, wo sich Landwehrzeughäuser befinden.

Schleswig-Holstein.

Kiel, 12. März. Kopenhagen wird armirt, und alle seefähigen Schiffe der Marine werden ausgerüstet! (Brem. Z.)

Die Festung Rendsburg wird auf den Kriegsfuß gesetzt.

Hannover.

Hannover, 17. März. Der König hat nachgegeben. Die Preßfreiheit besteht für uns seit zwei Stunden. (D. A. Z.)

Oesterreich.

Der königl. ungarische Hofkanzler, Graf Georg v. Appony, hat seine Stelle in die Hände Sr. Majestät niedergelegt. — Grenzboten und alle Flugschriften liegen nun offen auf.

Wien, 17. März. Der Andrang der Ungarn dauert aus allen Grenzgegenden fort, und eine große allgemeine Verbrüderung findet zwischen allen Nationalitäten statt. Schon ist von Lemberg bis hieher keine Zoll-Linie mehr. Alle Provinzen jubeln. — Fürst Metternich hält sich in Eisgrub, einem Schloß des Fürsten Lichtenstein, auf. Die Kaiserstadt glänzt alle Nacht in einem Feuermeer der prachtvollsten Beleuchtung. Das provisorische Comité des Bürgerstandes hält seine Sitzungen mit den Landständen offen. Erzherzog Ludwig arbeitet noch an der Seite des Kaisers und Erzherzog Franz Karl, dessen Gemahlin Sophie als erste Vertreterin des Reformsystems gegen Metternich, vergöttert ist, hat allen Einfluß gewonnen. Als Sterne erster Größe bei dieser Umwandlung der Politik glänzen der Staatsminister Graf Kollowrath, Kanzler Pillersdorf und der Präsident der Stände Graf Montecuculi. — Alle Geschäfte haben heute wieder begonnen. (Augsb. Abdz.)

Wien, 17. März Morgens 11 Uhr. Die Bataillone von Bewaffneten, Nationalgarden, Studenten, ein-

Digitized by Google

getheilt in vier große Legionen, theils Handwerker, Lehrburschen und Volk aller Art, mehren sich von Stunde zu Stunde. Der Bürger Bergmüller ist an des abgesetzten Czapka's Stelle Bürgermeister geworden. Wo Czapka geblieben, weiß man ebensowenig als den Aufenthalt des noch verhaßteren Sedlnitzky. Ueber Fürst Metternich kann ich Ihnen aus guter Quelle folgendes mittheilen. In der Nacht vom 13. auf den 14. flüchtete er aus seinem Palast über die damals ganz vom Militär besetzte Bastei in den benachbarten Palast des Fürsten Liechtenstein, wo er bis in der Frühe blieb, und dann mit seiner Frau, verkleidet, jedoch unter starker Husarenbedeckung durch das Kärnthner Thor abreiste; er kam am 14. Abends in dem fürstlich Liechtenstein'schen Schlosse Feldkirch an der Leitha an; ob er noch dort, ist mir zur Zeit noch nicht bekannt; daß aber auch dort sein Leben nicht sicher, scheint gewiß. Abends 8 Uhr. Ein ungeheuerer Zug von Bewaffneten in mehr als 200 großen Abtheilungen, den Männergesangverein mit Fackeln an der Spitze, durchzieht von der Universität aus die Stadt. Am S. Stephan wird unter unter ungeheuerem Bravo und Hurrahrufe gesungen: „Was ist des Deutschen Vaterland.“ Tausenfache Hoch erschallen für Deutschland, Deutschlands Einheit und den ersten deutschen constitutionellen Kaiser. Heute Morgen um 8 Uhr war in der Universitätskirche großes Tedeum, zur Feier und zum Dank der errungenen Freiheit und der wiederhergestellten Ruhe. Um 11 Uhr schon versammelten sich schon die sämmtlichen Corps der Bewaffneten zum Leichenbegängniß der Gefallenen. Soviel ich bis jetzt mit Bestimmtheit (da ich sie todt gesehen) angeben kann, sind es 46 bis 48; indessen dürften es wohl 10 bis 15 mehr seyn. Der Verwundeten sind etwa 300 bis 500. (A. Z.)

Wien, 18. März. Se. Majestät der Kaiser hat Vollziehung und Durchführung der in dem allerhöchsten Patent vom 15. d. angeordnete Reichsverfassung u. s. w. einen verantwortlichen Ministerrath errichtet. Graf Fiquelmont (der seine Stelle niedergelegt) soll mit der Bildung desselben beauftragt seyn. Außerdem werden als Mitglieder genannt: Graf Colloredo für das Aeußere, Baron Kübeck für die Finanzen, Baron Pillersdorf für das Innere, Graf Fiquelmont mit dem Präsidium auch das Portefeuille des Kriegs, Graf — *), nach andern aber Staatsrath Somruga für die Justiz, Baron Josika soll Präsident des ungarisch-siebenbürgischen Bureau werden. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 14. März. 9½ Uhr. Ein Jubel der Freude ertönt in den Straßen, in allen Kaffee- und Gasthäusern. Die Menschen umarmen sich, drücken sich die Hände. Mit dem soeben angelangten Dampfboote aus Wien verbreitet sich die Kunde eines blutigen Aufstandes in Wien, der aber schnell die besten Früchte getragen. Gemeindevertretung, Preßfreiheit, Bürgergarde, vom Kaiser gewährte Constitution für Oesterreich (A. Z.)

Schweiz.

Nicht nur die abgesetzte neuenburgische Regierung, sondern auch der preußische Gesandte, Hr. v. Sydow hat den Vorort aufgefordert, die Revolution in Neuenburg mit bewaffneter Hand zu unterdrücken. Der Vorort lehnte diesen Antrag aber ab, indem Neuenburg nach den Verträgen sich selbst zu constituiren das Recht hat.

Italien.

Rom, 13. März. Das Unglaubliche ist geschehen. Der Jesuitenorden verläßt Rom. (C. v. u. f. D.)

Turin, 16. März. Das neue Ministerium hat sich diesen Morgen gebildet; es ist folgendermassen zusammengesetzt; Graf C. Balbo, Präsident des Ministerraths; Marchese V. Ricci, Minister des Innern; Marchese L. Pareto, Minister des Auswärtigen; Graf O. Thaon di Revel, Minister der Finanzen; Cav. L. Des Ambrois, Minister der öffentlichen Arbeiten; Graf F. Sclopis, Justizminister; General Graf A. Franzini, Kriegs- und Marineminister; Cav. C. Bon-Compagnie, Minister des öffentlichen Unterrichts. (Gaz. Piem.)

Monaco, 9. März. Fürst Florestan ist nicht vertrieben. Derselbe hat sich entschlossen, statt der seinen Unterthanen (8000 Ew.) nicht genügenden Verfassung vom 12. Febr. die sardinische anzunehmen.

Frankreich.

Paris, 18. März.

Durch Beschluß der provisorischen Regierung ist der Fortbestand der gegenwärtigen Verfassung der Bank von Bordeaux bis zum 31. Dec. 1849 weiter ausgedehnt worden.

Ein Decret der provisorischen Regierung schafft alle diplomatischen Titel, mit Ausnahme der eines außerordentlichen Gesandten und Geschäftsträger ab.

Gestern fand eine große Volksdemonstration zu Gunsten der provisorischen Regierung, namentlich Ledru Rollins, statt. Schon seit zehn Uhr Vormittags versammelten sich zahlreiche Arbeiter sämmtlicher Gewerke auf dem Revolutions- (Eintrachts-) Platze, um sich in Masse vor das Stadthaus zu begeben und der provisorischen Regierung die lebhaftesten Dankgefühle für die Standhaftigkeit auszudrücken, mit der sie auf Verschmelzung der alten Nationalgarde mit den neuen Volkstruppen bestehe. Um 1½ Uhr setzte sich eine wohlgeordnete, mit Fahnen und Standarten versehene Masse von mindestens 60,000 Mann den Quais des rechten Seine-Ufers entlang nach dem Stadthaus. Nach 2 Uhr erschienen die Glieder der provisorischen Regierung auf den Stufen vor dem Mitteleingange des Stadthauses. Ledru Rollin, der Urheber der Gährung unter der Nationalgarde durch seine beiden Rundschreiben, wurde mit stürmischen Lebehoch empfangen. Ebenso Louis Blanc und die anderen Glieder. Jedes Gewerk defilirte vor dem Stadthause vorüber und hielt durch Deputirte eine Anrede.

Die Demonstration der Nationalgarde ist kläglich ins Wasser gefallen. Das Volk ließ sie nicht bis ans Stadthaus. Die Regierung weicht um keinen Zoll zurück und vom Rücktritt Ledru Rollins schweigt Alles. Auch die Legitimisten, die den Kopf ein wenig höher hoben sind plötzlich wieder mäuschenstill geworden.

Die provisorische Regierung hat wieder einige wichtige Finanzdecrete erlassen. Das erste erhöht die directe, meist auf dem Grundbesitz ruhende Steuer um 45 Centimes per Frank, theils um dem augenblicklichen Geldbedürfnisse abzuhelfen, theils um zur besseren Organisation der militärischen Streitkräfte zu dienen, und fordert diese Steuer alsbald ein. Ein zweites Decret fordert die Inhaber der sogenannten Bontroyaux auf, sie gegen die Coupons des neuen Nationalanlehen, das 5 pCt. Zinsen Briefe, einzulösen, oder zu gewärtigen: daß die Einlösung dieser Bons gegen baares Geld erst sechs Monate nach ihrem Verfalltage erfolgen wird. Nur diejenigen Bons, die nach dem 24. Febr. d. Js. nach Proclamirung der Republik ausgegeben wurde, werden von der Staatscasse sofort eingewechselt. Ein drittes Decret stellt die 60 Millionen Franken, welche aus der Erhöhung der Grundsteuern um 45 pCt. der Staatscasse erwachsen, zur Verfügung des Finanzministers, der sie den National-Wechsel-Comptoirs in Paris und den Departements nach Verhältniß der Geschäftszahl als Betriebsfonds zu überweisen.

Der bayerische Geschäftsträger in Paris, Hr. von Wendland, hat Hrn. von Lamartine angezeigt, daß er von seinem Cabinet den Befehl erhalten habe, mit der provisorischen Regierung die freundlichsten Beziehungen auch ferner zu unterhalten.

E. Arago, der Regierungscommissär in Dijon, hat alle nicht vom Staat genehmigten Klöster und Congregationen daselbst, besonders auch die der Jesuiten, aufgelöst.

Rußland und Polen.

Der Kaiser hat in einem vom 24. Febr. (7. März) unterzeichneten Schreiben an den Kriegsminister befohlen, unverzüglich die Reserve zu bilden, und zwar so, daß sie bis zum 1. April vollständig versammelt seyen.

*) Der Name ist sehr unleserlich geschrieben, es scheint aber Graf Taaffe, der bisherige Präsident der obersten Justizstelle gemeint zu seyn.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Börse.

Frankfurt, 17. März. Metall. 5pCt. 69; 4pCt. —; 3pCt. —; Bankactien ——; Taunus-Eisenbahn-Actien —; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 39; bayer. Ludwigs-Bexbacher-Eisenbahn 82; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Wien, 18. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 86; zu 4pCt. in CM. 72; zu 3pCt. in CM. 59; Bankactien per Stück ——; Nordbahn 100.

Amsterdam, 18. März. 2½ pCt. 41½; 3pCt. 48¼; 4pCt. 62; Span. 3¼ pCt. 61; Handels-Maatschappy 133½; Ard. 7¹⁄₁₆; port. 3pCt. 13; 5pCt. Metall. —.

Paris, 17. März. 3pCt. 50 Fr. — C.; 5pCt. 72 Fr. 50 C.

London, 16. März. Consols 80⅝.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 23. März: „Die Musketiere der Königin,“ Oper von Halevy.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. v. Lang und Scheucher, Kaufleute von Regensburg; Ukland und Kölsch, Gutsbesitzer aus der Pfalz.

Gold. Hirsch. HH. v. Schorpenberg aus der Schweiz; Hert u. Vallet, Privatiers v. Wien; Janarelli, Privatier v. Brescia

Hôtel Maulik. HH. Hughes, Edelmann v. Wien; Hahnemann, Architekt v. Rom.

Blaue Traube. HH. Baron v. Gumpenberg-Waldburg v. Miesbach; Döninger, Hofrath v. Berlin.

Stachusgarten. HH. Peiser und Schiefer, Xylographen v. Leipzig; Kaiser, Student aus der Schweiz.

Bekanntmachung.

2337. In der Streitsache: Freifrau von Crenegg Generals-Gattin, gegen Gebrüder Jacob und Joseph Ullmann, Fabricanten von hier, wegen Foderung, hat der gemeinschaftliche Anwalt der Beklagten das Mandat gekündet, der Mitbeklagte Jacob Ullmann aber jetzt den kgl. Advocaten Dr. Hartter dahier zu seiner Vertretung bevollmächtiget.

An den landesabwesenden Joseph Ullmann, Fabricanten von München, ergeht sonach Auftrag,

binnen 60 Tagen

ausschließender Frist Behufs der Bildung der beklagtischen Streitgenossenschaft um so mehr Erklärung abzugeben, als außerdem von Gerichtswegen der Anwalt seines Bruders für denselben aufgestellt werden würde.

Beschlossen am 10. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Loé.

2339. In der ergebenst unterfertigten Kunstanstalt erscheinen binnen längstens 14 Tagen die erst im vorigen Monate zu Würzburg nach dem Leben sprechend ähnlich gezeichneten, nun in Lithographie ausgeführten **Bildnisse II. MM. des jetzt regierenden Königs Maximilian II. und der Königin Marie mit Sr. k. H. dem Kronprinzen Ludwig von Bayern.**

Wir beeilen uns, das verehrliche Publicum hierauf mit dem Beisatze aufmerksam zu machen, daß diese allerhöchsten Bildnisse in größerem und kleinerem Formate gezeichnet werden, und alle Buch- und Kunsthandlungen Deutschlands Bestellungen hierauf annehmen.

München den 21. März 1848.

K. B. priv. Kunstanstalt von Piloty und Löhle.

Nr. 74.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 30 kr., im III. Rayon 3 fl. 29 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Donnerstag XLIX. Jahrgang. 23. März 1848.

An die verehrlichen Leser der Münchener politischen Zeitung.

Da mit dem Monat März das Abonnement auf die „Münchener politische Zeitung" für das erste Quartal von 1848 zu Ende geht, so ersuchen wir Neueintretende, ihre Bestellungen für die Stadt bei der unterzeichneten Expedition, Auswärtige aber bei dem nächstgelegenen resp. Postamt zeitig zu machen, damit wir mit vollständigen Exemplaren dienen können.

Die politische Ausstattung des Blattes wird auch weiterhin nach den verlässigsten und reichsten Quellen eine möglichst vollständige seyn. Seit Sonntag den 5. März wird die politische Zeitung auch **jeden Sonntag** ausgegeben, erscheint demnach fortan **täglich**. — Dem Feuilleton wird auch weiterhin durch Originalerzählungen ernsten und heiteren Inhalts und durch mannigfaltige Skizzen aus dem Leben die größte Sorgfalt gewidmet werden. — Die neuesten gediegensten Erscheinungen auf dem Gebiete der Literatur sollen unter der Rubrik „Bücherschau" eine schnelle und gründliche Besprechung finden.

Inserate jeder Art werden bei mäßiger Einrückungsgebühr unverzüglich aufgenommen. Briefe und Gelder werden portofrei erbeten.

☞ Die Verhandlungen des eben zusammentretenden Landtags werden schnell und vollständig geliefert werden.

München, den 16. März 1848.

Expedition der Münchener politischen Zeitung.
(Knödel-Gasse Nro. 2.)

Deutschland.

Bayern.

Landtag.

München, 22. März. Die Thronrede, womit Se. Maj. der König Maximilian II. heute Nachmittag kurz nach 1 Uhr die Ständeversammlung von 1848 feierlichst eröffnete, lautet wie folgt: Meine Lieben und Getreuen die Stände des Reiches! Nach dem Willen Meines vielgeliebten Vaters Majestät, eines Fürsten von hohen Regententugenden, besteige Ich den Thron. Großes hat Derselbe in Seiner dreiundzwanzigjährigen Regierung vollbracht; nicht blos in Stein und Erz, auch in unsern Herzen wird dankbar Dessen Gedächtniß fortleben. Die Grundsätze Meiner Regierung habe Ich in Meiner Proclamation von gestern und in der vom 6. März ausgesprochen. Treu und gewissenhaft werde Ich ihre Verheißungen erfüllen, und Ich bin stolz, Mich einen constitutionellen König zu nennen. Damit jede Erinnerung an frühere Verirrungen schwinde, habe Ich beschlossen, eine Amnestie für alle politischen Verbrechen und Vergehen zu erlassen. Ich habe Veranstaltung getroffen, daß den Ständen des Reiches ohne Verzug Gesetzesvorlagen gemacht werden: über Verantwortlichkeit der Minister, über Preßfreiheit, über die Wahlen zur Kammer der Abgeordneten, über alsbaldige Vervollständigung der Vertretung der Pfalz, über Ablösung der Grundlasten und über die Berathung neuer Gesetzbücher. Außerdem sollen vorgelegt werden: die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichtsorganisation, über das Verfahren in Civil- und Strafsachen, und über das Strafrecht, an welches sich die Abfassung eines Polizei-Strafgesetzbuches anreihen wird — die in Leipzig berathene allgemeine Wechselordnung, und ein Gesetz über die Organisation der obersten Kirchenbehörde der Israeliten. Späterer Vorlage behalte Ich vor: die bereits zugesagte Gesetzgebung in der Rechtspflege mit Oeffentlichkeit, Mündlichkeit und Schwurgerichten, ferner ein Gesetz über die in der IX. Verfassungs-Beilage angedeutete umfassendere Fürsorge für die Staatsdiener und deren Hinterbliebene, dann deren Ausdehnung auf die übrigen Angestellten des Staats, endlich ein Gesetz über die Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten. Ich beabsichtige die Abschaffung des Lotto ins Werk zu setzen, sowie der Stand der Staatseinnahmen in Hinblick auf die Bedürfnisse der bewegten Zeit es gestattet. Jedenfalls wird im nächsten Budget soweit nöthig, die Ersetzung dieser Einnahme durch eine andere eintreten. Auch habe Ich zum Zwecke einer zeitgemäßen Volksbewaffnung eine umfassende Umarbeitung der Landwehrordnung anbefohlen. — Lassen Sie uns diese Gesetzesvorlagen mit Ruhe und Gründlichkeit prüfen. Die Bewegung der Zeit und die großen Interessen des Vaterlandes erheischen eine innigere Vereinigung aller deutschen Stämme. Auch Ich habe für Vertretung des Volkes am Bunde ungesäumt Einleitungen getroffen. — In einen neuen Abschnitt Unsers öffentlichen Lebens sind wir eingetreten. Der Geist, der Europa durchdringt, gebietet es. Nicht blos Bayern, sondern Deutschland richtet das Auge auf die Berathungen, die bevorstehen. Männlicher Freimuth möge sie bezeichnen, aber auch weise Mäßigung und Fernhalten von auflösenden, zerstörenden Tendenzen. Das Ergebniß dieses Landtages bestimmt Bayerns Stellung in Deutschland. Lassen Sie uns vorleuchten allen seinen Stämmen! Unser Wahlspruch sey Freiheit und Gesetzmäßigkeit.

**München, 23. März. Die Thronrede hat einen sehr mächtigen wohlthuenden Eindruck auf die Stände wie auf's gesammte Publicum gemacht. Schon bei den Stellen der Amnestie für politische Verbrecher, der Verantwortlichkeit der Minister, der Abschaffung des Lotto ertönte im Ständesaal lauter anhaltender Jubelruf von allen Seiten. — Heute berathen die Mitglieder der II. Kammer in geheimer Sitzung den Adressentwurf, morgen(?), hören wir, wird in öffentlicher Sitzung die Adreßberathung fortgesetzt werden, was gewiß den lebhaftesten Dank und Anklang im Publicum finden wird.

Ueber die Eidesleistung des Königs Maximilian II. schreibt man der „Allgemeinen Zeitung" aus München, 21. März. Eine Deputation der schnell zusammenberufenen Kammern begab sich (um 8 Uhr Morgens) der Bestimmung der Verfassungsurkunde gemäß in die Residenz, um der Eidesleistung des neuen Königs anzuwohnen. Diese geschah in den Staatsrathszimmern der Residenz, in welche um halb 9 Uhr die Mitglieder des Staatsraths eintraten. Maximilian II. erschien in Begleitung der Prinzen Luitpold und Adalbert, stieg auf den Thron, seine Brüder zu seinen Seiten. Staatsrath v. Schrenk trat vor den Thron und sprach ungefähr folgendes: „Se. Maj. der König Ludwig I. haben geruht, die Krone auf das Haupt Ew. Maj. zu übertragen. Wir beugen uns in tiefster Ehrfurcht und bringen Ew. k. Maj. unsere Huldigung dar." Hierauf las der Verweser des Justizministeriums Staatsrath v. Beisler den Titl X. der Verfassungs-Urkunde, betreffend den von dem neuen König bei seinem Regierungsantritt zu leistenden Eid vor. („Ich schwöre, nach der Verfassung und den Gesetzen des Reichs zu regieren, so wahr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium.") Nachdem der Eid geleistet war, sprach der König dem Sinne nach folgendes: „Der König, mein vielgeliebter Vater, hat mir aus freier Entschließung die Krone des Reichs übergeben. Ich fühle, indem ich dieselbe übernehme, die Größe und die Schwierigkeit meiner Aufgabe. Um dieselbe lösen zu können, zähle ich besonders auf die um mich versammelten Stände des Reiches. Ich hoffe auf die Hilfe des Allmächtigen, daß er mir Licht und Kraft verleihen werde, die übernommene Pflicht treu zu erfüllen. Die Verfassungsurkunde ist die Basis, von welcher alle Verbesserungen ausgehen müssen; ich werde stets bemüht seyn, im Geiste derselben zu regieren. Nochmals bitte ich, gewähren Sie mir Ihre Unterstützung." Ein brausendes Lebehoch auf den König schloß diesen ergreifenden Act, bei dem in manches Auge eine Thräne trat.

*†München, 23. März. Heute lauft hier folgende Ministerliste als zuverlässig um; freilich soll ihr noch die k. Bestätigung fehlen: Inneres: Frhr. v. Thon-Dittmer, Aeußeres: Graf v. Waldkirch(?), Cultus: Beisler, Justiz: Appellationsgerichtsrath Heintz, Finanzen: Frhr. v. Lerchenfeld, Krieg: General v. Lesuire(?).

Das erzbischöfliche Ordinariat München-Freysing ermahnt in Betracht der mannigfachen Gerüchte: der Clerus betheilige sich bei der Aufregung des Volks, halte erbitternde Reden, theile Geld aus, beabsichtige den Umsturz der Dinge, reize gegen das königl. Haus u. s. w., die Geistlichen, unter Androhung strenger canonischer Strafen, sich von allen Orten und Gelegenheiten öffentlicher Aufregung entfernt zu halten, in ihren Kanzelvorträgen jede Anspielung auf politische Verhältnisse zu vermeiden und überall stets vor Augen zu haben, daß sie Boten des Friedens seyn sollen.

München, 21. März. (Eingesandt.) Unsere ernste Zeit erfordert ernste, tiefgreifende Maßregeln; sie hat das Bedürfniß einer allgemeineren Volksbewaffnung energisch ausgesprochen, sie hat als ersten Anfang derselben das Freicorps der Münchener Studenten geschaffen. Bei solchen Instituten, die im Augenblicke der Bewegung entstanden sind, ist es vor Allem nöthig, sich über ihre Stellung zur Außenwelt klare Begriffe zu verschaffen und sodann die Fragen über die einzelnen Theile ihrer Organisation einer reifen Prüfung zu unterwerfen, da hier selbst das Kleinste nicht ohne Bedeutung ist. Die Art und Weise der Kleidung ist hier gewiß ein sehr wichtiger Punct; und da gerade hierüber in dem erwähnten Corps sich zweierlei Meinungen geltend gemacht haben, so hält es der Verfasser dieser Zeilen nicht für überflüssig, dieselben hier etwas näher zu erörtern. Er weiß wohl, daß solche Gegenstände innerer Einrichtung mehr zu mündlicher Besprechung als zur öffentlichen Discussion in den Blättern sich eignen, jedoch glaubt er damit hinlänglich entschuldigt zu seyn, daß nur auf diesem Wege ein Erfolg und eine weitere Verbreitung seiner Ansichten zu erwarten war. — Joppen und Waffenröcke sind es, zwischen denen man zu wählen hat; wir wollen hier die Vortheile und Nachtheile beider unpartheiisch betrachten. Der gewöhnliche Einwand gegen die Joppen ist daß sie zu weit und daher bei den Exercierübungen hinderlich seyen. Allerdings dürfen sie in den unteren Theilen nicht so weit seyn, wie die gewöhnlichen Oberländer Joppen; ich habe auch schon mehrere etwas engere gesehen, die ihrem Zwecke im Uebrigen vollkommen entsprachen. Wenn sie um die Hüften mit dem Gurt eines Hirschfängers zusammengehalten, und die Falten gehörig geordnet und nach rückwärts gezogen werden, so hindern sie bei dem Handhaben des Gewehrs eben so wenig als die Schöße eines Waffenrocks. Die Studentenbewaffnung hat ferner nicht den Zweck Paraden zu machen; sie haben sich den wackern Bürgern angeschlossen zur Aufrechthaltung der Gesetze, zur Bewahrung der Ordnung und Ruhe; und wahrlich wir leben in einer so bedeutungsvollen, so bewegten Zeit, daß die Studirenden vielleicht noch öfters im Laufe des Frühjahrs während der Nacht die Stadt zu durchziehen, verschiedene Posten zu besetzen haben werden. Was ist hiebei zweckmäßiger, als eine Joppe, unter der man sich durch wollene Jacken, Röcke u. s. w. aufs Beste gegen Kälte und Feuchtigkeit schützen kann, welche bei uns bekanntlich selbst in Sommernächten nicht sehr ungewöhnlich sind. — Ist man gezwungen öfter zu bivouakiren und auf seinen Kleidern zu liegen, so sind die Vorzüge der Joppe wieder sehr in die Augen fallend. Außer der weit größeren Bequemlichkeit nützt sie sich auch viel weniger ab, als ein Rock, an den man überdieß in Beziehung auf äußere Eleganz mehr Ansprüche macht. — Selbst in Beziehung auf Schönheit der äußern Form ist die Joppe vorzuziehen, vorausgesetzt, daß sie mehr Paletot-Sac-artig, d. h. nicht übermäßig weit, und überhaupt etwas nett gearbeitet sey. Oder ist etwa ein zugeknöpfter, steifer und monotoner Rock hübscher als eine Joppe, welche um die Hüften durch den Hirschfänger angedrückt, in malerischen Formen den Körper umschließt, und eine freie, kräftige Entfaltung der Brust, eine ungehinderte Bewegung des ganzen Leibes gestattet. Alle Veränderungen der Tracht seit einigen Jahren zielen auf eine freiere, mehr malerische Entfaltung der Kleidung hin; der Mensch hat einmal die alte Steifheit und Philisterei hinweggeworfen; der weiche, graue Filzhut mit seinen mannigfachen Formen fängt an den steifen, schwarzen Hut zu verdrängen; folgen wir dem Zuge der Zeit; ja thun wir noch einen Schritt vorwärts!! Man mag sagen: der Rock in der vorgeschlagenen Form sey wegen seiner Einfachheit auch außer dem Dienst brauchbar; die Joppe ist es wahrlich nicht minder. Gehen wir ferner auf den finanziellen Standpunkt etwas näher ein, der hiebei sicher nicht zu übersehen ist. Ein Waffenrock in der vorgeschlagenen Form kommt nach genauen Erkundigungen, welche ich eingezogen, mit Tuch, der höheren Schneidergebühr und allem Zubehör so ziemlich auf das Doppelte einer sehr schönen Joppe; bedenkt man, daß der größte Theil der Studirenden hier fremd ist, und nur wenige der jungen Männer eine ganz unabhängige Stellung haben, so wird man dieser etwas materiellen Anschauungsweise der Dinge hier gern ihr Plätzchen gönnen, am wenigsten sie mißdeuten. Ueberdieß haben schon sehr viele, ich möchte fast sagen, die meisten Studenten Joppen; viele derselben sind von der Art, daß sie vielleicht mit einigen Abänderungen beibehalten werden könnten, ohne der Gleichförmigkeit im Geringsten zu schaden; und dieses ist abermals ein sehr beachtenswerther Punkt. Ich weiß zwar, daß die Einführung der Waffenröcke durch Umfrage bei den einzelnen Compagnieen eigentlich schon angenommen ist, aber diesem Beschlusse fehlt der eigentliche Nerv, es fehlt ihm die gemeinsame Besprechung und Berathung, welche bei allen solchen Dingen durch ausführliche Darlegung der gegenseitigen Ansichten, besonders in Bezug auf die vielen Unentschlossenen und vorläufig keiner Richtung Angehörigen, von höchster Bedeutung ist. Ich bin weit entfernt, den Leitern des Freikorps hiemit einen Vorwurf machen zu wollen, da anfangs zu solchen Versammlungen wirklich keineswegs Zeit und Muße vorhanden war; aber jetzt glaube ich um so dringender auf dieses Bedürfniß hinweisen zu müssen. Es möge daher die Commandantschaft einen der nächsten Tage zu einer solchen allgemeinen Versammlung in der Aula unserer Universität bestimmen; die Besprechung der so wichtigen Fragen über Kleidung, Bewaffnung u. s. w. des akademischen Freicorps sey ihre nächste Aufgabe, möge sie sich anschließen an jene schönen Zusammenkünfte in der Aula nach den Februarereignissen, wo ja auch so manches Schöne berathen, und der Grund zu dem gegenwärtigen herrlichen Wirken der Münchener Studenten gelegt ward. — Nachschrift. So eben erfahre ich, daß schon einige Waffenröcke gemacht seyen. Ich glaube, daß dieses meiner obigen Darstellung keinen Eintrag thut, da ihre ganz geringe Zahl im Vergleich zur Masse der übrigen Studirenden wahrhaft Null ist. Um überhaupt allen Mißdeutungen vorzubeugen, muß ich hier Jedermann nochmals ersuchen, die Sache ebenso unpartheiisch und frei von Persönlichkeiten aufzunehmen, als der Verfasser bemüht war, sie zu geben.

Augsburg. Eine der letzten Regentenhandlungen des Königs Ludwig war die Verleihung des Ritterkreuzes des bayerischen Kronordens an den hiesigen Oberpostmeister Grafen v. Taufkirchen, mittelst eines königl. Handbillets, das mit herzlichsten den frühern militärischen Auszeichnungen des Grafen, so wie seinem treuen thätigen Eifer als kgl. Beamter seine volle Anerkennung zollt.

Württemberg.

Rottenburg, 19. März. Heute fand die Inthronisation des neuen Landesbischofs statt.

Baden.

Zu dem Amnestiedecret bezüglich politischer Verbrecher ist der Großherzog durch die Betrachtung bestimmt worden, daß die Zeitereignisse vielfach die Vorstellungen von Recht und Unrecht verwirrten, und daß unter den jetzigen Verhältnissen eine Vergebung politischer Vergehen zur Versöhnung der leidenschaftlich erregten Parteien beitragen werde, so wie endlich daß es dann um so gerechtfertigter erscheint, wenn da, wo von nun an wieder Verbrechen gleicher Art verübt werden, die volle Strenge des Gesetzes zur Anwendung kommt.

Die so gefürchtete Offenburger Volksversammlung — nahe an 6—8000 Mann — ist ganz friedlich abgelaufen. Itzstein hat sie eröffnet, und die Abgeordneten Hecker, Gottschalk, Soiron, Kapp, Struve, Bürgermeister Winter, Advocat Wirth von Constanz, haben für das monarchische Princip gesprochen.

Kurhessen.

Kassel, 17. März. Eberhard ist zum wirklichen Minister des Innern ernannt. Seine erste Verfügung war die Aufhebung der Suspension Jordan's und die Urlaubsertheilung für denselben nach §. 71 der Verfassungs-Urkunde zum Eintritt in die Ständeversammlung. Die zweite amtliche Handlung war die Contrasignatur des Ernennungsrescriptes Wippermann's. Derselbe ist heute zum vortragenden Rath im Ministerium des Innern und Landtagscommissär ernannt worden.

(Frankf. Journ.)

Marburg, 18. März. „Ich mache hierdurch mit Vergnügen bekannt, daß ich heute im Auftrag des kurfürstlichen Ministeriums der beiden hiesigen Professoren Jordan und Hildebrand die gestern erfolgte Aufhebung der über sie verhängt gewesenen Suspension vom Amte veröffentlicht habe. Prorector Gerling.

Preußen.

Patent wegen beschleunigter Einberufung des Vereinigten Landtages. Wir Friedrich Wilhelm 2c. Als Wir am 14. d. M. Unsere getreuen Stände zum 27. April d. J. beriefen, um vereint mit ihnen diejenigen Maßregeln zu beschließen, welche die, Unseren deutschen Bundesgenossen vorzuschlagende Regeneration Deutschlands auch für Preußen nothwendig bedingen konnten Wir nicht ahnen, daß in denselben Stunden große Ereigniß in Wien einerseits die Ausführung Unserer Vorschläge wesentlich erleichtern, andererseits aber auch die Beschleunigung ihrer Ausführung unerläßlich machen würden. Jetzt, nach jenem wichtigen Ereignisse finden Wir Uns vor Allem bewogen, nicht allein vor Preußens, sondern vor Deutschlands — so es Gottes Wille ist — bald innigst vereintem Volke laut und unumwunden auszusprechen, welche die Vorschläge sind, die Wir Unseren deutschen Bundesgenossen zu machen beschlossen haben. Vor allem verlangen Wir, daß Deutschland aus einem Staatenbund in einen Bundesstaat verwandelt werde. Wir erkennen an, daß dies eine Reorganisation der Bundesverfassung voraussetzt, welche nur im Verein der Fürsten mit dem Volke ausgeführt werden kann, daß demnach eine vorläufige Bundesrepräsentation aus den Ständen aller deutschen Länder gebildet und unverzüglich berufen werden muß. — Wir erkennen an, daß eine solche Bundesrepräsentation eine constitutionelle Verfassung aller deutschen Länder nothwendig erheische, damit die Mitglieder jener Repräsentation ebenbürtig neben einander sitzen. Wir verlangen eine allgemeine deutsche Wehrverfassung und werden beantragen, solche im Wesentlichen derjenigen nachzubilden, unter welchen Unsere — Preußens Heere — in den Freiheitskriegen unverwelkliche Lorbeern sich errangen. Wir verlangen, daß das deutsche Bundesheer unter einem Bundesbanner vereinigt werde, und hoffen, einen Bundesfeldherrn an seiner Spitze zu sehen. Wir verlangen eine deutsche Bundesflagge und hoffen, daß in nicht zu langer Frist eine deutsche Flotte dem deutschen Namen auf nahen und fernen Meeren Achtung verschaffen werde. Wir verlangen ein deutsches Bundesgericht zur Schlichtung aller Streitigkeiten staatsrechtlichen Ursprungs zwischen den Fürsten und Ständen, wie auch zwischen den verschiedenen deutschen Regierungen. Wir verlangen ein allgemeines deutsches Heimathsrecht und volle Freizügigkeit in dem gesammten deutschen Vaterlande. Wir verlangen, daß fortan keine Zollschranke mehr den Verkehr auf deutschem Boden hemme und den Gewerbefleiß seiner Bewohner lähme; Wir verlangen also einen allgemeinen deutschen Zollverein, in welchem gleiches Maß und Gewicht, gleicher Münzfuß ein gleiches deutsches Handelsrecht auch das Band materieller Vereinigung bald um so fester schließen möge. Wir schlagen vor Preßfreiheit mit gleichen Garantien gegen deren Mißbrauch für das gesammte deutsche Vaterland. Das sind Unsere Vorschläge, Unsere Wünsche, deren Verwirklichung Wir mit allen Unseren Kräften zu erstreben suchen werden. Mit stolzem Vertrauen rechnen Wir dabei auf die bereiteste Mitwirkung Unserer deutschen Bundesgenossen und des gesammten deutschen Volks, welches Wir mit Freuden durch Einverleibung Unserer nicht zum Bunde gehörigen Provinzen in den Bund verstärken werden, wenn, wie Wir voraussetzen, deren berufene Vertreter diesen Wunsch theilen und der Bund sie aufzunehmen bereit ist. Wir geben der freudigen Hoffnung Raum, daß die Ausführung Unserer Absichten, ja daß schon deren Anbahnung die Spannung heben wird, die jetzt zu Unserem großen Schmerz das deutsche Vaterland erfüllt, die Verkehr und Gewerbe lähmt, es spaltet, die es zu zerreißen droht, — ja Wir hoffen, daß jene Maßregeln Deutschland in sich stark, nach außen geachtet machen werden, damit in seinen vereinigten Kräften Europa die sicherste Gewähr eines dauernden, gesegneten Friedens finden möge. Damit aber die Erfüllung Unserer Absichten am wenigsten in Unseren Staaten Zögerung und Hinderniß finden können, damit Wir desto eher diejenigen Vorschläge zu entwickeln im Stande sind, welche Wir für die Verfassung Unserer Staaten nöthig erachten, haben Wir beschlossen, die Berufung des Vereinigten Landtages zu beschleunigen und beauftragen das Staatsministerium, diese Einberufung auf Sonntag, den 2. April d. J., zu bewirken. Gegeben Berlin den 18. März. 1848. Friedrich Wilhelm. Prinz von Preußen. Mühler. v. Rother. Eichhorn. v. Thile. v. Savigny. v. Bodelschwingh. Graf zu Stolberg. Uhden. Frhr. v. Canitz. v. Düesberg. v. Rohr.

Berlin, 19. März. Die beklagenswerthen Unruhen, welche durch einen unheilvollen Zufall gestern Nachmittag hier veranlaßt wurden, haben in der Nacht ihr Ende

erreicht. Heute Vormittags 7 Uhr wurde die unten folgende Ansprache Sr. Majestät des Königs an die Einwohner Berlins veröffentlicht: An meine lieben Berliner! Durch mein Einberufungs-Patent vom heutigen Tage habt Ihr das Pfand der treuen Gesinnung Eures Königs zu Euch und zum gesammten deutschen Vaterlande empfangen. Noch war der Jubel mit dem unzählige treue Herzen mich begrüßt hatten nicht verhallt, so mischte ein Haufen Ruhestörer aufrührerische und freche Forderungen ein und vergrößerte sich in dem Maaße als die Wohlgesinnten sich entfernten. Da ihr ungestümes Vordringen bis ins Portal des Schlosses mit Recht arge Absichten befürchten ließ und Beleidigungen wider meine tapfern und treuen Soldaten ausgestoßen wurden, mußte der Platz durch Cavallerie im Schritt und mit eingesteckter Waffe gesäubert werden, und 2 Gewehre der Infanterie entluden sich von selbst, Gottlob ohne irgend Jemand zu treffen. Eine Rotte von Bösewichtern, meist aus Fremden bestehend, die sich seit einer Woche, obgleich aufgesucht, doch zu verbergen gewußt hatten, haben diesen Umstand im Sinne ihrer argen Pläne durch augenscheinliche Lüge verdreht und die erhitzten Gemüther von vielen meiner treuen und lieben Berliner mit Rache-Gedanken um vermeintlich vergossenes Blut! erfüllt und sind so die gräulichen Urheber von Blutvergießen geworden. Meine Truppen, Eure Brüder und Landsleute haben erst dann von der Waffe Gebrauch gemacht, als sie durch viele Schüsse aus der Königsstraße dazu gezwungen wurden. Das siegreiche Vordringen der Truppen war die nothwendige Folge davon. An Euch, Einwohner meiner geliebten Vaterstadt ist es jetzt, größerem Unheil vorzubeugen. Erkennt, Euer König und treuester Freund beschwört Euch darum, bei Allem, was Euch heilig ist, den unseligen Irrthum! kehrt zum Frieden zurück, räumt die Barricaden, die noch stehen, hinweg, und entsendet an Mich Männer, voll des ächten alten berliner Geistes mit Worten, wie sie sich Eurem Könige gegenüber geziemen, und ich gebe Euch mein königl. Wort, daß alle Straßen und Plätze sogleich von den Truppen geräumt werden sollen und die militärische Besetzung nur auf die nothwendigen Gebäude, des Schlosses, des Zeughauses und weniger anderer, und auch da nur auf kurze Zeit beschränkt werden wird. Hört die väterliche Stimme Eures Königs, Bewohner Meines treuen und schönen Berlins, und vergesset das Geschehene, wie Ich es vergessen will und werde in Meinem Herzen, um der großen Zukunft willen, die unter dem Friedenssegen Gottes, für Preußen und durch Preußen für Deutschland anbrechen wird. Eure liebreiche Königinn und wahrhaft treue Mutter und Freundinn, die sehr leidend darnieder liegt, vereint ihre innigen, thränenreichen Bitten mit den Meinigen. — Geschrieben in der Nacht vom 18. 19. März 1848. Friedrich Wilhelm. Nachmittag um 2 Uhr erschien hierauf noch folgende Allerhöchste Bekanntmachung: Ich habe bereits gestern früh die von den bisherigen Ministern angebotene Entlassung angenommen und den Grafen Arnim mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Derselbe übernimmt den Vorsitz im Staatsministerium und vorläufig die Verwaltung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und der Verfassungssachen. Dem Graf Schwerin habe Ich das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten übertragen. Dem noch abwesenden Generallandschaftsrath von Auerswald soll das Ministerium des Innern, mit Ausnahme des obenerwähnten dem Grafen Arnim vorbehaltenen Theils dessen Ressorts übertragen werden, wenn, wie zu erwarten, derselbe zu dessen Uebernahme bereit ist. Die Justizminister, die Minister Graf Stolberg und von Rohr bleiben einstweilen bis zur weiteren Beschlußnahme über die Besetzung ihrer Ministerien auf ihren Posten. Bis zur definitiven Besetzung des Finanzministeriums übernimmt der Generalsteuer-Director Kühne dessen interimistische Verwaltung. Berlin, den 19. März 1848. Friedrich Wilhelm. Graf Arnim.

Nach Briefen der „Allgemeinen Zeitung" vom 18. und 19. aus [illegible] ergibt sich, daß der blutige Kampf zwischen Militär und Bürger am 18. dadurch herbeigeführt wurde, daß Schüsse auf ganz friedliche Bürger [illegible] weiß auch wie es zugegangen. Hunderte von Barricaden wurden in allen Stadttheilen aufgeworfen, so daß die Stadt wie eine Festung sich ausnimmt. Noch am 19. ertönte die Sturmglocke. Der König will die Truppen nicht eher zurückziehen, bis die Barricaden planirt, das Volk will die Barricaden nicht eher aufgeben, bis die Truppen entfernt sind.

Eine Bürgerabordnung ist auf dem Schloß, schreibt die „Allgemeine Zeitung" vom 19. März Mittag, allein der Magistrat wird kaum im Stande seyn, die furchtbar aufgeregten und jetzt bewaffneten Massen zu zähmen. (Nach einem anderen Schreiben hatte der König nachgegeben, d. h. das Militär zurückgezogen, und der Friede war hergestellt.)

Berlin, 19. März. (Friede in Berlin.) Die Bürgergarde ist mit Genehmigung des Königs bewaffnet. Unter lautem Jubelruf und Freudenschüssen zog sie durch die Königsstraße auf die Schloßwache, um hier das Militär abzulösen. Im Schloßhof, wohin eine zahllose Menge mit eingeströmt war, sangen Alle vor JJ. MM. dem König und der Königin das Lied: „Nun danket Alle Gott." Abends war die Stadt, die nun der Bürgerbewachung allein anvertraut ist, erleuchtet.

(Spen. Ztg.)

Auch in Preußen ist nun die Presse endlich frei; ein deßfalls bereits erschienenes Preßgesetz (worauf wir zurückkommen) bestimmt Cautionsleistungen von 500 bis 4000 Rthlr. für die Herausgeber von Zeitungen und anderen periodischen Schriften. Ueber die Preßvergehen urtheilen die ordentlichen Gerichte. Dieses Gesetz hat übrigens nur so lange Kraft, bis ein neues mit den Ständen vereinbart ist.

Aus Solingen (Rheinpreußen) 17. März. Gestern haben zusammengerottete Pöbelhaufen die nahe bei Solingen gelegene Gußfabrik von Hammesfahr und Kratz, die Gießerei v. Küllenburg, die Gießerei v. G. Becker in Hohscheid, und in Solingen selber die Wagner'sche Fabrik und das große Etablissement auf der Burg in Schutt und Asche verwandelt.

In Erfurt fanden am 13., in Magdeburg am 15. März Aufläufe statt, wobei das Militär einhieb.

Posen, 14. März. Unsere Stadt gleicht im gegenwärtigem Augenblicke einem großen Waffenplatz, denn man sieht auf den Straßen und öffentlichen Plätzen fast nichts als Militär. (A. Z.)

Mecklenburg.

Aus Schwerin, Wismar, Güstrow, Rostock gehen Petitionen um Einberufung des Landtages, um Erfüllung zeitgemäßer Bedürfnisse mannichfacher Art (deutsches Parlament, Ministerverantwortlichkeit u. s. w.) hervor. (A. Z.)

Hannover.

Hannover, 18. März. Am Tage unserer ersten Nachrichten vom Sturze Metternichs ist auch das System seines eifrigsten Nachahmers gefallen. In den Gewährungen, welche gestern König Ernst August auf das Andringen der Bürger, die zu Tausenden vor dem Palast standen, ertheilt hat, liegt die vollständigste Desavouirung der Politik des Hrn. v. Falcke. Die Oeffentlichkeit der Stände, welche Hr. v. Falcke im April v. Js. als ewig unmöglich und für uns unerreichbar erklärte, ist gestern bewilligt; die Censur besteht heute nicht mehr; das Associationsrecht ist anerkannt, allen unsern politischen Martyrern (also auch den sieben Professoren, welche dieser Wohlthat freilich am wenigsten bedurfen), Amnestie und Rehabilitation ertheilt. Alle andern von den Bürgern geforderten Puncte (Schwurgericht, Vertretung am Bunde, Einschränkung der Polizeigewalt und Rückgabe derselben an die Städte u. s. w.) sollen, wie fest versprochen ist, mit den Ständen berathen werden.

(A. Z.)

Die Universität Göttingen hat sich aufgelöst, und die Studenten sind, weil sie gegen die Ueberfälle des Militärs keine Genugthuung erhalten, ausgezogen.

Oesterreich.

Wien, 19 März. Se. Exc. der Staats- und Conferenzminister Graf Kollowrat hat auf seine Stelle resignirt. Unser neues constitutionelles Ministerium soll in nachstehender Weise gebildet seyn: Präsident desselben ohne Portefeuille der Graf Colloredo-Wallsee, früherer Botschafter in Rußland; Minister des Aeußeren der Staats- und Conferenzminister Graf Fiquelmont; des Innern der Hofkanzler Frhr. v. Pillersdorf; der Finanzen Frhr. v. Kübeck; der Justiz der hiesige Appellationspräsident Frhr. v. Sommaruga, und des Kriegs Fürst Windischgrätz, gegen welchen übrigens starke Abneigung im Publicum herrscht.*) (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Einige Zeit vor den neuesten Vorgängen entwarf ein Berichterstatter der „Europa" aus Preßburg, den 5. März von den dasigen Zuständen folgende Darstellung: „Das Mißtrauen gegen die Regierung hat sich auch der harmlosesten Gemüther bemächtigt. Hier ist keine Banknote mehr anzubringen. Kossuth rief am Donnerstag, nachdem der Raaber Deputirte die Geldwirre zur Sprache gebracht: „Das ganze Regierungssystem ist verwerflich, bei jedem Anlaß ist Dynastie und Reich in Gefahr. Es gibt nur eine Abhilfe hier. Auf dem Präsidentenstuhl muß ein verantwortlicher Minister sitzen, Rede und Antwort geben, unterhandeln, beschließen. Er beantragt: für die morgige Sitzung eine Petition an Se. Majestät, daß noch im Laufe dieses Reichstags ein ungarisches Ministerium ernannt werde, das hier seinen Sitz habe. Nicht eine Stimme erhob sich gegen das Princip der Motion. Zufällig hatte ein Regierungsmann (Statthaltereirath Bataczy) das Quasipräsidium, aber weder er noch der conservative Führer Somsich sprach dagegen. Im Gegentheile, sie äußerten ausdrücklich, sie seyen vollkommen mit der Ansicht Kossuths einverstanden, daß hier ein verantwortliches Ministerium sitzen möchte. Nun aber kam das Ueberraschende, daß Graf Szechenyi sich erhob und eine wahre Philippica gegen die Regierung hielt. Worte wie „elend, schlecht, unverbesserlich, starrsinnig" ꝛc. flogen wie Pelotonfeuer. Alle sprachen sich gegen das jetzige Regiment offen und klar aus. Kein Vertrauen in eine solche Regierung, keine Hoffnung fürs Land, Besorgnisse für den Thron! So ging's fünf Stunden lang bis zum Schlusse. Kossuth sollte Freitag den Antrag zu solcher Repräsentation stellen, es soll gleich in der Circularsitzung angenommen, sogleich eine Reichssitzung angeordnet und das authentisirte Nuntium im Momente den Magnaten zugeschickt werden. Die ganze conservative Partei verpflichtete sich auf Ehrenwort keine Sylbe dagegen vorzubringen. Die Aufregung bis zur Sitzung war ungeheuer, die Sitzung selbst eine erhebende und großartige. Alles ist angenommen. Kossuth donnerte wie der ergrimmte Jupiter: Mit dieser Regierung ist nicht weiter zu kommen; wenn man alt ist stirbt man, Metternichs Politik ist ein Greis, sie ist gestorben. Gefahren stürmen ein auf unser Reich. Eine solche Regierung kann sie nicht abwehren. Bajonette sind heutzutage die gebrechlichsten Häkchen einen Staat zusammenzuhalten. Vielleicht ist eine zweite Auflage der heiligen Allianz im Anzuge, aber man vergißt, daß das Volk die Allianz rettete, nicht die Allianz das Volk. Die Wiener Bureaukratie kann keine Begeisterung erwecken, für den König wollen wir unser Blut lassen, für die Wiener Politik opfert sich kein Spatz. Unter diesen Verhältnissen, bei dieser absolutistischen Richtung kommen wir keinen Schritt vorwärts. Wir Ungarn aber sind allein noch im Stande, dieses der österreichischen Regierung zu sagen; daher müssen wir es sagen! Als wir 1790 gegen die französische Revolution auftraten, vergaß der Reichstag Garantien für die Zukunft zu fordern; wir wollen nicht in denselben Fehler verfallen. Ein hoffnungsvoller Thronerbe war jüngst in unserer Mitte. Ganz soll er die Krone bekommen, aber auf diesem Wege wird sie schlecht bewahrt. In wenigen Tagen können Könige stürzen. Sorgen wir für morgen!" Die gestrige Reichssitzung der Magnaten wurde unter Präsidium des Reichsrichters eröffnet. Das Nuntium der Stände wurde verlesen, aber der Präses beantragte, die Verhandlung auszusetzen, bis der Palatin zugegen sey, der aber heute nach Wien reiste. Die Angelegenheit wäre zu wichtig, und schon die Discretion erfordere es, diese Repräsentation nur in seinem Beiseyn vorzunehmen. Es erfolgte eine allgemeine Entrüstung der Oppositionsmitglieder. Graf L. Bathyanyi äußerte sich über dieses Verfahren mit Entschiedenheit: der Usus belehrt, daß von jeher selbst die wichtigsten Affairen ohne Präsidium des Palatins verhandelt und abgestimmt wurden. Uebrigens habe Se. kaiserl. Hoh. bereits vorgestern Nachts gewußt, was die Stände vorhaben, und dieses absichtliche Abreisen um sich dort Raths zu erholen, wo so selten ein guter Rath ertheilt wird, könne nur erbittern! — Sie können wohl denken, daß alle

*) Zwei andere Briefe bezeichnen den General Zanini als Kriegs-, den Grafen Taaffe als Justizminister.

Digitized by Google

Conservativen mit dem Index Curia für die Vertagung stimmten. Möchte ich mich irren!

Frankreich.

Paris, 19. März.

Durch Beschluß der provisorischen Regierung wird die Stadt Bourbon-Vendée (Departement der Vendée) künftig den Namen Napoleon-Vendée tragen.

Nachstehendes ist das in der Geschichte der jungen französischen Republik Epoche machende Circular des Minister des Innern, Ledru-Rollin, an die Commissäre der provisorischen Regierung: „Von mehreren Departementen wurde die Frage gestellt, welches der Umfang eurer Gewalten sey, und ich theile euch darüber folgende nähere Bestimmungen mit: §. 1. Welches ist der Umfang eurer Gewalten? Er ist ein unbegrenzter. Agenten einer revolutionären Autorität, seyd ihr selber Revolutionäre und müßt das Mandat des Volkes, sein Werk zu proclamiren und zu consolidiren, vollführen. Ihr seyd daher in seinem Namen mit seiner Souveränetät bekleidet, eurem Gewissen verpflichtet, alles Das zu thun, was die Umstände für die öffentliche Wohlfahrt erheischen. Diese eure Mission hat nichts Furchtbares an sich. Widerstand hattet ihr bis jetzt nicht zu bekämpfen, aber demohnerachtet ist eure Aufgabe keine leichte. Die republicanischen Gesinnungen müssen erweckt und zu diesem Ende alle politischen Functionen nur sichern und gesinnungstüchtigen Männern vertraut werden. Alle Präfecten und Unterpräfecten müssen gewechselt werden, wo man ihre Beibehaltung wünscht, muß dem Volke erklärt werden, daß man sie als die ehemaligen Diener der Corruption nicht beibehalten könne, noch dürfe. Die Ernennung der Untercommissäre steht euch zu, im Falle eines Anstandes ist mir darüber zu berichten. Wählt dazu Männer aus den Hauptorten, nach Möglichkeit nicht aus dem Bezirke, selbst wenn auch dort keine kleine Clubs bestehen, die jungen Leute dürft ihr nicht von Aemtern ausschließen. Feuriger Muth und Großherzigkeit sind die Vorrechte dieses Alters. Die Republik bedarf dieser edlen Eigenschaften. Maire und Adjunkten habt ihr gleichfalls zu ernennen und einzusetzen. Feindselig gesinnte Municipalitäten löst ihr jedoch nur im äußersten Nothfalle auf, und setzt provisorische ein, auch werden die meisten fortbestehen können, wenn sie nur neue Vorstände bekommen. §. 2. Beziehungen zu den Militärbehörden. Ihr seyd die executive Gewalt, folglich steht die bewaffnete Macht unter eurem Befehle. Ihr requirirt, dislocirt sie, und könnt in wichtigen Fällen selbst Corpscommandanten suspendiren, worüber ihr mir jedoch unmittelbar berichtet. Die Ausübung dieser Function muß mit großer Umsicht gehandhabt werden. Erlasse, welche die gerechte Empfindlichkeit der Corpscommandanten und der Soldaten verletzen, wären ein unverantwortlicher Fehler. In mehreren Departementen haben die Commissäre unterlassen, das gute Vernehmen zwischen ihnen und den Militärbehörden ins rechte Geleis zu bringen, was ein großer Fehler gegen gute Politik und Schicklichkeit ist. Das Heer hat volle Sympathie für die Sache der Republik an den Tag gelegt, man muß es sich mehr und mehr innigst verbrüdern. Das Heer stammt aus dem Volke und ist die erste Schutzwehr gegen fremde Invasion, es bekommt jetzt zum erstenmale politische Rechte. Ehren wir es also, verständigen wir uns mit dessen Commandeurs, und behaltet ja nicht eure Gewalt über die Heeresdisciplin aus. Eure Aufgabe ist: die Militärmacht zu gebrauchen oder sie zurückzuhalten und sie durch Hochschätzung und herzliche Eintracht für euch zu gewinnen. §. 3. Beziehungen zu den Magistraturen. Den Magistraturen ist als executiven Behörden der Wirkungskreis gesetzlich vorgezeichnet. Von den Gerichtshöfen habt ihr ergebene Mitwirkung zu fordern, wo ihr sie vermißt, werdet ihr mir darüber berichten, auch mir die Namen Jener bezeichnen, die Rechtlichkeit und Entschiedenheit empfiehlt. Die unabsetzbaren Magistraturen (richterliche Behörden) anlangend, werdet ihr sie überwachen, und feindselig gesinnte Mitglieder derselben nach euch zustehender souveräner Gewalt vom Amte suspendiren. §. 4. Die Nationalgarde betreffend. Zur Errichtung einer Bürgermiliz empfanget ihr von mir ausführliche Instructionen, es ist darin für alle schwierigen Fälle vorgesehen. Euer Patriotismus wird da, wo sich unerwartete locale Hindernisse zeigen sollten, dieselben beseitigen. Die Wahlen finden nach dem Gesetz von 1831 für Ober- und Subalternoffiziere statt. Die Untercommissäre und Municipalitäten habt ihr bei diesem Akt genau zu überwachen und euch von ihnen Bericht erstatten zu lassen. §. 5. Die Wahlen betreffend. Die Wahlen sind jetzt eine Hauptaufgabe, es hängt davon das Wohl oder Wehe des Vaterlandes ab. Die Nationalversammlungszusammensetzung entscheidet das Geschick Frankreichs. Der republicanische Geist muß sie beseelen und durchglühen; ist Das nicht der Fall, so geben wir dem Kriege und der Anarchie entgegen. Darum müßt ihr wachsam und auf der Hut seyn gegen Intriguen und Menschen mit Januasköpfen, die früher dem Königthum dienend, jetzt sich Diener des Volkes nennen. Vergesset nicht, daß Derjenige, der in der Nationalversammlung seinen Sitz einnehmen will, durchaus rein von allem Verrath an der Vergangenheit seyn muß. Eure Loosung sey: Neue und, wo möglich, aus dem Volke hervorgegangene Männer! Die Arbeiter, die lebendige Kraft der Nation, müssen aus ihrer Mitte genommene, tüchtige, der Sache ergebene Mitbrüder wählen, sie bringen dann zur Theorie die Praxis mit, werden die Revolution mit durchführen und innerhalb der Grenzen der Möglichkeit und der Vernunft erhalten, denn ohne sie würde sie sich im Utopischen verlieren oder unter den Anstrengungen der Rückschrittspartei erstickt werden. Macht den Wählern, was Noth thut, klar und wiederholt ihnen, daß die Herrschaft der Monarchie aufgehört hat. Eure Aufgabe ist eine hochwichtige, die Erziehung des Landes ist eine vernachlässigte. Ihr müßt sie daher leiten. Beruft auf alle Punkte Wahlcomités, prüft aufs Gewissenhafteste den Berufungstitel. Haltet euch an Jene, welche die meiste Garantie für ihre republicanische Gesinnung bieten und sichern Erfolg in Aussicht stellen. Keine Transaction, keine Höflichkeiten. Der Tag der Wahl werde der Triumph der Revolution. Ledru-Rollin Mitglied der provisorischen Regierung, Minister des Innern."

Großbritannien.

Hr. Guizot und seine Familie haben sich der französisch presbyterischen (calvinistischen) Kirchengemeinde von St. Martin's-le-Grand in London angeschlossen.

Berichtigung.

In der gestrigen Zeitung wolle man auf S. 292 Sp. 3 Z. 16 v. u. statt Graf v. Geidern lesen: Graf v. Goldern, auf derselben Seite und Spalte Z. 30 v. u. statt VI. Ausschuß: IV. Ausschuß; ferner auf S. 293 Sp. 3 Z. 30 v. u. statt Rendburg: Rendsburg.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Börse.

Frankfurt, 20. März. Metall. 5pCt. 76; 4pCt. —; 3pCt. —; Bankactien 1320; Taunus-Eisenbahn-Actien 280; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 38; bayer. Ludwigs-Bexbacher-Eisenbahn 82; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Wien, 18. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 86; zu 4pCt. in CM. 72; zu 3pCt. in CM. 59; Bankactien per Stück —; Nordbahn 100.

Amsterdam, 18. März. 2½ pCt. 41; 3pCt. 48; 4pCt. 60; Synd. 3½ pCt. 61½; Handels-Maatschappy 133½; Ard. 7¼; port. 3pCt. 13; 5pCt. Metall. 60.

Paris, 18. März. 3pCt. 51 Fr. 50 C.; 5pCt. 74 Fr. 50 C.

London, 17. März. Consols 81.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 23. März: „Die Musketiere der Königin," Oper von Halevy.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. H. Fürst Thurn und Taxis von Regensburg.

Hôtel Maulik. Frau v. Berthenstein v. Leipzig.

Gold. Hahn. HH. Baron v. Stein, Partikulier v. Augsburg; Klaudek, Oberlieutenant v. Wien; Saladin, Dr. med. v. Bonfilo; Arnold, Verwalter v. Würzburg.

Blaue Traube. HH. Falermayer, Advocat, und Nepklau, Gastwirth von Augsburg; Titus, Advocat, Dr. Morgenstern, Hezer, Redacteur, Grenz, Baumeister, Ulich, Rothgerber, Reichert, Bräuer, Dr. Brendl, Arzt, Ulich, Particulier, Brackhard, Kaufmann, Schlefing, Advocat, Schroppel, Conditor, Büchs, Dalerer, Scholz, Neithart, Adelmanreder, Lohr, Wertheimer, Kaufleute v. Bamberg.

Getraute in München.

HH. Johann Georg Bengeser, Bürger und Tischlergeselle dah., mit M. A. Walb. Feldle, Zimmermeisterstochter v. Nonheim; Eduard Julius Friedrich Muck, Unterlieutenant im Infanterieregimente König dah., mit Frl. Anna Regina v. Rogister, Majorstochter v. Speyer

Gestorbene in München.

Johann Doll, Fuhrwesens-Seldat v. Schwabmühlhausen, Ldg. Schwabmünchen, 22 J. alt; Friedrich Wilhelm Breul, Secretär bei der k. Staatsschuldentilgungscommission, 58 J. alt; Franziska Hochlauer, Taglöhnerswittwe von Nymphenburg, 74 J. alt; Johanna Maier, Wäscherin v. h., 51 J. alt; Mathias Sallinger, Käsläufer v. h., 57 J. alt; Franz Xaver Ammler, Steuerliquidationscommissär v. h., 65 J. alt.

Bekanntmachung.

2336. (2a) Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Haus der Josepha Kreilmayer, Nro. 2 im Habergäßchen, am

Mittwoch den 3. Mai Vormittags 10 — 12 Uhr

im Bureau des k. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Zöhnle zum ersten Male öffentlich versteigert.

Dasselbe ist mit der Wohnung zu ebener Erde 3 Stockwerke hoch, hat außerdem eine Dachwohnung und einen mit Holz überlegten Keller.

Es wurde am 1. d. Mts. gerichtlich auf 2200 fl. geschätzt, steht mit 1800 fl. in der Brand-Assecuranz, auf demselben lasten 200 fl. Ewiggelder und 1434 fl. Hypothek-Capitalien. Kaufslustige werden unter dem Beifügen geladen, daß sich der Hinschlag nach den Bestimmungen des §. 64 des Hypothekgesetzes und der §§. 98 — 101 der Novelle vom 17. Nov. 1837 richte.

Sign. am 18. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

Steinle.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

2310. (3a) Dienstag den 18. April 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat März 1847, und zwar von

Nro. 30,082 bis 48,436.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Mittwoch den 26. April 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 22. März. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

L. Negrioli, Mag.-Rath.

Schnetz, Cassier. — Offenbranner, Controleur.

2338. Soeben ist bei mir erschienen und durch alle Buchhandlungen zu erhalten (in München in Joh. Palm's Hofbuchhandlung):

Ideen
zu einer
teutschen Reichsverfassung
von
Dr. Eisenmann.
Pr. geh. 24 kr.

Erlangen, 18. März 1848.

Ferd. Enke's Verlagsbuchhandlung.

Erklärung.

Seit meiner Abreise von Landsberg geben mehrere Blätter über mich und die Art meiner Amtirung Nachrichten, welche, wenn sie wahr wären, jedes Menschenherz empören und mich im höchsten Grade verdächtigen müssen.

Ich sehe mich daher bemüssigt, alle diese Gerüchte bezüglich auf meine Person und mein Amt Landsberg als Lüge und Verleumdung zu erklären, und indem ich die sehr geehrten Redactionen ersuche, auch dieser meiner Erklärung in ihren Blättern Raum zu gewähren, sichere ich die dereinstige Veröffentlichung des Ergebnisses der von der höchsten Stelle erbetenen Untersuchung, in wie ferne ich einmal von der gesetzlichen Ordnung bei meinem Amtsverfahren abgewichen, hiemit feierlich zu.

Regensburg den 18. März 1848.

Schönninger, Landrichter.

Nr. 75.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 29, auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärts: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Freitag — XLIX. Jahrgang. — 24. März 1848.

Deutschland.

Vom Rhein, 17. März. Da die alten deutschen Reichsfarben endlich wieder zu Ehren gekommen sind, so werden sie wohl auch an manchen Gegenständen angebracht werden, weßhalb es angemessen scheint, sich über ihre richtige Aufeinanderfolge zu verständigen. Sie müssen geschichtlich und heraldisch aufeinander folgen: schwarz, gelb, roth, jedenfalls gelb in der Mitte. Für deutsche Cocarden ist also schwarz im Mittelpunct, gelb ist der mittlere und roth der äußere Rand. Die schwarze Farbe entspricht dem Reichsadler, die gelbe dem goldenen Schilde, und die rothe dem Zipfel oder Wimpfel der Reichsfahne. Die Franzosen haben ebenfalls ihre Farben richtig geordnet: blau zuerst, weiß oder Silber in der Mitte, roth am Ende. (Karlsr. Z.)

Bayern.

Landtag.

München, 23. März. Heute erfolgte die Wahl des V. Ausschusses (Beschwerden). Gegenwärtig waren 118 Mitglieder; die absolute Stimmenmehrheit betrug sonach 60. Als Mitglieder desselben wurden gewählt im I. Scrutinium die HH. Abgeordneten: 1. Decan Förch, mit 103; 2. Decan Götz, mit 82; 3. Frhr. v. Künsberg, mit 76 Stimmen; im II. Scrutinium (Stimmende 107, Majorität 54) 4. Schnetzer, mit 75; 5. Dr. Rammoser, mit 57 Stimmen; im III. Scrutinium (Stimmende 112, Majorität 57) 6. v. Scheurl, mit 106; 7. Eppelsheim, mit 57 Stimmen.

*† München, 24. März. Se. Maj. der König wird morgen und am Sonntag mit dem kleinen Cortège dem Gottesdienst in der Allerheiligen-Hofkirche beiwohnen. Gestern erschienen JJ. MM. der König und die Königin zum erstenmal im Theater, und wurden mit rauschendem Jubel empfangen.

München, 22. März. Der königl. Reichsarchivar, Geheimrath Frhr. v. Hormayr, wurde noch von König Ludwig zum Staatsrath im außerordentlichen Dienst ernannt. (A. Z.)

München. Seiner, des hochwürdigsten Hrn. Erzbischofs, Grafen v. Reisach, Excellenz, hat die königl. Polizeidirection keinen Anstand genommen, dem ausgedrückten Wunsche gemäß zu eröffnen, daß die in Umlauf gebrachten Gerüchte, als seyen Geistliche als Urheber von Unruhen gefänglich eingebracht worden alles Grundes entbehrt. Wie denn auch bis jetzt die Anschuldigung aufregender Ansprachen an die auf der Straße versammelte Volksmasse, so weit diese Anschuldigung gegen ungenannte Geistliche oder den geistlichen Stand überhaupt gerichtet war, sich noch in keiner Weise begründet hat. (Bayer. Bl.)

≈ Vom Mittellech, 15. März. Der Sturm, der in den jüngsten Tagen an den Gestaden der Isar brauste, hat sich, wiewohl mit schwächerem Wellenschlage auch bis an die Ufer des Lechs fortgepflanzt. Sie erwarten gewiß von ihrem Correspondenten vom Mittellech, daß er Ihnen hierüber Thatsächliches berichte. Allein derselbe steht den zu besprechenden Begebenheiten nicht nahe genug, um als Augenzeuge sprechen zu können, und muß sich daher blos an die verbreiteten Gerüchte halten in der Hoffnung, daß Ihre Leser bald von besser Unterrichteten mit der vollen Wahrheit bedient werden. Dunkle Sagen schlichen an dem Lech herauf, die darin ihren Einigungspunct fanden: „Sie haben den Landrichter von Landsberg fortgejagt.“ Einige Tage später hieß es: „Sie haben auch den Landrichter von Schongau fortgejagt.“ Solche Nachrichten, die noch dazu gewöhnlich mit den mannigfaltigsten Vergrößerungen ausgestattet werden, verbreiten schnell Schrecken und Betrübniß unter allen rechtschaffenen Bürgern und Bauersleuten. Darin sind alle Besseren einig, daß man auf dem Wege der Gewalt und der Auflehnung nicht zum guten Ziele gelange, möge nun der Grund der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit einem Beamten was immer für einer seyn. Stehen denn nicht auch die Staatsdiener unter den Gesetzen, sind sie nicht verantwortlich für ihre Vollziehung, können sie nicht wegen Verletzung derselben oder gar der Staatsverfassung bei ihren vorgesetzten Behörden oder beim Landtage belangt und von dem zustehenden Gericht bestraft werden? Besteht der Grund der Unzufriedenheit des Volks gegen die verjagten Beamten schon länger, oder erst seit einigen Tagen? Wenn das erstere der Fall ist, warum haben sich die Leute so lange geduldet und nicht die gesetzlichen Schritte zur Abhilfe gethan? In beiden Städten theilt sich ohne Zweifel wie allenthalben die Bevölkerung in die größere Mehrzahl der rechtschaffenen verständigen wohlgesinnten Bürger und anderer Männer von Bildung und Charakter, und in die kleine Minderzahl der Verschwender, Müßiggänger — kurz das Gesindel. Welche dieser beiden Classen hat nun rebellirt? Die erste? Dann haben wir nichts zu bemerken, die hoffentlich schnell und strenge zu führende Untersuchung wird uns Anhaltspuncte zu weiterer Beurtheilung geben. Hat der Pöbel die Excesse begangen, warum ist die Bürgerschaft nicht gegen ihn eingeschritten? Wozu tragen die Herren Bürger Nationalgarde-Uniform und Waffen, etwa blos um an den Geburts- und Namenstagen der königl. Majestäten Kirchenparaden zu machen? Oder war etwa zur Zeit, als die respectiven Städte den Druck ihrer Beamten als unerträglich zu fühlen anfingen, die Staatsgewalt suspendirt, so daß die Bedrückten keine Hilfe von Oben erwarten konnten, sondern zur Selbsthilfe schreiten mußten? Diese Fragen wünschen wir in der Münchener politischen Zeitung gründlich beantwortet. Das darf nicht verschwiegen werden, daß das Beispiel dieser Städte sehr schlimm auf einen weiten Umkreis gewirkt hat, und man trägt sich mit Gerüchten ähnlicher Scenen auch an anderen Orten. Die rohe Kraft wird auf solche Art entfesselt, und Jeder der irgend ein Amt zu verwalten hat, und es nicht Jedermann, besonders den Schlechtesten nicht recht machen kann, sieht sich der Brutalität solcher Menschen ausgesetzt. — Bis hierher hatten wir den Artikel geschrieben, als wir Nachricht erhielten, einige Auswürflinge gegen 30 an der Zahl in der Pfarrgemeinde Bernbeuern hätten sich zusammengerottet, um ihren Pfarrer zur Entfernung zu nöthigen, und wenn dies ihren Drohungen nicht gelänge, mit Gewalt in das Pfarrhaus einzubrechen, sich seiner Person zu bemächtigen und ihn auf die muthwilligste Weise zu mißhandeln. Diese Absicht sollen die Meuterer unverholen ausgesprochen haben. Wir suchten uns von der Ursache eines solchen Landfriedensbruches näheren Aufschluß zu verschaffen und erfahren, daß an der Spitze des Complottes ein seit Jahr und Tag suspendirter Beneficiat und ein Chirurg stehe. Ersterer trat nicht selbst auf, sondern überließ die Anführung des Zuges seinen Brüdern, letzterer aber betheiligte bei dem Attentat sich persönlich, und soll seit jenem vorläufigen Sieg geäußert haben, wenn der Pfarrer wieder zurückkomme erschieße er zuerst diesen, dann sich selbst. Der benannte Geistliche (Braunmüller) soll wegen seiner unverträglichen störrischen Gemüthsart, wegen seiner gehässigen Opposition gegen den Pfarrer in Untersuchung gezogen und versetzt worden seyn und als er den ihm angewiesenen Posten nicht annahm, wurde er suspendirt. Der Chirurg, so vernehmen wir, hasse den Pfarrer tödtlich, weil dieser seinen mörderischen Pfuschereien auf Leben und Tod schon einigemale entgegen getreten und durch rechtzeitiges Herbeirufen des Arztes das Leben mehr als eines seiner Pfarrkinder gerettet habe. Unmittelbarer Anlaß zum Ausbruch der Wuth soll das Verlesen des bischöflichen Hirtenbriefes über den christlichen Begriff der Freiheit und der königl. Proclamation vom 6. März gewesen seyn. Beide Documente habe der Pfarrer seinem Volke mit Begeisterung erklärt, dasselbe zum treuen Festhalten an König und Verfassung ermahnt, und die freudige Hoffnung einer glücklichen Zukunft ausgesprochen. Der Beneficiat behorchte mit einigen seines Anhangs vor der Kirchenthüre diese Worte, erklärte laut, daß es eine Entweihung der Kanzel sey, „Zeitungen“ auf derselben zu verlesen ꝛc. und am darauf folgenden Tag brach der Sturm los. Auffallend könnte es seyn, daß die große Mehrheit der Gutgesinnten der Schmach nicht begegnete, die sich von nun an an den Namen Bernbeuern heften zu sollen scheint. Allein wir glauben dies erklären zu können, theils aus der im weiten Umkreise zerstreuten Lage der Einödhöfe, wohin die Kunde des Vorfalls erst nach dessen Vollendung gekommen seyn kann, theils aus dem Umstande, daß der gewarnte aber auf sein gutes Recht vertrauende Pfarrer durchaus keine Gegenanstalten traf und nicht einmal die dortige Gensdarmerie-Station von dem Vorhaben in Kenntniß setzte, die denn auch wirklich auf dem Platze des Tumultes nicht erschienen sey, theils endlich aus des Pfarrers entschiedener Ablehnung der angebotenen Hilfe, Gewalt mit Gewalt abzutreiben. Mit welcher Frechheit die Frevler sich ihres Triumphes freuten und diesen zur Einschüchterung der übrigen Parochianen benützten, soll sich auch daraus ergeben haben, daß sie in der darauf folgenden Nacht in sehr vielen Häusern die Fenster eingeschlagen haben. Sogar der vom Landgericht heimkehrende Expresse, der dorthin die Anzeige brachte, soll meuchlerisch angefallen, und durch einen Steinwurf verletzt worden seyn. Daß ein gesetzlich geordneter Zustand wiederkehre, und das Strafgesetz auch für sie in Anwendung gebracht werde, scheinen die Tumultuanten im Taumel der Leidenschaft nicht bedacht zu haben. Die Veranlassung und die Schande der Excesse einer brutalen Pöbelherrschaft den Ufern des Lechs entlang, gebührt nach unserem Dafürhalten unstreitig dem nach auswärts vielfach entstellten Vorfall in Landsberg, der ein schlechtes Beispiel den Bewohnern des Lechrains zu geben nicht verfehlte. Möge uns ein schnelles Proceßverfahren gegen die neuesten Wuthausbrüche des Pöbels in den Provinzen vor weiteren Störungen des Landfriedens bewahren. Was eine etwa nothwendig werdende militärische Besetzung widerspenstiger Gemeinden kosten würde, mag das neueste Beispiel eines bayerischen Marktfleckens lehren, wo der vierundzwanzigstündige, nur durch Vorsicht gebotene Aufenthalt einer Compagnie von 120 Mann 105 fl. Verpflegungskosten in Anspruch nahm.

Augsburg, 23. März. Im Laufe des gestrigen Tages wurde von dem hier garnisonirenden königl. Militär und von der Landwehr der Eid der Treue dem neuen Herrscher geschworen.

Württemberg.

Durch königl. württembergische Verordnung vom 17. d. ist, im Einverständniß mit andern Staaten des Zollvereins, auf Grund des Art. 3 des Zollgesetzes vom 15. Mai 1838 die Ausfuhr von Pferden über die Zollvereinsgrenze auf 6 Monate verboten. Uebertretungen dieses Verbotes werden als Contrebande in Gemäßheit des Zollstrafgesetzes vom 15. Mai 1838 geahndet.

Stuttgart, 22. März. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde der Commissionsantrag über das Volksbewaffnungsgesetz mit der Veränderung angenommen, daß die Wünsche der Commission nicht einzeln berathen, sondern der Regierung blos zur Kenntnißnahme überwiesen werden sollen. Das Gesetz ist somit von der Kammer angenommen. Das Gesetz über Aufgebot der Landwehr wurde angenommen.

Tübingen, 21. März. Unserem Ludwig Uhland, der nun wirklich nach Frankfurt abgeordnet ist, wurde heute Abend von Stadt und Universität ein glänzender Fackelzug gebracht. Die Stadt hat den Gefeierten mit dem Ehrenbürgerrecht beschenkt.

Hohenzollern-Hechingen.

In einer Proclamation Sr. Durchlaucht des Erbprinzen Karl von Hechingen an das Volk vom 14. März sind folgende Puncte enthalten: Namens und aus Auftrag des Landesherrn. 1) Wir verzichten auf unsere Jagdrechte in allen uns nicht zugehörigen Forsten und Feldern und heben die Jagdfrohnen auf. 2) Von dem 1. Mai d. J. mit Beendigung der diesfallsigen Pachtverträge ist der Verkauf der Asche und der Lumpen unbedingt freigegeben. 3) In unsern grundherrlichen Orten erlassen wir die Landgarbe von jetzt an ohne Entschädigung. 4) Die Vogtfrüchte und Vogtabgaben, so weit sie von Gemeinden und Privaten zu reichen sind, so wie die Rauchabgaben, Herbst- und Fastnachthühner lassen wir in unseren grundherrlichen Orten gleichfalls unentgeltlich nach. 5) Die unserer Dominialverwaltung unmittelbar zustehenden Bannrechte sind ohne Entschädigung aufgehoben. 6) Desgleichen alle Frohndienste und Frohngelder. Für die weiteren Petitionen ist schleunige Erledigung zugesagt, und schließlich heißt es: „Die Verfassung werde eine Wahrheit! Damit unsere öffentliche Verwaltung einen volksthümlichen Charakter bekomme, so wünschen wir, daß bis zum Zusammentritt des Landtages jedes Oberamt einige Männer aus dem Volke, welche euer Vertrauen genießen und verdienen, durch euere Wahl zu seiner Berathung und Unterstützung erhalte, in welcher Beiordnung Ich eine Bürgschaft zur Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit erkennen würde."

Baden.

Karlsruhe, 21. März. Sicherm Vernehmen nach hat Markgraf Wilhelm in Folge der bekannten Wünsche der Offenburger Volksversammlung dem Großherzog die Bitte eingereicht, ihn von seiner Stelle als Commandirender des großherzogl. Armeecorps zu entheben. (Karlsr. Z.)

Karlsruhe, 21. März. Es heißt, das 8. Bundes-Armeecorps (Württemberg, Baden, Hessen) werde mobil gemacht werden. Zugleich wird versichert, daß eine beträchtliche Anzahl Unterofficiere zu Officieren befördert werden soll. — Gestern Abend wurde dem badischen Bundestags-Gesandten, Hrn. Welcker, von dem hiesigen Sängerbund eine Serenade gebracht. (Karlsr. Z.)

Karlsruhe. In der ersten Kammer erstattete der Frhr. v. Andlaw einen Commissionsbericht über die Petition von 30 Heidelberger Professoren in Betreff der deutschen Nationalanliegen. Er sagt: „Wir bedürfen zur doppelten Befestigung unserer Zustände: 1) einen deutschen Fürstentag zur augenblicklichen Ergreifung gemeinsamer Maßregeln im Interesse des gesammten Vaterlandes, und 2) ein deutsches Parlament zur nachhaltigen Belebung des Volksgeistes im Sinne nationaler Erhebung, zum Schutze nach Außen und zur Erkräftigung gemeinsamer, unabweisbarer Schöpfungen im Innern." Die deutsche Einheit erheischt für die Energie und Schnellkraft der Ausführung der Grundgesetze und der Stellung nach außen unbedingt ein sichtbares Haupt, einen deutschen Kaiser, nicht etwa eine „Leiche der Gruft," sondern eine erhabene, lebensvolle Gestalt der Wirklichkeit, den Ausdruck deutscher Kraft und deutscher Majestät. Der Fürstentag erwähle diesen Kaiser. Er sey ein primus inter pares, der Fürst der deutschen Fürsten, und der Mann der deutschen Hoffnung und des deutschen Volkes, jedem nahe und über allen stehend; er sey der oberste Heerführer zur Abwehr feindlichen Uebermuths, kein Eroberer anderer Länder, nicht ein Gefährder fremder Nationalitäten, sondern der allgemeine Hort deutscher Nationalität und der moralische Schutz gegen mögliche Willkür im Innern von oben und von unten. Ein solches Oberhaupt thut Deutschland, thut seinen Fürsten wie seinen Völkern noth.

Die Offenburger Volksversammlung, welche die Republik weder ausgerufen, noch sonst einen republikanischen Charakter getragen, hat folgende Beschlüße gefaßt: Zunächst soll auf Volksbewaffnung (Volkswehr) und Verschmelzung des stehenden Heers mit der Bürgerbewaffnung gedrungen werden. Das Mißverständniß, als solle das stehende Heer sofort abgeschafft werden, rief lebhafte Opposition hervor; das gehe nicht, das dürfe nicht seyn, und dabei ward mit allgemeiner Acclamation auf den von Westen drohenden Krieg gewiesen. Die erste Kammer, mehrere (die unter der Censur und Polizeigewalt gewählten reactionären, unfreien) Mitglieder der zweiten Kammer, einige Mitglieder der Regierung (von der Versammlung auf den Kriegsminister beschränkt) haben das Vertrauen des Volkes nicht; gegen erstere daher Wunsch einer Revision der Verfassung, wegen der zweiten Kammer Wunsch des Austritts. Bei dem dritten Punct wurde, wegen Krankheit des neuernannten Justizchefs Brunner, Hecker von der Versammlung genannt. Er lehnte ab, man beschwichtigte sich; wie auch recht tactvoll überall die Forderung nach Nennung der Namen. Beseitigung dessen, was man Camarilla nenne, und des Einflusses einer dem Großherzog nahestehenden Persönlichkeit. Abschaffung aller Abgaben, mit Ausnahme der Zollvereinsabgaben und directen Steuern; zur Deckung die Einführung einer progressiven Einkommen- und Vermögens-Steuer. Verminderung des Vermögens in der todten Hand; aus der Versammlung: die Geistlichkeit habe zu viel, die Schulen zu wenig! — deßhalb Ausgleichung, was des geistlichen Gutes zu viel sey, möge auf Schulen verwendet werden. Abschaffung der Stolgebühren. Antrag auf Abschaffung aller Vorrechte; aus der Versammlung: wohlfeilere Regierung. Abschaffung aller unverdienten Pensionen. Auf das „unverdient" ward im Volk der Nachdruck gelegt. Man sagt mir, es sey eine gleiche Versammlung für das Unterland nach Heidelberg auf den 26. d. Mts. beantragt und ausgeschrieben worden. (A. Z.)

Nassau.

Wiesbaden, 16. März. Das Gesetz über die allgemeine Bewaffnung ist erschienen und wird ohne Zögern in Vollzug gesetzt. Die öffentlichen Berathungen über das neue Wahlgesetz sind geschlossen und die Verhandlungen darüber der Ständekammer übergeben. Das Einkammersystem und die unbeschränkte Wählbarkeit sind beliebt worden; über das Wahlrecht weichen die Ansichten noch von einander ab. (M. Z.)

Die fürstl. Metternich'sche Domäne Schloß Johannisberg ist vorläufig von der nassau'ischen Regierung in Beschlag genommen, und an die reichgefüllten Weinkeller sind die Gerichtssiegel gelegt worden. Als Beweggrund dieser Maßregel gibt man die Ansprüche des Fiscus wegen rückständiger Abgaben an, welche einzufordern derselbe seit 33 Jahren bis jetzt Anstand genommen hatte. (Schw. Mkr.)

Gr. Hessen.

Darmstadt, 16. März. In der heutigen Sitzung zweiter Kammer legte General v. Bechtold einen Gesetzentwurf in Betreff des Armeecorps vor, der im Auszuge wesentlich verfügt: 1) Alle körperliche Züchtigungen der Soldaten sind aufgehoben. 2) Es finden keine Degradationen der Soldaten, sondern Versetzung in Strafclassen, als Strafe, statt. 3) Die Wirkungen dieser Versetzung sind: strenge disciplinarische Aufsicht, Verlust der Ordens- und Dienstzeichen. Demnach sollen die betreffenden Artikel des Militärstrafgesetzbuches bis zur allgemeinen Revision abgeändert werden. (Frkf. Bl.)

Darmstadt, 20. März. Das heutige Regierungsblatt verkündet eine politische Amnestie. Allen wegen politischer Verbrechen oder Vergehen Verurtheilten ist ihre Strafe oder der Rest ihrer Strafe erlassen; die wegen solcher Vergehen oder Verbrechen anhängigen Untersuchungen sind niedergeschlagen. (Karlsr. Z.)

Preussen.

Gestern habe Ich bereits ausgesprochen, daß Ich in meinem Herzen vergeben und vergessen habe. Damit aber kein Zweifel darüber bleibe, daß Ich mein ganzes Volk mit diesem Vergeben umfaßt, und weil Ich die neu anbrechende große Zukunft Unseres Vaterlandes nicht durch schmerzliche Rückblicke getrübt wissen will, verkünde Ich hiermit: Vergebung allen Denen, die wegen politischer oder durch die Presse verübten Vergehen und Verbrechen angeklagt oder verurtheilt worden sind. Mein Justizminister Uhden ist beauftragt, diese meine Amnestie sofort in Ausführung zu bringen. Berlin, den 20. März 1848. Friedrich Wilhelm. Alle Gerichte und der Herr Generalprocurator am Königl. Appellations-Gerichtshofe zu Köln haben für schleunige Ausführung des vorstehenden Allerhöchsten Erlasses zu sorgen und demgemäß alle dadurch Amnestirten, sofern sie nicht zugleich wegen anderer Vergehen oder Verbrechen sich in Haft befinden, auf freien Fuß zu setzen. Berlin, den 20. März 1848. Der Justizminister Uhden.

Eine zweite Cabinetsordre lautet: „Die bereits vor dem Erlasse vom 19. d. M. eingegangenen Entlassungs-Gesuche der Justizminister von Savigny und Uhden, so wie des Ministers Grafen zu Stolberg, habe Ich heute gleichfalls genehmigt. Zum Justizminister habe ich den Dr. der Rechte Bornemann ernannt, und den Präsidenten der Handelskammer, Camphausen, zu Mir berufen, um Mir fortan gleichfalls als Minister zur Seite zu stehen. Die Directoren der beiden Ministerien werden dieselben bis zur definitiven Besetzung verwalten. Berlin, 20. März 1848. Friedrich Wilhelm."

(Nachträge.) Berlin, 19. März. Als der König gestern Nachmittag vom Balcon des Schlosses seine Zusagen beschleunigte Einberufung des Landtags, Preßgesetz mündlich bestätigt hatte, erregten die unter dem Schloßportal stehenden Gardetruppen, freilich keine neue Erscheinung, vor Allem aber an der Stechbahn plötzlich und lebhaft aufreitende Cavallerie den Ruf: Militär fort! Auch verlangten viele Stimmen Bürgschaften für das Zugesagte. Auf Einmal stürmten die Dragoner von der Stechbahn mit gezogenem Säbel (so schreibt ein höchst glaubwürdiger Augenzeuge; in der Proclamation der vorigen Nacht steht: mit dem Säbel in der Scheide) über den Schloßplatz gegen die lange Brücke. Alles floh unter verwirrtem Schreckgeschrei und Unwillen auseinander. Da fielen zwei oder drei Schüsse. Wie aus Einem Mund erscholl da der Ruf: Verrath, Rache! und noch Aergeres: Zu den Waffen! von den nach allen Richtungen Flüchtenden. Wo sich ein Officier sehen ließ, gerieth er in Lebensgefahr. Die Rinnsteinbrücken wurden aufgerissen, in allen Straßen Barricaden errichtet. Kaum 1½ Stunde verstrich, und das Feuern begann von allen Seiten. Bald mischte sich Kanonendonner hinein. Das Blutbad muß furchtbar gewesen seyn. Ein Wagen verwundeter Soldaten nach dem andern kam nach der Charité. Heute gegen 10 Uhr schwieg das Feuer allmälig. Viele Barricaden sind von den Truppen genommen. In der Prenzlauer Straße soll das Volk eine Batterie erobert haben. Die Erbitterung ist furchtbar gesteigert. (D. A. Z.)

Berlin, 19. März, 10 Uhr Morgens. Das Feuern einiger Soldaten hat gestern Abend zu einem furchtbaren Aufstande das Signal gegeben. Ueberall wurden Barricaden errichtet. Von 4½ Uhr an war der Straßenkampf allgemein. Es folgte Salve auf Salve bis heute Morgen gegen 5 Uhr. In der Friedrichsstraße, Jägerstraße feuerte man mit Kanonen. Das Polengefängniß ward angegriffen, die Gefangenen sind aber nicht befreit worden. In der Nacht brannte es in der königl. Eisengießerei. Ein Theil der Studenten hat lebhaften Antheil genommen. (D. A. Z.)

Berlin, 19. März, Mittag. Berlin befindet sich seit gestern 3 Uhr in einer der furchtbarsten Revolutionen, welche die Geschichte je erlebt. Um 2 Uhr war die Hälfte der Bürgerschaft vor dem Schlosse versammelt, um vom Könige Bescheid über eine eingereichte Petition zu erhalten. So oft sich der Monarch zeigte, wurde er mit den lebhaftesten Hurrahs empfangen. Das Volk verlangte, daß die Truppen vor dem Schlosse entfernt werden sollten, als sich die Bürger plötzlich von dem Militär umzingelt sahen und zwei Schüsse abgefeuert wurden. „Verrath! Verrath!" war jetzt das Losungswort, „zu den Waffen!" Binnen einer halben Stunde erblickte man durch die ganze Stadt Barricaden an Barricaden, und der Kampf beginnt. Franzosen, welche die

letzte Pariser Revolution mitgemacht, erzählen, daß Berlin Paris übertroffen habe. Um 3 Uhr begann das Feuern und dauerte bis heute Morgens 3 Uhr ununterbrochen fort. Das Militär schoß mit Kartätschen, Kanonaden hielten oft 1½ Stunde an. Von den Dächern wurde das Militär mit Steinen, Ziegeln, kochendem Wasser ꝛc. verfolgt. Die Bürger haben 9 Kanonen und eine Caserne erobert. Unzählige Opfer fielen auf beiden Seiten, aber doch unverhältnißmäßig mehr auf der Seite des Militärs; zwei Stettiner Compagnien haben einen Obrist und zwei Officiere verloren und strecken die Waffen; die Neuchateler Truppen sind übergegangen. Die Stadt bietet den Anblick eines Schlachtfeldes, von hundert zu hundert Schritt steht ein Regiment, während das Volk seine Barricaden vertheidigt, von welchen es allerdings mehrere verloren hat. An der Zerstörung einer Barricade mußte eine 1½ stündige Kanonade arbeiten, über 100 Kanonenschüsse wurden daran verwendet, so fest war sie. Volk und Truppen ruhen jetzt, obgleich noch immer in einzelnen Straßen der Kampf fortgesetzt wird. Gegen Abend wird der Kampf wieder aufgenommen werden. Die Stadt bietet den Anblick der Verwüstung, Scheiben zerschmettert, viele Dächer abgedeckt. Heute Morgen erläßt der König eine Proclamation, worin er um Einstellung des Kampfes bittet, macht aber keine Concessionen. Die Studenten halten sich tapfer, Fahnen mit der Tricolore werden umher getragen, Postwagen, Omnibus u. s. w. barricadiren. Die werthvollen Pakete eines umgestürzten Postwagens besorgten die Arbeiter an die Post zurück. Eigenthum und Personen wurden auf's Musterhafteste geschont. Viele Feuersbrünste brachen in der Nacht aus; die Sturmglocke läutet unaufhörlich, um die Landleute herbeizurufen. Viele todte Pferde liegen auf den Straßen; unsere Schützen haben sich hervorgethan. Heute werden unaufhörlich Todte und Verwundete durch die Straßen getragen. Mehrere unserer ausgezeichnetsten Bürger (v. Heyne u. A.) sind gefallen. Treten von der 50,000 Mann starken Garnison noch einige Regimenter über, so ist das Volk Sieger. Der König nennt in der Proclamation seine Truppen siegreich, und bezeichnet die gestellten Bitten als von Fremden ausgehend und das Schießen ein Mißverständniß. In diesem Augenblicke (Mittag) Kleinfeuer und Kampf in der Königsstadt. (C. v. u. f. D.)

(Nachschrift.) Man spricht von siebenzehnhundert Bürgern, die geblieben sind; Militär mehr als noch einmal so viel. Alles läuft und sucht seine Verwandten. In Wachthäusern liegen die Leichen mannshoch übereinander. Tausende von Wittwen und Waisen hat uns die Nacht gebracht. Wenn der Kampf fortgesetzt wird, müssen noch viele Tausende fallen, denn das Militär wüthet furchtbar. So drang es auf die Dächer und warf eine große Anzahl Menschen auf die Erde herab, weil ein Stein heruntergeworfen worden seyn sollte.

Berlin, 19. März, Mittag. Das Eigenthum ist überall verschont worden, nur Wagen, Tonnen und Utensilien ähnlicher Art hat man überall weggenommen zu den hohen aufs kunstgerechteste construirten und mit neuen tiefen Gräben versehenen Barricaden. Auch fanden es die Schenkwirthe für gut dem Volke unentgeltlich Getränke zu reichen. Dagegen blieben die Laternen sowie die Eisenbahnen unangetastet. Zwei Casernen sind in Brand gesteckt worden. Viele Menschen sind geblieben. Aus einem einzigen Hause in der Leipzigerstraße trug man diesen Morgen 26 todte Soldaten, aus einem andern 20 Studenten, die hier sämmtlich von den eindringenden Soldaten niedergestochen worden waren, nachdem sie aus dem Hause auf die Soldaten lebhaft gefeuert hatten. Die dreifarbige deutsche Cocarde ist aufgetaucht, von Republik aber nicht die Rede. (A. Z.)

Berlin, 19. März, Nachmittags 5 Uhr. Die allgemeine Bürgerbewaffnung ist erobert. Ein neues Princip für Preußen, eine empfindliche Beeinträchtigung der Militäraristokratie. Um 11 Uhr noch weigerte sich der König entschieden. Der Abzug der Truppen schien die äußerste Concession; aber der Tumult im Schlosse nahm kein Ende. Die zur Schau getragenen Leichen boten einen entsetzlichen Anblick, und das Anstimmen von Grabliedern klang schauerlich. Während noch über die Volksbewaffnung in den Umgebungen des Königs Unentschiedenheit herrschte, wurde unten im Schloßportal dem Präsidenten v. Minutoli eine Bittschrift von achtbaren Bürgern eingehändigt. Man sagt, sie wäre in aller Eile von Karl Gutzkow verfaßt worden. Minister von Arnim erklärte, man dürfe von der Volksbewaffnung sprechen, wenn man nur dem Schlosse Ruhe vergönne. Patriotische Bürger übernahmen eine Beschwichtigung. Fürst Lichnowski bestimmte Dr. Gutzkow, das Volk anzureden. Letzterer ging darauf ein, wurde emporgehoben und sprach zur versammelten Menge: man erwarte als einziges Mittel, alle freudigen und schmerzlichen Gefühle dieser Tage in einer erhebenden Thatsache zu vereinigen, die Bestimmung einer Volksbewaffnung. Die Proclamation des Königs wäre in einem zu versöhnenden Ton abgefaßt, als daß man nicht hoffen dürfte, er werde die Nothwendigkeit dieses Mittels erkennen. Sollte nicht früher die Bewaffnung gewährt werden, so möchte man sich Nachmittags um 4 Uhr auf dem Exercierplatze versammeln und dort die Erledigung dieser Frage wieder aufnehmen. Wenige Zeit darauf erschien der König und verkündete die vollständige Gewährung einer Bürgergarde. In diesem Augenblicke, wo die Volkswuth das Haus des Hauptmanns v. Preiß demolirte, wurden aus dem Zeughause Gewehre abgeliefert. (D. A. Z.)

Berlin, 19. März, Abends 9 Uhr. Das Schloß, die Hauptwache, die Paläste der Prinzen sind von Bürgern bewacht, und eben solche machen zur Sicherheit die Runde durch die Stadt! Der als Pöbel verschriene Theil der Berliner Bevölkerung focht heldenmäßig, die als zahm verschrienen Studenten waren entschlossene, kühne und geschickte Anführer, die junkerschaftlichen Häuptlinge der Armee sind gedemüthigt. (A. Z.)

Berlin, 20. März. Um 1 Uhr Mittags öffnete sich die Pforte des Staatsgefängnisses bei Moabit. Die gefangenen Polen zogen aus. Die Stunde der Befreiung hatte für sie geschlagen. Im Triumphzug nahmen sie ihren Weg nach dem königl. Schlosse. Eine große Menschenmasse begleitete sie und ließ jubelnd Lebehochs für sie erschallen. Man spannte die Pferde von dem Wagen, auf welchem Mieroslawski sich befand, und Menschen zogen den Befreiten den ganzen Weg entlang bis zum Schlosse, von dort zurück bei der Universität vorbei. Auf dem ganzen Wege wehten weiße Tücher, von Frauenhänden geschwungen, aus den Fenstern. Mieroslawski, auf dem Wagen stehend, hielt eine schwarz-roth-goldene Fahne in der Hand und erwiederte durch Gebehrden und Fahnenschwingen die begeisterten Zurufe des Volks, das in außerordentlich starker Menge die Befreiten begleitete. Als der Zug auf dem Schloßplatze war, erschien der König auf dem Balcon. (J. H.)

Breslau, 17. März. Gestern haben hier abermals ohne weitere Veranlassung, die Cuirassiere auf eine Schaar von Bürgern scharf eingehauen und mehrere verwundet. Die Erbitterung ist groß. Die Fürstin v. Metternich ist in Breslau am 15. d. angekommen. (D. Z.)

Breslau, 18. März, Abends. So eben sind Briefe aus Krakau angekommen, welche von einem daselbst ausgebrochenen Aufstande melden. Eine große Anzahl bewaffneter Polen soll vor das Haus des Grafen Deym gedrungen seyn und die sofortige Freilassung sämmtlicher politischer Gefangenen verlangt haben. Die Behörden sollen diesem Verlangen nachgegeben haben, worauf die Wiederherstellung der Republik proclamirt worden wäre. (C. v. u. f. D.)

Braunschweig.

Braunschweig, 18. März. Se. Hoheit der Herzog hat heute den Beschluß, die Ständeversammlung schon auf den 31. d. Mts., statt auf den früher bestimmten 25. k. Mts. (Geburtstag Sr. Hoheit) zu berufen, veröffentlichen lassen. (Allg. Pr. Z.)

Oldenburg.

Oldenburg, 13. März. Wir vernehmen so eben aus sicherer Quelle, daß die großherzogl. Regierung in einem, sämmtlichen Unterbehörden in Betreff der vorzunehmenden Wahlhandlung zugegangenen Rescript erklärt habe, daß es in der höchsten Absicht liege, die Vertreter des Landes mit beschließendem Stimmrecht in Einer Kammer zu vereinigen. (Brem. Z.)

Hannover.

Hannover, 19. März. Der Geheimrath v. Falcke ist entlassen. Die Bürger waren entschlossen, auf seinem Rücktritt zu bestehen. Dieser Forderung kam man zuvor. (D. A. Z.)

Oesterreich.

Am Schlusse eines geistvollen Aufsatzes „Neu-Oesterreich im „Nürnberger Correspondenten" ruft der edle exilirte Schuselka aus Hamburg seinem Vaterlande zu: Auf denn, gewaltiges Oesterreich! vorwärts! Ruhmvoll bist du in die Geschichte der neuen Zeit eingetreten, freudig überrascht blickt die Welt auf dich und jubelt dir Beifall und Bewunderung zu: Auf denn! Entfalte im Lichte der Freiheit die lang verschlossenen Schätze, mit denen dich Gott gesegnet, richte auf deine in den Jahrhunderten herangereifte altehrwürdige Größe im Jugendschmucke der Gegenwart. Erfülle deinen hohen Ostberuf zu seyn ein Reich des Lichtes und dorthin, wo in frevelndem Widerspruche mit der Natur vom Osten die Finsterniß hereinbrechen will, zu werden ein Herold des Sonnenaufganges humaner Bildung und Freiheit!

Innsbruck, 20. März. Das kaiserl. Patent über Preßfreiheit mit der Verkündigung einer Constitution für die gesammte Monarchie hat hier die freudigste Bewegung hervorgerufen. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Die „Preßburger Zeitung" berichtet über die Reichstagssitzung der Magnaten vom 14. März: Der Eintritt des Erzherzogs Reichspalatins verursachte einen unbeschreiblichen Beifallssturm. Er sprach: „Hohe Magnaten! Aus der Verzögerung der vor mir liegenden und eben verlesenen Repräsentation wage ich die Hoffnung zu schöpfen, daß die hohen Magnaten diese ihrem ganzen Umfange nach anzunehmen belieben. (Beifallssturm. Ja wir nehmen sie an — nachhallender Freudenruf von dem Auditorium, welches beinahe nach jeder Pause des hohen Redners sich anhaltend stürmisch wiederholte). Indem ich sehe, daß die hohen Magnaten diese Petition einstimmig — annehmen, kann ich meinen Wunsch nicht unterdrücken, in Folge dessen meine heißeste Sehnsucht dahin strebt, daß dieser Reichstag erfolgreich sey (lebhafte Freudenbezeugung,) zugleich versichere ich Sie, daß ich in dieser Beziehung allen meinen persönlichen und selbständigen Einfluß anwenden werde, und daß ich es für meine Pflicht halte zur Entwickelung unserer Verfassungsmäßigkeit in jener Richtung, welche die löblichen Stände eingeschlagen haben, mit Ihnen Hand in Hand zu gehen. Zur Erreichung dessen kenne ich aber nur ein Mittel, nämlich: strenges Einverständniß und Zusammenhalten in diesen schweren Zeiten, wozu ich die hohen Magnaten auch bei dieser Gelegenheit vertrauensvoll auffordere."

Italien.

Die römische Constitution ist verkündigt! Wir erhalten das in 69 Artikeln abgefaßte „Statuto fondamentale del governo temporale degli Stati di S. Chiesa." Es ist vom 14. März datirt, und ward am 15. Mittags durch Maueranschlag verkündigt. Grenzenloser Jubelruf erfüllte die ewige Stadt. Das Cardinalscollegium bleibt ein von der Person des Papstes untrennbarer Senat. Für die Gesetzgebung werden zwei Rathsversammlungen mit deliberativer Stimmenkraft eingesetzt. Die eine Kammer heißt der hohe Rath, die andere der Deputirtenrath. Der Papst beruft, vertagt und schließt beide. Die Sitzungen dauern jährlich nicht über drei Monate. Drei Monate nach erfolgter Auflösung wird der Deputirtenrath auf's Neue durch Wahl berufen. Behufs einer gültigen Sitzung muß die Hälfte der Mitglieder anwesend seyn. Stimmenmehrheit entscheidet. Die Sitzungen sind öffentlich und die Verhandlungen werden gedruckt. Die Mitglieder des hohen Raths werden auf Lebenszeit ernannt; hohe Staatsämter, wissenschaftliche Verdienste und 4000 Scudi Einkommen befähigen dazu. Die Deputirtenkammer wird gewählt, so daß auf je 30,000 Seelen ein Deputirter trifft. Wähler sind außer den Ortsobern und Gemeindevorständen alle mit 12 Scudi jährlich Besteuerten. Wählbar sind die Besitzer eines Capitals von 3000 Scudi oder solche, die 100 Scudi Steuer zahlen, dann Collegiemitglieder, Universitätsprofessoren u. s. w. Die Wähler müssen 25, die Wählbaren 30 Jahre alt seyn. Die Deputirtenkammer wählt ihren Präsidenten und Vicepräsidenten selbst. Die Mitglieder beider Kammern dienen unentgeldlich. Alle Gesetze und Auflagen müssen von beiden Kammern discutirt und votirt werden. Kraft erhalten sie durch die Sanction des Souveräns. Die Gesetzvorschläge gehen vom Ministerium oder von einer

Digitized by Google

der Kammern auf Verlangen von 10 Mitgliedern aus. Kirchliche Angelegenheiten gehören nicht zum Bereiche der Kammern; eben so nicht die diplomatischen kirchlichen Angelegenheiten des heil. Stuhls. Finanzsachen und Handelsverträge müssen den Kammern vorgelegt werden. Directe Auflagen werden für ein Jahr, indirecte für mehrere Jahre zugestanden. Vorschläge, die in einer oder andern Kammer verworfen worden, dürfen in derselben Session nicht mehr vorgebracht werden. Nur die Deputirtenversammlung hat das Recht, die Minister in Anklagestand zu versetzen. Jeder majorenne Bürger hat das Petitionsrecht. Die päpstliche Civilliste ist auf 600,000 Scudi gestellt. Die Justiz ist für unabhängig erklärt; die persönliche Freiheit verbürgt; alles Eigenthum ohne Ausnahme hilft die Staatslasten tragen; die Bürgergarde ist Staatsinstitut. Die Censur in politischen Dingen hört auf; die kirchliche besteht fort, und ebenso bleiben die Theater der Censur unterstellt. — Die Jesuiten waren zum Abzug bereit; aber das gemeine Volk, welchem sie sich vormals, besonders zur Cholerazeit, sehr wohlthätig gezeigt, wurde schwierig, und so dürfen sie bleiben. — Die Zeitung von Neapel enthält jetzt das k. Decret über Errichtung der Guardia Civica. Eine Lazzaronibewegung ward niedergeschlagen. (A. Z.)

In Venedig ist es der „Allgemeinen Zeitung" zufolge am 18., wo man an Maueranschlägen Viva la repubblica, viva la gardia civica, viva Pio IX. las, zu blutigen Reibungen zwischen Militär und den zahlreich versammelten Volksmassen gekommen. Es sollen sieben aus dem Volke getödtet, viele verwundet worden seyn. Auch einige Officiere sind verwundet. Solch ein Ende hat ein anfänglich immenser Jubel über die Wiener Nachrichten genommen.

Am 19. ist in Mailand ein Aufstand ausgebrochen. Die Truppen, die sich weigerten, aufs Volk zu feuern, haben sich ins Castell zurückgezogen.

Frankreich.

Paris, 20. März.

General Subervic, bisher Kriegsminister ist zum Kanzler der Ehrenlegion an die Stelle des Marschall Gérard, und Hr. Arago, Mitglied der provisorischen Regierung, Marineminister, der Präsident der Commission der Nationalvertheidigung ist einstweilen mit den Functionen des Kriegsministers betraut worden.

Durch eine Depesche aus Berlin vom 14. März ist die Nachricht eingelaufen, daß der Kaiser von Rußland aufs bestimmteste erklärt habe sich ebenfalls jeder Einmischung in die Angelegenheiten Frankreichs zu enthalten, so lange Frankreich selbst nicht fremde Gebiete angreifen werde.

Die Regierung hat den Wahltermin für Ernennung der Officiere der Nationalgarde in Paris und dessen Weichbild auf den 5. April verlängert. Durch ein zweites Decret werden die Museen im Louvre, im Luxembourg und in Versailles, die Gallerien der ehemaligen königl. Residenzen und Regierungspaläste von der Verwaltung der Civilliste getrennt und dem Geschäftskreis des Ministers des Innern zugetheilt, der auch Sorge zu tragen hat, die dem Staate gehörigen Kunstgegenstände aufsuchen zu lassen, die ungebührlicher Weise unter die Privatdomäne gekommen seyn oder sich in öffentlichen Anstalten irgend einer Art befinden mögen. Die drei Manufacturen der Gobelins, von Sèvres und Beauvais kehren unter das Departement des Handels und Ackerbaues zurück. Endlich soll dem Marschall Ney auf der Stelle wo er erschossen worden, ein Denkmal errichtet werden.

Der „National" gibt folgende Statistik über die Wahlen, die der Minister des Ackerbaus und des Handels veröffentlicht hat. Die männliche Bevölkerung Frankreichs und darüber beträgt 9,350,000 Seelen. Dazu 925,000 in Algerien und den Kolonien, also im ganzen 10,275,000. Vorausgesetzt, daß alle diese Wähler abstimmen, so bilden 5,137,500 die Majorität des Wahlkörpers und da 900 Abgeordnete zu wählen sind, so kommen auf jeden 11.400 Wähler. Die Wählerschaft zerfällt in 2850 Kantone, jeder zählt also durchschnittlich 3600 Wähler.

Sämmtliche italienische Flüchtlinge, meist den lombardisch-venetianischen Staaten angehörig, haben eine Association gebildet, deren Präsident der bekannte Chef Jungitaliens, Joseph Mazzini, ist.

Am 10. März ist General Cavaignac, der neue Generalstatthalter in Algier angekommen. In Oran hatte man die Nachricht von Ausrufung der Republik über Spanien erhalten. Im ganzen Lande wurde die Staatsveränderung Frankreichs mit Jubel aufgenommen.

Großbritannien.

Der „Sun" vom 18. März meldet die am Morgen dieses Tages 8 Uhr im Buckinghampalast erfolgte glückliche Entbindung der Königin Victoria von einem Töchterlein. Es ist das sechste Kind, und Victoria ist 29. Jahre alt. — Der englische Gesandte in Paris hat durch den Telegraphen nach London melden lassen: Oesterreich habe alle diplomatische Verbindung mit Frankreich abgebrochen, ohne jedoch den Krieg zu erklären.

„Die Geschichte," sagt die „Times" „bietet keinen auffallenderen Gegensatz dar als den der gleichzeitigen politischen Aenderungen in Frankreich und Deutschland. Auf der einen Seite gewahren wir eine furchtbare sociale Erschütterung, begleitet von der Austreibung und Aechtung der letzten Zweige einer Königsfamilie, die gänzliche Vernichtung des ohnehin schwachen aristokratischen Elements und selbst eine Erklärung offener Feindseligkeit gegen die Burgeoisie, vom großen Capitalisten herab bis zum Kleinkrämer — die Verläugnung aller geschichtlichen Ueberlieferungen und eine Republik unter dem improvisirten Ansehen einer centralen Dictatur. Andererseits sehen wir Deutschland mit weit mehr wirklicher Energie und Einmüthigkeit an der Wiederherstellung seiner alten Reichswürde beschäftigt. Weit entfernt seine Fürsten zu ächten, hat es sie eingeladen, sich bei diesem Unternehmen an die Spitze zu stellen. Die Aenderungen in Frankreich deuten offenbar auf eine Auflösung aller Staatselemente, die in Deutschland auf den Wiederaufbau eines der mächtigsten Reiche Europas. Wir begrüßen daher mit der herzlichen Sympathie eines freien und blutsverwandten Volkes die Wiederentfaltung jenes glorreichen Symbols, des schwarz-roth-goldenen Reichsbanners; wir glauben, es war ein großer und glücklicher Tag für Europa, an welchem sich, im Herzen dieses Welttheils, eine Nation ernster, tapferer und bescheidener Menschen aus eigener Thatkraft erhoben hat, um ihre politische Macht wieder herzustellen und verjüngt aus langer innerer Zerspaltung in die Einheit zurückzutreten. Führe Deutschland sein unternommenes Werk nur klug und weise zum Ziel, und sein Kaiserthum wird glänzend wieder aufgehen. Der alte Barbarossa steigt mit des Reiches Herrlichkeit aus dem Grabe."

Viscount Hardinge traf am 15. März nach vierjähriger Abwesenheit in London bei seiner Gemahlin und seinen Töchtern ein, welche ihrem Gatten und Vater nicht nach Indien gefolgt waren, weil erstere keine längere Seereise vertragen kann.

Börse.

Frankfurt, 21. März. Metall. 5pCt. 75¼; 4pCt. —; 3pCt. —; Bankactien 1320; Taunus-Eisenbahn-Actien 265; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 38; bayer. Ludwigs-Bexbacher-Eisenbahn 82; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Wien, 20. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 83½; zu 4pCt. in CM. 72; zu 3pCt. in CM. 58; Bankactien per Stück 1220; Nordbahn 96½.

Amsterdam, 18. März. 2½pCt. 41; 3pCt. 48; 4pCt. 60; Synd. 3½pCt. 61¼; Handels-Maatschappy 133½; Ard. 7½; port. 3pCt. 13; 5pCt. Metall. 60.

Paris, 18. März. 3pCt. 51 Fr. 50 C.; 5pCt. 74 Fr. 50 C.

London, 18. März. Consols 80⅞.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonnabend, 25. März: (Gastvorstellung des Hrn. Fenzl und seinen Kindern Franz und Sophie.) „Die Waldnymphe", große Pantomime mit Ballet in 2 Acten von Fenzl; vorher: „Großjährig", Lustspiel in 2 Aufzügen von Bauernfeld.

Sonntag, 26. März: „Katharina Cornaro", Oper von Lachner.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Masen, Rentier v. London; Schratt, Kaufmann v. Coburg; Oswald, Privatier v. Augsburg.

Gold. Hirsch. HH. Dr. Hebe v. Rattenburg; Mockendorf, Kaufmann v. Dresden.

Hôtel Maulik. HH. Baron v. Beilbert, Privatier v. Ellwangen; Dr. Portmann v. Hanau.

Gestorbene in München.

Michael Stellmaier, Ministrant v. h., 19 J. alt; Veronica Ullmann, Hoffactorswittwe v. hier, 76 J. alt; Theres Suppan, Hofbauintendanzschlosserswittwe v. h., 67 J. alt; Joseph Pfanzl, Student v. Reichertsried, Ldg. Regen, 28 J. alt. — In der Au: Pr. Rabl, Pfarrer und Ritter des Ludwigs-Ordens, 79 J. alt.

Bekanntmachung.

2336. (2b) Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Haus der Josepha Kreitmayer, Nro. 2 im Habergäßchen, am

Mittwoch den 3. Mai Vormittags 10 — 12 Uhr

im Bureau des k. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Zöhale zum ersten Male öffentlich versteigert.

Dasselbe ist mit der Wohnung zu ebener Erde 3 Stockwerke hoch, hat außerdem eine Dachwohnung und einen mit Holz überlegten Keller.

Es wurde am 1. d. Mts. gerichtlich auf 2200 fl. geschätzt, steht mit 1800 fl. in der Brand-Assecuranz, auf demselben lasten 200 fl. Ewiggelder und 1134 fl. Hypothek-Capitalien. Kaufslustige werden unter dem Beifügen geladen, daß sich der Hinschlag nach den Bestimmungen des §. 64 des Hypothekgesetzes und der §§. 98 — 101 der Novelle vom 17. Nov. 1837 richte.

Sign. am 18. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

Steinle.

2341. (2a) In Folge allerhöchster Bewilligung empfehle ich die von mir unter dem Namen „englische Ale" bereitete Gattung Bier, als ein sehr feines, kräftiges und gesundes Getränke zur geneigten Abnahme und mache hiemit bekannt, daß die Abgabe desselben unter dem Reife in meinem Anwesen, Schützenstraße Nr. 15, statt findet.

Gefällige Bestellungen zu Versendungen werden bestens besorgt.

München den 22. März 1848.

Gabriel Sedlmayr,
zum Spatenbräu.

Kemnath, 20. März. Sehr verehrliche Expedition der Münchener politischen Zeitung! Der Empfang von 24 fl. 36 kr., welche die sehr verehrliche Expedition mittels Schreiben vom 11. l. Mts. für die Brandleider hiesiger Stadt anher übermacht hat, wird hiemit bestätiget, und allen edlen Gebern im Namen der Brandleider der innigste Dank abgestattet. Gott wolle ihnen vergelten, was sie an Unglücklichen gethan haben. Mit vorzüglichster Verehrung zeichnet der ergebenste Hilfsausschuß. Weigl, Pfarrprovisor; Kugler; Leypold.

NB. Die Quittung über die erste Einsendung vom 15. Febr. bestehend in 50 fl. befindet sich — wie die Leser bereits wissen, in Nro. 53 dieses Blattes. Um Ausstellung einer General-Quittung ist der Hilfs-Ausschuß der Stadt Kemnath angegangen.

Die Expedit. d. Münch. pol. Ztg.

Nr. 76.

Man pränumerirt auf der Nr. 3 in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 29 kr., im III. Rayon 3 fl. 26 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend XLIX. Jahrgang. **25. März 1848.**

An die verehrlichen Leser der Münchener politischen Zeitung.

Da mit dem Monat März das Abonnement auf die „Münchener politische Zeitung" für das erste Quartal von 1848 zu Ende geht, so ersuchen wir Neueintretende, ihre Bestellungen für die Stadt bei der unterzeichneten Expedition, Auswärtige aber bei dem nächstgelegenen resp. Postamt zeitig zu machen, damit wir mit vollständigen Exemplaren dienen können.

Die politische Ausstattung des Blattes wird auch weiterhin nach den verlässigsten und reichsten Quellen eine möglichst vollständige seyn. Seit Sonntag den 5. März wird die politische Zeitung auch **jeden Sonntag** ausgegeben, erscheint demnach fortan **täglich**. — Dem Feuilleton wird auch weiterhin durch Originalerzählungen ernsten und heiteren Inhalts und durch mannigfaltige Skizzen aus dem Leben die größte Sorgfalt gewidmet werden. — Die neuesten gediegensten Erscheinungen auf dem Gebiete der Literatur sollen unter der Rubrik „Bücherschau" eine schnelle und gründliche Besprechung finden.

Inserate jeder Art werden bei mäßiger Einrückungsgebühr unverzüglich aufgenommen. Briefe und Gelder werden portofrei erbeten.

☞ Die Verhandlungen des eben zusammentretenden Landtags werden schnell und vollständig geliefert werden.

München, den 16. März 1848.

Expedition der Münchener politischen Zeitung.
(Knödel-Gasse Nro. 2.)

Die deutsche Bewegung.
(Cf. Nr. 71 d. pol. Ztg.)

Die große Bewegung, welche Deutschland ergriffen, scheint in ihren Ergebnissen und Errungenschaft gesichert. Der blinde Absolutism an der Donau ist unter Schimpf von der Weltbühne geworfen; seine Häupter und Helfershelfer irren umher. An der Spree ist das Kleeblatt, das einen Staat von moderner Gesittung mit dem Ritter-Eisenblech des Mittelalters zusammenschnüren wollte, zerpflückt, und aus langem Traume mühsam erwacht ein König, von dessen Thronbesteigung Deutschland einst seine Wiedergeburt zu datiren gedachte. Er erwacht auf einem Boden, der eben so leichtsinnig als entsetzlich mit Bürgerblut getränkt worden ist. Ob über diesem Boden noch ein wahres Volksvertrauen, das doch die Seele alles Weiterbaues ist, wieder erwachen kann, nun, wir wollen sehen. Auch Hannover ist der deutschen Sache zugefallen, auch hier ein Jünger des gestürzten Meisters an der Donau in seinen eigenen Schlingen gefangen. Die starren Regierungssysteme der Reaction liegen nun zwar am Boden, aber der Schwierigkeiten größeste kommt nun zur Ueberwindung. Es soll jetzt ein neuer Bau, der der Einheit Deutschlands, von Grund aus und sichernd gegen die Stürme und Wechselfälle der Zukunft aufgeführt werden, ein Bau, allen Nationen der Erde zu imponiren. Dazu gehört nicht wenig Kraft, Umsicht, guter Wille und Ausdauer. Es hat an Kräften beim Einreißen und Zerstören des alten Baues nicht gefehlt, man durfte dort nicht wählerisch seyn. Anders beim Neubau. Hier sind Viele zwar berufen, aber Wenige nur die Auserwählten. Gott helfe zum Ziel der That.

Deutschland.

Bayern.

Landtag.

***München, 25. März. Nächsten Montag werden wir das erstemal das Schauspiel der Kammeradreß-Berathung in öffentlicher Sitzung haben. — Zur Abfassung der Antwortsadresse auf die Thronrede war ein Ausschuß gewählt worden, nemlich: 1) Frhr. v. Rotenhan mit 108, 2) Dr. Willich mit 107, 3) Dekan Vogel mit 104, 4) Dekan Bauer mit 103, 5) Frhr. v. Closen mit 101, 6) Dr. Stockinger mit 89, 7) Prof. Dr. Edel mit 86, 8) Dr. Müller mit 74, unter 119 Stimmen; in einem III. Scrutinium unter 102 Stimmen erhielt Graf Hegnenberg-Dux 101 Stimme. — Freiheit aller religiösen Culte bei politischer Gleichberechtigung wird wohl als die zeitgemäßeste Forderung in der Adresse voranglänzen.

*†München, 25. März. Folgende Ministerien gelten nunmehr als definitiv besetzt: Frhr. v. Thon-Dittmer, Inneres; Heintz, Justiz; Frhr. v. Lerchenfeld, Finanzen; v. Beisler, Cultus; von der Mark, Krieg. Ueber Besetzung des Ministeriums des Aeußern und des königl. Hauses werden noch Unterhandlungen geführt. — Advocat Dr. Willich soll als Abgeordneter zur Abgeordnetenversammlung nach Frankfurt erwählt und bereits dahin abgereist (?) seyn. Das hier verbreitete Gerücht über eine (erwartete) Ankunft der Königin von Preußen entbehrt alles Grundes.

*München, 23. März. Wie wir vernehmen, hat Se. Maj. der König Maximilian anbefohlen, daß für alle hiesigen unbemittelten Landwehrmänner auf Allerhöchstdero eigene Kosten Mäntel angeschafft werden sollen. — Es wird sich auch eine Anzahl Münchener Turner, sobald die erforderliche Genehmigung von Seite des betreffenden königl. Ministeriums erfolgt ist, in den Waffen üben und als Turnerfreischaar organisiren.

*München, 24. März. Die königl. Akademie der Wissenschaften wird Dienstag, den 28. März, zur Feier des 89. Jahrestages ihrer Stiftung Vormittags 11 Uhr eine Sitzung halten. Der zeitige Vorstand der königl. Akademie der Wissenschaften, Hr. Hofrath Thiersch, oder in dessen Verhinderungsfalle der Secretär der mathematisch-physikalischen Classe, Hr. Hofrath v. Martius, wird die Sitzung mit einer der Stiftungsfeier entsprechenden Rede eröffnen. Hierauf wird der Secretär der II. Classe über das Leben und die wissenschaftliche Thätigkeit des uns durch den Tod entrissenen ordentlichen Mitgliedes dieser Classe, Joseph Gerhard Zuccarini sprechen, und nach ihm Hr. Professor Dr. Pettenkofer, außerordentliches Mitglied der mathematisch-physikalischen Classe eine Rede „die Chemie in ihrem Verhältnisse zur Physiologie und Pathologie" halten.

**München. Es herrscht hier fast in allen Kreisen eine furchtbare Erbitterung gegen den König von Preußen. Große Volksmassen haben ihn gestern Abend in effigie auf dem Dultplatz verbrannt. Auch begreift man durchaus nicht, wie die Berliner wegen der bisherigen Concessionen so sehr jubeln können, wenn sie auch nur einen Augenblick die ungeheure Zahl der Opfer des entsetzlichen Bürgerkriegs in Erwägung ziehen und wenn sie bedenken, wie weit sie noch hinter den unblutigen großen Errungenschaften des deutschen Südwestens zurückstehen.

Würzburg, 21. März. Zur Verstärkung der Besatzung Germersheim werden am 24. März drei Artilleriecompagnien auf Dampfschiffen und Eisenbahnen dahin befördert. (N. Würzb. Z.)

Württemberg.

Stuttgart. (Ablösung aller auf dem Grundeigenthum haftenden Lasten.) Dem Vernehmen nach werden die neuen Minister bei der ersten Kammer einen Gesetzentwurf über Ablösung sämmtlicher Grundlasten einbringen, an dessen Annahme nicht zu zweifeln ist. Sie wollen Ablösung im billigen, für die Grundholden vortheilhaften Maßstabe, nicht Abschaffung, und sie hoffen hiefür den Dank des Vaterlandes zu verdienen. Schon bei einer billigen Ablösung verlieren der Staat, die Kirche, die berechtigten Gemeinden und Stiftungen so viel, daß sie alle Mühe haben werden, die Sache zu verschmerzen. Wenn aber billig und wohlfeil abgelöst, der Aermere geschont, unrechtmäßige Steigerungen auf ihr rechtes Maß zurückgeführt werden, so wird jeder kluge und rechtliche Bürger diese Ablösung der Abschaffung vorziehen. Die Minister schlagen vor, daß sämmtliche Grundlasten mit Ausnahme der Zehnten und Gülten, sogen. Feudallasten, im zwölffachen Betrage in 25 Jahreszielen, verzinslich zu 4 pCt, abgelöst werden sollen, d. h. also, wer bisher einen Gulden jährlich in Geld oder Naturalien zu zahlen hatte, wird frei, wenn er zwölf Gulden in 25jährigen Zielen zahlt. Bei Handlohn, Sterbfall und Falllehen aber wird angenommen, daß nur alle 25 Jahre ein Veränderungsfall eintrete, thut auf ein Jahr $1/_{25}$ Theil des Handlohns, mit 12 multiplicirt $12/_{25}$ Theile. Wer also etwas weniger als die Hälfte des bisherigen Handlohns in 25 Jahreszielen oder in einem Jahresziel den 52sten Theil des Handlohns bezahlt, ist frei. Wer z. B. 52 fl. Handlohn zu zahlen gehabt hätte, ist frei, wenn er 25 Jahre lang 1 fl. jährlich zahlt. Der Novalzehnten wird abgeschafft, die übrigen Zehnten und Gülten aber werden im 16fachen Betrage des Reinertrags in 25 verzinslichen Jahreszielen abgelöst, aber wohl gemerkt zu den niedrigen Preisen des Gesetzes von 1836, nämlich Kernen zu 9 fl. 36 kr., Roggen zu 6 fl. 24 kr., Dinkel zu 4 fl., Haber zu 2 fl. 40 kr. der Scheffel. Wer also bisher 20 Garben jährlich zu geben hatte, wird nach Abzug der Un-

kosten des Zehntherrn ungefähr den Werth von 15mal 16 Garben der jährlich etwa den Werth von 9½ Garben nach den Preisen von 1836 für die Ablösung entrichten. Daraus ist klar, daß diejenigen, welche es vorziehen, ihren bisherigen Zehnten fortzuentrichten, in etwa 10 bis 12 Jahren ganz frei sind. Wer aber verzieht, jetzt gleich weniger als bisher und alle Jahre weniger zu bezahlen, ist in 25 Jahren ganz frei. (Schw. Mkr.)

Nach der „Allgemeinen Zeitung“ hat der in der I. Kammer vertretene höhere grundbesitzende Adel die Ablösungsfrage aufgenommen, und zu dem Zweck die Einleitungsmaßregeln begonnen. Die Hauptbestimmungen sind: der Ablösungspreis des Zehenten ist der 16fache Reinertrag, für andere Grundlasten der 12fache, beide in 25 Jahreszielen zu entrichten.

Baden.

Karlsruhe, 18. März. Die zweite Kammer hat gestern das Gesetz, welches die Gemeinden zum Schadenersatz bei den durch Aufruhr verübten Beschädigungen verpflichtet, angenommen.

K. Sachsen.

Dresden, 21. März. Hier erschien folgende Bekanntmachung: „Allerhöchster Anordnung gemäß wird die Verpflichtung des Militärs auf die Landesverfassung in Dresden und Leipzig den 22. März, in den Kantonements und übrigen Garnisonorten alsbald danach vorgenommen werden. Dresden, den 20. März 1848. Kriegsministerium. Graf v. Holtzendorff.“ — Wie als bestimmt versichert wird, hat sich das Ministerium vervollständigt, indem Hrn. v. Watzdorf das Ministerium des Aeußern, dem Abgeordneten Oberländer das Ministerium des Cultus übertragen wurde. (D. A. Z.)

Sächsische Herzogthümer.

Altenburg, 20. März. Heute Nachmittag 2 Uhr wurde das hiesige herzogl. Bataillon auf dem Markte auf die Constitution beeidigt. (Augsb. Abdz.)

Kurhessen.

Kassel, 18. März. Es hat sich hier ein Verein der freien Presse für Wahrheit, Recht und Verfassung gebildet, dessen Zweck dahin geht, die würdige Entwickelung der Presse in Kurhessen zu fördern und Denen, welche sich damit beschäftigen, mit Nachweisungen über die politischen Verhältnisse unseres Vaterlandes dienlich zu seyn. (Sehr lobenswerth!)

Gr. Hessen.

Darmstadt, 21. März. Gestern stellte in unserer zweiten Kammer der Abgeordnete Lehne einen Antrag die Theilnahme am anberaumten Fürstencongreß betreffend. Der Schlußantrag desselben lautet dahin: „die zweite Kammer wolle die großherzogliche Staatsregierung ersuchen: 1) an einem Verein der Fürsten zur Berathung der zum Wohle des deutschen Vaterlandes zu ergreifenden Maßregeln nur dann Theil zu nehmen, wenn auch von dem Volk gewählte Repräsentanten zugezogen und alle Regierungen solcher Staaten ausgeschlossen werden, welche nicht im Besitz repräsentativer Verfassungen und entsprechender Rechte und Freiheiten sind; 2) dahin zu wirken, daß auch die befreundeten volksthümlichen Regierungen im gleichen Sinne handeln.“ Abgeordneter Reh beantragte, die Staatsregierung zu ersuchen, für baldige Wiederherstellung eines freien Polens zu wirken. (Schw. Mkr.)

Preußen.

An mein Volk und an die deutsche Nation.

Mit Vertrauen sprach der König vor fünfunddreißig Jahren in den Tagen hoher Gefahr zu seinem Volke, und sein Vertrauen ward nicht zu Schanden; der König, mit seinem Volke vereint, rettete Preußen und Deutschland von Schmach und Erniedrigung. Mit Vertrauen spreche Ich heute, im Augenblicke wo das Vaterland in höchster Gefahr schwebt, zu der deutschen Nation, unter dessen edelste Stämme Mein Volk sich mit Stolz rechnen darf. Deutschland ist von innerer Gährung ergriffen und kann durch äußere Gefahr von mehr als einer Seite bedroht werden. Rettung aus dieser doppelten, dringenden Gefahr kann nur aus der innigsten Vereinigung der deutschen Fürsten und Völker unter einer Leitung hervorgehen. Ich übernehme heute diese Leitung für die Tage der Gefahr. Mein Volk, das die Gefahr nicht scheut, wird Mich nicht verlassen, und Deutschland wird sich Mir mit Vertrauen anschließen. Ich habe heute die alten deutschen Farben angenommen und Mich und Mein Volk unter das ehrwürdige Banner des deutschen Reiches gestellt. Preußen geht fortan in Deutschland auf. Als Mittel und gesetzliches Organ, um im Vereine mit Meinem Volke zur Rettung und Beruhigung Deutschlands voranzugehen, bietet sich der auf den 2. April bereits einberufene Landtag dar. Ich beabsichtige, in einer unverzüglich näher zu erwägenden Form, den Fürsten und Ständen Deutschlands die Gelegenheit zu eröffnen, mit Organen dieses Landtages zu einer gemeinschaftlichen Versammlung zusammenzutreten. Die auf diese Weise zeitweilig sich bildende deutsche Ständeversammlung wird in gemeinsamer, freier Berathung das Erforderliche in der gemeinsamen, inneren und äußeren Gefahr ohne Verzug vorkehren. Was heute vor Allem Noth thut, ist 1) Aufstellung eines allgemeinen deutschen, volksthümlichen Bundesheeres, 2) bewaffnete Neutralitätserklärung. Solche vaterländische Rüstung und Erklärung werden Europa Achtung einflößen vor der Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Gebietes deutscher Zunge und deutschen Namens. Nur Eintracht und Stärke vermögen heute den Frieden in unserem schönen, durch Handel und Gewerbe blühenden Gesammtvaterlande zu erhalten. Gleichzeitig mit den Maßregeln zur Abwendung der augenblicklichen Gefahr wird die deutsche Ständeversammlung über die Wiedergeburt und Gründung eines neuen Deutschlands berathen, eines einigen, nicht einförmigen Deutschlands, einer Einheit in der Verschiedenheit, einer Einheit mit Freiheit. Allgemeine Einführung wahrer constitutioneller Verfassungen, mit Verantwortlichkeit der Minister in allen Einzelstaaten, öffentliche und mündliche Rechtspflege, in Strafsachen auf Geschwornengerichte gestützt, gleiche politische und bürgerliche Rechte für alle religiöse Glaubensbekenntnisse und eine wahrhaft volksthümliche, freisinnige Verwaltung werden allein solche höhere und innere Einheit zu bewirken und zu befestigen im Stande seyn. Berlin, den 21. März 1848. Friedrich Wilhelm. Graf Arnim. von Rohr. Graf Schwerin. Bornemann. Arnim. Kühne. — Ich habe heute den bisherigen Gesandten von Arnim zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt, welche Verwaltung der Minister Graf von Arnim bisher vorläufig geführt hat. Bei dem nothwendigen Zusammenhange der allgemeinen deutschen mit den preußischen Verfassungsangelegenheiten übernimmt der Minister von Arnim auch deren Verwaltung. Der Minister Graf von Arnim bleibt Vorsitzender des Staats-Ministeriums vorläufig ohne Verwaltung eines besonderen Portefeuilles. Berlin, den 21. März 1848. Friedrich Wilhelm.

Unterm 20. März hat der König angeordnet, daß alle im königl. Leihamt zu Berlin befindlichen Pfänder für einen Betrag bis zu fünf Thalern unentgeltlich zurückgegeben werden sollen.

Berlin, 21. März (9 Uhr Vormittags). So eben wird folgende Proclamation verbreitet: „An die deutsche Nation! Eine neue glorreiche Geschichte hebt mit dem heutigen Tage für Euch an! Ihr seid fortan wiederum eine einzige große Nation, stark, frei und mächtig im Herzen von Europa! Preußens Friedrich Wilhelm IV. hat sich im Vertrauen auf euern heldenmüthigen Beistand und euere geistige Wiedergeburt, zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesammtvaterlandes gestellt. Ihr werdet ihn mit den alten ehrwürdigen Farben deutscher Nation noch heute zu Pferde in eurer Mitte erblicken. Heil und Segen dem constitutionellen Fürsten, dem Führer des gesammten deutschen Volkes, dem neuen Könige der freien und wiedergebornen deutschen Nation! Berlin, den 21. März 1848.“

Nach der „Spener'schen Zeitung“ ist Berlin am 20. März nochmals durch den Lärmruf: „der Prinz von Preußen habe die Truppen gesammelt, welche ausmarschiren mußten, und sey mit denselben im Anzuge auf die Hauptstadt“ in Schrecken und Unruhe versetzt worden. In einer halben Stunde war halb Berlin wieder verbarricadirt. Allein der Schrecken erwies sich als eitler. Seitdem ist alles ruhig, und die obenerwähnte Zeitung bringt eine lange Beschreibung von dem Festzuge, in welchem der König zu Pferde unter dem Volke erschien, geschmückt mit den altdeutschen Farben, mit lauten Betheurungen, an Deutschlands Spitze für deutschen Einheit alles thun zu wollen. Lauter Jubel hatte den König auf allen Puncten begleitet. Morgen Näheres. (Wir können den Jubel nicht billigen, wenn wir der blutigen Opfer, der leichtsinnigst dahingemähten Bürgerreihen gedenken. Wir begreifen die jubilirenden Berliner nicht. A. d. H. d. polit. Z.)

Wir verbürgen uns dafür, daß das Gerücht vom Anrücken von Truppen auf die Stadt ein vollkommen unbegründetes ist. Berlin, den 20. März 1848. Arnim. G. v. Schwerin. Bornemann. Below, Flügeladjutant.

Berlin, 21. März. Heute Morgen hat der König befohlen, daß das Militär auf die Verfassung vereidet werde; auf der Kuppel seines Schlosses weht die schwarzroth-goldene Fahne. (C. v. u. f. D.)

Berlin, 21. März. Der König hat nun auch die Gleichstellung sämmtlicher Staatsangehörigen ohne Unterschied der Confessionen unterschrieben. Die Juden sind demnach emancipirt.

(C. v. u. f. D.)

Die „Frankfurter Oberpostamts-Zeitung“ schreibt: Das Gefecht zwischen den Bürgern und dem Militär hat am 19. gleich nach 6 Uhr Morgens wieder begonnen, und bis 10 Uhr Vormittags fortgedauert. Inmitten des heißesten Kampfes bemächtigten sich die Studenten, (welche unter Anführung eines Polen den Ausgang aus dem Universitätsgebäude erzwangen und sich rasch bewaffnet hatten) des Generals v. Möllendorf vor der Fronte der von ihm befehligten Truppen, rissen ihn vom Pferde, zerbrachen seinen Degen, schleppten ihn hinter eine Barricade und zwangen ihn, eine an den König gerichtete Vorstellung zu unterschreiben, in welcher auf sofortige Entfernung der Truppen aus Berlin, Einstellung aller Feindseligkeiten und Gewährung der von den Bürgern gestellten Anträge gedrungen wurde. Diese von dem General v. Möllendorf unterschriebene Vorstellung wurde dem König von einer Deputation gebracht, mit dem Beifügen, daß jede weitere Verzögerung einer vollkommen befriedigenden Entscheidung das größte unabsehbarste Unheil über die Hauptstadt und das ganze Land herbeiziehen müsse, indem die Bürger nicht länger die untersten Stände an Gewaltthätigkeiten jeder Art hindern könnten. Der König gab nun endlich nach, bestätigte den Befehl des Generals v. Möllendorf wegen Räumung der Stadt von allen Truppen mit Ausnahme der Posten im Schlosse, und zeigte sich bereit, den gestellten Anträgen zu entsprechen. Diese Entscheidung wurde von dem Polizeipräsidenten v. Minutoli, mit einer weißen Fahne in der Hand verkündet, und dadurch der Kampf ausgesetzt. Das Militär verließ die Hauptstadt aufs äußerste erschöpft und so stark mitgenommen, daß die Zahl der Todten und Verwundeten auf seiner Seite die auf Seiten der Bürger weit übersteigen soll. Die letzten hatten alle Barricaden, deren Zahl 200 übersteigen soll, so wie alle Hauptposten besetzt, und haben erklärt, daß sie dieselben nicht eher verlassen werden, als bis ohne den mindesten Rückhalt alles geschehen ist, was das Volk verlangt. Die Täuschungen der letzten 30 Jahre bleiben unvergessen.

Das Palais des Prinzen von Preußen ist, laut der „Spener'schen Zeitung“, zu einem „Eigenthum der Nation“ erklärt und diese Bestimmung vom Balcon herab verkündet worden. Nur auf diese Weise war es vor der Demolirung zu retten.

Berlin, 20. März. Auf der Zinne des Palastes des Prinzen von Preußen hat das Volk die schwarz-roth-goldene Fahne aufgezogen, während an den Mauern desselben mit großen Buchstaben zu lesen: „Eigenthum des ganzen Volkes.“ Der Prinz selbst ist nach England abgereist.

Berlin, 20. März Abends. Der Friede nicht weiter gestört. Alle Truppen aus der Stadt zurückgezogen, der König und der ganze Hof hat sich nach Potsdam begeben. (A. Z.)

Die Herren Directoren der hiesigen königl. Behörden ersuche ich, die Beamten ihres Ressorts anweisen zu wollen, sich so viel es der Dienst gestattet, der Bürgergarde anzuschließen. Das Commando der Letzteren wird dafür Sorge tragen, daß den sich meldenden Beamten Waffen verabfolgt werden. Berlin, den 20. März 1848. Graf Arnim.

Der Oberbürgermeister von Berlin, geheimer Regierungsrath Krausnick, hat seine Stelle niedergelegt und der Bürgermeister Naunyn dieselbe vorläufig übernommen.

Berlin, 21. März. Gestern ist hier folgende Bekanntmachung des Magistrats und der Stadtverordneten erschienen: Wir machen unsern Mitbürgern bekannt: 1) Unseren in dem letzten Kampfe gefallenen Brüdern wird ein feierliches Begräbniß auf Veranstaltung und aus den Mitteln der Stadt bereitet werden. Ein aus Mitgliedern der Communalbehörden und der Bürgerschaft gebildetes Comité wird die erforderliche Einleitung dazu treffen. 2) Die Fürsorge für die Verwundeten und die

Familien der Gebliebenen übernimmt die Stadt Berlin. 3) Nach uns zugegangener amtlicher Benachrichtigung sind sämmtliche wegen politischer Verbrechen und Vergehen Verhaftete der Haft entlassen und frei. Berlin, den 20. März 1848. Magistrat und Stadtverordnete von Berlin.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" sagt über die gräßlichen Folgen der Berliner Revolution: Die Aussicht weiterhin ist düster. Credit, Handel, Gewerbe sind längst unterminirt, jetzt mit dem allgemeinem Sturze bedroht, der Thron entwaffnet, das öffentliche Vertrauen dahin, Parteiwuth im bevorstehenden Ausbruch, Abfall einer oder der andern Provinz zu befürchten; ja es kann dahin kommen, daß wir gezwungen werden, um Rußland abzuwehren, die polnische Republik mit eignem Blut und ungeheuern Opfern zu erbauen.

In Breslau haben in der Nacht vom 16. auf den 17. März, wo Bürgerschaaren dem Apotheker Lockstadt einem Mitglied der letzten Abordnung nach Berlin ein Hoch gebracht hatten, Cuirassiere auf dieselben eingehauen, so daß 11 verwundet worden. Am 17. war nun die Stadt in voller Aufregung. Man stürmte, als der commandirende General das Waffenhergeben verweigerte, von Seite des Volks die Waffenläden, und nun steht die ganze Stadt unter Waffen; das Militär ist consignirt. Die wegen Majestätsbeleidigung verhafteten Gebrüder Bürger Hoffmann mußten auf Verlangen der um das Inquisitoriat geschaarten Volksmassen freigegeben werden und sie wurden dann vom Volke im Triumph bis zum Rathhaus getragen.

Köln, 19. März. Die schwarz-gold-rothe Fahne weht von den Krahnen unseres Doms. Im feierlichen Zuge ward sie vom Neumarkt unter dem Gesang des Arndt'schen Liedes vom deutschen Vaterland nach dem Dom gebracht, wo sie das Geläute aller Glocken empfing. Eine unzählige Menschenmasse schob sich hinterher durch unsere engen Straßen, und drohte sich gegenseitig im Gedränge zu ersticken. Diesen Morgen wurde von einer gleichfalls unzähligen Menschenmenge eine Adresse an den König, fernere Begehren enthaltend, zum Regierungspräsidenten gebracht, damit sie durch Telegraphen nach Berlin berichtet werde, und möglichst rasche Gewährung finde. Sie verlangt des nähern Bestimmungen der zu ertheilenden Verfassung: Volksvertretung (keine Ständevertretung), Wahlrecht auf breiter Basis, Verantwortlichkeit der Minister, ferner Redefreiheit und das Recht der Association, gleiche politische Berechtigung aller Culte, Amnestie für alle politischen Vergehen, Geschwornengericht für politische und Preßvergehen, Absetzung des gegenwärtigen Ministeriums, schnelle Volksbewaffnung zum Schutz der Verfassung und der persönlichen Rechte, da die Landwehr in ihrer jetzigen Gestaltung wohl ein treffliches Institut gegen äußere, aber nicht gegen innere Feinde sey. Das letztere ist schon jetzt gewährt, wohl ohne daß man eine Entscheidung von Berlin erwartet. Ein Regierungsrath und die städtische Behörde übernehmen augenblicklich die Entwerfung der Organisation derselben. (A. Z.)

Die Nachricht von den blutigen Vorgängen in Berlin hat in Köln eine sehr gereizte Stimmung gegen den König und Militär hervorgerufen. Der „Allgemeinen Zeitung" wird aus Köln vom 19. d. folgendes sehr denkwürdige geschrieben: der rheinische ritterbürtige Adel, die Autonomen, hätten auch eine Adresse an den König gerichtet, in welcher sie demselben eröffnen: „es hätte mit der Bewegung nichts zu sagen, sie gehe lediglich von schlechtem Gesindel aus; sie, die Autonomen, würden eine Mauer um den Thron bilden."

Sehr ernstliche Unruhen haben in Mühlheim a/R. und in Elberfeld stattgefunden, wo die Arbeiter sich sogar des Rathhauses bemächtigt hatten und blutig mit dem Militär zusammen stießen.

Der Consistorialpräsident Göschel und der Polizeidirector v. Kamptz in Magdeburg haben die Stadt bis auf Weiteres verlassen.

Luxemburg.

Luxemburg, 18. März. Der König Großherzog hat mittels Beschlusses vom 15. d. M. die Censur im Großherzogthum aufgehoben.

Mecklenburg.

Wismar, 14. März. Die Aufregung ist in den mecklenburgischen Städten im Wachsen, und wir hören so eben von tumultuarischen Auftritten in Schwerin, Wittenberg und Rostock.

Oldenburg.

Das Oldenburger Cabinet hat sich entschieden, den Professor Albrecht in Leipzig zu ersuchen, an der Verhandlung des Bundestages wegen Reform der Bundesverfassung als Mann des öffentlichen Vertrauens Theil zu nehmen.

Hannover.

Aus dem Hannoverischen, 20. März. In diesem Augenblick sind Bürgerausschüsse von Osnabrück, Hildesheim und Hannover vereinigt, um einen Wechsel des Ministeriums zu verlangen und dem König Candidaten zu präsentiren, unter ihnen Stüve und Breusing von Osnabrück. Wahrscheinlich werden alle bisherigen Minister abtreten. Doch hofft man, daß Graf Wedel, als ein populärer und ehrenwerther, freisinniger Mann, Minister und Curator der Universität bleiben wird. Sicherem Vernehmen nach hat derselbe die Handlungsweise des Polizeidirectors in Göttingen durchaus mißbilligt, und er wird für die Zukunft die sichersten Garantien beantragen, so daß der demnächstigen Rückkehr der Studirenden nach Göttingen nichts im Wege stehen wird. (A. Z.)

Als in Osnabrück die Nachricht von Metternichs Fall anlangte, wurde die ganze Stadt erleuchtet von Bürgern und k. Beamten, sogar das k. Schloß und die Caserne, und zwar letztere unter Zurückweisung der angebotenen Kosten aus der Regimentscasse, durch die Beiträge der Unterofficiere, die sich das nicht nehmen lassen wollten.

Freie Städte.

Frankfurt, den 20. März. Der Vertreter Oestreichs am Bundestage, Graf Colloredo-Waldsee, ist heute in die Amtswohnung seines Vorgängers, des Grafen v. Münch-Bellinghausen, übergesiedelt, was vermuthen läßt, er sey zu seinem definitiven Nachfolger ernannt. — Unsere Paulskirche wird jetzt für die Berathung einer deutschen Nationalversammlung eingerichtet, welche hier am 31. März beginnen soll. Nach den Vermessungen kann diese Kirche bequem 4000 Personen fassen. — Das Frankfurter Amtsblatt enthält eine Bekanntmachung, wonach alle bis zum 17. März rückständigen Forst- und Jagdfrevel erlassen sind und wegen der noch nicht abgeurtheilten Forst- und Jagdvergehen die Untersuchung nicht stattfinden oder niedergeschlagen werden soll. (Schw. Mkr.)

Oesterreich.

Wien, 18. März. Der Jubel des Volkes dauert fort, so oft sich der Kaiser, wie auch heute an der Seite der Kaiserin, öffentlich zeigt. — Obgleich Ungarn nun einen verantwortlichen Minister in der Person eines Führers der Opposition bei der Magnatentafel, Grafen Ludwig Bathyani, erhält, ist die Preßburger landständische Deputation doch nicht ganz zufrieden von hier heimgekehrt, wegen Vereitlung eines ihrer Zwecke, nämlich sofortiger freier Einfuhr der dortigen Landesproducte in die Erbländer, die wegen des weit größeren Werthes von Grundbesitz und seiner Besteuerung ꝛc., namentlich in der Umgegend von hier, auf das Empfindlichste dadurch beeinträchtigt werden mußten. Uebrigens schieden die Ungarn mit einer Adresse an die Bürger Wiens voll brüderlichen Sinns und Loyalität gegen das Herrscherhaus. — Gestern fand die Bestattung der am 13. gefallenen Studenten und anderer Personen, dreizehn an Zahl, in so feierlicher Weise statt, daß die Residenz einen solchen Trauerzug, der über zwei Stunden andauerte, wohl noch niemals gesehen hat. Die Tausende des Bürgermilitärs und der Nationalgarde führten über hundert Fahnen mit verschiedenen Aufschriften, und am Grabe, das bald ein Nationalmonument schmücken wird, wurden rührende und begeisternde Reden gehalten. — Die niederösterreichischen Landstände haben eine ergiebige Sammlung für die Angehörigen der Gebliebenen eingeleitet. — Von Seite des Militärgouverneurs, Grafen Windischgrätz, wurde durch Tagesbefehl das Commando des Bürgermilitärs an den Chef der Nationalgarde, Grafen Hoyos, übertragen. — Der Nationalgarde und der studirenden Jugend wurde der Dank des Kaisers für ihre angestrengten Bemühungen zu Wiederherstellung der Ruhe und Sicherheit ausgedrückt. — Am 16. Abends wurde bei dem Festzuge neben der Volkshymne vornämlich gesungen: Was ist des Deutschen Vaterland, und Schleswig-Holstein meerumschlungen — so vom Süden her den Kampf der Brüder im Norden ermuthigend. (Schw. Mkr.)

Wien, 20. März. Gestern langte der Erzherzog Johann hier an, und wurde von der Bevölkerung, welcher seine freisinnigen Grundsätze und noch vor der Stunde der Entscheidung dringenden Rathschläge beim Monarchen zur Ertheilung der gegenwärtigen Verfassung bekannt sind, mit Jubel empfangen. — Die Einzeichnungen bei der Nationalgarde sind bereits nahe an 20,000 Mann gediehen. — Eine Bittschrift um Gleichstellung aller Confessionen (Emancipation der Juden) circulirt im Publicum zur Unterzeichnung, hat aber bereits eine gegentheilige Petition unter der Bürgerschaft hervorgerufen. (A. Z.)

Wien, 20. März. Die Ernennung des Generals Sardagna zum Stadtcommandanten hat einen guten Eindruck gemacht, und man hofft, daß der nicht sehr beliebte Fürst Windisch-Grätz bald seine Stelle als Stadt-Gouverneur niederlegen wird, welche von dem Feldmarschallieutenant Zanini eingenommen werden soll. (A. Z.)

Wien, 20. März. Der provisorische aus 24 Mitgliedern bestehende (Reform-) Ausschuß hat in seiner 1. Sitzung (vom 16.) folgende Gegenstände in Anregung gebracht: 1. Eine zeitgemäße Umgestaltung und Verbesserung der Gemeindeverfassung der Städte und Märkte, so wie der Dorfgemeinden. 2. Die Regelung der bäuerlichen Verhältnisse in der den gegenwärtigen Zeit-, Cultur- und Volkswirthschaftszuständen entsprechenden Weise. 3. Eine angemessene Prüfung des bestehenden Systems der Besteuerung, um eine Erleichterung in jenen Steuergattungen zu ermöglichen, welche vorzugsweise die Mindervermöglichen und die erwerbenden Classen betreffen. 4. Die Herstellung eines den gegenwärtigen socialen Verhältnissen entsprechenden Rechtszustandes der verschiedenen Religionsconfessionen. 5. Eine Verbesserung der Gerechtigkeitspflege auf den Grundlagen der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, so wie 6. des gesammten öffentlichen Unterrichtswesens. (A. Z.)

Wien, 21. März. Laut heutiger officieller Kundmachung in der Wiener Zeitung ist der allgemein geachtete bisherige Staats- und Conferenzminister Graf v. Kolowrat (provisorisch) zum Minister-Präsidenten, Graf Fiquelmont zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Hauses, Frhr. v. Pillersdorf zum Minister des Innern, Graf Taaffe zum Minister der Justiz, und Baron Kübeck zum Minister der Finanzen ernannt. (Die Nachricht vom Eintritt des Grafen Franz Stadion war also leider eine irrige.) Die Ernennung des Ministers des Kriegs hat sich Se. Majestät noch vorbehalten. So eben erfahre ich, daß unser hochherziger Kaiser mittels eines eigenen Handbillets allen politisch Verurtheilten in Oesterreich vollkommene Amnestie angedeihen ließ. (A. Z.)

Aus Innsbruck berichtet das St. Galler Tagblatt, daß (noch vor den Ereignissen in Wien) den Jesuiten die Fenster eingeworfen worden seyen.

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 16. März. Seit gestern ist hier die Bewegung bedeutend vorgeschritten. Gestern Nachmittags zogen die Reformmänner in Masse auf das Rathhaus, woselbst der Magistrat und der Bürgerausschuß versammelt waren, bemächtigten sich des ganzen Hauses, pflanzten auf die Thurmspitze die Nationalfahne und nach manchen gehaltenen Reden wurde dem Magistrate die 12 Puncte enthaltende Reformpetition zur Unterzeichnung vorgelegt. Der ganze Magistrat konnte solchem dringenden Verlangen nicht widerstehen, unterzeichnete die Petition, und versprach schon am andern Tage seine Amtsverhandlungen öffentlich zu halten (was heute wirklich geschah). Schon wollte die Masse nach Ofen ziehen, um bei der Statthalterei die Eingabe zu bewerkstelligen, als Graf Almasy, Vicepräsident der Hofkammer, erschien mit der Meldung er habe wichtige Nachrichten aus Preßburg soeben erhalten und mitzutheilen. Man kehrte zurück und der Graf berichtete, daß der Reichstag die Beschlüße der Ständetafel: Preßfreiheit, verantwortliches Ministerium ꝛc. angenommen habe, was mit endlosem Jubel aufgenommen wurde. Hierauf zogen viele Tausende nach Ofen, um den in der dortigen Festung seit zwei Jahren wegen einer im Ausland gedruckten revolutionären Broschüre in Haft sitzenden Advocaten Stanseits durch Güte oder Gewalt zu befreien; der Gefangene wurde von Seite des commandirenden Baron Lederer ohne allen Widerstand ausgeliefert. Stanseits wurde hierauf in einem von Menschen gezogenen Wagen im Triumphe nach Pesth geführt, und im Na-

tionaltheater dem jubelnden Publicum gezeigt. Abends versahen die Bürger die Wachen, und patrouillirten des Nachts durch die Stadt. Heute versieht wieder Militär die Wachen. Alle angestellten Censoren gaben noch gestern ihre Entlassung; die Censur existirt also factisch nicht mehr, und morgen werden alle Blätter ohne dieselbe erscheinen. Heute ziehen Massen Reformer (meist Studenten) mit Fahnen und Nationalcocarden durch die Stadt. Soeben erschien ein gedruckter Aufruf an alle „Patrioten" in ungarischer und deutscher Sprache, unterzeichnet von einem aus 13 Mitgliedern (der zweite Bürgermeister an der Spitze) bestehenden Sicherheitsausschusse. Die Bürgergarde wird demnach um 1500 Mann vermehrt. Jeder „Biedermann" erhält unentgeltlich Waffen und eine Cocarde. (A. Z.)

Aus Krakau (über Breslau.) Wir erhalten eben von zuverlässiger Hand aus Krakau vom 18. März einen Bericht, wonach dort auf die Kunde von den Ereignissen in Wien die Freilassung der politischen Gefangenen verlangt und von den Behörden — gegen Ausstellung eines Reverses sich auf Verlangen vor den Gerichten zu stellen — gewährt werden — am 17. Abends war die ganze Stadt beleuchtet. Am 18. Tedeum und großer Jubel über die Verkündigung der Constitution. Doch habe auch große Aufregung geherrscht und man sey nicht ohne Besorgniß gewesen. (A. Z.)

Italien.

Neapel, 13. März. So eben erhalte ich die officielle Nachricht, daß die Sicilianer alles ausgeschlagen. Sie verlangen, daß der König zu Gunsten seines Nachfolgers abdanke. Das Generalcomitat hat einen Boten nach Messina abgeschickt, mit dem Befehl die Feindseligkeiten gegen die Citadelle einzustellen. Am 28. März versammelt sich endlich das sicilische Parlament. In Messina und Catania haben sich schon viele Stimmen für die Republik hören lassen. Diesen Morgen und diesen Nachmittag fanden verschiedene Lazzaronibewegungen statt. In den Quartieren von Carmine und Basseporto liegen Haufen Steine als Waffen bereit. Das Volk murrt über die Wegführung der Jesuiten, fürchtet den Umsturz des Heiligen, die Verbannung ihrer Priester, und schreit nach Rache. Mit dem Rufe: Evviva il Re! Evviva la Madonna di Carmine! stürzte sich diesen Morgen ein Trupp von 80—100 Lazzaroni, hauptsächlich Buben von 12—15 Jahren, auf die Bürger. Grimmige, athletische Gestalten führten sie an. Mit großer Kühnheit drangen sie von Basseporto über Largo di Castello bis vors Schloß. Alles floh beim ersten Schrecken, und die Schloßwache benahm sich — unthätig. Vom Schlosse stürzten sie sich in den Toledo. Endlich versammelten sich Nationalgarden, Schweizer und Husaren, und verhafteten die Angreifenden, bei denen sich auch viele lange Messer in den Aermeln fanden. Mehrere wurden verwundet, und an einigen Orten ward scharf gefeuert. (A. Z.)

Neapel, 14. März. Es gab in dem gestrigen Zusammenstoß mit den Lazzaroni 3 Todte, 38 Verwundete und 75 Verhaftete. — Endlich erschien diesen Morgen das vollständige Nationalgarden-Gesetz mit Bestimmung der Waffen, Uniformen, Wachen etc. Andere Decrete sind gegen die Ruhestörungen gerichtet. (A. Z.)

Venedig, 20. März. Nachmittag. Mailand ist, wie wir eben hören, ganz in den Händen des Volkes, in Brescia kämpft man mit Wuth und hier verbreiten sich die unheimlichsten Gerüchte. (A. Z.)

Venedig, 20. März. So eben verbreitet sich das Gerücht daß Mailand in den Händen des Volkes sey, das die Constitution nicht annehmen wolle. Radetzky sey gefangen. Hier wollten sie heute morgen den Kopf des Obersten der Marine, Marinovich; er wurde vom Arsenal durch Nationalgarde nach Hause gebracht. Die Waffen der Arsenalsäle wurden unter die Nationalgarde vertheilt. Die ungewissen Nachrichten von Mailand setzen neuerdings alles in Allarm. — In Brescia wurden die Jesuiten fortgejagt. (A. Z.)

Briefe aus Padua vom 20. melden: Man habe in Mailand die Republik verkündigt. Auch in Padua forderten viele Stimmen die Republik. Es herrschte die furchtbarste Aufregung. Das Militär rührte sich nicht. Alle Civilbehörden, selbst die Polizei hatten die dreifarbige (italienische) Cocarde aufgesteckt; die Tricolorfahne wehte von den Thürmen, der Bischof segnete die Volkshaufen, welche: „Es lebe Italien!" riefen, während Studenten und andere lärmende Gruppen „Krieg, Krieg," schrieen. Die erste freudige Bewegung über die in Wien verliehene Constitution war bald beseitigt durch jene nach Krieg und Republik verlangenden Stimmen. Zu spät! war auch hier das Losungswort. Unser Paduaner Correspondent schließt mit den Worten: „Nur ein Wunder kann die Monarchie von dem Verluste Italiens retten." Hoffen wir, daß diese düstere Prophezeiung sich wenigstens in Bezug auf die Stellung Oesterreichs am adriatischen Meere nicht bewahrheite. Es wäre dieß ein ungeheurer Verlust: die ganze österreichische Handelsmarine wäre damit gelähmt, der deutschen Bewegung nach der Levante — so großartig durch Triest angebahnt — die Hauptpulsader durchschnitten. (A. Z.)

Chur, 21. März. Ein eben erscheinendes Bülletin des liberalen Alpenboten sagt: In Mailand ist Revolution ausgebrochen. Die Clevner Post, welche am 19. Abends hier eintreffen sollte, ist erst diese Nacht angelangt. Ein Privatbrief von Cleven (Chiavenna) meldet folgendes: „General Radetzki hat sich mit seinen Truppen ins Castell von Mailand zurückgezogen und ist dort eingeschlossen. Der Vicekönig ist gefangen in Brescia. Como, Bergamo und die andern Städte sind von Nationalgarden besetzt. Wir Clevner ziehen mit Musik im Lande herum und verkünden die Republik. In wenigen Tagen werden auch wir frei seyn." Diese Berichte werden durch andere Briefe bestätigt. Der Aufstand in Mailand ist am 18. Mittags losgebrochen; sogleich wurden alle Thore geschlossen. (A. Z.)

Chur, 22 März. Die directen Berichte von Mailand gehen bis zum 18 Mittags, sie melden folgendes: Am 18. Morgens gegen 10 Uhr wurde in den Straßen der Stadt folgende Bekanntmachung angeschlagen: Die Präsidenz der k. k. Regierung macht es sich zur Pflicht dem Publicum von dem Inhalte einer telegraphischen Depesche Kenntniß zu geben, welche am 15. d. v. Wien abgehend am nämlichen Tage in Cilly und gestern Abend hier angekommen ist. Sie lautet: „Se. Maj. der Kaiser hat beschlossen die Censur aufzuheben, unverzüglich ein Preßgesetz veröffentlichen zu lassen, sowie ferner die Stände der deutschen und slavischen Reiche und die Centralcongregationen des lombardisch-venetianischen Königreichs einzuberufen. Der Zusammentritt derselben soll spätestens am 3. des nächstkommenden Monats Julius stattfinden. Unterzeichnet: M. Haril, k. k. Inspector der Telegraphen, und der Vicepräsident Graf O'Donell." — Statt das Volk zu beschwichtigen, rief dieser „Aviso" eine stärkere Aufregung hervor. „Vane promesse e bugiarde!" „e troppo tardi" hörte man auf allen Straßen. Die Anschläge wurden abgerissen; das Geschrei des Aufruhrs wurde laut. Gegen 11 Uhr entvölkerten sich die Straßen; Häuser, Caffées und Wirthschaften wurden geschlossen. Nach und nach aber zeigten sich bald hier, bald dort einzelne Volkshaufen, die augenblicklich und unglaublich sich vergrößerten. Als die Diligence Mittags abfuhr, waren die Contra-da-larga, der Domplatz und der Platz beim Broletto mit Volksmassen besetzt, kaum vermochte sie durchzudringen. (A. Z.)

Niederlande.

Vom Niederrhein, 21. März. Hr. Dirk Donker Curtius ist zum Justizminister ernannt und hat bereits den Eid der Treue in die Hände des Königs abgelegt; Luzac und Thorbecke sind gewiß, über die andern noch nichts entscheidendes. (A. Z.)

Belgien.

Brüssel, 16. März. Der Staat macht ein Anlehen von 40 Millionen Francs um die jetzigen Ausgaben zu bestreiten.

Portugal.

Ein Brief d. d. Lissabon 14. März im Madrider „Español" besagt: „Eine umwälzerische Bewegung scheint hier, in Folge der furchtbaren Ereignisse in Paris, unvermeidlich. Die Septembristenpartei ist entschlossen, das unerträgliche Joch der Cabrals abzuschütteln, und allenfalls die Königin bis zur Abdankung zu drängen.

Frankreich.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Hr. Marie, hat eine Proclamation „an alle Arbeiter" erlassen, worin er sie auffordert nun endlich, nachdem die Bedingungen der Arbeit verbessert seyen, zur Arbeit zurückzukehren.

Caussidière ist nun definitiv zum Polizeipräfecten von Paris ernannt.

Der deutsche Clubb, nun 1500 Mann stark, scheint in Paris eine ihm nicht gebührende Bevormundung des mündig gewordenen Deutschlands üben zu wollen. Er hat, wie die „Voix des Clubs" berichtet, an sämmtliche Pariser Clubbs ein Rundschreiben erlassen, worin es heißt: „Ganz Deutschland antwortet in diesem Augenblick dem von Frankreich ausgegangenen Freiheitsrufe. Republik ist das Losungswort. Bürger! Die Sturmglocke erschallt von einem Ende Deutschlands zum andern. Sicher fehlt es dort nicht an Männern, denn wir zählen 48 Millionen. Aber unser kleines Corps wird der übrigen deutschen Bevölkerung gegenüber große Vortheile haben. Erstens kann es sich auf sicherer Stätte bewaffnen und einexerziren, und so einen republikanischen Kern bilden, der unsern Brüdern zum Sammelpunct dient. Zweitens besitzen wir den moralischen Vortheil, Eurer heldenmüthigen Revolution beigewohnt oder gar mitgekämpft, und somit schon gelernt zu haben, wie man ein treuloses und unterdrückendes Regierungssystem stürzt. Wir bitten Euch daher, Bürger, unsere Kräfte bei Bildung dieser heiligen Invasion der Kinder Deutschlands auf deutscher Erde zu unterstützen, und somit zur Errichtung dessen, was es Edelstes und Größtes gibt, nämlich einer deutschen Republik als Schwester der französischen Republik, beizutragen. Französisches Volk! Indem du uns deine Unterstützung bei Begründung deutscher Freiheit gewährst, beförderst du auch die Auferstehung jenes andern Volkes, das zu allen Zeiten dein treuester Verbündeter und Waffengefährte war. Der Weg nach Polen führt nur durch das freie und republicanische Deutschland. Gruß und Bruderschaft! Paris den 18 März 1848. Der Ausschuß der deutschen demokratischen Gesellschaft: G. Herwegh, Präsident, Bornstedt, Vicepräsident, Fuhrmann, Wolf, Löwenfels, Ausschußmitglieder, Noach, Secretär."

Börse.

Frankfurt, 22. März. Metall. 5pCt. 75 1/4; 4pCt. —; 3pCt. —; Bankactien 1325; Taunus-Eisenbahn-Actien 290; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 39; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 82; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Wien, 21. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 80; zu 4pCt. in CM. 71; zu 3pCt. in CM. 58; Bankactien per Stück 1180; Nordbahn 92 1/2.

Amsterdam, 20. März. 2 1/2pCt. 40 1/4; 3pCt. 46 1/2; 4pCt. 59 3/4; Span. 3 1/2pCt. 61 1/2; Handels-Maatschappy 133 1/2; Ard. 7 1/4; port. 3pCt. 13; 5pCt. Metall. 60.

Paris, 20. März. 3pCt. 51 Fr. — C.; 5pCt. 72 Fr. — C.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonnabend, 25. März: (Gastvorstellung des Hrn. Fenzl und seinen Kindern Franz und Sophie.) „Die Waldnymphe", große Pantomime mit Ballet in 2 Acten von Fenzl; vorher: „Großjährig", Lustspiel in 2 Aufzügen von Bauernfeld.

Sonntag, 26. März: „Katharina Cornaro", Oper von Lachner.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Dr. Lamothe und Heintz, Regierungs-Rath aus der Pfalz.

Gold. Hirsch. HH. Graf v. Taufkirch und Baron v. Hempisch v. Augsburg; Gibbon, Student v. Heidelberg.

2341. (2b) In Folge allerhöchster Bewilligung empfehle ich die von mir unter dem Namen „englische Ale" bereitete Gattung Bier, als ein sehr feines, kräftiges und gesundes Getränke zur geneigten Abnahme und mache hiemit bekannt, daß die Abgabe desselben unter dem Reife in meinem Anwesen, Schützenstraße Nr. 15, statt findet.

Gefällige Bestellungen zu Versendungen werden bestens besorgt.

München den 22. März 1848.

Gabriel Sedlmayr,
zum Spatenbräu.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 77.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir (Kaufinger Gasse Nro. 2); auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonntag XLIX. Jahrgang. **26. März 1848.**

Die deutsche Bewegung

Während es einerseits als Gewinn erscheinen muß, daß der deutsche sogenannte Fürsten- oder Gesandten-Congreß, der in Dresden mit seiner Weisheit niederzukommen gedachte, nicht zu Stande kommt, so kommen andererseits für das große Werk der deutschen Gesammtvereinigung schon die verletzenden Dornen und die gefährlichen Lächerlichkeiten heran. Noch tagen die wahren Volksvertreter in Frankfurt nicht, noch sind nicht die Stimmen aller deutschen Völker zumal aller urtheilsfähigen Deutschen vernommen über das Wie der gänzlichen Umgestaltung des Bundes und des Auf- und Ausbaues einer vollgiltigen und entschiedenen Vertretung der wahren Gesammtinteressen, da rufen sie in Berlin schon einen deutschen Kaiser aus; und zwar im Könige von Preußen. Es liegt darin eine grausame, eine erschütternd tragische Lächerlichkeit, eine Anmaßung, deren empörender Charakter nur durch ihre immense Lächerlichkeit einigermaßen zersetzt wird. Wer löst doch das große Problem, daß gerade in unseren Tagen Jemand den deutschen, nach schweren Tagen endlich wieder aufzurichtenden Kaiserthron besteigen sollte und dürfte, dem neben den aufrichtigen Sympathien seines eigenen Volkes die des gesammten übrigen Deutschlands unläugbar gänzlich abgehen. — Es liegen neben dem Lächerlichen aber auch die schwer verwundenden Dornen. Durch diese einzige Unvorsichtigkeit ist dem Argwohne, der Eifersucht und allen trennenden Leidenschaften die Bahn gebrochen. Zwar hat der König von Preußen sich feierlich dagegen verwahrt, als wolle er, indem er sich an die Spitze der deutschen Bewegung stelle, irgend eine Macht usurpiren, über irgend einen deutschen Fürsten sich erheben, zwar hat er sogleich und laut es gemißbilligt, als man ihn zum Kaiser ausrief — allein es liegt eben in der unklaren Fassung und Belassung seiner neuverkündeten Stellung so viel Stoff zu Verdrehungen. Die Bewegung, welche Deutschland durchzieht, ist eine so unermeßlich große und in dieser innern Geistesgröße so unwiderstehliche, daß sie ihren Kreislauf vollenden und ihre Geleise der Ordnung und des Friedens wiederfinden wird, ohne die Zuthat irgend eines Regenten. — Am Bundestage aber wird hoffentlich, wenn die großen Debatten über Deutschlands künftige Geschicke beginnen, erst die Völkerfrage und dann, wenn es frommen sollte, die Kaiserfrage zur Entscheidung kommen.

Deutschland.

Bayern.

Landtag.

△ München, 26. März. Die Adreßcommission der Kammer der Reichsräthe besteht aus dem Directorium und den HH. Reichsräthen Fürst Hohenlohe, Grafen v. Giech und Grafen C. v. Seinsheim. Die Dankadresse ist bereits berathen, von der Kammer genehmigt und wird heute 12 Uhr von einer Abordnung Sr. Maj. dem König überreicht werden.

Der Abg. Graf Hegnenberg-Dux hat sich die Petition des Münchener Stadtmagistrats an die Kammer angeeignet, und wird alsbald Ablösung der Grundlasten, Abtretung aller Herrschaftsgerichte an den Staat und Aufgeben des adeligen Vorrechtes der Siegelmäßigkeit beantragen.

München. Se. Maj. der König Maximilian II. hat dem akademischen Freicorps ein freundliches Anerkennungs- und Belobungs-Schreiben zufertigen lassen. — Das Freicorps der hiesigen Bürgerssöhne zählt bereits 300 Mann, wird bald vollständig organisirt seyn und eigene Uniform und Kopfbedeckung erhalten. — Am 23. wurden in der königl. Erzgießerei die von Professor Halbig nach dem Modell des Professors Wagner in Rom modellirten, für das Siegesthor bestimmten zwei Löwen gegossen, welche 400 Ctr. wiegen. Der Guß ging glücklich von statten. — Der Pfarrer der Vorstadt Au, Hr. H. Rabl, Ritter des Ordens vom heil. Michael, ist am 21. März 71 Jahre alt gestorben; das feierliche Leichenbegängniß fand am Freitag statt. Die Armen verlieren in ihm einen treuen Vater. Möge nur seine Lieblingsschöpfung, die von ihm begründete „Beschäftigungs- und pädagogische Heilanstalt für verwahrloste Kinder“, segensreich weiter geführt werden. Für ihr Aufblühen hat er rastlos bis zum Tode gewirkt, wie der am Neujahr ausgegebene schön geschriebene Jahresbericht über das Wirken der Anstalt beweist. Die Einnahme an milden Beiträgen im Jahre 1846 47 betrug 1003 fl. 42 kr., die Ausgabe 1125 fl. 12 kr. (Bayer. Bl.)

*÷ München, 26. März. Heute findet bei Sr. Maj. dem König Ludwig große Familientafel statt. — Se. königl. Hoheit der Kronprinz ist vorgestern Abends von Würzburg hier eingetroffen.

†† München, 25. März. Der frühere Polizeidirector von München, Hr. Mark, ist zum Regierungsrath ins Ansbach ernannt worden.

München, 24. März. Mit Freude hört man heute, daß der bekannte rheinpfälzische Abgeordnete, Advocat Willich, zum geheimen Rath und bayerischen Bundestagsgesandten ernannt ist. Eine populärere Wahl war nicht denkbar. Er wird schon heute Abend nach Frankfurt abgehen. Ein weiterer Mann des öffentlichen Vertrauens wird ihm beigegeben werden; das Gerücht bezeichnet hiefür namentlich einen Advocaten Ihrer Stadt (Dr. Paur). Um unserm Landtag nicht zu viele der besten Kräfte zu entziehen, wird nur eine kleine Deputation nach Beendigung der Adressedebatten sich nach Frankfurt begeben. Die beiden Präsidenten der zweiten Kammer sind heute bei König Ludwig Maj. zur Tafel geladen. (A. Z.)

Nürnberg, 23. März. Diesen Nachmittag fand die Huldigung der königl. Landwehr für Se. Maj. den König Maximilian II. statt. Die Anrede und Eidesformel war folgende: Bürger-Soldaten! Sie schwören zu Gott, dem Allmächtigen einen körperlichen Eid, daß Sie wollen treu und hold seyn, dem allerdurchlauchtigsten und großmächtigsten König und Herrn Maximilian II. als Ihrem allergnädigsten Souverän, daß Sie Allerhöchstdesselben erhabene Person und königliches Haus und Ihr Vaterland rühmlich und tapfer vertheidigen, und sich stets so betragen wollen, wie es braven Bürgern und Unterthanen obliegt und Ihre Pflicht gebeut. (Nürnb. Corr.)

Landau, 20. März. Die Volksversammlungen gehen hier in schönster und geregeltster Ordnung vor sich. Gestern war eine solche im Theatersaal, Nachmittags 4 Uhr, und von einer großen Zahl Landleute besucht. Man sprach über die Waldungen, Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, und verwies zur Ruhe und Ordnung innerhalb des Gesetzes. — Die Exercitien der zur Bürgerbewaffnung sich gemeldet Habenden gehen rasch vorwärts, und mit Freuden unterziehen sich Officiere und Unterofficiere der Garnison, welche der größten Mehrzahl nach den Umschwung der Dinge froh begrüßen, des Einübens. Ueberhaupt herrscht ein guter Geist zwischen Militär und Civil. — Der noch 5 Jahre im Stadtrath zu verbleibende Theil desselben hat am letzten Freitag, dem Beispiele des Speyerer Gemeinderaths folgende seine Entlassung eingereicht, so daß auch hier eine gänzlich neue Wahl stattfinden wird. (Sp. Z.)

Sausenheim, 20. März. Heute fand hier eine Volksversammlung statt, in welcher dieselbe beschloß, sich der unterm 4. März zu Neustadt von den Pfälzer Deputirten abgefaßte Eingabe an den König in allen ihren Theilen anzuschließen. Es ward sofort in dieser Hinsicht eine Adresse an die Deputirten entworfen, und dieselbe nach Hinzufügung noch folgender Puncte in großer Anzahl unterschrieben: 1) Erweiterung der Competenz der Friedensgerichte, 2) Vereinfachung des gerichtlichen Verfahrens oder der Proceßordnung, 3) wirksamerer Antheil des Gemeinderaths an der Verwaltung des Gemeindevermögens, insbesondere der Bewirthschaftung der Gemeindewaldungen und ebenso bei den Gemeindebauten, 4) Oeffentlichkeit der Gemeinderathssitzungen, 5) gerechtere Vertheilung der Besoldungen aller Beamten, den Zeitbedürfnissen entsprechend, 6) Verminderung des stehenden Heeres, 7) Wiederherstellung des gemeinschaftlichen Schullehrerseminars, wie vor einigen Jahren dasselbe bestanden hat, 8) Aufhebung des Zweikammersystems; nur Eine Volkskammer gewählt aus allen Ständen. (Sp. Z.)

Baden.

Karlsruhe, 22. März. Der Großherzog hat den Präsidenten des Kriegsministeriums, Generallieutenant v. Freidorf, auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt. Dagegen den zum Generalmajor beförderten bisherigen Obersten, Friedrich Hoffmann, zum Präsidenten des Kriegsministeriums ernannt.

K. Sachsen.

Dresden, 21. März. Gestern sind Graf v. Lehrbach aus Darmstadt, Frhr. v. Gagern aus Wiesbaden und Baron v. Sternfels aus Stuttgart hier angekommen, um dem Vernehmen nach darauf anzutragen, daß die Bundesversammlung von Frankfurt nach Dresden verlegt werde. (D. A.)

In einer in Leipzig abgehaltenen Arbeiterversammlung (2500 Arbeiter waren zugegen) wurde die Gründung eines Gesellenvereins beantragt, beim Ministerium sollte die Anerkennung des IV. Standes und Errichtung eines Arbeiterministeriums beantragt werden.

Kurhessen.

Hanau, 19. März. Die Turngemeinde zu Hanau hat folgenden Aufruf erlassen: „Der Umschwung der Dinge in unserm deutschen Vaterlande hat dem deutschen Turnwesen neuerdings die Bahn geöffnet, ihren Beruf, Entwickelung und Kräftigung eines ächten deutschen Volksthums“, frei zu verfolgen. Um aber diesem Beruf mit sicherer Aussicht auf Erfolg leben zu können, ist es nöthig, daß alle Turngemeinden Deutschlands sich zu diesem einen Ziele vereinigen und nach einem Plane gemeinschaftlich handeln. Zu diesem Zwecke ladet die Turngemeinde zu Hanau die Turngemeinden aller deutschen Gauen ein, durch Abgeordnete zu einem hier abzuhaltenden Turntag sich zu vereinigen, um über gemeinschaftliche Maßregeln zur Erreichung des gemeinschaftlichen Zieles sich zu besprechen. Je zwei Abgeordnete werden hinreichend seyn, die Ansichten der verschiedenen

Turngemeinden zu vertreten, welchen wir hiemit gastfreundliche Aufnahme zusichern. Da die Sache von hoher Wichtigkeit ist, und Eile erfordert, so haben wir den Tag der Zusammenkunft auf Sonntag den 2. April festgesetzt, und erwarten also unsere Gäste spätestens am 1. April. Wir hegen das Vertrauen, daß die Redactionen verbreiteter Blätter im Interesse der guten Sache zur schnellen Verbreitung diesem Aufrufe ihre Spalten öffnen werden.

Preußen.

Der 18. und 19. März in Berlin.

I.

Berlin, 20. März. Der Anfang des ganzen unheilvollen Kampfes war etwa folgender: Der König war, nachdem die Bürgerdeputationen aus Köln und von hier die Audienz bei ihm gehabt und die freudigen dort erhaltenen Zusagen dem Volke verkündet hatten, auf dem nach dem Schloßplatze hin gelegenen Balcon des Schlosses erschienen und hatte dem jubelnden Volke gedankt. Da war, wie bereits gemeldet, der damalige Minister v. Bodelschwingh auf den Balcon getreten und hatte zum Nachhausegehen ermahnt. Diese Aufforderung hatte bei den unten im Schloßportal befindlichen Officieren Anklang gefunden und es mischten sich mehrere derselben unter das Volk, die Aufforderung wiederholend, wobei leider einige unvorsichtige Aeußerungen gemacht wurden. Diese wurden namentlich die Veranlassung, einen Officier vom Kaiser-Franz Regimente mit Gewalt ins Schloßportal zurückzudrängen, so daß in Folge davon das in den Schloßhöfen befindliche Militär eine kriegerische Stellung einnahm, um jedem weiteren Unfuge entgegenzutreten. Dieß wurde die Veranlassung zu dem ziemlich allgemeinen Ruf des Volkes: „Zurück mit dem Militär." Unglücklicher Weise fielen in diesem Augenblicke zwei Schüsse, die aus dem Schloßhofe kamen und über die Köpfe des Publicums nach der breiten Straße zu gingen; Alles stob auseinander mit dem Ruf: „Wir sind verrathen." Jetzt nahm das Volk eine offensive Stellung an und drang gegen die beiden Schloßportale vor, aus denen nun eine Salve gegeben wurde, die mehrere Personen tödtlich traf. Unterdessen waren auch bereits die entsprechenden Ordres zum Anrücken nach den verschiedenen Kasernen abgegangen, und es nahten sich namentlich die Dragoner im Trabe durch die Jägerstraße, wo sie mit ihren Säbeln sofort auf das sich drängende Publicum einhieben. Mit Blitzesschnelle verbreiteten sich diese Nachrichten durch die ganze Stadt, und in einer halben Stunde waren bereits an allen Straßenecken Barricaden errichtet, während man gleichzeitig das von anderen Seiten schnell anrückende Militär schon jetzt mit Dachsteinen, die von oben auf dasselbe herabgeworfen wurden, empfing. Der Kampf auf der Friedrichsstadt begann damit, daß die Infanterie die Linden herauf durch das sogenannte Prinzessinnenpalais nach der Oberwallstraße rückte und hier die Barricaden im Sturme zu nehmen versuchte. Es ist nicht zu beschreiben, mit welcher Energie der Kampf geführt wurde und wie an jeder einzelnen Straßenecke es zu den hitzigsten Gefechten kam, bis die nach und nach immer mehr befestigten und selbst mit Gräben umzogenen Barricaden genommen werden konnten. Fast überall waren die Dächer abgedeckt, und die Ziegelsteine flogen auf das Militär herab; gleichzeitig schoß man aus zahlreichen Dachluken und Fenstern und schlug in dieser Weise an mehreren Stellen sogar das Militär siegreich zurück, bis endlich die besonders hart vertheidigten Häuser im Sturm genommen und nun Alle, die man auf den Dächern und Böden fand, niedergemacht wurden. Besonders hart war auf der Friedrichsstadt der Kampf an den verschiedenen Ecken der Friedrichsstraße, wo das eben erst aus Stettin angekommene zweite Regiment in den Kampf geführt und von Kartätschen unterstützt wurde. Der Kampf währte die ganze Nacht hindurch, nur daß er sich je länger je mehr aus dem Mittelpunkte der Stadt nach den Vorstädten hinauszog, wo man sogar an mehreren Eisenbahnen die Schienen aushob. Die Zahl der Todten und Verwundeten läßt sich nicht übersehen, da dieselben zerstreut in Kirchen, Hospitälern und sonstigen öffentlichen Localen herumliegen; sie wird beim Militär, Todte und Verwundete zusammengenommen, auf 1600 Mann angeschlagen. Sie wird auf Seiten des Volks nicht geringer seyn. Man trägt die unbekannten Todten überall zusammen nach den verschiedenen Kirchen, während umgekehrt die von ihren Anverwandten dort erkannten Leichname nach den Privatwohnungen fortgebracht werden.

II.

Das Militär, welches fast überall auf den Straßen und öffentlichen Plätzen bivouakirte, erhielt endlich gegen 11 Uhr den Befehl, sich zurückzuziehen. Die hier angelangten Bataillone des 8. und 2. Regiments zogen zu den Thoren hinaus, die hier garnisonirenden Garderegimenter gingen theils nach ihren Casernen, theils auf benachbarte Dörfer. Eine Compagnie des 2. Garderegiments rückte vom Zeughause die Linden hinauf mit klingendem Spiel, es wurde Schweigen vom Volke verlangt, und die Trompeter verstummten. Da zog eine lange Schaar von Menschen heran, in der Mitte sieben Bahren mit sieben unverdeckt liegenden Leichen, die mit Kränzen und Immergrün geschmückt waren. Entblößten Haupts folgten Tausende; das Militär mußte Halt machen, und die ganze Compagnie präsentirte, während man die Leichen vorbeitrug, das Gewehr. So zog der Haufe nach dem Schloß, durch den Schloßhof hindurch nach dem Schloßplatz, wo ein Todtengesang in den wenigstens 3000 Menschen einstimmten, gesungen wurde. Endlich schwieg man wieder, man stellte sich mit den sieben Bahren vor dem Schlosse auf, soweit man sehen konnte, stand Mann an Mann entblößten Haupts, und es erhob sich ein furchtbares Geschrei, daß der König erscheinen solle, die Leichen zu sehen. Endlich zeigten sich der Graf Schwerin und der Fürst Lichnowski auf dem Schloßbalkon; der Erstere verlangte zu sprechen, allein das Toben des Volks ließ ihn nicht zu Worte kommen, und das Brüllen nach dem Könige begann aufs Neue. Endlich trat er wirklich heraus, an der Hand die Königin, die in tiefe Trauer gehüllt und ein Bild schmerzvollsten Leidens war, gefolgt von den Ministern Arnim und Schwerin, dem General Noßtitz und dem Oberbürgermeister Krausnick. Wer vermöchte wohl zu schildern die Gefühle des Monarchen und der Königin, als man ihnen nun die bekränzten Leichen hoch entgegenhielt und neben dem trotz der entgegengesetzten Verabredung dennoch zahlreich laut werdenden Lebehoch auch wildes Wuth- und Rache-Geschrei sich erhob und von einem Drohen mit Fäusten und Knitteln begleitet wurde! Vergebens winkte der Monarch um Ruhe, die Königin rang die Hände und flehte um Stille; die Wuth wandte sich zunächst gegen den Oberbürgermeister Krausnick, der die Interessen der Bürgerschaft während der Tage der Gefahr nicht energisch wahrgenommen haben soll. Der König gab ihm einen Wink und er verschwand vom Balcon. Endlich versuchte der König zu sprechen: „Sie haben mir vor einer Stunde das Versprechen gegeben," mit diesem Satze begann er vier- bis fünfmal, allein das wüthende Schreien ließ ihn nicht weiter reden, er winkte endlich, sichtbar tief bewegt, einen schmerzlichen Abschied mit der Hand und trat mit der Königin in das Gemach zurück. Man trug endlich die Leichen noch einmal durch das Schloß und dann nach der Werther'schen Kirche. Der König erschien bald auch wieder auf dem Balcon, der auf der andern Seite des Schlosses nach dem Lustgarten hinaus liegt, und verkündete mit lauter Stimme: „Ich lege die Bewahrung und die Sicherheit Berlins in die Hände der Bürger; ich vertraue ihnen auch mein Leben und meine Sicherheit; wollen sie sich dazu bewaffnen, so sollen ihnen die Militär-Waffenvorräthe sofort ausgeliefert werden." Die Bürger waren indeß zahlreich im Lustgarten erschienen, und bald traten nun die Grafen Schwerin und Arnim unter sie, und führten den langen Zug nach dem Zeughause, wo die Bezirksvorsteher die Bürger von den übrigen Personen sonderten und die Ersteren alsdann mit Waffen versehen wurden. Unterdessen waren denn auch auf großen Bogen die Namen der neuen Minister unter das Volk vertheilt worden, die Zufriedenheit wuchs, die Bürger kehrten bewaffnet auf die Straße zurück, lösten das Militär von den Wachen ab, stellten zahlreiche Posten auf, und die Ruhe wurde in Folge davon nicht ferner gestört, wiewohl in den fernen Stadtgegenden, wo alle diese Nachrichten erst spät hinkamen, namentlich in der Frankfurter Vorstadt, der Kampf noch lange fortdauerte. An fremdem Eigenthum hatte sich während der ganzen Zeit überhaupt Niemand vergriffen.

III.

Die Zahl der Todten und Verwundeten soll unter dem Militär größer seyn, als unter dem Volke, da ersteres dem Kugelregen, der von allen Barricaden, von den Dächern und aus den Fenstern gegen es gerichtet wurde, ausgesetzt war, und auch sehr viel durch die von oben herabgeworfenen Steine litt, während die Civilpersonen sich meist nur für den Augenblick, wo sie ihre Büchse abschossen, oder den Stein herabwarfen, den Schüssen des Militärs aussetzten. Besonders zeichneten sich in dem Kampfe die Mitglieder der Berliner Schützengilde und die Studenten aus, indem durch die gut gezielten Schüsse der Ersteren namentlich viele Officiere fielen. Auch hatten die Schützengildemitglieder ihre drei Kanonen auf dem Alexanderplatze aufgefahren und richteten von dort aus ein fürchterliches Kartätschenfeuer gegen die unter den sogenannten Colonnaden stehenden Soldaten. An dieser Stelle nahmen mehrere Bürger auch den General v. Möllendorf gefangen, der die hiesige Garde-Infanteriebrigade commandirt. Derselbe wurde nach dem Schützenhause gebracht und von 6 mit geladenen Flinten bewaffneten Personen fortdauernd bewacht. Wir trafen gestern Mittags 2 Uhr in der Königsstraße auf eine Deputation, die dessen Freigebung unter der Bedingung anbieten sollte, daß 1) sämmtliches Militär aus der Stadt hinausgebracht und 2) alle Waffenvorräthe den Bürgern ausgeliefert würden. — Es ist kaum zu beschreiben, welchen hohen Grad die Wuth des Volks gegen den Prinzen von Preußen erreicht hat, indem man ihn hauptsächlich für den Urheber des fürchterlichen Blutbades hält, welches durch das allzu frühe und voreilige Einschreiten des Militärs hervorgerufen wurden. Heute Vormittag wurden bei mehreren Gewerbtreibenden und Handwerkern, welche Hoflieferanten des Prinzen von Preußen sind, die Aushängeschilder zerstört, während die mit dem Namen des Königs und anderer Prinzen vollständig verschont blieben. — Eine besonders große Popularität hat sich während der letzten verhängnißvollen Tage der Polizeipräsident v. Minutoli erworben, welcher vom Anfang der Bewegung an mit Entschiedenheit verlangte, daß nirgends in der Stadt Militärkräfte entfaltet würden, indem er sich in diesem Falle für die Aufrechthaltung der Ordnung verbürgte und, als diesem seinem Begehren nicht willfahrt wurde, seine Entlassung forderte. Die Ernennung des Herrn v. Minutoli zum Chef der gesammten Bürgergarde ist daher eine gut gewählte zu nennen. — Das Volk statuirte gestern zwei Beispiele einer warnenden Volksjustiz. Ein Major außer Dienst von Preuß hatte am Abend des Kampfes sechs junge Leute (man sagt Studenten) in sein an der Königs- und Heiligen-Geist-Straßenecke belegenes Haus gelockt unter dem Versprechen ihnen Waffen zu geben, hatte dann aber Soldaten hinaufrufen lassen, welche die jungen Leute mit den Bajonnetten und Kolben tödteten. Hr. v. Preuß fiel als ein Opfer seiner Verrätherei; alsdann stürmte das Volk gestern Mittag das Haus, warf alle Meubeln und sonstigen Utensilien, selbst das Silberzeug zu den Fenstern auf die Straße hinaus und verbrannte hier alles auf einem großen Scheiterhaufen. Ebenso ging es dem unter den Linden wohnhaften Hofhandschuhmacher, der drei Polen, welche Geld unter das Volk vertheilt hatten der Behörde denuncirt hatte. — Gegenwärtig stehen an sehr vielen Straßenecken und Privathäusern metallene Schüsseln mit einem Zettel: „Für die am 18. März Verwundeten" versehen. Viele der Schüsseln sieht man vollauf gehäuft mit Geld, denn die Beiträge selbst, und fast vornehmlich von armen Leuten gehen überaus reichlich ein.

Ueber den feierlichen Umzug des Königs am 20. März und seine Reden sagen Berliner Blätter: Gegen 10 Uhr hatte der Minister Graf v. Schwerin die Studirenden in der Aula versammelt. Mit den Waffen in der Hand stürmte ein großer Theil in die Aula, wo der Minister Schwerin, umgeben von den ebenfalls bewaffneten Professoren Rector Müller und Prorector Hecker, folgende Worte an die Studirenden richtete: „Meine Herren! Se. Maj. der König hält es für seine Pflicht, die akademische Jugend, welche sich so glanzvoll in den Tagen des Ruhmes bewährt hat, von den Fortschritten zu unterrichten, welche er zu nehmen gedenkt. Se. Maj. wollen sich an die Spitze des constitutionellen Deutschlands stellen. Sie wollen Freiheit und Constitution. Sie haben daher auch die schleunige Bildung eines deutschen Parlaments beschlossen, und werden sich an die Spitze des Fortschrittes stellen. Der König rechnet auf den Schutz des Volkes, ist das nicht Ihre Meinung? (Tausendstimmiges Ja.) Der König wird demnächst geschmückt mit den deutschen Farben, in den Straßen erscheinen und rechnet darauf, daß die akademische Ju-

gend sich um ihn schaaren werde. Meine Herren! Es lebe der deutsche König. (Endloses Hoch.) Meine Herren, wir sind Sr. Majestät verantwortliche Minister, aber unsere Seele ist der König und der Fortschritt, die Freiheit sein Gedanke, die verantwortlichen Minister Hoch!" Gegen 11 Uhr erschien der König auf dem Schloßhofe, an dem Eingange der Wendeltreppe. Se. Majestät war zu Pferde, trug die deutschen Farben um den Arm, umgeben von den anwesenden Prinzen und den Ministern, Alle mit den deutschen Farben geschmückt. Ein unermeßlicher Jubel empfing den König bei seinem Erscheinen, und Se. Majestät richtete zuerst folgende Worte an das Volk: „Es ist keine Usurpation von mir, wenn ich mich zur Rettung der deutschen Freiheit und Einheit berufen fühle, ich schwöre zu Gott, daß ich keine Fürsten vom Throne stoßen will, aber Deutschlands Einheit und Freiheit will ich schützen; sie muß geschirmt werden durch deutsche Treue, auf den Grundlagen einer aufrichtigen constitutionellen deutschen Verfassung." Ein endloser Freudenruf brach los, und der Zug hatte Mühe, vorwärts zu schreiten. Voran ritten zwei Generale mit den deutschen Farben um den Arm, ihnen folgten drei Minister in gleichem Schmucke und diesen zwei Bürgerschützen zu Fuß und der Stadtverordnete Gleich mit der dreifarbigen deutschen Fahne. Jetzt kam der König, umgeben von den Prinzen und Generalen. Der König hielt auf das Neue an dem Schloßplatze, um Worte an das Volk zu richten. An der Königswache hielt der König vor den salutirenden Bürgern und sprach: Ich sehe Euch hier auf der Wache, ich kann es nicht genugsam in Worte kleiden, was ich Euch danke — glaubts mir! Einer der Versammelten rief nun: „Es lebe der Kaiser von Deutschland!" worauf der König unwillig erwiederte: „Nicht doch, das will, das mag ich nicht!" Jetzt ging der Zug bei der Blücherstatue vorbei, die Behrenstraße entlang und über die Linden zurück. An der Universität hielt der König, dem drei Studirende das Reichsbanner vorausgetragen hatten, auch eröffnete jetzt der Polizeipräsident, der sich am Opernplatze angeschlossen hatte, den Zug. Die Professoren Rector Müller und Prorector Hecker führten die Studirenden an, die vor der Universität in Reihe und Glied aufgestellt waren. Der König, welcher zunächst beiden vorgedachten Professoren die Hand reichte, hielt unfern des Denkmals Friedrichs II. und sprach: „Mein Herz schlägt hoch, daß es meine Hauptstadt ist, in der sich eine so kräftige Gesinnung bewährt hat. Der heutige Tag ist ein großer, unvergeßlicher, entscheidender. In Ihnen, meine Herren, steckt eine große Zukunft, und wenn Sie in der Mitte oder am Ziele Ihres Lebens zurückblicken auf dasselbe, so bleiben Sie doch ja des heutigen Tages eingedenk. Die Studirenden machen den größten Eindruck auf das Volk und das Volk auf die Studirenden. Ich trage Farben, die nicht mein sind, aber ich will damit nichts usurpiren, ich will keine Krone, keine Herrschaft, ich will Deutschlands Freiheit, Deutschlands Einigkeit, ich will Ordnung, das schwöre ich zu Gott (hier erhob der König seine Rechte gen Himmel.) Ich habe nur gethan, was in der deutschen Geschichte schon oft geschehen ist, daß mächtige Fürsten und Herzoge, wenn die Ordnung niedergetreten war, das Banner ergriffen und sich an die Spitze des ganzen Volkes gestellt haben, und ich glaube, daß die Herzen der Fürsten mir entgegen schlagen, und der Wille des Volkes mich unterstützen werden. Merken Sie sich das, meine Herren, schreiben Sie es auf, daß ich nichts usurpire, nichts will, als deutsche Freiheit und Einheit. Sagen Sie es Allen." Friedrich Wilhelm hoch! erscholl es von allen Seiten. Die Studenten schlugen die Waffen an einander, das Volk warf die Hüte, an denen die deutschen Farben prangten, in die Höhe und brach wiederum in endlosen Jubel aus. Wie auf dem ganzen Zuge umdrängte es den König, dessen Pferd nur mit Mühe vorwärts konnte. Am Kölnischen Rathhause schloß der König eine Anrede an die Stadtverordneten mit den Worten: „Bürger, ich weiß es wohl, daß ich nicht stark bin durch die Waffen meines gewiß starken und tapferen Heeres, daß ich nicht stark bin durch meinen gefüllten Schatz, sondern nur durch die Herzen und die Treue meines Volkes. Und nicht wahr, diese Herzen, diese Treue werdet ihr mir schenken! Ich schwöre es Euch, ich will nur das Gute für Euch und Deutschland." An alle Wachen ritt der König heran und dankte für die ihm und der Stadt geleisteten mühevollen Dienste. Nachdem der König in dem Schlosse angekommen war, folgte ihm der Prinz Albrecht und wurde mit jubelndem Lebehoch begrüßt. Der König umarmte, von den Gefühlen des Augenblicks tief ergriffen, seinen Bruder, unter dem anhaltenden Freudenrufe der dichtgeschaarten Menge, welche fortdauernd die Hüte schwenkte.

Um die verschiedenen schon eingerichteten Sammlungen für die Verwundeten und die Hinterbliebenen der Gefallenen zu concentriren, haben die Communalbehörden am 21. beschlossen, ein Generalcomité zu bilden, welches sich mit der Annahme der Gelder und der sofortigen Unterstützung der Hilfsbedürftigen beschäftigen soll.

Breslau, 20. März. Die Stadt ist seit zwei Tagen im vollsten Aufstande. Die königl. Verwaltungsbehörden sind außer Thätigkeit, Hr. v. Wedell hat die Stadt verlassen. Eine Volksversammlung drängt die andere, und auf dem Neumarkt werden jetzt Reden gehalten, die denen der ersten französischen Revolutionsperiode nicht nachstehen. Die Nachrichten aus Berlin haben Entsetzen und Wuth erregt. Das Volk hat heute die sofortige Freilassung sämmtlicher Schuldgefangenen erzwungen, und eine Schaar von mehreren Tausend ist bereit, den Berlinern bewaffnet zu Hülfe zu ziehen. Auf dem Wege nach dem Bahnhof ist die Post angefallen und ihr das Felleisen abgenommen worden. Die nach Berlin bestimmten obrigkeitlichen Berichte über die hiesigen Ereignisse werden öffentlich bekannt gemacht! Allgemein will man von Concessionen nichts mehr wissen. (C. v. u. f. D.)

Fürst Metternich ist auf dem Schlosse Rheineck bei Coblenz angekommen.

Aus Wetzlar vom 19. März schreibt man: der Fürst von Solms-Braunfels (auch im württembergischen Jaxtkreis begütert) hat noch mehr, als seine Bauern forderten, freiwillig gegeben. So ist der achtfache Betrag der Zehnten als Ablösungssumme festgesetzt worden. Die Frohnen sind aufgehoben, Bergbau, Jagd und Fischerei in dem Eigenthum der Gemeinden diesen überlassen, dem Patronatsrecht entsagt. Beinahe 10,000 Bauern standen um Braunfels unbewaffnet und harrten der Antwort, welche endlich der Fürst auf dem Marktplatz den Abgeordneten ertheilte. (Frkf. J.)

Schleswig-Holstein.

Kiel, 19. März. Gestern waren die ständischen Deputirten zu einer Privatberathung in Rendsburg versammelt, um zu überlegen, was jetzt zu thun sey. Olshausens entschiedene Anträge fanden nicht den gewünschten Anklang. Bevor aber die Berathung beendigt war, ward Letzterer in den dortigen Bürgerverein abgerufen, wo man an die Deputirten eine sehr entschiedene Adresse gerichtet hatte, unter der sich auch schon 80 Unterschriften von Soldaten befanden. Dieß gab den nöthigen moralischen Impuls, man ernannte sogleich eine Deputation, bestehend aus den anerkannt sehr entschiedenen Männern Olshausen, Claussen, Gülich, Engel und Neergaard, welche dem Könige persönlich die dringenden Wünsche des schleswig-holsteinischen Volkes vortragen sollen. Es befinden sich darunter: die Constituirung Schleswig-Holsteins als eines von Dänemark und dänischem Einflusse unabhängigen Staates; der ungesäumte Beitritt Schleswigs zum deutschen Bunde; die gründliche Reform der deutschen Bundesversammlung, zunächst durch Berufung einer Volksvertretung sämmtlicher deutscher Völker beim Bundestage; eine wohleingerichtete Volksbewaffnung; Absetzung sämmtlicher dänischen Beamten in den Herzogthümern und, unter den deutschen Beamten, des Herrn v. Scheel. Am nächsten Dienstag wird diese Deputation nach Kopenhagen abgehen. Der Würfel ist gefallen. (C. v. u. f. D.)

Hannover.

Nach der „Weser-Zeitung" wurden am 17. d. Mts. in Hannover von den erzürnten Volksmassen trotz der Zugeständnisse des Königs den Ministern v. Falcke und v. d. Wisch, der Gräfin Grote und einem Polizeischreiber die Fenster eingeworfen.

In einem Aufruf des Königs vom 20. d. Mts. (in der Beilage zur Han. Z.) an seine „Hannoveraner", worin die bereits erfolgten Verwilligungen erwähnt werden, heißt es schlüßlich: „Insbesondere will Ich, bei den gegen früher wesentlich veränderten Verhältnissen im gesammten Deutschland, an die Stände Anträge auf Abänderung der Landesverfassung richten, welche auf Verantwortlichkeit der Minister gegen das Land und Vereinigung der königlichen und Landescasse begründet werden sollen." Ernst August.

Hannover, 20. März. Der König hat den Geheim-Rath Frhrn. v. Falcke auf sein Ansuchen unter Bewilligung von Pension des Dienstes in Gnaden entlassen. Die eingereichten Entlassungsgesuche sämmtlicher Vorstände des kgl. Ministerialdepartements sind vom König ebenfalls angenommen. Doch müssen sie bis zum Eintritt ihrer Nachfolger die Geschäfte fortführen. — Auch ist in einem gnädigen Schreiben des Königs an den Magistrat der Stadtdirector wieder zum Polizei-Chef ernannt. (Hannov. Z.)

Oesterreich.

Das kaiserliche Amnestiedecret lautet: „Wir Ferdinand I. 2c. Um Unseren getreuen Unterthanen einen weiteren Beweis Unseres Vertrauens zu geben, und ihnen zu zeigen, wie sehr Wir geneigt sind, selbst gegen Verirrte Gnade zu üben, sohin von dem Uns diesfalls zustehenden Rechte Gebrauch zu machen, haben Wir Uns bewogen gefunden, insbesondere rücksichtlich Unserer Königreiche Galizien und Lodomerien, dann des lombardisch-venetianischen Königreichs folgende Bestimmungen zu treffen: Erstens: Sämmtlichen in den Königreichen Galizien und Lodomerien, mit Einschluß des Krakauer Bezirks, dann im lombardisch-venetianischen Königreich wegen Hochverraths oder Störung der inneren Ruhe des Staats in Untersuchung gezogenen und gegenwärtig in der Strafe befindlichen Individuen vom Civilstande ist die noch übrige Strafzeit nachgesehen, sofern sie nicht auch anderer Verbrechen schuldig erkannt worden sind. Zweitens: Bezüglich der bei den Gerichten der gedachten Königreiche wegen solcher Verbrechen verhafteten, aber noch nicht definitiv abgeurtheilten Individuen soll jedes weitere Verfahren niedergeschlagen, und eine neue Untersuchung wegen ähnlicher Thatsachen, welche dieser Unserer Entschließung vorausgegangen sind, nicht mehr eingeleitet werden; jedoch sollen die im ersten und in dem gegenwärtigen Absatz erwähnten Individuen, wenn sie Ausländer sind, sogleich aus Unseren Staaten abgeschafft werden, und dieselben nur mit Unserer ausdrücklichen Erlaubniß wieder betreten dürfen. Drittens: Jene Leute aus den gedachten Königreichen, welche, weil sie in politische Umtriebe verflochten oder dabei compromittirt waren, an einen andern Ort confinirt wurden, sind in den Genuß ihrer Freiheit zu setzen. Viertens: Diejenigen, welche aus gleichen Gründen einem speciellen Verbote unterzogen wurden, sind von diesem loszuzählen. Sonach erwarten wir mit Zuversicht, daß durch diese Unsere Bestimmungen die Gemüther sich beruhigen, Ruhe und Ordnung überall zurückkehren, und Unsere getreuen Unterthanen Uns die Liebe und Anhänglichkeit beweisen werden, die sie bei so vielen Gelegenheiten rühmlichst bewährt haben. Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt Wien, den zwanzigsten März im eintausend achthundert achtundvierzigsten, Unserer Reiche im vierzehnten Jahre. Ferdinand. Franz, Graf v. Kolowrat, prov. Ministerpräsident. Ludwig Graf v. Taaffe, Minister der Justiz. Franz Frhr. v. Pillersdorf, Minister des Innern. Nach Sr. k. k. apostol. Majestät höchsteigenem Befehl: Wenzeslaw Ritter v. Zaleski, k. k. Hofrath.

Wien, 22. März. Gestern traf bereits eine Deputation aus Galizien hier ein, und hatte Mittags eine Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser. — Die Flugschriften über Metternich drängen sich und die Verwünschung gegen ihn ist noch immer steigend. Man bereitet eine Adresse vor, um den von ihm in sogenannten außerordentlichen Dienst der Staatskanzlei zugezogenen Günstlinge Antistes Hurter, Jarke, Pilat, Baron Zedlitz, ihre Emolumente zu entziehen. Sein übriger Anhang Baron Hügel und die meisten Staatskanzleiräthe, worunter Hammelauer einer der ärgsten, sind seine heftigsten und bittersten Tadler und Feinde geworden. — Hier herrscht die tiefste Ruhe, und die heutige Wiedereröffnung der Zoll-Linien erfolgte ohne allen Anstand. Die Studenten haben in der gestrigen Versammlung die Absetzung ihrer sämmtlichen Professoren als Officiere des akademischen Corps beschlossen. Sie haben als Grundsatz aufgestellt, die Professoren auch in Zukunft von jeder Wahl auszuschließen. — Aus Ungarn wird leider gemeldet, daß vorgestern in Körmend, Güns und Preßburg eine Judenverfolgung begonnen, in Folge der sich die Juden in den Städten aufs freie Feld flüchten mußten. (Augsb. Abdz.)

Wien, 22. März. Auf eine Veröffentlichung der Finanzlage Oesterreichs von Seite der Regierung sind heute die Bankactien wieder auf 1200 gestiegen. (Augsb. Abdz.)

Einem Privatschreiben aus Wien vom 17. März entnehmen wir folgende Züge über den Kampf und den Sieg der Studenten und des Volks. Der Redner im großen Hof des Landhauses war ein Pole, Namens Spitzer. Er äußerte u. A., es werde ihm das Leben kosten, er opfere sich aber dem allgemeinen Wohl. Später wurde er auf ein Pferd gesetzt, welches einem Adjutanten abgenommen war; kaum saß er, so traf ihn ein Schuß in den Kopf. Er wird mit besonderer Feier begraben werden. Der Sturz des bisherigen Systems wurde herbeigeführt durch das Commandowort des Erzherzogs Albrecht, als er die Kais. Grenadiere feuern ließ. Nun hieß es: Zu den Waffen! 20,500 Gewehre und Säbel aus dem bürgerlichen Zeughause wurden vertheilt. Gefallen sind 37 Menschen, worunter 3 Frauen, eine hochschwanger; die Zahl der Verwundeten, so weit sie bekannt ist, beträgt 200. Fabriken sind zerstört, reiche Männer durch diese Raubzüge zu Bettlern geworden. (Ein Schreiben im N. C. nennt unter den zerstörten Fabriken die von Glorin, Weiß, Zappert, Gebrüder Granichstätten. Der „Oestreichische Beobachter" schreibt: Noch immer werden große Schaaren von Mordbrennern und Räubern durch die Nationalgarde eingebracht, welche die entsetzlichsten Gräuelscenen verübten, und von welchen ein Theil zwar nur die Zerstörung der Maschinen in den Fabriken auf dem Lande beabsichtigte, aber deßhalb nicht minder schmählich wirthschaftete, als diejenigen, welche nur Raub und Plünderung bezweckten. Am 15. heißt es, habe man 900 solcher Leute eingefangen. Man weiß nicht mehr, wo man sie unterbringen soll. Ein Theil dieser Banden besteht aus Weibern und ganz jungen Burschen. Am 15. hat man wieder von Schreckensscenen in Atzgersdorf, Mödling und Kettenhof bei Schwechat gehört.) Auch hier gab es Todte; diese werden ohne Bedauern eingescharrt. Das Standrecht für Raub und Brandlegung ist öffentlich verkündet. Heute unterbreitet man dem Kaiser die Bitte um Amnestie der politischen Gefangenen aus Galizien und der Lombardei. Wir fügen Diesem Folgendes aus dem Brief eines Wiener Buchhändlers vom 17. März bei: Seit vorgestern sind wir Buchhändler völlig belagert, zehn Nationalgardisten halten bei mir Wache, um den Andrang des nach langer Aushungerung um geistige Nahrung sich drängenden Publicums ein wenig im Zaum zu halten. Es regnet von Tagblättern und Flugschriften, und wir haben nicht Hände genug, um das ungestüme Verlangen zu befriedigen." (Schw. Mkr.)

Oesterreichische Monarchie.

Preßburg, 19. März. In der gestrigen Sitzung der Deputirtentafel war bereits der Ministerpräsident Graf Ladwig Batthyanyi anwesend und nahm an den Verhandlungen Theil. Kossuth forderte die Stände zu schnellen Maßregeln auf, damit in dieser bewegten Zeit der Zustand des Landes gesichert und die öffentliche Ruhe aufrecht erhalten werde. Er ist überzeugt, daß die gegenwärtige Deputirtentafel nicht mehr die Kasten repräsentirt, und daß die Mission des Reichstags nur so lange dauern kann, bis die Vertreter des ganzen Landes in Pesth einberufen und die Verantwortlichkeit und der Wirkungskreis des neu zu begründenden Ministeriums gesetzlich bestimmt sind. Der Redner beantragt daher, daß von diesem Augenblicke an alle einzelnen Mitglieder der Ständetafel, nämlich die bisherigen Repräsentanten der Comitate, der Städte und der geistlichen Capitel persönliches Stimmrecht besitzen sollen. Dieser Antrag, so wie der Vorschlag desselben Deputirten: daß sich die Deputirtentafel für permanent erklären soll, wurden einstimmig angenommen. Hierauf wurden diese, so wie die beiden andern Gesetzvorschläge, daß fortan alle Steuern und öffentlichen Lasten von allen Einwohnern Einwohnern Ungarns gleichmäßig getragen werden, so wie daß nach Verkündigung des Gesetzes alle Urbariallasten und bäuerlichen Giebigkeiten, so wie die geistlichen Zehnten aufhören und die Grundbesitzer auf Kosten des Staats entschädigt werden sollen, in der Reichssitzung authentificirt. Außerdem wurde beschlossen, über die Ereignisse und Beschlüsse der letzten Tage eine öffentliche Erklärung an das Land zu richten, dann Se. Majestät in einer unterthänigsten Repräsentation zu bitten, den siebenbürgischen Landtag unverzüglich einzuberufen, damit dem nächsten Reichstag ein vollständiger Vorschlag über die Vereinigung der beiden Schwesterländer vorgelegt werden könne und außerdem in einer besonderen Adresse Se. Majestät um Ertheilung einer vollständigen Amnestie für die politischen Gefangenen aus Polen und Italien zu bitten. Die Magnatentafel, welche gleichfalls fortwährend Sitzung hält, trat allen diesen Beschlüssen einstimmig bei. Die Bischöfe erboten sich ebenso, wie die Capitelsdeputirten in der Ständetafel ohne alle Entschädigung dem Zehnt zu entsagen, nur daß das Ministerium einen Vorschlag zur Erhaltung jener Seelsorger machen möge, deren Einkünfte bisher hauptsächlich im Zehnt bestanden. Alle diese Beschlüsse wurden sogleich durch eine große Reichstagsdeputation nach Pesth gebracht, wo auf den heutigen Tag eine große Volksversammlung auf dem Felde Rakos angesagt war. So wäre denn die sechshundertjährige ungarische Feudalverfassung durch eine außerordentliche Verkettung von Umständen binnen einigen Tagen von Grund aus umgewälzt, und in die neuzeitliche Form der Volksvertretung und des Constitutionalismus umgewandelt worden. Das Ministerium ist bis jetzt noch nicht gebildet: Graf Batthyanyi will erst die Ankunft und den Rath des gefeierten Deák erwarten. Kossuth weigert sich standhaft, ein Ministerportefeuille anzunehmen und will abermals an die Spitze eines großen Journalunternehmens treten. In einer neuen Version nennt man den genialen Bischof Lonovics als Ministercandidaten für den Cultus und die Volkserziehung. Dieser hochherzige Prälat soll dem Grafen Batthyanyi seine Zustimmung zu der von demselben angeblich beabsichtigten Säcularisation der geistlichen Güter gegeben haben. Der Landtag wird nur noch einige Tage dauern und sich vorzüglich mit Errichtung und Organisirung einer allgemeinen Wehrverfassung und Nationalgarde beschäftigen. Es wird sodann aufgelöst und im Sommer nach dem neuen Wahlprincip in Pesth zusammenberufen.

(A. Z.)

Italien.

Die „Neue Züricher Zeitung" vom 23. März sagt: Vor uns liegen die Briefe aus Lugano vom 19. und vom 20. März. Unzweifelhaft ist es, daß am 18. in Mailand der Aufstand ausbrach. Laut den ersten Berichten war kein Kampf erfolgt, indem die Truppen sich in das Schloß und in die Casernen zurückgezogen hatten. Die Municipalität constituirte sich am 19. als provisorische Regierung. Die Flucht von Radetzki und Toresani wird bestätigt. Der Vicekönig sey wenige Tage vorher mit seinem Hofe nach Verona abgereist. Laut Berichten aus Chiasso vom 19. Abends schlug man sich in den Straßen Mailands. Die Thore blieben in der Truppen. Von allen Seiten eilten Landleute, jedoch schlecht bewaffnet der Stadt zur Hülfe. Am 20. Vormittags war die Stadt in der Gewalt der Bürger, mit Ausnahme des Schlosses, der Casernen und der mit Kanonen besetzten Thore. Im Dom befand sich eine starke Abtheilung Oesterreicher; rings um dem Dom standen Bürgerwachen, welche den Oesterreichern den Ausgang verwehrten. Die provisorische Regierung soll im Besitz von 6 — 9 Kanonen seyn. Aus allem geht hervor, daß der Ausgang noch unentschieden ist. Die Truppen scheinen weitere Befehle zu gewärtigen und nicht angriffsweise verfahren zu wollen."

Chur, 22. März. Am 20. heulte die Sturmglocke zuerst in Como, dann rings in allen Dörfern. An der Spitze der dasigen Bewegung steht der Richter Diego Piaventini. Man hörte in Chiasso Kanonendonner und Pelotonfeuer. 6000 Piemontesen sind über den Gravellone den Lombarden zu Hilfe geeilt. — In Cleve ist Jubel. Die Behörden sind aufgelöst, die österreichischen Wappen überall abgenommen und vernichtet. — Venedig (?) und Verona sollen im Aufstand seyn.

(Schw. Mkr.)

Aus dem Thurgau, 23. März. Heute sind wichtige Briefe aus Mailand angelangt, deren Inhalt verbürgt wird. Der Vicekönig ist in Brescia gefangen, nachdem seine Flucht mißlungen. General Radetzky ist im Castell von Mailand eingeschlossen. Die Clevner haben die Republik verkündet. (A. Z.)

Niederlande.

Haag, 17. März. Das vorläufige in den Abtheilungen der Kammer debattirte Gutachten über die Revision des Grundgesetzes stellt als die Ansicht der Mehrheit folgende Puncte auf: 1) Verwerfung der Stände, in so fern dieselben nach der bestehenden Verfassung als politische Körper politische Rechte ausüben; 2) indirectes Wahlsystem mit einer Zwischenwahl; 3) Beibehaltung, aber zeitgemäße Reorganisation der ersten Kammer; 4) ausgedehnteres Recht des Amendements; 5) Petitionsrecht für beide Kammern; 6) Unverletzbarkeit des Königs, Verantwortlichkeit der Minister; 7) Feststellung dieser Verantwortlichkeit durch ein besonderes Gesetz; 8) Auflösbarkeit der Kammer durch den König; 9) Ausdehnung der gesetzgebenden Gewalt auf die Kolonieen; 10) Gewährung des Budgets für ein Jahr; 11) Nachweisung der Verwendung des Budgets; 12) Oeffentlichkeit der Verhandlungen der ersten Kammer, so wie der Provincial- und Gemeinderäthe; 13) Regelung der Militärgesetzgebung; 14) größere Klarheit in den Bestimmungen des Grundgesetzes. Endlich hat 15) die Mehrheit allgemein den Wunsch ausgedrückt, daß die auf das Wahlsystem bezüglichen Gesetze der zweiten Kammer vorgelegt werden in der Sitzung, die unmittelbar auf diejenige folgt, in welcher die vorliegende Revision des Grundgesetzes vollzogen werden wird. — Durch königl. Decret wird eine Commission eingesetzt zur Bearbeitung des Entwurfes einer Revision des Grundgesetzes. Dieselbe besteht aus den Herren Donker-Curtius, de Kempenaer, Luzac, Storm und Thorbecke, den Führern der bisherigen Opposition. (Köln. Z.)

Großbritannien.

Königin Victoria und die kleine Prinzessin befinden sich, dem am 20. Morgens ausgegebenen ärztlichen Bulletin zufolge, sehr wohl.

Börse.

Frankfurt, 23. März. Metall. 5pCt. 76; 4pCt. —; 3pCt. —; Bankactien 1325; Taunus-Eisenbahn-Actien 293; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 38½; bayer. Ludwigs-Verbacher-Eisenbahn 82; bayer. Ludwigs-Canal 61.

Wien, 22. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 82; zu 4pCt. in CM. 70; zu 3pCt. in CM. 52; Bankactien per Stück 1200; Nordbahn 94½.

Amsterdam, 21. März. 2½pCt. 40⅞; 3pCt. 46¼; 4pCt. 59¾; Synd. 3½pCt. 61½; Handels-Maatschappy 133½; Ard. 7⅛; port. 3pCt. 13; 5pCt. Metall. 60.

Paris, 21. März. 3pCt. 50 Fr. 75 C.; 5pCt. 73 Fr. 50 C.

London, 20. März. Consols 81.

Münchener Schrannen-Anzeige vom 24. März 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest.	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	2200	2018	182	18	47	—	5	—	—
Korn	1284	1012	272	11	26	—	22	—	—
Gerste	3400	3100	300	10	26	—	8	—	—
Haber	967	953	14	5	30	—	—	—	11

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag, 26. März: „Katharina Cornaro", Oper von Lachner.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Schürer und Sander, Privatiers, Paur, Dr. v. Augsburg; Graf v. Dessewffy v. Wien

Gold. Hirsch. HH. Vorrus, Canzleidirector v. Oetting; Reber, Amtmann v. Thurnau; Rollin, Rentier aus England.

Hôtel Maulik. HH. Graf v. Fugger, Lieutenant, und Kohn, Großhändler v. Augsburg; Mdm. St. Aubert v. Bordeaux.

Gold. Hahn. HH. Villmont, Rentier v. Brüssel; Krauner, Negotiant aus der Schweiz.

2312. Unterzeichneter wird von heute an die Ehre haben, im königlichen Odeon einen von ihm aus Holz gefertigten Miniaturpalast nebst Kapelle zur Ansicht auszustellen, und ladet dazu einen hiesigen hohen Adel und verehrtes Publicum ganz ergebenst ein. Entré à Person 12 kr. Kinder die Hälfte. Standespersonen nach Belieben.

München, am 25. März 1848.

Konrad Adam Schaller,
Kunstschreiner von Fürth.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 78.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kardel-Gasse Nro. 2) auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr: 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag — XLIX. Jahrgang. — 27. März 1848.

Deutschland.

Die Frankfurter Blätter theilen folgende zwei Bundesbeschlüsse (nebst Motivirung) mit: (Vom 9. März). Die Bundesversammlung erklärt den alten deutschen Reichsadler mit der Umschrift „Deutscher Bund" und die Farben des ehemaligen deutschen Reichspaniers — schwarz, roth, gold — zu Wappen und Farben des Deutschen Bundes und behält sich vor, wegen der Anwendung derselben nach Erstattung des Ausschußvortrages das Weitere zu beschließen. — (Vom 20. März): 1) Das Bundeswappen und die Bundesfarben werden sofort in den Bundesfestungen angebracht und ist die Bundesmilitärcommission mit der unmittelbaren Ausführung dieses Beschlusses beauftragt. 2) Das durch die Bundes-Kriegsverfassung (§. 34) für den Fall eines Bundeskriegs vorgeschriebene gemeinschaftliche Erkennungszeichen aller Bundestruppen ist diesen Emblemen zu entnehmen. 3) Die Siegel der Bundesbehörden haben das Bundeswappen zu führen.

Frankfurt, 24. März. Seit gestern Abend weht über dem Eingang zum Bundespalais das deutsche Panier.

Bayern.

Landtag.

München, 27. März. Die gestern Sr. Majestät überreichte Dankadresse der Kammer der Reichsräthe lautet: „Allerdurchlauchtigster rc. In Ehrfurcht nahet Ew. Majestät treugehorsamste Kammer der Reichsräthe dem Throne, von dem vor wenig Tagen in freiem k. Entschluß ein erhabener Herrscher herabgestiegen, um Bayerns Krone auf das Haupt Seines erlauchten erstgeborenen Sohnes zu setzen. Freudige Erwartungen begrüßen Ew. Majestät Regierungsantritt, möge die Allerhöchstdenselben so ungezwungen dargebrachte Huldigung treuer Liebe und Ergebenheit dem Herzen des Königlichen Vaters Bürgschaft gewähren, daß Bayern nie vergessen wird, was in einer 23jährigen Regierung König Ludwig Großes vollbracht. Mit Vertrauen blickt Ew. Majestät getreue Kammer der Reichsräthe auf ihren König; die von Ew. Majestät an der Schwelle Ihrer Regierung verkündeten Grundsätze verbürgen Ihrem Volke, daß sein erhabener König Seine Zeit begriffen; stolz, constitutionelle Bürger zu seyn, werden Ihre Bayern immerdar mit Begeisterung um ihren constitutionellen König sich schaaren. Ew. Majestät haben das große Wort Amnestie gesprochen, empfangen Allerhöchstdieselben für diese Huld den Dank von Millionen freudig bewegter Bayern, die in diesem Einen königlichen Worte den Sammelruf für die geheiligte Sache des gemeinsamen theuren Vaterlandes erkennen. Den von Ew. Majestät verheißenen Gesetzesvorlagen sehen wir eben so freudig als ehrfurchtsvoll entgegen. Verantwortlichkeit der Minister, das freie Wort in Schrift und Rede, ein auf umfassendere Basis gestelltes Wahlgesetz sind unerläßliche Garantien für die Entwicklung und den Fortbestand jener constitutionellen Freiheit, zu der die Stimme der Zeit das Selbstgefühl der deutschen Stämme aufgerufen. In der zugesicherten Ablösung der Grundlasten auf gesetzlichem Wege erkennt die Kammer der Reichsräthe ein dringendes Bedürfniß der Zeit, sie wird ihr mit den übrigen durch die Verfassung mit gleichen grundherrlichen Rechten begabten Privaten und Corporationen bereitwillig entgegenkommen. Eine neue Gesetzgebung in der Rechtspflege mit Oeffentlichkeit, Mündlichkeit und Schwurgerichten war neben einem Polizeistrafgesetzbuch, welches das königliche Wort Ew. Majestät verheißen, längst der Wunsch des Volkes. Mit tiefgefühltestem Dank begrüßt die Kammer der Reichsräthe diese allerhöchste Zusage. Der Weisheit Ew. Majestät ist es nicht entgangen, wie beklagenswerth die dermalige Lage der Staatsdiener, besonders der geringer Besoldeten, ihrer Hinterbliebenen und der übrigen Angestellten des Staates sey. Ew. Majestät kommen, indem Allerhöchstdieselben einen hierauf bezüglichen Gesetzentwurf in Vorlage bringen werden, einem in der Verfassung gegründeten, von beiden Kammern fast bei jedem Landtag lebhaft angeregtem Wunsch entgegen. Indem Ew. Majestät die Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten und die Organisation der obersten Kirchenbehörde derselben beabsichtigen, erfüllen Allerhöchstdieselben ein Gebot der Humanität; durch Aufhebung des Lotto wird Sittlichkeit und Nationalwohlstand gehoben; durch allgemeine zeitgemäße Volksbewaffnung Bayerns innere Sicherheit gewährleistet, seine Kraft nach Außen verdoppelt werden. Nach langem Schlummer ist Deutschland zu edlem Selbstbewußtseyn erwacht! Das Gefühl, ein deutscher Mann zu seyn, erhebt und begeistert. Die deutsche Sache ist wieder Gemeingut der Fürsten und Völker geworden; sie zu wahren und ihre Fortentwicklung zu fördern ist gemeinsame Aufgabe, die in dem deutschen Parlament ihre Lösung finden soll. Daß Ew. Majestät für Vertretung des Volkes am Bunde bereits Einleitung getroffen, begrußen Ihre Bayern, begrüßt Deutschland mit Jubel. Männlichen Freimuth, dem Thron wie der Nation gegenüber, hat die Kammer der Reichsräthe stets bewährt. Eingedenk ihres beschworenen Eides, eingedenk ihrer Pflichten und Ehre, wird sie auch in dieser hochwichtigen Zeit ihre Berathungen pflegen, sie wird Bayern, sie wird dem deutschen Vaterlande beweisen, daß sie die Mahnungen der Zeit begriffen, auch ihr Wahlspruch ist: Freiheit und Gesetzmäßigkeit. Mit diesen Gefuhlen verharrt in allertiefster Ehrfurcht Ew. königl. Majestät allerunterthänigst treugehorsamste Kammer der Reichsräthe. München, 24. März.

München, 27. März. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung fur die I. auf heute um 9 Uhr angesetzte allgemeine öffentliche Sitzung. 1) Bekanntmachung der Eingaben. 2) Verlesung der von der Regierung der Kammer der Reichsräthe rc. rc. erfolgten Mittheilungen. 3) Vortrag über den Druck der Protokolle der Kammer der Abgeordneten, Berathung und Schlußfassung hierüber. 4) Präsidialvortrag über die nicht erschienenen Mitglieder, deren Entschuldigungen und Einberufung der Ersatzmänner rc. 5) Vortrag, Berathung und Schlußfassung über die Adresse an Se. Majestät den König.

München, 27. März. Der Adreß-Entwurf der Kammer der Abgeordneten, worüber heute die öffentlichen Debatten beginnen, lautet: Allerdurchlauchtigster rc. rc. 1. In einem Momente, seit Jahrhunderten dem großartigsten und bedeutendsten in der Geschichte Deutschlands, — in einem Zeitpuncte, wo Millionen Menschen im meerumschlungenen Norden, wie im alpenbegrenzten Süden von Einem Gefühle durchglüht, von Einem Gedanken begeistert, sich schaaren um das Panier des wiedererwachten Vaterlandes, um ein freies, einiges, unzertrennliches Deutschland; — in diesem großen Augenblick haben Ew. Majestät, kraft der gesetzlichen Thronfolge, die Krone empfangen aus der Hand des Königlichen Vaters, Ludwig I., der sie 23 Jahre mit dem Ruhme eines echt deutschen Fürsten getragen, und im Bewußtseyn, daß der Gegenwart Richtung die Seine nicht werden könne, großherzig und sich selbst treu, auf das Haupt des Königlichen Sohnes gesetzt hat. Was Er für Bayern gethan, wird in dankbarer Erinnerung fortleben. 2. Mit den erhebenden Worten: „Ich bin stolz, mich einen constitutionellen König zu nennen", traten Ew. Majestät vor das bayerische Volk, welches darin die frohe Bürgschaft erblickt, daß der Fürst, der Bayerns Stolz zu werden berufen ist, die wahre, die einzig haltbare Stellung erkannt, welche die ernste Zeit den Thronen anweist. Die Unverletzlichkeit der Krone, wie die Unverletzlichkeit der Rechte des Volkes, sie gedeihen nur auf dem Boden der constitutionellen Monarchie, wo sie zur vollen Wahrheit sich ausbildet: Ew. Majestät haben in den Verheißungen der königl. Proclamation vom 6. März ein heiliges Erbe übernommen, und mit Begeisterung hat das Volk in jener vom 21. März, wie in der königl. Rede vom Throne den ernsten Willen erkannt, das gegebene Wort zu lösen. 3. Lauter noch und dauernder als das donnernde „Hoch", das unserer Brust entquoll bei dem Worte „Amnestie" wird in dem edlen Herzen Ew. Majestät der Dank der Unglücklichen wiederhallen, die nach langer Trennung an den heimatlichen Herd, an die Brust der Verlassenen zurückkehren. Damit aber auch der volle Wille Ew. Majestät sich erfülle, damit auch in Wahrheit jede Erinnerung schwinde, geruhen Ew. Majestät den Ständen des Reichs ein Gesetz vorlegen zu lassen, wodurch nicht allein jede noch schwebende, oder vor Erlaß der Amnestie veranlaßte Untersuchung wegen politischer Vergehen oder Verbrechen vernichtet, sondern auch die gesetzlichen, und daher nur durch Gesetz zu lösenden Folgen bereits eingetretener Urtheile aufgehoben werden. Möge Ew. Majestät Großmuth auch solche Nachtheile möglichst ausgleichen, die wegen Thaten und Gesinnungen, denen kein Strafgesetz entgegensteht, erduldet wurden. 4. Die Gesetze, deren unverzügliche Vorlage Ew. Majestät befohlen haben, sind uns langersehnte Boten einer besseren Zeit. Wie wir in der Verantwortlichkeit der Minister erst die wahre Gewähr der Verfassung, ihren mächtigsten Hort in der Freiheit der Presse, und in einer freisinnigen, jede Standesbevorzugung ausschließenden, wahren Volksvertretung, die in der Gemeinde beginnt, und im deutschen Parlament ihren Endpunct findet, die unerläßlichste Vorbedingung des ächten constitutionellen Lebens erblicken, so dürfen wir auch hoffen, daß die unabweislich gewordene Ablösung der Grund- und Feudallasten, so wie die Beseitigung der schädlichen Jagdrechte diesseits und die Vervollständigung der Volksvertretung jenseits des Rheins, die in sturmbewegter Zeit erregten Gemüther beruhigen werde. — 5) So freudig wir die Mittheilung jener Grundlagen begrüßen, auf welche sich die künftige Organisation der Gerichte, das Verfahren in Civil- und Strafsachen, Strafrecht und Polizeigesetzbuch stützen sollen, so würden wir in der künftigen Gesetzgebung, welche nothwendig auf dem Grundsatze der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, auf Trennung der Justiz von der Administration und Aburtheilung der Strafsachen durch Schwurgerichte beruhen muß, gleichwohl eine Lücke erblicken, wenn nicht unverzüglich eine gesetzliche Begränzung der Polizeigewalt eintritt, welche die Strafe dem ordentlichen Richter

anheimstellt, die persönliche Freiheit der Staatsbürger
garantirt und deren freies Versammlungs-, Einigungs-
und Petitionsrecht anerkennt. — 6) Zu sehr durchdrun-
gen von der Wichtigkeit wie von der Schwierigkeit mit
welcher der Uebergang verbunden seyn wird von dem
jetzigen Zustand in Deutschland in eine neue Aera der
Rechtspflege vertrauen wir nicht nur unbedingt der kö-
niglichen Zusage, welche die Vorlage der Gesetzgebungs-
Werke baldigst verheißt, sondern wir erblicken auch in
der Stellung und Bildung eines Gesammt-Staats-Mi-
nisteriums. Feste Bürgschaft für die Erfüllung dieses
sehnlichsten Wunsches. 7) Die Fürsorge für die Staats-
diener und ihre Hinterbliebenen wird eine wichtige Classe
in der gesellschaftlichen Ordnung vor Noth und Ver-
kümmerung schützen und ihr die, dem Gemeinwohl so
förderliche Berufsfreudigkeit, wieder geben. 8) Möge
sich das von Ew. Majestät angekündigte Gesetz über
die Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten zu dem
höhern Grundsatze der Gleichberechtigung aller Confes-
sionen und ihrer Bekenner in allen Verhältnissen zum
Staat erheben, damit der Gleichheit des Gesetzes auch
die Gleichheit vor dem Gesetze entspreche. 9) Der
Ruf, der in eilf Versammlungen der bayerischen
Stände wiederholt erklungen, er ist erfüllt. Das
Lotto fällt; die öffentliche Sittlichkeit hat einen mäch-
tigen Schritt vorwärts gethan. Ew. Majestät ha-
ben sich dadurch ein unvergängliches Denkmal gesetzt.
10) Doppelt ist der Zweck der Volksbewaffnung. Festen
Schutz gewähre sie der innern Ordnung des Landes, um
deren schnelle Wiederherstellung und Aufrechthaltung wir
Euer Majestät ehrfurchtsvollst bitten. Eine Macht
aber, unüberwindlich durch den belebenden Gedanken der
Einheit, wird sie Jedem entgegentreten, der mit freveln-
der Hand die kostbare Frucht der Zeit, das theuer er-
worbene gemeinsame deutsche Vaterland bedrohen möchte.
— Also gerüstet wird Deutschland, fern von jeder Ein-
mischung in die innern Angelegenheiten fremder Staaten
in seiner Stellung nach Außen Achtung gebietend und
mächtig genug seyn, zu hindern, daß nicht Schleswig-
Holsteins treues Volk oder die edlen Wachten der deut-
schen Ehre am Rhein und an der Weichsel fremden
Eingriffen unterliegen. Denn Gut und Blut auch für
das kleinste Stück deutscher Erde. Zugleich möge eine
gemeinsame Vertretung deutscher Interessen die deutsche
Flagge aufrichten, durch kräftigen Schutz den deutschen
Gewerbsfleiß und Handel frei machen und groß, damit
er fremder Uebermacht nimmer erliege. 11) Alles was
zur vollen Entwicklung des constitutionellen Princips
beiträgt, was im Leben als heilsam sich bewährt, möge
unser Eigenthum werden. Deßhalb erbitten wir von
Euer Majestät ehrfurchtsvollst die Gewährung der
Initiative zu Verfassungsgesetzen gleichheitlich für beide
Kammern; ferner eine Modification des Tit. VII. §. 29.
der Verfassungsurkunde zur Ermöglichung eines schnel-
leren Vollzugs berathener Gesetze und Anträge, eine
Reform der Steuergesetzgebung sowie kürzere Budget-
Perioden, welche dem Staatshaushalte größere Sicher-
heit gewähren, und durch die damit bedingte öftere Wie-
derkehr der Landtage, das so nöthige politische Bewußt-
seyn im Volke beleben werden. Auch die Bestimmung
des §. 12. Tit. VI. der Verfassungsurkunde, in Anseh-
ung der Folgen strafrechtlicher Untersuchungen bedarf
dringend einer Modification. Wir richten Euer Maje-
stät Blicke auf die mangelhaften Zustände der Volks-
bildung und auf die nothwendige Freiheit der Lehre mit
der innigen Ueberzeugung, daß durch Gewährung unse-
rer Bitten am besten jede auflösende Tendenz ferne ge-
halten werde. 12) Auch unserer tapfern Armee, deren
Mäßigung und Pflichttreue das Vaterland anerkennt,
und die nunmehr durch Ablegung des Eides auf die
Verfassung zum gemeinsamen Ganzen vereint ist, haben
die Vertreter des Volkes zu gedenken. Mögen Euer
Majestät geruhen über pragmatische Dienstrechte der
Officiere, der Militärbeamten und ihrer Hinterlassenen
gesetzliche Bestimmungen zu veranlassen. Die gesicherte
Zukunft des Einzelnen wird mit Macht den Geist der
ganzen Armee neu beleben. 13) Nicht dem Geiste der
Vernichtung, sondern der Freiheit und Gesetzmäßigkeit,
die Eure Majestät als Wahlspruch erklärt haben,
müssen alle Vorrechte zum Opfer gebracht werden, die
mit der Einheit der Gerichtsorganisation und der Gleich-
heit vor dem Gesetze unvereinbar sind. Für das Vater-
land ist kein Opfer zu schwer, wenn sein wahres Wohl
es erheischt. 14) Und so treten wir mit Muth und Ge-
wissenhaftigkeit die schwere Arbeit an, zu der wir beru-
fen, mit dem festen Vertrauen, daß die Vorsehung, die uns so große Güter, unbefleckt vom Blute unserer Brüder gewährt, das Werk kröne und segne mit Erfolg, Bayern, Deutschland zum Heil, Euer Majestät zum unvergänglichen Ruhme! — In tiefster Ehrfurcht Euer königl. Majestät 2c.

München, 27. März. Einem heute ausgegebenen königl. Regierungsblatt (Nro. 14.) entnehmen wir folgende Allerhöchste Entschließung betreffend die Constituirung des Gesammtministeriums und der einzelnen Staatsminister. Wir Maximilian II. 2c. finden Uns bewogen, bezüglich der Bildung Unseres Gesammt-Staatsministeriums zu beschließen, was folgt: I. Das Gesammt-Staatsministerium theilt sich in sechs Staatsministerien, welche nach ihren Geschäftskreisen den Titel führen: 1) Staatsministerium des königl. Hauses und der Außern, 2) Staatsministerium der Justiz, 3) Staatsministerium des Innern, 4) Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, 5) Staatsministerium der Finanzen, 6) Kriegsministerium. Ein jedes dieser Ministerien wird in der Regel mit einem eigenen Staatsminister besetzt. II. Sämmtliche Staatsminister bilden in dieser ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Gesammtstaats-Ministeriums den Ministerrath; dieser steht unter der unmittelbaren obersten Leitung des Königs, und versammelt sich nur auf Dessen besonderen Befehl. III. Mit diesen Bestimmungen verbinden Wir nachstehende Verfügungen: A. Das Staatsministerium des königl. Hauses und des Aeußern lassen Wir vor der Hand unbesetzt, beauftragen aber bis auf Weiteres den königl. Staatsrath Grafen von Waldkirch mit der Fortführung der Geschäfte desselben. — B. Dagegen ernennen Wir a) zum Staatsminister der Justiz, unter Enthebung des bisherigen Minister-Verwesers von Beisler, den Appellationsgerichtsrath Carl Friedrich Heintz; b) zum Staatsminister des Innern, den bisherigen Ministerverweser, Staatsrath Frhrn. von Thon-Dittmer; c) zum Staatsminister des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, den bisherigen Ministerverweser, Staatsrath Hermann Ritter von Beisler; d) zum Staatsminister der Finanzen, unter Enthebung des bisherigen Ministerverwesers Staatsrath von Heres, den Appellationsgerichtsrath Gustav Frhrn. von Lerchenfeld, wogegen Wir den 2c. von Heres, unter wohlgefälliger Anerkennung der von ihm als Ministerverweser bisher geleisteten treuen und ersprießlichen Dienste, vermög besondern Decrets zum Präsidenten des Obersten Rechnungshofes und zum Staatsrath im außerordentlichen Dienste ernennen. C. Bezüglich des Kriegsministeriums wird die Ernennung des königl. Staatsministers vorbehalten, und bleibt bis dahin der Generalmajor Heinrich v. d. Mark mit der Leitung desselben betraut. Gegenwärtige, Unsere Entschließung soll durch das Regierungsblatt zur allgemeinen Kenntniß gebracht werden. München, den 25. März 1848. Maximilian. v. Sturmer, Staatsrath. Nach dem Befehle Sr. Maj. des Königs: der geheime Secretär des Staatsraths: Rath Seb. v. Kobell.

München, 27. März. Heute findet sich folgender Anschlag an allen Ecken. Bürger und Einwohner Münchens! Drei Adressen, die eine an Se. Maj. unsern König Maximilian II., die jüngste politische Manifestation des Königs von Preußen betreffend, die beiden anderen an die Bürger und Einwohner von Wien und Berlin liegen heute 8 Uhr bis Abends 6 Uhr auf dem großen Rathhaussaal zur Unterzeichnung auf. (Wir müssen die Mittheilung des Textes dieser drei Adressen, der uns bereits seit frühen Morgen vorliegt, leider wegen Mangel an Raum für morgen aufsparen. D. H. d. pol. Ztg.)

†München, 27. März. In mehreren hiesigen öffentlichen Blättern wurden schon Meinungen und Rathschläge über die Wahl und Aufnahme des Hilfs- und Dienerpersonals der beiden Kammern der Ständeversammlung veröffentlicht, deren Berichtigung wohl auch das Interesse der jetzigen öffentlichen Zustände erheischt. Das Hilfspersonal der Ständeversammlung besteht a) aus dem Canzleipersonale. Um diese Dienste nun bewerben sich in jeder Ständeversammlung etwa ⅘ mehr Individuen als aufzunehmen sind. Bei dem geringen Erwerbe vieler Functionäre, bei der bis jetzt nach und nach hoch angewachsenen Zahl von Rechtspracticanten und Accessisten, die mit geringen Diurnien Beschäftigung und Erwerb suchen, melden sich aber außerordentlich viele, aus denen die Auswahl sehr schwer werden muß, und immer wird Unzufriedenheit der nicht Aufgenommenen mit der Wahl bleiben, wenn auch die größte Unparteilichkeit Grundlage der Wahl war. Es versteht sich wohl von selbst, daß, soll der Dienst schnell, correct und entsprechend geschehen, bei der Aufnahme dieses Personals hauptsächlich auf Brauchbarkeit und dann auf Dürftigkeit Rücksicht genommen werden muß. — Der oft erhobene Vorwurf, daß einzelne Beamte verwendet werden, mag seine Widerlegung darin finden, daß zu ihren Dienstverrichtungen langjährige Erfahrung und erprobte Geschäftsgewandtheit erfordert wird; b) besteht das Hilfspersonale aus den Livreeboten und Billeteurs, deren Ernennung nach Edict X. Titel II. Abschnitt 1 §. 5. dem Könige zusteht, und zu welchem gewöhnlich verarmte Bürger und verdiente Soldaten gewählt werden. c) Der Dienst der Beiboten, welche durch Beschluß des Kammerdirectoriums benannt werden, besteht in gleich dem der Boten in der Expedition der an die Kammermitglieder 2c. zu versendenden Mittheilungen. Die Gesuche um diese Stellen wurden den resp. Behörden mitgetheilt, um die möglichst sicherste Basis bei der Wahl zu haben. — Zu diesen Diensten bedarf man rüstiger verläßiger und gewandter Männer. Wurde auch bisher immer auf die Dürftigkeit solcher Bewerber hauptsächlich Rücksicht genommen, und namentlich verarmten und gedienten Soldaten großer Vorzug gewährt, so mußten doch unter ihnen auch solche ausgewählt werden, denen man, nachdem deren besondere Redlichkeit, Brauchbarkeit oder Geschäftskenntniß schon gekannt war, auch besondere, oft mit Haftung verbundene Dienste übergeben konnte. Gewiß muß der ruhige Beobachter schon seit mehren Ständeversammlungen die Wahrnehmung machen, daß mit der größten Unparteilichkeit die Wahl jener Individuen geschah, und daß die gewissenhafteste Ausscheidung die Benennung leitete. Da aber auch hier, wie bei dem Kanzleipersonale der Zudrang der Bewerber unendlich groß ist, so ist die natürliche Folge, daß die große Anzahl der Nichtberücksichtigten sich verletzt fühlt, und in Klagen ausbricht. Bei reifer Ueberlegung wird der rechtlich Denkende die große Schwierigkeit einer solchen Wahl berücksichtigen, und nicht durch Verdächtigungen Männer anfeinden, die — den Bewerbern gänzlich fremd — keinem zu Liebe und keinem zu Leid — nur das Interesse des Dienstes und wohl auch Rücksicht auf die Dürftigkeit im Auge haben — deßhalb auch dem erprobten Sinne der hiesigen Einwohnerschaft ruhig vertrauen.

München. Ein wilder panischer Schrecken ist durch halb Baden und Württemberg gegangen. Es hieß, bei Breisach, nach anderen bei Friesenheim und wiederum anders bei Kehl seyen Schaaren von Franzosen, oder deutschen entlassenen Arbeitern aus dem Elsaß oder gar ein deutsch-republicanisches Corps unter Herwegh — über den Rhein gegangen. Das Gerücht hatte bald die Städte Karlsruhe, Freiburg, Heitersheim, Offenburg und andere Orte bis in die Thäler des Schwarzwaldes in Alarm und unter Waffen gebracht. Alle officielle Nachforschungen erwiesen wie die „Karlsruher Zeitung" und der „Schwäbische Merkur" melden, die Gerüchte von Einfällen als grundlos und dennoch sollten 20 bis 30,000 französische Eindringlinge bis Wolfach gegen Rippoldsau, ja bis Reutlingen, Mitte Württembergs eingedrungen seyn. (cf. Artikel Stuttgart 25. März.)

Hr. Advocat Paur in Augsburg geht weder in einer amtlichen Sendung nach Frankfurt an den Bundestag, noch ist er in Beziehungen dieser Art nach München berufen. Dieß zur Berichtigung, der nach der „Allgemeinen Zeitung" gegebenen Mittheilungen.

Württemberg.

Stuttgart, 25. März. Gestern Abend verursachte die schnell aufeinanderfolgende Ankunft von Staffetten eine ungeheuere Aufregung in unserer Stadt. Zahlreiche Menschenmassen harrten auf dem Postplatze dem Bekanntwerden der Nachrichten. Es verbreitete sich das Gerücht, Banden französischer Arbeiter haben den Rhein überschritten, Appenweyer erreicht, und seyen auf dem Anmarsch gegen die württembergische Grenze Freudenstadt zu. Heute früh steigerten sich die Gerüchte zu den abentheuerlichsten Angaben, wie: Herwegh stehe an der Spitze der Eindringlinge, sie haben Alpirsbach und sogar Weil die Stadt erreicht. Zur Beruhigung können wir versichern, daß die ganze Angabe vollkommen grundlos ist. (Schw. Mkr.)

Baden.

Karlsruhe, 24. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde unter allseitiger lebhafter Zustimmung folgender Antrag des Abgeordneten Bassermann einstimmig angenommen: Die Vertreter des badischen Volkes erklären für sich selbst und erwarten von ihren Mitbürgern, daß sie sowohl für die schleunigste Herstellung eines freien, einigen Deutschlands und eines wahrhaft freien Rechtszustandes in Baden, als auch gegen jede diesem edlen Streben der Nation hinderliche Störung der gesetzlichen Ordnung aus allen Kräften wirken. Sie erklären zugleich und erwarten von ihren Mitbürgern, daß sie der Regierung, so lange dieselbe auf dem Wege der Verfassung wandelt, den kräftigsten Beistand leisten werden in der Erfüllung ihrer Pflicht, Diejenigen zur gesetzlichen Verantwortung zu ziehen, welche die Sache der Freiheit durch frevelhafte Handlungen gegen Personen und Eigenthum gefährden. (Karlsr. Z.)

Rastatt, 24. März. Diesen Morgen ist eine Abtheilung des 3. Infanterieregiments auf der Eisenbahn nach Kehl abgegangen. Es hängt diese Maßregel ohne Zweifel mit der Nachricht zusammen, daß deutsche Arbeiter, welche aus Paris und Frankreich ausgewiesen werden, in bewaffneten Haufen über den Rhein dringen wollen. So eben (Mittags 1 Uhr) geht ein weiteres Bataillon nach der Ortenau und dem Hanauischen ab, während einige Compagnien von dem Dorfe Au an, gegenüber von Lauterburg, längs dem Rheine aufwärts eine Art mobiler Kolonne bilden, um die öffentliche Sicherheit zu wahren. Unzählige Gerüchte von dem Einbruche französischer und deutscher Arbeiter sind längs dem ganzen Rheinstrom verbreitet und haben, wenn sich auch die Gerüchte als unwahr darstellen, doch immer den Nachtheil, daß unsere diesseitige Bevölkerung, in Erinnerung der neunziger Jahre, stets in Allarm ist. Die Bewachung der Rheingrenze ist darum dringend geboten. (Karls. Z.)

Kurhessen.

In der Sitzung der Ständeversammlung vom 20. d. Mts. legte der Landtagscommissär im Namen der Regierung einen Gesetzentwurf wegen Ertheilung einer Amnestie hinsichtlich aller politischen Vergehen vor.

Preußen.

Berlin, 21. März. Der König hat bestimmt, daß das zum Nationaleigenthum erklärte Palais des Prinzen von Preußen künftighin zu einem Hause der Bittschriften und Beschwerden dienen soll, welche dort nicht vor königlichen Beamten, sondern vor freien Bürgern geführt werden sollen. (D. A. Z.)

Berlin, 21. März. Es läßt sich nunmehr auch bereits einigermaßen die Zahl der Todten übersehen. Es sind etwa 300 aus dem Volke, darunter 12 Frauen, und vielleicht doppelt so viel vom Militär. Die Zahl der Verwundeten ist aber weit größer, als man anfänglich annahm, und beträgt allein wenigstens 2000. — Die sofortige Uniformirung der Bürgergarde ist heute bereits beschlossen worden, und es wird auch mit ihrer militärischen Ausbildung sogleich vorgeschritten werden. — Wir müssen zum Schluß endlich bemerken, daß auch die republikanischen Bestrebungen noch keineswegs völlig bewältigt sind, daß aber die wiederkehrende Besonnenheit der Mehrzahl der Bürger das Gefährliche dieser Pläne in ein klares Licht treten läßt. (C. v. u. f. D.)

(Der nahe Ausbau der preußischen Verfassung zu einer wahrhaft constitutionellen.) Ein Extrablatt zur „Allgemeinen preußischen Zeitung", Berlin, 22. März 1848, Abends bringt folgende wichtige Mittheilung. Eine Deputation der städtischen Behörden zu Breslau und Liegnitz hatte bei Sr. Maj. dem Könige, als Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Bewohner dieser Städte, eine constitutionelle Verfassung beantragt, welche auf eine Vereinbarung zwischen der Krone und den durch Urwahlen berufenen Vertretern des Volks gegründet sey. Sie hatte dabei diejenigen Punkte bezeichnet, welche sie als die nothwendigen Grundlagen der neuen Verfassung betrachte. Seine Majestät geruhten, die Deputation zu empfangen, und ertheilten derselben, nach Anhörung ihrer Wünsche, den nachstehenden Bescheid: Nachdem Ich eine constitutionelle Verfassung auf den breitesten Grundlagen verheißen habe, ist es Mein Wille, ein volksthümliches Wahlgesetz zu erlassen, welches eine, auf Urwahlen gegründete, alle Interessen des Volkes, ohne Unterschied der religiösen Glaubensbekenntnisse umfassende Vertretung herbeizuführen, geeignet ist, und dieses Gesetz vorher dem Vereinigten Landtage zur Begutachtung vorzulegen, dessen schleunige Berufung Ich, nach allen bisher Mir zugegangenen Anträgen, für den allgemeinen Wunsch des Landes halten muß. Diesem bisher kund gegebenen Wunsche des Landes würde Ich entschieden zuwider handeln, wenn Ich, nach Ihrem Antrage, das neue Wahlgesetz ohne ständischen Beirath erlassen wollte. Sie werden daher, wie Ich zu Ihrer Loyalität vertraue, sich selbst überzeugen und Ihre Committenten davon zu überzeugen wissen, daß Ich auf Ihren gedachten Antrag für jetzt und so lange nicht der allgemeine Wunsch des Landes sich dem Ihrigen anschließt, nicht eingehen kann. Der auf jene Weise zu bildenden neuen Vertretung Meines Volkes werden dann auch, Meinen bereits kund gegebenen Entschließungen entsprechend, Vorschläge über folgende Punkte vorgelegt werden: 1) über Sicherstellung der persönlichen Freiheit; 2) über freies Vereinigungs- und Versammlungsrecht; 3) über eine allgemeine Bürger-Wehrverfassung mit freier Wahl der Führer; 4) über Verantwortlichkeit der Minister; 5) über die Einführung von Schwurgerichten für Strafsachen, namentlich für alle politischen und Preßvergehen. 6) über die Unabhängigkeit des Richterstandes; 7) über Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes, der Patrimonial-Gerichtsbarkeit und der Dominialpolizeigewalt. Außerdem werde Ich demnächst das stehende Heer auf die neue Verfassung vereidigen lassen. Berlin, den 22. März 1848. Friedrich Wilhelm. Graf Arnim. von Rohr. Graf Schwerin. Bornemann. von Arnim. L. Kühne.

Hr. Dr. Zinkeisen, bisheriger nomineller Redacteur der Allgemeinen Preußischen Zeitung ist wegen des letzten Artikels den er aus der Feder der Herren Ministerialräthe Mathis und Sulzer über die Vorgänge vom 18. und 19. März geliefert, von einigen Männern aus der Bürgerschaft so dringend um Genugthuung beansprucht worden, daß er es für nöthig gehalten, sich von Berlin zu entfernen. Das Blatt wird jetzt von dem bisherigen Mitredacteur Hrn. Wenzel einem achtungswerthen Manne, unterzeichnet. (A. Z.)

Die „Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung" schreibt aus Berlin: Die Zahl der auf beiden Seiten Gebliebenen ist groß, genau festgestellt ist sie aber noch nicht. Die geringste Angabe bezeichnet 400 Soldaten und 200 Bürger, die stärkste 1800 Soldaten und 800 Bürger. Die Zahl der Verwundeten ist natürlich größer, aber ebenfalls noch nicht ermittelt. Alle Todten werden nach dem Schloß gebracht und dort ausgestellt. (A. Z.)

Die „Schlesische Zeitung" schreibt: Wie wir hören, wurde heute (20.) Morgen ein russischer Courier angehalten und auf das Rathhaus gebracht.

Köln, 21. März. Die in Folge der hiesigen Vorfälle vom 3. d. Mts. verhafteten HH. Anneke, Dr. med. Gottschalk und Willich sind wegen Mangels an genügendem Beweise heute in Freiheit gesetzt worden. (Köln. Z.)

Posen, 18. März. Die Polen befinden sich, seit die Nachricht von dem Aufstande in Wien hier eingetroffen ist, in einer unbeschreiblichen Aufregung, da sie nun schon gewonnenen Spiel zu haben glauben. Es liegt hier eine Adresse an den König auf, die, wie allgemein behauptet wird bereits zahlreiche Unterschriften zählt, in der verlangt wird daß Preußen, um Blutvergießen zu verhindern, das Großherzogthum Posen freiwillig an die Polen abtreten soll, die von hier aus sich dann die übrigen altpolnischen Länder erobern wollen. Man spricht auch noch von einer andern Adresse, worin beantragt wird, daß die Provinz Posen durch die Weichselländer Westpreußens und durch Danzig vergrößert, einen eigenen polnischen Staat mit polnischer Sprache und eigener Verwaltung unter preußischem Scepter bilden solle. Bedenklicher ist, daß man bereits anfängt, den gemeinen Mann polnischer Nationalität zu bearbeiten; so sollen unter die Soldaten des 19. Infanterieregiments, die zumeist polnischer Abkunft sind, gedruckte Aufforderungen vertheilt worden seyn, worin sie zum Abfall verleitet, und aufgefordert werden, nicht gegen ihre Brüder, die Polen, zu kämpfen. — Ein heute Mittag hier eingetroffener glaubwürdiger Reisender aus dem Königreich Polen erzählt daß die russische Armee, welche schon in Polen concentrirt sey, mindestens aus hunderttausend Mann bestehe, nach seiner Versicherung wimmelt es aller Orten von russischen Soldaten. (A. Z.)

Mecklenburg.

Schwerin, 18. März. Das officielle Wochenblatt enthält Folgendes: Der Großherzog hat zur verfassungsmäßigen Berathung einer Reform in der landständischen Vertretung die Einberufung eines außerordentlichen Landtags im Laufe des Mai beschlossen. Der Großherzog sieht der gedeihlichen Entwickelung dieser wichtigen Angelegenheit mit Zuversicht entgegen, damit auf einem demnächstigen neuorganisirten ordentlichen Landtage die übrigen das Wohl des Landes betreffenden Fragen gleichfalls ihre Erledigung finden mögen. Großherzoglich mecklenburgische Landesregierung. L. v. Lützow.

Schwerin. Schon vorher war Preßfreiheit und Rauchfreiheit (in den Straßen) verkündigt worden.

Braunschweig.

Der Herzog von Braunschweig hat sich der Proclamation des Königs von Preußen v. 21. März bereits angeschlossen. — Die Landestruppen haben schon auf allerhöchsten Befehl die dreifarbige deutsche Cocarde angelegt.

Hannover.

Hannover, 21. März. Gestern wurde ein Courier an den Bürgermeister „Stüve" gesandt, um denselben zur Uebernahme des Ministeriums einzuladen. Neben Stüve sollen wie es heißt, der Graf Bennigsen, bisher Mitglied des Schatzkollegiums, der Justizrath v. Düring in Celle, der Schatzrath Lehzen und der Landdrost v. Dachenhausen Portefeuilles erhalten. Gestern ist plötzlich Befehl zur sofortigen Mobilmachung des zehnten Armeecorps angelangt; wie man von vielen Seiten glaubt um die dänischen Incorporationsgebühren gegen Schleswig abzuwehren. (A Z.)

Oesterreich.

Wien, 21. März. Mit dem heutigen ist eine Kundmachung des Regierungspräsidenten erschienen, nach welcher bei der Erhebung der Verzehrungssteuer in Wien zu Gunsten der ärmern Classen wesentliche Erleichterungen eintreten. Alle Gegenstände in Mengen, von denen die Steuergebühr, mit Einschluß des städtischen Zuschlags, den Betrag von drei vollen Kreuzern nicht erreicht, sind vollkommen steuerfrei. Von Erdäpfeln, Erdbirnen, Kraut, Rüben und andern gemeinen Gemüsen, sowie auch von Milch sind Steuer und städtischer Zuschlag aufgehoben. Für Mehl, Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Brod und jede Bäckerwaare sind vom Centner zehn Kreuzer weniger als früher zu zahlen (von 35 auf 25 Kreuzer herabgesetzt); für Brodfrüchte fünf Kreuzer weniger (von 23 auf 18 Kreuzer). Für Weine sind vom niederösterreichischen Eimer statt 2 fl. nur 1 fl. 40 kr. Steuer und statt 24 kr. nur 14 kr. städtischer Zuschlag zu entrichten. Diese Kundmachung thut, wie sie denken können, die beste Wirkung. (A. Z.)

Schweiz.

In der Sitzung vom 20. d. hat sich die Bundesrevisionscommission für den Antrag der ersten Section betreffend Volksvertretung durch einen Repräsentantenrath ausgesprochen.

Italien.

Innsbruck, 23. März. In Mailand brach am 19. der Aufstand los. Radetzki ließ die Stadt durch die von außen andringenden Truppen in fünf Richtungen concentrisch angreifen; von der Citadelle aus wurde sie bombardirt; mehrere tausend Menschen (6000) verloren dabei das Leben. Zwei Straßen sollen in Schutthaufen verwandelt seyn. — In Brescia wurde ein Versuch gemacht, die Republik zu proclamiren. Venedig ist nach einem unbedeutenden Auflauf ruhig. In Verona wurden die Jesuiten fortgejagt; eine schnell errichtete Guardia Civica von 400 Mann nimmt ihr Collegium als Caserne ein. (A. Z.)

Chur, 23. März. Ein Brief aus Bergamo vom 20. gibt nur die sehr unbestimmte Nachricht, in Mailand werde seit Samstag Mittags ein erbitterter Kampf geführt. Aus Cleven schreibt man am 22. ganz kurz: „Heute hat die Stadt Mailand den Sieg errungen, noch bleibt uns aber Verona zu bekämpfen, bei welcher Stadt sich die ganze österreichische Truppenmacht zusammengezogen hat. In Como soll die Bevölkerung mit den Kroaten fertig geworden seyn; sämmtliche Bewaffnete seyen hierauf der Hauptstadt zur Hülfe gezogen. Auch von Bergamo, Brescia und Cleven ziehen fort-

Digitized by Google

während bewaffnete Haufen nach Mailand. Von letzterem Städtchen wird nach Waffen geschrieen. Die Stadt Cleven hat eine provisorische Regierung eingesetzt. Am 21. erstieg ein bewaffneter Haufe den Splügen, zerstörte bei der dortigen Gränzzollstätte alle alten österreichischen Schilder und Inschriften. Dem verblüfften Oberzollbeamten wurde eine dreifarbige Cocarde auf die Brust geheftet und er mußte nun ruhig zusehen, wie unter dem Rufe „libero passo" Mehl und Getreide zollfrei die Mauthlinie passiren. Die Casse des Zollamts hat der Haufe mit fortgenommen. (A. Z.)

Chur, 24. März. Abends 10 Uhr. Die Bellenzer Post bringt folgende Berichte über Lugano. Aus Chiasso wird vom 23. März geschrieben: „Vollständiger Sieg in Mailand. Der Rest der Truppen ist mit Radetzki geflohen. Um 7 Uhr Morgens (23.) hat das Volk das Castell eingenommen. Die Nachricht ist officiell und unterliegt keinem Zweifel. Folgendes ist die Proclamation des Kriegsministeriums: „An die Pfarrer und Vorstände sämmtlicher Gemeinden. Der Feind hat sich von Mailand geflüchtet. In zwei Colonnen nimmt er die Richtung gegen Bergamo und Lodi. Man versehe sich daher mit den nöthigen Vertheidigungsmitteln und schreite rasch zur Vertilgung dieser wilden Horden. Der Präsident des Kriegscomité. Gezeichnet Pompeo Litta." (A. Z.)

Belgien.

Brüssel, 20. März. Am 17. d. M. waren Unruhen in Lille. In der Nähe des Bahnhofs wurden Barrikaden errichtet. Die Truppen wurden mit Steinwürfen begrüßt. Endlich gelang es, die Barrikaden zu beseitigen. Die Bürger stürzten sich im Sturmschritt mit gefälltem Bajonett gegen die Aufrührer, die endlich weichen mußten. Um 10½ Uhr Abends war Alles wieder ruhig. — Die Centraldirection hat darauf angetragen, jeden Belgier ohne Rücksicht auf Vermögen und Abgabe als wählbar zu erklären. Die Regierung hat ihre Einwilligung zu diesem Vorschlag gegeben. (Fr. O.-P.-Z.)

Frankreich.

Der „Moniteur" enthält die Ernennung des Divisionsgenerals Eugen Cavaignac zum Kriegsminister. General Changarnier ist sein Nachfolger in der Generalstatthalterschaft. Durch ein anderes Decret der provisorischen Regierung wird die Errichtung von Generalmagazinen anbefohlen, wo die Geschäftsleute und Industriellen ihre Rohstoffe, Waaren und Fabricate niederlegen können.

Großbritannien.

Am 20. März saß das Haus der Gemeinen wieder als Committee der Wege und Mittel und es entspann sich eine lebhafte und wichtige Verhandlung. Der Admiralitätssecretär Hr. Ward beantragte nämlich die Bewilligung von 43,000 Matrosen und Schiffsjungen für den Seedienst des folgenden Jahres. Er gab dabei eine Uebersicht der im letzten Jahrzehnt, besonders seit 1844, im britischen Seewesen und der Küstenvertheidigung vorgenommenen Verbesserungen, und eröffnete die tröstliche Aussicht, daß die Extraausgaben für diesen Dienstzweig bis zum Jahre 1854 erledigt seyn werden; dann werde aber auch Großbritanniens Seemacht in imposantester Wirksamkeit dastehen. Doch schon bis zum 1. April 1849 werde England 460 Kriegsschiffe, darunter 121 Dampfer, für alle Erfordernisse bereit haben. Dabei behandelte dieser ministerielle Beamte die Theorien derer, die bei Europa's gegenwärtiger Lage noch vom „ewigen Frieden" träumen, als baare Thorheit. Der ministerielle Vorschlag ward angenommen.

Aus Plymouth vom 20. März meldet der „Globe": „Der Prinz von Joinville fährt so eben auf der Höhe unsers Hafens den Canal herauf in einem Dampfboot.

Rußland und Polen.

Ein aus Polen angekommener Reisender meldet der Bresl. Ztg., daß in Kalisch für 600 russische Offiziere Quartier bestellt sey, und daß gegen 150,000 Mann russische Truppen an der polnisch-preußischen Gränze stehen. (M. Z.)

Einem im Stettin eingegangenen Privatschreiben aus St. Petersburg vom 11. März zufolge (dessen die „Börsennachrichten" erwähnen), soll ein Corps von 400,000 (?) Mann an die westlichen Grenzen des Reichs vorrücken.

Börse.

Frankfurt, 24. März. Metall. 5pCt. 75; 4pCt. —; 3pCt. —; Bankactien 1325; Taunus-Eisenbahn-Actien 292; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 37¾; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn —; bayer. Ludwigs-Canal —.

Wien, 23. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 81; zu 4pCt. in CM. 71; zu 3pCt. in CM. 52; Bankactien per Stück 1200; Nordbahn 93.

Amsterdam, 22. März. 2½pCt. 40¾; 3pCt. 47; 4pCt. 49¾; Synd. 3½pCt. 61¾; Handels-Maatschappy 133½; Ard. 7¾; port. 3pCt. 14; 5pCt. Metall. 60.

Paris, 22. März. 3pCt. 51 Fr. — C.; 5pCt. 72 Fr. 25 C.

London, 21. März. Consols 81¼.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag, 28. März: „Das Porträt der Geliebten", Lustspiel von Feldmann. Hierauf: „Da Roaga", oberbayerische ländliche Scene von Kobell.

Fremdenanzeige.

Hôtel Mautik. HH. Griel, Privatier v. Grünschellrorf; Eckert, Dr. v. Neuburg.

Gold. Kreuz. HH. v. Herrlegen, Abgeordneter von Hof; Mühlbauer, Privatier v. Oberau; Mayr, Privatier v. Stuttgart; Schmalz, Reisender v. Bonn.

Blaue Traube. HH. Baron v. Schaurbein v. Augsburg; Jörres, Oberlieutenant v. Kempten; Wittmann, Gutsbesitzer v. Forstdürrbach; Bone, Dr. med. v. Lindau; v. Flotow, Lieutenant v. Freising; Breitenbach, Chemiker v. Paris; Ehrenberg, Lieutenant v. Würzburg; Bremar aus Polen; Denzinger, Ingenieur v. Donauwörth; Bussemacher, Particulier v. Holland; v. Braunmüller v. Stuttgart; Baron Münch von Augsburg.

Stachusgarten. HH. Körner, Kreisingenieur von Ingolstadt; Hofmann, Fabricant v. Augsburg; Bär, Kaufmann v. Oettingen; Messerschmidt, Pfarrer v. Oberoth; Henfelt, Pferdehändler v. Gunzenhausen; Herbst, Metzger v. Augsburg; v. Langenmantel, Bauconducteur, u. Weigele, Oberlieutenant v. Augsburg; Dr. Ott v. Mindelheim; Juan, Fabrikdirector, Kösserlin, Beamter v. Augsburg; Schweitzer, Architekt v. Regensburg; Gessert, Rechtspracticant v. Lauingen.

Gestorbene in München.

Maria Kefling, kgl. Militär-Oberadministrations-Raths-Wittwe v. h., 88 J. alt; Regina v. Stockmar, k. belgische Geheimsecretärsgattin, 46 J. alt; Barbara Röhrer, b. Metzgerstochter v. h., 45 J. alt; Wilh. Diehl, Dr. phil. v. h., 27 J. alt; Alois Schoner, Maurer v. h., 56 J. alt; Hieronymus Weber, Taglöhner v. Emsacker, Lg. Wertingen, 58 J. alt; Kornelius Scholl, Soldat im k. Infanterie-Regiment König, geb. v. d. Au, 41 J. alt; Arnulf Zaduck, Handlungs-Commis v. h., 45 J. alt; Margaretha Schröter, Holzmesserstochter v. h., 30 J. alt; Simon Warenberger, k. Hofmaler v. h., 87 J. alt.

Bekanntmachung.

2346. Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das reale Kistlerrecht des Kistlermeisters Joseph Pfaff auf dem Wege öffentlicher Versteigerung verkauft.

Dasselbe ist laut Schätzung vom 11. März l. Js. auf 1600 fl. gewerthet und mit 1880 fl. Hypothekschulden belastet.

Tagsfahrt zur Versteigerung wird hiemit auf
Mittwoch den 3. Mai 1848 Vormittags 10 bis 12 Uhr im Geschäftszimmer Nr. 37 des königl. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Dr. Bregler
anberaumt, wozu Kaufsliebhaber mit dem Bemerken geladen werden, daß dem Gerichte unbekannte Steigerer sich über Vermögens-Verhältnisse auszuweisen haben. Der Hinschlag geschieht nach §. 64 des Hypotheken-Gesetzes von 1822, vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 bis 101 der Novelle von 1837.

Am 22. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Rechenauer.

Bekanntmachung.

2343. Am 3. April v. Js. ging ein von Michael Kirchdorfer dahier am 18. Mai 1843 über 500 fl. für Aloisia Suter von hier errichteter, und in Folge Cession vom 16. Mai 1845 auf die Schmidswittwe Marianna Endres von Ziemetshausen übergegangener Schuld- und Hypothekenbrief zu Verlust, weßhalb an den unbekannten Inhaber die Aufforderung ergeht, binnen 6 Wochen von heute an um so sicherer seine Rechte hierauf geltend zu machen, als sonst die Urkunde für kraftlos erklärt würde.

Waal den 24. März 1848.

Fürstlich von der Leyen'sches Patrimonialgericht Waal.
Eichbähler.

2344. (3a)

An den verehrlichen Handelsstand.

Endesgefertigter beabsichtiget Commissionslager seiner

Galvano-electrischen Rheumatismus-Ketten

unter günstigen Bedingungen zu errichten. Diese Rheumatismus-Ketten (ein von den sogenannten „Rheumatismus-Ableitern" oder „Amuletten" **ganz verschiedenes Fabrikat**) sind keine Charlatanerie, es beruht vielmehr deren heilkräftige Wirksamkeit auf den einfachsten chemisch-physikalischen Grundsätzen, was auch bereits von den renommirtesten Aerzten und Chemikern neuerer Zeit rühmlichst anerkannt worden. Da sich nun die Heilkraft und Wirksamkeit meiner Galvanischen Ketten allerwärts, wo sie bekannt werden, **schnell** und **sicher** zeigt, so findet auch überall ein **wesentlicher Absatz** derselben statt. **Solide Geschäftsleute,** welche nun ein Depot meines Fabrikats **ohne alles Risiko** übernehmen wollen, belieben sich dieserhalb baldigst in portofreien Briefen an mich zu wenden und da gleichzeitig der Kürze wegen anzugeben, **welche Blätter und Zeitschriften** in Ihrem Orte am meisten gelesen werden; bemerken muß ich jedoch im Voraus, daß für jeden Platz und resp. dessen Umgegend nur Einem der Debit gewährt werden kann.

J. T. GOLDBERGER in TARNOWITZ, im Oberschlesischen Bergbezirk.

Fabrik von electro-magnetischen Apparaten.

Nr. 79.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 30 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag XLIX. Jahrgang. 28. März 1848.

An die verehrlichen Leser der Münchener politischen Zeitung.

Da mit dem Monat März das Abonnement auf die „Münchener politische Zeitung" für das erste Quartal von 1848 zu Ende geht, so ersuchen wir Neueintretende, ihre Bestellungen für die Stadt bei der unterzeichneten Expedition, Auswärtige aber bei dem nächstgelegenen resp. Postamt zeitig zu machen, damit wir mit vollständigen Exemplaren dienen können.

Die politische Ausstattung des Blattes wird auch weiterhin nach den verlässigsten und reichsten Quellen eine möglichst vollständige seyn. Seit Sonntag den 5. März wird die politische Zeitung auch **jeden Sonntag** ausgegeben, erscheint demnach fortan **täglich**.

Die neuesten gediegensten Erscheinungen auf dem Gebiete der Literatur sollen unter der Rubrik „Bücherschau" eine schnelle und gründliche Besprechung finden.

Inserate jeder Art werden bei mäßiger Einrückungsgebühr unverzüglich aufgenommen. Briefe und Gelder werden portofrei erbeten.

☞ Die Verhandlungen des eben zusammentretenden Landtags werden schnell und vollständig geliefert werden.

München, den 16. März 1848.

Expedition der Münchener politischen Zeitung.
(Knödel-Gasse Nro. 2.)

Deutschland.

Bayern.

Landtag.

** München, 27. März. (I. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend waren am Ministertisch Frhr. v. Thon-Dittmer, Graf v. Waldkirch, Frhr. v. Lerchenfeld, v. Beisler, Ministerialrath v. Bezold, 130 Abgeordnete. — Der I. Präsident Dr. Kirchgeßner eröffnete die Sitzung mit der Kundgabe, daß Se. Maj. der König durch Entschließung von Gestern zum I. Präsidenten ihn selbst, zum II. Präsidenten den Abg. Dr. Müller ernannt habe. Beide traten ihre hohen Aemter mit einigen herzlichen Worten an. — Die Wahl der erledigten II. Secretärstelle wurde auf später verschoben, dann der Einlauf kund gegeben, der sich über fast alle Themata des politischen Staatslebens erstreckte. — Hierauf wurde über den Druck der Protokolle die Beibehaltung der frühern Verfahrungsweise und resp. Uebertragung der Geschäfte ans Secretariat beschlossen, eben so die möglichsten Erleichterung für Journalisten. — Interpellationen bezüglich eines beschleunigten Druckes der Protokolle wurden eben so günstig entschieden. Von nun an werden also die Protokolle schneller erscheinen. — Der I. Präsident widmete hierauf einige Worte zarter Erinnerung dem verst. Abg. Emil Wagner in Bayreuth. Hiernächst kam das Urlaubsgesuch des Professors und Hofraths Dr. v. Bayer zur Berathung. Abg. Ruland und Dr. Edel priesen ihn als eine tüchtige Capacität und als einen redlichen Charakter. Der Justizminister Heintz wurde aufgerufen, Auskunft zu geben, ob Dr. Bayer für die Gesetzescommission absolut nothwendig sey, also nicht in der Kammer sitzen könne. Heintz berief sich auf v. Beisler, dieser auf ihn. Dec. Bauer und Frhr. v. Closen meinten, man solle dem Urlaubsnachsucher die Freiheit lassen. Ein Anderer meinte, man solle die Sache aufschieben. Nicht aufschieben, rief Abg. Schlund, jetzt sey die Zeit des Handelns. Der königl. Minister Heintz gab in Aussicht, daß Dr. Bayer allerdings für die Gesetzgebungsarbeit nothwendig sey, da mehrere Gesetze dieser Session noch vorgelegt würden. — Darauf hin erhielt Dr. Bayer Urlaub. — Abg. Willich suchte als dermaliger Bundestagsgesandter um Genehmigung seines Austrittes aus der Kammer nach. — Frhr. v. Closen. Willich habe nun einen höhern Beruf, den der Regeneration Deutschlands. Dr. Schwindl: die Entlassung könne er nicht begutachten, als wenn die Annahme einer Stelle schon die Eigenschaft eines Deputirten verlieren mache. — Der königl. Minister des Aeußern, Graf v. Waldkirch bestätigte das Gesuch Willichs. — Eppelsheim: die Kammer müße vollzählig seyn. Hierauf wurde Willichs Austritt genehmigt und die Einberufung Jordans beschlossen. — Graf v. Pückler-Limburg erhielt vierwöchentlichen Urlaub wegen seiner Betheiligung als Standesherr beim Württembergischen Landtag, ebenso dreiwöchentlichen Urlaub Pfarrer Riede; endlich Abg. Hauck achttägigen Urlaub, worauf er im Nichteintreffensfalle einberufen werden sollte. — Abg. Schäfer interpellirte, es circulire ein zwar unwahrscheinliches aber wichtiges Gerücht, es sey eine französische Invasiion in Baden bei Offenburg eingedrungen. Der königl. Minister des Innern Frhr. v. Thon-Dittmer: das Gerücht sey allerdings gekommen, aber nicht genau; Ministerrath sey gehalten und kräftige Maßregeln ergriffen worden. Die Grenzen bei Neualm werden von vier Regimentern Infanterie, Cavallerie und Artillerie besetzt, das Kriegsministerium sey mit dem schleunigsten Vollzug betraut. Officielle Mittheilungen seyen übrigens keine da. Auch die Pfalz werde beschützt, der Geist dort sey ein durchaus deutscher, was allgemein Freude erregen werde. Graf v. Waldkirch: auf die Anzeige des Hrn. v. Lamartine, daß mehrere tausend deutsche Arbeiter herausbrechen wollten, seyen sogleich gegen solche Unfug drohende Horden die nöthigen Maßregeln ergriffen worden. Frhr. v. Thon-Dittmer: Sicherheitswachen werden überall errichtet — übrigens beruhe die ganze Nachricht auf Nichteigenanschauung; demungeachtet geschehe Alles. Abg. Christmann verlangte dringend Schutz für die Pfalz und Gewehre für die dortige Volksbewaffnung. Frhr. v. Rotenhan behauptete auf den Grund eines Handelsbriefes die völlige Unwahrheit des Gerüchtes. — Hiernächst wurde das Entlassungsgesuch des Abg. Kern wegen fortdauernder Krankheit genehmigt, eben so der 3wöchentliche Urlaub für Abg. Neumüller. — Hiernächst begann die Berathung über die Adresse an den König auf die Thronrede. Graf v. Hegnenberg referirte von der Rednerbühne aus. — Derselbe behauptete, daß die Zeit der Wahrheit gekommen sey. Es wurde die Adresse abgelesen und die Folge der Debatte für jeden Absatz bestimmt. — Abg. Schlund: Man solle das Lobhudeln aus der Adresse weglassen. Abg. Leybold zieht eine Parallele zwischen Preußen und Bayern in heftigen Ausdrücken gegen Ersteres. — Nach noch einiger Discussion wurde eine Modification des Abg. Ruland verworfen und Nro. 1. der Adresse angenommen. — Abg. Bestelmayer erklärte sich im Voraus mit der Adresse einverstanden, wünschte aber bezüglich der Beamten auf dem Lande einen Passus zu Nr. 2, namentlich über ihre büreaukratische Härte, Tax- und Sportelerhebungen ꝛc. Der königl. Finanzminister Frhr. v. Lerchenfeld vertröstete auf die nächste Zeit, wo abhelfende Entschließungen erfolgen würden. Alles auf Einmal könne nicht geschehen. Frhr. v. Thon-Dittmer aber verwahrte sich wegen einzelner Beamten gegen jede Verdächtigung des ganzen Standes. — v. Beisler erklärte, daß sich die Minister in die Adreßdebatte durchaus nicht mischen werden. Abschnitt 2 wurde hierauf angenommen. — Zu Abschnitt 3 erklärte Referent, daß man mit dem Schlußsatze gemeint habe: Personen, die wegen der jüngst geschehenen Manifestation ihrer Gesinnungen Nachtheile durch Versetzung ꝛc. erlitten haben, mögen wieder in ihre Rechte treten. Minister Heintz erklärte: sie hätten die Absicht, die Beamten nach Tüchtigkeit nicht nach Gesinnung vorzuschlagen. — Der Abschnitt wurde angenommen — Zu Abschnitt 4 bemerkte Dekan Götz, man möge auch ein Forstkulturgesetz begehren. Der II. Präsident Dr. Müller wünschte, die Regierung wolle seinen früheren Entwurf benützen. Dr. Schwindl: was solle man vom Schiffe auf der Brandung über Bord werfen? Er stimme auch für das Ueberbordwerfen aller feudalistischen Reliquien in Schweinsleder und Papier. Allenthalben schaffe man freies Eigenthum, keine Zehnten, keine Grundherrlichkeiten mehr dies sey die Hauptaufgabe des gegenwärtigen Landtages. Jetzt solle man das Gemeingefühl nicht erkalten lassen! Auch er trage den Glauben an eine bessere Zukunft in sich Jetzt gelte es, daß unsere reine Frühlingssaat eine gute Erndte gebe! Nur jetzt, nicht später werde man Opfer bringen. — Abg. v. Scheuerl sprach für das deutsche Vaterland und erörterte, wie man ein starkes Deutschland erhalten könne, das ständische Princip sey zu fest gehalten worden; das deutsche Parlament solle die Art der Volksvertretung bestimmen. Abg. Christmann: alle Vorrechte des Adels und der Geistlichkeit sollen sogleich fallen; die Zeit fordere diese Opfer. Intelligenz und Vaterlandsliebe sollen fortan das Volk repräsentiren. — Abg. Schlund: die Ablösung werde von mehr als 3 Millionen sogleich erwartet. — Graf v. Hegnenberg schloß die Debatte

und Abschnitt Nr. 4 wurde angenommen. Der I. Präsident sprach hierauf ernste Worte über das bevorstehende deutsche Parlament und forderte auf, anzuzeigen, wer bis zum 30. d. nach Frankfurt abgehen wolle. Die übrigen möchten aber bleiben. Sodann wurde auf Abends 6 Uhr Sitzung anberaumt.

---

*† München, 28. März. JJ. MM. dem König und der Königin machten am gestrigen Nachmittag sämmtliche Mitglieder der II. Kammer mit dem Herrn Präsidenten an der Spitze ihre ehrfurchtsvolle Aufwartung.

München, 28. März. Hiemit geben wir die gestern auf hiesigem Rathhaussaal zur Unterzeichnung ausgelegt gewesenen drei Adressen. I. Adresse der Münchener Bürger und Einwohner an Se. Maj. den König Maximilian II.: „Allerdurchlauchtigster ꝛc. ꝛc. Der 21. März hat ein Ereigniß geboren, das eben so unwahr in der Begründung, wie vermessen in seinen Tendenzen ist. Die Proclamation des Königs von Preußen findet keinen Wiederhall in unseren Herzen. Vor fünf und dreißig Jahren hat das Volk, — nicht die Fürsten, — das Vaterland gerettet. Zum Danke wurden ihm seit fünf und dreißig Jahren Recht und Freiheit verkümmert, und nun es sich erhebt, diese zu erringen und jenes mit Ernst zu fordern, wagt man von dorther auf die gesunde Bewegung eines neu erwachten politischen Lebens als eine bedrohliche Gährung hinzuweisen. Die Vereinigung der Fürsten und des Volkes unter einer Leitung thut allerdings noth, allein diese Leitung kann und darf nie usurpirt werden, wenn sich die Täuschungen der letzten fünf und dreißig Jahre nicht unter anderer Form wiederholen sollen. Das Volk, und gewiß auch Preußens edler Stamm, hat die unerschütterliche Ueberzeugung gewonnen, daß sein öffentliches Recht und des Vaterlandes innere Gestaltung nicht mehr Gegenstand der Bewilligung, sondern nur das Resultat freier Vereinbarung seyn kann. Unser Nationalparlament entscheide über Form und Inhalt der Centralgewalt, welche dem deutschen Volke jenen Rang zu sichern hat, der ihm längst gebührt. Wir haben kein Vertrauen in die Geschenke eines Friedrich Wilhelm IV., der seinem Volke viel versprochen und wenig gehalten hat — der stets mit der Reactionspolitik einer jüngst gefallenen Größe und einem Selbstherrscher verbunden war, welcher in Polens blutiger Vernichtung für alle Zeiten das deutlichste Warnungszeichen der Gefahr gegeben hat, die uns von Osten droht. Wir setzen kein Vertrauen in einen König, der bis zum 21. März ohne Deutschland sich als deutsche Großmacht fühlen wollte, — der Glaubensfreiheit unterdrückt — das freie Wort geächtet — seines treuen Volkes heiliges Recht verkannt und es gezwungen hat zu blutiger Entscheidung. Wir haben kein Vertrauen zu dem Manne, welcher noch vor wenigen Tagen den Rath der Fürsten von der Versammlung unserer Volksvertreter zu trennen, somit den Keim der Anarchie zu legen, und durch diese die Willkür und Gewalt neuerdings zu befestigen beabsichtigte. Er ist dem bewaffneten Volkswillen unterlegen und hat den Beruf verloren, die Geschicke unseres Vaterlandes zu leiten. Wir kennen weder Süd noch Nord im einigen deutschen Vaterlande, seitdem Preußens Volk in edler Erhebung, die bei uns heiße Sympathien fand, der allgemeinen politischen Bewegung den Schlußstein beigefügt. Das deutsche Parlament hat hiemit seine factische Vollendung und rechtliche Begründung erhalten. Dieß unsere innige, feste Ueberzeugung. Wir halten es für eine unabweisliche Pflicht, dieselbe vor Eurer Königlichen Majestät in diesen Tagen der Gefahr offen auszusprechen, und erwarten, daß sich Deutschlands Volk und Fürsten insgesammt erheben werden, um die Dictatur eines Mannes in einem Augenblick zurückzuweisen, wo ein deutsches Parlament allein berufen seyn kann, über die Zukunft unseres großen Vaterlandes zu entscheiden. Majestät! Sie sind geliebt und getragen von der Treue Ihres Volkes! Ihre Krone ist keusch und rein! — Gehen Sie mit Ihrem Volke — gehen Sie mit Deutschland! München, 27. März 1848.

II. Die Bewohner der Stadt München an ihre Brüder in Wien! Wenige Tage sind verronnen, seitdem wir nach dem Osten, als dem Grabe der Freiheit zeigten, — noch steht unser Volk in Waffen, ob der Gefahr, die von dorther kommen soll, — und heute schon ist das Haupt der Reaction gefallen. Wien hat mit Blut der Freiheit Kranz errungen. — Der größte Tag im deutschen Völkerleben! Alle deutschen Stämme vom Belte zu den Alpen, von der Donau bis zum Rhein, reichen sich die Bruderhand zum Gruß und Schwur, um einig, stark und frei zu seyn. Es gibt keine deutsche Großmacht außer Deutschland mehr. Der schnöde Bund mit Barbaren ist unmöglich. Schleswig-Holstein, — Polen sind gerettet; — die Grenzen nach Ost und West beschirmt; — und Deutschlands langersehnte Stunde hat geschlagen, wo es durch Einheit stark und durch die Freiheit mächtig sich selbst den Sitz im Rath der Völker nimmt. Deutsche Brüder an der Donau! Ihr habt vom schweren Werke den schwersten Theil genommen. Nehmt unsere Liebe dafür hin! — nehmt unseren heißen Dank, der sich bewähren soll als früchtenreiche That am Tage der Gefahr, wo alle wir berufen sind zu schirmen des deutschen Vaterlandes Ehre und unsere Freiheit! München, den 27. März 1848.

III. Die Bürger und Bewohner Münchens an die Bürger und Bewohner von Berlin! Das deutsche Volk verlangt seine angestammten Rechte. Der Süden hat mit kräftiger That sich erhoben; der Norden mit dem Donner der Geschütze seinem Verlangen Folge gegeben. Ihr, Burger und Bewohner Berlins, der nordischen Metropole, habt eine flammende Begeisterung in unseren Herzen erregt! Eurem Muth, Eurer Tapferkeit gilt unsere Sympathie! Deutschland wird wiedergeboren. Von denselben Sitten und Rechten getragen eint sich Nord und Süd. Jede Usurpation wird abgewiesen. Eine solche kann das Volk des kräftigen Preußenstammes nicht wollen. Nur das ganze deutsche Volk ist befugt, durch sein Parlament die Gestaltung auszusprechen, in welcher das Vaterland die seiner würdige Stellung einnehme. Keine Täuschung mehr! Dem Volke sind zu oft seine Rechte verkümmert worden. Euch bieten wir die gewaffnete Hand zum Schirm gegen jede feindliche Einmischung von Innen und Außen. Mit Euch wollen wir stehen, mit Euch das deutsche Banner entfalten! München, den 27. März 1848.

Der „Allgemeinen Zeitung“ schreibt man aus München, 26. März, daß Hr. v. Gagern mit einem Haupttheil seiner neulichen Sendung: nemlich Bayern für die Uebertragung der deutschen Hegemonie an Preußen zu gewinnen, hier gänzlich gescheitert ist — ferner daß dem bayerischen Bundestagsgesandten Dr. Willich die freisinnigsten Anweisungen nach Frankfurt mitgegeben worden seyen.

Nürnberg sendet zu der in Frankfurt am 30. d. Mts. sich bildenden Versammlung deutscher Männer des Volksvertrauens als seinen Abgeordneten den mit dem Ehrenbürgerrechte geschmückten Dr. Eisenmann.

Württemberg.

Stuttgart, 25. März. In der gestrigen siebenstündigen Kammersitzung wurden die Ablösungsgesetze angenommen. Der Präsident theilte mit, Se. Majestät der König habe verfügt, daß alle Hof- und hofkammerliche Jagden außer in den Parken an die Gemeinden abgegeben werden sollen. Die Kammer beschloß eine Dankadresse an den König. (Schw. Mkr.)

Aus Stuttgart 26. März wird vom Ministerium des Innern (Duvernoy) im „Schwäbischen Merkur“ bestimmtest erklärt: Nach den von der Regierung an Ort und Stelle eingezogenen Erkundigungen hat ein Einfall vom französischem Gebiete auf badisches und württembergisches Gebiet überall nicht stattgefunden. Es wird hinzugesetzt daß vorher alle Schutzmaßregeln getroffen gewesen, wie sie auch weiterhin getroffen werden sollen.

Ulm, 26. März. Unsere Bürgerwehr, bei der sich viele Beamte, namentlich beinahe sämmtliche Mitglieder des hiesigen Kreis-Gerichtshofes, eingereiht haben, übt sich bereits eifrig in den Waffen. Am heutigen Morgen wurde auf dem mittleren Thurme der die Stadt beherrschenden Wilhelmsburg eine prachtvolle schwarz-rothgoldene Fahne mit dem Reichsadler, den Befehlen des deutschen Bundes gemäß, in Gegenwart sämmtlicher bei dem Festungsbau beschäftigter Officiere aufgesteckt. (A. Z.)

Liechtenstein.

Vom Bodensee, 22. März. Das Fürstenthum Liechtenstein hat seine Beamten verjagt und hält den Landvogt gefangen. (Schw. Mkr.)

Baden.

Ein Extrablatt zur neuesten „Karlsruher Zeitung“ bringt folgende allerhöchste Verfügung des Großherzogs bezüglich der Nationalvertretung am Bundestag: Leopold ꝛc. Die beiden Kammern Unserer getreuen Stände haben den Wunsch ausgesprochen, daß Wir bei Unsern Mitverbündeten kräftigst dahin wirken, daß die Vertretung der deutschen Stämme bei dem Bunde so schleunig, als nur immer möglich ist, verwirklicht werde. Wir erkennen die hohe Wichtigkeit und Dringlichkeit dieses so wohl begründeten Wunsches, und haben angeordnet, daß die Verwirklichung desselben wiederholt mit dem größten Nachdrucke und mit allen Uns zu Gebote stehenden Mitteln betrieben werde. Die dringenden Umstände haben Uns zugleich überzeugt, daß auch der weitere von Unseren Ständen ausgesprochene Wunsch, wornach schon vorläufig in der kürzesten Frist Wahlen für die zusammenzurufende Nationalversammlung angeordnet werden sollen, schleunigst zur Erfüllung gebracht werden muß. Wir haben daher beschlossen, rasch an das Werk zu gehen und die Wahlen unverzüglich einzuleiten. Zwar bedarf noch die Zahl der von den einzelnen Staaten nach ihrer Bevölkerung zur Nationalversammlung abzuordnenden Mitglieder einer vorläufigen (bei Unseren Mitverbündeten auf den Grund der von den Ständen ausgesprochenen Wünsche sogleich beantragten) schnellen Vereinbarung. Dies hindert jedoch nicht, daß einstweilen mit der Wahl der Wahlmänner begonnen werde. Sobald die Zahl der abzuordnenden Mitglieder bestimmt seyn wird, werden ohne allen Verzug die Wahlbezirke gebildet und die in denselben inzwischen ernannten Wahlmänner zusammen berufen werden, um in jedem dieser Bezirke ein Mitglied für die Nationalversammlung wählen zu lassen. Der Natur der Sache nach kann, da nur die Wahl zu einer Versammmlung in Aussicht steht, bei der Ernennung der Wahlmänner die Vorschrift der Ziffer 2 des §. 43. der Wahlordnung hier keine Anwendung finden, sowie es den Verhältnissen auch entsprechen wird, bei der Wahl der Abgeordneten zur Nationalversammlung die im §. 37. der Verfassungsurkunde und §. 65 der Wahlordnung enthaltenen Beschränkungen der Wählbarkeit mit Ausnahme derjenigen, die sich auf das Alter bezieht, hier wegzulassen. Endlich kann, da die Nationalvertretung sich lediglich nach der Seelenzahl richten soll, auch bei der Wahlmännerwahl zwischen den Stadt- und Landgemeinden kein Unterschied gemacht, der §. 41, Absatz 1 der Wahlordnung hier also nicht zur Anwendung gebracht werden. In dieser Erwägung verordnen Wir nach den von Unseren getreuen Ständen ausgesprochenen Wünschen, wie folgt: 1) In allen Gemeinden des Großherzogthums sind unverzüglich die Wahlmänner, welche Mitglieder für die deutsche National-Versammlung wählen sollen, zu ernennen. 2) Es ist dabei nach den Vorschriften der Wahlordnung vom 23. Decbr. 1818 zu verfahren, jedoch finden der §. 41, Absatz 1, und der §. 43, Nr. 2 derselben keine Anwendung. 3) Sobald die Zahl der von Unserem Großherzogthum zur deutschen Nationalvertretung abzuordnenden Mitglieder bestimmt ist, werden alsbald die dazu erforderlichen Wahlbezirke gebildet, und die Wahl der Abgeordneten nach den Bestimmungen der Wahlordnung vom 23. Decbr. 1818 vorgenommen. Jedoch finden dabei die im §. 37 der Verfassungsurkunde und im §. 65 der Wahlordnung enthaltenen Beschränkungen der Wählbarkeit mit Ausnahme derjenigen, die sich auf das Alter des zu Wählenden bezieht, keine Anwendung. Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staats-Ministerium, den 25. März 1848. Leopold. Bekk. Auf allerhöchsten Befehl Sr. k. Hoh. des Großherzogs: Büchler.

Karlsruhe, 24. März. Der geheime Rath Schaaff Director der Regierung des Unterrheinkreises und Abgeordneter, ist mit Vorbehalt weiterer Verwendung einstweilen in den Ruhestand versetzt, und die Verwaltung von dessen Stelle dem ehemaligen Hofrichter Stösser von Konstanz, derweilen in Durlach, unter Ernennung desselben zum Geheimenrathe zweiter Classe, übertragen worden.

Rastatt, 25. März. Noch gestern Abend hatte man hier in Folge amtlich eingezogener Erkundigung die bestimmte Nachricht, daß das Gerücht, als seyen ausgewiesene deutsche Arbeiter oder arbeitlose, herumstreifende Franzosen und Elsäßer zwischen Kehl und Stollhofen an verschiedenen Punkten über den Rhein gedrungen, und hätten da und dort zu plündern und zu brennen versucht, „nicht begründet war“. Von Kehl bis Steinmauern und Au ist jenseits Alles ruhig und keinerlei Versuch gemacht worden, irgendwo herüber zu brechen. (Karlsr. Z.)

K. Sachsen.

Dresden, 22. März. Heute Abend gegen 7 Uhr ist der Abgeordnete Oberländer zum Minister des Innern ernannt worden. Die Grundzüge der süddeutschen Gesandten in Betreff der deutschen Reichsverfassung sind angenommen worden.

Dresden, 22. März. Heute früh wurde das hier in Garnison stehende Militär auf die Verfassung beeidet. (A. Z.)

Leipzig, 21. März. Der Fürstencongreß kommt nicht zu Stande! Die süddeutschen Regierungen protestiren dagegen, beschicken ihn nicht. Heute morgen kamen von München die Herren v. Gagern aus Wiesbaden für Nassau, General Graf Lehrbach für das Großherzogthum Hessen, Obertribunalrath v. Sternenfels für Württemberg an; der badische Bevollmächtigte war am Abend vorher bereits durchgereist, der bayerische sollte heute Abend folgen. Ihre Sendung bezweckt alsbald Hand anzulegen an die Neugestaltung Deutschlands durch augenblickliche Zusammensetzung des deutschen Parlaments. Morgen gehen die Bevollmächtigten nach Berlin. (D. A. Z.)

Leipzig, 22. März. So eben wurde das hiesige Militär auf dem Marktplatze unter unabsehbarem Menschenzudrange auf die Verfassung vereidigt. Es sind dieselben Schützenbataillone, welche vor zwei Jahren auf dem Roßplatz unter die Zuschauer schossen. Vom Rathhaus wehte die schwarz-roth-goldne Fahne und von den Häusern, bis auf die Dächer hinauf mit Menschen bedeckt, wehten im Frühlingswinde bei schönem Sonnenschein die wiedergefundenen Farben Deutschlands. Der süddeutsche Parlamentsbote von Gagern war gestern am 21. von hier aus auf dem Wege nach Berlin. Er hat also bei seiner Ankunft die förmliche Verkündigung deutscher Sache dort vorgefunden als fertige Thatsache. Seine Begleiter, v. Lehrbach und v. Sternenfels, sind noch in Dresden. Es steht nicht zu bezweifeln, daß Sachsen vollständig beitritt. Wir sind hier in Leipzig seit gestern Abend, wo die letzten Nachrichten aus Berlin eintrafen, darüber aufs klare gekommen, daß die zum 30. März in Frankfurt zusammentretende Versammlung von Notablen schon berufen seyn könne, eine Art Permanenz anzunehmen, und mit allen von den Regierungen ihr zufließenden Mitteln einen Gesammtstaat zu berathen. (A. Z.)

Anhaltische Herzogthümer.

Bernburg, 16. März. Ein herzogliches Patent kündigt für Bernburg eine von der Anhaltischen Gesammtlandschaft unabhängige Verfassung an.

Kurhessen.

Kassel, 22. März. Der Kurfürst hat den Hauptmann a. D. v. Baumbach zum Präsidenten, und den Obergerichtsanwalt Schwarzenberg zum Vicepräsidenten der Ständeversammlung ernannt.

Gr. Hessen.

Darmstadt, 23. März. Das vor einigen Tagen erschienene Edict, welches den wegen politischer Vergehen Verurtheilten oder Beschuldigten Amnestie ertheilte, hat bereits einen unserer Mitbürger in unsere Mitte zurückgeführt. Dr. Wilhelm Schulz, welcher als ehemaliger Officier von dem hiesigen Kriegsgerichte im Jahr 1834 in einen fünfjährigen strengen Festungsarrest verurtheilt worden war, und bald darauf aus der Festung Babenhausen entfloh, ist bereits von Zürich, wo er seither wohnte, zurückgekehrt. Sein damaliges Verbrechen war außer einer andern politischen Schrift vaterländischer Gesinnung die Herausgabe seiner im Jahr 1832 in Stuttgart erschienenen Schrift „Deutschlands Einheit durch Nationalrepräsentation," die er Rotteck und Welcker widmete. (A. Z.)

Preußen.

Berlin, 23. März. Die „Allgemeine Preußische Zeitung" schreibt: Der Minister des Cultus hat heute im Einverständniß mit dem Minister-Vorsitzenden den Professor Dahlmann (in Bonn) ersucht, hieher zu kommen, um die Regierung mit seinem Rath bei Ausarbeitung des neuen Wahlgesetzes für die Volksvertretung, das auf breiter Grundlage ruhen wird, so wie demnächst auch bei dem Entwurf der mit den Vertretern des Volkes zu vereinbarenden Verfassung zu unterstützen.

Berlin, 24. März. Der geheime Staatsminister Hr. v. Auerswald ist gestern hier eingetroffen und hat heute die Leitung des Ministeriums des Innern übernommen. (A. Pr. Z.)

Breslau, 23. März. Wir vernehmen aus dem verlässigsten Munde, wie alle Hoffnung vorhanden ist, daß Preußen und Oesterreich ihre resp. polnischen Landestheile zurückgeben, und an den Söhnen vergüten werden, was an den Vätern gesündigt worden war.

Die „Kölner Zeitung" widerruft in einem Schreiben aus Bonn 22. März die jüngst gemeldete Ankunft des Fürsten von Metternich auf Schloß Rheineck als völlig grundlos.

Schleswig-Holstein.

Schleswig, 22. März. Der Kammerherr von Scheel hat erklärt, er könne sein Amt nicht länger fortführen, und da auch der Magistrat sich nicht zur Leitung der Angelegenheiten berufen fühlt, so hat Beseler vorläufig die Regierungsgeschäfte übernommen.

Rendsburg, 19. März. In der gestern hier gehaltenen Versammlung von Abgeordneten der Herzogthümer Schleswig und Holstein ist beschlossen, sofort eine Deputation nach Kopenhagen zu senden, welche die Forderungen 1) einer sofortigen Einberufung der vereinigten schleswig-holsteinischen Ständeversammlung und die Vorlegung einer gemeinsamen Verfassung für die beiden Herzogthümer, 2) des Eintritts für Schleswig in den deutschen Bund, 3) unbedingter Preß- und Associationsfreiheit, 4) der Anordnung allgemeiner Volksbewaffnung, 5) sofortiger Entlassung des Regierungs-Präsidenten Scheel — dem König, unserm Herzog, mündlich vorzutragen und entscheidende Antwort darauf mitzubringen hat. — Zugleich hat die Versammlung ihre Sympathie für die Bestrebungen zur Herstellung eines deutschen Parlaments declarirt, und 10 Männer (5 aus jedem Herzogthum) haben sich bereit erklärt, die am 30. März in Frankfurt stattfindende Versammlung zu besuchen. (Weserz.)

Braunschweig.

Braunschweig, 22. März. Sie werden die vom König von Preußen gestern erlassene Proclamation erhalten haben. Sie ist uns von dem dem Ministerium mit folgenden begleitenden Worten verkündet. „Die hiesige Landesregierung, getreu der von ihr schon bei Bekanntmachung des königl. preußischen Patents vom 18. d. M. ausgesprochenen Ansicht, erkennt in dem hochherzigen Entschlusse Sr. Majestät des Königs von Preußen, in dem Sturme der Gegenwart die Ordnung der allgemeinen deutschen Angelegenheiten zu leiten, mit dem aufrichtigsten Danke das einzige und von den Umständen dringend gebotene Mittel die äußere Sicherheit und Integrität des gesammten Deutschlands zu schirmen und ruhige Entwickelung der innern Freiheit zu sichern. Die hiesige Landesregierung wird daher den zu erwartenden Anträgen des königl. preußischen Gouvernements bereitwillig entgegenkommen, und hofft mit Zuversicht, daß alle deutschen Fürsten und Stämme mit gleicher Freude sich zu dem großen Nationalwerke die Bruderhände reichen, und gemeinsam eine Verfassung gründen werden, die das deutsche Volk in die ihm gebührenden Rechte einsetzt, achtunggebietend nach außen und frei und glücklich im Innern. Um schon jetzt die äußeren Verschiedenheiten, welche die Deutschen trennt, verschwinden zu lassen, haben Se. Hoheit der Herzog zu befehlen geruht, daß das Truppencorps die deutsche dreifarbige Cocarde anlege." — Sie werden ermessen, welche freudige Begeisterung dies erregt. Von welcher Gesinnung unser Landesfürst erfüllt ist läßt sich aus folgender nach sicherer Quelle gegen mehrere Officiere von ihm geschehener Aeußerung schließen. „Die russische Armee ist auf den Kriegsfuß gesetzt; sobald sie oder ein Theil derselben die preußische Grenze überschreitet, werden französische Truppen an den Rhein rücken. Die Sicherheit unseres deutschen Vaterlandes erfordert die augenblickliche Wahl eines deutschen Kaisers, und alle deutschen Fürsten werden darin übereinstimmen. Ich bin Herzog von Braunschweig, ich liebe mein Volk, ich liebe mein Land, will aber gern alle Opfer bringen, welche das Interesse des deutschen Vaterlandes erfordert. Ich werde mit Freuden als Soldat dem theuern Vaterlande dienen und für dasselbe kämpfen. (A. Z.)

Freie Städte.

Frankfurt, 20. März. Die Herzogin v. Orleans, nach ihren bekannten Schritten in Paris und nachdem sie dieses verlassen, hielt sich zwei Tage in der Nähe verborgen; dann wandte sie sich mit ihren Kindern und einer Kammerjungfer, ohne weitere Begleitung, nach Brüssel, und kam ohne Geld, ohne alle Effecten und in demselben Hemde, worin sie Paris verlassen nach Coblenz und wohnt seitdem in der tiefsten Zurückgezogenheit in dem Gasthof zu den vier „Thürmen" zu Ems, wo sie bis zur Saison bleiben und dann nach Würzburg gehen wird. (A. Z.)

Frankfurt, 24. März. Es werden zur größtmöglichsten Feier des 30. März, wo Deutschlands Volksmänner das erstemal hier das vaterländische Gesammtwohl berathend tagen werden, — alle Vorkehrungen getroffen. — Wegen des am 2. April zusammentretenden preußischen Landtages sind von dorther nur die preußischen Stadtverordneten geladen. Von Literaten werden Blum, Wuttke, Jacobi aus Königsberg erwartet. (D. Bl.)

Oesterreich.

Die neueste „Wiener Zeitung" verkündigt die Errichtung eines eigenen Ministeriums des öffentlichen Unterrichts.

Wien, 24. März. Die Proclamationen des Königs von Preußen haben hier im Publicum die höchste Mißstimmung erregt, und die Wiener Zeitung spricht sich in energischer Weise gegen einen Kaiser Deutschlands aus eigener Machtvollkommenheit aus. (A. Z.)

Italien.

Laut dem „Tessiner Republicano" vom 21. März ist die Erhebung in der Lombardei allgemein. „Hinaus mit den Deutschen!" erschallt es in Stadt, Dorf, unter allen Ständen. — Aus Chiasso 21. März 8 Uhr Vormittags. In Mailand ist alles vorüber. Das österreichische Regiment hat sich selbst aufgelöst und vorher die Polizei niedergelegt. Die provisorische Regierung hat sich festgesetzt, 8000 Piemonteser sind freiwillig eingerückt. Aus Como 21. März 2 Uhr Nachmittags. Die Kaserne in Borgo Vico die stärkste und bestversehene brennt. Die zwei andern Kasernen haben sich ergeben und die Waffen gestreckt. Ein Brief aus Lugano in der „Neuen Zürcher-Zeitung" sagt, daß in den lombardischen Campione, Val Solda und Lubino sich Gelüste zum Anschluß an die Schweiz zeigen. Gendarmen und Grenzwächter halten zum Volk. Von Como heißt es unterm 21. d. M. 9 Uhr Abends: etwa 400 Oesterreicher haben sich dem Volk auf Gnade und Ungnade ergeben.

Frankreich.

Paris, 24. März.

Nach einem Decret der provisorischen Regierung wird der Art. 119 des Strafgesetzbuches nach welchem die Caution der einstweilen freigelassenen Angeklagten nicht unter 500 Fr. sich belaufen darf, für abrogirt erklärt. — Nach einem zweiten Decret zählt man den Saal Du Jeu-de-Paume zu Versailles künftig zu den historischen Denkmälern, deren Erhaltung der Staat übernimmt.

Hr. Benazet, der berufene Spielpächter in Baden, früher Generalpächter der Spiele in Paris, ist am 19. März in dieser Hauptstadt gestorben. — Graf Appony, der bisherige österreichische Botschafter, schickt sich an, nach Wien zurückzukehren, indem, wie es heißt, nach dem Sturz des Fürsten v. Metternich er die diplomatische Laufbahn aufgeben will. Hr. v. Thom, bisheriger Botschaftsrath, wird die Leitung der österreichischen Legation einstweilen übernehmen.

Großbritannien.

Auch der Herzog v. Aumale ist auf britischem Boden angelangt.

Hr. Guizot wurde dieser Tage, seiner literarischen Verdienste wegen, als Ehrenmitglied in den Athenäum-Club aufgenommen, jedoch nicht ohne Widerspruch einer Anzahl Mitglieder die ihm seine Politik hinsichtlich Spaniens nicht verzeihen können.

Einer Notiz in „Daily News" zufolge hätte die britische Regierung beschlossen, die britische Ueberlandpost fortan über Triest und Deutschland gehen zu lassen.

Am 18. März Abends endlich ist Se. Excellenz Sir Stratford Canning mit Gemahlin und Tochter von London abgereist, um über Wien auf seinen Gesandtschaftsposten in Konstantinopel zurückzukehren.

Gegen Smith O'Brien, das Haupt der Jung-Irland-Partei, John Mitchell, den Herausgeber des „United Irishman", und Meagher den ältern sind Verhaftsbefehle wegen empörerischer Umtriebe erlassen. Die Lage Irlands wird von Tag zu Tag bedenklicher.

Das große Monstern Meeting hat am 20. März in Dublin unter freiem Himmel stattgefunden. Jung-Irland hatte es veranstaltet. John O'Connell, alle O'Connelli-

ten, die „Repealer der Versöhnungshalle“ waren fern. Es wurde eine zweite Adresse an die französische Nation, und eine Denkschrift an die Königin über die Nothwendigkeit einer alsbaldigen Auflösung der legislativen Einigung zwischen Irland und Großbritannien beschlossen.

Rußland und Polen

St. Petersburg, 15. März. Alle auf Urlaub, beschränkt oder nicht, sich befindenden Krieger haben sich unfehlbar bis zum 1/13. April bei ihren Corps zum activen Dienst zu melden. Soeben nun ist die im September angeordnete Recrutirung, die zur Completirung des Heeres in jedem Jahre eine der zwei Hälften des großen Reichs trifft, völlig vollzogen worden. Die Recruten mit den jetzt wieder einberufenen Reserven möchten der activen Armee eine Verstärkung von 300,000 Streitern zubringen. Sobald sich diese in ihren Corps formirt und der Armee angeschlossen haben, wird sehr wahrscheinlich und unverzüglich noch vor Ablauf des April ein Theil der letztern mobil gemacht werden, und sich im südlichen Polen an der Grenze Schlesiens und Böhmens concentriren. Daß auch die Garden dieser Bestimmung zu folgen haben werden, ist nicht zu bezweifeln, da der Monarch ihnen persönlich vor einigen Tagen auf der Wachtparade zum nächst zu erwartenden Feldzuge gratulirte. (D. A. Z.)

Börse.

Frankfurt, 25. März. Metall. 5pCt. 75; 4pCt. —; 3pCt. —; Bankactien 1325; Taunus-Eisenbahn-Actien 290; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 38; bayer. Ludwigs-Bexbacher-Eisenbahn —; bayer. Ludwigs-Canal —.

Wien, 24. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 80½; zu 4pCt. in CM. 70; zu 3pCt. in CM. 51; Bankactien per Stück 1150; Nordbahn 92.

Amsterdam, 23. März. 2½pCt. 39¾; 3pCt. 45½; 4pCt. 59; Synd. 3½pCt. 61½; Handels-Maatschappy 133½; Ard. 7½; port. 3pCt. 14; 5pCt. Metall. 63.

Paris, 23. März. 3pCt. 50 Fr. — C.; 5pCt. 72 Fr. 25 C.

London, 22. März. Consols 81½.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag, 28. März: „Das Porträt der Geliebten“, Lustspiel von Feldmann. Hierauf: „Da Roaga“, oberbayerische ländliche Scene von Kobell.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Obermayer, Consul aus America; Alti, Kaufmann v. Stockholm.

Gold. Hirsch. HH. Fürst Cantocuzeno und Fürst Sangusko aus der Wallachei; Dr. v. Drepski aus Rußland; Gräfin v. Armansberg v. Eck.

Gold. Hahn. HH. Obpren, Major v. Dresden; Nettler, Negotiant v. Zürich; Pauck, Privatier v. Innsbruck.

Gold. Kreuz. HH. Naumbach, Particulier v. Hamburg; Dahner, Particulier v. Dresden; Schmidt, Privatier v. Salzburg.

Blaue Traube. HH. Ischerning, Theolog v. Tübingen; Landauer, Theolog v. Wien; Höger, Assessor v. Obergünzburg; Anala, k. k. Hauptmann aus Ungarn; Losch, Bürgermeister, Scheibler, Magistratsrath, Kramer, Vorstand, und Dorner, Gutsbesitzer v. Füßen.

Stachusgarten. HH. Dr. Heiß, Landgerichtsarzt v. Türkheim; Albrecht, Pfarrer v. Schreßetten.

2347. Ein solides mit den besten Zeugnissen versehenes Frauenzimmer, in der französischen Sprache und in allen weiblichen Handarbeiten bewandert, sucht so bald als möglich einen Platz als Jungfer. Geht auch mit auf Reisen. D. Uebr.

Bekanntmachung.

2345. Am 6. März d. Js. ist der verwittibte Privatier Franz Weiß von Niederaltrich d. Gts. mit Hinterlassung eines gerichtlichen Testaments und eines minderjährigen Sohnes gestorben.

Es werden daher alle Diejenigen, welche aus was immer für einen Rechtstitel Forderungen und Ansprüche zu machen haben, aufgefordert, dieselben bis zum 25. April d. Js. um so gewisser hierorts anzubringen, als außerdessen hierauf nicht mehr Rücksicht genommen, und in der gegenständigen Verlassenschaftssache in weiterer gesetzlicher Weise fürgeschritten werden wird.

Sign. 21. März 1848.

Königl. Landgericht Hengersberg.
Obermaier,
Landrichter.

Ankündigung.

Der Ausschuß der mechanischen Baumwoll-Spinnerei und Weberei in Augsburg

beehrt sich hiemit bekannt zu machen, daß in Folge des in der Generalversammlung am 14. d. gefaßten Beschlusses der am 1. Juli a. c. fällige Actien-Coupon mit

fl. 55 per Stück

eingelöst wird.

Augsburg den 15. März 1848.

Der Vorstand:
2327. Friedrich Schmid. (3c)

2348.

Bekanntmachung.

Die Eisenbahnfahrten und die damit zusammenhängenden Eilwagens-Curse vom 1. April 1848 an betr.

Im Namen Sr. Majestät des Königs von Bayern.

In Gemäßheit höchster Entschließung des k. Finanzministeriums tritt vom 1. April l. Js. an auf den k. Eisenbahnen folgende Fahrordnung ein:

1) Abgang von München nach Augsburg 6 Uhr Morgens, 11 Uhr Vormittags, 3 Uhr Nachmittags, 7 Uhr Abends.
2) Abgang von Augsburg nach Donauwörth 8 Uhr 30 Minuten Morgens, 1 Uhr 45 Minuten Nachmittags, 5 Uhr 30 Minuten Nachmittags.
3) Abgang von Augsburg nach Kaufbeuern 8 Uhr 30 Min. Morgens, 2 Uhr 15 Min. Nachmittags.
4) Abgang von Kaufbeuern nach Augsburg 6 Uhr Morgens, 4 Uhr 30 Minuten Nachmittags.
5) Abgang von Donauwörth nach Augsburg 6 Uhr 30 Min. Morgens, 12 Uhr 30 Min. Mittags, 5 Uhr 30 Min. Abends.
6) Abgang von Augsburg nach München 6 Uhr Morgens, 8 Uhr 30 Min. Vormittags, 3 Uhr Nachmittags, 7 Uhr Abends.
7) Abgang von Nürnberg nach Bamberg 5 Uhr 30 Min. Morgens, 1 Uhr 15 Min. Nachmittags, 5 Uhr 30 Min. Abends.
8) Abgang von Bamberg nach Lichtenfels und Kulmbach 7 Uhr 50 Min. Morgens, 3 Uhr 30 Min. Nachmittags, 7 Uhr 45 Min. Abends.
9) Abgang von Kulmbach nach Lichtenfels und Bamberg 5 Uhr Morgens, 10 Uhr 30 Min. Vormittags, 3 Uhr 40 Min. Nachmittags.
10) Abgang von Bamberg nach Nürnberg 7 Uhr 45 Min. Morgens, 1 Uhr 15 Min. Nachmittags, 6 Uhr 50 Min. Abends.
11) Abgang von Kulmbach nach Neumarkt 10 Uhr 40 Min. Vormittags, 6 Uhr 30 Min. Abends.
12) Abgang von Neumarkt nach Kulmbach 9 Uhr Vormittags, 3 Uhr Nachmittags.

In Folge der vorstehenden Abänderungen in den Eisenbahnfahrten werden von dem genannten Zeitpuncte an die unten bezeichneten täglichen Eilwagens - Curse sich nachstehender Massen gestalten:

1) Abgang von Kaufbeuern nach Lindau über Kempten um 1 Uhr Nachmittags, 7 Uhr Abends.
2) Abgang von Kaufbeuern nach Füssen über Oberdorf um 11½ Uhr Vormittags.
3) Abgang von Füssen nach Kaufbeuern über Oberdorf um 10 Uhr Morgens.
4) Abgang von Memmingen nach Buchloe 10½ Uhr Morgens.
5) Abgang von München nach Mittenwald (Innsbruck über Weilheim) 5½ Uhr Nachmittags.
6) Abgang von Augsburg nach Ulm um 4 Uhr früh und 3 Uhr Nachmittags.
7) Abgang von Nürnberg nach Donauwörth (Augsburg München) 5 Uhr Nachmittags, 11 Uhr Nachts.
8) Abgang von Würzburg nach Donauwörth (Augsburg München) 10 Uhr Morgens, 9 Uhr Abends.
9) Abgang von Würzburg nach Bamberg (Hof) 10 Uhr Morgens und 10½ Uhr Nachts.
10) Abgang von Kulmbach nach Hof 12 Uhr Mittags und 11½ Uhr Nachts.
11) Abgang von Hof nach Kulmbach 8 Uhr Morgens und 9 Uhr Abends.
12) Abgang von Hof nach Reichenbach 9 Uhr Morgens und 9 Uhr Abends.
13) Abgang von Kulmbach nach Baireuth und Weiden 11½ Uhr Vormittags.
14) Abgang von Kulmbach nach Eger 11 Uhr Nachts.
15) Abgang von Lichtenfels nach Koburg 9½ Uhr Morgens, 5½ Uhr Abends, 9½ Uhr Abends.
16) Abgang von Koburg nach Lichtenfels 3½ Uhr früh, 9 Uhr Morgens und 2½ Uhr Nachmittags.
17) Abgang von Höchstädt nach Lobenstein 9½ Uhr Abends.

Aufgehoben werden vom oben genannten Zeitpuncte an dies Eilwagenfahrten:

a) zwischen Baiersdorf und Baireuth über Streitberg,
b) der Nachteilwagen zwischen München und Augsburg.

Alle übrigen Eilwagensfahrten bleiben unverändert.

Das Nähere ist aus dem allgemeinen Fahrtenplan der Dampfwagenzüge, so wie aus der Uebersicht der Eilwagensfahrten zu ersehen.

München den 25. März 1848.

Generalverwaltung der k. Posten und Eisenbahnen.
v. Goeb.

Mogg.

Nr. 80.

Man pränumerirt auf die Z. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaffel-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 25 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Mittwoch — XLIX. Jahrgang. — 29. März 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 25. März. Die Bundesversammlung beschließt die durch Bundesbeschluß vom 10. d. M. an sämmtliche deutsche Bundesregierungen ergangene Einladung zu alsbaldiger Abordnung von Männern des allgemeinen Vertrauens zur Berathung über die Revision der Bundesverfassung auf wahrhaft zeitgemäßer und nationaler Grundlage, zu erneuern, damit diese Berathung sofort nach dem Eintreffen dieser Abgeordneten dahier beginnen könne.

In einem Aufsatz des „Schwäbischen Merkur“ aus Stuttgart vom 28. März gegen die usurpirte Hegemonie des Königs von Preußen heißt es sehr treffend. „Deutschland kann nicht wünschen, einen Fürsten an seiner Spitze zu sehen, von dem die staatsbürgerlichen Zugeständnisse unter solchen Vorfällen, wie die jüngsten waren, erlangt worden sind, der bisher in seiner Regierung die erwähnte Richtung eingehalten und bis jetzt auch als Leiter des Zollvereins die Anträge seiner Bundesgenossen und seiner wie ihrer Stände auf Schutz der Nationalinteressen so wenig berücksichtigt hat.“

Schon die „Wiener Zeitung“ vom 24. März hatte gegen die neueste Demonstration des Königs von Preußen feierlich protestirt; dieselbe Zeitung thut dies noch ernstlicher und schärfer in einer Adresse der deutschen Nation an den König von Preußen, worin gesagt ist, daß Oesterreichs Kaiser anerkenne, daß jetzt von den Vertretern des deutschen Volkes allein die Wahl (des deutschen Oberhauptes) ausgehen und diese Wahl frei seyn müsse. Die Nation beschwöre den König, nicht neuen Samen zur Zwietracht auszustreuen.

Bayern.

Landtag.

**München, 27. März. II. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten. (Abendsitzung.) Am Ministertische mit Ausnahme des Herrn Staatsministers Frhrn. v. Thon-Dittmer, der wegen plötzlichen Unwohlseyns abwesend war, v. Beisler, Heintz, Graf v. Waldkirch und die königl. Ministerialräthe Neumayr, Dr. Darenberger, v. Bezold, Pfeuffer, v. Kleinschrod. Im Saal 100 Abgeordnete. — Die Sitzung wurde um 6½ Uhr mit Ablesung des Einlaufes eröffnet. Hierauf wurde die königl. Entschließung über die Ernennung der königl. Commissäre für die ständischen Sitzungen mitgetheilt; sodann die Fortsetzung der Berathung über die Adresse begonnen. Zu Absatz 5 hatte Dekan Götz ein „freisinniges Forstpolizeigesetz“ vorgeschlagen. Der II. Präsident Dr. Müller wünschte statt Forstpolizei- blos Forst-Gesetz, weil die Polizei nur einen Theil des Forstgesetzbegriffes bildet. — Frhr. v. Closen erörterte die Grausamkeit der Forstpolizeihandhabung, wie auch Abg. Nabel über derselben Rohheit seine Stimme erhob. — Frhr. v. Closen behauptete, die Rohheit der Verwaltung habe so oft schon Rohheit des Volkes erzeugt. Dr. Schwindl: Es sey Zeit, der Polizeiwillkür einmal Schranken zu setzen. Ihre Gewalt müsse gebrochen werden. Die Pfälzer sollen nicht mehr voraus gehen; Gleichheit des Gesetzes verlange, daß wir mit ihnen gehen. Die öffentliche Gesinnung verlange, daß das Prügelsystem aufhöre. Abg. Bestelmayer, Eine schonungslose Behandlung rege immer mehr auf also müsse ein Polizeigesetz kommen. — Frhr v. Closen: Der Eid der Beamten müsse auch geändert werden. — Graf v. Hegnenberg: Die Adreßcommission freue sich über die Anerkennung ihrer Arbeit, aber man vergesse auch das Drängen der Zeit nicht. — Hierauf wurde die Modification des Decan Götz und der Absatz 5. mit derselben angenommen. Dieser Zusatz (die größere Veränderung, welche der Adreßentwurf erfahren) lautet: Ein freisinniges Forstgesetz und dessen schonende Anwendung mit Berücksichtigung der Bedürfnisse des Ackerbaues und der ärmeren Volksclassen muß einen nothwendigen Bestandtheil des künftigen Polizeirechtes bilden. — Ohne Debatte wurde Absatz 6 angenommen. — Zu Absatz 7 wurde vom Abg. Fischer die Dringendheit der Einführung einer Wechselordnung und Prüfung des Zustandes der Gewerbe, resp. der Aushilfe der Gewerbe als Zusatz empfohlen. — Dr. Schwindl meinte jedoch, es werde durch diesen Zusatz die Harmonie der Ziffer 7 gestört, lieber solle man ihn als neue Ziffer einsetzen. — Graf v. Hegnenberg behauptete, Ziffer 10. enthalte schon dies — auch Abg. Neuffer meinte, man solle die Modification zurückziehen. Frhr. v. Closen stimmte gleichfalls gegen die Modification und es wurde Ziffer 7. ohne Modification angenommen. Referent las sodann Ziffer 8. — Dr. Ruland: So lange die Verfassung bestehe, können unmöglich alle Confessionen gleiche Berechtigung finden. Es sey nicht gut, wenn sich die Kirche vom Staat trenne. Er wolle dies nur bemerken, um nicht hinterher Vorwürfe zu hören. Abg. Schneger: Alle Confessionen sollen gleiche Rechte genießen, dies verlange der Begriff Freiheit. — Dr. Rammoser. Die Zeit sey noch zu kurz, um die Sache recht zu überlegen; er behalte sichs vor. — Dr. Edel: Die Commission sey mit sich ganz im Reinen. Freiheit des Gewissens, des Cultus sey eine ewige Wahrheit. Die ersten Christen seyen von ihr durchdrungen gewesen. Der Irrthum einer Staatskirche habe viel Blut gekostet. Es sey Zeit, daß die Toleranz ihren Sieg feiere in diesem Jahrhundert. (Bravo.) Die Lebenskraft des Christenthums sey noch nicht erstorben. Die Kirchengesellschaften werden herabsteigen müssen — ihre Freiheit müssen sie erringen; freies Associationsrecht in Politik und Religion. Der Polizeidruck in der Kirche müsse fort! Gleiche Berechtigung für Alle! (Bravo.) — Decan Scholler: Er ertheile diesen schönen Gesinnungen seinen vollsten Beifall — die Wahrheit werde zuletzt dennoch siegen. — Decan Würth: Glaubens- und Gewissensfreiheit sey ein heiliges Gut. Formen müssen zerbrechen, die Wahrheit breche sich die Bahn; hier helfe kein Damm; er stimme für die Adresse in Nro. 8. der dann angenommen wurde und zwar einstimmig. — Abs. 9 wurde ohne Debatte angenommen. Bei Abs. 10 verbreitete sich auf eine Interpellation des Frhrn. v. Closen Graf v. Waldkirch sehr wortreich über die Bundesverhältnisse von Deutschland und dasjenige, was Noth thue; in Details konnte er nicht eingehen. — Frhr. v. Closen äußerte, er suche das Weitere in Frankfurt zu erfahren. Daß man sich in äußere Angelegenheiten mische, sey ein Fortschritt der Zeit. Redner liest einen Brief über das französische Programm der provisorischen Regierung an ein Mitglied derselben. — Abg. Schneger begnügte sich nicht mit der ministeriellen Erklärung. Die bayerische Regierung hätte schon die Initiative zur Umgestaltung des Bundes ergreifen sollen. — Minister Heintz: Der König begreife die Zeit, er wolle keine halben, sondern ganze Maßregeln; das Einzelne der Instructionen könne nicht mitgetheilt werden, genug daß sie unsern Ansichten und denen des neuen Bundestagsgesandten entsprechen. Derselbe gab dann mehrere Details. — Abs. 10 wurde hierauf angenommen. — Zu Abs. 11 beantragte Abg. Schlund: daß die Worte „gleichheitlich für beide Kammern“ gestrichen werden. — Graf v. Hegnenberg: es bestehen doch zwei Kammern. — Baron v. Rotenhan sprach gegen das Einkammersystem. — Dr. Schwindl sprach für die Modification und behauptete, das Zweikammer-System sey ein Hemmschuh des Fortschritts. — Decan Bauer und Dittmar forderten Abg. Schlund auf, sich näher über seine Modification zu erklären. — Der I. Präsident behauptete, zu einer solchen Aufforderung sey kein Recht vorhanden. — Abg. Schlund: es handle sich hier blos um die Initiative, diese wolle er gewahrt wissen. — I. Secretär Stockinger: er schließe sich der Modification an, es sollen also die obigen Worte gestrichen werden. Ob Ein- oder Zwei-Kammersystem, dieß hänge von der einigen Gestaltung des deutschen Vaterlandes ab, zur Entscheidung sey man noch nicht gekommen. — Dr. Edel: man verliere viele Zeit über eine Frage, die nicht hieher gehöre. Man wolle ja nur die Initiative. Dieß geschehe mit und ohne Initiative. — Abg. Schlund gab hierauf seine Zustimmung, und Prof. Edel brachte eine ähnliche Modification ein, als Untermodification. — Abg. Ruland nahm Anstand über den Ausdruck „mangelhafter Zustand der Volksbildung.“ — Hr. Decan Götz ist der Ansicht diesen Ausdruck in der Adresse unverändert zu belassen. — Hr. Graf Hegnenberg erklärt, daß es nur der guten Sache zu Lieb geschah, daß auch die erste Kammer mit in Berührung kam. Wir hätten viele Religionen und sehr wenig Moral — es gibt auch noch andere Elemente als die Schulen, wodurch die Bildung herbeigeführt werden müsse. Hr. I. Präsident erklärt die Debatte, nachdem Niemand das Wort ergreift für geschlossen. Art. 11 mit der Modification des Abg. Schwindl für geeignet erkannt. Art. 12 angenommen, wobei aber der Ausdruck „Pensionsverhältnisse“ eingesetzt wurde. Ohne Debatte wurden hierauf Art. 13 und 14 angenommen und dann die ganze Adresse in ihrer so modificirten Fassung genehmigt, die Sitzung selbst geschlossen. Nach dem Schlusse ergriff in begeisterter Stimmung für die deutsche Sache das Wort Freiherr v. Closen: „Wir leben in einer großen Zeit, meine Herren; wir leben in einer Stadt, die wesentlich dazu beigetragen hat zu Allem dem, was sich in neuester Zeit entwickelte; sie ist vorausgegangen, ihr folgte Wien und Berlin. Es bedarf wohl keiner weitern Ausführung von meiner Seite, wenn ich beantrage, die hohe Kammer möge zu Protokoll erklären, daß München sich um das bayerische, deutsche Vaterland durch sein Benehmen in jüngster Zeit verdient gemacht hat. Ich sage München, die Bürger an der Spitze, nicht blos die Bürger, die Studirenden, Künstler, alle Classen, meine Herren, München hat sich hoch verdient gemacht um unsere Nation.“ (Bravorufe.)

München, 28. März. So eben geht uns ein Antrag des Abg. Professor Dr. Edel zu, welchen derselbe an die hohe Kammer der Abgeordneten, betreffs der deutschen Universitäten, gestellt. Wir können für heute wegen Mangel an Raum nur die Puncte des Antrags selber geben, behalten uns aber die Mittheilung der äußerst gründlichen und geistvollen Begründung vor. Der Antrag lautet: „Möge es der hohen

Kammer gefallen, zuerst im wiedererwachten Deutschland die Sache deutscher Universitäten zu führen, durch ihr kräftiges Fürwort die Interessen dieser würdigen Pfleglinge der deutschen Nation zu vertreten, und an Se. Maj. den König die nachstehende Bitte zu bringen: Se. Majestät möchten geruhen: 1) bei der hohen Bundesversammlung die Vernichtung des Bundesbeschlusses vom 20. Sept. 1819, ferner der Art. 38 bis 56 der Wiener Ministerialconferenz vom 12. Juni 1834 und der über Actenversendung in Polizei- und Strafsachen am 13. und 27. Nov. 1834 gefaßten Bundesbeschlüsse zu erwirken. 2) Die in Gemäßheit jener Beschlüsse in Bayern getroffenen Einrichtungen außer Wirksamkeit zu setzen; die Satzungen der Universitäten unter Anerkennung des Versammlungs- und Einigungs-Rechtes der Studirenden einer zeitgemäßen Revision zu unterwerfen, und die allerhöchste Verordnung vom 29. Jan. 1835 aufzuheben. 3) Die corporative Stellung der inländischen Universitäten neu zu kräftigen, und denselben freie Bewegung in ihren Angelegenheiten zu gewähren. 4) Die Lehrfreiheit zur Wahrheit zu erheben, und derselben durch gesicherte äußere Stellung der Lehrer durch Freiheit der Studirenden in der Wahl zwischen allen deutschen Universitäten, in der Wahl ihrer Lehrer und Collegien, durch würdige Besetzung aller Lehrfächer, durch Hebung des Instituts der Privatdocenten, und größerer Ausdehnung des Vocationsrechtes der akademischen Senate die nöthigen Gewährschaften zu geben. 5) Mit Aufhebung des Promotionszwanges der praktischen Aerzte die bisherige Einrichtung der Honorariengelder gegen Schaffung eines deren Zweck ersetzenden Surrogates zu beseitigen. (Folgt als Anhang eine Adresse der Würzburger Studirenden an Professor Dr. Edel.) Würzburg, den 13. März 1848. Die unterzeichneten Studirenden der Universität Würzburg ersuchen den Landtagsabgeordneten Hrn. Professor Dr. Edel folgende Puncte in der zweiten Ständekammer zu beantragen und zu vertreten. 1. Freies Associationsrecht, d. h. das Recht der Studirenden, sich in beliebiger Anzahl, zu jeder Zeit, in jedem Ort, ohne vorher erholte polizeiliche Erlaubniß versammeln zu dürfen. II. Aus dem allgemein anerkannten Grundsatze, daß jeder Staatsbürger gleichberechtiget sey zur geistigen Ausbildung folgt: Allgemeine Lehr- und Lernfreiheit, insbesondere: 1) verfassungsmäßige Sicherstellung der Professoren gegen willkührliche Amovirung von ihren Lehrstellen und Verbesserung ihrer Stellung hinsichtlich ihres Gehaltes. 2) Vollständige Besetzung aller Fächer mit anerkannt tüchtigen Männern. 3) Unbeschränkte Freiheit in der Wahl der Collegien der Studienzeit und des Universitätsortes; einzige Bedingung sey strenges, öffentliches Schlußexamen. 4) Abschaffung aller Honoriengelder und Promotionsgebühren, sowie des Promotionszwanges. Folgen hierauf dreihundert vierundzwanzig Unterschriften der Studirenden der Universität Würzburg.

München, 29. März. Der Einlauf der Kammer der Abgeordneten vom 16. — 27. März beträgt blos 143 Nummern; wir müssen uns einstweilen auf Mittheilung des Hauptsächlichen des Einlaufes vom 27. März beschränken. 1) Adresse der Stadt Kempten, Ablösbarkeit der Feudallasten mit Einschluß des Jagdrechts betr. Angeeignet von dem Abg. Schnetzer. 2) Vorstellung der Gemeinde Buck, Ldg. Forchheim, Streu- und Holzabgabe aus den Staatswaldungen betr. Angeeignet von dem Abg. Krauß. 3) Vorstellung mehrerer Landwirthe von Oberbayern, Schutz des Bodens gegen Elementarzerstörung und Befreiung von allen Beschränkungen und Lasten betr. 4) Vorstellung der Landgemeinden von Neuburg a.D., Abhilfe mehrerer Beschwerden, Fixirung des Zehnts u. s. w. betr. Angeeignet vom Abg. Unterberger. 5) Vorstellung der Gemeinde Bruckberg, Revision der Forstcultur betr. 6) Bitte der Landgemeinden Pilgramsreuth und Fohrenreuth, Befreiung von Feudallasten betr. 7) Adresse der dem freiherrlich von Wolfskehlschen Patrimonialamte Albertshausen untergebenen Ortschaften bei Würzburg. Angeeignet von dem Abg. Zehnder. 8) Vorstellung mehrerer Hofgutsbesitzer der Gemeinde Treuchtlingen, wegen Beeinträchtigung durch k. Forstbehörden. 9) Bitte der Landgemeinde zu Sandreuth, Abhilfe ihrer Beschwerden betr. 10) Vorstellung der Landgemeinde Neufang, um Entbindung von Unterhaltung der Concurrenzstraßen von Lahm nach Effelter betr. 11) Vorstellung der Gemeinde Brennigweiler, Abhilfe ihrer Beschwerden betr. 12) Bitte der Gemeinde Kreuzwertheim, Abschaffung der Feudallasten und der indirecten standesherrlichen Abgaben betr. 13) Vorstellung der Landgemeinden Schiradorf und Welschenkahl, Abhilfe ihrer Beschwerden betr. 14) Bitte der Gemeinde Silberbach und Oberpferdt, Erlassung bedrängter Abgaben betr. 15) Gesuch der jüdischen Gemeinde in Bamberg, um Gleichstellung der Juden mit den christlichen Einwohnern Bayerns. 16) Vorstellung des Magistrates Gerolzhofen, um Aenderung der Gemeindewahlordnung u. s. w.

△ München, 29. März. Gestern Abend 5 Uhr wurde Sr. Majestät dem König Max II. die Adresse der Kammer der Abgeordneten durch Abordnung feierlich überreicht. Der ursprüngliche Entwurf hat nur in Nr. 5 einen größeren Zusatz erfahren. (Man vergleiche den Bericht über die II. Sitzung in heutiger Zeitung.) — Gestern sind nach Frankfurt, wo vom 30. März ab die Vertrauensmänner des deutschen Volkes den Grundbau unserer Zukunft berathend tagen werden, aus unserer Volkskammer abgereist die Herren Abgeordneten: Frhr. v. Rotenhan. Frhr. v. Closen. Graf v. Hegnenberg-Dux. Neuffer. Dekan Dr. Bauer. Schlund. Christmann. Eppelsheim. Wolf. Massa. Graf v. Geldern und Professor Dr. Edel.

Sr. Majestät der König Maximilian hat den Generalmajor Frhr. v. Hohenhausen mit der Sendung betraut, Sr. Maj. dem König Otto, Allerhöchstseine Thronbesteigung zu bemelden.

München, 27. März. Wie ich höre, hat Oesterreich auf des Königs von Preußen Proclamation vom 21. März seine frühere Einstimmung zu dem Congreß in Potsdam (statt Dresden) zurückgenommen. Es erkennt nunmehr, worauf Bayern stets hingearbeitet, nur Frankfurt als den legalen Berathungsort über die Revision des Bundes an. Die dießfällige Circularnote Oesterreichs mißbilligt, gleich der bayerischen an alle Höfe ergangenen, einseitiges Voranschreiten. (A. Z.)

** München, 29. März. Heute morgen ist von dem hiesigen Artillerieregiment Prinz Luitpold eine Batterie nach dem Rhein abgegangen, morgen wird eine zweite nach Ulm marschiren. — Die hiesigen drei Infanterie-Regimenter sind bereits mobil, da alle Beurlaubten ohne Ausnahme einberufen worden, so daß die Compagnie gegen 200 Mann stark; der Ausmarsch von zwei Bataillonen, wie es gestern hieß, ein Bataillon vom Regiment König, das andere vom Regiment Kronprinz das erstere nach Eichstädt und letzteres nach Neuburg wurde heute wieder abgestellt, dagegen haben sich beide Regimenter marschfertig zu halten.

München, 28. März. Der Pfarrer Lerchenmüller, von Bernbeuern, welcher sich einige Tage hier aufgehalten, erhielt soeben folgendes Schreiben: Hochwürdiger hochverehrtester Herr Pfarrer! Mit größtem Schmerze beklagte die gehorsam unterzeichnete Gemeindeverwaltung die unterm 13. d. Mts. dahier stattgehabten Vorfälle, in Folge deren Sie genöthigt wurden, von Ihrem Pfarrsitz sich zu entfernen. Ruhe und aufrichtige Sühne ist nun bereits hergestellt und selbst jener kleinere Theil von den Parochianen, die sich als strafbare Tumultuanten gezeigt, sind zur Ordnung gebracht. Unter Zusicherung völliger Sicherheit vor ferneren Gewaltthätigkeiten laden sämmtliche bekannte Tumultuanten so wie die unterzeichnete Gemeindeverwaltung Ew. Hochwürden hiemit ein, recht bald in Ihre Pfarrei zurückzukehren. Mit vollster Hochachtung. Ew. Hochwürden gehorsame Gemeindeverwaltung: Sprengl, Vorsteher. Waldmann, Gemeindepfleger. Lerf, Kirchenpfleger. Fr. Jos. Stoß und Fr. A. Bosch, Gemeindebevollmächtigte. Bernbeuern, den 26. März 1848.

Württemberg.

Stuttgart, 25. März. Daß in der gestrigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten der Gesetzesentwurf über Ablösung der aus der I. Kammer überbracht war, angenommen worden ist den Lesern bekannt, und nur noch zu bemerken, daß die Vertreter der protestantischen Kirche sich hinsichtlich der Zehnten einverstanden erklärten, nicht aber die der katholischen Kirche; das Ablösungsgeschäft wird durch den Staat erleichtert. Die Gemeinden sind berechtigt die Entschädigung zu übernehmen; es werden Ablösungscassen als vermittelnd im Namen des Staates gebildet, welche 4pCt. Obligationen zu dem Zwecke ausgeben. — In der heutigen Sitzung wurden Finanzfragen behandelt, wonach sich die württembergische Finanzlage als günstig erwies. Die Tilgungscasse der württembergischen Staatsschuld setzt ihre Operationen fort und ist ermächtigt für vorräthige 100,100 fl. Obligationen aufzukaufen.

Baden.

Karlsruhe. Der Großherzog hat den Grafen Brousset und den Hofrath Frey entlassen. Somit ist die vielberufene Camarilla zersprengt.

Karlsruhe, 24. März. Auch hier ist ein vaterländischer Verein gebildet, der sich verbindlich macht, nur deutsche Fabricate zu kaufen und bereits kann man an einem Laden die Aufschrift lesen „deutsche Fabricate."

K. Sachsen.

Prof. Albrecht in Leipzig wird nächst Oldenburg auch für Sachsen Vertreter am Bundestag.

Kurhessen.

Vom Main, 23. März. Die Provinz Hanau hat sich friedlich von dem Kurfürsten losgesagt, und den Erbgroßherzog von Hessen zum König der vereinigten Hessen ausgerufen, wie bereits in allen Gassen Hanaus gedruckt zu lesen ist. (Mannh. Journ.)

Gr. Hessen.

Mainz, 25. März. Heute Vormittag wurde unter großer Festlichkeit auf den Wällen der deutschen Bundesfestung Mainz das deutsche Banner aufgepflanzt. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

In Oberingelheim ist der pensionirte Präsident Mohr an Kilians Stelle zum Abgeordneten der zweiten Kammer einstimmig gewählt worden. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Preußen.

Berlin, 24. März. Der König läßt in seinem Schlosse einen großen Theil der im Befreiungskampf am 18. verwundeten Bürger aufs beste verpflegen. Die Königin hat von ihrem eigenen Haushalte Betten und Kleidungsstücke zu diesem Behuf hergegeben, und läßt die Verwundeten aus ihrer eigenen Küche verpflegen. Mehrere Militärärzte sind fortdauernd im Schlosse stationirt. Die Königin besucht die Kranken fast täglich und spricht ihnen freundlich Trost zu. Die Schloßfrauen versehen den Dienst der Krankenwärterinnen. (B. Z.)

Die „Kölnische Zeitung" enthält folgenden Erlaß des Königs an das Kriegsministerium: „Da Ich mich ganz der deutschen Sache widme und in der Theilnahme Preußens eine entschiedene Förderung derselben erblicke, so bestimme ich, daß die Armee sogleich neben der preußischen die deutsche Cocarde aufzustecken hat."

Nach der „Allgemeinen preußischen Zeitung" vom 26. hat der König die Bildung einer Commission aus beiden Nationalitäten genehmigt, welche mit dem Oberpräsidenten gemeinschaftlich über die beantragte nationale Reorganisation des Großherzogthums Posen zu berathen und nach dem Ergebniß der Berathung dem Könige die nöthigen Anträge zu stellen haben wird.

Potsdam, 25. März. Ich benachrichtige das Staatsministerium, daß Ich den Vorsitzenden desselben, Staatsminister Graf Arnim, zu Meinem Commissarius für die bevorstehende Versammlung des vereinigten Landtages ernannt habe. Friedrich Wilhelm.

Berlin, 24. März. Eine am 21. d. M. hier angekommene Deputation von acht Polen, worunter sich der Erzbischof von Posen befindet, hat gestern Vormittag um 9 Uhr bei dem Könige Audienz gehabt. Sie verlangt: 1) Nationalbewaffnung; 2) Absetzung aller deutschen Beamten und 3) Nationalität, die man sich, in Folge der ersten Bewilligungen für ganz Polen erringen will. Der König erklärte, er könne auf einen Gegenstand von so großer Bedeutung nicht sogleich antworten. Um 6 Uhr Abends wurde die Deputation vor die Minister beschieden. Ueber die erhaltene Antwort ist dieselbe entrüstet. Es ist nur eine Commission zur Untersuchung der Nationalbedürfnisse, unter der Leitung des Oberpräsidenten v. Beurmann, bewilligt. — Für die Gefallenen wird reichlich gesteuert. Die Bürgerwehr versieht überall den Dienst. — Die Minister Savigny und Eichhorn sind, letzterer wie es heißt, nach Rußland entwichen. Prinz Albrecht mit dem Könige ausgesöhnt, ist der Mann des Volkes. Wahrscheinlich wird er Anführer der Bürgerwehr. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Google

Berlin, 25. März. Der schleswig-holsteinischen Deputation sind die erbetenen preußischen Officiere zur Führung gewährt. — Prinz Waldemar sey als künftiger König von Polen designirt. (C. v. u. f. D.)

Aus Berlin berichtet die „Zeitungshalle" unter andern: Die Studenten haben Wunder der Tapferkeit verrichtet. Auch viele Frauen haben mit Begeisterung und Heldenmuth an dem Kampf theilgenommen, manche mit den Waffen in der Hand. Ein Mädchen, wird erzählt, dem der Geliebte an einem der früheren Tage getödtet worden war, erschoß einen Dragonerofficier. Zweihundert Fabrikarbeiter, welche von Studenten aus der Borsig'schen Fabrik herbeigeholt wurden, waren schlecht bewaffnet und wurden an dem Thor fast sämmtlich niedergemacht. — Es wurden, wie auf Verabredung, von allen Seiten die mit Blumen geschmückten Leichen der im Kampfe getödteten Bürger in feierlichem Zuge auf Bahren und in offenen Wagen in das königl. Schloß gebracht. Eine Menge Volkes mit unbedecktem Haupte geleitete die Züge.

Berlin, 19. März. Die Barricaden, die man auf wenigstens 400 schätzt, waren sehr verschieden, nach den Talenten der Erbauer und dem vorhandenen Material. Eine sehr stattliche sah ich aus Droschken und einem großen Frachtwagen errichtet, die man mit Steinen und Erde angefüllt hatte. Die Barricaden waren vollständig feldmäßige, schnurgerade Brustwehren aus Erde und Steinen, und ich will selbst nicht Landwehr-Pionnier gewesen seyn, wenn die nicht von kundigen Händen errichtet waren. — Wer sein Ohr bei den Schießübungen der Artillerie geübt hatte, konnte an manchem Schuß hören, daß es nicht so schlimm gemeint war. (Weserz.)

Berlin, 22. März, Mittags. (Die Leichenfeier.) Welch schauerlich ernster Anblick! Vor der neuen Kirche am Gendarmenmarkt ein ungeheueres Trauergerüst, an dem die ganze Nacht hindurch mit Fackeln gearbeitet worden, die Kirche von oben herab mit Flor behängt, und auf diesem Gerüste etwa 200 Särge getödteter Freiheitshelden, zu deren Begräbniß man sich anschickt. Unten am Fuße des Gerüstes die zahlreichen Leidtragenden, so weit man blickt, Kopf an Kopf gedrängt, Alles in tiefster Trauer. Viele der Getödteten werden von ihren Angehörigen abgesondert beerdigt, einzelne sind es schon. Von der gestern Abend vorherrschenden Idee, die Getödteten aus dem Volke und die vom Militär gemeinsam zu beerdigen, ist man zurückgekommen, theils wohl, weil man den Ausbruch der Leidenschaften von Neuem fürchtete, theils weil das zur Leichenfeier nach der Stadt eingeladene Militär sich zu kommen weigerte. Es ist diese letztere Wendung der Dinge wohl zu beachten: wie es gegenwärtig den Anschein hat, kann die Regierung bei allen Ruhestörungen im Innern nicht ferner auf das Militär rechnen, da der Abzug, zu dem die Truppen auf höheren Befehl veranlaßt wurden, zu schimpflich war, als daß er nicht die Führer und Offiziere gänzlich hätte niederschlagen müssen. Es ist unter diesen Umständen schwer zu übersehen, was die nächste Zukunft bringen wird. — Heute Morgen ist der russische Gesandte von hier abgereist. — In der vergangenen Nacht wurde ein Versuch gemacht, den republikanischen Ideen eine concrete Verwirklichung zu geben, doch mißlang derselbe, wie zu erwarten war, vollständig.

Köln, 22. März. Unsere Bürgerwache ist jetzt vollständig organisirt und mit Säbel und Gewehr bewaffnet, und es ist wahrlich hohe Zeit. Der Pöbel hat bereits die gröbsten Excesse gegen Personen und Eigenthum begonnen. Große Rotten verdächtig blickenden und mehr oder weniger berauschten Gesindels ziehen tobend und schreiend in den Straßen umher; jeder anständig Gekleidete wird angehalten und muß sich durch eine nach Gutdünken bestimmte Geldgabe förmlich ranzioniren und loskaufen; die Wirthe sehen solche Haufen dutzendweise hereinbrechen und geben ihnen, was sie verlangen, um Schlimmeres zu verhüten. Das allgemeine Gefühl der Unsicherheit ist so groß, daß wenn der Abend hereinbricht, die ganze große Reihe der sonst glänzend erleuchteten Kaufläden sich in Dunkel hüllt: die Fenster werden mit Läden versehen und die Thüren verschlossen gehalten. Es scheint indeß, daß die Bürgerwache die Absicht hat, energisch einzuschreiten. Eine einzige Compagnie hat im Laufe des gestrigen Tages mehr als 60 unzuverlässige Namen von ihrer Liste gestrichen. (K. Z.)

Cochem, 20. März. Der Fürst Metternich besitzt ganz in der Nähe von Cochem eine Ruine, sein Stammschloß Winneburg, auf deren Thurme im Jahre 1834 das Metternich'sche Wappen aufgerichtet worden. Die erst gegen Abend von etwa 120 Bürgern gegründete Schützengesellschaft beschloß, das Wappen eines der Unterdrücker deutscher Freiheit herabzunehmen, und dem Entschluße folgte die That. Mit Brandhacken und Leitern bewaffnet, zog in später Nacht ein großer Haufe die Winneburg hinauf und vollbrachte beim Scheine eines mächtigen Feuers das einigermaßen schwierige Werk. Im Triumphe wurde sodann das abgerissene Wappen unter Musik und Gesang in einem Umgange, dem sich noch viele Bürger angeschlossen, durch die Stadt in das Schützenlocal getragen, wo dasselbe seiner Bestimmung, der Vernichtung, entgegen harrt. Nicht der geringste Exceß fiel bei dieser Demonstration vor. (K. Z.)

Schleswig-Holstein.

Der König, von der dänischen Partei gedrängt, hatte die Trennung Schleswigs von Holstein, nöthigenfalls mit Waffengewalt beschlossen, und so das Cabinet geändert. In Schleswig-Holstein hatte man den König für nicht mehr frei erklärt und eine provisorische Regierung aufgestellt „zur Aufrechthaltung der Rechte des Landes und des Herzogs." Diese sagt im Aufruf: „Wir werden uns mit aller Kraft den Einheits- und Freiheitsbestrebungen Deutschlands anschließen." Als Mitglieder derselben sind unterzeichnet: Beseler, Friedrich, Prinz zu Schleswig-Holstein, F. Reventlow, M. T. Schmidt. (D. Bl.)

Kiel, 23. März. Das bisherige Ministerium ist gestürzt und Orla Lehmann mit den dänischen Ultras an der Spitze. Der dänische Ultra Capitän Tscherning ist Kriegsminister, also der Krieg wegen Einverleibung Schleswigs so gut wie entschieden. Der König wird streng bewacht. (C. v. u. f. D.)

Rendsburg, 24. März. Die Festung ist ohne Schwertstreich in die Hände der provisorischen Regierung übergegangen.

Hannover.

Hannover, 22. März. So eben bringt ein zweites Extrablatt der „Hannoverschen Zeitung" einen k. Erlaß, die Aufhebung des Cabinets und verschiedene Aenderungen in der Geschäftsordnung für die oberste Landesverwaltung betr. Zu Vorständen der Ministerien sind definitiv ernannt: Graf Bennigsen, Prott, Stüve, Dr. Braun, Lehzen, v. Düring. Das Programm des neuen Ministeriums ist in folgenden vom König und ebenfalls vom Kronprinzen genehmigten Grundsätzen dargelegt. 1) Maßregeln zur Einigung Deutschlands und zur Erreichung einer Vertretung des Volkes beim Bunde, im verfassungmäßigen Wege. 2) Verbesserung der Gerichtsverfassung, Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung, Aufhebung des befreiten Gerichtsstandes. 3) Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens in bürgerlichen und peinlichen Sachen, so wie Schwurgerichte bei letzteren. 4) Zulassung des Rechtsweges als Recursinstanz in Polizeistrafsachen und wegen aller Handlungen der Verwaltungsbehörden, wenn sie ihre Zuständigkeit überschreiten. 5) Größere Selbstständigkeit der Landgemeinden und Aufhebung aller Befreiung von Gemeindelasten. 6) Erlassung einer Städteordnung für das Königreich, auf den Grundlagen: Polizeiverwaltung durch den Städtmagistrat, Einschränkung des Erfordernisses der Bestätigung auf die stimmführenden Mitglieder des verwaltenden Magistrats und des Stadtgerichts, dergestalt, daß die Bestätigung nur aus gesetzlich zu bestimmenden Gründen soll verweigert werden dürfen; Beschränkung des Oberaufsichtsrechts in städtischen Angelegenheiten; Befugniß zur öffentlichen Verhandlung über dieselben. Die nöthigen Maßregeln zur Ausführung dieser Grundsätze werden ungesäumt ergriffen werden. Dazu bedarf es der Mitwirkung der Stände, die sich in wenigen Tagen versammeln werden.

Freie Städte.

Frankfurt, 24. März. Der bisherige französische Gesandte beim deutschen Bund, Baron Billing ist abberufen, und wird schon morgen von hier abreisen. (Schw. Mk.)

Frankfurt, 25. März. Die gesetzgebende Versammlung hat beschlossen, sich bei den Berathungen über das deutsche Parlament durch zehn ihrer Mitglieder vertreten zu lassen. — Heute früh trafen von Würzburg 3 Compagnien Artillerie für Landau und Germersheim hier ein. (A. Z.)

In Frankfurt hat der Gastwirth „zum König von Preußen" sein Schild abnehmen müssen, um Ausbrüchen des Volksunwillens zuvorzukommen.

Oesterreich.

Prag, 20. März. Wir stehen Alle unter Waffen, denn die Nationalgarde ist errichtet, und das königl. Arsenal verschaffte uns Waffen. Alle Studenten, circa 6000 Mann, sind auch bewaffnet und von Enthusiasmus fürs Vaterland begeistert. Prag hat über 30,000 Mann schlagfertig, alle Landstädte boten Hilfe an, und so kann im Nothfalle leicht ein Volksheer von 1,000,000 rüstiger bewaffneter Männer beisammen seyn. Slaven und Deutsche, Bürger und Soldaten gehen Hand in Hand. (Br. Z.)

Botzen, 25. März. Der Vicekönig, Erzherzog Rainer übernachtete heute in Branzoll aus Verona kommend und nach Deutschland gehen. (A. Z.)

Triest, 22. März. Heute macht der Magistrat bekannt, daß der hiesige Municipalrath wegen des Austritts mehrerer Mitglieder aufgelöst ist, und ein neuer Stadtvorstand nach Stimmenmehrheit gewählt werden soll. Die Nationalgarde wird mit jedem Tage zahlreicher und entwickelt eine lobenswerthe Thätigkeit. (A. Z.)

Schweiz.

Bern, 24. März. Bundesrevision. In der gestrigen Sitzung der Revisionscommission ist wider alles Erwarten das sogenannte Zweikammersystem angenommen worden. Eine Tagsatzung von 44 Mitgliedern ohne bindende Instructionen (wobei die ganzen Kantone zwei Stimmen, die Halbkantone eine Stimme haben) und neben derselben ein sogenannter Repräsentantenrath durch eidgenössische Wahlkreise gewählt, mit besonderm Geschäftskreis, sollen zwei abgesonderte Behörden bilden. Ein besoldeter Bundesrath von fünf Mitgliedern mit dreijähriger Amtsdauer soll an Stelle des bisherigen Vororts treten. (Basl. Z.)

Neuenburg. Der „Berner Zeitung" wird über das Verhältniß der Stimmen bei den letzten Großrathswahlen Folgendes berichtet: Der Kanton zählt ungefähr 7000 Activbürger; 5000 haben an den Wahlen Theil genommen und von diesen stimmten 4570 für die Candidaten der Republikaner.

Italien.

Neapel, 16. März (Abends). Aus glaubwürdiger Quelle vernehme ich so eben die Beilegung der sicilischen Frage nach folgenden Bestimmungen: Ferdinand II. (König von Neapel und Sicilien) ist fortan für Sicilien Ferdinando IV., für Neapel Ferdinando V. Reichsverweser Siciliens ist ein königl. Prinz oder ein Sicilier. Dieser königl. Stellvertreter muß vom Parlament anerkannt seyn. Ganz getrennte Verwaltung. In diplomatischen Geschäften eine gleiche Zahl Vertreter mit Neapel und im Fall der Gleichheit der Stimmen Absendung zweier Bevollmächtigten (eines Siciliers und eines Neapolitaners) nach Rom, um vom regierenden Papst die Entscheidung zu erlangen. Eigenes Parlament und vollkommene Unabhängigkeit in innern Angelegenheiten. Eigenes Heer, eigene Nationalgarde, Forts, Festungen ꝛc. werden übergeben. Befehlshaber der Armee vom Parlament zu ernennen. Das Parlament ernennt die Individuen für alle Militärgrade. Eigene Fahne (Tricolor mit dem sicilischen Adler im weißen Felde.) Eigenes Münzrecht. Der König gibt den dritten Theil seiner Marine und das dahingehörige Kriegs- und Rüstzeug an die Sicilier heraus. Italienische Union. Die dahingehörigen Geschäfte und Vorschläge gehen das Parlament an. König Ferdinand billigt alle bisherigen Acta, Facta und Ernennungen des Generalcomitats. (A. Z.)

Die „Florentiner Zeitung" vom 22. März enthält eine Proclamation des Großherzogs an die Toscaner des Inhaltes: nachdem nun die Stunde der vollständigen Erhebung Italiens gekommen, werde er seinem Versprechen gemäß dieselbe mit all seiner Kraft unterstützen. Zunächst seyen zwei Truppencorps an die nördliche Gränze beordert, das eine über Pietrasanta, das andere über San Marcello. 800 freiwillige Civilmilizen aus aus der Stadt schließen sich den Truppen an. Die Proclamation des Großherzogs schließt mit dem Ruf: „Es lebe das constitutionelle Italien!" — Die „Gazzetta di Roma" vom 20. März bringt eine päpstliche

Digitized by Google

Ordonnanz vom 18. d. M., dergemäß die weiß-gelbe Fahne des Kirchenstaates sofort mit den italienischen Nationalfarben grün-weiß-roth umsäumt werden sollte.

Parma und Modena sind von der Bewegung ergriffen und die Herzoge geflüchtet.

In Venedig ist die Republik ausgerufen und eine provisorische Regierung ernannt. an deren Spitze Tommaseo und Manin, nach einigen Berichten auch Graf Correr stehen.

Chur, 25. März. (Officielle Nachrichten.) Auf dem Dome von Mailand weht die dreifarbige Fahne, so wie auf den öffentlichen Gebäuden. Der Kampf zwischen Volk und österreichischen Truppen, die abgezogen, hat 5 Tage gedauert. Mit Bomben und congreve'schen Raketen ward die Stadt beschossen, die sich aber gut verbarricadirt hatte. Die Stadt zählt 150 Todte, man weiß nicht wie viel Verwundete. Die Truppen hätten 500 Mann und etwa 50 Officiere verloren. — Die eingesetzte provisorische Regierung besteht aus: Casati, Präsident, Vitaliano Borromeo, Pompeo Litta, Gaetano Strigelli, Cesare Giulini, Giuseppe Durini, Marco Greppi, Antonio Beretta, Alessandro Porro. Die „Mailänder Zeitung" vom 23. März enthält bereits Decrete der provisorischen Regierung. „Es lebe Italien, es lebe Pius IX.!" ist der gewöhnliche Schluß der begeisterten Anreden an die Bürger. — Auch Bergamo und Pavia sind in den Volkshänden; in ersterer Stadt habe sich der commandirende österreichische General, Sohn des Vicekönigs, an die provisorische Regierung ergeben.

Mantua, diese bedeutendste Festung ist in den Händen des Volks. Der Generalcommandant ist gefangen und eine provisorische Regierung eingesetzt. — Trevisa soll sich für die ausgerufene Republik Venedig erklärt haben.

Frankreich.

Paris, 25. März.

Der Unterrichtsminister der provisorischen Regierung hat ein Rundschreiben in die Departements ergehen lassen, nach welchem untersagt wird, die Kirchen, wie es etwa gewünscht werde, zu politischen Volksversammlungen zu benützen. — Gestern, heißt es, wäre das erste Bataillon des deutschen republicanischen Freicorps, 500 Mann, nach dem Elsaß abmarschirt (?).

Neueste Decrete der provisorischen Regierung; der Sitz des Generalstabes der Nationalgarde von Paris wird nach den Tuilerien, Pavillon Marsan, verlegt (also die Bestimmung des Schlosses zu einem Hospital der invaliden Arbeiter stillschweigend zurückgenommen); zu Erbauung eines provisorischen Saals für die Nationalversammlung werden 250,000 Frcs. ausgesetzt, 500,000 Fr. zur Erhaltung der Gebäude der ehemaligen Civilliste: des Louvre nebst Galerie, der Tuilerien nebst Garten, das Palais-National, das Palais de l'Elisée, der Schlösser zu Versailles, St. Cloud, Fontainebleau, Meudon, Compiegne u. s. w.; endlich werden unter Hinweisung auf ein Gesetz von 1669 die Parkmauern von Neuilly an dem Ufer der Seine soweit zurückgesetzt, daß ein Leinpfad angelegt werden kann, dessen Kosten die ehemalige Privatdomäne zu tragen hat.

Die Untersuchung gegen die letzten Minister des Louis Philipp'schen Regiments wird eifrig betrieben. — Herwegh ist mit dem größern Theil des Freicorps noch ruhig in Paris und ficht dort mit Wort und Schrift für Polen. Unser Kriegsgeschrei, ruft er, sey: Kein freies Deutschland, ohne ein freies Polen. Kein freies Polen ohne ein freies Deutschland! — Frankreich rüstet; das ganze Contingent vom Jahre 1847 (80,000 M.) ist einberufen wozu vom Jahre 1846 noch 30,000 M., also 110,000 M. Alle Beurlaubten des letzten Semesters müssen unverzüglich zu den Regimentern zurück. Die 1840 aufgehobenen 6 Compagnien per Regiment, 2 per Bataillon werden wiederhergestellt. Man will außer der Armee in Algerien, ein schlagfertiges Heer von 400,000 Mann.

Schweden und Norwegen.

Auch in Schweden hat die französische Revolution die wunderbare Wirkung gehabt. daß die Regierung sich plötzlich der Wünsche der öffentlichen Meinung erinnert und die mehr oder minder glücklich eingeschlafenen Verfassungsreformfragen wieder wach ruft. Die Mitglieder des Constitutionsausschusses sind vor dem König gerufen, der ihnen seinen dringenden Wunsch ausgesprochen, daß sie einen vollständigen Vorschlag, der gerecht gegen alle Mitbürger wäre, und die billigen Forderungen der Nation befriedige ausarbeiten sollten. Die Nation stelle große und gerechte Forderungen an die Wirksamkeit des Constitutionsausschusses, und er, der König, werde mit unausgesetzter Aufmerksamkeit ihren Arbeiten folgen. Graf Hamilton, der Wortführer des Ausschusses, dankte dem König und bemerkte, daß der Ausschuß bereits diese wichtige Frage in Ueberlegung genommen und einen vollständigen Vorschlag zur Reform der Repräsentation an die Stände bringen. Die Oppositionspresse anerkennt mit großer Dankbarkeit, der König sey jetzt selbst auf die Seite der Verfassungsreform getreten. (Hamb. B.-H.)

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 16. März. Am 12. ist der Oberbefehlshaber der activen Armee, General-Feldmarschall Paskewitsch von hier nach Warschau abgereist. (Er ist dort bereits angekommen.)

Vereinigte Staaten von Nordamerica und Mexico.

Aus New-York vom 5. März sind Nachrichten eingelaufen, wonach die Friedenshoffnungen hinsichtlich Mexicos sich verringern. Doch dürfte statt des Trist'schen Entwurfs eines Friedensvertrages ein anderer dem mexicanischen Congreß in Queretaro übermacht werden.

Börse.

Frankfurt, 23. März. Metall. 5pCt. 75; 4pCt. —; 3pCt. —; Bankactien 1325; Taunus-Eisenbahn-Actien 290; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 38; bayer. Ludwigs-Verbacher-Eisenbahn —; bayer. Ludwigs-Canal —.

Wien, 24. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 80½; zu 4pCt. in CM. 70; zu 3pCt. in CM. 51; Bankactien per Stück 1180; Nordbahn 92.

Amsterdam, 23. März. 2½ pCt. 39½; 3pCt. 45½; 4pCt. 59; Span. 3½ pCt. 61¼; Handels-Maatschappy 133½; Ard. 7½; port. 3pCt. 14; 5pCt. Metall. 63.

Paris, 24. März. 3pCt. 49 Fr. 50 C.; 5pCt. 68 Fr. — C.

London, 23. März. Consols 83.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 30. März: „Der Schauspiel-Director," komische Oper von L. Schneider. Musik von Mozart. Vorher: „Fluch und Segen," Drama v. Houwald.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. Schmitt, Dr. aus der Wallachei; Martin und Thood, Rentier aus England.

Hôtel Maulik. HH. Bernard, Capitän v. London; Popper, Privatier v. Pesth.

Gold. Hahn. HH. Neumüller, Abgeordneter v. Auerbach; v. Marenberg, Geistlicher v. Augsburg.

Blaue Traube. HH. Dr. Lutz, Hausarzt v. Kalsheim; Dr. Jukrigl v. Wien; Saier, Oberlieutenant, Müller, Oberzollinspector, Römer, Privatier v. Augsburg; Altmann, Gerichtshalter v. Deiningen; Albrecht, Pfarrer v. Münsingen.

Gestorbene in München.

Joseph Planzl, Corporal von der Garnisons-Compagnie Nymphenburg, 36 J. alt; Theodelinde Glmpf, Novizschwester aus dem Orden der barmherzigen Schwestern, geb. v. Rottau, Ldg. Rotthalmünster, 23 J. alt; Johann Riederer, pensionirter kgl. Hartschier, 62 J. alt; Friederike Frebich, Pfarrerswittwe v. Unsleben, Ldg. Haßfurth, 60 J. alt; Anna Stahl, Inwohnerstochter v. Noring, 30 J. alt.

Edictalladung.

2350. (3a) In Folge Erkenntnisses des k. Appellationsgerichts von Oberbayern als Criminalgericht vom 17. März d. Js. wird der Handelsmann Joseph Ullmann von Kriegshaber hiemit aufgefordert, innerhalb 3 Monaten von heute an bei dem unterfertigten Gerichte zu erscheinen, und sich wegen der wider ihn vorliegenden Anschuldigung eines Verbrechens der Unterschlagung zu verantworten.

München, den 23. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Director:

Barth.

Leitmair.

Renten-Anstalt

der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank.

2332. (2b) Die im Februar vor. Js. eröffnete VII. Jahres-Gesellschaft hat bis Ende December die zur Constituirung erforderliche Zahl von Mitgliedern nicht erreicht, es erhalten somit dem §. 21 der Grundbestimmungen gemäß die im Jahre 1847 Beigetretenen für das Jahr 1848 eine Zinsvergütung von 3 Procent, und die Einzahlungen für diese Gesellschaft werden vom 1. Februar angefangen, das laufende Jahr hindurch fortgesetzt.

Da die Zahl der vorhandenen Cassenscheine sich bereits auf 324 und die Capitalsumme auf fl 29,225 beläuft, so darf man sich trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse der Hoffnung hingeben, daß die VII. Gesellschaft am Jahresschlusse mit einer hinreichenden Zahl von Mitgliedern in's Leben treten werde.

Um den Zugang so viel möglich zu fördern, hat die Bank-Administration beschlossen, den vom 1. Februar laufenden Jahres an bis zum Schlusse des 1. Semesters erfolgenden neuen Einlagen eine Prämie in der Art zu gewähren, daß im Februar fl 2. 30 kr., im März fl. 2. —, im April fl. 1. 30 kr., im Mai fl. 1 — und im Juni 30 kr. vom Hundert der Einlagssumme in Abzug gebracht werden darf. Die Nachzahlungen in die sechs älteren Jahresgesellschaften, welche erst nach dem Erscheinen des achten Rechenschaftsberichtes ihren Anfang nehmen, sind jedoch hiervon ausgeschlossen.

Da der Abschluß der Rechnungen und somit das Erscheinen des Rechenschaftsberichtes von der Kenntniß der vorgekommenen Sterbfälle abhängt, so werden die Erben der im Jahre 1847 verstorbenen Mitglieder ersucht, die Anzeige zeitig bei dem zunächst wohnenden Agenten zu machen und den Todtenschein dabei vorzulegen. Bei dieser Gelegenheit glaubt man auch Diejenigen, welche während 2 Jahren ihre Renten nicht erhoben, oder als Erben von Verstorbenen das betreffende Guthaben nicht reclamirt haben, auf die Nachtheile aufmerksam machen zu müssen, denen sie sich den §§. 34 und 35 der Grundbestimmungen gemäß durch eine derartige Unterlassung aussetzen.

München, 27. Januar 1848.

Die

Administration der bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Franz Xaver Miezler.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

2310. (3b) Dienstag den 18. April 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat März 1847, und zwar von

Nro. 30,082 bis 49,436.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Mittwoch den 26. April 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 22. März 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

L. Negrioli, Mag.-Rath.

Schmetz, Cassier. — Offenbrunner, Controleur.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 81.

Man pränumerirt auf die Nr. 3 in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Anker-Gang Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 30 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Donnerstag **XLIX. Jahrgang.** **30. März 1848.**

Deutschland.

In der berathenden Versammlung in Frankfurt werden von gegenwärtigen und früheren Mitgliedern deutscher Kammern in Sachen des deutschen Parlaments wenigstens 6 bis 700 Volksabgeordnete erwartet. Die Berathungen werden drei Tage (31. März, 1. und 2. April) währen. Der 30. März ist zum Empfange der deutschen Brüder bestimmt. Stenographen aus Karlsruhe werden zugezogen, damit die Berathungen möglichst vollständig und treu zur Kenntniß des Volks gebracht werden; es werden solche Vorkehrungen getroffen, daß die Discussionen der Versammlung schon einige Stunden nach jeder Sitzung vollständig im Druck erscheinen. (C. v. u. f. D.)

Sicherem Vernehmen nach bestehen die Hauptgrundzüge der von der Commission entworfenen deutschen Bundesverfassung in folgenden Sätzen: das deutsche Parlament hat die Aufgabe, das deutsche Volk, einschließlich Ostpreußens und Schleswigs, als eine Nation zu repräsentiren; demgemäß vertritt das deutsche Parlament Deutschland gegen außen, beschließt über Krieg und Frieden, hat das Recht der Gesandtschaft, ein deutsches Kriegsheer; unter ihm steht die Marine; es hat für die Herstellung der Einheit in Zoll, Post, Maß und Gewicht zu sorgen; möglichste Einheit in der Gesetzgebung der einzelnen deutschen Länder anzubahnen; unter seiner Garantie stehen die Verfassungen der einzelnen Bundesstaaten, sowie die unveräußerlichen staatsbürgerlichen Rechte aller Deutschen, als welche insbesondere bezeichnet werden: Preßfreiheit, Denkfreiheit, Gewissens- und Cultus-Freiheit, Associations- und Versammlungsrecht, freies Aufenthalts- und Niederlassungs-Recht in ganz Deutschland, Recht des Waffenbesitzes. Keine deutsche Regierung kann fortan ein eigenes stehendes Militär haben, dagegen ist jedes Land zur Organisation der Landwehr verpflichtet; keine Regierung wird fortan eigene Gesandte im Ausland haben. Das deutsche Parlament besteht aus zwei Kammern, einer Fürstenkammer und einer Volkskammer. Beide Kammern haben gleiche Rechte, jede namentlich das Recht der Initiative. Beide Kammern halten ihre Sitzungen öffentlich. In beiden entscheidet die Stimmenmehrheit; Einhelligkeit der Stimmen ist zu keinem Beschluß erforderlich. Beide Kammern zusammen haben das Recht der Gesetzgebung und Beschlußnahme in allen Bundessachen, wobei übrigens die Particulargesetzgebung der einzelnen Länder fortbesteht. Die Kammer der Fürsten wird, vorbehaltlich etwaniger Abänderungen, welche von ihr selbst beantragt würden, zusammengesetzt, wie es der bisherige Bundestag war. Sie wird von den Fürsten selbst oder deren Gesandten besucht. Letztere dürfen nicht zur Instructionseinholung verbunden werden. Die Kammer der Volksabgeordneten wird vom Volke selbst in Doppelwahlen, nicht von den einzelnen Ständekammern, gewählt. Auf 50,000 Seelen kommt ein Abgeordneter; derselbe wird auf drei Jahre gewählt. Das Parlament tritt alle Jahre zu einer Sitzung von höchstens drei Monaten an einem bestimmten Tage, dem 15. Nov., zusammen; das Parlament hat jedoch in dringenden Fällen das Recht, sich zu verlängern. Zum Vollzug seiner Beschlüsse erwählt das Parlament ein Bundeshaupt aus den Fürsten auf drei Jahre. Der Bundesfürst umgibt sich mit verantwortlichen Ministern; unter ihm stehen die Bundesbeamten, das deutsche Heer, die deutsche Flotte. Zum Schutz der deutschen Bundesverfassung, sowie der einzelnen Landesverfassungen wird ein Nationalgerichtshof bestellt, bestehend aus 25 auf 15 Jahre gewählten Räthen, wovon acht von der Fürstenkammer, acht von der Volkskammer, und die übrigen neun von jenen sechszehn ernannt werden. Der Nationalgerichtshof bildet zugleich auf Anrufen das Schiedsgericht bei Streitigkeiten, die zwischen einzelnen Bundesstaaten unter sich oder zwischen einzelnen Bundesregierungen und deren Landständen entstehen. (Deutsche Bl.)

Bayern.

Landtag.

München, 29. März. (Kammer der Abgeordneten.) Bei der heutigen Ergänzungswahl für den I. Ausschuß waren 104 Mitglieder gegenwärtig. Bei der absoluten Majorität von 53 Stimmen wurde erwählt: Hr. Abg. Dr. Stockinger, mit 99 Stimmen. — Ergänzungswahl des III. Ausschusses. 94 Stimmende, Majorität 48. Gewählt wurde: Hr. Abg. Dr. Edel, mit 80 Stimmen.

---

*† München, 30. März. JJ. MM. der König und die Königin werden an nachbenannten Tagen folgende Aufwartungen in dem Appartement J. M. der regierenden Königin anzunehmen geruhen: Donnerstag den 30. März um 5½ Uhr Abends die hoffähigen Herren der I. Rangclasse, und 5¾ Uhr Abends die Herren der II. Rangclasse. Freitag den 31. März um 5½ Uhr Abends die Herren der III. Rangclasse. Man erscheint in gewöhnlicher Uniform, mit dem Band über dem Kleide. Samstag den 1. April um 5½ Uhr Abends die Damen der I. und II. Rangclasse, und 5¾ Uhr Abends die Damen der III. Rangclasse und die bei Hof vorgestellten Fräuleins. Die Damen erscheinen im runden Kleide.

** München, 30. März. Heute liest man folgenden Anschlag an allen Straßenecken: „Die Versammlung deutscher Volksmänner in Frankfurt a. M. wird heute eröffnet. Zur Feier dieses Ereignisses wird heute Mittag 12 Uhr die deutsche Fahne auf der Feldherrnhalle aufgepflanzt*). Sämmtliche Sänger Münchens werden hiemit eingeladen, sich ½12 Uhr im Innern der Feldherrnhalle zu versammeln.

† München, 28. März. Die königl. bayer. Akademie der Wissenschaften hielt heute eine öffentliche Sitzung. Hofrath v. Martius eröffnete die Sitzung mit folgender Rede (als Vertreter des Vorstandes, Hrn. Hofrath Thiersch, der leider noch krank darnieder liegt): Die bayerische Akademie der Wissenschaften feiert heute ihren neunundachtzigsten Geburtstag. — In jedem der Landesfürsten, die seit 1759 auf Bayerns Thron saßen hatte sie einen erhabenen Freund. Heute begrüßt sie zum ersten Male König Maximilian II. als ihren Hort und Beschützer. Was König Ludwig für Kunst und Wissenschaft gethan, was Er auch unserer gelehrten Körperschaft Gutes erwiesen, wir verehren es dankbar. Vertrauensvoll durfte die Akademie auf einen Monarchen blicken, der sich genährt hatte mit der Milch des klassischen Alterthums. Mit nicht minderem Vertrauen blicken wir nun auf König Maximilian! In ihm haben wir schon lange den Fürsten erkannt, der gern, in stiller Beschaulichkeit, die Lehren der Geschichte, der Philosophie in sich aufnimmt. Wir durften uns rühmen, Ihn schon oft an dieser Stelle zu schauen, den Freund und Theilnehmer aller edlen Studien, die den Geist bereichern und erheben. Mit Jubel, mit heißen Segenswünschen ruft die Akademie ihren neuen Beschützer aus! — Wie vom ganzen Vaterlande ertönt auch aus ihrem Munde: Heil und Segen dem Könige Maximilian! — Die Gegenwart empfängt uns unter ernsten Zeichen. Sonst öffneten sich die akademischen Hallen an diesen Tagen den Freunden der Wissenschaft in feierlicher Stille. Heute erdröhnen sie vom Schalle der Waffen, die eine edle für König und Vaterland begeisterte Jugend ergriffen hat zur Wahrung gesetzlicher Ordnung. Eine ungeheuere Bewegung, von Lebenden noch nie empfunden, geht aufschütternd durch das deutsche Vaterland hin. — Sind es die ehrwürdigen Kaisergestalten, sind es Karl und Friedrich, die sich in den Grüften des Kyffhäusers, des Unterberges, mit ihren reisigen Geschwadern unter Waffengeklirr erheben? — Nein, — es ist der verjüngte Genius der deutschen Nation, der seine gewaltigen Fittiche rauschend entfaltet und alle deutschen Herzen sichern Fluges emporträgt, damit sie inniger verbrudert, auf hoher Warte Wacht halten zum Schutze des Vaterlandes gegen jedweden Feind, er komme von Außen, oder von Innen. — Die bayerische Akademie kann und will sich dem Mitgefühle dieser großen Begebenheit nicht entziehen. Ihr Schutzherr, König Maximilian, da er das Erstemal zu seinem Volke redete, hat gesprochen: „Wahrheit will ich in Allem!“ — Wahrheit zu erstreben auf dem Gebiete des Wissens ist der Akademien Bestimmung. Wahr und ächt ist aber auch jener tausendstimmige Ruf des deutschen Volkes, und darum findet er seinen Widerhall wie überall so auch hier. Unsere Akademie wurzelt im bayerischen Vaterlande, ihre Aeste streckt sie nach allen Richtungen durch Deutschland; — ihre Früchte gehören der Welt. Wer erkennt nicht einen tiefsinnigen Bezug zwischen dieser Besonderheit und Allgemeinheit in der Sphäre des Wissens und dem nationalen Geschicke, das auf einmal mit gewaltiger Wucht in unser Bewußtseyn tritt? Deutschland ersteht im feurigen Gemeingefühle seiner Ganzheit und Größe, aber wo ein Ganzes ist, da sind auch Glieder. Die deutschen Volksstämme empfinden tief, daß sie Bruderstämme sind, und eine herzinnige Liebe bindet sie an einander. Gleichwie aber nur der wahrhaft lieben kann, der sich selbst achtet, so erhebt und stärkt jenes Gemeingefühl auch jeden der Stämme in seiner Besonderheit. Eine Sprache, Eine Geschichte, Ein gemeinsamer Rechtsboden, Ein gemeinsamer Zug und Drang zu nationaler Fortbildung verkettet die Stämme von den Alpen bis zur Nord- und Ost-See, von der Weichsel bis zum vaterländischen Rheine. Eine geistige Einheit unter uns Allen und durch uns Alle! Und sie ist stark, sie ist von unerschütterlicher Dauer, eben weil sie geistig ist. In dieser Einheit aber, die von einer tausendjährigen Geschichte anerkannt und verklärt ist, steht mit froher Selbstständigkeit ein jeder unserer herrlichen Volksstämme. Im eigenen Boden steht er, daraus zieht er jene gesunden Säfte, die sich nach der Seite des geistigen wie des leiblichen Lebens zu besonderer Art und Wesen für einen Jeden gestalten. Und in dieser Besonderheit sind die deutschen Stämme mit ihren Fürsten auf das innigste und lebendigste geeinigt. Deutschlands Geschichte bezeugt, wie Völker und Fürsten verwachsen können. So ist Einheit und Besonderheit,

*) Wann wird sie denn von der Residenz und sämmtlichen öffentlichen und Privatgebäuden niederwehen? Es wäre doch wohl an der Zeit, daß die Sonderdinge den allgemein-deutschen Platz machten. A. d. H. d. p. Z.

Ganzheit und Gliederung von jeher der gedoppelte Lebenstrieb deutscher Nation gewesen. So aber ist es auch in der Wissenschaft. Eine göttliche Idee waltet durch sie: Wahrheit. Nach Wahrheit ringt die Wissenschaft in ewiger Perfectibilität; und sie findet jene nicht auf einmal, nicht in Einer Form, nicht in Einer Richtung des Strebens. Wie die deutsche Eiche in tausend Aesten sich ausbreitet, anders nach jeder Seite ihre Kronen wölbend, — so die Wissenschaft, voll erhabener Mannigfaltigkeit, und doch innerlich Eine und Dieselbe. Wo sich das besondere Wissen seines göttlichen Zusammenhangs mit dem ewigen Ganzen, mit seinem Ursprung entäußert, da wird es unsicher, nebelhaft, unwahr. Wo es ausläuft in kalte Spitzfindigkeiten, in prunkende Worte, da erstirbt es. Abstractionen ohne die richtige Erkenntniß des Concreten sind immer und überall des wahren geistigen Fortschritts Hemmniß gewesen. Darum haben auch die Akademien von jeher in sich den Beruf erkannt, vor jener einseitigen, trügerischen Geistesrichtung zu warnen. Wo wir das Einzelne sicher besitzen, wo wir die Thatsache, die immer geschichtlichen Boden hat, klar erkennen, da ist uns verbürgt, daß wir annähernd zur ganzen Wahrheit voranschreiten. Auf politischem Gebiete beherrschen verwandte Ueberzeugungen die deutschen Geister. Deutschland will Einheit; aber nicht jene Einheit, die wie ein ödes, kaltes Abstractum in der Luft schwebt, ohne Fundament in unserer Geschichte, ohne Bürgschaften einer gesunden, glücklichen Zukunft. Deutschland will jene höhere Einheit, in der sich zur Zeit unserer welthistorischen Blüthe die erhabenste Idee des Staates, die Majestät des Rechts verklärt hatte. Deutschland will jene Einheit, welche die Besonderheit aller Reichsglieder allseitig durchdringt, gleichwie der bildende, befruchtende, einige Lebenstrieb aufwärts und abwärts waltet in der deutschen Eiche. Es will jene Einheit eines Organismus hoher Vollendung, in dem alle Glieder die gemeinsame Stärke schaffen durch die eigene besondere Stärke, durch gesunden Zusammenhang, und durch rechtes Maaß. So geeint und gegliedert ist unser Vaterland jener Herkules, den kein Ringer besiegt; — aber weggehoben vom historischen Grunde, auf dem seine Volksstämme fußen, wär es Antäus, den der Feind zwischen Himmel und Erde erdrückt. — Wann immer die Wissenschaft zu einem Wendepunct gelangt war, von wo aus sich eine Welt neuer Gedanken, neuer Aussichten eröffnete, wo neue, tief umgestaltende Aufgaben sich darstellten, — so fehlten auch die Genien nicht, die sich muthig auf die Bahn des Zeitgeistes warfen, und im Heldenschritte neue Wahrheiten erkämpften. So auch jetzt, bei des theuren Vaterlandes politischer Wiedergeburt. — Was immer auch die Verhängnisse bringen mögen: Deutschland wird ebenbürtig seyn seiner Bestimmung; und auch Bayern wird dem gemeinsamen Vaterlande Männer stellen, Thaten und Gedanken, wie sie würdig sind des uralten tapfern Geschlechtes der Bayern und seiner Wittelsbacher. Darum blickt die Akademie voll Zuversicht in die Zukunft. — Ob Krieg die Loosung werde, ob Friede; — immer werden wir den Sieg haben, den Sieg der reinen, freien Gedanken, den Sieg der Ordnung und Treue zu dem geliebten Herrscherhause, den Sieg jener heiligen Ideen, die Maximilians II. Wahlspruch sind: Freiheit und Gesetzmäßigkeit! Hoch lebe König Maximilian! — und Bayern und Deutschland hoch!

München. Am 26. d. Mts. ist von den hiesigen Studirenden folgende Adresse an ihre Commilitonen in Wien abgegangen: „Deutsche Brüder! Aus vollem Herzen unsern Brudergruß! In den Tagen der gemeinsamen Erhebung Deutschlands zur Einheit, im Gefühle der Kraft und des Rechtes, da bliebet Ihr fürwahr die Letzten nicht im heiligen Kampfe! Ja siegreich habt Ihr neuerdings bewährt, daß Oesterreichs Sohn ein deutscher Mann in ungeschwächter Kraft, der seinen Namen auch mit Ehren trägt! Habt Dank dafür Ihr deutschen Brüder, warmen Dank im Namen der heiligen Sache, der gemeinsam wir den Schild erhoben, der Ihr Euer Blut geopfert, deren Banner wir auch muthig tragen werden gegen jeden Feind von Innen, wie von Ost und West! Einheit in Gesinnung und Streben laute der Ruf an Deutschlands wackre Bürger und Jugend! Biederer Sinn und treues Festhalten an Freiheit, Recht und Gesetz, Liebe zum einigen deutschen Vaterland, deutsche Bruderliebe, sie werden die festen Bande seyn, die uns vereinigen zu einem Leibe, den ja nur ein Geist beseelt, fest nach Innen, eine starke Wache im Kampfe gegen jeden äußeren Feind! Ja Brüder, daran wollen wir halten! Solchem Sinne treu tragen wir die Waffen in der kräftigen Faust, erwarten den Moment vielleicht nicht ferne mehr, der uns zum Kampfe für die deutsche einige Sache führt! Und wenn — dann finden wir uns auf dem Feld der Ehre, reichen uns die Hand zum biedern Schlage, und die Loosung sey: „Einig, deutsch und frei!" München, den 26. März 1848. Für immer Eure deutschen Brüder."

Das fürstliche Haus Oettingen-Wallerstein hat sämmtliche Anforderungen seiner Grundholden gewährt. — Auch die israelitischen Bewohner des Fürstenthums wurden von den Schutz- und Herbergsgeldern befreit.

Kaufbeuren a. d. L., 24. März. Hier ist der erste Schritt zur Oeffentlichkeit der Verhandlungen über Gemeinde-Angelegenheiten durch den Vorstand der Gemeinde-Bevollmächtigten, Hrn. Kaufmann Leybold, geschehen. (N. C.)

Württemberg.

Der „Schwäbische Merkur" schreibt aus Stuttgart, 28. März. Heute wurden die Stände aufgelöst. Nach dem deßfallsigen k. Rescript ist die Absicht der Auflösung: daß das Volk sich in neuen Wahlen über die Grundsätze des neuen Ministeriums, wie sie der Aufruf vom 11. März enthält, ausspreche. Neue Wahlen werden demnächst stattfinden. — Wie Baden wird auch die württembergische Regierung Wahlmännerwahlen für die deutsche Volksvertretung anordnen, nur glaubt sie, erst die Frankfurter Versammlung abwarten zu müssen.

Stuttgart, 26. März. Der in Berlin nach den blutigen Vorgängen der letzten Tage geschehene Versuch die deutsche Hegemonie von oben herab zu ergreifen, hat hier, wie ohne Zweifel in ganz Deutschland, einen sehr üblen Eindruck gemacht. Man sah sich an, ob man wohl gehört, richtig gelesen habe; die Aufregung über diesen Anspruch nach solchen Vorgängen wäre schwer zu schildern; sie machte sich nicht allein im größeren Publicum, sondern selbst bei den ruhigsten Männern aller Farben in Aeußerungen Luft, welche sich nicht wiedergeben lassen, auf welche aber der Ausdruck des Unwillens in vielen süddeutschen Blättern deutlich genug hinweist. Es ist nach der herrschenden Stimmung vorauszusehen, daß der von letzteren angekündigte Sturm von Volkserklärungen gegen diese Hegemonie nicht auf sich warten lassen wird. (A. Z.)

Baden.

Auch in Karlsruhe wurde die Proclamation Friedrich Wilhelms worin er sich zum Leiter der Deutschen aufwirft mit der größten Indignation aufgenommen und zum Zeichen der öffentlichen Mißbilligung an einer Bajonnetspitze verbrannt. Die Lesegesellschaft wird eine verwahrende Adresse an die Ständekammer richten.

Karlsruhe, 27. März. Gestern hatten wir zwei Volksversammlungen im Lande, die eine in Freiburg, die andere in Heidelberg. Auf beiden wurde die Republik vorgeschlagen, an dem erstern Orte durch von Struve, an dem andern durch Buchhändler Hoff in Mannheim; in Freiburg wurde die neue Staatsform von ersterem als angenommen erklärt, trotzdem daß sich die Versammlung ohne eigentlichen Beschluß und tumultuarisch trennte, somit die Entscheidung als zweifelhaft betrachtet werden muß. In Heidelberg fiel die Republik durch, indem sich nur die speciellen Anhänger und Verehrer Struve's für sie aussprachen, meist junge Leute aus Mannheim und Heidelberg. Rheinbayern war zahlreich vertreten, erhob sich aber einstimmig und mit Energie dagegen. Welker, Bassermann, Mathy und so viele andere sonst hochgefeierte Namen werden von dieser Partei jetzt offen für Verräther erklärt. (A. Z.)

Mannheim, 25. März. In diesem Augenblicke Nachmittags nach 3 Uhr, ziehen durch unsere Stadt auf dem kürzesten Wege drei Compagnien bayerische schwere Artillerie, jedoch ohne Kanonen, 420 Mann stark. Diese Mannschaft, deren frühere Garnison Würzburg gewesen, kommt heute von Aschaffenburg auf der Eisenbahn hier an, und gelangt auf der jenseitigen Eisenbahn heute nach Neustadt, um von da in die Festungen Germersheim und Landau einzurücken. Diese Truppe zeichnet sich durch Körperkraft, Größe und militärische Haltung sehr aus. Der hiesige Stadtcommandant, General v. Gayling, empfing diese Mannschaft an der Eisenbahn und gab ihnen das Geleite bis zur Rheinbrücke.

(Schw. Mkr.)

Sächsische Herzogthümer.

Weimar, 22. März. So eben ist folgende Bekanntmachung erschienen: „Das unterzeichnete Staatsministerium ist von Sr. königl. Hoheit dem Großherzoge befehligt worden, folgende höchste Entschließungen zur allgemeinen Kenntniß zu bringen. 1) Die von dem getreuen Landtag erbetene Oeffentlichkeit seiner Sitzungen ist von Sr. königl. Hoheit dem Großherzoge nach Maßgabe eines höchsten Decrets vom 15. d. M. genehmigt worden und wird wegen Herstellung eines geeigneten Locals sofort Einleitung getroffen werden. 2) Die Beeidigung des Militärs auf die Verfassung soll sofort hier und zu Eisenach erfolgen.

Preußen.

Die „Allgemeine Preußische Zeitung" enthält folgende Artikel: Berlin, 25. März. Se. Maj. der König fuhr heute Vormittag 10 Uhr nach Potsdam, wo Allerhöchstderselbe auf dem Bahnhofe von den Behörden der Stadt und einem großen Theile der Einwohnerschaft mit wahrhaft herzlichem Jubel empfangen wurde. Auf dem Wege zum k. Schlosse konnte die Menge kaum verhindert werden, die Pferde des Wagens, in welchem Se. Majestät sich befand, auszuspannen. Im Marmorsaal des Schlosses empfing Se. Majestät die Officiercorps. Der König richtete, unter voller Anerkennung der bewiesenen Disciplin und treuen Pflichterfüllung der Truppen, Worte der Versöhnung und Eintracht an die Versammelten, darauf hinweisend, wie nunmehr auch das Heer, dem Beispiele seines Königs folgend, sich der deutschen Sache entschieden und treu anzuschließen habe. Das Officiercorps sprach die Versicherung der unbedingten Hingebung an den König und das Vaterland, sowie an die deutsche Sache aus. — Durch allerhöchste Cabinets-Ordre ist dem bisherigen Gouverneur von Berlin, General der Infanterie, v. Pfuel, bereits am 18. d. Mittags eine anderweitige Bestimmung angewiesen und derselbe hiedurch vom Gouvernement hiesiger Residenz entbunden worden. (A. Z.)

Berlin, 25. März. Der Herzog von Augustenburg, der in den Angelegenheiten Schleswig-Holsteins hieher gekommen war, ist wieder zurückgereist mit einem Schreiben des Königs von Preußens an den König von Dänemark, worin erklärt wird, daß die Herzogthümer, falls ihre Rechte von dänischer Seite gefährdet werden sollten, von Seite Preußens unmittelbaren Schutz erhalten würden. Verwicklungen viel schwierigerer Art scheinen an der polnischen Grenze nahe bevorzustehen. Auch nach dieser Seite hin wird Preußen der deutschen Sache den kräftigsten Schutz gewähren. (A. Z.)

Berlin, 25. März. So eben höre ich, daß diesen Morgen ein Abgeordneter der Provinzen Schleswig und Holstein hier eingetroffen ist, der mit der Meldung, daß beide Provinzen sich in vollem Aufstande gegen Dänemark befinden, die Bitte an den König vortrug, diese beiden deutschen Länder durch Truppenmacht zu unterstützen, um ihren Anschluß an Deutschland schneller möglich zu machen. Der König soll erwidert haben, daß er mit Freuden seine disponiblen Truppen dazu hergeben werde. — Bereits ist die Kriegsfrage mit Rußland eine zunächst zu entscheidende geworden. Das Großherzogthum Posen ist nicht zu halten. So müssen wir selbst erklären, daß wir auf dieses ungerechte Erbtheil verzichten. Wie ich höre, soll dieser Antrag schon im Staatsrath gemacht seyn, und wird so eben berathen. Das wäre der Krieg mit Rußland, weil diesem die Alternative gestellt werden muß, auch das Großherzogthum Warschau aufzugeben oder sich auf den Kampf darum gefaßt zu machen. Es wird nachgeben. — Unsere socialen Verhältnisse schwanken. In Schlesien weigern sich die Bauern geradezu, Abgaben irgend einer Art an die Gutsherrschaft zu zahlen, ja sie haben die Summen für die Ablösung der Frohn zurückverlangt. Auch in Berlin gährt es in den unteren Elementen des Volks; nur schleunige Maßregeln der Unterstützung und der Arbeitgebung können helfen. Aufwiegler reizen die Stimmung dieser sonst wackern Arbeiter absichtlich. Heute sind den Bedürftigen 6000 Brode bewilligt worden, und morgen sollen eben so viele verabfolgt werden. Das hat eine sehr günstige Stimmung hervorgebracht. (A. Z.)

Berlin, 25. März. Aus allen Gegenden des deutschen Vaterlandes treffen Männer hier ein, um sich an der Wiedergeburt unserer nationalen Freiheit zu erfreuen. Der König soll mit voller Hingebung der neuen Richtung zugethan seyn und die vollständige Armirung der östlichen Grenzen, nach welchen sich die Truppen

unserer ehemaligen Garnison begeben haben, anbefohlen haben. Die Professoren Huber, Gelzer und Stahl (Dunkelmänner) sind von hier nach der Schweiz abgereist. (A. Z.)

Die „Allgemeine Preußische Zeitung" schreibt aus Berlin, 26. März. In der Proclamation vom 21. März war die Erwartung ausgesprochen, daß der bereits am 2. April zusammentretende Landtag das Mittel bieten werde zur Bildung eines zeitweiligen deutschen Parlaments, welches das Erforderliche zur Abwehr der inneren und äußeren Gefahr, durch gemeinsames Wirken ohne Verzug vorzukehren habe. Die Form für die Vereinigung aus den Organen der verschiedenen deutschen Ständeversammlungen zu einem allgemeinen deutschen Landtage sollte sofort näher erwogen werden; der Ort der Versammlung blieb unbestimmt, als der geeignetste bot sich Frankfurt am Main dar; doch schien der Umstand, daß Se. Majestät der König die deutschen Bundesfürsten und Regierungen zum 25. März nach Dresden oder Potsdam eingeladen hatte, für einen dieser Orte zu sprechen(?). Dieser beabsichtigte deutsche Congreß hat im Drange der Umstände(??), welche den deutschen Bundesfürsten die Pflicht auferlegten, in der Mitte ihrer Völker zu bleiben, nicht zu Stande kommen können. Unterdessen sind jedoch die Abgeordneten mehrerer deutschen Staaten — von Württemberg, Großherzogthum Baden, Großherzogthum Hessen und Nassau — mit einem ähnlichen Vorschlage, wie der von Preußen beabsichtigte, hier in Berlin angekommen und haben sich unter Zutritt des hiesigen königl. sächsischen Gesandten mit der diesseitigen Regierung über folgende Puncte benommen: 1) Nothwendigkeit einer einheitlichen Leitung des gesammten Bundes unter Einem zu erwählenden Bundeshaupte, eines aus den Bundesgliedern oder deren Delegirten bestehenden Oberhauses und eines demselben zur Seite stehenden Unterhauses von Abgeordneten der Nation, hervorgegangen aus den einzelnen Bundesstaaten. 2) als Gegenstände der Competenz und Thätigkeit dieses Bundes-Gesammtorganes hat man bezeichnet: das Bundesheerwesen und die deutsche Volksbewaffnung, Herstellung eines ständischen Bundesgerichts, möglichste Gemeinschaftlichkeit der Gesetzgebung, vor Allem über Heimatswesen, Staatsbürgerrecht, Gerichtsverfahren, Straf- und Handelsrecht 2c., so wie Herbeiführung eines gemeinschaftlichen Systems für Zollwesen, Handel, Münze, Maß, Gewicht, Eisenbahnen 2c. und endlich Fürsorge für gemeinschaftliche Vertretung des Bundes im Auslande. Behufs der schleunigsten Erwägung über vorstehende Puncte wird beabsichtigt, der Bundesversammlung unverweilt siebzehn des Vertrauens der Nation genießende Männer beizuordnen. Die so verstärkte Bundesversammlung würde demnächst jene Puncte zum Beschluß erheben und letzterer alsdann unverzüglich in Ausführung gesetzt werden. Jede der siebzehn Stimmen des engeren Rathes der Bundesversammlung wird einen der Männer des öffentlichen Vertrauens dem Bundestage beizugesellen haben. Preußens Wahl ist auf Dahlmann gefallen. Ferner schreibt dasselbe Blatt aus Berlin vom 26. März. Nachdem die Nachricht hierher gelangt war, daß sich in Kiel eine provisorische Regierung gebildet hat, um gegen einen erwarteten Angriff auf die Herzogthümer durch dänische Truppen Vorkehr zu treffen, hat die königliche Regierung sich bewogen gefunden, an verschiedene Truppentheile schleunige Marschordre zum Vorrücken an die diesseitige Grenze zu ertheilen, um auf diese Weise bereit zu seyn, etwaige gewaltsame Verletzung des Gebietes deutscher Nation ebenso zurückzuweisen. Zugleich sind die Regierungen der zunächst gelegenen Bundesstaaten von Hannover, Mecklenburg und Braunschweig von hier aus aufgefordert worden, auch ihrerseits zum Schutz des gemeinsamen vaterländischen Bodens ihre Truppen zu rüsten und an die Grenze rücken zu lassen.

Breslau, 23. März. Breslau hat sich in den letzten vier Tagen selbst regiert und gewissermaßen eine kleine Republik gebildet. Die Bürger mit den Freicorps der Schutzverwandten bilden eine bewaffnete Masse von etwa 6—8000 Mann. Am Sonntag und Montag haben Volksversammlungen von 8, 10 auch 15,000 Menschen stattgefunden. Seit dem Sonnabend ist die Polizeimacht ganz verschwunden, das Militär hält sich ganz ruhig in den Casernen, die Gerichte haben ihre Sitzungen suspendirt, der Oberpräsident und der Polizeipräsident haben die Stadt verlassen müssen. Der aufgeregteste Tag war der Sonntag, an welchem Nachmittags die Nachricht von den blutigen Ereignissen in Berlin hier anlangte. Der Eindruck war ein tief erschütternder, man sah nur bleiche Gesichter und Händeringen der Leute auf den Straßen. Nachmittags große Volksversammlungen. Abends wurden die Bahnhöfe besetzt um den Abgang der Truppen nach Berlin zu verhindern. Mit dem Mittagszuge kam heute die Deputation von Berlin an. Die Deputation brachte als Antwort die Zugeständnisse zurück, welche bereits durch ein Extrablatt der „Allgemeinen preußischen Zeitung" bekannt geworden. Abends wird die Stadt erleuchtet seyn. (A. Z.)

Schleswig-Holstein.

Kiel, 24. März (Mittags 12 Uhr). Die Trennung Schleswig-Holsteins von der bisherigen Verbindung mit Dänemark ist erklärt; die provisorische Regierung ist eingesetzt, und hat bereits Besitz genommen von Kiel und Rendsburg. Die provisorische Regierung hat folgende Proclamation erlassen: „Mitbürger! Unser Herzog ist durch eine Volksbewegung in Kopenhagen gezwungen worden, seine bisherigen Rathgeber zu entlassen und eine feindliche Stellung gegen die Herzogthümer einzunehmen. Der Wille des Landesherrn ist nicht mehr frei und das Land ohne Regierung. Wir werden es nicht dulden wollen, daß deutsches Land dem Raube der Dänen preisgegeben werde. Große Gefahren erfordern große Entschließungen; zur Vertheidigung der Gränze, zur Aufrechthaltung der Ordnung bedarf es einer leitenden Behörde. Folgend der dringenden Nothwendigkeit und gestärkt durch das uns bisher bewiesene Zutrauen haben wir, dem ergangenen Rufe folgend, vorläufig die Leitung der Regierung übernommen, welche wir zur Aufrechterhaltung der Rechte des Landes und der Rechte unsers angestammten Herzogs in seinem Namen führen werden. Wir werden sofort die vereinigte Ständeversammlung berufen und die übernommene Gewalt zurückgeben, sobald der Landesherr wiederum frei seyn wird, oder von der Ständeversammlung andere Personen mit der Leitung der Landesangelegenheiten beauftragt werden. Wir werden uns mit aller Kraft den Einheits- und Freiheitsbestrebungen Deutschlands anschließen. Wir fordern alle wohlgesinnten Einwohner des Landes auf sich mit uns zu vereinigen. Laßt uns durch Festigkeit und Ordnung dem deutschen Vaterland ein würdiges Zeugniß des patriotischen Geistes geben, der die Einwohner Schleswig-Holsteins erfüllt. Der abwesende Advocat Bremer wird aufgefordert werden der provisorischen Regierung beizutreten. Kiel, den 24. März 1848. Die provisorische Regierung. Beseler. Friedrich Prinz zu Schleswig-Holstein. F. Reventlow. M. T. Schmidt." Die Bürger Kiels haben die Wache. Die schwarz-roth-goldene Fahne weht vom Rathhause. (A. Z.)

Hamburg, 24. März Abends 8 Uhr. Der eben 5½ Uhr in Altona ankommende mit donnerndem Jubelruf empfangene Eisenbahnzug bringt eine Proclamation des Präsidenten der Rendsburger Bürgerversammlung, welche den Einzug des Prinzen von Augustenburg an der Spitze des Lauenburger Jägercorps in Rendsburg meldet, und die Aufforderung enthält Mannschaft zur Vertheidigung, Brod, Stroh, Pferde 2c. nach Rendsburg zu schicken. Die Regierung bleibt zunächst in Rendsburg. (A. Z.)

Hamburg, 24. März 10 Uhr Abends. In Altona hat sich heute alles umgestaltet. Am Nobisthore ist das FR VII. überstrichen, sowie alle Lotterieschilder, auf welchen dieser Namenszug steht, abgenommen; auch die Krone am Bahnhofgebäude wurde zertrümmert. Dagegen weht an mehreren die dreifarbige Fahne, d. h. schwarz-roth-gold. Das Wachtschiff Elben ist abgetakelt und auf den Helgen gezogen, die Mannschaft nach Rendsburg abmarschirt, nachdem sie sich für die provisorische Regierung erklärt. Auch das übrige Militär, welches in Altona in Garnison stand, ist dorthin marschirt und hat sich der Bewegung angeschlossen. Die Wache am Rathhause ist von der Bürgergarde besetzt. (A. Z.)

Die Hamburger Börsenhalle vom 25. März sagt: In Kiel, Rendsburg, Eckernförde und Glückstadt ist das Militär auf Seiten der provisorischen Regierung und marschirt nach Rendsburg. Rendsburg wird eiligst befestigt. In Rendsburg ist der größere Theil des Silbers welches von Altona per Post nach Kopenhagen gezogen wurde, noch angehalten worden.

Altona, 26. März. Mit außerordentlicher Gelegenheit ist hier die vom Könige der Deputation mitgegebene schriftliche Antwort angekommen. Sie lautet wie folgt: „Auf Ihre Anträge haben Wir Ihnen zu eröffnen, daß wir gesonnen sind, unserem Herzogthum Holstein, als einem selbstständigen deutschen Bundesstaat, eine, auf die Grundlage eines ausgedehnten Wahlrechtes gebaute in Wahrheit freie Verfassung zu gewähren, worin namentlich auch Volksbewaffnung, Preßfreiheit und Vereinsrecht ihre Geltung finden werden, daß aber in Folge dessen Unser Herzogthum Holstein neben einer eigenen Regierung und Militärverfassung auch getrennte Finanzen erhalten wird, sobald die gegenseitige Auseinandersetzung neben den anderen Bedingungen einer Union mit Dänemark und Schleswig festgesetzt sind, daß wir uns daneben den Bestrebungen für Errichtung eines kräftigen und volksthümlichen deutschen Parlaments offen anschließen werden; daß Wir Unser Herzogthum Schleswig dem deutschen Bunde einzuverleiben weder das Recht, noch die Macht, noch den Willen haben, dagegen die „unzertrennliche Verbindung Schleswigs mit Dänemark" durch eine gemeinsame freie Verfassung kräftigen wollen; daneben aber Schleswigs Selbstständigkeit durch ausgedehnte provincielle Institutionen, namentlich einen eigenen Landtag und besondere Verwaltung, kräftigst zu schirmen entschlossen sind. Daneben wollen Wir Ihnen bedeuten, daß es Unser ernster Wunsch ist, im aufrichtigen Einverständnisse mit Unsern lieben und getreuen Unterthanen Frieden und Freiheit in Unsern Landen zu gründen, daß Wir daneben es als die heiligste Pflicht des legitimen Fürsten erkennen, die Herrschaft des Gesetzes und Aufrechthaltung des Landfriedens mit aller Macht zu schützen. Kopenhagen, den 24. März 1848. Frederik R. A. W. Moltke, Conseilpräsident." (Alt. Mkr.)

Hannover.

Göttingen, 24. März. In Folge des Rücktritts des Grafen Wedel hat der neue Cultusminister Braun auch das Curatorium der Universität übernommen. Ebenso hat der Deputirte der Universität, Regierungsrath Hoppenstedt, resignirt, so daß Professor Briegleb, welcher früher Mitglied der bayerischen Deputirtenkammer war, als Ersatzmann am 28. d. Mts. seinen Sitz in der zweiten Kammer einnehmen, und die Universität repräsentiren wird. Der Stadt ist die Polizei zurückgegeben; die Universität wird die ihrige selbstständig ausüben, so daß der Rückkunft der Studirenden nichts mehr im Wege steht. (A. Z.)

Freie Städte.

Frankfurt, 25. März. Die Dorfschaften haben nunmehr ihre Wünsche und Anliegen dem Senat in einer Adresse vorgelegt. Sie verlangen: 1) die ihnen bereits durch die Constitution, die Wienercongreß- und die Bundes-Acte zugesicherte Ertheilung des Staatsbürgerrechts und Emancipation; 2) Ablösung und resp. Aufhebung der Zehent- und Grund-Lasten; 3) Revision des Landes-Accisegesetzes; 4) Revision des Gemeindegesetzes behufs größerer Selbstständigkeit der Gemeinden; 5) Reorganisation der Landwehr; 6) das Recht, ihre Abgeordneten zur gesetzgebenden Versammlung aus sämmtlichen Staatsangehörigen zu wählen; 7) Wahl- und Vorschlags-Recht bei Besetzung erledigter Pfarr- und Schullehrer-Stellen; 8) allgemeines Jagdrecht in der ganzen Staatsgemarkung; 9) Publication des Gesetzes über Fideicommisse und Familienstiftungen; 10) Verbot der Erwerbungen aus todter Hand; 12) Ueberweisung des entsprechenden Theils der Zollrückvergütung an die Gemeindecassen; 12) wohlfeilere Verwaltung der freiwilligen Gerichtsbarkeit. (A. Z.)

Bremen, 24. März. Die Begeisterung für die Bürger Berlins und ihren Heldenmuth ist hier allgemein. Unsere Zeitungen bringen Aufrufe zu Ehrengaben für die Hinterbliebenen der den Heldentod für die Freiheit gefallenen Martyrer. — Der Schritt, mit welchem Friedrich Wilhelm IV. sich eigenmächtig, er der letzte unter den deutschen Fürsten, welcher auf die Seite Deutschlands und des deutschen Volks getreten — und nach welchen Vorgängen! — an die Spitze Deutschlands zu stellen gesucht hat, wird hier allgemein mißbilligt. Die Männer, welche ihm dazu gerathen — Schwerin und Arnim — werden laut als ungenügende Garantien für Preußens Zukunft erklärt. — Burgermeister Dr. Smidt ist nach Frankfurt abgereist. (A. Z.)

Oesterreich.

Wien, 26. März. Den allgemeinen Wünschen der Universität entsprechend ist heute von Sr. Maj. dem Kaiser durch den Minister des Innern, Frhrn. v. Pillersdorf, die Concession der Lehr- und Lernfreiheit

gewährt werden, welche Verfügung schon mit dem kommenden Studienhalbjahr ins Leben treten wird. Erzherzog Johann hat die Erledigung eines Theils der Staatsgeschäfte im Namen des Monarchen, an der Stelle des Erzherzogs Ludwig übernommen. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Preßburg, 24. März. Gestern machte der Premier Graf Ludwig Batthyanyi die Namen der erwählten Minister bekannt. Innere Angelegenheiten: Bantalon Szemere; in Wien für äußere Angelegenheiten: Fürst Karl Esterhazy; Finanz: Ludwig Kossuth; Krieg: Meszaros; Communication: Graf Stephan Szechenyi; Cultus: Baron Joseph Eötvös: Handel und Industrie: Gabriel Klauzal; Justiz: Franz Deak.

Italien.

Laut Nachrichten aus Modena vom 21. März war der Herzog abgereist. Er ernannte eine Regentschaft, die aber sogleich abdankte und einer neuen Regierung Platz machte. Die estensischen Truppen capitulirten, Gleiches erwartete man auch von den österreichischen. (Der Herzog ist am 25. durch Botzen, die Herzogin, Prinzessin Adelgunde von Bayern, am 25. durch Innsbruck gekommen.) — Der Herzog von Parma und seine Familie sind in den Händen des Volks. Die österreichische Besatzung in Piacenza hat mit den Bürgern fraternisirt. Die Parmenser schicken eine Deputation an Karl Albert.

Der Fall von Mantua hat sich nicht bestätigt. — Der König von Sardinien Karl Albert hat eine flammende Proclamation an die Völker der Lombardei und von Venedig erlassen. Er stellt sich an die Spitze der italienischen Bewegung. Sein Kriegs- und Marineministerium haben bereits Befehle zur Ausrüstung eines Heeres, das der Lombardei zu Hilfe ziehen soll.

Portugal.

Lissabon, 15. März. Unsere Stadt ist in Gährung. Die revolutionären Leiter haben ihren Collegen in Paris eine Glückwunschadresse zugesandt.

Frankreich.

Die Regierung hat beschlossen die Einstellung der Arbeiten in den Gefängnissen, die bisher auf Speculation betrieben wurden und die Preise bis auf einen Grad herabdrückten, der keine freie Concurrenz mehr zuließ. Künftig sollen die Arbeiten sowohl in den Gefängnissen als in Wohlthätigkeitsanstalten und religiösen Gemeinschaften so eingerichtet werden, daß andere Arbeiter noch daneben bestehen können. Eine andere Verfügung betrifft die Errichtung von Sous-Comptoirs, mit einem Fonds nicht unter 100,000 Fr., in Actien von je 100 Fr. auf den Inhaber lautend, zur Vermittlung zwischen der Industrie, dem Handel und Ackerbau einer- und den Nationalcomptoirs andererseits durch Anbietung von Sicherheiten auf Waaren, Magazinsscheine und andere Werthe. So wurden auch aus Rücksicht auf die jetzigen Handelsverlegenheiten die Protestkosten, die Registrirungs- und andere Gebühren vermindert. Eine Commission wurde zur Verbesserung der Vicinalwege niedergesetzt. Auf Antrag des Bürgers Lockroy, Regierungscommissärs bei dem Theater der Republik, wurde von dem Minister des Innern beschlossen, unentgeltliche Nationalvorstellungen zu geben.

Abd-El-Kader hat in einem Schreiben an die provisorische Regierung seine Freilassung nachgesucht.

Fürst Czartoryski hat im Namen der Polen an die Deutschen einen Aufruf erlassen, worin er ihre brüderliche Mitwirkung zur Wiederherstellung des Polenreiches nachsucht. — Hundert fünfzig tausend französische Freiwillige wollen mit den Polen sich vereinigen, um das alte Polen wieder herzustellen.

Dänemark.

Kopenhagen, 22. März. Der König von Dänemark hat die gänzliche Trennung des Herzogthums Schleswig vom Herzogthum Holstein, der ultradänischen Partei nachgebend, beschlossen, und will das Herzogthum Schleswig durch Waffengewalt erobern lassen. Eine Volksversammlung, welche vorgestern unter Hvidt's Leitung auf Anlaß der Nachrichten über die Versammlung der schleswig-holsteinischen Abgeordneten gehalten war, hat die entschiedensten Beschlüsse gegen die Herzogthümer gefaßt. Man verlangte die Incorporation Schleswigs. Die Stadtverordneten in Kopenhagen haben mit der größten Majorität ein gleiches Verlangen zu stellen beschlossen. Der König hat sogleich, nachdem er von den Beschlüssen gehört hatte, sich gefügt, er hat die Trennung Schleswigs von Holstein verfügt, auch den Antrag auf ein anderes Ministerium als das bisherige bewilligt. Heute sind zu Ministern ernannt: außer Hvidt, der beibehalten wird, Orla Lehmann, Prof. Clausen, der vormalige Capitän Tscherning. Nach einigen ist auch Monrad beibehalten worden. Es sind Truppen nach den Herzogthümern beordert, um die Eroberung zu vollenden, die decretirt ist. Die Gelder, welche in der Hauptcasse zu Rendsburg vorhanden sind, sollen sogleich nach Kopenhagen versandt werden. Der Krieg ist also erklärt. Die aus den Herzogthümern hier anwesende Deputation ist zur Zeit noch nicht vorgelassen worden. Ihre persönliche Sicherheit ist von einem wüthenden Pöbel bedroht. Nachschrift. In Schweden ist der König Oscar sehr bedroht; auch aus Norwegen verlauten Nachrichten von revolutionären Bewegungen. (A. Z.)

Börse.

Frankfurt, 27. März. Metall. 5pCt. 73; 4pCt. —; 3pCt. —; Bankactien 1325; Taunus-Eisenbahn-Actien 2..; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 37; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 52; bayer. Ludwigs-Canal —.

Wien, 24. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 80½; zu 4pCt. in CM. 70; zu 3pCt. in CM. 51; Bankactien per Stück 1160; Nordbahn 92.

Amsterdam, 25. März. 2½ pCt. 40; 3pCt. 46; 4pCt. 59½; Synd. 3½ pCt. 60; Handels-Maatschappy 133½; Ard. 7½; port. 3pCt. 14; 5pCt. Metall. 63.

Paris, 25. März. 3pCt. 44 Fr. 50 C.; 5pCt. 64 Fr. 50 C.

London, 24. März. Consols 82½.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 30. März: „Der Schauspiel-Director," komische Oper von L. Schneider. Musik von Mozart. Vorher: „Fluch und Segen," Drama v. Houwald.

Freitag, 31. März: „Ein rascher Entschluß und ein Jahr nach der Hochzeit," Lustspiel aus dem Französischen von A. Elz. Hierauf zum erstenmale: „Der Zaubertisch," große komische Zauberpantomime vom königl. württemberg. Hofballetmeister J. Fenzl. (Columbine: Dem. Ang. Fenzl; Hr. v. Purzel: Hr. Joh. Fenzl, und Loferl: Franz Fenzl, als Gäste.)

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Obermeyer, Consul aus America; Scheller, Particulier v. Augsburg; Baron Lindenfels v. Bamberg; v. Süßkind und Baronetz v. Augsburg.

Gold. Hirsch. HH. Prinetti, Gutsbesitzer von Mailand; Dollfuß, Ingenieur v. Stuttgart; Schen, Ingenieur, und Ottler, Bürger v. Kopenhagen.

Hôtel Maulik. HH. Bigelow, Rentier aus England; Steiger, Privatier v. Augsburg; Lady Meane, Rentier aus England.

Blaue Traube. HH. Lippert, Schauspieldirector v. Augsburg; Koch, Priester von Passau; v. Bessen, Opernsänger von Darmstadt.

Stachusgarten. H. Meixner, Pfarrer v. Oettingen.

Getraute in München.

HH. Joseph Leibel, Schneidermeister dahier, mit Amalia Schneider, Zimmermannstochter v. Schleißheim; Alexius Christian Taun, Sergeant beim k. Infanterieregiment König, mit A. M. Emer. Stettner, Gürtlerstochter v. Traunstein; Joh. Georg Moser, Schriftgießergehilfe dah., mit M. Franz. Vogl, Söldnerstochter v. Kölburg, k. Ldg. Mosheim; Joseph Fehr, Briefträger dah., mit Anna Maria Wunderlein, Werkmeisterstochter v. Schambach, H. G. Pappenheim; Max Krämer, k. Reitknecht v. h., mit Barbara Bramer, Wirthstochter v. Armsdorf, Ldg. Haag; Severin Bauer, Schlossergeselle dah., mit Susanna Meßner v. h.; Friedrich Maier, Regiments-Actuar bei der k. Hauptkriegscasse, mit Marianna Schefsky, k. Werkmeisterstochter v. Nymphenburg; Zacharias Possert, Stadtgerichts-Grundbuchs-Ingrossator, mit Maria Anna Eibl, bürgl. Tuchscherertochter v. Eggenfelden; Adam Pitrof, Schuhmachergeselle dah., mit Friederika Maier, Häuslerstochter v. Gauting, Ldg. Starnberg.

Gestorbene in München.

Elisabetha Hofner, Holzmesserssfrau v. h., 63 J. alt; Benedict Bundschuh, Bäckerschleber v. Eibach in Württemberg, 76 J. alt; Michael Mück, Steindruckergehilfe v. h., 39 J. alt; Fr. Xav. Portner, Schmidgesell von Füßen, 43 J. alt; Kunigunde Rauchhart, Bäckerstochter von Nürnberg, 59 J. alt; Joh. Georg Ruf, ehemaliger Neugartenwirth v. h., 70 J. alt.

Bekanntmachung.

2349. (2a) Behufs der Befriedigung eines Hypothekgläubigers wird das in der Warzerstraße dahier gelegene Haus Nro. 10 nebst dem dabei befindlichen einstöckigen mit Stallung versehenen Hintergebäude und Hofraume, gerichtlich gewerthet auf 10,000 fl., mit 3500 fl. der Brandassecuranz einverleibt, mit 1750 fl. Ewiggeld und 9450 fl. Hypotheken belastet, nachdem bei der ersten Versteigerungs-Tagesfahrt vom 20. d. M. kein Angebot auf dasselbe erfolgt ist, unter Bezug auf die in der Bekanntmachung vom 12. Jänner l. Js. enthaltene Beschreibung zum zweiten Male der öffentlichen Versteigerung nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 — 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 unterstellt.

Neuerliche Steigerungstagsfahrt ist auf

Montag den 22. Mai 1848 Vormittags von 10 — 12 Uhr im Bureau des kgl. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Baron v. Schleich Zimmer Nr. 36 über 2 Stiegen

anberaumt, wozu Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß dem Gerichte Unbekannte sich über Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben, und der Hinschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgen werde.

Am 24. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

Kitt.

2342 (2a) Unterzeichneter wird von heute an die Ehre haben, im königlichen Odeon einen von ihm aus Holz gefertigten **Miniaturpalast nebst Kapelle** zur Ansicht auszustellen, und ladet dazu einen hiesigen hohen Adel und verehrtes Publicum ganz ergebenst ein. Entrée à Person 12 kr. Kinder die Hälfte. Standespersonen nach Belieben.

München, am 25. März 1848.

Konrad Adam Schaller,
Kunstschreiner von Fürth.

2351.

Hr. Professor Becker zu Frankfurt a. M. hatte die Güte, sein neuestes Gemälde — AERNDTEFEST ITALIENISCHER LANDLEUTE — Behufs einer zum Besten des Unterstützungs-Vereins für unverschuldet in Noth gekommene Künstler und deren Relicten zu veranstaltenden Ausstellung auf einige Zeit dem Comité des genannten Vereins zu überlassen.

Indem dasselbe dieß zur öffentlichen Kenntniß zu bringen sich beehrt, ergreift es diesen Anlaß, den zahlreichen Kunstfreunden Münchens für die im vorigen Jahre bei einer ähnlichen Gelegenheit bewiesenen warmen Theilnahme, wodurch die Zwecke des noch in seiner ersten Entwickelung begriffenen Vereins auf's menschenfreundlichste gefördert wurden, seinen tiefgefühlten Dank auszusprechen.

Die Ausstellung findet im Locale des königl. Odeons an Sonntagen von 10 Uhr Vormittags bis 4 Uhr Nachmittags und an Werktagen von 12 — 4 Uhr Nachmittags statt, und dauert von Sonntag den 2. bis 16. April 1848.

Das Entrée beträgt 12 kr.

München, am 29. März 1848.

Das Comité des Unterstützungsvereins rc.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 82.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir (Knödel-Gasse Nro. 2), auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Freitag — XLIX. Jahrgang. — 31. März 1848.

An die verehrlichen Leser der Münchener politischen Zeitung.

Da mit dem Monat März das Abonnement auf die „Münchener politische Zeitung" für das erste Quartal von 1848 zu Ende geht, so ersuchen wir Neueintretende, ihre Bestellungen für die Stadt bei der unterzeichneten Expedition, Auswärtige aber bei dem nächstgelegenen resp. Postamt zeitig zu machen, damit wir mit vollständigen Exemplaren dienen können.

Die politische Ausstattung des Blattes wird auch weiterhin nach den verläßigsten und reichsten Quellen eine möglichst vollständige seyn. Seit Sonntag den 5. März wird die politische Zeitung auch **jeden Sonntag** ausgegeben, erscheint demnach fortan **täglich**.

Die neuesten gediegensten Erscheinungen auf dem Gebiete der Literatur sollen unter der Rubrik „Bücherschau" eine schnelle und gründliche Besprechung finden.

Inserate jeder Art werden bei mäßiger Einrückungsgebühr unverzüglich aufgenommen. Briefe und Gelder werden portofrei erbeten.

☞ Die Verhandlungen des eben zusammentretenden Landtags werden schnell und vollständig geliefert werden.

München, den 16. März 1848.

Expedition der Münchener politischen Zeitung.
(Knödel-Gasse Nro. 2.)

Die deutsche Bewegung.

Heute am 31. März treten in den gewaltigen Räumen der St. Paul'skirche zu Frankfurt, dieser Stadt altehrwürdiger Deutschheit zum erstenmal die Vertrauensmänner des wiedererwachten Deutschlands zusammen, um die Grundlage einer so Gott will großen deutschen Zukunft zu berathen. Alle edlen, vaterländischen Herzen klopfen und schwellen, in Hoffen und auch im Bangen ob dieses Ereignisses, dessen Möglichkeit sich vor wenigen Monden Niemand vorgestellt und das nun eine verheißungsvolle tiefernste Thatsache geworden. Und unter welchen politischen Constellationen beginnt die Frankfurter Bundesweihe! Dem Hause Habsburg ist die Lombardei, so gut wie entrissen. Schreckenhaft tönt der Ruf „Morte all' Austria! in demselben Augenblick, wo Deutschlands seine Zukunftsmacht beräth. Polen werde wiedergeboren, sogleich wiedergeboren, rauscht es am Strand der Seine wie durch das gesammte Deutschland hin. Krakau und Galizien wird Oesterreich, Posen und vielleicht noch darüber wird Preußen hergeben müssen, damit das freie Polen erstehe und es hilft kein Fragen und kein Halten, kein, auch das klügste Zuwarten in dieser Sache mehr. Polen wird noch einmal aufleben um in innerer Anarchie den alten Geschichtsproceß der Selbstvernichtung zu durchlaufen. Wenigstens aber wäre eine schwere Völkerschuld, die zu allen modernen Staatsverwickelungen den Grund gelegt, alsdann gesühnt. — Die Nahrungslosigkeit in Deutschland, wie groß, wie schreiend ist sie, da werfen die Franzosen — ein neuer Beweis ihrer unverwüstlichen Falschheit — die deutschen brodlosen Arbeiter zu hunderten und tausenden in unseren Schooß zurück; Leute in den irrigsten Vorstellungen über die deutsche Gegenwart, großgezogen mit allen Giften des modernen Paris und getrieben vielleicht von den bösen Erinnerungs- und Rachegeistern ehemals in Deutschland erlittener Leiden ein Geschenk uns bringend die Republik nach französischem Esprit und Zuschnitt, wofür wir mit Waffengeklirr werden danken müssen. — Hoch im Norden die treuen deutschen Holsten und Schleswiger im Aufschwung zur Freiheit und nichts anstrebend als die Einheit mit dem gesammten Vaterlande, aber die Dänen zum Bunde mit Rußland nahezu zwingend, mit Rußland, das durch die unabweisliche Polenfrage zuerst zum Krieg gedrängt wird, das seine Lanzenwälder längst in Bewegung gesetzt und in Oberschlesien bereits dicht an die Grenze vorgeschoben — die Franzosen, wenn auch nicht im geheimen Einverständniß mit Rußland, doch unter der heuchlerischen durchsichtigen Freundschaftsdecke den Moment erlauernd, um die unlösbare sociale Frage und den Sturm einer Nationalversammlung (deren Wahlen wieder hinausgeschoben und die nun am 4. Mai zu tagen beginnen soll), und alle die furchtbar drohenden Fragezeichen der Geldwirren, mit den schmetternden und begeisternden Kriegsfanfaren, mit dem herzerleichternden ächtfranzösischen Leichtsinn leichten Kaufes zu tauschen. — Dazu unsere inneren Verwickelungen. Die Aufregung aller Gemüther durch Friedrich Wilhelms IV. ebenso staatsstreicherisch ausgesonnenen als empörenden Demonstrationen, die unselige Frage „eines deutschen Kaisers" als das nächtliche Gespenst ohne allen Grund, ohne alle geistige und staatliche Nöthigung herauf beschworen, das nun umgehen und das Bischen frische kaum errungene Einheit nach und nach unterhöhlen wird. Noch ist der Grund des neuen Gebäudes deutscher Einheit und Größe nicht gelegt — und schon vergeben die feilen, die knechtischen Tagesschreier die Bel Etage jenes noch in der Idee, noch nicht einmal auf dem Papier verzeichneten Gebäudes. Wenn die Völker, wie es in diesen letzten Tagen hinlänglich ausposaunt worden, wirklich und nicht blos mit prahlerischen Worten einig und eins sind, so wird und muß deutsche Größe und Macht sich gestalten, auch wenn das Schattenbild eines Kaisers nicht vorhanden, wovon ohnehin grundverkehrter Weise anstatt aus der modernen Zeit, der Maßstab aus düsterer Vergangenheit genommen wird, deren wahre Zustände nur die wenigsten kennen. Wird nicht auch durch dieses geistlose Geschrei nach einem Kaiser der ganze Widerstand einer Partei geweckt, gestachelt und gleichsam zum Kampf auf Tod und Leben heraufbeschworen, die gar aus Deutschland eher heute als morgen eine Republik stempeln möchte, die zwar noch in Minderheit ist, die aber, wenn nicht alle Zeichen der Zeit trügen, auf Geldsäcke und einflußreiche Leute in allen Ständen sich stützen zu können scheint. Und gibt es in Deutschland nicht auch Communisten? Dürfen wir auf die Ruhe und Ordnung unseres gesammten Handwerker- und Bauernstandes unbedingt zählen. Und ist die Schaar, die mit dem Sturm fortgerissen Freisinn und Fortschritt heuchelt und die Zahl des Indifferenten, die sich für Alles und für nichts entscheidet, gering? Unter diesen Auspicien, unter diesen zahllosen äußern und inneren Gefahren beginnen die Volksmänner in Frankfurt das ernste Werk deutscher Zukunft zu berathen. Hier ist die höchste Besonnenheit wie der wahre, nicht erheuchelte Einheitssinn von nöthen. Gott gebe seinen Segen und richte Deutschland auf, nicht zum Geiste verklungener und überwundener Zeiten, sondern zu neuer höherer, schönerer Größe, zu einem Machtgeiste aus dem Mark und Fleisch und Bein der Neuzeit." Deutschland nur, das Gesammtvaterland hoch über Alles in dieser Welt!

Deutschland.

Gemäß Bundesbeschlusses ist die Ausfuhr von Pferden nach andern als den deutschen Bundesstaaten verboten. Dieses Verbot tritt in Bayern mit dem 1. April in Wirksamkeit.

Bayern.

München, 28. März. Bei der gestrigen Aufwartung der Kammer der Abgeordneten bei Sr. Maj. dem König Max richtete Allerhöchstdieser folgende Worte an dieselben: „Sie haben ein großes, ein schweres Werk vor — ich erkenne es, ich weiß aber auch, daß es wahre Männer des Vaterlandes sind, denen diese Aufgabe geworden ist. Rechnen Sie auch auf mich, fest ist mein Vorsatz, das Vertrauen von Bayern und die Achtung von Deutschland zu erwerben. Ich werde dieses können, denn ich will nur was die Zeit gebietet, was gut und recht ist; ich will die Freiheit und das Recht aufrecht erhalten, ich will wieder das frühere schöne Vertrauen zwischen Volk und Krone aufrichten. Gott wird mir helfen, dieses zu erreichen. Sie haben in der Wahl meiner Minister, die nicht allein aus dem Drange der Zeit, sondern aus meiner inneren Ueberzeugung hervorgegangen, einen Beweis meiner Gesinnungen. Sie sollen diese noch ferner kennen lernen, und wenn einst unser Aller Vater mich abruft, so will ich getrost Rechenschaft ablegen und Bayern soll sagen, daß ich ehrlich, redlich und offen gehandelt habe." Diese königlichen Worte machten einen tiefen Eindruck, und ein begeistertes Vivat hallte dem hochsinnigen jungen Herrscher aus voller Brust entgegen. (Augsb. Abdz.)

München, 29. März. Die vorgestern mit Tausenden von Unterschriften bedeckte Adresse hiesiger Bürger und Einwohner wurde gestern Nachmittag durch eine Deputation Sr. Majestät überreicht. Der König kannte

den Inhalt bereits und äußerte unter anderem: Er selbst sey erstaunt gewesen bei Durchlesung der Proclamation des Königs von Preußen; wie er aber jenen Monarchen kenne, so könne es nicht fehlen, daß nach näherer Betrachtung sich die Sache anders herausstellen würde, als sie im ersten Augenblick erscheine. Auch Er sey der Meinung, daß die Bestimmung über die Art, wie Deutschlands Einigkeit erzielt werden solle, und zumal über die Bestellung eines Reichsoberhaupts, nur aus den gemeinsamen Beschlüssen der Bundestagsgesandten und des deutschen Parlaments hervorgehen könne. — Se. k. Hoh. der Herzog Maximilian soll auf die dringenden Bitten zahlreicher Bewohner unseres bayerischen Gebirgs hin entschlossen seyn, aus ihnen ein Freicorps zu bilden und ist, wie man mir versichert, bereits mit Vorbereitungen zur Organisation desselben beschäftigt. (A. Z.)

†† München, 30. März. Nach allerhöchster Entschließung wurde der Staatsrath im außerordentlichen Dienst und Verweser der Präsidentenstelle des Oberstrechnungshofes, Johann Karl Martin Betterlein, unter dem Ausdruck allerhöchster Zufriedenheit mit seinen treu und langjährig geleisteten ersprießlichen Diensten in den Ruhestand versetzt; ferner der Director der Forstschule in Aschaffenburg, Sebastian Mantel zum provisorischen Regierungs- und Kreisforstrath bei der Regierung der Pfalz, Kammer der Finanzen, ernannt.

** München, 31. März. Gestern feierten um 12 Uhr Mittags die sämmtlichen Sänger Münchens den in Frankfurt a M. an diesem Tage erfolgenden Zusammentritt deutscher Volksmänner durch Gesang und Aufhissung der deutschen Fahne über der Feldherrnhalle. Es waren viele Tausende von Menschen versammelt und Vater Arndts Lied goß Begeisterung in die Herzen. Dem theuren König Max und Deutschland ward ein donnernd „Hoch“ gebracht. Als man dann beide Majestäten König Max und König Ludwig als Theilnehmer der Festlichkeit bemerkte, ertönte ihnen ein ununterbrochener Jubelruf. — Die Feier des Tages beging die Bürgerschaft der Residenz mit einem großen Festmahl im Saal des Praters, wozu auch sämmtliche Unterofficiere der ganzen Garnison geladen waren; der geräumige Saal, mit allen Waffengattungen, auch denen des akademischen Freicorps, geschmückt, bot einen imposanten Anblick. — Gestern Abend nach 7 Uhr fand im Rathhaussaal die Wahl der Officiere des Freicorps der hiesigen Bürgersöhne statt.

*** München, 31. März. Die Stadt München hat keinen Bevollmächtigten zur Frankfurter Versammlung wie Nürnberg gesandt. Unser hochverdienter Bürger und Kaufmann Rosipal hatte zwar eine Einladung erhalten, allein, da er keine Mission von der Bürgerschaft empfangen, hat er derselben keine Folge gegeben. — Von sonstigen hiesigen Notabilitäten befinden sich Prof. Dr. Neumann und Advocat Dr. Riedl bereits in Frankfurt.

München. Aus der Kammer der Reichsräthe haben sich nach Frankfurt begeben: Frhr. v. Zu-Rhein, die Grafen Schönborn, Montgelas und Giech.

Württemberg.

In der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 27. d. verlas Kanzler v. Wächter, der den Präsidentenstuhl verlassen, den Bericht Welckers über die Bassermannsche Motion in der badischen Kammer; die Kammer entscheidet sich einstimmig: auszusprechen, daß sie Deutschlands Größe durch Volksvertretung mit einem Bundeshaupte wolle, geht aber auf die Einzelheiten nicht ein.

Stuttgart, 29. März. Mehrere unserer Abgeordneten, die HH. Haßler, Mack, Becher u. A. sind gestern gleich nach dem Schlusse der Sitzung nach Frankfurt abgereist; Andere gestern Abend und heute. Wir hören, daß auch die Staatsräthe Römer gestern und Pfizer heute Abend dahin abgegangen, und daß auch Schott ihnen folgen wird. Uhland ist gleichfalls in Frankfurt. — Gestern Abend 7 Uhr bewegte sich ein langer Zug von der Katharinenstraße aus in Reih und Glied durch die Straßen der Stadt, die Kanzleistraße hinaus, durch die ganze Militärstraße bis an den Feuersee. Voran wurde das Bildniß des Königs von Preußen getragen. Am Feuersee wurde das Bildniß den vielen Tausenden von Anwesenden, beleuchtet durch Strohfeuer, gezeigt, darauf mehrere Schüsse nach demselben gethan und es unter Nieder- und Pereatrufen dem Wasser übergeben.

Liechtenstein.

Im aufständigen Liechtenstein ist ein Schreiben des geflüchteten Fürsten eingetroffen; darin will derselbe alle Verwilligungen des Kaisers von Oesterreich auch seinen Unterthanen gewähren.

Baden.

Der auf der Heidelberger Volksversammlung am 26. d. M. zuerst gestellte aber durchgefallener Antrag lautet: die unermeßliche Mehrheit des deutschen Volkes wolle die Förderativrepublik und die Nationalversammlung möge diese Staatsform annehmen. Zuletzt nachdem alle Künste demagogischer Dialectik aufgeboten worden, ward der Antrag in folgenden Veränderungen für angenommen erklärt: Die Versammlung glaubt, daß beider Ausarbeitung der künftigen Verfassung Deutschlands die nordamericanische Verfassung einige Berücksichtigung verdiene.

Freiburg 26. März. Die heutige Volksversammlung zählte 8—10,000 Mann. Der Journalist v. Struve forderte die Versammlung auf, sich für eine Gesammtrepublik zu erklären mit dem Beisagen, daß die Willensäußerung der anwesenden Männer als maßgebend für die hiesige Gegend dem Frankfurter Parlament vorgelegt werden soll. Viele entfernten sich. Die große Mehrzahl der Versammlung entschied jedoch mit Wort und Hand für die Republik. Sogleich haben die Professoren der hiesigen Universität, gestützt auf einen großen Theil der vermöglichen Bürgerschaft gegen jene Beschlußnahme protestirt und sich für eine deutsche Gesammtregierung mit starken constitutionellen Gewalten (wie in England) und nach den traurigen Beispielen der Geschichte der französischen Republiken sich gegen diese Staatsform entschieden erklärt. (N. d. Allg. Ztg.)

K. Sachsen.

Das sächs. Staatsministerium: Dr. Braun, Dr. v. d. Pfordten, Georgi, Graf v. Holtzendorff, Oberländer, fordert unterm 27. März, da sich in einigen Landestheilen ein Geist der Bedrohung gegen Personen und Eigenthum erhebe, alle edlen und vaterländischen Bestrebungen im Lande zur Vereinigung auf, um Ruhe und Ordnung zu erhalten, die Arbeit zu fördern, die Aufregung zu stillen, Mißverständnisse zu beseitigen und dem Gesetz seine Geltung zu bewahren, da Sachsens wichtige Erwerbsquellen: „Handel und Industrie“ nur unter Frieden und Ordnung fließen können.

Nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ übernachtete am 26. Fürst Metternich mit Gemahlin unter dem Namen eines Gutsbesitzers v. Meyer nebst Gemahlin und Dienerschaft aus Grätz in Dresden, um mit dem nächsten Zug über Magdeburg, Hamburg nach England zu gehen. (So sammeln sich alle schönen Geister des Jahrhunderts im Britenreich.)

Kurhessen.

Kassel, 25. März. Jordan wird außer seiner Stellung als Bundestagsgesandte, als Volksmann an der Revision der Bundesverfassung Theil nehmen. Es ward in der heutigen Sitzung als Abgeordneter der Städte des Schwalmstroms beeidigt, verkündete aber, wegen des Besuchs der Frankfurter Versammlung um Urlaub bitten zu müssen. Auch die Abgeordneten Henkel, Schwarzenberg und Bergk gehen dorthin.

Gr. Hessen.

Darmstadt, 25. März. Gestern berieth die II. Kammer den Antrag der Abgeordneten v. Gagern, Weinhei, Lehne und Frank, der den Bassermannschen auf ein deutsches Parlament aufgenommen und den selbstständigen für ein zeitweises Oberhaupt zugefügt. Minister v. Gagern gab selbst die Begründung; nach seiner Ueberzeugung ist die Monarchie die geeignete Regierungsform für die politischen und socialen Bedürfnisse Deutschlands. Bei der Abstimmung bejahte die Kammer einstimmig die Frage: ob sie den Antrag als durch die Erklärung des Ministers erledigt betrachte. (Schw. Mkr.)

Preußen.

Berlin, 26. März. Mit Begeisterung wird von allen Parteien hier die sichere Kunde begrüßt, daß Preußen der in Kiel errichteten deutschen Regierung von Schleswig-Holstein 16,000 unserer wackeren Krieger zur Verfügung gestellt hat. Die Zusage unseres Königs hat der Herzog von Holstein Augustenburg in Person mit nach seiner geliebten Heimat genommen. (A. Z.)

Berlin, 26. März. Eine Deputation der polnischen Emigration in Paris ist hier auf dem Schlosse eingetroffen und hat für 10,000 Polen, die sich in Frankreich bereits zu bewaffneten Corps organisirt, haben, einen Durchmarsch durch die preußischen Lande erbeten. Größere Garantien kann Preußen für die neue Nationalgestaltung Deutschlands nicht geben, als wenn es sich jetzt auch an die Spitze der polnischen Bewegung stellt, und dadurch jede Verbindung mit Rußland auf immer abschneidet. (D. A. Z.)

In Berlin hat sich die socialistisch-communistische Partei unter den HH. Georg Jung, Schramm, Julius Oppenheim in einer Versammlung unter den Zelten erhoben, ist aber mit ihrer Forderung eines octroirten Wahlgesetzes mit weitester Wählbarkeit und Wählerschaft nicht durchgedrungen.

Breslau, 23. März. Augenzeugen berichten uns, daß an unsrer oberschlesischen Grenze, in mittelbarer Nähe der dem Grafen Henkel v. Donnersmark gehörigen Herrschaft Simianowitz, bereits eine nicht unbedeutende Menge russischen Militärs aufgestellt sey, und daß namentlich viele Kosaken und Tscherkessen dort umher schwärmten. (Schles. Z.)

Schleswig-Holstein.

Die „Hamburger Börsenhalle“ veröffentlicht das nachstehende Schreiben des Königs von Preußen an den Herzog von Schleswig-Holstein-Augustenburg: „Durchlauchtigster Herzog. Auf Ew. Durchlaucht Schreiben vom heutigen Tage in Betreff des bedrohlichen Zustandes in den Herzogthümern Schleswig-Holstein eröffne ich Ihnen hiemit Folgendes: Ich habe mich der Wahrung der deutschen Sache für die Tage der Gefahr unterzogen, nicht um die Rechte anderer zu usurpiren, sondern um das Bestehende nach außen und im Inneren nach Kräften zu erhalten. Zu diesem bestehenden Rechte rechne ich dasjenige der Herzogthümer Schleswig-Holstein, welches in den die Rechte des Königreichs Danemark in keiner Weise verletzenden Sätzen ausgesprochen ist: 1) daß die Herzogthümer selbstständige Staaten sind, 2) daß sie fest mit einander verbundene Staaten sind, 3) daß der Mannsstamm in den Herzogthümern herrscht. In diesem Sinne habe ich mich bereits beim Bundestage erklärt, und bei diesen bestehenden Rechtsverhältnisse bin ich bereit, in Betracht des Bundesbeschlusses vom 17. Sept. 1846 die Herzogthümer Schleswig-Holstein gegen etwaige Uebergriffe und Angriffe mit den geeignetsten Mitteln zu schützen. Ich hoffe übrigens, daß der Nationalität der Herzogthümer keine ernstliche Gefahr droht, und bin entgegengesetzten Falls der festen Zuversicht, daß meine deutschen Bundesgenossen, gleich mir, zum Schutz derselben herbeieilen werden. Mit aufrichtiger Freundschaft verbleibe ich Ew. Durchlaucht freundwilliger Vetter, Friedrich Wilhelm. Berlin, den 24. März 1848.

Schleswig, 24. März. Der Prinz hat in Rendsburg erklärt, daß 10,000 Preußen bereit ständen zu Hilfe zu kommen, da eine Landung der Dänen erwartet wird, und daß schon ein Courier abgegangen die Hilfe zu erbitten. (A. Z.)

Schleswig, 24. März. Hier ward die provisorische Regierung von der allgemeinen Bürgerversammlung heute mit großem Jubel anerkannt, der Hardesvogt Jacobsen zum Dictator für die Stadt Schleswig bis auf weitere Verfügung der provisorischen Regierung ausgerufen. Der Dictator ernannte den Major v. Unzer, a. D., zum Stadtcommandanten. Die ganze Versammlung begab sich dann zum Obrist v. Renouard, Commandeur des Jägerbataillons, und zum Obrist v. Holstein, Commandeur des Dragonerregiments, und erhielt die Versicherung, daß Seitens des Militärs nichts gegen die Bürger geschehen solle. Die Dragoner begrüßten sogar die aushängenden deutschen Fahnen mit Hurrah, und riefen: „Hoch Schleswig-Holstein!“ Die Bürger sind bewaffnet, die dänisch gesinnten Officiere haben Abschied genommen, und die Jugend aus allen Ständen strömt zum Freicorps und begehrt Waffen. (N. D. A. Z.)

Unser Kieler Correspondent meldet uns unter'm 25. März: „Zunächst wird jetzt, wie verlautet, nach Fridericia (jütisch) marschirt werden, wo das meiste schleswig-holsteinische Militär liegt, das man von dort herbeiziehen will. (C. v. u. f. D.)

Kiel, 25. März, Mittags 2 Uhr. Schleswig ist sogleich übergegangen; Altona hat sich mit dem größten Jubel für die provisorische Regierung erklärt; von allen Seiten strömen Beitrittserklärungen zusammen nach Rendsburg, die Glückstädter Garnison war schon gestern auf der Eisenbahn in Rendsburg angelangt; es ist bis jetzt kein einziger Mann und keine einzige Behörde gegen diese ebenso rasch als entscheidende Umwälzung auf-

Digitized by Google

gestanden. Immer klarer wird es, daß man die ganze Bewegung als eine rein deutsche ansieht. Die deutschen Farben und Fahnen erscheinen überall; ja die schleswig-holsteinischen Farben sind vor ihnen gänzlich verschwunden. Das ganze Land hat sich bewaffnet. Das einzig Bedenkliche ist die Lage unserer vollkommen offenen Seestädte. Wir haben keine Kriegsschiffe. Der Prinz v. Augustenburg hat alle Truppen in Rendsburg concentrirt; dem Vernehmen nach ist derselbe jetzt mit den Kieler Studenten- und Turner-Compagnien auf Flensburg marschirt. In Neumünster haben einige Excesse gegen dänisch gesinnte stattgefunden; man spricht von drei bekannten Häusern die demolirt sind. Es hat uns mit wahrer Freude erfüllt, daß die Hamburger sogleich bei dem Beginn uns erklärt haben daß sie uns 1200 Mann Infanterie, 150 Mann Scharfschützen und 150 Mann Cavallerie zur freien Verfügung stellen. (A. Z.)

Kieler Bahnhof, 26. März, Morgens 7 Uhr.) Die nach Kopenhagen gesandte Deputation ist gelandet. Olshausen hielt vor den aufgestellten Compagnien der Bürgergarde eine Rede: daß die Sendung eine vergebliche gewesen und die Rechte der Herzogthümer nicht gütlich sind gewährt worden. (S. die gestern mitgetheilte Antwort des Königs an die Deputation.) (Nachschrift. 7½ Uhr.) Auf dem Markte ward dem Volke ein ausführlicher Bericht von der Deputation vorgetragen. Der abgehende Bahnzug ist bisher aufgehalten worden, da ein Extrazug nach Rendsburg gehen soll.

Rendsburg, 24. März 4 Uhr. Die Festung ist heute Abend gegen jeden Angriff einer feindlichen Macht in vollkommene Sicherheit gesetzt, die exponirten Bastionen sind mit Kanonen befahren. Leichte Truppen, unter ihnen das Studenten- und Kieler Turnercorps verlassen, wie es heißt, noch heute Abend die Festung in der Richtung nach Norden. Der Oberstlieutenant Fabricius ist heute nach Itzehoe abgegangen, mit dem Befehl, das dortige Dragonerregiment hierher zu führen. Apenrade hat den Umschwung mit Jubel begrüßt. Abends 6 Uhr. Heute Nachmittag traf unerwartet Se. Durchl. der Herzog von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg hieselbst mit einem Extrazuge ein und wurde vom herzugeeilten Volke mit Jubel empfangen. (Alt. Mkr.)

Dem Gerüchte nach wäre auch schon in Flensburg die provisorische Regierung proclamirt. Von den Schleswigern ist eine Partie von 600 Flinten die das Haus A. Christiansen in Flensburg zur Verladung nach einem überseeischen Platze kommen ließ, bei Holligbeck angehalten und nach Schleswig zurückgebracht worden.

Von der Weser, 25. März. Ein deutscher Fürst, Prinz Friedrich zu Schleswig-Holstein, hat sich an die Spitze seines Volkes gestellt, der erste deutsche Fürst, der in freien Thaten zahlt. Das Kieler Jägercorps ist zur provisorischen Regierung übergetreten und mit den Studenten nach Rendsburg marschirt. Der Oberpräsident in Altona, die höchste Landesbehörde, hat die provisorische Regierung anerkannt. Hier (in Bremen) ist die Theilnahme, der Jubel über die endliche Entscheidung unglaublich. Die Befestigung von Flensburg und Kiel's Hafen ist jetzt das Hauptaugenmerk, da es die Angriffspuncte für den Kampf sind, und Deutschland keine Flotte hat. (A. Z.)

Mecklenburg.

Der Großherzog von Schwerin hat sich nun endlich auch an die Bewegung angeschlossen und Volksvertretung beim Bundestag, constitutionelle Verfassung, öffentliches Gerichtsverfahren (der Schwurgerichte geschieht keine Erwähnung) u. dgl. zugesagt.

Freie Städte.

Frankfurt, 27. März. Die gesetzgebende Versammlung hat heute ein Gesetz wegen Wiederherstellung des durch Bundesbeschluß von 1832 beschränkten Associationsrechts genehmigt. Oeffentliche Versammlungen und Vereine bedürfen nicht mehr der vorgängigen Erlaubniß, sondern nur der Anzeige bei der Behörde; gegen Schließung und Unterdrückung von Vereinen ist der Recurs an die Gerichte gestattet. (A. Z.)

Oesterreich.

Wien, 26. März. Der „Oesterreichische Beobachter" wird mit Ende dieses Monats aufhören. An seiner Stelle erscheint eine „Oesterreichische Zeitung", getragen von denselben Mitteln, aber erweitert und in einem der heutigen Zeit angemessenen Geist redigirt. Hr. v. Schwarzer, der bisherige Redacteur des Journal des „Oesterreichischen Lloyd" in Triest, ein gesinnungstüchtiger, praktischer, kenntnißreicher Mann, der namentlich die österreichischen Verhältnisse von Grund aus kennt, und eine äußerst gewandte und gediegene Feder führt, übernimmt vom 1. April an die Redaction an der Stelle des Hrn. v. Pilat, der sich in den Ruhestand begibt. Im Personal der Staatskanzlei ist mit dem Rücktritt des Fürsten Metternich, von dem bereits kaum mehr gesprochen wird — sein gegenwärtiger Aufenthalt scheint geheim gehalten zu werden — keine wesentliche Veränderung vorgegangen. Jarke, Clemens v. Hügel, Hurter &c. verblieben in ihren Aemtern. Die kläglichsten Gesichter aber die ungeheure, vor wenigen Wochen selbst von den scharfsinnigsten Beobachtern nicht geahnete Aenderung der Dinge, schneiden die Flüchtlinge des Sonderbundes, der Ex-Verhörrichter Ammann, die HH. Arnold, Bernhard Meyer aus Luzern &c., welche jeden Abend in einem hiesigen Bierhause mit den conservativsten Schweizern sich versammeln, die Hoffnung der Heimkehr fast verloren haben, und an den Untergang der Welt glauben, seitdem selbst Oesterreichs Kaiserstadt, bisher das starke Bollwerk, die letzte Zufluchtsstätte ihres überall geschlagenen Princips, gegen dasselbe mit den Waffen protestirt hat. (A. Z.)

Wien, 26. März. Aus Preßburg ist gestern Abend eine Anzahl Juden, welche von dort vertrieben worden, hier angekommen. Die Flüchtlinge fanden keine Nachtherberge, da man sie nirgends aufnehmen wollte. Ganz erschöpft mußten sie im Prater unter freiem Himmel diese Nacht zubringen. (A. Z.)

Wien, 27. März. Graf v. Münch-Bellinghausen, Präsidial-Bundestagsgesandter, wurde in Ruhestand versetzt; an seine Stelle wäre nach der „Wiener Zeitung" Graf v. Colloredo-Wallsee ernannt. — Der Gouverneur von Venedig, Graf Palffy, ist gestern hier angekommen.

Botzen, 21. März. Gestern Nachmittag wurde die Ruhe in Trient durch herangezogene Bauern der Umgegend und zusammengerottete Haufen der niedern Volksclassen noch ernstlich gestört, aber auf Einschreiten der im Durchmarsch begriffenen Chevauxlegers, wenn gleich nicht ohne Blut, bald wieder hergestellt. Auch aus Roveredo wird von einem Gassentumult gegen die Finanzwache berichtet. In diesen beiden welschen Kreisen Tirols soll man eine Vereinigung mit dem lombardisch-venezianischen Königreich wünschen. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Nach der „Wiener Zeitung", welche die italienischen Ereignisse tief beklagt, regten sich in Ungarn republikanische Strebungen.

Preßburg, 22. März. Wegen der Gefährdung des Eigenthums und der öffentlichen Sicherheit durch hiesiges und fremdes Gesindel in den letzten Tagen wurden von der Ständetafel die energischesten Maßregeln getroffen und das Standrecht verkündigt. Seitdem ist die Ruhe in der Stadt nicht mehr gestört worden. — Aus Pesth vernimmt man, daß in der dort am 19. abgehaltenen Generalcongregation des Comitats beschlossen worden, daß im Pesther Comitate fortan nicht nur die Stimmen des Adels, sondern aller Einwohner bei den Wahlen gezählt werden sollen. Dadurch ist die bisherige Feudalverfassung der Comitate mit einem Schlage vernichtet. (A. Z.)

Italien.

Die „Gazzetta Piemontese" vom 24. März enthält folgende Proclamation: „Wir Karl Albert, von Gottes Gnaden König von Sardinien u. s. w. Völker der Lombardei und von Venedig! Die Geschicke Italiens reifen; glücklichere Loose lächeln jetzt den unerschrockenen Vertheidigern niedergetretener Rechte. Aus Stammesliebe, aus Verständniß der Zeiten, in der Gemeinsamkeit unserer Wünsche vereinigen wir uns zuerst mit jener einhelligen Bewunderung die Euch Italien zollt. Völker der Lombardei und von Venedig! Unsere Waffen, welche sich schon an eurer Grenze versammelten, als ihr die Befreiung des glorreichen Mailands vorwegnahmet, kommen jetzt; um euch in den weiteren Prüfungen die Hülfe zu leisten, welche der Bruder vom Bruder, vom Freunde der Freund erwartet. Wir werden eure gerechten Bestrebungen unterstützen, vertrauend auf den Beistand jenes Gottes, der sichtbarlich mit uns ist, jenes Gottes der Italien Pius IX. geschenkt hat, jenes Gottes, der mit so wunderbaren Antrieben Italien in den Stand gesetzt hat, selbst für sich zu handeln. Und um euch noch weiter durch äußere Zeichen die Gesinnung der italienischen Einigung darzulegen, wollen wir daß unsere Truppen, indem sie in das lombardisch-venezianische Gebiet einrücken, den Wappenschild Sardiniens auf der dreifarbigen italienischen Fahne führen. Turin, den 23. März. Karl Albert." Angehängt ist folgendes: Im heutigen Conferenzrath hat Se. Majestät nach Vernehmung Seiner Minister beschlossen: 1) die alsbaldige Berufung der zwei rückständigen Classen zu den Waffen, behufs der Vervollständigung des activen Heers; 2) den Abmarsch, oder die schleunige Inmarschsetzung nach der Grenze, der verschiedenen Infanterie-, Cavallerie- und Artillerie-Regimenter; 3) die Annahme der edelmüthigen Anerbietungen von Privaten an Pferden, Fahrzeug, Rüstzeug, Proviant u. dgl. für die Soldaten des königl. Heers; die Aufforderung an das Reserveheer sich bereit zu halten für den ersten Aufruf; 5) die Eröffnung einer freiwilligen und zeitweiligen Nationalanleihe von 15 Millionen Lire zu 5 pCt.; 5) die Namen der Anbietenden werden in den Zeitungen bekannt gemacht werden." Folgen entsprechende Tagesbefehle des Kriegs- und Marineministers.

Turin. „Il Risorgimento" vom 25. März Abends meldet, daß König Karl Albert von Turin abgereist sey, um sich persönlich an die Spitze seines in die Lombardei einrückenden Heeres zu stellen, dessen Stärke zu 40,000 Mann angegeben wird. Viele aufgelöste Corps Oesterreicher sollen bei Novara die sardinische Grenze überschritten, und sich auf Discretion ergeben haben. — In Rom wurde das österreichische Gesandtenhotel insultirt.

Genua, 22. März. Der „Corriere Mercantile" berichtet heute von einem in Turin abgehaltenen Ministerrath, in welchem das Oesterreich gegenüber zu beobachtende Verfahren besprochen und beschlossen worden sey, an dasselbe eine Note zu richten durch die es aufgefordert werde, Parma, Modena, Ferrara und Comacchio unverzüglich zu räumen, jede Feindseligkeit gegen die lombardischen Bevölkerungen einzustellen, widrigenfalls Sardinien mit bewaffneter Hand einschreiten würde. Die Vertreter Englands und Frankreichs sollen dieser Ministerconferenz beigewohnt, ihr Einverständniß mit den Absichten der sardinischen Regierung ausgesprochen, und für den Fall der Noth moralische und materielle Unterstützung in größter Ausdehnung zugesagt haben. In Parma hat das Volk am 20. gleichfalls losgeschlagen. Nach vierstündigem Kampfe war es Herr der Stadt; der Herzog dankte ab, nachdem er eine Regentschaft von fünf Männern aus dem Volke eingesetzt hatte, und zog sich mit den deutschen Truppen in die Lombardei zurück. Carrara hat die Oesterreicher verjagt, Piacenza und Reggio sollen im Aufstande seyn. Den 22. hat die sardinische Armee die Grenze überschritten und die Feindseligkeiten eröffnet(?). (A. Z.)

Genua, 24. März. Gestern Nachmittags gegen 3 Uhr erschien ein lärmender Haufe Volks unter Anführung eines wohlbekannten hiesigen Advocaten und Volkstribunen, vor dem Hause des österreichischen Generalconsuls, wo unter wüthendem Geschrei von Morte all' Austria! das Wappen aus der Mauer gerissen, die Fensterscheiben zerschmettert und die Schrift an der Amtsthür mit Koth beschmissen wurde. Unter wildem Jubel wurde das Wappen nun durch die Stadt getragen und zuletzt nach der Portoria geschleppt wo es auf dem geschichtlich bekannten Mortaio-Steine den Flammen übergeben wurde. So eben ist ein Courier des Handelsstandes von Pavia hier angelangt. Nach seinen Berichten haben noch keine regelmäßigen piemontesischen Truppen das lombardische Gebiet betreten. Pavia ist in den Händen der Insurgenten und der zahlreichen Freiwilligen. Zweihundert Freiwillige von Sarzana langten gestern hier an, und forderten Flinten, um sofort nach Pavia und Mailand zu ziehen. Der Befehl zur Verabreichung derselben wurde ausgestellt, so daß schon um 11 Uhr eine Compagnie dieser Freiwilligen nach Pavia abmarschirte. In Pontremoli hat man die modenesischen Behörden vertrieben und die sardinische Fahne und Cocarde aufgesteckt. Alle Freiwilligen welche den Tessin überschreiten wollen, müssen sich erst durch einen Eid für Karl Albert und die Constitution erklären.

(A. Z.)

In Venedig hatte sich (nach Briefen aus Triest vom 26. März) ein eigenes Ministerium gebildet, in welchem Manin und Tommaseo saßen, jener für das Innere, dieser für den öffentlichen Unterricht. Das ganze Seearsenal ist den Siegern überlassen. Am 22. war Padua noch in den Händen der Oesterreicher. Friaul

hatte sich bis auf Palmanuova der Erhebung von Venedig angeschlossen. (A. Z.)

Triest, 25. März. Thatsache ist, daß Udine und Treviso die tricolore Fahne aufgezogen, und sich der Bewegung in Venedig angeschlossen haben. Die Festung Palma nuova soll auf kurze Zeit in den Händen des Volks gewesen, jetzt aber wieder vom Militär besetzt seyn. Istrien hat sich für Triest erklärt. (A. Z.)

Nach der „Mailänder Zeitung" vom 25. März waren die Thore von Mailand am 24. wieder geöffnet, und die Postverbindungen sollten sofort wieder in regelmäßigen Gang kommen. Die Oesterreicher führten 17 angesehene Mailänder als Geiseln mit fort. Alle Erlasse der provisorischen Regierung athmen Siegeszuversicht. Die ganze Lombardei und das anstoßende venetianische Gebiet waren hiernach in Aufstand, und Tausende von Freiwilligen zogen von allen Seiten heran; die Vorposten des piemontesischen Heeres aber hatten den Ticino überschritten, und standen bei Magenta. Von Livorno waren angeblich 3000 Mann Truppen und Freiwillige nach Parma und Modena unterwegs, und 7000 Bolognesen waren in letzter Stadt eingerückt. Die Festung Pizzighettone soll übergegangen seyn. Ein Erlaß der provisorischen Regierung erklärt es für unnöthig, ihren neuernannten oder bestätigten Beamten den Eid abzunehmen, weil ja Treue für Vaterland und Freiheit sich von selbst verstehe. Der Salzpreis ist auf 25 Centesimi das Kilogramm vermindert; alle politischen Processe niedergeschlagen, alle Strafen wegen fiscalischer Uebertretungen nachgelassen.

Chur, 27. März. Nach übereinstimmenden Berichten ist Feldmarschall Radetzki noch nicht gefangen, obwohl für seine Einbringung die Summe von 100,000 Lire versprochen wird. Er hat mit einer Colonne den Weg über Crema nach Mantua und Verona eingeschlagen. Als Beweis dafür wie allgemein die Begeisterung für den Unabhängigkeitskampf gewesen, wird namentlich berichtet daß in Lecco eine gewisse Lucia Martella sich mit 15 andern Weibern bewaffnet in die Reihen stellte, um mit nach Mailand zu ziehen. Die provisorische Regierung von Como hat durch eine heute eingetroffene Depesche um die Bewilligung nachgesucht 800 gefangene Croaten durch unsern Kanton nach den Vorarlberg passiren zu lassen. Sie wurde unter den nöthigen Bedingungen für die Sicherheit des Landes gewährt. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 27. März.

Bezüglich des Decrets, welches die Wahlen der Nationalgarde bis zum 5. April vertagt, werden nun nach Beschluß der provisorischen Regierung die allgemeinen Wahlen der Volksvertreter Sonntag den 23. April und die Nationalversammlung wird demgemäß am 4. Mai zusammentreten. — Ferner ist durch Beschluß der provisorischen Regierung die Commission, welche die Schuldentilgungs- und Depositencasse zu überwachen hatte, aufgelöst und deren Geschäfte gehören fortan in den Bereich des Finanzministers. — Unter dem Namen gardiens de Paris hat die provisorische Regierung eine Sicherheitspolizei (corps d'agens speciaux, policemen) in's Leben gerufen.

Die Regierung hat jetzt die zu Gunsten der Bank von Frankreich ergriffene Maßregel auf die Provincial-Banken ausgedehnt. Bis auf weiteres sollen auch die Noten der letztern von öffentlichen und Privatcassen als gesetzliche Münze angenommen werden, und diese Banken der Verbindlichkeit enthoben seyn, ihre Noten gegen baares Geld einzuwechseln. Doch soll die Notenausgebung derselben gewisse Grenzen nicht überschreiten, nämlich bei der Bank von Lyon 20 Mill., bei der von Rouen 15, in Bordeaux 22, in Nantes 6, in Lille 5, in Marseille 20, in Havre 6, in Toulouse 5 und in Orleans 3 Mill.

Gestern waren die Polen in einem ungeheuern Zug auf das Stadthaus gezogen. Lamartine sprach seine innigste Theilnahme für die Befreiung Polens aus, wies aber bezüglich einer thatsächlichen Hilfe auf die Grundsätze der Unparteilichkeit der äußern Politik der Republik hin. — Auch ein zweiter Zug, Deutsche unter Herwegh, brachte der provisorischen Regierung Dank.

Im Invalidenhôtel hat der Geist der Unruhe gespuckt. Der Commandant, General Petit, der ruhmgekrönten Veteran, ward vertrieben doch am 24. feierlich auf Befehl der provisorischen Regierung in seinen Posten wieder eingesetzt.

1900 brodlose belgische Arbeiter sind aus Paris in ihre Heimath auf der Nordbahn zurückgekehrt.

Börse.

Frankfurt, 28. März. Metall. 5pCt. 75; 4pCt. —; 3pCt. —; Bankactien 1325; Taunus-Eisenbahn-Actien 288; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 37; bayer. Ludwigs-Bexbacher-Eisenbahn 53; bayer. Ludwigs-Canal —.

Wien, 27. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 70; zu 4pCt. in CM. —; zu 3pCt. in CM. 36; Bankactien per Stück 1100; Nordbahn 77.

Amsterdam, 23. März. 2½pCt. 40; 3pCt. 46; 4pCt. 59¼; Synd. 3½pCt. 60; Handels-Maatschappy 133⅞; Ard. 7¼; port. 3pCt. 14; 5pCt. Metall. 63.

Paris, 25. März. 3pCt. 44 Fr. 50 C.; 5pCt. 64 Fr. 50 C.

London, 25. März. Consols 83¼.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Freitag, 31. März: „Ein rascher Entschluß und ein Jahr nach der Hochzeit." Lustspiel aus dem Französischen von A. Elz. Hierauf zum erstenmale: „Der Zauberfisch," große komische Zauberpantomime vom königl. württemberg. Hofballetmeister J. Fenzl. (Columbine: Dem. Aug. Fenzl; Hr. v. Purzel: Hr. Joh. Fenzl, und Lokerl: Franz Fenzl, als Gäste.)

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. v. Schlengenberg v. Regensburg; Bebiwsky, Gutsbesitzer aus Ungarn.

Gold. Hirsch. HH. Rauch, Landarzt v. Augsburg; Child, Privatier aus England.

Hotel Maulik. HH. v. Muralt, Gutsbesitzer v. Zürich; Hartmann, Privatier v. Luzern.

Gold. Hahn. HH. Brown, Gutsbesitzer aus Rußland; Maul, Forstkandidat v. Eichstädt.

Blaue Traube. HH. Dyck, Ingenieur v. Nürnberg; Frich, Gutsbesitzer v. Dürkheim; v. Schmaus und Leidlein, Studenten v. Hohenheim.

Gestorbene in München.

Maria Moser, Büchsenmacherstochter v. Baireuth, 21 J. alt; Rosalia Dimmler, k. Hofmusikerswittwe v. h., 63 J. alt; Franziska Seehofer, b. Gürtlersfrau v. h., 50 J. alt.

Edictalladung.

2333. (3c) Nachdem nunmehr durch oberrichterliches Erkenntniß d. d. 1. praes. 28. vor. Mts. die Eröffnung des Universal-Concurses über den Rücklaß des dahier verlebten rechtskundigen Bürgermeisters Karl Lorber rechtskräftig feststeht, so werden hiemit nachstehende Edictstage festgesetzt.

I.

Zur Anmeldung und Nachweisung der Forderungen auf
Donnerstag den 4. Mai l. Js. Vormittags 9 Uhr.

II.

Zur Vorbringung der Einreden auf
Montag den 5. Juni l. Js.

III.

Zur Abgabe der Repliken auf
Mittwoch den 5. Juli l. Js.

IV.

und zur Abgabe der Dupliken auf
Mittwoch den 19. Juli l. Js.

Hiezu werden sämmtliche Gläubiger mit dem Anhang vorgeladen, daß das Nichterscheinen am ersten Edictstage den Ausschluß der Forderungen von der gegenwärtigen Concurs-Massa, das Nichterscheinen an den übrigen Edictstagen aber den Ausschluß mit den treffenden Handlungen nach sich zieht.

Schlüßlich wird bemerkt, daß das gesammte Activvermögen, excl. der von der Frau Wittwe als Eigenthum in Anspruch genommenen Mobilien, in circa 1000 fl. — kr. besteht, daß sich jedoch der Passivstand auf circa 69,700 fl. incl. der Heirathgutsansprüche der Wittwe beläuft.

Am 7. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht Landshut.

Der königl. Director:
Leienbecker.

Wieland, Acc.

2342. (2b) Unterzeichneter wird von heute an die Ehre haben, im königlichen Odeon einen von ihm aus Holz gefertigten **Miniaturpalast nebst Kapelle** zur Ansicht auszustellen, und ladet dazu einen hiesigen hohen Adel und verehrtes Publikum ganz ergebenst ein. Entrée à Person 12 kr. Kinder die Hälfte. Standespersonen nach Belieben.

München, am 25. März 1848

Konrad Adam Schaller,
Kunstschreiner von Fürth.

2344. (3b)

An den verehrlichen Handelsstand.

Endesgefertigter beabsichtiget Commissionslager seiner

Galvano-electrischen Rheumatismus-Ketten

unter günstigen Bedingungen zu errichten. Diese **Rheumatismus-Ketten** (ein von den sogenannten „**Rheumatismus-Ableitern**" oder „**Amuletten**" **ganz verschiedenes Fabrikat**) sind keine Charlatanerie, es beruht vielmehr deren heilkräftige Wirksamkeit auf den **einfachsten chemisch-physikalischen** Grundsätzen, was auch bereits von den renommirtesten Aerzten und Chemikern neuerer Zeit rühmlichst anerkannt **worden. Da sich nun** die Heilkraft und Wirksamkeit meiner **Galvanischen Ketten** allerwärts, wo sie bekannt werden, **schnell** und **sicher** zeigt, so **findet auch überall** ein **wesentlicher Absatz** derselben statt. **Solide Geschäftsleute,** welche nun ein Depot meines Fabrikats ohne alles **Risiko übernehmen wollen,** belieben sich diesfalls baldigst in portofreien Briefen an mich zu wenden und da gleichzeitig der Kürze wegen anzugeben, **welche Blätter und Zeitschriften** in Ihrem Orte am meisten gelesen werden; bemerken muß ich jedoch im Voraus, daß für jeden Platz und resp. **dessen Umgegend nur Einem** der Debit gewährt werden kann.

J. T. GOLDBERGER in TARNOWITZ, im Oberschlesischen Bergbezirk.

Fabrik von electro-magnetischen Apparaten.

Digitized by Google

Nr. 83.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kn. bei-Gasse Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Auf das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige [illegible] lich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. [illegible], im III. Rayon 8 fl. 24 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum nach zu 4 kr. [illegible]

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend — XLIX. Jahrgang. — 1. April 1848.

Deutschland.

Bayern.

Landtag.

München, 31. März. Bei der heute stattgefundenen Wahl zu der II. Secretärsstelle der Kammer der Abgeordneten wurde im ersten Scrutinium unter 106 Stimmenden (Majorität 54) gewählt: Hr. Abg. Dr. Kolb, Gottfried, Bürgermeister, mit 76 Stimmen.

München, 1. April. (Tagesordnung für die 3. auf heute um 9 Uhr angesetzte öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) 1. Verlesung des Protokolls der 2. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntmachung der Eingaben. — 3. Vortrag des Hrn. I. Secretärs, die Stellung des ständischen Archivs den königl. Stellen gegenüber, und dessen Verpflichtung zur Aushändigung von Acten betr. Berathung und Beschlußfassung hierüber.

---

*† München, 1. April. Zur Feier der Thronbesteigung Sr. Maj. des Königs Maximilian II. werden kommenden Montag in den Vorstädten, im Prater, und Ottosaal in der Au, die Armen ausgespeist und mit Geld beschenkt werden. Ein Liebeswerk, wozu bereits in der Hauptstadt der Anfang gemacht worden ist.

Bamberg, 26. März. In Folge Commandantschaftsordre rückte heute Vormittags das hiesige Landwehrbataillon, über 600 Mann stark, auf den Marktplatz aus, wo dasselbe den Huldigungseid für den neuen Monarchen leisten sollte. Allein nachdem das Quarré formirt war, und der Moment beginnen sollte, traten drei Mann in die Mitte des Quarrés und erklärten frei und offen daß sie erst dann dem neuen Thronfolger huldigen würden, wenn des bayerischen Volkes gerechte Forderungen sämmtlich erfüllt seyen. Die übrige Mannschaft stimmte ihnen sofort in Masse bei, und als Resultat ergab sich daß wohl die meisten Officiere des Bataillons, aber nur ungefähr 25 Landwehrsoldaten schwuren, die übrige Mannschaft sich aber der Ableistung des Huldigungseides zur Zeit entschlug, und dann in aller Ruhe den Platz verließ. So erzählt der „Fränkische Merkur“ das Factum.

Von Bamberg wurde der Anwalt Titus zu der Versammlung deutscher Abgeordneten nach Frankfurt gewählt.

Würzburg, 28. März. Heute fand auf dem Rathhaussaale eine Versammlung zur Wahl von Männern des Vertrauens statt, die nach Frankfurt zur Versammlung entsendet werden. Dieselbe fiel auf die HH. Appellationsgerichts-Rath Friedrich (gegenwärtig in Aschaffenburg), Wittmann und Schönecker von hier. Zugleich wurden diese Abgeordneten beauftragt, auf keine Republik, sondern auf ein Parlament mit Bundeshaupt, aber mit breitester constitutioneller Grundlage hinzuarbeiten. (N. Würzb. Z.)

Würzburg, 28. März. Zu der am 30. d. Mts. stattfindenden Versammlung deutscher Abgeordneten nach Frankfurt wurde soeben dahier auf dem Rathhaussaale der Dr. Juris Wittman gewählt, der sogleich in einer kraftvollen Rede sein politisches Glaubensbekenntniß erneuert abgelegt hat. Früher einer harten Prüfung wegen desselben unterworfen, haben schon damals selbst seine politischen Gegner ihm die höchste Ehrenhaftigkeit, die heißeste Liebe für das Volkswohl und das strengste Rechtsgefühl zuerkannt, auf welche Eigenschaften fußend, man diese Wahl getroffen hat. (D. Z.)

Speier, 26. März. Dem Vernehmen nach ist eine königl. Erklärung auf die von den Pfälzer Abgeordneten an Se. Majestät eingereichte Adresse bereits erfolgt. Es wird eine Erwägung aller einzelnen Puncte zugesichert und alle Forststrafen sind erlassen. — Die Mönche in Oggersheim haben diesen Ort verlassen. (F. J.)

Würtemberg.

Stuttgart, 27. März. Gegenwärtig herrscht hier im Lande die einmüthigste Stimmung hinsichtlich der kürzlichen Berliner Vorgänge und der Ansprüche die in Folge derselben erhoben sind — eine Stimmung, welche in den Hütten der entlegensten Dörfer ebenso entschieden ist, wie bei den Einwohnern der Hauptstadt. Dieß ergab sich gestern auf der ersten größeren Volksversammlung Würtembergs in Göppingen, wo etwa 3000 Menschen aller Classen sich eingefunden hatten, und die in geordneter Weise verlief. Die einzige heftige Aufregung auf derselben entstand durch den gestellten Antrag: ob der König von Preußen würdig sey für das Haupt des neuen deutschen Bundes erklärt zu werden. Das dabei erschallende einstimmige Nein war so heftig, daß der Tumult sich erst nach einer Viertelstunde wieder legte. Hierauf ward eine Adresse an die Einwohner Wiens und Berlins verfaßt, deren Ausdrücke gegen Friedrich Wilhelm IV. wegen seines Verfahrens an den Schlachttagen der heftigen und entschiedenen Stimmung des Augenblicks entsprachen. In anderer Weise gab sich dieselbe Stimmung in der heutigen Sitzung der Kammer kund. Der Präsident v. Wachter hatte den Präsidentenstuhl verlassen und die Motion gestellt, den Commissionsbericht der badischen Commission über die Umbildung der Bundesverfassung zu berathen um sich demselben anzuschließen — ein Antrag der übrigens nur eine Art Gespräch veranlaßte. Hiebei sagte Schweickhard: Er halte es für zweckmäßig, daß die Kammer ihre Meinung hinsichtlich der Ansprüche auf die Würde eines Bundesoberhauptes ausspreche, die von gewisser Seite her erhoben wurden. (Gelächter.) Redwitz: „Darüber sind wir einig ohne uns besprochen zu haben.“ Auch ließ es die Kammer hiebei bewenden. (A. Z.)

Stuttgart, 30. März. Obertribunalrath v. Sternberg ist gestern von seiner Sendung an mehrere deutsche Höfe zurückgekehrt. – Unter den von der Heidelberger-Commission nach Frankfurt Eingeladenen (Nichtmitgliedern der Ständekammern) ist auch Moriz Mohl (der Vorschläger eines erblichen deutschen Kaiserthums!!!)

Baden.

Karlsruhe, 29. März. Gestern ist Hr. Armand Lefebvre von der provisorischen Regierung zu Paris mit der Führung der gesandtschaftlichen Geschäfte dahier amtlich beauftragt, hier eingetroffen.

Freiburg, 26. März. Wir wissen aus sicherer Quelle, daß der hiesige Erzbischof, getrieben von einer bekannten Partei den gegenwärtigen Augenblick benutzen will, um sich vom Staate völlig unabhängig zu erklären, die Selbstverwaltung der Kirchengüter und der Pfarreien, und die Besetzung der letzteren zu verlangen. Wie wir hören, ist Geheimrath Hirscher von Karlsruhe hieher geeilt, um den Erzbischof auf das Gefährliche und Unheilvolle seines Beginnens aufmerksam zu machen. (Oberrh. Z.)

Gr. Hessen.

Darmstadt, 28. März. Nachstehend folgt der Hauptinhalt der Depeschen, welche der Minister Gagern gestern der zweiten Kammer vorgelegt hat: „der deutsche Freischaarenzug aus Paris beabsichtigt zunächst in Mannheim und Zweibrücken die deutsche Föderativrepublik zu proclamiren. Herwegh, Börnstein und Bornstedt leiten die Sache, ein polnischer General soll an die Spitze treten. Marx, an der Spitze der Communisten, ist noch von ihnen getrennt, wird sich aber mit ihnen vereinigen. Der §. 4 der Statuten des Vereins lautet wörtlich: Die vereinigten deutschen Demokraten bekennen sich zu dem Grundsatze: Alles für das Volk, Alles durch das Volk, und zu den Principien der im Sinne der praktischen Freiheit, Gleichheit und Bruderliebe begonnenen französischen Revolution, deren Verbreitung die Mitglieder sich angelegen lassen seyn werden. Die deutschen Gesandten, Hatzfeld (preußischer) und Apponyi (österreichischer) an der Spitze, haben in Paris Schritte gethan; Lamartine ist gegen das Unternehmen, die übrigen Mitglieder der Regierung dafür. Die Schaar will in drei Colonnen, über Metz, Straßburg und Basel anrücken; Emissäre sind vorausgeschickt. Die Comités in Polen haben ihre Mitwirkung zugesagt. Der erste Angriff soll von der Schweiz aus erfolgen. (A. Z.)

Mainz. In unserm „Wochenblatt“ liest man folgende, hier mit Begeisterung aufgenommene Erklärung: „Das Gerolle des Freiheitswagens erschüttert das Vaterland, Deutschlands Volk jauchzt, — die Donaustadt folgte dem schallenden Rufe der sturmvollen, ewig denkwürdigen Epoche. Darum jauchzen auch wir deutschen Artilleristen Oesterreichs in Mainz, und bringen ein Hoch unsern braven Waffenbrüdern in Wien, welche, die gerechte Forderung der Zeit anerkennend, dem Gelingen nicht hemmend entgegentraten. Freudig schütteln wir das Unfreie ab, und bieten den biedern freien Mainzern freien deutschen Gruß. — Die österreichische Artillerie.“ (K. Z.)

Preußen.

Der Minister des Innern, v. Auerswald warnt in einem Aufruf bezüglich der in Schlesien gegen Gutsherrschaften verübten Erpressungen der Bauern, sich seitens der Gutsherren nicht irre leiten zu lassen; die schuldigen Bauern werden den Criminalgerichten überwiesen und mit aller Gesetzesstrenge bestraft werden. — Nach einer Bekanntmachung des Cultusministers ist eine Commission niedergesetzt, um die in den östlichen Provinzen längst gewünschte Presbyterial- und Synodalverfassung in der evangelischen Kirche einzuführen.

Die „Allgemeine Preußische Zeitung“ schreibt: Hr. Camphausen sey nicht in Berlin angekommen; auch habe er die ihm angetragene Stellung im Finanzministerium nicht angenommen, da er in außerordentlicher Stellung augenblicklich dem Vaterlande nützlicher seyn könne; doch werde er unzweifelhaft die Regierung kräftig unterstützen.

Berlin, 27. März. Es ist hier folgende Bekanntmachung erschienen: In Veranlassung der jüngstverflossenen denkwürdigen Tage sind 1) sämmtliche Miethssteuerreste bis ult. December 1847, 2) alle bis zu demselben Zeitpuncte aufgelaufenen Rückstände an Schulgeldern für den Besuch städtischer Schulen, 3) alle in unserem Verwaltungsbereiche bis jetzt festgesetzten Strafgelder durch Communalbeschluß niedergeschlagen worden, was wir hiedurch zur Kenntniß des betheiligten Publicums bringen. Der Magistrat.

Dem „Nürnberger Correspondenten“ schreibt man aus Berlin, 25. März. Unsere Straßenecken sehen jetzt wie Zeitungen aus. Proclamation an Proclamation, Bekanntmachung an Bekanntmachung. Der Magistrat und

politische Clubbs führen jetzt das Regiment. Wir haben im strengsten Sinne des Wortes keine Regierung, und doch ist unser Zustand nichts weniger als ein anarchischer. Man hört von keiner Ruhestörung, von keiner Eigenthumsverletzung. Dagegen legt aber auch jeder Hand an, die Ordnung aufrecht zu erhalten und herzustellen. Alles ist bewaffnet; Professoren und die höchsten Beamten patrouilliren, thun Wachtdienste gemeinschaftlich mit ihren Schuhputzern. Die polnische Legion, die sich hier gebildet hat, erweist sich ganz besonders wacker; sie trägt bei ihrem Wachdienste ihr nationales Abzeichen.

Nachträglich liefern wir den Lesern eine vollständige Beschreibung der Bestattung der **Berliner Freiheitsopfer**. Am 22. März fand das feierliche Leichenbegängniß der in dem Kampfe vom 18. zum 19. März gefallenen Bürger statt. Um halb 2 Uhr erfolgte die kirchliche Feierlichkeit, worauf von der neuen Kirche aus der Leichenzug durch die Charlottenstraße, die Linden hinauf über die Schloßbrücke, um das Schloß herum über die lange Brücke, durch die Königs- und Landsbergerstraße nach der höchsten Höhe des Friedrichshains sich in Bewegung setzte. Die ganze Stadt war mit deutschen Fahnen geschmückt; kein Haus, aus welchem nicht einige Fahnen wehten, kein Staatsgebäude, auf welchem sie nicht aufgepflanzt war. Neben der deutschen Fahne auf dem Schlosse prangten auf dessen vier Ecken schwarze Trauerfahnen, ebenso wehte auf dem Palast des hochseligen Königs die Trauerfahne neben der schwarz-roth-goldenen, auf den Ministerien und auf allen Thürmen. Die Statuen unserer Helden, Scharnhorst, Blücher und Bülow, waren mit deutschen Fahnen geschmückt. Eine Abtheilung des Handwerkervereins hatte von der Charlottenstraße ab bis zum Schlosse das Spalier gezogen, weiterhin standen bewaffnete Bürger. Es war ein schöner sonniger Märztag, schön wie ein Tag im Mai, und es möchte wohl wenige Einwohner Berlins gegeben haben, welche, wo nicht im Zuge selbst, doch als Zuschauer sich eingefunden hatten. Berlin hat etwas Aehnliches noch nicht gesehen. Es war ein Zug von 187 Särgen, mit mehreren Hunderten von Fahnen, geleitet von wenigstens zwanzigtausend bewaffneten und unbewaffneten Bürgern, Studenten, Handwerkern, Beamten, Künstlern, Gelehrten, Lehrern und Schülern, Arbeitern, durchgängig in schwarzer Kleidung mit der deutschen Cocarde am Hut, bis auf vier Officiere und Unterofficiere, in Uniform mit Trauerflor, und einige Barricadenkämpfer in derselben Kleidung, in welcher sie auf den Barricaden gestanden. Mehrere im Zuge trugen Arme in der Binde, oder hatten den Kopf wegen der Wunden, die sie erhalten, verbunden. Ergreifend war der Anblick der Abtheilung der Leidtragenden, der weinenden Eltern, Geschwister, Frauen und Kinder der Gefallenen. Man sah, daß die meisten den unbemittelten Ständen angehörten. Zwischen den Leidtragenden gingen tröstend die Seelsorger aller Bekenntnisse, die evangelischen, katholischen, christkatholischen und jüdischen Geistlichen, alle in der Amtstracht und in außerordentlicher Anzahl. Große Theilnahme erregten die Studenten. Unser ehrwürdiger Alexander von Humboldt und der Rector der Universität eröffneten diesen Zug der Professoren und Studirenden. Die ersteren waren in der Amtstracht, die letzteren trugen die Schläger, mit denen sie in der fürchterlichen Nacht die Führer des tapfer kämpfenden Volks geworden waren. Ferner blickte man mit Theilnahme auf die in militärischer Haltung und Bewaffnung einherschreitenden Mitglieder des Handwerkervereins und der zahlreichen Fabrikarbeiter, die fast alle hinter oder auf den Barricaden gestanden haben. Borsig selbst schritt seinem Zuge voran. Wir erwähnen ferner der Polen, welche unsern Schmerz ehrten, wie wir ihre Freude geehrt. Die zahlreichen, zum Theil bewaffneten, eigens hieher gekommenen Deputationen, die mannigfaltigsten Fahnen und Sinnbilder der Gewerke verliehen dem Zuge neben dem Waffenglanz ein besonderes Leben. Die verschiedenen Musikchöre der königl. Capelle, des königsstädtischen Theaters, des Hrn. Joseph Gungl u. s. w., spielten Chorale, meistentheils die Melodie: „Jesus meine Zuversicht" ausführend. In einzelnen Abtheilungen wurde das Lied auch gesungen. Es ging der Zug am Schlosse vorüber, wo Se. Maj. der König auf dem Balcon erschien, und die Särge, in ihren verschiedenen Abtheilungen ehrenvoll begrüßend, an sich vorüberziehen ließ, zum entsprechend decorirten Landsberger Thor hinaus bis an das gemeinschaftliche Grab, wo die Särge in einer im Viereck ausgeschaufelten großen Grube so aufgestellt waren, daß der gesammte Zug hindurchmarschiren konnte. Der Platz in der Mitte des Vierecks, mit einem Freiheitsbaum geschmückt, bleibt dem Denkmal vorbehalten. Der Zug, um 2 Uhr begonnen, schloß erst um 7 Uhr, nach Untergang der Sonne, und reichte wohl zweimal von seinem Ausgangspunct bis zum Begräbnißplatz. In dem Zuge sowohl als unter den Zuschauern herrschte die ruhigste, würdevollste Haltung. Auch nicht die mindeste Störung kam vor. Es herrschte eine fast lautlose Stille, und ungeachtet unübersehbare Volksmassen dem Zuge folgten, so wurde derselbe doch nicht im Mindesten bedrängt. Die oben erwähnten 187 bürgerlichen Leichen sind nicht die der sämmtlichen Gefallenen. Mehrere Familien haben ihre Angehörigen in ihren Erbbegräbnissen oder neben den Gräbern ihrer Angehörigen auf den Kirchhöfen beerdigen lassen. Man kann recht wohl 200 Todte der Bürger rechnen. Den Verlust des Militärs schätzt man auf das Doppelte. Der Trauerzug wurde in der Kirche vor dem Altar unter Führung des Bischofs Dr. Neander von den evangelischen Geistlichen unserer Stadt, welchen sich die vieler Nachbarstädte angeschlossen, empfangen. Die katholische und jüdische Geistlichkeit stand an den Kirchthüren. Der Choral „Jesus meine Zuversicht" wurde unter Orgelbegleitung angestimmt, worauf Geistliche und Leidtragende die Kirche verließen und zu den Särgen sich begaben. Diese standen frei auf einem in der Nacht errichteten, dem ernsten Zwecke gemäß verzierten Katafalk vor der Kirche. Fast jedem Sarg war ein Namenszettel angeheftet und darüber prangte ein frischer Kranz und eine Blumenspende. Den Leidtragenden waren Sträuße frischer Blumen verabreicht worden. Das kgl. Hofmarschallamt hatte dazu den Blumenschmuck der kgl. Gärten zur Verfügung gestellt. Mit diesem einfachen Schmucke versehen, standen die 187 Särge an der großen Freitreppe der neuen Kirche. Zuerst hielten hier der Prediger Sydow, dann der Obercaplan der katholischen Kirche, Ruland, schließlich der Rabbiner Dr. Sachs kurze Weihreden, worauf die Särge auf die Bahren gehoben, und diese sämmtlich getragen wurden. Etwa um 3½ Uhr setzte sich endlich der Trauerzug in Bewegung. Den Zug eröffnete eine kleine Abtheilung bewaffneter junger Leute, Gymnasiasten mit Gewehren und Säbeln, dann kam eine Abtheilung des Handwerkervereins, mit Säbeln bewaffnet, ein Trupp mit Gewehren bewaffneter Bürger, geführt von einem Fahnenträger; sechs berittene Bürger, Musiker und Sängerchor, ein Banner mit einer allegorischen Darstellung, von Bürgern begleitet, die Berliner Schützengilde, Deputationen der Potsdamer, Magdeburger und anderer Gilden, die schwarz-roth-goldene Fahne. Mädchen in Trauer, Kränze auf Sammetkissen tragend; 34 Särge, zu zwei und zwei getragen, von Marschällen geleitet, ein Zug mit Säbeln Bewaffneter; 6 Särge, ein Zug Trauermarschälle; 31 Särge, 4 uniformirte Schützen, ein Zug Bürger und Trauermarschälle, mehrere Gewerke mit den Fahnen und Insignien, 10 Särge, eine Abtheilung Bürger, mit Gewehren bewaffnet, 4 Särge, ein Musikcorps und ein Zug Trauermarschälle, ein Zug Italiener mit der grün-roth-weißen Nationalfahne, unter ihnen die Sänger der italienischen Oper, 1 Sarg, Trauermarschälle und Bürger; die polnische Legion, mit Säbeln bewaffnet; vor ihr her ward die polnische roth-weiße und die deutsche Fahne getragen; 2 Särge, ein Zug Trauermarschälle, Gewerke; 4 Särge, ein sehr langer Zug von Gewerken, 11 Särge, ein Zug Bürgerwehr; 6 Särge, Gewerke und zwischen ihnen 4 Scharfschützen, 4 deutsche Fahnen, ein Zug mit Säbeln und Gewehren Bewaffneter, ein Gewerk; die den Barricadenkämpfern des Frankfurter Thorbezirks gewidmete weiße Fahne mit einem Trauerrand; eine Abtheilung Bürger mit Gewehren; 23 Särge, eine Abtheilung Bürgerwehr, ein Musikcorps, ein Zug Gewerke; 13 Särge, ein von einer deutschen Fahne geführter Zug, 1 Sarg, 1 Gewerk; die Kaufmannschaft, voran zwei Marschälle mit der deutschen Fahne, denen ein Trupp Büchsenschützen folgte; 5 Särge, jeder einzelne von mehreren Marschällen geleitet, die junge Kaufmannschaft mit ihren Marschällen schloß sich an; dieser folgten 21 Särge, Gewerke, Musikcorps, ein langer Zug Bürger mit Marschällen, 6 Särge, eine kleine Abtheilung bewehrter Bürger, Gewerk mit Bannerträgern, ein Sarg, ein Gewerk, 5 Särge, ein Zug Bürger mit zwei deutschen Fahnen, ein Gewerk; ein umflorter Kindersarg, ein langer Zug Bürger, unter denen die Geistlichkeit aller Bekenntnisse, die Leidtragenden begleitend. Diesem Zuge schlossen sich an: der Rector und die Dekane der Universität in den Amtstrachten, die bewaffneten Studirenden, voran das Reichsbanner und die deutsche Fahne; eine Abtheilung des bewaffneten Handwerkervereins der Johannisstraße, ein Zug Marschälle, ein Zug Büchsenschützen, die Schriftsteller, welchen die deutsche Fahne vorausgetragen wurde, die Malmeneschen Knaben, ein Zug Bürger, die Abgeordneten auswärtiger Städte, voran die deutsche Fahne, unter welchen die Städte Charlottenburg, Spandau, Potsdam, Brandenburg, Stettin, Fürstenwalde, Breslau, Frankfurt, Magdeburg, Halberstadt, Braunschweig, Hamburg u. a. m.; der Magistrat und die Stadtverordneten mit den umflorten Amtszeigen, eine Trauerfahne, umgeben von Bürgerwehr, ein langer Zug der Bürgerwehr, zwischen denen abwechselnd bewaffnete Gymnasiasten, jedes Gymnasium mit eigener Fahne und Marschällen, die Communalbeamten; Musikcorps; der Präsident v. Minutoli, zahlreiche Trauermarschälle und Fahnenträger, Musikcorps, Gewerke, unter ihnen ein bekränzter Arbeiter in dem Arbeitskittel (Gustav Hesse, aus Halle) bei dessen Erscheinen die dienstthuende Bürgerwehren das Gewehr präsentirten und alle Häupter sich entblößten (Hesse hatte in der Nacht des 18. März besonders tapfer gefochten); die Borsigschen Arbeiter mit zwei deutschen Fahnen, ebenso die Egellsschen und Rudigerschen, die der Eisengießerei der Nation und die Siegelschen, ein Zug Gewerke, eine Abtheilung Bürgerwehr, ein mit zwei Pferden bespannter Leichenwagen, ein Zug Trauermarschälle, Gewerke; die Wöhlerschen und Weberschen Arbeiter, die Arbeiter der Nationalmaschinenbauanstalt in Moabit, Gewerke, ein Zug unbewehrter Handwerker. — Zwei und eine halbe Stunde währte es, bis der Zug sein Ziel erreichte. Auf der Höhe des Friedrichshains war ein Altar errichtet, und vor demselben auf hoher Säule ein Banner aufgepflanzt. Ein großes Grab nahm die 187 Särge auf. Als sie hinabgesenkt waren, hielt an der offenen, weiten Gruft der Prediger Sydow die Gedächtnißrede. Er erinnerte daran, was die Gefallenen erkämpft; wie sie die neue, freie Zeit herausgeführt, und die Sache der Freiheit mit ihrem Blute besiegelt. So hätten wir das jetzt erreicht, was 1813 begonnen worden, so gingen wir getrosten Muthes der Zukunft entgegen, und gedächten jetzt in Rührung und Dank der auf beiden Seiten Gefallen, welche für ihre Ueberzeugung pflichtgetreu gekämpft. Aus dem Grabe ertöne daher der Ruf: „Friede, Eintracht, Liebe!" Mit einem Gebet schloß die Rede. Nach der Rede sprach der Bischof Dr. Neander den Segen, worauf die Fahnen über die Gruft gesenkt und die Ehrensalven der Schützengilde gegeben wurden. Assessor Jung hielt hierauf eine Rede, womit die Feier beschlossen wurde. Die Gruft blieb unter dem Schutze der Bürgerwehr noch geöffnet. Viele stiegen hinab, um von den theuern Todten unsern heldenmüthigen Kämpfern den letzten Abschied zu nehmen. — Ehre und unvergänglicher Ruhm den Gefallenen!

Die Berliner „Spenersche Zeitung" theilt jetzt das Namensverzeichniß der am 18 und 19. in Berlin Gefallenen mit. Die Mehrzahl derselben, nemlich 101, gehören dem Gewerbstand an, größtentheils Gesellen; auffallend groß ist namentlich die Zahl der Tischlergesellen, deren es wohl über 30 sind. Als „Arbeitsmann" sind ungefähr 20 bezeichnet; ferner 5 Handlungscommis, 2 Studenten, 2 Regierungsreferendare, 6 Frauen 3 Knaben u. s. f. — Das Militär hat in der denkwürdigen Nacht 132 Officiere und 575 Gemeine auf dem Fleck verloren; Verwundete hat es gegen 1000.

In Berlin stehen sich jetzt die Parteien scharf gegenüber, schreibt die „Allgemeine Zeitung"; die liberalen Constitutionellen und ihre neuen Ueberläufer, welche wie alle Renegaten die Altgläubigen zu überbieten suchen, die Stockconservativen, die beleidigten Junkersoldaten, die Socialisten und Republicaner, und die friedlichen Philister, welche zum Schutz vor dem Popanz des Communismus gar zu gern wieder „Militärpolizei" obenauf als Ordnungshalter sähen.

Auch der berüchtigte **Hengstenberg** hat Berlin verlassen.

Die Breslauer haben alle Städte aufgefordert, schleunigst gegen den vereinigten Landtag für **neue allgemeine Wahlen** einzukommen. Im ganzen Rheinland wird für denselben Zweck agitirt.

Der bisherige Oberpräsident von Schlesien, Hr. v. Wedell, ist auf sein Ansuchen aus dem Staatsdienste

entlassen und der Graf York zum Commissär für die oberste Leitung der Civilverwaltung von Schlesien ernannt worden. — Auch der Oberpräsident v. Böttcher hat abgedankt.

Köln, 26. März. Dem Fürst Adam Chartoryski mit anderen berühmten Polen wurde bei der Durchreise von nahe 2000 Menschen die Theilnahme für Polens Wiederherstellung ausgesprochen. Die deutsche und polnische Fahne wehten dem Zug voran. — Jakob Venedey ist wieder hier. (Köln Z.)

Königsberg, 19. März. Für gewisse Fälle ist eine Volkscommission zusammengetreten. Rücken die Russen in die Provinz, so wird ein Volksaufstand organisirt seyn. (Brem. Z.)

Das durch königl. Cabinetsordre vom 7. März 1846 in der Provinz Posen und einen Theil der Provinz Preußen angeordnete Standrecht ist aufgehoben. — Zur Aufrechthaltung der Ordnung haben sich im Großherzogthum Posen ein deutsches und ein polnisches Comité in freundlicher Wechselwirkung gebildet.

Königsberg, 22. März. Hart an der Grenze soll ein russisches Armeecorps von 40,000 Mann stehen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Luxemburg.

Die luxemburgische Fahne (nicht die französische) weht von den Thürmen einer großen Anzahl Gemeinden. Ueberall ertönt der Ruf: Es lebe die Republik!

Schleswig-Holstein.

Kiel, 23. März Abends. Unsere provisorische Regierung hat den Prof. Droysen und den Dr. Ahlmann zu ihren Secretären ernannt. (A. M.)

Hannover.

Der König von Hannover hat die von Schleswig-Holstein durch Abordnung erbetene Hilfssendung von 6000 Mann Infanterie und einigen Batterien bewilligt. Am 28. gehen die ersten Truppen ab.

Freie Städte.

Frankfurt, 28. März. Von den 17 Männern des öffentlichen Vertrauens, die von der Bundesversammlung zum Beirath bei Revision der deutschen Bundesacte und Bundesverhältnisse erbeten worden, sind bereits hier eingetroffen: Professor Albrecht (einer der Göttinger Sieben) Bassermann, Jordan, Uhland, Heregenhahn, Dr. Langen und Rath v. Wangenheim, bisher zur Opposition gezähltes Mitglied der hannoverischen Ständeversammlung. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Am Abende des 28. ist Jordan in Frankfurt a/M. eingeholt von einem Festzuge eingezogen. — Noch an demselben Abend warf die Menge dem Grafen Dönhof die Fenster ein.

Frankfurt, 28. März. Die Bundesversammlung wählt eine Commission aus ihrer Mitte — darin Willich, Welcker, Jordan rc., welche an den Arbeiten des Parlaments Theil zu nehmen hat. (Mannh. J.)

Oesterreich.

Die „Wiener Zeitung" vom 25. März enthält folgende Antwort der deutschen Nation an den König von Preußen: „Ew. Majestät haben über dem Donner der Geschütze und dem Röcheln gemordeter Bürger das preußische Volk und die deutsche Nation angerufen. Das preußische Volk ist mündig und wird selbst antworten; die deutsche Nation hat nur eine Erwiederung, und sie wird gleich lauten aus allen Enden des Vaterlandes. Wie Ew. Majestät, so erinnert sich die deutsche Nation früherer königl. Worte an das preußische Volk, sie weiß auch, daß das Vertrauen Ew. Maj. nie zu Schanden wurde. Die deutsche Nation erinnert sich aber auch, daß jene Worte in den Tagen der Noth gegeben, von Ew. Majestät in den Tagen des Glückes vergessen und verläugnet worden sind! Die innere Gährung in Deutschland ist keine Gefahr für die deutsche Nation. Angriffe von außen drohen nicht, weil die Einigkeit der deutschen Völker der deutschen Nation überall Achtung verschafft hat. Ew. Majestät ist daher nicht gedrängt, die Leitung des deutschen Volkes zu übernehmen, ehe das deutsche Parlament entschieden hat. So lange das preußische Volk Ew. Majestät nicht verläßt, so lange stehen Ew. Majestät unter dem Schutze der ganzen deutschen Nation, denn das preußische Volk ist geachtet und geliebt von seinen deutschen Brüdern. Das Vertrauen aber, welches Ew. Majestät von der deutschen Nation erwarten ist nicht möglich. Ew. Majestät sind der einzige deutsche Fürst, der die längst zugesagte, längst verlangte Zurückgabe der unveräußerlichen Menschenrechte erst auf den Barrikaden seiner Hauptstadt, auf den Leichen seiner besten Bürger gewährte, unfreiwillig und nicht eher als bis der Thron wankte. Ew. Majestät sind auch der einzige deutsche Fürst, der keinen Minister hat, welcher für die Geschichte der letzten Decennien die Verantwortlichkeit von den königl. Schultern nähme. Die deutsche Nation hat daher Ew. Majestät kennen gelernt und vertraut ihr nicht. Ew. Majestät pflanzt mit blutiger Hand die deutschen Farben jetzt auf, die seit Jahren verfolgt wurden. Die Nation bebt vor diesem königl. Enthusiasmus zurück. Das preußische Volk hat nie aufgehört deutsch zu seyn, die deutsche Nation ist überrascht, daß Ew. Majestät erst jetzt den Beitritt erklären. Daß Organe der preußischen Stände an dem deutschen Landtage theilnehmen ist eine heilige Pflicht. Daß Ew. Majestät auch die Fürsten zur Theilnahme auffordern, darin erblickt die deutsche Nation dankbar, daß Ew. Majestät sich den fürstlichen Gefährten in allem anschließen will. Ew. Majestät haben recht, daß die auf diese Weise sich aus Fürsten und Ständen bildende deutsche gesetzgebende Versammlung in der gemeinsamen freien Berathung das Erforderliche beschließen müsse. Ew. Majestät wird aber erkennen, daß die Berathung nicht frei, daß die Macht jener Versammlung, von der Schutz des Vaterlandes und des Thrones verlangt wird, von vornherein gebrochen, daß auch die junge deutsche Verfassung an ihrem ersten Lebenstage von Ew. Majestät verletzt wäre, wenn das königl. „Ich" noch jetzt über die Bahn der Gesetzlichkeit sich erheben und der deutschen Nation sich selbst als den gemeinsamen Leiter aufdrängen wollte. Oesterreichs Fahnen haben die deutschen Farben auf ihren Feldern unter allen Stürmen bis heute bewahrt; ein österreichischer Prinz hat am Rhein dem einigen Deutschland ein Hoch gebracht als es noch verfolgt wurde von Preußen; Habsburgs Haus hat die Geschichte vergangener Jahrhunderte, hat die Liebe der Völker zur Seite, wenn es seinen alten Vorsitz im deutschen Reiche behaupten will. Oesterreichs Kaiser erkennt aber, daß jetzt von den Vertretern des deutschen Volkes allein die Wahl ausgehen und daß diese Wahl frei bleiben muß. Nicht für, nicht gegen irgend eine Dynastie, nur für die Unabhängigkeit des neuen deutschen Bundestages legt die deutsche Nation hiemit Protest ein gegen die Usurpation der Ehrenstelle, eines deutschen Führers. Es beschwört die deutsche Nation Ew. Majestät nicht neuen Samen der Zwietracht auszustreuen, nicht die Stunde zu entheiligen, in welcher Berlin seine Todten begräbt, die gefallen sind für die deutsche Freiheit, für die deutsche Einigkeit!"

Wien, 21. März. Der Ehrenmann, welcher in den verhängnißvollen Nachmittagsstunden des 14. März unermeßliches Unheil verhütete, indem er erst dem Commando aus den vor dem inneren Burgthore gegen den Kohlmarkt gerichteten Kanonen Feuer zu geben, zweimal den Gehorsam verweigerte, hierauf aber sich selbst vor die Mündung der Kanone stellte und erklärte, das erste Opfer des Schusses zu werden, dessen Folgen, wäre er gefallen, unabsehbar gewesen seyn würden, ist der Oberfeuerwerker „Poller".

Wien, 28. März. Morgen werden 800 Edelleute und Notabilitäten des Königreichs Kroatien und Slavonien hier einrücken. Diese Deputation verlangt Trennung dieser Königreiche von Ungarn und die Bildung eines eigenen slavischen Reiches mit festem Anschluß an die österreichische Monarchie. (Augsb. Abdz.)

In den „Wiener Blättern" liest man einen Aufruf des Ministers des Innern, Grafen Pillersdorf, welcher alle Gutgesinnten der Monarchie, den Ereignissen der Lombardei gegenüber, auffordert, sich in Gesinnungstreue um den Thron zu schaaren. Das kaiserliche Wort vom 5. März werde in seinem vollen Umfang gelöst werden, ein vorläufiges Preßgesetz in wenigen Tagen erscheinen, die Organisirung der Nationalgarde auf der Grundlage des Besitzes und der Intelligenz sey in der Bearbeitung. Die Verbesserung der Lage des Landvolkes sey ein Gegenstand der gespanntesten Aufmerksamkeit der Regierung.

Der Kaiser hat auf die 17 von Prager Bürgern und Einwohnern gestellten Bitten in einem Cabinetsschreiben an den Minister des Innern meist gewährend geantwortet.

Botzen, 27. März. Gestern Nacht langte der Erzherzog Vicekönig von Italien hier an. — Viele deutsche Beamte, Studenten, Frauen haben sich aus Italien hieher geflüchtet. — In Trient bereitete sich seit Ankunft der königl. Proclamation eine Bewegung im italienischen Sinne vor. — Auch der Herzog von Modena ist wieder hier. (A. Z.)

Innsbruck, 29. März. Feldmarschall Radetzki ist auf dem Rückzug aus Mailand nach Verona, unter dessen Mauern sich das zweite Armeecorps unter Feldmarschalllieutenant d'Aspre sammelt. Beide Armeecorps zusammen zählen nach dem Abfall der italienischen Truppen und den erlittenen Verlusten noch etwa 60,000 Mann. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Krakau, 22. März. Russische Emissaire und solche der demokratischen Partei der polnischen Emigration treiben sich jetzt in der Stadt und dem Gebiet herum.

Schweiz.

Zürich, 28. März. Es wird in mehreren Kantonen ein Vertilgungskrieg gegen die Klöster angehoben. (Schw. Mkr.)

Chur, 26. März. Der letzte Woche hier versammelt gewesene große Rath hat die Steuerfreiheit der katholischen Geistlichkeit abgeschafft und die Aufhebung des Adeltitels bei allen öffentlichen Acten rc. beschlossen. Ferner hat er in Berücksichtigung der jetzigen Zeitumstände die ganze Miliz aufs Piket gestellt.

Italien.

In Rom hat der Pöbel am 21. vor der Wohnung des österreichischen Consuls die österreichischen Wappen herabgerissen und den Gesandten zwingen wollen, die Tricolore aufzustecken. — Graf Lützow hat seine Stelle niedergelegt, die anderen Gesandten haben gegen jene Verletzung des Völkerrechts protestirt.

Rom. Die römischen Zeitungen vom 23. März melden die Mobilmachung eines Armeecorps, bestehend aus 4 Regimentern Infanterie, 2 Regimentern Cavalerie, 3 Batterien Feldgeschütz und einigen Compagnien des Geniecorps. Zugleich ward ein neuer Kriegsrath eingesetzt. Der „Gazzetta di Roma" vom 24. März zufolge marschirte am Morgen dieses Tages alle verfügbare Infanterie sammt den Jägern in der Richtung von Bologna ab. General Durando und die Generaladjutanten Massimo d'Azeglio und Graf Casanova sollten ihnen Abends nachfolgen.

Neapel, 18. März. Am 11. erfolgte ein Angriff auf das Jesuitenkloster. Nachmittags wurden 120 Jesuiten unter militärischer Bedeckung nach Bajä überbracht. Mit Sicilien noch keine Einigung.

Aus Toscana. Zwei Truppencorps sind an die Grenze zur Hilfe für die Erhebung Italiens beordert.

Florenz, 24. März. Die hiesige Regierung hat Massa und Carrara provisorisch besetzen lassen. Dort war die Unabhängigkeit proclamirt, die Tricolore aufgesteckt worden und Hochs auf Pius IX., Leopold II. und Karl Albert ausgebracht. (A. Z.)

Genua, 22. März. Gestern wurde eine vollständige Amnestie für alle politischen Vergehen seit 1821 bekannt gemacht. (Schw. Merk.)

Genua, 25. März. Heute Nacht kamen der Marchese Villamarina, Gesandter beim toscanischen Hof, und Graf Riguen, Legationsrath, hier an; ersterer ist mit einer außerordentlichen Sendung an den Hof von Toscana, letzterer an den heiligen Stuhl und den neapolitanischen Hof beauftragt. Sie überbrachten die königl. Proclamation, durch welche Karl Albert den Eintritt seiner Truppen in das lombardisch-venetianische Königreich anzeigt. Zu derselben Zeit, als diese Herren Turin verließen, begab sich der Marchese Passalacqua, als königl. Commissär bei der provisorischen Regierung nach Mailand, welche die HH. Marchese Dadda und Graf Martini nach Turin gesandt hatte, um dem König die lombardisch-venezianische Krone anzubieten. Karl Albert soll bereits die lombardische Grenze überschritten haben. Die siebente und achte Altersclasse sind zu den Waffen berufen und die Reserve, aus acht Classen bestehend, hat sich auf den ersten Ruf bereit zu halten. Vorgestern marschirten von hier drei Bataillone nach der Grenze, ein weiterer Theil der Garnison wird uns heute verlassen. (A. Z.)

Venedig. Die provisorische Regierung der „Republik Venedig" besteht aus folgenden Männern: Daniele Manin, Präsident und Minister des Auswärtigen; Nicolo Tomaseo, für Cultus und Unterricht; Jacopo Castelli, Justiz; Francesco Camerata, Finanzen; Franc. Solera, Kriegswesen; Antonio Paulucci, Marine; Pietro Paleocapa, Inneres und öffentliche Bauten (ein

späterer Beschluß überträgt dieses Ministerium an Hrn. Carlo Trolli;) Leone Pincherle, Handel; endlich: Angelo Tossoli, Arbeiter ohne Portefeuille.

Padua hat sich an die Republik Venedig angeschlossen. Militär und Beamte sind fort. Udine und Belluna sollen der Serenissima gehuldigt haben.

In Crema hat es am 18. ein blutiges Gemetzel zwischen Volk und Militär gegeben; letzteres siegte. Todt sind 17, verwundet 60, darunter 2 Soldaten.

Treviso hat sich wirklich mit seiner provisorischen Regierung unter Venedig gestellt. — Cremona hat den Feind vertrieben und eine neue Regierung eingesetzt

Triest, 25. März. Venedig hat am 22. die Republik di S. Marco proclamirt. Die Marinesoldaten sammt allen italienischen Truppen, deren im Ganzen beinahe 3000 Mann in Venedig lagen, sind auf die Seite des Volks getreten. Blut wurde wenig vergossen. Der Stadt- und Festungscommandant, Graf Zichy ist noch in Venedig. (A. Z.)

Triest, 26. März. Friaul hat sich bis auf Palmanuova und die nächste Umgegend der Bewegung in Venedig angeschlossen. (A. Z.)

Nach einem Briefe der „Allgemeinen Zeitung" aus Mailand, 26. März waren dort piemontesische Truppen eingerückt und Karl Albert wurde erwartet. Nach dem „Turiner Risorgimento" wären am 25. März ein sardinisches Infanterie- und ein Cavalerieregiment unter dem Jubel der Bevölkerung in Mailand eingezogen. — Bergamo und Brescia sind in den Händen der Bewegung.

Niederlande.

Vom Niederrhein, 27. März. Das Ministerium ist fertig, aber — nur provisorisch. Die Minister sind Graf Schimmelpenninck, Vorsitzer des Ministerraths und Minister der auswärtigen Angelegenheiten und der Finanzen; Ryk, Minister der Marine und der Kolonien; Luzac, Minister des Innern und des protestantischen Cultus; Lichtenveldt, Minister des katholischen Cultus; General Nepveu, Kriegsminister. Dirk Donker Curtius ist Justizminister. (A. Z.)

Belgien.

Quivrain, 25. März. Heute Vormittag wurden hier in Belgien einige Tausend Mann gefangen genommen, die in zwei Eisenbahnzügen von Paris an die belgische Grenze geeilt waren, um hier die Republik zu proclamiren.

Frankreich.

Paris, 28. März.

Die Regierung wird für das ablaufende Vierteljahr die Beamtengehalte nicht auszahlen können. Der Postdirector Arago hat seine Untergebenen bereits davon unterrichtet. (A. Z.)

Seit dem 17. März ist die Münzstätte von Paris jeden Tag mit Prägung von 5 Frankenthalern beschäftigt, und zwar sind 16 Paar Münzstöcke in Thätigkeit.

Während die Wogen der Geldkrise über den Häuptern der provisorischen Regierung zusammen zu schlagen drohen, schreibt der Cultusminister die Bewerbung um die besten Gesänge und Compositionen für die bevorstehenden Nationalfeste aus. Die Ehre und bronzene Medaillen, im Namen der Republik ertheilt, werden die Nationalbelohnungen der glücklichen Dichter und Componisten seyn.

Ein schönes Gegenüber der Geldverlegenheit der Regierung ist die pomphafte Meldung, daß fast aller Orten in Paris Freiheitsbäume aufgepflanzt werden. —

Hr. Thiers hat in einem Sendschreiben an die Wähler der Rhonemündungen die ihm angebotene Candidatur angenommen. Er bekennt, daß er die Republik nicht gewollt, daß ihm die constitutionelle Monarchie wie in England alle Bürgschaften der Freiheit zu gewähren schien, daß er jedoch, nachdem die Vorsehung anders entschieden hat, die Republik ohne Vorbehalt annimmt. Vom Marschall Bugeaud ist dagegen eine für jetzt ablehnende Erklärung erschienen.

Der alte berüchtigte Jacobiner-Club rue de Seine St. Germain Nro. 51. ist wieder ins Leben getreten. Im Ganzen sind gegenwärtig nahe an hundert Clubs in Thätigkeit.

Vorgestern ist ein Theil der polnischen Legion unbewaffnet von Paris in die Heimath gezogen.

Der Nationalvertheidigungsausschuß hat die Zusammenziehung eines Lagers von 90,000 Mann bei Dijon beschlossen.

Straßburg, 27. März Abends. Telegraphische Depesche. Paris, 27. März 3½ Uhr Nachmittags. Der Kriegsminister an die HH. Generale, Befehlshaber der Militärdivisionen. „Da die allgemeinen Wahlen auf den 23. April vertagt sind, lassen Sie alle begonnenen Operationen einstellen. (A. Z.)

Großbritannien.

Während in Frankreich das baare Geld verschwindet, nimmt der Baarvorrath der Bank von England fortwährend zu, so in der mit dem 18. zu Ende gegangenen Woche von 14,947,164 Pfd. auf 15,123,141 Pfd.

Dänemark.

Daß man es in Kopenhagen ernstlich auf die Occupation Schleswigs abgesehen hatte, leidet keinen Zweifel. Truppen waren beordert, um Schleswig zu occupiren, es war befohlen, das Geld, das in der Hauptcasse zu Rendsburg sich befindet, sogleich nach Kopenhagen zu senden. Das Dampfschiff „Geiser" ist beordert, mit Truppen nach Jütland überzusetzen. Am 22. Abends wollten die Officiere eine Versammlung über den Kriegszug halten. Prinz Friedrich Ferdinand hatte den abenteuerlichen Plänen entschieden widersprochen. (B. H.)

Neueste Nachrichten.

Berlin, Folgende Cabinetsordre ist am 27. erschienen: Ich beabsichtige, ein eigenes Ministerium für Handel, Gewerbe und offentliche Arbeiten zu bilden, und beauftrage das Staatsministerium, Mir wegen der dadurch bedingten Ressortsveränderungen bei den bestehenden Centralbehörden schleunigst Vorschläge zu machen. (gez.) Friedrich Wilhelm.

Hamburg, 27. März. Von der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein ist an den Senat eine Requisition wegen Ueberlassung von Artillerie und Cavalerie ergangen, und es sind in Folge dessen zwei Rathsmitglieder nach Oldenburg und Hannover abgesandt worden.

Kiel, 25. März. Der Herzog und zwei Prinzen von Glücksburg sind ebenfalls nach Rendsburg gereist. Mehrere holsteinische Adelige, namentlich mehrere Mitglieder der Familie v. Buchwald, treten in den Militärdienst, und sind bereits abgegangen. Das herzogl. Oberappellationsgericht hat die provisorische Regierung anerkannt, und desfallsige Schreiben an die beiden Obergerichte erlassen.

Kiel, 26. März. Unsere nach Kopenhagen gesandte Deputation hat uns nicht den Frieden sondern den Krieg gebracht. Der König hat ihr mit aller möglichen persönlichen Freundlichkeit erklärt, daß er zwar alle ihre Forderungen in Betreff Holsteins bewillige, in Hinsicht Schleswigs aber weder das Recht, noch die Macht habe, dessen Eintritt in den deutschen Bund und dessen staatliche Selbstständigkeit im Verein mit Holstein zu bewilligen. Dieß sey sein letztes Wort. (C. v. u. f. D.)

Rendsburg, 25. März 9½ Abends Es erschienen Freicorps aus Wandsbeck, Barmstedt, Elmshorn und Plön. — 26. Morgens 10½ Uhr. In Fridericia soll ein ernster Kampf zwischen Dänen und Deutschen ausgebrochen seyn, die Stadt brenne. (Rendsb. Tagbl.)

Kopenhagen, 23. März. Sowohl die Regierung als die städtischen Behörden treffen kriegerische Anstalten. Gestern hat das Generalquartiermeisteramt die Beurlaubten einberufen, von denen 5000 Mann in diesen Tagen erwartet werden. Ferner ist schon durch Parolebefehl vom 20. d. ein permanenter Vertheidigungsausschuß für das ganze Reich, bestehend aus 7 Mitgliedern, zur unmittelbaren Berichterstattung an den König ernannt. Die Kriegsdampfschooner „Geyser" und „Hecla" haben sich vor den Baum gelegt, und sollen bestimmt seyn, Truppen nach Jütland überzuführen. — Gestern Morgen forderte die Stadthauptmannschaft von Kopenhagen die gesammte Bürgerbewaffnung auf, sich auf den ersten Ruf des Königs und des Vaterlandes bereit zu halten. In einer gestern Abend in der Reitbahn stattgehabten Versammlung aller Classen wurde der Beschluß gefaßt, diese Bewaffnung in eine Nationalgarde umzubilden und sich deßhalb an den König zu wenden. (Alt. Mkr.)

(Aus einer Ansprache des Königs an die Einwohner Kopenhagens:) „Den schleswig-holsteinischen Abgeordneten haben Wir geantwortet, daß Wir weder die Macht noch den Willen haben, Schleswig in den deutschen Bund eintreten oder von Unserm geliebten Vaterlande abtrennen zu lassen; sondern daß vielmehr Dänemark und Schleswig durch eine freie Verfassung mit einer größtmöglich provinziellen Selbstständigkeit für Schleswig vereinigt werden, und daß Holstein dagegen als deutscher Bundesstaat seine eigene freie Verfassung haben soll. Wird Unser Anerbieten nicht angenommen, so werden Wir mit Unserm ganzen dänischen Volke Dänemarks Würde aufrecht halten."

Börse.

Wien, 29. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 69½; zu 4pCt. in CM. —; zu 3pCt. in CM. 36; Bankactien per Stück 960; Nordbahn 74.

Amsterdam, 27. März. 2½pCt. 40; 3pCt. 47½; 4pCt. 59[13/16]; Synd. 3½pCt. 60; Handels-Maatschappy 133½; Ard. 7[11/16]; port. 3pCt. 14; 5pCt. Metall. 63.

Paris, 27. März. 3pCt. 40 Fr. 50 C.; 5pCt. 60 Fr. — C.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag den 2. April: „Martha, oder der Markt zu Richmont," Oper in 4 Akten von Flotow.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Hümann, Proprietär v. Paris; Wehremann, Proprietär aus Hannover.

Hôtel Maulick. HH. Obrietoff, Rentier v. Petersburg; Schwenk, Gutsbesitzer v. Langes.

Gold. Kreuz. H. Spiel, Gutsbesitzer von Memmingen; Frau v. Mayrl und Frl. Baronesse v. Giovanelli v. Augsburg.

Blaue Traube. HH. Redenbacher, Gerichtsarzt von Pappenheim; Frhr. v. Imhof v. Untermertingen; v. Melczer, Beamter v. Preßburg; Bischoff, Appellationsgerichtsaccessist von Bamberg; Dlle. v. Seeb, Schauspielerin v. Coblenz.

Stachusgarten. HH. Raal, Landarzt v. Augsburg; Pannes, Student v. Baireuth.

Gestorbene in München.

Rosalia Geisenberger, b. Geflügelhändlersfrau v. h., 43 J. alt; Marg. Maier, Weberstochter v. Augsburg, 47 J. alt; Anna Riederer, Taglöhnerstochter v. h., 20 J. alt; Kathar. Findt, b. Schneidersfrau v. h., 52 J. alt; Johann Martin Rießler, pens. k. Militärrechnungsführer v. h., 67 J. alt; Hr. J. B. Staudacher, pens. k. Oberst, 73 J. alt; Friedr. Liase, Dienstknecht v. Oettingen, 27 J. alt.

Stelle - Gesuch.

2352. Ein junger Mensch von 20 Jahren, welcher eine schnelle und correcte Handschrift schreibt, längere Zeit beim k. Kreis- und Stadtgericht München practicirte und ausgezeichnete Zeugnisse nachweisen kann, sucht Beschäftigung im Schreiben und kann sogleich eintreten. Das Uebrige.

Pfandauslösung und Versteigerung.

2353. (3a) Donnerstag den 27. April 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat März 1847 und zwar von:

Nr. 41,716 bis 53,524.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Dienstag den 2. Mai öffentliche Versteigerung.

München, den 31. März 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt I. der Stadt München.

L. Negrioli, Magistratsrath.

Hannes, Cassier. v. Zech, Controleur.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 84.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gasse Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonntag — XLIX. Jahrgang. — 2. April 1848.

Deutschland.

Bayern.

Landtag.

**München, 1. April. (III. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische: die k. Ministerialräthe v. Roth und v. Benning, im Saal 109 Abg. — Die Tribünen waren ganz dünn besetzt. Auf der Tagesordnung stand neben Verlesung des Protokolls und Bekanntmachung der Eingaben die Berathung und Schlußfassung über den Vortrag des I. Secretärs die Stellung des ständischen Archivars den königl. Stellen gegenüber und dessen Verpflichtung zur Aushändigung von Acten betreffend. — Die Sitzung wurde um 10 Uhr Morgens eröffnet. Der Hr. I. Präsident bemerkte, daß Dr. Kolb wegen Kränklichkeit die II. Secretär Stelle nicht annehme, daher eine neue Wahl nöthig sey. Er lud den Secretär des III. Ausschusses Dek. Vogel ein, die II. Secretär Stelle provisorisch einzunehmen. Hiernächst wurde der Ersatzmann des Dr. v. Bayer, der königl. Prof. Dr. Zenger an der Universität München eingeführt und beeidigt. — Sodann verlas der Hr. I. Präsident den Einlauf in 120 Nummern, die in dieser enormen Größe und Mannigfaltigkeit noch bei keiner Ständeversammlung vorgekommen sind. Sie verbreiten sich über fast alle Zweige der Staatsverwaltung. — Die Eingabe des Buchhändlers Franz wurde allein vorgelesen. Dieselbe empfiehlt zur Beachtung eine Pièce „über die Zehentverhältnisse von Halberstadt," welche in Preussen etc. sehr gute Dienste geleistet habe, im Präsidialzimmer liege sie zur Einsicht. — Hiernächst folgte die Berathung resp. der Vortrag des I. Secretär Dr. Stockinger über die Verpflichtung des ständischen Archivariats zur Edition oder Herausgabe von Urkunden aus dem Archive an königl. Stellen auf deren Requisition betreffend. Hr. Archivar Stumpf wurde nämlich vom Ministerium des Innern um eine solche Urkunde (Beschwerde der Kunigunde Ernst gegen das Herrschaftsgericht Banz) unterm 2. Febr. d. J. requirirt. Der Hr. Archivar, zunächst unter den Directorien beider Kammern stehend, treu und fest haltend an der Unabhängigkeit dieser Stellung gegenüber den Ministerien und Stellen, verweigerte auf den Grund verfassungsmässiger Unabhängigkeit des Archivariats der Stände des Reiches die Herausgabe jener zur Begründung einer Calumnienklage geforderten Urkunde. Die Frage war nun: ob der Hr. Archivar in seinem guten Rechte gehandelt, und fortan auch das Recht habe, das ständische Archiv als Eigenthum der Nation zu wahren gegenüber von Eingriffen dieser oder jener Art. — Dr. Stockinger hatte beantragt, die Kammer möge beschließen: 1. Der Archivar habe durch Verweigerung der begehrten Herausgabe Recht gethan. 2. Den Ministerien gegenüber beanspruche die Kammer allein das Recht der Verfügung über ihre Urkunden, und 3. vorläufig werde die Herausgabe der verlangten Beschwerde verweigert, insolange, als nicht dieselbe durch die betreffenden Ministerien untersucht worden sey. — Der I. Präsident ersuchte vor Eröffnung der Debatte, da er als Mitglied des frühern Directoriums bei der Sache selbst um sein Gutachten gefragt worden sey, und dasselbe abgegeben habe, den Hrn. II. Präsidenten, seinen Stuhl einzunehmen. Dieß geschah, und der Hr. I. Präsident übergab Modificationen zu Nro. 1 und 2, daß nämlich der Archivar nur den Weisungen der Directorien zu folgen habe, daß beim Todesfalle eines Archivars die höhere Justizstelle zu obsigniren habe, und daß ein Gesetz vorgelegt werden möge, wonach alle in der Kammer etc. vorkommenden Verbrechen, Vergehen und Polizeiübertretungen lediglich auch nur durch Kammerbeschluß eine Untersuchung begonnen werden könne. Der Redner sprach umfassend für die Freiheit der Kammern, und seine Modification wurden einhellig unterstützt. — Abg. Dr. Ruland sprach in gleichem Sinne für Unabhängigkeit des Archivs, denn es gehöre den Kammern. Bezüglich der Obsignirung wünschte er eine nicht gar zu lange Zeit des Obsignirtbleibens. — Der königl. Ministerialrath v. Benning: Wenn man es verlange, so werde das Ministerium über die frühern Beschwerden immer Aufschluß geben. — Dieß belegte auch der II. Secretär Stockinger durch Ablesung der betreffenden Stellen aus den letzten Verhandlungen. — Abg. v. Habermann begehrte auch zunächst nähere Auskunft, wie obige Beschwerde wirklich entschieden worden. Der Edition stehe nichts im Wege; eine Untersuchung könne man nicht hemmen. Im fraglichen Falle aber werde aus derselben nichts folgen, da die Subtanzirung zur Calumnie fehle. Dem 1 und 2 stimmte er bei, ad 3 wünschte er die Herausgabe der Beschwerde ans Ministerium. Der Hr. I. Präsident widersprach dieser Ansicht. — Dekan Scholler sprach sich factisch dahin aus; daß das Gericht gewissermassen gezwungen gewesen sey, eine Untersuchung einzuleiten, für die Integrität des Archivs erhob er seine beredte Stimme. Bei Beschwerden müsse man die Gründe so genau als möglich kennen. — Dekan Vogel behauptete das Gegentheil; die Verfassung resp. Geschäftsordnung verlange blos bei gründlichen Beschwerden, umständliche Darlegung vom V. Ausschuße, dadurch sey er, wenn er unbegründete zu den Acten lege, der souveränste aber auch der sogenannte Todtengräberausschuß. Wenn die Kammer wisse, ob Calumnie vorliege, dann werde sie sich nicht weigern, die Urkunde herauszugeben. Dr. Ruland brachte eine weitere Modification, es möge im Tod- oder Verhinderungsfalle des Archivars mit Zuziehung von Directorialmitgliedern Vorsorge zur Versehung des Dienstes getroffen werden. — Dr. Schwindl. Die Kammern seyen der Nationalrath, sie stehen über allen; Beschwerden müssen frei und ungehindert angebracht werden können; hier dürfe keine Klage mehr möglich seyn, sonst höre alles Sichbeschweren aus Furcht vor verletzten Beamten auf. Bei Eingaben an die Kammer gebe es keine Stempel und keine Advocaten-Respicienz, wie dies v. Habermann wünscht. Jeder Staatsbürger könne hier in seinem Styl seine Gedanken, Wünsche und Beschwerden niederlegen. Der I. Hr. Präsident gehe ihm zu weit. — Abg. Dekan Scholler. Er wolle auch nur Edition von Urkunden aus Auftrag der Kammer. Auch v. Scheurl sprach in ähnlichem Sinne. Endlich, nachdem die Debatte einen etwas zu breiten Gang genommen hatte, ergriff der Referent Dr. Stockinger das das Wort, resumirte die Debatte und suchte das zu widerlegen, was seinem Referate entgegengesprochen worden war. Der Archivar verstehe seine Instruction vollkommen. Bei dem Tode des Archivars müssen beide Kammern vorsorgen, nicht eine. Die Obsignation müsse schnell folgen; vielleicht durch die ständischen Commissarien, die in München sind, wo das Directorium nicht immer ist. — Die Verfassung wolle keine Bevormundung für die Beschwerden; diese seyen eben daher auch nicht für die Oeffentlichkeit, wenn sie nicht begründet befunden werden. — Redner spricht namentlich gegen v. Habermann. — Man müsse sich nur erst an die Oeffentlichkeit gewöhnen, dann werde die Behellung mit Beschwerden auch geringer werden. Bezüglich verwürfiger Beschwerde wisse man eigentlich gar nichts Genaueres, als daß man eine Calumnienklage darauf gründen wolle. — Nicht der Verläumdungspunct sey zuerst in Angriff zu nehmen, sondern der eigentliche Inhalt der Beschwerde selbst. — Der königl. Ministerialrath v. Benning: Gegen die Befugniß des Archivars habe er durchaus nichts: das königl. Ministerium des Innern habe nur provisorio modo gehandelt; hätte der Hr. Archivar geäussert, er sey nicht befugt, zu ediren; so sey die Sache am Ende gewesen. Das Ministerium sey aber noch ohne Antwort. Der I. Präsident äußerte, daß man zur Einleitung einer Untersuchung des Originals nicht bedürfe. Endlich wurde nach großen Debatten über die Abstimmung folgender Beschluß gefaßt: 1) die Untermodification des Dr. Ruland wurde verworfen. 2) Die Modification, des I. Präsidenten, nachher der Antrag des Referenten ad 1 angenommen, dann die Modification ad 2 und der zweite Antrag wurden ebenso wie der 3. und 4. Antrag angenommen, auch die Revision der Instruction des Archivars beschlossen. — Die Unabhängigkeit dieses ständischen Beamten ist demgemäß sicher gestellt.

München, 31. März. Der König hat heute die Bildung des Landwehrfreicorps genehmigt, für welches sich bereits nahe an 400 Theilnehmer der Mehrzahl nach schon bejahrtere Männer (Gelehrte, Beamte, Aerzte, Professoren, Künstler, u. s. f.) unterzeichnet haben. Sie werden wie die übrigen Freicorps sich unter das Landwehrcommando stellen, jedoch als eine Art vierten Aufgebots wohl unter keinen Umständen dazu kommen, ins Feld zu rücken. Die Studenten und Künstler sind als die am längsten bestehenden sowohl in Uniformirung wie in den Exercitien am weitesten voran; sie halten seit einer Woche schon in größerem Maßstabe ihre Uebungen auf dem Marsfeld und exerciren bereits im Feuer. Das Regiment „König" wird künftig den Namen Regiment „König Ludwig" tragen. Jedem Officiere desselben wurden auf Befehl seines erlauchten Inhabers 50 fl. ausbezahlt, und das von einer Summe, die nach und nach aus der im Budget ausgeworfenen vom König Ludwig indeß nicht in Anspruch genommenen Inhabersgage angewachsen war; der Rest wird noch anderweitig zum Nutzen des Regimentes verwendet werden. (A. Z.)

**München, 2. April. Heute Morgens 10 Uhr ist unter großem Zuströmen der Bevölkerung das II. Bataillon vom Regiment „König" (Ludwig) über Augsburg nach Neuburg und Eichstädt abgegangen; das II. Bataillon vom Regiment „Kronprinz" wird morgen nach Ingolstadt sich begeben. Von beiden Bataillonen bleibt die V. Compagnie zurück. — Das hiesige Artillerieregiment rüstet, wie man hört, eine 12pfünder Batterie. — Der Armeebefehl wird erst in den letzten Tagen dieser Woche ausgegeben werden, da, obwohl er unter der Presse ist, immer wieder neue Aenderungen erfolgen.

Baden.

Auf die erhaltene Kunde von der Lossagung Schleswig-Holsteins von Dänemark sind die in Heidelberg studirenden sechszehn Schleswig-Holsteiner, voran die deutsche Fahne mit der Aufschrift: Schleswig-Holstein'sche Freischaar, in die theure Heimat zum Kampf gezogen.

K. Sachsen.

Leipzig, 26. März. Hier liegt folgende, von den HH. Professor Biedermann, Advocat Cichorius, Dr. R. Heller, Buchhändler Hirzel, Professor Dr. Jahn, Dr. Klee, Advocat Koch, Dr. Laube, Dr. Lippert sen. Buchhändler G. Mayer, Buchhändler Reimer, Rittergutsbesitzer M. Reimer, Advocat Dr. Schleiter, Advocat Dr. Stephani und Advocat Volkmann veranlaßte Adresse an das hohe Gesammtministerium aus: Die neueste Proclamation des Königs von Preußen in Betreff der Neugestaltung Deutschlands hat die Unterzeichneten schmerzlich ergriffen. Die von den süddeutschen Regierungen unter Zustimmung der Völker bereits angebahnte Vereinigung sämmtlicher deutschen Stämme auf der Basis vollständiger Gleichheit und Freiheit der Verständigung wird durch jene Proclamation wieder in Frage gestellt, indem es nach derselben wenigstens den Anschein gewinnt, als sollten die deutschen Fürsten und Stände nur hinzutretend zu dem Vereinigten preußischen Landtage, zur Gestaltung Deutschlands mitwirken. Wir geben uns zwar der Hoffnung hin, daß diese Idee von der preußischen Nation selbst nicht getheilt werde. Gleichwohl halten wir es für dringend nothwendig, daß auch von Seiten der andern deutschen Staaten dieser Ansicht durch offene Kundgebung entgegentreten und die Grundlage der gleichen und freien Vereinigung entschieden festgehalten werde. Wenn wir hiemit diese Kundgebung bezwecken, so sprechen wir zugleich das Vertrauen gegen unsere Regierung aus, daß sie die nöthigen Schritte in dieser Hinsicht schleunigst thun werde. Leipzig, 24. März 1848.

Gr. Hessen.

Darmstadt. Wir haben gestern bereits der Mittheilungen erwähnt, welche der Minister v. Gagern in der XXX. Sitzung der II. Kammer am 27. März bezüglich der sogenannten aus Frankreich herbeiziehenden Freischaaren gegeben. Wir tragen heute noch folgendes nach: Minister v. Gagern fordert schlüßlich ein Vertrauensvotum der Kammer bezüglich aller von der Regierung zu ergreifenden Maßregeln. Die Kammer gab einstimmig und unumschränkt. Aus der Erläuterung des Ministers ging hervor: „daß auf des zunächst bedrohten Badens Aufforderungen die Maßregeln ergriffen würden. Das VII. und VIII. Armeecorps werden am Oberrhein aufgestellt, unter einen gemeinschaftlichen Chef, das IX. und X. auf Hessens Verlangen am Mittelrhein, 2 preußische stehen am Niederrhein. Beim Bunde ist seit dem 27. die Ernennung des Oberfeldherrn beantragt. Alles ist hier voll Kriegsbegeisterung. Am 27. ging ein Transport Festungsgeschütz nach Rastatt ab.

Darmstadt, 30. März. Unser bisheriger Bundestagsgesandter, Geh. Rath Frhr. v. Gruben ist in Ruhestand versetzt und der Hofgerichtsrath Frhr. v. Lepel mit dem Character als Geh. Rath zum Bundestagsgesandten ernannt worden. — Gestern Abend war hier eine große Versammlung zur Stiftung eines vaterländischen Vereins. Die Abgeordneten giengen in Masse nach der Versammlung in Frankfurt. In diesen Tagen wird starke Einquartierung von hessischen Kriegsreservisten hier erwartet.

Preußen.

Hr. Hansemann ist vom König durch den Telegraphen nach Berlin beschieden worden: „um einen Gegenstand der höchsten Interessen, des Gewerkehrs und der Industrie in der Rheinprovinz, mit ihm zu berathen."

Der Vorsitzende des Ministeriums, Graf Arnim, und der Kriegsminister, v. Rohr, haben ihre Entlassung eingereicht und ist dieselbe von Sr. Majestät dem Könige angenommen worden. Der Staatsminister Graf Schwerin hat gleichfalls um seine Entlassung gebeten. Die Herren Präsidenten der Handelskammern von Köln und Aachen, Camphausen und Hansemann sind zu Sr. Majestät dem Könige beschieden worden.

Es haben 18 rheinische Städte an den König eine Adresse gerichtet, in welcher sich folgende dringende Bitten vorfinden: 1) Umänderung der bisherigen ständischen Verfassung in eine Volksvertretung, frei gewählt vom Volke aus dem Volke, ohne Rücksicht auf die bisherige oder eine andere Eintheilung in Stände oder Classen, mit möglichst niedrigem Census für die active Wahlfähigkeit, ohne Census für die passive Wahlfähigkeit. 2) Der Volksvertretung muß beschließende Mitwirkung in der gesammten Gesetzgebung und im Staatshaushalte ohne Ausnahme mit einfacher Majorität zustehen. 3) Die Minister sind der Volksvertretung verantwortlich. 4) Die Gleichheit aller Staaatsbürger vor dem Gesetze, Schutz der persönlichen Freiheit, so wie Unverletzlichkeit der Wohnung: die persönliche Freiheit, die Freiheit der Wohnung dürfen nur auf richterlichem Wege und mit Angabe von Gründen beschränkt werden. 5) Freiheit der Gottesverehrung, gleiche politische Berechtigung aller Staatsbürger ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses und gänzliche Trennung der Kirche vom Staate. 6) Unterricht- und Lehrfreiheit. 7) Unbedingte Freiheit der Presse, ohne Concession, ohne Caution, ohne alle Präventivmaßregeln und Aburtheilung aller Preßvergehen durch die Geschworenen. 8) Unbeschränktes Petitionsrecht. 9) Das Recht zu Versammlungen, so wie zur Vereinigung in Gesellschaften. 10) Oeffentliches und mündliches Gerichtsverfahren; Geschwornengericht und Aburtheilung aller politischen Vergehen durch Geschworene. 11) Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer. 12) Absetzbarkeit und Versetzbarkeit der Richter nur durch richterlichen Spruch. Am Schluß heißt es: Die Richtung, welche die Dinge des Staates genommen haben, und fernerweit nehmen müssen, und die Gesinnung, welche unsere Provinz durchdringt, verpflichten die Unterzeichneten, Ew. königl. Majestät noch zweierlei ans Herz zu legen. Das Eine besteht in der Bitte, die Grafen von Arnim und von Schwerin aus dem höchsten Rathe der Krone zu entlassen: es herrscht ein Mißtrauen gegen diese Persönlichkeiten, welches die Hoffnung einer sicheren Zukunft zerstört. Das Andere besteht darin, daß es Ew. königlichen Majestät gefallen wolle, schon jetzt die Aufhebung aller Steuerexicationen aussprechen und die Erleichterung der Steuern für die arbeitenden Classen zusichern zu wollen. (Folgen die Unterschriften.) Auf diese Adresse ist nachfolgender Allerhöchster Bescheid ergangen: „Die durch eine Deputation von 18 rheinischen Städten Mir überreichte Adresse vom 24. d. Mts. findet ihren wesentlichen Theilen nach ihre Beantwortung in Meinem unter dem 22. d. Mts. veröffentlichten Bescheide an die Deputationen der Städte Breslau und Liegnitz. Im Begriffe, dem in wenigen Tagen zusammentretenden vereinigten Landtage ein neues Wahlgesetz vorlegen zu lassen, auf Grund dessen die schleunigste Wahl und Berufung der zugesagten Volksvertretung ohne Verzug erfolgen soll, glaube Ich, eine befriedigende Lösung aller in der Adresse ausgesprochenen Wünsche durch Beschlußnahme der neuen Volksvertretung um so sicherer herbeiführen zu können, als auch die anderweitig gestellten Anträge zur Erwägung kommen werden. Der in der Adresse ausgedrückte Mangel an Vertrauen zu einigen Mitgliedern des Ministeriums veranlaßt Mich zu folgender Eröffnung. Je bestimmter Mein Entschluß, je fester Meine Ueberzeugung von der unerläßlichen Nothwendigkeit ist, Mich nur mit Räthen zu umgeben, welche, vor der Volksvertretung verantwortlich, das volle Vertrauen derselben genießen, desto mehr liegt es Mir ob, auch hierüber die Stimme der gesetzlichen Organe entscheiden zu lassen, welche in kürzester Frist zunächst noch auf dem vereinigten Landtage, sodann aber unverkennbar durch die neu zu bildende Volksvertretung zu vernehmen seyn wird. Es ist Mein ernster Wille schnell und entschieden, aber friedlich und besonnen dem Ziele entgegenzugehen, wodurch allein den großen Institutionen eines Staats für die Zukunft bleibende Dauer verbürgt ist. Ich fordere Meine getreuen rheinischen Städte auf, Mich in der Durchführung Meines Vorsatzes kräftig zu unterstützen. Potsdam 28. März 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm.

Nach der „Allgemeinen Preußischen Zeitung" rückt auf vielseitig ausgesprochenen Wunsch wiederum Militär in Berlin ein, um den Wachdienst gemeinschaftlich mit der Bürgerwehr zu übernehmen, doch bleibt der letzteren die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung lediglich überlassen und die mögliche Hülfeleistung des Militärs wird nur für den äußersten Nothfall und auch dann nur auf ausdrückliche Anforderung der städtischen oder Civilbehörde erfolgen.

Am 26. fand wirklich auf dem Exercirplatz vor dem Schönhauser Thore die angekündigte erste große Volksversammlung statt. Es hatten sich etwa 20,000 Männer eingefunden. Es sprachen 37 Redner aller Stände, vom Gelehrten bis zum Arbeitsmann und Kutscher. Es wurde beschlossen, folgende fünf Puncte zu beantragen: 1) Errichtung eines Arbeitsministeriums aus Arbeitern und Arbeitgebern, aus und von ihnen selbst gewählt, 2) Verminderung des stehenden Heeres, welches die Vorschule für Volksbewaffnung bilde, 3) Erziehung und Bildung der Kinder auf Staatskosten, 4) Versorgungs-Anstalten für Invaliden der Arbeiter, 5) wohlfeile Regierung. Bereits ist auch durch Communalbeschluß eine aus Mitgliedern beider städtischen Behörden bestehende Deputation gebildet werden, welche sich ausschlüßlich mit der Berathung derjenigen Maßregeln beschäftigen soll, die das Wohl der arbeitenden Classen zu begründen im Stande sind.

Von der Spree, 27. März. Es ist der bestimmte Befehl ergangen: die Festungen Thorn und Graudenz zu armiren, und in Pillau und Danzig die zu demselben Zweck nothwendigen Vorarbeiten vorzunehmen. Zur wirklichen Armirung der beiden letztgenannten Plätze ist noch kein Befehl gegeben werden. Man redet viel von der bevorstehenden Ankunft einer englischen Flotte im baltischen Meer; die britische Admiralität habe im Sund 30 bis 40 Lootsen bestellt, wird versichert; Handelsbriefe sollen noch nähere Facten enthalten. (A. Z.)

Coblenz, 24. März. In einer gestern Nachmittags hier stattgefundenen sehr zahlreichen Volksversammlung wurden zwei Adressen mit der größten Acclamation angenommen. In der ersten sprechen die Bürger von Coblenz gegen die Bürger Berlins ihre vollste Anerkennung aus; in der zweiten erklären sie: „Zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung im Staate, sowie zur Wahrung der mit so kostbarem Blute erkauften Freiheit, ist durchaus nothwendig; 1) daß die beiden Minister, Graf v. Arnim und Graf Schwerin, welche das Vertrauen des Volkes nicht genießen, ihre Stellen niederlegen; 2) daß der Nation vollständige Garantie gegeben werde, daß der Prinz von Preußen nie zur Threnfolge gelange; 3) daß eine in jeder Beziehung freisinnige Constitution sofort ins Werk gesetzt und demnächst ohne Verzug das Militär auf die Verfassung vereidigt werde."

Posen, 27. März (Morgens). Das polnische Comité ist mit der königl. Cabinetsordre, betreffs der gemischten Commission für Reorganisation des Großherzogthums, nicht zufrieden. Die deutsche und polnische Deputation in Berlin soll in einer neuen Adresse an den König folgende Forderungen gestellt haben: 1. Die Mitglieder der Commission aus dem Posen'schen Nationalcomité aus hiesigen Eingebornen zu wählen. 2. Errichtung eines polnischen Armeecorps und Zurückziehung des preußischen Militärs in das Hauptfort der Festung Posen. 3. Ernennung eines Oberpräsidiums polnischer Nationalität. 4. Veränderung der gesammten Polizei. 5. Entlassung der deutschen Beamten mit 2jährigen Gehaltspension. (A. Z.) (Da haben wir den Spaß, und einen rechten großen!)

Schleswig-Holstein.

Rendsburg, 27. Die ganze Bevölkerung steht unter den Waffen, das Militär ist mit Ausnahme einer nicht geringen Anzahl dänischer oder dänisch-gesinnter Officiere übergetreten. An der Befestigung der Festung Rendsburg wird fortwährend gearbeitet. Alle Behörden haben sich der provisorischen Regierung unterworfen. Scheel, der verhaßteste Mann im Lande, irrt landflüchtig umher, und ebenso seine Gehülfen Höpfner und Graf Arthur Reventlow. Das Volk hat sie ruhig abziehen lassen. Die Zuzüge von Freischaaren aus unsern deutschen Nachbarstaaten sind ungemein zahlreich. An Officieren ist noch ein fühlbarer Mangel. Die Stände werden zum 3. April nach Rendsburg berufen werden. Ein neues Wahlgesetz wird vorbereitet. (A. Z.)

Schleswig, 25. März. Heute Morgen empfing die zu 300 angewachsene Freischaar der Stadt Schleswig ihre Waffen, und wählte ihre Officiere. Im Lande der Angeln ist morgen große Versammlung, um die Bewaffnung der Landleute zu beschleunigen und Freicorps zu bilden. Die nach Flensburg gegangenen Jäger haben gestern Abend das schleswig-holstein'sche Nationallied dort auf den Straßen gesungen, und sind gut aufgenommen. Die Bevölkerung zeigt sich deutsch gesinnt. Abends 6 Uhr. So eben sind die Jäger von Flensburg mit dem Capitän v. Lange zurückgekehrt. (A. Z.)

Aus Schleswig-Holstein, vom 28. März, schreibt man: daß 70 preußische Officiere der provisorischen Regierung sich zur Verfügung stellen wollen, um die Verthei-

digungsanstalten gegen Dänemark und die Volksbewaffnung zu leiten. Der tapfere Prinz Waldemar (derselbe, der in den Schlachten am Sutledsch mitgefochten,) war in Rendsburg angekommen. (A. Z.)

Freie Städte.

Frankfurt, 30. März (Vormittags). Zur Beruhigung der Ortschaften war ein Senatsbeschluß verbreitet worden, welcher die eingeleitete Verfassungsrevision, die Aufhebung der Fideicommiße, die bevorstehende Reorganisation der Landwehr und Bearbeitung eines Zehentablösungsgesetzes verkündigt. Von Abgeordneten sind bis jetzt (10 Uhr) 212 angekommen; es ist auf 700 gerechnet. Dr. Eisenmann, der Abgeordnete Nürnbergs, wurde gestern Abend bei seiner Ankunft vom Landungsplatz bis zu seiner Wohnung durch eine jubelnde Volksmasse begleitet. Heute Abend wird Struve von den Turnern ein Fackelzug gebracht. (A. Z.)

Am Abend des 28. März, wo in Frankfurt die Volksexcesse an einigen Häusern verübt wurden, brachte dasselbe Volk Uhland ein Hoch; da rief er ihnen die wenigen aber herrlichen Worte zu; „Ja ich werde für die Freiheit seyn, die Einheit schafft."

Hamburg, 27. März. Schleswig-Holstein will Kanonen von uns und Anerkennung der provisorischen Regierung. Der Senat hat berathen und in Folge dessen sind die Senatoren Büsch und Kirchenpauer nach Berlin und Hannover abgegangen. Täglich gehen Freiwillige dorthin. Unterschriften zu Geld und Naturalbeiträgen für Schleswig-Holstein werden gesammelt. — Professor Wurm und Dr. Rießer sind nach Frankfurt gereist. Freitag ist der Prinz von Preußen hier an Bord des Londoner Dampfschiffs gegangen.

Nach der „Allgemeinen Zeitung" ist der Bürgermeister von Bremen Dr. Smidt auf seiner Reise nach Frankfurt in Wunstorf mit dem weiland allmächtigen preußischen Minister Hrn. v. Bodelschwingh zusammengetroffen: Letzterer soll ihm gesagt haben: „An diesen unglücklichen (?) Ereignissen haben Ihre Bremer Zeitungen auch ihren Theil Schuld." (Wie stolz dürfen die braven Bremer Blätter darauf seyn!)

Lübeck, 22. März. Der Senat hat heute den ihm vorgelegten Entwurf der neuen Verfassungs-Urkunde unverändert angenommen, und sofort an die Bürgerschaft den Antrag gestellt, daß auch sie dem Entwurfe, wie er vorliegt, ihre Genehmigung ertheilen möge.

Oesterreich.

Wien, 26. März. Hier regen sich Arbeiterunruhen auf bedrohliche Weise, so daß heute Nacht zum Schutz einiger Fabriksvorstädte ein großer Theil der Nationalgarde aufgeboten werden mußte. Auch vor der Linie in Nußdorf sind durch Zusammenrottungen der bei dem Donaucanalbau beschäftigten Arbeiter Excesse vorgegangen, die den Ausbruch des Militärs und der Nationalgarde dahin nothwendig machten. Die Gemüther der Arbeiter werden noch durch aufreizende Flugblätter erhitzt. — An Vagabunden, Dieben und Mordbrennern sind bis jetzt über 4000 eingefangen und gegen 500 davon einer criminalgerichtlichen Untersuchung zugewiesen worden. (Schw. Mkr.)

Wien, 29. März. Graf Rudolph Stadion, Oberst-Burggraf von Böhmen hat seine Entlassung eingereicht. — Erzherzog Johann ist zum Bundestag a. M. bestimmt. — Gestern wurde im Ministerrath beschlossen: das ganze kaiserliche Heer in sämmtlichen Ländern mit Einschluß aller ersten Landwehrbataillone der 35 deutschen Infanterieregimenter auf den Kriegsfuß zu stellen und die disponiblen Truppen so schnell als möglich nach Italien abzusenden. Nachschrift. An die zweiten Bataillone der sämmtlichen Grenzregimenter sey der Befehl nach Italien aufzubrechen. Man beabsichtige die dortige Armee um 80,000 Mann zu verstärken. (A. Z.)

Nach dem „Oesterreichischen Beobachter" ist der II. Präsident des niederösterreichischen Appellationsgerichts Frhr. von Sommaruga Unterrichtsminister geworden.

Brünn. Am 23. Abends sind 115 Gefangene, theils Polen, theils Italiener vom Spielberg entlassen worden.

Oesterreichische Monarchie.

Nach der „Pannonia" enthält das Gesetz Betreffs Aufhebung der Urbarialpflichten, wie auch der auf Verträge gegründeten bisher als Ersatz üblichen Robot-, Zehnt- und Geldleistungen folgende Bestimmung: „Die grundherrliche Jurisdiction wird aufgehoben. Provisorisch bis die Gerichtsbarkeiten regulirt werden, haben diese in Civilangelegenheiten, hinsichtlich der summarischen Processe in jenen Orten, wo keine ordentlichen und geregelten Jurisdictionen erster Instanz bestehen, die Schulmeister, hinsichtlich der Criminal- und gewöhnlichen Civilprocesse aber die Comitatsgerichtsstühle auszuüben." — Das Pesther Comitat hat beschlossen, daß in Zukunft bei den Wahlen nicht nur der Adel, sondern alle Einwohner mitstimmen sollen.

Schweiz.

Bern. Durch ein Schreiben vom 26. März zeigt der sardinische Gesandte dem Vorort an: daß König Karl Albert die Absicht habe, in der Lombardei zu interveniren und daß die Armee, welche an der Grenze gesammelt ist, ungesäumt in dieses Land einrücken werde.

Biel, 26. März. Die heute dahier versammelten Abgeordneten der in der Schweiz lebenden deutschen Arbeitervereine haben einstimmig die Bildung einer „Deutschen Legion aus der Schweiz" beschlossen. Dieselbe wird vor der Hand 5000 Mann (10 Bataillons à 500 M.) zählen, und unter dem Oberbefehl eines mit Vollmachten ausgerüsteten Kriegsraths von 7 Personen stehen, worunter wir die Deutschen Becker und Schüler (Adjutanten Ochsenbeins im Sonderbundsfeldzug, Ersterer ein Haupt der Communisten) und den ehemals bayer. Ingenieurofficier (?) Daffner bemerken. Dr. Lommel ist beauftragt, einem volkserwählten deutschen Parlament, nach Umständen dem Obmann des badischen Volksvereins (Hecker) die Sympathien und Anerbietungen der deutschen Legion mitzutheilen. Bei der Einzeichnung sind die deutschen Arbeitervereine der Westschweiz (Genf, Lausanne, Neuenburg, Vivis, Chauxdefonds, Murten, Biel u. s. w.) besonders zahlreich betheiligt. Das gedruckte Programm umfaßt 7 Artikel; der erste derselben lautet: „Die Deutschen in der Schweiz erachten es für eine heilige Pflicht, an dem großem Kampfe für Deutschlands Wiedergeburt ebenso sehr, wie die in der Heimath wohnenden Deutschen mit Gut und Blut sich zu betheiligen." (Mannh. J.)

Nach der „Jurazeitung" wäre in Biel (Kanton Bern) ein bekannter deutscher Volksmann (Mathy) angelangt, um im Auftrag der Freicorps von Durlach und Heidelberg mit Vorwissen der Regierungsbehörde ein Waffenanleihen zu contrahiren. Dem entsprechend schreibt man aus dem Aargau, daß daselbst überall Waffen für die Badener aufgekauft werden.

Italien.

Rom, 21. März In den Provinzen ist die Constitution keineswegs so angenommen worden, wie der Papst es erwartet haben mag. Vom österreichischen Gesandtschaftspalast hat das Volk den Doppeladler im Sturm abgenommen und verbrannt. Die lombardisch-venetianische Fahne, welche noch vor wenigen Tagen mit Trauerflören behangen in öffentlichen Processionen umhergetragen worden war, weht an seiner Stelle. Alle Glocken stimmten festliches Geläute an. Die Glocke der Jesuiten begleitete über eine Stunde lang den Wappensturm. (A. Z.)

Rom, 23. März. Der österreichische Botschafter hat noch selbigen Tags, wo der österreichische Doppeladler beschimpft wurde, einen Courier nach Wien gesandt und um seine Entlassung gebeten. Die Geschäfte hat er bereits dem Botschaftsrath Comm. v. Ohms überwiesen. Hier ertönt aufs neue Kriegsgeschrei. Man will noch heute nach der Lombardei ziehen. Ausgelegte Listen haben sich mit 800 Unterschriften bedeckt. (A. Z.)

Nach „Mailänder Blättern" macht die provisorische Regierung einen Bericht des Kriegscomitats in Brescia bekannt, wonach der Chef des Generalstabs General Schönhals mit 2 Obristen, 2 Oberstlieutenants, 51 Officieren, 800 Mann Infanterie, 60 Dragonern und dem Delegaten Breindl gefangen worden. Die provisorische Regierung hat in einem öffentlichen Sendschreiben an den Papst um seinen Segen gebeten, „um Italien vollends zu befreien und seine Feinde über die Alpen zurückzuwerfen."

Botzen, 29. März. In unserer Nachbarschaft, in Neumarkt, entwichen heute Nacht 252 Mann von Este-Infanterie, die zu ihrem in Tirol liegenden Regiment stoßen sollten, mit Waffen und Trommeln, mit Sack und Pack. Sie wendeten sich durch Fleimserthal ihrer Heimath zu. Der Rest des Transportes kam heut früh hieher. Dagegen passirten 2 Compagnien Kaiserjäger mit 2 Geschützen nach Trient, das immer entschiedener seine welschen Sympathien kundgibt. (A. Z.)

Innsbruck, 29. März. Der Vicekönig ist in Botzen und will dort den Gang der Ereignisse abwarten. Hier wurde seit gestern eine Landesschutzdeputation zur Organisirung und Leitung der Vertheidigungsanstalten gebildet. Denn wir zweifeln nicht, daß die Italiener, die ohnedieß in Südtirol viele Sympathien haben, versuchen werden, durch die Seitenthäler herein zu brechen, die Etsch zu gewinnen und die Communication auf der italienischen Hauptstraße zu unterbrechen. Ihr laut ausgesprochener Zweck geht dahin, den Grenzpfahl des einigen und freien Italiens auf der Höhe des Brenners aufzustecken. (A. Z.)

Innsbruck, 29. März. Das erste Armeecorps (Radetzky) stand über Lodi, Crema, Volta, Mantua in Verbindung mit Verona, da Brescia aufgegeben werden mußte, wo ebenfalls die Revolution in lichten Flammen ausgebrochen war. In und um Verona sammelte sich das zweite Armeecorps unter Feldmarschall-Lieutenant Baron d'Aspre. Noch stehen 52 Bataillone, 36 Schwadronen und 17 Batterien, daher weit über 60,000 M. in dem venetianisch-lombardischen Königreiche. (Tir. B.)

Belgien.

Brüssel, 27. März. Die Stadt war gestern Abend nicht ganz ruhig. Einzelne Haufen durchzogen die Straßen, sangen die Marseillaise und ließen die Republik hoch leben. Man hat einige dieser zerlumpten Helden eingesteckt; die andern zerstreuten sich gegen 11 Uhr. Es ist gestern kein neuer Zug von Befreiern von Paris auf belgischem Boden angekommen; schon vorgestern Abends aber hielten ihrer 800 in Valenciennes an. Als sie dort vernahmen, wie es ihren Vorläufern ergangen war, zerstreuten sie sich. (A. Z.)

Spanien.

Madrid, 25. März. Durch königl. Decret vom 21 sind die Sitzungen der Cortes ausgesetzt. In Pamplona Santona und San Sebastian, soll ein beträchtliches Kriegsmaterial concentrirt werden. (Span. Bl.)

Frankreich.

Paris, 29. März.

Durch Beschluß der provisorischen Regierung werden die Forste und Waldungen, welche einen Theil der Güter der ehmaligen Civilliste ausmachten, unmittelbar der Verwaltung der Staatsforsten zurückgegeben, und ganz nach denselben Formen und Gesetzen behandelt werden.

Die Regierung hat der Dictatur der Generalcommissäre des Hrn. Ledru-Rollin ein Ziel gesetzt. Sie hat ein Decret erlassen, welches aus Gründen der Staatseinheit alle Maßregeln derselben in Bezug auf Handelsgesetzgebung oder Finanzen aufhebt und für die Zukunft der vorherigen Zustimmung der Centralgewalt unterwirft. Doch wurde die von Emanuel Arago in Lyon eingeführte außerordentliche Auflage von 55 C. auf den Betrag der vier directen Steuern nachträglich als Municipalabgabe bestätigt.

Das Heer in Algerien wird sofort um 10,000 Mann verstärkt.

Großbritannien.

Der „Globe" schreibt: Der Prinz v. Preußen königl. Hoheit ist mit einer vertraulichen Sendung bei I. Majestät der Königin Victoria hier angekommen. (!!)

Dänemark.

Man schreibt der „Allgemeinen Zeitung" von der Ostsee. Dampfschiff Skirner 24 25. März. Die Revolution ist in Dänemark schnell vollendet, das neue Ministerium durch eine allgemeine Volksbewegung in der Hauptstadt bestellt und modificirt. Jetzt sind die Mitglieder: Graf Wilhelm Moltke, Conseilspräsident, Tscherning, Kriegsminister, Bardenfleth, Justizminister, Graf Knuth (bisher Amtmann in Faröe) Minister des Auswärtigen, Monrad (bisher Landprediger, Ständemitglied) Minister des Cultus, Bluhme Minister des Handels, ferner Hvidt und Orla Lehmann Minister ohne Portefeuille. Die herrschenden sind Monrad und Lehmann, denen sich Hvidt und Tscherning anschließen. Indeß herrschen in höchster Instanz die Volksbeschlüsse, welche in den großen Versammlungen im Casino und Hippodrom gefaßt werden. Der König fügt sich in alles, was verlangt wird und hat keine Macht mehr, die Hofleute sind in Verzweiflung und wissen sich in die neue Lage nicht zu finden. Dieser Sieg der ultradänischen, sogenannten

rationalistischen Partei hat natürlich auf das Schicksal der Herzogthümer einen bedeutenden Einfluß üben müssen. Der König hat sich entschließen müssen, dem allgemeinen Verlangen der Dänen in der Hauptstadt nach Krieg und Schleswigs Festhalten bei Dänemark nachzugeben. Die Deputation aus den Herzogthümern, deren Sicherheit sehr bedroht, indeß von dem Studentencorps und andern angesehenen Einwohnern überwacht wurde, ward in der Audienz vom König auf eine durch den Canzleipräsidenten für die Herzogthümer, Bar. v. Plessen, zu ertheilende Antwort verwiesen. Diese Antwort ward der Deputation nachdem dieselbe einstweilen schon das Kriegsdampfschiff Hecla bestiegen hatte, von dem sie später auf den Skirner überging, überbracht durch den Minister Lehmann. Um 1 Uhr ward auch eine Proclamation an den Straßenecken angeschlagen. Das erste Resultat davon ist dieß, daß die eben genannten hohen Beamten, Baron v. Plessen als Canzleipräsident und Etatsrath Francke als Regierungspräsident, statt des entlassenen v. Scheel, ihre Stellen quittirt haben. Dasselbe ist von den Mitgliedern der schleswig-holsteinisch-lauenburgischen Canzlei und von fast allen in Kopenhagen Angestellten deutscher Abkunft geschehen. Das Dampfschiff ist zahlreich von Beamten und deren Familien besetzt, welche es nothwendig halten mußten, sogleich die dänische Residenz zu verlassen. (Die Antwort des Königs für die schleswig-holsteinische Abordnung findet sich bereits in Nr. 81 der politischen Zeitung; die an allen Ecken Kopenhagens angeschlagene Proclamation oder Kriegserklärung haben wir gestern mitgetheilt.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 27. März. Am 14. fand eine stürmische Sitzung im Constitutionsausschuß statt, in Folge deren beschlossen wurde, einen vollständigen Repräsentationsvorschlag auszuarbeiten. (A. Z.)

Stockholm, 21. März. Am 18. d. Mts. fand nach einem Reformbanket ein Straßentumult des Stockholmer Pöbels statt, bei welchem in mehreren Privathäusern die Fenster eingeworfen wurden. Die Excesse veranlaßten das Einschreiten des Militärs, das, von einem Steinhagel überschüttet, endlich feuerte. Tags darauf erneuerten sich die Tumulte mit größerer Heftigkeit. Das Militär machte zu wiederholtenmalen von der Feuerwaffe Gebrauch, wobei 9 Personen gefallen seyn sollen. (A. Z.)

Rußland und Polen.

In Warschau scheinen sich Unruhen vorzubereiten; der Gouverneur, Fürst Gorczakoff, hat in Zeitungen vor Volksaufläufen unter strengen Strafandrohungen gewarnt.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, 30. März. Nach Beschluß der heutigen 26. Sitzung der Bundesversammlung ist allen Bundesregierungen die schleunige Anordnung von Wahlen der Nationalvertreter empfohlen, die am Sitze der Bundesversammlung an einem schleunigst festzustellenden möglichst kurzen Termine zusammenzutreten haben, um zwischen den Regierungen und dem Volk das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen. Auf 70000 Seelen der Bevölkerung jedes Bundesstaats ist ein Vertreter zu wählen; auch den Staaten, deren Bevölkerung nicht 70,000 Seelen beträgt, ist die Wahl eines Vertreters zugestanden.

München, 2. April. Ein heute erschienenes königl. Regierungsblatt (Nro. 15) enthält eine königl. allerhöchste Entschließung, die in der letzten Zeit begangenen Wald- und Feld-Frevel betr. — Königl. allerhöchste Entschließung, die Begnadigung der wegen politischer Verbrechen oder Vergehen abgeurtheilten Personen betr. — Bekanntmachung, die Gesuche um Anstellung oder Beförderung im Staatsdienste betr. —

Karlsruhe, 31. März. Nach einem Bundesbeschlusse vom 26. d. Mts. sind das siebente und achte Armeecorps mobil gemacht. Die Truppen sind bereits auf dem Marsche nach ihren Sammelplätzen. — Graf Ludwig v. Paumgarten, einstweilen mit Führung der Geschäfte der k. bayerischen Gesandtschaft am großherzoglichen Hofe beauftragt, ist vor einigen Tagen dahier eingetroffen. (Karlsr. Z.)

Kiel, 28. März. Gestern hat die Festung Friedrichsort die provisorische Regierung anerkannt. Das Corps Hanseaten wird nach Glückstadt verlegt. — Auch Hadersleben hat sich für die provisorische Regierung erklärt. In Kopenhagen soll die Marine eben nicht ministeriell gesinnt seyn, und die Artillerie die frühere Spannung mit dem jetzigen Kriegsminister Tscherning noch nicht vergessen haben. Letzterer ermahnt im „Faedrelandet" das Publicum in Betreff des Kriegszuges zur Geduld. Er sey so schnell nicht zu bewerkstelligen und die in letzterer Zeit etwas schwerfällig gewordene Maschine nicht so leicht in guten Gang zu bringen. (C. v. u. f. D.)

Rendsburg, 26. März. Die provisorische Regierung hat die Geschäfte einstweilen so unter sich vertheilt, daß Beseler das Präsidium ohne Portefeuille führt, der Prinz von Augustenburg das Kriegswesen, Graf Reventlow das Departement des Aeußern und die Kanzlei (das Innere), Bremer das Justizwesen und M. T. Schmidt die Finanzen nebst Handels-, Zoll- und Postwesen. — Mit Rücksicht auf die gegen Dänemark nöthige Truppenhilfe ist der Auftrag zur eiligsten Beförderung der erwarteten Preußen nach Altona abgegangen. (C. v. u. f. D.)

Etatsrath Francke ist einstweilen als Statthalter für Schleswig constituirt. Der in diesen Tagen mit großer Energie aufgetretene Hardesvogt, Jakobsen, in Schleswig ist mit unbeschränkten Vollmachten der Regierung nach Flensburg abgeschickt. (Alt. M.)

Ein Handelsschreiben aus Fredericia vom Sonnabend (25.) erwähnt nichts, wodurch das Gerücht von dem blutigen Konflict zwischen dem dänischen und dem schleswig-holsteinischen Bataillon, in Folge dessen die Stadt in Flammen aufgegangen seyn sollte, Bestätigung fände.

Frankfurt, 30. März. Einem so eben von Köln hier eingetroffenen Schreiben entnehmen wir, daß der auf den 2. April einberufene vereinigte Landtag höchster Wahrscheinlichkeit nach unter den obwaltenden Umständen einstweilen nicht abgehalten werden wird. Es ist somit auf morgen oder übermorgen das Eintreffen fast sämmtlicher freisinnigen preußischen Landtagsabgeordneten zu der bevorstehenden Versammlung in hiesiger Stadt zu erwarten. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Kiel, 27. März. Ein hier eben aus Calmar eingelaufenes Schiff verbreitet das Gerücht von einer in Schweden ausgebrochenen Revolution, wonach alle ritterschaftlichen Mitglieder verjagt seyen. Man verlange die norwegische Verfassung. (C. v. u. f. D.)

Börse.

Wien, 29. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM 69; zu 4pCt. in CM. 64; zu 3pCt. in CM. 52 Bankactien per Stück 930; Nordbahn 76.

Amsterdam, 28. März. $2\frac{1}{2}$pCt. 39; 3pCt. 46; 4pCt. 59; Synd. $3\frac{1}{2}$pCt. 60; Handels-Maatschappy 133; Ard. 7; port. 3pCt. 14; 5pCt. Metall. 63.

Paris, 28. März. 3pCt. 41 Fr. 50 C.; 5pCt. 61 Fr. — C.

London, 27. März. Consols 83%.

Münchener Schrannen-Anzeige vom 1. April 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest.	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	2935	2612	323	17	30	1	17	—	—
Korn	1563	1507	36	10	20	1	6	—	—
Gerste	3561	2799	762	10	1	—	48	—	—
Haber	1869	1843	26	5	29	—	1	—	—

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag den 2. April: „Martha, oder der Markt zu Richmond," Oper in 4 Akten von Friedrich.

Fremdenanzeige.

Hôtel Maulick. H. Georg, Privatier v. Hamburg.

Gold. Hahn. HH. Eisenlichter, Lehrer von Constanten; Greiner, Privatier v. Passau; Dem. Haldreiter v. Eichstätt.

Blaue Traube. HH. Häffner, Gerichtshalter von Anzwag; Mayer, Hüttenbeamter v. Wasseralfingen; Herll, Gutsbesitzer v. Wien; Dlle. Schatt v. Zarzburg.

Stachusgarten. HH. Renner, Pfarrer v. Augsburg; Heydmann, Amtmann v. Krunach.

Gestorbene in München.

Joseph Kleiner, Soldat im k. k. Infanterie-Leibregimente, geb. v. Haging, Ldg. Ebersberg, 22 J. alt; Michael Auzinger, Feldwebel von der Garnisons-Compagnie Nymphenburg, 50 J. alt; Joseph Wenig, Soldat im k. Infanterieregiment Kronprinz, geb. v. Salzberg, Ldg. Berchtesgaden, 22 J. alt; Joseph Walch, Kirschnergesell v. h., 22 J. alt.

Zur öffentlichen Bekanntmachung.

2357. Das Directorium der Kammer der Reichsräthe findet sich bei dem fortdauernden ungewöhnlichen Andrange zum Canzlei- und Botendienste veranlaßt, hiemit öffentlich bekannt zu machen, daß die Canzlei sowohl als die Beibotenstellen bereits und zwar so reichlich besetzt sind, daß weitere Aufnahmen um so weniger mehr stattfinden können, als die Inanspruchnahme der Mittel in der gegebenen Größe derselben selbst nothwendig ihre Grenze finden muß.

Das Directorium hat bei diesen Besetzungen so viel nur immer thunlich auf minder oder gar nicht Besoldete Rücksicht genommen und nur für diejenigen Arbeiten, zu denen Kenntniß und Uebung des ständischen Geschäftsganges erforderlich sind, ihm schon durch frühere Leistungen bekannte und bewährte Personen berufen, — Allen aber, gegen früher, geringere Taggebühren für diesen Landtag angewiesen, um dadurch die Aufnahme Anderer möglich zu machen.

Die Herren Reichsräthe haben endlich, um so viel als möglich Einzelnen der Supplikanten helfen zu können, welche nicht aufgenommen werden konnten, deren Verhältnisse aber einer solchen besonderen Rücksicht würdig sind, aus eigenen Mitteln einen kleinen Fond gebildet, aus welchem sie für Einige — übrigens schon bestimmte — dieser Categorie eine momentane Unterstützung für die Dauer des Landtages zu bewilligen beabsichtigen, glauben aber, so wie das unterzeichnete Directorium insbesondere nunmehr zu der Annahme sich berechtiget, daß nach dieser Darlegung der obwaltenden Umstände die Personen, welche um Verwendung einkamen, aber nicht berücksichtiget werden konnten, die Ueberzeugung gewonnen haben werden, daß Alles geschehen ist, was möglich war, und weitere Aufnahmsgesuche unterbleiben müssen, widrigenfalls die Besetzung des Canzlei- und des Botendienstes in Zukunft der k. Regierung zu überlassen seyn würde.

München den 29. März 1848.

Das Directorium der Kammer der Reichsräthe.

Fürst zu Leiningen, I. Präsident.
Frhr. v. Zu-Rhein, II. Präsident.
Frhr. v. Stauffenberg, I. Secretär.
Graf v. Montgelas, II. Secretär.

Edictalladung.

2356. (2a) Nachdem bei vorliegender Ueberschuldung der hiesige ledige Herbergsbesitzer und Fuhrmann Joseph Mayer dem Universalconcurse sich unterworfen hat, so werden die Edictstage wie folgt festgesetzt:

I. Edictstag zur Anmeldung der Forderungen und deren Beweismittel, so wie zum Versuche einer gütlichen Ausgleichung auf

Donnerstag den 27. April l. Js.,

II. Edictstag zur Vorbringung der Einreden auf

Donnerstag den 25. Mai l. Js.,

III. Edictstag zur Abgabe der Schlußhandlungen auf

Donnerstag den 8. Juni l. Js.,

jedesmal Vormittags 9 Uhr, wobei sämmtliche unbekannte Gläubiger persönlich oder durch gehörig bevollmächtigte Anwälte bei Verlust der jedesmal zu pflegenden Handlungen zu erscheinen haben.

Die Herberge sammt Feld des Gemeinschuldners ist auf 2200 fl. gerichtlich gewerthet und mit 2952 fl. 48 kr. Hypothekschulden belastet; außerdem ist eine anerkannte Currentschuld von 622 fl. $27\frac{1}{2}$ kr. vorhanden; dagegen sind alle Mobilien und Fahrnisse bereits gerichtlich verkauft worden.

Wer übrigens allenfalls etwas von dem Vermögen des Schuldners in Handen hat, wird aufgefordert, dasselbe vorbehaltlich seiner Rechte bei Gericht zu übergeben.

Kempten am 27. März 1848.

Königliches bayerisches Kreis- und Stadtgericht.

Der k. Director:
Buckingham.

v. Germersheim.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 85.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir (Knödel-Gasse Nro. 2), auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. — Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag | XLIX. Jahrgang. | 3. April 1848.

Deutschland.

Der gestern kurz erwähnte **Bundesbeschluß** welcher noch am Abend des 30. März verkündet wurde, lautet vollständig: Auszug des Protokolls der 26. Sitzung der Bundesversammlung vom 30. März 1848. Zu beschleunigter Entwerfung der Grundlagen einer neuen Bundesverfassung hat die Bundesversammlung mit einleitenden Arbeiten zu diesem Zweck unter Ziehung von Männern des öffentlichen Vertrauens bereits begonnen. Zur weiteren Förderung dieser wichtigen Angelegenheit beschließt dieselbe die Bundesregierungen aufzufordern, in ihren sämmtlichen, dem deutschen Staatensystem angehörigen Provinzen auf verfassungsmäßig bestehendem oder sofort einzuführendem Wege Wahlen von Nationalvertretern anzuordnen, welche am Sitz der Bundesversammlung an einem schleunigst festzustellenden möglichst kurzen Termin zusammenzutreten haben, um zwischen den Regierungen und dem Volk das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen, da der Drang der Umstände die einstweilige Annahme eines bestimmten Maßstabes der Bevölkerung nach welchem die gedachten Volksvertreter in jedem Bundesstaat zu erwählen sind, erforderlich macht, so erscheint es zweckmäßig, in Bezug auf die bisherigen Bestandtheile des Bundes das bestehende Bundesmatricularverhältniß dabei zu Grund zu legen und die Aufforderung dahin zu richten, daß auf 70,000 Seelen der Bevölkerung jedes Bundesstaats ein Vertreter zu wählen, auch denjenigen Staaten, deren Bevölkerung nicht 70,000 Seelen beträgt, die Wahl eines Vertreters zugestehen.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 30. März. Zuerst den Inhalt der Anträge, über welche sich die Siebenercommission heute geeinigt hat. Sie gehen dahin, daß 1) ein Bundesoberhaupt mit einem verantwortlichen Ministerium bestehen müsse; 2) auf Errichtung eines Senats der Einzelstaaten, eines Fürstenhauses; 3) auf Errichtung eines Volkshauses aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgehend, und mit 1 Vertreter auf je 70,000 Einwohner; 4) auf Feststellung der Competenz des auf diese Weise zusammengesetzten Reichstags dahin, daß seiner gesetzgebenden Gewalt das Heerwesen, den Verkehr mit dem Auslande, die Handels- und Zollgesetzgebung, die Gerichtsverfassung, Münze, Maß, Gewicht, Posten und Eisenbahnen rc. untergeordnet werden; 5) Einberufung einer constituirenden Versammlung binnen vier Wochen; 6) Wahl eines Ausschusses, bestehend aus 15 Mitgliedern der morgen zu eröffnenden Versammlung, welcher die Verfassungsangelegenheit zu überwachen und für den Fall, daß die im vorigen Paragraph gestellte Frist nicht eingehalten würde, die gegenwärtige Versammlung wieder einzuberufen hat. Die sämmtlichen Puncte dieses Programms sind bereits dem Bundestage vorgelegt, und von demselben angenommen worden. Die Vorbereitungen der Frankfurter zu dem Nationalfest sind glänzend. Ihre ganze Stadt ist geschmückt wie ein Hochzeithaus. Die Leute, welche den beiden letzten Kaiserkrönungen beigewohnt, versichern, daß sie damals nichts ähnliches erlebt. (A. Z.)

Frankfurt, 30. März. Im Weidenbusch war gestern Abend eine große politische Vereinigung (natürlich öffentlich,) wo Struve, Hecker, Welcker und andere Männer von Bedeutung erschienen und sprachen. Die Redner sollen sich fast alle im Sinn der entschiedensten Bewegung ausgesprochen haben. (A. Z.)

Frankfurt, 31. März Morgens 9 Uhr. Gestern Abend wurden Struve und Hecker von den Turnern große Fackelzüge gebracht. Beide sprachen sehr entschieden für Republik. Die Mehrzahl der Abgeordneten scheint entschieden gegen Republik. (A. Z.)

Frankfurt, 31. März. Soeben (9½ Uhr) haben die Präsidentenwahlen stattgehabt. Mittermaier ist Präsident; Vicepräsidenten: Itzstein, Dahlmann, Robert Blum und Jordan. Eine ungeheuere Menschenzahl wogt, Frankfurt ist kaiserlich geschmückt, allüberall Schwarz-Roth-Gold, Kanonendonner und Glockengeläute.

(A. Z.)

Frankfurt, 31. März. Nachmittags. Die erste Versammlung ist vorüber. Wir bemerken einstweilen, daß der Antrag auf Verweisung des Siebnerprogramms (s. oben) und der Struve'schen (republicanischen) Anträge an eine Commission verworfen, der Eisenmann'sche Antrag, zunächst den Wahlmodus festzusetzen angenommen, die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund, und dessen, so wie Ost- und Westpreußens Vertretung im Parlament mit Enthusiasmus proclamirt, die Verpflichtung Deutschlands aufs Polens Herstellung hinzuwirken anerkannt, die Frage wegen Posens Vertretung offen gelassen, endlich als Vertretungsmaßstab ein Abgeordneter auf 50,000 Seelen angenommen wurde. Die Versammlung war sehr stürmisch und wurde einmal auch durch das Gerücht eines blutigen Straßentumults in Aufregung versetzt, der sich jedoch auf einen bald beigelegten Zwist zwischen Republicanern und Antirepublicanern beschränkte. Die Sitzung dauerte bis 4 Uhr. (A. Z.)

Dem Commissionsbericht über den Antrag des Abg. **Bassermann**, auf Einführung eines **Nationalparlaments**, erstattet von dem Abgeordneten **Welcker** entnehmen wir folgende wesentliche Stellen: I. (Bestandtheile des deutschen Bundes.) Der deutsche Bund wird gebildet durch die Regierungen und Bürger aller deutschen Länder, so wie diese Länder bisher durch ihre Regierungen am Bunde Theil nahmen, jedoch mit Zuziehung 1) aller preußischen Länder. Bei der österreichischen Monarchie ist dies leider wenigstens bis jetzt unmöglich; 2) des staatsrechtlich und national mit Holstein unzertrennlich verbundenen Schleswigs. Eine der wichtigsten politischen Aufgaben des Bundes bleibt es, für die Zukunft auf jedem staats- und völkerrechtlich möglichen Wege dahin zu wirken: a) daß alle national deutschen Länder mit dem Bunde vereinigt werden und stets mit demselben vereinigt bleiben; b) daß über kein deutsches Land ein außerdeutscher Regent herrsche; c) daß keine deutsche Regierung außerdeutsche Länder besitze. Die Unnatur und die höchste Verderblichkeit dieser hier berührten dreifachen Mängel liegen vor Augen, bestätigt durch die traurigsten Erfahrungen. Wie vieles hier gebessert werden kann durch völkerrechtliche Verträge und Friedensschlüsse und durch landes- und bundesverfassungsmäßige Veränderung der Erbgesetze, ist ebenfalls klar. II. (Zweck und Aufgaben des deutschen Bundes.) Sein Zweck ist, die völkerrechtliche Sicherung Deutschlands und der deutschen Bundesstaaten und das Gesammtwohl der Nation, insoweit hierzu die Selbstverwaltung der einzelnen Bundesstaaten nicht genügt, so daß jene beiden Zwecke gemeinschaftliche Maßregeln erfordern. Der neue Bund wird in der That wie der americanische, und so wie früher das deutsche Reich ein Bundes- oder ein Ober-, ein Staaten-Staat mit theils ausschließlichen, theils mit der Landeshoheit concurrirenden Oberhoheitsrechten der Bundesgewalt. Die Selbstständigkeit und Würde der einzelnen Bundesstaaten und Regierungen wird hiebei erhalten, einestheils dadurch, daß sie freiwillig mehrere ihrer Staatsrechte im Bunde gemeinschaftlich machen, und gemeinschaftlich ausüben, anderntheils durch die Grenze der Bundesgewalt. Sie geht nicht weiter als es das Wohl der Nation fordert, daß Gemeinschaftlichkeit stattfinde. Außerdem bleiben die einzelnen Staaten und Regierungen selbstständig, und im Zweifel streitet die Vermuthung für die zwar beschränkte aber doch noch selbstständige Staatsgewalt der einzelnen Länder. Die aus jenem Hauptgrundsatze abgeleiteten einzelnen Bundesrechte aber werden sich gewiß von selbst rechtfertigen. Hierhin gehören namentlich folgende Aufgaben der Bundesgewalt: 1) Die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der deutschen Bundesstaaten nach Außen. 2) Die kriegerische Vertheidigung zu Land und zur See gegen äußere Feinde, sowie auch zum Schutz des einen Bundesstaates gegen den andern. 3) Das Zollwesen. 4) Gemeinschaftliche Post- und Eisenbahneinrichtungen. 5) Gleichheit der Münzen, Maße und Gewichte. 6) Freiheit des Verkehrs und Handels auf Land- und Wasserstraßen mit Gleichheit des Handels- und Wechselrechts 7) Die Verbürgung der wesentlichsten deutschen Freiheits- und nationalen Bürgerrechte. a) Volle Glaubens-, Religions- und Cultusfreiheit. b) Volle Preßfreiheit. c) Vereins- und Versammlungsfreiheit. d) Freie volksvertretende Landesverfassung mit entscheidender Stimme der Volksabgeordneten in der Gesetzgebung und der Besteuerung und mit dem Recht der Anklage der verantwortlichen Minister. e) Gleichheit der Steuerpflicht, der Wehrpflicht und des Wehrrechts für alle Bürger, oder Ausschluß der Privilegien in diesen Beziehungen. f) Gleiche Berechtigung der Bürger, zu Gemeinde- und Staatsämtern ernannt zu werden. g) Allgemeines abzugsfreies Auswanderungsrecht der Bürger und volles völkerrechtliches Gastrecht für die Fremden. h) Allgemeines deutsches Heimathsrecht, oder Freiheit des Eintritts, des Ankaufs von Grundstücken, des Aufenthalts und Gewerbebetriebs für alle Deutschen in allen deutschen Landen, ohne andere Bedingungen und Schranken als die für die Landesbürger. i) Freiheit der Bildung in allen deutschen Lehranstalten. k) Schutz gegen den Büchernachdruck und gleiche Wirksamkeit der vom Bunde ertheilten Erfindungspatente. l) Schutz der persönlichen Freiheit durch ein Bundesgesetz. m) Schutz gegen Justizverweigerung. n) Unabhängigkeit, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Justiz und Schwurgerichte in Strafsachen. o) Allgemeines Verbot des Lottos und der öffentlichen Spielbanken. p) Allgemeine deutsche Gesetzgebung, und zwar: einestheils gleiche absolut gebietende Gesetze, soweit nach dem Obigen eine gleichmäßige Durchführung der bundesrechtlichen Bestimmungen sie erheischt; anderntheils nur bedingt gebietende (also solche, einzelne landesgesetzliche Abänderungen nicht ausschließende allgemeine Gesetze, für deren Giltigkeit die Rechtsvermuthung streitet): soweit sie als Grundlagen für eine Gemeinschaftlichkeit des Rechts, der Rechtsprechung und der Rechtswissenschaft heilsam sind. III. (Natur der Gewalt des Bundes.) Der Bund verwirklicht seine Zwecke und seine Aufgaben durch eine gemeinschaftliche Oberregierungs- oder durch eine höchste Gesetzgebungs-, Besteuerungs-, Vollziehungs- und Richtergewalt und vermittelst der dazu nöthigen Bundesorgane. IV. (Organisation der Bundgewalt.) 1. Organe des Bundes und ihre wesentlichen Rechte. 1) Die **Versammlung der Repräsentanten aller Bundesstaaten** durch Ab-

gesandte ihrer Regierungen (soweit nicht etwa für wichtigere Handlungen die Fürsten persönlich erscheinen wollen.) Für die besondere Organisation und das Stimmenverhältniß dieser Regierungen, ihr Präsidium, ihre Geschäftsordnung, die Ernennung ihrer Abtheilungen und Beamten, mögen nach ihrer Uebereinkunft die Bestimmungen des bisherigen Bundesrechts bestehen bleiben, oder dieselben auch verändert werden. Nur muß a) in allen ihrer Zuständigkeit unterworfenen Sachen oder in allen wahren Bundessachen überall Stimmenmehrheit entscheiden; b) die Abgesandten der Regierungen dürfen sich nicht auf besondere Vollmachten, deren Mangel oder auf eine Beschränkung durch dieselben beziehen; c) die Verhandlungen müssen der Regel nach öffentlich öffentlich seyn: d) zu gültiger Beschlußfassung gilt eine Stimme mehr wie die Hälfte. Auch den Namen dieser Versammlung mögen die Regierungen selbst bestimmen, etwa: die deutschen Landesregierungen, oder die deutsche Gesammtregierung, oder auch das Haus derselben, Senat, Oberhaus ꝛc. Die wesentlichen Rechte dieser Versammlung bestehen darin, daß dieselbe (gleich dem Haus der Volksvertreter) Bundesgesetze, Maßregeln und Einrichtungen vorschlagen und mit entscheidender Stimme beschließen oder ablehnen, und auch die verantwortlichen Bundesminister bei dem Bundesgericht anklagen kann. Sie hat ferner das besondere Recht, das Bundeshaupt zu erwählen. 2. Die Versammlung der Vertreter der Nation. Diese werden alle drei Jahre, je einer auf 50,000 (oder 70,000) Seelen von allen selbstständigen, großjährigen, ehrenhaften Staatsbürgern erwählt. Staaten unter 50,000 oder 70,000 Seelen wählen einen Vertreter. Die Wahl findet (ähnlich wie die der badischen Volksvertreter) in der Art statt, daß je nach Wahlbezirken von 500 Seelen aus ihrer Mitte einen Wahlmann, und die versammelten Wahlmänner von 50,000 (oder 70,000) Seelen aus allen selbstständigen, dreißigjährigen, ehrenhaften Bürgern des Landes den Abgeordneten wählen. Die Versammlung bestimmt über ihre innere Organisation, über ihre Abtheilung und ihre Geschäftsordnung. Nur muß sie a) der Regel nach öffentlich verhandeln und b) nach Stimmenmehrheit beschließen. c) Die Abgeordneten sind an keine Mandate gebunden. d) Zur giltigen Beschlußfassung gehört eine Stimme über die Hälfte. Diese Versammlung hat gleich dem Haus der Landesregierungen das Recht, Bundesgesetze, Einrichtungen und Maßregeln vorzuschlagen und mit entscheidender Stimme zu beschließen oder abzulehnen, und das Recht, allein oder mit dem andern Haus die verantwortlichen Minister bei dem Bundesgericht anzuklagen. Sie hat ferner das besondere Recht, daß alle Steuergesetze zuerst von ihr beschlossen und von dem andern Haus nur im Ganzen angenommen oder verworfen werden. Bei dem so etwa erfolgten Widerspruch beider Häuser werden die Stimmen derselben zusammen gezählt und so die Mehrheit gebildet. Beide Versammlungen treten alljährlich in Frankfurt a. M. am 1. Febr. auf höchstens 3 Monate zusammen. In dringenden Fällen können beide Häuser eine Verlängerung beschließen. Eben so kann in dringenden Fällen das Bundeshaupt (oder der Bundesrath) zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen. 3. Das Bundeshaupt. Es wird von dem Haus der Landesregierungen aus ihrer Mitte je auf drei Jahre gewählt. Es handelt nur durch verantwortliche Minister und durch die von diesem unterzeichneten Beschlüsse. Es vertritt den Bund nach Außen; ernennt die Bundes-Gesandten und Beamten; vollzieht die Bundes-Gesetze und Beschlüsse; verwaltet die Bundesangelegenheiten und beruft in dringenden Fällen außerordentliche Versammlungen des Nationalparlaments. 4. Der Bundesrath oder der ständische Ausschuß. Zu demselben werden von jedem Hause aus seiner Mitte sechs Mitglieder, und durch diese zwölf ein Obmann erwählt. Sie berathen das Bundeshaupt bei Abschließung der Staatsverträge und bei Ernennung des Oberfeldherrn, außerdem in wichtigen Angelegenheiten, in welchen das Bundeshaupt ihren Rath fordert, oder in welchen sie ihm denselben zu ertheilen für Pflicht halten. Auch berufen sie in dringenden Fällen ein außerordentliches Parlament. 5. Das Bundesgericht. Es besteht aus 25 Mitgliedern, welche in der Art erwählt werden, daß die Nationalrepräsentation für jede Stelle drei Candidaten vorschlägt, das Regierungshaus einen auf lebenslang ernennt (so daß jedes Haus acht Mitglieder ernennt, welche sich durch neun andere Mitglieder ergänzen). Es richtet in öffentlichem und mündlichem Verfahren: a) über die Anklagen gegen die Bundesminister; b) über die Streitigkeiten der Bundesstaaten unter einander; c) über Beschwerden der Landstände wegen verletzter Verfassung; d) wegen Verletzung der bundesmäßig verbürgten Rechte durch Gesetze und Regierungshandlungen. 6) Die Bundesarmee. Sie besteht in Friedenszeiten: a) aus allem stehenden Militär, welches durchaus gemeinschaftlich und wie in Nordamerica im Frieden nur sehr gering ist; b) im Kriege aus dem Aufgebot der Landwehren aller einzelnen Staaten, welche nach gemeinschaftlichen Bundesgesetzen gebildet und organisirt werden. Das stehende Militär steht immer, die Landwehr in Kriegszeiten, unter dem Befehl des Bundeshauptes oder des von ihm gewählten Oberfeldherrn. V. Die Art der Begründung und der Sanction der neuen Verfassung des deutschen Bundes. Die neue Verfassung muß nicht allein von den Regierungen und ihren Vertretern, sondern zugleich auch durch Vertreter der Nation berathen und als der Nationalgrundvertrag beschlossen und gegenseitig durch den Eid geheiligt werden.

Bayern.

Landtag.

München, 3. April. Die Abgeordneten Rath und Trautner haben an die hohe Kammer der Abgeordneten folgenden trefflichen Antrag gestellt (und ihm eine sachgemäße Begründung vorausgestellt): 1. daß für Bayern ein Gewerbe-, Ackerbau- und Handels-Ministerium geschaffen werde, hervorgegangen aus Männern praktischer Erfahrung mittelst bewährter Leistungen in genannten Fächern, frei von ideeller und bureaukratischer Beschränktheit; 2. daß durch dieses Ministerium die inländische Gewerbsthätigkeit geweckt, in ihren Bedürfnissen unterstützt, in ihren Rechten gewahrt und in systematischer Leitung jener Richtung und Kraft entgegen geführt werde, die sie in den Tagen der Vorzeit achtunggebietend besaß, auf daß die reichen Quellen des Wohlstandes, die in unsern Fluren und Bergminen zu versiegen bedroht sind, den Glanz und das Auge des Vaterlandes wieder beleben, um in das Verhängniß der Zukunft mit dem Frieden und Selbstgefühle innerer Macht muthvoll und unerschrocken schauen zu können.

München, 2. April. Frhr v. Berger, welcher Mitte dieses Monats in außerordentlicher Mission zur Erzielung einer möglichst schleunigen Durchführung der Nationalrepräsentation am deutschen Bunde, und anderer die Einigung Deutschlands bezweckender Propositionen an die Höfe zu Dresden und Berlin sich begeben hatte, ist gestern wieder hier eingetroffen. — Ihre Majestät die regierende Königin Marie wird künftigen Montag Mittags 500 Arme in München und 250 in den Vorstädten in verschiedenen Gasthäusern öffentlich speisen, und nach Beendigung des Essens jedem der dazu Eingeladenen noch einen Ducaten als Geschenk einhändigen lassen. (A. Z.)

Nach dem k. Regierungsblatt vom 1. April wurden die Oberappellationspräsidenten-Wittwe Freifrau Charlotte v. Walden, geb. Freiin v. Redwitz, zur Oberhofmeisterin, und die Freiin v. Besserer zur Hofdame Ihrer k. Hoh. der Prinzessin Alexandra, ferner der Oberappellationsgerichtsrath Carl Friedrich Heintz und Appellationsgerichtsrath Frhr. Gustav v. Lerchenfeld zu Staatsräthen im ordentlichen Dienst ernannt.

***München, 3. April. Abermals verließ uns heute ein Bataillon unserer Garnison. Auf etwa 25 Wagen mit 2 Locomotiven eilte dasselbe heute früh 6 Uhr seinem nächsten Bestimmungsorte, Memmingen, zu. Wenn den Scheidenden auch manche Thräne nachfloß, so war doch ihr Abzug ein freudig muthiger. Die zahlreich versammelte Bevölkerung rief ihnen Hüte schwenkend den Scheidegruß zu, der von den Truppen mit einem feurigen Hoch für München, Bayern und Deutschland erwidert wurde. Gott geleite die Wackern! — Morgen wird eine Batterie und übermorgen ein weiteres Bataillon folgen.

München, 3. April. Unser verdienter Literat Fr. Trautmann hat folgendes auch unter den heutigen Anzeigen angekündigtes Werk veröffentlicht: „Angriff der Münchener Polizei auf die Freiheit der Presse vom civil- und staatsrechtlichen Standpuncte aus dargestellt.“ Wir empfehlen das treffliche Schriftchen dem Publicum recht sehr, treten ganz den Ansichten des Verfassers bei und verwahren uns feierlichst gegen jeden bureaukratischen Uebergriff nach der freien Presse, wie er in obigem Schriftchen mit überzeugenden Gründen dargelegt und zurückgewiesen ist.

‡ München, 2. April. So eben erhalte ich durch Privathand ein Flugblatt: „Was ist denn jetzt g'scheh'n in Wien! Eine Mittheilung an meine lieben österreichischen Landsleute außer Wien. Von J. E. Castelli“, welches Geschehenes und dessen Deutung so freundlich, belehrend und populär dem Gesammtvolke erzählt, und zur Beruhigung, namentlich des Landvolkes, so nachhaltig dienen wird, daß es nur zu wünschen wäre, daß in allen deutschen Ländern und Gauen dasselbe in Masse Seitens der Regierungen selbst verbreitet würde. Freunde der Ruhe und Ordnung mache ich darauf aufmerksam, und hätte nur gewünscht, daß nicht ein neues Verbreitungsverbot gegen Flugschriften durch die hiesige Polizei deren Verbreitung auf letzter Schranne gehindert hätte, wodurch bestimmt mehr erreicht worden wäre, als durch genanntes Mißtrauen erregendes Verbot. Ein Münchener.

△ München, 3. April. Bei dem alljährlich in den ersten Tagen des April üblichen Ausschank des Salvatorbieres im Neudecker-Garten in der Vorstadt Au kam es gestern zu unruhigen Auftritten. In Folge von Raufereien fanden einige Festnehmungen statt. Später verlangte die Menge die Freilassung der Festgenommenen, und als diese vom königl. Landgericht verweigert ward, begannen die erhitzten Köpfe die Fenster des Landgerichtsgebäudes einzuwerfen. Eine herbeigeeilte Abtheilung Cuirassiere machte dem Unfug ein Ende. Von dem übrigens köstlichen Salvatorbiertrank kostete am ersten Tage die Maaß 11 kr., dann 10 kr. und jetzt 9 kr.

Ulm, den 30. März. In Neu-Ulm und den nächsten benachbarten Dörfern liegen jetzt eine Schwadron Chevauxlegers von Herzog Max aus Dillingen, zwei Compagnien vom Infanterieregiment Prinz Karl von Augsburg und eine Compagnie des Infanterieregiments Ysenburg von Kempten. (Schw. Mkr.)

Baden.

Karlsruhe, 25. März. Das von der Regierung vorgelegte, aber von einer Commission der Kammer wesentlich umgeänderte „Bürgerwehrgesetz“ wurde heute einstimmig von der zweiten Kammer angenommen. Die Hauptbestimmungen dieses Gesetzes besagen, daß neben der Linie und der Landwehr auch die übrigen Theile des Volkes bewaffnet und in „Heerschaaren“ eingetheilt werden sollen, und zwar in drei Aufgeboten, wovon das erste alle Unverheiratheten und kinderlosen Wittwer unter dreißig Jahren, insofern sie nicht schon im Heere dienen, das zweite dieselbe Personenclasse vom dreißigsten bis zum fünfzigsten nebst den Verheiratheten bis zum dreißigsten Jahr, das dritte Aufgebot alle übrigen Wehrmänner umfaßt. Die beiden ersten haben das stehende Heer innerhalb der Landesgrenzen zu unterstützen, das letzte wird nur zum Dienst in der Gemeinde verwendet. Ein Wehrmanngericht entscheidet über alle Dienstvergehen ohne Appellation noch Cassation. Die Bestimmung der Dienstkleidung bleibt der Bürgerwehr einer jeden Gemeinde überlassen. Außerdem wurden von der Regierung verschiedene Gesetzentwürfe vorgelegt, als da sind: über Aufhebung des Jagdrechts mit Zugrundelegung dessen, was in der bayerischen Pfalz hierüber zu Recht besteht; dann ein Gesetzvorschlag zur Uebertragung der Militärgerichtsbarkeit mit Ausnahme der Abwandlung der reinen Dienstvergehen an die bürgerlichen Behörden, endlich eine Vorlage um die vier jüngsten Altersclassen der Landwehr, d. h. der Unverheiratheten bis zum dreißigsten Lebensjahr in den Dienst zu rufen, und Pferde für das Geschütz wie für die Reiterei anzukaufen. Dabei wurde die Nachricht von dem Abmarsch von 800 bewaffneten Arbeitern aus Paris amtlich bestätigt, und eröffnet daß Bundesmaßregeln hiegegen verfügt seyen. Von der Schweiz aus wird ebenfalls ein Angriff erwartet. (A. Z.)

K. Sachsen.

Dresden, 25. März. Ein Abgesandter deutscher Höfe nach dem andern trifft hier ein, um nach gepflogenen Berathungen mit unserem Ministerium nach Berlin zu eilen. Unsere Regierung hat eine bestimmte Verwahrung in Berlin eingelegt. Sie wird bei Verhinderung des diesseitigen Gesandten in Berlin wegen Kränklichkeit einen Specialbevollmächtigten dahin abzuordnen. Dem Vernehmen nach ist Professor Biedermann von Leipzig zu diesem Auftrag ausersehen worden. — Dem Vernehmen nach ist das Ministerium des Cultus, und

Digitized by Google

das der auswärtigen Angelegenheiten von dem König auf den bisherigen Minister des Innern, Dr. von der Pfordten übertragen, zum Minister des Innern aber Stadtrath Oberländer aus Zwickau ernannt worden. (D. A. Z.)

Preußen.

Berlin, 29 März. Nachdem der bisherige Vorsitzende des Staatsministeriums, Graf Arnim, und der Kriegsminister von Rohr heute ihre Entlassung eingereicht haben und dieselbe von Mir angenommen ist, habe Ich den Präsidenten der Handelskammer zu Köln, Camphausen, zum Vorsitzenden des Staatsministeriums ernannt und bis zur Wiederbesetzung der Stelle des Kriegsministers den Generallieutenant v. Reyher mit deren einstweiliger Verwaltung beauftragt. Zugleich habe Ich den Präsidenten der Handelskammer zu Aachen, Hansemann, zum Finanzminister ernannt und die Verwaltung des Staatsschatzes und des Münzwesens dem Vorsitzenden des Staatsministeriums in Gemeinschaft mit dem Finanzminister übertragen, wovon Ich das Staatsministerium hierdurch in Kenntniß setze. Berlin, den 29. März 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm.

Der Magistrat von Berlin gewährt den ruhmvollen Kämpfern vom 18. und 19. März, welche etwa der Hilfe bedürftig sind, eine außerordentliche Unterstützung.

Berlin, 26. März. Morgen gehen von hier 15,000 Mann preußischer Truppen nach Schleswig-Holstein. Außerdem ist auch schon eine meistens aus Studenten bestehende Freischaar dorthin abgegangen. (Wes. Z.)

Berlin, 29. März. Göschel ist verjagt, Matzis hat den Abschied, Wedell ist davongegangen — aber was sind diese paar Beispiele gegen die Hunderte, die noch zu geben sind! Eine der kräftigsten Bürgschaften für die Zukunft unseres constitutionellen Lebens ist in der That der König selbst. Er ist wie umgewandelt, voll Eifer und Lust in der Richtung, die ihm früher durch fremde Schuld und allerlei Blendwerke verdeckt war: daher auch die Heiterkeit, mit der er alles Nöthige thut, die offene Zuversicht, mit der er mitten unter das Volk tritt. Die Zusammenziehung eines Hilfscorps bei Havelberg für Schleswig-Holstein ist eine That, die ihm ganz Deutschland anrechnen muß. Sein Entschluß an die Spitze der deutschen Sache zu treten, schließt keinerlei Usurpationsgedanken ein. (A. Z.)

Berlin, 30. März. So eben, Nachmittags 4 Uhr, ist das 24ste [illegible], von dem lebhaftesten Hurrah der zahlreich versammelten Einwohner begrüßt, mit klingendem Spiel hier einmarschirt und hat die ihm angewiesene Caserne bezogen.

Von der Spree, 28. März. Die im Großherzogthum Posen versammelten Streitkräfte dürften sich augenblicklich auf 30,000 Mann belaufen, und nach Ankunft der im Anmarsch begriffenen Verstärkungen eine Stärke von 40,000 Mann erreichen. In Stargard war heute Vormittag das Gerücht verbreitet gewesen, die Russen hätten mit starken Kräften die Grenze überschritten. Man [illegible] die [illegible] Gerüchte, und es geht die Sage von blutigen Gefechten, die zwischen preußischen, um die Aufrechterhaltung der Ruhe bemühten Dragonern und dem polnischen, [illegible] Landvolk stattgefunden haben sollen. (A. Z.)

Provinz Schlesien. Der Graf Schaffgotsch in Warmbrunn hat nachstehende Verzichtleistung bekannt gemacht: Mein Gewissen gibt mir das Zeugniß, daß ich keinem Einsassen von Warmbrunn irgendwie wehe gethan oder etwas von ihm verlangt hätte, welches den Gesetzen zuwidergewesen wäre. Gott ist mein Zeuge. Ich verzichte 1) auf das Laudemium, 2) auf alle Dienste jeglicher Art, 3) auf die Spinn- und Salzgelder, Ehrungs- und Spinngelder, 4) auf das Mühlgetreide. (Oder-Z.)

Köln, 26. März. Gestern fand hier eine sehr zahlreiche Versammlung von Soldaten aller hier anwesenden Truppengattungen statt, um über die auch im Militärwesen nöthigen Reformen zu berathen. Man vereinigte sich schließlich über folgende Anträge, welche in einer dem Commandanten der 12. Division einzureichenden in sehr gemäßigter Sprache abgefaßten Petition gestellt werden sollen: Abschaffung der bestehenden Kriegsartikel; Abschaffung der Anreden mit „Du“ und „Er“; Abschaffung des Kasernenarrests und Verminderung der Schieß- und Felddienstübungen; Einführung des Geschwornengerichts mit Oeffentlichkeit und Mündlichkeit für alle militärischen Vergehen und Verbrechen. (K. Z.)

Coblenz, 20. März. Gestern ließ der Generalcommandant v. Thile beifolgende Bekanntmachung an den Straßenecken hier anheften: Nach von mehreren Seiten bei der Militärbehörde eingegangenen zuverlässigen Nachrichten sind von der französischen Grenze her Einfälle bewaffneter, ungeregelter und ungeordneter Arbeiterschaaren in die Rheinprovinz beabsichtigt. Um diesem zu begegnen, ist die Aufstellung eines Corps gegen die Saar erforderlich. (Köln. Z.)

Coblenz, 27. März. Ein seit einigen Tagen häufig vorgekommenes Abreißen der preußischen Wappen von Häusern, ꝛc. in Trier und Umgegend hat leider noch nicht nachgelassen. (Rhein. u. Mos. Z.)

Neuwied, 23. März. Der Fürst v. Wied, durch den Inhalt des königl. Patents vom 21. ds. freudig überrascht, hat sofort unter Kanonendonner das dreifarbige deutsche Banner von seinem Schlosse wehen lassen, und bei dieser Gelegenheit nicht nur seinen Realschuldnern sehr beträchtliche Nachlässe an ihren Ablösungscapitalien gewährt, sondern auch auf die bisherige Freiheit seiner Besitzungen von der Gemeindesteuer gänzlich verzichtet.

Posen, 28. März (früh.) Gestern ist die officielle Nachricht hier eingegangen, daß bei dem Städtchen Slupze, ganz nahe an der preußischen Grenze, in diesem Augenblick ein großes russisches Lager für 60 bis 70,000 Mann, die binnen kürzester Frist eintreffen sollen, abgesteckt wird; die Gränzlinie ist bereits ganz mit Jägern und Kosaken besetzt, so daß das Königreich vollständig abgesperrt ist. So wissen wir hier zuverlässig, daß die dermalen im Königreich zusammengezogene russische Armee schon 120,000 Mann stark ist, und noch täglich durch nachrückende Regimenter verstärkt wird. Alle diese Streitkräfte ziehen sich nach und nach an die preußische Grenze heran. Ein Kampf mit Rußland wird hier gegenwärtig für unvermeidlich gehalten, und dieser Kampf wird furchtbar werden, denn es ist ein Principienkrieg. Gestern Abend sind noch der Erzbischof und Dr. Libelt von Berlin hier eingetroffen, und haben die Nachricht mitgebracht, daß der König in den wesentlichen Puncten der neuen Petition nachgegeben habe, daß namentlich die Reorganisation des Großherzogthums in polnischem Sinn nur von einer Commission, die aus Eingebornen des Landes besteht, ausgehen solle. Unter den Polen erzeugte diese Nachricht sofort lauten Jubel; der Markt war illuminirt, die Schützen und die Gewerke zogen auf, und polnische Fahnen flatterten in großer Zahl vom Rathhause herab; die Deutschen dagegen sind gänzlich niedergeschlagen, denn ihre Interessen scheinen wenig gewahrt zu seyn, und doch wohnen hier Million Deutsche neben Millionen Polen! Eben vernehme ich, daß eine Deputation von Deutschen nach Berlin abgegangen ist, um die Interessen ihrer Landsleute bei der bevorstehenden Reorganisation zu vertreten. (A. Z.)

Hannover.

Hannover, 28. März. Die allgemeine Ständeversammlung des Königreichs ist am heutigen Tage von dem Hrn. Grafen v. Bennigsen, Vorsitzenden des königl. Gesammtministeriums und Vorstand des königl. Ministerialdepartements der auswärtigen Angelegenheiten eröffnet worden.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 28. März. Heute haben sich der Erzherzog Palatin und die beiden ungarischen Minister, Graf Batthyanyi und Hr. v. Deak, die seit einigen Tagen hier verweilten, wieder nach Preßburg begeben. Man vernimmt, daß, nachdem einige Differenzen in Bezug auf das neue Cabinet, namentlich auf das Finanz- und auf das Kriegsdepartement ausgeglichen wurden, die Mitglieder desselben von Sr. Majestät bestätigt worden sind. Diese Nachricht, welche bereits gestern mit dem Telegraphen nach Preßburg gemeldet wurde, hat daselbst wo man über den Erfolg bereits in peinlicher Spannung war, große Freude hervorgerufen. (A. Z.)

Wien, 30. März. In Preßburg war man furchtbar aufgeregt, weil die Regierung wegen der summarischen Aufhebung der Feudallasten Schwierigkeiten gemacht. (A. Z.)

Schweiz.

Bern, 29. März. Nach einem vom 24. März datirten Schreiben des schweizerischen Generalconsuls von Mailand an den Vorort dauerte der Kampf in Mailand vom 18. bis 23. März. Das Volk verrichtete Wunder der Tapferkeit und siegte über die Besatzung, die wenigstens 10,000 Mann Infanterie, sechs Batterien Artillerie mit fünfzig Kanonen, aus Reiterei und 500 bis 600 Tiroler Scharfschützen bestand. Die Consuln von England, Frankreich, Sardinien, Belgien und der Schweiz protestirten bei dem Feldmarschall Radetzki gegen das Bombardement der Stadt Mailand. (A. Z.)

Von der Aar, 30. März. Aus gut unterrichteter Quelle wird versichert, daß Hr. Lamartine der Schweiz die Abschließung eines Schutz- und Trutzbündnisses zwischen der französischen und schweizerischen Republik beantragte. Die Mission des Hrn. Huber-Saladin hatte hierauf Bezug. Der Vorort soll jedoch keine Geneigtheit gezeigt haben, in den Antrag dermalen einzutreten. (A. Z.)

Italien.

Florenz, 27. März. Das Ansehen des Papstes ist so ziemlich auf Null herabgesunken, und der Name des neunten Pius dient nur noch als Aushängeschild für die jeweiligen Bestrebungen des italienischen Liberalismus. Corsini und seine Consorten buhlen um die Gunst des Volks. Der Haß gegen die Deutschen wächst mit jeder Stunde, und gibt sich manchmal auf die seltsamste Weise kund. (A. Z.)

Die „Florentiner Blätter“ enthalten eine Proclamation des Großherzogs, daß — da die Stunde der allgemeinen Erhebung Italiens gekommen — er den Truppen Befehl gegeben habe, nach den lombardischen Grenzen aufzubrechen, auf zwei Wegen; über Pietrasanta und S. Marcello. Florenz bleibe der Bürgergarde anvertraut. Die Freiwilligen, welche mitziehen wollen, erhielten eine besondere Organisation.

Modena und Parma sollen dem Kirchenstaat und Toscana einverleibt seyn. (A. Z.)

Genua, 26. März. Alle Berichte von Mailand, Piacenza, Parma und Modena lauten dahin, daß in allen jenen Städten provisorische Regierungen vom siegreichen Volke errichtet worden sind. Die Genueser Zeitungen vom 25. melden, daß Karl Albert, durch eine Deputation der provisorischen Regierung zu Mailand aufgefordert, den Lombarden und Venetianern seinen kräftigsten Beistand zugesagt, und bereits an der Spitze von 40,000 piemontesischen Truppen die Lombardei betreten habe. Jener Artikel schließt mit den Worten: „Es lebe Italien! Es lebe Karl Albert König von Italien!“ Heute erwartet man die Nachricht von der Ankunft Karl Alberts in Mailand. (A. Z.)

Mailand, 28. März. Von allen Seiten strömen freiwillige Streiter zu — die Tessiner und Genueser waren die ersten — allein bereits sind auch piemontesische Regimenter eingerückt mit Artillerie und Cavalerie, überall mit „viva l'Italia! viva i Lombardi! viva Pio Nono!“ grüßend und begrüßt. Diese Regimenter werden rasch mit der Eisenbahn bis nach Treviglio vorwärts geschoben. Ganz sichere Berichte mangeln von den Oesterreichern, sie schlugen den Weg nach Lodi ein, das sie bald wieder verließen, um nach Crema und Orzinuovi vorzurücken. Da erwartete sie aber ein anderer Feind. Alle Schleußen der zahlreichen großen Canäle waren geöffnet. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 30. März.

Die provisorische Regierung beschließt, daß die königl. Ordonnanzen, erschienen im „Moniteur“ am 22. 23. und 24. Febr. durchaus nichtig sind — Da viele Fremde an den glorreichen Februarereignissen sich betheiligt, soll durch Beschluß der provisorischen Regierung allen Fremden, die seit 5 Jahren, in Frankreich und mit guten Zeugnissen versehen, wenn sie es nachsuchen, das französische Bürgerrecht ertheilt werden. (Nun die Fremden fortziehen!)

Großbritannien.

Die Forterhebung der Einkommensteuer ist endlich in der von der Regierung beantragten Norm, d. h. im bisherigen Betrag von 2 , pCt. von 150 Pfd. St. anfangend, ohne Unterschied der Einkommensquellen — jedoch mit Verzicht auf die ursprünglich vorgeschlagene zweijährige Erhöhung um 2 pCt. vom Hause der Gemeinen in der Sitzung vom 27. März gesichert worden.

Auf allen Schiffswerften herrscht fortwährend die größte Thätigkeit.

Digitized by Google

Dänemark.

Durch Verordnung vom 24. März ist die „Preßfreiheit" in der Gestalt, wie sie durch die Verordnung vom 27. Sept. 1799 eingeführt worden war, wiederhergestellt worden.

Aalborg, 25. März. Dänemark rüstet sich mit allen Kräften; zum hiesigen Bataillon ist die achtjährige Reserve einberufen.

Neueste Nachrichten.

Kiel, 27. März. Das in Altona stationirte Wachtschiff ist von der provisorischen Regierung mit Beschlag belegt.

Die provisorische Regierung hat die Kopfsteuer aufgehoben.

Die Antwort auf die Militär-Requisition für Holstein ist von Berlin wie Hannover eingetroffen. Die Truppen sollen an die Grenze marschiren, aber erst nachdem Antwort vom Bundestag in Frankfurt eingetroffen, zur Verfügung gestellt werden. Dem Vernehmen nach werden sich die preußischen Truppen bei Havelberg sammeln. (B. H.)

Rendsburg, 27. März. Das 14. und 16. Bataillon rücken so eben auf der Route nach Schleswig aus, begleitet von zwei sechspfündigen Kanonen. — Die dänischen Officiere des Itzehoer Dragonerregiments sind hier als Gefangene eingetroffen.

Rendsburg, 26. März. Die gestern abgehaltene Volksversammlung in Süderbrarup hat ein wahres Furore gemacht. Die Landleute werden einen starken Landsturm organisiren, der durch Signalfeuer und Sturmglocke in kurzer Zeit das ganze Land unter Waffen setzt. Es ist auch beschlossen worden, die einberufenen Permittirten und Reserven sofort nach Rendsburg zu senden, durch eine freiwillige Zeichnung bedeutende Mittel herbeizuschaffen und fortlaufend durch geordnete Ausschreibungen die reichen Vorräthe Angelns an dem zur Unterhaltung der Truppen Nöthigen für den Dienst der Landesvertheidigung zu opfern. — Die Cappeler und Arnisser werden die Mündung der Schlei besonders in Obacht nehmen und Vorkehrungen treffen, die den Schleieingang unmöglich machen für jeden Feind. Der Flecken Cappeln hat heute 150 Stück Gewehre aus dem Rendsburger Waffendepot erhalten. (Alt. M.)

Die schleswig-holsteinische Armee zerfällt in zwei Brigaden, welche von dem Generalmajor v. Krohn und dem Herzoge von Glücksburg befehligt werden und die Nummer 1 und 2 führen. — Generalmajor v. Krohn sollte am 27. März seinen Marsch nach Nordschleswig antreten. Für denselben waren bestimmt das 1. Dragonerregiment, das 14. und 16. Infanteriebataillon, die aus dem 5. Jägercorps, den Studenten und Turnern zusammengesetzte Truppenabtheilung und 2 Stück sechspfündige Kanonen. Oberstlieutenant Fabricius ist zum Chef des Generalcommandostabes und zum Obersten ernannt. (A. M.)

Altona, 29. März. Die dänische Kriegsmacht hat sich bei der Königsau concentrirt. Scheel ist in Odensee angekommen. Ein dänisches armirtes Dampfschiff nahte sich dem Flensburger Hafen; da es keine Friedensflagge hatte, so wurde von einigen Freiwilligen geschossen, worauf es sich wieder entfernte. Bei Alsen kreuzten zwei dänische Kriegsschiffe, und auch vor der Förde (dem Flensburger Meerbusen) sollen sich zwei Fregatten gezeigt haben. Heute wurden von Friedrichsort bedeutende Quantitäten Pulver nach Rendsburg geschafft. (H. K.)

Börse.

Wien, 30. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 65; zu 4pCt. in CM. 64; zu 3pCt. in CM. 52; Bankactien per Stück 830; Nordbahn 67.

Amsterdam, 29 März. 2½pCt. 39¼; 3pCt. 45¼; 4pCt. 59¼; Synd. 3½pCt. 36; Handels-Maatschappy 133¼; Ard. 8¼; port. 3pCt. 14; 5pCt. Metall. 60.

Paris, 29. März. 3pCt. 42 Fr. — C; 5pCt. 61 Fr. — C.

London, 28. März. Consols 83½.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 4. April: Zum Vortheil der Familie Fenzl (im Abonnement): „Der Zauberfisch," große pantomimische Zauberpantomime v. Fenzl. Vorher: „Die Leibrente," Schwank von Maltitz.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Graf v. Bise von Paris; Dallarmi, Gutsbesitzer v. Frankenthal; Kimmel, Hüttenbesitzer v. Bingen; Sähler, Privatier v. Bern; Smidt, Rentier v. England.

Blaue Traube. HH. Götl, Beamter v. Innsbruck; Sauerwein, Wirth v. Mühlau.

Bekanntmachung.

2354. Auf Antrag mehrerer Hypothekgläubiger wird das Haus Nr. 35 in der Amalienstraße nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 — 101 der Prozeß-Novelle vom 17. November 1837 der zweitmaligen gerichtlichen Versteigerung unterworfen, und hiezu Tagsfahrt auf

Montag den 1. Mai 1848 Vormittags von 10 — 12 Uhr Zimmer Nro. 35 über 2 Stiegen

anberaumt, und hiebei ausdrücklich bemerkt, daß der Hinschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgt.

Das Haus nebst Anwesen ist auf 5000 fl. — geschätzt, die Gebäude sind mit 3400 fl. der Brandversicherungsanstalt einverleibt, und liegen auf dem Anwesen 5305 fl. Hypothekkapitalien.

Bezüglich der Beschreibung des Anwesens wird sich auf die Münchener politische Zeitung Nr. 12 und 16, Landboten Nr. 21 und 3·, und Eilboten Nr. 8 und 15 heurigen Jahres bezogen.

Am 22. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Grün, Rchtspr.

Bekanntmachung.

2355. Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Anwesen Nro. 8 an der Nymphenburger Landstraße nach §. 64 des Hypothekengesetzes und §§. 98 — 101 der Prozeßnovelle vom 17. Novbr. 1837 der zweitmaligen gerichtlichen Versteigerung unterworfen, und hiezu Tagsfahrt auf

Mittwoch den 3. Mai 1848 Vormittags von 10 — 12 Uhr Zimmer Nro. 35 über 2 Stiegen

mit der ausdrücklichen Bemerkung anberaumt, daß der Zuschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgt.

Das Anwesen ist auf 4300 fl. geschätzt, mit 2500 fl. der Brandversicherungs-Anstalt einverleibt, und mit 2652 fl. Hypothekschulden belastet.

Hinsichtlich der Beschreibung dieses Anwesens wird sich auf die Münchner politische Zeitung Nr. 26 und 29, Landboten Nr. 36 und 47, und Eilboten Nr. 16 und 21 heurigen Jahres bezogen.

Am 29. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Grün, Rchtspr.

Ein fliegendes Blatt.

2357. So eben ist erschienen und zu haben in der Buchhandlung bei Hrn. L. Henzel, Chr. Kaiser, Palm und Finsterlin, bei der Expedition des Tagblattes und Hrn. Hofbuchbinder Fuchs:

Zeitstimmen,

von
Fr. Trautmann.
I.
Inhalt.
Denunciant.
Die Fürsten.
Nachtreife.
Der Jesuit.
Der Nachtwächter
Licht.
Preis: 6 kr.

2358. Im Selbstverlage des Verfassers ist so eben erschienen und in der Dr. Carl Wolf'schen Buchdruckerei (Knödelgasse Nr. 2) zu haben:

Angriff
der
Münchener Polizei-Direction
auf die
Freiheit der Presse.
Vom civil- und staatsrechtlichen Standpuncte aus dargestellt
von
Fr. Trautmann.
1 Bogen in 8. Preis 3 kr.

Bekanntmachung.

2359. Auf Antrag eines Hypothekgläubigers wird das nachbeschriebene Anwesen des Bäckers Georg Ceiele von Landsberg dem wiederholten Verkaufe mit dem Verfügen unterstellt, daß, im Falle sich kein Kaufsliebhaber für das Gesammtanwesen einfinden sollte, mit dem Verkaufe der dabei befindlichen Grundstücke fürgeschritten werden wird.

Hiezu wird auf

Montag den 17. April l. Js. Vormittags von 9 — 12 Uhr

im Gerichtslocale zur Versteigerung an den Meistbietenden Termin angesetzt.

Das Anwesen besteht aus:

a) dem ganz gemauerten mit Ziegelplatten eingedeckten dreistöckigen Wohnhause sammt Backofen, Stadel und Stallung unter einem Dache;
b) der realen Bäckergerechtsame;
c) dem Garten zu 0 Tagw. 04 Dez.;
d) Aecker zu 11 Tagw. 06 Dez.;
e) zwei Waldtheile zu 2 Tagw. 68 Dez.

Der Gesammtwerth des Anwesens beträgt nach Schätzung vom 14. August vor. Js. 5160 fl. Der Hinschlag erfolgt nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 99 — 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth.

Dem Gerichte unbekannte Käufer haben sich über Vermögen und Leumund durch legale Zeugnisse auszuweisen.

Landsberg den 28. März 1848.

Königliches Landgericht Landsberg.
Peger.

Speyer-Lauterburger Eisenbahn-Gesellschaft.
(Pfälzische Rheinbahn.)

2360. Die Liquidation des Vermögens der Speyer-Lauterburger Gesellschaft und die Bestimmung wegen Rückzahlung an die ausgetretenen Actionäre muß, wie der Verwaltungsrath in heutiger Sitzung erkannt hat, noch einer vorläufigen Berathung und Beschlußfassung der Actionäre unterstellt werden.

Dieselben werden daher zu der auf

Freitag, den 5. Mai 1848,
Morgens 9 Uhr,

zu Speyer im Harmoniesaale stattfindenden Generalversammlung hiemit eingeladen.

Der Versammlung können, nach §. 3· der Satzungen, nur die, wenigstens einen Monat vorher in die Bücher der Gesellschaft eingetragenen Actienbesitzer beiwohnen; dieselben haben das, nach Nummern aufgestellte Verzeichniß ihrer Actien längstens bis 3. Mai 1848 an das Directorium der Speyer-Lauterburger Eisenbahngesellschaft in Speyer einzusenden, worauf sie die nur für ihre Person gültigen Eintrittskarten mit Angabe der Stimmberechtigung erhalten werden.

Die Bevollmächtigten von Actionären legitimiren sich durch Vollmachten und Vorzeigung der Actien (§. 39 der Satzungen.)

Speyer, den 30. März 1848.

Der Vorstand des Verwaltungsrathes:
Rebenack.

Nr. 86.

Man pränumerirt auf die W[illegible] p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir [illegible]-Gasse Nro. 2[illegible] auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.

Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr., halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr: 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.

Für Inserate wird die [illegible] Petitzeile deren Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag | XLIX. Jahrgang. | 4. April 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 1. April. In der heutigen Sitzung faßte die vorberathende Versammlung folgende Beschlüsse in Betreff des Wahlmodus für das constituirende Parlament: Die Festsetzung des Wahlmodus soll den einzelnen Regierungen überlassen bleiben; jedoch werden folgende Grundsätze als bindende Vorschriften aufgestellt: daß kein Census, keine Beschränkung aus Rücksichten der Confession oder des Standes eintrete; daß ferner jeder volljährige Staatsbürger wahlberechtigt und wählbar sey; daß der Deputirte nicht dem Staate den er vertritt anzugehören brauche. Directe Wahl ist Princip: daß politische Flüchtlinge, wenn sie wieder in das deutsche Staatsbürgerrecht eintreten zu wollen erklären, die Wahlrechte genießen; daß das constituirende Parlament seinen Sitz in Frankfurt haben und am nächsten Montag über vier Wochen (1. Mai) eröffnet werden muß. 2) Der Antrag Heckers: die Versammlung solle sich bis zur Eröffnung des constituirenden Parlaments permanent erklären, wurde mit 368 gegen 143 Stimmen verworfen, dagegen der fol. Antrag Gagerns angenommen: Die Versammlung ernennt einen Ausschuß von 50 Mitgliedern, welcher die Bundesversammlung bei Wahrung der Interessen der Nation und bei Verwaltung der Bundesangelegenheiten selbstständig zu berathen und nöthigenfalls Anträge zu stellen hat. Der Bundestag wird eingeladen über Bundesangelegenheiten bis zum Zusammentritt des constituirenden Parlaments nur mit dem Ausschuß, als den Männern des Vertrauens in Benehmen zu treten. Der Ausschuß wird beauftragt, im Fall einer Gefahr für das Vaterland die Versammlung wieder zu berufen. Die Sitzung dauerte bis nach 6 Uhr. (A. Z.)

Frankfurt, 31. März. Bei der Vorberathung im Römer waren Bauer aus Bamberg, Schwarzenberg aus Cassel, Welfg. Müller aus Düsseldorf, Dr. Varrentrapp aus Frankfurt, a. M. Kierulf aus Rostock, Blankenhorn aus Mühlheim, Briegleb aus Coburg und Simon aus Breslau zu Secretären gewählt worden. Der Präsident (Mittermaier) begrüßte die Versammlung mit einer Anrede, in welcher er sie ermahnte, jede persönliche Vorliebe und Eitelkeit bei Seite zu setzen, vor allem nicht nach Idealen, sondern nach dem Praktischen, nach Befriedigung der Bedürfnisse der Gegenwart zu ringen. Jeder Meinung solle völlige Freiheit gewährt, aber auch der parlamentarische Anstand im Auge behalten werden. Sodann theilte der Präsident die beschlossene Geschäftsordnung mit. Als Grundlage der Verhandlungen war von der Siebenercommission das den Lesern gestern mitgetheilte Programm vorgelegt worden. Nachdem die Versammlung auf Antrag des badischen Abg. Metz den Beistand Gottes zu ihrem großen Werke angerufen, legte Struve für sich und im Namen von fünfzehn andern Mitgliedern eine Zusammenstellung der Rechte des Volkes vor, deren Anerkennung sie verlangen. Sie lauten: Sicherheit der Person und des Eigenthums; Wohlstand, Bildung und Freiheit für alle; Aufhebung der stehenden Soldatenheere, Verschmelzung mit der Volkswehr; Aufhebung der stehenden Beamtenheere; wohlfeile Regierung durch vom Volk frei gewählte Männer; Abschaffung der Abgabenheere, der Binnenzölle und Schifffahrtsabgaben, Zehenten, Gilten, Gewerbsteuern, Accisen rc.; Einführung einer progressiven Vermögens- und Einkommenssteuer, wobei der nothwendige Lebensunterhalt abgabenfrei bleibt; Schutz für Handel, Industrie und Ackerbau; Aufhebung des Adels und der Adelsvorrechte; Trennung von Staat und Kirche und von Kirche und Schule; Glaubensfreiheit, Associationsrecht, Selbstständigkeit der Gemeinden; Besserstellung des Lehrerstandes und der Pfarrgehalte; allgemeines deutsches Bürgerrecht; Abschaffung der Klöster, der Censur, Concessionen und Cautionen, des geheimen und schriftlichen Inquisitionsverfahrens, der hunderterlei Beschränkungen der persönlichen Freiheit; Einführung einer Habeas-Corpusacte; Beseitigung des Nothstandes der arbeitenden Classe und der Mittelclasse, Hebung des Gewerbstandes, Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Capital und Arbeit durch ein Arbeiterministerium; Gesetze, welche dem Zeitgeist entspringen, die geistige und materielle Einheit Deutschlands und die Freiheit fördern; Herstellung der Reichskreise, Aufhebung der erblichen Einzelherrschaft; dagegen freigewähltes Parlament und Föderativverfassung nach americanischer Art. Die Versammlung soll in Frankfurt vereinigt bleiben, bis das deutsche Parlament zu Stande gekommen sey. — Es gab eine hitzige Debatte, in welcher jedoch die Republicaner in Minderheit waren. Die ersten Beschlüsse der Versammlung haben wir gestern schon mitgetheilt. (A. Z.)

Frankfurt, 31. März Nachmittags 4 Uhr. Die Versammlung in der Paulskirche hat stattgefunden. Ein alarmirendes Gerücht, daß ein bewaffnetes Zusammentreffen in den Straßen stattfinde, brachte einen Augenblick großen Aufruhr in der Versammlung hervor; aber auch diesen Ruck überstand die Versammlung. Sie blieb beisammen, und erfuhr zur Genugthuung bald, daß es eine unbedeutende Schlägerei ohne Waffen gewesen sey, die weiter keine Folgen habe. (A. Z.)

⊢ Frankfurt, 31. März. Ein stürmischer Tag von wilder Leidenschaft durchtobt. Die Tribünen versuchten die Versammlung zu beherrschen, aber es ist ihnen nicht gelungen. Von morgen an aber muß und wird dem Lärm der von den Bänken der Zuhörerschaft ausgeht, ein Ende gemacht werden, und sollte die Versammlung bei geschlossenen Thüren verhandeln. (A. Z.)

Bayern.

Landtag.

München, 4. April. (Tagesordnung für die IV. auf heute um 9 Uhr angesetzte allgemeine öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten. 1. Verlesung des Protokolls der III. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Präsidialvortrag über die Einberufung des Dekan Reitmaier als Ersatzmannes des aus der Kammer getretenen Abg. Dekan Lechner.

†† München, 3. April. Der Ministerialrath beim Staatsministerium der Finanzen, Dr. Joh. Evangelist v. Wanner, wurde zum Regierungsdirector der Regierung von Mittelfranken, K. d. F., ernannt, und dessen Stelle dem Oberrechnungsrathe Dr. Joseph Aschenbrenner verliehen; der Archivar des Staatsministeriums der Finanzen, Rath Jakob v. Auerweck, in den Ruhestand versetzt, ebenso der Director der Regierung von Mittelfranken, K. d. F., Ludwig Heinrich Geret, quiescirt.

München, 2. April. Der bisherige Vorstand der hiesigen Zeughaus-Hauptdirection, Oberst Karl Weishaupt, wurde von Sr. Maj. dem König zum Staatsminister des Kriegs ernannt. — Der Staatsrath im ordentlichen Dienst, Freiherr v. Andrian, wurde auf sein Ansuchen wegen vorgerückten Alters pensionirt, der bisherige Hofmarschall Sr. königl. Hoheit des Prinzen Luitpold, Oberstlieutenant Delpy de la Roche, ist zum Hofmarschall Sr. Maj. des Königs Ludwig ernannt worden.

Die Generallieutenants Grafen v. Ysenburg und v. Pappenheim, Exc., sind nebst einigen anderen Veteranen in Ruhestand versetzt worden.

München, 4. April. Nachträglich geben wir den wörtlichen Inhalt der in der vorgestrigen Nummer erwähnten beiden allerhöchsten Entschließungen, die in der letzten Zeit begangenen Wald- und Feld-Frevel und die Begnadigung der wegen politischer Verbrechen oder Vergehen abgeurtheilten Personen betr.: I. Maximilian II., von Gottes Gnaden rc. rc. In Anbetracht, daß ein großer Theil der in der letzten Zeit begangenen Wald- und Feld-Frevel durch die in vielen Landestheilen herrschende Noth veranlaßt worden ist, und in der Absicht, Unseren Regierungsantritt durch einen Act der Gnade gegen die betreffende Classe Unserer Unterthanen zu bezeichnen, haben Wir beschlossen: 1) Alle vor dem 21. des laufenden Monats wegen Wald- und Feld-Freveln ausgesprochenen Freiheits- und Geld-Strafen, soweit sie nicht bereits vollstreckt sind, werden sammt den deßfalls zu Gunsten der Staatscasse ausgesprochenen Verurtheilungen zu Kosten- und Schadensersatz, andurch aufgehoben. 2) Die mit der Vollstreckung dieser Verurtheilungen beauftragten Behörden haben dieselbe sogleich einzustellen, die in Haft befindlichen Personen in Freiheit zu setzen, und die Erhebung der noch ausständigen Straf- und Ersatzgelder zu unterlassen. 3) Unseren Kreisregierungen, und, soweit es die Verurtheilung zu Gefängnißstrafen in dem Pfalzkreise anbelangt, Unserem General-Staatsprocurator am Appellationsgerichte der Pfalz sollen Verzeichnisse der hiernach aufgehobenen Verurtheilungen vorgelegt werden. 4) Wir behalten Uns vor, in Betreff der noch nicht durch definitive Entscheidung erledigten vor dem 21. dieses Monats begangenen Frevel, die Aufhebung der weiteren Verfolgung im Wege der Gesetzgebung zu veranlassen. München, den 27. März 1848. Max. Heintz, Staatsminister. Auf königl. Allerhöchsten Befehl: der Generalsecretär, Ministerialrath Hauck. — II. Maximilian II. von Gottes Gnaden rc. rc. Wir finden Uns allergnädigst bewogen, Unseren Regierungsantritt durch einen Act der Gnade für die wegen politischer Verbrechen oder Vergehen Verurtheilten zu bezeichnen, und haben daher, in Berücksichtigung der dermaligen außerordentlichen Zeitverhältnisse und in der Erwägung, daß bei diesen Gesetzesübertretungen oftmals leidenschaftliche Aufregung und Verwirrung der Begriffe von Recht und Unrecht stattgefunden, beschlossen: allen Civil- und Militärpersonen, welche wegen der in den Artikeln 300 Nro. I. und III. 309 bis 317, 319 bis 322, 324 bis 336, 404 bis 409 und 411 bis 424 Theil I. des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813, dann in den Artikeln 86 bis 108, 201, bis 203, 209 bis 233, 237 bis 248, 260 bis 264 und 291 bis 294 des pfälzischen Strafgesetzbuches bezeichneten Verbrechen oder Vergehen als Urheber oder wegen Theilnahme an denselben verurtheilt worden, die wegen dieser Verbrechen und Vergehen, und soweit nicht andere gemeine Verbrechen oder Vergehen damit verbunden sind, gegen sie erkannten und noch nicht gänzlich vollzogenen Strafen, sowie die in Folge erkannter Instanzentlassung eingetretene Detention oder Polizeiaufsicht und die noch nicht entrichteten Proceß- und Strafvollzugs-Kosten, soweit sie der Staatscasse zufallen, hiemit in Gnaden nachzulassen. Wir befehlen daher, daß alle, welche we-

gen eben bezeichneter Uebertretungen sich noch im Strafvorte befinden, in Freiheit gesezt, und alle noch nicht entrichteten Geldstrafen, dann Proceß- und Strafvollzugs-Kosten als getilgt und erloschen angesehen werden sollen, weßhalb Wir sofort Unser Justizministerium bezüglich der Civilpersonen und Unser Kriegsministerium bezüglich der Militärpersonen beauftragen, die Strafgerichte anzuweisen, nach Einsicht der Acten über alle Straffälle, welche unter obige Bestimmung fallen, den Vollzug Unserer Begnadigung anzuordnen, und, wie dieses geschehen, zur Anzeige bringen zu lassen. Wir halten Uns bevor, im Betreffe der noch nicht definitiv erledigten Untersuchungen über die vor dem 21. März l. Js. verübten Verbrechen und Vergehen der oben bezeichneten Art die Einstellung der weiteren Verfolgung und die Rehabilitien der wegen solcher Verbrechen oder Vergehen bereits Verurtheilten oder von der Instanz Entlassenen im Wege der Gesetzgebung zu veranlassen. Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München, den 30. März 1848. Max. Heintz, Staatsminister. Auf königl. allerhöchsten Befehl: der Generalsecretär, Ministerialrath Hauck.

***München, 4. April. Heute am frühen Morgen ist eine Batterie nach Memmingen abgegangen — Gestern hat der Salvatorbierausschank in der Au leider wieder zu blutigen Raufereien geführt.

⊙München, 3. April. In der Monatsversammlung des historischen Vereins von Oberbayern am 1. trug der Herr Dompropst Dr. von Deutinger in München eine Abhandlung über die von ihm demnächst im Drucke herauszugebenden älteren Diözesanmatrikeln des Bisthums Freising vor, wobei diese der Versammlung zur Einsicht vorgelegt worden sind. — Diesem Vortrage folgte jener einer Abhandlung des Herrn Lieutenants und Inspectionsoffiziers im k. Cadettenkorps Frhrn. von Schönhueb dahier, über „die früheren Besitzer von Türkenfeld“. Auch wurde die von diesem Vereinsmitgliede dem Vereine zum Geschenke gemachte Originalurkunde des Ludwig Schönprunner von Prunn vom Jahre 1447 über den Kauf eines halben Hofs zu Reitrenbach der Versammlung zur Einsicht vorgelegt. Gleiches geschah mit den, im letzten Monate erworbenen Vermehrungen der Vereinsbibliothek, dann mit einer von dem Hrn. Landschafts- und Architekturmaler Lebschée angefertigten Abbildung des früheren Schießhauses sammt Garten dahier, welche vor der jetzigen Verwendung dieses Platzes aufgenommen worden ist. — Eine von dem Hrn. k. Landgerichtsactuar Wiesend in Tittmoning eingesendete größere Abhandlung über die archäologischen Funde und historischen Denkmäler in den Landgerichten Tittmoning, Laufen und Burghausen wurde wegen vorgerückter Zeit für die nächste Monatssitzung bestimmt. Diese wird Dienstags den 2. Mai Nachmittags 4 Uhr stattfinden.

***München, 3. April. Nachdem in einer der Bürgerversammlungen auf dem Rathhause dahier Hr. Studiosus Oberniedermayer zu Gunsten der bürgerlichen Gleichstellung der Israeliten gesprochen hatte, erhielt derselbe folgendes Schreiben, welchem, wenn gleich etwas spät, hiemit die verdiente Veröffentlichung werden soll. „Als sich Münchens Bürger vereinten mit der vollen Kraft des männlich ernsten Wortes von dem hohen Fürstenthrone jene politischen Rechte zu verlangen, welche allein ein Volk stark machen können, die Krone zu schützen, die Wohlfahrt Aller zu befördern, dem äußern Feinde zu wehren, — durchströmte ein stolzes Gefühl jede Brust, und jedes Herz klopfte höher bei dem Gedanken, daß fortan der Bayer, der Deutsche mündig sey, und durch seine politische Mündigkeit berufen, unter den größern Völkern, eines der größten und edelsten zu seyn. — Da, mitten im Jubel und der Begeisterung durchschnitt ein tiefes, unaussprechliches Weh unsere Brust, denn wir erinnerten uns, daß jeder Paragraph der Petition, die unsre Mitbürger entworfen und unsre Männer und Väter freudig unterschrieben, für uns in Nichts zerfiele, wenn wir ihrer Segnungen nicht theilhaftig werden könnten als gleichberechtigte Kinder des Vaterlandes, als gesetzlich gleichgestellte Bürger des Staates. — Man hatte unsrer vergessen, unsrer, denen die ersten Stufen abgebrochen waren, die zur bürgerlichen Ehre führen; wie sollten wir bedacht werden, wo es galt, die höchste politische Berechtigung zu erklimmen? — Der Besitzende kennt ja nicht das Gefühl des Armen, und der berechtigte Staatsbürger begreift nicht, wie dem verstoßenen Stiefkinde des Staates zu Muthe ist, wenn es die Kräfte seines Geistes, die es sich berufen fühlt, der Ehre und dem Wohle seiner Mitbürger zu weihen, an das schnöde Erringen materiellen Gutes verschwenden muß, soll es ihm möglich werden, ein erträglich Daseyn in dem Lande zu fristen, dem es seit Jahrhunderten angehört; an das es gebunden durch die Gräber seiner Väter, durch die Wiege seiner Kinder; für das es mitgekämpft in seinen Kriegen; an dem es hängt mit allen Banden der Liebe und Treue, einer Liebe, die allein es erklärlich macht, daß es dieses Daseyn erträgt, in diesem Lande, das es erniedrigt in vielfacher Rechtlosigkeit vor dem Gesetze und Entehrung vor dem Staatsrechte. — Doch die Freude und das Glück, das wir mit fühlten, ehe wir an uns selbst dachten, machte uns versöhnlich gegen die, welche aus langer Geistesknechtschaft sich losringend, noch nicht zu jener Höhe der Anschauung gelangt waren, auf der uns die Knechtung unsrer Mitmenschen als eine Schändung unsrer eigenen Menschen- und Bürgerwürde erscheint. — Da tratest Du auf, ein freier edler Mann, wenn auch an Jahren noch Jüngling, doch mündig an Geist; — Dein großes Herz konnte das Gefühl nicht ertragen, daß auf Deinen 60,000 jüdischen Mitbürgern allein noch die Schmach politischer Erniedrigung lasten sollte, doppelt drückend, durch das Bewußtseyn strenger Pflichterfüllung und vollkommener Rechtswürdigkeit. — Du erkanntest, daß die ächte Freiheit nur da Wurzeln schlägt, wo ihr der ganze Boden gehört, und nicht das Unkraut von Vorzügen und Vorrechten fortkeimt, zulezt das Recht überwuchernd. Du sprachst in jenem großen Augenblicke für Diejenigen, für die selbst der Bürger Beste nicht mehr zu sprechen wagten, und die in der vollen Hingebung und Begeisterung für die Sache Aller vergessen hatten, daß sie wohl ihren Gefühlen und ihren Pflichten nach sich zu Allen zählen durften, nicht aber in den alten, nicht in den neu zu erringenden Rechten. — Da erschienst Du als der ernste Engel mit der schützenden Waage der Gerechtigkeit. O nimm unsern Dank, der unauslöschlich in unserer Seele leben wird, können wir nicht die Worte finden, die Deiner That würdig; — möge Gott, der die Gerechten liebt, Dein Leben beschützen zum Segen Deiner Mitbürger; denn eine Laufbahn, die so beginnt, muß immer groß und edel bleiben. — Gehoben durch Dein Bewußtseyn erfüllter hoher, heiliger Menschenpflicht, befriedigt durch den Wiederhall, den Deine Worte im Herzen des Landesvaters gefunden, lasse Dir den Dank derer gefallen, deren Angehörigen Du nicht nur die Bahn der Ehre und des Rechts eröffnen wolltest, deren Brüdern und Söhnen Du auf derselben als Vorbild leuchten sollst. — Mehrere Deiner jüdischen Mitbürgerinnen. München, im März 1848.“

Bei Memmingen ziehen sich gegenwärtig gegen 6000 Mann zusammen, unter dem Befehl des Generals v. Baligand. Auch nach Ulm sind Truppen beordert. (A. Z.)

Württemberg.

Stuttgart. Das Regierungsblatt vom 2. April enthält das Gesetz die Volksbewaffnung betreffend, worüber wir bereits Mittheilung gemacht haben.

Württemberg stellt zwischen Rottweil und Balingen zwei Infanterieregimenter, ein Reiterregiment und eine reitende Batterie auf, um von dort als fliegende Colonne verwendet zu werden. Generallieutenant v. Miller befehligt diese Truppen. (A. Z.)

Baden.

Karlsruhe, 31. März. In wenigen Tagen wird das badische Heer auf 20,000 Mann gebracht seyn. Die Recruten von der dießjährigen Ziehung rücken von allen Seiten ein, und die Einberufung der Landwehr bis zum 30. Lebensjahr ist beschlossen, und von den Kammern genehmigt. Rastatt wird von 5,000 Mann Bundestruppen besetzt werden, darunter ein Drittheil Oesterreicher, deren Ankunft man in den nächsten Tagen erwartet. — Ein hochwichtiges Gesetz hat unser neuer Finanzminister, Staatsrath Hoffmann, vorzulegen versprochen, ein Gesetz über die alsbaldige Einführung einer „progressiven Einkommensteuer“. (A. Z.)

Karlsruhe, 1. April. Der General der Infanterie, Markgraf Wilhelm von Baden, ist zum Commandirenden des achten deutschen Armeecorps, und der Generallieutenant Markgraf Maximilian von Baden zum Commandiren der großherzogl. bad., die zweite Division des achten deutschen Armeecorps bildenden Truppen ernannt werden. (Karlsr. Z.)

Vom badischen Oberland. Die Volksversammlung zu Engen am 30. März im Hegau, von 5000 Menschen besucht, hat sich entschieden zur Republik hingeneigt und deßfallige Beschlüsse gefaßt. Die Beschlüsse von Engen und Freiburg stehen also denen von Offenburg und Heidelberg, demnach das Oberland dem Unterland gegenüber. — Die „Karlsruher Zeitung“ ruft im Angesicht solcher Thatsachen: „Die Anarchie ist groß, es werden keine Steuern mehr bezahlt; Capitalisten können keine Zinsen mehr erhalten, alle Geschäfte stocken, und mehr als je ist das Land von Landstreichern durchschwärmt.“

Sächsische Herzogthümer.

Coburg, 1. April. Das Regierungsblatt vom Heutigen publicirt eine Verordnung vom 26. v. M., wodurch die provisorischen Bundesausnahmegesetze vom 20. Sept. 1819, vom 30. Mai, 28. Juni und 8. November 1832, sowie die Beschlüsse der geheimen Wiener Ministerconferenz vom Jahre 1834 „außer Anwendung gesetzt“ werden.

Preußen.

Das Gesammtstaatsministerium Camphausen, Graf Schwerin, v. Auerswald, Bornemann, v. Arnim, Hansemann, v. Reyher hat unterm 30. v. Mts. an Se. Majestät einen Bericht erstattet, in welchem unter Bezug auf die Proclamation vom 21. März, in welcher der König eine wahre constitutionelle Verfassung mit Ministerverantwortlichkeit verheißen, die sämmtlichen Minister allein alle Verantwortlichkeit auf ihre Häupter nehmen, damit der König über des Augenblicks wogendes Treiben erhoben, in unantastbarer Ruhe die Entschließungen fassen könne. Am Schluß dieses Berichtes heißt es: Unverweilt werden wir die Ehre haben, Ew. Majestät die zunächst erforderlichen Vorschläge rücksichtlich der Landesverfassung vorzulegen, und wenn inzwischen weiterhin, wie seither in reichem Maße geschehen, unmittelbare, die Verfassung betreffende Anträge schriftlich, oder mit der Bitte um persönliches Gehör eingehen, so stellen wir Ew. königl. Majestät gehorsamst anheim, für jezt uns zu ermächtigen, die Ansuchenden mit Vorbescheid zu versehen, damit auf uns diejenigen Gefühle sich richten, welche entstehen können, wenn den Anträgen nicht, oder nicht unmittelbar willfahrt werden kann. Diesen Bericht hat der König erwidert: Einverstanden mit den in dem Berichte vom heutigen Tage, ausgesprochenen Ansichten und Vorschlägen werde Ich von jetzt an die in Verfassungsangelegenheiten an Mich gelangenden Anträge an das Staatsministerium verweisen und ermächtige dasselbe, die Bittsteller auf solche Anträge mit Bescheid zu versehen. Potsdam, den 30. März 1848. Friedrich Wilhelm.

Berlin, 29. März. Die von hier anwesenden Polen gebildete polnische Legion ist gestern nach Posen abgezogen; seit den Märztagen sind alle Russen, die sich zu ihrer Ausbildung hier aufhielten, verschwunden. (Berl. N.)

E. M. Arndt protestirt von Bonn, 29. März aus im Auftrage vieler ehrenhaften Männer und Bürger gegen die in Heidelberg beschlossene Adresse an den König von Preußen. (Gegen diese Adresse, ein Arsenal des den ehemaligen französischen weit überbietenden Jacobinismus bedarf es eigentlich keines Protestes, es ist eben eine Sache, die sich selbst an den Schandpfahl schlägt.)

Posen, 29. März (früh). Der Minister des Innern, Auerswald, hat in Allerhöchsten Auftrag des Königs eröffnet, daß das neue Gesuch der Posener Abordnung vom 28. gewährt ist, daß also die Commission für nationale Reorganisation des Großherzogthums dem Gesuch gemäß aus Eingebornen des Großherzogthums ohne Rücksicht auf den Volksstamm gewählt werden darf. Die Beiordnung des v. Willisen ist wegen dessen anderweitig nöthigen Verwendung vom Könige nicht für zulässig erachtet. Eine jede friedliche Förderung der Reorganisation steht den allerhöchsten Absichten auf keine Weise entgegen, und wird gern berücksichtigt. — Der heute Abends angekommene und mit Jubel empfangene Mieroslawsky hat in langer feuriger Rede das Volk zur Ruhe und Eintracht mit den Deutschen ermahnt.

Schleswig-Holstein.

Kiel, 23. März. Nach sicherm Vernehmen ist ein Courier durch Rendsburg gekommen, welcher von dem

preußischen Hofe eine Note nach Kopenhagen überbringt, des Inhalts, daß jede feindliche Betretung des schleswig-holsteinischen Gebietes durch dänische Truppen eine Kriegserklärung gegen Preußen enthalten werde. (Alt. Mkr.)

Rendsburg, 28. März. Olshausen ist in die provisorische Regierung mit eingetreten und hat in derselben das Departement der Polizei (Sicherheits-, Gesundheits- und Wegepolizei, Strafanstalten und Armenwesen) übernommen. Die provisorische Regierung: Beseler. F. Reventlow. M. T. Schmidt. J. Bremer. Die provisorische Regierung hat verfügt, daß der Unterricht auf der Haderslebener Gelehrtenschule auch in Zukunft deutsch, und nicht dänisch, ertheilt werde.

Rendsburg, 29. März. Nachmittags 4 Uhr. Die Insel Alsen ist von dänischen Schiffen mit Truppen umstellt. Die Stadt Sonderburg soll sich ohne Widerstand gefügt haben. (H. B. H.)

Es ist eine continuirliche Signallinie mittelst Theertonnen und Flaggen längs der Ostküste von Olpenitz bis Bülk, und von Eckernförde nach Rendsburg etablirt, damit das Hauptquartier von einer eventuellen Landung möglichst zeitig benachrichtigt werde. (B. H.)

Altona, 29. März. Hannover'scher Seits sind alle unbeschäftigten Ewer und Schuten von hier nach Harburg requirirt worden, um als Schleppkähne zum sofortigen Uebersetzen der hannover'schen Truppen und des des nöthigen Kriegsmaterials verwendet zu werden. — Die Lauenburger Jäger sind heute hier angekommen und schon mit dem Nachmittagszuge weiter nach Rendsburg befördert worden. (Alt. M.)

Hamburg, 30. März. In Apenrade soll bereits gestern Abend Capitän v. Michelsen mit dem Studenten- und Turnercorps und dem 4. und 5. Jägercorps eingetroffen seyn. (H. B.)

Braunschweig.

In Braunschweig ist ein öffentlicher Aufruf zur Bildung freiwilliger Hilfscorps für Schleswig-Holstein erlassen worden. In Oldenburg haben sich bereits 100 Freiwillige angemeldet.

Oesterreich.

Wien, 27. März. Graf Hoyos hat für die Nationalgarde ein ständiges Disciplinargericht eingeführt.

Aus einem Aufsatz aus Südtirol, 30. März, in der „Allgemeinen Zeitung" geht hervor, daß die Tiroler von ächt deutschem Geist beseelt sind und daß die Schutzdeputationen, die man jetzt in Vorarlberg Innsbruck und Botzen errichten will, nicht in ihrem Geiste sind. Alle Bureaukratie, rufen sie, hat die Volksstimme gegen sich; unseres Volkes Mann ist Erzherzog Johann, der längst für ein einiges Deutschland anfeuerte.

Die Prager, unzufrieden mit der kaiserlichen Resolution auf ihre I. Petition haben nun folgende II. an den Kaiser gerichtet: 1) Die unauflösbare Vereinigung der sämmtlichen zur Krone Böhmens gehörigen Länder bezüglich ihrer inneren Autonomie unter gleichzeitiger Garantie für deren innigen Verband mit der österreichischen Gesammtmonarchie, dann die vollkommene Gleichstellung der böhmischen und deutschen Nationalität in allen Lehr- und Verwaltungszweigen in diesen Ländern als Staatsgrundgesetz für dieselben. 2) Eine alle Interessen des Landes umfassende gleichartige allgemeine gesetzgebende und Steuern bewilligende Volksvertretung auf der breitesten Basis der Wahlfähigkeit und Wählbarkeit; dann ein eigenes verantwortliches Ministerium für die inneren Angelegenheiten dieser Länder und Organisirung der geeigneten administrativen Centralbehörden für dieselben in Prag. 3) Schleunige Organisirung allgemeiner Nationalgarden, und deren vollständige Bewaffnung. 4) Die Umwandlung der der Prager Studentenschaft nur provisorisch zugesicherten Lehr- und Lernfreiheit in eine definitive. 5) Seinerzeitige Beeidigung aller Civilbehörden und des Militärs auf die Constitution. (A. Z.)

Laibach, 23. März. Das Schloß Sonnegg, dem Grafen Joseph v. Auersperg gehörig, und das gräfliche Forsthaus zu Hammerstill ist von den Insassen der umliegenden Ortschaften zerstört worden. (Laib. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Der Reichstag in Ungarn hat die Juden-Emancipation ausgesprochen und deren praktische Durchführung dem ungarischen Ministerium und dem nächsten Landtag in Pesth anheim gegeben. Einige einleitende Maßregeln wurden bereits getroffen, so namentlich die Gestattung von Civilehen zwischen Juden und Christen. (D. A. Z.)

Illyrien hat seine „Forderungen der Nation" aufgestellt, entworfen am 25. März in Agram von einem provisorischen Nationalcomite. Dasselbe stellt 30 Puncte auf. Es fordert unter anderem: Vereinigung von Kroatien, Slavonien, Dalmatien und der Militärgrenze; ein eigenes, unabhängiges, dem Landtage dieser Königreiche verantwortliches Ministerium; Berufung des vereinigten Landtages auf den 1. Mai; und sodann jährliche Landtage, abwechselnd in Agram, Essegg, Zara und Fiume; Rechts- und Steuergleichheit, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, Nationalbank, Restituirung der Nationalcassen, Aufhebung aller Mauthen gegenüber den andern Theilen der Monarchie, Wahl der Officiere der Armee aus den Landeseingebornen, Befreiung von Frohnen und Hörigkeit, Aufhebung des Cälibats. (A. Z.)

Schweiz.

Genf, 30. März. Nach einem Gerücht, das durch Reisende und Briefe von Chambery hier verbreitet wird, soll dort ein französisches Armeecorps von 30,000 Mann (worunter viel Cavalerie) eingerückt seyn, um in Eilmärschen über den Montcenis und Piemont nach der Lombardei zu marschiren. Eine andere Armee von 60,000 Mann soll sogleich in Dijon, fur's erste als Beobachtungscorps gegen Deutschland, aufgestellt werden. (A. Z.)

Italien.

Neapel, 22. März. Am 20. und 21. sind wieder einige englische Kriegsschiffe von Palermo eingelaufen.

Die „Turiner Blätter" vom 28. und 29. melden, daß König Karl Albert am 27. März in Alessandria den Oberbefehl über das in die Lombardei einrückende Heer übernommen hat, das in zwei Corps sich theilt unter den Generalen Brava und Sonnaz. Die Vorhut stand in Pavia, Treviglio und Corevoggio. Nach diesen Turiner Berichten hätten die österreichischen Truppen sich von Crema gegen Soncini und Orcinovi (auf der Straße von Lodi nach Brescia) bewegt. Das Edict der Judenemancipation im Königreich Sardinien ward am 25. März vom König vor seiner Abreise zur Armee unterzeichnet und sollte am 27. verkündigt werden. Die Juden in Turin zeigten besondern Enthusiasmus für die Nationalsache. Der österreichische Gesandte hatte Turin mit seinem ganzem Gesandtschaftspersonal verlassen. Die Gesandten von Preußen und Rußland schickten sich gleichfalls zur Abreise an. Am 24. rückte die „Befreiungscolonne", von Graf Livio Zambeccari befehligt, unter dem Jubel der Bevölkerung in Modena ein. Die provisorische Regierung schloß ihren kurzen Aufruf mit den Worten: „Franz V. hat aufgehört zu regieren. Es lebe Italien!" — Mailand, 31. März. Radetzky soll mit seinem immer mehr zusammenschmelzenden Heer im vollen Rückzug über Sancino hinaus seyn. (A. Z.)

Genua, 28. März. Die Bildung der Bürgergarden geht hier ständlich vorwärts. Genua zählt jetzt 3000 Mann für die Stadt. Etwa 1000 mobile Bürgergarden oder Freiwillige sind aus der Stadt und dem Herzogthum nach der Lombardei gezogen und in Pavia, so wie später in Mailand mit rauschender Freude empfangen worden. So eben sind die zwei Regimenter Acqui (5. und 6. Infanterie) von hier nach Alessandria ausgerückt und somit bleibt die Stadt Genua gänzlich in den Händen der Bürgergarden. Die Forts in um die Stadt bleiben jedoch nach wie vor von der Artillerie besetzt. — Die zwei letzten Contingente der Reserven werden jetzt einberufen. Zugleich ergeht ein Aufruf an alle Männer zwischen 18 und 35 Jahren, freiwillig zu den Fahnen zu eilen. Auch für die Marine werden Recruten verlangt, um so viel Fahrzeuge wie möglich zu bemannen. (A. Z.)

Triest, 29. März. Wir erfahren soeben daß die unter dem Befehle des Majors Geram stehenden österreichischen Truppen sich den Rückzug durch Friaul erzwungen, und mit dem Armeecorps an dem Isonzo vereinigt haben. Dieses letztere wird mit jedem Tag stärker. Gestern stießen 109 Kanonen zu demselben. (A. Z.)

Belgien.

Brüssel, 29. März. Die nachrückenden Haufen der ersten, glücklich zerstreuten, aus Frankreich eindringenden Banden waren heute zwischen Lille und Mouscron über die Grenze gerückt, wurden aber von den belgischen Truppen bei Mouscron so gut bedient, daß, nachdem mehrere Hundert getödtet und gefangen, die übrigen die Waffen wegwarfen und davon liefen. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 31. März.

Die provisorische Regierung beschließt die Niedersetzung einer Commission zur Entgegennahme und Vertheilung der auf den Altar des Vaterlands niedergelegten freiwilligen Opfer, womit selbst die Aermsten aus ihren Ersparnissen erscheinen; diese Commission ist zugleich das Organ des öffentlichen Dankes an die Patrioten; sie wird dafür sorgen, daß die Opferungen bekannt und geehrt werden. Lamennais ist ihr I. Vorsatz, Beranger ihr II. Vorsatz, Littré und G. Thomas ihre Secretare; sie darf sich ergänzen.

Bei Vienne und Grenoble soll ein Lager von 30 bis 35,000 Mann sich bilden (zu freundnachbarlichen Beobachtungen längs der sardinischen Grenze.)

Großbritannien.

Am 27. März Morgens erfolgte endlich im Lambeth-Palaste die Weihung des Dr. Rev. Dickson Hampden als Bischof von Hereford durch den neuen Erzbischof von Canterbury.

Am letzten Freitag Morgens ist der Viceadmiral Dundonald (Cochrane) auf seinem Flaggenschiff „Wellesley" von 72 Kanonen, von Plymouth nach Bermuda abgesegelt, um das Commando der westindisch-nordamericanischen Stationen zu übernehmen.

Dänemark.

Stettin, 26. März. Nach den Börsennachrichten der Ostsee hat die englische Flotte 32 dänische Lootsen angeworben, um wahrscheinlich die englische Flotte durch das Kattegat in die Ostsee zu führen.

Es hat sich eine Freischaar von 600 dänisch-gesinnten Schleswigern unter Lauritz Skau gebildet. Zwei Schaluppen liegen vor den Sonderburger Hafen. Eine dänische Vorhut von 1500 Mann ist in Hadersleben eingerückt.

Rußland und Polen.

Myslowitz, 28. März. In Czenstochau sind am 25. d. Mts. 6,000 Mann Tscherkessen und Baschkiren von Warschau her eingerückt. In Warschau sollen die Truppen den Befehl empfangen haben, sich marschfertig zu halten. — Auch die auf unbestimmte Zeit entlassenen Marinesoldaten sind zum Dienste einberufen worden.

Griechenland.

Athen, 18. März. Der entscheidende Sieg der Revolution in Frankreich hat wie natürlich, auch hier einen ungeheuern Eindruck gemacht, und die Zerstörer und Verschwörer mit den ausschweifendsten Hoffnungen beseelt. Der englische Gesandte vereinigte bei sich die neuen Republikaner zu einem Mahle, wobei man den Sieg der Revolution hoch leben ließ. Die Blätter und Agenten der Partei predigen Republik; die Studenten organisiren Bankette, die Italiener und Franzosen desgleichen; alle Schwindelköpfe holen die Losung bei der englischen Partei und tragen sie in die Kammer und in den Senat; man bedrängt den König mit Ministerialveränderung, und Herr Lyons läßt sich vernehmen, daß sich der König auf Gnade und Ungnade zu ergeben habe, sonst werde er ihm das Schicksal Ludwig Philipps bereiten. Das Volk staunt und weiß nicht mehr, an was es glauben soll. (A. Z.)

Athen, 19. März. Der König hat eine Modification des Ministeriums versucht. Die englische Partei hat ihm wissen lassen, daß sie ohne Amnestie für alle Rebellen, ohne Auflösung der Kammer und ohne völlige Ueberlassung aller Ernennungen zu den Aemtern, und aller wie immer Namen habenden Geschäfte an sie, sich zur Uebernahme des Ministeriums nicht verstehe. Der russische Gesandte räth dazu. Die gänzliche Herabwürdigung des königl. Ansehens und der Burgerkrieg liegen offen im Plan der Partei. (A. Z.)

Vereinigte Staaten von Nordamerica und Mexico.

New-York, 10. März. Der Senat in Washington hatte sich am 9. März vertagt ohne hinsichtlich des Friedensvertrags mit Mexico zu einem Entscheid gekom-

men zu seyn. Die wieder aufwachende Friedenshoffnung wirkte günstig auf die Bewerkstelligung der Staatsanleihe von 5 Millionen Dollars, für welche am 8. März die Angebote beim Schatzamt in Washington angenommen wurden. Es geschahen Angebote bis zum Betrag von 17 Millionen. Von den 5 Millionen erhielt das Haus Rothschild vier zugeschlagen. Gleich dahinter steht eine weitere Anleihe von 16 Millionen Dollars, deren wir, gleichviel, ob der Friede mit Mexico zu Stande kommt oder nicht, alsbald benöthigt seyn werden.

(Engl. Bl.)

Börse.

Wien, 31. März. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 59; zu 4pCt. in CM. 64; zu 3pCt. in CM. 52; Bankactien per Stück 700; Nordbahn 64.

Amsterdam, 30. März. 2½ pCt. 38¼; 3pCt. 44½; 4pCt. 57¾; Synd. 3½ pCt. 59; Handels-Mantschappy 133½; Ard. 7¼; port. 3pCt. 13¼; 5pCt. Metall. 60.

Paris, 30. März. 3pCt. 40 Fr. 25 C.; 5pCt. 60 Fr. 25 C.

London, 29. März. Consols 82.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 4. April: Zum Vortheil der Familie Fenzl (im Abonnement): „Der Zauberfisch,“ große pantomimische Zauberpantomime v. Fenzl. Vorher: „Die Leibrente,“ Schwank von Malitz.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. v. Schätzler und v. Fröhlich v. Augsburg; Clere, Kaufmann v. Hamburg; Hamilton u. Jackson, Rentiers aus Irland.

Gold. Hirsch. HH. Hemard und James Kleng, Rentiers aus England; Berman und Dehnold, Kaufleute v. Aachen; Stauch, Kaufmann v. Stuttgart.

Hôtel Maulik. HH. Bazer, Advocat von Mannheim; Müller, Kaufmann v. Rödelheim; Ebur, Kaufmann v. Augsburg; Ehrmann, Privatier v. Kempten; Heimberger, Privatier v. Kempten; Döring, Kaufmann v. Iserlohn; Wenzel, Kaufmann v. Frankfurt a. M.; Buchmiller, Kaufmann v. Reinek; Döring, Kaufmann v. Würzburg.

Gold. Hahn. HH. Henzeller und Stern, Kaufleute von Frankfurt a. M.; Merman, Kaufmann v. Burghaslach.

Gold. Kreuz. HH. Demerl, Particulier v. Reichenbach; v. Reuenrad, Gutsbesitzer v. Freystadt; Diezel, Kaufmann v. Marktbreit; Kaufmann, Kaufmann v. Fürstenfeldbruck.

Blaue Traube. HH. Riedel, Schiffmeister v. Neuötting; Bummerer, mit Gemahlin, Kaufmann v. Passau; Graf Phil. v. Mazzarchelli, Offizier aus der Lombardei; Carl v. Pagnolla v. Mailand; Gerhard und Samuel, Studenten v. Jena.

Stachusgarten. HH. v. Mäzner, Gutsbesitzer v. Eichstätt; Grünewald, Maler v. Stuttgart.

Gestorbene in München.

Balth. Schmid, ehemaliger Schneider v. h., 73 J. alt; Andreas Bauer, Austrägler v. Itting, Ldg. Landsberg, 73 J. alt; Kath. Gropp, Taglöhnerstochter v. h., 61 J. alt; Joseph Peringer, Lithograph bei der k. Steuerkatastercommission, 56 J. alt; Anna Gerstlacher, Bedientenstochter v. h., 45 J. alt; Barbara Maier, Zimmerpalierstochter v. h., 17 J. alt; Jos. Spillmann, Schuhmachergesell von Wien, 27 J. alt; Jakob Dann, Nadlergesell v. Monheim, 38 J. alt.

Bekanntmachung.

2349. (2b) Behufs der Befriedigung eines Hypothekgläubigers wird das in der Wurzerstraße dahier gelegene Haus Nro. 10 nebst dem dabei befindlichen einstöckigen mit Stallung versehenen Hintergebäude und Hofraume, gerichtlich gewerthet auf 10,000 fl., mit 3500 fl. der Brandassecuranz einverleibt, mit 1750 fl. Ewiggeld und 9450 fl. Hypotheken belastet, nachdem bei der ersten Versteigerungs-Tagsfahrt vom 20. d. M. kein Angebot auf dasselbe erfolgt ist, unter Bezug auf die in der Bekanntmachung vom 12. Jänner l. Js. enthaltene Beschreibung zum zweiten Male der öffentlichen Versteigerung nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 — 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 unterstellt.

Neuerliche Steigerungstagsfahrt ist auf

Montag den 22. Mai 1848 Vormittags von 10 — 12 Uhr im Bureau des kgl. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Baron v. Schleich Zimmer Nr. 36 über 2 Stiegen

anberaumt, wozu Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß dem Gerichte Unbekannte sich über Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben, und der Hinschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgen werde.

Am 24. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

Kitt.

Stelle - Gesuch.

2352. (2a) Ein junger Mensch von 20 Jahren, welcher eine schnelle und correcte Handschrift schreibt, längere Zeit beim k. Kreis- und Stadtgericht München practicirte und ausgezeichnete Zeugnisse nachweisen kann, sucht Beschäftigung im Schreiben und kann sogleich eintreten. D. Uebr.

2331. Zum gemeinschaftlichen Betriebe von qualitativ und quantitativ sehr ergiebigen, vollkommen zu Tage liegenden Steinkohlenlagern im dießseitigen Bayern und in der Nähe von Eisenbahnzügen wird ein bemittelter Theilnehmer von Unternehmungsgeist und allgemein technischem Wissen gesucht.

Das Nähere in frankirten Briefen bei der Redaction.

Edictalladung.

2356. (2b) Nachdem bei vorliegender Ueberschuldung der hiesige ledige Herbergsbesitzer und Fuhrmann Joseph Mayer dem Universalconcurse sich unterworfen hat, so werden die Edictstage wie folgt festgesetzt:

I. Edictstag zur Anmeldung der Forderungen und deren Beweismittel, so wie zum Versuche einer gütlichen Ausgleichung auf

Donnerstag den 27. April l. Js.,

II. Edictstag zur Vorbringung der Einreden auf

Donnerstag den 25. Mai l. Js.,

III. Edictstag zur Abgabe der Schlußhandlungen auf

Donnerstag den 8. Juni l. Js.,

jedesmal Vormittags 9 Uhr, wobei sämmtliche unbekannte Gläubiger persönlich oder durch gehörig bevollmächtigte Anwälte bei Verlust der jedesmal zu pflegenden Handlungen zu erscheinen haben.

Die Herberge sammt Feld des Gemeinschuldners ist auf 2200 fl. gerichtlich gewerthet und mit 2952 fl. 48 kr. Hypothekschulden belastet; außerdem ist eine anerkannte Currentschuld von 622 fl. 27½ kr. vorhanden; dagegen sind alle Mobilien und Fahrnisse bereits gerichtlich verkauft worden.

Wer übrigens allenfalls etwas von dem Vermögen des Schuldners in Handen hat, wird aufgefordert, dasselbe vorbehaltlich seiner Rechte bei Gericht zu übergeben.

Kempten am 27. März 1848.

Königliches bayerisches Kreis- und Stadtgericht.

Der k. Director:

Buckingham.

v. Germersheim.

Bekanntmachung.

In Sachen der Maria Martina Braich von Aura und ihrer Kindscuratel gegen Johann Benedict Köppel, Bräuknecht von Landshut, wegen Vaterschaft und Kinderernährung wird zum Versuche der Güte oder zur protokollarisch schlüssigen Verhandlung auf

Samstag den 15. April l. Js. Vormittags 10 Uhr

Commission reassumirt, wozu die Parteien vorgeladen werden, und zwar der Beklagte, dessen Aufenthaltsort gerichtsunbekannt ist, öffentlich und unter dem Rechtsnachtheile, daß bei seinem abermaligen Nichterscheinen die Klage für abgeläugnet angenommen; der Beklagte seiner Einreden für verlustig erklärt, und Klägerin und ihre Kindscuratel zum Beweise ihrer Klage zugelassen werden würden.

Dem Beklagten ist gestattet, das Anrufen der Kindscuratel vom heutigen in der hiesigen Registratur einzusehen.

Am 15. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht Landshut.

Der königl. Director:

Leiendecker.

v. Baun.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

2344. (3c) **An den verehrlichen Handelsstand.**

Endesgefertigter beabsichtiget Commissionslager seiner

Galvano - electrischen Rheumatismus - Ketten

unter günstigen Bedingungen zu errichten. Diese **Rheumatismus-Ketten** (ein von den sogenannten „**Rheumatismus-Ableitern**“ oder „**Amuletten**“ **ganz verschiedenes Fabrikat**) sind keine Charlatanerie, es beruht vielmehr deren heilkräftige Wirksamkeit auf den einfachsten **chemisch-physikalischen** Grundsätzen, was auch bereits von den renommirtesten Aerzten und Chemikern neuerer Zeit rühmlichst anerkannt worden. Da sich nun die Heilkraft und Wirksamkeit meiner **Galvanischen Ketten** allerwärts, wo sie bekannt werden, **schnell** und **sicher** zeigt, so findet auch überall ein **wesentlicher Absatz** derselben statt. **Solide Geschäftsleute,** welche nun ein Depot meines Fabrikats ohne **alles Risiko** übernehmen wollen, belieben sich dieserhalb baldigst in portofreien Briefen an mich zu wenden und da gleichzeitig der Kürze wegen anzugeben, **welche Blätter und Zeitschriften** in Ihrem Orte am meisten gelesen werden; bemerken muß ich jedoch im Voraus, daß für jeden Platz und resp. dessen Umgegend nur Einem der Debit gewährt werden kann.

J. T. GOLDBERGER in TARNOWITZ, im Oberschlesischen Bergbezirk.

Fabrik von electro-magnetischen Apparaten.

Nr. 87.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir [illegible]-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 36 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Mittwoch — XLIX. Jahrgang. — 5. April 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 2. April. In der heutigen Sitzung wurde zuerst die Wahl des Ausschusses berathen, und als Modus allgemeine Wahl aus der ganzen Versammlung (nicht nach Stämmen) beschlossen. Hierauf brach-Zitz, v. Itzstein und eine Anzahl anderer Mitglieder den beifolgenden Antrag: „Bevor die Bundesversammlung die Angelegenheit der Begründung einer constituirenden Versammlung in die Hand nehmen kann, muß sich dieselbe von den verfassungswidrigen Ausnahmsbeschlüssen lossagen, und die Männer aus ihrem Schooße entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben beigetragen haben.“ Diesen Antrag modificirte Bassermann in der Art, daß anstatt: „Bevor . . . in die Hand nehmen kann . . .“ gesagt wurde: „Indem . . . in die Hand nimmt.“ Den ersten Antrag unterstützten Struve, Hecker, Eisenstuck rc., den mildern Bassermannschen aber Gagern u. a. Letzterer siegte mit großer Mehrheit. Hierauf verließen die meisten Mitglieder der Minorität*) den Saal, während andere, namentlich Raveaux, Blum und Vogt unter rauschendem Beifall erklärten, sich der Mehrheit unterwerfen, und bleiben zu wollen. Ein Zuhörer der die Abgetretenen als Verräther erklärt haben wollte, wurde hinausgewiesen. Man beschloß die Berathung ununterbrochen fortzusetzen, faßte noch Beschluß wegen schleuniger Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung u. s. w. Genehmigt wurde ein Antrag, nach welchem der permanente Ausschuß alsbald eine Proclamation erlassen soll, um zur Beruhigung des Volkes beizutragen und die Sympathie der Versammlung für möglichste Verbesserung der Lage der arbeitenden Classen auszusprechen. Die Versammlung beschloß, morgen Vormittag ungesäumt zur Wahl des permanenten Ausschusses der Fünfziger zu schreiten. Ein Redner bemerkte, man solle nicht länger zögern, da man nicht wissen könne, welche Projecte nun die zurückgetretene Minorität hege. Die Sitzung wurde um 3½ Uhr geschlossen. Morgen früh um 8 Uhr sollen auf dem Bureau des Präsidenten die namentlich unterschriebenen Stimmzettel abgegeben, sodann um 10 Uhr die Berathung fortgesetzt werden. (A. Z. u. Frk. Bl.)

Oesterreich ist in der vorberathenden Versammlung nur durch den Schriftsteller Dr. Wiesner vertreten; aus Preußen hat Dahlmann an den Verhandlungen in der Paulskirche am 31. nur schweigenden Antheil genommen.

*) Nach einem andern unserer Briefe betrug die Zahl der Abgetretenen nicht über 30 bis 40, während gegen 450 blieben. (A. Z.)

Bayern.

Landtag.

**München, 4. April. (IV. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend die Staatsminister: Frhr. v. Lerchenfeld, Heintz, v. Beisler; dann die königl. Commissäre: v. Roth und v. Habel; in der Kammer 109 Abgeordnete. — Die Sitzung wurde eröffnet mit Ablesung des Einlaufes. Vor derselben war eine große Unruhe in der Kammer bemerkbar über die neuesten Nachrichten von Frankfurt, daß dort bewaffnete Schaaren eingedrungen und die Republik proclamirt hätten, auf welche Nachricht hin Ministerrath statt gefunden, und der I. Präsident Dr. Kirchgeßner noch in der Nacht dorthin abgereist sey. — Jenes Gerücht bestätigte sich glücklicher Weise nicht, wie nachfolgende in der bayerisch-deutschen Geschichte denkwürdige Sitzung zeigt. — Das Wort ergriff nämlich Abg. Dittmar in folgender Weise: „Ich erlaube mir an das Präsidium, ehe diese Angelegenheit zur Sprache kommt, die Frage zu stellen, ob demselben nicht von den aus unserer Mitte in Frankfurt anwesenden Deputirten, sey es auf Privat- oder officiellem Wege etwas zugekommen sey, was sich zur Veröffentlichung in dieser Sitzung eignen möchte. Das von unserm Hrn. II. Präsidenten ausgesprochene Bemerken, daß unser Hr. I. Präsident plötzlich abgereist sey, hat die Spannung unter uns noch um Vieles vermehrt, und wir wollen es nicht bergen, es lastet auf unsern Herzen wie ein Centnerstein, so lange, bis wir in dieser großen, gleichsam Alles umfassenden Angelegenheit uns ausgesprochen haben. Ich bitte dringend das Präsidium zur Herstellung eines ganz offenen Wesens, was vielleicht auch dafür gut, daß die hohe Kammer irgend eine Erklärung über ihre Gesinnung rücksichtlich der in Frage stehenden Bewegung abgibt, — ich ersuche das Präsidium dringend, sich darüber auszusprechen, und sodann das Weitere unter uns zu veranlassen.“ — Hierauf hielt der Hr. II. Präsident in wahrhaft begeistertem Vortrage folgende Rede: „So weit es in meinen Kräften steht, bin ich bereit, diesem Antrag zu genügen. Ich bedauere jedoch, nicht im Stande zu seyn, diesen Wunsch ganz erfüllen zu können. Auf officiellem Wege ist mir nicht bekannt geworden, welche die Zustände in Frankfurt sind, welche Ereignisse sich dort begeben haben; indessen habe ich aus Privatmittheilungen Manches vernommen. Obschon dasselbe nicht verbürgt werden kann, so ist es doch aus glaubwürdiger Quelle gekommen. Es hat sich in Frankfurt eine bedeutende Anzahl deutscher Männer versammelt, und es haben sich dort zwei politische Richtungen geoffenbart. Die eine Partei neigt sich zum Republikanismus, um sich den Verfassungsformen Frankreichs anzuschließen, die andere blieb auf dem Boden der constitutionellen Monarchie, festhaltend und vertrauend auf den Bestand der deutschen Nation; und so viel mir bekannt geworden, ist diese Partei bis jetzt siegreich. Wenn dieser Sieg gesichert werden soll, so ist sehr nöthig, daß Männer von edler Gesinnung, erfüllt von ihrem hohen Beruf, allen denen, welche dieser Ansicht sind, zu Hilfe kommen, ihnen Beistand leisten, und so die Zahl derer vermehren, welche sich zur Erhaltung der constitutionellen Monarchie verbunden haben, die zur Erhaltung dieser constitutionellen Zustände, der constitutionellen Monarchie Gut und Blut zu opfern bereit sind. Es mag auch der Fall seyn, daß unser Hr. I. Präsident Veranlassung gefunden, daß unser Gesammtstaatsministerium es gerne gesehen hat, daß derselbe in Begleitung von einigen wackern, tüchtigen, durch Wissen und Erfahrungen, durch bürgerliche Tugenden ausgezeichneten Männern an jenen Ort abgereist ist, an welchem die Geschicke Deutschlands in diesem Augenblicke entschieden werden. Ich bin fest überzeugt, Sie Alle theilen die Gefühle der Erhaltung der constitutionellen Monarchie Deutschlands, und Sie werden sich Alle erheben, um Ihre Beistimmung zu dem Ausdrucke dieser meiner Gesinnung zu geben.“ (Allgemeines Ja.) — Nach diesem ergriff das Wort der Staatsminister des Cultus rc. v. Beisler: „Ich kann nur bestätigen, was der Hr. II. Präsident der hohen Kammer eröffnet hat. Die Nachrichten, die uns zugekommen, sind, wenn Sie wollen, allerdings nicht officiell; es sind blos Bruchstücke und Privatschreiben, namentlich von dem Hrn. Abg. Grafen v. Hegnenberg, der nun auch die Wünsche und Bedürfnisse des bayerischen Abgeordneten am Bundestag, des geheimen Rath Willich eröffnet. Hr. geheime Rath Willich wünscht dringend eine Verstärkung von einem oder mehreren Männern des Vertrauens. Wir Minister wußten keinen Mann höhern Vertrauens zu finden als den, welchen die Kammer an ihre Spitze gestellt hat. Wir haben es übernommen, den I. Hrn. Präsidenten zu bitten, sich dieser Mission zu unterziehen, auch sich noch mit einigen Ehrenmännern zu verstärken, sich an Ort und Stelle zu begeben, Einsicht von den Umständen zu nehmen, und ganz in Uebereinstimmung mit den Bundestagsgesandten das zu thun, was der Augenblick gebieten mag. Es handelt sich darum, die Stimmung von Bayern in dieser verhängnißvollen Zeit möglichst mit ehrenwerthen Männern zu verstärken. Das ist die Lage der Sache.“ — Hiernächst bestieg, auf Einladung des Hrn. II. Präsidenten, Dr. Müller die Rednertribüne der Staatsminister der Justiz, Hr. Heintz, und bemerkte, daß bedeutsame Gesetzentwürfe zur Vorlage kommen werden und zwar einige noch im Laufe dieser Woche. Ueberhaupt werde in den Ministerien gearbeitet, was nur immer möglich sey, und man solle nur die Wichtigkeit der Aufgabe und das Drängen der Zeit, die Kraft des Menschen bedenken, dann nicht vergessen, daß Einer ihrer Collegen (v. Thon-Dittmer) ans Krankenbett gefesselt sey. Gesetzentwürfe kämen über Amnestie — Berathung künftiger Gesetzbücher — bessere Vertretung der Pfalz — vielleicht noch im Laufe der Woche ein Wahlgesetz — ein Gesetz über Ablösung der Feudallasten — über Ministerverantwortlichkeit — und Einführung der Geschwornengerichte noch im Laufe dieses Jahres. — Nach dieser Einleitung las sodann der Hr. Staatsminister den Amnestie-Gesetzentwurf, wornach nur gemeine Verbrechen, wie Diebstahl rc. ausgeschlossen bleiben sollen; dann den Entwurf über die Behandlung neuer Gesetzbücher, wornach eigene Ausschüsse in beiden Kammern von 7 und 9 Mitgliedern mit Zuziehung von 5 und 7 Kammermitgliedern gebildet werden sollen; die letztern jedoch nur befugt, Anträge zu stellen, ohne entscheidende Stimme rc. — Schlüßlich bemerkte der Redner, daß der Entwurf über die Grundprincipien der neuen Gesetzgebung — Oeffentlichkeit und Mündlichkeit und Trennung der Justiz von der Administration — bereit liege; daß Alles geschehe, was nur irgend möglich, allein auch erwartet werden müsse, daß der kommende Landtag das Fehlende ergänzen werde. — Schlüßlich las Hr. Staatsminister Heintz noch den Entwurf eines Wahlergänzungs-Gesetzes für die Pfalz,*) wonach dort noch ein Abgeordneter aus der Classe der Städte und Märkte, zwei aber aus der Classe der Landeigenthümer gewählt werden sollen, und zwar für den Entgang von Adeligen mit Gerichtsbarkeit. — Hiernächst trat der Staatsminister Frhr. v. Lerchenfeld auf die Rednerbühne, und las den sogenannten Rechenschaftsbericht über die Staatseinnahmen von 1845/46, und die Staatsschuldentilgung für jenes Jahr. Redner bemerkte hiebei, daß die bayer. Finanzen sehr gut stehen, daß aus jenem Jahre mehr als 7 Millionen für 1847 erübrigt worden seyen, und bei äußerst solider Tilgungsweise haben sich trotz der Aufnahme von 4,600,000 fl. die Staatsschulden selbst

*) Die drei genannten Gesetzentwürfe, welche uns heute zu spät zugekommen, werden wir morgen mittheilen.
A. d. R. d. p. Z.

nur um 600,000 fl. vermehrt, der Staatscredit sey also makellos. Allein die Bedürfnisse der Zeit seyen auch sehr groß; ein aufrichtiges Zusammenwirken des Volkes mit der Regierung thue sehr noth; an die Vaterlandsliebe der Bayern müsse appellirt werden; zur Erleichterung der Armen werde er eine Einkommensteuer vorschlagen (allgemeiner Bravoruf); nicht vermehrt dürfe werden die Last des Armen; der Reiche vielmehr müsse belastet werden — dann werden auch die Quellen der Finanzen nicht versiegen und — seyen auch die Schwierigkeiten einer solchen Steuer groß; so sey nicht minder groß der Patriotismus und der Muth, vor einem Versuche nicht zurück zu schrecken, welcher sich durch Erfahrung erproben müsse und durch sie erst verbessert werden könne. — Hierauf wurde auf Antrag des Präsidiums die Einberufung des Ersatzmannes für Abg. Lechner, des Dekans Reitmair von der Kammer beschlossen. — Hiernächst sprach der II. Hr. Präsident: „Meine Herren! Erlauben Sie mir noch einige Worte. Wie noch nie zuvor in der Geschichte der Menschheit haben Welt erschütternde Ereignisse Europas Völker bewegt. Alle Schichten des socialen Lebens sind von der Bewegung ergriffen. Eine durstende Sehnsucht nach einem bessern vollkommeneren Zustande und ein rastloses Ringen zur Verwirklichung desselben beseelen die Individuen wie die Nation. Der Odem der Menschen, die Düfte der Erde, die ganze lebende Natur sind erfüllt von diesem Gefühle und diesen Bestrebungen. Groß ist unsere Zeit, groß sind die Forderungen an sie, noch größer aber ist die Aufgabe derer, welche von der Vorsehung berufen sind, die Geschichte der Menschheit in unsern Tagen in Gründung eines neuen socialen Lebens zu leiten. Nur Großes vermag dieses Bestreben zu verwirklichen, und nur durch die Kraft schaffender Geister kann dieses erreicht werden, ich sage starker Geister, die aus der tiefsten Erkenntniß des menschlichen Wissens Großes zu leisten vermögen, die Geburt unserer Zeit, die Beherrscherin derselben, das Recht der Arbeit glücklich erfassen um es mit dem Recht des Besitzes in naturgemäßer Vervollständigung auszubilden. O die hohlen Formen politischer Vergangenheit sind kraftlos; die Völker wollen das inhaltschwere Recht der Natur; sie haben sich würdig desselben durch Hebung in sittlicher Kraft gezeigt. Die Allgewalt der Zeit hat auch unser nächstes Vaterland Bayern mit diesen Bestrebungen erreicht. Nur Großes kann uns aus den Wirren dieser Tage führen. Bisher, meine Herren, haben wir in unserm ständischen Wirken nicht die Hoffnung erregt, Großes zu leisten; es war aber nicht unsere Schuld. Nein, ich bin es überzeugt, sie war es nicht. Meine Herren! Die Ereignisse dieser Tage haben viele unserer Mitglieder nach Frankfurt gefordert. Es gilt dem gesammten deutschen Vaterlande, wir konnten sie nicht zurückhalten. Wir mußten wünschen, daß sie dorthin gehen. Das Scheiden so vieler würdiger Männer aus unserer Mitte hat aber den Geschäftsgang nicht gefördert. Unser Staatsministerium, erst neu begründet, mit den laufenden Arbeiten schon vollkommen beschäftiget, welche die Umstände der Zeit an und für sich schon so sehr vermehrt haben, noch insbesonders aufgefordert, den Forderungen der Zeit zu genügen, mit den bedeutsamsten und wichtigsten Gesetzen, vermochte auch nicht so schnell die Aufgabe zu lösen, wie wir, wie das Vaterland es wünschten. Indeß heute ist ein Tag, ein Wendepunct eingetreten; Sie haben die Erklärung der Herren Minister vernommen. In diesem Augenblicke können wir nicht mehr wünschen; wenn alle diese Gesetze schnell in diesen Tagen in ganz kurzer Zeit eingebracht werden, so sind wir im Stande, bald die vollste Thätigkeit zu entwickeln. Mögen wir dann, von Vaterlandsliebe erfüllt, die Arbeit beginnen mit dem innigen Rufe: „Für Gott, Vaterland u. König!" — Hierauf ergriff das Wort Abg. Dekan Götz: „Meine Herren! Wir sind Freunde der Freiheit, wir haben das zu verschiedenen Zeiten aufs deutlichste an den Tag gelegt. Aber wir sind Freunde einer gesetzlichen Freiheit; Wir alle vom Ersten bis zum Letzten Freunde nur einer gesetzlichen Freiheit. Sie alle, meine Herren, meine theueren Collegen, Sie tragen gewiß, wie ich selbst, in Sich die feste, lebendige Ueberzeugung, daß das monarchisch-constitutionelle Princip, eine monarchisch-constitutionelle Regierung die beste Wahrerin der Freiheit, wahrer gesetzlicher Freiheit ist, es versteht sich von selbst, wenn die Constitution eine volle Wahrheit ist, was sie leider eine Reihe von Jahren unter uns nicht gewesen. Aber eine schöne hoffnungsvolle Zeit ist in unserm Vaterlande angebrochen. Die Constitution wird fortan eine volle Wahrheit seyn. Unserer theurer König Maximilian II., und die hochachtbaren Männer, welche an dem Ministertische hier sitzen, sind Bürgschaft dieser Hoffnungen. Wir haben erst vorhin eine deutliche Demonstration von unserer Gesinnung gegeben, Sie alle haben sich erhoben vom ersten bis zum letzten Mann, um laut zu bezeugen, daß eine monarchisch-constitutionelle Regierungsform die seyn soll welche in unserm Vaterlan.e heimisch bleiben darf. Sie haben die Ueberzeugung und den Wunsch ausgesprochen; daß die Männer, welche sich aus unserer Mitte in Frankfurt befinden, in diesem Sinne, in dem wir uns ausgesprochen haben, auch reden möchten, alle durchaus in keinem anderen Sinne; daß wir denselben kein eigentliches Mandat gegeben, aber, daß wir in dieser feierlichen Erklärung Ihnen dieses Mandat geben, daß sie alle nur in diesem Sinne als Bayern sich auszusprechen berechtiget sind. Es scheint aber nicht vollkommen genügend zu seyn, daß wir dieses in solcher Weise ausgesprochen haben; sondern ich glaube, Ihrer Aller Wunsch auszusprechen, wenn ich verlange, es möge dem hohen Präsidium gefallen, unsern Collegen, welche gegenwärtig in Frankfurt sich befinden, von der Demonstration, welche heute stattgefunden, officielle Nachricht*) zu geben. Wenn Sie einverstanden sind, bitte ich, Sie meine Herren Sich vom Platze zu erheben." (Alles erhebt sich.) Schlüßlich wurde der Antrag auf präcisere Geschäftsordnungs-Abänderung — auf Aufhebung der Privatjagdrechte — und auf Ergänzung und resp. Vermehrung der Ausschüssemitglieder gestellt, welche Wahl nach der Sitzung sogleich vorgenommen werden sollte. — Der II. Hr. Präsident Dr. Müller schloß hierauf die Sitzung.**)

---

†;.München, 4. April. Von der Allerhöchst verfügt gewesenen Inruhestandsversetzung des Raths bei der Regierung von Mittelfranken, K. d. I., Fr. Jakob v. Roethlein, ist dermalen Umgang zu nehmen, und derselbe auf seiner bisherigen Stelle zu belassen, dagegen ist der Rath eben gedachter Regierung, K. d. I., Ludwig Karl August Frhr. v. Lichtenstein, im Hinblick auf dessen geschwächten Gesundheitszustand in den zeitlichen Ruhestand versetzt. Der Forstmeister in Hammelburg, Karl Stumpf, wurde provisorisch zum Director der Forstschule in Aschaffenburg und ersten Professor der Forstwissenschaft im Rang eines Regierungs- und Kreis-Forstraths ernannt. Bei der Polizeidirection München ist ein statusmäßiger Registrator, mit dem Rang und der Uniform eines Polizeiactuars, ernannt, und diese Stelle provisorisch dem dermaligen Polizeiofficianten Wilh. Dichtl verliehen, und auf die hiedurch eröffnete Stelle eines Officianten bei der Polizeidirection München der Functionär bei derselben, Karl Weber, provisorisch ernannt. Die eröffnete Stelle des Gerichtsarztes beim Landgericht Weyhers, im unterfränkischen Regierungsbezirk, provisorisch dem bisherigen praktischen Arzt in Plattling, Landgerichts Deggendorf, Dr. Joseph Gierlinger, verliehen. Die bei der Regierung der Pfalz eröffnete statusmäßige Stelle eines Rechnungscommissärs ist provisorisch dem bisherigen Functionär bei derselben, David Schild, verliehen. Der bisherige Director der Regierung der Pfalz, K. d. I., August Lufft, ward in den zeitlichen Ruhestand versetzt, und dessen Stelle dem bisherigen Regierungsrath daselbst, Friedr. Bettinger verliehen.

(.München, 5. April. Binnen acht Tagen wird Se. königl. Hoheit der Prinz Carl von Bayern, bayer. Feldmarschall, zum Obercommandant des VII. und VIII. Bundes-Armeecorps ernannt(??), nach Karlsruhe abgehen, woselbst das Hauptquartier für in dortiger Gegend aufgestellte Truppen bestimmt wurde. Heute sind bereits nöthige Requisitenwagen dahin abgegangen. — Generallieutenant v. Washington ist mit Tod abgegangen.

VV Aus Niederbayern, 31. März. Am 22. März l. Js. erblicken wir in einer Bürgerversammlung zu München den Hrn. Grafen Hegnenberg-Dux, welcher sich bereit erklärt, die Aufhebung der Siegelmäßigkeit und der damit verbundenen Taxfreiheit bei den versammelten Ständen des Reiches zu beantragen u. s. w. Die den Bürgerstand unsers Vaterlandes entehrende Fessel, die Advocatenvormundschaft, welche durch die Siegelmäßigkeit zum Ruin und zur Verarmung der nicht adelichen Staatsbürger und zur Bereicherung der Advocaten von einem bösen Dämon in finsterer Zeit ausgebrütet wurde — diese Schmach, welche auf dem Bürger und Bauernstande in Bayern wie ein grinsender Alp lastet, muß bald ein Ende nehmen. Wir wollen hier nur zwei Facta der jüngsten Zeit für deren Wahrheit wir uns verbürgen zur Kenntniß des Publicums bringen, aus welchen sich herausstellt, wie nothwendig die schleunige Erlösung aus solcher Sclaverey ist. A. G. wurde durch eine Judasseele bei dem Landgericht N. fälschlich denuncirt. Der Denunciant gehörte zum Landgerichtspersonal. Sein Name wurde dem Angeschuldigten verheimlicht. In I. und II. Instanz wurde das Schuldig über A. G. ausgesprochen, weil die Advocaten die Vertheidigung so einrichteten, wie es dem Landgericht genehm war. Bei dem Bewußtseyn der Unschuld ließ sich A. G. von einem Freunde, welcher das „Jus" nicht allein theoretisch im Bureau, sondern praktisch durch viele Erfahrungen studirt hatte, die weitere Vertheidigung anfertigen, allein sein Freund gehörte nicht zum privilegirten Advocatenstande. Das ihm übelwollende Landgericht wies deßhalb seine Vertheidigungsschrift als dummes Geschwätz, als Unsinn und als die Arbeit eines Winkeladvocaten zurück. A. G. reiste an mehrere Orte, kein Advocat unterzeichnete die Schrift. Endlich wurde er an einen gewiesen, der wegen arger Schwelgerei in unglaublicher Dürftigkeit schmachtete. Dieser war bereit, die Vertheidigung zu unterzeichnen, wenn A. G. ihm 42 fl. dafür bezahlen wolle. Da keine andere Rettung für den Schuldlosen zu finden war, so mußte er wirklich für die Namensunterschrift 42 fl. entrichten. Die III. Instanz sprach den Angeklagten von aller Schuld und Strafe frei. Ein anderer Bürger in einer kleinen Stadt Niederbayerns an der Donau, Namens H......n fand sich wegen Gewerbsbeeinträchtigung eines sehr reichen Wucherers genöthigt, eine wahrheitstreue jedoch freimüthige Recursschrift bei einem Freunde, der nicht öffentlicher Anwalt war, sich anfertigen zu lassen. Mit dieser Schrift reiste er zu zwanzig Advocaten in vier Städten. Alle verweigerten die Legalisation, weil in der Schrift das Factum erwähnt war, daß der Referent königl. Landgerichtsassessor H...l von dem begüterten Gegner 40 Kronenthaler als Geschenk angenommen hatte. Obschon der Unterdrückte mehrere Zeugen vorschlug, welche die Thatsache beweisen konnten; so versicherte doch jeder Advocat, wenn es auch wahr sey, so dürfe man dergleichen Ereignisse nicht öffentlich auspesaunen. H. fand endlich einen Procurator, der ihm die Unterzeichnung unter der Bedingung versprach, wenn H. ihn gebührend dafür honoriren wollte. Nach langem Handeln blieb es endlich bei der enormen Summe von acht Kronenthalern sage 21 fl. 36 kr. für eine Legalisation, die H. auch wirklich bezahlt hat. Solche und ähnliche Fälle könnten wir noch zu Dutzenden vorführen, allein diese sind schon hinreichend den Ständen des Reiches die dringende Nothwendigkeit der Aufhebung einer Knechtschaft ans Herz zu legen. Indem wir „Staatsbürger aus Niederbayern" dem Hrn. Grafen Hegnenberg-Dux unsern öffentlichen warmen Dank für sein ächt adeliges Wort hiermit aussprechen, stellen wir die freundliche Bitte an ihn: im Namen aller Bayern bei den Ständen des Reiches sofort darauf anzutragen: „daß jedem Unterthann es frei stehe, für sich, seine Freunde und Bekannte, an jede Behörde, wenn er dazu die nöthigen Kenntnisse besitzt, alle Eingaben ohne Advocatenvormundschaft einzureichen, wie das in allen europäischen Ländern der Fall ist." Möchten die Vertreter des bayerischen Volkes doch den Ausspruch der göttlichen Urkunde Mal. 2. v. 10. „haben wir nicht alle einen Vater! hat uns nicht ein Gott geschaffen? warum verachten wir denn einer den andern?" — seinem vollen Inhalte nach erwägen. Haben wir Nichtadeligen in den Jahren 1812—15 nicht auch unser Gut und Blut für das deutsche Vaterland aufgeboten? warum ist uns so lange auf die ungerechteste Weise unsere Freiheit in Schrift und Rede gefurchtet werden. Schon in dem Edict vom 8. Oct. 1810 versprach König Maximilian der I. die Aufhebung der Siegelmäßigkeit. 40 Jahre sind dahin geschwunden, die Sclaverei aber geblieben. Darum ist das Elend, der

*) Dieß ist durch eine Zuschrift an jene Abgeordneten geschehen, unterzeichnet vom II. Präsidenten Dr. Müller und I. Secretär Dr. Stockinger. Wir werden sie morgen mittheilen. A. d. H.

**) So eben am Schlusse der Sitzung kommt der Abg. Schlund und bringt direct von Frankfurt die Nachricht, daß das monarchisch-constitutionelle Princip den Sieg über die Republicaner errungen habe.

Jammer und das Seufzen des deutschen Volkes zu dem Herzen des Allmächtigen gedrungen, und Gott hat nun mit uns ein Wort geredet, das haben wir gehört und erfahren, daß Er allein mächtig ist. (Ps. 62, 12.) Dieser Allmachtsruf hat Wunder in ganz Europa geschaffen. Wir schließen mit dem herzlichen Wunsche, daß der Herr unser Gott den versammelten Ständen des Reiches freundlich seyn und das Werk ihrer Hände zum Heil des Vaterlandes fördern wolle. In das angefangene gute Werk ihrer Hände wird er segnen, wenn sie in Seinem Namen es angefangen haben, dann werden sie es auch zu seiner Ehre vollenden. — Die Staatsbürger in Niederbayern.

Württemberg.

Stuttgart, 1. April. Der König hat so eben ein Gesetz emaniren lassen, welches die Volksversammlungen ohne jede polizeiliche Erlaubniß zusichert.

Preussen.

Ich benachrichtige das Staatsministerium, daß Ich für die bevorstehende Versammlung des vereinigten Landtags den Fürsten zu Solms-Hohen-Solms-Lich zum Marschall und den Staatsminister a. D. Grafen von Arnim zum Vicemarschall der Herren-Curie, den Oberst-Lieutenant a.D. von Rochow zum Marschall, den Oberst-Burggrafen von Brünneck zum Vicemarschall der Drei-Ständecurie ernannt habe. Potsdam 31. März 1848. Friedrich Wilhelm.

Im Verfolg meines Erlasses vom 25. d. Mts. benachrichtige Ich das Staatsministerium, daß Ich in die Stelle des inmittelst abgetretenen Ministers, Grafen v. Arnim den Vorsitzenden des Staatsministeriums, Minister Camphausen, zu meinem Commissarius für die bevorstehende Versammlung des vereinigten Landtages ernannt habe. Potsdam, den 31. März 1848. Friedrich Wilhelm.

Auf den Antrag des Staatsministeriums genehmige Ich, daß zu den Sitzungen des bevorstehenden vereinigten Landtages, so weit der beschränkte Raum es gestattet, Zuhörer auf die Gallerie zugelassen, und dazu von den Marschällen beider Curien Eintrittskarten ausgegeben werden, wobei die Zeitungsredacteure besonders zu berücksichtigen sind. Potsdam, 1. April 1848. Friedrich Wilhelm. (contras.) Camphausen.

Köln, 30. März. Das hiesige Bankierhaus A. Schaaffhausen hat gestern seine Zahlungen eingestellt; 35—40 Fabriken werden hierdurch genöthigt seyn, tausende ihrer Arbeiter zu entlassen. Die Volksversammlungen haben für Frankfurt 5 Männer gewählt, worunter 2 republicanischen und communistischen Ideen zugethan. Der Stadtrath hat sich der Wahl angeschlossen. — Das Militär ist mit der constitutionell-liberalen Bürgerschaft im besten Vernehmen.

Schleswig-Holstein.

Kiel, 31. März. Der dänische Commandant in Sonderburg hat bekannt gemacht: der Krieg sey erklärt, und jeder Bewohner der Herzogthümer, der mit den Waffen betroffen werde, sey als Landesverräther zu erschießen. — Ebenso scheint es nach authentischen Briefen zuverlässig, daß Hadersleben von 4600 Mann Dänen besetzt worden sey. (C. v. u. f. D.)

Schleswig, 28. März. In Husum wehte Sonntag Mittags die deutsche Fahne vom Rathhause. Die provisorische Regierung ward proclamirt mit Acclamation, die Bürgergarde organisirt. In Bredstedt hat am Sonntag die Landschaftsvertretung mit sämmtlichen Beamten den Beschluß gefaßt, den Anordnungen der provisorischen Regierung Folge zu leisten. Eine Freischaar ward gebildet. Dem großen deutschen Vaterlande erscholl hier und in Leck von der zum Theil friesischen Bevölkerung ein Hoch. In beiden Districten wird der Landsturm sich schnell bewaffnen. Im Amte Tondern findet morgen Versammlung statt unter dem Präsidium des Amtmanns. Es wird dieser District von 33,000 Seelen sich wie die andern erheben. In der Stadt Tondern wehten die deutschen Fahnen Nachmittags, die Bürgergarde bildete sich. 3 Meilen nördlich von Tondern, 2 Meilen von der dänischen Gränze zu Lygumkloster hat sich ein Freicorps für Schleswig-Holstein gebildet. Aus Tondern sind gegen 70 Seminaristen als Freiwillige nach Rendsburg aufgebrochen, andere Freiwillige traten zeh zusammen. Die beurlaubten Landsoldaten eilen dorthin. Den 27. d. Abends trafen in Flensburg die freiwilligen erst vor 2 Tagen gebildeten Jägercorps der Stadt Schleswig die Kieler Studenten und namentlich die Berliner Studenten ꝛc. ein. Die Söhne des Vaterlands aus allen Ständen findet man vereint, aus vielen Familien oft 2 bis 3 Söhne. Zwei Bataillone des holsteinischen Regiments marschirten heute früh von Schleswig nach Flensburg, und sind zeitig genug angelangt, um die dänischen Schiffe von etwaigem Ladungsversuch für Landtruppen abzuhalten. Der Landsturm zwischen Schleswig und Kiel ist organisirt. (A. Z.)

Aufruf des commandirenden Generals an die ausgerückten Truppen. Soldaten! Das Vertrauen der Herzogthümer ruft mich an Eure Spitze; ich schätze mich glücklich, in diesem heiligen Kampfe für das theuere Vaterland Euer Führer zu seyn. Der Kampf hat begonnen, der Däne rückt an des Vaterlandes Grenze, schleswig-holsteinischer Muth wird ihm mit Gott den Weg über die Belte zeigen. Schaaret Euch mit Vertrauen um Eure neuen Führer, die, begeistert wie Ihr von Vaterlandsliebe, Euch zum Siege führen werden. Die edelsten Männer und Jünglinge des Vaterlandes eilen zu Euren Fahnen — ganz Deutschland sendet Euch seine besten Männer! — Auf denn, mit Gott! laßt uns den Dänen schlagen wo wir ihn finden — bevor fremde Truppen uns den Lorbeer entwinden. Ziehet mit Gott meine Waffenbrüder, die Ihr die Vorhut bildet, am Tage der Ehre bin ich bei Euch! Rendsburg, 27. März 1848. Friedrich Prinz zu Schleswig-Holstein.

Freie Städte.

Bremen, 1. April. Ein gestern auf der Greifswalder Rhede angekommenes preußisches Schiff ist bei seiner Passage durch den Sund bereits scharf beschossen worden und hat einigen Schaden erlitten. (W. Z.)

Oesterreich.

Wien, 20. März. Die Auflösung der Polizeihofstelle ist angeordnet, und die Leitung aller Anstalten und Behörden, welche die Aufrechthaltung der Ruhe, Ordnung und öffentlichen Sicherheit bezwecken, dem Ministerium des Innern zugewiesen.

Wien 1. April. Heute Morgen erschien das Preßgesetz; es umfaßt 88 Paragraphen. Das Verfahren ist öffentlich und mündlich: die Cautionen für periodisch-politische Schriften nicht über 2000 fl. C.-M. (A. Z.)

Handelsbriefe aus Wien vom 1. April bringen das Verbot der Ausfuhr baaren Geldes aus der österreichischen Monarchie, welches dem Sinken der Curse für den Augenblick Schranken setzte. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 31. März. Der Vorschlag des ungarischen Reichstags über das verantwortliche Ministerium, sowie über die Aufhebung der Urbariallasten und Zehnten ist von Sr. Majestät im ganzen Umfang genehmigt worden. Erzherzog Stephan ist heute mit dieser frohen Botschaft nach Preßburg geeilt, wo die Haltung der Gemüther bereits eine drohende Gestalt angenommen hatte. — Von der Militärgrenze hat sich die Bevölkerung in Masse für den vollständigen administrativen und politischen Wiederanschluß an Ungarn ausgesprochen, und hat die Militärmagistrate abgesetzt. — Die ungarische Hofkanzlei, welche nun bald von hier nach Ofen verlegt werden wird, hat gestern zur Besetzung der Primasstelle von Ungarn den Bischof Lonovics vorgeschlagen. (A. Z.)

Schweiz.

Bern, 28. März. Nach einer einer viertägigen Debatte ist nun die Commission aufs Zweikammersystem gelangt, also einen Nationalrath und eine Tagsatzung, welche getrennt von einander die sämmtlichen Geschäfte behandeln, und welche beide für gültige Beschlüsse zusammenstimmen müssen. Der Nationalrath wird nicht in Wahlkreisen, sondern durch eine allgemeine schweizerische Stimmgebung gewählt. Für die Tagsatzung wurden folgende drei wichtige Grundsätze angenommen: 1) die halben Kantone erhalten eine ganze Stimme, und die Tagsatzung besteht somit aus 25 Abgeordneten, 2) die Instructionen sind abgeschafft; 3) wenn es in der Tagsatzung gleichwohl keine Mehrheit für oder gegen den Beschluß des Nationalraths gibt, so gilt der letztere. (A. Z.)

Bern, 29. März. Das Centralcomité des schweizerischen Volksvereins hat die Bundesrevisionsfrage an die Hand genommen und durch Vertheilung eines Schriftchens: „Leitende Gesichtspunkte für eine schweizerische Bundesrevision alle Sectionen aufgefordert ein Gutachten über dasselbe abzugeben. Nach den bis jetzt bekannt gewordenen Stimmen findet das im angeführten Schriftchen empfohlene System — eine einzige Kammer mit dem Veto der Kantone — großen Beifall; ebenso verlangt man immer dringender die Aufstellung eines Verfassungsraths.

Italien.

Zwischen Neapel, Toscana, Sicilien, Sardinien und dem Kirchenstaat ist ein Schutz- und Trutzbündniß geschlossen, aber noch nicht amtlich verkündigt.

Triest, 31. März. Ein heute hier eingetroffenes Schreiben aus Verona vom 26. enthält folgendes: Peschiera, Verona, Legnano, Mantua und Vicenza sind vollkommen ruhig. Das zweite Armeecorps ist in Verona concentrirt. (A. Z.)

Mailand, 29. März. Unter die vielen neuen Anordnungen gehört die Aufhebung des Lottospieles. Gottlob! Die Presse ist frei.

Mailand, 31. März. Der Kern der großen österreichischen Armee unter Radetzki, nun auf etwa 10 bis 12,000 Mann reducirt, ist in vollem Rückzuge; Crema und Soncino sind schon von ihm verlassen. (A. Z.)

Chur, 1. April. Mailänder Briefe vom 30. März versichern das Radetzki'sche Corps sey auf dem Rückzuge gegen Verona concentrirt aber von allen Seiten von Lombarden und Piemontesen verfolgt. Karl Albert mit seinen zwei Söhnen an der Spitze von 30,000 M. mit 50 Kanonen marschire gegen Verona. (A. Z.)

Spanien.

Madrid, 24. März. Hier wurde ein Communistenclub entdeckt, und seine Mitglieder sämmtlich verhaftet.

Frankreich.

Armand Marrast hat ausgefunden, daß Ludwig Philipp für 600,000 Fr. 5proc. Renten (Capital 12 Mill. Fr.) unter fremden Namen besaß. Sie sind mit Beschlag belegt. (Der Ex-Bürgerkönig war doch ein grundehrlich für die Zukunft sorgender Friedensfürst.)

Die provisorische Regierung hat sich genöthigt gesehen die den Inhabern von Handelseffecten bewilligte 15tägige Frist (bis 25. März um eben so viel zu verlängern, und zwar ungeachtet der durch die Entfernungen verursachten Verzögerungen. — Der „Constitutionnel" gibt die Zahl der für die Nationalwerkstätten eingeschriebenen Arbeiter zu 40,000 an.

Das 2. und 3. Bataillon der deutschen Legion ist nach dem Elsaß aufgebrochen.

Großbritannien.

Bei den Gemeinen legte der radicale Wakley am 28. März die Bittschrift eines Privatmannes um Aufhebung des Oberhauses vor. Nur im Interesse des Bittrechts ward sie entgegengenommen.

Die Stimmung in Süd- und Westirland wird immer gefährlicher.

Dänemark.

Kopenhagen, 29. März. Nun wird es Ernst mit dem Kriege. Gestern sind 4000 Mann über den Belt nach Jütland gegangen, und wenn die 12,000 Mann zusammen sind, reist der König selbst Freitags nach. Heute sind Freischaaren aufgeboten, und alles was nicht Militär ist, schließt sich an, sogar die Boutiquiers wollen alle mit. Der Enthusiasmus ist gränzenlos. (Hamb. B. H.)

Vereinigte Staaten von Nordamerica und Mexico.

Boston, 11. März. Der Friedensvertrag mit Mexico ist vom Senat in Washington ratificirt worden, und zwar mit einer Mehrheit von 15 Stimmen.

Neueste Nachrichten.

München, 5. April. Dem heute ausgegebenen vom 31. März datirten Armeebefehl, entnehmen wir folgendes: An mein Heer! Bei dem Erlasse Meines ersten Armeebefehles ist es Meine vorzügliche Sorge gewesen, daß den alten würdigen Offizieren die verdiente Ruhe und Anerkennung zu Theil werde. Ich wünsche, daß sie im lohnenden Bewußtseyn treuer Pflichterfüllung sich lange derselben erfreuen mögen. Der Name dieser Tapfern wird ehrenvoll fortleben im Heere, ein schönes Vorbild der Nacheiferung für die jüngeren Offiziere; möge der kriegerische Sinn, die erprobte Anhänglichkeit dieser Veteranen sich fortpflanzen auf das neue Geschlecht. Das Heer wird sich verjüngen, kräftig wird es erstehen und so in jeder Beziehung tüchtig, allen Anforderungen der Gegenwart und Zukunft gewachsen zu seyn. Ernst ist die Zeit, ernsten Tagen

gehen wir entgegen. Das Heer schaare sich in alter angestammter Liebe und Treue um seinen König, eingedenk entfernterer wie näherer ruhmvoller Vergangenheit, wo daselbe im Drange sturmbewegter Tage und der äußersten Gefahr, durch Aufopferung und Heldenmuth mehr als einmal Fürst und Vaterland gerettet hat. Ich weiß, diese Zeiten sind nicht vorüber, dieser Sinn ist nicht ersterben, das alte treue Bayernherz ist dasselbe geblieben. Ich weiß, schlägt die Stunde der Entscheidung, so ist ein Jeder bereit, für König und Vaterland freudig Gut und Blut hinzugeben. Als Kronprinz schon war Ich mit Vorliebe dem Heere zugethan, suchte Mich mit seinen Interessen vertraut zu machen, und so weit es die Umstände erlaubten, in nähere Berührung mit demselben zu treten. Jetzt und immer werde Ich dem Heere zeigen, wie werth, wie theuer es Mir ist. Es wird nicht bloß seinen obersten Befehlshaber, sondern seinen wohlwollendsten besten Freund in Mir, seinem Könige finden. Wahres Verdienst, Talent und Tüchtigkeit jeder Art werden den Anspruch zur Beförderung bedingen; der auf der untersten Stufe Stehende kann sich dadurch bis zu der höchsten emporschwingen! Dem festen Vertrauen gebe Ich Mich hin, daß die Offiziere und Militärbeamten aller Grade, wie auch die verdiente Klasse der Unteroffiziere, für die Ich vorhabe, noch besonders Sorge zu tragen, wetteifern werden in gewissenhafter Erfüllung ihrer Pflichten. König, Heer und Nation umschlinge nur Ein Interesse, des theuern Bayerlandes heiligste Güter, Freiheit, Ehre und Unabhängigkeit zu schirmen und zu erhalten, und so zugleich ein würdiger Vorkämpfer zu seyn in den Reihen unserer deutschen Brüder zu des Gesammtvaterlandes Heil und Frommen! Maximilian. — Pensionirt werden: die Generallieutenants Carl Freih. v. Diez, Präsident des Generalauditoriats, — Max. Freih. v. Zandt, Commandant der 4., — und Albert Graf zu Pappenheim, Commandant der 2. Armeedivision, sämmtliche mit dem Charakter als Generale der Cavalerie, — dann Freih. v. Zoller, Commandant des Artilleriecorps, mit dem Charakter als Feldzeugmeister: — Der Generalmajor Carl Ritter v. Vincenti, Chef der Revisionsabtheilung der 6. Kriegsministerialsection mit dem Charakter als Generallieutenant, die charakterisirten Generalmajore C. Frhr. v. Griessenbeck, Commandant des Cadettencorps, — und Ant. Schmiz, Commandant der Festung Germersheim: — die Obersten Seb. Hoffmann vom Ingenieurcorps, — Fried. Graf v. Ysenburg vom Inf. Regiment Ysenburg, beide mit Generalmajorscharakter. — Versetzt werden: der Generallieutenant Th. Fürst v. Thurn und Taxis, Commandant der 3., als solcher zur 4. Armeedivision: — Ernannt werden: zum Regiments-Inhaber: der Generalmajor und Brigadier der 1. Arm. Division Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg, Hoheit, zum Oberst-Inhaber des Chev.-Regiments Nr. 1.; zu Flüg.-Adjutanten: der Oberstlieutenant Jak. Ritter v. Hartmann vom Inf.-Reg. Kronprinz, mit Beförderung zum Oberst, — und der Hauptmann Ludw. Frhr. von der Tann vom General-Quartiermeisterstab mit Beförderung zum Major; — zum Brigadier 5er Infanterie: der Generalmajor Leonh. Frhr. v. Hohenhausen, Commandant der Stadt Nürnberg, bei der 1. Armeedivision; — zum Gouverneur der Haupt- und Residenzstadt München: Der Generalmajor und Brigadier der 1. Armeedivision Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg, Hoheit, mit Beförderung zum Generallieutenant; — zu Stadt- und Festungs-Commandanten: der Generalmajor Joh. Damboer, Brigadier der 2. Armeedivision, zum Commandanten von Neu-Ulm; — die Obersten Carl Frhr. v. Pflummern des Chev.-Reg. Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg, zum Commandanten der Stadt Nürnberg, — Ed. Weishaupt des Art.-Reg. Zoller, zum Commandanten der Festung Germersheim, und Fried. v. Winther des Inf.-Reg. Kronprinz, zum Commandanten der Haupt- und Residenzstadt München, sämmtliche mit Beförderung zum Generalmajor; — zum Commandanten des Cadetten-Corps: der Oberst Moriz v. Kretschmann des Chev.-Reg. König; — zum Präsidenten des Generalauditoriats: der Generallieutenant und Commandant der 1. Armeedivision, Wilh. Graf v. Ysenburg; — zum Chef der Revisionsabtheilung der 6. Kriegs-Ministerialsection: Der Generalmajor und Commandant der Haupt- und Residenzstadt München Joh. v. Kunst, mit Generallieutenants-Charakter; — Befördert werden: zu Generallieutenants und Divisions-Commandanten: die Generalmajore und Brigadiers Anton Frhr. v. Gumppenberg von der 3. bei der 2., — Wilh. v. Baligand bei der 1., — und Wilh. v. Lesuire bei der 3. Armee-Division; — zum Generallieutenant und Artilleriecorps-Commandanten: der Generalmajor und Brigadier der 1. Armeedivision Prinz Luitpold von Bayern; königl. Hoh.; — zu Generallieutenants: die Generalmajore H. von der Mark, Verweser des Kriegsministeriums, — dann Franz Frhr. v. Leistner, 1. Adjutant, — und Ch. Frhr. v. Weber, Hofmarschall Sr. kgl. Hoh. des Feldmarschalls Prinzen Carl von Bayern, beide Letztere im Generalquartiermeisterstab. (Fortsetzung folgt.)

Börse.

Wien, 1. April. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 59; zu 4pCt. in CM. 64; zu 3pCt. in CM. 52 Bankactien per Stück 700; Nordbahn 64.

Amsterdam, 31. März. 2½pCt. 38; 3pCt. 42¾; 4pCt. 55¼; Synd. 3½pCt. 59; Handels-Maatschappy 133⅛; Ard. 6¼; port. 3pCt. 13¼; 5pCt. Metall. 60.

Paris, 31. März. 3pCt. 40 Fr. — C.; 5pCt. 59 Fr. 75 C.

London, 30. März. Consols 81⅛.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 6. April: „Norma,“ Oper in 2 Acten v. Bellini.

Freitag den 7. April: „Don Cäsar von Bazano,“ Schauspiel in 5 Acten mit Gesang und Tanz v. L. Hölten. Musik von J. Lachner.

Fremdenanzeige.

Hôtel Maulick. HH. Lord Werehause, Rentier aus England; Kuhn, Rentier v. Wien; v. Wachter, k. Baupraktikant, und Frfr. v. Herrmann v. Memmingen.

Blaue Traube. HH. Dr. Henkel v. Erding; Kaß, Leihhausbesitzer v. Landshut; Baur, Pfarrer v. Moosburg; Graf v. Preising v. Rosenheim; Soldi, Rippini, Zitti, Duci, Privatiers v. Mailand; Fr. Baronin v. Herzog v. Regensburg.

Stachusgarten. H. Wengenmaier, Maler v. Donauwörth.

Gestorbene in München.

Johanna Mink, kgl. Hofsängerstochter v. h., 45 J. alt; Benno v. Soyer, quiesc. k. Generallottoadministrationsregistrator v. h., 70 J. alt; Theophilus Bingenz, Handlungs-Buchhalter v. h., 62 J. alt; Dr. Friedrich Philipp Emanuel v. Niethhamer, k. geh. Rath ꝛc., 82 J. alt; Maria Steinberger, Krämerstochter v. Wolfseck, Ldg. Eggenfelden, 28 J. alt; Karolina Straub, Uhrmacherstochter v. Nördlingen, 34 J. alt; Theresia Gräfin v. Drechsel, kgl. Staatsrathswittwe v. h., 70 J. alt; Anton Schneider, b. Zinngießer v. h., 42 J. alt.

Bekanntmachung.

2361. Auf Antrag mehrerer Glaubiger wird die Behausung Nro. 8 lit. B an der Augustenstraße dahier der zweiten öffentlichen Versteigerung unterstellt, und hiezu Tagsfahrt auf

Donnerstag den 27. April l. Js. Vormittags 10 — 12 Uhr im Zimmer Nr. 1

anberaumt.

Das Kaufsobject ist mit 8000 fl. der Brandassecuranz einverleibt und mit 11098 fl. Hypotheken belastet. Mit ebener Erde ist dasselbe 3 Stockwerke hoch, im guten Bauzustande, und mit einem gewölbten Keller versehen.

Im Hofe befindet sich ein einstöckiges Wohnhaus mit Wohnung, Stallung und Waschhaus, ferner ein Communpumpbrunnen und hinter dem Hofraum ein Garten.

Das ganze Anwesen ist gerichtlich auf 14,750 fl. gewerthet. Der Zuschlag erfolgt bei dieser Versteigerungstagsfahrt ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth. Gerichtsunbekannte Steigerer haben sich über ihre Zahlungsfähigkeit genügend auszuweisen.

Sign. am 30. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der königl. Director:
Barth.

Dr. Wiebeking.

Bekanntmachung.

2362. Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Anwesen Haus Nro. 29 an der Karlsstraße dem öffentlichen Verkaufe unterstellt.

Das Wohngebäude enthält mit Einrechnung des Erdgeschosses drei Stockwerke, einen gewölbten Keller und Dachwohnung; im Hofraum befindet sich ein zweistöckiges Nebengebäude, woran zwei einstöckige Stallgebäude angebaut sind; außerdem befinden sich ein Pumpbrunnen und Garten nebst hölzernem Sommerhaus bei demselben.

Das Anwesen wurde laut Protokoll vom 11. März l. Js. auf 6000 fl. gewerthet, ist mit 5411 fl. Hypothekschulden belastet und mit 3000 fl. der Brandversicherung einverleibt.

Tagsfahrt zur Versteigerung wird hiemit auf

Mittwoch den 24. Mai l. Js. Vormittags von 10 — 12 Uhr im Geschäftszimmer Nr. 37/II des k. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Dr. Bregler

anberaumt, wozu Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß der Hinschlag nach §. 64 des Hypotheken-Gesetzes, vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 — 101 der Novelle von 1837 zu geschehen hat, und dem Gerichte unbekannte Steigerer sich über die Vermögensverhältnisse auszuweisen haben.

Verfügt den 28. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Namlo.

Bekanntmachung.

2363. (2a) Behufs der Befriedigung eines Hypothekgläubigers wird das an der Wasserstraße dahier gelegene Haus Nr. 5, mit ebener Erde zwei Stockwerke hoch, mit Dachkammern versehen und mit Ziegeln gedeckt, nebst Gärtchen und Hofraum mit Holzhütten und Communbrunnen, gerichtlich gewerthet auf 3050 fl., mit 1100 fl. der Brandassecuranz einverleibt und mit 3427 fl. Hypotheken belastet, zum ersten Male der öffentlichen Versteigerung nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 — 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 unterstellt.

Tagsfahrt hiezu ist auf

Montag den 29. Mai l. Js. Vormittags von 10 — 12 Uhr

im Bureau des k. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Bar. v. Schleich Zimmer Nr. 36 anberaumt, wozu Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß dem Gerichte Unbekannte sich über Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben.

Am 31. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director:
Barth.

Tautphoeus.

Ankündigung

der diesjährigen Aufnahme in das königlich bayerische Cadettencorps.

Gesuche um Aufnahme in das k. b. Cadettencorps müssen bis zum 30. Juni l. Js. bei dem k. Kriegsministerium vorgelegt seyn.

Gesuche, welche in diesem festgesetzten Termine nicht einlaufen, oder deren Belege unvollständig, und wobei die amtlichen Zeugnisse über Familien- und Vermögens-Verhältnisse unbestimmt und nicht nach den allerhöchsten Vorschriften ausgestellt sind, finden keine Berücksichtigung.

Der Aufzunehmende muß mit dem 8. October l. Js. das 10. Lebensjahr zurückgelegt, und darf das 13. noch nicht angetreten haben.

Die seinem künftigen Berufe angemessene körperliche Tüchtigkeit, insbesondere die Schärfe des Gehörs und Gesichts, dann die Vorkenntnisse in der Religion, in der deutschen, lateinischen und französischen Sprache und in der Arithmetik, welche zum Eintritte in die nach seinem Alter bestimmte erste oder zweite Lehrclasse erforderlich sind, müssen den hierüber bestehenden allerhöchsten Vorschriften entsprechen.

Nähere Aufschlüsse über die Aufnahms-Bedingungen ertheilt auf Verlangen

München den 4. April 1848.

Das
Königlich Bayerische Cadetten-Corps-Commando.
Frhr. v. Griessenbeck,
Generalmajor.

2364.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 88.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 6 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Donnerstag — XLIX. Jahrgang. — 6. April 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 2. April. Der Ausschuß bis zum Zusammentritt der constituirenden Versammlung ward angenommen mit 368 Stimmen gegen 148. Hauptheld des Tages wurde Heinrich v. Gagern, der neue Minister in Darmstadt. Mit schöpferischer Idee, mit imponirender, das Edle verkündigender Persönlichkeit trat er auf für einen neuen Bund, und siegte unter allgemeinem Jubel. Dieser Gedanke des neuen Bundes ist gewiß der Gedanke Deutschlands, und daß diese Umschaffung ausgesprochen und gewonnen werden, dieß ist der organische Fortschritt Deutschlands. Der Bundestag ist eine Leiche, er war eine unglückliche Vertretung dynastischer Interessen, der Bund aber entsteht nun, welcher die deutschen Völker zur Einheit verbindet. Dieß war der Sinn seiner Rede. Dieser entstehende Bund wird zum Ausschuß treten, und wird das Vollziehungsorgan werden für alles, was in den einzelnen Ländern geschehen muß bis zum Zusammentritt der constituirenden Versammlung. Der Bund besteht jetzt aus Gesandten neuen Blutes und aus beigegebenen Vertrauensmännern; der Ausschuß besteht aus einer Quintessenz von Männern, welche im wesentlichen doch aus der Wahl des Volkes hervorgegangen sind — beide zusammen bilden also eine ganz entsprechende Herrschbehörde für eine außerordentliche Periode, welche doch interimistisch geleitet seyn will. Wie außerordentlich viel ist also gewonnen durch diesen einen Beschluß! Es ist ein vorläufiger Mittelpunct errichtet, es ist eine Regierung für das ganze Vaterland vorhanden. (A. Z.)

Frankfurt, 2. April. (Nachtrag.) Dem Beschluß der Versammlung zuvorkommend,*) hat Hr. v. Pechlin bereits heute früh seine Abdankung eingereicht. Er war Gesandter von Dänemark und Bundestags-Gesandter für Holstein-Lauenburg.**)

Frankfurt, 3. April. (Morgens.) In der eben eröffneten Sitzung zeigte der Präsident an: daß die Bundesversammlung in ihrer gestrigen Sitzung in Folge der Versammlung gefaßten Beschlüsse die Ausnahmsgesetze als in sämmtlichen Bundesstaaten aufgehoben, und bereits völlig beseitigt erklärt habe. Ferner habe der Präsidialgesandte Graf Colloredo ihm (Mittermaier) erklärt, daß alle diejenigen Gesandten, welche fühlen, daß der gestrige Beschluß der Versammlung auf sie bezogen werden könnte, ihre Entlassung bereits eingereicht haben oder unverzüglich einreichen werden. Endlich sey von sämmtlichen Bundestags-Gesandten ihren Regierungen dringend empfohlen werden, daß die Bundesversammlung auf eine das allgemeine Vertrauen erweckende Weise unverzüglich gebildet werde. (Allgemeiner Beifall.) v. Itzstein hofft, daß alle jene, welche zu dem alten Unfug mitgewirkt, austreten werden. Da übrigens durch die eben vernommenen Mittheilungen jeder Grund zu dem Austritt eines Theils der Versammlung weggefallen sey, so möge man sie zur Rückkehr einladen, und falls sie zurückkehren, die Eröffnung der Wahlzettel bis Nachmittag verschieben. Wesendonk ergänzte den Antrag dahin, daß in diesem Fall das ganze Wahlgeschäft annullirt und neu vorgenommen werde. Itzstein's Antrag wird mit dessen Zusatz angenommen, daß jeder bis Nachmittag 1 Uhr seinen Wahlzettel zurücknehmen könne, um Aenderungen vorzunehmen (Minoritätsmitglieder zu wählen). Itzstein entfernt sich, um die Minorität zur Rückkehr einzuladen. (A. Z.)

Frankfurt, 3. April (Abends). Die Ausgeschiedenen kehrten zurück. Die Ausschußwahlen wurden vorgenommen, ihr Resultat sollte am folgenden Tage verkündet werden. Unter einer Reihe von Beschlüssen, welche noch gefaßt wurden, war der wichtigste: daß einzig und allein die constituirende Nationalversammlung die künftige Verfassung Deutschlands festzustellen habe. Dem Ausschusse sechs Oesterreicher beizugeben, ward auf Frhrn. v. Closen's Antrag genehmigt. Eine Abschiedsrede des edlen Mittermaier schloß die Versammlung, die in gehobener Stimmung, begrüßt von endlosem Lebehoch, sich trennte. Auch die junge Vorhut der republikanischen Fraction, die Turner, schlossen sich dem Lebehoch und dem Spalier der Bürgergarde an, das draußen aufgestellt war. (A. Z.)

Frankfurt, 3. April. Abends 6 Uhr. In der heutigen Nachmittagssitzung ward unter Anderm beschlossen, den aus Frankreich heimkehrenden Polen freien Durchmarsch und auf diesem gastliche Aufnahme und die etwa nöthige Unterstützung zu gewähren; daß die Verhandlungen zwischen dem permanenten Ausschuß und dem Bundestage durch die Presse zu veröffentlichen seyen. Die Veröffentlichung der Wahl der Mitglieder des permanenten Ausschusses wird wegen der schwierigen Zählung (von mehr als 26,000 Namensaufzeichnungen) erst morgen Vormittag erfolgen. Die letzte Sitzung des Vorparlaments ward um 4½ Uhr aufgehoben.

(E. v. u. f. D.)

*) Die Versammlung erhob nämlich zu ihrem Beschluß: „Indem (die Republicaner wollten das ursprüngliche „Bevor“) die Bundesversammlung die Angelegenheit der Begründung einer constituirenden Versammlung in die Hand nimmt, muß sich dieselbe von den verfassungswidrigen Ausnahmsbeschlüssen lossagen und die Männer aus ihrem Schoos entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben die Hand geboten haben.“ Unterzeichnet war der ursprüngliche Antrag mit dem „Bevor“ von Rob. Blum, Dr. Itz, G. Strecker, Dr. Jacobi, v. Lehr, Vogt, Adv. Dupré, v. Itzstein, Dr. Weisler jun., Dr. Leisler sen. Das Amendement „Indem“ ging von Bassermann aus, ihm stimmten Itzstein und Blum bei. Auf Annahme der ursprünglichen Fassung drang die republicanische Partei (30—40), an deren Spitze Hecker, Struve, Winter, Titus, Itz, Kapp, Schlöffel, Pelz, Strecker, die dann ohne Mißstimmung die Versammlung verließ.

**) Er wirkte am Bundestage bekanntlich fortwährend im Interesse der dänischen usurpatorischen Ansprüche, also gegen die Herzogthümer, deren Landeskind er ist, und die sein Eid ihm zu vertreten gebot. (A. Z.)

Bayern.

Landtag.

An die sehr verehrlichen Mitglieder der Kammer der Abgeordneten, dermal zu Frankfurt a. M. Die Kammer der Abgeordneten hat in der heutigen Sitzung vom 4. April das unterzeichnete Directorium beauftragt, die verehrlichen Mitglieder, welche dermal bei der Nationalversammlung in Frankfurt anwesend sind, unverweilt vor Abgang der Post in Kenntniß zu setzen, daß die Kammer durch einstimmigen Beschluß sich dahin ausgesprochen hat, daß sie zur Erzielung der Einheit Deutschlands und eines deutschen Parlamentes auf den Grundlagen des reinen Principes der constitutionellen Monarchie sich forthin zu bewegen, und nur in diesem Sinne und Geiste der Entwicklung des staatlichen Lebens die von der Zeit geforderte Vervollkommnung zu verschaffen gewillt sey, mit Beifügung des Wunsches, daß die in Frankfurt anwesenden verehrlichen Mitglieder dieses Princip als Grundlage ihrer Wirksamkeit aufnehmen, festhalten, und in dessen Förderung und Vervollkommnung ausharren mögen. Hochachtungsvollst Dr. Müller, II. Präsident; Stockinger, I. Secretär. München, 4. April 1848.

München, 4. April. (Kammer der Abgeordneten.) Bei der heute stattgefundenen Wahl zur Vermehrung der Mitglieder der Ausschüsse wurden in den I. Ausschuß, 99 Stimmende (Majorität 50) gewählt: die Herren Abgeordneten 1) Prof. Dr. Zenger mit 98 2) Prof. Dr. Engelhard mit 80 Stimmen. In den II. Ausschuß, 98 Stimmende, (Majorität 50) die Herren Abgeordneten 1) Regierungsdirector Schwindl mit 71. 2) Frhr. v. Schätzler mit 62 Stimmen. In den III. Ausschuß, I. Scrutinium: 94 Stimmende, (Majorität 48) die Herren Abgeordneten: 1) Rath, mit 73, 2) W. Eser mit 50 Stimmen; im II. Scrutinium (dieselbe Zahl) 3. Zeyer, mit 72 Stimmen.

München, 4. März. Dem Einlauf der Kammer der Abgeordneten vom 27. bis 31. März bestehend aus blos 120 Nummern, entheben wir folgendes: Vorstellung der Schullehrer der Stadt Passau, St. Nicola und Eggendobel bei Passau: eine Gehaltsscala nach Dienstesjahren betr. Angeeignet vom Abg. Spieß. — Vorstellung der Gemeinde Hasselberg: um Abschaffung aller Feudallasten und indirecter standesherrlicher Abgaben. — Vorstellung der Schullehrer des Districts Uffenheim: um Hebung der Volksschulen durch eine würdigere Stellung des Lehrerstandes im Staate. — Beschwerde des Pfarrers Vogele zu Rumbach: gegen die obersten protestantischen Kirchenstellen des Reiches. — Vorstellung von 888 Grundeigenthümern des landwirthschaftlichen Districts Deggendorf: Schulbildung, Fixation und Ablösung der Grundlasten, Cultur mit Forstpolizei-Gesetz betr. Angeeignet von dem Abg. Nabl. — Vorstellung der Lehrer in den Landgerichtsbezirken Ebern und Baunach: Volksschulen und ihre Lehrer betr. Angeeignet vom Abg. Kirchgeßner. — Antrag von 325 Oekonomiebesitzern in den Landgerichten Ebersberg, Wolfratshausen rc. rc. in Oberbayern: Entfesslung des Grundeigenthums von den Feudallasten betr. Angeeignet vom Abg. Rey. — Antrag von 264 Oekonomiebesitzern der Landgerichte Passau II., Griesbach rc. rc.: Entfesslung des Grundeigenthums von den Feudallasten betreffend. Angeeignet vom Abg. Rey. — Eingabe des Magistrats Nürnbergs: die Berücksichtigung der gewerbtreibenden Classe bei dem zu erlassenden Wahlgesetze betreffend. — Bitte der Gemeinde Wiebelbach, Herrschaftsgerichts Kreuzwertheim: Abschaffung aller Feudallasten und der indirecten standesherrlichen Abgaben betreffend. Angeeignet vom Abg. Kirchgeßner. — Antrag der Abgeordneten Bestelmeyer und Städtler: die Beschäftigung der arbeitenden Classe betreffend. — Antrag des Abg. Kirchgeßner: die Volksbewaffnung betreffend. — Vorstellung und Bitte von 331 Grundbesitzern des Landgerichts Straubing, Fixation und Ablösung der Grundlasten betreffend. Angeeignet vom Abg. Nabl.

München, 6. April. Wir lassen hiemit die gestern kurz erwähnten der Kammer vorgelegten Gesetzentwürfe folgen. I. Entwurf eines Gesetzes die Amnestirung betreffend. Se. Maj. der König haben nach Vernehmung Allerhöchst Ihres Staatsrathes und mit Beirath und Zustimmung Allerhöchst Ihrer lieben und Getreuen der Stände des Reiches unter Beobach-

tung der im §. 7. Tit. X. der Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Formen beschlossen und verordnen: Art. I. Wegen aller vor dem 21. März dieses Jahres verübten Verbrechen oder Vergehen, welche unter die Bestimmungen der Artikel 300, 302, 305, 306, 308—317, 319 — 322, 324—336, 404—424, Theil I. des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813, dann der Artikel 75—105, 201—233, 237—258, 260—264 und 291—294 des pfälzischen Strafgesetzbuches fallen, soll keine gerichtliche Verfolgung stattfinden, und alle deßhalb bereits eingeleiteten Untersuchungen werden hiermit niedergeschlagen. Art. II. Gemeine Verbrechen und Vergehen, welche bei Gelegenheit oder in Verbindung mit den im Art. I. bezeichneten politischen Verbrechen oder Vergehen verübt wurden, bleiben der richterlichen Untersuchung und Bestrafung unterworfen. Art. III. Alle, welche wegen der im Art. I. bezeichneten Verbrechen oder Vergehen verurtheilt oder von der Instanz entlassen wurden, werden in die in Folge dessen verlornen politischen Rechte wieder eingesetzt. Art. IV. Unsere Staatsministerien der Justiz und des Krieges sind mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt. Gegeben München.... Für den Entwurf Heintz.

II. Gesetzentwurf die Zahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung aus der Pfalz betreffend. Art. I. Die Pfalz erhält als Ersatz für den Entgang der Abgeordneten aus der Classe der adelichen Gutsbesitzer mit Gerichtsbarkeit weiters drei Abgeordnete, einen aus der Classe der Städte und Märkte, und zwei aus der Classe der Landeigenthümer, welche der Gesammtzahl der Abgeordneten des ganzen Königreichs gesondert zugerechnet werden. Art. II. Vorstehende Bestimmung soll bis zur Revision des Wahlgesetzes als Bestandtheil der Verfassungs-Urkunde, insbesondere als Zusatz zum Tit. VI. §. 9. mit der Reihenfolge lit. 1. angesehen werden. Dieselbe tritt mit dem Tage der Verkündung, und zwar schon für die gegenwärtige Ständeversammlung in Wirksamkeit, und kann nur in der durch den Tit. X. §. 7 der Verfassungs-Urkunde vorgeschriebenen Form abgeändert werden. Art. III. Der Staatsminister des Innern ist mit dem Vollzuge des gegenwärtigen in das Gesetzblatt, und in in das Amtsblatt der Pfalz einzurückenden Gesetzes beauftragt. Gegeben München, den .... Für den Entwurf: v. Thon-Dittmer.

III. Entwurf eines Gesetzes, die Behandlung neuer Gesetzbücher betreffend. Art. I. Die verfassungsmäßigen Bestimmungen über die Form der Berathung der den Ständen des Reiches zum Beirath und zur Zustimmung vorgelegten Gesetzentwürfe sollen in Beziehung auf die Entwürfe neuer Gesetzbücher über das bürgerliche und das Strafrecht, über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, und über das Strafverfahren, den Entwurf einer Wechselordnung eines Handels- und eines Polizei-Gesetzbuches in der durch die nächfolgenden Artikel festgesetzten Art abgeändert werden Art. II. Zur Berathung der im Art. I. bezeichneten Gesetz-Entwürfe werden besondere Ausschüsse gewählt, in der Kammer der Reichsräthe von sieben in der Kammer der Abgeordneten von neun Mitgliedern. Außerdem werden von jeder Kammer drei Ersatzmänner für den Fall dauernder Verhinderung der Ausschußmitglieder erwählt. Art. III. Der Vorstand eines jeden solchen Ausschusses wird von den Mitgliedern desselben gewählt. Art. IV. Zur Berathung und Beschlußfassung ist die Anwesenheit von wenigstens fünf Mitgliedern in dem Ausschusse der Kammer der Reichsräthe, und von sieben Mitgliedern in dem Ausschusse der Kammer der Abgeordneten erforderlich. Art. V. Beide Ausschüsse vereinigen sich zur gemeinschaftlichen Berathung unter dem Vorsitze des ältesten ihrer Vorstände. Die Abstimmung geschieht in jedem Ausschusse gesondert. Art. VI. Auch andern Mitgliedern der Ständeversammlung steht es frei, den Sitzungen der Ausschüsse beizuwohnen. Jedoch haben nur die gewählten Ausschußmitglieder eine entscheidende Stimme. Art. VII. Alle Mitglieder der Ständeversammlung sind befugt, den Ausschüssen Anträge auf Verwerfung einzelner Artikel des Gesetzentwurfes, oder auf Abänderungen und Zusätze zu übergeben. In beiden letzteren Fällen ist mit dem Antrage zugleich die entsprechende neue Fassung des Artikels in Vorschlag zu bringen. Art. VIII. Diese Anträge sollen in der Berathung der Ausschüsse bei den betreffenden Artikeln in Erwägung gezogen werden. Art. IX. Die Kammern werden von dem Gegenstande der jeweiligen Berathung der Ausschüsse vorher in Kenntniß gesetzt. Hiedurch sind die Mitglieder, welche Anträge eingereicht haben, aufgefordert, der Sitzung der Ausschüsse beizuwohnen, um dieselben näher zu begründen. Art. X. In jeder Kammer wird über diejenigen Puncte, hinsichtlich welcher eine Vereinbarung der beiden Ausschüsse und der Regierung vorliegt, ohne besondere Berathung abgestimmt. Diejenigen Puncte, worüber eine Vereinbarung der beiden Ausschüsse nicht erzielt, oder den übereinstimmenden Beschlüssen der Ausschüsse die Zustimmung der Regierung versagt wurde, werden zur besonderen Berathung und Abstimmung der Kammern gebracht. Art. XI. Der König kann vor Schließung oder Vertagung der Ständeversammlung verfügen, daß die Ausschüsse auch nach der Schließung oder Vertagung versammelt und in Thätigkeit bleiben sollen, um hinsichtlich der vorgelegten Entwürfe die im gegenwärtigen Gesetze angeordneten Arbeiten zu beginnen oder fortzusetzen. Art. XII. Die Ausschüsse können auch nach der Schließung oder Vertagung der Ständeversammlung vom König einberufen und es können denselben unmittelbar Gesetzentwürfe zur Berathung übergeben werden. Für einen solchen Fall wird der König vor der Schließung oder Vertagung der Ständeversammlung die Wahl der Ausschüsse für die bezeichneten Gegenstände der Gesetzgebung nach der Bestimmung des Artikel II. anordnen. Art. XIII. Wenn die Ausschüsse in Abwesenheit der Kammern in Thätigkeit gesetzt waren, so sind alle Mitglieder derselben nach dem Zusammentritt der Ständeversammlung befugt, das ihnen nach Art. VII. zustehende Recht, jedoch in einer durch Beschluß der Kammern festzusetzenden präclusiven Frist auszuüben. Art. XIV. Die gesetzliche Wirksamkeit der in Gemäßheit der Art. XI. und XII. versammelten Ausschüsse hat sich lediglich auf die Prüfung und Begutachtung der vorgelegten Entwürfe zu beschränken, und jede andere Verhandlung ist ohne Giltigkeit und Erfolg. Ihre Wirksamkeit erlischt, wenn der König die Sitzungen derselben aufhebt, oder mit Vorbehalt der Wiedereinberufung der Mitglieder einstweilen einstellt. Art. XV. Bei der Wiedereröffnung der Ständeversammlung bilden die nämlichen Reichsräthe und Abgeordneten, welche an den Vorarbeiten Theil genommen, und nicht indessen aufgehört haben, Mitglieder ihrer Kammern zu seyn, fortwährend die besondern Ausschüsse für die im Art. I. bezeichneten Gegenstände der Gesetzgebung, während der im Tit. VI. §. 13. der Verfassungsurkunde bestimmten Dauer der zweiten Kammer der Ständeversammlung und nur die allenfallsigen Abgänge werden durch Wahl ersetzt. Art. XVI. Die allgemeinen Bestimmungen über die ständische Geschäftsbehandlung sind auch auf die Verhandlungen anzuwenden, welche in Folge des gegenwärtigen Gesetzes stattfinden, soweit sie durch die Bestimmungen dieses letzteren nicht abgeändert sind. Art. XVII. Der Staatsminister der Justiz und der Staatsminister des Innern sind mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt. Für den Entwurf von Beisler, Staatsrath.

;† München, 5. April. Auf die zu Kirchheimbolanden erledigte Friedensrichterstelle wurde der Friedensrichter Dapiel Metzner zu Winnweiler, seinem Gesuche entsprechend, versetzt, und die Friedensrichtersstelle zu Winnweiler dem Bezirksgerichtsassessor Karl Fitz in Kaiserslautern verliehen; der Forstmeister von Pressath in Eschenbach, Friedr. Filchner, nach §. 19 der IX. Verfassungs-Beilage in zeitlichen Ruhestand versetzt, der Forstamtsactuar in Tirschenreuth, Ferd. Fink, zum Revierförster des Reviers Wondreb, Forstamt Waldsassen, provisorisch ernannt.

C München, 6. April. Auf ausgesprochenen Wunsch Sr. Maj. des Königs Max II., nach Schleswig-Holstein auch bayerische Officiere eilen zu sehen, haben sich sofort sieben bayerische Officiere dahin gewendet; Major von der Thann, Artillerieoberlieutenant Aldosser und Graf Bodmer, Chevaurlegersoberlieutenant Gumppenberg und die Infanterieofficiere Waldmann und Corneli, welche auch, wie man vernimmt, heute die Reise dahin antreten.

München, 6. April. Aus dem Armeebefehl. (Fortsetzung.) Befördert wurden: zu Generalmajoren und Brigadiers der Infanterie: die Obersten Jos. v. Grebmer des Inf.-Reg. Seckendorff bei der 3., Anton Ritter v. Pröhl des Inf.-Reg. Erbgroßherzog von Hessen bei der 3., Adalbert Zottmann des Inf.-Reg. Prinz Carl bei der 2., und Carl Graf v. Berri della Bosta bei der 1. Armee-Division; zu Generalmajoren und Brigadiers der Cavalerie: die Obersten Joseph Freiherr v. Weinbach des Chev.-Reg. Herzog v. Leuchtenberg bei der 4., und Ferdin. v. Parseval des Cür.-Reg. Prinz Carl bei der 1. Armee-Division; zum Generalmajor und Brigadier der Artillerie: der Oberst Carl Weishaupt, Vorstand der Zeughaus-Haupt-Direction beim Artillerie-Corps. Charakterisirt werden: als Generallieutenants: die Generalmajore Carl Frhr. v. Heideck genannt Heidegger im Generalquartiermeisterstab, Peter Ritter von Becker, Ingenieurcorps-Commandant und Festungsbau-Director in Ingolstadt, Joseph Dichtl, Vicepräsident des General-Auditoriats, Maximilian, Herzog in Bayern, Königliche Hoheit, Inhaber des Chev.-Reg. Nr. 3, und Franz Graf v. Paumgarten, Generaladjutant.

(Fortsetzung folgt.)

München, 3. April. An die Stelle des seitherigen französischen Gesandten Hrn. v. Bourgoing, welcher von der provisorischen Regierung seine Entlassung erhalten, ist der Sohn des ehemaligen französischen Finanzministers Hr. Humann zur Uebernahme der Geschäfte der französischen Gesandschaft ernannt worden und vorgestern hier eingetroffen. — Nicht Oberstlieutenant Delpy v. La Roche, sondern der bisherige Hofcavalier Sr. königl. Hoh. des Prinzen Adalbert, Major Friedrich Du Jarrys Frhr. v. La Roche ist zum Hofmarschall Sr. Maj. des Königs Ludwig ernannt worden. — Der seitherige Präsident des Oberconsistoriums, v. Roth, ist dieser Stelle enthoben und für dieselbe der Oberappellationsgerichts-Rath Arnold ernannt worden. — Am 1. d. M. starb der Geheimrath Friedrich Emanuel v. Niethammer, 84 Jahre alt. — Die Inscribirten des Landwehr-Freicorps sind in Compagnien von 80 Mann getheilt, die 5. Compagnie, 60 Mann stark, bilden die Bedienstecen der königl. Post und Eisenbahn. (B. Bl.)

(Landwehr Freicorps.) In der Generalversammlung vom 3. April wurde ein provisorischer Ausschuß von 9 Mitgliedern zur Führung der Geschäfte gewählt. Die Wahl fiel auf die Herren: Kaufmann Kosipal, Rector Beilhak, Rechtspractikant Herrmann, Advocat Dr. Ruhwandl, Dr. Förster, Prof. Müller, Juwelier Scheuer, Kunsthändler Wimmer und Fabrikant Häule, und an die Stelle der Herren Ruhwandl und Scheuer, welche die Wahl abgelehnt, auf die Herren Privatiers Strauß und Baron v. Griesenbeck. Das ganze Landwehr-Freicorps versammelt sich heute, den 5. April, Abends 6 Uhr, vollständig im Hof der Türkenstraße-Caserne zur Einreihung in die verschiedenen Compagnien und zu den Uebungen. Andere Uebungsplätze werden sodann bekannt gemacht werden. Fernere Einschreibungen zu dem Landwehr-Freicorps finden statt bei dem provisorischen Quartiermeister Hrn. Kunsthändler Wimmer, Kaufingerstraße Nr. 17. München, 5. April. Der provisorische Ausschuß.

C München, 5. April. Kann eine neuerdings königlich zugesagte „volle Preßfreiheit“ eine volle genannt werden, wenn Druckschriften in der freien Verbreitung beschränkt und wieder nur hinter polizeilich beaufsichtigten Ladenthüren zu suchen seyn sollten?!? Selbst unter Abels strenger Censur, je vielberufener Druckzeit wurden Flugblätter verschiedener Farbe — für außergewöhnliche und gewöhnliche Fälle, für geistliche und weltliche Versammlungen, Stimmungen oder Bestimmungen wie auch beabsichtiget — zu je treffenden Tagen und Stunden sogar an allen Ecken, Straßen und Plätzen von männlichen und weiblichen Individuen offen herumgetragen und feil geboten. Nun volle Preßfreiheit — soll man gewiß nur drucken, aber, wie selbst bisher von gewisser Seite offen geschehen, nicht mehr verbreiten dürfen? Schreiber dieses besitzt selbst eine namhafte Sammlung solcher Flugblätter sehr verschiedener Arten, Alle in Gottes freier Luft, in den Straßen und Häusern, wie auf Plätzen käuflich erworben, theils vom Salvatorbier, vom Bockkeller, von der Octoberfestwiese heimgebracht, so auch über sonstig freudige und leidige Volksbegebenheiten und Bewegungen, Unterstein-, Eppensteinische, deßgleichen Trier'sche und Cölnische, wie letzte hiesige Februar- und März-Ereignisse betreffend, in schriftlich und bildlichen Darstellungen! Alle nicht hinter der überwachten Ladenthüre gekauft, noch dort gesucht, ohne daß man während mehrerer Zwischenjahre von einem Verbote solch fortgeübter freien Verbreitung gehört oder gelesen. Diese alte, alljährlich mehrmals zurückgekehrte schnelle Verbreitungsart soll nun ein neuer Unfug genannt und beschränkt werden! Ei! Dieß wird doch nicht der Anfang vom

Digitized by Google

neuen erst beabsichtigten Gesetze für die „volle Freiheit der Presse“ seyn sollen? Das wäre ja ein gräulicher Vorbote für die übrigen sieben hoffnungsvollen Puncte!*) — Da möchte am Ende auch wieder das alte Sprichwort passen: „es kommt selten was Besseres nach!“ — Einschlafen wollen wir ob dieser untergeordneten Verordnung nun doch nicht, wir wollen wachen! Wachen, um die nächst ersten freien Flugblätter, gleich recht freudig, als Zeichen bewährter Zusage „freier Presse“ begrüßen zu können und uns damit freuen, bei dermalig allgemeinem Interesse für Bayerns — für Deutschlands Geschicke wieder freie, nicht überwachte, d. h. nicht nur geduldete, nach Ansicht oder Absicht umgemodelte, sondern offene Tagesberichte, manchmal wohl mehr oder minder trefflich oder treffend, zu erhalten, ohne uns, vielleicht gerade das Wichtigste und Wissenswertheste hinter der Ladenthüre entzogen zu wissen oder, einmal mißtrauisch gemacht, dieß zu glauben. Wir wollen erwarten, daß das Geheimnißvolle nur versuchte sich wieder einzuschmuggeln. Ja wir erwarten mit Bestimmtheit, daß von den zur Berathung dieser zugesagten Befreiungen berufenen anwesenden Ständen des Reiches treulich „jeder Rückschritt“ zurückgewiesen werde. Wünschen aber auch, daß mit diesem ersten Beschränkungsversuche nicht auch die kurz erst eingetretene höflichere Begegnung von amtlicher Seite gegen die Einwohnerschaft wieder einen Rückschritt mache, sondern endlich einmal bei Ausfertigungen das Prädicat „Herr“ oder „Frau“ eingeführt, und bei Vorladungen nicht der Bürger wie jeder Vagabund mittelst offenem Zettel, mit „der oder die rc. hat zu erscheinen“ länger noch tractirt werde. Hoffe man vor Allem nicht, in irgend einer Beschränkungsbeziehung gegen öffentliche Rügen gesichert zu seyn. Jeder ehrliche Mann wacht nach seinen Kräften für Recht, Ordnung und Gesetzlichkeit! Vertrauen erweckt Vertrauen, Mißtrauen nur wieder Mißtrauen; will man durch Beschränkungen etwa Mißliebiges, auch Unbilliges unterdrücken, so vergesse man nicht, daß damit auch das Gute, das Wünschenswertheste, Willkommenste leicht unterdrückt wird.

Augsburg, 5. April. Gestern sahen auch wir die deutsche Reichsfahne feierlich aufgepflanzt an unserm herrlichen Rathhause, von welchem dieses Panier der Einigkeit seit 42 Jahren verschwunden war. (A. Z.)

Württemberg.

Ulm, 4. April. Heute erfolgt der Ausmarsch zweier Bataillone und des dritten Reiterregiments. Dieselben bilden einen Theil des den Schwarzwald besetzenden württembergischen Armeecorps, zu welchem Behufe schon am 2. d. M. ein Infanterieregiment von Stuttgart und ein Reiterregiment von Ludwigsburg mit einer reitenden Batterie ausrücken. Die übrigen in letzteren Städten liegenden Regimenter sowie eine entsprechende Anzahl Artillerie wird wohl heute auch dem Schwarzwald — Gegend von Rottweil, Tuttlingen, Stockach — zu marschiren. Auch Se. königl. Hoheit der Kronprinz marschirt mit uns. (A. Z.)

Baden.

Die „Oberrheinische Zeitung“ schreibt aus Freiburg vom 31. März: Aus glaubhafter Quelle vernehmen wir, daß der Herr Erzbischof Hermann beabsichtige, das oberste Kirchenamt niederzulegen. Der gewaltige Umschwung der Zeit, der neu erwachte Kampf gegen alle veralteten Zustände von Seite des nach langjähriger Unterjochung zum Bewußtseyn und zur Erkenntniß seiner Rechte und seiner Würde gereiften deutschen Volkes, der nun auch gegen das Kirchenthum sich richtet, steht zu sehr im Widerspruche mit dem Standpuncte des Herrn v. Vicari, als daß er sich in die überraschenden Ereignisse zu finden und den Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen vermöchte.

Preußen.

Der König befindet sich in Potsdam, und empfängt dort täglich das Staatsministerium. Einen günstigen Eindruck hat es gemacht, daß sich das letztere sofort aus eigener Bewegung für constitutionell-verantwortlich erklärte. Hand in Hand damit geht die Zusicherung des Königs augenblicklich niemanden von politischer Bedeutung oder in politischen Angelegenheiten ohne Zustimmung des Ministeriums zu sprechen. Hr. v. Radowitz, der hier anlangte, hat, ohne den König gesehen zu haben, auf

*) Zu diesen Klagestimmen auch einen Freudenton. Wie man sicher vernimmt, ist alle Postdebitsverwilligung und Entziehung für Zeitungen in Bayern aufgehoben.
A. d. H.

seine Güter reisen müssen. Eine Deputation der deutschen Bewohner der Provinz Posen ist hier, welche bittere Klage über das Verhalten der polnischen Bewohner führt, den Zustand als völlig anarchisch darstellt und dringend das Einschreiten der Regierung in Anspruch nimmt. (A. Z.)

Berlin, 1. April. Unsere Deputirten sind jetzt fast vollzählig eingetroffen und morgen findet die Eröffnung des Vereinigten Landtags statt durch den Ministerpräsidenten Camphausen.

Berlin, 2. April. Heute um 12 Uhr fand durch den königl. Landtags-Commissarius, Vorsitzenden des Staatsministeriums Camphausen die Eröffnung des zweiten Landtags im weißen Saal des königl. Schloßes statt Es erfolgte sofort die Vorlegung des Entwurfs eines Wahlgesetzes für die alsbald neu zu bildende ächt constitutionelle Landesvertretung und ferner wegen der dringenden Zeitumstände die Vorlage des Entwurfs einer Verordnung über einige Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung. 1) Erweiterung der Preßfreiheit. 2) Aufhebung aller besondern Gerichtsstände. Für die Rheinprovinz bei politischen und Preßvergehen Zuständigkeit der Geschwornengerichte. 3) Unbedingte Unabhängigkeit des Richterstandes und Aufhebung aller dagegen lautenden Gesetze. 4) Freie Volksversammlung ohne polizeiliche Erlaubniß. 5) Volles Staatsbürgerrecht für alle religiösen Bekenntnisse. 6) Den künftigen Volksvertretern steht die Zustimmung zu allen Gesetzen, sowie zur Festsetzung des Staatshaushalts-Etat- und des Steuerbewilligungsrecht zu. (Nach der Allg. preuß. Zeitung. Morgen Näheres.)

Berlin. Dem „Nürnberger Correspondenten“ wird von hier vom 1. d. geschrieben, daß am 31. März aus London die kategorische Erklärung Lord Palmerstons eingetroffen sey: England werde, falls preußische Truppen dänisches Gebiet betreten sollten, es als eine Kriegserklärung ansehen, und sofort alle Mittel anwenden einer derartigen Einmischung Preußens in die „innern Angelegenheiten eines andern Staats“ mit gleichen Waffen zu begegnen. In der Ostsee sollen ungewöhnlich zahlreiche russische Kriegsdampfschiffe kreuzen.

Schleswig-Holstein.

Rendsburg, 29. März. Das Freischaarenwesen ist vollständig organisirt; der Advocat Sammer, Civiladjutant des Oberbefehlshabers Prinzen Fridrich v. Schleswig-Holstein-Augustenburg ist zum Bureauchef für dasselbe ernannt worden. Drei Corps rücken schon ins Feld, die von dem Capitän Michelsen, dem Kammerherrn Amtsverwalter v. Krogh aus Hadersleben und dem Hegereiter Bracklow aus Hütten geführt werden. Der Landsturm ist bis nach Apenrade hin völlig organisirt. Bei Düttebüll an der Ostküste, wie bei Eckernförde werden Seebatterien unter Leitung von hannoverischen Officieren errichtet. Die Dänen haben außer den Dampfkriegsschiffen Hecla, Geiser und Aegir zwei Fregatten ausgerüstet. Eine der letzteren sitzt seit gestern in der Nähe von Düttebüll fest, und die andere war bei Eckernförde in Sicht. Auf Alsen stehen die dänisch-gesinnten Bauern, welche die Mehrzahl bilden, auf und rüsten sich gegen das Eigenthum des Herzogs von Augustenburg. Ein Truppencorps ist dahin abgegangen. (K. Z.)

Von der Eider, 31. März. Man hört hier eben (2 Stunden von Kiel) aus der Gegend von Schleswig oder Eckernförde starkes Kleingewehrfeuer mit Kanonenschüssen untermischt. (Br. Z.)

Hannover.

Hannover, 23. März. Zum Präsidenten für die zweite Kammer wurde Lang senior designirt, in erster Kammer Oberstlieutenant Röffing. Das Ministerium hat die Erklärung abgegeben, daß es auf die Aufhebung des §. 180 der Verfassung antragen werde, wonach Stimmeneinheit zu jeder Verfassungsänderung gehört. Fällt dieser §. weg, so läßt sich jede andere Aenderung mit einfacher Stimmenmehrheit bewirken. Das Ministerium hat daher diesen seinen Antrag zur Cabinetsfrage gemacht: Die zweite Kammer will auf die Entfernung der Minister Braun und v. Düring halten, weil beiden das Vertrauen des Landes fehle. Neben der Ständeversammlung tagt eine Volksversammlung Condeputirter aus vielen Landestheilen; sie hat beschlossen, nicht eher sich aufzulösen, bis ihre Absichten erreicht oder ihre Erreichung nicht mehr zu hoffen sey. In letzterm Falle wollen dann die Bewohner jener Provinzen in Masse hier einrücken. (A. Z.)

Freie Städte.

Bremen, 30. März. Hier hat sich gegen die Gefahr der rohen Massen, welche die junge Freiheit mißverstehen, ein Sicherheitsausschuß gebildet. — Auf Senatsverordnung haben die Truppen und Bürgerwehr die deutschen Farben als Feldzeichen neben der bremischen (ja nicht die Philister-Städtlein-Farben zu vergessen) angelegt.

Oesterreich.

Wien, 31. März. Aus der neuesten Wiener Zeitung erfährt man nun officiell, daß das österreichische Anlehen von 1847 aufgelöst ist, d. h. daß die Bankiers die weitern Einzahlungen aufgesagt haben. — Die heute aus Innsbruck eingetroffene Post meldet die am vorgestrigen Tage erfolgte Ankunft des Erzherzogs Vicekönigs Rainer aus Verona daselbst. — So eben vernehme ich, daß eine Deputation von Mailand sich bei dem Minister des Innern hat melden lassen. (Schw. Mkr.)

Wien, 1. April. (Nachmittags.) Heute wurde von Seiten der Staatskanzlei und der Kriegskanzlei die Kriegserklärung gegen Sardinien beschlossen. — 2. April. (Morgens.) Soeben wird auf dem St. Stephansmünster das schwarz-roth-goldene Reichsbanner aufgezogen. Deutschland zugekehrt begrüßt es freudigen Wallens in der Frühlingsmorgensonne das gemeinsame heilige Vaterland — (Nachmittags 2 Uhr.) Soeben hat der Kaiser die Kaiserin zu seiner Seiten, unter unermeßlichem Volksjubel eigenhändig das deutsche Panier auf dem Deutschland zugekehrten Balcon der Hofburg aufgepflanzt.*) Voran ging, vom Männergesangverein angestimmt, Arndts: Was ist der „Deutschen Vaterland“. Die Studentenlegion und ein Theil der Nationalgarde paradirte. — In der gestrigen Staatsconferenz ist der Beschluß gefaßt worden, den General Radetzki zwar gegen die Piemontiesen marschieren zu lassen, doch auf die Wiederbesetzung von Mailand zu verzichten. Er soll seine Armee am Mincio concentriren, und mit der provisorischen Regierung unterhandeln. Willigen die Lombarden ein, einen Theil der Staatsschuld zu übernehmen, die Handelsverbindung mit Oesterreich ohne Zollschranken beizubehalten, und im Fall eines auswärtigen Krieges ein Truppencontingent zu stellen, so wird man sie zu Hause nach Belieben schalten und walten lassen. Eine Versammlung der reichsten Bankiers, Rothschild, Sina, Stametz-Mayer an der Spitze hat gestern dringend der Regierung einen friedlichen Vergleich mit den Lombarden gerathen. Deßgleichen die hier versammelten Fabricanten von Oesterreich und Böhmen, die der Gedanke die Lombardei als Markt zu verlieren in die äußerste Bestürzung versetzt. Baron Kübeck hat sein Amt definitiv niedergelegt. — Die in der Mailänder Zeitung vom 24. März enthaltene Proclamation des Königs Karl Albert, aus Turin vom 23. datirt, hat hier eine ungeheuere Aufregung hervorgebracht. So eben erfahre ich, daß dem hiesigen sardinischen Gesandten Marchese Ricci noch heute seine Päße zugeschickt werden. — Die Chefs und Officiere der Nationalgarde halten heute Generalversammlung in den Sälen des Sperl; es wurde beschlossen, daß alle Nationalgarden die deutschen Farben tragen sollten. (A. Z.)

Prag, 31. März. Die Grundlage des Staatslebens, die Volksgesinnung ist, wenigstens bei uns, bereits eine demokratische geworden, die sich übrigens noch immer mit dem Königthum gut verträgt. (A. Z.)

Schweiz.

Von der nördlichen Schweizergrenze, 2. April. Oberst Lavini ist als außerordentlicher Botschafter nach Mailand abgegangen, und die vorörtliche Regierung hat am 31. März beschlossen, mit der provisorischen Regierung in Mailand in Verkehr zu treten. Der sardinische Gesandte in der Schweiz, Graf Crotti, ist abberufen. Die im Kanton Tessin zur Grenzbewachung aufgestellten Bataillone treten in eidgenössischen Sold und unter eidgenössisches Commando. Die Regierung verlangt von dem Vorort, daß vertragsmäßig das savoyische Gebiet von Chablais und Faucigny von eidgenössischen Truppen besetzt worden. (A. Z.)

Im Kanton Freiburg wächst die Aufregung im Volk. Am 27. v. Mts. ist der große Rath zusammengetreten, um über den Antrag: „Aufhebung aller Klöster“ zu entscheiden.

*) In München, wo so viel, so groß und so schön seit lange gesprochen wird, dürfte dieß vielleicht auch wie manche andern Ankündigungen noch im Laufe dieses Jahres geschehen. A. d. H. d. p. Z.

Digitized by Google

Man glaubt er werde mit Mehrheit angenommen. Zur Aufrechthaltung der Ruhe und Beseitigung allfälliger Demonstrationen ist vorgestern auf Ansuchen der Regierung ein Berner Bataillon in Freiburg eingerückt. Der Bischof Marilley, welchem Genfer Damen die ihm an den Kriegskosten auferlegte Steuer von 7000 Fr. in Liebesgaben eingehändigt haben, verharrt in seiner starren, unbeugsamen Opposition gegen die neue Ordnung. — Im Kanton Luzern kommen die bedauerlichsten Auftritte vor. Die Bauern des Dorfes Rüdiswyl überfallen bewaffnet in der Nacht das Dorf Ruswyl, um den Freiheitsbaum, nun zum drittenmal, umzuhauen. Es entstand ein förmliches Gefecht, Großrath Bachmann wurde tödtlich verwundet weggetragen; 20 Rüdiswyler sind verhaftet. In Sursee konnte man in drei Versammlungen nicht zu einer reglementarischen Richterwahl gelangen. In Resch ist bei nächtlicher Weile der Sohn des Gemeindeammans angefallen, und mit einem Messerstich lebensgefährlich verwundet worden. Die Aufregung wird sich mit dem Zusammentritt des großen Raths steigern, wo über den Antrag von Dr. Steiger, die Aufhebung des Klosters St. Urban betreffend, entschieden werden soll. In unserm Kanton circulirt eine Petition, welche Revision der Verfassung verlangt. Unsere Bauern möchten die Vermögenssteuer, und die Herren des alten Regiments die radicale Regierung los seyn. (A. Z.)

Italien.

Neapel, 28. März. Zu einem Congreß in Rom zum Zweck eines italienischen Bundes hat der König die andern Fürsten eingeladen.

Neapel, 29. März. Rücktritt des Ministeriums. Neapel wollte ebenfalls Truppen in die Lombardei schicken.

In Massa war am 26. der Versuch einer Contrerevolution verunglückt. Eine Abordnung von Garfagnana hatte am 28. dem Großherzog in Florenz eine Adresse um Aufnahme in das toscanische Staatsverband überreicht. In Genua war am 24. der Erbuca von Parma angelangt. — In Livorno hat am 25. März der österreichische Consul seine Wappen herunternehmen lassen.

Auch Fivizzano ist von toscanischen Truppen besetzt. Das Land erklärte sich für unabhängig und beschloß Wiedervereinigung mit Toscana.

In Pontremoli hat die Bevölkerung in den Tagen bis zum 15. März sich dahin erklärt, daß sie den Karl von Bourbon nicht mehr anerkenne. In Parma hat die Regentschaft (28.) die im Dienste des Großherzogthums befindlichen österreichischen Soldaten entlassen. In Toscana hat (28.) der Großherzog die Ein- und Ausfuhrsteuer zwischen seinem Lande und Massa und der Garfagnana aufgehoben. Die Küste um Genua wird mit Eifer in Vertheidigungsstand gebracht, soweit sie dessen noch bedarf; die Flotte wird ausgerüstet. In Ferrara waren am 26. die Casernen von St. Dominicus und St. Benedict von den Oesterreichern geräumt, das Fort befindet sich aber noch in ihren Händen.

Die „Mailänder Zeitung" sagt: Die lombardischen und schweizerischen Freicorps stehen in Brescia. General Bes, Piemontese, ist mit 5000 Mann bis Chiari vorgerückt. General Trotti war mit 8000 Mann heute in Lodi. König Karl Albert ist mit dem Herzog von Genua an der Spitze weiterer 8000 Mann heute von Pavia abmarschirt und wird heute Abend in Lodi ankommen. Der Herzog von Savoyen folgt ihm mit 2000 Mann. Diese Truppen führen im ganzen 100 Geschütze mit sich. Zehntausend Römer und siebentausend Toscaner kommen über Bologna und Ferrara, und überschreiten den Po am Ponte Lago-Scuro. Radetzky war in diesen Tagen in Orzinovi und Soncino. Die österreichischen Truppen haben an den Ufern des Oglio Halt gemacht. Das ganze Land vom Po bis zu den tyrolischen Alpen hat sich erhoben und bewaffnet. In Mailand ist die Nachricht eingetroffen, daß die französische Regierung die jetzige lombardische Regierung anerkenne, dem Verfahren Sardiniens ihren Beifall gebe, und ein Heer von 60,000 Mann am Var aufstellen wolle, um nöthigenfalls die Sache Italiens zu unterstützen. — Mailänder Briefe vom 31., welche das Schutz- und Trutzbündniß zwischen den italienischen Staaten (Sardinien, Toscana, Rom und Neapel) bestätigen, wollen wissen, Neapel schicke eine Flotte mit 8000 Mann gegen Triest. (A. Z.)

Spanien.

Nach Berichten aus Madrid vom 26. März waren auf zwei verschiedenen Puncten Volksbewegungen ausgebrochen, aber durch Militärgewalt unterdrückt worden. Die Gefangenen wurden vor ein Kriegsgericht gestellt und die Hauptstadt in Belagerungsstand erklärt. (Span. Bl.)

Frankreich.

Der Centralwahlausschuß für die Nationalversammlung hat am 29. mittelst Ballotirung folgende Wahlliste für die Vertretung von Paris aufgestellt; Dupont de l'Eure, Lamartine, Arago, Marie, A. Marrast, Garnier-Pagès, Albert, Ledru-Rollin, Ferd. Flocon, Louis Blanc, Cremieux (sämmtlich Mitglieder der provisorischen Regierung); sodann Recurt, Mairieadjunct in Paris; Corbon: Bildhauerarbeiter, Herausgeber des Atelier, Guinard. Chef der Nationalgarde; Danguy, Setzer und Redacteur des Atelier; Beranger; Carnot, Minister des Unterrichts; Bethmont, Minister des Handels und Ackerbaues; Lamennais; Leroy, Juwelierarbeiter und Gründer eines Arbeitervereins; Buchez, Mairieadjunct; Eugen Cavaignac, Kriegsminister; J. Bastide, Generalsecretär der auswärtigen Angelegenheiten; David, von Angers, Bildhauer; Savary, Schuster, Herausgeber der Fraternite, Courtais, Oberbefehlshaber der Nationalgarde; Ch. Thomas, Director des National, Pagnerre, Generalsecretär der provisorischen Regierung; Degousse, Civilingenieur; Trelat, Physiker; Lannate, Handwerker; Andry de Puyraveau; Philipp. le Bas, vom Institut; d'Alton-Shee, Ex-Pair.

Dänemark.

Kopenhagen, 29. März. Vorgestern ist hier eine königl. Proclamation an die Schleswiger erschienen, worin es heißt: „Euch Schleswigern habe ich versprochen und verspreche hiemit, daß ihr im Verein mit Dänemark und durch eure eigene Mitwirkung eine freie, volksthümliche Verfassung erhalten sollt. Eure Selbstständigkeit als Schleswiger soll neben der gemeinschaftlichen Verfassung gesichert werden durch einen eigenen Landtag, eigene Administration, eigene Gerichte, gleichen Antheil an den Staatsabgaben nach dem Verhältnisse der Volkszahl, gerechte Anwendung der Ueberschüsse der Staatseinnahme, keine Consumtion, gleiche Berechtigung der deutschen und dänischen Sprache, sowohl auf der Reichsversammlung als dem Landtage. Mit der ganzen Macht Dänemarks werde ich bald euch beistehen und euch von Angesicht zu Angesicht sehen. (Nordd. Bl.)

Die dänische Truppenmacht von 15,000 Mann wird in Kolding zusammen gezogen.

Rußland und Polen

Petersburg, 29. März. Die hiesige „Nordische Biene" vom 15. 29. März bringt nachstehendes augenscheinlich gleich nach Empfang der Berliner Nachrichten vom 20. erlassenes Allerhöchstes Manifest. Von Gottes Gnaden, Wir Nicolaus, I., Kaiser und Selbstbeherrscher aller Reussen *c. *c. erklären öffentlich: Nach einem wohlthätigen langjährigen Frieden wird der Westen Europas plötzlich durch Aufstände beunruhigt, welche den Sturz der gesetzlichen Gewalten und aller öffentlichen Ordnung drohen. In Frankreich zuerst entsprungen theilte sich Aufruhr und Anarchie bald dem benachbarten Deutschland mit, und der verheerende Strom ergriff mit einer nach Maßgabe der Nachgiebigkeit der Regierungen wachsenden Zügellosigkeit sich allenthalben hin ergießend endlich auch die uns benachbarten Reiche, das Kaiserthum Oesterreich und das Königreich Preußen. Jetzt kannte die Frechheit keine Grenzen mehr, und bedrohte in ihrem Wahnsinn auch das uns von Gott anvertraute Rußland. Aber dem soll nicht also seyn! Nach dem geheiligten Beispiel unserer rechtgläubigen Vorfahren sind wir unter Anrufung des Allmächtigen Gottes bereit unsern Feinden, wo sie auch sich zeigen mögen, entgegenzutreten, und werden unermüdlich in ungestörtem Bunde mit unserm heiligen Rußland die Ehre des russischen Namens und die Unantastbarkeit unserer Grenzen vertheidigen. Wir sind überzeugt, daß jeder Russe, jeder Unserer treuen Unterthanen, mit Freuden dem Aufrufe seines Kaisers entsprechen wird, daß unser altes Losungswort: für den Glauben, den Zaar und das Vaterland auch jetzt uns den Weg zum Siege zeigen wird, und dann werden wir im Gefühle frommer Dankbarkeit, wie jetzt im Gefühle heiligen Vertrauens auf ihn, ausrufen: Mit uns ist Gott! vernehmt es ihr Heiden und unterwerfet Euch, denn mit uns ist Gott! Gegeben zu St. Petersburg am 14. des Märzmonats, im Jahre nach der Geburt Christi 1848, Unserer Regierung im 23." Eigenhändig vom Kaiser unterzeichnet: Nikolaus. (A. Z.)

Aus Königsberg wird der „Aachener Zeitung" gemeldet: daß die russischen Truppenmärsche in den Ostseeprovinzen fortdauern und daß auf den 7. d. in Riga die Ankunft der Garden angemeldet sey.

Börse.

Amsterdam, 1. April. 2½pCt. 37; 3pCt. 42; 4pCt. 54; Span. 3½pCt. 59; Handels-Maatschappy 133; Ard. 5; port. 3pCt. 13; 5pCt. Metall. 60

Paris, 1. April. 3pCt. 39 Fr. 35 C.; 5pCt. 59 Fr. 25 C.

London, 31. März. Consols 81.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 6. April: „Norma," Oper in 2 Acten v. Bellini.

Freitag den 7. April: „Don Cäsar von Bazano," Schauspiel in 5 Acten mit Gesang und Tanz v. L. Hölten. Musik von J. Lachner.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Baron Eichthal, Weilsberger, Ingenieur, und v. Brentano, Kaufmann v. Augsburg; Baronin v. Fingerlin v. Constanz.

Gold. Hirsch. HH. von der Schamberg und Fermont, Bräuer aus Belgien; Bracley u. Richard, Rentiers aus England.

Hôtel Maulik. HH. Marquis Ricci v. Wien; Rauch, Gutsbesitzer v. Landau.

Blaue Traube. HH. Basano, Cavano, Dominano, Offiziere v. Lodi; Manzardi, Offizier, und Bononi, Student v. Bergamo; Riccini, Student v. Comano; Bötter, Student v. Mailand; Zipfl, Pfarrer v. Neuburg.

Stachusgarten. HH. Müller, Posthalter v. Schrobenhausen; Dietz, Pfarrer v. Augsburg; Winterstein, Architekt von Magdeburg; Donne, Maler v. Dresden.

Getraute in München.

HH. Johann Georg Lichtenstern, Gefreiter beim 1. Infanterieregiment König dahier, mit Johanna Maria Späth, Spezereihändlerstochter v. Ipsheim, Ldg. Windsheim; Johann Zöpfel, Korporal bei der Garnisonscompagnie Nymphenburg, mit Marianna Karolina Antonia Schnapp, Goldstickerstochter von Baireuth; Heinrich Theodor Hudemann, Kunstmaler von Rendsburg im Herzogthume Holstein, mit Theresia Walburga Haldreiter, Gastwirthstochter v. h.; Peter Ludwig, Geschmeidmachergeselle, mit Franziska Heindeck, Büchsenschäfterstochter dah.; Johann Hieronymus Stolz, Ingenieurgeograph dahier, mit Katharina Friederika Wagner, Schuhmachermeisterstochter v. Weissenburg.

Bekanntmachung.

2363. (2b) Behufs der Befriedigung eines Hypothekgläubigers wird das an der Wasserstraße dahier gelegene Haus Nr. 5, mit ebener Erde zwei Stockwerke hoch, mit Dachkammern versehen und mit Ziegeln gedeckt, nebst Gärtchen und Hofraum mit Holzhütten und Communbrunnen, gerichtlich gewerthet auf 3050 fl., mit 1100 fl. der Brandassecuranz einverleibt und mit 3427 fl. Hypotheken belastet, zum ersten Male der öffentlichen Versteigerung nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 — 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 unterstellt.

Tagsfahrt hiezu ist auf

Montag den 29. Mai l. Js. Vormittags von 10 — 12 Uhr

im Bureau des k. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Bar. v. Schleich Zimmer Nr. 36 anberaumt, wozu Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß dem Gerichte Unbekannte sich über Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben.

Am 31. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

Christophorus.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Digitized by Google

Nr. 89.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir: Kaufinger-Gasse Nro. 31; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: vierteljährlich 1 fl. 20 kr. halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 25 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Freitag XLIX. Jahrgang. 7. April 1848.

Deutschland.

Aus der Schlußsitzung des Vorparlaments vom 3. tragen wir folgendes nach: Bei der Schlußabstimmung wurden folgende Fragen entschieden: Sollen die russischen Ostseeprovinzen zur Vertretung eingeladen werden? mit fast einstimmigem Nein und: Ist an den König von Preußen und an den Kaiser von Oesterreich zur Wiederherstellung Polens eine Aufforderung zu richten? mit Nein. Der Antrag: den Volksversammlungen und der Siebenercommission*) für ihre vaterländischen Bestrebungen den Dank der Versammlung zu bezeugen, ward angenommen. Die Frage: Sollen die Mitglieder der verschiedenen Ständekammern zugleich Mitglieder der Reichsversammlung seyn? wurde verneint dagegen festgestellt, daß sie es seyn können. Auch hat die Versammlung eine Magna charta aufgestellt, Aufzählung der deutschen Grundrechte, welche als Grundlage der constituirenden Versammlung unterbreitet werden sollen, die tausendfach genannten „deutschen Puncte.“ von A bis Z, von der persönlichen, bis zur Arbeiterfreiheit, darunter Jaupp's Antrag auf Erklärung der Volksrechte, Venedey's auf Schutz der Arbeit, Biedermann's auf allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht, Es wurden angenommen die Anträge Wuttke's auf Vorsorge zur Deckung der östlichen Grenzen und Beschließung der Volksbewaffnung, Jordan's auf Schutz der deutschen Auswanderung und Ansiedelung. Den Bürgern und Turnern Frankfurts wurde herzlicher Dank votirt. Der Präsident Mittermaier schloß die Versammlung, indem er sagte: „Es gebe Stunden im Leben, wo man fühle, daß man wahrhaft gelebt habe. Solche Stunden seyen unvergeßlich und gewährten Entschädigung für viele andere traurige und peinliche Stunden. Er fühle es, daß die vier letzten Tage Stunden der ersten Art nicht wenige geboten. Die Versammlung, welche sich jetzt auflöse, wäre vor einem Jahre noch ein Verbrechen gewesen, jetzt sey sie der Geschäftsführer der Nation geworden. Obgleich sie noch nicht als constituirende Versammlung aufgetreten sey, würden ihre Beschlüsse doch allgemein geachtet werden und gute Früchte tragen; die in vier Wochen zusammentretende Nationalversammlung werde sie nicht unberücksichtiget lassen. Daß für Deutschland Besseres bevorstehe als bisher, davon sey jeder durchdrungen. Des Volkes Wille werde hinfort Kraft haben, und nicht mehr getäuscht, nicht mehr nichtachtet werden. Ueber alles segnend werde aber die Einheit und Eintracht im großen deutschen Vaterlande walten. Ein neuer Bund werde entstehen, groß und mächtig, und jeder von uns werde bald stolz seyn können, ein Deutscher zu seyn.“ Der Redner richtete noch einige Worte ernster Mahnung an die Fürsten, an das Volk und an die Versammlung. Die Sitzung schloß unter dem Ruf: „Es lebe Deutschland!“

Frankfurt, 4. April (Abends 6 Uhr). Der permanente Ausschuß zur Vorbereitung der Bildung einer constituirenden Reichsversammlung kam noch am heutigen Vormittag im Kaisersaal zu einer vorbereitenden Sitzung zusammen, und wählte zu seinem Präsidenten Hrn. v. Soiron (aus Baden) und zu Vicepräsidenten die HH. Robert Blum und Abegg. In einer zweiten Sitzung, welche auf diesen Nachmittag 4 Uhr angesetzt wurde, soll Beschluß über die Frage der Oeffentlichkeit der Ausschußsitzungen und, im Falle der Nichtöffentlichkeit, über die Art und Weise der Veröffentlichung der Verhandlungen gefaßt werden. Es hat sich ein demokratisches Centralcomite für Einwirkung auf die Wahlen zur constituirenden Reichsversammlung im republicanischen Sinne gebildet und ein von hier aus datirtes Manifest erlassen, um zur Abstimmung in diesem Interesse aufzufordern. — Unter den unterzeichneten Mitgliedern dieses Comités befinden sich Graf Reichenbach (aus Schlesien), dessen Name an der Spitze der Unterschriften steht, Hecker und Struve (aus Baden) Titus (aus Bamberg,) Pflüger (aus Kurhessen). — Graf Colleredo hat erklärt, daß die Beschlüße der Versammlung bezüglich der Wahlen, der constituirenden Versammlung und des Ausscheidens der mißliebigen Bundestagsgesandten an die Regierungen bereits abgegangen und daß er den Beschluß der Bundesversammlung über ihre Geschäftseinigung mit dem Fünfzigerausschuß sofort beantragen und mittheilen werde. (C.v.u.f.D.u.Frk.Bl.)

Frankfurt, 5. April. Das Resultat der Wahlen für den Ausschuß der 50 zu vernehmen, hatte sich heute früh eine Anzahl von Mitgliedern der vorberathenden Versammlung zu einer kurzen öffentlichen Sitzung in der Paulskirche eingefunden. Der Vicepräsident R. Blum verlas die Namen der durch Stimmenmehrheit in 467 abgegebenen Wahlzetteln gewählten Mitglieder des Ausschusses. Sie lauten: Dr. Wiesner, aus Oesterreich 457 Stimmen; v. Itzstein, aus Baden 443; Robert Blum, aus Sachsen 435; Jacoby, aus Königsberg 396; Kolb, aus Speyer 391; Abegg, aus Preußen 390; v. Soiron, aus Baden 390; Simon, aus Breslau 358; Schott, aus Württemberg 385; Murschel, aus Württemberg 380; Raveaux, aus Rheinpreußen 373; Spatz, aus Rheinbayern 369; Eisenmann, aus Bayern 361; Schleiden, aus Schleswig 361; Mathy, aus Baden 356; Gülich, aus Schleswig 356; Freudentheil, aus Hannover 352; Graf Bissingen, aus Oesterreich 350; Stedtmann, aus Rheinpreußen 350; Venedey, aus Rheinpreußen 347; Schnelle, aus Mecklenburg 344; Siemens, aus Hannover 342; Jürgens, aus Braunschweig 340; Zachariä, aus Hannover 333; Wippermann, aus Kurhessen 328; Lehne, aus Rheinhessen 322; Professor Biedermann, aus Sachsen 321; Rüder, aus Oldenburg 321; Hergenhan, aus Nassau 320; Buhl, aus Baden 315; Kierulf, aus Mecklenburg 313; Ronne, aus Hildburghausen 314; Dr. Heckscher, aus Hamburg 312; Cetto, aus Rheinpreußen 311; Duckwitz, aus Bremen 310; Behn, aus Lübeck 310; Schwarzenberg, aus Kurhessen 309; Brunck, aus Rheinhessen 307; Dr. Mappes, aus Frankfurt 306; Pagenstecher, aus Rheinpreußen 305; Wilhelmi, aus Rheinpreußen 304; Briegleb, aus Koburg 303; Blachière, aus Kurhessen 298; v. Closen, aus Bayern 297; Pauer*), aus Bayern 296; Reh, aus Darmstadt 288; Mack, aus Württemberg 285; Meyer, aus Preußen 277; Wedemeyer, aus Hannover 270; v. Wächter, aus Württemberg 190 Stimmen. — Nächst diesen 50 Gewählten hatten die meisten Stimmen (Ersatzmänner): Hecker, aus Baden 171; Leue, aus Rheinpreußen 170; Schaffrath, aus Sachsen 165; Vogt, aus dem Großherzogthum Hessen 146; Joseph, aus Sachsen 144; Dr. Fuchs, aus Frankfurt 128; Tafel, aus Württemberg 123; Ernst Leisler, aus Nassau 111; Schweickhardt, aus Württemberg 109; Zitz, aus Rheinhessen 107; Runge, aus Mecklenburg 106; v. Struve, aus Baden 100; Aßmann, aus Braunschweig 96; Graf Reichenbach, aus Schlesien 64; v. Sybel, aus Kurhessen 94; Wesendonk, aus Rheinpreußen 90; Rödinger, aus Württemberg; J. Meyer, aus Osnabrück; Hoff, aus Mannheim: Brentano, aus Baden; Strecker, aus Rheinhessen 2c.

Für directe Wahlen zum deutschen Reichstag erklärten sich, insbesondere mehrere der Classe der Standesherren angehörende Abgeordnete; für indirecte Wahlen dagegen meist die nicht dahin gehörenden Mitglieder aus beiden Hessen, Nassau, Baden und Württemberg.

Als die Anhänger der republicanischen Minderheit am 2. April aus der Versammlung geschieden, machten sie ihrem Unmuth durch Vorträge an öffentlichen Orten Luft. Auch hatte die Partei am Morgen des 3. April einen Gottesdienst an den Gräbern der bei dem Aufstandsversuch am 2. April 1833 Gefallenen und in Folge des Kampfes Gestorbenen veranstaltet.

*) Willich, Rheinbayern, Römer, Württemberg, Welcker, Baden, Steckmann, Rheinpreußen, Binding, Frankfurt, v. Gagern, Darmstadt, Hergenhahn, Nassau.

*) Advocat in Augsburg.

Bayern.

Landtag.

Am 9. April hat der Justizminister der Kammer der Reichsräthe in ihrer kurzen Sitzung einen Gesetzentwurf über die Grundlagen der neuen Gesetzgebung vorgelegt. Für Reform dieser Kammer ist eine Adresse im Werk. (Diese vornehme Kammer thut zu Gunsten der Journalistik rein nichts.)

Man schreibt der „Allgemeinen Zeitung“ aus München, 5. April. Aus der Cabinetscasse des Königs seyen Unterstützungen an einige hier befindliche Schleswiger zur Heimreise ausgezahlt worden, ferner, die neuesten ächt deutschen Schritte Preußens am Bundestage bezüglich Schleswig-Holsteins fänden von bayerischer Seite die lebhafteste Unterstützung. (Die „Frankfurter Oberpostamts-Zeitung“ meldete schon vorgestern, der Bundestag habe beschlossen das Betreten Schleswigs durch dänische Truppen als Act der Friedseligkeit gegen den deutschen Bund zu erklären. Die Dänen stehen nunmehr in Schleswig.)

Das kgl. Regierungsblatt (Nro. 16) vom 6. April bringt folgenden Plenarbeschluß des Oberappellationsgerichts des Königreiches, die Bestimmungen des §. 31 des Finanzgesetzes vom 28. Dec. 1831 betr. Die Bestimmungen des §. 31 des Finanzgesetzes vom 28. Dec. 1831 beziehen sich nur auf Forderungen, zu deren Zahlung die k. Cassen bereits angewiesen sind.

(Aus dem Armeebefehl.) Pensionirt wurde der Oberst Georg v. Fahrbeck vom Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen; — die Oberstlieutenants Clemens Graf Berghe v. Trips, vom Inf.-Reg. Erbgroßherzog von Hessen, — Georg Dobel, Platz-Stabsofficier von der Commandantschaft Germersheim, — Ludwig Narciß vom Inf.-Reg. Gumppenberg, — Carl Parkart vom Generalquartiermeisterstab, dieser bis auf weiteres, — Gustav v. Kern-Kernried vom Ingenieur-Corps, — Johann Strauß von der Zeughaus-Hauptdirection, — Carl Frhr. Stromer v. Reichenbach vom Inf.-Reg. Hertling, — Joseph Schrott vom Inf.-Reg. Albert Pappenheim, — und Philipp Trömer vom Chev.-Reg. Kronprinz, sämmtliche mit Obersten-Charakter; — der Major Carl Reuber vom Inf.-Reg. Kronprinz. — Versetzt werden: Der Oberst Thomas v. Stetten vom Chevauxlegers-Reg. Leiningen zum Cuirassier-Reg. Prinz Carl; — die Oberstlieutenants August Frhr. v. Fraps vom Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm zum Inf.-Reg. König, — Theodor v. Michels vom Inf.-

Reg. Seckendorff zum Inf.-Reg. Erbgroßherzog von Hessen, — Franz Saalmüller vom Inf.-Reg. Carl Pappenheim zum Inf.-Reg. Kronprinz, — und Leonhard Kneip vom Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen zum Inf.-Reg. Isenburg; — Die Majore Anton Seyfried, Platz-Stabsofficier von der Commandantschaft Ingolstadt zum topographischen Bureau des Generalquartiermeister-Stabes mit Uebernahme des Haupt-Conservatoriums der Armee, — und Carl v. Eisenhofen vom Art.-Reg. Zoller zur Zeughaus-Hauptdirection.

(Fortsetzung folgt.)

Baden.

Karlsruhe, 3. April. 1) Es soll bei Rottweil ein Depot etwa aus 4000 Württembergern gebildet werden; 2) Stockach, als Knotenpunct verschiedener Straßen, wird von Bayern besetzt werden, welche von Neu-Ulm heranmarschiren; 3) 1700 Oestreicher, die vertragsmäßig zur verstärkten Besatzung der Bundesfestung Rastatt gehören, werden von Bregenz aus dahin abgehen; 4) dazu kommen zwei darmstädtische Infanterieregimenter, welche schon in den nächsten Tagen in Rastatt eintreffen werden; 5) zwei badische Regimenter werden zum Schutz des Oberrheins disponible gehalten; endlich 6) soll die badisch-württembergische Gränze in der Gegend von Pforzheim durch Württemberg besetzt werden.

(K. u. Frbr. Z.)

Karlsruhe, 4. April. Ueber die Zustände unseres Seekreises circuliren die bedauerlichsten Nachrichten; hier, wie auch an mehreren anderen Orten des Oberlandes scheint wahre Anarchie zu herrschen; in Engen soll sich sogar eine Art Regierung gebildet haben.

(Schw. Mkr.)

Freiburg. Der Erzbischof legt sein Regiment nicht nieder.

K. Sachsen.

Leipzig. Im Erzgebirge sollen in Folge ausgebrochener Hungerpest Arbeiterunruhen zu Zerstörungen von Fabriken geführt haben.

Preussen.

Berlin, 2. April. Die Rede, womit der königl. Landtagscommissarius Ministerraths-Vorsitzende Camphausen heute den zweiten preußischen Landtag eröffnete, lautet: „Hohe Versammlung! Se. Majestät der König haben mir den Befehl ertheilt, den zweiten vereinigten Landtag in allerhöchstihrem Namen zu eröffnen. Große Ereignisse haben einen Theil Europas erschüttert und unser Vaterland nicht unberührt gelassen. Sie bedrohen uns mit wachsenden Gefahren, sie eröffnen uns eine große Zukunft. Preußen und Deutschland werden die Zeit des Ueberganges bestehen, wenn sie mit besonnenem Muthe, mit geordneter Kraft auf der neu erschlossenen Bahn sich bewegen. Die Einheit Deutschlands war seit langer Zeit das Ziel, auf welches alle Wünsche oft hoffnungslos sich richteten; nunmehr gehen wir ihm mit raschen Schritten entgegen, und Se. Majestät der König boten dazu eine Hand, der 15 Millionen freudig zu Seite stehen. Die politische Berechtigung der Bürger im Staate war in Preußen ein um so lebhafter empfundenes Bedürfniß, als das Volk eine Stufe der Bildung erstiegen hatte, die es anderen, unter freien Verfassungsformen lebenden Völkern mindestens gleichstellte. Se. Majestät der König haben eine wahre constitutionelle Verfassung verheißen, und schon sind wir versammelt, um zu ihrem dauerhaften Ausbau die Grundsteine zu legen. Hoffen wir, daß das Werk rasch hinan steige, daß es sich anschließe und einfüge dem großen Verfassungsgebäude für das gesammte deutsche Volk. Tief zu beklagen ist es, daß in die neuen Zustände nicht übergegangen werden konnte ohne das Gefolge der Leiden, von welchen gegenwärtig die Gesellschaft getroffen ist. Nur darin mag ein Trost gefunden werden, daß die letzten Wochen viel verborgene Wunden aufgedeckt und Belehrung darüber gegeben haben, daß und wie ihre Heilung erstrebt werden soll. Die Regierung erkennt die Aufgabe, die Staatsgewalt neu zu kräftigen, die Bande der gesetzlichen Ordnung zu befestigen, das Vertrauen zu beleben, den geschwächten Credit zu heben, und auf den Wiederaufschwung der Gewerbe und der lohnenden Arbeit hinzuwirken. Sie wird sich bemühen, den Frieden nach außen, so lange es die Ehre Deutschlands gestattet, zu erhalten, den Frieden nach Innen zur Ehre Deutschlands herzustellen. Sie rechnet hierbei auf die gesunde Kraft der Staatsbürger, welche nunmehr berufen sind, zu beweisen, daß sie reif waren für die Freiheit. Auch auf die Unterstützung des hohen vereinigten Landtags rechnet die Regierung, auf eine Unterstützung die, wenn sie gewährt wird, in voller Freiheit der Berathungen und Ueberzeugungen gewährt werden möge. Niemand wird sich völlig dem Eindrucke zu entziehen begehren, den ein gewaltiger unverkennbarer Ausdruck der öffentlichen Meinung auf die individuelle Anschauung zu äußern geeignet ist; Niemand wird leugnen wollen, daß in bestimmter Zeit wohlthätig und unentbehrlich werden kann, was in anderer Zeit gewissenhafter Ueberzeugung nicht rathsam erscheinen mochte. Unbezweifelt wird auch die hohe Versammlung bei ihren Berathungen den geänderten Zeitverhältnissen Rechnung tragen, allein es muß auch heute der freie Ausdruck ihrer Ansichten dem Lande willkommen seyn, so wie er Sr. Majestät dem König und den Räthen der Krone willkommen seyn wird. Das preußische Volk, indem es die freie Berathung seiner wichtigsten Angelegenheiten in der Presse und in öffentlichen Angelegenheiten angetreten hat, darf nicht verkennen, daß nur im Kampfe der Ansichten die Wahrheit durchbricht, daß zur Wahrung der Freiheit jede Meinung mit voller Berechtigung und ungehindert sich muß äußern dürfen. Wenn gleich der hohe vereinigte Landtag sowohl seiner Zusammensetzung als seinen Rechten nach, ungemein abweicht von der künftigen Volksvertretung, so legt doch die Regierung auch gegenwärtig auf seinen Beirath ein großes Gewicht, und in diesem Geiste übergebe ich die allerhöchsten Propositionen Ihrer hochgeneigten Prüfung und Berathung.

Propositionsdecret. Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen rc. rc. entbieten Unseren zum zweiten Vereinigten Landtage versammelten Ständen Unseren königlichen Gruß. Um die Unserem getreuen Volke auf der breitesten Grundlage verheißene constitutionelle Verfassung in das Leben zu rufen, ist die Vereinbarung ihres Inhalts mit einer beschlußfähigen Versammlung freigewählter Volksvertreter erforderlich. Wir haben deßhalb ein vorläufiges Wahlgesetz entwerfen lassen, welches die Vorschläge enthält, wonach diese Versammlung, welche, der Natur ihrer vorübergehenden Aufgabe nach, eine Theilung in Kammern nicht zuläßt, zu wählen und zu bilden seyn wird. Indem Wir diesen Entwurf dem in der bisherigen Gestaltung zum letzten Male vereinigten Landtage vorlegen lassen, empfehlen Wir dessen schleunige Erörterung, damit sich durch baldige Herstellung eines festen und volksthümlichen öffentlichen Rechtszustandes alle Segnungen erfüllen mögen, denen Wir Unser treues und edles Volk durch volle und wahrhafte Entwicklung einer freien Verfassung zuzuführen aufrichtig bestrebt sind. Diese Verfassung, deren Entwurf Wir der auf Grund des Wahlgesetzes neu zu bildenden Versammlung werden vorlegen lassen, soll nach Unserer Absicht, und, um ihren Zweck vollständig zu erreichen, ihrer Form nach der überwiegenden Mehrzahl der constitutionellen Verfassungen Deutschlands sich anschließen und mit den bis dahin getroffenen Vereinbarungen über die Bildung einer allgemein deutschen Bundesverfassung in Einklang stehen. Gegeben Potsdam, den 2. April 1848. Friedrich Wilhelm. Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. v. Arnim. Hansemann. v. Reyher.

Entwurf eines Wahlgesetzes für die zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung zu berufende Versammlung. Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen rc. rc. verordnen, nach Anhörung beider Curien Unserer zum vereinigten Landtage versammelt gewesenen Stände, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt: §. 1. Jeder heimathsberechtigte Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet und den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte nicht verwirkt hat, ist in der Gemeinde, worin er seit Jahresfrist seinen ordentlichen Wohnsitz hat, stimmberechtigter Urwähler, in so fern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung oder ohne einen eigenen Hausstand in einem dienenden Verhältnisse Lohn und Kost bezieht. §. 2. Die Urwähler einer jeden Gemeinde wählen auf jede Vollzahl von 500 Seelen ihrer Bevölkerung Einen Wahlmann; erreicht die Bevölkerung einer Gemeinde nicht 500, übersteigt aber 300 Seelen, so ist sie dennoch zur Wahl Eines Wahlmannes berechtigt; erreicht ihre Bevölkerung aber nicht 300 Seelen, so wird die Gemeinde durch den Landrath mit einer oder mehreren andern Gemeinden zu Einem Wahlbezirke vereinigt. In Gemeinden von mehr als 1000 Seelen erfolgt die Wahl nach Bezirken, welche die Gemeindebehörden in der Art zu begrenzen haben, daß in Einem Bezirke nicht mehr als 5 Wahlmänner zu wählen sind. Bewohnte Besitzungen, welche nicht zu einem Gemeindeverbande gehören, werden durch den Landrath behufs der Urwahlen einer nahe gelegenen Stadt- oder Landgemeinde zugewiesen. §. 3. Jeder ist nur in dem Bezirk zum Wahlmann wählbar, worin er als Urwähler stimmberechtigt ist. §. 4. Die Wahl der Wahlmänner erfolgt durch Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit der Erschienenen. §. 5. Jeder heimathsberechtigte Preuße, der das 30. Lebensjahr vollendet und den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte nicht verwirkt hat, auch aus öffentlichen Mitteln keine Armenunterstützung bezieht, ist zum Abgeordneten wählbar. §. 6. Für jeden landräthlichen Kreis, so wie für jede Stadt, welche zu keinem landräthlichen Kreise gehört, soll Ein Abgeordneter gewählt werden. Erreicht die Bevölkerung des Kreises oder der Stadt 60,000 Seelen, so werden zwei Abgeordnete gewählt, und es tritt für jede fernere Vollzahl von 40,000 Seelen Ein Abgeordneter hinzu, so daß für 100,000 Seelen drei, für 140,000 Seelen vier Abgeordnete u. s. w. gewählt werden. §. 7. Die Zahl der Bevölkerung bestimmt sich überall nach der im Jahre 1846 stattgehabten amtlichen Zählung. §. 8. In den Städten werden die Urwahlen der Wahlmänner durch Beauftragte des Magistrats und da, wo kein Magistratscollegium besteht, des Bürgermeisters geleitet. Ueber die Leitung der Urwahlen auf dem Lande wird mit Rücksicht auf die bestehende Verschiedenartigkeit der ländlichen Gemeinde-Einrichtungen Unser Staatsministerium das Erforderliche durch eine Ausführungsordnung feststellen. Die Wahlen der Abgeordneten werden in den Kreisen durch die Landräthe und in den Städten, welche zu keinem landräthlichen Kreise gehören, durch Beauftragte des Magistrats, beziehungsweise des Bürgermeisters, geleitet. §. 9. Die Wahl der Abgeordneten erfolgt durch selbstgeschriebene Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit aller Erschienenen, und zwar bei den Kreiswahlen in dem Hauptorte des Kreises. Wo mehr als drei Abgeordnete zu wählen sind, soll die Wahl nach Bezirken erfolgen, welche die zur Leitung der Wahl berufenen Behörden abzugrenzen haben. §. 10. Die gewählten Abgeordneten stimmen in der zu berufenden Versammlung nach ihrer eigenen unabhängigen Ueberzeugung und sind an Aufträge oder Instructionen nicht gebunden. §. 11. Die Prüfung der Richtigkeit der Wahl ist Sache der künftigen Versammlung. Urkundlich rc.

Se. Maj. der König haben die Absicht ausgesprochen, der zu bildenden neuen Vertretung des Volkes über verschiedene, in vielfachen Petitionen kundgegebene Wünsche Gesetzesvorschläge vorlegen zu lassen. Allerhöchstdieselben glauben aber dem Volke ein neues Pfand des Vertrauens zu geben, wenn schon jetzt unter verfassungsmäßigem Beirathe des Vereinigten Landtages einige dieser Wünsche gesetzlich und in einer Weise erledigt werden, welche der allgemeinen Zustimmung gewiß seyn kann. Aus dieser Erwägung ist die zweite allerhöchste Proposition hervorgegangen, welche ich vorzutragen mich beehre:

Wir Friedrich Wilhelm rc. rc. Die Versammlung, welche auf Grund des Unseren getreuen Ständen heute zur Erörterung im Entwurfe vorgelegten Wahlgesetzes einberufen werden soll, ist dazu bestimmt, sich mit Uns über Inhalt und Form der Unserem Volke verheißenen freien Verfassung zu vereinbaren. Wir wollen aber schon jetzt einige Grundlagen dieser Verfassung kundgeben, und haben deßhalb anliegende Verordnung entwerfen lassen, worüber Wir dem Gutachten Unserer getreuen Stände baldigst entgegensehen. Gegeben Potsdam, den 2. April 1848. Friedrich Wilhelm. Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. v. Arnim. Hansemann. v. Reyher.

Entwurf einer Verordnung über einige Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung. Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen rc. rc. verordnen nach Anhörung beider Curien Unserer zum Vereinigten Landtage versammelt gewesenen getreuen Stände auf Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt: §. 1. In Erweiterung der Unserem Volke verliehenen Freiheit der Presse werden die im §. 4 Nro. 1 des Gesetzes vom 17. März dieses Jahres enthaltenen Vorschriften über die Cautionsbestellung für die Herausgabe neuer Zeitungen aufgehoben. Die Vorschrift §. 4 Nro. 4 (wonach bei Ver-

urtheilung wegen eines Preßvergehen der Richter zugleich auch Bestellung einer Caution zu erkennen hat) findet auch auf neue Zeitungen Anwendung. §. 2. Die Untersuchung und Bestrafung aller Staatsverbrechen erfolgt fortan durch die ordentlichen Gerichte, und es wird jeder durch Ausnahmegesetze dafür eingeführte besondere Gerichtsstand hiedurch aufgehoben. In dem Bezirke des Appellationsgerichtshofs zu Köln tritt auch bei politischen und Preßverbrechen die Zuständigkeit der Geschworenengerichte wieder ein. §. 3. Zur Sicherheit der Unabhängigkeit des Richterstandes treten alle von den früheren Gesetzen abweichenden Bestimmungen der Verordnungen vom 29. März 1844 über die im administrativen Wege zuläßige Dienstentlassung, Versetzung und unfreiwillige Pensionirung der Richter außer Kraft. §. 4. Alle Preußen sind berechtigt, sich friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln, ohne daß die Ausübung dieses Rechtes einer vorgängigen polizeilichen Erlaubniß unterworfen wäre. Eben so sind sie berechtigt, zu solchen Zwecken, welche den bestehenden Gesetzen nicht zuwiderlaufen, sich zu Gesellschaften ohne vorgängige polizeiliche Erlaubniß zu vereinigen. §. 5. Die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte ist fortan von dem religiösen Glaubensbekenntnisse unabhängig. §. 6. Den künftigen Vertretern des Volks soll jedenfalls die Zustimmung zu allen Gesetzen, so wie zur Festsetzung des Staatshaushalts-Etats, und das Steuerbewilligungsrecht zustehen. Urkundlich ꝛc.

Nach Verlesung dieser Actenstücke ward der Landtag für eröffnet erklärt. Nach Ernennung der Secretäre wurden die Anträge auf Berathung einer Adresse stellt und Ernennung einer Commission zu ihrer sofortigen Abfassung gestellt und angenommen. (In einer am Abend vom 1. April stattgefundenen Vorberathung der Abgeordneten hatte man den Inhalt einer Adresse bereits festgesetzt und dieselbe nicht zu debattiren beschlossen.) Die Adreßcommission ward ernannt und schon nach einer Stunde ward bemeldet, die Commission habe den von Beckerath verfaßten Adreßentwurf einstimmig angenommen. (Wir werden die Adresse nachliefern.) Der Landtag beschloß einen Antrag an Se. Majestät die Berathung der ihm vorgelegten Entwürfe in vereinigten (nicht getrennten) Curien vornehmen zu dürfen, dessen Genehmigung der königl. Landtagscommissar im voraus als unzweifelhaft erklärte. Noch ist aus dieser Sitzung zu erwähnen, daß Hr. v. Arnim in langer Rede die jüngste Uebernahme und Abgabe seines Portefeuille zu rechtfertigen suchte. (Allg. Pr. Z.)

Es dürfte manchen Lesern wünschenswerth seyn, gerade bei den jetzigen sich drängenden Verwilligungen des Preußenkönigs das vorläufige Preßgesetz zu vergleichen, das noch vor den Blutströmen der Barricaden erschien. Hier ist es vollständig:

„Wir Friedrich Wilhelm ꝛc. ꝛc. haben bereits im vergangenen Jahre bei der deutschen Bundesversammlung eine, auf Censurfreiheit beruhende Preßgesetzgebung in Antrag gebracht. Nachdem inzwischen der Bundesbeschluß vom 3 März d. J. ergangen, ein für alle deutsche Bundesstaaten gemeinsames Preßgesetz aber, wie Wir es im Interesse deutscher Einheit gewünscht hätten, für jetzt nicht zu erzielen gewesen ist, verordnen Wir, unter Vorbehalt eines nach Anhörung des Vereinigten Landtages zu erlassenden Preßgesetzes, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt: §. 1. Die Censur wird hiemit aufgehoben. Alle auf die Censur bezüglichen Bestimmungen, Anordnungen, Einrichtungen und Strafvorschriften treten außer Kraft. §. 2. Die Entscheidung darüber: ob in Druckschriften, oder vermittelst mechanisch vervielfältigter Bildwerke ein Verbrechen oder Vergehen verubt worden, und wer dafür strafbar sey, steht den ordentlichen Gerichten zu. Dieselben haben hierbei lediglich nach den Vorschriften der in Unseren Staaten geltenden Strafgesetze sich zu achten. Sämmtliche zur weiteren Verbreitung noch vorräthige Exemplare von Schriften oder Bildwerken, welche rechtskräftig für verbrecherisch erachtet worden, sind ganz oder theilweise zu vernichten. Auch hierüber haben die Gerichte zu erkennen. §. 3. Auf jeder Druckschrift muß am Schlusse der Name und Wohnort des Druckers, auf jedem mechanisch vervielfältigten Bildwerke am Fuße der Name und Wohnort desjenigen, der die Vervielfältigung bewirkt hat, angegeben werden. Außerdem muß auf der Schrift oder dem Bildwerke, wenn sie, es sey mit oder ohne Uebertragung des Verlagsrechts, durch den Buch- oder Kunsthandel verbreitet werden solle, der Name und Wohnort der mit der Verbreitung beauftragten Handlung genannt seyn. §. 4. Für periodisch erscheinende Schriften gelten folgende Bestimmungen: 1) Wer fortan eine Zeitschrift in kürzeren oder monatlichen Fristen herausgeben will, ist verpflichtet, vor der Herausgabe: a) in einem dem Oberpräsidenten einzureichenden Prospectus die Gegenstände, mit welchen sich die Zeitschrift beschäftigen, die Zeitabschnitte, in denen sie erscheinen soll, so wie den Titel bestimmt anzugeben, und b) eine Caution zu bestellen, deren Höhe, wenn das Blatt sechsmal oder öfter wöchentlich erscheinen soll, wie folgt bestimmt wird: für Städte, welche nach dem Gesetze vom 30. Mai 1820 „wegen Entrichtung der Gewerbesteuer“ (Gesetzsammlung Seite 147.) zur ersten Abtheilung gehören, auf 4000 Rthlr.; für Städte der zweiten Abtheilung auf 2000 Rthlr.; für Städte der dritten Abtheilung auf 1000 Rthlr.; für die zur vierten Abtheilung gehörenden Ortschaften auf 500 Rthlr. Für ein Blatt, welches weniger als sechsmal wöchentlich erscheint, wird die Caution auf die Hälfte der oben gedachten Summen bestimmt. Die Caution ist bei der Regierungshauptcasse und zwar in Preußischen Staatsschuldscheinen, zum Nennwerthe zu hinterlegen. Befreit von der Cautionsbestellung bleiben: die bei Erlaß dieses Gesetzes bestehenden periodischen Blätter, sowie diejenigen, welche ausschließlich mathematischen, naturwissenschaftlichen, geographischen, medicinischen, musicalischen oder rein gewerblichen Gegenständen gewidmet sind. 2) Ausgeschlossen von dem Rechte zur Herausgabe periodischer Schriften sind nur diejenigen, welche wegen eines von ehrloser Gesinnung zeugenden Verbrechens rechtskräftig zu einer Strafe verurtheilt sind. 3) Eine periodische Schrift, welche wider die Bestimmung unter 2, oder ohne vorangegangene Erfüllung der unter 1. vorgeschriebenen Bedingungen erscheint, ist von der Polizeibehörde zu unterdrucken. 4) Wird der Herausger oder der Verleger eines bei Erlaß dieses Gesetzes bereits bestehenden periodischen Blattes, welches in kurzeren als monatlichen Fristen erscheint, oder der Vertreter des Herausgebers wegen eines vermittelst des Blattes begangenen Verbrechens oder Vergehens rechtskräftig verurtheilt, so hat der Richter zugleich auf Bestellung einer Caution zu erkennen, und diese nach den Vorschriften unter 1 b. abzumessen. Bis zur Bestellung der vom Richter erkannten Caution darf das Blatt nicht erscheinen. 5) Beim Rückfall hat der Richter, mit Rucksicht auf die Schwere des begangenen Verbrechens oder Vergehens, neben der dafür zu erkennenden Strafe, die ursprunglich (1 b.) oder in Folge eines Urtels (4) bestellte Caution ganz oder einen Theil derselben fur verfallen zu erklären, und zugleich zu bestimmen, ob die Caution zu ergänzen, oder die fernere Herausgabe des Blattes zu verbieten sey. 6) Der Herausgeber einer in kürzeren als Monatsfristen erscheinenden Zeitschrift ist verpflichtet, Entgegnungen, zu welchen sich die betheiligte Staatsbehörde veranlaßt findet, in das nächste Stück des Blattes kostenfrei aufzunehmen, und solchen Entgegnungen den Platz anzuweisen, an welchem sich der angreifende Artikel befunden hat. Dasselbe gilt von Entgegnungen solcher Privatpersonen, welche in der Zeitschrift Angriffe erlitten haben. Uebersteigt der Umfang der Entgegnung den Umfang des Artikels, auf welchen die Entgegnung sich bezieht, so sind fur die mehreren Zeilen Einrückungsgebühren zu zahlen. 7) Am Ende jedes Stückes einer Zeitschrift ist der Herausgeber, sowie der Verleger, wenn dieser vom Herausgeber verschieden ist, und der Drucker namhaft zu machen. §. 5. Der Verleger einer nicht periodischen Druckschrift, sowie derjenige, in dessen Commission eine nicht periodische Druckschrift erscheint, ingleichen derjenige, welcher eine solche Schrift, ohne sie in Commission zu geben, im Selbstverlage erscheinen läßt, ist verpflichtet, zugleich mit der Herausgabe des Werkes eine schriftliche Anzeige, welche den Titel des Werkes enthalten muß, bei der Orts-Polizeibehörde einzureichen, auch derselben auf Verlangen ein Exemplar der Druckschrift vorzulegen. §. 6. Wer eine der in den §§. 3, 4 und 5 enthaltenen Bestimmungen verletzt, verfällt in eine von den ordentlichen Gerichten zu erkennende Geldbuße von 5 bis 100 Rthlr., oder im Unvermögensfalle in eine verhältnißmäßige Gefängnißstrafe. §. 7. Die Polizeibehörden sind berechtigt, zur Verbreitung bestimmte Druckschriften oder Bildwerke, durch welche nach ihrem Ermessen ein Strafgesetz verletzt ist, vorläufig in Beschlag zu nehmen; sie müssen jedoch innerhalb 24 Stunden nach der Beschlagnahme die gerichtliche Verfolgung beantragen. Das Gericht hat über die Fortdauer oder Aufhebung der verhängten vorläufigen Beschlagnahme schleunigst zu befinden. §. 8. In Ansehung des Debits der im Auslande erscheinenden Zeitungen verbleibt es bis dahin, daß ein allgemeines deutsches Preßgesetz vereinbart seyn wird, bei den bestehenden Vorschriften. §. 9. Alle Strafen, welche wegen Uebertretung der bisherigen Censurvorschriften verwirkt und noch nicht verbüßt sind, werden hierdurch niedergeschlagen, und jedes dieserhalb eingeleitete Verfahren wird aufgehoben. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königl. Insiegel. Gegeben Berlin, 17. März 1848. Friedrich Wilhelm. Prinz von Preußen. v. Rother. Eichhorn. v. Thile. v. Savigny. v. Bodelschwingh. Gr. zu Stolberg. Uhden. Frhr. v. Canitz. v. Düesberg. v. Rohr.“

In einem Bericht des Gesammtministeriums an den König erklärt sich dasselbe, wenn die Majestät damit einverstanden, bereit, den Mißdeutungen, welche der Aufruf des Königs vom 21. v. Mts. zur Einheit erregt, in geeigneter Weise entgegen zu treten. Der Schritt des Königs habe nur in dem Anerbieten bestanden, mit der moralischen und materiellen Macht von 15 Millionen Deutschen die Erreichung der auf deutsche Einheit gerichteten Wünsche aller Bundesstaaten zu fördern. Auf Einheit und nicht Einförmigkeit, also nicht auf Usurpation sey es abgesehen gewesen. Der König erklärt sich von Potsdam, 2. April, aus, mit dieser Auffassung seines Schrittes einverstanden und ermächtigt das Ministerium zu dem angebotenen Verfahren.

In der Umgegend von Berlin beginnen Bauern-Unruhen. Hier hat eins der größten Handelshäuser fallirt.

Berlin, 29. März. In Schlesien und Westphalen ist der Bauernaufstand in vollem Gange. Die Schlösser des Adels brennen, die zitternden Herren müssen schwören, und Urkunden ausstellen daß alle Feudalrechte und Abgaben auf ewig abgeschafft seyn sollen. (D. const. Z.)

Schleswig-Holstein.

In einem Schreiben an den König rechtfertigt die provisorische Regierung ihren Schritt.

Rendsburg, 29. März. Die provisorische Regierung besteht jetzt aus folgenden: Beseler, Präsident; Friedrich, Prinz zu Schleswig-Holstein-Sonderburg für das Militärdepartement; Obergerichtsadvocat Bremer aus Flensburg fur das Justizdepartement; Klosterpropst Graf v. Reventlow fur das Departement des Innern und die auswärtigen Angelegenheiten; Kaufmann M. T. Schmidt aus Kiel für die Finanzen, das Zoll-, Handels- und Post-Departement; Eisenbahndirector Olshausen aus Kiel fur die Polizei. Commissär bei der am 3. April zusammentretenden Ständeversammlung ist Bremer. Als Mitglieder der Stände sind ernannt: für die schleswig-holsteinische Ritterschaft Kammerherr Graf v. Moltke in Itzehoe, Kammerherr und Klosterpropst Graf v. Rantzau in Uetersen, Kammerherr und Klosterpropst v. Bülow zu St. Johannis bei Schleswig, der Landrath v. Ahlefeld auf Oehe und der geheime Conferenzrath Graf Reventlow auf Altenhof; für die Universität Kiel die Professoren Christiansen und Ravit; für die Geistlichkeit der Kirchenpropst Boysen zu Schleswig, der Pastor Lorentzen in Adelbye, der Kirchenpropst Balemann zu Oldenburg und der Pastor Tamsen zu Trittau. (K. Z.)

Rendsburg, 31. März. Der Krieg ist eröffnet. Die Dänen in Schleswig eingedrungen, haben den Dr. Marcus in Hadersleben, Hardesvogt Uhlmann in Jostlund, Bürgermeister Schow in Apenrade gefangen genommen. Unsere Truppen stehen bei Apenrade, wir werden mit Einschluß der Freischaaren 10,000 Mann stellen. Freischaaren ziehen aus ganz Deutschland herbei. Gestern rückten solche aus Braunschweig ein. Der Herzog von Braunschweig wird mit 2500 Mann, dann 15,000 Mann Preußen und 6000 Hannoveraner erwartet. Die Dänen jetzt 8,000 Mann stark, werden höchstens auf 30,000 Mann kommen. — Auf den dänischen Inseln bilden sich Freischaaren. — Die Regierung des Herzogthums Lauenburg hat das Land für neutral erklärt. — 1. April. Die Dänen sind in Apenrade eingerückt. (K. Z.)

Kiel, 31. März. Alle Freicorps gehen nach Rendsburg. — Den Kieler Hafen wird man durch Ketten und Seebatterien absperren. Eine Volksversammlung wird am 3. April in Rendsburg neben den Ständen tagen, um die Volkswünsche zu hinterbringen.

Google

Nach der „Hamburger Börsenhalle" vom 31. März wären die neuen dänischen Minister Orla Lehmann und Graf Knuth auf einem Dampfboot in Rostock eingetroffen, um unverweilt nach Berlin zu eilen.

Der Advocat Lehse ist am 1. April von seiner Sendung nach Berlin mit der Zusage zurückgekehrt, daß möglichst rasch 6 Bataillone Infanterie 3 Regimenter Cavallerie und 3 Batterien von der preußischen Regierung zur Disposition der provisorischen Regierung gestellt werden würden.

In Stade wird Artillerie für Schleswig-Holstein gerüstet. — Das Studenten- und Turnercorps hat sich von Apenrade, wo die Dänen stehen und sich täglich verstärken, bis gegen Flensburg zurückgezogen.

Freie Städte.

Frankfurt, 3. April. Auf dem Hundsrück herrscht nach Reiseberichten eine Gesetzlosigkeit, wie nirgends in Deutschland. Das Proletariat ist Meister und alle ihm nicht Gehorchenden müssen flüchten. (D. const. Z.)

Braunschweig.

Aus Braunschweig, 30. März. Das Grenzzollamt an der Ammener Straße und das Zollamtsgebäude unter der Halle wurden zerstört, — Im Braunschweigischen wird alles Wild außer den Wildparken niedergeschossen. — Wegen der Bauernunruhen in der Wesergegend ist ein Infanteriebataillon von hier aufgebrochen. (Nordd. Bl.)

Hannover.

Göttingen, 31. März. Unsere Stadt erwartet die Aufhebung der Adelskammer und ein neues Wahlgesetz um dann im ordnungsmäßigem Wege die Bedürfnisse des Landes zu befriedigen. — Aus der Umgegend treffen täglich flüchtige Beamte, Amtleute, Bürgermeister, Rentmeister, Obervoigte ein, die sich den Haß ihrer bisherigen Untergebenen zugezogen haben. Auch der Adel der Umgegend sucht bei uns vielfach Zuflucht, um mit den Bauern schriftlich oder durch Unterhändler ein Abkommen zu schließen. Graf Hardenberg läßt sich durch Militärmacht gegen seine hungerigen Bauern schützen, ohne das geringste nachgegeben zu haben. So hat Regierungsrath Lüder, der Pächter des Klosters Wende, Cuirassiere herangezogen. (A. Z.)

Oesterreich.

Wien, 3. April. Baron v. Krauß ist zum Finanzminister ernannt. Zanini ist Kriegsminister, der erste Mann bürgerlichen Standes, der erste Mann bürgerlichen Standes, der in Oesterreich eine Ministerstelle erhält. — Aus Bosnien wird eine allgemeine Erhebung der christlichen Bevölkerung gemeldet. (A. Z.)

Triest, 1. April. Auf unserer heutigen Verkaufsliste figuriren nur fünf Artikel, und diese mit äußerst geringfügiger Quantität. Das von der Gesellschaft des Lloyd vor vier Tagen nach Venedig gesandte Dampfboot ist noch nicht zurückgekommen. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Am 31. März traf Erzherzog Stephan in Preßburg mit der Zurücknahme der königl. Resolution ein. Jubel und Erleuchtung der Stadt.

Schweiz.

Von der nördlichen Schweizergrenze, 3. April. Berichten aus Bern zufolge hat der Vorort an die Kantonsregierungen die Weisung erlassen, daß alle bewaffneten Versammlungen der Deutschen, sowie jeder bewaffnete Zug nach Deutschland von unserm Gebiete aus nachdrücklich zu verhindern seyen. Es ist nun auch von der Aufstellung eines Truppencorps an der graubündischen Gränze die Rede. — Von radicalen Blättern wird darauf gedrungen, daß die gegenwärtige Bewegung in der Lombardei dazu benutzt werde das Veltlin mit Chiavenna und Bormio, auf dessen Besitz die Schweiz seit 30 Jahren unausgesetzt gegenüber der österreichischen Incameration ihre Ansprüche geltend gemacht, wieder zu erlangen. „Es gäbe dieß einen schönen Kanton mit 100,000 Seelen." (A. Z.)

Italien.

Die Mailänder Regierung, welche am 30. März die Juden emancipirte, erklärte am 31. März, es haben jetzt alle lombardischen Städte sich an sie angeschlossen, und haben ernannt oder werden binnen kurzem ernennen Repräsentanten, welche in der provisorischen Regierung sitzen werden. Auch Padua und Modena sind mit der Mailänder Regierung in Correspondenz getreten um zu berathen wie Italiens Einheit zu sichern und zu befestigen sey. Karl Albert war am 30. mit 12,000 Mann in Lodi eingerückt, wo er noch am 31. Morgens war. In Parma ist zwischen dem noch keineswegs von dort entfernten Herzog und seinem Volke für den Augenblick Versöhnung eingetreten. In Piacenza, nachdem die Oesterreicher am 26. abgezogen waren, erhob sich sogleich der Ruf: „nieder mit dem Herzog", und würde eine provisorische Regierung eingesetzt.

Das Mailänder Bulletin vom 1. April früh lautet: Die Vorhut des piemontesischen Heeres, von dem bereits ungefähr 40,000 Mann den Ticin überschritten haben, stand am 31. März unter General Trotti in Crema; am 1. April muß der Kern des Heeres unter dem König selbst in Crema eintreffen. Das Bulletin vom 1. April Abends sagt: die Oesterreicher seyen 4 Miglien jenseits Brescia über St. Eufemia hinaus; vom 2. April: Gestern bewegte sich Radetzki mit 6000 Mann von Montechiaro über Desenzano nach Verona; voran gingen ihm Commissäre, welche überall zur Auflösung der Nationalgarde u. s. w. aufforderten. In Verona werden sich 22,000 in Peschiera 2500 Mann sammeln. (A. Z.)

Nach officiellen Berichten aus Genua vom 23. März l. Js. hat daselbst ein Pöbelhaufen vom k. k. Consulat das österreichische Wappen herab gerissen und durch die Straßen geschleift, ohne daß die Behörden dieses sträfliche Beginnen gehindert hätten. Der k. k. Generalconsulatsverweser hat hierauf seine Pässe gefordert.

Nach Briefen aus Rom, hatte der Papst die Entfernung der Jesuiten zugesagt; dort wie in allen Städten und Ländern dauerten die kriegerischen Rüstungen und Auszüge nach der Lombardei fort. Aus Venedig vom 31. März schreibt man, daß ein Corps Romagnolen in Vicenza eingerückt und daß die Brescianer dem Marschall Radetzki eine Schlappe beigebracht hätten. (A. Z.)

Neapel, 29. März. In Palermo ist das Generalparlament am 25. unter großen Feierlichkeiten eröffnet worden. Ruggiero Settimo ist provisorischer Regent Siciliens. Gegen die Bourbons ist man feindlich gesinnt, und viele werden Ferdinand II. für abgesetzt erklären. (A. Z.)

Spanien.

Der Madrider Volksaufstandversuch v. 26. März hat viele Verwundete und 12 Leichen gemacht. — Die constitutionellen Garantien sind im ganzen Lande suspendirt.

Frankreich.

Der bescheidene Volkssänger Béranger hat für die Ehre, unter die Volksvertreter von Paris gewählt zu seyn, gedankt; er, der Prophet seiner vaterländischen Geschicke, will in seiner Einsamkeit treu harren zu Ende. (Glücklicher Geist!) — Eine Anzahl Russen in Paris protestirt gegen Nicolaus, der die europäische Civilisation bekriegen will. — Die sich rasch folgenden Fallimente von Handels- und Gewerbshäusern sind nicht mehr zu zählen. — Schon stellen sich in reichen Familien Arbeiter mit nackten Geldforderungen ein.

Großbritannien.

Am 1. April brachte im Unterhaus der Kriegsminister Fox Maule das Armee-Budget ein. Sein Antrag: das Landheer Englands und seiner überseeischen Besitzung, ausgenommen die Truppen der ostindischen Gesellschaft, auf 113,847 Mann festzustellen, ging nach einigem Kampf mit Mehrheit von 254 Stimmen durch. (Die lachenden Lords werden auch ernster.) Die Einkommensteuerbill zum drittenmal gelesen ging sonach durch's Haus. — Am 30. März wurde von den in der Themsestadt lebenden Deutschen eine Adresse an die Volksvertreter in Frankfurt beschlossen und entworfen. — Die Chartisten werden unruhig und drohen mit Gewalt.

Dänemark.

Kopenhagen, 29. März. Der König von Dänemark hat heute einen dringenden Aufruf an seine holsteinischen Unterthanen zur Rückkehr zum Gehorsam und zur Treue erlassen. Bald werde er an den Grenzen des Königreichs stehen. Sie sollen eine Botschaft des Friedens und der Unterwerfung an ihn ergehen lassen, und was er versprochen habe, stehe in voller Kraft.

(Nordd. Bl.)

Börse.

Wien, 3. April. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 64; zu 4pCt. in CM. 32; zu 3pCt. in CM. 32; Bankactien per Stück 760; Nordbahn 70.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Freitag den 7. April: „Dorf und Stadt," Schauspiel v. Charlotte Birch-Pfeiffer.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Graf Cambearzano v. Turin; Prinz Friedrich und v. Neubronn, Hauptmann aus Baden.

Gold. Hirsch. HH. Bossetti, Padrani und Nevadin, Privatiers v. Triest.

Gold. Hahn. HH. Sinz, Bürgermeister, Holzmann, Stadtschreiber, und Unger, Magistratsrath v. Pfaffenhofen; v. Fischer und v. Theman, Rentiers v. Wien.

Gold. Kreuz. HH. Fürst, Oberappellationsgerichtsrath v. Neuburg; Meier, Privatier v. Wien; Sieber, Privatier aus der Schweiz; Mdm. Müller, Privatiere von Salzburg.

Blaue Traube. HH. Zeltmann, Benefiziat v. Pfarrkirchen; Dr. Fischer und Frhr. v. Herrmann v. Augsburg; Bar. v. Drechsel, Posthalter v. Nürnberg.

Stachusgarten. HH. Mayer, Pferdehändler v. Laugheim; Bach, Schulverweser v. Gansheim; Mdm. Reiner v. Augsburg.

Gestorbene in München.

Alois Hofmann, Auditoriatsactuar v. h., 40 J. alt; Anastasia S.....ß, Bedientenswittwe v. Hözerrain, Landg. Wolfratshausen, 72 J. alt; Clara v. Pettenkofer, k. Generalzolladministrationsrathswittwe v. h., 69 J. alt; Paul Wolfsleben, Schneidergesell v. hier, 25 J. alt; Franz Xaver Haas, Bräuknecht v. Graderdorf, Landg. Hengersberg, 46 J. alt; Karolina Semmer, Stickerin von der Au, 34 J. alt; Jacob Frhr. v. Washington, k. Kämmerer u. Generallieutenant rc., 70 J. alt.

Pfandauslösung und Versteigerung.

2353. (3b) Donnerstag den 27. April 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat März 1847 und zwar von:

Nr. 44,716 bis 53,524.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Dienstag den 2. Mai öffentliche Versteigerung.

München, den 31. März 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt I. der Stadt München.

L. Negrioli, Magistratsrath.

Hannes, Cassier. v. Zech, Controleur

Bekanntmachung.

2363. (3a) Das Bad- und Tafernwirthschafts-Anwesen zu Petersbrunn mit den dazu gehörigen Gerechtsamen, den Feld- und Wiesengründen soll herrschaftlicher Anordnung zu Folge vom 1. Mai l. Js. an der Verpachtung unterstellt werden. Bemerkt wird, daß das Bad vollständig neu hergerichtet und möblirt wurde.

Verpachtungstermin wird auf den 25. April l. Js. Vormittags 9 — 12 Uhr dahier anberaumt, und können die näheren Bedingungen in der Zwischenzeit täglich hierorts eingesehen werden. Die Genehmigung gräflicher Herrschaft bleibt vorbehalten.

Den 1. April 1848.

Gräflich Waldbott-Bassenheim'sche Rentenverwaltung Leutstetten.

Prem.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 90.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend | XLIX. Jahrgang. | 8. April 1848.

Deutschland.

Bei der am 4. April erfolgten Eröffnung des Ergebnisses der Ausschußwahlen waren kaum über 150 Volksmänner noch zugegen. Troß dem gestrigen Schluß der Verhandlungen ward noch beschlossen: daß bei Wahl-Ablehnungen in den Ausschuß der oder die einrücken sollen, die nächst den 50 Gewählten die meisten Stimmen haben. Da Wilhelmi wegen Berufsgeschäften abgelehnt, so tritt Hecker (mit 171 Stimmen) ein. — Hinsichtlich des Parlaments soll vorläufig entschieden seyn, daß sich dasselbe in der Paulskirche versammle, die Commission und Ausschüße aber im Stadtgerichtsgebäude.

Von denen, welche bei Wahl des Fünfziger-Ausschusses außer den 50 noch eine bedeutende Stimmenanzahl erhielten, führen wir neben den gestern Erwähnten noch an: Rießer aus Hamburg, Eisenstuck aus Sachsen, d'Ester aus Köln, Wurm aus Hamburg, Hepp aus Rheinpreußen, Riedl aus Bayern, Wigard aus Dresden, Detering aus Hannover, Plange aus Preußen, Ronge aus Preußen, von Diemar aus Württemberg, Hildebrand aus Marburg, Peter aus Baden, Bürgers aus Köln, Schlöffel aus Breslau, Pelz aus Rheinpreußen, Junghanns II. aus Baden, Titus aus Bayern, Fürst aus Posen, Wuttke aus Leipzig, Depener aus Dessau, Nobl aus Preußen, Pelz aus Preußen, Haustein aus Sachsen, Wiedemann aus Bayern, Schmitz aus Preußen, Prell aus Bayern, Christmann aus Rheinbayern, Mohr aus Rheinhessen.

Frankfurt, 5. April. Die erste Sitzung des permanenten Ausschusses fand heute im Kaisersaal des Römers von 4 bis 6¾ Uhr statt. Die Oeffentlichkeit der Sitzungen wurde als Regel aufgestellt, ebenso auch der Druck der Protokolle (auf Verlangen von drei Mitgliedern sollen sogar die Stenographenberichte veröffentlicht werden). Hinsichtlich der Vertretung Oesterreichs wurde der Antrag der Commission (Wiesner) noch neun Mitglieder einzuberufen, und ihre Wahl den Magistraten der Provinzhauptstädte zu überlassen, nicht angenommen, vielmehr beschlossen sechs Abgeordnete selbst zu wählen, und zwar: Andrian, Palazky, Barth, v. Schwarzer, Dr. Schuler und Schuselka. Im Fall der Verhinderung sollen diese einen freisinnigen Stellvertreter senden. (Die Sitzungen werden nicht im Bundespalast, sondern im Saal der Frankfurter gesetzgebenden Versammlung gehalten werden.) (A. Z.)

Frankfurt, 6. April. Der Fünfziger Ausschuß fordert die von Frankfurt abgereisten Mitglieder auf, sich umgehend gegen das Präsidium zu erklären, ob sie die auf sie gefallene Wahl annehmen und sich für diesen Fall sofort in Frankfurt einfinden zu wollen. Bei der Dringlichkeit der Verhältnisse werden sie es einer Nichtannahme gleichachten, falls die Erklärung nicht in kürzester Zeit eingehen sollte, und demzufolge die gewählten Ersatzmänner einberufen.

Die Männer „des Vertrauens" am Bundestage haben ihre vorbereitenden Arbeiten begonnen; Hr. M. v. Gagern aus Wiesbaden ist zum Präsidenten, Hr. Bassermann zu dessen Stellvertreter gewählt worden.

Der Austrittsprotest der republicanischen Partei lautete: Die unterzeichneten Mitglieder der Versammlung deutscher Volksrepräsentanten zu Frankfurt haben in deren Ursprunge und in der Art, wie sie verwirklicht worden ist, ein selbstständiges Austreten der Volkssouveränetät erkannt, und haben nur in der Ueberzeugung mitgewirkt, daß darin der Keim eines neuen Staatslebens für Deutschland zu finden sey. Das Programm der Siebenercommission hat sie schon aufgeklärt, daß sich der Bundestag zu Frankfurt dieser Volksrepräsentation bemächtige. Sie trauten der Versammlung zu, daß sie ihren eigenen Charakter zu würdigen wissen, und jedes Einmischen eines vom deutschen Volke mit Verachtung zurückgewiesenen Instituts entschieden ablehnen werde. Demungeachtet hat der Gagernsche Antrag den Charakter der Versammlung aus der Volksrepräsentation in einen, von dem seitherigen Fürstenbundestage genehmigten und mit ihm verbundenen Beirath geändert, und der zu wählende Ausschuß ist nur ein Collegium, das der Wirksamkeit des ehemaligen Bundestages in der öffentlichen Meinung des deutschen Volks neuen Eingang verschaffen soll. Wir haben versucht, diesen unglücklichen Schritt dadurch zu mildern, daß wir durch den von Blum und Andern gestellten Antrag ein Glaubensbekenntniß des Bundestags zu vermitteln suchten, wodurch dessen fortwährender Wirksamkeit und dem volksthümlichen Ansehen des Ausschusses einiges Vertrauen erzeugt werden sollte. Auch dieser Antrag hat die Zustimmung der Mehrheit der Versammlung nicht erhalten. Wir können es daher mit unserer Ueberzeugung und mit unserer Verantwortlichkeit gegen das Volk, welches allein wir vertreten, nicht mehr vereinbar finden, mit dieser Versammlung in ihrer heutigen Richtung zu wirken, erklären vielmehr aufs Entschiedenste, daß wir uns gegen die Wahl und künftige Wirksamkeit eines Ausschusses verwahren, welcher seinen Charakter ändert, und aus Volksrepräsentanten zu Fürstenräthen herabgestiegen ist. Wir verwahren die Rechte des deutschen Volks gegen die Handlungen dieser Versammlung und gegen alle ihre Folgen. Frankfurt a. M. 2. April 1848. (Folgen die Unterschriften.)

Wien, 4. April. Gestern wurden die Bevollmächtigten zur Frankfurter Volksversammlung gewählt: der Bürgerausschuß wählte Buchhändler Gerold, Fabricant Hornboftel, Dr. Alexander Bach; die Universität Prof. Endlicher, Prof. v. Mühlfeld und Dr. Schilling; die hiesigen Stände den Grafen Anton Auersperg (A. Grün) und den Frhrn. v. Andrian (den Verfasser von Oesterreich und seine Zukunft). Nebstdem sollen die Studenten gewählt haben Schuselka, Dr. Fischhof und Jurist Schneider. Ein Theil geht heute, ein anderer morgen ab. — Erzherzog Johann begibt sich ebenfalls morgen nach Frankfurt. (Nachdem die Versammlung vorüber ist; es geht wie mit der bayerischen Kammerzuschrift.) (A. Z.)

Die herrlichen Worte, welche Jordan beidem ihm in Frankfurt gewordenen hochfestlichen Empfange gesprochen, lauten: „Ich hatte diesen Empfang nicht erwartet; ich kenne sehr wohl die Theilnahme des deutschen Volks für mich; sie hat mich getröstet und gestärkt, als ich in der Bedrängniß war. Ich bin erfreut von diesem Empfange; ich habe eine gleiche große Freude, wenn ich an jene Theilnahme zurückdenke. Aber am größten wird meine Freude seyn, wenn das Vertrauen des Volks mir und den mit mir berufenen Männern folgen wird, durch die schwierigen Tage, die uns bevorstehen. Wünsche sind laut geworden, die theils ganz im Reiche der Unmöglichkeit liegen, denn die Gebrechen der Natur und ihre Verhältnisse kann Niemand abschaffen, theils für jetzt unerreichbar sind. Streben wir vor allem nach dem Nächsten, nach dem wirklich Erreichbaren, und laßt uns in Ruhe, in Ordnung den Plan berathen, zu dem Gebäude des deutschen Volksglückes, ehe an das Gebäude, auch nur an den Grund des Gebäudes Hand angelegt wird. Was planlos ist, ist haltlos. Deßhalb gewährt uns Ruhe und Zeit. Ich und die mit mir Berufenen, wir sind nur hier durch das Vertrauen des Volkes; darum bewährt auch dieses Vertrauen, indem ihr uns Ruhe und Zeit gewährt. Es wird behauptet, daß kein Vertrauen zu den deutschen Fürsten stattfinden könne. Gut, man mag dies zugeben. Aber was gedeihen soll, das muß wachsen; das kann nicht urplötzlich aus dem Boden hervorschießen. Es gibt keinen Sprung in der Natur und keinen in der Geschichte; es gibt keine Republik ohne Republicaner. Wie aber zur Tugend der Vorsatz allein nicht genügt, so auch zur Republik. Schwer rächt die Geschichte, die unvermeidbare Vergelterin des Guten wie des Bösen, den Frevel; hüten wir uns darum, der Bahn Derer zu folgen, die uns verfolgt haben. Wenn wir mit der Verfolgung anfangen wollen, dann schweige die Freiheit, die Gerechtigkeit, die der Freie und Gerechte Jedem, auch dem Verbrecher gewähren muß; dann laßt uns nicht vorwärts gehen, sondern zurück in die 90er Jahre der französischen Republik; dann laßt uns die Guillotine betrachten, und das Werk das sie erbaut hat und das mit ihr zerfallen ist. Das wollt Ihr nicht; das will das deutsche Volk nicht. Die constitutionelle Freiheit, die wir frisch erobert haben, die laßt erst ihre Früchte tragen! Wenn Ihr wachsam seyd und das seyd Ihr, so werden diese Früchte reifen, und den Samen geben, zu der höchsten und herrlichsten Erscheinung, welche die Geschichte kennen wird, zu der Größe und Freiheit unseres Volkes! Hört mich! Die Worte, die ich zu Euch rede, sind die Worte des Besten und Trefflichsten aller Völker, des Christus von Nazareth: „Verzeiht Euern Feinden!" Wer kann Euch den Sieg entreißen, wenn Ihr die größte That verrichtet, die je geschehen, wenn Ihr verzeiht! Die Luft die uns umweht, ist die Luft des Freiheitsfrühlings; das deutsche Volk wird sorgen, daß sie in keinen Sturm wird ausarten. Diese Luft hat mich gestärkt, wie sehr ich auch gelitten, daß ich mich kräftig fühle, mitzubauen an dem Werke, dessen Grundplan jetzt in Frankfurt berathen werden soll, wenn keine Störung uns aufhält. Darum Ordnung, Ruhe und Einigkeit, nicht, als ob ich fürchtete, das deutsche Volk, auch nur Einer aus ihm könne ihm und uns und sich selbst untreu werden; sondern weil ein Ziel, ein einziges uns Allen vorgesteckt ist, über welches auch die glühendste Begeisterung nicht hinausstürzen kann, ohne das Ziel selbst zu verfehlen. Einigkeit, und damit Ruhe und Ordnung, wird Uns aber leicht, wenn wir unsere Brust dem Gefühle der Bruderliebe öffnen. Brüder sind aber alle Deutsche, auch die Fürsten, und Bruderliebe schont auch den Bruder, der es nicht um sie verdient hat. Auch ich bin für republicanische Institutionen im Innern; die sollen und werden wir haben; aber eine Form die unseren Stämmen seit 2 geschichtlichen Jahrtausenden eigen geworden ist, die läßt sich nicht ungestraft in der Hast des Augenblicks zerbrechen. Jedes Recht muß geachtet werden, auch wenn es ein historisches Unrecht ist; darum wollen wir es nicht zertrümmern, sondern reformiren. Was der Augenblick erschafft, das vernichtet er auch wieder. Darum laßt uns an die Dauer denken, was für die Zukunft dauern soll, das muß eine feste Gegenwart, eine gediegene Wirklichkeit zu seinem Grunde haben, und keinen Wunsch der Begeisterung. Vergessen

wir die schwarze Nacht des Druckes, die hinter uns liegt; lassen wir uns nicht durch das Roth des Blutkampfes, sondern durch das Roth des tagenden Freiheitsmorgens hinüber gehen zu dem Golde gediegener Rechtszustände. **Das wahre Recht, das natürliche Rechtsgefühl wurzelt aber in der Liebe nicht blos gegen die Völker auch gegen den Einzelnen. Die Bruderliebe hoch!"**

Bayern.

Landtag.

München, 8. April. (**Kammer der Abgeordneten.**) **Tagesordnung für die auf heute um 9 Uhr angesetzte V. öffentliche Sitzung.** 1. Verlesung des Protokolls der IV. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Bekanntmachung der Uebersicht der gewählten Ausschüße. — 4. Vortrag des Referenten im III. Ausschuß über den Gesetzentwurf: „die Zahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung aus der Pfalz betreffend." — 5. Vortrag des Secretärs des Petitionsausschusses über die geprüften Anträge der Abgeordneten; Berathung und Schlußfassung über die Zuläßigkeit der von dem Ausschusse zur Vorlage an die Kammer der Abgeordneten geeignet befundenen Anträge. — 6. Vortrag des Referenten im I. Ausschuß über den Gesetzentwurf: „die Amnestirung betreffend."

München, 8. April. Verzeichniß der VI. Ausschüsse der **Kammer der Abgeordneten.** I. Ausschuß: die HH. v. Habermann, Dr. Edel, Frhr. v. Closen, Dekan Deininger, Stockinger, Schäfer, v. Scheurl, Zenger, Engelhard; Vorstand: Closen; Secretär: Edel. — II. Ausschuß: die HH. Dekan Vogel, Frhr. v. Rotenhan, Neuffer, Langguth, Fischer, Graf Hegnenberg-Dux, Brunck, Dr. Schwindl, Frhr. v. Schäzler; Vorstand: Fischer; Secretär: Vogel. — III. Ausschuß: die HH. Dr. Edel, Rabl, Kolb (Gottfried), Dekan Bauer, Dr. Schwindl, Schlund, Frhr. v. Lindenfels, Rath. W. Eser, Zeyer; Vorstand: Schwindl; Secretär: Lindenfels. — IV. Ausschuß: die HH. Keim, Schwager, Bestelmeyer, Graf v. Geldern, Frhr. v. Fraunhofen, Sattler, Unterberger; Vorstand: Sattler; Secretär: Fraunhofen. — V. Ausschuß: die HH. Dekan Förch, Dekan Göz, Frhr. v. Künsberg, Schneßer, Dr. Rammoser, v. Scheurl, Eyrelsheim; Vorstand: Förch; Secretär: Göz. — VI. Ausschuß: die HH. Dr. Kirchgeßner (I. Präsident der Kammer der Abgeordneten), in dessen Verhinderung Dr. Müller (II. Präsident der Kammer der Abgeordneten), Edel, (Ersatzmann Zenger), Hegnenberg-Dux, (Ersatzmann Schäzler), Zeyer, (Ersatzmann Schäzler), Unterberger, Künsberg; Vorstand: Unterberger; Secretär: Hegnenberg-Dux.

Wir tragen hiemit das Votum nach, welches der Abg. Prof. Dr. **Edel** in der Sitzung der **Kammer der Abgeordneten** über Ziffer 8. der Adresse abgegeben. Es lautet vollständig also: Der Satz, um welchen es sich handelt, ist einer von denen, welchen ich am allerfreudigsten meine Zustimmung gegeben, denn das Princip der Freiheit des Gewissens und des Cultus ist eine einige unwidersprechliche Wahrheit. Ohne Religionsfreiheit ist keine wahre Gewissensfreiheit möglich. Die Gewissens- und Religionsfreiheit entspricht ganz dem Geiste des Christenthums. Als die christliche Urkirche im Drucke war, haben die Christen dasselbe Princip gestellt, dieselbe Toleranz gefordert, und dem Heidenthum die Ungerechtigkeit des Gewissensdruckes bewiesen. Leider hat die Kirche, zur siegenden geworden, diese Consequenz nicht behauptet; denn es geschieht oft, daß eine Wahrheit, die man im Drucke erkannt hat, im Siege vergessen wird. Der welthistorische Irrthum einer Staatskirche hat sich Jahrtausende hindurch fortgepflanzt, hat viele blutige Blätter in der Weltgeschichte beschrieben, hat langsam dem Siege der Toleranz Platz gemacht und auch hier bei den Fortschritten dieses Sieges hat es lang gedauert, bis eine totale Entscheidung gewonnen worden ist. Verschiedene Kobolde haben den alten Schatz zu wahren gesucht. Zu diesen Kobolden gehört die Unterscheidung zwischen Gewissens- und Religionsfreiheit, zwischen Gewährung privatbürgerlicher und politischer Rechte und der Distinctionen, die man auf das Recht der Hausandacht, zum Privatgottesdienst und öffentlichen Gottesdienst mit corrupten Rechten gemacht hat. Es ist Zeit, daß diesen Irrthümern vollständig ein Ende gemacht werde, und die Toleranz mit allen ihren Folgen den Sieg feiere in diesem Jahrhundert. M. H. Durch den Satz, den Sie unterschreiben, wird ein wichtiger Grundstein im bisherigen Staatskirchenrechte ausfallen. Diesem Steine müssen noch viele andere Steine nachfolgen. Wir, — ich verstehe unter diesem Wir Diejenigen, die gleich mir noch glauben, daß die Lebenskraft des Christenthums noch nicht erstorben ist, — wir fordern auch für die alten, in der welthistorischen Strömung bedeutend gewordenen Gesellschaften dasselbe Recht, welches die neue Zeit für die neu zu beginnende postulirt. In einer früheren Ständeversammlung habe ich das Wort ausgesprochen, es werden die Kirchengesellschaften die Vorrechte, die sie vom Staate haben, aufgeben; sie werden herabsteigen in die Reihe der Privatgesellschaften und sich unter dem Schutze des Privatrechtes besser befinden, als ausgerüstet mit den Rechten öffentlicher Corporationen. Man sagte damals, die Zeit ist noch nicht da, eine solche Kirchenfreiheit kann nur neben andern freisinnigen Institutionen bestehen; heute ist die Zeit gekommen, ist die Zeit da, wo auch die Kirchengesellschaften ihre volle Freiheit wieder erlangen können, wieder erlangen müssen. Man wende dieselben Principien, die wir außerdem im Leben begehren, auch auf diese an. Wir fordern freies Associationsrecht für alle erlaubten Zwecke selbst für politische, folglich auch für kirchliche Zwecke. Ist die Presse frei, darf der Deutschkatholik, der jüdische Rabbi durch sie frei zu seiner Gemeinde sprechen, warum soll der katholische Priester, wenn er schriftlich seiner Gemeinde ein Wort mitzutheilen hat, von der allerhöchsten Censurbehörde die Erlaubniß holen müssen? — Alle Corporationen erstreben freie Verwaltung ihres Vermögens, Aufhebung der unnöthigen, polizeilichen Bevormundung, dasselbe Recht werden auch kirchliche Corporationen begehren müssen: denn der Staatsschutz, die Staatsvortheile, sie sind nicht umsonst gewährt worden und eine Masse von Bestimmungen des II. Edicts gibt hievon Zeugniß. Deßhalb, was hier wie außerdem den freisinnigen Ideen erstreben, das muß auch angewendet werden auf das künftige Staatskirchenrecht. Die Regierung hat uns einen Gesetzesentwurf angekündigt, über eine oberste Kirchenbehörde der Juden. Ueber dieses Gesetz möge der hohe Rath zu Jerusalem deliberiren, nicht unsere Kammer. Jede Confession, auch die Juden, mögen ihre Kirchenbehörden ordnen, wie sie wollen; wir mögen uns nur befassen mit dem Rechtsstande der verschiedenen Confessionen im Staate; wir wollen ihnen Gewissensfreiheit geben und bei gleicher Behandlung Aller sie gleich stellen vor Recht und Gesetz. (Großer Beifall.)

---

†† München, 7. April. Nach allerhöchstem Rescript wurde die erledigte Bezirksrichterstelle zu Frankenthal dem bisherigen Substituten des Staatsprocurator zu Landau Eduard **Lang** verliehen, und die am genannten Bezirksgericht offene Präsidentenstelle dem bisherigen Staatsprocurator daselbst, Jacob **Orth**. Der Rentbeamte Christ. Phil. **Schoepf** zu Höchstädt ist im Hinblick auf §. 22 lit. D. der IX. Verfassungsbeilage unter dem Ausdruck allerhöchster Zufriedenheit mit seinen langjährigen treugeleisteten Diensten seinem Ansuchen gemäß für immer in Ruhestand versetzt.

München. (**Aus dem Armeebefehl.**) Ernannt wurde zum Chef der Revisionsabtheilung der 6. Kriegsministerial-Section: Der Generalmajor und Commandant der Haupt- und Residenzstadt München Joh. v. Kunst, mit Generallieutenants-Charakter; zum Vorstand des Armee-Monturdepots: der Oberst Fr. Bedall des Inf.-Reg. Gumppenberg mit Generalmajorscharakter; zum Oberzeugwart: der Hauptmann Fr. Schönfeßl vom Art.-Reg. Prinz Luitpold, bei der Zeughausverwaltung Augsburg, mit Majors-Charakter. Befördert wurden zu Obersten: die Oberstlieutenants Heinr. Delpy von La Roche, Hofmarschall Sr. königl. Hoh. des Prinzen Luitpold, und Ant. von der Mark, Adjutant Sr. königl. Hoh. des Feldmarschalls Prinzen Carl von Bayern im Generalquartiermeisterstab, Adam Frhr. v. Harold vom 4. Jäger-Bataillon im Inf.-Reg. Prinz Carl, Carl Winther vom 2. Jäger-Bataillon im Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen, Gottfried Peller von Schoppershof im Inf.-Reg. König, Heinrich v. Dufresne im Inf.-Reg. König Otto von Griechenland, Wolfg. v. Ott vom Inf.-Reg. Wrede im Inf.-Reg. Seckendorff, Jak. Ermarth vom Inf.-Reg. Zandt, Referent im Kriegsministerium, im Inf.-Reg. Kronprinz, Joseph Naus im Inf.-Reg. Ysenburg, Karl Krazeisen vom 1. Jäger-Bataillon im Inf.-Reg. Gumppenberg, Jos. Weniger vom Inf.-Reg. Prinz Karl im Inf.-Reg. Erbgroßherzog von Hessen, Karl v. Hailbronner vom Chevauxl.-Reg. König im Chevauxl.-Reg. Leiningen, Paul v. Stetten im Chevauxl.-Reg. Herzog v. Leuchtenberg, Karl Bienenthal vom Cuirassier-Reg. Prinz Adalbert im Chevauxl.-Reg. Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg, Friedr. Frhr. v. Völderndorff u. Waradein vom Chevauxl.-Reg. Herzog Maximilian im Chevauxl.-Reg. König, Joh. Fels im Chevauxl.-Reg. Taxis, Vincenz Achner, bei der Zeughaushauptdirection als Vorstand, Baptist Noppelt vom Art.-Reg. Prinz Luitpold im Art.-Reg. Zoller, und Ludwig Lüder vom Genie-Bataillon im Ingenieur-Corps mit Beibehalt des Commandos über das genannte Bataillon. (Fortsetzung folgt.)

(München, 8. April. Morgen Sonntag Vormittags 9 Uhr werden sich die 5 Compagnien des Künstler-Freicorps auf dem Dultplatz versammeln, alsdann werden Se. Maj. der König geruhen, die Inspicirung derselben vorzunehmen. — Heute Morgen 6 Uhr ging eine Abtheilung der Mannschaft des Regiments Kronprinz und um 11 Uhr eine gleiche des Regiments König den bereits abgegangenen Bataillonen nach und wurden je mit betreffendem Musikcorps an den Bahnhof geleitet.

Die „deutsche constitutionelle Zeitung" schreibt sehr treffend, daß man ihr vollkommen beistimmen muß, also: „Schnell eine bayerische Notablenversammlung neben der ältern Notablenversammlung der Stände in München und dann deutsche Parlamentswahlordnung und Reform unserer eigenen Vertretung und Wahlordnung. Ruit enim ferox aetas!

= Vom Mittelleck, 1. April. Dem Vernehmen nach ist der von Berabeuern vertriebene Pfarrer auf eine das Vorgefallene mit großem Schmerz beklagende Einladung der dortigen Gemeindeverwaltung in seine Pfarrei zurückgekehrt. Die ihm auf herzliche Weise angebotene Einführung durch den Hrn. Generalvicar **Mätzler** glaubte er dankend ablehnen zu können, so wie er auch die ihm in Neubeuern zu Theil gewordenen Warnungen vor der Rache seiner unversöhnlichen Feinde nicht beachten zu dürfen meinte. Er hat seine Functionen wieder angetreten, nachdem er aufs entschiedenste die von seinen Gegnern gestellte Bedingung zurückgewiesen, welche darin bestand, daß sie ihn in Ruhe lassen wollen, „wenn er so bald als möglich sich um eine andere Pfarrei bewerbe. — Gegen den famosen Artikel eines Münchner Blattes, in welchem jene gewaltsame Vertreibung ein „energischer Auftritt" genannt wurde, ist eine Erklärung der Gemeindeverwaltung abgegangen, welche jede Betheiligung an dem Attentate von sich weist, und alle übrigen Behauptungen des besagten Artikels als **Lüge** und **Verleumdung** bezeichnet.

Augsburg, 7. April. In einer gestrigen Bürgerversammlung wurde folgende Erklärung beschlossen: „In Folge einer öffentlichen Demonstration roher Gewalt, welche am Dienstag den 4. April d. J. an dem Journalisten und Mitarbeiter an der deutschen constitutionellen Zeitung Hrn. Fenner v. Fenneberg verübt wurde,*) versammelten sich am 6. d. M. die Unterzeichneten und erklären diese Demonstration als eine arge Verletzung jedes Rechtsbegriffs, welche nicht nur die Existenz der freien Presse augenfällig gefährdet, sondern auch in ihren Folgen der Anarchie Thür und Thor öffnet und jede Errungenschaft der neuen Zeit in ihren segensvollen Wirkungen in Frage stellt. Indem die Unterzeichneten ihren Abscheu vor jeder Gewaltthat hiemit auf das feierlichste erklären, halten sie es für heilige Pflicht wie für die Erhaltung der öffentlichen Ruhe, so auch für die Sicherheit der freien Presse einzustehen wie Ein Mann und werden ähnlichen Auftritten für die Zukunft mit Energie zu begegnen wissen. (Folgen die Unterschriften, etwa 3—400.)

Ronge ist von der deutsch-katholischen Gemeinde zu Frankenthal eingeladen, am nächsten Sonntage dort den ersten Gottesdienst zu halten.

---

*) Der verdiente geistvolle Schriftsteller hatte durch einen Aufsatz in der „Deutschen constitutionellen Zeitung", deren Mitarbeiter er ist, militärische Beschränktheit und Vorurtheile gegen sich heraufbeschworen. Diese scheinen den Umstand, daß er letzten Dienstag bei Aufhissung der deutschen Fahne über'm Rathhaus aus Uebersehen im Augenblicke, wo alles die Häupter entblößte, bedeckt blieb, benutzt zu haben, um die allzeit scandalbereite Menge zu einer öffentlichen Demonstration zu vermögen. Man forderte sogar, der Schriftsteller solle aus Augsburg gewiesen werden.

Württemberg.

Am 4. April hat sich unter Vorsitz von Dr. Scherr ein politischer Club mit demokratischer Tendenz gebildet. Jeder an Volk und Vaterland sich haltende ist Mitglied.

Sicherem Vernehmen nach ist im Hinblick auf die gegenwärtigen Zeitverhältnisse durch Beschluß des Bundestages die Besetzung der Bundesfestung Ulm verfügt worden. Gemäß des bestehenden Reglements für diese Bundesfestung wird die Besatzung derselben zum Theil von der k. österreichischen Regierung gegeben und werden daher in kurzer Zeit eine Artillerieabtheilung von 300 Mann und ungefähr 3300 Mann Infanterie in die Bundesfestung einrücken. Auch kann der Fall eintreten, daß ein Durchmarsch von österreichischen Truppen zur Besetzung der Bundesfestung Rastatt durch einzelne Theile des Landes in der nächsten Zeit erfolgen wird. (Schw. Mkr.)

Ludwigsburg, 5. April. Gestern Vormittag ist der Rest des 2. Reiter-Regiments, und heute Mittag 1 Uhr sind zwei Compagnien des 7. Infanterie-Regiments wieder hier eingerückt. Eine Batterie bayerischer Artillerie wird auf der Eisenbahn von Großsüßen bis Bietigheim transportirt, um in Rheinbayern verwendet zu werden. (L. T.)

Baden.

Karlsruhe, 5. April. (46. Sitzung der II. Kammer.) Der Commissionsantrag: Se. k. Hoh. den Großherzog zu bitten, in Bälde einen Gesetzentwurf über Einführung der Geschwornengerichte in Strafsachen vorlegen zu lassen, wird von der Kammer einstimmig angenommen.

Karlsruhe, 5. April. In Sulzfeld bei Eppingen ward das grundherrlich v. Göler'sche Gebäude von einer bewaffneten Horde gänzlich zerstört. (Militär von Karlsruhe ist hierher gesandt.) Auch die wohlhabenden Bauern in der Umgegend sind bedroht. (Karlsr. Z.)

Mannheim, 3. April. Gestern kam eine Abtheilung bayerischer Truppen, zwei Compagnien des 14. Infanterie-Regiments, zwei Compagnien Artillerie, ohne Kanonen und ein Detachement Jäger hier durch, und marschirte in die Rheinpfalz. Auch bei Oppenheim gehen, wie man hört, bayerische Truppen, namentlich Artillerie mit Geschütz, über den Rhein. — Den 4. April. Diesen Vormittag gingen 2 Schwadronen Dragoner nach dem Oberlande ab, wo wieder verschiedene Unregelmäßigkeiten stattfinden. (Schw. Mkr.)

Kurhessen.

Auf die Nachricht hin, daß der mit dem ersten Beamten abgeschlossene Vertrag von der Gesammtherrschaft verworfen sey, haben die Gemeinden des Frhrl. Riedesel'schen Gerichts Engelrod am 25. v. M. in Lauterbach das Burgschloß und zwei herrschaftliche Häuser in der Stadt mit allem Inhalt zerstört, das Familienarchiv des Frh. v. Riedesel und sämmtliche Acten und Urkunden verbrannt, und eine herrschaftliche Ziegelhütte verwüstet.

Preußen.

Durch allerhöchstes Rescript wird bekannt gemacht, daß bezüglich der durch Bundesbeschluß vom 30. v. M. für alle Bundesstaaten angeordneten Wahlen von Nationalvertretern 113 auf die dem Bunde jetzt angehörigen Provinzen Preußens fallen. Sollten Posen und die Provinz Preußen noch dem Bunde einverleibt werden, so kommen auf Preußen 23, auf Posen 12. Diese Wahlen werden von den einzelnen Provinzen abgesondert, vermittelst absoluter Stimmenmehrheit vollzogen und sind nur auf die Bewohner der betreffenden Provinzen zu richten. Uebrigens sollen keinerlei Wahlbeschränkungen stattfinden.

Der von dem Abg. v. Beckerath verlesene, vom Vereinigten Landtag fast einstimmig angenommene Adreßentwurf lautet: „Ew. königl. Majestät haben uns in einem Augenblick, um sich versammelt, in welchem das deutsche Volk, lange durch Zersplitterung und unsere Zustände gehemmt, sich urkräftig zur Einheit und Freiheit erhebt. Alle Stämme reichen sich die Bruderhand und auch Preußen begehrt nichts größeres als ein lebensvolles Glied zu seyn des ehrwürdigen Ganzen. Lebensvoll macht nur die Freiheit; sie ist dem gesammten deutschen Vaterlande verbürgt durch die sich bildende Volksvertretung beim Bunde; sie ist Preußen verbürgt durch die Institutionen, welche Ew. Majestät als Grundlagen der preußischen Verfassung zugesichert haben, und es durchdringt uns die wir, zum letztenmal versammelt sind, das erhebende Bewußtseyn, daß künftig eine wirkliche Repräsentation des Volkes über die Geschicke des Vaterlandes wachen wird. Noch aber sind wir das gesetzmäßige Organ des Landes und haben in dieser Eigenschaft Pflichten zu erfüllen. Ew. Majestät haben in dem Patent vom 18. März d. J. in dem Aufruf vom 21. und in den Erlassen vom 22sten und 28sten desselben Monats die Zusicherung ertheilt der Repräsentation des Volkes Gesetzentwürfe vorlegen zu lassen über Freiheit der Presse, Sicherstellung der persönlichen Freiheit, freies Vereinigungs- und Versammlungsrecht, Unabhängigkeit des Richterstandes, Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes, der Patrimonialgerichtsbarkeit und der Dominialpolizeigewalt, öffentliche und mündliche Rechtspflege mit Schwurgerichten in Strafsachen und insbesondere für alle politischen und Preßvergehen, gleiche politische und bürgerliche Rechte für alle religiösen Glaubensbekenntnisse, allgemeine Bürgerwehrverfassung mit freier Wahl der Führer, ein volksthümliches auf Urwahlen gegründetes alle Interessen des Volks vertretendes Wahlgesetz, beschließende Mitwirkung der Volksvertretung in der gesammten Gesetzgebung und im Staatshaushalt mit einfacher Majorität, Verantwortlichkeit der Minister, Beeidigung des Heeres auf die Verfassung. Ew. Majestät haben ferner die Mitwirkung Preußens zur Umwandlung des deutschen Staatenbundes in einen Bundesstaat mit wahrhafter Volksvertretung beim Bunde zugesichert. Indem wir diese Zusicherungen hiermit dankbar annehmen, indem wir anerkennen, daß die constitutionelle Monarchie auf der breitesten Grundlage von nun an die Staatsform Preußens seyn wird, steht uns nicht nur unser verfassungsmäßiger Beruf, sondern auch, deß sind wir gewiß, der Wille des Volks zur Seite. Das Volk will, indem es sich zur Freiheit erhebt, nicht brechen mit seiner Geschichte, es ehrt das Königthum, unter welchem Preußen groß geworden ist, es sieht in der constitutionellen Monarchie die sicherste Gewähr der Freiheit, der öffentlichen Wohlfahrt, der Einheit Preußens; es betrachtet sie als nothwendig für die innige Verbindung mit den andern deutschen Bundesstaaten; es erkennt, daß nur unter diesem Banner Deutschland einig dastehen, und die hereinbrechenden Gefahren sein nationales Daseyn und die edle Errungenschaft deutschen Lebens siegreich vertheidigen kann. Deutschland, fest entschlossen, seine eigene Nationalität nach allen Seiten hin zu wahren, will Gerechtigkeit für alle. Wir begrüßen daher freudig den Erlaß Ew. Majestät, welcher dem Großherzogthum Posen eine nationale Reorganisation verheißt. Ew. Majestät haben in einem verhängnißvollen Augenblick einen segensreichen Entschluß gefaßt; es sind Männer in den höchsten Rath der Krone berufen worden, die das Vertrauen des Landes besitzen. Das volksthümliche Wirken der also gekräftigten Staatsgewalt wird das Gefühl der Einheit zwischen der Nation und ihrem Fürsten kräftigen, das Vertrauen in Handel und Gewerbe neu beleben; die Regierung wird der Lage der arbeitenden und gewerbtreibenden Classen in Stadt und Land eine erhöhte Fürsorge widmen, und zugleich auf gesetzlichem Wege dem in manchen Landestheilen eingetretenen gesetzwidrigen Zustand ein Ende machen. Jeder Zwiespalt im Lande schwindet; Volk und Heer sind nicht zweierlei, auf beiden Seiten schlagen Heldenherzen und die heilige Liebe zum Vaterlande verschmelzt sie zu einem unzertrennlichen Ganzen. Ew. Majestät Regierung kann in ihren Bestrebungen, unter den Schwankungen unserer öffentlichen Zustände Ordnung und Gesetz zu handhaben, auf die kräftigste Unterstützung aller guten Bürger rechnen, denn alle erkennen, daß nur Achtung gegen das Gesetz das Vaterland vor der Zerrüttung bewahren, und die neuaufgegangene Blüthe der Freiheit zur schönen Frucht entwickeln kann. Indem wir uns unsere Erklärung über die vorgelegten Gesetzentwürfe, welche zum Theil die oben angeführten Zusicherungen Ew. Majestät betreffen, vorbehalten, verharren wir in tiefster Ehrfurcht Ew. Majestät getreue zum zweiten Vereinigten Landtag versammelten Stände. Berlin, den 2. April 1848."

Berlin, 3. April. Die gestern sogleich ernannten Commissionen zur Berathung der Gesetzentwürfe arbeiten heute schon. Morgen die II. Sitzung. Die vorberathende Versammlung will bezüglich des Wahlgesetzes auch denen das Wahlrecht sichern, die als in fremden Diensten und ohne eigenen Haushalt davon ausgeschlossen. (A. Z.)

In der Sitzung des vereinigten Landtages vom 4. April hat der Minister des Auswärtigen auf Interpellation erklärt: Preußen habe keinen Krieg mit Dänemark; es eile nur zum Schutz von Schleswig-Holstein.

Se. Majestät der König hat dem Consistorialpräsidenten Göschel zu Magdeburg die von ihm nachgesuchte Entlassung aus seinem Amte ertheilt. (A. P. Z.)

Aus Stettin wird berichtet, daß die Dänen Kaperbriefe ausgegeben haben, und daß bereits zwei preußische Schiffe von ihnen genommen seyen. In der Ostsee finden sich englische Kriegsschiffe, und es ist zu erwarten, daß sie zum Schutz der preußischen Schifffahrt operiren werden. In Stettin selbst sieht es ganz kriegerisch aus; die Festungswälle sind theilweise mit Geschütz besetzt, in Swinemünde wird mit der Befestigung begonnen, und so eben rückt die Pionierabtheilung nach dem Städtchen Pölitz, um an der Oder und dem Papenwasser Verschanzungen anzulegen. (Berl. N.)

Schleswig-Holstein.

Rendsburg, 2. April. Die Sendung der dänischen Minister Graf Knuth und Orla Lehmann nach Berlin, um die Absendung preußischer Hilfstruppen zu hintertreiben, war vergeblich. Der König erklärte es müsse bei der ertheilten Marschordre sein Bewenden haben (die in Potsdam garnisonirenden Regimenter Kaiser Franz und Alexander hatten nach der „Spener. Zeitung" am 4. d. Marschordre nach Schleswig.) Die in Apenrade eingerückten Dänen haben von dort vier Magistratsmitglieder gefangen, und nach der jütischen Feste Fridericia abgeführt. (A. Z.)

Rendsburg, 3. April. Heute wurde der erste vereinigte schleswig-holsteinische Landtag eröffnet. — Heute ist ein Antrag der provisorischen Regierung für Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund dorthin abgegangen.

Eine Partie dänisches Militär soll in Sonderburg gelandet seyn. Das preußische Militär ist unterwegs, der hannöversche Stab in Harburg, und die jenseitigen Elbufer werden mit 10,000 M. Hannoverschen, Oldenburger und Braunschweiger Truppen besetzt. (A. M.)

Braunschweig.

Braunschweig, 2. April. Heute ist der Landtag mit großen Feierlichkeiten eröffnet. Der Herzog hielt folgende Thronrede: „Meine HH. Stände! Ich heiße Sie herzlich willkommen, und freue Mich, die Gelegenheit zu haben, den Vertretern des Landes meinen aufrichtigen Dank auszusprechen für die vielen und unzweideutigen Beweise von Anhänglichkeit und Liebe, welche mir in dieser Zeit aus allen Theilen des Landes zugekommen sind. Ich habe Sie so schleunig zu diesem außerordentlichen Landtag berufen, weil Ich, im festen Vertrauen auf die Biederkeit und Besonnenheit der Braunschweiger, nicht länger zögern wollte, dem Lande die wichtigsten politischen Rechte zu verleihen. Die in der Verordnung vom 13. d. Mts. angekündigten Gesetzvorschläge werden Ihnen unverzüglich vorgelegt werden, besonders das Gesetz über die Oeffentlichkeit Ihrer Verhandlungen, und es sind Vorkehrungen getroffen, damit dasselbe nach seiner Annahme sofort in Ausführung gebracht werde. Es hat vielleicht nie einen Zeitpunct gegeben, in welchem einmüthiges und kräftiges Zusammenwirken der Regierungen und Stände eine so dringende Nothwendigkeit gewesen war. Ich wünsche daher eine völlige Beseitigung der bei den Verhandlungen über den Staatshaushalt auf dem letzten ordentlichen Landtag unerledigt gebliebenen Puncte. Mein Staatsministerium ist angewiesen, Ihnen mit ausgleichenden Vorschlägen entgegenzukommen, deren Annahme ich Ihnen empfehle. Lassen Sie uns den großen Bestrebungen für die Freiheit, Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands alle Unsere Kräfte weihen. Lassen Sie Uns den vielleicht kommenden Gefahren mit Ruhe und Entschlossenheit entgegen gehen. Ein äußerer Feind bedroht die nördlichen Grenzen des Bundes, und ein stammverwandtes Land soll wider Recht von Deutschland abgerissen werden. Die Regierungen des nördlichen Deutschlands erkennen die gebieterische Pflicht, in Uebereinstimmung mit der laut ausgesprochenen Ansicht des Volks, einen solchen Angriff nicht zu dulden. Ich werde daher Unseren deutschen Brüdern in Holstein militärische Hilfe gewähren, und erwarte von Ihrer Vaterlandsliebe, daß Sie die erforderlichen Mittel bewilligen. Das große Werk der Regeneration des deutschen Bundes hat bereits begonnen, und Abgeordnete nehmen in Gemeinschaft mit den Bundestagsgesandten an diesen hochwichtigen Arbeiten Antheil. Ich hoffe mit Zuversicht, daß auf diesem Weg die Freiheit, Einheit und Unabhängigkeit unseres gesammten Vaterlandes dauernd und fest

begründet werde. Welche Ereignisse aber auch kommen mögen, Ich sehe getrost der Zukunft entgegen, denn Ich weiß, daß Ich auf Ihren Beistand und auf die treuen Herzen meiner Braunschweiger zählen kann. Sie werden in der Stunde der Gefahr, wenn es gelten sollte, die innere Ruhe oder die Unabhängigkeit Deutschlands zu vertheidigen, sich erheben und eingedenk des ererbten Ruhms Mir folgen zu Kampf und Sieg wie Meinem Vater, dessen glorreiches Andenken in jedem deutschen Herzen lebt. Mögen Ihre Arbeiten zum wahren Heil des Landes gereichen! Später fand große Tafel statt, wozu die Abgeordneten eingeladen waren. Der Herzog brachte folgende Gesundheit aus: „Auf das Wohl meiner getreuen Stände, auf das Wohl des gesammten deutschen Vaterlands."

Freie Städte.

Hamburg, 3. April. Prinz Adalbert von Preußen kam gestern von Berlin hier an, und reiste mit dem ersten Zug auf der Eisenbahn von Altona nach Kiel ab. (A. Z.)

Oesterreich.

Wien, 29. März. Der „Oesterreichische Beobachter" veröffentlicht den Voranschlag der Staatseinnahmen und Ausgaben für das Verwaltungsjahr 1848. Es ergibt sich daraus, daß im Sommer 1847 die laufenden Staatseinnahmen auf 155,722,000 fl. (directe Steuern 47,865,000 fl., indirecte Abgaben 97,870,000 fl., sonstige Einnahmen 9,987,000 fl., veranschlagt waren, und die Staatsausgaben auf 155,805,000 fl., wonach sich ein Deficit von 83,000 fl. ergibt.

Wien, 1. April. Erzherzog Albrecht hat gestern in Gegenwart der sämmtlichen hier anwesenden Generale, dem provisorischen Kriegsminister, Fürsten Hohenlohe, seine Entlassung als Commandirender Niederösterreichs eingereicht. (Oest. Z.)

Wien, 2. April. Se. k. k. Majestät haben Allerhöchstihren Staats- und Conferenz-Minister, Grafen v. Hartig, für den sich ergebenden Fall zur Dienstleistung bei Sr. kaiserl. Hoheit dem durchlauchtigsten Hrn. Erzherzog-Vicekönig des lombardisch-venezianischen Königreichs zu bestimmen, und demselben bis dahin zur Herstellung seiner Gesundheit einen Urlaub zu ertheilen geruht. (Wiener Z.)

Wien, 3. April. Die Studenten haben das neue Preßgesetz dem Feuer übergeben. — Die gegenseitigen Gesandten von Piemont und Oesterreich haben ihre Pässe erhalten. — In Folge der sardinischen Kriegserklärung große Recrutirung: vorderhand mit Ausschluß Ungarns (das 100,000 Mann stellen will [?]) von sämmtlichen Ländern 80—90,000 Mann (ohne Landwehr) auszuheben. Armeeactivbestand sonach 5-600,000 Mann. Morgen gehen die ersten Freiwilligen (5000 Mann), an ihrer Spitze Fürst Friedrich v. Schwarzenberg, nach Italien. — Ein am 1. April unter dem Vorsitz des Grafen Kolowrat abgehaltener Ministerrath hat beschlossen, die Befriedung der Lombardei sofort friedlich einzuleiten, weßhalb sogleich Regierungscommissäre mit den nöthigen Vollmachten und Anweisungen nach Mailand an Feldmarschall Radetzky abgegangen. Guter Eindruck im Publicum. — Graf Kolowrat hat seine Stelle als Ministervorsitzender niedergelegt; für ihn provisorisch Graf Fiquelmont. — Erzherzog Ludwig hat sich von allen Staatsgeschäften für immer zurückgezogen. Oberstkanzler Graf Inzaghi tritt in Ruhestand; der Staatsrath ist aufgelöst. (A. Z.)

Italien.

Chur, 4. April. Die zwei österreichischen Armeecorps unter Radetzky und dem Feldmarschall-Lieutenant d'Aspre haben sich nahe an 60,000 Mann stark an den Ufern des Oglio und bei Verona concentrirt; 80,000 Mann (?) sollen am Isonzo in Friaul gesammelt werden, um sich mit jenen zu vereinigen. Aber auch Italien sammelt seine Kräfte. Das ganze Land vom Po bis zu den tyroler Alpen steht unter den Waffen. Jedes Haus ist eine Festung, alle Dächer und Fenster sind mit Steinen belastet, welche den Feind empfangen sollen. (Schw. Mkr.)

Botzen, 4. April. Die Stellung der österreichischen Truppen in Italien ist nach den jüngsten verlässigen Berichten folgende: das erste Armeecorps zog sich an die Chiese zurück, das zweite unter General d'Aspre hält die Festungen Peschiera, Mantua, Legnago und Verona besetzt. Radetzky weilt in letzterer Stadt. (A. Z.)

Der Großherzog von Toscana hat am 29. bestimmt, zwischen Modena und Reggio (also außerhalb des Toscanischen) ein Operationscorps zu sammeln, „um in Verein mit den päpstlichen und sardinischen Truppen zu handeln." Fivizzano bittet den Großherzog um Einverleibung in das Toscanische. Die provisorische Regierung von Modena gibt Modena unter den Schutz und die Garantie der verbündeten italienischen Fürsten. Außer Piacenza und Pontremoli, in welchem letztern am 27. der Magistrat in Verein mit den angesehensten Bürgern den Leopold von Toscana zum Fürsten ausgerufen hat, ist auch Guastalla von Parma abgefallen. Ein parmesanisches Linienbataillon zieht auf des Herzogs Befehl den Lombarden zu Hülfe. In Genua ist am 31. März die Fürstin Belgiojoso mit 160 neapolitanischen Freiwilligen gegen Oesterreich angekommen. Die provisorische Regierung von Mailand hat die Stempelgebühren erleichtert (29 März,) das Jagdrecht so gut wie allgemein gemacht (28 März) das Kriegscomite aufgelöst und wieder zu einem regelmäßigen Ministerium zusammengesetzt (1 April). Die provisorische Regierung zu Venedig ist von Vicenza, Udine, Treviso, Verona, Friaul, Belluno, Bassano anerkannt. In Friaul trifft die provisorische Regierung Maßregeln zum Widerstand gegen Angriffe von Oesterreich her. (A. Z.)

Von Friaul werden 30,000 Streiter unter General Zucchi erwartet, die Romagnolen, die Piemontesen sollen im Anzug seyn.

Genua, 1. April. 200 Freiwillige aus Neapel sind angekommen. (Schw. Mkr.)

Rom, 28. März. Die Rüstung des Volkes wird auf die kräftigste Weise betrieben. Die Begeisterung ist grenzenlos. Alles strömt zu den Fahnen. Die Gefängnisse sind geöffnet und eine Menge Sträflinge werden in Militärcompagnien gebracht, wo sie indessen unter der strengsten Aufsicht stehen sollen. Der geringste Diebstahl wird mit augenblicklicher Todesstrafe belegt. Alle bis zu 20jähriger Galeerenstrafe Verurtheilten und körperlich zum Kriegsdienst Fähigen werden durch zuerst freiwilligen, jetzt aber gezwungenen Beitritt von ihrer Strafe entbunden. (Schw. Mkr.)

Frankreich.

Paris, 4. April.

Die Republicanisirung aller Verhältnisse dauert fort. So hat der Marineminister verfügt, daß die Marineeleven künftig den republicanischen Namen Marineaspiranten, und die Freiwilligen den: Hilfsaspiranten führen sollen.

Am 2. April hat ein großer Volkszug (republicanisches Fest) nach dem Marsfelde stattgefunden; eine reiche Sammlung ist dabei für den Altar des Vaterlandes erlaufen. — Mehrere hundert Clubbs bestehen; Blanqui, Vorsitz des Hauptclubbs der Reform, ist der Polizeispionerie unter voriger Regierung durch aufgefundene Actenstücke überführt; er hat Pässe fürs Ausland. — Nach Regierungsveröffentlichung wolle man einen Bund zwischen Frankreich und Deutschland für Polen. — In vielen Garnisonen Meutereien. — Blutiger Volkstumult in Lille-Bonne. Von Bordeaux journalistische Verwahrungen gegen die Terroristen und die Dictatur Ledru-Rollins.

Straßburg, 4. April. Schon weilen viele Polen dahier, doch wird die erste größere Colonne aus Paris erst übermorgen in unserer Stadt eintreffen. (A. Z.)

Großbritannien.

Im Unterhaus am 31. März erklärte Lord Palmerston: Ihrer Maj. Regierung habe bei den jetzigen Verwickelungen in Preußen und ganz Norddeutschland keine Maßregeln zum Schutz des britischen Handels in der Ostsee ergriffen, weil sie dieß nicht für nöthig erachte. Der Premier erklärte auch die Sendung des Lord Minto in Italien, und seine dem König von Neapel Sicilien gegenüber geleisteten Dienste für unverfänglich, und ohne allen feindseligen Charakter.

In Irland steht alles auf Empörung, und das Wort Mitchells: „Verkauft Kleider und kauft Waffen", ist das Losungswort; allnächtlich sieht man von den Bergen Feuerzeichen.

Vereinigte Staaten von Nordamerica und Mexico.

Ein neuer Einlauf aus New-York vom 12. März bestätigt die Ratification des Friedensvertrag mit Mexico durch den Senat in Washington und zwar mit einer Stimmenmehrheit von wenigstens $^2/_3$ der Mitglieder. Unter den Gegnern war Hr. Webster. Der Vertrag selbst wurde noch geheim gehalten, soll aber in seinen Grundzügen nicht verändert worden seyn. Ein Correspondent des „Morning Chronicle" sagt: Eine Clausel im Vertrag sieht vor, daß das abgetretene Gebiet, für welches America bekanntlich 15. Millionen Dollars Entschädigung zahlt, „so schnell als möglich" der Union einverleibt werde. Statt dieses Ausdrucks ist der andere gewählt worden: „sobald es der Congreß für recht und schicklich erachten wird." Hr. Calhoun und andere ausgezeichnete Mitglieder sind der Ansicht daß Californien und Neu-Mexico sich unter zwanzig Jahren kaum dazu eignen dürften als Staaten aufgenommen zu werden, bis wohin sie „Territorien" bleiben sollen. Der 32. Breitegrad als Grenzlinie ist vom Senat beibehalten. (Engl. Bl.)

Börse.

Wien, 4. April. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM 68; zu 4pCt. in CM. 55; zu 3pCt. in CM. 32 Bankactien per Stück 790; Nordbahn 71.

Paris, 3. April. 3pCt. 35 Fr. 25 C.; 5pCt. 55 Fr. — C.

London, 1. April. Consols 81$^1/_4$.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag, 9. April: „Don Cäsar von Bazano", Schauspiel mit Gesang. Musik von Ignaz Lachner.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. Richmond, Edelmann aus England; Glorin, Kaufmann von Straßburg; Montigny, Rentier von Paris.

Hôtel Maulik. HH. Baron v. Barner-Caristus Kammerherr aus Dänemark; v. Echel, Privatier v. Triest.

Blaue Traube. HH. Dr. Müller, practischer Arzt von Fuchsmühl; v. Lautner, Lieutenant von Landshut; Dr. Löffler v. Pesth; Roselli, Privatier v. Mantua; Paraluré di Bartolomio, Kaufmann v. Guastalla; Binnenthal, Oberstlieutenant v. Kaufbeuern; Mme. Scotta, Virtuosin, und Mme. Guglielminetti v. Turin.

Stachusgarten. HH. Taubert, Maschinist, und Gallbauer, Oberinspector v. Dresden; Kösterlein, Director v. Weissenhorn.

Gestorbene in München.

Thaddäus Likl, ehemaliger Hoftheaterbilleteur, 69 J. alt; Rosalia Zintgraf, Oelfabrikantenstochter v. h., 17 J. alt; Anton Pirschrolt, Taglöhner v. h., 50 J. alt

2366. In allen Buchhandlungen ist zu haben:

Der vierte Stand und die Monarchie,

von

Fr. Rohmer.

gr. 8. München, G. Franz. brosch. 12 kr.

2367. Das unterfertigte Secretariat macht hiemit bekannt, daß die gedruckten Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten von der diesjährigen zwölften Ständeversammlung, gleich den früheren, um den festgesetzten Preis zu 3 fl. für je 100 Bogen durch die k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition dahier bezogen werden können, woselbst die etwaigen Bestellungen gemacht werden wollen.

München den 6. April 1848.

Das Secretariat der Kammer der Abgeordneten.

Stockinger,
I. Secretär.

Stelle - Gesuch.

2352. (2b) Ein junger Mensch von 20 Jahren, welcher eine schnelle und correcte Handschrift schreibt, längere Zeit beim k. Kreis- und Stadtgericht München practicirte und ausgezeichnete Zeugnisse nachweisen kann, sucht Beschäftigung im Schreiben und kann sogleich eintreten. D. Uebr.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 91.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir, Kaufinger-Gasse Nr. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige ist halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 7 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr.

Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonntag — XLIX. Jahrgang. — 9. April 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 4. April (10 Uhr Morgens.) Die Gesammtzahl der Mitglieder der hier vereinigt gewesenen vorberathenden Versammlung zu deutschen Parlament beläuft sich auf 555, davon kommen auf Oesterreich 2, Preußen 133, Bayern 43, Hannover 9, Würtemberg 32, Königreich Sachsen 25, sächsische Herzogthümer 23, Baden 78, Großherz. Hessen 83, Kurhessen 25, Hessen-Homburg 2, Nassau 26, Oldenburg 4, Schleswig-Holstein 8, Braunschweig 5, Mecklenburg 7, Anhalt, Lippe Waldeck ꝛc. 10, Freie Städte 25. (Schw. Mkr.)

Frankfurt, 6. April. In der gestrigen (zweiten) Versammlung, des Funfzigerausschusses, die um 4 Uhr begann, (wovon gestern bereits ein Theil der Verhandlungen aufgeführt), war auch Gegenstand der Verhandlung die Verschiedenheit, die zwischen dem Bundesbeschlusse und dem Beschluße des Vorparlaments über die Wahlen der constituirenden Versammlung stattfindet. In dem Bundesbeschluße sollen von 70,000 Seelen nach dem Beschlusse des Vorparlaments von 50,000 Seelen 1 Abgeordneter gewählt werden. Nach dem Bundesbeschluß soll die Wahl auf verfaßungsmäßigem Wege stattfinden, was wohl nur selten möglich, wenn dieselbe wie das Vorparlament beschlossen hat, unmittelbar und sofort vor sich gehen soll. Ein dritter Punct ist, daß in dem Bundesbeschluß nur sämmtliche zum Bunde gehörigen Länder wählen sollen; während das Vorparlament auch Schleswig-Holstein, Ost- und Westpreußen zur Wahl aufgefordert sehen will. Der Funfzigerausschuß beauftragte seinen Vorstand und dessen Stellvertreter unmittelbar über diese Puncte mit dem Bundestage zu verhandeln, und morgen über das Ergebniß dieser Verhandlung zu berichten. Ebenso die unmittelbare Aufnahme Schleswigs in den Bund zu betreiben. Die Sitzung schloß gegen 8 Uhr. (A. Z.)

Bayern.

Landtag.

**München, 8. April. Die Kammer der Reichsräthe hat heute volle Oeffentlichkeit ihrer Sitzungen beschlossen, also Bau und Eröffnung von Tribünen für das Publicum und freisinnigste Sorge für die Journalisten. Gottlob, daß es auch hier endlich vorwärts strebt.

**München, 8. April. (V. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische die HH. Staatsminister v. Beisler, Heintz, Frhr. v. Lerchenfeld; dann die Commissäre v. Lehner, v. Benning. In der Kammer 112 Abgeordnete. — Die Sitzung wurde mit Ablesung des Einlaufes in der enormen Zahl von 142 Nummern eröffnet. — Hierauf bestieg der Staatsminister der Justiz, Heintz, die Rednerbühne, und trug den Gesetzentwurf über die Ministerverantwortlichkeit,*) gewahrt durch ein Geschwornengericht, vor, wie durch Oeffentlichkeit und Mündlichkeit. — Alles war erfreut über diesen grandiosen Fortschritt in der Freiheit. — Die wesentlichsten Puncte sind: Minister können nur Staatsräthe seyn, Verweser nur in ganz dringenden Fällen; ohne Gegenzeichnung keine Vollziehung; Mißbrauch der Staatsgewalt, Vollziehung ohne Gegenzeichnung; Verantwortlichkeit den Ständen gegenüber; amtliche Behelfe zur Vertheidigung; der Angeschuldete wird suspendirt; der Staatsgerichtshof verhandelt öffentlich, wenn die Anklage erhoben ist; Strafe bis zur Cassation bis hieher keine Begnadigung; wegen gemeiner oder Amtsverbrechen ist die weitere Untersuchung nicht aufgehoben. Der Staatsgerichtshof wird gebildet durch Mitglieder des obersten Gerichtshofes und durch Geschworne. — Der II. Präsident forderte hierauf den Hrn. Staatsminister der Finanzen auf, sich über das Loos der allmählig mehr mangelnden Arbeit auszusprechen. — Frhr. v. Lerchenfeld erhob sich und gab die tröstliche Zusicherung, daß die Regierung Alles thun werde, was nur immer zur Verbesserung der Arbeiter möglich sey. Sie sey jedoch nicht gewillt, sich direct in die Verhältnisse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu mischen. Was aber nur immer geschehen könne, werde die Regierung zur Verbesserung der Arbeiter thun; die Regierung werde Eisenbahnbauten und Urbarmachungen vornehmen lassen. Später könne mehr geschehen. Aber Utopieen könne man nicht wollen. — Der II. Präsident bemerkte, daß sich die Kammer mit dieser Erklärung vollkommen beruhigen könne. — Abg. Stockinger fragte, ob nicht bald eine Gesetzvorlage über die Initiative in Verfassungssachen komme. — Staatsminister Heintz: Die Initiative werde wohl kommen, aber könne nicht improvisirt werden; in Verfassungssachen müsse man sich nicht übereilen. Was Billiges gewünscht werde, wolle die Regierung thun. — Frhr. v. Lerchenfeld, Staatsfinanzminister: In diesem Augenblicke seyen die Minister nicht im Stande, vollkommene Aufschlüsse zu geben. — Der Hr. I. Secretär Stockinger: Er wolle also auch nicht sofortige Discussion; die Frage selbst werde er aber in keiner Weise fallen lassen. Eine Bestimmung über die Initiative müsse jetzt in die Verfassung, eine weitere Ausarbeitung des Thema könne man einer spätern Kammer vorbehalten. — Christmann drang gleichfalls auf Gebung eines solchen Gesetzes. — Frhr. v. Closen: England gelte als Vorbild, dort kündige man Interpellationen vorher an; dieß sey dießmal bei uns nicht geschehen. — Dekan Bauer wünschte auch einen solchen Gesetzentwurf noch für diesen Landtag. — Ob über diese Frage abzustimmen sey oder nicht, erregte eine lebhafte Discussion. — Dekan Deininger: Der Wunsch sey in der Adresse niedergelegt, die Regierung und das Volk wissen es. — Frhr. v. Closen wünschte die Erklärung nur zu Protokoll. — Abg. Schlund wünschte gleichfalls, der Wunsch solle zu Protokoll gegeben werden. — Staatsminister Heintz: Für die nächste Sitzung werde er eine bestimmte Erklärung geben. — Hiemit beruhigte sich die Kammer. — Hiernächst kam das Austrittsgesuch des Abg. Renger zur Berathung. — Dr. Stockinger brachte dasselbe zur Unterstützung, wegen des hohen Alters und der Kränklichkeit des Bittstellers. — Gastwirth Schuhmacher wurde hierauf einberufen. — Hiernächst las der II. Präsident eine Einladung des landwirthschaftlichen Vereins. — Auf eine weitere Interpellation des II. Präsidenten bat nun Frhr. v. Closen als Mitglied des Ausschusses der Nationalversammlung in Frankfurt um vierwöchentlichen Urlaub, der ihm auch sogleich gewährt wurde. — Der II. Präsident wünschte nun, es möge, da so viele tüchtige Männer austreten, die dermalige Kammer sich entschließen, welche Gesetze sie ferner berathen wolle. Stockinger meinte, die Kammer sey allerdings nicht im Besitze des vollen Vertrauens der Nation. Decan Bauer: Neben den Stimmen des Mißtrauens haben sich auch Stimmen des Vertrauens, namentlich in München, hören lassen; Münchens Bürgerschaft sey aber über alles Lob erhaben. — Diese Kammer habe Anträge genug gestellt, die, wenn sie erfüllt worden wären, keine Fensterscheibe zum Zerbrechen gebracht hätten. Das Zeugniß der Impotenz weise er zurück. — In gleichem Sinne sprach Dr. Schwindl. Nicht auf die Chancen der Zukunft baue man, die Hauptfragen müßten zuerst gelöst werden. — Der Knoten müsse zuerst zerhauen werden. — Der II. Präsident, Dr. Muller, behauptete, er habe durchaus nichts Böswilliges, Vorwurfsvolles gemeint. — Frhr. v. Closen: Die Kammer werde nichts Freisinniges zurückweisen; sie habe dieß bisher bewiesen. — Abg. Schlund stimmte bei. Graf v. Hegnenberg: Es sey nun die Zeit zum Arbeiten nicht zum Worte machen. — Hiemit wurde zur Tagesordnung übergegangen, nämlich von Frhrn. v. Lindenfels über den Gesetzentwurf zur Ergänzung der Wahlen in der Pfalz Vortrag erstattet. Der III. Ausschuß hatte die Annahme des Entwurfs mit dem Schlußzusatz begutachtet „und hat sofort die nöthigen Ergänzungswahlen anzuordnen." Der Entwurf selbst will nämlich noch 3 Abgeordnete für die Pfalz, 1 aus der Classe der Städte und Märkte, und 2 aus der der Landeigenthümer gewählt haben. Auf Aufforderung des Hrn. II. Präsidenten und bei Nichteinwendung von Seite des Ministertisches wurde die sofortige Berathung des Gesetzes beschlossen. Die allgemeine Discussion eröffnete Dr. Schwindl. Er habe früher schon seine Ueberzeugung dahin ausgesprochen, daß die begehrte Wahl nicht nothwendig sey. Die Pfalz sey ohnehin immer gut daran gewesen. Der Entwurf sey nicht zeitgemäß, weil ohnehin demnächst eine neue Wahlordnung komme, nicht ständisch, sondern repräsentativ. Doch sey er transitorisch, darum wolle er beistimmen. — Dr. Stockinger. Die Pfalz habe die gesetzlichen Garantieen auch für das dießseitige Bayern beansprucht. Er wolle nicht eine neuste Wahl, sondern 3 Ersatzmänner, weil die Zeit zur Wahl zu kurz sey. — Abg. Schlund stimmte der Modification des Hrn. I. Secretärs bei, die Zeit sey dringend. — Frhr. v. Closen stimmte gleichfalls bei. Hier seyen praktische Männer, praktisch müsse entschieden werden. — Auch Ministerialrath v. Benning stimmte bei, da die Regierung es auch nicht anders meinte. — Bei der speciellen Debatte wurde Art. I. angenommen ohne Discussion; ebenso Art. II.; Art. III. wurde aber nicht mit der Ausschußmodification, sondern mit der Modification des Hrn. I. Secretärs: „hat sogleich die Einberufung von 3 Ersatzmännern statt zu finden", angenommen und zwar nach Namensaufruf einstimmig. — Hiernächst erstattete der Referent im I. Ausschuß, Dr. Edel, Vortrag über den Gesetzentwurf: „die Amnestie betr." — Der Ausschuß hatte mehrere Zusätze gemacht, die den Entwurf eher erweiterten. — Der Hr. II. Präsident drang auf sofortige Berathung, wofür der kgl. Commissär v. Lehner gleichfalls sprach. — Die allgemeine Discussion eröffnete Dekan Dittmar. Nicht allein Amnestie, sondern auch Ersatz, Vergütung auch für Zurückgesetzte aus politischen Gründen. Die reine Idee der Freiheit müsse gewürdigt werden! Eisenmann habe seinen Lohn in Frankfurt gefunden für maßlose Leiden. Das Ministerium solle unser unzerstückeltes Vertrauen haben! Man nehme das Gesetz unverändert an! — Dekan Deininger. Die Zusätze des Ausschusses seyen Ergänzungen, und daher auch ihre Annahme rathsam. — Dr. Rammoser stimmte gleichfalls für die Aus-

*) Der Gesetzentwurf wird weiter unten vollständig mitgetheilt. A. d. R.

schußergänzungen. — Dr. Edel. Es handle sich ja nicht um Wortklauberei, sondern um wesentliche Zusätze. — Abg. Westelmeyer fragte, ob die Kosten für früher noch gezahlt werden müssen? — Ministerialrath v. Lehner: Durch das Begnadigungsrescript seyen dieselben ohnehin nachgelassen. — Hiernächst folgte die specielle Discussion. — Art. I. nach der Ausschußfassung lautet: „wegen aller vor dem 21. März d. Js. verübten politischen Verbrechen oder Vergehen, welche unter die Bestimmungen der Art. 299 bis 336, 404 bis 424 des I. Theils des Strafgesetzbuchs von 1813, dann der Art. 75 bis 108, 201 bis 233, 237 bis 248, 260 bis 264, 283 bis 294 des pfälzischen Strafgesetzbuchs fallen, soll keine strafgerichtliche Verfolgung eröffnet oder fortgesetzt werden. Die Kosten der hiedurch niedergeschlagenen Untersuchungen werden von der Staatscasse übernommen." — Der königl. Commissär v. Lehner war im Wesentlichen für den Ausschußantrag. — Hierauf wurde Art. I in der vom Ausschuß beantragten Fassung angenommen. — Hiernächst kam zur Discussion der Art. II. Dieser Artikel wurde vom Ausschuß als nicht nöthig begutachtet. — Art. III. soll, da Art. II. wegfällt, nach dem Ausschußantrag als Art. II. folgende Fassung erhalten: „Alle, welche wegen der im Art. I. bezeichneten Verbrechen oder Vergehen verurtheilt, oder von der Instanz entlassen wurden, werden für die Zukunft in die volle civilrechtliche und staatsbürgerliche Rechtsfähigkeit wieder eingesetzt." — Nach kurzer Debatte fiel Art. II. des Entwurfes weg, und wurde obiger Artikel angenommen. Als Art. III. hatte der Ausschuß begutachtet: „Diejenigen, welche in der Pfalz wegen eines sonstigen Vergehens verurtheilt wurden, das nach dem diesseitigen Strafgesetzbuch von 1813 es nicht ist, erhalten ihre staatsbürgerlichen Rechte zurück." — Der königl. Commissär hatte nichts gegen diese Fassung, obgleich Art. I. ihm nicht sehr folgerichtig schien. — Aber Abg. Stockinger blieb dabei, weil in der Pfalz der Begriff zwischen Verbrechen und Vergehen viel weiter ist. Redner führte eine Menge Beispiele an. Es handle sich hier nur um eine Gleichstellung der Pfälzer mit den diesseitigen Bayern. — Abg. Bauer: Die drakonischen Gesetze in der Pfalz machen einen Abgeordneten von dort zu einen wahren Heiligen. Er stimme für Ablehnung des Art. III. — Dec. Götz stimmte eben so. — Dr. Schwindl: Auch er stimme für die Minorität. Es solle ein eigener Entwurf eingebracht werden. — Frhr. v. Closen: Er stimme für Beibehaltung des Ausschußartikels, weil auch der k. Regierungscommissär nicht dagegen ist. — Abg. Christmann: Man lasse die Logik bei Seite und unterstütze manchen braven Mann in der Pfalz. — Abg. Stockinger sprach nochmals für den Zusatz. Es gelte ja nur eine Forderung der Gerechtigkeit. — Dr. Schwindl wünschte die Modification als Wunsch. — Dec. Vogel stimmte für die Pfalz. — Dec. Scholler: Man mache Unrecht gut, wo möglich. — Abg. Schlund: In unserer Zeit lasse man Billigkeit für Recht ergehen; er stimme für den Art. III. des Ausschusses. — Dr. Edel: Es handle sich um Exemerirung, nicht um eine Richtlogik. Gleichstellung in Allem mit der Pfalz, jetzt vorläufig in Amnestie! Es handle sich hier um einen Gnadenact, einen Act des Herzens; hier markte man nicht in juridischen Spitzfindigkeiten. — Der k. Commissär v. Lehner erklärte sich zwar nicht für ermächtigt, dem Zusatzartikel beizustimmen; allein er glaube, von seiner Annahme könne wohl auch die Annahme des ganzen Gesetzes in Frage gestellt werden. — Abg. Stockinger fügte noch bei, daß die Diebe ausgenommen bleiben sollen (Art. 401 des code penale). — Der Art. III. wurde hierauf angenommen. — Art. IV. lautend: Der Artikel IV. soll nach dem Ausschuß folgenden Zusatz erhalten: „Gegenwärtiges Gesetz ist vom 21. März d. Js. an zu Gunsten der Betheiligten wirksam," — wurde hierauf angenommen. Frhr. v. Closen stellte hierauf den Antrag: Se. Maj. der König wolle dem Hrn. Bürgermeister Beer und dem Hrn. Dr. Eisenmann eine gerechte Entschädigung zukommen lassen. — Der Antragsteller entwickelte seinen Antrag auf die humanste Weise. Beide seyen die Vorkämpfer der constitutionellen Freiheit gewesen. Abg. Schlund: Dr. Eisenmann habe sich in Frankfurt herrlich benommen. Alles stimmte bei. — Der Antrag wurde einstimmig angenommen. — Hierauf folgte Namensaufruf über das ganze Gesetz und dasselbe wurde einstimmig angenommen und die Sitzung geschlossen.

Gesetzentwurf die Verantwortlichkeit der Minister betreffend. Se. Maj. der König haben nach Vernehmung Allerhöchstihres Staatsraths und mit Beirath und Zustimmung Allerhöchst Ihrer lieben und Getreuen, der Stände des Reichs, beschlossen, und verordnen was folgt: Art. 1. Die bleibende Führung eines Ministeriums kann jeder Zeit nur einem Staatsrathe im ordentlichen Dienste übertragen werden. Art. 2. Eine vorübergehende Leitung der Ministerialgeschäfte soll nur statt finden: 1) wenn der wirkliche Staatsminister an der Ausübung seines Amtes legal verhindert ist, oder 2) im Falle der Erledigung eines Staatsministeriums bis zu dessen alsbaldiger Wiederbesetzung. Art. 3. Der König wird Seine Regierungsanordnungen jedesmal von den Ministern oder von den zeitlichen Stellvertretern gegenzeichnen lassen, in deren Geschäftskreis die Sache einschlägt. Ohne solche Gegenzeichnung sind die besagten Anordnungen nicht vollziehbar. Art. 4. Derjenige Staatsbeamte, welcher den Vollzug einer ohne ministerielle Gegenzeichnung ergangene Regierungsanordnung des Königs auf sich nimmt, macht sich des Mißbrauchs der Amtsgewalt schuldig. Art. 5. Jeder Staatsminister und jeder, welcher vorübergehend mit der Leitung eines Staatsministeriums betraut ist, übernimmt durch die Gegenzeichnung königl. Entschließungen, sowie durch die Unterzeichnung der in eigener Competenz getroffenen Ministerialverfügungen die volle Verantwortlichkeit für deren Inhalt. Art. 6. Die Minister sind den Ständen des Reichs verantwortlich für jede vorsätzlich begangene oder wissentlich zugelassene Verletzung der Gesetze. Art. 7. Hält der Vorstand eines Ministeriums eine ihm angesonnene Amtshandlung für verfassungs- oder gesetzwidrig, so ist er befugt, dieselbe abzulehnen, und im Falle seine Gegenvorstellungen erfolglos bleiben sollten, die Enthebung von seiner Ministerstelle sich zu erbitten. Demselben bleiben solchen Falles seine erworbenen pragmatischen Rechte vorbehalten. Art. 8. Einem Staatsminister, welcher von dieser Befugniß Gebrauch gemacht hat, dürfen die amtlichen Behelfe zur Rechenschaftsablage über seine Amtsverwaltung nicht vorenthalten werden, wenn er derselben zu seiner Rechtfertigung vor dem Könige, oder den Ständen des Reichs bedarf. Art. 9. Erachten die Stände des Reichs die Voraussetzungen des Art. 6. für gegeben und demnach durch ihre Pflichten sich aufgefordert, gegen einen Minister oder Ministerstellvertreter förmliche Anklage zu erheben, so wird der König, nachdem das durch Tit. X. §. 6. Abth. I. und II. der V.-U. vorgeschriebene Verfahren stattgefunden hat, den Angeklagten vorläufig suspendiren und die erhobene Klage durch einen hiezu besonders zusammenzuberufenden Staatsgerichtshof unverzüglich zur Entscheidung bringen lassen. Die Bestimmungen des §. 16. der IX. V.-B. bleiben hiebei außer Anwendung. Art. 10. Die Verhandlungen des Staatsgerichtshofes sind mündlich und öffentlich. Die Einreichung und Vertretung der Anklage geschieht durch Bevollmächtigte der Stände des Reichs. Jede der beiden Kammern hat zu diesem Behufe zwei ihrer Mitglieder durch absolute Stimmenmehrheit auszuwählen und abzuordnen. Ueber die Thatfrage der Anklage haben Geschworne, über die Rechtsfrage rechtskundige Richter zu entscheiden. Im Uebrigen richtet sich die Zusammensetzung und das Verfahren des Staatsgerichtshofes nach den einschlägigen besonderen gesetzlichen Bestimmungen. Art. 11. Wird der angeklagte Minister oder Ministervertreter auf Grund der Anklage für schuldig erkannt, so wird derselbe mit Berücksichtigung der etwa vorliegenden Milderungs- oder Schärfungs-Gründe: 1) mit einfacher Entfernung vom Dienste, unter Belassung ihm nach §. 19 der IX. Verfassungs-Beilage gebührenden Ruhegehaltes, 2) mit Dienstentlassung ohne Ruhegehalt, oder 3) mit Dienstesentsetzung (Cassation) bestraft. Art. 12. Bezüglich der im Art. 11 vorgesehenen Strafen wird der König von dem Rechte der Begnadigung keinen Gebrauch machen. Die Rehabilitirung des Verurtheilten kann nur mit Zustimmung der Stände des Reichs erfolgen. Art. 13. Durch das Verfahren vor dem Staatsgerichtshofe wird: 1) die zuständige Wirksamkeit der ordentlichen Strafgerichte bezüglich der etwa concurrirenden gemeinen oder Amtsverbrechen oder Vergehen, sowie 2) die Verfolgung der Entschädigungsansprüche vor den bürgerlichen Gerichten nicht ausgeschlossen. Art. 14. Gegenwärtiges Gesetz tritt mit dem Tage der Bekanntmachung durch das Gesetzblatt in Wirksamkeit und soll als ein ergänzender Bestandtheil der Verfassungsurkunde und als ein Grundgesetz des Reichs angesehen werden, welches nur in der Tit. X. §. 7. der Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Weise wieder abgeändert werden kann. Für die Richtigkeit des Gesetzentwurfes Heintz, Staatsminister der Justiz.

△△ München, 9. April. Um 9 Uhr versammelte sich heute die gesammte Landwehr der Residenz und der Vorstadt Au sammt den Freicorps der Studirenden und Künstler auf dem Dultplatz; später bewegte sich die gesammte Heerschaar von 3 — 4000 Mann nach der herrlichen Ludwigsstraße, und stellte sich hier von der Feldherrnhalle bis zur Universität hinab in Spalieren auf. Um 10 Uhr erschien Se. Maj. der König, begleitet von Prinz Luitpold k. Hoheit und Herzog Max k. Hoheit und einem glänzenden Generalstab, durchritt die Spaliere und nahm dann vom Bazar aus das Defiliren der Truppen ab. Das Künstlercorps, dem die deutsche mit einem Kranze geschmückte Fahne voranwehte, und dessen Mitglieder allesammt die weißen Hüte mit der deutschen Cocarde und Tannenreisern geziert hatten, fand durch seine malerische Haltung großen Beifall. Die vorüberziehenden Züge brachten Se. Majestät ein rauschendes Lebehoch, in welches auch die versammelte Volksmenge begeistert ausbrach, als Se. Majestät der König nach der Residenz zurückkehrte. Ihre Maj. die Königin mit Sr. k. Hoh. dem Kronprinzen und JJ. kk. HH. Prinzessin Luitpold und Alexandra besichtigten die Parade bei Hrn. Kaufmann Scholze. Die vom schönsten Wetter begünstigte Landwehrschau dauerte von 10 bis 11 Uhr. — Heute zwischen 4 bis 5 Uhr Morgens hatten wir ein starkes Gewitter mit Schlossen.

† München, 8. April. Noch im Monat März ist folgende von 250 Künstlern unterzeichnete Adresse an Se. Majestät den König Ludwig gerichtet worden: „Euere königl. Majestät! Deutschlands Boden war gedüngt mit dem Blute der Befreiungskämpfe, in seine tiefen Furchen sollten Deutschlands Fürsten die Saaten des Friedens streuen. Da waren Euere Majestät der Erste und Einzige, dessen Blicke auf ein Feld fielen, das am längsten brach gelegen, am meisten von wildem Unkraute überwuchert, und doch dem deutschen Gemüth vor allem theuer war, — auf das Feld der schönen Künste. Mit tief innerster Begeisterung durchdrang Euer Majestät der Beruf ihrer Wiedergeburt. Der königl. Sämann schaarte die ersten Geister der Nation um sich und pflanzte mit ihnen die Palme und die Olive von Hellas und Italien neben die deutsche Eiche. Reicher und reicher wogte alljährlich das Saatfeld der deutschen Kunst in der Sonne des Friedens seit mehr den dreiundzwanzig Jahren. Die jüngsten Tage haben den dreißigjährigen inneren Frieden des Vaterlandes erschüttert und den äußeren in Frage gestellt. Euere Majestät der König des Friedens, der König der Künste des Friedens, sind aus freiem Entschlusse vom Throne gestiegen. Es ist unsere heilige Pflicht, in dem ernsten Augenblicke, da der Fürst dem Throne entsagt, der die Kunst wieder auf den Thron erhoben, Euerer Majestät im Namen aller deutschen Künstler die unauslöschlichen Gefühle des Dankes auszusprechen. Eingedenk der königl. Abschiedsworte „Auch vom Throne herabgestiegen, schlägt glühend mein Herz für Bayern, für Deutschland," — sind wir alle von der erhebenden Ueberzeugung beseelt, in der Person Euerer Majestät auch fürder Schirm und Hort der deutschen Kunst und ihrer Vertreter erblicken zu dürfen. Wie immer aber die Würfel fallen mögen, im Krieg oder Frieden, wir geloben in die väterliche Hand unseres großen Mäcen mit dem ganzen Ernst deutschen Künstlerstrebens die köstliche Errungenschaft, welche sich an den Namen Euerer Majestät knüpft, zu wahren und hinüber zu retten durch alle Stürme der Zeit in eine glorreiche Zukunft, so wahr der Ruhm der deutschen Kunst von dem Ruhme Euerer Majestät unzertrennlich, ein ewiger seyn wird." München, im März, 1848.

München. (Aus dem Armeebefehl. Fortsetzung und Schluß. Befördert wurden zu Oberstlieutenants: die Majore Jos. Ritter v. Xylander vom Ingenieurcorps im Generalquartiermeisterstab, Jos. Bronzetti, Platz-Stabsofficier, bei der Commandantschaft Landau, Alex. Frhr. v. Schacht, Platz-Stabsofficier, bei der Commandantschaft München, Friedr. Hoffmann vom Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen im 1. Jäger-

Bataillon, Gaudenz Bauernfeind im Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm, Friedr. Tännermann vom Inf.-Reg. Zandt im Inf.-Reg. Wrede, Carl Gößmann vom Inf.-Reg. König Otto von Griechenland im 4. Jäger-Bataillon, Max. v. Schlägel vom Inf.-Regiment Albert Pappenheim im Inf.-Reg. König Otto von Griechenland, Ludw. Reichard im Inf.-Reg. Prinz Carl, Herm. Kast im Inf.-Reg. Zandt, Wilh. Strunz im Inf.-Reg. Carl Pappenheim, Friedr. Ritter v. Reck vom Inf.-Reg. Erbgroßherzog von Hessen im 2. Jäger-Bataillon Joh. Hale im Inf.-Reg. Hertling, Ant. Jäger vom 3. Jäger-Bataillon im Inf.-Reg. Albert Pappenheim, Mart. Pundiner vom 1. Jäger-Bataillon im Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen, Phil. Schönhammer im Inf.-Reg. Seckendorff, Friedr. v. Schintling im Inf.-Reg. Gumppenberg, Carl Lindpaintner, Adjutant im Kriegsministerium, im Inf.-Leibreg. Dan. Heuder vom Chev.-Reg. Herzog von Leuchtenberg im Chev.-Reg. Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg, Thad. Ritter v. Binder vom Chev.-Reg. König im Cür.-Reg. Prinz Carl, Alphons Frhr. v. Stockum vom Chev.-Reg. Taxis im Cür.-Reg. Prinz Adalbert, Lorenz Schäzler im Chev.-Reg. Taxis, Alois Margreitter vom Chev.-Reg. Prinz Eduard v. Sachsen-Altenburg im Chev.-Reg. Herzog Maximilian, Georg Jordan im Chev.-Reg. König, Carl Frhr. v. Lindenfels im Chev.-Regim. Herzog v. Leuchtenberg, Theodor Lori bei der Zeughaushauptdirection, Friedrich Schnizlein im Art.-Reg. Prinz Luitpold, Theodor Kriebel vom Art.-Regim. Prinz Luitpold bei der Zeughaushauptdirection, Leopold Frhr. von Reichlin-Meldegg im Geniebataillon, und Theodor Ritter v. Heldebrandt, Festungsbaudirector in Ulm im Ingenieurcorps; zu Majoren: die Hauptleute Carl Frhr. v. Baricourt, und Moriz Spies, Adjutant des Generalmajors und Generalquartiermeisters Frhr. v. Jeetze im Generalquartiermeisterstab, Carl Gemming vom Inf.-Reg. Erbgroßherzog v. Hessen bei der Commandantschaft Ingolstadt als Platzstabsofficier, Ign. Frhr. v. Pfetten vom Inf.-Reg. Albert Pappenheim im Inf.-Reg. Prinz Johann v. Sachsen, Johann Cronnenbold im Inf.-Reg. Gumppenberg, Joseph Kaiser vom 4. im 1. Jäger-Bataillon, Ferdinand v. Dufresne im Inf.-Reg. König, Carl Frhr. von Lottersberg im Inf.-Reg. König Otto von Griechenland, Franz Auer vom Inf.-Reg. Kronprinz im Inf.-Reg. Prinz Carl, Georg Frhr. Stromer v. Reichenbach im 3. Jäger-Bataillon, Simon Müller vom Inf.-Reg. König Otto von Griechenland im Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm, Bapt. Klein vom Inf.-Reg. Erbgroßherzog v. Hessen im Inf.-Reg. Albert Pappenheim, Wilhelm Schnizlein vom Inf.-Reg. Ysenburg, und Wilhelm Goes vom 3. Jägerbataillon im Inf.-Reg. Zandt, Gottfried Goes vom 1. Jägerbataillon im Inf.-Regim. Seckendorff, Anton v. Wetzstein vom Inf.-Reg. Kronprinz, und Wilhelm Zieglwalner vom Inf. Regim. Prinz Johann v. Sachsen im Inf.-Reg. Karl Pappenheim, Maximilian Klein im Inf.-Regim. Erbgroßherzog von Hessen, Sigmund Ritter v. Merckel vom Inf.-Reg. König im Inf.-Reg. Hertling, Georg Rey vom Inf.-Reg. Erbgroßherzog von Hessen im Inf.-Regim. Gumppenberg, die Rittmeister Markus Schropp vom Chev.-Reg. Herzog Maximilian im Chev.-Reg. Herzog v. Leuchtenberg, Clemens Frhr. v. Gazenhofen im Chev.-Reg. Taxis, Franz Silberio im Chev.-Reg. Herzog v. Leuchtenberg, August Freudel im Cür.-Regim. Prinz Adalbert, Friedrich Graf von Spreti im Chev.-Reg. König, Heinrich Berbrugg vom Cür.-Reg. Prinz Adalbert im Chev.-Reg. König, Christ. Reichardt vom Chev.-Reg. Leiningen im Chev.-Reg. Taxis, Wilhelm Frhr. v. Lindenfels im Chev.-Reg. Prinz Eduard v. Sachsen-Altenburg, Constantin Frhr. v. Redwitz im Cür.-Reg. Prinz Carl, die Hauptleute Xaver Hamel im Art.-Reg. Prinz Luitpold, Christoph Engelhard von der 1. Ouvriers-Compagnie im Artillerie-Regiment Prinz Luitpold, Joseph Mayerlinger im Artillerie-Regiment Zoller, Anton Zäch im Ingenieurcorps, Nepomuk Hasenschmid im Genie-Bataillon, und Albert Spieß im Ingenieur-Corps; zum Hauptmann im Gendarmeriecorps der Oberlieutenant August Frhr. v. Wulffen, bei der Gendarmeriecompagnie von Schwaben und Neuburg; zum Oberkriegs-Commissär 2. Classe: Der Kriegs-Commissär Aug. Blaimberger vom Art.-Corps-Commando beim 3. Armee-Divisionscommando; zu Kriegscommissären: der Kriegs-Rechnungscommissär Wolfg. Krauß bei der Commandantschaft Landau, und der Fohlenhofs-Verwalter 1. Classe und functionirende Betriebsbeamte Andr. Beer bei der Administrationscommission der Militär-Fohlenhöfe; zu Ministerial-Secretären 1. Classe: die Ministerial-Secretäre 2. Classe Friedr. Schmid, und Heinr. Brenner im Kriegsministerium; zum Regiments-Arzt 2. Classe: der Bataillons-Arzt 1. Classe Dr. Joh. Steiner von der Commandantschaft Rosenberg bei der Commandantschaft der Veteranenanstalt; zum Regiments-Quartiermeister 1. Classe: der Regiments-Quartiermeister 2. Classe Joh. Schmitt bei der Commandantschaft Augsburg; zu Regiments-Auditoren 1. Classe: die Regiments-Auditore 2. Classe Adal. Golch im Inf.-Reg. Prinz Carl, und Bapt. Sendburg im Inf.-Leib.-Reg.; zu Bataillons-Aerzten 1. Classe: die Bataillons-Aerzten 2. Classe Dr. Alex. Pracher im 2. Jäger-Bataillon, Dr. Nep. Zech im Chev.-Reg. König, und Dr. Friedr. Schalkhammer im Inf.-Reg. Albert Pappenheim; Charakterisirt werden als Oberstlieutenant der pens. Major Ulysses Frhr. v. Herman; als Majore: der pens. Hauptmann Franz v. Kurpach, — und der Rittmeister à la suite Georg v. Bäumler; als Rittmeister à la suite: der vormalige Oberlieutenant à la suite Clemens Graf von Schönborn, — und der vormalige Unterlieutenant Carl Frhr. v. Benningen; als Stabs-Arzt: der pens. Reg.-Arzt Dr. Peter Gerber. Der Ober-Kriegs-Commissär 1. Classe und Referent Paul Habel vom Kriegs-Ministerium erhält den Titel und Rang als Ministerialrath, und der Ober-Auditor und Referent Joseph Poliezka vom Kriegs-Ministerium den Titel und Rang als General-Auditor; der Major à la suite Franz Schenk Frhr. v. Stauffenberg erhält die Erlaubniß, die Uniform der Flügel-Adjutanten zu tragen. Maximilian. v. d. Mark, Generallieutenant.

Der „Nürnberger Correspondent" schreibt aus München, 6. April. Das politische Bewußtseyn gewinnt in München einen immer erfreulicheren Aufschwung. Als Organ und Ausdruck dieses Bewußtseyns hat sich allmälig ein Verein für vaterländische Interessen gebildet. Gestern Abend wurde ein Ausschuß von 24 Mitgliedern und 12 Ersatzmännern gewählt. Das Resultat der Wahl war folgendes: 1) Kaufmann Schülze mit 113, 2) Dr. Ludwig Greiner mit 109, 3) Kaufmann Reschreiter mit 103, 4) und 5) Goldwaarenfabricant Leo Haenle und Kaufmann Rospal mit 99, 6) und 7) Concipient Georg Hermann und Kaufmann Rolland mit 92, 8) und 9) Professor Lindemann und Goldarbeiter K. Weishaupt mit 90, 10) Kaufmann Dall mit 88, 11) G. Sedlmayer mit 80, 12) K. Braun mit 76 und 13) F. Schneider mit 73 (letztere Beide die Redacteure der Fliegenden Blätter), 14) Weinwirth Schimon mit 70, 15) Weinwirth Ott mit 58, 16), 17) und 18) Denzl und Sauer mit 56, 19) Dr. Röttger mit 55, 20) Professor Müller mit 54, 21) Weinwirth Fries mit 53, 22—24) Lippmann Marx, Scheuer und Bäcker Seidel mit 50 Stimmen. Zugleich wurde gestern Abend von Professor Lindemann eine Adresse verlesen, welche an die Kammer der Reichsräthe gerichtet werden, und die Oeffentlichkeit ihrer Sitzungen beantragen sollte. (Von der Adresse nahm die Versammlung Umgang; auch ist nunmehr die volle Oeffentlichkeit der Reichsrathskammer-Berathungen beschlossen. Der Verein für vaterländisches Interesse macht bereits über seine Verhandlungen der Presse Mittheilung.)

München, 8. April. Sicherem Vernehmen nach haben gestern zufolge allergnädigst ertheilter Amnestie Sr. Majestät des Königs, gegen 25 Individuen aus dem Strafarbeitshause in der Au, ihre Entlassung erhalten; darunter Mehrere so auch wegen Widersetzung der Obrigkeit noch mehr oder mindere Jahre abzubüßen gehabt hätten.

München, 8. April. So eben ist folgender Aufruf erschienen: „Aufruf zur freiwilligen Legion. In dem Augenblicke, wo das Vaterland in Gefahr steht, und bereits sich schon mehrere Freicorps gebildet haben, geschieht hiemit dieser Aufruf an die Legionpflichtigen, welche ohnehin dem Vaterlande noch verpflichtet sind, eine freiwillige Legion zu bilden. Die Legion soll nur im äußersten Nothfalle, wenn innere Unruhen die Stadt bedrohen, wenn von Seite des Königs oder der Regierung die Aufforderung ergeht, zu den Waffen greifen. Um keine unnöthige Zeit zu den Waffenübungen zu verwenden, sollen dazu drei Sonntage, jedesmal Nachmittags 2 — 3 Stunden, verwendet werden. Es bedarf keiner Uniformirung, und sollte es so weit kommen, so wird der Staat dafür Sorge tragen. Die Auszeichnung der Legion in einem oder zwei Strichen von Wolle am linken Arm, je nachdem die Dienstzeit gewesen. Tapfere Legionisten der Haupt- und Residenzstadt, schließt Euch diesem Bunde an! Zur Unterzeichnung liegt eine Liste im großen Rathhaussaale von heute an auf. München, am 7. April 1848."

Würtemberg.

Stuttgart, 8. April. Der Geheimraths-Präsident, Staatsminister v. Maucler (Anhänger des alten Systems) ist auf Ansuchen in Ruhestand versetzt.

F. Hohenzollern-Sigmaringen.

Den 10. April wird in Sigmaringen die Wahl Eines Abgeordneten zur constituirenden Nationalversammlung in Frankfurt für das Fürstenthum stattfinden. Gewählt wird durch die bereits für die Abgeordneten-Wahlen des außerordentlichen Landtags erwählten Wahlmänner.

Baden.

Nächst Engen hat sich auch eine Volksversammlung in Achern für die Republik erklärt. In mehreren Gegenden des Oberlandes fangen sogenannte Wohlfahrts-Ausschüsse an, neben den gesetzlich bestehenden Behörden zu amten. In Karlsruhe hatte man ähnliches, aber vergeblich versucht. Dem unruhigen Seekreis sind an 20,000 Mann Truppen zugedacht. Die von Würzburg bis Constanz sich ausdehnende Truppenmacht wird 100,000 Mann betragen (darunter 36,000 Bayern).

Preußen.

Bonn. Das „Frankfurter Journal" vom 25. d. M. berichtet von einer angeblichen, in Heidelberg beschlossenen Adresse an den König von Preußen. Diese Adresse verletzt und empört auf das allertiefste jedes fromme und tapfere Männergefühl deutscher Ehre und Treue, und die Unterzeichneten finden sich veranlaßt im Namen dieser deutschen Ehre und Treue, indem sie überzeugt sind, im Sinne von Millionen ihres Volkes zu sprechen, den Ausdruck eines solchen Gräuels mit Abscheu von sich zu stoßen. Wehe uns allen, die den Namen eines großen Volkes der Nachwelt unbefleckt überliefern sollen, wenn wir in einer Zeit, wo das Vaterland dreifacher Treue, Männlichkeit und Eintracht bedarf, solche wüste mehr als jacobinische Wuth nicht für das erklärten, was sie ist: eine blinde, tolle Wuth! Diese treten wir mit Abscheu nieder, und werden, so wahr uns Gott helfen wird, unsere Ueberzeugung mit Herzen und Händen zu bewähren streben. Bonn, den 29. des Lenzmonds 1848. E. M. Arndt. (Im Auftrage vieler ehrenhaften Männer und Bürger der Stadt Bonn, welche diese Erklärung unterschrieben haben.)

Posen, 31. März. Die national-polnische Reorganisationscommission hat sich rasch an die Lösung ihrer Aufgabe gemacht, denn mit dem ersten Acte derselben ist sie gestern schon fertig geworden. Gefordert wird: 1) Die Errichtung einer nationalen Armee für das Großherzogthum Posen, zu deren Organisirung nochmals der General v. Willisen erbeten wird; über die Stärke derselben werden nähere Vorschläge nicht gemacht. 2) Sofortige Ernennung eines Civilcommissarius polnischer Nationalität zur Ausführung der Reorganisation. 3) Erhebung der polnischen Sprache zur Geschäftssprache des Großherzogthums; doch soll den Deutschen nicht nur für jetzt, sondern für immer das Recht verbleiben, mit den Behörden in deutscher Sprache zu verhandeln und auch in dieser Sprache beschieden zu werden. 4) Das Recht, die Landräthe selbst zu wählen, soll den Einsassen zurückgegeben werden. 5) Die niedern Polizeibeamten, die sogenannten Districtscommissarien, sollen als unpopulär, beseitigt und durch eine anderweitige Polizeieinrichtung ersetzt werden. 6) Zu Chefs der Behörden sollen demnächst Polen oder solche, die wenigstens der polnischen Sprache mächtig sind, ernannt werden. 7) Von den übrigen Beamten können diejenigen, die der polnischen Sprache mächtig sind, in ihren Aemtern verbleiben; die andern sind nach und nach zu ersetzen. Ueberhaupt wird nicht ein plötzlicher Umsturz aller Verhältnisse verlangt. Unser Oberpräsident, Hr. v. Beurmann, ist bereits gestern Abend zur Einholung von Instructionen nach Berlin abgereist. (A. Z.)

Schleswig-Holstein.

Altona, 7. April. Gestern zogen die sehnlichst erwarteten Preußen (1500 Mann) unter Jubel ein; heute wurden sie auf der Eisenbahn nach Rendsburg befördert, gegen Abend erwarten wir eine gleiche Anzahl. (A. M.)

Hamburg, 4. April, 5½ Uhr Nachmittags. So eben marschirt das Regiment Kaiser Alexander, das auf der Eisenbahn von Spandau angekommen, von dem

Digitized by Google

preußischen Gesandten und dem Oberst Stockfleth, dem Chef unserer Bürgergarde geführt und von einer Ehrenwache unserer Bürgercavallerie begleitet, über die Wälle nach Altona. Eine gleiche Anzahl und die Artillerie soll morgen und übermorgen ankommen, zusammen 6000 Mann. Das hannover'sche und andere Hilfsvölker des 10ten Armeecorps sind ebenfalls auf dem Marsch.
(A. Z.)

In der Ostsee will man zahlreiche russische Kriegsdampfschiffe und von Colberg aus sogar eine dreizehn Segel starke Dampfflottille unter russischer Flagge beobachtet haben. (Wes.-Z.)

Oesterreich.

Wien, 1. April. Traurig lauten die Nachrichten aus Italien, welches definitiv verloren scheint. Der Stoß, welchen dadurch Wiens und Böhmens Handel und Industrie erhält, ist fast tödtlich zu nennen; ein großer Theil der Schaf- und Baumwollenmanufacturen muß die Arbeiten einstellen, und Tausende von Arbeiterfamilien werden ohne Verdienst und Brod seyn. Ich befürchte deßhalb schon für die nächste Woche nicht hier allein, sondern besonders in den Industriebezirken von Böhmen ernste Arbeiterunruhen, welchen sich Bauernunruhen als natürliches Gefolge anschließen dürften. Die Regierung fühlt die Wichtigkeit Italiens sehr wohl und scheint alles aufbieten zu wollen, es zu erhalten oder wieder zu gewinnen. Alle Truppen — fast unsere ganze Garnison — marschiren zur Grenze; zahlreiche Aufrufe zur Bildung von Freicorps circuliren in der Stadt und im Lande; heute waren schon über 5000 Freiwillige eingereiht und gestern zog das erste Corps zur Grenze. Die hiesigen Italiener sind in fieberhafter Aufregung; die meisten — einige sagen, alle Officiere der italienischen Noblegarde haben ihre Entlassung und ihre Päße verlangt, um für ihr Vaterland daheim zu kämpfen. Die Nachrichten aus Ungarn, Polen und den südslavischen Provinzen lauten keineswegs günstig für den Fortbestand der österreichischen Gesammtmonarchie.
(A. Z.)

Prag, 26. März. Wie die Wiener, werden auch wir täglich von einer Anzahl von Flugblättern und Caricaturen überschüttet. Gottlieb Haase Söhne kündigen ein vom 2. April ab unter Franz Klutschaks täglich, mit Ausnahme Montags, in Folio erscheinendes „Constitutionelles Blatt aus Böhmen" an; Medau läßt vom 1. April ab unter J. C. Hickel's Redaction ein „Erstes constitutionelles Volksblatt für den Bürger und Landmann" erscheinen. — Die meisten der in Prag anwesenden Gutsbesitzer sandten fünf aus ihrer Mitte mit einer Petition, hinsichtlich der Robotablösung, an den Kaiser. Sie wünschen: 1) gesetzlich gebotene Ablösung der Robot. 2) Bestimmung des Ablösungspreises der jährlichen Leistung mit möglichster Erleichterung für die Unterthanen durch ein für jedes Dominium aufzustellendes Schiedsgericht, das zur Hälfte von den Unterthanen, zur Hälfte von der Obrigkeit gewählt würde, mit einem von der Regierung bestimmten Obmann. 3) Zurückführung dieses Preises auf ein Capital, mit welchem die Obrigkeit mittelst vom Staat garantirter verzinslicher Obligationen entschädigt würde. 4) Deckung dieser Staatsschuld sammt Zinsen mittelst billiger Annuitäten, welche durch den Unterthan im Wege der Steuer an den Staat entrichtet werden. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Preßburg, 4. April. Laut gestern in gemischter Sitzung verlesenen zwei k. Rescripten ist der Gesetzvorschlag über jährliche Reichstage in Pesth genehmigt und die am 10. d. durch Se. Majestät erfolgende Schließung des Reichstags den Ständen angezeigt. — Ungarn stellt nicht, wie die „Wiener Zeitung" gemeldet, 100,000 Mann in's Feld, da noch keine Vorlage über Recrutirung und Kriegssubsidien gemacht. (A. Z.).

Italien.

Mailand, 1. April. Morgen oder übermorgen dürfte es bei Montechiari eine Schlacht geben. Die Piemontesen haben 80 Kanonen und 20,000 Mann; außerdem sind sämmtliche Freicorps gegen Radetzki.
(Schw. Mkr.)

Mailänder Kriegsbericht vom 2. April Abends: Auf dem Po sind bei Brescello sechs mit Korn beladene für die Oesterreicher bestimmte Schiffe weggenommen. Bei Suzzaro ist ein Schiff mit Geld genommen. Gestern (am 1. April) haben sich die österreichischen Truppen nach Desenzano und Peschiera zurückgezogen. Die Oesterreicher in Mantua werden auf 10,000 Mann geschätzt. — Nach der „Mailänder Zeitung" wurde der Herzog von Parma nun doch verjagt. (A. Z.)

Botzen, 5. April. Das erste Armeecorps hat sich an den Mincio zurückgezogen; auf morgen oder übermorgen ist hier das Generalcommando der lombardisch-venetianischen Truppen angesagt, es wird seinen Sitz innerhalb unserer Mauern aufschlagen. (A. Z.)

Die venetianischen Blätter bearbeiten die Trientiner, Dalmatiner, ja die ungarischen Truppen in Norditalien, durch glühende Aufrufe.

In Chambery wird ein Arbeiterzug v. 2000 Mann aus allen Nationen erwartet. Am 1. April in der Stadt Anarchie, die Behörden geflüchtet, eine provisorische Regierung eingerichtet. — Die Erklärung der Unabhängigkeit Savoyens im Werk.

Belgien.

Brüssel, 1. April. Zufolge Uebereinkunft zwischen Belgien und Frankreich ist den Polen unentgeltlicher Transport von Paris bis Aachen auf dem Wege nach der Heimat gewährt. (B. Bl.)

Spanien.

Bei dem erwähnten blutigen Volksaufstand in Madrid am 26. März seyen nach neueren Berichten 60 todt geblieben und 150 verwundet worden. 300 Aufrührer nahm man gefangen. Eine allgemeine Volksentwaffnung ist vorgenommen.

Frankreich.

An der Ostgrenze bei Dijon, Grenoble, und Lyon sammelt sich eine sogenannte aus vier Divisionen bestehende „Alpenarmee."

Marseille, 21. März. Zwei Linienregimenter haben Befehl, ihre Kriegsbataillone zu formiren, und an die italienische Grenze zu marschiren. — In Toulon herrscht im Arsenal unendliche Thätigkeit.
(Schw. Mkr.)

Großbritannien.

Am 3. April erklärte im Oberhaus auf Interpellation hin der Minister Marquis v. Lansdowne bezüglich des sardinischen Völkerrechtsbruches: „Obgleich Oesterreich England nicht darum angegangen, hat Ihrer Majestät Regierung es für recht und geeignet erachtet, durch unsern Gesandten in Turin dem König von Sardinien eröffnen zu lassen: sie hoffe, daß er es gerathen finden werde, die strengste Neutralität zu beobachten. Die Bewegung sardinischer Truppen gegen die Lombardei hat stattgefunden ohne die Einwilligung, vielmehr gegen den Wunsch der britischen Regierung."

Rußland und Polen

In Rußland und russisch Polen versperrt man allen auswärtigen Blättern den Weg; für eine eingeschmuggelte Zeitung zahlt man nun schon 10 bis 15 Ducaten. (Aufklärung genug über die dortige Stimmung.)

Von der polnischen Grenze, 3. April. Sicheren Nachrichten zufolge sind vorgestern 16,000 Mann russische Truppen in Czenstochau eingerückt, und es werden daselbst und in der Umgegend noch mehrere erwartet. (Bres. Z.)

Von der galizischen Grenze, 3. April. Der Durchzug an der russisch-polnischen Grenze ist am 30. März Abends ganz aufgehoben worden, so daß gar kein Verkehr mehr stattfinden kann. Nach den verläßlichsten Nachrichten stehen jetzt einige Armeecorps in Russisch-Polen, jedes ungefähr 40,000 Mann stark. Das uns am nächsten liegende Corps 2 Meilen von der österreichischen Grenze, befehligt General Rüdiger, Stabscommandant ist General Engelhardt. Aus Krakau und Galizien ziehen sehr viele junge Leute nach Posen, wo polnische Legionen gebildet werden. Bis jetzt ist in Galizien nirgends eine gewaltthätige Auflehnung vorgekommen, der Kern der Bevölkerung, Bürger und Bauer hängt fest an Oesterreich. (A. Z.)

Börse.

Wien, 5 April. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 64; zu 4pCt. in CM. 55; zu 3pCt. in CM. 52; Bankactien per Stück 790; Nordbahn 63.

Amsterdam, 4. April. 2½pCt. 36; 3pCt. 40; 4pCt. 52⅝; Synd. 3½pCt. 53; Handels-Maatschappy 133½; Ard. 5½; verl. 3pCt. 13½; 5pCt. Metall. 60

Paris, 4. April. 3pCt. 33 Fr. — C.; 5pCt. 33 Fr. — C.

London, 3. April. Consols 80⅞.

Münchener Schrannen-Anzeige vom 8. April 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest.	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	2685	2617	86	17	58	—	—	—	28
Korn	1029	1029		11	55	—		1	35
Gerste	3002	2531	471	9	8	—	30	—	—
Haber	1814	1759	55	5	29	—	9	—	—

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag, 9. April: „Don Cäsar von Bazano", Schauspiel mit Gesang. Musik von Ignaz Lachner.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. H. Hellbronner, Oberst v. Zweibrücken.
Hôtel Maulick. HH. Porratin, Rentier von Amsterdam; Leisting, Privatier v. Ulm; Münden, Posthalter v. Pappenheim.
Gold. Hahn. H. Rupprecht, Privatier v. Oettingen.
Blaue Traube. HH. Schneider, Student v. Fulda; Glomp, Lieutenant v. Landshut.
Stachusgarten. HH. Schmitt, Oberaufseher v. Augsburg; Schech, Lottocollecteur v. Immenstadt; Oberwaner, Kaufmann v. Milsdorf.

Gestorbene in München.

Magdalena Träxler, Bureaudienerswittwe v. h., 56 J. alt; Joseph Mesenol, ehem. Silberpolierer v. h., 81 J. alt; Stephan Althammer, Schlossergesell v. h., 33 J. alt; Anna Forster, Hausmeistersfrau v. h., 36 J. alt; Josepha Seidl, Bildhauersfrau v. h., 43 J. alt; Maria Schober, Portierswittwe v. h., 62 J. alt; Georg Schwalger, Kistlergesell v. h., 68 J. alt.

Bekanntmachung.

2368 Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das nachbeschriebene Anwesen des Wirthes Joseph Poz von Ludenhausen dem öffentlichen Verkaufe unterstellt und zur Versteigerung desselben an den Meistbietenden auf

Dienstag den 30. Mai l. Js. Vormittags von 9 — 12 Uhr

im Orte Ludenhausen Termin angesetzt.

Das Anwesen besteht aus:
a) dem gemauerten zweistöckigen mit Schindeln eingedeckten Wohn- und Wirthschaftshause sammt Stadel, Stallung, Wasch- und Backhaus. Stallungen sind halb gemauert, halb von Holz und mit Schindeln eingedeckt zu 0 Tagw. 42 Dez;
b) der radicirten Taferwirthschaftsgerechtsame;
c) Garten zu 0 Tagw. 93 Dez;
d) Krautgarten zu 0 Tagw. 33 Dez.;
e) Aecker zu 30 Tagw. 44 Dez;
f) Wiesen zu 119 Tagw. 72 Dez.;
g) Holz zu 23 Tagw. 85 Dez.;
h) Filz zu 12 Tagw. 86 Dez.

Das Gesammtanwesen hat nach gerichtlicher Schätzung vom 16. November 1847 einen Werth von 22,454 fl.

Der Hinschlag erfolgt nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 99 — 101 des Prioritätsgesetzes vom 17. November 1837.

Dem Gerichte unbekannte Käufer haben sich über Vermögen und Leumund durch legale Zeugnisse auszuweisen.

Landsberg den 31. März 1848.

Königliches Landgericht Landsberg.
D. l. a.
Peger.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 92.

Münchener politische Zeitung.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir [illegible] Nro. 2) auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärts halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag | XLIX. Jahrgang. | 10. April 1848.

Die bayerische Kammer der Reichsräthe.

^Aus Bayern, im April. Dem aufmerksamen Beobachter der Völkerentwicklung, welche uns die Geschichte aller Zeiten, die der Neuzeit aber in besonders rascher Folge und ausgeprägter Form zeigt, wird es nicht entgangen seyn; wie die Basis unseres Staatslebens sich in gleichem Maße mit dem Allgemeinerwerden der Bildung ausbreitet. Von der Idee des gottgesandten Herrschers, in dessen Hand und willkürliche Leitung der Himmel selbst die Geschicke des Volkes legte, von der kampfgebornen Uebermacht starker Krieger, von der in seiner ausschließlichen Bildung begründeten Herrschaft des Priesterthums, endlich von der Bevormundung der wieder ausschließend herangebildeten Bureaukraten, welche Suprematien nach einander das mühsame aber lohnende Geschäft des Regierens einer willenlosen Menge auf sich genommen hatten, kam es in naturgemäßer, nur von oben hartnäckig verkannter Folge zu dem energischen Verlangen der Gesammtheit des Volkes nach dem ihm gebührenden Antheile an der Leitung seiner eigenen Angelegenheiten. In dem Maße als das Bewußtseyn dieser Berechtigung zugleich mit dem Bewußtseyn der Befähigung zu ihrer Ausübung im bayerischen Volke stieg, sank die Bedeutung der einzelnen Kasten und Stände. Sie drängte der Trieb der Selbsterhaltung zum Widerstande. Die Herrscher, von Jugend auf durch die Chimäre ihrer speciellen göttlichen Sendung geblendet und deßhalb nicht in und mit dem Volke, sondern außerhalb und gegenüber stehend, sehen in dem Streben desselben nach dem rechtlichen Antheil an der Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten nicht eine natürliche Entwicklung des Völkerlebens, sondern einen absichtlichen illegalen Kampf gegen ihr göttliches Recht, und so verband sie die vermeintliche, und so ferne eine Beschränkung der Alleinherrschaft eine unausbleibliche Folge jener Entwicklung seyn mußte — auch wirkliche Gefahr mit den bedrohten Kasten. Daher der oft gehörte und bei jeder mächtigen Bewegung widerlegte Satz: Adel und Geistlichkeit seyen die Stützen des Thrones! — Aus dieser mißverstandenen Stellung und Verbindung ist die Reichsrathskammer entsprungen. Die Höchsten des Adels, die Höchsten der Geistlichkeit und eine vom Könige ernannte Verstärkung, also eine ausschließende Vertretung der Krone und jener Kasten bilden einen abgesonderten Körper, welcher, von der oben angedeuteten Ansicht geleitet, bisher den fortwährenden Hemmschuh alles politischen Fortschrittes ausmachte. Mit dem steigenden Schwinden der ohnedieß nicht mehr in der Natur, sondern in einer hergebrachten Annahme liegenden Bedeutung der sogenannten privilegirten Stände, mit dem richtigen Erkennen der eigentlichen Wurzel und Stellung des Königthums wird auch diese Kammer in ihrer jetzigen Form ihr unvermeidliches Ende finden. — Wir sind eben deßhalb weit entfernt, zu ihrer vorzeitigen Auflösung zu rathen, aber eine Forderung können wir schon jetzt mit Recht an sie stellen. Es ist die nach **Oeffentlichkeit ihrer Verhandlungen.***) Gleich der zweiten Kammer beräth auch die der Reichsräthe des gesammten Volkes Wohl, wie bei jener hat auch bei dieser das Volk das Recht, wenigstens Zeuge dieser Berathungen zu seyn. — Die Kammer der Reichsräthe wird auch, wenn sie ihre Zeit nur einigermaßen begreift, das Licht der Oeffentlichkeit nicht zu scheuen haben, ja sie wird sich dessen bedienen, um die bisher erzielte Meinung von ihrer fortschrittsfeindlichen Gesinnung zu widerlegen; ihre Mitglieder aber werden, in richtiger Auffassung der unausbleiblichen weiteren Begebnisse dieses Mittel ergreifen, um sich das Vertrauen des Volkes für eine Zukunft zu erwerben, in welcher eben dieses Vertrauen allein den Rechtstitel zum Sitze im Oberhause bilden wird!

*) Der Aufsatz war vor dem jüngsten Beschluß der Kammer der Reichsräthe, der jene Forderung vollständig erfüllt, geschrieben. A. d. R. d. pol. Z.

Deutschland.

Frankfurt, 5. April. Das Präsidium des Bundestags hat dem Fünfzigerausschuß eröffnen lassen, daß Hr. Schleiden von Rendsburg, in Folge des von gedachtem Ausschuß geäußerten Wunsches, ihn als Mann des Vertrauens zur Vertretung von Schleswig und Holstein zuzulassen, in dieser Eigenschaft für Holstein zugelassen werden solle. Ob auch wegen Schleswigs verbleibe sohin noch eine offene Frage. (Schw. Mkr.)

Frankfurt, 7. April. Der permanente Ausschuß der Fünfziger beschloß heute Nachmittag die sofortige directe Absendung eines Schreibens an die preußische Regierung, das dieselbe auffordert, die Wahlen für die constituirende Versammlung nicht durch die Stände, (was in Preußen bekanntlich bereits beschlossen) sondern nach dem Wahlgesez der constituirenden Versammlung, also durch das Volk vornehmen zu lassen. Das Schreiben begehrt ferner umgehende Antwort; denn würde die preußische Regierung auf ihrer Anordnung verharren, so läge darin eine große Gefahr für Deutschland, und der Ausschuß würde augenblicklich das Plenum der Vorversammlung einberufen. Dem Bunde und preußischen Gesandten wird das Schreiben mitgetheilt.

(C. v. u. f. D.)

Frankfurt, 7. April. Der Ausschuß verhandelte noch über die Einverleibung der 17 Vertrauensmänner in die Bundesversammlung.

Das gestern erwähnte „demokratische Centralcomité für die Wahlen zur constituirenden Versammlung" besteht aus den Herren Graf Reichenbach aus Schlesien, Dr. d'Ester aus Rheinpreußen, Türke aus Westpreußen, Titus aus Bamberg, Detering und Meyer aus Hannover, Diemer aus Würtemberg, Minkwitz aus Sachsen, Hecker, Struve und Würth aus Baden, Zitz und Mohr aus dem Großh. Hessen, Pflüger aus Kurhessen und Würth aus Sigmaringen. Es hat ein Programm aufgestellt, welches mit den von Struve in der ersten Sizung der Frankfurter Versammlung vorgetragenen „15 Forderungen des Volks" ganz gleichlautend ist. Nur Art. 6: „Aufhebung aller Klöster und klösterlichen Institute" und Art. 15: „Aufhebung der erblichen Monarchie" sind daraus entfernt — Ersteres ohne Zweifel, weil man einsah, daß die Decretirung des Aufhörens der Klöster — eines Internums der katholischen Kirche — sich mit dem in dem Programm enthaltenen Prinzip der Religionsfreiheit und der Trennung von Kirche und Staat nicht wohl vertrage, und vor Allem, weil man es mit dem streng katholischen Theil der Bevölkerung (Rheinpreußen) nicht verderben wollte; Letzteres, weil man zur Einsicht gekommen seyn wird, daß das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrzahl an dem echtdeutschen Institut der erblichen Monarchie festhält.

Bayern.

Landtag.

**München, 10. April. — (III. Sizung der Kammer der Reichsräthe.) In der vorgestrigen Sizung wurde der neue Oberconsistorial-Präsident Arnold eingeführt, legitimirt und anerkannt, dann folgender Antrag des Directoriums berathen: „Es ist zwar nach §. 15. Tit. II. Edict X. nur der Kammer der Abgeordneten geboten, aber weder hierin noch anderswo der Kammer der Reichsräthe verboten, die allgemeinen Sizungen öffentlich zu halten, vielmehr hat die Verfassungsurkunde in ihrem Eingange „die Standschaft, also beide Kammern berufen, ihre Berathungen in öffentlichen Versammlungen zu halten," sohin die Oeffentlichkeit der Sizungen als leitende Regel aufgestellt. Dem Grundsaze der Oeffentlichkeit hat auch die Kammer der Reichsräthe gehuldigt, anfangs ihre Protokolle im Auszuge, dann vollständig mit einziger Ausnahme der Namen der Votanten, in der Sizung von 1847 auch diese bekannt gemacht; auf Grund dieser geprüften und bewährten Erfahrungen fortschreitend, und das Bedürfniß der vollen Oeffentlichkeit anerkennend beschließt die Kammer daß nunmehr, da die Vorbereitungsgeschäfte beendigt sind, und die allgemeinen Berathungen beginnen, hinfür die observanzmäßige Behandlung im geheimen Ausschusse zu verlassen und die allgemeinen Berathungen künftig regelmäßig nur in öffentlichen Sizungen abzuhalten, an die Staatsregierung hievon Anzeige zu erstatten und diese zu ersuchen sey, unverzüglich die hiezu erforderlichen baulichen Vorrichtungen schleunigst herstellen zu lassen." Auf diesen Antrag wurde dann die volle Oeffentlichkeit der Sizungen der Kammer der Reichsräthe beschlossen und es wird sohin eine Zuhörer-Tribune erbaut.

Der der Kammer der Reichsräthe wie vorgestern erwähnt, vorgelegte Gesezentwurf, die Grundlagen der Gesezgebung über die Gerichtsorganisation, über das Verfahren in Civil- und Strafsachen und über das Strafrecht betreffend, lautet: Seine Majestät der König haben nach Vernehmung Allerhöchstihres Staatsrathes mit Beirath und Zustimmung Allerhöchstihrer Lieben und Getreuen der Stände des Reiches, unter Beobachtung der im §. 7 Titl. X. der Verfassungs-Urkunde vorgeschriebenen Formen beschlossen und verordnen: Art. 1. Die Rechtspflege soll von der Verwaltung, selbst in den untersten Behörden gänzlich getrennt werden. Art. 2. Bei der Anordnung der Gerichte und der Festsezung ihrer Zuständigkeit soll von folgenden Grundlagen ausgegangen werden. Art. 3. Den untersten Gerichten werden zweckmäßige, mit den bisherigen im Allgemeinen übereinstimmende Sprengel angewiesen werden. Art. 4. Sie urtheilen in Civilsachen als Einzelnrichter über diejenigen Streitigkeiten, welche hiezu durch die Geringfügigkeit des Streitsgegenstandes, oder durch die Einfachheit des Sach- und Rechtsverhältnisses oder durch die Nothwendigkeit einer schleunigen Entscheidung wegen Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder wegen Gefahr auf dem Verzuge, geeignet sind. Art. 5. Bei der Festsezung dieser Zuständigkeit soll die in dem Proceßgesetze vom 17. Nov. 1837 §. 1 gegebene Aufstellung der zum beschleunigten Verfahren im mündlichen Verhör verwiesenen Streitigkeiten zum Anhaltspunkt dienen, vorbehaltlich zweckmäßiger Revision der dort aufgestellten Kategorien. Art. 6. Diesen untersten Gerichten soll das Vormundschafts- und Hypothekenwesen belassen werden. Für die Notariatsgeschäfte sollen besondere Beamte aufgestellt werden. Art. 7. Im Strafrecht sollen die untersten Gerichte, ebenfalls als Einzelnrichter über die geringsten Strafsachen urtheilen; außerdem steht ihnen in Betreff

der Untersuchung über Vergehen und Verbrechen der erste Zugriff und die Aufnahme der Anzeigen zu, so wie die Vollziehung der ihnen von dem Untersuchungsrichter ertheilten Aufträge. Art. 8. Die Bezirksgerichte sollen in Civilsachen in der Regel die erste Instanz bilden. Ausnahmen bilden die den Handelsgerichten und die den Einzelnrichtern zugewiesenen Streitigkeiten und diejenigen, welche vermöge eines befreiten Gerichtsstandes einem höheren Gerichtshofe zugewiesen sind. Sie sind die Berufungsinstanz für die von den Einzelnrichtern abgeurtheilten Sachen und überwachen dieselben in den übrigen ihnen zugewiesenen Functionen. Art. 9. Im Strafrechte haben sie 1) die Leitung der von besonders bezeichneten Mitgliedern des Gerichts (Untersuchungsrichtern) zu führenden Voruntersuchung über Verbrechen und Vergehen; 2) sie erkennen in zweiter Instanz über die von den Einzelnrichtern abgeurtheilten geringen Strafsachen; 3) in erster Instanz über die Vergehen; 4) aus den Bezirksgerichten soll das Criminalgericht gebildet werden, welches unter Zuziehung von Geschwornen zur Entscheidung über die Schuld in Verbrechenssachen zu erkennen hat. Als jeweiliger Vorsitzender des Criminalgerichts soll ein Rath des Appellationsgerichts bezeichnet werden. Art. 10. In jedem Kreise soll ein Appellationsgericht bestehen als Berufungsinstanz für die Urtheile der Bezirksgerichte in Civilsachen und über Vergehen. Bei Verbrechen soll die Anklage von dem Appellationsgerichte erkannt werden. Art. 11. In den Fällen, in welchen verfassungsmäßig ein befreiter Gerichtsstand vor dem Appellationsgerichte statt findet, treten diese sowohl in bürgerlichen Streitsachen als auch in Strafsachen an die Stelle der Bezirksgerichte. Art. 12. Der oberste Gerichtshof ist die Berufungsinstanz für die von den Appellationsgerichten in erster Instanz abgeurtheilten Civilsachen. Art. 13. Eine vorzügliche Bestimmung des obersten Gerichtshofes soll darin bestehen, daß derselbe durch Vernichtung der Civil- und Strafurtheile, welche eine Verletzung oder falsche Auslegung oder unrichtige Anwendung der Gesetze enthalten, die Einheit der Rechtssprechung im ganzen Reiche vermittelt. Art. 14. Einen wesentlichen Bestandtheil der neuen Einrichtung soll die Aufstellung von besonderen Staatsanwälten bei den sämmtlichen Collegialgerichten bilden, zur Vermittelung der Aufsicht der Regierung auf die gesammte Rechtspflege, insbesondere zur Einwirkung auf die Beschleunigung, die Vollständigkeit und den gesetzlichen Gang der Untersuchungen, zur Durchführung der Anklagen, zur Aufrechthaltung der Disciplin und der Dienstesordnung. Die Stellung und Wirksamkeit dieser Staatsbehörde ist in solcher Art anzuordnen, daß durch dieselbe die Unabhängigkeit der Gerichte auf keine Weise gefährdet, die richterliche Thätigkeit vielmehr um so vollständiger und reiner auf ihrem Standpuncte befestiget wird. Art. 15. Das Verfahren in Civilsachen soll die unmittelbare mündliche öffentliche Verhandlung vor dem urtheilenden Gerichte zur wesentlichen Grundlage erhalten. Dieser Hauptverhandlung soll bei den Collegialgerichten eine nach dem Bedürfniß bemessene schriftliche Einleitung vorangehen, welche die Bestimmung hat, die streitigen Puncte zwischen den Partien festzusetzen und dem mündlichen Vortrage eine gründliche Unterlage zu verleihen. Art. 16. Bei der Ausführung dieses Systems soll hauptsächlich von den auf dem deutschen linken Rheinufer bestehenden Einrichtungen, so weit sie sich durch die Erfahrung erprobt haben, ausgegangen werden. Was das bestehende Proceßrecht und die neueren Proceßgesetze an brauchbarem Material darbieten, soll hierbei sorgfältig benützt und auf die Beibehaltung des Bestehenden so viel als möglich Bedacht genommen werden; jedoch unbeschadet der consequenten Durchführung der Grundprincipien, welche jenem System zu Grunde liegen. Art. 17. Das strafrechtliche Verfahren soll ebenfalls im Wesentlichen nach dem Vorbilde der auf dem linken Rheinufer bestehenden Gesetzgebung geordnet werden. Insbesondere soll hierbei von folgenden Grundsätzen ausgegangen werden. Art. 18. Niemand kann wegen Verbrechens oder Vergehens zu einer Strafe verurtheilt werden, außer vermöge eines nach vorgängiger Anklage gefällten Erkenntnisses. Art. 19. Kein Straferkenntniß kann anders als nach einer vor den urtheilenden Richtern abgehaltenen mündlichen, die ganze Beweisaufnahme umfassenden Verhandlung gefällt werden. Art. 20. Die Verhandlung über die erhobene Anklage ist bei Strafe der Nichtigkeit öffentlich mit einziger Ausnahme derjenigen Fälle, in welchen das Gericht dafür hält, daß durch die Verhandlung Aergerniß oder Verletzung des Schamgefühls entstehen werde. Art. 21. Bei allen Anklagen, welche gegen Verbrechen gerichtet sind, gehört der Ausspruch über Schuld oder Nichtschuld des Angeklagten zur Zuständigkeit der Geschwornengerichte. Der Begriff der Verbrechen wird durch das Strafgesetzbuch festgesetzt. Art. 22. Das neue Polizeistrafgesetzbuch soll sich auf jene geringeren Rechtsverletzungen erstrecken, deren Aburtheilung bisher den Polizeibehörden zugewiesen war, und nach Art. 7 nun auf die untersten Gerichte übertragen wird. Das Staatsministerium der Justiz und das Staatsministerium des Innern sind mit dem Vollzuge des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt. München ꝛc. ꝛc. (L. S.) Für den Entwurf (unterz.) Heintz.

München, 10. April. Daß über alle politischen Fragen, wie unermeßlich wichtig diese auch seyen, eine von socialer Natur, die der Abhilfe für die täglich sich steigernde Noth des sogenannten „Proletariats" weit hinausliegt, dafür zeugen nebst allen geistigen Zeichen dieser in ihren Grundvesten erwühlten Zeit leider auch die betrübendsten Ereignisse vieler Orten des theuren deutschen Vaterlandes. Dennoch muß aus allen Kräften dahin gewirkt werden, daß der Grund und Boden des europäischen Staatskörpers, über welchem der unaufhaltsame Fortschritt der staatlichen Einrichtungen und Intelligenzen erfolgen soll, nicht unterwühlt werde; denn dann sanken auch alle Errungenschaften auf den bezeichneten Gebieten in Nacht und Nebel dahin. Wie sehr muß es demnach erfreuen, wie tief aus dem Innersten des Herzens heraus mit Muth, mit Begeisterung erfüllen, wenn wir die erhabene Fürsorge eines Königs, den weisen Rath seiner allernächsten Umgebung von dem Geist der Zeit tief erfüllt und aufrichtig ergriffen sehen, den Mühen und Wehen der Zeit, nicht mit überspannten und verlaufenden Systemen, sondern in einfach frischer That, so viel menschenmöglich, zu wehren. Wir sind in Stand gesetzt, zu zeigen, wie König Maximilian II., kaum auf den Thron gestiegen, in der lebendigsten Wachsamkeit und Fürsorge für „das Beste seines Volkes" denkend lebt und schöpferisch webt, welches innige Vertrauen ihn zu den volkserwählten Räthen der Krone erfüllt. Aus jeder Zeile des nachfolgenden allerhöchsten Handschreibens Sr. Maj. des Königs an den würdigen Berather und Verwalter der höchsten Volksinteressen, den Staatsminister des Innern, Frhrn. v. Thon-Dittmer, werden die Leser die Wahrheit unserer Behauptungen erfühlen. Das königl. Handbillet lautet:

„Das Wohl Meines theueren Bayernvolkes, welches Mir so sehr am Herzen liegt, und dem Ich alle Meine Kräfte weihe, erfordert dringend alle Classen desselben mit gleicher Liebe zu berücksichtigen, allen Interessen gleiche Würdigung zuzuwenden, und namentlich jenen Meine väterliche Liebe zu bethätigen, welche, auf die Arbeit ihrer Hände ausschlüßlich angewiesen, derselben gegenwärtig, wo Gewerbe und Handel so vielfach stocken, in um so höherem Grade bedürfen, um so das innige Band, welches zwischen Mir und Meinem Volke besteht, noch mehr zu befestigen.

Vereint werden wir allen Stürmen der Zeit widerstehen.

Die Verbesserung der Lage der arbeitenden Classe wird stets ein Gegenstand Meiner vorzüglichsten Sorgfalt seyn, allein soll dieselbe ins Leben treten, so müssen die beabsichtigten Maßregeln auf fester Grundlage ruhen.

Nicht durch eitle Versprechungen, deren Erfüllung außer dem Bereiche der Möglichkeit liegt, kann dieselbe erreicht werden.

Fest entschlossen, niemals Versprechungen zu machen, deren Ausführbarkeit nicht vollkommen gesichert ist, werde Ich Mich nie dazu verstehen, Hoffnungen zu erregen, deren Verwirklichung nicht auf dem Fuße folgen kann.

Nur durch das einige Zusammenwirken aller Kräfte, durch das Wiederaufblühen von Handel und Gewerben, durch Befestigung des gesunkenen Credites u. s. w., kann die Lage der arbeitenden Classe eine günstigere werden.

Dieß zu bewirken liegt nicht allein in der Macht der Regierung.

Dieser liegt außer den von ihr zu treffenden Maßregeln in jener Beziehung vorzüglich die Sorge ob, den Arbeitsuchenden, soweit immer möglich Gelegenheit dazu durch den thätigsten Betrieb der öffentlichen Arbeiten zu geben.

Ich beauftrage Sie sonach alle Eisenbahn-, Wasser- und Straßenbauten, soweit es nur immer die Mittel der Staatscasse gestatten, in Angriff zu nehmen, dann in ungehinderter Thätigkeit zu erhalten und dafür Sorge zu tragen daß auch außerdem die Arbeitsquellen auf jede mögliche Art erweitert werden."

München den 9. April 1848.

Maximilian.

An den Staatsminister des
Innern Frhrn. v. Thon-
Dittmer.

München, 7. April. Während des Stillstandes in der Thätigkeit unserer Kammern förderte das Ministerium mehrere sehr gut aufgenommene Verordnungen zu Tage, besonders die Anstellungen von Beamten nach Verdienst und Diensteszeit, die Aufhebung einer Scheidung der Gehaltsbezüge in Standes- und Functionsgehalt, die bessere Besoldung der Militärbeamten, und ihre respective Gleichstellung mit den Officieren. Das Aufhören der gehässigen und verfassungswidrigen Verweicherungsbefugniß des Postdebits ꝛc. Binnen 14 Tagen sollen wieder ausgedehnte Beförderungen und Ernennungen im Heere stattfinden und zwar in Folge des nun gegebenen Befehls, daß weitere 14,000 Recruten aus den Conscribirten der Altersclassen 1825 und 1826 ausgehoben werden sollen zum Zweck der Verstärkung des Heeres durch Bildung von 3. Bataillons bei den Infanterieregimentern und einer Division bei den Jägerbataillons. Prinz Friedrich von Baden ist hierhergekommen, um sich Sr. königl. Hoheit dem Prinzen Karl als Oberbefehlshaber des achten Armeecorps verfügbar zu stellen. Die seit längerer Zeit hier ausgestreuten Gerüchte von ernstlichen Unruhen in Griechenland entbehren allen Grundes. König Otto hat nach den neuesten hier eingelaufenen Nachrichten aus Athen sein Ministerium unter der Präsidentschaft von Konduriotis theilweise erneuert, und es scheint mit Billigung von Maurokordatos und Metaxas eine Verschmelzung der englischen und nappistischen Partei eingetreten zu seyn. (A. Z.)

München, 8. April. Der Gesetzentwurf über die Wahlen für das deutsche Parlament wird heute im Ministerrath unter Vorsitz des Königs berathen. — Jüngst wurde von Anträgen und Bitten der Bewohner unserer Gebirge an Herzog Max geschrieben, um Errichtung eines Freicorps. Der edle Herzog ist bereits darauf eingegangen, und hat folgende Antwort auf die an ihn ergangene Adresse erlassen: „Bewohner des bayerischen Hochgebirges! Ihr habt, hochherzige Männer, in Euerer Aufforderung an mich einen längst gehegten Wunsch in mir verwirklichet, das sehnliche Verlangen im Augenblick der Gefahr an Euerer Spitze zu stehen. So manche frohe Stunde habe ich in Euerer Mitte erlebt, nun will ich auch Stunden der Mühen und der Gefahr mit Euch theilen. Das gnädige Vertrauen unseres geliebten Königs hat mich zu Euerem Commandanten ernannt. Ich werde trachten, mich dessen würdig zu machen und bewußt seyn, mir Euere oft bewährte Zuneigung auch ferner zu erhalten. Unser Losungswort bleibe: König, Verfassung und Vaterland! München, 6. April 1848. Maximilian, Herzog in Bayern." (A. Z.)

*** München, 10 April. Die meisten hiesigen Schuhmachergesellen haben ihre Arbeit eingestellt, und haben sich schriftlich an den Magistrat gewendet, wo dieselben Erhöhung des Arbeitslohns beantragen (Es soll nach anderen Aussagen bereits zu gütlichen Vergleichen mit den Meistern gekommen seyn.)

Augsburg. Sicherem Vernehmen nach wurde der königl. Generalmajor und Brigadier J. Dambőer von Sr. königl. Majestät aus allerhöchstem Vertrauen zum Commandanten der für ganz Deutschland so wichtigen Bundesfestung Ulm ernannt. (A. Z.)

Württemberg.

Stuttgart, 8. April. Die kgl. Verordnung wegen Anordnung der Wahlen zu der Nationalversammlung in Frankfurt wird bereits vorbereitet, so daß dieselbe verkündigt werden kann, sobald der Beschluß des deutschen Bundestags, welcher über diesen Gegenstand noch aussteht, eingelaufen seyn wird. Die Ministerialverfügung wegen der Wahlen für die Ständeversammlung, welche nach den Wahlen für die Nationalversammlung vorgenommen werden sollen, wird ebenfalls noch im Laufe dieses Monats erscheinen. (Schw. Mkr.)

Stuttgart. Im Beobachter erklären die HH. Mögling und Rau, sie treten nicht mehr als Bewerber für die nächste würtembergische Ständeversammlung auf.

da sie unter den jetzigen Umständen die Republik für das beste halten. Bedeutender ist ein Votum Paul Pfizers, des jetzigen Ministers, für die Hegemonie Preußens. Er sagt darin: „Stimmungen und Personen wechseln, auch die Person der Könige ist wandelbar, aber die Natur der Dinge bleibt sich gleich, ein Deutschland ohne Preußen ist kein Deutschland."

Baden.

Bereits bringen „Badische Blätter" aus einer Reihe von Gemeinden die Wahlmännerwahlen für die Ernennung der Abgeordneten zum deutschen Reichstag. (Baden hat mittelbare Wahlen.)

Donaueschingen, 6. April. Die Anmeldung württembergischer Truppen hat Alles in Allarm gesetzt. Hier wird gegen jedes Anrücken fremden Militärs protestirt. 3000 Mann Bürgerwehr, verstärkt durch 8000 Mann aus der Baar und dem Schwarzwald, sind zum Aeußersten bereit. Estafetten fliegen nach Stuttgart und Rottweil. Auch Freiburg hat am 6. April gegen Verlegung fremden Militärs nach Baden feierlichst protestirt.

K. Sachsen.

Die königl. sächsische Regierung hat behufs Herbeiführung einer gesetzlichen Umgestaltung der gewerblichen Verhältnisse die Niedersetzung einer Commission zur Erörterung der einschlägigen Fragen angeordnet.

Kurhessen.

An den beiden ersten Tagen dieser Woche tagten zu Hanau etliche und dreißig Turngemeinden, durch etwa zweitausend Turner vertreten. Der alte Jahn wohnte der Versammlung bei. Nach den daselbst gefaßten, in 15 Paragraphen formulirten Beschlüssen ist das von dem Vorsitzenden beantragte politische Glaubensbekenntniß der Turnerei, wonach deren Bestrebungen vornämlich auf Errichtung einer deutschen Republik gerichtet seyn sollen, nur von den vier Gemeinden Hanau, Mannheim, Karlsruhe und Frankfurt gutgeheißen, sohin nicht in das Satzungsheft aufgenommen worden.

Gr. Hessen.

Mainz, 4. April. Schon beginnen hier die Präliminarien zur deutschen Parlamentswahl. Es ist unzweifelhaft, daß das in Frankfurt zusammengetretene Comité zur Leitung der Wahlen in demokratisch-republicanischem Sinn seine Netze auch bald über unsere Rheingegend ausbreiten wird. (A. Z.)

Aus Mainz 6. April. Ein Theil der Eisenbahn ward zerstört, auf die Schleppschiffe, gegen die Dampfkohlenbesitzer, gegen die Leute, welche Pferde zum Ziehen der Schiffe vermiethen, wurden Angriffe gemacht, und mit dem Aergsten gedroht. Polizei und Gendarmerie erwiesen sich als unmächtig. (A. Z.)

Im Großherzogthum Hessen befinden sich Freicorps, bestimmt, die constituirende Versammlung in Frankfurt gegen mögliche Versuche, durch Gewalt Parteizwecke durchzusetzen, zu sichern.

Preußen.

Berlin, 1. April. Es lassen sich hier im Augenblick etwa folgende Richtungen unterscheiden; 1) die Republicaner. Sie nennen sich den „politischen Club," toleriren aber im Grunde nur das Königthum und warten auf eine günstige Gelegenheit es ganz zu stürzen. Sie haben einzelne tüchtige Talente, namentlich in der Person eines Hrn. v. Brandt, leiden aber an Mangel von Einmüthigkeit. 2) Die Arbeiterversammlungen. Diese werden geleitet durch Studenten, Literaten und einige Assessoren. Sie tragen einen rein socialistischen Character und die Verhandlungen bestehen meist in den heftigsten Declamationen gegen das Bürgerthum, welches als eine despotische blutsaugerische Masse hingestellt wird. 3) Der constitutionelle Club. Er ist der regelmäßigen Kopfzahl nach vielleicht der stärkste, da sich an ihn die große Masse der Bourgeoisie, des Beamtenthums, überhaupt aller derjenigen schließt denen daran liegt, auf der gegebenen Grundlage des constitutionellen Systems in gesetzlicher Ordnung weiter zu bauen. Indeß hat er erst zu kurze Zeit gewirkt, als daß sich darüber schon jetzt absprechen ließe: an der Spitze steht der ehemalige Königsberger Justizcommissarius Crelinger. Das gefährlichste Element ist offenbar der Arbeiterverein, da sich in ihm das gährende Moment der socialischen Fragen manifestirt und dasselbe leicht in einen gefährlichen Conflict mit den politischen Reformen gerathen kann. Diese Gefahr ist um so größer, als die Bourgeoisie den Aufreizungen der Arbeiter mißtrauisch und ängstlich zugleich zusieht, sich aber augenblicklich noch zu schwach fühlt, um gegen die Leiter etwas zu unternehmen: Die letztern, ihrerseits wiederum fühlend, daß sie in diesen Tagen alles gewinnen oder alles verlieren müssen, drängen mit so wilder Leidenschaftlichkeit vorwärts, daß sie es zunächst wenigstens auf offenbare Anarchie abgesehen haben müssen. Darum suchten sie auch den Einzug des Militärs um jeden Preis durch Proteste, Aufreizungen und Aufregungen zu hintertreiben. Jetzt rührt sich ihr gleicher Oppositionsgeist gegen den Landtag. (A. Z.)

Berlin, 3. April. Das Ministerium will mit 10 Mill. Thaler aus dem Staatsschatz zu Gunsten des Fabrik- und Handelsstandes einschreiten. Im Laufe des März sind 400,000 Thlr. aus der Sparcasse zurückgefordert worden; beinahe der dritte Theil aller Anfang März vorhandenen Einlagen. — In unserer Beamtenclasse II. Ranges sitzt die reactionäre Partei. In Potsdam, im Magdeburgischen und in Pommern, versuchen Einzelne sich im Geiste jener Partei. Im nahen Charlottenburg herrscht Ultraroyalismus.

Der vereinigte Landtag hielt am 6. April keine Plenarsitzung, sondern es versammelten sich die Abgeordneten nur als Provinzial-Landtage, um die Wahlen für das deutsche Parlament vorzunehmen, und respective darüber zu beschließen, ob Posen und Preußen sich dem deutschen Bunde anschließen sollten. Die Abgeordneten der Provinz Preußen beschloßen einstimmig diesen Anschluß, dagegen lehnten die Posener mit 26 Stimmen von Abgeordneten polnischen Ursprungs gegen die Stimmen von 17. deutschen Abgeordneten (drei polnische und drei deutsche Deputirte fehlten) den Anschluß ab. Da hier auf beiden Seiten die bis jetzt noch zur Gültigkeit eines Beschlusses nothwendigen zwei Drittel der Stimmen fehlte, so legte auch die Minorität in einem abgesonderten Gutachten ihre Ansicht dar, protestirte feierlichst, daß durch den Beschluß der polnischen Abgeordneten ihre Rechte als Deutsche beeinträchtigt würden, und behielt sich weitere Schritte vor. (C. v. u. f. D.)

Berlin, 6. April. Die Arbeiter aus verschiedenen Zünften haben gestern durch Aufläufe die Stadt in die furchtbarste Erregung versetzt. Sie verlangen Lohnerhöhung, ferner daß keine Frauenzimmer und Kinder (die sehr billig arbeiten) beschäftigt werden. Bei Juden soll kein Geselle mehr arbeiten. Kleiderläden und Möbelmagazine sollen aufhören. Da Zusagen mehrerer Fabricanten erfolgten, blieb es bei Zerstörungsversuchen.

Der Breslauer Oberburgermeister Dr. Pinder ist zum Oberpräsidenten der Provinz Schlesien ernannt.

Posen, 3. April. Wir lebten hier in den letzten Tagen in einem völlig anarchischen Zustande: die Polen warben Truppen, angeblich zu einem Kriege gegen Rußland an, und übten dieselben öffentlich unter den Augen der preußischen Behörden ein. Dazu vernimmt man überall die Worte: wenn von Berlin nicht alles bewilligt wird was wir verlangen, so ist ein Ausbruch unvermeidlich. In den kleinen Städten, wo die polnische Bevölkerung überwiegend ist, hat man die preußischen Adler überall abgerissen und mit Füßen getreten, die Beamten abgesetzt und zum Theil mißhandelt, einzelne Juden ausgeplündert rc. Aller Verkehr liegt gänzlich darnieder, und an baarem Gelde ist ein solcher Mangel, daß man gegen die sichersten Unterpfänder nicht hundert Thaler aufzutreiben im Stande ist. Dazu kommt die Concentrirung von enormen Streitmassen, die von Stunde zu Stunde wachsen, so daß in diesem Augenblick die Besatzung der Stadt und Festung wohl 16,000 Mann betragen mag. Um dem herrschenden anarchischen Zustande ein Ende zu machen, hat der commandirende General, v. Colomb, soeben eine Bekanntmachung erlassen, die unter den Polen ungeheures Aufsehen, ja eine unverkennbare Bestürzung erzeugt hat. Die Festung Posen ist in Belagerungszustand erklärt, aber dabei versprochen, daß die Ausführung der Maßregel mit der größten Schonung und Milde erfolgen soll. (A. Z.)

Sämmtliche preußische Festungen sind bereits vollständig bewaffnet und mit hinlänglichen Besatzungen versehen, um jedem feindlichen Angriff kräftig entgegenzutreten. (Spen. Z.)

Schleswig-Holstein.

Schleswig. Proclamation des Herzogs von Augustenburg. An das Volk Schleswig-Holsteins. Die gegenwärtigen ernsten Verhältnisse machen es mir zur Pflicht, einfach und deutlich für jeden unseres Volks mich über meine Stellung zu unserer heiligen Sache zu erklären. Die feindseligen Maßregeln, durch welche die Rechte unserer Herzogthümer zerbrochen, sind unserm König-Herzog durch das dänische Volk aufgezwungen worden. Der König ist in der Gewalt seiner wild erregten dänischen Umgebung; seine Entschließungen sind nicht frei: man bedient sich seiner Autorität, uns ungerechte Gesetze vorzuschreiben. Dieß sind nicht Redensarten, um den Schein zu wahren, es ist notorische offenkundige Thatsache. In dieser Lage hat sich unser gutes Recht zu schützen die provisorische Regierung gebildet. Sie hat in ihrer Proclamation den Sinn und Entschluß unseres Volks ausgesprochen. Ihrer Erklärung stimme ich unbedingt und ohne Rückhalt bei. Dieß wollen wir — aber auch dieses vollaus und in ehrlicher Wahrheit: Aufrechthaltung der Rechte unseres Landes und Volks und der dadurch bedingten Rechte unseres angestammten Landesherrn, und festen redlichen Anschluß an die Einheits- und Freiheitsbestrebungen Deutschlands, dessen Geschicke und Schicksale unsere Herzogthümer theilen müssen und wollen. Für dieses Ziel sind wir alle, bin auch ich bereit, wie ich bisher gethan, alle meine Kraft einzusetzen, Gut und Blut zu opfern, und das Liebste, was der Mensch besitzt, hinzugeben. Sollte aber unser Landesherr wieder frei seyn und würde er die Rechte und die Nationalität der Herzogthümer in dem ausgesprochenen Sinn anerkennen und Gewähr leisten, dann werde ich, wie wir alle, ihn freudig wieder in der Ausübung seiner landesherrlichen Gerechtsame unterstützen. Rendsburg, 31. März 1848. Christian August, Herzog zu Schleswig-Holstein."

Die provisorische Regierung hat unterm 31. März eine Ansprache an die dänische Nation erlassen, folgenden wesentlichen Inhalts: Die staatliche Selbstständigkeit des Herzogthums Schleswig beruhe auf festen Verträgen, die gewaltsame Umwandlung seiner Stellung in eine dänische Provinz sey Bruch des Vertrags. Die Herzogthümer wollen nur ihre Nationalität schützen, nicht fremde Nationalität angreifen. Möge der Norden Schleswigs sich demnächst frei erklären, ob er als Provinz dem dänischen Staate einverleibt, oder dem deutschen Vaterlande folgen wolle, sie werden seinem Willen keinen Zwang anthun. Sie bieten Dänemark ehrliches Bündniß und personelle Gemeinschaft des Landesherrn, so lange der Mannsstamm in Dänemark herrsche, wollen sich aber einer unbekommenden Weiberherrschaft nicht fügen.

Rendsburg, 4. April. Die Freischaaren der Jüten, bewaffnet mit Sensen auf Holzschuhen, sind bis auf eine Meile von Tondern vorgedrungen und gehen besonders auf Pferde- und Beamtenraub aus; das reguläre dänische Militär soll bis jenseits Apenrade zurückgegangen seyn. — Heute Morgen rückten hier zwei Bataillone des preußischen Garderegiments Kaiser Alexander, 1200 Mann stark hier ein. (Tagbl.)

Das Rendsburger Tagblatt bringt eine Verfügung der provisorischen Regierung, wonach bis weiter die preußischen und anderen nach dem 14 Thalerfuß ausgeprägten Thalerstücke zu 40 Schillings schleswig-holsteinisch Courant bei allen landesherrlichen Cassen in den Herzogthümern Schleswig-Holstein angenommen werden sollen, dagegen die Zettel der dänischen Nationalbank bei den landesherrlichen Cassen ferner nicht mehr anzunehmen sind. (Nordd. Bl.)

Altona, 6. April. Gestern zogen hier wieder, wie den Tag vorher, preußische Truppen, ungefähr 1200 Mann, ein. Es waren das Füselier-Bataillon vom Regiment Kaiser Alexander und das Füselier-Bataillon vom Regiment Kaiser Franz.

In Wiburg hat sich eine Versammlung zwar nicht gegen Schleswig-Holstein, aber für eine dänische Republik ausgesprochen.

Oesterreich.

Wien, 3. April. Hr. v. Hartig verläßt morgen Wien, um als Friedensunterhändler nach Mailand sich zu begeben. Die österreichische Regierung wird unter billigen Bedingungen die Lombardei aufgeben. An den Straßenecken liest man heute einen gedruckten Aufruf an die „freien Wiener", eingedenk des 12. Septembers 1683 (Sobieski's Sieg), Freischaaren nach Polen zu senden. (A. Z.)

Wien, 4. April. Die hier anwesende galizisch-polnische Deputation wird morgen dem Kaiser ihre Aufwartung machen. An ihrer Spitze steht der Fürst Georg Lubomirsky. (A. Z.)

Wien, 4. April. Graf Zichy, der vormalige Militärcommandant von Venedig und Oheim der Fürstin

Digitized by Google

Metternich, ist gestern mit dem Gloggnitzer Bahnzuge als Gefangener hier angekommen. (A. Z.)

Wien, 6. April (Mittags 12 Uhr). Das Volk hat das Kloster der Ligorianer erstürmt; diese haben unterm Schutz der Bürgergarde die Stadt verlassen. (A. Z.)

Prag, 6. April. Erzherzog Franz Joseph, der achtzehnjährige künftige Thronerbe, ist zum Statthalter von Böhmen ernannt worden. (A. Z.)

Schweiz.

Durch Kreisschreiben vom 4. April ruft der Vorort die vertagte Tagsatzung auf den 13. April ein.

Von der Schweizergrenze, 30. März. Am Abgeordnetentag zu Biel ist die Bildung einer deutschen Legion in der Schweiz beschlossen, in Bannern zu 500 Mann. Auf indirectem Weg hat das Unternehmen eine wesentliche Unterstützung erhalten, wenn der dem jetzt in Biel ansäßigen Flüchtling Becker aus Frankenthal von der vorörtlichen Regierung bei der Kantonalbank eröffnete Credit von 25,000 Fr. für dasselbe bestimmt seyn sollte. Ein Abgeordneter der badischen Freunde, Lommel aus Mannheim hat von dorther eine Beisteuer in die Kriegscasse zu Biel niedergelegt und zugleich eine stete Verbindung mit dem Comité eröffnet, in welchem L. Seeger aus Stuttgart mit dem „Ministerium des Aeußern und Innern" beauftragt ist. Der Zeitpunct des Auf- und Einbruchs, für den mit den Comités der deutschen Arbeiter in Frankreich, Belgien und England Verbindungen angeknüpft sind, war Gegenstand längerer Debatte. Es gilt die Unterstützung einer deutschen Social-Republik; diese muß aber erst an irgendeinem Orte in Deutschland proclamirt seyn, damit man einen Boden für die Operationen gewinne. Ein Antrag, gleich oder doch jedenfalls vor Ostern aufzubrechen, ward bestritten; man erwartet den Ausruf der Republik, zunächst im Badischen, zuerst in Frankfurt, und hat sich deßhalb an Hecker und v. Struve gewendet, von denen der erstere überall als Anführer der Republik genannt wird. — Im freien Neuenburg ist die Preßfreiheit aufgehoben, und darf nur mit Erlaubniß der Regierung gedruckt werden. (A. Z.)

Italien.

Botzen, 6. April. Unsere drei Bataillone Tiroler Jäger sind weder gefangen noch abgeschnitten. Es steht das erste in Verona, das zweite und dritte aber unter den Brigaden Wohlgemuth und Strasoldo am Mincio. Erzherzog Ernst, der Sohn des Vicekönigs, ist nicht gefangen. Die Freiwilligen von Wien stoßen zum Corps des Generals Nugent am Isonzo, dem fortwährende Truppensendungen auf der Eisenbahn zugehen. Heute erschien ein Aufruf des Vicekönigs an die Tyroler. (A. Z.)

Mailänder Bulletin vom 3. April Morgens: die österreichischen Garnisonen von Padua und Vicenza concentriren sich in dem 40,000 Mann starken Heer, welches bei Lonato eine Schlacht liefern zu wollen scheint. Das piemontesische Hauptquartier hat heute in Cremona übernachtet. Die Brigade Trotti traf gestern in Pontevico ein; die Hauptmasse der piemontesischen Truppen unter Karl Albert richtete sich nach Pizzighettone, Soresina und Cremona. Bei Gavardo soll die Vorhut der freiwilligen Lombarden mit den Oesterreichern handgemein geworden seyn. Vom 3. April Abends: die Piemontesen sollen eine österreichische Wache bei der Brücke S. Marco (bei Brescia) über den Chiese vertrieben haben. Carl Albert war am 2. April Abends in Cremona. Am 3. April rückte ein starkes Corps Piemontesen nach Castenedolo zum Angriff gegen die dort liegenden Oesterreicher. Manara und Arcioni standen bei Gavardo. Sechshundert Brescianer waren in die Thäler Tyrols eingedrungen.

Verona, 5. April. Unsere Citadelle strotzt von Geschützen. Mantua, Peschiera, die ganze Linie des Mincio sind nebst Verona gut besetzt. Es scheint, daß, nachdem hier alle Truppen concentrirt wurden, von hier aus gegen die Lombardei wolle operirt werden, während gegen Udine zu ein frisches Corps im Anzuge ist. (A. Z.)

Die „Gazetta di Roma" vom 30. März enthält eine officielle Erklärung über den Weggang der Jesuiten. Ihr zufolge sind letztere nicht aus Rom ausgewiesen, sondern sie haben sich entschlossen, um nicht durch ihre Gegenwart den Vorwand zu Unordnungen zu geben, dem Druck der Umstände zu weichen. Mit ihrem General sind die passenden Vereinbarungen getroffen, damit die Schulen des Collegium Romanum, die von den Jesuiten bewohnten Gebäude, ihre Güter und ihr Eigenthum besorgt und beschützt werden, und der Unterhalt der Väter gesichert sey?

Frankreich.

Paris, 6. April.

Nach Beschluß der provisorischen Regierung wird beim gegenwärtigen Zustand der Finanzen vom 1. April bis zum 31. December d. J. zu Abzügen für alle Gehaltsbezüge, Besoldungen, Pensionen und Dotationen aus Staatsgeldern zu verhältnißmäßigen Abzügen zutheilen: Die Gehalte zerfallen in 14 Classen: unter 2000 Frcs. fallen die Abzüge fort; bei 2000 Fr. werden 4 Cent. vom Franken abgezogen, bei 3000 Fr., 8 Cent. bei 8000 Fr., 16 Cent., bei 25,000 Fr., 30 Cent. u. s. w. — Man sieht, es geht, trotz der Blanc'schen socialistischen Wunderversprechung, bergunter. — (Bei all der Noth hätte die Bank am 31. v. M. auf 22 Mill. fälliger Wechsel 16 Mill. bezahlt erhalten.) — Zwei ungeheure Portefeuilles mit dem vertrautesten Briefwechsel des Ex-Königs sind unversehrt aufs Rathhaus gebracht. — Gestern begannen die Officierswahlen für die Nationalgarde, der 23. April ist Wahltag für die Volksversammlung. — General Cavaignac hat das Kriegsministerium nicht angenommen.

Drei verschiedene Abordnungen aus Irland haben der provisorischen Regierung aufgewartet; alle wollen sich mit der französischen Republik verbrüdern.

Großbritannien.

Im Haus der Gemeinen, am 3. April, gab der Premier Lord John Russel die wichtige Erklärung: „der irischen Agitation (man predigt im grünen Erin offen die Republik) sey die Regierung entschlossen, nöthigenfalls mit kräftigen Mitteln zu begegnen." Es umsteht die Ruhestörer bereits eine bedeutende See- und Landmacht. Während dessen erheben sich die Chartisten in der Riesenstadt. — Die Judenemancipationsbill ist am 3. in allen Clauseln unverändert durch die Committee gewachsen und sonach gesichert, da die erübrigende dritte Lesung lediglich Form ist. — Deutsche Blätter und Berichterstatter aus England lassen den Prinzen von Preußen in diplomatischer Sendung in London seyn. Es verkehrt derselbe immerfort mit den Ministern und den Diplomaten. Es handle sich um eine Vereinigung Englands, Belgiens und Preußens gegenüber Frankreich, und in der polnischen Frage gegenüber Rußland. Das englische Cabinet sey in der polnisch-russischen Frage auf Preußens Seite. Sir Charles Napier soll Befehl haben, mit seinem Geschwader die preußischen und deutschen Häfen gegen russische Ueberfälle zu schützen.

Rußland und Polen

Warschau, 3. April. Zwischen dem 1. und 6. d. Mts. sollen, wie die hiesigen Zeitungen melden, noch fünf Infanterieregimenter, jedes in seinem vollständigen Bestand von vier Bataillonen, zusammen 20,000 Mann, im Königreich Polen anlangen, und davon 2 nach der Festung Neu-Georgiewsk (Modlin), 3 in das Gouvernement Lublin sich begeben.

Börse.

Frankfurt, 7. April. Metall. 5pCt. 46; 4pCt. —; 3pCt. —; Bankactien 1325; Taunus-Eisenbahn-Actien 240; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 29½; bayer. Ludwigs-Berbacher-Eisenbahn 52; bayer. Ludwigs-Canal

Wien, 6. April. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 60; zu 4pCt. in CM. 55; zu 3pCt. in CM. 52; Bankactien per Stück 740; Nordbahn 67.

Amsterdam, 5. April. 2½pCt. 36½; 3pCt. 40½; 4pCt. 53; Span. 3⅛pCt. 52¼; Handels-Maatschappy 133½; Ard. 5¹¹⁄₁₆; port. 3pCt. 13⅛; 5pCt. Metall. 60.

Paris, 5. April. 3pCt. 33 Fr. — C.; 5pCt. 50 Fr. — C.

London, 4. April. Consols 81⅞.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 11. April: Don Cäsar von Bazano.
Mittwoch den 12. April: Zum ersten Male: „Gesichert und Gestert," Lustspiel in 5 Akten von Heinrich Laube.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Kretschmann, Oberst, Baron v. Schätzler, Obermayer, Banquiers, v. Sander, Privatier v. Augsburg; Späth, Mechanikus v. Nürnberg.

Hôtel Maulick. HH. Graf v. Redern, preußischer Gesandter v. Turin; Dobson, Rentier v. Liverpool.

Blaue Traube. HH. v. Lümgkel, Geheimer Rath v. Passau; Kinderlen, Hofbankdirector von Stuttgart; Koller, Dr. jur. v. Salzburg; Graf v. Grawenreuth, General v. Regensburg; Meslaski und Palmeri, Studenten v. Mailand; Mm. Erhard, Arztensgattin v. Passau.

Stachusgarten. H. Fabricius, Officier v. Lindau.

Gestorbene in München.

Elias Bornhauser, bgl. Knopfmacher v. h., 55 J. alt; Joseph Maier, Taglöhner v. h., 60 J. alt; Albinus Kreil, b. Melber v. h., 50 J. alt.

Bekanntmachung.

Freischeine zu Reisen auf den k. Postwägen und Eisenbahnen betr.

Im Namen Sr. Maj. des Königs von Bayern.

Die unterfertigte Generalverwaltung bringt aus Auftrag des k. Finanzministeriums, d. d. 5. d. Mts., hiemit zur allgemeinen Kenntniß, daß weder auf den kgl. Postwägen noch auf den k. Eisenbahnen Reisefreischeine ferner mehr bewilligte werden, daß daher deßfallsige Gesuche in der Folge gänzlich erfolglos bleiben müssen.

München den 8. April 1848.

Generalverwaltung der k. Posten und Eisenbahnen.
Gorb.

2369. Tauber.

2360. Gutsbesitzern, Oeconomen und Gärtnern, welche versuchsweise oder im Großen Anwendung von Guano (überseeischen Dünger) machen, empfiehlt die unterzeichnete Handlung ihr Lager hievon in bester südamerikanischer Waare, zum Preis von fl. 10 per bayerischen Centner, einschlüßig Packung, in München gelegt.

Eben so von ächt steyerer Kleesaamen bester Gattung à fl. 28.

Ludwig Poschinger in München,
Kaufingergasse Nr. 4.

Bekanntmachung.

2365. (3b) Das Bad- und Taferwirthschafts-Anwesen zu Petersbrunn mit den dazu gehörigen Gerechtsamen, den Feld- und Wiesengründen soll herrschaftlicher Anordnung zu Folge vom 1. Mai l. Js. an der Verpachtung unterstellt werden. Bemerkt wird, daß das Bad vollständig neu hergerichtet und möblirt wurde.

Verpachtungstermin wird auf den 25. April l. Js. Vormittags 9 — 12 Uhr dahier anberaumt, und können die näheren Bedingungen in der Zwischenzeit täglich dieorts eingesehen werden. Die Genehmigung gräflicher Herrschaft bleibt vorbehalten.

Den 1. April 1848.

Gräflich Waldbott - Bassenheim'sche Rentenverwaltung Leutstetten.
Pram.

2331. Zum gemeinschaftlichen Betriebe von qualitativ und quantitativ sehr ergiebigen, vollkommen zu Tage liegenden Steinkohlenlagern im dießseitigen Bayern und in der Nähe von Eisenbahnzügen wird ein bemittelter Theilnehmer von Unternehmungsgeist und allgemein technischem Wissen gesucht.

Das Nähere in frankirten Briefen bei der Redaction.

Digitized by Google

Nr. 93.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 31; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag | XLIX. Jahrgang. | 11. April 1848.

Die Wahlen für den deutschen Reichstag.

Nicht in dem Grade, als die Begriffe von Zeit und Raum zusammenschwinden, die Ereignisse aus den Völkern heraus sich überstürzen, ist die Thätigkeit der Regierungen und Landesstände gestiegen. Allüberall Klage. Am 1. Mai soll der deutsche Reichstag in Frankfurt sitzen, aus Männern, die nicht die List der Diplomaten, nicht die Systeme der Regierungen, nicht der Unverstand und die tollen Leidenschaften anarchischer Pöbelzustände zusammengewürfelt, sondern die wahre Stimme des Volkes berufen, die Stimme aller zu staatlicher Mündigkeit Gereiften in allen deutschen Landen, also wirkliche Männer des Volkes und seines Vertrauens — und zu diesem unermeßlich wichtigen Geschäft, von dem Deutschlands ganze Zukunft abhängt, sind annoch in wenig Ländern und dort sehr spärliche Anstalten getroffen. Der Bund ist vereinbart mit dem kräftigen permanenten Ausschuß über eine Frage, die leicht hätte spaltend werden mögen. Auf 50,000, nicht 70,000 Seelen, wie letzteres der Bund erst gewollt und wonach Preußen seine Wahlen bereits angeordnet, soll 1 Vertreter ins deutsche Volkshaus kommen. Mit den Ständen ist hierin nichts mehr zu vereinbaren! Nun frisch an die Wahlen, jeder Augenblick ist entscheidend nach Gewinn oder Verlust. In manchen Landen ist durch die bereits freien Volksversammlungen ein guter Boden — wir wollen nicht sagen, der einzig richtige — gegeben. Wird das deutsche Volk in seinem naturwüchsigen, unentweihten, getreuen Geistes- und Herzensausdruck nach Frankfurt zu sitzen kommen? Wem pocht das Herz nicht bei dieser Frage die gewaltiger denn alle bisher an und in Deutschland gestellten Fragen? Wird uns der Reichstag frei nach innen und ehrfurchtgebietend nach außen machen? — Ja wird seine Weisheit die Wogen der Anarchie, die heranschwellen, beschwören, beschwören nicht blos mit Bajonetten, sondern mit wahrhaftiger Lösung unleugbarer Probleme? Wird das alles geschehen können, wenn die Halben, die Windfahnen, die Schönredner, die ihre Rede tausendmal höher und wichtiger halten als Deutschlands Wohl, die erklärten französirenden und americanisirenden Republicaner und die geheimsinnigen, an eine republicanische Zukunft Gläubigen, aber der constitutionell-monarchischen Gegenwart zur freundlichen Disposition sich Stellenden, und die molluskenartigen Transactionsmänner von Profession nach Frankfurt zu sitzen kämen? Nimmermehr. Nur die Entschiedensten ihrer Farben werden retten. Die aber sollen nun in dieser Eile bis zum 1. Mai aufgefunden, und einzig durch die Volksstimmen aufgefunden werden. Das ist eine ungeheure Aufgabe, die unmöglich glücklich gelöst werden kann, wenn man nicht vom Werth eines jeden Augenblicks durchdrungen, sogleich zum Werk greift und zwar vorbereitend durch sofortige öffentliche Volks- oder Bürgerversammlungen.

Deutschland.

Frankfurt, 7. April. In der dritten öffentlichen Sitzung des Fünfzigerausschusses kam gestern zuerst eine Mittheilung über Verwüstungen vor, die bei Kastel an der Taunuseisenbahn stattgefunden hatten. Dieser Gegenstand führte zu einer sehr umfassenden Verhandlung in der sich alle Partteien einstimmig über diese und ähnliche Thatsachen der Anarchie und Barbarei mit der höchsten Entrüstung aussprachen. Es wurde von Hrn. Venedey der Vorschlag gemacht, eine Art Sicherheitsausschuß zu bilden, ein Vorschlag, der angenommen wurde. Zu diesem Ausschuß wurden gewählt, die HH. Spatz, Wächter, Jacobi, Ruder und Murschel, und an diese auch vorerst der Vorfall an der Taunusbahn verwiesen. Hierauf berichtete der Vorstand, Hr. Soiron, über die Art, wie die Geschäftsverbindung mit dem Bundestage stattfinden werde, und was in dieser Beziehung bereits geschehen. Aus diesem Antrage ging hervor: 1) daß die 17 Vertrauensmänner beim Bundestage eine Commission bilden sollen, die von allen Bundesbeschlüssen in Kenntniß gesetzt werden, mit dem Vorstand des Fünfzigerausschusses alle Tage zu einer bestimmten Stunde zusammenkommen, und so der Fünfzigerausschuß mündlich über alle Schritte und Beschlüsse des Bundestages in Kenntniß gesetzt werden sollte; 2) daß zu dem Ende die 17. Vertrauensmänner eine Sitzung mit dem Bundestag verlangt und bereits zugesagt erhalten hätten; 3) daß den Vertrauensmännern ebenfalls die Protokolle des Bundestags über die schleswigsche Frage zugesagt seyen; 4) daß die Vertrauensmänner den Abgeordneten der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein unter sich aufgenommen hätten. Zur Verwunderung der ganzen Versammlung zeigte dieser Bericht, daß die Vertrauensmänner eigentlich noch gar nicht zum Bundestag gehörten, sondern in gewisser Beziehung erst im Vorzimmer zugelassen seyen. Dieser Umstand gab zu einer sehr ernsten und kräftigen Meinungsäußerung mehrerer Mitglieder der verschiedensten Parteiansichten im Fünfzigerausschuß Veranlassung, die damit endigte, daß 1) die Art der Geschäftsverbindung wie sie eben vorgeschlagen verworfen wurde; 2) daß der Fünfzigerausschuß die unmittelbare Aufnahme der 17 Vertrauensmänner in den Bundestag fordern, und 3) dann die Ernennung einer Commission des Bundestags zur Verhandlung mit dem Fünfzigerausschusse verlangen werde. Ein weiterer Beschluß wurde ebenfalls einstimmig angenommen, und zwar der, daß vom Bundestage eine unmittelbare und einfache Antwort darauf verlangt werde: inwieweit er zu den Beschlüssen des Vorparlaments zustimme, und was in dieser Beziehung bereits zum Vollzug derselben geschehen. Endlich wurde noch beschlossen, auch die 17 Vertrauensmänner zu veranlassen, ihre Aufnahme in den Bundestag zu verlangen. Es wurde dann noch die Redaction aller Beschlüsse des Vorparlaments und eine Proclamation des Fünfzigerausschusses an das deutsche Volk verhandelt und angenommen.

Frankfurt, 8. April. Den Wünschen und Beschlüssen des Vorparlaments und seines permanenten Ausschusses ist vom Bunde vollständig entsprochen worden. Durch Beschluß vom gestrigen Tage hat die Bundesversammlung, in Rücksicht auf die öffentlich geäußerten Wünsche und das einstimmige Gutachten der Vertrauensmänner beschlossen, daß für die Wahlen zur constituirenden Nationalversammlung der Maßstab von 50,000 Seelen auf einen Abgeordneten (für jeden Ueberschuß von 25,000 Seelen ein weiterer Abgeordneter) zu gelten habe. Sie hat ferner das active und passive Wahlrecht aller volljährigen selbstständigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses und Standes und mit Beseitigung jedes Census, sowie auch den Grundsatz, daß jeder Wahlberechtigte auch in ganz Deutschland wählbar sey, mithin der Abgeordnete dem Staate, den er vertritt nicht anzugehören brauche, als Norm angenommen. Schlüßlich werden sämmtliche Bundesregierungen eingeladen, die Wahlen auf obige Grundlagen hin dergestalt zu beschleunigen, daß die constituirende Nationalversammlung am 1. Mai dahier zusammentreten könne. (A. Z.)

Die Kölner haben in einer Adresse an den König energische Verwahrung eingelegt gegen die Wahl der Abgeordneten zum deutschen Reichstag durch die Ständeversammlung.

Bayern.

Landtag.

München, 11. April. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die VI. auf heute um 9 Uhr angesetzte allgemeine öffentliche Sitzung. 1. Verlesung des Protokolls der V. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Vortrag des Secretärs des Petitionsausschusses über die geprüften Anträge der Abgeordneten; Berathung und Schlußfassung über die Zulässigkeit der von dem Ausschuße zur Vorlage an die Kammer der Abgeordneten geeignet befundenen Anträge. — 4. Vortrag des Secretärs des V. Ausschusses über die geprüften und zur Vorlage an die Kammer nicht geeignet befundenen Beschwerden.

Votum des II. Präsidenten der Abgeordneten, Dr. Müller, in der V. Sitzung bei Beurlaubung des in den Fünfzigerausschuß nach Frankfurt abgehenden Frhrn. v. Closen: Ich, m. H., kann Ihnen hiebei nicht verhehlen, daß mich ein kleiner Schauer befällt, wenn ein Mitglied nach dem andern die hohe Kammer verläßt. Wir sind schon unter den Beschränkungen einer früheren Verwaltung in den Wahlen, möcht ich sagen, beeinträchtigt worden. Viele unserer achtbarsten Mitglieder haben unsere Versammlung bereits verlaßen, und allerdings wird es uns äußerst schwer werden, unter diesen Verhältnissen das Vertrauen des Landes zu wahren, und die uns noch vorliegenden Arbeiten so zu vollenden, wie wir es aus dem Grunde unseres Herzen wünschen müssen. Ich glaube deshalb, daß die hohe Kammer in dieser Beziehung einen festen Entschluß fassen möge, welche Gesetzentwürfe sie noch zur Berathung bringen wolle, und namentlich außer dem Gesetze über die Wahlen über die Initiative zu Verfassungsabänderungen und über die Ablösung der Feudallasten, ob sie beschließen wolle, noch andere zu berathen.

⁂ München, 11. April. Der Staatsminister der Justiz, Hr. Heintz, ist zum erblichen Reichsrath der Krone Bayerns ernannt worden.

München, 11. April. Dem gestern erschienenen königl. Regierungs-Blatt (Nro. 17) entnehmen wir: I. Königl. allerhöchste Verordnung, die Zeitungsspedition durch die königl. Posten betreffend. Maximilian II. von Gottes Gnaden ꝛc. Wir finden Uns bewogen, in Bezug auf die Zeitungsspedition durch Unsere Posten zu verfügen, was folgt: I. Unsere sämmtlichen Postanstalten haben die Annahme der Pränumeration auf die im Inlande sowohl, als die im Auslande erscheinenden Zeitungen und Journale, sowie deren Versendung und Bestellung an die Pränumeranten zu besorgen. Die vorgängige Erholung einer besonderen Speditionsbewilligung ist nicht erforderlich, und es haben nur die allgemeinen postdienstlichen Normen Anwendung zu finden. II. An die Stelle der bisherigen Berechnungsweise der Postspeditionsgebühren, nach Umfang und Preis der Blätter, nach der Beförderungsentfernung u. s. w. tritt

ein einfacher Rabat von 25 pCt. von dem durch den Verleger beliebig festzustellenden Abonnementspreise, welcher Procentbezug ohne Rücksicht auf Entfernung als Postspeditionsgebühr, mit Ausschluß jeder weiteren Taxerhebung zu betrachten ist, so daß um den gewöhnlichen Abonnementspreis am Orte des Erscheinens jede Zeitung im Inlande überall bezogen werden kann. III. In gleicher Weise werden auch die ins Ausland zu versendenden bayerischen Zeitungen durch Unsere Postbehörden um den gewöhnlichen Abonnementspreis den auswärtigen Postanstalten abgegeben werden. IV. Die Gebühr für die Spedition der ausländischen Zeitungen und Journale wird ohne Rücksicht auf die Entfernung, in welche die Versendung erfolgt, mit 25 pCt. vom ursprünglichen Abonnementspreise, höchstens aber mit 6 Gulden jährlich berechnet. Außerdem sind noch die fremden Postgebühren zu entrichten. V. Bezüglich der transitirenden Zeitungen haben die bestehenden Vertragsbestimmungen Maß zu geben. VI. Gegenwärtige Verordnung, welche bezüglich der neu erscheinenden Zeitungen sogleich, bezüglich der ältern aber mit Beginn des zweiten Semesters dieses Jahres in Wirksamkeit zu treten hat, ist durch das Regierungsblatt zur allgemeinen Kenntniß zu bringen. Unser Staatsminister der Finanzen ist mit dem Vollzuge beauftragt. München, den 4. April 1848. Max. Frhr. v. Lerchenfeld. Auf königl. allerhöchsten Befehl: der Generalsecretär, Ministerialrath Gietl. — II Dienstesnachrichten. Der bisherige königl. Bundestagsgesandte, dann außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister an dem kurhessischen und großherzogl. hessischen, dann herzogl. nassauischen Hofe Karl v. Gasser, ist von diesem Posten abgerufen, und in temporäre Quiescenz versetzt; der Staatsrath im ordentlichen Dienste, Frhr. v. Andrian, seinem Gesuche entsprechend, unter Bezeigung der allerhöchsten Zufriedenheit mit seinen vieljährigen, treuen und ersprießlichen Diensten, mit Belassung seines Gesammtgehaltes und unter Ernennung desselben zum Staatsrathe im außerordentlichen Dienste, in den Ruhestand versetzt; der Generalmajor, Karl Weishaupt, zum Kriegsminister ernannt. (Alle übrigen Dienstesnachrichten sind den Lesern schon mitgetheilt.)

München. Nach einer allerhöchsten königl. Verordnung sollen in den Kirchen aller Confessionen im Königreiche öffentliche Gebete für die glückliche Entbindung Ihrer Majestät der Königin veranstaltet und abgehalten werden und damit bis zur erfolgten Entbindung Ihrer Majestät fortgefahren werden. — Laut Kriegsministerial-Rescript tragen fortan die Generale sämmtlicher Waffengattungen gleiche Uniform (hellblau). Die Hautboisten bekommen Helme, Waffenröcke mit Epaulettes und das Faschinenmesser. — Die 7te und 8te Classe des Cadettencorps wird dem Heere jetzt schon zugetheilt. Erstere mit Junkers- und Letztere mit Lieutenants-Charakter. Viele Studirende und Polytechniker treten in die Armee über; es wird auch nächstens ein Armeebefehl erwartet. — Unter dem Publicum geht das bedenkliche Gerücht, daß der Hemmschuh, der immer noch zwischen Regierung und Volk liege, das Institut des „Staatsrathes" sey, welches, meist aus Männern der alten Zeit, des bureaukratischen Stillstandes zusammengesetzt, unmöglich jenen scharfen Blick und unumwundene Volksanerkennung besitzen könne, Eigenschaften, die allerdings mehr als je in den heutigen Tagen den Sturm ablenken dürften. (B. Bl.)

∆ München, 10. April. Es wird mit Bestimmtheit versichert, daß sämmtliche Inspectionsofficiere des königl. Cadetten-Corps, welche bekanntlich mit Berücksichtigung besonderer Qualification aus den verschiedenen Abtheilungen der Linie gewählt und dahin commandirt werden, an einem und demselben Tage ihre schriftlichen Gesuche vereinigten, worin sie die Bitte stellten, in Folge der nicht ferne liegenden Möglichkeit eines Krieges zu ihren Regimentern zurückkehren zu dürfen. Dieser neuerdings den guten Geist der Armee, sowie gegen die theilweise schon in Cantonirung liegenden durch den Dienst ungewöhnlich mitgenommenen Kameraden Rücksicht beurkundende Schritt dieses in jeder Beziehung ausgezeichneten Officier-Corps ist Achtung gebietend, und um so lebenswerther, als er mit Hintansetzung eines Theils der pecuniären Verhältnisse dieser Officiere lediglich nur aus Liebe für König und Vaterland geschieht.

∆ Vom Rech, 8. April. Wie klar, gerecht und besonnen unser wackerer Schriftsteller Franz Trautmann in München, der Beschränkung der freien Presse durch polizeiliche Willkür, welche letztere so ganz im Widerspruche mit der königl. Proclamation vom 6. März, und der erfreulichen nun vorherrschenden, freien Gesinnung unseres hohen Staatsministeriums steht, auf rechtlichem Boden entgegengetreten ist, haben wir freudig aus seiner jüngsten Schrift: „Angriff der Münchener Polizei auf die Freiheit der Presse", ersehen und fühlen sich auch alle Autoren, als Selbstverleger, für die ehrenhafte und uneigennützige Vertretung ihrer Gesammtrechte zum innigsten Danke verpflichtet. Aber welcher Erfolg?? Wir harren noch weiterer Mittheilungen von seiner Seite entgegen! Von der untern Behörde, von welcher gravirliches Verbot: der Selbstvertreibung eigener Geistesproducte, auf einseitiges Anrufen und unter eigener Außerachtung der gesetzlich gebotenen Hilfsmittel gegen etwaige Uebergriffe der freien Presse ausgegangen ist, dürfen wir wohl nichts Aenderndes, nichts Besseres hoffen. Wie aber von zweiter Instanz, die dem hohen königl. Staatsministerium um so viel näher gestellt ist, und so doch wohl hochdessen, sicher freieren Weise mehr entsprechend, verbescheiden dürfte? — Es ist nur zu beklagen, daß durch den noch formellen Instanzengang immer so viel Zeit und Kosten beansprucht werden, ehe man zu rechter Quelle gelangen kann und darf, — hier hohes königl. Staatsministerium oder hohe Kammer, — um auch im Geiste neuerer Richtung, Abhilfe der schreienden Eingriffe in die Rechte und pecuniäre Benachtheiligung sämmtlich Betheiligter, mit weniger Geld- und Zeit-Verlust, aber desto klarer und auch maßgebend für äußere Behörden erlangen zu können. Tägliche Erfahrungen zeigen noch immer und nur zu deutlich, wie wenig sich die untere Bureaukratie an die Neuerungen gewöhnen kann und will, wie im Selbstgefallen sie noch jede Stunde die letzten Kräfte aufzubieten scheint, am Alten festzuhängen oder gar schon Weggedrängtes wieder frisch aufzudrängen. Solche Vorkommen drücken nun um so peinlicher, als sie den allerhöchsten Verheißungen und dem bekannten guten Willen des hohen Staatsministeriums, drückende Beschränkungen zu beseitigen, so schroff entgegenstehen, und stärken wahrlich auch das geduldigste Hoffen und Vertrauen wenig, was wir den adeligen Bureaukraten namentlich ans Herz gelegt haben wollen.

Am 9. April hat der „Allgemeinen Zeitung" zufolge eine Anzahl Bürger und Bewohner von Augsburg vorläufige vertrauliche Berathung über die Einleitungen zu den Wahlen für die deutsche Reichsversammlung gepflogen. Einige waren für Berufung einer öffentlichen Bürgerversammlung, um die Gesichtspuncte und Wünsche des Volks in Betreff des für Bayern zu erwartenden Gesetzes für die Reichstagswahlen auszusprechen. Die Mehrheit entschloß sich zum Abwarten des deßfallsigen einzubringenden Wahlgesetzes. Nach dem erwähnten Blatt würde nach dem Maßstab von 1 Vertreter auf 50,000 Seelen, Schwaben 11 Vertreter nach Frankfurt zu senden haben. Die baldige Aufstellung von Wahlausschüssen wird als nächste Aufgabe bezeichnet und gefragt: Sollen die Reichstagsmitglieder Diäten erhalten und sollen diese von der Gemeinde, aus dem Kreisfonde oder der Staatscasse bezahlt werden?

Das Augsburger Freiwilligencorps, unter dem Oberführer Graf Maldeghem, besteht aus nahe 300 M.

Nürnberg, 8. April. In einer gestern hier gehaltenen Bürgerversammlung wurde eine Adresse an die Ständeversammlung berathen und angenommen, in welcher diese aufgefordert wird, dem neuen Wahlgesetz für Bayern die breiteste Basis zu geben, unter Hinweisung auf den preußischen Entwurf für das provisorische Wahlgesetz; ein zweiter Punct der Adresse betrifft die Oeffentlichkeit der Gemeindebevollmächtigten-Sitzungen, ein dritter das freiere Associationsrecht, um deren Bevorwortung die Ständeversammlung angegangen wird.

(C. v. u. f. D.)

Dem Dr. Eisenmann, dem Vertreter Nürnbergs beim Vorparlament ist das Ehrenbürgerrecht seiner Stadt in Anerkennung seiner freimüthigen Vertheidigung des constitutionell-monarchischen Princips ertheilt worden.

Würzburg, 8. April. Das Collegium unserer Gemeindebevollmächtigten hat in seiner gestrigen Sitzung darauf angetragen, den ehemaligen Bürgermeister der Stadt Würzburg, den schwergeprüften Dr. Behr in hiesige Stadt einzuladen, und ihm Gehalt und Ehrenrechte als Bürgermeister wieder einzuräumen. (Wzb. Z.)

● Aus der Pfalz. Was wir in den letzten Tagen von der Haltung unserer Regierung und Kammer hören mußten, ist für jeden Gutdenkenden, der es mit seinem engeren Vaterlande wohl meint, überaus betrübend! Entweder suchen die neuen Minister den unter den bestehenden Verhältnissen nur allein möglichen volksthümlichen Regierungsweg nicht, oder sie vermögen ihn bei dem besten Willen nicht zu finden. Die Kammer, unter dem Einflusse eines volksfeindlichen Ministeriums durch das mangelhafteste aller deutschen Wahlgesetze zusammengeführt, kann unter Bayerns Bürgern kein Vertrauen gewinnen; ganz abgesehen von ihrer matten Haltung in den seitherigen Verhandlungen, und davon, daß einige der intelligentesten Mitglieder, wie Heintz und Willich, ausgeschieden sind. Die Pfälzer haben dieses in ihren Adressen deutlich genug ausgesprochen. Die Regierung scheint aber dennoch die Unklugheit begehen zu wollen, diese Abel'sche Kammer als Volksrepräsentation anzusehen, und ihr die so wichtigen, durch die Thronrede in nächste Aussicht gestellten Gesetzesvorschläge zur Beschlußfassung vorzulegen. Bayern kann und darf sich dabei nicht beruhigen — wir Pfälzer wollen keinen Augenblick säumen, unsere Schuldigkeit zu thun! Man veranstalte am ersten kommenden Sonntage gleichzeitig in verschiedenen Städten der Pfalz (etwa in Neustadt, Zweibrücken, Kaiserslautern, Kirchheim oder Grünstadt und Bergzabern) große Volksversammlungen und lege ihnen folgende Erklärung zur Abstimmung vor: „Die Pfalz hat in zahlreichen Adressen und durch ihre nach München gesendeten Deputirten sich mit aller Entschiedenheit dahin ausgesprochen, daß der jetzigen Kammer, welche als Volksrepräsentation nimmer angesehen werden könne, keine andern Gesetzesvorlagen zur Berathung und Abstimmung unterbreitet werden sollen, als allein das provisorische Wahlgesetz, welches selbst der neugewählten Kammer nochmals zur Beschlußfassung vorzulegen sey. Würde die Regierung das provisorische Wahlgesetz nicht ungesäumt in die Kammer bringen, und nachdem es von derselben berathen und angenommen, diese nicht unverzüglich auflösen und neue Wahlen anordnen, wollte sie mit der jetzigen Kammer auch weitere Gesetze verhandeln, so erklären die Bewohner der Pfalz, daß sie in diesem Falle ihre Deputirten ungesäumt zurückrufen, und nach dem alten Wahlgesetze keine neuen Wahlen vornehmen werden, daß sie in dieser Kammer gar nicht vertreten seyn wollen, aber dagegen auch alle durch dieselbe gefaßten Beschlüsse und angenommenen Gesetze für die Pfalz nicht bindend betrachten." (Speyer. Z.)

Oggersheim, 6. April. Einige der Minoriten sind allmälig wieder hieher zurückgekehrt. (Speyer. Z.)

Württemberg.

Stuttgart, 6. April. Frhr. v. Malzen bisher königl. bayer. außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister am hiesigen Hof, von König Max II. als solcher bestätigt, hat heute dem König seine Beglaubigungsschreiben überreicht. (Schw. Mkr.)

Baden.

Der Markgraf Wilhelm von Baden hat die ihm übertragen gewesene Stelle des Commandos über das achte Armeecorps in einem öffentlichen Schreiben an die Truppen niedergelegt. — Der unruhige Seekreis verlangt den alsbaldigen Rücktritt des Ministeriums Bekk.

Karlsruhe, 5. April. In der heutigen Sitzung der II. Kammer regte Abg. Zittel die Frage an, ob nicht bei den Wahlen zur constituirenden Versammlung nach dem Beschluß des Frankfurter Congresses das Wahlrecht mit dem 21. Jahre beginnen solle, obgleich die Wahlordnung das 25. Jahr festsetzt. Die Ansichten vereinigten sich dahin, daß der Beschluß der Frankfurter Versammlung hinsichtlich des 21. Jahres, welches in Baden das Alter der Volljährigkeit ist, bindend seyn müsse. Präsident Mittermaier will sofort die Regierung von der Ansicht der Kammer in Kenntniß setzen. Weller wünscht Verkündung der Wahlbezirke zu je 50,000 Seelen vor der Wahlmännerwahl, weil in dieser Zeit des Mißtrauens die Regierung der Vorwurf treffen würde, sie habe nach den Wahlen die Bezirkseintheilung in ihrem Interesse vorgenommen.

Karlsruhe, 7. April. (47. Sitzung der zweiten Kammer.) Der Präsident eröffnet, daß die erste Kammer der an sie gelangten, die Aufhebung der Feudallasten betreffenden Adresse beigetreten. Hecker macht auf eine im Odenwalde vielfach verbreitete Flugschrift aufmerksam, wornach am nächsten Charfreitag ein allgemeiner Angriff auf die Israeliten gemacht werden solle.

Er mißbilligt ein solches ungesetzliches Treiben und fordert die Kammer auf, dieß ebenfalls zu thun. Staatsrath Bekk spricht sich gleichfalls mißbilligend aus, was sodann auch von Seiten der Kammer einstimmig geschehen ist. Brentano stellt an die Regierung die Frage: welche Zwecke diese bei Berufung von Bundestruppen in das Badische verfolge, und erhielt von Staatsrath Bekk die Antwort, daß solches zum Zwecke der Selbsterhaltung geschehen, indem das Land, was sodann der Redner mit vielen Thatsachen belegt, auf dem Punkte eines heillosen Unglücks, auf jenem der Revolution, bewirkt durch äußeren Einfluß, stehe. Nach längeren Debatten über diesen Gegenstand wurde endlich der durch Bissing gestellte Antrag: das seitherige Verfahren der Regierung von Seite der Kammer für gerechtfertigt zu erklären, mit eminenter Stimmenmehrheit — Alle gegen acht — angenommen. Helmreich wünscht, daß die Fleischaccise gänzlich aufgehoben, oder wenn dieß zur Zeit noch nicht geschehen könnte, die Erhebungsweise geändert werden möchte. Finanzministerialpräsident Hoffmann erwiedert: er habe sich mit einer Revision des Budgets bereits beschäftigt und hoffe, bedeutende Ermäßigungen eintreten lassen zu können, so zwar, daß die gänzliche Aufhebung der Fleischaccise, soferne die Kammer nicht die Beseitigung einer andern Abgabe wünsche, in Aussicht stehe, wäre aber letzteres der Fall, so würde die Regierung statt der jetzigen Erhebungsweise Aversen beantragen. Zittel legt seinen Commissionsbericht über den Gesetzesentwurf, die Aufhebung der Beschränkung staatsbürgerlicher Rechte aus Rücksichten der Confession der Kammer vor — und letztere beschließt dessen Vorausdruck. (Schw. Mrk.)

Karlsruhe, 8. April. Heute Morgen ist Fickler, der Agitator des Seekreises, im hiesigen Bahnhof verhaftet worden, auch in der Stadt fanden mehrere Verhaftungen statt, worunter die eines Unteroffiziers, der wie man sagt, in einem Bierhause scharfe Patronen ausgetheilt hat. (Karlsr. Z.)

Seit Wochen ließ sich die anarchische Faction, die ihren Hauptsitz in Mannheim, hat, angelegen seyn die Soldaten mit Bier und Branntwein und meuterischen Einflüsterungen zu bearbeiten. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend lagen die Soldaten in den Wirthshäusern, wo sie zechfrei gehalten wurden, das Wort der Officiere wurde nicht gehört oder gar verspottet, auf den Wachtstuben, in den Casernen, auf den Straßen spielten die widerwärtigsten Auftritte des militärischen Ungehorsams und der Betrunkenheit. Das erste Bataillon, welches am 6. früh ausrückte, befand sich im Zustande des vollständigsten Rausches, so daß die Soldaten über ihre eigenen Beine stolperten, und daß einmal über das andere ihren unsichern Händen die Gewehre entfielen. Dazu das Geleit eines Schwarmes liederlicher Weibsbilder, die in Reih und Glied mit den Soldaten auszogen. Es war ein ekelerregender Anblick. (Die Soldaten mußten seit einiger Zeit mit „Sie" angeredet werden.)

K. Sachsen.

Es beginnen auch in den bisher ruhigen Landstrichen des Königreichs die Unruhen des Flachlands und der kleinen Städte mit Zerstörung der Schlösser. Waldenburg, das Schloß des Fürsten von Schönburg, ward von einem Haufen von hundert Menschen vor den Augen der Waldenburger und des zur Hilfe eingesandten Militärs eingeäschert; die Rochlitzer Reiter, die endlich eingehauen, mußten unter Steinhagel und Hohn der Menge entfliehen. — Zu Leipzig wurde am 5. April der bisherige Stadtrath Klinger zum Bürgermeister erwählt.

Gr. Hessen.

Mainz, 6. April. Gestern ist auch ein Theil der Taunus-Eisenbahn zerstört worden. Im Haus des Baumeisters Lothary wurden die Läden und Fenster eingeschlagen. — Die Kaufleute durfen die eingehenden und abzusendenden Güter nur durch Hafenleute, nicht durch Pferde fortschaffen lassen. (Siebzehn der Frevler an der Taunusbahn, meist Kutscher, sind gefänglich eingebracht.)

Nassau.

In Wiesbaden ist am 7. April ein Manifest für die constitutionelle Monarchie und gegen die Republik erschienen, welches alsbald über 2000 Unterschriften der achtbarsten Einwohner erhielt.

Preußen.

Nach der „Allgemeinen Preußischen Zeitung" hat der König den Oberpräsidenten Bötticher auf seinen Antrag von der Verwaltung des Oberpräsidiums der Provinz Preußen zu entbinden und den bisherigen Regierungspräsidenten v. Auerswald zum Oberpräsidenten dieser Provinz ernannt. (Berl. N.)

Berlin, 4. April. Das königl. Propositionsdecret bezüglich der Anordnung der Parlamentswahlen, das wir in Nr. 90 der polit. Ztg. im wesentlichen erwähnten, und das am 4. d. Mts. dem vereinigten Landtag vorgelegt war, lautet vollständig: Wir Friedrich Wilhelm ꝛc. ꝛc. Die deutsche Bundesversammlung hat in ihrer Sitzung vom 30. v. M. den Beschluß gefaßt, die Bundesregierungen aufzufordern, in ihren sämmtlichen, dem deutschen Staatensystem angehörigen Provinzen auf verfassungsmäßig bestehendem oder sofort einzuführendem Wege Wahlen von Nationalvertretern anzuordnen, welche am Sitze der Bundesversammlung in einem möglichst kurzen Termine zusammenzutreten haben, um zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen. — Zugleich hat die deutsche Bundesversammlung sich über einen provisorischen Vertretungsmaßstab geeinigt, nach welchem Preußen zu der deutschen Nationalvertretung für Unsere, dem deutschen Bunde jetzt angehörigen Provinzen 113 Vertreter abzusenden hat. — Da es unumgänglich nöthig ist, daß die nach obigem Beschlusse in kürzester Frist zu erwartende Versammlung der deutschen Nationalvertreter nicht ohne die Theilnahme preußischer Repräsentanten zusammentrete, und außerdem bereits mit mehreren deutschen Staaten die Verabredung getroffen ist, daß die zur deutschen Nationalvertretung abzuordnenden Repräsentanten durch die bestehenden Ständekammern gewählt werden sollen, so fordern Wir Unsere zum vereinigten Landtage versammelten getreuen Abgeordneten der Ritterschaft, Städte und Landgemeinden aus Unseren zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen hierdurch auf die für letztere zu der Versammlung der deutschen Nationalrepräsentation anzuordnenden 113 Vertreter unverzüglich zu wählen. Von dieser Vertreterzahl fallen nach dem Bevölkerungsverhältnisse der verschiedenen Provinzen, auf Brandenburg 19, Pommern 11, Schlesien 28, Sachsen 16, Westphalen 14, Rheinprovinz 25 Vertreter. Für den Fall, daß die Provinzen Preußen und Posen, in Folge Unseres Patents vom 18. v. Mts. den Wunsch aussprechen sollten, dem deutschen Bunde einverleibt zu werden, richten Wir zugleich an Unsere zum vereinigten Landtage versammelten getreuen Abgeordneten der Ritterschaft, Städte und Landgemeinden, aus diesen beiden Provinzen die Aufforderung, eine angemessene Anzahl von Abgeordneten, welche für die Provinz Preußen 23 und für die Provinz Posen 12 betragen würde, für die deutsche Nationalvertretung zu wählen. Diese Wahlen sind, von den einzelnen Provinzen abgesondert, vermittelst absoluter Stimmenmehrheit zu vollziehen, und nur auf Bewohner der betreffenden Provinz zu richten. Im Uebrigen wollen Wir Unseren getreuen Ständen dabei keinerlei Beschränkungen auferlegen, und auch das Wahlverfahren selbst ihrem eigenen Interesse überlassen. Sollte die auf Grund des neuen Wahlgesetzes zu bildende Versammlung der Vertreter Unseres Volkes wie jedoch kaum zu erwarten ist, früher als die Versammlung der deutschen Nationalrepräsentanten zusammentreten, so behalten Wir Uns vor mit derselben über eine den veränderten Verhältnissen angemessene Vertretung Unseres Volkes bei der deutschen Nationalrepräsentation eine Vereinbarung zu treffen. — Wenn übrigens die Constituirung der neuen deutschen Bundesverfassung die Bildung eines theilweise aus Mitgliedern der ersten deutschen Ständekammern bestehenden Oberhauses vereinbart werden möchte, so werden Wir zur Vollziehung dieser Wahl, sofern nicht bis dahin eine andere erste preußische Kammer gebildet seyn sollte, Unsere Herrencurie besonders zusammenberufen. Gegeben Potsdam, den 3. April 1848. (Allg. pr. Z.)

In derselben Sitzung der vereinigten Stände kam nachstehende königl. Botschaft ein: „Wir Friedrich Wilhelm ꝛc. Wenn gleich bei Berufung Unserer getreuen Stände Unser Wunsch und Unsere Absicht dahin gegangen ist, denselben hauptsächlich nur das Wahlgesetz für die nächst zusammenkommende Volksvertretung zur Berathung vorzulegen, so haben sich dennoch inmittelst Verhältnisse solcher Dringlichkeit herausgestellt, daß Wir Uns sowohl Behufs der Sicherung des Staats nach Außen, als zur möglichsten Aufrechthaltung und Unterstützung des schwer bedrohten Handels und Gewerbfleißes und dadurch zugleich zur Sicherung des Lebensunterhaltes für die zahlreichste Classe der Staatsbürger genöthigt sehen würden, alsbald zur Herbeischaffung der für den einen wie für den andern Zweck erforderlichen Geldmittel, so weit letztere weder aus den bestehenden Abgaben zu decken, noch aus den Beständen des Staatsschatzes zu entnehmen sind, die erforderlichen Gesetzes-Entwürfe vorzulegen, wenn irgend es thunlich gewesen wäre, Entwürfe so umfassender Art in der dafür nur zu Gebot stehenden Frist mit hinlänglicher Vollständigkeit und Sicherheit erwogen und ausgearbeitet zu sehen. Da aber die Dringlichkeit des Bedürfnisses es schwerlich gestatten würde, der Aufbringung der erforderlichen Geldmittel für vorgedachte Zwecke bis zur Einberufung der Volksvertretung Anstand zu geben, als gesinnen Wir Unseren getreuen, zum zweiten vereinigten Landtag versammelten Ständen im Voraus ihre Zustimmung zu ertheilen, daß, unter Verantwortlichkeit Unseres Ministeriums gegen die zunächst zusammenkommende Volksvertretung, die zum äußeren Schutz der Monarchie sowohl, als zur Wiederherstellung des Credits und zur Aufrechthaltung der Industrie erforderlichen außerordentlichen Geldmittel, sey es mittelst neuer oder Erhöhung älterer Steuern, dürfen erhoben oder durch rechtsgültig zu contrahirende Anleihen dürfen beschafft werden. Gegeben Potsdam den 4. April. 1848." — Der Finanzminister Hansemann begründet diesen außerordentlichen Vorschlag in der Kürze. Mißcredit und Unsicherheit haben sich der Gemüther bemächtigt, weil man Krieg nach Außen, Anarchie im Innern fürchte. Dem Uebel müsse man entgegentreten. Große Gefahren erfordern aber große Mittel. Preußen und Deutschland müssen dem Ausland gegenüber stark seyn, um den Krieg zu vermeiden. Dieses Starkseyn koste Geld. Alles, was die Regierung bisher gethan habe, sey zur Begründung der Freiheit und Ordnung geschehen. Die Furcht müsse endlich aufhören. Die Gewerbe stocken, und eine zahlreiche Bevölkerung, welche im Schweiße ihres Angesichts arbeite, werde, wenn das so fortdaure, bald das Nothwendigste entbehren. Dem Wachsen der Verkehrsstockung sey daher auch entgegen zu wirken. Die Regierung habe der Bank bereits in diesen Tagen 3 Millionen Thaler zur Belebung des Discontoverkehrs überwiesen; außerdem habe der König heute genehmigt, daß das Finanzministerium mit 1 Million Thaler Disconto- und Beleihungscassen unterstütze. Dieß reiche aber keineswegs aus. (Nach einer Börsennachricht in der „Allgemeinen Preußischen Zeitung" hätte der Finanzminister von den Ständen die Bewilligung von 6 Millionen Thalern zu Abhülfe der gedrückten Creditverhältnisse verlangt, was die Curse um 4–5 pCt. gesteigert hat.) Außerdem müsse überall eine gleichmäßige Besteurung eintreten. Die Mahl- und Schlachtsteuer belaste die handarbeitenden Classen vorzugsweise. Der König habe deßhalb genehmigt, daß Uebergänge der Classensteuer gemacht werden, und die Mahlsteuer da, wo es gewünscht werde, aufhöre. Die Gesetzsammlung werde unverzüglich die dießfälligen Verordnungen bringen.

In der Sitzung der vereinigten Stände vom 4. wurde auch noch die Berathung des einige Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung betreffenden Entwurfs (Nro. 89. der politischen Zeitung) begonnen und erledigt. Der Entwurf wurde mit mehreren Abänderungen und Zusätzen genehmigt. Nach einem derselben können „auch Versammlungen unter freiem Himmel, insofern sie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefahrbringend sind, von der Obrigkeit gestattet werden. Ebenso sind alle Preußen berechtigt, zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwider laufen, sich ohne vorgängige polizeiliche Erlaubniß in Gesellschaften zu vereinigen."

Die „Allgemeine preußische Zeitung" enthält die Adresse der Provincialstände des Königreichs Preußens an den König, worin dieselben um „Aufnahme ihrer Provinz in den deutschen Bund" bitten, und die zusagende Antwort des Königs, welcher das Staatsministerium beauftragt hat, deßfalls schleunigst die erforderlichen Einleitungen zu treffen.

Der dänische Gesandte am Berliner Hofe, Graf Plessen hat dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hrn. v. Arnim, eine Note übergeben, worin er erklärt, daß Dänemark die Besetzung des Gebietes von Schleswig-Holstein als eine Verletzung des Völkerrechts betrachten würde.

Königsberg, 3. April. Das hier garnisonirende Militär hat Befehl sich marschfertig zu halten. — Es

stehen bei Kauen (Kowno) drei russische Armeecorps von 240,000 Mann, die am nächsten Sonntag in Polen einrücken sollen, und zwar 160,000 Mann, um nach Warschau und der österreichischen Grenze und 80,000 Mann, um nach der preußischen Grenze zu marschiren. (Preuß. Bl.)

Unter'm 1. April ist von Pillau die Meldung nach Königsberg gekommen: dänische Kriegsschiffe kreuzten vor Pillau, sperrten den Seehafen ab und versetzten die Festung in Blocadezustand. In Stralsund macht man sich auch auf eine etwaige Diversion der Dänen gefaßt.

Schleswig-Holstein.

Schleswig, 5. April. In Betreff der gegenwärtigen Position der dänischen Truppen erfährt man, daß ihre Vorpostenlinie südlich von Apenrade bei Hostrup anhebt, und quer hinüber nach Eckesund sich erstreckt. Die Stärke soll 8000 Mann seyn.

Schleswig, 6. April. Soeben, in der Nacht, langt hier die sichere Nachricht an, daß das preußische Militär die Eider überschritten.

Rendsburg, 6. April. Heute rückten hier wieder 2 Bataillone preußischer Infanterie ein, die Füsilierbataillone der Regimenter „Kaiser Alexander" und „Kaiser Franz" und marschirten weiter, um Kantonnements in den benachbarten schleswigschen Dörfern Nübbel, Fockbeck und Büdelsdorf zu beziehen. Das gestern hier eingerückte Regiment scheint hier in Garnison bleiben zu sollen. — In der Nacht vom 4. auf den 5. April ist hier ein preußischer Courier durchgegangen, um bei dem Kopenhagener Ministerium nochmalige Schritte zur Anerkennung der Selbstständigkeit der Herzogthümer zu thun. Die Stellung unserer Truppen betreffend, so liegt das Gros der Armee in Flensburg, das 15. und 17. Bataillon 1 Meile bis ½ Meile nördlich in der Gegend von Bau. (Rbdb. Tagbl.)

Oesterreich.

Wien, 2. April. Fürst Metternich bezog als Gehalt vom Staat 98000 fl.; 72,000 fl. bloßen Gehalt, 20,000 fl. seit 1829 als Personalzulage, und 6000 fl. Tafelgelder. (A. Z.)

Wien, 6. April. Der kaiserliche Familienrath hat sich gestern einstimmig für die Uebergabe der Insignien der deutschen Kaiserwürde an die Wiener Abgeordneten nach Frankfurt entschieden.*) Mit dem letzten Bahnzug nach Prag sind die Deputirten gestern Abend nach Frankfurt abgegangen. — Der hiesige Erzbischof, welcher die vom hohen Thurme des St. Stephansdomes wehende deutsche Fahne einziehen zu lassen die Absicht hatte, wurde gestern Abends dafür von den hiesigen Studenten mit einer furiosen Katzenmusik belohnt. (A. Z.)

Kufstein, 2. April. Gestern wurden in Folge des erlassenen Amnestiedecretes die in der hiesigen Festung verwahrten 10 politischen Gefangenen (Polen) in Freiheit gesetzt. (A. Z.)

Schweiz.

Wie bereits im Wesentlichen erwähnt, ist die Bundesrevisionscommission über folgende Organisation der Bundesbehörden übereingekommen: 1) Eine Bundesversammlung, 2) ein Bundesrath (an die Stelle der bisherigen drei Vororte), 3) ein Bundesgericht. Die Bundesversammlung oder Tagsatzung bestünde in Zukunft a) aus 25 Gesandten der Kantone, wobei diejenigen der Halbkantone auch eine Stimme anzusprechen hätten, die Instructionen aber abgeschafft bleiben; b) aus Volksrepräsentanten, auf je 20,000 Seelen einen, direct und frei vom Volke aus der Nation gewählt, doch mit der Bestimmung, daß aus jedem Kanton wenigstens einer gewählt werden muß. Die Kantonsgesandten bilden die eine und die Nationalrepräsentanten die andere Abtheilung der Bundesversammlung. Gibt es in der Tagsatzung keine Mehrheit für oder gegen den Beschluß des Nationalrathes, so gilt dieser letztere; die Vollziehungs-Behörde wird aus einem Bundesrath von fünf Mitgliedern, dessen Organisation aus dem Project vom Jahr 1832 hergenommen wurde. Diese Behörde, so wie ihr Präsident, wird von den beiden Kammern als einem Wahlkörper vereinigt gewählt. Die Amtsdauer ist wie bei dem Nationalrath auf drei Jahre mit Wiederwählbarkeit. Dann Integralerneuerung. Der Präsident soll jährlich wechseln. Diese Organisation wird nun in den Kantonen zu Sprache kommen und den Großen Räthen zur Sanction unterstellt werden.

*) Es sind die Insignien Karls des Großen, welche seit dem ersten Einfall der Franzosen (1796) von Nürnberg hieher gebracht, und in der Schatzkammer aufbewahrt wurden.

Italien.

Das mailänder Bulletin vom 4. April lautet: „In Verona sollen ungefähr 9000 Oesterreicher sich finden; General Aspre ist dort am 28. März angekommen; am 28. und 29. trafen dort auch die mailänder Geiseln ein; die venezianer Kreuzfahrer 6000 Kämpfer stark, mit Priestern, Mönchen und lehrenden Professoren an an der Spitze, stehen zwischen Vicenza und Montebello (wollen also offenbar gegen Verona;) in Rovigo sind die ersten Colonnen der freiwilligen Päpstlichen und Toscanesen unter Durando angelangt; ein Corps Neapolitaner 12,000 Infanteristen 3000 Mann Reiterei ist im Anmarsch (?) Die Vorposten der Oesterreicher scheinen sich zwischen Goito und Peschiera zu befinden; die Freiwilligen unter Manara haben ohne Schwertstreich Salo besetzt (am westlichen Ufer des Gardasees) und sich des Dampfboots auf dem Gardasee bemächtigt. Die Festung Legnano (an der Etsch, unterhalb Verona) soll in den Händen der Italiener seyn. (A. Z.)

Chur, 7. April. Nach einem offiziellen Bulletin aus Brescia vom 5. d. M. ist der österreichische Feldmarschall Radezki aus verschiedenen wichtigen Positionen verdrängt und gegen Verona hin, zurückgeschlagen worden. Am 3. mußte er Castenedolo, am 4. Montechiari räumen. Der piemontesische General Trotti verfolgt ihn mit 12,000 Mann. Er befindet sich jetzt in Verona (Schw. Mkr.)

Aus dem nördlichen Jura, 6. April. Nach Briefen aus der Waadt, ist in Chambery die Republik ausgerufen worden, und dieser Theil Savoyens will sich an Frankreich anschließen. Das südliche Ufer des Genfer Sees wünscht mit der Schweiz vereinigt zu werden. (Karlsr. Z.)

Frankreich.

Paris, 7. April.

Der „Moniteur" bringt ein Umlaufsschreiben vom Minister des Innern, Ledru - Rollin, an alle Generalcommissarien der Departements bezüglich der Wahlen. Sie werden zur Thätigkeit ermahnt, sollen vermehrt die Wahl derjenigen Candidaten betreiben, die zu folgenden Grundsätzen des Schreibens schwören: „Abschaffung jedes Vorrechts, Vertheilung der Steuern nach dem Vermögen, ein verhältnißmäßiges und progressives Recht auf die Nachlassenschaften, ein freigewählter Richterstand und die vollste Entfaltung des Instituts der Geschwornen, Mittel zur Arbeit für Alle, demokratische Umschaffung der Industrie und des Credits, freiwillige Association überall an die Stelle der anreizenden Antriebe der Selbstsucht." (Welche Engelswelt soll dieses Programm verwirklichen?)

Hr. Arago hat in Folge der Ablehnung des Generals Cavaignac jetzt den Posten des Kriegsministeriums definitiv übernommen, und besorgt die Verrichtungen des Seeministers nur noch interimistisch.

Toulon, 4. April. Das Mittelmeergeschwader hat Befehl erhalten, sich bereit zu halten zur Abfahrt.

Um der Fabrication in Lyon einige Beschäftigung zu verschaffen, hat die Regierung 130,000 Schärpen und 43,000 Fahnen bestellen lassen.

Straßburg, 7. April. Heute kam die erste Colonne der Polen aus Paris dahier an. Sämmtliche im Elsaß seßhafte Polen, schließen sich dem Zuge an. — Am 10. d. wird hier ein großes republicanisches Volksfest stattfinden. (A. Z.)

Colmar, 3. April. Unter den Bewerbern für die Repräsentantenstellen unsers Departements befindet sich auch der bekannte Professor der deutschen Sprache in Paris, Hr. Savoye (ehemaliger Advocat in der bayerischen Pfalz), der in seinem politischen Glaubensbekenntniß abgelegt, als Vermittler des Friedens, der Eintracht und der Brüderlichkeit zwischen Frankreich und Deutschland wirken zu wollen. (A. Z.)

Großbritannien.

In der City lief am 5. d. Mts. das Gerücht, 6 Kriegsschiffe hätten Befehl erhalten, sich sofort in den Sund zu begeben (offenbar auf Requisition des englischen Consuls in Kopenhagen.) Man fragte im Lloyd Kriegsprämien auf baltisch-preußische Kriegsschiffe nach; es wurden Angebote von 10 Guineen pCt. ausgeschlagen.

Rußland und Polen

Einem Privatbrief der „Leipziger Zeitung" zufolge verbietet ein Ukas vom 23. März die Ertheilung von Pässen ins Ausland für alle russischen Unterthanen die Kaufleute nicht ausgenommen.

Vereinigte Staaten von Nordamerica und Mexico.

Ueber England haben wir eine New-Yorker Post bis zum 15. März. Hr. Sevier war vom Senat in Washington zum außerordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten in Mexico ernannt, welcher die Ratification des Friedensvertrags dahin zu überbringen hat. Die Friedensaussicht hatte die Handelsspeculation in den Vereinigten Staaten sehr belebt. Auch in der englischen Handelswelt macht die Nachricht einen sehr günstigen Eindruck. (Engl. Bl.)

Börse.

Frankfurt, 8. April. Metall. 5pCt. 51; 4pCt. — 3pCt. —; Bankactien 1325; Taunus-Eisenbahn-Actien 240; kurhess. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 29 1/4; bayer. Ludwigs-Bexbacher-Eisenbahn 52; bayer. Ludwigs-Canal —.

Wien, 7. April. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 59 1/4; zu 4pCt. in CM. —; zu 3pCt. in CM. —; Bankactien per Stück 730; Nordbahn 67 1/2.

Amsterdam, 6. April. 2 1/2 pCt. 33 3/4; 3pCt. 30 7/8; 4pCt. 52 1/4; Synd. 3 1/2 pCt. 52 1/4; Handels-Maatschappy 133 1/4; Ard. 5 1/4; port. 3pCt. 13 1/4; 5pCt. Metall. 46.

Paris, 6. April. 3pCt. 36 Fr. 50 C.; 5pCt. 52 Fr. — C.

London, 5. April. Consols 81 1/4.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 11 April: Don Cäsar von Bazano.

Mittwoch den 12 April: Zum ersten Male: „Gottsched und Gellert," Lustspiel in 5 Acten von Heinrich Laube.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. H. Schöringer, Privatier v. Breslau.

Gold. Kreuz. HH. Baron v. Buttler von Bernburg; Bahr, Privatier aus England; Landelsberger, Gutsbesitzer v. Hollfeld.

Blaue Traube. HH. Pasolo, Negotiant, und Colombi, Dr. jur. v. Mailand; Baron v. Gumoins, Militär v. Gunolas; Anaka, k. k. Hauptmann aus Ungarn.

Frauengarten. H. v. Süßmann, Lieutenant v. Augsburg.

Aufruf für Schleswig-Holstein.

Die Feindseligkeiten Dänemarks gegen die deutschen Herzogthümer haben begonnen; schon ist die Nachricht von der Besetzung Haderslebens eingegangen! Schleswig-Holstein ist berechtigt, von Deutschland die Bethätigung der Gesinnungen zu erwarten, mit deren Ausdruck man ihm von allen Seiten ermuthigend entgegengekommen ist. Die deutsche Sache der Herzogthümer wird der Beihilfe auch an Geld und sonstigem Material nicht entbehren können. Ein Centralpunct, durch dessen Vermittlung diese Beihilfe der provisorischen Regierung zu deren ausschließlicher Verfügung zugängig gemacht wird, dürfte behufs Vermeidung nutzloser Verspliterungen unerläßlich seyn. Mit Vorwissen der provisorischen Regierung erbieten wir uns, diesen Mittelpunct zu bilden. Beiträge von außerhalb Hamburgs, sey es von Specialvereinen, sey es von Einzelnen, ersuchen wir an die Adresse des mitunterzeichneten C. P. F. Möring einzusenden. Hier in Hamburg nimmt jeder der Unterzeichneten Beiträge entgegen. Zuschreibungen per Bank wolle man an die Banko-Conto Adolph Godeffroy abschreiben. Die eingegangenen Beiträge werden successive durch die öffentlichen Blätter kundgemacht werden. Sämmtliche deutsche Zeitungen werden ersucht, vorstehenden Aufruf zur größtmöglichsten Veröffentlichung gelangen zu lassen. Hamburg, den 30. März 1848. Clement A. AuffmOrdt. Baumeister. Dr. J. J. F. Ehlers. Adolph Godeffroy. A. J. Gätschow. M. Heilbut, Dr. J. C. Knauth, Dr. J. C. Krüger, Dr. C. P. F. Möring. F. Th. Müller, Dr. Prof. Chr. Petersen. G. Repsold. H. C. Spiermann. Prof. Wiebel. A. F. Woldsen.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 94.

Man pränumerirt auf d. M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir (Kaufinger Gasse Nro. 3); auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährig im I. Rayon 3 fl. 8 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Mittwoch | XLIX. Jahrgang. | 12. April 1848.

Deutschland.

Die „Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung" enthält folgende, (die frühere Mittheilung mehrfach ergänzende) Bekanntmachung der Beschlüsse der zu Frankfurt a M. am 31. März und 1. — 4. April 1848 abgehaltenen Versammlung zur Vorbereitung der deutschen constituirenden Nationalversammlung. Das zu Frankfurt a M. abgehaltene Vorparlament hat über die nachfolgenden Gegenstände Beschlüsse gefaßt. Wir theilen sie dem deutschen Volke mit: Aufgabe der Versammlung. Die Versammlung hat ihre Aufgabe darin erkannt, die Art und Weise festzustellen, in welcher die constituirende Nationalversammlung gebildet werden soll. Sie hat dabei ausdrücklich ausgesprochen, daß die Beschlußnahme über die künftige Verfassung Deutschlands einzig und allein dieser vom Volke zu erwählenden constituirenden Nationalversammlung zu überlassen sey. — Bundesgebiet: Schleswig staatlich und national mit Holstein unzertrennlich verbunden, ist unverzüglich in den deutschen Bund aufzunehmen und in der constituirenden Versammlung gleich jedem andern deutschen Bundesstaate durch freigewählte Abgeordnete zu vertreten. Ost- und Westpreußen ist auf gleiche Weise in den deutschen Bund aufzunehmen. Die Versammlung erklärt die Theilung Polens für ein schmachvolles Unrecht. Sie erkennt die heilige Pflicht des deutschen Volkes, zur Wiederherstellung Polens mitzuwirken. Sie spricht dabei den Wunsch aus, daß die deutschen Regierungen den in ihr Vaterland zurückkehrenden Polen freien Durchzug ohne Waffen und so weit es nöthig, Unterstützung gewähren mögen. — Zahl der Volksvertreter in der deutschen constituirenden Versammlung: Auf je fünfzigtausend Seelen wird ein Vertreter zur deutschen constituirenden Versammlung gewählt. Ein Staat mit weniger als 50,000 Seelen wählt einen Deputirten. Bei Berechnung der Seelenzahl ist die letzte Bundesmatrikel maßgebend. — Wahlart der Abgeordneten zur deutschen constituirenden Versammlung: In Betreff der Wahlart gelten für jedes der deutschen Länder folgende Bedingungen: Die Wahlberechtigung und Wählbarkeit darf nicht beschränkt werden durch einen Wahlcensus, durch Bevorrechtung einer Religion, durch eine Wahl nach bestimmten Ständen. Jeder volljährige selbstständige Staatsangehörige ist wahlberechtigt und wählbar. Der zu Wählende braucht nicht dem Staate anzugehören, welchen er bei der Versammlung vertreten soll. Die politischen Flüchtlinge, die nach Deutschland zurückkehren und ihr Staatsbürgerrecht wieder antreten, sind wahlberechtigt und wählbar. In allen übrigen Beziehungen ist es jedem einzelnen Staat überlassen, auf welche Weise er die Wahlen zu ordnen angemessen findet; die Versammlung erachtet jedoch die directe Wahl im Princip für die zweckmäßigste. — Ort der constituirenden Nationalversammlung: Die constituirende Nationalversammlung hält ihre Sitzungen in Frankfurt a M. — Zeit des Zusammentrittes. Das Wahlgeschäft ist von den einzelnen Staaten in der Art anzuordnen, daß die Nationalversammlung am 1. Mai dieses Jahres ihre erste Sitzung halten kann. — Permanenter Ausschuß der Versammlung. Die gegenwärtige Versammlung wählt einen permanenten Ausschuß von 50 Mitgliedern, der bis zum Zusammentritt der constituirenden Versammlung in Frankfurt a M. verweilt. Der Ausschuß wird aus den Mitgliedern der Versammlung in der Art gewählt, daß jeder Wahlzettel fünfzig Personen bezeichnet, in Betreff derer die Versammlung voraussetzt, daß jeder Wählende alle Theile des Vaterlandes in dem Ausschusse vertreten sehen wolle. Dieser Fünfzigerausschuß ist beauftragt: die Bundesversammlung einzuladen, mit ihm bis zum Zusammentritt der constituirenden Versammlung in Vernehmen zu treten; er ist beauftragt: die Bundesversammlung bei Wahrung der Interessen der Nation und bei der Verwaltung der Bundesangelegenheiten bis zum Zusammentritt der constituirenden Versammlung selbstständig zu berathen, und die nöthigen Anträge an die Bundesversammlung zu bringen; er ist beauftragt: bei eintretender Gefahr des Vaterlandes die gegenwärtige Versammlung sofort wieder einzuberufen. Der Ausschuß wird bei den Regierungen dahin wirken, daß die allgemeine Volksbewaffnung in allen deutschen Landen schleunigst ins Leben gerufen werde. Der Ausschuß hat dafür zu sorgen, daß ihm sechs Männer aus Oesterreich als weitere Ausschußmitglieder beitreten. Die Verhandlungen des Ausschusses mit der Bundesversammlung sind durch die Presse zu veröffentlichen. Die Versammlung verlangt, daß der Bundestag, indem er die Angelegenheit der Begründung eines constituirenden Parlaments in die Hand nimmt, sich von den verfassungswidrigen Ausnahmebeschlüssen lossage und die Männer aus seinem Schooße entferne, welche zu Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben. — Grundrechte und Forderungen des deutschen Volkes. Die Versammlung empfiehlt, mit ihrer grundsätzlichen Zustimmung, dem constituirenden Parlamente zur Prüfung und geeigneten Berücksichtigung die nachstehenden Anträge, welche bestimmte Grundrechte als geringstes Maß deutscher Volksfreiheit verlangen und die im deutschen Volke lebenden Wünsche und Forderungen aussprechen. Gleichstellung der politischen Rechte, ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses und Unabhängigkeit der Kirche vom Staate. Volle Preßfreiheit. Freies Vereinigungsrecht. Petitionsrecht. Eine freie volksvertretende Landesverfassung mit entscheidender Stimme der Volksabgeordneten in der Gesetzgebung und Besteuerung und mit Verantwortlichkeit der Minister. Gerechtes Maß der Steuerpflicht nach der Steuerkraft. Gleichheit der Wehrpflicht und des Wehrrechts. Gleiche Berechtigung aller Bürger zu Gemeinde- und Staatsämtern. Unbedingtes Auswanderungsrecht. Allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht. Lehr- und Lernfreiheit. Schutz der persönlichen Freiheit. Schutz gegen Justizverweigerungen. Unabhängigkeit der Justiz. Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege und Schwurgerichte in Strafsachen. — Ferner: Ein volksthümliches Creditsystem mit Ackerbau- und Arbeitercreditcassen. Schutz der Arbeit durch Einrichtungen und Maßregeln, um Arbeitsunfähige vor Mangel zu bewahren, Erwerblosen lohnende Beschäftigung zu verschaffen, die Verfassung des Gewerb- und Fabrikwesens den Bedürfnissen der Zeit anzupassen. Schulunterricht für alle Classen, Gewerbe und Berufe aus Staatsmitteln. Anerkennung endlich der Auswanderung als Nationalangelegenheit und Regelung derselben zum Schutze der Auswanderer. Dank der Versammlung. Der Dank der Versammlung wird ausgesprochen den zu Heppenheim und Heidelberg zusammengetretenen Männern; den Behörden und den Bürgern der Stadt Frankfurt a. M. für die gastliche Aufnahme und ihre Anordnungen; dem Vorstande der Versammlung für seine Mühewaltung; der Bürgerwehr für ihren Schutz und den Turnern für ihre dienstliche Mitwirkung in der Versammlung. Frankfurt a. M. den 3. April 1848. Namens des Fünfziger Ausschusses: Soiron, als Vorsitzender. H. Simon, als Schriftführer.

Frankfurt. Der Fünfziger-Ausschuß hat zwei öffentliche Aufrufe erlassen, in dem ersten legt er dem deutschen Volke noch einmal die Vereinbarung der Notabelnversammlung dar, die ihn selbst als vierwöchentliche Geschäftsbehörde für Betreibung der Wahlen bestellt hat; in dem andern mahnt er zur Ruhe und Ordnung, zur Einigkeit und Heilighaltung des Gesetzes. Vor allem gelte dieses Wort denen, die dem Eigenthum den Krieg erklärt haben; glaube man die Freiheit zu fördern, indem man sie aufhebe, glaube man für den Wohlstand aller thätig zu seyn, indem man das Eigenthum einzelner zu Grunde richte, glaube man Quellen des Erwerbs zu öffnen, indem man Verkehr und Handel lähme. (Wir werden die Aufrufe morgen nachliefern.) (A. Z.)

Frankfurt, 8. April. Im Fünfzigerausschuß ist Norddeutschland mit 27 Stimmen (Preußen mit 11, Sachsen mit 4, Hannover mit 3, Oldenburg mit 1, Mecklenburg mit 2, Freien Städte mit 3, Braunschweig mit 1, Schleswig mit 2, und mit Kurhessen bei 3 Stimmen durch 30 Stimmen vertreten). Süddeutschland mit 20 (Oesterreich mit 2, Bayern mit 5, Würtemberg mit 4, Baden mit 4, Darmstadt mit 3, freie Stadt mit 1, Nassau mit 1 Stimme). Die entschiedenste Mehrheit ist gegen die Republik. Die talentvollsten Mitglieder sind: Blum aus Leipzig, Abegg, Simon, Raveaux und Venedey aus Preußen, Heckscher aus Hamburg, Hergenhahn aus Nassau. (Schw. Mkr.)

Bayern.

Landtag.

**München, 11. April. (VI. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend waren am Ministertische die königl. Staatsminister: Heintz, Frhr. v. Lerchenfeld, v. Beisler, und die königl. Commissäre v. Roth, v. Bezold, Dr. Doxenberger und v. Kleinschrod und 116 Abgeordnete. — Die Sitzung wurde eröffnet mit Beeidigung der neuen Abgeordneten Dekan Reitmair und Jordan, dann mit Ablesung des Einlaufes in 49 Nummern. — Aus diesen Einläufen las der II. Präsident das Urlaubsgesuch des I. Präsidenten, Dr. Kirchgeßner. Er glaube dem höhern Rufe nach Frankfurt folgen zu müssen. Er bat um 4wöchentlichen Urlaub. Der II. Präsident erklärte, daß nach einer vertraulichen Mittheilung des königl. Finanzministers der I. Präsident bereits einberufen sey. — Es entstand nun eine Discussion, ob man die Anwesenheit des Hrn. Finanzministers abwarten soll oder nicht. — Dr. Schwindl und Andere drangen auf sofortige Einberufung. — Dr. Ruland bemerkte noch, man solle künftig alle Angriffe auf die Kammer meiden, man möge das Urtheil der Presse meiden. — Dr. Bauer: er achte die freie Presse, aber er fürchte sie nicht. Dr. Kirchgeßner hätte eigentlich gar nicht abreisen sollen. — Auch der II. Präsident stimmte zur Einberufung, worauf die Kammer die sofortige Einberufung des I. Präsidenten beschloß. — Auch der Abg. Kolb suchte um Austritt nach, aber ohne ärztliches Gutachten. — Abg. Kolb war selbst anwesend und bat um Suspension der Bescheidung seines Gesuchs. — Der I. Secretär Stockinger drang auch auf Uebernahme des II. Secretariats. — Dagegen verwahrte sich Kolb aus Gesundheitsrücksichten. —

Es wurde hierauf beschlossen, daß das Gesuch einstweilen suspendirt bleibe, dann wurde derselbe auch der II. Secretärsstelle enthoben. — Hierauf referirte Hr. Graf v. Hegnenberg-Dux nach einigen einleitenden Worten über die Adresse der Münchener Bürger. Dieselbe habe schon großen Wiederhall in der Kammeradresse auf die Thronrede gefunden. Die Münchener haben den Dank des ganzen Vaterlandes geerntet. Die Münchener Adresse sey durch und durch constitutionell. Auf diesem Gebiete gedeihen alle freisinnigen Institutionen. Die Adresse spreche volles Vertrauen auf die Kammer aus, dieß solle sich auch bewähren. Außer der Münchener Adresse seyen noch 17 Adressen eingelaufen, darunter auch die Adresse der Bamberger Bürger, vertreten vom Abg. Bauer. — Abg. Sattler schloß sich dem Votum des Grafen v. Hegnenberg-Dux für die Schweinfurter Adresse an. — Abg. Neuffert sprach für die Adresse der Regensburger. — Dr. Schwindl stimmte auch dankbar allen Adressen der Städte bei. Die Verfassung trage alle ihre Mängel am Rücken, in den Edicten; diese seyen der hinkende Bote, der Pferdefuß; die Edicte hätten Alles verneint, was die Verfassung höchst freisinnig gewährte. Also die Edicte fort! — Abg. Kolb. Statt eines aristokratisch-monarchischen Staates verlange das Volk einen demokratisch-monarchischen Staat. Die Initiative zu Verfassungsgesetzen müsse man haben. — Abg. Schaeger. Die Ausnahmsgesetze müssen aufhören. Fort mit ihnen; Freiheit in Staat und Kirche! Deutschland, das Herz von Europa, müsse groß werden! Er stimme allerdings für das Zwei Kammer-System, denn „es habe sich im freiesten Lande, in Nordamerica, als tüchtig bewährt. Aber sonst stimme er für eine völlige Umgestaltung des öffentlichen Lebens, wie die Kemptner Adresse. Der allgemeine Ruf gehe auf die Initiative zu Verfassungsgesetzen. Noch sey kein Ministerrath berufen; in der nächsten Sitzung werde eine dießfallsige Erklärung des Gesammtministeriums erfolgen. — Nachträglich wurde bemerkt, daß sich die Bamberger Adresse vorgefunden habe. Alle Adressen können im Präsidentenzimmer eingesehen werden. — Hierauf referirte Hr. Graf v. Hegnenberg als Secretär des VI. Ausschusses über Petitionen*) und zwar: 1) Vorstellung der deutschen Schullehrer des Schulbezirkes Spalt in Mittelfranken: „die Verbesserung der Verhältnisse der deutschen Schullehrer in Bayern betreffd, besonders in Beziehung auf Heimathsrecht und Besoldung.“ Angeeignet von dem Abg. Hrn. Decan Vogel. Es wird der Antrag gestellt: „Se. Maj. der König wollen allergnädigst geruhen, die Verhältnisse der deutschen Schullehrer zu verbessern, besonders in Beziehung auf Heimathsrecht und Besoldung.“ Decan Vogel entwickelte sie und die Petition wurde für zuläßig erklärt und dem betreffenden Ausschusse zugewiesen, zugleich aber auch bestimmt, daß alle auf das deutsche Volksschulwesen resp. dessen Verbesserung in Erwägung zu ziehen seyen und den betreffenden Ausschüssen zugewiesen werden sollen. — 2) Gesuch der Volksschullehrer zu Nürnberg u. Fürth um Reorganisation der deutschen Schule. Angeeignet von dem Abg. Hrn. Bestelmeyer, bezweckend: a) freie Stellung der Volksschulen und ihrer Lehrer; b) eine dem Lehrberufe entsprechende wissenschaftliche Bildung; c) Vertretung des Standes bei der Gemeinde und dem Landtage durch Standesglieder; d) Revision des Lehrplanes und zweckmäßige Auswahl der Lehrmittel mit Beiziehung der Lehrer; e) Gleichstellung der Lehrer mit den Staatsdienern in Beziehung auf Heimathsverhältnisse, Pensionirung, Wittwen und Waisen-Angelegenheiten; f) Verwandlung des Schulgeldes in eine allgemeine Umlage; g) eine entsprechende Gehalts-Verbesserung der Lehrer, Gehülfen und Verweser; h) Beschränkung der Verwesungen von Schulstellen; i) Vorlegung eines allgemeinen Schulgesetzes zur Befreiung der Volksschulen und ihrer Lehrer aus ihrem unwürdigen Zustande. — 3) Eingabe der Lehrer des Landgerichtsbezirkes Eltmann: „die Volksschulen und ihre Lehrer betr.,“ angeeignet von dem Abg. Hrn. Sattler. Diese stimmt ganz mit den im vorhergehenden Antrage aufgeführten Puncten überein. — 4) Eingabe der Lehrer in den Landgerichts-Bezirken Ebern und Baunach; dieselbe wie die obigen. Angeeignet von dem Abg. Hrn. Kirchgeßner. — 5) Bitte der Schullehrer in den Bezirken Nördlingen, Oettingen und Ebermergen: „um Besserstellung ihrer gesammten Verhältnisse.“ — 6) Gesuch der Schullehrer des Rieses um Reorganisation der deutschen Schulen; angeeignet vom Abg. Hrn. Rehlen. Hier ist sich dem Antrage der Schullehrer von Nürnberg und Fürth angeschlossen mit der besondern Bitte: auch die Aufhebung der Anstellungs-Beschränkung der Schullehrer auf einzelne Regierungs-Bezirke zu beantragen. — 7) Eingabe der Lehrer des Schuldistrictes Hersbruck. Hebung der Volksschulen und Verbesserung der Verhältnisse des Lehrerstandes betreffend. Angeeignet vom Abg. Hrn. Langguth. Der Antrag geht auf: a) freie Stellung der Volksschulen und ihrer Lehrer, b) Herstellung eines umfassenden Lehrplanes, c) Gehaltsverbesserung der Lehrer, Verweser und Gehülfen. Da dieser Antrag wesentlich auf derselben Grundlage, wie die vorhergehenden gleichen Betreffes beruht, so erachtet ihn der Ausschuß aus den nämlichen Gründen, mit Rücksicht auf §. 4. zur Vorlage geeignet. — 8) Vorstellung der Schullehrer der Stadt Passau, St. Nicola und Eggendall bei Passau. Eine Gehaltsscala nach Dienstjahren betreffend. Angeeignet vom Abg. Hrn. Th. Spieß. Der Antrag geht auf Verbesserung der Lage der Schullehrer mit Berücksichtigung der Fähigkeit und Berufstreue durch Gewährung einer Alterszulage nach je fünf Jahren zu einer Steigerung bis auf 600 fl. und wird zu begründen gesucht, durch das unbestrittene Mißverhältniß der äußeren Verhältnisse der Lehrer zu der Wichtigkeit ihres Berufes; wodurch sie an Erfüllung der Pflichten, sowie an der eigenen Fortbildung durch anderweitiges Erwerbsuchen verhindert werden. Hierauf entwickelten die Antragsteller der letzten sieben Anträge ihre Anträge in formeller Beziehung und alle wurden für zuläßig erklärt, wie dies bereits oben bemerkt worden ist. — 9) Antrag des Abg. Hrn. Dekan Wirth bezüglich des Uebertrittes der aus Frankreich ausgewiesenen deutschen Arbeiter. Der Antrag geht dahin: „es möchten auch für den Fall eines friedlichen Uebertrittes der aus Frankreich verwiesenen deutschen Arbeiter zu ihrer Aufnahme gemeinsame geeignete Maßregeln von sämmtlichen deutschen Bundesstaaten so schnell als möglich getroffen werden.“ Gestützt auf den Grundsatz schonender Humanität gegen den schuldlos vertriebenen Arbeiter, der nicht als Ruhestörer und Feind die Grenze überschreitet, beabsichtigt dieser Antrag gemeinschaftliche Maßnahmen der betreffenden Bundesregierungen, um die Vertriebenen, welche friedlich in die Heimat zurückkehren, zu schützen und zu unterstützen, und etwaigen Ruhestörungen durch geeignete Maßregeln vorzubeugen. — Dekan Wirth entwickelte den Antrag, und derselbe wurde gleichfalls für zuläßig erklärt ꝛc. — Die Zulassung der folgenden Anträge und ihre Zuweisung an die Ausschüsse wurde gleichfalls beschlossen. — 10) Der Abg. Frhr. v. Schätzler stellt den Antrag: „auf Einführung einer Vermögens- oder Einkommens-Steuer, als Ersatz der aufzuhebenden drückenden Consumtionssteuern“, und gründet diesen Antrag auf den Grundsatz der gleichheitlichen Besteuerungsnothwendigkeit, und den Umstand, daß Consumtionssteuern sich vorzüglich auf den Mittelstand vertheilen und denselben drücken. Den gleichen Antrag stellen die HH. Abgeordneten Barsch, Sauer, Leidig, es wolle nemlich Se. Majestät gebeten werden: „noch im Laufe dieser Kammersession möglichst bald einen Gesetzentwurf wegen Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer allergnädigst vorlegen zu lassen.“ — 11) Der nemliche Abgeordnete stellt den Antrag auf Errichtung eines besondern Ministeriums für Handel und Industrie, welcher zusammenfällt mit dem Antrage der Abgeordneten Rath und Trautner: „die Einführung eines Gewerb-, Ackerbau- und Handels-Ministeriums betr.“ — 12) Antrag von 264 Oekonomiebesitzern der Landgerichte Passau II., Griesbach ꝛc. ꝛc., in Niederbayern: „die Entfesselung des Grundeigenthums von den Feudallasten betr.“ Angeeignet vom Abg. Ney. Es wird die Bitte gestellt: die Kammer wolle an Se. Majestät auf verfassungsmäßigem Wege den Wunsch gelangen lassen: „bei dem gegenwärtigen Landtage einen Gesetzentwurf über die Entfesselung des Grundeigenthums von den drückenden Lasten des Feudalwesens allergnädigst vorlegen zu lassen,“ und wird gestützt auf den Grundsatz der Billigkeit und die Möglichkeit der Schonung der Rechte der Betheiligten durch a) Verwandlung jedes Grundbarkeitsverbandes in Erbrecht ohne Entschädigung, b) Fixirung des Handlohns nach billigem Maßstabe, c) Ablösbarkeit dieses Erbrechts nach billigem Maßstabe auf Verlangen des Grundholden, d) Fixation des Zehents nach dem Maßstab der Billigkeit, e) Ablösbarkeit der fixirten Zehenten nach Billigkeit auf Verlangen der Zehentpflichtigen, f) Ablösbarkeit aller Grundrenten und Lasten auf Verlangen der Pflichtigen. — Ganz den nemlichen Antrag stellen ferner 225 Oekonomiebesitzer in den Landgerichten Ebersberg und Wolfratshausen ꝛc. ꝛc. in Oberbayern, dann 145 Oekonomie-Besitzer des Landgerichtsbezirkes Freysing in Oberbayern, zuläßig zur Vorlage an die Kammer, ferner 89 Oekonomie-Besitzer des Landgerichts-Bezirkes Ebersberg in Oberbayern, 378 Oekonomie-Besitzer des Landgerichts Starnberg in Oberbayern, 98 Oeconomen des Landgerichts Trostberg in Oberbayern, und 62 Oekonomiebesitzer zu Schönau, Landgerichts Eggenfelden in Oberbayern, sämmtlich angeeignet vom Abg. Hrn. Ney. Sie stellen sich in gleiche Kategorie mit den bereits zur Kammer verwiesenen; daher der Ausschuß auch diese Anträge sämmtlich für geeignet erachtet zur Verweisung an die Kammer. Der Antragsteller, Dr. Ney, entwickelte seinen Antrag auf eine sehr kräftige und eindringende Weise. Man hüte sich, daß durch Verzögerung in dieser Sache es nicht auch zum „zu spät“ komme. — Der k. Staatsminister Heintz erklärte, daß heute die Redaction über den Ablösungsgesetzentwurf fertig werde und derselbe noch in dieser Woche der Kammer werde vorgelegt werden, und, wie er hoffe, zur Zufriedenheit derselben. — 14) Antrag des Armenpflegschaftsrathes Bamberg: „die Bezahlung von Postporto für die Versendungen der Armenpflegen betr.“; angeeignet vom Abg. Hrn. Decan Bauer. Der Antrag geht dahin: „bei der k. Staatsregierung dahin zu wirken, daß das Ministerialrescript vom 5. August 1841 aufgehoben und die gesetzliche Postportofreiheit der Armenbehörden anerkannt werde, oder den Antrag zu stellen, daß diese Postportofreiheit den Armenpflegschaftsräthen durch ein Gesetz zugesichert werde. Decan Bauer entwickelte denselben. — 15) Der Abg. Hr. Anton Lüftenegger aus Oberzell stellt den Antrag, die Kammer wolle beantragen: „daß die Districts- und Poststraße von Passau über Oberzell, Griesbach und Wegscheid zur k. k. österreichischen Grenze als Staats- oder Kreisstraße sofort übernommen werde.“ Abg. Ebert unterstützte den Antrag. — Schlüßlich kam noch ein Antrag des Abg. Decan Götz auf „Holzrechniß,“ der gleichfalls dem Ausschuß zugewiesen wurde. — Decan Götz erstattete gleichfalls Vortrag über einige Beschwerden, welche vom V. Ausschuß als nicht zuläßig zur Vorlage an die Kammer erachtet wurden. — Der Ausschuß habe schon jetzt die Bitten an das Gesammtstaatsministerium gestellt, allen gegründeten Beschwerden abzuhelfen und Auskunft über die Bescheidung der vom vorigen Landtag gegebenen zu erbitten. — Hiernächst meldete Abg. Christmann, daß er demnächst eine Interpellation an den Ministertisch über Volksversammlung und Volksbewaffnung? — Endlich brachte der k. Minister des Cultus und Unterrichts v. Beisler den Gesetzentwurf über die Wahl zum Reichsparlament in Frankfurt ein, den wir unverzüglich mittheilen werden. — Der II. Präsident bemerkte, daß sogleich der Entwurf an den Ausschuß kommen solle. — Dr. Edel: Er sey in Frankfurt gewesen, zum ersten Male sey dort wieder für die deutsche Nation getagt. Die Bürger Frankfurts haben sich trefflich benommen. Dankbare Erinnerung für sie solle in das Protokoll niedergelegt werden. — Frhr. v. Closen bestätigte dieß. — Hierauf erhob sich die ganze Kammer und zollte hiermit ihren Beifall. — Frhr. v. Closen verlangte dann ein Geschwornengericht gegenüber der Presse. — Der königl. Staatsminister Heintz versprach in ganz kurzer Zeit Geschwornengerichte für Alles. — Die Sitzung wurde geschlossen und die nächste auf morgen anberaumt.

München, 12. April. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die VII. auf heute um 9 Uhr angesetzte allgemeine öffentliche Sitzung. 1. Verlesung des Protokolls der VI. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Vortrag des Referenten im vereinigten I. und III. Ausschuß über den Gesetzentwurf: die Wahl der bayerischen Abgeordneten zur Volksvertretung bei dem deutschen Bunde betreffend.

*) Bereits sind gegen 600 eingelaufen.

Digitized by Google

Beschluß über den Gesetzentwurf: die Amnestirung betr. Die Kammer der Abgeordneten hat sich über den von dem kgl. Staatsministerium der Justiz an sie gebrachten Gesetzentwurf: „die Amnestirung betr.“, durch ihren I. Ausschuß Vortrag erstatten lassen, und nach hierüber gepflogener Berathung in ihrer V. heute stattgefundenen öffentlichen Sitzung beschlossen, daß derselbe nur unter den beigefügten Modificationen anzunehmen sey. Art. 1. Dieser Artikel soll folgende Fassung erhalten: „Wegen aller vor dem 21. März d. Js. verübten politischen Verbrechen oder Vergehen, welche unter die Bestimmungen der Artikel 299 — 336; 404 — 424 des I. Theiles des Strafgesetzbuches von 1813, dann der Art. 75—108, 201—233, 237—248, 260—264, 283—294 des pfälzischen Strafgesetzbuches fallen, soll keine strafgerichtliche Verfolgung eröffnet oder fortgesetzt werden. Die Kosten der hiedurch niedergeschlagenen Untersuchungen werden von der Staatscasse übernommen. Art. 2. Dieser Artikel fällt weg. Art. 3. Dieser Artikel, welcher nunmehr als Art. II. erscheint, soll nachstehende Fassung erhalten: „Alle, welche wegen der im Art. I. bezeichneten Verbrechen oder Vergehen verurtheilt oder von der Instanz entlassen wurden, werden für die Zukunft in die volle civilrechtliche und staatsbürgerliche Rechtsfähigkeit wieder eingesetzt.“ — Als Art. 3 wird der Zusatzartikel des Ausschuß-Protokolles eingeschaltet: „Diejenigen, welche in der Pfalz wegen eines sonstigen Vergehens verurtheilt wurden, das nach dem diesseitigen Strafgesetzbuche von 1813 kein Vergehen ist, erhalten ihre staatsbürgerlichen Rechte zurück.“ — Ausgenommen sind die gemäß Art. 401 des pfälzischen Strafgesetzbuches Verurtheilten.“ Art. 4. Dieser Artikel soll am Eingange folgenden Zusatz erhalten: „Gegenwärtiges Gesetz ist vom 21. März d. Js. an zu Gunsten der Betheiligten wirksam.“ Ferner hat die Kammer der Abgeordneten nachstehendem Wunsche ihre Zustimmung ertheilen zu sollen geglaubt: Se. Majestät sey zu bitten: „dem Dr. Eisenmann und dem Bürgermeister Behr für ihre materiellen — in Folge der gegen sie eingetretenen strafrechtlichen Verhandlungen erlittenen Verluste eine billige Entschädigung zu gewähren, welche von dem Staatsminister der Finanzen, benehmlich mit den Ministern des Innern und der Justiz, auszumitteln ist. München den 8. April 1848. Dr. Müller, II. Präsident. Stockinger, I. Secretär.

I. **Gesetzentwurf, die Wahl der bayerischen Abgeordneten zur Volksvertretung bei dem deutschen Bunde betreffend.** Se. königl. Majestät haben nach Vernehmung allerhöchstihres Staatsraths und mit Zustimmung allerhöchstihrer Lieben und Getreuen der Stände des Reiches hinsichtlich der Wahl der bayerischen Abgeordneten zur Volksvertretung bei dem deutschen Bunde beschlossen und verordnen was folgt. Art. 1. Die Wahl der bayerischen Abgeordneten zur Volksvertretung bei dem deutschen Bunde geschieht nach dem Bundesmatricularfuße im Verhältnisse von je einem Abgeordneten auf 50,000 Seelen der Gesammtbevölkerung des Königreichs Bayern. Art. 2. Die hienach auf jeden einzelnen Regierungsbezirk treffende Zahl von Abgeordneten wird mit Rücksicht auf das Ergebniß der jüngsten Unionsvolkszählung durch das Staats-Ministerium des Innern festgesetzt. Art. 3. Die Wahl findet in zwei gesonderten Wahlhandlungen statt, nemlich: 1) mittels Wahl der Wahlmänner (durch die Urwähler) 2) mittels Wahl der Abgeordneten (durch die Wahlmänner). Art. 4. In der ersten Wahlhandlung wird auf 500 Seelen ein Wahlmann gewählt. Sämmtliche Wahlmänner eines Bezirkes (Art. 8.) wählen einen Abgeordneten und zwei Ersatzmänner. Art. 5. In beiden Wahlhandlungen ist ohne Rücksicht auf Verschiedenheit des Glaubensbekenntnisses jeder bayerische Staatsbürger (Tit. IV. §. 3 der Verfassungs-Urkunde) sowohl wahlberechtigt als wählbar, soferne er das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat, und nicht an Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte gesetzlich gehindert ist. Art. 6. Für jede der beiden Wahlhandlungen werden besondere Wahlbezirke gebildet. Art. 7. Die Bildung der Urwahlbezirke geschieht durch die Districtspolizeibehörden (in der Pfalz durch die Landcommissariate) in der Art: 1) daß jeder solche Bezirk in der Regel 2000 Seelen umfaßt und möglichst nach den Grenzen der politischen Gemeinden bemessen wird; 2) daß kleinere Gemeinden zu diesem Ende in einen Wahlbezirk vereinigt, oder einer benachbarten größeren Gemeinde zugewiesen werden. Art. 8. Die Bildung der Wahlbezirke zur Vornahme der Abgeordneten-Wahlen liegt dem Staatsministerium des Innern ob. Es sind für die zweite Wahlhandlung ebenso viele Wahlbezirke zu bilden, als Abgeordnete zu wählen sind. Art. 9. Die Wahl der Wahlmänner findet aus der Zahl der Wähler des einschlägigen Urwahlbezirkes statt. Die Wahl zum Abgeordneten ist an keinen Wahlbezirk gebunden. Art. 10. Den gewählten Beamten ist der Urlaub durch das Gesetz ertheilt. Art. 11. Die Wahlen geschehen durch vom Wähler unterzeichnete Wahlzettel; die Gewählten müssen absolute Stimmenmehrheit für sich haben. Art. 12. Im Falle einer Doppelwahl steht dem Gewählten das Recht zu, sich für die Annahme der einen oder der anderen Wahl zu entscheiden. Jeder Gewählte kann die auf ihn fallende Wahl ablehnen. Art. 13. Im Falle der Ablehnung der Wahl oder der Erklärung des Gewählten für einen anderen Wahlbezirk tritt der Ersatzmann an dessen Stelle. Art. 14. Die Wahl erfolgt an den von der Staatsregierung zu bestimmenden Tagen. Art. 15. Die Wahlcommissäre werden von der Regierung bestimmt. Art. 16. Die Wähler und Wahlmänner ernennen für ihre Wahlhandlungen einen Ausschuß von 7 Mitgliedern aus ihrer Mitte. Art. 17. Die Wahlausschüsse bescheiden alle Wahlreclamationen auf der Stelle durch Stimmenmehrheit. Eine Berufung gegen diesen Ausspruch ist unzulässig. Art. 18. Für den Fall, daß von der Bundesversammlung statt des Matrikularfußes der Bevölkerungsmaßstab angenommen werden sollte, ist die Staatsregierung ermächtigt, die erforderlich weiteren Abgeordneten aus den Ersatzmännern einzuberufen. Unsere Staatsminister des kgl. Hauses und des Aeußern, dann des Inneren, sind mit dem Vollzuge dieses durch das Gesetzblatt bekannt zu machenden Gesetzes beauftragt. Gegeben München den . . . (L. S.) Für den Entwurf v. Thon-Dittmer. Graf Waldkirch.

München, 11. April. (**Kammer der Abgeordneten.**) Bei der heute stattgefundenen Wahl des II. Secretärs der Kammer der Abgeordneten wurde im II. Scrutinium bei 119 Stimmenden (also absolute Mehrheit 60 Stimmen) der Abgeordnete Regierungsdirector Dr. Schwindl mit 61 Stimmen gewählt.

△ München, 12. April. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde von dem **Studenten-Freicorps** folgende **Adresse** überreicht, welche im Wesentlichen lautet: **Hohe Kammer der Abgeordneten!** Die hohe Kammer steht in Begriff, einen Gegenstand zu berathen, der seiner Natur nach die Aufmerksamkeit und Theilnahme jedes Volksgliedes in ganz besonderem Grade auf sich zieht, und bezüglich dessen daher auf dem Wege einer Adresse die Ansichten und Wünsche des Volkes auf besondere Rücksicht Anspruch machen. Es ist dieß die **Vertretung bei dem Volksparlament.** Indem nun die aus allen Schichten des Volkes zahlreich Unterzeichneten im angeregten Betreffe sich aussprechen, glauben sie dieß am zweckmäßigsten zu erreichen, wenn sie den vom königl. Staatsminister des Innern vorgelegten Gesetzentwurf zu Grunde legen. Der besagte Gesetzentwurf spricht sich für indirecte Wahlen aus. Das Verlangen der gehorsamst Unterzeichneten geht hingegen dahin, daß statt indirecten Wahlen **directe** stattfinden sollen. Ferner sagt Art. 5, daß nur jeder Staatsbürger nach dem Begriffe des Tit. 4 §. 3 der Verfassungsurkunde wahlberechtigt und wählbar seyn solle; hingegen wird das Verlangen gestellt, daß **jeder Bayer, der volljährig ist,** ohne Unterschied der Religion (**activ**) wahlfähig, jeder Deutsche (**passiv**) wählbar seyn soll. Endlich in Betreff des Art. 18 stellt sich das Verlangen dahin, daß sogleich bei der ersten Wahl nicht der Bundesmatrikelfuß, sondern die wirkliche Bevölkerung des Landes zu Grunde gelegt werde. Diese Verlangen stehen überdieß in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Vorparlaments und des Bundestags. Sie sind das Wenigste, was von demselben im Namen des Volkes für dasselbe bestimmt wurde, und sie sollen durch diese Adresse neuerdings als der Wunsch und Wille des Volkes den Vertretern desselben, den Gliedern der hohen Kammer kundgegeben werden. (Folgen die Unterschriften.)

---

†† München, 11. April. Der Vorstand der Handelskammer von Schwaben und Neuburg, Carl **Forster,** ist zum lebenslänglichen Reichsrath der Krone Bayerns ernannt worden. — (In Nr. 93 d. pol. Ztg soll es bezüglich der Ernennung des Staatsministers Heinz statt: erblicher Reichsrath heißen: lebenslänglicher.)

München, 10. April. Es ist gestern hier bekannt geworden, daß unsere Truppen bei ihrer Ankunft an der badischen Grenze eine Art Widerstand gegen ihr Einrücken in badisches Gebiet gefunden haben. Der Grund davon soll gewesen seyn, daß die badischen Civilbehörden an der Grenze vom großherzoglichen Ministerium keine Nachricht erhalten hatten über die Ankunft unserer Truppen. Gestern Mittag wurde nun aus Anlaß dieser Anstände unter Vorsitz des Königs und in Gegenwart des Befehlshabers der achten Bundesarmeedivision des Prinzen Karl von Bayern ein Ministerrath gehalten, in welchem Beschlüsse gefaßt und dem Commandanten unserer Grenzarmee General Balligand zugefertigt wurden, durch welche hoffentlich ähnliche Anstände für die Zukunft verhütet werden, da die gegenwärtigen nach eingegangenen Nachrichten als bereits beseitigt zu betrachten sind. Prinz Friedrich von Baden, welcher heute unsere Stadt verließ, war mit dem Gegenstande vertraut gemacht worden und wird persönlich in Karlsruhe darüber berichten.

(A. Z.)

** München, 12. April. Eine besorgnißvolle Stimmung lagert über der Stadt. Die Besitzenden zumal fürchten Bewegungen der unbeschäftigten Arbeiterclasse. Gewaltsame Einbrüche haben begonnen. So hat man aus dem Tändlergewölbe des Franz Spengler, Kaufingergasse, in der Nacht vom 9. zum 10. April durch gewaltsamen Einbruch Gegenstände im Werth von nahe 1000 fl. geraubt. Auch bei Professor Schwanthaler soll ein Einbruch erfolgt seyn.

.*. München, 11. April. Unsere Schuhmachergesellenbewegung hat viele in Unruhe versetzt; wie man vernimmt, haben auf Vermittelung des Magistrats die Meister denselben eine Lohnerhöhung um einige Kreuzer zugestanden. Vielleicht ist es nicht unangemessen, dem Publicum einige Winke über die Natur dieser Bewegung zu geben. In ihren abendlichen Zusammenkünften sind den Gesellen Vorlesungen von gelehrtem Munde über Verbesserung ihrer gewerblichen Verhältnisse überhaupt gehalten worden, die vielleicht nicht ganz gefaßt wurden. Uebrigens ging die Bewegung meist von solchen aus, die wirklich schlimm daran sind, die bei Meistern von modernem Styl sich selbst zu verköstigen haben, die für ein feines Schuhwerk, woran sie einen vollen Tag und oft darüber zu arbeiten haben, 36 kr. erhalten und dazu auf den Kasten hinaufgedrängt sind, wo bei schlechten Fenstern Nässe und Kälte eindringt. Diejenigen Gesellen, die altehrwürdiger Sitte getreu am Meistertisch essen, und in trockenen Kammern schlafen, verhalten sich meist friedlich.

München, 12. April. Morgen findet in der Türkenstraße-Kaserne die Wahl der Stabsofficiere des Landwehr-Freicorps statt.

München, 12. April. (Oeffentlicher Anschlag.) **Bürger und Einwohner Münchens!** Die Volksadresse an die Kammer der Abgeordneten, bezüglich der Wahlordnung für's **deutsche Parlament** liegt heute den ganzen Tag über im Locale der Studentenhauptwache im Akademiegebäude zur Unterzeichnung auf.

München, 12. April. Der Ausschuß des Vereins für vaterländische Interessen macht hiemit bekannt, daß die heutige Versammlung nicht im Gasthof zur blauen Traube, sondern im Zweibrücken-Saal, der hiezu von halb 7 Uhr an geöffnet seyn wird, stattfinden werde.

Augsburg, 10. April. (Aufruf.) Die wichtigen Ereignisse der neuesten Zeit und die daraus sich entwickelnden Folgen, insbesondere die nun bevorstehenden Wahlen zum deutschen Parlament, machen es nothwendig, daß die Bürger sich mit allem Eifer an den Tagesfragen betheiligen und darüber verständigen. Von dieser Ueberzeugung und Nothwendigkeit tief durchdrungen, und in der Absicht die größtmögliche Betheiligung Aller zu vermitteln, hat sich eine Anzahl Vaterlandsfreunde veranlaßt gesehen, öffentliche Versammlungen zu veranstalten, welche in völlig zwangloser Weise täglich Abends in den Sälen der „goldenen Traube“ dahier stattfinden sollen, und zu welchen, außer den sämmtlichen Einwohnern der Stadt und des Kreises Schwaben und Neuburg, jedermann eingeladen ist, welchem die Sache am Herzen liegt. Man glaubt nicht nöthig zu haben, zu recht zahlreicher Theilnahme noch besonders aufzufordern, da das Bedürfniß derselben sich wohl bei jedem Denkenden bereits entschieden geltend gemacht hat. Die erste Versammlung findet Mittwoch den 12. April, Abends 7 Uhr statt.

Digitized by Google

Württemberg.

In Stuttgart erhielt eine in allgemeiner Bürger-Versammlung beschlossene Erklärung gegen gewaltsame Einführung der Republik und für constitutionell-monarchische Regierungsform in Kurzem dreitausend Unterschriften. (Wir werden die Erklärung morgen den Lesern vorführen.)

In Ulm ist eine am 10. April eingerückte Abtheilung österreichischer Artillerie mit Jubel empfangen worden.

Baden.

Karlsruhe. In einem Aufruf vom 10. April des Großherzogs an sein Volk bezüglich des Zuzugs der Bundestruppen heißt es am Schluß: „Theure Badner! Nicht zur Unterdrückung der Freiheit, wie man Euch glauben machen möchte, sondern zur Erhaltung und verfassungsmäßigen, großartigen Entwicklung derselben für Euch im Vereine mit ganz Deutschland ist diese Maßregel ergriffen worden.“

Karlsruhe, 9. April. In einer heute (Sonntag) anberaumten außerordentlichen Sitzung der II. Kammer hat das Ministerium Bekk entschieden in der Frage der Belassung des Bundesmilitärs in Baden gesiegt. Die Kammer war ganz auf seiner Seite (nur Itzstein entfernte sich), und eine Bürgeradresse belobt diese Zustimmung der Kammer. Der Seekreis bleibt also besetzt. — Die Freiburger Turner sind am 8. wohl bewaffnet nach dem Seekreis abgegangen.

Mühlburg, 7. April. Die Urwahlen für das deutsche Parlament haben im Landamt Karlsruhe begonnen. Gestern ward sie hier vollzogen. Zu Wahlmännern wurden gewählt: Pfarrer Otto mit 149, prakt. Arzt Wagner mit 144 und Kaufmann Stolz mit 138 Stimmen. Stimmende: 220.

Preußen.

In der „Allgemeinen Preußischen Zeitung“ wird das mit den Ständen verabschiedete Wahlgesetz für die zur Vereinbarung der Verfassung zu berufende Versammlung und das Reglement zur Ausführung dieses Wahlgesetzes publicirt. Die Wahlen der Wahlmänner haben im ganzen Umfang der Monarchie am 1. Mai, die der Abgeordneten am 8. Mai stattzufinden. Bei beiden Wahlen ist absolute Majorität vorgeschrieben. Ein Abschnitt im §. 11 des Reglements lautet: „Wähler, welche nicht schreiben können, lassen ihre Stimmzettel durch einen oder mehrere vom Wahlcommissär hiezu bestimmte Stimmzähler schreiben.“

Der Herzog von Augustenburg ist wieder in Berlin angekommen.

Schleswig-Holstein.

Rendsburg, 5. April. Auf die Eingabe der provisorischen Regierung an den König-Herzog ist ein Schreiben eingegangen, welches königl. schleswig-holstein-lauenburgische Kanzlei, Graf Knuth unterzeichnet, lautet, daß auf eine solche Eingabe keine Antwort erfolgen könne, daß aber alle, welche an dem aufrührerischen Treiben sich betheiligten, dafür nach den Gesetzen zur Verantwortung gezogen werden würden. Die Insel Alsen ist von einer dänischen Militärmacht von 800 Mann Mann besetzt. In der benachbarten Landschaft Sundewith haust die Freischaar des Lauritz Skau sehr arg. Das herzogliche Schloß in Sonderburg ist ganz mit den von dänischen Truppen Verhafteten angefüllt, welche zur Nachtszeit aus ihren Betten geholt sind. Unter andern ist auch der Pastor Brey zu Atzbüll fortgeschleppt worden. Aus Kopenhagen verlauten sehr mißliche Nachrichten. Der Fournierschneider Friedricksen Demagog und neben einem Büchsenmacher Christensen Führer der Volksversammlung in Hippodrom soll zum Dictator der dänischen Residenzstadt bestellt seyn. Von dem König ist eine d. d. Christiansburg 29. März erlassene allerhöchste Bekanntmachung erfolgt, worin alle welche der sogenannten provisorischen Regierung, von der er mit gerechtem Unwillen vernommen habe, Gehorsam leisten würden, mit der königlichen Ungnade und angemessener Strafe bedroht werden. (A. Z.)

Rendsburg, 7. April. (Erster bewaffneter Zusammenstoß.) Ein vorgestern bis Wilsbeck zur Recognoscirung vorangeschicktes Corps fand kein feindliches Corps auf seinem Wege. Am gestrigen Tage ist es zum erstenmale einer zur Rekognoscirung ausgeschickten Abtheilung, welche aus zwei Compagnien des braven 5. Jägercorps, unter Anführung des Majors v. Michelsen bestand, gelungen, den Feind zu erreichen. Derselbe zog sich bei Annäherung des Corps aus Hockerup zurück, und suchte sich bei Bilenis zu setzen. Indessen drangen die beiden Compagnien ein, und vertrieben den Feind. Auf unserer Seite wurde nur ein Mann verwundet, auf feindlicher Seite sah man einen Offizier und zwei Mann fallen. (Tagebl.)

Altona, 7. April. Gestern zum drittenmal wiederholte sich das Schauspiel des Einzugs preußischer Truppen in unserer Stadt.

Kiel, 7. April. Man erfährt, daß die drei nach Kiel gehörigen Dampfschiffe in möglichster Schnelligkeit eine Ausrüstung erhalten sollen.

Die Stadt Tondern welche am 4. d. von einem dänischen Corps von circa 200 Mann besetzt worden war, ist in Folge der Anzuges der friesischen Volksbewaffnung von 600 M. wieder geräumt worden.

Oesterreich.

Wien, 7. April. Die Insignien zur deutschen Kaiserwürde noch nicht abgeschickt, liegen zur Abgabe an Frankfurt bereit, sobald man sie bedarf (hoffentlich wird man ihrer nie bedürfen). — 8. April. Die Regierung hat bei der öster. Nationalbank ein Anlehen von 30 Mill. fl. gegen entsprechende Verhypothekirung von Staatsgütern, wie es heißt, zu 3 pCt. abgeschlossen. — Heute verläßt der Friedensunterhändler Graf v. Hartig Wien. Es sind bestimmte Befehle ergegangen, sich Venedigs um jeden Preis zu bemächtigen. Man wird ihm von der Land- und Seeseite zu Leibe gehen. (A. Z.)

Italien.

Botzen, 7. April. Eine mobile Colonne rückte von Verona gegen Vicenza an den Alpone vor, wo die bei St. Bonifacio abgetragene Brücke von den Landleuten aus eigenem Antriebe wiederhergestellt wurde; man bezweckt hiedurch eine Verbindung mit dem Corps des Feldzeugmeisters Nugent, dessen Hilfstruppen vom Isonzo aufgebrochen sind. Ein anderes Detaschement wurde über Desenzano nach St. Marco gegen Brescia vorgeschoben. Wir befürchten einen Streifzug der Tessinesen und andern raublustigen Gesindels über Salo, Rocca d'Anfo und Judicarien nach Trient. (A. Z.)

Botzen, 9. April. Gestern Abends hier eingetroffene Armeeberichte melden von zwei für die öster. Truppen günstigen Vorpostengefechten. Das eine befehligte Oberst v. Benedek, der bei einer Recognoscirung von Mantua gegen Marcaria auf die Vorhut der Piemontesen traf und 10 Dragoner nebst 13 Pferden nahm. Ein anderer Zusammenstoß erfolgte bei St. Bonifacio mit den im Römischen, Toscanischen, und den benachbarten Herzogthümern aufgelesenen Freischaaren, die sich Kreuzfahrer nennen und von Geistlichen geführt werden. Nachdem anfänglich die österreichischen Vorposten vor ihnen zurückgewichen waren, wurden sie von den Croaten geworfen. Feldmarschall Radetzky beantragte die Auswechselung der Geiseln. Die Straße von Villach nach Udine ist wieder geöffnet. (A. Z.)

Chambery, 4. April. Nach blutigem Zusammentreffen zwischen der Landbevölkerung und den eingedrungenen Savoyarden, welche die Republik ausgerufen, sind letztere hinausgeworfen worden. Der Gouverneur kehrte mit 1500 Mann Linientruppen zurück.

Frankreich.

Der Generalstab der Alpenarmee längs der sardini- Grenze ist organisirt; unter den Namen begegnet man den bedeutsamen Bedeau und Daumas. — An den Pyrenäen will man 18,000 Mann aufstellen

Türkei.

Konstantinopel, 18. März. Die Pforte ist entschlossen, die französische Republik nicht anzuerkennen. (Engl. Bl.)

Börse.

Wien, 8. April. Staatsobligationen zu 5pCt. in CM. 57½; zu 4pCt. in CM. —; zu 3pCt. in CM. —; Bankactien per Stück 780; Nordbahn 66½.

Amsterdam, 7. April. 2½pCt. 34½; 3pCt. 39; 4pCt. 50; Synd. 3½pCt. 52½; Handels-Maatschappy 133½; Ard. 5½; port. 3pCt. 13½; 5pCt. Metall. 43.

Paris, 7. April. 3pCt. 35 Fr. 25 C.; 5pCt. 52 Fr. — C.

London, 6. April. Consols 81½.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Mittwoch den 12. April: Zum ersten Male: „Gottsched und Gellert.“ Lustspiel in 5 Acten von Heinrich Laube.

Donnerstag den 13. April: Zum ersten Male: „Hermann,“ Oper in 4 Acten von Seyfried. Musik von Verdi.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch: HH. Parnell und Neave, Rentiers aus England; Simpson, Privatier aus Preußen.

Hôtel Maulick: HH. v. Perfel und Heinrich, Privatiers v. Bamberg.

Gold. Hahn: HH. Ehrhardt, Hauptmann v. Ingolstadt; Baron v. Beck, Gutsbesitzer v. Autenried; Kolbenfeger, Dr. med. v. Heidelberg.

Blaue Traube: HH. Hofstetten, Appellationsgerichtsrath v. Freising; Bamtas, Reisender v. Rainconrt; Major v. Benbrung v. Augsburg; Dr. Fink v. Günzburg; Ehrenfall, Ingenieur aus Polen.

Stachusgarten: HH. Gerster, Student aus der Schweiz; Rosler, Maler v. Düsseldorf; Schuster, Pfarrer v. Rötzen.

Gestorbene in München.

Anna Maria Raich, Privatiersfrau v. h., 47 J. alt; Mathias Augerer, b. Schäffler v. d., 40 J. alt; Ursula Burglehner, Austräglerswittwe v. Arzbach, Landg. Dachau, 70 J. alt; August Lampert, Scribent v. Ehingen, Ldg. Wassertrüdingen, 47 J. alt; Friederich Schwarz, Schuhmachergesell v. d., 23 J. alt; Simon Westermaier, bgl. Müller v. h., 36 J. alt.

2371. Man sieht sich veranlaßt, in Betreff der Unterstützungsgesuche, welche an Se. Maj. den König von Bayern gerichtet werden, hiemit kundzugeben, daß die während der Regierung Sr. Majestät des Königs Ludwig von Bayern vorgeschriebene Behandlungsweise auch fernerhin beibehalten wird.

Alle Gesuche sind schriftlich und mit den nöthigen Zeugnissen beleat. einzureichen.

Die Bescheide darauf erfolgen gleichfalls schriftlich, da der Geschäftsdrang nicht gestattet, auf mündliche Anfragen einzugehen.

München den 11 April 1848.

Königliche Cabinets - Casse.
Schönwerth,
Vorstand.

Bekanntmachung.

2365. (3c) Das Bad- und Tafernwirthschafts-Anwesen zu Petersbrunn mit den dazu gehörigen Gerechtsamen, den Feld- und Wiesengründen soll herrschaftlicher Anordnung zu Folge vom 1. Mai l. Js. an der Verpachtung unterstellt werden. Bemerkt wird, daß das Bad vollständig neu hergerichtet und möblirt wurde.

Verpachtungstermin wird auf den 25. April l. Js. Vormittags 9 — 12 Uhr dahier anberaumt, und können die näheren Bedingungen in der Zwischenzeit täglich dierorts eingesehen werden. Die Genehmigung gräflicher Herrschaft bleibt vorbehalten.

Den 1. April 1848.

Gräflich Waldbott - Bassenheim'sche Rentenverwaltung Leutstetten.
Pram.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

2310. (3c) Dienstag den 18. April 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat März 1847, und zwar von

Nro. 39,082 bis 48,436.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Mittwoch den 26. April 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 22. März 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.
F. Negrioli, Mag.-Rath.

Schuetz, Cassier. | Offenbrunner, Controleur.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 95.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum nach zu 6 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Donnerstag | XLIX. Jahrgang. | 13. April 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 8. April. Soeben wird nachstehender Aufruf des Fünfzigerausschusses veröffentlicht.

„An das deutsche Volk!

Die Wahlen zu der bevorstehenden constituirenden Nationalversammlung sind die zunächst wichtigste Aufgabe unseres Volkes. Denn diese Versammlung muß die Freiheitsrechte des Volks aussprechen und feststellen, über die Verfassung beschließen und diejenigen Gewährleistungen auffinden, welche den Bestand der neuen Schöpfung sichern. Die Ruhe ist in Deutschland nicht gesichert, der erschütterte Credit kann nicht wieder aufblühen, der darniederliegende Verkehr sich nicht neu beleben, bis das Vertrauen auf die Zukunft wiederkehrt; dieses Vertrauen aber wurzelt einzig und allein in den Grundlagen und Grundgesetzen, welche die constituirende Versammlung zu schaffen berufen ist. Es ist daher Pflicht jedes deutschen Mannes, der es mit des Vaterlandes Ruhe, Freiheit und Wohlstand redlich meint, alle seine Kräfte dafür zu verwenden, daß die Wahlen sofort und im Sinne der Frankfurter Beschlüsse ausgeführt werden. Das ganze Volk soll sein Heil von Frankfurt erwarten, deßhalb muß das ganze Volk dort vertreten seyn. Kann auch bis zur Herstellung eines allgemeinen deutschen Staatsbürgerrechts, welches zu schaffen ebenfalls Aufgabe der constituirenden Nationalversammlung ist, nur der Angehörige des einzelnen Staates in demselben wählen (also nur der Badner in Baden, der Sachse in Sachsen), so muß mindestens jeder Staatsangehörige wählen. Es darf kein Unterschied nach Stand, Rang Glaubensbekenntniß und Vermögen gemacht werden; es darf das Wahlrecht an keine Steuer geknüpft, es darf kein volljähriger, selbstständiger Mann davon ausgeschlossen werden. Directe und unmittelbare Wahlen sind das grundsätzlich Richtigste und es muß mit aller Kraft darauf gehalten werden, wo aber auch indirecte Wahlen angeordnet werden, da muß mindestens, sowie bei den unmittelbaren, die obige allgemeine Berechtigung anerkannt werden. Wählbar aber ist jeder Deutsche im ganzen deutschen Vaterlande. Deßhalb muß dem Spießbürgerthum kräftig entgegengetreten werden, welches meint, es müßten die Interessen der besondern Stadt, des besondern Landes, des besondern Standes bei der constituirenden Versammlung vertreten seyn. Diese engherzige Ansicht hat der untergegangene Polizeistaat gezeugt und genährt, welcher das ganze Volk in Theile, Stände und Kasten spaltete, um auf diese Spaltung seine Herrschaft zu begründen. Es gibt bei der constituirenden Versammlung keine besondern Interessen, diese sind in den Vertretungen der einzelnen Länder geltend zu machen; es gibt nur Allgemeines, nur Deutsches. Die Wahl ist daher überall auf Männer zu lenken, die ein warmes und großes Herz für das Gesammtvaterland und seine Freiheit haben, die Muth und Kraft besitzen, Hand anzulegen an deren Gründung. Wir fordern demnach alle wahrhaft deutschen Männer auf, die Wahlen auf das angelegentlichste zu befördern. Besonders den städtischen Behörden und Körperschaften, die sich in so ausgezeichneter Weise an den Bewegungen der Gegenwart betheiligt haben, den Wahlausschüssen für einzelne Länder, den Vaterlands- und andern Vereinen, und dem Volke in seiner freien Versammlung legen wir diese große und heilige Sache ans Herz und bitten hiermit um sofortige Kunde darüber, was in den einzelnen Ländern geschieht und geschehen ist. Laßt uns, deutsche Brüder, gemeinsam arbeiten mit Kraft und Ernst. Als Frucht unserer Arbeit ersteht, was wir Alle ersehnen und erstreben:

Das eine freie deutsche Vaterland!

Frankfurt a. M., 8. April 1848.

Der Fünfziger-Ausschuß.

Soiron, als Vorsitzender.

Simon, als Schriftführer."

Ueber die siebzehn Vertrauensmänner am Bundestage, welche nach Bundesbeschluß vom 10. März d. Js. mit dem Auftrage ihrer Regierungen nach Frankfurt abgeordnet sind, der Bundesversammlung und deren Ausschüssen zum Behuf der Vorbereitung der Revision der Bundesverfassung mit gutachtlichem Beirath an die Hand zu gehen, entnehmen wir den Frankfurter Blättern folgende Notizen: Die Siebzehn haben bisher 5 Sitzungen für sich und 2 gemeinschaftlich mit dem vom Bundestag bestellten Ausschuß für Revision der Bundesverfassung gehalten. Es sind die HH. Albrecht (Oldenburg und Anhalt), Bassermann (Baden), v. d. Gabelenz und Luther (zusammen sächsische Herzogthümer), v. Gagern (Braunschweig und Nassau), Jordan (Kurhessen), Langen (Gr. Hessen), Steven (Mecklenburg), Uhland (Würtemberg), Wangenheim (Hannover), Dahlmann (Preußen), Todt (Sachsen), Droysen (Holstein), Petri und Jaup (zusammen), Kirchgeßner (Bayern), Gervinus (freie Städte). Präsident ist v. Gagern, Vicepräsident Bassermann. — II. getrennte Sitzung der Siebzehn am 5. April. Nach Einlauf eines Schreibens des Revisionsausschusses soll bezüglich des Bundesbeschlusses vom 30. März die Initiative und namentlich die Aufstellung eines Entwurfs zu einer neuen Bundesverfassung, dem aus den Männern des allgemeinen Vertrauens zusammengesetzten Beirath überlassen seyn. Es wird beschlossen, zur Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs eine Commission nieder zu setzen; dazu werden berufen: Dahlmann, Jordan, Bassermann, Albrecht, unter Zutritt des Vorsitzenden. Die Commission beginnt am 5. ihre Arbeit. — Diese Vertrauensmänner bilden gleichsam das vermittelnde Glied zwischen dem permanenten Ausschuß und den Bundestagsgliedern.

Frankfurt, 10. April, Abends. Der Fünfziger Ausschuß hat sich mit dem neuesten Bundestagsbeschluß in Betreff der Zugrundelegung der Bundesmatrikel von 1842 für die Reichstagswahlen einverstanden erklärt, und einen im entgegengesetzten Sinn gestellten Antrag mit großer Mehrheit verworfen. (A. Z.)

Bayern.

Landtag.

†München, 12. April.*) Dem in der Sitzung der Kammer der Reichsräthe am 8. d. Mts. gefaßten Beschlusse entsprechend sind mit der größten Beschleunigung alle Vorkehrungen getroffen worden, um dem Publicum den Zutritt zu den Berathungen gestatten zu können. Diese Vorbereitungen sind, wie versichert werden kann, so weit gediehen, daß schon im Laufe der nächsten Woche die Räume für die Zuhörer hergestellt seyn werden. Inzwischen dürfte die Unverschieblichkeit der Beschlußfassung über den Gesetzentwurf im Betreff der Wahlen zum deutschen Parlamente die schleunige Abhaltung einer Sitzung gebieten, welche voraussichtlich morgen den 13. d. M. stattfinden wird. Außer diesem Berathungsgegenstande dürfte die Tagesordnung die nicht minder dringlichen Gesetzesvorlagen der Regierung über die Amnestirung und über die Grundlagen der neuen Gesetzgebung, dann über die Zahl der pfälzischen Abgeordneten enthalten. Zu dieser Sitzung werden übrigens die Zeitungsredacteure und Correspondenten Zutritt haben.

*) Diese Einsendung ging uns gestern leider erst in der zweiten Nachmittagsstunde zu. A. d. R.

München, 10. April. Am 8. d. M. erstattete der Reichsrath von Maurer im ersten Ausschuß der Kammer der Reichsräthe Vortrag über den Gesetzentwurf, die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichtsorganisation, über das Verfahren in Civil- und Strafsachen, und über das Strafrecht betreffend. Derselbe beantragte, daß sämmtlichen Artikeln des Gesetzentwurfes beizustimmen sey, mit Ausnahme 1) des Art. 8, wo die Worte, „und diejenigen, welche vermöge eines befreiten Gerichtsstandes einem höhern Gerichtshofe zugewiesen sind;" 2) der Art. 11. und 12, welche beide zu streichen seyn dürften; endlich 3) der Artikel 13, welcher etwa folgende Fassung erhalten könnte: der oberste Gerichtshof hat als Cassationshof die Bestimmung, daß derselbe ꝛc. Diese Anträge haben theilweise ihren Grund darin, weil die Standesherren und erblichen Reichsräthe auf ihren privilegirten Gerichtsstand zu verzichten gedenken. Heute Abend hält die Kammer der Reichsräthe eine Directorialsitzung.

**München, 12. April. (VII. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische die königl. Staatsminister: v. Beisler, Heintz, Graf Waldkirch; dann die königl. Commissäre: v. Benning, v. Bezold, Dr. Daxenberger, v. Habel. In der Kammer 120 Abgeordnete. Die Sitzung wurde eröffnet mit Ablesung des Einlaufes, verhältnißmäßig gleich stark, wie gestern. — Der II. Präsident Dr. Müller las hierauf eine Adresse des Münchener Volkes, worin directes Wahlrecht ꝛc. verlangt wird. Zugleich wurde bekannt gemacht, daß Dr. Schwindl mit 61 Stimmen zum II. Secretär der Kammer gewählt worden sey. — Hiernächst erstattete Dr. Edel Vortrag über den Gesetzentwurf: „die Wahl der bayerischen Abgeordneten zur Volksvertretung bei dem deutschen Bunde betr." Es handle sich nur um ein transitorisches Gesetz. Der Entwurf sey darum sehr vorsichtig. Die deutschen Abgeordneten haben einen neuen Volksvertrag zwischen Volk und Fürsten festzusetzen. Ein neuer Bund der Freiheit müsse kommen, keinen deutschen Centralstaat wollen wir. Die Gefahr sey nicht klein. Extreme drohen. Centralisation bringe auch Extreme. Keine neue Metropole; aber eine centrale, starke Einheit; ein entschiedenes Uebergewicht dieser; aber einen Bund wahrer deutscher constitutioneller Monarchien! Nicht mit den Keimen der Verwesung und Vernichtung wollen wir sie! — Keine engherzige Kantonalsouveränetät, aber auch keine Erdrückung dieser durch die allgemeine! — Der Entwurf biete ungeheures Vertrauen. — Frhr. v. Closen. Jeder Deutsche solle seine Menschenrechte erhalten, aber der Bayer solle Bayer bleiben, nach Außen aber solle der deutsche Bund stark werden! — Der II. Präsident glaubte nun, der Entwurf wolle wegen Dringendheit der Zeit sogleich berathen werden. — Dr. Stocinger und Eppelsheim sprachen dagegen. — Frhr. v. Rotenhan stimmte für sofortige Berathung, es gebe noch große Gefahren, große Schwierigkeiten. — Abg. Christmann sprach für Vertagung auf

Morgen, das Volk von München müsse mit seinem Urtheile gehört werden. — Abg. Dekan Bauer. Er stimme für sofortige Berathung; Würdigung der Volkswünsche, aber keine Influenzirung durchs Volk solle statt finden. — Abg. Stockinger. Erst vor einer Stunde habe man das Ausschußreferat erhalten; die Zeit sey zu kurz. — Frhr. v. Closen sprach für sofortige Berathung. — Der königl. Staatsminister Heintz. Indirecte Wahlen habe man deßwegen beabsichtet, um die Wahlfreiheit zu wahren. Das Ministerium sey nicht gegen directe Wahlen, es wolle nur eine wahre Vertretung des Volkes in Frankfurt. — Die Kammer beschloß daher die sofortige Berathung. — Bei der allgemeinen Discussion ergriff Niemand das Wort. Es begann somit die specielle Discussion. — Art. I. lautet: „Die Wahl der bayerischen Abgeordneten zur Volksvertretung bei dem deutschen Bunde geschieht nach dem Bundesmatricularfuße im Verhältnisse von je einem Abgeordneten auf 50,000 Seelen der Gesammtbevölkerung des Königreiches Bayern.“ — Der I. und III. Ausschuß begutachtete: statt der unterstrichenen Worte die Einsetzung von „zur allgemeinen deutschen Volksvertretung.“ — Abg. Stockinger modificirte bei der Ueberschrift: „bei der allgemeinen deutschen Volksvertretung.“ — Dagegen erheben sich viele Stimmen, was Bund, was Bundestag sey. Die Pfälzer Abgeordneten waren auch alle für die Modification. — Dr. Schwindl. Er selbst habe die Modification im Ausschuß gestellt. Man solle sich nicht um Worte streiten. Der eigentliche Charakter sey in Art. I. ausgedrückt. — Abg. Dittmar stimmte dem bei. — Graf v. Hegnenberg: Er wünsche, diese Debatte bald zu beschließen, da in diesen Worten keine große Bedeutung liege. — Staatsminister v. Beisler. Die deutsche Versammlung könne nur neben dem Bunde beschließen. Man hüte sich vor dem Begriff, daß jene Versammlung die Nationalitäten aufhebe. — Abg. Christmann stimmte dagegen. — v. Beisler: er achte hoch die Beschlüsse der Frankfurter Versammlung, aber man hüte sich vor Antipathieen, die dort gegen Particularinteressen auftauchen können. Es handle sich um die Vertretung des Volkes neben dem Bund. — Man rief zum Schluß, und Dr. Edel resumirte die Verhandlung und stimmte für den Ausschuß. — Die Kammer nahm hierauf die Ueberschrift in der ursprünglichen Fassung an. — Nun begann die eigentliche Debatte über Art. 1. Derselbe wurde mit der Ausschußmodification angenommen. — Art. 2 lautet: „Die hienach auf jeden einzelnen Regierungsbezirk treffende Zahl von Abgeordneten wird mit Rücksicht auf das Ergebniß der jüngsten Unions-Volkszählung durch das Staatsministerium des Innern festgesetzt.“ — Die combinirten Ausschüsse nahmen diesen Artikel unverändert an; ebenso die Kammer, ohne Discussion. — Art 3 lautet: „Die Wahl findet in zwei gesonderten Wahlverhandlungen statt, nämlich: 1) mittels Wahl der Wahlmänner (durch die Urwähler), 2) mittels Wahl der Abgeordneten (durch die Wahlmänner).“ — Die combinirten Ausschüsse haben diesen Artikel unverändert angenommen. — Der Hr. I. Secretär Stockinger hatte die Modification eingebracht: „die Wahl hat direct zu geschehen.“ Bei der directen Wahl könne man sein Mandat selbst geben; sie stelle den Volkswillen am Richtigsten dar. — Die Modification wurde unterstützt. — Graf v. Hegnenberg. Er sey für die directen Wahlen im Principe; hier aber dagegen. Man müsse auch auf das politische Volksbewußtseyn achten. Man müsse den genau kennen, den man wählen wolle. Die agrikole Bevölkerung kenne dieß nicht. In Baden seyen indirecte Wahlen beliebt, weil gut. — Abg. Christmann. Directe Wahlen allein bilden den wahren Ausdruck des Volkes. — Frhr. v. Closen. Er habe sich in Frankfurt für directe Wahlen erklärt. Allein bei indirecten Wahlen könne man besser wissen, wer befähigt sey; also für indirecte Wahlen. — Abg. Schnetzer. England, Nordamerica, Norwegen haben directe Wahlen; also stimme er für sie. — Abg. Bauer. Zuerst müsse sich ein öffentliches Leben im Volke gebildet haben. Dieß sey nicht geschehen, politische Gesammtbildung sey noch nicht vorhanden. Viele Kreise Bayerns seyen von dem politischen Leben unberührt geblieben. Es fehlen also die nöthigen Voraussetzungen bei uns zu directen Wahlen. — Abg. Rammoser. Schnetzer habe gestern die Bayern aus der tiefsten Sclaverei befreit, ein solches Volk könne also noch nicht zum politischen Bewußtseyn erwacht seyn, so wenig, als die Kinder Israels bei ihrem Auszuge aus Egypten. Er stimmte mit Graf v. Hegnenberg, obwohl er im Princip für directe Wahlen sey; nur gegenwärtig nicht. — Abg. Schnetzer. Er gehe von seinem Grundsatze nicht ab. Das Volk werde sich aber schnell entwickeln, nachdem die Verdummungspartei schweigen müsse. — Dekan Götz stimmte auch für indirecte Wahlen. Das Volk müsse sich frei aussprechen, dieß könne nur bei directen Wahlen statt finden. Unter 50,000 könne dieß nicht der Fall seyn. — Abg. Stockinger. Das Volk habe das Bewußtseyn seiner Rechte erlangt. Die Vertreter des Volkes werden doch wohl nicht das Volk selbst als unmündig erklären wollen. — Der königl. Staatsminister Heintz. Kein Mißtrauen gegen die Mündigkeit des Volkes sey die Veranlassung zu indirecten Wahlen gewesen, vielmehr das Umgekehrte. In Bayern müssen 75,000 wählen. Die Reisegebühren könne die Regierung nicht bezahlen. — Frhr. v. Rotenhan stimmte bei. — Der II. Secretär Dr. Schwindl sprach der Mündigkeit des Volkes auch das Wort. Das platte Land sey zur Aussendung von Kundschaftern geeignet genug; das directe Wahlsystem werde sich später nicht abweisen lassen: aber die Vorarbeiten fehlen noch; die Repräsentanten von Volksmännern, die ihr Glaubensbekenntniß abgeben. Vorläufig also indirecte Wahlen. — Frhr. v. Lerchenfeld. Ein öffentliches Leben im Volke fehle doch noch, dies lasse sich in 14 Tagen nicht ersetzen. — Dr. Edel. Es handle sich jetzt nur darum, was im Momente ausführbar sey. In Frankfurt schon habe es an der Leitung gefehlt, wie erst bei 50,000! — Hierauf wurde Art. 3. respective die indirecten Wahlen angenommen. — Art. 4. lautet: „In der ersten Wahlhandlung wird auf 500 Seelen ein Wahlmann gewählt. Sämmtliche Wahlmänner eines Bezirkes (Art. 8.) wählen einen Abgeordneten und zwei Ersatzmänner. Die combinirten Ausschüsse nahmen diesen Artikel einstimmig an, mit dem Zusatze am Schlusse: „in drei gesonderten Wahlacten.“ Graf v. Hegnenberg. Das öffentliche Vertrauen müsse die Vertreter nach Frankfurt führen. Obiger Anhang sey also sehr wichtig. — Der königl. Staatsminister v. Beisler. Das Ministerium sey auch damit einverstanden. Art. 4. mit dem Beisatze wurde daher angenommen. — Art. 5. lautet: „In beiden Wahlhandlungen ist ohne Rücksicht auf Verschiedenheit des Glaubensbekenntnisses jeder bayerische Staatsbürger (Titl. IV. §. 3 der Verfassungs-Urkunde) sowohl wahlberechtigt als wählbar, soferne er das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat und nicht an Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte gesetzlich gehindert ist.“ Die combinirten Ausschüsse nahmen diesen Artikel in folgender Fassung einstimmig an: „In beiden Wahlhandlungen ist ohne Rücksicht auf Verschiedenheit des Glaubensbekenntnisses jeder selbstständige und volljährige bayerische Staatsbürger (Tit. IV. §. 3. der Verfassungs-Urkunde sowohl) wahlberechtigt als wählbar, soferne er nicht wegen eines andern als eines politischen Verbrechens oder wegen Vergehens der Fälschung, des Betruges, des Diebstahls oder der Unterschlagung verurtheilt worden ist.“ — Abg. I. Secretär Stockinger hatte hiezu die Modification angebracht: „jeder volljährige bayerische und deutsche Staatsbürger 2c.“ Ausgeschlossen seyen nämlich ehrenwerthe Classen bayerischer Staatsbürger namentlich Künstler und Studenten. Sie hätten ihr Leben zu Markt getragen. Die Freiheit mit errungen, also sollen sie auch wählbar seyn. Der Bund und der Bundestag haben auch hiefür gestimmt. — Die Modification wurde unterstützt. Frhr. v. Closen wollte statt „Staatsbürger“ — „Staatsangehörige“ Das Wörtchen „selbstständig“ behielt er bei So habe auch die Frankfurter Versammlung beschlossen. „Staatsbürger“ sey zu enge. Die Zeit sey wichtig, jeder solle mitarbeiten dürfen. Künstler und Studenten haben viel beigetragen, ihnen müsse man dankbar seyn. — Dr. Schwindl stimmte der Modification bei, nämlich dem Beisatze „selbstständig.“ Diese neue Modification wurde unterstützt. — Abg. Christmann. Privilegien alle müssen fort; fort alle Restrictionen! fort aller Census! Niemanden könne man seine unveräußerlichen Menschenrechte zurückhalten. In Frankfurt habe man keine Ausschließung gewollt. — Graf v. Hegnenberg. In Frankfurt habe man auch beschlossen, der Wahlmodus solle jedem Lande frei bleiben. Gewisse Eigenschaften der passiven Wahlfähigkeit wie Intelligenz müsse an keinen Besitz gebunden werden. — Er schloß sich der Modification des Abg. Schwindl und Closen an. Der Gewählte dürfe nicht sub patria potestate stehen. — Frhr. v. Closen. Die Selbstständigkeit müsse von der Wahlversammlung beschlossen werden. Ein Rechtspraktikant sey z. B. selbstständig. Frhr. v. Rotenhan. Das Gesetz müsse bestimmt, klar und deutlich seyn. — Was sey denn dies: „selbstständiger Staatsangehöriger?“ — Die Künstler seyen Staatsbürger. Die Selbstständigkeit müsse also zuerst gesetzlich constatirt seyn. — Staatsminister Heintz. Der Begriff liege in der allegirten Verfassungsstelle. Der Ausschuß der Münchener Volksversammlung habe das Beste getroffen in seiner Adresse. — Abg. Stockinger. Aus allem Gehörten gehe hervor, daß seine Modification jeder volljährige Bayer die beste sey. — Abg. Eppelsheim. Niemanden solle man seine politischen Rechte verkümmern. — Hierauf wurde Art. 5. mit der Modification des hiesigen Bürgerausschusses „zur activen Wahl berechtigt ist jeder bayerische Staatsbürger (§. 8. Ed. I. zur Verfassungs-Urkunde), jedoch ohne Rücksicht auf die Beschränkung der Verfassungs-Urkunde“ (Tit. IV. §. 9. Abs. 3.) noch weiter discutirt und noch einige Modificationen eingebracht. — Endlich wurde beschlossen: Es sey 1) die Modification des I. Secretärs Stockinger nicht anzunehmen; 2) die vereinigte Modification des Frhrn. v. Closen und Dr. Schwindl sey nicht anzunehmen; 3) die Modification des Dr. Edel, „activ wahlfähig ist jeder volljährige Bayer, der eine directe Steuer bezahlt, passiv wahlfähig jeder deutsche 2c.“ wurde angenommen; also Census ohne Maß bei der activen, kein Census bei der passiven Wahlfähigkeit. — Art. 6. lautet: „Für jeden der beiden Wahlhandlungen werden besondere Wahlbezirke gebildet.“ — Die combinirten Ausschüsse haben diesen Art. einstimmig angenommen; eben so die Kammer. — Art. 7 lautet: „Die Bildung der Urwahlbezirke geschieht durch die Districts-Polizeibehörden (in der Pfalz durch die Landcommissariate) in der Art: 1) daß jeder solcher Bezirk in der Regel 2000 Seelen umfaßt und möglichst nach den Grenzen der politischen Gemeinden bemessen wird; 2) daß kleinere Gemeinden zu diesem Ende in einen Wahlbezirk vereinigt oder einer benachbarten größeren Gemeinde zugewiesen werden.“ Wurde von den combinirten Ausschüssen einstimmig mit der Modification angenommen, daß unter Ziffer I statt der im Entwurf enthaltenen Bestimmungen Folgendes gesetzt werden soll: 1) „daß jeder Bezirk in der Regel 2000 Seelen umfaßt, jedoch mit möglichster Beachtung der Grenzen der politischen Gemeinden und der bestehenden Districtseintheilung in den Städten.“ — Wurde gleichfalls ohne Discussion angenommen. — Art. 8 lautet: „Die Bildung der Wahlbezirke zur Vornahme der Abgeordneten-Wahlen liegt dem Staatsministerium des Innern ob. Es sind für die zweite Wahlhandlung eben so viele Wahlbezirke zu bilden als Abgeordnete zu wählen sind.“ Die combinirten Ausschüsse nahmen diesen Artikel einstimmig unverändert an. — Gleichfalls von der Kammer angenommen. — Art. 9 lautet: „Die Wahl der Wahlmänner findet aus der Zahl der Wähler des einschlägigen Urwahlbezirkes statt. Die Wahl zum Abgeordneten ist an keinen Wahlbezirk gebunden. Dieser Artikel wurde von den combinirten Ausschüssen einstimmig in folgender modificirten Fassung angenommen: „Activ wahlberechtigt ist jeder in dem Wahlbezirke, wo er seine Familie hat. Als Wahlmann kann jeder in dem Urwahl- oder Gemeindebezirke seines Wohnsitzes gewählt werden. Die Wahl der Abgeordneten ist an keinen Wahlbezirk gebunden.“ — Wurde ohne Discussion angenommen. — Art. 10 lautet: „Den gewählten Beamten (und Militär) ist der Urlaub durch das Gesetz ertheilt.“ Dieser Artikel wurde von den Ausschüssen einstimmig und unverändert angenommen; eben so von der Kammer. — Art. 11 lautet: „Die Wahlen geschehen durch vom Wähler unterzeichnete Wahlzettel; die Gewählten müssen absolute Stimmenmehrheit für sich haben. Dieser Artikel von den Ausschüssen einstimmig unverändert angenommen; eben so von der Kammer. — Art. 12 lautet: „Im Falle einer Doppelwahl steht dem Gewählten das Recht zu, sich für die Annahme der einen oder der andern Wahl zu entscheiden. Jeder Gewählte kann die auf ihn fallende Wahl ablehnen.“ Dieser Artikel wurde einstimmig mit der Redactions-Veränderung (Jeder

kann die auf ihn gefallene Wahl ablehnen) angenommen. Gleichfalls angenommen. — Art. 13 lautet; „Im Falle der Ablehnung der Wahl oder der Erklärung des Gewählten für einen andern Wahlbezirk tritt der Ersatzmann an dessen Stelle. Dieser Artikel wurde einstimmig unverändert angenommen. Von der Kammer gleichfalls angenommen. — Art. 14 lautet: „Die Wahl erfolgt an dem von der Staatsregierung zu bestimmenden Tage." Dieser Artikel wurde wie Art. 13 einstimmig und unverändert angenommen. — Gleichfalls angenommen. — Art. 15 lautet: „Die Wahlcommissäre werden von der Regierung bestimmt. Dieser Artikel wurde wie Art. 13 einstimmig unverändert angenommen. — Von der Kammer gleichfalls angenommen. — Art. 16 lautet: „Die Wähler und Wahlmänner ernennen für ihre Wahlhandlungen einen Ausschuß von 7 Mitgliedern aus ihrer Mitte. Dieser Artikel wurde ebenfalls wie Art. 13 einstimmig unverändert angenommen. — Gleichfalls angenommen. — Art. 17 lautet: „Die Wahlausschüsse bescheiden alle Wahlreclamationen auf der Stelle durch Stimmenmehrheit. Eine Berufung gegen diesen Ausspruch ist unzuläßig. Dieser Artikel wurde einstimmig in unveränderter Fassung angenommen. — Gleichfalls angenommen. — Art. 18 lautet: „Für den Fall, daß von der Bundesversammlung statt des Matricularfußes der Bevölkerungsmaßstab angenommen werden sollte, ist die Staatsregierung ermächtigt, die erforderlich weiteren Abgeordneten aus den Ersatzmännern einzuberufen." Dieser Artikel wurde einstimmig in der modificirten Fassung angenommen. Die Modification ging auf die Vervollständigung der Wahl durch die Ersatzmänner. — Gleichfalls angenommen. — Frhr. v. Closen drückte schlüßig den Wunsch aus, es mögen alle deutschen Regierungen so freisinnig verfahren bei ihren Wahlengesetzen wie die bayerische. Nach erhobenem Namensaufruf wurde der modificirte Entwurf einstimmig angenommen. — Die nächste Sitzung wurde noch nicht anberaumt. — Frhr. v. Closen machte am Schlusse noch aufmerksam, wie es sehr volksthümlich sey, daß die beiden neuen Minister (Heintz und Lerchenfeld) nicht in Uniform erschienen. — Dagegen bemerkte Hr. v. Beisler, daß er seine Uniform nur aus Achtung vor der Kammer angezogen, weil er eben eine solche habe; nun aber werde er auch im schwarzen Frack erscheinen.

---

*† München, 13. April. Se. Maj. der König Max wird am Sonntag der Palmenweihe, so wie den üblichen Kirchenfeierlichkeiten in der Charwoche beiwohnen, worüber ein eigenes Programm erscheint. — Die Abreise JJ. MM. des Königs Ludwig und der Königin Therese nach Aschaffenburg wird vor der Hand unterbleiben.

Ueber die letzten noch unvollendeten Bauten König Ludwigs sind laut der „Regensburger Zeitung" folgende Bestimmungen getroffen. Die Ruhmeshalle auf der Theresienwiese und das Siegesthor als Schluß der Ludwigsstraße, wofür die schmückenden Kunstwerke schon fast fertig, wird König Maximilian ausbauen lassen; die Gemäldegallerie für die Gemälde der jüngsten Kunstepoche hat König Ludwig zur Vollendung sich vorbehalten; die Befreiungshalle bei Kelheim ist einstweilen aufgegeben.

In Augsburg hat sich ein „Verein zur Förderung des Absatzes deutscher Arbeit" gebildet. (Den Aufruf des Ausschusses vom 12. April werden wir nachtragen.)

Am 10. hat in Augsburg das gesammte Officiercorps der Landwehr seinen freiwilligen Rücktritt erklärt; an die kgl. Regierung ist das Gesuch um sofortige Anordnung einer demokratischen Wahl alsbald gestellt worden.

Die Landwehr von Bamberg hat am 9. April den früher beanstandeten Eid der Treue geleistet.

Speyer, 8. April. Dem Beschlusse und Aufrufe einer vor kurzem zu Neustadt abgehaltenen Bürgerversammlung zufolge werden morgen in Kaiserslautern Bürger aus den meisten Städten und größern Orten der Pfalz zusammentreten um gemeinschaftlich über die Gründung eines pfälzischen Volksvereins zu berathen; wahrscheinlich werden dort provisorische Satzungen abgefaßt und dann in allen Theilen der Pfalz gleichzeitig ins Leben gerufen. — Ueber die Wahlen zum deutschen Reichstage hört man nur, daß vielleicht in dieser Woche ein Gesetzentwurf vorgeschlagen würde, während in Baden bereits die Wahlmänner gewählt werden! — Schon ist der vierte Theil des Termins verstrichen, welcher bis zum Zusammentritt in Frankfurt gesetzt wurde. — Hoffen wir, daß es in den nächsten 8 Tagen rascher geht, damit nicht die Bayern bei der constituirenden Versammlung unvertreten bleiben, oder sich in die Nothwendigkeit versetzt sehen, aus eigener Macht Wahlen vorzunehmen. Hoffentlich wird die Versammlung zu Kaiserslautern auch letztern Gegenstand in Berathung ziehen und Beschlüße fassen, die auf Beschleunigung der Wahlen für die Reichsstände und baldige Auflösung einer Kammer dringen, die unter Adelschem Einflusse gewählt ist, und aus vielen Minoritätswahlen besteht! (Speyer. Z.)

Württemberg.

Stuttgart, 10. April. Durch gütliches Zureden geachteter Bürger sind hier heute Abends Volksunruhen beschwichtigt worden. — Das Volk verlangte die Freigebung eines gestern verhafteten Unteroffiziers.

Ulm, 11. April. Eine von mehr als tausend Bürgern besuchte Versammlung hat sich gestern entschieden gegen eine Republik ausgesprochen. — An Wühlereien der Anarchisten fehlt es übrigens im Lande nicht. (A. Z.)

Baden.

Heidelberg, 8. April. Die Verwirrung in den öffentlichen Dingen hat in Baden den höchsten Grad erreicht. Ein förmlicher Bruch mit der Verfassung, ein Zustand der völligen Rath- und Gesetzlosigkeit scheint unvermeidlich. (A. Z.)

Mannheim, 8. April. Abgeordneter Mathy, der den Fickler in Karlsruhe verhaften ließ, hat hier erklärt, daß es urkundlich erwiesen, wie Fickler im Ausland Verbindungen mit Deutschen und Ausländern gepflogen, die einen bewaffneten Einfall in Baden bezweckten. Fickler sey also wegen „Landesverrath" verhaftet. Die Wuthausbrüche des Mannheimer Pöbels gegen Mathy hat die Bürgerwehr niedergehalten. Gemeinderath und Bürgerausschuß haben erklärt: daß es nöthig sey, den Wühlereien in Baden bewaffnet entgegenzutreten; diese schriftliche ausgelegte Erklärung zählt schon 1800 Unterschriften. — Am 9. d. Mts. hat sich im Birkenauer Thal bei Mannheim eine Volksversammlung von 5000 Personen gegen die Wühler ausgesprochen. (A. Z.)

K. Sachsen.

Die Zahl der um Leipzig aufständigen Bauern beläuft sich auf 6000. In der Stadt selbst nimmt die Arbeitslosigkeit überhand. Das Handelshaus Hammer und Schmitt hat seine Zahlungen eingestellt.

Gr. Hessen.

Darmstadt, 7. April. Gestern und vorgestern waren Sitzungen unserer zweiten Kammer nach längerer durch die Frankfurter Versammlung veranlaßter Pause. Sie brachten nichts von Belang außer einem von der Regierung vorgelegten Gesetzesentwurfe, betreffend die Wiederherstellung der staatsbürgerlichen Rechte der (bis zum 19. März 1848) wegen politischer Vergehen Verurtheilten (und von der Instanz Absolvirten, und zwei Anträge des zweiten Präsidenten Wernher auf Revision des Wahlgesetzes, insbesondere des Art. 2 bis 59 der Verfassung und auf Beschränkung des Wirkungskreises der jetzigen Kammer. (Schw. Mkr.)

Darmstadt, 7. April. Im Odenwald wird sich die Sache zwischen Standesherren und den Unterthanen gütlich schlichten. Die letzteren haben in einer Volksversammlung vom 20. März ihre Bedingungen aufgestellt, unter denen sie bis zum 16. April den Zutritt der Standesherren verlangen. Darnach sollen Servitutsstreitigkeiten durch ein Schiedsgericht geschlichtet und als Ablösungssumme des Zehnten dessen zwölffacher Betrag, zahlbar während 20 Jahren und verzinslich zu 4 pCt, entrichtet werden. Auf alle Feudalrechte verzichten sie. Der bei der Versammlung anwesende Regierungscommissär erklärte die Geneigtheit der Standesherren dazu.

Preußen.

Berlin, 5. April. Die Nr. 10 der Gesetzsammlung enthält die provisorische Verordnung, die Aufhebung der Mahlsteuer und deren Ersatz durch eine directe Steuer betreffend, vom 4. April 1848.

Der Vereinigte Landtag hat das neue Wahlgesetz angenommen, aber mit noch liberaleren Modificationen. Statt, wie der Entwurf, zur Wahlberechtigung in einem Ort einjährigen Aufenthalt in demselben zu verlangen, setzte man nur sechsmonatlichen fest. Ferner sind auch alle in Lehn- und Dienstverhältnissen stehenden Leute unter die Wahlberechtigten aufgenommen.

Die Wahlen zum Bundestage sind im ganzen gut ausgefallen. Jede Provinz hat die Hälfte der Deputirten außerhalb des Landtages gewählt. Der Rhein zählt die Minister seiner Provinz unter den Deputirten, ferner Arndt, Leue, Raveaux, Venedey; Königsberg Schön, Kosch, leider nicht Jacoby. Brandenburg hat Alexander v. Humboldt berufen.

Der Magistrat von Berlin hat seinen Anschluß an den Beschluß der Stadtverordneten, gegen die Wahl der preußischen Volksvertreter im Parlament durch die Stände zu protestiren, erklärt.

Heinrich Simon und Abegg, Mitglieder des Fünfzigerausschußes erklären aus Frankfurt, 11. April den schlesischen Provinzialständen, die sie für's Parlament gewählt: „Wir danken den Wählern für das Vertrauen, das in der Zuerkennung dieser höchsten Volksehre liegt. Aber wir haben nicht die Berechtigung, diese Wahl anzunehmen, weil den Wählern zu derselben die Berechtigung fehlte. Die constituirende deutsche Reichsversammlung kann nur aus dem Volkswillen hervorgehen; die Art und Weise ist durch das Frankfurter Vorparlament festgestellt. Der Vereinigte Landtag vertritt den Volkswillen nicht und wir müssen daher Verzicht darauf leisten, auf diese Weise das Ziel unserer Bestrebungen zu erreichen."

Elberfelds Frauen haben in öffentlicher Versammlung einstimmig beschlossen, nur inländische Fabricate zu tragen.

Aus Westpreußen, 3. April. In den meisten westpreußischen Städten sind wie man vermuthet, von Kulm aus, wo sich gleichwie in Posen ein Comité gebildet hat, polnische Proclamationen erschienen, mit der Aufforderung sich dahin zu erklären, ob man es mit Polen oder noch mit Preußen halten wolle. In Strasburg (bei Thorn) haben sich sogar schon unter der Leitung polnischer Adeligen zwei polnische Regimenter gebildet, um den Forderungen jener Gegend noch mehr Nachdruck geben zu können. Darum haben die Festungen Thorn und Graudenz eine stärkere Besatzung erhalten, und in jeder der Städte Westpreußens, haben sich ben sich bewaffnete Sicherheitsvereine gebildet. — Vor Danzigs Hafen kreuzen wie man wissen will, französische Schiffe mit Waffen für Polen. Eine Anzahl von von Gewehren und Piken soll über Danzig bereits eingeschmuggelt worden seyn.

Schleswig-Holstein.

Rendsburg, 5. April. Die Ständeversammlung hat sich heute bis weiter vertagt.

Rendsburg, 8. April. Es mögen jetzt in Rendsburg und der Umgegend circa 4000 Mann Preußen liegen. Die Hannoveraner erwartet man zum 12., die Mecklenburger zum 14. d. M. hier in der Festung. (Tagbl.)

Oesterreich.

Aus Botzen, 6. April, woselbst sich der Erzherzog Rainer, Vicekönig des lombardisch-venetianischen Königreiches aufhält, hat derselbe einen herzlichen Aufruf an die biederen Tyroler erlassen, sie auffordernd eingedenk früherer deutscher Heldenthaten den tyrolisch-deutschen Grenzen gegen wälsche Ausbreitungssucht mit Gut und Blut zu wehren.

Innsbruck, 8. April. „Die Tyroler an ihre deutschen Brüder. Deutsche Männer! Deutscher Boden — die Felsenburg Tyrol ist bedroht. Das neue Italien will seine Grenzpfähle an der Malserhaide und am Brenner einschlagen. Das Eisackgebiet und das herrliche Etschthal sollen wälsch werden; das Schloß Tyrol und Hofers Haus — wälsch! Wir greifen zu den Waffen, verlassen Weib und Kind, die unbestellten Felder, wir eilen, um die Gränze zu wahren — jeden Fuß deutscher Erde zu vertheidigen. Schickt uns Korn und Pulver! Die Feinde abzuwehren, fehlt es nicht an Männern. Keine Handbreit deutschen Bodens soll verloren gehen. Tyroler, Deutsche stehen auf der Wache. Bedarf es mehr, um zu helfen, als wenn wir rufen: deutscher Boden ist bedroht?" So die Tyroler, die uns nicht an das erinnern, was Deutschland ihnen von jenem Heldenkampf her schuldet, in welchem sie, vier Jahre vor der Leipziger Schlacht, die erste Bresche in die Macht der Fremdherrschaft schlugen. — Herzog Max in Bayern hat jüngst den wackern bayerischen Gebirgssöhnen zugesagt, sich an die Spitze ihrer Freischaar zu stellen. Sie bilden die Vorhut in diesem Kampf; aber noch fordern die Tyroler keine Männer, nur Getreide, Pulver und Blei. Herzog Max, einer der reichsten

deutschen Prinzen, möge an die Spitze eines deutschen Vereins sich stellen, der alsbald eine Sammlung zu diesem Zwecke für unsere tyrolischen Brüder ausschreibe. (A. Z.)

Prag, 5. April. Unsere Deputation ist noch nicht zurückgekehrt, aber es werden ernstliche Anstalten getroffen, die Puncte unserer Petition in lebendige Wirksamkeit zu setzen. Zuerst ward den Studenten die Bewilligung aller Puncte ihrer Petition verkündet — unsere Universität ist hiemit auf gleiche Stufe mit den liberalsten deutschen Hochschulen gesetzt. Die vom Oberstburggrafen zusammenberufene Commission hat sich in vier Abtheilungen geschieden, welche folgende wichtige Angelegenheiten berathen: Volksvertretung mit Berücksichtigung aller Interessen des Grundbesitzes (auch des bäuerlichen), der Gewerbsthätigkeit und Intelligenz — praktische Durchführung der Gleichstellung beider Landessprachen in Schule und Amt — schleunige Durchführung der Robotablösung mit besonderer Rücksicht auf die Interessen der Robotpflichtigen — Entwurf einer Communalverfassung für Städte und Landgemeinden. Jede Section wird auch die Gutachten sachverständiger Personen, die nicht Mitglieder der Commission sind, einholen, und fordert jeden Vaterlandsfreund auf, seine Rathschläge einzusenden. Auch die Stände rühren sich, und erklären, daß sie die freigewählte Vertretung der Municipalstädte, des Bauernstandes, der Industrie, Intelligenz, Künste und Wissenschaften etc. für eine Hauptbedingung der künftigen Volksvertretung ansehen. Sie werden vorerst einen Landtag mit Deputirten aller kgl. Städte einberufen, um die Vorschläge zur neuen Volksvertretung zu berathen; hierauf wird man sogleich einen zweiten Landtag nach der neuen Volksvertretung berufen, auf diesem alle Volksbedürfnisse und einlaufenden Vorschläge berathen und die Deputirten zum Wiener-Reichstage wählen. Nebst Professor Exner ward auch Bibliothekscustos Schafarik nach Wien berufen, letzterer, um an der Berathung über die Interessen der slavischen Literatur, Volks- und höhern Bildung theilzunehmen. Ein vorüberfliehender Schatten war das neue Preßgesetz, welches auch hier von den Studenten verbrannt und von unserm Oberstburggrafen nicht publicirt wurde. Die Nachricht ist eingetroffen, daß das Preßgesetz in Wien zurückgenommen; hier ist ein Ausschuß mit Abfassung eines Preßgesetzplanes beschäftigt. (A. Z.)

Schweiz.

Chur, 9. April. Der eidgenössische Kriegsrath hat die Aufstellung eines Beobachtungscorps (15,000 M.) in der östlichen Schweiz (an der österreichischen Grenze) beschlossen, Hauptquartiere Ragatz und Bellinzona. Divisionsbefehlshaber die Obersten Bandy und Gerwer. (Schw. Mkr.)

Aus der Schweiz, 9. April. Preußen hat die Neuenburger Beamten ihres Eides entbunden, mit ausdrücklichem Vorbehalt seiner bisherigen Rechte auf Neuenburg. (Sch. Mkr.)

Italien.

Mailänder Bülletin, 5. April (Abends) In Magnavacca (bei Comacchio) im Kirchenstaat Capitulation der Oesterreicher. Bondeno und Ferrara von Linientruppen und päpstlicher Bürgergarde besetzt. — Zechi noch am Isonzo. — 6. April (Abends). Provinz Brescia frei. Die Oesterreicher auf das linke Ufer des Mincio zurück. 50,000 Piemontesen von Parma und Piacenza längs des Po her; von Toscana 10,000 M. unterwegs.

Niederlande.

Das „Amsterdamsche Handelsblad" meldet aus dem Haag, daß Fürst Metternich am 6. d. daselbst angekommen sey, wahrscheinlich acht Tage daselbst bleiben, und dann nach London gehen werde.

Frankreich.

Paris, 8. April 4½ Uhr. Die provisorische Regierung hat an Preußen wegen Polens ein Ultimatum gerichtet, und eine kategorische Antwort auf den 15. April erwartet. Neue Befehle zu Truppenconcentrationen in den Westdepartements und Ankauf von 30,000 Pferden bepfohlen.

Paris, 7. April. Die für die „Landesvertheidigung" niedergesetzte Commission hat beschlossen, daß die Besatzungen im Elsaß und in Lothringen vorderhand (!) auf das Minimum des Kriegsfußes beschränkt bleiben. Das südliche Frankreich erhält eine Verstärkung von 80,000 Mann, wozu die disponiblen Truppen verwendet werden. An die Grenzbehörden ist die Weisung ergangen, daß die nach Deutschland wandernden Polen und Deutschen die Gränze unbewaffnet, und in kleinen Abtheilungen von höchstens 30 bis 40 Mann überschreiten dürfen. (A. Z.)

Die Officierswahlen der Nationalgarde von Paris sind zum Theil beendigt. Bemerkenswerthe Obristenwahlen sind: de Tracy, Clem. Thomas, Ed. Quinet, d'Alton-Shee, Barbès. Pascal, Redacteur des „Atelier," wurde zum Obristlieutenant der eilften Legion ernannt.

Das „Heer der Alpen" ist vom Kriegsministerium, wie der Moniteur anzeigt, also gebildet: Erste Division Fußvolk — Divisionsgeneral Bedeau. Erste Brigade — Brigadegeneral Guesvillers. Zweite Brigade — General Saleyr. Zweite Division Fußvolk — Divisionsgeneral Baraguay d'Hilliers. Erste Brigade — Brigadegeneral Talandier. Zweite Brigade — General Dubot. Dritte Division Fußvolk — Divisionsgeneral Magnan. Erste Brigade — Brigadegeneral, Guillabert. Zweite Brigade — Renault. Reiterei — Divisionsgeneral Oudinot. Erste Brigade leichter Reiterei — Brigadegeneral Regnault de Saint-Jean d'Angely. Zweite Brigade leichter Reiterei — General Tartas. Dritte Brigade — Reserve-Reiterei — General Lebon des Mottes. Artillerie — Brigadegeneral Legendre. Genie — Brigadegeneral Morvan. Oberintendant, Dennie. Der älteste Divisionsgeneral übernimmt provisorisch den Oberbefehl über das Heer der Alpen.

An der Nordgrenze wird ein Beobachtungsheer von 3000 Mann aufgestellt.

Abd-El-Kader bekommt seinen Aufenthaltsort im Schloß Pau.

Straßburg, 9. April. Die Altersclassen der Jahre 1845 und 1846, sind durch Entschließung des Departementalcommissärs der Republik unter die Fahnen gerufen, um am 20. d. M. in Marsch gesetzt zu werden. Bis heute ist noch keine Entschließung des Kriegsministeriums erschienen, welche eine Verstärkung der Rheingränze befiehlt. (A. Z.)

Großbritannien.

Die Regierung hat Maßregeln ergriffen, das für den 10. April angekündigte Monster-Meeting der Chartisten officiell zu verhindern, und dieß im Unterhaus am 5. unter Beifall verkündet. Es wollen 100,000 Menschen an jenem Meeting theilnehmen (nach den Chartisten 300,000) und eine Adresse mit 5 Mill. Unterschriften (??) 30 englische Meilen lang solle befördert werden. Noch ward vom Minister Sir G. Grey im Unterhaus bemeldet, er werde am 6 im Namen der Regierung um Ermächtigung bitten, eine Bill zur besserer Sicherheit der Krone und Regierung des vereinigten Königreichs einzubringen. (Rauschender Beifall, tiefer Eindruck. — Man sieht die Herren Lords, welche vor einigen Wochen bei der geringsten Aeußerung einer Befürchtung, die im Haus fiel, in „schallendes Gelächter" ausbrechen konnten, werden jetzt schon nachdenklicher. Die Gesichter dehnen sich allgemach in die Länge.)

Das Meeting ist auch unbewaffnet verboten; am 6. saß im auswärtigen Amte ein 3stündiger Ministerrath. — Die irisch-chartistischen Ausschüße sitzen permanent, ihre Berathungen sind socialistisch.

Die vierteljährlichen Revenuen-Tabellen erschienen gestern in der amtlichen Gazette. Die Staatseinkünfte für das abgelaufene Quartal betragen 11,051,379, für das Jahr 48,800,141 Pf. St., was im Vergleich mit dem entsprechenden Quartal 1847 eine Mehreinnahme von 602,575, im Vergleich mit dem am 5. April 1847 abgelaufenen Jahr eine Wenigereinnahme von 2,218,511 Pf. St. herausstellt.

In Manchester haben drei Handelshäuser ihre Zahlungen eingestellt.

Dänemark.

Am 4. ist eine kgl. Bekanntmachung erschienen, wodurch das Rescript vom 28. Januar aufgehoben wird und die rathgebenden Provincialstände für das Königreich Dänemark und das Herzogthum Schleswig zum 26. nach Roeskilde einberufen werden, um ihr Gutachten wegen Einberufung einer Reichsversammlung abzugeben.

Der König ist am 5. auf dem Dampfschiff „Aegir" nach Fridericia abgereist. Er wird bei Alsen ankern. — Die Zahl der zwischen Apenrade und Flensburg versammelten dänischen Truppen wird auf 14,000 angegeben. — Zwischen Friedericia und Warde soll ein nordjütisches Reservecorps errichtet werden.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 31. März. Die heutige „Petersburger Zeitung berichtigt bezüglich des neulichen k. Manifests, daß das kirchenslavische Wort iasyzy durch „Heiden" übersetzt worden, während es „Völker" heißen müsse (erkennt dies ihr Völker und beuget euch, denn Gott ist mit uns.) Ferner erklärt das Blatt: Erst wenn der Krieg ausbreche, werde Rußland in seinem nationalen Interesse prüfen, ob, und wie weit es an dem Streit Theil nehmen werde, bis dahin werde es streng neutral und wachsam seyn.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 13. April: Zum ersten Male: „Fernand," Oper in 4 Acten von Seyfried. Musik von Berti.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Capitani, Bistarino und Fe. Rentiers v. Mailand; v. Sturz, Rentier v. Erlangen; Weiternacher, Privatier v. Amerbach; Pemschipli, Gutsbesitzer v. Wien.

Hotel Maffia. HH. Graf Fugger - Blumenthal; Wolf, Kaufmann v. Elberfeld; Persche, Kaufmann v. Lahr Baron v. Löwenstern v. Stuttgart.

Gold. Kreuz. HH. v. Götz, Rentbeamter v. Rénötting; Gram v. Freiburg; Landauer, Privatier v. Hürben.

Blaue Traube. HH. v. Reimann, Junker von Ansbach; Gresheim, Ingenieur v. Wien.

Stachusgarten. HH. Dr. Beck von Ingolstadt; Körner, Privatier v. Tübingen; Kuchler, Gutsbesitzer v. Stockdorf.

Getraute in München.

Georg Rapp, Bauer in Bergham, Landg. München, mit Elisabetha Sprenger, Söllerstochter von Ludwigsfeld, Landg. München; J. Gottfried Renner, Zieglermeister v. Mannhofen. Ldg. Starnberg; mit Rahel Rapp, Bauerstochter von Oberbrunn, Ldg. Starnberg; Moses Mandelbaum, Handelsmann v. Feuchtwangen, mit Babette Rosenthaler v. Hainsfarth.

Gestorbene in München.

Jakob Tampier, Jagdgehilf von Haimhausen, 31 J. alt; Georg Höllriegl, Kunstkupferdrucker v. h., 68 J. alt; Sed. Katzensteiner, ehemaliger Bräuer v. Neuessing, Ldg. Kelheim, 31 J. alt.

Bekanntmachung.

2373. Der Rücklaß des Pfarrers Marcus Wankerl wird künftigen Freitag den 14. d. Mts. in den Stunden von 9 — 12 und 3 — 6 Uhr in der Lerchenstraße Nr. 1 zu ebener Erde gerichtlich versteigert. Derselbe besteht in einer gut erhaltenen Mobiliarschaft, mehreren vollständigen Betten, kupfernen und eisernen Geschirren, Leib- und Bettwäsch, dann Kleidern.

München den 10. April 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Director:

Barth.

Loé.

Für Schleswig - Holstein.

Mit Bezug auf den in der vorgestrigen Nummer der politischen Zeitung mitgetheilten „Aufruf" aus Hamburg, welcher zu Beiträgen an Geld und sonstigem Material für Schleswig-Holstein auffordert, erklärt sich die Unterzeichnete bereit, Geldbeiträge von hier oder auswärts zu diesem Behuf anzunehmen, öffentliche Rechnung darüber zu führen und den Ertrag an das „Centralcomité in Hamburg" zu übersenden.

München, 12. April 1848.

Die Expedition der Münchener politischen Zeitung.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 96.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir [illegible]-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährig im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Freitag — XLIX. Jahrgang. — 14. April 1848.

Deutschland.

Frankfurt. Die Bundesversammlung veröffentlicht in einem Auszug aus dem Protokoll ihrer Sitzung am 2. April, daß die seit 1819 erlassenen Ausnahmsgesetze und Beschlüsse für sämmtliche Bundesstaaten aufgehoben, mithin als bereits völlig beseitigt zu betrachten, und wo es noch erforderlich befunden werden sollte, darüber die nöthigen Bekanntmachungen zu erlassen seyen.

Der Bundestag hat über die schleswig-holsteinische Angelegenheit nachstehenden Beschluß gefaßt: „1) Die Bundesversammlung erklärt in Gemäßheit des Art. 38 der Schlußakte, daß Gefahr eines Angriffs für das deutsche Bundesland Holstein vorhanden ist, und spricht ihre volle Anerkennung für die in föderalem und nationalem Sinne von Preußen und den Staaten des 10ten Bundesarmeecorps zum Schutz der Bundesgränze in Holstein getroffenen Einleitungen aus; 2) die Bundesversammlung, um eine einheitliche Leitung in die zu jenem Zwecke etwa noch ferner nothwendigen militärischen Maßregeln zu bringen, ersucht Preußen, sich mit den Staaten des 10ten Armeecorps hierüber ins Einvernehmen zu setzen; 3) die Bundesversammlung ist bereit, Behufs Verhütung von Blutvergießen und zum Zweck der Herbeiführung einer gütlichen Einigung die Vermittelung zu übernehmen, und ersucht Preußen, das Vermittelungsgeschäft Namens des deutschen Bundes auf der Basis der unverkürzten Rechte Holsteins, namentlich auf der staatsrechtlichen Verbindung mit Schleswig, zu führen. Als selbstverstanden wird dabei vom Bunde vorausgesetzt, daß die Feindseligkeiten sofort eingestellt werden und der Status quo ante wieder hergestellt werde."

Bundesbeschluß über die Wahlen zum deutschen Parlament. Die Frankfurter Blätter bringen einen umfassenden Auszug aus dem Protokoll der 29. Sitzung der Bundesversammlung vom 7. April, enthaltend eine Berichterstattung des Ausschusses für Revision der Bundesverfassung, wodurch auf Abänderung des Bundesbeschlusses vom 30. v. Mts. im Sinne der Beschlüsse des Vorparlaments angetragen wird. Es erfolgte darauf nachstehender Beschluß: „Daß die Bundesversammlung, in Berücksichtigung des inmittelst bekannt gewordenen öffentlichen Wunsches und gestützt auf das einstimmige Gutachten der ihr beigeordneten Männer des öffentlichen Vertrauens, ihren Beschluß vom 30. v. Mts. in Beziehung auf die Verhältnißzahl der Vertretung dahin abändere und ferner in der Weise vervollständige, daß 1) die Wahl der Vertreter des Volks zu der constituirenden deutschen Nationalversammlung so zu geschehen habe, daß unter Beibehaltung des Verhältnisses der Bundesmatrikel je nach 50,000 Seelen Ein Vertreter gewählt werde, daß, wenn der Ueberschuß der Bevölkerung 25,000 Seelen übersteigt, ein weiterer Abgeordneter zu wählen sey, und daß jeder kleinere Staat, dessen Bevölkerung nicht 50,000 Seelen erreicht, einen Vertreter zu wählen habe; 2) daß in Beziehung auf die Wahl der Abgeordneten zur constituirenden Versammlung auf jeden Fall bei der Wählbarkeit keine Beschränkung durch Vorschriften über gewisse Eigenschaften in Beziehung auf Wahlcensus oder Bekenntniß einer bestimmten Religion vorkommen und eine Wahl nach bestimmten Ständen nicht angeordnet werden könne; 3) daß als wahlberechtigt und als wählbar jeder volljährige, selbstständige Staatsangehörige zu betrachten sey; 4) daß jeder Deutsche, wenn er die voranstehenden Eigenschaften besitzt, wählbar, und daß es nicht nothwendig sey, daß er dem Staat angehöre, welchen er bei der Versammlung vertreten soll; 5) daß auch die politischen Flüchtlinge, wenn sie nach Deutschland zurückkehren und ihr Staatsbürgerrecht wieder angetreten haben, wahlberechtigt und wählbar sind; 6) endlich, daß dieselbe die höchsten Regierungen ersuche, diese Wahlen so zu beschleunigen, daß, wo möglich, die Sitzungen der Nationalversammlung am 1. Mai beginnen können. Als Beilage ist eine Berechnung nach Maßgabe der Bundesmatrikel beigefügt, in welcher letztern bekanntlich, da die Contingentsleistungen nach der Seelenzahl bemessen werden, die Bevölkerungsziffern sehr nieder angegeben sind: Matrikel des deutschen Bundes, wie solche in der 9. Bundestags-Sitzung vom 14. April 1842 berichtigt worden und von da an zu gelten hat, nämlich, daß auf 50,000 Seelen 1 Abgeordneter in's Parlament gewählt werden soll, stellt Oesterreich auf 9,482,227 Seelen 190 Abgeordnete; Preußen 7,948,459, 150; Königreich Sachsen 1,200,000, 24; Bayern 3,560,000, 71; Hannover 1,305,351, 26; Württemberg 1,395,462, 28; Baden 1,000,000, 20; Kurhessen 567,868, 11; Großherzogthum Hessen 619,500, 12; Holstein-Lauenburg 360,000, 7; Luxemburg-Limburg 253,583, 5; Braunschweig 209,600, 4; Mecklenburg-Schwerin 359,000, 7; Nassau 302,769, 6; Sachsen-Weimar 201,000, 4; Sachsen-Koburg-Gotha 111,600, 2; Sachsen-Meiningen 115,000, 2; Sachsen-Altenburg 98,200, 2; Mecklenburg-Strelitz 71,769, 1; Oldenburg 220,718, 4; Anhalt-Dessau 52,947, 1; Anhalt-Bernburg 37,046, 1; Anhalt-Köthen 32,454, 1; Schwarzburg-Sondershausen 45,107, 1; Schwarzburg-Rudolstadt 53,937, 1; Hohenzollern-Hechingen 14,500, 1; Liechtenstein 5,546, 1; Hohenzollern-Sigmaringen 35,560, 1; Waldeck 51,877, 1; Reuß, ältere Linie 22,255, 1; Reuß, jüngere Linie 52,205, 1; Schaumburg-Lippe 21,000, 1; Lippe 72,062, 1; Hessen-Homburg 20,000, 1; Lübeck 40,650, 1; Frankfurt 47,850, 1; Bremen 48,500, 1; Hamburg 129,800, 3; in Summa auf 30,164,392 Seelen 605 Abgeordnete.

Frankfurt, 10. April. Nach dem Beschluß des Vorparlaments nunmehr zum Bunde erhoben, soll 1 Abgeordneter auf 50,000 Seelen kommen, dabei ist die letzte Bundesmatrikel von 1842 zu Grund gelegt; nun ergibt sich aber, daß diese noch auf der von 1819 ruht, also 10 Mill. nicht vertreten wären. So wurde denn in heutiger Sitzung des Fünfziger-Ausschusses der Antrag gestellt, statt der Matrikel von 1842 die neueste Volkszählung zu Grunde zu legen. Der Antrag fiel nach heftiger Debatte, obwohl Jacobi, Blum, Reh, Spatz, Kolb, Abegg, Simon für denselben sprachen, mit 27 gegen 10 durch, so daß es beim bekannten Beschluß des Vorparlaments sein Bewenden hat.

An das deutsche Volk!

Deutsche! Euch allen, die Ihr das deutsche Land bewohnt und ein deutsches Herz im Busen tragt, Euch Allen gilt unser Ruf. Hört auch Ihr es, Männer in Schleswig, in Ost- und Westpreußen, bisher durch Diplomatenkünste von uns getrennt, jetzt mit uns innig verbundene Brüder! Unser deutsches Vaterland muß einig, groß, frei werden. Das ganze deutsche Volk will es, und was ein Volk will, geschieht. Männer des öffentlichen Vertrauens haben in Frankfurt sich vereinigt, die Ausführung des Volkswillens vorzubereiten. Nicht aus regelmäßigen Wahlen hervorgegangen, haben sie es für Pflicht erachtet, eine constituirende Nationalversammlung zu berufen, und dieser einzig und allein die Bestimmung der künftigen Verfassung Deutschlands zu überlassen. Das ganze deutsche Volk muß in der Nationalversammlung vertreten seyn. Kein Unterschied des Standes, des Vermögens, des Glaubens wird die Freiheit der Wahlen beschränken. Jeder volljährige selbstständige Staatsangehörige ist in seinem Lande Wähler, in ganz Deutschland wählbar. Als Grundlage des Volkswohls hat die Versammlung anerkannt: Unbedingte Freiheit der Meinungsäußerung, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Vereinigungsrecht, Schutz der persönlichen Freiheit, Unabhängigkeit der Rechtspflege und Schwurgericht, Schutz der arbeitenden Classen, gerechte Vertheilung der Staatslasten, Selbstständigkeit der Gemeinden, mithin volle Gewährung dessen, was die Gerechtigkeit gegen Alle, die Unterordnung des Einzelnen unter das Gesammtwohl und die freie Entwickelung des Volksgeistes fordern. Zum Schutz dieser höchsten Güter, und damit nie mehr der Einzelwille dem Gesammtwillen sich widersetzen könne, hat die Versammlung allgemeine Volksbewaffnung beschlossen. Wehrhaft und gerüstet müssen wir auch gegen äußere Feinde dastehen. Die Versammlung hat Schleswig, Ost- und Westpreußen in den deutschen Bund aufgenommen, hat die Schmach der Theilung Polens von Deutschland abgewälzt und dem deutschen Volke die Pflicht auferlegt, dahin zu wirken, daß den Polen das Vaterland zurückgegeben werde. Was immer aus diesen Beschlüssen folge, Deutschland ist stark genug, die Folgen auf sich zu nehmen. Der Geist der Eintracht, die allgemeine Wehrhaftigkeit sind Bürgschaft des Sieges. Männer Deutschlands! Ihr wißt jetzt was geschehen, was bevorsteht. An Euch ist es, zu vollenden, was die Versammlung, in deren Namen wir zu Euch sprechen, begonnen hat. In ihrem Namen fordern wir Euch auf, in Ernst und Ordnung an das Wahlgeschäft zu gehen, zu der Nationalversammlung Männer zu entsenden, schlicht und bieder, Männer, die vor den Augen des Volks bekundet haben, daß ihnen das Gesammtwohl höher steht, als jedes Sonderinteresse, die Gerechtigkeit höher als Standesrücksichten und Vorurtheile, die Wahrheit höher, als der Sieg der eigenen Meinung. Bedenkt, was in Eure Hand gelegt ist! Bedenkt, daß Euere Väter auf Euch sehen, daß Euere Enkel dereinst von Euch Rechenschaft fordern, wie Ihr den großen Augenblick zum Heile des Vaterlandes benutzt habt. Seyd einig, seyd wachsam und thätig, ruhet nicht bis das große Werk: Ein einiges freies Deutschland vollendet ist.

Frankfurt a. M., 6. April 1848.

Der Fünfziger-Ausschuß.

Soiron, als Vorsitzender.

Simon, als Schriftführer.

Deutsche!

In wenigen Wochen wird eine freigewählte constituirende Nationalversammlung unserem Vaterlande eine Verfassung geben, welche die unveräußerlichen Volksrechte, welche Freiheit und Wohlstand für immer begründen soll. Ganz Deutschland sieht mit Spannung dem großen Zeitpuncte entgegen; es bedarf zu diesem Werke vor allem der Ruhe und Ordnung. Dennoch ist in verschiedenen Theilen des Vaterlandes die Sicherheit der Person und des Eigenthums angetastet, der freie Verkehr durch Zerstörung von Eisenbahnen und Dampfschiffen gehemmt worden. Solche Friedensbrüche wirken der Erringung der Freiheit feindlich entgegen, sie führen zur Anarchie, und diese war oft schon das Grab der Freiheit. Die Geschichte beweist es, ein in Anar-

chie versunkener Staat wird leicht der Raub eines kühnen gewaltigen Menschen, den Zeiten der Gewalt noch immer geboren. Männer Deutschlands! Im Namen der großen Versammlung der Volksfreunde, die uns verpflichten, sprechen wir zu Euch, wir sprechen im Namen von Millionen deutschen Brüdern, die eins mit uns sind in der Begeisterung für die heilige Sache des Vaterlandes. Haltet fest zusammen, nichts darf Euere Einigkeit nichts Eueren Eifer, Euer Wirken für die Freiheit stören, selbst die Frage, ob Republik, ob Monarchie, darf Euch nicht trennen, denn nicht die Form sondern das Wesen einer Verfassung ist es, was die Bürgschaft der Freiheit in sich trägt. An Euch auch richten wir unser Wort, die Ihr der Ordnung und dem Eigenthume den Krieg erklärt habt. Glaubt Ihr die Freiheit zu fördern, indem Ihr sie aufhebt, glaubt Ihr für den Wohlstand aller thätig zu seyn, indem Ihr das Eigenthum einzelner zu Grunde richtet, glaubt Ihr Quellen des Erwerbs zu öffnen, indem Ihr Verkehr und Handel lähmet? Laßt ab von Euerer Verirrung, schließt Euch den wahren Freunden des Vaterlandes an, die für unseres Volkes Ehre und Freiheit Alles zu opfern bereit sind. Ihr insbesondere deutsche Jünglinge und Wehrmänner, seyd eingedenk, daß Ihr die Waffen tragt zum Schutze der Freiheit gegen innere und äußere Feinde seyd eingedenk der großen Aufgabe der Zeit, Ihr habt die Kraft jede Unordnung zu verhindern, die der Wiedergeburt unseres Vaterlandes hemmend entgegentritt, schaart Euch zusammen, bildet eine Schutzwehr dem Rechte und der Freiheit, sie wird unüberwindlich seyn und Deutschlands große Zukunft fest und sicher stellen.

Frankfurt a. M., den 6. April 1848.

Namens des Fünfzigerausschusses.

Soiron, Vorstand.

Simon, Schriftführer.

Frankfurt, 9. April. Deutsche Brüder aus Oesterreich sind heute früh um 4 Uhr eingetroffen. Die Mehrzahl derselben wollte die österreichischen Erbländer auf der vorberathenden Versammlung vertreten. Die Angekommenen sind Graf v. Auersberg (Anastasius Grün), als Vertrauensmann bei den Berathungen des Bundestages mitwirkend; ferner die Herren Andrian, Schuselka Kuranda, Endlicher, Lammarungs, Schilling, v. Mühlfeld, v. Schmerling, Hornbostel, Giskra, Gerold, Schneider. Begleitet sind diese Herren von sechs Wiener Studenten, und den Wagen, mit welchem sie eintrafen, zierte die schwarz-roth-goldene Fahne, welche in den Wiener Märztagen im Kampf für die Freiheit von mehreren Kugeln durchlöchert worden ist. — Sie nahmen noch heute eingeladen an den Ausschußsitzungen Theil und zwar Frhr. v. Andrian und Schuselka als zwei der fünf in den Ausschuß gewählten. Die verlangten Mittheilungen über die Verhandlungen des Vorparlaments, dessen integrirender Theil sie Abgeordneten, wurden sogleich zugestanden, eine Sitzung für Mittheilung derselben beraumt und eine Commission, (Wiesner, Freudentheil, Stedtmann niedergesetzt, um mit den österreichischen Abgeordneten in Betreff der Wahlen in den Fünfzigerausschuß zu berathen. — 10. April. In der heutigen Sitzung des Fünfzigerausschusses wurde von der erwähnten Commission, Bericht erstattet. Die von den Oesterreichern vorgeschlagenen 4 provisorischen Mitglieder (Endlicher, Hornbostel, Dr. v. Mühlfeld und J. Kuranda) wurden eingeführt. Sie bleiben, bis die vom Ausschuß gewählten Palazky, A. Bach, Schuler und v. Schwarzer eingetroffen. v. Andrian der fünfte lehnte ab, wegen dringender Abhaltung (sein Ersatzmann Dr. Schilling tritt ein) und machte aufmerksam, daß in Oesterreich keine rechten staatlichen Bedingungen zu Parlamentsurwahlen angegeben. Die österreichischen Nichtmitglieder haben für die Dauer ihres Hierseyns berathende Stimme.

Bayern.

Landtag.

*München, 13. April. (IV. Sitzung der Kammer der Reichsräthe.) Die Sitzung wurde eröffnet mit Ablesung des Einlaufes. — Der Hr. Reichsrath Fürst v. Hohenlohe referirte hierauf über den Gesetzentwurf: „Die Wahl der bayerischen Abgeordneten zur Volksvertretung bei dem deutschen Bunde. — Die Discussion eröffnete der Hr. Reichsrath v. Arnold. Er sprach für indirecte Wahlen. Liberale Verfassungen bedingen das Fortbestehen der Monarchie — oder man hüte sich vor dem Umsturz. — Hr. Reichsrath Fürst v. Wallerstein. Er habe die Proclamation, den ersten Laut der Freiheit, mit contrasignirt. Er wünsche auch Entgegenwirken der Anarchie. Das Mögliche solle man erringen. Die Frage werde nun seyn, ob man im romanischen oder allemannischen Geiste bauen werde. Nur keine Centralisation! Er habe sie in der Nähe gesehen. Bei uns müsse ein freies Territorialleben neben dem Centralleben bestehen. America müsse uns zum Muster dienen. Achtung aller Eigenthümlichkeiten müsse der neue Bundesstaat an die Spitze stellen. Darauf müsse Frankfurt sein Augenmerk vorerst richten. Die Anarchie werde die große Masse der Deutschen belehren, nun kräftig zu bauen. Die Principien der deutschen Gesetzgebung müssen giltig seyn als Basis für alle andern deutschen Gesetzgebungen. — Hierauf wurde Art. 1 angenommen, wie die Kammer der Abgeordneten ihn vorschlug; ebenso Art. 2 und 3. — Bei Art. 3 „directe Wahlen" sprach Fürst v. Wallerstein für diese Wahlart, weil in ihr allein Wahrheit liegt, und es müsse und werde die Sitte kommen, daß der Mann, der das Vertrauen wolle, vor seine Wähler offen hintrete. Indirecte Wahlen seyen blos provisorisch; directe müssen kommen. Auch in Frankreich habe man dieß erkannt. Das Gesetz der directen Wahlen sey allein conservativ. — Hr. v. Arnold sprach für indirecte Wahlen als für ein Provisorium. — Hr. Reichsrath v. Niethammer. Das Gesetz sey nur für den vorliegenden Fall gegeben, also provisorisch. — Graf v. Armansperg. Würde es sich für ein bleibendes Gesetz handeln, so stimmte er auch für directe Wahlen. Allein die Zeit dränge. Das Volk sey zwar für den Fortschritt reif, aber noch nicht auf der Höhe politischer Bildung zu directen Wahlen. Es fehle im Volke noch die rechte Beweglichkeit für directe Wahlen. — Hr. Fürst v. Wallerstein: Der letzte Grund habe allerdings großes Gewicht. Durch directe Wahlen werde das Wahlgeschäft nicht verzögert, weil es bei ihnen keine Urwahlen gebe. Weil man die Candidaten nicht kenne, seyen die directen Wahlen eben besser. — Graf v. Armansperg erwiderte: Die Zeit dränge, man könne die Districte nicht schnell ausstecken. — Referent hielt schlüßlich dafür, die directen Wahlen seyen in Bayern noch lange unmöglich. Das politische Leben sey erst seit 6 Wochen erwacht; es fehle also die politische Bildung. — Hierauf wurde Art. 3 gegen 1 Stimme angenommen. — Art. 4 wurde ohne Discussion angenommen. — Bei Art. 5 stimmte Hr. Graf v. Seinsheim für die ursprüngliche Fassung des Artikels. Hochverrath und Majestätsbeleidigung seyen ihm die größten Verbrechen gegen die von Gott eingesetzte Obrigkeit. — Auch sprach Hr. Redner gegen den Grundsatz der Volljährigkeit. Mit 21 Jahren lebe man nur in Ideen. — Frhr. v. Schenk-Stauffenberg: Der Beruf eines Gesandten zum deutschen Parlament sey hochwichtig. Er wolle aber wegen der Dringlichkeit der Umstände der Fassung der Kammer der Abgeordneten beistimmen. — Der Begriff der politischen Verbrechen sey höchst relativ, bemerkte Hr. Fürst v. Wallerstein gegen Graf v. Seinsheim; Louis Philipp habe dieß bewiesen. Alle thätigen Geister sollen bald auf den praktischen Boden geführt werden, dieß sey das erste Mittel gegen Anarchie. — Graf v. Seinsheim: Das Verbrechen bleibe Verbrechen, seine Wirkung sey welche sie wolle. — Fürst v. Wallerstein: Er bestreite, daß mit der bestandenen Strafe eines politischen Verbrechens nicht auch dessen Folgen aufhören. — Hr. v. Niethammer: Er vertraue dem gesunden Sinne des Volkes, dasselbe werde schon die rechten Männer senden. Es könne auch tüchtige junge Männer mit 21 Jahren geben. — Graf v. Armansperg stimmte für die Fassung des Artikels der Kammer der Abgeordneten. — Art. 5 wurde in der Fassung der II. Kammer angenommen gegen 4, darunter die Grafen v. Seinsheim und Fürst v. Taxis. Sofort wurden auch angenommen Art. 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17 und 18, und somit der ganze Entwurf einstimmig, nachdem Fürst v. Wallerstein nochmal behauptete, das Gesetz könne durchaus nur transitorisch seyn. — Hiernächst kam der Entwurf über Amnestirung zur Berathung. Derselbe wurde wie jener über „die Vervollständigung der Wahlen" in der Pfalz angenommen, wie sie von der II. Kammer modificirt worden waren. Hiemit wurde die Sitzung geschlossen.

**München, 13. April. (VIII. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten. [Um 4 Uhr Nachmittags.]) An der Tagesordnung stand Verlesung des Protokolls, Bekanntmachung des Einlaufs und Verlesung des Gesammtbeschlusses über den Gesetzentwurf: „die Wahl der bayerischen Abgeordneten zur Volksvertretung bei dem deutschen Bunde betreffend." — Am Ministertische der Hr. v. Beuning im schwarzen Frack. In der Kammer 120 Abgeordnete. Die Sitzung wurde eröffnet mit Ablesung des Einlaufes, darunter eine Eingabe von verschiedenen Arbeitern, Schlossern, Sattlern rc. in München, ihre Verhältnisse betr., dann Eingaben von Schullehrern, von Unteraufschlägern rc. rc., dann eine Menge Eingaben auf Ablösung, sämmtlich angeeignet vom Abg. Rey. — Hierauf wurde der oben bemerkte Gesammtbeschluß vom Referenten Dr. Edel, sammt Begleitungsschreiben an des Königs Majestät verlesen, und beider Fassung genehmigt. Hiernächst wurde auch der Gesammtbeschluß über das Amnestiegesetz, so wie derjenige über die Wahlen, resp. Ergänzung der Abgeordneten für die Pfalz, verlesen, und deren Fassung gleichfalls genehmigt. Demgemäß sind nun drei Gesetze zur Sanction an die Krone bereit.*) — Die Sitzung wurde hierauf geschlossen, und die nächste auf morgen eventuell, wenn vom Staatsministerium ein Gesetzentwurf eingebracht würde, anberaumt.

Gesammt-Beschluß der Kammern der Ständeversammlung über den Gesetzentwurf, die Wahl der bayerischen Abgeordneten zur Volksvertretung bei dem deutschen Bunde betr. Art. 1 soll lauten: „Die Wahl der bayerischen Abgeordneten zur allgemeinen deutschen Volksvertretung geschieht nach dem Bundesmatricularfuße im Verhältnisse von je einem Abgeordneten auf 50,000 Seelen der Gesammtbevölkerung des Königreichs Bayern." — Art. 2 und 3 bleibt unverändert. — Art. 4 solle lauten: „In der ersten Wahlhandlung wird auf 500 Seelen ein Wahlmann gewählt. Sämmtliche Wahlmänner eines Bezirkes (Art. 8) wählen einen Abgeordneten und zwei Ersatzmänner in 3 gesonderten Wahlacten." — Art. 5 solle lauten: „Activ wahlfähig ist ohne Rücksicht auf Verschiedenheit des Glaubensbekenntnisses jeder volljährige bayerische Staatsangehörige, welcher dem Staate eine directe Steuer entrichtet, in so fern er nicht wegen eines andern als eines politischen Verbrechens oder wegen Vergehens der Fälschung, des Betruges, des Diebstahls oder der Unterschlagung verurtheilt worden ist. Passiv wahlfähig ist jeder volljährige deutsche Staats-Angehörige, gegen welchen eine solche Verurtheilung nicht vorliegt." — Art. 6 bleibt unverändert. — Art. 7 soll sub Nro. 1 nachstehende Fassung erhalten: „daß jeder solche Bezirk in der Regel 2000 Seelen umfaßt, jedoch mit möglichster Beachtung der Grenzen der politischen Gemeinden und der bestehenden Districts-Eintheilung in den Städten." — Art. 8 bleibt unverändert. — Art. 9 solle nachstehende Fassung erhalten: „Activwahlberechtigt ist jeder in dem Wahlbezirke, wo er sein Domicil hat. Als Wahlmann kann jeder in dem Urwahl- oder Gemeindebezirke seines Wohnsitzes gewählt werden. Die Wahl der Abgeordneten ist an keinen Wahlbezirk gebunden." — Art. 10 und 11 bleibt unverändert. — Art. 12 soll lauten: „Im Falle einer Doppelwahl steht dem Gewählten das Recht zu, sich für die Annahme der einen oder der andern Wahl zu entscheiden. Jedermann kann die auf ihn gefallene Wahl ablehnen. — Art. 13 14, 15, 16 und 17 bleiben unverändert. — Art. 18 soll nachstehende Fassung erhalten: „Für den Fall, daß von der Bundesversammlung statt des Matricularfußes der Bevölkerungsmaßstab angenommen werden soll, ist die Staatsregierung ermächtiget, die erforderlichen weiteren Abgeordneten verhältnißmäßig unter die Regierungsbezirke zu vertheilen, und dieselben aus den vorhandenen Ersatzmännern, und zwar zunächst aus den ersten Ersatzmännern nach der Entscheidung des Looses einzuberufen." Der Schlußsatz bleibt unverändert. München den 12. April 1848. Euerer königlichen Majestät allerunterthänigst treugehorsamste Kammer der Reichsräthe; allerunterthänigst treugehorsamste Kammer der Abgeordneten.

München, 14. April. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die IX. auf heute

*) Sie wurden alle drei in der von der Kammer der Abgeordneten beantragten Fassung, resp. Modifikation, angenommen.

um 11 Uhr angesetzte allgemeine öffentliche Sitzung. 1. Verlesung des Protokolls der VIII. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Vortrag des Referenten im I. Ausschusse, über den Gesetzentwurf: „Die Behandlung neuer Gesetzbücher betr."

München. Es liegen uns fünf Einläufe der Abgeordnetenkammer vor; vom 1. bis 4. April (blos 77 Nummern), vom 4. bis 8. April (nur 143 Nummern), vom 8. bis 10. April (72 Nummern), vom 11. April (39 Nummern), vom 12. April (63 Nummern). Lauter Forderungen auf Abschüttelung der Feudallasten, Verbesserung der Lage einzelner Gemeinden durch Verringerung ihrer Lasten, für Aufbesserung der Lehrergehalte, Beschwerden wegen Verfassungsverletzungen, Bitten einzelner Proletarier, und Anträge auf Hebung der Industrie, Gewerbe und der arbeitenden Classe u. s. w. Unübersehbar, aber doch alles mehr oder minder bedeutsame Zeichen der Zeit.

München, 14. April. Ein uns heute leider erst 11', Morgens zugehendes königl. Regierungsblatt enthält einen wahrhaft väterlichen Aufruf Sr. Majestät des Königs Max an Seine Bayern, damit sie nach Pflicht und Gewissen frei von Leidenschaft und niedrigen Parteizwecken an das erhabene Werk der Wahlen zum deutschen Parlament gehen. (Morgen die vollständige Mittheilung des herzlichen Aufrufs.)

München, 11. April. Seit einiger Zeit schon sprach man in vertraulichen Kreisen davon, daß der bayerische Gesandte am St. Petersburger Hofe Graf Bray hieher berufen werden soll, um das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten zu übernehmen. Wie ich heute bestimmt erfahren, wird sich durch dessen definitive Ernennung dieses Gerücht demnächst bestätigen. — Das Gesetz über die neue Civilproceßordnung, mit dessen Ausarbeitung Ministerialrath Molitor betraut worden, ist der Vollendung nahe; ebenso das von Ministerialrath v. Hermann bearbeitete über die Ablösung der Grundlasten u. s. w., dessen alsbaldige Vorlage deßhalb in der heutigen Kammersitzung zugesagt werden konnte. — Die Zahl unserer Oberappellationsgerichtsräthe wird demnächst um drei vermehrt werden, zum Zweck möglichst beschleunigter Ausarbeitung der zahlreichen Rückstände bei diesem obersten Gerichtshofe; auch erhält letzterer wieder das ihm seit dem Jahr 1830 entzogene Recht zur Besetzung erledigter Stellen beim König Candidaten in Vorschlag zu bringen. Mit dem 1. April hat König Max sämmtliche Hofämter und Hofstellen mit allen zur Zeit Angestellten ohne Aenderung ihrer Chargen und Gehaltsbezüge von seinem königl. Vater definitiv übernommen. — Hr. Schönwerth, welcher unserem König, als er noch Kronprinz war, in der Eigenschaft eines Privatsecretärs diente, wird auch ferner die Privatgeschäfte Sr. Majestät führen, und zwar unter dem Titel eines Hofsecretärs. (A. Z.)

München, 15. April. Bei der heute Abend im Zweibrückensaale stattgehabten Versammlung wurde von dem Präsidenten der Versammlung vorerst das Wahlresultat für den Volksverein für München bekannt gegeben. Der Ausschuß dieses Vereins ist in 4 Sectionen getheilt, und Zweck desselben, Anträge entgegenzunehmen, das monarchisch-constitutionelle Princip aufrecht zu erhalten, die Verwirklichung der am 6. März durch erlassene königl. Proclamation gewonnenen Errungenschaften zu erstreben, den Rechtszustand zu fördern rc. Jeden Montag hält der Ausschuß seine Sitzung und ist auf 3 Monate gewählt. Nach dieser gemachten Mittheilung wurde sofort der Gesetzentwurf für das deutsche Parlament zur Sprache gezogen. Als wünschenswerth wurde bezeichnet, daß jeder volljährige deutsche Staatsangehörige in das deutsche Parlament gewählt werden könne. — Die Verlesung der an die Kammer gelangten Adresse, „Promemoria des Ausschusses des Volksvereins für München" wurde durch allgemeine Acclamation gefordert, und in der sofortigen Discussion darauf hingewiesen, wie wenig der Ausschuß berechtigt gewesen sey, eine solche Eingabe an die Kammer gelangen zu lassen; vorerst hätten die Mitglieder des Volksvereins gehört werden müssen. — Die Discussion kreuzte sich nunmehr in den Begriffen „Volksversammlung" und „Volksverein". — Es wurde dringend die Frage an das Präsidium gestellt, die Erklärung abzugeben, ob die gegenwärtige Versammlung eine Volksversammlung oder Vorversammlung sey. Das Präsidium erklärte, es sey eine Vorversammlung. Ein Redner: „Die Kammer ist über den Irrthum aufzuklären, daß das Promemoria der Ausdruck der allgemeinen Volksstimme sey, es solle der Ausschuß den Nachweis liefern, unter welchen Umständen das Promemoria zu Stande gekommen und abgestimmt worden, ob dieses Promemoria in Bezug auf Inhalt der Versammlung ein passender Ausdruck der Volkswünsche sey. (Staatsminister Heintz hatte die Ausschußadresse bei ihrer Vorlage in der Kammer als Volksausdruck bezeichnet.) — Die Debatte wird hier unterbrochen durch die Bekanntgabe, daß Dr. Riedel, welcher der Vorversammlung in Frankfurt beigewohnt, über diese nähere Aufschlüsse geben werde. — Inzwischen wurde der Vorschlag gemacht, mit den Versammlungen in Leipzig und Berlin in Verbindung zu treten, um so zu erstarken und sicher zu seyn gegen innere Feinde und reactionäre Bewegungen. (Beifall.) Die Versammlung müsse sich permanent erklären. — Dr. Riedel besteigt nun die Rednerbühne und berichtigt die von vielen öffentlichen Blättern mitgetheilte Unwahrheit, als sey in der Versammlung zu Frankfurt der Republik das Wort geredet worden, es sey dieß durchaus nicht der Fall gewesen. Der Redner geht auf die Frage eines Kaisers ein und entwickelt, daß die Wahl eines Kaisers eben so gut zum Bürgerkriege führen werde als die Republik; das Vorbild der nordamericanischen Freistaaten müsse uns vorleuchten. Der Redner schlug sofort ein Bundesministerium vor, welches dem deutschen Parlamente verantwortlich sey. (Allgemeiner Beifall.) Der Redner hatte somit sein politisches Glaubensbekenntniß abgelegt, und trat also factisch als Candidat für das Parlament auf. (Landb.)

München, 13. April. Endlich scheint es ernstlich mit Herstellung einer Gerechtigkeitspflege voranzugehen: denn die bisherige war so viel als nichts! Man sieht endlich ein, daß das Hauptübel unseres dermaligen wie schon so lange beklagenswerthen Zustandes im Mangel der Rechtshilfe liege, sowohl in erster als höchsten Instanzen. In erster Instanz fehlt es seit 1803, wo man oft oder in der Regel aus zehn kleinen Gerichten ein einziges Landgericht machte, während doch die Arbeiten mit dem menschlichen Luxus, sowie die Menschenzahl sehr vermehrt worden sind. Man fühlte dieses bald, und vermehrte die Landgerichte mit zwei Assessoren, und endlich mit Praktikanten und Functionären, allein dadurch wurde wohl das Vielschreiben und Vielplaudern vermehrt, aber der Nothstand nicht vermindert: denn die Hilfsuchenden konnten das 3 bis 4 oder gar 6 Stunden entfernte Gericht nicht zehnmal oft nicht einmal vergebens erreichen; es mangelte ihnen dazu die kostbare Zeit, und die Reisekosten! Die Beamten hatten lieber, wenn sie Tage lang auf Landcommissionen, auf ganz unnütze Criminal-Augenscheinsherumreisen und über Ueberhäufung von Arbeiten schreien konnten. Der Gerichtsdiener und pfiffige Oberschreiber waren meistens die Herren Verwalter der entheiligten Gerichtspflege. Dadurch entstund also Mangel an Rechtspflege, an Credit, an Verkehr, an Nächstenhilfe; es entstund also Selbsthilfe in verschiedenen, sehr schädlichen Formen, und Rohheit und Armuth in unbeschreiblicher Weise. Wir haben nun Beispiele erlebt, die sehr bedenklich sind, und hoffen, daß wir nichts ärgeres noch erleben müssen, daß also Jedermann zu helfen trachte. Je mehr Freiheit ich mir einbilde, zu haben, desto mehr muß ich auch Pflichten für andere von gleichen Freiheitsgefühlen beobachten. Also die ganze Justizverbesserung würde abermals wenig oder nichts helfen, wenn die Orte, wo man Hilfe suchen muß, 3 bis 6 Stunden entfernt wären. Man denke sich das Landgericht Wolfstein im äußersten Winkel der Landesgrenze! Daher kein Landgericht in eine so große Armuth und Unzufriedenheit mit seinen Beamten seit 40 Jahren versunken seyn dürfte! — In zweiter und dritter Instanz wär der Mangel an Rechtshilfe eben so schädlich: denn wenn eine Familie in ihrem Elend gegen die Mißhandlungen der Advocaten und Betrüger zwei bis vier Jahre auf Entscheidungen warten mußte, da ist inzwischen oft die ganze Familie aus Verzweiflung, Mißmuth und Hunger zu Grunde gegangen! — Daher also vor allem die von den Landständen noch allemal heftig verlangte Verkleinerung der Gerichte nöthig ist; dann entsteht wieder Leben, Recht und Freiheit, sonst ist Alles verloren! Dabei möchte ich aber rathen, daß alle Orte, welche eines Gerichtssitzes sich erfreuen, auch für die Localitäten, ohne Dazwischenkunft von den kostspieligen Baucommissären (!), zu besorgen haben!

Nach einer Mittheilung der königl. General-Zolladministration vom 30. März l. Js. ist der Ausgangszoll auf Getreide, Hülsenfrüchte, und Mühlenfabricate aus Bayern nach Oesterreich vom 1. April d. Js. an gänzlich aufgehoben.

Am 8. April reiste wieder ein bayerischer Officier, durch kgl. Munificenz ausgestattet, nach Schleswig-Holstein ab. Es ist Baron v. Boulreville, ein ebenso ausgezeichneter als ächt patriotischer Militär. (Nürnb. C.)

Eine am 12. April in Augsburg in der „goldenen Traube" abgehaltene Versammlung von 1000 Personen aus allen Ständen hat den Gesetzentwurf für die Parlamentswahlen und die Modification der Ausschüsse dazu berathen, einen Ausschuß niedergesetzt, welcher im Namen und Auftrag der Versammlung eine Adresse an die Kammer entworfen, worin die Paragraphen des Entwurfes, die am meisten gegen Geist und Wortlaut der Frankfurter Vereinbarungen von Bund, Vorpalament und Fünfzigerausschuß verstoßen, gerügt und Aenderungen in Vorschlag gebracht werden. Die Kammersitzungen vom 12. d. M. und ihr Gesammtbeschluß haben freilich den Entwurf etwas leidlicher gemacht, allein es wird nicht unangemessen seyn, auf die freisinnigen Vorschläge der Augsburger Versammlung morgen zurückzukommen.

In einer vierten Volksversammlung zu Bamberg am 10. April hat Dr. Eisenmann aus Nürnberg das monarchisch-constitutionellen Princip siegreich gegen die demokratisch-republicanische Partei, an deren Spitze die Rechtsanwälte Titus und Prell vertheidigt.

Württemberg.

Stuttgart, 8. April. Erklärung der Versammlung im Bürgerhause. Die Unterzeichneten stellen den Antrag, die heutige Versammlung wolle die offene feierliche Erklärung geben, daß sie die Ueberzeugung theile, daß die Freiheit und die Einheit der deutschen Nation und insbesondere der Schutz der ärmeren und arbeitenden Classen nicht durch gewaltsame Einführung der Republik, sondern nur im Wege der constitutionellen monarchischen Regierungsform möglich werden; daß die Versammlung ebenso von der Ueberzeugung durchdrungen sey, daß die Freiheit nur auf dem Boden des Gesetzes und der Ordnung festgestellt werden kann; daß einseitige, unzeitgemäße, republicanische oder communistische Bestrebungen, ebenso wie unbedachte Anpreisung oder Verkündigung der Republik zu noch größerer Credit- und Arbeitslosigkeit, zu Eigenthums- und Rechtsverletzungen, zur Anarchie, zum Bürgerkrieg und zur Unfreiheit führen und Anlaß geben können, und daß daher solche unpatriotische Bestrebungen durchaus zu mißbilligen sind; daß die Versammlung ferner überzeugt sey, daß jedenfalls die gerechte und freie Entwickelung des bürgerlichen und staatlichen Lebens und namentlich auch des materiellen Wohls unserer in volksthümlichster Weise neu eröffneten Staatsverwaltung, so wie den seit dem 31. März d. J. zu Frankfurt a/M. tagenden deutschen Volksvertretern mit Ruhe anvertraut werden kann, ohne jedoch weder die öffentliche Erörterung noch die eigene Thatkraft der Bürger in irgend einer Frage des Rechts des Einzelnen, der Gemeinde oder des Staatsvereines irgend ausschließen zu wollen, und daß endlich die Mitglieder der Versammlung bereit seyen, zu Mitwirkung in der großen und schwierigen Sache des Vaterlandes, die volksthümliche Staatsregierung und ihre Organe bei Ausführung ihrer gesetz- und verfassungsgemäßen Anordnungen, zumal in der Eigenschaft als Bürgerwehr, mit Gut und Blut zu unterstützen. (Bis 9. April 2000 Unterschriften aus allen Ständen.)

Stuttgart, 10. April. Dem Vernehmen nach ist Generallieutenant Graf zu Lippe, bisher Gouverneur von Stuttgart, zum Gouverneur der Bundesfestung Ulm ernannt.

Baden.

Die „Karlsruher Zeitung" brachte in einem Extrablatt einen Aufruf des „Vereins der Freien" an alle Badener, denen die Wahrung der jungen Freiheit und zwar auf rein constitutionellem Grund am Herzen liegt. Volksversammlungen sollen das Mittel einigen Zusammenhaltens seyn und auf die öffentlichen Wahlen will man scharfes Augenmerk haben.

Mannheim, 8. April. Heute Abend war Versammlung des vaterländischen Vereins. Die terroristischen Republicaner, deren Hauptredner Buchhändler Hoff,

Digitized by Google

verfochten durchs Aeußerste, selbst durch Dolchzücken gegen die Constitutionellen, den Sieg; allein sie fielen gänzlich durch. — Mathy jetzt von den Terroristen zerrissen, ist nach Karlsruhe zurückgekehrt.

Vom Bodensee, 10. April (Abends). Heute ist Struve in Constanz eingetroffen und Hecker wird stündlich erwartet. Die vom Dekan Kuenzer hierher überbrachte Nachricht von Ficklers (des Redacteurs der Seeblätter) Verhaftung hat in Constanz neuerdings aufgeregt.

K. Sachsen.

Dresden, 6. April. Die Beschlüsse der deutschen Bundesversammlung, welche seit 1833 die Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe im deutschen Bunde bezwecken sollten, sind, weil sie nicht nur zum Theile bereits außer Wirksamkeit getreten, sondern überhaupt, den dermaligen durchaus veränderten Verhältnissen gegenüber, ihre Anwendbarkeit verloren haben, von dem sächsischen Gesammtministerium, mit Genehmigung des Königs, sofort aufgehoben worden. (Leipz. Z.)

Das Erzgebirge liegt in vollem Aufruhr.

Sächsische Herzogthümer.

Altenburg. Bei Kahla und in der Saalgegend sind die Bauern aufgestanden. — Die Stände haben ein höchst freisinniges Preßgesetz angenommen.

Kurhessen.

Kassel. In der Nacht vom 9. zum 10. April Volksaufruhr. Barrikaden errichtet, das Zeughaus gestürmt. Die Garde du Corps aus der Stadt entfernt. Am Morgen des 10. neuer Volksauflauf. Am 11. hat der Frankfurter Fünfziger Ausschuß eine Abordnung hieher zur Erforschung der Bewegung gesandt.

Gr. Hessen.

Der „Frankfurter Oberpostamtszeitung" schreibt man aus Mainz, 6 April: Die Keckheit des hiesigen raub- und zerstörungssüchtigen Pöbels war so weit gediehen, daß heute Morgen eine Deputation desselben auf der großherzoglichen Ortseinnehmerei erschien mit der Forderung, die Casse müsse augenblicklich ausgeliefert werden. Durch die benachbarte österreichische Wache wurde die plünderungsbegierige Schaar auseinandergetrieben.

Mainz, 9. April. Die Untersuchung über die an der Eisenbahn verübten Frevel hat ergeben, daß die Zerstörer von gewisser Seite her bezahlt waren. Mehrere höhere Personen haben sich der Festnahme durch die Flucht entzogen.

Nassau.

Die Nassauer haben eine mit mehreren tausend Unterschriften bedeckte Adresse gegen die Republik abgegeben.

Preußen.

Berlin, 10. April. Der Staatsminister Camphausen zeigt dem vereinigten Landtag an, daß in Folge des neuen Bundesbeschlusses vom 7. April, sich Se. Maj. der König bewogen sehe, auf die Abordnung der vom vereinigten Landtag Gewählten zu verzichten. Das Ministerium würde sich unverweilt mit den Anordnungen zur Vollziehung und Beschleunigung der Wahlen in Uebereinstimmung mit den vom Bundestage gefaßten Beschlüssen beschäftige (hoffentlich directe Wahlen.) Der Landtag war mit dieser Eröffnung fast einstimmig einverstanden. (Allg. pr. Z.)

Hoffmann v. Fallersleben ist gegenwärtig in Berlin.

Pleschen, 7. April. Mittags 12. Uhr. Das polnische Militär rüstet sich zum Angriff. Man hat Barricaden errichtet. 2000 polnische Uhlanen und die Edelleute mit Sensenmännern sind eingerückt. Da die Stadt zum Sammelplatz für die ganze Umgegend bestimmt ist, so hat man beschlossen, kein preußisches Militär mehr einzulassen. (Schles. Z.)

Schleswig-Holstein.

Schleswig, 8. April. Prinz Friedrich langt so eben, von Rendsburg kommend (wo er den preußischen General v. Bonin als Commandanten zurückgelassen) mit seinem Generalstabe und 16 preußischen Officieren hier an. (H. C.)

Rendsburg, 8. April, Abends 8 Uhr. Ein so eben hier angekommener Beamter aus Flensburg berichtet, daß nach einem hartnäckigen Treffen bei Bau, bei der Gefahr des Anzuges der auf Holnis und bei Glücksburg gelandeten Dänen, da gleichzeitig zwei dänische Kriegsschiffe der Stadt gegenüberlagen, vom commandirenden General heute Mittag der Befehl zum Aufgeben der Position in und um Flensburg ertheilt worden sey. (Tgbl.)

Kiel, 9. April. Der vor einigen Tagen nach Dänemark abgegangene preußische Kurier, welcher die peremtorische Aufforderung zum Zurückziehen der dänischen Streitkräfte aus Schleswig überbracht haben soll, hat den König in Sonderburg getroffen und kam mit einem königlichen Dampfschiffe nach Büll (2 Meilen von hier) und ist auf der Rückreise über Kiel nach Berlin. (A. M.)

Tondern ist wegen des friesischen Volkszuzugs von den Dänen geräumt. England soll zwischen Dänemark und dem Deutschland vermitteln wollen.

Freie Städte.

Von Bremen ist Senator Fritze nach Hamburg gegangen, um dort die Bewaffnung von 6 Dampfschiffen zu betreiben um dieselben, die Kanonen tragen, gegen die Caper zu verwenden. — 1200 Oldenburger rücken ins Fürstenthum Lübeck ein.

Oesterreich.

Wien, 7. April. Die Rüstungen zur Aufstellung vor drei Armeecorps werden äußerst lebhaft betrieben. — Die Stärke der activen Armee unter Radetzki mit den Hilfszuzügen unter den Generalen d'Aspre, Schwarzenberg Wocher und Welder erläuft auf 100,000 M.

Grätz, 9. April. Gestern hat man hier ein Mauthgebäude angezündet und die Bäckerläden geplündert. Die Bewegung ging wegen des Preßgesetzes von den Studenten aus. Die Entfernung des Bürgermeisters und Gouverneurs wird verlangt. Das Standrecht ist verkündet. (Schw. Mkr.)

Oesterreichische Monarchie.

Preßburg, 4. April. In einigen Tagen wird der wichtigste und folgenreichste Abschnitt der ungarischen constitutionellen Geschichte der Landtag, der binnen zwei Wochen die ganze Verfassung von Grund auf umgewälzt, die ungarische Regierung unabhängig, die Presse, den Bürger und den Bauer frei gemacht und das ganze Volk bewaffnet hat, geschlossen seyn, und fortan werden nicht mehr die Repräsentanten des Adels allein, sondern die Vertreter des ganzen Volks die Geschicke Ungarns bestimmen. Mittlerweile hat die Deputirtentafel, die aus allen Theilen des Landes Beistimmungsadressen erhält, und deren conservative Elemente immer mehr von radicalen und ministeriellen Bestandtheilen ersetzt werden — in den letzten Tagen eine ganze Fluth von Gesetzarbeiten erledigt. Ein Gesetz über die Organisation der Nationalgarde wurde angenommen. Kossuth legte einen Entwurf vor, über die politisch-kirchliche Gleichstellung der nicht-unirten Griechen mit allen andern Glaubensgenossen. Als erster Schritt zur Emancipation der Juden wurden die Ehen zwischen Christen und Juden gestattet. Gegen eine vollständige bürgerliche Gleichstellung der Juden in diesem Augenblick erklärten sich die liberalsten Mitglieder der Tafel, und gestanden, daß sie damit nur dem Vorurtheile der großen Mehrheit des Volkes nachgeben. Als vorläufige Bewilligung für die in dem königlichen Handschreiben vom 30. April bezeichneten Ausgaben für den Hofstaat Sr. Maj., für die gemeinschaftliche Diplomatie, und für einige zur ungarischen Armee nothwendige Militärcorps wurden von der Deputirtentafel nach langen Debatten einstweilen drei Millionen votirt. Zu langen und hitzigen Erörterungen gab auch der Vorschlag des Deputirten Bonis Anlaß, nach welchem in Zukunft das Ministerium nicht bloß für seine eigenen, sondern auch für die Handlungen aller seiner Beamten und Angestellten verantwortlich, und diese mit Ausnahme des Richterstandes, absetzbar seyn sollten. Derselbe wurde zum Beschluß erhoben. In der gestrigen Deputirtensitzung endlich wurde der Antrag, die gegenwärtige Comitatsverfassung in ein Repräsentativsystem umzugestalten, wobei alle Einwohner vertreten seyn sollen, in Verhandlung genommen. (A. Z.)

Schweiz.

Der Kanton Solothurn verlangt von der Eidgenossenschaft dringend die Reclamirung des Veltlins, eines Gebirgsthales von circa 100,000 Seelen, welches durch den Wiener Frieden der Schweiz zugesprochen war, jedoch trotz dem Buchstaben des Vertrags von Oesterreich immer gewaltthätig allen Vorstellungen zum Trotz behalten wurde. Die Veltliner verlangen dringend die Vereinigung mit Graubündten. Aber auch im Westen erhebt sich der Sturm. Genf verlangt die Besetzung der neutralen Savoyer-Districte Chablais und Faucigny, welche ihm seiner Zeit Sardinien vorenthielt.

Italien.

Botzen, 10. April. Kriegerische Rüstungen der tapfern Bewohner (im Vintschgau, Burggrafenamt, Passeyer rc.), die eine kräftige Vertheidigungslinie vom Münsterthale und der Stilfser-Jochstraße bis Deutschmetz herstellen. Aus Italien, 8. April, Berichte über einige kleine Erfolge der Oesterreicher am Mincio bei Goito und Montebello, und bei Sorio. Am 9. war der Feind vor den österreichischen Vorposten am Mincio verschwunden; er schien bis Marcaria zurück gegangen zu seyn. (A. Z.)

Die provisorische Regierung von Mailand hat sich mit freundlicher Zuschrift an die provisorische Regierung in Paris gewandt; sie macht Waffenankäufe in Toulon.

Mailänder Bülletin vom 6. April: Die Freiwilligencolonne unter Griffini bei Mantua belästigt die außerhalb der Festung Proviant suchenden Oesterreicher. Nach Casalmaggiore ist ein Corps Piemontesen abgegangen. Das Hauptquartier Carl Alberts befindet sich in Asola. Das Gros der piemontesischen Armee wird sich in Montechiaro concentriren. Die Freischaaren hatten noch immer die Linie von Lonato und Desenzano besetzt. Nach Berichten aus Vicenza wären etwa 10,000 Mann aus dem Venetianischen auf dem Wege nach Verona. (A. Z.)

Spanien.

Madrid, 3. April. In Folge eines Studentenkrawalls ward die Universität militairisch besetzt und geschlossen.

Frankreich.

Paris, 10. April.

Der „Moniteur" bringt ein Umlaufschreiben des Ministers des Innern bezüglich der Haltung der Wahlversammlungen und ein anderes, daß die Uniformirung der Nationalgarde der Republik feststellt.

Großbritannien.

London, 8. April.

Der Hof ist über Ostern nach Osbornehouse auf der Insel Wight gegangen. — Im Unterhause am 7. erste Lesung der Bill zum besseren Schutz der Krone und des vereinigten Königreichs mit 283 gegen 24 Stimmen.

Dänemark.

Die „Kopenhagener Post" bringt folgende Verfügungen in Bezug auf die Herzogthümer: „Wir Friderik der Siebente von Gottes Gnaden rc. Thun kund hiemit: Wir haben Uns allergnädigst bewogen gefunden, bis weiter die Schleswig-Holsteinische Regierung zu Gottorff außer Function zu setzen, und befehlen deßhalb allen Unseren Behörden und Unterthanen in den Herzogthümern Schleswig und Holstein, in allen denjenigen Sachen und Fällen, in denen dieselben sich bisher nach den bestehenden Gesetzen an gedachte Regierung gewandt haben, bis Wir ein Anderes zu verfügen beschließen sollten, sich directe an unsere Immediat-Collegien in Kopenhagen zu wenden. „Eine andere, gleichfalls vom 4. April datirte kgl. Bekanntmachung verkündet mit folgenden Worten die Einsetzung einer prov. Regierungscommission im Herzogthum Schleswig: „Die außerordentlichen Verhältnisse, welche durch das Auftreten einer sogenannten provisorischen Regierung in den Herzogthümern Schleswig und Holstein eingetreten sind, und die durch dieselbe veranlaßten insurrectionellen Bewegungen auch in einem Theile des Herzogthums Schleswig, haben Se. Maj. den König bewogen, eine provisorische Regierungscommission mit ausgedehnten Vollmachten für das Herzogthum Schleswig Allerhöchst zu ernennen, bestehend aus dem Grafen v. Sponneck, Stiftsamtmann v. Ripen, dem Conferenzrath Kirsten, Generaldecisor für die Herzogthümer, und einem dritten Mitgliede. Diese provisorische Regierungscommission ist ermächtigt, alle nach der Lage der Sachen nothwendigen Schritte vorzunehmen, um die Civilverwaltung in gehörigem Gange zu erhalten, und wo dieselbe gestört seyn sollte, provisorisch zu reorganisiren."

Donaufürstenthümer.

Die „Pesther Zeitung" vom 8. April meldet, die Türken seyen aus Belgrad vertrieben, Fürst Wibesco abgesetzt, drei Donaudampfschiffe aus der untern Donaugegend weggeblieben.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 97.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir (Knödel-Gasse Nro. 3); auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährig im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend | XLIX. Jahrgang. | 15. April 1848.

☞ **Die verehrlichen Abonnenten der „Münchener politischen Zeitung" erhalten von heute an eine Karte, welche zur Controlle des richtigen Empfanges des Blattes dient. Die verehrlichen Abonnenten werden gebeten, den jedesmaligen Empfang des Blattes auf derselben anzuzeigen, und sie nach Ablauf ihrer Abonnementszeit unter Couvert an unterzeichnete Expedition zurückzusenden.**

Expedition der Münchener politischen Zeitung.

Königliche Proclamation.

Bayern!

An Euch ergeht unter allen deutschen Stämmen zuerst der Ruf, aus Euerer Mitte, aus der des ganzen Volkes die Abgeordneten zu wählen zur deutschen Nationalvertretung. Seid stolz darauf und erkennet die Größe Euerer Aufgabe!

Einer der ältesten, edelsten deutschen Stämme im Herzen unseres Gesammtvaterlandes gelegen, seyd Ihr bestimmt, mitzuwirken zur Gestaltung des großen Nationalwerkes.

Deutschland soll nach Innen und Außen gekräftigt, die ihm gebührende, Achtung gebietende Stelle einnehmen unter den Staaten Europas zum mächtigen Schutze seiner Freunde, zur Abwehr seiner Feinde.

Dieses Ziel zu erreichen thut Eintracht Noth; mit Deutschland stehen und fallen wir. Wir sind alle Kinder einer Mutter, Söhne eines Volkes. — Ihm verdanken wir Sprache, Gesittung, Freiheit und Recht, der Menschheit höchste Güter. Doch jeder deutsche Stamm in seiner eigenthümlichen selbstständigen Entwickelung trug zu ihrer Erlangung bei, durch Wort und That, durch Gut und Blut.

Darum vergesset auch nicht, daß wir Bayern sind! Ueber ein Jahrtausend zählt unsere Geschichte. Bayern wollen wir seyn und bleiben.

Schreitet nun mit Gott dem Herrn an Euer wichtiges Werk; flehet seinen allmächtigen Beistand an, daß er Euch erleuchte und stärke. Wählet nach Pflicht und Gewissen, frei von Leidenschaften und niedrigen Parteizwecken.

Bayern, höret auf die Stimme Eueres Königes, er trägt Euch alle in seinem Herzen; Euere Ehre, Euer Ruhm, Euer Glück sind die seinen! Lasset uns zusammenhalten, in guten wie in bösen Tagen, wie es unsere Vorfahren gethan; sie haben vollendet, wir haben noch zu kämpfen.

Gedenket des Gebers unserer Verfassung, unseres Vaters Max; er blickt segnend auf uns herab; sein Geist umschwebe Euch in der Stunde ernster Berathung über das Werk nationaler Einigung zwischen Deutschlands Fürsten und Völkern. Ringen wir vereint nach innerer, herrlicherer Entfaltung des heiligen Vermächtnisses der Vergangenheit in Religion, Recht und Wahrheit. —

Kinder und Kindeskinder werden auch auf uns einst stolz und zufrieden zurückblicken, wenn wir unsere Aufgabe gelöst, Bayern und Deutsche zu seyn.

München, den 14. April 1848.

Maximilian.

Deutschland.

Die „Frankfurter Blätter" enthalten folgenden in der Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 7. April gefaßten Beschluß: 1) Daß es mit der Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen wieder wie vor dem Jahre 1824 gehalten werde; 2) daß das Präsidium der Bundesversammlung um die weitere Einleitung hierzu ersucht werde.

Ferner hat die Bundesversammlung in ihrer Sitzung vom 11. April beschlossen: 1) Die kurhessische Gesandtschaft zu ersuchen, unverzüglich von ihrer Regierung Auskunft über die Veranlassung und den Hergang der heute bekannt gewordenen neuesten Ereignisse zu Kassel zu verschaffen und der Bundesversammlung mitzutheilen. 2) Auf den Antrag, welchen die k. preußische Regierung in Uebereinstimmung mit den betheiligten Provinzen gestellt hat, Ost- und Westpreußen in den deutschen Bund aufzunehmen und die zur Ausführung dieses Beschlusses erforderlichen Maßregeln bezüglich einer Abänderung der Bundesmatrikel u. s. w., vorerst von dem betreffenden Ausschuß begutachten zu lassen.

Frankfurt, 12. April: Der Bundesversammlung ist gestern eröffnet worden, daß Prinz Friedrich von Württemberg zum Befehlshaber des 8ten Bundesarmeecorps, und Obertribunalrath v. Sternenfels zum württembergischen Bundestagsgesandten ernannt ist. Für die Bundesfestung Ulm wurde ein nachträglicher Credit von 400,000 fl. bewilligt. (A. Z.)

Frankfurt, 8. April. In der heutigen V. Sitzung der XVII Beigeordneten am Bundestage war für das Großherzogthum Luxemburg der Generalstaatsanwalt Willmar als neues Mitglied eingetreten.

Verhandlungen der XVII. Beigeordneten am Bundestage in der sechsten Sitzung am 10. April. Neu eingetreten, für Oesterreich Appellationsrath v. Schmerling und Landrath v. Sommaruga. — Zur Tagesordnung stand die schleswig-holsteinische Angelegenheit. Das Ergebniß der Berathung war der einstimmige Beschluß, bei der hohen Bundesversammlung zu beantragen: 1) daß die provisorische Regierung für Schleswig-Holstein im Sinne ihres eigenen Antrages von Seiten des deutschen Bundes anerkannt werden möge, und 2) daß von hoher Bundesversammlung das Nöthige sofort veranlaßt werde, um die Aufnahme des Herzogthums Schleswigs in den deutschen Bund zu bewerkstelligen. Rücksichtlich der Modalitäten, unter welchen die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund werde geschehen können, wurde auf den Antrag und die Bekanntmachungen der schleswig-holsteinischen provisorischen Regierung Bezug genommen.

Aufruf an Deutschlands Studirende.

Commilitonen,

die Ihr an unseres großen Vaterlandes Wohl und Wehe stets so innigen Antheil genommen, die Ihr auch jetzt den Aufschwung der Freiheit in Deutschland mit Jubel und vollem Herzen begrüßt. Ihr habt Euch werth gezeigt der großen Zeit, in der wir leben, durch edle großherzige Gesinnung, Begeisterung und Aufopferung im Dienste der wahren mit Gesetz gepaarten Freiheit, durch rasches zeitgemäßes Handeln. Jeder trete jetzt ein in's politische Leben, um das Seinige zum Wohl des Vaterlands beizutragen. Bald werden die Wahlen beginnen zum ersten deutschen Parlament. Wie folgenreich, wie unermeßlich wichtig diese Wahlen sind, wie Deutschlands Glück oder Unglück, seine Größe oder sein Untergang von dem Ausgange desselben abhängt, dessen sind wir uns Alle vollkommen bewußt. Das deutsche Volk wird durch seine Wahlen erklären, wie es regiert seyn will; es wird sich, wir vertrauen, mit ungeheurer Majorität für die constitutionelle Monarchie erklären. Auch wir sind fest überzeugt, daß dieses die Staatsform ist, deren Deutschland bedarf, die unsere junge Freiheit sichern und kräftigen und uns vor Anarchie und Auflösung aller socialen Verhältnisse bewahren kann. Die constitutionelle Monarchie, die die Vorzüge der Monarchie und Republik vereinigt, die Verfassung, deren sechs Jahrhunderte dauernder Besitz die englische Nation groß, frei und mächtig gemacht hat, sie, das Ideal der edelsten Patrioten, eines Jordan, Dahlmann, Eisenmann, möge sie feste Wurzel schlagen in deutscher Erde, möge sie grünen und blühen und ein mächtiger Baum werden, stark und kräftig wie die Eiche unserer Wälder! — Lassen wir uns nicht täuschen durch die Einflüsterungen der republicanischen Partei, die uns eine Verfassung aufdringen will, die der größte Theil der deutschen Nation jetzt verschmäht; einer Partei, die nicht im Stande, eine wahrhaft nationale, neue, für unsere deutschen Zustände passende Verfassung zu begründen, unser Deutschland nach französischem Muster umzuwandeln bestrebt ist, einer Partei, zu der sich Männer bekennen wie Herwegh, der, nachdem er von Deutschlands Freiheit, Einheit und Größe gesungen, dem erkannten Willen der deutschen Nation zum Trotz die Waffen gegen sein Vaterland trägt; einer Partei, die uns, gelänge ihr Plan, eine Dictatur aufbringen würde, so schwer und drückend wie die der republicanischen Proconsuln in Frankreichs Provincialstädten. Laßt daher, Ihr Jünger der Musen, die Ihr gleiche Gesinnungen mit uns theilet, uns enge schaaren um das Panier der constitutionellen Freiheit. Suchen wir den Einfluß, den Studirende auf ihre Mitbürger genießen, anzuwenden,

um bei den bevorstehenden Wahlen unserer guten Sache zum Siege zu verhelfen. Lassen wir uns von der republicanischen Minorität nicht an Energie und Eifer für unsere Sache übertreffen! Tretet überall zusammen in constitutionellen Gesellschaften, beherzigend den Grundsatz: „Eintracht gibt Macht.“ Unser letzter Hauch gehöre Deutschland! Das Vaterland ist in Gefahr; es erwartet von uns, daß Jeder seine Pflicht thue!

Eine Anzahl Studenten Würzburg's.

Bayern.

Landtag.

**München, 14. April. (IX. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische: die königl. Staatsminister Heintz, v. Weishaupt, v. Beisler; v. Molitor, v. Roth, Neumayr; in der Kammer 125 Abgeordnete. — Auf der Tagesordnung stand Verlesung des Protokolls der VIII. Sitzung, Bekanntmachung des Einlaufs und Vortrag des Referenten im I. Ausschuß, Dr. Edel, über den Gesetzentwurf: „Die Behandlung neuer Gesetzbücher betr.“ — Die Sitzung selbst wurde eröffnet mit Ablesung des Einlaufes, darunter eine Vorstellung der Landgemeinden Michelfeld, Rakniz, Penzenreuth rc., um Bewilligung der Nutzholz-, Streu- und Bauholz-Abgabe aus dem Veldensteiner-Walde, angeeignet vom Hrn. II. Präsidenten, Dr. Müller. — Der Hr. I. Präsident, Dr. Kirchgeßner, ergriff das Wort. Er sey so eben von Frankfurt zurückgekommen. Man habe am 3. d. Mts. gehört, daß das Vorparlament sich als constituirende Versammlung erklären wollte. Um dabei die bayerischen Stimmen zu verstärken, sey er als Vertrauensmann nach Frankfurt abgereist. Er habe nun sein Votum dem Hrn. v. Gartner übergeben. Auf den Wunsch der Kammer sey er wieder zurück. — Der Hr. Präsident, Dr. Müller, stellte an den Ministertisch die Frage, ob es wahr sey, daß Hr. Staatsminister Heintz zum Reichsrathe ernannt worden sey. In diesem Falle müßte sein Ersatzmann einberufen werden. — Der königl. Staatsminister Heintz erwiederte, er sey allerdings zum Reichsrathe, namentlich im Interesse der Pfalz ernannt worden. — Die Kammer beschloß somit die Einberufung des Ersatzmannes. — Das Wort ergriff der Hr. II. Präsident, Dr. Müller: Sie können von mir überzeugt seyn, daß ich nur mit dem tiefsten Schmerze aus dieser hohen Kammer austrete, in welcher ich immer so viele und so liebevolle Theilnahme und so viel Anerkennung für mein Wirken gefunden habe. Ich füge mich nur der Nothwendigkeit; denn mein Wirkungskreis wäre nach meiner Ueberzeugung mehr in dieser Kammer, als in jeder andern. Indeß des Vaterlandes Wohl kann überall bezweckt und erwirkt werden. Und ich hoffe, daß das Zutrauen und die Anhänglichkeit, die Sie mir bisher geschenkt haben, mich auch in die andere Kammer begleite. — Hierauf erwiederte der königl. Staatsminister Heintz: Ich glaube, die hohe Kammer wird dieses als eine officielle Nachricht betrachten, und demnach beabsichtigen, daß der Ersatzmann des Herrn Ministers durch Vermittlung des königl. Ministeriums des Innern in der vorgeschriebenen Form einberufen werde. Meine Herren, ich frage die hohe Kammer, ob sie dieser meiner ausgesprochenen Ansicht die Zustimmung ertheile. (Beschluß der Kammer, daß der treffende Ersatzmann einzuberufen sey.) Es ist schmerzlich — zu sagen, daß wieder ein im Herzen und Geiste hochbegabter Mann aus unserer Mitte schied. Er war eine Zierde dieses hohen Collegiums; er wird eine Zierde des Staatsministeriums, des Reichsrathes, sein edler und liebenswürdiger Charakter fesselt unser Herz, sein überall durchdringender Verstand belebt und erkräftiget unsern Geist. Wir würden den Austritt dieses hochverehrten Mannes höchst bedauern, wenn er der ständischen Wirkung durch eine Berufung als Reichsrath entrückt worden wäre. Allein dem ist nicht so. Er wird die bürgerlichen Elemente eben so edel und kräftig in der hohen Kammer der Reichsräthe vertreten, und Hand in Hand mit uns beitragen, daß des Königs Wahlspruch verwirklicht werde: Freiheit und Gerechtigkeit (Gesetzmäßigkeit). Möge der Austretende bleiben, was er war, uns ein warmer Freund, dem Bürgerthume dem Namen und der That nach, Bürger im edelsten Sinne und Geiste des Wortes. — Hierauf erstattete Dr. Edel Vortrag über den Gesetzentwurf, „die Behandlung neuer Gesetzbücher betreff.“ — Derselbe bemerkte, daß dieser Entwurf wahrscheinlich „zu spät“ komme, da man eine allgemeine deutsche, eine Nationalgesetzgebung zu erwarten habe. Ohne allgemeine Discussion wurde hierauf die specielle Debatte eröffnet. Ohne alle Discussion wurden hierauf vorläufig angenommen Art. 1, 2, 3, 4. — Zu Art. 5 hatte der Ausschuß, und nach diesem der I. Secretär Dr. Stockinger eine Modification eingebracht über die Vermengung des aristokratischen und demokratischen Principes des Dr. Edel, dem er nicht beistimmen könne. Statt der Kammern wolle man Ausschüße bei der Gesetzgebung; der I. Ausschuß wolle sie vermengt, er wolle sie getrennt, er wolle, bis seine Idee bereift werde, conservativ seyn, wolle also Aristokratie neben Demokratie erhalten, im Kleinen also die Selbstständigkeit beider Kammern auch erhalten, bis das Problem, ob eine oder zwei Kammern, gelöst sey. Abg. Dr. Edel sprach dagegen. Eine Berathung durch getrennte Ausschüße vermehre die Justiznoth noch mehr. Das Recht solle nicht politisch seyn, es solle neutral bleiben. Das demokratische Princip habe einen unbestreitbaren Sieg errungen. Alle Principien seyen jetzt thatsächlich. Das demokratische werde auch bei diesen Gesetzmachungs-Ausschüssen — wenn auch combinirt — siegen. — Dek. Bauer. Er stimme nicht dafür, daß man zwei Jahre durch getrennte Ausschüße noch auf eine neue Gesetzgebung warten müsse. Er stimme für die Modification des Abgeordneten Stockinger. Abg. Schlund. Unsere Ausschüsse seyen ohnehin genug mit Aristokraten besetzt, man brauche nicht neue von der I. Kammer, er stimme für Stockinger, also für Trennung der Ausschüsse; warum vereinige sich denn die I. Kammer nicht ganz mit der II., warum denn blos in den Gesetzgebungs-Ausschüssen? — Abg. Stockinger. Gesetze müssen gründlich geprüft werden, daher habe er die Trennung der Ausschüsse vorgeschlagen. Die Berechtigungen der neuen Zeit müssen erst verwirklicht werden; die Wurzeln der alten Zeit seyen noch vom Boden getrennt. — Bei der politischen Criminalgesetzgebung müsse man vor Allem auf Trennung der Ausschüsse bestehen. — II. Secretär Dr. Schwindl. Er sey von jeher gegen das Zweikammersystem gewesen, jetzt werde ein Versuch des Einkammersystems durch combinirte Ausschüsse gemacht, und diesem wolle man doch widerstreben? Der Entwurf wolle ja nur, daß die Möglichkeit der principiellen Vereinigung in Gesetzen durch combinirte Ausschüsse gegeben werde. Der exclusiven Richtung der Stände sey der Boden genommen. Der I. Präsident Dr Kirchgessner. Eine Verschmelzung der Ausschüsse sey noch keine solche der Kammern. Er stimme für die Modification des I. Hrn. Secretärs. — Frhr v. Rotenhan. Die Constituirung der Gesetzgebungsausschüsse sey nur deßwegen bezielt, um die Gesetzbücher selbst schneller zu fördern. Gesetzt, sie seyen nicht combinirt, so können sie ja doch privatim zusammentreten, und sich verständigen. — Der I. Secretär Stockinger führte dagegen den gewöhnlichen Geschäftsgang an; 9 Demokraten gegen 7 Demokraten combinirt vertragen sich nicht. — Der königl. Staatsminister Heintz. Die Regierung habe durchaus nichts Politisches in den Entwurf gelegt. Die Regierung nehme auch kein Interesse, ob das Eine oder Andere beschlossen werde. Die Ausschüsse werden in der Erfahrung schon selbst zweckmäßig handeln. Dr. Bauer wünscht obligatorische Pflicht des Zusammentrittes der Ausschüsse zur Vorberathung. — Abg Unterberger. Wenn die Kammern nicht vereint entscheiden, so sollen dies auch nicht die Ausschüsse. — Dr. Edel. Man habe die Schnelligkeit der Zeit in Betracht gezogen. Zwei Referenten können mehr und kräftiger arbeiten in Vereinigung als getrennt. Er müsse für den Ausschußantrag stimmen. Hierauf wurde die Modification des I. Secretärs auf „vereinigte Berathung und auf gesonderte Abstimmung (Trennung des aristokratischen und demokratischen Elementes) in den Ausschüssen angenommen mit 67 gegen 50 Stimmen. Dann wurden angenommen ohne Discussion Art. 6, 7, 8 mit der Modifikation des Ausschusses, daß keine Modification in die Kammern gebracht werden darf, die nicht vorher in den Ausschussen beschlossen war), Art. 9. mit Ausschußmodification und Art. 10 gleichfalls in der vom Ausschuß modificirten Fassung. (Neue Modificationen müssen von 25 Mitgliedern in der II. von 7 in der I. Kammer unterstützt seyn.) — Art. 11, 12, 13 Art. 14, 15, 16, 17. — Schlüßlich hatte der Ausschuß folgende Wünsche angefügt: 1) der König wolle während der gegenwärtigen Kammersitzung von der Ausführung der Art. II. und XI. (gegenwärtige Constituirung von Ausschüssen), 2) dagegen möchten die Entwürfe der im Art. I. erwähnten Gesetze möglichst bald durch den Druck veröffentlicht werden. — Abg. Christmann stellte an die Minister vor Allem die Frage, ob denn aus dieser, oder aus der künftigen Kammer Ausschüße gebildet werden sollen. — Der königl. Staatsminister Heintz. Die Regierung beabsichtige dies durchaus nicht. Später werde sie aber noch eine Gesetzvorlage dahin machen, daß sie die Ermächtigung erhalte, bis zur neuen Kammer die Geschwornengerichte einzuführen. — Hiernächst wurde das modificirte Gesetz nach Namensaufruf einstimmig angenommen, nämlich mit 124 Stimmen. — Sodann kamen zur Berathung die oben bezeichneten Wünsche, veranlaßten aber keine Discussion, sondern wurden ohne dieselbe angenommen. — Schlüßlich brachte der königl. Staatsminister v. Beisler den Gesetzentwurf „über die Freiheit der Presse“ ein. Er las von der Rednerbühne herab zuerst die Motive, dann den Entwurf selbst. — Abg. Christmann interpellirte, wie es stehe mit dem allgemeinen Associations-, Vereinigungs- und Versammlungs-Recht und der Volksbewaffnung? Das Erstere sey urdeutsch und von uns auf andere Länder verpflanzt worden, nach England und America. Die Volksbewaffnung und Glaubens- und Gewissens-Freiheit seyen absolut nothwendig. — Der königl. Staatsminister Heintz. Er sey die ganze Zeit hindurch von früh bis in die Nacht beschäftigt, jetzt mit der Ablösung; später würden es auch die andern seyn. Die Volksbewaffnung solle sanctionirt werden, Waffen fehlen noch. Kommen neue, so sollen auch sie versendet werden. Die politische Berechtigung sey durch das Wahlgesetz auf alle Classen ausgedehnt. — Abg. Christmann. Die Kammer möge mit dem Wahl- und Ablösungs-Gesetz ihre Thätigkeit schließen. — Staatsminister Heintz. Die Regierung werde Alles thun, was zum Besten des Landes seyn könne. — Der Hr. I. Präsident, Dr. Kirchgeßner. Volksversammlungen seyen zu sanctioniren. Aber die Beamten sollen dieß wissen, und dasselbe nicht hindern. Im Wege der Verordnung solle daher die Sanction erfolgen! — Dieß versprach der königl. Staatsminister Heintz. — Dekan Bauer dankte dem Abg. Christmann für seine Interpellation. Nur auf dem Boden der constitutionellen Monarchie könne das Glück des Volkes kommen; darum müsse aber noch das Gesetz der Initiative kommen; jedem der drei Factoren der Gesetzgebung müsse das Veto zustehen, die Macht des unabweisbaren Bedürfnisses. — Der Staatsminister Heintz. Das monarchische Princip, die Erbfolge, das persönliche Verhältniß des Königs zum Volke müsse außer der Initiative stehen, alles Uebrige innerhalb derselben. Auch ein Gesetz darüber werde kommen. Wolle man dem Gesammtministerium reactionäre Bestrebungen unterlegen, so würde dasselbe seine Portefeuilles niederlegen. (Bravo!) — Dr. Stockinger. Es mögen über Volksversammlungen und Glaubensfreiheit Gesetze nicht blos Verordnungen gegeben werden! — Abg. Bestelmeyer. Man hebe auch die Polizeiverordnungen (über die verschiedenen Polizeistunden) auf. — Der königl. Staatsminister Heintz. Man verlange nur nicht Alles auf Einmal, er habe jüngst einen Tag von Morgens 3 Uhr bis Nachts 11 Uhr gearbeitet. — Abg. Stockinger. Ueber die Initiativerklärung sey man noch nicht zufrieden. — Hierauf wurde der Beschluß über den heute debattirten Entwurf gelesen und die Sitzung geschlossen.

Entwurf eines Edicts über die Freiheit der Presse und des Buchhandels. Se. Maj. der König haben das Edict über die Freiheit der Presse und des Buchhandels vom 26. Mai 1818 einer Revision unterwerfen lassen, und nach Vernehmung Allerhöchstihres Staatsrathes und mit Beirath und Zustimmung Ihrer Lieben und Getreuen der Stände des Reichs, unter Beobachtung der in der Verfassungsurkunde Tit. X §. 7 vorgeschriebenen Formen, beschlossen und verordnen was folgt: §. 1. Die in der Verfassungs-Urkunde Tit. IV §. 11 ausgesprochene Freiheit der Presse und des Buchhandels gewährt jedem Verfasser oder wer dessen Rechte erworben hat, für seine Schriften den freien Gebrauch der Presse, die freie Herausgabe und den freien Verlag; jedem gewerbeberechtigten Inhaber einer Schriftdruckerei oder lithographischen oder wie sonst zur Vervielfältigung

von Schriften dienlichen Anstalt den freien Druck der zur Presse übergebenen Schriften, jedem gewerbsberechtigten Buchhändler den freien Verkehr mit den aus dem Drucke hervorgegangenen Schriften. §. 2. Bei keiner Art von Schriften ist das Erscheinen derselben von obrigkeitlicher Prüfung und Genehmigung des Inhalts oder überhaupt von irgend einer obrigkeitlichen Erlaubniß abhängig. Dieß gilt auch von politischen Zeitungen, so wie von periodischen Schriften politischen und statistischen Inhalts. §. 3. Die in Ansehung der Schriften erworbenen Eigenthums- und Nutzungsrechte sollen unter dem Vorwande der Freiheit der Presse und des Buchhandels nicht gestört, vielmehr sollen die gesetzlichen Verfügungen zum Schutze solcher Rechte gehandhabt werden. §. 4. Staatsdiener sind rücksichtlich der Bekanntmachung amtlicher Arbeiten, sowie jeder Thatsache oder Urkunde, deren Wissenschaft nur durch das Dienstverhältniß erlangt werden konnte, an die Dienstesvorschriften und an die Gesetze über die Amtsverschwiegenheit gebunden. §. 5. Andere Beschränkungen, als in den Gesetzen enthalten sind, finden bei Ausübung der Freiheit der Presse und des Buchhandels nicht statt. Keine Schrift darf verfolgt, niemand darf einer Schrift wegen zur Verantwortung gezogen werden, außer in den Fällen, welche als Polizeiübertretungen, Vergehen oder Verbrechen gesetzlich mit Strafen bedroht sind. §. 6. Ueber Anklagen wegen Verbrechen oder Vergehen, begangen durch die Presse, haben nach öffentlichem oder mündlichem Verfahren Schwurgerichte zu erkennen. Wie fern Ausnahmen von der Oeffentlichkeit des Verfahrens zulässig sind, bestimmen die Gesetze über das Strafverfahren. §. 7. Bei Polizeiübertretungen, welche durch die Presse begangen werden, so wie bei Uebertretungen von Vorschriften über die Polizei der Presse und des Buchhandels steht die Strafgerichtsbarkeit nicht den Polizeibehörden, sondern den Gerichten zu. §. 8. Die polizeiliche Beschlagnahme von Erzeugnissen der Presse kann nur wegen Uebertretung eines oder Verfügung anzuführenden Strafgesetzes geschehen und muß die Einleitung des in den Gesetzen bestimmten strafgerichtlichen Verfahrens längstens binnen 8 Tagen nach sich ziehen. §. 9. Was von Schriften verordnet ist, gilt auch von Gemälden, Bildern, Zeichnungen, Kupferstichen, Erzeugnissen der Lithographie, Holzschnitten und überhaupt von jeder Art und Form sinnlicher Darstellungen und Mittheilungen an das Publicum. §. 10. Vorstehende Bestimmungen sollten als ein Grundgesetz des Reichs, als ein ergänzender Bestandtheil der Verfassungs-Urkunde angesehen und können nur auf die durch den Tit. X. §. 7. dieser Urkunde vorgeschriebenen Weise abgeändert werden; dieselben treten mit dem Tage der Bekanntmachung durch das Gesetzblatt, beziehungsweise durch das Amtsblatt der Pfalz in Wirksamkeit und von eben diesem Tage an ist das Edict über die Freiheit der Presse und des Buchhandels vom 26. Mai 1818 aufgehoben. §. 11. Die §. 6 und 7 des gegenwärtigen Gesetzes treten erst mit dem Erscheinen des neuen Gesetzes über das Strafverfahren in Wirksamkeit, bis dahin bleiben die bisherigen Gesetze hierüber in Geltung. Gegeben München den .... Für den Entwurf gez. Beisler.

München, 15. April. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die X. auf heute um 9 Uhr angesetzte allgemeine öffentliche Sitzung. 1. Verlesung des Protokolls der IX. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Vortrag des Secretärs des Petitionsausschusses über die geprüften Anträge der Abgeordneten; Berathung und Schlußfassung über die Zulässigkeit der von dem Ausschusse zur Vorlage an die Kammer der Abgeordneten geeignet befundenen Anträge. — 4. Berichterstattung des Secretärs des V. Ausschusses über die geprüften, und zur Vorlage an die Kammer nicht geeignet befundenen Beschwerden.

---

††München, 14. April. Die beim Kreis- und Stadtgericht Schweinfurt erledigte Assessorsstelle wurde dem Accessisten des Appellationsgerichts von Schwaben und Neuburg, Jakob v. Bauer-Breitenfeld verliehen, die eröffnete Landrichterstelle zu Regenstauf dem bisherigen Landrichter in Mitterau Karl Frhr. v. Lichtenstern seiner Bitte entsprechend verliehen; auf die erledigte I. Assessorstelle beim Landgericht Monheim der dermalige II. Assessor dieses Landgerichtes, Hermann v. Kolb seiner Bitte entsprechend vorgerückt, und die hiedurch sich erledigende II. Assessorstelle dem Appellationsgerichtsaccessisten und derzeitigen Landgerichtsfunctionär in Göggingen Max Wiedemann verliehen, die eröffnete Stelle eines II. Assessors beim Landgericht Gmünden dem Appellationsgerichtsaccessisten Benedikt Stenger aus Aschaffenburg verliehen, auf die eröffnete I. Landgerichtsassessorstelle in Eltmann der bisherige Actuar des Landgerichts Kitzingen Johann Baptist Schmittbüttner seiner Bitte entsprechend versetzt und die hiedurch erledigte Actuarstelle dem Accessisten des Appellationsgerichts von Mittelfranken Johann Friedrich Zeitler aus Weisenstadt verliehen, die eröffnete Landrichterstelle zu Nordhalben dem dermaligen I. Landgerichtsassessor in Neuburg a./W. August Stöcklein verliehen.

München, 12. April. Auch die neueste Post aus Athen, datirt vom Ende des vergangenen Monats, hat beruhigende Nachrichten gebracht. Der Ministerrath, mit Konduriotis an der Spitze, hat eine Proclamation an die Hellenen erlassen, welche allgemein befriedigte. Die öffentliche Meinung hat sich entschieden gegen Maurokordatos ausgesprochen. Nichtsdestoweniger findet die sogenannte englische Partei unter dem neugebildeten Ministerium die unter Kolettis verlorenen Positionen wieder, und manche derselben, welche unter dem vorigen Ministerium keine Stelle eingenommen, treten mit ihm wieder in Verbindung. Sir Edmund Lyons tritt vorerst Hrn. Konduriotis nicht feindlich entgegen, wenngleich er nicht zufrieden gestellt zu seyn scheint. Seine Politik ist wenigstens eine gemäßigte geworden, und es dürfte eine größere Annäherung noch weiter in Aussicht stehen, wenn für das erste König Otto fortfährt, die England gebührende Stellung in Griechenland weise zu beachten, und fürs andere Lord Palmerston, wie erwartet werden darf dem neuen Cabinet günstiger ist. — In Rom ist zugleich mit der Zerstreuung der Jesuiten das dortige bekannte Collegium Germanicum aufgelöst worden und die deutschen Zöglinge desselben kehren in Folge dessen in ihr Vaterland zurück. — Die Oberappellationsgerichtsräthe, Kleinschrod und Ringelmann, beide ausgezeichnet im Justizdienste, sind zu Ministerialräthen im Justizministerium ernannt worden. (A. Z.)

Der Präsident der Kammer der Reichsräthe, Fürst v. Leiningen hat dem Könige in einem Schreiben (das wir morgen vollständig mittheilen werden) alle jene Rechte und Privilegien zur Verfügung gestellt, welche ihm das Edict über die staatsrechtlichen Verhältnisse der vormaligen Reichsunmittelbaren verfassungsmäßig zusichert, d. h. alle Gerichtsbarkeit, Polizei, Forstjurisdiction, Kirchen- und Schulpatronat, privilegirten Gerichtsstand und das Recht der Siegelmäßigkeit.

|||München, 15. April. In jedem freien Staate herrscht das Recht freier politischer Besprechung und freier Versammlungen hiezu. Durch die jüngsten Bewegungen sind auch die deutschen Staaten frei geworden, und haben als solche jenes ihnen bisher durch Willkür vorenthaltene Recht auch für sich in Anspruch genommen. — So entstanden auch hier in München politische Versammlungen, wie der mehrgenannte Volksverein im Gmehle'schen Gasthof der blauen Traube, und ein politischer Clubb, welcher sich am 7. d. Mts. im Bauhof aus verschiedenen Ständen, insbesondere auch aus Arbeitern, constituirte. Hr. Rechtspraktikant Max Wagner wurde provisorisch zum Vorsitzenden gewählt. — Von diesem Clubb ging die in Nro. 94 dieses Blattes enthaltene Adresse an die Kammer der Abgeordneten, das Gesetz über die Wahlen zum deutschen Parlament betreffend, aus, und nicht, wie irrig berichtet wurde, vom Studenten-Freicorps, welcher Irrthum wohl daher kam, daß die Adresse, weil ein großer Theil der Theilnehmer des Clubbs aus Studenten besteht, in der Studentenhauptwache zur Unterzeichnung auflag. Gestern Abends hatte dieser Clubb seine dritte Versammlung im Zweibrückensaal, welcher gedrängt voll von Menschen aus allen Volksclassen war. — Um 7½ Uhr eröffnete der Vorsitzende, Hr. Wagner, die Versammlung mit Berichterstattung über das Resultat der jüngsten Adresse, welche nicht verhindern konnte, daß in beiden Kammern gegen die Grundsätze des Fünfziger Ausschusses in Frankfurt und das Vorparlament, wie auch gegen die sich überall kundgebende Volksstimmung, ein Census für active Wahlfähigkeit und ein indirectes Wahlsystem beschlossen wurde. — In Folge mehrerer Anträge wurde eine Verwahrung bei dem Fünfziger-Ausschuß in Frankfurt beschlossen, und diese nach längerer Debatte von der Versammlung in folgender Form mit Stimmeneinhelligkeit genehmigt:

Verehrter Ausschuß des deutschen Vorparlaments!

Mit Festigkeit habt ihr die Rechte des deutschen Volkes gewahrt, als es die preußische Regierung versuchte, dieselben durch Beschränkung der Wahlfähigkeit zu verkürzen. Nun unternehmen es unsere Kammern, in ihrer Mehrzahl die Ueberbleibsel des vorigen Systems, die Worte des Vorparlament und der Bundesversammlung: „Jeder volljährige selbstständige Staats-Angehörige ist activ wahlfähig," und „Es darf kein Unterschied nach Stand, Rang, Glaubensbekenntniß und Vermögen gemacht werden, es darf das Wahlrecht an keine Steuer geknüpft werden," zu umgehen, und dafür nur jenen volljährigen Staatsangehörigen die Berechtigung zur activen Wahlfähigkeit zuzuerkennen, die directe Steuern entrichten. Daß dadurch einem sehr großen Theile, selbst den intelligentesten Staatsangehörigen, nämlich fast allen Staatsdienstadspiranten, Literaten, Studenten, Künstlern, Gelehrten, Arbeitern, dem Militär 2c. 2c. die von euch garantirten Rechte entrissen werden, ist offenbar. Wir Alle, die wir dadurch beeinträchtigt werden, und alle Uebrigen, die wir euer durch die moralische Macht des deutschen Volkes besiegeltes Mandat anerkennen, erwarten daher von euch, daß ihr euern Beschlüssen Geltung verschaffen werdet. Zugleich aber ersuchen wir euch, um jeder illiberalen Deutung des Wortes „selbstständig" vorzubeugen, so bald als möglich eine klare Erläuterung desselben zu erlassen. Sollte jedoch dadurch eine Verzögerung in der Constituirung des Parlaments herbeigeführt werden, so sind wir bereit, für dieses Mal unser Recht dem Wohle des Vaterlandes zum Opfer zu bringen; fordern euch aber dringend auf, den bayerischen Kammern wegen Nichtbeachtung der Bundesbeschlüsse euere Mißbilligung auszusprechen.

Später wurde die Frage bezüglich der Wahlcandidaten für das deutsche Parlament aufgeworfen und dabei auf die Nothwendigkeit hingewiesen, daß die Wahlcandidaten ihr politisches Glaubensbekenntniß öffentlich ablegen, nach dem Vorgange des Hrn. Advocaten Riedl, welcher in der vorgestrigen Versammlung des sogenannten Volksvereins sein politisches Glaubensbekenntniß öffentlich abgelegt und somit als Wahlcandidat aufgetreten war. — Auf den vielfach unterstützten Antrag eines Redners trat Hr. Professor Dr. Neumann auf die Rednerbühne und entwickelte in einem längeren Vortrage in kräftigen Worten, oft durch Beifallsbezeugungen unterbrochen, seine politischen Ansichten. — Der Hr. Professor Neumann versprach, diese binnen kürzester Zeit durch die Presse zu veröffentlichen, so beschränke ich mich darauf, dessen allgemeine Grundsätze anzuführen, vorerst aber zu bemerken, daß der Redner für die meisten derselben Nordamerica als Vorbild anführte: Das Volksparlament soll die deutsche Verfassung schaffen; keine Centralverwaltung, wie in Frankreich; die Verwaltung der einzelnen Staaten soll unabhängig und die Entwicklung und Ausbildung ihrer Verfassung sich selbst überlassen werden; kein deutscher Kaiser (Redner entwickelt vielseitig die Nachtheile eines solchen) aber ein tüchtiger deutscher Mann, heiße er Präsident oder wie immer, an der Spitze mit executiver Gewalt, gewählt alle fünf Jahre aus dem Volke incl. der Fürsten; ihm zur Seite verantwortliche Minister und zwei Kammern, beide wie in America von und aus dem Volke gewählt; die Befugnisse desselben und der Kammern sey die Leitung derjenigen Angelegenheiten, welche bereits das Vorparlament in Frankfurt als ausschließlich der obersten Behörde des deutschen Bundes zustehend annahm, als alle Angelegenheiten mit dem Ausland, Heer und Marine, im Innern Zoll-, Handels-, Post- und Münzwesen u. s. w. — Da sich der Redner bereit erklärte, auf alle an ihn gestellte politischen Fragen zu antworten, wurde er darüber aufgefordert, was er bezüglich der Arbeiterclassen für Ansichten habe, worauf er in einer wohlgeordneten Rede die dermaligen Hauptfragen des Communismus und Socialismus auschied, ersteren bekämpfte, für letztern das Wort nahm, auf die Nothwendigkeit einer gerechten Ausgleichung zwischen Capital und Arbeit hinwies und Maßregeln hiezu in Vorschlag brachte. Da auf heute Abends um 7½ Uhr wiederholte Versammlung anberaumt ist, versprach Hr. Professor Neumann, in derselben einen Vortrag über Gewerbefreiheit zu halten. — Am Schlusse der Versammlung wurde noch vom einem Redner die Ordnung und Würde belobt, welche alle Anwesenden, welche wenigstens zu einem Drittheil aus Arbeitern be-

standen, beherrschte, und ermahnt, fortwährend diese Würde zu behaupten, indem sich nur so wahre politische Freiheit entwickeln könne. Die oben aufgeführte Adresse liegt heute den ganzen Tag über und bis Sonntags Mittags im Zweibrückensaal zur Unterzeichnung für alle diejenigen Bewohner Münchens auf, welche sich derselben anschließen wollen, wozu vom Comité allgemeine Einladung ergangen ist.

In einer am Abend des 12. April in Augsburg in der „goldenen Traube" abgehaltenen Bürgerversammlung von 1000 Personen zur Besprechung allgemeiner vaterländischer Angelegenheiten kam der unsern Lesern bekannte Gesetzentwurf über die Wahlen zum deutschen Parlament in ursprünglicher Fassung und die deßfallsigen Modificationen des vereinigten I. und III. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten zur Sprache und Beurtheilung. Der Gesetzentwurf ward von der Versammlung mit vollem Rechte wegen seiner undeutschen und particularen Fassung allgemein und entschieden gemißbilligt. Bei der allgemeinen Berathung redete Hr. Bürgel den directen Wahlen gerade in dem jetzigen Augenblick entschieden das Wort, und Hr. Oßwald sprach sich namentlich und mit allgemeinem Beifall nicht nur für ein passives, sondern auch actives Wahlrecht aller Deutschen für's Parlament, ohne Rücksicht auf Land und Aufenthalt, aus. Zur Abfassung der geäußerten Wünsche ward ein Ausschuß ernannt, bestehend aus den Herren v. Eberz, Forndran, v. Kerstorff, Kolb, Oßwald, Volkhart und Dr. Widenmann. Derselbe vereinigte sich zu einer Adresse an die hohe Kammer der Abgeordneten im Namen und Auftrag der ganzen Versammlung.*) Im Eingang wird entschieden darauf hingewiesen, wie die Vorlage nicht im Geiste der vereinbarten Beschlüsse des Fünfziger Ausschusses und des Bundes gehalten sey und wie im Bundesbeschluß vom 7. April die bevorstehende Volksversammlung selbst als „die constituirende deutsche Nationalversammlung" bezeichnet werde. Die Augsburger wünschen folgende Veränderungen: 1) Es wolle in Ueberschrift, Einleitung und Art. 1 des Gesetz-Entwurfes gesetzt werden anstatt: „Abgeordnete zur Volksvertretung bei dem deutschen Bunde" „Abgeordnete zur constituirenden deutschen Nationalversammlung." — 2) Es wolle in Art. 5 anstatt der Worte: „jeder bayerische Staatsbürger" gesetzt werden: „jeder selbstständige und volljährige bayerische Staatsangehörige," ferner wolle unter Streichung der Parenthese „(Tit. 4 §. 3 der Verfassungs-Urkunde)" dortselbst eingeschaltet werden, nach dem Worte: „Glaubensbekenntnisses," „auf Stand oder Vermögen." — 3) Es wolle Absatz 2 des Art. 4, ferner Art. 6 und Art. 8 gestrichen und statt dessen ausgesprochen werden: „Sämmtliche Wahlmänner eines Kreises treten zur Wahl der Abgeordneten am.... (hier wäre ein bestimmter Tag dieses Monats einzuschalten).... in der Kreishauptstadt zusammen, bilden sich daselbst zu einem Wahlkörper und wählen sodann die ganze auf den betreffenden Kreis ausgeworfene Anzahl von Abgeordneten und eine gleiche Zahl von Ersatzmännern in eben so vielen auf einanderfolgenden gesonderten Wahlacten." — 4) Es wolle zum Art. 9 §. 5 Ausdehnung der Wählbarkeit auf jeden deutschen Staats-Angehörigen unter den gleichen für die Bayern gegebenen Voraussetzungen ausgesprochen und hiebei den in Bayern domicilirenden Angehörigen anderer deutscher Staaten auch die Ausübung des activen Wahlrechtes in gleicher Weise gewährt werden. — 5) Es wolle dafür gesorgt werden, daß im Gesetze selbst unzweideutig ausgesprochen werde: „Gestattet sey: jede offene Bewerbung um die Wahl, eben so freie Bildung von Wahlcomité's, Präsentationen und Aufrufungen von Wahlcandidaten, unaufgeforderte Mitwirkung zu den Wahlgeschäften durch die Comité's, in Wort und Schrift." — 6) In Folge dessen wolle der Art. 15 dahin modificirt werden: daß die Bürgermeister der Kreishauptstädte unter Mitwirkung der Wahlcomité's durch das Gesetz als Leiter der zweiten Wahlverhandlung bestimmt seyen; wonach Art. 16, so ferne er die Wahl der Abgeordneten betrifft, wegzufallen hätte.

*) Nach der „Augsburger Abendzeitung" vom 14. sollte nach späterem Beschluß des Ausschusses die Adresse der Kammer der Reichsräthe überreicht werden und eine Abordnung am 13. (I. Bürgermeister Forndran, Advocat v. Kerstorf und Dr. Widenmann) die Wünsche der Augsburger Volksversammlung (die sich am 13. d. M. zahlreich wiederholte) dem Ministerium des Innern vorzulegen, was nach gegenwärtiger Sachlage das fatale „trop tard" ist.

Augsburg, 11. April. Oesterreich hat die Ausfuhr des Geldes verboten. Dieser Gegenstand ist von zu großer Wichtigkeit, als daß in Bayern sich nicht alle Besitzer österreichischer Papiere vereinigen, und ihre Regierung um die geeigneten Schritte für ihren Schutz und Sicherheit erbitten sollten. Für Augsburg wird der Magistrat und das Handlungsgremium ersucht, sich der Einleitung dieser Sache eiligst und eifrigst anzunehmen. (A. Z.)

Am 11. April fand in Nürnberg die früher schon angekündigte große Volksversammlung (von nahe 10,000 Menschen) in der geräumigen Aegidienkirche statt. Als Dr. Eisenmann auf der Rednerbühne erschien, wurde er von der ganzen Versammlung mit donnerndem Hoch begrüßt. Er sprach in kräftiger Rede für das constitutionell-monarchische Princip (sein politisches Glaubensbekenntniß), ermahnte bei den Parlamentswahlen mit höchster Vorsicht zu verfahren und nur solche Männer zu bestimmen, die von der Tribüne herab ihr politisches Glaubensbekenntniß abgelegt. (Er ist also für directe Wahlen.) Noch redete er der deutschen Auswanderung nach den Donaufürstenthümern und der Befreiung Polens das Wort. Auch führte der gefeierte Volksmann an, wie viele Reiche ihm zugesichert, 20 pCt. ihres Vermögens zu opfern, könnte damit der drückenden Zeitnoth abgeholfen werden. Auch eine Einkommensteuer vertheidigte er. Am Schluß seiner Rede ein tausendstimmiges Hoch. Zur Parlamentswahl hat sich in Nürnberg ein Centralcomité für Mittelfranken gebildet, das sich mit Filialcomités in Verbindung setzen wird.

Württemberg.

Stuttgart, 8. April. Heute hat der russische Gesandte sein Quartier gekündigt. Auch der hiesige Gesandte in St. Petersburg wird wahrscheinlich bald abberufen werden, da ein Consul die nöthigen Geschäfte leicht abmachen kann. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Stuttgart, 14. April. Eine öffentliche Versammlung, worin die Stimmzettel zur Ernennung eines Ausschusses für die Leitung der Wahlen ausgetheilt wurden, hat heute Mittag auf einem öffentlichen Platze der Stadt stattgefunden. Sie wurde mit einem langen Zuge eröffnet, welcher erwies, daß alle Volksclassen Schwabens, sowohl der höhere Adel, wie Bürger und Arbeiter an den Wahlen sich lebhaft betheiligen werden. Der Fürst von Zeil-Trauchburg (aus dem alten Geschlechte der Truchsesse von Waldburg, welches ebenso wie das Haus Württemberg die drei schwäbischen Löwen der Hohenstaufen im Wappen trägt) ging im Zuge neben Weingärtnern; ferner sah man in demselben die HH. v. Hofer, v. Hügel (Stallmeister), und in der Versammlung die Prinzen v. Hohenlohe. (A. Z.)

Baden.

Konstanz, 11. April. Die Verhaftung und Landesverrätherei Ficklers hat hier eine große Sensation erregt. Aber noch herrscht hier der republicanische Terrorismus in dem Grade, daß die zwei Drittheile der besser gesinnten Bürger- und Einwohnerschaft kaum ihre innerliche Freude zu bezeugen wagen. Struve ist hier angekommen. Unser einzig gemäßigtes Fortschrittsblatt, der Tagesherold hat gestern aufgehört. (Karlsr. Z.)

Karlsruhe, 12. April. Der Seekreis ist in sich gegangen, und hat eine Deputation hierher geschickt, welche mit verblümten Worten andeutete, daß die Bevölkerung keine Ungesetzlichkeiten beabsichtigt habe, im Gegentheil die Regierung in der Handhabung der Ordnung unterstützen werde. (A. Z.)

Gr. Hessen.

Darmstadt, 9. April. Unser constitutionnel freisinniges Ministerium Gagern hat eine Opposition gefunden in der despotisch republicanischen Partei. Anführer dieser Partei ist in unserm Hessen der Abg. Zitz aus Mainz. (D. Z.)

Anhaltische Herzogthümer.

Oberappellationsrath Dr. Habicht von Zerbst ist zu allgemeiner Freude zum Minister ernannt worden. Ihm zur Seite als Ministerialrath steht der allgemein beliebte Dr. Köppe. Eine Verordnung des Herzogs vom 5. April überträgt die Verantwortlichkeit aller von den Ministern gegengezeichneten Verordnungen und Verfügungen auf dieselben.

Preußen.

Die „Allgemeine Preußische Zeitung" vom 9. April enthält das Wahlgesetz für die zur Vereinbarung der preußischen Verfassung zu berufende Versammlung, nebst dem Reglement zu dessen Ausführung. Jeder 24jährige Preuße ist Urwähler, jeder 30jährige wählbar; auf 500 Seelen kommt ein Wahlmann; jeder ist nur in dem Wahlbezirk wählbar, worin er als Urwähler stimmberechtigt ist; auf jeden landräthlichen Kreis, sowie für jede Stadt, welche keinem landräthlichen Kreis angehört, ist ein Abgeordneter und ein Ersatzmann zu wählen, bei mehr als 60,000 Einwohner zwei u. s. w. In den Städten leiten Beauftragte des Stadtraths, in den Kreisen die Landräthe, sonst die Bürgermeister die Urwahlen. Die gewählten Abgeordneten sind nicht an Instructionen und Aufträge gebunden.

Berlin, 10. April. Der vereinigte Landtag hat seine Sitzungen heute geschlossen und noch dem Ministerium ein Vertrauensvotum ertheilt, wonach ihm in Betracht der gebieterischen Zeitverhältnisse eine außerordentliche Geldverwendung von 40 Mill. Thlr. zugestanden wird, und ihm überlassen bleibt, nach eigenem Ermessen die Summen nach und nach aufzubringen. — Sogleich sind unsere Staatspapiere gestiegen. (A. Z.)

Berlin, 11. April. Die neue Verordnung für die Parlamentswahlen nach dem Bundesbeschluß vom 7. April ist erschienen. Die Wahlen sind indirecte. Für heute nur einige Andeutungen: Stimmberechtigter Urwähler ist jeder großjährige Preuße, welcher nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren, und zwar in der Gemeinde seines Wohnsitzes oder Aufenthaltes, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhält. — Jeder Deutsche, der den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte nicht verwirkt hat, ist im ganzen Bereich des Staates zum Abgeordneten wählbar. — Mit Einschluß der Provinz Preußen werden 191 Abgeordnete in Frankfurt das Land vertreten. — Laut Rescript des Cultusministers ist evangelischen und katholischen Dissidenten der Mitgebrauch evangelischer Kirchen zugestanden, wenn die Gemeinde-Vertreter damit einverstanden.

Posen. Unter 7. April erläßt Generalmajor v. Willisen eine Bekanntmachung, welche den Polen wie Deutschen die vollste Berücksichtigung ihrer Wünsche bei der bevorstehenden Reorganisation der Provinz zusichert, aber nur unter der Voraussetzung, daß zuvor Ordnung und Gesetzlichkeit vollkommen hergestellt sey. Vorzüglich richtet sich die darauf bezügliche Ansprache an die Polen.

Schleswig-Holstein.

Rendsburg, 9. April. Gestern ist bei Bau und Holnis lebhaft gefochten worden. Die Feinde sind zurückgedrängt(?); auch ist ihr Verlust an Getödteten und Verwundeten größer als der unsere. Diese Nacht blieb es ruhig. Allein die Stadt Flensburg ist dennoch heute Mittag in die Gewalt der Dänen gekommen. Ihre Kriegsfahrzeuge waren in den Hafen eingelaufen ohne daß man dieß hatte verhindern können. Um die Zerstörung der Stadt zu vermeiden, hat der Oberbefehlshaber die Stadt den Dänen überlassen. (A. Z.)

Kiel, 10. April. Man mußte in Folge des Gefechtes bei Holnis bis Schleswig zurückgehen, wo man, nach einem Tagesbefehl des Prinzen „in einiger Ordnung" einzog. Zwei Compagnien vom Jägercorps, die Turner und Studenten, welche bei Krusau lagen und sehr tapfer fochten, sollen abgeschnitten seyn. Sie waren vom Capitän Michelsen commandirt. — Die provisorische Regierung hat gestern Abend den preußischen General Bonin fußfällig gebeten, die preußischen Truppen zu verwenden. Die Preußen selbst knirschten vor Ungeduld. Der General mußte indeß jedem Andrange wiederstehen weil er gemessene Ordre hatte. Man erwartete heute stündlich die Rückkehr des Herzogs von Augustenburg von Berlin mit günstigerem Bescheid. (C. v. u. f. D.)

Im Kieler Hafen werden, mittels 117 Tonnen wohlverwahrten Pulvers, die durch einen unterm Wasser fortlaufenden galvano-electrischen Draht vom Ufer aus angezündet werden können, Vorbereitungen getroffen, jener wichtigen Hafen gegen jeden Ueberfall dänischer Kriegsschiffe zu schützen. — Die in der Altonaer Münze noch vorgefundenen bedeutenden Geldsummen werden auf mehr als 700,000 Rthlr. angegeben.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 98.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir [illegible] Nro. [illegible]; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 38 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonntag | XLIX. Jahrgang. | 16. April 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 12. April. In der Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 10. d. wurde zur Kenntniß der Versammlung gebracht, daß der k. k. österreichische Gesandte Graf v. Colloredo - Wallsee durch eine neue Vollmacht zum Präsidialgesandten definitiv ernannt.

Es trat als neuer kurhessischer Gesandter der Professor Dr. Jordan ein. (Fkft. Bl.)

Frankfurt, 13. April. In heutiger Ausschußsitzung wurde die Erhaltung der Nationalität der in den österreichischen Bundeslanden befindlichen Slaven, Czechen, Walonen u. s. w. berathen, darüber jedoch noch kein Beschluß gefaßt. Auch wurde in dieser Beziehung eine Commission zur Bildung der Freischaaren ernannt.

'Frankfurt, 13. April. Die Bundesversammlung hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen: daß, falls dänischerseits die Einstellung der Feindseligkeiten und die Räumung Schleswigs von den dänischen Truppen noch nicht erfolgt ist, dieß zu erzwingen sey, um das von dem Bunde zu schützende Recht Holsteins auf die Union mit Schleswig zu wahren; 2) daß die k. preußische Regierung in dem ihr übertragenen Vermittlungsgeschäft auf den Eintritt Schleswigs in den deutschen Bund als sicherste Verbürgung jener Union hinzuwirken habe; 3) daß die Bundesversammlung die provisorische Regierung Schleswig-Holsteins, welche sich vorbehaltlich der Rechte ihres Herzogs und in dessen Namen zur nothwendigen Vertheidigung der Landesrechte gebildet hat, als solche und in diesem Maße anerkenne und von der vermittelnden kgl. preußischen Regierung erwarte, sie werde diese provisorische Regierung und ihre Anhänger schützen. In der Bundestagssitzung vom 11. d. wurde die von Preußen auf den Wunsch der betheiligten Provinzen beantragte Aufnahme Ost- und Westpreußens in den deutschen Bund unter freudiger Anerkennung der dadurch bethätigten nationalen Gesinnung ausgesprochen. — Die 17 Vertrauensmänner haben beim Bunde beantragt, daß derselbe für allgemeine Volksbewaffnung, wie auch für bewaffneten Schutz Deutschlands zur See Sorge trage, auch die unter den gegenwärtigen Verhältnissen für die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands erforderlichen Einrichtungen in Erwägung ziehe. — Der hiesige Senat hat in einer Vorlage an die gesetzgebende Versammlung sich für die directe Wahl ausgesprochen, will jedoch neben dem Abgeordneten auch einen Stellvertreter wählen lassen. (A. Z.)

In der 33. Sitzung der Bundesversammlung vom 13. April theilt der preußische Gesandte mit, daß unter'm 10. April an die preußischen Truppen der Befehl, in Schleswig einzurücken und nach der Lage der Dinge zu handeln, ergangen, unter nochmaligen Vermittlungsversuchen. Die Bundesversammlung vernimmt mit anerkennender Befriedigung die Erledigung ihres Beschlusses.

Frankfurt, 12. April. In der heutigen Sitzung des Fünfzigerausschusses in der deutsch-reformirten Kirche bestieg nach einigen Verhandlungen und Beschlüssen (welche den Lesern bereits bekannt sind) Professor Endlicher aus Oesterreich die Rednerbühne und erklärte im Namen seiner Wiener Comittenten den vollkommenen Beitritt zu den in der Paulskirche und von dem Fünfzigerausschusse gefaßten Beschlüssen. Andriany, Verfasser „von Oesterreich und seine Zukunft," entwickelte die Ansicht von der Nothwendigkeit und der Pflicht der Versammlung für Consolidirung der in den österreichischen Staaten sich befindenden verschiedenen Nationalitäten und eine Garantie für dieselben Kuranda unterstützt in einem längern begeisternden Vortrag denselben Antrag und führte die Nothwendigkeit aus, daß die verschiedenen Volksstämme, insbesondere der böhmische, in ihren materiellen Freiheiten, besonders in sprachlicher Hinsicht, geschützt werden. Schuselka ertheilte die Versicherung, daß die Idee der constitutionellen Freiheit und der öffentlichen Meinung in Oesterreich stark und unabweisbar geworden, daß solche kein Phantom, sondern bereits in Fleisch und Blut des Volkes übergegangen sey; und daß Oesterreich hinfort kein Bleigewicht mehr in dem Entwicklungsgang des deutschen Volkes bilden werde. Dr. med. Schilling gab die Versicherung, daß auch in Oesterreich alles das angestrebt werde, was in dem Vorparlament beschlossen worden, und daß man dort die ächte und wahre constitutionelle Freiheit auf die breitesten Grundlagen zu stützen allgemein entschlossen sey. Schließlich empfahl derselbe den ehrenwerthen österreichischen Bauernstand der Liebe und Achtung seiner deutschen Mitbürger. Dr. Schneider sprach aus Auftrag von 1,400 Schülern der österreichischen Schulen, daß sie dem Rufe des Vaterlandes mit Freude gefolgt, daß sie zu jeder Stunde bereit seyen, die Anarchie, so wie die Reaction zu bekämpfen und auch an den Gränzen ihr Blut bis zum letzten Tropfen für die Freiheit und die Ehre des einigen deutschen Vaterlandes zu vergießen bereit seyen. Robert Blum antwortete im Namen des Ausschusses und dankte für die im Namen des österreichischen Volkes kundgegebenen brüderlichen Gesinnungen. (Schw. Mrkr.)

Frankfurt, 12. April. Auf den Antrag von Schleiden hat der Ausschuß heute beschlossen, eine Deputation nach Berlin zu schicken, um die schleswig - holsteinische Angelegenheit im deutschen Sinn zu betreiben. Der Antragsteller und Mathy aus Baden sind zu dieser Deputation ernannt. (A. Z.)

Die „Speyerer Zeitung" schreibt aus Frankfurt. Der Fünfzigerausschuß umfaßt keine Mitglieder, die auf Umsturz alles Bestehenden ausgehen. Im Gegentheile befindet sich dabei eine starke Stabilitätspartei, welche vielleicht am geschicktesten der württembergische Kanzler Wächter, am ungeschicktesten der immer geistlos redende Hannoveraner Siemens vertritt (der „Don Quixote des Absolutismus", wie ihn die Mannheimer Abendzeitung nannte). Die entschiedensten Männer des Fortschritts sind Soiron, Blum, Jacoby und Raveaux. Diese Ansicht besitzt die Majorität.

Bayern.

Landtag.

**München, 15. April. (X. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische der königl. Commissär v. Roth; in der Kammer 124 Abgeordnete. — Die Sitzung wurde eröffnet und zwar vom Hrn. I. Präsidenten, Dr. Kirchgeßner, mit der Aeußerung, daß es ihn herzlich freue, einstimmig den Wunsch vernommen zu haben, daß in Rücksicht auf die Dringendheit der Zeitverhältnisse und der hohen Pflicht fürs theure Vaterland schleunigst wirken zu sollen, keine Osterferien dießmal statt finden mögen, und daß er daher wünsche, es wollen so wenig als möglich Urlaubsgesuche für die Feiertage einkommen. — Hierauf wurde der Einlauf verlesen. — Sodann begann die Berathung über nachstehende Petitionen: 1) Antrag des Abg. Barsch, „die Abgabe von Moos- und Haide-Streu aus den Staatswaldungen in den Gebirgsgegenden an die Ackerbautreibenden und die Armen betreff.;" 2) Gleichen Antrag stellt die Gemeindeverwaltung Prölsdorf, angeeignet von dem Abg. Panzer; 3) An diese Anträge schließen sich ferner an die Anträge der Gemeinden Burk, Scharnweisach, Neu-Ebersbach, Aalfeld und Pollenden, des Abg. Barsch, „auf rechtzeitige Abgabe von Rechthölzern und Rechtstreu;" dann der Gemeinde Mönchsondheim. Alle diese Anträge wurden als für die Competenz der Kammer nicht geeignet befunden, und wurden daher zur Würdigung für die betreffenden Ministerien übergeben. 4) Antrag der Landgemeindeverwaltung Reinersdorf in Oberfranken, „die Schmälerung ihrer Forstrechte betreff." An diesen Antrag schließen sich eine Menge anderer in gleichem Sinne. Alle diese Anträge wurden gleichfalls als an die Ministerien geeignet befunden. Die Antragsteller entwickelten ihre speciellen Anträge mit Energie. Diese sämmtlichen Anträge beziehen sich auf angeblich widerrechtliche Schmälerung wohlerworbener Rechte von Holz-, Streu-, Weide- und Hut-Genuß in den Staats- und Privat-Waldungen. Die Antragsteller suchen sowohl ihre Berechtigungen nachzuweisen, als auch darzuthun, daß die dagegen übernommenen Verpflichtungen ihrerseits ununterbrochen fortgeleistet worden seyen. Sie führen an, wie diese Schmälerung ihrer Rechte sich vorzugsweise in der Handhabung der forstpolizeilichen Anordnungen ausgebildet habe, und beantragen sämmtlich, es möge fortan von Seite der Forstbehörden auf die früher bestandenen Rechte Rücksicht genommen, dadurch die vielfach erhobenen, endlosen und kostspieligen Processe niederzuschlagen, und den daraus hervorgehenden, stets wachsenden Aufregungen vorgebeugt werden. Nachdem diese sämmtlichen Anträge entweder nur Berechtigungen nachweisen wollen, um in denselben geschützt zu werden oder eine Abhilfe gegen die widerrechtlichen Uebergriffe der Forstpolizei beabsichtigen, durch die Anträge aber weder ein neues Gesetz, noch eine Abänderung bestehender im Sinn des §. 2 Tit. VII. der Verfassungs-Urkunde hervorrufen wollen, so handelt es sich hier vorzugsweise um die Handhabung und den Vollzug administrativer Bestimmungen. Sind demnach auch nach Ansicht des Ausschusses die vorliegenden Anträge zur Vorlage an die Kammer nicht geeignet, so werden sie um so mehr der Berücksichtigung der betreffenden Ministerien empfohlen werden müssen, als eine schnelle Abhilfe der angeregten Mißstände, wo sie gegründet sind, wesentlich zur Beruhigung beitragen müssen. — 5) Antrag von 456 Oeconomiebesitzern des königl. Landgerichts Ebersberg, Entfesselung des Grundeigenthums betreffend, welchem sich anreihen: a) Antrag von 344 Oeconomiebesitzern im Landgericht Pfarrkirchen, b) Antrag von 57 Oeconomiebesitzern des Markts Geiselhöring in Niederbayern, c) Antrag von 117 Oeconomiebesitzern des Landgerichts Moosburg in Oberbayern, d) Antrag von 458 Oeconomiebesitzern von Niederbayern, e) Antrag von 17 Landwirthen der Gemeinde Berg am Leim, sämmtliche vom Abg. Advocat Ney, f) Antrag des Jakob Baumann und 30 Consf. von Sommerau Herrschaftsgericht Lauterbach, angeeignet von Dr. Müller, g) Antrag der Landgemeinden Jägerau, Mühlbach, Eckersreuth und Plößberg, angeeignet vom Abgeordneten Barsch, h) Antrag der Marktgemeinde Ichenhausen, angeeignet vom Abg. Klöpfer, i) Antrag der Landgemeinde Pilgramsreuth und Förenreuth, ange-

eignet vom Abg. Götz, k) Antrag des Landgerichts Feuerbach in Unterfranken, angeeignet vom Abg Kirchgessner, l) Antrag von 1020 Grundbesitzern in den Landgerichten Landau, Eggenfelden und Pfarrkirchen, angeeignet vom Abg. Rabl, m) Antrag des Abg. Schlund und Cons., n) Antrag von 321 Grundbesitzern des Landgerichts Straubing, angeeignet von dem Abg. Rabl. o) Antrag der Gemeinde Beuern in Schwaben und Neuburg, angeeignet vom Abg. Klopfer, p) Antrag mehrerer Landwirthe aus Oberbayern, angeeignet vom Abg. Führmann, q) Antrag der Zehentpflichtigen der Stadtgemeinde Friedberg und der Landgemeinde des Landgerichtsbezirks, angeeignet von dem Abg. Weinzierl Lorenz, r) Antrag der Gemeinde Ipsheim in Mittelfranken, angeeignet von dem Abg. Bestelmeyer, s) Antrag der beiden Bauern Johann Schlegel und Johann Korn zu Schlömen königl. Rentamts Kulmbach, angeeignet von dem Abg. Dr. Schwindl, t) Antrag der Unterthanen von Lamitz, Döberlitz, Tauberlitz, Stumpfhof, Heidl, Traisendorf und Wörlitz, angeeignet vom Abg. Herdegen, u) Antrag mehrerer Unterthanen zu Streitberg in Oberfranken, angeeignet vom Abg. Bestelmeyer, v) Antrag der Gemeinden Neuenmarkt, Hegenbrunn und Lindau, königl. Landgerichts Kulmbach in Oberfranken, angeeignet vom Abg. Dr. Schwindl, w) Antrag ger Unterthanen von Weisdorf und Berg, königl. Landgerichts Münchberg, angeeignet vom Abg. Bestelmeyer, x) Antrag der Landgemeinden Hundshaupten und Hundsboden in Oberfranken angeeignet von Abg. Bestelmeyer, y) Antrag von 70 Gliedern der Gemeinde Frühstockheim in Franken, angeeignet von dem Vorigen, z) Antrag der Gemeindeglieder zu Marktsteinheim, Wiesenbronn und Iffigheim, angeeignet von demselben. Alle diese Anträge bezielen theils die Aufhebung, theils die Verminderung, theils die Umwandlung und Ablösung der Lasten, welche aus dem Obereigenthumsverhältniß entsprangen und stützen sich auf die angeblich nachweisbare Ueberbürdung der Pflichtigen. So verschieden auch die Wünsche, Vorschläge und Forderungen sind, welche vorstehende Anträge enthalten, so stimmen sie dennoch in der Hauptsache und besonders darin überein, daß sie eine Abänderung der bisherigen Zustände auf gesetzlichem Wege herbeigeführt wissen wollen. Nachdem dies nur durch die Vorlage eines neuen Gesetzes möglich wird, ein solches aber nicht nur die Eigenthumsrechte vieler Mitbürger berühren, sondern auch die wesentlichsten Abänderungen in den Steuerverhältnissen veranlassen muß, so schlägt der Gegenstand dieser Anträge nach §. 2—4 und 19 des Tit. VII. der Verfassungsurkunde unzweifelhaft in die Competenz der Kammer, und der Ausschuß erachtet demnach diese sämmtlichen Anträge zur Vorlage geeignet. 6) Antrag der Abg. Bestelmeyer und Städler, die Beschäftigung der arbeitenden Classe betreffend. Die Antragsteller sprechen aus: Die hohe Kammer wolle die Staatsregierung auffordern, so schleunig als möglich in den sämmtlichen Kreisen die öffentlichen Bauten in Gang zu setzen und die Gemeindebehörden auch ihrerseits, wenn auch mit Opfern für die Gegenwart, diejenigen Arbeiten ausführen zu lassen, welche einer späteren Zukunft vorbehalten waren. Der Antrag stützt sich auf die Beschäftigungslosigkeit der arbeitenden Classe, wegen Stockung aller Geschäfte und führt aus, wie bei der Vernachlässigung der Landstraßen, Wasserbauten und Staatsgebäude und mehrfache Verwendung hierzu bestimmter Gelder zu andern Zwecken hinreichende Gelegenheit gegeben sey, wenn auch mit Opfern den verdienstlosen Arbeitern Beschäftigung zu gewähren. Nachdem der vorliegende Antrag lediglich der Ausführung einer Verwaltungsmaßregel bezielt und dabei nur die budgetmäßig gegebenen und vorhandenen Mittel ins Auge faßt, so eignet er sich nicht zur Vorlage an die hohe Kammer, jedoch begutachtet der Ausschuß die augenblickliche Ueberweisung desselben an die betreffenden Ministerien, durch das Kammerpräsidium, weil auf diesem Wege die sicherste und schnellste Abhilfe geschieht. — Bezüglich des Antrages zur Beschäftigung der Arbeiterclassen bemerkte der königl. Ministerialrath **Roth**: daß Se. Majestät der König und die Staatsregierung alles aufbieten, ordentliche und außerordentliche Mittel zur Beschäftigung der Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Hiernächst erstattete Dek. **Götz** Vortrag über die geprüften und zur Vorlage an die Kammer nicht geeignet befundenen Beschwerden. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Motive zum Entwurfe eines Edictes über die Freiheit der Presse und des Buchhandels. Durch die kgl. Proclamation vom 6. März l. Js. und die Rede vom Throne ist die Einbringung eines Preßgesetzes verheißen. Der betreffende Entwurf hat zu umfassen: 1) Staatsgrundgesetzliche Bestimmungen, welche die sämmtlichen Gewährschafte vollständiger Preßfreiheit in ihren Hauptmomenten enthalten. 2) Fest abgegrenzte jede Willkür hindernde Bestimmungen über die Polizei der Presse. 3) Strafgesetzliche Normen über Preßverbrechen und Preßvergehen. 4) Die Bestimmungen über das Verfahren bei Aburtheilung von Verbrechen, Vergehen und Polizeiübertretungen im Bereiche der Presse. Die ersten beiden Entwürfe berühren die Competenz des Ministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, und es ist demnach dasselbe allerhöchst beauftragt, zuvörderst den Entwurf der staatsgrundgesetzlichen Bestimmungen über die Freiheit der Presse und des Buchhandels als das Wichtigste und Inhaltsschwerste der gesammten Preßlegislatur den Ständen des Reichs und zwar zunächst der hohen Kammer der Abgeordneten zu übergeben. Dieser Entwurf stützt sich auf die legislativen Vorarbeiten des Jahres 1831 mit gewissenhafter Berücksichtigung sowohl der damals von den Ständen des Reichs ausgegangenen modificirenden Beschlüsse als überhaupt aller jener Anforderungen, welche im Interesse des freien geistigen Verkehrs an die Gesetzgebung gestellt werden können. §. 1. bestimmt die Rechtsverhältnisse der Verfasser, Verleger und Drucker. §. 2 bringt das Institut der Censur für immer zu Grabe. §. 3 trägt Sorge, daß das schmähliche Gewerbe des Nachdrucks unter dem Vorwande der Preßfreiheit nicht etwa Geltung sich verschaffe. §. 4 beseitigt die Hindernisse, welche den öffentlichen Beamten den freien Gebrauch der Presse bisher verkümmerten, bis auf jenes Minimum, welches in höheren Staatsrücksichten seine unzweifelhafte Rechtfertigung finden dürfte. §. 5 spricht grundsätzlich aus, daß der freie geistige Verkehr nicht in der Willkür, sondern lediglich in der Vorschrift des Gesetzes seine Begrenzung zu erkennen habe. §. 6 überweist die Zuständigkeit zur Aburtheilung von Preßverbrechen und Preßvergehen den Schwurgerichten und proclamirt den Grundsatz der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens. §. 7 u. 8 trennt das Strafverfahren in Preßpolizeiübertretungen von dem Wirkungskreise der Polizeibehörden und weiset es dem Forum der ordentlichen Gerichte zu. Die Polizei soll fortan nur das Auge des Gesetzes seyn. §. 9 spricht den ohnehin in der Natur der Sache gelegenen Grandsatz aus, daß, was von Schriften verordnet ist, überhaupt von jeder Art und Form sinnlicher Darstellungen und Mittheilungen an das Publicum zu gelten habe. §. 10 erklärt diese sämmtlichen Grundbestimmungen über Freiheit der Presse und des Buchhandels als integrirenden Bestandtheil der Verfassungsurkunde. §. 11 ist transitorischer Natur und hat die Aufgabe zu verhüten, daß während der Uebergangsperiode bis zum Erscheinen des neuen Procedurgesetzes nicht ein völlig rechts- und gesetzloser Zustand im Gebiete der Presse sich entfalte. — Die Regierung wird es sich zur besondern Aufgabe machen, die Dauer dieser Uebergangsperiode möglichst abzukürzen, und stellt die Prüfung und verfassungsmäßige Berathung des gegenwärtigen Gesetzesentwurfes den Ständen des Reichs vertrauensvoll anheim. München den 14. April 1848. (L. S.) Beisler.

---

*†München, 16. April. Seine Maj. der König wohnte heute Vormittag der feierlichen Procession der Palmenweihe in der Allerheiligenhofkirche bei.

München, 13. April. Folgende Erklärung hat Se. Durchlaucht der Fürst v. Leiningen an Se. Maj. den König eingereicht. „Allerdurchlauchtigster ꝛc.! Wenn die welterschütternden Ereignisse unserer Tage Deutschland eine kaum geahnte Größe versprechen, wenn wir hoffen dürfen, einer auf Freiheit und Gesetz begründeten glücklichen Zukunft entgegenzugehen, so ist doch auf der andern Seite nicht zu verkennen, daß eine solche Umwälzung fast aller politischen und staatlichen Einrichtungen nicht ohne Gefahr für die sociale Ordnung vorübergehen kann. Manche anarchische Vorgänge in verschiedenen Theilen von Deutschland haben zur Genüge gezeigt, mit welchen Gefahren die freie Entwicklung gerade jener Institutionen bedroht ist, von welchen die Nation mit Recht eine segensreiche Zukunft erwartet. Zunächst ist es daher die Aufgabe aller Besitzenden, seyen es Große oder Kleine, seyen es Bürger, Adelige oder Bauern, die Regierung in ihrem Streben, die Reformen auf gesetzlichem Wege durchzuführen, auf alle mögliche Weise zu unterstützen, und den anarchischen Bestrebungen, in welches Gewand dieselben sich auch hüllen mögen, mit Festigkeit entgegenzutreten. Ich hege daher die Ueberzeugung, daß, um dieses mit Erfolg thun zu können, die Schranken, welche zwischen den verschiedenen Classen der Besitzenden bestehen, soweit dieselben einer engeren Vereinigung dieser Stände im Wege treten, möglichst beseitigt werden sollten. Durch die von Ew. königl. Majestät zugesagte Ablösung der sogenannten Feudallasten ist bereits, was den besitzenden Bauernstand betrifft, ein großer einleitender Schritt geschehen. Allein auch manche Privilegien und Vorrechte der Standesherren stehen der Erreichung des mehrerwähnten Zieles entgegen. Tief durchdrungen von der Nothwendigkeit, daß jeder Stand nach Kräften dazu beitragen muß, die jetzt so gewaltig erschütterten innern Zustände unseres Vaterlandes zur Ordnung und Gesetzlichkeit zurückgeführt zu sehen, will ich wenigstens thun, was der Einzelne zu thun vermag. Ich stelle daher alle jene Rechte und Privilegien, welche mir das Edict über die staatsrechtlichen Verhältnisse der vormals reichsständischen Fürsten, Grafen und Herren verfassungsmäßig zugesichert, zur Verfügung Ew. königl. Majestät Regierung. Mag dieselbe davon Gebrauch machen, sobald sie es für das Wohl des Staates für nöthig erachtet! Jetzt gleich, als nach meiner Meinung am nothwendigsten geboten, verzichte ich aber: 1) auf alle Gerichtsbarkeit, Polizei- und Forst-Jurisdiction, sowohl in meinen Besitzungen in Unterfranken wie in Oberbayern, gegen Uebernahme sämmtlichen bei meinen Herrschaftsgerichten Amorbach und Miltenberg und Patrimonialgerichte Hohenburg angestellten Personals und dahin gehörigen Pensionisten, dann gegen Uebernahme des Forstpersonals, soweit dasselbe für die Forstjurisdiction und Beforstung der Gemeindewaldungen bestellt ist. Die beiden obengenannten Herrschaftsgerichte haben nach Abzug aller Besoldungen, Pensionen und sonstigen Ausgaben bisher einen nicht unbedeutenden jährlichen Geldüberschuß gewährt. Sollte nach dem bestehenden Gesetze, oder nach einem neuzuerlassenden die rechtsmäßig begründete Entschädigung für die Gerichtsbarkeit erfolgen, so verzichte ich auf dieselbe zu Gunsten der ärmeren Classe der Bewohner meiner bisherigen beiden Herrschaftsgerichte, die Vertheilung des Capitals mir vorbehaltend. 2) Auf das Patronat der Kirchen und Schulen gegen Uebernahme der auf diesen haftenden Lasten. 3) Auf den privilegirten Gerichtsstand. 4) Auf das Recht der Siegelmäßigkeit. Wenn durch die Vereinigung der besitzenden Classe Freiheit und Gesetz fest begründet, Recht und Besitz vor willkürlichen Eingriffen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, geschützt ist, dann wird es eine heilige Pflicht, dem nicht besitzenden, arbeitenden Theil der Bevölkerung alle Sorgfalt zuzuwenden, und durch eine weise Gesetzgebung und sonstige zweckmäßige Einrichtungen ihre Lage zu verbessern, damit die Verhältnisse auch dieser Staatsbürger sich so gestalten, daß sie freudig zur Aufrechthaltung des Bestehenden mitwirken. Der unterthänigst Unterfertigte kann Ew. königl. Majestät nicht bergen, daß er nur unter dieser Voraussetzung mit ungetheilter Freude und Genugthuung die vielen Opfer, deren Gegenständen bisher ein unbestrittener verfassungsmäßiger Rechtstitel zur Seite stand, gebracht haben wird. Der agnatische Consens wird von dem ehrfurchtsvoll Unterzeichneten nachgetragen werden, wenn dessen Beibringung erforderlich seyn soll. Indem ich Ew. königl. Majestät allerunterthänigst bitte die Uebernahme der Gerichtsbarkeit, der Forstjurisdiction und des Patronatsrechts seitens des Staats sofort allergnädigst anordnen zu wollen, verharre ich in tiefster Ehrfurcht Ew. k. Maj. München, den 11. April 1848 allerunterthänigst (Unterz.) C. E. Fürst v. Leiningen.“ (A. Z.)

Der Literat Dr. Karl Riedel in München hat einen kleinen Preßprozeß gegen die Polizeidirection gewonnen. Er beabsichtigte ein neues Tagblatt „Freie Presse“ herauszugeben, zugleich dasselbe aber auch als Flugblatt colportiren zu lassen. Diesem trat die Polizeidirection entgegen. Die Sache kam vor die Regierung und diese Behörde entschied für Dr. Riedel; das Blatt ist somit in der von ihm beabsichtigten Weise erschienen.

(München, 15. April. Eine jüngst in mehreren Zeitungen vom Hrn. Polizeidirector v. Pechmann ge-

gebene „Erklärung“ verdient wohl eher den Titel „Abfertigung“, und zeugt von großer Gleichgültigkeit gegen Volksmißstimmung, wenn nicht Mißachtung gegen die hiesige Einwohnerschaft; Freiherr fertigte uns mit einer Art Bekenntniß seiner Ansichten und Selbsturtheile über seine Handlungen ab, ohne aber auf ihn bezüchtigende Beschuldigungen einzugehen, oder diese zu widerlegen, welche unwiderlegte Beschuldigungen uns nicht für ihn, sondern ob uns selbst beunruhigen, dafür auch alles Vertrauen zu ihm rauben müßen. Uns ist weder um seine Person noch um seiner Biographie, noch um seine Versicherungen wie er gehandelt, zu thun, darüber sind wir Münchener schon im Klaren und wurden wir durch die jüngste Addresse der Landshuter an die hohe Kammer, betreffend willkürliche ungesetzliche Vornahmen des königl. Landgerichts Landshut, unter der letzten Herrschaft desselben Freiherrn von Pechmann noch weiters aufgeklärt. Wir wollen einzig wissen, ob wahr, oder unwahr, daß wir von Polizeispionen und Denuncianten umgeben, daß Bürger über in Gastzimmern geführte Gespräche polizeilich vorgeladen und vernommen, und Gott weiß mit welchem Inquisitionsverfahren noch bedroht und willkürlich verfolgt werden?! Widerlegung, nicht der Sache ausweichende Erklärung erwarten wir. Hier liegt das punctum saliens. Leere Abfertigung in einem abgestandenen bureaukratischen Tone liegt nicht mehr im Geist unserer Zeit, und wird altes Mißtrauen nicht beheben, neues Vertrauen nicht wecken.

Augsburg, 15. April. Gestern Abend fand wieder eine Volksversammlung in dem Börsensaale statt. Die mit der Vorstellung wegen des Parlamentswahlgesetzes nach München gesendete Deputation erstattete ihren Bericht, wonach für Abänderung jenes Gesetzes kaum eine Hoffnung mehr vorhanden scheint, da dasselbe bereits durch beide Kammern gegangen ist. Es gilt nun im ganzen Lande durch Errichtung von Wahlcomités die Wahlen zu fördern und zu raschem und befriedigendem Ende zu leiten. Heute oder morgen soll hier ein solches gebildet, und zu ähnlichen Schritten in ganz Schwaben und Neuburg die Anregung gegeben werden. Setzen sich alle Comités eines Kreises miteinander in Verbindung, so wird den Nachtheilen der gesetzlichen Bestimmung, wonach nur Wählerkreise von 1000 Wahlmännern bestehen, vorgebeugt. — Hier ward gestern zur Leitung weiterer öffentlichen Verhandlungen ein Geschäftscomité gewählt, bestehend aus den HH. Bürgermeister Forndran, Carl Forster, Volkhart, Dr. Paur, v. Kerstorf, Graf Maldeghem und Dr. E. Widenmann. (A. Z.)

Augsburg. Verein zur Förderung des Absatzes deutscher Arbeit. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß bei der gegenwärtigen traurigen Lage aller kleinen und großen Gewerbe im deutschen Vaterlande und in unserer Stadt ein kräftiges Heilmittel gefunden werden müße, wenn die Werkstätten des Fleißes nicht zu Ruinen verfallen und der bleiche Hunger in viele Tausende von Familien einziehen solle, traten die Unterzeichneten heute zusammen, um einen Verein zu gründen, der sich die Förderung des Absatzes deutscher Arbeit zur Aufgabe macht. Sie sind entschlossen durch Wort und Schrift dafür zu wirken, daß das erwachte Selbstgefühl der deutschen Nation auch dem Erzeugniß deutschen Gewerbfleißes in der jetzigen schweren Zeit zu gut komme und die Unsitte in allen Ständen verschwinde, die dem Product des Auslandes den Vorzug gibt, obgleich das inländische allen billigen Anforderungen des Geschmacks und der Mode ebenso sehr genügt. Augsburg will in einer Lebensfrage des Vaterlandes an die Spitze treten. Der Verein zur Förderung des Absatzes deutscher Arbeit muß aber, wenn er eingreifend wirken soll, seine Mitglieder nach Hunderttausenden berechnen. Bis heute zahlte das im Zollverein verbundene Deutschland an ausländische Arbeiter noch jährlich eine Summe von mehr als sechzig Millionen Gulden. Diese müssen deutschem Fleiß aufhelfen, wenn unser Volk ein Herz für die Noth seiner Brüder zeigen will. Wir wenden uns besonders an die Frauen und Jungfrauen. Kein großes Opfer sollen sie bringen, nur einer Vorliebe für den fremden Stoff entsagen und damit jede ihr Scherflein beitragen, um die Thränen deutscher Arbeiter zu trocknen. Die deutsche Frau von heute trägt noch dasselbe Herz im Busen, wie ihre Schwestern, die im Freiheitskampfe in Ermangelung werthvollerer Gaben ihr schönes Haar abschnitten und auf den Altar des Vaterlands legten. Wir vertrauen auf sie hauptsächlich bei unserer großen Aufgabe. Augsburgs Beispiel wird alle Städte des deutschen Vaterlandes zur Nachfolge anfeuern. Der unterzeichnete vorläufige Ausschuß ladet zunächst alle Familienhäupter und selbstständige Familienglieder Augsburgs ein, ihre Namen in die bei den Redactionen aller hier erscheinenden Blätter aufliegenden Listen einzuzeichnen, und sich damit zu verpflichten, den Zweck des Vereins zur Förderung des Absatzes deutscher Arbeit nach Kräften zu unterstützen. Augsburg, 10. April 1848. Der vorläufige Ausschuß des Vereins zur Förderung des Absatzes deutscher Arbeit: J. Bischoff; Braun; F. Butsch; Dr. Emil Dingler; Forndran; C. Forster; C. v. Heuser; Himmer; Dr. Hoffmann; Joh. Kathan; Kösserle; Dr. Gustav Kolb; Oßwald; N. Reth; F. Schmid; Dr. Toegel; A. Vogel; Alb. Volkhart; Dr. Eduard Widenmann; J. C. Wirth.

Württemberg.

In Stuttgart besteht eine demokratischer Club, der sich jüngst gegen die Wahl des Kanzlers v. Wächter in dem Fünfzigerausschuß verwahrt hat, und ein Arbeiter-Club. — Die constitutionell-monarchische Partei ist in weit überwiegender Mehrheit.

In den Volksversammlungen zu Buchau, Winnenden und Sulzbach hat man sich gegen die Republik ausgesprochen.

Baden.

Karlsruhe. Außer Fickler ist auch der kürzlich amnestirte Literat Blind wieder festgenommen worden, und ein Artillerie-Unterofficier, welcher durch das Amnestiegesetz begnadigt worden, aber nachher gleichwohl wieder Patronen ausgetheilt hat. Ueber Ficklers Verhaftung erfährt man folgende Thatsachen: Derselbe hat sich schriftlich an die provisorische Regierung in Paris gewendet, mit dem Ersuchen, sie möge die deutschen Arbeiter bewaffnet über den Rhein senden und denselben möglichst zahlreiche Franzosen sich anschließen lassen; sie würden im Seekreis mit offenen Armen empfangen werden. Die provisorische Regierung hat das Schreiben Ficklers an das badische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten übersendet, und damit der Regierung die Beweise von Ficklers schändlichem Landesverrath in die Hände gegeben.

Die „Karlsruher Zeitung“ erhielt aus Straßburg eine interessante Erklärung von dem „Obmann der ersten Lyoner-Colonne“, Wurstmacher Fischer. Man hatte den Leuten in Paris weisgemacht, der König von Preußen sey strangulirt, Fürst Metternich geköpft, Rheinpreußen habe sich von Preußen losgesagt und vereint mit Rheinbayern die Republik proclamirt; Rastatt, Germersheim, Landau seyen in den Händen der Bürger, das Militär, mit Ausnahme des badischen, im starken Kampfe mit den Bürgern ꝛc. Man verlange schnell die Hilfe deutscher Arbeiter. In Straßburg sey für alles gesorgt. „Nach wahrhaft mühseligem Marsch“ langten sie in Straßburg an; von all dem Erwarteten keine Spur!

K. Sachsen.

Dresden. Ein Ministerialerlaß spricht sich streng gegen die Unruhen aus. — In Chemnitz ist eine Zweigbank der Leipziger errichtet; sie hat vom Staat 50000 Thlr. zum Discontiren kleinerer Papiere erhalten, eine größere Summe ist für Leipzig gewährt und weitere Unterstützung nach Kräften zugesagt. — Der Kriegsminister v. Holzendorff hat seine Entlassung eingereicht.

Die Parlamentswahlen (indirecte) sind ausgeschrieben.

Kurhessen.

Kassel, 10. April, Mittags 3 Uhr. Die Stadt ist kaum noch zu kennen; seit gestern Abend 11 Uhr bis zu diesem Augenblick ununterbrochenes Schießen, überall das Pflaster aufgerissen, Barricaden erbaut und das Zeughaus erstürmt. Bewaffnete Schaaren, darunter auch Sensenmänner, durchziehen die Straßen. Nachdem man in vorhergehenden Nächten früheren Ministern Katzenmusik gebracht und die Fenster eingeworfen worden, war gestern Abend dem Minister Eberhard einen Fackelzug zugedacht. Eine Patrouille der Bürgerwehr gab das Ehrengeleit. Da sprangen einige Garde du Corps-Officiere (Minister Eberhard wohnt in der Nähe der Garde-du-Corpscaserne) in Stalljacken gekleidet, hinter den Meßbuden hervor und hieben mit blanken Säbeln auf die wehrlose Menge ein. Ein Schützenofficier wurde auf die Frage, wer zum Einhauen Befehl gegeben, zu Boden gestreckt. Damit war das Zeichen zum Aufstand gegeben. Schlimmeres wurde nur dadurch verhütet, daß General Specht die Garde-du-Corps sogleich aufsitzen und die Stadt verlassen ließ. Einer wilden Flucht glich dieser Auszug; Sensenmänner verfolgten die Fliehenden, die nirgends Aufnahme fanden und von denen viele schon desertirt seyn sollen. Die Caserne sieht furchtbar aus. Die empörte Masse schleuderte Fackeln in dieselbe, um sie in Brand zu stecken, was glücklicherweise nicht gelang; man legte dann Feuerleitern an, riß die Aufschrift Garde du Corps herunter, schrieb „Nationaleigenthum“ an die Mauer und steckte die deutsche Fahne auf. Die Caserne wird fortan eine Pflegeanstalt für arme Bürger seyn. Die Officiere der hier garnisonirenden Infanterie- und Cavallerieregimenter haben bereits erklärt, daß sie mit den Officieren der Garde du Corps nicht mehr dienen werden. — Am 11. erschien eine Proclamation, worin der Churfürst die Excesse beklagt, die von einzelnen Gardes du Corps ausgegangen, welche die verdiente Strafe ereilen werde. Er vertraut weiterhin dem guten Sinne der Bürger. (Am 11. Ruhe.)

Die Proclamation, welche die Garde-du-Corps aufhebt erschien auf Grund eines Ständebeschlusses vom 10., den die Stände in corpore dem Kurfürsten überreicht.

Die „Frankfurter Oberpostamtszeitung“ gibt folgendes als Veranlassung der Unruhen in Kassel an: Der Churfürst wollte den Kasseler-Commandanten, General v. Lepel seiner Stelle entheben. Der Kriegsminister erhob, da er nicht gegengezeichnet, Einsprache und darob erhielt er den Abschied. Sogleich forderten sämmtliche Minister ihre Entlassung. Diese ward nicht bewilligt und die kurfürstl. Verfügungen gegen v. Lepel und Weiß zurückgenommen. Am 9. nun hielten Künstler, Kaufleute, Polytechniker zuerst dem Minister Eberhard Anreden und brachten Lebehochs aus, auf dem Weg zum Minister Baumbach kam es dann zum Zusammenstoß mit dem Garde-du-Corps.

Kassel. Obergerichtsrath Aber, der vorige Kriegsminister Schmidt und der Exfinanzminister Motz haben die Stadt verlassen.

Die „Kasseler Zeitung“ vom 10. d. M. bringt die amtliche Ernennung Jordan's zum Bundestagsgesandten.

Gr. Hessen.

Eine am 9. in Reichelsheim im hessischen Odenwald abgehaltene Volksversammlung sprach sich in überwiegendster Mehrheit gegen die Republik aus.

In Lauterbach und Büdingen haben die Bauern aufs neue ihr Zerstörungswerk gegen die Grafen und Standesherren begonnen.

Nassau.

Im Nassauischen finden vom 18. bis 25. die indirecten Parlamentswahlen statt.

Preußen.

Ein Berliner Correspondent der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ spricht sich bei der gegenwärtigen Krisis für eine entsprechende Besteuerung der unverhältnißmäßig hoch bezahlten „obern“ Militär- und Civilbeamten aus. Sie allein hätten nichts unter der gegenwärtigen Geldfluthung zu leiden, und wenn Fabricanten und Kaufleute sich jetzt auf die Hälfte ihrer früheren Ausgaben einschränken mußten, so könnten wohl auch sie von einem Gehalt von 5—6000 Thlr. ein Fünftel oder Sechstel abgeben.

Am 9. April hielten zu Berlin die Arbeiter eine große Versammlung auf dem Köpnicker Feld, in der nur Arbeitern das Wort gestattet wurde. Von den daselbst gefaßten Beschlüssen heben wir den hervor, daß jeder, welcher zu Gewaltthätigkeiten gegen die Ruhe im Allgemeinen oder gegen einzelne Personen und Gesellschaften aufzuwiegeln, und gar mit Geldbestechung zu verleiten versucht, sofort verhaftet und den Behörden überliefert werden soll.

Köln, 11. April. Unsere Stadt war gestern der Schauplatz unruhiger Scenen. Es verlangten die Schiffzieher vom Oberbürgermeisteramte Entschädigung für den durch die Schleppdampfschiffe ihnen geschmälerten oder gänzlich entzogenen Unterhalt, die Arbeiter an der Rheinau eine Erhöhung ihres täglichen Lohnes von eilf auf 15 Sgr. u. dgl. Der künftige Regierungspräsident Hr. v. Wittgenstein, der die Beschwerden der Arbeiter zu untersuchen und nach Möglichkeit alsbald zu beseitigen versprach, trug viel zur Beschwichtigung der aufgeregten Menge bei. (Köln. Z.)

Köln, 11. April. Die Sträflinge im Arresthause haben sich empört, sich der Waffen der Wache bemächtigt, zwei Schließer, heißt es, ermordet. Als die Bürgergarde herankam, marschirte eine Compagnie ins Ge-

bände. Wir hörten zwei Salven. Mehrere Gefangene sollen geblieben seyn. Die Ordnung ist hergestellt. (Die Nacht ist ruhig vergangen.) (A. Z.)

Posen, 4. April. Ueber die Reorganisation scheint unzweifelhaft folgendes jetzt festgestellt zu seyn: Die oberste Civilleitung der Provinz erhält ein Pole, man meint Dr. v. Kraszewski; die beiden Chefs unter ihm sollen ein Deutscher und ein Pole seyn; das Präsidium in der Justiz kann ein Deutscher erhalten, wenn er der polnischen Sprache mächtig ist. Ein ähnliches Verhältniß soll je nach dem Nationalitätsübergewichte der Districte in den untern Beamtenstellen stattfinden. Zur Organisation eines nationalen Militärs ist General v. Willisen bestimmt. Die Fahnen der zu errichtenden Corps sollen den polnischen und den preußischen Adler führen; die Chargen und Ehrenzeichen, welche Polen während der Revolution von 1831 hatte, sollen bei dem neuen Corps ihre volle Anerkennung finden. Stadt und Festung Posen soll stets von preußischem Militär besetzt bleiben. So weit die Grundzüge der neuen Verfassung. Ein Brief der „Kölnischen Zeitung“ fügt diesen Nachrichten bei, daß General v. Willisen einen Beirath von 8 Personen (4 Polen, 4 Deutsche) um sich versammeln wolle.

Schleswig-Holstein.

Kiel, 10. April. Der Herzog von Augustenburg ist heute Abend von Berlin nach Rendsburg zurückgekommen. Se. Durchl. hat für den preußischen General von Bonin Befehle mitgebracht, nach denen dieser sofort in Schleswig einrucken, jedoch gleichzeitig einen Parlamentair mit einer letzten Aufforderung zur Räumung Schleswigs unter dem Bedeuten, daß im Widrigen das zehnte Armeekorps des Bundes diese erzwingen werde, an den König von Dänemark absenden solle.

Rendsburg, 10. April. Flensburg ist seit gestern, Schleswig seit heute im Besitze(?) der Dänen. Unsere Armee, dem überlegenen und besser angeführten wie montirten Feinde nicht gewachsen, hat nach tapfern Gefechten ihre Stellung bei Bau aufgegeben und sich bis nach Wittensee in der Nähe von Eckernförde zurückgezogen, wo es in diesem Augenblick gilt, eine Landung der Dänen zu verhindern. Bei Krusen und Hondewitt waren die Kämpfe am heftigsten. Unser Verlust ist nicht gering, mehre tapfere Officiere sind gefallen. In der wackern deutschen Stadt Schleswig wird von den Dänen arg gehaust werden. (A. Z.)

Es berichtet der „Hamburger Courier“ vom 11. Abends: Es hatten die schleswig-holsteinischen Truppen heute früh die Linie von Hollingstedt über Kropp nach Wittensee besetzt. Die Preußen standen zu Ahrenstedt, und die Dänen hatten Schleswig beim Abgange der letzten Berichte von dort noch nicht besetzt und standen bei Hellebeck. Indessen hat die provisorische Regierung die Communication mit Schleswig abgebrochen. Ein preußischer Officier war mit einem holsteinischen Trompeter als Parlamentär abgesandt, um im dänischen Heerlager das Ultimatum seines Monarchen zu überbringen. Ein Gerücht behauptet, die Antwort des Königs laute abschlägig.

Das 16te schleswig-holsteinische Bataillon, welches sich auf dem Rückzug unter dem Befehl des Grafen Baudissin sehr tapfer gegen vier dänische Bataillons geschlagen hat, soll stark gelitten haben. (Hamb. B.)

Etwa 4 oder 5 Kriegsschiffe und Dampfboote mit einigen Kanonenbooten haben sich gestern am Eingang des Flensburger Hafens gezeigt; sie schifften Truppen auf Alsen und Hondewitt aus. Eine bei Holnis liegende Corvette hat von 6 Uhr Morgens bis 4 Uhr Nachmittags Bomben an das Ufer geworfen. Zehn schleswig-holsteinische Prinzen sind in den Reihen der Krieger.

Braunschweig.

Braunschweig, 6. April. Durch ein heute erlassenes Gesetz ist die Oeffentlichkeit der Ständeverhandlungen bei uns eingeführt worden. (Frankf. J.)

Oesterreich.

Wien, 11. April. In der gestrigen Sitzung der Landstände haben diese die sogenannte Gilde aufgehoben. Somit kann jeder Nichtadelige Güter anerben, und erhält die Landtafelfähigkeit. Auch sind damit alle Gildegebühren abgeschafft. — Seit gestern scheint sich hier der Sturm der Katzenmusiken gelegt zu haben. — Gegen das neueste Preßgesetz erfolgt abermals ein Sturm der Opposition. (Augsb. Abdz.)

Italien.

Mailänder Bülletin vom 8. April Morgens. Peschiera ist noch österreichisch. Canneto, Piadena, Bozzolo und Marcaria (Orte einige Meilen westlich von Mantua) von den Piemontesen besetzt. Das piemontesische Heer im Anmarsch auf den Mincio. Die Legion Torre's steht schon auf der Linie dieses Flusses als Vorhut der Abtheilungen Trotti und Bes, welche den Auftrag hatten, jede Verbindung zwischen Mantua und Verona abzuschneiden. Der verfolgte Feind hat die Brücke von Goito gesprengt. — Vom 9. April. Am Morgen des 8. haben die piemontesischen Truppen die Oesterreicher in der Nähe der Brücke von Goito angegriffen (Goito am rechten Mincioufer). Nach etwa zweistündigem lebhaftem Gefecht machten sich die Piemontesen zu Herren der Stellung, wobei sie dem Feinde vier Kanonen und 2000 Gefangene abnahmen. (A. Z.)

Botzen, 9. April. Graf Gyulay hat die Stadt Treviso genommen. In Verona sind, durch siegreiche Vorgefechte piemontesische Uhlanen gefangen eingebracht. In Trient traf Oberst Zobl mit einem Bataillon des Königsjäger-Regiments ein. Nach einem Armeebefehl v. Radetzky aus Verona vom 3. sind die beiden unter ihm stehenden Armeecorps vereinigt und nach eigenem Schreiben des Marschalls an Feldmarschall Welden in Innsbruck vom 9. d. M. ist das I. Corps concentrirt um Villafranka, das II. hält Verona besetzt. (A. Z.)

Botzen, 10. April. Von Italien melden die neuesten Nachrichten zwei Vorpostengefechte am Mincio bei Goito und bei Montebello am 8. April. In der Nähe des erstgenannten Orts waren ein paar Compagnien des vierten Bataillons Kaiser-Jäger postirt. Die wenigen tapfern Tirolerjäger warfen den Feind und tödteten ihm viele Leute, besonders viele Officiere. Bald aber erhielten die Piemontesen beträchtliche Verstärkung von drei Batterien, und die Brücke ward von einem Artilleristen mit vielen nachdringenden Feinden in die Luft gesprengt. Am 9. früh war der Feind von unsern Vorposten verschwunden; er scheint bis Marcaria zurückgegangen. Unter den Gefallenen unsererseits ist der Jägerhauptmann Joseph Knezich. Ebenfalls am 8. d. Mts. stieß die auf Recognoscirung entsendete Brigade Liechtenstein bei Sorio auf ernsthaften Widerstand. 1000 Mann sogenannter Crociati vertheidigten Sorio und die dortige Zollbrücke. Diese wurde unter dem Befehl des Oberstlieutenants Martini von einer Abtheilung des italienischen treugebliebenen Infanterieregiments Haugwitz erstürmt, 2 Kanonen erobert und auch Sorio eingenommen, wo gleichfalls 2 Kanonen erbeutet wurden. Montebello soll in Flammen aufgegangen seyn. (A. Z.)

In Livorno waren am 7. April 600 Mann Neapolitaner angekommen.

Frankreich.

Der preußische Geschäftsträger, v. Hatzfeld, hatte am 10. eine Unterredung mit Lamartine, in der die Angelegenheiten Polens, Dänemarks und die deutschen Legionen den Gegenstand bildeten. Unmittelbar nach dieser Conferenz ging ein Courier nach Berlin ab.

Durch Decret der provisorischen Regierung werden die fremden Arbeiter unter den Schutz der französischen Regierung gestellt und die Sorge für die Ehre der gastfreien Republik der Hochherzigkeit des Volkes anvertraut.

Auch die letzte Colonne der deutschen Legion hat nun Paris verlassen.

Da die Lyoner Seidenfabriken jetzt nur wenig arbeiten lassen weil der Absatz stockt, so hat die Stadt Lyon anderthalb Millionen hergegeben, und dafür Seidenfabricate bestellt. Die Bestellungen der Regierung betragen zehn Millionen.

Großbritannien.

London, 10. April.

Das vielgefürchtete Chartisten-Monstre-Meeting in einem Aufzug von 10,000 Menschen ist friedlich abgelaufen. Es waren mehrere tausend Mann Truppen und gegen 150,000 jüngst beeidigter Special-Constabler rührig. Die Mannschaft an den Geschützen, alle Läden geschlossen, die öffentlichen und Lordshôtels reichlich besetzt. Die Riesenadresse für poples charte mit angeblich 5 Mill. Unterschriften ward vor den Sprecher gefahren.

Nach dem „Examiner“ hätte England die Vermittelung im Streit zwischen Dänemark und den Herzogthümern übernommen (aus Kiel 8. April wird der „Allgemeinen Zeitung“ ähnliches mitgetheilt).

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 28. März. Die Unruhen wiederholten sich, die Besatzung ist auf 7000 Mann verstärkt. Am 18. und 19. wurden 80 aus dem Volk getödtet und 100 verwundet. Die Truppen hatten 11 Todte und 50 Verwundete.

Bekanntmachungen.

Fremdenanzeige.

Baier. Hof. HH. Baron Künsberg, Regierungsrath v. Landshut; Samuells u. Prendergaß, Officiere aus England; Eiselien, Assessor v. Amorbach; Zava, Privatier v. Turin; Brauer, Privatier v. Mailand.

Gold. Hirsch. HH. Baron Sellière aus Frankreich; Herman, Kaufmann v. Basel; Wrick, Kaufmann v. Wien; Gordon, Rentier aus England; Bayer, Kaufmann v. Paris.

Hôtel Maulik. HH. Naget, Rentier aus England; Bernard, Particulier v. Eisenach; Herzegger, Kaufmann v. Zürich; Miß Naget aus England.

Gold. Hahn. HH. Huber Barnabas, Abt v. Augsburg; Trombauer, Kaufmann v. Nürnberg; Ingerer, Kaufmann v. Regensburg.

Gold. Kreuz. HH. Stöhr, Privatier von Sigmaringen; Hemmer, Privatier v. Karlsruhe; Fleischinger, Architekt von Ortenau.

Blaue Traube. HH. Bordrugg, Maier, und Baron v. Schaurrdeln v. Augsburg; Knochel, Bauconducteur v. Kandel; Kördlin, Junker von Regensburg; Lauterschläger, Ingenieurpraktikant v. Nürnberg; Escher und Badmer, Privatiers von Wien; Frhr. v. Ottenfels von Turin; Frl. v. Mündler und Frl. Montigny v. Kempten.

Stachusgarten. HH. Stader, Lithograph v. St. Gallen; Arnold, Professor v. Luzern; Obermaier, Student v. Regensburg; Scheben, Student v. Augsburg; Bauer, Student v. Passau; Mdm. Griesser, Particuliere v. Reichenhall.

Gestorbene in München.

Joseph Alami, Spänglergesell v. h., 18 J. alt; Ursula Lechner, Zimmermannsfrau v. h., 75 J. alt; Andreas Regele, b. Bäcker v. h., 37 J. alt; Franz Paul v. Haze, quiesc. k. Registrator, 70 J. alt; Franz Xaver Karl, Schneidergesell v. h., 53 J. alt; Heinrich Maier, Bergoldergesell v. h., 22 J. alt; Joseph Birker, Uhrmachergesell v. h., 22 J. alt; Maria Franziska Gehm, k. Oberstlieutenantswittwe v. Aschaffenburg, 74 J. alt; Martin Renner, ehem. herrschaftlicher Kutscher v. h., 67 J. alt.

Bekanntmachung.

2373. Zu Wolfratshausen wird ein neuer Brunnen aus dauerhaftem Sandstein im Wege der Submission erbaut.

Werkmeister, welche geneigt sind, diese Arbeit auszuführen, werden eingeladen, von dem genehmigten Plan, Voranschlag und Bedingnißheft dahier Einsicht zu nehmen und dann ihre Offerte verschlossen bis zum 15. Mai d. Js. hieher zu übersenden.

Am 13. April 1848.

Magistrat Wolfratshausen.

Zunderer,
Bürgermeister.

Für Schleswig-Holstein.

Den 14. April von P. . . . . 1 fl. 30 kr.

Zu weiteren Beiträgen für unsere braven deutschen Brüder wird hiemit dringend aufgefordert.

Expedition der Münchener politischen Zeitung,
Knödelgasse Nr. 2.

Münchener Schrannen-Anzeige vom 15. April 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest.	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	3043	2968	75	18	8	—	—	—	10
Korn	1854	1520	334	11	18	—	37	—	—
Gerste	1935	1923	12	9	22	—	—	—	14
Haber	1147	1114	33	5	45	—	—	—	4

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 99.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 1? auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag | XLIX. Jahrgang. | 17. April 1848.

Deutschland.

Verhandlung der Bundesversammlung. 33. Sitzung vom 13. April 1848. Von Seiten des königl. preußischen Gesandten wird die Mittheilung gemacht, daß, da die dänische Regierung ihre Absicht Schleswig mit Gewalt von Holstein zu trennen, unausgesetzt verfolge, zur Aufrechthaltung des status quo an die königl. preußischen Truppen unterm 10. April der Befehl in Schleswig einzurücken und nach der Lage der Dinge zu handeln, ergangen sey; wobei zur Vermittlung auch ferner die Hand geboten und die Rechte des Königs von Dänemark als Herzog von Schleswig stets anerkannt worden seyen. Die Bundesversammlung vernahm mit anerkennender Befriedigung diese Mittheilung, wodurch der Bundesbeschluß von gestern theilweise schon im Voraus seine Erledigung gefunden hat. Um übrigens keine Vorsichtsmaßregel unberücksichtigt zu lassen, wurde beschlossen, die königl. preußische Regierung zu ersuchen, bei der Verhandlung mit Dänemark zugleich ein Hauptaugenmerk auf die Sicherung des deutschen Handels und der deutschen Schifffahrt in der Ost- und Nordsee zu richten, und wo möglich durch Vertrag mit einer Seemacht für Schutz der deutschen Küsten und Seestädte Vorsorge zu treffen.

Frankfurt, 14. April. Aus ganz zuverlässiger Quelle erfahren wir eben, daß der deutsche Bundestag auf Anregung der Siebzehnercommission die Errichtung einer deutschen Kriegsmarine in lebhaften Angriff genommen hat. (Frkf. O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 14. April Morgens. Der Fünfzigerausschuß beschloß gestern Abend die Einberufung des ersten Stellvertreters (Hecker von Mannheim) statt des ausgetretenen Dr. Paur von Augsburg, ferner die Absendung einer Deputation (Raveaux, Blum, Lehne) um in Verein mit den Behörden auf Beseitigung der gewaltsamen Störungen der Rheinschifffahrt hinzuwirken. Die nach Kassel entsendete Deputation erstattete mündlichen Bericht, wonach die jüngsten Unfälle durchaus mit keinen Reactionsversuchen zusammenhängen, sondern bloß von einzelnen Gardes du Corps ausgingen, gegen welche strenge Untersuchung eingeleitet ist. Die Deputirten haben die Ministerverantwortlichkeit in voller Geltung angetroffen, auch ein äußerst liberales kurhessisches Wahlgesetz mitgebracht. Gegen die abweichende Ansicht einzelner Mitglieder (Biedermann, Kolb, Hergenhahn etc.) erkannte der Ausschuß die erhaltenen Aufschlüsse als befriedigend an. (A. Z.)

Aus Frankfurt, 13. April, schreibt man dem „Mannheimer Journal“: Das demokratische Comité in Frankfurt wird seinen Aufruf zurücknehmen und sich an den Fünfzigerausschuß anschließen.

Bayern.

Landtag.

München, 17. April. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XI. auf heute um 4 Uhr Nachmittags angesetzte öffentliche Sitzung. 1. Verlesung des Protokolls der X. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Vortrag des Referenten im V. Ausschuß über die Beschwerde des Priesters Kaspar Wolf in Regensburg gegen den Magistrat der Stadt Augsburg, wegen verweigerten Aufenthalts. — 4. Vortrag des Referenten im II. Ausschusse, Abg. Frhrn. v. Rotenhan: „die von dem königl. Staatsminister der Finanzen der Kammer der Abgeordneten vorgelegten Nachweisungen über die Verwendung der dem Centralfonde zugewiesenen Staatseinnahmen für das Jahr 1845/46 betr.“

††München, 17. April. Dem erblichen Reichsrath Grafen v. Waldbott-Bassenheim ist das erledigte Kreiscommando der Landwehr von Schwaben und Neuburg mit der dieser Stelle anhaftenden Eigenschaft eines Generalmajors der Landwehr übertragen worden. — Der Ministerialsecretär I. Class: im Staatsministerium des Innern, Andreas Nüßler, ist zum Landrichter in Weißmann befördert.

*†München, 17. April. Heute ist wieder eine Staatsrathssitzung gewesen, wahrscheinlich über die letzten Gesetzvorlagen (Ablösung und Ständewahl). — Ein heute ausgegebenes Regierungsblatt bringt den Abschied für den Landtag von Oberbayern über dessen Verhandlungen in den Sitzungen vom 15. — 26. Juni v. Js.

München, 15. April. Der interimistische französische Geschäftsträger, Humann, hatte die Ehre heute Mittags von Sr. Maj. dem König in einer Privataudienz empfangen zu werden (A. Z.)

Zufolge allerhöchster Entschließung wird nunmehr durch eine neue Conscription bei jedem Infanterieregiment ein drittes Bataillon, vorläufig zu 646, und bei jedem Jägerbataillon noch eine Division zu 216 Mann formirt, ferner jedes Cavalerieregiment um eine Escadron mit 150, jedes Artillerieregiment um 600 Mann und 200 Fuhrwesensoldaten, endlich das Genieregiment um 400 Mann vermehrt. (C. v. u. f. D.)

÷München, 17. April. Seit einigen Tagen geht das Gerücht von einem zunächst in Aussicht stehenden Act königlicher Großmuth. Se. Maj. König Max soll nämlich beabsichtigen, die in hiesigen Leihhäusern liegenden Pfänder unter 10 fl. auf Allerhöchstseine Kosten auslösen zu lassen. So königlich groß dieser Act wäre, eben so groß wäre auch der Dank der betreffenden Classe Bedürftiger, welche oft lieber auch das letzte Stück entbehren, ehe sie ihre Mitbürger um Hülfe anflehen und lästig fallen wollen, und wahrlich, eines glücklicheren Osterfestes dürften sich dieselben nicht leicht zu erfreuen haben.

München, 16. April. Heute ergeht folgender Aufruf: An die Bewohner von München und an alle Bayern. Die Sirenenstimme einer deutschen Republik ist vom Westen her erklungen und tönt überall wider, mit heuchlerischer Miene von Freiheit der Völker predigend, um sie in Sclavenketten zu schmieden. — Lasset Euch darum Ihr Alle, welche noch für Gott und Vaterland, für die Religion, Gesetzlichkeit und Wahrheit erglühen, nicht irre führen durch die süßen Worte: Freiheit und Gleichheit! nicht täuschen durch den Namen Republik! — Blicket hin auf Frankreich und seine Geschichte, damit Ihr von dort die Weisheit lernet, in der Republik keinen Himmel zu suchen, mag sie nun der Sache oder dem Namen nach herbeigeführt werden wollen. Kaum fünfzig Jahre sind es, daß Ströme von Blut zu Ehren der Republik geflossen, und Millionen durch das Glück der Republik zu Bettlern wurden, und abermals steht Frankreich, nicht weiser geworden durch die Erfahrung, im Begriffe, dasselbe Schauspiel zum zweiten Male aufzuführen. Ganz das Nämliche haben auch wir zu erwarten, wenn wir die Augen verschließen und nicht sehen wollen, wie die Vorsehung mit Flammenschrift Worte der ernstesten Warnung aufzeichnet. Nicht Freiheit ist es, was man Euch bringen will, sondern Umsturz alles Bestehenden, Auflösung aller Ordnung, Anarchie und Knechtung. Und was wird das Ende von diesem Allen seyn? Das Grab der wahren Freiheit. — Solch falscher Freiheit aber sind wir von ganzem Herzen abhold, wir wollen Freiheit und keinen Umsturz, so wenig als eine Reaction. Wir wollen ein constitutionelles Königthum, wo Jedem sein vollstes Recht werden kann. Wir hangen mit ganzem Herzen an unserem gesetzmäßigen Könige, Maximilian II., der, wie wir alle wissen, Freiheit und Gesetzmäßigkeit verwirklichen will und wird. Wir hangen mit ungetheilter Liebe unserem Vaterlande in seiner unverkümmerten Eigenthümlichkeit und seiner Unabhängigkeit an, ohne darüber die Liebe zum deutschen Gesammtvaterlande zu vergessen, und sind bereit, mit Gut und Blut dieses Alles zu vertheidigen und zu erhalten. — Mehrere Bürger Münchens.

*München, 16. April. Gestern Abend fand wiederum eine von vielen Hunderten besuchte Versammlung des politischen bereits sehr tüchtig wirkenden „Bauhofsclubbs“ im Zweibrückensaal statt. Eine abermalige Adresse, dießmal an's Ministerium, ward mit überwiegendster Mehrheit beschlossen, in welcher nur noch um Vorlage des provisorischen Stände-Wahlgesetzes, und wenn dieß berathen und beschlossen, um die sofortige Auflösung der versammelten und Einberufung der neuen Stände gebeten wird. (Also volles Mißtrauensvotum an die Kammer.) Außer einem mit großem Beifall aufgenommenen Antrag des Färbermeister Hrn. Ziegler auf „Gründung eines Gewerbevereins“ erwähne ich noch der mit ungeheurem Beifall ergriffenen Idee, für die täglich wachsenden Versammlungen um Benützung einer Kirche nachzusuchen. Für Montag ist die Adreßberathung festgesetzt.

||München, 16. April. Gestern fand die vierte Versammlung des politischen Clubbs im Zweibrückensaale statt, welcher wieder gedrängt voll Theilnehmer aus allen Ständen, dießmal der Mehrzahl nach aus dem Arbeiterstande war. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit der schon gestern angeregten Frage, ob ein Mißtrauensvotum gegen unsere Ständekammer beschlossen werden solle. Mehrere Redner entwickelten umständlich, wie die Kammer nicht das mindeste Vertrauen im ganzen Lande genieße und nicht genießen könne, da sie hervorgegangen sey aus einer Wahl, welche gebaut war auf ein System, das schon an und für sich unsern Zeitverhältnissen nicht mehr angemessen sey, welche Wahl überdieß durch eine dem Volke feindlich gesinnte Regierungsgewalt verdorben worden, und selbst aus dieser verdorbenen Wahl noch eine nicht geringe Anzahl nur aus der Minorität Gewählter in der Kammer sitze. Das Volk wolle nicht und könne nicht wollen, daß solche Volksvertreter, welche unter dem verhaßten aber gefürchteten Abel'schen Ministerium feig zu Allem ihr Ja gaben, was von der Regierung gefordert wurde, wenn sie jetzt auch liberal seyn oder scheinen möchten, noch länger über die wichtigsten Interessen des Landes berathe. In der Presse sey schon längst der Wunsch auf baldige Auflösung der Kammer ausgesprochen worden, diese kümmere sich aber um die Presse, somit um die öffentliche Meinung nichts. Nicht an dem sey es, daß die Einwohner Münchens, wie ein Abgeordneter öffentlich in der Kammer zu behaupten wagte, gerade diese Abgeordneten wolle oder gewollt habe; deutlich sey es in der Adresse der Münchener ausgesprochen,

daß diese Kammer nur schleunigst ein provisorisches Wahlgesetz berathen, und sofort einer neuen, mit dem Vertrauen des Volks beehrten und von diesem freigewählten Kammer zur Berathung und Beschlußfassung über die nothwendig neu zu gebenden Gesetze Platz mache. Ein gleiches Verlangen sey in den Adressen aller Städte und Provinzen ausgesprochen. Die Kammer habe bis jetzt nach vierwöchentlichem Bestehen fast nichts gethan; das Wenige, was geschehen, sey nicht den Wünschen des Volkes entsprechend. Entweder mangle es der Kammer an Fähigkeit oder an redlichem Willen. Da die Majorität der Kammer gegen die von mehreren verehrten Herren Abgeordneten ausgesprochene Ansicht, daß sie, die gegenwärtige Kammer, nicht mehr an ihrem Platze sey, deutlich die Absicht, so lange es möglich sey, auf ihren bequemen Sitzen zu bleiben, öffentlich ausgesprochen habe, sey es nothwendig, auf ihre alsbaldige Auflösung und nach Erlaß eines provisorischen Wahlgesetzes auf Einberufung einer verjüngten Kammer zu dringen, welche allein Gesetze berathen könne, wie sie sowohl zum Wohl des Volkes als zum Schutze des Thrones erforderlich seyen; sonst könnte sich die Meinung in der Kammer selbst und sogar im Staatsministerium befestigen, das Volk sey mit der gegenwärtigen Kammer zufrieden, und eine Auflösung derselben etwa gar unpopulär. Der Redner (Hr. Schleich) entwickelte in einem mit Ernst und Humor gemischten Vortrage wie die Majorität der Kammer jenem Bibeltexte zu huldigen scheine: „Hier ist gut seyn, hier laßt uns Hütten bauen," während sie vielmehr mit dem alten Simeon im Evangelium ausrufen sollte: „Herr, nachdem wir das Licht der Völker geschaut haben, laß deine Diener im Frieden scheiden!" — Auch gegen das Zweikammersystem, wenigstens in unserem Sinne, wo in einer Kammer nur eine Kaste vertreten sey, wurde gesprochen. Der Beschluß über die einzureichende Adresse wurde vertagt. — Während der Verhandlungen hatte sich eine Zwischendebatte ergeben, in der der Antrag gestellt wurde, es solle nach dem Beispiele des Vorparlaments in Frankfurt kein Redner länger als 20 Minuten sprechen, andere wollten dem Vorsitzenden das Recht einräumen, die Abkürzung einem Redner zu gebieten. Dagegen wurde von mehreren Seiten gesprochen, und es wurde zuletzt unbedingte Redefreiheit mit überwiegender Majorität beschlossen. Im zweiten Theil wurde über sociale Fragen gesprochen, und dabei vor Allem die Frage aufgeworfen, auf welche Weise größere und tüchtige Volksbildung, insbesondere der Arbeiter, vorbereitet, und deßfallsige Maßregeln bethätigt werden können. Die Debatte hierüber verlor sich bald in das Gebiet der rein gewerblichen Verhältnisse, wobei insbesondere ein Arbeiter (Hr. Rost, Waffenschmied) mit großer Sachkenntniß in einem guten Vortrage die Hindernisse welche einer freien gewerblichen Entwickelung und eines größeren Aufschwungs in Deutschland entgegenstehen, aus einander legte und auf mehrere Mittel, diese zu heben hinwies. Ein Meister (Hr. Ziegler, Färber) trug auf Bildung eines Gewerbvereines nach dem Muster des in Berlin bestehenden und Unterstützung desselben durch die Regierung an. Hieran knüpfte Hr. Ministerialrath und Professor Hermann einen längern Vortrag, in welchem er darthat daß man das Muster nicht in Berlin zu suchen brauche, daß in Bayern selbst mehrere solcher Gewerbsvereine, z. B. in Nürnberg, Fürth, Nördlingen, Kaufbeuern mit bestem Erfolge bestehen. Redner ging näher in das Wesen des Gewerbsvereins ein und erbot sich schließlich, vor der Versammlung oder ausschließlich vor Arbeitern öffentlich unentgeltlich Vorträge über Gewerbsverhältnisse und damit zusammenhängenden Fragen zu halten. Ein weiterer Redner (Hr. Dr. Riedel, Herausgeber der „Freien Presse") schilderte in gediegenen Worten das Todtliegen so vieler Capitalien für reale und radicirte Gewerbe als eines der Haupthindernisse der Entwickelung der Gewerbsverhältnisse und zeigte die Vortheile, die dadurch entstehen, wenn dieses Capital in den Verkehr komme. In kräftiger Rede schilderte hierauf Hr. Greiner, Concipient, wie schwer es auf dem jetzigen bureaukratischen Wege, selbst für die geschicktesten Arbeiter sey, die Ausübung eines Gewerbes zu erlangen, welche Nachtheile diese für die Gesellschaft hervorbringen, daß hauptsächlich darin die Ursache des Proletariats liege, und forderte dringend zur Berathung auf, wie diese Uebelstände beseitigt werden können. Hr. Dr. Drey sprach über Gewerbsfreiheit und die überwiegenden Vortheile, welche den Consumenten dadurch zukommen. Hr. Dr. Markgraf kündigte einen Vortrag über Volksbewaffnung mit besonderer Beziehung auf den Gesellenstand an. Verschiedenes wurde noch besprochen, der Vorsitzende sprach wiederholt aus, daß der Clubb nicht eine geschlossene Gesellschaft, sondern öffentlich und jedermann zugänglich sey; der Mangel eines genug geräumigen Locals dahier wurde beklagt und der Ausschuß ersucht, vom Cultusministerium, wo möglich die Benützung einer der vielen hiesigen Kirchen nach dem Beispiele Frankfurts und Nürnbergs zu einer Volksversammlung zu erlangen, in welcher die Wahlcandidaten zum Parlament in Frankfurt ihr politisches Glaubensbekenntniß ablegen sollen. Um 12 Uhr wurden die Verhandlungen geschlossen und die nächste Versammlung auf Montag den 17. d. M. im Zweibrückensaale anberaumt.

Augsburg, 16. April. Heute sind mehrere Augsburger nach Günzburg, wo Nachmittags eine Volksversammlung stattfindet, abgereist. (Augsb. Abdz.)

Bamberg, 14. April. Gestern hielten die achtbarsten Bürger Abends in dem Erlanger Hof eine äußerst zahlreiche Versammlung und wählten, nachdem sie die beiden, dem republicanischen Comité anhängenden Rechtsräthe (Titus, Prell) veranlaßt ihr politisches Glaubensbekenntniß abzulegen, ein neues Comité zum Behuf der Wahlen für den deutschen Reichstag. Advocat Burkhard II. nebst fünf andern, alle Männer constitutionell monarchischer Denkungsart, werden dasselbe bilden. (A. Z.)

Württemberg.

Die liberale Partei in Stuttgart hat sich in zwei scharf gespaltene Lager geschieden. Die frühern Radikalen Murschel, Federer, Seeger und Ostertag führen jetzt das Banner der Constitutionell-Monarchischen oder Liberal-Conservativen, unter welchem sich die Aristokratie der Geburt und des Gelds, die Bureaukratie und der Stand der Weingärtner schaart. Die andere Partei, die reinen Demokraten oder Radikalen, hat sich aus dem kleinen Handwerkerstand und Proletariat recrutirt und hat die Herren Dr. Scheer, Adolph Weißer, Gried, Zimmermann, Rödinger, Täfel, Bierbrauer Kolb, Schuhmacher Kötzle, Lithograph Malte und Kraus, den Kaffeewirth Werner u. s. w. an der Spitze.

Schwetzingen, 14. April. Heute soll der Marsch der Republicaner des Seekreises nach Karlsruhe beginnen, um der dortigen Regierung ein Ende zu machen. In Villingen und Donaueschingen erwartet, die Mehrzahl das Einrücken unserer Truppen, das am Montag erfolgen soll. (Schw. Mkr.)

Baden.

In Karlsruhe hat ein Aufzug von 400 M. Arbeitern dem Abgeordneten Itzstein vor seinem Hause und dem eingesperrten Fickler „Lebehochs" ausgebracht,

Karlsruhe, 15. April. Abends 6 Uhr. Hecker soll mit 4000 Mann von Stockach aus in einer Proclamation die Republik verkündet haben; die Republicaner sollen sich mit den einziehenden Bundestruppen schlagen und der Einfall aus dem Elsaß geschehen seyn oder ganz nahe bevorstehen. Alles ist sehr ängstlich.

(Schw. Mkr.)

Konstanz, 12. April. Gestern Abend kam Hecker hier mit der Post von Zürich an und stieg im selben Gasthofe ab, wo Struve Tags vorher schon eingetroffen war. Es blieb auf den Abend Alles ruhig, außer daß gegen 8 Uhr einige fünfzig der auswärtigen hier in Arbeit stehenden Handwerksgehilfen (Sensenmänner) vor dem badischen Hofe sich versammelten und Hecker ein Hoch ausbrachten. Schon Tags vorher waren sie durch einen gewissen Bruns aus Norddeutschland (ein höchst verdächtiges Individuum) zu Demonstrationen aufgestachelt worden. Das Hoch fiel sehr kühl aus, da nur etwa 20 Zuschauer außerdem noch anwesend waren, bei welchen weder diese Demonstration noch die kurze Erwiderung Hecker's Eindruck machte. Im Gefolge Struve's ist auch der Kölner Abgeordnete Willich und ein gewisser Doll hier angelangt, welcher Letztere lange in Paris gelebt und von da kürzlich angelangt seyn soll: Es stehen Bewaffnete vor dem badischen Hofe, man scheint also Verhaftungen zu befürchten. — Abends 5 Uhr. Alles ist im größten Aufruhr; man hat eine Proclamation erlassen, worin die Republik proclamirt wird. Eigenmächtig hat man von Seiten der Revolutionäre eine Volksversammlung ausgeschrieben, ohne dabei weder das hiesige Volkscomité noch den Gemeinderath zu benachrichtigen. Alles rennt in der größten Aufregung durcheinander; alle Läden werden geschlossen und die Häuser verriegelt. Die Schelle geht und ruft im Namen des Bürgermeisters alle guten Bürger und Einwohner zu jener Volksversammlung. Man stellt von Seiten des Gemeinderaths noch vor der Versammlung die fremden Berufer derselben zur Rede, und diese finden schon hier einen Widerstand von Seiten des Gemeinderathes, der viel früher schon hätte der bisherigen Anarchie sollen entgegen gesetzt werden. Der Saal des neuen Stadthauses ist zum Erdrücken angefüllt, die Gallerien müssen geräumt werden, um auch dort noch die Menge heraneilender stimmfähiger Bürger zu fassen, die Gänge sind außerhalb alle noch besetzt, und auf der Straße harren die Frauen und Mütter im Regen, voll Angst und Sorge. Es kommen Bürger heute, die man sonst nie in Versammlungen sah. Hecker besteigt die Tribüne; seine Rede findet die übliche Acclamation der kleinen Fickler'schen Bande; sie bewegt sich auf dem Gebiete der Theorien und goldenen Träume. Mit scharfen Zügen zeichnet er unsere Vergangenheit, unsere Zukunft unter dem beglückenden Banner der Freiheit malt er mit glühenden Farben aus. Baden müsse vorangehen, es werde ganz (?) Deutschland ihm nachfolgen. Er entwirft ein glänzendes Bild von dem freien Zustande Nordamerica's, vergißt aber die Demoralisation zu erwähnen, die nirgends größer ist wie dort. Er schließt mit den Worten, daß er bereit, Alles zu opfern, und verwahrt sich gegen Landesverrath und Befreiung durch französische Hilfe. Ihm folgt Bürgermeister Hüetlin. Heute tritt er mit Mannesmuth und Festigkeit auf, und stellt namentlich das Chimärische eines bewaffneten Auszuges nach Karlsruhe rc, so wie die Gefahr, die Verantwortung dar, seine Mitbürger zur Schlachtbank und zum Untergang zu führen. Es sprachen darauf noch Advocat Würth, H. Katzenmaier, Arzt Vanotti und Kaenzer im ähnlichen Sinne gegen Hecker. Zwar Alle betheuerten, republicanische (?) Gesinnungen zu haben, waren aber der Meinung, man müsse sich der Majorität von Offenburg, von Frankfurt fügen und den Bürgerkrieg vermeiden. Einige unbedeutende Individuen, wie Sattler Steiz, predigten ziemlich unverholen Communismus, allein sie wurden derb abgewiesen. Die Versammlung wird auf Antrag des Bürgermeisters ohne Abstimmung aufgehoben. — (Abends 8 Uhr.) Es geht die Nachricht hier ein, daß gleichzeitig mit Hecker v. Struve in Ueberlingen gewirkt, und daß es ihm gelungen, dort die Republik zu proclamiren. Eben so hört man, daß Advocat Vanotti die benachbarte Gemeinde Allmannsdorf aufgewiegelt und zur Versammlung nach Constanz gebracht habe. Es sey ihm jedoch nicht gestattet worden, bewaffnet in die Versammlung einzudringen; daraus erklärt sich der Lärm, welcher sich an der Thüre des Versammlungssaales während der Berathung erhob.

Konstanz, 13. April. Heute Morgen gegen 8 Uhr rückte Hecker in Begleitung von etwa 40 Bewaffneten, meistens dem ersten Zuge hiesiger Volksmiliz angehörig, unter Trommelschlag von hier nach Stockach aus, um, wie es heißt, mit den Ueberlingern und andern von Struve revolutionirten Banden zusammenzustoßen. Keiner der Officiere noch Unteroffiziere hat sich diesem unsinnigen, widerrechtlichen und tollkühnen Unternehmen angeschlossen. Im nächsten Dorfe, in Wollmatingen, angekommen, habe Hecker eine Anrede an das Volk gehalten und zur Theilnahme aufgefordert, allein man habe ihm bedeutet, daß die Feldarbeiten jetzt Derartiges nicht erlaubten und daß es auf eine Handvoll Wollmatinger nicht ankommen würde. Der Zug setzte hierauf seinen Marsch weiter fort. Wir berichten dieß mit blutendem Herzen, weil sich zwei Männer ins Unglück stürzen, welche vermöge ihrer Energie als Mitglieder der constituirenden Versammlung zu den schönsten Hoffnungen berechtigt hätten. Konstanz ist nüchterner wie je; die gute Bürgermeinung wagt allmählig hervorzutreten; nur fehlt uns ein gutes Localblatt, denn die Seeblätter werden nie vernünftig werden, und die Konstanzer Zeitung ist nur das Echo derselben. Auch von der Baar laufen beruhigende Nachrichten ein. Man hat bis heute noch keine Nachrichten über Fickler's Anklagepuncte; wir sehen detaillirten Berichten entgegen. — Soeben kommt uns eine Nachricht zu, welche uns jedoch sehr unwahrscheinlich klingt; es sollen nemlich einige hundert deutsche Arbeiter aus der Schweiz über den Untersee herübergebrochen seyn und sich mit Hecker vereinigt haben.

(Karlsr. Z.)

M' Bürgermeister Hüetlin in Konstanz hat unter dem 11. April der würtembergischen Dampfschiffahrtsgesellschaft in Friedrichshafen angezeigt, er könne laut Gemeinderathsbeschluß keine würtembergischen und bayrischen Truppen einlassen, die Konstanzer würden nöthigenfalls die Dampfschiffe, welche Truppen bringen wollen, mit Kanonen zurückweisen. (Schw. Mkr.)

Aus der Ortenau, 14. April. In Constanz soll wirklich die Republik ausgerufen seyn. Stockach und Villingen sind dagegen. Im anarchischen Amt Instetten wäre der Befehl zur Verkündung der Republik und zum Abmarsch ins Vaterland angelangt. (Karlsr. Z.)

Aus dem Wiesenthal, 12. April. Die Parlamentswahlen fallen wahrscheinlich republicanisch aus.

Sächsische Herzogthümer.

Weimar, 8. April. Die Regierung hat die Volksbewaffnung gesetzlich anerkannt. (Wes. Z.)

Aus Coburg vom 5. April. Am 3. dieß wurde unser außerordentlicher Landtag in solenner Weise von dem Herzog in eigener Person eröffnet. Der Thronrede zufolge sind Gesetzes-Entwürfe über eine Reihe von Zeitforderungen bereits übergeben oder sollen folgen. Auf die Jagdfrohnen verzichtet der Herzog, ebenso auf die Jagdberechtigung auf fremdem Grund und Boden. (Frkf. Z.)

Kurhessen.

Kassel, 11. April. In der gestrigen Sitzung wurde der Gesetzentwurf wegen der Wahlen zum deutschen Parlament berathen. Kurhessen wählt 11 Vertreter; es finden Urwahlen statt, welche auf den 18. April festgesetzt sind. Der Gesetzentwurf wurde einstimmig angenommen. — Die seit 17 Jahren vergeblich ersehnten Gesetzentwürfe wegen Wildschadens und Auseinandersetzung der Lehens- und Meierverhältnisse wurden gestern den Ständen vorgelegt. (Fr. Z.)

Dem „Frankfurter Journal" schreibt man aus Kassel vom 11. April: Die Ruhe ist seit gestern Abend wieder hergestellt. Man hörte gestern Nacht an vielen Orten den Ruf: „Es lebe die Republik, weg mit dem Kurfürsten! und wahrlich nicht von solchen, die der untersten Volksclasse angehören, sondern von Leuten, die politische Bildung besitzen, und die fest entschlossen sind, ihre Ansichten auch thatsächlich durchzusetzen, sobald sich die Gelegenheit dazu bietet.

Gr. Hessen.

Darmstadt, 12. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer legte Staatsminister v. Gagern einen Gesetzesentwurf wegen der Wahl der Mitglieder für das constituirende deutsche Parlament vor, der in mehrere Paragraphen zerfallt. Wahl von zwölf Abgeordneten. Mittelbare Wahl, als dem Zweck angemessener (Urwahlen, Bezirkswahlen) — Wahlfähig jeder, der 21 Jahre alt und Staatsbürger ist — Religion, kein Hinderniß — Spielraum für die Candidaten. Wählbar jeder volljährige deutsche Staatsbürger. Der Gesetzesentwurf wurde sogleich an den Gesetzgebungsausschuß gewiesen, der bis morgen berichten soll. Auf übermorgen ist die Berathung vorausbestimmt. (Fr.-O.-Z.)

Offenbach, 12. April. Heute sind hier Truppen nach den standesherrlichen Bezirken Oberhessens abmarschirt. In Friedberg soll sich noch eine weitere Truppenabtheilung anschließen. Dem Vernehmen nach sind je 300 Mann zum Schutze des Eigenthums in den beiden Standesherrschaften Büdingen und Laubach bestimmt. Sind wir recht unterrichtet, so haben die Standesherren sich urkundlich verpflichtet, die Schuld ihrer Voreltern und des alten Feudalstandes überhaupt durch ihre aufrichtige Einverleibung in das allgemeine gleichberechtigte Staatsbürgerthum zu sühnen. (Frankf. J.)

Preußen.

Berlin, 12. April. Die Commission zur Berathung einer neuen Verfassung der evangelischen Kirche ist unter Vorsitz des Cultusministers gestern zusammengetreten. Auf den freiesten Grundlagen soll die Reform erwachsen. Die Altlutheraner und freien Gemeinden werden mit eingeschlossen, und jeder Eingriff des Staates soll nach Erklärung des Ministers fern bleiben. Die Commission wird ein Wahlgesetz entwerfen; es werden darnach Kreis- und Provinzialsynoden und aus ihnen die Landessynode gleichsam als constituirende Kirchenversammlung zusammentreten.

Die Fuhrleute haben in Deutz eine Versammlung gehalten, worin sie bestimmten, daß fortan keine Waaren auf Dampfschiffen und Eisenbahnen befördert werden sollten, sondern alles mit Wagen und Pferden — sonst ständen sie für nichts! Aehnliches wird aus Barmen gemeldet. Im Bergischen haben viele kleinere Fabriken ihre Arbeiten bereits eingestellt, und die großen Fabricanten schreiben, daß sie in wenig Wochen ebenfalls dazu genöthigt seyn würden. Schon schweben die benachbarten Gegenden in Angst vor den angekündigten Banden der Arbeiter. Der Hunger ist der schlimmste Revolutionär. Die eigentlich politische Anregung hat sichtlich etwas abgenommen. Die in Frankfurt unterlegene Partei der offenen und heimlichen Republicaner bläst möglichst in die Kohlen. Sie wollen großentheils mehr als die Republik, sie wollen das Utopien, wo jedem nichts und alles gehört. „Ihr hungert?" sagen sie zum Volke, „warum geht ihr nicht in die Conditorläden? Ihr klagt über schlechte enge Wohnungen? Seht ihr nicht all die schönen leerstehenden Häuser? Geht doch hinein und machts euch bequem." So deutlich redet diese Partei freilich nicht immer, aber unter den Bürgern hat sie großen Unwillen erregt. Diese treten den „Wühlern" mit Wort und Schrift nachdrücklich und sogar drohend entgegen. Sie üben sich eifrig in den Waffen. Doch lassen sich die Republicaner bis jetzt nicht einschüchtern, predigen in Stadt und Land und preisen die künftige wohlfeile Regierung, die uns sehr theuer zu stehen kommen möchte. (A. Z.)

In und um die Stadt Trzemeszno bei Gnesen im Posenschen, wo man die preußischen Wappen abgerissen, die preußischen Beamten durch polnische ersetzt, die öffentlichen Cassen in Beschlag genommen und zuletzt die polnische Republik ausgerufen, stehen 5000 bewaffnete Polen.

Posen, 11. April Abends. In der Stadt Trzemeszno hat der Kampf begonnen. Die Sensenmänner, zwar von den Truppen zurückgedrängt, hatten doch noch den größten Theil der Stadt inne. (A. Z.)

Schleswig-Holstein.

Rendsburg, 10. April. Endlich hat die provisorische Regierung das Volk en masse zu den Waffen gerufen. (Wes. Z.)

Rendsburg, 11. April. An den Gefechten bei Bau, Krusau, Handewitt war nur die kleine Hälfte unserer Armee betheiligt. Von unserer Seite sind etwa 250 M. gefallen, von den Dänen die doppelte Zahl. Die Freischaaren der Dänen sind fast vernichtet, von den unserigen indeß auch viele versprengt. (A. Z.)

Nach dem „Rendsburger Tagblatt" betrug die Zahl der dänischen Truppen bei dem Gefechte bei Flensburg 24,000, von denen 18,000 von Norden, 6000 von Holnis her vordrangen. Unterstützt wurden sie durch sieben im Hafen liegende Kriegsschiffe.

Die Dänen sollen gegen 700 Gefangene bei Holnis gemacht haben. Ein dänisches Corps ist in Eckernförde gelandet und hat Großeckernförde am schleswig-holsteinischen Canal besetzt. — Der Parlamentär des Oberst v. Bonin ist ohne Anerkennung zurückgekehrt. — Am 11. um 4 Uhr waren die Dänen noch nicht in Schleswig. — Die Preußen stehen bei Arenstedt und Davenstedt, die Schleswig-Holsteiner zu Hollingstedt bei Wittensee und Sehestedt.

Altona, 12. April. Von den vermißten Kieler Studenten und Turnern haben sich viele wieder eingefunden.

Hannover.

Hannover, 6. April. Unsere beiden Kammern haben mit der verfassungsmäßig nöthigen Einstimmigkeit in dreimaliger Berathung die Aufhebung des Schlußparagraphen der Verfassung beschlossen, durch welchen Verfassungsänderungen gehindert waren. Man geht jetzt an die Aenderungen der Verfassung selbst. Das Ministerium hat eine Reihe von Anträgen zum Zweck dieser Verfassungsänderung angekündigt, die sich auf Abschaffung der Befreiung von Staats- und Gemeindelasten beziehen; auf Herstellung eines für Alle gleichen, auf Oeffentlichkeit, Mündlichkeit und Schwurgerichten begründeten Gerichtsverfahrens; auf Herstellung größerer Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Gemeinden; auf Wiedervereinigung der getrennten Kassen; auf die richtige Stellung der Staatsverwaltung zu den Rechten der Einzelnen und der Gesammtheit des Landes. Das Ministerium arbeitet mit größter Anstrengung. Das Preßgesetz ist von beiden Kammern bereits angenommen, ebenso das sog. Tumultgesetz, wonach die Gemeinde für den Schaden aufkommen muß, der an öffentlichem oder Privateigenthum durch Tumult verursacht worden ist. — Unsere blutigen und drückenden Jagdgesetze und Jagdrechte sind bereits durch ein gestern verkündetes Gesetz, das den blutigen §. 22 des Jagdgesetzes von 1840 zurücknimmt, bedeutend gemildert und werden es noch mehr werden durch umfassende Vorlagen, welche in den nächsten Tagen an die Kammern kommen werden. Nach diesem §. 22 waren alle Forst- und Jagdbediente, sowie die ihnen zum Schutze beigegebenen Hilfsmannschaften befugt, auf bewaffnete fliehende Wilddiebe, wenn sie auf zweimaligen Anruf die Waffen nicht abgelegt hatten, zu schießen. Die vielen traurigen Opfer, welche dieses unheilvolle Gesetz gekostet hat, sind noch unvergessen.

Hannover, 8. April. Bei der Adreßberathung der ersten Kammer kam es zu einer sehr interessanten Discussion über die Aufhebung des Adels. Folgender Paragraph der Adresse gab dazu Veranlassung: „Die Aufhebung der Vertretung des Adels als solchen in der Allgemeinen Ständeversammlung, sowie die Aufhebung aller Vorzüge der Geburt für den Adel unbeschadet der Privatrechte, sind zur Entwickelung einer freieren Verfassung, zur Begründung eines neuen kräftigen Lebens, zur Herstellung des Geistes der Eintracht, in dem das Heil und die Sicherheit Aller beruhet, vor Anderm dringend erforderlich." Derselbe wurde dahin abgeändert: „die Aufhebung des niedern Adels als solchen in der allgemeinen Ständeversammlung, so wie die Beseitigung aller rechtlich bestehenden und thatsächlich gestatteten Vorzüge der Geburt und des Standes bei Besetzung der Civil- und Militärämter, sind zur Entwickelung &c."

Hannover, 9. April. Das Ministerium hat gestern in vertraulicher Sitzung die Eröffnung gemacht, daß nach officieller Erklärung Englands, falls die Bundesarmee englische Unterthanen und englisches Eigenthum nicht verletzen werde, in dem etwanigen Bundeskriege gegen Dänemark seinerseits sich neutral halten werde. Darauf bewilligten die Stände für die diesseitige Expedition nach Schleswig-Holstein 500,000 Thlr. (Wes.-Z.)

Freie Städte.

Hamburg, 8. April. Man schreibt der „Kölnischen Zeitung": In Folge der Wegnahme einiger Schiffe aus den Herzogthümern ist hier eine Assecuranz fast nicht mehr zu beschaffen, was nicht nur eine Störung des gesammten überseeischen Geschäfts herbeiführen muß, sondern auch jede Versendung unmöglich macht. Der Handel auf der Ostsee hat schon bedeutend gelitten. Die Stockung im Geschäft hat große Sparcassenkündigungen zuwege gebracht; in voriger Woche wurden allein 200,000 Mark gekündigt. Ein großer Theil der Handwerker und sonstigen Arbeiter ist arbeitslos. (A. Z.)

Hamburg, 10. April. (6 Uhr.) So eben trifft hier von Berlin aus per Estafette die Ordre ein, schleunigst in Schleswig einzurücken. — (7 Uhr.) Soeben zieht die preußische Artillerie über den Wall; 6 Stück Geschütz, nämlich 2 Haubitzgranaten und 4 Kanonen; Munitionswägen und Pulverfässer (in einigen großen Tonnen besonders verpackt) begleiten diesen ersten Artillerie-Train.

Oesterreich.

Wien, 12. April. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin sind gestern aus Preßburg, wohin sie jüngst sich begeben, zurück hier eingetroffen. — Der Kaiser hatte die Reichsversammlung durch eine Thronrede in ungarischer Sprache geschlossen. Unermeßlich war der Enthusiasmus bei der Abreise der Majestäten. Im Juli wird der Reichstag in Pesth wieder eröffnet werden. So eben erläßt die Generalartilleriedirection die Anordnung, daß aufs Schleunigste 200 Mann Artillerie nach Ulm und 200 Mann Artillerie nach Rastatt in Marsch gesetzt werden. — Erzherzog Johann ist heute nach Innsbruck abgereist. (Augsb. Abdz.)

Wien. Se. Maj. der Kaiser hat das nachstehende Allerhöchste Cabinetsschreiben zu erlassen geruht: „Lieber Freiherr v. Pillersdorff! Um meinen treuen Pragern einen wiederholten Beweis Meiner offenen landesväterlichen Gesinnungen und Meiner Sorgfalt für das Wohl des Königreichs Böhmen zu geben, fordere ich Sie auf, den Abgeordneten im geeigneten Wege auf das Mir überreichte Gesuch folgendes zu bedeuten: 1) Die böhmische Nationalität hat durch vollkommene Gleichstellung der böhmischen Sprache mit der deutschen in allen Zweigen der Staatsverwaltung und des öffentlichen Unterrichts als Grundsatz zu gelten. 2) Zu dem ersten, nächstens einzuberufenden böhmischen Landtage sind alle Stände des Landes zu versammeln. Diese Ver-

sammlung hat aus einer alle Interessen des Landes umfassenden gleichmäßigen Volksvertretung auf der möglichst breiten Basis der Wahlfähigkeit und Wählbarkeit, mit dem Rechte über alle Landesangelegenheiten zu berathen und zu beschließen, zu bestehen. In Folge dessen genehmige Ich über ein neuerliches Ansuchen der damaligen Petenten, daß an dem nächsten böhmischen Landtage nachstehende Volksvertreter theilzunehmen haben: a) diejenigen, welche bisher landtagsfähig waren, mit der die königlichen Städte betreffenden Abänderung, daß b) die königl. Hauptstadt Prag zwölf Vertreter aus dem Bürgerstande, jede der übrigen königl. Städte des Königreichs aber wenigstens einen, c) jede andere Landstadt, welche wenigstens 4000 Seelen zählt, gleichfalls einen Deputirten zu wählen berechtigt ist; d) bei einer Bevölkerung von 8000 Personen und darüber kann jede Landstadt zwei Deputirte in den böhmischen Landtag senden; e) die Prager Universität ist durch den Rector Magnificus und überdieß jede Facultät derselben, sowie auch die Technik, je durch einen Deputirten zu vertreten; f) zur Vertretung aller übrigen Volksclassen, welche nicht schon in den vorstehenden Absätzen begriffen sind, hat jeder Vicariatsbezirk zwei Deputirte abzusenden. Zur Wahl der Volksvertreter ist auf dem Lande jeder Staatsbürger berechtigt, welcher eine Steuer zahlt, in den Städten aber jeder Bürger. Außerdem wird zur activen Wahlfähigkeit das zurückgelegte 24ste Lebensjahr gefordert. Die passive Wahlfähigkeit hingegen wird durch die Landeseingeburt und durch ein Alter von mindestens 30 Jahren bedingt. In beiden Beziehungen sollen aber von der Wahl und Wählbarkeit ausgeschlossen seyn: alle unter Curatel stehenden Personen, ferner alle Cridatare, so lange nicht ihre Unschuld durch gerichtliche Erkenntnisse sicher gestellt ist, und alle jene, welche wegen eines entehrenden Verbrechens oder wegen einer derartigen schweren Polizeiübertretung in Untersuchung gestanden und nicht für schuldlos erklärt worden sind. Diese Bestimmungen über die Verstärkung und Art der Wahl der Volksvertretung haben jedoch nur in so lange zu gelten, als hierüber im constitutionellen Wege nichts anderes definitiv beschlossen wird. 3) Die Errichtung verantwortlicher Centralbehörden für das Königreich Böhmen in Prag mit einem ausgedehnteren Wirkungskreise wird bewilligt. 4) Die Bitte um die Vereinigung der Länder Böhmen, Mähren und Schlesien unter Eine Centralverwaltung in Prag und unter einem gemeinschaftlichen Landtage hat einen Gegenstand der Verhandlung auf dem nächsten Reichstage zu bilden, wobei die ebengenannten Länder Böhmen, Mähren und Schlesien vertreten seyn werden. 5) Die Aufhebung der privilegirten und Patrimonialgerichte, die Einführung unabhängiger Bezirksgerichte, des öffentlichen und mündlichen Verfahrens, wie auch die Auflösung des Unterthansverhältnisses, sollen Gegenstände constitutioneller Beschlüsse der neuen Landstände und die Aufgabe einer vorzüglichen Fürsorge Meines Ministeriums des Innern seyn. Doch will Ich jetzt schon, daß der §. 10 des Unterthanspatentes vom 1. Sept. 1781, dann die beiden §§. 2 und 7 des Unterthans-Strafpatents vom 1. Sept. 1781, insofern dieselben den Vollzug der obrigkeitlichen Verfügungen ohne Rücksicht auf vorliegende Recursbeschwerden des Unterthans zulassen, sogleich als aufgehoben betrachtet werden. Wegen gänzlicher Aufhebung der Robot gegen Entschädigung ist in Meinem Patente vom 28. März 1848 bereits die Verfügung getroffen. Die freie Religionsübung der christlichen und des israelitischen Cultus neben der katholischen als Staatskirche aufrecht erhaltenen Religion wird zugestanden. Die der Zeit und den Localverhältnissen angemessene bürgerliche Stellung der Juden in Böhmen hat einen Gegenstand reiflicher Erwägung am böhmischen Landtage zu bilden. 6) Eine selbstständige Gemeindeverfassung mit eigener Vermögensverwaltung und freier Wahl der Beamten ist bereits angeordnet, und die nähern gesetzlichen Bestimmungen hierüber werden gleichfalls auf den Landtag verwiesen. 7) Dem Wunsche nach Preßfreiheit ist bereits durch das Patent vom 15. März l. J. und durch das seitdem erlassene provisorische Preßgesetz vom 31. März d. J. entsprochen; und ein neues Preßgesetz wird dem nächsten Reichstag zur definitiven Schlußfassung vorgelegt werden. 8) Der Bitte um den Schutz der persönlichen Freiheit gegen willkürliche Verhaftungen ist durch den Erlaß Meines Ministers des Innern vom 28. März l. J. und durch das zugesicherte öffentliche Verfahren entsprochen. 9) Von nun an sollen in Böhmen alle öffentlichen Aemter und Gerichtsbehörden nur durch Individuen, welche beider Landessprachen kundig sind, besetzt werden. 10) Die theilweise Aufhebung und Ermäßigung der Verzehrungssteuer ist bereits verfügt worden, und was die neuerliche Bitte der böhmischen Deputirten um weitere Mäßigung oder wo möglich gänzliche Aufhebung der Verzehrungssteuer für die nothwendigsten Nahrungsmittel, insbesondere für Brod, Korn, Kornmehl und Bier in Prag betrifft, so wird hierüber bei den administrativen Behörden gleichzeitig die Verhandlung eingeleitet. 11) Die Nationalgarde, sowohl für Städte als auch für das flache Land, ist durch das Patent vom 15. März l. Js. bewilligt. Ueber die Bewaffnung und Organisirung derselben wird nächstens ein besonderes Gesetz erfolgen. 12) In Betreff um ein neues Militär-Recrutirungsgesetz enthält mein Cabinetsschreiben vom 24. März d. J. bereits die Zusicherung. 13) Freies unbedingtes Petitionsrecht ist bereits zugestanden, sowie auch das Associationsrecht durch das Staatsgrundgesetz geregelt werden wird. 14) Für die gründliche Ausbildung und für eine ausreichende Dotation der böhmischen und deutschen Schullehrer wird ebenso wie für eine zweckmäßige Einrichtung der Gymnasien und aller Bildungsanstalten durch einen neuen Studienplan im Wege des zu diesem Ende errichteten Ministeriums des öffentlichen Unterrichts Sorge getragen. Die Petition der Prager Studirenden erhielt bereits die definitive Genehmigung. Was die gebetene Mitbeeidigung des gesammten k. k. Militärs und aller Staatsbehörden auf die Constitution betrifft, so erwarte Ich von dem Vertrauen und einer ruhigen Würdigung die allgemeine Ueberzeugung, daß dieser Punct nur in dem Staatsgrundgesetze selbst festgesetzt werden kann. Wien am 8. April 1848. Ferdinand mpr."

Italien.

Vor der Stadt Neapel kam am 4. ein englisches Geschwader an: 6 Linienschiffe, 666 Kanonen stark, und außerdem 3 Dampffregatten.

Frankreich.

Paris, 13. April.

Die provisorische Regierung erklärt laut Decret, die öffentliche Schaustellung der Verbrecher für aufgehoben.

Von der Republik Venedig und vom Staatsrath des Kanton Waadt sind Adressen an die provisorische Regierung ergangen. — Die Aufschübe und Vergünstigungen, welche die Wechsel und andere Papiere durch Beschluß vom 8. März erfuhren, sind neuerdings bis zum 24. Mai erdehnt.

Eine Verordnung des Ministers des Innern enthält (wie schon kurz erwähnt) Vorschriften über die Bekleidung und Bewaffnung der Nationalgarde. Ein Rock von blauem Tuch mit scharlachrothen Aufschlägen, blaue Hosen mit scharlachrothem Vorstoß, Tschako von schwarzen Filz mit einem Blech, worauf ein Hahn mit ausgebreiteten Flügeln, dessen Kopf rechts gewendet, der linke Fuß auf eine Kugel, wovon der Name der Legion oder des Bataillons abgeschnitten ist, der rechte Fuß auf die Fasces der Republik gesetzt ist. Dazu kommt eine metallene Cocarde mit den Nationalfarben: in der Mitte blau; der Zwischenstreifen weiß; der äußere Streifen roth. Die Uniform ist auf Einfachheit und Wohlfeilheit berechnet, damit jeder Bürger im Stande sey, sich dieselbe selbst anzuschaffen.

Paris, 9. April. Unter den zahllosen Clubs, die hier bestehen, übt keiner einen so entschiedenen Einfluß auf die Regierung, als der „Club der Revolution", dessen Präsident Barbès ist. Gestern Abend ward in diesem Club nach einer langen Discussion beschlossen, die Regierung durch das Comité des Clubs zur Fassung folgender Maßregeln einzuladen: 1) sich der Bank von Frankreich zu bemächtigen, „die bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge die Dienste, die man von ihr fordert, nicht leisten kann;" 2) aller Assecuranzanstalten sich zu bemächtigen (der gestrige Moniteur enthielt zwei Decrete des Handels- und Ackerbauministers, welche die Privilegien zweier solcher Compagnien aufheben); 3) aller Eisenbahnen sich zu bemächtigen (die Regierung ist durch die Einziehung der Eisenbahn von Orleans und der des Centrums entgegengekommen); 4) sich der Minen- und Salzwerke zu bemächtigen; 5) sich aller Canäle zu bemächtigen; 6) unverweilt eine Papiermünze zu schaffen, wie sie in Deutschland, England und Rußland besteht; der Werth dieser Münze soll durch die Staatsdomänen, die 2½ Milliarden betragen (?), gedeckt werden; 7) für den 5. Mai ein Nationalfest zum Andenken Carrels anzuordnen, an welchem Tage die ihm gewidmete Statue im Pantheon beizusetzen sey; 8) unverweilt die beiden im Cabinet Ludwig Philipps gefundenen Listen der Namen zu veröffentlichen, die vom König eine jährliche Besoldung erhielten, und worunter Personen sich befänden, die heute um die Ehre die Nation zu vertreten werben.

Paris, 9. April. Ich constatire eine wahrhaft zitternde Freude der Anglophoben bei dem Gedanken an die für morgen in London erwartete Chartisten-Demonstration. Die französische Regierung würde auf alle Echos ihrer Revolution im Osten mit Freude verzichten, wenn die englische Revolution siegreich wäre.

Die Staatsgefängnisse von Doullens sind gänzlich leer. Der berüchtigte Bu-Maza soll im Fort Ham eingesperrt werden.

Großbritannien.

Am 10. ward im Unterhaus die Bill zum besseren Schutz der Krone das zweitemal gelesen.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 4. April. Ein kaiserlich russischer Officier kam am verwichenen Freitag als Eilbote aus St. Petersburg hier an, worauf sich der kaiserlich russische Gesandte alsbald zu dem Staatsminister Frhrn. Ihre verfügte. Am folgenden Tage, 1. April, wurden durch ein k. Schreiben die Reichsstände eingeladen, auf Veranlassung der gegenwärtigen allgemeinen politischen Verhältnisse, einen geheimen Ausschuß zu erwählen. — Ein Dampfschiff und einige kleinere Fahrzeuge sind beordert worden, sogleich nach den Scheeren abzugehen. Man spricht von der Versetzung des Heeres auf Kriegsfuß. (A. Z.)

Bekanntmachungen.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Dr. Lamotte v. Speyer; Dr. Widemann, Baron Schätzler und Forndran, Bürgermeister von Augsburg.

Gold. Hirsch. HH. Fuld, Rentier von Frankfurt; Gan, Großhändler v. Pesth.

Gestorbene in München.

Anna Bayerl, Melberstochter v Erhendorf, Ldg. Kemnath, 22 J. alt; Crescenz Enzensberger, Hausmeisterswittwe v. h., 50 J. alt; Maria Anna Gräfin v. Jesch, k. Kammerherrns- und Oberst-Silber-Kämmerers-Gattin v. h., 73 J. alt; Fr. Zacherl, Zinngießerstochter v. d. Au, 65 J. alt; Anton Geiger, Schlossergesell v Obergünzburg, 46 J. alt; Ph. Brenner, Steuerkatasterfunctionär von Obermuschel in der Pfalz, 24 J. alt.

Bekanntmachung.

2374. (2a) Behufs der Befriedigung eines Hypothekgläubigers wird das an der Lerchenstraße dahier gelegene Anwesen Nro. 24 a., gerichtlich gewerthet auf 8983 fl. und mit 6901 fl. 11 kr. Hypotheken belastet, nachdem bei der ersten Versteigerungstagsfahrt vom 29. v. M. kein Angebot auf dasselbe erfolgt ist, unter Bezug auf die in der Bekanntmachung vom 25. Jänner l. Js. enthaltene Beschreibung zum zweiten Male der öffentlichen Versteigerung nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98—101 des Proceßgesetzes vom 17. Nov. 1837 unterstellt.

Neuerliche Steigerungstagsfahrt ist auf

Mittwoch den 24. Mai l. Js. Vormittags
von 10 — 12 Uhr

im Geschäftszimmer des k. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Baron v. Schleich Nr. 36 anberaumt, wozu Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß dem Gerichte Unbekannte sich über Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben, und der Hinschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgen werde.

Am 4. April 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Director:

Barth.

Zollmayr.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Digitized by Google

Nr. 100.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kindel-Gasse Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 26 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raum nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag **XLIX. Jahrgang.** **18. April 1848.**

Deutschland.

Frankfurt. Verhandlungen der Bundesversammlung. 32. Sitzung vom 12. April. Von badischer Seite wurden die aus öffentlichen Blättern schon bekannten Maßregeln wegen Weiterbeförderung der aus Frankreich kommenden Polen zur Kenntniß der Bundesversammlung gebracht, welche Anzeige einem Ausschusse überwiesen wurde, weil Baden erwartet, daß ihm die durch jene Maßregeln erwachsenden bedeutenden Kosten nicht ausschließlich zur Last bleiben, und zu erwarten ist, daß auch von andern Staaten ähnliche Reclamationen erhoben werden. Von dem Militärausschuß wurde über die Verproviantirung der Festung Mainz und die Ergänzung der Lazaretherfordernisse Bericht erstattet und beschlossen, für diese Ausgaben weitere 350,000 fl. zu verwenden.

35. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 15. April 1848. Auf die der Bundesversammlung gemachte Mittheilung, daß im badischen Seekreis in Folge eines von Hecker und Struve aus Konstanz erlassenen Aufrufs, sich am 14. April in Donaueschingen, mit Proviant auf 6 Tage versehen, zu versammeln, um in Verbindung mit den Zuzügern aus Frankreich die vermeintlichen Volkswünsche mit Gewalt durchzusetzen, der Ausbruch eines Aufstandes zu besorgen ist, wird beschlossen: an die Regierungen von Hessen-Kassel und Nassau die Aufforderung zu erlassen, in Gemäßheit der Bundesbeschlüsse vom 29. März, 4. und 10. April alle disponiblen Truppen zum Anschluß an das 8. Bundesarmeecorps sofort in Marsch zu setzen und daß dieß geschehen, so wie die Ernennung der Commandirenden der Bundesversammlung unverzüglich anzuzeigen.

Im Geiste des Bundesbeschlusses erläßt der Fünfziger-Ausschuß einen Aufruf an's deutsche Volk, zumal an die zum Bürgerkrieg aufgeforderten Männer in Baden, Würtemberg, Rheinbayern, die Treue zu wahren und den Despotismus einer Partei abzuschütteln.

Bayern.

Landtag.

**München, 17. April. (XL. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische die Herren Staatsminister: Fehr. v. Lerchenfeld, dann die königl. Commissäre: v. Bezold, v. Benning, v. Kleinschrod, Aschenbrenner, in der Kammer 130 Abgeordnete. — Die Sitzung wurde vom Hrn. I. Präsidenten, Dr. Kirchgeßner, mit Ablesung des Einlaufes eröffnet. Zugleich machte derselbe bekannt, daß das Staatsministerium der Finanzen heute einbringen werde: 1) einen Gesetzentwurf über ein wo möglich auf Subscription aufzunehmendes freiwilliges Anlehen; dieser Entwurf wurde dann vom Staats-Finanzminister auch eingebracht. Die Zeit der Noth habe den Entwurf geboren; 36,500 und 11,768 Mann, erstes und zweites Aufgebot, dann im Ganzen 53,800 ja mehr als 60,000 Mann müßten ausgerüstet, mobil gemacht und unterhalten werden. Hiezu reiche das Budget durchaus nicht zu, selbst die Einweisungen aus Erübrigungen dazu gerechnet. Auch die Arbeiten müssen fortgesetzt werden, für Eisenbahnbauten reiche der Fond für dieses Jahr aus 7,800,000 fl. Auch Gewerbe und industrielle Unternehmungen müssen gefördert werden. Die Ludwig-Berbacher-Bahn fordere fürs laufende Jahr 800,000 fl. Allgemeine Creditlosigkeit herrsche. Allen diesen Anforderungen könne die Staatscasse nicht genügen. Der Armee-Reservefond sey leider dem Staatsschuldentilgungs-Fond überwiesen worden. Sieben Millionen brauche man noch. Man müsse also an die Vaterlandsliebe des Volkes appelliren; es gelte die höchsten Interessen des Vaterlandes, Deutschlands und Bayerns; das ganze Volk fordere er auf, die Regierung in dieser gefährlichen Zeit zu unterstützen. Es sollen Anlehensscheine, von 20 fl. aus, gegründet und auf die lehensherrlichen Gefälle des Staates gesichert werden. Diese Papiere könnten wie Banknoten cursiren. Es könne dann auch eine Umwechselung mit Staatspapieren anderer Art stattfinden. Das ganze Anlehen von 7 Millionen solle in 4 Jahren zurückbezahlt werden. Der Curs der anderen Papiere werde dadurch gewiß auch gehoben werden. — Hiernächst verlas der Hr. Staatsminister Frhr. v. Lerchenfeld den Entwurf selbst. — Dann las derselbe 2) einen weitern Entwurf „über die Sparcassen, beziehungsweise über die bei der Staatscasse anliegenden Sparcassagelder." Derselbe bezielt die Zurückhaltung dieser Gelder, resp. die Mobilisirung derselben in 4procentigen Papieren und Zurückzahlung nur in den dringendsten Fällen; also auch Erhöhung der Zinsen und eigene Obligationen. — Der Minister las die Motive zum Entwurf und den Entwurf selbst. — Ein höchst beklagenswerthes Ereigniß habe den Gesetzentwurf geboren; 12 Millionen Sparcassagelder liegen bei der Sparcasse. Früher habe der Staat unbegrenzten Credit gehabt, jetzt sey es anders. Die Staatscassa könne in dem Maße, wie man's verlange, nicht mehr genügen. Die Sparcassen hätten sich auch von ihrem ursprünglichen Zwecke entfernt; die Arbeiter hätten das Wenigste darin. Gerade diese sollen aber berücksichtigt werden — sie sollen ihre Einlagen baar zurück erhalten, wenn unter 200 fl.; alle übrigen sollen in Staatspapieren gezahlt werden. So habe die Regierung den besten Rath zu geben geglaubt, sollten die Kammern einen bessern geben können, so werde er dankbar hingenommen werden. — Hierauf kam 3) die Beschwerde des Priesters K. Wolf in Regensburg gegen den Magistrat der Stadt Augsburg wegen verweigerten Aufenthaltes zum Vertrag durch den Secretär des V. Ausschusses Dr. Rammoser. — Diese früher durch die Kammer zurückgewiesene Beschwerde wurde wegen eingebrachter Nova jetzt wieder aufgenommen und für zulässig erklärt. Allein der königl. Commissär v. Benning erklärte schon zum Vorhinein, daß die Beschwerde vom Staatsministerium des Innern heute erledigt, Kaspar Wolf also fortan in Augsburg sich aufhalten dürfe. Dr. Rammoser richtete noch überdies die Bitte ans Ministerium, daß dem Beschwerdeführer für seine Leiden der doppelte Tischtitel von 208 fl. verliehen werden möge. — Auf Umfrage des Hrn. I. Präsidenten, Dr. Kirchgeßner, nur bezüglich des Beschwerdepunctes, beschloß die Kammer, die Beschwerde sey als erledigt zu den Acten zu legen. — Hierauf erstattete der Referent im II. Ausschusse, Frhr. v. Rotenhan, Vortrag über den sogenannten Rechenschaftsbericht von 1845/46. Die Berathung und Beschlußfassung hatten Hr. Referent und Ausschuß für die Competenz des nächsten Landtages begutachtet. — Die Sache müsse genau geprüft werden, hiezu sey der dermalige Landtag zu kurz, zudem der k. Staatsminister der Finanzen gegen jenes Verschieben nichts einzuwenden hatte. — Frhr. v. Rotenhan äußerte sich noch über den frühern Stand der Staatscassa, worüber der Hr. Staatsminister der Finanzen folgende Erklärung abgab: 1) es werde der nächsten Kammer der Rechenschaftsbericht nochmals vorgelegt werden; 2) alle Gerüchte über das griechische Anlehen (im Betrage zu 1,223,000 fl.) seyen falsch gewesen; das Anlehen bestehe, wie dies schon die frühern Kammern wußten, noch und werde bis zum nächsten Landtag bereinigt werden. 3) Eine eigentliche Kriegscasse habe es nicht gegeben. — Die Kammer beschloß hierauf, die Berathung über den sogenannten Rechenschaftsbericht der nächsten Kammer zu überlassen. — Schlüßlich las der Hr. I. Präsident eine ministerielle Mittheilung, bezüglich des Uebertrittes deutscher Arbeiter aus Frankreich, wornach dieselben, wenn sie friedlich kommen, auf alle Weise unterstützt werden sollen. — Hiemit schloß die heutige Sitzung. — Auf eine Interpellation des Abg. Weinzierl, erklärte der Staatsminister der Finanzen, daß übermorgen das Ablösungsgesetz werde eingebracht werden.

---

†München, 18. April. Auf Se. königl. Majestät allerhöchsten Befehl ist vom Staatsministerium des Innern an sämmtliche Regierungspräsidenten unterm heutigem Folgendes eröffnet worden: Dem k. Regierungs-Präsidium wird zur Berichtigung eines, bezüglich der Wahlfähigkeit zur Volksvertretung am deutschen Bunde erhobenen Bedenken Nachstehendes eröffnet: Wenn auch die von den Officieren und Militärbeamten entrichteten Wittwen- und Waisenhausbeträge, da solche nicht in die Staatscasse fließen, als directe Steuern nicht angesehen werden können, so kann es denn doch im Hinblick auf den Gesetzes-Entwurf und auf die Berathungen desselben in der Kammer der Abgeordneten keinem Bedenken unterliegen, daß Officiere und Militärbeamten zur Wahl der Abgeordneten für die Volksvertretung am Bundestage nicht nur passiv, sondern auch activ wahlfähig seyen. Der Gesetzes-Entwurf nennt das Staatsbürger-Recht als Vorbedingniß der activen Wahlfähigkeit und spricht damit klar aus, daß Officiere und Militär-Beamte wahlberechtigt sind. — Die Modification der Kammer, daß die active Wahlfähigkeit an die Entrichtung einer directen Steuer gebunden sey, hatte keineswegs die Absicht, das Wahlrecht, wie solches im Gesetzentwurfe beantragt wurde, zu beschränken, beziehungsweise die Officiere und Militärbeamten auszuschließen; dieselbe wollte vielmehr den Kreis der Wahlberechtigten möglichst weit ausdehnen und lediglich den Begriff eines selbstständigen Staatsangehörigen nach jener Richtung hin feststecken, wo die Grenze zweifelhaft war. Das k. Regierungspräsidium hat hienach ungesäumt das Weitere zu verfügen.

††München, 17. April. Der II. Assessor des Landgerichts Eichstädt Gustav Brems wurde zum I. Assessor daselbst befördert, auf die dadurch erledigte II. Assessorstelle ist der Appellationsgerichtsaccessist Lorenz Loritz vorgerückt. Der Tausch der Dienstesstellen der Communalrevierförster im Forstamt Aschaffenburg: Franz Streit zu Oberbessenbach, Christian Heinrich Bräutigam zu Wasserlos und Georg Mantel zu Röllbach ist durch ihr Ansuchen genehmigt und hienach dem Streit das Communalrevier Wasserlos, dem Bräutigam das Revier Röllbach und dem Mantel das Revier Oberbessenbach übertragen

München, 18. April. Dem königl. Abschied für den Landrath von Oberbayern entnehmen wir für heute den Schluß. Er lautet: Wir erwarten, daß Unsere

Kreisregierung auf die Befriedigung des landräthlichen Wunsches nach Möglichkeit Bedacht nehmen werde. Uebrigens war es Uns erfreulich, auch von dem Landrathe von Oberbayern den Werth volksthümlicher Rechts-Institutionen dankbar gewürdigt zu sehen. Indem Wir dem Landrathe gegenwärtigen Abschied ertheilen, geben Wir demselben Unsere Zufriedenheit über die neuerlich an den Tag gelegten Gesinnungen der Treue und Anhänglichkeit zu erkennen und versichern denselben unserer landesväterlichen Huld und Gnade.

In der k. Proclamation vom 14. d. (Münch. politische Zeitung Nr. 97 S. 387 Sp. 1 Zeile 8 von unten) soll es anstatt „nach innerer, herrlicherer Entfaltung" laut Inhalt der Urschrift heißen: „nach immer herrlicherer Entfaltung." Dieß zur Berichtigung.

— München, 16. April. Ich bin in den Stand gesetzt Ihnen die erfreuliche Mittheilung zu machen, daß unser König den verschiedenen Ministerien die im Jahre 1825 festgesetzten, seit dem letzten Decennium aber vielfach verrückten größeren Competenzen wieder eingeräumt hat. — Man beschäftigt sich mit Bildung von Wahlcomités, viele junge Männer, welche durch das Gesetz von der activen Wahlfähigkeit ausgeschlossen sind, sinnen auf Mittel diese in gesetzlicher Weise noch rasch zu erringen, und die Wähler werden bereits von verschiedenen Seiten kräftig bearbeitet. Erfreulich ist es, daß sich eine hier vielfach verbreitete Voraussetzung, die Officiere des Heers könnten nicht als Wähler auftreten, weil sie unbesteuert seyen als irrig herausstellt, indem ja der Gehaltsabzug für die Militärwittwen- und Waisencasse unter den directen Steuern regelmäßig im Budget aufgeführt wird, wodurch somit diese zahlreiche Körperschaft sich als direct besteuert herausstellt. (A. Z.)

|| München, 18. April. In der gestrigen fünften Versammlung des politischen Clubbs hielt nach einer Vordebatte Hr. Professor Neumann einen Vortrag über „Gewerbefreiheit", eigentlich Gewerbeordnung, denn er, Redner, könne nur letztere unter ersterer verstehen; man dürfe deßhalb vor dem Worte Gewerbefreiheit so wenig erschrecken, als vor dem Worte Preßfreiheit, was in jüngster Zeit so häufig der Fall sey. Eine Reaction existire, welche beständig gegen alle Freiheit agire. Redner theilte sofort die Arbeiter in drei Classen: Professionisten, Fabrikarbeiter und Taglöhner. Für diese sey vor allem ein Ministerium nothwendig, nothwendiger z. B. als ein Ministerium des königl. Hauses, des Cultus, welche für Leute bestehen, die allenfalls sich selbst vertreten können, was bei den Arbeitern nicht der Fall sey. Nicht bloß ein Ministerium, sondern auch Unterbehörden für Kreise, Bezirke, Städte &c., sey nothwendig, und diese müßten bestehen nicht aus Hofräthen oder dgl., sondern neben dem königl. Commissär aus Meistern und Gesellen, dabei Oeffentlichkeit aller Verhandlungen. Beklagt müsse werden unbedingte Concurrenz, wie in Frankreich. Redner rief Schmach über die Franzosen aus, welche die fremden Arbeiter auswiesen. Die socialen Mißstände der Gegenwart suche die Reaction als eine Folge der Freiheit darzustellen. Redner versprach demnächst einen ausführlicheren Vortrag. Nachdem noch einige Redner über Arbeiterverhältnisse gesprochen hatten, wurde während der übrigen Zeit ausschließlich über die Vorbereitung zur Wahl nach Frankfurt verhandelt, und auf die Dringlichkeit dieses Gegenstandes hingewiesen, da die ultramontane Partei nicht gesäumt habe, Programme und Candidatenlisten in die Welt zu schicken, und auch anderwärts Programme erlassen worden seyen. Bezüglich derjenigen, welche als nicht direct steuerpflichtig nicht activ wahlfähig seyen, wurde (von Hrn. Kichmayer) der Antrag gestellt, daß alle diese ein billiges Grundstück etwa einen Moosgrund als gemeinschaftliches Eigenthum kaufen und hiedurch steuerpflichtig, also activ wahlfähig würden. Der Vorschlag erhielt allgemeinen Beifall und das Princip, daß hiedurch die active Wahlfähigkeit erlangt werde, von der Versammlung anerkannt, die Ausführung den einzelnen Betheiligten überlassen. — Die Hauptfrage war hierauf, was für die noch bevorstehenden Wahlen geschehen solle, insbesondere, ob ein Programm vom Clubb erlassen werden solle oder nicht. Nachdem das von dem Clubb bei Weinwirth Ott erlassene Programm öffentlich verlesen und dessen Tendenzlosigkeit und die vielen Widersprüche des Inhalts dargethan worden waren, Professor Neumann und andere Redner noch besonders über den Begriff der constitutionellen Monarchie gesprochen und ersterer hervorgehoben hatte, daß die bisherige sogenannte constitutionelle Monarchie mehr eine Despotie gewesen sey, wurden durch Acclamation 13 Theilnehmer erwählt um ein Programm zu entwerfen, welches heute Abends in einer weitern Versammlung berathen werden und sofort dem Druck übergeben wird.

** München, 18. April. Während die „ultamontane Partei" als die erste mit einer Liste von 50 Bewerbern für die Vertretung am deutschen Reichstage auf der politischen Arena erschienen und ihre gelehrten Emissäre im Oberlande gewiß bereits schon thätig gewesen, regen sich nun auch die liberalen Kräfte in unseren politischen Clubbs, deren Zahl bereits auf drei gestiegen. Der sogenannte Ott'sche Clubb aus den höhern Ständen, Beamten und Officieren gebildet, hat bereits einen Aufruf an die Wahlmänner Oberbayerns ergehen lassen. Im Bahnhofclubb figuriren Prof. Dr. Neumann und Andr. Riedl als Parlamentscandidaten. Von einem dritten Clubb, der eben an Herausgabe seines Programms arbeitet, wurde in einer gestrigen Versammlung unter allgemeiner Uebereinstimmung für Parlamentsbewerbung, die bewährten Charaktere: Prof. Dr. Fallmerayer (weilt seit einigen Tagen von seinen Reisen heimgekehrt in unserer Mitte), Prof. Dr. Joseph Müller, der Orientalist, Dr. Ludwig Steub, Prof. Dr. Hermann, Oberbergrath Feder, Dr. Hermann, Dr. Quitzmann aufgeführt und empfohlen. Man thut von liberaler Seite eben auch Schritte für's Oberland, für Oberbayern überhaupt, und es lassen sich, wenn innige Zusammenwirkung der verschiedenen Wahlcomité's, ungesäumte Mittheilung und Verbreitung der Candidatenlisten und thatkräftige Einwirkung in Erzielung guter Wähler betrieben wird, sehr günstige Ergebnisse hoffen.

München, 18. April. Ein hiesiger Clubb patriotischer Männer hat folgende Aufrufe erlassen:

Aufruf an die Wähler am Lande.

Zur Berathung der wichtigsten Angelegenheiten des gemeinsamen Vaterlandes treten demnächst in Frankfurt die Abgeordneten aller deutschen Stämme zusammen.

Auch Bayern hat eine Anzahl von etwa 70 Männern dorthin zu schicken, welche aus der freien Wahl des Volkes hervorgehen und über unser aller Wohl und Weh mitberathen und beschließen sollen.

Wer muß daher nicht wünschen, daß diese Wahl eine glückliche sey!

Ihr bayerischen Männer alle, die Ihr aus Euerer Mitte die Wahlmänner wählt, bedenkt gewissenhaft, wie viel daran liegt, daß Ihr gut wählt!

Wißt Ihr aber auch, wie die Wahlmänner beschaffen seyn müssen, denen Ihr das Recht in die Hand gebt, jene Abgeordneten zu wählen, die in Frankfurt unser und Euer Loos entscheiden sollen?

Vernünftig, frei und unabhängig muß der Wahlmann seyn, unbestechlich, anhänglich an Gesetz, Recht und Ordnung. Er muß redlich wollen, daß es besser werde mit uns. Nicht der Schwätzer, nicht der Schreier ist der rechte Mann, solche Menschen sind wie die Trommeln; sie machen viel Lärm und sind inwendig hohl. Sie versprechen Alles, und wenn Ihr sie fragt, wie sie es halten wollen, so bleiben sie die Antwort schuldig. Nicht wer gut spricht allein, sondern wer gut handelt, den wählt, und vergeßt nicht, den Gewählten zu sagen, daß Ihr sie verantwortlich macht für die Wahl, die sie treffen werden. Sagt Ihnen, Ihr wollt treu festhalten an König und Vaterland; Ihr wollt, daß das Schlechte aufhöre und das Gute besser werde; aber Ihr wollt nicht, daß man das Kind mit dem Bad ausschütte und alle Ordnung umkehre, denn wo Gesetz und Recht aufgehört hat, da gewinnen nur die Schlechten, und die Guten gehen unter. Deßhalb überlegt wohl, ehe ihr wählt!

Besprecht Euch untereinander, damit Ihr erfahret, welches die ehrenwerthesten und tüchtigsten Männer sind, unter denen, die da zusammenkommen.

Nehmt die Sache nicht auf die leichte Achsel, denn an Euch selbst geht es zuletzt aus, wenn Ihr unüberlegt oder schlecht wählt.

Es wird gar manche Leute geben, die Euch guten Rath ertheilen und Euch sagen werden, wen Ihr wählen sollet; aber ehe Ihr den Rath befolgt, fragt zuerst zuerst genau, ob der Euer Vertrauen verdient, der ihn gegeben hat.

Und so wählt denn mit Gott! es ist ein ernstes Werk; Glück und Unglück, Wohlstand und des ganzen Vaterlandes Zukunft hängt davon ab; und in Frankfurt sollen sie sagen: Die Bayern haben nicht allein gescheute Leute, sie haben auch Ehrenmänner gewählt.

Aufruf an die Wahlmänner!

Bayerische Männer, die Ihr berufen seyd, die Abgeordneten zu wählen, welche Theil nehmen sollen an der Berathung der wichtigsten und folgenreichsten Gesetze, an die sich die Wiedergeburt Deutschlands knüpfen wird, vernehmt, was die Gutgesinnten, was der Kern des bayerischen Volkes von Euch verlangt.

In Euere Hand ist viel gelegt, denn die Männer, die Ihr wählen werdet, sie haben nicht allein die Aufgabe mit zu arbeiten an einer besseren Zukunft Deutschlands, sondern sie werden die Ehre, den Ruhm und die Wohlfahrt Bayerns zu vertreten haben vor dem Angesichte der Welt.

Darum liegt Alles daran, daß diejenigen, welche Ihr mit diesem ehrenvollen Auftrage betrauet, in jeder Beziehung fähig und tüchtig seyen, Euer Vertrauen zu rechtfertigen.

Fragt Ihr aber, welche Eigenschaften dazu nöthig sind, so sagen wir Euch: Wählt Männer, die durch ihr Leben und Wirken bewiesen haben, daß sie mit dem Geiste des Fortschrittes, mit der Kraft der Intelligenz auch den Muth der Ueberzeugung vereinen; Männer, die das Land und seine Bedürfnisse kennen, die selbstständig und frei von jedem Einflusse nur nach eigener Anschauung urtheilen; Männer, die jeder Art von Bestechung fest widerstehen und denen die Pflicht mehr gilt, als Ehrenstellen, die Ehre mehr als die Popularität, und die Liebe zum Vaterlande mehr als der wohlfeile Ruhm zu glänzen.

Allein, wenn auch Charakterfestigkeit die nothwendigste Eigenschaft des Mannes seyn muß, auf den Euere Wahl fallen soll, so ist sie doch nicht die Einzige, denn hier handelt es sich um Dinge, über die nur derjenige mitsprechen und mitberathen kann, der neben einem gebildeten hellen Verstande auch Kenntnisse und die Gabe hat, das auszusprechen, was er denkt. Deßhalb seyd Ihr bayerische Wahlmänner nicht gehalten, nur aus Euerer Mitte zu wählen; wo Ihr einen tauglichen Mann in Bayern, ja in Deutschland wißt, dem Ihr Euer Vertrauen schenkt, den könnt Ihr wählen ohne Beschränkung.

Der Abgeordnete, den Ihr wählt, ist verbunden und verpflichtet, nicht etwa nach Gutdünken seine Ansichten zu vertreten, sondern die Eurigen; Ihr seyd es, die ihn abordnet, Euch ist er verantwortlich. Darum verlanget von Jedem, dessen Gesinnung Ihr nicht kennet, aus seinem öffentlichen Wirken, daß er vor der Wahl sich klar und deutlich ausspreche, wie und was er denkt. Denn nur dann seyd Ihr im Stande zu beurtheilen, ob er Euere wahre Willensmeinung vertreten wird. Würde er in Frankfurt anders sprechen oder gegen Euere Meinung stimmen, so überschreitet er seine Aufträge, und Ihr seyd berechtigt, ihm das Mandat zu entziehen.

Offen und ehrlich muß, wer gewählt werden will, aussprechen, in welchem Sinne er Euch und die Sache des Vaterlandes vertreten will. Ihr könnt, Ihr müßt das verlangen, denn nicht Jeder, der Versicherungen gibt, hält sie auch immer, und wer Euch hier täuschte, der beginge ein Verbrechen.

Es werden Euch manche Männer vorgeschlagen werden, die Ihr nicht persönlich kennt; Ihr müßt Euch deßhalb auf den guten Rath verlassen, der Euch gegeben wird.

Prüft aber genau den, der ihn ertheilt, denn nicht alle Bestrebungen sind gleich lauter und wohlgemeint.

Es gibt eine Partei, die uns mit Gewalt glücklich machen will; sie ist nicht groß in Bayern, aber kühn, weil sie nichts zu verlieren hat, thätig, weil sie viel zu gewinnen hofft; dabei gewandt und schlau. Sie verspricht dem Armen Wohlhabenheit und gute Tage, dem Arbeiter viel Verdienst bei wenig Mühe und schmeichelt dem Ehrgeitz der Unvernünftigen; sie verleidet dem Arbeiter die Lust an der Arbeit, macht ihn zum Müßiggänger; und kommt dann mit der Verdienstlosigkeit Mangel und Hunger, dann zeigt sie hin auf den Besitzenden und sagt: „Nimm"! — denn zu geben hat sie selbst nichts. — Frankreich liefert auch dem Ungläubigsten den besten Beweis. — Diese Partei will Republik; in Deutschland wäre das diejenige Regierung, wo jeder befiehlt und keiner gehorcht. — Der Eine Theil dieser Partei spricht ehrlich aus, was er will, der andere aber hat zwar die Monarchie im Munde,

aber er untergräbt alles Bestehende, weil er weiß, daß dann jener Zustand von selbst kommt.

Wir alle wollen vorwärts, wir alle wollen, daß in Deutschland Einheit und Einigkeit herrsche, daß wir uns frei bewegen können, ohne Zoll und Paß, und daß jeder nach demselben Gesetze gerichtet werde. — Aber deßhalb wollen und brauchen wir nicht aufhören Bayern zu seyn.

Wir alle wollen, daß die Willkür, wo sie auch sey, unten oder oben, dem Rechte und Gesetze weiche, aber wir wollen nicht Rechte und Gesetz zuerst zerstören.

Wir alle wollen für jeden Staatsbürger gleiche Rechte, gleiche Pflichten, gleiche Ansprüche, gleiche Lasten im Staate, aber wir wollen nicht, daß Gewalt für Recht gehe, und jeder nur mehr Rechte aber keine Pflichten anerkenne.

Wir alle wollen, daß Niemand um seiner religiösen Ansichten willen in seinem Rechte verkümmert werde; aber wir wollen nicht, daß der, der oft nichts mehr besitzt als den Glauben, auch noch um dieses Eine Gut betrogen werde.

Wir alle wollen, daß das große deutsche Reich an seiner Spitze ein Oberhaupt habe, aber wir wollen auch die alt hergebrachte Treue dem eigenen Fürsten bewahren.

Wir wollen alle wahren Wohlthaten, die irgend eine Regierungsform uns geben kann; aber wir wollen sie in der Form der constitutionellen Monarchie.

Wir wollen die Unverletzlichkeit der Rechte des Volkes, aber wir wollen auch die Unverletzlichkeit der Krone und dessen, der sie trägt mit verfassungsmäßigem Rechte.

Fragt Euere Männer des Vertrauens, ob sie treu und wahr diese Grundsätze aussprechen und vertreten wollen, und sagen sie „Ja!" ohne Klausel; ohne Vorbehalt, dann gebt ihnen Euere Stimme, wer sie auch seyen, und woher sie kommen, denn wer also denkt und spricht, der wird sich und Euch Ehre, dem gemeinsamen Vaterland, wahren und bleibenden Nutzen bringen, und unsere Zukunft wird besser seyn als unsere Vergangenheit.

*† München, 18. April. Se. Maj. der König hielt Inspicirung über das 1. Bataillon vom Infanterieregiment König Ludwig am Karlsplatz, welches heute 11 Uhr mit dem Eisenbahnzug über Augsburg seinen Marsch nimmt. Der König, begleitet von JJ. kk. HH. Prinzen Luitpold und Adalbert und zahlreichem Generalstab, wurde von der dicht versammelten Volksmenge mit Jubel empfangen. Se. k. H. Prinz Karl von Bayern, welcher später erschien, begab sich zum Lebewohl zu den Truppen nach dem Bahnhofe. — Eine halbe Batterie von dem hiesigen Artillerieregiment folgt heute Mittags 3 Uhr nach.

Augsburg, 17. April. Die hier täglich in dem großen Börsensaale stattfindenden Volksversammlungen beschäftigten sich an den zwei letzten Abenden hauptsächlich mit Einleitungen zu den Wahlen für die deutsche constituirende Versammlung. Für heute ist die gesammte Wahlkörperschaft der hiesigen Stadt eingeladen einen Geschäftsausschuß von 12, einen Wahlausschuß von 24 Mitgliedern zu wählen. Die Stimmzettel werden von Nachmittag 2 Uhr an im Börsensaal und von Abends 7 Uhr an im goldenen Saale des Rathhauses in Empfang genommen und eröffnet. — Es ward in der gestrigen Versammlung die Frage angeregt, ob nicht auch schriftliche Vorträge gestattet seyen. Ein großes Händemehr entschied sich für blos mündliche Rede als Regel. (A. Z.)

Günzburg, 16. April. Heute fand hier eine Volksversammlung von mehreren Tausenden statt, veranlaßt durch eine Turnerfahrt der Ulmer Turner unter Leitung der HH. Prof. Dr. Haßler und Dr. Adam. Entschieden sprach sich die Versammlung gegen jeden Gedanken an eine Republik aus. (A. Z.)

Nürnberg, 16. April. In der letzten Sitzung des Collegiums der Gemeindebevollmächtigten wurde einstimmig beschlossen: „dem Ministerium zu erklären, daß, wenn dasselbe die Sitzungen des Collegiums nicht binnen heute und vier Wochen öffentlich abzuhalten gestatte, Letzteres, in der Ueberzeugung, bei gegenwärtigen Zeitverhältnissen die Interessen der Commune nicht mit der nöthigen Wirksamkeit bei verschlossenen Thüren vertreten zu können, nach Ablauf dieses Termins sein Mandat niederlegen werde." (C. v. u. f. D.)

Baden.

Karlsruhe, 15. April. Die Kammer sollte gestern ihre Zustimmung dazu geben, daß Hecker, der seit vorgestern offen die Fahne des Aufruhrs aufgepflanzt habe, verhaftet werden dürfe; die Bedenklichkeiten, ob alle gesetzlichen Erfordernisse hiezu vorlägen, ließen es zu keinem Beschlusse kommen. Nächsten Montag soll ein Beschluß in öffentlicher Sitzung gefaßt, und Welcker, Mathy, v. Soiron und Bassermann von Frankfurt eigens deßhalb hieher beschieden werden. (A. Z.)

Karlsruhe, 15. April. Heute Mittag gegen 2 Uhr ist ein Bataillon hessischer Infanterie, von der Stadt aus feierlich eingeholt und auf dem Marktplatze mit rauschendem Zurufe begrüßt, in Karlsruhe einmarschirt und wird vorerst hier bleiben. Noch ein weiteres Bataillon wird erwartet. — Nachschrift. So eben vernehmen wir, daß in dem benachbarten Mühlburg die große v. Seldeneck'sche Brauerei niedergebrannt ist. Das Feuer kam auf mehreren Seiten zugleich zum Ausbruch; man will Brandstiftung vermuthen. (Karlsr. Z.)

Am 12. April waren die österreichischen Abgeordneten nach Frankfurt auf Einladung der Universität in Heidelberg in festlicher Versammlung.

Ein Bericht aus Donaueschingen im „Schwäbischen Merkur" lautet: Die Abneigung gegen den Einmarsch württembergischen Militärs dauert trotz allen Regierungs- und Kammerversicherungen und Proclamationen fort. Vor wenigen Tagen wurden in Stühlingen der Oberamtmann unter groben Mißhandlungen, der Bezirksförster und der fürstlich Fürstenbergische Rentbeamte von ihren Stellen vertrieben. Das Hauptzollamt ist so bedroht, daß es sich stets mit 40 bewaffneten Gränzwächtern umgeben muß. So eben verbreitet sich hier das Gerücht, das Volksbezirkscomité habe das erste Aufgebot der Aemter Mößkirch, Stockach, Engen, Donaueschingen, Hüfingen und Villingen aufgemahnt. Es soll sich die Mannschaft morgen Mittag in Donaueschingen sammeln und unter der Leitung Heckers gegen Karlsruhe marschiren. Sobald ich etwas Bestimmtes erfahre, werde ich Ihnen weitere Nachricht geben. Es wird sich bei diesem Anlaß die Stärke der Partheien herausstellen.

Vom südlichen Schwarzwald, 13. April. Struve ist in Donaueschingen, wo seit mehreren Tagen Berathungen stattfinden. Auch aus der Ortenau waren Zuzüger oder Abgeordneten dort, welche zum Theil von da nach Konstanz gingen. Vorgestern soll nebst dem Communisten Willich (früherem preußischen Offizier) auch Herwegh durch Donaueschingen passirt seyn. Letztere Stadt ist zum Sammelplatze bestimmt, wie Sie aus nachstehendem Aufruf ersehen werden: „Aufruf an die Bewohner der Aemter Donaueschingen, Engen, Blumenfeld, Villingen, Bonndorf, Neustadt und Hüfingen. Mitbürger, Brüder Freunde! Der Augenblick der Entscheidung ist gekommen. Worte können uns unser Recht und unsere Freiheit nicht erobern. Darum fordern wir Euch alle, waffenfähige Männer, auf, Freitag den 14. April Mittags 12 Uhr in Donaueschingen auf dem Marktplatze mit Waffen und Munition, in geordneten Zügen und mit Lebensmitteln auf 6 Tage versehen zu erscheinen. Unsere Freunde Bruhn, Au, Willmann, Raus, Rafina und andere werden zu Euch treten und Euch sagen, was das Vaterland von Euch erwartet. Sie sind bereit, sich an Euere Spitze zu stellen. Struve ist bereits in Donaueschingen angekommen, und wird der Versammlung mit Roth und That zur Seite stehen. Konstanz, den 12. April 1848. Fr. Hecker. Gustav Struve." Morgen will, wie man vernimmt, auch Weißhaar von Lottstetten über Stühlingen aufbrechen; seine Mannschaft soll von allen die brauchbarste, gut exercirt, und auch an Unterwerfung unter das Commando des Führers gewöhnt seyn. Es ist zu vermuthen, daß sie zugleich die zahlreichste seyn wird, wozu freilich nicht viel gehört; denn aus Konstanz ist Hecker, wie man mit dem Konstanzer Dampfschiffe heute in Schaffhausen erfuhr, nur mit einer Handvoll Leute ausgezogen (Karlsr. Z.)

Neustadt im Schwarzwald, 14. April. Gestern Abend 11 Uhr kam ein Aufruf von Konstanz hier an, in welchem verlangt wird, daß die Aemter des Seekreises mit ihrer Wehrmannschaft den 14. Mittags 12 Uhr, versehen mit Lebensmitteln auf sechs Tage, in Donaueschingen sich einfinden sollen. — In Löffingen und Umgegend, so wie hier und Umgegend geht Niemand. Im Augenblicke ist Gemeindeversammlung deßhalb. Wir wollen uns an Freiburg anschließen. — Abends. Die von Donaueschingen zurückgekommene Deputation bringt uns die Nachricht, daß der Insurrectionsversuch daselbst gänzlich mißglückt sey. (Freib. Z.)

Aus der Ortenau, 15. April. Nach unsern Nachrichten von Donaueschingen her war Hecker daselbst noch nicht eingetroffen. Die ausgeschriebene Volksversammlung war nur sehr spärlich besucht; die Mehrzahl der Gemeinden sprach sich entschieden gegen einen Bürgerkrieg aus. Eben so soll es in Stockach gegangen, und deßhalb zu einem nochmaligen Versuch eine nochmalige Versammlung anberaumt worden seyn. (K. Z.)

Die „Oberrheinische Zeitung" theilt mit, daß von dem heil. Vater zu Rom der Bann über sie ausgesprochen sey, und gibt das Sendschreiben an den Erzbischof von Freiburg.

Vom Bodensee, 13. April. „Kein Bürgerkrieg!" Dieß war der Ruf, in welchem sich gestern fast die gesammte Bürgerschaft vereinigte. Dreimal ergriff Hecker das Wort, und dreimal scheiterte er an dem entschiedenen Volkswillen. Heute Morgen hat er nun an der Spitze von etwa 40 Mann, welche mit Musketen bewaffnet sind, in Begleitung von Willich, Doll und Siegel, unter Trommelschlag den Marsch gegen Karlsruhe angetreten. Von Reichenau und Waldshut her wird weiterer Zuzug erwartet. Nach Stockach ist auf heute Mittag eine große Volksversammlung berufen, wo alles bewaffnet erscheinen und sodann die Lawine sich weiter wälzen soll. (Karlsr. Z.)

Kurhessen.

Kassel, 11. April. Man zählt bis jetzt 2 Todte und 11 Verwundete, unter denen der Polizeidirector Morchut. Die Garde du Corps ist in voller Auflösung begriffen; bei ihrer Flucht aus Kassel wurde sie vom Landvolk mit Gewehrschüssen verfolgt. In mehreren Dörfern wurde ihr das Cantonirungsquartier verweigert, so daß sie im freien Felde die Nacht über bivouakirte. In Wilhelmshöhe protestirte die Bürgerschaft gegen ihren Einzug; sie fand ihr Unterkommen in der vor der Stadt gelegenen Husarencaserne.

In Kassel ist am 12. April ein Wahlausschuß aus 25 Mitgliedern für die Wahl der Gesammtvolksvertreter zusammengetreten. Die Bewerber sind aus den verschiedensten Geschäftskreisen genommen.

Gr. Hessen.

Die Standesherren des Großherzogthums haben der Regierung erklärt, daß sie auf ihre aus der Landeshoheit herrührenden Gerechtsamen in Justiz-, Polizei-, Kirchen- und Schulsachen so wie auf die Steuerfreiheit verzichten und in Bezug auf ihre Rechte privatrechtlicher Natur, als Zehnten, Monopolien, Jagden, Fischereien und dergleichen sich den Landesgesetzen ohne Widerrede unterwerfen. (Darmst. Z.)

Preußen.

Berlin, 11. April. Es sind bereits die nöthigen Einleitungen getroffen, um im legislativen Wege durch angemessene Aenderung des Patents und der Verordnung vom 30. März v. J. der freien Religionsübung Raum zu gewähren. (Allg. Pr. Z.)

Berlin, 14. April. Die französische Regierung hat der unsrigen ein Ultimatum gestellt, worin sie sehr energisch fordert, daß Preußen in Betreff Polens bis zum 15. April definitiv und unzweideutig hervortreten möge.

(Nachschrift vom 14. April, Nachmittags.) Der König soll die Cabinetsordre unterzeichnet haben, wornach die deutschen Grenzdistricte des Großherzogthums Posen mit der Mark vereinigt, die rein polnischen aber von Preußen gänzlich freigegeben werden. Hiemit hat die Stunde der Wiederherstellung Polens geschlagen.

Sechstausend Familien sollen Berlin wegen der neuesten Umwälzung verlassen haben.

Bei dem vier Meilen von Posen gelegenen Städtchen Schroda steht ein angeblich 40,000 Mann starkes (eine andere glaubwürdigere Angabe spricht nur von 16—17,000 Mann) Corps bewaffneter Polen, welche trotz mehrfacher Aufforderungen der Generale Willisen und v. Colomb die Waffen nicht niederlegen wollen. Drei Viertheile davon sind mit gerad geschmiedeten Sensen bewaffnet, und der Rest trägt Büchsen, Vogelflinten u. s. w.; sie haben auch eine Anzahl gut berittener Lanzenträger und einige kleine Kanonen. Es sind nun etwa 20,000 Mann preußische Truppen gegen sie ausgerückt. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Schleswig-Holstein.

Rendsburg, 13. April. Der Krieg ist von Seite Preußens jetzt eröffnet, die Füsilier-Bataillons sind

sämmtlich in Schleswig eingerückt. Unsere Truppen stehen längs dem Kanal in der Richtung auf Eckernförde (wo die Dänen nach Berichten aus Kiel 12. Abends aus mit 100 Mann gelandet und dann wieder an Bord gegangen wären) am Weitesten dorthin vorgeschoben ist das Füsilier-Bataillon des 20. preuß. Regiments. Die preußische Artillerie wird, wie man vernimmt, noch heute über die Eider gehen. Die Dänen sollen diesseits Schleswig fouragirt haben. (Rbsb. Tgbl.)

Es sind, einschließlich der etwa 100 Mann betragenden Artillerie, ungefähr 8700 Mann Preußen in Rendsburg angelangt.

Hamburg, 10. April. In Harburg ist diesen Nachmittag eine Abtheilung leichter Artillerie von Hannover eingetroffen. Der Herzog von Braunschweig war daselbst am 8. angekommen, am 9. jedoch nach Braunschweig zurückgereist.

Vor Swinemünde sind eine dänische Corvette und eine dänische Fregatte erschienen.

Hannover.

Von Hannover wird, wie es heißt, Dr. Detmold als Abgeordneter zur gesetzgebenden Reichsversammlung nach Frankfurt gesendet werden. — Zwei Batterien Artillerie, à 12 Stück Geschütz, gingen von Hannover nach Holstein ab.

Oldenburg.

Der veröffentlichte Entwurf des Grundgesetzes über die landständische Verfassung für das Großherzogthum Oldenburg ist sehr elend ausgefallen. — Von Volksrechten ist darin Umgang genommen.

Freie Städte.

Laut amtlicher Erklärung des k. dänischen Generalconsulats in Hamburg wird der Handel mit den Herzogthümern und dem Ausland ungestörten Fortgang nehmen.

Lübeck, 8. April. Unsere Verfassung ist angenommen. Im Entwurfe war bestimmt, daß von den 120 Vertretern, die künftig die Bürgerschaft ausmachen werden, die Hälfte aus dem Stande der Kaufleute und Krämer, 48 aus ersterem, 12 aus letzterem gewählt werden sollte; darüber beschwerten sich die Gewerbtreibenden, denen nur 32 Stimmen zugetheilt waren und verlangten, daß dem Stande der Kaufleute 8 Stimmen abgenommen, und ihnen zugetheilt würden. Die kaufmännischen Collegien gaben es zu. Der Senat nahm seinerseits den Entwurf definitiv an. Heute ist der Entwurf eines Preßgesetzes dem Senat übergeben worden. (Brem. Z.)

Am 8. April ist in Lübeck der neue Verfassungsentwurf etwas verändert angenommen worden. (Morgen Näheres.)

Oesterreich.

Wien, 7. April. Die hiesige Bürgerschaft ist hinsichtlich Italiens in zwei Parteien gespalten; die eine will die Lombardei aufgeben, weil sie nicht mehr zu halten sey, und der gezwungene Verband eines Landes, dessen ganze Bevölkerung vom tödtlichsten Nationalhaß gegen Oesterreich erfüllt ist, die Gesammtmonarchie mehr Opfer koste als er werth sey. Die andere Partei wünscht, wäre es auch der compromittirten Waffenehre wegen, eine kräftige Fortführung des Kriegs, nicht um die Lombardei zu unterjochen, sondern um einen den Interessen Oesterreichs angemessenen, ehrenvollen und vortheilhaften Frieden zu schließen und die Piemontesen, die wider alles Recht den Krieg begonnen, aus dem Land zu werfen. — Mit Verwunderung las ich in den französischen Blättern die Uebersetzung eines heftigen Artikels der Wiener Zeitung gegen die Ansprüche des Königs von Preußen mit der Ueberschrift: „Manifestation de l'empereur d'Autriche contre le Roi de Prusse.“ Dieser Artikel hatte auch durch alle deutschen Zeitungen die Runde gemacht, weil man ihm eine Wichtigkeit beilegte, auf die er keinerlei Anspruch hat. Die „Wiener Zeitung“ ist so wenig ein officielles Blatt als die Oesterreichische Zeitung, die den Beobachter ersetzt. Die Regierung hat an sämmtlichen Artikeln, die nicht unter der Rubrik der amtlichen Mittheilungen erscheinen, nicht den geringsten Antheil. Jene „Protestation der deutschen Nation gegen den König von Preußen“ wurde von einem zufällig anwesenden jungen Literaten verfaßt, der kein Oesterreicher und der Regierung völlig fremd ist. (A. Z.)

Linz, 11. April. Gestern erhielten die PP. Jesuiten den Auftrag abzureisen. (A. Z.)

Schweiz.

Bern, 11. April. Der Vorort hat unter'm heutigen Tag den sämmtlichen Kantonsregierungen mit einem Begleitschreiben den Entwurf der neuen Bundesverfassung gedruckt mitgetheilt. Der Vorort ladet die Stände ein, bis zum 8. Mai über diesen Entwurf zu instruiren, damit die Tagsatzung sofort an's Werk gehen könne.

Aus dem nördlichen Jura, 14. April. Gestern wurde die Tagsatzung eröffnet. Der Vorort hat sich der deutschen Arbeiter halber, welche sich im benachbarten Elsaß befinden, veranlaßt gefunden, die Truppen von Baselstadt und Land in eidgenössischen Dienst zu rufen, und dieselben unter den Befehl des Obersten Frei (aus Brugg) zu stellen. Er hat die Aufstellung einer schweizerischen Observationsarmee von 30,000 Mann unter Oberst Gmür beschlossen.

Basel, 13. April, Abends 6 Uhr. Auch heute sind von Straßburg keine deutschen Freischaaren angekommen.

Zürich. Der „Berner Zeitung“ wird aus Zürich folgendes gemeldet: „Unsere Industrie leidet furchtbar; die größten Etablissements dürften in Bälde ganz aufhören zu arbeiten, und wir haben alsdann 20,000 brodlose Hände. In St. Gallen und Glarus soll es ebenso seyn.

Italien.

Botzen, 13. April. Die Piemontesen sind in Judicarien eingebrochen und bis Tione, nach andern bereits bis Stenico vorgedrungen, 600 Mann regulären Militärs und 2000 M. Freischaaren. Die ihnen gegenübergestandenen Feldjäger sind vor der Uebermacht zurückgewichen. Heute rückte hier ein Bataillon Schwarzenberg Infanterie ein. Aus Vintschgau langte gestern Abends eine Staffette an die den Einfall einer Freischaar von 4—500 Mann über das Stilffer Joch und ihr Vorrücken bis zur Franzenshöhe meldete. Die letzte Nachricht spricht vom Brand einer Cantine. Vor Glurns steht eine Compagnie Tirolerjäger, die Passeirer rückten mit 2 Compagnien über das Gebirg zu Hilfe, die Bevölkerung von Vintschgau ist aufgeboten, von hier ging heute eine Abtheilung Chevaulegers, etwa 100 Mann Fußvolk und 2 Kanonen dahin ab. (A. Z.)

Mailänder Kriegsbülletin vom 12. April. „Die piemontesische Division unter General Bès steht bei Peschiera, und der Kampf ist eröffnet. Gestern (11.) begab sich ein Theil der Compagnie Manara von Salo über den Gardasee an das jenseitige Ufer. Ueber Bardolino und Lazise kommend, griff er die Pulvermühle von Peschiera an, welche etwa eine Viertelstunde von der Stadt entfernt liegt. Nach kurzem Kampfe mit der Besatzung derselben nahm er die Pulvermühle, welche 500 Pulverfässer und 72 Menschen enthielt. Sechzehn der letzteren, Kroaten wurden als Gefangene nach Salo geführt, die andern, Italiener vom Regiment Geppert, kämpfen jetzt für die gemeinsame Sache in der Vorhut der Schaar Manara.“ In Venedig ist am 10. die Consulta zum erstenmal zusammengetreten. Nach dem venetianischen Bericht haben die Piemonteser bei Goito 100 Gefangene genommen. (A. Z.)

Rom, Sardinien und Toscana sollen einen Vertrag abgeschlossen haben, nach welchem Italien in 6 Staaten getheilt werden solle, als ein Staatenbund mit einem Bundestage in Rom. (Allg. pr. Z.)

Die jetzt laut amtlicher Bekanntmachung des Polizeiministers in Rom, Galetti, aus ganz Italien ausgetriebenen Jesuiten haben 50,000 Scudi Schulden hinterlassen. Ihr General Rothaan ist nach London gegangen.

Das sardinische Geschwader ist in das adriatische Meer eingelaufen.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 6. April. Der Kriegsminister, General-Adjutant Fürst Tschernyschew, macht mittelst Tagesbefehls vom 31. März bekannt, daß nach einem kaiserlichen Befehle vom 29. März, in Veranlassung der Einberufung der auf unbestimmte Zeit und auf Jahresurlaub entlassenen Gemeinen, überhaupt im ganzen Militärressort die Beurlaubung auf unbestimmte Zeit von Gemeinen, welche die dazu festgesetzte Zeit gedient haben, bis auf Weiteres zu beanstanden seyen.

Unter der russischen Garnison in Warschau soll eine Verschwörung entdeckt worden seyn. Die russische Armee soll sich auf 80,000 Mann belaufen.

Jonische Inseln.

Korfu, 30. März. (Oestr. Lloyd.) Auch hier verlangt man Preßfreiheit, Nationalgarde und freie, unbeschränkte Parlamentswahlen durch geheime Stimmgebung. Der Lord-Obercommissär versprach, die dießfällig nach England zu sendende Adresse zu bevorworten und nach Kräften zu unterstützen.

Vereinigte Staaten von Nordamerica.

Der nordamericanische Senat hat die Aufstellung eines Gesandten in Rom abgelehnt.

Bekanntmachungen.

Fremdenanzeige.

Hôtel Maulik. HH. Zell, Bürgermeister, und Ungik, Privatier v. Eichstädt; Gylis, Rentier aus England; Schöpperg, Kaufmann v. Reutlingen; Mdm. Stadel v. Würzburg.

Blaue Traube. HH. Ritter Carlini, Astronomiedirector v. Wien; Frhr. v. Pütten, Rittmeister, und Frhr. v. Hütten, Junker v. Würzburg, Revenbacher, Oberlieutenant v. Amberg; Steiger, Particulier v. Prag; v. Jessa, Bergingenieur-Major v. St. Petersburg; v. Savoye, Grenzoberaufseher v. Simbach; Frau Baronin Crailsheim v. Ansbach.

Stachusgarten. HH. Kübler, Rechtsconsulent von Blaubeuern; Wisek, Privatier, und Rudla, Schließer von Wien; Feldbauich, Pfarrer v. Speyer; Storz, Maler a. d. Pfalz; Horny, Kaufmann v. Wien; v. Finke, Student v. Berlin.

Bekanntmachung.

Aus Auftrag des Secretariats der Kammer der Reichsräthe des Königreichs Bayern wird hiemit bekannt gemacht, daß die gedruckten Kammerverhandlungen bei der hiesigen k. Oberpostamtszeitungsexpedition zu 3 fl. für je 100 Bogen bezogen werden können, wohin man sich mit allenfallsigen Bestellungen wenden wolle.

München, den 15. April 1848.

Stademann,
als Canzlei-Dirigent der Kammer der Reichsräthe.

Das Directorium der Kammer der Reichsräthe bringt hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß zu allen der fortan öffentlichen Sitzungen der Kammer Eintrittskarten für Jedermann verabfolgt werden.

Man wolle sich wegen Erlangung dieser am Eingange abzugebenden Karten an die Expedition der Canzlei der Kammer der Reichsräthe wenden.

Den Redacteuren und Stenographen der öffentlichen Blätter ist eine eigene Tribunabtheilung eingeräumt.

München, den 17. April 1848.

Bekanntmachung.

2374. (2b) Behufs der Befriedigung eines Hypothekgläubigers wird das an der Lerchenstraße dahier gelegene Anwesen Nro. 24 a., gerichtlich gewerthet auf 8983 fl. und mit 6901 fl. 11 kr. Hypotheken belastet, nachdem bei der ersten Versteigerungstagsfahrt vom 29. v. M. kein Angebot auf dasselbe erfolgt ist, unter Bezug auf die in der Bekanntmachung vom 25. Jänner l. Js. enthaltene Beschreibung zum zweiten Male der öffentlichen Versteigerung nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98—101 des Proceßgesetzes vom 17. Nov. 1837 unterstellt.

Neuerliche Steigerungstagsfahrt ist auf

Mittwoch den 24. Mai l. Js. Vormittags von 10 — 12 Uhr

im Geschäftszimmer des k. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Baron v. Schleich Nr. 36 anberaumt, wozu Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß dem Gerichte Unbekannte sich über Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben, und der Hinschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgen werde.

Am 4. April 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der königl. Director:
Barth.

Zottmayr.

Für Schleswig-Holstein.

Transport	1 fl. 30 kr.
Den 17. April anonym eingegangen für die Brüder in Schleswig-Holstein	20 fl. — kr.
Summe	21 fl. 30 kr.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 101.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 2[illegible] auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Mittwoch | XLIX. Jahrgang. | 19. April 1848.

Deutschland.

Frankfurt. 34ste Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 14. April 1848. In der heutigen Sitzung trat für den abberufenen k. hannoverischen Gesandten v. Lenthe der Klosterrath v. Wangenheim ein. Auf den Antrag des Revisionsausschusses wurden sämmtliche Regierungen aufgefordert, unverzüglich anzuzeigen, wann bei möglichst zu beschleunigenden Wahlen sämmtliche Abgeordnete zur Nationalversammlung gewählt seyn werden. Deßgleichen wurde genehmigt, daß zur Aufnahme der Nationalversammlung die Paulskirche hergerichtet und der zur Beseitigung der akustischen Mängel erforderliche Kostenbetrag auf die Bundescasse angewiesen.

Frankfurt, 15. April. Die Bundesversammlung hat gestern in Folge der vom kurhessischen Bundestagsgesandten Jordan gegebenen Aufschlüsse über die letzten Kasseler Unfälle entschieden, daß, da die Ruhe hergestellt, zum Einschreiten des Bundes kein Anlaß vorhanden sey. In Folge des Bundesbeschlusses über Schleswig-Holstein ist der dänische Gesandte aus der Bundesversammlung ausgetreten. Man spricht von Errichtung einer Kriegsmarine des Bundes. Der Fünfzigerausschuß beschloß gestern eine Aufforderung an Hannover zu kräftigster Unterstützung Schleswig-Holsteins mit Waffen und Mannschaft, ferner (auf Antrag des hiesigen Handelsstandes) eine Verwendung um Zurücknahme des österreichischen Geldausfuhrverbots. In Folge einer geheimen Berathung wurden Venedey und Spatz mit einer besondern Mission (nach Baden?) abgeschickt. (A. Z.)

Frankfurt, 16. April. Von der Bundesversammlung sind die Gesandten von Sachsen (Königreich) Hessen-Darmstadt und den Freien-Städten beauftragt, mit der Siebenzehnercommission die Einleitung zur Nationalversammlung zu treffen. Die Commission hat hiezu die HH. Todt, Jaup und v. d. Gabelentz committirt. In der gestrigen Sitzung der Siebzehner wurde bereits der Entwurf der künftigen Reichsverfassung berathen; er soll alsbald nach erfolgter Einigung über die Grundzüge veröffentlicht werden. — Als Parlamentscandidat für Frankfurt tritt Dr. Jucho mit einem politischen Glaubensbekenntniß auf. (A. Z.)

Frankfurt, 14. April. Die öffentliche Sitzung des Fünfzigerausschusses fand gestern von 4 bis 7 Uhr statt. Hr. Theodor Lebach aus Frankfurt macht in einem Schreiben darauf aufmerksam, es sey in der öffentlichen Veröffentlichung der Beschlüsse des Vorparlaments gesagt, daß jeder „selbstständige" Bürger wahlfähig sey, während das Vorparlament beschlossen habe, daß jeder „volljährige" Bürger wahlfähig seyn solle. Es erheben sich mehrere Stimmen im Ausschusse, die diese Ansicht theilen, und so wird der Brief zur sofortigen Berichterstattung an die Wahlcommission verwiesen. Dieser Wahlcommission werden zwei österreichische Mitglieder zugesellt, die HH. Schuselka und Schilling. Nach Verlesung mehrerer Briefe von geringer Bedeutung berichtet Hr. Dr. Freudentheil im Namen einer Commission über die Wahl eines Ersatzmannes an Stelle des ausgetretenen Mitgliedes, Hrn. Paur, und trägt darauf an, Hrn. Hecker einzuberufen, als denjenigen, der die meisten Stimmen nach den 50 hatte, was einstimmig angenommen wird. Hr. Raveaux bringt dann einen Antrag ein, der die Wahl von Bevollmächtigten des Ausschusses zur Wiederherstellung der freien Schifffahrt auf dem Rhein, und überhaupt zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung in Vorschlag bringt. Der Antrag wird fast allseitig unterstützt, und führt zu einer umfassenden Verhandlung, in der insbesondere Hr. Lehne bemerkt, daß die Dampfschiffdirection in neuester Zeit auch Schleppkähne angenommen, die den Schiffern Schaden brächten, und daß die Bevollmächtigten darauf dringen sollten, daß diese Kähne einstweilen zu beseitigen seyen. Die HH. Schuselka und Biedermann glauben, daß die Bevollmächtigten überhaupt bei ihrer Sendung darauf hinwirken sollen, daß die Arbeiter größern Schutz gegen Noth und Elend finden. Die HH. Venedey, Kolb, Jürgens, Raveaux rc. glauben dagegen, daß die Frage des Proletariats zu trennen sey, daß diese letztere bereits an eine besondere Commission verwiesen, und daß es sich bei den zu wählenden Bevollmächtigten vor allem darum handle, der Anarchie entgegenzutreten, was natürlich nicht verhindern könne, daß die Bevollmächtigten des Ausschusses auch überall ihren Einfluß darauf verwendeten, die Gemeinden zu veranlassen, ihren brodlosen Arbeitern ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen (darauf die den Lesern bekannte Berichterstattung der zurückgekehrten Abordnung aus Kassel.) In diesem Sinne wurden die HH. Blum, Raveaux und Lehne zu Bevollmächtigten des Ausschusses gewählt und in die Rheinlande abgesandt. (A. Z.)

Frankfurt, 15. April. So eben erscheint folgender Aufruf:

Der Fünfzigerausschuß an das deutsche Volk!

Im See- und Oberrheinkreise Badens wird ein Aufruf an das Volk verbreitet, nach welchem es an der Zeit seyn soll, das, was die Verfasser jenes Aufrufs die Forderungen des Volkes nennen, mit den Waffen in der Hand zu verwirklichen. Die ganze Volkswehr des Seekreises soll sich am 14. April in Donaueschingen bewaffnet einfinden, mit Munition, sowie mit Lebensmitteln auf sechs Tage versehen, und dort die weiteren Weisungen empfangen. Man will auf Kehl marschiren, sich mit der aus Frankreich kommenden Arbeiter-Freischaar verbinden und landab ziehen. Männer in Baden, Württemberg, Rheinbayern und Hessen! Zum Bürgerkrieg, zu dem Entsetzlichsten, was ein Land treffen kann, ruft man Euch auf! Ihr sollt die Waffen gegen Eure Mitbürger führen, um Meinungen einer Partei dem ganzen Deutschland aufzudrängen. Und das zu einer Zeit, wo der Wille des deutschen Volkes sich binnen wenigen Wochen in der constituirenden Nationalversammlung aussprechen wird, zu einer Zeit, wo Deutschland im Begriff ist, den Forderungen aller seiner Stämme durch wahrhafte Volksvertreter ihr Recht zu verschaffen. Der Fünfzigerausschuß ist der Zuversicht, daß Ihr die Zumuthungen jenes Aufrufs mit Entrüstung von Euch weisen, und als freie Bürgerwehr, an der Seite der aufgebotenen Truppen, jenen Verblendeten mit Kraft entgegentreten werdet. Man will Euch überreden, daß die Euch zu Hilfe kommenden Bundestruppen fremde Truppen seyen. Freunde! Es sind Eure Brüder, mit Euch aus einem Volke, mit Euch auf demselben Wege zur Freiheit und zur deutschen Einheit. Man will Euch überreden, daß durch diese Truppen reactionäre Schritte unterstützt werden sollen. Seyd versichert, daß wir mit kräftiger Hand jeden solchen Versuch beseitigen würden; die That hat gezeigt, daß wir den Willen und durch das Vertrauen des Volkes auch die Macht hierzu haben. Aber denkt, daß das Unheil der Reaction, wenn diese in Deutschland jetzt möglich, nur noch durch derartige gewaltsame Vernichtung aller staatlichen Ordnung herbeizuführen wäre. Darum laßt uns mit aller Macht den Despotismus einzelner Parteien bekämpfen. In Euren Händen liegt das Heil Deutschlands; Ihr werdet Eure unermeßliche Verpflichtung zu würdigen wissen.

Frankfurt a. M., 15. April 1848.

Soiron, Vorsitzender.

Simon, Schriftführer.

Frankfurt. An die Deutschen in Frankreich und in der Schweiz! Ihr habt vernommen, daß die Versammlung deutscher Männer in Frankfurt beschlossen hat, eine constituirende Nationalversammlung zu berufen, und ihr einzig und allein die Aufrichtung der Verfassung für unser Vaterland zu überlassen. Am ersten Maitag wird sie in Frankfurt zusammentreten. Brüder! Es gilt der Welt das Beispiel zu geben, wie die deutschen Männer auf dem Weg der freien Berathung sich einigen zu einer großen Nation, wie sie Freiheit und Wohlstand dauerhaft gründen auf dem unerschütterlichen Boden deutschen Volkswillens! Es soll entscheiden, und wem die Ehre, wem die Einheit der deutschen Nation einen Werth hat, der wird, der muß sich ihr unterwerfen. Brüder! Euch Allen steht die Heimath offen; Deutschland kennt keine Verbannten mehr. Aber wir beschwören euch, verzichtet auf den Gedanken — wenn ihr ihn anders wie öffentliche Blätter berichten gehegt haben solltet — in bewaffneten Massen in das Vaterland zurückzukehren. Ein solches Beginnen könnte das Werk Eurer Brüder in Deutschland, könnte auch Eure Hoffnung auf ein freies einiges Vaterland gefährden, und würde unabwendbar mit Eurem eigenen Untergang endigen. Wir mißtrauen nicht Eurem ernsten Willen mit uns für die Einheit und Freiheit Deutschlands zu streiten. Aber wir mahnen Euch jetzt nicht den Ruf Einzelner für den Ruf des gesammten deutschen Volkes zu achten. Nur dann werden wir alle sicher seyn über den Willen dieses Volkes nicht getäuscht zu werden, wenn wir die Entscheidung seiner Vertreter erwarten. Brüder! Wir müssen einig seyn, wollen wir stark seyn; wir müssen stark seyn, wollen wir frei seyn. Es lebe die deutsche Einheit, es lebe die deutsche Freiheit! Frankfurt, 12. April 1848. Namens des Fünfzigerausschusses: Soiron. Briegleb, als Schriftführer.

Bayern.

Landtag.

München, 19. April. (Kammer der Reichsräthe.) Tagesordnung für die auf heute um 11 Uhr angesetzte V. Sitzung. — 1. Bekanntmachung des Einlaufs. — 2. Vortrag der Legitimationscommission über die Legitimation des zum lebenslänglichen Reichsrathe ernannten königl. Staatsministers der Justiz, Hrn. Heintz. — 3. Vortrag, Berathung und Beschlußfassung über den Gesetzentwurf, die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichtsorganisation, über das Verfahren in Civil- und Straf-Sachen und über das Strafrecht betr. — 4. Vortrag, Berathung und Beschlußfassung über den Gesetzentwurf, die Behandlung neuer Gesetzbücher betr. — 5. Wahl der Deputation zur Ueberreichung von Gesammtbeschlüssen.

München, 19. April. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XII. auf heute um 4½ Uhr Nachmittags angesetzte öffentliche Sitzung. 1. Verlesung des Protokolls der XI. öffentlichen Sitzung

ung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Vortrag des Referenten im I. Ausschuß: über den Entwurf eines Edicts über die Freiheit der Presse und des Buchhandels. — 4. Vortrag des Referenten im IV. Ausschuß: über den Gesetzentwurf über ein im Wege der freiwilligen Subscription aufzunehmendes Darlehen.

Gesetzentwurf über die Aufnahme eines Anlehens im Wege der freiwilligen Subscription. Se. Maj. der König haben in Berücksichtigung des außerordentlichen Kostenaufwandes, welchen die Mobilmachung Allerhöchst ihres Heeres, die Unterstützung der Industrie und die Fortsetzung der öffentlichen Arbeiten erfordern, nach Vernehmung Allerhöchstihres Staatsraths und mit Beirath und Zustimmung Ihrer Lieben und Getreuen der Stände des Reiches beschlossen und verordnen, was folgt: Art. I. Der Staatsminister der Finanzen ist ermächtiget, im Wege der freiwilligen Subscription ein verzinsliches Anlehen von 7,000,000 fl. aufzunehmen. — Art. II. Ueber dieses Anlehen werden auf 20 fl., 50 fl. und 100 fl. lautende Staatsschuldscheine von der königl. Staatsschuldentilgungs-Commission unter Mitwirkung der ständischen Commissäre ausgefertigt. — Art. III. Dieses Anlehen ist auf die grund-, zehent- und lehensherrlichen Gefälle des Staates versichert, und wird aus diesen Gefällen alljährlich verzinset. Bei den an den Staat für die Ablösung dieser Gefälle zu zahlenden Summen sind diese neuen Staatsschuldscheine nach dem Nennwerthe bis zur Hälfte des Ablösungsbetrags, wenn derselbe 40 fl. erreicht oder übersteigt, anzunehmen. Erreicht der Ablösungsbetrag 400 fl., so kann ein Viertheil auch in älteren 3½ procentigen Staatsschuldscheinen nach dem Nennwerthe erlegt werden. Die eine Hälfte ist jedoch immer baar zu entrichten. — Art. IV. Sollte in den Jahren 1848/49 und 1849/50 auf die im Art. III. bezeichnete Weise die vollständige Aufräumung dieses Anlehens von 7,000,000 fl. nicht bewerkstelligt seyn, so ist der verbleibende Rest in den Jahren 1850/51 und 1851/52 im Wege der Verloosung zu tilgen. — Art. V. Der Staatsminister der Finanzen ist mit dem Vollzuge des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt. — (L. S.) Gegeben München den … Für den Entwurf: Lerchenfeld.

Gesetzentwurf die Verhältnisse der Spar-Cassen und beziehungsweise die bei der Staatsschuldentilgungs-Anstalt anliegenden Sparcasse-Capitalien betreffend. Se. Maj. der König haben nach Vernehmung Ihres Staatsrathes, mit Beirath und Zustimmung Ihrer Lieben und Getreuen der Stände des Reiches, in Beziehung auf die Sparcassen beschlossen und verordnen, was folgt: Art. I. Die bei der Staatsschuldentilgungs-Anstalt anliegenden Sparcasse-Capitalien werden, statt wie bisher zu 3½, vom 1. April 1848 anfangend, mit 4 vom Hundert verzinst. — Art. II. Jede Zurückbezahlung dieser Capitalien von Seite der Staatsschuldentilgungs-Anstalt an die Sparcasse-Verwaltungen findet, sie mag ganz oder theilweise nachgesucht werden, von nun an in 4procentigen Staatsschuldmobilisirungs-Obligationen zu dem Nennwerthe statt. — Art. III. Dagegen sind die Sparcasse-Verwaltungen nur jenen Einlegern gegenüber, welche Dienstboten, Handwerksgesellen, Taglöhner, Fabrikarbeiter oder Militärs, vom ersten Unterofficier abwärts, sind verpflichtet, den ganzen Einlagebetrag, sofern derselbe die Summe von 200 fl. nicht übersteigt, baar zurückzuvergüten. Bezüglich aller andern Einleger sind sie von nun an nur gehalten, jene gekündeten Einlagen, deren Gesammtbetrag 100 fl. nicht erreicht, baar zurückzubezahlen. Erreicht oder übersteigt das Guthaben den Betrag von 100 fl., beziehungsweise 200 fl., so sollen die Sparcassen ermächtiget seyn, die Rückzahlung dieses Guthabens in vorerwähnten 4procentigen Staatsobligationen zu leisten. — Art. IV. Die Hälfte der jährlich zur baaren Heimzahlung der ältern Staatsschuld bestimmten Beträge soll der Rückzahlung der in den vorhergehenden Art. II. und III. erwähnten Mobilisirungs-Obligationen zugewendet werden, zu welchem Behufe dieselben mit einem entsprechenden, eigenen Stempel zu versehen sind. — Art. V. Gegenwärtiges Gesetz tritt mit dem heutigen Tage in Wirksamkeit. Die Staatsministerien des Innern und der Finanzen sind mit dem Vollzug desselben beauftragt. München den … Thon-Dittmer. Lerchenfeld.

München. Am 17. d. Mts. erschienen drei Gesetzblätter, enthaltend das Gesetz: die Wahl der bayerischen Abgeordneten zur Volksvertretung beim deutschen Bund betr.; (vergl. um Wiederholungen zu vermeiden, Nro. 94 und 96 der Münchener polit. Zeitung): das Gesetz die Zahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung aus der Pfalz betr., und das Gesetz: die Amnestirung betr.

München. (Aus dem königlichen Abschied für den Landrath von Oberbayern.) Besondere Wünsche und Anträge. Auf die in dem besondern Protokolle niedergelegten Wünsche und Anträge erwidern Wir was folgt: 1) Die von dem Landrathe angedeuteten Maßregeln zur Verbesserung des sittlichen und ökonomischen Zustandes der Ansiedler in Marlried und in den übrigen Colonien des oberbayerischen Regierungsbezirkes erscheinen theils durch Abänderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, theils durch Ausgaben bedingt, wofür zur Zeit die budgetmäßigen Mittel fehlen. Wenn Wir daher in dieser Erwägung auf die Anträge des Landrathes nicht einzugehen vermögen, so erwarten Wir doch von Unserer Regierung von Oberbayern, daß dieselbe keines der ihr zu Gebot stehenden Mittel unbenützt lassen werde, um dem angeregten Mißstande nach Möglichkeit zu steuern, und dem Fortschreiten des sittlichen und wirthschaftlichen Verfalles jener Ansiedlungen Einhalt zu thun. Insbesondere beauftragen Wir Unsere Regierung von Oberbayern, den Bestimmungen Tit. VI §§. 35 — 42 der Verordnung über die Bettler und Landstreicher vom 18. November 1816 und Tit. I Art. 1 der Verordnung über die Zwangsarbeitshäuser von demselben Tage, so wie den bestehenden Vorschriften über das Armenwesen fortan den strengsten Vollzug zu sichern. 2) Wegen Cultivirung der vorhandenen öden Gründe sind bereits umfassende Erhebungen im Gange, deren Ergebniß Unser Staatsminister des Innern Uns vorzulegen beauftragt ist. Bei der näheren Würdigung desselben haben Wir vor, auch jenen Anträgen des Landrathes die entsprechende Würdigung zuzuwenden, welche derselbe in Beziehung auf Colonisation und Gründung landwirthschaftlicher Anwesen gestellt hat. —. 3) Die beantragte Abänderung der bestehenden Einrichtungen und Anordnungen in Absicht auf die Vergütung für die dem vaterländischen Militär auf Märschen zu leistende Verpflegung werden Wir in sorgsame Erwägung ziehen. — 4) Dadurch, daß die Münchner-Ingolstädter Straße in der fünften Stunde abwechselnd nur 18 Fuß breit ist, kann bei genauer Einhaltung der durch §. 14 der Verordnung über die Einrichtung des die Kunststraßen befahrenden Fuhrwerkes vom 16. Juli 1840 vorgeschriebenen Breite der Ladung auf Frachtwägen eine Gefahr für den Verkehr nicht entstehen, demnach die deßfallsige Besorgniß des Landrathes als begründet nicht erkannt werden. Ueberdieß hat Unsere Regierung v. Oberbayern bereits die Anordnung getroffen, daß an den beiderseitigen Straßenbanquetten besondere Materiallagerplätze hergestellt werden, wodurch für das Frachtfuhrwerk selbst jede Unbequemlichkeit beseitigt erscheint. 5. Dem Wunsche des Landrathes wegen Erleichterung der Gemeinden bei der ihnen obliegenden Wegräumung des Schnees auf der Fahrbahn der Staatsstraßen durch Anschaffung von Bahnschlitten auf Kosten des Baufonds ist bereits bezüglich der zunächst betheiligten Gemeinden in den Gebirgsgegenden entsprochen worden, und es soll in einzelnen besondern Fällen, wo ein specielles Bedürfniß genügend nachgewiesen ist, auch ferner hierauf geeignet Bedacht genommen werden. 6. Die seit mehreren Jahren aus ärarialischen Vorräthen geleisteten wesentlichen Aushilfen und Unterstützungen sind der thatsächliche Beweis jener steten Fürsorge, mit welcher schon bisher getrachtet wurde, Unsere getreuen Unterthanen vor den nachtheiligen Folgen ungünstiger Ernte-Ergebnisse möglichst zu schützen. Hierin, so wie in angemessener Natural-Gradirung und Magazinirung der ärarialischen Getreiderenten und der bereits angeordneten Verbesserung des baulichen Zustandes der ärarialischen Getreidespeicher wird der Landrath von selbst die Beruhigung finden, daß jener hoch wichtigen Aufgabe auch für die Folge die entsprechende Aufmerksamkeit zugewendet werde. Wenn übrigens der Landrath die königl. Rentämter hinsichtlich der Getreidabgabe der Hintansetzung der hierwegen bestehenden Vorschriften in einzelnen Fällen beschuldigt, so vermissen Wir hiebei die Angabe jener bestimmten Thatsachen, ohne welche die erwähnte Anschuldigung einer weiteren Beachtung um so weniger unterstellt werden kann, als derartige Klagen bis jetzt weder bei Unserer Kreisregierung noch anderer Orten laut geworden sind. 7) Der beantragten Eintragung der unsteuerbaren Reichnisse und Gaben nach dem Geldanschlage in das Steuerkataster stehen, abgesehen davon, daß das fragliche Kataster von allen seinem eigentlichen Zwecke fremden Zugaben frei bleiben soll, die Bestimmungen des Grundsteuer-Gesetzes vom 15. August 1828 §§. 47—61 entgegen.

(Schluß folgt.)

München. Der Standesherr und erbliche Reichsrath Graf v. Giech hat der Staatsregierung seine standesherrlichen Rechte zur Förderung der neuen Gesetzgebung zur Verfügung gestellt, insofern dieselben nach dem Ermessen der Regierung mit der neuen Gestaltung im Volks- und Staatsleben nicht mehr im Einklang stehen sollten. Graf Giech hat gleich jetzt verzichtet auf den privilegirten Gerichtsstand bei dem Appellationsgerichte, auf das nur Bayern eigenthümliche Recht der Siegelmäßigkeit und gegen Uebernahme der darauf ruhenden Lasten von Seite des Staatsärars auf die Grundgerichtsbarkeit, so wie auf sein standesherrliches Decanat und auf das Patronat über die dieses Decanat bildenden Pfarreien. (A. Z.)

München, 19. April. Das Programm zur deutschen Nationalversammlung wurde nach dem Beschlusse des politischen Clubbs in dessen vorgestriger fünften Versammlung gestern früh von dem hiezu gewählten Ausschusse berathen und redigirt, und in der gestrigen sechsten Versammlung zur allgemeinen Berathung und Beschlußfassung vorgelegt. Nach längern Debatten wurden die sämmtlichen Grundsätze des Programms einstimmig angenommen und nur die Redaction desselben in mehreren Puncten abgeändert. Das Programm lautet nun, wie folgt:

Wahlaufruf.

Die Wahl der Mitglieder zur deutschen Nationalversammlung ist das wichtigste Geschäft des deutschen Volkes. Ihr ist, vermöge eines Beschlusses der berathenden Versammlung, des Vorparlaments, die Begründung der Verfassung des deutschen Vaterlandes übertragen. Wer zur großen Ehre, unser Volk zu vertreten, erhoben seyn will, der muß sich zu ihm gesellen, der muß öffentlich durch Wort und That zeigen und gezeigt haben, daß sein Herz schlägt für das Wohl des Vaterlands. Die constituirende Nationalversammlung hat eine dreifache Aufgabe zu lösen. Sie soll die Einheit Deutschlands begründen; sie soll ihm seine neue Stellung nach Außen anweisen und die traurigen Zustände im Innern beseitigen. Die Oberleitung des deutschen Volkes soll durch das deutsche Parlament aus dem ganzen Volke geschaffen werden. Die Oberleitung wird sich mit einem dem Senat und dem Volksparlament verantwortlichen Ministerium umgeben. Zu diesem Endzwecke wird ein eigener selbstständiger Gerichtshof angeordnet. Derselben stehen zwei gewählte Kammern, der Senat, beschickt von den einzelnen Staaten, und das aus unmittelbaren Wahlen hervorgegangene Volksparlament zur Seite. Die Rechte dieser drei Centralbehörden sollen vorzugsweise umfassen:

1) Die völkerrechtliche Vertretung der Nation nach Außen.

2) Die Oberherrlichkeit über die ganze Land- und Seemacht.

3) Das allgemeine Zoll- und Steuerwesen.

4) Die Ueberwachung der nationalen Freiheiten, der Preßfreiheit, des Vereinigungsrechtes in jeder Beziehung, der Volksbewaffnung, der vollkommenen Gleichstellung aller Deutschen in politischer wie in bürgerlicher Beziehung, ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses.

Es bedarf wohl kaum der Bemerkung, daß ein gleiches System des Handels- und Gewerbswesens, der Schifffahrtgesetze und der Münze, daß ein gleiches System in Maas, Gewicht, Posten, Wasser-, Straßen und Eisenbahnen, daß Einheit der Civil- und Strafgesetzgebung, sowie des Gerichtsverfahrens, Grundbedingungen sind im neuen Deutschland. Alle andern innern Angelegenheiten, das besondere Wohl, das eigenthümliche Leben der Stämme und Länder, sie bleiben sämmtlich, mit ihren bestehenden Staats- und Regierungsformen, den Einzelstaaten überlassen. Die Herstellung Polens als selbstständiger Staat, mit der möglichsten Berücksichtigung des Wohles der halben Million Deutscher im Großherzogthum Posen ist nach außen die größte, die wichtigste Aufgabe der Nationalversammlung. Das freie

Polen ist der sicherste Vorposten gegen den Selbstherrscher aller Reußen. Täuschen wir uns nicht, so werden folgende Grundsätze von dem deutschen Volke anerkannt werden:

1) Alle national deutschen Länder können wenn sie es wünschen, mit dem neuen Bundesstaate vereinigt werden.

2) Kein fremder Herrscher gebiete über ein bereits zum Bundesstaate gehöriges Land.

3) Kein deutscher Fürst unterjoche fremde Länder. Die neue Zeit duldet keine unterdrückten Nationalitäten.

Was will unsere Zeit? Sie will, um es in wenige Worte zusammenzufassen, gesetzliche Freiheit für alle Classen der Gesellschaft ohne Unterschied der Geburt, des Standes und des Glaubens, Sicherheit des Eigenthums, Bildung, Wohlstand, namentlich Verbesserung des Looses der Arbeiter. Deutsches, bayerisches Volk! dieß sind die Grundsätze, auf welchen du dich von der Abhängigkeit zur Freiheit, aus der Schmach zur Achtung, aus dem Elende zum Glücke empor arbeiten kannst und wirst. In diesem Sinne müssen deine Abgeordneten zu Frankfurt sprechen und handeln. Deutsches, bayerisches Volk! nimm ihnen, nimm allen deinen Vertretern ein feierliches Handgelübde ab, daß sie nicht abweichen von dieser einzigen Bahn deines Rechtes, deines Glückes. Nur dann, nur dann wirst du dein Ziel erreichen. Und somit, Mitbürger und Landsleute, Gott befohlen.

München den 18. April 1848.

Der Bauhof-Clubb, Verein für Volkswohl.

Durch dieses Programm hat der politische Clubb nunmehr nicht nur seinen Namen: „Bauhof-Clubb", und seinen Zweck: „Verein für Volkswohl", sondern auch seine politischen allgemeinen Grundsätzen ausgesprochen, und bekennt sich öffentlich vor aller Welt zu denselben. Ihr, die ihr diesen Clubb bisher scheelsichtig ansahet, und heimtückisch ihn auf jede Weise zu verleumden trachtet, ohne mit eurer Farbe herauszurücken, die ihr insbesondere die dabei betheiligten Arbeiter zu verdächtigen, und als republikanische Wähler oder gar als Communisten und Anarchisten hinzustellen, und so eine künstliche Aufregung in unserer Hauptstadt zu erhalten suchtet, ihr braucht euch nicht mehr hinter vage und unbestimmte Ausdrücke zu verschanzen, sondern könnt speciell jeden Satz dieses Clubbs angreifen; er wird euch zu antworten wissen. — Nach einigen Zwischenverhandlungen über mehrere auswärtige Clubbs und mehreren verlesenen Briefen traten nacheinander zwei Redner, die HH. Rechtsconcipienten Dr. Hermann, und Dr. Greiner als Wahlcandidaten auf und legten ihr politisches Glaubensbekenntniß ab; beide Redner bekannten sich zu den Grundsätzen des Programms und entwickelten ihre Ansichten näher. Schlüßlich wurde behufs der demnächstigen Wahl eine allgemeine Volksversammlung beantragt und durch Majorität beschlossen, daß eine solche zu veranlassen sey. Ein Ausschuß wurde hiezu ernannt. Die nächste Versammlung findet morgen am 20. d. M. im Zweibrückensaale statt.

Von den bayerischen Abgeordneten zum Parlament kommen auf Oberbayern 11, Niederbayern 9, Pfalz 10, Oberpfalz und Regensburg 7, Oberfranken 8, Mittelfranken 8, Unterfranken und Aschaffenburg 9, Schwaben und Neuburg 9 Abgeordnete.

Landsberg, 16. April. Hier hat sich am 12. ds. ein Wahlausschuß gebildet, um die demnächst beginnenden Wahlen zum deutschen Parlamente zu leiten. Derselbe hat in der Person des Rechtsconcipienten Völk, Doctor beider Rechte, einem zwar jungen Manne, doch ausgerüstet mit gründlichem Wissen, seltener Rednergabe und einem edlen liebevollen Charakter, einen Wahlcandidaten aufgestellt und in einem von dem Concipienten Gaßner verfertigten Aufrufe zu seiner Wahl aufgefordert. (Augsb. Abdz.)

Württemberg.

Stuttgart, 15. April. Heute wird die öffentliche Bekanntmachung in Betreff der Vornahme der Parlamentswahlen erscheinen. Es finden directe Wahlen statt, jeder 25 Jahre alte selbstständige Staatsbürger, der nicht durch gerichtliches Erkenntniß die Ehrenrechte verloren hat, der zur Zeit nicht Armenunterstützung genießt, und gegen den kein Gantverfahren anhängig, seine Stimme abzugeben berechtigt ist. Nach dem „Beobachter" hat sich die Stimmenzahl für den Ausschuß des Hauptvereins in Stuttgart folgendermaßen gestaltet: Feder.r 4198, H. Erhard 4049, Zichele 4026, Reyle 3969, Dr. Camerer 3844, Geiger 3800, Gustav Pfizer (Prof.) 3687), Frisch 3275, H. Müller 3260, S. Schott 3192, Ostertag 3144, Gottlieb Müller 3024, Stöckle, Stadtrath 2922, Oesterle 2573, Tafel 2464. Weitere Stimmen erhielten Dechslin 1887, Sick 1759, Bockshammer 1206, Rödinger 1059.

Stuttgart, 16. April. Gestern Abend 6 Uhr sind die württembergischen Truppen in Donaueschingen eingerückt. v. Struve zog sich mit seinem etwa 300 Mann starken Anhang möglichst eilig bei dem Einrücken des Militärs nach der Richtung von Engen zurück. Sogleich nach Besetzung der Stadt wurde deren Bürgermeister auf Requisition des badischen Commissärs v. Stengel verhaftet. Generallieutenant v. Gagern, früher in holländischen Diensten, ist Commandirender der badischen Truppen geworden. (A. Z.)

Ulm, 17. April. Für an den Maiunruhen Betheiligte ist vom König allgemeine Amnestie ausgesprochen.

Auf einer Volksversammlung in Schelklingen wurden als Bewerber für den Sitz am deutschen Reichstag genannt: Generallieutenant v. Baugold, Advocat Becher, Pfarrer Dietrich, Prof. Haßler, Prof. Mack, Natter, Nägele, Ostertag, Reichenbach, Süßkind, Walz, Weigle, Oberjustizprocurator Wiest, Oberjustizrath Wiest, Warm in Harburg.

Tuttlingen. 16. April. Heute ist das VI. Regiment über die badische Grenze marschirt.

Von der württembergischen Gränze. Im Seekreis haben die Städte Möhringen, Immendingen und Hattingen sich in einer schriftlichen Erklärung von den Engener Volksbeschlüssen (auf Republik) losgesagt. (Schw. Mkr.)

Hohenzollern-Hechingen.

Als Vertreter des Fürstenthums am deutschen Reichstag ist am 12. April von den Ständen Landtagsdirector Blumenstetter katholischer Pfarrer gewählt worden. Der erste deutsche Abgeordnete!

Baden.

Karlsruhe, 15. April. Geh. Referent v. Stengel ist von hier mit dem Verhaftbefehl für Hecker und Struve abgegangen (am Abend des 16. in Donaueschingen angekommen).

Karlsruhe, 16. April. Der Markgraf Maximilian ist interimistisch von dem Commando des badischen Armeecorps zurückgetreten, und der Großherzog hat für die Zwischenzeit dem im königl. niederländischen activen Dienste verbleibenden General Frhrn. v. Gagern, mit dem Rang eines Generallieutenants, das Commando seiner mobilen Truppen übertragen. (Karls. Z.)

Karlsruhe, 17. April. Von hier aus sind heute Truppen nach Mannheim abgegangen, wo es neuerdings zu Ruhestörungen gekommen seyn soll. Man spricht von Angriffen auf die Häuser von Bassermann und Mathy. (Karlsr. Z.)

Aus dem Seekreise, 14. April schreibt die „Karlsruher Zeitung." Die Aufreizung dauert noch fort. Die gestrige Volksversammlung in Stockach hat nicht den erwarteten Erfolg gehabt, worauf Hecker von Stockach aus noch ein Circular folgenden Inhalts an die Gemeindeausschüsse erließ: Das Land ist von Soldaten eingeschlossen, Verhaftungen beginnen, vollständige Auflösung aller Verhältnisse, der Druck des Volkes dauert fort, die großen Truppenanhäufungen machen die Last noch unerträglicher, so wie 1832 erhebt bereits Rückschritt und die Volksunterdrückung ihre Zeichen. Wir fordern Euch auf, Euer erstes Aufgebot bewaffnet, mit Proviant versehen auf 6 Tage, und mit den nöthigsten Geldmitteln, sofort nach Stockach zu senden, damit wir den Forderungen des Volkes mit den Waffen in der Hand den nöthigen Nachdruck geben. Außer dem ersten Aufgebot mögen sich die Freiwilligen anschließen, welche entschlossen sind, mit uns zu ziehen. Wir erwarten, daß die muthigen und entschlossenen Männer, die weder Gefahren noch Strapazen scheuen, zum Volksheere stoßen werden. Stockach, 13. April 1848. Im Namen des provisorischen Ausschusses. Hecker.

Aus dem Seekreis, 15. April. Gestern Abend erschien Hecker mit seinem von verschiedenen Richtungen gesammelten Haufen, 200 Mann, in Engen; heute rückte er mit demselben in Geisingen ein. (Karlsr. Z.)

Vom Bodensee, 15. April. Gestern gab es Tumult in Konstanz. Man fing an, die Laden zu schließen; doch ist alles glücklich vorüber. Die Freiwilligen und die Sensenmänner (Arbeiter) sind abgezogen. Gestern früh ist das in Lindau stationirte Bataillon über Wangen in der Richtung nach Pfullendorf abmarschirt.

Preußen.

Nach Darlegungen des Finanzministers auf dem Landtag beliefen sich die Bestände des Staatsschatzes anfangs 1847 auf 19,500000 Thlr.; entnommen wurden zu lauter öffentlichen Unterstützungszwecken 11 Mill. gegenwärtig sind in edlen Metallen 8,500000 Thlr. Eine wirkliche kriegsmäßige Mobilmachung der Armee würde mindestens 15 Mill., die Beschäftigung brodloser Arbeiter 1 Mill. erfordern.

Die nun veröffentlichte amtliche Verlustliste der Truppen an dem 18. und 19. März in Berlin weist nach: a) Getödtet oder bis zum 12. April an Wunden gestorben 3 Officiere und 17 Unterofficiere und Gemeine; b) verwundet 14 Officiere, 14 Unterofficiere, 225 Gemeine, 1 Chirurg. (Wo bleiben nun die Uebertreibungen gewisser Blätter, die vom besten deutschen Geiste beseelt, jeden Augenblick bereit waren, das Militär und die Bürger dazu aufzureizen, weil diese nach den Verhaßten wieder verlangt.)

Nach einer beruhigenden Bekanntmachung des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien, Dr. Pinder, ist die ganze Ostgrenze von Krotoczyn bis gegen Krakau durch preußische Truppenaufstellungen beobachtet und gegen jeden unvermutheten Handstreich gesichert.

Posen, 12. April. Der Kampf ist durch neue von General v. Willisen den Polen gemachte Zusicherungen (gegen welche die hiesige Regierung ihren Protest nach Berlin abgesandt) beschwichtigt worden. Die Deutschen sind gegen Willisen als Verräther aufgestanden und er hat unter Bedeckung die Stadt verlassen müssen.

Schleswig-Holstein.

Ueber das Treffen der Dänen enthält der „Altonaer Merkur" folgenden Bericht aus Kiel, 10. April: Gestern früh standen unsere Truppen theils in, theils in einem ziemlich weiten Kreise nördlich um Flensburg, theils gegen die bei Holnis gelandeten Dänen bei Glücksburg. Der dänische Angriff erfolgte zunächst in der Linie um Flensburg, wo unser rechter Flügel an den Hafen Krusau sich lehnte (das 5 Jägercorps mit Studenten und Kieler Turnercorps), das Centrum bei Bau eine feste Position hatte (15. und Haupttheil des 16. Infanteriebataillons mit einer Escadron Dragoner), der linke Flügel, welcher fast nur aus den Freiwilligen unter Bracklow und Rantzau-Rohlstorf (Breitenburg) mit einem Theile des 16. Bataillons (unter Capitän Schmidt) bestand, von Harrislee gegen Wallsbüll und Handewitt sich erstreckte. Diese Truppen waren alle unter dem Oberbefehl des Brigadegenerals von Krohn. Die Dänen griffen zuerst Morgens zeitig bei Bau mit überlegenen Streitkräften, namentlich starker Artillerie an und erlitten durch günstige Stellung unserer Kanonen und heldenmüthigen Widerstand der Unsrigen sehr große Verluste, namentlich sollen die Kartätschen unter den Fühnenschen Dragonern schreckliche Verwüstungen angericht haben. Indessen wurden die Unsrigen nach heftigem Kampfe und nicht ohne Verlust aus ihrer Stellung verdrängt. Der Chef des 16. Bataillons, Graf O. v. Baudissin wird unter den Verwundeten genannt. Ein neuer Kampf wartete jedoch der Dänen bei Harrislee wo Capitän Schmidt (welcher später selbst fiel) ihr Vordringen nach Flensburg länger aufhielt, und durch seinen heldenmüthigen Widerstand wahrscheinlich größeres Unheil von dem noch in Flensburg stehenden Theile des Heeres abwendete. Doch auch die Reste dieses kleinen Corps wurden geworfen, und ebenso soll es den Bracklow'schen Scharfschützen und einer Compagnie des Rantzau'schen Corps (unter Raabe aus Kiel) nach tapferer Gegenwehr ergangen seyn, worüber man das Detail nicht kennt, weil diese die Armee bei Flensburg nicht haben erreichen können und wahrscheinlich westwärts gezogen sind, während die Schmidische Compagnie mit einem Theile der Rantzauschen Freiwilligen unter Bockelmann aus Altona sich diesseits Flensburg den anderen Truppen wieder anschloß. Am verderblichsten ward der Kampf bei Krusau, wo die Unsrigen um Mittag zwischen das Feuer der im Flensburger Hafen erschienenen Kriegschiffe und der von Norden andrängenden dänischen Scharfschützen geriethen. Das 5. Jägerbataillon mit den Studenten und Turnern fand, als es endlich der Uebermacht erlag, Flensburg schon von den Dänen besetzt, und so scheinen nur wenige einzelne Trupps dem Tode oder der Gefangenschaft entgangen zu seyn. Einzelne der hier Angekommenen sind aus der Gefangenschaft wieder entwischt. Die Officiere der Jäger und Studenten sind fast alle geblieben oder ver-

wundet; der commandirende Major v. Michelsen wahrscheinlich auch verwundet und gefangen, während er jedoch nach einigem Widerstand mit einem kleinen Detaschement sich westwärts durchgeschlagen hätte. Auch sollen die Lieutenants Aller und Sachau mit einem anderen Detaschement entkommen seyn. Unter den gefallenen Studenten werden viele Namen aus angesehenen Familien genannt. Inzwischen war am Vormittage der Prinz Oberbefehlshaber angekommen. Derselbe soll die ganze Stellung der Unsrigen als unhaltbar erkannt und daher um Mittag den Befehl zum allgemeinen Rückzug, welcher nur auf dem rechten Flügel nicht mehr ausgeführt werden konnte, ertheilt haben. Dieser dürfte auch namentlich an der Seite von Holnis wo das 4. Jägercorps und das 14. oder 16. Infanterie-Bataillon mit einem Theile der Freiwilligen den vordringenden Dänen Widerstand leistete, ein nothwendiger gewesen seyn. Der Rückzug selbst, welcher gestern noch nach Schleswig stattfand, soll in ziemlicher Ordnung vor sich gegangen seyn, nur waren einzelne Abtheilungen der Freiwilligen in Auflösung begriffen. Der anfängliche Plan bei Idstedt in Angeln sich wieder festzusetzen, soll als unausführbar wieder aufgegeben worden seyn und auch Schleswig, von wo man heute Nachmittag Kanonendonner gehört haben will, hat wohl keinen Haltpunct dargeboten. Man nahm hier heute Abend die Nachricht als begründet an, daß unsere Truppen sich zwischen Fleckebye und Wittensee, also zwischen Rendsburg Schleswig und Eckernförde wieder concentrirten, während freilich ein Dragonerregiment bereits heute Nachmittag wieder in Rendsburg eingerückt ist, das Hauptquartier soll in Wittensee sich befinden. Inzwischen sind heute auch schon im Eckernförder Hafen und ebenfalls wieder bei Bülk dänische Kriegsschiffe gesehen worden. Ein näheres Urtheil lassen die angeführten Ereignisse des 9. April noch nicht zu. Gewiß ist es nach allen Nachrichten nur, daß man sich unserer Seits fast überall mit vorzüglicher Bravour geschlagen und dem Feinde empfindliche Verluste zugefügt hat, dagegen aber auch, daß fast das ganze Herzogthum Schleswig in diesem Augenblicke demselben offen steht, und daß ohne Intervention der Bundestruppen, die Aussichten (für den Augenblick) sehr trübe seyn würden. Man spricht von vielen Einverständnissen, welche die Dänen in Flensburg unterhielten und durch welche sie von allen Stellungen genaue Kenntniß hatten, während man unserer Seits über die gegnerischen Verhältnisse nicht viel gewußt zu haben scheint.

Die theils gefallene, theils aufgeriebene und gefangene Heldenschaar bestand aus 150 Turnern und 150 Studenten. Sie sind ein Opfer falscher Signale Flensburger Kaufleute geworden. Der Student Hansen hat sich gerettet.

Rendsburg, 12. April. Die Dänen nehmen augenscheinlich eine solche Stellung, daß sie die Festung Rendsburg zur Zeit von drei Seiten zugleich einzuschließen und anzugreifen gedenken. Die Dänen schreiten gegen die Sorge vor, daher Mineure abgesandt sind, die Brücke daselbst zu sprengen. Gegen die Kriegsschiffe, welche Kiel bedrohen, sind am Eingang des Kieler Hafens Kanonen postirt worden. Der König von Dänemark hat dem preußischen Parlamentär v. Wincker erklärt, daß er gegen die Besetzung des Herzogthums Holstein, als deutschen Bundeslandes durch preußische Truppen, nichts zu erinnern habe, aber an Preußen den Krieg erklären werde, wenn ein preußischer Soldat den Grund und Boden des Herzogthums Schleswig betrete. Er hat dabei gesagt, daß 150,000 Mann ihm zu Hilfe kommen würden. Die Stärke der dänischen Armee wird übrigens an regulärem Militär nicht viel höher als 20,000 Mann seyn. Im Gefechte bei Bau hatten wir etwa 8000 gegen 12,000 Mann Dänen in das Feld gestellt. (A. Z.)

(Die bayerischen Officiere.) Das Generalcommando macht unterm 11. Folgendes bekannt: Angestellt sind: beim 4. Jägercorps Lieutenant v. Waldmar aus königl. bayerischen Diensten als Compagnieführer. Beim 2. Freicorps des Grafen zu Ranzau bis auf Weiteres Oberlieutenant Graf v. Bothmer, Oberlieutenant v. Adolfer. Freiherr Major v. d. Tann, Flügeladjutant Sr. Maj. des Königs von Bayern als Commandeur des Hamburger Freicorps und der demselben angeschlossenen Kieler Turner und Magdeburger Freiwilligen. Lieutenant v. Cornelie, ebenfalls aus königl. bayerischem Dienst, als Adjutant.

Oesterreich.

Erzherzog Johann, der Hochgefeierte, hat sich durch einen flammenden Aufruf an die Spitze der Tiroler und Vorarlberger gestellt.

Die „Oesterreichische Zeitung“ sagt: „Oesterreich will keine Halbheit, Oesterreich will nicht aus den tiefen Abendschatten der Vergangenheit nur in die Dämmerlichter des verheißenen Morgens eingeführt worden seyn, Oesterreich fordert den vollen hellen Gottestag der Freiheit, im Zenith seiner Goldschimmer, Oesterreich will nicht, daß auf den verfallenen Grundvesten seiner alten Burgen die Wohnhäuser seiner Enkel erbaut werden sollen, es will nicht aus feudalen Zuständen in ein politisches Mittelleben jetzt mehr übertreten, wo die angränzenden Reiche die gleichen Zustände vorlängst siegreich überwunden haben. Oesterreich kann sich nur an jenen Gaben, an jenem Fortschritt erfreuen, welcher in Preußen, im gesammten Deutschland, und für dasselbe im deutschen Parlament zu Tage getreten ist. Der freieste Staat wird in den kommenden Zeiten auch der mächtigste, einflußreichste in Europa seyn, die Hegemonie in Deutschland jenem Herrscher zufallen, welcher seinen Ländern Institutionen gab, deren Vollkommenheit die Freude der Fremden bei dem Eintritt in ihre Gränzen seyn kann. Oesterreich kann und will nicht hinter Deutschland und Preußen zurückbleiben. Oesterreich will weder die Anarchie noch die Republik. An die Gränzen derselben aber führt die Halbheit der Regierungsmaßregeln.“

Wien, 9. April. Die czechisch separatistischen Ideen, die in Prag grassiren, und die Böhmen vom deutschen Bunde trennen wollen, haben in Mähren keinen Anklang gefunden, und die Vereinigung dieses Landes und Schlesiens mit den Czechen, die man hervorrufen wollte, ist von den Mähren abgewiesen worden. Mähren hat sich erklärt, sowohl mit Oesterreich als mit dem deutschen Bunde fest vereint zu bleiben. (A. Z.)

Wien, 13. April. Die eingeleitete Untersuchung gegen die vertriebenen Ligorianer bietet einen traurigen Blick in die innern Verhältnisse dieser allgemein verhaßten Priesterschaft dar." Viele vorgefundene Schuldverschreibungen, sogenannte Haussätze, lauten auf den Namen des Erzherzogs Maximilian d'Este, ja sogar das vorräthige große Lager kostbarer Weine ist auf seinen Namen eingelagert. Aus einem vorgefundenen Cassebuche ergibt sich, daß die zum Vertheilen an die Armen von Wohlthätern eingegangenen Summen monatlich zum Einkauf von Obligationen verwendet und somit den Unglücklichen entzogen wurden, worüber wahrscheinlich officielle Documente an's Licht kommen werden. (A. Z.)

Schweiz.

Bern, 14. April. Die Tagsatzung hielt eine geheime Sitzung zu Mittheilung diplomatischer Actenstücke. Man glaubt, daß es sich um das Anerbieten eines Schutz- und Trutzbündnisses von Seiten der französischen Republik, um eine sardinisch-schweizerische Allianz und das Gesuch um Gestattung des Durchmarsches eines französischen Heers nach Italien durch die Schweiz handle. Der Vorort scheint geneigt zu seyn, das Neutralitätssystem aufzugeben. (A. Z.)

Großbritannien.

Am 11. ging im Haus der Gemeinen die Bill zum Schutz der Krone in Committee. O'Connell begründete seinen Antrag auf Rücknahme (repeal) der legislativen Einigung von Irland und England. Die Berathung ward vertagt. — Im Oberhaus ward eine Bill für sofortige polizeiliche Ausweisung Fremder, die sich über Zweck ihres Aufenthalts nicht genügend ausweisen können, eingebracht und unter Beifall des Hauses das erste Mal gelesen. — In Irland halten die Schützen- und Pikenmänner-Clubbs tägliche Waffenübungen.

Bekanntmachungen.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Baron v. Pöllnitz v. Coburg; Frhr v. Cotta, Graf Ugarte, österreichischer Gesandter, und v. Ziechenig, österreichischer Secretär v. Stuttgart; Dr. Semmler und Beuthner, Rath v. Lindau; Malfatti, Rentier, und Frau Francis aus England; Stolipine, Officier aus Rußland.

Gold. Hirsch. HH. Baron v. Bischoffshausen von Salzburg; Langer, Secretär, und Neumann, Intendant v. Dresden: Pildgard aus England

Hôtel Maulik. HH. Schwarz, Gutsbesitzer v. Solnhofen; Braun, Bürgermeister, Günsler, Magistratsrath, u Precht, Hofmeister v. Oettingen.

Gold. Hahn. HH. Graf Treuberg, Gutsbesitzer v. Klosterholzen; Dust, Pharmaceut v. Rudolstadt.

Gold. Kreuz. HH. Bühler, Bürgermeister v. Wien; Solwey, Kaufmann von Karlsruhe; Solwey, Student v. Heidelberg.

Blaue Traube. HH. Dalfinger, Rentbeamter von Mindelheim; v. Leoprechting, Officier, und Lichtenauer, Studien-Director v. Landshut; Haas, Professor v. Darmstadt; Stoffel, Forstamtsactuar v Marquartstein; Wolf, Particulier v. Mergentheim

Stachusgarten. HH. v. Fürer, Kaufmann v. Nürnberg; Geiß, Bürger von Wallerstein; Dingers, Essigfabricant von Donauwörth; Dr. Graf, Professor v. Landshut; Lustig, Actuar v. Vollach.

Gestorbene in München.

Franziska Haberkorn, k. Canzellistenswittwe v. h., 59 J. alt; Katharina Windhamer, Taglöhnersfrau v. h., 51 J. alt; Barth. Krenzinger, Seilermeister v. Haidhausen, 62 J. alt; J. B. Aschbek, b. Schneider v. h., 50 J. alt; Franz Brauneis, bgl. Hutmacher v. h., 64 J. alt; Theres Dirschinger, Schneiderswittwe v. h., 61 J. alt; Karl Gundelach, Geometer v. h., 70 J. alt

Edictalladung.

2350. (3b) In Folge Erkenntnisses des k. Appellationsgerichts von Oberbayern als Criminalgericht vom 17. März d. Js. wird der Handelsmann Joseph Ullmann von Kriegshaber hiemit aufgefordert, innerhalb 3 Monaten von heute an bei dem unterfertigten Gerichte zu erscheinen, und sich wegen der wider ihn vorliegenden Anschuldigung eines Verbrechens der Unterschlagung zu verantworten.

München, den 23. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Director:

Barth.

Leitmair.

Pfandauslösung und Versteigerung.

2353. (3c) Donnerstag den 27. April 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat März 1847 und zwar von:

Nr. 44,716 bis 53,524.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Dienstag den 2. Mai öffentliche Versteigerung.

München, den 31. März 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt I. der Stadt München.

L. Negrioli, Magistratsrath

Hannes, Cassier. v. Zech, Controleur.

2376. Im k. Central-Schulbücher-Verlage ist erschienen und bei dem Filialverleger J. B. Oettl, Schrannenplatz Nr. 18, zu haben:

C. Cornelii Taciti Annales.

Preis: ungebunden 45 kr.

2375. Im Verlage der B. Schmid'schen Buchhandlung (F. C. Kremer) in Augsburg sind so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen; in München durch Chr. Kaiser, Residenzstraße Nr. 18: DAS MAERZENBUECHEL. Eine Unterweisung für unstudirte Leute über die Proclamation vom 6. März. Nebst einem Anhang über die französische Glückseligkeit. 12. br. Pr. 9 kr. Der flüchtigste Blick auf dieses Werkchen zeigt gewiß sogleich den wichtigen Inhalt desselben für den Bürger und Landmann. — DAS PROZESSKREUZ. Ein kleines Handbüchel für den Bürger und Landmann. In 24 Exempeln 12. br. Preis 9 kr. Möge Jeder, bevor er sich dem Prozeßkreuze unterwirft, ja diese 24 Exempel beherzigen.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Digitized by Google

Nr. 102.

Man pränumerirt auf die Zeitung in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nr. 31; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 30 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 6 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Donnerstag | XLIX. Jahrgang. | 20. April 1848.

Deutschland.

Frankfurt. 36. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 17. April 1848. Der zum Oberbefehlshaber des 7. und 8. Armeecorps ernannte Prinz Karl von Bayern k. Hoh. wurde unter Mittheilung des von ihm aufzustellen eidlichen Reverses aufgefordert, diesen Revers vollzogen einzusenden und unverzüglich anzuzeigen, wo er sein Hauptquartier aufgeschlagen habe, um seine Thätigkeit so schnell entwickeln zu können, wie die gegenwärtigen Zeitverhältnisse und insbesondere die im badischen Oberlande und am Oberrhein überhaupt bestehenden Zustände nothwendig machen. Zugleich wurden ihm eben so wie dieß bezüglich des nassauischen Regiments schon geschehen war, diejenigen kurhessischen Truppen bis auf weitere Verfügung untergeordnet, welche auf das Ersuchen der badischen Regierung nach dem Bundesbeschluß vom 15. d. M. in Bewegung zum Anschluß an das 8. Armeecorps gesetzt worden sind. (In der 35. Sitzung war Preußen aufgefordert worden, den Oberfeldherrn über das 10. Armeecorps in Schleswig-Holstein zu ernennen; dieß ist geschehen. Vgl. Preußen.)

An die Deutschen.

Die mächtige Bewegung, welche durch den Welttheil geht, hat das Herz der Völker, Deutschland, tief erschüttert. Die ungeheure Kluft, die zwischen den Forderungen und den Leistungen der Zeit sich lange der gebildet hatte, war zum Erschrecken jedem Auge klar geworden. Längst versprochene und längst vorenthaltene Rechte haben alle deutschen Stämme im Laufe weniger Wochen, manche unter blutigen Kämpfen — sich errungen. So haben die reifen und lebenskräftigen Keime, die im Gemüthe der Nation gelegen, wie mit einem Zauberschlage sich entwickelt. — Aber zugleich mit ihnen ist die Saat des Unkrautes aufgegangen, welche die alte Zeit gestreut, welche von je und immer in der Menschheit liegt. Derselbe Sturm, welcher der Völker beste Kräfte weckte, hat auch die trüben Leidenschaften zum hellen Brande angeblasen; und also drohend stehen rings um die Gefahren, daß manches Auge zaghaft und zweifelnd in die Zeit blickt, fragend: wie soll es werden? wo ist der Weg zu finden, der aus diesem Wirrsal führe?

Wohl ist es eine ernste und gefahrvolle Zeit: Das Schicksal Deutschlands, das Schicksal des Jahrhunderts steht auf dem Spiele. Armuth und Luxus, statt sich auszugleichen, sind in langem Frieden beide nur gewachsen; und drohend erhebt nun die erstere sich gegen den Besitz, nicht das Gerechte nur verlangend, daß auf gesetzlichem Wege es gefunden und also geordnet werde, daß der Ueberfluß dem Mangel diene; nein, in unglücklicher Verblendung, selbst zerstörend gegen die einzigen Quellen der Hilfe, gegen die Errungenschaft der Einzelnen und der Nation sich wendend. Der Geist der Verneinung, jenes zerstörende Element, das nur einzureißen, nicht zu bauen, nur zu tödten, nicht zu schaffen und zu beleben vermag, mischt seine trüben Wellen mit dem Strom der jungen Freiheit; und trefflich arbeitet er der Macht der Finsterniß in die Hände die nicht vernichtet, nur gebrochen ist; die im Verborgenen und an den Grenzen lauert, im Augenblicke der Verwirrung hervorzubrechen, um das neue Völkerleben wieder zu erdrücken. Und wie die deutsche Nation, erwacht aus langem Schlummer, als Eine wiederum sich fühlet und das Haupt erhebt in der Mitte der Völker, so erwacht die Eifersucht, die Furcht, der Haß der Nachbarn gegen solche Größe, und Barbarei und Krämersinn und falsche Freundschaft, alle gleich zu fürchten, drohen als äußere Feinde.

Soll dennoch uns zum Heile die mächtige Erschütterung gereichen; soll der Frühling, den wir kommen sehen, gute Früchte tragen für uns und für die kommenden Geschlechter, so thut es noth, daß Alle, die ein Herz haben für das Vaterland, daß alle guten und rechtschaffenen Kräfte zum großen, kaum begonnenen Werke sich vereinen, und Jeder thue, was an ihm ist. es zu bauen, zu stützen und zu vertheidigen gegen innere und äußere Feinde.

Das Parlament in Frankfurt, dieß ist der große, der einzig rettende Gedanke, der in diesem Sturme leuchtet; dieß ist, — ich bin es fest und innig überzeugt, — der Leitstern, dem die Führer der Nation zu folgen haben, wenn das Schiff nicht stranden und zerscheitern soll.

Die Männer, die aus eigenem Berufe sich dort zusammenfanden (denn Eile forderte die Zeit) haben es erkannt, daß auf diesem Grunde nur das Werk der neuen Zeit zu bauen ist; und was sie ausgesprochen, zeugt es deutlich jedem Auge, daß von Leidenschaft und Eigensucht nicht ganz verblendet ist, daß sie es redlich meinen mit der Freiheit wie mit dem Wohl der Völker. Nicht Republik oder Monarchie, nicht dieses oder jenes Bundeshaupt werden uns erretten; sondern rasches einiges Handeln nach den Geboten der Zeit, nach den Forderungen, welche aus dem Bewußtseyn der großen rechtlichen Mehrheit der Nation entspringen.

Hier ist reiner Boden, hier ist Raum für gesetzmäßige Entwicklung, hier ist Halt für die Regierungen, für Gesetz und Ordnung, hier ist Hoffnung für die Völker, daß ihren Leiden Hilfe werde. Um dieß Panier schaare sich die Nation und halte es fest, und lasse auch nicht ein Titelchen davon sich abmarkten. Sie erkläre, daß es Gesetz ist, was sie dort ausgesprochen haben, was die von ihr nach jenen Grundsätzen Erwählten ferner beschließen werden. Sie erkläre, daß die Regierung steht und auf die Unterstützung aller rechtlichen Männer rechnen darf, die auf jene Grundsätze sich stellt, die bekennt, daß sie den dort gefaßten und den noch zu fassenden Beschlüssen unbedingte Folge leiste. Sie erkläre, daß nicht in Wien, noch in Berlin, noch irgend sonst jezt mehr der Schwerpunct Deutschlands ist, sondern in Frankfurt.

Es ist Zeit, den Fürsten wie den Bürgern es zu sagen, daß jetzt nicht Meinung und nicht Neigung mehr Gesetze geben dürfen, sondern die Nothwendigkeit. Es ist eine ernste Wahrheit, welche jüngst ein Republikaner, obschon in anderer Absicht, ausgesprochen hat, daß unsere Lage keine Experimente mehr erträgt. Nur rasches Handeln in einmüthigem Geiste uns retten kann. Darum sprecht es aus, ihr Factoren der Gesetzgebung, Versammlungen der Vertreter des Volkes; sprecht es aus, ihr Fürstenräthe, ihr Führer des Volkes und der Parteien, ihr Leiter der Presse und der öffentlichen Meinung, daß nur der auf gesetzlichem Boden steht, der im Geist und Worte jener Beschlüsse handelt; der von dort die Entscheidung erwartet und sich selbst verläugnend, — ihr sich unterwirft. Daß Jeder ein Feind und Verräther des Vaterlandes ist, der auf anderem Wege das Seine suchet; seys durch Bedrückung und Beschränkung von oben; durch Zaudern und Halbheit; seys durch Gewaltthat und Aufreizung von unten.

Nach solchem Entschlusse und nach solcher Erklärung liegts vor Augen, was den Regierungen, was den Einzelnen jezt obliegt, als nächste und höchste politische Verpflichtung.

Die Regierung spreche es aus, das nothwendige: „bis hieher und nicht weiter.“ Sie erkläre und zeige es, daß Gesetz und Ordnung festgehalten werden; daß jeder Versuch zur Umwandlung des bestehenden auf anderm Wege als durch das gesetzliche Organ des Volkes zu Frankfurt, d. h. durch Anarchie und Empörung behandelt werden wird nach der Strenge der Gesetze und die Unterstützung und der Dank aller rechtlichen Bürger werden ihr die Macht dazu verleihen. Für den Einzelnen aber sind die Wahlen zur constituirenden Versammlung das nächste, wichtigste Feld der Wirksamkeit, und Jeder, der es redlich meint mit seinem Vaterlande, der wende ihnen seine besten Kräfte zu.

Nirgends vielleicht mehr, als in Deutschland ist eine mächtigere und besser vertretene Partei derer, die das Rechte wollen über Alles. Solche Männer zu erwählen und für sie zu wirken nach bestem Wissen und Vermögen, ohne Parteileidenschaft, ohne Furcht, Rücksicht und Persönlichkeit, dieß ist jezt die Pflicht des Bürgers von deren Erfüllung das Wohl, die Zukunft Deutschlands abhängen.

Wenn diese Männer dann in Frankfurt tagen, gestützt und getragen von der Kraft der Nation, die entschlossen ist, jedem ihrer Worte Geltung zu verschaffen bis an die Grenzen der deutschen Zunge — welche Schwierigkeiten sollten zu groß, welche Feinde unüberwindlich seyn, daß dieses Volk nicht wieder frei und einig, groß und mächtig und glücklich werde, wie es ihm gebührt?

Opfer, ja Opfer wird es kosten und Selbstverläugnung von vielen Seiten, nicht eine Zeit der Ruhe und materiellen Vortheile dürfen zunächst wir hoffen. Vor allem müssen rein vom Raub und von der Ungerechtigkeit sich jene Hände waschen, die den Bau der neuen Zeit beginnen wollen. Dann dürfen sie erst getrost sie wiederum zum Himmel heben und den Segen erflehen zu dem großen Werke, ohne den es nicht gedeihen kann. Dann mag als Gewissen, als gerechter Richter Deutschlands wieder sitzen in dem Rath der Völker; dann mag es fordern, was sein ist, und was zu ihm sich bekennet; und auch an dem Ocean, dem freien, soll sein Recht ihm werden, und seine Flotte seine Gränzen schützen, und seine Söhne hinüber tragen zu fernen Küsten als Saat der deutschen Bildung für die kommenden Jahrhunderte.

Opfer, ja Opfer fordern wir vom Bürger auch, dem ruhigen, dem begüterten. Das Opfer seiner Ruhe, seines Ueberflusses, daß Recht und Vaterland und Freiheit er beschütze; daß sein Leben und seine Gabe er den Beschlüssen unterwerfe, die jene Männer im Geist der Menschlichkeit, des ächten, reinsten Glaubens fassen werden, damit Alle, auch der Arme fortan menschlich leben könne. Wem aber Wahrheit und Gerechtigkeit mehr gilt als Lüge und Bedrückung; wer Thätigkeit und Fortschritt höher stellt als Ruhe und Verdammung, und Ehre über Schmach und Schande, der wird mit vollem, freudigem Herzen diese neue Zeit begrüßen.

Und wie der alte Fürstenbund das Zeichen der Bedrückung war, der Ohnmacht Deutschlands, so wird der neue Bund der Völker das Zeichen der Erhebung seyn, in dem allein wir siegen werden über alle finstern Mächte.

Stuttgart im April 1848. Wilhelm Conradi.

Bayern.

Landtag.

**München, 19. April. (V. Sitzung der Kammer der Reichsräthe.) Die Sitzung wurde eröffnet mit der Bemerkung von Seite des Präsidiums über Entschuldigungen von Seite vieler Hrn. Reichsräthe bezüglich ihres Nichterscheinens bei der heutigen Sitzung. — Hr. Graf Karl v. Seinsheim referirte hiemit über die Legitimation der neu ernannten HH. Reichsräthe Heintz und K. Forster. — Hiernächst kam der Gesetzentwurf: „die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichtsorganisation, über das Verfahren in Civil- und Straf-Sachen und über das Strafrecht", zum Vortrag durch den Hrn. Reichsrath v. Maurer. Der Redner verbreitete sich zuerst über die Trennung der Staatsgewalten. Dann sprach er sich gegen jeden privilegirten Gerichtsstand aus. — Nach Eröffnung der allgemeinen Discussion ergriff das Wort Hr. Graf v. Armansperg. Er danke der Staatsregierung, daß sie das Experimentiren verlassen, und die Bahn der Freiheit und Gesetzmäßigkeit beschritten habe. Sie sey einig und entschieden; sie wolle die germanischen Institutionen, die unsere Brüder am Rhein beglücken, zurück auch für uns mit gediegenen Verbesserungen haben. Das ganze Bild der Rechtsverfassung liege nun wahr und klar vor. Das Gebotene sey Bedürfniß der Zeit, bewährt und von Millionen verehrt am Rhein; es sey ein Grundpfeiler der wahren Freiheit; eine Grundepoche zur freien Gesetzgebung sey gekommen. Was bei uns vom Rhein herübergepflanzt werden soll, werde nun bald in allen deutschen Landen kommen. Er stimme von Herzen dem redlichen Streben der Regierung bei. — Hr. Fürst v. Oettingen-Wallerstein. Was frühere Regierungen verheißen, werde nun erfüllt; 5 Puncte kommen. Der Entwurf sey offen und wahr; die Minister wahre Biedermänner. Er stimme wie 1831 und 1846. Der Entwurf sey eine wahre neue Verfassung; Mündlichkeit und Oeffentlichkeit, Unabhängigkeit der Richter, bilden die wahre Schule des Volkes; es schwinde durch die Trennung der Gewalten alle Willkür; unermeßlich sey der Schritt gegenüber dem, was dermalen besteht. Fort mit dem schwerfälligen, langen und zögernden Rechtsgang; fort mit allem Mißtrauen; fort mit der Strafrechtspflege, die den Angeschuldigten verurtheilt, ohne daß er seine Richter kennt; fort mit der Polizeiwillkür ohne Gesetze, ohne Präcisirung! Auch auf jeden befreiten Gerichtsstand werde jeder Privilegirte verzichten; Oeffentlichkeit und Mündlichkeit werden Ersatz bieten. Die neue Gesetzgebung sey echt germanisch, noch blühend auf den britischen Inseln. Schon 1837 habe er gegen die Prügelstrafe gestimmt. Beide Kammern hätten damals dieß gleichfalls gethan. Einer seiner Nachfolger (Graf v. Seinsheim) habe aber diese Strafe auf dem Verwaltungswege wieder eingeführt. Kein deutsches Volk dürfe zögern; der Tag des einigen Reiches werde bald kommen. — Der Hr. Reichsrath v. Niethammer stimmte auch dem Entwurf aus ganzer Seele bei. — Hr. Graf v. Reigersberg. Mit dieser am Rheine bereits längst geltenden Gesetzgebung seyen die Völker zufrieden gewesen. Ob ihre Einführung bei uns gerade früher nothwendig gewesen sey, sey allerdings in Frage gewesen. Jetzt sey man aber darüber einig. Gegen Geschwornengerichte sey er immer bedenklich gewesen; allein das Verlangen nach ihnen sey allgemein. Die Regierung verdiene den größten Dank für ihr redliches Streben. — Frhr. v. Zu Rhein. Auch er spreche seine höchste Freude über den Entwurf aus. Die Tendenzprocesse werden aufhören, das Recht werde eine Wahrheit bleiben. Hierauf wurde der Eingang des Gesetzentwurfes angenommen. In gleicher Weise Art. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7. Bei Art. 8 handelte es sich um Emeritirung des befreiten Gerichtsstandes. Der Hr. Referent v. Maurer bemerkte, früher habe es für jeden Stand Einzelngerichte gegeben, für Bauern wie für den Adel; aber nicht specielle Ausnahmsgerichte. Diese seyen wahre Mißbräuche. Kein privilegirtes Forum mehr. — Hr. Reichsrath v. Niethammer. Es solle allerdings Gleichheit vor dem Gesetze gelten; aber alle §§. aus der Verfassung müssen, hieher bezüglich, angeführt werden. Diese Modification wurde eingebracht. Graf v. Armansperg unterstützt gleichfalls diese Ansicht, es mögen die aus der Verfassung einschlägigen §§. speciell angeführt und hiedurch der privilegirte Gerichtsstand direct und positiv aufgehoben werden. — Frhr. v. Freyberg stimmte auch zur Aufhebung des befreiten Gerichtsstandes. Das privilegirte Forum gebe man dem ganzen Volke, dann höre es für die Einzelnen auf! — Graf v. Reigersberg bejahte sich aus dem Ende die Frage zur Zustimmung zum Gesetze; es handle sich hier nicht um Verluste, sondern um eine Wohlthat für's ganze Land, nicht um eine für besondere Classen. Der befreite Gerichtsstand könne unmöglich fortbestehen. Er lege auf eine Specification keinen Werth. Es handle sich ja nicht um den Verlust reeller Rechte. — Fürst v. Hohenlohe. Eine feierliche Erklärung zur Aufhebung des befreiten Gerichtsstandes sey nicht nothwendig. Die Aufhebung selbst absolut nothwendig. Eine neue sociale Ordnung solle errichtet werden und zwar auf Freiheit. Man lasse es bei dem Gutachten des Ausschusses. Die Worte „privilegirter Gerichtsstand" seyen wegzulassen — und wenn man im Gesetze diese Worte nicht mehr finde, so falle auch der privilegirte Gerichtsstand selbst weg. — Frhr. v. Freiberg: Er halte zur offenen Modification des Hrn. v. Niethammer; das Versteckte müsse wegfallen. — Fürst v. Oettingen-Wallerstein: Bei Initiativen könne man allerdings connexe Modificationen einbringen. Die Modification sey nicht genau. — Der I. Hr. Präsident Fürst zu Leiningen stimmte nicht zur Modification, aber für Aufhebung des privilegirten Gerichtsstandes; er habe dieß bereits gethan. — Hierauf wurde Art. 8 mit der Modification der combinirten Ausschüsse angenommen. — Es bleiben demgemäß die Worte „befreiter Gerichtsstand" weg. — Bei Art. 9 brachte Graf v. Armansperg eine Modification des Inhalts ein: „daß die Geschwornen aus dem Volke frei gewählt würden." Gegen dieselbe sprachen mehrere Redner, für sie Hr. Fürst v. Wallerstein, der zugleich von seiner Wirksamkeit 1831 sprach. — Hr. Präsident v. Arnold: Es herrsche Mißtrauen gegen die Richter im politischen Processe, also müsse es Geschworne aus dem Volke geben. — Staatsminister Heintz: Zu einem guten Geschwornengerichte gehöre Selbstständigkeit — Bildung — Vertrauen. Die Wahlen hiezu seyen schwierig. Offenbar wollten obige Herren Modificanten die Besorgniß entfernen, als ob die Regierung Geschwornen ernennen wolle. — Endlich wurde die Modification dahin angenommen, daß künftig die Geschwornen nicht von der Regierung, sondern vom Volke aus dem Volke frei gewählt werden sollen. — Art. 9 wurde in dieser Fassung angenommen, eben so alle folgenden Artikel bis incl. 22 und der Wunsch des Hrn. Fürsten v. Oettingen-Wallerstein, es sollen die Richter inamovibel seyn, und nur auf den Grund der Verfassung untersucht und entfernt werden können. — Hiemit wurde die Sitzung geschlossen.

München, 20. April. (Kammer der Reichsräthe.) Tagesordnung für die auf heute um 12 Uhr angesetzte VI. Sitzung. — 1. Bekanntmachung etwaigen Einlaufs. — 2. Verlesung des Beschlusses der Kammer der Reichsräthe über den Gesetzentwurf: die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichts-Organisation, über das Verfahren in Civil- und Strafsachen und über das Strafrecht. — 3. Vortrag des 1. Ausschusses über den Gesetzentwurf, die Behandlung neuer Gesetzbücher betr. Berathung und Beschlußfassung darüber. — 4. Wahl der Deputation zur Ueberreichung von Gesammt-Beschlüssen.

**München, 19. April. (XII. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische die HH. Staatsminister v. Beisler, Heintz, Frhr. v. Lerchenfeld; dann die königl. Commissäre v. Roth, Dr. Daxenberger, v. Suttner, v. Ringelmann, Aschenbrenner; in der Kammer 125 Abgeordnete. — Die Sitzung wurde mit Ablesung des Einlaufes eröffnet, wieder 60 Nummern, wahrhaftig ein Zeichen, daß das Volk selbst schon von dieser Kammer sehr Vieles und vertrauensvoll (??) verlangt. — Hiernächst las der Staatsminister der Justiz, Heintz, einen Gesetzentwurf über „die sofortige Einführung der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit in der Strafrechtspflege durch Geschwornengerichte bei Verbrechen und Vergehen." Ein unendlich wichtiger Entwurf. — Hierauf erstattete Abg. v. Scheurl Vortrag über den Gesetzentwurf „eines Edicts über die Freiheit der Presse und des Buchhandels." Die Berathung wurde sogleich beschlossen. — Die allgemeine Discussion eröffnete der Abg. Deininger. Er stimme dem Entwurf bei, die Censur requiescat in pace! Künftig mögen sich die Redacteure selbst censiren! Möge sich aus der Asche der Censur die volle Freiheit der Rede und Schrift erheben in voller Kraft mit sittlichem Ernste. Einer freien Presse aber, die sich jedes profanen Mittels bediene, werde er die gebührende Verachtung entgegen setzen! — Dekan Würth. Mit der Freiheit des Gebrauchs komme auch Mißbrauch, dieser hebe aber den erstern nicht auf. Republikanische Tendenzen sollen mit aller Macht niedergehalten werden. — Abg. Schnetzer. Weniger fürchte er bei uns die Republikaner, als das Heer der Reactionäre. Auch fürchte er das Proletariat nicht, man nehme es nur in die große Staatsgesellschaft auf. Die Regierung stütze sich nicht auf einige Coterien, sondern aufs Volk. — Der I. Secretär, Stockinger. Recht und Willkür kämpfen. Die Preßfreiheit sey nur eine Abschlagsgabe der Regierung. Eine Regierung könne nur Dauer haben, wenn sie sich auf die öffentliche Meinung stütze. Er sey vertrauend auf die Regierung, aber er stütze sich auf die öffentliche Meinung, auf das Volk; für dieses kämpfe er, wenn ihn auch die Presse als Ultra ausschreie. Er sehe das Preßgesetz nur als einen Anfang an, er nehme es nur mit kleinen Modificationen an. Die Polizeigewalt müsse so viel als möglich beschränkt werden. — Der Herr II. Secretär Dr. Schwindl. Seit 1819 kämpfen die Stände für Preßfreiheit, nun habe das Volk das heilige Gut errungen. Noch vor kurzem hätte man ein Repressivgesetz begrüßt. Das gegenwärtige begrüße er als ein ganz freies mit hoher Freude. Die jungen Adler, dem Neste kaum entflogen, werden bald der Sonne zufliegen. — Die Presse werde bald besser werden; wie die kleinen Fliegen werden sich auch die jungen Schriftsteller an das Licht bald gewöhnen und nicht ihre Flügel versengen. — Abg. Riede hielt der Censur gleichfalls eine Grabrede. — Hierauf wurde §. 1. mit der Modification des Dr. Ruland statt „„aus dem Drucke"" „aus der der Presse des In- und Auslandes" angenommen, also eine Erweiterung des Entwurfs. — Bei Art. 2 hatten Dr. Ruland und Dr. Rammoser auch Modificationen eingebracht; statt bei keiner Art von Schriften „von Erzeugnissen der Presse", und statt periodischen Schriften „allen anderen periodischen Schriften" Freiheit sprach Dr. Rammoser, müsse für alle, also auch für die Kirche gelten! Beide Modificationen wurden unterstützt. — Der Staatsminister v. Beisler erklärte sich für die Modification des Dr. Rammoser. — Dr. Schwindl. Mit dem zweiten Theil der Modification des Dr. Ruland sey er nicht einverstanden, das Placet müsse vom König ausgehen, könne durch ein einfaches Gesetz nicht aufgehoben werden; dies sey verfassungswidrig. — Dek. Vogel. Der Entwurf wolle volle Freiheit. Diese müsse auch der katholischen Kirche werden, wie vielleicht den Lichtfreunden und Deutschkatholiken. Dek. Bauer. Vor allem seine Anerkennung der großen Geschicklichkeit des Dr. Ruland, die Oberaufsicht des Staates über die Kirche aus der Welt hinaus zu escamotiren. In confessionell gemischten Staaten sey das Placetum regium durchaus nothwendig. Die Anträge auf kirchliche Freiheit der Katholiken seyen sehr junger Zeit. Solle das Placet vielleicht nur für die Protestanten bleiben? — Dekan Vogel. Nur keine religiös kirchliche Differenz! Volle Freiheit für alle Culte! Für die alten wie die neuen! Auch in Nordamerica gebe es eine Oberaufsicht. Ueber den Zaun müsse man auch schauen. Gleiche Aufsicht, keine Beschränkung! — Dr. Edel. Das Placetum regium habe den Polizeistaat geschaffen. Freie Bewegung der Kirche müsse ganz geschaffen werden. Auch den Bischöfen müsse Freiheit werden. Es handle sich um ein Verfassungsgesetz, hier könne man auch Verfassungsbestimmungen ändern. I. Secretär Stockinger. Er müsse dem letzten Theil der Modification des Dr. Ruland nochmals entgegen treten. — Der I. Hr. Präsident bemerkte hierauf, daß es etwas dunkel werde, er müsse daher bis zum Anzünden der Lichter die Sitzung aussetzen. Nach licht gewordenem Saale ergriff das Wort Dekan Deininger. Er sey auch für Freiheit der Kirche vom Staate; aber dies könne nicht durch eine kleine Modification erreicht werden. Es möge dieselbe daher zurückgenommen werden. — Dr. Ruland. Gleiche Waage und gleiches Gewicht sollen geführt werden. Bischöfe sollen auch drucken lassen, was sie wollen. — Dekan Bauer. Das können sie auch als Privatpersonen. — Dekan Scholler. Eine große kirchliche

Bewegung gehe durch ganz Deutschland. Die Zahl der Conservativen sey sehr klein. Leider werden die Secten vervielfältigt, der Staat verliere dadurch das Aufsichtsrecht. Dr. Edel habe wohl wie Dekan Vogel Recht gesprochen. Allein heute solle ja nicht von dem Kirchenrecht gesprochen werden, sondern von einem Preßgesetz. — Der Staatsminister v. Beisler. Das Ministerium werde ein christlich-constitutionelles seyn.*) Hier handle es sich um ein Preß- nicht um ein Kirchengesetz. Das Oberaufsichtsrecht habe jeder Staat. Das Placetum regnum könne nicht aufgegeben werden. Hier handle sich's um ein Recht der Regierung. Nie werde die Regierung auf eine so invidente (?) Modification eingehen. Um Erlasse handle sich's nicht. Erlasse werden unter der Oberaufsicht des Staates bleiben. — Dr. Edel: Die neuen Schößlinge bewegen sich frei, für die alten müsse dieß auch kommen. — Dr. Ruland nimmt hierauf unter feierlicher Verwahrung seiner Rechte die Modification zurück. — Dr. v. Scheurl resumirte die Debatte, und es wurden die Modificationen des Dr. Ruland und des Dr. Rammoser statt „von periodischen Schriften" „von allen andern periodischen Schriften" sammt dem so modificirten Artikel angenommen, eben so §. 3 ohne Discussion, und §. 4. — Hierauf brachte unter Aussetzung der Debatte der Staatsminister der Finanzen und zwar in seinem und im Namen des Staatsministers des Innern den Gesetzentwurf über die Ablösung der Grundlasten ein, höchst wichtig, sehr freisinnig. Gleichfalls brachte er einen Entwurf über Ablösung der Lehen ein.**) Der Staat, die Gemeinden, Privaten und Stiftungen bringen die größten Opfer, der Staat an Renten jährlich 2 Mill. und 100 Mill. Capital. — Hierauf wurde die Debatte über den obigen Preßgesetz-Entwurf wieder aufgenommen. §. 5 wurde mit einer Modification des Dr. Edel („Beschränkungen können in Verweigerungsfällen auch nicht eingeführt werden") angenommen; eben so §. 6 ohne Discussion. — Zu §. 7 hatte der Ausschuß nur eine andere Fassung begutachtet: „bei Polizeiübertretungen ꝛc. steht die Strafgerichtsbarkeit den Gerichten zu." — Dieselbe wurde angenommen und der so modificirte Artikel gleichfalls. — § 8, 9 und 10 wurden ohne Discussion angenommen, nur bei § 9 wurde die Redaction der Dr. Ruland'schen Modification gegenüber zu §. 2 verändert, obgleich nach einer Bemerkung des Dr. Schmindl sehr unpassend. Bei §. 11 hatte der Ausschuß modificirt und diese Modification wurde angenommen. — Hierauf folgte die Annahme des ganzen modificirten Entwurfes durch Namensaufruf. — Endlich referirte Abg. Bestelmayer über den Gesetz-Entwurf: „die Aufnahme eines Anlehens im Wege der freiwilligen Subscription." Damit wurde die Sitzung nach 9 Uhr geschlossen.

---

*† München, 20. April. Heute findet die Fußwaschung und Ausspeisung von zwölf alten Männern in der königl. Residenz durch Se. Maj. den König statt; auch werden zwölf arme Mädchen neu gekleidet und mit Geld beschenkt werden.

München, 20. April. Ein vorgestern ausgegebenes Regierungsblatt (Nr. 21) enthält die Zehentfixationen der geistl. Pfründen und Stiftungen für 1846/47 und die Hauptrechnung der allg. Brandversicherungsanstalt von 1846/47; ferner die Ernennung des bisherigen Advocaten Dr. Friedr. Justus Willich zum geheimen Rath und Bundestagsgesandten, dann außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am churhess. und großh. hess. und nassauischen Hof in provisorischer Eigenschaft. — Wie man hört, werden bezüglich des deutschen Parlaments die Wahlen der Wahlmänner am 25. die der wirklichen Abgeordneten am 27. d. M. beginnen. — Das hier vom Odeon-Clubb gebildete Wahlbeförderungscomité, dessen Vorsitzender Graf Hegnenberg-Dux; I. Secretär Cabinetsrath Keller, II. Secretär Cabinetsrath Baer hat, 105 Candidaten fürs Parlament vorgeschlagen, und deren Liste wie das eigene Glaubensbekenntniß in zwei (gestern mitgetheilten) Aufrufen in 80,000 Exemplaren durch ganz Bayern verbreiten lassen.

München, 20. April. Freischaarenbildung zum Schutz von Tirol ist im vollen Werk. Gestern lieg ein Anschlag, von den Studirenden ausgegangen, zur Unterzeichnung auf, wofür die Listen beim Hausmeister im k. Academiegebäude aufliegen. — Heute Mittag 3 Uhr ist im Exercirsaal des genannten Gebäudes Besprechung über das Nähere des Freischaarenzuges sofort zu verwirklichen.

In Augsburg ist am 17. d. Mts. Advocat Dr. Paur durch Ablegung eines politischen Glaubensbekenntnisses als Bewerber für einen Sitz am deutschen Reichstag aufgetreten.

*„Zu welchem Grad von Unverstand und Keckheit sich blinder Fanatismus versteigen kann, beweist eine Eingabe von vier Bewohnern Berndeuerns gegen ihren Pfarrer bei der Kammer der Abgeordneten vom 11. April. Nachdem diese Männer bei dem bekannten Landfriedensbruch am 13. März als Rädelsführer und Mithelfer sich einer Zwangsarbeitshausstrafe von drei Jahren schuldig gemacht haben und den Pfarrer troß der Einladung und Sicherheitsgelobung der Gemeindeverwaltung fortwährend mit Plünderung und Meuchelmord bedrohen, so daß er neuerdings in der Nacht vom 16. d. M. flüchten mußte, vertheidigen sie den eigentlichen Urheber aller dieser Scenen, der seit einigen Tagen in dem Strafhause für Geistliche zu Dillingen in Haft sitzt als einen von seiner oberhirtlichen Stelle ungerecht verfolgten und werfen gleiche Ungerechtigkeit dem königl. Landgericht Füßen vor in Behandlung von Leuten, die sich offener Widersetzlichkeit gegen die königl. Behörden schuldig gemacht haben. Wir sind begierig, ob die Betheiligten keine Schritte thun werden, um die gegen sie angebrachten Beschuldigungen im Angesicht der Kammer der Deputirten als Lüge und Verläumdung zu brandmarken. Daß die eingelaufene Beschwerde auf den ersten Blick als eine Schmähschrift erkannt wurde, geht daraus hervor, daß dieselbe von keinem Abgeordneten angeeignet und lediglich zu den Acten gelegt wurde.

Pfarrer Frantz, für den die ganze Pfalz petitionirt hat, ist in sein Amt seit dem 9. d. Mts. eingesetzt.

Baden.

Karlsruhe, 18. April. Nach Erlaß des Ministeriums des Innern ist heute dem zum Landescommissär bei den im Seekreis befindlichen königl. bayer. und königl. württemberg. Truppen ernannten geh. Referenten v. Stengel die politische Verwaltung des Seekreises provisorisch übertragen. Derselbe hat die Vollmacht, Alles, was er in den gegenwärtigen Verhältnissen im Interesse des Staats und zur Aufrechthaltung des verfassungsmäßigen und gesetzlichen Zustandes nöthig erachtet, fürzukehren, anzuordnen, und vollziehen zu lassen. Alle Behörden haben seine Anordnungen eben so zu vollziehen, wie wenn sie von diesseitigem Ministerium selbst erlassen wären. (Karlsr. Z.)

Aus der Ortenau, 16. April. Hecker soll mit 500 Mann in Donaueschingen eingetroffen seyn. — Durch Schreiben von Weißhaar sind die Aemter Waldshut und Säckingen bewaffnet nach Rößlingen bis 14. beschieden. Nach der „Basler Zeitung" hätte man in Waldshut, Thiengen und Oberlauchingen den Eid auf die Verfassung abgenommen.

Donaueschingen, 9. April. Das Bezirkscomité für vaterländische Angelegenheiten hat heute Folgendes beschlossen: „1) Es sey sich mit dem Kreisausschusse in Engen und dem Landesverein schleunigst ins Benehmen zu setzen, welche Maßregeln wegen der durch den Abgeordneten Mathy mit drei Schergen bewirkten Verhaftung des J. Fickler von Constanz zu treffen seyen. 2) Auf den Forderungen des Volkes, welche dasselbe an die Stände und an die Regierung gemacht, soll jetzt bestanden werden. Sollte keine Genehmigung erfolgen, so soll sogleich das Verlangen zur Ergreifung der früher in Vorschlag gebrachten Maßregeln gestellt werden. 3) Soll von den Bezirksausschüssen sogleich eine Bezirksuntersuchung über die Bürgerwehr in allen Orten statt finden, wovon die Kreisausschüsse sogleich in Kenntniß zu setzen sind."

Donaueschingen, 15. April halb 8 Uhr Abends. Vor einer Stunde sind die Hilfstruppen aus Württemberg eingerückt. Es waren nur 600 Mann Freischaaren hier.

Vom Bodensee, 17. April. (Abends 10. Uhr) Heute ward in Konstanz folgendes gedrucktes Blatt ausgegeben: „Zur Nachricht Konstanz 17. April. Die badische Regierung des Seekreises ist mit allen betreffenden Stellen vermittelst Beschlusses vom Volk heute Mittags 12 Uhr abgesetzt worden. Der gewesene Regierungsdirector Peter (Mitglied der Kammer der Abgeordneten) wurde als Statthalter ernannt, was er auch angenommen hat. Freude, Brüdervereinigung und Friede unserem Vaterlande!" (A. Z.)

Nach der „Karlsruher Zeitung" weht auf dem Regierungsgebäude in Konstanz die schwarz-roth-goldene Fahne.

Gr. Hessen.

Offenbach, 14. April. Gestern Abend wurde hier eine Volksversammlung gehalten, welcher die hiesige Volkscommission (Volksrath) durch ihren Vorsitzer Dr. Lorenz Diefenbach folgenden Antrag an die zweite Kammer der Abgeordneten zu Darmstadt vorlegte: Die unterzeichneten Bewohner Offenbachs empfehlen der hohen zweiten Kammer folgende Puncte zur geneigten Anordnung für die Wahlen in die bevorstehende Nationalversammlung: 1) Das durch die Mehrheit der vorberathenden Versammlung zu Frankfurt anerkannte Princip der directen Wahl möge schon jetzt in Anwendung kommen und zu diesem Zwecke ungesäumt die Eintheilung der Wahlkreise vorgenommen. 2) Jeder zur Zeit dieser Wahlen im Großherzogthum wohnende (volljährige) deutsche Staatsangehörige sey zur Ausübung des Stimmrechts an seinem jetzigen Wohnorte berechtigt. Dieser Antrag erhielt eine bedeutende Zahl von Unterschriften und wurde heute Morgen an die Kammer abgesandt.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Preußen.

Berlin, 16. April. Der Staatsminister v. Rother ist in dem Amt eines Präsidenten der Hauptverwaltung der Staatsschulden, des Chefs der Seehandlung und preußischen Bank durch v. Lamprecht, Präsidial-Haupt-Bank-Director, ersetzt. — Das am 28. v. Js. errichtete Oberconsistorium ist aufgehoben.

Den Oberbefehl über die preußischen Truppen in Schleswig führt General Fürst v. Radziwill.

Magdeburg, 12. April. Mehrere Abende hintereinander ist auf die in den Außenwerken der Festung stehenden Schildwachen geschossen worden.

Saarlouis, 10. April. Ein großer Trupp des 36. Infanterieregiments hat sich grobe Excesse und Drohungen vor dem Commandanturgebäude erlaubt. (Tr. Z.)

In Aachen hat am 12. April ein Auflauf stattgefunden. Die städtischen Arbeiter verlangten ihren Taglohn von 7½ auf 10 Sgr. erhöht.

Posen, 14. April. Schroda ist geräumt und von preußischen Truppen besetzt; in Wreschen ist es gestern zu Uneinigkeiten zwischen den Polen selbst gekommen; die Gemäßigtern wollen weichen; die Radicalen aber nicht. (A. Z.)

Schleswig-Holstein.

Kiel, 12. April. Der linke Flügel bei Bau und Krusau ward durch Verrath umzingelt und nach heldenmüthiger Gegenwehr geschlagen. Das Corps der Kieler Studenten und Turner hat sich mit ewigem Ruhm bedeckt. Die Studenten vor allen haben gestanden wie Mauern; viele sind gefallen, und erst eine dreifache Uebermacht — 2000 Mann gegen etwa 800, worunter die Kieler Jäger — hat sie zum Weichen gebracht. Die deutschen Freiwilligen unter ihnen haben sich höchst rühmlich ausgezeichnet. In Flensburg hat man mannichfachen Verrath geübt. Die Dänen sind von allem unterrichtet gewesen. Der rechte Flügel ist gar nicht ins Treffen gekommen. Das ganze Heer steht jetzt etwa eine Meile nördlich von Rendsburg. Heute Nacht ist die dänische Marine im Eckernförder Hafen eingelaufen: 1 Fregatte, 2 Kriegsdampfschiffe, einige Kanonenboote. (A. Z.)

Kiel, 14. April. Von der dänischen Armee sind 40 Mann, worunter 22 Holsteiner, mit 3 Kanonen bei Marienthal in der Nähe Eckernförde's zu uns übergegangen.

Kiel, 15. April. Vorgestern sind in der Nähe von Eckernförde 17 Dänen, welche als Turner verkleidet spionirten, verhaftet worden. — Heute kam von Flensburg eine Deputation bei der provisorischen Regierung an. Was sie brachte, wußte man nicht.

Rendsburg, 14. April. Die Dänen rückten gestern (im ganzen 8000 Mann) aus, und nahmen Position bei Dannewirke (½ Meile von Schleswig nach Rendsburg zu). Gestern Mittag 1½ Uhr kam der König in Schleswig an und kehrte um 5 Uhr nach Flensburg zurück. Commandeur en Chef ist General v. Hedemann. Heute Morgen standen die Dänen noch in ihren gestern genommenen Positionen. Die schleswig-holsteinischen Truppen liegen bei Gehestadt, die Preußen bei Sorgbruck.

---

*) Quid hoc sibi vult? A. d. H.

**) Die Gesetzentwürfe werden morgen vollständig mitgetheilt werden. A. d. H.

Die Altenaer freiwillige Cavallerie stand gestern Morgen auf dem äußersten Vorposten bei Brekendorf. (Hamb. B.)

Rendsburg, 14. April. Einzelne kleine Vorpostengefechte mit den Dänen finden von Tag zu Tag statt, wobei die Unsrigen stets im Vortheil sind. (A. Z.)

Schleswig-Holstein. Die Dänen sind bei Eckernförde verschanzt. Die dänische Feldwache soll von den Preußen aufgehoben seyn. — Die Bundestruppen, zusammen 10,000 Mann, werden ein Lager bei Itzehoe und Kellinghusen beziehen. Hannoversche, braunschweigische und preußische Artillerie ist eingerückt, deßgleichen Mecklenburger Cavallerie.

Braunschweig.

Braunschweig, 12. April. Durch eine herzogliche Verordnung vom gestrigen Tag ist die Wahl für die 4 Nationalvertreter des Herzogthums festgestellt. In 4 Wahldistricten wird auf je 500 Seelen ein Wahlmann gewählt. Sämmtliche Wahlmänner eines Districts wählen einen Nationalvertreter. In den Tagen vom 25. bis 29. werden die Wahlcollegien in Braunschweig, Wolfenbüttel, Schöningen und Eschershausen ihr Geschäft vollenden.

Hannover.

Aus Hannover, 11. April, meldet die „Weser-Zeitung", daß die Mitglieder der ersten Kammer sich der Abstimmung der zweiten Kammer über die Adresse gefügt haben. Zwischen den Emshäfen und London wird eine regelmäßige Dampfschiffahrt in den Gang kommen.

Oesterreich.

Der Kaiser hat in einem Handschreiben an den Grafen Feldmarschall Radetzky dessen hohe Verdienste anerkannt und die Armee ihrer altösterreichischen Kriegszucht wegen belobt.

Am 13. wurde durch einen Befehl des Hofkriegsraths in Wien der Haselstock bei der Armee abgeschafft.

Wien, 15. April. Durch das Sinken aller Staats- und industriellen Papiere ist die Geldaristokratie dezimirt und die Adelsaristokratie hat durch die Robottauflösung in Ungarn den Todesstreich erlitten. Alle bürgerlichen Geschäfte stocken. Schwerlich wird ein Journal selbst die besten Maßregeln des Ministeriums zu vertheidigen wagen. — Aus Laibach hatte gestern eine Deputation Audienz, welche die Entfernung des Grafen Hohenwarth verlangt und aus Bochnia traf eine andere von Edelleuten ein, welche Drohbriefe der Bauern mitbringt, nach welchen 4000 bewaffnete Bauern bereit sind, die Edelleute wieder zu ermorden. In Prag hat der Oberst-Burggraf Rudolph Stadion der Opposition des Adels weichen müssen und in Lemberg hat der Gouverneur Stadion seine Popularität verloren. In Pesth widersetzte sich das Volk dem Abmarsch einiger Ergänzungstruppen nach den außer Ungarn gelegenen Provinzen, und aus Dalmatien verlautet, daß Zara in vollem Aufstande gegen die österreichische Regierung ist. (Augsb. Abdz.)

Mals, im Vintschgau, 23. April. Gestern Abends kam mit Eilboten die Nachricht, Italiener seyen diesseits der Wormser-Straße bewaffnet eingefallen. Das Posthaus auf der Franzenshöhe, die Caserne genannt, sey in Brand gesteckt, und schon bewegen sich die Schaaren 2 — 400 Mann gegen Trafoi, die nächste Poststation. (A. Z.)

Schweiz.

Zürich, 15. April. Die Sitzung der Tagsatzung vom 14. war geheim. Es verlautet, daß diplomatische Mittheilungen gemacht worden seyen, hauptsächlich in Bezug auf den Antrag Sardiniens zu einem Bündniß mit der Schweiz. Die Schweiz, schlägt der schlaue König Karl Albert vor, solle 30,000 Mann in die Lombardei einrücken lassen, und 20,000 an die Grenze stellen, dann trete der König die neutralen Provinzen (Faucigny und Chablais) an die Schweiz ab, und ganz Italien werde ihr die besten Handelsverträge anbieten. Es sollen nur die westlichen Kantone gegen die Möglichkeit der Neutralität gesprochen haben, besonders heftig Druey von Waadt. Dagegen sey die Mehrheit der Stände, aus der östlichen und mittleren Schweiz bestehend fur strenge Aufrechthaltung der Neutralität. Besonders Munzinger aus Solothurn habe die Gefahren einer Verwickelung mit streitenden Mächten sehr anschaulich auseinander gesetzt. Beschlossen wurde noch nichts. Die Frage wurde zuerst einer Commission vorgelegt, in der Herr Druey auch sitzt. — Im Volke zeigt sich bei der zunehmenden Verdienstlosigkeit immer mehr Lust zu einem Zuge in die Lombardei. (Schw. Mkr.)

Luzern, 13. April. Heute hat unser großer Rath mit 64 gegen 28 Stimmen das Kloster St. Urban aufgehoben. Auch das Frauenkloster Rathhausen wurde aufgehoben, und die darin befindlichen Klosterfrauen mit denjenigen in Eschenbach vereinigt. Große Sensation machte es, als Dr. Steiger im großen Rath eröffnete: es habe ihm neulich in Bern der apostolische Nuntius Luquet einen Besuch gemacht und dabei erklärt, er wünsche zwar, daß Luzern seine Klöster bestehen lasse, anerkenne aber, daß deren Aufhebung in der Competenz der Landeshoheit liege, so wie der heilige Vater dieses anerkenne und daher dagegen nicht protestiren werde. (A. Z.)

Basel, 14. April. Wie man vernimmt, sind die deutschen Arbeiter etwa 5000 Mann stark in Metz concentrirt, wo sie die weiteren Weisungen ihrer Führer erwarten. (Bas. Z.)

Italien.

Von der Etsch, 15. April. Wälsche Freischaaren besetzten mit piemontesischen Soldaten Judicarien, vertrieben die Landgerichtsbeamten zu Condino und Tione und sind über Alla Sarca gegen Vezzano drei Wegstunden von Trient, vorgedrungen sind, woher man von der Poststraße das Feuern früh Morgens hörte. Von Trient rückten in Eile Truppen zur Verstärkung der aufgestellten Jägercompagnie ab. Gestern soll auch von venetianischer Seite, oder Ampezzo gegen Pusterthal ein Einfall Bewaffneter erfolgt seyn. (A. Z.)

Botzen, 15. April. Die Horde der Freischaaren am Stilfser Joch, die bis zur Franzenshöhe vorrückten, wurde durch eine Compagnie Tiroler-Jäger und etwa 100 Mann Schützen aus Trafoi, Agums und Prad glücklich zurückgetrieben, sie ließ 15 bis 18 Todte zurück. (A. Z.)

Botzen, 16. April. Gestern hatte sich ein Haufe lombardischer und piemontesischer Freischärler bis in die Nähe von Vezzano gewagt; die in Judicarien gestandenen Kaiserjäger waren im Castell Toblino eingeschlossen. Major Burlo rückte von Trient wider die Eindringlinge mit einer Truppe Jäger aus, befreite die umzingelten Cameraden und lieferte den Feinden ein glückliches Gefecht, wodurch ihnen bei 40 Mann getödtet und 21 gefangen wurden. Unsrerseits fielen 3 Mann, 5 wurden verwundet. Die Insurgenten mußten zurückweichen. (A. Z.)

Mailänder Bericht vom 13. April. Die Freiwilligen der Colonne Manara, welche die Pulvermühle bei Peschiera nahmen wurden auf dem Marsch über Castelnuovo plötzlich von einem starken österreichischen Corps aus Verona angegriffen. Sie erlitten einigen Verlust (18 bis 20 Mann Todte oder Gefangene), sprengten vieles von dem gewonnenen Pulver in die Luft, flüchteten bei Lazise 150 Pulverfässer und zogen sich über den Gardasee nach Salo zurück. Die Oesterreicher wandten sich wieder nach Verona. (Es sind Mailänder die berichten.) Die Freiwilligen unter Allemandi, die Colonnen Vicari und Thannberg vereinigen sich zu einem Einfall in Tyrol. Vestone, Condino und Tione haben dem provisorischen Gouvernement ihren Beitritt erklärt. Villafranka ist von den Oesterreichern verlassen. (A. Z.)

Mailand, 10. April, 2 Uhr Nachmittags. Peschiera ist genommen. Karl Albert hat seinen Einzug daselbst gehalten. (A. Z.)

Triest, 13. April. Unser Castell wird in vollkommenen Vertheidigungsstand gesetzt und auf längere Zeit mit Munition und Proviant versehen, auch die Hafenbatterien immer mehr befestigt. (A. Z.)

Nach der „Venetianer Zeitung" vom 13. April kamen durch Conegliano (bei Treviso) am 12. April 110 piemontesische Kanoniere nach Palmanova.

In Venedig ist der Cavaliere Lingerami, französischer (neuernannter?) Consul daselbst am 8. angekommen, hat der provisorischen Regierung seinen Besuch gemacht, und ihr die lebhafteste Sympathie für ihre Republik ausgedrückt.

N. Tommaseo, Mitglied der provisorischen Regierung in Venedig, hat einen Aufruf an die venezianischen und Dalmatiner Seefahrer zum Verrath an Oesterreich erlassen.

Neapel, 6. April. Das zehnte Linienregiment ging gestern nach Livorno ab. — Ein neues freisinniges Wahlgesetz ist erschienen. — (In Rom war am 6. das Wahlgesetz verkündet. — Karl Albert hat in einem Manifest die Republik Venedig anerkannt.)

Sicilien hat der „Gazzetta di Genova" zufolge den Carlo Gioselli an die italienischen Höfe abgesandt, um sie zu versichern, daß die Insel stets mit ihnen gemeinsame Sache zur Vertheidigung der italienischen Unabhängigkeit machen werde. Sicilien selbst ist voll Diebe und Räuber, aber ruhig. Davon daß Ferdinand je wieder die sicilische Krone trage, ist keine Rede. Die Sicilier würden nur seinen ältesten Sohn als König Siciliens anerkennen.

Spanien.

Madrid, 9. April. Ein k. Ordonnanz stellt sämmtliches bewegliche und unbewegliche Eigenthum der Comthurien der bisher in Spanien bestandenen 4 geistlichen Militär-Orden zum Kauf aus. — Der Herzog und die Herzogin v. Montpensier weilen seit einigen Tagen ziemlich kalt aufgenommen in der Stadt.

Frankreich.

Auf den 20. April ist eine große Heerschau zur Austheilung der Fahnen der Republik und der Verbrüderung des Heers mit allen Bürgern beraumt; an diesem Tage um Mitternacht werden auch die Wahllisten definitiv geschlossen.

Die revolutionäre Partei geht damit um, die gemäßigt republikanische Partei der Regierung zu stürzen. Am 13. hat man nach angestellten Haussuchungen bedeutende Waffensammlungen in Privathäusern gefunden.

Großbritannien.

Die Bill für Ausweisung nicht genügend beglaubigter Fremder wurde im Oberhaus am 13 zum zweitenmal verlesen, und der „Einkommensteuerbill" durch Commission die königl Genehmigung ertheilt.

Bekanntmachungen.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. v. Leizbart v. Stuttgart; Wachtern aus America; Celeviti aus Galizien.

Hotel Maulik. HH. Baron v. Pelzschuber, Assessor von Augsburg; Ebor. v. Stirbey, Proprietär aus der Wallachei; Mündler, Posthalter v. Pappenheim.

Gold. Hahn. HH. Conna, Rentier aus Ungarn; Bergmann, Privatier v. Prag.

Blaue Traube. HH. Dr. Künzel, Professor v. Darmstadt; Röder, Schauspieldirector v. Nürnberg; Graf v. Preising v. Rosenheim; Weimüller, Bürgermeister, Müller, Stadtschreiber, Kaplhamer, Magistratsrath, und Dr. Lindemann, Advocat v. Aichach; v. Stetten, k. öster. Offizier v. Ulm; Petri, Ingenieur, v. Pelozi, Benvenuti und Prenali, k. k. Offiziere v. Wien; Zasele Obertarator v. Marktreitenfeld.

Stachusgarten. HH. v. Dann, Zeichnungslehrer v. Neuburg; Gill, Student v. Augsburg; Pestalozzi u. Sonderegger v. Zürich; Dr. Büchler v. Appenzell.

Getraute in München.

HH: Peter Arnold, bgl. Hufschmidmeister das., mit Franziska Klob, bgl. Sattlermeisterstochter v. Schwandorf; Christian Remler, Tuchscherer und Decateur das., mit Rosina Neuhartinger, Bauerstochter von Großkoda, Ldg. Ebersberg.

Gestorbene in München.

Anna Schertl, b. Garkochsfrau v. h., 53 J. alt; Franz Schiffauer, Zimmermann v. h., 69 J. alt; Karl Eserlau, Schlossergesell v. Großwardein in Ungarn, 24 J. alt; Franziska Reith, b. Bierwirthstochter v. h., 25 J. alt; Michael Winkler, Steinschleifer v. h., 59 J. alt.

Das Directorium der Kammer der Reichsräthe bringt hiemit zur öffentlichen Kenntniß, daß die Eintrittskarten zu den öffentlichen Sitzungen der Kammer nur für die jedesmal bevorstehende Sitzung gelten, für jede folgende daher neue, anders numerirte Karten erholt werden wollen.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 103.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir [illegible] Gasse Nro. 3, auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 34 kr.

Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Freitag — XLIX. Jahrgang. — 21. April 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 18. April. In der heutigen Sitzung erstattete v. Soiron Bericht über seine und Buhls Sendung nach Baden. Der Ausschuß beschloß, Heckers Einberufung zurück zu nehmen und dafür Schaffrath aus Sachsen einzurufen. Hierauf wegen einer dringenden Mittheilung geheime Sitzung. (A. Z.)

Bayern.

Landtag.

**München, 20. April. (VI. Sitzung der Kammer der Reichsräthe.) Berathung über den Gesetzentwurf: die Behandlung neuer Gesetzbücher. — Die Sitzung wurde mit Einführung des Hrn. Reichsrathes Heintz und dessen Beeidigung eröffnet. — Hiernächst begann die Berathung über oben bezeichneten Entwurf. Referent war Hr. Reichsrath v. Maurer. — Bei der allgemeinen Discußion ergriff das Wort der Hr. Reichsrath Graf v. Reigersberg. Wenn auch eine allgemeine deutsche Gesetzgebung zu wünschen und zu hoffen sey, so müßen doch ihre Novellen von den einzelnen Landeskammern berathen und beschlossen werden. Einzelnbestimmungen müssen immer den Particulargesetzgebungen vorbehalten bleiben. — Der Hr. II. Präsident, Reichsrath Frhr. v. Zu-Rhein. Man stehe am Vorabend eines großen Gesetzgebungswerkes. Bisher habe man blos das Hypothekengesetz und das Proceßgesetz erzielt, wahrlich nicht das Heilsamste. Gesetzgebung müße aus einem Guße seyn — Gönner, Feuerbach. Auch jetzt könne es legislatorische Talente geben. Man habe nun Gelegenheit, sie zu wecken. Aber jedes artikulirte Berathen der Gesetze lange jetzt nicht mehr. Ueber die Principien müßten sich die Stände schlüßig machen, dann erst Prüfung in den Ausschüssen und zuletzt Genehmigung in den Kammern, ein Verfahren von andern Staaten. So käme ein Ganzes, kein Stückwerk. — Hr. Fürst v. Oettingen-Wallerstein. Auch er hege die Ueberzeugung, daß Deutschland zu einer Gesammt-Deutschen-Gesetzgebung gelangen müße; erfordere sie Novellen, so müßen diese vom deutschen Parlamente ausgehen. Wenn Deutschland einig und kräftig, so müßen aber doch in manchen Dingen auch Particulargesetzgebungen existiren. Er habe das Verfaßungsleben mitgelebt vom Entstehen. Daß die Gesetze dieser Periode nicht gut seyen, komme von der Heimlichkeit des Bureaulebens. Oeffentliche Urtheile haben gefehlt. Der Gesetzentwurf überbürde, wie jetzt noch die Verfaßung, die Ausschüße zu viel. Die Kammern sollten in Abtheilungen getheilt seyn. Der Entwurf sey zu beengend. Die Ausschüße sollten nicht zu stabil seyn. Dem freien Leben der Kammer widerstrebe der Entwurf. Auf solche Weise könne ein Gesetz in's Leben treten, das den Kammern und der Nation nicht paßt. Nur kein starres Formenwesen! Doch der Entwurf sey nur auf dem Papier. Die nächste Kammer werde schon etwas Besseres finden. Er beantrage einen Wunsch, Modificationen der Kammern zur Geltung gegen die Regierung und Ausschuße zu bringen, dann Zuziehung tüchtiger Männer aus andern Ständen zur öffentlichen Berathung durch die Ausschüße. Bezüglich des Wunsches, daß die Kammern „erst die Principien berathen sollen, sey er mit dem II. Hrn. Präsidenten einverstanden, mit seinen Consequenzen nicht. — Hr. Reichsrath v. Niethammer: Er wünsche Veröffentlichung aller Entwürfe. — Hr. Graf v. Reigersberg sprach für die Art, Gesetze zu geben, am Anfang dieses Jahrhunderts. Durch den Entwurf sey geschehen, was geschehen konnte. — Hierauf begann die specielle Discußion und es wurde Art. I, II, III und IV angenommen. — Dagegen erhoben sich bei Art. V, „ob Ausschüße gesondert oder vereinigt abstimmen sollten" mehrere Stimmen. Hr. Graf v. Armansperg unterstützte die Modification der Kammer der Abgeordneten, eben so Hr. Graf v. Reigersberg. — Hierauf wurde Art. V nach der Faßung der Kammer der Abgeordneten angenommen. Frhr. v. Freyberg, Frhr. v. Schrenk stimmten dagegen. Angenommen weiter wurden Art. VI und VII. — Zu Art. VIII brachte Hr. Fürst v. Oettingen-Wallerstein eine Modification dahin ein, daß die Ausschüße auch Männer von Außen, also nicht blos Kammermitglieder beiziehen können, um die enquête parlamentaire wie in England zu erhalten und dann, daß auch noch Modificationen, wenn sie von 25 und 7 II. und I. Kammermitgliedern unterstützt werden, zur Würdigung nochmal an die Ausschüße zurückgehen sollen. Der k. Staatsminister der Justiz stimmte der Modification bei. — Art. VIII mit diesen Modificationen wurde unter Zustimmung des k. Staatsministers der Justiz einstimmig angenommen. — Art. IX, X, XI, XII, XIII wurden gleichfalls angenommen. Fürst v. Oettingen-Wallerstein hätte Oeffentlichkeit gewünscht, allein dagegen verwahrte sich der k. Staatsminister Heintz. Antragsteller verharrte auch nicht auf dem Antrag vorläufig, legte aber alles Gewicht auf die öffentliche Verhandlung der Ausschüße und den Druck ihrer Verhandlungen. — Graf v. Reigersberg meinte, die Vertraulichkeit fördere die Gründlichkeit. (Nach diesem Grundsatze müßten die dermaligen öffentlichen Verhandlungen durchgehends ungründlich seyn!) Unter vier Wänden geschehe, meinte der Hr. Redner, mehr als öffentlich; ihn selbst genire die Oeffentlichkeit zwar nicht. — Hr. Fürst v. Wallerstein: Kommen die Ausschüße heute zusammen, so werde sich die Oeffentlichkeit schon Bahn brechen. — Hr. Reichsrath v. Niethammer brachte bei dieser Gelegenheit den Wunsch nach dem Druck der Entwürfe als wirklichen Artikel ein. — Dieser und die übrigen Artikel im Sinne der II. Kammer wurden angenommen, und endlich auch der erste und zweite Wunsch derselben, somit das ganze so modificirte Gesetz angenommen. — Hiemit wurde die Sitzung geschlossen.

Gesetzentwurf, die Ablösung des Lehenverbandes betr. Se. Maj. der König haben nach Vernehmung des Staatsrathes, mit Beirath und Zustimmung Allerhöchstihrer Lieben und Getreuen, der Stände des Reichs, unter Beobachtung des §. 7 Tit. 10 der Verfaßungsurkunde vorgeschriebenen Formen beschlossen und verordnen wie folgt: Art. 1. Alle lehenbaren Güter gehen gegen Uebernahme einer der gesetzlichen Lehenreichniß entsprechenden jährlichen Abgabe in das volle Eigenthum der Vasallen über. Art. 2. Ausgenommen sind: a) die thronlehenbaren Würden; b) jene Lehen, welche auf königlicher Dotation oder auf Staats-Verträgen beruhen, so ferne denselben nicht ein Rechtsanspruch zu Grunde liegt. c) Ausgenommen bleiben ferners diejenigen Lehengüter, welche auf dem Heimfalle stehen. Als auf dem Heimfall stehend sind jene Lehen zu betrachten, welche nur noch auf vier Augen stehen, wenn Besitzer und beziehungsweise Anwärter bereits das fünfzigste Lebensjahr erreicht haben. Art. 3. Lehen, welche urkundlich als aufgetragene (feuda oblata) nachgewiesen werden, verwandeln sich in volles Eigenthum ohne Entgelt. Art. 4. Die im Art. 1 bestimmte jährliche Abgabe besteht im zehnten Theile der einfachen Lehentaxe und nimmt die Eigenschaft eines Bodenzinses an. Sie ist ablösbar nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Fixirung und Ablösung von Grundlasten. Art. 5. Die fideicommissarischen Verhältnisse der Lehen, so wie die Berechtigungen zur Erbfolge werden hiedurch nicht verändert. Art. 6. Wenn auf einem Lehengute außer den gesetzlichen Lehengebühren noch andere Reichnisse, z. B. Canon, Gilt ꝛc. haften, so richten sich solche nach den Bestimmungen des Gesetzes über Fixirung und Ablösung von Grundlasten. Art. 7. Die Staats-Minister des k. Hauses und des Aeußern und der Finanzen sind mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt. Gegeben München den . . . . Für den Entwurf (L. S.) Frhr. v. Lerchenfeld. Graf v. Waldkirch.

Gesetzentwurf über die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten. Se. Maj. der König haben auf Antrag der Staatsministerien des Innern und der Finanzen und nach Vernehmung des Staatsraths mit Beirath und Zustimmung Ihrer Lieben und Getreuen der Stände des Reichs und unter Beobachtung der in Tit. X. §. 7 der Verf. Urk. vorgeschriebenen Formen beschlossen und verordnen wie folgt. I. Abschnitt. Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit und der Patronatsrechte. Art. 1. Die standes- und gutsherrliche Gerichtsbarkeit wird ohne Entschädigung der Berechtigten aufgehoben. Dieselbe hört auf mit dem 1. Juli 1848, von welchem Tage an die standes- und gutsherrlichen Gerichtsbeamten und Diener und die Pensionen aus pragmatischen Anstellungen solcher Beamten unter den Anstellungsbedingungen und Pensionsnormen, die am 12. April 1848 bestanden, vom Staate übernommen werden. Art. 2. Die Aufhebung der gutsherrlichen Patronatsrechte und die Regelung der auf denselben haftenden Lasten bleibt einem besonderen Gesetze vorbehalten. II. Abschnitt. Aufhebung der auf dem Boden haftenden Lasten und Abgaben. Art. 3. Alle Naturalfrohndienste, gemessene wie ungemessene, werden ohne Entschädigung der Berechtigten aufgehoben; damit cessiren auch alle Gegenreichnisse für dieselben. Art. 4. Die Erhebung des Mortuarium (Besthaupt) cessirt ohne Entschädigung. Art. 5. Die Blutzehent und der noch nicht zur Erhebung gekommene Neubruchzehent hört ohne Entschädigung der Berechtigten auf. Art. 6. Die Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Eigenthum, wie es bisher bestand und über die künftige Ausübung der Jagd wird durch Gesetz bestimmt werden. Art. 7. Alle rein persönlichen, nicht auf Grund und Boden haftenden Abgaben an den Grund- oder Gerichtsherrn hören ohne Entschädigung der letzteren auf, insbesondere die Kanon- und Ordinari-Steuer, die Kleinhandlöhne, Handlohnsgebühren, die Zehentatzungsgelder, Zehentpachtratificationsgebühren, Gebühren für Ertheilung gutsherrlicher Consense, die Kammersteuern, Reutersteuern und Reuteranlagen, das Meistergeld, Wandergeld, Bürgergeld, Judenbegräbniß-Geld, Kleppergeld, Gansgeld, Hundefütterungsgeld, Adulterien und Fornicationsstrafen, das Ungenossen-Recht, die Nachsteuer, das Rumptions-, Herbergs- und Schutzgeld, namentlich der Juden, die Gewerbs-Recognition, das Einzugsgeld, Siegelgeld, Herdgeld. Art. 8. Die übrigen, im Eigenthum der

Privaten, der Stiftungen und Communen befindlichen Grundgefälle gehen unter den nachfolgenden Bestimmungen in das Eigenthum des Staates über. — III. Abschnitt. Fixirung unständiger Grundlasten. Art. 9. Alle nicht durch Abschnitt II. dieses Gesetzes aufgehobenen unständigen Gefälle und Zehenten, alle Besitzänderungsabgaben, dann alle Holz-Rechte sind sofort zu fixiren, das heißt, in eine jährliche unveränderliche Abgabe von den pflichtigen Grundstücken umzuwandeln. Alle über Fixation oder Umwandlung von Frohnen und Grundgefällen bereits rechtsgiltig abgeschlossenen Verträge bleiben in Kraft. Art. 10. Das Zehentfixum ist eine, dem gegenwärtigen reinen Durchschnittsertrag des Zehents, gleichkommende unveränderliche Abgabe, die bei Getreidzehenten in den Getreidarten, in denen der Zehent bisher vorherrschend bestand, bei allen andern Zehenten in Geld ausgedrückt wird. Art. 11. Zur Ermittlung des durchschnittlichen Zehentertrags wird der wirkliche Ertrag des Zehents, wie er sich durch Sammlung oder Verpachtung rechnungsmäßig ergeben hat, aus den 18 Jahren von 1828 bis 1845 erhoben. Von diesem rohen Zehentertrag sind alle nach Gesetz, Vertrag oder Herkommen bisher dem Zehentberechtigten obgelegenen Lasten und Arbeiten bei der eigenen Einbringung so auch die Ausgaben bei der Verpachtung bis zur Herstellung beziehungsweise dem Empfang der verkäuflichen Früchte, nach genauer — nöthigenfalls durch Sachverständige vorzunehmender Ermittlung und Schätzung abzuziehen. Der jährliche Durchschnitt aus den in solcher Weise hergestellten reinen Erträgnissen des Zehents während der angedeuteten Jahre ist die an die Stelle des Zehents tretende fixe Jahresabgabe. Art. 12. Hierbei werden folgende besondere Bestimmungen getroffen: 1) Läßt sich der Zehentertrag nicht aus den Art. 9 bezeichneten 18 Jahren rechnungsmäßig nachweisen, so genügt eine geringere Anzahl Jahre, doch nicht weniger als die sechs letzten bis 1845 einschließlich. 2) Fehlt diese rechnungsmäßige Nachweisung oder erhebt der Pflichtige gegen die Richtigkeit der vorliegenden Rechnungen Einwendungen, welche die Gerichte gegründet finden, so wird der Rohertrag der Grundstücke an zehentbaren Früchten durch Schätzung (unter Berücksichtigung des Grundsteuerdefinitivums, wo es bereits besteht, sodann der Zehentrechnungen benachbarter Gutsbesitzer) ermittelt und nach ihm der Zehent berechnet; dieser nach Abzug der im Art. 11 Abs. 2 bezeichneten Lasten ist das Zehentfixum. 3) Diese, wie alle übrigen in gegenwärtigem Gesetze vorgeschriebenen Schätzungen, wird durch drei Sachverständige vorgenommen, von denen der Berechtigte und der Pflichtige jeder einen, das Gericht den dritten ernennt. Unter ihnen entscheidet Stimmenmehrheit. Sind die Schätzer der Partheien verschiedener Ansicht, so entscheidet der Ausspruch des amtlich aufgestellten Schätzers; er muß sich aber inner den, von den Schätzern der Partheien angenommenen Größen halten. Art. 13. Bei Weinzehent ist bei Ermittlung des Durchschnittsertrags zugleich der Ertrag im ganzen Rentamtsbezirke zu berücksichtigen. Bei Heu-, Obst- und Hopfenzehent genügt auch eine kürzere Zeit als 6 Jahre, doch nicht unter 3 zur Berechnung des Durchschnittsertrags und die Jahre, aus denen der Zehent berechnet wird, können bis zum Jahre 1847 herab genommen werden. Art. 14. Zehentpachtverträge lösen sich mit der Zehentfixirung ohne Entschädigung des Pachters auf. Art. 15. Die fixirte Zehentabgabe nimmt die rechtliche Natur eines Bodenzinses mit den in §. 12 Ziffer 3 und 4 des Hypothekengesetzes und §. 12 Ziffer 7 der Prioritätsordnung vom 1. Juni 1822 festgesetzten Vorzügen an. Dieselbe ist an dem vertragsmäßig oder herkömmlich bestimmten Tage, in Ermanglung eines solchen spätestens am 15. December jedes Jahres zu entrichten. Art. 16. Das Aequivalent für das Obereigenthum und das Recht der Erhebung einer Besitzänderungsabgabe ist bei Erbrecht und Freistift der ein und ein halbfache Betrag, bei Leibrecht, Neustift, der doppelte Betrag des letzten einfachen Antrittshandlohns, ohne Einrechnung von Kleinhandlöhnen oder Gebühren in dasselbe. Dieses Aequivalent ist mit der nächsten Besitzänderung nach Erlaß des gegenwärtigen Gesetzes fällig. Ist das bei dem letzten Gutsantritt erhobene Handlohn nicht bekannt, so ist der Gutswerth durch Schätzung (nach Art. 12 Ziff. 3) zu ermitteln, und hieraus nach dem beim Antritt üblichen Procente das einfache Handlohn zu berechnen. Von dem für das Obereigenthum hier festgesetzten Aequivalente ist bei der nächsten Besitzänderung ein ganzer Handlohnsbetrag baar zu entrichten, der Rest kann als ein zu 4 Procent verzinsliches Bodenzins-Capital auf dem pflichtigen Grundstücke liegen bleiben. Art. 17. Mit dieser Fixirung der Besitzänderungsabgaben consolidirt sich das Eigenthum in der Person des Grundholden und derselbe übernimmt die der bisherigen Dominicalsteuer entsprechende Grundsteuer vom Handlohn. Art. 18. Vom Erscheinen dieses Gesetzes an darf keine Verleihung unter Vorbehalt des Obereigenthums (Leibrecht, Neustift, Freistift, Erbrecht) mehr stattfinden. Art. 19. Holzrechte werden im Falle eines Widerspruchs über den Umfang der Berechtigung nach dem Durchschnitt der Holzabgabe in den letzten 10 Jahren bemessen. Sollte während dieser Jahre keine Holzabgabe vorgekommen seyn, oder gegen die Zugrundlegung derselben Einwendung erhoben werden, so tritt Schätzung ein, bei Bauholz unter amtlicher Beigabe eines Baubeamten. Das so gefundene Holzquantum, durch die Zahl der Jahre, während denen es abgegeben wurde, getheilt, gibt hier das jährliche Fixum. Die fixe jährliche Holzabgabe wird nach den Forstpreisen jeder Holzgattung aus den letzten 5 Jahren zu Geld veranschlagt. Art. 20. Hievon gehen die Gegenreichnisse der Berechtigten ab, insbesondere die bisher zu bezahlen gewesenen Holztaxen oder ermäßigten Forstpreise des Holzes. Bestand das Holzrecht blos in dem Recht des Bezuges eines Holzquantums zu den Forstpreisen, so wird dasselbe auf ein Zehntel der nach Art. 19 berechneten Durchschnittspreise festgesetzt. Art. 21. Dieser Geldanschlag des Holzrechtes bildet einen fixen Bodenzins, der auf dem pflichtigen Grundstück ruht, und alljährlich am 15. December zahlbar ist. Art. 22. Sind die Berechtigten den Besitzern der pflichtigen Forsten an Zehenten, Gilten und andern fixen Grundabgaben, dann Handlöhnen zahlungspflichtig, so compensirt sich der jährliche Betrag der Holzrechte mit den der erwähnten Reichnisse. In diesem Falle ist nur der einer- oder andererseits sich ergebende Mehrbetrag an fixen Bodenzinsen auf die pflichtigen Grundstücke zu übernehmen. Art. 23. Die Streu- und Weide-Rechte in Waldungen wird das Forstpolizei-Gesetz normiren. Art. 24. Die Fixirung der Grundlasten wird von den Districts-Polizeibehörden von Amtswegen, in summarischem Verfahren vollzogen. Die Berufung gegen deren Beschlüsse geht an die königl. Kreisregierungen, K. d. J., gegen deren Beschlüsse eine weitere Berufung nicht stattfindet. Der Berufungstermin ist auf 30 Tage bestimmt. Die Oberaufsicht des hiezu berufenen Ministeriums ist vorbehalten. Die durch die Fixirung veranlaßten amtlichen Verhandlungen sind tax- und stempelfrei; die Schätzungskosten tragen die Parteien gleichheitlich. Die Regierung wird ermächtigt, den Districts-Polizeibehörden besondere Commissäre auf Staatsrechnung beizugeben. Das Nähere des Verfahrens wird eine Instruction normiren. Art. 25. Ist das Recht oder der Umfang der zu fixirenden Reichnisse bestritten, so bleibt der Rechtsweg vorbehalten. — IV. Abschnitt. Ablösung aller Grundlasten. Art. 26. Alle Bodenzinse, für welche ein bestimmtes Capital auf die pflichtigen Realitäten bereits hypothekarisch vorgemerkt ist, sind durch Baarerlag dieses Capitals ablösbar. Art. 27. Alle übrigen, bereits ihrer Natur nach ständigen, oder nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes fixirten jährlichen Grundabgaben, kann der Pflichtige durch baare Erlegung des Achtzehnfachen ihres jährlichen Betrags jederzeit ablösen. Mit dieser Zahlung hört jeder weitere Anspruch des Berechtigten auf; der Pflichtige übernimmt zugleich die Grundsteuer von der abgelösten Dominicalrente. Art. 28. Naturalabgaben werden behufs dieser Ablösung nach den Sätzen zu Geld angeschlagen, welche die Verordnung vom 13. Febr. 1826, die Ablösung ständiger Dominicalgefälle des Staats betreffend, enthält mit der besonderen Bestimmung, daß bei Wein die durchschnittlichen Ortspreise der letzten 10 Jahre zu nehmen sind. Art. 29. Von dem Art. 8 verfügten Uebergange in das Eigenthum des Staates sind die aus Holzrechten entstandenen Bodenzinsen ausgenommen, welche nur nach Art. 27 ablösbar sind, dann die in Art. 26 bezeichneten Bodenzinsen. Art. 30. Die Staatscasse vergütet für alle fixe jährliche Grundabgaben, die sie nach Art. 8 übernimmt, den zwanzigfachen Betrag der fixen Rente in 4procentigen Staatsschuldscheinen nach dem Nennwerthe der Letzteren. Art. 31. Ist bereits vor Feststellung des im Art. 16 bestimmten Aequivalents für das Obereigenthum und Handlohn eine Besitzänderung eingetreten, so tritt keine Vermittlung der Ablösung des Aequivalents von Seite des Staates ein. Wird aber die Feststellung des Aequivalents während der Besitzdauer vorgenommen, so übernimmt das Aerar dasselbe gegen Bezahlung von 7 pCt. seines Betrags in 4procentigen Ablösungsschuldbriefen nach dem Nennwerthe. Art. 32. Zu diesem Zwecke werden besondere Ablösungs-Schuldbriefe in runden Summen auf 1000 fl., 500 fl., 100 fl. und 25 fl. auf Namen oder Inhaber ausgestellt, welchen die damit erworbenen Grundgefälle zum Unterpfand dienen, und deren 4 procentige Zinsen aus diesen Bodenzinsen bezahlt werden. Art. 33. Wer in Folge dieser Uebernahme von Privatgrundrenten oder ursprünglich dem Staate eine jährliche fixe Grundabgabe schuldet, hat forthin statt derselben nur den 4 procentigen Zins des für dieselbe normirten Ablösungscapitals, also statt 100 fl. Grundabgabe bloß 72 fl. Zins bis zur Abtragung des Capitals selbst zu entrichten. — Mit dieser Umwandlung und Reduction übernimmt der Pflichtige die Steuer von der bisherigen Grundabgabe und alle Ansprüche derselben auf Nachlaß cessiren. Art. 34. Will der Pflichtige das Ablösungscapital mittelst Annuitäten abtragen, so bezahlt er entweder seine ganze bisherige Grundabgabe 34 Jahre lang, oder neun Zehntel derselben 43 Jahre lang, nach Ablauf dieser Fristen ist er dann jeder weiteren Verpflichtung enthoben und die Ablösungs-Summe getilgt. Art. 35. Dem Pflichtigen ist gestattet, während dieser Zeit die bereits eingezahlten Tilgungsraten sammt Zinseszinsen zu 4 pCt. durch Erlegung des Restes seines Ablösungscapitals zu ergänzen und so die vollständige Tilgung des letztern vor Ablauf der im Art. 34 festgesetzten Termine zu bewirken. Art. 36. Die ganzen Ablösungscapitale, die jährlichen Tilgungsraten, und die im Art. 35 gestatteten Restzahlungen können in Ablösungsschuldbriefen nach dem Nennwerthe an die Staatscasse entrichtet werden. Art. 37. An den für Uebernahme der Privatgrundzinsen vom Staate ausgegebenen Schuldbriefen, wird alljährlich durch baare Abzahlung nach dem Nennwerthe getilgt: 1) Die in Annuitäten eingehende Summe. 2) Die in Baarzahlungen von dem Pflichtigen eingehenden Tilgungscapitale und Restzahlungen. 3) Der Belauf der Zinsen sämmtlicher mittelst Annuitäten und ihrer Restzahlungen bereits rückgekauften Ablösungsschuldbriefe. Waren unter 1 und 2 statt baarer Zahlung bereits Ablösungs-Schuldbriefe eingegangen, so geht deren Betrag von der zu tilgenden Summe dieses Jahres ab. Die wirklich jedes Jahr nach dem Nennwerth zur Einlösung gelangenden Ablösungsschuldbriefe werden durch das Loos bestimmt. Art. 38. Dauernde Lasten, die auf den Grundrenten ruhen, werden zu Capital angeschlagen und vom Staate übernommen, der diesen Capitalwerth derselbin von der Ablösungssumme abzieht, und den Berechtigten nur den Ueberschuß der letzteren über jenen Werth der Last vergütet. Rechte von Mitbetheiligten oder Hypothekengläubigern gehen auf die als Ablösungswerth vom Staate empfangenen Schuldbriefe über, und jene Berechtigten können zu ihrer Sicherheit verlangen, daß diese Schuldbriefe gerichtlich in Verwahrung genommen werden. Art. 39. Die Tilgungsraten der Staatsgrundrenten werden nach Vorschrift des Finanzgesetzes jeder Periode verwendet. Art. 40. Die Staatsschuldentilgungscommission ist mit dem Vollzuge dieser Anordnung im Art. 32 bis 39 beauftragt. Die näheren Bestimmungen über deren Durchführung wird eine Instruction enthalten. Art. 41. Die Bestimmung des Art. 25 bezüglich der Ablösung nach dem 18fachen Betrage gilt auch von den Grundrenten in der Pfalz, auf welchen Regierungsbezirk die übrigen Normen dieses Gesetzes keine Anwendbarkeit haben. Art. 42. Vorstehendes Gesetz ist in allen den Theilen, wo es Bestimmungen der Verf.-Urk. abändert, ganz so zu betrachten, als ob es der Verf.-Urk. selbst einverleibt wäre. Dasselbe ist durch das Gesetzblatt bekannt zu machen, und die Staatsminister des Innern und der Finanzen sind mit dessen Vollzuge beauftragt. (L. S.) München, den ... 1848. Für den Entwurf: v. Thon-Dittmer. Lerchenfeld.

München. (Aus dem königl. Abschied für den Landrath von Oberbayern. [Schluß.]) 8) Bezüglich der neuerlich angeregten Klagen wegen Ueberhandnahme des Hochwildes und wegen der durch dasselbe in einzelnen Revieren gestifteten Schäden, erwidern Wir dem Landrathe, daß bereits Maßregeln er-

griffen worden sind, um diesen Beschwerden für die Folgezeit abzuhelfen. 9) Durch die jüngst angeordnete namhafte Vermehrung der beiden Gendarmeriecompagnien im Regierungsbezirke Oberbayern ist dem diessfallsigen Wunsche des Landrathes bereits entsprochen. 10) Hinsichtlich der angeregten Fortsetzung der München-Augsburger-Eisenbahn an die österreichische Grenze verweisen Wir den Landrath auf die deßhalb durch den Landtags-Abschied vom 23. Mai 1846 Abschn. I. §. 5 Abs. 2 Ziff. 1 ertheilte Erklärung mit dem Beifügen, wie Wir diesem wichtigen Gegenstande Unsere allerhöchste Beobachtnahme fortwährend widmen werden. 11) Dem Wunsche des Landrathes bezüglich wiederholter Einschärfung des Verbotes der Feier der abgewürdigten Feiertage ist durch das Ausschreiben Unserer Kreisregierung vom 30. Juli 1847 bereits entsprochen. 12) Bezüglich der von dem Landrathe beantragten Revision der bestehenden Ausscheidung der Straßen des oberbayerischen Regierungsbezirkes, in solche, welche aus Staatsmitteln und in solche, welche aus Mitteln der Districte erhalten werden, verweisen Wir denselben auf der, in dem Landtags-Abschiede vom 23. Mai 1846 Abschn. III. Lit. B §. 17 enthaltene Entschließung, mit dem Bemerken, daß zum Vollzuge des Art. VII. des Gesetzes vom 25. Aug. 1843, den Bau einer Eisenbahn von der Reichsgrenze bei Hof nach Lindau betreffend, die Revision des Straßennetzes bereits eingeleitet ist. 13) Der von dem Landrathe gewünschten Erhöhung des jährlichen Beitrages aus den allgemeinen Kreisfonds an den Unterstützungsverein für dienstunfähige Schullehrer, stehet dermal der Mangel an verfügbaren Mitteln, dann die Rucksicht entgegen, daß noch dringendere Bedürfnisse vorhanden sind, welche die Mittel des Kreis-Schulfondes in Anspruch nehmen.

München, 21 April. In der gestrigen VII. Versammlung des politischen Vereins „Hausofclubb" im Zweibrückensaale, welcher die Menge der Anwesenden bei weitem nicht fassen konnte, hielt vorerst Hr. Professor Neumann einen längeren Vortrag, eigentlich eine Vertheidigung seiner bisher in diesem Clubb ausgesprochenen Ansichten gegen die vielfachen Angriffe und Verläumdungen, welche in jüngster Zeit gegen ihn gerichtet wurden. Die Rede enthält im allgemeinen nichts Neues, sondern die in unseren früheren Berichterstattungen vorgetragenen Ansichten wurden wiederholt erörtert, insbesondere die über die Ausgleichung zwischen Capital und Arbeit. Das Wesentliche ist auch in einer gedruckten Erklärung des Hrn. Professor Neumann vom 20. d. M. enthalten. Allgemeiner Beifall folgte seiner Rede. Hierauf erstattete der Behufs der abzuhaltenden Volksversammlung in der letzten Versammlung erwählte Ausschuß Bericht, worauf in Anbetracht, daß schon am 25. d. M. die Wahlen beginnen, beschlossen wurde, daß die Volksversammlung am Montag den 24. d. M. Vormittags 10 Uhr in Neuberghausen gehalten werde. Hierauf legte Hr. Landgerichtsassessor Kräzer in einem längeren Vortrage sein politisches Glaubensbekenntniß ab. Da jedoch dasselbe bezüglich der Oberleitung der deutschen Bundesversammlung mit dem vom Clubb erlassenen Wahlprogramm und der hierüber von mehreren Rednern geltend gemachten Ansicht, welche von der ganzen Versammlung anerkannt wurde und wobei besonders Hr. Dr. Ringler in kräftigen Worten und gediegener Rede über das Wesen der zu gründenden deutschen Verfassung sprach, nicht vollkommen übereinstimmte, indem er zwar für eine aus dem Volke zu wählende, nicht erbliche Oberleitung mit einem verantwortlichen Ministerium und zwei Kammern sprach, dieß aber nicht als eine republikanische Form anerkennen wollte, trat er wieder als Wahlbewerber zurück. Nach diesem wurden aus den Anwesenden der Versammlung noch viele Herren als Wahlcandidaten vorgeschlagen, von welchen jedoch nur die HH. Dr. Riedel und Dr. Marggraff als solche auftraten, die übrigen es aber ablehnten. Sofort wurden aus den Abwesenden würdige und als tüchtig bewährte deutsche Männer als Wahlcandidaten vorgeschlagen, manche Vorgeschlagene von zweifelhafter Gesinnung auch verworfen. Im Ganzen sind es 46 Männer, (deren Namen morgen nachfolgen werden) welche vom Clubb als Wahlcandidaten empfohlen und deren Verzeichniß heute bereits öffentlich bekannt gegeben und versendet worden ist. Die nächste Versammlung ist auf morgen den 22. d. M. Nachmittags 4 Uhr im Zweibrückensaale anberaumt.

= München, 21. April. Erlauben Sie mir, in Bezug auf den Artikel ∴ Ihres gestrigen Blattes über die Eingabe von vier Mitgliedern der Gemeinde Bernbeuern bei der hohen Kammer der Abgeordneten einige Bemerkungen zu machen. Wie kommt es, daß selbst die Rädelsführer des Landfriedensbruches nicht einmal verhaftet wurden, da doch das Amnestiegesetz, das allerdings auch auf dieses Verbrechen ausgedehnt wird, noch nicht berathen, angenommen oder sanctionirt ist? Gilt eine Amnestie auch für Solche, welche das von ihnen begangene Verbrechen mit Hartnäckigkeit und Verstocktheit nur in anderer Weise fortsetzen? Darf und kann man aus Furcht vor einem ganz kleinen Häuflein ruchloser Menschen in irgend einer Gemeinde die große Mehrzahl rechtschaffener Leute schutzlos der Brutalität und Rachsucht gewissenloser frecher Bösewichte überlassen? Zu diesen Fragen sehe ich mich veranlaßt durch die Wahrnehmungen, die ich vor einigen Tagen auf einer Reise aus Tyrol über Füssen machte und daselbst die Bernbeurer Angelegenheit ausführlich besprechen hörte. Wenn alles wahr ist, was ich über den jetzigen Zustand dieser Gemeinde vernahm, so hat derselbe viele Aehnlichkeit mit jenem, der in den Schreckenstagen der ersten französischen Revolution in Frankreich herrschte, hier nur in verkleinerten Maßstabe. Und so ein Zustand kann fortdauern unter den Augen einer kräftigen Regierung in einem Bezirke dessen erster Beamter nicht nur als Bauernfreund, sondern auch als tüchtiger Polizei- und Justizmann gerühmt wird? Aus dem was ich in Füssen hörte, erscheint mir die Anschuldigung der vier Beschwerdesteller zum Voraus als eine Verläumdung, nämlich: der dortige königl. Landrichter habe friedliche Bürger von Bernbeuern „gewaltsam aus dem Bette holen und einkerkern lassen." Sollte ihm dieser Vorwurf noch nicht bekannt seyn, so ersuche ich denselben, sich über den wahren Sachverhalt in diesem Blatte auszusprechen.

Die „Allgemeine Zeitung" schreibt: Wir erhalten aus München und Augsburg Vorstellungen gegen den von den Ministern den Ständen vorgelegten Sparcassengesetzentwurf. Von Augsburg ist eine eigene Deputation abgeschickt worden, um gegen dessen eingreifende Bestimmungen die vertragsmäßigen Rechte der Sparcasseneinleger zu wahren. Hier in Augsburg sind die Wahlen eines Geschäfts- und eines Wahlausschusses vollendet. Für jenen erhielt Hr. E. Widenmann, für diesen Hr. Altenhöfer (mit 1405) die meisten Stimmen. Alle Classen der Bevölkerung finden ihre würdigen Vertreter in den beiden Comités, welche die Einleitungen zu den wichtigen Wahlen der Stadt und des Kreises treffen werden.

Würzburg, 15. April. Es hat sich hier eine Gesellschaft „der Freunde der constitutionellen Monarchie" gebildet, die als ihren Zweck folgendes erkennt: Belebung und Erstarkung der Gesinnungen für das constitutionell-monarchische Princip, und Einführung dieser Staatsform in ganz Deutschland, mit den breiten Unterlagen der Volksfreiheiten und Volksrechte, also constitutionelle Monarchie, ganz verschieden von der wie sie bisher in Deutschland bestanden hat. (N. Würzb. Z.)

Württemberg.

Stuttgart. Nachdem die Heckerschen Banden Donaueschingen bei der Annäherung der königl. württembergischen Truppen geräumt, wandten sie sich zunächst gegen Stühlingen, um daselbst neue Zuzüge aus den Rheingegenden und dem untern Wutachthale aufzunehmen. Von da aus beabsichtigte Hecker mit 800—1000 über Bondorf sich nach der Höllenstraße zu wenden, um Freiburg oder das Rheinthal zu erreichen. Generallieutenant v. Miller sandte daher, um ihm zuvorzukommen, am 17. d. früh den Generalmajor v. Baumbach mit einer starken Colonne über Neustadt, bis zur Einmündung der Lenzkircher Straße, welcher Punct noch vor dem Aufrührer erreicht wurde. Nach kurzer Rast entschloß sich General v. Baumbach, von da mit einem Theile seiner Kräfte gegen Lenzkirch abzurucken, woselbst man hoffen durfte, mit dem stärksten Haufen der Freischaaren zusammenzutreffen. Zu gleicher Zeit waren aber auch von Löfingen und Bondorf Truppen gegen diesen Ort abgegangen und Generallieutenant v. Miller hatte sich selbst mit den Reserven nach Neustadt in Bewegung gesetzt. Auf diese Weise von drei Seiten bedroht, hatten die Aufrührer auch hier die Ankunft der Truppen nicht erwartet, sondern ohne irgend einen Widerstand zu versuchen sich in das Gebirge geworfen. (Gerüchte aus Basel lassen sie dorthin geflüchtet seyn.) (Schw. Mkr.)

Baden.

Als Erklärung der neuesten schnellen Maßnahmen gegen den aufständischen Seekreis dient folgender Auszug aus dem Protokoll der 53. öffentlichen Sitzung der Badischen zweiten Kammer am 17. April. Die Kammer beschließt auf den Grund des Vortrags des Präsidenten des Ministeriums des Innern (worin gegen Hecker und Struve als offene Rebellen und Landfriedensstörer die Regierungseinschreitungen als schleunigst nothwendig bezeichnet werden) über die neuesten aufrührerischen Bewegungen im Seekreis „einstimmig" zu Protocoll zu erklären und ihren Beschluß ungesäumt durch die Presse zu veröffentlichen: Mit tiefem Schmerz hat die Kammer vernommen, daß eine irregeführte Anzahl unserer Mitbürger im Seekreise und in einem Theile des Oberrheinkreises die von ihnen erstrebte Freiheit auf dem Wege des Aufruhrs zu gewinnen sucht. Sie hält sich für verpflichtet, alle badischen Bürger von der Theilnahme an diesem verbrecherischen Unternehmen abzumahnen und sie aufzufordern, demselben so viel sie vermögen Widerstand zu leisten. Sie müssen bei einiger Ueberlegung es einsehen, daß durch jenes Unternehmen alle Errungenschaften der gegenwärtigen großen Bewegung in unserm Vaterlande wieder auf das Spiel gesetzt, der Reaction die Thore geöffnet und dem Auslande gegenüber unser gesammtes deutsches Vaterland, geschwächt und in sich selbst zerrissen, preisgegeben wird. Jeder wirkliche Vaterlandsfreund hat jetzt die große Pflicht, den Beschlüssen der in wenigen Wochen zusammenkommenden deutschen Nationalversammlung sich zu unterwerfen und seine eigenen Wünsche und Ansichten zum Opfer zu bringen, um nicht durch innere Zwietracht das Vaterland in namenloses Unglück zu stürzen. Diejenigen unserer Mitbürger aber, welche in trauriger Verblendung die Fahne des Aufruhrs aufgepflanzt haben, mögen erkennen, welche tiefe Wunde sie ihrem Vaterlande zu schlagen im Begriffe stehen, und von ihrem Vorhaben ablassen. Der ganze Ernst des Gesetzes wird Diejenigen treffen, welche mit frevelhafter Hand gewaltsam ihre Plane in das Leben fuhren wollen. Die Regierung wird in der kräftigen Handhabung der Gesetze eine unwiderstehliche Macht bewähren, weil sie, wie wir hier ausdrücklich versichern, von der ganzen Kammer darin unterstützt wird, und auf die Zustimmung und Mitwirkung aller wohlgesinnten Bürger rechnen darf.

Regierungsdirector Peter in Konstanz ist durch höchstes Rescript abgesetzt, und nach Karlsruhe zur Verantwortung geladen. Offenburg einen Augenblick aufständig hat sich alsbald wieder unterworfen. — In Mannheim am 16. und 17. Straßenaufläufe, Fenstereinwerfen und Katzenmusiken bei Mißliebigen. Blutiger Kneipenstreit. — Die Bürger nehmen das Militär gut auf. Hecker soll mit 1200 Mann in Schopfheim stehen; die von Venedey und Spatz ihm angebotene Amnestie hat er abgelehnt. Von seiner Schaar plünderten am 18. April 500 Mann die Obereinnehmercasse und die Gewehrfabrik in St. Blasien. Die Vorhut der Bayern am 17. in Stockach, Hauptquartier in Pfullendorf; am 18. rückt die Vorhut nach Radolfzell und den 19. wird sie in Constanz erwartet, weßhalb die Verdächtigen nach der Schweiz flüchten.

Preußen.

Die „allgemeine preußische Zeitung" schreibt aus Berlin, 15. April. Die in den Jahren 1819 und 1834 auf den Grund von Bundestagsbeschlüssen erlassenen Verordnungen für die deutschen Universitäten sind unter dem Einfluß von Verhältnissen und Regierungsgrundsätzen entstanden, welche gegenwärtig eine so durchgreifende Umgestaltung erfahren haben, daß es die Pflicht der Regierung ist, die Universitäten durch eine angemessene Modification oder Beseitigung jener Verordnungen von dem Druck des ihnen durch dieselben bewiesenen, und wie die Erfahrung gelehrt hat, völlig unverdienten Mißtrauens zu befreien und ihnen diejenige Selbstständigkeit wiederzugeben, deren sie zu einer freudigen Wirksamkeit und zur Entwickelung eines kräftigen, corporativen Lebens bedürfen. Der Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten hat daher die Universitäten des Landes zu gutachtlichen Vorschlägen darüber aufgefordert, ob und inwieweit die erwähnten Verordnungen, namentlich in Betreff der polizeilichen Attributionen der außerordentlichen Regierungs-Bevoll-

Digitized by Google

mächtigten aufzuheben und beziehungsweise ohne Nachtheil für die administrativen Interessen der Universitäten zu modificiren seyn möchten. Damit soll zugleich eine den Anforderungen der Zeit entsprechende Umgestaltung der akademischen Gerichtsbarkeit und Disciplin verbunden werden.

Köln, 12. April. Heute ist Versammlung zur Gründung einer neuen Zeitung als Organ für die Volkswünsche. Hr. Anneke und Hr. Heß haben eine neue Rheinische Zeitung angekündigt. Die HH. Marx Engels und Dronke befinden sich jetzt hier. Auf übermorgen ist eine große Versammlung der Schiffer angesagt, die selbst vom Oberrhein und von der Mosel herkommen sollen, um ihre ausschweifenden Forderungen zu berathen. Die Schleppdampfschiffe haben in Folge der gewaltsamen Angriffe ihre Fahrten eingestellt.
(A. Z.)

Köln, 15. April. Die republicanische Partei klagt über Verläumdung. Die constitutionelle Partei hat einen Ausschuß gebildet, um für die Wahlen zu wirken, im Gegensatze gegen diejenigen „welche nicht aufbauen, sondern niederreißen wollen.“ Von derselben Partei geht ein Vorschlag zur Errichtung einer Privatbank aus zum Besten der kleinen Kaufleute und Handwerker. Für Schleswig-Holstein sitzt ein beständiger Ausschuß. Montag soll der dritte Zug bewaffneter Freiwilligen dahin abgehen. Gestern ward eine große Versammlung der Schiffer gehalten. Die Forderungen laufen auf ein Aufhören der Schleppschifffahrt. Der Gemeinderath beräth darüber. Gestern sind von den Fünfzigern die Herren Robert Blum, Lehne und Raveaux hier eingetroffen, um über die gestörte Rheinschifffahrt Erkundigung einzuziehen. Sie haben sich heute zum Regierungspräsidium begeben. (A. Z.)

Aus der Provinz Westpreußen, 9. April schreibt man der „Deutschen allgemeinen Zeitung“ daß dort die polnischen Insurrectionsversuche gänzlich gescheitert sind, und zwar theils am Mißwillen der polnischen Bauern gegen ihre früheren Zustände, theils durch das energische Auftreten der Deutschen. Eine Menge Aufruhr predigender vornehmer Polen sind in Marienwerder festgenommen und dem Criminalgericht übergeben worden. Vierzehn kassubische Orte des Schlochauer Kreises haben eine Adresse an den König gerichtet worin sie den Wunsch aussprechen, auch ferner zu Preußen zu gehören.

Posen, 14. April. Bei uns herrscht vollkommene Anarchie: in Posen selbst spielen die politischen Vereine den Meister, und in der Provinz haust der Pole nach Belieben; Deutsche werden ausgeplündert und gemißhandelt, die preußischen Beamten in dem Grenzorte Strzalkowo haben Schutz in Polen bei den russischen Behörden suchen müssen, die preußischen Posten werden nicht mehr durchgelassen, gestern schickte man den hiesigen Postwagen aus Wreschen mit abgerissenen preußischen Adlern zurück. Und doch steht eine Armee von 40,000 Mann zu unserem Schutz in der Provinz. Die Stadt Meseritz hat der hiesigen Provinzialregierung gestern angezeigt, daß sie sich auf eigene Hand von der Provinz losgesagt und unter den Schutz der Regierung zu Frankfurt a. d. Oder gestellt habe. Ebenso hat der Domänenbezirk Polajewo sich genöthigt gesehen, behufs Sicherung von Personen und Eigenthum sich von der Posener Regierung loszusagen und der Bromberger anzuschließen. (A. Z.)

Posen, 16. April. Die polnischen Heerhaufen zu Schroda und Wreschen haben sich gefügt; der König hat die Willisenschen Friedensvorschläge genehmigt.
(A. Z.)

Schleswig-Holstein.

Die Braunschweiger sind von Altona nach Wrist abgegangen, die Oldenburger nach Neumünster. Die Mecklenburger rücken in der Richtung von Segeberg an. In Rendsburg ist am 16. April der Capitän der dänischen Marine, Bar. v. Dirckinck-Holmfeld, Urheber der Fortführung so vieler Beamten und Patrioten, kriegsgefangen eingebracht worden.

Eine Abordnung, wie es scheint, der dänischen Machthaber an den preuß. Oberbefehlshaber, v. Wrangel, in Rendsburg mit Friedensvorschlägen hat dieser an die provisor. Regierung gewiesen, die ihr erklärt hat, nur zu verhandeln, wenn ganz Schleswig und alle Gewässer umher von den Dänen geräumt würden.

Hannover.

Der Magistrat von Hannover macht im Auftrage der königl. Landdrostei bekannt, daß der König die Vertilgung des Schwarzwildes und die erhebliche Verminderung des Rothwildes in den königl. Jagden befohlen und zugleich genehmigt hat, daß den versammelten Ständen ein Gesetz-Entwurf vorgelegt werde, welcher den Jagdberechtigten zum Ersatze jedes durch Wild verursachten Schadens verpflichtet.

Oldenburg.

Oldenburg, 13. April. Soeben werden durch das Gesetzblatt die neuesten Beschlüsse des Bundestages auch für Oldenburg zum Gesetz erhoben. Darnach wählen wir vier Abgeordnete; jeder volljährige selbstständige Staatsangehörige eines deutschen Bundeslandes kann gewählt werden, auch die politischen Flüchtlinge, wenn sie zurückkehren und ihr Staatsbürgerrecht wieder angetreten haben.

Oesterreich.

Wien, 14. April. Gestern ist der Entwurf der neuen octroyirten Verfassung in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten von Ober- und Unterösterreich, Mähren, Schlesien, Steiermark, Kärnthen, Krain, Salzburg und Tyrol (Böhmen, Polen und Dalmatien waren nicht vertreten) verlesen worden. Er hat Anklang gefunden (Morgen Näheres). In der Stadt wird es mit jedem Tage unruhiger.

Die „Wiener Zeitung“ meldet in ihrem amtlichen Theil: Wien, 15. April. Die Länderchefs der zum deutschen Bund gehörigen Provinzen der Monarchie haben bereits heute die Weisung erhalten, die Wahlen der Vertreter des Volkes zu der constituirenden deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. unverzüglich ganz in Gemäßheit der Wünsche des am 31. März zu Frankfurt versammelten Vorparlaments und des in Conformität gefaßten Bundesbeschlusses vom 7. d. Mts. einzuleiten, und das Veranlaßte sogleich zur allgemeinen Kenntniß zu bringen. Dabei wird jedermann, der als Wahlcandidat aufzutreten beabsichtigt, aufgefordert sich entweder durch die öffentlichen Blätter, oder durch unmittelbare Verwendung an die Wahlorte zu melden. (A. Z.)

Wien, 16. April. Die heutige „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ein Schreiben des Kaisers an den Erzherzog Stephan mit dem bestimmten Verlangen, „daß von der großherzigen ungarischen Nation und ihren Vertretern ausgesprochen werde, die auf der österreichischen Gesammtmonarchie lastende allgemeine Staatsschuld solle nach einem gerechten Maßstab auch auf die Länder der ungarischen Krone übertragen werden.“ Den von Ungarn zu tragenden Antheil der Staatsschuld bestimmt der Kaiser auf ein Viertheil des Gesammtbetrags, jährlich zehn Millionen Gulden Renten. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Preßburg, 11. April. Heute wurde der Reichstag von Sr. Maj. dem König, der gestern Abend in Begleitung der Königin Maj. und der Erzherzoge Franz Karl und Franz Joseph unter dem begeistertsten Jubelruf der ganzen Bevölkerung und vieler aus ganz Ungarn hiehergesandten Deputationen angelangt war mit einer ungarischen Rede geschlossen. Die Reichsstände begaben sich hierauf in das Landhaus, wo nach Verlesung der neuen Gesetze, dieser wahren Magna Charta Ungarn's, der Erzherzog Palatin, und der gewesene Präsident der Deputirtentafel v. Zarka von dem Reichstag Abschied nahmen. Von den Beschlüssen des Reichstags in den letzten Tagen ist noch zu erwähnen, daß dem Minister der öffentlichen Arbeiten 10 Millionen zur Vollendung bereits begonnener Eisenbahnlinien und anderer Communicationsmittel bewilligt wurden. Dieses, sowie die andern hochwichtigen Gesetze des Reichstags hatten allesammt die k. Sanction erhalten. (A. Z.)

Italien.

Neapel, 4. April. Heftige Gährung hier, und noch mehr in Calabrien. Das sechste und siebente Linienregiment sind am 1. eingeschifft, und in der Richtung gegen Osten abgefahren. Wahrscheinlich sollen sie nach Syracus, um hier die Einschiffung des Kriegsmaterials gegen etwaige Versuche der Sicilier zu sichern. Die Kriegsreserve wird einberufen; zu Darleben und Geschenken für die Ausrüstung des Heers wird aufgerufen. In Palermo ist von der bewaffneten Macht das kaiserliche Wappen vom österreichischen Consulat abgehoben und vernichtet. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 17. April.

Durch Regierungsdecret ist vom 1. Januar 1849 an die Salzsteuer abgeschafft, das Verbot der Einfuhr fremden Salzes aufgehoben, und der Ertrag der den Privatdomänen Louis Philipps zugehörigen Waldungen in die Staatscasse einzuzahlen. — Wohl in Folge der glänzenden Rechtfertigung Blanqui's, des Hauptes der republicanischen Centralgesellschaft und reactionären Wühlereien, war gestern der ganze arbeitende und clubistische Theil von Paris (600,000 M.) demonstrirend auf den Beinen; es ging aber alles friedlich und mit Sieg der provisorischen Regierung vorüber, in deren und der Nation Namen Lamartine (nach dem heutigen Moniteur) seinen tiefempfundenen Dank einer Abordnung der Nationalgarde, die sich trefflich benommen, ausgesprochen hat.

Ein Regierungsdecret vom 4. d. M. hebt den Reservecadre für die Generalofficiere auf und unterwirft sie wie die andern Officiere den Vorschriften des Gesetzes von 1831 über die Rücktrittsgehalte. Es ist dieß eine dem Princip der Gleichheit dargebrachte Huldigung und zugleich ein Ersparniß von ½ Mill. Eine kleine Ersparniß wird auch an der Verminderung der Adjutanten erzielt, ein Marschall, der ohne Commando ist, kann künftig nur einen Adjutanten haben.

Donaufürstenthümer

Bukarest, 12. April. Vor der Hand ist der Ausbruch einer gewaltsamen Umwälzung gescheitert, doch glimmt das Feuer unter der Asche fort. Eine Verschwörung der Bojaren erster Classe (von der zweiten und dritten Classe waren nur wenige betheiligt) ist entdeckt worden; die Zahl der Verschworenen beträgt etwa 180. Ihr Hauptzweck war die Absetzung der gegenwärtigen, so sehr verhaßten Minister, ferner die Ordnung des Gerichtswesens und der damit verbundenen Erpressungen zu fordern. Diese Puncte verlangten die Bojaren erster Classe vom russischen Cabinet, die andern Classen aber auch die Aufhebung des Tributs an die Pforte, die Errichtung einer Nationalgarde, Abschaffung der Censur und die Redefreiheit, Aufhebung des Adels und eine gleichmäßige Steuerentrichtung, endlich die Abschaffung der so drückenden Roboten nach dem dermaligen System in Ungarn. Die unterste Classe der Bojaren glaubte dies mit Hülfe der unteren Classen in der Stadt und der Landbauern durch allgemeine Plünderung und Brandlegung bewerkstelligen zu können, allein der höhere Adel trat entgegen. Von ihm und dem Fürsten wurden diese Bewegungen nach St. Petersburg berichtet, von wo die Weisung ankam, alles Mögliche zur Stillung derselben aufzubieten, indem eine solche Revolution vom Kaiser nun und nimmermehr gebilligt werden könnte. Inzwischen dauert die Furcht fort, und jedermann versieht sich mit Pulver und Blei. Der Fürst hat seine Kostbarkeiten auf sein im Gebirge nahe bei Kronstadt gelegenes Gut Komornick bringen lassen; Viele bergen ihre Habseligkeiten zur Sicherung in den Häusern fremder Consuln.
(Schw. Mkr.)

Bekanntmachungen.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. H. Straton, Oberstlieutenant v. London.
Goldn. Hirsch. HH. Graf Don Carlos Ceresi und Graf Bellorio v. Mailand; Bertram, Kaufmann v. Scheffiers.

Gestorbene in München.

Andreas Koch, b. Schneider v. h., 60 J. alt; Elisabetha Weigl, Taglöhnerstochter v. h., 30 J. alt; Victoria Langwieder, Zimmermannstochter v. Oberschweinbach, Ldg. Bruck, 19 J. alt; Alois Schwarz, Handlungsdiener v. Feldkirchen, Ldg. Rosenheim, 18 J. alt; Georg Lichtenwald, b. Buchbinderssohn v. h., 17 J. alt.

Remonten-Ankauf.

2377. (3a) Es wird hiemit bekannt gemacht, daß täglich, die Sonn- und Feiertage ausgenommen, in den Vormittagsstunden von 9—12 Uhr zum Militärdienste brauchbare Pferde von 4 — 7 Jahren in dem Hofe des Hauses Nr. 3 in der Schönfeldstraße von der k. b. Administrations-Commission der Militärfohlenhöfe angekauft werden.

München den 18. April 1848.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 104 & 105.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro 21, auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 30 kr., im III. Rayon 3 fl. 36 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend | XLIX. Jahrgang. | 22. April 1848.

☞ Morgen als an dem heiligen Ostertage wird diese Zeitung nicht ausgegeben. — Das gestern versprochene Verzeichniß der vom **Bauhofclubb** anempfohlenen **Wahlbewerber** fürs Parlament liegt heute mit Einschluß des Manifestes als Extrabeilage der Zeitung bei; desgleichen als Beilage für die hiesigen Abonnenten die vom **Ott'schen Clubb** vorgeschlagene **Wahlmännerliste.**

Deutschland.

Frankfurt, 19. April. In der gestrigen Bundestagssitzung wurde der Antrag der Vertrauensmänner auf allgemeine Volksbewaffnung den Regierungen dringend empfohlen; der zweite Antrag, bewaffneten Schutz Deutschlands zur See betreffend, an eine Commission gewiesen; hinsichtlich des dritten Antrags, Einrichtungen für die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands betreffend, vorbehalten nach Umständen zu handeln, und womöglich besondere Missionen zu veranstalten. Ein Antrag des badischen Gesandten, auf allgemeine Verkehrs- und Zollfreiheit unter sämmtlichen Bundesstaaten nach Art. 19. der Bundesacte wurde an die hiefür bestehende Commission verwiesen. Ein weiterer Antrag desselben Gesandten (von den Vertrauensmännern veranlaßt) geht dahin, daß die bei Neugestaltung des Bundes unfehlbar zu begründende Executivgewalt schon jetzt provisorisch in der Art ins Leben gerufen werde, daß eine Commission von drei Mitgliedern (eines von Oesterreich, eines von Preußen und eines von den übrigen Bundesstaaten aus den von Bayern vorzuschlagenden Candidaten gewählt) die für die Wohlfahrt des Gesammtvaterlandes nöthigen Maßregeln treffe, insbesondere auf die Ernennung eines Oberfeldherrn Bedacht nehme, die sämmtlichen Vertheidigungsanstalten und die allgemeine Volksbewaffnung leite und für Vertretung Deutschlands dem Auslande gegenüber sorge. Dieser Antrag wurde an die Verfassungscommission verwiesen. Ein Bericht des badischen Truppencommandanten v. Gagern vom 16. d. betrifft die Bewegung deutscher und französischer bewaffneter Arbeiter auf dem linken Rheinufer und deren zu erwartendes Eindringen in Deutschland. Der fürstlich waldeckschen Regierung wurde auf ihr Ansuchen wegen ausgebrochener Unruhen kurhessische Truppenunterstützung bewilligt. Die gestrige geheime Ausschußsitzung soll durch Deputationen aus Mannheim und Heidelberg veranlaßt worden seyn. (A. Z.)

Frankfurt, 18. April. Verhandlungen des Fünfzigerausschusses. Derselbe beschäftigte sich unter anderm mit dem bayerischen Parlamentswahlgesetz, das von Kolb angegriffen, von Eisenmann vertheidigt, und endlich an eine Commission gewiesen wurde. Von Schleiden und Mathy waren aus Berlin befriedigende Berichte über die dortigen Anordnungen in Betreff Schleswigs eingekommen; neue Truppen waren dahin beordert worden.

Bayern.

Landtag.

Beschluß der Kammer der Abgeordneten über die von dem königl. Staatsminister der Finanzen vorgelegten Nachweisungen ꝛc. für das Jahr 1845/46 (in der XI. öffentlichen Sitzung): „Es sey, in Erwägung, daß bei der außergewöhnlichen Aufgabe des gegenwärtigen Landtages und der überwiegenden Dringendheit der Gesetzesvorlagen die gleichzeitige Prüfung der von dem Staatsminister der Finanzen den Ständen des Reichs, und zunächst der Kammer der Abgeordneten vorgelegten Nachweisungen über die Verwendung der dem Centralfonde zugewiesenen Staatseinnahmen für das Jahr 1845/46 voraussichtlich nicht mit der, diesem Gegenstande gebührenden Gründlichkeit ausführbar ist, diese Prüfung der nächsten Ständeversammlung vorzubehalten."

Beschluß der Kammer der Abgordneten über den Entwurf eines Edictes: über die Freiheit der Presse und des Buchhandels. Die Kammer der Abgeordneten hat sich über den an sie gebrachten Entwurf über die Freiheit der Presse und des Buchhandels durch ihren I. und III. Ausschuß Vortrag erstatten lassen, und in ihrer heutigen öffentlichen Sitzung beschlossen, daß derselbe nur unter den beigefügten Modificationen anzunehmen sey: Im Art. I. soll am Schlusse statt: „aus dem Drucke", gesetzt werden: „**aus den Pressen des In- oder Auslandes**". Art. II. soll folgende Fassung erhalten. Am Anfang soll es heißen, statt: „bei keiner Art von Schriften": „Bei keiner Art **von Erzeugnissen der Presse** u. s. w." Der Schlußsatz soll lauten: „Dieß gilt auch von politischen Zeitungen, so wie von **allen andern periodischen Schriften**". Art. III. und IV. bleiben unverändert. Im Art. V. soll der erste Absatz einen Zusatz erhalten, so daß er also lautet: „Andere Beschränkungen, als in den Gesetzen enthalten sind, finden bei Ausübung der Freiheit der Presse und des Buchhandels nicht statt, **und können im Verwaltungswege nicht eingeführt werden.** Art. VI. bleibt unverändert. Art. VII. soll folgende Fassung erhalten: „Bei Polizeiübertretungen, welche durch die Presse begangen werden, sowie bei Uebertretungen **gesetzlicher Vorschriften über Presse und Buchhandel** steht die Strafgerichtsbarkeit nicht den Polizeibehörden, sondern den Gerichten zu. Art. VIII. bleibt unverändert. Im Art. IX. soll am Anfange statt: „Was von Schriften" gesetzt werden: „**Was von Erzeugnissen der Presse** u. s. w." Art. X. bleibt unverändert. Art. XI. soll folgende Fassung erhalten: „Der §. 6 des gegenwärtigen Gesetzes tritt erst mit dem Erscheinen des neuen Gesetzes über das Strafverfahren in Wirksamkeit; bis dahin bleiben die bisherigen Gesetze hierüber in Geltung. So lange in dem zu erlassenden allgemeinen Polizei-Strafgesetzbuche nichts anderes hierüber bestimmt ist, erfolgt die Untersuchung und Aburtheilung der im §. 7 erwähnten Uebertretungen in den Kreisen diesseits des Rheins nach den für Behandlung von Polizei-Strafsachen bestehenden Bestimmungen durch die unmittelbar königlichen oder standesherrlichen Gerichte, in deren Bezirk die Uebertretung verübt wurde, mit Zulassung der Berufung innerhalb 14 Tagen an das einschlägige Appellgericht." Ferner hat die Kammer der Abgeordneten nachstehendem Wunsche ihre Zustimmung ertheilen zu sollen geglaubt: „Se. Majestät sey zu bitten, Allerhöchstdieselben möchten geruhen, bei der neuen Strafgesetzgebung die Bestimmungen des Strafgesetzbuches über Verletzung der Amtsverschwiegenheit einer Revision in freisinniger Richtung unterwerfen, und in gleichem Geiste auch die dermal bestehenden Dienstesvorschriften umgestalten zu lassen."

Gesetz-Entwurf, einige Abänderungen des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betr. Se. Maj. der König haben in der Absicht, mittelst einiger Abänderungen des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 den Landestheilen diesseits des Rheins noch vor dem Erscheinen der neuen, das ganze Königreich umfassenden Strafgesetzgebung die Vortheile einer mündlich-öffentlichen Strafrechtspflege mit Schwurgerichten zu gewähren und zugleich einige den gegenwärtigen Anforderungen an die Strafgesetzgebung nicht mehr entsprechende Strafarten zu beseitigen, nach Vernehmung Allerhöchstihres Staatsrathes und mit Beirath und Zustimmung Allerhöchstihrer Lieben und Getreuen, der Stände des Reiches, unter Beobachtung der im §. 7 Tit. X der Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Formen beschlossen und verordnen: Art. 1. Durch unverzüglich zu entwerfende Gesetze sollen diejenigen Abänderungen des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 und der bestehenden Gerichts-Organisation getroffen werden, welche nothwendig sind, um in den Landestheilen diesseits des Rheins ein mündlich-öffentliches Strafverfahren mit Schwurgerichten einzuführen. Diese Gesetze sollen jedoch nur bis zur Einführung der neuen allgemeinen Strafgesetzgebung wirksam seyn und der Revision der künftigen Ständeversammlung unterstellt werden. Art. 2. Durch diese Gesetze soll die Mündlichkeit und Oeffentlichkeit der Verhandlungen bei allen Verbrechens- und Vergehensfällen eingeführt werden, und eine Beschränkung der Oeffentlichkeit darf nur dann stattfinden, wenn das Gericht dafür hält, daß durch die Verhandlung Aergerniß oder Verletzung des Schamgefühls entstehen werde. Art. 3. Den Schwurgerichten werden durch diese Gesetze einstweilen die mit Todes-, Ketten- oder Zuchthausstrafe bedrohten Verbrechen, deßgleichen die durch Mißbrauch der Presse verübten Verbrechen und Vergehen zugewiesen werden. Alle übrigen Verbrechen und Vergehen werden in erster Instanz von Bezirksgerichten (wozu vorläufig die Kreis- und Stadtgerichte und nöthigenfalls Landgerichte mit verstärktem Richterpersonale zu bestimmen sind) in zweiter Instanz von den Appellationsgerichten abgeurtheilt. Art. 4. Zur Prüfung der im Art. 1 bezeichneten Gesetzentwürfe sollen besondere Ausschüsse nach der Vorschrift der Art. 2 bis 5 des Gesetzes über die Behandlung neuer Gesetzbücher gewählt werden. Art. 5. Diese Ausschüsse erhalten von der Ständeversammlung die Vollmacht, in ihrem Namen die Zustimmung zu den zu erlassenden Gesetzen zu ertheilen. Sie treten zu dem Ende nach dem Schlusse der Ständeversammlung in Thätigkeit, sind jedoch nicht befugt, andere Verhandlungen vorzunehmen. Art. 6. Mit dem Tage der Bekanntmachung des gegenwärtigen Gesetzes treten die in dem Strafgesetzbuche vom Jahre 1813 enthaltenen Vorschriften über körperliche Züchtigung, Widerruf und Abbitte außer Wirksamkeit. Statt dieser Strafen soll, je nachdem sie als Hauptstrafen oder nur als Schärfungen zu verhängen wären, auf verhältnißmäßiges Gefängniß oder auf eine andere Schärfungsart erkannt werden. Eben so soll in denjenigen Fällen, in welchen die körperliche Züchtigung als Ungehorsamsstrafe im Untersuchungsverfahren angedroht ist, eine verhältnißmäßige Gefängnißstrafe, und wenn der Ungehorsame sich schon im Verhafte befindet, eine Schärfung des Gefängnisses eintreten. Art. 7. Die Staatsminister der Justiz, des Innern und der Finanzen sind mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt, sie haben zu dem Ende die für Formation der Strafgerichte, so wie für Einführung und allmählige Entwicklung des Instituts der Staatsanwaltschaft erforderlichen Einrichtungen und Anordnungen auf dem Wege der Verordnung zu treffen. Der Staatsminister der Justiz wird ermächtigt, selbstständige Untersuchungsrichter aufzustel-

len und zur Leitung der öffentlichen Gerichtsverhandlungen, so wie zur Durchführung der Anklagen, Räthe des Justizministeriums, welche bereits das Richteramt bekleidet haben, deßgleichen Räthe des Oberappellationsgerichts oder der Appellationsgerichte temporär abzuordnen. Mit Durchführung der Anklagen kann er auch Staatsanwälte und deren Substituten aus dem pfälzischen Kreise beauftragen. Gegeben München den . . . April 1848. Für den Entwurf Thon-Dittmer. Heintz. Lerchenfeld.

München, 22. April. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XIII. auf heute um 4 Uhr Nachmittags angesetzte öffentliche Sitzung. 1. Verlesung des Protokolls der XII. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Vortrag des Secretärs des Petitionsausschusses über die geprüften Anträge der Abgeordneten; Berathung und Schlußfassung über die Zulässigkeit der von dem Ausschusse zur Vorlage an die Kammer der Abgeordneten geeignet befundenen Anträge. — 4. Vortrag des Referenten im I. Ausschuß über den Gesetzentwurf: „einige Abänderungen des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betr."

---

† München, 21. April. Die gegenwärtige Stockung des Absatzes von Producten aller Art, Lebensmittel ausgenommen, ist entsprungen aus der Sorge der Consumenten, die Unsicherheit der öffentlichen Zustände möchte länger dauern und augenblicklich außergewöhnliche Ausgaben erheischen. Sobald der ruhige Genuß der erworbenen staatsbürgerlichen Rechte gesichert ist, und die deutschen Regierungen in ihrer neuen Competenz geregelten Gang genommen haben, werden die Gewohnheiten des ruhigen Lebens wieder ihr Recht behaupten, und es wird desto stärkere Nachfrage nach allen den Waaren und Leistungen sich äußern, auf welche man nur vorübergehend, um gegen eine mögliche Noth gesichert zu seyn, verzichtet. Man kann aber Bedenklichkeit über unsere öffentlichen Zustände nur so lange stattfinden, bis die Reichsversammlung eröffnet und der deutschen Nation ihre Einheit und Macht, und in dieser die Garantie der bürgerlichen Freiheit und Ordnung zum Bewußtseyn gekommen ist. Wir sehen daher mit vollem Vertrauen auf die nächste Zukunft. Die Nachfrage wird sich rasch steigern, die stockenden Vorräthe verschwinden, und die Production wieder in das alte Bett zurückkehren. Obwohl wir indeß den gegenwärtig auf der Betriebsamkeit lastenden Druck für blos vorübergehend halten, und das feste Vertrauen hegen, er werde sich mit der baldigen Wiederkehr des Gefühls der Sicherheit und Ruhe heben, so sind wir doch nicht der Ansicht, es lasse sich gar nichts thun zur Beseitigung der Noth der Arbeiter und des Druckes, der auf den Gewerben liegt. Vielmehr scheinen uns die beklagten Verhältnisse der Gegenwart Anlaß zu bieten, neben dem, was augenblicklich zur Linderung des Nothstandes der Arbeiterclasse geschehen kann, auch gründlich zu erwägen, welche Mißverhältnisse und Gebrechen dauernder Art in unserem Gewerbswesen liegen, und kein Mittel zu versäumen, das zu ihrer Beseitigung beitragen kann. Wir möchten dabei rathen, die Frage um die Beschäftigung von brodlosen Arbeitern ganz zu trennen von der Belebung und Hebung der Gewerbe im engern Sinne. Die Ortsgewerbe leiden allerdings (Baugewerbe ausgenommen) weniger durch die gegenwärtige Stockung des Absatzes, als die Handelsgewerbe; allein gewisse, tiefer liegende Gebrechen sind auch bei ihnen eine Ursache von Mißstimmungen. Außer dem, was nun hier durch die Gesetzgebung über den Betrieb der Gewerbe und über die Ansäßigmachung und Verehelichung geschehen kann und muß, liegt ein großer Theil der Mittel zur Besserung der Gewerbszustände in der Hand der Gewerker selbst. Vorerst ist die Association nur benützt zur Discussion der allgemeinen bürgerlichen und politischen Rechte und Zustände. Möge sie auch angewendet werden auf die speciellen Verhältnisse des Gewerbewesens. Viel wäre schon gewonnen, wenn nur erst die Gewerbstreibenden ihrer eigenen Zustände vollständig bewußt würden. Mit der gründlichen Kenntniß der Gebrechen würden sich die Wege und Mittel zu ihrer Beseitigung bald finden. Einmal erkannt könnte man auf ein Zusammenwirken aller Freunde der Industrie und der Staats-Regierung mit den Gewerbtreibenden sicher rechnen. Aber die letzteren müssen ihre eigenen Angelegenheiten vor allem in die eigenen Hände nehmen. Dieß geschah schon seit mehreren Jahren in Fürth, Nürnberg, Kaiserslautern und anderen Städten des Königreiches mit dem besten Erfolge. Vereine von Gewerbtreibenden mit allen denen, die sich für die Gewerbe interessiren, sind in diesen Städten zur Hebung der örtlichen Industrie gebildet. Sie suchen diese Aufgabe zu lösen durch Vorträge und Rathertheilung, durch Anlegung von Büchersammlungen naturwissenschaftlichen, mathematischen und gewerblichen Inhalts, zum Gebrauch der Gewerbtreibenden durch Andeutung von Productionsarten, die für den gegebenen Ort sich wohl eignen, durch Vorlegung vorzüglicher neuer Producte anderer Orte, zur Nacheiferung durch Unterstützung von Gesellen zum Besuch von Orten, wo bestimmte Gewerbe vorzüglich betrieben sind, endlich durch Vorschüsse an unbemittelte augenblicklich in Noth befindliche Gewerbtreibende. Die gegenwärtige Zeit fordert und erlaubt den Kreis dieser Aufgabe noch zu erweitern. Verhehlen wir uns nicht, daß die Zustände unserer Gewerbslehrlinge und Gesellen manche wesentliche Besserung bedürfen. Wir sind nicht dagegen, daß wer selbstständig ein Gewerbe ausüben will, es erst gelernt und geübt haben müsse; aber wir meinen; eine nähere Aufsicht auf die Haltung der Lehrlinge und das Leben und Fortkommen der Gesellen dürfte dringend gerathen seyn. Mancher geht als Geselle zu Grunde, weil er als Lehrling nicht recht zur Arbeit angeleitet wurde, mancher als Meister, weil er als Geselle des geordneten Lebens sich entwöhnte. In einer Zeit, wo die politischen Rechte so weit ausgedehnt werden, kann die bisherige schroffe Scheidung der Gesellschaft in Classen überhaupt nicht fortdauern und es ist dringend nöthig, schon im Lehrling und dem Gesellen den künftigen Meister und den selbstständigen Genossen eines freien Gemeinwesens anzuerkennen und vorzubereiten, demgemäß könnten die Gewerbvereine ihre angedeutete Thätigkeit ausdehnen auf die Sorge für die Zustände der Lehrlinge und Gesellen. Sind wir anders recht berichtet, so beabsichtigt die Staatsregierung unter Mitwirkung der städtischen Behörden nicht allein durch raschen Angriff von Bauunternehmungen in hiesiger Stadt den Bauarbeitern und Tagwerkern möglichst Verdienst zu gewähren, sondern überhaupt in eigens zu bildenden Comités die Frage über das Loos der Arbeiter in genaue Erwägung zu ziehen. Sie beabsichtigt aber auch in dem angedeuteten Sinne unter den hiesigen Gewerbsmeistern eine Anregung zur Bildung eines localen Gewerbevereins. Wir können dieß nur mit größter Freude begrüßen, und hoffen von dem Vereine besonders gedeihliches Wirken, wenn er einerseits die in dem Centralverwaltungsausschuß des polytechnischen Vereins bereits vorhandenen intellectuellen Kräfte benützt, andrerseits ihm solche Zuschüsse zu den Beiträgen der Mitglieder zufließen, daß es ihm nicht an den äußern Mitteln zur Erreichung seines Zweckes gebricht.

*† München, 22. April. An höchster Stelle sind, wie man hört, unzählige Gesuche um Erlangung von Officiersstellen eingereicht und zwar aus den ersten Familien des Landes. Der demnächst zu erwartende Armee-Befehl ist in Arbeit. — Für Unbemittelte, die sich am Freischaarenzug an die Landesgrenze nach Tirol betheiligen wollen, sind von der Frau Kurfürstin und dem Herzog Max kk. HH. Unterstützungen ausgesetzt, aus welchem Umstande die Anschläge, welche Leumundsatteste benöthigt hinstellen, sich erklären lassen.

*** München, 22. April. Wie voreingenommen man hier bezüglich der Wahlen für's Parlament ist, mögen folgende Umstände erweisen. Am 18. hatte bekanntlich das hiesige Wahlcomité sein Manifest erlassen; am 20. fand sich ein Anschlag an den Ecken, worin mehrere Bürger und Einwohner von München erklärten, daß in jenem nach meiner Ansicht durchaus unklaren Manifest vom 18. d. Mts. die innersten Gesinnungen des größten Theiles der Münchener Bürger und Einwohner ausgesprochen seyen, und daß auf dem Rathhaus eine Adresse aufliege zur Bekräftigung dieser Uebereinstimmung für jeden Gleichgesinnten. Unterm 21. d. macht ein Anschlag aufmerksam, daß jene Adresse wegen des mächtigen Andranges zum Unterzeichnen noch weiter aufliege. Die Bürger und Einwohner der Vorstadt Au beeilten sich dem Anschlag vom 20. d. ihre volle Zustimmung zu geben. Es ist nun wohl eine natürliche Consequenz dieser Erscheinungen, daß ein katholischer Geistlicher vor solchen, die Hoffnung haben, Wahlmänner zu werden, wie man aus verlässiger Quelle hört, äußern durfte: daß Fallmerayer, der gefeierte Mann der Wissenschaft eben so sehr wie der allezeit bewährten Gesinnung, republicanische Gesinnungen hege, also nicht zu wählen sey, ja in unerhörter Weise dabei auf die Schreckbilder Hecker und Struve hingewiesen wurde; es ist nicht unerklärlich, wenn sich auf einem Anschlag vom 20. d. Mts., laut welchem als Männer der bewährtesten Gesinnung, als durchaus würdige Glieder des Parlaments, Fallmerayer und Joseph Müller dringend den Wahlmännern empfohlen finden, diese Namen, von gewiß nicht gewöhnlicher Hand, durch Bleistift abgestrichen darstellen.

München, 22. April. (Berichtigung.) In dem Blatte Nr. 103 ist bemerkt, der Unterzeichnete habe in einer Rede, die in dem Programme des Bauhofclubbs vorgeschlagene Form für Deutschlands künftige Verfassung nicht als eine republicanische Form anerkennen wollen. Dieß ist unrichtig. Er bemerkte nur, daß (wie die Leiter des Vereines es wollten) dadurch keine deutsche Republik geschaffen werde. Es soll nämlich nur eine Bundes-Centralgewalt geschaffen werden für gemeinsam deutsche Angelegenheiten. Eine deutsche Republik neben den constitutionellen deutschen Monarchien hielt er für unmöglich, da zwei höchste Gewalten, jede die Fülle der Souveränetät enthaltend, nicht neben einander bestehen könnten. Da er entschieden für Erhaltung der constitutionellen Monarchien ist, konnte er sich nur gegen eine deutsche Republik erklären, und seine Ueberzeugungen denen des Vereines, der eine deutsche Republik in der Art, wie sein Programm dieß näher auseinandersetzt, neben constitutioneller Monarchie will, als durchaus nicht conform erklären. Da der Verein am selbigen Abende Ludwig Feuerbach unter seine Wahlcandidaten aufnahm, konnte er, der entschieden am positiv-christlichen Glauben hängt, ohnedem nie in eine Gemeinschaft mit ihm treten. Gesprochen hat er in dem erwähnten Vereine in Folge wiederholter Aufforderung hiezu. Zum Verständniß seiner Ansicht über das Wesen und die Gestaltung einer Bundes-Centralgewalt wird er diese nächster Tage bekannt geben. Dr. Ad. Krätzer, Assessor.

München. Der Magistrat hat die Bekanntmachung die Wahl der Wahlmänner für die Wahl der Abgeordneten zum Parlament betreffend ergehen lassen. Die Wahl der Wahlmänner durch die Urwähler geschieht Dienstag den 25. d. M. Vormittags 8—1 Uhr Nachmittag. Die Stadt ist in 42 Urwahlbezirke getheilt. Der oben bezeichnete Wahltermin ist ein präclusiver, so daß nach 1 Uhr Nachmittags die Wahl als geschlossen erklärt und das Ergebniß durch den Ausschuß ermittelt und festgestellt wird. Es ist ausdrücklich der Wille Se. Maj. des Königs, daß die Freiheit der Wähler (Urwähler) von Seite der Behörden, so wie der ernannten Wahlcommissäre in keiner Weise beeinträchtigt werde.

Aufruf.

Der Fürstbischof Melchior Frhr. v. Diepenbrok zu Breslau hat sich an Se. Maj. den König gewendet und das namenlose Elend geschildert, in welchem die Bewohner mehrerer Kreise in Oberschlesien sich befinden; namentlich in den Kreisen Rybnik und Pleß sind die Bewohner derselben fast allgemein vom Hungertyphus ergriffen und wenigstens der fünfte Theil davon ist bereits gestorben, so daß mehr als 3000 von aller Hilfe entblößte Waisen den Wohlthätigkeitsanstalten heimfielen, und weder die königl. Regierung von Preußen, noch die Privaten das Elend mehr genügend zu lindern vermögen. Se. Maj. der König haben daher zu genehmigen geruht, daß an die vermöglichen Städter ein Aufruf erlassen und der Wohlthätigkeitssinn jener Menschenfreunde angeregt werden dürfe, denen es die Mittel erlauben, diesen Unglücklichen durch kleine Gaben zu Hilfe zu kommen. Wem ist Schlesiens Schicksal nicht bekannt; es bedarf also keiner herzzerreißenden Schilderung des gräßlichen Elends der dort dem Hungertode preisgegebenen Waisen und hilflosen Menschen; Jeder, der zur Linderung desselben etwas beyzutragen vermag, wird sich selbst dazu gerne verstehen, er hilft ja seinem unglücklichen Nebenmenschen, und gibt es wohl ein tröstlicheres Gefühl, als dieses thun zu können? Die allenfallsigen Beiträge werden im Secretariat des unterfertigten Magistrates gegen Quittung in Empfang genommen.

München den 21. April 1848.

Der
Magistrat der königl. Haupt- und Residenzstadt
München.
Bürgermeister:
Dr. Bauer.

München, 19. April. Wie man vernimmt, ist wegen Oeffentlichkeit der Sitzungen beider Gemeindekörper das Geeignete bereits eingeleitet. Bis zur Herstellung eines geeigneten Sitzungslocales werden die Protokolle dem Drucke übergeben werden. (B. Bl.)

In einer am 18. April in Augsburg stattgehabten Volksversammlung rechtfertigte Dr. Paur seinen Nichteintritt in den Fünfziger (jetzt Sechsundfünfziger) Ausschuß, wodurch die Einberufung Heckers veranlaßt war, durch den ihm von mindestens 60 Gemeinden von Schwaben und Neuburg gewordenen Auftrag, ihre Beschwerden an die Regierung über die übertriebenen Grund- und Gemeindelasten, so wie Beschränkung der Gemeinderechte überhaupt, schleunigst zu Ende zu führen, bezog sich auf seine stets im Lande und vor der Regierung und in Schriften bewährten Freisinnigkeit und sprach sich schließlich für Aufrechthaltung der einzelnen constitutionellen Monarchien aus, für welche die Zuneigung von Millionen zwangslos fortbestehen müsse, erkannte aber auch die Nothwendigkeit einer Centralgewalt, welche die großen und allgemeinen Interessen der deutschen Nation nach Innen und Außen zu sichern im Stande sey. (Bayer. Bl.)

Nürnberg, 20. April. Der Magistrat und das Collegium der Gemeindebevollmächtigten unserer Stadt haben in ihren heutigen Sitzungen einmüthig eine feierliche Protestation gegen den Gesetzentwurf, die Verhältnisse der Sparcassen und die bei der Staatsschuldentilgungsanstalt anliegenden Sparcassengelder betreffend, insbesondere gegen die ungeeignete Art und Weise der Zurückbezahlung der von den Sparcassenverwaltungen bei der Staatsschuldentilgungsanstalt angelegten Capitalien u. s. w. beschlossen. Die Protestation wird sofort an die Ständeversammlung, Kammer der Abgeordneten abgehen. (C. v. u. f. D.)

Württemberg.

Stuttgart, 19. April. Das Regierungsblatt bringt das Ablösungsgesetz, zu dessen Vollziehung eine Commission niedergesetzt wird. Der vielbesprochenen monarchischen Erklärung der Versammlung im hiesigen Bürgerhaus, und der ähnlichen der Weingärtner schließen sich durch Zuschriften sehr viele Orte des Königreichs an.

Baden.

Während der ephemeren Erscheinung der Offenburger Republik hat sich der dasige Burgermeister Ree für diese erklärt, mit 40 Bewaffneten den Bahnhof besetzt, die Schienen aufreißen lassen, und so die Verbindung zwischen Ober- und Unterland unterbrochen.

Offenburg obwohl zum Frieden gelegt hat sich in einer Erklärung die Republik gleichsam vorbehalten. — In Donaueschingen ward am 19. der auf Ehrenwort freigegebene Burgermeister Raus nebst drei anderen Personen verhaftet. — In Urberg (St. Blasien) hat eine Heckersche Horde den Pfarrhof geplundert. Hecker ist mit seiner Schaar in Schopfheim. Am 18. sind aus dem Schaffhausenschen bewaffnete Schaaren unter Engelwirth Weißhaar (500 Mann) in Waldshut eingezogen. Am 19. soll Hecker von Schopfheim nach Kandern vorgerückt seyn. — Am 18. ruckten Bayern unter Jubel in Ueberlingen ein, auch in Radolfzell steht bayerische Reiterei. — In Constanz war am 19. zwar Ruhe, aber das Flüchten von Besitzthum nach der Schweiz war allgemein.

Kurhessen.

Kassel, 15. April. Einer heute den Ständen gewordenen Mittheilung zufolge wird alsbald ein kurfürstlicher Commissär nach Dänemark abgeordnet werden, um den beiden Prinzen des kurfurstlichen Hauses Landgraf Wilhelm und Prinz Friedrich (letzterer der präsumtive Thronfolger) aufzugeben aus dem dänischen Militärdienst zu treten. (Fr. J.)

Gr. Hessen.

Darmstadt, 14. April. In der heutigen 39sten Sitzung der II. Kammer, ward der vom Minister v. Gagern eingebrachte Gesetzentwurf für die Parlamentswahlenanordnung im wesentlichen unverändert angenommen. Die Hauptfrage, ob directe oder indirecte (Regierungsvorschlag) Wahlen, ward mit 39 gegen 8 Stimmen fur letztere entschieden. Innerhalb eines kleinen Conflictes zwischen v. Gagern und Zitz erklärte letzterer, man werfe ihm mit Unrecht vor, daß er für Republik sey; er sey fur constitutionelle Monarchie auf breitester Grundlagen und habe sich in Frankfurt nur den Republicanern angeschlossen, um das in der Versammlung so nöthige Gleichgewicht zu erhalten.

Preußen.

Berlin, 16. April. Unterm 14 meldet man der „Frankfurter Oberpostamtszeitung" von hier aus, daß der russische Gesandte nur den nach ihrem Vaterlande rückkehrenden Russen das Paßvisum ausstellt, es aber jedem andern verweigert, der die Reise nach Rußland beabsichtigt. Die in andern deutschen Ländern beglaubigten Gesandten sollen in gleicher Weise verfahren.

Die „Schlesische Zeitung" berichtet: Die Pommern haben an den Prinzen von Preußen eine Ergebenheitsadresse gerichtet, worin sie ihn ersuchen, daß er sich in ihre Mitte begeben möchte, sie wollten ihn schützen.

Aachen, 16. April. (Abends.) Die pommerschen Kriegsreservisten, die noch stockaltpreußisch, haben hier vor einigen Tagen große Excesse verübt, den Bürgern die deutschen Cocarden herabgerissen, und sind auch mit den Arbeitern handgemein geworden. In Folge dessen wurden sie consignirt. Die Bürgerwehr gerieth nun mit dem Pöbel in Conflict und mußte auf diesen feuern; man spricht von Tödtungen und Verwundungen. Heute sind die Pommern nach Köln geschafft worden.

Von Köln sind nach Aachen, wo am 17. in dem fortwährenden Kampfe viel Blut geflossen, 1 Bataillon und 4 Geschütze abgegangen.

In diesen Tagen werden neue preußische Truppen zu der Operationsarmee in Schleswig-Holstein abgehen.

Hannover.

Hannover. Minister Stüve hat der II. Kammer am 12. April mitgetheilt, daß Preußen bereits Schritte in Frankfurt gethan habe, um einen Aufschub der Eröffnung der constituirenden Versammlung bis zum 18. Mai zu erlangen, und daß Hannover dieses Begehren unterstutzen werde, da es eine reine Unmöglichkeit seyn werde, die Wahlen bis zum 1. Mai zu beendigen. (B. H.)

Hannover, 17. April. Es sind sehr bedenkliche Unruhen in Hildesheim vorgefallen. Man sendete Truppen von Hannover ab, und verhaftete dort den als Hildesheimer Agitator verdächtigen Advocaten Weinhagen mitten aus einer Bolsvrrordneten- (Condeputirten-) Versammlung heraus. In Hannover wollte ihn sein aus Hildesheim zueilender Anhang befreien, aber die Bürgerwehr schritt ein und verhaftete ihn von neuem inmitten seiner Anhänger. (A. Z.)

Hannover. Vom Osnabrücker vaterländischen Verein ist eine sehr kräftige Adresse an das Ministerium uber die Wehrbarmachung der Flotte und Sicherung der Küste ausgegangen.

Göttingen, 13. April. In Folge der Göttinger Petition an den König, in welcher um sofortige Zurückberufung der sieben Professoren angehalten wird, hat der neue Curator Dr. Braun bereits die Professoren Albrecht und Wilh. Weber in Leipzig nach Göttingen berufen.

Freie Städte.

Frankfurt, 15. April. Nach einer hier eingetroffenen diplomatischen Nachricht aus Paris stellte die französische Regierung das Ansinnen an Preußen 30,000 Franzosen den Durchzug nach Polen zu gestatten. (D. Z.)

Oesterreich.

Wien, 14. April. Die Deputirten (der gestern erwähnten Provinzen) sahen, als ihnen der Minister des Innern die Octroyirung eröffnete, einander mit dem unverkennbaren Ausdruck der Unzufriedenheit an, kamen jedoch dahin überein, den Inhalt der Urkunde abzuwarten, da, wenn er ihnen entsprechen sollte (und dieses trat auch ein) die vertragsmäßige Form durch die ausgesprochene Annahme derselben gerettet werden könne. Bevor der Entwurf den Versammelten vorgelesen wurde, sind folgende Grundsätze aufgestellt worden: 1) Die Constitution soll auf eigenen Grundlagen, also nicht auf den bestehenden Provincialverfassungen beruhen; 2) es theile sich der Reichstag in zwei Kammern; 3) eine der ersten Aufgaben desselben soll es seyn, die Prufung und Würdigung der von den Provincialständen allenfalls gewunschten zeitgemäßen Aenderungen ihrer Verfassungen in Verhandlung zu nehmen. (Daß die Verfassungen der Provinzen, insoweit sie durch die Reichsconstitution eine Veränderung leiden, sich dieser im Interesse des allgemeinen zu fugen haben, braucht keiner Erwähnung. Uebrigens zeigten sich die Deputirten der Provinzen geneigt, den Wahlmodus fur die Provinciallandtage nach den verschiedenen Hauptberufsclassen festzusetzen. Tirol scheint geneigt zu seyn, seine bisherigen Landstände beizubehalten, jedoch zu verstärken und zeitgemäßen Reformen zu unterziehen. Nur vier Stimmen aus allen anwesenden Deputirten verlangten, daß auch rücksichtlich der Provinciallandtage das Princip reiner Volksvertretung befolgt werde.) 4) Die Bildung der ersten und der zweiten Kammer. Die erste Kammer wird aus 250 bis 300 Mitgliedern bestehen, ein Fünftheil hievon ernennt der Regent nach Belieben auf lebenslang, vier Fünftheil werden von den Besitzern des großen Grundeigenthums und aus ihrer Mitte gewählt. (Die passive Wahlfähigkeit dürfte, wie ich höre, eine Erweiterung erhalten.) Außerdem haben in dieser Kammer die Söhne des Kaisers und des Thronfolgers Sitz und Stimme. Um an der Wahl in die erste Kammer theilnehmen zu können, muß man Besitzer eines großen Grundeigenthums und österreichischer Staatsbürger seyn, volle Rechtsfähigkeit und das 24. Lebensjahr erreicht haben. Um gewählt werden zu können, muß man selbst Wähler seyn. Der Census für die großen Besitzungen muß in den verschiedenen Provincen ungleich seyn, damit immer nur die verhältnißmäßig großen Güter in jeder Provinz als Großgüter erklärt werden. Der Maßstab wird nach der Höhe der directen Steuer genommen. Bei Bildung der ersten Kammer wird also kein Unterschied zwischen dem Adel, der hohen Geistlichkeit und andern Staatsbürgern gemacht. Auch unterscheidet sie sich in der Zusammensetzung ihrer Elemente wenig anders, als der Zahl nach von der zweiten Kammer, da der große Grundbesitz, obwohl bleibender Natur, das Princip des Conservatismus doch nicht zureichend zu repräsentiren scheint und in diesem Besitz allein ohne Zumischung mit andern Bürgschaften, z. B. des höhern Alters, auch keine Garantie fur eine ruhigere und besonnenere Haltung zu finden ist. In die zweite Kammer kommen die Vertreter der Gemeinden. Die Basis für diese Vertretung ist die Größe der Bevölkerung. Auf 30,000 Einwohner entfällt ein Abgeordneter. Die Wahlbezirke werden nicht mathematisch nach der Seelenzahl gezogen, sondern es wird daher auf die bisherige politische Eintheilung in Kreise und Gemeinden Rücksicht genommen. Um Wähler zu seyn ist erforderlich: österreichisches Staatsbürgerthum, das Alter von 24 Jahren, Ansässigkeit durch ein volles Jahr im Wahlbezirke und Selbstständigkeit (daher Ausschluß aller Dienstboten, Armengeld-Beziehenden, Lehrlinge), und endlich beglaubigte Intelligenz. (?) Diejenigen, welche die Vertreter des großen Grundbesitzes wählen, sind von der Wahl in den Gemeinden ausgeschlossen. Wählbar ist jeder, der selbst Wähler ist, er mag dieses für die erste oder zweite Kammer seyn. Die Wähler für die erste und zweite Kammer können unter allen Wählbaren der Provinz wählen, und sind daher nicht auf den Kreis und noch weniger auf den Wahlbezirk beschränkt. (Das Wahlgesetz wird erst vervollständigt werden.) Nachdem diese Grundsätze vorangeschickt waren, wurden folgende Grundzüge der Verfassung vorgetragen: 1) Die Constitution wird allen österreichischen Provincen gegeben, insofern sie nicht schon eine constitutionelle Verfassung haben; 2) die Gebietseintheilungen können nur auf verfassungsmäßigem Wege verändert werden; 3) das Staatsoberhaupt ist heilig und unverantwortlich, es kommt ihm allein die vollziehende Gewalt zu, es besetzt alle Staatsämter, verleiht die Wurden, führt den Oberbefehl im Kriege, erklärt diesen und schließt den Frieden; 4) Vertragsabschlusse mit fremden Regierungen bedürfen der Zustimmung des Reichstages; 5) dem Landesfürsten steht das Recht der Begnadigung und der Belohnung der ausgezeichneten Verdienste zu. Die Minister können von ihm nur auf Antrag des Reichstages begnadigt werden; 6) alle Rechtspflege wird unter Einführung von Schwurgerichten durch öffentliches und mundliches Verfahren ausgeubt; 7) die Richter können ihres Amtes nur in Folge der gesetzlichen Bestimmungen entsetzt werden; 8) dem Regenten steht das Recht zu, der Reichsversammlung Gesetze vorzuschlagen, auch hat er alle Gesetze zu sanctioniren; 9) er beruft jährlich den Reichstag, vertagt ihn, ist aber in diesem Fall verpflichtet, denselben abermals innerhalb einer erst zu bestimmenden Frist zu berufen; 10) allen Staatsbürgern ist das Recht der persönlichen Freiheit gesichert, über die Preßfreiheit wird ein definitives Gesetz erscheinen; 11) Der Unterschied der Religion begrundet keinen Unterschied im Genuß der politischen Rechte (wie ich eben höre, sollen die Stände insgesammt rucksichtlich der Juden auf Abänderung dieses Artikels nachträglich angetragen haben,

Digitized by Google

weil sie blutige Verfolgungen derselben dringend befürchten); 12) die Staatsbürger können Grundeigenthum jeder Art erwerben (die Unadeligen sind dermalen in manchen Provinzen vom Besitz gewisser Güter ausgeschlossen); sie können Gewerbe ausüben und zu allen Aemtern und Würden gelangen; 13) dieselben sind gleich vor dem Gesetze, genießen gleichen Gerichtsstand und können dem Richter nicht entzogen werden; 14) die Minister sind für alle ihre Amtsführungen und Amtshandlungen verantwortlich. (Ueber die Verantwortlichkeit wird ein eigenes Gesetz erscheinen); 15) die gesetzgebende Gewalt wird vom Monarchen vereint mit den zwei Kammern ausgeübt; 16) die Veräußerung der Staatsgüter kann nur mit Zustimmung der beiden Kammern gültig geschehen; 17) jeder der beiden Kammern steht das Recht zu, Gesetze in Vorschlag zu bringen, Petitionen anzunehmen und auf dem Reichstag darüber zu verhandeln; 18) allgemeine Volksbewaffnung, untergeordnet den Civilbehörden; 19) allen christlichen Confessionen und den Israeliten ist die freie Ausübung des Gottesdienstes zugesichert. Dieses sind die Artikel, welche den dazu berufenen Deputirten vorgetragen wurden. Die Fassung derselben war im Entwurf an einigen Stellen anders, wurde aber auf die angezeigte Art abgeändert, ich glaube nicht in der Wahl meines Ausdrucks von jenem der bei der Berathung angenommen wurde, im wesentlichen abgewichen zu seyn. Nachträglich wurden noch folgende Artikel angenommen, als 1) Beeidung des Monarchen und der Prinzen, der Armee und jedes Staatsbürgers auf die Constitution; 2) Bestimmung der Civilliste; 3) Feststellung des Hausgesetzes; 4) Aufhebung des persönlichen Unterthänigkeitsverhältnisses; 5) jährliche Bewilligung des Truppencontingents; 6) allgemeine Wehrpflicht (es besteht dermalen, mit Ausnahme Tirols, für den Adel die Freiheit vom Militärdienst); 7) Garantie gegen Verletzung des Hausrechts; 8) eine gesetzliche Bestimmung wie die Abänderung der Verfassung stattfinden solle; 9) Reglement über die Wahl der Präsidenten und des übrigen Personals der beiden Kammern; 10) den in eine der Kammern gewählten Staatsbeamten darf der Urlaub nicht verweigert werden, und sollte ein Kammermitglied ein Staatsamt annehmen, so tritt der Fall zu einer neuen Wahl ein, die übrigens auf das nämliche Individuum geleitet werden kann; 11) Oeffentlichkeit der Sitzungen. Das Associationsrecht wurde nicht näher besprochen. Sobald der auf die angegebene Art abgeänderte Entwurf die angeregten und confidentiell besprochenen Puncte in sich aufgenommen haben wird, bedarf er noch der Genehmigung des Kaisers, und man erwartet sie. Uebrigens sollen von den Deputirten der verschiedenen Provinzen neue Modificirungen des Entwurfs gewünscht werden. Es wäre wünschenswerth, wenn die Staatsverwaltung die Einziehung der Patrimonialgerichtsbarkeit vom 1. Jan. 1849 an decretiren und ungesäumt veröffentlichen würde, damit die Unterthanen desto freier ihre Wahlrechte ausüben können. (A. Z.)

Wien, 16. April. Neue Truppensendungen nach Südtyrol, wo ein drittes Armeecorps unter General Baron Welden aufgestellt werden soll. — Die Studenten aus Tyrol sind, 150 an der Zahl, nach der Heimat abgegangen. — Bei der Armee ist der Stock abgeschafft, die Amnestie auf die Militärs ausgedehnt, und die Corporäle müssen mit Sie (sonst Er) angeredet werden. — Eine große Volksversammlung mit einer an den Kaiser beschlossenen Riesenpetition ist nicht zu Stande gekommen.

Wien, 17. April. Wie man vernimmt, ist heute das schon längere Zeit in Unterhandlung gestandene Arrangement zwischen der Finanzverwaltung und der Nationalbank im Ministerrathe genehmigt worden. Demzufolge wird die erstere für 30 Mill. fl. C. M. Centralcasse-Anweisungen auf 2 bis 8 Monate laufend und je nach Länge der Sicht zu 3 bis 6 pCt. verzinslich in Umlauf setzen, welche nicht nur von den Staatscassen, sondern auch von der Nationalbank jederzeit für voll angenommen werden müssen. Zur Deckung der Nationalbank für ihre sowohl aus dieser als aus früheren Finanzoperationen an den Staat zu stellenden Forderungen ist derselben eine Hypothek auf Staatsgüter und andere Werthe eingeräumt worden. (Wien. Z.)

Die Prager Deutschen, welche allein Industrie, Handel, Intelligenz vertreten, werden täglich vom mächtigen Czechenthum übermüthiger behandelt; letzteres will ein vom deutschen Oesterreich unabhängiges Westslavenreich. (Nicht übel!)

Italien.

Botzen, 17. April. In Malè, einem Dorfe im Nauberg, zeigten sich vor einigen Tagen bei 150 Freischärler, gestern oder vorgestern ungefähr 100 Mann auch in Fondo. Einer Ueberschreitung der Mandola zu begegnen rückten ihnen gestern zwei Compagnien Infanterie und heute früh eine Schaar hiesiger Freiwilliger unter Marmann mit schwarz-roth-gelber Fahne entgegen. Aus Judicarien liefen günstige Berichte über die Zurückdrängung des Feindes bis Stenico ein. In Trient wurden 24 mit den Waffen in der Hand ergriffene Ausreißer und Meuterer erschossen; die Stadt ist in Belagerungsstand erklärt und ihre Thore gesperrt. (A. Z.)

Die neueste „Mailänder Zeitung“ vom 16. April bringt noch keine Bestätigung des (gestern) gemeldeten Falls von Peschiera.

Der „Schwäbische Merkur“ will von der italienischen Grenze wissen, daß Peschiera am 12. durch Capitulation an die Piemontesen übergegangen.

Bülletin von Brescia, 15. April. Am 13. früh Morgens begann die piemontesische Artillerie Peschiera zu beschießen. Es wurden dem Feinde 11 Kanonen demontirt. Am Nachmittag des 13. entsandte Karl Albert einen Parlamentär mit weißer Fahne. Diese Aufforderung scheint der Commandant erwiedert zu haben, er könne die Festung nicht ohne ausdrücklichen Befehl Radetzkys überliefern und vielleicht wurde gerade in Erwartung dieses Befehls das Beschießen um 5 Uhr Nachmittags am 13. eingestellt. Am 14. ward gar nicht kanonirt, ohne daß ein förmlicher Waffenstillstand verkündet gewesen wäre. Am 13. ward kein Piemontese getödtet; nur drei wurden verwundet. Die Besatzung von Peschiera soll zum Theil aus Italienern bestehen. (A. Z.)

Verona, 16. April. Der Feldmarschall wartet auf die versprochenen Verstärkungen, um dann offensiv vorgehen zu können. Die Piemontesen stehen auf dem rechten Ufer des Mincio. Vorgestern wurde der piemontesische Major, Graf Tretti, Mailänder von Geburt, bei Peschiera gefangen genommen und hieher gebracht. (A. Z.)

Triest, 15. April. Aus sicherer Quelle erfahren wir, daß in Folge eines Protestes des britischen Ministers in Neapel die dort beabsichtigt gewesene Sendung eines Hülfscorps von 12,000 Mann nach der Lombardei unterblieben ist. Um so weniger kann von einer Operation zur See gegen Triest die Rede seyn. (J. d. österr. L.)

Triest, 16. April. Sichern Nachrichten zufolge hat Sardinien darauf verzichtet, gegen Oesterreich einen Seekrieg zu führen. Dieser Entschluß dürfte auf die Einsprache der britischen Regierung gefaßt worden seyn. (Journ. d. österreich. Lloyd.)

Triest, 16. April. Unsere Communication mit den italienischen Provinzen ist nun durch den Corden am Isonzo völlig abgeschnitten. (A. Z.)

Laut der „Patria“ hat der Großherzog von Toscana seinen Gesandten aus Wien abberufen und Befehl ertheilt dem österreichischen Geschäftsträger am toscanischen Hofe seine Päße zu übersenden.

Frankreich.

Paris, 18. April.

Die provisorische Regierung hat sich in einer warmen Ansprache der Anerkennung an das Volk gewandt; sie fühlt sich erhoben durch den loyalen Ausgang des so stürmisch begonnenen 16. April. Es heißt im Aufruf am Schluß: „Ja die Republik ist begründet, getragen durch die Anhänglichkeit aller brüderlich geeinten Bürger; die Revolution ist unbesieglich.“ Die Unentfernbarkeit der richterlichen Beamten ist durch Regierungsbeschluß aufgehoben, als unverträglich mit der Republik. — Ueber Entfernung oder Wiedereinsetzung der Beamten wird, wie bei der Justiz der Justizminister, so beim Rechnungshof der Finanzminister entscheiden.

Als Zweck der Aufregung vom 16. wird angegeben: Man hatte die gemäßigten Mitglieder der provisorischen Regierung, Lamartine, Marrast und Garnier-Pagès aufheben und durch Blanqui und Cabet ersetzen wollen. Die Wahlen sollten bis zum 31. Mai hinausgeschoben, die Nationalgarde entwaffnet, die Magistratur in Masse abgesetzt und erneut, alle Officiere des Heeres cassirt werden und gewählte Chefs an ihre Stelle kommen. Wie es scheint, hat die ultrarevolutionäre Partei der Clubs mit den Arbeitsorganisatoren Louis Blanc und Albert in Einverständniß gehandelt. Auf den ersten Trommelschlag ist eine zahllose Menge bewaffneter Bürger und Nationalgarden mit und ohne Uniform zum Schutz der Regierung herbeigestürzt, über 100,000 M.; mehr als 50,000 besetzten den Platz und die Zugänge des Stadthauses, und aus allen Reihen erscholl der Ruf: „Hoch die Nationalgarde!“ „Hoch die provisorische Regierung! „Nieder mit den Communisten!“ „Hoch die Republik!“

Das Bankierhaus Thurneyssen und Compagnie in Paris hat seine Zahlungen eingestellt.

Großbritannien.

Die Bill zum größern Schutz der Krone und des Landes hat am 14. die Einzelberathung passirt. — Orla Lehmann, Mitglied der dän. Regierung in diplomatischer Sendung hier, ist am 13. nach Dänemark zurückgekehrt.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 11. April. (Ministerveränderung.) Alle Mitglieder des Staatsraths bis auf einen sind abgetreten; die neuen sind mehr conservativ als liberal. (Morgen die Namen.)

Die Studenten in Upsala haben die dänischen Ereignisse mit großem Jubel aufgenommen und den „edlen Kopenhagner Studenten“, dem „dänischen Lande Schleswig“, dem „freien Dänemark“, ihre Hochs gebracht und mit enthusiastischem Beifall den Vorschlag angenommen, den König zu bitten, daß sie in den Waffen geübt würden. Die Studenten von Lund wünschen, wenn nichts im Wege ist, als Freiwillige in das dänische Studentencorps zu treten.

Rußland und Polen.

Ueber die russisch-polnischen Zustände berichtet der „Dziennik narodowy“ (in Krakau): man erwarte in Warschau wie in ganz Polen binnen kurzem den Ausbruch eines allgemeinen Aufstandes. Das in Nowogorod stehende Corps der Garde und der Grenadiere, und die vier Infanteriecorps aus den westlichen Provinzen sind zur Besatzung der Stadt Warschau, so wie der preußischen und österreichischen Grenze bestimmt. Der Kriegsminister hat eine Anweisung auf 25 Millionen Silberrubel erhalten.

Griechenland

Athen, 2. April. Der gewaltsame Sturz des Fürsten Metternichs hat hier Alle, Griechen, Franzosen, Italiener und Deutsche trunken gemacht. Uebrigens ist bis jetzt Alles ruhig und mit Ausnahme der Ministerialveränderung, im früheren Zustande. Für die Folgezeit ist die Ruhe sehr problematisch. (Schw. Mkr.)

Athen, 9. April. Auch der 6. April, der Tag der Revolutionsfeier, für den einige Besorgniß geherrscht hatte, ging ohne Störung vorüber. Der König erließ an ihm eine Amnestie. (A. Z.)

Bekanntmachungen.

Fremdenanzeige.

Hotel Adamitz. HH. v. Wyss, Privatier v. Zürich; Krauß, Particulier v. Augsburg.

Gold. Hahn. H. Mettler, Negotiant v. Zürich.

Blaue Traube. HH. v. Dorn, k. k. Oberlieutenant von Trient; Dr. Schärer v. Bern.

2378. (3a) Der Ausschuß der mechanischen Baumwoll-Spinnerei und Weberei in Augsburg beehrt sich, die Herren Actionäre zu einer außerordentlichen in der Fabrik abzuhaltenden Generalversammlung auf

Dienstag den 23. Mai a. c. Morgens 9 Uhr

einzuladen, um über Abänderung eines in letzter Generalversammlung genehmigten Antrages des Ausschußes zu berathen und Beschluß zu fassen.

Die Generalversammlung beginnt mit der §. 14 der Statuten vorgeschriebenen Legitimation der erscheinenden Gesellschaftsmitglieder.

Augsburg den 19. April 1848.

Der Vorstand:

Friedrich Schmid.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 106.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährig 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag — XLIX. Jahrgang. — **24. April 1848.**

Deutschland.

Frankfurt, 19. April. An dem Gerüchte von der Thätigkeit des Bundestages für eine deutsche Marine ist Folgendes das Wahre. Die Versammlung der 17 Vertrauensmänner hat die Initiative ergriffen, um an den Bundestag zwei Anträge zu bringen. Der eine geht dahin, er solle eine Commission Sachkundiger nach Bremen berufen, um dort einen detaillirten Plan zum sofortigen Angriff und zur allmäligen Ausbildung einer deutschen Kriegsflotte auszuarbeiten, der demnächst der constituirenden Versammlung vorgelegt werden solle. Als Kern der Commission ward der Prinz Adalbert von Preußen, der österreichische Admiral Gourdeau und ein von den Hansestädten zu ernennender Seemann vorgeschlagen, die sich dann die weiteren Mitglieder selbst zuordnen möchten. Der zweite Antrag ging dahin, Bevollmächtigte mit unbegrenztem Credit nach England zu schicken, um ein vortreffliches americanisches Kriegsschiff zu kaufen, das am 20. d. in Liverpool eintrifft, und nach eingegangenen Berichten wahrscheinlich käuflich zu erwerben steht, und außerdem die Gelegenheit zur Erwerbung anderer kriegsfähigen Dampfschiffe wahrzunehmen. Der Fünfzigerausschuß hat beide Anträge auch zu den seinigen gemacht. Der Bundestag ist sofort in seiner gestrigen Sitzung darauf eingegangen, und hat Beauftragte nach England geschickt, leider aber ohne Credit. (O. Z.)

Frankfurt, 19. April. Die heutige Sitzung des Fünfzigerausschusses wurde mit der Mittheilung eröffnet daß Schleswig-Holstein die Wahlen in Gemäßheit der Beschlüsse des Vorparlaments vornehmen, und Braunschweig die seinigen vor dem 1. Mai beendigen werde. Biedermann machte auf den Nachtheil aufmerksam, welchen das Verbot der Geldausfuhr aus Oesterreich besonders der Leipziger Messe zufüge (wegen Ausbleibens der Orientalen) und veranlaßte den Beschluß durch die österreichische Gesandtschaft eine Reclamation nach Wien gelangen zu lassen. An der Tagesordnung war Gülichs Antrag auf Schutz der Ost- und Nordseeküsten. — Heute früh kamen 800 Mann Nassauer Militär mit Geschütz nach Baden hier durch. (A. Z.)

Frankfurt, 21. April. Der Fünfzigerausschuß stellt bei dem Bundestag den Antrag auf Aufstellung eines Oberfeldherren. Bei dem Bundestag selbst waren Erklärungen einiger Regierungen angelangt welche dem Wunsch Preußens und Oesterreichs auf 14tägige Verschiebung des Zusammentritts der Nationalversammlung beitreten. Der Bundestag behielt sich Entschließung vor. Nach England ward ein eigener Abgesandter des Bundes geschickt, in Betreff der deutschen Schifffahrt bei den Bedrohungen durch die dänischen Händel, und zugleich zu Erkundigungen über den Ankauf einiger Kriegsdampfschiffe. (A. Z.)

Der Fünfziger-Ausschuß hat beschlossen 1) den Bund aufzufordern, sofort zu der in der Bundesverfassung vorgesehenen Wahl eines Bundesoberfeldherrn zu schreiten und diesem die oberste Leitung aller Militärangelegenheiten zu übertragen; 2) den Bund aufzufordern, dem Ausschuß schleunigst Mittheilung zu machen, was bereits zur Abwehr der von außen drohenden Gefahren, zur Concentrirung und Bereithaltung aller nothwendigen Vertheidigungsmittel geschehen sey; 3) eine Commission zu erwählen, welche sich sofort mit dem Bundestage darüber vernehme: wie die Herstellung eines geeigneten Mittelpunctes für gemeinsame und einheitliche diplomatische Verhandlungen mit dem Auslande fördersamst zu bewirken sey, und über das Resultat dieser Besprechung auf das Allerschleunigste dem Ausschuß Bericht erstatte

Bayern.

Landtag.

**München, 22. April. (XIII. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische: Heintz, Frhr. v. Thon-Dittmer, v. Beisler, und die königl. Commissäre v. Kleinschrodt, v. Suttner, v. Ringelmann; in der Kammer 105 Abgeordnete. Die Sitzung wurde mit Ablesung des Einlaufes eröffnet, darunter eine Eingabe vom Staatsrath v. Berks und pens. Archivar v. Auerweck, den Verkauf des Brauhauses in Nürnberg betr. — Gelesen wurde die Anzeige, daß Frhr. v. Heideck königl. Commissär geworden, dann die Einladung des Mechanikus Mannhard, zur Besichtigung einer Maschinen, endlich einen Antrag des Abg. Schlund, an den nächsten Wahltagen keine Sitzungen zu halten, dann die oben bezeichnete Eingabe v. Berks und Auerweck. Die Bittsteller verlangen Untersuchung der Sache durch die Kammer gegenüber den Schmähartikeln in öffentlichen Blättern, namentlich im Nürnberger Courier, und erzählen zu diesem Behufe das Sachverhältniß. — Der I. Präsident, Dr. Kirchgeßner, bedauerte, daß er den beiden Herren ihre verletzte persönliche Ehre sogleich repariren könne; die Sache selbst gehöre zum nächsten Landtage. — Frhr. v. Rotenhan. Die Sache gehöre allerdings zum nächsten Landtage, da die Ausgabe erst 1848 gemacht worden sey. — Somit blieb das Ganze beruhen. — Hiernächst begannen die Debatten über nachstehende Anträge, resp. über deren Zuläßigkeit ꝛc. — Sie wurden alle an die betreffenden Ausschüsse gewiesen. — Dieselben lauten: 1) Die Vorstellung und Bitte sämmtlicher Meister der zum Wogenbaue erforderlichen Gewerbe in München: „um Gewerbsschutz", angeeignet vom Abg. Hrn. Dr. Ramoser. — 2) Die Bitte des Vereins für vaterländische Industrie zu Ansbach: „um Schutz ihrer Gewerbe", angeeignet von dem Abg. Hrn. Dekan Götz. Im Wesentlichen stimmt dieser Antrag mit dem vorigen dahin überein: „Die königl. Regierung zu vermögen, daß das Herabsteigern der öffentlichen Arbeiten an den Wenigstnehmenden, so wie die Verfertigung derselben durch die eigener Regie betriebenen Fabriken, Depots und Zeughäuser aufhöre, und diese nur auf die nothwendigsten kleinen Reparaturen beschränkt, alle öffentlichen königl. wie städt. Arbeiten aber an den berechtigten Gewerbemeister möglichst gleichheitlich vertheilt werden." — 3) Antrag der Gemeinden Sommerhausen und Winterhausen: „Die Revision des Gewerbs-Steuergesetzes betr." — 4) Antrag der Gewerbtreibenden zu Ochsenfurt: „die Revision des Gewerbs-Steuergesetzes betr. (das Gewerbs-Steuergesetz vom 15. April 1814 einer Revision zu unterstellen), und suchen in Folgendem ihre Begründung: „Schon der Eingang der angezogenen Verordnung verspreche Revisionen der Gewerbssteuer von Zeit zu Zeit, und diese Nachhilfe, diese Revision sey gegenwärtig um so nothwendiger, als seit dem Jahre 1814 die meisten Verhältnisse, worauf die Gewerbssteuer, Classification, gestutzt wurden, sich gänzlich umgestaltet haben; durch das Aufleben des Fabrikwesens, durch den Zollverein und das neue Gewerbsgesetz seyen viele zu jener Zeit blühende Gewerbe gegenwärtig ganz gesunken. — Das Gewerbs-Steuergesetz sey unbrauchbar geworden." — 5) Bittvorstellung des Tuchmachervereins zu Bischofsheim vor der Rhön: „um Unterstützung und Hebung des Tuchmachergewerbes." — 6) Antrag der Schlossermeister zu Bayreuth, „Abhilfe ihrer Beschwerden über Schmälerung ihres Nahrungsstandes betr. Bezwecken hier Gesetze, daß die Eisenhandlungen mit fertigen, in das Schlossergewerbe einschlagenden Artikel nicht mehr handeln dürfen ꝛc. ꝛc." — 7) Mit dem Antrage der königl. Unteraufschläger Oberbayerns: „Gehaltsvermehrung und definitive Anstellung betr.", stehen vollkommen im Einklange viele von den Functionären und Diurnisten verschiedener Branchen, welche der Wichtigkeit wegen sich auch verschiedene Abgeordnete angeeignet haben. — 8) Vorstellung der Gemeinden Kronach, Knettendorf, Seelach, Gundelsdorf, Glosberg, Haßlach, Reitsch, Wolfersdorf, Stockheim, Neukenroth und Naila: „die Unterhaltung der Straße von Kronach über Rothenkirchen nach Ludwigsstadt betr." Dazu noch alle andern Straßen ähnlicher Gesuche. — 9) Antrag der Gemeinde Pfersee: Die Tilgung der Gemeindeschuld und den Wertachbau ꝛc. betr. „Se. königl. Majestät wolle allergnädigst geruhen, die Gesetze und Verordnungen über Uferbauten einer Revision unterstellen zu lassen." — 10) Antrag des Abg. Hr. Läftenegger aus Oberzell, „die Revision des Gemeindeumlagen-Gesetzes, insbesondere des Art. II Absatz 5 dieses Gesetzes betr." — 11) Der Antrag der Gemeinden Oberasternbach und Mensengesäß, Ldg. Alzenau, „Regulirung der Umlagenpflichtigkeit der Forensen betr." — 12) Antrag der Marktgemeinden Randersacker, Eibelstadt, Winterhausen ꝛc. ꝛc., Modification des Haussteuer-Gesetzes vom 15. August 1828 betr." — 13) Die Vorstellung und Bitte der Gewerbsleute zu Randersacker, „Modification des Gewerbssteuer-Gesetzes vom 15. April 1814 betr.:" „„daß für die kleinen Gewerbe oder sogenannten Handwerke die Gewerbssteuer ermäßigt werde."" — 14) Antrag der Abgeordneten Priester, Hauck, Sauer, Zech, Bierling und Ammenstorfer, „die Breite der Radfelgen betr." — 15) Mit diesen Anträgen steht im Zusammenhange die Petition von 72 Fuhrwerks-Besitzer, Boten und Frachtführern der kgl. Landg. Burgau und Günzburg, „Aufhebung der Radfelgen-Ordnung sammt allen dahin einschlägigen Anträgen betr." — 16) Antrag der Abg. Bierling und Priester, „das Verbot des Aneinanderreihens mehrerer Wägen betr." — 17) Ganz conform mit der Bittvorstellung der Gemeinde Höchstädt, „Aufhebung des Alluvions-Rechtes und unentgeldliche Ueberlassung der vorhandenen Donau-Anschütten betr." — 18) die erneuerte Bitte der Stadtgemeinde Gundelfingen, der Landgemeinden Eschenbrunn, Peterswörth, Faimingen und Gundremmingen, und der Privatgrundbesitzer an dem Donauflusse, „Aufhebung der Ansprüche des Staates auf die Alluvionen und Entschädigung für die bisherigen Abrisse betr." — 19) Die Bitte der Landgemeinde Moos, k. Landg. Neuburg a. D., „Ueberlassung einer zur Erzielung von Futter geeigneten Donau-Anschütt gegen billigen Preis betr." — Der Referent des I. Ausschusses, Abg. Dr. Edel, erstattete nach diesem Vortrag über den Gesetzentwurf, „einige Abänderungen des Strafgesetzbuches von 1813 betr." Berathung darüber wurde auf später angesetzt. — Sodann erstattete derselbe Referent Vortrag über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe, den Gesetzentwurf, „die Berathung neuer Gesetzbücher betr." Alle Modificationen der I. Kammer wurden von der II. adoptirt und somit

Gesammtbeschluß erzielt. — Hiemit schloß die heutige Sitzung um 7 Uhr Abends.

München, 22. April. Der bayerische Gesandte Graf Bray wird von St. Petersburg (wo derselbe am 9. seine Abschiedsaudienz beim Czar und der Czarin hatte) heute oder morgen hier erwartet. Derselbe ist zum Staatsminister des Auswärtigen designirt — seine Ernennung aber bis jetzt noch nicht erfolgt. Oberappellationsrath Dr. Culmann, früher Professor des Staatsrechts an der Universität zu Würzburg, wurde als Vertrauensmann nach Frankfurt gerufen. Advocat Kirchgeßner ist nämlich durch seine Eigenschaft als erster Kammerpräsident gehindert, zu dieser von ihm bisher bekleideten Stelle zurückzukehren. Ueber die ständische Initiative wird unmittelbar nach den Osterfeiertagen durch den Staatsminister des Innern eine diesfällige Gesetzesvorlage an die Kammern gebracht werden. — Täglich kommen Deputationen von städtischen und Landgemeinden an das hiesige Hoflager, um ihre Ehrfurcht dem Könige zu bezeugen. (A. Z.)

München. Ein königl. Regierungsblatt vom 20. April (Nro. 22) bringt den Abschied für den Landrath von Niederbayern, über dessen Verhandlungen in den Sitzungen vom 15. bis 22. Juni v. Js. Wir entnehmen demselben bezüglich der Wünsche und Anträge: „Auf die in dem besonderen Protokolle niedergelegten Wünsche und Anträge erwidern Wir, was folgt: 1) Bezüglich der Districtsstraße von Passau über Oberzell, Griesbach und Wegscheid an die österreichische Grenze verweisen Wir auf die, in dem jüngsten Landraths-Abschiede unter Ziffer VII. Nro. 1 enthaltenen Bemerkungen, sowie auf die Bestimmungen des Stände-Abschiedes vom 23. Mai 1846 Abschn. III. §. 17 mit dem Beifügen, daß die Zusicherung einer regelmäßigen Unterstützung zum Unterhalte derselben aus Staatsbaufonds hienach zur Zeit nicht gewährt werden kann, die für diesen Zweck aus dem Zoll- und Bau-Etat bewilligten Beiträge aber zunächst auf besonderen, die Strecke innerhalb des Burgfriedens der Stadt Passau betreffenden Verhältnissen beruhten. Im Uebrigen wird auf die Gewährung außerordentlicher Beiträge aus der für die Bezirksstraßen bestimmten Position der Kreisfonds für facultative Zwecke die dem Bedürfnisse und den verfügbaren Mitteln angemessene Rucksicht, wie bisher, so auch fernerhin genommen werden. 2) Dem Antrage des Landrathes in Betreff der Uferschutzbauten ist durch die zum Vollzuge des Stände-Abschieds vom 23. Mai 1846 Abschnitt III. §. 27. getroffenen, vorzugsweise die zweckmäßigere Regelung und Erleichterung der gemeindlichen Concurrenz bezielenden Einleitungen der entsprechende Bedacht bereits zugewendet worden. 3) Die Bestimmungen über Auswanderung unterliegen gegenwärtig einer dem Zeitbedurfnisse entsprechenden reiflichen Erwägung und umfassenden Erörterung, wobei die Wünsche des Landrathes geeigneter Prüfung werden unterzogen werden, soweit denselben nicht bereits durch die Unsern Consuln in Nordamerica ertheilten Instructionen entsprochen worden ist, welche sowohl eine zweckmäßige Wahl der Ansiedelungen, als auch die Erhaltung deutscher Nationalität unter den Auswanderern zu fördern beabsichtigen. Mit Wohlgefallen vernahmen wir den lebhaften Wunsch des Landrathes, der mit Unserem eigenen übereinstimmt, daß die Deutschen in Nordamerica Deutsche bleiben möchten und ihre Nachkommen gleichfalls. 4) Der Bitte des Landrathes wegen Errichtung einer Handelskammer im Regierungsbezirke von Niederbayern ist durch die unter dem 2. Januar l. Js. an Unsere Kreisregierung, Kammer des Innern, erlassene Entschließung entgegengekommen. 5) Der Magazinirung von Aerarialgetreide ist schon seither die thunlichste Bedachtnahme zugewendet worden, wofür die in den jüngsten Jahren den durch Mißernte, Hagelschlag und Hochwasser beschädigten Unterthanen bewilligten sehr beträchtlichen Naturalvorschüsse den sprechendsten Beweis gewährten, und Wir wollen in Erwägung ziehen, wie derselben eine mit der Verwirklichung der budgetmäßigen Staatseinnahmen vereinbare Berücksichtigung auch fernerhin zu Theil werden könnte. 6) Wie bisher schon bei der künftigen Uebernahme des bayer. Donau-Dampfschifffahrts-Unternehmens die Förderung und Belebung des niederbayerischen Verkehrs und Handels im Auge behalten worden, ebenso werden Wir diesem Regierungsbezirke, namentlich bei seinerzeitiger Erweiterung des bayer. Eisenbahn-Netzes, die geeignete fernere Rucksichtnahme nicht entziehen, wollen jedoch in dieser Beziehung den Landrath dermalen auf die, in dem ersten Abschnitte des Stände-Abschiedes vom 23. Mai 1846 unter §. 5. ertheilte Erklärung hingewiesen haben. Die Anerkennung des Landrathes bezüglich der beabsichteten Einleitungen für Mündlichkeit und Oeffentlichkeit der Rechtspflege und für Trennung der Justiz von der Administration hat Uns zur besonderen Befriedigung gereicht. Indem Wir dem Landrathe von Niederbayern gegenwärtigen Abschied ertheilen, geben Wir demselben gerne die vollste Zufriedenheit über die von ihm in den vorliegenden Verhandlungen neuerdings bewährte Gediegenheit, Umsicht und Berufstreue zu erkennen, und versichern denselben Unserer Königlichen Huld und Gnade. München, den 2. April 1848. Max. v. Beisler. v. Thon-Dittmer. Heintz. Lerchenfeld. von der Mark, Generalmajor. Graf v. Waldkirch. Nach dem Befehle Sr. Maj. des Königs: der geheime Secretär des Staatsrathes, Rath Frh. v. Kobell.

München, 24. April. Das königl. Regierungsblatt vom 22. April (Nr. 23.) enthält den Abschied für den Landrath der Pfalz über dessen Verhandlungen vom 15. bis 26. Juni und eine Bekanntmachung Uniformstickereien betreffend, und das heute erschienene Regierungsblatt setzt kraft allerhöchster Entschließung die Polizeistunde auf 12 Uhr Mitternacht, in den Märkten durchgängig auf 11 Uhr, und in den Landgemeinden auf 10 Uhr fest vom 1. April bis 30. Sept. — Ferner ist demselben Blatte zufolge von nun an jedem Brauer ohne Rücksicht auf örtliches Herkommen die Befugniß zum Minuto-Verschleiß vom Sommerbier auf den Lagerkellern innerhalb der hiefur bestimmten Zeit zugestanden. Die Schenkzeit auf dem Lagerkeller ist auf Mai, Juni, Juli, August und September ausgedehnt. — Ferner sind die bisherigen 20 Palastdamen der Königin Therese in gleicher Würde bei Ihrer Maj. der Königin Marie bestätigt worden.

*† München, 24. April. Se. k. Hoh. Prinz Max in Bayern ist gestern Abends 5 Uhr nach dem Oberlande abgereist. Gestern Mittags 12 Uhr ist das erste Jägerbataillon von Burghausen hier eingetroffen. — Heute Vormittag fand eine große Volksversammlung, geleitet vom Bahnhofclubb, in dem Garten von Neuberghausen statt.

München, 20. April. Der hiesige Volksverein hatte seine gestrige zweite Versammlung. Gegenstand der Debatte waren 1) die Parteien, welche als vier in sich abgegrenzten Richtungen, conservative, liberale, ultramontane und republikanische, genau gezeichnet wurden, sodann 2) die Form der zu schaffenden Centralgewalt Deutschlands. Die letztere Frage wurde aus geschichtlicher Erfahrung und mit Rucksicht auf die Erhaltung der eigenthümlichen Stammes- und Staatenbildung der einzelnen Bestandtheile Deutschlands auf die Entscheidung zu führen gesucht, ob nicht ein Präsident mit einem, dem von den verschiedenen Staaten beschickten Senat und dem aus dem Volke frei gewählten Parlamente verantwortlichen Bundesministerium und mit einem Bundesgerichtshof einem Kaiser vorzuziehen sey, gleichviel, ob dieser Wahl- oder Erb-Kaiser wäre. Die Debatte ist noch nicht zu Ende geführt, scheint aber überwiegend sich für einen Präsidenten aussprechen zu wollen. Man beabsichtigt die durchdringenden Ansichten in präcis motivirter Zuschrift dem constituirenden Parlament zu übersenden. Ein vierter Clubb, bei Weinwirth Gmähle, ist gebildet mit der Devise: „conservativ-constitutionell."

||| München, 23. April. In der gestrigen 8. Versammlung des Bahnhof-Clubbs, welche Nachmittags um 4 Uhr begann, wurde vor allem der Grundsatz aufgestellt und angenommen, daß man sich über die Personen der in München aufzustellenden Candidaten für das deutsche Parlament einigen müsse, um die Kräfte nicht für verlorene Stimmen zu zersplittern und so vielleicht einer andern compacten Partei in die Hände zu arbeiten. Sofort erfolgte eine schriftliche Wahl für die zwei Abgeordneten und vier Ersatzmänner. Eine weit überwiegende Stimmenmehrheit ergab sich für die Herren Prof. Jos. Müller und Prof. Fallmerayer. Da des letztern politisches Glaubensbekenntniß der Versammlung nicht zur Genüge bekannt war, und von mehreren Seiten mit Hinblick auf seine in der Augsburger Allgemeinen Zeitung enthaltenen Berichte aus dem Orient über Rußland, Griechenland, die Türkei und Aegypten Zweifel über seine politische Gesinnung laut wurden, wurde aus der Versammlung eine Deputation an ihn abgesendet, um seine Erklärung über seine politischen Ansichten einzuholen. Diese Deputation theilte später der Versammlung als Resultat ihrer Sendung mit, daß Hr. Prof. Fallmerayer sich Anfangs mit den im Wahlaufruf des Clubbs enthaltenen Grundsätzen vollkommen einverstanden, dann aber bei Durchgehung der einzelnen Puncte bezüglich der Oberleitung für Deutschland erklärt habe, daß er hierüber noch keine feste politische Ansicht gewonnen und er sich zur Zeit mit der von hoher Hand ihm mitgetheilten Idee befreundet habe, daß Deutschlands Oberleitung abwechselnd in die Hände der Mächte von Oesterreich, Preußen und Bayern zu legen sey. Da diese Idee mit der Glaubensmeinung des Clubbs im vollsten Widerspruche steht, konnte Hr. Prof. Fallmerayer als Wahlcandidat vom Clubb weder aufgestellt noch unterstutzt werden, und es wurde zu einer neuen Abstimmung für einen Candidaten geschritten, durch welche, obwohl bei der ersten Abstimmung nach dem Hrn. Prof. Müller und Fallmerayer Hr. Prof. Neumann die meisten Stimmen hatte, die Mehrzahl der Stimmen auf Hrn. Rechtsconcipienten Dr. Hermann fielen, welcher somit neben Hrn. Prof. Müller als Wahlcandidat für München vom Clubb aufgestellt und unterstützt wird. Beide sind Männer von anerkannter Tüchtigkeit und Freisinnigkeit und wärmstem Interesse für Deutschlands Wohl und Ruhm und werden, wenn sie, wie zu wünschen, die Majorität der Wahlmänner für sich gewinnen, im deutschen Parlament im Sinne des Wahlaufrufs und für Recht, Freiheit und Volkswohl kräftig ihre Stimme erheben. — Als Ersatzmänner erhielten die Majorität der Stimmen die Herren Dr. Greiner, Dr. Ringler, Dr. Riedel und Dr. Marggraf. Außerdem fielen die meisten Stimmen auf Hrn. Oberbergrath Feder und Hrn. Dr. Quitzmann. Morgen in der Volksversammlung, zu welcher eine allgemeine Einladung heute an den Straßenecken angeheftet ist, werden die Herren Wahlcandidaten öffentlich ihr politisches Glaubensbekenntniß ablegen.

Nachschrift vom 24 April. Der gestern Abends erschienenen „Allgemeinen Zeitung" zufolge hat der Fünfziger-Ausschuß in Frankfurt zu der vom Bahnhof-Clubb ausgegangenen Adresse, das bayerische Wahlgesetz betr., welche in Nro. 97 dieses Blattes enthalten ist, seine Uebereinstimmung erklärt. Eine schönere Anerkennung und Rechtfertigung seiner Grundsätze konnte dem Clubb nicht zu Theil werden.

† München, 24. April. In einer der letzteren Nummern des „Nürnberger Correspondenten" unternahm es eine sichtlich weder liberale noch auf dem juristischen Feld routinirte Feder die Bekanntmachung der königl. Polizeidirection vom 23. März in Schutz zu nehmen. Fr. Trautmann hat aber dieselbe auf eine so unwiderlegbare Weise angegriffen, daß jeder Verfechter jener willkürlichen Maßregel sich nur selbst schlagen kann, wenn er es auch richtiger und sachgetreuer angiuge, als der Verfasser des besagten Correspondenzartikels. Trautmann ist so sehr im Recht, daß man ihm die abgenommenen Taxen schon zurückerstattet hat, und daß überall, trotz der Polizeibekanntmachung, Flugblätter verkauft werden, und was die Rücknahme der Bekanntmachung betrifft, so wird sie erfolgen müssen, wenn es eine Gerechtigkeit gibt.

⁓ Von der Donau, 21 April. Mit Dank können die vielfache Erleichterung dem Landmanne bringenden Entwürfe über Ablösung der grundherrlichen Lasten hingenommen werden. Ein nicht geringes Opfer, erhalten diese Gesetzentwürfe die Genehmigung der Kammern, bringen hierin die Besitzer grundherrlicher Rechte, seyen es Private oder Stiftungen und Kirchen oder auch der Staat. Die Wohlthaten, welche dadurch dem Landmanne gereicht werden, kommen auch der Cultur des Bodens zu Statten, und ihre Erhöhung, der vermehrte Wohlstand, der daraus für den ganzen Staat hervorgeht, wird auf unser gesammtes Vaterland sich vollauf zurückwirken, alle Industriezweige werden allmählig davon vortheilhaft berührt werden. Gleichwohl kann dem aufmerksamen Beobachter und denkenden Vaterlandsfreunde nicht entgehen, daß hiedurch in anderer Beziehung einer nicht unwesentlichen Besorgniß neuer Grund gegeben wird. Es ist diejenige, welche aus dem Mangel aller Vorräthe an Getreidfrüchten in den Händen des Staates hervorgehet, und für den Fall erfolgender Mißernten und dadurch bewirkter Preissteigerung des Brodes volle

Bedeutung erlangt. Keineswegs will deßhalb die Durchführung der Ablösung der grundherrlichen Rechte beanstandet werden; allein es erwächst hieraus nur eine um so dringendere Pflicht des Staates, für derlei Fälle eine gründliche und ergiebige Vorsorge zu treffen. In dieser Beziehung daher folgende Andeutungen, welche Referent dem zur Durchsicht mitgetheilten Manuscripte eines Werkes „Betrachtungen über Staatswirthschaft" des vormaligen k. Advocaten, nun k. Stadtgerichtsrathes Dr. v. Günther, früher in Würzburg, nun zu München, entnommen hat und zur allgemeinen Beherzigung empfehlen zu müssen glaubt. Der ehrenwerthe Verfasser gibt vornehmlich zwei Mittel an, welche der Staatsverwaltung zur Verhinderung von Brodmangel und großer Theurung zu Gebote stehen. Nämlich a) Errichtung von Getreidmagazinen im ganzen Lande ohne Verwaltungskosten und Staatsgebäude; b) Errichtung eines Dauermehlmagazins mittelst Emmission von darauf begründeten Schatznoten. — Folgendes diene zur nähern Erläuterung: Zu a. Es kann angenommen werden, daß 5 Pf. Brod auf die Woche im Durchschnitt den Bedarf eines Menschen deckt, weil Kinder, Alte und Personen höherer Stände um das weniger consumiren, was der gemeine Mann und Arbeiter etwa mehr bedarf. Ist der Bedarf auf 3 Monate gedeckt, so ist in einem Getreidlande wie Bayern sicher jedem erheblichen Unglücke vorgebeugt. Eben so wird es nicht nöthig seyn, sich um den Bedarf an Weizenmehl zu bekümmern, indem dessen Genuß nicht so wie des Kornbrodes unabweislich nothwendig erscheint. Der Bedarf an Kornbrod ist nun nach obigem Maßstabe für eine Bevölkerung von 4½ Mill. Einwohner auf 3 Monate 3 Millionen Centner Brod. Aus 1 Schffl. Korn können ohne Nachtheil der hinlänglichen Qualität, besonders wenn die Mitze durch Mahllohn in Geld surrogirt wird, 3 Ctr. Brod erzeugt werden; es ist daher zur Deckung des Kornbrodbedarfs auf 3 Monate für die bayerischen Staatsangehörigen 1 Mill. Schäffel Korn von Nöthen. Die Staatsregierung hat nun aus zu erhebenden statistischen Notizen die Größe des regelmäßigen Kornerzeugnisses im ganzen Lande zu ermitteln und zwar mittelst einer jährlich zu erneuernden Durchschnittsberechnung aus den letzten 3 Jahren. Die erforderte Million Schäffel Korn wird hiernach auf die Kreise, darin auf die Bezirke, und in solchen auf die Gemeinden immer nach dem Verhältnisse ihres durchschnittlichen Kornerzeugnisses ausgeschlagen. Was nun auf jede Gemeinde davon trifft, diese Quantität hat dieselbe in guter schrannenmäßiger Qualität von der Ernte an bis zum darauf folgenden 30. April jeden Jahres unter solidarischer Haftung aller Gemeindeangehörigen der Disposition des Staates bereit zu halten. Hat der Staat bis zu diesem Tage nicht disponirt, so hat jede Gemeinde freie Dispositionsbefugniß. Disponirt der Staat bis zu diesem Tage über die ihm bereitzuhaltende Quantität ganz oder theilweise, so hat jede betreffende Gemeinde das beanspruchte Quantum an das nächste Rentamt zu liefern, woselbst dafür der Durchschnittspreis aus den Schrannenmittelpreisen der vorausgehenden Monate November, December und Jäner bezahlt wird. Von den k. Rentämtern wird dann um denselben Preis unter Zuschlagung einer angemessenen Vergütung für Schwand dieses aufgekaufte Korn an die bedürftigen Gemeinden abgegeben. Die Gemeinden bedürfen keine Speicher und Verwaltung, indem sie ihr zu contribuirendes Quantum auf die in der Gemeinde befindlichen Producenten ausschlagen, und das Getreide bei diesen gegen Ausstellung von Haftscheinen liegen lassen. Dem Staate ist so das Mittel gegeben, eine bis zur Ernte ausreichende Quantität an Korn dem Speculationsgeiste der Exportation zu entziehen, und ohne wesentliche Belästigung der Staatsangehörigen dem tiefgreifenden Unglücke des Mangels und wucherischer Theurung vorzubeugen. Ein vorübergehender Ausgangszoll, dann sachgemäße Verordnungen und Instructionen über die Verwendung dieser Vorräthe in den Gemeinden regeln leicht den Gang der Sache so, um den Erfolg zu sichern. Zu B. Dauer oder Trockenmehl, besonders wenn solches in erwärmenden Räumen mittelst einer Maschienerie einigemal gesiebt, sodann mittelst der hydraulischen Presse comprimirt in luftdichtverwahrten Kasten verpackt worden, verträgt ohne Nachtheil seiner Substanz und Qualität eine vieljährige Aufbewahrung. Wenn nun ein Staat, wenn das Korn per Schäffel unter 12 fl. zu stehen kömmt, einen Vorrath dieser Frucht, welcher Obigem zu Folge bis auf 1 Million Schäffel anwachsen soll, ankauft, diesen zu solchem Dauermehl verarbeiten und verwahren läßt: so hat er das Mittel, wenn der Preis des Korns auf 16 fl. per Schäffel steigt, das Mehlproduct eines Schäffels um 16 fl. an die Consumenten abzugeben. Die nächste Wirkung dieser Maßregel ist nicht nur Vorbeugung jeden Mangels und allzu schwerer Theuerung, sondern auch ein wohlthätiger Einfluß auf den Getreidemarkt dahin, daß sowohl allzustarkem Sinken als unmäßigen Steigen der Preise mit einer Macht von 1 Mill. Schäffel Korn entgegengetreten werden kann. Die Mittel zu diesem Unternehmen verschafft sich der Staat durch Emission von Schatznoten, die wie Banknoten auf hinterlegtes Silber und Gold, so auf den in Mehl hinterlegten Werth gegründet sind. Sie sind eine unverzinsliche Staatsschuld, die aus den Verkaufspreisüberschüssen, abzüglich der Magazinirungskosten mit der Zeit im Wege der Verlosung und Vernichtung der eingelösten Schatznotenscheine getilgt wird. Es würde zu weit führen, hier das Technische der Behandlung des Mehls und das Räthliche der Emittirung solcher Schatznoten näher ausführen zu wollen. Der Verfasser des dem Referenten mitgetheilten Manuscripts hat dieß in einer im März oder April v. J. dem königl. Staatsministerium des Innern vorgelegten besonderen Abhandlung bereits gethan, indeß nichts über den Erfolg vernommen. War es doch ein Vorschlag, der nicht aus der Mitte der dort herrschenden dunkelhaften Bureaucratie hervorgegangen war, wie hätte darum auch das damalige Ministerium ein Gewicht darauf legen sollen? Möge übrigens diese Andeutung nicht verfehlen, die Aufmerksamkeit einer erleuchteten Regierung, tüchtiger Ständemitglieder und des denkenden Publicums auf einen Gegenstand von gewiß nicht untergeordneter Bedeutung zu lenken.

Das Nürnberger Freicorps, durch Se. Maj. den König bewaffnet, ist, 25 Mann stark am 23. nach Schleswig-Holstein abgegangen.

Bamberg, 19. April. Es bestand dahier früher bloß ein Comité für Volksversammlungen, welches aber durchaus keine republikanischen Zwecke verfolgte. Erst nach Rückkunft des Rechtsanwalts Titus von Frankfurt, woselbst er mit der Minorität gestimmt hatte, wurde im Comité die Frage aufgeworfen, ob die einzelnen Glieder republikanische oder constitutionell-monarchische Gesinnungen hegten. Die Majorität neigte sich ersteren zu; die Minderheit, und darunter die beiden Rechtsräthe Barlet und Reichert, bekannten sich zu letztern. Uebrigens erklärte auch die gesammte Majorität, daß ihrer Meinung nur auf friedliche gesetzliche Weise Geltung verschafft werden solle. Das Comité löste sich hierauf in der Volksversammlung vom 10. d. Mts. auf, nachdem in ihr die meisten Comitémitglieder ihre politischen Bekenntnisse, die beiden Rechtsräthe im constitutionell-monarchischen Sinne, öffentlich abgelegt hatten. Die Wahlen zu einem neuen Comité für Volksversammlungen sind gegenwärtig noch im Gange. Inzwischen hatten die constitutionell-monarchisch gesinnten Einwohner am 13. d. Mts. eine Versammlung veranstaltet, woran sich auch die erwähnten Rechtsräthe betheiligten, indem sie ihre mit dem Zweck der Versammlung harmonirenden Gesinnungen wiederholt aussprachen. Beide wurden auch in das aus 15 Mitgliedern bestehende Comité für constitutionell-monarchische Wahlen erwählt, nachdem sie vorher die ihnen durch Acclamation zugedachte Theilnahme am Wahlausschuß abgelehnt hatten. (A. Z.)

Aus der bayerischen Rheinpfalz, 13. April. Mit Jubel werden bei uns die Nachrichten begrüßt: 1) daß Pfarrer Franz wieder in sein Amt eingesetzt ist; 2) daß Rust aus dem Oberconsistorium entfernt, zwei andere Mitglieder dieses Collegiums Gruber und Kayser quiescirt werden sollen; 3) daß eine außerordentliche Generalsynode berufen werden wird; 4) daß vollkommene Studienfreiheit mit dem nächsten Semester eintritt; 5) daß die confessionelle Trennung bei den Schullehrerseminarien, sowie bei dem Geschichtsunterrichte an den Gymnasien aufhören soll, und 6) daß bei dem Seminare in Kaiserslautern und bei dem Consistorium zu Speyer Personalveränderungen bevorstehen. — In großer Spannung sieht man den baldigen Wahlen für das deutsche Parlament entgegen. Bereits wurde es mit Beifall vernommen, daß der Pfalz eine gerechtere numerische Vertretung zugestanden ist. Es dürfte nicht überflüssig seyn, jetzt schon einige Namen öffentlich zu nennen, die der hohen Aufgabe durch Intelligenz und Charakterfestigkeit besonders gewachsen seyn möchten. Nach bester Ueberzeugung nennen wir: Kolb von Speyer; Stockinger und Spatz von Frankenthal; Schmidt von Kaiserslautern, den Redacteur des „Boten für Stadt und Land"; Bruckner von Neustadt; Hofmus von Kusel; Pfarrer Tafel von Zweibrücken; Weizel von Dürkheim; Pfarrer Weber von Pirmasenz; der allgemein deutsche Namen: Diesterweg in Berlin. Wenn wir endlich mit Freuden sehen, daß patriotische Männer, die bisher in der Verbannung lebten, wie Venedey und Andere, bereits in Frankfurt in eine schöne Wirksamkeit getreten sind, sollten wir nicht auch derer gedenken, die aus unserem Lande bis jetzt verbannt waren, und deren patriotische Gesinnung sich jederzeit bewährt hat? an unsern wackern, verbannten, in der Schweiz als Lehrer angestellten Landsmann Knöbel von Kirchheimbolanden. (D. Z.)

Württemberg.

Stuttgart, 19. März. Unter Parlamentscandidaten, mit begründeter Hoffnung gewählt zu werden, befinden sich die alten Vorkämpfer der liberalen Partei Schott, Pfizer, Murschel. Fetzer tritt für Maulbronn, Vaihingen und Umgegend auf, Professor Wurm in Hamburg (geb. Württemberger) für Eßlingen; für David Strauß haben sich die Wähler seiner Vaterstadt, Ludwigsburg, entschieden erklärt. Für Reutlingen werden Fallati und Vischer aus Tübingen genannt, Tafels Wahl in Schorndorf ist gewiß, in den zugehörigen Orten Welzheim, Lorch u. s. w., hat er an Scholl einen Mitbewerber.

Baden.

Am frühen Morgen des 20. ist die Heckersche Schaar die am 19 von Schopfheim nach Kandern gerückt, an letzterm Ort von hessischen und badischen Truppen unter General von Gagern, der leider von 2 Kugeln getroffen geblieben, gänzlich geschlagen und zerstreut worden. Hinter Kandern fand das Gefecht statt; in die Stadt wurden 12 Todte, darunter 4 Militär gebracht; 16 Militärs sind verwundet 1 Freischärler ist verwundet und 8 gefangen. Am 19. waren Struve und Weißhaar mit Aufstandsversuchen in Lörrach durchgefallen. Die württembergischen Truppen standen am 21 zwischen Degern und Waldshut. — Hecker ist über Rheinfelden in Basel eingetreten. Die deutschen Arbeiter aus Elsaß stehen 260 Mann in Großhuningen. v. Gagern tief betrauert wird in Freiburg bestattet. — Bei Steinen wurde die Schaar von Struve und Weißhaar (1000 Mann) zersprengt und die hessischen und badischen Truppen mit Jubel in Steinen aufgenommen. An Gagerns Stelle ist bereits Generalmajor Hoffmann abgegangen. Württemberger machten bei Grimelshofen von flüchtigen Freischärlern 40 gefangen. (Basl. Z. und A. Z.)

K. Sachsen.

Eine außerordentliche Ständeversammlung ist auf den 18 Mai einberufen, eine vollständige Amnestie ertheilt worden.

Leipzig, 17 April. Der deutsche Verein in Leipzig hat unterm 13. eine Adresse an den Fünfzigerausschuß erlassen, worin er diesen angeht, sofort Maßregeln zu ergreifen und durch den Bundestag dahin zu wirken, daß Oesterreich die gegebenen Erlasse wegen des bis Ende Juni d. Js. angeordneten Ausfuhrverbots alles Goldes und Silbers aus den österreichischen in andere deutsche Staaten unverzüglich wieder aufhebe. Die Adresse erweist die Allgemeinschädlichkeit solcher Maßregel speciell an den Leipziger Verhältnissen.

Kurhessen.

Kassel, 19. April. Nach Jordans Ernennung zum wirklichen Bundestagsgesandten wurde Wippermann zum „Vertrauensmann" beim Bundestage bestimmt. Derselbe scheint indessen seine Stellung als Mitglied des Fünfziger-Ausschusses für zu wichtig gehalten zu haben, als daß er dieselbe mit der Aufgabe eines Vertrauensmannes hätte vertauschen mögen. Zum Vertrauensmanne ist statt seiner der Professor Bergk zu Marburg ersehen und geht schon heute nach Frankfurt ab. Die gestrige Wahl zur Nationalversammlung ist im hiesigen Wahlbezirke mit außerordentlicher Majorität für den constitutionell-monarchischen Candidaten, O.-G.-Anwalt Schwarzenberg, ausgefallen; derselbe hat in hiesiger Stadt von 3504 Stimmen 3401 erhalten, während der republikanische Candidat Professor Winkelblech nur 55 Stimmen erhielt. Die 54 Landgemeinden haben sich die meisten einstimmig für Schwarzenberg erklärt. — Heute ist der größte Theil unseres halben Bundescontingents von hier nach der südlichen Grenze abmarschirt.

Die kurhessischen Standesherren haben die Abtretung der ihnen in Bezug auf Rechtspflege, Polizei- und Kirchengewalt zustehenden Rechte angeboten. In Eschwege ist Dr. Karl Bernhardi zu Kassel, in Hersfeld Gymnasiallehrer Pfarrer Jacobi zur deutschen Nationalversammlung erwählt worden; beide sind Anhänger der constitutionell-monarchischen Verfassung.

Nach Berichten der „Frankfurter Oberpostamtszeitung" aus Kassel sind in dem benachbarten Arolsen, der Residenzstadt des Fürsten v. Waldeck, bedeutende Unruhen vorgekommen. Etwa 800 Bauern zogen lärmend in die Stadt ein, und zerstörten die Wohnungen des Kammerpräsidenten v. Neumann, des Geheimraths Hegemann und eines dritten Beamten. Alle Möbel wurden vernichtet und die Häuser unbewohnbar gemacht. Die Eigenthümer konnten nur mit größter Mühe ihr Leben retten. Der Befehlshaber der Truppen wurde vom Pferde gerissen, mißhandelt und hatte nur dem muthigen Dazwischenkommen des Prinzen Hermann v. Waldeck die Rettung seines Lebens zu danken. Unter den Aufrührern wurde die Drohung laut, daß sie nächstens das Schloß Waldeck, wo einige hundert Verbrecher sitzen, stürmen und diese befreien würden.

Gr. Hessen.

In Gießen haben Carrière und Vogt Wahlmanifeste erlassen. Beide schließen sich den Forderungen freisinniger constitutioneller Monarchien an. Carrière wünscht die einzelnen deutschen Staaten innerhalb der einheitlichen Nationalversammlung noch durch einen Senat vertreten.

Aus Mainz, 18. April, schreibt man der „Frankfurter Oberpostamtszeitung," daß in Bingen tumultuarische Bewegungen gegen einige der Wucherei verdächtige Juden stattfanden. In Mainz selbst erwartet man in der nächsten Woche 3000 Mann Verstärkungen der österreichischen Bundesgarnison. Eine schleswig-holsteinische Freischaar von 30 Mann geht noch in dieser Woche von da ab.

Preußen.

Berlin. Am 15. April fanden wieder Arbeiterumzüge statt, zum Dank und aus Freude über den erhöhten Taglohn. — Eine Artillerieabtheilung mit 16 Geschützen, welche ihren Einzug in die Residenz halten wollte, wurde von der Bürgerwehr zurückgewiesen. — Der politische und der constitutionelle Clubb halten fast täglich Sitzungen. Letzterer hat die Gründung einer Zeitung als Organ seiner Ansichten beschlossen, und Hrn. R. Prutz einstimmig zum Redacteur derselben ernannt. Dieser Verein zählt 14—1500 Mitglieder.

Berlin, 16. April. Das 15. Stück der Gesetzsammlung enthält die Verordnung betreffend das Verfahren bei politischen und Preßvergehen in der Rheinprovinz und die Wiederherstellung des rheinischen Strafrechts und Strafverfahrens bei politischen und Amtsverbrechen; vom 15. April. Desgleichen über die Herstellung des rheinischen Civilgesetzbuchs in Betreff der Schließung der Ehe für die zum Bezirk des rheinischen Appellationsgerichtshofs gehörigen Landestheile des ehemaligen Großherzogthums Berg von demselben Tage; und das Gesetz vom 15. April über die Gründung der öffentlichen Darlehenscassen und Verausgabung von Darlehenscassenscheinen.

Berlin, 19. April. Dem Vernehmen nach, sind dem k. Gesandten am Bundestage von unserer Regierung bereits die nöthigen Instructionen zugegangen, um die Aufnahme in den deutschen Bund für das Gebiet des ehemaligen Netzdistricts und für die Kreise Birnbaum, Meseritz, Bomst, Fraustadt, so wie für die überwiegend deutschen Theile der Kreise Buk und Kröben, zu beantragen.

Berlin, 20. April. Ein großer Maueranschlag „Aufruf sämmtlicher Maschinen-Arbeiter an die Bürger Berlins" hat heute Morgen unsere Bürger in Schrecken und Wuth gesetzt. Es dauerte kaum eine halbe Stunde, so war der Maueranschlag in allen Theilen der Stadt abgerissen, die Buchdruckerei von Striese und Comp., wo er gedruckt worden, wurde von Tausenden bestürmt und war in Gefahr, demolirt zu werden, Deputationen von Bürgern begaben sich zum Minister des Innern, zum Staatsanwalt. Fünf Stadtverordnete wurden in die hiesigen Maschinenbauanstalten abgesandt, zu erkundigen, ob dieser Anschlag mit Vorwissen der Arbeiter gemacht worden sey. Die Abgesandten brachten Erklärungen der Arbeiter von Borsig, Egells, Hummel und Freund zurück, wonach diese Arbeiter von dem Protest nichts wußten. Derselbe war von einem Herrn Massaloup in die Druckerei gegeben. Auf morgen Mittag ist die Demonstration für die directen Wahlen bestimmt, geleitet vom politischen Club. Die Massen wollen sich auf dem Alexanderplatze ordnen und friedlich vor das Schloß begeben. Dort soll noch eine Deputation an das Staatsministerium abgehen und die Nothwendigkeit des directen Wahlmodus auseinandersetzen. Das Gesammtministerium hat den Polizeipräsidenten v. Minutoli beauftragt, den Aufzug strengstens zu verhindern. (C. v. u. f. D.)

Berlin, 21. April. Das Kriegsministerium hat eine Nachsendung preußischen Militärs nach Schleswig-Holstein verfügt, und es werden demnach das Gardeschützenbataillon, zwei Bataillone des 2., ein Bataillon des 12. Linieninfanterieregiments, zwei Schwadronen des 3. Husarenregiments und eine halbe Batterie der Magdeburger Artillerie unter dem zum Oberbefehlshaber unserer Kriegsmacht in Holstein ernannten Generallieutenant Fürsten Radziwill dorthin marschiren, Major Leue begleitet den Fürsten als Generalstabsofficier.

Nach der „Schlesischen Zeitung" war Hofmann v. Fallersleben am 13. in Breslau angelangt. In Neiße hatte sich eine Gesellschaft zum Gegenwirken gegen republikanische Bestrebungen gebildet, welche sich als Centralcomité für Schlesien zu constituiren beabsichtigt. Das Programm der Gesellschaft faßt sich in die Worte zusammen: Erhaltung und Kräftigung der bestehenden Regierung auf den liberalsten Grundlagen einer zugesicherten Verfassung, und ein entschiedenes Entgegentreten allen republicanischen und damit verbundenen anarchischen Bestrebungen, welche die Auflösung der gesetzlichen Ordnung zum Zweck haben.

Breslau, 18. April. Der gestrige Abend war ein höchst betrübender. Eine Rotte hat die Ruhe unserer Stadt, nur in der Absicht, um zu rauben und zu plündern, gestört. Viele Läden sind demolirt, des Inhalts ihrer Schaufenster, auch des Innern beraubt. Die Bürgerwehr konnte ohne Munition nur schwachen Widerstand leisten, die Tumultuanten vertheidigten sich mit Steinwürfen, auch durch Schüsse. Später erwiderte die Bürgerwehr mit einzelnen Schüssen, so daß viele Verwundungen, auch eine Tödtung vorgekommen ist. Die von den Tumultuanten Verwundeten und Gebliebenen sind nicht ermittelt. Um 11 Uhr mußte das Militär requirirt werden, worauf dann die Ruhe hergestellt wurde. (Z. H.)

Köln, 17. April. Hier bestehen drei Wahlausschüsse ein constitutioneller, democratischer, katholischer. Der Borromäusverein wird eine Zeitung herausgeben. — In Münster besteht ein katholisches Wahlcomité. (Der Stachel tritt schon wieder heraus.)

Köln, 17. April. Die Unruhen in Aachen sind der allerernstesten Art. Zwischen Militär und Civil hat nur eine Rauferei stattgefunden, aber zwischen den Arbeitern und den bewaffneten Bürgern ist ein förmlicher Kampf entbrannt. Die Veranlassung zu diesen furchtbaren Auftritten haben, wie bereits gestern berichtet, die Rohheiten und Excesse der pommerschen Reserven des 34. Regiments gegeben; der Bürgerwehr gelang es indeß, die erbitterten Haufen zu trennen. Das Militär wurde einstweilen in die Casernen consignirt. Gestern nun zogen die Reserven, unter dem Geleit und Schutz der Bürgerwehr der Eisenbahn zu, als am Thor die zahlreichen Arbeiter, wüthend, daß die gehaßten Gegner ihnen entgehen sollten gegen ihre Reihen herandrängten. Vergebens versuchten die Bürger durch gütliches Zureden die tobende Masse zu beschwichtigen, vergebens mit gefälltem Bajonnet sich den Durchzug zu erzwingen, es erfolgten endlich die drei gesetzlichen Aufforderungen und dann wurde Feuer gegeben. Jetzt aber spann sich in wilder Wuth der Kampf fort. Es wurden Barricaden an mehreren Stellen errichtet; bald hier bald dort waren die Bürger gezwungen von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, erst gegen 11 Uhr waren die Straßen einigermaßen gesäubert. Acht Todte, darunter ein Frauenzimmer sind zu beklagen; die Zahl der Verwundeten, auch unter den bewaffneten Bürgern, ist sehr beträchtlich. Die letzten sicheren Nachrichten sind von heute morgen 7 Uhr, wo sich beim Abgang des ersten Bahnzugs aller Orten bereits wieder drohende Haufen zusammenrotteten. Nach Gerüchten wären gegenwärtig die Arbeiter Meister der Stadt und hätten die Bürgergarde vollständig zurückgeschlagen. (A. Z.)

Köln, 18. April. In Aachen ist, so weit man hier berichtet ist, äußerlich wieder hergestellt, aber es gährt gewaltig und der kleinste Anlaß kann eine Explosion herbei führen. Die Bürgergarde hat nicht auf Commando gefeuert, sondern die Schüsse welche gefallen, sind von einzelnen ohne Commando ausgegangen. (A. Z.)

In Aachen ist am Abend des 17. keine fernere Ruhestörung vorgekommen. Die Besatzung ist bedeutend verstärkt. Viele Verhaftungen innerhalb und außerhalb der Stadt.

(Cabinets-Ordre in Betreff Posens.) Ich erkläre Mich mit der auf Veranlassung verschiedener Petitionen der deutschen Bewohner des Großherzogthums Posen Mir vorgetragenen Ansicht des Staatsministeriums dahin völlig einverstanden, daß die der polnischen Bevölkerung der Provinz verheißene nationale Reorganisation auf diejenigen Landestheile des Großherzogthums, in welchen die deutsche Nationalität vorherrschend ist, nicht ausgedehnt werden darf. Vielmehr ist es Mein Wille, daß der von diesen Landestheilen beantragte Anschluß derselben an den deutschen Bund ohne Verzug bei der deutschen Bundesversammlung vermittelt werde. Durch eine solche Trennung der deutschen Landestheile der Provinz werden zugleich die wesentlichsten Hindernisse, welche der nationalen Reorganisation des polnischen Theils des Großherzogthums entgegen treten könnten, beseitigt werden, so daß diese Reorganisation nunmehr um so vollständiger zur Ausführung kommen kann. Potsdam, den 14. April 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (gez.) Camphausen. v. Auerswald. An das Staatsministerium. (Allg. Pr. Z.)

Die aus Schroda ausgeworfenen Corps der polnischen Insurgenten haben in den Städten Kostau und Grätz gegen jüdische und christliche Einwohner, ihre Häuser und Habe, die größten Excesse verübt, fast unsäglich sind diese Unordnungen in Wreschen durch die dasigen Polenhaufen ausgefallen

Mit Bestimmtheit wird so eben verkündet, daß General von Colomb die Excesse zu Wreschen als Bruch der Convention betrachtet und von den Polen bei Miloslaw die Auslieferung der Mörder und Räuber verlangt hat, widrigenfalls er „mit Kanonen sprechen würde."

Schleswig-Holstein.

Aus Schleswig-Holstein, 14. April. Die von dem Könige von Dänemark ernannte provisorische Regierungscommission hat ein aus Hadersleben datirtes Circular an alle Beamte, mit Einschluß der Communalvorsteher, erlassen, welches 6 Fragen zur Beantwortung enthält. Die erste ist z. B. die: Ob sie den König von Dänemark als ihren angestammten Landesherrn anerkennen und versprechen, demselben treu, hold und gewärtig seyn zu wollen? Ferner, ob sie die provisorische Regierung anerkannt hätten? Welche Befehle sie in Ausführung gebracht? Ferner die Angelobung, keine Acte derselben oder ihrer Handlanger (der officielle Name der schleswig-holsteinischen Regierung) zu vollziehen. (H. C.)

Aus Schleswig-Holstein, 16. April. Justizrath Schleiden ist von Frankfurt eingetroffen und bringt der provisorischen Regierung die Nachricht, daß der Bundestag dieselbe anerkannt habe. Der Herzog von Braunschweig ist eingetroffen.

Schleswig-Holstein. Die Dänen haben 24,000 Mann reguläres Militär, dann die Freischaaren; das preußische Militär beträgt 14,000 M., die Bundesarmee 10,000 Mann. Das reguläre Militär der Herzogthümer etwa 6000 M. und 3000 M. Freischaaren. All dieß wird durch die Macht der dänischen Marine absorbirt.

Rendsburg, 15. April. Das fünfte Jägercorps nebst dem Studenten- und Turner-Corps hat so lange gegen die ganze dänische Armee gekämpft, bis der Major Michelsen fiel, und die unsrigen sich gänzlich eingeschlossen sahen, so daß ein längerer Widerstand unmöglich war. Während des Gefechts schossen die Dänen von den Kriegsfahrzeugen mit Kartätschen auf die Hohlwege bei Flensburg, wo ihre eigenen Leute aufgestellt waren, von denen eine nicht geringe Zahl getödtet oder verwundet ward. Die angesehneren Gefangenen, die Jägerofficiere und die Studenten und Turner, welche nicht verwundet waren, sind auf dem Dampfschiff Iris nach Kopenhagen transpor-

tirt. Ein Augenzeuge der Abfahrt berichtet, daß diese Gefangenen von den Dänen gezwungen wurden, den Weg zum Schiff die Armee kreuzweise über die Brust gelegt zu gehen, daß sie in den Schifferaum hinabgestoßen und dabei häufig mit Fußtritten mißhandelt wurden. Eine dumpfe Verzweiflung war auf den Gesichtern der Unglücklichen ausgedrückt. Bei der Pöbelherrschaft, die in Kopenhagen herrscht, sind sie alle in der größten Gefahr schmählich ermordet zu werden. In Schleswig haben die Dänen das Mobiliar in dem Palast des Prinzen Friedrich von Schleswig-Holstein-Augustenburg zerstört. Weinkeller in der Stadt sind geplündert worden. (A. Z.)

Aus Rendsburg, 15. April (Nachmittags) berichtet man der „Hamburger Börsenhalle": In alle Dörfer senden die Dänen Emissäre, welche Schleswigs Verbindung mit Dänemark anpreisen und Warnungen gegen die „Aufrührer" ergehen lassen. Dänische Kriegsschiffe kreuzen überall auf der Ostsee, eines legte sich neulich in den Fehmarnerschen Sund, wurde aber dann an der holsteinischen Küste gesehen. Das Luckner'sche Freicorps meist aus Schleswiger Stadtkindern bestehend, hatte sich nach dem Gefechte bei Krusau nach Schleswig gewendet ehe die Dänen einrückten, und als dies geschah, verriethen diesen drei Dänen Namen und Aufenthaltsort der jungen Männer. Trotzdem konnten diese noch entfliehen, und haben sich nun dem neugebildeten Turnercorps eingereiht, welches morgen ins Feld rückt. In der Stadt Schleswig ist auch der Kirchenpropst und Hauptpastor Nielsen, der dort verblieben war, seines Amtes entsetzt. In der Stadt Flensburg ist der Hardesvogt Scholtz verhaftet und fortgeschleppt worden.

Rendsburg, 16. April. Diese Nacht ist hier der Bundesbeschluß vom 12. d. Mts. angelangt, daß zur Sicherung der Union Schleswigs mit Holstein die Aufnahme des ersteren Herzogthums in den Bund das geeignetste Mittel sey, und daß deßhalb vorerst die Räumung des Landes von den dän. Truppen durch Preußen zu veranlassen und nöthigenfalls zu erzwingen sey. Bei den späteren Vermittlungsversuchen habe Preußen nur auf der Basis der Aufnahme Schleswigs in Deutschland zu verhandeln. Inzwischen wird die provisorische Regierung von dem Bundestage anerkannt und ihre Personen und Anhänger nöthigenfalls unter den Schutz Preußens gestellt. (A. Z.)

Rendsburg, 17. April. Bis zum 18. ward in dem preußischen Ultimatum den Dänen Frist gelassen, das Herzogthum Schleswig zu räumen, wenigstens ausgesprochen, daß bis dahin kein Angriff geschehen solle. (A. Z.)

Der „Hamburger Correspondent" enthält eine Vertheidigung der Lauenburger Neutralitätserklärung, welcher zugleich die Versicherung beigefügt ist, daß auch die Lauenburger ihre Waffen zur Hand nehmen würden, sowie der Bundestag zur allgemeinen Theilnahme auffordere (dieß ist geschehen.)

Am 14. April erschien die erste Nummer der „Schleswig-holsteinischen Zeitung" unter der Redaction des Hrn. Hanssen, welcher früher am Altonaer Merkur betheiligt war.

Am 16. Abends kam in Altona eine hannöver'sche Batterie reitender Artillerie an, nachdem früh 700 Mann Hannoveraner, 8 Stück preuß'sche Geschütze, 8 Munitionswagen und 122 Pferde, Nachmittag eine gleiche Abtheilung hannoverscher Artillerie nach Wriß und Rendsburg befördert worden waren.

Mecklenburg.

Der außerordentliche Landtag ist auf den 26. April nach Schwerin einberufen.

Hannover.

Die provisorische Correspondenzcommission der „Versammlung der Volksvertreter" (Condeputirten) in Hannover hat am 12. April die Communen des Landes „in Anbetracht der Gefahren des Vaterlandes, und insbesondere der wenig befriedigenden Haltung der Ständeversammlung", zur Wahl, Bevollmächtigung und Absendung von „nicht mehr als zwei Abgeordneten für eine jede" aufgefordert, die sich am 16. April im „Römischen Kaiser" in Hannover einfinden sollen. Hauptsächlich ist es auf den schleunigen Fall der Adelskammer, Abhilfe allgemeiner Beschwerden, Beschleunigung des Ganges der Regierung wie der Stände und die Erwirkung eines provisorischen Wahlgesetzes zum Behuf einer constituirenden Versammlung, der allein das Land die Berathung der neuen Verfassung anvertrauen könne, abgesehen. (D.-P.-Z.)

Aus Hildesheim 18. April Abends 5 Uhr meldet die „Hannoversche Zeitung" daß die Stadt sich unterworfen und die Waffen ausgeliefert habe. Das Militär rückte friedlich in die Stadt

Freie Städte.

Bremen, 17. April. Eine heute erschienene obrigkeitliche Bekanntmachung verfügt die Oeffentlichkeit bei den Bürgerconventen. (Brem. Z.)

Oesterreich.

Wien, 17. April. Hier hat sich eine Freischaar (200 Mann) für Schleswig-Holstein gebildet. — Die Werkstätten und Fabriken entlassen täglich eine beträchtliche Anzahl von Arbeitern. Ueber 3000 deutsche Fahnen wehen von Fenstern, Dächern, Thürmen. Die Zahl der Flugblätter und neuen Zeitungen geht ins Unglaubliche.

Wien, 19. April. England hat, wie Männer aus der nächsten Umgebung des Grafen Fiquelmont uns bestimmt versichern, beim König Carl Albert diplomatische Schritte gethan, die in dem bekannten energischen Ton Lord Palmerstons gehalten einige Wirkung nicht verfehlen konnten. Der britische Minister protestirt gegen den Vertragsbruch, und bedeutet dem König von Sardinien, daß wenn Savoyen und Genua sich unabhängig erklären sollten, er diese Folgen sich selbst zuzuschreiben habe. (A. Z.)

Die mährisch-schlesischen Stände haben am 14 April die Union mit Böhmen — bekanntlich in den Prager Petitionen wiederholt verlangt — einstimmig abgewiesen. (A. Z.)

Schweiz.

Basel, 19. April. Bei dem Anrücken der Heckerischen Schaaren in unsere Gegend, hat Hr. Oberst Frei alle Maßregeln ergriffen, damit das Schweizergebiet weder auf dem rechten noch auf dem linken Rheinufer betreten werde. Eine Compagnie hat die verflossene Nacht an der französischen Gränze bivouakirt, drei Compagnien liegen auf dem rechten Rheinufer in Kl. Hüningen, Riehen und gegen das Hörnli. Die Artillerie ist mobil gemacht. (Basl. Z.)

Italien.

Innsbruck, 21. April. (Aus officiellen Berichten.) Die jüngsten Nachrichten aus Verona bestätigen die Vereinigung des ersten und zweiten Armeecorps daselbst, in der besten Verfassung nach allen Seiten zu operiren. Mantua war auf 4 Monate mit Lebensmitteln versehen; das „Schwert Italiens" stand mit seinem Hauptquartier in Volta, der rechte Flügel in Valegio und Viechill in vollkommener Unentschlossenheit zu weiteren Angriffen. (A. Z.)

Botzen, 19. April. Am 17. früh Morgens zog eine Compagnie Freiwilliger aus Botzen zur Besetzung des Mendelübergangs vom Nonsberg; aus Kaltern brach eine Schaar Bewaffneter eben dahin auf; von Lana her bewachen die Uebergänge, Schützen von Meran und Lana, und mit Compagnien aus diesen Gerichten und von Passeier, woher man heute 300 Scharfschützen erwartet, wird ein Zug in der Richtung von unserer Frau im Walde gegen Fondo statthaben. — So eben verbreitet sich die Kunde von neuen Gefechten mit den Insurgenten bei Vezzano und Riva, in Folge deren sie zurückgeworfen und ihnen viele Leute getödtet worden sind. — Wie wir aus Verona vernehmen, ließ der Feldmarschall Radetzky dieser Tage eine große Recognoscirung auf der Linie von Verona bis Mantua unternehmen: nirgends zeigte sich eine größere feindliche Macht. Große Vorräthe an Lebensmitteln wurden eingebracht. Die Verstärkungen aus Oesterreich sind vom Isonzo aufgebrochen, und im vollen Marsche durchs Venezianische gegen Verona begriffen. — Nachschrift. So eben erhalten wir eine bedeutende Zufuhr an Gewehren von der Armee aus Italien. Sie rühren von der Entwaffnung her, die Radetzky in Verona anordnete. (A. Z.)

Verona, 18. April. Feldzeugmeister Graf Nugent wird mit seinem Corps am 23. oder 24. d. M. in Verona erwartet, von wo sodann die combinirten Operationen gegen die Lombardei eröffnet werden. So eben läuft die Meldung ein; daß in der Richtung von Peschiera Kanonenschüsse gehört werden. (A. Z.)

Triest, 18. April. Endlich haben die Operationen unserer Isonzoarmee begonnen. Die Insurgenten griffen bei Visco einen Vorposten an, tödteten von demselben sieben oder acht Individuen, und die Soldaten der Armee äußerten daher den Wunsch vorzurücken. Ein Regiment Grenzer eilte nach Visco, fand dort starken Widerstand, blieb aber endlich Sieger. Die Aufständischen ergriffen die Flucht, steckten jedoch die genannte, wie noch einige andere Ortschaften in Brand. Unsere Truppen marschiren nun vorwärts. In diesem Augenblicke soll eine Staffette mit der Nachricht von der Einnahme von Palma angelangt seyn; ferner heißt es, daß heute die Aufforderung an Udine sich zu ergeben ergehen werde. (A. Z.)

Die Piemontesen wollten bei Valeggio über den Fluß (Mincio), wurden aber mit ziemlichem Verlust zurückgeschlagen. Auch bei Castelnuovo hatten sie viele Leute verloren. Es werden täglich Gefangene nach Verona gebracht. Am 16. stand Carl Albert mit 10,000 Mann zu Monzambano, 5000 Mann Piemontesen waren gegen Valeggio aufgestellt. Peschiera hielt sich. Verona ist ruhig.

Aus Venedig. Die kleine aber heldenmüthige Besatzung von 16 Mann, vom Infanterieregiment Kinsky (Steyrer), welche den Pulverthurm zu San Spirito in der Festung von Venedig noch immer besetzt hält, hat auf die Aufforderung zur Uebergabe erklärt: bei dem ersten Angriff, oder, wenn man sie durch Hunger zur Uebergabe zwingen wollte, den Pulverthurm in die Luft zu sprengen. Dieser heldenmüthige Entschluß zwingt nun den Feind selbst diese wackern Männer täglich mit Lebensmitteln gehörig zu versehen. (Oesterr. Z.)

Einem Wunsche der provisorischen Regierung zu Modena und Reggio entsprechend, hat die venezianische Regierung alle in ihrem Gebiet liegenden Güter des ehemaligen Herzogs von Modena zu Gunsten von Modena und Reggio mit Beschlag belegt. Die venezianische Consulta hat ihre Thätigkeit (am 12. und 13.) damit begonnen, daß sie verschiedene Commissionen ernannt hat, die sich über die Finanzen, die Kriegsmittel der Republik u. s. w. unterrichten sollen. In Friaul hat am 11. die provisorische Regierung die Ausfuhr von Korn, Vieh u. s. w. über die Gränze des Lombardisch-Venezianischen in das Illyrische verboten. Die toscanischen Truppen unter Ferrari sind von ihrem Fürsten ebenso wie die römischen unter Durando unter den Befehl Carl Alberts gewiesen worden.

In Parma selbst ist am 11. d. M. von dem Rath der Alten, der 100 Mitglieder zählt, von denen 88 wählten, eine provisorische Regierung ernannt; Präsident ist Pellegrini.

In Rieti trafen am 7. 4000 Neapolitaner auf dem Durchmarsch nach der Lombardei ein. Die Rüstungen für diese dauern in Neapel fort und General Pepe wird den Oberbefehl erhalten.

Es will sich eine polnische Legion zur Vertheidigung Italiens bilden und später durch Ungarn nach Galizien marschiren. (Alle Bestrebungen der Polen sind deutschfeindlich.)

Die kgl. Admiralität von Sardinien macht bekannt, daß einige Kriegsschiffe alsbald in das adriatische Meer, den Archipelagus und die Dardanellen abgehen sollen, um die sardinische Handelsmarine in diesen Gewässern zu schützen.

Rom. Man fürchtet eine Finanzkrise; das Haus Delahante und Comp., mit dem die päpstliche Regierung im Januar eine Anleihe von einer Million Piaster zahlbar in monatlichen Raten abgeschlossen hatte, kann seiner Verpflichtung nicht nachkommen. Das römische Volk spricht davon, die geistlichen Güter sollten secularisirt werden, die reichen Corporationen und die reichen Privaten sollten Geld darleihen. Mezzofanti hat seine Stelle als Minister des öffentlichen Unterrichts und Vorsteher der Studiencongregation niedergelegt; sein Nachfolger ist seit dem 10. April der Cardinal Carlo Vizzardelli. Von Neapel aus sind am 9. April der Principe di Colobrano, der Principe di Legorano, Biagio Gambeu und Casimiro di Lieto zu Bevollmächtigten bei der Versammlung der italienischen Ligue ernannt; als erster Secretär bei der Versammlung ist den Genannten Ruggiero Bonghi mitgegeben, als zweiter Alfonso de' Marchesi Dragonetti.

Belgien.

Brüssel, 17. April. Die Staatspapiere steigen hier fortwährend.

Frankreich.

Die Ernennung des General Changarnier zum Gesandten am Berliner Hof soll der Sendung des Wiederaufbaues von Polen gelten.

Am 18. las man an den Straßenecken: „Arbeiter, tragt gute Sorge für Waffen und Munition, denn die Revolution ist noch nicht zu Ende!

Großbritannien.

Im Hause der Gemeinen gab am 17. auf einige Fragen des Hrn. Wilson bezüglich der dänisch-deutschen Streitfrage und Englands Verhältniß zu ihr, Viscount Palmerston folgende Antwort: „Ihrer Majestät Regierung hat mehrere Mittheilungen von der dänischen sowohl als der preußischen Regierung über diese Angelegenheit erhalten; in der That wir haben mit beiden Regierungen Mittheilungen gepflogen. Ihrer Majestät Regierung hat allerdings gewünscht, ihre guten Dienste anzuwenden, um diese Mißhelligkeiten zu einer gütlichen Ausgleichung zu bringen, und diesen Wunsch haben wir sowohl an Preußen als an Dänemark eröffnet. Nach der von beiden Theilen ausgedrückten Stimmung darf ich auf Annahme unserer Vermittlung hoffen. (Hört!) Gewiß, nichts wäre beklagenswerther, als wenn der Friede Europas wegen eines Streites dieser Art gestört würde (Zuruf) Sollten die Feindseligkeiten fortdauern, dann hielte ich es allerdings für wahrscheinlich, daß Dänemark welches auf der See stark ist, Maßregeln zur Unterbrechung des Seehandels von Preußen und allenfalls auch von Hamburg wenn dieses thätigen Antheil an dem Kampfe nähme, fassen, d. h. die preußischen Ostseehäfen und die Elbemündung blokiren würde, dagegen, wenn jene Anliegen Gegenstand friedlicher Unterhandlung werden, ist eine solche Handelsstörung wohl nicht zu besorgen. Vom Uebergang preußischer Truppen über die Eider habe ich keine amtliche Anzeige aber die Sache ist wohl möglich." Hr. Disraeli fragte ob das Herzogthum Schleswig nicht der Krone Dänemark vertragsmäßig gewährleistet sey. Viscount Palmerston bejahte diese Frage mit dem Beifügen, Dänemark habe an England appellirt; aber die inneren Anliegen zwischen Dänemark und Holstein glaube Ihrer Majestät Regierung sich nicht einmengen zu dürfen.

Schweden und Norwegen.

Die „Hamburger Börsenhalle" vom 17. sagt: „Nach Berichten eines gestern direct von Stockholm eingetroffenen glaubwürdigen Reisenden ist von außerordentlichen Rüstungen in Schweden durchaus nicht die Rede."

Türkei.

Konstantinopel, 5. April. Man will von einer Verschwörung gegen die jetzigen Minister und gegen alle ihre Reformen, hauptsächlich gegen die beabsichtigte Verbesserung des Volksunterrichts rc. wissen. Die Regierung erhielt aber Kunde von diesen Umtrieben, und ließ wie man wenigstens allgemein versichert, mehreren Ulemas die Köpfe abschlagen. Alle ohnehin zahlreichen Wachen in der Stadt und in den Vorstädten sind bedeutend verstärkt, und starke Streifwachen durchziehen Tag und Nacht die Straßen. Im Arsenal arbeitet man Tag und Nacht. Nach Nissa in Serbien hat man Truppen geschickt. — Die Cholera nimmt immer mehr überhand, gegenwärtig besonders in Kadiköi (Chalcedon).

(A. Z.)

Vereinigte Staaten von Nordamerica und Mexico.

New-York, 15. März. Ein Courier ist mit der Ratification des einer Seits von Trist, anderer Seits von Luis Cuevas, Bernardo Couto und Miguel Atristan unterzeichneten Friedensvertrags zwischen Mexico und den vereinigten Staaten nach Mexico abgeschickt worden, wo er am 25. März eintreffen soll. Zwischen der mexicanischen und americanischen Armee ist für zwei Monate Waffenstillstand geschlossen.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Montag den 24. April: „Martha, oder der Markt zu Richmond," Oper v. Flotow.

Dienstag den 25. April: „Humoristische Studien," Schwank v. Lebrün. Hierauf: „Die Insulaner," Ballet v. Horschelt.

Fremdenanzeige.

Gold. Kreuz. HH. Frhr. v. Guttenberg und v. Stöhr, k. Major v. Bamberg; v. Fürer und v. Stöhr, Gutsbesitzer v. Nürnberg; Varell, Sänger v. Wien; Holmann, Schauspielerin v. Nürnberg.

3 Mohren. Stachusgarten. HH. Faulhuber, Infanterie-Hauptmann v. Baireuth; Montigny, Lieutenant v. Passau; Fritzmüller, Witolzky und Seitz, Schauspieler v. Innsbruck; Diebl, Revisionsbeamter v. Nürnberg; Frau v. Langenmantel v. Rosenheim.

Gestorbene in München.

Magdalena Winter, Schuhmachersfrau v. h., 67 J. alt; Barbara Hailer, Hypotheken- und Wechselbank-Depositärs-Gattin v. h., 33 J. alt; Anna Stadler, Rentamtsbotenswittwe v. Neumarkt, 60 J. alt; Anna Hilz, Gensdarmerie-Brigadierswittwe v. h., 60 J. alt; Victoria Fuchs, Käshändlerstochter v. Appenzell, 18 J. alt; Franziska Jakob, Privatierswittwe v. h., 85 J. alt.

Bekanntmachung.

Aus Auftrag des Secretariats der Kammer der Reichsräthe des Königreichs Bayern wird hiemit bekannt gemacht, daß die gedruckten Kammerverhandlungen bei der hiesigen k. Oberpostamtszeitungsexpedition zu 3 fl. für je 100 Bogen bezogen werden können, wohin man sich mit allenfallsigen Bestellungen wenden wolle.

München, den 15. April 1848.

Stademann,
als Canzlei-Dirigent der Kammer der Reichsräthe.

Das Directorium der Kammer der Reichsräthe bringt hiemit zur allgemeinen Kenntniß, daß zu allen der fortan öffentlichen Sitzungen der Kammer Eintrittskarten für Jedermann verabfolgt werden.

Man wolle sich wegen Erlangung dieser am Eingange abzugebenden Karten an die Expedition der Canzlei der Kammer der Reichsräthe wenden.

Den Redacteuren und Stenographen der öffentlichen Blätter ist eine eigene Tribunabtheilung eingeräumt.

München, den 17. April 1848.

Das Directorium der Kammer der Reichsräthe bringt hiemit zur öffentlichen Kenntniß, daß die Eintrittskarten zu den öffentlichen Sitzungen der Kammer nur für die jedesmal bevorstehende Sitzung gelten, für jede folgende daher neue, anders numerirte Karten erholt werden wollen.

Edictalladung.

2350. (3b) In Folge Erkenntnisses des k. Appellationsgerichts von Oberbayern als Criminalgericht vom 17. März d. Js. wird der Handelsmann Joseph Ullmann von Kriegshaber hiemit aufgefordert, innerhalb 3 Monaten von heute an bei dem unterfertigten Gerichte zu erscheinen, und sich wegen der wider ihn vorliegenden Anschuldigung eines Verbrechens der Unterschlagung zu verantworten.

München, den 23. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der königl. Director:
Barth.
Leitmair.

Pfandauslösung und Versteigerung.

2353. (3c) Donnerstag den 27. April 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat März 1847 und zwar von:

Nr. 44,716 bis 53,524.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Dienstag den 2. Mai öffentliche Versteigerung.

München, den 31. März. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt I. der Stadt München.
L. Negrioli, Magistratsrath.
Hanres, Cassier. v. Zech, Controleur.

Remonten-Ankauf.

2377. (3b) Es wird hiemit bekannt gemacht, daß täglich, die Sonn- und Feiertage ausgenommen, in den Vormittagsstunden von 9—12 Uhr zum Militärdienste brauchbare Pferde von 4 — 7 Jahren in dem Hofe des Hauses Nr. 3 in der Schönfeldstraße von der kgl. Administrations-Commission der Militärfohlenhöfe angekauft werden.

München den 18. April 1848.

Vom hochlöblichen Stadtmagistrate München wurde uns der Sammlungsbetrag der Expedition der Münchener politischen Zeitung mit 50 fl., und durch die Münchener politische Zeitung selbst der Betrag mit 24 fl. 36 kr., also in Summa 74 fl. 36 kr. (siebenzig vier Gulden dreißig sechs Kreuzer) für die Brandleider hiesiger Stadt überschickt.

Indem wir den Betrag obiger Summe anmit erhalten zu haben bescheinigen, sprechen wir allen edlen Gebern im Namen der Brandleider den herzlichsten Dank aus.

Kemnath, 17. April 1848.

Der Hilfs-Ausschuß.
Weigl, Pfarrprovisor.
Dr. Keller.
Wild.
Kugler.
Leopold.

2378. (3b) Der Ausschuß der mechanischen Baumwoll-Spinnerei und Weberei in Augsburg beehrt sich, die Herren Actionäre zu einer außerordentlichen in der Fabrik abzuhaltenden Generalversammlung auf

Dienstag den 23. Mai a. c. Morgens 9 Uhr

einzuladen, um über Abänderung eines in letzter Generalversammlung genehmigten Antrages des Ausschusses zu berathen und Beschluß zu fassen.

Die Generalversammlung beginnt mit der § 14 der Statuten vorgeschriebenen Legitimation der erscheinenden Gesellschaftsmitglieder.

Augsburg den 19. April 1848.

Der Vorstand:
Friedrich Schmid.

Einladung zur Kunstausstellung im Jahre 1848.

2379. Verordnungsgemäß wird, nach dreijähriger Unterbrechung, die nächste durch die unterzeichnete Akademie zu veranstaltende öffentliche Ausstellung von Werken lebender Künstler noch im Laufe dieses Jahres (1848) in dem kgl. Kunst- und Industriegebäude dahier stattfinden. Zu zahlreicher Theilnahme dafür einladend, beehrt man sich anzuzeigen, daß diese Ausstellung am 25. August beginnt und mit dem 25. Octbr. schließt. Die für dieselbe bestimmten Kunstgegenstände sind vom 25. Juli bis spätestens 10. August in dem Ausstellungs-Locale abzugeben. Die ausgestellten Werke können vor dem 25. October, als dem Schlußtage der Ausstellung, nicht zurückgenommen werden; ihre Rückgabe geschieht innerhalb der ersten drei Wochen nach beendigter Ausstellung, also bis spätestens den 15. November. Die Akademie übernimmt nur für die Werke derjenigen Künstler, welche wirkliche oder Ehrenmitglieder dieser Akademie oder von ihr zu Einsendungen besonders eingeladen sind, die Kosten der Her- und Rückfracht; alle übrigen Künstler dagegen werden ersucht, durch beglaubigte Commissionäre an hiesigem Orte ihre zugesendeten Werke in dem Ausstellungslocale franco abgeben und eben so auch deren Verkauf, so wie nach beendigter Ausstellung deren Zurücknahme, Verpackung und Weitersendung besorgen zu lassen. Jede Sendung ist mit einem Zettel zu begleiten, auf welchem der vollständige Name des Künstlers und dessen Wohnort, ferner der Gegenstand so wie die Größe jedes der eingesendeten Werke und, im Fall der Verkäuflichkeit, auch der Preis genau und deutlich, damit ein Mißverständniß nicht stattfinden kann, angegeben sind. Ein besonderes Einladungsprogramm mit den weiteren einzelnen Bestimmungen kann man im Secretariat der Akademie erhalten.

München, den 10. April 1848.

Die k. Akademie der bildenden Künste.
In Erledigung der Directorsstelle der Professor H. v. Heß.
Als Secretär der Professor Dr. R. Marggraff.

Münchener Schrannen-Anzeige vom 22. April 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest.	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	3230	2893	337	17	53	—	—	—	15
Korn	1375	1199	176	10	57	—	—	—	21
Gerste	1496	1432	64	9	28	—	6	—	—
Haber	929	914	15	5	25	—	1	—	—

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Urwähler und Wahlmänner der Stadt München!

Eure ehrenvolle Aufgabe ist es, die Männer des Vertrauens aus unserer Stadt zum deutschen Parlamente zu wählen. Wir wollen Eurer Ueberzeugung durchaus nicht vorgreifen, wenn wir Euch zu diesem Zweck Professor Dr. Marcus Jos. *Müller* und Rechtspractikant Georg *Herrmann* nennen. Wir loben diese Männer nicht erst lange; der gute Klang ihrer Namen empfiehlt sie selber — in ihnen liegt der Ausdruck unserer politischen Gesinnungen und Hoffnungen.

Münchner! wir haben lange gewacht und geprüft, bis wir die Ehrenmänner gefunden, würdig und entschlossen in Frankfurt nur im Sinne der Zeit alle Landeskinder zu vertreten, ohne Ansehen der Person und des Standes. Laßt uns gehen Hand in Hand, auf daß wir uns bald in Liebe und Eintracht der größten Lebensgüter erfreuen möchten: des Bürgerfriedens, der Bürgerfreiheit und des wiederkehrenden Vertrauens in Handel und Wandel.

Wahlmänner! unsere Candidaten sind schlichte, anspruchslose Männer, sie wollen nichts, als unser gemeinsames Wohl, sie haben ihr Glaubensbekenntniß abgelegt ohne Hinterpförtlein, ehrlich, offen und frei. Wählt Ihr dieselben, so werdet Ihr den Dank des Vaterlandes Euch verdienen!

Zum Schlusse, Wahlmänner! protestirt mit uns feierlichst unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die vom Herrn Staatsminister Heintz bei Gelegenheit der Berathung des Gesetzes über die Wahlen der Abgeordneten zum deutschen Parlamente in der Kammer der Abgeordneten gegebene Zusage: *gegen alle Minoritätswahlen der Wahlmänner!*

Der Bauhofclub: Verein für Volkswohl!

Liste für die Wahlmänner.

Erster Wahlbezirk:

Herr Schuster, Kürschnermeister.
„ Oberndorfer, Antiquar.
„ Fingerl, Uhrmacher.
„ Widmayr, Kunsthändler.
„ Ramsauer, Schlossermeister.
„ Grosjean, Handelsmann.

Zweiter Wahlbezirk:

Herr Fuchs, Hof-Buchbinder.
„ Spieß, Gasthofbesitzer.
„ Mey, Kunsthändler.
„ Scheuer, Juwelier.

Dritter Wahlbezirk:

Herr Ringler, Dr. Med., Redakteur.
„ Sagué, Uhrgehäusmacher.
„ Nagler, Dr., Antiquar.
„ Steer, Advokat.

Vierter Wahlbezirk:

Herr Braun, Dr. Med.
„ Löwenbach, Hofgraveur.
„ Arnold, Ludwig, Dr.
„ Waffenegger, Kupferschmied.
„ Beulwitz, Lieutenant.

Fünfter Wahlbezirk:

Herr Rupprecht, Accessist.
„ Sölzl, Professor.
„ Burger, Baucondukteur.
„ Urban, Stabsarzt.
„ Nickel, Postaccessist.

Sechster Wahlbezirk:

Herr Aub, Hirsch, Rabbiner.
„ Pfellhofer, Schönfärber.
„ Riederer, Kaufmann.
„ Schweickart, Eisenhändler.

Siebenter Wahlbezirk:

Herr Lambacher, Essigfabrikant.
„ Lang, Feilenhauer.
Herr Pummerer, Caffetier.
„ Trappentreu, Sterneckerbräuer.

Achter Wahlbezirk:

Herr Freistätter, Grützfabrikant.
„ Beierlein, Weinwirth.
„ Mosthaf, Dr. Med.
„ Fries, Weinhändler.

Neunter Wahlbezirk:

Herr Floßmann, Sim., Stubenvollbräuer.
„ Schmidt junior, Hafnermeister.
„ Neustätter, David, Großhändler.
„ Stunz, Kapellmeister.

Zehnter Wahlbezirk:

Herr Mayr, Malzfabrikant.
„ Floßmann, Ludw., Lodererbräuer.
„ Tipp, Spiritusfabrikant.
„ Schurich, Faktor.

Eilfter Wahlbezirk:

Herr Schwab, Pinselfabrikant.
„ Noel, Advokat.
„ Rieger, Büchsenmacher.
„ Deigelmaier, Dr. Med.
„ Rostpal, Kaufmann.

Zwölfter Wahlbezirk:

Herr Schmitt, Hafnermeister.
„ Höfler, Spängler.
„ Pschorr, Mathias, Bierbrauer.
„ Wagner, Anton, Rechtspraktikant.
„ Schöttl, Bierbrauer.

Dreizehnter Wahlbezirk:

Herr Zehetmaier, Bierwirth.
„ Brändl, Modelleur.
„ Heindl, Bräuer.
„ Stöckel, Seifensieder.

Vierzehnter Wahlbezirk:

Herr Neubauer, Bettverleiher.
„ Paul, Caffetier.

Digitized by Google

Herr Schellhorn, Juwelier.
" Neumaier, Glyptothekhausmeister.

Fünfzehnter Wahlbezirk:

Herr Bollermann, Silberarbeiter.
" Baumann, Eisenhändler.
" Darenberger, Kaufmann.
" Seiffert, Finanzkammerassessor.

Sechszehnter Wahlbezirk:

Herr Gleich, Dr., pr. Arzt.
" Autenrieth, Graveur.
" Schimon, Weinhändler.
" Maulik, Gasthofbesitzer.

Siebenzehnter Wahlbezirk:

Herr Probst, Gastgeber.
" Huber, Salzstößler.
" Stern Julius, Großhändler.
" Wagner Max, Rechtspraktikant.

Achtzehnter Wahlbezirk:

Herr Feldmann Otto, Kaufmann.
" Brey Georg, Cafetier.
" Kunz, Chordirigent.
" Halbreiter, pr. Arzt.

Neunzehnter Wahlbezirk:

Herr Henzel, Buchhändler.
" Barcus, Faktor der Wild'schen Buchdruckerei.
" Trautmann, Literat.
" Marx Herrmann, Großhändler.

Zwanzigster Wahlbezirk:

Herr Schieber, Oberlieutenant.
" Kölbel, Schlossermeister.
" Herrmann, Rechtspraktikant.

Einundzwanzigster Wahlbezirk:

Herr Lorenz, Schriftgießer.
" Durlacher, Hausbesitzer.
" Blößner, Schneidermeister.
" Knorr Julius, Cand. jur.

Zweiundzwanzigster Wahlbezirk:

Herr v. Berüff, Apotheker.
" Bartholome, Handschuhmacher.
" Döniges, Hofrath.
" Neureuther Eugen, Maler.
" Gampenrieder, Schneidermeister.

Dreiundzwanzigster Wahlbezirk:

Herr Radius, Bierwirth.
" Wengert, Glasermeister.
" Drähne And., Schlossermeister.
" Aschenbrenner, Dr., pr. Arzt.
" Müller, Dr., pr. Arzt.

Vierundzwanzigster Wahlbezirk:

Herr Beyschlag, Literat.
" Seitz, Bataillonsarzt.
" Martin Karl, Kaminkehrergeselle.
" Braun Karl, Vorstadtkrämer.

Fünfundzwanzigster Wahlbezirk:

Herr Schwind, Professor.
" Deiglmeier Alois, Oelfabrikant.
" Mannhart, Mechanikus.
" Rathgeber, Postsekretär.

Sechsundzwanzigster Wahlbezirk:

Herr Weber Lud., Postsekretär.
" Beckmann, Maler.
" Strober, Apotheker.
" Thiersch, Dr., prakt. Arzt.
" Müller Max. Jos., Professor.

Siebenundzwanzigster Wahlbezirk:

Herr Hecht W., Milchmann.
" Doblinger, Rechnungscommissär.
" Rottmann, k. Hofmaler.

Achtundzwanzigster Wahlbezirk:

Herr v. Berüff, Oberapellrath.
" Maierhof Ant., Concipient.
" Ertel jun., Mechanikus.
" Weinkauf, Hofgärtner.

Digitized by Google

Neunundzwanzigster Wahlbezirk:

Herr Steinheil, Professor.
" Gabler, Oberkonsistorialrath.
" Tyk Hermann, Maler.
" Marr Angelo, Fabrikant.

Dreißigster Wahlbezirk:

Herr Widmer, Dr., prakt. Arzt.
" Sauer, Conditor.
" Thiersch, Hofrath und Univ.-Rektor.
" v. Besserer, Lieutenant.

Einunddreißigster Wahlbezirk:

Herr Wegmeier, Privatier.
" Petri, Ingenieur.
" Eberhard, Maler.
" Bruckner, Schuhmacher.
" Flemmbach, Accessist.
" Hanfstängel, Hofrath.

Zweiunddreißigster Wahlbezirk:

Herr Koiler Emil, Kunsthändler.
" Seitz Franz, Maler.
" Kaspar, Koblerwirth.
" Hänle Leo, Fabrikant.

Dreiunddreißigster Wahlbezirk:

Herr Marggraff Rudolph, Professor.
" Klein, Maler.
" Eckert, Hofmusikus.
" Hobach, Correktor.
" Schöpf, Zeichnungslehrer.

Vierunddreißigster Wahlbezirk:

Herr Weiß, Kaufmann.
" Aufleger, Steinmetz.
" Reber, Dr. jur.
" Böberger, Ministerialaccessist.

Fünfunddreißigster Wahlbezirk:

Herr Wikert, Instrumentenmacher.
" Bruckner, Bürstenmacher.
" Höllriegel, Steinmetz.
" Prsipischil, Hausbesitzer.
" Weiß, Werkführer.

Sechsunddreißigster Wahlbezirk:

Herr Gmelch, Sattlermeister.
" Kreuter, Ingenieur.
" Sauter, Schlossermeister.
" Sebalder, Pechgartenbesitzer.
" Antoni, Gärbermeister.
" Bauer, Gärtner.

Siebenunddreißigster Wahlbezirk:

Herr Ziegler, Schönfärber.
" Könicke, Spinnereibesitzer.
" Feichtmeier, Lieutenant.
" Aertinger, Maler.

Achtunddreißigster Wahlbezirk:

Herr Vogt, Carl Wilh., Literat.
" Ritter, W., Lieutenant.
" Holzmann, Privatier.
" Heinleth, Concipient.

Neununddreißigster Wahlbezirk:

Herr Wüstner, Maurermeister.
" Gasteiger, Badbesitzer.
" Maier, Appellrath.
" Kaulbach, Maler.
" Ullmann, Fabrikant.

Vierzigster Wahlbezirk:

Herr Radspieler, Vergolder.
" Holzer, Wagenfabrikant.
" Förg, Professor.
" Heigel, Bortenmacher.
" Ullmann, Ministerial-Sekretär.

Einundvierzigster Wahlbezirk:

Herr Beyhl, Kunstgärtner.
" Kunig, Geometer.
" Huber, Vorstadtkrämer.
" Strunz, Art.-Oberlieutenant.

Zweiundvierzigster Wahlbezirk:

Herr Miller, Inspektor.
" Rosipal sen., Privatier.
" Himsel, Privatier.
" Greiner, Dr., Rechtspraktikant.

Nr. 107.

Man pränumerirt auf der M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 3½ auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag | XLIX. Jahrgang. | 25. April 1848.

Deutschland.

Bayern.

Landtag.

München, 25. April. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XIV. auf heute um 4 Uhr Nachmittags angesetzte öffentliche Sitzung. 1. Verlesung des Protokolls der XIII. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Verlesung des Gesammtbeschlusses über den Gesetzentwurf: die Behandlung neuer Gesetzbücher betreffend. — 4. Vortrag des Referenten im I. Ausschuß über den Gesetzentwurf: die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichtsorganisation, über das Verfahren in Civil- und Straf-Sachen und über das Strafrecht betreffend. — 5. Berathung und Schlußfassung über den Gesetzentwurf: einige Abänderungen des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betr. — 6. Berathung und Schlußfassung über den Gesetzentwurf: ein im Wege der freiwilligen Subscription aufzunehmendes Darlehen betreffend.

Zufolge allerhöchsten Verfügung hat künftig von den Officieren, Militärbeamten, Junkern u. s. w. das Abziehen des Hutes oder der Schirmmütze blos vor den k. Majestäten und k. Prinzen und Prinzessinnen beim Begegnen außer Dienst, sonst aber alles Begrüßen nur mehr durch Anlegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung stattzufinden. — Die Ehrenbezeugung vor dem Hochwürdigsten geschieht nicht mehr durch Kniebeugung, sondern auf eine Weise wie vormals, durch Präsentiren des Gewehrs.

*†München, 25. April. Se. königl. Hoheit Prinz Karl von Bayern ist heute Morgen nach 8 Uhr mit einem Extrabahnzug (?) nach Baden abgereist. — Seit heute Morgen, wo die Wahlen der Wahlmänner begonnen, weht auf dem Rathhause die deutsche Fahne.

München, 23. April. Die Werbung für die Freischaaren nach Tyrol hat einen schönen Erfolg gehabt, indem sich bereits über Zweihundert dazu gemeldet haben; die Führung soll dem Hauptmann Becker übertragen seyn, welcher sich im Jahre 1809 in Tyrol als Tambour seine ersten Sporen verdiente, als sein Adjutant wird der mit Tyrol nach allen Seiten hin aufs genaueste bekannte Literat Dr Leutner am Zuge theilnehmen. Die Freischaar wird sich mit den beiden mobilen Compagnien des oberländer Freicorps in Miesbach und Tegernsee verbinden, und wahrscheinlich binnen kurzem schon ausmarschiren. (Möchte sie nicht säumen!) Daß die genannten Freicorps vom Herzog Max organisirt wurden, habe ich Ihnen bereits früher mitgetheilt. (A. Z.)

|||München, 23. April. Zu der sogenannten Berichtigung (in Nro. 104 und 105 dieses Blattes) des Hrn. Assessors Krätzer erwidern wir 1) die Frage, was für ein anderer Unterschied in der Oberleitung Deutschlands, sey sie einem Kaiser oder einem Präsidenten oder einem Parlament anvertraut, sey als die Form, nämlich die monarchische oder republicanische Regierungsform. 2) Eine Bundescentralgewalt kann nichts anders seyn als die oberste Gewalt in Deutschland, unter welche sich die einzelnen Staaten fügen müssen, und wenn diese Gewalt einem Präsidenten anzuvertrauen ist, wie sich Hr. Assessor Krätzer im Widerspruche mit seiner Ueberzeugung für die constitutionelle Monarchie aussprach, was ist sie anders als eine souveräne Gewalt? — 3) Hr. Assessor Krätzer erklärte sich in der Versammlung des Bahnhofclubbs, im Widerspruche mit seiner vorliegenden Erklärung, ausdrücklich für das Programm dieses Clubbs und als man ihn näher um seine Ueberzeugung befragte, sprach er eine andere Ansicht aus, obwohl ihm das Programm des Clubbs längst bekannt war und er, wenn er sich nicht hiezu bekennen wollte, in diesem Clubb als Wahlcandidat gar nicht hätte auftreten sollen. 4) Der Wahlaufruf des Clubbs entschied sich ausdrücklich für Glaubensfreiheit, und Hr. Assessor Krätzer erkannte selbst in seiner Candidatenrede noch jede Religion an, die an einen Gott glaube, während er sich jetzt nur für das positive Christenthum ausspricht. 5) Hr. Assessor Krätzer wurde nur deßhalb zur Ablegung seines politischen Glaubensbekenntnisses aufgefordert, weil er sich hiezu hatte antragen lassen und zu diesem Zweck im Clubb erschienen war.*)

|||München, 24. April. Begünstigt vom schönsten Wetter fand heute die erste Volksversammlung in Neuberghausen statt. Mehrere tausend Personen waren anwesend. Hr. Rechtspraktikant Max Wagner, zur Zeit Vorsitzender im Bahnhofclubb, eröffnete mit einer trefflichen Rede die Versammlung. Die Herren Dr. Herrmann, Dr. Greiner, Dr. Ringler, Dr. Marggraf und Dr. Riedel traten sofort nacheinander als Wahlcandidaten auf und legten ihr politisches Glaubensbekenntniß ab, welches im Allgemeinen mit dem Wahlaufruf des Bahnhofclubbs übereinstimmend war, wobei die Redner aber nur wenig in specielle Erörterungen eingingen. Nach den obengenannten Rednern trat Hr. Ministerialrath und Prof. Herrmann als Wahlcandidat auf und legte ebenfalls sein politisches Glaubensbekenntniß ab, welches bezüglich der Oberleitung Deutschlands dahin ging, daß dieselbe nicht einem Mann des Volks oder einem Parlament, sondern einem Fürsten anzuvertrauen sey und zwar in periodischem Wechsel den drei mächtigeren Fürsten Deutschlands. Wie wir sehen, hat Hr. Ministerialrath Herrmann auch schon wie Hr. Prof. Fallmerayer die höhererseits ausgegangene Idee einer deutschen Wechselmonarchie aufgefaßt und sie vor dem Volke geltend zu machen gesucht. Dieselbe wurde aber von Hrn. Billing scharf widerlegt, dessen Rede allgemeiner stürmischer Beifall wurde. Schließlich sprach der Hr. Abg. Schnetzer aus Kempten ebenfalls im Sinne des Wahlaufrufs und hob unter anderm insbesondere auch das hervor, daß eine republikanisch gesinnte Partei, wenn es je eine solche bei uns gäbe, bei weitem nicht so gefährlich sey als die retrograde, welche immer thätiger zu werden beginne. — Diese Volksversammlung, über welche die widersinnigsten Gerüchte im Umlauf waren, z. B. daß die Republik proclamirt werden solle, weßhalb auch die Landgemeinden umher als Landsturm aufgeboten, die Bürgermiliz mit scharfen Patronen versehen und alle Patrouillen verstärkt worden seyn sollen, ging ruhig ohne die geringste Störung vor sich, und glich mehr einer gemüthlichen Unterhaltung der altatheniſchen Akademien als einer von Parteien bewegten wahlagitirenden Volksversammlung.

München, 25. April. (Noch einmal der Bahnhofclubb und sein Programm.) Es gibt Dinge, die man nicht oft genug wiederholen kann. Nur die aus dem Volke durch das deutsche Parlament frei gewählte Oberleitung des Gesammtvaterlands gibt die Bürgschaft für das dauernde Wohl Deutschlands.

*) Eine zweite eingegangene Widerlegung mußte wegen Mangel an Raum für morgen zurückgelegt werden. (A. d. R.)

Ein Kaiserthum wäre in der That ein Luxusartikel. Die Wechselherrschaft fürstlicher Gewalten (Turnus der Hegemonie) ist schlimmer als der gegenwärtige Zustand. Die beiden Großmächte Preußen und Oesterreich werden, wie auch im deutschen Parlamente numerisch im Uebergewichte, im Vorsitze der Executivgewalt nur sich bedenken und noch ungescheuter als bisher die Rechte der kleinen Staaten kränken, die materiellen Interessen derselben beeinträchtigen. Denkt doch nur an den Zollverein, der unter dem Vorsitze Preußens organisirt wurde! Hat derselbe denn nicht der süddeutschen Industrie Wunden geschlagen, an denen sie noch blutet. Und Oesterreich! Seht hin auf die Kämpfe, die jetzt schon in Wien über den unbedingten Anschluß an Deutschland gekämpft werden. Mit welchen hinterhaltigen Gedanken, frage ich, wird Oesterreich den Vorsitz der deutschen Bundesgewalt führen? Zwar sagt man Euch: Auch Bayern wird den Vorsitz führen. Erlaubt mir, daß ich Euch erwidere: Das heißt Einem einen Spatz in den Mund geben. Durch Bayerns jeweiligen Vorsitz werden die bösen Einflüsse Oesterreichs und Preußens nicht beseitigt. Nur eine aus freier Wahl hervorgegangene Centralgewalt sichert jedem Stamm und jedem Staat den gebührenden Antheil, wie der Freiheit, so der Berücksichtigung seiner materiellen Interessen. Gebt uns die Freiheit, aber nicht ohne Wahrung und Gewährleistung unserer materiellen Wohlfahrt! Dr. Riedel aus Franken.

Die am 19. d. Mts. in Bamberg beendigte Wahl von 15 Mitgliedern des Comités für Volksversammlungen lieferte folgendes Resultat: Die Herren Rechtsrath Reichert mit 838 Stimmen, Ambros Hoh. jun. 779, Advocat Titus 769, Magistratsrath Adam Ultsch 706, Georg Schlumbach 672, M. R. Lorenz Demuth 659, Rechtsrath Barlet 653, Karl Heger 625, Dr. Heinkelmann 622, Dr. Morgenstern 605, Ed. Dörfer 573, Advocat Prell 569, M. R. Dotterweich 499, Advocat Burkart II. 479, Franz Eichfelder 430. — Das frühere Comité hat für den 24. eine Volksversammlung in Staffelstein ausgeschrieben.

Württemberg.

Stuttgart, 21. April. Dem württembergischen Bundestagsgesandten in Frankfurt ist die Weisung ertheilt worden, die Oeffentlichkeit der Sitzungen der Bundesversammlung zu beantragen. (Beob.)

Baden.

In Heidelberg sind am 20. April 1000 Nassauer eingerückt.

In Freiburg scheint man sich am 22. auf einer Volksversammlung für die Republik erklärt zu haben.

(Bericht über das Gefecht der badischen und hessischen Truppen gegen die Rebellen bei Kandern am 20. April.) An das Kriegsministerium Großherzoglichem Kriegsministerium meldet gehorsamst, daß gestern Morgen 9 Uhr in einem Gefecht mit den Aufrührischen auf der Scheideck östlich von Kandern der Generallieutenant von Gagern gefallen ist. Um 4 Uhr Morgens sind wir — 3 Bataillone, Cronenbold Lebrum und Clock, 3 Schwadronen 4 Fuß- und 2 reitende Geschütze — gegen Kandern aufgebrochen, woselbst nach sicherer Nachricht die Hecker'sche Schaar die Nacht zugebracht hatte. Vor Kandern trafen wir die Vorposten derselben. Der Regierungsrath Stephani begab sich mit einem Trompeter vor, um zur Niederlegung der Waffen aufzufordern. Es wurde verweigert; darauf rückten die Sturmcolonnen gegen die

Eingänge des Orts und nahmen solchen, ohne daß ein Schuß fiel. Durch raisches Verfolgen erreichte unsere Spitze ihre Nachhut hinter Kandern, wo Generallieutenant von Gagern den Führer derselben, Hecker, vorrufen ließ, und diesen erneuert zur Niederlegung der Waffen aufforderte. Aber vergebens; sie beharrten dabei. Es fiel kein Schuß; wir folgten in das Gebirg, wo sie auf der Scheideck einem Passe die zwei Kanonen aufstellten und rechts und links in einspringendem Winkel in dichter Reihe sich anschlossen. Es mögen, wie allgemein bestätigt wird 1200 Mann gewesen seyn. Wir rückten ruhig voran, Generallieutenant v. Gagern an der Spitze. Die Aufrührer riefen den General vor, der sogleich voranging und erneut zum Aufgeben ihres Unternehmens mit energischer Sprache aufforderte. Sie begrüßten uns mit dem Geschrei: „Kommt Brüder, deutsche Brüder, zur Freiheit rc., kommt Brüder!“ und näherten sich immer mehr der Vorhut, diese auffordernd. Generallieutenant v. Gagern zog sich ein paar Schritte zurück und bestieg das Pferd; doch in diesem Augenblick erfolgte aus den 15 Schritte vorstehenden zwei kleinen Kanonen und Hunderten von Gewehren auf diese nahe Entfernung eine Salve, welches die vordersten niederschmetterte, und augenblicklich die Anrückenden zurückdrängte; doch alsbald gingen diese mit dem Bajonnett vor und warfen die Aufrührischen zurück; das darauf von den Plänklern eröffnete Gefecht brachte dem Feinde viel größeren Verlust bei als wir erlitten. Bei der ersten Salve war General v. Gagern, von drei Kugeln getroffen, gefallen, worauf ich alsbald das Commando übernahm. Nach etwa halbstündigem Gefechte konnte ich entschieden vorgehen lassen, und anhaltend dauerte das Feuer noch über eine Stunde, doch kam kein Geschütz zum Schusse, da die Aufrührischen in die Wälder sich zogen. Um 12 Uhr erreichte ich den Ort Schlechtehaus, wo ich Halt machen ließ um den erschöpften aber begeisterten Truppen eine Ruhe zu gönnen. Die Bürger gaben auf mein Ansuchen bereitwilligst mehrere hundert Maß Wein und Brod, und darauf war die bereits zersprengte Schaar in der Richtung nach Steinen, wohin Hecker mit 250 bis 300 Mann und den Geschützen sich gewendet hatte, verfolgt. Das Gebirgsdefilé bei Weitenau wurde durchschnitten, die Schaaren der Zersprengten folgten zur Seite in kleinen Abtheilungen und vor Steinen war die Struve'sche Schaar, welche die Nacht vorher in Lörrach war, aufgestellt. Ich ließ die Truppen zum Angriff aufmarschiren, als Struve sich als Parlamentär meldete und um eine Frist von mehreren Stunden nachsuchte, um sich zurückzuziehen, da nicht ferner Bürgerblut vergossen werden solle. Ich antwortete, daß er die Waffen niederlegen solle, eine Frist würde nicht bewilligt; er verlangte sodann nur 2 Stunden, auf meine entschiedene Weigerung zuletzt nur eine halbe Stunde, die ich aus Rücksicht, nicht zu strenge zu erscheinen, und da die Truppe überdieß sehr erschöpft war, ihm bewilligte. Ein Mann wurde aber dennoch durch einen Büchsenschuß von der Bergwand noch schwer verwundet. Ich ließ darauf zum Angriff von Steinen vorgehen, welches Dorf verlassen gefunden wurde, und marschirte sodann nach Binzen, Haltingen, und Eimeldingen, wo ich Rastquartier genommen habe. Der Erfolg dieses schwierigen und kühnen Zuges ist entscheidend, denn die Hauptschaar ist völlig zersprengt über die Wiese und den Rhein geflüchtet. Wir sind in dem Gebirg entschieden gefolgt, haben eine neue Hauptschaar gezwungen ihre Stellung zu verlassen, und die Truppen haben erhebend erprobt, daß keine Sympathien bei ihnen für dieses Treiben bestehen; — als junge Truppen haben sie ausgezeichnet sich geschlagen. Der Tod des Generallieutenants v. Gagern ist ein schweres Opfer; im übrigen haben wir nur 4 Todte, 6 schwer und 9 leicht verwundete, und 6 Vermißte, welche als todt oder gefährlich verwundet betrachtet werden können. Der Verlust der Gegner ist mindestens der fünffache, wie das Kampffeld zeigt. Flinten, Büchsen, Sensen, überhaupt Waffen jeder Art wurden aufgefunden, eine Fahne genommen, und 15 Gefangene gemacht. Heute werde ich in die Quartiere von Müllheim, Neuenburg, Auggen und Schliengen rücken, und morgen die Truppen sich erholen zu lassen, die es, Mannschaft und Pferde, sehr bedürfen. Eimeldingen, den 21. April 1848, Morgens 4 Uhr. Der Commandant ad interim: v. Hinkeldey, Oberst.

Die zur Befriedung des Seekreises ausgesendeten Bevollmächtigten des Fünfziger-Ausschusses, K. Spatz und Venedey, haben von Renzkirch, 18. April, aus sich nach ihrem erfolglosen schriftlichen und mündlichen Verkehr mit Hecker und Struve in einem Aufrufe an das badische Volk gewandt und beschwören es, keine Spaltungen, keinen Bürgerkrieg in Deutschland zu erregen, sondern ihre Liebe zur Freiheit und zum Vaterland durch kräftiges und zugleich friedliches Mitwirken zu dem in Frankfurt begonnenen Werk der nationalen Wiedergeburt eines einigen, mächtigen und freien Deutschlands zu bethätigen.

Vom Bodensee, 20. April. Seit gestern weht heftiger Südwind (Föhn). Das wäre zwar nichts so besonderes, aber daß er den Weg bis an den Untersee findet (gewöhnlich bricht er sich schon in der Mitte des Sees) ist auffallend. Es herrscht eine drückende Schwüle. Ferner fängt der Bodensee zu blühen an. Das ist ein gelber Staub, der die Spiegelfläche des Bodensees bedeckt, schleimig zusammenhängt, einige Tage umher schwimmt und sich dann verliert. So viel ich weiß, ist dieses Phänomen noch nicht genügend erklärt worden. Aber zu dieser Zeit (meistens erst Anfangs Mai) bedeutet es nach Aussage alter Schiffleute ein sehr fruchtbares Jahr. (A. Z.)

In Constanz herrschte am 31. Ruhe und Stille. Einige Deserteure der Freischaaren kamen an. Peter hält sich noch meist in der Schweiz auf. — Durch St. Blasien kamen am 21. Flüchtlinge von Kandern her.

Sächsische Herzogthümer.

Die Regierung von Weimar hat das Wahlgesetz zum deutschen Parlament auf die engherzige Grundlage der indirecten Wahl und des Ausschlusses aller nicht zum Großherzogthum gehöriger Deutschen gebaut erlassen. Dagegen haben die Städte Weimar und Jena nicht nur Verwahrung eingelegt, sondern es geradezu verworfen.

Preußen.

Berlin, 19. April. Eine öffentliche Bekanntmachung des Stadtraths und der Stadtverordneten widerspricht dem verbreiteten Gerücht, daß die Sparcasse den Sparcassen-Interessenten die verlangten Rückzahlungen gar nicht, oder doch nur zur Hälfte leiste. — Die „Vossische Zeitung“ berichtet aus Berlin, 18. April: Bakunin, Golowin und Turgheniess, die bekannten russischen Flüchtlinge, sind seit dem 16. in Berlin, und gehen von da nach Krakau.

Dem Geheimrath Patow ist die provisorische Verwaltung des Arbeiter- und Handels-Ministeriums übertragen; Hr. v. Rönne geht als Gesandter nach America.

Stettin, 19. April. Soeben hat der Höchstcommandirende der Provinz, General v. Wrangel, auf der Börse von der hiesigen Bürgerschaft Abschied genommen, weil er in einigen Stunden nach Schleswig-Holstein abreist, um daselbst den Oberbefehl über die Kriegsoperationen des zehnten Armeecorps zu übernehmen. — Bei uns ist heute die erste Volksversammlung gehalten worden. Etwa 4 bis 5000 Menschen aller Stände hatten sich zu derselben auf dem kleinen Exercierplatz vor dem Berliner Thor eingefunden. Ein Redner, Hr. Jungklaß setzte der Versammlung die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen auseinander. Ihm folgte ein anderer, der Literat Grünhagen, welcher die Ungleichmäßigkeit der Besteuerung als Hauptpuncte der herrschenden Noth darstellte und schließlich höhere Löhne für die Arbeiter beantragte. Allein ihm ward von einem derselben erwidert, daß jetzt, wo so viele Arbeitgeber außer Stande seyen, ihren Arbeitern überhaupt Verdienst zu schaffen, an eine solche Erhöhung des Lohns zu denken nicht die Zeit sey. Wenn erst wieder Handel und Wandel, Gewerbe und Arbeit neuen Aufschwung genommen haben würden, erst dann könne auch daran gedacht werden. Dieser Beweis gesunder Einsicht rief allgemeinen Beifall hervor. Für die deutsche Sache in Schleswig-Holstein herrscht hier die allgemeinste Sympathie. Unsere Jugend sammelt sich zu einer Freischaar, welche den Brüdern zu Hülfe ziehen will. (A. Z.)

General v. Thile in Coblenz wird in den nächsten Tagen die Stadt verlassen, um nach Görlitz in der Lausitz zu gehen. Graf Canitz aus Köln ist sein Nachfolger. Diesen ersetzt Generallieutenant Roth v. Schreckenstein, welcher schon längere Zeit in Düsseldorf und Münster lebte. Thile's Nachfolger in Frankfurt a. O. wird Generallieutenant v. Holleben aus Trier seyn. Der neue Divisionscommandant in General Dunker, General v. Bussow wurde Gouverneur von Coblenz, an der Stelle des Generals v. Bardeleben.

In Braunfels (Rheinpreußen) haben am 15. und 16. April Bauernunruhen stattgefunden, welche gegen den dortigen Fürsten gerichtet waren. Da die Bauern auf das abwehrende Militär feuerten, so machte auch dieses von den Waffen Gebrauch, wobei zwei Aufrührer das Leben verloren.

Königsberg, 14. April. Von dem hiesigen Darniederliegen des Handels und der Gewerbe können Sie sich schwerlich einen Begriff machen; Fallissements werden triviale Neuigkeiten; man wird allmälig gegen Verluste indifferent, und eine allgemeine traurige Resignation bemächtigt sich der Gemüther. — Das Mißtrauen der besitzenden Classe gegen die Tribunen des vierten Standes tritt hier immer entschiedener hervor.

(C. v. u. f. D.)

Schleswig-Holstein.

Rendsburg, 19. April. (Glückliches Vorpostengefecht unter Anführung eines bayer. Officiers.) Es werden 14 dänische Dragoner mit 19 Pferden als Kriegsgefangene eingebracht. Es hat ein Vorpostengefecht mit einer Abtheilung des Rantzau'schen Freicorps, trefflich geführt von dem bayer. Officier Major Aldosser, in dem schleswig'schen Dorfe Aschefferl stattgefunden, worin die Unsrigen die ihnen gegenüberstehenden Feinde meist zu Gefangenen gemacht haben. Ein feindlicher Dragoner ist gefallen, der Wachtmeister schwer verwundet; mehrere Dragoner entsprangen. Auf unserer Seite hatte ein Einziger einen Schuß in den Oberschenkel erhalten.

Von Lauenburg und der Stadt Mölln ist eine Erklärung an die Landesregierung zu Ratzeburg abgegangen, welche die große Unzufriedenheit des Landes mit der Neutralitätserklärung ausspricht.

Hannover.

Hannover, 16. April. Die Erwiederung, welche der König bei der Ueberreichung der ständischen Adresse an die Deputation richtete, wird in der „Hannoverschen Zeitung“ vollständig mitgetheilt. Der König sagte u. a.: „Ich habe Mir die Schwierigkeiten unserer Lage keinen Augenblick verhehlt, wenn gleich so beklagenswerthe Ereignisse hier nicht stattgefunden haben, worunter andere Staaten so schwer gelitten haben. Ich werde treu und fest zum Lande stehen. So lange ich mit den Ministern für das Glück des Landes noch nützlich seyn kann, so lange werde Ich bei Ihnen bleiben, Meine Herren, und mit aller Kraft das ausführen, was Ich versprochen habe. Sollte Ich aber sehen, daß Ich hier nicht länger mit Nutzen wirken kann, daß die Anarchie eintritt, oder daß Forderungen gemacht werden, welche mit Meiner Ehre sich nicht vertragen, dann, Meine Herren, wenn Ich die Regierung mit Ehre nicht mehr führen kann, dann können Sie es mir nicht verdenken, daß Ich es aufgebe, von hier weggehe. Dies werde Ich dann thun, darauf können Sie sich verlassen.

Durch Regierungsschreiben sind die hannoverschen Stände bis 8. Mai vertagt.

Hannover, 19. April. Advocat Weinhagen und seine Anhänger sind hier in Verwahrsam, und die von der — nun wieder hergestellten Justizkanzlei in Hildesheim angeordnete Criminaluntersuchung wird ergeben, was von den Gerüchten über die Pläne und Absichten jener Partei wahr ist. Es versichern übrigens glaubwürdige Männer, daß die Bischofstadt wirklich mit dem Vorhaben umgegangen sey, die Republik zu proclamiren.

(A. Z.)

Freie Städte.

Frankfurt, 21. April. Heute früh traf wieder ein Bataillon Nassauer hier ein, und wurde sofort auf der Eisenbahn nach Heidelberg geschafft. Zwei andere Bataillone folgen morgen und übermorgen nach. Das nassauische Truppencorps soll vorläufig in Heidelberg und der Umgegend Posto fassen, während ein kurhessisches Corps von 4000 Mann bereits nach Hanau auf dem Marsche ist, um als Reserve verwendet zu werden. — Zur Abhilfe des noch immer herrschenden Geldmangels ist gestern auf Antrag des Senats von der gesetzgebenden Versammlung eine weitere Emission von 2 Millionen Recheneischeinen gegen Depot von Taunusbahnactien, süddeutschen zinstragenden Obligationen und Rohstoffen genehmigt worden. Die Papiere werden bis zur Hälfte des Nominalwerthes, die Rohstoffe bis zur Hälfte des zu ermittelnden Werthes angenommen. (A. Z.)

Das „Frankfurter Journal“ veröffentlicht folgende Stelle aus einem Briefe Zschokkes: „Du fragst mich, was ich zu dem politischen Weltsturm sage, der jetzt die Kernen der Völker vom Spreu und Staub der Jahrhunderte reinfegen soll? — Die Nationen sitzen zu Gericht. Die Zeit dazu war reif, was die von Gewohnheit und stolzem Dünkel befangenen Fürsten und ihre alt- und neuadeligen, von Selbstsucht geblendeten Rathgeber und Höflinge nicht einsahen. Jetzt sind die Throne jener eigenmächtigen Erdengötter mit Blutströmen umflossen und sie, welche die göttliche Weltordnung nach ihrem Geschmack verbessern und mit ihrem hölzernen Scepter sogar in's Geisterreich hineintrotzen wollten, hören jetzt mit Entsetzen die Stimme Jehova's zu den Völkern Europa's: „Ihr sollt keine andern Götter haben neben mir!“ Es wird noch mehr Blut und Thränen kosten; es werden Jahre vergehen und Jahrzehnte, ehe die Stürme schweigen und die Wellen des in den Tiefen aufgewühlten Völkeroceans, aus denen der Pöbelschlamm emporschwimmt, zur Ruhe und Klarheit gelangen. Aber Gott waltet! Nur unter Schmerzen des Irdischen tritt das Göttliche siegend in's Leben, wie heut, so immer und von jeher, selbst im Wesen des einzelnen Menschen. Sogar die christliche Religion ward nur unter Völkerwanderungen, Kreuzzügen und zahllosen Kriegen allmählig durch unsern Welttheil verbreitet, allmählig vom Unflath fürstlicher und priesterlicher Gebote gesäubert. Dieß meine Ansicht.“

Oesterreich.

Die neueste „Wiener Zeitung“ enthält in ihrem amtlichen Theil folgende auffallende Erklärung: „Weit entfernt, den bevorstehenden Wahlen zum deutschen Volksparlament eine bestimmte Richtung vorzeichnen oder auf dieselben Einfluß nehmen zu wollen, findet sich das Ministerium durch die bereits angeregte Frage, ob Deutschland in Zukunft ein Bundesstaat oder ein Staatenbund seyn soll, veranlaßt seine Ansicht auszusprechen. Von dem Wunsche des innigen Anschlusses an Deutschland durchdrungen wird Oesterreich jeden Anlaß freudig ergreifen, welcher seine Anhänglichkeit an die gemeinsame deutsche Sache zu bethätigen vermag. Es könnte aber nie ein gänzliches Aufgeben der Sonderinteressen seiner verschiedenen zum deutschen Bunde gehörigen Gebietstheile, eine unbedingte Unterordnung unter die Bundesversammlung, ein Verzichten auf die Selbstständigkeit der innern Verwaltung mit seiner besonderen Stellung vereinbarlich finden, und muß sich die besondere Zustimmung zu jedem von der Bundesversammlung gefaßten Beschluß unbedingt vorbehalten. Insofern letzteres mit der Wesenheit eines Staatenbundes nicht vereinbarlich erkannt würde, wäre Oesterreich nicht in der Lage, einem solchen beizutreten.“ (Anfang der deutschen Einheit!)

Die „Wiener Zeitung“ vom 16. April theilt einen amtlichen Erlaß des Vicebürgermeisters und Präses des Wiener Criminalgerichts, Fl. Philipp, mit, wonach derselbe eine Commission zur Berathung der Frage, wie das öffentliche und mündliche Verfahren noch beim Bestande der derzeitigen Strafgesetzgebung in's Leben zu rufen sey, zusammengesetzt hat.

Um der privilegirten österreichischen Nationalbank bezüglich ihrer Forderungen an die Finanzen die möglichste Sicherheit zu gewähren und hierdurch den Credit der Nationalbank vollkommen zu befestigen, hat das Finanzministerium der Bankdirection eine Deckung von 45 Millionen mittelst Verhypothecirung der nach dem jährlichen Reinerträgnisse von 3,903,174 fl. auf 80 Mill. zu veranschlagenden Aerarialsalinen zu Gmunden sammt Zugehörungen, dann 32 Mill. von 5 procentigen, in dem bisherigen Stande der Staatsschulden begriffenen Obligationen gewährt. Auf Grund obiger Hypothekarversicherung hat die Direction der privilegirten österreichischen Nationalbank beschlossen einen Bevollmächtigten zu ernennen, der sich sogleich nach auswärtigen Handelsplätzen begeben wird, um dort im Einverständnisse mit den Abgeordneten der Finanzverwaltung edle Metalle zur Verstärkung des Münzschatzes beizuschaffen. Gleichzeitig hat das Finanzministerium beschlossen zur Deckung der außerordentlichen Staatsbedürfnisse Part. Hypothekaranweisungen nach Maßgabe des gegenwärtigen Bedürfnisses und im Betrage von höchstens 30 Millionen zu emittiren, welche gleichfalls auf die Salinen in Gmunden hypothecirt, unter Vermittlung und Controle der Bankdirection hinausgegeben, mit 5, 5½ und 6 pCt. verzinst, nach 4, 8 und 12 Monaten fällig nach ihrer Verfallzeit bar eingelöst, in allen landesfürstlichen Cassen bei allen Zahlungen als bares Geld angenommen oder in so lange nicht etwas anderes verfügt wird, auf Verlangen ihres Besitzers in neue Anweisungen umgewechselt werden. Es werden inzwischen alle Vorbereitungen getroffen um die Emission dieser Papiere möglichst zu beschleunigen. Wien 19. April 1848. Carl Frhr. v. Lederer, Bankgouverneur. Daniel Bernhard Frhr. v. Eskeles, Bankdirector.

Wien, 13. April. Dr. Schütte, der Literat und Mitglied des Vereins der Volksfreunde und der bedeutendste Redner und Charakter unter der jüngsten Bewegung wurde gestern in seinem Gasthof verhaftet (man ließ ihm kaum Zeit, um seine Effecten zu packen und erlaubte ihm nicht, mit einem Freunde zu sprechen) nach dem Criminalhof gebracht, und fuhr von dort in einem verschlossenen Wagen begleitet von zwei Polizeiofficianten nach der Grenze (obgleich deutsch in dem mit deutschen Fahnen behangenen Wien ist er ein Nichtösterreicher als Fremder verpönt). Sein ganzes Verbrechen ist seine geistige Ueberlegenheit über die Wiener Philister und die Anregung zu einer (von ihm selbst zurückgenommenen) Riesenpetition um baldige Bekanntgabe der Verfassung.

Botzen, 20. April. (Anfang der deutschen Einheit.) Die Passeier, Ultener, Möltner und Sarnthaler erhoben sich und zogen auf den Nonsberg, die einigen und 70 Freiwilligen von hier vermehrten sich aus Kaltern durch 130. Das Dorf Cles ist von unsern Truppen und Schützen genommen, der Freiheitsbaum zerhauen, die Fahne der Kreuzfahrer erbeutet, und diese auf der Flucht nach Malé begriffen. In Revo und einem andern Orte wurden die Unsern selbst von den wälschen Einwohnern mit Jubel empfangen, und mit Brod, Wein und Käse, während sie auf der Lauer standen, reich versehen, es stießen selbst einige aus diesen Orten zu ihnen und waren durch Kundschaft dienlich. Die piemontesischen Freischaaren wollten in Einverständniß mit den Bewohnern von Cles den dortigen Friedhof halten; als sie aber unsere Tiroler Jäger kommen sahen, nahmen sie Reißaus über den Bergrücken, nur ein paar Deserteure des Regiments Geppert wurden als Nachzügler verwundet. In Cles war die Republik schon verkündet, andere in der Umgegend verschließen ihren herzlichen Beifall dafür noch in stiller Brust.

Oesterreichische Monarchie.

Aus Lemberg hat Graf Franz Stadion der Regierung geschrieben, daß er kaum langer im Stand sey, die allgemeine Aufregung zu beherrschen. Er bittet dringend um bestimmte Verhaltungsbefehle. Heute schickte Graf Fiquelmont einen Courier nach Lemberg. Die Freiwilligen, welche in das russische Polen einzufallen beabsichtigen, versammeln sich in Krakau. Viele von Flüchtlingen des Jahrs 1831 sind aus Frankreich dort eingetroffen. Die Bauern werden einerseits von den Edelleuten und Priestern, andererseits von den Beamten rastlos bearbeitet. Ob die freiwillige Verzichtleistung des Adels auf die Robot ihm die Sympathie der Bauern gewonnen, scheint uns höchst zweifelhaft. Uebrigens herrscht unter den Führern der Polen selbst wieder die alte Zwietracht in der allerschroffsten Weise und die Clubbs der demokratischen Partei halten die wüthendsten Reden gegen den alten Fürsten Czartoriski. (A. Z.)

Schweiz.

In der Sitzung der Tagsatzung vom 20. wurde zum eidgenössischen Staatsschreiber Kanzler v. Moos von Unterwalden ob dem Walde mit 16 Stimmen gewählt.

Von der nördlichen Schweizergrenze, 20. April. Aus Bern vernehmen wir, daß nun doch ein förmliches Gesuch von Seite der Ortschaft Campione an die Tagsatzung eingegangen ist, sich mit der Schweiz vereinigen zu dürfen. Campione ist von tessinischem Gebiet ganz umschlossen, und wünscht diesem Kanton einverleibt zu werden. Am 19. d. kam dieß in der Tagsatzung zur Sprache. Eine definitive Maßregel wurde jedoch nicht genommen, sondern nur dem Vorort die Vollmacht ertheilt, zur geeigneten Zeit sich mit den betreffenden competenten Behörden ins Einvernehmen zu setzen. (A. Z.)

Von der nördlichen Schweizergrenze, 20. April. Aus Genf verlautet, daß letzten Sonntag vom Bezirk Seyssel auf dem linken Rhoneufer in Savoyen die französische Republik proclamirt und die dreifarbige Fahne aufgepflanzt worden.

In Luzern wimmelt es seit einiger Zeit von deutschen Handwerksburschen und Italienern mit Cocarden, welche Waffen aufkaufen. Man spricht davon, daß die Regierung Gewehre für etwa 30,000 Fr. nach Baden verkauft habe.

Basel, 21. April. Reisende, die heute Morgen von Schaffhausen angekommen, erzählen, daß die ganze Straße mit flüchtigen Freischaaren angefüllt und viele derselben durch würtembergisches Militär, das unterhalb Waldshut steht, entwaffnet worden seyen. In Folge der gestern erlittenen Niederlage der Republicaner, sind 200 Deutsche, welche gestern Nachmittag in Großhüningen anlangten, diesen Morgen mit der Eisenbahn wieder nach Straßburg zurückgekehrt, ohne den Versuch zu machen, schweizerischen oder deutschen Boden zu betreten. (Schw. Mkr.)

Basel, 22. April. Gestern früh sah man hier eine ziemliche Anzahl von der Heckerschen Schaar, unter derselben Struve. — Die Hessen, welche gestern die Schusterinsel und Leopoldshöhe besetzten, zogen sich im Laufe des Tages gegen Schlingen zurück. (Sch. Mkr.)

Von der Schweizergränze, 22. April. Hecker ist als Flüchtling in Basel eingetroffen, wo er gestern eine öffentliche Erklärung erließ, um die Nachricht zu widerlegen, daß General v. Gagern unmittelbar nach dem Parlamentiren erschossen worden sey. Diese Erklärung ist von A. Willmann und J. Schöningen mitunterzeichnet. (K. Z.)

Italien.

Görz, 18. April. Graf Hartig, der Friedenscommissär, hat unterm heutigen Tag eine Proclamation an die Italiener des lombardisch-venezianischen Königreichs erlassen. Der Schluß ladet die Lombarden ein, durch Deputirte dem kais. Commissär die Vorschläge machen zu lassen, unter denen die Municipalitäten die Wiedervereinigung mit dem Kaiserreich wünschen.

Wien, 19. April. Nach Nachrichten aus Pontafel vom 19. Morgens war das Hauptquartier des Feldzeugmeisters Grafen Nugent am 18. bis gegen Palma Nuova vorgerückt. Unsere Truppen besetzten Prevano, Valvasone und Codroipo. Die Insurgenten flohen überall in Massen. Graf Nugent wollte am Dienstag gegen Palma anrucken. Durch die Besetzung Codroipo's ist Udine von allen Seiten bedroht.

„Mailänder Bulletin“ vom 18: von Lovere, Breno und Edolo rücken 400 Freiwillige gegen den Tonale zu, um von hier in Tirol einzufallen. Nach einem Brief aus Rivarolo vom 15. war der Stadt Mantua eine Contribution von 400,000 Lire aufgelegt. Mailänder nicht officielle Berichte vom 19: Toblino ist genommen, die Oesterreicher haben sich von dort zurückgezogen. Brescianer Berichte (vom 17. und 18.): in der Nacht vom 16. und 17. machten österreichische Dragoner dreimal einen Ausfall auf Peschiera, wichen aber zurück. Corboli-Bussi (der päpstliche Gesandte) ist im Hauptquartier Karl Alberts angekommen. (A. Z.)

Das Venezianer Bulletin vom 18. meldet: Gestern haben die päpstlichen Truppen den Po zu überschreiten begonnen.

Die Citadelle von Ferrara ist noch immer von Oesterreichern besetzt. — Am 15. April waren in Livorno 600 Mann Neapolitaner eingerückt.

In einem Aufruf des Königs Ferdinand von Neapel vom 8. April an seine Völker, wird der Kampf in der Lombardei als Nationalsache hingestellt und für denselben die ganze Land- und Seemacht, alle Arsenale und Schätze dieser Völker angeboten; man ersieht aus dem Aufruf: daß der König Ferdinand den ersten Vorschlag zum großen Nationalcongreß, der in Rom zusammentreten soll, gemacht hat.

Niederlande.

Haag, 17. April. Heute erschien der Entwurf zu einer neuen Verfassung. Wir bemerken in derselben folgende wesentliche Bestimmungen: Civilliste für den König: Eine Million Gulden. Die Person des Königs unverletzlich, die Minister verantwortlich. Ein Staatsrath. Zwei Kammern, beide aus Volkswahlen hervorgegangen, welch letztere durch Steuerpflichtige vollzogen werden, bei einem Census, der nicht unter 20 fl. bleiben und nicht 225 Gulden übersteigen darf. Die Zahl der Volksvertreter wird nach der Bevölkerung festgestellt, und zwar im Verhältnisse von Einem Mitgliede auf 45,000 Einwohner. Jeder unbescholtene Niederländer ist für die zweite Kammer wählbar. Der Candidat für

die erste Kammer muß 40 Jahre zurückgelegt haben und 800—1200 fl. Steuern zahlen. Die gesetzgebende Macht wird gemeinschaftlich durch den König und die beiden Kammern ausgeübt. Religionsfreiheit. (Köln. Z.)

Frankreich.

Paris, 21. April.

F. Am 18. hatte man abermals eine Arbeiterbewegung befürchtet, allein es blieb ruhig und die aufgezogene Nationalgarde ging bald auseinander. — Gestern den ganzen Tag und auch heute am frühen Morgen ist keine Ruhestörung vorgefallen. Gestern fand das Nationalfest der Verbrüderung des Militärs und des Volkes und die Fahnenaustheilung an die Nationalgarde statt.

Vom gestrigen Verbrüderungsfest zwischen Militär, Nationalgarden und Volk will der heutige „Moniteur“ wissen, „daß weder die Geschichte Frankreichs noch die der Welt (!) ein so großartiges Schauspiel der Achtung der Völker und ihrer ernsten Bewunderung geliefert habe.“

Zu Ehren des Verbrüderungsfestes ist allen Unterofficieren und Soldaten, den Ausreißern sowohl als den ungehorsamen Militärpflichtigen, eine allgemeine Amnestie bewilligt. Es waren an 19—20,000 Mann aller Waffengattungen zugegen. General Changarnier geht nicht nach Berlin, sondern wird wohl die Pariser Truppen befehligen. Die provisorische Regierung hat eine directe Steuer für 1848 auf Pfandbriefe von 1 pCt. des Capitals gelegt. Das Capital immerwährender Renten wird nach Verhältniß des zwanzigfachen Ertrags, das von lebenslänglichen Renten nach Verhältniß des zehnfachen Ertrags berechnet. Auch hat die Regierung eine Proclamation erlassen, worin sie vor der bewaffneten Clubb-Berathung warnt.

Die Bildung einer Rheinarmee soll nun beschlossen seyn; sie wird aus drei Infanteriedivisionen und einer Cavaleriedivision bestehen. Oberbefehlshaber ist General Changarnier. — Dem Arsenal in Toulouse ist der Befehl zugegangen, 480 Geschütze verschiedener Gattung nach Bourges zu befördern. — Das Gesetzbulletin eröffnet dem Kriegsministerium einen Credit von 9,659,000 Fr. zum Ankauf von 15,165 Armeepferden (Cavalerie, Artillerie 2c. 2c.).

Großbritannien.

Durch königl. Ausschreiben vom 15. sind öffentliche Gebete um Wahrung des Friedens und der Ruhe für den 21. in allen Kirchen und Capellen angeordnet. — Die Bill für Ausweisung nicht genug beglaubigter Fremden (zeitweilige Maßregel), hat am 17. im Oberhaus die Committee passirt. Der Committeebericht der Kron-Sicherheitsbill wurde im Unterhaus am 17. unverändert angenommen. Am 19. ward im Unterhaus die Kron- und Regierungs-Sicherheitsbill zum drittenmal mit 295 gegen 40, also ministerieller Mehrheit von 255 Stimmen, gelesen. Sie ward alsbald im Oberhaus zum erstenmal gelesen. Bei den Gemeinen erklärte sich am 19. Lord Palmerston bezüglich Schleswig-Holsteins dahin, daß er England und Frankreich durch die Verbürgung des Gottorper Vertrages wohl verpflichtet erachte, die Dänen im Besitz Schleswigs zu sichern, dabei aber dennoch einen friedlichen Vergleich erhoffe.

Am 15. April begann vor der Queensbench in Dublin der Staatsproceß gegen die Häupter der Jung-Irland-Partei, Smith O'Brien, Mitchell und Meagher, wegen Aufwiegelung. Die Angeklagten werden selbst ihre Vertheidigung führen, haben aber jeder mehrere rechtskundige Freunde zur Seite. Sie haben „nicht schuldig“ plaidirt, und werden den Beweis ihrer Unschuld durch Analogie zu führen suchen, d. h. durch Hinweis auf frühere Processe in denen, obgleich ebenso aufwieglerische Reden oder Schriften vorlagen, die Angeklagten freigesprochen wurden.

Nach einem Schreiben des „Standard“ aus Dublin, vom 17. April, ward an diesem Tag in der dortigen Fischstraße ein Büchsenschützen-Clubb, der sich eben in den Waffen übte, polizeilich aufgehoben. Das Anlaufen der Sparcassen dauert fort; in Dublin allein wurden in letzter Woche mehr als 100,000 Pfd. St. Eingelegtes herausgenommen. Die Eigenthümer verwandeln die Noten in Gold, und dieses wird vergraben. Der „United Irishman“ bringt, während sein Herausgeber John Mitchell einen Staatsproceß vor der Queensbench zu bestehen hat, ungescheut einen Brandartikel um den andern. Die katholische Geistlichkeit scheint sich hie und da an der Aufwieglung zu betheiligen; die große Mehrzahl derselben aber predigt im Sinne des Evangeliums. In Dublin will sich, wie Sir G. Grey in der Unterhaussitzung am 18. April erklärte, eine „Verbindung zur Wahrung der Ruhe in Irland“ bilden; Gutdenkende aller Confessionen und Parteien treten ihm bei.

Das Gerücht geht: Admiral Sir Charles Napier werde den Oberbefehl der „Canal-Flotte“ erhalten, die aus zehn Linienschiffen bestehen soll. — Die brittische Seemacht besteht dermalen aus 678 Kriegsschiffen, die von je 1 bis 120 Kanonen verschiedenen Calibers führen, zum Theil aber noch im Bau begriffen sind; darunter 165 bewaffnete Dampfschiffe, viele von Eisen und mit der archimedischen Schraube versehen. Auf dieser Flotte dienen in Friedenszeit 45,000 Matrosen, 2000 Schiffsjungen, 14,000 Marinesoldaten in 100 Compagnien, deren Hauptquartiere Chatham, Portsmouth, Plymouth und Woolwich sind. Der Officiers-Etat ist: ein Ober-Admiral (Sir J. H. Whitshed), 30 Admirale, 45 Viceadmirale, 75 Contre-Admirale, 544 Capitäne, 869 Commanders, 2339 Lieutenants, 435 Masters, 49 Schiffscadetten (mates), gegen 600 Aerzte und Unterärzte u. s. w.

Schweden und Norwegen

Stockholm, 11. April. (Das neue Ministerium.) Chef des Civildepartements (des Innern) Hr. Fahräus; Justizminister der Präsident des Kammercollegiums, jetziger Landmarschall Graf Sparre; Minister des Auswärtigen Frhr. Stjerneld, der schon früher dieses Amt bekleidet hat; Chef des Armeedepartements der General-Adjutant v. Hohenhausen; Chef des Marinedepartements der Oberst Ehrenstam; Chef des Finanzdepartements der Landesgouverneur v. Jemtland, Sandströmer; Chef des geistlichen Departements der Professor bei der Universität zu Lund Genberg; consultative Staatsräthe: der Unterchef des Civildepartements Wallensteen und der Revisionssecretär Günther. Ein consultativer Staatsrath ist noch zu ernennen und man glaubt, dieser Platz sey dem Frhrn. Tersmeden bestimmt, der sich als Reichstagsmann und Wortführer des Finanzausschusses ausgezeichnet hat. (A. Z.)

Neueste Nachrichten.

††† München, 25. April. Heute Morgens kam eine Abordnung des 35. Wahldistricts, Müllerstraße, zu Prof. Fallmerayer, der in jenem District wohnt, und forderte denselben auf, sein politisches Glaubensbekenntniß abzulegen. Der Gefeierte, obwohl noch etwas körperleidend, folgte alsbald dem Ruf, bestieg im Versammlungslocal die Tribüne und erklärte sich, das Widersinnige der in neuester Zeit ihm von zwei verschiedenen Seiten her gemachten Vorwürfe, daß er ein Reußenfreund, ein Freund der Höfe u. s. w. sey und doch mit Hecker und Struve affiliirt gewesen, kurz abweisend, mit Hinweis auf seine politische Anschauung, ausgesprochen in der Vorrede zu den Fragmenten, als entschiedenen Anhänger der constitutionellen Monarchie, diese aber mit so festen Schranken, daß es den Regenten möglich gemacht werde, des Guten viel, des Bösen so wenig als irgend möglich zu thun. Bezüglich der Oberleitung Deutschlands wünscht er das Haupt abwechselnd aus den Fürstenhäusern von Oesterreich, Preußen und Bayern ohne Erblichkeit erkoren. An der Benennung des Oberhauptes (Kaiser, Präsident u. s. w.) liege nichts. (Allgemeine Uebereinstimmung.) Bezüglich seiner religiösen Ansichten erklärt der Redner, er sehe die Entwicklung und Vollendung der Menschheit im Christenthum, aber in dessen reinster, von allen Zeit- und Parteiauswüchsen gereinigter Gestalt. Hinsichtlich der sittlichen Anschauung verweist er auf sein ganzes vorausgegangenes Leben. Die Reform müsse überhaupt, wenn es besser werden solle, vom Individuum ausgehen. Sein Mandat, im Fall er für's Parlament gewählt würde, würde er in demselben Augenblicke in die Hände seiner Wähler heimgeben, wo er erkennen müsse, ihre Ansichten nicht genugsam zu vertreten oder vertreten zu können. (Stürmischer Beifall.) — Prof. Fallmerayer soll in 27 Bezirken die günstigsten Chancen haben. — Mittags 1 Uhr. So eben erfahre ich, daß Prof. Fallmerayer von den Urwählern seines, d. h. des oben erwähnten Wahlbezirkes mit entschiedener Majorität zum 1. Wahlmann gewählt worden.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 25. April: „Humoristische Studien,“ Schwank v. Lebrün. Hierauf: „Die Insulaner,“ Ballet v. Horschelt.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Grealted, Salmon, Creagh, Butterby, Cerlierate, Simpson und Austen, Rentiers aus England; Lichtenberger, Kaufmann aus der Pfalz; Dr. Gemeiner von Aschaffenburg.

Gold. Hirsch. HH. Barker, Edelmann v London; Demion, Kaufmann v. Paris; Frecker und v. Wilanne, Rittergutsbesitzer aus Preußen; v. Holmüer, v. Rothenburg und Garuff, Privatiers v Innsbruck.

Hôtel Maulik. HH. Lord Howard, Bale und Ogle, Rentiers aus England; Bodenstedt, Privatier v. Venedig; Gutjäger, Privatier v. Bremen; v. Dilbert, Privatier aus Böhmen.

Gold. Kreuz. HH. Manera, Particulier von Biagen; Schmucker, Architekt v. Dillingen; Sprel, Rentier v. London.

Blaue Traube. HH. Sartori, k. Advocat v. Dillingen; Formesso, Kaufmann, Pontaglio und Antonietti, Militärs von Mailand; Kübler, Kaufmann v. Köln; Arnold, Kaufmann v. Dünsburg; v. Hoffmann, Oberlieutenant, Gerst. Hauptmann, und Zeng, Magistratsrath v. Augsburg; Göß, Gerichtshalter v. Diessen; Frhr. v. Floram, Oberlieutenant, und v. Beulwitz, Lieutenant v. Landshut; Schultheis, Rentier v. Zürich; Beul, k. Advocat v. Mühldorf.

Stachusgarten. HH. Schegg und Schmitt, Professoren v. Freising; Kaiser, Kaufmann v. Nördlingen; Herrmann, pens. Hauptmann v. Ansbach; Fellner, Accessist v. Amberg; Böhm, Schauspieler v. Innsbruck; Jouan, Studienrector, und Karlbaur, Lieutenant v. Augsburg; Bauernfeind, Landgerichtsoberschreiber v. Ebersberg; Köppel, Privatier v. Bamberg; Dr. Stahl, Professor v. Erlangen; Brand, Landgerichtsassessor v. Donauwörth.

Bekanntmachung.

2381. (3a) Montag den 8. Mai 1848 Morgens 8 Uhr werden in der Wurzerstraße in den Localitäten der königlichen Postenwage alte Wagen, Geschirre, Reit-, Fahr- und Stallrequisiten, dann altes Eisen 2c. gegen gleich baare Bezahlung an den Meistbietenden öffentlich versteigert.

München den 25. April 1848.

Anzeige.

2383. (2a) Allen meinen verehrten Geschäftsfreunden widme ich die ergebenste Anzeige, daß ich das frühere Local verlassen und meine eigene Behausung bezogen habe. Indem ich für die fortwährend geneigte Berücksichtigung verbindlichst danke, erneure ich wiederholt die höfliche Bitte, selbe mir noch ferner gütigst zuzuwenden, und empfehle mich unter Zusicherung prompter Effectuirung der mir ertheilten Aufträge mit achtungsvoller Ergebenheit.

C. G. Heucke,

Schrift- und Stereotypgießerei-Besitzer.
Rosenheimerstraße Nr. 2.

Bekanntmachung.

Die Gant des Wasenmeisters
Franz Paul Pickl von Tara
betreffend.

2390. Durch Erkenntniß des k. Landgerichts Dachau vom 3. Jänner l. Js. wurde bezüglich des Schuldenwesens des Wasenmeisters Franz Paul Pickl die Gant eröffnet, und es werden sonach folgende Edictstage festgesetzt:

I. Zur Anmeldung der Forderung und deren gehörigen Nachweisung

Samstag den 27. Mai l. Js. Vormittags 9 Uhr.

II. Zur Vorbringung der Einreden gegen die angemeldeten Forderungen

Samstag den 8. Juli l. Js. Vormittags 9 Uhr.

III. Zur Abgabe der Replik

Samstag den 22. Juli l. Js. Vormittags 9 Uhr.

IV. Zur Abgabe der Duplik

Samstag den 5. August l. Js. Vormittags 9 Uhr.

Sämmtliche Interessenten und Gläubiger werden daher unter dem Rechtsnachtheile vorgeladen, daß die Versäumung des ersten Edictstages den Ausschluß von der Gantmasse, die Versäumung des folgenden aber den Ausschluß der betreffenden Prozeßhandlungen nach sich ziehe.

Sign. den 11. April 1848.

Königl. Landgericht Dachau.
v. Gäßler, Landrichter.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 108.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr.

Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Mittwoch XLIX. Jahrgang. 26. April 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 22. April. Der Beschluß der Bundesversammlung, worin sie sich die Festsetzung eines spätern Termines zur Eröffnung der constituirenden Versammlung vorbehält, führte heute im Fünfzigerausschuß zu lebhaften Eröffnungen über die Competenz des Bundes. Zuletzt wurde beschlossen: der Bund möge, da die Einberufung vom Vorparlament auf den 1. Mai festgesetzt, die Eröffnung aber von der beschlußfähigen Mitgliederzahl abhängig sey, in beiden Beziehungen sich einer Festsetzung enthalten. Dabei hoffe man aber zuversichtlich, es werde sich eine hinreichende Anzahl einfinden, um spätestens am 18. Mai die Versammlung eröffnen zu können. Auch die vom Vorparlament beschlossene aber noch nicht vollständig vollzogene Epuration des Bundestags wurde dem letztern in Erinnerung gebracht. (A. Z.)

Man schreibt der „Allgemeinen Zeitung" aus Rendsburg, 19. April. Die Wehrhaftmachung der deutschen Küsten und Häfen ist eine Angelegenheit von der allerdringendsten Nothwendigkeit geworden; es gilt die Abwehr von Gefahren, die nicht bloß die unmittelbaren Küstenbewohner treffen, sondern die in ihren weiteren Wirkungen auch die Handels- und Gewerbs-Interessen des ganzen Binnenlandes bedrohen. Die schnellste Hilfe ist die beste. Binnen Jahresfrist können, wenn man in allen Ost- und Nord-Seehäfen ungesäumt Hand ans Werk legt, einige Hunderte von Kanonenbooten gebaut und ausgerüstet werden, die zum unmittelbaren Schutze der meistens ziemlich seichten Mündungen, zumal der Ostseehäfen, ausreichen mögen; aber wir bedürfen auch Schiffe in offener See, um auf die dänischen Caper Jagd zu machen. Hier ist die schnellste Aushilfe der Ankauf fertiger und armirter Dampfer in England und Nordamerica; und dazu bedarf es einiger Millionen Thaler. — Deutsche Landsleute! Laßt uns unverzagt zum Werke schreiten, der Schutzgeist des Vaterlandes wird unsere Bemühungen segnen! Wenn jede Stadt, jedes Städtchen, jeder Gutsbesitzer, Kaufmann und Fabrikant nach Kräften beisteuert, sind binnen einer Woche einige Millionen Thaler aus Deutschland zu beschaffen. In dieser Ueberzeugung ist hier gestern Abend ein Ausschuß zusammengetreten (Professor Langenbeck, Christiansen, Roß u. a.), der bis heute früh bereits 500 Thlr. baar gesammelt hatte. Diesem kleinen und bescheidenen Anfange werden die großen Städte Hamburg, Altona, Bremen, Magdeburg, Lübeck u. s. w., alsbald folgen. Landsleute! tretet auch Ihr in Augsburg, in München, im ganzen Bayerlande, im gesammten Deutschland zusammen, und sammelt Beiträge für eine deutsche Flotte; die gesammelten Summen werden wir zur Verfügung des Reichstags in Frankfurt stellen oder des Bundestages, falls dieser noch vor dem Zusammentritt des Maifeldes zum Ankauf von Kriegsschiffen schreiten will! — (Schon ehe dieser Aufruf ankam, hatte sich in München und Augsburg ein kleiner Kreis von Frauen und Jungfrauen in dem Gedanken vereinigt, die deutsche Frauenwelt zu einer großen Sammlung für eine deutsche Flotte aufzufordern. Der Aufruf wird alsbald erscheinen.)

Endlich ist ein Schritt geschehen, um die Vereinigung Deutschlands zu einem gemeinsamen Zoll- und Handelssystem anzubahnen, berichtet die „Freie Zeit" aus Wiesbaden, 15. April. Braunschweig habe nämlich an die hannoverische und oldenburgische Regierung, sowie an die Zollvereinsstaaten Vorschläge zur Vereinigung beider Systeme (Steuerverein: Hannover und Oldenburg, Zollverein: Preußen rc.) gelangen lassen und Braunschweig als Verhandlungsort der Commission bezeichnet. Daß Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen einem Beitritt zum Zollverein geneigt seyen, wird vom braunschweigischen Ministerium nicht bezweifelt; dagegen zweifelt es, daß Oesterreich jetzt schon im Stande sey sich anzuschließen.

Bayern.

Landtag.

**München, 25. April. (XIV. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische die königl. Commissäre: v. Molitor, v. Suttner, Aschenbrenner, v. Habel, v. Kleinschrodt; in der Kammer 109 Abgeordnete. — Nach Verlesung und Genehmigung des Gesammtbeschlusses über den Gesetzentwurf: „die Behandlung neuer Gesetzbücher betr.", erstattete der Referent im I. Ausschuß Vortrag über den Gesetzentwurf: „die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichtsorganisation, über das Verfahren in Civil- und Straf-Sachen und das Strafrecht betr." — Der II. Präsident, Dr. Müller, hielt den Entwurf für ungenügend und transitorisch. Er verlangte Richter freier Genossenschaften. — Dr. Ruland begehrte einen eigenen Entwurf über die Aufhebung der Privilegien im Allgemeinen, wogegen viele andere Redner sich für Aufhebung aller Privilegien, ohne Ausnahme erklärten. — Die Modificationen der Kammer der Reichsräthe wurden angenommen, und aus Art. II. zwei Artikel gemacht. In Bezug auf Art. XXI. wurde die Modification des Ausschusses angenommen, die also lautet: „der Ausspruch der Geschwornen über Schuld oder Nichtschuld der Angeklagten ist in Bezug auf die Art. IX. (nun X.) Ziff. 4 erwähnten Fälle ein wesentlicher Bestandtheil des Strafverfahrens." Ebenso ward auch dem von den Reichsräthen proponirten, so wichtigen Art. XXIII (nun XXII.) die allgemeine Zustimmung ertheilt, und der Gesetzentwurf mit den angedeuteten Modificationen einstimmig angenommen. — Hierauf bringt der Staatsminister der Justiz, Heintz, einen Gesetzentwurf: „über den Staatsgerichtshof und über das Verfahren bei Anklage der Minister (aus 59 Artikeln bestehend) ein, und bemerkt hiebei, daß der Gesetzentwurf über die Wähler und die Initiative der Kammer nächstens eingebracht werden soll. — Der Staatsminister der Finanzen, Frhr. v. Lerchenfeld, folgt mit Vorlage eines Gesetzentwurfs: „über Capital- und Einkommen-Steuer". Der Entwurf gilt vorläufig nur für ein Jahr. — Der Einkommensteuer gemäß zahlt jeder unverheirathete Mann mit einem Einkommen von 200 fl. 30 kr. Steuer. Bei Verheiratheten kommt es auf die Stärke der Familie an. 400 fl. zahlen bei Verheiratheten eine Einkommensteuer. 1000 fl. zahlen 3 fl., 5000 zahlen 45 fl., 6000 zahlen 60 fl., 40,000 zahlen 600 fl. u. s. w. Diese Einkommensteuer ist nur für ein Jahr vorläufig festgesetzt. Die Familiensteuer wird aufgehoben. — Schnetzer bittet um's Wort und spricht den Wunsch aus, es möchten nächstens die Gesetz-Entwürfe über Association und Volksbewaffnung eingebracht werden. — Der Staatsminister der Finanzen beklagt sich dann über die allzugroßen Anforderungen, die an das Ministerium von der Kammer gemacht werden. Seine Arbeiten überschreiten ohnedieß beinahe das Maß menschlicher Kräfte. Uebrigens sey die Association und Volksbewaffnung schon factisch da. — Der Präsident erklärt, daß die Kammer wohl die Thätigkeit des Ministeriums anerkenne, übrigens seyen sie (die Abgeordneten) die Organe des Volkes und müßten, was das Volk wünscht, auch aussprechen. — Schnetzer sagt, die Kammer müsse der öffentlichen Meinung Rechnung tragen. — Auch Eppelsheimer spricht sich in dieser Weise aus. — Staatsminister Heintz: Er achte die Meinung und den Wunsch des Volkes, doch man dränge sie (die Minister) zu sehr. Wolle die Kammer länger bei einander bleiben (allseitiges Nein!), dann könne auch Genüge geleistet werden. — Stockinger: Die Kammer sey deßhalb einberufen, um die gegebenen Versprechungen der Krone zu sanctioniren, nur deßwegen. Der Minister fordere sie auf, Gesetze selbst vorzulegen; er müsse aber doch wissen, daß sie leider die Initiative nicht ergreifen können. — II. Präsident Dr. Müller: Die Gesetz-Entwürfe über die Steuern hätten wohl zuletzt kommen können. — Frhr. v. Rotenhan: Die Majorität spreche gewiß kein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium aus (Nein!), nur eine Minorität dränge. — I. Präsident Dr. Kirchgeßner: Die Kammer spricht gewiß kein Mißtrauensvotum aus. — Schnetzer: Der Hr. Baron v. Rotenhan scheinen die Wünsche des Volkes nicht zu kennen. — Staatsminister v. Lerchenfeld: Man verlange zu viel; das Ministerium habe nicht blos Steuergesetze eingebracht. Uebrigens habe man ja in Preußen, das man eben citirte, 40 Mill. in einer Sitzung gefordert. — Stockinger: Er hätte blos den Volkswillen ausgesprochen und spreche ihn abermals aus, trotzdem daß man ihn zur drängenden Minorität rechne. — Deininger und Bauer sprechen als Advocaten des Ministeriums und im Sinne Rotenhan's. — Edel: Das Höchste sey die Ehre; sie (die Abgeordneten) müßten sich täglich in das Gesicht schlagen lassen. Man möge sie entlassen, wenn man sie nimmer wolle. (Edel weint beinahe vor lauter Selbstrührung!) — Auch Rammoser spricht in diesem Sinne und heult und tobt dabei. — Stockinger: Er spreche seine Ueberzeugung aus; die Andern mögen es auch thun. — Bauer: Wie stimmt die fortwährende Forderung um neue Gesetzentwürfe, damit zusammen, daß die Pfälzer früher nur das Einbringen des Ablösungs- und Wahlgesetzes verlangten? — Stockinger: Er habe stets mehr verlangt. (Es wird übrigens schon bevor Stockinger sprach, heftig: Schluß! gerufen.) — Edel verlas den Kammerbeschluß über den berathenen Gesetz-Entwurf. Die Sitzung wird für geschlossen erklärt, da die Zeit bereits vorgerückt ist und die nächste auf heute Mittag 4 Uhr(?) anberaumt.

*†München, 26. April. Unter dem Vorsitz Sr. Maj. des Königs fand gestern eine außerordentliche Staatsrathssitzung statt, welche von Vormittag 10 Uhr bis Abends 6 Uhr währte. Heute wird der Staatsrath abermal sitzen.

††München, 24. April. Der Polizeicommissär Staiger in München wurde zum Landrichter in Rittenau, Regierung der Oberpfalz und von Regensb. ernannt, die Stelle eines Kanzelisten und Cassecontroleurs am Lottooberamt Regensburg dem Revisor am Lottoamt Speyer, Joseph Ignaz Haffner, die II. Registratorstelle bei der General-Bergwerks- und Salinen-Administration dem Registratorgehilfen Ignaz Franz Lan-

mer provisorisch verliehen; ferner der für die Obercontroleurstelle zu Furth, Hauptzollamt Eschlkam, ernannte Michael Doll auf die Obercontroleurstelle zu Partenkirchen, Hauptzollamt Mittenwald, und der dortige Obercontroleur Wolfgang Ripl, in gleicher Eigenschaft nach Furth versetzt, der Revisionsbeamte am Hauptzollamt Kitzingen, Franz Xaver Angerer, nach §. 19 der IX. Verfassungs-Beilage aus administrativen Erwägungen unter Belassung seiner Titel aus dem Staatsdienst entlassen, der zeitlich quiescirte Hauptzollamts-Verwalter, Philipp Karl Steinruck, in Augsburg, zur Zeit in Bamberg, in den definitiven Ruhestand versetzt.

†München, 26. April. Se. königl. Hoheit der Prinz Karl von Bayern begaben sich gestern als Oberbefehlshaber über das 7. und 8. deutsche Armeecorps von hier über Stuttgart nach Karlsruhe, um sich von dem Stande der dortigen Verhältnisse persönlich zu überzeugen.

|||München, 26. April. Dem Vernehmen nach wurde vom tyrolischen Guberium in Innsbruck das Anerbieten eines Freischaaren-Zuzuges zur Vertheidigung des Landes abgelehnt. Nach den neuesten Nachrichten aus Wien, daß sich Oesterreich nicht unbedingt dem deutschen Bundesstaat anschließen wolle, bedurfte es wohl dieser Ablehnung nicht mehr, da sich kaum deutsche Männer oder Jünglinge finden dürften, welche ein Land vertheidigen wollten, dessen Beherrscher schon von jeher Deutschlands Interessen feind, auch jetzt noch eng an Deutschland anzuschließen sich weigern.

|||München, 24. April. Unter der Rubrik „Berichtigung“ enthält dieses Blatt Nro 104 und 105 eine vom Assessor Krätzer gegebene Erklärung, welche dahin zu gehen scheint, die bisher von verschiedenen Seiten in unlauterer Absicht so oft versuchten Verdächtigungen um eine zu vermehren, und zwar in einer Weise, die ein ganz unschuldiges Aussehen zum Mantel sich gewählt hat. Ueber diese Erklärung möge folgende Aufklärung einiges Licht verbreiten. Assessor Krätzer hatte sich in einer früheren Versammlung des Bauhofclubbs eingefunden und war von einem Mitgliede der Versammlung zur Abgabe seines politischen Glaubensbekenntnisses aufgefordert worden; dieses hatte er jedoch vor dieser Versammlung nicht abgelegt. In der darauf folgenden fand er jedoch nach einer abermals von einem in der Gesellschaft Anwesenden an ihn ergangenen Aufforderung Gelegenheit, seine politischen Ansichten zu äußern. Ueber diese blieb die ganze Versammlung im Unklaren, da Assessor Krätzer nur im Allgemeinen sich gegen einen deutschen Kaiser und wie mir dünkte, für einen unter den 3 größeren Mächten Deutschlands wechselnden Vorsitz am deutschen Parlament ausgesprochen hatte, ohne auf entschiedene Weise seine Ansicht über die Constituirung einer deutschen Centralgewalt auszusprechen. Die wenigen positiven Anhaltspuncte in dieser Beziehung wurden durch die sofort hinzugefügte Kritik in der Art negirt, daß der Zuhörer sich kein klares Bild von der politischen Ansicht des Vortragenden machen konnte. Diese Unentschiedenheit wirkte auf eine an bisher offene und rückhaltslose Sprache gewöhnte Versammlung ungünstig ein, und als Assessor Krätzer in einer kaum zu begreifenden Taktlosigkeit die Religion in sein politisches Glaubensbekenntniß gezogen hatte, so konnte er wohl begreifen, daß bei seiner intoleranten Ansicht, die Glaubensfreiheit bringe Unheil, er als Candidat auf eine Unterstützung des Bauhofclubbs nicht rechnen könne, da dieser nach seinen Grundsätzen sich für Glaubensfreiheit ausgesprochen hatte. Zu solcher Einsicht war der Candidat vor der Abstimmung durch den ihm gewordenen getheilten Beifall gekommen und er trat zurück, ehe solche erfolgte, und entging damit einer Niederlage, wie sie die als Candidaten vorgeschlagenen Thiersch, Edel, von der Pfordten wegen ihrer zweideutigen Haltung erlitten hatten. Um der Sache jedoch einen Schein zu geben, wurde durch Assessor Krätzer eine Discussion über die Constituirung einer deutschen Centralgewalt herbeigeführt, welche der Candidat nur dazu benützte, sich in formaler Auffassungsweise des Wortes „Republik“ zu bewegen. Lächerlich war aber der gestellte Antrag und albern die offene Falle, es solle die Versammlung abstimmen, ob sie für oder gegen Republik sey. Daß ein solcher Antrag als gänzlich unstatthaft keine Beachtung finden konnte, verstand sich von selbst. Wer übrigens über das Wesen des Wahlaufrufs des Bauhofclubbs nachzudenken sich die Mühe nimmt, der wird leicht den in diesem ausgesprochenen Grundsatz herausfinden können, daß jedem Einzelstaate in Deutschland die bestehende Staats- und Regierungsform überlassen bleibt, und somit auch der Bauhofclubb nach diesem ausgesprochenen Grundsatze, um es denn endlich einmal deutsch heraus zu sagen, nicht beabsichtigen könne, aus dem constitutionellen Königreiche Bayern eine Republik zu schaffen — wodurch jedoch nicht ausgeschlossen ist, daß das deutsche Volk endlich einmal durch das deutsche Parlament eine Vertretung seiner Rechte erhalte, und aus sich als ein nach Außen vereintes und starkes Deutschland sich gestalte und daß, um dieses Ziel zu erreichen, das Vorbild der Nordamericanischen Freistaaten das uns leitende seyn muß, weil wie dort so auch in Deutschland sich eine Menge einzelner selbstständiger Staaten zu einem Conföderativstaate vereinigen können ohne Rücksicht auf die in den einzelnen Staaten bestehenden Verfassungen. Was übrigens das vom Assessor Krätzer erhobene Bedenken betrifft, er könne nicht Candidat des Vereines seyn, würde Feuerbach als solcher zugelassen werden, so wollen wir, gänzlich absehend von dem materiellen Werthe einer solchen religiösen, wie einer anderweitigen politischen Verdächtigung eines andern Candidaten, Hrn. Assessor Krätzer nur Glück wünschen, daß er entschieden an dem positiv-christlichen Glauben fest hange, ohne daß wir untersuchen wollen, ob er unter diesem positiv-christlichen Glauben den römisch-katholischen oder protestantisch-lutherischen verstanden wissen wolle.

Augsburg, 24. April. Heute Vormittag fand abermals eine Bürgerversammlung in einem der Säle des Rathhauses statt. Hr. Dr. Fischer legte sein politisches Glaubensbekenntniß ab, worin er sich mit energischen Worten für die constitutionelle Monarchie aussprach, Hr. Oswald wies einige lautgewordene Verdächtigungen zurück, als suche er in republicanischem Sinne zu wirken, und der Vorsitzende, Ed. Widenmann, sprach sich für die Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung der Ruhe in der Stadt, sowie für die Abschaffung der Consumtionssteuern aus, worauf Herr Bürgermeister Forndran in ausführlicher Rede auseinandersetzte, was in dieser Beziehung, wenigstens hinsichtlich der Stadt Augsburg selbst, bereits angebahnt sey. Am Schlusse trat Hr. Patriz Wittmann auf, um die Nothwendigkeit allgemeiner Religionsfreiheit darzulegen, und die Versammlung aufzufordern, den für die Nationalversammlung gewählten Abgeordneten in dieser Beziehung zu instruiren. (A. Z.)

Erlangen, 22. April. In unserer Stadt wurde in mehreren Bürgerversammlungen die Zulassung der Juden besprochen und debattirt, und zuletzt eine Adresse an den Magistrat beschlossen des Inhalts: „daß jedem Israeliten in der Folge die Niederlassung gestattet werden solle, welcher ein Vermögen von mindestens 20,000 fl. (!) nachweise und sich verbindlich mache, ein Haus zu kaufen und nicht en détail seine Waaren abzusetzen.“ (E. v. u. f. L.)

Dr. Heidenreich in Ansbach macht bekannt, daß er veranlaßt worden sey, die Vorstandschaft des Ansbacher Volksausschusses niederzulegen, weil er Ludw. Feuerbach in Bruckberg zur Wahl nach Frankfurt vorgeschlagen habe.

Preußen.

Posen, 17. April. Bekanntmachung des Generalmajors und königl. Commissarius v. Willisen. Ich freue mich, zur Kenntniß des Publicums bringen zu können, wie Se. Maj. der König sich unterm 14. d. mit der Ansicht des Staatsministeriums dahin völlig einverstanden erklärt haben, daß die der polnischen Bevölkerung der Provinz verheißene nationale Reorganisirung auf diejenigen Landestheile des Großherzogthums in welchen die deutsche Nationalität vorherrschend ist, nicht ausgedehnt werden darf. Es sey vielmehr der Wille Sr. Majestät, daß der von diesen Landestheilen beantragte Anschluß an den deutschen Bund ohne Verzug bei der hohen deutschen Bundesversammlung vermittelt werde. Es werden sich so die Verhältnisse beider Nationalitäten reiner scheiden und jeder in ihrem Sinne entschiedener die Vortheile der versprochenen Reorganisation genießen. Die Linie, welche künftig diese Trennung bezeichnen soll, kann natürlich erst dann ganz genau festgesetzt werden, wenn beide Bevölkerungen durch ihre gesetzmäßigen Organe gehört worden sind. Alle diejenigen Kreise aber, welche den Anschluß an den deutschen Bund beantragt haben, werden hiernach auch nicht einmal von einer Reorganisationsmaßregel betroffen werden. Ich gestatte mir nur noch mich auf meine Erklärung vom 15. d. M. zu beziehen, und darauf aufmerksam zu machen, daß, welcher Weg der Lösung der schwierigen Aufgabe auch gewählt werde, es nicht zu umgehen seyn würde, einzelne Wünsche unberücksichtigt zu lassen. Wenn indessen die Bevölkerung selbst über das, was geschehen soll auf gesetzlichem Wege entscheidet, so müssen sich die einzelnen auch nachher dieser großen Entscheidung willig fügen. Die Regierung hat keinen andern Wunsch als die Bevölkerung selbst; was diese durch ihre gesetzmäßigen Organe ausspricht, wird sie Sr. Majestät vorlegen sonst nichts. Ich darf nun hoffen, daß auch von dieser Seite her zugleich mit der Rückkehr des äußern Friedens sich die Aufregung im Lande legen wird. Jeder möge sich sagen, daß er nun getrost den Dingen, welche da kommen sollen entgegensehen kann, und daß er durch nichts so sehr zu einer baldigen und glücklichen Lösung beizutragen im Stande ist, als wenn er sich bemüht Ruhe und Ordnung um sich her zu verbreiten. Möge es so geschehen.

Schleswig-Holstein.

Rendsburg, 14. April. Gestern hat hier eine Sammlung zur Gründung einer deutschen Flotte begonnen, die viel Anklang fand und in kurzer Zeit ein erkleckliches Sümmchen brachte. — Heute Morgen ist ein Corps von etwa 1000 Dänen bis Sorgbrück vorgerückt. Die Abtheilung preußischer Füsiliere, welche dort stand, hat sich wohl wegen Mangel an Artillerie zurückgezogen. — Von der Insel Föhr sind der Landvogt Derrien und der Consul Nummesen von den Dänen weggeschleppt worden. (Alt. Mkr.)

In der neuen „Schleswig-Holstein'schen Zeitung“ finden sich folgende Nachrichten: Unterm 15. April d. Js. sind der Professor O. E. v. Madai in Kiel zum Gesandten für das Herzogthum Holstein beim deutschen Bundestag in Frankfurt a. M., und der Legationssecretär C. S. W. G. v. Stemann zum Secretär bei der Gesandtschaft am Bundestage ernannt worden. — Durch eine Verordnung vom 17. wird, den Beschlüssen der Ständeversammlung gemäß, das Jagdregal aufgehoben; eine zweite Verordnung von demselben Tage hebt das Verbittels-, Schutz- und Insten-Geld auf.

Mit Bezug auf die Bekanntmachung des Generalcommando vom 5. April bringt das unterzeichnete Bureau wieder in Erinnerung, daß es bis weiter unmöglich ist, solche Freiwillige anzunehmen, welche sich nicht selbst vollständig sowohl mit Waffen als mit Kleidung ausgerüstet haben. Rendsburg, 16. April 1848. Bureau für die Freiwilligen.

Rendsburg, 18. April. Nachmittags. Als Oberbefehlshaber nicht blos über das ganze vereinigte Bundesheer, sondern auch über das preußische Heer (das auf 13,000 Mann kommen wird) und die schleswig-holsteinischen Truppen wird der hannoverische General Halkett bezeichnet. Der Fürst Radziwill wird die eine Brigade und der Prinz von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg die andere befehligen, der Herzog von Braunschweig führt kein bestimmtes Commando. — Die dänischen Unterhandlungen mit Rußland, um Beistand gegen Deutschland haben bis jetzt kein Resultat gehabt. (B. H.)

Rendsburg, 19. April. Der Herzog von Braunschweig hat jedes Commando über die Truppen abgelehnt; der Zweifel, ob der hannoversche General Halkett oder der preußische Fürst Radziwill das Obercommando führen soll, ist zu Gunsten des erstern entschieden. Die Armee, als 14,000 M. Preußen, 10,000 M. Bundes-Truppen vom 10. Armeecorps, und etwa 10,000 Schleswig-Holsteiner und Freischaaren, die den regulären Truppen jetzt überall angeschlossen sind, wird heute vollständig versammelt seyn. Es fehlt noch von dem König von Preußen die bestimmte Weisung zum Angriff. Ein Courier ist abgegangen, um diese zu holen. (A. Z.)

Rendsburg, 21. April. Morgen, den 22., Mittags werden die Preußen, die hier liegen, vorrücken. Das Rendsburger Bürgermilitär hat den Wachtdienst angetreten. Der nach Berlin gesandte Flügeladjutant des Fürsten Radziwill ist gestern Abend zurückgekehrt mit der unbedingten Marschordre. (A. M.)

Rendsburg, 21. April. Heute Vormittag hat ein ernstlicheres Vorpostengefecht bei Altenhof in der Nähe von Eckernförde zwischen einem Freicorps, bestehend aus Kieler, Kölner und Berliner Freiwilligen und zwei Bataillons dänischer Infanterie stattgefunden. Unser Freicorps wurde von dem bayerischen Major v. d. Thann, der sich des höchsten Vertrauens als Officier und als

Mensch erfreut, sehr rühmlich angeführt. Die Dänen mußten nach einem mehrstündigen Gefechte, wobei sie durch die Kanonen der im Eckernförder Hafen liegenden Kriegsschiffe unterstützt wurden, nach Eckernförde sich zurückziehen. Unser Freicorps, von dem ein Theil zuletzt mit dem Bajonette angriff, hat 8 Todte und 16 Verwundete, die so eben hieher gebracht werden, begleitet von der bekannten Miß Aston, die auf heroische Weise im Felde dem Berliner Freicorps wundärztliche Hilfe leistet. (A. M.)

Kiel, 21. April. Die provisorische Regierung hat heute Berichte aus London empfangen, nach denen das dortige Cabinet die Schritte des Bundestags wegen Schleswig noch nicht als einen Krieg gegen Dänemark betrachtet und solchemnach wenigstens vorläufig sich neutral verhalten wolle.

In den Herzogthümern ist der Anfang zu einer Sammlung für den Ankauf von Kriegsschiffen gemacht.

Oesterreich.

Wien, 27. April. Die heutige „Wiener Zeitung" meldet in ihrem amtlichen Theil, daß der Kaiser den siebenbürgischen Hofkanzler Baron Josika auf sein Ansuchen seines Amtes entlassen hat. (Der Justizminister Taafe ist auf sein Ansuchen entlassen.) Ferner berichtigt sie einen allerdings argen Druckfehler in der gestern mitgetheilten Erklärung der Regierung über die Art des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland. Nämlich im Schlußsatz: „Insofern letzteres mit der Wesenheit eines Staatenbundes" u. s. w. muß dieses Wort durch „Bundesstaates" ersetzt werden. Insofern nämlich die Bedingung Oesterreichs, wonach es sich seine besondere Beistimmung zu jedem Bundesversammlungsbeschluß unbedingt vorbehält, mit der Wesenheit eines Bundesstaats nicht vereinbar befunden würde, könnte Oesterreich diesem nicht beitreten. (Die Sonderbündlerei wird dadurch nicht aufgehoben, denn der wahre Bundesstaat fordert Aufhebung gewisser Particularinteressen.)

(Oesterreichischer Kriegsbericht.) Botzen, 21. April. Die Piemontesen standen laut Nachrichten vom 18. und 19. noch immer hinter dem Mincio. Zu Varone bei Riva wurde eine Insurgentenschaar von 600 Mann durch die Oesterreicher geschlagen; bei Sclemo am 19. eine zweite von 1200, die nach Stenico zurückwich und hier am 20. den Oesterreichern in einem um 10 Uhr Vormittags noch unentschiedenen Gefecht Stand hielt. Cles wurde am 19. von den Oesterreichern wieder eingenommen, Malè von ihnen am 20. besetzt, nachdem 5 bis 600 Insurgenten ohne ernsthaften Kampf entflohen waren. (A. Z.)

Wien, 21. April. Aus Italien sind heute ziemlich wichtige Nachrichten eingetroffen. Das Geschwader in Palma hatte Befehl erhalten, nach Venedig auszulaufen. Alle italienischen Matrosen sind entlassen und dafür englische slavische, griechische Seeleute geworben worden. Sämmtliche Lloyd'sche Dampfschiffe sind mit Kanonen bewaffnet und sollen die Operationen des Geschwaders unterstützen. Oberstlieutenant v. Kugriasky übernimmt das Commando. Von der Armee ist der Angriff einzig wider Venedig gerichtet. Redetzky soll die Linie zwischen Verona und Mantua vertheidigen, ohne den Mincio zu überschreiten. Nugent ist am 19. in Palma nuova eingerückt. Die Ortschaften Prevano, Valvasone und Catoiripo wurden von den österreichischen Truppen erstürmt und gingen in Flammen auf. Die Infanterieregimenter Prohaska und Hohenlohe standen am 18. vor Udine. — Die Bauernbewegungen welche in verschiedenen Provinzen ausgebrochen, steigern noch die Verlegenheit der Regierung, da fast gar keine verfügbaren Truppen vorhanden sind und der italienische Krieg Geld und Leute ganz in Anspruch nimmt. Heute erfahren wir, daß in der Gegend von Weidhofen an der Thaya die Bauern von 60 Dörfern zu dem Zwecke sich verbündet haben, die Aufhebung des Zehnts, der Robot, die Befreiung von der Conscription, die Freigebung der Jagd und Fischerei ꝛc. durch alle Mittel zu erwirken. Sämmtlichen Dörfern welche dem Bunde beigetreten sind, wurde es bei der Aufnahme zur Pflicht gemacht, sich möglichst zu bemühen, daß noch mehrere Dörfer in das Bundesnetz gezogen werden. Sobald diese Bauernconföderation zu einer imposanten Zahl angewachsen, will das Oberhaupt des Bundes, ein Wundarzt zu Bluman, die Forderungen dem Kaiser überreichen. — Die Ungarn weigern sich auf das bestimmteste, den verlangten Antheil an der Staatsschuld zu übernehmen, und wollen nicht einmal den Waarentransport auf den Fahrzeugen der Donauschifffahrtsgesellschaft länger dulden. Sie wollen eine Gesellschaft gründen, deren Actionäre durchaus Ungarn seyn müssen, um den Oesterreichern allen Gewinn des Unternehmens zu entziehen. Einige Magazine der Gesellschaft sollen bereits zerstört seyn, und der Pöbel in Pesth und Ofen droht die Dampfschiffe zu verbrennen. Auf die beunruhigenden Gerüchte hin sind die Actien der Donaudampfschifffahrt bedeutend gefallen. — Dr. Schütte ist vorläufig nach Prag, also nicht über die Grenze gebracht worden. Die Aufregung über seine Ausweisung ist hier im Steigen. Hunderte von gedruckten Maueranschlägen, Flugschriften und Zeitungsartikeln beschäftigen sich seit einer Woche mit Dr. Schütte. Eine Deputation der Studenten überbringt heute eine Protestation gegen die Ausweisung dem Minister v. Pillersdorf, und will sich, wenn keine befriedigende Antwort folgt, zum Kaiser begeben. Die neueste Schrift, die uns über diesen Gegenstand zu Gesichte kommt, führt den Titel: „Er ist fort der gefährliche Dr. Schütte!" von J. Löwe. Der Ingrimm der Conservativen wendet sich seit Schüttes Entfernung gegen den ultraradicalen Redacteur des Wochenblattes „Der freie Wiener", welchen man rein communistischer Tendenzen beschuldigt. (A. Z.)

Wien, 22. April. Die neuesten Berichte Radetzky's vom 17. melden die Ankunft der Abgeordneten aus Mailand mit Friedensvorschlägen. Der Marschall wies dieselben zurück und forderte Unterwerfung, sandte aber zugleich den Grafen v. Wallmoden nach Wien, um von der Regierung bestimmte Verhaltungsbefehle zu verlangen. (A. Z.)

Brünn. (Adresse gegen die czechische Union.) Durch die von Prag ausgegangene Anregung, Mähren und Schlesien mit Böhmen zu vereinigen, hat das Repräsentationscomité der königl. Hauptstadt Brünn zur Wahrung der Selbstständigkeit der mährisch-schlesischen Provinzen sich veranlaßt gefunden in der Sitzung am 15. d. M. nachstehende Adresse an allerhöchst Se. Maj. den Kaiser zu beschließen: Allerdurchlauchtigster, Allergnädigster Kaiser und Herr! Die von einem Theile der Prager Bevölkerung unbegründet petitionirte Erneuerung des unauflösbaren Verbandes zwischen den sämmtlichen zur königlichen Krone Böhmens gehörigen Ländern und deren Vereinigung durch eine allgemeine böhmisch-mährisch-schlesische Nationalvertretung, durch eigene Centralbehörden unter einem besonderen verantwortlichen Ministerium des Innern hat die Bevölkerung der königl. Haupt- und Residenzstadt Brünn schmerzlich ergriffen, und deren alleruntertänigst gefertigtes Repräsentations-Comité findet sich verpflichtet, an den Stufen des Thrones Eurer Majestät die ehrfurchtsvollste Bitte niederzulegen: Eure Majestät wolle geruhen bei allerhöchster Schlußfassung über die obgedachte Petition der tief gewurzelten Ueberzeugung der Einwohnerschaft Brünns gerechteste Würdigung zu schenken, daß sie nur in dem engsten Verbande Mährens und Schlesiens mit der constitutionellen Gesammt-Monarchie, und in Wahrung der provinziellen mit dem Wohle des Gesammtstaates verträglichen Selbstverwaltung, Heil, Segen und Gedeihen finden werde, sowie die loyalste Versicherung der Abneigung gegen alle separatistischen Bestrebungen allergnädigst aufzunehmen. Die begehrte Vereinigung Mährens und Schlesiens mit Böhmen wäre dem historischen Rechte, den bestehenden Provinzialverfassungen und vor allem den Wünschen, Anstrebungen und der Sympathie der Bewohner sowohl mährischer als deutscher Zunge entgegen. Mähren war und ist seit mehr als einem halben Jahrtausend ein freies, selbstständiges, der Krone Böhmens durch kein Lehens- oder anderes Band untergeordnetes Land. Ein Kronland Böhmens wird es blos deshalb genannt, weil die Markgrafschaft mit dem Königreiche Böhmen seit Jahrhunderten einen und denselben Landesfürsten hatten und haben. Mähren hatte von jeher seine eigene Verfassung, seine eigenen Gesetze, die sich dessen Stände machten und die Landesfürsten als Markgrafen von Mähren bestätigten; es hat unter dem Scepter der glorreichen Dynastie Eurer Majestät durch drei Jahrhunderte als selbstständige Provinz die Schicksale Oesterreichs getheilt, mit Gut und Blut zu dessen Bestand und Ehren kräftigst beigetragen und wird bei dem freudigen, constitutionell sich gestaltenden neuen Aufbaue der Monarchie gewiß nicht zurückbleiben, wo es sich um Wohlfahrt, Kräftigung, Einigung und treues Schaaren um den Thron Eurer Majestät handelt. Der festen Ueberzeugung lebend Eure Majestät werden der gerechten Bitte der Einwohnerschaft Brünns und ihres Repräsentationscomité die huldvollste Gewährung nicht versagen, ersterben wir in pflichtschuldigstem Gehorsam. (Dr. Z.)

Schweiz.

Bern, 20. April. Die Tagsatzung behandelte in ihrer heutigen Sitzung verschiedene Begnadigungsgesuche von eidgenössischen Militärs, welche vom Sonderbundsfeldzuge her durch die eidgenössischen Kriegsgerichte zu Zuchthaus- oder längern Gefängniß-Strafen verurtheilt worden waren. Alle diese Gesuche wurden jedoch abgewiesen, bis auf dasjenige eines gewissen Dolder, der sich nachträglich als geisteskrank erwiesen hat. Hierauf wurde, auf den Antrag des eidgenössischen Kriegsraths, ein Credit von 20,000 Fr., zum Bezuf der Abhaltung eines Lehrcurses für die Officiere des eidgenössischen Generalstabes, votirt. Ebenso wird mit großer Mehrheit (20 Stimmen) ein Credit von 50,000 Fr. für Verbesserung der Gränzbefestigungswerke von Bellinzona im Tessin, Luziensteig in Graubünden und St. Moriz im Wallis ausgesetzt. Der Kanton Aargau tritt mit einer Entschädigungsforderung für die durch eine Abtheilung des sonderbündlerischen Heeres in seinem Gebiet verübten Beschädigungen auf. Der Betrag dieser Beschädigungen an niedergebrannten Gebäuden ꝛc. wird auf 14,773 Fr. angegeben. Auch St. Gallen erklärt bei dieser Gelegenheit, daß auch dieser Kanton sich veranlaßt sehen werde, mit einer derartigen Entschädigungsforderung sich an die Tagsatzung zu wenden. Ebenso Tessin und Zürich. Auf den Antrag des Hrn. Präsidenten wird der Gegenstand, mit 21 Stimmen, dem eidgenössischen Kriegsrath zur Berichterstattung überwiesen. Hierauf wurde zu der Wahl eines eidgenössischen Stadtschreibers geschritten und mit 26 Stimmen zu dieser Stelle erwählt: Hr. Kanzler von Moos, von Unterwalden ob dem Wald. Vor Abgang der Post stellte Genf, James Fazy, die Motion, daß die Tagsatzung durch eine formelle Erklärung an die provisorische Regierung die französische Republik officiell anerkenne.

Basel, 22. April. Die badischen Republikaner haben ihre Pläne noch nicht aufgegeben. Gestern hielt hier Hecker mit seinen Vertrauten geheime Berathung, seine Spione durchziehen das ganze badische Land. In Schopfheim soll gestern wieder eine Schaar von etwa 2000 Mann mit den 2 Constanzer Kanonen versammelt gewesen seyn und sich nach dem Schwarzwalde hinein zurückgezogen haben. Das Wiesenthal ist von Truppen entblößt, und alle Posten bis Schliengen sind wieder zurückgezogen; dieser Ort scheint zum Ausgangspunct der Operationen bestimmt, und aller Wahrscheinlichkeit nach muß es noch einmal zum Kampf kommen. Auch die deutschen Freischaaren aus der Schweiz, mehrere tausend Mann stark, setzen sich nach Basel in Bewegung (wahrscheinlich der Verabredung gemäß). Dagegen haben die 260 deutschen Demokraten aus Paris, die in Hüningen standen, ihren Weg wieder rheinabwärts genommen. Hecker soll von Polizei wegen bedeutet worden seyn, die Stadt Basel zu verlassen. (A. Z.)

Italien.

Mailänder Kriegsbericht vom 19. April: Die Piemontesen befestigen die Brücken bei Goito, Valleggio, Monzambano und Ponti; General Manno, der vor Peschiera liegt, hat die von ihm erwartete schwere Artillerie erhalten. Aus Goito wurde am 19. Nachmittags 4½ Uhr, nach Mailand gemeldet: ein Theil des piemontesischen Heeres, über 12,000 Mann rückte gegen Mantua vor. In der Nähe der Festung fand ein Scharmützel zwischen Piemontesen und österreichischen Schützen statt, in dem zuletzt diese den größern Verlust erlitten.

In Palermo hat das Parlament am 13. April beschlossen: Ferdinand Bourbon und seine Dynastie sind für immer des sicilischen Thrones verlustig. Sicilien wird sich constitutionell regieren; und einen italienischen Fürsten auf den Thron rufen, sobald es seine Verfassung reformirt haben wird. Das officielle Mailänder Blatt bringt das in Palermo dießfalls erlassene Decret, das unterzeichnet ist: der Präsident der Kammer der Gemeinen, Marchese di Torrearsa.

Rom, 6. April. Die Jesuiten treten in einzelnen Trupps ihre Wanderung nach dem Auslande an. Den P. Perrone hatte der Papst aufgefordert, hier zurückzubleiben: Er hat die Einladung abgelehnt. Er sowohl wie der P. General, der Astronom de Vico und

auch der P. Marchi werden sich mit vielen andern Ordensbrüdern nach England. Andere sind nach Malta gezogen, wohin ihnen viele der hiesigen Familien nachzufolgen gedenken. Daß Pius IX. in ihren Abzug eingewilligt hat, wird ihm von den Anhängern dieses Ordens stark verübelt und man hört harte Aeußerungen über ihn fallen. — Die hiesigen Casinos nehmen mehr und mehr die Gestalt und Geltung von politischen Clubbs an. — Graf Rossi, der vormalige französische Botschafter, wird sich nach Genf zurückziehen. (A. Z.)

Neapel, 9. April. Ein Decret vom 5. erweitert das Wahlgesetz vom 29. Febr. nach dem neuen Ministeralprogramm auf vielseitige Weise. Dann werden Gesandte für Florenz (Belelli), und für Sardinien (P. Leopardi) ernannt. Zur raschen Organisation der Provinzen sind Delegirte ernannt, welche alsbald abreisen werden. Für Calabrien die HH. Plotino (Chef der Septemberrevolution), Assanti und Facciolli; für die Terra di Bari der jetzt heimgekehrte Hr. Del Re, für Teramo und Chieti die HH. Castagna und De Thomasis. Es ist also ein wenig mehr Leben in die Staatsmaschine gekommen. Es wuthen gedruckte und geschriebene Maueranschläge gegen das Ministerium Troja.

Niederlande.

Haag, 17. April. Der Generalgouverneur von Niederländisch-Indien ist durch k. Beschluß vom 8. d. M. ermächtigt worden, den Hafen von Menado auf der Insel Celebes zu einem Freihafen zu erklären.

Spanien.

Madrid, 15. April. Der „Popular“ bringt die Nachricht, daß die Regierung der Königin Isabella von Bayern anerkannt worden sey.

Frankreich.

Paris, 21. April. Wie am verflossenen Sonntag eine vollständige Aussöhnung Lamartine's und Ledru-Rollins in Bezug auf die innere Politik stattgefunden, so haben diese Nacht nach Beendigung des Fahnenfestes beide Parteiführer sich auch über die auswärtige Politik verständigt. In welchem Sinne diese Aussöhnung stattfand, dieß unterliegt auch nicht dem leisesten Zweifel; die französische Republik wird sich dem Auslande gegenüber von heute an als eine demokratische repräsentiren, und der unterdrückten Nationalitäten zugesicherte Schutz wird ihnen mit ganzer Energie zu Theil werden. Diesem entsprechend wird die provisorische Regierung keine kleinliche Conspiration von Fremden auf ihrem Boden weiter unterstützen, sondern wenn sie es für dringend halten wird, eine Armee an ihre östliche Gränze schicken, wie sie selbst zu den Kaiserzeiten dort nicht gestanden hat. (A. Z.)

Die großen Rüstungen Englands flößen der französischen Regierung Besorgnisse ein. Der „National“ gibt aus glaubwürdiger Quelle, wie er sagt, folgende Statistik über den Bestand der brittischen Seemacht. Das Geschwader des Vicradmirals Parker im Mittelmeer ist kürzlich um zwei Linienschiffe von 120 Kanonen, und eines von 84 Kanonen verstärkt worden. Ein anderes Linienschiff von 120 Kanonen und eine Dampffregatte von 450facher Pferdekraft, gegenwärtig noch in Lissabon, sollten zu ihm stoßen. Das Geschwader wird dann aus acht Linienschiffen bestehen, wovon vier Dreidecker sind: Hibernia, Trafalgar, Queen und Howe; eines von 90 K. Rodney; eines von 84, Vengeance; zwei von 80, Superb und Vanguard. Dazu eine Fregatte von 36 Thetis und die Brigs Volage von 26, Spartacus von 22, Fantom von 16 und Matin von 12 K. Ferner die Dampffregatten Sidon von 560 Pferden, Odin von 560, Bulldog von 500, Gladiator von 430, Scourge von 430; die Dampfcorvetten Antilope (Schraubenschiff) von 260, Hecate von 240, Ardent von 200, Oberon von 200, Polyphemus von 200 und die Fahrzeuge von 140 bis 120, Flamer, Locust, Meteor, Porcupine, Spitfire, Tartarus und Volcano. Der Gegenadmiral Napier, der sich mit der Caledonia von 120 K., dem Saint-Vincent von 120 und dem Canopus von 84 K., endlich der Dampffregatte von 560 Pferden, Dragon, detaschirt in Cork befindet, hat sein Uebungsgeschwader um die Schiffe Trafalgar, Queen und Vengeance sich vermindern sehen, aber es wird dagegen demnächst um eine Anzahl neubewaffneter Schiffe verstärkt werden, Prince-Regent von 90 K., Powerfull von 84, Ganges von 84, Bellerophon von 74, Azincourt von 72, Illustrious von 72, Wellington von 72 K. Das letzte der neuen Ausrüstung Wellesley von 72 K. wurde nach America, die Asia von 84 K., die in Sheerneß lag, nach Oceanien geschickt. Der bewaffneten Dampfschiffe in den englischen Häfen sind es 46 an der Zahl, ungerechnet die, welche im Dienst der Paketboote, der Mauth und der Hydrographie verwendet sind. Diese sind im allgemeinen von kleiner Kraft, mit Ausnahme der Fregatten Terrible, von 800 Pferden, Birkenhead, Blenheim, Gorgon, Medina, Medusa, Triton und Amphion von 600 bis 450. Von den 227 Fahrzeugen (darunter 28 Dampfer), welche die englische Seerüstung bilden, sind 119 im Dienst der Colonien auf den Stationen des stillen Oceans, Valparaiso's, Ostindiens, beider America, des Caps und der africanischen Küsten zerstreut, so daß England auf alle Möglichkeiten und Verwicklungen der Politik gefaßt erscheint. Auch jetzt hätten die Werbungen noch nicht aufgehört und würden an Bord der Admiralschiffe Ocean von 80 K. in Sheerneß, Victory von 100 K. in Portsmouth, St. Joseph von 110 K. in Devonport und Poitiers von 272 K. in Chatham fortgesetzt. Doch seyen die Mannschaften mehr als verdreifacht, und die Generalstäbe gegen den gewöhnlichen Bestand verdoppelt.

Es werden gegen hundert Generale in Ruhestand versetzt; unter ihnen: Flahaut, Mortemart, Castellane, Sebastiani, Gourgaud, Jacqueminot, Fabvier, Rumigny, Dampierre, Moline de St. Yon, Chabannes, Polignac u. s. w., deßgleichen 30 verschiedene Obersten und Oberst-Lieutenants.

Ein Major Forster in Paris hat ein Organ für den dortigen Polenausschuß unter dem Titel: la Pologne de 1848. Union patriotique begründet. Dieses Blatt, in einem von dem Polenausschuß, General Dwernizki ꝛc. unterzeichneten Aufruf an die deutschen Völker, macht wirklich nicht allein auf Posen, sondern auf Ost- und Westpreußen u. s. f. wegen ihrer ehemaligen Verbindung mit der Republik Polen auch heute noch Anspruch.

Straßburg, 22. April. Die ganze Abtheilung der Arbeiterlegion, etwa 700 Mann stark, hat sich heute auf der Eisenbahn nach dem Oberelsaß begeben; sie wird in der Mülhausen zunächst gelegenen Station Rixheim aussteigen. Die Colonne ward von ihren Führern, den HH. Herwegh, Bornstedt und Börnstein begleitet, und ist unbewaffnet abgezogen. (A. Z.)

Straßburg, 23. April. Die Polen hatten einen aus ihrer Mitte nach Frankfurt geschickt, um beim Bundestag die Erlaubniß zum vereinigten Durchmarsche durch Deutschland zu erwirken. Gestern ist derselbe mit der Nachricht zurückgekommen, daß es ihnen lediglich in Haufen von 50 Mann nach ihrem Vaterlande zu reisen gestattet sey, daß aber Deutschland nicht allein die Reisekosten bestreiten, sondern auch jedem Polen noch 12 Sgr. Reisediäten verabreichen wolle. (!!!) Trotzdem wollten die Polen heute zusammen, ungefähr 560 Mann über den Rhein, und haben es sehr übel genommen, daß man sie in Kehl zurückgewiesen hat. Bei den Polen befinden sich einige hundert Franzosen, welchen der Durchzug nach Polen nicht gestattet werden sollte; um dieses Verbot zu umgehen, sind ihnen sämmtlich polnische Namen gegeben worden. Aus sicherster Quelle kann ich Ihnen die Mittheilung machen, daß die Chefs der hiesigen Polen ihren so eben zusammenberufenen Landleuten erklärt haben, heute früh sey von Paris die officielle Nachricht eingetroffen, daß den Polen eine französische Hilfsarmee auf dem Fuße nachfolgen werde; um die Befreiung ihres Vaterlandes zu erkämpfen. (A. Z.)

Dänemark.

Die dänische Regierung hat am 18. Embargo nicht bloß auf preußische, sondern auch auf mecklenburgische und hannoversche Schiffe zu legen begonnen.

Rußland und Polen.

Die „Haude- und Spenersche Zeitung“ enthält einen Brief aus St. Petersburg, 8. April wonach der livländische Adel aus freier Bewegung und ohne jede Entschädigung sich verpflichtet zum Ankauf von Pferden für die zum Dienst einberufene Cavalleriereserve 1200 Pferde für den Dienst des Kaisers zu stellen. Der Kaiser habe dies patriotische Anerbieten mit Bezeugung seines huldvollsten Wohlwollens anzunehmen geruht — wird beigefügt. Im Gegensatze schreibt man der „Weserzeitung in einem Privatbrief aus Königsberg, daß die Desertion unter den russischen Grenztruppen stark im Zunehmen sey. Ganze Compagnien und Schwadronen die mit ihren Waffen die preußische Grenze überschritten, seyen nicht ungewöhnliche Erscheinungen. Und von der preußisch-russischen Grenze, 13. April wird der „Vossischen Zeitung“ berichtet, ein Zeichen, wie groß die Furcht vor einem Ausbruch der Revolution im Czarenreich sey, gäben die Maßregeln der Besitzenden, welche ihr Eigenthum so viel möglich außer Landes in Sicherheit brächten. Fast täglich — heißt es dort — passiren unsere Grenze an verschiedenen Orten bedeutende Geldsendungen derartiger Kaufleute nach Berlin, Hamburg und andern Börsen. Vorgestern betrug die Summe dieser Sendungen allein 300,000 Rubel in Gold, und ähnliche Sendungen gehen über Memel und kleinere Städte.

Die „Allgemeine Preußische Zeitung“ meldet aus St. Petersburg vom 11. April: Die russischen Consuln und Consularagenten in Paris und in den verschiedenen Seehäfen Frankreichs ist vorgeschrieben worden, auf ihren Posten zu verbleiben zum Schutze russischer Unterthanen, besonders in Handels- und Schifffahrtsangelegenheiten. Desgleichen hat Se. Majestät befohlen, daß die französischen Consuln und Consularagenten in Rußland wie früher in dieser Function anerkannt werden sollen und ihnen nöthigenfalls bei Ausübung ihres Berufs von jedermann, dem solches zukommt, Unterstützung gewährt werde, die französischen Handelsschiffe aber wie vordem in den diesseitigen Häfen zugelassen werden sollen, auf Grundlage des zwischen Rußland und Frankreich bestehenden Handels- und Schifffahrtsvertrags.“

In Warschau war am 14. der österreichische Generalconsul Frhr. v. Waldenburg bereits zur Weiterführung seiner Amtsgeschäfte angelangt.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 27. April: „Das Nachtlager in Granada,“ Oper von Kreutzer.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. Bumüller, Kaufmann aus Hessen; Child, Rentier aus England.

Hôtel Maulik. HH. v. Versal aus Pommern; Hambert, Partikulier v. Bremen; Stein, Privatier v. Chur.

Blaue Traube. HH. Dr. Bauer v. Landshut; Brigelius, Student v. Kempten; Robinson, Edelmann aus England.

Stachusgarten. HH. Bauer, Privatier v. Ansbach; Maier, Pächter v. Aichach.

Gestorbene in München.

Joseph Alleicher, Badergesell v. h., 40 J. alt; Josepha v. Mußnan, kgl. geh. Rathswittwe v. h., 75 J. alt; Anna Denk, Metzgerstochter v. h., 21 J. alt; Karl Spiegler, Bedienter v. Neuburg a. D., 28 J. alt.

2382. So eben erschien:

Katalog der dem Dr. Puttrich in Leipzig gehörenden Kunstbibliothek und Kunstsammlung, besonders reichhaltig an Kupferwerken und Schriften über Baukunst, kunstgeschichtlichen Büchern, architektonischen Zeichnungen, Abbildungen ꝛc. nebst einem Anhange werthvoller Bücher aus allen Wissenschaften

deren öffentliche Versteigerung am 15. Mai 1848 gegen baare Zahlung stattfinden soll.

Ich empfehle die besonders in den oben bezeichneten Wissenschaften sehr reichhaltige Bibliothek des bekannten Sammlers der besonderen Aufmerksamkeit des Publicums, und werde alle mir zugehenden Aufträge so prompt und billig als möglich effectuiren.

Kataloge sind durch alle Buchhandlungen gratis zu beziehen.

Leipzig, 4. April 1848.

J. O. Weigel.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 109.

Münchener politische Zeitung.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gang Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr., Halbjährlich 3 fl.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Donnerstag | **XLIX. Jahrgang.** | **27. April 1848.**

Deutschland.

In der Sitzung der Bundesversammlung vom 22. April wurde ein Schreiben des Professors v. Madai vorgelegt, wonach derselbe von der provisorischen Regierung zu Rendsburg zum Bundestagsgesandten für Holstein ernannt worden ist. Mit Ausnahme des Präsidialgesandten, welcher auf Instructionseinholung anträgt, vereinigen sich alle Stimmen für den Eintritt des ernannten Gesandten in die Bundesversammlung. Preußen stellt den Antrag, daß mehrere an das deutsche Bundesgebiet anstoßende Districte des Großherzogthums Posen, in welchem die Mehrzahl der Bevölkerung deutsch ist, mit einer Seelenzahl von 593,000, dem Wunsche der Einwohner gemäß, in den deutschen Bund aufgenommen werden. Diesem Antrage wird einstimmig entsprochen. (Frankf. Bl.)

Frankfurt, 22. April. Der Fünfzigerausschuß hielt heute zwei Sitzungen. Die eine, Mittags, war durch eine Deputation von Hanau veranlaßt, welche eine Protestation gegen die Sendung eines kurhessischen Truppencorps nach der Provinz Hanau bezweckte. Der Hanauer Volksrath verwahrt sich gegen eine solche Maßregel, sey es, daß sie durch den bevorstehenden Zusammentritt der constituirenden Versammlung, sey es, daß sie durch die Ereignisse in Baden veranlaßt wäre. Sie führten ferner als Thatsache an, daß für Verpflegung der Truppen während der Dauer der constituirenden Versammlung Contracte geschlossen worden seyen. In dem Ausschusse erhoben sich mehrere Stimmen lebhaft gegen die Aufstellung von Truppen in der Nähe Frankfurts während der Dauer der constituirenden Versammlung. Zum Schutz der Versammlung sey die Maßregel unnöthig, andererseits könnte sie Reactionsgelüste begünstigen; jedenfalls würde die Versammlung in den Augen des Volks als eine unter dem Einflusse der Bajonnette berathende erscheinen. Man beschloß den Hanauern für ihre patriotische Wachsamkeit hinsichtlich möglicher Reactionsgedanken zu danken, ihnen aber dabei zu erklären daß Verwendung von deutschen Truppen auf Requisition des Bundes gegen Aufruhr im Innern und bewaffneten Zuzug von Außen keineswegs ungesetzlich sey. Ueber den durch Mörderhand erfolgten Tod des Generals v. Gagern sprach die Versammlung ihre Theilnahme und ihren Abscheu aus. In der Abendsitzung berichtete Blum über die von ihm, Lehne und Raveaux vollführte Sendung nach Köln ꝛc. zur Wiederherstellung der Rheinschifffahrt. Der Bericht war besonders interessant durch die Details über die traurigen Vorfälle in Aachen und das verkehrte Benehmen der Gemeindebehörden. (A. Z.)

Frankfurt, 23. April. Syndicus Banks von Hamburg ist von Seiten des deutschen Bundes mit der diplomatischen Sendung (nach England, in Betreff Holsteins und Gewinnung von Kriegsdampfschiffen) beauftragt werden, deren ein Bundesbeschluß erwähnt.
(Schw. Mkr.)

Der Vorstand des süddeutschen Buchhändlervereins, J. P. Himmer, Sauerländer, H. Erhard hat aus Augsburg, Frankfurt, Stuttgart 22. April eine Bitte erlassen an den Fünfzigerausschuß, daß (bei den Zahlungsansprüchen des außerösterreichischen Buchhandels an den österr. in Folge gesteigerter Einfuhr der Bücher dahin) der Fünfzigerausschuß mit aller Energie dahin wirken wolle, daß die österreichische Regierung ihr Verbot der Ausfuhr von Gold und Silber unverzüglich und jedenfalls noch vor der am 14. Mai beginnenden Leipziger-Jubilate-Messe aufhebe.

Die „Allgemeine österreichische Zeitung" tritt gegenüber der „Wiener Zeitung" für vollen Anschluß an Deutschland in die Schranken. Ein Wiener Berichterstatter der „Allgemeinen Zeitung" meint: Durch den Eintritt der 190 österr. Abgeordneten würde die constitutionell-monarchische Partei am Volkstag in Frankfurt wesentlich verstärkt werden, schwerlich nämlich würde Oesterreich einen Republicaner dorthin senden.

Bayern.

Landtag.

München, 27. April. (Kammer der Reichsräthe.) Tagesordnung für die auf heute um 11 Uhr angesetzte VII. Sitzung. — 1. Bekanntmachung des Einlaufs. — 2. Vortrag, Berathung und Beschlußfassung über den Entwurf eines Edictes über die Freiheit der Presse und des Buchhandels. — 3. Verlesung des Protokolls der IV. Sitzung vom 13. April d. Js.

München, 26. April. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XV. auf heute um 4 Uhr Nachmittags angesetzte öffentliche Sitzung. 1. Verlesung des Protokolls der XIV. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Berathung und Schlußfassung über den Gesetzentwurf, einige Abänderungen des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betr. — 4. Berathung und Schlußfassung über den Gesetzentwurf, ein im Wege freiwilliger Subscription aufzunehmendes Darlehen betr.

** München, 26. April. (XV. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend waren am Ministertische anfangs nur einige Ministerialräthe, später die Staatsminister Heintz, v. Lerchenfeld, Beisler, Frhr. v. Thon-Dittmer. — Nach Verlesung des Einlaufes geht die Kammer zur Berathung und Schlußfassung über den Gesetzentwurf: einige Abänderungen des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betr., über. — Bei der allgemeinen Debatte betheiligen sich blos zwei Abgeordnete: Deininger und Schneer, worauf sodann die specielle Discussion beginnt. — Der Abg. Dr. Müller äußert sich bei Berathung des Art. IV., über die Ausschüsse der alten bayerischen Landstände, und wünscht, daß die Geheimnisse derselben durch einen Tacitus beschrieben seyn möchten. — Edel meint, wenn Dr. Müller die jetzigen Ausschüsse auch gemeint habe, so möchte er (Dr. Müller) der Tacitus der Kammerausschüsse werden, worauf dieser entgegnet: er wünschte allerdings ein Tacitus zu seyn, da es auch in Bayern manches Denkwürdige aufzuzeichnen gebe, welche Aeußerung mit vielem Beifall aufgenommen wurde. — Bei Art. VII. des Ausschusses bringt Rabel eine Modification, Stockinger eine Untermodification ein. Ersterer in Betreff der Malzdefraudation, Letzterer in Bezug auf Aufhebung der Prügelstrafe beim Militär. — Die zu Art. VII. eingebrachten Modificationen werden mit denen des Ausschusses einstimmig angenommen. Auch die übrigen Modificationen des Ausschusses werden angenommen, sowie der ganze modificirte Gesetzentwurf selbst. — Dann erfolgt die Berathung und Schlußfassung über den Gesetzentwurf: ein im Wege freiwilliger Subscription aufzunehmendes Darlehen betr. — Bei der allgemeinen Debatte betheiligt sich zuvörderst Dr. Müller, und wünscht den Gesetzentwurf noch einmal in den Ausschuß verwiesen. — Der eben angekommene Staatsminister, Frhr. v. Lerchenfeld, erklärt sich entschieden dagegen, da eine solche Verweisung in den Ausschuß nur am Ende auf ein gänzliches Nichtberathenwollen hinauslaufen würde. Uebrigens möge die Kammer das ja nicht thun: die Industrie verlange schleunige Hülfe, und man müsse so bald als möglich Geld schaffen. — Auch Vogel und Stockinger ergreifen das Wort, und Letzterer erklärt sich für Müller's Vorschlag, und mit ihm, sagt er, alle Pfälzer. — Sattler spricht dagegen: es müsse der Industrie gleich geholfen werden. Die Calamität sey groß. Die Industrie liege im ganzen Lande darnieder. — Schätzler spricht sich in ähnlicher Weise aus. — Die Bestimmung des Zinsfußes, meint Schätzler, müsse man dem Ministerium überlassen. Doch möge er ja nicht zu niedrig gegriffen werden. — Dr. Schwindl dankt dem I. Secretär, daß er sich offen darüber aussprach, weßhalb man das Gesetz noch in den Ausschuß verweisen solle. Derselbe nämlich will den Gesetzentwurf gleichsam als Bürgschaft zurückbehalten, bis die übrigen gewünschten Gesetzentwürfe eingebracht seyen. Doch wozu unser Ministerium noch mit Mißtrauen behelligen? Hat es doch dazu noch keine Veranlassung gegeben. — Rotenhan glaubt, daß es sich jetzt um ein Votum der Vaterlandsliebe handelt, denn das Vaterland fordert jetzt Opfer. — Christmann: Wir sind das Volk, wir fordern unsere Rechte. Wenn das Ministerium von einem Mißtrauen spricht, so könne auch das Volk von einem Mißtrauen sprechen, weil man ihm auch nicht wahres Vertrauen schenke. — Minister Heintz spricht es offen aus, daß man ein Mißtrauen von Seite der Minorität ausgesprochen habe; die Minorität wolle aber nicht des Landes wahres Wohl, weil sie die Industrie nicht heben, den Hunger der Arbeiter nicht stillen will. (Bravo von der Kammer.) — Stockinger will sprechen, wird aber überschrieen und die Ordnung wird nur schwer wieder hergestellt. Dann spricht Stockinger: Hätten wir Mißtrauen gegen die Minister, dann würden wir ihnen die Fonds nicht anvertrauen. Warum begehrt das Volk Waffen? Blos zur Aufrechthaltung der Ordnung. — Dekan Bauer nimmt zur Widerlegung das Wort und spricht es bestimmt aus, daß die Minorität heute ein Mißtrauensvotum beabsichtige. — Dekan Vogel widerlegt Persönliches. — Decan Götz gibt zu, daß das Volk so urtheilen werde wie der I. Secretär; doch da das Ministerium aus dem Volke selbst hervorgegangen ist, so kann auch kein Mißtrauen gegen dasselbe in ihm aufkommen. — Nach dem Vortrag von Götz wird Schluß gerufen. — Edel und Christmann verlangen das Wort gegen den Schluß. — Götz verlangt in seiner Rede selbst Schluß. — Man einigt sich über den Schluß. — Der Minister des Innern bringt einen Gesetz-Entwurf ein und zwar „über die Wahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung" und dann auch den Gesetzentwurf „über die ständische Initiative." Ueber die Volksbewaffnung spricht sich der Minister dahin aus, daß sie factisch existire. Nächstens solle der Gesetzentwurf selbst folgen. — Stockinger erklärt, daß die Pfälzer nun, nachdem das Gesetz über die Initiative da sey, dem obigen Gesetzentwurfe ihre Zustimmung ertheilen. — Der I. Präsident spricht noch einige versöhnende Worte zur Kammer und schließt alsdann die Sitzung.

München, 27. April. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XVI. auf heute

um 9 Uhr Vormittags angesetzte öffentliche Sitzung. 1. Verlesung des Protokolls der XV. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Berathung und Schlußfassung über den Gesetzentwurf: ein im Wege freiwilliger Subscription aufzunehmendes Darlehen betr. — 4. Berichterstattung des Secretärs des V. Ausschusses über die geprüften und zur Vorlage an die Kammer nicht geeignet befundenen Beschwerden. — 5. Vortrag des Secretärs des Petitionsausschusses über die geprüften Anträge der Abgeordneten; Berathung und Schlußfassung über die Zulässigkeit der von dem Ausschusse zur Vorlage an die Kammer geeignet befundenen Anträge.

Gesetzentwurf, die Capitalsteuer betr. Se. Maj. der König haben nach Vernehmung Allerhöchst Ihres Staatsrathes und mit Beirath und Zustimmung Ihrer Lieben und Getreuen, der Stände des Reichs, beschlossen und verordnet, wie folgt: Gegenstand und Maßstab. Art. 1. Alles rentirende bewegliche Vermögen, welches unter dem Namen von verzinslichen Darlehen, Schuldbriefen, Staatsobligationen, Actien u. dgl. begriffen zu werden pflegt, unterliegt der Capitalsteuer, ohne Unterschied, ob es inner oder außer Landes anliegt. Die vertragsmäßige Uebernahme dieser Steuer durch den Schuldner ist ungiltig. Art. 2. Die einfache Steueranlage besteht in einem Kreuzer vom Gulden des jährlichen Ertrages. Art. 3. Ausgenommen von der Capitalsteuer sind: 1. der Staat, 2. die Wohlthätigkeitsanstalten, 3. Banken, öffentliche Leihanstalten, Spar- und Hilfs-Cassen, rücksichtlich der zum Betrieb ihrer Geschäfte zusammengelegten oder aufgenommenen Capitalien, 4. Capitalien unter 500 fl., so ferne sie das einzige Vermögen des Steuerbaren bilden. Art. 4. Steuerpflichtig ist jeder am Orte seines Wohnsitzes. Die Steuer ist innerhalb drei Monaten nach Aufstellung der Steuerlisten fällig, und mit einem Male zu erheben. Die Steuerlisten müssen bis zum 1. September 1848 aufgestellt seyn. — Verfahren. Art. 5. Jeder Steuerpflichtige, oder dessen gesetzlicher Vertreter, hat nach ergangener Aufforderung entweder schriftlich oder mündlich zu Protokoll auf Ehre und Gewissen eine Erklärung abzugeben, ob und welche steuerbare Capitalien er besitze, dann wie hoch er deren jährlichen Ertrag anschlage. Diese Erklärung hat sich nach dem Vermögensstande und Zinsertrage des Jahres 1847/48 zu richten. Dieselbe hat innerhalb der in der Aufforderung vorgesteckten Frist, oder an dem hiezu anberaumten Tage (Termine) bei der Gemeindebehörde, welche die Aufforderung erlassen hat, zu geschehen, und wird von derselben sogleich an den Prüfungsausschuß (Art. 1) übersendet. Art. 6. Wer seine Erklärung nicht rechtzeitig abgibt, wird durch Mahnboten auf seine Kosten erinnert. Nach wiederholter Mahnung und Abfluß der letzten Frist gibt die Gemeindebehörde hievon dem Prüfungsausschusse (Art. 7) Kenntniß, welcher sodann nach Vernehmung des Vertreters des Staatsärars (Art. 8), die Steuerpflicht des Säumigen von Amtswegen feststellt. Art. 7. In jeder Gemeinde wird ein Prüfungsausschuß gebildet, welcher außer dem ersten Gemeindebeamten, oder dessen Stellvertreter, in Städten und Märkten aus zehn Mitgliedern und fünf Ersatzmännern besteht. Die Ersatzmänner haben im Falle der Verhinderung oder Betheiligung der Mitglieder einzutreten. Zu Mitgliedern und Ersatzmännern sind die erfahrensten und geachtetsten Gemeindeglieder zu wählen. Die Wahl derselben steht in Städten und Märkten mit magistratischer Verfassung dem Magistrate unter Beiziehung der Gemeindebevollmächtigten, in Landgemeinden dem Gemeindeausschuß zu. Der erwähnte Gemeindebeamte, oder dessen Stellvertreter, führt den Vorsitz, leitet die Verhandlungen des Ausschusses und sorgt für Vollziehung der Beschlüsse. Art. 8. Der Prüfungs-Ausschuß unterwirft die Erklärungen der Steuerpflichtigen einer vorläufigen Prüfung, bestätigt sie als unbedenklich, oder fügt seine Bedenken bei und theilt die Erklärungen der Steuerpflichtigen mit den Ausschuß-Erinnerungen dem von der Finanzverwaltung hiezu beauftragten Beamten zur weiteren Prüfung und Erinnerung mit. Der Vertreter des Staatsärars ist zu diesem Zwecke befugt, von den Acten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und den Hypothekenbüchern Einsicht zu nehmen; dieser so wie der Prüfungs-Ausschuß ist zur strengsten Amtsverschwiegenheit verpflichtet. Art. 9. Wird die Erklärung des Steuerpflichtigen weder von dem Ausschusse noch von dem Vertreter des Staatsärars beanstandet, so setzt der Ausschuß die Steuerpflicht sogleich definitiv fest. Außerdem werden die erhobenen Bedenken dem Steuerpflichtigen schriftlich und mit der Aufforderung bekannt gegeben, an einem zu bestimmenden Tage vor dem Ausschusse zu erscheinen und seine Erinnerungen vorzutragen. Diejenige Erklärung, welche der Steuerpflichtige hierauf abgibt, dient dem Steueransatze zur Grundlage; deren Unrichtigkeit wird nach Art. 12 bestraft. Art. 10. Gegen die Definitiv-Beschlüsse des Ausschusses (Art. 6) ist weder Remonstration noch ein anderes Rechtsmittel zuläßig. Art. 11. Alle Verhandlungen sind tax- und stempelfrei. Die unvermeidlichen Kosten trägt die Staatscassa. Art. 12. Wer den Besitz steuerbarer Capitalien verschweigt und dessen überwiesen wird, unterliegt nebst Nachzahlung der treffenden Steuer einer Strafe zum Besten des Ortsarmenfondes, welche in dem fünffachen Betrage der Steuer von dem verschwiegenen Capitale besteht. Unterwirft sich der Betheiligte nicht freiwillig den dießfalls von Seite des kgl. Rentamtes an ihn gestellten Anforderungen, so haben die in Polizeiübertretungen zuständigen Behörden darüber zu erkennen, und das Verfahren richtet sich nach den §§. 15 bis 18 des Gesetzes vom 1. Jul 1834, Verletzungen der Zollordnung betr. Art. 13. Die Capitalsteuer wird vorläufig auf ein Jahr für die Zeit vom 1. October 1848 bis dahin 1849 erhoben werden mit je 3 kr. vom Gulden des Jahresertrages. Der nächsten Ständeversammlung soll über Fortbestand oder Abänderung derselben Vorlage gemacht werden. Die im §. 6 Abtheilung VI des Familiensteueredicts vom 10. Decbr. 1814 angeordnete Besteuerung der Capitalisten tritt dagegen vom 1. Oct. 1848 an außer Wirksamkeit. Art. 14. Der Staatsminister der Finanzen ist mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt. Gegeben München den . . April 1848. Für den Entwurf Frhr. v. Lerchenfeld.

---

*† München, 27. April. Die gestrige Staatsrathssitzung, welcher Se. Maj. der König präsidirte, währte von Mittag 11 Uhr bis Abends halb 7 Uhr. — Heute Morgen sind wieder zwei Compagnien Artillerie (nur mit Armatur, ohne Geschütz,) mit der Eisenbahn über Augsburg nach dem Bodensee marschirt. Se. königl. Hoheit Prinz Luitpold begleitete die Mannschaft bis zum Bahnhof.

*† München, 27. April (Morgens halb 11 Uhr). Ihre Maj. die Königin ist so eben glücklich von einem Prinzen entbunden, welches freudige Ereigniß der Donner der Kanonen der Hauptstadt verkündet. Die hohe Wöchnerin und der neugeborne Prinz befinden sich nach den Umständen wohl.

** München, 27. April. Die Wahlmänner-Wahlen sind sehr beruhigend und im Geiste der Bürger ausgefallen; morgen nun der entscheidende Schlachttag. Auf die meisten Stimmen zur Wahl für's Parlament rechnen dürfend, werden aus guter Quelle bezeichnet: Prof. Fallmerayer und Oberappellationsgerichtsrath Dr. Eucumus. Nach Erding war in diesen Tagen Stadtgerichtsdirector Barth geladen, durch eine Abordnung nach Dillingen Dekan Vogel und nach Bruck Graf Hegnenberg-Dux; diese Namen dürften also an den genannten Orten ziehen.

↔ Von der Donau, 25 April. Allgemein ist der Hilferuf der Arbeiter, allgemein sind auch große und kleine Geister mit Rathschlägen bereit, die Lage dieses Theiles der Bevölkerung zu verbessern. Es muß Etwas und in der That Großes geschehen, soll dem Uebel gesteuert werden, daß sich in der Hilflosigkeit nur allzuvieler Arbeiter bemerkbar macht. Es ist dieses um so wahrer, als außer einigen gewerbspolizeilichen Bestimmungen fast nichts durch die Gesetzgebung gethan ist, und nebstdem dieser wichtige Gegenstand in der ganzen Stufenleiter der Beamtenwelt durchaus keine seiner Wichtigkeit entsprechende Vertretung gefunden hat. Die Gebrechen und Bedrängnisse, darunter der Stand der Arbeiter leidet, sind aber offenbar doppelten Ursprungs; denn sie gehen hervor aus der mangelhaften Theilnahme unseres Vaterlandes an dem allgemeinen Weltverkehr, aus der beschränkten Stellung der kleinen Einzelstaaten Deutschlands, welche außer Stand sind, die erforderliche Bewegung der Industrie in der weiten civilisirten Welt zu gewährleisten; dann aber auch aus Gebrechen in dem Innern ihres Staatslebens selbst. So wichtig die Rücksichten letzter Art sind; so treten sie doch offenbar zurück im Vergleiche mit dem, was in Beziehung auf das zuerst genannte Verhältniß zu verbessern wohl thut. Auch auf diesem Standpuncte zeigt sich daher die unbedingte Nothwendigkeit, aus dem Staatenbunde der Deutschen einen Bundesstaat zu errichten; eine große und mächtige Einheit zu schaffen, welche Kraft hat, im Kampfe um die ersten Bedürfnisse des Lebens, um das materielle Wohl der Staatsangehörigen mit jenem Gewichte aufzutreten, welches andere Staaten hindert, Deutschland wie bisher als unbeschütztes Feld stets seiner besten Früchte zu berauben, zur Ernte zu benützen, wo der Fremde nicht gesäet hat. Dennoch ist um dem deutschen Arbeiter den Lohn seines Fleißes zu sichern, vor allem Noth, ein ganzes einiges mächtiges Deutschland zu erbauen, eine starke achtunggebietende Centralregierung zu errichten. Dieselbe wird ein tüchtiges deutsches Nationalheer gestützt auf allgemeine Wehrberechtigung und Wehrpflicht bilden, das den Feinden unserer Industrie beweiset, daß Deutschland seinen Willen mit Energie durchzusetzen vermag. Dieselbe wird mit Aufhebung alles diplomatischen Verkehrs der Einzelstaaten, Deutschland allenthalben als ein ganzes und einiges Reich zu vertreten wissen; und wird in gleicher Weise nur durch gemeinschaftliche Consulate den Handel aller deutschen Stämme beschützen und deßhalb nur eine Handelsflotte, nur eine Kriegsflotte in's Leben rufen. Es kann keine preußische, keine Hamburger, keine Bremer, keine Hannoveraner, keine österreichischen Schiffe mehr geben, sondern nur deutsche. Gleiches gilt von den Zöllen, welche im Innern verschwindend nur an die Gränze des gemeinschaftlichen Vaterlandes verlegt werden, und die innere Industrie so zu beschützen haben, daß sie neben derjenigen entstehen, bestehen und sich kräftigen kann, um den Lohn der Arbeit, die im deutschen Vaterlande geleistet werden kann, ihr zu sichern. Diese großen Anstalten sind die Aufgabe des neuen Deutschlands und von solchem Einflusse, daß gegen sie jede andere Maßregel beinahe verschwindet. Sie sind es, von denen vor allem und am meisten die Verbesserung des Looses der Arbeiter erwartet werden kann, und bewirkt werden wird. Hiernächst darf indessen nicht übersehen werden, daß die innern Einrichtungen jeden Staates so geordnet werden müssen, daß der Erfolg jener großen und allgemeinen Anstalten nicht zweifelhaft oder behindert werde, sich zu verwirklichen. Vor allem tritt hier ein wesentlicher Unterschied der Arbeit hervor: Der Unterschied zwischen Fabrikarbeit, Gewerbsarbeit Taglohnarbeit. Die erste ist eine Art der letzten; jedoch sich abscheidend dadurch, daß von einem Fabrikarbeiter stets einerlei durch gewisse technische Fähigkeit bedingte Arbeit, die meist nur einen Theil des zu erzeugenden Products bildet, geliefert wird; während der freie Taglöhner zu jeder möglichen Arbeit, die keine besondere technische Vorbildung bedarf, bereit steht. Der Fabrikarbeiter arbeitet einseitig, der Taglöhner aber vielseitig; daher eine Fabrikarbeiterbevölkerung sogleich in Verlegenheit kömmt, wenn der Verkehr in dem betreffenden Fabricate nur einigermassen leidet. Des Taglöhners Arbeit dagegen geräth bei ihrer Vielseitigkeit und der Regelmäßigkeit der Nachfrage nach solcher nicht leicht in Verfall; doch steht sie gegen die Fabrikarbeit in soferne im Nachtheil, daß, so lange eine Fabrik im Gang ist, der Arbeiter auch regelmäßigen und sichern Verdienst hat, während eine solche Regelmäßigkeit bei dem Taglöhner offenbar mangelt. Beide haben die Gefahr, zu verarmen gemein, wenn irgend Verhältnisse eintreten, welche den Verdienst durch Arbeit unmöglich machen. Sie wird den Fabrikarbeiter seltener, aber wenn sie ihn ereilt, empfindlicher treffen, als den Taglöhner. (Schluß folgt.)

In Nürnberg ward in der Nacht vom 24 zum 25. April das Haus eines Wirths der einem Betrunkenen die Thüre gewiesen, demolirt und die einschreitende Stadtwehr mit Steinen beworfen. In Folge dessen fiel der Maler Deutsch. Das Einreiten der Cavalerie zerstreute die Massen und die Ruhe ward seitdem nicht gestört. (Bayer. Bl.)

Die für den 24. April vom früheren Bamberger Comité beraumte Volksversammlung in Staffelstein ist von den Bauern der Umgegend vereitelt worden. Es regnete Prügel auf die Versammlung. Die Gäste mußten unter Escorte des Stadtschreibers und der Gendarmerie durch ein Hinterhaus entfernt werden. Doch auch da kam es zu Thätlichkeiten und mit Mühe erreichte man den Bahnhof zur Rückkehr.

Würtemberg.

Stuttgart, 22. April. Der König hat für Forst- und Jagdvergehen Amnestie ertheilt.

In Ludwigsburg, wo am 24. April die Parlamentscandidaten David Strauß, Weigle, Hoffmann ihr Glaubensbekenntniß abgelegt, hat ersterer am Besten gefallen und wird sonach wohl nach Frankfurt kommen.

Am 25. April hat ein Volkshaufen in Ulm, wo communistische Ideen herrschen sollen, den Redacteur Schifflerling, der in seinem Blatte die Gunst der Menge sich erworben, gewaltsam der Wache unter lautem Toben entrissen, die ihn den der Volksaufregung Bezüchtigten verhaftet hatte.

Baden.

Am 23. ist in Karlsruhe der Befehlshaber des 8. deutschen Armeecorps, Prinz Friedrich von Würtemberg, eingetroffen.

Karlsruhe, 24. April. Hier hatten wir gestern Abends Krawall. Mehrere Artilleristen verlangten die Freilassung eines ihrer Kameraden, ein Theil des Straßenpublicums unterstützte durch Lärmen und Toben die gesetzwidrige Forderung; die Bürgerwehr und das übrige Militär stellten aber vermittelst etwelcher handgreiflicher Ermahnungen, wobei es einige leichte Verwundungen setzte, die Ruhe alsbald wieder her. Die hauptsächlichsten Spectakelmacher wurden verhaftet. Auf heute Abend ist eine Repetition der Vorstellung angesagt, bei der es, falls die Krawaller sich nicht schnell der Ordnung fügen sollten, blutige Köpfe geben wird. Durch großherzogliche Verordnung ist im Seekreis und Oberrheinkreis das Martialgesetz verkündigt.

Ministerium des Innern. Karlsruhe, 24. April. Gestern Nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr, als die Truppen unter dem Commando des Generals Hoffmann in die Stadt einrücken wollten, kam der Zug der Aufrührer, der sich bei Todtnau gesammelt hatte, bei Günterthal vom Gebirge herab, worauf die Truppen sich gegen dieselben wendeten. Von 4 Uhr bis nach 7 Uhr wurde gefeuert. Die Rebellen zerstreuten sich fliehend worauf die Truppen sich in die nahe liegenden Orte begaben und heute früh gegen die Stadt Freiburg rückten. Die Thore waren mit Barrikaden verrammelt. An den Eingängen der Stadt hatte von 9 Uhr an ein Kleingewehrfeuer statt, und zugleich wurde die Stadt mit Kanonen beschossen. Um 11½ Uhr drangen die Truppen über die Barrikaden in die Stadt, die darin befindlichen Rebellen flüchteten sich. Die Stadt ist jetzt im Besitz der Truppen und alles ist ganz ruhig. Bell.

Freiburg, 23. April. Nachts 10 Uhr. Um 2 Uhr Nachmittags wurden heute der Bürgermeister und Stadtdirector vom General Hoffmann, der mit seiner Mannschaft jenseits der neuen Dreisambrücke stand, beschieden und ihnen aufgegeben bis 3 Uhr die Stadt von den Bewaffneten, die dort übernachtet hatten zu räumen, oder es werde mit Waffengewalt geschehen. Auf einmal hieß es: Hecker kommt mit einer Schaar. Wirklich kamen mindestens 2000 Männer von Günterthal hermarschirt. General Hoffmann sammelte seine verfügbaren Truppen und zog ihnen entgegen. Drei Salven mit Kartätschen am Waldhorn, der Ecke des Waldes zerstreute sie zwar, aber mit wenig Unterbrechung dauerte eine Viertelstunde herwärts von Günterthal das Schießen fort, und nun begann es an der Dreisambrücke mit hiesigen und Bauernbanden und dauerte bis 8 Uhr, wo das Feuer schwieg. Die Banden wurden gänzlich geschlagen und haben viele Todte und Verwundete. General Hoffmann steht noch vor der Stadt. (A. Z.)

Rastatt, 24. April, Mittags 2 Uhr. So eben treffen 25 gefangene Rebellen hier ein, welche gestern in einem Gefechte bei Freiburg festgenommen wurden. Sie werden in die Kasematten der hiesigen Festung gebracht. — Heute Vormittag ist Prinz Friedrich von Württemberg hier eingetroffen und nach Tisch ins Oberland abgegangen. (Karlsr. Z.)

Donaueschingen, 22. April. Gestern Abend wurden die politischen Gefangenen auf Ehrenwort ihrer Haft entlassen. Die Bürgermeister der Umgegend hatten in großer Zahl ihre Freigebung verlangt. Hätte das Bezirksamt in ihr Begehren nicht eingewilligt, so drohte man mit einer großartigen Demonstration des Landvolkes. Eine Petition in gleichem Betreff ist vor einigen Tagen von hier nach Karlsruhe abgegangen.

(Karlsr. Z.)

Am 21. soll Advocat Struve bei Säckingen verhaftet worden seyn. Dort waren am 22. die Würtemberger eingerückt. — In Mannheim waren am 23. Nassauer eingerückt, am 24. wurden Bayern erwartet. Die Freischaaren sind auf allen Puncten nach der Schweiz und den Rheingränzen vorgeworfen und der Rückzug nach dem Seekreis ist durch die Bundestruppen abgeschnitten.

K. Sachsen.

Eine neue Verordnung ändert die Bestimmungen über die Wahlen zur deutschen Nationalvertretung in einigen Puncten ab, wonach in der Verordnung vom 10. d. M. das Zustandekommen von Minoritätswahlen möglich gewesen wäre.

Sächsische Herzogthümer.

Weimar, 20. April. Die Wahlen sind trotz der Einsprache zweier Städte beendet, der Landtag wurde heute auf unbestimmte Zeit beurlaubt.

Kurhessen.

(Parlamentswahl.) In dem Wahlbezirk Marburg (mit Kirchhain und Frankenberg) ist der Prof. Hildebrand zum deutschen Nationalvertreter gewählt worden. Derselbe erhielt gegen 8000, sein republicanischer Gegencandidat, Prof. Bayrhoffer, gegen 3000 Stimmen.

Kassel. Der im fürstl. Taxis'schen Postdienst verweilende Oberjustizrath Eyriem ist von zwei Wahlbezirken seines hess. Vaterlandes zum Abgeordneten ins deutsche Parlament gewählt worden.

Gr. Hessen.

Mainz, 21. April. Die Bürger haben über die Republikaner gesiegt. Eine Zeitung wird für constitutionelle Monarchie ins Leben treten. Hr. Hestermann wird in's deutsche Parlament gewählt werden.

Preußen.

Berlin, 20. April. Die Minister des Innern, v. Auerswald, und des Handels, der Gewerbe und öffentlichen Arbeiten, v. Platow, erklären vom 20. April in einer Amtsaufverfügung an die Oberpräsidenten der Provinzen: Daß Gesetzentwürfe über die beschleunigte und erleichterte Ablösung aller Lehen und grundherrlichen Dienste und Abgaben, namentlich der Laudemialgefälle, vorbereitet werde, um der künftigen Volksvertretung vorgelegt zu werden. — Der am 20. beabsichtigte große Volkszug vor's Schloß für directe Wahlen, ist unterblieben. Die reich dotirten evangel. Domstifte werden secularisirt werden.

Köln, 20. April. In den letzten 5 Tagen sind wiederum 500 bewaffnete Freiwillige nach Schleswig aufgebrochen.

Köln, 20. April. Die Bewegung in unserer Stadt ist noch immer sehr groß. Den „Wühlern" gegenüber stellten sich die „Heuler" in einem Gegensatze der bald von selbst verschwinden mußte. Man hat sich nachgerade an die Unruhen gewöhnt und es bilden sich nun die Parteien mit ihren verschiedenen Farben und Lagern. Den Anhängern der constitutionellen Monarchie stellten sich die Katholiken zur Seite, beiden gegenüber traten gestern die Constitutionellen der Stollwerk'schen Versammlung hervor, von denen viele der Republik Raum gestatten. Neben und unter allen diesen Männern agitiren die Communisten (800 Mitglieder) und Socialisten unter der Führung von Dr. Gottschalk und Anneke: sie halten am Sonntag ein Monster-Meeting auf dem Gürzenich. (A. Z.)

Köln, 20. April. Die Partieen liegen im Kampf über die Wahlen. Bei der Aufreizung nah und fern zur sofortigen Einführung einer Republik beschlossen hier gemäßigtere und besonnenere angesehene Männer einen Mittelpunct für alle diejenigen zu bilden, die für jetzt die Republik in Deutschland für unmöglich halten. Allein sie vereitelten sich selbst ihre Absichten, indem sie einen so zweifelhaften Punct wie indirecte Wahlen zum Schiboleth ihres Centralwahlcomite erklärten. Hiedurch wurden viele zum Austritt bewogen. Diese haben sich nun mit denen verbinden müssen, welche sich theils offen mit Stolz für Republicaner erklären, oder die Gelegenheit zu einer solchen Erklärung abwarten. Gestern hatte diese Partei eine große sehr stürmische Versammlung gehalten. Jene aus dem constitutionellen Comite ausgetretenen Herren suchten vergebens in das vorgeschlagene Programm eine deutliche Erklärung einzuschieben, daß man für Preußen jetzt, wenn man an Pommern und die Mark denke, die constitutionelle Monarchie noch für erforderlich hielte. Es erfolgte ein wahrer Sturm unter den ziemlich gleichgetheilten Parteien. Theoretisch erklärte fast die ganze Versammlung die Republik für die beste Staatsform, und zuletzt ward beschlossen, jede Andeutung auf die wünschenswerthe Gestaltung der deutschen und der preußischen Verfassung wegzulassen, und blos zu erklären, daß man sich den Entscheidungen darüber in Frankfurt und Berlin unterwerfe. Heute werden die Verhandlungen fortgesetzt. Außerdem ist ein katholisches Wahlcomite thätig. (A. Z.)

Posen, 20. April. Die gegenseitige Erbitterung der Polen und Deutschen wächst von Tag zu Tag und macht eine endliche friedliche Lösung der Frage schon fast unmöglich. Alles, was die Polen jetzt thun, dient nur dazu ihre nationale Sache mehr und mehr zu verderben. Wie früher die Polen, fangen auch jetzt die Deutschen an Freischaaren zu bilden, um plötzliche Ueberfälle der Polen abzuwehren. Gegen die Verbindung der deutschen Kreise des Großherzogthums mit dem deutschen Bunde hat das polnische Nationalcomite Protest eingelegt. Niemand will hier jetzt einem polnischen Regiment unterworfen werden, und auch unsere Stadtbehörde hat gestern eine Petition an das Staatsministerium vollzogen, worin um Aufnahme der Stadt Posen in den deutschen Bund gebeten wird. (A. Z.)

Reuß'sche Fürstenthümer.

Die Bewohner von Reuß, Greiz, Schleiz, Lobenstein haben Rob. Blum ins Parlament gewählt. (Die erste aller Wahlen, die des kath. Pfarrer Blumenstetter in Hohenzollern-Hechingen wird beanstandet, da nicht das ganze Volk, sondern eine ständische Corporation gewählt haben soll.)

Schleswig-Holstein.

Hamburg, 21. April. Mit dem heute Abend 8½ Uhr eingetroffenen Bahnzuge aus Rendsburg erfahren wir, daß es heute früh um 4 Uhr im Schnellmarkter Holze unweit Altenhof bei dem Gute des Grafen Eugen Reventlow, zwischen 2000 Mann dänischer Infanterie, einer Abtheilung Dragoner und einigen Kanonen einerseits und dem Wasmerschen und Ranzauer Freicorps, denen sich auch die Hamburger, Berliner und Kölner angeschlossen, andererseits, zu einem blutigen Gefechte gekommen, welches bis gegen 11 Uhr währte. Die Freischaaren mußten der Uebermacht weichen, und zogen sich in ziemlicher Ordnung zurück. Vier Wagen mit Verwundeten waren in Rendsburg eingetroffen. (H. K.)

Husum ist von mehreren 100 Mann Dänen besetzt worden.

Braunschweig.

Braunschweig, 16. April. Das Ministerium hat den Ständen einen Gesetzentwurf wegen Gestattung der Civilehe zwischen Christen und Juden vorgelegt.

(Nordd. Bl.)

Die Braunschweiger Stände haben die Mündlichkeit und Oeffentlichkeit im Rechtsverfahren angenommen.

Mecklenburg.

Schwerin, 19. April. Das neueste officielle Wochenblatt enthält einige Erläuterungen und Vereinfachungen des in den frühern Verordnungen festgestellten Wahlmodus für die deutsche Nationalversammlung. Außerdem auch eine neue und mannichfach ermäßigte Postportoxe, in welcher man aber vergebens nach den von der Dresdener Postconferenz beschlossenen ermäßigten Portotaxen für Zeitungen sucht.

Oldenburg.

Oldenburg, 20 April. Oberst Mosle, Commandeur des 2. Linien-Infanterieregiments, ist an Stelle des zurückgetretenen Bundestagsgesandten v. Roth nach Frankfurt abgereist

Limburg.

In der der zum deutschen Bund gehörenden Provinz Limburg sind noch keine Wahlen angeordnet.

Freie Städte.

Hamburg, 22. April. General v. Wrangel ist hier angekommen, begleitet von dem 20jährigen Prinz Carl von Preußen.

Oesterreich.

Zum Präsidenten des Ministerraths ist provisorisch der Minister des Außern Graf Ficquelmont ernannt worden.

Schweiz.

Bern, 23. April. Die Tagsatzung hat sich bis zum 15. Mai vertagt. Das Streben J. Fazy's, die Tagsatzung aufzulösen und einen Verfassungsrath zu bestellen, zeigte sich als vergeblich. — Der „Suisse" zufolge hat die Tagsatzung in der geheimen Sitzung vom 18. April beschlossen, den Antrag Sardiniens, betreffend den Abschluß eines Bündnisses, abzulehnen.

Zürich, 22. April. Gestern sind über 100 badische Republicaner hier angelangt. Die Entfernung der Flüch-

linge von der Grenze wurde durch das Commando der eidgenössischen Truppen verfügt. (Schw. Mkr.)

Von der Schweizergrenze, 22 April Abends. Struve, der sich in der Nacht vom Donnerstag auf den Freitag nach Stein begeben hatte, ging gestern Nachmittag nach Säckingen, wurde aber daselbst verhaftet. Württembergische Lanzenträger, die als Vortrab nach Säckingen gekommen waren, wollten Struve mit sich nehmen, was aber durch die Säckinger verhindert wurde. Struve erhielt seine Freiheit wieder und soll sich auf Schweizerboden begeben haben. — Bei Kems (im Elsaß sollen jetzt 1000 Mann deutscher Freischaaren versammelt seyn, und auf dem Puncte stehen, den Rhein zu überschreiten. Diesseits der Kaltenherberge steht der Versicherung von Reisenden zufolge, weder badisches noch hessisches Militär. (Karlsr. Z.)

Von der Schweizergrenze, 24. April. Man versichert, daß Hecker seit einigen Tagen in Elsaß sich aufhalte, und dort den Besuch seiner Frau und einiger nahen Verwandten empfangen habe.

Italien.

Botzen, 22. April, Früh. Zufolge neuer Nachrichten sind die Insurgenten gegen den Tonale, dann von Stenico nach Tione, von Riva bis Condino zurückgeworfen, haben gestern (21. d. M.) bei 2000 M. stark mit vielen Blessirten Tione geräumt, und sind über Condino nach Lodron zurückgegangen. Peschiera befindet sich unter dem Befehle des tapfern Generals Baron Rath von dem Ottochaner Gränzinfanterieregimente besetzt. (A. Z.)

Trient, 22. April (Bekanntmachung des Kreisamts.) „Es wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß nach einer so eben eingelangten Mittheilung des k. k. Militärcommando kein Mann von den eingedrungenen italienischen Insurgentenhaufen, vielleicht ein oder das andere Individuum am Fuße des Tonale ausgenommen, heute mehr auf tirolischem Boden weile. (A. Z.)

Chur, 22. April. Privatbriefe melden bezüglich der Lombardei den Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes. (Schw. Mkr.)

Rom, 13. April. Der Municipalrath hat am 10. d. M. einstimmig beschlossen: 1) dem heil. Vater das Collegium Romanum durch eine Deputation aus seiner Mitte abzuverlangen. 2) Aus der Municipalcasse 20,000 Scudi zu Gunsten der Bewaffnung auszuwerfen. 3) Gewisse Marktprivilegien auf Piazza Navonna aufzuheben. Von Mons. Carboli heißt es, er habe vom Papst die Mission erhalten, friedenvermittelnd zwischen die streitenden Mächte zu treten.

Neapel, 17. April. Als Abgeordnete der provisorischen Regierung von Mailand traf Hr. Taffetti hier ein; seine Sendung betrifft die Beschickung einer neapolitanischen Flotte in's adriatische Meer, um eine Landung der Oesterreicher zu verhindern. — Täglich gehen weitere Truppensendungen in die Lombardei ab. (Die Geldnoth ist in Neapel, Rom, Piemont, Mailand sehr groß.) — In Rom hat am 8. Forbin Janson, als französischer Gesandtschafts-Geschäfts-Besorger dem Papste aufgewartet. — Zu Gunsten der Lombardei werden in Toscana 12,000 Mann neu ausgehoben. — Dem König Karl Albert sind die Truppen von Parma zur Verfügung gestellt. — In Livorno ist am 16. eine neapolitanische Dampffregatte mit 8 Kanonen und 1000 Mann Truppen angelangt. Der König v. Neapel soll an Sicilien den Krieg erklärt und die Beschießung von Messina wieder begonnen haben.

Frankreich.

Am Vorabend der Wahlen (22.) laufen Wahllisten aller Parteien und Ausschüsse um; die kirchliche Partei empfiehlt vor allen den Dominicaner Lacordaire, Graf Montalembert ist übergangen. — Die Bank hat 500,852,794 Fr. Capital.

Louis Blanc, der Arbeits-Organisation-Ausdenker, hat den Spitznamen „Aborton de Robespierre“ erhalten; er ist nämlich kaum 4 Fuß hoch.

Großbritannien.

Fürst Metternich mit Gemalin und Baron C. Hügel sind am 20. April in London angekommen. — Ritter Bunsen, der preußische Gesandte, hat Lord Palmerston eine Denkschrift zur Vertheidigung der deutschen Politik betreffs Schleswigs überreicht. — Im Oberhaus ward am 19. die Kron- und Regierungssicherheitsbill zum zweitenmal gelesen.

Die Kron- und Regierungssicherheits-Bill ging am 20. im Haus der Lords durch die Committee und ward zum dritten Mal gelesen. — Das Haus der Gemeinen hat sich am 19. bis zum 1. Mai vertagt, das Haus der Lords wird vom 20. April bis 4. Mai Osterferien halten.

Der „Weser-Zeitung“ schreibt man aus London, 14. April: „Wir können Ihnen aus zuverläßigster Quelle berichten, daß die dänische Regierung das hiesige Gouvernement zur Einhaltung der Stipulationen des Gottorper Friedens, in welchem bekanntlich Großbritannien der Krone Dänemark den Besitz Schleswigs gewährleistet, aufgefordert hat. Die Regierung hat den Fall den Kronjuristen zur Beachtung vorgelegt, von deren Entscheidung Englands Politik in dieser Angelegenheit zunächst abhängen dürfte. Die Kronjuristen werden sich mit ihrer Arbeit schwerlich sehr beeilen; jedenfalls ist hier allgemein die Ansicht, daß unsere Minister auf alle mögliche Weise eine Vermittelung der widerstreitenden Bestrebungen herbeizuführen suchen werden.“

Der „Frankfurter Ober-Postamts-Zeitung“ schreibt man aus Berlin, daß England seine Vermittlung in Betreff Dänemarks in Berlin angeboten habe, vom preußischen Cabinet aber bedeutet worden sey: da der Krieg ein Bundeskrieg, so seyen die Vermittlungsvorschläge in Frankfurt anzubringen.

Der zu Daniel O'Connells Lebzeiten oft genannte Tom Steele, der treue Genosse des Agitators, stürzte sich am 19. April Abends aus Lebensüberdruß von der Londoner Waterloobrücke in die Temse, ward aber aufgefischt und liegt in einem Hospital.

Dänemark.

Kopenhagen, 18. April. Bis jetzt sind 62,845 Bankthaler, Pferde und Effecten ungerechnet, beim Kriegsministerium als Freiwillige Beiträge von hier eingegangen. Mehrere hohe Beamte haben auf ihren Jahrgehalt verzichtet, darunter der Conseilspräsident, Graf Moltke-Bregentved mit 6000 Bankthalern. (H. C.)

Das Comptoir der Hamburgischen Assecuradeure hat von seinem Agenten in Kopenhagen, Hrn. E. Hoidt, folgende, vom 19. April datirte Mittheilung erhalten: „Ich beeile mich, hiemit ergebenst anzuzeigen, daß laut Mittheilung des Ministeriums alle preußischen Schiffe im Hafen zurückgehalten werden, und daß die königl. Schiffe beordert sind, alle preußischen Schiffe aufzubringen. Die Neutralität von Hamburg und Lübeck wird nur dann respectirt, wenn diese beiden Städte nicht gegen Dänemark auftreten.“ Diese Nachricht der „Hamburger Blätter“ wird durch eine Extrabeilage der „Allgemeinen preußischen Zeitung“ bestätigt.

Helsingör, 19. April Abends. Heute Abends sind sämmtliche hier auf der Rhede liegende preuß. Schiffe von zwei dänischen Kriegsschiffen mit Beschlag belegt worden.

Rußland und Polen

St. Petersburg, Anfangs April. Der Kaiser hat nachträglich zu dem letzten Manifest erklären lassen, daß die darin ausgesprochene Defensive soweit zu verstehen sey: daß selbst dann, wenn Freischaaren die russische Gränze überschreiten würden, diese bloß zurückgeschlagen werden sollen, ohne daß Rußland in solchen einen Friedensbruch erkennen würde. Gleich nach der Erklärung Karl Alberts hat Rußland den russischen Gesandten von Turin zurückberufen und dem sardinischen Gesandten zu St. Petersburg seine Pässe zustellen lassen. (A. Z.)

Die „Warschauer Zeitungen“ bringen die wichtige Nachricht, daß auf Veranlassung des Fürsten-Statthalters Paskewitsch eine Deputation von vier der angesehensten Magnaten, an deren Spitze sich Krasinski befindet, an den Kaiser nach Petersburg abgehen werde, um denselben zu bitten, das ehemalige Königreich Polen in dem Zustande wieder herzustellen, wie es vor der Revolution von 1830 war, und zugleich die erforderlichen Schritte zu thun, die jetzt davon getrennten Theile (Posen und Galizien) mit demselben unter russischem Scepter wieder zu vereinigen.

Aegypten.

Alexandria, 9. April. Wegen geschwundener Geisteskräfte des Vicekönigs Ali ist eine Regentschaft aus Ibrahim, Said und Abbas Pascha bestehend, eingeführt. Die Regierungsgeschäfte werden wie bisher geführt; die öffentlichen Acte mit Ali's Namen unterzeichnet. — Der Handel liegt gänzlich darnieder. (A. Z.)

Vereinigte Staaten von Nordamerica.

New-York, 4. April. Im Senat ist der Antrag einer Glückwunschadresse an die französische Nation als zu voreilig mit 22 gegen 21 Stimmen verneint worden. Uebrigens werden Volksversammlungen gehalten, in denen Sympathien für die französische Staatsumwälzung ungestört sich darleben.

Berichtigung.

Im gestrigen Blatt ist auf S. 431. Sp. 1, Z. 34 v. u. statt Palma zu lesen: Pola.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 27. April: „Das Nachtlager in Granada,“ Oper von Kreutzer.

Fremdenanzeige.

Hôtel Maulik. HH. Gibbon, Rentier aus England; Coudray, Kaufmann aus Frankreich.

Gold. Hahn. HH. Ciotta, öster. Oberlieutenant; Huber Barnabas, Abt, und Mem. Eichner v. Augsburg.

Blaue Traube. HH. Leo, Director v. Augsburg; Graf v. Preising v. Rosenheim; v. Barth, Gutsbesitzer v. Straubing.

Getraute in München.

HH. Johann Eiber, Trompeter im kgl. Artillerieregiment Prinz Luitpold dah., mit Theresia Kölch v. Theillenberg, Ldg. Pleinfeld; Johann Jakob Bogenberger, herrschaftlicher Jäger dah., mit Magdalena Dosenberger, Maurerstochter v. Pfingdorf; Friedrich Städler, Landtagsabgeordneter und Magistratsrath v. Schwabach, mit Friederike Städler, Nadelfabrikantenswittwe daselbst; August Leberecht Ludwig Radecke, Feingießer in der von Maffei'schen Fabrik dah., mit Anna Ursula Frank, Metzgermeisterstochter v. Neualbenreuth, Ldg. Waldsassen.

Gestorbene in München.

Johann Reng, b. Webersohn v. h., 20 J. alt; Kathar. Reindl, Taglöhnerstochter v. h., 28 J. alt; Christine Kreuzle, Bauerstochter v. Legau, Ldg. Grönenbach, 17 J. alt; Wald. Reißinger, Taglöhnerswittwe v. Haidhausen, 77 J. alt; Jos. Wopfner, b. Strumpfwirker v. h., 35 J. alt; Elis. Petres, Marktschreiberstochter v. Plattling, 42 J. alt; Theres Weiß, Seidenputzersfrau v. h., 59 J. alt.

Bekanntmachung.

2385. Das Sommer-Semester 1848 beginnt an der hiesigen Universität am 1. Mai, von welchem Tage an bis zum 12. Mai sowohl die Anmeldungen zur Immatriculation unter Vorlage der bisherigen Studien- und Sitten-, sodann der obrigkeitlich beglaubigten elterlichen Licenz-Zeugnisse, in Beziehung auf die neuankommenden Inländer vor dem kgl. Universitäts-Secretariate zu geschehen haben, als auch die Erneuerung der Matrikel von jenen Studirenden persönlich zu erwirken ist, welche ihre Studien an der hiesigen Hochschule fortzusetzen Willens sind.

München den 19. April 1848

Königliches Universitäts-Rectorat.

Dr. Fr. Thiersch.

Dr. Richter, Sec.

2378. (3c) Der Ausschuß der mechanischen Baumwoll-Spinnerei und Weberei in Augsburg beehrt sich, die Herren Actionäre zu einer außerordentlichen in der Fabrik abzuhaltenden Generalversammlung auf

Dienstag den 23. Mai a. c. Morgens 9 Uhr

einzuladen, um über Abänderung eines in letzter Generalversammlung genehmigten Antrages des Ausschusses zu berathen und Beschluß zu fassen.

Die Generalversammlung beginnt mit der § 14 der Statuten vorgeschriebenen Legitimation der erscheinenden Gesellschaftsmitglieder.

Augsburg den 19. April 1848.

Der Vorstand:

Friedrich Schmid.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 110.

Man pränumerirt auf der K. b. P. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Freitag — XLIX. Jahrgang. — 28. April 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 25. April. In der Vormittagssitzung des Fünfzigerausschusses wurde auf Anregung Hrn. Kuranda's der Beschluß gefaßt, eine Deputatation nach Böhmen (wohin dort?) zu senden, um die tschechische Partei darüber zu beruhigen, daß durch Böhmens Anschluß an Deutschland die böhmische Sprache und Nationalität keineswegs bedroht sey, wie ja schon ein früherer Beschluß der Fünfziger dieß ausgesprochen habe. In der Debatte zeigte sich wenig Vertrauen auf die praktische Nützlichkeit solcher Deputation, wenn nicht dafür die Deutschen in Böhmen zu beruhigen. Noch beschloß der Ausschuß in einer besondern Proclamation an das deutsche Volk seine volle Uebereinstimmung mit dem Verfahren der badischen Regierung auszusprechen, welches er als ebenso gerechtfertigt im Interesse der Ordnung als der Freiheit anerkenne.

Frankfurt 26. April. Ein Extrablatt zur „Weser Zeitung" überbringt uns eben folgende freudige Nachricht „per optischen Telegraph": Altona, 24. April. Sieg unserer Truppen gegen die Dänen. Die preußischen Truppen haben das Dannewirke erstürmt. Die Dänen sind auf der Retirade. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Bayern.

Landtag.

**München, 27. April. (VII. Sitzung der Kammer der Reichsräthe.) Der I. Präsident meldet die Entbindung der Königin Maj. von einem Prinzen, wofür von der Kammer der Reichsräthe Sr. Majestät ein dreifaches Vivat gebracht wurde. — Der Referent des III. Ausschusses, Frhr. v. Stauffenberg, erstattet Vortrag über den Gesetzentwurf, und bedauert, daß nicht gleichzeitig Geschwornengerichte eingeführt werden könnten. — Graf Reigersberg malt die Nachtheile der Anonymität. Er versteigt sich bis in das vorige Jahrhundert. Gegenwärtiger Entwurf scheine ihm die bestehenden Repressivmaßregeln zu wahren. Republikanische und ähnliche undeutsche Dinge scheinen ihm schon nach bestehenden Strafgesetzen entfernbar. Er wünscht noch größere Langsamkeit in den Gesetzesvorlagen. — Oberconsistorial-Präsident Arnold. Die freie Presse biete in sich selbst den besten Widerstand gegen ihre Mißbräuche. Auch er glaubt, in Eile sollen keine Gesetze gemacht werden. — Fürst v. Oettingen-Wallerstein. Geschichtliche Entwicklung der Bestrebungen nach Preßfreiheit, deßgleichen der Rückschritte, die anfangs unscheinbar seyen, aber zu Widerstand, Kampf und Sieg führen können. Er erzählt, wie oft in Bayern die Presse schon factisch frei gewesen. Er unterscheide zwischen activer und passiver Preßfreiheit. — Art. IV. wurde, wie er von der Regierung eingebracht wurde, angenommen. — Dagegen hat der II. Präsident, Frhr. v. Zu-Rhein, einen Zusatz zur Annahme gebracht, dahin gehend, daß jeder Staatsdiener, wenn er von der Presse angegriffen wird, die vorgesetzte Stelle veranlassen kann, ihm zu erlauben, die Mittel zu seiner Vertheidigung aus den Acten zu nehmen. Folge diese Erlaubniß aber binnen 8 Tagen nicht, so solle ihm die Benützung der Acten zu besagtem Zwecke ohne Erlaubniß, also gesetzlich, freistehen. — Im Uebrigen wurde der ganze Preßgesetz-Entwurf mit einigen Modificationen, wesentlich aber in der Fassung der Kammer der Abgeordneten, angenommen, und die Sitzung geschlossen.

München, 28. April. (Kammer der Reichsräthe.) Tagesordnung für die auf heute um 10 Uhr angesetzte VIII. Sitzung. — 1. Bekanntmachung des etwaigen Einlaufs. — 2. Fortsetzung der Berathung und Beschlußfassung über den Entwurf eines Edictes: „die Freiheit der Presse und des Buchhandels betr."

**München, 27. April. (XVI. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische die HH. Staatsminister: Frhr. v. Lerchenfeld, Heintz, v. Beisler, Weishaupt und Thon-Dittmer, und die königl. Commissäre: v. Kleinschrodt, Aschenbrenner, Roth und Bezold, in der Kammer 125 Abgeordnete. — Die Sitzung wurde mit Ablesung des Einlaufes eröffnet. Hierauf wurde die allgemeine Debatte über den Gesetzentwurf: „die Aufnahme eines Anlehens betr.", fortgesetzt. — Abg. Städtler stimmte für den Entwurf. Die Regierung müsse Mittel haben, die Noth der arbeitenden Classen zu unterstützen. — Dr. Schwindl. Eine Vermehrung der Staatsschuld dürfe nur in den dringendsten Fällen stattfinden. Gelte es blos die Unterstützung von Fabriken oder Privatunternehmungen, so setze sich durch diese einseitige Hilfe die Regierung einer großen Verantwortung aus. Die Pfalz solle hauptsächlich unterstützt werden. Es gebe trotzige Kinder. Die Latitude der Verwendung durch das Ministerium gehe ihm zu weit, er wünsche specielle Auskunft vom Minister über die Verwendung der Gelder. — Der Hr. I. Präsident desavouirte die Anspielung auf die Pfalz, um nicht neue Heftigkeiten zu provociren. — Der königl. Staatsminister Frhr. v. Lerchenfeld erläuterte hierauf die Art der Verwendung selbst, namentlich bezüglich der Postulate zur Bexbacher-Bahn in der Pfalz, wofür er die Garantien im Entwurf durch die Stände verlangt habe. Hr. Redner suchte die Nothwendigkeit jener Ausgabe klar zu beweisen. — Abg. Dittmar. Er stimme für den Entwurf. Das Heer müsse stark werden; Krieg scheine zu drohen. Volksbewaffnung mache in unserer eigenthümlichen Zeit das stehende Heer nicht überflüssig. Der Feind sey zwar noch nicht vor den Thoren; aber jedenfalls brauche man viel Geld, um in Zeiten der äußersten Noth Hilfe zu haben. — Abg. Nabl wünscht, die Ausschüsse sollten den Entwurf nicht so kurz behandelt, sondern näher betrachtet haben. Er hätte gewünscht, der Entwurf hätte schon in der Aufschrift den Zweck des Gesetzes enthalten sollen. Wenn diese Redactionsänderung nicht vorgenommen werde, so stimme er gegen das Gesetz. Er achte zwar die Herren Minister, wie Niemanden; aber wer bürge ihm, daß sie immer oder nur so lange an ihren Stellen bleiben, als das Gesetz selbst wirke? Und werden künftige Minister die ihnen durch das Gesetz gewährte Latitüde nicht mißbrauchen? Er glaube auch, daß mit 1 Million die Industrie keine besondere Unterstützung finde. — Abg. Unterberger widerlegte. Er bedaure, daß man in dieser ernsten Zeit der Noth noch mit der Regierung mäkeln wolle, in einer Zeit, wo fremde Heere gegen die Grenzen unseres Vaterlandes rücken. — Frhr. v. Rotenhan sprach sich in demselben Sinne aus. Die Ausschüsse haben wegen Dringendheit der Sache keine großen Bedenklichkeiten erheben zu müssen geglaubt; das besondere Interesse müsse hier vor dem allgemeinen schweigen. Die Pfalz bedürfe des Schutzes zwischen dem gährenden Frankreich und dem Bürgerkriege in Baden. Auch anderswo, namentlich in Oberfranken, sey die Lage eine sehr kritische. Die Volksbewaffnung ersetze kein Heer. Dieses bedürfe jetzt alle Kraft, ebenso die Industrie. Er stimme für den Entwurf. — Frhr. v. Schätzler sprach für das Princip der Unterstützung großer Etablissements; kleinere Gewerbe sollten von den Communen unterstützt werden. Er stimme vertrauensvoll für den Entwurf und das Ministerium. — Abg. Schlund. Die Gemeinden können nicht mehr unterstützen, weil sie Nichts haben. Wohin seyen denn die frühern Millionen gekommen? Man habe bei ihm keine Gewehre, wenigstens nicht genug, erhalten. Waffen, wenn auch alte, müssen sie an ihrer Grenze haben, mit Stöcken können sie nicht kämpfen. — Der Hr. Kriegsminister, v. Weishaupt, bemerkte zur Beruhigung, daß heute Artillerie nach Lindau gegangen, und sonst die ganze Grenze in Besetzung genommen sey. — Der Staatsminister Frhr. v. Lerchenfeld gab die Aussicht auf sofortigen Beginn der Arbeiten an den Eisenbahnen. — Abg. Neuffert. In Regensburg gebe es gar keine überflüssigen Gewehre da exercire man mit Prügeln. — Der Hr. I. Präsident, Dr. Kirchgeßner, sprach hierauf in glühender Begeisterung folgende Worte: „Es ist mir eben die gewiß uns Allen höchst erfreuliche Nachricht zugekommen: Unserem königlichen Hause ist ein Prinz geboren! Meine Herren, in einer Zeit, wo die Liebe zum Vaterlande, die Liebe zum Regenten nicht nur eine Pflicht ist, wo sie in Anerkennung dessen, was uns geworden ist, aus freier Brust hervorgeht, wo sie in Wahrheit nicht mehr eine pflichtmäßige, sondern eine Liebe des Herzens ist, glaube ich diesen Moment nicht vorübergehen lassen zu können, ohne dem königl. Hause und dem neugebornen Prinzen ein Hoch auszubringen!" (Sowohl in der Kammer als auf den Tribunen erschallte ein anhaltendes, donnerndes Hoch!) — Hierauf begann die specielle Discussion. — Der Staatsminister der Finanzen, Frhr. v. Lerchenfeld, bemerkte, daß das Ministerium Alles aufbieten werde, um die bewilligten Summen zweckmäßig zu verwenden. — Art. 1 wurde hierauf nach mehrfachen Schilderungen der großen Noth in manchen Landestheilen angenommen. Art. 2 war von dem Ausschusse dahin modificirt worden, daß statt „auf 20 fl. bis 50 fl. und 100 fl." gesetzt werden solle „20 fl. bis 100 fl." — Frhr. v. Schätzler hatte noch den Zusatz beantragt: „die Bestimmung des Zinsfußes bleibt dem Staatsministerium der Finanzen überlassen." — Gegen diesen Zusatz sprach sich der Abg. Sattler aus; der Zinsfuß verändere sich zu sehr in der Zeit. — Derselbe wurde verworfen. Hiernächst wurde angenommen Art. 2 mit der Ausschußmodification, dann Art. 3, 4 (mit dem Worte „Einlösung" statt Aufräumung) und 5; endlich das ganze Gesetz nach Namensaufruf. — Frhr. v. Schätzler und Abg. Städtler brachten zwei Wünsche ein, es möge auf die Rückseite der Scheine die monatliche Zinsscala bemerkt, und auch kleine Gewerbetreibende unterstützt werden. — Dieselben wurden angenommen. — Hierauf brachte der Finanzminister einen Gesetzentwurf ein: „die Kosten der Abgeordneten beim deutschen Bunde betr." — Der Entwurf bestimmt dieselben Diäten, wie jener der Landtagsdeputirten. — Der II. Secretär, Dr. Schwindl, glaubt, daß diese Diät für einen Abgesandten zum Parlamente zu klein sey. — Der Entwurf wurde dem betreffenden Ausschusse zugewiesen. — Endlich folgte Vor-

tragerstattung über die zur Vorlage an die Kammer nicht geeignet befundenen Anträge und Beschwerden, unter denen auch die schon so oft eingekommene des Beneficiaten Holzleithner. — Schluß der Sitzung.

Gesetzentwurf, Einkommensteuer betreff. Se. königl. Majestät haben nach Vernehmung des Staatsraths, mit Beirath und Zustimmung Allerhöchst-Ihrer Lieben und Getreuen der Stände des Reichs beschlossen und verordnen wie folgt: Gegenstand und Maßstab. Art. 1. Jedes reine Einkommen, ohne Unterschied, ob es von einer der übrigen Steuergattungen schon getroffen ist oder nicht, ob es in Geld, Geldeswerth oder in Selbstbenützung besteht, ständig oder unständig ist, auf Rechtsverbindlichkeiten oder freiem Willen Anderer beruht, unterliegt der allgemeinen Einkommensteuer. Art. 2. Von Entrichtung der Einkommensteuer sind frei: 1) unverheirathete Personen, wenn ihr jährliches, reines Einkommen nicht 250 fl., 2) Familien ohne oder mit nicht mehr als drei noch im elterlichen Brode stehenden Kindern, wenn es nicht 400 fl., 3) Familien mit mehr als drei im elterlichen Brode stehenden Kindern, wenn es nicht 500 fl. erreicht, 4) Wohlthätigkeitsanstalten, öffentliche Leihanstalten, Hilfs- und Sparcassen. Art. 3. Ausländer unterliegen der Einkommensteuer von ihrem aus Bayern zu beziehenden Einkommen. Art. 4. Steuerpflichtig ist jeder am Orte seines Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts nach dem Stande am 1. Juli l. Js. Ausländer sind da zu besteuern, wo der steuerbare Gegenstand sich befindet. Ab- und Zugänge am Einkommen während des Jahres ändern die Steuerschuldigkeit nicht. Erlischt aber ein steuerbares Einkommen während des Jahres durch Tod oder in anderer Art gänzlich, so sind nur die bis dahin fällig gewordenen Raten zu erheben. Art. 5. Die Steuer ist innerhalb eines Monats nach Aufstellung der Steuerlisten fällig und wird in der Pfalz in monatlichen, in den übrigen Kreisen in vierteljährigen Raten erhoben. Die Steuerlisten müssen längstens bis zum 1. Sept. 1848 aufgestellt seyn. Art. 6. Jedes steuerbare Einkommen ist nach seinem jährlichen Gesammtbetrage in eine der folgenden Classen einzureihen

Classe.	Einkommen.	Steuer.	
1.	250 fl.	— fl.	30 kr.
2.	300 fl.	— fl.	45 kr.
3.	400 fl.	1 fl.	— kr.
4.	500 fl.	1 fl.	15 kr.
5.	600 fl.	1 fl.	30 kr.
6.	800 fl.	2 fl.	— kr.
7.	1000 fl.	3 fl.	— kr.
8.	1200 fl.	5 fl.	— kr.
9.	1500 fl.	7 fl.	— kr.
10.	2000 fl.	10 fl.	— kr.
11.	2500 fl.	15 fl.	— kr.
12.	3000 fl.	20 fl.	— kr.
13.	4000 fl.	30 fl.	— kr.
14.	5000 fl.	45 fl.	— kr.
15.	6000 fl.	60 fl.	— kr.
16.	8000 fl.	90 fl.	— kr.
17.	10000 fl.	120 fl.	— kr.
18.	12000 fl.	150 fl.	— kr.
19.	15000 fl.	200 fl.	— kr.
20.	20000 fl.	300 fl.	— kr.
21.	30000 fl.	450 fl.	— kr.
22.	40000 fl.	6 0 fl.	— kr.
23.	50 00 fl.	800 fl.	— kr.
24.	60000 fl.	1000 fl.	— kr.
25.	75000 fl.	1500 fl.	— kr.

Je weitere 25000 fl. werden mit 500 fl. Steuer angelegt. — Verfahren. Art. 7. Jeder Steuerpflichtige oder dessen gesetzlicher Stellvertreter hat nach ergangener Aufforderung entweder schriftlich oder mündlich zu Protocoll eine Erklärung auf Ehre und Gewissen abzugeben, welche enthalten muß: a) seine Einkommensquellen, b) die Classe, in welche er gemäß Art. 6 sein jährliches Gesammt-Einkommen einreiht, oder im Falle solches die 25 Classe übersteigt, den beiläufigen Betrag desselben, c) die Befreiungsgründe, welche er gemäß Art. 2 in Anspruch nehmen zu können glaubt. Diese Erklärung hat innerhalb der in der Aufforderung vorgesteckten Frist oder an dem hiezu anberaumten Tage (Termine) bei der Gemeindebehörde, welche die Aufforderung erlassen hat, zu geschehen und wird sogleich an den Prüfungsausschuß übersendet. Art. 8. Wer seine Erklärung nicht rechtzeitig abgibt, wird durch Mahnboten auf seine Kosten erinnert. Nach wiederholter Mahnung und Ablauf der letzten Frist gibt die Gemeindebehörde hievon dem Prüfungsausschusse (Art 9.) Kenntniß, welcher sodann nach Vernehmung des Vertreters des Staatsärars (Art. 10.) die Steuerpflicht des Säumigen von Amtswegen feststellt. Art. 9. In jeder Gemeinde wird ein Prüfungsausschuß gebildet, welcher außer dem ersten Gemeindebeamten oder dessen Stellvertreter in Städten und Märkten aus 10 Mitgliedern und 5 Ersatzmännern, in den Landgemeinden aus 6 Mitgliedern und 3 Ersatzmännern besteht. Die Ersatzmänner haben im Falle der Verhinderung oder Betheiligung der Mitglieder einzutreten. Zu Mitgliedern und Ersatzmännern sind die erfahrensten und geachtetsten Gemeindeglieder zu wählen. Die Wahl derselben steht in Städten und Märkten mit magistratischer Verfassung dem Magistrate unter Beiziehung der Gemeindebevollmächtigten, in Landgemeinden dem Gemeindeausschusse zu. Der erwähnte Gemeindebeamte oder dessen Stellvertreter führt den Vorsitz leitet die Verhandlungen des Ausschusses und sorgt für Vollziehung der Beschlüsse. In größeren Städten können mehrere Ausschüsse niedergesetzt werden. Art. 10. Der Prüfungsausschuß unterwirft die Erklärungen der Steuerpflichtigen einer vorläufigen Prüfung, bestätigt sie als unbedenklich oder fügt seine Bedenken bei und theilt die Erklärungen der Steuerpflichtigen mit den Ausschußerinnerungen den von der Finanzverwaltung hiezu beauftragten Beamten zur weiteren Prüfung und Erinnerung mit. Der Vertreter des Staatsärars ist zu diesem Zwecke befugt, von den Acten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und den Hypothekenbüchern Einsicht zu nehmen. Dieser, sowie der Prüfungsausschuß ist zur strengsten Amtsverschwiegenheit verpflichtet. Art. 11. Wird die Erklärung des Steuerpflichtigen weder von dem Ausschusse, noch von dem Vertreter des Staatsärars beanstandet, so setzt der Ausschuß die Steuerpflicht sogleich definitiv fest. Außerdem werden die erhobenen Bedenken dem Steuerpflichtigen schriftlich und mit der Aufforderung bekannt gegeben, an einem zu bestimmenden Tage vor dem Ausschusse zu erscheinen, um seine Erinnerungen vorzutragen. In der hiezu anzuberaumenden Sitzung ist nach Vernehmung des Steuerpflichtigen und des Vertreters des Staatsärars nach absoluter Stimmenmehrheit Beschluß zu fassen. Bilden sich mehr als zwei Meinungen, so werden die Stimmen für den höchsten Steuersatz zu den Stimmen für den nächst niedern hinzugezählt, bis sich für einen Steuersatz eine Mehrheit ergibt. Art. 12. Gegen den Definitivbeschluß des Prüfungsausschusses steht dem Steuerpflichtigen außer dem Falle des Art. 8. das Recht der Berufung an ein Schiedsgericht zu. Die Berufung ist innerhalb einer unerstrecklichen Frist von 14 Tagen von Eröffnung des Beschlusses an bei dem Prüfungsausschusse zu Protokoll zu geben, oder schriftlich einzureichen, und von dem Prüfungsausschusse unter Anlage der dazu gehörigen Acten an das Schiedsgericht zu übersenden. Die Berufungsfrist läuft vom Tage der Eröffnung des Beschlusses in der Ausschußsitzung, wenn der Steuerpflichtige anwesend war, außerdem vom Tage der schriftlichen Mittheilung an denselben. Im ersteren Falle muß von der Anwesenheit des Steuerpflichtigen im Sitzungsprotokolle ausdrücklich Erwähnung geschehen und auf Verlangen noch am nämlichen Tage eine Abschrift des Beschlusses zugestellt werden. Art. 13. Für jeden Polizeibezirk wird ein Schiedsgericht aus 11 beeidigten Mitgliedern und 3 Ersatzmännern in folgender Weise gebildet: Der Magistrat der Stadt oder des Marktes, oder der Ausschuß der Landgemeinde, wo die Polizeibehörde ihren Sitz hat, wählt unter Beiziehung der Gemeindebevollmächtigten und der Vorsteher der zu dem Bezirke gehörigen Gemeinden 24 Schiedsmänner aus welchen die Mitglieder und Ersatzmänner des Schiedsgerichtes durch das Loos berufen werden. Der Losungsact wird von dem Distrikts-Polizeibeamten, oder in Städten, deren Magistrate den Kreisregierungen unmittelbar untergeordnet sind von dem Bürgermeister geleitet, denselben Behörden kommt auch die Beeidigung der Mitglieder und Ersatzmänner des Schiedsgerichtes zu. Art. 14. Der Distrikts-Polizeibeamte oder der ihm gleichstehende Bürgermeister (Art. 13) führt den Vorsitz im Schiedsgerichte, sorgt für rechtzeitige Vorladung der Betheiligten (Appellanten) und des Vertreters des Staatsärars, leitet die Verhandlung und eröffnet den Beschluß. Demselben steht aber keine entscheidende Stimme zu. Art 15. Dem Steuerpflichtigen ist gestattet, vor dem Schiedsgerichte seine Berufung mündlich auszuführen, und auch neue Nachweise beizubringen. Der Vertreter des Staatsärars hat hierauf seine Anträge zu stellen. Beide müssen nach dem Schluß der Verhandlung abtreten. Art. 16. Das Schiedsgericht faßt seine Beschlüsse nach absoluter Stimmenmehrheit (Art. 11.) Die zu entscheidenden Fragen hat der Vorsitzende mit Bestimmtheit zu stellen. Zur Eröffnung des Beschlusses sind die im Sitzungsgebäude noch anwesenden Parteien wieder vorzurufen. Art. 17. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts ist kein Rechtsmittel zulässig. Art. 18. Für Reisekosten und Zeitverlust können die Mitglieder des Schiedsgerichts angemessene Entschädigung in Anspruch nehmen. Diese und andere unvermeidlichen Kosten trägt die Staatscasse. Alle Verhandlungen bei dem Prüfungsausschusse und Schiedsgerichte sind tax- und stempelfrei. Art. 19. Wenn ein Steuerpflichtiger den Besitz steuerbaren Einkommens verschweigt, so soll er nicht nur den Betrag der Steuer, welche er dadurch unterschlagen hat, nachzahlen, sondern unterliegt einer Strafe zum Besten des Ortsarmenfonds, welche in dem fünffachen jenes Betrages besteht. Unterwirft sich der Betheiligte nicht freiwillig der diesfalls von Seite des königl. Rentamts an ihn gestellten Anforderung, so haben die in Polizeiübertretungen zuständigen Behörden darüber zu erkennen, und das Verfahren richtet sich nach den §§. 15 bis 18 des Gesetzes vom 1. Juli 1834. Verletzungen der Zollordnung betreffend. Art. 20. Die allgemeine Einkommensteuer wird vorläufig auf ein Jahr für die Zeit vom 1. Oct. 1848 bis dahin 1849 erhoben werden. Der nächsten Ständeversammlung wird über deren Fortbestand oder Abänderung Vorlage gemacht werden. Art. 21. Dagegen wird in den Kreisen diesseits des Rheins die Verordnung vom 10. Dec. 1814 — Läuteration des Edictes über das Familienschutzgeld betreffend, — dann in der Pfalz das Gesetz vom 3. Nivose 7 über die Personal- und Mobiliarsteuer außer Wirksamkeit gesetzt. In den noch nicht definitiv besteuerten Theilen von Unterfranken und Aschaffenburg werden alle diejenigen Personalstaatsauflagen nicht mehr erhoben, welche nach dem Gesetze vom 25. August 1843 mit dem Eintritte der Familiensteuer erlöschen. In den Kreisen diesseits des Rheins sind diejenigen, bisher blos der Familiensteuer unterliegenden freien Gewerbe (§. 6 III. der Verordnung vom 10. Dec. 1814) welche anderen concessionirten Gewerben gleichgeachtet werden können, mit der für gleichartige Gewerbe treffenden Gewerbsteuer zu belegen. Art. 22. Der Staatsminister der Finanzen ist mit dem Vollzuge beauftragt Gegeben München den . . April 1848. (L. S.) Lerchenfeld.

Gesetzentwurf: „die Wahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung betreffend.“ Se. Maj. der König haben nach Vernehmung Allerhöchstihres Staatsraths mit Beirathung und Zustimmung Ihrer Lieben und Getreuen, der Stände des Reiches, unter Beobachtung der im Titl. X. §. 7. der Verf.-Urkunde vorgeschriebenen Form, beschlossen und verordnen wie folgt: Art. 1. Die Wahl der Abgeordneten zur Stände-Versammlung geschieht im Verhältnisse von je Einem Abgeordneten auf 35,000 Seelen der Gesammtbevölkerung des Königreichs. Art. 2. Die hiernach sich ergebende Zahl von Abgeordneten wird durch die Regierung auf die einzelnen Kreise vertheilt. Art. 3. Die Wahl findet in zwei gesonderten Handlungen statt: a) mittelst Wahl der Wahlmänner (Urwahl); b) mittelst Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner. Art. 4. Zu jeder gültigen Wahl ist die persönliche Anwesenheit des Wählenden erforderlich. Stellvertretung findet nicht statt. Nur derjenige wird zur Wahl zugelassen, welcher eine amtliche Bescheinigung über die geschehene Ableistung des Verfassungseides vorlegt. Die Wahlmänner haben außerdem bei der Wahlhandlung den im Art. 17 vorgeschriebenen Wählereid zu schwören. Art. 5. Activ wahlfähig ist, ohne Rücksicht auf Verschiedenheit des Glaubensbekenntnisses, jeder Staatsbürger (§. 3 Tit. IV der Verf.-Urk.) und jeder volljährige Staatsangehörige, welcher dem Staate eine directe Steuer entrichtet, in so ferne er nicht wegen Verbrechen, oder des Vergehens der Fälschung, des Betrugs, des Diebstahls oder der Unterschlagung verurtheilt worden ist. Art. 6. Als Wahlmann kann jeder bayerische Staatsbürger (§. 3 Tit. IV der Verf.-Urk.) gewählt werden, so ferne er das 25. Lebensjahr zurückgelegt und die übrigen Eigenschaften des Art. 5 für sich hat. Art. 7. Als Abgeordneter ist Jeder wählbar, welcher das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat, und die

übrigen im Art. 6. angegebenen Eigenschaften besitzt. Art. 8. Für jede der beiden Wahlhandlungen werden besondere Wahlbezirke gebildet. Art. 9. In der ersten Wahlhandlung wird auf je 500 Seelen ein Wahlmann gewählt. Sämmtliche Wahlmänner eines Bezirkes wählen die gemäß Art. 11 und Art. 12 zu bestimmende Zahl der Abgeordneten und einen Ersatzmann für jeden derselben in gesonderten Wahlhandlungen. Art. 10. Die Bildung der Urwahlbezirke geschieht durch die Districts-Polizeibehörden, und in der Pfalz durch die Landcommissariate in der Art: 1) daß jeder solcher Bezirk in der Regel 2000 Seelen umfaßt, jedoch mit möglichster Beachtung der Gränzen der politischen Gemeinden und der bestehenden Districtseintheilung in den Städten; 2) daß kleinere Gemeinden zu diesem Ende zu einem Wahlbezirke vereinigt oder einer benachbarten größeren Gemeinde zugewiesen werden. Art. 11. Die Zahl der zu wählenden Abgeordneten für jeden einzelnen Regierungsbezirk wird vor jeder Wahl öffentlich bekannt gemacht. Art. 12. Zur Vornahme der Abgeordnetenwahlen werden von dem Staatsministerium des Innern 4 bis 6 Wahlbezirke in jedem Regierungsbezirk bestimmt. Art. 13. Activ wahlberechtigt ist Jeder in dem Bezirk, wo er sein Domicil hat. Als Wahlmann kann jeder in dem Urwahl- oder Gemeindebezirk seines Wohnsitzes gewählt werden. Die Wahl der Abgeordneten ist an keinen Wahlbezirk gebunden. Art. 14. Die Wahl erfolgt an den von der Regierung zu bestimmenden Tagen. Art. 15. Die Wahlcommissäre werden von der Regierung bestimmt. Art. 16. Die Wähler und Wahlmänner ernennen für ihre Wahlhandlungen einen Ausschuß von 7 Mitgliedern aus ihrer Mitte. Art. 17. Jeder Wahlmann hat vor der Wahlhandlung folgenden Eid abzulegen: „ich schwöre, daß ich meine Wahlstimmen nach freier innerer Ueberzeugung, wie ich solches zum allgemeinen Besten des Landes für dienlich erachte, ohne Berücksichtigung einer Drohung, eines Versprechens oder eines Befehles abgeben werde, und dießfalls von Niemand unter was immer für einen Namen weder mittelnoch unmittelbar irgend eine Gabe oder Geschenk angenommen habe, noch annehmen werde. Art. 18. Die Wahlen geschehen durch vom Wähler unterzeichnete Wahlzettel. Die Gewählten müssen absolute Stimmenmehrheit für sich haben. Unvollständige oder unförmliche Wahlzettel werden nicht beachtet. Art. 19. Der zum Abgeordneten Gewählte ist verpflichtet, unmittelbar nach der Anzeige der ihn getroffenen Wahl die Ablehnung oder Annahme zu erklären. Art. 20. Im Falle einer Doppelwahl steht dem Gewählten das Recht zu, sich für die Annahme der einen oder andern Wahl innerhalb drei Tagen zu entscheiden. — Im Falle der Ablehnung der Wahl, oder der Erklärung des Gewählten für einen andern Wahlbezirk, tritt der Ersatzmann an dessen Stelle. Art. 21. Die Wahlausschüsse bescheiden alle Wahlreclamation auf der Stelle durch Stimmenmehrheit. Eine Berufung gegen diesen Ausspruch ist unzulässig. Art. 22. Der Urlaub wird gewählten Beamten und öffentlichen Dienern nicht verweigert werden, eben so wenig den Officieren und Militärbeamten, so ferne nicht außerordentliche Dienst-Verhältnisse derselben oder ihrer Heeresabtheilungen entgegenstehen. Art. 23. Die Wahlhandlungen müssen von den Commissarien mit pflichtmäßiger und rücksichtsloser Unbefangenheit geleitet werden. Jede Beschränkung der Freiheit der Wahl und jede Benützung eines obrigkeitlichen Einflusses auf die Wähler wird strenge geahndet und nach Umständen mit der Dienstesentlassung bestraft. Art. 24. Die Bestechung der Wähler soll die Ungiltigkeit der Wahl und den Verlust der activen und passiven Wahlfähigkeit für den Bestecher und den Bestochenen als Strafe zur Folge haben, mit Vorbehalt der ferneren, sowohl auf den Meineid, als sonst in den Gesetzen angeordneten Strafen. Art. 25. Die Wahlhandlungen selbst beschränken sich einzig auf den Gegenstand der Wahlen und jede Einmengung von andern Gegenständen, von besondern Anträgen, Beschwerden, oder Instructionen, auf was immer für eine Art sind von der Wahlcommission ohne weiteres zurückzuweisen. Art. 26. Ueber jedes Wahlgeschäft ist eine schriftliche Verhandlung aufzunehmen und von dem Wahlausschusse sowohl, als von dem Wahlcommissär zu unterschreiben. Art. 27. Die während der Dauer der Versammlung in Erledigung kommenden Stellen von Abgeordneten werden aus den Ersatzmännern und nöthigenfalls durch Zwischenwahlen ergänzt. Art. 28. Den Mitgliedern der Kammer der Abgeordneten, welche nicht am Orte der Versammlung selbst wohnen, wird auf die Dauer der Versammlung eine bemessene Entschädigung der Reise- und Zehrungskosten in der Art gegeben, daß ihnen a) von dem zur Erscheinung bestimmten Tage bis zum Schlusse der Versammlung, jedoch mit Einschluß des vorhergehenden und nachfolgenden Tages eine Tagesgebühr von 5 fl. b) für die Reisekosten eine Gebühr von 1 fl. für die Wegstunde verabfolgt werden. Art. 29. Vorstehende Bestimmungen sollen als Bestandtheil der Verfassungsurkunde angesehen werden, dieselben treten mit der nächsten Wahl in Wirksamkeit und können nur in der durch den Titel X. §. 7. der Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Form abgeändert werden. Die §§. 7, 8, 9, 10, 11, 12 und 14 des Titels VI. der Verfassungsurkunde, dann der Abschnitt 1 und 2 des Titels I. der Beilage X. zur Verfassungsurkunde werden hiedurch aufgehoben; ebenso 1) Gesetz vom 23. Mai 1846 der §. 44 lit. c. Titel I. der X. Beilage 2) Gesetz vom 15. April l. Js. die Zahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung aus der Pfalz betreffend. Das Staatsministerium des Innern ist mit dem Vollzuge beauftragt. Gegeben München den . . . . (L. S.) Für den Entwurf: v. Thon-Dittmer.

Gesetzentwurf: „die ständische Initiative betr." Se. Maj. der König haben nach Vernehmung Allerhöchstihres Staatsrathes und mit Beirath und Zustimmung der Lieben und Getreuen, der Stände des Reiches, unter Beobachtung der im §. 7 Tit. X der Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Formen beschlossen und verordnen was folgt: Art. 1. Das Recht der Initiative für Gesetze, welche keine Abänderung in den Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde zum Gegenstande haben, steht jeder der beiden Kammern zu. — Art 2. Das nach Tit. X §. 7 der Verfassungs-Urkunde dem Könige ausschließend zustehende Recht, Abänderungen in den Bestimmungen der Verfassungsurkunde oder Zusätze zu derselben in Vorschlag zu bringen (Recht der Initiative) wird in Ansehung der in den Titeln IV, VII, VIII und X §. 1 — 6 der Verfassungsurkunde enthaltenen Bestimmungen und der hierauf Bezug nehmenden Verfassungsbeilagen und Gesetze auch den Ständen des Reiches eingeräumt. — Art. 3. Das Recht, die Kammern in der von der Verfassung festgesetzten Zeit zusammenzuberufen, dieselben zu eröffnen und zu schließen, dieselben zu verlängern, zu vertagen oder die ganze Versammlung aufzulösen, bleibt jedoch der Krone nach den bisherigen Bestimmungen vorbehalten. — Art. 4. Bezüglich der in Tit. VI der Verfassungsurkunde enthaltenen Bestimmungen stehet, so weit sie die Kammer der Reichsräthe betreffen, dieser, so weit sie die Kammer der Abgeordneten betreffen, der letzteren das im Art. 1 bezeichnete Recht der Initiative ebenfalls zu. — Art. 5. Anträge zur Abänderung der im Art. 1 und 3 bezeichneten Verfassungs-Gesetze sind sofort nach ihrer Einbringung einer vorläufigen Verhandlung zu unterwerfen; wenn dieselben hienach nicht von der Hälfte der anwesenden Mitglieder der betreffenden Kammer unterstützt werden, so können sie zu keiner weiteren Berathung gelangen. Im Falle der Unterstützung werden die Ausschüsse auf die doppelte Zahl ihrer Mitglieder verstärkt. — Art. 6. Bei allen von den Kammern vorgeschlagenen Abänderungen der Verfassungsurkunde oder Zusätzen zu derselben, den Beilagen und Verfassungs-Gesetzen ist in Zwischenräumen von wenigstens 8 Tagen eine dreimalige Berathung und Beschlußfassung in Gegenwart von drei Viertheilen der bei der Versammlung anwesenden Mitglieder in jeder Kammer und eine Mehrheit von zwei Drittheilen der Stimmen erforderlich. — Art. 7. Dem König bleibt das Recht vorbehalten, seine definitive Entschließung über die also gefaßten Gesammt-Beschlüsse auf ein Jahr zu vertagen, um inzwischen die noch nothwendig erscheinenden Erhebungen und Vernehmungen pflegen zu lassen. — Art. 8. In Bezug auf ein in Folge gegenwärtiger gesetzlicher Bestimmungen erlassenes Gesetz darf die ständische Initiative vor Ablauf von 12 Jahren nicht wieder geübt werden. — Art. 9. Gegenwärtiges Gesetz tritt mit dem heutigen Tage in Wirksamkeit und wird zum Staatsgrundgesetz erhoben. Der Staatsminister des Innern ist mit dem Vollzuge beauftragt. Gegeben München den . . . April 1848. (L. S.) Für den Entwurf: Thon-Dittmer.

°†München, 28. April. Ihre Maj. die Königin befindet sich nach Umständen wohl. Morgen Nachmittags 3 Uhr findet die feierliche Taufe des neugebornen Prinzen in der Allerheiligenhofkirche statt, wobei der hohe Täufling die Namen: Otto, Wilhelm, Luitpold, Adalbert, Waldemar erhält. Taufpathe ist Se. Maj. der König Otto von Griechenland und wird bei der h. Taufhandlung durch Se. königl. Hoh. Prinzen Luitpold von Bayern vertreten.

München, 27. April. Se. Maj. der König hat geruht, den Bundestagsgesandten Geh. Rath Justus Willich auf dessen wiederholtes Ansuchen in Berücksichtigung seines zunehmenden Augenleidens von seinem Posten abzuberufen und mit seinem Standesgehalt in Disponibilität zu setzen, wobei sich aber der König vorbehalten, von dessen ausgezeichneten Diensten wieder Gebrauch zu machen, sobald die Gesundheitsumstände Willichs solches gestatten. An seiner Stelle wurde der kgl. Kämmerer und Abg. Frhr. v. Closen zum bayerischen Bundestagsgesandten ernannt. (A. Z.)

††München, 27. April. Der bisherige Bezirksrichter Emil Cotta in Zweibrücken wurde zum Appellationsgerichtsrath daselbst befördert. Die Vorrückung des Regierungscommissärs III. Classe bei der General-Zolladministration Ludwig Doblinger zum Rechnungscommissär II. Classe daselbst genehmigt und dessen Stelle dem Rathsaccessisten daselbst Anton Reyer provisorisch verliehen.

**München, 28. April. Gestern war im „bayerischen Hof" große Versammlung der Wahlmänner zur Vorberathung des hochwichtigen auf heute fallenden Wahlactes. Professor Fallmerayer hiezu besonders eingeladen legte nochmals sein politisches Glaubensbekenntniß ab, und auf Interpellation bezüglich seiner Stellung zur katholischen Kirche erfolgten durchaus beruhigende Erklärungen; auch versicherte zuletzt Dr. Rammoser, daß die Gesinnungen Fallmerayers, so weit sie ihm durch Umgang mit demselben bereits bekannt, durchaus im Geiste des Katholicismus gehalten seyen. Es sprachen noch viele Redner außer Fallmerayer und man entschied sich so ziemlich für Fallmerayer, Ministerialrath Dr. Hermann und Oberappellationsgerichts-Rath Cucumus, letzterer würde an Fallmerayers Stelle treten, wenn dieser, wie Aussichten vorhanden, in Erding gewählt wird.

†††München, 28. April. (½1 Uhr Nachmittags.) So eben geht die hocherfreuliche Nachricht ein, daß im II. Wahlbezirke unserer Residenzstadt Prof. Fallmerayer zum Abgeordneten gewählt wurde, und zwar war unter 124 Stimmenden die glänzende Mehrheit von 116 für ihn. Ersatzmänner sind Oberappellationsgerichtsrath Cucumus und Oberstlieutenant Xylander, welcher bereits die meisten Stimmen haben soll. Als Abgeordneter im I. Wahlbezirk wurde gewählt Ministerialrath Prof. Dr. Hermann mit 77 unter 125 Stimmen. I. Ersatzmann ist Cucumus mit 92 Stimmen, II. Ersatzmann Advocat Dr. Ruhwandl mit 86 Stimmen.

***München, 28. April. Gestern Morgen begab sich ein Detaschement Jäger von hier nach dem königl. Landgericht Ebersberg, um den dort ausgebrochenen Unruhen gegen das k. Landgericht Schranken zu setzen. Den Pfarrer von Grumbach sollen die Bauern schrecklich mißhandelt haben. — Die Nachstellung der Altersclasse 26 der Recrutirung hat begonnen.

⁖Von der Donau, 25. April. Zur Arbeitsfrage. (Schluß des gestern abgebrochenen Aufsatzes.) Die edelste Stufe der Arbeit in dem Sinne, wie sie hier in Frage, ist die Gewerbsarbeit. Sie ist gegründet auf das Heer der zahllosen Bedürfnisse der europäischen Lebensweise, erfordert einen hohen Grad technischer Vorkenntnisse und Fertigkeit, ohne in jeder maschinenmäßigen Einseitigkeit befangen zu seyn, welche die Fabrikarbeit charakterisirt. Sie ist des freien Mannes würdig, den sie durch die höhere Bildung, die sie voraussetzt, über den Taglöhner erhebt, welcher selbst wieder durch das Maß der ihm zukommenden Freiheit höher steht als der Fabrikarbeiter. Jeder Staat hat daher der Gewerbsarbeit die erste und höchste Rücksicht zu schenken. Sie im Flor zu erhalten ist in Beziehung der Arbeitsfrage seine höchste und erste Aufgabe, wenn er schon die Lage der übrigen Arbeiter nicht vernachlässigen darf. In der vorzüglichen Sorgfalt für die Gewerbsarbeit wird er auch das beste Mittel finden, der Calamität einer allzugroßen Vermehrung der Fabrikarbeiter zu begegnen; wenn er nicht versäumt, das System der Association der Gewerbe zu fördern, wodurch die wichtigsten Vortheile des Fabrik-

wesens erzielt werden können, ohne dessen immense Gefahren befürchten zu müssen. Hieraus ergeben sich als Grundsätze: a) Die Ansäßigmachung auf Gewerbsbetrieb muß von der Erlangung eines Gewerbsrechtes abhängig seyn und dieses darf nur dann verliehen werden, wenn der Bewerber volle Beweise seiner Fähigkeit, ein einigermassen genügendes Betriebscapital nachweiset, und durch seine Annahme nicht Gefahr für das achtbare Auskommen der bereits bestehenden tüchtigen (auf in ihrer Befähigung zurückgebliebene Gewerbsgenossen kann keine Rücksicht genommen werden) Gewerbtreibenden gleicher Art herbeigeführt wird. Vorschriften über die Art des Erlernens eines Gewerbes sind verwerflich. b) So lange durch Association freier Gewerbe die fabrikmäßige Herstellung eines industriellen Productes entbehrlich gemacht werden kann, d. h. so lange solche Associationen der Concurrenz mit fabrikmäßigem Betriebe die Waage zu halten vermögen, soll dem letzteren entgegen gewirkt werden. c) Dem Fabrikarbeiter und Taglöhner und eben so dem bloßen Gehilfen eines Gewerbsmeisters ist erst dann ein Recht auf Ansässigmachung gegeben, wenn er den Besitz eines hinlänglichen Vermögens darthut, das für Zeiten des Mangels an Arbeitsgelegenheit denselben gegen die äußerste Noth schützt. In dieser Beziehung verdienen allerdings Sparcassen, Leibrentengesellschaften, Pensions-Vereine rc. die vollste Beachtung; allein noch außer diesen Mitteln ist in der Ungebundenheit des Landeigenthums eines der wichtigsten geboten. Der Taglöhner, der seinen Brod- und Kartoffelbedarf auf eigenem Felde regelmäßig erzeugt, wird nicht leicht in die Lage jener Verarmung und Noth kommen, welche man an so vielen Orten beklagt. Deßhalb ist ein dringendes Bedürfniß der Zeit, die Gebundenheit aller Güter aufzuheben, damit Jedem gestattet sey, seine Ersparnisse im Ankaufe einzelner Grundstücke nach und nach nützlich anzulegen. So allein wird es möglich seyn, dem Landbau, den Gewerben und den Fabriken die erforderlichen Arbeitskräfte zur möglichsten Erhöhung ihrer productiven Thätigkeit zuzuwenden, ohne dem Lande das Unheil einer hungernden Arbeiterbevölkerung aufzubürden, das ihn nothwendig in seinem Bestande bedroht und die dringendsten Gefahren für die Sicherheit der Personen und des Eigenthums erzeugt. Wenn man aber hieraus die Wichtigkeit, den großen Umfang der Aufgabe augenfällig wahrnimmt, welche in Beziehung auf Sicherstellung der Arbeiter und ihres Erwerbes, und für die Erhaltung des Staates selbst hinsichtlich der Arbeiterfrage gegeben ist, so leuchtet von selbst ein, daß ein so wichtiger Zweig der Staatsverwaltung keiner Stelle oder Behörde als Nebensache übergeben werden kann. Ein eigenes Ministerium für Arbeitsschutz ist dringendes Bedürfniß, das sich bis in die unteren Regionen der bürgerlichen Gesellschaft zu verzweigen und sich aus dem intelligenten Theile der Arbeiter aller Art und jeden Grades die Erfahrungen sammeln muß, welche zur gedeihlichen Lösung seiner Aufgabe unentbehrlich erscheint. Unterstützungen aus Staatsmitteln für einzelne Unternehmungen, momentane Hilfe für unglückliche Arbeiter sind löblich und gut; allein der Werth solcher Mittel ist nur sehr untergeordnet. Solche Mittel sind auch nothwendig unzureichend; denn kein Staat kann seine Arbeiter ernähren, wenn er sie nicht mehr nützlich beschäftigt machen kann. Soll daher das Loos der Arbeiter wahrhaft verbessert und hiemit die Wohlfahrt des Vaterlandes selbst erhöht werden, so ist vor Allem eine mächtige und einsichtsvolle Centralregierung unseres großen deutschen Vaterlandes nothwendig, welches durch sein Heer, seine Flotte, durch Sicherung und Entfesselung des innern Verkehrs, durch geeignetes Zollsystem nach Außen, dahin auch eine Navigationsacte gehören wird, der Arbeit den Markt des eigenen Landes und die würdige Theilnahme an dem Markte der Welt sichert. Dann aber ist in den einzelstaaten die Errichtung eigener Arbeitsschutzministerien nöthig, welche durch Beachtung der obigen Grundsätze die mögliche Wohlfahrt der arbeitenden Classe begründen, erhalten und fördern; besonders aber berücksichtigen, daß nur mit dem Wachsen des Bedürfnisses nach Arbeit die hinsichtlich ihrer Existenz auf sie hingewiesenen Familien ein erfreuliches und wohlthätiges Dasein finden können.

Bamberg, 22. April. Gestern Abends 7 Uhr fielen betrübende Auftritte bei der Hauptwache vor. Ein hiesiger Einwohner, welcher sich den Verdacht zugezogen hatte, die inhumane Behandlung hiesiger Comitéglieder in Staffelstein, wo dieselben eine Volksversammlung halten wollten, aber daran gehindert wurden, bewirkt zu haben, wurde auf dem Wege von der Eisenbahn nach der Stadt von verschiedenen Seiten bedroht, die Zahl der Drohenden mehrte sich lawinenartig und vor der Hauptwache, wohin sich der Angegriffene geflüchtet hatte, brach der Sturm los. Dem immer nachdrängenden Haufen mußte alles weichen, der Geflüchtete wurde herausgezogen und auf eine arge Weise mißhandelt. Männer, die beruhigen wollten, wurden zurückgewiesen, und nur dem gütlichen Zureden unsers geachteten Hrn. Rechtsanwaltes Titus gelang es endlich, den fürchterlichen Sturm zu beschwören. Der Mißhandelte wurde Nachts 1 Uhr von der Hauptwache in einem traurigen Zustande in's allgemeine Krankenhaus gebracht. Die Ruhe der Nacht wurde, Dank dem Eifer der Landwehr und der Sicherheitswache, nicht weiter gestört. (B. T.)

Württemberg.

Stuttgart, 26. April. Se. königl. Hoheit Prinz Karl v. Bayern ist gestern Abend hier angekommen.

Die Ulmer Candidaten für das Parlament Prof. Haßler und Pfarrer Albrecht haben am 24. im Münster in einer Volksversammlung ihr politisches Glaubensbekenntniß abgelegt.

F. Hohenzollern-Sigmaringen.

Im Fürstenthum sind jetzt directe Wahlen angeordnet.

Baden.

Prinz Friedrich, Commandirender des 8. deutschen Armeecorps ist am 24. April von Karlsruhe nach Willstett (zwischen Offenburg und Kehl) abgegangen. (Karlsr. Z.)

Freischärler, die in Sinsheim die öffentlichen Cassen geplündert kamen bewaffnet nach Heidelberg, um die Republick auszurufen; die Bürgerwehr entwaffnete sie und schickte sie heim.

Konstanz, 24. April. Heute sind die bayerischen Truppen hier eingerückt. Der gewesene Statthalter Peter, Dek. Kuenzer und Bürgermeister Häetlin sind am 22 nach Karlsruhe abgereiß. (Karlsr. Z.)

Von der Schweizergrenze 24. April. Zwischen badischen Truppen und aus dem Elsaß kommenden Freischaaren (an 1700 Mann) soll es in der Umgegend heute zu einem Treffen gekommen seyn.

Sächsische Herzogthümer.

Am Bahnhof in Köthen haben Arbeiter Verwüstungen anrichten wollen; sie wurden durch die Bürgerwehr daran verhindert.

Preussen.

Nach Berichten der „Aachener Zeitung" vom 22. April fielen in Aachen keine weiteren Ruhestörungen vor, aber zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Schleswig-Holstein.

Rendsburg, 22. April. Es geht zum Angriff. Die Ankunft des Generals v. Wrangel, der den Oberbefehl übernommen, hat Leben in die Sache gebracht. Diesen Nachmittag sind zwei Bataillone preußischer Garden und ein Linienbataillon nordwärts ausgerückt, um zum Heere zu stoßen. Andere preußische und holsteinische Truppen folgen ihnen nach. Die holsteinische Armee ist in zwei Brigaden getheilt worden, von denen Oberst Fabricius (früher in griechischen Diensten) die erste befehligt, Prinz Friedrich selbst die zweite. Die übrigen Bundestruppen stehen noch südwärts von Rendsburg im Holsteinischen. (A. Z.)

Mecklenburg.

In Schwerin haben am 17. und 18. April in der dasigen Domkirche die Parlamentsvorwahlen stattgefunden.

Hannover.

Dr. Rauschenplatt ist in Hildesheim seinem Geburtsort als Bewerber fürs Parlament aufgetreten. — Im Hannoverschen dürfen Freischaaren keine Bewaffnung erhoffen, da es an Waffen fehlt.

Oesterreichische Monarchie.

Einige verblendete Bewohner der Siebendörfer wollen den Kaiser von Rußland bitten, von ihrem Gebiete Besitz zu ergreifen. (Sieb. Wochbl.)

Italien.

Bülletin aus Botzen, 23. April. Am 21. haben die Oesterreicher bei Bevilacqua eine 500 Mann starke Schaar von Kreuzfahrern und päpstlichen Freiwilligen geschlagen und sind als Sieger in Cologna (links der Etsch, in der südlichen Mitte von Verona und Padua) eingezogen. Am 24. April. Schloß und Ort Bevilacqua sind den Flammen übergeben. Am 19. unternahmen die Piemontesen (nach der Aussage eines Gefangenen zwei Infanterieregimenter, ein Cavallerieregiment und eine Batterie von 8 Geschützen) eine Demonstration gegen das Fort Belfiore, wurden aber von der Mantuanischen Besatzung mit Verlust zurückgetrieben. (A. Z.)

Triest, 23. April. (Aus Nugents Hauptquartier.) Derselbe hatte Udine zu beschießen begonnen. Die provisorische Regierung leitete am folgenden Morgen die Capitulation ein und setzte am 22. Nachmittags mit Nugent die Präliminarien zur Unterwerfung von ganz Friaul fest. (A. Z.)

Einzelnen Andeutungen in den piemontesischen Zeitungen zufolge ist es Plan einer ziemlich starken Partei, im Norden Italiens ein großes Königreich, bestehend aus Piemont, Lombardei, Venedig, Tirol (bis alla cima de Brennaro!), Illyrien, Dalmatien, Modena und Parma zu bilden. König soll Karl Albert, Hauptstadt Mailand seyn.

Rom, 18. April. Der k. preußische Gesandte beim heil. Stuhl ist provisorisch von hier abberufen worden, um im Vaterland für eine wichtige Mission, welche die deutschen Angelegenheiten direct angeht, verwendet zu werden. — Lord Minto ist am Morgen des 15. über Florenz und Turin nach London abgereist. — Gestern Abend sind die Thore des Ghetto niedergerissen worden. Ein Befehl des Cardinalvicars hatte das Volk dazu ermächtigt. (A. Z.)

Dänemark.

Der König von Dänemark liegt in einer Brusterkältung in Friedericia krank darnieder.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Freitag den 28. April: „Zu ebener Erde und erster Stock, oder: Die Launen des Glückes." Musik von Adolph Müller.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. H. v. Büffelot, Proprietär aus Frankreich.

Gold. Hirsch. HH. Graf Pückler-Limburg v. Stuttgart; Parisch, Rentier aus England.

Hôtel Maulik. HH. Schrenker, Agent v. Dietfurt; Nickel, Particulier von Heilbronn; Lady Gorton, Rentiere aus England.

Gestorbene in München.

Maria Sporer, Taglöhnerswittwe von hier, 75 J. alt; Jakob Kainz, Fuhrwesens-Selrat v. Niederaltaich, 21 J. alt; Fr.-Xav. Kleindienst, quiesc. königl. Regierungsdirector, 75 J. alt.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

2385. (3a) Donnerstag den 18. Mai 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat April 1847, und zwar von

Nro. 48,437 bis 58,014.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Dienstag den 23. Mai 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 26. April. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

F. Negrioli, Mag.-Rath.

Schneh, Cassier. — Offenbrunner, Controleur.

Wohnungs - Vermiethung.

2384. (3a) In der Salvatorstraße Nr. 20, im Hause, wo sich das Anfrage- und Adreßbureau befindet, ist auf das nächste Ziel Michaeli die Wohnung im 1. Stocke, bestehend aus 8 Zimmern nebst einem Alkov und Garderobezimmer, dann Küche, Speise, Keller und allen übrigen Bequemlichkeiten rc. zu vermiethen und das Nähere im Hofe rückwärts zu erfragen.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 111.

Man pränumerirt auf die. Z. v. J. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gasse Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 26 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend XLIX. Jahrgang. 29. April 1848.

Deutschland.

Frankfurt. In der Abendsitzung des Fünfzigerausschusses am 25. April ward eine Adresse an die Tyroler beschlossen, eben so ein Schreiben an den Bundestag, worin der Wunsch ausgedrückt wird, daß während der Dauer der deutschen constituirenden Versammlung die Landtage der einzelnen deutschen Staaten und Provinzen ausgesetzt bleiben möchten. Eine Commission des Ausschusses berathschlagt noch immer über den Triumviratsentwurf. Wächter saß in dieser Commission und wurde jetzt durch Mathy ersetzt, da Wächter mit Kuranda nach Böhmen geschickt wurde, um die Tschechen über ihr Verhältniß zu Deutschland zu belehren.

(A. Z.)

Bayern.

Landtag.

München, 29. April. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XVII. auf heute um 9 Uhr Vormittags angesetzte öffentliche Sitzung. 1. Verlesung des Protokolls der XVI. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Vortrag des Referenten im IV. Ausschuß über die Rechnungen der Staatsschuldentilgungs-Casse vom Jahr 1845/46. — 4. Vortrag desselben über den Gesetzentwurf: „die Verhältnisse der Sparcassen und beziehungsweise die bei der Staatsschuldentilgungs-Anstalt anliegenden Sparcassen-Capitalien betr. — 5. Vortrag des Secretärs des Petitionsausschusses über die geprüften Anträge der Abgeordneten; Berathung und Schlußfassung über die Zulässigkeit der von dem Ausschusse zur Vorlage an die Kammer geeignet befundenen Anträge.

Gesetzentwurf: „über den Staatsgerichtshof und das Verfahren bei Anklagen gegen Minister. Se. Maj. der König haben in Vollziehung des Verfassungsgesetzes vom . . . . . die Verantwortlichkeit der Minister betr., nach Vernehmung Allerhöchst-Ihres Staatsrathes und mit Beirath und Zustimmung Allerhöchst-Ihrer Lieben und Getreuen der Stände des Reichs beschlossen, und verordnen: Art. 1. Der Staatsgerichtshof zur Aburtheilung der gegen Minister wegen Verletzung der Gesetze erhobenen Anklagen wird gebildet: 1) aus dem Präsidenten des obersten Gerichtshofes des Königreichs als Vorstand; 2) aus 6 Räthen des obersten Gerichtshofes als Richter, 3) aus 12 Geschwornen. Die Verrichtungen des Gerichtsschreibers in der öffentlichen Sitzung werden durch einen Secretär des obersten Gerichtshofes versehen. Art. 2. Als Geschworne bei dem Staatsgerichtshofe können berufen werden: 1. Bürgermeister und Magistratsräthe in den Städten und Märkten; 2. Notare; 3. Advocaten; 4. alle Staatsbürger, welche eine directe Steuer von wenigstens 20 fl. entrichten. Art. 3. Geschworne können nicht seyn: 1. Mitglieder beider Kammern der Ständeversammlung; 2. sämmtliche Staatsdiener und Militärpersonen; 3. alle Individuen, welche ein geistliches Amt bekleiden, oder geistliche Functionen verrichten; 4. Personen, welche das 30. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, oder 5. wegen eines Verbrechens oder wegen Vergehens der Fälschung, des Betruges, des Diebstahls und der Unterschlagung verurtheilt worden sind. Art. 4. Finden sich die Stände veranlaßt, gegen einen Minister wegen vorsätzlich begangener, oder wissentlich zugelassener Verletzung der Gesetze ein Anklageverfahren einzuleiten, so sind die Anklagepuncte gemäß Tit. X. §. 6. Abth. 1. der Verfassungs-Urkunde in jeder Kammer durch einen besonderen Ausschuß zu prüfen, geeigneten Falles die erforderlichen näheren Erhebungen im Dienstwege mittelst Requisition der betreffenden Behörden zu veranlassen, und es ist über das Ergebniß, nach Vernehmung des oder der betheiligten Minister von den besonderen Ausschüssen den Kammern Bericht zu erstatten. Vereinigen sich beide Kammern hierauf in ihren Beschlüssen über die Anklage so bringen sie dieselbe mit ihren Belegen in vorgeschriebener Form an den König. Hiernächst haben die zur Einreichung und Vertretung derselben gewählten ständischen Mitglieder bei dem Präsidenten des obersten Gerichtshofes die Anklagsacte zu übergeben und den Antrag auf Zusammenberufung des Staatsgerichtshofs zu stellen. Der Präsident läßt die Anklagsacte dem angeklagten Minister zufertigen und veranlaßt sofort bei den sämmtlichen Kreisregierungen des Königreichs die Vornahme der Wahlen der Geschwornen. Art. 5. Zum Behufe der Bildung des Geschwornengerichts sind 40 Geschworne zu wählen, welche auf die acht Kreise des Königreichs gleichheitlich vertheilt werden. Art. 6. Die Wahl der Geschwornen geschieht durch dieselben Wahlmänner, welche bei der letzten der Zusammenberufung des Staatsgerichtshofes vorausgegangenen Wahl der Ständeversammlung aus der Urwahl hervorgegangen sind. Art. 7. Für die Wahl jedes einzelnen Geschwornen wird von der Regierung ein eigener Wahlbezirk gebildet. Die Wahlmänner sind bei der Wahl der Geschwornen auf die Befähigten des Wahlbezirks beschränkt. Art. 8. Der Präsident der Kreisregierung hat mit Zuziehung der beiden Directoren wenigstens 4 Wochen vor Beginn der Wahl ein Verzeichniß sämmtlicher Befähigten jedes einzelnen Wahlbezirkes anfertigen und durch das Amtsblatt des Kreises veröffentlichen zu lassen. Art. 9. Allenfallsige Reclamationen wegen Uebergehung befähigter oder Eintragung unbefähigter Individuen sind binnen acht Tagen vom Tage der Bekanntmachung im Amtsblatte an gerechnet bei der Kreisregierung anzubringen von dieser nach collegialer Berathung zu entscheiden und danach die Verzeichnisse zu berichtigen. Am Tage der Wahl sind diese Verzeichnisse im Wahlzimmer zur allgemeinen Einsicht anheften zu lassen. Art. 10. Im Uebrigen finden die für die Wahl zur Ständeversammlung bestehenden grundgesetzlichen Bestimmungen bei der Wahl der Geschwornen analoge Anwendung. Art. 11. Wenn die Wahlen in sämmtlichen Regierungs-Bezirken vollendet sind, werden die Wahlprotokolle an den Präsidenten des obersten Gerichtshofes eingesendet, welcher daraus die Liste der Geschwornen anfertigen und dieselbe wenigstens 8 Tage vor Eröffnung der Sitzung den mit der Anklage beauftragten ständischen Commissären, so wie dem Angeklagten zustellen läßt. Art. 12. Zu derselben Zeit ist den ständischen Commissären und dem Angeklagten auch das Verzeichniß sämmtlicher Mitglieder des obersten Gerichtshofes mit dem Bedeuten zuzuschließen, daß, wenn ein Verbittungsrecht ausgeübt werden wolle, die betreffende Erklärung binnen 3 Tagen auf der Gerichts-Canzlei einzureichen sey. Art. 13. Jeder der beiden Parteien steht das Recht zu, 6 Mitglieder des obersten Gerichtshofes zu verbitten. Gründe der Verbittung dürfen nicht angegeben werden. Art. 14. Befindet sich der Präsident selbst unter den Verbetenen, so wählen die nicht verbetenen Gerichtsmitglieder den Vorstand des Staatsgerichtshofes aus ihrer Mitte. Art. 15. Als Richter treten von den nicht verbetenen Räthen die 6 dem Dienste nach Aeltesten in den Staatsgerichtshof. Die beiden im Dienstesalter nächstfolgenden werden als Ergänzungsrichter zu den Verhandlungen beigezogen. Art. 16. Der Tag der abzuhaltenden Gerichtssitzung wird in den Amtsblättern der Kreise bekannt gemacht. Zwischen dem Tage der Bekanntmachung und der Abhaltung der Sitzung müssen wenigstens 14 Tage in Mitte liegen. An die ständischen Commissäre, den Angeklagten, die Geschwornen und die allenfalls abzuhörenden Zeugen werden durch den Präsidenten besondere Ladungen erlassen. Die Geschwornen und Zeugen sind hiebei an die gegen das Nichterscheinen bei der Sitzung in Art. 20, 21 und 35 angedrohten Strafen zu erinnern. Art. 17. Nur solche Zeugen können vorgeladen werden, deren Vernehmung die Parteien wenigstens 8 Tage vor Eröffnung der Sitzung beantragt und deren Namen, Stand und Aufenthaltsort sie sich in derselben Zeit gegenseitig bekannt gegeben haben. Art. 18. Die Geschwornen werden in Bezug auf Diäten und Reisekosten den Abgeordneten zur Ständeversammlung gleichgehalten. Die Entschädigung der Zeugen richtet sich nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften. Art. 19. Wenn sich am anberaumten Sitzungstage die Mitglieder des Gerichtshofes, die Geschwornen, die ständischen Commissäre und der Angeklagte mit seinen allenfalls gewählten Vertheidigern versammelt haben, beginnt die Verhandlung mit der Bildung des Geschwornengerichts. Art. 20. Sind von den geladenen Geschwornen nicht wenigstens dreißig erschienen, so ist die Sitzung zu vertagen, und die ausgebliebenen Geschwornen sind vom Gerichtshofe außer der in nachstehendem Art. 21 bestimmten Geldstrafe in die Kosten der vereitelten Sitzung zu verurtheilen. Art. 21. Jeder Geschworne, welcher auf die ihm zugestellte Ladung weder erschienen ist, noch sein Ausbleiben auf zulängliche Weise entschuldiget hat, verfällt in eine Geldstrafe von 100 bis 500 Gulden. Ausgenommen sind diejenigen, welche beweisen, daß es ihnen unmöglich war, an dem bestimmten Tage sich einzufinden. Der Gerichtshof entscheidet über die Gültigkeit des Entschuldigungsgrundes. Art. 22. Als giltige Entschuldigungsgründe sind nur anzusehen: 1) Siebenzigjähriges Alter, 2) Krankheit oder Gebrechlichkeit, welche das Erscheinen unmöglich macht. Art. 23. Ist eine hinreichende (Art. 20) Zahl der Geschwornen vorhanden, so werden dieselben in öffentlicher Sitzung namentlich aufgerufen und ihre Namen in eine Urne gelegt. Art. 24. Aus dieser Urne werden die Namen der 12 Geschwornen und zweier Ergänzungsgeschwornen gezogen. Art. 25. Der Angeklagte und die ständischen Commissäre sind befugt, eine gleiche Anzahl von Geschwornen abzulehnen. Ist jedoch eine ungerade Zahl von Geschwornen vorhanden, so steht dem Angeklagten das Recht zu, Einen mehr als die ständischen Commissäre abzulehnen. Art. 26. Werden mehrere Minister wegen derselben Amtshandlung in Anklagestand versetzt, so haben sie sich darüber zu vereinigen, in welcher Art sie das ihnen zustehende Ablehnungsrecht ausüben wollen. Kann eine Vereinigung nicht erzielt werden, so ist durch das Loos die Reihenfolge zu bestimmen, in welchem die einzelnen Angeklagten das Ablehnungsrecht auszuüben haben. Die von einem Einzelnen ausgeübte Ablehnung ist in diesem Falle für Alle bindend. Dieselben Vorschriften kommen zur Anwendung, wenn die ständischen Commissäre sich über die Ausübung des Ablehnungsrechtes nicht sollten vereinigen können. Art. 27. Sowie der Name eines Geschwornen aus der Urne gezogen wird, haben zuerst die

ständischen Commissäre, sodann der Angeklagte sich zu erklären, ob sie von dem Rechte der Ablehnung Gebrauch machen wollten. Gründe der Ablehnung dürfen nicht angegeben werden. Art. 28. Die Ziehung ist beendigt, sobald vierzehn Namen aus der Urne hervorgegangen sind, gegen welche das Ablehnungsrecht nicht ausgeubt worden ist. Sind nur noch vierzehn Namen in der Urne übrig, so kann von keiner Seite mehr ein Ablehnungsrecht ausgeübt werden. Art. 29. Der Geschworne, dessen Namen bei der Ziehung zuerst aus der Urne gezogen wurde, ist Obmann, so ferne nicht mit seiner Zustimmung ein anderer durch freie Wahl der Geschwornen dazu bestimmt wird. Diejenigen zwei Geschwornen, deren Namen bei der Ziehung zuletzt aus der Urne hervorgingen, sind Ergänzungsgeschworne und haben der ganzen Verhandlung von Anfang an beizuwohnen. Art. 30. Unmittelbar nach vollendeter Bildung des Geschwornengerichts sind die Mitglieder desselben öffentlich zu beeidigen. Der Präsident hat zu diesem Ende den Geschwornen folgende Eidesformel vorzulesen: „Ich schwöre, die gegen den N. N. erhobene Anklage und dessen Vertheidigung bei der bevorstehenden gerichtlichen Verhandlung mit sorgfältiger Aufmerksamkeit zu verfolgen und gewissenhaft zu prüfen, über den zu ertheilenden Ausspruch mich mit Niemanden zu benehmen, in der Ausübung der mir als Geschwornen obliegenden Verrichtungen nicht aus Freundschaft oder Feindschaft, Furcht oder Gunst um irgend eines Vortheils willen oder aus andern solchen Beweggründen zu handeln, sondern dabei nur Gott, die Gerechtigkeit und Wahrheit vor Augen zu haben, und meinen Ausspruch nach meinem Gewissen und der durch die Verhandlungen in mir gegründeten freien Ueberzeugung zu geben. Alles getreulich und ohne Gefährde, so wahr mir Gott helfe.“ Religionsgenossen, welchen der Eid untersagt ist, werden nach ihrem Ritus verpflichtet. Nach Ablesung dieser Eidesformel ist jeder Geschworne einzeln durch den Präsidenten aufzurufen, und hat mit emporgehobener Rechte die Worte auszusprechen: „Ich schwöre“. Art. 31. Nach erfolgter Beeidigung der Geschwornen erklärt der Präsident den Stadtgerichtshof für gebildet, und befiehlt dem Gerichtsschreiber die Anklageacte vorzulesen. Art. 32. Nachdem dieß geschehen, steht es den ständischen Commissären frei, die Beweismittel zur Durchführung der Anklage kurz zu bezeichnen. Dem Angeklagten oder seinem Beistande steht in dieser Beziehung auf die Vertheidigung dasselbe Recht zu. Art. 33. Sind Zeugen zu vernehmen, so haben dieselben, so ferne ihre Beeidigung in den bestehenden Gesetzen nicht untersagt ist, vor Abgabe ihrer Aussage den Zeugeneid zu leisten, daß sie alles, was sie über den Gegenstand der Verhandlung wissen der Wahrheit gemäß angeben werden. Art. 34. Der Präsident ist berechtigt und verpflichtet, in jedem Momente der Verhandlung von dem Angeklagten und dem Zeugen die nothwendig erachteten Erklärungen über die vorkommenden Thatsachen zu verlangen, und zu diesem Ende die erforderlichen Fragen an dieselben zu stellen. Gleiches Fragerecht haben auch die Richter und die Geschwornen, die ständischen Commissäre und der Angeklagte oder sein Vertheidiger können Fragen an die Zeugen nur durch die Vermittlung des Präsidenten stellen, welchem das Recht zusteht, diejenigen von diesen Fragen, deren Stellung er für unangemessen erachtet, nach eingeholter Meinung des Gerichtshofes zurückzuweisen. Gleiches gilt von den Fragen, welche die ständischen Commissäre an den Angeklagten zu richten beabsichtigen. Art. 35. Zeugen, welche ohne rechtzeitige Angabe einer genügenden Entschuldigungsursache ausgeblieben sind, sollen vom Gerichtshofe in eine Geldstrafe von 25 bis 100 fl., und wenn derselbe ihr persönliches Erscheinen durchaus für nothwendig erachten, und deßhalb die Vertagung der Sitzung beschließen sollte, in die Kosten der vereitelten Sitzung verurtheilt werden. Auch kann zur Bewirkung ihres Erscheinens bei der künftigen Verhandlung ein Vorführungsbefehl gegen ihn erlassen werden. Art. 36. Nachdem die Befragung des Angeklagten und das etwaige Beweisverfahren beendigt ist, haben die ständischen Commissäre die Gründe, welche zur Rechtfertigung der Anklage dienlich seyn können, zu entwickeln, die aus dem Beweisverfahren hervorgegangenen Ergebnisse vorzutragen, und hiernach ihre Anträge zu stellen. Dem Angeklagten und seinem Vertheidiger steht das Recht zu, hierauf zu antworten. Wollen die ständischen Commissäre repliciren, so ist dieses zu gestatten. Dem Angeklagten und seinem Vertheidiger gebührt jedenfalls das Recht der letzten Aeußerung. Der Präsident erklärt hierauf die Verhandlungen fur geschlossen. Art. 37. Derselbe setzt zunächst den Geschwornen die Merkmale auseinander, welche das Gesetz zum Thatbestande der den Gegenstand der Anklage bildenden Uebertretung fordert, ohne jedoch in die Thatsache und deren Beweise einzugehen. Art. 38. Nach dieser Auseinandersetzung stellt der Präsident die von den Geschwornen zu beantwortenden Fragen. Die Hauptfrage, in welche die der Anklage zu Grunde liegende Thatsache aufzunehmen ist, wird dahin gerichtet, ob sich der Angeklagte der That, sey es vorsätzlich oder durch wissentliche Zulassung schuldig gemacht habe. Außerdem sind gesonderte Fragen darüber zu stellen, ob die That unter erschwerenden oder mildernden Umständen verübt worden sey. Art. 39. Wird von Seite der ständischen Commissäre oder des Angeklagten oder seines Vertheidigers gegen die Fragestellung eine Erinnerung gemacht, so hat der Gerichtshof darüber zu entscheiden. Nachdem die Fragen schriftlich dem Obmann der Geschwornen zugestellt worden sind, begeben sich diese zur Berathung in das für sie bereitete Zimmer, welches sie vor Beendigung derselben nicht mehr verlassen durfen. Art. 40. Niemand darf während der Dauer der Berathung in das Berathungszimmer eintreten, auch ist den Geschwornen während dieser Zeit jedes Benehmen mit dritten Personen untersagt. Zur Handhabung dieses Verbotes ist an der Thüre des Berathungs-Zimmers eine Wache aufzustellen. Art. 41. Die Geschwornen haben die in Art. 38. bezeichneten Fragen der Reihe nach in Berathung zu nehmen, und der Obmann holt die Abstimmung in ebenderselben Reihenfolge ein. Die Ergänzungsgeschwornen nehmen an der Berathung und Abstimmung nur im Falle des Abganges des einen oder andern der Geschwornen Antheil. Art. 42. Die Abstimmung der Geschwornen besteht in der einfachen Bejahung oder Verneinung der gestellten Fragen. Art. 43. Der Wahrspruch der Geschwornen kann bezüglich der Hauptfrage und der erschwerenden Umstände gegen den Angeklagten nur mit einer Mehrheit von wenigstens acht Stimmen gebildet werden. Bezüglich der mildernden Umstände entscheidet bei Stimmengleichheit die dem Angeklagten günstigere Meinung. Art. 44. Der Wahrspruch der Geschwornen muß schriftlich abgefaßt und in deren Gegenwart vom Obmann unterzeichnet und vorgelesen werden. Derselbe hat, wenn der Angeklagte dadurch für schuldig erklärt wird, das Daseyn der nach Art. 43 erforderlichen Mehrheit zu bestättigen, ohne jedoch jemals die Zahl der Stimmen, welche für die eine oder andere Meinung sich ausgesprochen haben zu erwähnen. Art. 45. Die Geschwornen treten sodann wieder in den Sitzungssaal ein, und der Präsident befragt sie über das Resultat ihrer Berathschlagung. Der Obmann liest hierauf in Gegenwart aller Anwesenden den Wahrspruch mit lauter Stimme vor und übergibt ihn dem Präsidenten, welcher denselben nebst dem Gerichtsschreiber ebenfalls unterzeichnet. Art. 46. Ist der Angeklagte durch den Wahrspruch der Geschwornen für nicht schuldig erklärt worden so hat der Gerichtshof sofort auf dessen Freisprechung von der Anklage zu erkennen. Die Kosten fallen in diesem Falle der Staatscasse zur Last. Art. 47. Ist dagegen der Angeklagte für schuldig erklärt worden, so stellen die ständischen Commissäre ihre Anträge auf Anwendung des Gesetzes, und können dieselben noch weiter entwickeln. Art 48. Der Angeklagte oder dessen Vertheidiger ist mit seinen Gegenerinnerungen zu hören und hat jedenfalls das Recht der letzten Aeußerung. Art. 49. Die Mitglieder des Gerichtshofes treten hierauf zur geheimen Berathung und Abstimmung zusammen, und haben sich zu diesem Ende, in das hiezu bereitete Zimmer zurückzuziehen. Art. 50. Der Präsident leitet die Berathung, sammelt die Stimmen und spricht den Beschluß aus. Die Abstimmung geschieht in der Art, daß die dem Dienstesalter nach jüngeren Mitglieder vor den älteren stimmen. Der Präsident gibt zuletzt seine Stimme. Die Entscheidung geschieht über alle Fragen nach absoluter Stimmenmehrheit. Was im Art. 41 Abs. 2 bezüglich der Ergänzungsgeschwornen verordnet ist, findet auch auf die Ergänzungsrichter Anwendung. Art. 51. Ist der Gerichtshof der Ansicht, daß die That, deren der Angeklagte durch den Ausspruch der Geschwornen für schuldig erklärt worden ist, keine Verletzung der Gesetze enthalte, so erkennt er auf Freisprechung von der Strafe unter Ueberweisung der Proceßkosten an die Staatscasse. Art. 52. In allen übrigen Fällen wird der Angeklagte in die gesetzliche Strafe und in die Proceßkosten, jedoch mit Ausnahme derjenigen, welche durch Zusammenberufung des Staatsgerichtshofes verursacht worden sind, verurtheilt. Art. 53. Das geschöpfte Erkenntniß ist mit bestimmter Anführung der einschlägigen Gesetzesstellen, und mit Entscheidungsgründen über den Rechtspunct niederzuschreiben, und vom Präsidenten in öffentlicher Sitzung zu verkünden. Art. 54. Die Sitzung wird hierauf von dem Präsidenten als geschlossen erklärt. Art. 55. Die Reinschrift des Erkenntnisses ist vom Gerichtsschreiber zu fertigen und vom Präsidenten und sämmtlichen Richtern binnen 24 Stunden zu unterzeichnen. Auf Verlangen ist sowohl den ständischen Commissären als dem Angeklagten eine Abschrift des Erkenntnisses zu ertheilen. Auch ist dasselbe im Regierungsblatte öffentlich bekannt zu machen. Art. 56. Ueber alles in der Sitzung Vorgehende soll vom Gerichtsschreiber ein genaues Protokoll geführt werden. Dasselbe hat alle wesentlichen Förmlichkeiten des Verfahrens, alle gestellten Anträge und alle darauf von dem Gerichtshofe ertheilten Entschließungen zu constatiren, und wird vom Präsidenten und Gerichtsschreiber unterzeichnet. Art. 57. Alle schriftlichen Verhandlungen und Ausfertigungen im Vollzuge des gegenwärtigen Gesetzes sind der Tax- und Stempel-Gebühr nicht unterworfen. Art. 58. Die erwachsenen Acten werden in das Archiv des obersten Gerichtshofes abgeliefert, können jedoch, wenn etwa gegen den Angeklagten wegen concurrirender gemeiner oder Amtsverbrechen ein weiteres Strafverfahren eingeleitet, oder von Beschädigten ein Entschädigungsanspruch erhoben werden sollte, an die ordentlichen Gerichte hinausgegeben werden. Art. 59. Gegenwärtiges Gesetz tritt mit dem Tage der Bekanntmachung durch das Gesetzblatt in Wirksamkeit. Gegeben München den . . . (L. S.) Für den Entwurf: Heintz.

||| München, 29. April. In der gestrigen IX. Versammlung des „Bahnhofclubbs“ im Zweibrückensaale wurde zuerst der Einlauf verlesen, nämlich ein freundliches Schreiben des Hrn. Volkhardt von Augsburg, mit seinem politischen Glaubensbekenntniß, und ein gleiches von Hrn. Konradi aus Stuttgart, dann einige Briefe von dem Clubb übelgesinnten Personen, welche wegen ihrer eigenthümlichen Stylisirung und ihrer sonderbaren Ansichten von dem Clubb allgemeine Heiterkeit erregten. — Hierauf zeigte der bisherige Vorsitzende Hr. Wagner Max an, daß er als Soldat zum Waffendienst einberufen und hiedurch in eine Lage versetzt sey, den Vorsitz nicht mehr fortführen zu können. Er beantragte deßhalb die Wahl eines neuen Vorsitzenden und zugleich eines neuen Ausschusses, da ohnehin der erste Monat, für welchen der bisherige Ausschuß gewählt worden war, zu Ende sey. Es wurden sofort, wie bisher, eilf Ausschußmitglieder erwählt und aus diesen, jedoch durch directe Wahl der Versammlung, als Vorsitzender Hr. Dr. Ringler und als Stellvertreter Hr. Willing; als Schrift- und Cassaführer Hr. Knorr Jul. und als Stellvertreter Hr. Wagner Jos. — Den Vorsitz für den Abend behielt Hr. Wagner M., welchem am Schlusse die Versammlung für seine bisherige ausgezeichnete Leitung des Clubbs ein allseitiges Hoch ausgebracht wurde. Nach der Wahl des Ausschusses wurde Bericht über das Resultat der Wahlen zum Parlamente nach Frankfurt erstattet, welche hier in München gewiß nicht nach dem Wunsche der Majorität der (gesetzlich-activ-wahlfähigen) Bevölkerung ausgefallen war — eine leidige Folge des indirecten Wahlsystems. Nachdem auf die vielfachen Ungesetzlichkeiten und Formwidrigkeiten, welche bei dieser Wahl stattfanden, aufmerksam gemacht worden war, wurde der Antrag gestellt und dieser Antrag auch zum Beschluß erhoben, daß eine Protestation gegen diese Wahl an den Fünfzigerausschuß erlassen und um Annullirung der Wahl gebeten werde; es wird zu diesem Zwecke eine Adresse bis zur nächsten Versammlung verfaßt werden. — Sodann wurde das schon in einer frühern Versammlung beschlossene Mißtrauensvotum gegen die Majorität der Ständekammer wiederholt besprochen und beschlossen, daß dasselbe jetzt unverzüglich beim Ministerium einzureichen sey. Der Antrag, hiemit zugleich ein Vertrauensvotum an das Ministerium zu verbinden, fiel wegen seiner Inconsequenz durch, da die Gesetze, über welche man sich beklage, doch vom Ministerium ausgingen,

wobei bezüglich der Ueberlastung mit Geschäften bemerkt wurde, daß innerhalb der Zeit, während welcher ein illiberales Gesez ausgedacht worden, füglich auch nie ein liberales zu Stande kommen könnte. Auch wurde bemerkt, daß es nicht sehr liberal und populär sey, daß Herr Staatsminister Heintz die beim Volke so sehr in Mißcredit stehende Würde eines lebenslänglichen Reichsraths angenommen habe. Die Frage ob man in jener Adresse nicht auch zugleich den Wunsch aussprechen wolle, daß das allgemeine mißliebige Institut der Reichskammer bald aufgehoben werde, wurde lebhaft erörtert, aber verneint. — Sofort wurde der weitere Antrag gestellt, daß, da der neue Gesetzesvorschlag zur Wahl der Ständeversammlung wieder in illiberalem Sinne auf Census und indirectem Wahlsystem beruhe, wiederholt dagegen bei der Kammer zu protestiren sey, welcher Antrag auch zum Beschlusse erhoben wurde. Hiebei hob insbesondere Hr. Billing in einer feurigen Rede hervor, wie dem Mann, der zur Zeit der Gefahr für die Vertheidigung des Vaterlandes berufen werde, um für dasselbe sein Blut zu vergießen, auch die Rechte eines Staatsbürgers eingeräumt werden müssen. Derjenige, welcher in seinem Vaterlande keine Rechte genieße, eigentlich gar kein Vaterland habe, wenigstens zaudern werde, für dasselbe Gut und Blut zu opfern. Ein anderer Redner, Hr. Wagner Jos. hob insbesondere das hervor, daß nur dann ein allgemeines Vertrauen im Volke zu den Gesetzen, der Regierung und den Abgeordneten des Landes bestehen könne, wenn jeder einzelne Staats-Angehörige wisse, daß er die Männer, welche das Wohl des Volkes berathen, mitgewählt habe, und diese somit wirkliche und wahre Organe des Volkes seyen, ein Zustand, welcher nur durch directe Wahl und Aufhebung des Census herbeigeführt werden könne. — Schließlich wurde beschlossen, daß die Mitglieder des Clubbs durch Unterschrift sich erklären sollen, daß sie demselben angehören, ohne daß jedoch hiedurch irgend eine Verbindlichkeit übernommen oder die Oeffentlichkeit des Clubbs oder das Recht zur Miberathung in demselben irgend wie beschränkt werden solle. — Nachdem die nächste Versammlung auf Sonntag den 30. d. Mts. Vormittags 10 Uhr im Zweibrückensaale anberaumt worden war, lud noch ein Arbeiter die Anwesenden zur Theilnahme an einer allgemeinen Arbeiterversammlung in demselben Saale auf Montag den 1. Mai Abends 7 Uhr ein.

⩵Vom Mittellech, 26. April. Die im Volksboten vor einigen Tagen mitgetheilte, aber wegen ihrer Außerordentlichkeit allenthalben bezweifelte Nachricht, daß der hochwürdigste Bischof von Augsburg die Oeffentlichkeit der Sitzungen des dortigen geistlichen Rathes angeordnet habe, ist vollkommen richtig und zwar in der Art, daß der gesammte Klerus des Augsburger Bisthums Zutritt zu gedachten Sitzungen erhält. Eine den Foderungen der Gegenwart dargebrachte Huldigung, die bis jetzt in der Geschichte der katholischen Kirche Deutschlands, unsers Wissens, als einzig in ihrer Art dasteht. Ruhm und Ehre dem großen Bischof, dem wahrhaft deutschen Manne!

Augsburg, 28. April. Eben ist Dr. Adolf Paur, Advocat dahier, mit 120 unter 123 Stimmen zum Parlamentsdeputirten für den Wahlkreis Augsburg gewählt worden. 2 Stimmen fielen auf Dr. Fischer, Advocat dahier, 1 auf den Appellationsgerichtspräsidenten v. Stengel in Neuburg. Als erster Ersatzmann ist gewählt der Rechtsanwalt Dr. Stanislaus Fischer in Augsburg mit 108 Stimmen. 8 Stimmen fielen auf den Hrn. Präsidenten v. Stengel; 7 auf Dr. Eduard Widenmann, Herausgeber des „Auslandes." Dr. E. Widenmann ist zweiter Ersatzmann mit 80 Stimmen.

⩵Von der Donau, 26. April. Was ist der deutsche Bund, was sind seine Beschlüsse, wenn deren Vollzug von dem Willen eines Königs von Hannover, eines Königs von Preußen abhängen soll? Wenn die Commandanten des Bundesarmeecorps in Schleswig, das dahin gesendet ist, um Schleswig von den Dänen zu säubern, erst noch Couriere nach Berlin und Hannover schicken, um anzufragen, ob sie thun sollen, was ihre Pflicht ist? Die Antwort kann ein Kind geben: der deutsche Bund ist nichts und seine Beschlüsse sind Wind; denn ihr Vollzug ist der Laune, der winkelzügigen Politik dieser Cabinete unterstellt. Was soll aber daraus werden? Haben denn diese Cabinete vergessen, daß die Geltung des monarchischen Princips in Deutschland einzig davon abhängt, daß dem Ansehen des darauf gestützten Bundes volle Rechnung getragen wird. Haben sie vergessen, daß das Volk wenigstens diejenigen Fürsten als gefährliche Hemmnisse der Macht und Ehre, der Wohlfahrt Deutschlands betrachten und verwerfen werde, welche ihre persönlichen Ansichten über die Beschlüsse des Bundes zu setzen wagen; welche, gelinder gesagt, sich solchem Verdachte offen aussetzen; welche in diesem Augenblicke, wo nur entschiedenes Handeln und treues Festhalten an dem ehrenhaften Willen des deutschen Volkes dem gänzlichen Mangel alles Vertrauens auf eine Verbindung von 38 Souveränetäten erfolgreich entgegen treten kann, verkennen, daß solches Benehmen der Anarchie in unserem schönen Vaterlande Thür und Thor öffnen, die eigene Herrlichkeit dem sichern Untergange Preis geben heißt; daß den Anhängern demokratisch-republicanischer Pläne mit solchen Anmaßungen und hinterlistigen Aufzögerungen am besten in die Hände gearbeitet wird? Möchten sie lieber bedenken, was sie sich, was sie dem Heile unseres Vaterlandes schuldig sind, statt sich dem gerechten Fluche aller Gutdenkenden, die in solchem Treiben nur den Verrath an der guten Sache des Vaterlandes erkennen müssen, noch länger auszusetzen. Es ist traurig, auch von deutschen Fürsten sagen zu müssen, sie haben keinen Unsinn vergessen und nichts Gutes gelernt. Ist es denn nicht genug, daß Oesterreich noch die Schule der Albernheiten offen hält und Miene machen will, noch ferner in Deutschland den Staat im Staate zu spielen: muß auch Preußen und Hannover den Beweis liefern, daß sie die Zeit nicht verstehen und sich einbilden zu müssen glauben, sie könnten, ohne ganz und gar zu Deutschland zu stehen, noch etwas bedeuten. Ein einiges Deutschland wird keine Scholle verlieren und keinen seiner Söhne; ein einiges Deutschland wird das Glück und die Wohlfahrt aller seiner Völker, wenn auch nicht kampflos, doch sicher begründen. Oesterreich aber, Preußen und Hannover wird der Wind verwehen wie Seifenblasen, wenn sie fortfahren, sich zu isoliren. Oesterreich, vor der eigenen Abgeschmacktheit in Schrecken gerathen, hat sich bereits etwas gebessert und sich hinter einen welthistorischen Druckfehler verkrochen. Möchte sich auch für Preußen und Hannover bald ein solcher auffinden lassen!*) —

Dr. Eisenmann ist in Nürnberg am 28. einstimmig zum Abgeordneten am deutschen Reichstag gewählt. Auch in Erlangen ist die Wahl auf ihn gefallen.

Nürnberg, 28. April. (Parlamentswahlen.) Zum ersten Ersatzmann ist Hr. Advocat Dr. Krafft, zum zweiten Hr. Stadtgerichtsassessor Dr. Kalb gewählt. (Beide constitutionell-monarchisch.)

(C. v. u. f. D.)

Fürth, 28. April. Zum Parlamentsabgeordneten wurde hier gewählt Hr. Kaufmann Konrad Gebhardt mit 91 Stimmen. (C. v. u. f. D.)

Württemberg.

Stuttgart, 27. April. Als Abgeordneter für Frankfurt ist gewählt Staatsrath Paul Pfizer (mit 1999 Stimmen.) Ersatzmänner Bankier Fr. Federer und Dr. Wolfg. Menzel.

Baden.

Karlsruhe, 27. April. Se. k. Hoh. Prinz Carl von Bayern, Oberbefehlshaber des 7. und 8. Armeecorps ist heute, von Stuttgart kommend, hier eingetroffen.

Vom Neckar, 26. April. In Mannheim ist es heute zu einem förmlichen Gefechte gekommen. Um halb 1 Uhr Mittags wurde Generalmarsch geschlagen und Sturm geläutet: es hieß, die Sensenmänner sollen entwaffnet werden, man müsse Widerstand leisten, die Nassauer vertreiben ꝛc. Es kam zum Kampfe, ein Theil der Rheinbrücke wurde abgefahren, um den befürchteten Anmarsch bayerischer Truppen aus Ludwigshafen zu verhindern, man schoß über die Bayern, welche sofort Feuer gaben, auf beiden Seiten fielen Todte oder Verwundete. Später sah man eine Deputation mit weißer Fahne von Mannheim nach Ludwigshafen überschiffen, weiß aber nichts von deren Erfolg. Die Nassauer haben gedroht, zu feuern, wenn man ihrer Caserne zu nahe komme. (Karlsr. Z.)

Von der badischen Rheingrenze, 25. April. Die Truppenverstärkungen, welche fast stündlich nach dem Breisgau abgehen, machen das Weitergreifen der Insurrection unmöglich. Prinz Friedrich von Württemberg ist heute dahin abgegangen, nachdem er die in Kehl lagernden Truppen inspicirt hatte. Längs der französischen Grenze herrscht die erwünschteste Ruhe. (A. Z.)

*) Dieser Aufsatz ist sichtlich unter den Eindrücken, wie sie noch vor wenigen Tagen herrschten, geschrieben. A. d. H.

K. Sachsen.

Leipzig, 24. April. Gestern ging hier die Order des Bundestags ein, die sächsische Armee mobil zu machen.

Preußen.

Berlin, 24. April. In Folge des von der dänischen Regierung an ihre Kriegsmarine ertheilten Befehls, die deutschen Schiffe aufzubringen, ist der k. preußische Gesandte angewiesen worden, unverzüglich seine Pässe zu fordern, da dieser Schritt, der noch vor dem Ueberschreiten der Bundesgrenze durch die deutschen Truppen gethan worden, einer Kriegserklärung von Seiten Dänemarks gleich zu achten ist. — Die Bundesversammlung hat den hanseatischen Gesandten, Senator Banks, nach London gesandt, nicht um neue Unterhandlungen anzuknüpfen, sondern um dem englischen Cabinet die Lage der Sachen einfach darzustellen, den allgemeinen deutschen Gesichtspunct ihm gegenüber auszusprechen; zugleich auch, um zu sehen, welche Maßregeln sich zu schleuniger Herstellung einer deutschen Marine und Wahrung der deutschen Handelsinteressen treffen lassen; er wird in beiden Beziehungen gemeinsam mit dem kgl. preußischen Gesandten, Dr. Bunsen, handeln, da Preußen in dieser ganzen Angelegenheit sich vollkommen mit dem Bunde identificirt. — Auf Ansuchen der Hansestädte hat die kgl. hannoversche Regierung Einleitungen getroffen, um durch die schleunigste Herstellung von Küstenbatterien die Elbschifffahrt zu sichern.

In Cotbus sollen die Bauern die Stadt gestürmt und geplündert haben. Die Bürgerwehr vertheidigte sich im Rathhaus.

Allen friedlichen Verträgen zum Trotz haben die polnischen Insurgenten im Posen'schen in den Städten Gostyn und Kozmin Aufruhr angezettelt. Beide Städte konnten nur mit blutiger Waffengewalt und Verlusten von den preußischen Truppen behauptet werden; auch in der Umgegend von Borest hat es mit den Polen einen blutigen Zusammenstoß gegeben.

Schleswig-Holstein.

Aus Schleswig vom 21. April Abends schreibt man dem „Hamburger Correspondenten": „Gestern Abend wurden zwei Bataillone Dänen von Missunde aus über Kosel nach Eckernförde detaschirt, etwa 1500 bis 1600 Mann, die etwa um 4 Uhr Morgens, unterstützt von den Kanonenböten, einen Angriff auf die auf Altenhoff liegenden berliner und hamburg-altonaer Freischaaren von 760 Mann, unter dem Commando des Herrn von der Tann, machten. Das Schloß Altenhoff des Grafen v. Reventlow liegt in dem Schnellmarker Holze, wo Höhen, Tiefen, Wiesen sich finden. Das Gefecht dauerte lange. Die Dänen wurden zurückgetrieben; da schlugen die Kartätschenkugeln von den Kanonenböten in die unerschrockenen Jünglinge nieder. Zum zweitenmale drangen diese wieder vor, da kamen die rheinländer und berliner Freischaaren, die gestern Morgen Rendsburg erst verlassen hatten, hinzu. Als die Munition ausging, die gewünschte Hilfe der Linie nicht eintraf, da griff der Theil der Freiwilligen, welcher Gewehre mit Bajonetten hatte, etwa 40 Mann, das starke Heer der Dänen an. Diese, in dem Glauben, daß starker Rückhalt vorhanden sey, wandten sich zur Flucht und wurden theils auf die Kanonenböte, theils auf die Verschanzungen nach Eckernförde zurückgetrieben. Es sind 35 Dänen nach den Aeußerungen Einiger, welche die Verwundeten — bereits 40 — hierher gebracht, gefangen genommen, so auch Pistolen, Flinten ꝛc. Die Die Gastfreiheit des Grafen v. Reventlow wird sehr gelobt. Während des Gefechts wurden stets Gefäße mit Milch gebracht, um die Lechzenden zu laben. Die Dänen brachten ihre Todte und Verwundeten auf die Kanonenböte, außer denen, die im Holze liegen geblieben und sieben, die auf dem offenen Felde gefunden wurden.

(Nachricht von dem Expeditionscorps in Schleswig.) Berlin, 25. April. Ein so eben eingegangener Bericht aus Schleswig vom 23. April 3 Uhr Nachmittags enthält folgendes: Die königl. preußischen Truppen haben heute Rendsburg verlassen, und waren bis dicht vor Schleswig, (an den alten Dänenwall) vorgerückt, ohne auf Widerstand zu stoßen. Der General der Kavallerie v. Wrangel hatte ursprünglich den Plan gehabt, den Angriff der sehr festen dänischen Position bis auf den

folgenden Tag aufzuschieben, wo der Generallieutenant Halkett mit seinen Truppen in einer Zahl von 5 bis 6000 Mann zur Unterstützung heranzurücken versprochen hatte. Vor Schleswig indeß angekommen, änderte der General v. Wrangel seinen Plan und beschloß, mit den unter dem Commando des Generallieutenants Fürst Radziwill stehenden preußischen Truppen die sehr feste Stellung der dänischen Armee in der Front anzugreifen. Der Erfolg des am 11 Uhr beginnenden Gefechts war für die preußischen Waffen um so ehrenvoller, als demselben ein Marsch von 4 Meilen vorhergegangen war. Die Truppen sind nach einem fast ausschließlich mit der Avantgarde und Leitung des Generallieutenants Fürsten Radziwill geführten blutigen Treffen in Besitz der ganzen festen Stellung von Schleswig und des südlichen Theiles der Stadt bis an dem nach dem Schlosse Gottorp führenden, von den Dänen minirten Damm. Das Schloß und der nördliche Theil der Stadt sind noch im Besitz der Dänen. Bis jetzt sind wir ohne Meldungen von den rechts über Missunde vorgehenden holsteinischen Truppen und Freischaaren und wissen von der Colonne des Generals v. Bonin nur, daß sie im Marsche begriffen war, um sich auf die Rückzugslinie der Dänen zu werfen. — Nachschrift. Nach einem etwas späteren Berichte aus dem Hauptquartier Schleswig wurde am Nachmittage des 23, noch eine Umgehung der Stadt ausgeführt, wodurch die Dänen sich veranlaßt sahen, das Schloß Gottorp zu verlassen. Die Truppen drangen dabei siegreich über Königswill bis auf die schleswig-flensburger Chaussee vor.

Rendsburg, 23. April. Abends 9. Uhr. Die preußischen Truppen sind gestern Nachmittag von 3 Uhr an hier ausgerückt. Ihnen folgten in fast ununterbrochener Aufeinanderfolge bis heute Nachmittag 6 Uhr die übrigen Bundestruppen und unsere Dragoner die zur Erholung von den fünftägigen Strapazen bei Flensburg in der Gegend von Remels einquartiert gewesen waren. Schon um 7½ Uhr trafen mehrere Wagen mit Verwundeten und ein Trupp gefangener Dänen hier ein, mit ihnen die Nachricht, daß die Dänen bei der Annäherung der Preußen sich von Kropp auf Schleswig zurückgezogen hatten, und daß es zwischen 2 und 3 Uhr westlich von Bustorf und bei Bustorf (dicht vor Schleswig) zu heißem Kampf gekommen. Am ersteren Puncte erstürmten die Preußen, die sich das Wort gegeben zu siegen oder zu fallen, ohne ihre Artillerie abzuwarten, das neu befestigte alte Dannewerk (Danevirke), bei Bustorf die dort aufgeworfenen Verschanzungen. Der Kampf hat viele Menschenleben gekostet, aber mit der Einnahme von Friedrichsberg und dem sogenannten Erdbeerenberg geendet. Die von den Dänen in den Dämmen angelegten Minen werden ihren Zweck schwerlich erfüllen, da das durch den anhaltenden Nordostwind in die Schlei hineingedrängte Wasser sie hat erreichen und unbrauchbar machen müssen. — Gleichzeitig mit den Preußen auf dem linken Flügel rückte das Zastrow'sche Corps nach Missunde vor, demontirte gleich durch den ersten Schuß eine der beiden feindlichen Kanonen, später die andere und war im Begriff den Ponton zu vollenden. Noch weiter die Schlei hinunter bei dem Gute Stubbe ging um 11 Uhr das Wasmer'sche Freicorps über die Schlei, indem die Arniser und Kappeler Schiffer solche Anstalten getroffen, daß sie 1000 Mann auf einmal übersetzen konnten. Der Rückzug scheint somit den Dänen abgeschnitten und ihnen keine andere Wahl übrig zu seyn, als sich zu ergeben oder zu fallen. Zwar haben sie sich durch die Kappler Angeln eine breite Heerstraße zum Rückzuge schon gebahnt, allein wenn sie auch ihre Einschiffungsplätze erreichen, so möchte doch der Ostwind das Absegeln ihrer Schiffe unmöglich machen, soweit sie nicht von dem Dampfern ins Schlepptau genommen werden können. 11 Uhr. Fortwährend werden Verwundete eingebracht. Die Zahl der eingebrachten Gefangenen beläuft sich über 30. — Schleswig soll genommen seyn.

Aus Rendsburg, vom 24. April (Morgens), wird der „Börsenhalle“ geschrieben: Zwei Abtheilungen Dänen sollen sammt einigen Dragonern übergegangen seyn. Einer andern Correspondenz aus Rendsburg, vom 23. April, zufolge hatten die Dänen, ostwärts verfolgt, sich bei Missunde über die Schlei gerettet, und vom jenseitigen Ufer durch Kleingewehrfeuer den sie verfolgenden Truppen den Uebergang zu wehren versucht; ihre dort aufgepflanzten Kanonen waren demontirt worden; von den preußischen Truppen sollten das 20. und 31. Regiment am meisten gelitten haben.

Rendsburg, 24. April. Schleswig ist vollständig geräumt, die Stadt mit den Unsrigen besetzt. Bei Missunde ist das dritte Bataillon unter Baudissin und das fünfte unter Zastrow, so wie ein Theil der Freischaaren über die Schlei gegangen, um den Dänen in den Rücken zu fallen. Sie haben den Feind geworfen und zwei Kanonen erbeutet. Die Kavallerie dringt von Westen heran. — (Abends 9 Uhr.) Soeben werden von den Preußen 30 Gefangene eingebracht, es heißt, das noch 500 mehr gefangen sind. An Verwundeten von unserer Seite sind etwa 60 bis jetzt angekommen, unter denen 50 Officiere.

Hamburg, 24. April, 9 Uhr Abends. Der heutige Abendzug aus Rendsburg meldet, daß die Bundestruppen bereits zwei Stunden über Schleswig hinaus vorgerückt waren. Aus Schleswig wird von heute Mittag gemeldet, daß der Vortrab unter lautem Jubel der deutsch gesinnten Bevölkerung in Flensburg eingerückt sey. Die Dänen hatten sich in großer Verwirrung nach Angeln gezogen. Der Verlust war auf beiden Seiten sehr bedeutend; ein preußisches Regiment soll gegen 100 Todte haben. (H. C.)

Für die Administration des Heerwesens der Herzogthümer Schleswig Holstein ist ein Kriegsbüreau errichtet, welches die allgemeinen administrativen Angelegenheiten der Armee zu besorgen und diejenigen Truppen-Abtheilungen zu befehligen hat, welche nicht ins Feld gerückt sind. Zum Chef dieses Bureaus ist der bisherige Commandeur der ersten Infanteriebrigade, Generalmajor v. Krohn, ernannt, und übernimmt der Oberst v. Fabricius, bisher Chef des Generalcommandostabes, das Commando der ersten Infanteriebrigade.

Man rechnet den ganzen Bestand der deutschen Armee auf 40,000 Mann, und die Freicorps machen eine Zahl von 2,000 Mann aus.

Rendsburg, 22. April. Alle disponibeln Fahrzeuge und Boote, haben die Dänen von Flensburg nach Holnäs geschickt. Ihre Absicht ist also, wenn sie Schleswig nicht behaupten können, sich durch Angeln nach Holnäs zurückzuziehen, und von dort nach Sundewitt und Alsen überzusetzen. (A. Z.)

Mecklenburg.

Schwerin, 20. April. Die hiesige Zeitung enthält die Grundzüge, nach welchen unsere neue Repräsentativ-Verfassung aufgebaut werden soll. Hiernach würden die Wahlen in ähnlicher Weise wie die zur Nationalvertretung eingerichtet werden; doch wäre für die Wählbarkeit eines Volksvertreters ein Lebensalter von 30 (statt 25) Jahren bedingt. Die Zahl der Abgeordneten für beide Großherzogthümer wird auf etwas über 100 angegeben. Von diesen würden 83 auf Mecklenburg-Schwerin fallen, und zwar für die Land- und Seestädte 33, für die Landgemeinden incl. Ludwigslust 29, für die größern Grundbesitzer 23. Der Versammlung, aus einer Kammer bestehend, würde die Wahl des Vorsitzenden unbeschränkt zu überlassen, dagegen den landesherrlichen Commissarien die Befugniß zur Theilnahme an den Versammlungen und Berathungen der Stände einzuräumen seyn. Der engere Ausschuß, so wie alle übrigen ständischen Deputationen verbleiben bis auf weiteres in ihrer bisherigen Wirksamkeit. (Hamb. C.)

Oesterreich.

In Wien ist am 24., dem kaiserlichen Geburtsfeste, die österreichische Constitution bekannt gemacht worden. Die 380 Abgeordneten werden nach einer provisorischen Wahlordnung gewählt, da der Reichstag das eigentliche Wahlgesetz erst abfassen wird. Der Senat soll aus 150 vom Adel für jeden Reichstag gewählten Pairs und einer unbeschränkten Anzahl vom Kaiser ernannten Senatoren bestehen. Die Reichstagsmitglieder werden auf 5 Jahre gewählt. Der Reichstag tritt alljährlich zusammen. Alle Finanzvorschläge gelangen zuerst an die Kammer der Abgeordneten. Zur Abänderung oder Ergänzung von Verfassungsbestimmungen sind die Stimmen von zwei Drittel der Kammermitglieder erforderlich. Unter den auf dem Reichstag vertretenen Ländern ist Galizien, Dalmatien, Illyrien, nicht aber Ungarn und die Lombardei. — Es ist hier ein constitutionell-monarchisch gesinntes Centralwahlcomité zusammengetreten, um die Parlamentswahlen für ganz Oesterreich zu leiten und zu fördern.

Schweiz.

Basel, 25. April, Mittags. Den ganzen Vormittag hört man hier Kanonendonner und Kleingewehrfeuer. Gestern Abend um 5 Uhr sind 200 Mann Freischaaren bei Häningen über den Rhein gegangen und haben sich auf der Schusterinsel festgesetzt. Gestern Nachmittag fuhr ein Schiff mit etwa 30 Mann Bewaffneter durch unsere Brücke, den Rhein hinab, und verstärkte die Truppe auf der Schusterinsel. Jetzt ist der Befehl erlassen, auf derartige Schiffe zu feuern, wenn sie nicht sofort anhalten. (Schw. Mkr.)

Italien.

Botzen, 23. April. Vorgestern (21. d.) ward Bevilaqua angegriffen. Eine Schaar von beiläufig 500 Insurgenten mit 2 Kanonen leistete Widerstand. Beim Angriff gerieth das der Familie Bevilacqua gehörige Schloß in Brand. Die Aufständischen verloren viele Leute und zerstreuten sich auf wilder Flucht nach allen Seiten. Unsere Truppen besetzten hierauf auch Cologna. Am 21. hörte man in Verona durch mehrer Stunden ein heftiges Kanoniren in der Richtung von Peschiera. Verona war ruhig. (A. Z.)

Botzen, 24. April. (Bulletin.) Zufolge weiteren Berichts ist das Schloß Bevilacqua und die ganze Ortschaft den Flammen übergeben worden. Die Insurgenten, welche alldort schon seit längerer Zeit ihren Sammelplatz und alle dahin führenden Straßen barricadirt hatten, entflohen bei der Annäherung unserer Truppen nach allen Seiten. Am 19. wurde das Dorf Gli Angeli genommen und die piemontesischen Truppen von Oesterreichern zurückgetrieben. (A. Z.)

Triest, 23. April. (Bulletin des Commandanten Grafen Nugent.) Hauptquartier Casignacco 22. April: Die provisorische Regierung zu Udine ist in Folge des gestern Abends begonnenen Bombardements mit mir in Unterhandlung getreten, und heute Nachmittags um 1 Uhr wurden die Präliminarien zur definitiven Unterwerfung der Provinz Friaul festgesetzt. Die Beschießung der Stadt mit Granaten und Raketen verursachte den Ausbruch des Feuers in einigen Theilen. Der Postenlauf in Friaul wird sofort frei seyn. In diesem Augenblick salutirt die hier eingelaufene englische Kriegsbrig Harlequin. (A. Z.)

Triest, 24. April. Udine ist in den Händen der Oesterreicher. Graf Nugent wurde von der Nationalgarde in die Stadt eingeführt. Von Dalmatien und Istrien sind heute befriedigende Nachrichten eingegangen. (A. Z.)

Mantua ist auf 4 Monate verproviantirt. Karl Albert hat sein Hauptquartier in Volta, den rechten Flügel bei Goito, den linken in Valeggio.

Frankreich.

Paris, 25. April.

Durch Decret der provisorischen Regierung ist dem Minister der Staatsbauten ein Credit von 2 Millionen eröffnet zur Vollendung der Eisenbahn an die deutsche Grenze, zwischen Hommating und Straßburg. — Bei den Wahlen sind große Unordnungen vorgekommen; im zwölften Arrondissement ging es so weit, daß weder gedruckte noch ungedruckte Wahllisten auflagen, keine Controle herrschte, den Leuten die Zettel aufgedrängt wurden, oder jeder nahm, was er wollte.

Dänemark.

Kopenhagen 22. April. Der König befindet sich in der Besserung und wird in Orensen, wo das Schloß für ihn in Stand gesetzt wird, erwartet. — In Helsingör sind bereits 9, und in Kopenhagen 19 preußische Schiffe unter Embargo gelegt worden.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag, den 30. April: „Alessandro Stradella“, Oper von Flotow.

Bekanntmachung.

2381. (3b) Montag den 8. Mai 1848 Morgens 8 Uhr werden in der Burgerstraße in den Localitäten der königlichen Hofbeinwage alte Wagen, Geschirre, Reit-, Fahr- und Stallrequisiten, dann altes Eisen etc. gegen gleich baare Bezahlung an den Meistbietenden öffentlich versteigert.

München den 25. April 1848.

Schubert,
verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 112.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gasse Nro. 2), auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährig 1 fl. 30 kr. Halbjährig 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährig im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonntag XLIX. Jahrgang. 30. April 1848.

Deutschland.

Die Bundesversammlung hat in ihrer Sitzung vom 26. April die Vertagung der Eröffnung des deutschen Reichstags bis zum 18. Mai beschlossen.

Die für die Abfassung eines Verfassungsentwurfs niedergesetzte Bundescommission soll mit diesem Werk schon so weit vorgerückt seyn, daß man einer Veröffentlichung des Ergebnisses ihrer Arbeiten demnächst entgegensehen kann.

Frankfurt, 26. April. In der gestrigen Versammlung des Fünfzigerausschusses wurden zuerst zwei Bevollmächtigte gewählt, mit dem Auftrage, nach Böhmen zu reisen, und dort die Wahlen zur constituirenden Versammlung zu fördern. Die HH. Karanda und Wächter reisten zu dem Ende noch gestern nach Prag ab. An die Stelle des Hrn. Wächter wurde dann Hr. Mathy in die Commission gewählt, die das Triumvirat noch einmal berathen soll. — Es wurde eine Commission für die hannover'schen Angelegenheiten gewählt, und zwar die HH. Freudentheil, Siemens, Heckscher, Gülich und Jürgens. — Hr. Schott, der aus Stuttgart zurückkam, berichtete dann über den Geist, der in seinem Lande herrscht — daß die Wahlen in der besten Ordnung vor sich gehen, und die Gewählten in den ersten Tagen des Mai hier eintreffen können. Hr. Duckwitz legt eine Adresse von 1320 Handwerkern aus Bremen vor, in der dieselben den Ausschuß und die constituirende Versammlung auffordern, nichts in Bezug auf die Arbeiterzustände zu beschließen, ohne vorher Arbeiter aus allen Gewerben gehört zu haben, und darauf antragen, zu dem Ende eine Arbeitercommission zu bilden. Der Antrag wird mit Empfehlung an die constituirende Versammlung verwiesen. — Hr. Reh liest dann einen neuen Aufruf in Bezug auf die Ereignisse im Seekreise vor. Der Entwurf ist aber vorzugsweise an die Aufrührer gerichtet, während die Mehrzahl des Ausschusses dieß gegenwärtig für nicht mehr seiner Würde angemessen hält, und im Gegentheile einen Aufruf ans Volk, an die Regierungs- und Gemeindebehörden, und endlich ans Militär wünscht, um sie allesammt aufzufordern mit der rücksichtslosesten Kraft gegen die frevelhaften Versuche im Oberlande einzuschreiten. In diesem Sinn wird der Aufruf von neuem an die Commission verwiesen. Hr. Mathy liest als Berichterstatter einer Commission ein Schreiben an den Bundestag vor, das darauf anträgt, einen Beschluß zu erlassen, nach welchem erstens die in die constituirende Versammlung gewählten Mitglieder von Ständekammern der einzelnen Staaten und Provinzen aus diesen austreten dürfen und Urlaub erhalten. Zweitens als wünschenswerth empfohlen wird, daß die Particularlandtage während der Dauer der constituirenden Versammlung ausgesetzt bleiben. Drittens, daß constituirende Versammlungen in den einzelnen deutschen Staaten nicht zusammentreten, bevor das Werk der deutschen constituirenden Versammlung vollendet. Der ganze Antrag geht einstimmig durch. — Endlich wird dann noch ein Aufruf an die Tiroler beschlossen, und die HH. Wiesner, Schuselka, Hornbostel, Blachiere und Venedey als Commission zur Abfassung desselben gewählt. (A. Z.)

Frankfurt, 27. April. In der heutigen Nachmittagssitzung des 56er Ausschusses wurde die Berathung über die Diktaturfrage fortgesetzt. Es handelt sich von der Verstärkung des Bundestags durch drei Mitglieder, welche die Wahl des Oberfeldherrn vorzunehmen, die diplomatischen Angelegenheiten zu leiten und die vollziehende Gewalt in eiligen Fällen auf eigene Verantwortung, außerdem aber nach vorgängiger Berathung in der Bundesversammlung, auszuüben hätten. Sie sollen auf Vorschlag der Bundesversammlung, der Vertrauensmänner und des Fünfziger-Ausschusses von den Regierungen ernannt werden, der deutschen Nation verantwortlich seyn, und ihre Wirksamkeit soll nur so lange dauern, als sich die constituirende Versammlung nicht gegen deren Fortdauer ausspricht. Die Berathung dieses Vorschlages findet in der heutigen Vormittagssitzung statt. Es traten fast alle Mitglieder als Redner auf. Viele sprachen für Annahme des Antrags und hoben hervor, daß die schwierigen Umstände eine Stärkung der executiven Gewalt des Bundes erheischten. Der Antrag wurde lebhaft angefochten, namentlich von den nordpreußisch und schlesischen Deputirten. Sie wiesen besonders auf den vor 8 — 10 Tagen in geheimer Comitésitzung, nach zweitägiger Berathung über denselben Gegenstand gefaßten Beschluß hin, der fast einstimmig die Ablehnung des Antrags aussprach. (Nachschrift.) Der 56er Ausschuß hat den Commissionsbericht mit 23 gegen 15 Stimmen angenommen, nachdem alle anderen (11) Anträge verworfen wurden.

Bayern.

Landtag.

**München, 28. April. (VIII. Sitzung der Kammer der Reichsräthe.) Die Kammer der Reichsräthe hat den Entwurf eines Edicts über die „Freiheit der Presse und des Buchhandels" in ihrer gestrigen und heutigen Sitzung der Berathung unterworfen und beschlossen, diesem Edictsentwurfe unter folgenden Modificationen ihre Zustimmung zu ertheilen. Der Eingang des Entwurfes, so wie die §§. 1, 2, 3 und 4 desselben, nimmt die Kammer der Reichsräthe mit der von der Kammer der Abgeordneten zu den §§. 1 und 2 vorgeschlagenen Modification an; ebenso den §. 8, mit dem von der Kammer der Abgeordneten zum ersten Absatze desselben beschlossenen Zusatze. Die §§. 6, 7, 8, 9, 10 und 11, sowie der Schluß des Edictsentwurfes, erhielten mit den von der Kammer der Abgeordneten zu den §§. 7, 9 und 11 beschlossenen Modificationen und Redactionsabänderungen die dießseitige Zustimmung, jedoch mit der Modification, daß im §. 11 die Worte: „unmittelbar königliche und standesherrliche" wegzubleiben habe, und der §. 10 des Entwurfes als §. 11, und letzterer als §. 10 bezeichnet werden möge. Eben so tritt die Kammer der Reichsräthe dem jenseits beigefügten Wunsche bei; glaubt aber ihrerseits die nachstehenden eigenen Anträge beifügen zu müssen: Es möge bei Promulgation des Edictes über die Freiheit der Presse gleichzeitig 1) unter Bezugnahme auf den §. 4 desselben mit gesetzlicher Eigenschaft ausgesprochen werden: a) „Staatsdiener, welche in Erzeugnissen der Presse an ihrer Ehre angegriffen wurden, steht das Recht zu, von der Staatsregierung eine vollständige erschöpfende Vertheidigung auf dem Wege der Presse mit Zugrundelegung der treffenden Actenstücke zu verlangen. Wird diesem Verlangen binnen acht Tagen nach eingereichtem Gesuche durch die vorgesetzte Behörde nicht entsprochen, so steht dem öffentlich angegriffenen Staatsdiener das Recht zu, zur eigenen Wahrung seiner Ehre von den ihm nöthig scheinenden amtlichen Notizen ohne weitere Anfrage öffentlichen Gebrauch zu machen." b) „Dem Staatsdiener wird die bleibende Ermächtigung gegeben, alle ihnen zur Kenntniß gelangenden statistischen Daten zu veröffentlichen, unter den Cautelen, welche die Landesvertheidigung erheischen." 2) Mit Bezugnahme auf den §. 5 desselben Edictes mit Gesetzeskraft ausgesprochen werden: „Oeffentliche Blätter, welche Anschuldigungen gegen Dritte veröffentlicht haben, sind verbunden, auch die Vertheidigung der Betheiligten, soferne solche unter Unterschrift der Letzteren an sie gelangen, in ihre Spalten aufzunehmen." Ferner hat die Kammer der Reichsräthe über den Gesetzentwurf: „die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichtsorganisation, über das Verfahren in Civil- und Straf-Sachen und über das Strafrecht betreffend", Berathung gepflogen, und in deren Folge sämmtlichen Modificationen der Kammer der Abgeordneten zu dem fraglichen Gesetzentwurfe zugestimmt, und nur in Beziehung auf den jenseits vorgeschlagenen (neuen) Art. II. die Modification beschlossen, daß darin die Worte: „sowie das Vorrecht der Siegelmäßigkeit" wegzulassen seyen.

**München, 29. April. (XVII. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische die HH. Staatsminister: Frhr. v. Thon-Dittmer, Frhr. v. Lerchenfeld, v. Heintz; dann die Ministerialräthe v. Benning, Aschenbrenner, v. Molitor, v. Kleinschrod. Die Sitzung wurde vom I. Präsidenten mit Ablesung des Einlaufes eröffnet; darunter war ein Gesuch des Abg. Kolb, um Urlaub. Kolb ist Redacteur der Speyerer Zeitung. Es wurde ihm Urlaub für die Dauer der Thätigkeit des Fünfzigerausschusses in Frankfurt gewährt. — Abg. Schuhmacher erhielt Urlaub von 14 Tagen. — Abg. Vetterlein erhielt solchen von 14 Tagen. — Dem Antrage des Frhrn. v. Franno-hofen, daß auch der Ersatzmann des Bundestagsgesandten, Frhrn. v. Closen, eingerufen werden solle, wurde keine Folge gegeben. — Abg. Bestelmayr erstattete hierauf Vortrag über die Rechnungen der Staatsschuldentilgungs-Casse von 1845/46. Die Berathung wurde der nächsten Kammer überlassen. Hiernächst erstattete derselbe Referent Vortrag über den Gesetzentwurf: „die Verhältnisse der Sparcassen, und beziehungsweise die bei der Staatsschuldentilgungs-Anstalt anliegenden Sparcasse-Capitalien betr." — Bei der allgemeinen Discussion sprach sich Frhr. v. Schätzler für die Commune von Augsburg aus, und erwähnte die Aufregung, die der Gesetzentwurf auch in Augsburg hervorgebracht hat. — Der Finanzminister, Frhr. v. Lerchenfeld, erklärt, sie (die Minister) nehmen mit Vergnügen die vom Ausschusse gestellten Anträge und Vorschläge an, da sie dieselben für geeignet erachten, die beunruhigten Gemüther zu besänftigen. — Unter den übrigen Rednern, die sich bei der allgemeinen Debatte noch betheiligten, nennen wir: Graf Hegnenberg, Bauer, und am Schlusse der Referent selbst und der Staatsminister des Innern, worauf man zur speciellen Discussion schreitet. — Beim ersten Artikel bringt der II. Secretär eine Modification ein, wonach die Erhöhung des Zinsfußes nicht den Verwaltungen der Sparcassen, sondern den Einlegern selbst zu Gute kommen soll. — Der Finanzminister hält es, wie der Abg. Bauer, für sehr schwierig, diese Maßregel durchzuführen. — Schwindl entgegnet darauf, daß

die Maßregel durchzuführen sey, und sucht seine Ansicht zu begründen. — Auch Schäzler und Göz stimmte der Modification Schwindl's bei. — Dem Staatsminister des Innern scheint der Antrag nicht nothwendig, sondern vielmehr bedenklich, und kann ihm daher seine Zustimmung nicht ertheilen. — Dekan Bauer führt noch einige Bedenken gegen diese Modification an, ebenso Keim, Schwager, Frhr. v. Rotenhan rc. rc. — Der Referent erklärt sich zwar für die Ansicht Schwindl's, doch will er sie nicht in den Gesetzentwurf aufgenommen sehen. — Der erste Artikel wird ohne den Zusatz Schwindl's angenommen. — Zu Art. II. bringt der Abg. Rehlen eine Modification, gegen die sich der Finanzminister sofort erklärt. — Rehlen nimmt seine Modification zurück. — Die Kammer nimmt den Art. II., wie er vom Ausschuß eingebracht wird, einstimmig an. Er lautet: „Vom Etatsjahr 1848/49 anfangend wird die Zurückbezahlung dieser Capitalien von Seite der Staatsschuldentilgungs-Anstalt in vierteljährigen Raten, die erste am 1. Januar 1849, in der Weise geschehen, daß jährlich eine Million Gulden baar an die Sparcassen-Verwaltungen pro rata ihres Guthabens heimbezahlt wird.“ — Dem Art. III. des Ausschusses, der also lautet: „Die Sparcassen sollen die Einleger aus der Classe der Dienstboten, Handwerksgesellen, Taglöhner, Fabrikarbeiter oder Militärs, vom ersten Unterofficiere abwärts, bis zum statutenmäßigen Maximalbetrag der Einlagen vorzugsweise befriedigen“, wird einstimmig beigestimmt. — Nur Rehlen wünscht den Artikel ganz gestrichen zu sehen. — Auch der Art. IV. wird in der Fassung des Ausschusses angenommen, wonach er also lautet: „Gemeinden, welche Sparcassen-Gelder bei der Staatsschuldentilgungs-Casse angelegt haben, werden ermächtigt, bis zu dem Betrage jener angelegten Summe 4procentige Sparcassen-Schuldscheine in Abschnitten von 25 fl., 50 fl. und 100 fl. auszustellen.“ Art. IV. des Gesetzentwurfes fällt durch den neuen Art. II. von selbst weg; der Art. V. bleibt unverändert. — Der Gesetzentwurf wird mit den obigen Modificationen einstimmig angenommen. — Die Sitzung wird sodann für geschlossen erklärt. — Während der Sitzung selbst entfernt sich so ziemlich schon das Publicum von den Gallerien, da der Gegenstand Manchem weniger interessant geschienen haben mag.

|||München, 29. April. Die provisorische Regierung in Mailand hat an die Tiroler nachstehenden Aufruf erlassen, welcher auch hier in gedruckten Exemplaren circulirt: „Die provisorische Central-Regierung der Lombardei an die Tiroler. Tapfere Deutsche Tiroler! Seyd uns gegrüßt, Ihr tapfere, Ihr edelmüthige Tiroler! Ein durch Selbkraft frei gewordenes Volk bietet Euch freundlich die Bruderhand; der Freiheit schlägt unser Herz, wie das Eurige; frei seyn, dahin geht unser höchstes Streben. Eine von Tag zu Tag drückendere Tyrannei lastete auf unserem Lande, und alle gegen Willkühr schützende Gewährleistungen, wurden uns allmählig von der Wienergewaltherrschaft entrissen. So lange noch ein Sternchen der Hoffnung flimmerte, auf friedlichem Wege unsere tiefbedrängte Lage zu lindern, so trugen wir der Regierung unausphörlich unser Weh in Vorstellungen, und Bitten vor; wie beantwortete aber die Regierung unser Flehen? Niedermetzeln ließ sie auf den Gassen wehrlose, friedliche Bürger, und auf abermaliges Bitten erfolgte das Standrecht; damit ward Gut und Blut der Soldatenwillkühr preisgegeben. In diesem verzweifelten Zustande griffen wir zu den Waffen; die Sturmglocke erscholl durch das ganze Land... und mit Gotteshilfe erkämpften wir wieder die uns geraubten Rechte. Besiegt und in die Flucht geschlagen wurde das feindliche Heer, denn schwer lastete auf ihm der Fluch des Allmächtigen! Hierin leuchteten uns die tapfern Tiroler mit Ihrem ruhmvollen Beispiele vor. Gelehrt habt Ihr uns im Jahre 1809 der Schmach fremder Herrschaft los zu werden. Tirols Berge und Thäler erinnern noch immer an Hofers Heldenthaten und an seine wackeren Mitkämpfer. Das Kreuz, welches damals Euere bewaffneten Schaaren führte, ist nun unsere Fahne. Der heldenmüthige Joachim Haspinger leitete Euch zum Siege; und seine Genossen, die Capuciner, begeisterten unseren Muth zum heiligen Kampfe für Gott und Vaterland. Denn unsere Feinde frevelten wider Gott und Vaterland! Ach! edle Tiroler, entrüsten wurdet Ihr Euch ob den Gotteslästerungen und Gräueln, die das österreichische Heer in unserem Lande verübte; ja empören würdet Ihr Euch gegen eine Regierung, die solche Schandthaten brandmarken; entweiht wurden die Kirchen und in Casernen verwandelt, die Priester beim Altare ermordet, Greise, Weiber und Kinder der tobenden Wuth überantwortet. Nein, Ihr könnt nicht, Ihr edle Tiroler, an einem solchen Kriege theilnehmen, Ihr könnt Euch nicht an diesen maßlosen Verbrechen betheiligen. — Gott verbietet es Euch! Nicht einmal Euer eigenes Wohl würde es Euch erlauben. Denn, wenn Oesterreich wieder Italien besiegen sollte (Gott behüte uns davor), so würde es alsobald gegen Euch selbst seine dadurch erhöhte Kraft richten. Versprechen zwar wird Euch Oesterreich allerlei. Nie aber wird es Euch Wort halten. Erinnert Euch an 1809! Wo sind die Euch damals so heilig versprochenen Vorrechte? Ihr habt für Oesterreich Euer Blut vergossen, und wie hat es Euch Oesterreich vergolten? Statt den Privilegien schickt es Euch eine zahllose Schaar von Beamten, die Euer schönes und freies Land unterdrücken und Eueren Ständen alle Rechte benehmen. Betheiligt Euch also nicht am ungerechten Kriege; denn hereinbrechen über Euch würde die Rache des Allgerechten. Hintergehen will man Euch mit dem Vorgeben, als wollten wir mit Waffengewalt die Euch von Gott beschiedene Heimath angreifen und bezwingen; das ist Lüge, Verrath! — Nein! Nie werden wir die Grenze Wälschlands überschreiten! Wir wollen unsere Freiheit, aber zugleich die Freiheit aller Länder und vor Allem die Freiheit Tirols. Trient ist wälsch und soll wälsch seyn. Botzen ist deutsch und wird immer deutsch bleiben. Denn unser Wahlspruch ist: Selbstständigkeit und Brüderschaft der Völker. Es lebe Deutschland! es leben die tapfern Tiroler, ja sie leben hoch! Mailand, den 17. April 1848. Casati, Präsident. Borromeo. Guerrieri. Strigelli. Durini. Beretta. Giulini. Litta. Carbonera. Turroni. Moroni. Rezzonico. Abt Anelli. Grasselli. Dossi. Correnti, Generalsecretär. Wir sehen, daß die Italiener so unbescheiden sind, wie die Polen; wie diese Ost- und Westpreußen, verlangen jene ihre Grenze zwar nicht auf dem Gipfel des Brenner, aber doch diesseits Trient. Trient und Rovereith sind aber, wenn gleich in Folge der Verkehrsverhältnisse die italienische Sprache die Oberhand gewonnen hat, doch uralt deutsche Städte und werden es bleiben, wenn nicht Oesterreich in unbegreiflicher Verblendung vor der allgemeinen deutschen Sache sich lossagen will, wozu die Einleitung schon getroffen zu seyn scheint.

**München, 30. April. Heute früh rückte die erste Schützen-Compagnie vom Infanterie-Leibregiment nach Tölz, und morgen wird die erste Füsilier-Compagnie nach Aibling marschiren.

=Vom Mittellech, im Monat April. (Aufruf an Diejenigen, welche zum deutschen Volke sprechen und für dasselbe schreiben wollen.) Wenn ein vernünftiger Mensch etwas spricht, so hat er doch gewiß vor Allem die Absicht, von Denjenigen verstanden zu werden, welche ihn hören, gleichviel ob der Redner seinen Zuhörern die Erkenntniß einer Wahrheit beibringen oder sie zu irgend einer That aneifern oder von derselben abhalten will. Das Nämliche ist zu sagen, wenn Jemand das lebendige Wort in die todten Züge der Schrift einkleidet, und diese durch die Presse für eine noch unendlich größere Zahl von Zuhörern, eigentlich Lesern, veröffentlicht. Damit nun der Redner oder Schreiber auch verstanden werden kann, muß er sich durchaus solcher Worte bedienen, deren Sinn den Hörern oder Lesern im ersten Augenblicke klar ist; denn wenn in einem Satze nur ein einziges unverständliches Wort ist, so geht nicht selten der Sinn des ganzen Satzes verloren. Sanct Hieronymus rief beim Lesen des Briefes Pauli an die Römer, den er vielfältig nicht verstand, öfter aus: „Paulus, Paulus! du willst nicht verstanden werden!“ Das hatte der Apostel sicher so wenig im Sinne als alle Volksredner und Schreiber unserer Tage, welchen ich fest zutraue, daß sie verstanden werden wollen. Mit dem Wollen, mit dem Zweck stehen aber nicht immer die Mittel im Einklang. Bis zu diesem Augenblicke haben es die Volksredner in ständischen und Volksversammlungen noch nicht dahin gebracht, an das deutsche Volk auch durchaus deutsch zu reden, eben so wenig als die Zeitungsschreiber und ihre Mitarbeiter sich die Mühe geben, sich dem deutschen Volke ganz deutsch mitzutheilen. Wie so? Hören wir nicht fast alle Reden an das Volk sowohl von Seite der Herren Landstände als der Volksredner mit einer Masse fremder Worte vollgepfropft? Griechisch, lateinisch, französisch, englisch, und nach der Emancipation der Juden sicher auch noch hebräisch und syro-chaldäisch — wird uns aufgetischt von allen jenen Rednern, welche dieser Sprachen mächtig sind und nicht daran denken, daß wir armen Schlucker aus dem Volke alle diese Sprachen nicht kennen und darum nicht verstehen, was sie sagen. Wenn diese Rücksichtslosigkeit von Seite der „studirten“ Herren schon gerügt werden muß, so gilt dieß noch mehr Jenen, welche keine eigentliche wissenschaftliche Bildung genossen, aber gesunden Menschenverstand, redlichen Willen und gute Rednergabe haben. Diese wollen, wie es scheint, durch gieriges Haschen nach Fremdwörtern, die sie manchmal wohl gar nicht richtig aussprechen können, wie es unlängst einem Deputirten mit dem Worte „Initiative“ erging, sich den Schein höherer Bildung geben und glauben, dadurch in der Volksachtung zu steigen. Allein ich erinnere diese Herren an Göthe's Wort:

Es trägt Verstand und rechter Sinn,
Mit wenig Wort' sich selber vor;
Und wenn's Euch Ernst ist, was zu sagen,
Ist's nöthig, Worten nachzujagen?

Und noch dazu fremden, dem größten Theile eurer Zuhörer unverständlichen Worten? Das Nämliche gilt von den Zeitungsschreibern, Volksschriftstellern und selbst von den Herren Ministern und allen Beamten, welche dem Volk entgegenkommen mit Gesetzes-Entwürfen, Verordnungen u. s. w. Sprecht und schreibet deutsch, liebe Herren! Das deutsche Volk lauscht gierig euren Worten, das deutsche Volk greift heißhungrig nach den Blättern, die ihr zu seiner Belehrung und Aufklärung, zur Stärkung seines Sinnes für Recht und Wahrheit schreibt, das deutsche Volk brennt vor Begierde, wenn ihr im Begriffe steht, ihm Gesetze zu geben, welche die Grundlage seines künftigen Glückes bilden sollen. Nochmal: sprecht und schreibt deutsch! Ist eine solche Bitte etwa überflüssig? Gehen wir in die Volksversammlung nach Neubergbausen! Da kommt doch deutsches Volk hin und noch dazu „unstudirtes“, nicht wahr? Nun, die Herren Volksredner werden doch durchaus deutsch gesprochen haben? Beileibe nicht. „Die Megären der Anarchie“, die „Reactionäre“, die „Ultramontanen“, die „Initiative“, die „Motive“, die „Modificationen“ und hundert andere Fremdwörter werden den aufmerksamen Zuhörern aus dem Bürgerstande hingeschleudert, von denen sie rein nichts verstanden haben. Ist es in den Sälen des Ständehauses besser? O nein! Die Herren Juristen und Theologen werfen mit ihrem lateinischen und griechischen Kauderwelsch so unbarmherzig um sich, daß sich gewiß bei den „unstudirten“ Abgeordneten und Zuhörern aus dem Bürger- und Bauernstande Göthe's Wort bewährt:

Mir wird von all' dem Ding so dumm,
Als ging mir ein Mühlrad im Kopf herum.

„De mortuis nil nisi bene,“ „requiescat in pace,“ „sit illi terra levis,“ sagt der gelehrte Hr. Decan D., wenn er seine Freude über das Aufhören der Censur ausdrückt und ihr den Leichen-„Sermon“ hält. Nicht wahr, das ist einmal deutsch? — Die Richter sind, laut eines ganz neu eingebrachten Gesetzes-Entwurfes, „inamovibel“, warum denn nicht „unabsetzbar“? „Contravention“, „Präscription“, „Intervention“ und hundert andere Wörter der Art fliegen den Zuhörern an den Kopf — ihr Sinn aber ist ihnen ein verschlossenes Buch mit sieben Siegeln. Ich bitte alle bayerischen Blätter, welche durchaus vom Volke verstanden werden wollen und welche wünschen, daß auch die Volksredner in und außer der Ständeversammlung so reden sollen, daß sie verstanden werden können, um gefällige Aufnahme und Verbreitung dieses wohlgemeinten Aufrufes.

(Parlamentswahlen.) Im Wahlbezirk Weiller auf Vorschlag des Abg. Schlund ist Dr. Kirchgeßner; in Kempten der früher wegen seiner Liberalität in Landshut abgesetzte Prof. Haggenmüller; in Dillingen Decan Vogl gewählt worden.

In Dünkelsbühl ward einstimmig gewählt Rechtsrath Hans v. Raumer; erster Ersatzmann Kaufmann

Ludwig Günther in Nürnberg; zweiter Ersatzmann Hr. Christian Schening (früher Landtagsabgeordneter) in Ansbach; in Nördlingen Hr. Cucumus.

Donauwörth, 28. April. Es wurde nach einem hartnäckigen Kampf, in einem dritten Scrutinium, der rechtskundige Bürgermeister von Neuburg a. D., Hr. Weber, mit 78 Stimmen von 122 als Abgeordneter nach Frankfurt gewählt. Ersatzmänner sind: I. der rechtskundige Bürgermeister Franz Jörg von Donauwörth mit 67 von 123 Stimmen; II. Rentamtmann Weber von Höchstädt mit 111 von 120 Stimmen.

± Günzburg, 28. April. Der freisinnige aus Krumbach entfernte Pfarrer weilte hier in seiner Heimat, erhielt Adressen, Boten und Briefe auf Briefe. Von allen Seiten nimmt man an seiner Angelegenheit den innigsten Antheil. Mehre Bürger wollen Gut und Blut für ihn lassen. Nur die ihm feindliche Partei verharrte in Krumbach in ihrer Verstocktheit. Am Charfreitag besuchte ihn ein Bürger aus Krumbach. Als dieser heimkehrte, hieß es dort, der Bürger bringe den Decan mit. Da rottete sich ein Haufe von 20 Leuten zusammen, mit dem Posthalter und dessen Sohn an der Spitze, paßten bewaffnet den Wagen ab, fielen den Pferden in die Zügel, feuerten zweimal auf den Wagen, zwangen die darin Sitzenden zum Aussteigen, wollten den Wagen untersuchen und begleiteten ihn bis in den Pfarrhof. Als sie den Vermeintlichen nicht fanden, zogen sie sich in's Postgebäude zurück, wo es fürchterlich herging. Des Pfarrers Freunde wandten sich nach Augsburg. Ostersonntag früh begab sich nun der Pfarrer nach Krumbach, woselbst er nun sehr stürmische Tage zu verleben hat. Militär aus Augsburg wurde nach Krumbach gesandt, 15 Mann mußten täglich um den Pfarrhof patrouilliren, da die Aufregung sehr groß war. Zwei Landwehroffiziere, wahrscheinlich zu den Feinden des Pfarrers gehörig, sollen den Gehorsam verweigert haben. Uebrigens ist eine thatsächliche Mißhandlung des Pfarrers nicht vorgekommen. (Gestern, so hört man eben, ist von Krumbach nach Augsburg zum Regierungs-Präsidenten eine Abordnung gesandt worden mit dem Gesuch, das Militär zurückzuziehen.)

In Regensburg wurde zum Abgeordneten Hr. Kreis- und Stadtgerichts-Rath Reithmayr (const.-mon.) mit 77 unter 132 Stimmen, zum ersten Ersatzmann Hr. Gutsbesitzer A. v. Zerzog (durch Hrn. Reithmayr empfohlen) und als zweiter der pensionirte Prof. Hr. Retschmayer zu Stadtamhof gewählt.

Die „Regensburger Zeitung" theilt mit, daß die Vorarbeiten für den dortigen Freihafen lebhaft in Angriff genommen sind. — In Vilshofen soll die Parlamentswahl auf Hr. v. Abel gefallen seyn; der sie aber nicht annehmen will.

In Bamberg ist Hr. Rechtsanwalt Titus von 122 Wählern mit 119 Stimmen zum Parlamentsabgeordneten gewählt worden.

Ansbach, 28. April. Bei der eben beendigten Wahl des Abgeordneten zum Parlament in Frankfurt waren im Ganzen 127 Wahlmänner anwesend, und erhielt gleich im I. Scrutinium Herr Advocat Heinrich Künßberg von hier die absolute Stimmenmehrheit mit 118 Stimmen. Als Ersatzmänner wurden gewählt 1) als I. Herr Bürgermeister Friedrich Meyer von hier, 2) als II. Herr G. Martin Herrlen von Windsbach. Sämmtliche Gewählte sind constitutionell-monarchisch.

Hof, 28. April. Für den dritten Wahlbezirk Oberfrankens, Hof, ist heute dahier von 123 Wählern 1) als Abgeordneter zur allgemeinen deutschen Volks-Vertretung der Gymnasial-Professor Dr. Heinrich Gebhardt dahier mit 118 Stimmen (für das monarchisch-constitutionelle Prinzip), 2) als I. Ersatzmann Karl Graf Giech zu Thurnau zu 74 Stimmen, 3) als II. Ersatzmann der Fabrikant Moritz Steinhäuser dahier mit 83 Stimmen gewählt worden.

Würzburg, 28. April. Die heutigen Wahlen zum Parlamentsmitglied für den Wahldistrict Würzburg hatten folgendes Resultat: Unter 126 Stimmen mit 110 Eisenmann. Zum ersten Ersatzmann Quante (gleichfalls constitutionell monarchisch) mit 97 Stimmen. Zum zweiten Ersatzmann mit 90 Stimmen Geigel, Oberappellationsgerichts-Rath in München.

Württemberg.

Ulm, 28. April. Haßler ist mit großer Stimmenmehrheit zum Abgeordneten für das Parlament von dem Bezirke Ulm - Blaubeuren - Laupheim erwählt worden. Sein Gegenbewerber war der deutsch-katholische Pfarrer Albrecht. — Die beiden Bataillone des 2. und 3. Infanterie - Regiments werden in nächster Zeit gleichfalls ausmarschiren und deßwegen die Garnison in Neu-Ulm durch Zuzug bayerischer Truppen vermehrt, die hiesige aber durch ein österreichisches Regiment (das bereits Befehl zum Abmarsch erhalten haben soll) ersetzt werden. (U. Bl.)

Baden.

Karlsruhe, 27. April. Eine großherzogliche Verordnung ordnet die Wahl der Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung an; es sind 20 Abgeordnete, für deren Wahl 20 Bezirke bestimmt sind. Die Bestimmungen der badischen liberalen Wahlordnung kommen im Allgemeinen zur Anwendung. Die Wahlart ist die indirecte. Wähler ist natürlich jeder volljährige ꝛc. Deutsche.

Karl Mathy ist zum Staatsrath und zum Mitglied des großh. Staatsministeriums ernannt worden.

(Amtlicher Bericht aus Freiburg vom 24. April.) Freiburg ist in unsern Händen. Schon gestern war ich davor gerückt, war aber durch einen Angriff der Freischärler über Horben in das Günterstthal davon abgehalten. Ich trieb sie zurück bis Günterstthal; die Zeit war aber so weit vorgerückt, daß ich den Angriff auf die Stadt auf den andern Tag verschieben mußte. Schon gestern waren die in der Stadt herrschenden Freischaaren aufgefordert; sie verweigerten hartnäckig und nahmen an dem Gefecht gegen die Freischaaren, die von Günterthal her kamen, lebhaften Antheil, theils indem sie diesen über den Schloßberg zuzogen, theils dadurch, daß sie auf die vor dem Thor aufgestellten Truppen schossen. Heute schossen sie ebenfalls bei meiner Annäherung, hatten Barricaden errichtet, und die dem hiesigen und bürgerlichen Zeughaus entnommenen vier Kanonen aufgepflanzt. Ich ließ deßhalb zum Angriff schreiten, sobald die Truppen bei den Angriffspuncten angekommen waren. Zum Angriff wirkten mit: 2 Bataillone Hessen (2. Infanterieregiment), 1 Bataillon Nassauer (1. Bataillon des 2. Infanterieregiments), 2 Bataillone Badner (1. Bataillon des 2. Infanterieregiments und 2 Bataillon des 4. Infanterieregiments), dann 6 hessische und 2 badische Geschütze, 2 hessische und 1 badische Schwadron vom 1. Dragonerregiment. Das badische Bataillon des 2. Regiments griff das Predigerthor und das Zähringerthor, das des 4. Regiments das Thor gegen die Eisenbahn an. Mit den badischen Bataillonen verbunden war das Nassauer Bataillon. Die hessischen Bataillone griffen das Breisacher Thor und das Schwabenthor an, und hatten zugleich ein Gefecht gegen die Freischaaren zu bestehen, welche aus dem Günterstthal vorbrachen, aber wiederum zurückgewiesen wurden. Nachdem die Artillerie und Plänkler den Angriff eingeleitet und vorbereitet hatten, folgten die Sturmcolonnen im Marsch und drangen in die Stadt ein. Die Freischaaren flohen und leisteten in der Stadt selbst nur geringen Widerstand; doch tödteten sie noch mehrere Leute. Der Verlust war immerhin bedeutend. Gestern und heute wurden getödtet und verwundet: Hessen, keine Todte, 4 Verwundete; Nassau, 1 Todter, 2 Schwerverwundete, darunter Lieutenant Eyring; Baden, 2. Infanterieregiment, 5 Todte, 15 Verwundete; 4. Infanterieregiment, 3 Todte, 5 Verwundete. Eine Menge gefangener Freischärler wurde eingebracht. Die vier Kanonen der Stadt Freiburg wurden zurückerobert, und stehen dahier zur Verfügung. Eine Menge Freischaarenfähnlein und Fahnen wurde gestern und heute aufgelesen. Eben so lag eine Menge Sensen und Gewehre der Freischaaren gestern und heute an den Straßen. Die Truppen der drei Staaten haben gewetteifert, zu zeigen, wie ernst ihnen der Wunsch um Ordnung und Gesetz ist. Die Sache der gesetzlichen Freiheit hat gesiegt, und die Anarchie einen herben Schlag erlitten. Der Commandirende der 2ten Division des 8ten deutschen Armeecorps. Hoffmann.

Freiburg, 26. April. Die württembergischen Vortruppen sind bei Todtnau auf eine Abtheilung Freischaaren gestoßen, haben dieselben zersprengt und ihnen zwei kleine Konstanzer Kanonen weggenommen. (Schw. M.)

In Freiburg ist eine allgemeine Entwaffnung in Folge des nun eingetretenen Kriegszustandes vorgenommen worden. Man hat eine Menge gefangener Freischärler eingebracht. Man wird ihnen den Proceß machen und dem Recht seinen Lauf lassen, übrigens zwischen Verführern und Verführten wohl unterscheiden. Am 25. April sind die HH. Dr. Karl v. Rotteck, Buchhändler Emmerling, Schriftverfasser Reich und Hafner Kraus jun. mit Militärbegleitung nach Rastatt abgeführt worden.

Ueberlingen, 22. April. Die hier im Quartier befindlichen, so wie die in den umliegenden Dörfern einquartirten Bayern benehmen sich vorzüglich; sie sind äußerst leutselig, genügsam und artig gegen Jedermann, und zeigen sich wirklich als deutsche Brüder. Dabei beweisen sie eine unbestechliche Treue gegen ihre Pflicht. Gestern ward ein Versuch zur Verführung einiger Soldaten in einer Weinschenke dahier, wie man sagt, von zwei Konstanzern gemacht, der aber gänzlich scheiterte und die Verhaftung der Verführer zur Folge gehabt haben soll. (Südd. Z.)

Preußen.

Berlin, 25. April. Anstatt des Kriegsministers Hrn. v. Reyher wird nämlich, wie uns aus wohlunterrichteter Quelle versichert wird, der General v. Below, Generaladjutant des Königs, das Portefeuille des Krieges erhalten. Ihm wird als Chef des Kriegsdepartements der Obrist v. Auerswald, Bruder unseres Ministers des Innern, beigegeben werden und der Major v. Fischer vom Generalstabe aus Königsberg wird gleichfalls eine hohe Stellung im Kriegsministerium einnehmen. Mit diesen Ernennungen, welche, wie wir hören, so eben dem König zur Unterzeichnung vorgelegt worden sind, gehen zwei Maßregeln Hand in Hand, deren Wichtigkeit sogleich in die Augen springen wird, sobald man sie mit unserer militärischen Vergangenheit und unserer neuen Zukunft und ihrer Gestaltung zusammenhält. Es sollen sämmtliche Cadettenhäuser aufgehoben und in Wohnungen für Arbeiter verwandelt oder zu Arbeiterstellen eingerichtet werden. Zweitens soll das Gardelandwehrcorps aufgelöst und dadurch eine Auflösung der vor der Linie so bevorzugten Gardecorps „angebahnt" werden. (A. Z.)

Schleswig-Holstein.

Die Depesche über die Einnahme von Schleswig und Räumung Gottorps lautet: „Hauptquartier Schleswig, 23. April 1848, Abends 11 Uhr. An eine hohe provisorische Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein. Einer hohen Regierung theile ich die freudige Nachricht mit, daß nach einem mehrstündigen hartnäckigen Gefechte die Dänen zurückgeworfen worden, und die Stadt Schleswig bis zum Gotterper Schloßdamm Nachmittags gegen 2 Uhr in unsere Hände gekommen. Nachher wurde mit dem linken Flügel der Angriff erneuert, wobei die Stadt Schleswig umgangen, und bis zur Chaussee nach Flensburg vorgedrungen wurde. Um 7½ Uhr war das Gefecht beendet. In Folge der Umgehung ist das Schloß Gottorp von den Dänen geräumt worden. Der königl. preuß. General der Cavallerie v. Wrangel."

Hamburg, 25. April. (Gefecht bei Schleswig.) Im 20. und 31. Regiment sind 150 — 200 Dienstunfähige, worunter circa 50 Todte. Im Kaiser-Alexander-Regiment sind nur 9 Verwundete und Todte. — Auf Schloß Gottorp sind 120 dänische Gefangene eingesperrt. — Der Herzog von Braunschweig ist heute mit dem Vormittagszuge vom Kriegsschauplatze zurückgekehrt. (B. H.)

Bremen, 27. April. Eine Depesche des optischen Telegraphen von Altona, 25. April Abends, meldet: „Schleswig, Gotterf, wie auch Flensburg ist in unsern Händen. Ein Bataillon Dänen ist gefangen und ein Bataillon ist in die Schlei getrieben." — Der Schirrmeister der heute Morgen angekommenen Hamburger Post hat einige weitere Nachrichten mitgebracht: Flensburg soll mit Sturm genommen worden seyn, wobei von beiden Seiten sehr viele Menschen gefallen; der Kirchhof sey 4 Fuß hoch mit Todten ganz überdeckt gewesen. Ungefähr 700 Dänen sollen in's Wasser getrieben worden und ertrunken, 800 gefangen genommen, eine große Menge zu den Siegern übergegangen, so wie viele Schiffe erobert seyn. (W.-Z.)

Oesterreich.

Folgendes ist der Wortlaut der für einen Theil der österreichischen Staaten erlassenen Constitution: „Wir Ferdinand der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich; König von Ungarn und Böhmen, dieses Namens der Fünfte, König der Lombardei und Venedigs, von Dalmatien, Kroatien, Slavonien, Galizien, Lodomerien und Illyrien; Erzherzog von Oesterreich; Herzog von Lothringen, Salzburg, Steyermark, Kärnthen, Krain, Ober- und Niederschlesien; Großfürst von Siebenbürgen; Markgraf von Mähren; gefürsteter Graf von Habsburg und

Tyrol rc. rc. Ueberzeugt, daß die Staats-Institutionen den Fortschritten folgen müssen, welche in der Cultur und Geistesentwickelung der Völker eingetreten sind, und stets geneigt, anzuerkennen, daß die Uns anvertrauten Völker unter den Segnungen eines langjährigen Friedens auf der Bahn dieses Fortschreitens nicht zurückgeblieben sind, haben Wir denselben durch unser Patent vom 15. März d. J. die Ertheilung einer Verfassung zugesichert. Es gereicht Unserem Herzen zur Beruhigung, indem Wir Unser kaiserliches Wort lösen, die zahlreichen Merkmale treuer Liebe und Anhänglichkeit Unserer geliebten Völker dadurch zu erwiedern, daß Wir auf eine feierliche Weise Unsere Sorgfalt für ihr Wohl und Unser Bestreben an den Tag legen, ihren Rechtszustand zu sichern und ihnen eine, ihre Interessen sichernde Theilnahme an der Regelung der Angelegenheiten des Vaterlandes einzuräumen. In dieser Erwägung haben Wir nach den Anträgen Unseres Ministerrathes und nach sorgfältiger Prüfung derselben beschlossen, die beigefügte Verfassungs-Urkunde für die in derselben bezeichneten Länder zu ertheilen, welche Wir unter den gemeinsamen Schutz aller zu Unserem Reiche gehörigen Völker mit der festen Zuversicht stellen, daß dadurch das Band des Vertrauens zwischen dem Throne und dem Volke, und die seit Jahrhunderten bestehende Vereinigung der zur Monarchie gehörigen Reiche zu ihrem gemeinsamen Wohle noch inniger verschlungen werden wird. Wir verordnen daher, daß die in dieser Verfassungsurkunde enthaltenen Bestimmungen allen Unseren Unterthanen ohne Ausnahme so wie allen geistlichen, Civil- und Militärautoritäten zur unverbrüchlichen Richtschnur zu dienen haben. Wir behalten Uns vor, demnächst die Vertreter aller Provinzen in Folge eines provisorisch zu ertheilenden Wahlgesetzes wählen zu lassen, und zu dem abzuhaltenden Reichstage einzuberufen. Gegeben in Unserer kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien den fünfundzwanzigsten April im Eintausend achthundert und achtundvierzigsten, Unserer Reiche im vierzehnten Jahre. — Ferdinand m. p. — Ficquelmont, Minister des Aeußern und provisorischer Präsident. Pillersdorf, Minister des Innern. Sommaruga, Minister des Unterrichts. Krauß, Finanzminister. Zanini, Kriegsminister.

Verfassungsurkunde des österreichischen Kaiserstaates. I. Allgemeine Bestimmung. §. 1. Sämmtliche zum österreichischen Kaiserstaate gehörigen Länder bilden eine untrennbare constitutionelle Monarchie. — §. 2. Die Verfassungsurkunde hat auf folgende Länder des Kaiserreichs Anwendung, nämlich: auf die Königreiche Böhmen, Galizien, Lodomerien mit Auschwitz und Zator und der Bukowina, Illyrien (bestehend aus den Herzogthümern Kärnthen und Krain und den Gubernialgebiete des Küstenlandes), auf das Königreich Dalmatien, auf das Erzherzogthum Oesterreich ob und unter der Enns, die Herzogthümer Salzburg, Steyermark, Ober- und Niederschlesien, das Markgrafthum Mähren, die gefürstete Grafschaft Tyrol mit Vorarlberg. — §. 3. Die Gebietseintheilung der einzelnen Provinzen bleibt in ihrer gegenwärtigen Ausdehnung unberührt, und kann nur durch ein Gesetz abgeändert werden. — §. 4. Allen Volksstämmen ist die Unverletzlichkeit ihrer Nationalität und Sprache gewährleistet. — §. 5. Die Krone ist nach dem Grundsatze der pragmatischen Sanction vom 19. April 1713 in dem Hause Habsburg-Lothringen erblich. — §. 6. Der Thronfolger ist nach dem zurückgelegten achtzehnten Jahre volljährig. — §. 7. Für den Fall seiner Minderjährigkeit, oder der Unfähigkeit zur Selbstregierung wird eine Regentschaft nach einem besonderen Gesetze bestellt. — II. Der Kaiser. §. 8. Die Person des Kaisers ist geheiligt und unverletzlich. Er ist für die Ausübung der Regierungsgewalt unverantwortlich; seine Anordnungen bedürfen aber zur vollen Gültigkeit der Mitfertigung eines verantwortlichen Ministers. — §. 9. Der Kaiser legt bei Eröffnung des ersten Reichstages und jeder Nachfolger unmittelbar nach seinem Regierungsantritte den Eid auf die Verfassungsurkunde ab. — §. 10. Dem Kaiser gebührt die vollziehende Gewalt allein, und er übt die gesetzgebende im Vereine mit dem Reichstage aus. — §. 11. Er besetzt alle Staatsämter, verleiht alle Würden, Orden und Adelsgrade, führt den Oberbefehl und verfügt über die Land- und Seemacht. — §. 12. Er erklärt Krieg und schließt Frieden und Verträge mit fremden Regierungen. Alle Verträge mit fremden Staaten bedürfen der nachträglichen Genehmigung des Reichstages. — §. 13. Dem Kaiser steht die Belohnung ausgezeichneter Verdienste zu, er hat das Recht der Begnadigung und Strafmilderung, welches jedoch bei verurtheilten Ministern von dem Einschreiten einer der beiden Kammern des Reichstages abhängig ist. — §. 14. Alle Rechtspflege geht vom Kaiser aus, und wird in seinem Namen ausgeübt. — §. 15. Im Reichstage hat der Kaiser das Recht zum Vorschlage von Gesetzen, die Sanction aller Gesetze steht ihm allein zu. — §. 16. Er beruft jährlich den Reichstag und kann ihn vertagen oder auflösen, in welchem Falle unter Einhaltung der Frist von neunzig Tagen ein neuer Reichstag einberufen wird. In dem Falle des Ablebens des Kaisers hat sich der Reichstag inner der Frist von vier Wochen zu versammeln.

(Fortsetzung folgt.)

Sommaruga ist an Taafe's Stelle zum Justizminister ernannt und führt interimistisch auch das Portefeuille des Unterrichts. Der Kaiser hat zur Einlösung der niederen im Wiener Versatzamt liegenden Pfänder die Summe von 100,000 fl. angewiesen. — Das Ministerium erklärt öffentlich, daß der Kaiser die Auflösung der Zifferkanzlei befohlen habe. — Der Verein der Schriftsteller Wiens, welcher dem Minister des Innern bei dem Erscheinen des Preßgesetzes das Anerbieten gemacht hat, die erforderlichen Verbesserungen dieses Gesetzes zu bezeichnen, hat demselben das Ergebniß seiner Berathungen in dem Vorschlage zu einem neuen Preßgesetze übergeben. In Folge dessen wurde ein Comité zur Prüfung dieser Arbeit zusammengesetzt, an welchem Mitglieder jenes Vereines Theil nehmen werden. — Der jesuitenfreundliche Graf Brandis wird seine Stelle als Gouverneur von Tyrol niederlegen.

Oesterreichische Monarchie.

In Galizien ist wilde Gährung in den Massen, in Ungarn dauert noch immer die Judenverfolgung fort, in Böhmen soll ein beträchtlicher Aufruhr stattgefunden haben.

Italien.

Görtz 24. April. Nach erfolgter Ratificirung der Convention rückten die k. k. Truppen gestern Nachmittag ein Uhr in Udine ein, wo sie Waffen, Munition und drei Kanonen gefunden haben. Die von Tarvis anrückenden k. k. Truppen griffen den Feind bei Pontebo mit Nachdruck an und zwangen ihn zum Rückzuge. Eilboten gehen in alle Richtungen der Provinz Friaul ab, um die Feindseligkeiten einzustellen und die Wege gangbar zu machen. Heute setzen die Truppen ihren Marsch nach Udine fort und besetzen Codroipo. Graf Hartig, an Se. Exc den Hrn. Minister des Aeußern.

Genua, 20. April. Admiral Baudin ist heute auf dem Dreidecker Friedland in Begleitung von zwei anderen Kriegsschiffen ersten Ranges und zwei Dampffregatten im Golf von Spezzia eingelaufen; weitere Schiffe werden binnen kurzem erwartet. (A. Z.)

tadelle. (A. Z.)

Am 18. haben die toscanischen Truppen den Po überschritten, den Tag zuvor die Vorhut der römischen.

In Neapel ward am 14. April Fr. P. Ruggiero zum Minister des öffentlichen Unterrichts ernannt. Die Eingangssteuer auf fremde Zeitungen ist (9.) auf die Hälfte herabgesetzt; das Ausführen von Geld und Gold- oder Silberbarren aus dem Königreich ist (12) provisorisch verboten. — In Florenz hat der Aufenthalt des Adam Mizkiewicz Anlaß zu Feierlichkeiten gegeben. Deutsche (!) und Italiener zogen am 16. April vor seine Wohnung und redeten ihn an; der eine deutsche Sprecher war so gerührt, daß er seine Anrede nicht beenden konnte. Mizkiewicz dankte, wie es scheint, blos den Italienern. Vom Balcon herab sprach er zu dem „Popolo Toscano“ und erklärte unter anderm: „das wieder auferstandene Polen wird alle Slaven, Croaten, Dalmaten, Böhmen, Mähren und Illyrier wieder auferstehen machen.“ Am 17. hatte Mizkiewicz eine lange Audienz beim Großherzog. — Zum Haupt der provisorischen Regierung von Parma ward (12.) Graf Ferdinand v. Castagnola ernannt. (A. Z.)

Neapel, 19. April. Ferdinand II. protestirt aufs neue gegen die Erklärung des sicilischen Generalparlaments vom 13. April. Er nennt sie illegiale, irrita e nulla n di niun valore. Im Generalparlament zu Palermo sollen die Parteien keineswegs freundschaftlich einander gegenüberstehen, ja es soll Syracus, welches jetzt ganz von königl. neapolitanischen Truppen geräumt ist, sich entschieden für König Ferdinand und die Constitution ausgesprochen haben. In Messina fand keine weitere Kanonade statt, täglich jedoch werden Flintenschüsse gewechselt. Pronio liegt mit 2900 Mann in der Ci-

Palermo, 14. April. König Ferdinand von Bourbon, seine Söhne, die ganze Familie sind seit gestern des Throns und der Krone aufs feierlichste verlustig erklärt. Unbeschreiblicher, unaussprechlicher Jubel bemächtigte sich bei dieser Verkündung des unermeßlichen in den Straßen auf den Beschluß harrenden Volkes; die ganze Stadt wurde im Augenblicke beleuchtet, auch nicht ein Fenster ausgenommen, und die ganze wilde Nacht hindurch dauerte die Freude. Heute früh fand sich die Marmorbildsäule aller Könige, Karl III. allein ausgenommen, umgestürzt — die bronzenen Bildsäulen Kaiser Karls V (Habsburg) und des Königs Philipp IV. sind zum Einschmelzen für Kanonen bestimmt — ein Gesetz verordnet dies, sowie das Einschmelzen aller unnütz gewordenen Glocken. Ein neues Gesetz, eben in Berathung, ordnet den wichtigen Finanzzweig der Grundsteuer und befiehlt, die sonst nach früheren Gesetzen in den Schatz von Neapel zu zahlenden Capitalien der Minderjährigen, unter Vormundschaft stehenden und verheiratheten Frauen, sowie der Bürgschaften der Finanzbeamteten, nunmehr dem sicilianischen Schatze zu überliefern und dafür 5procentige Renten entgegenzunehmen. Man gibt Obligationen zu 100 Unzen aus, welche in 10jährigen Fristen wieder abbezahlt werden sollen, bis dahin aber einen Zins von 6 pCt. eintragen. Auf diese Weise hofft man den in die Enge getriebenen Finanzen zu Hilfe zu kommen, da der Versuch eines Anlehen von 500,000 Unzen sowohl bei Rothschild als bei den hiesigen Capitalisten trotz der großmüthigen Hinopferung einiger, welche indeß nur bis 200,000 Unzen reichten fehlgeschlagen hat. (A. Z.)

Allen lieben Freunden und Bekannten bei meiner Abreise von München ein herzliches Lebewohl.

München, 30. April.

A. Schubert.

Münchener Schrannen-Anzeige vom 29. April 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest.	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	3007	2946	61	18	41	—	—	—	45
Korn	1234	1184	50	12	3	—	—	1	6
Gerste	1364	1064	300	9	29	—	—	—	1
Haber	825	816	9	5	33	—	—	—	8

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag, den 30. April: „Alessandro Stradella“, Oper von Flotow.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. H. Bohl, Privatier v. Eisenach.

Gold. Hirsch. HH. v. Kotzebue und v. Hippius, Particuliers v. Petersburg; v. Hootrup, Particulier v Bremen.

Gold. Kreuz. HH. v. Moy, Appellationsgerichtsrath von Neuburg; v. Weckbecker, Regierungsrath v. Altötting; v. Fischinger, Hofrath v. Schillingsfürst

2389. (3a) Die

Molken- und Bad-Anstalt

Kreuth

wird am 1. Juni l. Js. eröffnet.

Die fixirten Preise sämmtlicher Bedürfnisse, welche die Anstalt verabreicht, sind aus den gedruckten Satzungen zu ersehen, die bei der Anstalt gratis zu haben sind.

Mit Bestellungen beliebe man sich entweder an Se. kgl. Hoh. des Prinzen Carl von Bayern Güter-Administration Tegernsee oder an die Bad-Anstalt Kreuth selbst zu wenden.

Schubert, verantwortlicher Herausgeber.

Nr. 113.

Man pränumerirt auf die Nr. 3 in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger Gasse Nro. 31; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag — XLIX. Jahrgang. — 1. Mai 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 25. April. Vierzigste Sitzung der deutschen Bundesversammlung. In der heutigen Sitzung wurde der neue Gesandte der provisorischen Regierung für Holstein, Prof. v. Madai, eingeführt. Preußen zeigte an, daß der General v. Wrangel zum Oberbefehlshaber der preußischen und der zum 10. Armeecorps gehörigen in Schleswig-Holstein agirenden Truppen ernannt worden sey, worauf diesem General der nach der Kriegsverfassung auszustellende Revers zugefertigt und derselbe angewiesen wurde, künftig seine Berichte unmittelbar an den Militärausschuß zu richten. Verschiedene Anzeigen des Oberbefehlshaber des 7ten und 8ten Armeecorps über die Operationen der Truppen im badischen Oberlande wurden verlesen bei welcher Gelegenheit der badische Gesandte sich anerkennend über die Treue, den Eifer und die Tapferkeit der operirenden Bundestruppen aussprach. Der nassauer Gesandte zeigte an, daß die nassauer Brigade vom Obristen v. Ahlefeld befehligt würde. Der badische Gesandte zeigte an, daß die Wahlen zur Nationalversammlung im ersten Drittheil des Monats Mai im Großherzogthum Baden würden bewerkstelligt seyn; der Gesandte für Luxemburg, daß in Luxemburg, und in Limburg die nöthigen Einleitungen zur Vornahme der Wahlen getroffen seyen. Der österreich. Gesandte zeigte an, daß in allen österreichischen zum deutschen Bunde gehörigen Ländern die Wahlen zur Nationalversammlung eingeleitet seyen, die Abgeordneten aber vor dem 18. l. M. nicht würden in Frankfurt eintreffen können, und deßhalb die Verlegung der Eröffnung der Nationalversammlung bis zu jenem Zeitpunkt beantragt werden müsse, weil sonst Oesterreich die Beschlüsse einer ohne Mitwirkung seiner Deputirten zusammentretenden Versammlung nicht als bindend anerkennen könne. Diese Anzeigen wurden dem Revisionsausschuß zur baldigen Begutachtung überwiesen. Der Militärausschuß erstattete über viele Militärangelegenheiten Berichte, namentlich die Armirungskosten der Festung Mainz, die Anschaffung von Pontons für dieselbe, die Bestreitung mehrerer Ausgaben der Festung Luxemburg u. s. w. Aus Veranlassung eines Berichts der Militärcommission wurde die großherzoglich hessische Regierung ersucht, unverzüglich zu bewirken, daß nicht in Widerspruch mit den §§. 14 und 15 des Festungsreglements die Bürgerbewaffnung in Mainz unabhängig vom Festungsgouvernement ausgeführt werde, sondern die Bestimmungen jener Paragraphen genau beachtet würden. Die Eingabe vieler Einwohner von Lauenburg, die Erfüllung der Bundespflichten von Seite des Fürstenthums Lauenburg betreffend, wurde einer Commission zur Begutachtung überwiesen, ebenso eine Anzeige der hannoverischen Regierung, daß sie auf Requisition der Lauenburger Regierung Truppen zu deren Disposition gestellt habe, zum Schutz des Landes gegen innere Unruhen. Der hannoverische Gesandte zeigte ferner an, daß seine Regierung die erforderlichen Vorkehrungen zum Schutz ihrer Küsten getroffen habe, dieserhalb auch mit den Hansestädten in Benehmen getreten sey. Der luxemburgische und der mecklenburgische Gesandte zeigen an, daß ihre Regierungen der Aufforderung des Bundes gemäß die Ausfuhr der Pferde verboten hätten. Der badische Gesandte beantragte eine, wenn auch nur provisorische Festsetzung angemessener Bestimmungen, bezüglich der für die Verpflegung von Bundestruppen in andern Bundesstaaten zu leistenden Vergütungen, welcher Antrag seiner Commission zur Begutachtung überwiesen wurde. Daßelbe wurde hinsichtlich einer Eingabe des Ausschusses des Vereins für die Leitung der Auswanderung beschlossen, worin dieser Ausschuß bat, die Bundesversammlung möge sich mit ihm wegen Beförderung der nationalen Zwecke des Vereins in Benehmen setzen. Eine gleiche Beschlußnahme erfolgte auf einen Antrag der bayerischen Regierung wegen Verschaffung der erforderlichen Räume zur Casernirung der Besatzungstruppen in Ulm auf Kosten des Bundes.

Frankfurt. Einundvierzigste Sitzung der Bundesversammlung vom 26. April 1848. Es haben unterm 20. und 25. April die Regierungen mehrerer Bundesstaaten, deren Abgeordnete zwei Drittel der Gesammtzahl bilden, angezeigt, daß die Abgeordneten dieser Länder nicht bis zum 1. Mai, sondern erst acht Tage bis drei Wochen später hier werden eintreffen können. Die Bundesversammlung beschließt daher: diejenigen Regierungen, in deren Landen die Wahlen nicht schon früher vollendet seyn können, aufzufordern, dieselben in der Weise zu beschleunigen, daß die Sitzungen der Nationalversammlung am 18. Mai beginnen können, und demgemäß die sämmtlichen Regierungen zu ersuchen, alle gewählten Abgeordneten einzuladen, sich spätestens bis zum 18. Mai in Frankfurt einzufinden.

Frankfurt, 27. April. Nach einer fast 6stündigen Discussion, welche einen Theil der Vormittags- und die ganze Abendsitzung einnahm, ist so eben (Abends 8 Uhr) über den Antrag, die Executivgewalt des Bundes betreffend, abgestimmt worden. Derselbe wurde mit 23 gegen 16 Stimmen angenommen, und zwar mit der von der Commission beantragten Aenderung, daß der Wahl der drei Mitglieder (des sogenannten Triumvirats) nicht bloß Rücksprache, sondern Vereinbarung mit dem Fünfzigerausschuß vorangehen müsse. Ferner wurde auf Hergenhahn's Antrag beschlossen, daß die Wahl des Bundesfeldherrn nicht bis zur Ernennung der drei Mitglieder verschoben, sondern sofort vorgenommen werden solle. Vor der Abstimmung über den Hauptantrag waren eine Menge von der Opposition vorgeschlagene Modificationen verworfen worden. (A. Z.)

Der Triumviratsantrag ward in folgender Fassung angenommen: „Die Bundesversammlung soll durch drei Mitglieder verstärkt werden, welchen die Wahl die Bundesoberfeldherrn, der diplomatische Verkehr zwischen Deutschland und den auswärtigen Mächten, sowie die executive Gewalt in eilenden Fällen unter eigener Verantwortlichkeit, in allen anderen Fällen aber nach dem Rathe der Bundesversammlung übertragen wird. Die drei Personen werden von der Bundesversammlung nach Vereinbarung mit den Männern des Vertrauens und mit dem permanenten Ausschuß den Regierungen vorgeschlagen. Dieselben sind für ihre Handlungen der deutschen Nation verantwortlich, und ihre Wirksamkeit währt so lange, als sich nicht die constituirende National-Versammlung gegen deren Fortdauer erklärt."

Frankfurt, 28. April, Morgens. Der Bundes-Versammlung ist gestern von den Vertrauensmännern der von ihnen angefertigte Entwurf einer Reichsverfassung für Deutschland mit einem Vorwort Dahlmanns und dem Beifügen übergeben worden, daß sie denselben sofort der Oeffentlichkeit übergeben würden. In Mainz hat sich gestern das republicanische Bürger-Comité nach Austritt von 11 seiner Mitglieder aufgelöst. (A. Z.)

Frankfurt a. M., 26. April. Zu Anfang der heutigen Vormittagssitzung des Fünfzigerausschusses entspann sich zuerst in Folge einer Anfrage aus dem Großherzogthum Posen eine Debatte darüber, ob dem Verlangen nach Aufnahme eines Abgeordneten der dortigen Deutschen stattzugeben sey. Die Abstimmung ergab Verwerfung des Antrags auf Zulassung mit berathender Stimme; dagegen soll die Zuziehung zu Commissionsberathungen statthaft seyn. Der Präsident v. Soiron und Rob. Blum theilen Privatbriefe über die neuesten Vorgänge in Baden mit. In dem von Blum verlesenen Schreiben sind harte Anklagen gegen das Benehmen des hessischen Militärs enthalten, welche von Reh, Buhl und Mathy energisch zurückgewiesen wurden. Buhl verlangt, die ganze Nation solle aufgefordert werden, an die bedrohten Gränzpunkte zu eilen, und dort den Bürgerkrieg niederzuhalten. Venedey beantragt Errichtung eines Parlamentscorps, an dessen Spitze Mitglieder des Ausschusses treten würden. Dieser Antrag sowie jener Jacoby's in Betreff der mit den Beschlüssen des Parlaments in Widerspruch stehenden Erklärung der Wiener Zeitung über das Verhältniß Oesterreichs zum deutschen Bunde werden demnächst berathen werden. Venedey beantragt ferner Ernennung einer Commission, welche dafür sorgen soll, daß vom 1. Mai an alle Beschlüsse der constituirenden Versammlung umfassend und rasch veröffentlicht werden. Pagenstecher erstattet den Bericht über die Polenschar. Die Commission ist der Ansicht, daß die Herstellung Polens eine heilige Pflicht für Deutschland sey, daß letzteres aber erst seine eigene Freiheit und Unabhängigkeit sicherstellen müsse, und daß auch die Interessen der deutschen Bevölkerung Posens ernstliche Berücksichtigung verdienen. Die Commission beantragt vorerst eine Deputation zur Ermittelung der Verhältnisse und Beschwichtigung der Aufregung nach Posen und Galizien zu senden. Der Entwurf der Adresse an die Tiroler wurde von Wiesner verlesen und sogleich einstimmig angenommen. (A. Z.)

Frankfurt, 26. April. Bei der Berathung über die Polenfrage in der heutigen Abendsitzung des Fünfzigerausschusses äußerte sich von allen Seiten lebhafte Sympathie für Polen, aber auch Mißbilligung zu weitgehender Ansprüche, und entschiedene Gesinnung den Rechten Deutschlands und der deutschen Bevölkerung Posens nichts zu vergeben. Es wurde namentlich hervorgehoben, daß bis zur gänzlichen Reorganisation der polnischen Gebietstheile Stadt und Festung Posen unter preußischer Herrschaft bleiben muß; von andern Seiten drang man sogar darauf, daß Stadt und Festung Posen als Schlüssel Deutschlands niemals abgetreten werden dürfe. Die Versammlung beschloß: die Entscheidung der polnischen Frage der Nationalversammlung zu überlassen, dabei schon jetzt im Sinn der Beschlüsse des Vorparlaments als ihre Ansicht auszusprechen, daß das durch die Theilung Polens verübte Unrecht durch Wiederherstellung desselben als selbstständiger Staat zu sühnen sey, daß übrigens der Beschluß des Vorparlaments keineswegs die Wahrung der Interessen Deutschlands und der Deutschen im Großherzogthum Posen ausschließen wollte und konnte. Da durch Reh angeregt worden war, daß den Beschlüssen (Wünschen) des Ausschusses zuwider den durch Deutschland in ihre Heimath ziehenden Polen Hindernisse in den Weg gelegt und namentlich der Eintritt in Preußen erschwert wurde, so daß viele derselben in Dresden und Braunschweig

liegen bleiben müßten (Jürgens versicherte, der Anstand liege darin, daß ihre Pässe von dem preußischen Gesandten in Paris nicht visirt seyen), so wird der Bundestag dringend ersucht, bei den Regierungen ungehinderten Durchzug den Polen zu vermitteln. Die von der Commission beantragte Absendung einer Deputation nach Polen wurde nicht genehmigt. v. Soiron berichtet über den in Gemeinschaft mit dem Bundestag und den Vertrauensmännern entworfenen Vorschlag in Betreff der Executivgewalt des Bundes. Die Bundesversammlung soll durch drei Mitglieder verstärkt werden, welchen die Wahl des Oberfeldherrn, die Leitung des diplomatischen Verkehrs mit dem Ausland, und in dringenden Fällen auf eigne Verantwortung (außerdem aber nur nach vorgängiger Berathung des Bundestags) die vollziehende Gewalt zu übertragen wäre. Die drei Mitglieder sollen von der Bundesversammlung nach erfolgter Rücksprache mit den Vertrauensmännern und dem Fünfzigerausschuß den Regierungen vorgeschlagen werden, der deutschen Nation für ihre Wirksamkeit verantwortlich seyn, und letztere nur so lang dauern, als die Nationalversammlung es für passend findet. Hr. v. Soiron glaubt, daß bei der schwierigen Lage Deutschlands nach innen und außen eine solche Behörde sich besser zur vollziehenden Gewalt eigne, als eine vielköpfige, von Instruction abhängige Diplomatenversammlung. Durch die obigen Bestimmungen sey hinlängliche Garantie gegen Reactionsgelüste — wenn solche bei der entschiedenen Haltung des deutschen Volks irgend denkbar wären — dargeboten. Das sicherste Mittel gegen Reaction liege übrigens darin, daß man Empörung und Anarchie mit kräftiger Faust daniederhalte. Der Vorschlag wird in der morgenden Vormittagssitzung berathen werden, obgleich Jacobi, darauf gestützt, daß ähnliche Vorschläge in zwei geheimen Sitzungen des Ausschusses bereits verworfen worden seyen, die Discussion bis nach Veröffentlichung dieser geheimen Verhandlung — d. h. bis übermorgen — ausgesetzt wissen wollte. (A. Z.)

Zu Abgeordneten nach Frankfurt wurden gewählt in **Württemberg.** Ulm: Professor **Haßler**, Eßlingen: Professor **Warm** in Hamburg. Besigheim: Regierungsrath **Schoder**. Heilbronn: Bierbrauer **Hentges**. Biberach: Freiherr v. **Hornstein**. — **Baden.** Karlsruhe: Buchdruckereibesitzer **Malsch**. — **Kur-Hessen.** Marburg: Professor **Hildebrand**. Fulda: Obergerichtsrath **Werthmüller**. Fritzlar: Oberbibliothekar **Bernhardi** zu Kassel. Gelnhausen und Schlüchtern: Regierungsrath **Wippermann**. Melsungen und Witzenhausen: Fabrikant **Schwarzenberg**. Eschwege: Oberbibliothekar **Bernhardi**. Hersfeld: Pfarrer **Jakobi**. Hofgeismar: Regierungsrath **Wippermann**. Kassel: Obergerichtsanwalt **Schwarzenberg**. Ziegenhayn: Justizrath **Cuprim** in Frankfurt. Hanau: Oberbürgermeister **Rühl**. — **Nassau.** Limburg: Conrector **Schulz** in Weilburg. Im fünften Wahlbezirke: Regierungsrath **Hohner** in Wiesbaden. — **Braunschweig.** Braunschweig: Landtags-Abgeordneter **Hollandt**. — **Sachsen.** Koburg: Hofadvocat Moritz **Briegleb**, Schriftführer des Fünfziger-Ausschusses. — **Mecklenburg.** Wismar: Gymnasial-Lehrer Dr. **Haupt**. — **Hamburg.** Hamburg: Die HH. **Merck**, **Roß** und **Heckscher**.

Bayern.

Landtag.

München, 1. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XVIII. auf heute um 9 Uhr Vormittags angesetzte öffentliche Sitzung. 1. Verlesung des Protokolls der XVII. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Verlesung des Beschlusses über die Rechnungen der Staatsschuldentilgungs-Anstalt vom Jahre 1845/46. — 4. Verlesung des Beschlusses über den Gesetzentwurf: die Verhältnisse der Sparcassen, und beziehungsweise die bei der Staatsschuldentilgungs-Anstalt anliegenden Sparcasse-Capitalien betr. — 5. Vortrag, Berathung und Schlußfassung über die Rückäußerungen der Kammer der Reichsräthe bezüglich auf den Gesetzentwurf: die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichtsorganisation, über das Verfahren in Civil- und Straf-Sachen und über das Strafrecht betr. — 6. Vortrag, Berathung und Schlußfassung über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über den Entwurf eines Edictes: die Freiheit der Presse und des Buchhandels betr. — 7. Vortrag des Secretärs des Petitionsausschusses über die geprüften Anträge der Abgeordneten, Berathung und Schlußfassung über die Zuläßigkeit der von dem Ausschusse zur Vorlage an die Kammer geeignet befundenen Anträge.

---

*† München, 1. Mai. Ihre Maj. die Königin und der neugeborne Prinz befinden sich wohl.

§§ Von der Isar, 1. Mai. „Dieser Aufsatz ist sichtlich unter den Eindrücken, wie sie noch vor wenig Tagen herrschten, geschrieben.“ Mit diesen Worten commentirt der bisherige Herausgeber dieser Blätter die Betrachtungen, die unter der Chiffer = in Nro. 111 dieser Blätter in Beziehung auf das Verhalten einiger deutschen Cabinete in unserer Nationalangelegenheit enthalten sind. Es mag allerdings der ehrenwerthe Herausgeber erschrocken seyn, in seinem Blatte einmal derlei Verhältnisse freimuthig besprochen und eine empörende Geschichte bei dem rechten Namen genannt zu sehen. Paßt doch solche Sprache nicht in das Leben Desjenigen, der, daheim ohne Geltung, vom Norden nach dem Süden wanderte, daselbst aus Gefälligkeit für Adelsche Weltansichten und Versorgungsplätzchen convertirte, gleichwohl wie der Poet in Schiller's Theilung der Erde leer ausging, und nun zu den „Hoch“ rufenden Berlinern sich zurückwendet, um dort den Dank zu ernten, den er als reuig Zurückkehrender 99 Gerechten wegzuschnappen gedenkt. Doch zur Sache. Der Correspondent = hat in den erwähnten Betrachtungen keineswegs zu viel gesagt. Daß nun die preußischen Truppen in Schleswig angriffen und die übrigen Bundestruppen allgemach hinterherziehen, ändert nichts an dem Verhältnisse, daß die Truppen an die Grenze Schleswigs gesendet worden waren, ohne die dem Bundesbeschlusse entsprechende Ordre mitbekommen zu haben, sondern genöthigt waren, nicht etwa bei der Bundesversammlung, sondern bei ihren respectiven Regierungen anzufragen, ob es mit dem Vollzuge des Bundesbeschlusses Ernst werden soll oder nicht. Hierin liegt das Bedenkliche der Sache. Wer möchte übrigens untersuchen, wie viel Antheil an der endlich erfolgten Ordre die auf preußische Schiffe gelegte dänische Beschlagnahme hatte; wie viel der aufrichtige Eifer für Vollzug des Bundesbeschlusses. Und blicken wir auf Oesterreich, so sind die Vorwürfe winkelzügiger Politik nicht weniger gegründet. Oesterreich hat erklärt, es werde die Beschlüsse der constituirenden Versammlung zu Frankfurt nur so weit anerkennen, als sie in der Natur eines Staatenbundes gelegen seyen, außerdem müsse das Recht der Ablehnung vorbehalten bleiben. Wer sähe nicht, daß hiemit die von ganz Deutschland verworfene, von der ganzen Welt längst nur verhöhnte bisherige Bundesverfassung festgehalten wäre; wer sähe nicht, daß dieses Wort allein schon hinreichen könnte, unser Vaterland in einen fürchterlichen Bürgerkrieg zu stürzen und es von Neuem den hungrigen Feinden in Ost und West zur Beute zu machen; wer sähe nicht, daß die dadurch erzeugte immense Entrüstung des deutschen Volks dem monarchischen Principe höchst gefährlich werden müßte, weil man diesem, statt der ungeschickten Eitelkeit des Wiener Cabinets, diese Sünde zur Last legen würde; wer sähe nicht, daß mit solchen Grundsätzen veralteter Herrschaft, selbst aller vernünftigen Herrschaft das Grab gegraben würde, und daß folglich in der That nichts vergessen und nichts gelernt worden ist? Aber Oesterreich hat ja seine Erklärung von einem Druckfehler gereinigt und gesagt, es verstehe sich dieselbe nur von einem „Bundesstaate“. Allein hiemit ist gar nichts gebessert; denn es fragt sich, was hat Oesterreich bei dieser Correctur mit dem Worte „Bundesstaat“ verstanden; hat es ganz Deutschland oder nur Oesterreich damit gemeint? Dieß bleibt zweifelhaft. Im letzten Falle ist offenbar an dem Sinne seiner früheren Erklärung gar nichts geändert. Im ersten Falle aber ist nicht zu übersehen, daß das Verhältniß des Einzelstaates zu dem Gesammtbundesstaate noch keineswegs unbedingt feststeht, sondern durch die constituirende Versammlung in Frankfurt erst festgestellt werden muß. Der Vorbehalt Oesterreichs ist daher nichts anderes als die Erklärung, die Gesetzgebung der constituirenden Versammlung nur in so weit annehmen zu wollen, als sie den vom österreichischen Cabinete gefaßten Ideen entspricht, somit ein Erheben der Einzelinteressen über den Willen und das Wohl der Gesammtheit, eine Ankündigung, sich der Einigung und Einheit unter dem Vorwande, es liege dieses und jenes nicht in der Natur eines Bundesstaates, zu widersetzen. Dieß ist doch offenbar eine winkelzügige Politik! Fahren einzelne deutsche Cabinete fort, solche Grundsätze aufzustellen und würden sie dieselben befolgen, so ist mit der eintretenden Bundesexecution auch der Bürgerkrieg eröffnet, welcher Oesterreich wie Preußen zerstören muß, weil im eigenen Lande dieser Staaten ein großer Theil der deutschen Bevölkerung sich gegen die Regierung wenden wird und überdieß das italische, magyarische, polnische, czechische Element hiemit die ersehnte Gelegenheit, sich unabhängig zu machen, erkennen und benutzen wird. Russische Hilfe zieht französische nach sich, und auch die Dänen und Engländer werden nicht müßig bleiben. Unser Handel, unsere Industrie, unser Wohlstand wird vernichtet, Frankreich wird seine Grenzen am Rheine finden, Rußland die seinigen in die Mitte Deutschlands verlegen, auf dem Brenner wird Italien Wache halten. Oesterreich und Preußen, aber auch die Macht und Ehre Deutschlands wird vernichtet werden. Wem dieser Abgrund nicht weit und schrecklich genug ist, der wage es, Grundsätze der Selbstsucht zu vertreten, das Verbrecherische separatistischer Politik zu verkennen und das Vaterland darüber durch süßliche Worte zu beschwichtigen!

München, 29. April. Von Parlamentswahlen habe ich mit Bestimmtheit nur die Wahl des Grafen **Hegnenberg**, des Professors **Edel** und des Dr. **Sepp** erfahren. Die Wahl des letzteren erfolgte in Rosenheim durch eine Majorität von 80 Wahlmännern, worunter etwa 25 Geistliche. Die Minorität, etwa 40, wird die Wahl wahrscheinlich beim Parlamente anfechten, weil in Rosenheim die gewählten Wahlmänner nicht die absolute Majorität hatten, und in Tölz ein daselbst gar nicht domicilirender Freund des Dr. Sepp, Dr. Recht dahier, als Wahlmann gewählt wurde. Wegen des ersteren Punctes versagte, wie ich höre, die Regierung von Oberbayern die Abhilfe, und mit dem letzteren sowie andern Bedenken soll bei der Heftigkeit der Versammlung es der Minorität unmöglich gewesen seyn, beim Wahlausschuß durchzudringen. Ersatzmänner des Dr. Sepp wurden Regierungsrath Graf Reigersberg und der frühere Professor Dr. Philipps. — In Erding Stadtgerichtsdirector Barth; in Landshut Regierungspräsident Zenetti; in Rosenheim Prof. Lasaulx; in Tölz Dr. Sepp. (A. Z.)

Augsburg. Außer den obengenannten Wahlen zur deutschen constituirenden Versammlung erfahren wir folgende: im Wahlbezirk Untergünzburg: Oberappellationsgerichtsrath **Cucumus**; 1. Ersatzmann: Advocat Dr. Stockinger von Frankenthal; 2. Ersatzmann: Professor Fallmerayer. In Nördlingen ist, wie wir bereits angezeigt, ebenfalls Hr. **Cucumus** gewählt; optirt dieser für Nördlingen, so wird in Günzburg Dr. Stockinger Abgeordneter; entscheidet sich Cucumus aber für Günzburg, so wird Abgeordneter für Nördlingen der erste Ersatzmann, Frhr. v. **Rotenhan**, der frühere Präsident der Kammer der Abgeordneten. Zweiter Ersatzmann in Nördlingen ist Appellationsrath Gramm in Neuburg. In Kempten, wo die Wahl auf Professor **Haggenmüller** gefallen, sind Ersatzmänner: Rechtspraktikant Müller zu Füßen (Bruder des Professors J. Müller in München) und Hr. Karl Forster in Augsburg. In Kaufbeuern: Abg. Dr. **Barth**. Ersatzmänner: Professor Edel und Ministerialrath Hermann. — Indem wir diese Wahlen überblicken, finden wir überall das konstitutionell-monarchische Prinzip vertreten, selbst in Bamberg, in Folge der ausdrücklichen Erklärung des Dr. Titus. Eisenmann ist dreifach, Cucumus zweifach gewählt. — **Nachschrift.** In Dillingen fiel die Wahl auf Dekan **Vogel**; in Memmingen auf den Landgerichtsassessor **Maier** in Ottobeuern.

Nürnberg, 28. April. Mit den Altdorfer Wählern fanden sich heute 121 Männer ein, **einstimmig wurde Eisenmann gewählt**, und als Ersatzmänner der Advocat Dr. Kraft und Stadtgerichtsassessor Dr. Kalb, Bruder des hiesigen Banker. (A. Z.)

Erlangen, 28. April. Die Zahl der anwesenden Wahlmänner betrug 126. Einer konnte wegen Krankheit an der Abstimmung nicht theilnehmen. Zum Abgeordneten wurde gewählt Dr. **Eisenmann**, mit 83 Stimmen, zum ersten Ersatzmann Oberappellationsgerichts-Rath Glück zu München, mit 115 Stimmen, zum zweiten Ersatzmann Hr. Stöcker, Posthalter zu Langenfeld, mit 87 Stimmen. Die republikanische Meinung hatte im Wahlbezirk Erlangen fast gar keinen Anhang. (A. Z.)

Bamberg, 28. April. Heute Vormittag wurde von den Wahlmännern der Stadt und der Landgerichte Bamberg I. und II., wie des Landgerichts Scheßlitz mit 118 Stimmen unter 122 Rechtsanwalt Titus zum Abgeordneten nach Frankfurt gewählt, nachdem derselbe zuerst erklärt hatte, er erkenne zwar die republikanische Verfassung für die zweckmäßigste, werde aber, da sich die Majorität für die constitutionelle Monarchie ausspreche, den Willen seiner Mandanten in diesem Sinne vertreten. (A. Z.)

Württemberg.

Eßlingen, 27. April. (Parlamentswahl.) Prof. Wurm aus Hamburg ist in diesem seinen Heimatsort mit 5426 Stimmen gewählt. Ersatzmann ist Mayer. — Reutlingen, 27. April. Vischers Wahl ist gesichert. (Das gestrige Stuttgarter Wahlresultat bezüglich Pfizers bezog sich nur auf den ersten Wahltag; noch gehen die Abstimmungen fort.)

Baden.

Karlsruhe, 28. April. Die Nachrichten aus dem Oberlande fangen an, beruhigender zu lauten. Im Wiesenthal bei Todnau wurden über 200 Mann, der Rest von Siegels Schaar, von den Württembergern zu Gefangenen gemacht. Freiburg ist entwaffnet, und mit Executionstruppen gefüllt, welche ohne Wiederersatz verköstigt werden müssen; die beschlossene Neutralität wird den guten Bürgern wohl noch lange in theuerm Andenken bleiben, denn die Occupationskosten betragen 3000 fl. täglich. Nun kommt die Reihe, wie es scheint, an Mannheim; die dortige Bürgerschaft hat sich ein Proletariat großgezogen, über welches sie jetzt nicht mehr Herr werden kann. So lange die Blousenmänner nur gegen die Regierung krawallten, stand die Bürgerschaft ruhig daneben, und rieb sich vergnüglich die Hände, jetzt, wo erstere den Stiel umdrehen, und dem „Bourgeois“ selbst zu Leibe rücken, hat die Sache für die Stadt eine sehr trübe Wendung genommen. Man befürchtet nun ähnliche Auftritte wie in Freiburg. So hat sich auch hier die Zuckerwasserpolitik, von der man sich schon seit Monaten in Baden leiten läßt, schlecht bewährt, denn statt eines Gegners hat man nun deren zehn und hundert, statt einer Rotte Polizeidiener braucht man jetzt zur Aufrechthaltung der Ordnung ganze Armeecorps, und statt einzelner Verhaftungen werden jetzt Belagerungen und Erstürmungen nothwendig, bei denen Hunderte verwundet und getödtet werden. — Wie ich höre, hat die französische Regierung durch eine Note vom 26. April der hiesigen Regierung anzeigen lassen, daß sie die Anhäufungen der deutschen Arbeiter an der badischen Grenze entfernen oder auflösen werde. Hr. v. Lamartine soll nach dem Ton der Note diese Zusage in durchaus loyalem Geiste gegeben haben. Ich schreibe Ihnen dieß, weil seit einigen Tagen durch Württemberg, Baden und Bayern das Gerücht läuft von einer Kriegserklärung der französischen Republik. Wenn man in Paris die Zusammenziehungen deutscher Truppen nicht mißverstehen will, so weiß man daß in denselben nichts offensives für Frankreich liegt, also nichts, was eine solche Erklärung provociren könnte. (A. Z.)

Aus dem Breisgau, 28. April. Gestern haben die württembergischen Truppen bei Todnau einen Zusammenstoß mit einer Abtheilung Freischärler gehabt, der sie zwei Kanonen, einen Omnibus mit Proviant und Einrichtung für Verwundete, und viele Waffen abgenommen haben. Sowohl von Seite der Baseler Regierung als in Hüningen von den französischen Behörden ist eine beträchtliche Anzahl Gewehre in Beschlag genommen worden. Die Hauptführer der Freischaaren, Hecker, Doll, Heinzen und Willich (?) sollen sich in Hüningen befinden. (Karlsr. Z.)

Mannheim, 26. April. Diesen Mittag gleich nach 12 Uhr hatten wir hier fürchterliche Auftritte. Die Reibereien, welche seit einigen Tagen zwischen den nassauischen Truppen und einem Theile der Bürgerschaft stattgefunden, erreichten heute den höchsten Punkt. Die Soldaten sollen sich nicht allein gegen die Freischaaren (Sensenmänner), sondern auch gegen die Bürgerwehrmannschaft häufig beleidigend gestellt und die Uniformsmützen herunter geschlagen haben, ja, es wird sogar behauptet, sie hätten sich Unziemlichkeiten gegen Frauenzimmer auf öffentlicher Straße erlaubt. Plötzlich entstand nun ein furchtbarer Lärm auf den Straßen, man schrie: Bürger heraus! Generalmarsch wurde geschlagen, die Sturmglocken heulten, die Bürgerwehr versammelte sich mit Blitzesschnelle auf dem Marktplatze, jeder Mann faßte scharfe Patronen, und man lud die Gewehre. Die Freischaaren eilten mit ihren Sensen herbei, und viele hundert Personen versammelten sich mit allerlei Mordinstrumenten. Man sprach durch die Glieder laut das Verlangen aus, daß die Nassauer unverzüglich die Stadt verlassen müßten. Während sich dieses zutrug, waren die Stadtbehörden, Stadtdirektor und Gemeinderath auf dem Rathhause versammelt, beriethen sich und hatten eine Deputation an den Obersten der Nassauer geschickt. Nach einer Weile trat H. Hoff in Begleitung des Majors Jörger auf die Altane und verkündeten, daß der Oberst der Nassauer unverzüglich alle seine Soldaten in die Kaserne konsignirt habe, und die Wachtposten der Bürgerwehr übergeben werden, und daß er bereit sey, die Stadt zu verlassen, sobald er hiezu Befehl habe, was er aber begreiflicherweise ohne diesen nicht thun könne. Hoff fuhr fort, daß nun unverzüglich eine Deputation nach Karlsruhe abgehe, um die Abberufung der Truppen zu verlangen und darauf anzutragen, daß die Stadt ferner mit Soldaten verschont bleibe, da man sich selbst beschützen könne. — Während sich nun dieses begab, hörte man aus der Ferne Flintenschüsse, und die Sturmglocke heulte von Augenblick zu Augenblick. Es ward ein verwundeter Knabe vorübergetragen, der an der Rheinbrücke geschossen wurde. Dort hatte sich Folgendes mittlerweile zugetragen: Sensenmänner waren mit Scharfschützen dorthin geeilt, und bei ihrem Herannahen hatte die nassauische Mannschaft sich eilends über die Brücke aufs bayerische Ufer geflüchtet; die bayerischen Soldaten eilten ihnen zu Hilfe, und als ein Joch der Rheinbrücke plötzlich abgeführt wurde, so daß es jetzt rheinabwärts treibt, gaben die Bayern Feuer. Die Freischaaren und Scharfschützen postirten sich nun auf den Brückenkopf und schossen ebenfalls. Drüben stürzten mehrere Soldaten nieder: es sollen drei todt und die übrigen verwundet seyn. Die Freischaaren zählen drei Verwundete. Während sich dieses ereignete, begab sich eine Bürger-Deputation mit der Friedensfahne nach Ludwigshafen und wird ohne Zweifel dem dortigen Kommandanten die wahre Sachlage dargethan haben. Starke Bürgerpatrouillen, man kann sagen, alle wehrfähige Mannschaft, durchstreift die Straßen und die Umgegend der Stadt. Ob und wann die Nassauer abziehen, steht zu erwarten. Alles ist auf die Rückkehr der Deputation aus Karlsruhe gespannt. Diese ganze Begebenheit trägt keinen politischen Charakter an sich, Niemand dachte an Republik und dergleichen, sondern man versammelte sich nur, um die Angriffe der Soldaten auf Unbewaffnete und friedliche Menschen abzuwehren. Es gingen Reitende auf die benachbarten Ortschaften, um die Landleute zu benachrichtigen. So stehen Abends 4½ Uhr die Dinge. (Schw. M.)

Zur Vervollständigung trägt der „Schwäbische Merkur“ unterm 27. April nach: Barrikaden sind an dem Marktplatze errichtet worden und man hat das Straßenpflaster theilweise aufgerissen. Ferner sprach sich Herr Hoff von der Rathhausaltane dahin aus, daß Herr v. Uria augenblicklich die Stadt verlassen müsse, was mit großem Beifall aufgenommen wurde. Uria wird als der Lenker der Reactionspartei bezeichnet; der Haß gegen ihn ist allgemein, er soll schon gestern sich von hier entfernt haben. Sein ferneres Verbleiben vertrüge sich auch durchaus nicht mit der Ruhe der Stadt. Man erfährt, daß der Generalmarsch anfänglich nicht auf Anordnung der Behörde geschlagen wurde, und daß der Befehl zum Sturmläuten ebenfalls nicht von ihr ausging. — Zur Steuer der Wahrheit muß berichtet werden, daß gestern nur die Mannschaft des nassauischen Postens die Rheinbrückenwache fliehend verließ, daß dagegen der commandirende Officier stehen blieb. Dieser erfuhr aber auch nicht die geringste Beleidigung, sondern er wurde sogar von den Freischaaren nach der Kaserne freundschaftlich zurückbegleitet. — Die Deputation mit der Friedensfahne, welche sich gestern nach Ludwigshafen begab, wurde von dem dortigen Commandanten freundschaftlich empfangen und nachdem ihm die wahre Sachlage auseinandergesetzt war, dankte er der Deputation für diese Aufklärung. Die flüchtig gewordenen Nassauer sollen von den Bayern in Gewahrsam genommen worden seyn. Es bestätigt sich, daß zwei bayerische Soldaten und ein Officier gefallen sind. — In verflossener Nacht rückten sehr viele bayerische Truppen, darunter starke Artillerieabtheilungen, in Ludwigshafen ein. Gestern gegen Abend kam eine Compagnie bayerische Infanterie hier durch, welche auf das herzlichste empfangen wurde; der commandirende Hauptmann beklagte den Vorfall, der vor seinem Eintreffen stattgefunden, dankte für seine Aufnahme und bat, daß die Stadt Mannheim seinen nachrückenden Kameraden ein Gleiches wiederfahren lassen möge.

Das „Mannheimer-Journal“ sagt darüber: „Bürgerblut ist geflossen! Ein Schrei des Entsetzens wird es durch ganz Deutschland hallen: Deutsche sind von Deutschen getödtet worden, weil sie sich nicht in deren politische Meinungen fügten. Wohl hörten wir auch nach jenen schmachvollen Zeiten, in denen Deutsche unter fremden Führern und zu fremden Zwecken in feindlichen Heerlagern gestanden, jenen Schreckensruf. Wir hörten ihn, da der Despotismus und der Polizeistaat die Soldaten, die damals seine Knechte, nun aber unsere Brüder sind, auf die unbewaffneten Bürger hetzte. All jenes Frühere war schrecklich; aber trauriger ist das Neueste. Heute, wo der ganzen Nation die freieste Bahn zum geistigen Kampfe geöffnet ist, müssen Männer, wie Hecker und Struve die Fackel des Bürgerkrieges hereinwerfen! Möge der Ausgang dieses Kampfes seyn welcher er wolle, seine Verantwortung wird schwer zu tragen seyn, sehr schwer. Er wird selbst im Siege die Freiheit nicht begründen, die denn doch mehr und besseres ist, als die Herrschaft einer Partei.“

In anderer Weise als das Mannheimer Journal schreibt die „Deutsche Zeitung“, daß man die nassauischen Soldaten zuerst zu verführen gesucht, und als dies nicht gelungen, auf kleinliche Weise insultirt und verhöhnt habe, was diese dann den Sensenmännern u. s. w. vergolten.

Preußen.

Berlin, 27. April. Aus zuverlässiger Quelle ist uns aus Rendsburg vom 25. April, Abends 10 Uhr, folgende Nachricht vom Kriegsschauplatze zugegangen: So eben komme ich in Rendsburg an und erfahre bei meiner Meldung auf der provisorischen Regierung, daß bereits heute früh 10 Uhr die Preußen die Stadt Flensburg genommen haben. — Die Dänen sind gänzlich vertrieben und ist ihnen der Weg zu ihren Schiffen über Holnis abgeschnitten; sind dieselben nicht schon über Apenrade aufs Wasser gekommen, so werden sie von unseren Truppen aufgefunden und hoffentlich gänzlich vernichtet werden. 24 Kanonen sind den Dänen genommen worden, auf der feindlichen wie unserer Seite viele Verwundete und von den Grenadieren des Kaiser Franz Regiments mehrere Todte aufgefunden worden. (circa 20 dänische Gefangene.)

Königsberg, 18. April. Dem hiesigen dänischen Konsul ist heute die offizielle Anzeige der Seitens Dänemark an Preußen ergangenen Kriegserklärung mit der Aufforderung zugegangen, die hier liegenden dänischen Schiffe sofort zum schleunigen Auslaufen zu veranlassen, da die Blokirung der preußischen Häfen erfolgen würde. Gleichzeitig sollen diesem Konsul Nachrichten mitgetheilt seyn, wonach ein enges Bündniß zwischen Dänemark und Schweden abgeschlossen worden.

(Bresl. Z.)

Posen, 24. April. Man sieht wie allgemein hier jetzt die Kampflust gegen die Polen ist, die freilich dieselbe durch ihr Verfahren hervorgerufen und genährt haben, denn bis zu diesem Augenblick sind ihre bewaffneten Schaaren bei Miloslaw und an andern Punkten nicht auseinander gegangen, sondern verüben nach wie vor Gräuel, vor denen alles Menschengefühl zurückschaudert. In dem Städtchen Kozmin ist es am Freitag zu einem blutigen Kampfe zwischen der bewaffneten Bande und unserm Militär gekommen. In Folge dessen sind gestern 67 Gefangene, darunter zwei Geistliche, welche das Volk aufgestachelt hatten, hier eingebracht worden; der eine von ihnen hat sogar, wie bestimmt behauptet wird, seine „Freundin“ als Jungfrau Maria erscheinen und Wunder verkünden lassen. Was aus dem Reorganisationswerk jetzt noch werden soll, ist kaum abzusehen. Täglich kommen Deputationen hieher oder gehen direct nach Berlin, um für ihre Heimath den Anschluß an den deutschen Bund zu erbitten, da alles — Polen wie Deutsche — eine heilige Scheu vor einem polnischen Gouvernement hat, und solche Petitionen ergehen nicht bloß aus überwiegend deutschen Gegenden, sondern auch aus solchen Kreisen, von denen man zu sagen pflegt, sie seyen stockpolnisch. Das hat seinen Grund darin, daß der gemeine Mann auf dem platten Lande durchweg mit der preußischen Regierung sehr zufrieden ist und eine Rückkehr der ehemaligen Verhält-

nisse fürchtet. So bleiben den Polen nur wenige östliche Kreise für die nationale Reorganisation übrig, denn auch die Stadt Posen hat neben einer schriftlichen Petition vorgestern und gestern noch zwei Deputationen nach Berlin geschickt, um deren Anschluß an den deutschen Bund um jeden Preis zu erwirken. Unsere Stadt wird unter allen Umständen außerordentlich leiden, es sey denn, daß die Polenführer jetzt selbst einsichtig genug sind, ihre gänzliche Niederlage zu erkennen und, um nur eine Zerstückelung der Provinz zu verhüten, die Aufnahme des ganzen Großherzogthums in den deutschen Bund beantragen. — Eben geht die Nachricht aus Berlin hier ein, daß unser Großherzogthum nicht zerstückelt werden, sondern zwei Regierungen neben einander, eine deutsche und eine polnische, erhalten soll. Posen bleibt Hauptstadt. (A. Z.)

Aus dem Lager zu Miloslaw hat Mieroslawski nochmals eine Vorstellung an Se. Maj. den König gerichtet, in der er erklärt, daß das Volk durch die bisherigen Zugeständnisse nicht befriedigt sey und nicht befriedigt seyn könne, weil man seine wahren Wünsche nicht vor den Thron gebracht.

Schleswig-Holstein.

Der General von Möllendorf wird die Garden, General v. Bonin die Linie befehligen; General Halkett die Hannoveraner; der Herzog von Braunschweig die Braunschweiger und der Prinz Friedrich die Schleswig-Holsteiner.

Nach Privatmittheilungen reduziren sich die Zahlen der Gefallenen, Verwundeten und Gefangenen in dem Gefechte bei Schleswig bedeutend. Im 20. und 31. Regiment sind 150 bis 200 Dienstunfähige, worunter circa 50 Todte. Im Kaiser-Alexanderregiment sind nur 9 Verwundete und Todte. Auf Schloß Gottorp sind 120 dänische Gefangene eingesperrt.

Freie Städte.

Hamburg getraut sich ein Dampfgeschwader von 10 Fahrzeugen aufzubringen.

Oesterreich.

Wien. (Die neue Verfassung.) III. Staatsbürgerliche und politische Rechte der Staatseinwohner. §. 17. Allen Staatsbürgern ist die volle Glaubens- und Gewissens-, so wie die persönliche Freiheit gewährleistet. §. 18. Niemand kann anders als in Befolgung der gesetzlichen Form, mit Ausnahme der Anhaltung auf der That, verhaftet werden. Binnen 24 Stunden nach der Gefangennehmung muß jeder Verhaftete über den Grund seiner Verhaftung gehört und seinem Richter zugewiesen werden. Hausdurchsuchungen können nur in den Fällen und in der Form, welche das Gesetz voraus bezeichnet, vorgenommen werden. §. 19. Die Freiheit der Rede und Presse ist nach vollkommener Auflassung der Censur durch die Verfassungsurkunde gesichert. Die Bestrafung der Mißbräuche wird durch ein von dem ersten Reichstage zu erlassendes Gesetz geregelt werden. §. 20. Das Briefgeheimniß ist unverletzlich. §. 21. Die im §. 17 bis 20 bezeichneten Freiheiten genießen auch die Fremden, welche noch keine staatsbürgerlichen Rechte erworben haben. §. 22. Das Petitionsrecht und das Recht zur Bildung von Vereinen steht allen Staatsbürgern zu. Besondere Gesetze werden die Ausübung dieser Rechte regeln. §. 23. Der Freiheit der Auswanderung darf von den Behörden kein Hinderniß in den Weg gelegt werden. §. 24. Jeder Staatsbürger kann Grundbesitzer werden, jeden gesetzlich erlaubten Erwerbszweig ergreifen und zu allen Aemtern und Würden gelangen. §. 25. Die Wirksamkeit des Gesetzes ist gleich für alle Staatsbürger, sie genießen einen gleichen persönlichen Gerichtsstand, unterliegen der gleichen Wehr- und Steuerverpflichtung, und keiner kann gegen seinen Willen seinem ordentlichen Richter entzogen werden. §. 26. Der Gerichtsstand für das Militär bleibt bis zum Erscheinen eines besondern Gesetzes unverändert. §. 27. Die Beseitigung der in einigen Theilen der Monarchie noch gesetzlich bestehenden Verschiedenheiten der bürgerlichen und politischen Rechte einzelner Religions-Confessionen, so wie die Aufhebung der der Erwerbung aller Arten von Grundbesitz noch entgegenstehenden Beschränkungen, werden den Gegenstand dem ersten Reichstage vorzulegender Gesetzesvorschläge bilden. §. 28. Die Richter können nur durch ein Erkenntniß der Gerichtsbehörden entlassen, im Dienste zurückgesetzt oder gegen ihren Wunsch an einen andern Dienstort oder in Ruhestand versetzt werden. §. 29. Die Rechtspflege wird durch öffentliches mündliches Verfahren ausgeübt. Für die Strafgerichtspflege werden Schwurgerichte eingeführt, deren Errichtung ein besonderes Gesetz bestimmen wird. §. 30. Aenderungen in der Einrichtung der Gerichtshöfe können nur durch ein Gesetz eingeführt werden. §. 31. Allen in der Monarchie durch die Gesetze anerkannten christlichen Glaubensbekenntnissen und dem israelitischen Cultus ist die freie Ausübung des Gottesdienstes gesichert. (Forts. folgt.)

Schweiz.

Basel, 26. April. Eine Schaar von 200 deutschen Arbeitern ist noch immer auf der Schusterinsel. Hecker ist noch auf französischem Boden. Es wurden zwei mit Waffen gefüllte Wagen angehalten. Neue Freischaaren sind in Kems angelangt und andere werden erwartet.

Italien.

Trient, 25. April. Udine ist also nach 4stündigem Bombardement durch Nugent gefallen, während Peschiera, das schon so oft sich an Karl Albert ergeben haben soll, noch immer unerschütterlich alle Stürme der Piemontesen aushält. In ganz Oesterreichisch-Italien, das durch die verbündeten Freischaaren und Piemontesen ärger mitgenommen wird, als es je von Feindesseite der Fall seyn könnte, fangen sich bereits Zeichen der Rückkehr zu Oesterreich, so wie der Sehnsucht nach Frieden zu zeigen an. — Besonders auf dem Lande, wo die nationalen Antipathien weniger an der Tagesordnung, sollen die Oesterreicher wieder herbeigewünscht werden. Auch in Mailand, das sich durch Karl Albert in seinen republikanischen Träumen, denn Träume konnten es bei solcher Nachbarschaft wohl nur seyn, unsanft gestört sieht, erwachen hie und da Reue und Leid, wie das Aushängen von weißen Fahnen und Anschlagen des österreichischen Adlers an der St. Francesco-Kaserne beweisen. — Radetzky hat die Jugend der vornehmsten Häuser in Verona ausheben und als Geißeln nach Botzen bringen lassen. Deßgleichen treffen in letztgenannter Stadt zahlreiche Gefangenentransporte ein.

(Deutsche const. Ztg.)

Triest, 26. April. Mehrere übereinstimmende Briefe aus Görz und Cormons enthalten die Nachricht, daß Palma nuova sich auf Vermittlung des Erzbischofs und einiger Deputirten von Udine gestern Nachmittags um 3 Uhr ergeben hat und die österreichischen Truppen bereits daselbst eingerückt sind. (Nach einem Bericht von Nugent, in der neuesten Wiener-Zeitung, hatte sich auch Cividale unterworfen, Codroipo sollte am 24. besetzt werden, in Ponteba war ein siegreiches Treffen geliefert worden.) (A. Z.)

Neapel, 19. April. Der Minister der kirchlichen Angelegenheiten hat eine Kommission (darunter auch der Kanon. Pellicano) ernannt, welche streng zu untersuchen hat, ob der von den Geistlichen geleitete Unterricht mit der geistigen und moralischen Befreiung des Volks in Uebereinstimmung sey. Der König hat diese Commission gebilligt und man hofft, die verderbenbringenden jesuitischen Tendenzen jetzt gänzlich ausrotten zu können. (A. Z.)

Frankreich.

Am 24. Abends Schlag 10 Uhr wurden die Wahlurnen geschlossen, versiegelt und unter starker Bedeckung in das Stadthaus gebracht. Dort wird laut einer Verordnung im heutigen Moniteur in Gegenwart sämmtlicher Maires, am 28. d. die Enthüllung des Stimmengeheimnisses stattfinden. In vielen Departementswahlkreisen fragte man die auftretenden Candidaten der Nationalversammlung ganz kurz: Sind Sie für oder gegen Louis Blanc? Von seinem Ja oder Nein hing es dann ab, ob er angehört wurde oder ob man ihn ersuchte von der Rednerbühne herabzusteigen. In den bürgerlichen Cirkeln ist man entschieden gegen jede Arbeitsorganisation. — Frankreich zählt ungefähr 10,500,000 Wähler.

Die provisorische Regierung hat das wichtige Decret erlassen, daß die Zusammenschaarungen Deutscher in den östlichen Departements aufgelöst werden sollen, da zwischen den Staaten des deutschen Bundes und der Republik Friede bestehe und sich noch mehr befestigen solle, und es nicht von der Willkühr einiger bewaffneter Fremden abhängen könne, die Gesinnungen des republikanischen Frankreichs gegen Deutschland umzugestalten.

Die Londoner Bank hat sich erboten, der Pariser Bank 50,000,000 Franken zu leihen.

Die Bildung der beiden Armeecorps (Rhein und Nord-Ost) wird im Kriegsministerium sehr eifrig betrieben. Sie werden aus 17 Divisionen bestehen, von denen 12 bereits in ihren Stäben organisirt sind.

Straßburg, 25. April. Die Sendungen von Geschütz nach dem Alpenlager und nach Paris dauern fort. Man sieht jeden Tag große Transporte von hier abfertigen. Nach Briefen aus dem Ober-Elsaß soll es nicht sämmtlichen Abtheilungen der deutschen Demokratenlegion gelungen seyn, über den Rhein zu gelangen. (A. Z.)

Der „Niederrheinische Kurier“ enthält in seiner Nr. vom 26. April eine Art Manifest, worin er die Zusammenziehung von deutschen Bundestruppen am Rhein als den Anfang eines neuen österreichisch-preußisch-russischen Kreuzzuges zu Vernichtung der jungen Republik in Frankreich darstellt!

Großbritannien.

London, 25. April. Man versicherte gegen 2 Uhr in der City mit Bestimmtheit, daß die Regierung Depeschen von ihrem Gesandten (Bulwer) in Madrid erhalten habe, die ihr anzeigen, daß der jetzige spanische Minister des Auswärtigen (Herzog von Sotomayor) sich zu einem Bündniß mit der französischen Republik hinneige. Diese Nachricht drückt auf die Fonds. — Die chartistischen Bewegungen dauern fort. In Greenock kam es am Sonnabend zu einem förmlichen Kampfe zwischen Volk und Polizei, wobei mehrere stark verwundet wurden. In Edinburg, Leith, Calthon-Hill u. s. w., bereiten sich ähnliche Meetings vor, die alle zum Zweck haben, das Russell'sche Ministerium in Anklagestand zu versetzen. (Deutsche const. Ztg.)

Dänemark.

Kopenhagen, 22. April. Das Befinden des Königs hat sich nach den letzten Berichten so weit gebessert, daß er dem Vernehmen nach bald Fredericia wird verlassen können, um sich nach Odense zu begeben. — Einige 20 größere und kleinere preußische Schiffe sind im Sund genommen und aufgebracht worden. Das Embargo war auf andere deutsche Schiffe bisher nicht ausgedehnt. — Aus „Helsingörs Avis“ ersieht man, daß in der Nacht vom Mittwoch auf den Donnerstag theils auf der Rhede, theils in der Hornbecksbucht von dem Kriegsschooner Delphin neun preußische Schiffe angehalten wurden, von denen mehrere mit Stückgütern von England, Bordeaux und Westindien beladen waren.

Eine bemerkenswerthe Benachrichtigung befindet sich in „Helsingörs Avis“ hinsichtlich schwedischer und norwegischer Schiffe; sie lautet: Von dem schwedisch-norwegischen Consulat in Helsingör sind die dasigen Schiffsclarirungshäuser aufgefordert worden, den norwegischen und schwedischen Schiffen abzurathen unter den gegenwärtigen Umständen in irgend einem holsteinischen Hafen anzulaufen.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 2. Mai: „Reich an Liebe,“ oder: „Nur fünf Gulden“ Lustspiel nach dem Französischen von Börnstein. Hierauf Vorstellung der HH. Joseph Frierl und Feodor und Theodor Kritz.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Frhr. v. Strans, Staatsrath v. Würzburg; Kröber, Baurath v. Michelstadt; v. Lanser, Privatier v. Salzburg; Mdm. Steffany v. Genf.

Hôtel Maulik. HH. Daires und Balley, Rentiers aus England.

Gold. Hahn. HH. Graf Enzenberg, Geistlicher v. Jetzendorf; Gederl, Geistlicher v. Altötting; Reiner und Schely, Geistliche v. Lüttich; Bassarat, Großprior v. Wien; Welnrich, Rentbeamter von Landshut; Derl, Particulier v. Wallensee; Danner, Privatier v. Regensburg; Priamoos, Rentier v. Ingolstadt.

Blaue Traube. HH. Stark, Universitätsamtmann v. Tübingen; Cometta, Particulier v. Lizano; Excel. Graf v. Sessel v. Regensburg.

Stachusgarten. HH. Schickendantz, Privatier aus der Rheinpfalz; Köferle, Director von Weissenhorn; Koll, Kaufmann von Aachen; Stamberger, Vicar von Schnei; Zerdil, Professor von Augsburg; Frhr. v. Esste, Regierungsrath von Regensburg.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 114.

Man pränumerirt auf die Nr. v. J. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir (Landschafts-Gasse Nr. 2); auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag | XLIX. Jahrgang. | 2. Mai 1848.

Deutschland.

Bayern.

Landtag.

**München, 1. Mai. (XVIII. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische die königl. Kommissäre: v. Roth, v. Molitor, Neumayr; in der Kammer 105 Mitglieder. Die Sitzung wurde eröffnet mit Ablesung des Einlaufs, darunter eine allumfassende Beschwerde eines Rechtspraktikanten, wegen hartnäckig verweigerter Anstellung. Auf eine weitere Eingabe des Abg. Vetterlein erhielt derselbe 3wöchentlichen Urlaub. Ferner wurde auf eine Bitte der Eisenbahnarbeiter zwischen München und Lochhausen, um Erhöhung ihrer Löhne, beschlossen: daß das Präsidium dieselbe zur dringenden Gewährung an das Ministerium geben möge. Hiernächst wurde die Fassung zweier Beschlüße über die Rechnungen der Staatsschuldentilgungs-Anstalt und über Sparcassen, nach Verlesen durch den Referenten Bestelmayer genehmigt. Sodann begann die Berathung über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe bezüglich des Entwurfes über Gesetzgebungs- und Gerichtsorganisations-Grundlagen. Es handelte sich nämlich um die Frage, ob die Siegelmäßigkeit fortbestehen solle oder nicht. — Dr. Edel, als Referent, sprach gegen die Nichtaufhebung der Siegelmäßigkeit. Diese sey für die künftige Gerichtsorganisation ein baarer Unsinn. — Auch der II. Präsident sprach energisch für Aufhebung der veralteten Siegelmäßigkeit. Warum wolle man nicht auch den privilegirten Gerichtsstand des Militärs aufheben? — Der Referent meinte, es sey nicht nöthig. — Der I. Präsident bedauerte, daß diese Modification nicht früher eingebracht worden sey. Jetzt könne man nur die Differenzen zwischen beiden Kammern, aber nicht Modifikationen berathen. — Der I. Sekretär, Dr. Stockinger, sprach für das Materielle der Sache. — Die Kammer selbst beschloß einstimmig, daß die Siegelmäßigkeit aufzuheben, und resp. die Modifikation der II. Kammer beizubehalten sey. — Hierauf kam zur Berathung die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über das Edikt der Preßfreiheit. — Der I. und III. Ausschuß hatte nämlich folgenden Beschluß gefaßt: „Die Kammer der Reichsräthe hat beschlossen, in dem modifizirten Art. XI. die Worte „unmittelbar königlichen oder standesherrlichen" wegzulassen, wonach der Satz lauten würde wie folgt: „So lange in dem zu erlassenden allgemeinen Gesetzbuche nichts anderes hierüber bestimmt ist, erfolgt die Untersuchung und Aburtheilung der im §. 7 erwähnten Uebertretungen in den Kreisen dießseits des Rheins nach den, für Behandlung von Polizeistrafsachen, bestehenden Bestimmungen durch die Gerichte, in deren Bezirk die Uebertretung verübt wurde u. s. f." — Der Hr. Referent stellte den Antrag, dieser Modifikation beizutreten; sämmtliche Mitglieder des Ausschusses beschlossen jedoch, es lediglich bei dem früheren Kammerbeschlusse zu belassen. Die Hauptbeweggründe dieses Beschlusses sind folgende. Das Aufhören der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit ist zwar durch eine Gesetzesvorlage angebahnt, allein es ist noch nicht gewiß, ob jener Gesetzentwurf zu einem Gesetz erhoben werden wird. Sollte das fragliche Gesetz nicht zu Stande kommen, so würde nach der Fassung der Kammer der Reichsräthe die Judikatur über Polizeiübertretungen durch die Presse künftig allen Zivilgerichten erster Instanz, mithin auch den gutsherrlichen Herrschaftsgerichte und Patrimonialgerichten I. Klasse zustehen; letztere würden in ihrer Eigenschaft als Zivilrichter künftig eine größere Kompetenz haben, als sie bisher in ihrer Eigenschaft als Polizeibehörden nach §. 90 Lit. e der VI. Verfassungs-Beilage besessen hatten. Preßvergehen erscheinen aber jedenfalls als Sachen von höherm Belange, welche von dem patrimonialgerichtlichen Wirkungskreise ausgeschieden werden müssen. Man fand es daher nothwendig, bei dem frühern Beschluße zu verharren, welcher die Analogie des Zollstrafgesetzes für sich hat. 2) Die Modifikation der Kammer der Reichsräthe, den §. 10 des Entwurfes als §. 11, und letzteren als §. 10 zu bezeichnen, wurde, nach dem Antrage des Referenten einstimmig abgelehnt. 3) Der von der Kammer der Reichsräthe beigefügte Antrag, Ziff. 1, wurde nach dem Antrage des Hrn. Referenten in der vorliegenden allgemeinen Fassung durch Stimmenmehrheit abgelehnt. — Eine Stimme, nemlich jene des Abg. Bürgermeisters Kolb, stimmte dem Antrage der Reichsräthe bei; dagegen wurde einstimmig nach dem Antrage des Hrn. Referenten beschlossen, den früher angenommenen dießseitigen Wunsch durch einen im Sinne der Kammer der Reichsräthe gehaltenen Schlußzusatz zu vermehren, wonach dieser Wunsch nunmehr im Ganzen lauten soll, wie folgt: „Se. Majestät möchten geruhen, bei der neuen Strafgesetzgebung die Bestimmungen des Strafgesetzbuches über Verletzung der Amtsverschwiegenheit einer Revision und freisinniger Richtung unterwerfen, und in gleichem Geiste auch die dermalen bestehenden Dienstesvorschriften umgestalten zu lassen, namentlich auch mit Berücksichtigung billiger Ansprüche der Staatsdiener auf Vertheidigung gegen öffentliche Angriffe auf ihre Amtsehre und im Interesse der Statistik. 4) Der von der Kammer der Reichsräthe beschlossene Antrag II. wurde nun in der nachstehenden, von dem Hrn. Referenten begutachteten Fassung einstimmig angenommen: „Der Herausgeber einer Zeitung oder periodischen Schrift ist schuldig, in Beziehung auf die in derselben vorgetragenen Thatsachen jede amtlich beglaubigte Berichtigung unentgeltlich, so wie jede andere Berichtigung des Angegriffenen gegen die gewöhnlichen Inserationsgebühren sogleich nach deren Mittheilung in das nächstfolgende Blatt, Stück oder Heft aufzunehmen." — Besonders für den unter Nro. 3 vorgetragenen Wunsch, wie auch für jenen unter Nro. 4 stimmte Dr. Stockinger, aber nur in der Fassung der Kammer der Reichsräthe, wogegen Dr. v. Scheurl, als Referent, bemerkte, daß jene Fassung nicht genau sey, und die der kombinirten Ausschüsse den Vorzug verdiene. — Die Kammer nahm daher, indem sie auf ihren Beschlüssen verharrte, die eben bezeichneten beiden Anträge an. Zugleich nahm sie zum letzten Antrage noch den Zusatz des Grafen v. Hegnenberg an, lautend: es wollen die Richter bis zum Erscheinen eines Preßpolizei-Gesetzes ermächtigt werden, nach erfolgter Aburtheilung einen straffälligen Redacteur zu 5—25 fl. Strafe zu verurtheilen. Dieser Antrag wurde angenommen. — Zugleich hatte Dekan Riede einen neuen Zusatz, resp. Wunsch, für die Pfalz gestellt, wonach nemlich mehrere administrative Verordnungen, welche auf die Presse hemmend eingreifen, aufgehoben werden sollten. Es wurde jedoch der Wunsch nach Spezialisirung dieser Verordnungen laut, und die Debatte ausgesetzt. Man schritt inzwischen zur Discussion über Petitionen, wobei im Voraus schon beschlossen wurde, jene Petitionen, welche über Ablösung der Lasten von Grund und Boden handeln, ohne Debatte über ihre formelle Zuläßigkeit, sogleich den betreffenden Ausschüssen zuzuweisen. — Schließlich wurde der oben von den Pfälzern angeregte Wunsch angenommen, und die Sitzung geschlossen.

(Reichstags-Wahlen in Bayern.) In Arnstein (Unterfranken) wurde von 119 Wahlmännern gewählt: zum Abgeordneten Herr Konsulent Quante mit 102 Stimmen; zum I. Ersatzmann Oberappellationsgerichtsrath Dr. Lauck mit 77 Stimmen; zum II. Ersatzmann Professor Edel. — In Aschaffenburg wurden gewählt: zum Abgeordneten der II. Präsident der bayerischen Abgeordnetenkammer Titularforstmeister Dr. Müller (mit 120 unter 125 Stimmen); zum I. Ersatzmann der k. Appellationsgerichtsdirektor Papius daselbst (95 Stimmen); zum II. Ersatzmann der Bürgermeister der Stadt, A. v. Herlein (91 Stimmen.) — In Weissenburg Oberkonsistorialpräsident Arnold; zum I. Ersatzmann Prof. Stahl von Erlangen; zum II. Kaufmann Günther von Nürnberg. — Neumarkt. Abgeordneter: Domprobst Friedrich in Bamberg. Ersatzmänner: E. v. Lassaulx, Generallieutenant Frhr. v. Gumppenberg. — Kaufbeuren. Abgeordneter: Advokat Dr. Barth. Ersatzmänner: Prof. Edel, Ministerialrath v. Herrmann. — Rosenheim. Abgeordneter: Dr. Sepp. Ersatzmänner: Regierungsrath Graf Reigersberg, Prof. Dr. Philipps. — Bruck. Abgeordneter: Graf Hegnenberg-Dux. — Moosburg. Abgeordneter Advokat Rahwandl in München. — Landshut. Abgeordneter: Regierungs-Präsident v. Zenetti. — Aichach. Abgeordneter: Ministerialrath Graf. Ersatzmänner: Oberappellationsgerichtsdirector Breitenbach in Freysing. — Memmingen. Abgeordneter: Thomas Maier, Landgerichtsassessor zu Ottobeuren. Ersatzmänner: Julius Röck, Kunstmüller zu Memmingen; Ernst Goßner, Rechtspraktikant von Krumbach. — Ingolstadt. Abgeordneter Frhr. v Thon-Dittmer. Ersatzmänner: Bürgermeister v. Grundner zu Ingolstadt; Domprobst Friedrich zu Bamberg. — Neuburg v. W. (Oberpfalz.) Abgeordneter: Kreis- und Stadtgerichtsrath Reithmayr. Ersatzmänner: Landrichter v. Nagel von Oberviechtach; Pfarrer Schwindl von Eßlarn. — Amberg. Abgeordneter: Prof. Jos. Pötzl in München; Ersatzmänner: Appellationsgerichtspräsident Frhr. von der Beck; Regierungsrath Frhr. v. Podewils. — Kitzingen. Abgeordneter Oberappellations-Gerichtsrath Geigel in München. Ersatzmänner: Rechtsanwalt Quante; Rechts-Anwalt Borhaus. — Speyer. (Kantone Speyer und Germersheim und ein Theil des Kantons Edenkoben): Abgeordneter: G. F. Kolb, Redakteur der Speyrer Zeitung. Ersatzmänner: Kreiskassier Rebenack; Notar Reichard von Speyer. — Neustadt (Kantone Neustadt und Dürkheim): Abgeordneter Rudolph Christmann von Dürkheim. Ersatzmänner: Dr. Hepp v. Neustadt; Eppelsheim von Dürkheim. — Landau (Kant. Landau, Annweiler und Theile des Kantons Edenkoben): Abgeordneter Anwalt Glaß von Landau. Ersatzmänner: Prinz von Landau; Notar Köster von Annweiler. — — Bergzabern (Kanton Bergzabern, Dahn und Kandeln): Abgeordneter G. F. Kolb von Speyer. Ersatzmann: Friedrich Schüler (1831 Abgeordneter zu München, bis 1832 Anwalt in Zweibrücken, seitdem Flüchtling in Metz); Friedensrichter Umbschneiden in Dahn.

München, 2. Mai. Der sonst in Freudenfesten, dem nahenden Blütenmonat gewidmet, hingebrachte Tag ist, wenn auch abermals durch Ungesetzlichkeiten und Rohheiten mancher Art entwürdigt, doch ohne sehr erhebliche Ergebnisse vorübergegangen. Militär und Landwehr sammt Freikorps thaten ihre Schuldigkeit in wahrhaft aufopfernder Weise um größere Exzesse zu verhüten, und die Haufen zu zerstreuen, welche es darauf abgesehen hatten, nach alter Gewohnheit Brauhäuser u. dgl. zum Ziele ihres rohen Muthwillens zu machen. Es ist nicht ohne blutige Köpfe abgegangen, und erst um Mitternacht trat in den bedrohten Stadttheilen die Ruhe ein, welche auch noch durch Brandlegung an einem Güterwagen gefährdet worden. So dankenswerth die Anstrengungen der Behörden und vor allem des Militärs und der Landwehr waren, so muß doch der Mann des Gesetzes, der Ordnung und wahren Freiheit mit Betrübniß fragen, wie lange noch halbe Maßregeln dazu dienen sollen, derlei Tumulten durch das bischen Widerstand stets neuen Reiz zu verleihen?

München, 29. April. Von mehren Seiten ist hier und wie wir aus Briefen sehen auch auswärts die Nachricht verbreitet worden, daß diesen Sommer bei unserer Universität gar keine oder nur unregelmäßige Vorlesungen würden gehalten werden wegen der Waffenübungen unserer Studentenschaft. Nichts ist ungegründeter als eine solche Meldung. Selbst während der ersten Zeit der Waffenübungen nach der Karnevalswoche hatten die Vorlesungen ihren Fortgang und wurden mit viel größerer Regelmäßigkeit besucht, als man bei der Aufregung und Unruhe jener Zeit zu hoffen berechtigt war. Es zeigte sich, daß bei unserer Jugend durch die Regsamkeit für das Oeffentliche und die Betheiligung daran die Thätigkeit für das Wissenschaftliche nicht aufgehoben oder ernstlicher beirrt wurde. Gerade in der Regsamkeit nach beiden Richtungen und in der Durchdringung von diesen ruht der neue, der bessere akademische Geist, der es wohl begreift, daß der Weg zu einer erfolgreichen Bethätigung an den öffentlichen Angelegenheiten für die zu höherer Bildung berufene Jugend durch ernste Studien und gereifte Intelligenz geht. So wird es auch in diesem Sommer seyn, und die Waffenübungen auf die Nachmittage nach dem Schlusse der Vorlesungen verlegt, werden dem Gange der Studien nicht im Wege stehen. Der Katalog der Vorlesungen ist dieser Tage im Drucke erschienen und bietet eine reiche Auswahl von Lehrgegenständen der verschiedensten Fächer. Eine Bekanntmachung über Benutzung der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates wird dieser Tage erwartet, und wie wir hören, sind die Studirenden darin besonders begünstigt. Uebermorgen wird die Universität mit einer kirchlichen Feierlichkeit eröffnet; acht bis zehn Tage später werden die weiteren Vorträge beginnen. Der Besuch der Universität wird durch die beträchtliche Zahl derjenigen, welche zum Heer unter die Waffen und in die neu sich bildenden Reserven gerufen werden, an einheimischen Studierenden sich zwar vermindern, dagegen sieht man einem größeren Zugang auswärtiger aus der Schweiz, aus den übrigen deutschen Staaten, und selbst aus Oesterreich entgegen, das sich in den letzten Monaten auch geistig gegen Deutschland aufgeschlossen hat, und im Begriff steht, seine Universitäten, auf gleiche Linie der freien wissenschaftlichen und socialen Bewegung und der „Freizügigkeit“ mit den übrigen Deutschen zu stellen. Bei der unerschütterten Ruhe, in welcher ungeachtet der politischen Regsamkeit unsere öffentlichen Zustände beharren, bei der eben so einsichtsvollen wie lebendigen Theilnahme, welche der Monarch den Wissenschaften und ihren Anstalten schenkt, und den mannichfaltigen freien Formen, welche das ungehinderte Associationsrecht den akademischen Verbindungen der Jugend gegeben hat, sehen wir darum während des beginnenden Semesters einem sehr erfreulichen socialen und wissenschaftlichen Leben derselben entgegen. (A. Z.)

||| München, 30. April. Die heutige 10. Versammlung des **Bahnhofklubbs** bot nicht das schöne Bild, wie bisher, da wegen persönlicher Debatten, welche sich leider nur zu oft in alle berathenden Körperschaften jeder Art vom Reichsparlament bis zur Dorfsgemeinde herab mengen, die vorliegende Hauptsache nicht erledigt werden konnte, nämlich die drei in der letzten Versammlung beschlossenen Adressen. Erst wurde ein anonymer Brief verlesen, welcher mit Hinweisung auf die verschiedenen böswilligen Verläumdungen des Klubbs und wegen der herrschenden Befürchtung, daß es am 1. Mai Unruhen geben könnte, den Klubb, damit er keine Verantwortlichkeit auf sich lade aufforderte, nicht nur seinen Abscheu vor gesetzwidrigen Handlungen durch Wort und Schrift auszudrucken, sondern auch dadurch durch die That zu beurkunden, daß sich am 1. Mai ein Ausschuß von etwa 100 Mitgliedern des Klubbs bilde und versehen mit einem Abzeichen an den verschiedenen Punkten der Stadt gegen allenfalls sich ergebende Unruhen einschreite. Nach längeren Verhandlungen erklärte sich die ganze Versammlung, welche mehr als zur Hälfte aus Arbeitern bestand, unter allgemeinem Zurufe dahin, daß sie nicht nur jeder Gesetzwidrigkeit abhold, nie dieselbe, wie sie auftreten möge, begünstigen oder gar dazu Veranlassung geben werde, sondern auch, daß jeder einzelne, so viel er als Privatperson dazu beitragen könne, entschieden dagegen auftreten werde. Weitere Schritte aber wurden abgelehnt, theils weil Unruhen nicht zu befürchten seyen, indem das Gerücht von Unruhen zu unbestimmt sey und sich alljährlich am 1. Mai seit 4 Jahren wiederhole, theils, weil durch thätliche Maßregeln nur Unruhen provozirt und den Feinden des Klubbs Gelegenheit zu neuen Verdächtigungen gegeben würde, theils, weil es der Würde des Klubbs unangemessen sey, Gendarmeriedienste zu versehen, zumal Truppen genug zur Aufrechthaltung der Ordnung vorhanden und eine große Anzahl der Mitglieder ohnehin in verschiedenen Freikorps eingereiht sey. — Hierauf wurde die vom Ausschuß entworfene Adresse an die Ständekammer das neue Wahlgesetz betreffend verlesen. Bevor jedoch zur Berathung derselben geschritten wurde, entspann sich die oben erwähnte persönliche sehr heftige Debatte zwischen mehreren Ausschußmitgliedern wegen einzelner, bei der Vorberathung geschehener Aeußerungen, welche zur Folge hatte, daß die beiderseits persönlich angegriffenen Mitglieder, worunter auch der jüngsterwählte Vorsitzende Hr. Dr. Ringler und Hr. Billing aus dem Ausschusse traten, und dieser sofort neu gewählt werden mußte. Nachdem auf Befragen Hr. Wagner Max, der vormalige Vorsitzende erklärt hatte, daß er wenigstens noch für einige Zeit vom Einrücken in das Heer entbunden sey, wurde er wieder zum Vorsitzenden durch Akklamation erwählt. Eine weitere Verhandlung konnte wegen vorgerückter Mittagszeit nicht mehr gepflogen werden und es wurde die nächste Versammlung auf nächsten Mittwoch Abends anberaumt.

München, 27. April. (Unlieb verspätet.) Auf die Erwiderung meiner Gegner bemerke ich schließlich nur, um das Publikum Angesichts der großen Weltbegebenheiten nicht länger mit einem Privatstreite zu ermüden: a) Es soll ein Widerspruch im Bekenntnisse einer positiven Religion neben dem der Religionsfreiheit liegen; im Gegentheile hat diese aber gerade nur für die Bekenner positiver Religion Sinn und Bedeutung; denn wer überhaupt eine Religion nicht bekennt, braucht auch keine Freiheit zu deren Ausübung. Gibt es denn eifrigere Anhänger der Religions- und Gewissensfreiheit als die katholischen Belgier? Nur mit Atheisten, d. h. Gottesleugnern kann man schon deßhalb nicht zusammenleben, weil ein Verkehr und soziale Bande überhaupt mit ihnen unmöglich sind, da das einzige Mittel der Erhebung der Wahrheit in Zivil- und Kriminalsachen, der Eid (Zeugen- und Partheieneid) bei ihnen unmöglich ist, denn zur Betheurung der Wahrheit kann man Gott nicht als Zeugen anrufen, wenn man an ihn nicht glaubt. Daher mein Votum gegen L. Feuerbachs Parlamentskandidatur bei dem Bahnhofklubb. Was meine hieraus gefolgerte angebliche Intoleranz betrifft, so wird man aus meinem ganzen Leben nicht einen leisen Zug auch nur der Verletzung des Anhängers einer andern Religion wegen seiner Meinungen auffinden. Das Leben eines Landgerichtsbeamten ist wohl ein öffentliches zu nennen und er verkehrt mit Tausenden jährlich, aber hierin wird Niemand mit der geringsten Anklage gegen mich auftreten können. Toleranz ist auch bei dem Sohne eine vortreffliche Protestantin, der freilich nach seines Vaters Bekenntniß nach katholischem Ritus getauft, in diesem Glauben erzogen ist und mit Ueberzeugungstreue verharrt, natürlich. b) Der Vortrag des Unterzeichneten soll unklar über seine Ansicht in Betreff der Bildung einer obersten Bundeszentralgewalt für Deutschland gelassen haben. Allerdings hob ich vorzüglich meine Bedenken gegen jede der bisher vorgeschlagenen Weisen vor, wie sie begründet werden solle. Uebrigens habe ich den Urwählern des 35. Wahldistrikts auf Verlangen meine Ansicht hierüber genau bekannt gegeben und werde sie auch hier nächster Tage kurz entwickeln, sobald meine Amtsgeschäfte einen Augenblick Zeit lassen. c) Berichterstatter der Augsburger Abendzeitung, so wie eine Menge Zuhörer, die mir ihren Beifall zu erkennen gaben, haben übrigens meine Ansicht sehr gut gefaßt und viele der Letzteren sie sehr klar dargestellt gefunden. Wer einmal eine deutsche Republik will, wie die Leiter des Bahnhofklubbs mir gegenüber bestimmt ausgesprochen haben, kann unmöglich zugleich, wie jene allerdings auch nach ihrem Programme wollen, daneben in den Einzelstaaten konstitutionelle Monarchien erhalten. Wenn sie es auch wollen, die erste würde die letztern absorbiren. — Doch genug für das Publikum. Streiten wir lieber durch Thaten, die dem Gesammtvaterlande nützen, neben einander für dasselbe, als unter und gegen einander. — Unsere Privatüberzeugungen sind sattsam ausgesprochen. — Die Majorität in Frankfurt möge über die Bundeszentralgewalt und deren Konstituirung entscheiden.

Dr. Ad. Krätzer, Ass.

München, 1. Mai. Auf die beiden, in zwei verschiedenen Nummern des „Nürnberger Correspondenten“ vorfindlichen, kleinen Artikel über die Polizeibekanntmachung vom 23. März l. Js. habe ich zu entgegnen: daß die k. Polizei und k. Regierung, in so weit sie immer eingingen, meine Rechtsgründe nicht zu entkräften vermochten, daß mir die erlaufenen Taxen schon zurückerstattet sind, und daß die Sache gegenwärtig dem kgl. Staatsministerium d. J., für Kirchen- und Schulangelegenheiten vorliegt. Den Erfolg werde ich sicher bekannt machen und nöthigen Falles deßgleichen sämmtliche Verhandlungen. Hiemit neuerdings offene, treue Darstellung der Sachlage. Nicht so treu stellte der Hr. Korrespondent für Nürnberg dar, umging, was unmöglich umgangen werden durfte, und urtheilte sehr willkürlich. Die, in der Beilage zu Nr. 118 des Nürnberger Korrespondenten aufgestellte, Behauptung betreffend, der fragliche Hr. Korrespondent für Nürnberg sei einer der ausgezeichnetsten Juristen Bayerns und einer der politischen Proscribirten aus den 30ger Jahren, so ist erstere Behauptung nicht dienlich, weil es desto schlimmer, wenn man eine Celebrität ist, oder so genannt wird, und dennoch nichts sachgetreu darstellt und absichtlich oder aus Unkenntniß schiefe Urtheile fällt. Was die angedeutete, politische Märtyrerschaft betrifft, so kann diese einem, nicht richtig raisonirenden, Artikel des vertheidigten Korrespondenten gleichfalls keine Rechtsstärke verleihen und, Angesichts höchst illiberaler Absicht, eine Preßfreiheitsbeschränkung zu verfechten, wohl unmöglich für sehr hervorragende Freisinnigkeit des Verfassers sprechen. Was nützt es, vereinst freisinnig und ein Gegner der Bureaucratie und Willkür gewesen zu seyn? Man muß ein solcher geblieben seyn und mit den reinsten, gesetzlichsten Absichten bleiben.

Franz Trautmann.

Nürnberg. Dr. Eisenmann mahnt, zu wachen, damit die ultra-katholische Partei nicht die Wahlen Bayerns zum deutschen Parlament in die Hand bekomme.*)

Pfalz. Die kgl. Regierung hat folgendes Reskript erlassen, dessen Inhalt ohne Zweifel der Zustimmung der großen Mehrheit aller Pfälzer, wie überhaupt aller Unbefangenen, zu erfreuen hat, wogegen aber der „christliche Pilger“ in einer fast komischen Weise seine Galle ausgießt.**) „Unter den Wünschen, welche in der dermaligen Zeit vielfach hervorgetreten sind, besteht auch das dringende Verlangen, daß die Trennung der Volksschulen nach Confessionen aufgehoben werden möchte, indem durch die Vereinigung für den eigentlichen Schulunterricht die Gemeindelasten beträchtlich vermindert werden könnten. Um diesen Antrag gehörig würdigen zu können, ist eine genaue Berechnung erforderlich: 1. Welchen Aufwand die Gemeinden dermalen für die konfessionellen Schulen zu tragen haben, und welche Zu-

*) Auch zu spät theilweise wenigstens. (A. d. R.)

**) Der „Pilger“ schreit Zeter über Vernichtung der Religionsfreiheit. Niemand will aber verwehren, daß die Confessionsangehörigen eigene Schulen unterhalten, allein dann müssen sie auch die Kosten dafür aufbringen. Können oder wollen sie dieses nicht, müssen die politischen Gemeinden diese Kosten decken, somit die Angehörigen aller Glaubensbekenntnisse, so ist auch nichts anders natürlich und billig, als daß wirkliche Communalschulen bestehen.

schüsse aus Kreisfonds geleistet werden, und 2. Wie der Aufwand unter Beibehaltung der Zuschüsse aus Kreisfonds für die Gemeinden vermindert und beschränkt werden kann, wenn die konfessionelle Trennung aufhört. Die k. Landkommissariate werden diese Berechnung baldmöglichst herstellen lassen, und mit wohlbemessenem Gutachten über die Räthlich- und Zweckmäßigkeit der Maßregel begleiten, dabei aber mit der Vorsicht verfahren, daß es im Publikum nicht den Anschein gewinnt, als sey die Aufhebung der konfessionellen Schulen eine beschlossene Sache. (Speyer. Z.)

Speyer, 27. April. Dieser Tage trat hier der durch wissenschaftliche Leistungen rühmlich bekannte ehemalige Benediktinermönch Bonifacius Huber (aus der Abtei St. Stephan in Augsburg) zur vereinigten protestantischen Kirche der Pfalz über. (Huber ist Verfasser der von der philos. Facultät zu München gekrönten Preisschrift über Otto von Freising.) (Speyer. Z.)

Speyer, 29. April. Die Abgeordnetenwahlen zur konstituirenden Nationalversammlung gehen, so weit unsere Nachrichten reichen, in allen Theilen unserer Pfalz ohne die geringste Unordnung vor sich. Aus vielen Gegenden beschwert man sich, daß ein Theil der Geistlichkeit in einer Weise Einfluß auf diese Wahlen auszuüben versuchte, der in hohem Grade unwürdig und unrecht ist, und überdieß in der jetzigen Zeit doppelt tadelnswerth erscheint, da hiedurch muthwillig herausgefordert und erbittert wird. Indessen sind diese Machinationen, diese elenden Verdächtigungen, überall zu Schanden geworden. Es verdient dabei um so mehr rühmende Anerkennung, daß viele Geistliche in edler, würdiger, männlicher und freisinniger Weise sich verhalten haben. Das Volk weiß diese Ehrenmänner aber auch um so mehr zu schätzen. Was wir dringend wünschen, nicht sowohl für unsere Pfalz, denn hier bedarf es nicht erst eines solchen Wunsches, sondern für ganz Deutschland im Allgemeinen — ist feste Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung. Vorgänge wie die im Badischen Seekreise und zu Freiburg, Vorgänge wie die in Mannheim und Mainz, sind ein allgemeines, tief zu beklagendes Landes- und Nationalunglück. Dadurch wird die Freiheit nicht gefördert, sondern es wird der Reaction in unverantwortlicher Weise in die Hände gearbeitet. Das Stocken aller Gewerbe, Mangel und Noth in materieller Hinsicht, — Störung einer naturgemäßen Entwicklung der bürgerlichen Freiheit in politischer Beziehung, — sind die traurigen Folgen. Und dabei, inmitten dieser furchtbaren innern Zerrissenheit, drohen uns in allen Richtungen Feinde von Außen! Mögen doch alle Deutsche diese Lage erkennen, mögen sie sich einigen, denn „wir müssen einig seyn, wollen wir stark seyn, — wir müssen stark seyn, wollen wir frei seyn!“ (Speyer. Z.)

Württemberg.

Die neuesten Stuttgarter Blätter bringen die Bestättigung, daß Staatsrath Pfizer dort der Erwählte der Stadt für die konstituirende Versammlung seyn wird; er zählt bereits 6509 Stimmen; sein Ersatzmann ist Bankier Federer, der liberale Vertreter der Stadt in der Kammer der Abgeordneten. In Heilbronn fiel die Wahl auf Bierbrauer Heztges; Ersatzmann ist dort Rechtskonsulent Klett. In Oberndorf ist Professor Frisch, der Herausgeber der Schriften Keplers gewählt. in Böblingen Prokurator Schott, der alte Vorkämpfer der freisinnigen Partei auf so vielen Landtagen; in Calw Mathy; in Herrnberg Dr. Rödinger von Stuttgart (der auch in Oehringen die meisten Stimmen auf sich vereinigte); in Reutlingen Professor Vischer von Tübingen; in Welzheim Dr. G. Tafel von Stuttgart; in Tuttlingen Dr. Wolfgang Menzel; in Geislingen Staatsrath Römer; in Tettnang Kaplan Pfahler. In Ludwigsburg, wo David F. Strauß in dem Führer der Pietistenpartei Hoffmann vom Salon einen eifrigen Mitbewerber hatte, ist der letztere Sieger geblieben. Bei indirecten Wahlen wäre wahrscheinlich das Gegentheil erfolgt.

Baden.

Karlsruhe, 28. April. Morgen wird Frhr. v. Andlaw in der I. Kammer folgenden Antrag begründen: „In einer Adresse Se. königl. Hoheit den Großherzog ehrerbietigst zu bitten, eine Untersuchung zu befehlen, ob nicht Mitglieder der obersten Staatsbehörde oder der Regierung nahe stehende Männer thatsächlich die Plane der Revolutionspartei im Lande fördern, und somit entweder des Verraths an ganz Deutschland, oder einer höchst strafbaren Vernachläßigung ihrer Pflichten, wo nicht des Eidbruches, schuldig sind. Sollten jedoch nur die Einsicht und Befähigung dieser Männer den Ansprüchen des Augenblicks nicht genügen, so wolle es im Hinblick auf die allgemeine Gefahr für das gesammte deutsche Vaterland Höchstdenselben gefallen, diese Staatsdiener ihrer Dienste zu entlassen.“ — Wir zweifeln nicht, daß Tausende der besten Bürger in Baden und in ganz Deutschland mit dem zweiten Theil dieses Antrages, nemlich damit einverstanden sind, daß Mangel an Einsicht und Befähigung im Verhältniß zu den Ereignissen die Schuld trägt, daß Baden das bedauerliche Schauspiel darbietet, dessen wir uns schämen müssen, und daß die so nahe liegenden, vorhandenen und unerläßlichen Mittel, um den Gräueln des Bürgerkrieges ein rasches Ziel zu setzen, nicht angewendet werden. (D. Z.)

Karlsruhe, 28. April. Eine theilweise Umgestaltung des Ministeriums scheint unvermeidlich geworden zu seyn. Man spricht namentlich von dem nahe bevorstehenden Rücktritt des Ministers v. Dusch und dem des Geheimenraths Nebenius, denen besonders das bisher von dem Ministerium befolgte, so unheilvolle schwankende und vermittelnde System zugeschrieben wird. Auch dürfte Staatsrath Bekk sein bisheriges Portefeuille mit dem der Justiz vertauschen, während man als seinen Nachfolger Herrn Mathy und als den des Herrn v. Dusch den Abgeordneten Bassermann nennt. Hierdurch würde auch dem rein constitutionellen System, wonach die Minister aus der Majorität der Kammer hervorgehen, endlich einmal Rechnung getragen, während die genannten Männer Bürgen seyn werden für die Fortentwicklung der wahren konstitutionellen Freiheit und für ein entschiedenes und kräftiges Auftreten gegen jede anarchische Bewegung. Politische Halbheit war es, die unser schönes Land in so unsägliches Unglück gestürzt, und auf welche leider noch immer unser Regierungssystem gebaut ist. Aber die bessere Mehrheit unseres Volkes verlangt ein energisches Regiment um jeden Preis, welches allein den drückenden Alp, der sich auf alle Lebensverhältnisse geworfen, hinwegzuwälzen vermag. Mögen die Männer, welche jetzt jenes hemmende und lähmende Prinzip vertreten, diesem stürmischen Verlangen aller gut gesinnten Bürger nicht länger widerstehen, um nicht noch schwere Verantwortlichkeit durch Häufung noch größeren Unheils auf sich zu laden. (Schw. Mkr.)

Karlsruhe, 28. April. Der Abgeordnete der zweiten Kammer, Karl Mathy, ist zum Staatsrath und Mitgliede des Staatsministeriums ernannt worden.

Die oberländischen Briefe und Zeitungen bringen die Nachricht, daß die Herwegh'schen Freischaaren vorgestern (27. April) in der Nähe von Schopfheim von den Württembergern gänzlich zersprengt worden sind und sich unter Jammer und Noth nach der Schusterinsel flüchten mußten. Unter den Flüchtigen wird auch Herwegh genannt. Näheres müssen wir auf morgen versparen. (D. Z.)

Schönau im Wiesenthal, 27. April. Anstatt der Freischaaren die nach ihren Niederlagen bei Kandern und Freiburg in der hiesigen Gegend herumzogen und sich wieder zu sammeln suchten, sind seit vorgestern württembergische Truppen hier und seit gestern das Hauptquartier des Generallieutenants v. Miller. Der rechte Flügel seines Corps der am 25. durch das Wiesenthal nach Müllheim im Rheinthal vorrücken sollte, mußte auf die Nachricht, daß Freiburg in den Händen der Aufrührer sey, noch am 24. Abends gegen das Höllenthal aufbrechen, ging jedoch auf die neue Nachricht, daß Freiburg von den badischen Truppen wieder genommen sey, am 25. in der früheren Richtung über St. Blasien und Bernau gegen das Wiesenthal vor. Viele von Freiburg vertriebene Freischärler zogen im Gebirg am Feldberg herum, um über Schopfheim die Schweizergrenze zu erreichen. Eine am 25. bis Todtnau vorgeschobene Kompagnie des dritten Infanterieregiments gerieth hier mit einer Aufrührerabtheilung ins Gefecht, tödtete ihr 4 bis 5 Mann und erbeutete vier Kanonen (zwei Dreipfünder und zwei kleinere Geschütze), viele Gewehre, Sensen und andere Waffen, mehrere Fahnen Gepäck und Feldgeräthschaften, ohne auch nur einen Verwundeten zu haben. Gestern wurden in Todtnau, welches ein Hauptsammelplatz der Aufrührer gewesen zu seyn scheint, noch viele Waffen und andere Ausrüstungsgegenstände aufgefunden und nebst mehreren schwer gravirten dortigen Bürgern hierher abgeliefert. Auch in dem Dörfchen Präg kam eine andere Kompagnie des dritten Regiments in Berührung mit den Aufrührern und machte mehrere bewaffnete Gefangene. — Das von der bad. Regierung jetzt für den Oberrhein- und Seekreis verkündigte Martialgesetz wird hoffentlich dem Freischaarenunwesen jetzt ein gründliches Ende machen und diesen auf das äußerste aufgeregten Gegenden endlich zur Ruhe bringen. — Die bayerischen Truppen sind den württembergischen in die Gegend von Donaueschingen ... dorf ꝛc. nachgerückt, der linke Flügel der letztern ist am Rhein herab gegen Basel zu vorgerückt, wohin auch morgen der rechte Flügel vorgehen wird, d. h. nach Lörrach, Müllheim ꝛc. — Nachschrift: Das Hauptquartier ist heute (27.) nach Schopfheim verlegt, und aus Zell sind wieder einige Hundert Freischärler verjagt worden. Das Gebirge bleibt noch besetzt, weil noch mehrere Banden in demselben sich befinden und keinen freien Paß in die Schweiz finden können. (Schw. Mkr.)

(Bericht des Generallieutenants v. Miller.) Hauptquartier Schopfheim. Donnerstag den 27. April. Es ist heute gelungen, eine 8 bis 900 Mann starke Arbeiterkolonne unter Herweghs eigener Führung bei Dossenbach, zwischen Schopfheim und Säckingen auf das vollkommenste zu sprengen. Ein Bataillonskommandant der Arbeiter Reinhard Schimmelpfennig nebst 20 bis 30 Mann wurden getödtet, viele verwundet, über 200 gefangen. Wir haben den Hauptmann v. Lipp des 6. Infanterieregiments unter den Verwundeten. Die Truppen haben sich trefflich gehalten. Nähere Berichte werden folgen. So tief der wahre Vaterlandsfreund beklagen muß, Deutsche gegen Deutsche im Kampfe zu sehen, so wird gleichwohl jeder die Ueberzeugung in sich tragen, wie unerläßlich es ist, dem frechen Treiben dieser hochverrätherischen Banden mit aller Energie und Strenge ein rasches Ende zu machen.

Preußen.

Köln, 22. April. Die Versammlung der Lehrer der höhern Lehranstalten der Rheinprovinz ist nächsten Montag den 24. d. in Linz am Rhein anberaumt. — Die von den Lehrern in der hier gehaltenen Vorberathung festgestellten Anträge sind: a) Antheil an allen bürgerlichen Rechten. b) Befreiung aus der Lage, von Mitgliedern anderer Stände geleitet, beaufsichtigt und vertreten zu werden. c) Errichtung eines gesonderten Ministeriums des Unterrichts. d) Freiheit der Bitte und Beschwerde ohne Einhaltung des Instanzenzwanges. e) Abschaffung der geheimen Conduitenlisten. f) Ein unpartaiisches, durch bestimmte offen kund zu gebende Prinzipien geleitetes Verfahren bei Anstellung, Beförderung und Emeritirung. g) Eine den Bedürfnissen der Zeit entsprechende und nach festen allgemeinen Grundsätzen in kurzer Frist zu regulirende Besoldung.

Freie Städte.

Frankfurt, 27. April. Heute und gestern sind die kurhessischen Truppen, Infanterie, Husaren und mehrere Batterien Geschütz, nach dem Badischen hin durchmarschirt. — Die hiesige Parlamentswahl ist auf morgen festgesetzt. (A. Z.)

Frankfurt, 27. April. Wiener Briefe melden der „Deutschen Zeitung“ zufolge, die baldige Ankunft des Erzherzogs Johann dahier. Die Gegenwart dieses vortrefflichen, wahrhaft deutschen Fürsten, dessen ganzes Wesen eben so schlicht als kraftvoll und entschieden ist, kann nur vom heilsamsten Einflusse seyn.

Oesterreich.

Wien. (Die neue Verfassung.) IV. Die Minister. §. 32. Die Minister sind für alle Handlungen und Anträge in ihrer Amtsführung verantwortlich. §. 33. Diese Verantwortlichkeit, so wie die Bestimmung der anklagenden und richtenden Behörde, wird durch ein besonderes Gesetz geregelt. — V. Der Reichstag. §. 34. Der Reichstag, welcher in Verein mit dem Kaiser die gesetzgebende Gewalt ausübt, ist in zwei Kammern, den Senat und die Kammer der Abgeordneten, getheilt. Die Dauer des Reichstages wird auf fünf Jahre mit jährlicher Einberufung desselben festgesetzt. §. 35. Der Senat besteht: a) aus Prinzen des kaiserlichen Hauses nach vollendetem 24. Jahre. b) Aus den von dem Kaiser ohne Rücksicht auf Stand und Geburt für ihre Lebensdauer ernannten Mitgliedern, c) aus 150 Mitgliedern, welche von den bedeutendsten Grundbesitzern für die ganze Dauer der Wahlperiode aus ihrer Mitte gewählt werden. §. 36. Die Kammer der Abgeordneten besteht aus 383 Mitgliedern. Die Wahl sämmtlicher Mitglieder der Kammer der Abgeordneten beruht auf der Volkszahl und auf der Vertretung

aller staatsbürgerlichen Interessen. §. 37. Die Wahlen der Mitglieder beider Kammern werden für den ersten Reichstag nach einer provisorischen Wahlordnung vorgenommen. §. 38. Das definitive Wahlgesetz wird von dem versammelten Reichstage beschlossen und darin auch die Bestimmungen über die den Abgeordneten zur zweiten Kammer zu gewährenden Entschädigungen ausgesprochen werden. §. 39. Jede Kammer erwählt ihre Präsidenten und übrigen Functionäre, ihr allein steht die Prüfung und Entscheidung über die Giltigkeit der Wahlen zu. §. 40. Die Mitglieder beider Kammern können ihr Stimmrecht nur persönlich ausüben und dürfen von ihren Committenten keine Instructionen annehmen. §. 41. Die Sitzungen beider Kammern sind öffentlich, eine Ausnahme davon kann nur durch Beschluß der Kammern stattfinden, welche darüber auf Verlangen von 10 Mitgliedern oder dem Präsidenten in geheimer Sitzung entscheidet. §. 42. Kein Kammermitglied kann während des Reichstages ohne ausdrückliche Zustimmung der Kammer, welcher es angehört, den Fall der Ergreifung auf der That ausgenommen, gerichtlich verfolgt oder verhaftet werden. §. 43. Ein Kammermitglied, welches eine vom Staate besoldete Dienststelle annimmt, hat sich einer neuen Wahl zu unterziehen, die Regierung wird keinem gewählten Mitglied den Eintritt in die Kammern verweigern. §. 44. Die Kammern versammeln sich nur über Einberufung des Kaisers und haben nach erfolgter Auflösung oder Vertagung keine Geschäfte zu verhandeln. (Schluß folgt.)

Wien, 26. April. Gestern Abends wurde zur Feier der Verkündigung der Constitution die ganze Stadt beleuchtet, und ein Fackelzug der Studirenden bewegte sich in die Burg, um dem Kaiser ihre Huldigungen darzubringen. Die ganze kaiserliche Familie war in den Gemächern des Kaisers versammelt, und wir hören von Augenzeugen, daß der Kaiser mehr als einmal den Thron-Erben, Erzherzog Franz, seinen Bruder, mit thränenden Augen und mit den Worten an sein Herz drückte: „Gott wird das Werk segnen und wir werden hoffentlich noch glückliche Tage erleben.“ Auch in den Mienen der regierenden Kaiserin sprach sich Zufriedenheit über den ungeheuren Wechsel der Dinge aus. (A. Z.)

Der „Kölner Zeitung“ berichtet man folgenden Vorfall aus Wien vom 22. April: „Eine elegant gekleidete Dame trat in's Hauptquartier der Nationalgarde ein und bat den Kommandanten, die Thore schließen zu lassen, es befände sich ein verkappter Liguorianer unter den Nationalgarden. Es geschah, und sie bezeichnete einen höchst elegant gekleideten jungen Mann, der auch gleich von dem Hauptmann festgenommen wurde. Auch an der Universität wurde gestern ein Spion ergriffen und eingesteckt.“

Die Hilfe Englands in Italien scheint gewiß zu seyn; 20 Dampfer vom österreichischen Lloyd erwarten in Triest blos den Admiral Napier, um mit ihm gegen Venedig aufzubrechen. Die Papiere an der Börse stiegen bedeutend auf diese Nachricht. — Erzherzog Ludwig ist noch immer in Wien. — Das Kloster der verjagten Liguorianer in Wien wurde den Studenten für ihren Lehr- und Redeverein vom Minister des Innern eingeräumt. (N. K.)

Italien.

Man schreibt der „Allgemeinen Zeitung“: In Florenz hat der Aufenthalt des Adam Mickiewicz Anlaß zu Feierlichkeiten gegeben. Deutsche (!) und Italiener zogen 16. April vor seine Wohnung und redeten ihn an; der eine deutsche Sprecher war so gerührt, daß er seine Anrede nicht beenden konnte (!!). Mickiewicz dankte, wie es scheint, blos den Italienern. Vom Balkon herab sprach er zu dem „Popolo Toscano“ und erklärte unter Anderm: „das wiederauferstandene Polen wird alle Slaven, Croaten, Dalmaten, Böhmen, Mähren, Illyrier wiederauferstehen machen.“ Was das heißt, wird uns Deutschen, die die Sache so nahe angeht, wohl ganz klar werden, wenn wir hinzunehmen, daß die Alba vom 18. ein „Rom, 29. März 1848“ unterzeichnetes Simbolo Politico Polacco mittheilt, dessen fünfzehnter Artikel die Worte enthält: „Polen ist politische Verwandtenhilfe schuldig dem böhmischen Bruder und den mit Böhmen blutsverwandten Völkern, dem russischen Bruder und den russischen Völkern.“ Am 17. hatte Mickiewicz eine lange Audienz beim Großherzog.

Frankreich.

Das bereits gestern erwähnte Dekret der französischen Regierung, die sich bildenden Freischaaren der Deutschen auf der französischen Grenze betreffend, lautet nach dem Moniteur vom 26. v. Mts. wie folgt: „In Erwägung, daß die stattgefundenen Zusammenschaarungen von Deutschen in den östlichen Departements sich den entgegenstehenden Befehlen der Behörden zuwider organisiren und bewaffnen; in Erwägung, daß diese Zusammenschaarungen auf einem einzelnen Puncte den Bevölkerungen dieser Departements zur Last sind; in fernerer Erwägung, daß dieselben ein Gegenstand der Beunruhigung und ein Vorwand zur Bewaffnung für die Nachbarstaaten, so wie ein Anlaß zu Mißverständnissen zwischen Deutschland und der Republik sind: in Erwägung endlich, daß zwischen den Staaten des deutschen Bundes und der Republik Friede besteht und sich noch mehr befestigen soll, und daß es nicht von der Willkür einiger bewaffneten Fremden abhängen kann, die Gesinnungen des republicanischen Frankreichs gegen Deutschland umzugestalten, beschließt die provisorische Regierung: Die Zusammenschaarungen von Deutschen in den östlichen Departements werden aufgelöst. Die Minister des Auswärtigen, des Innern und des Kriegs sind mit der Vollziehung dieses Dekrets beauftragt. Gegeben zu Paris, im Rathe der Regierung, am 19. April 1848.“

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 2. Mai: „Reich an Liebe,“ oder: „Nur fünf Gulden“ Lustspiel nach dem Französischen von Börnstein. Hierauf Vorstellung der HH. Joseph Friedl und Zeror und Theodor Aylz.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. De Bardareche, Privatier v. Straßburg; Graf v. Hesselstadt, Burger und Barth, Bürger, und Schuleitner, Privatier von Wien; Hererlin, Privatier von Paris; Fischer, Privatier v. Pforzheim.

Hôtel Maulik. HH. Balschiao und del Bosco, Proprietärs v. Mailand; Steinberger, Privatier v. Ansbach; Baron v. Welden v. Augsburg; Tobler, Stadler, und Meier, Privatiers v. Zürich.

Gold. Hahn. HH. Graf Treuberg v. Klosterholzen; Fischer, Dr. juris v. Bern; Danner, Privatier v. Regensburg.

Blaue Traube. HH. v. Sanchioli, Privatier, und Secco Suardo, Student v. Mailand; Mabelo, Rath v. Heidenheim; Hasbroni Davis, Student von Boston; Pienzo, Rentier von Spia; Dr. Schmid und Henker, Privatier v. Erlangen; v. Vogelstein v. Dresden; Robinson, Professor v. Caspel; Bar. v. Schätzler v. Augsburg; Ott, Professor v. Schaffhausen; Frhr. v. Leoprechting v. Würzburg.

Stachusgarten. HH. Dannhauser und Poschlard, Kaufleute v. Ichenhausen; Sprün, Handelsmann v. Nördlingen; v. Senger, Advocat, und Rieterle, Patrimonialrichter v. Augsburg; Stadelmann, Student v. St. Gallen; Wagner, Student v. Innsbruck; Kettner, Privatier v. Wien; Kobler, Privatier v. Brixen; Pölnnlein, Functionär v. Nürnberg; Roder, Handelsmann v. Deggingen; Mam. Abröll v. Jägerndorf; Dlle. Moll v. Augsburg.

Gestorbene in München.

Cajetan Gereitschläger, Privatier v. h., 58 J. alt; Barb. Hellmann, Privatiere v. Würzburg, 81 J. alt; Anna Maria Preßl, Milchmannsfrau v. h., 45 J. alt; Peter Bumb, Studienlehrer v. Germersheim, 49 J. alt; Joseph Bigl, bürgl. Spiritusfabricant von hier, 55 J. alt; Andreas Frerkamer, ehem. b. Gärtner v. h., 68 J. alt; Ernst Baumgartner, b. Gastwirth zum Stachus, 27 J. alt; Anton Lechner, b. Melberssohn v. h., 18 J. alt; Joseph Freylag, Münzarbeiter v. h., 74 J. alt; Krescenz Schwarz, Heizerstochter v. h., 19 J. alt; Johann Baroll, Kaminkehrergesell v. Lugano, 27 J. alt.

2355. (3b).

Die

Molken- und Bad-Anstalt

Kreuth

wird am 1. Juni l. Js. eröffnet.

Die fixirten Preise sämmtlicher Bedürfnisse, welche die Anstalt verabreicht, sind aus den gedruckten Satzungen zu ersehen, die bei der Anstalt gratis zu haben sind.

Mit Bestellungen beliebe man sich entweder an Se. kgl. Hoh. des Prinzen Carl von Bayern Güter-Administration Tegernsee oder an die Bad-Anstalt Kreuth selbst zu wenden.

Bekanntmachung.

2381. (3c) Montag den 8. Mai 1848 Morgens 8 Uhr werden in der Wurzerstraße in den Localitäten der königlichen Hofpferdwage alte Wagen, Geschirre, Reit-, Fahr- und Stallrequisiten, dann altes Eisen rc. gegen gleich baare Bezahlung an den Meistbietenden öffentlich versteigert.

München den 25. April 1848.

Remonten-Ankauf.

2377. (3c) Es wird hiemit bekannt gemacht, daß täglich, die Sonn- und Feiertage ausgenommen, in den Vormittagsstunden von 9—12 Uhr zum Militärdienste brauchbare Pferde von 4 — 7 Jahren in dem Hofe des Hauses Nr. 3 in der Schönfeldstraße von der kgl. Administrations-Commission der Militärfohlenhöfe angekauft werden.

München den 18. April 1848

Anzeige.

2383. (2b) Allen meinen verehrten Geschäftsfreunden widme ich die ergebenste Anzeige, daß ich das frühere Local verlassen und meine eigene Behausung bezogen habe. Indem ich für die fortwährend geneigte Berücksichtigung verbindlichst danke, vereine ich wiederholt die höfliche Bitte, selbe mir noch ferner gütigst zuzuwenden, und empfehle mich unter Zusicherung prompter Effectuirung der mir ertheilten Aufträge mit achtungsvoller Ergebenheit.

C. G. Heucke,
Schrift- und Stereotypgießerei-Besitzer
Rosenheimerstraße Nr. 2.

Das

Königliche Kreis- und Stadtgericht Landshut

erkennt in der Streitsache der Maria Barsch von Aura und ihrer Kindescuratel gegen Johann Benedict Kerpl, Brauknecht von Landshut, wegen Vaterschaft, Kindes-Alimentation und Entschädigung, nach vorgängiger collegialer Berathung, zu Recht:

I.

Die am 4. Febr. l. Js. gestellte Klage sey für abgeläugnet gehalten, der Beklagte aller seiner Einreden für verlustig erklärt und in Folge dessen haben

II.

Klägerin und ihre Kindescuratel den in 30 Tagen zerstörlicher Frist anzutretenden Beweis zu liefern, daß

a) der Beklagte mit der Klägerin innerhalb dem 182. und 302. Tage von der Geburt des Kindes vom 17. Jan. 1846 rückwärts gerechnet fleischlichen Umgang gepflogen,
b) die Klägerin am 17. Jänner 1846 ein Kind geboren habe;
c) daß die Tauf- und Kindsbettkosten 6 fl. 15 kr. betragen haben;
d) daß der Beklagte sie zu oben erwähntem Beischlafe verleitete.

III.

Dieselben haben die Vermögensverhältnisse des Beklagten zu bescheinigen, endlich

IV.

der Ausspruch im Kostenpuncte sey dem Endurtheile vorbehalten.

Die Gründe dieses Erkenntnisses, so wie das Protokollaranrufen der Klagspartei vom 15. d. M. können in der Registratur eingesehen werden.

Am 25. April 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht Landshut.
Der königl. Director:
Leiendecker.

v. Balta.

Bekanntmachung.

2387. Es wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Salzschiffahrt auf der Donau im Monate Mai beginne, und die Sommerzeit wie früher regelmäßig fortgesetzt werde.

Um Unfällen zu begegnen, welche durch das Zusammentreffen der Salzschiffe mit den zu Thal gehenden Schiffen oder Flößen in den gefährlichen Stromstrecken sich ereignen könnten, werden die sämmtlichen Schiffer und Floßmeister, dann alle Jene, welche sich mit der Donauschiffahrt beschäftigen, aufmerksam gemacht, daß auf der Donaubrücke zu Vilshofen die zwischen Passau und Vilshofen sich befindenden Salzschiffe signalisirt werden.

So lange die Signale, resp. die Fahne auf der Brücke nicht eingezogen sind, dürfen Schiffer oder Flößer von der Donaulände zu Vilshofen nicht abfahren, und die Zuwiderhandelnden werden zur strengen Strafe gezogen, sowie für alle durch ihr Verschulden veranlaßten Beschädigungen verantwortlich gemacht.

Sign. 26. April 1848.

Königl. Landgericht Vilshofen.
Desch, Landrichter.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 115.

Man pränumerirt auf die Nr. 3 in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nr. 37; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährig 1 fl. 30 kr. Halbjährig 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 3 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Mittwoch — XLIX. Jahrgang. — 3. Mai 1848.

Deutschland.

Entwurf des deutschen Reichsgrundgesetzes.

Frankfurt, 29. April. Der von der Siebzehner-Kommission ausgearbeitete „Entwurf des deutschen Reichsgrundgesetzes“ umfaßt 30 Paragraphen in V. Artikeln. Dieses Reichsgrundgesetz hat zur Hauptgrundlage das Prinzip der Nationaleinheit. Nach dem Art. I., §. 1 bilden die zum bisherigen deutschen Bunde gehörigen Länder, mit Einschluß der neuerdings aufgenommenen preußischen Provinzen und des Herzogthums Schleswig, fortan Ein Reich (Bundesstaat). (Wegen des Großherzogthums Posen und des Istrianer Kreises wird eine Bestimmung vorbehalten.) Die Selbstständigkeit der einzelnen deutschen Staaten wird (§. 2) nicht aufgehoben, aber, soweit es die Einheit Deutschlands fordert, beschränkt, indem theils einzelne Staatsangelegenheiten fortan ausschließlich der Reichsgewalt anheimfallen, theils dem Volke gewisse Grundrechte und Einrichtungen von Reichswegen gewährleistet werden. Der Reichsgewalt (Art. II.) steht fortan ausschließlich zu: 1) die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten nach Außen; 2) das Recht über Krieg und Frieden, 3) das Heerwesen, beruhend auf stehendem Heer und Landwehr (allgemeine Wehrpflicht ohne Stellvertretung), 4) das Festungswesen, 5) die Sicherung Deutschlands zur See durch eine Kriegsflotte und Kriegshäfen, 6) das Zollwesen, 7) das Postwesen, 8) Gesetzgebung und Oberaufsicht über Wasserstraßen, Eisenbahnen und Telegraphen, 9) Ertheilung von Erfindungspatenten, die sich auf das ganze Reich erstrecken, 10) die Gesetzgebung im Gebiet des öffentlichen und Privatrechts, so weit eine solche zur Durchbildung der Einheit Deutschlands erforderlich ist (Gesetz über deutsches Heimatsrecht und Staatsbürgerrecht, über ein für ganz Deutschland gleiches Münz-, Maß- und Gewichts-System u. s. w.), 11) die Gerichtsbarkeit in dem im §. 24 bezeichneten Umfang, 12) die Verfügungen über sämmtliche Zoll- und Post-Einkünfte, und, sofern diese und sonstige Reichseinnahmen (Taxen, Konzessionsgelder u. s. w.) nicht ausreichen, die Belegung der einzelnen Staaten mit Reichssteuern. Die Fülle der Reichsgewalt ist in dem Reichsoberhaupte und dem Reichstage vereinigt (Art. III.). Verantwortliche Reichsminister, an der Spitze eigener Reichsbehörden, stehen der Verwaltung vor, ein Reichsgericht übt die Reichsgerichtsbarkeit. Die Würde des Reichsoberhaupts (deutschen Kaisers) soll um der Sicherstellung der wahren Wohlfahrt und Freiheit des deutschen Volkes willen erblich seyn (§. 5). Das Reichsoberhaupt residirt zu Frankfurt a. M., und bezieht eine mit dem Reichstage zu vereinbarende Zivilliste. Dem Kaiser steht zu: die vollziehende Gewalt in allen Angelegenheiten des Reichs; Ernennung der Reichsbeamten und der Offiziere des stehenden Heeres und der Marine, sowie der Stabsoffiziere der Landwehr; Vertheilung des stehenden Heeres; Ertheilung von Erfindungspatenten; außerordentliche Berufung, Vertagung, Schließung und Auflösung des Reichstages; Verkündigung der Beschlüsse des Reichstages, welche dadurch verbindliche Kraft für alle Theile des Reiches erhalten; das Recht des Vorschlags und der Zustimmung zu den Gesetzen theilt er mit dem Reichstage; die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten, Ernennung und Beglaubigung der Gesandten und Konsuln; Abschluß der Verträge mit auswärtigen Staaten und Ueberwachung der Verträge der einzelnen deutschen Staaten; Entscheidung über Krieg und Frieden. Der Kaiser ist unverletzlich und unverantwortlich; alle seine Verfügungen müssen dagegen von wenigstens einem der Reichsminister unterzeichnet werden. (Schluß folgt.)

Frankfurt, 29. April. Dreiundvierzigste Sitzung der deutschen Bundesversammlung. Eine Mittheilung des Fünfzigerausschusses, worin darauf angetragen wird, die Bundesversammlung durch drei Mitglieder, welche, unter eigner Verantwortlichkeit die vollziehende Gewalt auszuüben haben, zu verstärken, wird an den Ausschuß für Revision der Verfassung zur Begutachtung verwiesen. — Von Bayern wird angezeigt, daß General v. Damboer zum Kommandanten von Ulm ernannt worden sey; deßgleichen daß in Landau die deutsche Bundesfahne aufgepflanzt werden soll. — Von Landau wird über die den Truppenkommandos beigegebenen Zivilkommissäre Mittheilung gemacht. — Der Ausschuß für Revision der Verfassung beantragt, zur Vorbereitung der formellen Angelegenheiten der konstituirenden Versammlung eine aus Mitgliedern des Bundestags, Vertrauensmännern, Mitgliedern des Fünfzigerausschusses und des Frankfurter Senats gemischte Kommission niederzusetzen; welcher Antrag genehmigt wird. — Auf eingekommene Nachricht, daß die dänische Regierung auf deutsche Schiffe Beschlag gelegt habe, wird beschlossen, gegen derartige Beschädigung deutschen Eigenthums die wirksamsten Maßregeln zu treffen.

An die Stürmer der Schanze Dannewerk bei Schleswig.

Brüder!

Wir sind stolz auf die erste Waffenthat des neu erstandenen Deutschlands. Ihr habt Eure Pflicht wie freie Männer gethan, und das Vaterland wird Euch Dank dafür wissen. Das ist die rechte Kampfart, und die Feinde Deutschlands an seinen Grenzen im Norden oder Süden, im Osten oder Westen, werden durch diesen ersten Schlag hinlänglich belehrt seyn, daß die Zeit vorüber ist, wo man ungestraft sich in die Angelegenheiten Deutschlands mischen durfte. Für diese Lehre, die Ihr der Welt gegeben, werden Euch Eure Nachkommen segnen. Es treibt uns, Euch dieß im Namen des Vaterlandes zu sagen. Ihr kämpft mit dem Schwerte von Stahl und Eisen, wir mit dem Schwerte des Wortes und des Gedankens. Euer Sieg ist unser Sieg, wie unsere Sache die Eurige. Und so stimmen wir hier auf dem Felde der geistigen Kämpfe in Euren Schlachtruf ein: „Vorwärts für Deutschland! — und mit Gott im Herzen ist der Sieg unser — der Sieg der Freiheit, der Ordnung, der Volksrechte, der Sieg des einigen, selbstständigen und mächtigen Deutschlands!“

Vorwärts für Deutschland!

Frankfurt a. M., 29. April 1848.

Der Fünfziger-Ausschuß.

Soiron, Vorsitzender.

F. Venedey.

Bayern.

München, 3. Mai. Dem Gesetzesentwurfe, die Kosten auf die Abordnung zu der Volksvertretung am deutschen Bunde betreffend, der die Entschädigung dieser Abgeordneten für Reise und Verköstigung analog den Bestimmungen für die Abgeordneten unserer Ständeversammlung feststellt, wurde, obgleich ein Betrag von 5 fl. Diäten in Frankfurt nicht leicht ausreichen kann, vom II. Ausschusse der Abgeordnetenkammer dennoch einhellig bevorwortet, weil von der Vaterlandsliebe der Gewählten zu erwarten stehe, daß sie sich gerne damit begnügen. Man kann dieser Ansicht auch nur beistimmen, ja man zweifelt nicht, daß viele der Gewählten, welche dieses nach ihren Umständen können, die vom Staate gebotene Entschädigung ausschlagen werden.

München, 2. Mai. Folgende uns aus Würzburg mitgetheilte Erklärung erachten wir uns für verpflichtet, unseren Lesern mitzutheilen, da sie geeignet ist, ein werthvolles Zeugniß zur richtigen Beurtheilung einer augenblicklich bemerkbaren Persönlichkeit zu geben. „Nach den öffentlichen Blättern hat der königl. Advokat Hr. Dr. Kirchgeßner von Würzburg, dermaliger I. Präsident der Kammer der Abgeordneten zu München, bei eben dieser Kammer einen Antrag gestellt, in welchem einerseits die Aufhebung jener allerhöchsten Verordnung vom 20. Nov. 1846, durch die an die Stelle des Kollegienhonorar-Nachlasses für arme Studirende eine bloße Stundung jener Honorare eingeführt worden, — anderseits aber für die Studirenden hiesiger Hochschule insbesondere die Wiederherstellung der dortselbst stiftungsmäßigen Honorarienfreiheit bezielt wird. Wie weit die Unterzeichneten davon entfernt sind, diesen Anträgen an und für sich entgegen zu streben, dessen wird sich Jedermann aus der Eingabe überzeugen, welche im Betreff der Integrität unserer Hochschulen schon vor einigen Wochen von uns selbst an die Kammer der Abgeordneten gerichtet wurde, und inzwischen bei derselben ohne Zweifel von unserem abgeordneten Kollegen bereits wird eingereicht worden seyn. Doch ist die Motivirung jenes Antrags des Hrn. Kirchgeßner nur allzusehr geeignet, unsere pflichtmäßige Gesinnung und Handlungsweise in der öffentlichen Meinung zu verdächtigen und in der uns anvertrauten akademischen Jugend Mißtrauen und Gehässigkeit gegen ihre Lehrer hervorzurufen, als daß wir es unterlassen dürften, uns wider die dortige Darstellung des Sachverhalts öffentlich zu erheben. Ist auch das erste Glied jenes Doppelantrags, welches nämlich die allerhöchste Verordnung vom 20. Nov. 1846 zum Gegenstande hat, nicht insbesondere gegen die hiesige Universität gerichtet, so schließt es dieselbe doch insoferne in sich ein, als die ebengedachte Verordnung gleichmäßig an allen bayerischen Hochschulen eingeführt ist. In der Begründung dieses Antrages nun spricht Hr. Kirchgeßner einmal die Vermuthung aus, daß jene Verordnung „leider wohl bei vielen Professoren eine willkommene gewesen seyn möge,“ — und läßt weiters herkommen: „es sey überhaupt zu beklagen und zu verwundern, daß von Seiten der Professoren hiegegen wie gegen so viele Beschränkungen der bürgerlichen Freiheit zu damaliger Zeit keine Stimme laut wurde, während jetzt so viele den Mund voll Freiheit nehmen.“ Um zuerst von jener Vermuthung zu sprechen, so können die Unterzeichneten mit dem besten Gewissen erklären, daß die angezogene Verordnung oder das durch dieselbe für Bayern eingeführte preußische Stundungssystem von ihnen ebensowenig willkommen geheißen, als vorher irgendwie veranlaßt oder nur gewünscht, wohl aber das Bedenkliche derselben für die Studirenden nicht minder wie der kaum nennenswerthe Vortheil für die Lehrer in der praktischen Durchführung nicht bloß

sofort besprochen und gewürdigt wurde, sondern daß auch ohne allen Zweifel dawider eine Gegenvorstellung an die höchste Stelle würde gerichtet worden seyn, wenn uns nicht die ebenso bekannten als vielfachsten und wohlbegründetsten Erfahrungen die völlige Erfolglosigkeit eines solchen Unternehmens in damaliger Zeit evident gemacht hätten. Wir vermögen daher die Stützpunkte, auf welche Hr. Kirchgeßner jene seine Vermuthung gebaut haben mag, jedenfalls nur für imaginär zu halten, und nur zu bedauern, daß er weder der hohen Kammer der Abgeordneten noch dem Publikum die Achtung erwiesen hat, sie wenigstens namhaft zu machen. Wie wenig Fundirung für derlei Beschuldigungen des Hrn. Kirchgeßner überhaupt zu erwarten sey, beweiset indessen seine Klage und Verwunderung selbst, daß nämlich „von den Professoren gegen jene Verordnung wie gegen so viele Beschränkungen der bürgerlichen Freiheit zur damaligen Zeit keine Stimme laut wurde, während jetzt so viele den Mund voll Freiheit nehmen.“ Wir wollen es dahingestellt seyn lassen, ob für bürgerliche Freiheit das Wort zu führen — Hr. Kirchgeßner in seiner Stellung als öffentlicher Rechtsanwalt (in welcher man mit Recht ein Volkstribunat erkennt) nicht einen nähern Beruf gehabt hätte, als wir, denen die Freiheit der Lehre und der Wissenschaft billig die nächste Angelegenheit seyn mußte, — wir wollen auch nicht untersuchen, ob die Stellung eines Advokaten nicht eine freiere und unabhängigere sey, als jene von Professoren, die als solche und als Beamte nicht nur von dem bisherigen bayerischen Regierungssystem, sondern noch obendrein von Bundes wegen in einer Weise gefesselt, überwacht und bedroht gewesen, wie kein anderer Stand, — das Eine aber ist uns vollkommen gewiß, nämlich, daß von Hrn. Kirchgeßner bis in die neuesten Zeiten kein Wort für bürgerliche Freiheit zu vernehmen war, seitdem aber die Erhebung für dieselbe bei Anderen in Zug gekommen, er allerdings zu denjenigen zähle, welche auf's Bündigste demonstrirt haben, daß das freie Wort in Schrift und Rede in Bayern dem unüberwindlichsten Druck allgemein erlegen habe. Wenn aber dem also gewesen, wenn die Freiheit des Wortes so gänzlich in Fesseln lag, wie Hr. Kirchgeßner es selbst anerkennt, wie ist dann uns gegenüber der Vorwurf möglich, nicht gegen Beschränkungen der bürgerlichen Freiheit das Wort geführt zu haben? welch ein Anrecht zu solchem Vorwurf ist namentlich Hrn. Kirchgeßner erwachsen? Was denselben zu einer solchen Beschuldigung in der That bestimmt haben mag, kann uns vor der Hand nur als ein Räthsel erscheinen; vielleicht, daß die folgende Würdigung des zweiten Antragsgliedes zu einer Lösung desselben führt. Seinen Antrag auf Wiederherstellung der in Würzburg stiftungsmäßigen Honorarienfreiheit sämmtlicher Studirenden stützt Hr. Kirchgeßner zunächst und im Allgemeinen auf die Stiftungsbestimmungen der Universität, insbesondere aber auf die Universitätsordnung vom 21. Juli 1743 und jene vom 4. November 1749. Vor allem muß nun erinnert werden, daß in letzterer Verordnung eben so wenig ein Wort von Honorarien oder einer Freiheit von denselben zu finden ist, als in der Stiftungsurkunde selbst. Wohl aber setzt die allegirte Universitätsordnung vom 21. Juli 1743 eine solche Freiheit fest. Indessen keineswegs rücksichtlich „aller“ Collegien, wie Hr. Antragsteller referirt, sondern ausdrücklich nur rücksichtlich gewisser und speziell bezeichneter collegia publica, während die übrigen und namentlich die collegia privata (keineswegs aber blos die privatissima, wie Hr. Kirchgeßner hinterher wieder einräumt) als unentgeltliche Kollegien anerkannt sind. Auch ist die Strafe von 2 Reichsthalern, die der Antrag erwähnt, nicht, wie der Hr. Verfasser induziren zu wollen scheint, für den Fall gesetzt, wenn für ein solches freies Kollegium gleichwohl ein Honorar verlangt werden sollte, sondern ausdrücklich nur für den Fall, wenn ein Lehrer ein solches Kollegium je an einem der gesetzlichen Lektionstage ohne hinreichenden Entschuldigungsgrund aussetzen würde. Wie steht es aber um den rechtlichen Fortbestand jener wirklichen stiftungsmäßigen Honorarfreiheit selbst? Am Schlusse seiner Begründung gibt zwar Hr. Kirchgeßner an, daß diese Freiheit bis zur Säkularisation „fortbestand,“ daher er nunmehr ihre Wiederherstellung in Antrag bringt. Dabei aber äußert er sich gar nicht darüber, ob der Fortbestand jener Freiheit nach der Säcularisation auf rechtlichem Wege unterbrochen worden sey, oder nicht. Indessen läßt die jener Aeußerung vorgängige Darstellung des Antragstellers keine Zweifel, daß er jene Unterbrechung als eine stiftungswidrige faktische Unterbrechung seitens der Professoren und im besten Falle für einen von diesen pflichtwidrig eingeführten Usus angesehen haben wollte. Man habe, führt er an, dem rechten Begriff eines Professor publicus einen besser rentirenden andern unterstellt, und er bezeichnet es geradezu als ein noch gegenwärtig bestehendes (wenn auch faktisch außer Uebung gekommenes) Recht, daß die Collegien dahier unentgeltlich gehalten werden. Denn bei der Universität Würzburg, sagt er, müssen verordnungsgemäß alle nöthigen Fachcollegien publice d. h. honorarfrei gelesen werden, und aus diesen Stiftungen unentgeltlicher Lehrvorträge entspringe ein zweifelloses Recht für die dortigen Studirenden auf honorarfreie Lehrvorträge u. s. f. Gewiß, wenn diese Darstellung auf Wahrheit beruht, so ist es eine schreiende Prellerei, die sich die hiesigen Professoren gegen die Studirenden haben zu Schulden kommen lassen, es ist die offenbarste Rechts und Sittenverletzung von denen, welchen die Jugend anvertraut ist, um aus ihrem Munde und ihrem Beispiele die Lehre des Rechts und der Sitten zu empfangen und in deren Anwendung geübt zu werden, es ist eine unverantwortliche Pflichtverletzung von Seiten der überwachenden Staatsregierung, wenn sie solchen Unfug unter ihren Augen geduldet, ja selbst und noch in neuerer Zeit den Betrag und die Erhebungsweise solcher Honorarien geregelt hat! In der That aber steht die Sache ganz anders. Wir wollen nicht anführen, daß seit der Zeit, wo jene Honorarfreiheit dahier eingeführt ward, das Einkommen der Professoren wesentlich verringert und selbst ihr Besoldungsverhältniß zu den Gehalten der ihnen im Rang gleichen Kategorie Würzburgischer Beamter völlig verrückt worden, und erstere, ungeachtet der vielfältigsten Anerkennung, daß mit der Professur Ausgaben verbunden seyen die anderen Beamten völlig fremd bleiben, um ein sehr Bedeutendes hinter den Besoldungen der Letzteren zurückgeblieben sind, — wir wollen nicht geltend machen, daß seitdem inzwischen die Honorirung der Kollegien an allen deutschen Universitäten aufgekommen, (es mochte auch bei solchen eine Freiheit früher bestanden haben oder nicht,) es ein unleidliches Verhältniß zu eben diesen übrigen Universitäten gewesen, und lediglich als eine unwürdige Beeinträchtigung aller anderen Hochschulen und des Betriebs der Wissenschaft selbst gegolten haben würde, wenn dahier jene Befreiung noch fernerhin belassen worden wäre. Wie gesagt, wir wollen von dem allen Umgang nehmen, Thatsache aber ist es, daß jene Befreiung nicht abusive und verstohlener Maßen von Seiten der Professoren untergraben, sondern offen und auf gesetzlichem Wege förmlich aufgehoben worden ist. Es geschah dieß durch eine „Bekanntmachung, die Julius-Maximilians-Universität zu Würzburg betreffend,“ von dem churfürstlichen fränkischen General-Land-Commissariat kraft eines churfürstlichen Reskripts vom 3. November 1803 erlassen zu Bamberg am 11. ejusd., die in ihrem Abschnitt II Ziffer 16 Folgendes verfügt: „Da in Rücksicht der Vorlesungen nach dem Vorgang und der Erfahrung der berühmtesten Universitäten als das Zweckmäßigste befunden worden, daß Honorarien nach einem Maßstab, welcher den Professoren noch insbesondere zugehen wird, stattfinden sollen, so wird die Entrichtung derselben gleichfalls als ein Gegenstand der akademischen Polizei betrachtet und demnach festgesetzt: (folgen ad lit. a–d die näheren Bestimmungen.)“ Seit dieser Bekanntmachung wurden dahier ununterbrochen wie an anderen Universitäten die Honorarien erhoben und durch spätere Verordnungen hinsichtlich der Quote, der Erhebungsweise und der Befreiung der armen Studirenden von Zeit zu Zeit näher regulirt, wobei wir nicht unerinnert lassen können, daß auch Bemittelteren häufig Nachlässe von Kollegienhonorarien, sowie der Examen- und Promotions-Gebühren bewilliget wurden, und nie eine gerichtliche Beitreibung stattgefunden habe. Die angeführte Bekanntmachung vom Jahre 1803 aber ist übrigens nicht, wie hie und da neue Verordnungen (deren Veröffentlichung zugleich mit ihrer Erlassung verboten worden) heimlich an die hiesige Universität ergangen, sondern in dem Regierungsblatt für die churbayerischen Fürstenthümer in Franken, Jahrgang 1803, Stück 46 unterm 21. November ejusd. förmlich zu Jedermanns Kunde publicirt worden. Diese Bekanntmachung konnte daher einem Rechtsanwalte, einem solchen namentlich, der in derselben Provinz und Universitätsstadt, für welche sie erlassen worden, geboren und daselbst noch in öffentlicher Wirksamkeit steht, nicht entgehen, sie konnte und durfte ihm nicht entgehen bei einer Arbeit, in welcher er selbst durch paginenweise Allegation anderer Verordnungen den schlagendsten Beweis niedergelegt hat, daß er sie nicht auf Gerathewohl hin und mit unsicherem Gedächtnisse, sondern mit Ueberlegung und Zurhandnahme der bestehenden Rechtssammlungen seiner Provinz geschrieben habe. Er konnte und durfte diese Bekanntmachung um so weniger umgehen bei einer Arbeit, die nicht eine einseitige Parteischrift, nicht aus dem Standpunkte sachwalterischer Taktik und Praktik gearbeitet seyn sollte, sondern die Eingabe eines Volksabgeordneten bei dem obersten und allgemeinen Tribunal des Landes zu seyn bestimmt war, wo beschworner Weise ohne Ansehen der Personen nur wirkliches Recht, nur lautere, unverfälschte Wahrheit vertreten werden darf, vor einem Tribunal, dessen Präsident vorzugsweise berufen ist, solche Wahrheit und solches Recht gegen jedwede heimliche wie offenbare Antastung Anderer zu schirmen, in Zeitläuften obendrein, wo das Gefühl für Wahrheit und Recht allüberall zur lichterlohen Flamme aufgeschlagen ist, die keinem Rank und keinen Künsten der Entstellung einen Raum gewähren wird. Die Reticenz, welche in der Begründung Ihres zweiten Antrages demnach vorliegt, Herr Kammerpräsident und Rechtsanwalt! — sie überhebt uns nun auch der Mühe weiterhin nach den Beweggründen zu forschen, welche die in dem erstern Antrag enthaltene Denuntiation der Professoren hervorgerufen haben mögen. Denn die Sache glauben wir, spricht darüber schon unmittelbar weit besser von selbst, als daß es einer Schlußfolgerung daraus mehr bedürfte. Aber der Loyalität unserer Gesinnung und Handlungsweise froh bewußt, weisen wir die Schmach, die uns in Ihren Anträgen zugedacht scheint, mit Abscheu auf den zurück, der uns ungerecht und mit falschen Motiven selbst einer solchen zeihen will. Uebrigens wünschten wir wohl daß Sie, so lange Ihnen wenigstens auf Ihrem dermaligen hohen Posten zu verbleiben vergönnt seyn wird, für Ihre Wirksamkeit daselbst einen fruchtbareren Stoff auffinden möchten, als die Aufhebung von Honorarien für Professoren, um welche dieselben längst selber petitionirt haben, und als die Einführung des Rechts, die Waffen zu tragen, unter welchen jeder Wehrfähige ohnehin bereits wirklich steht. Würzburg, 28. April 1848. Die Professoren der Julius-Maximilians-Universität.

München, 2. Mai. Wer den ehemaligen Redacteur der „Neuen Würzburger Zeitung“ aus den Tagen der Kölner Wirren im Betreff des Erzbischoffs v. Droste-Vischering, den berühmten Dr. Zander, den Vorkämpfer für ultramontane jesuitische Interessen, der gegen gute Münze überall, wo man die Rolle braucht, den Tartüffe vortrefflich spielt, noch nicht kennt, der beliebe sich mit der Redaction des hier jüngst erschienenen Volksboten vertraut zu machen, denn es verlautet allgemein, daß er dort unter angenommener Maske agire. Die Gutmüthigkeit unseres hiesigen Volkes hat allen Grund, auf ihrer Hut zu seyn, denn gegen solche Tumultuanten schützt auch unser braves Freicorps nicht.

Augsburg, 1. Mai. Ueber die mehr oder minder vor dem Gesetze zu rechtfertigenden Umtriebe, welche bei Gelegenheit der letzten Wahlen von verschiedenen Seiten, namentlich von einer wohlbekannten, nie ruhenden Partei gemacht worden sind, gehen uns Nachrichten von so vielen Seiten ein, daß wir sie unmöglich alle veröffentlichen können. (D. konst. Z.)

§Vom Inn, 27. April. Die Urwahlen für die Wahlmänner hiesiger Umgebung sind vorüber. Unter den Wahlmännern findet sich keine geringe Anzahl von Geistlichen. Morgen findet für 5 Landgerichte im oberbayerischen Regierungsbezirke die Wahl des Abgeordneten zum allgemeinen deutschen Landtage in Frankfurt statt. Wollen wir hoffen, daß nicht zu viele Wahlen im Sinne des Rückschritts ausfallen, denn dadurch würde man leider den republikanischen Bestrebungen von Heker, Struve und Gelichterschaft leider nur zu sehr auf mittelbare Weise in die Hände arbeiten. Hier zu Lande verhehlt man sich keineswegs die beträchtlichen Schwierigkeiten für die endliche friedliche und glückliche Herstellung eines alleinigen Deutschlands um so weniger, als die

allerneueste Erklärung von Seite Oesterreichs gar nicht geeignet ist, sich einer heitern Aussicht für die nächste Zukunft ungetrübt hinzugeben. Das heillose Festhalten des Kaiserstaates an seinen bisherigen Sondervortheilen hat ohnehin Deutschland die tiefsten Wunden geschlagen, deren unverzeihliche Narben noch zu sichtbar und blutend sind, als daß sie zu ihrer gänzlichen Vernarbung nicht in allseitiger Eintracht behandelnder Aerzte bedürften. Auch dürfte es nicht schwer zu beantworten seyn, ob dem im Schwebepunkte einer bedrohlichen Ablösung seines Gesammtverbandes gefährlich krank darnieder liegenden Kaiserstaats durch sein eben so undeutsches als unkluges Benehmen nicht eine noch verderblichere Krise bevorstehen mußte, in deren furchtbar gähnenden Abgrund das ganze übrige Deutschland hinabgeschleudert werden würde. Wenn auch von einer gewissen Seite her, deren Schleichwege und gewissenlose Unbedenklichkeit in Ergreifung der sach- und zweckdienlichen Mittel dem unbefangenen Forscher- und Kennerblicke längst kein Geheimniß mehr sind, noch seyn können, das alte System wieder heraufbeschworen werden will, ist mit aller Wahrscheinlichkeit, ja mit Bestimmtheit vorauszusehen, daß derlei von Geburt aus schwindsüchtige Winkelzügigkeiten, obwohl unter einem beliebten und in seinem Erfolge oft erprobten Heiligenscheine ausgesponnen, in anderweitigen Provinzen durchaus keinen Anklang finden werden. Wir haben in diesen Blättern schon so oft aufmerksam gemacht auf die unerläßliche Nothwendigkeit einer vereinten Zusammenwirkung aller ächt und treu gesinnten Kräfte unseres deutschen Gesammtvaterlandes mit völliger Hintansetzung aller persönlichen und provinziellen Sondervortheile. Nie war Eintracht unter allen Deutschen aller deutschen Länder nöthiger denn jetzt. Wohlan denn ihr Bayern, bleibt wie bisher ächt konstitutionell-monarchisch gesinnte Männer unter dem weiß und blauen Schirmbanner eures uralt angestammten Herrscherhauses der Königlichen Wittelsbacher, aber säumt zugleich auch nicht, als einer der ältesten, edelsten und geehrtesten Volksstämme, einig und treu, kräftig mitaufbauen helfen am neu deutschen Eintrachtsbanner unserer schützenden Eiche mit ihren schon vorhandenen Zweigen, darum: **Durch und mit Bayern Deutschland!**

Regensburg, 30. April. Bei der kgl. Regierung dahier ist gestern Nachmittags die Anzeige eingetroffen, daß am 5., 8., 10. und 12. Mai 10,000 (?) Mann Oesterreicher (Infanterie und Artillerie) auf ihrem Marsche nach Ulm und Rastatt durch unsere Stadt kommen werden. (Regensb. Z.)

Baden.

Karlsruhe, 29. April. Eben geht die amtliche Nachricht hier ein, daß die von Herwegh geführte Schaar fremder Eindringlinge zwischen Schopfheim und Dossenbach von württembergischen Truppen erreicht und völlig geschlagen worden ist. Der Feind ließ 23 Todte auf dem Platze, 200 wurden gefangen. Von Seite der Württemberger blieben leider ein Offizier und ein Soldat. Es zeigt sich durch diesen Erfolg, daß es eine ganz zweckmäßige Taktik war, die fremden Eindringlinge über den Rhein herüber zu lassen. Auf diese Weise wird die Sache rasch entschieden, während man andern Falls wer weiß auf wie lange die Rheingrenze noch hätte bewachen müssen. — Was Deutschland von diesen angeblichen Bringern der Freiheit zu erwarten hatte, ist zwar längst von Jedem, der nicht sein Vaterland verrathen wollte oder mit Blindheit geschlagen war, deutlich erkannt; doch jetzt muß auch den Letztern der Staar gestochen seyn. Die herwegh'sche Horde, mit langen breiten Dolchen bewaffnet, hat, seit sie den Rhein überschritten, wohin sie kam, Alles geplündert, die Hauseigenthümer, die sich diesem Raub widersetzen wollten, mißhandelt und mit dem Tode bedroht. Das ist die Erfüllung der heilverkündenden Zusagen der herwegh'schen Proklamationen! Räuber sind es, die der deutsche Dichter gegen sein Vaterland führt, und wenn auch in Kurzem der blutige Bürgerkrieg beendigt seyn wird, so werden Räuberbanden wahrscheinlich noch längere Zeit eine Plage der obern Gegend bleiben. Das sind dann die einzigen Früchte, die uns der hochverrätherische Aufruhr gebracht. — Hecker soll die Schusterinsel entmuthigt verlassen haben. Sonderbar, daß weder er, noch Struve, noch Herwegh sich bis jetzt auch nur den Finger geritzt. — Aus vielen Theilen des Landes, wo die Regierung der Gesetzlosigkeit ein Ende gemacht, laufen Briefe ein, welche freudigen Dank dafür aussprechen, daß sie von der Knechtschaft der Anarchisten erlöst sind. Vielen sonst braven aber nur verirrten Bürgern fällt es wie ein Schleyer vom Gesichte, daß man unter der verhaßten Blittersdorf'schen Herrschaft hundertmal mehr wirkliche Freiheit genoß, als unter der Herrschaft der Gesetzlosigkeit. Diese Einsicht wird freilich bei vielen Schwachen wieder überspringen, und ich höre, daß in manchen Theilen Deutschlands der Eckel vor dem Treiben in Baden die Gemüther schon wieder überloyal gestimmt habe; dann aber haben unsere Unersättlichen diese Reaction in den Gemüthern nur ihren eigenen Uebertreibungen zuzuschreiben. — Vielfach wird versichert, die katholische Geistlichkeit in Offenburg und Freiburg habe den Aufruhr eher begünstigt, als ihm entgegengewirkt; ohnehin sollen Zeichen genug vorliegen, daß hinter den Hochverräthern die alten innern und äußern Feinde Deutschlands ihr Spiel treiben. Woher kommen doch die von Leuten ohne Vermögen in Karlsruhe, Rastatt, Mannheim, Frankfurt, Hanau und andern Orten aus vollen Händen fließen! — Spuren eines russischen Agenten sind schon in Frankfurt gesehen worden, und die Zeitungen berichten, daß dem Hrn Ledru-Rollin die Millionen geheimer Staatsgelder nicht genügten. Möchten noch zur Ehre unseres Vaterlandes wissen, welchen Zwecken sie dienen. (D. Z.)

Donaueschingen, 27. April. Vor dem Abmarsch des 5. württembergischen Infanterieregiments und einer Schwadron des 3. Reiterregiments, welcher heute in der Richtung von Bonndorf und St. Blasien auf dem Schwarzwalde erfolgte, wurde der auf dem Rathhause versammelten Gemeinde ernstlich und eindringlich die Folgen weiterer politischer Demonstrationen vor Augen gehalten, und dieser Schritt hatte namentlich die wichtige Folge, daß sich nun die große Mehrzahl der terrorisirten Bürger zur Aeußerung ihrer Willensmeinung bestimmt fand, so daß die Schreckensherrschaft sich bei der ersten Wiederholung ihres anmaßenden Zwangs auf einen kräftigen und ernsthaften Gegenstoß gefaßt halten darf. Die Erklärung unserer Gegend in den Kriegsstand, hat eine große Sensation bei allen Parteien veranlaßt. — Die Republikaner meinen es so gut mit dem deutschen Vaterlande, daß sie jetzt auf Franzosenhilfe hoffen; täglich verkünden sie Unruhen und Aufstände im Württembergischen, man brauche bald die Soldaten jetzt dort; eine andere Maßregel zur Revolutionirung des württembergischen Volkes bezwecken sie durch Entlassung württembergischer Dienstboten. Württembergische Truppen sind jetzt gar keine mehr bei uns, dagegen rückte heute eine Schwadron bayerischer Chevauxlegers bei uns ein, der morgen bayerische Infanterie folgen soll. (Schw. Mkr.)

Ueber das Gefecht bei Schopfheim oder Dossenbach das ein paar hundert Mann württembergischer Truppen mit einer vierfach überlegenen Zahl französischer und deutscher Arbeiter bestanden, enthält der „Schwäbische Merkur“ jetzt einen umständlichen Bericht des Generallieutenants v. Miller. Danach sind von den Arbeitern 30 geblieben, viele verwundet, 400 gefangen. Unter letzteren befindet sich Bornstedt, Vicepräsident des Komités der Arbeiter. Wir tragen den Bericht morgen nach

Im Laufe des gestrigen Tages rückte anderes württembergisches Militär in Warmbach gegenüber von Rheinfelden ein und besetzte die Brücke dieses Städtchens auf der deutschen Seite, welcher Umstand den beabsichtigten Rückzug der gesprengten Herwegh'schen Schaaren nach der Schweiz unmöglich macht. (Schw. Mkr.)

Mannheim, 27. April. Heute Nachmittag ist ein Regiment Hessen nebst 2 Kompagnien Scharfschützen eingerückt, so daß wir jetzt eine Garnison von ungefähr 3000 Mann haben. Bis jetzt haben nämlich die nassauischen Truppen die hiesige Stadt noch nicht verlassen, ungeachtet des dringend an die Staatsbehörde gerichteten Verlangens, dieselben zu entfernen. Die Absendung eines Regierungscommissärs in hiesige Stadt so wie die auf morgen angekündigte Ankunft weiterer Truppenabtheilungen läßt hoffen, daß die Regierung energischer als bisher auftreten und dem unsinnigen Treiben unserer Anarchisten ein Ziel setzen wird. Die Rheinbrücke ist bis auf diese Stunde noch nicht wieder aufgeführt, obgleich ein Beschluß des Gemeinderaths dieses heute angeordnet hat, allein eine Abtheilung unserer entschiedensten Republikaner, an deren Spitze Streuber steht, hat erklärt, daß sie das abgeführte Joch der Brücke nicht eher wieder aufführen ließen, als bis sämmtliches nassauisches Militär die Stadt geräumt hätte. Hoffentlich werden sie die Erlaubniß dazu noch früher ertheilen, ehe es bei ihnen — zu spät wird. (D. Z.)

Mannheim, 29. April. Diesen Vormittag rückten die Nassauer und Kurhessen plötzlich aus, besetzten die freien Plätze, die Wachen, das Rathhaus und die Thürme. Hierauf schritt die zur Untersuchung der jüngsten hiesigen Auftritte ernannte Kommission, an ihrer Spitze Ministerialrath Meier, zur Verhaftung. Festgenommen sind bis jetzt H. Hoff, Grohe, Betz und Spieß, welche alsbald nach der Festung Rastatt abgeliefert worden seyn sollen, wenigstens wurden sie auf der Eisenbahn abgeführt. Beide letzteren sollen am 26. geschossen haben. Diesen Mittag versammeln sich die Truppen abermals und noch viele Verhaftungen, man spricht von einigen 70, werden erwartet. Es sollen schon viel flüchtig geworden seyn, unter diesen der Dichter Schnauffer. Die Stadt ist übrigens ruhig. Man glaubt immer mehr daran, daß Mannheim in Kriegszustand erklärt werde, auch behauptet man, daß die Bürgerwehr ihre Waffen binnen weniger Zeit abzuliefern habe. — So eben, Nachmittags 2½ Uhr, ziehen die kurhessischen Husaren mit vier Kanonen hier ein. Diese Truppen zeichnen sich durch militärische Haltung und Schönheit der Personen aus. (Schw. Mkr.)

Mannheim, 29. April. Heute Vormittag sind die Herren J. P. Grohe, H. Hoff, Spieß und Betz dahier verhaftet und unter starker Bedeckung nach Bruchsal abgeführt worden. Die beiden letzteren werden beschuldigt, die Mörder der bayerischen Soldaten zu seyn, welche am letzten Mittwoch erschossen wurden. Man sieht noch weiteren Verhaftungen entgegen. Der Kern der Bürgerschaft, von dem Druck der Anarchisten befreit, athmet wieder auf, und billigt diese von der Staatsbehörde ergriffene energische Maßregel, wodurch der erste Schritt zur Rückkehr der gesetzlichen Ordnung geschehen ist. Die Anhänger der Verhafteten blieben bei der Abführung ihrer Häupter ruhig. (D. Z.)

Schleswig-Holstein.

Aus Flensburg, 27. April wird der „B.-H.“ gemeldet: „Heute ist ein dänischer Parlamentär angekommen. Die deutschen Truppen sind diesen Abend eingegangener Nachricht zu Folge in Hadersleben eingezogen. Ein heute Morgen von Flensburg hier angekommener Reisender erzählt, daß heute von den Hannoveranern unter der Leitung von General Halkett eine Operation gegen die Insel Alsen, wohin sich die Dänen zurückgezogen haben, unternommen werden solle. Der dänische Kammerherr v. Oxholm, der von Dänemark nach St. Petersburg gesandt worden war, um Rußland um seinen Beistand anzusprechen, hat einem Privatbriefe aus St. Petersburg zufolge die kategorische Antwort erhalten, daß Rußland sich durchaus nicht in diese Angelegenheit einmischen werde.

Braunschweig.

Am 25. Abends, seinem Geburtstag, kam der Herzog in Braunschweig an. Feierlicher Fackelzug und sonstige Freudenbezeugungen feierten seine Ankunft. Der Ständeversammlung ist ein Gesetzentwurf über Aufhebung des Eheverbots zwischen Christen und Juden vorgelegt.

Oesterreich.

Wien. (Die neue Verfassung.) VI. Wirksamkeit des Reichstages. §. 45. Alle Gesetze bedürfen der Zustimmung beider Kammern und der Sanction des Kaisers. §. 46. Beim ersten abzuhaltenden Reichstag und nach jedem neuen Regierungsantritt wird die Civilliste des Kaisers für seine ganze Regierungsdauer festgesetzt. Appanagen und Ausstattungen für die Mitglieder des Kaiserhauses werden von Fall zu Fall dem Reichstag zur Schlußfassung vorgelegt. §. 47. Die jährlichen Bewilligungen zur Ergänzung des stehenden Heeres, die Bewilligung zur Erhebung von Steuern und Abgaben, die Contrahirung von Staatsschulden, die Veräußerung von Staatsgütern, die Prüfung und Feststellung des jährlichen Voranschlages der Staatseinnahmen und Ausgaben und des jährlichen Gebahrungsabschlusses kann nur durch ein Gesetz erfolgen. Diese Gesetzvorschläge sind zuerst bei der Kammer der Abgeordneten einzubringen. §. 48. Beide Kammern können Gesetzvorschläge machen, oder unter Nachweisung der Gründe bei der Regierung auf die Vorlage eines Gesetzentwurfes antragen. Sie können Petitionen annehmen und zur Verhandlung bringen, jedoch dürfen solche Petitionen von

Privaten und Korporationen nicht persönlich überreicht, sondern sie müssen durch ein Mitglied der Kammer vorgelegt werden. §. 49. Zur Gültigkeit eines Beschlusses ist in jeder Kammer die Anwesenheit von wenigstens dreißig in dem Senate und von sechzig in der zweiten Kammer erforderlich. §. 50. Gesetzesvorschläge durch welche die Bestimmungen der Verfassungsurkunde ergänzt, erläutert oder abgeändert werden sollen, bedürfen in jeder der beiden Kammern die Zustimmung von zwei Dritttheilen der anwesenden Mitglieder. §. 51. Bei allen andern Gesetzesvorschlägen genügt die absolute Stimmenmehrheit. §. 52. In beiden Kammern wird die Regierung durch die verantwortlichen Minister oder von ihrem den Kammern zu bezeichnenden Regierungscommissär vertreten. Entscheidende Stimme steht beiden aber nur dann zu, wenn sie Mitglieder der Kammern sind. §. 53. Ein besonderes von jeder Kammer zu beschließendes Reglement wird die Geschäftsordnung für dieselben festsetzen; bis zu dessen Zustandebringung wird ein provisorisches Reglement für jede der beiden Kammern von der Regierung erlassen. — VII. **Provincialstände.** §. 54. In den einzelnen Ländern haben Provincialstände zur Wahrnehmung der Provincialinteressen und zur Besorgung der für diese Interessen sich ergebenden Erfordernisse, so weit solche nicht unter den allgemeinen Staatserfordernissen begriffen sind, zu bestehen. Den bisherigen Provincialständen wird, in so ferne die Verfassungsurkunde keine Aenderung enthält, ihre Einrichtung und Wirksamkeit erhalten. §. 55. Eine der ersten Aufgaben des Reichstages wird es seyn, die Prüfung und Würdigung der von den Provincialständen vorzulegenden zeitgemäßen Aenderungen ihrer bisherigen Verfassungen und der Vorschläge über die Art der Ersatzleistung der ablösbar erklärten Grundlasten in Verhandlung zu nehmen. §. 56. Zur Wahrnehmung der besonderen Interessen der Kreise und Bezirke in jeder Provinz wird die Gesetzgebung eigene Municipaleinrichtungen festsetzen. §. 57. Die Gemeindeverfassungen sind nach dem Grundsatze zu ordnen, daß in denselben alle Interessen der Gemeinde und ihrer Glieder vertreten werden. §. 58. In dem ganzen Umfang der Monarchie wird die Nationalgarde nach den durch ein besonderes Gesetz zu regelnden Normen errichtet, bleibt jedoch der Zivilautorität und den Zivilgerichten untergeordnet. §. 59. Die Nationalgarde und sämmtliche Beamte leisten dem Kaiser auf die Verfassung den Eid. Der Eid der Armee auf die Verfassung wird in den Fahneneid aufgenommen. Gegeben in Unserer kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien, den fünfundzwanzigsten April im Eintausend Achthundert achtundvierzigsten, Unserer Reiche im vierzehnten Jahre. **Ferdinand** m. p. (L. S.) Ficquelmont, Minister des Aeußern und provisorischer Präsident. Pillersdorf, Minister des Innern. Kraus, Finanzminister. Sommaruga, Minister des Unterrichts. Zanini, Kriegsminister.

Prag, 18. April. Hier haben sich 4000 Arbeiter zur Veröffentlichung der Erklärung vereinigt, daß sie den Zustand, in welchem freche Willkür mit dem Hohne gegen das Gesetz Hand in Hand gehe, auf die entschiedendste Weise mißbilligen und entschlossen sind, diesem Zustande, da er ihnen in ihrem Erwerbe hinderlich ist, auch offen entgegenzutreten.

Italien.

Einem Schreiben aus Mantua vom 18. l. M. zufolge wurden die Piemonteser, welche bei Monzambano auf unser Armeekorps stießen, nach einem hitzigen Gefechte bis über Lonato zurückgeworfen. Ihr Verlust wird auf mehr als 1000 Todte, und die doppelte Anzahl Verwundete angegeben. Außerdem wurden ungefähr 600 Gefangene, darunter 2 piemontesische Stabsoffiziere gemacht. Den Verlust österreichischer Seits bezeichnet man als verhältnißmäßig gering. (Oest. L.)

Rußland und Polen

Die kürzlich erwähnte Deputation, welche, mit der Fürsprache von Paskewitsch versehen, zum Kaiser sich begeben sollte, um die Wiederverleihung der polnischen Verfassung zu erbitten, ist nicht nach ihrem Bestimmungsorte abgegangen.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 4. Mai: „Hernani," Oper von Verdi.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Frau Witz-Witz aus Frankreich; Frau Kleo, Gastwirthin v. Landsberg.

Hôtel Maulik. HH. Anesti und Bauereich, Privatiers v. Wien.

Gold. Kreuz. HH. Hailer, Particulier v. Dresden; Meser, Dr. med. v. Prag.

Blaue Traube. HH. Schoter, Aktuar v. Dillingen; Reber, Oberrechnungsrath, Dr. Haller und Wezler, Medicinalrath v. Augsburg; Mesner, Administrator v. Tegernsee; Dr. Künze v. Darmstadt.

Stachusgarten. HH. Wallsteiner, ärztlicher Praktikant, und Dr. Weinhart, Professor v. Freising; Frl. Kilei v. Basel.

Gestorbene in München

Sigmund Acher, pensionirter königl. Oberlieutenant von Freising, 68 J. alt; Jakob Tascher, Schuhmachergesell v. h., 27 J. alt; Kath. Schwingshamer, Milchmannsfrau v. h., 53 J. alt.

Bekanntmachung.

Aus Auftrag des Secretariats der Kammer der Reichsräthe des Königreichs Bayern wird hiemit bekannt gemacht, daß die gedruckten Kammerverhandlungen bei der hiesigen k. Oberpostamtszeitungsexpedition zu 3 fl. für je 100 Bogen bezogen werden können, wohin man sich mit allenfallsigen Bestellungen wenden wolle.

München, den 15. April 1848.

Stademann,
als Canzlei - Dirigent der Kammer der Reichsräthe.

Das Directorium der Kammer der Reichsräthe bringt hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß zu allen der fortan öffentlichen Sitzungen der Kammer Eintrittskarten für Jedermann verabfolgt werden.

Man wolle sich wegen Erlangung dieser am Eingange abzugebenden Karten an die Expedition der Canzlei der Kammer der Reichsräthe wenden.

Den Redacteuren und Stenographen der öffentlichen Blätter ist eine eigene Tribunabtheilung eingeräumt.

München, den 17. April 1848.

Das Directorium der Kammer der Reichsräthe bringt hiemit zur öffentlichen Kenntniß, daß die Eintrittskarten zu den öffentlichen Sitzungen der Kammer nur für die jedesmal bevorstehende Sitzung gelten, für jede folgende daher neue, anders numerirte Karten erholt werden wollen.

Wohnungs - Vermiethung.

2384. (3b) In der Salvatorstraße Nr. 20, im Hause, wo sich das Anfrage- und Adreßbureau befindet, ist auf das nächste Ziel Michaeli die Wohnung im 1. Stocke, bestehend aus 8 Zimmern nebst einem Alkov und Garderobezimmer, dann Küche, Speise, Keller und allen übrigen Bequemlichkeiten ꝛc. zu vermiethen und das Nähere im Hofe rückwärts zu erfragen.

Vorladung
des Franz Sarsteiner.

2389. (3a) Von dem Marktgerichte Lauffen im Oesterreichischen Salzkammergute wird hiemit bekannt gemacht: es habe Leonhard Roth, bürgl. Braumeister und Realitätenbesitzer im Markte Lauffen, um die Einberufung und sohinige Todes-Erklärung des seit dem Jahre 1818 abwesenden Franz Sarsteiner, vom Markte Lauffen Nr. 22 gebürtig, gebeten. Da man für diesen Franz Sarsteiner den Leonhard Roth, Bräumeister in Lauffen, zum Kurator aufgestellt hat, so wird ihm dieses hiemit bekannt gemacht, daß, wenn er binnen einem Jahre bei diesem Gerichte nicht erscheint, oder von seiner Existenz und seinem Aufenthalte den genannten Kurator nicht in Kenntniß setzt, er dann für todt erklärt und sein in der waisenamtlichen Obsorge befindliches Vermögen seinen sich legitimirenden Erben eingeantwortet werden würde.

Lauffen am 20. April 1848.

Schöch, Justiziär.

2392. (3a) Im Mittelgebäude des Bazars ist eine Wohnung im zweiten Stock zu vermiethen und bis nächstes Ziel Michaelis zu beziehen. Dieselbe besteht aus drei Zimmern und ein Entresol gegen den Odeonsplatz und drei kleine mit Entresol gegen den Hofgarten, schöner heller Küche, Keller-Antheil und Holzlege.

Näheres bei Gustav Schultze.

Ein neues Verfahren beim Schwarzdruck von Amtssiegeln.

2391. Nachdem Seine Majestät der König Sich bewogen gefunden haben, auf den von mir und Steindrucker **Brändl** dahier erfundenen Apparat zum Schwarzdruck von Amts- und anderen Siegeln unter'm 17. Jänner 1848 ein allergnädigstes **Privilegium** zu ertheilen, so beehre ich mich, solches den respektiven hohen Stellen, der hochwürdigen Geistlichkeit, den königlichen Aemtern, Behörden, Gemeinden, dann den hohen Gutsherrschaften und den Privaten ergebenst zur Kenntniß zu bringen.

Da dieser Apparat vor dem bisherigen Verfahren den wesentlichen Vorzug hat, daß sich die Siegelabdrücke weit reiner zeigen und dabei das so häufige und lästige Auspuzen beseitigt ist, so wurde solcher höchsten Orts als sehr zweckmäßig anerkannt und die Anschaffung desselben auf Kosten der Regie gemäß höchster Reskripte der königl. Ministerien des Innern vom 23. Juli, der Justiz vom 17. August und der Finanzen vom 1. Septbr. 1847, so wie auch von dem Ministerium des königl. Hauses und des Aeußern und dem königl. Kriegsministerium bereits allgemein gnädigst genehmigt und empfohlen, worauf ich geneigte Rücksicht zu nehmen bitte.

Das Exemplar dieses Apparates sammt Gebrauchsanweisung kostet in einem Kästchen mit Fächern 2 fl., in eine Schachtel verpackt 1 fl. 12 kr., **franco Ort und Stelle in Bayern** (Sendungen in's Ausland sind, so ferne die Bestellung bei mir unmittelbar geschieht, bis an die bayerische Grenze frei) — wogegen ich mir die beliebigen Bestellungen, so wie Geldsendungen **kostenfrei** erbitte.

Auch kann ich für rothe oder blaue Siegel einen Apparat, ähnlich dem für schwarze Siegel, das Kistchen für 2 fl. abgeben.

Abnehmer von zehn Exemplaren erhalten das eilfte gratis.

München, im Mai 1848.

M. J. Mayr,
königl. Hausmeister der Regierungs - Gebäude und Lithograph.

Bekanntmachung.

2390. Auf Antrag eines Hypothekgläubigers wird das Anwesen der Söldnerswittwe Appollonia Maier von Gerishausen zum dritten Male dem gerichtlichen Zwangsverkaufe unterstellt und zur öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden auf Dienstag den 16 Mai d. Js. Vormittags von 9 — 12 Uhr im Wirthshause zu Gerishausen Termin anberaumt.

Dieses Anwesen besteht

a) aus dem halb gemauerten, halb aus Balken gezimmerten zweistöckigen Wohnhause sammt Stallung, Stadel und dem Baumgarten,
b) Aeckern zu 18 Tagw. 44 Dezim.,
c) Wiesen zu 2 Tagw. 46 Dezim.,
d) Waldung zu 3 Tagw. 95 Dezim.,
e) Oedung zu 0 Tagw. 15 Dezim.,

und hat nach gerichtlicher Schätzung vom 18. Febr. d. Js. einen Werth von 3020 fl.

Der Hinschlag erfolgt ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth.

Dem Gerichte unbekannte Gläubiger haben sich durch legale Zeugnisse über Leumund und Vermögen auszuweisen.

Landsberg den 17. April 1848.

Königliches Landgericht Landsberg.
D. l. a.
Heger.

Die Nassauische Zeitung

(nicht zu verwechseln mit der seit einigen Tagen hier erscheinenden „Nassauischen Allgemeinen Zeitung") ist in den ersten Tagen der großen deutschen Bewegung entstanden und hat die Tendenz, die Bewegung durch Gründung demokratisch-monarchischer Verfassungen in den einzelnen deutschen Staaten und einer starken, wesentlich demokratischen Zentralgewalt für ganz Deutschland einem Ziele zuführen zu helfen, welches das Wohl unseres Vaterlandes auf eine lange Zukunft hinaus sichern wird. Durch die Nähe von Frankfurt sind wir im Stande (wie dieß auch bisher schon geschehen), rasche und vollständige Mittheilungen und Besprechungen der dortigen Vorgänge zu bringen. Den Zuständen Nassau's, besonders den Berathungen unseres nächsten Landtages, der über die wichtigsten Lebensfragen unserer Heimat entscheidet, werden wir stets orientirende und kritische Besprechungen widmen. Dem politischen Blatte ist ein Feuilleton für Unterhaltung und Literatur beigegeben.

Der Preis der täglich im Formate von gr. Royal-Folio erscheinenden NASSAUISCHEN ZEITUNG ist bei der Expedition in Wiesbaden vierteljährlich fl. 1. 45 kr.; für Auswärts wird der Preis mit dem verhältnißmäßigen Portoaufschlag erhöht. Abonnements werden bei allen Postanstalten in Deutschland angenommen. Diejenigen Abonnenten, welche mit dem 1. April eintreten, erhalten die Nro. 1 — 17, so weit der Vorrath reicht, unentgeltlich.

Wiesbaden, April 1848.

Expedition der Nassauischen Zeitung.
Wilhelm Friedrich.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 116.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 30 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Donnerstag | XLIX. Jahrgang. | 4. Mai 1848.

Deutschland.

Entwurf des deutschen Reichsgrundgesetzes.

(Schluß.)

Der Reichstag (§. 11) besteht aus zwei Häusern, dem Oberhause und dem Unterhause; das Oberhaus aus höchstens 200 Mitgliedern: 1) aus den regierenden Fürsten, welche einen Stellvertreter zu schicken das Recht haben, 2) aus einem Abgeordneten von jeder der vier freien Städte, 3) aus Reichsräthen (von den einzelnen deutschen Staaten auf 12 Jahre gewählt, so daß alle 4 Jahre ein Drittheil austritt; in Staaten, die nur Einen Reichsrath schicken, steht das Wahlrecht den Ständen, in den freien Städten den gesetzgebenden Körpern, in solchen, die mehrere schicken, zur Hälfte den Regierungen zu; die Wahlberechtigung ist unter den einzelnen Staaten mit Rücksicht auf deren Bevölkerung vertheilt). Das Unterhaus besteht aus Abgeordneten des Volks (auf 6 Jahre gewählt, so daß alle 2 Jahre ein Drittheil austritt; auf je 100,000 Seelen 1 Abgeordneter; Staaten von geringerer Volkszahl schicken 1 Abgeordneten; die Wahl geschieht durch das Volk; ob direkt oder indirekt, bleibt der Gesetzgebung der einzelnen Staaten überlassen; Wähler ist jeder volljährige, selbstständige Staatsangehörige, wählbar jeder Wahlberechtigte nach vollendetem 30. Lebensjahre, ohne Unterschied des deutschen Staates, dem er angehört, keine Urlaubsbewilligung ist für Beamte erforderlich; die Reichsräthe und Unterhausmitglieder beziehen Reise- und Tage-Gelder aus der Reichskasse). Zur Gültigkeit eines Reichstagebeschlusses gehört die Uebereinstimmung beider Häuser; jedem derselben steht das Recht des Gesetzesvorschlags, der Beschwerde und der Adresse und die Anklage der Minister zu; das Reichsbudget wird zuerst dem Unterhaus zur Beschlußnahme vorgelegt, deren Ergebniß das Oberhaus nur im Ganzen verwerfen kann; zu einem Beschluß eines jeden Hauses gehört die Gegenwart von wenigstens ein Drittheil der Mitglieder und die absolute Mehrheit der Stimmen; der Reichsrath versammelt sich jährlich in Frankfurt, doch kann der Kaiser zu jeder Zeit außerordentliche Sitzungen berufen; die Sitzungen beider Häuser sind öffentlich; die Mitglieder sind, außer dem Fall der Ergreifung auf frischer That bei einem peinlichen Verbrechen, unantastbar. Das Reichsgericht (§. 22) besteht aus 21 Mitgliedern, sie werden zu einem Drittheil vom Reichsoberhaupt, zu einem Drittheil vom Oberhaus, zu einem Drittheil vom Unterhaus auf Lebenszeit ernannt; das Reichsgericht hat seinen Sitz in Nürnberg; seine Sitzungen sind öffentlich; es entscheidet (§. 24) Streitigkeiten, politische und rechtliche, zwischen den einzelnen deutschen Staaten oder zwischen regierenden Fürsten, Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentschaft in den einzelnen deutschen Staaten, Klagsachen von Privatpersonen gegen regierende deutsche Fürsten und gegen deutsche Staaten, zwischen Regierungen und Ständen, gegen den Reichsfiskus, Anklagen gegen die Reichsminister; es hat die Kriminalgerichtsbarkeit mit Urtheilsfällung durch Geschworene in Fällen des Hoch- und Landesverraths gegen das Reich, so wie bei Majestätsverbrechen gegen das Reichsoberhaupt, in welchen Fällen diesem das Recht der Begnadigung zusteht. Die Grundrechte des deutschen Volkes (Art. IV.) werden diesem vom Reich gewährleistet, und sind: Volksvertretung mit entscheidender Stimme bei der Gesetzgebung und Besteuerung und mit Verantwortlichkeit der Minister gegen die Volksvertreter; Oeffentlichkeit der Ständeversammlungen; freie Gemeindeverfassung mit selbstständiger Verwaltung; Unabhängigkeit der Gerichte, Unabsetzbarkeit der Richter, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Strafverfahrens mit Geschwornengerichten; Gleichheit aller Stände in Betreff der Staats- und Gemeinde-Lasten und der Amtsfähigkeit; freies Versammlungs- und Vereins-Recht (mit Vorbehalt eines Gesetzes gegen den Mißbrauch); unbeschränktes Petitionsrecht; Preßfreiheit, ohne irgend eine Beschränkung durch Zensur, Konzessionen und Kautionen; Unverbrüchlichkeit des Briefgeheimnisses; Sicherstellung der Person gegen willkürliche Verhaftung durch eine Habeaskorpus-Akte; Niederlassungsrecht in allen deutschen Staaten, Freiheit des Glaubens und der privaten und öffentlichen Religionsübung, Gleichheit aller Religionsparteien in bürgerlichen und politischen Rechten u. s. w. Der Art. V. enthält Bestimmungen für die Gewähr des Reichsgrundgesetzes. — Ueber diesen Entwurf berathet nun die Bundesversammlung. (C. v. u. f. D.)

Bayern.

Landtag.

München, 4. Mai. (Kammer der Reichsräthe.) Tagesordnung für die auf heute um 11 Uhr angesetzte IX. Sitzung. — 1. Bekanntmachung des Einlaufs. — 2. Vortrag, Berathung und Beschlußfassung über den Gesetzentwurf: einige Abänderungen des Strafgesetzbuches von 1813 betr. — 3. Vortrag, Berathung und Beschlußfassung über den Gesetzentwurf: die Aufnahme eines Anlehens im Wege der freiwilligen Subskription betr. — 4. Vortrag, Berathung und Beschlußfassung über die Rückäußerung der Kammer der Abgeordneten: die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichtorganisation, über das Verfahren in Zivilstrafsachen und über das Strafrecht betr. — 5. Vortrag, Berathung und Beschlußfassung über die Rückäußerung der Kammer der Abgeordneten im Betreff des Gesetzentwurfes: die Freiheit der Presse und des Buchhandels. — 6. Vortrag, Berathung und Beschlußfassung über die Mittheilung der Kammer der Abgeordneten: die Nachweisung über die Verwendung der dem Centralfonde zugewiesenen Staatseinnahmen für das Jahr 1845 46 betr. — 7. Verlesung des Protokolls der Sitzung vom 19. v. Mts.

München, 4. Mai. Nachdem die vereinigten vier Ausschüße noch fortwährend über das Ablösungsgesetz ununterbrochene Berathung zu pflegen haben, so konnte die auf heute beabsichtigte öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten nicht stattfinden.

München, 28. April. Bei jedem Infanterieregiment wird ein drittes Bataillon, und bei jedem Jägerbataillon eine vierte Division errichtet. Jedes der drei Bataillone eines Infanterieregiments soll aus 6 Kompagnien, jedes der Jägerbataillone aus 8 Kompagnien bestehen. Der Stab eines Regiments besteht aus 48 Köpfen, der eines Bataillons aus 16 Köpfen; jede Kompagnie des 1. und 2. Bataillons eines Regiments zählt 170 Köpfe, incl. 4 Offiziere. Bei den 3. Bataillons werden 3 Kompagnien durch Hauptleute, 3 durch Oberlieutenants kommandirt, jede Kompagnie erhält 2 Lieutenants. (N. Würzb. Z.)

*** München, 3. Mai. Wenn die „Allgemeine Zeitung" die Berichtigung ihrer früheren Mittheilungen über die Bamberger Excesse vom 24. v. Mts. bringt, und so die angegriffene Ehre der dortigen Garnison wiederherstellt, so konnte dieß jedem denkenden Vaterlandsfreunde nur zur Freude gereichen. Aber eine Frage bleibt noch zu beantworten, wie es sich wohl rechtfertigen lasse, daß in einer Stadt, wie Bamberg, wo überdieß schon mehrfache Symptome eines Hanges zu Exzessen sich kundgegeben, eine Hauptwache mit nur 1 Unteroffizier und 7 Mann besetzt sey. Hierüber dürften die betreffenden Behörden wohl keine beruhigende Erklärung aufbringen können.

** München, 3. Mai. Es bestätigt sich, daß 10,000 Mann österreichische Truppen, Infanterie und Artillerie, über Regensburg nach Ulm und Rastatt gehen. Sie werden am 5., 8., 10. und 12. Mai Regensburg passiren.

(Aufruf an die Frauen und Jungfrauen Münchens zu Beiträgen für die deutsche Flotte.) Unser Volk hat sich erhoben zu alter Herrlichkeit und Bedeutung. Indessen es im Innern nach der lang ersehnten Einigkeit ringt, kämpft es sieghaft und muthvoll an den Grenzen gegen den Feind. Ungebrochene deutsche Manneskraft hat die Dänen zurückgeworfen aus dem Lande Schleswig. Doch sie haben das Meer für sich, ihre Schiffe bedrängen die Küsten. Deutschland ist zur See — selbst diesem kleinen Volke gegenüber — machtlos und verloren. Das darf nicht so bleiben. Unsern Männern muß auch auf den Wellen des Meeres der Kampfplatz gegeben seyn, auf dem sie tapfer stehen und fechten können für das Vaterland. Wer immer Kräfte hat, dafür zu wirken, ist der geliebten Heimat schuldig, es zu thun. Geben auch wir — die Mütter und Schwestern, die Gattinnen und Bräute unserer Kämpfer — unsern Theil zum unentbehrlichen, heilbringenden Werke. Haben wir die Fahnen gestickt, die von den Masten wehen sollen, so laßt uns beisteuern, daß diese bald sich erheben. An vielen Orten unsers Vaterlandes haben Frauen und Mädchen schon ihre Gaben hinterlegt für die deutsche Flotte, — viele, denen es an Geld gebrach, widmeten Schmuck und Silbergeräthe dieser Sache. Es werden die Bewohnerinnen Münchens ihren Schwestern nicht nachstehen wollen. Wir rufen ihnen zu: gebt, was ihr vermögt, freudig und schnell! Sollen weibliche Herzen den Genuß entbehren, für das Vaterland etwas gethan zu haben? Jede Gabe wird dankbar hingenommen, bestehe sie in Baarem oder Gegenständen von Werth. Hr. Kaufmann Gustav Schulze im Bazar besorgt gütig die Empfangnahme und Verrechnung derselben.

München, im Monat Mai.

Mehrere Frauen und Jungfrauen Münchens.

⊙ München, 2. Mai. Für die heute stattgefundene Monatsversammlung des historischen Vereins von Oberbayern hatte Hr. Landgerichtsaktuar Wiesend in Tittmoning einen von vielen Abbildungen und Ausgrabungsgegenständen begleiteten Bericht über archäologische Funde und Denkmale in den Landgerichtsbezirken Tittmoning, Laufen und Burghausen eingesendet. Wegen des großen Umfanges dieses Berichtes konnte in der heutigen Versammlung nur dessen einleitender Theil, geschichtliche, topographische und ethnographische Notizen über die fragliche Gegend im Allgemeinen, namentlich über die in deren Umkreis bisher aufgefundenen

Gräber, Bauüberreste und Antikalien enthaltend, vorgelesen werden. Die nach den Fundorten geordneten Beschreibungen der einzelnen Funde und Denkmale werden in einer der nächsten Versammlungen zum Vortrage gelangen. Die nächste Monatsversammlung findet am Freitag den 2. Juni statt.

Von der Donau, 3. Mai. Der Redacteur der „Deutschen Volkszeitung“ ließ einen Aufruf ergehen, darin er alle Christen, Patrioten und Menschenfreunde zu einer Beisteuer behufs der bevorstehenden Befreiung Polens auffordert. Indem wir dies mittheilen, bitten wir alle Deutsche, diesem Aufrufe kein Gehör zu schenken, weil das undankbare und zu allen Zeiten aufruhrerische Volk der Polen so lange keine Theilnahme von uns ansprechen kann, als wir selbst nicht frei von bitterer Noth aller Art sind und wir in unserer sehr gedruckten Lage nicht im mindesten von Nöthen haben, einen gerade durch die jetzige Lage Polens uns unschädlichen Nachbarn, den russischen Zaar, zu reizen. Zöge doch gedachter Redacteur vor, in dem eigenen Hause zu löschen, statt sich um verschuldetes Unglück seines gesunkenen Nachbars zu bekummern; zöge er vor, alle Menschenfreunde, Patrioten und Christen zu einer Beisteuer für Beschaffung einer deutschen Flotte aufzufordern. Daß doch Deutschland nicht aufhören will, fortwährend Mißgeburten der Sympathie zur Welt zu fördern!

Aus der Pfalz. Nach dem pfälzischen Schulblatte dürfen auf den Antrag des katholischen Schulinspektors Seibert aus Frankenthal in den Lehrerverein der katholischen Lehrer des Kantons Grunstadt, Diesterweg's Schriften nicht mehr zirkuliren. Dafur aber sind die historisch-politischen Blätter von Görres und Philipps, das katholische Kirchenblatt, das Hausbuch von Görres, und von pädagogischen Zeitschriften, Rottels katholische Zeitschrift für Erziehung und Bildung und Barthels Jugendfreund im Umlauf. — Gewiß Schriften, welche die pädagogische Bildung der Lehrer unvergleichlich fördern! Frage der Redaktion. Kann ein unbefangener Mensch behaupten, daß das Bestehen der Kirche eine solche Bevormundung und Knechtung der Lehrer erfordert?! Und doch hört man sogleich schreien, die Kirche sey in Gefahr, man wolle die Religion umstürzen, wenn man die Mißbräuche angreift. Nicht Diejenigen richten die Kirche zu Grunde, welche auf Abschaffung der Mißbräuche dringen, sondern gerade Jene, welche jedes Unwesen zu erhalten und zu verewigen suchen! Die starren Anhänger des Absolutismus haben dem Königthum die tiefsten Wunden geschlagen, die Feinde jeder Beseitigung der Mißbräuche in kirchlichen Dingen sind es, welche auch noch die Kirche zu Grunde richten würden, wenn es ihnen gelänge, ihre starren und grassen Ansichten durchzusetzen. (Speyer. Z.)

Württemberg.

Stuttgart, 29. April. Christoph Hoffmann, der höchste Ausdruck des pietistischen Muckerthums im Lande ob und unter der Steig, siegt über David Friedrich Strauß, den Choragen des modernen religiösen Bewußtseyns. Wäre es nicht am Platze, hier mit einem bekannten Helden Shakspeare's auszurufen: „Unsinn, du siegst,“ wenn es nicht nach der Versicherung der Mucker, Thatsache wäre, daß Hrn. Ch. Hoffmann in der Nacht vom 23. auf den 24. d. M. unser Herr Jesus Christus in eigener Person erschienen, ihm die Hand aufs Haupt gelegt und zu ihm gesprochen hat: „Du bist mein Gerechter, durch dich werde ich siegen!“ Während — und dieß ist wohl zu beherzigen — die protestantischen Mucker von den Kanzeln herab gegen Strauß donnerten und ihren Schafen mit dem Rachen des Teufels drohten, wenn sie sich von dem berühmten Verfasser des „Leben Jesu“ und „der christlichen Glaubenslehre“ berücken ließen, stimmte die katholische Geistlichkeit und Laienschaft wie ein Mann für den von der Pietistenpartei so schwer verleumdeten Protestanten. Dagegen wird Professor Fr. Vischer, die andere bête noire des württembergischen Muckerthums — wenn auch mit einer kleinen Majorität — im Reutlinger Wahlbezirk siegen. — Eine höchst betrübende Erscheinung bei unsern Parlamentswahlen und der beste Beweis von unserer politischen Unmündigkeit ist der Umstand, daß Kandidaten von derselben politischen Färbung einander in der Meinung der Wähler herabzusetzen und zu schaden suchen. Die Stimmen zersplittern sich so auf eine klägliche Weise, und wer am Ende den Sieg davon trägt, das ist der Kandidat, an den eigentlich Niemand im Ernste gedacht hatte. — So viel ist gewiß, daß Württemberg höchstens 2 bis 3 sich zur Republik hinneigende Abgeordnete nach Frankfurt schicken wird; dagegen werden wohl Alle — mit Ausnahme jedoch des mehrerwähnten Muckers Hoffmann und des Fursten Zeil, der in Biberach riesenhafte Anstrengungen machte, um gewählt zu werden — dem entschiedensten Fortschritt auf monarchischer Grundlage huldigen.

Ulm, 28. April. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß die beiden Bataillone des 2. und 3. Infanterieregiments in nächster Zeit gleichfalls ausmarschiren werden und daß eben deswegen die Garnison in Neu-Ulm durch Zuzug bayerischer Truppen vermehrt, und unsere durch ein österreichisches Regiment (das bereits Befehl zum Abmarsch erhalten haben soll) ersetzt werden wird. (Ulm. Chr.)

Baden.

Karlsruhe, 30. April. Es bestätigt sich, daß Hecker seinen Verwandten erklärt hat, von jedem weiteren Unternehmen gegen die Regierung abstehen und ganz vom politischen Schauplatze abtreten zu wollen; erst jetzt seyen ihm die Augen aufgegangen über die schändlichsten Täuschungen, die man gegen ihn ausgeführt.

Karlsruhe, 2. Mai. Der Oberbefehlshaber des 7. und 8. deutschen Armeekorps, Feldmarschall Prinz Karl von Bayern, kgl. Hoheit, hat mit Seinem Generalstab und in Begleitung des in Sein Hauptquartier befehligten Majors Prinzen Friedrich von Baden, Großh. Hoh., heute früh um 7 Uhr eine Inspektionsreise in die oberen Landestheile angetreten.

Mannheim. Eine vom 29. April datirte, vom Großherzog und dem Gesammtministerium unterfertigte Verordnung hat Mannheim in Kriegszustand erklärt. (D. konstit. Z.)

Freiburg, 28. April. Der Oberbefehlshaber des 8. deutschen Armeecorps, Prinz Friedrich von Württemberg, hat bereits in hohem Grade die Liebe der Truppen gewonnen. Sein erstes Geschäft war gestern ein Besuch der verwundeten Soldaten im Hospital, denen er auf die herzlichste Weise sein Mitgefühl zu erkennen gab; unmittelbar nachher sandte er durch seinen Adjutanten, in Begleitung eines badischen Officiers, 150 fl. zur Vertheilung an die Kranken. (Karlsr. Z.)

Ueberlingen, 26. April. Auch wir hatten dahier in jüngster Zeit allerlei Erlebnisse. Der hiesige große Bürgerausschuß, aus Wahlkorruption hervorgegangen und daher nicht den Willen der Gemeinde repräsentirend, brachte uns ganz heterogene Wahlen und fast durchgängig bestund der bisherige Gemeinderath und engere Ausschuß aus ultraradicalen Elementen. Rathschreiber Knöpfle, als der Fähigste, usurpirte eine Zeit lang die Gewalt der Bürgerkollegien. Auf dem Höhepunkt der Exaltation angelangt, begehrte derselbe im Einverständniß mit der Mehrheit des Gemeinderaths Auszug und Anschluß an die Heckersche Schaar, nachdem vorher Struve in der hiesigen Schülerkirche offen zum Aufruhr aufgefordert hatte. Anklang fand dieses Begehren nur bei wenigen, und Hauptlehrer Karl Gaßer, Haus und Schule verlassend, um als zweiter Curtius für das Vaterland sich in den Schlund des Forums zu stürzen, stellte sich an die Spitze von etwa 17 Getreuen, mit denen er bewaffnet von hier ausmarschirte. Ein weiterer Auszug fand nicht statt, da die Bürgerschaft dem Gemeinderath Gewehre und Kanonen verweigerte. Die zweimal versammelte Gemeinde verlangte hierauf mit überwältigender Stimmenmehrheit zunächst die Entfernung des Rathschreibers, dessen Dienstzimmer versiegelt wurde, dann die Aufhebung des großen Ausschusses und sofortige Auflösung des Gemeinderaths und kleinen Ausschusses. Mit Stimmeneinhelligkeit wurden alle diejenigen als unwürdig zur Aufnahme in die Bürgerwehr erklärt, die sich dem Heckerschen Zuge angeschlossen hatten, und die Staatsbehörde um schleunige Entfernung oder Versetzung des Lehrers Gaßer angegangen. Zuletzt schloß sich die Gemeinde einstimmig den Manifestationen des Gemeinderaths und engern Ausschusses der Stadt Mannheim an. So endete der unerhörte Terrorismus, der so lange über der Bürgerschaft gelagert. Friede und Eintracht sind jetzt die Parole der großen Mehrheit; sie verlangt die Ruhe unter dem Schirme der Freiheit; sie will nicht eine Freiheit aus den Händen der Ultras, wohl aber die Segnungen jener Freiheit, die uns sicherlich das deutsche Parlament bringen wird. (Karlsr. Z.)

Konstanz, 28. April. Heute früh gab die öffentliche Gewalt in hiesiger Stadt wieder einmal nach langer Zeit ein Lebenszeichen von sich, indem der seitherige Verfertiger der Seeblätter, ein gewisser Egerten verhaftet wurde. Weitere Verhaftungen sollen nachfolgen. — In den der Stadt nahe gelegenen Schweizerorten sammeln sich die flüchtigen Freischaaren wieder. Die Bürger dieser Orte haben in der verflossenen Nacht Wache gehalten. Es werden heute noch 300 Mann in dem nahegelegenen Theile des Kantons Thurgau aufgestellt, — nicht, wie das Gerücht verbreitet wurde, um gemeinschaftlich mit den Freischaaren einen Einfall in die Stadt Konstanz zu machen, sondern zur eigenen Sicherheit gegen die Freischaaren, welche ihre Raubsucht bereits an den Tag gelegt haben. (Karlsr. Z.)

Von der Schweizergrenze, 28. April. Heute Nacht haben sich die Freischarler von der Schusterinsel, etwa 500 Mann wieder nach Frankreich zurückgezogen, und wie man sagt, sich aufgelöst. So Gott will, haben diese unseligen Bewegungen ihr Ende erreicht. Hecker, der einige Tage in Basel war, soll seinen übereilten Schritt sehr bereuen, und mahnt allenthalben zur Einstellung des Aufstandes, weßhalb er nunmehr bei seiner Partei als Verräther verschrieen ist. (Karlsr. Z.)

Börnstein mit 30 Mann wußte sich gestern auf Schweizerboden zu flüchten; die ganze Schaar wurde bei Riehen von eidgenössischen Truppen in Empfang genommen und militärisch nach Basel geleitet, von wo aus sie auf die französische Grenze gebracht werden sollen.

Gr. Hessen.

Gießen, 27. April. Soeben erscheint hier folgende unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen sehr bedeutungsvolle Proklamation: An unsere Mitbürger von Gießen und Umgegend. Ohne Gesetz keine Freiheit! Ohne Ordnung kein Recht! Am heutigen Tage hat sich hier ein Bürgerverein im Sinne des vaterländischen Vereines zu Darmstadt gebildet, der sich zu folgenden Grundsätzen bekennt: Vorwärts! nicht Stillstand, noch weniger Rückgang, aber vorwärts nur auf der Bahn des Gesetzes! Alles ganz, nichts halb, aber ganz nur das Volksgemäße, also die Fortentwickelung auf dem Grunde deutscher Eigenthümlichkeit. Als echte Vaterlandsfreunde wollen wir ein einiges freies Deutschland, stark und geachtet nach Außen, gesichert, glücklich und zufrieden nach Innen, und diese Segnungen im neuen Deutschland sollen nicht etwa bloß einzelnen Ständen zu Gute kommen, sie sollen ein gleiches Gemeingut seyn aller, die thätig und schaffend, ein Jeder in seinem Kreise, durch Fleiß Betriebsamkeit und Ordnungsliebe mitwirken am gemeinschaftlichen Wohl. Wir wollen, daß Deutschlands neue Gestaltung unter Mitwirkung seiner Fürsten sich entwickle auf demokratischer Grundlage. Zu dem Ende wollen wir ein gemeinsames Oberhaupt für Deutschland ein deutsches Parlament, bestehend aus dem Senate der Einzelstaaten und einer Volkskammer, durch welche der Wille des Volks in verfassungsmäßiger Weise sich kund thue und Geltung verschaffe. Wir wollen politische Freiheit, d. h. das Recht der freien Mittheilung und der Besprechung unserer Angelegenheiten in Rede und Schrift und das Recht der freien Vereinigung. Wir wollen religiöse Freiheit, d. h. für einen Jeden das Recht, seiner eigenen religiösen Ueberzeugung zu leben, und dieselbe auch öffentlich zu bekennen, und gleiche bürgerliche und politische Rechte aller Konfessionen. Wir wollen Trennung der Kirche vom Staate und eine volksthümliche Erziehung und Bildung der Jugend. Wir wollen Gleichheit vor dem Gesetze und Sicherheit der Person und Eigenthums, verbunden mit Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens und Schwurgerichten. Wir wollen ein allgemeines Gesetzbuch für Deutschland und einen höchsten Gerichtshof für ganz Deutschland. Wir wollen Einheit des Münz-, Maß- und Gewichtswesens. Wir wollen ein allgemeines deutsches Staatsbürgerthum. Wir wollen ein deutsches Volksheer und eine deutsche Flotte mit deutschem Banner und deutscher Flagge. Wir wollen eine wohlfeilere und volksthümliche Verwaltung. Wir wollen Fürsorge für den Gewerbs- und Arbeiterstand, sowohl in Städten als auf dem Lande, Steuern nach dem Einkommen u. s. w. Wie nun dies alles zu verwirklichen und in unserem Deutschland in das Leben einzuführen ist, das ist die Aufgabe der in Frankfurt zusammentretenden konstituirenden Versammlung, zu welcher Deutschland jetzt seine Abgeordneten zu wählen hat. In der Hand dieser Versammlung liegt unsere Zukunft.

Gießen 26. April 1848. Der Ausschuß des vaterländischen Vereins zu Gießen. — Deutsche Männer aller Gaue, unsers großen schönen Vaterlandes, folgt diesem Beispiele deutschen Bürgersinns, deutscher Redlichkeit und deutscher Treue. Weg mit Anarchie und Umsturz. (D. Z.)

Preußen.

Berlin, 27. April. Mit Verwunderung haben wir in der gestrigen Staatszeitung den Befehl zum Beginne der polnischen Reorganisation gelesen. Es ist dieß offenbar eine Art Verzweiflungsthat des Ministeriums, denn die Versicherung, daß die Ruhe in Posen so weit hergestellt sey, um den Anfang mit der Reorganisation machen zu können, wird Niemand glauben, der sehen und hören kann. — Mord und Todtschlag ist vielmehr überall an der Tagesordnung, die Soldaten im vollen Kampfe mit Insurgentenhaufen und die deutsche Bevölkerung unter Waffen, um sich ihrer Haut gegen die von Priesterschaft und Adel fanatisirten polnischen Bauern zu wehren. — Ich glaube nicht, daß das Ministerium viel mit der Ausführung des Reorganisationsplanes gewinnt, denn die Polen begehren, daß auch die deutschen Theile ihnen bleiben sollen, und sind in Wuth über die Abtrennung der Stadt und Festung Posen, obwohl diese zu ⅔tel deutsche Einwohner hat. — Ich wünsche, daß ich mich täusche, allein ich glaube, daß erst ein furchtbarer Ernst diesen 700,000 Polen zeigen muß, daß Preußen noch die Macht besitzt, der deutschen Bevölkerung ihr Recht zu sichern. (D. konst. Z.)

Berlin, 29. April. Die Allgemeine Preußische Zeitung erschien gar nicht, die Vossische auf einem halben Bogen. Auch sie konnte dieß Wenige nur mit Hilfe einiger Lehrjungen liefern, da ihre Gehilfen die Offizin verlassen hatten. Morgen verspricht sie nun die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen den Buchdruckereibesitzern und Gehilfen zu liefern. — Dieß scheint das wichtigste Ereigniß des Tages.

Breslau, 26. April. Ein Schreiben des k. k. Hofkommissärs zu Krakau vom 22. April an den Oberpräsidenten von Schlesien theilt mit, daß das Zuströmen polnischer Emigranten nach Krakau und Galizien künftig mit Gewalt verhindert werden würde. — Kaiser Nikolaus wird selbst in Warschau erwartet und man hofft dort, noch einige Zugeständnisse für Polen zu erhalten, obschon hinwiederum die gegen eine polnische Deputation ausgeübte Exekution für Polen ein sehr ungünstiges Prognostikon stellt: gegen 30 polnische Gutsherrn sollen nämlich in Petersburg zwar vorgelassen, dann aber — gehenkt worden seyn. (?) (D. A. Z.)

Glogau, 26. April. Die Aussichten auf die Beruhigung des Großherzogthums Posen haben sich wieder sehr getrübt. Kaum sind einzelne deutsche Familien, die sich hierher geflüchtet hatten, wieder in's Posensche zurückgekehrt, als auch schon neue Flüchtlinge hierher kommen. Diese sind nicht blos aus dem Innern des Großherzogthums, sondern auch aus den nahe liegenden Grenzstädten, welche eine beinahe rein deutsche Bevölkerung haben. Man versichert auch so eben als gewiß, daß Insurgentenhaufen bereits die schlesische Grenze überschritten und daß in der Nähe von Schlawa Sensenmänner in der Nacht geplündert haben. Die polnische Insurrektion in den deutschen Grenzkreisen, wo es bisher noch ruhig gewesen, erklärt sich am Besten als ein Versuch, die Erklärung dieser Kreise wegen eines Anschlusses an den deutschen Bund zu bestrafen, wo möglich rückgängig zu machen. (D. A. Z.)

Posen, 26. April Abends. Aus Berlin ist an den kommandirenden General v. Colomb der bestimmte Befehl eingegangen, die Ruhe und Ordnung in der Provinz nunmehr sofort durch alle ihm zu Gebot stehenden Mittel herzustellen, was jedenfalls die Folge haben wird, daß die den Insurgenten gegenüber bisher — zum großen Verdruß der Truppen — bewiesene Langmuth ihr Ende erreicht hat. Hr. v. Colomb hat so eben den Befehl ertheilt, daß schon morgen früh bedeutende Streitkräfte nach dem Städtchen Miloslaw, wo die polnischen Insurgenten sich aufs neue gesetzt haben, aufbrechen sollen. Da ein beträchtlicher Artilleriepark mitgenommen wird, so sind ernste Erfolge vorauszusehen. Es ist freilich auch an der Zeit, daß das Temporisiren ein Ende gewinne, denn die Insurgenten haben, aller Willisen'schen Conventionen ungeachtet, die Waffen nicht niedergelegt, sondern nur ihre Vereinigungspunkte gewechselt, und beginnen jetzt einen planmäßigen Guerrillakrieg. Letzterer dürfte jedoch, da ihm die Terrainbeschaffenheit im Großherzogthum nicht günstig, völlig erfolglos seyn und den Polen nur große Verluste bringen, wie dieß auch schon die in der letzten Zeit stattgehabten Treffen zur Genüge beweisen. Der Kampf würde sich vielleicht nicht wieder mit solcher Wuth erneuert haben, wenn nicht, wie allgemein bekannt, das Osterfest von den Priestern benutzt worden wäre, das gemeine Volk zu fanatisiren, indem sie ihm weis machten, es sey zuletzt doch nur die Absicht der Deutschen, ihnen ihre katholische Religion zu nehmen. Schon früher ist unser Erzbischof von den Ministern v. Auerswald und v. Schwerin, und in den letzten Tagen noch mündlich von unserm kommandirenden General und dem Oberpräsidenten dringend gebeten worden, einen Hirtenbrief zu erlassen und diesem unseligen Treiben ein Ende zu machen, er hat es aber abgelehnt! Und der Mann hat der Regierung den Eid der Treue geschworen! (A. Z.)

Schleswig-Holstein.

In Rendsburg langte am 23. April eine Deputation von Lauenburg an, die eine Summe Geld der provisorischen Regierung zur Verfügung stellt. — Nach Berichten von Lauenburg hat das deutsche Bewußtseyn des Volkes in so weit gesiegt, als die absoluten Herren der dortigen Regierung haben abtreten müssen. Ob ein weiterer förmlicher Anschluß an unsere provisorische Regierung stattfinden wird, sollen die nächsten Tage zeigen. (Nord. Bl.)

Ein der „Börsenhalle" mitgetheilter Privatbrief aus Rendsburg vom 25. April meldet: Im Widerspruch zu der Vermuthung, daß Schweden und Norwegen sich für Dänemark zu bethätigen gesonnen seyen, kann angeführt werden, daß die schwedisch-norwegischen Consuln Befehl erhalten, auf keine Weise und unter keiner Form an den jetzigen politischen Unruhen Antheil zu nehmen, sondern ihre Wirksamkeit im strengsten Sinne nur zum Schutze des nationalen Handels und der nationalen Schifffahrt zu verwenden.

Schleswig, 25 April, Abends 9 Uhr. So eben kommt ein Kommando der braunschweigischen Freiwilligen mit der heute den Dänen nördlich von Flensburg abgenommenen Kriegskasse und einer Menge Wagen hier an. Die Kasse soll 52,000 Rthlr. enthalten. Die Freude darüber ist groß. Der Prinz Friedrich hatte die braven Freiwilligen, welche diese Beute gemacht vorläufig Jeden mit einem Pferde beschenkt. Eine andere Abtheilung der braunschweigischen Freiwilligen, vom zweiten Freicorps, hat vorgestern, Sonntag den 23. d., eine Meile von Missunde, bei dem Dorfe Tolck, die Kriegskasse des zweiten dänischen Jägerkorps, 13,000 Rthlr. erbeutet, und ebenfalls einen Offizier und 9 Dragoner gefangen und mehrere Wagen mit Equipagen und Gewehren genommen. Die nähern Umstände dieser glücklichen Expeditionen sind höchst interessant und werden demnächst mitgetheilt werden; sie zeugen von der Kühnheit und Umsicht dieser Freiwilligen, welche an dem bayerischen Lieutenant Aldosser einen trefflichen Führer haben. (Hamb. N.)

Schleswig, 26. April Die Preußen sind in Apenrade eingerückt. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Kiel, 26. April, Mittags. Nach hier eingelaufenen, freilich nicht verbürgten Nachrichten, soll Holnis am Flensburger Hafen bereits von den Unsrigen genommen, und die dänischen Schiffe im Hafen dadurch so gut wie eingeschlossen seyn. Daß die Einnahme Flensburgs wieder viel Blut gekostet habe, wie wir schon gestern Abend hörten, ist leider wohl gewiß. — Der dänische Chef des Generalstabes, v. Baggesen, ist, wie man hört, verwundet und gefangen in Schleswig. (H. C.)

Oesterreichische Monarchie.

Die „Allgemeine Oesterreichische Zeitung" schreibt: „Die Judenverfolgungen in Ungarn haben in neuester Zeit, besonders in Preßburg, einen so brutalen Charakter angenommen, daß wir in einem Augenblick, wo die Erhebung aller Glaubensgenossen zu allen staatsbürgerlichen Rechten durch die Verfassungsurkunde des Reiches gewährleistet wird, unserem tiefem Schmerz über die politische Unreife unserer verblendeten Brüder in Ungarn nicht genug Worte leihen können. Die Kaufgewölbe wurden geplündert, die Waaren vertheilt, die Mobilien zerschlagen, und selbst das zarte Geschlecht soll sich sehr thätig bei diesen rohen Aeußerungen des Vandalismus benommen haben. Zur Genugthuung ließ der hochweise Magistrat Preßburgs Plakate umlassen, worin die Juden aufgefordert werden, binnen 24 Stunden die Stadt zu räumen; nur dann, meinte er, werde die Ruhe hergestellt, und so geschah es! Die Juden, etwa 300 Familien, zogen sich, nachdem 28 Stunden geraubt, geplündert worden, auf den Schloßberg unter freiem Himmel zurück; nun bewaffneten sich die Bürger, die leeren Läden zu sichern. Der Pöbel schien ganz nach einem förmlich organisirten Plan zu wirthschaften. Das israelitische Krankenhaus wurde geplündert, die Kranken, Männer, Weiber, Kinder, Menschen, welche die Todesstunde erwarteten, wurden erbarmungslos aus dem Bette geworfen und auf das Schmählichste mißhandelt; sogar die Gräber im jüdischen Friedhof wurden aufgewühlt! Lehranstalten, Mädchen- und Knaben-Erziehungs- und Kleinkinderbewahranstalten fielen der Plünderung anheim, eine Bibliothek ward beraubt, das Dach abgetragen und die Freiheit so mißbraucht, daß eine Nationalfahne als Signal der Freiheit hinaus gesteckt wurde. Der Militärkommandant konnte mit seiner geringen Zahl Militär die Ruhe nicht herstellen und blieb, wenn auch von 20 Bürgern unterstützt, machtlos. Was thaten aber die andern 1580 organisirten Bürger? Immerhin gebührt dem hochherzigen und umsichtigen Feldmarschall-Lieutenant Graf v. Lamberg, so wie dem Vicegespan v. Janko das größte Lob. Ersterer wurde sogar vom Pöbel verwundet. Solche Vorfälle sind ein Schandfleck für das Jahrhundert der Humanität, wie insbesondere für das sonst so edle Ungarland.

Krakau, 26. April. Abends 11 Uhr. Oesterreichische Soldaten besetzten heute die Werkstatt des aus Frankreich zurückgekehrten Schmids Müller, nahmen die dort vorgefundenen, nur eben angefertigten Piken und Sensen in Beschlag und wollten sich mit diesem Fund auf's Schloß zurückziehen, als Polen sich auf sie stürzten und einen Theil der Waffen erbeuteten. Es blieben beiderseits einige Mann bei diesem Scharmützel. Die Lärmschüsse fielen sofort vom Schloß, und die auf der nahen Blonja versammelte Nationalgarde rückte auf den Markt hin, woselbst große Militärmassen bereits aufgestellt waren und sofort ein anhaltendes Feuer eine Stunde lang auf die Volksmenge eröffneten. (Bresl. Z.)

Krakau, 27. April. Wir haben einen blutigen Kampf gehabt. Der Aufstand begann gestern um 4 Uhr. Als der durch seine Menschenfreundlichkeit und Langmuth allgemein beliebte Oberkommandant, Graf Castiglione, an der Spitze der Generale das Volk mit väterlichen Worten zur Ruhe mahnte, erhielt er von Fenstern aus drei Schüsse in's Gesicht; in diesem Augenblick übernahm General Moltke das Kommando und ließ feuern. Das Blutbad war fürchterlich, die Stadt war 3 Stunden lang beschossen, bis Parlamentäre kamen und um Gnade baten. Die Stadt kapitulirte nun, die Insurgenten und polnischen Emigranten, deren größere Zahl am Platze geblieben, streckten die Waffen und flohen aus der Stadt. Das Leben des Grafen Castiglione soll nicht gefährdet seyn. Das Militär hat 10 Todte und 40 Verwundete. Jetzt ist vollkommene Ruhe. (D. A. Z.)

Italien.

Aus Oberitalien. Ein Aufruf der venetianischen Regierung „an die Priester im Friaul", welcher am 23. diese zur Anfeuerung des Volkes gegen Oesterreich mahnt, möchte für jetzt zu spät seyn, zeigt aber, was wir freilich schon wissen, wie tief in diesem Krieg die Geistlichkeit verwickelt ist.

Triest, 26. April. Vorgestern ist eine Ruderflottille, bestehend aus sechs Trabacoli und einem Bragozzo mit Kanonen, Haubitzen und Raketen versehen, mit einer hinreichenden Anzahl Matrosen, Artillerie und Infanterie bemannt, in Begleitung eines Dampfboots von hier unter Segel gegangen. Die Kriegsbrigg Montecucoli, 3 Kanonierboote und 1 Peniche nebst den Dampfern „Vulkano" und „Dorotea" kreuzen schon im Golf, um die Communikation mit Venedig zu verhindern. Uebermorgen wird die Fregatte „Bellona" zu demselben Zweck von Pola abgehen und die Fregatte „Venere" nebst dem Brigg „Oreste" werden sich in einigen Tagen mit denselben vereinigen. In ungefähr 6 Tagen werden die Briggs „Veneto" und „Venezia", sowie die Goelette „Sfinge" und später die übrige Flotille von Pola auslaufen. (Oester. Lloyd.)

Belgien.

Brüssel, 28. April. Die Geldkrisis, die über ganz Europa ausgedehnt ist, äußert in diesem Augenblick ihre verderblichen Wirkungen auf Belgien durch die Verlegenheiten, in denen sich unsere sogenannte alte oder große Bank (Société générale pour l'encouragement

de l'industrie) befindet. Zunächst sind diese Verlegenheiten entstanden durch die Rückzahlungen aus der Sparkasse, die in der letzten Zeit unablässig gefordert wurden. Ein anderer Grund der Verlegenheiten liegt in der Entwerthung aller Aktien, Staatspapiere u. s. w., welche die Bank besitzt, und natürlich jetzt nicht veräußern kann noch darf, wenn sie nicht die Hälfte, zwei Drittel, oder gar noch mehr darauf verlieren will. Dasselbe ist der Fall mit den bedeutenden Forderungen, die sie an industrielle Anstalten oder einzelne Debitoren zu machen hat. Ueberall fehlt es an Baarschaft, sie kann nicht zu ihren Geldern kommen, und so ist diese große Anstalt bedroht, ins Stocken zu gerathen, wenn ihr die Regierung nicht auf irgendeine Weise zu Hilfe kommt. Die Bank hat ihre Bilanz veröffentlicht, wonach sich ein Haben und Sollen von 218,431,254 Fr. gegeneinander ausgleichen; untersucht man aber ersteres, so findet man darin Summen von 20, 30 Millionen und darüber, die, aus Vorschüssen, laufenden Rechnungsbeträgen, eignen und fremden Aktien und Obligationen verschiedener Art bestehend, unmöglich zu ihrem vollen Werthe angenommen werden können. Die Regierung hat eine Commission zur Untersuchung der Lage des Geschäfts ernannt. Unterdessen ist das Vertrauen erschüttert, und es ist kaum zu berechnen, welche verderblichen Folgen der Fall dieser Bank nach sich ziehen würde. (A. Z.)

Nach einem eben vor den Kammern liegenden Gesetze soll die Ermächtigung zu einer neuen Ausgabe von Bankzetteln im Betrage von 20 Millionen ertheilt werden. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 27. April. Herr Richard Rush, Gesandter der vereinigten Staaten von Nordamerica, hat sich gestern nach dem Stadthause begeben, um der provisorischen Regierung die definitive Anerkennung der französischen Republik durch die nordamerikanische Regierung so wie seine Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Er ward mit großen Ehrenbezeigungen empfangen. Man versichert heute, daß eine Offensiv- und Defensivallianz zwischen der französischen Republik und den vereinigten Staaten in Unterhandlung sey, um der Uebermacht Englands zur See entgegen zu treten. (Karlsr. Z.)

Paris, 28. April. Die ehemalige Kammer Linke, Parthei des National (jetzt die moderirte genannt) hat vollständig gesiegt. Sie stößt in die Posaune und verkündet ihren Sieg in allen Richtungen. Die Majorität Lamartine's, ihres Ausdrucks, ist enorm. Von 260,000 Stimmenden zählt er volle Zweidrittheile. Der Terrorismus liegt zu Boden. In der Börsenwelt herrscht großer Jubel. — Die Proklamation des deutschen Komites, datirt vom 25. April, zeigte vorgestern den hiesigen Landsleuten die Siege der republikanischen Armee unter Hecker, Struve, Herwegh, Börnstein (sen.) im badischen Oberlande an und rief die Zurückgebliebenen zur Bildung eines neuen Bataillons auf. Viele versammelten sich zu diesem Zweck in der Flüt'schen Reitbahn, Chaussée d'Antin und werden morgen abreisen. Eine neue Versammlung ist für nächsten Sonntag in der Rue St. Honoré angesagt. — Cavaignac, Generalgouverneur Algeriens, ist mittelst telegraphischer Depesche nach Paris unverzüglich gerufen worden.

(D. konst. Z.)

Dänemark.

Nach dem „Aarhuus Stifts Tidende" zeigen sich in Schweden und Norwegen die mächtigsten scandinarischen Sympathien für Dänemark. Hilfstruppen, große Freischaaren, sechs Linienschiffe sieht dieses Blatt von dort schon zur Hülfe sich nahen. Wenn an diesen Prophezeiungen etwas wahres seyn sollte, möchte doch am Ende alles nur auf eine Sympathie der Raben hinauslaufen.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 21. April. Der Andrang von Petitionen an den König, daß er den jetzt versammelten Ständen einen Entwurf zur Umgestaltung der ständischen Vertretung zu einer wahrhaften Volksvertretung vorlegen möge, ist schon so gewaltig, daß wir, wie ich glaube, ganz bestimmt versichern zu können, schon in der künftigen Woche die Vorlage einer königl. Proposition an die Stände, betreffend eine durchgreifende Verfassungsreform, zu erwarten haben. Einen solchen Entwurf vorzulegen, schien das vorige Ministerium nicht geeignet. Es wurde daher, wie Sie wissen, in der vorigen Woche entlassen, und ein neues in einem liberalern Geiste gebildet. (A. Z.)

Bücher-Schau.

≈ Vom Mittellech, 7. April. In unsern Tagen werden alle Angelegenheiten der Menschheit mit erneutem und erhöhtem Eifer besprochen, und was auf Natur und Vernunft, auf Wahrheit und Recht gegründet ist, macht sich unaufhaltsam geltend, wenn es auch durch ein unabsehbares Heer von Vorurtheilen und Wahngebilden sich durchschlagen müßte. Traurig aber ist es, wahrzunehmen, daß alles Gute in den verschiedenen Kreisen menschlicher Beziehungen nicht durch diejenigen gefördert wird, die zunächst dazu berufen und dafür bezahlt sind, sondern von denjenigen, welche kurzweg mit dem wegwerfenden Namen Laien bezeichnet werden. Dieß in Politik, Theologie, Jurisprudenz nachzuweisen, wäre leicht, wir wollen uns für heute bloß mit der Medicin befassen, obwohl wir ebenfalls zu den Laien gehören. Auch hier mußte die Vorsehung einen österreichischen Bauern — Prießnitz — erwecken, um dem edelsten, einfachsten, kräftigsten, heilsamsten Elemente — dem Wasser jene Anerkennung, Geltung und Anwendung zu verschaffen, zu welcher ihm die hochgelehrten Arzneiköche, die vor der Menge der Bäume den Wald nicht sehen, in Ewigkeit nie verholfen hätten. Und nun, nachdem die Wasserheillehre Außerordentliches, alle Erwartungen weit Uebertreffendes leistet, sind nicht gerade sie es, die dieser neuen Erlösungstheorie, den alten Juden gleich, den hartnäckigsten Widerstand entgegen setzen? Wir haben nicht nur über die Wasserheillehre so Manches gelesen, sondern zählen uns zu denjenigen, die des Wassers Heilkraft schon erfahren haben und dasselbe in gesunden und kranken Tagen als des Himmels edelstes Geschenk preisen. Darum können wir uns aber des Ausdrucks bitterer Wehmuth nicht erwehren, wenn wir aus einer der neuesten Schriften über diese Heilweise vernehmen müssen, welcher erbitterter Kampf auch in unsern Tagen gegen das Wasser als Arznei geführt wird. Die Schrift, welche wir meinen, ist: „Nur kein Wasser! Beiträge zur Begründung der Wasserheillehre in einer Sammlung von Aufsätzen von Dr. Gleich, Wasserarzt in München. 1847. Augsb. b. Lamp. Preis 1 fl." Das Lesen dieser Schrift muß auch dem Blinden, wo möglich, die Augen öffnen. Daß dieselbe aber die Wuth der gewöhnlichen Jünger Aeskulaps in hohem Grade erregen werde, ist voraus zu sehen. Dabei fällt uns jedoch das Sprüchlein ein:

Die Wahrheit bleibt doch Wahrheit, wie ich sehe;
Gut eingerieben thut sie wehe!

Herzlich freute es uns, in Dr. Gleich nach 25 Jahren wieder jenen Charakter von Stahl und Granit zu finden, den wir dort kennen lernten, als er, verlassen von Eltern und Freunden, sich nicht entschließen konnte, in einen Stand zu treten, der unnatürliche Opfer fordert, und lieber mit Mangel aller Art kämpfte, als seiner Ueberzeugung untreu zu werden. Mit Klarheit und Entschiedenheit spricht er seine Ansichten und Erfahrungen aus, und wer sie liest, wünscht in der Nähe eines solchen Mannes zu leben, um in vorkommenden Krankheitsfällen sichere und schnelle Heilung zu erlangen. Welche Wohlthat würde die Anwendung der Wasserheillehre durch dafür gebildete und erfahrene Aerzte erst für den größern Theil der Bevölkerung eines Landes seyn, nämlich für das Landvolk! Die Hälfte der Landleute geht entweder ohne ärztliche Hilfe oder unter den Händen der Pfuscher zu Grunde. Den eigentlichen Arzt ruft man, wenn's noch gut geht, gewöhnlich erst, wenn keine Hilfe mehr möglich ist. Erscheint er, dann hat der Kranke wieder 4 — 6 Stunden zu warten, bis die Medizin kommt, die nicht selten eintrifft, wenn der Kranke aufgehört hat zu athmen. Wie ganz anders, wenn die Aerzte sich mit der Wasserheillehre vertraut machten! Wie könnten sie gleich im ersten Augenblicke mit der Kur beginnen, die nöthigen Anweisungen zu deren Fortsetzung hinterlassen, wie wohlthätig könnten unter ihrer Leitung Bader und Chirurgen werden, die jetzt vielfältig als selbstständige Aerzte auf Leben und Tod experimentiren und für ihre Giftmischereien das Landvolk theuer bezahlen lassen. Daß in manchem Lande die leidende Menschheit nur der Aerzte und Apotheken wegen da ist, möchte nicht zu bestreiten seyn. Soll dieß so fortgehen eines Systems wegen? Hoffentlich wird auch hierin das Eis gebrochen werden. Wir möchten daher den Freunden der Wasserheillehre den Vorschlag machen, eine Petition an die Stände des Reiches zu richten, daß sie die Errichtung eines Lehrstuhls für diese Heilmethode an jeder bayerischen Universität beantragen; dann aber sollten sie eine weitere Bitte an Se. Maj. den König, den Begründer und Beschützer des Vereins zur Verbreitung nützlicher Schriften, richten, daß die zunächst zu vertheilende Vereinsschrift entweder das tüchtigste und populärste der bereits vorhandenen Werke über Wasserheillehre vertheilt werde, oder daß für Ausarbeitung eines solchen sofort ein Preis ausgesetzt werde, den jene Schrift erhalten sollte, die den Nutzen des Wassers in gesunden und kranken Tagen am einfachsten, klarsten und überzeugendsten lehrte. Ist einmal das Volk für die große Sache gewonnen, dann müssen die Aerzte folgen und Tausende von Menschenleben werden gerettet, die jetzt mit oder ohne ärztliche Behandlung oder Mißhandlung verloren gehen. — Alle öffentlichen Blätter sollten es sich zur Pflicht machen, diese Angelegenheit für und gegen die Spalten zu öffnen. Nur aus dem Kampf geht der Sieg hervor. Wer den Kampf scheut, ist seiner Sache nicht gewiß, und wer sie im Zweifel hartnäckig festhält selbst dann, wo Menschenwohl und Menschenleben auf dem Spiele steht, der ist alles andere, nur kein Freund der Menschheit.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 4. Mai: „Hernani," Oper von Verdi.

Freitag den 5. Mai: „Der Bauer als Millionär," Original-Zaubermährchen von Fr. Raimund.

Fremdenanzeige.

Hôtel Maulik. H. v. Tschichatscheff, Rentier aus England.

Gold. Hahn. HH. Graf v. Selms, Rentier von Würzburg; Eras, Pfarrer v. Haigerberg; v. Sintrow, Edelmann v. Riga; Frhr. v. Breitwitz, Rittmeister v. Berlin; Frau v. Stetten und Gräfin v. Breitenbach v. Bamberg.

Blaue Traube. HH. Dr. Urban von Selten; v. Horn, Postoffizial v. Regensburg; Baumann, Apotheker v. Burgau; Frhr. v. Asch v. Burghausen.

Stachusgarten. HH. Mezler, Gutsbesitzer v. Wasserburg; Wiesenberger, Handelsmann, und Rudl, Rentbeamtenstochter v. Rietenburg.

Getraute in München.

HH. Balthasar Kampfmiller, Hutmachersgeselle, mit Maria Kremser, Riemerstochter v. Larsen; Alois Borewizka, Kleiderreiniger dah., mit Katharina Lehner, Krämerstochter v. Lengenfeld, Ldg. Neumarkt in der Pfalz; Georg Lechner, Lohnkutscher dah., mit Franziska Krämmer, Stadtgerichts-Diurnistenswittwe v. h.; Lorenz Pichorr, b. Schäfflermeister v. h., mit Anna Zehendmaier, Häuslerstochter v. Riting, Landger. Erding; Max Fahrer, k. Forstamtsaktuar v. Schongau, mit Josepha Margaretha Haller, Hausbesitzerstochter v. h.; Joseph Aron Wassermann, Bürger und Kirschnermeister dahier, mit Louise Ullmann, Seifenfabrikantenstochter v. h.

Gestorbene in München.

Lorenz Deindl, Soldat im kgl. Infanterie-Leibregimente, geb. von der Au, 24 J. alt; Sabina Kramer, kgl. Regierungsregistratorsgattin v. h., 58 J. alt; Joseph Kupfer, bgl. Schuhmacher v. h., 83 J. alt.

Pfandauslösung und Versteigerung.

2394. (3a) Mittwoch den 24. Mai 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat April 1847 und zwar von:

Nr. 44,717 bis 63,013.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Montag den 29. Mai öffentliche Versteigerung.

München, den 29. April 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt I. der Stadt München.

L. Negrioli, Magistratsrath.

Hannes, Cassier. v. Zech, Controleur.

2393. Gegen eine Baareinlage von 400 — 600 fl. kann ein solides Frauenzimmer einen sehr annehmbaren Platz als Theilnehmerin an einem das allgemeine Wohl betreffenden Geschäfte finden. D. Uebr.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 117.

Münchener politische Zeitung.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Man pränumerirt auf die [illegible] p. 3 in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährig 1 fl. 30 kr. Halbjährig 3 fl.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährig im I. Rayon 3 fl. 3 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Freitag — XLIX. Jahrgang. — 5. Mai 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 1. Mai. Die Kommission, welche die erforderlichen Anstalten zu treffen hat, damit die Nationalversammlung baldigst ihre Geschäftsthätigkeit beginnen könne, bringt zur Kenntniß der eintreffenden HH. Abgeordneten, daß sie vom 2. bis 7. d. Mts. Mai jeden Vormittag von 10 – 11 Uhr in dem Sarasin'schen Haus auf dem großen Kornmarkt, der deutsch-reformirten Kirche gegenüber, die Anmeldungen derselben annehmen wird, und ladet sie deßhalb ein, in jener Stunde ihre Legitimationsurkunde der Kommission zum Eintrag in das eröffnete Register einzureichen. Die Anmeldungsstunden vom 8. d. Mts. an werden später bekannt gemacht werden. (Frankf. Journ.)

Frankfurt, 1. Mai. Heute um 11 Uhr Vormittags fand im Kaisersaale der erste Zusammentritt von Mitgliedern der deutschen Nationalversammlung statt. Es waren auf Einladung der zu Frankfurt a M. wohnhaften Abgeordneten, des Dr. Cnyrim (aus Kurhessen) und des Dr. Jucho (aus Frankfurt) folgende Abgeordnete erschienen: Dr. Schott, von Stuttgart; Dr. Eisenmann, von Würzburg; Jürgens, von Braunschweig; Wippermann, von Kassel; Rühl, von Hanau; Neß, von Hamburg; Marschel, von Stuttgart; Dr. Briegleb, von Koburg; Cnyrim, von Frankfurt; G. F. Kolb, von Speyer; Dr. Heckscher, von Hamburg; Schepp, von Wiesbaden; Robert Blum, von Leipzig; Dr. Eucumus, von München; Hehner, von Wiesbaden; Dr. Hergenhahn, v. Wiesbaden; Schwarzenberg, von Kassel; Dr. Jucho, von Frankfurt a M. Dr. Schott übernahm als Altersvorstand die Leitung der heutigen Versammlung, und wählte Dr. Jucho zum Schriftführer. Die Erschienenen erkannten sich gegenseitig als vorläufig legitimirt an, und vereinigten sich über folgende Punkte: 1) Bei der nach Beschluß des Fünfzigerausschusses niedergesetzten Kommission sich anzumelden; 2) von ihrem Hierseyn und dem Beginn des Zusammentritts der konstituirenden Nationalversammlung dem Fünfzigerausschuß Anzeige zu machen; 3) Donnerstag den 4. d. Mts, Vormittags 11 Uhr, im Kaisersaale des Römers sich wieder zusammenzufinden, hierzu 4) durch Bekanntmachung gegenwärtiger Abrede die inzwischen in Frankfurt sich einfindenden Abgeordneten ebenfalls einzuladen; endlich 5) die noch nicht eingetroffenen Abgeordneten zur schleunigen Hieherreise aufzufordern. (C. v. u. f. D.)

Bayern.

Landtag.

München, 5. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XIX. auf heute um 9 Uhr Vormittags angesetzte öffentliche Sitzung. 1. Verlesung des Protokolls der XVIII. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Vortrag des Referenten im II. Ausschusse über den Gesetzentwurf: „die Kosten auf die Abordnung zu der Volksvertretung am deutschen Bunde zu Frankfurt betreff." — 4. Berichterstattung des Sekretärs des V. Ausschusses über die geprüften und zur Vorlage an die Kammer nicht geeignet befundenen Beschwerden. — 5. Vortrag des Sekretärs des Petitionsausschusses über die geprüften Anträge der Abgeordneten; Berathung und Schlußfassung über die Zulässigkeit der von dem Ausschusse zur Vorlage an die Kammer geeignet befundenen Anträge.

München, 3. Mai. Justizministerialrath Molitor erhielt von Seite der großherzogl. bad. Regierung den Ruf zur Uebernahme des Justizministeriums in Baden. Es macht mir indeß Vergnügen, Ihnen mittheilen zu können, daß dieser treffliche Rechtsgelehrte Bayern erhalten bleibt, indem er erwähntes Anerbieten bereits abgelehnt hat. – Im Kampfe bei Schleswig wurde einer unserer wackern Offiziere, der Lieutenant Waldmann, vom Regiment König Ludwig, schwer verwundet, und starb drei Stunden später in Folge der erhaltenen Verletzung. (A. Z.)

**München, 4. Mai. Der „Korrespondent von und für Deutschland" vom Heutigen bringt einen Artikel über Einkommensteuer und Schutzzoll als Beitrag zur Lösung der Proletariatsfrage, und macht darin der Presse den Vorwurf, sie habe bis dahin noch keine Mittel einer gründlichen Abhilfe angegeben. Bloß um diesen Vorwurf, soweit er natürlich auch unser Blatt betrifft, in seiner Grundlosigkeit darzustellen, machen wir den guten Nurnberger auf den Artikel – von der Donau in unserem Blatte vom 27. und 28. v. M. aufmerksam, darin doch wohl manches und mehr, als er selbst gebracht hat, finden wird, was schnell und gründlich Abhilfe bringt, so weit solche überhaupt möglich erscheint. Die Abschaffung aller Steuer auf unentbehrliche Lebensbedarfnisse ist, wenn dafür eine Einkommensteuer eingeführt wird, ein ziemlich täuschendes Mittel; indem, wenn man das Einkommen des Bauern, des Mullers, Bäckers, Metzgers, Brauers ꝛc. besteuert, diese Steuer doch immer auf dem Produkt ihrer Arbeit, also auf den Bedurfnissen des Lebens lastet. Es ist sehr gut, zu denken, ehe man rathet.

||München, 4. Mai. Gestern fand die XI. Versammlung des Bauhofklubbs unter dem Vorsitze des Hrn. Dr. Reder statt, welcher, da Hr. Wagner M. bereits dem Militär eingereiht worden war, durch Akklamation als Vorsitzender gewählt wurde. — Sofort wurde der Einlauf verlesen, worunter ein Brief des Hrn. Advokaten Schwaiger aus Straubing, im Namen der Minderheit der dortigen Wahlmänner, welche sich über die Wahlumtriebe der dortigen Geistlichen beschwerte und ersuchte, mit ihnen ins Benehmen zu treten. Da vom Bauhofklubb ohnehin eine Beschwerde über die Wahlen an das Parlament in Frankfurt beschlossen ist, wurde, nachdem uber mehrere derartige Wahlumtriebe gesprochen worden war, beschlossen, die Minderheit der Wahlmänner in Straubing hievon in Kenntniß zu setzen und sie zu ersuchen, sich diesem Schritte anzuschließen; zugleich wurde beschlossen, ein gleiches Ansuchen mittelst Aufruf an alle Wahlbezirke Bayerns zu erlassen, in welchen auf eine dem Sinne des Wahlgesetzes zuwiderlaufende Weise ähnliche Umtriebe mit Erfolg gepflogen wurden. – Hierauf wurde uber die bereits beschlossene Adresse an die Ständekammer, das neue Wahlgesetz betreffend, worüber zwei Entwürfe eingebracht waren, berathen und redigirt, und in derselben als Volkswille und Zeitbedürfniß die Ansicht ausgesprochen, daß nur direkte Wahlen stattfinden, und jeder volljährige Bayer ohne Unterschied wählen und gewählt werden könne. Wir werden die Adresse nachbringen.

Augsburg, 30. April. Von den Militärbeamten der hiesigen wie anderer Garnisonen sind bereits Adressen an des Königs Majestät eingereicht worden, die Vorstellung und Bitte tragend: um Gleichstellung der Militärbeamten mit den Offizieren der Armee.
(Augsb. Abdz.)

Nürnberg, 3. Mai. Das bis jetzt hier in Garnison gelegene Infanterieregiment (Erbgroßherzog von Hessen) hat heute Morgens halb 8 Uhr unsere Stadt verlassen. Zurückgeblieben ist vorläufig nur der noch nicht uniformirte Theil der Mannschaft. Das erste Nachtquartier ist in Roth. (C. v. u. f. D.)

Baden.

Mannheim, 1. Mai. Heute Vormittag rückten ungefähr 3000 Mann Bayern, allen Waffengattungen angehörend, in die hiesige Stadt ein und stellten sich mit den übrigen dahier und in der Umgegend in Besatzung liegenden Truppen am Schloßplatze auf. Zu gleicher Zeit wurden alle Wachen bedeutend verstärkt und alle Ausgänge der Stadt besetzt. Anfangs schwebte man in Zweifel und Ungewißheit über den Grund dieser militärischen Maßregeln, allein alsbald wurde ein Staatsministerialreskript veröffentlicht, welches näheren Aufschluß hierüber gab. Nach Inhalt dieses Erlasses ist nämlich die Stadt Mannheim aus Veranlassung der bedauerlichen Vorfälle in letzter Zeit in Kriegszustand erklärt und die Entwaffnung der Bürgerwehr binnen 3 Stunden anbefohlen. Letztere ging dann auch rasch von Statten, indem die Mehrzahl der Bürgerschaft dabei nicht bloß dem gebieterischen Gebote der Gewalt und des Zwanges, sondern auch der eigenen, freien Ueberzeugung von der Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer solchen Maßregel gefolgt ist. Dafur spricht der Umstand, daß heute früh, noch bevor das Regierungsreskript erschien, eine große Anzahl von Gewehren schon abgeliefert worden war. Außerdem wurden noch einzelne Personen verhaftet, welche bei dem Vorfalle am 26. v. Mts. eine thätige Rolle gespielt haben. — Derjenige Tag, an welchem das erste deutsche Parlament zusammentreten sollte, wurde somit in hiesiger Stadt, welche sich wohl nicht ganz mit Unrecht rühmen darf, den ersten Impuls in Baden und Deutschland zu einer so herrlichen Erhebung gegeben zu haben, mit Verkündung des Kriegsgesetzes, mit Arrestationen und Bürgerentwaffnung begangen! Wenn aber ein giftiger Mehlthau auf die junge Knospe unserer Freiheit gefallen ist und sie zu verkümmern droht, wem haben wir dieß zu verdanken? Wem anders, als der Schwäche, Rathlosigkeit und Feigheit der Bessergesinnten und der Gewissenlosigkeit und dem Wahnsinn einiger politischen Fanatiker! (D. A. Z.)

Vom Mittelrhein, 30. April. Ein Mitglied der ersten Kammer schiebt die Schuld der Drangsale die über Baden gekommen sind, auf seine Verwaltung. Wir aber schieben auf jenes Mitglied die andere Schuld, daß es zu seinem Angriff keinen üblern Zeitpunkt hätte wählen können. Hilfe bedarf jetzt die Regierung in ihrem Streben zur Wiederherstellung der Ordnung, thätige Hilfe von jedem Patrioten. Das Dringendste geschehe allezeit zuerst, die Erfüllung der indicatio vitalis vor der Radikalkur. „Wenn es brennt, so lösche; hats gebrannt, baue wieder auf." Am allerwenigsten ist eine so einseitige Kritik am Platz. Es hätten alle Ursachen der großen Umwälzung aufgeführt, es hätte allen Umständen Rechnung getragen werden sollen. Wir widersprechen nicht, daß jenes Mitglied Beachtungswerthes gesagt hat. Wir wollen die papierne Verwaltung nicht in Schutz nehmen, in welcher der Mensch und seine höhere sittliche Bestimmung so wenig gilt. Wir können es aber nicht billigen, daß Hr. v. Andlaw, um nur Einiges anzuführen kein Wort hatte für die Reaktion, welche die politische Entwickelung der deutschen konstitutionellen Staaten niederhielt, dadurch die öffentliche Meinung, welche

auf diesem Felde keinen Raum mehr fand, größentheils verderbte und auf das Feld der Kirche und der Religion hinüber trieb, wo sie uns die Stütze raubte, die uns jetzt so nöthig wäre. Vergessen hat er ferner die 70 oder 80 Stunden, mit denen Baden an die Schweiz und an Frankreich grenzt, vergessen, uns zu sagen, ob er in Metternichs glänzenden Tagen dessen System auch einer Kritik unterworfen hat, wie das der badische Minister, oder ob er ihn nachträglich für seinen Fall verantwortlich macht. Nicht aber vergessen wollen wir, daß Baden das einzige Land ist, in welchem die beiden bedeutendsten Minister an ihrem Posten geblieben sind, und unser Großherzog der einzige Fürst, der schon vor der Februarrevolution seine Wahl auf Männer lenkte, die von dem gewaltigen Strom nicht weggespült wurden. Noch ist die Zeit nicht gekommen, in welcher anerkannt wird, welchen Dienst damit der edle Fürst dem ganzen Deutschland erwies. Wir möchten aber, daß in dieser Zeit der Freiheit jedem Verdienste — auch dem eines Fürsten — seine Krone würde. Wir erkennen es auch dem edeln Andlaw für sein ernstes sittliches Streben zu, nicht aber für seine Unbill gegen die badischen Minister. (Karlsr. Z.)

K. Sachsen.

Dresden, 27. April. Das sächsische Kontingent ist nach Bayern bestimmt, wo, und zwar **zwischen Bamberg und Nürnberg, ein Bundesheer von 50,000 Mann aufgestellt werden soll, um bei möglichen Eventualitäten bei der Hand seyn zu können.** (D. A. Z.)

Preußen.

Berlin, 26. April. Das Institut der Kadetten und Garde-Landwehr soll aufgelöst seyn. — Ferner soll die Bezeichnung „Gemeiner“ bei dem Heere und die Anrede „Du“ wegfallen, die Landwehr fortan auch alle zwei Jahre und dann nur auf acht Tage zusammentreten. Die Offiziere werden, da die Kadettenhäuser aufhören, künftig von unten an zu dienen haben. (B. N.)

Berlin, 30. April. Ludwig v. Mierosławski war einen Tag hier anwesend, und hat mit den Ministern eine Zusammenkunft über die Polenfrage gehabt. Er hat noch einmal heilig versichert, daß die Polen nur mit Preußen gehen würden, trotz verschiedener Exzesse, die nicht verhindert werden konnten. Er ist von hier sogleich in die Verschanzungen bei Kurnick zurückgeeilt, welche von ihm geleitet werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach beabsichtigen die Polen, nach Russisch-Polen überzutreten und dort den Kampf für die Herstellung ihres Vaterlandes zu beginnen. Unterdeß sammelt man hier in Berlin für eine Freischaar, welche sich zum Schutze der dortigen Deutschen nach dem Großherzogthum Posen begeben will. — **Der Bürgermeister Zimmermann, der bekannte liberale Landtagsredner, ist aus Spandau fortgejagt worden, weil er dort — die deutsche Nationalkokarde anlegte, und eine Bürgerwehr einrichten wollte!** — Unsere Pressen stehen noch immer still, doch steht eine baldige Vereinigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern in Aussicht. Die Buchdruckerei von Eduard Hähnel, welche die neuen Darlehensscheine zu drucken hat, ließ zu diesem Zwecke Drucker aus Magdeburg kommen; sie kamen zwar, haben sich aber sogleich mit ihren Berliner Genossen vereinigt und die Arbeit verweigert. Das Polizeipräsidium läßt bereits alle fremden Drucker, welche seit drei Tagen arbeitslos sind, ausweisen. (C. v. u. f. D.)

Berlin, 30. April. Heute Morgen (Sonntag) kehren die Setzer und Drucker zur Arbeit zurück.

(Zeitungshalle.)

Königsberg, 26. April. Der Magistrat und die Stadtverordneten haben so eben den ärgsten Mißgriff begangen, der ihnen seit ihrer sonst löblichen Amtsführung vorzuwerfen ist. Sie haben eine Erklärung an das Staatsministerium gerichtet, die einem Mißtrauensvotum gegen das deutsche Parlament gleichkommt: sie wollen keinem der Beschlüsse desselben bindende Kraft zugestehen, bevor er nicht durch die verfassungsmäßigen Organe der einzelnen deutschen Staaten sanktionirt ist. Man wird diese undeutsche und unpolitische Demonstration in Deutschland für die erste Aeußerung einer Reaktion des exklusiven Preußenthums halten, aber mit Unrecht, da sie nur aus einer beschränkten politischen Anschauung hervorgeht. Noch am gestrigen Tage, als kaum die Debatten über diese Erklärung in der städtischen Ressource geschlossen waren, traten in demselben Saale patriotische Männer zusammen, faßten eine energische Gegenerklärung ab, die sie scherzhaft im Gegensatz zu jener, als schwarz-weißen Adresse, die schwarz-roth-goldene nannten, und bedeckten sie mit so vielen Unterschriften als der Augenblick ermöglichte. (K. v. u. f. D.)

Danzig, 21. April. Die Festung Weichselmünde ist gegenwärtig armirt, indem sie mit 700 Mann Infanterie einiger Artillerie besetzt ist, und mehr als 200 Kanonen dort aufgestellt sind. Bis jetzt ist noch kein dänisches Kriegsschiff gesehen worden. (D. Z.)

Posen, 25. April. Aus Berlin ist gestern Abend eine höchst wichtige Nachricht hier eingegangen, die aus offizieller Quelle kommen soll. Sie enthält die Grundzüge unserer künftigen politischen Lage. Hiernach soll beabsichtigt werden, den Provinzialverband des Großherzogthums Posen aufrecht zu erhalten, statt der hiesigen Regierung aber zwei Regierungen von geringerem Umfange, (eine polnische und eine deutsche, die beide ihren Sitz in unserer Stadt haben würden), zu errichten, um auf diese Weise den Einsassen ihre Sprachrechte zu wahren. Posen soll somit Hauptstadt der ganzen Provinz verbleiben, von der keine Kreise abgetrennt und den benachbarten Provinzen zugelegt werden sollen. Die Errichtung von polnischen Militärkadres, wie sie von General Willisen projektirt waren, hat die Genehmigung der Regierung nicht erhalten. Statt eines Oberpräsidenten, dessen Stelle ganz eingehen soll, wird künftig eine Abtheilung des Staatsministeriums in Berlin die Angelegenheiten des Großherzogthums Posen bearbeiten. Alle deutschen Theile der Provinz werden dem deutschen Bunde beitreten. So viel soll feststehen, daß die Stadt und Festung Posen innerhalb der deutschen Seite der Abgrenzungslinie zu liegen kommen und somit künftig dem deutschen Bunde angehören. Bei allen Deutschen herrscht über diese Nachricht großer Jubel, und selbst unter den polnischen Grundbesitzern sind viele die recht gut einsehen, daß allein auf die angegebene Weise der Ruin der Stadt Posen abgewendet werden kann. — General v. Colomb hat sich durch die maßlosen Lügen welche durch die hiesige neue „Polnische Zeitung“ über die Ereignisse in der Provinz verbreitet werden, veranlaßt gefunden, heute eine amtliche, durch seine eigene Unterschrift beglaubigte Bekanntmachung zu erlassen, worin die Vorfälle in Gostyn, in Kozmin und bei Bereck, der Wahrheit gemäß, berichtet werden. Auf allen diesen Punkten haben die Insurgenten kleine Militärabtheilungen überfallen und zum Theil auf schaudervolle Weise mißhandelt und ermordet. An den genannten Orten aber haben die Truppen, bald nachdem sie Verstärkung an sich gezogen, die Oberhand gewonnen, jedoch erst nach blutigen Gefechten, in deren erstem die Insurgenten 9, im zweiten 27, und im dritten 7 Todte auf dem Platze ließen. Hr. v. Colomb zeigt an, daß, nachdem die Polen die Konvention vom 11. d. gebrochen, dieselbe nun auch seinerseits nicht mehr als gültig erachtet würde. Nach heute eingegangenen officiellen Nachrichten ist es vorgestern bei der Stadt Strzelno, im nordöstlichen Theile des Großherzogthums zu dem bedeutendsten Gefechte, das bis jetzt zwischen den Soldaten und den Insurgenten stattgefunden gekommen. Die Polen haben über 50 Todte und über 100 Verwundete auf dem Platze gelassen. In Kozmin sind in vorletzter Nacht 6 Soldaten meuchlings ermordet worden. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Schleswig-Holstein.

Kiel, 25. April. Vorgestern ist die kombinirte Armee in Flensburg eingerückt, nachdem noch kurz vor Flensburg ein heftiges Gefecht mit den Dänen stattgefunden, welche sich darauf eiligst nach dem verhängnißvollen Krusau zogen, wohin die Kavalerie und reitende Artillerie ihnen folgten. Die Dänen werden jetzt versuchen, das noch 3 Meilen von Krusau entfernte Apenrade zu erreichen, um sich dort einzuschiffen. Sie werden aber bei diesem Plane nicht nur mit der nachsetzenden Armee, sondern auch mit der feindseligen Stimmung der Bevölkerung zu kämpfen haben. Unstreitig wäre ihr Loos schon jetzt entschieden, wäre es möglich gewesen, die Kampflust der tapfern Preußen bei Schleswig noch um einen Tag zurückzuhalten; denn die Unternehmung gegen das „Dänenwerk“ war auf zwei Tage berechnet, und wäre es hiebei geblieben, so würde unser linker Flügel bis dahin Flensburg erreicht und den Rückzug der Dänen nach Norden verhindert haben. — In Eckernförde dagegen war es die Rücksicht des Prinzen von Augustenburg für das Schicksal der Stadt, welche den dorthin retirirten 300 Mann Dänen die Einschiffung möglich machte. Er gestattete ihnen zwei Stunden Zeit dazu, widrigenfalls er sich genöthigt sehe, Eckernförde zu bombardiren. (C. v. u. f. D.)

Kiel, 28. April. Nach vorausgegangener Prüfung des Generals Halkett ist der Angriff auf die noch in den Händen der Dänen befindliche Insel Alsen beschlossen und sollte schon heute Morgens 6 Uhr vor sich gehen. — Hier in Kiel rückten in der vorgestrigen Nacht ungefähr 500 Mann von unsern Landestruppen ein, und gestern folgten ihnen 700 Mann Hannoveraner. Es heißt, daß die letzteren hier vorläufig in Garnison bleiben sollen. — An die provisorische Regierung ist die offizielle Mittheilung gelangt, daß noch 14,000 M. Preußen ins Land rücken werden. Es ist Dieß die wahrscheinliche Folge des Aufbringens der preußischen Schiffe durch die Dänen, wodurch der Krieg, der früher nur von Bundes wegen von Preußen geführt ward, nunmehr durch die dänische Regierung selbst speziell zum preußischen Kriege gestempelt wird. Die Herzogthümer haben sich darüber nur zu freuen; denn statt daß das Vertheidigungsheer bis dahin in Schleswig-Holstein auf dem qui vive! stehen und den Angriff der Dänen, wenn es diesen gefällig war, erwarten mußte, kann der Kriegsschauplatz jetzt nach Jütland, und so Gott will, selbst nach Fühnen verlegt werden, wo man sich dann vielleicht um so eher über die Friedensbedingungen verständigen wird.

(C. v. u. f. D.)

Schleswig, 26. April Abends. Wir sprachen gestern zwei Soldaten vom 2. und 12. Regimente, die sich dahin äußerten, daß sie keinen Pardon mehr geben würden, weil die Dänen ihre verwundeten Kameraden mit den Kolben todtgeschlagen hätten, während man diesseits die Wunden der verwundeten Dänen ausgewaschen und sie in die Häuser auf die Wagen gebracht habe. Ist dieß der Fall, so kommt Dieß von den traurigen Vorstellungen her, die ihnen schändlicher Weise beigebracht worden sind. So fragte noch gestern auf dem Wege nach Rendsburg Einer, ob er dort nicht gehenkt werden würde? Welche schwere Verantwortung trägt die Eiderpartei des dänischen Volks, so den Menschen entmenschlicht zu haben! (Hamb. K.)

Flensburg, 27. April. Heute sind 10 — 1200 Mann Bundestruppen von hier ausgezogen; die von Herrn v. Wenin Befehligten stehen wohl jetzt vor Apenrade, das von den Dänen verlassen, aber noch nicht von dem Bundesmilitär besetzt ist. Die Dänen sind nirgends mehr sichtbar und scheinen das sauve qui peut zu ihrem Motto erwählt zu haben. So rannten viele Dänen mit bloßem Kopf, bloßen Füßen, ohne Sattel durchs hohe Wasser von hier weg, als sich nur das erste Gerücht von der Annäherung der Preußen verbreitete! (B.-H.)

Rendsburg, 28. April. Den Freischaaren ist offiziell angezeigt worden, daß, wer wolle, sich nach Hause zu seinen friedlichen Beschäftigungen zurück egeben könne: was jetzt noch zu thun sey, werde mehr Sache des regulären Militärs seyn und für die Freischaaren nur noch etwa Vorpostendienst und die Bewachung aufrührerischer Bauern übrig bleiben. In Folge dieser Eröffnung haben sich denn auch schon heute gegen 60 Freiwillige, unter ihnen viele aus Hamburg und den Rheingegenden, beim hiesigen Büreau für die Freikorps gemeldet, theils mit Entlassungsscheinen, theils auf siebentägigen Urlaub.

(Schl.-holst. Z.)

Rendsburg, 29. April. Nach eingezogenen Erkundigungen steht fest, daß das Hauptquartier der Unserigen nach Apenrade verlegt und Tondern von ihnen besetzt ist. General Halkett steht mit seiner Division im Sundewitt'schen, wo es zu einem Zusammentreffen mit dänischen Korps gekommen seyn soll, wobei, wie es heißt, sich etwa 400 dänische Dragoner nach tapferem Widerstande ergeben haben. Diesem General, der sich bereits im spanischen Kriege und bei Waterloo bewährt hat, ist es, wie man vernimmt, vorbehalten, Alsen zu besetzen, während die Hauptstärke des alürten Heeres allmälig das Herzogthum Schleswig bis zur Königsau besetzen wird. (A. M.)

Die Nachricht von der Ankunft eines dänischen Parlamentärs in Flensburg scheint sich nicht zu bestätigen. — Ebenso wissen die dänischen Blätter nichts von der Berufung des Grafen Karl Moltke zum König.

Altona, 30. April. (per Telegraphen.) Aus Schleswig wird gemeldet, daß sich dort 5 bis 600 Verwundete befinden, worunter keine 200 Deutsche sind.

Nach sind dort 400 Gefangene untergebracht und in Rendsburg 500. Drei dänischen Kriegsschiffen soll der Rückzug bei Holnis abgeschnitten seyn. (Brem. Z.)

Hannover.

Hannover, 23. April. Das Verfahren des wegen der Emeute in Hildesheim suspendirten Generals Nettberg scheint volle Anerkennung gefunden zu haben, denn der König hat dem General seinen Degen wieder zusenden lassen, und ihn zum kommandirenden General neuer, gestern nach Schleswig-Holstein abgegangener Truppen ernannt. Der General ist bereits nach dem Kriegsschauplatze abgegangen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Freie Städte.

Hamburg, 25. April. Auf Requisition der preußischen Regierung wurden heute in Altona zwei dänische Schiffe mit Beschlag belegt. Auch bei unserem Senat hat die preußische Regierung auf Beschlagnahme der dänischen Schiffe angetragen; diese Maßregel ist aber bis jetzt noch nicht verfügt. Unsere Rheder wünschen natürlich, daß solches nicht geschehe, damit die dänische Regierung keine Repreßalien nehme. Man fürchtet die Blokade der Elbe, was für unsern Handel ein Todesstoß wäre. (Wollen die Hamburger in einem deutschen Bundeskriege neutral bleiben?) Daß das dänische Kriegsschiff vor dem Kieler Hafen auf einem Holländer, der hinaus wollte, geschossen, wird Ihnen vermuthlich von dort aus angezeigt seyn. Es frägt sich nun, was man in Haag dazu sagen wird. Man erwartet noch bedeutende Truppendurchmärsche von Preußen. Schweres Geschütz ist gestern von Berlin zu Wasser gekommen; auch kamen seit einigen Tagen kleine Abtheilungen zur Ergänzung. (A. Z.)

Oesterreich.

Die „Allgemeine Oesterreichische Zeitung" (neben der Wiener das bedeutendste Blatt der Monarchie) tritt energisch für den vollen Anschluß an Deutschland in die Schranken. Aus dem schlagenden Aufsatz in der Nummer vom 22. April heben wir folgenden Wahlaufruf aus: „Oesterreicher! Das Vaterland tritt in allen seinen Gauen zusammen, um Abgeordnete zum Völkertage in Frankfurt a. M. zu entsenden. Die Frist zur Wahl ist kurz, und doch wird der ernste Akt, das erste Anzeichen der Auferstehung der Völker, durch den Zwist über Schulfragen entweiht. Oesterreicher! Wählt, entsendet deutsche Denker; in den begrenzten Stunden einer örtlichen Versammlung läßt sich durch Rede und Widerspruch einiger Rechtslehrer über die Grundzüge eines Baues nicht entscheiden, zu dessen Vollendung sich über 600 Männer versammeln sollen. Gebet Euren Abgeordneten nur Ein Wort mit als heilige Aufgabe ihrer Sendung, ihr wollet Deutsche bleiben; nicht in der Hast des Augenblicks, nicht in den Gauen Oesterreichs, dort wo die Denker von Süd und Nord zusammentreten werden, in der Fülle der vereinigten Intelligenz werde die Form berathen, unter welcher eure Forderung in's Leben treten kann. Handschlag dem Bruder in Deutschland, Treue dem Kaiser in Oesterreich, Ein freies Volk, und Monarchen, mächtig durch die Freiheit der Völker, aber wahre konstitutionelle Herrscher, dieß bringt uns heim, das „Wie" löst in Frankfurt a. M. Seyd einig im ersten Akt eures politischen Lebens, seyd einig im Akte der Wahl!"

Wien, 27. April. Vorgestern erschien in der kaiserl. Hofburg eine deutsch-böhmische Deputation, um Beschwerde darüber zu führen, daß das Ausschreiben der Wahlen zur konstituirenden Nationalversammlung bis auf den heutigen Tag in Böhmen noch nicht verkundigt worden, obgleich dasselbe schon seit 14 Tagen bei der Statthalterei in Prag eingelaufen. Aus dem Empfang, welchen Hr. v. Pillersdorff den deutschen Abgeordneten zu Theil werden ließ, konnte man leicht schließen, daß daß den Tschechen bereits Zusicherungen gegeben worden, nach denen die Deutschen keine Hoffnung auf die Anerkennung ihrer Forderungen hatten. Hr. v. Pillersdorff erklärte, daß er die Verkundigung der Wahlen zur Nationalversammlung bei der gegenwärtigen Stimmung der Mehrheit der böhmischen Bevölkerung für sehr bedenklich halte, und daß dieselbe mindestens ausgesetzt werden müsse; wollten aber die Deutschen ohne ein amtliches Wahlausschreiben sich etwa unterderhand über die Bezeichnung von Abgeordneten für die Nationalversammlung verständigen, so werde er nichts dagegen haben. Vom Minister begaben sich die Abgeordneten zu dem zum Nachfolger des Grafen Stadion ernannten Grafen Leo v. Thun, der ihre Vorstellungen noch kälter aufnahm, als Hr. v. Pillersdorff. Auf die unwillige Aeußerung eines der Abgeordneten, Moriz Hartmanns, daß man in Prag nicht einmal wagen dürfe, die deutschen Farben zu tragen, scheute sich der Graf Thun nicht zu erwidern: „Ich muß Ihnen gestehen, daß ich diese Farben — dabei deutete er auf das schwarz-rothgoldene Band im Knopfloche Hartmanns — auch nicht liebe." Kurz die Abgeordneten wurden hoffnungslos entlassen. So weit ist es also mit uns gekommen, daß eine deutsche Regierung der deutschen Sache in einem deutschen Bundeslande keinen Schutz gegen die Anmaßungen und Uebergriffe einer fremden Nationalität mehr geben kann! So weit ist es gekommen, daß ein Beschluß des deutschen Bundes, den die österreichische Regierung zu dem ihrigen gemacht hat, in einer im Herzen Deutschlands gelegenen österreichischen Provinz an dem trotzigen Widerstande einer slavischen Faktion scheitern muß! Die Ohnmacht des Willens, welche die österreichische Regierung hier zur Schau stellt, ist nicht mehr und nicht weniger als ein Bruch der Bundespflicht, ein Verrath an der deutschen Nation. Ist Böhmen noch ein deutsches Bundesland, oder nicht? Wenn man nicht wagt die Frage zu verneinen, so erkenne man an, daß den deutschen Bundesgesetzen in Böhmen Kraft und Geltung verschafft werden muß. Die Tschechen sind nicht gezwungen, zu der Nationalversammlung zu wählen. Hätte aber Oesterreich eine Regierung, die ihre Stellung an der Spitze eines großen deutschen Staats begriffe, so würden die Tschechen selbst nicht den Versuch wagen, die Wahlen zu hindern. Wählt oder wählt nicht, es kann uns gleichgiltig seyn, es kommt uns nur darauf an, daß ihr euch dem Gesetz, das in Frankfurt geschrieben werden wird, unterwerft. Denn daß Böhmen ein deutsches Land seyn und bleiben wird, dafür haben wir bei aller Schwäche und bei allen etwanigen Hintergedanken der österreichischen Regierung ganz gute Bürgschaften. Es ist möglich, daß es noch heutzutage, selbst nach den jüngsten Erfahrungen in Posen einige beklagenswerthe Menschen unter uns gibt, die nur für fremde Interessen der Theilnahme fähig sind, nicht aber für das eigene Recht und die eigene Ehre, Menschen deren Gerechtigkeitsgefühl sich dagegen empört, daß eine Anzahl von Slaven unter dem deutschen Gesetze leben und der deutschen Freiheit mitgenießen sollen, die es aber ganz in der Ordnung finden würden, wenn eine doppelte Zahl von Deutschen slavischer Gesetzlosigkeit und slavischem Despotismus preisgegeben würden. Aber die sentimentale Erbärmlichkeit, die überchristliche Demuth, die in den Ansichten solcher Träumer hervortritt, findet keinen Eingang mehr in die zum gesunden Nationalleben erwachten Geister des deutschen Volkes. Gerechtigkeit gegen die andern, ja, aber zuerst und vor allen Dingen Gerechtigkeit gegen uns selbst, gegen unser eigen Fleisch und Blut. Wir wollen keine Eingriffe in die Rechte fremder Nationalitäten, aber noch viel weniger wollen wir Eingriffe in die Rechte der deutschen Nation, und wenn die Verwickelung der Verhältnisse nur die Wahl offen läßt, entweder Hammer oder Ambos zu seyn, dann sind wir Hammer. So in den Posen'schen Kreisen mit gemischter Bevölkerung; so in Böhmen. In Böhmen das Aufkommen eines slavischen Staatslebens zulassen, hieße Deutschland ein vergiftetes Schwert in die Brust stoßen. Böhmen, das bis in den geographischen Mittelpunkt Deutschlands hereinragt, rings von deutschen Landschaften umgeben, seit vielen Jahrhunderten der deutschen Geschichte angehörig, und zu zwölf Fünftheilen von Einwohnern deutschen Stammes und deutscher Zunge bewohnt, Böhmen aus dem deutschen Staatsverbande entlassen, es dem russischen Einflusse und der panslavistischen Propaganda preisgegeben, hieße nichts anderes für Deutschland, als einen Selbstmord begehen. Die Tschechen in Böhmen haben keine andere Wahl als Deutsche zu seyn oder nicht zu seyn. Wir gönnen ihnen ihre Sprache, ihre Gebräuche, ihre Erinnerungen, ja sogar ihre Hoffnungen, aber wir verlangen, daß sie das deutsche Gesetz als das ihrige anerkennen, daß sie auf jeden Versuch verzichten, sich von der deutschen Geschichte loszusagen. Die Zeit wird das übrige thun. Wie die Sachen in diesem Augenblick stehen, hat freilich die deutsche Sache in Böhmen nicht den mindesten Vorschub von der österreichischen Staatsgewalt zu erwarten, im Gegentheil; aber die gesunde Natur des deutschen Volkes wird sich auch hier zu helfen wissen, wie sie sich binnen den letzten beiden Monaten schon gegen so viele schwere Uebel zu helfen gewußt hat, an denen die wohlbestallten Leibärzte der Nation seit langen Jahren vergebens gequacksalbert. Die Prager Deputation, welche Wien heute verläßt, hat der Regierung die bestimmte Erklärung gegeben, daß die Deutsch-Böhmen dem Tschechenthume fortan kein Zugeständniß mehr machen, daß sie, um sich vor Gewalt zu schützen, mit den Waffen in der Hand zu den Wahlen schreiten werden, und daß sie entschlossen sind, die deutschen Farben, auf welche sie bis jetzt aus übergroßer Friedensliebe verzichtet, in ihre Rechte und Ehren einzusetzen. (A. Z.)

Unsere neuesten Briefe aus Wien, vom 27. April, sind erfüllt von Unwillen über die günstige Aufnahme, welche die tschechische Deputation aus Böhmen, über den kalten Empfang, welche die deutsche Deputation von dort bei den obersten Behörden gefunden habe. Noch waren von Graf Stadion in Böhmen die Parlamentswahlen nicht angeordnet, und sein Nachfolger, Graf Leo Thun, ein Führer der Tschechenpartei, schien noch mehr als jener für die Vertagung. Graf Deym beschwor seine Landsleute, bei dem deutschen Parlament nicht unvertreten zu bleiben. Werden die Tschechen darauf hören? Schwerlich! Aber wird Oesterreich die Deutschen in Böhmen unvertreten lassen wollen? Es wäre in seiner Stellung zu Deutschland ein Selbstmord! (A. Z.)

Wien, 28. April. Der päpstliche Nuntius Viale Prela ist noch hier. Noch ist der Bruch mit dem Papst nicht ausgesprochen. Allein alles deutet darauf hin, daß wenn Pio Nono in der lombardischen Frage noch einen Schritt weiter geht, und sich nicht zum Vermittler aufwirft, sich Oesterreich auch in geistlicher Beziehung ganz vom römischen Stuhl lossagen wird! (?) Das Beispiel Oesterreichs als des mächtigsten katholischen Staates könnte die Emanzipirung der ganzen katholischen Christenheit vom obersten Bischof in Rom zufolge haben.

(N. K.)

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 23. April. Wir erfahren aus guter Quelle, daß das Ministerium einen Kurier von dem ungarischen Kriegsminister L. Messaros aus Verona erhalten hat, welcher die Nachricht überbrachte, daß der Minister mit seinem Husarenregiment den Rückmarsch nach Ungarn angetreten. Auch andere ungar. Truppenkorps dürften bald Italien verlassen, da die Entrüstung über die fortdauernde Verwendung derselben „gegen die Freiheit" immer heftiger sich ausspricht. (D. A. Z.)

Niederlande.

Haag, 26. April. Die zweite Kammer ist für den 9. Mai zusammenberufen worden.

Frankreich.

Paris, 22. April. Die Listen der geheimen Fonds des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten weisen folgende Zahlen nach, die sich auf Deutschland beziehen: Prinz Gustav von Schweden bezog einen Jahrgehalt von 40,000 Fr. Prinzessin Sapo 6000 Fr. Dr. Weil von Stuttgart, Redakteur der konstitutionellen Jahrbücher, jährlich 18,000 Fr. Die drei Korrespondenten der Augsburger Allgemeinen Zeitung (wahrscheinlich wegen der „deutsch-nationalen" Haltung dieses Blattes): 1) Baron Eckstein 6000 Fr.; 2) H. Heine 4800 Fr.; 3) Capefigue 7000 Fr. Der verstorbene Redakteur der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung, Berly, erhielt jährlich 36,000 Fr. Bei Eröffnung des preußischen Landtags wurden dem Marquis von Dalmatien in Berlin 20,000 Fr. außerordentliche Gelder bewilligt. Der bekannte Klindworth erhielt 1847 für eine Sendung nach Wien 11,014 Fr., und außerdem jährlich 6950 Fr. für das Ausspioniren der Herren Thiers, Remusat, der Gesandten von Oesterreich, Preußen, Schweden u. s. w. Die Korrespondenzanstalt Delaire (für Deutschland) bezog eine jährliche Unterstützung von 3190 Fr. Außerdem wurden noch gelegentliche Bewilligungen durch Bons ertheilt, welche jährlich 150,000 Fr. betragen.

(D. Volksz.)

Paris, 27. April. Ohne daß man ein reines Ergebniß hat, sieht man schon besser in den Ausfall der Wahlen hinein. Einstweilen liest man in den Blättern lange Verzeichnisse der Abstimmung so weit sie bis gestern ausgemittelt sind, so im „Journal des Débats" das Resultat von 20 Sektionen mit 25,116 eingeschriebenen Wählern, deren Stimmzettel jedoch erst bis zu 18,884 aufgenommen waren. In allen diesen Sektionen, fast ohne Ausnahme, erscheint Lamartine an der Spitze

der Abstimmungen, nach ihm die gemäßigten Mitglieder der provisorischen Regierung nicht weit aus einander, Ledru-Rollin und seine Freunde aber nicht selten erst hinter der Reihe der 34. Doch ist ihre Wahl wahrscheinlich. Der „National" gibt die Ernennung folgender 29 Kandidaten als ziemlich gewiß: Lamartine, Dupont (de l'Eure), E. Arago, A. Marrast, Garnier-Pagès, Beranger, Crémieux, Carnot, Bethmont, Duvivier, F. Lasteyrie, Bavin, Buchez, Recurt, Cavaignac, Peupin, Corbon, Schmit, Perdiguier, Pagnerre, Lamennais, Caussidière, Cormenin, Ledru-Rollin, Albert, Flocon, Louis Blanc. Die Ultrarevolutionärs und Kommunisten also auch hier in letzter Reihe. Als die nächstfolgenden, welche die meiste Aussicht haben, erscheinen nach diesem Blatte: Bastide, Goudchaux, Pascal, Bella, Dangny, David (v. Angers), Wolowski, Garnon, Degousée Guinard, Coquerel, Berger. Die Angaben oder Wahrscheinlichkeitsrechnungen anderer Blätter weichen in einzelnen Namen ab, z. B. darin, daß bei ihnen die Hoffnungen der eigentlichen Kommunisten noch weiter zurücktreten, im wesentlichen Resultat treffen sie jedoch alle zusammen. Ueberall gehen die Wahlen ruhig vor sich. Im Aisne-Departement, meldet „la Presse," seyen die vormaligen Deputirten Odilon-Barrot, Lherbette, Quinette, Vivien mit unermeßlicher Majorität gewählt. Aus der Wahlurne von Marseille scheint Thiers neben Berryer und dem Dominikaner Lacordaire hervorzugehen.

Paris, 29. April. Wir erhalten vor Postschluß noch das „Journal de Rouen" von heute. Seine Nachrichten gehen bis 3 Uhr Morgens, wo die Emeute im Innern der Stadt ganz besiegt war. Die Zahl der Todten wird auf 22 angegeben, die der Verwundeten, viel bedeutender, läßt sich noch nicht ermitteln. 248 Personen sind verhaftet worden, unter ihnen Hr. Durand, Deputirter und Maire, zugleich Präsident eines sehr exaltirten Klubbs.

Am 23. April ist Abd-El-Kader mit seinem Gefolg vom Fort Lamalgue nach Pau abgeführt worden. Der Emir und seine Familie, begleitet von den Obristen Heureux und Daumas, wurden auf dem Dampfer Minos eingeschifft, die übrigen Araber auf den Dampfern Pingouin und Liamone vertheilt. Vorerst ging es nach Cette, wo sie auf dem Kanal du Midi den Weg nach Toulouse und von dort zu Wagen nach ihrem Bestimmungsort machen sollten.

Straßburg, 28. April, Mittags 12 Uhr. So eben sind die Wahlen für die Nationalversammlung bei uns beendigt. Das Ergebniß ist ein in jeder Beziehung erwünschtes, da die Wahl auf Männer fiel, welche Freiheit und Ordnung zugleich wünschen. (A. Z.)

Straßburg, 29. April. Ich kann Ihnen aus guter Quelle die Mittheilung machen, daß heute von Seiten des Ministeriums die Weisung eingetroffen, jenen politischen Flüchtlingen, die in Folge der letzten Ereignisse im Großherzogthum Baden auf französischem Boden eine Zufluchtsstätte suchen, die Departemente der Jura, der Ardennen, der Haute-Saone und der Doubs als Aufenthaltsorte anzuweisen. Ein längeres Verweilen in den an Deutschland grenzenden Departementen ist in Folge des bekannten vor einigen Tagen erschienenen Dekrets untersagt. Die Flüchtlinge erhalten Pässe, Reiseunterstützung, und wenn es nöthig, noch weitere Hülfsgelder. Was ich Ihnen schon so häufig schrieb, muß ich heute wiederholen: Frankreich will mit Deutschland in freundschaftlichen Beziehungen bleiben, und sucht auch den leisesten Vorwand, welcher dieselben stören könnte, offen und aufrichtig zu beseitigen. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 26. April. „Der Exkönig der Franzosen," wiederholt die „Times", „lebt zu Claremont beinahe in völliger Armuth, sich sogar jene kleinen Genüsse versagend, die für einen Mann seines Alters beinahe Bedürfnisse geworden waren; indessen auch bei strengster Sparsamkeit, sagt man, reiche sein Einkommen kaum für den Unterhalt seiner Familie hin, und binnen einem oder zwei Jahren, wenn er noch so lange lebt, werde er aller Mittel entblößt seyn. Es kann jedoch wohl schwerlich die Absicht der französischen Regierung seyn, das Privateigenthum nicht bloß des gestürzten Königs, sondern auch seiner ganzen Familie zu sequestriren. Die Morgengaben der Gemahlinnen seiner Söhne sollen beinahe ganz in französischen Fonds oder in französischen Ländereien angelegt seyn, und was für Rechtsansprüche die französische Nation auch gegen die kgl. Güter haben mag, so können sie doch auf jenes Eigenthum kaum gerichtlich ausgedehnt werden."

Briefe aus London melden, daß der Fürst Metternich daselbst täglich den ärgsten Insulten von Seite in England lebender Oesterreicher, Polen, Ungarn und Italiener ausgesetzt ist und sich nirgends öffentlich sehen lassen darf. Wir lesen in der That im Morning-Herald vom 27., daß ein Oesterreicher, Namens Johann Lhotski, vor das Polizeibureau von Marlboroughstreet gebracht wurde, weil er dem Fürsten Metternich alle Fenster eingeschlagen hatte. Bei dieser Gelegenheit sagte der Besitzer des Brunswick-Hotel als Zeuge aus, daß Metternich fortwährend Insulten von Seiten seiner Landsleute ausgesetzt sey. Lhotski wurde zu 6 Schilling Strafe verurtheilt.

In einer am 20. zu Dublin gehaltenen Versammlung von Abgeordneten aller irischen Klubbs ward der förmliche Beschluß zum bewaffneten Widerstand gegen die englische Regierung — Schritt für Schritt, wie der Ausdruck lautet — gefaßt und das Protokoll darüber noch in der nämlichen Sitzung von den meisten Anwesenden, S. O'Brien, Meagher und Mitchell an der Spitze, unterzeichnet. Auch ward die Organisation einer Nationalgarde beschlossen. — Zu Cork Middleton rc. wurden Spezialmeetings in ähnlichem Sinne gehalten. Zu Skibbereen dauern, trotz des Verbotes der Regierung, die Schießübungen mit offenbarem Hinblick auf einen bevorstehenden Aufstand fort. Der „United Irishman" bringt einen ordentlichen Kursus über die Barrikaden-Taktik, mit namentlicher Rücksicht auf Dublin und dessen für einen Straßenkampf besonders günstige Lokalität.

Dänemark.

Kopenhagen, 22. April. Zum 1. Mai ist die Kriegsreserve einberufen worden, woraus man sieht, daß dänischerseits auf ernstliche Fortsetzung des Kampfes Bedacht genommen wird. (Weser-Z.)

Kopenhagen, 23. April. Der kgl. preußische Gesandte am hiesigen Hofe, Baron von Schoultz-Ascheraden, macht sich, so viel man aus den in seiner Wohnung getroffenen Anstalten abnehmen kann, zur Abreise fertig. — Was mit den Flaggen der Staaten des 10. deutschen Armeekorps werden soll, ist noch unentschieden. Wie man sagt, beschäftigt sich heute der Staatsrath mit dieser Frage. — Mit der Blokade der Häfen scheint man sich Zeit zu lassen, so lange noch Schiffe herauskommen, um so mehr, da wir ja den Sund und die Belte stark bewacht haben.

Türkei.

Konstantinopel, 12. April. Die Pforte setzt ihre Rüstungen eifrig fort. Die Schiffe werden in Stand gesetzt, die Truppen gemustert und im Feuer exerzirt, und die an der Mündung des Bosporus befindlichen Kastelle, so viel sich in der Eile thun läßt, ausgebessert und mit dem Nöthigen versehen. Damit auch der Eifer der Häupter der Land- und Seemacht auf gehöriger Höhe bleibe, hat der Sultan dem Kriegsminister Said Pascha 650, und dem Großadmiral Halil Pascha, sowie dem Kommandanten der Artillerie, Fethi Achmed Pascha, jedem 500 Beutel geschenkt. Die Pforte war im Zweifel, wie es heißt, ob sie rüsten solle oder nicht. Die Repräsentanten der übrigen Großmächte riethen nicht dazu, Rußland dagegen soll sehr hiezu angetrieben haben, in der Hoffnung, wie man versichert, die Pforte werde gerade das Gegentheil von dem thun, was man ihr anrieth. Die Pforte jedoch war dießmal klüger und durchschaute die List. — In voriger Woche gerieth auf einmal ganz Pera in Bewegung; vor dem Palast des österreichischen Internuntius sammelte sich eine große Volksmenge. Auf die Nachricht von der Revolution in Venedig wollten die Italiener, so hieß es, das österreichische Gesandtschaftshotel als ehemaliges Eigenthum der Republik Venedig wieder zurückfordern oder erstürmen u. s. w. Das Gesandtschaftshotel war mit einem starken Haufen türkischer Truppen besetzt und mehrere Tage machten Streifwachen Tag und Nacht die Runde durch Pera. Bis jetzt ist der Internuntius noch im Besitz des Palastes. (A. Z.)

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Freitag den 5. Mai: „Der Bauer als Millionär," Original-Zaubermährchen von Fr. Raimund.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Oberst v. Barischutkoth aus Rußland; Graf Briey v. Brüssel; Begbüe, Rentier aus England.

Gold. Hirsch. HH. Graf Seinsheim v. Sinching; Cedrich, Kaufmann v. Straßburg.

Hôtel Maulik. HH. v. Lohenfeld, Gutsbesitzer aus Estland; Westermann, Privatier v. Braunschweig.

Blaue Traube. HH. v. Haslhal, Regierungspraktikant v. Bamberg; Frhr. v. Broderotti, k. k. Oberst, und Lavale, Ingenieur v. Speyer; Bayerdamer, Gerichtshalter v. Malten.

Stachusgarten. H. Gebhardt, Student v. Brandenburg.

Gestorbene in München.

Elisabetha Nemm, Polizeisoldatenswittwe v. h., 73 J. alt; Melchior Wagner, k. Ministeriumsbureaudiener v. h., 74 J. alt; Johann Seehofer, b. Gärtler v. h., 56 J. alt; Veron. Schwesinger, Schäfflerswittwe von der Au, 76 J. alt.

2392. (3b) Im Mittelgebäude des Bazars ist eine Wohnung im zweiten Stock zu vermiethen und bis nächstes Ziel Michaelis zu beziehen. Dieselbe besteht aus drei Zimmern und ein Entresol gegen den Odeonsplatz und drei kleine mit Entresol gegen den Hofgarten, schöner heller Küche, Kelleranteil und Holzlege.

Näheres bei Gustav Schulze.

Bekanntmachung.

2395. Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Anwesen der Schröderbräuer-Eheleute Mathias und Sabine Bitzhum in Bayerdießen dem öffentlichen Verkaufe unterstellt, und auf

Dienstag den 20. Juni l. Js. Vormittags von 9 — 12 Uhr

im Orte Bayerdießen zur Versteigerung an den Meistbietenden Termin angesetzt

Dieses Anwesen besteht aus:

a) dem gemauerten zweistöckig, mit Legschindeln eingedeckten Wohnhause sammt Branntweinbrennerei und der aus Holz gebauten, mit Platten eingedeckten Stallung und Stadel;
b) Garten zu 0 Tagw. 3 Dezim.;
c) Krautgarten zu 0 Tagw. 5 Dezim.;
d) Aecker zu 6 Tagw. 38 Dezim.;
e) Wiese zu 17 Tagw. 06 Dezim.;
f) Moos zu 0 Tagw. 76 Dezim.;
g) realen Braugerechtsame ohne Tafern.

Der Gesammtwerth des Anwesens beträgt nach gerichtlicher Schätzung vom 3. Februar lauf. Js. die Summe von 7659 fl.

Der Hinschlag erfolgt nach §. 61 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§ 99 — 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837.

Dem Gerichte unbekannte Gläubiger haben sich über Leumund und Vermögen durch legale Zeugnisse auszuweisen.

Landsberg den 22. April 1848.

Königliches Landgericht Landsberg.

D. l. u.

Peger.

Vorladung des Franz Sarsteiner.

2389. (3b) Von dem Marktgerichte Lauffen im Oesterreichischen Salzkammergute wird hiemit bekannt gemacht: es habe Leonhard Roth, bürgl. Braumeister und Realitätenbesitzer im Markte Lauffen, um die Einberufung und sohinige Todes-Erklärung des seit dem Jahre 1818 abwesenden Franz Sarsteiner, vom Markte Lauffen Nr. 22 gebürtig, gebeten. Da man für diesen Franz Sarsteiner den Leonhard Roth, Braumeister in Lauffen, zum Kurator aufgestellt hat, so wird ihm dieses hiemit bekannt gemacht, daß, wenn er binnen einem Jahre bei diesem Gerichte nicht erschiene, oder von seiner Existenz und seinem Aufenthalte den genannten Kurator nicht in Kenntniß setze, er dann für todt erklärt und sein in der waisenämtlichen Obsorge befindliches Vermögen seinen sich legitimirenden Erben eingeantwortet werden würde.

Lauffen am 20. April 1848.

Schöch, Justiziär.

Nr. 118.

Man pränumerirt auf die N. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gam Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr., halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 6 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend | XLIX. Jahrgang. | 6. Mai 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 2. Mai. Fünfundvierzigste Sitzung der deutschen Bundesversammlung. Da nach eingegangenen Nachrichten von Seiten Rußlands den bisher flüchtigen Polen der Eintritt in das Königreich Polen nicht gestattet wird, und die Anhäufung dieser Flüchtlinge in dem Großherzogthum Posen der öffentlichen Ruhe gefährlich ist, so beschließt die Bundesversammlung auf den Antrag Preußens, der badischen Regierung den Wunsch auszudrücken, daß zum Eintritt aus Frankreich und weitern Transport in der bisherigen Weise, nemlich in Partien zu 50 Mann und auf Kosten der Regierungen, nur solche Individuen zugelassen werden, welche sich ausweisen können, daß sie aus preußisch Polen stammen. -- Auf den Antrag Preußens wird die Stadt und Festung Posen, nebst dem Gebiete, welches die Verbindung derselben mit den übrigen deutschen Landen herstellt, mit einer Bevölkerung von 273,500 Köpfen, in den deutschen Bund aufgenommen. — Ein Antrag von Preußen, wegen Beseitigung der Unsicherheit der Dampfschiffsahrt, namentlich der Dampfschleppschiffahrt auf dem Rhein, wird an eine aus den Gesandten der Rheinuferstaaten zusammengesetzte Kommission gewiesen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 2. Mai. Die Eröffnung der konstituirenden Versammlung hat gestern stattgefunden. Es kann natürlich vorerst nur von einer formellen Eröffnung die Rede seyn. Der Fünfzigerausschuß wird so lange beisammen bleiben, bis die Nationalversammlung förmlich konstituirt ist. Aber es ist nicht zu verkennen, daß es nachgerade Zeit wird, ihn durch eine andere Versammlung zu ersetzen. Er war doch gar zu sehr das Ergebniß des Zufalls, und bestand aus Elementen, die theilweise nur unter dem Schwunge, den ihm die Zeit gegeben hatte, auf der Höhe ihrer Aufgabe waren. Die schwachen Elemente desselben traten in der neuesten Zeit immer mehr hervor, und vier Wochen weiterer Thätigkeit würden den Ausschuß vielleicht um all seinen Ruhm gebracht haben. So aber hat er sein Ziel vollkommen erreicht, und die Aufgabe, die ihm gestellt, war gelöst. Es ist eine Art Wunder, aber unsere Zeit ist ja nicht arm an solchen. Der Eröffnung der konstituirenden Versammlung ging eine andere Feierlichkeit voran. Der Fünfzigerausschuß, die Vertrauensmänner, der Bundestag und der Frankfurter Senat begleiteten die Leiche des Generals v. Gagern bis an die Grenze des Stadtgebietes. Es ist seit undenklichen Zeiten das erstemal, daß ein General, daß ein Mann von der Bedeutung des verstorbenen Gagern, ohne das stolze Wortgepränge einer phrasenreichen Leichenrede zu seiner Ruhestätte gelangte. Die Grabrede lag in aller Herzen, und deßwegen war es nicht nöthig sie auszusprechen. Jeder fühlte, daß hier ein edles Opfer der Neuzeit gebracht wurde; in jedem Gedanken lag das Bewußtseyn, daß die unterirdischen Mächte ihr Sühnopfer verlangten, ehe sie das neue Deutschland durchlassen wollten. Es ist, als ob der Geist unserer Geschichte vor uns träte, und uns sagte: „Wählet, in der linken Hand liegt Bürgerkrieg — seht dort sein Opfer, er reißt die Edelsten unter euch hervor und bricht sie ohne Nutzen fürs Vaterland; in meiner Rechten aber liegt friedliche Entwicklung, der Sieg des Wortes, des Geistes — das Parlament!“ Und wir hegen die feste Hoffnung, Deutschland wird die warnende Stimme des guten Engels, der am Tage der Eröffnung des ersten deutschen Parlaments vor seine Gewählten trat, nicht überhören, nicht verkennen.

Frankfurt, 3. Mai. In der heutigen Sitzung des Fünfzigerausschusses erstattete die aus Böhmen zurückgekehrte Deputation (Kanzler v. Wächter, Kuranda) Bericht über die bis jetzt traurige Erfolglosigkeit ihrer Sendung. Vorläufig bemerken wir, daß die Verhandlungen ein außerordentliches Interesse boten. Eine der wichtigsten Verwicklungen des Völker- und Staatslebens bildete den Brennpunkt der Diskussion, auf die wir noch zurückkommen werden. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Bayern.

Landtag.

**München, 4. Mai. (IX. Sitzung der Kammer der Reichsräthe.) Die Kammer der Reichsräthe hat über den Gesetzentwurf: „einige Abänderungen des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreff.“, in ihrer heutigen Sitzung Berathung gepflogen, und in ihrer Folge 1) dem Beschlusse der Kammer der Abgeordneten zu dem Titel des Gesetzes, daß nämlich vor dem Worte: „betreffend“ eingeschaltet werde: „und anderer Strafbestimmungen“, die Zustimmung ertheilt; 2) gleiche Zustimmung erhielt die jenseits beantragte Abänderung des Wortes „Strafarten“ im Eingange in: „Strafbestimmungen“; 3) wurde beschlossen, daß, wie im Titel, so auch im Eingange nach „1813“ eingeschaltet werde: „und anderer Strafbestimmungen“; 4) die Art. I. und II. erhielten, der letztere mit der jenseits angenommenen Modifikation, der erstere mit dem Zusatze nach „1813“ — „und anderer Strafbestimmungen“, die Zustimmung der Kammer, dagegen glaubt sie dem zweiten Absatze des Art. III. folgende veränderte Fassung geben zu sollen: „alle übrigen Verbrechen und Vergehen werden in erster Instanz von Bezirksgerichten, wozu vorläufig die Kreis- und Stadtgerichte zu bestimmen und nöthigenfalls einige neue zu errichten sind, in zweiter Instanz von den Appellationsgerichten abgeurtheilt.“ 5) Dem Art. IV. ertheilte die Kammer ihre Zustimmung unter gleichmäßiger Annahme des jenseitigen Schlußbeisatzes, dabei annehmend, daß die Worte: „Verträge“ statt „Vorträge“, und „zu dem Drucke“ statt „durch den Druck“ bloße Schreibfehler seyen. 6) Gleiche Zustimmung erhielt der Art. V., jedoch unter Annahme folgender veränderter Fassung des ersten Satzes desselben: „die Ausschüsse erhalten von der Ständeversammlung die Vollmacht, in ihrem Namen die nach Tit. VII. §. 2 der Verfassungs-Urkunde erforderliche Zustimmung zu den zu erlassenden Gesetzen zu ertheilen“. 7) Ebenso wurde dem Art. VI., und zwar dem ersten Absatze desselben unter Annahme der jenseitigen Modifikation zugestimmt, zu dem dritten Absatze, jedoch unter gleichmäßiger Annahme der von der Kammer der Abgeordneten beschlossenen Fassung, die weitere Modifikation angenommen, daß in dem letzten Satze nach: „Art. 188“ statt der Worte: „und folgende“ gesetzt werde: „bis 195 einschließlich.“ 8) Dem von der Kammer der Abgeordneten beantragten neuen Art. VII. nimmt die Kammer der Reichsräthe mit Ausnahme der Ziff. 4 desselben an, welcher vielmehr folgende Fassung zu erhalten habe: „4) den ordentlichen unmittelbaren Gerichten zu überweisen die Judikatur: a) in allen Aufschlagsdefraudationen, und b) in Wildschadenssachen.“ 9) Den Art. VII. des Gesetzentwurfes (nun Art. VIII.) nahm die Kammer mit der jenseitigen Modifikation zum ersten Absatze desselben an, glaubt aber ihrerseits, daß in dem zweiten Absatze die Worte: „Räthe des Justizministeriums, welche bereits das Richteramt bekleidet haben, deßgleichen“ ganz wegzulassen seyen. 10) Dem schließlich von der Kammer der Abgeordneten gestellten Antrage ertheilte die Kammer der Reichsräthe die Zustimmung. Hiemit schloß die Sitzung.

**München, 5. Mai. (XIX. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische v. Benning, in der Kammer 118 Abgeordnete. Die Sitzung wurde eröffnet mit Ablesung des Einlaufes. — Hiernächst kam zur Berathung der Gesetzentwurf: „die Kosten auf die Abordnung zu der Volksvertretung am deutschen Bunde zu Frankfurt betr.“ Der Entwurf hatte nemlich für einen Abgeordneten nach Frankfurt 5 fl. bestimmt. — Abg. Höfer meinte: man solle diesen Betrag auf 8 fl. erhöhen. — Abg. Dittmar bemerkte: daß, wenn andere Länder mehr zahlen, die Regierung ermächtigt werde, obigen Betrag auch erhöhen zu können. — Abg. Zenger bemerkte: daß anderswo 3 Thaler bezahlt wurde. — Dr. Edel: die Männer nach Frankfurt werden eben so gerne umsonst nach Frankfurt gehen, als sie ein geringes Honorar nehmen. — Dr. Schwindl: er stimme zu keinem Gesetze mehr, wenn nicht das Ablösungsgesetz morgen auf die Tagesordnung komme. — Abg. Beßelmayer: er hoffe, dieß Gesetz werde trotzdem zu Stande kommen. — Der II. Präsident, Dr. Muller, sprach sich in gewohnter deutschloyaler Weise dahin aus, daß er die Vorlage eines Diätengesetzes für gar nicht nöthig gehalten habe. Auch er werde seine Pflicht in Frankfurt ohne Rücksicht auf Diäten üben. — In gleichem Sinne sprach der I. Präsident, Dr. Kirchgeßner. — Hierauf wurde durch Namenaufruf über das ganze Gesetz abgestimmt, und dasselbe angenommen; somit erhält ein nach Frankfurt Abgeordneter dasselbe Quantum von Reise- und Tags-Diäten, wie ein bayerischer Deputirter nach Beil. X. Tit. I. §. 49 der Verfassungs-Urkunde. — Hiernächst erstattete Dekan Götz Vortrag über die Beschwerden, welche vom V. Ausschuß geprüft, aber zur Vorlage an die Kammer nicht geeignet befunden worden sind. — Hiemit schloß die heutige Sitzung schon um 10½ Uhr, weil sich die vier ersten Ausschüsse zur Schlußberathung über das Ablösungsgesetz versammeln mußten.

München, 6. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XX. auf heute um 4 Uhr Nachmittags angesetzte öffentliche Sitzung. 1. Verlesung des Protokolls der XIX. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Verlesung des Beschlusses über den Gesetzentwurf: „die Kosten auf die Abordnung zu der Volksvertretung am deutschen Bunde zu Frankfurt betr.“ — 4. Vortrag des Referenten im vereinigten III. und II. Ausschusse über den Gesetzentwurf: „die Aufhebung der standes- und guts-herrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten betr.“ — 5. Vortrag des Sekretärs des Petitionsausschusses über die geprüften Anträge der Abgeordneten; Berathung und Schlußfassung über die Zulässigkeit der von dem Ausschusse zur Vorlage an die Kammer geeignet befundenen Anträge.

München, 1. Mai. Der König hat den Soldaten in denjenigen Garnisonen, wo der Schenkpreis des Bieres den Preis von 6 Kreuzer per Maß erreicht, eine Bierzulage von täglich 2 pf. bewilligt. Auch ist vom Kriegsministerium die Verfügung getroffen worden, daß Tornister, Patrontaschen, Riemen, Kuppeln rc. bei bürgerlichen Meistern in verschiedenen Garnisonen angefertigt werden, deren Ablieferung nach den festgesetzten, annehmbaren Preisen in kurzer Zeit erfolgen wird. Ebenso werden Schuhe und Stiefeln geliefert, und auch den armen Webern in Oberfranken die Lieferung von Leinwand übertragen, wovon der Bedarf nicht gering ist, da zur Unterbringung und Kleidung der neu zu errichtenden 3 Bataillons größere Quantitäten erforderlich sind, die selbst aus freier Hand in kleineren Partien angekauft werden dürfen. (N. Würzb. Z.)

München. Vermöge allerhöchsten Reskripts wurde der Rath bei der Regierung von Schwaben und Neuburg, Kammer der Finanzen, G. Reber zum Rath am Oberstrechnungshof ernannt. Auf die zweite Ministerialassessorstelle beim Staatsministerium des Innern wurde der dermalige dritte Ministerialassessor K. Epplen ernannt. — An die Stelle der zu Landrichtern ernannten Polizeikommissäre v. Mangstl und Steiger wurden die Landgerichtsaktuare von den Landgerichten München und Tegernsee, Seidel und Vollweg befördert.

München. Das königl. Regierungsblatt Nr. 28. vom 4. Mai d. J. enthält den Abschied für den Landrath von Unterfranken und Aschaffenburg über dessen Verhandlungen in den Sitzungen vom 15. bis 26. Juni 1847. Ferner außer den bereits bekannt gegebenen Dienstesnachrichten noch Folgendes: Se. Maj. der König haben sich bewogen gefunden, dem obersten Gerichtshofe zur schnellern Aufarbeitung der noch bei demselben bestehenden Geschäftsrückstände drei Räthe außer dem Status beizugeben, und hiezu, sowie zu der durch Beförderung des Christian Arnold offen gewordenen Oberappellationsgerichtsrathsstelle die Appellationsgerichtsräthe L. Fürst in Neuburg, F. P. Fleißner in Freising, G. F. Schauer in Passau und G. A. Seuffert in Aschaffenburg zu ernennen.

München. Nachträglich liefern wir die wegen Mangel an Raum bisher zurückgestellten Landraths-Abschiede unsern Lesern mit. A. Landrathsabschied für die Pfalz. Auf die in dem besonderen Protokolle vorgetragenen Wünsche und Aeußerungen des Landrathes erwidern Wir, was folgt: 1) Die von dem Landrathe ausgesprochenen Gefühle des Dankes für die den Pfälzern zur Erleichterung der so drückenden Theuerung und der allgemeinen Bedrängniß im jüngst verflossenen Jahre gewährte Hilfe und Unterstützung waren Uns sehr erfreulich. Wir erwidern dieselben durch den Ausdruck Unseres Wohlgefallens mit dem trefflichen Benehmen Unserer Pfälzer in den Tagen der Noth, welcher durch allseitiges treues und hingebendes Zusammenwirken, so viel Menschenkräfte vermochten, in einer Weise gesteuert worden ist, die jenen Grad des Elends, der andere Länder niederbeugte, ferne gehalten hat. Wir sprechen die Ueberzeugung aus, daß jede neue Prüfung, welche die Vorsehung verhängen wollte, Unsere Pfälzer wieder zu derselben eifrigen und menschenfreundlichen Thätigkeit vereinen würde, und freuen Uns beizufügen, daß Wir auch dann, wie immerdar, Unserer Pfälzer Wohl im Herzen tragen werden. 2) Die Zustände der vereinigten protestantischen Kirche der Pfalz sind Unserer landesväterlichen Fürsorge nicht entgangen und Wir behalten Uns vor, dieselben in reifliche Erwägung zu ziehen. 3) In dem Abschiede für die Ständeversammlung vom 29. Dezbr. 1831 Ziff. III Nr. 67 lit. b ist bereits die Anordnung kund gegeben, in welcher Weise die Verkaufspreise und die Aufwurfspreise des Holzes bei Versteigerungen zu den laufenden Preisen in das richtige Verhältniß gebracht werden sollen. Die genaue und umsichtige Handhabung desselben durch Unsere Kreisregierung, Kammer der Finanzen, wird alle dießfallsigen billigen Ansprüche zu befriedigen vermögen. 4) Die beantragte Errichtung öffentlicher Arbeitshäuser, beziehungsweise eines Zwangs-Arbeitshauses für die Pfalz, ist schon wiederholt der Gegenstand sorgfältiger Berathung gewesen. Sie wird auch fernerhin der weiteren Prüfung nicht entbehren, und je nach den gegebenen Mitteln in thunlichster Bälde zur Ausführung gelangen. Uebrigens ist den Polizeibehörden der strengste Vollzug des Bettelverbots neuerdings eingeschärft worden. 5) Der Neubau eines Bezirksgefängnisses zu Landau ist eingeleitet, und der Bauplatz bereits angekauft. Der weiteren Bereifung dieser Angelegenheit wird jede entsprechende Förderung zugewendet werden. 6) Auf die Erleichterung des Postverkehrs in der Pfalz wird der möglichste Bedacht genommen werden. Obgleich die nach den dortigen Institutionen zuläßige größere Ausdehnung der Privat-Transport-Unternehmungen, dann der Umstand, daß bei dem beschränkten Postgebiete der Pfalz beinahe alle Einrichtungen nur in Uebereinstimmung und nach vorgängigen Verhandlungen mit den benachbarten Postanstalten getroffen werden können, der erwünschten Regelung der Verbindungen nicht selten schwer zu beseitigende Hindernisse entgegensetzt, wird auch fernerhin die Verbesserung der pfälzischen Posteinrichtungen die thunlichste Berücksichtigung zu Theil werden. 7) Bezüglich der Versetzbarkeit der Advokaten in der Pfalz behalten Wir Uns die weitere Erwägung vor. Indem Wir dem Landrathe der Pfalz über dessen jüngste Verhandlungen gegenwärtigen Abschied ertheilen, gewähren Wir demselben gerne die volle Anerkennung des Pflichteifers, der Gründlichkeit und der regsten Sorgfalt in Prüfung und Berathung der Kreisangelegenheiten, wovon diese Verhandlungen Zeugniß geben, und erwidern die hierin wiederholt niedergelegten Ausdrücke treuer Gesinnung und warmer Anhänglichkeit mit der Versicherung Unserer Königlichen Huld und Gnade. München am 2. April 1848. Max. v. Beisler. v. Thon-Dittmer. Heintz. Lerchenfeld. von der Mark, Generalmajor. Graf von Waldkirch. Nach dem Befehle Sr. Maj. des Königs: der geh. Sekretär des Staatsrathes, Rath, Geh. v. Kobell.

München, 4. Mai. Die Stellung der bayerischen Truppen am Oberrhein sowie in der Pfalz hat sich seit den letzten Wochen nicht wesentlich geändert. Es stehen unter Generallieutenant v. Baligand in der Gegend um Stockach 6 Bataillone Infanterie, 6 Schwadronen Chevauxlegers und 12 Piecen Artillerie; 2 weitere Bataillone Infanterie sind auf dem Marsch, um zu diesem Korps zu stoßen. In der Pfalz, unter Generallieutenant Fürst Taxis, 7 Bataillone Infanterie, 1 Regiment Chevauxlegers und 1 Feldbatterie, ohne die aus den wohlbesetzten Festungen Landau und Germersheim für den Nothfall verfügbaren Truppen zu rechnen. (A. Z.)

München, 4. Mai. Von verschiedenen Seiten befragt, wie man sich hinsichtlich der so häufig vorgekommenen Wahlumtriebe zu verhalten habe, ersuchen wir Alle, welche Reklamationen zu machen gesonnen sind, entweder dieselben direkt an das Parlament einzusenden, oder uns die nöthigen Mittheilungen zugehen zu lassen, um durch eine an das Parlament abzusendende Adresse die nöthigen Schritte vereinigt thun zu können.*)

Der Bauhofklubb-Verein für Volkswohl.

München, 6. Mai. In der Adresse des „Bauhofklubbs“ an die hohe Kammer der Abgeordneten, deren Mittheilung des beschränkten Raumes wegen nicht thunlich war, ist in einer keineswegs neuen Weise die Bitte motivirt: für Bayern dahin zu wirken, daß 1) direkte Wahlen eingeführt werden (und wir glauben um so eher hier im Sinne einer hohen Kammer zu handeln, als sich dieselbe bei der Berathung des Wahlgesetzes zum deutschen Parlamente fast einstimmig für direkte Wahlen, dem Prinzipe nach, ausgesprochen); 2) daß beschlossen werden soll: Jeder volljährige Bayer ohne Unterschied des Standes und der Religion und ohne Berücksichtigung der Steuerpflichtigkeit ist aktiv und passiv wahlfähig.

Von der Isar, 6. Mai. So sehr der fränkische Merkur vom Gestrigen in vorschnellem Eifer sich abmüht, die Truppenverlegung aus Sachsen nach Franken als eine der freien Entwickelung deutscher Bestrebungen feindliche Maßregel hinzustellen, und seine Träumereien von russischem Nachrücken uns als Schreckgespenst hinzustellen, den Vernünftigen wird er nicht überreden. Rußland rückt nicht nach. Es bewacht seine Grenzen. Es ist uns und unsern Regierungen nicht hold, aber will uns in unserem Wesen nicht hindern. Es weiß, daß es uns nicht ungestraft angreifen kann und seine Hilfe von uns in nichts gesucht wird, und wenn sie uns aufgedrungen werden wollte, ihm selbst verderblich würde. Frankreich aber, nicht wie es unter Lamartine ist, aber wie es sich gestalten kann, nöthigt uns zur Vorsicht. Das dermalige Frankreich mag uns immer befreundet seyn, und wir erkennen dieß dankbar; wird dieß aber auch sicher in einigen Wochen noch der Fall seyn? Steht uns wohl der fränkische Merkur dafür gut, daß Lamartine's Weisheit nicht vom Ruder Frankreichs gedrängt werde, und würde seine etwaige Bürgschaft jemanden Vernünftigen in Deutschland genügen können? Es gibt außer der vernünftigen Mehrzahl in Deutschland nicht blos Reaktionsmänner, sondern auch theils gutmüthige, theils böswillige „Kopfuber“ und diese sind wahrlich nicht weniger heilles wie jene. Auch sie sollten der Weltenwucht, der Verantwortlichkeit gedenken!

Dem „Nürnberger Kurier“ vom 2. Mai entnehmen wir folgende das Treiben einer bekannten reaktionären Partei bezeichnende Erklärung: Nachdem durch die, in und außer der Kirche stattgefundenen fanatisirenden Bestrebungen und ungesetzlichen Umtriebe des Kooperators Hainbucher von Neukirchen, bei der hier stattgefundenen Urwahl für den Wahlbezirk Weiden, die Mitbürger katholischer Konfession hiesiger Gegend gegen die Minderzahl Protestanten unter dem Vorgeben: die katholische Religion sey in Gefahr, aufgestachelt worden, somit die Wahl — den ausdrücklichen allerhöchsten Bestimmungen zuwider, auf rein konfessionellen Standpunkt gesetzt worden ist, so erklären die Unterzeichneten Namens der protestantischen Bevölkerung, daß die hiesigen Wahlmänner blos und allein solcher konfessionellen Aufstachlung ihre Wahl zu danken haben; daß sie sonach — wenigstens der Mehrzahl nach, als Männer des allgemeinen Vertrauens oder anerkannt politischer Einsicht in die Gesammtinteressen des deutschen Vaterlands nicht angesehen werden können; sie erklären weiter, daß die Protestanten hiesiger Gegend durch eine unerklärbare Rücksichtslosigkeit ihrer katholischen Mitbürger bei dieser Wahl auch nicht durch einen Einzigen ihrer Konfession vertreten sind, während sie doch über ⅓ der Bevölkerung ausmachen und in ihrer Mitte Männer von anerkannt tüchtiger politischer Bildung und unzweifelhaftem deutschen — nicht jesuitischem Patriotismus zählen. Zwar ist solche engherzige Wahl dem großen herzerhebenden Ganzen, welches sich in Frankfurt bereitet, einem Tropfen im Meere gleich zu achten, allein bei der großen politischen Einheit Deutschlands, sey es auch nur im Kleinsten konfessionelle Aufregung hervorzurufen, solches Beginnen ist fluchwürdig und Wehe denen, welche es zu verantworten haben. Sie können wohl weiter ziehen; allein die konfessionelle Zwietrachts — Hyder, die sie einer Gegend oder einem ganzen Land zum Vermächtniß hinterlassen, ist ein ewiges Brandmal für sie, selbst von denen verwünscht, welche im Augenblick sich blindlings leiten ließen. — Mantel, Neukirchen, Frauenricht Mallersricht. Die evangelischen Gemeindebevollmächtigten.

Bamberg, 2. Mai. So eben erfahren wir aus direkter Quelle, daß Hr. Hofrath Dr. Behr in Folge einer neuerlichen Deputation der Stadt Kronach sich hat bewegen lassen, seinen frühern Entschluß zu ändern und die Wahl als Abgeordneter zum deutschen Parlamente für den Wahlbezirk Kronach anzunehmen. Bei dem hohen Alter dieses sehr geehrten Patrioten, verdient es gewiß die höchste Anerkennung, daß sich derselbe dennoch entschlossen hat, sich dieser beschwerlichen Mission zu unterziehen, und, gewiß zum Nutzen und Frommen unseres deutschen Vaterlands, mit dem letzten Rest seiner leider durch höchst traurige Erlebnisse zu früh gebrochenen männlichen Kräfte für Deutschlands staatliche Freiheit nach Innen und politische Selbstständigkeit und Unabhängkeit nach Außen auf dem politischen Kampfplatze zu erscheinen. Wir wünschen ihm eine recht dauerhafte Gesundheit zur redlichen Vollführung des ihm gewordenen Mandats — möchte sein Auftreten in Frankfurt, gleichwie es sicher ein entschiedenes seyn wird, so auch dem Vaterlande segensreiche Früchte bringen.

(Fränk. Mkr.)

Vom Bodensee, 1. Mai Abends. Es drängt mich, Ihnen einiges von den vaterländischen Truppen mitzutheilen. Heute Mittag traf ich den General v. Baligand in Constanz; er kam so eben hereingefahren, um zu inspiziren. Aus seinem Munde hörte ich die vollkommensten Zufriedenheitsbezeugungen über die ausgezeichnete Haltung der bayerischen Soldaten. Es wird dieß von der Constanzer Bürgerschaft bestätigt. Der bayerische Soldat ist von seinem deutschen Bruder geachtet! Der Kern der Bürgerschaft, der verständige besonnene Mittelstand sieht in den Soldaten keine Exekutionstruppen; der Wunsch nach Ordnung und Ruhe ist allgemein. Man hat viel von reaktionärem Terrorismus in die Welt hinaus geschwätzt. Von dem allen finde ich keine Spur. In Constanz liegt das Bataillon von Kempten mit dem

*) Sämmtliche Blätter werden gebeten, vorstehende Aufforderung in ihre Spalten aufzunehmen.

Stad. Heute Morgen brachte das Dampfboot von Lindau neue Rekruten. Sie wurden am Damm herzlich empfangen; die Schanzen sind verschwunden. Unter den benachbarten Schweizern benehmen sich viele nicht klug. Es ist eben so unsinnig, die Constanzer durch übel angebrachten Spott zu reizen, als den Bayern die Unterdrückung der Freiheit vorzuwerfen. Dieß hat schon zu Schlägereien geführt. Ein Bedürfniß glaube ich in Ihrem Blatte niederlegen zu sollen; es wird vielleicht da beachtet, wo Abhilfe geschehen kann. Eine Feldpost. Ein Soldat erhielt heute von den Seinen durch die Post 6 fl. als kleinen Beitrag, denn es ist hier theuer zu leben und die Anstrengung groß. Der arme Teufel mußte davon 45 kr. Porto bezahlen! (A. Z.)

Württemberg.

Stuttgart, 2. Mai. Der Reichsgrundgesetzesentwurf findet im Ganzen hier wenig Anklang. Namentlich ist es der Punkt der Erblichkeit eines zukünftigen Reichsoberhauptes, an welchem die Meisten Anstoß nehmen. — Das Resultat der Wahlen Württembergs zu dem deutschen Parlament ist ein befriedigendes, obschon sich nicht leugnen läßt, daß es Vielen erwünschter gewesen wäre, unter den Abgeordneten den Stand der Kaufleute und Industrieverständigen zahlreicher vertreten zu sehen. Man hätte dafür gern einige Rechtsgelehrte oder Theologen aufgeopfert. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Ludwigsburg, 28. April. Rede des Dr. Strauß, gehalten auf dem Rathhausplatze vor einer Versammlung: „Meine werthesten Freunde und Mitbürger! Unerwartet für Euch, wie für mich selbst, erscheine ich noch einmal in Eurer Mitte. Ich hatte mich wieder in mein bisheriges Heimwesen begeben, weil ich es für schicklich und wohlgethan hielt, über die Tage der Wahl vom Schauplatze derselben entfernt zu seyn. Natürlich lebte ich noch ganz in der Erinnerung der merkwürdigen Woche, die ich in Eurer Mitte zugebracht hatte. Und indem ich nun sah und hörte, wie es an so manchen andern Orten zugeht, war ich ordentlich stolz auf mein liebes Ludwigsburg, auf die geordnete Haltung in seinen Versammlungen, auf das richtige Maß in seinen Bestrebungen. Um Alles bitte ich Euch, geliebte Mitbürger, bewahret diesen Ruhm. Es ist schwer, aber auch unvergleichlich schön, in einer Zeit des Umsturzes, des allgemeinen Taumels, sich nicht über die Grenzen des Rechten hinaus fortreißen zu lassen. Ich verstehe Euch ganz wohl, liebe Mitbürger, ich begreife, was Euch aufregt, Euch erbittert. Ihr wollet Euch lossagen von einer Sekte, welche seit einer Reihe von Jahren Eure gute Stadt immer enger umsponnen hat. Ihr wollet den Anhängern dieser Sekte zeigen, daß ihr Reich unter Euch zu Ende ist, daß Ihr der Zudringlichkeit ihrer Propaganda satt seyd, daß ihr neuester Uebergriff ihr letzter gewesen seyn soll. Ihr wollet es recht kräftig aussprechen, daß Ihr nichts haltet von einer Gottseligkeit, welche Feindseligkeit gegen Andersdenkende lehrt; von einer Demuth, die geistlicher Hochmuth ist; von Liebeswerken selbst, denen die parteisüchtige Absicht, die ihnen anhaftet, die Selbstgefälligkeit, mit der sie zur Schau getragen werden, den größten Theil ihres Werthes benimmt. Das wolltet Ihr erst zeigen? Aber, meine Freunde, Ihr habt es ja schon gezeigt. Daß Ihr mich hierher beriefet, daß Ihr für den wichtigen Posten in Frankfurt mich mit Eurem Vertrauen beehrtet, daß Ihr Diejenigen nicht anhörtet, welche aus angeblich religiösen Gründen Euer Mißtrauen gegen mich zu erregen suchten, damit habt Ihr Eure Meinung deutlich genug zu erkennen gegeben. Was wollt Ihr also weiter? Ist es nicht genug, wenn Ihr der Denkart jener Partei fortan keinen Eingang mehr bei Euch und Euren Familien gestattet? Wenn Ihr in Eurem Leben beurkundet, daß die Religion des Rechtthuns, nicht des Kopfhängens, der Liebe, nicht des Hasses, die Eurige ist? Seyd Ihr dazu entschlossen, so könnt ihr jene Leute ruhig unter Euch wohnen lassen, denn sie können Euch nichts mehr schaden. Seit dem großen Umschwung der öffentlichen Dinge, den wir erlebt haben, ist es um so mehr um ihre Herrschaft ohnehin geschehen. Das spüren sie wohl; darum regen sie sich so. Sie haben diese Zeit nicht gewollt, wie einer ihrer Anführer uns in diesen Tagen wiederholt gestanden hat: darum will die Zeit auch sie nicht mehr. Nur in einer dumpfen, unfreien Zeit hat sich jene Denkart so tief einnisten, so weit ausbreiten können; in der neuen und freien Zeit wird sie sich von selbst verlieren, wie Wetter sich verlieren, wo frische Luft durchstreichen kann. Denn nur von einer gewissen Sinnesart, nicht von den Menschen, welche ihre Träger sind, spreche ich; wir können und sollen jene bekämpfen, und doch diese als Brüder dulden und lieben, da wir ja kein Recht haben, sie für unverbesserlich zu halten. Wie oft habe ich in diesen letzten Tagen an die Bewegung zurückdenken müssen, deren Veranlassung vor 9 Jahren meine Berufung nach Zürich war. Seit diesen 9 Jahren hat sich das Rad der Zeit umgedreht. Was damals unten lag, steht jetzt oben. Wie damals meine Anhänger, so werden jetzt meine Gegner angefochten. Aber liebe, theure Ludwigsburger, — was damals aufgehetzte Seebauern meinen Anhängern thaten, was jüngst irregeleitete Aelbler meinem Freunde Vischer anthun wollten — nein, das oder auch nur entfernt etwas dergleichen werdet Ihr gewiß nicht unternehmen oder auch nur zulassen wollen. Wie könntet Ihr auch im Namen der Freiheit, die Ihr Euch zum Banner erkoren habt, unterdrücken, im Namen des Rechts Unrecht thun, im Namen der deutschen Eintracht Zwietracht säen wollen? Nein, meine Freunde, Unrecht bleibt Unrecht, für oder gegen wenn es auch immer verübt werden möge. Gewalt und Unordnung fördern die Freiheit nicht; sie beflecken nur ihren Glanz, verkürzen ihre Dauer. Und vollends im gegenwärtigen Augenblick, wo der äußere Feind vor den Thoren steht, sollten sich deutsche Bürger gegenseitig als Feinde gegenübertreten? Müssen wir nicht alle kleinlichen Zerwürfnisse vergessen in einer Zeit, wo die einzige Losung seyn muß, das Vaterland zu erretten? Also um der Sache willen, der ihr dient, um Eures eigenen Ruhmes und Vortheils willen, liebe Mitbürger, haltet Euch in den Schranken des Gesetzes. Bleibt ruhig und einig, selbst auf den mehr als wahrscheinlichen Fall, daß Eure Mehrheit in dem Wahlkampf unterliegen sollte. Die Schlacht ist moralisch dennoch nicht verloren; das wird sich bald zeigen und um so gewisser, je musterhafter Ihr Euch halten werdet. Was aber mich betrifft, so ist kein einzelner Mann jemals so viel werth, daß es sich verlohnte, um seinetwillen Ordnung und Eintracht zu stören. Durch meine ganze Wirksamkeit in Frankfurt würde ich nicht im Stande seyn, den Schaden gut zu machen, welchen ein Exzeß in dieser Stadt, auf die jetzt so viele Blicke sich richten, der guten Sache bringen könnte. Aber thut es, ich bitte Euch, auch mir zu gefallen, und bleibet ruhig. Daß jener Züricher Aufstand sich an meinen Namen knüpft, das schändet diesen nicht, weil meine Gegner es waren, die sich an ihrer selbstgewählten Obrigkeit vergriffen, aber wenn es jetzt hier zu augenblicklichen Thätlichkeiten oder bleibenden Zerwürfnissen käme, so würde alle Welt mit Fingern auf mich deuten, weil meine Gönner und Anhänger und damit ich selbst, als die Urheber davon gelten würden. Das werdet Ihr mir nicht zu Leide thun, den Flecken meinem Namen nicht anhängen wollen; denn Ihr habt mir bewiesen, daß ich Euch werth bin, daß Ihr meine Ehre als die Eurige betrachtet, wie ich es mir zur Ehre schätze, ein Ludwigsburger Bürgerskind zu seyn."

Preußen.

Berlin, 27. April. Die „Allgemeine Preußische Zeitung" enthält in ihrem amtlichen Theil nachstehende Verfügung: „In meiner Ordre vom 24. v. Mts. habe ich die Bewilligung einer nationalen Reorganisation des Großherzogthums Posen an die Bedingungen des wiederhergestellten Landfriedens geknüpft. Da diese Bedingung in der Hauptsache erfüllt ist, so will ich nicht, daß unter der an einigen Orten noch stattfindenden ungesetzlichen Haltung einzelner Irregeleiteter die Gesammtheit leide, und habe daher in der festen Zuversicht, daß von nun alle Störungen der öffentlichen Ordnung aufhören und meine getreuen Unterthanen polnischer Abkunft hierin ein neues Pfand meiner landesväterlichen Gesinnungen erkennen werden, auf den Antrag meines Staatsministeriums beschlossen, schon jetzt die nationale Reorganisation des Großherzogthums beginnen zu lassen. Ausgeschlossen von dieser Reorganisation bleiben: das Gebiet des ehemaligen Netzdistrikts mit Ausnahme eines Theiles des Kreises Inowraclaw, die Kreise Birnbaum, Meseritz, Bomst, Fraustadt, Samter, Buk, der westliche Theil der Kreise Obornik und Posen, einschließlich der Stadt und Festung Posen, der südliche Theil der Kreise Kröben und Krotoschin, endlich die Stadt Kempen. Die nähere Bezeichnung der Grenzlinie bleibt der weiteren Ausführung vorbehalten. Nachdem die Ruhe vollständig hergestellt und die Reorganisation in dem polnischen Antheil begonnen haben wird, will ich die alsdann noch hervortretenden weiteren Wünsche beider Nationalitäten, welche anderweitige Bestimmungen über einzelne Distrikte begehren sollten, gern berücksichtigen. Für die von der Reorganisation auszunehmenden Theile des Großherzogthums soll, so weit noch nicht durch den Bundestagsbeschluß vom 22. d. M. darüber entschieden ist, die Einverleibung in den deutschen Bund nachgesucht werden. Die übrigen Theile des Großherzogthums Posen erhalten eine eigene konstitutionelle Verfassung. Der höhere und niedere Schulunterricht, die Gerichtsverfassung und Administration wird eine nationale seyn. Die Beamtenstellen aller Kategorien werden mit Landesangehörigen besetzt. Das von diesem Landestheil zur Armee zu stellende Contingent wird aus Eingeborenen gebildet. Die polnische Sprache wird die Geschäftssprache, der deutschen Sprache aber bleiben die Rechte garantirt, welche seither der polnischen Sprache zustanden. Die Ordre vom 2. Febr. 1823, welche die ständischen Wahlen der Landräthe für das Großherzogthum Posen suspendirt hat, tritt sofort außer Kraft. Die Wahlen der Landräthe werden angeordnet. Das Wappen des Großherzogthums verbleibt diesem Landestheile. Die Großherzogthumsfarben werden mit den preußischen vereinigt getragen. Das Staatsministerium hat wegen der Ausführung der hier in den Grundzügen angedeuteten nationalen Reorganisation unverzüglich das Geeignete einzuleiten. Die Polen, welche in dem deutschen Theile und die Deutschen, welche in dem polnischen Theile des Großherzogthums leben, mögen alle Besorgnisse wegen ihrer religiösen, persönlichen und Besitzverhältnisse schwinden lassen. Sie mögen auf die Gleichheit vor dem Gesetze und auf dessen kräftige Handhabung fest vertrauen. Berlin, 26. April 1848. Friedrich Wilhelm. Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Arnim. Bornemann. Hansemann. v. Reyher. v. Patow.

Berlin, 30. April. Die „Allgemeine Preußische Zeitung zeigte heute amtlich an, daß der Generallieutenant Graf Canitz zum Kriegsminister ernannt ist.

Posen, 28. April. Die „Posener Zeitung" vom 28. veröffentlicht ein Schreiben des polnischen Nationalkomité in Posen an das Komité zu . . . . , „welches im Original sich in sichern Händen befindet", das uns einen neuen Beleg für die unheilbare Spaltung zwischen Deutschen und Polen im Großherzogthum liefert. „Das Verhältniß der deutschen Bevölkerung zur polnischen in diesem Kreise — heißt es in jenem Schreiben des Nationalkomités — befindet sich in einem vorzugsweise gereizten Zustande. Es muß vermieden werden, die Deutschen zu sehr zu allarmiren, jedoch ist es durchaus wichtig, die Supremaţie über sie zu behaupten. Deßhalb wird Angesichts der Deutschen ein offenes, aufrichtiges, freundschaftliches Benehmen anempfohlen; hinter ihrem Rücken aber ist das Volk zu bewaffnen, sein Enthusiasmus anzufeuern und dasselbe in bedrohender Haltung darzustellen."

Posen, 29. April. So unbeschreiblich vorgestern Abend der Jubel unter den Deutschen war, als die königl. Kabinetsordre, wodurch unser Großherzogthum in eine deutsche und eine polnische Hälfte geschieden wird, und wodurch Stadt und Festung Posen dem deutschen Theile einverleibt werden, hier eintraf, eben so groß und noch größer war die Bestürzung unter den Polen, die nun wohl einsehen müssen, daß für diesmal ihr ganzes, so tollkühn begonnenes Spiel verloren sey. Sie haben einen schnellen Entschluß gefaßt, dem aber das verhängnißvolle „Zu spät!" entgegentreten dürfte; sie haben nämlich schon gestern eine Deputation nach Berlin entsandt, um gegen die Demarkationslinie zu protestiren und zugleich das Gouvernement zu bitten, unter diesen Umständen lieber keine Reorganisation vorzunehmen, sondern alle Verhältnisse der Provinz beim alten zu lassen. Dies müßte den Polen allerdings bei der dermaligen Lage der Dinge das erwünschteste seyn, da ihnen alles daran liegen muß, eine Territorialtrennung im Großherzogthum zu verhüten, um die Provinz für künftige Eventualitäten ungetheilt zu erhalten; — aber ist das jetzt auch noch möglich? Wir sagen: nein, denn einestheils ist von Frankfurt die Aufnahme des deutschen Theils der Provinz in den großen deutschen Bund schon zugesagt, und anderntheils dürfte weder das Gouvernement noch die hiesige deutsche Bevölkerung nur entfernt geneigt seyn, diese Aufnahme wieder rückgängig zu machen. So wird den Polen, falls sie um jeden Preis

die Zerstückelung des Großherzogthums verhüten wollen, nichts übrig bleiben, als darauf anzutragen, daß nunmehr auch der polnische Theil desselben in den deutschen Bund aufgenommen werde. Und dies wird wahrscheinlich binnen wenigen Wochen geschehen. Welches Resultat ihrer Schilderhebung! Doch das ist die unausbleibliche Folge, wenn jemand einen Kampf beginnt, ohne seine Kräfte vorher zu berechnen! Der Kampf mit den Insurgenten nimmt jetzt eine sehr ernste Gestalt an, denn die Soldaten sind im höchsten Grade erbittert, und nicht mehr zurückzuhalten; die obern Militärs haben gleichzeitig die Ueberzeugung gewonnen, daß die Polen alle Milde und Schonung immer nur als Schwäche und Furcht auslegen. Seitdem Artillerie und Jäger in Kampf gezogen sind, fallen die Gefechte ungleich blutiger aus, ohne daß das Militär irgend namhaften Verlust erleidet; die Jäger lassen die Sensenmänner auf fünfzig Schritte sich nahe kommen, nehmen dann ihren Mann aufs Korn und strecken so ganze Glieder nieder. Gestern hat ein bedeutendes Gefecht im Pleschener Kreise, wo die Hauptmacht der Insurgenten jetzt konzentrirt ist, stattgefunden; der Kanonendonner wurde auf der hiesigen Festung deutlich gehört. Zwar fehlen noch offizielle Berichte, doch heißt es, daß die Insurgenten einige hundert Todte auf dem Platze gelassen haben. So büßen die armen bethörten Sensenmänner die Verblendung ihrer Priester und Edelleute! (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Oesterreich.

Wien, 25. April. Die Tschechen in ihrem sogenannten Prager „Nationalcomite“, welches im Gubernialgebäude seine Sitzungen hält und durch eine unverzeihliche Schwäche des Grafen Stadion sich zu einer gesetzlichen konstituirenden Versammlung organisirt hat, sind unter sich einig, keine Deputirten nach Frankfurt zu schicken, was schon Palazky's Brief in dieser Beziehung voraussagen ließ. Gestern Mittag trafen Moriz Hartmann, Dr. Groß und ein Gutsbesitzer aus Prag als Beauftragte der deutschen Partei in Prag hier ein, um sich bei dem Minister des Innern in ihrer täglich schlimmer sich gestaltenden Lage Rathes zu erholen und solchen zu geben. Sie schildern den Zustand Böhmens als höchst traurig; die Tschechen sind stark, wohl organisirt und bilden den größeren Theil der Bevölkerung. Kommt es zu einem wirklichen Kampf der Parteien — und der Bürgerkrieg liegt leider nicht in gar weiter Ferne — so müssen die Deutschen unterliegen, wenn ihnen nicht ihre Brüder aus den andern Provinzen und die Regierung zu Hilfe kommen. Diese hat bis jetzt diese verwickelten Zustände Böhmens gänzlich ignorirt. Fürchtete man, die Losung zum offenen Kampf zu geben, und glaubt man durch Nichtsthun würde alles wieder ins alte Geleise kommen? Wie sehr täuscht man sich über die Absichten der Tschechen, wenn man ihrer ewigen Versicherung der Treue Glauben schenkt. Seit sechs Jahren arbeiten sie mit Eifer und Erfolg an einer gründlichen Organisation ihrer Kräfte; ihr Blick ist ewig in die Zukunft gerichtet, die ihnen den Traum eines Europa beherrschenden Slavenreichs verwirklichen soll. Auf die Wirren Oesterreichs sehen sie mit unverholener Schadenfreude, und denken nicht, daß jeder Verlust, den Oesterreich erdulden muß, auch eine tödtliche Wunde für sie ist. Es bereitet sich ein arger Kampf in Böhmen vor, und wer den Charakter seiner Bewohner kennt, ist auch überzeugt, daß es nur ein Kampf auf Leben und Tod seyn kann: — Seit Taaffe's Stelle durch Sommaruga ersetzt, und das Ministerium des öffentlichen Unterrichts erledigt ist, bezeichnet man Pillersdorff als Sommaruga's Nachfolger und den Grafen Montecucali als Minister des Innern. Soviel haben wir in den letzten Tagen gesehen, daß der greise Pillersdorff nicht mehr Manneskraft genug besitzt, den schwierigsten Posten der Monarchie zu verwalten, das Ministerium des Unterrichts bietet ihm einen nicht minder ehrenvollen aber bei weitem ruhigeren Wirkungskreis. Graf Montecucali ist ein Mann in den besten Jahren, der schon unter dem alten System sich großer Popularität zu erfreuen hatte, aber wenn es damals leicht war, den Ruf der Liberalität zu erlangen, dürfte es dem Minister des Innern jetzt bedeutend schwerer werden, den großen Anforderungen zu genügen, die man an ihn stellt. — Gestern Abend veranstaltete der juridisch-politische Lese- und der Gewerbverein einen Fackelzug, wahrscheinlich, um die neue Konstitution ins gehörige Licht zu stellen.... — Briefe aus Preßburg melden uns viel trauriges. Der Pöbel schlug mit Pflastersteinen in die Fenster der Juden, alles Zugängliche wurde zertrümmert, öffentliche Anstalten demolirt, Leichen im Leichenhause geschändet, Läden erbrochen und geplündert, der Jammer soll schrecklich, namenlos seyn. Das Militär schritt erst spät ein und die Bürger verkrochen sich feig und schmählich vor dem raublustigen Pöbel. So weit unsere Nachrichten bis gestern am Abend. (A. Z.)

Wien, 27. April. Wichtig für Oesterreich wie für Deutschland ist der morgige Tag, wo sich in Wien die Wahlschlacht für das deutsche Parlament entscheidet. Das Beispiel der Hauptstadt wird auf die Provinzen bedeutenden Einfluß üben, obschon wir es keineswegs als entscheidend betrachten. Die beiden Parteien stehen sich schroffer und feindlicher als je gegenüber. Bundesstaat! Staatenbund! heißt das Feldgeschrei in beiden Lagern. Die trefflichen Aufsätze, welche Schwarzers Oesterreichische Zeitung über diese Frage brachte, kamen aus der Feder des bekannten Naturforschers Reichenbach. Derselbe schlägt seine Gegner mit unwiderlegbaren Gründen. Seine nackte Darstellung der wirklichen Lage Oesterreichs sollte allein hinreichen, auch die Verblendetsten zu überzeugen. Man hat aber in neuester Zeit die alte Erfahrung, daß mit der Dummheit Götter selbst vergebens kämpfen, gar zu häufig gemacht, und so würde es mich keineswegs wundern, wenn die antideutsche Partei den Sieg davontrüge. Das Central-Comité für die Wahlen hat inzwischen die Namen von 49 Kandidaten, welche sich bereit erklärten, die Wahlen anzunehmen, veröffentlicht. Von bekannten Namen finden Sie darunter die HH. v. Andrian, Endlicher, J. A. Frankl, Dr. Melly, Friedrich Hebbel, Dr. Schilling, Frhr. v. Sommaruga. Mit Bedauern vermissen wir die Namen Giskra, Lehner, Hye, v. Auersberg. Erstgenannter ist zweifelsohne der beste Redner unter den zwölf Abgeordneten, welche Oesterreich zur Versammlung nach Frankfurt geschickt hat; er hat schwerlich einen Rivalen, was Geist und Scharfblick anbelangt, und daß er gut deutsch gesinnt ist, davon hat er erst neulich im juridisch-politischen Verein durch seine treffliche Rede über die Bundesangelegenheiten einen glänzenden Beweis gegeben. Einen mächtigen Eindruck zu Gunsten der Sonderpolitik hat hier das Schreiben des Böhmen Palazky gemacht, dessen Inhalt ganz darauf berechnet war, den politisch-unmündigen Theil der Oesterreicher durch die perfidesten Sophismen zu täuschen und zu ködern. Die slavische Partei und die ihr anhängenden Oesterreicher des Sonderbundes haben Palazky's Brief in vielen tausend Abdrücken hier in den Provinzen verbreitet. Aus Prag laufen täglich Berichte von steigender Animosität gegen die Deutschen ein. Die Tschechen zeigen in ihren Bestrebungen eine solche Leidenschaft, daß man glauben sollte, selbst dem verblendetsten Deutschen müßten die Augen darüber aufgehen. Auch hat sich wirklich ein Verein von Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien zum Schutz und Wahrung ihrer Nationalität gebildet und hält hier tägliche Sitzungen. In Prag dagegen sieht es traurig aus, und die dortigen Deutschen zeigen der in Mehrzahl fanatisirten tschechischen Bürgerschaft gegenüber eine Schwäche, die man nicht genug beklagen und verwünschen kann. Aus Privatbriefen glaubwürdiger Männer hören wir über die dortigen Verhältnisse, über den Druck und die Bedrohungen der Deutschen empörende Klage. Ich behalte mir vor, Ihnen darüber später aus Prag direkt zu berichten. (A. Z.)

Italien.

Wenn die römische Nunziatur in Wien erklärt, der Papst stehe im Frieden mit Oesterreich, so verweisen wir dagegen auf die Venetianer und Mailänder Berichte, wornach die päpstlichen Truppen den Po überschritten haben, und des Papstes Feldhauptmann, Durando, sogar ein Hülfskorps nach Friaul entsendet hat.

Frankreich.

Heinrich Börnstein in Paris hat in das dortige Journal „la Commune de Paris“ zwei mit seinem Namen unterzeichnete Artikel über die republikanische Bewegung in Baden geliefert, welcher wir folgende Stelle entnehmen: „... Das republikanische Frankreich sey auf seiner Hut! Die Armeen, welche man unter dem Vorwande eines Tausends Arbeiter an der französischen Grenze gesammelt hat, sind gegen die französische Republik gerichtet. .. Hoffen wir, daß diese tapfern Patrioten (nemlich die Freischaaren unter Führung des Feiglings Herwegh) siegen; die Regierung der französischen Republik aber möge jetzt den Muth haben, kühn ihre Pflicht zu erfüllen, indem sie ohne Verzug die badische Republik anerkennt, indem sie dieselbe unter ihren Schutz stellt, um jede Dazwischenkunft zu verhindern.“ — Ein niederträchtigerer Landesverrath, als dieser, ist noch niemals vorgekommen.

Straßburg, 2. Mai. Unsere Besatzung wird in den nächsten Tagen in so weit eine Verstärkung erhalten, daß sie wieder jenen Effektivstand erlangt, den sie vor dem Ausbruch der Revolution hatte. Die Bildung einer „Rheinarmee“, welche im Ganzen auf etwa 40,000 M. gebracht werden soll, ist noch immer nicht definitiv festgesetzt. Von Seite Deutschlands liegt nichts Bedrohliches vor, da die jenseits der Grenze aufgestellten Truppen durchaus nicht als Beobachtungskorps gegen Frankreich betrachtet werden können. Man bemerkt noch immer viele deutsche Flüchtlige; doch haben sich auch mehrere bereits nach dem Innern gewendet. Es wäre sehr zu wünschen, daß einem Theil derselben recht bald die Möglichkeit geboten würde, wieder in ihre Heimath zurückzukehren. (A. Z.)

Dänemark

Kopenhagen, 27. April. „Fädrelandet“ enthält heute eine Mittheilung, in welcher erklärt wird, daß sobald vollkommene Gewißheit von der Theilnahme der Hansestädte am Kriege gegen Dänemark eingegangen sey, die königl. Kriegsschiffe Befehl erhalten werden, alle deutschen Schiffe ohne Ausnahme aufzubringen, und daß dieselben dann nicht mehr mit einem bloßen Embargo davon kommen, sondern unbedingt werden kondemnirt werden. Im Verlaufe der Mittheilung wird aber auseinander gesetzt, das eine Elbeblockade nach der durch das Völkerrecht bestimmten Definition, sowohl in politischer als nautischer und militärischer Hinsicht allzugroße Schwierigkeit darbieten würde, und daß man daher, ohne jedoch von der gelegentlichen Aufbringung einzelner Schiffe abstrahiren zu wollen, sich in der Hauptsache darauf werde beschränken müssen, die Operationen des Landheers durch die Kriegsschiffe zu unterstützen.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag den 7. Mai: „Der Wildschütz.“ Oper von Lortzing.

Bekanntmachung.

Am 22. April d. Js. wurde bei Zeitldorf dieß Gerichts eine Mannsperson legitimationslos aufgegriffen, welche taubstumm und ganz blödsinnig ist, dergestalt, daß von ihr auch nicht der entfernteste Aufschluß über ihren Namen, Heimat ec. zu erhalten war. Dieselbe ist ungefähr 18 — 20 Jahre alt, mißt 5' 3'', hat braune Haare, graue Augen, ein längliches Gesicht, proportionirte Nase, spitziges Kinn, einen kleinen Mund mit aufgeworfenen Lippen und brauner Gesichtsfarbe.

Auf der linken Wange ist eine kleine Narbe ersichtlich, und am Goldfinger der rechten Hand trägt sie einen platten Ring von Messing.

Die Bekleidung besteht in einem ganz zerrissenen, blauen, leinenen Janker, einem Gilet mit weißbeinernen Knöpfen und Hose von derselben Farbe und demselben Stoffe und gleichfalls ganz zerfetzt. Der Hosenträger ist von gewirkter Baumwolle, buntfärbig und verschieden verziert, und an der vorderen Spitze sind in blauer, gelber und rother Farbe die Worte

Frühling — Gott segne des Landwirthes Fleiß!

eingewirkt.

Da, wie erwähnt, aus der so eben beschriebenen Person über Namen und Heimath nicht das Mindeste durch Fragen und Zeichen herausgebracht werden konnte, so stellt man an sämmtliche inländische Behörden das Ansuchen, geeignete Nachforschungen wegen dieses Burschen anzustellen und das Ergebniß schleunigst mitzutheilen, da er zur Zeit hierorts verhaftet ist.

Regenstauf am 26. April 1848.

Königliches Landgericht Regenstauf.
Eisenhofer,
Landgerichts-Verweser.

Gulder.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolfischen Buchdruckerei.

Nr. 119.

Man pränumerirt auf dieß Bl. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödels Gasse Nr. 213 auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 3 kr., im II. Rayon 3 fl. 24 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 6 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonntag | XLIX. Jahrgang. | 7. Mai 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 3. Mai. **Sechsundvierzigste Sitzung der deutschen Bundesversammlung.** In der heutigen Sitzung beschloß die Bundesversammlung dem General v. Wrangel und den unter seinen Befehlen stehenden Truppen den Dank des Vaterlandes für die bethätigte Tapferkeit, Ausdauer und Mannszucht auszusprechen. Der preußische Gesandte gab Auskunft, daß die Matrikularbevölkerung der zum deutschen Bunde gehörigen Länder nach der erfolgten Aufnahme von Ost- und Westpreußen auf 9,570,000 Köpfe sich belaufe. — Ferner wurde über den in der 37. Sitzung vom badischen Gesandten gestellten Antrag nach erfolgter Berichterstattung von Seiten des Revisionsausschusses berathen und beschlossen: um dem von den Vertrauensmännern sowohl als auch dem Fünfziger-Ausschusse anerkannten Bedürfniß, daß die verfassungsmäßigen Vollziehungsrechte der Bundesregierungen auf die heilsamste Weise für die großen vaterländischen Aufgaben und Bundeszwecke in den gegenwärtigen schwierigen Zeitverhältnissen ausgeübt werden, den Bundesregierungen vorzuschlagen, unverzüglich drei Abgesandte zu bezeichnen und der Bundesversammlung anzuschließen, welche in eiligen Fällen nach eigener Entschließung, sonst aber nach dem Rath der Bundesversammlung zu handeln haben und dem deutschen Volk und den Regierungen verantwortlich sind.

Frankfurt, 4. Mai. An den Fünfziger-Ausschuß haben die Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien nachstehende Adresse gerichtet, die wir als eine mannhafte That unserer bedrängten Landesgenossen begrüßen: An den Fünfziger-Ausschuß. Durch Se. Majestät den Kaiser von Oesterreich wurde am 18. April über den Antrag des Ministerrathes angeordnet, daß die für den Monat Mai nach Frankfurt berufene konstituirende deutsche Nationalversammlung aus den zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen Oesterreichs in der Weise zu beschicken sey, wie dieß das Vorparlament gewünscht hat und wie die Bundesversammlung mit Beschluß vom 9. April d. J. diesen Wünschen beigetreten ist. Diese kaiserliche Verordnung ist auch wirklich an alle Regierungen der deutsch-österreichischen Provinzen ergangen; in Wien, Nieder- und Oberösterreich, Steiermark werden die Wahlen für das deutsche Parlament bereits vorgenommen; in Böhmen, Mähren und Schlesien jedoch wurde die kaiserliche Verordnung, obgleich dahin abgeschickt, nicht kund gemacht. Der Nationalausschuß in Prag und eben so der mährische Landtag haben die Frage des Anschlusses Böhmens und Mährens an Deutschland als eine offene erklärt; von der Regierung geschieht nichts, die Angelegenheit mit Energie und Beschleunigung zu betreiben, im Gegentheil scheint die Regierung mit der slavischen Partei beider Länder darin übereinzustimmen, die Wahlen für das deutsche Parlament bis zu dem nächstens einzuberufenden böhmischen und dem zu verstärkenden mährischen Landtage zu verschieben. — Es steht nun zu befürchten, daß auf diese 1) die böhmisch-mährisch-schlesischen Abgesandten viel zu spät nach Frankfurt kämen, daß 2) bei den Landtagen in diesen Ländern wegen der Majorität der Slaven die Frage über den innigen Anschluß an Deutschland nicht die nothwendige Berücksichtigung finden dürfte, und daß deßhalb die Interessen der deutschen Bevölkerung in Böhmen, Mähren und Schlesien entweder nicht gehörig oder gar nicht vertreten würden. Daher hält es der in Wien bestehende Verein der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien zur Aufrechthaltung ihrer Nationalität für seine Pflicht, gegen die Verschiebung der Wahl der Abgeordneten nach Frankfurt feierlichst zu protestiren, und fordert den Fünfziger-Ausschuß in Frankfurt a. M. dahin auf, durch alle ihm zu Gebot stehenden Mittel dahin zu wirken, daß die Wahlen zur konstituirenden Nationalversammlung in Böhmen, Mähren und Schlesien ungesäumt vorgenommen werden. Wien, 28. April 1848. Im Namen des Vereins der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien zur Aufrechthaltung ihrer Nationalität: Dr. Cölmer, Obmann. Dr. Ad. Wolff, Beimann. Dr. Suttner, Ausschuß. Josef Rank, Ausschuß.

Aus Württemberg, 27. April. Wir haben schon einen Krieg mit Dänemark, wir werden über kurz oder lang wahrscheinlich einen mit Rußland bekommen, und unsere ausgedehnten Ost- und Nordseeküsten sind noch immer unbeschützt, unsere Tausende von Handelsschiffen wehrlos jedem feindlichen Ueberfall des kleinsten Kapers preisgegeben. Ist solch ein Zustand aber wohl zu rechtfertigen, ist er nicht vielmehr eine tiefe Schmach für alle die ihn verschuldet haben, erfordert es jetzt wenigstens nicht der dringendsten und kräftigsten Mittel ihm, wenn auch nur einigermaßen, so viel nur thunlich, abzuhelfen? Ein Land, das Seeküsten besitzt, und nicht auch Kriegsschiffe hat, ist immer bald wehrlos zu nennen, mag es auch sonst noch so zahlreiche, wohlausgerüstete Landheere besolden, ein Gürtel noch so starker Festungen seine Binnengrenzen beschützen. Ganz abgesehen von England, Frankreich und Rußland, haben auch die kleinen Staaten, Dänemark, Schweden, Holland, Sardinien, Neapel dies hinreichend erkannt, sie alle haben genügende Kriegsschiffe, nur Deutschland, das große Deutschland mit seinen 40 Mill. Einwohnern, besitzt ein einziges, winziges derartiges Schiff, die preußische Korvette „Amazone" von einigen 20 Kanonen. So vermag jetzt Dänemark mit seinen 4—5 Fregatten und 10—12 kleinern Korvetten und Dampfern unsern gesammten Seehandel zu zerstören, alle unsere Küstenstädte in beständiger Gefahr eines feindlichen Ueberfalls zu erhalten. Wahrlich, Schamröthe muß Jeden überfallen, der ein Herz für Deutschlands Ehre hat, wenn er dies bedenkt, und dabei haben wir an unsern Nord- und Ostseeküsten so treffliche Matrosen, wie nur ein Land der Welt, selbst das stolze England nicht ausgenommen, sie erzeugt, in genügender Zahl, um eine treffliche Kriegsflotte zu bemannen. Konnten wir denselben doch bisher nicht immer genügsame Beschäftigung geben und eine große Zahl hannöverscher, oldenburgischer und mecklenburgischer Seeleute dient auf den holländischen Ostindienfahrern, auf denen sie vorzugweise gerne gesehen sind. Ebenso sind dem Schreiber dieses allein 7 Mecklenburger gebildeter Stände bekannt, die höhere Offiziersposten in der französischen und russischen Marine bekleiden, und die gewiß gerne ihre Dienste dem Vaterlande widmeten, wenn ihnen dort nur Gelegenheit dazu geboten würde. Unsere Kriegschiffe aber können wir vollkommen im Lande selbst erbauen, ohne dem Auslande nur den geringsten Tribut für Material irgend einer Art zu zahlen, denn Holz, Eisen, Leinen, Hanf besitzen wir in vollkommen genügender Quantität und Qualität. Aber unsere Eichen und Tannen verkaufen wir zu Masten nach Holland und England. Für den Augenblick müßen wir uns gegen Dänemark und etwa gegen Rußland andere schleunige Hülfe schaffen, und auch dies vermögen wir, sobald nur der ernstliche Wille dazu vorhanden ist. Es hält bei der gegenwärtigen Handelsstockung gar nicht schwer, in unseren Nord- und Ostseehäfen 100—120 kleine schnellsegelnde Schiffe von 40—60 Last, mit tüchtigen Matrosen und guten Führern bemannt, gegen eine nicht zu hohe Jahresmiethe zu erhalten. Wenn jedes dieser Fahrzeuge nur mit 6 bis 10 leichten Kanonen und mehreren tüchtigen Scharfschützen besetzt wäre, so reichten solche vollkommen zum Schutz unserer Kauffahrteischiffe und unserer Küsten gegen die Angriffe einer russischen wie dänischen Flotte aus und könnten besonders auch das etwaige Kapern unserer Handelsschiffe durch das Kapern der fremden wieder vergelten. Die Kanonen zur Ausrüstung dieser Schiffe wären nicht schwer zu bekommen, und unter dem Bundeskontingent von Hannover, Oldenburg, den Hansestädten, Mecklenburg und Preußen fänden sich leicht 8—10,000 Mann Soldaten und Offiziere, die schon an die See gewöhnt sind, daß sie als Artilleristen und Marinesoldaten auf diesen Schiffen dienen könnten. Wir bitten, diesen kurzen Vorschlag näher zu prüfen, denn wir glauben nicht, daß er irgend etwas Unzweckmäßiges enthält. Natürlich müßten die Kosten dieser Flotte nicht allein von den Küstenstaaten, sondern von ganz Deutschland eben so, wie dies bei dem Bau der Bundesfestungen geschehen ist, getragen werden. Diese so armirten Kauffahrer halten wir nur für einen augenblicklichen Nothbehelf, für die Zukunft aber wünschen wir eigene Bundeswerften, auf denen auch Fregatten, und besonders Kriegsdampfschiffe, die unserer Flagge auch in fremden Meeren Achtung verschaffen, erbaut werden. Deutschlands Farben sind jetzt zum erstenmal auf einem Handelsschiffe in fremde Länder getragen, sie müssen auch auf stattlichen Kriegsschiffen wehen, damit Erstere geschützt, ihren friedlichen Lauf verfolgen können. Wenn auch natürlich der lokalen Verhältnisse wegen, die Söhne der deutschen Küstenländer vorzugsweise die Bemannung der deutschen Flotte liefern würden, so wären durch Errichtung von Marineanstalten, in denen eine Vorbereitung zum Seedienst geschähe, auch die des Binnenlandes nicht ganz davon ausgeschlossen. Manchem feurigen Jüngling, der jetzt sich vergebens darnach sehnt, würde dadurch die erwünschte Gelegenheit verschafft, seinen Thatendurst in weiten Meeresfahrten zu stillen, somit auch hiedurch ein nicht geringer Vortheil für ganz Deutschland. Darum rüsten wir uns wacker, jetzt auch zur See, wie wir zu Lande schon gerüstet dastehen. Es gilt kein langes Zaudern mehr hierin, wir müssen Werke aufzuweisen haben, bevor es zu spät damit ist. (D. Z.)

Bayern.

Landtag.

München, 4. Mai. (X. Sitzung der Kammer der Reichsräthe.) Die Kammer der Reichsräthe hat in Folge der Mittheilung der Kammer der Abgeordneten: „die Nachweisungen über die Verwendung der dem Centralfond zugewiesenen Staatseinnahmen für das Jahr 1845/46 betr.", nach darüber stattgefundener Berathung dem jenseitigen Beschlusse der Vorbehaltung der Prüfung oben bezeichneter Nachweisungen für die nächste Ständeversammlung ihre Zustimmung ertheilt. Ferner hat die Kammer der Reichsräthe über die von der Kammer der Abgeordneten gefaßten Beschlüsse zu dem Entwurfe „eines Edikts

über die Freiheit der Presse und des Buchhandels" Berathung gepflogen, und den sämmtlichen jenseitigen Modifikationen und Anträgen ihre Zustimmung ertheilt, mit alleiniger Ausnahme einer Redaktionsänderung, daß nemlich im Absatze II. des dießseitigen zweiten Antrages statt des Wortes „kann" das Wort „soll" gesetzt werde. Demnach besteht Uebereinstimmung beider Kammern. Weiters hat die Kammer der Reichsräthe über den Gesetzentwurf: „die Aufnahme eines Anlehens im Wege der freiwilligen Subskription betr.", berathen, und in Folge davon derselben unter Annahme der von der Kammer der Abgeordneten dazu beschlossenen Modifikation ihre Zustimmung ertheilt. Ebenso hat sie den beiden jenseits beigefügten Wünschen beigestimmt. Endlich im Betreff des Gesetzentwurfes: „über die Grundlagen der Gesetzgebung, über die Gerichtsorganisation, über das Verfahren in Civil- und Strafsachen, und über das Strafrecht", Berathung gepflogen und beschlossen, daß sie auf ihrem früheren Beschlusse beharre.

**München, 5. Mai. (XX. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische: v. Kleinschrodt, v. Roth, v. Guttner; später Frhr. v. Thon-Dittmer, v. Beisler und Frhr. v. Lerchenfeld; in der Kammer 105 Abgeordnete. Die Sitzung wurde eröffnet mit Ablesung des Einlaufes, darunter viele Eingaben über Ablösung, und ein Schreiben des Staatsministeriums der Justiz, die Kriminalstatistik des diesseitigen Bayern betreff. — Hierauf las Abg. Neuffer den Beschluß: „die Kosten auf die Abordnung zu der Volksvertretung am deutschen Bunde zu Frankfurt betr.", dessen Fassung genehmigt wurde. — Hiernächst erstattete der II. Sekretär, Abg. Dr. Schwindl, als Referent in den vereinigten III. und II. Ausschüssen Vortrag über den höchstwichtigen Gesetzentwurf: „die Aufhebung der standes- und guts-herrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten betr." Der Redner hielt von der Bühne folgende Rede: „Meine Herren! Endlich, nach mehrtägigen Doppelsitzungen haben die kombinirten Ausschüsse ihre Berathungen über den in Rede stehenden Gesetzentwurf beendet. Die Resultate liegen in ihren Händen, und da gewiß schon längst Jeder einen forschenden Blick auf die verschiedenartigen Motivirungen dieses Gegenstandes wird geworfen haben, so glaube ich von einem umfassenden Vortrage um so mehr Umgang nehmen zu können, als voraussichtlich gerade dieser Entwurf die weitläufigsten Erörterungen hervorrufen wird. Die Sache ist auch an sich von einer unbemeßbaren Wichtigkeit. Der Gesetzentwurf bezielt eine völlige Umwälzung unseres staatlichen Lebens. Er ist gleichsam ein Donnerkeil, möchte ich sagen, des unerbittlichen Geschickes, welcher das gothische Gebäude der Vorzeit in Staub zertrümmert, das Erbtheil vieler Jahrhunderte zersplitterte. — Um diesen Sarkophag einer für die Dynastien sonst so glorreichen Vergangenheit stehen nun die lachenden Erben der Gegenwart. Wie einst, so setzen auch hier die immer mächtiger und freier gewordenen Vasallen die Kinder des herrschenden Hauses aus dem Besitze. Die Schwachen weichen der Allgewalt der Zeit, doch fordern sie als Kinder des einen und nämlichen Stammes auch einen Pflichttheil dieses Erbes. Die Transaktionen zwischen diesen beiden sich bestreitenden Parteien sind nun unserm Urtheile unterworfen. Was nimmt man, was gibt man? Das ist die Frage; um diesen Angel dreht sich das Gesetz. Was nimmt man? Werfen Sie einen Blick auf die ersten Abschnitte des Entwurfes, so finden Sie: man nimmt guts- und standes-herrliche Gerichtsbarkeit und die Polizeigewalt der Gutsherren. Was gibt man? Nichts! Man hebt alle Natural-Frohndienste, gemessene wie ungemessene, auf, und zwar ohne Entschädigung. Es sollen hinfüro alle Todfälle, Handlöhne und Mortuarien zessirt werden, ohne Entschädigung. Der Blutzehent, der Neubruchzehent und der Kleinzehent, da wo er noch nicht rechtsgültig besteht, sollen ohne alle Entschädigung weichen. Das Jagdrecht auf fremdem Eigenthume hört ohne Entschädigung auf. Die Waide auf Aeckern während der Fruktifikation und auf den Wiesen während der Hegezeit, muß ohne Entschädigung freigelassen werden. — Dazu kommen eine Menge rein persönlicher Abgaben, die noch zur Zeit im Königreiche bestehen, die alle ohne Entschädigung aufgegeben werden. Meine Herren! Es liegt vor Ihnen ein großer Schatz der Bevorzugten, und würde derselbe zusammen angeschlagen und die entsprechende Entschädigung für die berechtigten Standesklassen beziffert seyn, so würde sich in Minimo eine Summe von vielleicht einer Million herausstellen. — Man wird nun die Frage aufwerfen: ist es möglich, diese von der Verfassung garantirten Rechte mit einem Federstriche von der Tafel der Gerechtigkeit hinwegzustreichen. Nur dadurch, meine Herren, daß man für die bestimmten Renten, für die werthvollen Güter, die dem Berechtigten noch übrig bleiben, eine völlige Entschädigung bietet. Diese Entschädigung für die ständigen und werthvolleren unständigen Güter ist aber nur mit der Maßgabe der Billigkeit gemessen. Von einer vollständigen Vergütung finden Sie auch hier keine Spur. Wenn nun solche Opfer dem Fortschritte der Zeit, dem Gemeinwohle gemacht werden, so wird es vorerst wohl noch eines reiferen Beschlusses bedürfen, wenn wir da noch abwägen, ob wir den Gulden um 16 oder 18 fl. ablösen lassen; um 16 oder 18 fl., heut zu Tage, wo alle Kapitalien höher verzinst werden; 16 oder 18 fl., heut zu Tage, während noch vor einigen Jahren jeder Grundhold in ganz Bayern sich glücklich geschätzt haben würde, wenn er nach den Normen für die Aerarial-Grundholden sich hätte freikaufen können. Diese Normen bestimmen für die unständigen Renten 20fachen, und für die ständigen 25fachen Betrag. Wollen Sie nun für diesen Gesetzentwurf überhaupt eine Rechtsbasis unterlegen, so müssen sie kompensiren; sie müssen auf der einen Seite auch in Betracht ziehen, was dem ganzen Lande ohne Entschädigung hingegeben wird; Sie müssen mit unparteiischer Völligkeit die angesprochene Vergütung für die übrigen Renten gewähren. Dies fordert die Gerechtigkeit, und nur unter dieser Voraussetzung habe ich dem Entwurfe beigestimmt, und zwar mit Freuden, denn für das ganze Vaterland geht eine neue glorreiche Zukunft auf. Persönliche Freiheit und Gleichheit ruht auf diesem Entwurfe. Es wäre daher unverantwortlich vor der Nation, wenn wir diesmal das so lange angestrebte Ziel absichtlich umgehen wollten. Man fordert nur Billigkeit, nicht volle Gerechtigkeit; Billigkeit werden wir aber gewähren, dessen bin ich überzeugt. Das Gewicht der Abstimmung liegt in den Händen der abgeordneten Landeigenthümer, und wahrlich, wenn dieselben von der Nachkommenschaft gesegnet und gepriesen werden wollen, so werden sie diese Gelegenheit benützen, das Heil des Landes zu begründen. Ich könnte zwar immer wieder sagen: volle Entschädigung ist das Gebot der Gerechtigkeit; allein, meine Herren, wie gesagt, die Allgewalt der Zeit schwemmt uns einmal diese Rechte hinweg. Billigkeit aber werden und müssen Sie gewähren. Diejenigen, die diesem Rufe kein Gehör geben wollen, mögen die Warnung hinnehmen: In der höhern Politik hält nicht die halbblinde Justitia, die Themis mit der Augenbinde die Waage, sondern eine Nemesis, eine rächende Nemesis, deren Aufgabe es ist, alle Bedrückungen des Hoch- und Uebermüthigen mit reichlichem Maße wieder zu vergelten." — Der I. Hr. Präsident bemerkte hierauf, daß der bezeichnete Entwurf wegen seiner eklatanten Wichtigkeit nicht sogleich berathen werden solle, sondern erst nach einigen Tagen. — Dann erstattete der Sekretär des VI. Ausschusses, Hr. Graf v. Hegnenberg Vortrag über 53 Petitionen aus allen Gegenden des Landes, wobei die Diskussion lediglich ihre formelle Zuläßigkeit und Zuweisung an die betreffenden Ausschüsse betraf. Da die Kammer demnächst ihrer Verabschiedung entgegensieht; so müssen natürlich alle diese Petitionen materiell unerledigt liegen bleiben. — Die Sitzung wurde mit Genehmigung des Gesammtbeschlusses über das Preßedikt geschlossen.

München, 6. Mai. Der Einlauf der Kammer der Abgeordneten vom 29. bis 30. v. Mts. enthält 29, und vom 1. bis 5. d. Mts. 65 Nummern. Die Rücksicht auf den Raum dieser Blätter nöthigt, sich auf diese summarische Angabe zu beschränken, um so mehr, da der größte Theil der Eingaben Gegenstände betrifft, die ohnehin in den allgemeinen Verhandlungen über grundherrliche Lasten und Jagd- und Forst-Rechte ihre Erledigung finden, somit ziemlich überflüßig erscheinen, andere entweder zur Kompetenz der Kammer nicht gehören, oder doch sehr geringfügiger Natur sind, darunter mehrere Anträge vom dem Hrn. Abg. Advokaten Kirchgeßner, Präsidenten der Kammer, eingebracht oder angeeignet.

Auch aus Magdeburg wird die bevorstehende Aufstellung eines Armeekorps von 60,000 Mann (darunter 20,000 Preußen) zwischen Nürnberg und Bamberg gemeldet. Es geschehe dieß nach einem Bundesbeschluß.

Würzburg, 4. Mai. Wie wir vernehmen, ist das Stadtkommissariat von Bamberg dem bisherigen Landrichter von Werneck, Ihl, übertragen. Der bisherige Stadtkommissär Haupt, der zugleich Landrichter des Gerichts Bamberg I. ist, bleibt als solcher. (N. Wrzb. Z.)

Speyer, 30. April. Verschiedene der neuen Gesetzentwürfe, namentlich jene über Vermögens- und Einkommens-Steuer, sind so sehr unzweckmäßig, daß sie einer völligen Umarbeitung unbedingt bedürfen. Bei der hohen Wichtigkeit der Sache dringt sich doppelt der Wunsch auf, daß diese Gesetze erst durch eine neue Kammer berathen werden mögen. (N. Speyer. Z.)

Von der Haardt, 2. Mai. Wir haben uns in früheren Artikeln zuerst abmahnend, dann mißbilligend über die partiellen Aufstände im Badischen ausgesprochen; jetzt, da diese unterdrückt sind, und keine wirkliche Gefahr der Wiederholung derselben vorhanden ist, möchten wir auch die Regierung dringend ermahnen, nunmehr keine unnöthige Härte anzuwenden, und mit der möglichsten Schonung zu verfahren; namentlich die Bewohner nicht durch übermäßige Einquartirung zu bedrücken, und sofort dem Kriegszustande ein Ende zu machen. Denn in dem jetzigen Augenblicke, wo aller Verkehr stockt, wo die meisten Nahrungsquellen immer mehr versiegen, muß es ein Hauptaugenmerk der Regierungen seyn, daß die Einwohner nicht unnöthig belästigt, vielmehr dieselben so viel als möglich erleichtert werden. — Eine wirkliche Gefahr von Seiten Frankreichs ist bis jetzt auch nicht vorhanden; namentlich spricht sich das Dekret der provisorischen Regierung vom 19. v. Mts. aufs Unzweideutigste hierüber aus; und wir glauben, daß demselben mehr Glauben beizumessen sey, als widersprechenden Zeitungsnachrichten.

(N. Speyer. Z.)

Baden.

Karlsruhe, 2. Mai. In Folge der Ergebnisse, welche die Disciplinaruntersuchung gegen Peter geliefert, hat das Ministerium ihn nun vor Gericht gestellt.

(D. Z.)

Preußen.

Berlin, 29. April. „In Frankfurt wollen wir stark seyn, nicht gegen Frankfurt," sagte neulich eine preußische Stimme, und wir halten sie für ebenso ächt preußisch als sie ächt deutsch ist. Die Worte des Königs: „Preußen geht fortan in Deutschland auf" sind keine bloße Redensart, sie haben einen tiefen Inhalt, eine thatsächliche Wahrheit, die niemand ungestraft verkennen wird, ein Preuße aber, auch ein solcher Preuße, der vorderhand nur das Wohl des alten Staats ins Auge faßt, sich auf das stärkste einprägen muß! Wer jetzt — und wie viele Preußen thun es aus falschverstandenem Vaterlandseifer, aus übelangebrachtem Stolz! — wer jetzt der von dem König so richtig und nothwendig eingeschlagenen Richtung entgegen ist, der thue doch die Augen auf und sehe, wohin das führt; könnte ihm gefallen, dieß heldenreiche, geliebte Preußen auf die Grenzen zurückgeführt zu sehen, die der Tilsiter Frieden ihm gab? Ob unsere Minister, wie brave tüchtige Männer auch unter ihnen seyen, diese Lage des Staats gehörig einsehen, bei allen ihren Handlungen genugsam beachten, dessen sind wir keineswegs versichert. Wie könnten sie sonst so manches Höchstwichtige und Dringende unterlassen, was der Augenblick gebieterisch fordert, und wozu sie alle Macht haben, oder jeden Augenblick nehmen können? Wir zielen hiebei wiederholt auf das schon öfters angeregte Thema, auf die nothwendige Reinigung unsrer höchsten und mittlern Behörden, vor allem in der Verwaltung, aber auch in der Diplomatie und im Kriegswesen! Man sagt, sie seyen schwer zu ersetzen, und das mag wahr seyn, denn es ist der Fluch des alten Systems, daß es keine Staatsmänner erzog, sie nicht einmal duldete, sondern nur unterwürfige Geschäftsknechte wollte, die es denn auch mit den höchsten Aemtern belohnte! So weiß man jetzt keinen Kriegsminister, keinen Handelsminister, keinen Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu finden! Aber man suche und sie werden sich finden; wenn nicht unter den Präsidenten, Geheimräthen und Generalen, gewiß einige Stufen tiefer und wenn die Befähigten nicht ganz in den Geschäftsgang eingeweiht sind, — desto besser!

Dieses Geschlepp und Geschmier muß abgeschafft werden, und mit ihm fällt der letzte Schimmer von Befähigung, den so viele jetzt Hochgestellte noch übrig haben! Wenn man unsre wichtigsten Staatsämter, die militärischen wie die bürgerlichen, näher betrachtet, wie sie besetzt sind und was daraus für Schaden erwächst, so schaudert einem die Haut! Der König selbst muß dieß längst einsehen, warum dringen die Minister nicht auf durchgängige Reform? Man gehe den Weg des Freisinns mit starken, festen Schritten, man trete hart auf, und nicht mit leisen Fußspitzen!*)

Aus Westpreußen, 29. April. Noch immer kommen aus Rußland Polen hier durch, um nach Posen zu gehen, werden jetzt aber, zumal sie ganz ohne Pässe kommen überall aufgehalten, und zur Rückkehr genöthigt, damit sie die ungezügelte Exaltation der Polen im Preußischen nicht noch mehren und mit gegen Deutsche und Juden wüthen. — Von Danzig aus meldet man, es seyen bereits deutsche Handelsschiffe, darunter preußische von den Dänen gekapert worden. In Folge dieser Nachricht hat die königl. Regierung in Danzig sofort eine Menge von Schiffbauholz, welches hier für Rechnung der dänischen Marine lagert in Beschlag genommen. Auch ist Danzigs Hafen in Kriegszustand gebracht worden. Das freundliche Gehölz auf der Westerplatte vor Weichselmünde ist umgehauen, und der Platz am Strande mit Batterien versehen worden. Ebenso sind in Pillau die Strandbatterien in Angriffszustand gebracht und mit Glühöfen ausgerüstet worden. Der Krieg ist also da. Möge ein einmüthiges kräftiges Handeln des vereinigten Deutschlands ihn bald zu einem für uns ehrenvollen Ende führen, ehe die andern Feinde Deutschlands Zeit gewinnen, unter dem Vorwande der Freundschaft für Dänemark über Deutschland loszubrechen. Noch vor einer Woche lag die Entscheidung im Bereiche weniger Tage, jetzt sind es vielleicht nur noch Stunden, die über die wichtigsten Lebensfragen der Zukunft entscheiden. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Posen, 29. April, Abends spät. Nachdem bereits heute am Tage die Nachricht hier eingegangen war, daß gestern Abend ein blutiges Gefecht vor und in der Stadt Grätz mit den polnischen Insurgenten stattgefunden, ist soeben ein Kourier hier angekommen, der die Nachricht bringt, daß die stärkste und bestorganisirte Polenschaar heute bei dem Städtchen Xions nach tapferer Gegenwehr gänzlich aufgerieben worden ist. Vom ersteren Gefecht kennen wir bereits die Details. Um 11 Uhr Nachts waren die Truppen Herren der Stadt und die Polen gänzlich geschlagen. Der Verlust war besonders auf Seiten der letztern sehr beträchtlich. — Der heutige Kampf bei Xions war jedoch noch viel bedeutender. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Lippe-Detmold.

Detmold, 27. April. Das hiesige Bundeskontingent hat Marschordre erhalten.

Schleswig-Holstein.

Altona, 29. April. Der eben eintreffende Bahnzug (12 Uhr) bestätigt das Einrücken der deutschen Truppen in Hadersleben, und kann nunmehr das Festland von Schleswig als von den Dänen gereinigt angesehen werden, denn einige nach Westen versprengte Corps dürften ohne Mühe in Gefangenschaft genommen werden. Wichtiger wäre die Nachricht, welche mir von einem aus Rendsburg kommenden Reisenden gegeben wird, wornach auch die Insel Alsen, wo hier die erste Landung erfolgte — von dem Feinde gestern morgen geräumt worden sey. — Auch erhielt sich die Nachricht von einer Contrerevolution in Kopenhagen. (Köln. Z.)

Hamburg, 1. Mai, 8½ Uhr Abends. Nach heute Abend mit dem Bahnzuge eingegangenen Nachrichten wären die Preußen in Jutland eingerückt; das Hauptquartier soll in Kolding seyn. Der rechte Flügel (das 10. Bundesarmeekorps) erwartete nur schweres Geschütz, um den Angriff auf Alsen zu beginnen. (H. C.)

Hamburg, 2. Mai Morgens 6 Uhr. Der gestern Abend von Rendsburg angekommene Bahnzug bringt die Nachricht, daß die verbündeten deutschen Truppen auf Jutland vorrücken. Das Hauptquartier war in Kolding. Man erwartete schweres Geschütz, um Alsen anzugreifen. Gestern berichtete der Telegraph aus Stade die Rückkunft des dortigen Dampfschiffes Gutenberg mit der dänischen Brigg Thorwalsen und einem Kutter als Prisen im Schlepptau. (A. Z.)

*) Auch für uns eine gute Lehre. (A. d. R.)

Freie Städte.

Frankfurt, 3. Mai. Gestern Abend fand eine erste Versammlung zur Bildung eines großen Bürgervereins statt. — Auch heute zeigte sich an der Börse eine günstige Stimmung; das Vertrauen scheint nach und nach zurückzukehren. (C. v. u. f. D.)

Oesterreich.

Wien, 27. April. Aus Triest traf die Nachricht vom 25. April ein, daß unsere Flottille, aus drei Fregaten und vier Briggs bestehend, denen sich ein englischer Dampfer anschloß, bereits von Pola absegelte, um Venedig, allwo die größte Anarchie herrscht, zu blokiren.

Wien, 2. Mai. Das Wahlresultat der Stadt Wien wird erst morgen bekannt werden. Den ganzen heutigen Tag werden die Reden der Parlamentskandidaten ausfüllen und morgen Vormittag erfolgt die Abstimmung. Bundesstaat oder Staatenbund — heißt das Losungswort der beiden Parteien. Es wäre vernünftiger, die Frage zu stellen: Soll Oesterreich deutsch oder slavisch werden? (A. Z.)

Wien, 2. Mai. Während die Tschechen in Böhmen die Wahlen zur deutschen konstituirenden Versammlung zu hintertreiben streben, während der ständische Ausschuß in Mähren sich dagegen verwahrt (wozu diese ständische Behörde natürlich in keiner Weise befugt ist) hat auch der Statthalter in Schlesien Maßregeln getroffen, die Wahlen hintanzuhalten. Auf der andern Seite hat in Kroatien die Nationalpartei die ersten Schritte zur Bildung einer slavischen Nationalversammlung gethan. In Prag sind Repräsentanten verschiedener Slavenstämme zusammengetreten, haben eine jenem Gedanken beistimmende Proklamation erlassen und die Leitung der Sache in die Hand genommen. Wir werden die Proklamation, die uns von einem der Führer der Slavenpartei zukommt, morgen nachliefern. So sieht Oesterreich, das versäumt hatte, den deutschen Kern der Monarchie gleichen Schritt mit dem übrigen Deutschland halten zu lassen, sich von Magyaren, Slaven und Italienern bis ins Herz des Reichs bedrängt. Wird es den einzigen Rettungsanker, der ihm in Deutschland gegeben ist, ergreifen?

Nach den eben eingehenden Nachrichten aus Wien vom 3. Mai hat die Regierung amtlich die von Mähren und Böhmen gegen die Vornahme der Parlamentswahlen ausgegangenen Proteste beseitigt und die alsbaldigen Wahlen auch für diese Provinzen wie für alle deutschen Bundesländer wiederholt angeordnet. (A. Z.)

Prag, 26. April. Pillersdorffs merkwürdige Erklärung vom 21., die gewiß in Deutschland großes Aufsehen erregen wird: daß die österreichische Regierung entschlossen sey, die Sonderinteressen der zum deutschen Bund gehörigen österreichischen Länder, die Selbstständigkeit ihrer innern Verwaltung zu wahren und sich die Zustimmung zu jedem von der Bundesversammlung gefaßten Beschluß unbedingt vorzubehalten — diese Erklärung ist nur eine Nachgiebigkeit gegen das fortwährende Sträuben einer Handvoll Tschechen das deutsche Parlament mit Abgeordneten zu beschicken; nicht genug: das Ministerium erklärt noch überdieß (wie der vor kurzem von unserm Oberstburggrafen an den sogenannten Nationalausschuß ergangene Erlaß verkündet) daß es sowohl den einzelnen zur Wahl Berufenen als ganzen Distrikten frei stehe, der Wahlausschreibung Folge zu leisten oder nicht — worauf Graf Stadion endlich die Wahl für Böhmen ausschrieb; alle diese den Tschechen gemachten Zugeständnisse genügen ihnen noch nicht, der Nationalausschuß beschließt am 24. drei Abgeordnete mit einer Petition an Se. Maj. zu senden, daß man von der Wahlausschreibung jetzt abkommen möge und die Entscheidung über den Anschluß Böhmens an Deutschland (oder vielmehr an das deutsche Parlament) dem nächsten Landtag zu überlassen sey. Es handle sich nämlich jetzt um einen Bund freier Völker, bei welchem kein Zwang eintreten dürfe; die Deputirtenwahl sey ein aufregender, selbst für den Kaiserstaat bedenklicher Versuch, Böhmen und überhaupt der Kaiserstaat dürfe sich den Beschlüssen der Frankfurter Versammlung nicht unterordnen; Böhmen müsse fest an Oesterreich hängen, und letzteres selbstständig von allem äußern bestimmenden Einfluß frei bleiben, wenn nicht der Monarchie Kraft und Existenz aufs Spiel gesetzt werden soll. Wir alle aber, die nicht zu den Ultratschechen gehören, kennen des Pudels Kern: den Tschechen ist der große Kaiserstaat nur Mittel, um unter seinem Schirm den langgehegten Traum eines großen Slavenreichs zu verwirklichen, in welchem sie, die Tschechen, die erste Rolle spielen könnten, was freilich durch einen innigern Verband mit Deutschland hinausgeschoben würde. Sollte es aber auch je zu einem großen Slavenbunde kommen, so wird der kleine, wenn auch energische und talentvolle Tschechenstamm nach unserer Ueberzeugung darin jedenfalls eine nur kleine Rolle spielen, denn all die übrigen Slavenstämme sind mächtiger und naturwüchsiger, und der tschechischen Nationalität drohte sicherlich in ihrer Mitte eine Gefahr des Verzehrtwerdens, die ihr im Bunde mit Deutschland nicht drohen würde. Aber es ist vergeblich, die Ehrgeizigen, Herrschsüchtigen, in der Erinnerung des alten großen Tschechenreichs Schwelgenden durch ein Wort der Besonnenheit zur Besinnung bringen zu wollen! Die Deputation reiste gestern nach Wien. Unterdessen schrieb der Oberstburggraf die Wahlen aus für alle Kreise Böhmens. Daß der Ausspruch des Nationalausschusses nicht der Wille aller Tschechen sey, zeigt schon jetzt eine Nachricht aus der Stadt Deutschbrod, die eine durchaus tschechische Bevölkerung hat. Am 24. versammelten sich dort vierhundert Bürger auf dem Rathhause, und erklärten: „da ein inniger Anschluß Böhmens an Deutschland durch die Beschaffenheit der europäischen Völkerzustände dringend geboten, die Beschlüsse des sogenannten, von der Nation nicht bestellten Nationalkomités über die deutschen Farben für eine Nation kleinlich seyen; seine Wirksamkeit verlängere das Interregnum, es solle mit Beschleunigung aufgelöst und der ordentliche Landtag einberufen werden. Die Deutschbroder (es ist merkwürdig, daß das Wort brod so viel als furt — in Frankfurt — bedeutet) beschlossen sich am 27. mit der benachbarten Bevölkerung im Freien zu versammeln und die Wahl zum deutschen Parlament vorzunehmen. Dieß geschah, ehe noch die Wahlausschreibung von unserm Oberstburggrafen erfolgt war. — Gestern wurde das Geburtsfest des Kaisers herzlich gefeiert; sämmtliche Nationalgarden rückten aus und defilirten vor der Generalität auf der Invalidenwiese. Zugleich ward die österreichische Reichsverfassung kundgemacht. (A. Z.)

Prag, 2. Mai. Wir leben hier in einer Aufregung, die sich nicht schildern läßt. Täglich ist ein blutiger Ausbruch der immer drohender sich gestaltenden Dinge zu erwarten. Der weite Riß zwischen Tschechen und Deutschen ist am 29. d. offenbar geworden. Als im deutschen konstitutionellen Verein ein von Wien zurückkehrendes Ausschußmitglied Bericht von seiner Sendung erstatten wollte und über die Anordnung der Wahlen zum deutschen Parlament sprach, erhoben die zu diesem Zweck in Masse erschienenen Tschechen ein furchtbares Toben, ein nicht enden wollendes Geschrei; die gegenseitigen Drohungen wollten schon in Thätlichkeiten übergehen, und nur den Besonneneren von beiden Seiten gelang es noch, die beiden Parteien auseinander zu halten. Der Präsident mußte die Versammlung aufheben. Nun stehen sich Tschechen und Deutsche scharf beobachtend, zum Schlagen bereit, gegenüber. (C. v. u. f. D.)

Schweiz.

Bern. Am 22. April ist eine Abordnung der Tagsatzung nach Genf abgereist, um dem General Dufour den ihm durch die Tagsatzung bestimmten Ehrensäbel zu überreichen. — Nach dem „Beobachter“ bestätigt es sich, daß aus dem Berner Zeughause 6 Kanonen, bei 1000 alte Gewehre, Munitionswagen, gefüllt mit Munition rc., nach Mailand verkauft worden sind.

Italien.

Die „Allgemeine öster. Zeitung“ bringt folgende Nachrichten vom Kriegsschauplatze in Italien: So eben ist die Nachricht aus Triest eingetroffen, daß dort, so wie in Pola mit größtem Eifer gearbeitet wird, um die k. k. Kriegsschiffe zu bemannen und auslaufen zu lassen. Oberst Kudriaffsky, welcher von Sr. Maj. zum Kommandanten der österreichischen Flotte ernannt wurde, befindet sich seit acht Tagen dort, er hat den besten Eindruck gemacht, indem er, allgemein bekannt und geachtet, nun die Seele der Marine ist. In wenigen Tagen ist es seiner bekannten Thatkraft gelungen, den Brigg Montecuccoli, zwei Goeletten und einen Dampfer des öster. Lloyds auf Kriegsfuß auszurüsten und in See stechen zu lassen. Die Fregatte Bellona wurde ebenfalls in Folge der energischen Dispositionen Kudriaffsky's

in drei Tagen segel- und schlagfertig gemacht. Die ausgelaufenen Kriegsschiffe kreuzen im Golf und treiben jeden Versuch, nach Venedig zu gelangen, mit Gewalt zurück. Auch in Ankona und Brindisi ist die Verbindung aufgehoben. Die Bellona ist am 28. April in die See gegangen, um mit dem auf Kriegsfuß ausgerüsteten Lloydschen Dampfer Imperatore, dem k. k. Dampfer Vulkano und den übrigen oben genannten Schiffen Venedig streng zu blockiren. Der Dampfer Trieste hat bereits 350 tüchtige Matrosen aus Dalmatien gebracht, mit welchen die Fregatte Venere und der Brigg Veneto bemannt werden sollen, um der übrigen Flotte eiligst zu folgen. — Das englische Kriegsdampfboot Terrible von 800 Pferdekraft und 32 Kanonen, das englische Dampfboot Harlekin von 18 Kanonen, die englischen Kriegsdampfboote Spitfire und Antilope sind in Triest geankert, ein Linienschiff und eine Fregatte folgen ihnen. Sämmtliche englischen Schiffskommandanten waren am 24. April, an welchem das Geburtsfest Sr. Maj. des Kaisers gefeiert wurde, zur Tafel bei dem Gouverneur geladen — und ihre Schiffe, festlich beflaggt, gaben die üblichen Salven. Der böse Geist herrscht in Triest, und man sieht mit Spannung den ferneren Kriegsereignissen und den Kriegsoperationen der k. k. Flotte und ihres Chefs entgegen. In Venedig soll große Bestürzung herrschen, da man täglich einen Ueberfall von der Seeseite befürchtet. Der englische Konsul von Venedig ist in Triest angekommen und sprach die Ueberzeugung aus, daß Venedig in wenigen Tagen fallen und sich der österreichischen Regierung ergeben würde. Der Stand der österreichischen Flotte ist gegenwärtig: 3 Fregatten, 2 Korvetten, 6 Briggs, 2 Goeletten, 14 Penichen, 9 Kannonieri, 2 Dampfer und 2 Transportschiffe.

Triest, 1. Mai. Wir entlehnen einem verläßigen Schreiben aus Venedig vom 29. April Abends Folgendes: Im Allgemeinen glaubt man, daß wenn die Oesterreicher von dem Tagliamento aus mit bedeutender Macht und mit Kavallerie gut versehen auftreten, und rasch vorwärts gehen, Oesterreichs Sieg gewiß sey. Ich glaube auch, daß wenn die Oesterreicher vor Maghera erscheinen, die Artillerie alles im Stich lassen werde. Oesterreich hat noch eine starke Partei in Venedig, wer nur etwas besitzt, wünscht die Rückkehr der vorigen Regierung unter annehmbaren Bedingungen. Schon fehlt das Geld, es gebricht an Waffen, und die wenigen Crociati selbst die römischen regulären Truppen sind der österreichischen Kriegsdisziplin nicht gewachsen. Nur wäre zu wünschen, daß Oesterreich mit Macht vorschreite und mit dem zum schnellen Brückenbau nöthigen Material versehen werde. Bereits ist durch diesen Umstand viel Zeit verloren worden, sonst wären sie jetzt schon in Mestre. In Vizenza werden sie ohne Mühe einrücken, denn dort will man keine Republik, und schon mißhandelt man die Crociati, welche zu ihrer Vertheidigung gekommen sind. Mit 10 Dampfern könnte man sogar vom Lido bei Nacht hereinkommen. Es sind dort keine Leute zur Vertheidigung. Dieses behauptete auch eine gestern abgesendete Kommission der Regierung. Lebensmittel fangen an, sehr theuer zu werden. Man spricht heute von einem Treffen bei Verona, wo die Piemontesen eine Schlappe bekommen haben. Der Umstand, daß die Oesterreicher alles baar zahlen, gewinnt ihnen viele Leute. Aber nur vorwärts! Zwischen Spresiano und Conegliano sind ungefähr 6000 Mann Insurgenten, römische und andere Truppen." (A. Z.)

Padua, 16. April. (Brieferöffnung.) Kaum sind wir von dem Zwange befreit, mit welchem die österreichische Polizei einer freien Korrespondenz hindernd entgegen trat, so sehen wir uns einer weit strengeren, ja gefahrvolleren Ueberwachung derselben unterworfen. Kein Brief geht über die Grenze, keiner gelangt in die Hände eines Deutschen, der nicht vorher vom Komitat der öffentlichen Sicherheit geöffnet und dessen Inhalt von diesem nicht zur Notiz genommen wird. Die zu öffnenden Briefe werden aufgeschnitten und ein zweites Siegel neben das des Briefstellers gesetzt, die Rückseite des Briefes mit dem Komitatsstempel versehen. — Seit ungefähr 14 Tagen nehmen die Dinge eine so traurige Wendung, daß bei dem ersten kräftigen Stoß von Außen, hier wenigstens, das kaum errichtete Gebäude der Freiheit und Unabhängigkeit in Trümmer stürzen muß. Täglich tauchen neue Verlegenheiten aus dem Gewirre für die vom besten Geist beseelte provisorische Regierung auf — und täglich wird es dem denkenden Beobachter klarer, daß diese jenen immer weniger gewachsen ist. Es fehlt überall an energischem Zusammenwirken, an kräftiger Entschlossenheit. (A. Z.)

Spanien.

Madrid, 27. April. Die Königin hat dem Staat ein glänzendes Geschenk gemacht — sie hat zu Gunsten des öffentlichen Schatzes sämmtliche Rückstände der Zivilliste bis zum 26. April erlassen. Sie betrugen die ansehnliche Summe von 60 Mill. Realen. Das Dekret gibt als Beweggrund dieser großmüthigen Freigebigkeit den Wunsch der Königin soviel von ihr abhänge, zur Erleichterung der Bedürfnisse des Staats beizutragen. Ihre Maj. rechne auf die Dankbarkeit eines edeln Volks. (Span. Bl.)

Großbritannien.

London, 29. April. Die „Shipping Gazzette" gibt die Liste von 27 preußischen Kauffahrteischiffen, 2 Briggs und eines kleineren Schiffes, welche von den Dänen mit Beschlag belegt worden. Hierzu kommen noch 9 Schiffe, die sich zur Zeit der Kriegserklärung in Kopenhagen befanden. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Rußland und Polen.

Das „Mannheimer Journal" bringt folgende Nachricht von der polnischen Grenze, 25. April: „Wir haben Berichte aus Petersburg, welche die Nachricht bestätigen, daß der Kaiser Nikolaus geneigt ist, zu der Herstellung des Königreichs Polen innerhalb seiner alten Grenzen die Hand zu bieten, falls dasselbe unter russischen Schutz gestellt und einen russischen Prinzen zum König erhalten würde. Es sind deßhalb mit den Höfen von Berlin und Wien bereits die nöthigen Unterhandlungen eingeleitet worden; man glaubt aber nicht, daß sie auf diesen Grundlagen zu irgend einem Ergebnisse führen werden. In Wien soll man sich auch bereits entschieden gegen ein solches Projekt ausgesprochen haben. Dieß wird indeß für den Czar kein Grund seyn, die Sache fallen zu lassen, er soll vielmehr die Absicht hegen, in diesem Falle den russischen Antheil von Polen seine volle Nationalität, Unabhängigkeit und freie Institutionen unter einem König aus der kaiserlichen Familie zurückzugeben. Auf diese Weise hofft man in Petersburg, auch die Polen in Oesterreich und Preußen näher an das russische Interesse zu fesseln, indem man dabei von der Ansicht ausgeht, daß das slavische Element, einem natürlichen Zuge folgend, sich williger und leichter mit einem slavischen Stamme verbindet, als mit dem deutschen Volke. Einige Schadenfreude über die Verlegenheiten, in welche dadurch Oesterreich und Preußen versetzt werden, scheint in Petersburg ebenfalls mitunterzulaufen." Sonderbar wäre die Erscheinung, wenn des Kaisers von Rußland Entschluß dem slavischen Elemente in Deutschland durch Hinwegreissen seiner Stützen in Polen und Rußland den Lebenskeim abschneiden würde, und namentlich Oesterreich dadurch von seiner Slavomanie geheilt würde. Deutschland kann halb Posen, Krakau, Galizien entbehren; aber Oesterreich müßte zerfallen oder deutsch werden. Oesterreich muß, hat obige Nachricht Grund, deutsch werden, um seine Provinzen zu erhalten, und muß deutsch werden, um zu existiren, wenn es dieselben verliert. Diese gefährliche Lage Oesterreichs, was ist sie anders, als die Folge der schlechten Politik seiner Regierung in den jüngsten Tagen. Wahrscheinlich bleibt nur die letzte Alternative, weil die erste durch das leidige „zu spät" vielleicht schon unmöglich geworden.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 13. April. Seit vorgestern sind wir hier in einer ängstlichen Aufregung. Es verbreitete sich nämlich das Gerücht, daß 6000 Türken in Silistria, 4000 in Nikopel und 4000 in Rustschuk eingerückt wären. Verbürgter ist die Nachricht jedenfalls, daß vier russische Cavallerieregimenter, zwei Uhlanen- und zwei Husarenregimenter für die Wallachei bestimmt seyn sollen. Heute aber wird die schauderhafte Neuigkeit als eine Thatsache erzählt, daß die russische Armee bereits den Pruth bei Skulany in der Moldau überschritten habe. Unser Fürst wurde davon durch eine Staffette benachrichtigt. (Oesterr. Z.)

Ionische Inseln.

In den italienischen Zeitungen findet sich eine Adresse Korfu, 26. März, vor, die im Namen der Ionier spricht und an den brittischen Kolonialsekretär gerichtet ist. Sie hält an um Preßfreiheit, um direkte und freisinnige Volksrepräsentation durch geheime Wahl von Wahlkollegien, um Ordnung der ionischen Militärmacht nach den Vorschriften des Pariser Traktats vom 5. Nov. 1815. (Wird England unverschämt genug seyn, die Ionier abschlägig auf Wünsche zu bescheiden, die keine anderen sind als solche, auf deren Gewährung England bei anderen Regierungen mit so großer Impertinenz zu dringen pflegt?)

Türkei.

Konstantinopel, 12. April. Am 9. April kam die erste Nachricht von der lombardischen Republik an, und augenblicklich verbreitete sich das Gerücht, die hiesigen Italiener wollten hier das alte venetianische Bailo, welches gegenwärtig dem österreichischen Botschafter zur Wohnung dient, als ihr Eigenthum mit gewaffneter Hand reklamiren. Eine beträchtliche Anzahl türkischer Soldaten hielt den Platz besetzt und starke Patrouillen streiften durch die Straßen von Pera — allein auch nicht ein einziger Venetianer zeigte sich. Es erschien vielmehr am andern Morgen eine Deputation vor dem alten Zöglinge Metternichs, die ihm die gänzliche Ungegründetheit dieser Besorgnisse darthat und ihm zugleich sechs ihrer achtbarsten hiesigen Landsleute als Geisel stellen wollten. Er schlug dies Anerbieten aus, und muß sich nun von Jedermann sagen lassen, daß das ganze Gerücht von ihm absichtlich ausgesprengt sey, um die Italiener zu verdächtigen, eine Ansicht, der ich, bekannt mit den Häuptern der italienischen Partei, unbedingt beipflichte. Also noch vor Thorabschluß ein diplomatisches Intriguelein; die Herren sind doch selbst in Zeiten, wie die unsrigen, unverbesserlich. — Das ausnehmend gute Verhältniß der Pforte zu der preußischen Gesandtschaft dauert fort; den Grund davon dürfen Sie, wie ich Ihnen schon vor einer Woche schrieb, in der wichtigen Ansicht der Türken suchen, daß ein nach außen mächtiges Deutschland ihm ein treuer Bundesgenosse seyn werde. — Metternich läßt man hier in Odessa angekommen seyn, er wird wohl schwerlich, wie einst der Herzog von Richelieu, von dort sich wieder hinter einen westeuropäischen Ministertisch begeben. (D. Z.)

Münchener Schrannen-Anzeige vom 6. Mai 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest.	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Waizen	3779	3364	415	18	22	—	17	—	—
Korn	1568	1494	74	11	48	—	15	—	—
Gerste	1469	1154	315	9	13	—	16	—	—
Haber	979	979	—	5	46	—	—	—	13

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag den 7. Mai: „Der Wildschütz." Oper von Lortzing.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. Parkmann, Gutsbesitzer, und Sailer, Kaufmann aus Sachsen; Porck, Rentier aus England.

Hôtel Maulik. Mem. Manageller v. Wien.

Gold. Hahn. HH Barmer, Advokat v. Koburg; Veith, Lehrer v. Berching; Dlle. Geyer v. Mainz.

Gold. Kreuz. HH. Bailler, Negotiant von Waldsassen; Daisenberger, Buchhändler von Regensburg; Madm. Bopp, Gutsbesitzerin v. Bagen.

Blaue Traube. HH. Baron Rufini v. Landshut; Kleo, Bürgermeister, Zech. Rechts-Rath, Jägerhuber, Apotheker, und Schmidtner, Brauer v. Landsberg; Prof. Priester v. Innsbruck; Graf Litta v. Biumi; Fradel, Partikulier v. Pany; Schneider, Zahlmeister v. Würzburg; Kraud, kgl. Officier v. Berlin.

Stachusgarten. HH. Siegmund, Maler v. Riga; Plannberg, Xylograph v. Kopenhagen; Donner, Professor v. Passau; Tieremair, Oberlieutenant v. Heidelberg; Kock, Student aus der Rheinpfalz; Moß, Student v. Bairenth.

Gestorbene in München.

Joseph Demmelmaier, Soldat im 1. Infanterie-Leibregimente, geb. von Haltenhausen, 22 J. alt.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 120.

Man pränumerirt auf die Nr. 3 in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaldeb-Gasse Nro. 2); auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 24 kr.

Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag — XLIX. Jahrgang. — 8. Mai 1848.

Deutschland.

(Oesterreich und seine Staatsschuld.) Bei der kritischen Lage des österreichischen Kaiserstaates, in welcher er wahrscheinlich die italienischen Provinzen ganz verlieren wird, die übrigen außerdeutschen aber zu selbstständigen Reichen werden lassen muß, ist eine der Lebensfragen des Reichs die wegen der Staatsschuld geworden. Eine ungeheuere Schuld lastet seit den großen Kriegen auf dem Staate, und bei Lostrennung der andern Provinzen ohne verhältnißmäßige Uebernahme der Schulden würde die ganze Last derselben auf die deutschen Provinzen fallen und damit ein totaler Staatsbankerott unvermeidlich seyn. Es ist natürlich, daß Solches nicht allein für eine große Menge Einwohner des ganzen Deutschlands höchst nachtheilig seyn würde, sondern daß auch Deutschland als Staat, zumal jetzt als immer mehr sich einigender Staat, einen Verlust erleiden müßte, der aufs Höchste ungerecht wäre. Denn die österreichische Staatsschuld ist vom ganzen Kaiserstaate gemacht und für das Ganze verwendet worden, weßhalb es durchaus recht und nothwendig ist, daß bei einer staatlichen Trennung der bisher verbundenen Theile jeder Theil nach seiner Einwohnerzahl eine verhältnißmäßige Quote der Gesammtstaatsschuld übernehme, wie es auch bei Holland und Belgien der Fall war. Bei diesen Verhältnissen scheint es an der Zeit, öffentlich es zur Sprache zu bringen, wie das gesammte Deutschland durch Pflicht und Interesse verbunden ist, Oesterreich in dieser Angelegenheit Schutz und Vertretung mit seiner ganzen Macht angedeihen zu lassen und durchaus nicht zu dulden, daß die Lombardei etwa frei werde, ohne Uebernahme der treffenden Staatsschuld, daß Ungarn nur einen beliebigen Theil sich zulege und Solches als eine besondere Gnade betrachte. Es scheint an der Zeit, den deutschen Bund von allen Seiten anzugehen und aufzufordern, daß er nicht allein Oesterreich seine Hülfe versichere, sondern auch darauf sehe, daß Oesterreich nicht zu Bedingungen sich verstehe, die seine deutschen Länder unter eine Last werfen, welche ganz Deutschland dann mittragen muß. Deutschland hat sich schon so viel gefallen lassen, hat schon so oft seine Glieder in Noth und Gefahr verlassen und hinterher die Strafe dafur empfunden, daß es in der That unverantwortlich, eine unauslöschliche Schande wäre, wenn es auch jetzt bei seiner Erhebung vergessen könnte, daß bei dem Streite um die österreichische Staatsschuld es sich nicht bloß um das Wohl Oesterreichs, sondern des deutschen Reichs handelt, und die Italiener mit Recht uns verhöhnen würden, wenn sie frei blieben von einer Staatsschuld, welche auch für sie verwendet worden ist. Auf, deutsches Volk, rede auch hier ein Wort drein! Schreie auf zu deinen Fürsten, daß sie sich rühren, so lange es noch Zeit ist, und nicht warten, wie bei Schleswig, bis zum letzten Augenblick! Erklärt ganz Deutschland, daß es eine Beschwerung seiner Bruderländer nicht dulden werde; macht es sich bereit, jeden Einmarsch der Italiener in deutsches Bundesland als Kriegserklärung gegen das Ganze anzusehen; legt es bei einem Friedensschlusse mit Italien auch sein gutes Schwert in die Wagschale, in welcher die Schulden abgewogen werden: so wird gewiß Recht und Ehre Oesterreichs und Deutschlands gewahrt bleiben. — Was soll das heißen? Italiener und Schweizer drohen in Tyrol einzudringen; höhnen, ihr Banner auf dem Brenner aufpflanzen zu wollen, und Deutschland sieht ruhig zu! O Michel, Michel, was bist du selbst jetzt in deiner Revolutionslaune noch für eine geduldige Seele! Männer hast du, die sich für die verkehrten Republikträume todtschlagen lassen wollen, und eine Freude hätten, wenn Franzosen, Schweizer, Polen und Italiener über uns herkämen und uns das Glück einer Republik mit Kolben verstehen lehrten; aber wenn ein köstliches Bruderland in die äußerste Gefahr geräth, da besinnst du dich lange, ob du helfen willst oder nicht? Stehe auf vom Schlafe und laß dich das Licht eines einigen großen Volkes erleuchten! (C. v. u. f. D.)

Bayern.

Landtag.

München, 8. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XXI. auf heute um 9 Uhr Vormittags angesetzte öffentliche Sitzung. 1. Verlesung des Protokolls der XX. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Verlesung des Gesammtbeschlusses über den Gesetzentwurf: „die Aufnahme eines Anlehens im Wege der freiwilligen Subskription betr." — 4. Berathung und Schlußfassung über den Gesetzentwurf: „die Aufhebung der standes- und guts-herrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten betr."

München, 8. Mai. Der Einlauf der Kammer der Abgeordneten vom 5. und 6. d. Mts. umfaßt abermals 19 Nummern von nicht besonderem Belange, davon mehrere Anträge von einzelnen Abgeordneten sich angeeignet worden sind.

München, 6. Mai. Die Vorstellungen, welche die königl. bayer. Regierung in Betreff des Geldausfuhrverbotes an die österreich. Regierung richtete, haben den Erfolg gehabt, daß von der letzteren Freipässe für alle 5000 fl. C.-M. nicht übersteigenden Baarsendungen nach Bayern zugesagt wurden, welche erweislich zur Deckung diesseitiger Forderungen privatrechtlicher Natur und zur Zahlung von Zinscoupons österreich. Staatspapiere bestimmt sind. Zur Erleichterung des Grenzverkehrs, namentlich an der tyrolischen Grenze, sind noch besondere Verfügungen an die Zollämter ergangen. Zugleich spricht die k. k. Regierung in der diese Mittheilungen enthaltenden Note an die königl. bayer. Regierung die Hoffnung aus, daß sie noch vor Ende Juni's im Stande seyn werde, das Geldausfuhrverbot ganz wieder aufzuheben. (A. Z.)

München. (Fortsetzung der Mittheilung der allerhöchsten Landraths-Abschiede.) B. Oberpfalz und Regensburg. Auf die in dem besonderen Protokolle niedergelegten Wünsche und Anträge erwiedern Wir, was folgt: 1) Unsere Regierung der Oberpfalz und von Regensburg hat aus dem staatspolizeilichen Standpunkte bereits jene Anordnungen getroffen, welche geeignet erscheinen, dem von dem Landrathe angeregten Uebelstande wegen Ueberhandnahme der außerehelichen Geburten auf wirksame Weise zu begegnen. In wie ferne die von dem Landrathe weiter beantragten, dem Gebiete des Zivilrechts angehörigen Maßregeln Berücksichtigung verdienen, muß der künftigen Gesetzgebung vorbehalten bleiben. — 2) Dem Antrage des Landrathes wegen Unterstützung des Chirurgen Karl Wille zu Regensburg, behufs der Erweiterung seiner Blutegel-Kolonie, vermögen Wir, da über die sämmtlichen Fakultativfonds für 1847/48 einschließlich der Erübrigungen aus der früheren Finanzperiode bereits Bestimmung getroffen ist, im Hinblicke auf Art. VI. des revidirten Landraths-Gesetzes vom 17. Nov. 1837 eine Folge nicht zu geben. — 3) Einer direkten Postverbindung zwischen Kemnath und Tirschenreuth über Erbendorf steht nach den gepflogenen Erhebungen zur Zeit noch der Straßenzustand entgegen. Uebrigens wird der demnächst ins Leben tretende Eilwagen zwischen Bayreuth und Weiden, in Verbindung mit einer täglichen Karriolpost nach und von Erbendorf, für letzteren Ort eine ganz entsprechende und beschleunigte Versendungsgelegenheit auch in der Richtung über Tirschenreuth darbieten. — 4) Die Voranschläge zur Beseitigung der Hindernisse, welche der Floßfahrt und der Brennholztrift auf dem Regen entgegen stehen, unterliegen umfassender Instruktion, und werden ihrer unverkennbaren Wichtigkeit entsprechend, im Auge behalten werden. — 5) Unsere Regierung der Oberpfalz und von Regensburg hat den, von dem Landrathe angegebenen Ursachen des nicht allenthalben entsprechenden Zustandes der Hochstraßen, insbesondere wegen Verwendung eines minder guten Materials näher auf den Grund zu sehen, und für geeignete Abhilfe zu sorgen, soferne die Beischaffung eines besseren Materials ohne unverhältnißmäßigen Aufwand möglich erscheint. Bezüglich der angeregten Vermehrung der Wegmacher wird Unsere Kreisregierung in Fällen, wo eine vermehrte Arbeiterzahl nöthig ist, ohnehin die Unterstützung der Wegmacher durch Hilfsarbeiter eintreten lassen. Wegen der Baumpflanzungen an den Straßen verweisen Wir auf Abschn. IV. §. 40 des Landtagsabschiedes vom 25. August 1843, dann Abschn. III. §. 33 des Landtagsabschiedes vom 23. Mai 1846, wobei Wir zugleich von Unserer Kreisregierung erwarten, daß sie sich die Beseitigung des von dem Landrathe angeregten Gebrechens durch Anwendung der als zuläßig bezeichneten Mittel zur besonderen Aufgabe machen wird. — 6) Bezüglich des wiederholt gestellten Antrages wegen einer Eisenbahnverbindung zwischen Regensburg, Amberg und Nürnberg können Wir zur Zeit nur auf den Landtags-Abschied vom 23. Mai 1846 Abschn. I. §. 5 verweisen. 7) Für Errichtung und Erhaltung ärarialischer Getreidmagazine ist schon bisher vorgesorgt worden, wie die aus solchen Magazinsvorräthen seit mehreren Jahren geleisteten sehr bedeutenden Unterstützungen und Aushilfen zur Genüge beweisen. Wir werden hierauf auch für die Folge besondere Rücksicht nehmen. — 8) Unser Staatsministerium des Innern ist bereits beauftragt, über die seitherige Verwaltung und über das Wirken des Hagelversicherungsvereins nähere Erhebung zu pflegen, bei deren Würdigung die Anträge des Landrathes die entsprechende Erwägung finden werden. Uebrigens wollen Wir den gegenwärtigen Abschied nicht beschließen, ohne der Aeußerungen warmen Dankgefühls mit Freude zu gedenken, welche der Landrath sowohl bezüglich der anbefohlenen Einleitungen für eine auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit gebaute Rechtspflege, und für Trennung der Justiz von der Verwaltung, als bezüglich der für des Kreises Wohl getroffenen Anordnungen, und insbesondere der zu Linderung des Nothstandes aus landesväterlicher Liebe gewährten Hilfe ausgesprochen hat. — Sie haben Unserem Herzen zur wahren Befriedigung gereicht, und Wir erwiedern sie unter wohlgefälliger Anerkennung der bei seinen einsichtsvollen Berathungen neuerdings bewährten treuen Anhänglichkeit mit der wiederholten Versicherung Unserer Königlichen

Huld und Gnade. München, den 2. April 1848. Max. v. Beisler. v. Thon-Dittmer. Heintz. Lerchenfeld. von der Mark, Generalmajor. Graf v. Waldkirch. Nach dem Befehle Sr. Maj. des Königs: der geheime Sekretär des Staatsrathes, Rath Seb. v. Kobell.

||| München, 6. Mai. In der gestrigen Versammlung des „Bandhofklubbs“ vereinigte man sich dahin, daß von nun an in jeder Woche an einem bestimmten Tage Versammlung seyn; das Nähere wird am nächsten Montag, den 8. d. Mts., Abends im Paradiesgarten beschlossen werden, da das bisherige Lokal (Zweibrückensaal) reparirt werden muß. — An der Tagesordnung stand die Berathung der Adresse an das Staatsministerium, wegen Auflösung der Ständekammern. Wir fügen die Adresse, wie sie beschlossen wurde und eingereicht werden wird, bei:

„Allerdurchlauchtigster großmächtigster König! Allergnädigster König und Herr!“ Als in den glorreichen Märztagen das Volk mit Kraft und Entschiedenheit sofortige Einberufung der jetzigen Kammer verlangte, geschah dieß nur deßhalb, weil Dinge verlagen, deren weiterer Aufschub Bayern vor den übrigen deutschen Staaten zu weit zurückgedrängt und uns den Gefahren einer Anarchie oder Reaktion ausgesetzt hätte. Bei diesem Verlangen ließ sich jedoch keineswegs das Volk von der Rücksicht auf die persönliche Zusammensetzung dieser Kammer leiten, denn diese Kammer in ihrer Mehrzahl, ein trauriger Ueberrest des Abel'schen Systems, größtentheils hervorgegangen aus Minoritäts-Wahlen, geschwächt durch die willkührliche Ausdehnung des §. 44, lit. c der X. Beilage zur Verf.-Urkunde, noch überdieß eines Theils der besten Kräfte in neuester Zeit durch anderweitige Verwendung beraubt — diese Kammer, deren Majorität, wie die Protokolle v. J. 1846 zur Genüge ausweisen, nur zu oft im Dienste des Servilismus und des Rückschrittes stehend, ist ihrer aufhabenden Verpflichtung, die Rechte des Volkes zu schützen und dessen Wohl zu fördern, wenig nachgekommen, weil sie dem Volke keine Freiheit errang, ja sogar bei Auflegung neuer Fesseln hilfreich die Hand bot. Eine solche Korporation ist nicht geeignet, die Grundsteine zu dem neuen Baue der konstitutionellen Freiheit zu legen. Nur was in dem gegenwärtigen Augenblicke das Volk dringend fordert — Wahlgesetz, Ablösungsgesetz, möge durch die gegenwärtige Kammer erledigt, sie selbst sofort aufgelöst und eine andere, nach einer neuen, auf wahrhaft freie Grundlagen zu gründenden Wahlordnung einberufen werden. Allein auch die volksthümlichste Zusammensetzung einer Abgeordneten-Kammer bietet für die errungenen Rechte und Freiheiten noch keine Gewähr, so lange sich dem Willen des Volkes, der sich durch eine solche Kammer kundgibt, eine auf veraltete Privilegien gestützte Korporation entgegenstemmen kann. Es ist bekannt und läßt sich thatsächlich nachweisen, daß seit dem Bestehen der Verfassung das Streben der ersten Kammer nur immer dahin ging, die wenigen Regungen des Fortschritts, die sich in der zweiten Kammer äußerten, durch ihr Veto zu nichte machen. In allen deutschen Gauen verlangt man Abschaffung aller Privilegien, Verwirklichung einer vollständigen Gleichheit vor dem Gesetze. Auch wir wollen keine Herrschaft eines bevorzugten Standes. Dieß die aufrichtigen Wünsche, welche die allerunterthänigst treugehorsamsten Unterzeichneten ehrfurchtsvollst vorzutragen wagen.

Aus Franken, 3. Mai. Das in Nürnberg garnisonirende Infanterieregiment „Erbgroßherzog von Hessen“, welches nach dem badischen Seekreis beordert wurde, ist heute abmarschirt. Das in Bayreuth liegende Regiment soll gleichfalls dahin bestimmt seyn, sobald aus Sachsen die nöthige Mannschaft für den Garnisonsdienst nachgerückt seyn wird. Die Stärke der sächsischen Truppen, welche ins Fränkische bestimmt sind, wird auf 10- bis 12,000 Mann angegeben, doch scheint darüber noch keine bestimmte Verfügung getroffen und die definitive Marschorder von den folgenden Ereignissen abhängig zu seyn. — Nach Bamberg, das, mit Ausnahme einer kleinen Kavallerieabtheilung, ganz von Truppen entblößt ist, wird einstweilen von Bayreuth ein Bataillon Infanterie verlegt, das heute eintreffen soll. Von dem bessern Theile der Einwohner wird die Ankunft dieser Truppen mit Freude begrüßt werden, weil sie erwarten, daß durch ihre Anwesenheit dem Treiben der Wühler endlich Einhalt gethan werden wird.

Nürnberg, 4. Mai. Gestern ist eine Schwadron Chevauxlegers von Neumarkt hier eingetroffen, welche hier in Garnison bleibt. — Die Aufstellung eines Lagers von 60,000 Mann in der Gegend zwischen Koburg und Schweinfurt bestätigt sich. Es werden an demselben österreichische, preußische, bayerische und sächsische Truppen theilnehmen. (Nürnb. Kurier.)

Baden.

Lörrach, 4. Mai. Heute Vormittag 1 Uhr passirte das württembergische Truppenkorps, welches in der hiesigen Gegend in Kantonirung steht, vor dem Oberbefehlshaber des 7. und 8. Armeekorps, dem Prinzen Karl von Bayern, die Revue. Ihm zur Seite sah man die Befehlshaber des 8. Armeekorps, Prinz Friedrich von Württemberg und den Prinzen Friedrich von Baden. Die Truppen waren auf dem Felde vor der Stadt aufgestellt. Prinz Karl sprach sich beim Vorübermarsch mit großer Zufriedenheit über die gute Haltung und das frische Aussehen der Truppen aus. Die 6. Compagnie des 6. Infanterieregiments, welche den Sieg über die Freischaaren bei Dossenbach erfochten hatte, ward besonders von dem Kommandirenden für ihren Muth und Ausdauer belobt. Wie die Dinge jetzt stehen ist eine Rückkehr der Truppen in ihre Garnisonen noch nicht in Aussicht, indem Hecker und Struve, welche sich in Baselland umhertreiben, neue Freischaaren zu bilden suchen. Täglich werden noch gefangene Freischärler eingebracht. Die Stimmung der Truppen ist die beste. (A. Z.)

Ein längerer Artikel des „Mannheimer Journals“, datirt: Mannheim, 3. Mai, führt schwere Klage über die Härte der Maßregel, die Stadt in Kriegszustand zu erklären. Besonders tritt er auch einem Aufsatz der „Deutschen Zeitung“ entgegen, welcher diese Maßnahme dadurch rechtfertigt, daß, da Mannheim in sich selbst die Kraft nicht habe, zur Aufrechthaltung der Gesetzlichkeit und Ordnung, diese Kraft ihm vom Staate kommen müsse.

Preußen.

Berlin, 2. Mai. Daß die Wahlen im allgemeinen dem gemäßigten Liberalismus günstig ausfielen, bestätigen die verschiedensten Berichte. Von den Vertretern des Radikalismus haben nur die Herren Bahl und Eichler (gegenwärtig in Schuldhaft) in ihren Bezirken eine überwiegende Stimmenmehrheit gefunden.

Berlin, 4. Mai. Der erste wichtige diplomatische Schritt, welcher seit unserer Revolution geschehen ist, ist die Anerkennung der jetzigen spanischen Regierung. — Die Stellung unseres bisherigen Gesandten am Frankfurter Bundestage, Grafen Dönhoff, war seit längerer Zeit unhaltbar geworden, und er selbst hatte seine Abberufung gewünscht. Diese ist erfolgt. Der Baron Usedom, bisheriger Gesandter in Rom, tritt an seine Stelle und ist schon heute nach Frankfurt abgegangen. (A. Z.)

Aus Elbing berichtet man der „Börsenhalle,“ daß 8 Danziger Schiffskapitäne sich bereit erklärt haben, augenblicklich gegen die Dänen in See zu gehen, sobald man ihnen nur die nöthigen Geschütze gebe. Das Beispiel soll auch anderweit bereits Nachahmung gefunden haben. In Memel ist ein dänischer Westindienfahrer mit Beschlag belegt worden.

Königsberg, 28. April. Heute Morgen sind ein Bataillon (1000 Mann) des hier in Garnison stehenden 1. Infanterieregiments und einige Geschütze nach Memel geschickt, um den dortigen Hafen gegen etwaige Angriffe dänischer Kriegsschiffe zu schützen, ein anderes Bataillon des 1. Infanterieregiments ist ebenfalls heute Morgen nach Insterburg, in der Nähe der russischen Grenze abmarschirt. Das litthauische Dragonerregiment ist bereits seit einigen Wochen längs der russischen Grenze vertheilt. Die Grenze ist noch fortwährend, sowohl für Personen als für Waaren, hermetisch geschlossen. (Wes. Z.)

Posen, 1. Mai. In diesem Augenblick gehen hier die betrübendsten Nachrichten vom Schauplatze des Kampfes ein. Das Vertrauen, welches unsere höheren Militärs in die Treue der Truppen polnischer Abkunft gesetzt hatten, ist in entsetzlicher Weise getäuscht worden. Bekanntlich hieß es schon vor 6 Wochen, daß die hiesigen Regimenter, welche großentheils aus gebornen Polen bestehen, nach den westlichen Provinzen versetzt werden sollten, allein es ist dieß unterblieben, wahrscheinlich weil die Anführer ihrer Treue versichert zu seyn glaubten. Gestern sollte das Städtchen Miloslaw, unfern der polnischen Grenze, wo eine beträchtliche Insurgentenschaar unter Mieroslawski's Anführung sich festgesetzt hatte, von den preußischen Truppen genommen werden, allein ein Bataillon des 12. Infanterieregiments, so wie ein Theil des 4. Cürassierregiments verweigerten dem Vernehmen nach den Kampf. Die Erbitterung des Militärs ist ungeheuer, aber eben so groß auch der Jubel der Polen, die nun schon gewonnenen Spiel zu haben vermeinen. Doch dürfte der Kampf sich morgen in heftigster Weise erneuern, indem der Oberst v. Brandt mit seinem Detachement von Neustadt an der Warthe her gegen Miloslaw anrückt, und von hier aus so eben das 7. Landwehrregiment, so wie die hier stehende reitende Artillerie dahin abgegangen ist.

Schleswig-Holstein.

Kiel, 1. Mai. Die unseren Hafen blokirende „Galathea“ nahm gestern einen Besuch von dem schwedischen und holländischen Konsul unserer Stadt entgegen, und man erfuhr in Folge dessen, daß sie bisher noch nicht Ordre erhalten, ihre Station zu verlassen, jedoch solche fortwährend erwarte, da sie bereits schon seit 8 Tagen ohne Nachrichten und außer Verbindung mit der dänischen Armee sich befinde. Eine nur geringe Besatzung und wenig Lebensmittel, hörte man auch, befänden sich auf dem Schiffe. Augenblicklich hört man wiederholten Kanonendonner von der Festung Friedrichsort her. Es wird, dem Vernehmen nach, zur Probe mit glühenden Kugeln geschossen. (H. K.)

Luxemburg.

Luxemburg, 29. April. Die deutsche Sache hat gesiegt! Gestern haben unsere Landstände nach langem Kampfe den Antrag wegen Beschickung der Versammlung von Frankfurt mit 35 gegen 29 Stimmen genehmigt. (Rh.- u. M.-Z.)

Freie Städte.

Frankfurt. 3. Mai. Bei lebhaftem Umsatz blieb die heutige Böse wieder sehr animirt; es zeigte sich viele Kauflust, alle Fonds schlossen fest und theilweise höher im Kurse wie gestern.

Hamburg, 2. Mai. Heute Morgens geschahen die ersten Hammerschläge zur neu zu erbauenden deutschen Flotte; auf unserm Werfte wurden die ersten Rippen auf den Zimmerplatz gebracht. Die deutsche Flotte hat also in ihren ersten Anfängen begonnen, und Hamburg hat den Ruhm die Gründung bewerkstelligt zu haben, und zwar in Folge eines Aufrufs des Hrn. Edgar Roß, eines der drei für Frankfurt gewählten Parlamentsmitglieder. Das erste gebaute Schiff wird ein Kanonenboot seyn, und man will mit den gebotenen Mitteln derartig fortfahren, daß man ein größeres Schiff bauen wird.

Oesterreich.

Wien, 26. April. Nein, die österreichische Verfassung, trotz ihrer politischen Vortrefflichkeit, ist nicht lebensfähig. Wehe uns, wenn sie es wäre, denn alsdann wäre Oesterreich für Deutschland verloren, würde Wien die Hauptstadt eines slawischen Reiches. Die deutschen Bundeslande Oesterreichs haben eine Bevölkerung von 11 bis 12 Millionen, welche beinahe zu gleichen Theilen der deutschen und der slawischen Zunge angehören. Bei den Deutschen ist die Bildung, der Wohlstand, der Gewerbfleiß, und diese Vortheile geben ihnen ungeachtet der Gleichheit der Zahl eine entschiedene Ueberlegenheit über die Slawen. Dieses Verhältniß muß sich aber augenblicklich umkehren, sobald, wie die österreichische Verfassung will, Galizien und Dalmatien in den konstitutionellen Staatsverband Oesterreichs hereingezogen, und die Zahl der demselben angehörigen Slawen dadurch verdoppelt wird. Gegen 12 Millionen Slawen müssen 6 Millionen Deutsche im politischen Kampfe zu Grunde gehen. Man berufe sich nicht auf die bisherigen Erfahrungen des österreichischen Staatslebens. Die wesentlichen Bedingungen desselben sind andere geworden, und so müssen auch die Ergebnisse andere werden. Das neue, konstitutionelle Oesterreich wird auf demokratischer Grundlage aufgebaut; das erste Prinzip der Demokratie aber ist das Prinzip der Geltung der Majoritäten. Wie das künftige Wahlgesetz auch ausfalle, die Slawen werden nach Inhalt der Verfassung vom 25. d. Mts. immer doppelt so viele Stimmen haben, als die Deutschen, und also auch doppelt so viele Abgeordnete auf den Reichstag senden. — Möglich, wahrscheinlich sogar, daß sich dieses Verhältniß nicht sofort auf dem ersten Reichstag herausstellt; daß es aber unausbleiblich wäre, wenn die Verfassung unglücklicher Weise zu einer dauernden Wirksamkeit ge-

langen könnte, darüber kann kein klarer Kopf den mindesten Zweifel hegen. Wenn die Polen ihren Vortheil verstehen, so werden sie die ihnen angebotene Betheiligung bei der Gesammtverfassung Oesterreichs mit beiden Händen ergreifen, denn diese Verfassung verspricht ihnen im Süden und Westen mehr, als sie im Norden und Osten verloren. Oesterreich, das deutsche Oesterreich — es gibt kein anderes und soll kein anderes geben Oesterreich will Galizien politisch erobern, — und sieht nicht, daß es sich damit selber aufgibt! Wenn der Unstern Deutschlands wollte, daß die Verfassung vom 25. auch nur auf fünf Jahre in Kraft träte, so würden wir erleben, wie Oesterreich aus dem herrschenden Volke zum beherrschten geworden, wie der Pole Wien das Gesetz gäbe, das er bisher von dort empfangen. Denn die Führerschaft unter den im konstitutionellen Oesterreich vereinigten Slawenstämmen würde natürlich den Polen zufallen, und ob diese sich alsdann für den unter dem alten Regiment erlittenen Druck schadlos halten würden, das geben wir Denen zu bedenken, welche dem Gang des jüngsten Aufstandes in Posen, in dem durch deutsches Blut und deutsche Großmuth emanzipirten Posen, mit achtsamen Blicken gefolgt sind. — Also fort mit Galizien aus dem konstitutionellen Staatsverband Oesterreichs. Selbst in den Händen der Russen kann uns Galizien niemals halb so gefährlich werden, als innerhalb der österreichischen Verfassung. Diese Wahrheit wird auch ohne Zweifel schon auf dem ersten Reichstage einleuchtend werden, und wir leben der Zuversicht, daß die österreichische Regierung binnen her und kürzester Frist durch die Einsicht und den Nachdruck des deutschen Volkswillens veranlaßt seyn wird, Galizien und Dalmatien von der Verfassung auszuschließen, welche ohne jene Provinzen eine vortreffliche, mit denselben die allerschlechteste seyn wird, die man sich denken kann. (Karlsr. Z.)

Wien, 27. April. Geben wir uns keinen Täuschungen hin, gestehen wir es uns: der Zusammenhang Oesterreichs mit Deutschland steht auf dem Spiele; ja noch mehr, es handelt sich um nichts Geringeres, als um die Frage, ob Oesterreich deutsch bleiben oder slawisch werden soll. Daß die neue Verfassung geradezu darauf berechnet zu seyn scheint, dem Slawenthum in Oesterreich den Sieg über das Deutschthum zu verschaffen, habe ich in einem früheren Briefe bemerklich gemacht. Den Mißgriffen und der Unfähigkeit der Regierung bestrebt sich der Provinzialgeist an allen Enden Oesterreichs nachdrücklich vorzuarbeiten. In Mähren haben die Stände gegen die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung Verwahrung eingelegt, und es ist sehr zweifelhaft, ob die Regierung rathsam finden wird, über diese Protestation, deren Beweggründe wir noch nicht kennen, hinwegzuschreiten. In Böhmen ist das Wahlausschreiben der Regierung gar nicht verkündigt worden; der Oberstburggraf hat es auf die Drohungen der tschechischen Partei zu den Akten gelegt, und eine Deputation von Deutsch-Böhmen, welche gestern hier war, um zu verlangen, daß die Regierung dem Statthalter befehle, seine Pflicht zu thun, mußte unverrichteter Sache wieder nach Hause gehen. Noch viel niederschlagender als die Charakterlosigkeit des Ministeriums und als die Trennungsgelüste jener beiden halbslawischen Landschaften, scheint uns aber die Stimmung, deren Zeugen wir hier in Wien selbst seyn mußten. Ein Ministerium kann von heute auf morgen gewechselt werden, und der deutsche Geist in Mähren und Böhmen würde bald die Oberhand gewinnen über den slawischen, wenn er sich von einer entschlossenen Regierungsgewalt unterstützt fühlt: — wenn aber der Kern des Landes krank ist, wenn das Volk der Hauptstadt sich selber im Stiche läßt, dann muß man sich gestehen, daß es schwer ist, zu helfen. Nachdem Wien einige Wochen lang für den Gedanken des einigen Deutschlands geschwärmt hat, begeistert es sich jetzt wieder für die Idee der großen österreichischen Monarchie nach bisherigem Zuschnitt. Man begreift natürlich, daß der innige Anschluß an Deutschland nicht möglich ist, so lange man nicht auf die staatliche Vereinigung mit so manchen außerdeutschen Provinzen verzichtet; aber ehe man diese Provinzen opfert, gibt man lieber Deutschland auf. Was man freilich nicht begreift, ist, daß das Deutschthum in Oesterreich ohne dessen Verschmelzung mit dem übrigen Deutschland verloren seyn wird; was man nicht begreift, ist, daß innerhalb der neuen Verfassungsverhältnisse nothwendiger Weise die Volksmehrheit den Geist und die Richtung des Staatslebens bestimmen muß; was man nicht begreift, ist, daß demnach schon die in den österreichischen Bundeslanden lebende slawische Bevölkerung, die den Deutschen auch ohne Galizien an Zahl überlegen ist, daß schon die slawische Bevölkerung von Böhmen, Mähren, Kärnthen und Krain dem Deutschthum in Oesterreich höchst gefährlich werden wird, wenn Oesterreich nicht alle Kanäle öffnet, durch welche das große deutsche Nationalleben auf seine Lande herüberströmen kann. Und eben weil man Das Alles nicht begreift, gibt man die Sache der Nation und damit die Sache des eigenen Stammes auf, um einem Hirngespinnst abgesonderter Größe und Macht nachzujagen. Man möchte hier in Wien recht gern den ganzen Vortheil des Staatsverbandes mit dem übrigen Deutschland haben, demselben aber um keinen Preis irgend etwas Oesterreichisches aufopfern. Eine gemeinschaftliche Diplomatie? Recht gut, sofern sie in die Hände der österreichischen Regierung gelegt wird. Ein gemeinschaftliches Heer? Mag für das übrige Deutschland passen, aber Oesterreich muß seine eigenen Fahnen behalten. Ein Kaiser? Er lebe hoch, — wenn er Ferdinand I. heißt. Ausdehnung des Zollverbandes bis an die Gränzen Deutschlands? Oesterreich würde unbedenklich seine Zustimmung geben, wenn es nicht befürchten müßte, seine Fabriken darüber zu Grunde gehen zu sehen. Und so geht es fort mit den Vorbehalten des österreichischen Patriotismus, bis zuletzt Nichts von dem Kompetenzgebiete der zu schaffenden deutschen Zentralgewalt übrig bleibt. Jede günstige Nachricht aus Italien steigert die Stimmung, in welcher man sich befindet, Deutschland allenfalls geradezu den Rücken zu kehren, und wir müssen das demüthigende Geständniß ablegen, daß die deutsche Gesinnung Oesterreichs unserer Ueberzeugung nach nur auf Kosten seiner Waffenehre wiederhergestellt werden kann.

Wien, 4. Mai. Der Minister des Aeußern, Graf Fiquelmont, ist heute von seinem Posten zurückgetreten, nachdem derselbe durch wiederholte Demonstrationen zum Rücktritt öffentlich aufgefordert worden. (A. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 1. Mai. Se. Maj. der König ist vorgestern Nachmittag auf dem Dampfschiffe „Aegir" im besten Wohlbefinden hier eingetroffen und mit vielem Jubel empfangen worden. Der König hat darauf eine Ansprache an die Bewohner Kopenhagens gerichtet, um ihnen für die von ihnen bei seiner Heimkehr dargelegten Beweise der Zuneigung zu danken, und zu versichern, daß er Hand in Hand mit ihnen gehen und Glück und Unglück mit ihnen theilen wolle.

Der „Hamburger Börsenhalle" schreibt man aus Kopenhagen, 1. Mai, daß nunmehr alle zum deutschen Bund gehörigen Schiffe genommen werden. Am Tag vorher war Marschall v. Reventlau auf dem Rob Roy, nach St. Petersburg abgegangen.

Ein Kriegsschiff ist von hier abgegangen, um vor der Mündung der Elbe zu kreuzen. Zwei andere sollen auf der Höhe von Skagen stationirt werden.

„Fädrelandet" berichtet aus Helsingör, daß am 29. April der Kommandant von Kronborg und der Befehlshaber des Wachtschiffes noch keinen Befehl erhalten hatten, hannoversche, mecklenburgische und hanseatische Schiffe aufzubringen.

Die General-Postdirektion zeigt an, daß die Fahrten der Dampfschiffe „Ophelia" und „Lolland" nach Deutschland eingestellt sind. Die Verbindung wird daher nur durch die schwedischen Dampfschiffe „Malmö" und „Nordstjernan" bewerkstelligt.

Aegypten.

Alexandria, 11. April. Mehemed Ali's Tod wird stündlich erwartet; sowie er eintritt, fürchtet man, werden ernste Unruhen ausbrechen. In Cairo war eine Empörung ausgebrochen, die bald wieder gedämpft war: die Führer fangen, hängen oder köpfen war der Geschäftsgang der Regierung. (Engl. Bl.)

Literatur.

England und die schleswig-holsteinische Angelegenheit.

„Memoir on the constitutional Rights of the Duchies of Schleswig and Holstein, presented to Viscount Palmerston by Chevalier Bunsen on the 8th of April 1848, with a Postscript of the 15th of April. Published with M. de Gruner's Essay of the Danish Question and all the official Documents by Otto v. Wenckstern. London Longman, Brown etc. 1848."

Die öffentliche Meinung in England ist bisher in dieser für Deutschland wie für den Frieden von ganz Europa so hochwichtigen Angelegenheit durch die dortige Presse irregeleitet worden. Die Unbekanntschaft der englischen Blätter mit der staatsrechtlichen Stellung der Herzogthümer zu Dänemark, deren Kenntniß allein ein richtiges und unparteiisches Urtheil in dieser Frage begründen kann, hat bewirkt, daß man dort Partei nimmt für Dänemark gegen Deutschland, daß man darauf besteht, Dänemark dürfe nicht geschwächt werden, „die Integrität der dänischen Monarchie," um mit den Worten der Times zu reden, „müsse aufrecht erhalten und den unruhigen Zänkereien einer gewissen Partei in den Herzogthümern müsse ein Ende gemacht werden." Eine dadurch hervorgerufene feindliche Demonstration Englands gegen Deutschland konnte leicht zu den endlosesten Verwickelungen führen. Dieser Gefahr ist durch unseren Gesandten am londoner Hofe, Hrn. Bunsen, glücklich vorgebeugt worden. Hr. Bunsen hat in der oben bezeichneten Denkschrift an Lord Palmerston, die der Oeffentlichkeit übergeben ist und auch bald deutsch übersetzt erscheinen wird, die Sache der Herzogthümer so klar und bündig dargelegt, daß auch nicht der Schatten eines Zweifels sowohl über das Recht der Herzogthümer zu ihrer Erhebung, wie Deutschlands zu seiner Intervention, mehr bestehen kann. Für uns sind die in der Denkschrift dargelegten staatsrechtlichen Gründe der Einheit und Selbstständigkeit der Herzogthümer nicht mehr neu; unzählige Schriften haben seit Jahren unser Publikum darüber aufgeklärt, aber wir gestehen, sie nirgend in dieser vollendeten Dialektik, mit dieser schlagenden Beweiskraft und in solcher Kürze und zugleich Vollständigkeit gelesen zu haben. Das höchste Interesse aber für den deutschen Leser zu jetziger Zeit bietet die Denkschrift in ihrer aus jenen Gründen konsequent hergeleiteten Schlußfolgerung, daß der gefürchtete Vertrag von 1720, welcher unter der Garantie Englands und Frankreichs die Verbindung Schleswigs mit Dänemark angeblich feststellen sollte, England vielmehr die Pflicht auferlegt, Schleswig als ein unabhängiges Herzogthum zu schützen. Hr. Bunsen schließt, auf Grund des konstitutionellen Rechts der Herzogthümer, folgende drei wichtige Punkte: 1) Daß der Krieg in Schleswig, welchem der Friede von Friedrichsburg ein Ende machte, nicht ein Krieg Dänemarks gegen das Volk von Schleswig, sondern ein Krieg zwischen schleswig-holsteinischen Fürsten mit verschiedenen Ansprüchen war, daß demnach Dänemark nicht Ansprüche gegen das Volk von Schleswig durch das Recht der Eroberung erheben kann. 2) Daß der Gegenstand der Garantie nicht ganz Schleswig, sondern hauptsächlich nur derjenige Theil von Nordschleswig ist, über welchen die gottorper Linie eine entschiedene Souveränetät beanspruchte. 3) Daß die Garantie, welche Dänemark gegeben worden ist, nicht gegen das Volk und seine Rechte auch nicht gegen andere dritte Parteien gerichtet seyn kann, welche in künftigen Fällen rechtmäßige Ansprüche auf jenen Theil des Herzogthums gegen die herrschende Familie in Dänemark haben möchten. „Wenn demnach" so schließt die Denkschrift, „die weibliche Linie in Dänemark zur Regierung kommt und das Volk von Schleswig bei seinem Rechte beharrt, einen Herzog aus den Repräsentanten der männlichen Linie zu haben, so kann die englische Garantie in keiner Weise zum Schutze der Ansprüche Dänemarks angerufen werden. Und wenn es solche Repräsentanten gibt, und zwar solche, welche nicht entsagt und ältere Ansprüche haben als die des gottorper Hauses sind, so erscheint es sehr zweifelhaft, ob selbst für jenen Theil von Nordschleswig, dessen Besitz Dänemark von England garantirt und von der gottorper Linie durch Paul I. aufgegeben worden ist, irgend ein Anspruch von Seiten Dänemarks auf englischen Beistand wegen der Garantie von 1720 erhoben werden kann. Denn in der That, die Garantie muß doch aufgehört haben, wenn sie ihren Gegenstand verloren hat. Dies ist aber geschehen 1773, als die Ansprüche des Hauses Gottorp aufgegeben wurden, gegen welche allein jene Garantie gefordert und gewährt worden ist."

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 9. Mai: „Wallenstein's Tod," Trauerspiel von Schiller.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Fürst Fugger Babenhausen; Dr. Kelscheiter v. Leipzig; Block, Privatier v. Wesel; Faber, Maler v. Gmünd.

Hôtel Maulik. HH. Frhr. Seillwitz aus Pommern; Stolb, Privatier v. Biberach; v. Meieri, Rentier v. Collial.

Gold. Hahn. HH. Frhr. v. Schlichten von Aschaffenburg; v. Braun, Oberlieutenant v. Landau.

Gold. Kreuz. HH. Kreichauf, Partikulier, und Ebner, Negotiant v. Augsburg.

Blaue Traube. HH. Stocker, Gerichtshalter v. Kaufburg; Lautenschläger, Postoffizial, und Herz, Ingenieurpraktikant v. Nürnberg; Frhr. v. Sauerzapf v. Burggrab; Spies, Appellationsgerichtsassessor von Aschaffenburg; Mazni, Partikulier aus der Lombardei; Simonetta, Sino, Barcelli v. Mailand; Halzinger, Sänger v. Karlsruhe.

Gestorbene in München.

Anna Ebner, Weberswittwe v. Regen, 84 J. alt; Alois Schederer, bgl. Glaser v. h., 48 J. alt; Sophia Wieland, Meßnerstochter v. h, 38 J. alt; Theres Hartl, Lädknechtsfrau von der Au, 28 J. alt; Konrad Schiller, Bebienter v. Thornberg, Ldg. Kemnath, 57 J. alt; Joseph Geigand, Maurer v. h., 47 J. alt; Kordinian Hatlinger, Taglöhner v. h., 46 J. alt; Anton Neumaier, Schneidergesell v. Ingolstadt, 27 J. alt; Joh. Nep. Reil, bürgl. Bierwirthssohn v. h., 17 J. alt.

Bekanntmachung.

Aus Auftrag des Secretariats der Kammer der Reichsräthe des Königreichs Bayern wird hiemit bekannt gemacht, daß die gedruckten Kammerverhandlungen bei der hiesigen k. Oberpostamtszeitungsexpedition zu 3 fl. für je 100 Bogen bezogen werden können, wohin man sich mit allenfallsigen Bestellungen wenden wolle.

München, den 15. April 1848.

Stademann,
als Canzlei-Dirigent der Kammer der Reichsräthe.

Das Directorium der Kammer der Reichsräthe bringt hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß zu allen der fortan öffentlichen Sitzungen der Kammer Eintrittskarten für Jedermann verabfolgt werden.

Man wolle sich wegen Erlangung dieser am Eingange abzugebenden Karten an die Expedition der Canzlei der Kammer der Reichsräthe wenden.

Den Redacteuren und Stenographen der öffentlichen Blätter ist eine eigene Tribunabtheilung eingeräumt.

München, den 17. April 1848.

Das Directorium der Kammer der Reichsräthe bringt hiemit zur öffentlichen Kenntniß, daß die Eintrittskarten zu den öffentlichen Sitzungen der Kammer nur für die jedesmal bevorstehende Sitzung gelten, für jede folgende daher neue, anders numerirte Karten erholt werden wollen.

2368. (3c) Die

Wollen- und Bad-Anstalt
Kreuth

wird am 1. Juni l. Js. eröffnet.

Die strikten Preise sämmtlicher Bedürfnisse, welche die Anstalt verabreicht, sind aus den gedruckten Satzungen zu ersehen, die bei der Anstalt gratis zu haben sind.

Mit Bestellungen beliebe man sich entweder an Se. kgl. Hoh. des Prinzen Carl von Bayern Güter-Administration Tegernsee oder an die Bad-Anstalt Kreuth selbst zu wenden.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

2355. (3b) Donnerstag den 18. Mai 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat April 1847, und zwar von

Nro. 48,437 bis 58,014.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Dienstag den 23. Mai 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 26. April 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

L. Negrioli, Mag.-Rath.

Schneß, Cassier. Offenbrunner, Controleur.

2396. Bei **J. B. Oettl** ist vorräthig zu haben:

Unterricht über das heil. Sakrament der Firmung von J. B. Stockinger, vormals Präses, nunmehriger Hofstiftsprediger Canon. hon. und Religionslehrer. Preis 6 kr.

Bei Abnahme von größeren Partien Freiexemplar.

Ferner sind zu haben: Gebundene Gebetbücher für die Jugend, zu Firmungs-Geschenken geeignet.

2392. (3c) Im Mittelgebäude des Bazars ist eine Wohnung im zweiten Stock zu vermiethen und bis nächstes Ziel Michaelis zu beziehen. Dieselbe besteht aus drei Zimmern und ein Entresol gegen den Odeonsplatz und drei kleine mit Entresol gegen den Hofgarten, schöner heller Küche, Keller-Antheil und Holzlege.

Näheres bei Gustav Schultze.

Wohnungs-Vermiethung.

2384. (3c) In der Salvatorstraße Nr. 20, im Hause, wo sich das Anfrage- und Adreßbureau befindet, ist auf das nächste Ziel Michaeli die Wohnung im 1. Stocke, bestehend aus 8 Zimmern nebst einem Alkov und Garderobezimmer, dann Küche, Speise, Keller und allen übrigen Bequemlichkeiten rc. zu vermiethen und das Nähere im Hofe rückwärts zu erfragen.

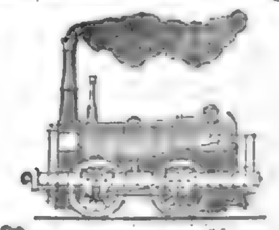
Stelle-Gesuch.

2398. (2a) Ein Oberschreiber, der sich über vollkommene Geschäftsroutine im Tax- und Sportelwesen-Notariat, so wie in allen Zweigen des administrativen Ressorts, namentlich im Gemeinde- und Stiftungs-, Kuratel- und Rechnungswesen, Brandassekuranz- und Kassationsgegenständen, ferner über ausgezeichnete moralische Conduite und Dienstes-Treue durch die empfehlendsten Zeugnisse zu legitimiren vermag, die Prüfung als Patrimonialbeamter und Stadtschreiber mit gutem Erfolg bestanden hat, auch Kaution leisten kann, wünscht bei einem k. Landgerichte eine seiner Qualifikation entsprechende Anstellung und könnte sogleich eintreten.

Gefällige Offerte unter Chiffre H besorgt die Expedition dieses Blattes.

2397. (3a)

Bekanntmachung.



Kgl. Bayer. concession. pfälz. Ludwigsbahn.
(Ludwigshafen-Berbach.)

Zur Bestreitung der Bauausgaben der pfälzischen Ludwigsbahn ist die Leistung der Zehnten Einzahlung nöthig.

Unter Bezugnahme auf §. 33 der Statuten werden die Besitzer der Interimsscheine eingeladen,

bis zum 1. Juni l. Js.

die letzte Einzahlung von 10 pCt. nach Abzug der Zinsen vom 1. Januar bis 1. Juni, resp. 1. Juli, als dem Termine der Zins-Coupons der Aktien, à 4 Prozent zu 9 fl. 10 kr., mit

40 fl. 50 kr. per Interimsschein

an einen der nachbenannten Herren Bankiers der Gesellschaft, durch welche den Einzahlern alsbald die Aktiendokumente zugeben werden, als:

in Augsburg: J. L. Schätzler;
„ Frankfurt a/M.: Gebrüder Goldschmidt;
„ id. Ph. Nic. Schmidt;
„ Mannheim: W. H. Ladenburg und S.;
„ id. Joh. Wm. Reinhardt;
„ München: Joh. Lor. Schätzler;
„ Neustadt a/H.: L. Dacqué, oder
„ Speyer bei der Directorial-Kasse daselbst,

wo die Umwechslung gegen die Aktiendokumente unmittelbar vorgenommen werden kann.

Von den Besitzern der nachbezeichneten Interimsscheine ist die neunte Einzahlung per 1. Januar nicht in gehöriger Weise geleistet worden, dieselben werden daher nochmals aufgefordert, die neunte Einzahlung zur Vermeidung der statutenmäßigen Nachtheile, nachträglich zu leisten.

Interimsscheine Lit. A. 261 — 285, 2297, 2642, 2766, 3096, 3264 — 3267, 3629 — 3633, 3786, 3788, 3899, 4284, 6394, 6362, — Lit. B 1767 — 1810, 3146, 3250, 3452, 3453, 3986, 3987, 4047, 4361, 4427, 4613 — 4617, 4666, 4873

§. 33 der Statuten lautet:

„Wer eine Einzahlung zur festgesetzten Zeit und „spätestens einen Monat nachher nicht leistet, wird „dadurch aller seiner Rechte als Aktionär, so wie „der bereits gemachten Einschüsse zum Besten des „Gesellschaftsvermögens verlustig."

Speyer, den 1. Mai 1847.

Das Directorium der Königlich Bayerischen concessionirten pfälzischen Ludwigsbahn.

Lamotte.

Bekanntmachung.

2399. (2a) Mit Ende Mai d. Js. wird bei dem unterfertigten Magistrat der Platz eines Polizeidieners offen, und wird ein solcher aufgenommen. Dieser soll unverehelicht und nicht über 36 Jahre alt seyn, eine gute leserliche Handschrift haben, guten Leumundes und mit den Obliegenheiten eines amtlichen Dieners vertraut seyn.

Er erhält einen in monatlichen Raten zahlbaren Gehalt von jährlich 200 fl., freie Wohnung im Rathhause, und die Anzeigs-, Assistenz-, Verschaff- und Zustellgebühren

Die Beibehaltung desselben wird durch Treue, Fleiß und Ordnung im Dienste bedingt.

Bewerber um diesen Dienst haben daher ihre mit Zeugnissen belegten Gesuche bis längstens

15. Juni d. Js.

hierorts einzureichen.

Am 6. Mai 1848.

Magistrat der k. Stadt Burghausen.

Der funktionirende Bürgermeister:
Joseph Hamel.

Die Nassauische Zeitung

(nicht zu verwechseln mit der seit einigen Tagen hier erscheinenden „Nassauischen Allgemeinen Zeitung") ist in den ersten Tagen der großen deutschen Bewegung entstanden und hat die Tendenz, die Bewegung durch Gründung demokratisch-monarchischer Verfassungen in den einzelnen deutschen Staaten und einer starken, wesentlich demokratischen Zentralgewalt für ganz Deutschland einem Ziele zuführen zu helfen, welches das Wohl unseres Vaterlandes auf eine lange Zukunft hinaus sichern wird. Durch die Nähe von Frankfurt sind wir im Stande (wie dieß auch bisher schon geschehen), rasche und vollständige Mittheilungen und Besprechungen der dortigen Vorgänge zu bringen. Den Zuständen Nassau's, besonders den Berathungen unseres nächsten Landtages, der über die wichtigsten Lebensfragen unserer Heimat entscheidet, werden wir stets orientirende und kritische Besprechungen widmen. Dem politischen Blatte ist ein Feuilleton für Unterhaltung und Literatur beigegeben.

Der Preis der täglich im Formate von gr. Royal-Folio erscheinenden NASSAUISCHEN ZEITUNG ist bei der Expedition in Wiesbaden vierteljährlich fl. 1. 45 kr.; für Auswärts wird der Preis mit dem verhältnißmäßigen Portoaufschlag erhöht. Abonnements werden bei allen Postanstalten in Deutschland angenommen. Diejenigen Abonnenten, welche mit dem 1. April eintreten, erhalten die Nro. 1 — 17, so weit der Vorrath reicht, unentgeltlich.

Wiesbaden, April 1848.

Expedition der Nassauischen Zeitung.
Wilhelm Friedrich.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 121.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kindel-Gem Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.

Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag XLIX. Jahrgang. 9. Mai 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 4. Mai. Siebenundvierzigste Sitzung der deutschen Bundesversammlung. Statt des ausgetretenen Gesandten tritt für die freie Stadt Lübeck Senator von der Hude ein. Auf den Vorschlag von Preußen wird die Frage, ob gemeinschaftliche Maßregeln für ganz Deutschland wegen Beschlagnahme dänischer Schiffe zur Vergeltung des von Dänemark auf deutsche Schiffe gelegten Beschlags zu ergreifen seyen, und ob der deutsche Bund auf andere Weise eine Garantie für den durch Dänemark gestifteten Schaden zu übernehmen habe, an eine eigens niedergesetzte Kommission gewiesen. Zur Bestreitung der Kosten für die nothwendigen Wohnungsutensilien für die Besatzungstruppen von Ulm werden die nöthigen Mittel bewilligt. Deßgleichen wird die von Oesterreich, Bayern und Würtemberg für die Besatzung von Ulm zu stellende Mannschaft an Reiterei und technischen Truppen festgesetzt. Die Absendung hannover'scher Truppen in das Herzogthum Lauenburg zur Unterstützung der dortigen Behörden bei zu befürchtenden Unruhen wird gutgeheißen.

Frankfurt, 5. Mai. In der heutigen Sitzung des 50. Ausschusses wurde zuerst an die Stelle Hrn. v. Closen's, Hr. Joseph aus Sachsen einberufen. Wedemeyer beantragt: den deutschen Bund zu der Erklärung zu veranlassen, daß derselbe nun und nimmermehr die Losreißung irgend eines auf dem deutschen Bundesgebiete einheimischen Volksstammes vom deutschen Bund gedulden werde. Dieser Antrag wurde nach längerer Debatte angenommen, und zwar mit zwei Zusätzen von Kolb, der eine: nach dem Worte „Volksstammes" einzuschalten, oder irgend eines zu Deutschland gehörenden Gebiets", der andere: am Schluß beizufügen: „und daß er vorkommenden Falls die geeigneten Maßregeln ergreifen werde." (Nürnb. Kurier.)

Aufruf zu einer „Sechsersammlung für die deutsche Flotte."

Die Menschen von Dänemark sind geschlagen, aber seine Schiffe sind noch unversehrt. Hundertunddreißig Meilen weit, von Königsberg bis Emden, liegen unsere Küsten ihm offen; in die Mündungen unserer Ströme kann es einfahren, sobald es ihm beliebt, und beinahe auch so tief landeinwärts, als es ihm gut dünkt. Stettin und Lübeck, Rostock und Hamburg, Kiel und Emden, Bremen und Wismar sind der Gnade und der Barmherzigkeit der Dänen preisgegeben, und das Meer hat für uns Deutsche bald überall aufgehört eine Quelle des Erwerbs zu seyn. Bereits fliehen unsere schutzlosen Kauffahrer vor den raubenden Kriegsschiffen der Dänen von überall her in die sicheren Häfen; sie wagen es nicht mehr in die See zu stechen. Diese Schirmlosigkeit Deutschlands zur See ist nicht blos eine norddeutsche Angelegenheit; sie ist eine Schande und ein Nachtheil für jeden Zoll Landes über den die schwarz-rothgoldene Fahne hinweht. Wenn in den nordischen Häfen Einfuhr und Ausfuhr stocken, wenn dort das baare Geld sich verliert, so werden Handel und Gewerbe im Binnenlande von Deutschland gar bald allüberall den Rückschlag davon empfinden; im Frieden werden sie weniger verdienen denn der Kunden sind weniger geworden, im Kriege höhere Steuern zahlen müssen, damit der Ausfall des ärmer gewordenen Küstenstrichs gedeckt werde, und zum Gespötte aller Nationen muß Deutschland werden, wenn noch länger unsere vierzig Millionen Menschen im ersten Jubelrausch ihrer politischen Wiedergeburt der Laune eines Volkes unterworfen sind, das weniger Dörfer zählt, als wir Städte. Hier thut Hilfe, rasche Hilfe noth, um so dringender noth, da auch der Schwede mit dem Dänen sich vereinen zu wollen scheint; bald muß der deutsche Wimpel von deutschen Kriegsschiffen wehen. An Mannschaft zu ihrer Bemannung fehlt es nicht: Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Pommern, Hannover, Oldenburg, Preußen — der österreichischen Küstenlande nicht zu gedenken — liefern geübte Matrosen genug, aber zum Bau auch nur der nothwendigsten Schiffe müssen hunderttausende von Gulden beisammen seyn, und das Geld ist heutzutage theuer. Um es aufzubringen hat man Sammlungen vorgeschlagen. Man hört von einzelnen Städten in denen sie schon begonnen haben; man hört von hundert Gulden und mehr, welche einzelne reiche und vaterlandsliebende Deutsche gaben. Wie herrlich und dankenswerth das ist wird Niemand verkennen; aber dennoch glauben wir nicht, daß auf dem bisher eingeschlagenen Wege der Sammlungen genügende und rasche Gelder zusammenfließen. Wo der Reiche mit hundert Gulden beisteuert, da scheut sich der Minderwohlhabende mit zwei, drei Gulden, der Arme mit einem Sechser oder Kreuzer zu kommen, und nicht aus einigen Städten allein lassen die Balken und Segel einer selbst kleinen Flotte sich schaffen. Mögen daher die bereits angefangenen Sammlungen, zu denen jeder nach Belieben gibt, ihren Fortgang nehmen; um so reichlicher und allgemeiner, desto besser; aber neben ihnen und durchaus getrennt von ihnen möge rasch noch eine andere Sammlung entstehen. Zur Unterscheidung von jener führe diese den Namen „Sechsersammlung für die deutsche Flotte". Der Aufruf zu ihr gehe durch sämmtliche Blätter der Nationalpresse, durch die lokalen so gut wie durch die provinzialen; sie finde statt in allen Orten Deutschlands, in Städten und Märkten, in Dörfern und Weilern; aufgefordert, zu ihr beizutragen sey der Reiche, der Wohlhabende und der Arme, der Mann und das Weib, der Greis und das Kind, alles was deutsche Zunge spricht, in jeder Familie jedes einzelne Mitglied; in kleineren Orten stelle sich an ihre Spitze ein einzelner, sey es ein Geschäftsmann oder ein Bauer, ein Advokat oder ein Arzt, ein Bürgermeister oder ein Schultheiß, ein Geistlicher oder ein Lehrer, an größern Orten übernehme ihre Leitung ein Comité, gebildet aus freiwillig Hervortretenden; wer sich der Sammlung leitend annimmt, der begnüge sich nicht damit bekannt zu machen: „bei mir werden Beiträge angenommen", sondern er trage oder sende in seiner Stadt in seinem Dorfe auffordernde Listen von Haus zu Haus, damit jedem Deutschen die Aufforderung in seine Stube hineintritt; über die Summe des Beitrags wird festgesetzt: „Niemand darf mehr als sechs Kreuzer (einen Silbergroschen neun Pfennige) bezahlen; wer weniger als sechs Kreuzer zahlen will, dessen Gabe wird mit gleich warmem Dank aufgenommen." In den Ländern, in denen es zu derartigen Sammlungen einer Regierungserlaubniß bedarf, möge die Regierung gebeten werden, daß sie sogleich für das ganze Land die Erlaubniß zu dieser Sechsersammlung ertheile; überall werde die oberste Postbehörde gebeten, Portofreiheit für die Versendung der aus der Sechsersammlung gewonnenen Geldes zu gewähren. Da wir vierzig Millionen Deutsche sind, so könnte auf diesem Wege binnen drei Wochen eine Million Gulden geschafft seyn, die einzeln zusammengebrachten Summen schicke man vom Lande an das Komité der nächstgelegenen Stadt; von den Städten nach Frankfurt (an die bis dahin sicherlich ernannte Zentralbehörde für eine deutsche Flotte). Eben dahin möge auch der Ertrag aller sonstigen Sammlungen für die deutsche Flotte geschickt werden. Das Geld, welches so durch die Sechsersammlung zusammenkommt, werfe die erwähnte Behörde mit dem durch die andern Sammlungen für die Flotte beigebrachten in Eine Summe zusammen, gebe dieser Summe den Namen: „Nationalfonds für die deutsche Flotte" und erbaue oder kaufe von diesem Nationalfonds kleinere Kriegsschiffe, die den Namen Deutschland, Bayern, Holstein, Schwaben, Thüringen u. s. w. führen. Tropfen an Tropfen bildet das Meer, Sechser an Sechser bilde den Anfang der meerherrschenden Schiffe.

Bayern.

Landtag.

München, 9. Mai. (Kammer der Reichsräthe.) Tagesordnung für die auf heute um 11 Uhr angesetzte XI. Sitzung. — 1. Bekanntmachung des Einlaufs. — 2. Vortrag, Berathung und Abstimmung über den Gesetzentwurf: „die Verhältnisse der Sparkassen und der bei der Staatsschuldentilgungs-Anstalt anliegenden Sparkassen-Kapitalien betr." — 3. Vortrag, Berathung und Abstimmung über den Gesetzentwurf: „die Kosten auf die Abordnung zur Volksvertretung am deutschen Bunde zu Frankfurt betr." — 4. Vortrag, Berathung und Abstimmung über den Antrag des Hrn. Reichsrathes Fürsten Ludwig v. Oettingen-Wallerstein: „die Fürsorge für die minder bemittelten und besitzlosen Staatsbürger-Klassen betr." — 5. Vortrag, Berathung und Abstimmung über den Rechenschaftsbericht des ständischen Kommissärs der Kammer bei der Staatsschuldentilgungs-Anstalt, Hrn. Reichsraths Grafen v. Reigersberg. — 6. Vortrag, Berathung und Abstimmung über die Mittheilung der Kammer der Abgeordneten im Betreff der Nachweisung über den Stand der Staatsschuldentilgungs-Kasse für das Verwaltungsjahr 1845/46. — 7. Verlesung des Gesammtbeschlusses über den Entwurf eines Ediktes: „die Freiheit der Presse und des Buchhandels betr." — 8. Verlesung des Protokolls der Sitzung vom 20. April d. Js.

München, 9. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XXIII. auf heute um 9 Uhr Vormittags angesetzte öffentliche Sitzung.) 1. Verlesung des Protokolls der XXII. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Fortsetzung der Berathung und Schlußfassung über den Gesetzentwurf: „die Aufhebung der standes- und guts-herrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung der Grundlasten betr."

** München, 8. Mai. (XXI. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische: Frhr. v. Thon-Dittmer, Frhr. v. Lerchenfeld, Heintz; v. Benning, v. Kleinschrodt, v. Hermann; in der Kammer 125 Abgeordnete. — Die Sitzung wurde eröffnet mit Ablesung des Einlaufes, dann wurde der Gesammtbeschluß über den Gesetzentwurf: „die Aufnahme eines Anlehens im Wege der freiwilligen Subskription betr.", verlesen und dessen Fassung genehmigt. – Jetzt eröffnete der Hr. I. Präsident die allgemeine Diskussion über den höchst wichtigen Gesetzentwurf: „die Aufhebung der standes- und guts-herrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung,

Fixirung und Ablösung von Grundlasten betr." — Als erster Redner sprach von der Tribüne aus der Abg. Rubl für den Entwurf. Im Wesentlichen sprach der Redner Folgendes: Vieles, recht Vieles habe die Zeit gethan, sehr viel habe auf die Rechtsverhältnisse der Umstand eingewirkt, daß die Preise der verschiedenen Gegenstände, welche der Pflichtige zu reichen hat, sich außerordentlich geändert haben, wie z. B. die Holzpreise. Die Leistung und Gegenleistung sey heut zu Tage ganz anderer Natur geworden. Eine Aenderung in den Feudallasten sey nun geboten. Mit dem Worte „wohlerworben" von Seite der Gegner sey er in so ferne nicht einverstanden, als es vom Standpunkte des Naturrechts aus nicht billig ist, Rechte, welche nur im Naturrechte selbst begründet sind, durch Geld von dem einen Pflichtigen auf den andern hinüberzuwälzen. Das habe auch die Regierung erkannt. Schon Thaer, der Vater der deutschen Landwirthschaft, habe in seinen Grundsätzen der englischen Landwirthschaft ausgesprochen: „Wenn eine Regierung die Reste der Farmerei hinweggeschafft hat, so hat sie das ihrige gethan", — und thut das unsere Regierung, so dürfen wir mit ihr zufrieden seyn. Ein anderer Klassiker, Burn, ein Oesterreicher, sagte schon früher: „Wo Willkür und rohe Gewalt herrschen, da kann von Wissenschaft und Industrie nirgends die Rede seyn", darum habe sich der Ackerbau auch nur in jenen Ländern gehoben, wo die inhumanen Verhältnisse gelöst oder wenigstens gemindert werden. Die ersten zwei Abschnitte des Entwurfes streichen weg ohne Entschädigung. In wie ferne dieß Rechtens ist, überlasse er der Regierung zu untersuchen; dessenungeachtet aber glaube er, daß sie in gar vielen Dingen, welche weggestrichen sind, nicht so gar unrecht gethan habe, denn die Erweiterung der Berechtigung sey in letzterer Zeit so außerordentlich groß geworden, daß die Rechtlichkeit der Leistungen sehr zu bezweifeln. Abschnitt 3 des Entwurfes fixirt. Man hat früher das Recht der Fixirung bestritten, allein da ein Rechtssprichwort sagt: praescriptum est quod possidetur (nur das ist vorgeschrieben, was besessen wird), so müssen sich die sogenannten Berechtigten gefallen lassen, wenn man sie hierauf hinweiset. Es zeigen an dem heitern Himmel dieses Gesetzentwurfes bald links, bald rechts, schwarze Wolken auf; allein das thue nichts; das Gesetz trage zur Beruhigung und zur innern Bekräftigung des Landes bei, und das genüge. Jedenfalls stimme er für die ursprüngliche Fassung des Entwurfes, sofern es sich um den Maßstab der Ablösung handelt. Die Kommunen und Stiftungen betreffend, glaubt Redner eine besondere Berücksichtigung rathsam. Je mehr die Stiftungen verkürzt werden, desto mehr wird der Wohlthätigkeitssinn der Unterthanen angesprochen werden müssen; denn jene Stiftungen, welche so außerordentlich viel Gülten und Getreide beziehen, würden fast den vierten Theil verlieren; eben so die Kommunen. Die Gegner des Entwurfes von Seite der Geistlichkeit sollten sich nicht gar so sehr als Sachwalter weltlicher Gegenstände betrachten; denn ein Bischof soll seyn ein Haushalter Gottes, und diese Herren sollen nicht sorgen dafür: was sie werden essen, und womit sie sich werden kleiden; Gott, der Herr, kleidet ja auch die Lilien auf dem Felde; und wieder sagt Christus: mein Reich ist nicht von dieser Welt, u. s. w. Es mag seyn, daß man jenen Petitionen, die Ablösung wollen, Gegenpetitionen nachgeschickt hat. Intriguen sonderbarer Art haben diese Opposition veranlaßt. Man will die Grundbesitzer glauben machen, alles das, was man ihnen jetzt an Grundlasten abnimmt, wird man ihnen später in eben so großen Steuern aufbürden. Die beantragte Ablösung und Fixirung wird die Produktion des Bodens um mehr als ein Drittel vermehren. Nicht zuwarten solle man mehr mit dem Vollzuge dieses Gesetzes, denn es können Reaktionen kommen, und so auch eine Kammer, die nicht so liberal, wie die gegenwärtige. Ein Sprichwort sagt: Es kommt selten etwas Besseres nach! — Hierauf sprach Pfarrer Dr. Ruland gegen den Entwurf: Redner sagt, er kenne die Zeit, in der wir leben und habe sie genau erwogen; er kenne den Ruf des Volkes, sey er ein wirklicher, sey er ein künstlicher! Niemand will gerne Lasten tragen; der Ruf nach Befreiung ist ein natürlicher; oft habe dieser Ruf schon im Ständehause getönt, sey aber jedesmal zurückgeschreckt vor dem Worte „Zwang." Eine andere Zeit sey nun angebrochen, man sagt, eine neue Aera, die selbst erst ein neues Recht sich bilden muß. Diesem Grundsatze könne er nicht huldigen, indem er sich fest am Rechte anklammere. Er wolle übrigens hier nicht vom Rechte sprechen, sondern von der materiellen Bedeutung des Gegenstandes. Der Staat sey der größte Dominikalist, ihn treffe zuerst das Gesetz, dann die Aristokratie, die Privaten, die Kommunen, die Wohlthätigkeits- und Unterrichtsstiftungen, endlich die Kirche mit ihrem Aerar. Ablösen soll der Staat alle seine Gefälle, ablösen die sicherste, die bleibende, die nie versiegende und die nie in ihrem Grunde zu veruntreuende Quelle des Lebens des Staates. Der Staat habe seine Verpflichtung nicht für heute und morgen, sondern auch für die Folge zu sorgen; daher er von seinen Naturalien so viel zurückbehalten muß, als nothwendig ist, in den Jahren der Noth helfen zu können. Das Jahr 1847 sey ein Beleg hiefür. Daher könne der Staat nie und nimmer in förmliche Ablösung seiner Naturalgefälle einwilligen. Auch die Verfassungsurkunde §. 3 Titl III. spricht sich gegen die Veräußerlichkeit solcher Rechte aus. Ferner habe der Staat auch Verpflichtungen, vielen Stiftungen Naturalien zu reichen und zwar zum Theil aus der Uebernahme durch die Säkularisation. Die Aristokratie ist im rechtlichen Besitze dieser Genüsse, sie wird durch dieses Gesetz verletzt. Die Privaten, Bürgers- und Bauersleute, überhaupt der Mittelstand, werden ebenfalls beschädigt. Die Kommunen, Unterrichts- und Wohlthätigkeitsanstalten betreffend sey wohl kaum ein Staat in Deutschland, der so viele Stiftungen besäße als Bayern in den einzelnen Kreisen. Diese Stiftungen, gegründet für Arme, Leidende, Obdachlose und verwaiste Kinder, so wie für den Unterricht, sind auf solche Dominikalgefälle hingewiesen, die man ihnen jetzt mit einem Male nehmen will. Dieser Besitz ist ein heiliger, gesichert in der Verfassungsurkunde. Redner wirft einen Blick auf das Juliushospital in Würzburg, das täglich 600—700 Menschen nährt und pflegt. Auch die Stiftungen in Augsburg und Nürnberg, resp. auch deren Protestationen gegen Ablösung erwähnt Redner und geht dann auf die Kirche und deren Klerus über. Der Besitz der Kirche sey verfassungsmäßig von uralten Zeiten her garantirt, und auch hier gebe die Verfassungsurkunde in Titl IV. §. 9 den besten und sichersten Maßstab. Nach noch weiteren angeführten Gründen schließt der Redner, indem er gegen den Gesetzentwurf stimmt. — Endlich betrat Dekan Götz die Rednerbühne und äußerte: Er habe dem Hrn. Präsidenten den Wunsch ausgesprochen, ihn nicht als Redner für, nicht gegen, sondern über das Gesetz einzuschreiben, weil er demselben allerdings nicht unbedingt beistimmen kann. Je mehr man den Entwurf betrachte, je mehr Bedenken steigen auf. Allerdings habe der Wunsch, den Boden freier zu sehen, beunruhigende Erscheinungen hervorgerufen, in vielen Gebietstheilen sey jedoch die Ruhe nicht gestört worden, und ohne eigenthümliche Agitationen würde die Zahl der Petitionen um Aufhebung der Lasten nicht so ungeheuer angewachsen seyn. Man beschuldige den Gesetzentwurf 1) der Ungerechtigkeit, 2) eines kryspinischen Verfahrens, 3) der Inkonsequenz, 4) der Geldspekulation. Mit einem Federstriche soll eine ganze Reihe wohlerworbener, in der Verfassung garantirter Rechte vernichtet werden. Es sollte keines dieser Rechte ohne allen Ersatz genommen werden. Das Gesetz selbst betreffend führte Redner den Salomonischen Satz an: „Es hat Alles seine Zeit!" Die Zeit hat allerdings seine Berechtigung, und wer nicht durch das Rad der Zeit selbst zermalmt werden will, muß zur rechten Zeit und im rechten Augenblicke ihren Forderungen Gehorsam leisten. Nach weiterer Entwicklung stimmte der Redner für den Entwurf, wie er vorliegt, wenn solche Modifikationen eingebracht werden, welche die giftigsten Stacheln an diesem Gesetze abbrechen. — Abg. Schäfer spricht sich ebenfalls im Sinne für das Gesetz aus, will jedoch auch die Stiftungen geschützt wissen. — Der II. Präsident Dr. Müller bemerkt, daß er mit inniger Freude den vorliegenden Gesetzentwurf begrüßt, ihn aber nicht seiner Freude anpassend gefunden habe. Wird der Entwurf angenommen, wie er aus der Hand des Ausschusses kommt, so bringe er das Vaterland in große Gefahr; wird aber auch die Ablösung der Grundlasten nicht vollzogen, so ist die Folge Anarchie und Invasion. Redner stimmte nach weiterer Erörterung seiner Ansichten dem Gesetz-Entwurfe nicht bei. — Abg. Dittmar nimmt besonders das Interesse der Stiftungen und Geistlichen in's Auge und stimmt mehr gegen als für den Entwurf. — Der I. Präsident verliest nun die Reihenfolge der Redner, welche sich noch das Wort erbeten haben, nämlich die Abgeordneten Schlund, Bestelmayer, Dekan Pflaum, Schnetzer und Dr. Rammoser. — Schlund stimmt für den Entwurf; eben so Weinzierl; Bestelmayer unter Bedingungen für, Dekan Pflaum dagegen. — Der I. Präsident verlegte die Fortsetzung der Diskussion auf heute Abends 5 Uhr.

München, 9. Mai. Der Einlauf der Kammer der Abgeordneten vom 8. d. bringt abermals 14 Nummern. Beinahe die Hälfte derselben betrifft Anträge über Aufhebung, Fixirung und Ablösung von grundherrlichen Rechten. Besondere Beachtung zieht nur die Nummer 14 auf sich: Vorstellung und Bitte von 9 Gemeinden des kgl. Landgerichts Neuburg a/D. „gegen ein sogenanntes Ablösungs- richtiger Auflösungsgesetz." Angeeignet von dem Abgeordneten Pfarrer Häfer. Schon ihr Titel beweiset, daß intellektuelle Urheber derselben die Macht und Noth der Zeit nicht begreift oder nicht begreifen will. Wer es gerecht findet, daß man für das Vaterland sein Leben als Wehrmann preisgebe, wer es gerecht findet, daß man um eines zu erbauenden Pfarr- oder Schulhauses, einer Kirche, einer Straße, einer Flußkorrektion rc. willen, sein Eigenthum abtrete; der wird sich nicht entbrechen können, wenn es nöthig erscheint, um größeren Uebelständen zuvorzukommen, auch eine Aufhebung und Ablösung von Gerechtigkeiten gut zu heißen, die so sehr auch historisch im Rechte begründet, doch weit davon entfernt sind, der Quelle aller Gerechtigkeit, der allein leuchtenden Himmelstochter, entsprungen zu seyn. Was historisch Recht geworden, kann auch und muß sogar bei veränderter Lage der Dinge auf demselben Wege wieder beseitiget werden, ohne daß dafür mehr als billige Vergütung in Anspruch genommen werden könnte.

||| München, 9. Mai. Am nächsten Sonntag den 14. d. M. soll in Neuberghausen wieder eine Volksversammlung stattfinden, in welcher das deutsche Reichsgesetz, eigentlich der von der Siebzehner-Commission erlassene Entwurf berathen werden soll. Diese Volksversammlung wird vom Bauhofklubb ausgehen, welche den dießfallsigen Beschluß in seiner gestrigen Versammlung im Paradiesgarten gefaßt hat. Sonst Erhebliches war nicht zur Sprache gekommen.

Regensburg, 5. Mai. Heute Mittags ist die erste Marschcolonne der angekündigten österreichischen Truppen (10,000 Mann) ein Bataillon vom k. k. Infanterieregiment Wellington, 1400 und einige Mann stark, dahier eingetroffen und in die Quartiere vertheilt worden. Morgen geht dieselbe wieder ab. (R. Z.)

Neustadt a. d. H., 3. Mai. Wir hatten heute in unserer Stadt eine große öffentliche Versammlung von protestantischen Geistlichen. Es waren mit Uebergehung aller und jeder dogmatischer Streitpunkte, nur Verfassungsfragen Gegenstand der Berathung, welche nach mancherlei Diskussionen über verschiedene Mängel und Gebrechen des protestantischen Kirchenregiments, zuletzt damit endigte, daß eine Petition wegen alsbaldiger Zusammenberufung einer außerordentlichen Generalsynode an Se. Maj. den König gefertigt und unterschrieben wurde. Die Einigkeit der Versammlung war überraschend. (S. Z.)

Baden.

Karlsruhe, 4. Mai. Die Mitglieder unserer beiden Kammern sollen schon am 16. d. M. beurlaubt und erst nach Beendigung der Sitzungen der konstituirenden Versammlung zu Frankfurt, sofern nicht höchst wichtige Fälle einen alsbaldigen Wiederzusammentritt nothwendig machen, einberufen werden.

Donaueschingen, 2. Mai. Heute wurde der vormalige Bürgermeister Raus wieder verhaftet; mit ihm der ganze ehemalige politische Ausschuß. Zwei Mitglieder desselben entzogen sich der Verhaftung durch die Flucht. Morgen wird ein Bataillon bayerisches Fußvolk und eine halbe Schwadron leichte Reiterei einrücken. (K. Z.)

Kurhessen.

Hanau, 4. Mai. Als der Buchhändler Hoff in Mannheim jüngst verhaftet wurde, fanden sich verschiedene Papiere, welche auf die republikanische Partei in Deutschland Bezug hatten, vor. Es sollen namentlich einige darunter seyn, die auf eine Schilderung der Republik in Hanau hinwiesen. Diese sollte auf den 4. Mai fallen. Daher erklärte sich denn die Truppenzusammenziehung um Hanau.

Preußen.

Berlin, 2. Mai. Nach einer vorläufigen Abrechnung über die gemeinschaftlichen Einnahmen an Zollgefällen für 1847 betrug die Bevölkerung der Zollvereinsstaaten 29,393,372 und zwar Preußen 16,453,504, Luxemburg 186,140, Bayern 4,510,700, Sachsen 1,836,664, Württemberg 1,786,870, Baden 1,365,034, Kurhessen 726,283, Großh. Hessen 863,152, Thüringen 997,243, Braunschweig 245,519, Nassau 418,627. Die Brutto-Einnahme betrug zusammen 26,927,727 Thlr., worunter Preußen mit 19,193,216 Thlr. Davon gehen ab an Vergütungen, Auszahlungen u. s. w. 799,258 Thlr., bleiben 26,128,468. Die Kosten der Zollerhebung und des Zollschutzes an den Außengränzen und die sonstigen Ausgaben betragen 2,511,053 Thlr., worunter 1,156,378 Thlr. auf Preußen kommen. Zur gemeinsamen Theilung bleiben 23,701,076 Thlr., und zwar fallen nach der Bevölkerung auf Preußen, 13,312,279, Luxemburg 150,603, Bayern 3,649,330, Sachsen 1,486,013, Württemberg 1,445,726, Baden 1,104,426, Kurhessen 588,109, Großherzogthum Hessen 698,362, Thüringen 806,852, Braunschweig 201,072 und auf Nassau 338,704 Thlr. Dabei zahlt Preußen 4,100,860 Thlr. heraus. (K. Z.)

Der Aufbruch des 3. Armeekorps (Preußen) gegen die bayerische Gränze bestätigt sich; das in Magdeburg garnisonirende 8. Infanterieregiment wird, wie es heißt, nach Nürnberg dirigirt werden. Außerdem sollen noch 60 hiesige Geschütze mit ihren Mannschaften an dieser Expedition Theil nehmen.

Köln, 5. Mai. Die Post aus Trier ist ausgeblieben. Reisende, welche heute von dort eingetroffen sind, berichten daß ein Theil des Militärs, die Artillerie des 30. Regiments, förmlich zu den Bürgern übergegangen sey, und mit diesen zugleich die Barrikaden besetzt hatte. Die Thore sind geschlossen. (A. Z.)

Ein Privatschreiben aus Trier vom 3. Mai in der „Kölnischen Zeitung“ meldet, daß die Hauptwache der am 2. eingerückten Truppen demolirt sey. General v. Schreckenstein's letzte Antwort vor Abgang des Schreibens war: er wolle alles verzeihen, wenn die Barrikaden weggeräumt würden, widrigenfalls aber die Stadt beschießen.

Posen, 2. Mai. Ein Extrablatt zur „Posen'schen Zeitung“ enthält einen Bericht des Generals v. Colomb über das Gefecht bei Miloslaw, das nach fünfstündigem, blutigem Kampfe mit dem Rückzuge der Truppen endigte. Der diesseitige Verlust beträgt an Todten: 3 Offiziere, 3 Unteroffiziere und 12 Mann; an Verwundeten: 11 Offiziere, 1 Unteroffizier und 29 Mann; dagegen an Vermißten: 8 Unteroffiziere und 249 Mann. Eine Abtheilung von 500 Gefangenen aus dem Gefechte von Xions wurde heute von Kurnik hierhergebracht. Die Eskorte derselben, 100 Mann Infanterie und 20 Husaren, wurde in der Waldung zwischen Kurnik und Gadki von einigen 100 Bewaffneten mit Entschlossenheit angegriffen; hinter Gadki kam derselben ein Detachement, das nach Miloslaw nachrückte, zu Hilfe, worauf die Sensenmänner sich zurückzogen. Ein verbreitetes unverbürgtes Gerücht läßt Ludwig v. Mieroslawski gefallen seyn.

Schleswig-Holstein.

Rendsburg, 3. Mai. Die preußischen Truppen werden gestern Morgen um 6 Uhr die Königsau bei Kolding überschritten haben, während der Prinz von Augustenburg eine Meile westlich davon an der Spitze von 5 bis 6000 regulären schleswig-holsteinischen Truppen, nebst einer größeren Abtheilung von Freischaaren seinen Zug direkt über Veile angetreten haben wird, wo gestern das Hauptquartier seyn sollte. Vor der Ueberschreitung der jütischen Grenze hat General Wrangel eine Proklamation an die Jüten in dänischer Sprache erlassen. Gestern Vormittag um 11 Uhr passirte ein russischer Legationsrath von der Gesandtschaft in Kopenhagen durch Apenrade, wohin ihn ein dänisches Kriegsschiff gebracht hatte, in Begleitung eines hannoverischen Offiziers unmittelbar ins Hauptquartier. (A. Z.)

Freie Städte.

Hamburg, 4. Mai Nachmittags. Die Blokade der Elbe durch ein dänisches Kriegsschiff machte, obschon sie nicht unerwartet kommt, große Sensation an der heutigen Börse. Man wunderte sich, daß der Senat solche erst heute bekannt gemacht, obschon ihm die Anzeige vom hansischen Gesandten in Kopenhagen und dem Konsul in Helsingör bereits gestern wurde, und der hiesige dänische Geschäftsträger seine Funktion niederlegte. Man findet es auch sonderbar, daß von unsern Behörden gar nichts zur Abwehr solcher Feindseligkeiten geschieht. „Wir haben Dampfschiffe auf der Elbe,“ hört man überall sagen, „warum fordert man nicht zur Bemannung und Bewaffnung derselben auf? Es würden sich Leute und Waffen genug finden um die Lebensader unsers Handels von einem elenden Fahrzeuge zu befreien, welches sie unterbindet.“ „Anstatt die Senatoren nach benachbarten Hafen zu schicken,“ sprechen andere, „sollten sie sich an der Spitze einer Bewegung zur Vertreibung solches Raubgesindels von der Mündung des Flusses stellen.“ Manche glauben, Syndikus Banks werde in London die Abstellung dieses Uebels bewirken; indeß läßt sich solches nach den Aeußerungen Lord Palmerstons im Parlament nicht hoffen. Die nach den vereinigten Staaten bestimmten Schiffe mit Auswanderern müssen nun im Hafen liegen bleiben. Heute noch gingen viele derselben an Bord eines amerikanischen Schiffes, Namens Jada, welches bei Eintritt der Ebbe heute Abend segeln sollte. (A. Z.)

Oesterreich.

Wien, 30. April. Auffallend ist die Nennung der Fürstenthümer Auschwitz und Zator als Nebenländer oder Bestandtheile von Galizien und Lodomirien. Die beiden genannten sind nämlich als ehemalige Lehen der böhmischen Krone im Jahr 1818 für deutsche Bundesgebiete erklärt worden, und wenn sie auch seit dieser Zeit im Verwaltungsverbande mit Galizien blieben, so wurden sie doch bei Berechnung der österreichischen Kontingente ꝛc. immer als Bundeslande in Anschlag gebracht. Dazu kommt dann, daß die Bevölkerung von Auschwitz und Zator fast durchaus deutsch ist, und also durch ihre fortdauernde Verbindung mit den polnischen Provinzen in eine ihre Nationalität beeinträchtigende Stellung gebracht wird. Es stände deßhalb sehr zu wünschen, daß der Bundestag, welcher sich seit seiner Reorganisation der nationalen Angelegenheiten mit inniger Wärme anzunehmen scheint, in Bezug auf die Fürstenthümer Auschwitz und Zator die geeigneten Schritte thäte; um der zweideutigen Lage derselben nach Gemäßheit der erwähnten Bundesmaßregel vom Jahr 1818 ein Ende zu machen. Es thut in der That höchlich noth, daß wir das deutsche Gebiet, dessen Gränzen fast überall streitig gemacht werden, auf die allerbestimmteste Weise abmarken, um dadurch ein- für allemal die Linie zu bezeichnen, bis zu welcher wir unter gewissen Voraussetzungen dem allgemeinen europäischen Interesse Zugeständnisse machen könnten. Die Abtretung einiger fremden Nationalitäten angehöriger Provinzen würde mit gewissen nothwendigen Beschränkungen und unter gewissen Voraussetzungen kein Verlust, sondern ein Gewinn für Deutschland seyn; handelt es sich dagegen um einen Fußbreit wahrhaft deutschen Gebietes, so ist von keinem Zugeständnisse, von keiner Ausgleichung, ja von keiner Unterhandlung die Rede, und kostete es einen Kampf um Seyn und Nichtseyn. Jedenfalls mache man sich in Folge der letzten Vorgänge in Polen auf den Krieg, entweder mit Rußland oder aber mit Frankreich gefaßt; mit Rußland, wenn man den Polen mit einer Großmuth, die wir bewundern, aber nicht theilen, auf die eigene Gefahr zur Unabhängigkeit verhelfen will, mit Frankreich, wenn man die Gebote der Klugheit den Forderungen der Großmuth vorzieht. (Karlsr. Z.)

Wien, 3. Mai. So hat sich die Regierung denn doch endlich dazu verstanden, die von Böhmen und Mähren ausgegangenen Protestationen gegen die Betheiligung bei der konstituirenden Nationalversammlung durch eine amtliche Erklärung zu beseitigen, die Vornahme der Wahlen auch für diese beiden Provinzen anzuordnen. Zur richtigen Auffassung dieses Schrittes, den die heutige „Wiener Zeitung“ verkündet, ist es nöthig zu wissen, daß der hiesige Centralverein der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien, der vergeblichen Bemühungen, das Ministerium zu einem Entschlusse zu bringen, überdrüssig, sich vorgestern mit einer nachdrücklichen Beschwerde über die zweideutige Haltung der Regierung an den Fünfzigerausschuß gewendet und Hrn. v. Pillersdorff nachträglich von dieser Maßregel in Kenntniß gesetzt hat. Diese Nachhülfe scheint den Ausschlag für die deutsche Sache und für die Einhaltung der Bundespflicht gegeben zu haben. Die Tschechen werden sich übrigens keineswegs bei der letzten Verfügung der Regierung beruhigen, und ob sie überhaupt wählen werden, ist im höchsten Grade zweifelhaft. Was aber die Tschechen in dieser Beziehung thun oder lassen, darauf kommt im Grunde genommen wenig an, das Wesentliche ist, daß die Deutschen in Böhmen Gelegenheit finden, ihre Stimme bei der Versammlung geltend zu machen, von welcher die künftige Gestaltung unseres Gesammtvaterlandes abhängt. (A. Z.)

Wien, 4. Mai. Wir haben, wie Sie wissen, vergangener Nacht wieder eine kleine Revolution erlebt, deren Folge die Abdankung des Ministerpräsidenten Grafen von Ficquelmont. Mit einbrechender Dunkelheit hatten sich zahlreiche Haufen auf dem St. Stephansplatz versammelt. Studenten bildeten den Kern der Volksmasse, welche durch starken Zuzug aus den Vorstädten sich rasch bis auf 40,000 Köpfe vermehrte. Wagen konnten bereits gegen 9 Uhr nicht mehr passiren. Die erste Demonstration erfolgte gegen den erzbischöflichen Palast. Auf die bestimmte Erklärung einiger Studenten die in das Innere eingelassen worden, daß der Erzbischof nicht anwesend sey — seit zwei Tagen hat sich dieser Prälat geflüchtet und ist, wie man sagt, im Landhaus eines vornehmen Mannes verborgen — wandte sich der Haufe in zwei entgegengesetzten Richtungen. Ein Theil des Volkes zog vor das Wohnhaus des Grafen Ficquelmont, brachte ihm eine Katzenmusik und sang Spottlieder. Ein anderer Haufe versammelte sich zu demselben Zweck unter den Fenstern des juridisch-politischen Lesevereins und zertrümmerte einige Scheiben. Nach Mitternacht zog die Menge, gegen deren imposante Zahl ein erfolgreiches Einschreiten der bewaffneten Macht kaum möglich gewesen wäre, zum zweitenmale nach dem Ficquelmontischen Palast in der Herrngasse, und forderte stürmisch, daß der Ministerpräsident persönlich erscheine, und seine Abdankung erkläre. Umsonst waren die Vorstellungen der Dienerschaft und der bestürzten Gräfin, welche aufs Heiligste versicherten, der Graf sey nicht zu Hause. Das eingedrungene Volk durchsuchte das ganze Gebäude. Endlich erschien Graf Ficquelmont, der sich schon Abend in das Haus eines Nachbars geflüchtet hatte, und erklärte vor der Menge feierlich, daß er abdanken werde, weil das Volk es so wolle. Heute in der Mittagsstunde war der Ministerpräsident beim Kaiser und legte in dessen Hände seine Entlassung nieder, welche sogleich angenommen wurde. Bis zu dieser Stunde ist sein Nachfolger noch nicht bekannt. (A. Z.)

Aus dem österreichischen Schlesien. Mit der schwarz-gold-rothen Fahne an der Spitze marschirten drei Kompagnien des 3. Feldartillerieregiments mit Geschütz nach Lemberg. Auch die Offiziere und die Mannschaft waren mit der deutschen Farbe geschmückt; überall wurde in Schlesien, wo man durch und durch deutsch gesinnt ist, diese Truppe freudig und herzlich empfangen. — Die Anmaßungen der fanatischen Czechenpartei wollen nicht enden. Täglich kommen Briefe und Druckschriften dieser Wühler an, um die Leute aufzureizen; doch ihre Bestrebungen werden vergeblich seyn. Ueberall werden diese Schriften öffentlich verbrannt, und die Emissäre, die alle Kunstgriffe anwenden, schmählich abgewiesen.

Italien.

Triest, 29. April. Die Verkündigung der neuen österreichischen Verfassung hat hier im Allgemeinen einen sehr günstigen Eindruck hervorgebracht; denn wenn auch an einzelnen Bestimmungen Manches ausgesetzt wird, so ist doch der Vergleich mit den jüngsten italienischen Verfassungswerken ganz entschieden zu ihren Gunsten ausgefallen, und gewiß wird sie wesentlich dazu beitragen, das Band, das uns mit dem Kaiserstaate verknüpft, noch fester zu ziehen. Man beschäftigt sich hier lebhaft mit den Wahlen für die deutsche Nationalversammlung. Es haben sich überall Wahlkomités gebildet, bei denen sich bereits eine Anzahl von Kandidaten für die Wahl gemeldet hat. Im Ganzen sendet das Küstenland fünf Deputirte in das deutsche Parlament. Unsere Vertretung ist für uns sowohl, als für das übrige Deutschland hauptsächlich wegen der in Frage stehenden See- und Handelsinteressen von Wichtigkeit. Aus Rücksicht auf diese hat man hier auch bereits sein Augenmerk auf Männer gerichtet, denen in dieser Beziehung die nöthigen Erfahrungen zur Seite stehen.

(Karlsr. Z.)

— Ein Mailänder Kriegsbulletin vom 2. Mai meldet von zwei am 30. April und 1. Mai bei Pastrengo und

Buffolengo durch König Karl Albert an der Spitze von 30,000 Mann persönlich erfochtenen Siegen über die Oesterreicher unter Erzherzog Sigmund. — Am 2. sollte der Paß über die Etsch erstürmt und der Feind bis unter die Mauern von Verona zurückgedrängt werden.

Dem „Felsineo" von Bologna zufolge hat Pius am 29. April Oesterreich förmlich den Krieg erklärt. Neue Mailänder Bülletins fehlen. Aus Privatbriefen theilen die Mailänder Blätter nur folgendes mit: Am 28. April sollen etwa 200 Oesterreicher den Tagliamento in der Nähe von Latisana überschritten haben. Bei Peschiera war am 30. den ganzen Tag Kanonade. Die päpstlichen Linientruppen sind in Padua eingerückt. Der „Venezianer Zeitung" vom 1. Mai zufolge stand General Durando am 22. April in Treviso. Die Oesterreicher fouragirten am 22. April in Lonigo, Cologna und Montebello.

Frankreich.

Paris, 4. Mai. Heute wurde die Nationalversammlung eröffnet. Kurz vor 11 Uhr öffneten sich die Thüren des Saales. Nach und nach füllte sich der Saal mit den Repräsentanten. Etwa siebenhundert scheinen anwesend. Kurz nach 1 Uhr nahm das gestern Abend gewählte, diesen Vormittag vervollständigte provisorische Bureau mit Audry de Puyraveau als Alterspräsidenten an der Spitze auf der Erhöhung seine Plätze ein. Bald folgten auch die Repräsentanten diesem Beispiel. Dicht unter uns, auf der linken Seite fällt uns Lamenais, Beranger, Berryer und Eine Tracht besonders auf: es ist der Pater Lacordair in seinem weißen Ordenskleid als Dominikanermönch. Sonst herrscht der schwarze Frack, zuweilen mit weißer Weste (jedoch ohne den berüchtigten Robespierre'schen Ueberschlagskragen) und die Schärpe unter den Gliedern vor. Hie und da hat sich wohl auch mancher blauer Ueberrock eingeschlichen. Während wir so unsre Blicke im Saal umherschweifen ließen, rief man plötzlich im Saale: Keine Waffen! Keine Waffen! Einige Nationalgarde-Offiziere wollten nämlich durch die dem Präsidentensitz zunächst gelegene Thüre in den Saal dringen, wurden aber zurückgewiesen. Zwei legten ihre Degen nieder, um ihre Neugierde zu befriedigen (denn das war es bloß). — In diesem Augenblicke (1 Uhr 45 Minuten) verkündeten 21 Kanonenschüsse von den Invaliden her und aus den elysäischen Feldern die Annäherung der provisichen Regierung. Dupont von der Eure, am Arm Louis Blancs und gefolgt von den übrigen Gliedern der provisorischen Regierung, trat bald darauf in den Saal. Ein glänzender Generalstab folgte ihnen bis vor die Estrad, in deren erster Bankreihe die Glieder der Regierung Platz nahmen. Ungeheurer Jubel begrüßte die provisorische Regierung. Der Ruf: Es lebe die provisorische Regierung! Es lebe die Republik! erscholl aus tausend Kehlen. Audry de Puyraveau erklärte hierauf die Sitzung für eröffnet und ertheilte Dupont (von der Eure) als Präsidenten der provisorischen Regierung das Wort. Unter allgemeinem Stillschweigen las derselbe mit fester Stimme folgende Eröffnungsrede: „Bürger, Volksrepräsentanten! Die provisorische Regierung beugt sich vor der Nation und bringt offene Huldigung der Gewalt, mit welcher Ihr bekleidet seyd. Erkorene des Volks! Seyd willkommen in der großen Hauptstadt, wo Eure Anwesenheit Wohlgefühl und Hoffnung erweckt, die nicht zu Schanden werden wird. Ihr Träger der Nationalsouveränetät, Ihr werdet unsere Staatseinrichtungen gründen auf breite demokratische Grundlagen und Frankreich die einzige Verfassung verleihen, die ihm paßt, eine republikanische Verfassung. Nachdem Ihr aber das große Staatsgesetz verkündet, welches dem Land eine schließliche Einrichtung geben wird, werdet Ihr Bürgerrepräsentanten, wie wir, Euch damit beschäftigen, die mögliche und wirksame Thätigkeit der Regierung in den Verhältnissen zu ordnen, welche die Nothwendigkeit der Arbeit zwischen allen Bürgern festsetzt, und die zur Grundlage haben werden die heiligen Gesetze der Gerechtigkeit und Brüderlichkeit. Endlich ist für die provisorische Regierung die Zeit gekommen, um in Eure Hände die unbeschränkte Gewalt niederzulegen, welche die Revolution ihr übertragen hatte. Ihr wißt, ob für uns diese Diktatur etwas Anderes war als eine moralische Gewalt inmitten der schwierigen Umstände, die wir durchlebten. Treu unserem Ursprung und unserer persönlichen Ueberzeugung zögerten wir nicht, die im Februar geborene Republik zu verkünden. Heute weihen wir die Arbeiten der Nationalversammlung ein mit dem Ruf, der stets sie sammeln soll: Es lebe die Republik!" Mehrmals wiederholte sich dieser Ruf. Dann bestieg der Justizminister Cremieux die Rednerbühne und lud zur Vollmachtenprüfung ein. Man begann sofort mit diesem Geschäfte und es war bei Abgang der Post noch im Gange. (Schw. Merk.)

Straßburg, 6. Mai. Gestern Abend um 7 Uhr erhielt das hier garnisonirende Regiment Scharfschützen (chasseurs d'Orleans) den ganz unerwarteten Befehl sofort an die italienische Gränze zu rücken. Dieser Befehl wurde mit solcher Schnelligkeit ausgeführt, daß nachdem die an öffentlichen Orten und Spaziergängen vertheilten Soldaten in ihre Kaserne zurückgerufen worden waren, das Regiment bereits um 9 Uhr mit der Eisenbahn die Stadt verließ. (A. Z.)

Aegypten.

Alexandria, 20. April. Alles geht hier den gewöhnlichen Gang. Der Handel fühlt die Folgen der in Europa stattgehabten außerordentlichen Ereignisse, alles Vertrauen ist verschwunden und der Ausfuhrhandel liegt ganz zu Boden. Die Landpost von Indien ist so eben angelangt, man schreibt aus Bombay, es gehe das Gerücht, daß indische Truppen daselbst versammelt werden sollen, um Aegypten von da über Suez zu besetzen, im Fall es zu einem Kriege mit Frankreich kommen sollte. (A. Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 9. Mai: „Wallenstein's Tod," Trauerspiel von Schiller.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Herrmann, Kaufmann v. Kostnitz; Jacoby, Kaufmann v. Berlin; Graf v. Ingelheim, kgl. Kämmerer.

Hôtel Maulik. HH. Bullinger, Privatier v. Karthausen; Klotzhuber, Privatier v. Mergentheim; Brühl, Kaufmann v. Frankfurt; Anz, Kaufmann v. Eschweiler; Braun, Advokat v. Ottingen; Hieronimus, Kaufmann v. Barmen; Reckum, Kaufmann v. Lauschthal; Lock, Student v. Frankenthal.

Gold. Hahn. HH. Baumgärtner, Amtmann aus der Schweiz; Baron v. Fleming, Privatier v. Dresden; Mayer, Gutsbesitzer von Regensburg; Neubauer, Professor von St. Ottilien; Siegbert, Praktikant v. Grafenau; Guttenberg, Offizier von Bamberg; Fr. v. Antony von Augsburg; Graf v. Blüth, Offizier von Mannheim; Neumayer, Kaufmann von Steppach; Murr, Kaufmann v. Göggingen; Hiller, Privatier v. Landau; Sommer, Apotheker v. Germersheim.

Gestorbene in München.

Anna Appel, k. Regierungsrathstochter v. h., 39 J. alt; Theres Kölbl, Privatiersfrau v. h., 55 J. alt; Lor. Prechtl, Schneider v. h., 64 J. alt; Johann Schneider, Hafnergesell v. Regensburg, 24 J. alt; Michael Witzlsberger, b. Vorstadtkrämer, 51 J. alt.

2402.

Einstellung der bereits angekündigten Aufnahme von Zöglingen in das k. b. Cadettenkorps betreffend.

In Folge allerhöchster Entschließung vom 5. d. Mts. hat die Aufnahme von Zöglingen in das Kadettenkorps vorerst zu unterbleiben, bis eine weitere Bestimmung zur öffentlichen Kunde gebracht seyn wird.

Demgemäß ist die in Nr. 87 vom 5. April l. Js. dieses Blattes eingerückte Ankündigung: „die diesjährige Aufnahme in das Kadettenkorps betreffend" als nicht geschehen zu betrachten.

München den 8. Mai 1848.

Das Königlich Bayerische Kadetten-Korps-Kommando.

(Wegen Beurlaubung des Hrn. Obersten und Kommandanten:)

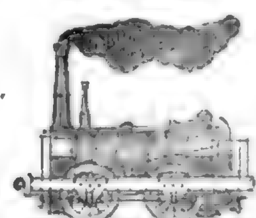
Schuh, Major.

Vorladung des Franz Sarsteiner.

2389. (3c) Von dem Marktgerichte Lauffen im Oesterreichischen Salzkammergute wird hiemit bekannt gemacht: es habe Leonhard Roth, bürgl. Braumeister und Realitätenbesitzer im Markte Lauffen, um die Einberufung und sohinige Todes-Erklärung des seit dem Jahre 1818 abwesenden Franz Sarsteiner, vom Markte Lauffen Nr. 22 gebürtig, gebeten. Da man für diesen Franz Sarsteiner den Leonhard Roth, Bräumeister in Lauffen, zum Kurator aufgestellt hat, so wird ihm dieses hiemit bekannt gemacht, daß, wenn er binnen einem Jahre bei diesem Gerichte nicht erschiene, oder von seiner Existenz und seinem Aufenthalte den genannten Kurator nicht in Kenntniß setze, er dann für todt erklärt und sein in der waisenamtlichen Obsorge befindliches Vermögen seinen sich legitimirenden Erben eingeantwortet werden würde.

Lauffen am 20. April 1848.

Schöch, Justiziär.



Kgl. Bayer. concession. pfälz. Ludwigs-Eisenbahn.

2400. In Vollziehung des §. 40 der Satzungen werden die Aktionäre der pfälzischen Ludwigsbahn zu der am

Dienstag den 6. Juni l. Js. früh 9 Uhr in Speyer

abzuhaltenden Generalversammlung hiedurch eingeladen.

Gegenstände der Verhandlung sind:

1) Der Geschäftsbericht des Direktoriums.
2) Die Verbescheidung der Rechnung für das Jahr 1847.
3) Die Erneuerung eines Drittheils der gewählten neun Mitglieder des Verwaltungsrathes zufolge des §. 52 und des Zusatzes zu §. 47 der Satzungen.
4) Die Modifikation
   a) des §. 22 der Satzungen in Vereinbarung mit den Propositionen der k. Regierung,
   b) des §. 18, und
   c) des §. 38 der Satzungen.

Diejenigen Aktionäre, welche dieser Versammlung beiwohnen wollen, haben das nach Litera und Nummern geordnete Verzeichniß ihrer Aktien mit der Bescheinigung einer öffentlichen Behörde, daß sie bereits seit dem 4. Mai d. Js. im Besitze dieser Aktien waren, in der Zeit vom 25. Mai bis 3. Juni l. Js. an das Direktorium der pfälzischen Ludwigsbahn nach Speyer einzusenden, worauf sie die nur für ihre Person gültige Einlaßkarten mit Angabe der Stimmberechtigung erhalten.

Die Bevollmächtigten von Aktionären legitimiren sich durch Vollmachten, verbunden mit Verzeigung der Aktien, zufolge §. 39 der Satzungen.

Am Tage der Generalversammlung werden keine Eintrittskarten mehr ausgefertigt.

Die zu verbescheidende Rechnung pro 1847 nebst Belegen liegt zehn Tage vor dem Beginne der Generalversammlung auf dem Direktorial-Bureau zur Einsicht der Aktionäre auf. Auch wird jedem Aktionär mit der Eintrittskarte ein gedruckter Auszug aus der Rechnung zugestellt.

Frankenthal den 5. Mai 1848.

Der Vorstand des Verwaltungsrathes:

Pöhlmann.

Bekanntmachung.

2401. Am 7. Jänner l. Js. starb zu Oberfiegsdorf b. Ger. die Pechlerswittwe Elisabetha Ganserer, ohne Nachkommen zu hinterlassen und ohne ein Testament errichtet zu haben.

Wer daher immer Erbansprüche auf deren ungefähr in fl. 1100 — kr. bestehenden Nachlaß machen zu können glaubt, und solche noch nicht zu den Akten angezeigt hat, wird hiemit aufgefordert, dieselben

binnen 8 Wochen von heute an

hierorts anzumelden, außerdessen nach Umfluß dieser Zeit mit Auseinandersetzung rubrizirter Verlassenschaft ohne seine Berücksichtigung weiter vorgeschritten würde.

Bemerkt wird, daß Elisabeth Ganserer die eheliche Tochter des Pechlers Georg Winkler zu Kraiburg und dessen Ehefrau Anna Elisabeth, geborne Sinzinger, ist, welch' Beide schon vor vielen Jahren mit Tod abgegangen sind.

Traunstein den 4. Mai 1848.

Königliches Landgericht Traunstein.

v. Schmid,

königl. Landrichter.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 122.

Man pränumerirt auf dieß Bl[att] in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gang Nr. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 6 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Mittwoch XLIX. Jahrgang. 10. Mai 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 6. Mai. **Achtundvierzigste Sitzung der deutschen Bundesversammlung.** In der heutigen Sitzung traten die neuen Gesandten für Braunschweig, Legationsrath Dr. **Liebe**, und für die 15. Kurie (Oldenburg ꝛc.), Obrist **Mosle**, ein. — Die großherzogl. heſſ., sowie die herzogl. sächſ. Regierungen in Gotha und Meiningen, ließen anzeigen, daß wegen der allgemeinen Volksbewaffnung die erforderlichen gesetzlichen Einleitungen getroffen seyen. — Die großherzogl. sachsen-weimar., die sachsen-meiningen. und die herzogl. naſſau. Regierung ließen anzeigen, daß die Abgeordneten zur Nationalversammlung gewählt seyen. — Ein Erinnerungsschreiben des Fünfzigerausschusses bezüglich gleichzeitiger Abhaltung von Ständeversammlungen in einzelnen Staaten mit der Nationalversammlung hatte seine Erledigung durch den Bundesbeschluß vom 26. April bereits erhalten. — Auf ein Schreiben des Fünfzigerausschusses, den Durchzug der Polen betreffend, wurde beschlossen: demselben den Bundesbeschluß vom 2. Mai nebst Motiven mitzutheilen, zugleich wurde angezeigt, daß von badischer Seite auf preußischen Antrag alle Vorkehrungen getroffen seyen, um soweit thunlich zu verhindern, daß solche Polen in Baden eingelassen und weiter befördert werden, welche von der russischen und österreichischen Grenze nach den neuerdings bekannt gewordenen Verfügungen der russischen und österreichischen Behörden zurückgewiesen werden. — Auf den Kommissionsbericht wegen der Störungen der Dampfschleppschiffahrt auf dem Rheine wurde beschlossen: die königl. preuß., großherzogl. heſſ. und herzogl. naſſau. Regierungen aufzufordern, unverzüglich im Einverständniß die geeignetsten energischesten Maßregeln zu ergreifen, um die gewaltsamen Störungen der Dampfschleppschiffahrt, welche den Handel und die Gewerbe so sehr gefährden, baldigst zu beseitigen. — Bezüglich der Verhältnisse des Herzogthums Lauenburg wurde beschlossen: die Regierung in Ratzeburg aufzufordern, ihren Bundespflichten gehörig nachzukommen, und da seither in der Bundesmatrikel Holstein und Lauenburg vereinigt gewesen sind, wegen Repartition der Bundeslasten mit der provisorischen Regierung in Rendsburg sich zu verständigen. — Die württembergische Regierung ließ den Antrag stellen, die Sitzungen der Bundesversammlung öffentlich zu halten. — Professor Berndt in Bonn überreichte eine Abhandlung über die deutschen Farben, und Buchhändler Weber in Leipzig 20 Exemplare der „Illustrirten Zeitung", welche den Entwurf zu einer Verfassung für Deutschland enthält.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 6. Mai. In dem Fünfzigerausschuß erklären heute Jürgens und mehrere Andere, daß sie zwar in den auf Neh'schen Antrag beschlossenen Protest gegen die Fassung des Bundesbeschlusses über das Triumvirat gestimmt, daß sie aber mit den Motiven, namentlich mit dem Ausdruck „Fälschung" nicht einverstanden seyen. Schleiden beantragt Zurücknahme des gestrigen Beschlusses über Integrität des Bundesgebiets, weil die Bundesacte ohnehin schon Unauflöslichkeit des Bundes stipulire. Im entgegneten Stedtmann und Heckscher mit Hinweisung auf andere Artikel der Bundesakte, welche nicht zur Wahrheit geworden, und auf die Theilung Luxemburgs. Schleidens Antrag wurde einstimmig verworfen. Jakobi verlas einen Brief aus Zürich über die traurige Lage der Deutschen in der Schweiz und den dort herrschenden stupiden Deutschenhaß. Ein Deutscher, der auf dem ihm gehörenden Boote die deutsche Flagge aufgesteckt, habe sie auf polizeilichen Befehl abnehmen müssen, während die Franzosen ungehindert ihre Flagge führten. Es wurde beschlossen, die Bundesversammlung aufzufordern, die deutschen Interessen und die deutsche Ehre in der Schweiz kräftig zu wahren. Eine Eingabe des Vereins der Deutschen in Böhmen, Mähren ꝛc. worin gegen die Verschiebung der Parlamentswahlen daselbst protestirt wird. Diese Eingabe wird durch Zusendung der gestern beschlossenen Proklamation beantwortet und zugleich der Bundesversammlung überwiesen. Der Gemeinderath in Aachen protestirt gegen die in R. Blums Bericht über die dortigen Vorfälle ihm gemachten Vorwürfe der Rathlosigkeit u. s. w. Blum versichert hierauf, er habe die Ereignisse im mildesten Lichte geschildert, wolle aber seine Entgegnung verschieben, bis die übrigen Mitglieder der Deputation anwesend seyen. Mehrere Wahlreklamationen (darunter die der Deutschen in Paris, welche eine eigene Vertretung verlangen), wurden durch die Tagesordnung beseitigt, zugleich aber beschlossen, durch den Bundestag die Regierungen zur Einsendung ihrer Wahlgesetze an die konstituirende Versammlung zu veranlassen. Die nächste Sitzung ist Dienstag. (N. K.)

Hamburg, 2. Mai. Der erste Anfang zur Gründung einer deutschen Flotte im Norden hat begonnen. Gestern sahen wir die ersten Hammerschläge thun, die ersten Rippen zusammenfügen. Deutschlands Flotte hat somit zu existiren angefangen, und es wird nicht allzu lange währen, so wird die schwarz-roth-goldene Fahne auf dem ersten Kanonenboote wehen. Werden unsere ersten Schiffe auch keine Fregatten seyn, so werden sie doch die Fähigkeit besitzen, die Elbe vor dem Eindringen fremder Kriegsschiffe zu schützen. Liefen dänische Kriegsschiffe in die Elbe ein,*) wir wüßten nicht, wie wir sie abhalten sollten, da wir nicht einmal Strandbatterien oder schwimmende Batterien besitzen; wir hielten bisher für unmöglich, daß Hamburg und die übrigen kleinen Ost- und Nordseestaaten in einen Krieg und noch dazu einen Seekrieg verwickelt werden könnten, wir gingen stets von dem Grundsatz aus, daß uns England in jeder Gefahr unterstützen würde. Wie der Augenschein jetzt lehrt, hat England nur die Entwicklung der deutschen Kraft verhindern wollen, ein Zweck, der ihm über alle Maßen gelungen ist. Deutschland durch seine Lage begünstigt, könnte eine Seemacht erster Größe seyn, und ist jetzt nicht einmal im Stande eine Macht zweiten Ranges zu verhindern, daß sie ihm alle seine Schiffe mit Beschlag belegt! Millionen von Thalern die seit 30 Jahren nutzlos vergeudet wurden, hätten uns die schönste Flotte geliefert, statt dessen müssen die ersten Schiffe von milden Beiträgen erbaut werden. Hr. Roß unser Abgeordneter für das Parlament, erließ den ersten Aufruf zur Erbauung von Kriegsschiffen und Einlieferung von milden Beiträgen; in Folge des Eingehens der letztern ließ er bereits mit einem Kanonenboote auf unserer Schiffswerfte beginnen. Hamburg hat also den Ruhm erworben, die Stadt zu seyn, welche den ersten Anstoß zur deutschen Flotte gegeben und mit Erbauung des ersten Kriegsschiffes, wenn es auch noch so klein ist, begonnen hat. Ohne Anfang kein Ende. Hätte man dies schon früher bedacht, wir wären längst weiter; aber da opponirte sich Hannover im Interesse Englands und Mecklenburg in seiner Kurzsichtigkeit, und es mußte erst eine solche Zeit eintreten, um Volk und Machthaber von der Dringlichkeit einer Flotte zum Schutz unsers Handels zu überzeugen. Der norddeutsche Handel hat momentan in der Ostsee aufgehört durch die Blokade dänischer Kriegsschiffe, selbst der direkte Briefwechsel zwischen Deutschland und Dänemark hat in Folge dieser Blokade aufhören müssen, da eine direkte Verbindung durch dieselbe unmöglich gemacht wurde. Hamburgs Dampfschiffe nach England wagen gleichfalls nicht, auszulaufen, und so ist auch der Verkehr in der Nordsee gestört, wenn er auch nicht so ganz wie in der Ostsee aufgehört hat. In Englands Interessen liegt es, Dänemark so viel wie möglich zu beschützen und dem deutschen Handel, so viel Hindernisse wie irgendmöglich in den Weg zu legen, da England nicht Dänemarks wohl aber Deutschlands Industrie zu fürchten hat. Jedes Anschließen der einzelnen deutschen Stämme, jedes Erstarken der Volkskraft ist England ein Gräuel, wie wir dies bei den italienischen Wirren am besten zu beobachten Gelegenheit haben; darum allein sucht England Deutschlands Einheit zu hintertreiben, da es bei jeder Zersplitterung im Trüben zu fischen Hoffnung hat. Doch lasse man sich nicht durch glatte Worte bethören, sondern bilde fort und fort an dem Bau der deutschen Einheit. Nur dadurch kann Deutschland groß und mächtig werden und 1½ Millionen Dänen werden es nie wieder wagen, 40 Millionen Deutsche zu verhöhnen, wie es jetzt geschieht. Ganz Deutschland vereinige seine Beiträge zu dem hier begonnenen Werke, da nur durch die Konzentration aller Kräfte auf einen Punkt ein günstiges Resultat erreicht werden kann. (A. Z.)

*) Es ist seitdem eines eingelaufen.

Bayern.

Landtag.

München, 9. Mai. (XI. Sitzung der Kammer der Reichsräthe.) Die Kammer der Reichsräthe hat dem von der Kammer der Abgeordneten angenommenen Gesetzentwurfe „**wegen der Kosten auf die Abordnung zu der Volksvertretung am deutschen Bunde zu Frankfurt**" in ihrer heutigen Sitzung die Zustimmung ertheilt. Ferner hat sie den Gesetz-Entwurf **über die Verhältnisse der Sparkassen und beziehungsweise die bei der Staatsschuldentilgungsanstalt anliegenden Sparkasse-Kapitalien** der Berathung unterzogen und in deren Folge beschlossen, demselben nur unter den nachfolgenden Modifikationen ihre Zustimmung zu geben, daß nämlich 1) der Eingang des Gesetzentwurfes angenommen werde, eben so 2) der Art. 1, jedoch mit dem Zusatze: „die Zinsaufbesserung soll am Schlusse eines jeden Rechnungsjahres dem vorhandenen Einleger zu Gute kommen." 3) Gleiche Zustimmung erhielt der Art. 2 in der in der Kammer der Abgeordneten beschlossenen neuen Fassung. 4) Die Fassung des Art. 3 habe zu lauten: „die Sparkassen sollen die Einlagen aus der Klasse der Dienstboten, Handwerksgesellen, Taglöhner, Fabrikarbeiter oder Militärs, vom ersten Unteroffizier abwärts, dann der besonders bedürftigen Gewerbstreibenden bis zum statusmäßigen Maximalbetrage vorzugsweise befriedigen." 5) Als (neuen) Art. 4 wurde der Fassung der dazu von der Kammer der Abgeordneten vorgeschlagenen zugestimmt, wogegen der Art. 4 des Gesetzentwurfes wegfällt. 6) Der Art. 5, wie der **Schluß** des Gesetzentwurfes erhielten in ihrer ursprünglichen Fassung auch die Zustimmung der Kammer der Reichsräthe.

**München, 8. Mai. (XXII. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung und Schlußfassung über den Gesetzentwurf: „die Aufhebung der standes- und guts-herrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung der Grundlasten betr." — Anwesend am Ministertische: Frhr. v. Thon-Dittmer, Frhr. v. Lerchenfeld, v. Beisler und Heintz. — Nachdem Professor Dr. Edel Vortrag des Gesammtbeschlusses über den Gesetzentwurf: „einige Abänderungen des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betr." verlesen, und solcher mit seinen von der Kammer der Reichsräthe gemachten Modifikationen von der Kammer der Abgeordneten einstimmig angenommen wurde, eröffnete der 1. Präsident die Diskussion, resp. die Fortsetzung derselben, über obigen Entwurf, die Ablösung ꝛc. betr. — Abg. Schnetzer. In der Verfassungs-Urkunde, auf welche sich die Berechtigten so sehr stützen, finde er nicht als den alleinigen Rechtsboden; die Feudalrechte müssen fallen. Die Kultur wird sich durch die Entfesselung des Bodens heben, und mit ihr überhaupt die Industrie. Den Ablösungsmodus finde er nicht ganz recht. Man möge aber ja nicht glauben, daß man nicht im Stande sey, die Wunden, welche man den Stiftungen ꝛc. schlage, auch zu heilen. Man kann nicht den Forderungen der Zeit entgegentreten. — Abg. Dekan Bauer. Man möge einige Augenblicke vergessen, daß er Geistlicher sey; er werde als solcher seiner Zeit und am rechten Orte sprechen. Er spreche gegen Dr. Ruland, obwohl er seine Inanspruchnahme von heute Morgens für die Rechte der Kirche anerkenne. Es wird ein Gesetz berathen, das mit der Vergangenheit brechen, die Zukunft sichern soll. Wenn man sich auf dem historischen Boden, resp. Rechte, bewegen wollte, so hätte man nie Rechte der Leibeigenschaft ꝛc. abschaffen dürfen. Die Verfassungs-Urkunde spricht keine starre Unwandelbarkeit aus. Der Ackerbau kann nur Aufschwung erhalten, wenn er frei wird von den drückenden Feudallasten. Soll denn die Regierung dem vielfach verlangten Rufe nach Abhilfe nicht nachkommen? Wenn auch dem Entwurfe der wahre Rechtsboden fehlt, so solle man doch zur Beistimmung dieses Entwurfes ein freudiges Ja geben. Dieser Gesetzentwurf ist ein Balken, unter dem ein helles Feuer brennt; lassen wir den Balken fallen, so fallen wir sicher ins Feuer. — Dr. Rammoser liest im Verlaufe seiner Rede einige Dokumente vor, die beweisen, daß man Agitatoren hinausſendet, und Adressen, Petitionen ꝛc. gegen Bezahlung mit Unterschriften versehen ließ, spricht jedoch im Wesentlichen gegen den Entwurf. Die Zehenten sollen nicht abgelöst, sondern fixirt werden. — Pfarrer Realbach ist gegen das Gesetz. Er sagt: Gerechtigkeit ist das Fundament der Staaten; er finde eine Verletzung des Rechtes in diesem Entwurfe. — Dekan Bauer erläutert einige Mißverständnisse seiner Rede, und bemerkt, daß er das historische Recht ehre, allein es gibt eine Ewigkeit des Rechts, nicht aber der Rechte. — Dekan Riede ist gegen das Gesetz, stimmt aber für Fixation. — Abg. Leybold will die Stiftungen und die Kommunen seiner Gemeinde verwahrt wissen, stimmt jedoch für den Entwurf. — Frhr. v. Lindenfels stimmt halb für, halb gegen das Gesetz. — Abg. Unterberger weiß nicht recht, ob er für oder gegen den Entwurf stimmen soll, schließt sich indessen im Vertrauen auf die Regierung demselben an. — Dr. Ruland verwahrt sich gegen einen Vorwurf des Starrsinns. — Frhr. v. Rotenhan. In allen Ständeversammlungen sey der Antrag auf Fixation der Lasten vorgekommen; er habe immer für solche, stets aber gegen Ablösung gesprochen; heute aber müsse er für den Gesetzentwurf stimmen. — Professor Dr. Edel: Den Entwurf annehmen oder nicht annehmen? Es handelt sich um Rechte, die von der Verfassung feierlichst garantirt sind! Allein, das Wohl des Vaterlandes, die Noth des Vaterlandes bestimme ihn, dem Entwurfe vorläufig seine Zustimmung zu geben. — Graf v. Hegnenberg-Dux stimmt in einer gehaltvollen Rede, in welcher er die großen Bewegungen der Zeit schildert, dem Entwurfe bei. — Schluß der Sitzung. Die nächste morgen Vormittags 9 Uhr.

**München, 9. Mai. (XXIII. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische Frhr. v. Thon-Dittmer, Graf v. Bray, Frhr. v. Lerchenfeld, v. Roth, v. Benning, v. Hermann, v. Kleinschrodt, in der Kammer 130 Abgeordnete. — Die Sitzung wurde eröffnet mit Ablesung des Einlaufes. Dann wurde die Debatte über das Ablösungsgesetz fortgesetzt. — Referent Dr. Schwindl begann. Redner ertheilte im Eingang scharfe Hiebe auf die Gegenpartei. Seit Anfang dieses Jahrhunderts strebe man nach Ablösung; die Verfassung müsse in dieser Beziehung verändert werden; es sey die Kammer kompetent die Verfassung abzuändern; zum Gegentheil verpflichte kein Eid. Die Verfassung verlange vielmehr Ablösung. Man lese nur alle betreffenden Paragraphe von der andern Partei, nicht allein solche, die abgerissen für das Einzelninteresse sprechen. Sogar für Stiftungen gebe es im Urterte der Verfassung Modifikationen. Es handle sich um die Erfüllung einer gebieterischen Forderung der Zeit. Bei der Ablösung vergesse man ja nicht, daß die Kosten der Ablösung den Berechtigten zu Gut komme, ferner daß ein Lehengesetz vorliege, welches dem Adel unermeßliche Vortheile biete. Die Entschädigungssumme selbst halte die rechte Mitte; die Ablösungspapiere werden immer ihren Nennwerth behalten; von einem Verlust könne keine Rede seyn. Wenn man für die Ablösung stimme, so sey dieß nicht staatsgefährlich; man vergesse nicht, daß es sich nur um Spezialinteressen handle. Die früher billigen Zwecke der Zehenten seyen unbillig geworden. Warum habe denn die Geistlichkeit auch das urchristliche Viertel für die Armen in ihren Säckel geschoben? Im Interesse der Proletarier verlange er nun dieses Viertel zurück. Hiefür werde man Segen bekommen. In 34 Jahren werde jeder Zehentpflichtige von seiner Last befreit, und dieß ohne Geld voraus. Durch die Befreiung des Bodens komme höhere Kultur und größerer Reichthum. Man versuche es von der Gegenpartei, in die Pfalz, nach Frankreich ꝛc. die mittelalterlichen Feudalien zurückzubringen; er möge wahrlich solchen Aposteln seinen Buckel nicht leihen. Er glaube also, daß dem Entwurf die gewissenhafteste Prüfung fordern. — Ein neuer Rechtsboden müsse geschaffen werden, der alte sey unterwühlt; alle Stürme, alle Kämpfe seyen noch nicht vorüber; der alte Simson sey erwacht, zum Kampfe gerüstet, er könne die Pfeiler des morschen Gebäudes wieder fassen und dasselbe einstürzen. — Der k. Ministerialrath v. Hermann. Redner deduzirt vor Allem die Art und Weise, wie die Regierung sich über die Zehentverhältnisse des Landes vergewissert habe. Ueber 6 Millionen Tagewerk sey zehentbares Land, 2½ Millionen dem Staat bereits fixirte Zehent, 3 Millionen für Stiftungen, 1½ Million für Privaten. — Redner widerlegt dann alle Einwürfe und beruft sich im Wesentlichen auf die gebotene Nothwendigkeit der Zeit. — Frhr. v. Thon-Dittmer, k. Staatsminister des Innern, beruft sich gleichfalls auf die gebieterische Nothwendigkeit der Zeit. Der Entwurf müsse als Ganzes betrachtet werden. Opfer verlange die Zeit, die Kammer möge die richtige Mitte finden. Er verkenne den Ernst der Zeit nicht, aber er sehe auch nicht zu schwarz. Allerdings seyen auch beklagenswerthe Sicherheitsstörungen in Bayern vorgekommen; aber noch lebe das Gesetz und der ernste Wille der Regierung werde das Gesetz aufrecht zu halten wissen gegen alle Wühlereien. Hiebei werde die Regierung wohl auch von allen ordnungsliebenden Bayern unterstützt werden; denn noch gebe es Bayern, die ihren König, das Gesetz und die Ordnung lieben. (Allgemeine Zustimmung). — Frhr. v. Lerchenfeld, k. Staatsminister der Finanzen, erörtert Einzelnes aus dem Entwurfe, was früher angegriffen wurde. Er bemerkt, daß die Regierung Versuche mit Aufbewahrung des Trockenmehles mache; daß die Perzeption der Ablösungsrenten keine neuen Beamten fordere ꝛc. — Hierauf wurde vom 1. Hrn. Präsidenten Dr. Kirchgeßner die spezielle Diskussion nach Ablesung des Art. 1. über diesen eröffnet. Der Art. handelt über „die Aufhebung ohne Entschädigung der standes- und guts-herrlichen Gerichtsbarkeit (und Polizeigewalt) bis zum 1. Juli (1. Okt.) 1848 und Uebernahme der dießfalsigen Beamten vom Staate. — Der II. Hr. Präsident Dr. Müller wünschte Auskunft über die Rechtlichkeit obiger Aufhebung. Er wünsche die Befreiung des Grund und Bodens ganz und gar. — Frhr. v. Lerchenfeld erwidert, daß in Bayern ohngefähr 749 Jurisdiktionen im Werth von 3½ — 4 Millionen Gulden. Beamte werden höchstens 200 zu übernehmen seyn. Pensionen seyen durch den Zugang von Sporteln und Taxen gedeckt. — Dr. Müller stimmte hierauf für Annahme des Art. 1. — Abg. Dekan Vogel erhob sich gegen Dr. Schwindl. Die tausendjährige Eiche stürze zusammen. Es sey zu spät. Die letzte Stunde der Feudallasten habe geschlagen, man begrabe sie nur noch anständig. „Ohne Entschädigung," diesen schwarzen Flor könne er nicht billigen. Er sey für alle Stände da. Die Standesherren haben nach der deutschen Bundesakte einen Rechtstitel mehr, als den gewöhnlichen. Das eigentliche Recht müsse gelten. — Abg. Rath brachte eine Modifikation des Inhalts ein: „Wer auf die Gerichtsbarkeit nach dem 6. März 1848 Verzicht geleistet hat, kann die nach dem Gesetze vom 28. Dezbr. 1831 festgesetzte Entschädigung nicht ansprechen," hiemit fiele „ohne Entschädigung" weg. Diese Modifikation wurde vielseitig unterstützt. — Frhr. v. Rotenhan sprach für das Schicksal gutsherrlicher Beamten, namentlich solcher, die auf Ruf und Widerruf angestellt sind, sich aber durch Nebenbezüge ihre Subsistenz zu sichern im Stande waren. Es wäre sehr unbillig, solche durch Versetzungen mit ihren Familien zu ruiniren. — Abg. Dittmar sprach ebenfalls für die Gerichtsbeamten, die auf Ruf und Widerruf angestellt sind. Würden sie vom Staate nicht übernommen, so seyen sie elend und fallen den Gutsherren zur Last. Er stellte nun eine dießbezügliche Frage an den Ausschuß oder an die Herren vom Ministertische. — Frhr. v. Lerchenfeld: Der Minister müsse das Gesetz vollziehen, aber nicht grübeln. Die Regierung werde bezüglich der Gerichtsbeamten das Beste thun, die gehörigen Rücksichten nehmen. Wer sich nun nicht verwenden lassen wolle, müsse freilich aus dem Staatsdienste treten. — Abg. v. Scheurl sprach den Wunsch nach einer Modifikation aus, die dann Abg. Christmann formulirte. Es soll nämlich gesetzt werden: „Jede bis zum 12. April noch nicht vom Staate übernommene Gerichtsbarkeit ꝛc." Sie wurde unterstützt. Frhr. v. Künsberg erörterte die geschichtlich-rechtlichen Grundlagen der Privat-Jurisdiktion. Früher habe man selbst gegen durch Novation rechtlich gewordene Gerichtsbarkeiten fiskalisch gehandelt, er lobe das Ministerium, daß dasselbe gerade aus handle. — Obige Modifikation wurde unterstützt. — Graf v. Hegnenberg sprach für diese Modifikation. Man stehe auf dem Boden der Transaktion. — Abg. v. Habermann brachte eine weitere Modifikation ein, lautend: „Diejenigen Gerichtsbarkeiten ausgenommen, deren Abtretung an den Staat vor dem 12. April 1848 erklärt worden ist. — Frhr. v. Lerchenfeld sprach für die Modifikation. Hierauf wurden die beiden ersten Modifikationen zurückgenommen. Abg. Dr. Schwindl als Referent sprach für die Modifikation des Hrn. v. Habermann. Schließlich sprach er gegen einige Aeußerungen des Dek. Vogel und Frhrn. von Künsberg. Er unterscheide sehr gut zwischen Kirchengut und Kirchendiener. Dek. Vogel habe zwar an Charakter triplex pectus aber die parlamentarische Rhinozeroshaut habe er doch noch nicht über den Kopf gezogen. — Hierauf wurden die Modifikationen des Ausschusses und diejenige des Hrn. v. Habermann angenommen, somit in dieser Form Art. 1. — Hiemit schloß die Sitzung und wurde auf heute ½5 Uhr anberaumt.

München, 10. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XXV. auf heute um 9 Uhr Vormittags angesetzte öffentliche Sitzung.) 1. Verlesung des Protokolls der XXIV. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Fortsetzung der Berathung und Schlußfassung über den Gesetzentwurf: „die Aufhebung der standes- und guts-herrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten betr."

München. (Fortsetzung der Mittheilung der allerhöchsten Landraths-Abschiede.) C. Oberfranken. Auf die in dem besondern Protokolle niedergelegten Wünsche und Anträge ertheilen Wir nachstehende Entschließungen: 1) Wegen Benutzung der Eisenbahnen zum Transporte von Schüblingen sind die betreffenden Erhebungen bereits eingeleitet. Wir behalten Uns vor, nach deren Ergebniß das Weitere zu verfügen. 2) Wegen Verbindung des Landgerichtssitzes Naila mit Hof durch eine tägliche Kariolpost sind Einleitungen getroffen, um dem deßfallsigen Bedürfnisse zu genügen. 3) In Absicht auf Fürsorge gegen Getreidmangel und Theuerung, und wegen Abgabe des zur Unterstützung ober-

fränkischer Gemeinden angekauften Getreides um den, niedriger als der Ankaufspreis sich stellenden mittleren Schrannen- und laufenden Markt-Preis ist bereits das Geeignete angeordnet, und der von dem Landrathe vorgebrachten Bitte entsprochen. 4) Wir haben wegen des Auswanderungswesens bereits an Unsere Konsuln die geeigneten Instruktionen ergehen lassen, und wollen, soferne dieß nöthig erscheinen sollte, auch noch weitere sachgemäße Anordnungen treffen. 5) Bezüglich der von dem Landrathe entworfenen Geschäftsordnung behalten Wir Uns nähere Entschließung mit Rücksicht auf das Gesetz vom 15. Aug. 1828, die Einführung der Landräthe betreffend, vor. Uebrigens war es Uns erfreulich, den Dank des Landrathes bezüglich der anbefohlenen Einleitungen für eine auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit gebaute Rechtspflege, und für die beabsichtete Durchführung der Trennung der Justiz von der Administration zu vernehmen. Mit besonderem Wohlgefallen erwidern Wir den Ausdruck treuer Anhänglichkeit und des Dankes für die Berücksichtigung früherer Wünsche und Anträge für die Fürsorge zur Milderung des Nothstandes in Oberfranken mit der Versicherung Unserer landesväterlichen Huld und Gnade. München, den 2. April 1848. Max. v. Beisler. v. Thon-Dittmer. Heintz. Lerchenfeld. von der Mark, Generalmajor. Graf v. Waldkirch. Nach dem Befehle Sr. Maj. des Königs: der geheime Sekretär des Staatsrathes, Rath Seb. v. Kobell.

|||München, 10. Mai. Da an die unterzeichneten frühern Ausschußmitglieder des „Bauhofklubbs" fortwährend denselben betreffende Anfragen und Anträge ergehen, erklären sie hiemit, daß sie seit Sonntag, den 30. April, im Ausschusse nicht mehr wirksam waren, auch ferner bei dem genannten Klubb sich nicht mehr betheiligen werden. Max Wagner, Rechtspraktikant. Dr. Ringler. Anton Wagner, Rechtspraktikant. Roller. Joseph Wagner, Rechtspraktikant. Dr. Drey.

Baden.

Karlsruhe, 4. Mai. Sicherem Vernehmen zufolge ist unsere Regierung eifrig damit beschäftigt, in mehreren Zweigen der Verwaltung, namentlich im Pensionswesen bedeutende Ersparungen gesetzlich vorzubereiten, und geht also auch in dieser Hinsicht den übrigen Theilen des Gesammtvaterlandes mit ruhmlichem Beispiele voran. Es soll zwar der richtige Grundsatz festgehalten werden, daß die Existenz des tüchtigen Beamten auch für die Tage des späten Alters von dem Staate gesichert seyn muß, wenn er in allen Fällen seine Selbstständigkeit und Integrität bewahren und nicht den häßlichen Schäden verfallen soll, welche bei unsern westlichen Nachbarn so häufig zum Skandal geworden sind; es soll sich aber zugleich die Ansicht geltend machen, daß es den bejahrten Diener des Staates nur ziert, wenn er zur Zeit, wo er nicht mehr dienen kann, auf jeden entbehrlichen Luxus verzichtend, nur zur Steuer des Nothwendigen sein bescheiden Theil mit gutem Gewissen und in Ehren dahin nimmt. Demgemäß sollen hauptsächlich die höchsten Pensionen einer bedeutenden Reduktion entgegensehen, was bei der gedrückten Lage aller industriellen und kommerziellen Verhältnisse nur mit verdientem Beifall aufgenommen werden und vielfach beruhigend einwirken wird, wie uns ein Bericht aus dem Odenwalde, wohin die frohe Kunde gedrungen, bereits im Voraus überzeugt hat. Auch in den Regionen des Hofs sollen, wie die öffentliche Stimme berichtet, ähnliche Reduktionen in Aussicht stehen, und man bringt damit in Zusammenhang, daß gewisse erledigte Chargen bisher nicht wieder besetzt worden sind. Wir begrüßen diese Kunde als eine recht erfreuliche; weil die Erfahrung den Beweis liefert, daß die Würdenträger, welche ihre Erhebung nur der Gnade, nicht der eigenen Befähigung verdanken, um letzteren Ausfall zu decken, allerwärts zu Chikanen und Intriguen ihre Zuflucht nehmen und so eben sowohl die Quälgeister ihrer Wohlthäter als ihrer untergebenen Sachkundigen sind. Den Staatsdienerfamilien, welche für die knappe Pension fürchten, wollen wir in Zeiten den heilsamen Rath geben, in den besseren, wenn auch allerdings nicht fetten Jahren aller kostspieligen Rivalität und Ostentation klüglich zu entsagen. (D. Z.)

Mannheim, 3. Mai. Kaufmann Nauen, der am 29. die Brücke abfahren ließ, wird für den Eingriff in Staatseigenthum zur Schadloshaltung beigezogen; die Sache wird ihm auf 2500 fl. zu stehen kommen. Dr. Weller, der in solchem Grade überspannt war, daß er z. B. seinen Vater für einen „Volksverräther" erklärte, hat sich flüchtig gemacht. — Im Ganzen mögen jetzt 7000 Mann Truppen hier vereinigt seyn.

(Schw. Mkr.)

K. Sachsen.

Leipzig, 5. Mai. Die folgende für die jetzt beginnende Jubilatemesse nicht unwichtige Bekanntmachung ist heute hier vom Handelsstand ergangen. Auf Antrag des Handelsstandes und die hierauf eingetretene kräftige Verwendung unserer hohen Staatsregierung ist in Betreff des österreichischen Geldausfuhrverbotes so eben folgende offizielle Mittheilung eingegangen: „Das Landespräsidium in Prag wird von der k. k. österreichischen Regierung ermächtigt, zu Baarsendungen, die zufolge beigebrachter glaubwürdiger Handelskorrespondenzpapiere oder anderer Nachweisungen zu Besorgung oder Schlichtung von Handelsgeschäften auf der Leipziger Ostermesse bestimmt sind, bis einschließlich 5000 fl. C.-M. Ausfuhrpässe zu ertheilen. Ferner ist jede Durchfuhr von Gold und Silber gestattet, wenn dieses schon beim Eintritt nach Oesterreich als Durchfuhrgut erklärt wird."

(D. A. Z.)

Sächsische Herzogthümer.

Weimar, 27. April. Unsere Regierung hat an die deutschen Höfe ein Rundschreiben gerichtet, worin sie auf die traurigen Vorgänge des Bundestags und die dadurch herbeigeführte demüthigende Lage desselben in jetziger Zeit hinweisend, den Vorschlag macht, den Bundestag ganz aufzulösen. An seiner Statt möge man eine andere provisorische Centralbehörde zur Verhandlung mit dem Nationalparlament einsetzen. (K. Z.)

Preußen.

Berlin, 5. Mai. Von dem kommandirenden General des 1. Armeekorps, welches in Ostpreußen steht, sind große Truppenbewegungen nach der russischen Grenze zu veranlaßt worden. Aus dem Innern Rußlands werden immer stärkere Truppenmassen in das Königreich Polen gewälzt. — Auch vor Danzig und Königsberg sollen jetzt dänische Kriegsschiffe angekommen seyn, um eine Blokade zu veranstalten. (K. v. u. f. D.)

Breslau, 4. Mai. An der polnischen Grenze bei Kalisch ziehen nun endlich die Russen eine nicht unbedeutende Truppenmacht zusammen. So sollen zwischen Kalisch und Peisern nahe an 20,000 Mann Infanterie und Kavallerie (darunter 800 Mann Tscherkessen) und drei Batterien Artillerie postirt seyn. Soll dieses ein bloßes Observationskorps seyn, oder erwartet es noch Verstärkung, um dann zu einer andern Bestimmung verwendet zu werden? (D. A. Z.)

Stettin, 4. Mai. Außer den bereits erwähnten englischen Schiffen, welche von der dänischen Fregatte auf der Rhede von Swinemünde festgehalten wurden, ohne nach dem Hafen gelassen zu werden, sind abermals 22 englische Schiffe dort angehalten worden; zuletzt dürften der dänischen Fregatte, dieser Flotte gegenüber, einige Besorgnisse aufsteigen, besonders da mehrere Schiffskapitäne in Pommern ihre Schiffe ausrüsten wollen, um einen Angriff auf die Fregatte zu versuchen. (B. N.)

Swinemünde, 4. Mai. Von dem Befehlshaber der dänischen Fregatte ist dem hiesigen dänischen Vizekonsulat eine Deklaration in Bezug auf die Blokade mitgetheilt worden, die kund gibt, daß die dänischen Kriegsschiffe den Schiffen alliirter, freundschaftlicher und neutraler Mächte nicht gestatten, in die blokirten Häfen einzulaufen. — Wie man so eben vernimmt, hat der Befehlshaber der dänischen Fregatte das Auslaufen von neutralen Schiffen bis zum 10. d. Mts. gestattet. Die dänische Fregatte ist mit einem Netze umspannt, um das mögliche „Entern" zu erschweren. Wie stark deren Bemannung, ist mit Bestimmtheit heute noch nicht zu erfahren. Nach einer Angabe soll sie aus 400, nach einer anderen aus nur 200 Mann bestehen. Von Seiten des englischen Vizekonsulats ist gestern ein zweiter Rapport an die Gesandtschaft nach Berlin abgegangen und darin vernehmlich hervorgehoben, daß die englischen Kapitäne über das Anhalten ihrer Flagge um so entrüsteter seyen, als die Blokade mit deren Eintritt bekannt geworden, während sie doch vorher für neutrale Schiffe hätte notifizirt werden müssen. Bis jetzt sind 26 Schiffe durch die dänische Fregatte am Einlaufen in unsern Hafen verhindert. Fünf von diesen Schiffen sind noch nicht bekannt, darunter befinden sich anscheinend 4 englische und 1 holländisches. Ein englisches Barkschiff, dessen Name ebenfalls noch unbekannt ist, hält seit seiner Ankunft auf der Rhede unter Segel.

(P. Z.)

Schleswig-Holstein.

Altona, 3. Mai. So eben geht die telegraphische Depesche ein, daß zwei dänische Fregatten vor der Mündung der Elbe in Sicht seyen; um deren Landung in Curhaven zu verhindern, hat man von Hamburg aus rasch 150 Mann der hansischen Legion nach Curhaven zum Schutz der dortigen Küsten gesandt, wir fürchten aber, daß sie schon zu spät kommen werden und daß es ihnen nicht gelingen wird, die dänischen Kriegsschiffe vom Einlaufen in die Elbe abzuhalten, wenn dieselben wirklich, wie man sagt beabsichtigen die Elbe heraufzukommen. Um eine Blokade Altonas und Hamburgs zu verhindern hat man sich entschlossen die eben hier eingetroffene dritte preußische Artilleriebrigade nicht der Hauptarmee nachzusenden, sondern hier zu behalten und Flußbatterien zu errichten. Obgleich es sehr schwer ist, mit tiefgehenden Kriegsschiffen die Elbe heraufzukommen, so ist es bei hoher Fluth und guten Lootsen doch möglich, und beide Städte sind einer unberechenbaren Gefahr ausgesetzt, da von keiner Seite bisher etwas zum Schutz derselben gethan war. Kommen übrigens nur zwei Fregatten, so sind dieselben wohl vom Lande aus durch Kanonen zu zertrümmern, besonders jetzt, wo uns preußische Artillerie zu Gebot steht. Jedenfalls ist es unverzeihlich, daß von keiner Seite etwas zum Schutz der Elbufer gethan worden ist. (A. Z.)

Rendsburg, 3. Mai. Gestern morgen haben die preußischen Truppen, wie vorher bestimmt worden, Christiansfeld verlassen und sind, ohne auf Feinde zu stoßen, bis über Kolding hinausgezogen. Das Hauptquartier des Generals Wrangel war den Abend des 2. d. in Gudby, zwischen Kolding und Fredericia, wo wahrscheinlich General Bonin schon denselben Abend eingezogen seyn wird, da es bereits am 1. Mai von den dänischen Truppen verlassen worden ist. Der Einzug des Generalstabs in Fredericia war auf heute bestimmt, während der Prinz von Augustenburg, der mit seinem Korps von Ripen sich wieder nach Osten gewandt hat gleichzeitig Veile besetzen wird. Gestern Abend ist der russische Legationsrath Evers, wie es heißt mit russisch-englischen Aufträgen im Hauptquartier angelangt, von Apenrade kommend, wohin ihn ein dänisches Dampfschiff gebracht hatte. Ein ihn begleitender dänischer Parlamentär ward nicht durchgelassen. Nach Besetzung von Veile und Fredericia wird General Wrangel wahrscheinlich sein Hauptquartier in Kolding nehmen, und seine Vorposten höchstens bis Horsens vorschieben. Die Aufnahme bei den Jüten wird gelobt. Die Auflösung der Freikorps soll sistirt seyn. (Alt. Mkr.)

Nach Depeschen des Generals Halkett war das Hauptquartier des 10. Armeekorps am 30. v. M. noch in Nubel und keine wesentliche Aenderung in der dortigen Lage der Dinge vorgefallen. Das 10. Armeekorps ist bestimmt, die Rückzugslinie der nach Jütland marschirenden preußischen und schleswig-holsteinischen Truppen zu decken und die auf Alsen befindlichen Dänen, deren Stärke man nicht kennt, zu verhindern, etwas gegen die Operationslinie der vorrückenden Truppen zu unternehmen. Die Meerenge wird von 2 Briggs, 2 Dampfschiffen und mehreren Kanonenbooten bewacht.

(H. Z.)

Auszug aus zwei Depeschen des Generallieutenants Halkett vom 1. und 2. Mai: „Hauptquartier Nübel. In den Verhältnissen der mobilen Division sind keine wesentlichen Veränderungen vorgegangen. Das Hauptquartier der Dänen scheint noch auf Alsen zu seyn, da ein Parlamentär vom General v. Hedemann ein Schreiben desselben an den kommandirenden General am 1. gebracht hat. Die bewaffneten Schiffe kreuzen zwischen der Insel und dem Festlande, und feuern bisweilen auf unsere Stellung, aber ohne Schaden zu thun.

Die neuesten Nachrichten vom Kriegsschauplatz sind aus Altona, 5. Mai, und besagen, daß die deutschen Vorposten in Horsens stehen, das Hauptquartier in Veile ist. Ein Bericht des Generals v. Wrangel an die provisorische Regierung ist aus Fridericia, 3. Mai. Er meldet, daß am 2. dem Jahrestag der Schlacht von Großgörschen, die deutschen Truppen Jütlands Gränze bei Kolding überschritten, und noch am selben Abend die Festung Friedericia, den wichtigsten dänischen Brückenkopf auf dem Festland, besetzt haben. Der Feind hatte die jütischen Gränzen und die Stellung bei Kolding

ohne Widerstand verlassen, und Friedericia öffnete seine Thore vor einer Streifwacht des den Vortrab befehligenden Generals v. Bonin. Alle dänischen Truppen sind nach Fühnen übergesetzt, viele Vorräthe wurden erbeutet. Das Seefort, wo sich die Dänen noch bis zuletzt hatten halten wollen, soll zerstört werden. Am Nachmittag sollte die deutsche Flagge am Flaggenstabe des Seeforts aufgezogen werden, und so lang diese Fahne dort weht, wird kein Zoll von den Schiffen, die den kleinen Belt passiren, erhoben werden. Muth und Ausdauer der Truppen kann der Bericht nicht genugsam lobend anerkennen.

Mecklenburg.

Am 3. Mai lief in Rostock die dänische Blokadeerklärung, datirt von Kopenhagen 29. April, ein. Sie bezeichnet die Flußmündungen, Küsten und Häfen Preußens, Hannovers, Oldenburgs, Mecklenburgs sowie der Hansestädte.

Freie Städte.

Bremen. Die „Weser-Zeitung" berichtet, daß in Bremen am 3. Mai sechs Stück Vierundzwanzigpfünder zu Schiff anlangten, welche die preußische Regierung von Minden herabgeschickt hatte, um zur Montirung einer Strandbatterie unterhalb Bremerhafen zu dienen. Die Vorbereitungen dazu wurden bereits seit mehren Tagen unter Leitung eines preußischen Artillerieoffiziers betrieben,

Bremen. 4. Mai. Im Bremerhafen ist heute Morgen eine Helgolander Schaluppe angekommen, welche berichtet, daß gestern Vormittags die dänische Fregatte „Gefting" („Gefion?") von 40 Kanonen auf der Höhe von Helgoland erschienen sey und sämmtliche gestern von der Elbe ausgegangenen Schiffe angehalten habe. — Ein Bremer und zwei Lübecker Schiffe, die am 1. Mai in Helsingör angekommen, und wovon das eine eben seine Expedition bekommen und segelfertig gewesen, sind bereits mit Embargo belegt worden. (Wes.-Z.)

Lübeck, 28. April. Der „Lübecker Korrespondent" berichtet, daß die Bürgerschaft auf Antrag des Senats militärische Sicherheitsmaßregeln für Hafen und Küste von Travemünde zu ergreifen beschlossen hat. Für die Kosten sind vorläufig 10,000 Mark bewilligt. Eine Kommission des Senats und der Bürgerschaft übernimmt die Ausführung. Dies hat schon begonnen durch Herbeiführung mehrerer Kanonenläufe. Der Senat ermahnt die Kaufmannschaft mit Rücksicht auf die gestörten politischen Beziehungen zur Vorsicht bei ihren Handelsunternehmen.

Oesterreich.

Wien, 6. Mai. Der amtliche Theil der „Wiener Zeitung" enthält einen Artikel, worin zunächst auf die angemessene Vertretung aller Interessen der verschiedenen Bevölkerungsschichten in der „noch im Laufe des nächsten Monats" auf Grund des neuen Wahlgesetzes einzuberufenden Reichsversammlung hingewiesen ist, weßhalb jeder Wohlgesinnte ruhig auf diesen Zeitpunkt hinblicken könne. Zugleich wird die Bildung eines Ministeriums für Ackerbau, Industrie und Gewerbe in baldigste Aussicht gestellt. Außerdem ist die Commission angeführt, welche zur praktischen Anschauung des öffentlich-mündlichen Gerichtsverfahrens, behufs dessen Einrichtung in der österreichischen Monarchie, vom Justizministerium ernannt worden ist, und nach den Ländern mit öffentlich-mündlichem Verfahren abgesendet werden soll. Sie besteht aus den HH. Appellationsrath J. Kitka, niederösterr. Landrath v. Mitis, Hofkammerprokuratorsadjunkt Dr. Weißmann, Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Th. Rizy, Kriminalgerichtsaktuar C. J. Holzinger und niederösterr. Landrechtsauskultant Th. Frhr. v. Sallen.

Italien.

Die gestern nur fragmentarisch aus den italienischen Blättern berührten Ereignisse in Rom liegen nun in ihrem Zusammenhange vor uns. Das Resultat kommt fast einer Entsagung des Papstes auf seine weltliche Herrschaft gleich. Bekannt ist der Widerspruch, in den der heilige Stuhl kam, indem von ihm die wiederholte Erklärung des Friedens mit Oesterreich ausging, während der römische Feldhauptmann über den Po rückte und sich — wie oberitalienische Blätter behaupteten — von der Republik Venedig Subsidien bezahlen ließ. Fortwährende Tumulte, die dem Papst in seiner Hauptstadt erregt wurden, konnten ihn nicht zu der Unterschrift der Kriegserklärung bewegen. Die Klubbs drängten immer stürmischer. Vergebens. Pius IX. zeigte, daß er noch nicht allen Willen verloren habe. Da ward am 29. April ein Konsistorium abgehalten. Der Papst erklärte in seiner Allocution, ihm sey als Nachfolger Petri, der alle Völker mit Liebe zu umfassen habe, jeder Krieg ein Gräuel; mit Abschen gar erfülle ihn der Gedanke, daß man ihn an die Spitze einer italienischen Republik stellen wolle. Nie habe die Absicht weltlicher Vergrößerung ihn geleitet. Sey er nicht im Stande gewesen, den Feuereifer derjenigen seiner Unterthanen zu dämpfen, die an den Ereignissen von Oberitalien sich betheiligen wollten, so sey ihm blos begegnet, was auch viel mächtigern Fürsten als ihm widerfahren sey; er habe seine Soldaten blos zum Schutz des Kirchenstaates an die Grenze geschickt. Welche Macht aber habe er, die Leidenschaften derer, welche weiter gehen, in Schranken zu halten? Alsbald nach dieser Allokution reichten alle Minister ihre Entlassung ein. Der Papst schien sie annehmen zu wollen. Die Klubbs beriethen über Aufstellung einer provisorischen Regierung; die Bürgergarde besetzte alle Thore und ließ keinen Kardinal hinaus — es hatte sich das Gerücht verbreitet, der Papst wolle sich nach Subiaco zurückziehen. Endlich erklärte der Papst: für die weltliche Regierung seyen die Minister verantwortlich; er könne keinen Krieg zwischen seinen Kindern erklären. Das Ministerium bleibt; nur Graf Mamiani tritt an Kardinal Antonelli's Stelle, der den Vorsitz übernimmt. Von ihm erwartete man die Kriegserklärung, die der Papst nicht unterschreiben wollte. Dessen ungeachtet werden die Italiener fortfahren, den Kreuzzug gegen Oesterreich zu predigen, das österreich-feindliche Deutschland wird seinen Beifall klatschen und die Franzosen werden die Frucht des Sieges ernten; deutsche Herrschaft wird auch vom adriatischen Meer verschwinden, auch darüber wird man — mitten im Eifer für eine deutsche Flotte — in Deutschland sich trösten, eben so darüber, daß die deutsch-österreichischen Provinzen — Deutschlands herrlichste Länder — durch vollständige Ueberwälzung der Staatsschuld der Monarchie auf ihre Schultern erdrückt werden! Was geht das den deutschen Bund, was Deutschland an, dem in der Wiederherstellung Polens, das glühenden Haß gegen uns hegt und hegen wird, eine viel heiligere Pflicht nahe gelegt ist. Oesterreich mag zu Grunde gehen. Der deutsche Bund braucht diese Länder nicht. Er ist reich genug, wenn er seine Grenze am Lech und Inn steckt, und von dem Weltstrom der Donau blos das Stück behält, in welchem die Dampfschiffe stecken bleiben. Haben wir ja auch die Maas und die Freiheit des Rheins aufgegeben! Mittlerweile verweisen wir Oesterreich auf den Osten, hinaus aus Deutschland, wär's auch auf die Gefahr hin, daß dann in dem neuen Slavenreiche Deutschland ein neuer Gegner entstünde, dem wir selbst die deutsch-österreichischen Provinzen in die Arme geworfen hätten. So wäre zur Schwächung Deutschlands das große Resultat erreicht, ehe noch Ein Franzose den Rhein oder den Var überschritten hätte. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 4. Mai. Der Wachsamkeit des Polizeipräfekten haben wir es zu verdanken, wenn das provisorische Gebäude, worin die Nationalversammlung heute ihre Sitzungen eröffnet hat, nicht gestern Abends von der revolutionären Partei eingeäschert worden. Der republikanische Zentralklub, wovon Blancqui Präsident ist, hatte in seiner Sitzung vom 1. beschlossen, an die Regierung eine Deputation zu senden, um wegen der Rouener Vorfälle über die Truppen Klage zu führen. Die Wuth der ultrarevolutionären Partei kannte keine Grenzen, als sie sich mit Entschiedenheit zurückgewiesen sah. In der vorgestrigen Nacht sollte daher die provisorische Regierung zum Sturz gebracht werden. Die Nationalgarde, die auf ihrer Hut geblieben war, durchstrich aber beim Anbruch der Nacht in starken Patrouillen die Straßen, während in jeder Mairie 500 Mann mit geladenen Gewehren zum Ausrücken bereit standen. Alle übrigen Nationalgardisten warteten in ihren Häusern nur auf den Wink, um sich in Reih und Glied zu stellen. So geriethen die Klubisten auf den tollen Gedanken, den Palast der Nationalversammlung in Brand zu stecken, um auf diese Art die Vertagung herbeizuführen. Gerade zur Zeit, wo gestern Abends zwischen 8 und 10 Uhr die Mitglieder der Nationalversammlung zu einer vorbereitenden Sitzung beisammen waren, um den Alterspräsidenten voraus zu bestimmen, sollte der aus Holz und Backsteinen in Eile erbaute Sitzungssaal angezündet werden. Caussidière jedoch, davon zeitlich unterrichtet, ließ noch vor der Dämmerung alle Zugänge und Umgebungen des Palastes Bourbon mit mobiler Nationalgarde besetzen und die Brücken vor demselben absperren. Auf heute wurde von jeder Legion ein Bataillon Nationalgarde, 15,000 M. der mobilen Nationalgarde und 12,000 M. Truppen, aufgeboten. Zur größeren Vorsicht sind längs den elyseischen Feldern mehrere Artilleriebatterien mit angezündeten Lunten aufgestellt und alle Mairien mit reichem Vorrath an Patronen versehen. (A. Z.)

Mehrere Journale behaupten, dem General Oudinot sey durch den Telegraphen der Befehl zugeschickt worden, in Piemont einzurücken. Die Regierung hatte 15 Millionen für die dringenden Bedürfnisse des italienischen Heeres aus der Bank genommen.

Türkei.

Die Post aus Konstantinopel vom 26. April meldet, daß dem Sultan ein Sohn geboren wurde. Handel und Verkehr lagen arg darnieder — die Nachwehen der europäischen Ereignisse. Die Cholera war noch immer nicht verschwunden. In Kurdistan drohte Aufruhr. In Teheran hatte sich ein Prinz ins russische Gesandtschaftshotel geflüchtet. Der Gesandte verweigerte dessen Auslieferung. Das Gefühl, daß von Rußland bald entscheidende Schläge ausgehen würden, verbreitet sich durch das ganze osmanische Reich. Welche Rolle werden Oesterreich und Ungarn dabei übernehmen? Von der Lösung dieser Frage hängt es ab, ob die Donau für das westliche Europa ein gesperrter Strom oder der große Verkehrskanal mit dem Orient seyn wird. Die Bedeutung Oesterreichs in dieser Beziehung wird durch seinen Besitz von Triest und den adriatischen Seegestaden vermehrt. Wer eine deutsche Seemacht und deutschen Seeverkehr will, darf dieß nicht vergessen, denn nicht bloß Dänemark gegenüber brauchen wir eine Flotte. (A. Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 11. Mai: „Loreley," Oper von Ignaz Lachner.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. Artaria, Partikulier v. London; Delcodon und Kämp, Partikuliers v. Freiburg.

Hotel Maulik. HH. v. Flach und Ungern, Privatiers aus Schweden; Dr. Bach v. Zürich.

Gold. Kreuz. HH. Gelzer, Professor v. Berlin; Martin, Privatier v. Baireuth; Steichele, geistlicher Rath v. Augsburg.

Blaue Traube. HH. Ebert, Dr. med. v. Prag; Schuch, Student; Prihradny, Rentier aus Ungarn; Dr. Schmidt von Baireuth; Bernatz, Kreisbaurath v. Landshut; Kranzberger, Maler v. Regensburg.

Gestorbene in München.

Katharina Kummerer, b. Schneidersfrau v. h., 61 J. alt; Philipp Hennig, Cuirassier-Soldat, geb. v. Kleinheubach, 22 J. alt; Kreszenz Haug, Hofglasersfrau v. h., 53 J. alt; Theres Mielach, pens. kgl. Oberlieutenants-Gattin v. Augsburg, 59 J. alt; Kath. Schößl, bgl. Instrumentenmachers-Wittwe v. h., 54 J. alt.

Pfandauslösung und Versteigerung.

2394. (3b) Mittwoch den 24. Mai 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat April 1847 und zwar von:

Nr. 44,717 bis 63,013.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Montag den 29. Mai öffentliche Versteigerung.

München, den 29. April. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt I. der Stadt München.

L. Negrioli, Magistratsrath.

Hannes, Cassier. v. Zech, Controleur.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 123.

Man pränumerirt auf die Nr. 3 in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir [illegible] Nro. 3); auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 6 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Donnerstag XLIX. Jahrgang. **11. Mai 1848.**

Deutschland.

Bayern.

Landtag.

**München, 9. Mai. (XXIV. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische Frhr. v. Thon-Dittmer, Frhr. v. Lerchenfeld, v. Benning, v. Hermann, Friedrich, Sperl, General Heideck; in der Kammer 125 Abgeordnete. — Die Sitzung wurde mit Fortsetzung der speziellen Debatte eröffnet. — Nach kurzer Diskussion wurde nach dem Ausschußantrag die Auslassung des Art. 2 beschlossen, wornach nämlich die Aufhebung der gutsherrlichen Patronatsrechte durch besondere Gesetze geregelt werden sollen. — Zu Art. 3 (jetzt Art. 2) hatte Frhr. v. Rotenhan eine Modifikation eingebracht. Der Artikel selbst handelt nämlich über Aufhebung der Natural-Frohndienste ohne Entschädigung, ohne Bestimmung über die Zeit der Aufhebung. Diese Zeit setzte Frhr. v. Rotenhan auf den 1. Januar 1849. Ferner brachte er einen Zusatz: „Wenn Oekonomiegüter mit den für dieselben zu leistenden Frohnen verpachtet sind, so können beide Theile für das nächste Pachtziel den Pacht aufkünden, wenn keine Vereinbarung über angemessene Minderung des Pachtzinses zu Stande kommt." — Abg. Ney hatte auch eine Modifikation eingebracht, die eigentlich eine zweckmäßigere, präzisere Redaktion des Artikels bezweckte, durch Aufnahme von Ausnahmen. — Graf v. Pückler ist für Befreiung von allen Frohnlasten, doch muß diese nicht auf dem Wege der Gewaltthat erfolgen. Das Verhältniß wird jetzt umgekehrt, aus dem Verpflichteten wird der Berechtigte; wenn die Grundholden nach des Ministerialraths v. Hermann Aeußerung Millionen gewinnen, so können sie sich schon auch Etwas gefallen lassen. — Ebert schließt sich der v. Rotenhan'schen Modifikation an. — Edel hat sich überzeugt, daß die Erträgnisse aus Frohnleistungen einen großen Theil des adeligen Einkommens ausmachen; eine Ausgleichung kann nur dadurch gewährt werden, wenn der ganze Art. 2 zessirt, und unter die betreffenden Artikel über Ablösung subsumirt wird. Auch den Frohnberechtigten gebühre eine Entschädigung. — Schlund dagegen; er sieht nicht ein, warum Streit entstehen könne. — v. Rotenhan erläutert, daß wenn Pächtern Frohndienste zugesichert wurden, diese aber aufhören, dieselben nothwendig ihren Regreß an den Pachtherren nehmen würden. — Bauer will den mildern, von Edel vorgeschlagenen Weg zwar gern eingeschlagen wissen, allein es streite dieß gegen alle Konsequenz. Es würde durchaus eine Saat der Zwietracht in den Gemeinden ausgestreut; der eine Frohnpflichtige habe abgelöst, der andere nicht. Da gibt es Mißstimmungen. Man solle es nicht machen, wie jener Lakai, der an dem Schoßhündchen, um ihm die Ohren zu stutzen, jedoch bei dieser Operation nicht wehe zu thun, dieselbe 25mal wiederholte. — Bestelmayer und Graf Hegnenberg sind der Ansicht Edel's, daß Unrecht begangen werde, wenn die nicht abgelösten Frohnden ohne Entschädigung aufgehoben werden. Die so oft verletzte Billigkeit habe hier eine schöne Gelegenheit, sich geltend zu machen. — v. Künsberg ist für die gleiche Ansicht; es böten sich die beiden Wege der Fixation und der Ablösung dar. — Die jetzt überreichte Modifikation Edel's wird eingebracht. — Unterstützend erklärt sich v. Rotenhan dafür. — Schlund spricht sich entschieden dagegen aus. Schon das Wort Frohndienst klinge in dieser Zeit der Freiheit knechtisch. Selbst der Name solle schwinden; wo nicht, möchten manchen Abgeordneten bei der Heimkehr seine Kommittenten mit Knitteln begrüßen. Lieber das ganze Gesetz fort, wenn dieser Titel nicht ganz schwinde. — Rammoser will Entschädigung, weil der Adel sonst zu viel verliere. — v. Scheurl ebenfalls. — Schlund bringt eine Modifikation ein, deren Zweck ist, alle Natural- und in Geld bereits umgewandelte Frohnden gleicher Weise aufzuheben. (Gerade das Gegentheil der Edel'schen.) — Müller wünscht statistische Aufklärung über den Umfang der Frohnden, die aufgehoben werden sollen. — Goetz äußert: es werde seit einigen Tagen eine Sprache geführt, die er nicht verstehe. Freiheit sey das nicht, wenn Rechte geraubt würden. Diese beruhen auf Verträgen. Entschädigung sey gerecht. — Stockinger kommt auf den Ursprung der Frohnden; sie seyen aus dem Hörigkeitsverhältniß, aus dem persönlichen Verbande entsprungen. Allerdings müsse man von der Freiheit sprechen, als dem Gegensatz dieses Verhältnisses. Nach dem Prinzip soll die Patrimonialgerichtsbarkeit aufhören, aber ihre Folge, das Recht auf die Frohndienste nicht. Das sey ein greller Widerspruch. — Edel behauptet, daß Frohnden auch durch grundherrliche Verhältnisse entstanden seyen. Er verweist auf die Thränen trostloser Familien, wenn keine Entschädigung erfolge. — Minister v. Lerchenfeld gibt zu, daß Frohnen des verschiedensten Ursprungs seyen; in den meisten Fällen ist die Ausscheidung unmöglich. Die bereits in Geld abgelösten Frohnen sollen nicht aufgehoben werden. Wenn die Kammer Entschädigung für Naturalfrohnen bewilligen will, so wird sich die Staatsregierung nicht widersetzen. — Schnetzer ist nicht gegen Entschädigung, findet diese aber im Ablösungsmodus der Grundlasten. — Unterberger für die Edel'sche Modifikation. — Zeier (aus Unterfranken) ist zwar im Prinzipe mit der Fassung des Paragraphen einverstanden, tritt aber doch der v. Rotenhan'schen Modifikation, als einer Forderung der Billigkeit bei. — Schlund produzirt eine große Liste Frohnleistungen, einige Hundert, von denen der vierte Theil noch bestehe. — v. Feilitsch erklärt den Ursprung der Frohnden aus dem Gesindeverhältniß. Das Gesinde sey durch Grund und Boden, Holz rc. entschädigt worden, und mußte fortan dem Grundherrn arbeiten. — Barsch widerspricht theilweise, indem viele Frohnen Oberfrankens rc. von der Zwingherrschaft herstammten. Die Frohnen sollten ohne alle Entschädigung aufgehoben werden. — Minister Lerchenfeld. Der Staat habe seine Frohnden nie weggeschenkt; denn heute noch bezieht derselbe jährlich 200,000 fl. dafür. — Referent Dr. Schwindl stimmt für die Fassung des Artikels, wie ihn der Ausschuß will, widerlegt zunächst v. Rotenhan; die Pachtverträge passen nicht herein; die Aufhebung der Frohnen könne nicht hinausgeschoben werden. Die Einzelinteressen können bei diesem Gesetze nicht in Betracht kommen. Es handelt sich auch um die Staatsgrundholden. — Minister v. Thon-Dittmer: die Staatsregierung, indem sie die Frohnen als ohne Entschädigung aufzuheben vorschlag, ging von der Ueberzeugung aus, daß die Frohnen am meisten der Zeit verfallen seyen.) Statistische Nachweise über alle und jede Verhältnisse der Frohnen können wegen Mangels an Zeit nicht gegeben werden. Es konnte daher die Regierung auf die besonderen Verhältnisse der Provinzen nicht Rücksicht nehmen; einer Entschädigung widersetze sie sich nicht. Die bereits durch Verträge und Geldablösungen geregelten Frohnen konnten nicht aufgehoben werden. Das gäbe namenlose Verwirrung. Endlich sage es der Würde der Versammlung nicht zu, des Knittels bei dieser oder jener Gelegenheit zu erwähnen. Weder Knittel noch Pflastersteine dürften diese Berathungen insluiren. — Es kommt die Edel'sche Modifikation zur Abstimmung; die Streichung des Art. 3 wird verworfen. — Die Modifikation des Abg. Schlund wird gleichfalls verworfen, ebenso die Ney'sche. — Der Ausschuß beantragte gleichfalls eine Modifikation, welche angenommen wurde, ebenso die beiden Rotenhan'schen — Art. 3. Unterberger erkennt in der Zessirung des Todfalls eine große Wohlthat. Familien, die kaum 1000 fl. besaßen, mußten 50 fl. Todfall zahlen. — v. Lindenfels spricht wiederholt so leise, daß seine Rede nicht verstanden wurde. — Ruland versichert, daß das Mortuarium (best' Haupt) sich sehr selten in Unterfranken finde. Der Todfall-Handlohn sey jedoch ein kitzlicher Punkt. — v. Rotenhan erläutert, Mortuarium sey aus dem Mobiliar des Verstorbenen genommen worden (z. B. der beste Ochs), etwas ganz anders sey Sterbe-Handlohn. — Dekan Fries klärt die schwankenden Begriffe auf, indem er nachweist, daß dieser Sterbe-Handlohn nur bezahlt wird beim Sterbefall des Obereigenthümers. — Andere Redner aus verschiedenen Provinzen kennen den Sterbefall, beim Tode des Besitzers; einer aus Oberfranken, Barsch, weist nach, daß zu den 10 pCt. Lehengeld in allen Besitzveränderungen noch Sterbefall im Falle des Todes des Besitzers und des Obereigenthümers zu 5 pCt. gezahlt wird. — Ministerialrath v. Hermann gibt den Aufschluß, daß der Begriff: Todfall-Handlohn, hauptsächlich auf die Abgabe beim Tode des Obereigenthümers sich beziehe. Beim Mortuarium, wo das beste Vieh aus dem Stall gezogen wird, kommt der beste Wirthschafter am schlimmsten weg. Es sey daher lästig. Wenn der Todfall-Handlohn ohne Entschädigung zessire, so sey darauf in der Ablösungsnorm der Handlöhne im Allgemeinen Rücksicht genommen. — Schwindl, als Referent: der Handlohn ist eine wahre Hydra, voller Anlaß zu Mißbräuchen bei allen Besitzveränderungen; das lästigste war das best' Haupt, vom beweglichen Gute oft das beste Vieh, dem Armen nahm man oft nur das beste Kleid. Der Todfall-Handlohn wurde erhoben bei dem Tode des Besitzers zu der Hälfte des gewöhnlichen Handlohns, beim Tode des Gutsherrn ganz, so suchte man den letzten Kreuzer aus dem Beutel des Grundholden zu spielen. Historisch ist, daß man diese Handlohnskategorien so fürchterlich ausgedehnt hat, daß alles Recht verkümmert wurde. — Der Artikel wird angenommen. — Art. 4. Dekan Vogel: Obgleich der Blutzehent bei einigen Pfarrern wohl Einiges zu bedeuten hat, so stimme ich doch für das Opfer; der Neubruchzehent beruhe jedoch auf einem vernünftigen Grunde; allein die Kirche wird, in geistlicher und moralischer Kraft auch darauf verzichten. Die ärmere Volksklasse müsse man ermuthigen, dadurch, daß man auf den Neubruchzehent verzichte. Mit dem Kleinzehent verhalte es sich anders. — Dekan Deininger spricht gleichfalls im Namen der protestantischen Geistlichkeit den Verzicht auf den Blutzehenten aus. — Auch Pfarrer Dittmar schließt sich dem Entschlusse, dieses Opfer des Blutzehents zu bringen, an. — Ruland erkennt zwar in dem Blutzehent eine veratorische Sa-

che, aber er legt der Versammlung ans Herz, ob sie entschlossen sey, dem des Blutzehnts beraubten Pfarrer namentlich in Schwaben, die Subsistenz zu sichern. — Rammoser spricht im gleichen Sinne; allein er vertraut zu den Gemeinden, daß sie ihre Geistlichen nicht ohne Unterhalt lassen werden. — Dekan Götz führt an, daß es im Ansbachischen Pfarreien von 600 fl. Einnahme gebe, wovon 200 fl. Blutzehnten. Er baue auf die Gerechtigkeit der Regierung, die durch Aufhebung des Blutzehnten geschlagenen Wunden zu heilen. — Abg. Weinzierl spricht warm aus „seinem Deputirtenherzen“ gegen den Kleinzehnten. — Schwindl verspricht sich, daß die Regierung die Geistlichen für gebrachte Opfer entschädigen werde. Die Ausdehnung des Kleinzehntens habe viel Verdruß gemacht. Er könne da, wo er noch nicht eingeführt, nie mehr in Anwendung kommen. — Minister v. Thon-Dittmer spricht für die ursprüngliche Fassung des Artikels. Die Modifikation des Ausschusses über den Kleinzehnten wird jedoch mit 52 gegen 42 angenommen. Der ganze Artikel wird angenommen.

München, 11. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XXVII. auf heute um 9 Uhr Vormittags angesetzte öffentliche Sitzung.) 1. Verlesung des Protokolls der XXVI. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Vortrag, Berathung und Schlußfassung über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe bezüglich des Gesetzentwurfs: „die Verhältnisse der Sparkassen und beziehungsweise die bei der Staatsschuldentilgungs-Kasse anliegenden Sparkasse-Kapitalien betr.“ — 4. Fortsetzung der Berathung und Schlußfassung über den Gesetzentwurf: „die Aufhebung der standes- und guts-herrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten betr.“

Preussen.

Die „Trier'sche Zeitung“ vom 5. Mai gibt außer der ausführlichen Beschreibung der Unruhescenen am 4. noch die Nachricht, daß sich am 5. Morgens Hr. Zell Namens des Bürgerausschusses wiederholt zum General Schreckenstein begeben habe, um die Versetzung der Truppen zu erbitten. Dieser verlangte vor allem Herstellung der Ruhe, Wegräumung der Barrikaden und wiederholte das Versprechen der Versetzung der mißliebigen Mannschaften des 26sten Regiments, sofern die noch nicht geschlossene Untersuchung ergebe, daß ihnen die Hervorrufung der Streitigkeiten wirklich zur Last falle. „Noch sind wir in völliger Ungewißheit des weitern Verlaufs der Dinge“ schließt die Trier Ztg. den Bericht, versichert aber die Wegräumung der meisten Barrikaden und Wiederherstellung des Wagenverkehrs in den Straßen.

Posen, 5. Mai. Am Abend des 2. d. rückte General v. Hirschfeld vor Wreschen, welches er unbesetzt glaubte: Von den Windmühlen-Höhen erst bekam er die dichten polnischen Schaaren zu Gesicht; er zog sich zurück, wurde angegriffen und ließ nun lange Zeit das schwere Geschütz mit Kartätschen und Shrapnells arbeiten. Die Verheerung, die dadurch in den polnischen Reihen angerichtet worden ist, soll grausig seyn. Auf preußischer Seite sind 8 Mann gefallen, auf polnischer 5 — 600. Es heißt, jedes Haus in Wreschen sey ein Lazareth; so sollen in einem Haus 20 Edelleute liegen, denen beide Beine fortgerissen sind. Alle polnischen Aerzte von hier sind dorthin entboten. Die Frau Gräfin Raczynska ist mit unverzüglicher Einrichtung eines Lazareths auf ihrem Gute Rogalin beschäftigt. Das Gut Sokolowo und mehrere Vorwerke in der Nähe von Wreschen sind an diesem Abende in Flammen aufgegangen. General v. Steinäcker hat gestern Abend den 500 Gefangenen auf Fort Winiary auf seine Kosten eine warme Suppe kochen lassen. „Die armen Kerle“, sprach der menschenfreundliche Krieger zum zweiten Kommandanten, werden ausgefroren seyn bei dem kalten Wetter.“ Der tapfere Feldwebel Kreuzer ist nicht todt; schwer verwundet liegt er im polnischen Lazareth zu Miloslaw und genießt dort, seinem eigenen Briefe nach unter den Polen gute Pflege. Vorgestern wurde hier zum Zweck der Befreiung der in Gorka gefangenen Landwehren ein Detaschement von 40 Mann Infanterie unter Lieutenant v. Borowski und 20 Husaren unter Lieutenant v. Garnier ausgesendet. Dieselben drangen bis Kosten, zwischen den beiden Insurgenten-Lagern von Gorka und Moschin, vor, wo sie von der bereits erfolgten Freilassung der deutschen Landwehrleute unterrichtet wurden. Auf dem Rückwege wurden sie von etwa 300 Sensenmännern in Gurczyn angegriffen, die nur nach hartnäckiger Gegenwehr und mit 5 Todten den Platz räumten. In diesem Gefecht hat sich ein jüdischer Soldat ganz besonders ausgezeichnet. Der Bruder des gefangenen D. Brachvogel, der Assessor E. Br., begleitete diese kleine Abtheilung auf ihrem unter den obwaltenden Umständen fast tollkühnen Zuge. Gestern früh wurde von Samter der bekannte Mackiewic, schwer verwundet nebst zwei anderen Aufwieglern gefangen eingebracht. Der dort stationirte Lieutenant v. Witzlaff hält mit seinen Husaren durch überraschende Schnelligkeit die Ruhe im ganzen Kreise aufrecht. Gegen Mittag wurde der als Anführer in Wreschen von allen Seiten her bezeichnete Graf Eduard Potocki hier in Posen verhaftet. Der vielfach todt gesagte Graf Severyn, Mielzynski ist hier angekommen, allerdings verwundet, aber seiner ganzen Erscheinung nach zu schließen, nicht in Lebensgefahr. Gestern Nacht hat von der breslauer Seite her an zwei Stellen eine Annäherung Bewaffneter an die Festung stattgefunden. In Folge dessen sind die Wallischeier- und Graben-Brücke verpallisadirt, die anderen Brücken abgedeckt, und eine Inundirung steht in Aussicht. Die beiden Eichwaldswege sind durch Gräben gesperrt, alle Kommunikation dort aufgehoben. Hier wurden heute gegen 800 deutsche Freiwillige eingekleidet, auch ist schon ein Freischaaren-Zuzug aus der Neumark angelangt. General v. Pfuel ist gestern Nachmittag hier angelangt; auch ein Theil der Truppen, die bei Miloslaw gekämpft, ist eingerückt. (Pos. Z.)

Berlin, 7. Mai. Die Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen geben das traurige Bild der dortigen gänzlich aufgelösten Zustände, in denen die königlichen Truppen nur unter den größten Opfern kämpfend die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen suchen. Viele polnischen Dörfer haben ihre Kontingente von Sensenmännern und zum Theil Jägern, die sich zu Ueberfällen und Hinterhalten nach Vorschrift vereinigen oder dem Hauptkorps auf kürzere oder längere Zeit sich anschließen. Tagtäglich sind Ueberfälle und Gefechte, stets mit Verlusten auf beiden Seiten. Vorgestern und gestern ist in Buk gekämpft worden, das zuletzt von unseren Truppen behauptet worden ist. Heute früh hat ein Ueberfall auf Obornik stattgefunden; da man aber gestern von dem Plane des Feindes unterrichtet war, ist sofort ein starkes Detaschement zur Unterstützung hingeschickt worden. Bei dieser Lage der Dinge, und da man Ursache hat, auf Posen selbst eine Unternehmung zu befürchten; so durfte nicht mehr gezögert werden, das Martialgesetz zu verkündigen. — Die nähern Details über die Vorfälle in Buk gibt der folgende Bericht des die Unternehmung dorthin befehligenden Majors Breetz: Am 4. d. M. früh 1½ Uhr rückte der Hauptmann v. Boenigk mit der 8ten und der Hälfte der 5ten Kompagnie 18ten Infanterieregiments in Buk ein. Es hatte sich eine Bürgerwache konstituirt, da die 5te Kompagnie 7ten Landwehrregiments bereits am 3. d. M. Abends 8 Uhr Buk verlassen. Auf die Versicherung der hiesigen Bürgerwache, Ruhe und Ordnung zu erhalten, quartierte der ɩc. v. Boenigk ein und soll nur eine schwache Wache etablirt haben. Gegen 4 Uhr früh, den 4. d. M. wurde er von den Insurgenten überfallen und die Soldaten von ihren polnischen Wirthen theilweise entwaffnet und niedergehauen. Sämmtliche Offiziere waren eine kurze Zeit von den Insurgenten gefangen; da machten 10 Soldaten, wovon die meisten Polen, einen entschiedenen Angriff, trieben die Insurgenten zurück und befreiten ihre Offiziere. Es gelang, die Leute nunmehr zu sammeln, in der ungefähren Stärke einer Kompagnie. Der Hauptmann v. Boenigk griff die Rebellen an, vertrieb sie aus der Stadt und behielt diese bis gegen 11 Uhr Mittags, wo er auf die Nachricht, daß immer neue Insurgentenbanden anziehen, Buk verließ und seinen Rückzug nach Pinne antrat. Todte Soldaten sind 6, blessirte 16. Unter Ersteren wurden gestern früh einem Manne die Augen von den Rebellen ausgestochen und erst gegen Abend verschied der Unglückliche. Ein Gendarm aus Buk brachte die Anzeige von dem gegen den ɩc. v. Boenigk unternommenen Ueberfall an den Major Breetz nach Grätz. Sofort entsendete derselbe um 7 Uhr früh die 7. Kompagnie 18ten Infanterie-Regiments zur Unterstützung des v. Boenigk. Gegen 10 Uhr ging in Grätz die Nachricht durch deutsche Bauern ein, Buk wäre sehr stark von den Insurgenten besetzt, die Truppen niedergemacht oder gefangen, sämmtlich entwaffnet. Dieß bewog den Major, Generalmarsch schlagen zu lassen und gegen Buk zu marschiren. Um halb zwölf Uhr Vormittags verließ er Grätz. Das 3. Bataillon 18. Landwehrregiments in Rakwitz benachrichtigte den Major von der Lage der Sache und ersuchte ihn, Grätz zu besetzen. Dies ist gestern Nachmittag 4 Uhr geschehen und die Ruhe in Grätz nicht gestört. Hinter Opalenica vereinigte sich der Major Breetz mit der vorausgesandten Kompagnie und ging mit allen Vorsichtsmaßregeln gegen Buk vor, auf ein blutiges Gefecht vorbereitet. Die Insurgenten räumten indeß die Stadt und zerstreuten sich nach allen Gegenden. Der Widerstand war schwach, die Truppen wurden beschossen, die Schützen nahmen die Stadt. Der hiesige Vikarius stellte sich unweit der katholischen Kirche mit Sensenmännern unserer Landwehr entgegen und wurde erschossen. Außerdem sind bis jetzt 38 Leichen aufgefunden, die theils in dem Morgen, theils in dem Nachmittagskampf geblieben seyn mögen. Buk ist von den Insurgenten vor ihrem Abmarsch gänzlich ausgeplündert; viele Weiber waren mit herbeigezogen und schleppten die geraubten Sachen mit fort. Nur sehr wenige Einwohner sind zur Zeit in Buk, es flüchtet, was flüchten kann. Alle Gegenden umher sind insurgirt, es ist kein Krieg, es ist ein Morden: Blut um Blut. Die Insurgenten in Steszewo sind übrigens dieselben, welche den Ueberfall auf Buk unternommen und sich in Kloster Gorka gelagert hatten. Der Ueberfall ist, so weit es sich übersehen läßt, vom Oberst v. Niegolewski geleitet. Eben so hat Eugen v. Szczaniecki, welcher im Gefecht als Gefangener eingebracht ist, den Ueberfall thätig geleitet.

Schleswig-Holstein.

Bericht des Generals Wrangel an die provisorische Regierung der Herzogthümer Schleswig und Holstein zu Rendsburg. Einer hohen Regierung theile ich hierdurch ergebenst mit, daß gestern am Jahrestage der Schlacht von Groß-Görschen die deutschen Truppen unter meinem Befehle die jütische Grenze bei Kolding überschritten und noch am Abend desselben Tages die Festung bei Fredericia besetzt haben, diesen wichtigsten Brückenkopfs Dänemark auf dem Festlande. Der Feind hatte auch die dänischen Provinzen und die starke Stellung bei Kolding ohne Widerstand verlassen, und vor einer Patrouille des die Avantgarde kommandirenden Generals v. Bonin öffnete Fredericia seine Thore. Alle dänischen Truppen hatte man nach Fühnen übergeschifft, das Kriegsmaterial war zum großen Theile mitgenommen, nur 7 Geschützröhren, welche vergraben worden, ziemlich bedeutende Munitionsvorräthe, Getreide und Mehl sind in unsere Hände gefallen. Der Feind scheint bis zuletzt die Absicht gehabt zu haben, sich im Seefort zu halten, denn der Graben desselben war neuerdings pallisadirt worden. Ich habe bereits die nöthigen Befehle zur Zerstörung dieses Fort gegeben. Heute um 3 Uhr Nachmittags wurde die deutsche Flagge am Flaggenstabe des Seeforts aufgezogen und mit 101 Kanonenschüssen salutirt. So lange diese Fahne dort weht, wird kein Zoll von den Schiffen, die den kleinen Belt passiren, erhoben werden. Den Muth und die Ausdauer mit welchen das Heer unter meinen Befehlen die Gefahren überwunden und die anstrengenden Märsche ertragen hat, welche zur Erreichung eines so glorreichen Resultats erforderlich waren, kann ich nicht genug anerkennen. Fredericia, den 3. Mai 1848. (Alt. Mkr.)

Freie Städte.

Bremerhaven, 4. Mai. (Telegraphische Nachricht.) Von einem so eben aus Helgoland Kommenden höre ich, daß das gestern daselbst angekommene dänische Kriegsschiff bereits vier aus der Elbe kommende Schiffe genommen, worunter gewiß ein Hamburger und muthmaßlich ein Oldenburger. Eine Barke hat entschlüpfen wollen, aber sie hat nach einigen Schüssen beigelegt. Die Hälfte der Matrosen ist von den Schiffen genommen und durch Dänen ersetzt worden. Der Kommandant des Schiffs hat auf Helgoland wo er gelandet, gesagt, daß noch mehrere große Kriegsschiffe kommen werden. Dieses führt 48 Kanonen und noch 460 M. Zwei andere Kriegsschiffe sollen nach dem Texel gegangen seyn. Der Gouverneur von Helgoland hat gleich einen Bericht nach London abgehen lassen. — Nach einer andern zuverlässigen Nachricht ist die Fregatte Ge-

sion zur Blokade der umliegenden Flüsse von der Ems bis zur Haver bestimmt. (B. Z.)

Bremen, 5. April. Ein Schreiben des Kapitän Hederich aus London 1. Mai, meldet, daß die ganze englische Küste entlang an alle Lootsen und Fischerböte eine Warnungsanzeige des preußischen Generalkonsuls Hrn. Hebeler vertheilt worden ist, durch welche die preußischen und überhaupt die deutschen Schiffe von der Kriegsgefahr unterrichtet und gewarnt werden, nicht nach der Nordsee zu segeln. Außerdem ist ein Dampfboot für 30 Pf. St. wöchentlich mit freiem Kohlengebrauch gemiethet worden, welches zwischen Dungeneß und Calais kreuzen und alle den Kanal passirenden deutschen Schiffe auf die sie erwartende Gefahr aufmerksam machen wird. Ein zuverlässiger deutscher Mann ist am Bord mitgegeben worden. (Wes. Z.)

Italien.

Verona, 7. Mai. Ein mörderischer Kampf fand gestern in unserer unmittelbaren Nähe statt. Der Feind durch die zahlreichen Freischaaren der Unsern vielleicht dreimal numerisch überlegen, mußte weichen und zog sich nach Valleggio zurück. Die österreichischen Truppen fochten wie die Löwen und verloren darum leider viele der ihrigen. Unter den Gefallenen bezeichnen wir den tapfern General Salis, der durch die Brust geschossen wurde, den Obristlieutenant Leuzendorf und andere. Von den Truppen erlitten den bedeutendsten Verlust das 10. Jägerbataillon, bestehend aus Niederösterreichern — also Deutschen, und theilweise auch die italienischen Grenadiere. Dem Feinde wurde wahrscheinlich eine vierfache Anzahl kampfunfähig gemacht. Sieben Stunden ununterbrochen donnerten die Kanonen, von 11 bis 2 Uhr Nachmittags in solcher Nähe, daß die feindlichen Kugeln bis an unsere Thore heranrollten. Die Stadt blieb und ist ruhig. (A. Z.)

Nach einem andern uns aus Verona, 6. Mai Abends 10 Uhr zugekommenen Briefe, war der rechte Flügel der Oesterreicher von d'Aspre, der linke von Wratislaw befehligt, die Truppen jenseits der Etsch von Welden. Die Macht der Piemontesen wurde auf 50,000 Mann geschätzt. Sie schlugen sich tapfer, vorzüglich die Schweizer Schützen in ihren Reihen. Die italienischen Truppen Radetzky's wichen, während ihre deutschen Kampfgenossen auf's heldenmüthigste die deutsche Waffenehre behaupteten. Bei St. Luzia und San Massimo hielten sich drei Kompagnien gegen vier Bataillone sechs Stunden lang, ohne dem Feinde einen Zollbreit Raum zu gönnen. Morgen näheres. (A. Z.)

Rom, 1. Mai. Auch wir befinden uns jetzt inmitten der Revolution. Die Minister haben gleich nach dem Erscheinen der Allokution vom 29. April, also bereits vorgestern Abend, dem Papst ihre Entlassung abverlangt. Sie seyen kompromitirt, da sie Befehle gegeben, welche jetzt von ihm desavouirt würden. Der Papst hatte ihre Abdankung halb und halb entgegen genommen und sich Bedenkzeit ausgebeten. Gestern Nachmittag wurde der Fürst Corsini zu ihm abgesandt, um ihm erneute Vorstellungen zu machen. Er zeigte sich unbeweglich, und gestern Abend hieß es, Kardinal Ferretti sey mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Unterdessen waren die verschiedenen Klubs zusammengetreten, um sich über die Errichtung einer provisorischen Regierung zu berathen. Die Bürgergarde hatte mittlerweile alle Thore besetzt und ließ nicht einmal diejenigen Kardinäle heraus, welche auf der Spazierfahrt begriffen waren. Die Furcht, daß der Papst sich nach Subiaco in seine Abtei zurückziehen möge, hatte wohl wesentlich zu dieser Maßregel mit beigetragen. Diesen Morgen langte ein Abgesandter mit folgendem Bescheid an: der Papst habe sich durch die urplötzliche Abdankung der Minister verletzt gefühlt. Zu dieser sey kein Grund vorhanden. Er habe keine ihrer Maßregeln mißbilligt. Für die weltliche Regierung seyen sie verantwortlich. Als Papst könne er keinen Krieg zwischen seinen Söhnen gutheißen. Im Uebrigen möchten sie thun, was ihnen gut und nothwendig scheine; Bewaffnung, Reserve - Einberufung rc. sollten demnach sofort erfolgen. Nun hieß es ferner, sey der Graf Mamiani, welcher mit der Abfassung einer Adresse an den Papst beauftragt war, selbst zum Papst gegangen, und am Mittag wurde eine Antwort erwartet. Das Volk ist ruhig. Zwar spricht man davon, es habe verlangt, daß die 17 in der Engelsburg gefangen gehaltenen Verschwornen des Juliuskomplots diesen Nachmittag auf Piaza del Popolo erschossen würden. Dieß scheint indeß nur ein leerer Schreckschuß zu seyn. — Nachmittags 2 Uhr. Das alte Ministerium ist in seiner Ganzheit beibehalten worden. Nur die weltlichen Geschäfte gibt Kardinal Antonelli an den Grafen Mamiani ab, der statt seiner das Präsidium führen wird. Kardinal della Genga ist als ein Hauptorgan der retrograden Partei in dem Augenblick der Abreise angehalten und durch die Civica auf sein Zimmer beschränkt worden. Alle an die Kardinäle gerichteten Briefe, welche die Post diesen Morgen überbracht hatte, sind ebenfalls in die Hände der Civica gelangt. Angeblich hat man sie verdächtigen und verdächtigenden Inhalts befunden. Einer modifizirenden Erklärung des Papstes sieht man in der Gazzetta di Roma entgegen. Zur Kriegserklärung gibt er seine Unterschrift durchaus nicht. Diese wird durch die verantwortlichen Minister ersetzt.

Der Eintritt Mamiani's in das römische Ministerium ist bis jetzt noch nicht erfolgt; die alten Minister bleiben; ein Erlaß von Pius IX., der am 2. Mai Morgens erschien, hat die Gährung vermehrt; er wiederholt, daß er keine Kriegserklärung unterschreibe. (Nach Genueser Blättern wäre das Ministerium wiederholt zurückgetreten.)

In Neapel wo die Minister noch immer unendlich lange Berichte und Zirkulare erlassen und unendlich viele Commissionen ernennen (28. April eine zur Verbesserung des Gesetzcoder) ist am 26. April ein neues Anlehen von 3 Millionen Dukaten ausgeschrieben: 1 Million freiwilliges, 2 Millionen gezwungenes; verpflichtet zu den letzten 2 Millionen beizutragen sind alle Kaufleute, Fabrikanten, die Staatsangestellten, die Pensionirten, die vom Staat Entschädigten u. s. w. Der Generallieut. W. Pepe ist unwohl und deßhalb noch in Neapel geblieben, während am 27. April die neapolitanische Flotte mit 6 Linienbataillonen aus dem Hafen der Stadt (in das adriatische Meer ihrer frühern Bestimmung gemäß) absegelte. Am Abend des 29. fand in Neapel eine heftige Volksdemonstration gegen das Ministerium statt, welche indeß ohne Blutvergießen und ohne Abdanken der Minister endete. Von republikanischen Aufständen in Calabrien meldet die neapolitanische Staatszeitung nichts. Sie berichtet statt dessen von dem großen Eifer mit dem in den Abruzzen und anderswo die Nationalgarde für die öffentliche Ordnung sorge, und die Wohlhabenden der Aermern sich annehmen. Die Verhältnisse Neapels zu Sicilien verwickeln sich von neuem, obgleich die sicilische Regierung am 13. April erklärt hat: neapolitanische Handelsschiffe würden in ihre Hafen zugelassen, da die Frage mit dem König von Neapel und nicht mit neapolitanischen Privatpersonen schwebe. Noch ehe der durch Romeo bewirkte Waffenstillstand in Kraft getreten war, entstanden Zwistigkeiten zwischen der Stadt Messina und dem General Pronio im Fort Messina, und letzterer begann am 21. von neuem die Stadt zu bombardiren. Wie es heißt, beabsichtigen die Sicilianer den zweiten Sohn des Großherzogs von Toskana zu ihrem Fürsten zu erheben. Ueber die neusten Vorgänge in Rom enthalten die italienischen Blätter verschiedene Einzelnheiten. Am 28. April wurde bereits von den Zirkeln und Kasinos ein Komité ernannt, welches die Regierung in den Kriegsangelegenheiten unterstützen sollte, und von dem Terentio Mamiani Mitglied war: ein Mann der vielleicht jetzt schon in die Angelegenheiten des Kirchenstaats als Minister eingreift und dessen offen ausgesprochener politischer Grundsatz der ist: Vertreibung der Oesterreicher und Deutschen vom östlichen Adria-Ufer, Verbindung Italiens wenn letzteres nicht selbst Herr dieses Ufers werden kann, mit den Dalmatinern, Ungarn und Kroaten; augenblickliche Unterhandlungen mit den Dalmatinern, Ungarn und Kroaten. Schon seit längerer Zeit fand — relata referimus — im Kirchenstaat eine weitverbreitete Verschwörung der Reaktion statt, deren Ausbruch ziemlich nahe war, der gemäß in Rom die Gefangenen freigelassen werden sollten und Ankona (wo in der neuesten Zeit Verhaftungen stattgefunden) gar, so wie die Neapolitaner hier einrückten, in die Luft gesprengt werden: diese Reaktion wußte durch Mittel aller Art den Papst zu der Allokution zu bewegen und wurde in ihrem Treiben dadurch unterstützt, daß alle Bischöfe in Deutschland mit einem Schisma gedroht haben sollen (?!), wenn der Papst Oesterreich bekriege. Unter den Forderungen des Volks am 1. Mai war auch die, daß kein Geistlicher zu öffentlichen Aemtern zugelassen werde. Der Juliprozeß ist jetzt gedruckt erschienen, ohne daß das Gedruckte wichtige Aufschlüsse gäbe: dieser Umstand möchte in Rom böses Blut gemacht haben und ebenso eine im Risorgimento enthaltene Korrespondenz zwischen Ceneri und dem Polizeiminister in Rom. Ersterer Kommandant des Forts St. Angelo beklagt sich daß die hier sitzenden Juliusgefangenen seit einiger Zeit frei nach außen einen Briefwechsel unterhalten und er einem so unregelmäßigem Verfahren keinen Einhalt zu thun im Stande sey. Der Polizeiminister aber verweist die Klage (18. April) an den Justizminister. Was der geantwortet, erfährt man nicht. Im Hafen von Livorno lief am 30. April die Fregatte Psyche ein, am 28. war die Fregatte Descartes und die Korvette Meteore angelangt, so daß diese Kriegsschiffe mit den früher in denselben Hafen eingelaufenen französischen eine recht hübsche Flottille bilden. In Florenz fiel am letzten April ein kleiner Volksauflauf gegen die Republikaner vor. Vinzenzo Gioberti hat die in Turin auf ihn gefallene Deputirtenwahl angenommen. In Mailand fand am 30. April eine lärmende Volksdemonstration statt, die eine energischere Kriegsführung verlangte. Pettimengo, der zum Aufseher der lombardischen Artillerie ernannt ist, stand bis jetzt in piemontesischen Diensten. Die innern Verhältnisse der Lombardei lernt man recht gut aus den Beschlüssen der provisorischen Regierung kennen. Am 29. April legte sie den Staatsbesoldeten ein gezwungenes Anlehen auf, das bei den Höchstbesoldeten zu 25 Prozent ihrer Einnahme steigt. Zugleich wird angedeutet, daß eine ähnliche Zwangsanleihe bald auch die übrigen Bürger treffe. Am 1. Mai wird den Provinzen Cremona, Bergamo, Pavia und Sondrio vorgeschrieben, die bis zum 20. Juli fällige Prädialsteuer bereits am 20. Juni zu entrichten. Am 2. Mai erklärt die Regierung alle von den verschiedenen Deputationen oder andern Beamten mit höherer Bewilligung abgeschlossenen Käufe von Gemeindegütern für zu Recht bestehend und droht denjenigen, welche den Käufern solcher Güter ihren ruhigen Genuß stören. Am 3. Mai verbietet sie anonyme Schriften. In die Kommission zum Entwurfe des Wahlgesetzes in Mailand ist der venetianische Gesandte in die Giunta zu gleichem Zweck in Venedig der mailändische Gesandte hineingenommen. Die Zollveränderungen, welche man in Mailand beschlossen hat und in Venedig beabsichtigt, bieten nur geringe Abweichungen von einander dar. Durando hatte sein Hauptquartier am 29. April in Treviso, della Marmora das seine am 28. in Spresiano. Ueber den Beschluß des Fünfzigerausschusses, die Adresse der lombardischen Regierung an die deutsche Nation nicht zu beantworten und die dem Beschluß vorangehenden Debatten sprechen sich die italienischen Blätter mit großer Erbitterung aus. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 5. Mai. Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung wurde erst um 7 Uhr geschlossen. Sie war im weitern Verlauf mit Prüfung der Vollmachten ausgefüllt, ohne daß die Verhandlung darüber ein besonderes Interesse darbot, bis zuletzt Hr. Berger eine dramatische Szene herbeiführte, indem er im Namen der Abgeordneten des Seinedepartements folgende Adresse an die Nation vorschlug: „Die Nationalversammlung, als treuer Dolmetsch der Gesinnungen des Volks, das sie ernannt hat, erklärt im Namen des französischen Volks und im Angesicht der ganzen Welt, daß die am 24. Februar 1848 ausgerufene Republik Frankreichs Regierungsform ist und bleiben soll. (Zahlreiche Stimmen: Bravo! Bravo! Es lebe die Republik! Alle Repräsentanten heben die Hand hoch empor.) Die Republik, welche Frankreich will, hat zum Wahlspruch: Freiheit, Gleichheit, Bruderliebe! Im Namen des Vaterlandes beschwört die Nationalversammlung alle Franzosen von allen Meinungen, alte Zwistigkeiten zu vergessen und fortan nur eine Familie zu bilden. Der Tag, welcher die Repräsentanten des Volks versammelt, ist für alle Bürger das Fest der Eintracht und der Bruderliebe." Die Erklärung fand allgemeinen Beifall, nur wurde begehrt, sie solle im Namen nicht bloß von Paris, sondern von ganz Frankreich erlassen werden. Man wollte jedoch schon mit dem Prüfungsgeschäft wieder fortfahren, als General Courtais sich erhob mit den Worten: „Bürger, ich verlange, daß die provisorische Regierung auf den Säulengang des Palasts kommen und die ganze Versammlung sie begleiten wolle. Unser Erscheinen im Angesichte des Volks wird diese Zurufe erneuen." Ein Mitglied bemerkte zwar: die heroische

Bevölkerung von Paris habe nicht gewartet, bis die Republik von den Volksrepräsentanten ausgerufen worden sey, aber das sey kein Grund der Pariser Bevölkerung, diese Genugthuung nicht zu geben, und sofort erhebt sich die ganze Versammlung ohne Unterschied der Meinung, die Mitglieder der provisorischen Regierung schließen sich an, sie durchschreiten die langen Gänge und die Vorsäle des Palasts, um sich nach dem Peristyl gegenüber der Eintrachtsbrücke, zu begeben. Die Kanonen der Invaliden und der elyseischen Felder verkünden, daß eine Feierlichkeit stattfinden soll. Die auf den Kaien und den benachbarten Plätzen zerstreuten Bürger eilen herbei. Vater Lacordaire, der sich in der Mitte von allen durch seine Mönchstracht auszeichnet, wird von der Menge der Zuschauer begrüßt. Der Ruf: „Vive la République!“ empfängt die Versammlung und sie stimmt freudig ein. Hr. Cremieux erbat sich Stille und verlas die obige Erklärung und neuer Jubel erhob sich, die Artillerie donnerte dazwischen. Während der ganzen Zeremonie präsentirte die Nationalgarde das Gewehr, und unter dem Wirbeln der Trommeln, dem Schmettern der Trompeten kehrte die Versammlung in ihren Sitzungssaal zurück. Das Prüfungsgeschäft konnte jedoch an diesem Abend nicht vollendet werden, weil die Versammlung zuletzt unvollzählig war. Heute war man bald damit fertig, man nahm überhaupt die Sache nicht eben genau und nur in Betreff weniger Wahlen wurde die Zulassung vertagt. Von desto mehreren waren aber die Wahlakten noch nicht angekommen, und da man jetzt zur Präsidentenwahl schritt, so entstand die Frage, ob sie mitstimmen könnten? Obgleich ein Dekret der provisorischen Regierung dagegen entschieden, so glaubten viele, die Versammlung sey dadurch nicht gebunden. Und so wurde eben so auch beschlossen, daß das Präsidentenamt jedesmal nur einen Monat dauern und die Wahl mit absoluter Mehrheit geschehen solle. Bei Abgang der Post war man gerade mit dem Stimmenabgeben beschäftigt.

Paris, 6. Mai. Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung hat 12 Stunden, die Präsidentenwahl 3 Stunden gedauert. Von 727 Stimmen erhielt Hr. Buchez (Verfasser der Parlamentsgeschichte) 389 Stimmen, und wurde somit als Präsident der Nationalversammlung proklamirt. Unmittelbar darauf begann die Wahl der Vizepräsidenten. Nachdem dieselbe um 7 Uhr beendigt war, wurde die Sitzung auf eine Stunde ausgesetzt. Um 8 Uhr wurde sie wieder eröffnet, und das Ergebniß der Wahl der Vizepräsidenten bekannt gemacht. Es sind gewählt die HH. Recurt, Cavaignac, Corbon (Arbeiter), Guinard, Cormenin und Senard. Man schritt nun ohne Zeitverlust zur Wahl der 6 Sekretäre. Gewählt: die HH. Peupin (Arbeiter), Robert, Degeorge, Felix Pyat, Lacrosse und Péan. Hierauf Wahl der Quästoren; sie fiel auf die HH. Degoussée, Bureaux de Puzy, General Negrier. Um halb 1 Uhr Nachts wurde die Sitzung aufgehoben. Es war im Ganzen lebhaft, sogar stürmisch zugegangen, namentlich weil die Linke (revolutionäre Partei) sich auf das Heftigste der Verlängerung der Sitzung in die Nacht hinein widersetzte, und die Fortsetzung der Wahlen auf heute verschoben wissen wollte. Bei dieser Gelegenheit wurden die heftigsten Zurufe gewechselt, wobei die Worte: „Aristokraten! Reaktionäre!“ und „faktiöse Minorität! Anarchisten!“ sich kreuzten. Die Wahlen des Bureau's sind in gemäßigtem, aber in republikanischem Sinne ausgefallen und man ist im Allgemeinen damit zufrieden. Uebrigens gelten sie, wenn die Versammlung nicht indeß einen andern Beschluß faßt, nur für einen Monat. Unter den Votirenden bemerkte man den Deputirten für Korsika: Peter Napoleon Bonaparte. Heute findet die Ernennung einer provisorischen Regierung statt.

(Karlsr. Z.)

Paris, 7. Mai. Morgen wird die Wahl einer interimistischen Regierungskommission stattfinden, die bis zur Vollendung der Konstitution die Geschäfte leiten soll. Dieselbe soll aus fünf Mitgliedern bestehen und die verschiedenen Minister zu ernennen haben. Von anderer Seite ist vorgeschlagen, die Nationalversammlung möge „die vollziehende Gewalt selbst ausüben“, und blos ihr verantwortliche Minister ernennen. — Man bemerkt, daß der „National“ heute in sehr freundschaftlichem Tone von Ledru - Rollin spricht und will daraus schließen, daß eine Verständigung zwischen den Führern der beiden Partien stattgefunden. Diese Vermuthung wird dadurch bestärkt, daß Ledru - Rollin gestern Blanqui und dessen Anhänger in seiner Rede öffentlich ablehnte und sie „Wahnsinnige“ nannte. — Auf den Antrag des Generals Lamoricière soll der Nationalvertheidigungsausschuß die Wiederaufrichtung der Festungswerke von Hüningen beschlossen haben. (Karlsr. Z.)

Straßburg, 6. Mai, Morgens. Die Truppenbewegungen nach dem Alpenlager dauern fort. Gestern Abend traf eine telegraphische Depesche ein, welche den unverzüglichen Abmarsch der dahier liegenden Jägerabtheilungen, so wie mehrere Batterien Artillerie anordnete. Diesen Morgen setzten sich dieselben in Marsch, so daß unsere Besatzung abermals einen Ausfall erleidet, welcher eine Verstärkung des Nationalgardendienstes nothwendig macht. Die provisorische Regierung hat einen Generalkommissär für die beiden Departemente des Elsasses ernannt. Es sind demselben bereits die offiziellen Aufwartungen gemacht worden. (A. Z.)

Straßburg, 7. Mai. Dem Alpenheer werden in den nächsten Tagen noch neue Verstärkungen und Waffensendungen zugehen. Von hier hat auch eine Abtheilung Pontonniers ihren Weg nach jenem Lager eingeschlagen. Fast täglich kommen neue Flüchtlinge aus dem Badischen bei uns an. Die daselbst eingeleiteten Untersuchungen veranlassen gar viele, einer vorläufigen Haft durch die Flucht zu entgehen. Ein den Maires auf dem Lande zugekommenes Umlaufschreiben unserer Departementalbehörde befiehlt denselben, daß das Dekret der provisorischen Regierung in Bezug auf deutsche Flüchtlinge unverzüglich in Ausführung zu bringen sey. Letztere haben sich hieher zu verfügen, wo ihnen Aufenthaltsorte im Innern, sowie Marschgelder (30 Centimes für die Myriometer) angewiesen sind. (A. Z.)

Großbritannien.

Im Unterhause richtete Hr. Urquhart an Lord J. Russell eine Frage wegen der diplomatischen Korrespondenz zwischen Palmerston und H. Bulwer einerund dem spanischen Minister des Auswärtigen andererseits. Lord J. Russell erklärte im Wesentlichen: Man möge nicht vergessen, daß England große Anstrengungen gemacht und große Summen ausgegeben habe, um die Königin von Spanien auf dem Thron zu erhalten, daß mithin England wohl berechtigt sey, der spanischen Regierung freundschaftlichen Rath zu ertheilen und daß Lord Palmerston auch nichts Anderes beabsichtige; er, Russell, glaube nicht, daß der Vorlage der betreffenden Papiere Etwas im Weg stünde. In diesem Augenblick trat Lord Palmerston in das Haus und erwiderte sofort auf eine an ihn gerichtete Frage Urquharts: daß in Beziehung auf die Zurückberufung des englischen Gesandten in Madrid keine Korrespondenz stattgefunden; ferner auf eine weitere Frage wegen der dänischen Angelegenheit; daß beide Parteien gegen die angebotene Vermittelung Englands Nichts einzuwenden gehabt, und daß die britische Regierung über diese Angelegenheit mit beiden Parteien in Unterhandlungen stände (Beifall). Die Mittheilung der spanischen Aktenstücke versprach Palmerston für den folgenden Tag.

Rußland und Polen

Von der Weichsel, 24. April. Ueber die russischen Truppenmärsche und Rüstungen theile ich Ihnen aus zuverlässigster Quelle folgende Nachrichten mit. Im Königreich Polen sind gegenwärtig bestimmt schon 100,000 Mann Russen, nämlich drei Armeekorps von denen das eine die Spitze bildet und sich von Warschau bis Kalisch erstreckt. Andere 150,000 Mann sind in Marsch, um sich in der ganzen Breite von Kurland bis Podolien hinter dem Bug aufzustellen, und diese können in den ersten Tagen des Mai sämmtlich in ihre Stellungen eingerückt seyn. Die große Reserve, wieder 100,000 Mann, wird gegen die Mitte des Mai hinter dem Niemen beisammen seyn, gleich bereit, westwärts vorzudringen, oder südlich der Hauptarmee nachzurücken. Alle Festungen, nicht nur die an der Weichsel — Modlin, Warschau, Damblin, — sondern auch die rückwärtsliegenden Brzesc-Litewski, Dünaburg und Kiew, werden eifrigst in Vertheidigungsstand gesetzt und durch neue Festungswerke verstärkt, die bis Ende des August oder spätestens um die Mitte des September vollendet seyn müssen. In Warschau wird die Zitadelle durch ein detaschirtes Fort verstärkt und die große Windmühle bei der Marymont'schen Barriere durch ein vorgeschobenes festes Werk verschanzt; auch auf dem rechten Weichselufer wird an den Werken des Brückenkopfs mit allem Fleiß gearbeitet und die schon starke Befestigung bedeutend vermehrt; zwischen dem Brückenkopf und der Zitadelle wird unverzüglich eine Militärbrücke gebaut, bei Modlin sind deren schon zwei fertig, eine über die Weichsel, die andere über die Narew. Daß man die Anlegung von Magazinen nicht versäumt, versteht sich von selbst, man häuft unermeßliche Vorräthe. Genug, die Sachen haben ein furchtbar ernstes Ansehen, und die gewaltigen Anstalten dürften mehr bezwecken, als eine bloße Sicherung der Grenzen oder Erhaltung der Ruhe im Königreich Polen. (A. Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 11. Mai: „Loreley,“ Oper von Ignaz Lachner.

Freitag den 12. Mai: „Graf Waldemar,“ Schauspiel in 5 Akten nach Gustav Freytag.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. v. Martki, Privatier von Dresden; Dr. Arpp v. Zürich; Buchbrooke, Privatier aus England.

Hotel Maulik. HH. v. Ruid, Rentier von Rotterdam; Mandler, Posthalter v. Pappenheim.

Gold. Hahn. HH. v. Bützler, Rentier von Oppenheim; Baron v. Kamerlohr und Frank, Studenten v. Würzburg.

Blaue Traube. H. Creskin, Rentier v. Serpach; Freiin v. Münster v. Bamberg

Stachusgarten. HH. Hurler, Aktuar v. Augsburg; Stern, Oberlieutenant v. Neumarkt; Wilson, Rentier aus England; Lanz, Maler v. Berlin; Messerschmid, Pfarrer v. Oberroth; Wankmüller, Kaplan von Augsburg; v. Auerach, Maler von Landau; Schubach, Maler von Rom; Sauter, Kaplan von Landshut; Ott, Dr. med. v. Mindelheim; Echter, Geograph v. Freiburg; Thorbeck, Student v. Ingolstadt; Mayer, Wirth v. Wemding.

Getraute in München.

HH Mathias Stimpfl, Regenschirmfabrikant dahier, mit Johanna Gerstmorr, geb. Bosler, Regenschirmsfabrikantens-Wittwe v. h; Christian Teiser, Buchbinder in Glarens in Tirol, mit Mar. Magd. Kr. Zettler, Bierwirthstochter v. h.; Georg Jos. Weigand, Handlungsbuchhalter dah., mit A. M. Häusl, Zimmermeisterstochter v. Ingolstadt; Georg Schöttel, bgl. Melber dah., mit Theresia Penzberger, Bauerstochter v. Pessenbach; Joseph Probst, Hausknecht dah., mit Anna Walch, Gärtnerstochter v. Haidhausen; Friedrich Degendartl, bürgl. Schneidermeister dah, mit Magd. Streel, bgl. Schreinermeisterstochter v. Mittenwald; Alois Wödl, Hausknecht dahier, mit Anna Maria Spenger, Bauerstochter von Fahlenbach; Franz Klein, b. Schreinermeister dah., mit Franziska Altenschöpfer, geb. Wachter, Schreinermeisterswittwe v. h.; Mald. Lorenz Hillmayer, Kleiderreiniger dah, mit Jos. Reinkl, Näherin aus der Vorstadt Au; Karl Seb. Scherer, Funktionär dah., mit Philippine Züllert, Schneidermeisterstochter v. Würzburg; Anton Binninger, Vergoldersgehilfe dah., mit Magd. Klausewitz, k. Hofmusikustochter v. h; Math. Eckert, Zimmermann dah., mit Anna Maria Schneider, Bierwirthstochter zu Starkertshofen; Maria Grimm, Werkzeugverfertiger dah., mit A. Kath. Hauser, Bauerstochter v. Grub. In Gresshabersdorf bei Ansbach: Dr. Johann Leonhard Julius Adolph Plechmann, Privatdozent der Rechte dah., mit Wendeline Philippine Julie Schirmer, Pfarrerstochter v. Windsheim.

Gestorbene in München.

Anna Holzlechner, Viktualienhändlerswittwe v. h., 71 J. alt; Leonhard Herrmann, Taglöhnerssohn v. h., 37 J. alt; Franz Wolf, Schuhmachergesell v. Badenhausen, Ldg. Kipfenberg, 31 J. alt.

Stelle-Gesuch.

2398. (2b) Ein Oberschreiber, der sich über vollkommene Geschäftsroutine im Tax- und Sportelwesen-Notariat, so wie in allen Zweigen des administrativen Ressorts, namentlich im Gemeinde- und Stiftungs-, Kuratel- und Rechnungswesen, Brandassekuranz- und Kassaliensgegenständen, ferner über ausgezeichnete moralische Conduite und Dienstes-Treue durch die empfehlendsten Zeugnisse zu legitimiren vermag, die Prüfung als Patrimonialbeamter und Stadtschreiber mit gutem Erfolg bestanden hat, auch Kaution leisten kann, wünscht bei einem k. Landgerichte eine seiner Qualifikation entsprechende Anstellung und könnte sogleich eintreten.

Gefällige Offerte unter Chiffre II besorgt die Expedition dieses Blattes.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 124.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 71; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 22 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Freitag | XLIX. Jahrgang. | 12. Mai 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 8. Mai. **Neunundvierzigste Sitzung der deutschen Bundesversammlung.** In der 47. Sitzung hatte der preußische Gesandte den Antrag gestellt, zur Wiedervergeltung des von Dänemark auf deutsche Schiffe gelegten Embargo auch auf die an deutschen Küsten oder in deutschen Flüssen befindlichen dänischen Schiffe Beschlag zu legen. Hierauf wurde heute beschlossen, daß die Bundesversammlung zwar eine solche Maßregel anzuordnen das volle Recht habe, jedoch von einer derartigen allgemeinen Verfügung abstehen wolle, und sich vorbehalte, bei den in Aussicht stehenden Verhandlungen darauf zu dringen, daß Dänemark für den verursachten Schaden vollen Ersatz leiste. Ein Schreiben des Fünfzigerausschusses, wonach in mehreren zum deutschen Bunde gehörigen Theilen von Oesterreich die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung verweigert worden, so wie ein — den gleichen Gegenstand betreffender Antrag des großherzoglich hessischen Gesandten wird dem Revisionsausschuß zugewiesen. Auf einen Antrag des Fünfzigerausschusses, daß allgemeine Volksbewaffnung schleunigst ins Leben gerufen werden möchte, wurde beschlossen, denselben auf den Beschluß vom 18. April hinzuweisen, wonach die Regierungen bereits aufgefordert seyen, mitzutheilen, welche Anordnungen in dieser Beziehung getroffen worden. Auf eine Mittheilung des Fünfzigerausschusses über den in dessen Sitzung vom 4. Mai wegen der exekutiven Bundesgewalt gefaßten Beschluß wurde auf den Antrag des württembergischen Gesandten beschlossen, Folgendes zu erwiedern: Die Bundesversammlung hätte erwarten dürfen, daß der Fünfziger-Ausschuß, bevor er den Beschluß vom 3. Mai über die vollziehende Gewalt des Bundestags zum Gegenstand einer Berathung machte und eine Mittheilung darüber an die Bundesversammlung beschloß, die Veröffentlichung des amtlichen Bundesprotokolls oder eine vollständige Mittheilung desselben, zu welcher bereits Einleitung getroffen war, abgewartet, und nicht auf einen außeroffiziellen Zeitungsartikel seine Einsprache gebaut hätte. Die Bundesversammlung hat den fraglichen Beschluß, zu welchem der erste Vorschlag aus ihrer Mitte hervorging, im reinsten Gefühl dem deutschen Vaterlande einen Dienst zu leisten, selbstständig gefaßt und als Motiv hierzu angeführt, daß auch der Fünfzigerausschuß das Bedürfniß eines konzentrirteren, und, wo es nöthig ist, beschleunigte Thätigkeit entwickelnden Organes anerkannt habe. Zur vorläufigen Einsetzung dieses Organes die erforderlichen Einleitungen zu treffen, fand sich die Bundesversammlung, da solches lediglich ein Ausfluß ihrer gesetzlich bestehenden Autorität seyn soll, und demselben keine anderen Befugnisse übertragen werden sollen, als solche, welche ihr nach der allseitig anerkannten, gegenwärtig bestehenden gesetzlichen Ordnung zustehen, vollkommen befugt. Wenn der Fünfzigerausschuß von der Voraussetzung ausgeht, daß die Bundesversammlung hiebei an den von ihm unterm 27. April gefaßten Beschluß irgendwie gebunden sey, so kann man hierin nur ein Verkennung der Stellung des Fünfzigerausschusses und der — der Bundesversammlung gegenüber den Regierungen zukommenden Befugnisse erblicken; und indem die Bundesversammlung ihr Bedauern ausspricht, daß bei den nach ausdrücklichem Beschluß des Fünfzigerausschusses veröffentlichten Verhandlungen desselben so maßlose Angriffe eines seiner Mitglieder vorkommen konnten, wie solche in öffentlichen Blättern zu lesen sind, muß sie die Protestation des Fünfzigerausschusses gegen den gesetzmäßigen Gang dieser Angelegenheit entschieden zurückweisen. Schließlich wird ein Schreiben des General v. Wrangel über das siegreiche Eindringen der Deutschen in Jütland verlesen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

P r o t e s t.

Herr Präsident!

Der Fünfziger-Ausschuß hat mir, dem Deputirten eines neuerdings zu Deutschland geschlagenen Gebiets, welches fast so groß ist, als das Großherzogthum Baden, die Theilnahme an seiner Berathung versagt. Daß ich aber kraft des Volkswillens des gedachten Landestheils hier bin, mögen die Anlagen nachweisen, deren Zahl sich täglich mehrt. Der Fünfziger-Ausschuß kann keine andere Basis für sein Daseyn anführen, als eben den Volkswillen, und ich zweifle, ob viele seiner Mitglieder in der Lage sind, eine gleiche Legitimation aufweisen zu können, als ich. Der Fünfziger-Ausschuß hat, indem er die Nichtvertretung eines so bedeutenden Gebietes Deutschlands beschloß, mit dessen Zuständen völlig unbekannt zu seyn er selbst ausgesprochen hat, gegen jenen Landestheil, welcher von den Gräueln eines Bürger- und Religionskrieges schwer heimgesucht wird, einen Akt ausgeübt, über den die konstituirende Versammlung und das deutsche Volk richten mag. Indem ich diese Vorlagen Ew. Hochwohlgeboren und dem Fünfziger-Ausschuß mache, will ich zugleich den Beweis führen, daß jener Theil Deutschlands kraft des Willens seiner Bevölkerung und nicht durch einen Akt der Willkür der preußischen Regierung und des deutschen Bundestages zu Deutschland geschlagen ist. Wer diesen Volkswillen mit der Schmach einer vierten Theilung Polens zu bezeichnen wagt, erkennt die Volkssouveränetät nicht an, und ist er ein Mitglied des Fünfziger-Ausschusses, der bekanntlich keine andere Basis seines Daseyns hat, so schmäht er einen Volkstheil, der nicht im Fünfziger-Ausschuß vertreten ist, gegen dessen Vertretung er vielleicht absichtlich gestimmt hat. Weiter hat der Fünfziger-Ausschuß den Regierungen Deutschlands die Pflicht auferlegt, die Korps polnischer Emigranten, zu vielen hundert Mann vereinigt, ungehindert und kostenfrei in ihr Vaterland gelangen zu lassen, hat aber dieses Vaterland nicht näher bezeichnet. In Erwägung, daß diese durch Deutschland ziehenden Truppen keine preußischen Staatsangehörigen sind, in Erwägung, daß diese Leute in ihrer Heimath, dem russischen Polen, keine Aufnahme finden, in Erwägung, daß die polnische Bevölkerung der Provinz Posen einen barbarischen Krieg gegen die deutschen Bewohner jener preußischen Provinz führt, einen Krieg, der wesentlich zugleich ein Religionskrieg ist, in Erwägung, daß die ihnen zu Hilfe ziehenden, von dem Fünfziger-Ausschuß unterstützten Polen, keine andere Existenzmittel besitzen, als solche, welche der Krieg gegen die Deutschen ihnen liefern kann, in Erwägung endlich, daß die polnischen Horden selbst das Bundesgebiet nicht achten; protestire ich im Namen der zahlreichen Bevölkerung, welche ich zu vertreten die Ehre habe, laut und feierlichst gegen Beschlüsse, wie der genannte in Betreff des Durchzuges polnischer Korps durch Deutschland, und mache den Fünfziger-Ausschuß für jeden Tropfen deutschen Blutes verantwortlich, den die Schaaren, welche er uns nach Posen sendet, vergießen sollten.

Frankfurt a. M., den 2. Mai 1848.

Kerst,
Deputirter der zu Deutschland gehörigen Kreise der Provinz Posen.

Frankfurt, 8. Mai. Die Parlamentsmitglieder beeilen sich nicht sehr, hier einzutreffen. Am letzten Donnerstag waren 24 angemeldet und in der heutigen Versammlung meldeten sich 11 neue. Die ganze Verhandlung bestand heute in der Niederschreibung der Namen der Neuangekommenen und in der Vereinigung, nächsten Freitag wieder zusammen zu kommen. Die Versammlung hätte sich zwar heute beinahe in einer langen Debatte darüber verloren — wo die Mitglieder des Abends zur geselligen Unterhaltung zusammen kommen wollen, erkannte aber doch noch zeitig die Lächerlichkeit einer solchen Debatte vor dem Publikum und übertrug 3 Mitgliedern die Wahl eines Lokals. (Fr. Mr.)

Bayern.

L a n d t a g.

** München, 10. Mai. (XII. Sitzung der Kammer der Reichsräthe.) Nachdem über den Wunsch und Antrag des Reichsrathes Fürsten v. Oettingen-Wallerstein: „die Fürsorge für die minder bemittelten und besitzlosen Staatsbürgerklassen betreffend“, der Referent im betreffenden Ausschusse, Reichsrath Graf v. Giech, diesem den Entwurf des in Folge der jüngsten Berathung in der Kammer der Reichsräthe an die Kammer der Abgeordneten auszufertigenden Beschlusses im obenbezeichneten Betreffe vorgelegt, und dessen Fassung die einhellige Zustimmung sämmtlicher Ausschußmitglieder erhalten hatte, kam in der heutigen Sitzung der Kammer der Reichsräthe folgender Beschluß über diese hochwichtige Angelegenheit zu Stande: 1) Die Stände des Reiches erklären, daß sie die Fürsorge für die minder bemittelten und besitzlosen Staatsbürgerklassen mit aller W ä r m e auffassen, den h o h e n Ernst dieser Frage erkennen, und mit a l l e n denselben verfassungsmäßig zu Gebote stehenden Mitteln zur Lösung dieser Frage mitwirken werden. 2) Se. Maj. der König werde gebeten, aus Männern des öffentlichen Vertrauens Kommissionen niedersetzen lassen zu wollen, welche, den betreffenden Staatsministerien und Kreisregierungen berathend und begutachtend bei Bereifung dieser Angelegenheit zu Seite stehend, die Aufgabe haben, nicht nur die einsichtsvollsten, sachkundigsten und erfahrensten Männer des ganzen Landes, und unter ihnen namentlich auch hellsehende Männer aus den betheiligten Klassen vorzuladen, sondern auch zu bestimmten Tagesstunden jedem sich zu Aufklärungen Meldenden zugänglich zu seyn, um nach dem Muster der englischen Parlamentserhebungen ihren Bericht auf die Mitwirkung der größtmöglichen Summe von Intelligenzen zu gründen. 3) Es sey ferner in Bezug auf die von der Staatsregierung schon mehrfach ausgesprochenen Absicht, der arbeitslosen Bevölkerung Arbeit und Verdienst zu verschaffen, der Wunsch auszusprechen, diese Hilfe nicht allein durch die Anordnung von E i s e n b a h n b a u t e n und ähnlichen m a s s e n h a f t e n Arbeiten zu gewähren, sondern auch darauf bedacht zu seyn, den Arbeitslosen an ihren W o h n o r t e n und in der Nähe derselben Verdienst zu geben, und zu diesem Ende nicht nur die erforderliche Aufforderung und Verfügung an die Bezirks- und Lokal-Behörden zu erlassen, sondern auch auf die Gründung freiwilliger Vereine bedacht zu seyn, welche den Zweck haben, diese Lokalarmenbeschäftigung unter Mitwirkung der Staats- und Gemeinde-Behörden zu organisiren und zu leiten. 4) Es möge die hohe Regierung

veranlaßt werden, von den Landbaukolonien in Belgien, Holland und Frankreich besondere Kenntniß zu nehmen, um deren Einführung in Bayern möglich zu machen. 5) Die Stände des Reichs beschließen endlich: es seyen die gestellten Anträge des Hrn. Reichsrathes Fürsten v. Oettingen-Wallerstein mit dem Vortrage des Referenten der Kammer der Reichsräthe Hrn. Grafen v. Giech dem königl. Staatsministerium des Innern zu dem Zwecke mitzutheilen, um diese Materialien den zu ernennenden Kommissionen nach ihrer Konstituirung zur Einsicht und Benützung zuzufertigen.

**München, 10. Mai. (XXV. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische Frhr. v. Thon-Dittmer, Frhr. v. Lerchenfeld, v. Beisler, v. Hermann, v. Benning, v. Kleinschrodt, Friedrich, Sperl, v. Heideck; in der Kammer 125 Abgeordnete. — Die Sitzung wurde eröffnet mit Ablesung des Einlaufes von gestern Nachts auf heute Morgens in 7 Nummern. — Hierauf eröffnete der Hr. I. Präsident die Fortsetzung der Debatte über das Ablösungsgesetz mit der zarten Mahnung, zwar nicht auf Kosten der Gründlichkeit, aber doch auch nicht lediglich zum Zwecke, um blos zu reden, sich einer größeren Präzision zu befleißigen, nach dem Muster von Kammern in großen Staaten, wo mehrere einem Redner den Ausdruck ihrer Gesinnungen kund geben, und sich die gewissenhafte Abstimmung vorbehalten, ohne auf Lob oder Tadel einer parteiischen Presse Rücksicht zu nehmen. — Die Debatte kam nun zu Art. 5: „Aufhebung des Jagdrechtes auf fremdem Grund und Boden ohne Entschädigung." — Hr. v. Habermann brachte eine Modifikation des Inhalts ein, „daß auf Lebensdauer angestellte Jäger von den Gemeinden, auf welche die Jagd übergehe, übernommen werden sollen." — Diese Modifikation kam aber durch Kammerbeschluß gar nicht zur Berathung. — Für Aufhebung des Jagdrechtes sprachen Dekan Bauer, Vogel, Schlund. — Gegen dieselbe Abg. Ruland. — Abg. Reuffer: Er besitze glücklich oder unglücklich selbst eine Jagd, aber er lege sie gerne auf den Opferaltar des Vaterlandes. (Bravo!) — Abg. Schlund verbreitete sich ausführlich über die Ungerechtigkeiten der Jagd. Er hoffe also, es werde das Jagdrecht ohne Entschädigung aufgehoben werden. — Frhr. v. Lerchenfeld wies die Angabe zurück, als habe das Leben eines Hasen in Bayern mehr Werth, als das eines Menschen. Er bemerkte noch, daß das zu erwartende Jagdgesetz auf der Basis des in der Pfalz geltenden errichtet werden solle. — Dr. Schwindl, als Referent, bemerkte, daß die adeligen Grundbesitzer selbst darauf angetragen, den Termin wegen Freigebung möglichst nahe setzen, da außerdem von dem Wildprete gar nichts zu retten sey. Die Regierung wird Sorge tragen, daß kein allgemeiner Jagdkrieg entstehe. Die Gemeinden mögen für ihr neues Eigenthum sorgen. Die vexatorischen Bestimmungen der Jagdverordnung in der Pfalz weist Schwindl entgegen zurück. Die durch das neue Gesetz herbeigeführte unangenehme Stellung der Jagdbediensteten werde dadurch erleichtert, daß die Gemeinden dann doch auch jagdverständige Individuen brauchen. — Die vollständige Fassung der Ausschußmodifikation wurde angenommen. — Art. 6 (von der Weide). Ruland gibt über die Weideverhältnisse in Unterfranken Aufschluß. Wenn bestimmte Weiderechte schwinden, so hört ein großer Theil der Viehzucht auf; große Aufregung würde erzeugt. — v. Feilitsch spricht für die Weiderechte in Oberfranken; hörten sie auf, so würden namentlich die Schäfereien unmöglich. — Zeier widerlegt Ruland; ein großer Theil Unterfrankens seufzt unter der Last der Weiderechte; nur ein kleiner Theil dieser Provinz würde im Nachtheil seyn bei Aufhebung der Weiderechte. — Ebert spricht gegen den Unfug der Weiderechte, die von den Inhabern nicht einmal besteuert würden. Um namentlich den Machinationen der Advokaten vorzugreifen, seyen klare Bestimmungen über den Entschädigungsbetrag, wo solcher geleistet werden soll, nothwendig. — Barsch wünscht gleichfalls die Weiderechte aufgehoben, die Fassung des Artikels aber noch bestimmter; nicht blos zur Zeit der Fruktifikation dürfe das Weiderecht aufgehoben werden. Weiden auf jedem fremden Grundboden, namentlich Waldungen, seyen unzuläßig. — Unterberger ist gegen die unentschädigte Aufhebung der durch Verträge und Konzessionen festgestellten Weiderechte. — v. Feilitsch bringt die von Barsch vorgeschlagene Modifikation, bezüglich des Weiderechts in Waldungen, ein. — Barsch erweitert in besonderer Modifikation den Umfang des aufzuhebenden Weiderechts in Bezug auf die Zeit des Frühlings und Herbstes. Wenn Rindviehheerden überhaupt auf frisch urbargemachtes Land geführt werden, so ist alle Mühe und Arbeit verloren. — Müller hebt hervor, wie die Gemeinden bei Aufhebung und Ablösung des Weiderechts am meisten gewinnen, jedoch ist er gegen die Modifikation von Barsch und v. Feilitsch. Hier kommen Forstrechte in Frage, und da würden die Gemeinden und Privaten verlieren. — Auch Unterberger gibt zu, daß die Weiderechte in den Waldungen großen Schaden thun, aber sie dürften im Interesse der Berechtigten nicht aufhören. — v. Rotenhan behauptet (gegen Barsch), daß alle Weiderechte nicht unbedingt der Kultur hinderlich seyen; sollen die Schäfereien abgeschafft werden, — und das würde nach dessen Modifikation folgen, — so wäre dieß ein großer Nachtheil. Die Schafpferche ersetzt den Dünger. Hegezeit sey ferner ein unbestimmter Begriff, während der Hegezeit werde in Bayern auf Wiesen gar nicht geweidet. — Ministerialrath v. Hermann bringt einen Zusatzartikel ein, wonach hauptsächlich im Interesse der Schäfereien die Ablösung der Weiderechte erst nach drei Jahren erfolgen soll, außerdem kann keine Entschädigung den Berechtigten genügen. — Ney trägt auf die Hegezeit vom 1. April bis 1. Oktober an. — Schwindl, als Referent, erbittet sich eine etwas gespannte Aufmerksamkeit. Die Weide sey es, die allen Aufschwung der Bodenkultur hindert. Alle Waldungen müssen sowohl durch Streu als Weide ihr dienen. Darüber sey an einer anderen Stelle des Gesetzes vorgesehen. Der Schafzucht sey allerdings Schutz angedeihen zu lassen, allein er legt kein großes Gewicht auf den Zusatzartikel des Minister-Referenten v. Hermann. — Minister v. Thon-Dittmer erklärt sich überhaupt gegen die Aufnahme des Art. 6 in das vorliegende Gesetz. Man solle vielverzweigte Rechtsinstitute nicht so ohne Weiteres nivelliren. Sollte jedoch der Art. 6 doch aufgenommen werden, so empfehle er sehr den ministeriellen Zusatzartikel. — Barsch's Modifikation wird verworfen. — Die Modifikation des Ausschusses zerfällt in 3 Abtheilungen; erste angenommen; die darauffolgenden Modifikationen von v. Feilitsch und Ney verworfen, die zweite und dritte Abtheilung der Ausschußmodifikation angenommen. — Ministerialraths v. Hermann Zusatzartikel verworfen. — Art. 7. Hiezu bringen Ney, der hauptsächlich im Zweifel über persönliche und dingliche Lasten die rechtliche Vermuthung für erstere in Anspruch nimmt, dann Edel, Bestelmayer, Fischer und Limmer Modifikationen ein. — Müller hat den Art. 7 nicht so vollständig gefunden als er gewünscht hätte; er stimmt für die bestimmte Fassung, welche Ney verschlug. — Stockinger ist gleichfalls für diese Modifikation, als diejenige, die von einem Manne komme, der aus Erfahrung die Sache kenne. Dieser habe die allgemeine Regel für die Richter gefunden, die einzelne Nomenklatur möge doch so vollständig als möglich werden. — v. Schenerl spricht ebenfalls von der Nothwendigkeit einer allgemeinen Charakterisirung dieser Abgaben. — Staatsminister v. Lerchenfeld spricht entschieden gegen die Modifikation des Abg. Ney; der Besitz sey hauptsächlich auf Verjährung gegründet; dem Beweisverfahren und dem Urtheil der Richter, ob die in Frage stehenden Lasten persönlicher oder realer Natur seyen, könne nicht vorgegriffen werden. Thue man dieß, so erschüttere man die ganze Grundlage des Gesetzes. — Ney kann nicht begreifen, wie durch seine Modifikation das Gesetz erschüttert werden könne. — Dekan Bauer interpellirt Ney, daß er Petitionen auf Ablösung provozirte und zwar vor Eröffnung der Kammern schon; Redner habe sich bereits gegen historische Rechte ausgesprochen, allein er protestire gegen die durch die Ney'sche Modifikation herbeigeführte Verletzung des Rechtsgefühls. — I. Präsident bemerkt, darüber, was außer der Kammer vorgegangen, habe diese kein Urtheil. — Es wird Schluß gerufen. — Schlund will noch Verständigung der hervorgetretenen Gegenstände. — Stockinger bedauert, wenn Theorien, wie von Ney aufgestellte, in so grelles Licht gestellt werden, wie dieß von Bauer geschah. — Die Kammer spricht sich gegen den Schluß. — Stockinger kommt wieder auf den Gegenstand der Debatte zurück. Es sey schwer, persönliche und dingliche Lasten zu unterscheiden. — Rotenhan spricht seine Ueberraschung über die Ney'sche Modifikation aus. Letztere wolle sogar die Verjährung ausschließen; hiemit werde einer Gewaltsamkeit Thür und Thor geöffnet. — Ney verwahrt sich gegen die ihm untergeschobene revolutionäre Tendenz. — Schlund, „ein Kind der Freiheit," wie er sich nennt, meint, jede Sache müße einen Anfang und ein Ende haben; es genüge, was die Modifikation des Ausschusses zugestehe. — Edel gegen die beregte rechtliche Vermuthung zu Gunsten oder zu Nachtheil. — Schwindl, als Referent, schließt in seiner humoristischen Weise die ermüdende Debatte mit den Worten: „Meine Herren, wenn Sie mit dem Ausschuß zufrieden sind, so rede ich kein Wort." — Allgemeine zustimmende Heiterkeit. — Es erhebt sich eine Debatte, ob die Ney'sche Modifikation in einzelnen Abschnitten abgestimmt werden solle — verworfen. Die ganze Ney'sche Modifikation, so wie alle übrigen Modifikationen ebenfalls, und Art. 7 nach den Ausschußmodifikationen wurden angenommen, die Sitzung geschlossen und die nächste auf heute Abends 5 Uhr anberaumt.

München, 12. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XXIX. auf heute um 9 Uhr Vormittags angesetzte öffentliche Sitzung.) 1. Verlesung des Protokolls der XXVIII. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Fortsetzung der Berathung und Schlußfassung über den Gesetzentwurf: „die Aufhebung der standes- und guts-herrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten betr."

✗München, 12. Mai. Die Berathungen unserer zweiten Kammer über das Ablösungsgesetz zeigen es wiederum nur zu deutlich, daß wir keine Volksvertretung, sondern nur eine Vertretung der durch Geburt oder Reichthum bevorzugten Stände haben. Ein unerfreulicher Anblick bei dem uns nur das eine trösten kann, daß er bald, recht bald und für immer uns entschwinden wird. Wie zeigt sich doch in dieser Kammer so gar nichts von dem edleren Aufschwung, zu dem der Geist der neuen Zeit ein jedes für das Vaterland fühlende Herz mächtig emporhebt! Wer hätte an jenem 4. März geahnt, daß die Stellungen so bald verändert werden sollten, daß jetzt schon ein freisinniges Ministerium die sogenannten Vertreter des Volkes als Hindernisse auf allen seinen Wegen findet; denn unsere Kammer ist nicht liberal, versucht es aber gleichwohl liberal sich zu geberden — aus Furcht. Die Herren Abgeordneten haben sich selbst bei diesen Berathungen in Gleichnissen erschöpft, um sich selber recht anschaulich zu machen, welche Gefahren ihnen drohen, wenn sie sich nicht wenigstens liberal geberden. Sie suchen sich durch diese Bilder selbst in Angst und Schrecken zu jagen, damit sie in diesem halb bewußtlosen Zustande fähig seyen, sich die so fest ans Herz gewachsenen Privilegien von dem sicher geführten Instrument der operirenden Gesetzgebung lostrennen zu lassen. Während die Jugend Deutschlands an den Gränzmarken Blut und Leben für den Ruhm und die Größe des Vaterlands einsetzt, stehen unsere sogenannten Volksvertreter beisammen und markten, ob denn der Landmann die Früchte seines Schweißes auch selbst genießen dürfe oder nicht. Wie traurig für uns, diese von dem Geiste der Freiheit und Gesetzlichkeit entworfenen Grundzüge unsers zukünftigen Staatslebens verzerrt und halb verwischt aus der Hand einer Kammer hinnehmen zu müssen, die zu deren Annahme nicht die, freudige Opfer fürs Vaterland bringende Liebe sondern die Furcht bewog und der Hinblick auf die noch rauchenden Trümmer der Schlösser in Schwaben und Thüringen!

Baden.

Von der badischen Rheingränze, 8. Mai. Man spricht allgemein von einer bedeutenden Reduktion der deutschen Bundestruppen, welche längs der Gränze aufgestellt sind. Die Gemüther sind bei weitem nicht mehr so aufgeregt, als vor vierzehn Tagen. Auf unserer Eisenbahn stellt sich allmählich eine bessere Frequenz wieder ein, und man hofft, daß die so sehr getrübten Aussichten für die Bäder sich bald wieder günstiger gestalten werden. Die Zahl der bei dem Festungsbau in Rastatt beschäftigten Arbeiter beträgt nahe an 8000 M. und man hofft, daß der Bau innerhalb Jahresfrist gänzlich hergestellt seyn werde. Das österreichische Bundeskontingent wird im Laufe dieses Monats noch erwartet. (A. Z.)

K. Sachsen.

Aus Leipzig, 6. Mai berichtet die „Deutsche allgemeine Zeitung." „Ueber den Anfang unserer Messe können wir uns kurz fassen, da von Geschäften kaum die Rede ist, und wohl kaum jemand mehr als den zwanzigsten Theil dessen gemacht haben wird, was er in gewöhnlichen Messen bis zum heutigen Tag abzusetzen pflegt. Auch die Griechen sind noch nicht eingetroffen und werden uns diesmal vielleicht gar nicht besuchen. Die Polen dürfen keine edlen Metalle ausführen, können daher nicht bezahlen und folglich auch nicht kaufen. Von Rußland lauten die Nachrichten dagegen gut."

Preussen.

Trier, 4. Mai. Einem sehr langen amtlichen Bericht über die hiesigen Vorgänge entnehmen wir nur das Hervorragendste. Ein Bürger, welchem Wahlumtriebe und Bestechungen zur Last gelegt wurden, ohne daß er sich genügend entschuldigen konnte, wurde von einer Masse Militärs aus dem Wahllokale der Maximinskaserne hinausgedrängt, und durch andere wieder hereingeführt. Gleichzeitig waren andere und bedeutendere Wahlstreitigkeiten entstanden und nun verließen die Soldaten, zum Theil, wie behauptet wird, von den Unteroffizieren kommandirt, den Wahlort, so daß der ganze Wahlakt unterbrochen wurde. Diese Vorfälle steigerte das Gerücht. Darin und im Umhertragen eines gewöhnlichen schwarz-weißen Uhlanenfähnchens, obgleich die schwarz-roth-goldene Flagge auf der Caserne blieb, wollte man Zeichen der Reaktion erblicken. So wurde die Stimmung auf die schon seit 8 Tagen bekannte Ankunft eines Bataillons des 26. Regiments „von unsern Wuhlern" vorbereitet. Von dem in Trier stehenden Militär freundlich bewillkommt (wogegen Nachmittags einige Böswillige den Versuch gemacht hätten, das Thor zu schließen, wo sie einmarschiren mußten), zogen Soldaten aller Waffengattungen einzeln und in Trupps fröhlich durch die Stadt. Um 9 Uhr war kein Soldat mehr auf der Straße. Gegen Abend wurde das Gerücht verbreitet, die 26ger sollten den 30gern die dreifarbigen Kokarde abgerissen, Bürger und Frauen beschimpft und gestoßen haben. Zugleich hieß es 5 Soldaten seyen eingesperrt, weil sie bei Zurückführung ihrer Kameraden Unteroffiziere angestoßen hätten. So rückte bald eine Masse Volk, „keineswegs untermischt mit Soldaten", vor das Arrestlokal, und erbrach das Hofthor mit Brechstangen. Bald gelang es jedoch, den Hof und Platz zu säubern; dagegen brach die Masse nach Bewältigung der Bürgerwehr in einen nahen Holzhof ein und bewaffnete sich dort. Dann begann ein Angriff aufs Militär. Es fielen mehrere Schüsse und zwei Menschen wurden tödtlich verwundet. „Von wem geschossen worden, ist noch nicht festgestellt." Nun begann der Aufruhr, wie wir ihn schon aus anderweiten Darstellungen kennen. Nur über die Vorfälle des andern Tags erfahren wir, daß bereits früh mehrere Deputationen die Entfernung der 26ger verlangten, was um so mehr als Beweis für eine künstliche Aufregung angesehen wird, als diese nicht, sondern die 30ger im Dienst gestanden hatten. Als die ersten Voruntersuchungen, nach deren Beendigung General Schreckenstein seine Entschließung über die Dislozirung der angeschuldigten 26ger verheißen hatte, beendet waren, zeigte sich, daß die Zeugenaussagen sich größtentheils auf die Zeit bezogen, wo bereits Sturm geläutet war, so daß sie die gar nicht am Wachtdienst betheiligten 26ger nicht treffen konnten. Dieß eröffnete der General einer neuen Deputation, indem er fernere Untersuchung der Beschuldigungen gegen die Soldaten versprach und im Falle ihrer Bewahrheitung das Versprechen zur Dislozirung wiederholte, aber auch die Erwartung aussprach, daß die Bürgerschaft baldigst die Barrikaden beseitigen werde. Noch während der Anwesenheit dieser Deputation begann neues Sturmläuten, weßhalb ist unerklärlich. Ein Militärpiket am Rußthor hatte bei Abwehr eines Angriffs mehrere Personen verwundet; die Deputation sah noch die Vorbereitung zur Anwendung der Artillerie, welche bei fernerer Dauer der Excesse unvermeidlich gewesen wäre. Von da an begann die Bewegung sich allmählig zu legen, obgleich die Demolirung der Hauptwache und Fenstereinwerfen am Regierungsgebäude von den bessern Bürgern nicht gehindert werden konnte. Die Nacht war ruhig. Als am andern Morgen gegen Dislozirung der 26ger die Wegräumung der Barrikaden verlangt wurde, entgegnete General Schreckenstein, daß nach den Vorfällen des gestrigen Tages von solchen Bedingungen nicht mehr die Rede seyn könne; er erwarte, daß die Barrikaden von selbst fallen würden. Dieß geschah im Laufe des Nachmittags. Die Bürgergarde geht einer selbstgewünschten Umgestaltung entgegen.

Duisburg, 6. Mai. Unsere Bürger haben, erkennend, daß es jetzt an der Zeit sey, dem Staate durch freiwillig dargebotene Anlehen die Mittel zuzuweisen, deren er unter den jetzigen Umständen nicht entbehren darf, zu diesem Zwecke eine Summe von über 10,000 Thalern gezeichnet, ohne daß die Listen bis jetzt geschlossen sind. Die Zeichnungen sind nach Maßgabe der Klassensteuer erfolgt. (Köln. Z.)

Der „Breslauer Zeitung" meldet man aus Königsberg vom 29. April, daß in Pillau mehrere hundert Matrosen sich verbundet haben, mit Hintansetzung jeder Lebensgefahr die vor dem Pillauer Hafen vor Anker gehenden dänischen Kriegsschiffe durch bewaffnete Boote zu überfallen und in den Grund zu bohren. 50 Boote sollen dazu in Bewegung gesetzt werden.

Posen, 5. Mai. Heute ist folgende Proklamation des Generals von Colomb und des Oberpräsidenten von Beurmann erschienen: „Nachdem des Königs Majestät in Allerhöchstihrer Gnade den politischen Gefangenen vollständige Amnestie gewährt, nachdem im Vertrauen auf die Folgen dieser Gnade die Kabinetsordre vom 7. März 1846 für diese Provinz außer Wirksamkeit gesetzt, nachdem endlich die erbetene Reorganisation in vollem Maße bewilligt worden ist, durfte erwartet werden, daß die Zustände der Provinz rasch wieder in ihr ruhiges Geleise zurückkehren werden. Dieses Vertrauen ist vollständig getäuscht. Die früheren mannigfachen Uebergriffe sind bis zu fast allgemeiner Landesbewaffnung ausgedehnt und so weit getrieben worden, daß bewaffneter Widerstand gegen die königlichen Waffen aufgetreten und derselbe in nicht wenigen Fällen zum bewaffneten Angriffe gesteigert worden ist. Die Ruhe und das Wohl der Provinz, welche uns anvertraut und welche wir zu erhalten verpflichtet sind, haben durch alle Schonungen, welche wir bisher haben eintreten lassen, nicht gesichert werden können. Wir können, wollen wir uns nicht schwerer Verantwortlichkeit aussetzen, es hierbei nicht ferner belassen, wir dürfen die Machinationen Einzelner nicht länger mit ansehen, wenn wir die Existenz Vieler nicht auf das Spiel setzen wollen. Wir sehen uns deßhalb veranlaßt, die Bestimmungen der Kabinetsordre vom 7. März 1846 sofort mit der Publikation dieses Erlasses wieder in Kraft treten zu lassen, und indem wir diese wie folgt 1) Wer fortan bewaffnet im Angriffe oder im Widerstand gegen die bewaffnete Macht, die Obrigkeit oder deren Abgeordnete ergriffen, ingleichen wer bei Aufwiegelung Unserer Unterthanen zum Aufstande oder bei Vertheilung von Waffen zu diesem Zwecke auf frischer That betroffen wird, soll vor ein jedes Mal durch den kommandirenden General anzuordnendes Kriegsgericht, bestehend unter dem Vorsitze eines Stabsoffiziers, aus drei Hauptleuten, drei Lieutenants, drei Unteroffizieren und einem Auditeur, gestellt und mit der Todesstrafe des Erschießens belegt werden, die sogleich nach gefalltem und von dem kommandirenden General bestätigtem Urtheil zu vollstrecken ist. 2) Dem kommandirenden General steht die Befugniß zu, die Vollstreckung des Todesurtheils zu suspendiren und an Uns zu Unserer weiteren Entschließung zu berichten — zur öffentlichen Kenntniß bringen, geben wir uns der Hoffnung hin, daß die Verführungskünste einzelner Böswilligen an dem guten Sinn der Einwohner der Provinz scheitern und sie uns nicht in die harte Lage bringen werden, diese strengen Maßregeln zur Ausführung bringen zu müssen. Posen, 5. Mai 1848. Der kommandirende General des 5. Armeekorps. v. Colomb. Der Oberpräsident v. Beurmann."

Schleswig-Holstein.

Schreiben aus Apenrade, vom 2. Mai (Nachmittags) Ein wirksamer Widerstand wird den siegreich vordringenden Preußen wohl kaum irgendwo in Jütland entgegengesetzt werden können, selbst wenn die in einem desolaten Zustande entkommenen Reste von Truppen sich frühzeitig genug wieder sammeln sollten. Mehrere dänische Offiziere sprachen auf der Flucht unverholen die Ansicht aus, daß ihre gänzlich entmuthigten Truppen schwerlich wieder zum Stehen zu bringen wären. — Bezeichnend ist auch die Aeußerung, welche ein Gemeiner gegen einen hiesigen Bürgersmann that: zweimal habe er nun Ordre parirt und sein Leben in einer Sache gewagt, deren Bedeutung ihm nicht klar sey, und alle Patronen bis auf eine dabei verschossen. Diese eine bestimme er dem ersten der ihm begegnenden Minister, welche die ganze Sache angezettelt und Dänemark ins Unglück gestürzt hätten. Namentlich soll die Erbitterung gegen Orla Lehmann im Heere groß seyn; es werden mehrere einzelne Züge von dieser Stimmung erzählt. (Abends 10 Uhr.) Heute ist ein Lootse zurückgekehrt, welcher am 27. v. Mts. an Bord der in der apenrader Fohrde sichtbaren dänischen Kriegsschiffe ging. Schon zu der Zeit wollte man auf den Schiffen durch Fernröhre königliche Livrees entdeckt haben, und schloß daraus, daß der König sich an Bord befinde. Diese Vermuthung bestätigt sich. Der König hat selbst das Einrücken der Preußen in unsere Stadt vom Schiffe aus mit angesehen, und soll, nachdem er eine zeitlang diesen Einzug mit vieler Aufmerksamkeit betrachtet hatte, an einen seiner Adjutanten geäußert haben: es wäre wohl zum letzten Male, daß er auf Apenrade als seine Stadt hinblicken könne. Der Lootse erzählt, daß der König beabsichtigt habe, Alsen zu besuchen, was nachher auch geschehen ist. (Brem. Z.)

Rendsburg, 3. Mai. Gestern Morgen haben die preußischen Truppen, wie vorher bestimmt worden, Christiansfeld verlassen und sind, ohne auf Feinde zu stoßen, bis über Kolding hinausgezogen. Das Hauptquartier des Generals Wrangel war den Abend des 2. d. in Ousby, zwischen Kolding und Friedericia, wo wahrscheinlich General Bonin schon denselben Abend eingerückt seyn wird, da es bereits vorgestern (am 1. d.) von den dänischen Truppen verlassen worden ist. Der Einzug des Generalstabes in Friedericia war auf heute bestimmt, während der Prinz von Augustenburg, der mit seinem Korps von Ripen sich wieder nach Osten gewandt hat, gleichzeitig Veile besetzen wird. Gestern Abend ist der russische Legationsrath Evers, wie es heißt, mit russisch-englischen Aufträgen, im Hauptquartier angelangt, von Apenrade kommend, wohin ihn ein dänisches Dampfschiff gebracht hatte. Ein ihn begleitender dänischer Parlamentär ward nicht durchgelassen. Nach Besetzung von Veile und Friedericia wird General Wrangel wahrscheinlich sein Hauptquartier in Kolding nehmen und seine Vorposten höchstens bis Horsens vorschieben. Die Aufnahme bei den Jüten wird gelobt. Die Auflösung des Freikorps soll sistirt seyn. (Wes. Z.)

Rendsburg, 3. Mai. Von einem von der Grenze zurückkommenden Reisenden erfahren wir, daß am 2 Mai das Hauptquartier des General Wrangel in Christiansfeld, das des Prinzen Friedrich in Haveraagaardt war. (Wes. Z.)

Flensburg, 3. Mai. Gestern ist Fridericia ohne Blutvergießen besetzt worden, und somit der Schlüssel des kleinen Belts in den Händen der Unsrigen. Was aber wichtiger ist, die schleswig-holsteinische Frage ist nicht wieder Gegenstand weitläufiger diplomatischer Unterhandlungen geworden. General v. Wrangel hat den Hrn. v. Ewers, der Namens Rußlands den Dänen einen Waffenstillstand hat auswirken wollen, eine völlig ablehnende Antwort gegeben, wovon die preußischen Offiziere zu ihrer großen Befriedigung in Kenntniß gesetzt sind. Hr. v. Wrangel scheint seinem Wahlspruche „Drauf" Ehre machen zu wollen. — Die Sachen vor Alsen stehen noch unverändert. In diesen Stunden ist noch sehr viel Munition durch Flensburg gekommen. Die Dänen schießen auf die einzelnen am Ufer stationirenden Posten zuweilen mit Kartätschen. Die Braunschweiger erwiedern von Zeit zu Zeit mit ihren vortrefflichen Büchsen den Gruß über den Sund. Etwas Entscheidendes wird vor Alsen wohl kaum noch in den ersten Tagen erfolgen. (H. St. Z.)

Einer der in Flensburg gefangenen Aerzte (Dr. Roß) schreibt von Bord der „Dronning Maria" am 31. v. M. daß ihm am gestrigen Tage unvermuthet eine Freilassung angekündigt worden sey und er nächstens zurückkehren werde. Er hofft dasselbe für einige seiner ebenfalls gefangenen Kollegen. Am Bord der „Dronning Marie" wäre Alles wohl. Derselbe theilt aus dem Munde eines glaubwürdigen Arztes mit, der den Major Michelsen im augustenburger Lazareth selber gesehen, daß diesem der Transport einen akuten Gelenkrheumatismus zugezogen habe und dessen Zustand dadurch im höchsten Grade bedenklich geworden sey.

Rendsburg, 5. Mai. Die provisorische Regierung hat an die Bewohner der Landdistrikte des nördlichen Schleswig eine Proklamation erlassen, in der sie sich gegen die gehenden Gerüchte verwahrt, daß es auf die

Digitized by Google

Freiheit des Bauernstandes und Unterdrückung der dänischen Sprache dort abgesehen sey, und fordert diese auf, sich eng an das übrige schleswig-holsteinische Volk anzuschließen, das die Waffen nur ergriffen habe, um den Frieden zu erzwingen.

Kiel, 5. Mai. Das seit einigen Tagen verbreitete Gerücht, daß Major Michelsen in dem augustenburger Lazarethe gestorben sey, hat sich leider bestätigt. Eine furchtbare Verantwortung lastet auf dem Befehlshaber, welcher ihn in dem Zustande einer schweren Krankheit am 25. v. M. von Flensburg nach Alsen transportiren ließ. — Die Auflösung der Freikorps ist noch nicht ausgesprochen, doch fangen bei einigen derselben die Reihen sich stark zu lichten an. Ueber die Stellung der Bundestruppen gegen Alsen lauten die Nachrichten verschieden. Gewiß ist einer Seits der Abgang schwerer Artillerie nach Sundewitt, anderer Seits die Anhäufung vieler dänischer Transportschiffe bei Alsen. Die Meinung der deutschen Offiziere spricht sich dahin aus, daß der Uebergang nach Alsen unter dem Schutze der schweren Kanonen ziemlich leicht, und daß die dortige Stellung der Dänen nach militärischen Regeln nicht haltbar sey. (Alt. Mkr.)

Freie Städte.

Frankfurt, 5. Mai. Gestern Mittag lief hier auf an sich vollkommen glaubwürdigen Wegen die Nachricht ein, die Stadt Hanau sey in den Frühstunden von preußischen und großherzoglich hessischen Truppen-Abtheilungen, von allen Waffengattungen und der Stärke von einigen tausend Mann, militärisch besetzt worden, worauf man sofort zur Entwaffnung der Freischaaren und zeitweiligen Auflösung der Bürgergarde geschritten sey. In den späteren Tagesstunden erwies sich jedoch, daß die Nachricht auf einem Irrthume beruhe, wozu die Zusammenziehung der befragten Truppen in der Nähe jener Stadt Anlaß gegeben hatte. Diese Maßregel aber war durch die Besorgniß hervorgerufen worden, es sollte am gestrigen Tage eine republikanische Demonstration zu Hanau versucht werden, welcher zu begegnen eine erkleckliche Militärmacht in Bereitschaft gesetzt wurde. (Mannh. Journ.)

Bremen, 5. Mai. Die Blokade unseres Stroms durch ein dänisches Kriegsschiff hat begonnen, obwohl nach den bisherigen Nachrichten die Fregatte „Gefion" noch keine aus der Weser ausgelaufene Fahrzeuge angehalten hat. (Wes. Z.)

Hamburg, 6. Mai. Von der Kommerz-Deputation ist heute Folgendes durch Anschlag bekannt gemacht worden. Den Repräsentanten der fremden Mächte in Kopenhagen ist offiziell angezeigt: „Die Blokade von Stettin, Stralsund, Rostock und Wismar werde am 2. Mai, die von Pillau und Danzig am 3. Mai, die der Elbemündungen provisorisch am 10. Mai beginnen, doch werde wegen dieser letzteren, so wie wegen der etwa gegen noch andere Häfen zu beschließenden Blokade, weitere Mittheilung vorbehalten und im Allgemeinen bemerkt, daß die Blokade auf neutrale Paketböte, welche zum Transport der Post dienten und keine Kriegskontrebande an Bord hätten, sich nicht erstrecken werde. Der Hafen und die Bucht von Kiel würden vom 4. Mai an blokirt werden. — In Folge des in der gestrigen Börsen-Halle von den HH. Godeffroy und Sloman erlassenen Aufrufs, die deutsche Flotte betreffend, fand heute im großen Saale der Börsen-Halle eine außerordentlich zahlreiche Versammlung statt, worin die HH. Sloman und J. C. Godeffroy erklärten, daß, im Vertrauen auf die Mitwirkung von ganz Deutschland, die ersten vorbereitenden Schritte zur Errichtung einer Kriegsmarine von ihnen eingeleitet, daß ihnen von Seiten unseres Senats die willfährigste Erklärung bei diesem Unternehmen geworden, Schutz und Hülfe zugesagt und daß die Erreichung des großen Zieles nicht mehr zweifelhaft, wenn ganz Deutschland sich einer Sache annehme, welche mehr denn eine die Sache von ganz Deutschland ist. Die Versammlung bot ein wahrhaft erhebendes Bild; ein elektrischer Funke bewegte alle Herzen bei dem energischen, mehrfach durch Zuruf des Beifalls und der Einstimmigkeit unterbrochenen Vortrag des Hrn. Godeffroy, und die lebhaftesten Zeichen der Anerkennung wurden den Ehrenmännern, welche durch ihr Auftreten ein Verdienst um ganz Deutschland sich erworben haben, zu Theil, als sie ihren Aufruf mit der Erklärung besiegelten, daß Jeder von ihnen ein Kauffahrteischiff für die erste deutsche Marine zur Verfügung eines Komités gestellt, welches zur Herbeiführung des großen Zieles sich gebildet hat. Die Aufforderung zur Herbeischaffung der erforderlichen Geldmittel wurde mit wahrem Enthusiasmus aufgenommen, und die zur Unterschrift aufgelegten Bogen waren rasch mit Unterzeichnungen bedeckt. (B. H.)

Oesterreich.

Wien, 8. Mai. Eine Riesendeputation des Magistrats, der Universität, der Bürgerschaft und sämmtlicher Vereine Wiens begibt sich morgen nach Prag, um zu vermitteln und Frieden zu stiften zwischen Tschechen und Deutschen. Friedenstiften? Ihre Freunde meinen, sie könnten sich das Postgeld ersparen. Wer den Geist der tschechischen Faktion von Prag kennt, wird diesen Vermittlern entgegen rufen: „lasciate ogni speranza!" Der Mai 1848 wird ein wichtiger Monat für das Slavenwesen. Auf den 14. Mai ist die große süd-slavische Erhebung, die von Croatien bis zum schwarzen Meer sich erstrecken soll, festgesetzt. Belgrad — sagen die Slaven — wird die Hauptstadt des neuen Staates Slovenia. Ende Mai's versammeln sich die Slaven aus allen Weltgegenden in Prag. Der Graf Matthias von Thun steht an der Spitze! Werden seine deutschen Großväter an jenem Tage sich im Grabe nicht umkehren? (A. Z.)

Die „Wiener Zeitung" vom 8. Mai meldet in ihrem amtlichen Theil: Da die in der neueren Zeit in der Monarchie eingeführte Kongregation der Redemptoristen und Redemptoristinnen, dann der Orden der Jesuiten mehrmal zu Störungen der öffentlichen Ruhe Anlaß gegeben haben, da sie beim Widerstande, welchen sie in den Gesinnungen und in dem Bestreben aller intelligenten Klassen gefunden haben, nicht im Stande waren, ihre Bestimmung zu erfüllen, und da die bestehenden kirchlichen Institute hinreichen, um für die Bedürfnisse der Religion, des Unterrichts und der Volksbildung entsprechend zu sorgen, so hat der Ministerrath den Entschluß gefaßt, auf die Aufhebung der Kongregation der Redemptoristen und Redemptoristinnen und des Ordens der Jesuiten bei Sr. Majestät anzutragen, welchem Antrage Se. Majestät die Allerhöchste Genehmigung zu ertheilen geruhten.

Innsbruck, 6. Mai. Heute fand die Wahl des Deputirten zur Frankfurter Versammlung von Seiten des ersten Wahlbezirks (Innsbruck, Wilten, Mieders, Steinach und Sterzing) statt. Sie fiel mit 56 Stimmen von 95 Stimmgebenden auf Dr. J. Schuler, ständischen Archivar und Hauptredakteur des Tyrolerboten.

Schweiz.

Basel, 6. Mai. Die Tagsatzung wird auf nächsten Donnerstag 11. Mai zusammenberufen. Der Vorort motivirt diese eilige Zusammenberufung der auf den 15. Mai angesetzten Bundesversammlung damit, „daß laut bestimmten Nachrichten durch den Zusammenzug starker österreichischer Truppenmassen die östliche Schweizergrenze bedroht sey." Hier ist ohne Zweifel noch etwas zwischen den Zeilen zu lesen (d. h. die Zusammenziehung französischer Truppenmassen). (Basl. Z.)

Bern, 9. Mai. Ich beeile mich, Ihnen die wichtige Nachricht mitzutheilen, daß so eben Hr. Bundespräsident Ochsenbein in der Versammlung des großen Rathes seinen Rücktritt von den öffentlichen Geschäften erklärt hat. Die Angriffe der Stämpfli'schen Partei wegen der bekannten, wenn auch geheimen Rede des Hrn. Ochsenbein in der Tagsatzung, das sardinische Bündniß betreffend, werden so weit getrieben, daß der vielleicht etwas zu empfindliche Mann mit der gedachten Erklärung die gesetzgebende Versammlung verließ. (A. Z.)

Italien.

Triest, 5. Mai. In Venedig soll sich starke Sympathie für Oesterreich äußern, und verschiedene Demonstrationen gegen Manin gemacht worden seyn. Die Communikation mit Venedig ist seit beinahe 14 Tagen zu Lande, und nun durch die Blokade auch zur See völlig abgebrochen; nur ausnahmsweise wird hin und wieder irgend einem Fahrzeuge die Spedition bewilligt, und zwar lediglich im Interesse des Handelsstandes, der sonst durch die gänzliche Absperrung gar zu sehr leiden würde. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 8. Mai. Die vorgestrige Sitzung der Nationalversammlung ist ruhiger abgelaufen, als man erwartete. Die Ernennung einer neuen Regierungskommission wurde nämlich auf morgen vertagt, weil noch mehrere Mitglieder der bisherigen Regierung heute, die Rechenschaftsberichte über ihre besondere Verwaltung zu erstatten haben. Der Form nach sind wir derzeit gänzlich ohne Regierung, nachdem vorgestern Hr. Lamartine im Namen seiner sämmtlichen Kollegen die seit dem 24. ausgeübte Diktatur in die Hände der Nationalversammlung niedergelegt hat. (Karlsr. Z.)

Paris, 8. Mai. In der heutigen Sitzung erstattete Hr. Lamartine seinen Rechenschaftsbericht als Minister des Auswärtigen. Die ganze Versammlung hörte ihm mit gespannter Aufmerksamkeit zu. Er erklärte vor Allem, daß er die Friedenspolitik der Politik der bewaffneten Propaganda vorgezogen, und es verschmäht habe, andern Völkern Regierungsformen aufdrängen zu wollen, die diesen vielleicht nicht zusagten. Was er bis jetzt gethan habe, sey „bewaffnete Diplomatie" gewesen; der Nationalversammlung stehe es zu, zu beschließen, was sie in dieser Hinsicht den Interessen Frankreichs angemessen halte. Lamartine ging sofort auf die einzelnen Länder über und zeigte, welche Erfolge das demokratische Prinzip bereits in ganz Europa davongetragen habe. Für Deutschland sprach er die glänzendsten Hoffnungen aus, indem aus dem Parlamente in Frankfurt eine wahrhaft deutsche Einheit hervorgehen und Deutschlands Zukunft sichern werde. Im Allgemeinen faßte sich Lamartine's Politik dahin zusammen, daß Frankreich auf Alles gefaßt sey; es werde friedlich unterhandeln, es werde fechten, es werde in seinen Grenzen bleiben, es werde sich vergrößern, — Alles, je nachdem das übrige Europa handle. Die provisorische Regierung, — schloß er, schätze sich glücklich, der Nationalversammlung Frankreich im Frieden und rein von jedem politischen Unrecht nach außen zu übergeben. (Stürmischer Beifall.) Der Abg. Domes schlägt vor, daß die Nationalversammlung durch ein Dekret die Rechenschaftsberichte der provisorischen Regierung genehmige, und erkläre, daß die provisorische Regierung sich um das Vaterland wohl verdient gemacht habe. Die vollziehende Gewalt bis zur Beendigung der Konstitution sey einer Kommission von fünf Mitgliedern zu übergeben. Er will die fünf Namen vorlesen; aber man läßt ihn nicht zu Worte kommen. „Keine Namen!" heißt es von der Rechten, wo man Ledru-Rollin durch ein stillschweigendes Votum ohne Debatte aus der Regierung zu entfernen hofft. Die heftigsten Interpellationen kreuzen sich, fünf Minuten lang versteht man kein Wort mehr; von der Linken wird verlangt, daß der Redner fortfahre; die Rechte läßt ihn nicht zu Worte kommen. Der Präsident dringt vergebens auf Ruhe; Dupont (de l'Eure) empfiehlt man möge „keinen Namen kompromittiren"; aber Domes besteht auf seinem Vorschlage und der Lärm dauert fort. Da keine Ordnung herstellbar ist, bedeckt sich der Präsident und hebt die Sitzung auf. Es herrscht die größte Aufregung; heftig gestikulirende Gruppen bilden sich; — Alles liegt im Streite. Wir schließen; denn vor Postschluß ist an eine Wiederaufnahme der Sitzung nicht zu denken. (Karlsr. Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Freitag den 12. Mai: „Graf Waldemar," Schauspiel in 5 Akten nach Gustav Freytag.

Gestorbene in München.

Michael Härtl, Getreidsackmacher v. h., 63 J. alt; Joseph Haidinger, b. Buchbinderssohn v. h., 33 J. alt.

Bekanntmachung.

2403. (3a) Das Bad Peterbrunn bei Leutstetten ist seit dem 1. d. Mts. eröffnet. Dasselbe ist vollständig neu hergerichtet und neu möblirt. Die Preise für Frühstück, Mittag- und Abendessen, so wie die Miethe für die Zimmer sind höchst billig, auch für gutes Bier und ächte Weine ist bestens gesorgt. Nach Verlangen kann zu jeder Zeit warm oder kalt gebadet werden. Die näheren Aufschlüsse können in dem Bade selbst, als auch dahier ertheilt werden. Zum zahlreichen Besuche wird hiermit unter Versicherung der reellsten Bedienung eingeladen.

Leutstetten den 10. Mai 1848.

Gräflich Waldbott-Bassenheim'sche Rentenverwaltung Leutstetten.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 125.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nr. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährig 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährig im I. Rayon 3 fl. 3 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 36 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend XLIX. Jahrgang. 13. Mai 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 9. Mai. Kaum hatten die Vertrauensmänner den Beschluß gefaßt, dem auf Vermittlung der feierlichen Garantie der Neutralität Belgiens durch den Bund gerichteten Antrage der Stadt Köln zu entsprechen, als bei demselben ein gleiches Gesuch der Stadt Bonn einlief. An der Spitze der Männer, welche im Namen aller ihrer Mitbürger hier auftreten und welchen noch in Frankfurt sich Dahlmann angeschlossen hat, stehen Walker, Arndt, Welker, Dieringer, Löbell, Hilgers, u. s. w. Der Antrag ist durch die Betrachtung motivirt, daß in den großen Ereignissen der Gegenwart, welche einerseits die alte Ordnung d.r Staaten theils erschüttert, theils aufgelöst haben, andererseits doch auch eine Kraft hervortrete, welche die Bildung neuer Ordnungen hervorrufen oder darauf wohlthätig einwirken werde, nämlich die Sympathie gegenseitiger Achtung und Verbrüderung gebildeter, Recht und Freiheit liebender Nationen, eine Sympathie, auf welche zufolge seiner gegenwärtigen würdigen Haltung sowohl im Innern, als nach außen vor Allem Belgien Anspruch habe; welchem ganz Europa, insbesondere Deutschland und im höchsten Maße verpflichtet sey. — Die Mittheilung dieser Bonner Adresse wird ohne Zweifel bei dem Bundestage als eine wesentliche Unterstützung des bereits bevorworteten Kölner Antrags wirken.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 10. Mai. (Oeffentliche Sitzung des Fünfzigerausschusses vom 9. Mai, Nachmittags 4 Uhr.) Aus Veranlassung mehrerer zum Protokoll der letzten Sitzung verlangter Nachträge wurde beschlossen, das stenographische Protokoll, so weit es die Erklärung von Jürgens betrifft, durch Druck veröffentlichen zu lassen. Nach Verlesung der Einläufe brachte Abegg den neuesten Bundesbeschluß bezüglich der Bundesexekutivgewalt zur Sprache und schloß eine ins einzelne gehende Kritik desselben, mit dem Antrage: sofort in der Sitzung und zu dem demnächst zu veröffentlichenden Protokoll zu erklären, daß jene Erwiederung in keiner Weise gerechtfertigt erscheine, und daß der Ausschuß im Geiste des Vorparlaments sich auf das Entschiedenste gegen alles verwahre, was aus dem Beschlusse abgeleitet werden könnte. Es wurde beschlossen, von einer neu zu ernennenden Kommission*) in der nächsten Sitzung Bericht erstatten, so wie die vom Vorsitzenden mitgetheilten Aktenstücke drucken zu lassen. Von Heckscher wurde der ohne weitere Debatte angenommene Antrag gestellt, eine Kommission zu ernennen, welche über die Schritte zum Schutz der nordischen Häfen und des durch die dänischen Maßregeln schwer betroffenen Seehandels Vorschläge machen solle. Bereits habe man, besonders in Hamburg, sich für entschiedenes energisches Handeln entschlossen; nach ihm zugegangenen Mittheilungen rüste man sich ernstlich. Doch könne man es den Hansestädten nicht allein überlassen, sie bedürften der Ermunterung und Unterstützung des übrigen Deutschlands und der Anordnung einer einheitlichen Leitung. Darum gehe sein Vorschlag auf eine, an die Hansestädte, sowie an alle deutsche Seestaaten zu richtende, anerkennende und ermunternde Ansprache, sodann auf einen Aufruf an ganz Deutschland zur materiellen Unterstützung für Bildung einer Marine und auf Einladung des Bundestags, die erforderliche Vereinigung der Seestaaten rc. zu veranlassen. — Sodann wurde der Druck des umfassenden Berichts der Kommission für die Arbeiterfrage beschlossen. Der bereits früher an eine Kommission gewiesene Antrag Venedeys auf Errichtung eines Parlamentskorps wurde, nachdem der Berichterstatter den von der Mehrheit der Kommission gestellten Antrag auf Ablehnung begründet hatte, an die konstituirende Versammlung abgegeben. — Nächste Sitzung den 10. Mai Nachmittags 4 Uhr. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

*) Als Mitglieder wurden am Schluß der Sitzung Abegg Buhl, Simon, Wippermann und Venedey gewählt.

Bayern.

Landtag.

**München, 10. Mai. (XXVI. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten. [Abends.]) Präsenz wie am Vormittag. — Nach Verlesung des Einlaufs wird der Gesammtbeschluß über die Diäten der Abgeordneten nach Frankfurt verlesen und angenommen. — Der Tagesordnung gemäß bestieg Dekan Bauer die Rednerbühne, und bevorwortete als Referent des I. und III. Ausschusses den Gesetzentwurf: „die Wahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung betreffend.“ Es wird hierauf das Gesetz über die „Ablösung rc. rc.“ weiter berathen, und mit Art. 8 begonnen. — Dr. Edel will denselben ganz gestrichen haben. Die jetzt eintretende Entschädigung gebe zwar eine freundlichere Aussicht, allein bei näherer Prüfung trübe sich aber der Blick hauptsächlich durch die fast erzwungene Abtretung des Ablösungskapitals an den Staat, und Einführung des Annuitätensystems gegenüber den Privatberechtigten. Solch eine kühne Operation, welche eine Schuld von 120 Millionen auf die Schultern des Staats lüde, könne nur den allgemeinen Kredit erschüttern. Der Staat müsse zahlen, er möge die Renten empfangen oder nicht. Die übrigen Staatsgläubiger seyen auch zu berücksichtigen. Es sey keine Kleinigkeit, wenn die Staatsschuld um das Doppelte vermehrt werde. Stiftungen haben den ersten Anspruch auf Stabilität, solide Anlage der Grundrenten. Man sage zwar, der Staat habe die besten Absichten, allein Deutschland biete keine Bürgschaft dauernder Zustände. Er verwahre sich gegen jede Inkorporirung des Stiftungsvermögens in den Staat, es geschehe diese auch unter den lockendsten Formen. Die Hauptsache sey, daß Jeder ablösen könne. Zuletzt kommt der Redner auf die Errichtung einer Landrentenbank, welche Kapitalien vorschieße, und die Rückzahlung in Annuitäten empfängt. Eventuell schlägt er vor, wenigstens in bestimmten Fällen, (kleinen Stiftungen, Pfarren) die Verpflichtung der Berechtigten, — Annuitäten zu gewähren — zessiren zu lassen. — Der I. Präsident sieht in der ersten Modifikation nur ein Votum, nur das, was Dr. Edel eventuell beantragte, sey eine Modifikation, welche die Kammer auch unterstützt. — Bestelmayer will die Autonomie der Gemeinden retten. Seine Modifikation lautet: „Hinsichtlich der Stiftungen und Kommunen wird die Genehmigung nur als gegeben erachtet, wenn die gesetzlich bestehenden Verwaltungen der erstern sich für das eine oder das andere erklären.“ —. Dr. Ruland erinnert an den wichtigsten Augenblick im Saale. Offen und unverholen die Wahrheit! Viele werden eine Feuerprobe zu bestehen haben. Ob nicht eine Zeitkrankheit herrsche? Wenn Zehntausend zur Rechten, Zehntausend zur Linken, dann gebe die Entscheidung kaum ein Recht; so sollten doch die Volksvertreter Bayerns nicht Unrecht thun, nicht das Eigenthum ihrer Väter aus den Händen geben. In höchster Bewegung beschwört der Redner die Versammlung, den Art. 8 fallen zu lassen. — Dekan Pflaum wird es schwer, das Wort zu ergreifen; er unterschreibe Alles, was Dr. Edel auseinandergesetzt. Der ganze Grundbesitz der Stiftungen solle dem gefährlichsten Spiele der Staatsspekulation preisgegeben werden; sichere Renten sollten gegen unsichere Geldrenten vertauscht werden. In geordneten Zeiten könne man dem Staate trauen, jetzt nicht. Wer könne wissen, welche Fahne in Jahr und Tag in Franken, Schwaben und Niederbayern weht? Am Schluße verlangt der Redner, daß wenigstens unvermögendere Stiftungen von Verpflichtung, Annuitätenzahlungen anzunehmen, ausgenommen würden. Er wolle lieber mit Prügeln erschlagen werden, oder sein Lebenlang den Bettelsack tragen, als unbedingt in die vollständige Fassung des Artikels einstimmen. — Dr. Müller, II. Präsident, spricht gleichfalls gegen den Art. 8; sollte derselbe jedoch nicht angenommen werden, so sey eben auch große Gefahr vorhanden. Aus dem Stadium der Reform seyen wir in das Stadium der Revolution getreten. Mächtige Nachbarn stehen feindlich an unsern Grenzen, bereit, von unserer Anarchie Nutzen zu ziehen. Einigkeit, Zufriedenstellung aller Interessen, namentlich der Landeigenthümer, thue Noth. — Dr. Müller kommt gleichfalls auf das Institut einer Landrentenbank. — Dr. Rammoser. Es handle sich nicht allein um eine Entfesselung des Bodens, sondern um eine großartige Finanzoperation; der Staat wolle alle Rechte und Interessen der Berechtigten an sich ziehen. Der Redner erkennt darin weiter eine Verfassungswidrigkeit in Versagung des verheißenen Schutzes des Stiftungsvermögens, liest den betreffenden Artikel der Verfassung vor, welcher schließt: „ohne Zustimmung der Stände rc.“ — Dr. Schwindl unterbrechend: Das sey das punctum saliens! Ein Seitenhieb auf die Adressen der Klubbs führt der Redner hinüber auf die gefährlichen Finanzoperationen in Frankreich. Sofort stellt er China als Musterreich auf, und erinnert an den Ausspruch eines chinesischen Weisen: „Wirf keinen Stein in den Brunnen, aus dem du getrunken hast.“ Segen oder Fluch denen, die den Stein werfen in das stille Wasser der Stiftungen! Als Vertreter der Interessen der Kirche könne er nur gegen den Art. 8 stimmen. — Dekan Goetz verwahrt sich vor Allem dagegen, daß er an den grundherrlichen Rechten Privatinteresse habe, allein er sieht durchaus keine Garantie in den gegebenen Bestimmungen von Renten, wenn sie nicht auf dem Boden haften; sie bieten keine Sicherheit dar. Der Wille der Stifter von Wohlthätigkeitsanstalten solle uns heilig seyn. Selbst nach vieljährigen Kriegsstürmen würden Grund und Boden wieder Renten den Stiftungen in ihren Händen abwerfen; in den Händen des Staats seyen sie verloren. Der Redner wendet sich an die Landeigenthümer, sich nicht im Siegesrausch verblenden zu lassen. — Dekan Deininger faßt den Entwurf in dem Sinne, wie er von der Regierung gemeint ist; er erblickt in der gesonderten Verwaltung dieser Renten von Seite des Staats eine große Bürgschaft. Die Form des Vermögens der Berechtigten müsse einmal geändert werden. Wenn einmal der Staat in seinem Kredite, in seiner Autorität sollte gänzlich erschüttert seyn, wie sollten sich dann die Stiftungen ohne die Autorität des Staats halten? — Dr. Rammoser

widerspricht, und versichert, daß die entgegengesetzte Ansicht eben die seinige sey, für die er lebe und sterbe. — Frhr. v. Rotenhan spricht für die Ausschußmodifikation, wonach es den Berechtigten frei gestellt werden solle, von der Vermittlung des Staats Gebrauch zu machen. — Frhr. v. Schätzler spricht in gleichem Sinne; er theile nicht die großen Befürchtungen früherer Redner über die Unsicherheit des bei dem Staate anzulegenden Kapitals, da ja eine ganz besondere Verwaltung für die ihm anvertrauten Fonds gebildet werde. Ein konstitutioneller Staat biete immer mehr Sicherheit, als eine Privatanstalt. Es handle sich nicht um ein neues Anlehen, sondern nur um die Vermittlung einer Hypothek. Er ist ganz gegen eine Landrentenanstalt. Besorge der Staat die Perzeption, so geschehe dieß durch die Rentämter, die Privatanstalt muß Beamte anstellen. Man spricht von einem Vorschuß von 10 Millionen, aber das Geld müsse eben in der Staatskasse seyn. — Dr. Müller, II. Präsident, bringt eine förmliche Modifikation über einen, der nächsten Ständeversammlung vorzutragenden Gesetzentwurf: „über die Bildung einer Landrentenanstalt“, ein. Er glaubt, der Zweck dieser Ablösung werde leichter erreicht. — Die Kammer spricht sich für Unterstützung dieser Modifikation aus. — Abg. Nabl findet im Gesetzentwurf keine Gefahr, zumal, wenn es den Berechtigten frei gegeben wäre, sich dem Staate in die Arme zu werfen oder nicht. Aber gerade dann, wie man gegentheilig behauptete, wenn sich die vermögenslosern Berechtigten sich dem Staate anschließen würden. Komme ein Unglück, so sey doch der Staat der Stärkste; er sey zugleich der Uneigennützigste. Der Staat sey durch Nichts ersetzbar. Selbst zu Privatanstalten müsse der Staat wieder beisteuern. Man spreche immer vom Rechte der Stiftungen; ihre Administratoren aber seyen zum Theil außerordentlich hart gegen die Grundholden. Wer habe ferner die Stiftungen gegründet? Fürsten, Prälaten, Private, aber nur durch und mit dem Landbauer. Die städtischen Stiftungen versorgen auch nicht alle Armen; diese fallen großtentheils dem platten Lande zur Last. Sollte der Bauer jetzt durch §. 8 gewinnen, so würde er später im Staate seyn, den Stiftungen durch Klugheit der Geistlichen dieß wieder zu ersetzen. Man habe sich vor keinen Gefahren zu fürchten, wenn die Regierung im Verein mit den Ständen Gesetzlichkeit und Billigkeit walten läßt. — Edel sucht die Stiftungen von den Vorwürfen zu reinigen, welche Hr. Nabel ihnen gemacht hat. Es gäbe Stiftungen, welche sehr milde gegen ihre Grundholden verfahren. — Dekan Bauer. So sehr er die Gesinnungen ehre, aus denen die Stimmen gegen den Gesetzentwurf hervorgegangen sind, so könne er sie doch nicht theilen. Die Zeit sey nicht absolut krank, nicht absolut gesund, ein Fieberschauer durchzucke sie. Wir werden gesunden! Mit seltener Zusammenstimmung, wie sie nur in wenigen Epochen der Weltgeschichte vorkam, mache sie dringende Forderungen; wer möge ihnen widerstehen. Die Befreiung des Bodens müße durchgehen, oder sie votirten das Unglück des Vaterlandes. Kein Begräbniß hätten wir heute gefeiert. Wäre Einer unter ihnen des Sakrilegiums fähig? Jene Pietät, die in China ein Glück schafft, das unter dem Schutz des Bambus stehe, wollen wir nicht. Ferner wolle der Staat keine Finanzoperation; er wolle nur das thun, was an andern Orten eine Landrentenanstalt gethan. Ohne diese Vermittlung sey die Ablösung unmöglich. Wenn die Regierung keine böse Absicht habe, warum ein solches Echauffement? Keine Uebertreibungen! Die adeligen Gutsbesitzer bedürfen einer Vermittlung des Staats; diese sichere ihnen Ruhe und Frieden. — Abg. Schaetzer tadelt die Geistlichen, daß sie so streng am Weltlichen festhalten, während doch ihr Oberhaupt — (er zeigt das neueste Blatt der „Augsburger Abendzeitung“ vom 10. Mai vor,) der Papst — der weltlichen Regierung entsagt habe, und bereits in Rom eine provisorische Regierung eingesetzt sey. — Graf v. Hegnenberg bemerkt vornhinein, daß Geld Nichts, Kopf viel, Ehre ihm über Alles gehe und das Materielle ihm daher wenig anhafte, und gesteht zu, daß es Aufgabe unserer Tage sey, zu verwirklichen, was 30 Jahre lang angestrebt worden sey; suche man doch nicht zu halten, was unhaltbar! Sogar Oesterreich habe die Nothwendigkeit der Aufhebung der Grundlasten erkannt. Die Vermittlung des Staats könne nun und nimmermehr geschlossen seyn. Nicht im Interesse des Adels, hauptsächlich des Grundholden liege diese Vermittlung. — Ohne sie würde die Lösung des Problems verschoben. Der Staat stehe nicht so kreditlos da, wie unredlicher Weise vorgegeben werde. Eben habe ihm die Kammer ein Kreditvotum von 7 Millionen gesprochen. — II. Sekretär Stockinger macht auf die große Bedeutsamkeit des Gesetzentwurfes aufmerksam. Er ist dagegen, daß der Staat an die Stelle der Berechtigten treten solle. Der Staat solle sich mit keiner ungeheuern Papierschuld belasten; dem Landmann solle man kein ... der Ablösungssumme zu Gute kommen lassen. Ein Hauptfehler des Entwurfs sey, daß er keine Zeit festgestellt, wann der Berechtigte des Staates Vermittlung ansprechen solle. Der Redner ist für eine später zu errichtende Rentenbank. Die Pfalz leide überhaupt, weil sie bei der Ablösungsfrage unbetheiligt sey, Schaden von über 1 Million. — Hr. Staatsminister Frhr. v. Lerchenfeld bemerkt, daß wenn man die Frage der Annuitäten vor eine Landrentenbank verweise, die Erledigung der Ablösung durch Annuitäten ganz in's Unbestimmte hinaus vertagt sey. Zu bedauern sey, daß die Rede des v. Habermann, wie öfter, nicht verstanden wurde. Die Edel'schen Modifikationen sollen lithographirt der nächsten Sitzung vorgelegt werden. — Somit wurde die Sitzung aufgehoben und die nächste auf morgen Vormittags halb 10 Uhr anberaumt.

München, 12. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XXX. auf heute um 4 Uhr Nachmittags angesetzte öffentliche Sitzung. 1. Verlesung des Protokolls der XXIX. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Vortrag des I. Sekretärs über den Bericht des ständischen Archivars: „die Stellung des ständischen Archivs dem königl. Staatsministerium gegenüber, und dessen Verpflichtung zur Aushändigung von Akten betreffend“; Berathung und Schlußfassung hierüber. — 4. Fortsetzung der Berathung und Schlußfassung über den Gesetzentwurf: „die Aufhebung der standes- und guts-herrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten betr.“

München, 13. Mai. Aus dem Einlauf der Kammer der Abgeordneten vom 11. bis 12. Mai, bestehend aus 15 Nummern, heben wir außer mehreren das Ablösungsgesetz betreffenden Vorstellungen hervor: 7) Vorstellung des Gewerbe- und Handwerkstandes zu Augsburg, „die Verbesserung der gewerblichen Verhältnisse betr.“ Angeeignet von dem Abgeordneten Frhrn. v. Schätzler. — 8. Gesetzentwurf: „die protestantischen Generalsynoden und den Konsistorialbezirk Speyer betr.“ — 13) Antrag des Abgeordneten Kirchgeßner, „die Rechtspflege im Heere betr.“ — 14) Vorstellung der Bürgerschaft zu Windsheim, „Abänderung der Gemeindewahlordnung betr.“ Angeeignet vom Abgeordneten Dekan Bauer.

München, 13. Mai. Das königl. Regierungsblatt (Nr. 22) vom 12. d. Mts. enthält folgende Dienstesnachrichten: Se. Maj. der König haben geruht, dem Priester Lorenz Alois Peischer, Pfarrer zu Maisach, Ldg. Bruck, die katholische Pfarrei Sulzemoos, Landg. Dachau; dem Priester Karl Eduard Lödl, Pfarrer zu Bodenhausen, Ldg. Schrobenhausen, die katholische Pfarrei Oberpfaffenhofen, Landg. Starnberg; die katholische Stadtpfarrei Lindau, Ldg. gleichen Namens, dem Priester Joseph Georg Dreer, Prediger an der Metropolitanpfarrkirche zu U. L. Frau in München, allergnädigst zu übertragen. Se. Maj. der König haben Sich bewogen gefunden, die eröffnete Stelle eines ersten Assessors bei dem Landgerichte Neumarkt dem bisherigen II. Landgerichtsassessor Dr. Julius Lang in Miesbach, und die hiedurch eröffnete Stelle eines II. Assessors bei dem Landgerichte Miesbach dem bisherigen Appellationsgerichtsaccessisten Joseph Boshart in München allergnädigst zu verleihen. — Der Wahl des Pfarrers Priesters Christoph Ziegler in Tegernsee zum Dekan des Landkapitels Tegernsee wurde durch Regierungs-Entschließung die landesherrliche Genehmigung ertheilt.

Dem „Fränkischen Merkur“ entnehmen wir folgende Erklärung. Die Beilage zur neuen Würzburger Zeitung Nr. 120 enthält einen Artikel (Bamberg, 26. April), worin es in Beziehung auf meine jüngst stattgehabte Wahl zum Abgeordneten für die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. heißt: Die Wahlmänner wurden dringend gebeten, die Wahl des Titus durchzusetzen, sie gingen dem Regierungspräsidenten, der inzwischen angekommen war, um Hülfe an; allein dieser erklärte, er könne sie nicht leisten; und als nun Herr Rechtsrath Barlet erklärte, er wisse kein anderes Mittel, die Stadt zu retten, als wenn Titus gewählt würde, das sey auch des Präsidenten Meinung, so ward beschlossen, nachzugeben. Es lebe die Wahlfreiheit! Wir leben in fortwährender Aufregung und der Bürgerkrieg ist nahezu im Ausbruche. Dr. Wirth räth im Wahrheitsfreund allen Wählern, ihre Frauen und Kinder vor Augen zu haben und Titus zu wählen; auch ging er auf den Magistrat und die beiden Landgerichte und erklärte, daß, wenn der Volksmann Titus bis morgen Nachmittags 3 Uhr nicht gewählt seyn würde, Ströme von Blutes vergossen würden.“ Herr Rechtsrath Barlet hat nun in einer Erklärung vom 1. d. M. (Fränkischer Merkur vom 6. Mai) die hinsichtlich seiner Person im obigen Artikel enthaltenen Behauptungen als unwahr erklärt; vom Herrn Präsidenten v. Stenglein aber wurde bis jetzt der fragliche Artikel mit Stillschweigen übergangen. Auch ist in den jüngsten Tagen wegen gefährlicher Drohungen und einschüchternder Aeußerungen, welche rücksichtlich meiner Wahl stattgefunden haben sollen, bei dem königl. Landgericht Bamberg II. Untersuchung eingeleitet worden. Unter diesen Verhältnissen erscheint die Freiheit des Wahlaktes, durch welchen ich als Abgeordneter zum deutschen Parlamente berufen wurde, als beanstandet und zweifelhaft und meine politische Ehre gebietet mir, sofort mein Mandat an das Volk, in die Hände meiner Wähler zurückzugeben. Den Wahlmännern, welche aus freier, unabhängiger Mannesüberzeugung mich mit einem so ehrenvollen Mandate betraut haben; sage ich für das mir geschenkte Vertrauen den wärmsten Dank; diejenigen aber, welche durch andere Einflüsse bestimmt, mich zum Abgeordneten wählten, mögen aus diesem meinem Rücktritte entnehmen, daß ich ungesetzliche Mittel, selbst wenn sie zu Gunsten meiner Person in Anwendung gebracht werden, verabscheue und nur einen vollkommen gesetzlich und frei vorgenommenen Wahlakt als bindend anerkenne. Bamberg den 10. Mai 1848. Titus, Advokat.

Württemberg.

Stuttgart, 7. Mai. Der Oberhofprediger Grüneisen wurde seiner Stelle als königl. Beichtvater enthoben; als Grund gibt man an, daß er in dem Strauß'schen Wahlkampf in Ludwigsburg auf eine verdeckte Weise diesem entgegenwirkte und ein derartiger Einfluß in der unmittelbaren Nähe des Königs zu dem gegenwärtigen Regierungssystem nicht mehr taugte. Dr. Strauß wird doch noch die Genugthuung erhalten, von dem Stadtbezirk Ludwigsburg zum württembergischen und in dem badischen Bezirk Eppingen zum Reichstagsabgeordneten gewählt zu werden. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Stuttgart, 9. Mai. Dem Vernehmen nach hat in dem Rath der Siebzehner auch L. Uhland gegen den Vorschlag eines erblichen Kaiserthums gestimmt.

(St. B.)

Gr. Hessen.

Mainz, 7. Mai. Gestern rückten 700 M. großh. hessische Truppen mit 4 Kanonen in Bingen ein. Der Staatsprokurator begann die Untersuchung; zwei Hauptschuldige wurden zur Haft gebracht und man bezeichnet noch Viele, die durch die morgen fortzusetzende Untersuchung eingezogen werden sollen. Bei der heute vorgenommenen Arretirung versuchte man Sturm zu läuten, was aber verhindert wurde, worauf der Generalmarsch die Truppen zusammenrief, um die Masse zu zerstreuen.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Preußen.

Berlin, 7. Mai. Die Wahlresultate in den Provinzen zeigen nur allzusehr, daß wir eine unreife Frucht genießen wollten. Unglaubliche Mißgriffe und Intriguen sind vorgekommen. Viele Dorfschaften hatten einzig deßhalb Knechte und andere ganz untergeordnete Leute gewählt, weil diese leichter in der Wirthschaft entbehrt werden könnten. Der Begriff eines Wahlmannes und eines Deputirten läuft verworren durcheinander. Ein Schäfer, der zum Wahlmann für Frankfurt gewählt war, verlangte von seinem Gutsherrn sogleich abreisen zu dürfen, denn er habe einen Bruder in Frankfurt, den er zugleich besuchen wolle. Er hielt sich für einen Deputirten und Frankfurt am Main für Frankfurt an der Oder, wenige Meilen von seinem Dorfe! In Litthauen haben die Bauern konsequent Friedrich Wilhelm IV. auf die Wahlzettel geschrieben, in der Meinung,

daß sie dadurch die Vertreibung des Königs hinderten! So berichten Privatbriefe; wären es auch bloße Anekdoten, sie wären nichts destoweniger Symptome von der Beschaffenheit des Bodens, auf dem sie wachsen konnten. Heute sind drei Volksversammlungen angesezt. Es wird ein großer Unfug mit denselben getrieben, selbst wenn man sie nur aus dem Standpunkt der müßig durch die Arbeiter und Volksmassen verschleuderten Zeit und der dabei unvermeidlichen Geldverschleuderung betrachten will. Die politische Verbildung mitunter völlige Verwirrung, die dadurch ausgesät wird, nicht zu rechnen. Und gerade in dieser Beziehung können wohlgeleitete Volksversammlungen segensreich und das Allgemeine fördernd wirken. Jede der heutigen drei Versammlungen hat ihren besondern spannenden Punkt des Interesses. In der einen soll das Volksgericht über den angeklagten Arbeiter Eckert und den Volksführer Urban gesprochen werden, die in öffentlicher Versammlung vor einigen Wochen beschuldigt wurden, andere Arbeiter durch Geld zu Gewaltsamkeiten angereizt zu haben. In der zweiten Versammlung soll eine abermalige Demonstration zur Befreiung Schlöffels gemacht werden, den man, so scheint es, durchaus zu dem Wahltag frei wissen will. In der dritten endlich, sollen sich die von dem Urwählerrecht ausgeschlossenen bestraften Individuen und die welche Almosen empfangen, berathen, wie sie gesetzlicherweise gegen diese Härte einschreiten können. Dieß ist also, klar gesprochen, eine ausgeschriebene Versammlung aller bestraften Verbrecher, die sich auf freiem Fuß befinden; mögen die Armen die ihre Ehrenrechte nicht verloren haben, sich von dieser Versammlung zurückhalten! Dieß wäre vielleicht der gültigste Anspruch für sie, auch Wahlrechte zu erhalten. Daß eine Versammlung, in der man eine Anzahl von mehreren tausend (es könnten nach unserer Statistik gegen 10,000 werden) Personen, die schon wegen größerer und geringerer Verbrechen, viele mehrfältig, bestraft sind, keineswegs ohne große Besorgniße gesehen wird, können Sie sich denken. So ziehen also heute Abend noch drei vielleicht schwere Gewitterwolken gegen uns herauf, gegen welche die Bajonnette der Bürgerwehr vielleicht als Blitzableiter dienen müssen. (A. Z.)

Köln, 9. Mai. Ich habe Ihnen gesagt, daß es auch in Düsseldorf zu Thätlichkeiten zwischen den Bürgern und dem Militär gekommen sey. Auch hier wie in Aachen und Trier haben die Soldaten sich den deutschen Farben feindlich gezeigt, und mit der preußischen Fahne den Bürgern Hohn sprechen wollen. Also dahin ist es gekommen, daß die Landesfarben als volksfeindlich gelten! In Düsseldorf hat freilich auch Hr. v. Thadden bald nach den Märztagen in der Kaserne eine Rede gehalten, und zwar bei Nacht. Da konnte man recht eigentlich sagen: monstrum horrendum, ingens, *cui lumen ademtum*. (A. Z.)

Breslau, 7. Mai. Ueber die Vorgänge im Großherzogthum Posen sind wir seit gestern ohne alle direkte Nachricht. Die Post, welche von hier nach Posen geht, ist nur bis Kosten gekommen, und von dort wieder hieher zurückgeschickt worden. Der Kondukteur dieser Post will bei Kosten in der Ferne Kanonendonner gehört haben. Eben so ist seit gestern der Postenlauf zwischen Krotoschin und Posen eingestellt worden, sowie der zwischen Kozmin und Gnesen. Alles dies deutet darauf hin, daß der Ausbruch in vollem Gang ist. (D. A. Z.)

Bromberg, 6. Mai. Durch Flüchtlinge, die in den beiden letzten Tagen aus der ganzen südlich an Bromberg stoßenden Gegend, aus Mogilno, Trzemeszno, Strzelno, in großer Anzahl hier eingetroffen sind, ist es zur Gewißheit geworden, daß das organisirte polnische Heer auf unsere Stadt im Anzuge begriffen ist, ja nach einigen Angaben soll es nur noch wenige Meilen von hier entfernt seyn. Es scheint den Polen geglückt zu haben, indem sie die preußischen Streitkräfte bei Witkowo, Gembitz und Mogilno umgingen, ein neues Terrain zum Kriegsschauplatze zu machen, wo ihnen nicht nur in den polnischen Insassen zahlreiche Verstärkungen zuströmen, sondern sie auch, indem sie die vielen deutschen Dörfer plündern, im Ueberflusse Lebensbedürfnisse zusammenbringen. (D. A. Z.)

Königsberg, 2. Mai. Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft hat das Staats-Ministerium in einer energischen Adresse aufgefordert, nicht eher mit Dänemark Frieden zu schließen, als bis völlige Genugthuung und Schadloshaltung für die Wegnahme der deutschen Schiffe erfolgt sey. Zugleich wird um Aufhebung des Sundzolls gebeten, der allein den Dänen die Unterhaltung einer Flotte möglich mache, während er den deutschen Handel lähme. Die preußischen Häfen hätten diesem Algier an der Ostsee das Geld zu den Fesseln zahlen müssen, in die sie nun selbst geworfen würden. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Königsberg, 4. Mai. So eben geht hier per Dampfboot die Nachricht ein, daß Pillau von zwei dänischen Kriegsschiffen seit gestern blockirt ist. Der Kommandeur der Schiffe hat ein Verzeichniß der im Hafen befindlichen Schiffe verlangt, seiner Forderung ist aber nicht Gehör gegeben worden. (B. Z.-H.)

Schleswig-Holstein.

In Kiel wurde in der Nacht vom 5. auf den 6. dem kommandirenden hannoverischen Offizier durch Estafette angezeigt, daß auf Alsen große Truppenbewegungen stattfänden und eine Einschiffung des größeren Theiles der Truppen vorbereitet zu werden scheine. Obwohl dieselben nach Flensburg bestimmt zu seyn schienen, so müsse man doch überall auf einen Handstreich gefaßt seyn; die Kommandanten in den Seestädten möchten ihre Vorbereitungen treffen. (A. M.)

Altona, 6. Mai. Die Wahlen in Schleswig-Holstein sind durch die zu spät angemeldete Bewerbung Dahlmann's in große Verwirrung gebracht worden. Nicht weniger als drei Wahldistrikte haben ihn am 1. Mai gewählt, und da er inzwischen schon die Wahl in Celle angenommen, so müßen in Holstein noch drei nachträgliche Wahlen angeordnet werden. Die übrigen Abgeordneten sind Claussen für Dithmarschen, Droysen für Wagrien (den Nordosten des Landes) und Waitz für Kiel und Umgegend. Nach ihm hatten in diesem Bezirke Claussen und Roß die meisten Stimmen. In Schleswig hat erst die Hauptstadt mit ihrem Bezirke gewählt, und zwar mit großer Mehrheit den preußischen Gesandten in London Dr. Bunsen. Das einzige, was unsere Lande nach Entfernung des Kriegsschauplazes noch in Aufregung erhält, sind die Wahlen und die dänischen Kreuzer. Es ist ein wahres Glück für Deutschland, daß die Dänen jezt alle Schiffe unter deutschen Flaggen aufbringen; erst diese Gefahr wird uns auch auf der See zur Einheit der Flagge und der Schuzanstalten führen. Die Hansestädte, die bisher zu schlummern schienen, sind jezt erwacht wie die Löwin, der man die Jungen raubt. Begeisterte Aufrufe von namhaften und einsichtigen Männern füllen gestern und heute die Hamburger Blätter; man rüstet aus allen Kräften, man hat schon Kanonenboote auf den Stapel gelegt; eine Versammlung auf der Börse hat heute große Geldsummen gezeichnet, diesen Abend findet auch eine Versammlung von Schiffern und Matrosen statt, um sich zu Unternehmungen gegen die dänischen Kreuzer vor der Elbe zu verabreden. Auch die provisorische Regierung in Rendsburg läßt endlich Schiffe rüsten; eben so ein Privatverein in Kiel. Dank sey der Verblendung der Dänen: es wird endlich Ernst mit einer deutschen Flotte, und bevor noch einige Wochen vergehen, werden wir von den ersten Gefechten zur See vernehmen. Möge das Glück den Muth begünstigen! Geld aus Deutschland wird willkommen seyn, besonders in Rendsburg und Kiel; eben so sehr auch abgelagertes Schiffsbauholz von den Ufern der deutschen Ströme. Wenn wir den Dänen erst auf seinem Elemente zu schlagen vermögen, dann wird die Ostsee mit dem Sunde und den Belten ein deutsches Meer. Möge Wrangel, der wackere General „Drauf“, die Freude erleben, von seinem siegreichen Feldzuge auf einem Schiffe unter deutscher Flagge in den befreiten Hafen von Stettin zurück zu kehren. Bevor aber dieß nicht geschehen kann, darf keine Unterhandlung stattfinden, darf das deutsche Heer Jütland nicht verlassen. (A. Z.)

Altona, 7. Mai, 10½ Uhr Morgens. Der eben angekommene Bahnzug bringt noch keine zuverläßige Mittheilung über die Räumung von Alsen. Die Zerstörungswuth der Dänen auf dem Schlosse und in der Kirche zu Glücksburg wird als wahrhaft vandalisch geschildert. Es soll ein dreiwöchentlicher Waffenstillstand in Aussicht gestellt seyn. (Wes. Z.)

Rendsburg, 6. Mai. Die Nachricht von der Besezung von Alsen war irrig. Den Berichten eines zuverläßigen Reisenden zufolge, der gestern Abend von Flensburg zurückkehrte, waren Unterhandlungen im Gange und ein zweitägiger Waffenstillstand bewilligt worden. (B. H.)

Rendsburg, 7. Mai. Das Hauptquartier der Truppen ist in Kolding; General Prinz Friedrich steht in Weile, General Bonin in Fridericia, General Möllendorf in Snoghöi an dem Uebergangsorte nach Fühnen. Die Kosten der Besezung trägt Jütland; wenn es nicht bald zum Frieden kommt, so werden mobile Kolonnen das Land durchstreifen und die für die Truppen erforderlichen Bedürfnisse requiriren. Die Beamten sind überall geblieben. Man hört, daß General Wrangel dem Feinde einen Austausch der Gefangenen, und zwar aller deutschen gegen alle dänischen proponirt hat; eine Antwort scheint noch nicht erfolgt zu seyn. — Im nördlichen Schleswig treiben die Dänen noch ihren unverschämten Menschenraub fort und zwar jezt durch Seeräuberzüge. (Alt. M.)

Hamburg, 8. Mai. Nach einer Mittheilung aus Flensburg, soll der dortige schwedische Konsul von seiner Regierung den Befehl erhalten haben, die provisorische Regierung der Herzogthümer anzuerkennen. (B. H.)

Hannover.

In Göttingen haben die Studenten am 1. Mai ihren feierlichen Einzug gehalten. Mit ihnen sind für Stadt und Universität neue Hoffnungen eingekehrt. An 600 Musensöhne hatten sich in Nordheim versammelt und wurden von dort von den Göttinger Bürgern festlich eingeholt. Ehrenpforten waren gebaut und hunderte von Fahnen flatterten in dem Zug. Abends war den Studenten zu Ehren ein großes Festmahl mit 950 Converts, an welchem alle Professoren und Notabilitäten der Stadt und Umgegend Theil nahmen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Freie Städte.

Aus Frankfurt schreibt man der „Weser-Zeitung“ daß dem Vernehmen nach Nordamerika in Kopenhagen gegen die Kaperung amerikanischen Eigenthums auf deutschen Schiffen protestirt und mit Beschickung des Sunds durch eine Flotte gedroht habe.

Hamburg, 6. Mai. Selbst die Börse sieht endlich die gänzliche Unfähigkeit des gegenwärtigen Gouvernements ein. Es herrscht aber auch unter allen besonnenen gewissenhaften Leuten nur Eine Stimme darüber, daß der Senat abgesezt zu werden verdient. Am 2. Mai, Dienstag Abends, hat der Senat hier die Depesche aus Kopenhagen vom 1. erhalten, in welcher ihm die Blokadeerklärung der Elbe und die Wegnahme aller hamburgischen Schiffe angezeigt ward, und Donnerstag den 4. Mai veröffentlicht er erst diese wichtige Nachricht an der Börse, nachdem er sie am 3. Mittags vorläufig den Oberalten (!) mitgetheilt hatte!!! Ueber 20 Schiffe sind zwischen der Zeit, daß die Nachricht von der Blokade der Elbe und Wegnahme hanseatischer Schiffe durch die dänischen Kriegskreuzer in Händen des Senats war und daß er sie bekannt machte, ausgesegelt und vielleicht weit über 2 Millionen Thlrn. Pr. Werth von den Dänen genommen! Gestern Abend 7 Uhr kam wieder eine telegraphische Depesche von Cuxhaven, die ganze Börse war in Unruhe, zweimal fuhr der Präses des Kommerziums zum Syndikus Kauffmann, der aber nicht zu treffen war und bei dem gestern Abend nach 9 Uhr noch die Depesche uneröffnet lag!! — In den heutigen „Nachrichten“ findet sich ein halboffizieller Artikel, in welchem die zur Vertheidigung der Küste und des Hafens vom Senat getroffenen Anstalten besprochen werden. (Br. Z.)

Hamburg, 6. Mai. Die kühne Idee, die dänischen Kriegsschiffe aus den deutschen Gewässern zu vertreiben, hat auch bei dem muthigen Volke der Matrosen bereits Wurzeln geschlagen. Die „Hamburger Wöchentlichen Nachrichten“ enthalten folgenden Aufruf an die Seeleute Hamburgs: In den W. G. Nachrichten vom 5. Mai stand von Königsberg aus, daß die dortigen Seeleute sich vereinigt hätten, mit Böten die dort stationirten Kriegsschiffe Dänemarks, welche die Schiffahrt stören, anzugreifen und mit Gottes Hülfe zu überwinden. Auch unsere Fahrt ist jezt gestört, lieben Brüder, warum also sollen wir uns von den Königsbergern den Rang ablaufen lassen? warum sollen die Königsberger uns mit einem guten Beispiele vorangehen? Brüder, laßt uns ebenfalls einen Bund machen, laßt uns auch zusammen treten, um mit starker Hand und dem Vertrauen auf Gott die dänischen Schiffe zu verderben. Die erforderlichen Materialien, als Böte und Waffen, werden uns gewiß von dem wohllöblichen Kommerzium verabfolgt werden. Laßt uns also gemeinsam diese wichtige Sache

am Sonnabend-Abend um 6 Uhr im Elbpavillon überlegen und vereinigt uns an das Kommerzium wenden. W. Jösting, Matrose. — Gestern ist der bisherige interimistische dänische Ministerresident, Kaufmann Westenholz, über Lübeck nach Kopenhagen abgereist. — Nordamerika soll in Kopenhagen dagegen protestirt haben, daß nordamerikanisches Eigenthum auf deutschen Schiffen gekapert werde und droht, eine Flotte nach dem Sund zu senden. (W.-Z.)

Hamburg, 7. Mai, Mittags 12 Uhr. Noch gestern waren bereits 5 Schiffe und gegen 160,000 Mark zur Disposition gestellt. (Wes. Z.)

Oesterreich.

Wien, 8. Mai. Um allen Zweigen der Staatsverwaltung eine gleichmäßige Sorgfalt zuzuwenden und einzelne Ministerien, die jetzt überbürdet sind, in den Stand zu setzen, ungetheilt ihren Hauptaufgaben obzuliegen, haben Se. k. k. Majestät nach dem Einrathen Ihres Ministerrathes die Bildung zweier neuen Ministerien, und zwar des einen für die öffentlichen Arbeiten und des andern für die Landeskultur, den Handel und die Gewerbe anzuordnen geruht. — Wie wir vernehmen, hat der mit der provisorischen Führung des Ministeriums des Aeußern beauftragte Hr. v. Lebzeltern in Folge der aus Italien eingetroffenen Nachrichten dem päpstlichen Nuntius Grafen Viale Prela seine Pässe zugeschickt. (Wien. Z.)

Wien, 8. Mai. Daß zwei Regimenter, und zwar Wellington- und Latour-Infanterie, ersteres nach Rastatt und letzteres nach Ulm abgegangen sind, habe ich Ihnen bereits gemeldet. Neuerdings haben zwei Infanterieregimenter (Palombini und Khevenhüller) aus Böhmen, so wie sämmtliche in Böhmen stehende dritte Infanteriebataillons Marschbefehl nach Deutschland erhalten. Dagegen wurde so eben die Errichtung der zweiten Landwehr-Bataillons der sämmtlichen 35 deutschen Infanterieregimenter, jedes zu 6 Kompagnien, beschlossen. Diese Bataillons werden einen Gesammtbestand von 37,000 M. (per Kompagnie 180 Köpfe) zählen. Uebermorgen geht das erste Bataillon der Wiener Freiwilligen (die Handlungslegion), welches zu Leoben vollständig ausgerüstet wurde, zur italienischen Armee ab. (A. Z.)

Schweiz.

Zürich, 4. Mai. Es hat sich hier in Folge des Tones der „Neuen Züricher Zeitung" gegenüber von Deutschland (Michelthum, Michelausschuß ꝛc.) eine ärgerliche Mißstimmung zwischen Deutschen und Schweizern erzeugt. Die Konversation sowohl, als die Zeitungen haben einen sehr gehässigen Ton angenommen. (Schw. Mkr.)

Italien.

Wien, 8. Mai. Die heutigen Nachrichten aus Udine vom 6. d. melden, daß ein Kourier des Feldmarschalls Grafen Radetzky aus Verona ins Hauptquartier des Feldzeugmeisters Grafen Nugent nach Conegliano den Befehl überbracht hatte, unverzüglich gegen Treviso vorzurücken. Am 5. waren gegen 4000 Mann frischer Truppen, größtentheils Gränzer, eingetroffen, und am 6. wollte der Feldzeugmeister Graf Nugent, dessen Truppen bereits bis auf die letzte Poststation vor Treviso vorgerückt waren, selbst aufbrechen und den weitern Angriff leiten. Man zweifelt, daß Treviso, wo sich 3 bis 4000 Insurgenten befinden, Widerstand leisten werde. Die ganze Isonzo-Armee ist, sowie die des Marschalls Radetzky, von dem die Nachrichten bis 4. d. gehen, vom besten Geiste beseelt. In Venedig und Padua herrscht Anarchie, und selbst in Mailand sieht es nicht besser aus. Die italienischen Freischaaren, welche die Bauern durch ihr Raub- und Plünderungssystem zur Verzweiflung bringen, scheinen unsere besten Alliirten zu seyn. (Wien. Z.)

Botzen, 9. Mai. Durch einen Kourier ist die Nachricht von der Besetzung der Stadt Belluno eingetroffen. Wie das Bulletin vom 4. d. M. besagt, wurde von Nugent ein Detachement unter Culoz über Serravale gegen Belluno entsendet. Diesem gelang es, die Stadt zu überraschen und ohne Widerstand in Besitz zu nehmen. Dadurch ist ein wichtiger Erfolg erzielt. Bereits haben sich die Vorposten unserer den rechten Flügel Radetzky's unterstützenden Truppen und der von Belluno über Feltre und Primolano debouchirenden Macht an der Gränze von Tirol (Valsugano) die Hand gereicht. In diesem Augenblick dürfte Nugent auch Treviso haben, da die ihm vorausgegangenen Nachrichten die Hoffnung des Aufstandes allenthalben zu Boden warfen. Durch den Besitz von Belluno beherrschen wir mehrere Straßen, auf denen die Verbindung mit der Armee bei Verona bälder und mehrseitig vermittelt werden kann. Die Anordnungen, welche der Feldmarschall am 8. d. M. zu Verona traf, lassen eine allgemeine Bewegung seines Heeres und nahe entscheidende Ereignisse erwarten. (A. Z.)

Neapel, 30. April. Die für Oberitalien wichtigste Nachricht ist dießmal der am 27. erfolgte Abgang des nach dem adriatischen Meer bestimmten Geschwaders bestehend aus 3 Segelschiffen, und 4 Dampffregatten; 6 Bataillone Linientruppen und 1 Bataillon Freiwilliger sollen nach der „St. Z." in Ankona landen und von da zu Land weiter ziehen. England habe gegen diese Marineexpedition energisch protestirt, deßhalb wage man nicht, die Truppen direkt in Venedig ans Land zu setzen. (Schw. Mkr.)

Belgien.

Brüssel, 30. April. Das Kabinet hat der Kammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, betreffend die Unvereinbarkeit der vom Staate besoldeten Aemter mit der Volksvertretung. Von dieser Unvereinbarkeit aber sollen ausgenommen seyn: die Minister, die Generallieutenants, die Gouverneure, welche in einer andern, als der von ihnen verwalteten Provinz gewählt worden sind, die Appellationsräthe, so wie die jetzt in der Kammer sitzenden Beamten für die Dauer ihrer Vollmacht. Von den Provinzialständen sind die Bezirkskommissäre, die Friedensrichter, die Richter erster Instanz, so wie die Untersuchungsrichter und Prokuratoren ausgeschlossen. Ein zweiter der Kammer vorgelegter Entwurf bezweckt die Abschaffung der Stempelgebühr von den Zeitungen und periodischen Schriften.

Frankreich.

Paris, 8. Mai. Die vorgestrige Sitzung der Nationalversammlung ist ruhiger abgelaufen als man erwartete. Die Ernennung einer neuen Regierungskommission wurde nämlich auf morgen vertagt, weil noch mehrere Mitglieder der bisherigen Regierung heute die Rechenschaftsberichte über ihre besondere Verwaltung zu erstatten haben. Der Form nach sind wir derzeit gänzlich ohne Regierung, nachdem vorgestern Hr. Lamartine im Namen seiner sammtlichen Kollegen die seit dem 24. ausgeübte Diktatur in die Hände der Nationalversammlung niedergelegt hat. (Karlsr. Z.)

Straßburg, 11. Mai, 9 Uhr Morgens. (Telegraphische Depesche.) Paris, 10. Mai, 6 Uhr Abends. Der Minister des Innern an die HH. Kommissäre der Republik in den Departements. Die Nationalversammlung hat so eben die fünf Bürger, deren Namen folgen, als Mitglieder der Regierung proklamirt: Arago, Garnier Pagès, Marie, Lamartine, Ledru-Rollin. (Karlsr. Z.)

Rußland und Polen

Laut neueren Nachrichten aus St. Petersburg hieß es, daß der Großfürst Konstantin zum Schutze des russischen Handels am 23. April (5. Mai) mit einer Flotte nach dem Sunde abgehen werde. (W. Z.)

St. Petersburg, 28. April. Se. Maj. der Kaiser haben den vom Finanzkomité gefaßten Beschluß vom 31. März allerhöchst zu bestätigen geruht und demgemäß befohlen: 1) die Ausfuhr von russischer Gold- und Silbermünze ist auf der ganzen westlichen Landgrenze des Reichs bis auf weiteres verboten; 2) den Fuhrleuten und Passagieren wird erlaubt; ersteren bis 100 Rubel, letzteren bis 300 Rubel in Gold- oder Silbermünze per Person über die Grenze auszuführen, worüber im Zollamt eine Anzeige gemacht werden muß. (Pet. Z.)

St. Petersburg, 2. Mai. Auf Befehl Sr. Maj. des Kaisers ist es dem Minister des Innern anheimgestellt, die für die städtischen Ausgaben aller Städte erforderlichen Bestätigungen, mit Ausnahme der für die beiden Residenzen, zu ertheilen. Um den Bewohnern des Gouvernements Stawropol und des Landes der tschernomorischen Kosaken neue Mittel zur vortheilhaften Ausfuhr ihrer landwirthschaftlichen Erzeugnisse zu verschaffen und somit die Ausbildung aller Industriezweige jener Gebiete zu befördern, hat der Kaiser, gemäß der Vorstellung des Statthalters von Kaukasien und des Gutachtens des kaukasischen Komités befohlen, am asowschen Meere innerhalb der Gränzen des tschernomorischen Kosakengebiets, an der sogenannten jeißkischen Landspitze, einen Hafen und eine Stadt zu bauen, welche letztere den Namen Hafenstadt Jeißk führen soll. In dieser Stadt sollen sich Einwohner aller Stände ohne Ausnahme niederlassen dürfen, mit Beobachtung der allgemeinen, für solche Fälle vorgeschriebenen Regeln. Denen, welche in der Stadt Jeißk Häuser und in ihrer Nachbarschaft Landhäuser bauen wollen, soll bis zum 1. Jan. 1859 Land unentgeltlich gegeben werden. Alle verschiedenen Abgaben und Leistungen unterworfene Personen, welche bis zum 1. Jan. 1859 sich in der Hafenstadt Jeißk niederlassen und sich daselbst ansäßig machen, sollen auf 15 Jahr, von der Zeit an, wo sie sich dort ansiedeln, von allen Gildensteuern und andern Kronabgaben und Leistungen befreit seyn.

Von der russischen Grenze ist in Krakau die Nachricht eingetroffen, Kaiser Nikolaus sey am 3. d. in Warschau angekommen. (W. Z.)

Vereinigte Staaten von Nordamerica.

New-York, 20. April. Unter diesem Datum schickten Deutsche eine Adresse „dem freien deutschen Volke!" nebst 3500 Dollars an Welker, zur Vertheilung an die Hinterbliebenen der im Freiheitskampfe in Wien und Berlin Gefallenen. „Ehre denen," heißt es in der Adresse, „deren freie Worte zur kühnen That entflammten! Heil aber, drei Mal Heil ihnen, die selbst auf Leben und Tod den heiligen Kampf um des Volkes unveräußerliches Recht bestanden, und denen, welchen der Todesengel den Lorbeer um die blutigen Schläfe wand." (K. Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag, 14. Mai: „Die Jüdin", Oper von Halévy.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Sir Straford Canning, engl. Gesandter, und Lord Loftus, Sekretär von Konstantinopel; v. Varnbüler und v. Kaula, Banquier v. Stuttgart.

Gold. Hirsch. HH. Graf Thaillie v. Paris; Hiller, Techniker v. Wien; Carlo Antonio, Künstler aus Italien.

Hôtel Maulik. HH. v. Fricoupe, Sekretär aus Griechenland; Bernare, Rentier v. Turin.

Gold. Hahn. HH. Reidner, Advokat, und Wanschmayer, Privatier v. Leipzig; Fr. v. Gillig, Majorsgattin v. Aschaffenburg.

Blaue Traube. HH. Dr. Pfefferle, Advokat v. Altötting; Dr. Merklein, Professor v. Schaffhausen; Prambach, Gerichtshalter v. Tettenau.

Stachusgarten. HH. Kummerer, Aktuar von Augsburg; Hummel, Unterarzt aus der Rheinpfalz; Schiuker, Fabrikbesitzer v. Dietfurt.

Gestorbene in München.

Alois Mastian, Dienstknecht v. Paßbrunn, Ldg. München, 21 J. alt; Joseph Grünwalder, Zimmermann v. h., 43 J. alt; Karolina Weichenbach, Schneiderstochter von hier, 24 J. alt.

Bekanntmachung.

2399. (2b) Mit Ende Mai d. Js. wird bei dem unterfertigten Magistrat der Platz eines Polizeidieners offen, und wird ein solcher aufgenommen. Dieser soll unverehelicht und nicht über 36 Jahre alt seyn, eine gute leserliche Handschrift haben, guten Leumundes und mit den Obliegenheiten eines amtlichen Dieners vertraut seyn.

Er erhält einen in monatlichen Raten zahlbaren Gehalt von jährlich 200 fl., freie Wohnung im Rathhause, und die Anzeigs-, Assistenz-, Verschaff- und Zustellgebühren.

Die Beibehaltung desselben wird durch Treue, Fleiß und Ordnung im Dienste bedingt.

Bewerber um diesen Dienst haben daher ihre mit Zeugnissen belegten Gesuche bis längstens

15. Juni d. Js.

hierorts einzureichen.

Am 6. Mai 1848.

Magistrat der k. Stadt Burghausen.

Der funktionirende Bürgermeister:

Joseph Hamel.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 126.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 21 auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonntag | XLIX. Jahrgang. | 14. Mai 1848

Deutschland.

Frankfurt, 10. Mai. Fünfzigste Sitzung der deutschen Bundesversammlung. In der heutigen Sitzung wurde auf eine Anzeige des Fünfziger-Ausschusses beschlossen, nähere Erkundigung einzuziehen, ob die Gerüchte begründet seyen, daß in der Schweiz gegen die Deutschen als solche Mißhandlungen verübt werden. Sodann wurde der großherzogl. luxemburg. Gesandtschaft angesonnen, über die Wahlen zur Nationalversammlung in Limburg und die deßhalb getroffenen Anordnungen baldigst Auskunft zu geben. Auf mehrere von den Vertrauensmännern eingeschickte Adressen, welche den Wunsch aussprechen, es möge der deutsche Bund, ebenso wie dies früher von den übrigen europäischen Großmächten geschehen sey, die beständige Neutralität von Belgien garantiren, wurde beschlossen, den in Aussicht gestellten Eröffnungen von Seiten der belgischen Regierung selbst entgegen zu sehen. Eine Anfrage der Vertrauensmänner über ihre fernere Stellung und etwaige Ergänzungen wurde an einen Ausschuß zur Begutachtung verwiesen. Von der k. preußischen Regierung wurde angezeigt, daß für die Unterkunft und Verpflegung der aus Krakau und von der russischen Gränze zurückgewiesenen, nach Frankreich aber nicht zurückkehrenwollenden Polen Vorkehrungen getroffen seyen. Von derselben, daß sie übereinkunftsmäßig die Bundeskontingente von Lippe und Waldeck für die Besatzung von Luxemburg fernerhin stellen werde. Vom Militärausschuß wurde über das Gesuch der Angestellten in der Kanzlei der Militärkommission in ihren dienstlichen Verhältnissen den Beamten in der Bundeskanzlei gleich gestellt zu werden berichtet, und dem Gesuch entsprochen. Die württembergische Gesandtschaft überreichte das Gesetz über die Volksbewaffnung. Der badische Gesandte verlas den Bericht über seine Verhandlung mit dem Fünfzigerausschuß bezüglich der von der Bundesversammlung den Regierungen gemachten Vorschläge wegen einer Bundesexekutivbehörde. Der Gesandte für Holstein erinnerte, daß der Ausschuß zur Vollziehung des Art. 19 der Bundesakte baldigst über den in der 37. Sitzung der Bundesversammlung von badischer Seite gestellten Antrag wegen der Zollverhältnisse berichten möge. Derselbe beantragte, daß die Festung Rendsburg zur Bundesfestung erhoben werde, desgleichen, daß eine Kommission bestellt werden möge zur Ausarbeitung eines Vorentwurfs zu einem allgemeinen bürgerlichen und privatlichen Gesetzbuch für Deutschland.

Frankfurt, 10. Mai. In der heutigen Ausschußsitzung sollte der Kommissionsbericht über den Bundesbeschluß vom 8. d. M. erstattet werden. Vorher verlas Abegg einen vertraulichen Bundesbeschluß vom 4. d. M., welcher auf die Triumviratsfrage ein sehr eigenthümliches Licht wirft. Es geht aus diesem Beschluß und dem ihm vorausgegangenen Kommissionsbericht hervor, daß der Bundestag aus Furcht, die konstituirende Versammlung möchte ihren Namen buchstäblich nehmen und den Regierungen eine Verfassung oktroyiren wollen, statt sie mit ihnen auf dem Vertragswege zu vereinbaren, eine kräftige Zentralgewalt zur Vertretung der Regierungen gegenüber der konstituirenden Versammlung zu schaffen beabsichtigt. Die Verlesung dieses Aktenstückes machte einen gewaltigen Eindruck auf die Versammlung. Zwar meinte Wippermann, es liege in dem Beschluß nichts Auffallendes. Dagegen erklärte Lehne, daß dieser Beschluß nichts Geringeres bezwecke, als die Errungenschaften des Volks zu eskomotiren, ihm das Recht der konstituirenden Versammlung streitig zu machen und an deren Stelle das Paktiren mit den Regierungen zu setzen. Man soll den Bundestag über die Aechtheit dieses Beschlusses befragen und bis zu erhaltener Auskunft die Berathung aussetzen. Blum fügte hinzu: der Bundesbeschluß zeige, daß keine Exekutivgewalt, sondern Bundesministerium beabsichtigt werde, was aber nur von der konstitutionellen Verfassung in der künftigen Verfassung geschaffen werden könne. Dann müsse man Protest erheben gegen das Triumvirat, das man dem Ausschuß unter falscher Larve aufdringen wollte; denn sey das Vaterland in Gefahr, und es müsse geschehen, was das Vorparlament in der Paulskirche beschlossen habe. Wedemann meinte, der Beschluß des Bundestags sey nur eine Maßregel gewöhnlicher Klugheit, gegenüber einer konstit. Versammlung, die, wie früher Frankreich bewiesen, nicht immer Maß zu halten wisse. Ohnehin seyen die Aussichten auf die konstit. sehr ungünstig. Von Preußen kämen 150 Taglöhner und Schullehrer; wenn Oesterreich eben so wähle, was sey da zu erwarten! Der Antrag Lehnes: bei dem Bundestag anzufragen, ob der Bundesbeschluß vom 4. d. M. ächt sey, wurde fast einstimmig angenommen. Sodann erstattete Abegg den Kommissionsbericht über seinen gestern beantragten Protest gegen den Bundesbeschluß vom 8. Mai. Die Kommission trägt auf Annahme dieses Protestes an. Die Berathung darüber wurde mit Rücksicht auf die beschlossene Anfrage an den Bund, auf übermorgen verschoben. Der beantragte Protest lautet dahin: daß der Bundestag in der Triumviratsfrage nicht berechtigt war, einseitig von dem mit den Vertrauensmännern und dem Ausschuß getroffenen Uebereinkommen abzugehen; ferner, daß die Erwiderung des Bundes am 8. d. M. auf gänzlicher Verkennung der Stellung des Ausschusses beruhe, der sich auf die Volkssouveränetät stütze. — Blum und Lehne geben abermals Aufschluß über die Vorgänge in Aachen. Eine Eingabe des deutschen Vaterlandsvereins in Annaberg gegen die erbliche Kaiserwürde wird an die konstit. Verf. gewiesen. Kolb, Spatz, Jakobi beantragen: daß wegen der schwierigen Lage Deutschlands, und der zunehmenden Reaktionsgelüste, besonders von Seite des Bundes, die Mitglieder der konstitut. Verf. öffentlich zur schleunigen Hieherkunft aufgefordert werden. (Kommt auf die morgende Tagsordnung.) Schluß der Sitzung 6½ Uhr.

(Nürnb. Kur.)

Bayern.

Landtag.

**München, 11. Mai. (XXVII. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische: Frhr. v. Thon-Dittmer, Frhr. v. Lerchenfeld und die Regierungskommissäre in größter Zahl. Die Sitzung wurde eröffnet mit Verlesung des Einlaufs. Auf der Tagesordnung fand sich der Vortrag des Referenten des IV. Ausschusses (Bestelmayer) über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe: „die Sparkassen betreffend". Die Kammer der Reichsräthe hatte sich für die Modifikation ausgesprochen. Im Art. 1 des Gesetzentwurfes solle nemlich der Zusatz gemacht werden: 1) Die Zinsaufbesserung soll am Schlusse jedes Rechnungsjahres den vorhandenen Einlegern zu Gute kommen. — Dafür hatte Bestelmayer folgende Fassung vorgeschlagen: „Die Zinsaufbesserung soll unter Genehmigung der betreffenden Kuratelbehörden stets den vorhandenen Einlegern zu Gute kommen." — Die Modifikation der Kammer der Reichsräthe in der von der Kammer der Abgeordneten beliebten Fassung wird angenommen. — Ferner machte die Kammer der Reichsräthe den Zusatz zum Art. 3: „vom ersten Unteroffizier abwärts, dann den besonders bedürftigen Gewerbtreibenden." — Dieser Zusatz wurde angenommen. — Hierauf folgte die Fortsetzung der Berathung über das Ablösungsgesetz. — Dekan Dittmar. Vom protestantischen Standpunkte aus, „welcher das Interesse des weltlichen Besitzes der Kirche in innigstem Zusammenhange mit dem Staate erblickt", könne er sich nicht so warm gegen den gebotenen Gesetzesentwurf aussprechen. Er erkläre sich für die Edel'sche Modifikation. Die Kirche soll an dem Flor des Vaterlandes und an seinen Unglückstagen gleichen Antheil nehmen. Die Furcht vor den Geschicken des Staates müsse Staat und Kirche gemeinsam umfassen; im Vorgrunde stehe die Größe und Bedeutsamkeit der Nationalinteressen. Solle in der Zukunft das Volk kraftlos dastehen. Ein sieches späteres Geschlecht würde selbst von dem Zehrpfennige der milden Stiftungen nicht Kraft und Gesundheit wollen. Die Interessen der Kirche beruhen auf einem andern Grund und Boden, als der, von dem man Zinsen und Renten fordert. — Dekan Bauer verwahrt sich gegen die weite Ausdehnung des protestantischen Standpunktes. Zwischen Staat und Kirche müsse eine bestimmte Grenze gezogen werden; gefährlich sey eine zu innige Umarmung des Staates und der Kirche. — Der II. Präsident, Dr. Müller, bringt für den Fall, daß Art. 8 gestrichen wird, eine Modifikation ein, welche die nachfolgende Fixations- und Ablösungs-Bestimmung einleitet, die lautet: „Die übrigen, im Eigenthume des Staates, der Privaten, Stiftungen und Kommunen befindlichen Grundgefälle sollen fixirt werden, und können auf Verlangen der Pflichtigen nach den nachfolgenden Bestimmungen abgelöst werden. Zur Erleichterung der Ablösung behufs der Annuitätenzahlung soll eine Landrentenbank errichtet, und das betreffende Gesetz der nächsten Ständekammer vorgelegt werden." — v. Rotenhan wünscht, daß die Ablösung mit einem Male geschehe. Der Berechtigte müsse seine besondere Verwaltung noch beibehalten, und zuwarten, bis ein Grundhold nach dem andern ablöst, wobei der Berechtigte nur zu Schaden komme. Der Redner erklärt sich indessen für den von Edel vorgeschlagenen Abstrich des 2. Theils des Art. 8. — Dekan Vogel weist darauf hin, wie zunächst die Fixirung vollzogen werden müsse; das Fixum müsse allerdings auch „abgelöst" werden. Es müsse jeder Grundhold ferner in den Stand gesetzt werden, sogleich abzulösen. Das Hauptmittel sey aber die „Annuitätenzahlung". Diese müsse garantirt werden. Die Hilfe bietet sich dar in einer Landrentenbank. Nicht an den Staat als solchen, sollen die Ablösungskapitalien übergehen. Schlüßlich erlaubt sich der Redner eine Entgegnung auf Dittmars Ansicht über die innige Verbindung der Interessen des Staates und der Kirche. — v. Habermann ist überzeugt, daß eine Landrentenbank durchaus keine größeren Bürgschaften biete, als der Staat selbst, selbst unter dessen Kontrole sie gestellt werde, abgesehen noch von den Separatkosten. — Abg. Weinzierl meint, es sey nicht so arg, als die Hrn. Geistlichen meinten, wenn es verlautete, daß es protestantische Pfarrer gebe mit Familien und einem Ein-

kommen von 400 fl., so könne die katholische Geistlichkeit ohne Familie wohl damit auskommen. Zudem gäbe es Pfarreien mit 4,000 fl. Einnahmen; aus solchen könne man 10 andere machen. — Frhr. v. Schätzler stellt sich auf den Standpunkt von Habermann's Antrag, protestirt gegen die Kosten einer Landrentenbank. Die Sicherheit liege in der Bestimmung des Gesetzes, daß die eingehenden Gelder unter ganz besondere Verwaltung gestellt werden. Er selbst welle noch die Modifikation einbringen, daß die eingehenden Gelder zu keinem andern Zwecke verwendet werden dürfen. — Der II. Präsident, Dr. Müller, vertheidigt wiederholt seinen Antrag auf Errichtung einer Landrentenbank. — Graf v. Geldern verwahrt sich, die Verhandlung auf das Gebiet des historischen Rechts zurückzuführen; wegen der von der Zeit gebotenen Opfer, die auch er zu bringen habe, werde er dem Entwurf seine Zustimmung nicht versagen. Die Errichtung einer Landrentenbank sey ein kriegerisches Bild. — v. Scheurl bringt eine Modifikation ein, welche den Ausdruck des Art. 8: „gehen in das Eigenthum des Staates über", dahin mildert, daß es heißen soll: „gehen an die zu gründende Ablösungskasse über. — Graf v. Hegnenberg erinnert daran, daß es ja rein in den Willen der Berechtigten gelegt sey, die Garantie des Staates für die Sicherheit der von ihm ausgegebenen Papiere anzunehmen oder nicht. Uebrigens, wenn die Diskussion so weitläufig geführt werde, so wird der deutsche Kaiser in Frankfurt eher fertig, als das Ablösungsgesetz. (Man verlangt stürmisch den Schluß.) — Dr. Edel kommt noch zu Wort, er behauptet, daß, wenn seine Modifikation angenommen werde, so sey das Interesse der Stiftungen gewahrt, weil es ihnen freigelassen sey, ihre Grundrenten dem Staate zu überlassen oder nicht, und des Adels, welchem Gelegenheit geboten sey, die Vermittlung anzunehmen. Der Staat habe eine doppelte Verpflichtung, die Berechtigten entschädigen zu helfen, und den Pflichtigen eine Erleichterung zukommen zu lassen. (Schluß! Schluß!) — Referent Dr. Schwindl hat das Wort. Nun ist Dr. Faust's schwarzer Pudel in das Ablösungsgesetz eingetreten, armes Gretchen der Freiheit, du mußt in den hängenden Gärten deiner Hoffnung das Gänseblümchen der Täuschung pflücken! Mit Edel's Banner, unter das sich die Geistlichkeit geschaart, ist der Waffenstillstand gekündet; auch er nehme den Handschuh auf, und wolle lieber erliegen, vom vergifteten Pfeile des Sauerteigs getroffen, als nachgeben. Was sey das Ziel? Fixirung? Das sey die elendeste Aufgabe. Er wirft mit Entrüstung den Gesetzentwurf weg. Wenn man fixirt habe, müsse man auch in allen magern Jahren liefern. In Fixirung des Handlohns liege auch kein großer Vortheil. Die Ablösungsfrage sey das Hauptmoment des Entwurfes. Er biete Garantien, die keine Gemeinde, keine Korporation bieten könne, nur durch den Gesetzentwurf würde den Grundholden ein Drittel der Lasten erhalten. Nur die Gesammtheit, der Staat, könne solche Begünstigung leisten. Nur auf diesem Wege könne Grund und Boden frei werden. In den zu 4 pCt. verzinslichen Schuldbriefen liege das Heil der Grundholden. Dr. Edel's Modifikation bezwecke nichts anders, als Aufrechthaltung des alten Zustandes. Der Adel gewinne durch die Vermittlung des Staats, den Stiftungen ist kein freies Spiel gelassen, die Unterthanen aber sollen wie bisher in den grundherrlichen Verhältnissen gehalten werden. Baare Ablösung sey unmöglich. Die, die Annuitäten möglich machende Landrentenbank liege in ferner Zukunft. Wenn der Staat die Unterstützung von 10—12 Millionen leisten könnte, so würden sich freilich bald Geldmenschen zugesellen. Diese Bank fordere hypothekarische Eintragung eines Bodenzins-Kapitals. Wie aber da, wo die sichere Prioritätsstelle im Hypothekenbuche schon eingenommen sey? Ferner würden zwei Klassen von Bürgern geschaffen, die eine grundherrlich gebunden, die andere frei. Gleichheit müsse herrschen! Man müsse den ernsten Muth haben, die Freiheit in ihrer Totalität zu wollen. — Dr. Ruland halte dieses Drängen nach Verbesserung für eine Krankheit der Zeit; allein sehr oft medicina paratur halte er es wirklich mit den Chinesen, so werde er noch die bittere Pille verschlucken. Es sey von einem Uebergange des Stiftungsvermögens an den Staat keine Rede. Es frage sich nur, ob der Staat diese Operation ohne Gefährde seines Kredits auf sich nehme oder nicht. Noch glaube Redner nicht an die Auflösung des deutschen Reichs. Noch nicht glaube er, daß man in Frankfurt damit umgehe, die Könige schachmatt zu machen. Wenn man glaube, daß das Feudalwesen fortbestehen könne, da habe man eine sehr geringe Divinationsgabe. Die auszugebenden Schuldbriefe seyen Hypothekenbriefe wie andere auch. Werde Art. 8 nicht angenommen, so sey Redner gegen die spätere Ablösungsnormen alle. — Dr. Edel zieht den vergifteten Pfeil, der auf ihn abgeschossen wurde, aus der Brust, ohne sich sonderlich getroffen zu fühlen. Er hebt hervor, daß das Bodenzinskapital blos an die Stelle der im Hypothekenbuche eingetragenen Reallasten trete. — Ministerialrath v. Hermann. Nicht leicht sey ein Sinn unrichtiger aufgefaßt worden, als der des Art. 8. Derselbe wolle Aufregungen beseitigen, Frieden stiften, Hilfe schaffen, wo Schwierigkeiten sich gezeigt hätten. Der Gesetzentwurf sey in einer Zeit entstanden, wo die Erhebung der Grundlasten mit großen Schwierigkeiten verbunden war; nicht nur die Pflichtigen, auch die Berechtigten waren gegen die Fortdauer der Gebrechen. Diese Schwierigkeiten gingen hervor aus dem Mangel der Fixirung, aber die Unmöglichkeit, den Boden ganz frei zu machen, bliebe. Die fixirte Last sollte geregelt abgelöst werden vom Landmann. Den Berechtigten gegenüber sollte eine sichere Rente für unständige Ereignisse geboten werden, aller Berührung mit den Pflichtigen, aller Verwaltungskosten soll er überhoben seyn. Er sollte den zweifachen Betrag der Rente vom Staate entschädigt erhalten. Der Grundhold könnte jedes kleine fixirte Kapital der fixirten Rente dazu verwenden. In 34, resp. 43, Jahren bei $^{9}/_{10}$ Einzahlung die ganze Last abkaufen; sogar wenn er später das ganze Kapital zu erlegen im Stande war, sollten ihm die bereits eingezahlten Beträge in Abzug gebracht werden. Allen Pflichtigen sollte gestattet seyn, in diese Erleichterungen einzutreten. Die allgemeine Maßregel mußte angeboten werden. Die Edelsche Modifikation habe zum Zwecke, die Annuitätenzahlung auf den Zeitpunkt der Kreirung einer Landrentenanstalt hinauszuschieben. Jedenfalls müßten die Berechtigten verbindlich gemacht werden, die durch eine Landrentenanstalt gebotenen Vortheile ihren Grundholden wirklich zu gewähren. Warum dem Staat ferner mißtrauen, wenn er das Ablösungsgeschäft selbst auf sich nimmt, oder er die Garantie einer Landrentenbank übernimmt? Wo ist denn da der Unterschied? Es geht hier wie mit der gedankenlosen Ansicht einer Maschine, man sieht die Theile, die den meisten Lärm machen, als die wichtigsten an. Ein oberflächlicher Blick (Unterbrechung von Seite des Präsidiums: Keine Gehässigkeit!) (Lauter Ruf: Nein, nein!) Der Präsident entschuldigt sich mit seinem Pflichteifer für die Wahrung der Würde der Kammern. — v. Hermann fährt fort: Er habe nur einen möglichen Vorwurf zurückweisen wollen, als sey die Regierung mit Unkenntniß dessen zu Werke gegangen, was eine Landrentenbank sey. Eine Landrentenbank kaufe Renten. Wie soll eine solche aber Geld aufbringen, die Renten zu bezahlen. Die sächsische Rentenbank emittirt Schuldscheine, wobei der Grundhold ½ Prozent verliert. Im Darmstädtischen hat die Regierung ein 3prozentiges Kapital vorgeschossen, womit die Landrentenbank die Renten ablauft. Kann der Staat solche Vorlehen nicht geben, so kann er durch Rentenscheine interveniren. Durch Kreirung von Pfandbriefen, die auf die Renten reduzirt seyen. Ich habe die Regierung vorgeschlagen. Diese Pfandbriefe beruhen nicht auf dem Staatskredit; sie sind auf die Renten reduzirt. Wie sollte auf eine Landrentenbank Berechtigte und Verpflichtete in gleicher Weise befriedigen, wenn sie eine ganz gesonderte Verwaltung zur Perzeption und Verrechnung etabliren müßte? Wie vielseitig müßte eine solche Verwaltung seyn, wie schwer zu kontrolliren, wie leicht der Unterschleif? Oder sollten die Rentämter für die Landrentenanstalt arbeiten? Dann wäre ja besser, die Staatsanstalt sofort gleich selber auftreten zu lassen. Beamte des Staats müßten bei ihr wenigstens immer thätig seyn. Die emittirten Papiere würden nicht, wie man befürchtete, den Kredit herabdrücken; die eingehenden Summen würden zur Tilgung verwendet, es sey unbenommen, die nicht getilgten Papiere in Umlauf zu setzen. Mißtraue man dem Staat überhaupt, so müsse man ihm auch mißtrauen bei bloßer Garantie. Bei der Privatanstalt, über welche der Staat nur eine geringe Kontrolle üben kann, sey gewiß auch geringere Garatie geboten. Die Pflichtigen seyen nicht leicht im Stande, Privatlandrentenanstalten zu gründen, aber Ausführbarkeit solcher Anstalten selbst angenommen, so bleibe die Verwaltung des Staates doch nicht ausgeschlossen. Man habe namentlich angeführt, die Pfarreien müssen leiden, aber wie? wenn ihnen der Staat den 21½ Betrag der Rente garantirt. Seyen sie da nicht besser daran, als wenn sie blos den 18fachen Betrag erhalten? Wie sollte je dem Staate weiter einfallen, die Geistlichen zu beeinträchtigen? — Staatsminister Frhr. v. Lerchenfeld: Er theile nicht jene von vielen Rednern an den Tag gelegte Verkennung der Zukunft. Wer sich selbst nicht verlasse, der sey nicht verlassen. Das Land werde bleiben, der Rechtsboden auf ihm nicht verloren seyn. Die Regierung wolle keine Inkammerirung des Stiftungsvermögens. Es soll ja Niemand gezwungen werden, seine Renten abzutreten. Der Staat gewinne ja nicht dabei, er bezahle 13 Mill. darauf. Nie werde die Regierung die Pietät gegen die Stiftungen verletzen; aber die Rechtsgleichheit, die von allen Seiten verlangt wird, könne bestimmten Korporationen gegenüber nicht verletzt werden. In der Annuitätenzahlung liege kein indirekter Zwang. Wohl, aber wer den Zweck wolle, müsse auch die Mittel wollen. Der Pflichtige müsse in den Stand gesetzt werden, seine Schuld in kleinen Raten zu tilgen, allein der Gläubiger lasse sich dieses nur ungern gefallen, weil er auf diese Weise leicht um sein Kapital komme. Wer solle ferner nach Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit, mit welcher die Rentenverwaltung zuerst verbunden war, die gesonderten Rentenverwaltungskosten übernehmen. Bei einer Landrentenbank sind Verluste unvermeidlich. Hiebei verliert der Berechtigte wie der Verpflichtete. Der Staat allein könne, ja er müsse die Verluste tragen, solle er nun einmal haften, so müsse er die Ablosungssumme selbst übernehmen, er könne das Institut übersehen, es koste ihm keine besondern Auslagen. Wo finde übrigens eine Landrentenbank Kapitalien von 30—60 Millionen zu niedrigem Zinsfuß? oder sollte sie Schuldbriefe emittiren? Das würde doch dem Staat mehr Sicherheit bieten, wenn er das Gleiche thue? Das Beginnen sey aber für die Schultern des Staates nicht zu schwer. Uebernehme denn der Staat eine Schuld ohne Hypothek, ohne Pfand. Dieses sind die übernommenen Renten, wenn der Staat in dieser Weise nicht im Stande ist, Garantien zu bieten, wie sollte er Garantien bieten, als bloßer Kontrolleur einer Privatanstalt. Wolle der Staat eine besondere Ablösungskasse gründen, in welche wahrscheinlich sofort hinaus fließt was hinein fließt, der Staat will sich wahrlich nicht bereichern. Mit dem Artikel fehlt Alles. — Staatsminister Frhr. v. Thon-Dittmer: Stehen wir wirklich auf einem Vulkan, so werden die Renten nicht sicherer als in den Händen des Staates. Es handle sich um Freiheit oder nicht, man müsse diese in vollem Maße gewähren. Auf solchen Boden müßten wir uns stellen. Zuletzt empfiehlt der Hr. Minister wenigstens die Modifikation Edel's der Kammer. — Hierauf erfolgte die Abstimmung: 1) der Abstrich des ganzen Artikels (Edel) verworfen. 2) Die Modifikation des Abg. Dr. Müller a und b bezüglich der Errichtung einer Landrentenbank verworfen. 3) Modifikation von Scheuerl, Zusatz zum 1. Theil des Art. 8 an die gründende Ablösungskasse mit 68 gegen 62 angenommen. 4) Abstrich des 2. Theils des Art. 8 (Edel) mit 71 gegen 59 angenommen. Hiemit war die Kammer der weitern Abstimmung über Modifikationen des Artikels überhoben. 5) Zusatz des Abg. Hrn. Bestelmayer angenommen. — Die Sitzung geschlossen und die nächste auf heute Abends 5 Uhr anberaumt.

München, 13. Mai. Der Einlauf an die Kammer der Abgeordneten vom gestrigen Datum enthält neuerdings 10 Nummern, deren Inhalt im Wesentlichen gleichlautend mit den frühern ist.

⚡ München, 14. Mai. Die dahier wohnenden Mitglieder des deutschen Parlaments sind nun meistentheils nach Frankfurt abgereist, in so weit sie nicht noch durch die Kammerverhandlungen zurückgehalten werden. Auch von den auf dem Lande Gewählten lassen sich Manche dahier sehen, die politische Atmosphäre der Hauptstadt einzuathmen. Niederbayern hat einige Männer geschickt, denen man wenigstens das Eine nachsagen kann, ihre Gesinnung sey erprobt. So Arndts, Philipps, Zenetti; Zenetti, der noch im November 1847 in der Kammer der Abgeordneten erklärte, die Censur sey zur Aufrechthaltung der Ordnung im Staate etwas Unentbehrliches! Warum hat man denn nicht lieber Hrn. v. Abel selbst

gewählt, als seine ehemaligen Satelliten? Warum den farblosen, schwankenden Schatten statt der kräftigen, lebens- und muthvollen Gestalt selber? Nun, da denn doch alles Gute und Böse aus unserm Deutschland in diesem Parlamente vertreten seyn soll, warum denn nicht auch die engherzigste Bureaukratie? Einige ehemalige Koryphäen des Polizeistaates werden als abschreckende, wenn gleich wahrscheinlich höchst schweigsame, Denkmäler auch nutzen. — Ein Name hat uns sehr erfreut: der des Appellationsgerichtsdirektors Obermüller zu Passau, gewählt in Viechtach. Er war in den ersten Jahren des vorigen Jahrzehnts Mitglied des Appellationsgerichts zu Freising, durch welches damals die meisten Urtheile in den Untersuchungen wegen politischer Verbrechen gefällt wurden, und wußte sich nicht nur seine Unabhängigkeit als Richter zu wahren, sondern trat auch mit lauter Stimme den Umtrieben entgegen, die von bekannten Männern, die aber jetzt zum größten Theile ihr Schuldig durch die Stimme des Volkes vernommen haben, einflußreich, wie das Gerücht sagt, auf die Sprüche des Kriminalgerichts geübt wurden. Solche Vorgänge bürgen für den Mann und wir freuen uns von Herzen, einen solchen Hort deutscher Ehre in den Reihen unserer Vertreter zu sehen.

Preußen.

Berlin, 9. Mai. Die sich mit jedem Tage mehr drängenden traurigen Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen haben endlich dem Schwanken der Regierung ein Ende gemacht und den Entschluß zum energischsten Auftreten gezeitigt. Acht Regimenter, darunter drei neumärkische und zwei pommersche Landwehrregimenter, sollen sofort nach der Provinz Posen den Marsch antreten, um den ganzen dortigen Kriegsschauplatz mit einem dichten Truppenkordon zu umziehen, so die Insurgenten gegen die polnisch-russische Grenze zu drängen und die ganze Angelegenheit nunmehr so schnell als möglich zur Entscheidung zu bringen. In diesem Augenblicke erhalten wir die Nachricht, es sey so eben ein Kurier mit der Meldung eingetroffen, daß Mieroslawski mit seinem Korps und sämmtlichen Führern völlig umzingelt sey und zu kapituliren verlangt habe; es soll ihm aber nur die Ergebung auf Gnade und Ungnade freigestellt worden seyn. (Hat sich bekanntlich bestätigt.) — Von dem Kriegsschauplatz in Schleswig-Holstein sollen heute wichtige Depeschen eingegangen seyn, denen zufolge ein Waffenstillstand der wahrscheinlich nur dem definitiven Friedensschluß vorhergeht, zu Stande gekommen seyn soll. Wie es heißt gehen die Bedingungen desselben dahin, daß die Insel Alsen von den Dänen, Jütland dagegen von den Bundestruppen geräumt, ferner die Blokade der Häfen aufgehoben wird die bereits von den Dänen aufgebrachten Schiffe aber bis zur Regelung durch den Frieden in Gewahrsam verbleiben. Die von England bisher als Grundlage für einen Friedens-Abschluß vorgeschlagenen Bedingungen haben jedoch hier nicht befriedigt, es ist gegen dieselben remonstrirt worden, und man erwartet heute Abend hier einen Kurier, welcher die Zustimmung Englands zu dem preußischen Ultimatum überbringt. Man fühlt, Dieß dürfen wir nicht verschweigen, hier lebhaft das Bedürfniß, mit dem Kampfe in Schleswig-Holstein zu Ende zu kommen, einestheils, weil man zu furchten Ursache hat, daß der Kampf, noch länger fortgeführt, zu ernsthaften Verwickelungen mit dem Auslande führen könne, und andererseits, um bei den im Augenblick allseitig in Anspruch genommen Militärkräften Preußens die dort beschäftigten Truppen möglichst anderweitig zur Befügung zu erhalten. Wir wollen zum Schluße endlich erwähnen, daß aus dem so eben angeführten letztern Grunde auch in Erwägung gezogen worden seyn soll, in wie fern in diesem Augenblicke noch die Aufstellung der 60,000 M. Bundestruppen, zu denen Preußen 18,000 zu stellen hat, zwischen Bamberg und Nürnberg noch erforderlich sey, und ob es unter den gegenwärtig obwaltenden Umständen nicht vielmehr besser sey, diese 18,000 Mann gegen Osten statt gegen Westen zu senden, da die völlig veränderten gegenwärtigen Verhältnisse eine derartige Veränderung des ursprunglichen Beschlußes völlig begründeten. Das Zögern in dem Marsche der preußischen Truppen läßt fast vermuthen, daß diese Ansicht durchdringen werde. (K. v. u. f. D.)

Berlin, 10. Mai. Einem hier eingegangenen Privatbriefe aus Pinne vom 8. zufolge, hat bei Obornik ein hitziges Treffen zwischen den preußischen Truppen und den polnischen Insurgenten stattgefunden, in welchem 1500 bis 2000 der letzteren auf dem Kampfplatze blieben. Die preußischen Truppen kamen aus Posen dem Feinde in den Rücken. Die (im Morgenblatt gegebene) Mittheilung der Beendigung des Krieges in Posen wird durch ein Extrablatt der Rutenbergischen National-Zeitung bestätigt. Die Haufen der Insurgenten unter Anführung Mieroslawski's haben am 7. d. M. die Waffen gestreckt und sich auf Gnade und Ungnade dem General v. Colomb und den preußischen Truppen ergeben. Die preußischen Kolonnen unter Anführung der Generale v. Brand, Blume und Wedell hatten die Insurgentenhaufen von drei Seiten umstellt und ließen ihnen nur die Wahl, entweder einen Verzweiflungskampf zu wagen, oder nach dem russischen Polen zu entfliehen, wo die aufgestellten russischen Streitkräfte sie erwarteten. Am Vormittage versuchten die Insurgenten, die Linie der Preußen zu durchbrechen, um sich aus ihrer unglücklichen Lage herauszuschlagen. Dieß Gefecht mißlang jedoch gänzlich. Die Insurgenten zogen sich auf Mielczyn (zwischen Gnesen und Wreschen) zurück, wo sie, einsehend, daß Rettung unmöglich sey, eine Kapitulation beantragten. Der kommandirende General von Colomb wies jedoch die Anträge Mieroslawski's zurück und bewilligte den Insurgenten eine kurze Frist, um zu einer Unterwerfung ohne alle Bedingung zu kommen. Bei der Gewißheit ihres Unterganges, der sie im Kampfe oder jenseits der russischen Grenze erwartete, streckte hierauf das ganze Korps die Waffen und überlieferte sich der Großmuth und Milde der Sieger, die, wie wir voraussagen können, diese Hoffnung nicht täuschen werden.

Posen, 9. Mai. Vorgestern war vom Kommandanten v. Steinäcker der Befehl zur Einlieferung der Waffen erlassen worden. Dieselbe hat gestern stattgehabt. Am Nachmittage war darauf der Kanonenplatz mit einigen tausend Deutschen aus allen Ständen bedeckt, welche von 6—½9 Uhr Waffen aus den königl. Zeughäusern erhielten. Perkussions-Gewehre, Infanterie- und Kavalleriesäbel wurden zunächst an die Bezirksleuer und dann durch diese weiter an die Inhaber der vom deutschen Nationalkomité ausgefertigten und von dem Generalkommando abgestempelten Legitimations-Karten vertheilt. Unter den gedrängten Menschenmassen, die bis zum Einbruch der Nacht unter den Kastanienbaumen auf- und abwogten, bemerkte man nur selten einen Polen. Nach 10 Uhr wurde abermals Generalmarsch geschlagen, die Besatzung, die sich in den letzten beiden Tagen fast um das Doppelte verstärkt hatte, eilte auf die Sammelplätze; die Einwohner harrten ängstlich der Dinge, die da kommen sollten, doch es blieb Alles still. Später ergab sich, daß das Gut Kitschin brannte. Die hiesige Zeitung enthält nachstehende Berichte über die in den letzten Tagen stattgehabten Kämpfe: „Die Hauptleute Knorr und Tickelmann sind in dem Kampfe bei Miloslaw am 30. April nicht gefallen; sie befinden sich, wie wir gestern aus einem eigenhändigen Briefe des Hauptmanns Tickelmann ersehen haben, gefangen und verwundet in dem polnischen Lazarethe zu Miloslaw, wo sie gut behandelt werden. Justizkommissarius Krauthofer fungirt zur Zeit als Kommandant in dem polnischen Partisanenlager von Moschin. Dr. Wladislaus von Niegolewski befindet sich schon seit einiger Zeit als Vertreter der polnischen Sache zu Frankfurt am Main. Mieroslawski ist nach dem blutigen Abende von Wreschen am 2. d. M. nach Trzemeszno gezogen, ist dort zurückgeschlagen worden und hat nun sein Hauptquartier im Dorfe Slupe, unfern der russischen Gränze, einige Meilen nördlich von Slupce, aufgeschlagen. Er soll um sich her die beste Mannszucht halten, so versichert uns ein deutscher Gutsbesitzer aus der Nähe von Wreschen, der sich am 2. genöthigt sah, mit seinen 30 polnischen Leuten dem Kampfe bei Wreschen beizuwohnen, hinterher jedoch seine und seiner Dienstleute Entlassung bis auf Weiteres ohne Schwierigkeiten von Mieroslawski erlangte. Am 5. hat es in Obornik ein blutiges Gefecht gegeben. Gleich im Anfange desselben fiel der feindliche Führer, Major Dobrzycki, von einer Musketenkugel durchbohrt. Derselbe hatte eine Uhr und 450 Rthlr. bei sich, die als Beute unter die Füseliere des 6. Regiments vertheilt wurden. Am 6. ist in Schrimm ein zweimaliger Angriff auf die Stadt, von Seiten der bei Rogalin verschanzten Insurgenten, durch die Preußen siegreich zurückgeschlagen worden. Eine große Menge von Gefangenen sind von dorther gestern hier eingebracht worden. Eine Expedition, bestehend aus 6 Kompagnien, 2 Schwadronen und 4 Geschützen, wurde noch in der Nacht nach Moschin gegen den Partisanenführer Krauthofer-Krotowski abgesandt, welcher bereits von den königlichen Behörden steckbrieflich verfolgt wird. Dem Rittmeister v. Mitzlaff vom 2. Husarenregiment, durch die Schnelligkeit seiner Expeditionen rühmlich bekannt, ist es gelungen, sechs polnische Edelleute (zwei Grafen Bninski, v. Zoltowski u. A.), von denen zwei bei dem Ueberfalle in Buk eine bedeutende Rolle gespielt haben sollen, in Sady zu verhaften und heute früh hier abzuliefern. Auch eine Kanonade außerhalb ist in der Frühe gehört worden. Noch wissen wir nicht, wo dieselbe stattgefunden hat. Die Kopfzahl der ganz verarmten geflüchteten Familien aus Buk und anderen Orten, die hier im Odeum untergebracht sind und ernährt werden, betrug schon gestern 56. Die Stadt Buk soll nach dem Berichte des letzten Offiziers, der hindurchgezogen, völlig verwüstet und wie ausgestorben seyn. Unbeerdigt lagen, ein entsetzlicher Anblick auf dem Markte und in allen Straßen die Leichen umher. Zwei von den Führern der Insurgenten in Buk sind verlarvt gewesen. Heute früh ist eine Deputation des polnischen Hauptquartiers in der Absicht zu kapituliren, hier eingetroffen, aber von der Militärbehörde zurückgewiesen worden. Nicht der Major v. Winning, sondern Major Brietz hat mit seinem Bataillon die Insurgenten aus Buk vertrieben. Auch ist der Verlust der Kompagnie des Hauptmanns v. Boenigk zu hoch angegeben, er beläuft sich im Ganzen auf etwa 30 Mann an Todten und Verwundeten. Desertirt ist kein Einziger, es haben sich sogar noch gestern einige Soldaten — Polen — die versprengt worden, hier wieder eingefunden. Die Insurgenten haben in Buk allein etwa 90 Mann an Todten verloren unter denen auch ein Geistlicher, der sich an die Spitze der Partisanen gestellt haben soll und der Besitzer von Sady, Herr v. Zaremba, genannt worden. Dasselbe Blatt meldet ferner: „So eben, Nachmittags um 4 Uhr erhalten wir die zuverläßige Nachricht, daß Rogalin, das Hauptquartier des vom ehemaligen Kommissarius Krauthofer (Krotowski) geführten Partisanenkorps der Republik Polen, von einer Abtheilung unserer Truppen unter den Befehlen des Majors v. Schimmelpfennig heute früh genommen worden ist. Ueber die Zahl der Gebliebenen können wir noch nichts mittheilen. Vier Kanonen sind in die Hände der Sieger gefallen." (Pos. Z.)

Schleswig-Holstein.

Kiel, 6. Mai. Es sind der unseren Hafen noch immer blokirenden Galathea Depeschen zugegangen, wonach sie die Weisung erhalten hat, alle nicht-deutschen, jedenfalls alle schwedischen, holländischen und englischen Schiffe an der Aus- und Einfahrt in unseren Hafen ferner nicht zu hindern. Was die beabsichtigte Auflösung unserer Freikorps betrifft, von der die schleswig-holsteinische Zeitung zuerst berichtete, so können wir aus sehr zuverläßiger Quelle mittheilen, daß eine solche Auflösung derselben niemals weder beabsichtigt, noch auch demgemäß sistirt worden ist. Man hat nur eine Anzahl aus den einzelnen Korps, namentlich auch die körperlich Schwachen — wie gesagt ward — ausgeschieden. (H. K.)

Altona, 6. Mai. Gestern Abend langte hier eine Anzahl invalider Freischärler vom Kriegsschauplatze ein. Der Herzog von Augustenburg traf gestern Abend mit seinem Sohne, dem Prinzen Friedrich, hier ein und begab sich sogleich nach Hamburg. (H. K.)

Oesterreich.

Wien, 7. Mai. Dringend rufen wir nochmals dem deutschen Bunde zu, daß er die Lage Böhmens nicht bloß in ernstliche Erwägung ziehen, sondern rasche Vorbereitung zum Handeln treffen möge, will er nicht ruhig geschehen lassen, daß ein Bundesland im Herzen Deutschlands zu einem Bollwerk des Panslavismus werde. Der edle Graf Friedrich Deym, bekanntlich ein warmer Freund Böhmens, der es aber auch mit Deutschland wohl meint, kommt in einem Schreiben an den tschechischen „Nationalausschuß" in Prag unsern Ansichten zu Hilfe, indem er sagt: „in der Unterlassung der angeordneten Wahlen Böhmens zur Nationalversammlung in Frankfurt sehe ich den faktischen Losreißungsversuch vom deutschen Bund, aus dessen Verband Böhmen einseitig zu treten nicht befugt ist, daher wenn Deutschland es sich nicht gefallen laßt und die Integrität des Bundesgebiets aufrecht zu erhalten beschließt, ein bewaffnetes Einschreiten wie gegenwärtig in Schleswig-Holstein eintreten kann,

und zwar ist in Böhmen der deutsche Bund noch weit mehr in seinem Rechte als dort." Ihr deutschen Volksvertreter in Frankfurt horcht auf diese Stimme, und treffet in Zeiten kräftige Maßregeln zur Abwendung der größten Gefahr, die gegenwärtig Deutschland bedroht! Wehe Deutschland, wenn es die ungeheuere Wichtigkeit der böhmischen Frage verkennen würde!
(A. Z.)

Wien, 9. Mai. Endlich scheint sich hier ein Kabinet mit entschiedenen Grundsätzen und offen ausgesprochener Richtung bilden zu wollen. Man bezeichnet heute in gutunterrichteten Kreisen folgende Namen als ergänzende und erweiternde Theile unseres fragmentarischen Ministeriums: Baron Wessenberg, (derzeit in Freiburg) für das Auswärtige; Baron Doblhof (einer der entschiedensten Verkämpfer für Reform in der niederösterreichischen Ständeversammlung) für den Handel; Hofrath Baumgartner (der bekannte Gelehrte) für öffentliche Arbeiten, und Prof. Palazky für den Unterricht. (!) Wessenberg wird wahrscheinlich die Leitung des Kabinets übernehmen, welches in seinen Bestandtheilen hinlängliche Bürgschaft für den besonnenen und durchgreifenden Fortschritt bietet. Auf solche Kräfte gestützt wird hoffentlich auch Pillersdorff seine bisherige schwankende und zaghafte Politik von sich werfen und mit fester Hand an dem Wurzelwerk der Bureaukratie zu rütteln anfangen, das bisher die Staatsmaschine in allen ihren Theilen umrankte und an jeder freien Bewegung hinderte. (A. Z.)

Italien.

Mailänder Bülletin vom 8. Mai. Die Truppen bei Treviso werden binnen kurzem 18,000 Mann stark seyn. Am 2. Mai machten vor Ampezzo aus Tirol 1500 Schützen und eine Schwadron Oesterreicher einen Angriff auf Cadore, wurden aber bis Acquabona jenseits der Tirolergrenze zurückgedrängt. Wie es heißt, haben der österreichische Befehlshaber und die Cadoriner einen Vertrag geschlossen, daß jeder Theil sich in seinen eigenen Grenzen halten wolle. Während Cadore sich mit Ruhm bedeckte, wich Belluno dem Feind, der es ohne Kampf besetzte. Auf die Nachricht hievon ist General Antonini mit der aus Paris gekommenen italischen Legion sogleich nach Feltre aufgebrochen. Zuchi behauptet sich immer noch in Palmanova. Nugents Heer, welches Friaul besetzt, beläuft sich auf etwa 15,000 Mann, von denen aber nur 4000 Mann regelmäßige Truppen, die übrigen eine Verbindung von Menschen, die den Galeeren und den Kreuzwegen von Wien entnommen sind. (!) Der obere Theil Friauls, Krain genannt, vertheidigt noch mit den Waffen die dreifarbige Fahne. Bei Mantua fallen täglich Gefechte vor, von denen gestern eins etwas bedeutender. Achthundert Oesterreicher, die aus der Festung gegen S. Silvester zu ausrückten, wurden mit Zurücklassung von 25 Todten und 20 Verwundeten zurückgeschlagen. Wir hatten bei der Gelegenheit den Verlust von 1 Offizier und 5 Soldaten zu beklagen. Die Position von Curtatone ward vom Feinde, der 30 Todte auf dem Platze ließ, zweimal vergebens angegriffen. Zugleich versuchten 3000 Oesterreicher, die Neapolitaner und Toskaner in S. Silvester zu umgehen, wurden jedoch mit ansehnlichem Verlust zurückgedrängt. Wir hatten 13 Todte. Mit gewöhnlicher Treulosigkeit zeigten sich auch bei dieser Gelegenheit die Oesterreicher, als Bürger, mit dreifarbiger Fahne und Kokarde verkleidet, welche: es lebe Italien! riefen. Vor ihnen her gingen absichtlich einige Bauern, welche den neuangekommenen Neapolitanern jenes Korps als florentinisch ankündigten.
(A. Z.)

Triest, 8. Mai. Heute wollten einige hundert Straßenarbeiter hier in Masse den Magistrat bestürmen, um eine Erhöhung des Taglohns um fünf Kreuzer, die man ihnen abgezogen hatte, zu erlangen. Zur gehörigen Zeit davon unterrichtet, zogen einige Kompagnien der Nationalgarde ihnen entgegen und brachten es durch Zureden dahin, daß sie augenblicklich und in Ruhe mit dem Rufe: Viva l'Austria, viva la guardia nazionale auseinander gingen. Sie sollen zu ihrem Ansinnen durch mehrere Unbekannte verleitet worden seyn, die es auch an Geldspenden nicht fehlen ließen. Der Magistrat wird aber wohl hoffentlich darauf bedacht seyn, den armen Leuten den Lohn nicht zu verkürzen. (A. Z.)

Genua, 8. Mai. Gestern langte der Dampfer Vesuvius von Civitavecchia in hiesigem Hafen an, und brachte ungemein zahlreiche Passagiere, meistens Engländer. Unter andern auch mehrere (?) der vorigen päpstlichen Minister, welche heute nach dem Hauptquartier Karl Alberts abgegangen sind. Am 4. d. M. hatte der Papst seine Opposition gegen eine Kriegserklärung noch nicht zurückgenommen, aber die Bildung eines neuen Ministeriums zugegeben. Die einzige regierende Gewalt in Rom war die Guardia Civica welche alles beherrscht selbst den Papst, der trotz der strengen Ausdrücke, womit er die letzte Deputation der Guardia Civica empfing — er warf ihnen vor, daß, nachdem sie sich wiederholt Insubordination zu Schulden kommen lassen, sie nun Verbrechen (delitti) begingen — gar keine weltliche Gewalt mehr ausübt, und sich bedroht sieht von der Kriegspartei zum bloßen Bischof von Rom als Oberhaupt der katholischen Kirche erklärt zu werden, wogegen die weltliche Macht einer provisorischen Regierung übertragen werden soll, welche die Kriegspartei bereits im Aermel hat. Seit jener Antwort des Papstes sind die Klubs (Circoli) Tag und Nacht versammelt. Die Guardia Civica hält jedoch drei Stadtthore, die Engelsburg und die Pulvermagazine in ihrer Gewalt. Zwei Tage lang waren die Thore von Rom für jedermann geschlossen; jetzt sind sie fremden und legitimirten Privatpersonen wieder geöffnet. Heute früh kam der General Pasquale hier durch, auf seiner Rückreise nach dem Hauptquartier Karl Alberts, welcher ihn in Folge der päpstlichen Allokution vom 29. April an Pius IX. abgeschickt hatte. (A. Z.)

Verona, 9. Mai. In vergangener Nacht wurden neun Geistliche hier festgenommen, weil die Behörde Kenntniß und Beweise erhalten hatte, daß sie den Beichtstuhl mißbrauchten, um die italienischen Soldaten zu Abfall und Verrath zu verführen. Zu diesem Zweck händigten sie ihnen nach abgelegter Beicht und seitens des Geistlichen erfolgter mündlicher Zusprache schriftliche Aufforderungen nebst baarem Gelde ein. Einer dieser würdigen Diener der Kirche wurde bei diesem Manöver in Flagranti ergriffen. Dieß der Dank für die Bevorzugung, welche das vormalige Regierungssystem dem Klerus angedeihen ließ, in welchem es ein politisches Bollwerk sich erbaut zu haben wähnte! Es läßt sich übrigens nicht läugnen, daß die Absicht, Aufregung und Leidenschaft in die Gemüther zu bringen, sehr fein ausgedacht ist, es mochte nun der Abfall des Militärs erfolgen oder nicht. Unsre Stadt ist ruhig, obgleich sich die Sympathien für „das Schwert Italiens" so wenig zu verbergen für nothwendig halten, daß unlängst (am 5.) während der heftigsten Kanonade in der Nähe der Hauptwache freudigst bankettirt worden seyn soll. Auch durch Signale von den Dächern soll man thätig bemüht gewesen seyn, dem ersehnten Feind allen Vorschub zu thun. Dieß und die in Mailänder Blättern enthaltene Mittheilung, daß die „gute" Stadt Verona, die bisher sich still verhalten hatte, von Herzen zur Schilderhebung bereit sey, sobald der tapfere Sardenkönig hier an- und einrücke, veranlaßte wahrscheinlich unsern Besatzungskommandanten, Fürsten Thurn und Taxis, Feldmarschalllieutenant, zu der gestrigen Bekanntmachung, daß derjenige, der sich in diese Art von Korrespondenz einlasse, mit Todesstrafe, und die Stadt bei allfälligem Aufstandsversuche mit Bombardement bedroht sey. (A. Z.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 4. Mai. Hier werden nunmehr ernsthafte Kriegsrüstungen gemacht. Unmittelbar nach der Ankunft der letzten Nachrichten aus Schleswig wurde noch an demselben Tage (verwichenen Sonntag) das Konseil außerordentlich zusammenberufen, und gleich darauf gingen Befehle ab, um die sämmtlichen Regimenter des südlichen Schwedens aufzubieten. Auch die hiesigen Garderegimenter haben wie verlautet, Marschbefehle erhalten. Eine Armee von 16,000 Mann regulärer Truppen wird sich vor Ende dieses Monats in Schonen versammeln. Dazu kommen noch die Konskribirten (die Landwehr) der südlichen Provinzen, von der ersten und zweiten Klasse, welche im Falle eines Kriegs den Regimentern einverleibt werden und die Stärke des in Schonen versammelten Heers wenigstens auf 36,000 Mann bringen sollen. Die Armee wird in drei Brigaden vertheilt werden, die erste unter dem Befehl des Kronprinzen, die beiden andern unter den Generalen Dalström und Peyron. (Die „Bremer Zeitung" sagt, diese militärische Rüstung geschehe unter der Versicherung strenger Neutralität.) (A. Z.)

Münchener Schrannen-Anzeige vom 13. Mai 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	3750	3080	670	18	37	—	—	—	13
Korn	1606	1396	210	12	3	—	—	—	15
Gerste	1035	985	70	9	20	—	—	—	7
Haber	1031	1031	—	6	24	—	—	—	38

Augsburger Schrannen-Anzeige vom 12. Mai 1848.

Getreidegattung.	Mittelpreis		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Waizen	18	47	—	—	—	2
Kern	18	48	—	16	—	—
Roggen	11	21	—	20	—	—
Gerste	10	2	—	—	—	35
Haber	5	9	—	—	—	11

Aufgezogen wurden 359 Schäffel.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag, 14. Mai: „Die Jüdin", Oper von Halevy.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. H. Prendergast, Rentier v. London; Freiin v. Liebenstein aus Würtemberg.

Gold. Hirsch. HH Zerichow, Fabrikant aus der Schweiz; Petroß, Fabrikant, und Bärenroth, Privatier v. Prag.

Hôtel Maulick. HH. Möller, Advokat, Zellner, Bürgermeister, und Obermaier, Vorstand v. Pappenheim; Fr. Gräfin v. Chillon, Rentier v. Metz.

Gold. Hahn. HH. Baron v. Frenz, Oberlieutenant, und v. Greidlg, Hauptmann v. Wien; Teuringer, Rentier v. Ingelstadt.

Gold. Kreuz. HH. v. Herzinger, Oberst, mit fünf k. k. Offizieren v. Wien.

Blaue Traube. HH. Mayer, Benefiziat v. Dinkelsbühl; Schauer, Appellationsgerichtsrath v. Passau; Hillebrand, Rentier v. Augsburg; Hannibal, k. k. Oberlieutenant v. Mailand; v. Mann und Fiechter v. Scheuern; Frau v. Mayer v. Ottobeuern.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

2385. (3c) Donnerstag den 18. Mai 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat April 1847, und zwar von

Nro. 48,437 bis 58,014.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Dienstag den 23. Mai 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 26. April 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

L. Negrioli, Mag.-Rath.

Schuetz, Cassier. — Offenbrunner, Controleur.

Bekanntmachung.

2403. (3b) Das Bad Petersbrunn bei Leutstetten ist seit dem 1. d. Mts. eröffnet. Dasselbe ist vollständig neu hergerichtet und neu möblirt. Die Preise für Frühstück, Mittag- und Abendessen, so wie die Miethe für die Zimmer sind höchst billig, auch für gutes Bier und ächte Weine ist bestens gesorgt. Nach Verlangen kann zu jeder Zeit warm oder kalt gebadet werden. Die näheren Aufschlüsse können in dem Bade selbst, als auch dahier ertheilt werden. Zum zahlreichen Besuche wird hiermit unter Versicherung der reellsten Bedienung eingeladen.

Leutstetten den 10. Mai 1848.

Gräflich Waldbott-Bassenheim'sche Rentenverwaltung Leutstetten.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 127.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir (Kaufinger-Gasse Nro. 2); auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr., Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 3 kr., im II. Rayon 3 fl. 21 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag | XLIX. Jahrgang. | 15. Mai 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 11. Mai (Nachmittags 4 Uhr). Oeffentliche Sitzung des Fünfzigerausschusses. Bei Verlesung der Einläufe wurde vom Vorsitzenden ein Schreiben der Bundesversammlung etwa des nachstehenden Inhalts mitgetheilt: daß die Bundesversammlung zur Erledigung des Schreibens des Fünfzigerausschusses vom gestrigen keinen Anstand nehme, diesem anbei einen Abdruck des §. 3 des Separatprotokolls vom 4. Mai zukommen zu lassen; daß die Bundesversammlung jedoch die Bemerkung dabei nicht unterdrücken könne, daß nur durch Mißbrauch von Vertrauen ein Promemoria, welches an sich das Licht der Oeffentlichkeit nicht zu scheuen habe, jedoch nicht für diese bestimmt, nur zur theilweisen Beachtung den Regierungen mitgetheilt worden sey, dem Fünfzigerausschuß habe bekannt werden können. — Die vorgenommene Vergleichung des am Anfange der Sitzung gedruckt an die Mitglieder vertheilten, gestern von Abegg verlesenen Protokolls ergab die Uebereinstimmung desselben mit der Anlage des Schreibens der Bundesversammlung. Nach längerer Verhandlung wurde der Gegenstand an die gestern erwählte durch Schwarzenberg und Blum verstärkte Kommission zur Berichterstattung, nach welcher die Sache morgen vor dem Abegg'schen Antrag verhandelt werden soll, verwiesen. — Dem Ausschuße in Karlsruhe, zur Sammlung von Beiträgen für Schleswig-Holstein, welcher unter dem Ausdruck seiner Sympathieen den Betrag von 335 fl. zur Uebermittlung überschickte, wurde auf Schleiden's Antrag der Dank der Versammlung zu Protokoll votirt. — Nach einer Mittheilung der Bundesversammlung (Auszug des Sitzungsprotokolls vom 9. Mai) hat der königl. niederländ. großherzogl. luxemburg. Gesandte erklärt, daß für das Herzogthum Limburg eine eigene Kommission für die deutschen Angelegenheiten ernannt worden, und daß das rechtzeitige Eintreffen der limburg. Abgeordneten nicht zu bezweifeln sey. Ein ferneres Schreiben der Bundesversammlung, den völlig ungehinderten Durchzug der Polen betreffend, durch welches zur Erledigung einer Anfrage des Fünfzigerausschusses, Abdruck der in der 45. Sitzung gepflogenen Verhandlung und des motivirten Antrags des königl. preuß. Gesandten mitgetheilt wird, wurde an die Kommission für auswärtige Angelegenheiten gewiesen. — Ueber den Heckscher'schen Antrag, bezüglich der nordischen Seeküsten, erstattete Namens der Kommission der Antragsteller Bericht, welcher zu den frühern Mittheilungen über die Energie, besonders der Hamburger, die weiteren gab, daß die früher zusammengeschossenen fünfzigtausend Mark Banko sich bereits auf hundertsechszigtausend Mark (80,000 Rthlr. preuß.) gemehrt hätten, und von einzelnen Männern vollständige Schiffe zur Verfügung gestellt worden seyen. Alle Klassen der Bevölkerung hätten sich in Versammlungen für thätige Betreibung der Rüstungen ausgesprochen, auch von der deutschen Kaufmannschaft in London sey Bedeutendes zu erwarten, und selbst aus Amerika seyen Stimmen für die Beihilfe verlautet. Die Kommissionsanträge gingen auf Erlassung von Schreiben an die neun deutschen Seestaaten im Norden, sowie an die Bundesversammlung, dann eines Aufrufs an ganz Deutschland. Den Regierungen ist die Bildung einer zu Hamburg am 31. Mai zusammentretenden gemeinschaftlichen Kommission für Seerüstungen vorgeschlagen; bei dem Bunde die Eröffnung eines Kredits auf eine halbe Million Thaler beantragt. Die von Dahlmann und Schleiden entworfenen Schreiben, sowie der von Wiesner verfaßte Aufruf, dann ein weiterer Antrag Heckscher's, eine ständige Marinekommission zur Empfangnahme der sich täglich mehrenden Einläufe und deren Uebermittlung an eine dereinstige Kommission der konstituirenden Versammlung, wurden einstimmig angenommen. Hierauf wurde der gestern von Kolb beantragte vollständigere Bericht über die Verhandlungen der seiner Zeit bezüglich der Bundesexekutionsgewalt mit einem Ausschusse des Bundestags und der Vertrauensmänner zusammengetretenen Kommission von Soiron, Reh, Wippermann, Stedtmann, Wächter 2c. erstattet. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Bayern.

Landtag.

**München, 11. Mai. (XXVIII. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Nach der Verlesung des Einlaufs schreitet die Kammer zur Fortsetzung der Debatte über das Ablösungsgesetz. Art. 8, wie er in der vormittägigen Sitzung angenommen wurde, den wir also aus offizieller Quelle nachträglich mittheilen, lautet: „Die übrigen, im Eigenthum der Privaten, der Stiftungen und der Kommunen befindlichen Grundgefälle gehen auf Verlangen der Berechtigten unter den nachfolgenden Bestimmungen, welche bezüglich der Fixirung sogleich allgemein in Vollzug zu setzen sind, an die zu gründende Ablösungskasse über. Hinsichtlich der Stiftungen und Kommunen wird die Kuratelgenehmigung als gegeben erachtet, wenn die gesetzlich bestehenden Verwaltungen der Ersteren sich für das Eine oder das Andere erklären." — Es beginnt also Nachmittags die Debatte über Art. 9. Abg. Leypold verliest einen Brief aus dem Rothenburgischen, worin ausgesprochen wird, daß sich Zehentpflichtige gegen die Fixirung des Zehenten aussprechen. — Es wird eine Regierungsmodifikation eingebracht, am Schluß des ersten Absatzes I. zu setzen: „Auch alle Forstrechte sind zu fixiren, d. h. in eine jährliche gleichartige Naturalabgabe umzuwandeln. Wo einer Fixirung der nach Bedarf lautenden Bauholzberechtigung auf eine sich gleich bleibende jährliche Abgabengröße erhebliche Bedenken entgegen treten, sollen die Dimensionen der betreffenden Gebäude festgesetzt werden, und der Berechtigte gehalten seyn, Bedarf und Verwendung des Holzes rechtsgenügend nachzuweisen. — Art. 10. Forstrechte werden im Fall eines Widerspruchs über den Umfang der Berechtigung nach einer entsprechenden mindestens zehnjährigen Durchschnittsberechnung oder Schätzung bemessen. Das so gefundene Quantum durch die Zahl der Jahre, während denen das Forstrecht abgegeben wurde, getheilt, gibt hier das jährliche Fixum, mit Ausnahme der Bauholzrechte, wenn ihre Abgabe nach Bedarf beibehalten wird. Bei Bemessung der Bauholzberechtigungen durch Schätzung oder Durchschnittsberechnungen ist die amtliche Beigabe eines Baubeamten erforderlich. — Minister v. Lerchenfeld erläutert diese Modifikation dahin, daß es sich hier um Schutz der Staatswaldungen handle. Man hat früher durch Purifikationen, durch Ueberlassung von Waldstrecken an die Berechtigten, helfen wollen, allein diese Parzellen wurden verwüstet, und die Berechtigten fielen wieder den Staatswaldungen zur Last. Die Wichtigkeit des Streubezugs wird von der Regierung nicht verkannt, aber man wird auch den Ruin der Wälder nicht wollen; der Streubezug muß deßhalb fixirt werden — nicht abgelöst, denn der Naturalbezug an Holz und Streu ist nothwendig. — Nachdem sich mehrere Stimmen aus der Kammer gegen die Regierungsmodifikation erhoben, beschließt dieselbe, den Gegenstand an den Ausschuß zu verweisen. Deßwegen wird die Sitzung aufgehoben. Noch vor dem Schluße brachte der Staatsminister v. Beisler einen Gesetzentwurf ein: „über die innern kirchlichen Angelegenheiten der Protestanten in Bayern, in Spezie über die Generalsynoden". — Die nächste Sitzung wurde auf morgen um 9 Uhr anberaumt.

---

‡‡ München, 15. Mai. Es ist zu erwarten, daß bei der Berathung über das neue Wahlgesetz, welche demnächst in unsern Ständekammern stattfinden wird, eine Frage auftauchen werde, welche schon vielfach angeregt wurde und deren praktische Lösung tief in das gesammte Staatsleben eingreift. Wir meinen die Frage der einfachen oder gegliederten Wahlen. Unsere bisherige Wahlordnung trägt das Gepräge der Zeit ihrer Entstehung in einer Weise, daß es nicht befremden konnte, wenn die auf zeitgemäße Umgestaltung unserer staatlichen Verhältnisse gehenden Wünsche sich mit besonderem Nachdrucke für ein neues Wahlgesetz aussprechen. Die Wahl geschah bisher nach Standesklassen, so daß Elemente, die in der ersten Kammer ihre Vertretung zu finden haben, auch in der zweiten saßen; die passive Wählbarkeit des volksthümlichen Elementes war an einen übermäßig hohen Zensus gebunden, und dieser Zensus trat schon ein bei der durch Verwahl sich ergebenden Zwischenstufe. Daß solche Bestimmungen des bisherigen Wahlgesetzes geändert werden, kann sich nur allgemeiner Zustimmung erfreuen. Eine Veränderung des Wahlmodus dagegen, d. h. eine Umwandlung der bisher gegliederten Wahl in eine einfache vom Standpunkte zeitgemäßen Bedürfnisses zu fordern, scheint uns in keiner Weise gerechtfertigt. Die Aufgabe jeder Wahlhandlung zum Behufe der Repräsentation ist, solche Vertreter zu finden, welche Ansichten und Interessen der Wähler möglichst treu geltend zu machen geeignet sind. Zu diesem Zwecke könnte allerdings der unmittelbare Kontakt als der sicherste Weg erscheinen. Gibt es, könnte man fragen, eine bessere Bürgschaft für treue Vertretung, als wenn die Wähler ihre Wünsche und die zu Wählenden ihre Grundsätze in unmittelbarster Weise gegenseitig austauschen? Wozu bedarf es einer Zwischenstufe in der Wahl? Was soll eine Scheidewand zwischen Vollmachtgeber und Bevollmächtigten? Wir anerkennen willig die formale Bedeutung dieser Gründe, glauben jedoch, daß bei staatsrechtlichen Fragen weder juristische Begriffe, noch auch der Schein der Dinge den Ausschlag geben dürfen. Wir erkennen, wie schon bemerkt, eine wahre Vertretung nur da, wo die Ansichten und Interessen der Wähler ihren treuen Ausdruck finden. Daß dieß bei direkter Wahlweise vorzugsweise erreicht werde, müssen wir auf das Bestimmteste verneinen. Mit der direkten Wahlweise erwacht die Agitation, die politischen Parteien organisiren sich, es drängen sich den Wählern ganz unbekannte, keine andere Bürgschaft als das flüchtige Wort bietende Leute als Bewerber herzu, und wenden sich mit allen Künsten der Verführung an die Leidenschaften der Wähler. Klare Einsicht in das Wesen staatlicher Verhältnisse besitzt die Masse der Wähler nicht und sie wird sie nie besitzen. Was man ihr daher unterschiebt, ist leere Täuschung. Dagegen be-

sitzt sie, falls nicht Leidenschaften ihn trüben, einen sehr klaren Instinkt des eigenen Interesses. Dieser Instinkt wird sie bei gegliederter Wahl, wo die Leidenschaften nicht im Sinne betäubender Aufregung versetzt werden, sicher leiten, diejenigen mit ihrem Vertrauen zu bezeichnen, welche es verdienen, und sie werden dieß um so sicherer thun, als ihre Wahl dann auf Männer fallen wird, die ihnen nahe stehen und die sie kennen. Diese werden sodann ungleich mehr im Stande seyn, über die Verhältnisse des Staatslebens eine eigene Ansicht sich zu bilden und demgemäß eine den treuen Ausdruck der Volksgesinnung wiedergebende Wahl zu treffen. Von diesem Standpunkte aus müßten wir es als ein Landesunglück erachten, wenn der Regierungsentwurf in diesem Punkte eine Abänderung durch die Stände erleiden sollte. Doch wir vertrauen dem gesunden Sinne unserer beiden Kammern, welche unmöglich wollen können, daß die Wahlagitation und das politische Parteiengewühl maßlos über unser Land hereinbreche, und an der Stelle des Vertrauens Bestechung und Verführung jeder Art die Vermittelung der künftigen Wahlen bilde. Um solchen Preis hätten wir den Fortschritt, dessen wir uns gegenwärtig erfreuen, gewiß zu theuer erkauft.

München, 16. Mai. (Eingesandt.) Es wäre an der Zeit, daß das Rektorat der Universität München doch öffentlich bekannt gebe, ob im Sommersemester denn doch Vorlesungen gehalten werden und wann diese beginnen; oder ob auch das II. Semester größtentheils nur mit Exerziren und Patrouillemachen rc. dahin gebracht werden soll, damit die Familienväter entweder so oder so Entschluß fassen können.

Dem „Fränkischen Merkur" entnehmen wir folgende neuerliche Erklärung: In Folge der Bekanntmachungen des Präsidenten der königl. Regierung von Oberfranken Herrn v. Stenglein vom 11. d. M. und des königl. Landrichters Herrn Boveri vom heutigen, nehme ich meine Erklärung vom 10. d. M. mit dem Bemerken zurück, daß ich nunmehr kein Bedenken trage, dem mir geschenkten Vertrauen des Volkes zu entsprechen und mich als Mitglied der deutschen Nationalversammlung alsbald nach Frankfurt a M. zu begeben. Bamberg, 13. Mai 1848. Titus, Rechtsanwalt.

Würzburg, 13. Mai. Hofrath Dr. Behr, ehemaliger I. Bürgermeister dahier, kam in unsere Stadt auf der Durchreise zum Parlamente in Frankfurt. Der „Gesellige Verein", eine sehr wackere Gesellschaft, meistens aus Bürgern bestehend, bereitete demselben eine glänzende Serenade mit festlichem Aufzug, der in dem Glanze einer Menge bunter Laternen einen erhebenden Anblick gewährte. Ein feierliches Hoch, zweimal verklingend, erhob sich zum dritten Male. Da erscholl plötzlich ein gellendes Pfeifen und Pereatschreien und eine Stimme rief: „Pereat diesem Manne, der unserer Stadt nur Unglück gebracht hat." Ein fürchterlicher Tumult, bei dem die Musik verjagt, die Pulte und Laternen meistens zerschlagen wurden, entstand, und endete erst durch das Einschreiten der Bürger- und Freikorps-Wache, welche noch Nachts 2 Uhr die Straßen durchzog. Dieser Thatsache fügen wir keinen Kommentar bei. Jeder möge sich das Seine zwischen den Zeilen herauslesen!

Württemberg.

Stuttgart, 9. Mai. Wie man in den Zeitungen liest, soll der württembergische Reiteroffizier, welcher mit einem Kommando von 50 Mann den gefangenen Struve zu bewachen hatte, und sich durch die Angst des Oberamtmanns vor der Rache der Freischaaren zur Freilassung des Verhafteten bewegen ließ, vor ein Kriegsgericht gestellt werden. (Beob.)

K. Sachsen.

Dresden 10. Mai. Die Wahlen zum deutschen Parlament fallen in Sachsen fast durchgängig radikal aus: Schaffrath und Joseph in Stolpen, Blum und Wuttke in Leipzig, Trützschler in Oelsnitz. Heute wurde in Altstadt-Dresden der Stenograph Professor Wigard (ein Bayer, bekannter Führer der Deutschkatholiken) gewählt. Als Stellvertreter erschien mit 43 Stimmen der Kirschnermeister Klette. Auch in Neustadt-Dresden scheint die demokratische Wahl, welche am 13. d. stattfinden wird, so gut als gesichert. (A. Z.)

Gr. Hessen.

Darmstadt, 9. Mai. Die Führer unserer gegenwärtigen kleinen Oppositionspartei in der zweiten Kammer, der Abg. Mohr von Niederingelheim, hatte vor einiger Zeit an unsern Minister Gagern Fragen gestellt, deren Beantwortung sich dieser für gelegene Zeit vorbehielt, welche Beantwortung dann heute erfolgte. Die Fragen betrafen das Verhältniß des Bundestags zur Frankfurter konstituirenden Versammlung; die Antworten waren allgemein, zum Theil ausweichend. (Schw. M.)

Preußen.

Berlin, 9. Mai. Am 7. traf hier eine Deputation von fünf Fabrikanten ein, die von sämmtlichen in Leipzig zur Messe befindlichen preußischen Fabrikanten an den Finanzminister Hansemann abgesandt war, und verlangte daß der Minister von den zur Unterstützung der preußischen Industrie auszugebenden 10 Millionen Darlehensscheinen eine Million Thaler zu Darlehnen für Waaren, welche preußische Fabrikanten in Leipzig lagern haben, bestimme. Der Finanzminister versprach der Deputation alles mögliche zu thun, damit die Darlehenskasse binnen acht Tagen ihre Wirksamkeit in Leipzig eröffnen werde. (B. Z. H.)

Berlin, 9. Mai. Das Resultat des gestrigen Wahlkampfes hat den Erwartungen der konservativ-liberalen Partei so wenig als denen der politisch-indifferenten Bourgeoisie entsprechen. Beide Schichten unserer Gesellschaft sind erschreckt über die Majorität unserer Deputirten, die der radikal-demokratischen Partei angehört. Wir rechnen zu dieser Partei vor allen Jung, Zacharias, Behrends und Waldeck. v. Kirchmann und Grabow gehören mehr oder weniger auch dieser Partei des demokratischen Konstitutionalismus an. Die Weißbier trinkende Berliner Bürgerschaft ist über Jungs Wahl aufs Höchste entrüstet. Er — der Präsident des politischen Klubs, dieser Rotte, die die Arbeiter aufwiegelt, direkte Wahlen durch eine Arbeiterdemonstration erzwingen will, solch einen Menschen hat man zum Deputirten gewählt, statt ihn wie seinen Freund Schlöffel ins Loch zu stecken! Diese und ähnliche Redensarten hörte man gestern Abend an allen öffentlichen Orten, wo die guten Berliner sich zusammenfanden, und ihr gepreßtes Herz gegen einander ausschütteten. Der bekannte D. A. Benda, Wahlmann des Bezirkes, in welchem Jung gewählt worden ist, wurde von diesem beklagenswerthen Ereignisse so tief ergriffen, daß er noch in der Wahlversammlung, als Jungs Wahl entschieden war, die Worte ausrief: „Nun ist Preußen verloren!" Die radikal-demokratische Partei hat einen Sieg erfochten, den sie noch am Tage vor den Wahlen nicht erwartete. Ihre Majorität ist, wie sich aus der Stimmenzahl der Wahlmänner ergibt, freilich nur eine geringe. Hr. v. Patow tritt, dies scheint gewiß zu seyn, von seinem Ministerposten wieder ab. Als neuen Handelsminister bezeichnet man den Banquier v. Beckerath aus Crefeld, einen der eifrigsten Anhänger der Schutzzölle. (M. Z.)

Magdeburg, 10. Mai. Als Abgeordneter zur Frankfurter Versammlung wurde mit Ausnahme einer Stimme Stadtgerichtsrath a. D. Heinrich Simon zu Breslau, zum Stellvertreter Regierungsrath v. Bodelschwingh erwählt.

Schleswig-Holstein.

(Aus einer Depesche des Generallieutenant Halkett) Hauptquartier Ulderup, 5. Mai Abends. In den Verhältnissen der mobilen Division zu der Insel Alsen ist keine Veränderung eingetreten. Der General v. Wrangel hat einen Tagesbefehl erlassen, wonach ein Stillstand in den Operationen jetzt eintreten soll, nachdem Fridericia besetzt worden. Depeschen des Generals v. Wrangel sind nach Sonderburg-Fahr gebracht, und dort von einem dänischen Offizier in Empfang genommen. Die Verpflegung hat in der wohlhabenden bevölkerten Gegend bislang keine Schwierigkeit gefunden. — Der General v. Wrangel hat sein Hauptquartier nach Kolding zurückverlegt.

Rendsburg, 8. Mai. Nach einem Privatbriefe aus Gravenstein vom 6. Mai haben die Dänen am Morgen des 6. unter dem Schutz eines heftigen Feuers ihre Schiffe (wodurch eine in Sandberg postirte Schildwache verwundet ward) die Meerenge überschritten und stehen jetzt anderthalb Stunden von unsern Truppen entfernt, welche die Höhen von Düppel besetzt hatten. Unsere dort vereinigten Truppen sollen 5—6000 Mann, der Feind 10,000 betragen. Doch erwartete man auf unserer Seite Verstärkung. Man macht sich fertig, den Feind zu empfangen; der Geist der Truppen ist vortrefflich, die Artillerie im besten Zustand. Zum 7., spätestens zum 8. erwartete man den Kampf. — Nach einer an demselben Tage eingetroffenen Nachricht ist ein vorläufiger Waffenstillstand eingetreten. — Die gesammte dänische Kavallerie und eine Abtheilung Infanterie befindet sich noch in Aarhuus und Umgegend. (A. M.)

Aus Helgoland gehen die Nachrichten bis zum 8. Die Fregatte „Gesion" lag um diese Zeit hinter der Sandinsel vor Anker, ein dänischer Schooner von 6 Kanonen auf der Rhede. Die am Bord der Fregatte befindlichen Helgolander Lootsen berichten, daß dieselbe bis jetzt vier Schiffe aufgebracht hat, die wahrscheinlich nach Kopenhagen gebracht werden sollen; unter diesen befindet sich kein Bremer Schiff. Die „Pallas" von Bremen und eine Bremer Brig (wahrscheinlich die „Bremer") hat die Fregatte nicht einholen können; es wird berichtet, daß sie ein schlechter Segler und mit ungeübtem Volke bemannt sey. Die Helgoländer sagen und der Kapitän der „Gesion" soll dies bestätigt haben, daß Auswandererschiffe bis zum 10. nicht aufgebracht werden sollen. (Wes. Z.)

Freie Städte.

Hamburg, 9. Mai. Dem Senate ist unterm heutigen Datum von Seiten des schwedischen Minister-Residenten eine von der schwedischen Regierung dem Berliner Hofe zugestellte Deklaration mitgetheilt worden, in welcher die Erstere anzeigt, daß sie, ohne sich in die Schleswigsche Frage einmischen zu wollen, sich veranlaßt sehen werde, für den Fall, daß der Kampf sich nicht auf das Herzogthum Schleswig beschränke, sondern die deutschen Truppen andere Provinzen der dänischen Monarchie betreten sollten, ein Truppenkorps nach Dänemark zu senden, um mit den dänischen Truppen vereint, jedoch lediglich defensiv gegen diese Invasion oder Landung deutscher Truppen zu agiren. Der Herr Minister-Resident fügt in seiner Note hinzu, die königl. schwedische Regierung werde keine Maßregeln gegen den Handel und die Schifffahrt Deutschlands ergreifen; deutsche Handelsschiffe könnten auch ferner unbehindert die Gewässer von Schweden und Norwegen befahren, so lange keine Feindseligkeiten gegen diese Länder ergriffen werden. (B.-H.)

Lübeck, 7. Mai. Dem Vernehmen nach empfing der dänische Generalkonsul heute durch einen schwedischen Schiffer ein Schreiben des Kommandeurs der dänischen Fregatte Flora vom 4. d., Höhe von Möen mit Briefen für die dänischen Konsuln in Wismar, Rostock und Stralsund, wodurch diese Häfen in Blokadezustand erklärt werden; — für Lübeck fehlt eine solche Anzeige noch. (H. K.)

Oesterreich.

Wien. 7. Mai. Warum die Tschechen nicht nach Frankfurt wählen wollen? Einfach darum: weil sie ein großslavisches Reich gründen wollen, weil sie die eilf Millionen Slaven des österreichischen Kaiserstaats, verbunden mit einigen Millionen Slaven in den türkischen Donauländern, einig, stark und intelligent genug glauben, das deutsche und magyarische Element zu besiegen — darum wurde in dem ominösen Wenzelsbadsaale im Gegensatz zum Frankfurter Parlament, ein großslavisches gegründet, indem auf Vorschlag des bekannten Illyrier L. Stur, unter dem Titel „Slowanska Lipa" (Slavische Linde) ein Verein aller österreichischen Slavenstämme sich bildete, der der Zentralpunkt aller weitern Zweigvereine werden soll — darum singen sie das Sirenenlied: österreichischer Unabhängigkeit — darum wird gegen die österreichische Reichskonstitution, so wenig sie den Tschechen mundet, nicht agitirt, weil man hofft, daß sie ohnehin gar nicht zur Ausführung kommen wird. Darum wird den guten Wienern weis gemacht in Frankfurt sey weder Macht noch eine Krone zu erwerben, wohl aber werde von dort aus die Kaiserstadt in eine Provinzialstadt umgewandelt werden — darum scheut man sich nicht, der rathlosen Regierung gegenüber immerfort das Schreckbild eines blutigen Zusammenstoßes für den Fall vorzuhalten, als sie es auch nur wagen wollte ihre Befehle hinsichtlich der Frankfurter Wahlen in Böhmen in Ausführung zu bringen. Darum hat man kein Mittel unversucht gelassen, wenigstens einen die Frage vertagenden Beschluß bei den mährischen Ständen, wenn auch nicht auf die Grundlage eines slavischen, so doch eines kurzsichtigen österreichischen Patriotismus durchzusetzen; bald werden die Tschechen, wenn ihnen alles wie bisher gelingt, die Maske gänzlich fallen lassen, sie erwarten blos die Ankunft des künftigen Thronerben Erzherzog Franz Joseph, dann wird in Wien die Abdankung des Kaisers und die Verzichtleistung Erzherzog Franz Karls auf die Krone [illegible]

durch die dortigen zahlreichen Slaven in Gemeinsamkeit mit allen radikalen Elementen, durchgesetzt, und der 19jährige Statthalter in Böhmen zum Kaiser ausgerufen; da er aber nun zufällig in Prag ist, und seine getreuen Böhmen ihn nicht ziehen lassen wollen, müssen die Minister — was ist natürlicher — an sein Hoflager kommen, und ein paar Deputationen wie die welche von „Ehrenwachen“?! geleitet, dem Grafen Stadion in jüngster Zeit aufgewartet, werden wo nöthig das übrige thun; und siehe da, das großslavische Reich, nachdem mittlerweile die Slaven in Ungarn, Serbien, Moldau und der Walachei aufgestanden, wird von oben herab vom jungen Kaiser selbst proklamirt. Palazki und alle sonstigen Koryphäen der slavischen Literatur, vollenden die Erziehung des hoffnungsvollen Kaisers, Italien und Galizien gibt man um den Preis einer zweifelhaften Allianz frei. Mit Rußland sucht man ein Bündniß auf panslawistischen Grundlagen. Den Deutschen werden die Zähne gewiesen, und gleichzeitig im Innern etwaiges Widerstreben mit Feuer und Schwert niedergehalten. Ist das nicht eine herrliche Zukunft, die uns bevorsteht? Kultur, Bildung, Industrie, von slavischen Elementen getragen, von einer reichhaltigen Literatur unterstützt, muß ganz anders blühen, als unter des deutschen Michels schwerfälliger Aegide! — und die guten Wiener endlich, wie werden die sich freuen, statt eines deutschen Kaisers einen großslavischen bekommen zu haben — gerne verschmerzen sie gewiß bei solchem Tausch die Residenz. In Böhmen aber wird man endlich das Tschechenthum begreifen lernen! (A. Z.)

Wien, 8. Mai. Während in England jeder Ministerwechsel auch eine völlige Umänderung in dem Hofstaate nach sich zieht, und selbst die Hofdamen hievon nicht ausgenommen werden, finden wir hier noch eine ganze Kamarilla beisammen. Gleiches gilt auch hinsichtlich unserer vorzüglichsten Regierungsorgane in den Provinzen und den diplomatischen Agenten im Auslande. Unser neues System wird überall noch von Männern des alten Regime vertreten. Gewiß, das kann und darf nicht so bleiben. Die Universität trägt auf Absendung einer Kommission an, um die Dinge in Galizien einer genauen Untersuchung zu unterziehen, und namentlich die ungeeigneten Beamten daselbst durch andere zu ersetzen. Diese Commission soll aus sechs Mitgliedern des Nationalgardenausschusses, zweien des Universitäts-Ausschusses, zwei Regierungsbeamten und zwei Galiziern bestehen. In einem Augenblick, wo Galizien auf die Idee eines vereinten Polenreichs Verzicht zu leisten, und sich Oesterreich und Deutschland, wenn gleich mit Bewahrung der eigenen Nationalität, innigst anzuschließen gedenkt, erscheint die Beachtung der Landesbeschwerden gewiß empfehlenswerth, um so mehr, wenn wir auf die Vorgänge in Böhmen und Slavonien blicken. In Kroatien herrschte wilde Kampfgier, und neue Schaaren zogen ab, um sich der italienischen Armee, die solcher Verstärkung wohl bedarf, anzuschließen. Die Männer wurden von den Weibern ermuthigt, den Wälschen doch dießmal den Garaus zu geben, damit sie denn künftig in Ruhe daheim bleiben könnten, und die Kroaten selbst meinten: so weit sie nun zurückgedrängt wären, so hätten sie den Weg nach den Goldschmiedsläden in Mailand nicht vergessen. Hierzu erscheinen aber vorerst die Aussichten noch sehr trübe, und die neuesten Nachrichten vom Kriegsschauplatz lassen eher eine Rück- als Vorschiebung desselben gewärtigen. Bereits übermorgen soll der Hof Schönbrunn beziehen, und der Nationalgarde abwechselnd mit dem Militär die Bewachung dieses Lustschlosses anvertraut werden. Die gestrige Praterfahrt an einem der schönsten Sonntagsnachmittage in der eigentlichen Saison konnte dem Fremden ein anschauliches Bild von den gewaltigen Veränderungen geben, die mit Wien vorgegangen. Keine neuen Equipagen und Livreen, selbst die alten höchst spärlich und vereinzelt, statt wie sonst in unabsehlicher Doppelreihe. Heute muß man Wien vom residenzlichen Standpunkt noch ärgeres, und zwar abgesehen von dem was in Frankfurt zum Beschlusse kommen könnte, voraussagen. Denn gleichwie die ungarischen Herrschaften durch den Wechsel der Umstände, sowie durch besondere Beschlüsse sich veranlaßt sehen werden, Wien gegen Pesth oder den Aufenthalt auf ihren Gütern zu vertauschen, so dürfte derselbe Fall hinsichtlich der böhmischen Adeligen eintreten, zumal nach den neuesten Nachrichten die tschechische Partei immer mehr gewichtigen Zuwachs aus den Reihen der Aristokratie erhält. Ueberhaupt scheint der große Slavenbund immer mehr an Konsistenz zu gewinnen, und die hiesige so hitzige und vielfach vertretene Partei des „Staatenbundes“ im Gegensatz zum Bundesstaat fängt an, gelindere Saiten aufzuziehen, da ihr durch sich selbst mächtiges Oesterreich mit Entrathung Deutschlands sehr schemenhaft sich darzustellen beginnt. Das Preßgesetz auf Grundlage der von dem Schriftstellerverein beantragten Modifikationen wird demnächst erwartet, wohl zugleich mit dem hochwichtigen Wahlgesetz. Vermöge einer neuen Postordnung sollen die Briefe, welche nach Eisenbahnrichtungen gehen, noch bis 9 Uhr Abends aufgegeben werden können, und dadurch statt des bisherigen Verzugs von 24 Stunden nur einen von 6 erfahren, indem sie mit dem demnächstigen Morgenzug abgeben werden. Diese Ordnung tritt vom 10. d. an ins Leben. Mit der Umtaufe mehrerer Plätze und Straßen wurde gestern begonnen: der Michaelsplatz heißt von nun an Konstitionsplatz. Was einst die gewaltigste Sensation erregt haben würde, die offizielle Aufhebung der Redemptoristen und des Jesuitenordens, ist als vorhergesehen fast spurlos vorübergegangen. Baron Kübeck hat ein ihm vor einigen Jahren in der Vorstadt vom Kaiser geschenktes Haus im Werth von 40,000 fl. dem Staat zum Opfer dargebracht. Die in der jüngsten Verloosung der älteren Staatsschuld begriffenen 5proc. Bank-Obligationen werden, wie leicht begreiflich, dießmal nicht baar hinausbezahlt, sondern gegen andere Obligationen eingetauscht. Der Ausweis der Sparkasse vom 1. bis 6. Mai lautet wieder nicht sehr erfreulich, da hieraus 534,192 fl. Rückzahlungen gegen 43,934 fl. Einlagen hervorgehen.

Wien, 9. Mai. Wir danken den Tschechen, daß ihre entschiedenen Führer, die Maske ablegend, ihren Plan, ein slavisches Reich im Herzen Deutschlands zu gründen, offen erklären und den Deutschen den Fehdehandschuh hinwerfen. Besser ein offener Gegner als ein falscher Bundesgenosse. Der deutsche Bund wird den Handschuh aufheben und wir sind begierig, bald zu erfahren, ob jene Trompeter der slavischen Wühlerei in Prag gegen die deutsche Standarte Schwarz-Roth-Gold festeren Stand halten werden als die Dänen, ob Hawliczek und Palazky glücklichere Geschäfte machen werden als Laurenz Skau und Orla Lehmann. Dem erstgenannten danken wir namentlich für sein entschiedenes Programm, das hoffentlich dazu dient, die wahre Sachlage dem Blindesten in Oesterreich klar zu machen. In diesem Programm erklärt der Führer der tschechischen Exaltados: 1) Böhmen werde sich an Deutschland nicht anschließen und die von den deutschen Kreisen gewählten Abgeordneten sollen mit Gewalt an der Abreise gehindert werden. 2) Böhmen müsse sich mit den West- und Südslaven, ja selbst (hört!) mit den Russen verbinden, welche ihnen näher ständen als die Deutschen und die, den Kaiser Nikolaus ausgenommen, alle mit ihnen sympathisirten. Für eine so offene, ehrliche Sprache sind wir Deutschen dem Tschechenführer Hawliczek wirklich erkenntlich. „Ich dank' dir, Jud', daß du dieß Wort gesagt!“ Nun wird es Zeit für die deutschen Männer in Frankfurt, mit einer That zu antworten, auf jene wilden slavischen Provokationen, die bereits zum Blutvergießen geführt. Jenen biedern Tschechen außerhalb Prag, die noch nicht angesteckt sind von einem fanatischen Deutschenhaß, der an Tollheit grenzt, rufen wir die Mahnung zu: laßt euch nicht bethören von jenen Wühlern, die euch nur ins Verderben führen. Ihr habt weder das Recht noch die Macht, ein Glied Deutschlands, ein Land, das die Natur, ein Volk, das die Geschichte so innig mit den Deutschen verbunden, von unserm Leibe zu reißen. Ihr seyd nicht volle 3 Millionen Tschechen, gegen 40 Millionen Deutsche, die euch rings umgeben. Hütet euch, eine blutige Entscheidung herbeizurufen, die euch theuer zu stehen kommen dürfte: Vergesset nicht die Warnungen der Geschichte.

Italien.

Botzen, 7. Mai. Die Insurgenten in Cadore und längs der tyrolischen Grenze von Cortina bis gegen Kärnthen machen Miene in das Pusterthal über drei Punkten einzufallen. Außerhalb Cortina in Ampezzo waren unsere mit den Schützenkompagnien von Bruneck, Taufers und Welsberg vereinten Truppen bereits im lebhaften Gefecht mit den Aufständischen, wobei diese mit beträchtlichem Verluste sich zurückziehen mußten. (A. Z.)

Brixen, 10. Mai. Nachdem in dem südlichen Tyrol die gehörige Sicherstellung erreicht und die Verbindung mit Verona durch die gute Besetzung von Rivoli gesichert war, hat der Feldmarschall-Lieutenant Baron Welden den Befehl erhalten ein neues Armeekorps, welches sich zwischen Görz und Villach bildet, zu übernehmen. Dieses besteht aus 16 Bataillons Infanterie, 4 Schwadronen Reiterei, 8 Batterien und 3 Laufbrückenequipagen, und wird schon in der Hälfte Mai's zur Verstärkung des kaiserlichen Heeres nach Italien aufbrechen. Feldmarschallieutenant Welden ist heute hier durchgereist, um sich nach Villach zu begeben. (A. Z.)

Triest, 8. Mai. Unsere neuesten Nachrichten von den Operationen des Feldzeugmeisters Grafen Nugent, datiren vom 6. d. aus dem Hauptquartier Conegliano und lauten: In der Absicht unsere rechte Flanke zu decken, dann die reiche und bevölkerte Provinz Belluno zur Unterwerfung zu bringen, wurden am 3. d. M. 4 Kompagnien Banalisten unter Kommando des Majors Geramb über Trichiano und vier andere unter Leitung des Majors Handel über Ceneda gegen Belluno entsendet, die auf ihrem Vorrücken auf heftigen Widerstand stießen. Die Straße war an einzelnen Orten abgetragen, Felsenstücke zum Herabrollen vorbereitet, Barrikaden aufgeworfen, welche jedoch durch geschickte Leitung der Führer und schnelle Gewinnung der dominirenden Anhöhen glücklich umgangen wurden. Diese bedeutenden Hindernisse, der hierdurch bewirkte Zeitverlust die großen Beschwerden und die Ermüdung unserer Truppen machten es unmöglich, schon am 4. Belluno zu erreichen. Auf die darüber angelangte Meldung erhielt Generalmajor v. Culoz am 4. den Befehl mit 2 Bataillonen Erzherzog Karl Infanterie über Ceneda nachzufolgen und am 5. rückten beide Kolonnen vereint gegen Belluno, welches, obgleich zum Widerstand vorbereitet, nachdem die Uebelgesinnten entflohen waren, ohne Gegenwehr besetzt wurde. Hiebei erklärten die Munizipalbehörden, die Geistlichkeit und die Bewohner dem allein vorausgeeilten Ingenieurhauptmann Henikstein ihre unbedingte Unterwerfung, was mit vollem Recht auf die der ganzen Provinz schließen läßt, indem das Landvolk im weiten Umkreise von Belluno die Beweise treuer Anhänglichkeit an die gerechte Sache gab und Landleute selbst mit augenscheinlicher Lebensgefahr sich zur Ueberbringung von Rapporten bereitwillig erklärten. Unsere Truppen haben sich durch muthiges Ertragen aller Beschwerden und Entbehrungen und durch Beobachtung der strengsten Mannszucht ausgezeichnet. Leider konnte bei den Vorbereitungen der Insurgenten die Verbrennung der Brücke bei Capo di Ponte nicht verhindert werden, jedoch ist die steinerne Brücke über die Piave bei Belluno erhalten. (A. Z.)

„Mailänder Bülletin“ vom 9. Mai. Die Divisionen Durando und Ferrari bewegen sich von der Piavelinie aus, um den Feind zurückzuwerfen. Am Morgen des 7. marschirte Durando von Montebelluna auf Feltre gegen das österreichische Korps, welches Belluno überraschte. Gestern war etwas Gewehr- und Kanonen-Feuer die Piave entlang, ohne daß Ernstes geschah. In Venedig ist der kriegerische Enthusiasmus im Wiedererwachen. Die Predigten des Pater Gavazzi (der wie ein anderer Pater von Amiens schon in mehreren italienischen Städten den Kreuzzug mit großem Erfolg predigte) ergriffen alle Gemüther: Geldgaben und Freiwillige boten sich zum Kriege; General Antonini (mit der pariſisch-italischen Legion und den Barrikadenkämpfern, d. h. den entschiedenen Republikanern) kam in Mestre an, und wird mit seinen Truppen das strategisch wichtige Fort Marghera auf der Laguna besetzen. Ursprünglich hatte er sich mit Ferrari dahin geeinigt, daß er nach Feltre ziehen werde; aber durch die Bewegung Durando's und auf die Einladung des provisorischen Gouvernements der venetianischen Republik hat er sich zur Bewachung von Marghera entschlossen, wo seine Legion sich mit den Freiwilligen vermehren und zum Inseldrücken ordnen wird. (A. Z.)

In Turin ward am 8. Mai das Nationalparlament eröffnet. Der Stellvertreter des Königs, Prinz Eugen von Savoyen, wies in der Thronrede „auf die gewünschte Verschmelzung mit andern Theilen der Halbinsel“, wodurch, wenn diese Hoffnung in Erfüllung gehe, Sardinien jenen Grad von Macht erreichen werde, zu dem es, zum Heil Italiens, die Vorsehung führen wolle. (Morgen Näheres.)

Digitized by Google

Spanien.

Eine telegraphische Bothschaft meldet, daß in Madrid am 7. Morgens ein Aufstand ausbrach, der aber noch vor Mittag wieder gedämpft war. Die große Mehrheit des Volkes unterstützte die Regierung. (Karlsr. Z.)

Frankreich.

Paris, 10. Mai. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erfolgte die Wahl der neuen provisorischen Regierung, welche aus fünf Mitgliedern zusammengesetzt ist. Ein Vorschlag von Barbès, daß die Abstimmung über die fünf Namen mündlich stattfinden solle, ward verworfen. Um ¾ auf 1 Uhr begann die Abgabe der Wahlzettel mittelst Namensaufrufs, der um 2 Uhr beendigt war; die Sortirung der Wahlzettel dauerte bis 4 Uhr und ergab folgendes Resultat: Anzahl der Votirenden 794. Absolute Majorität 398. Lamartine 643 Stimmen; Ledru-Rollin 458; Garnier-Pagès 715; Arago 725; Marie 702.

Seit gestern besteht die Arbeiterkommission in Luxemburg nicht mehr. Ludwig Blanc hat seine Stelle als Präsident derselben niedergelegt.

Die „Alpenarmee" unter Oudinot wird durch eine vierte Division (aus 3 Brigaden bestehend) verstärkt, welche direkt aus Algier zu ihr stößt.

Unter den Bauerngutsbesitzern der Umgegend von Brive ist eine kleine Rebellion ausgebrochen. Die Eigenthümer von Grundstücken wollen die von der Republik verfügte Erhöhung der Grundsteuer um 45 pCt. nicht zahlen.

Havre, 6. Mai. So eben wurden durch Anschlag auf dem hiesigen Börsenplatz die Fallimente der bedeutendsten Häuser zu New-York bekannt gemacht, unter denen das Haus Fox und Livingston, welches man die Rothschilde Nordamerika's nannte und das mit nahe an sechs Millionen Dollars, also über 20 Millionen Fr. fallirt haben soll. Dieß die natürliche Rückwirkung der Zahlungseinstellungen der Pariser und Havrer Häuser. Vorerst ist aller Handelsverkehr mit Frankreich ganz eingestellt, das Wegbleiben der amerikanischen Paketboote angekündigt, von denen das letzte keine Tonne Fracht mehr erhielt und dessen ganze Ladung 300,000 Fr. Silber besteht. Welches Aufsehen diese Hiobsposten hier gemacht, ist nicht zu beschreiben. Dieß fehlte noch. Zu gleicher Zeit mit dieser Nachricht erhielten wir die des Aufstandes in der Hauptstadt der amerikanischen Freistaaten etwas ausführlicher. Das Volk von Washington hatte den 18. April, nachdem ein förmlicher Aufstand zu Gunsten des Fortbestehens der Sklaverei ausgebrochen war, weil die Gegner des schändlichen Sklavenhandels die Entweichung von ungefähr 80 Sklaven begünstigt hatten, das Bureau der New-Era, ein der Sklaverei ungünstiges Journal umzingelt, dessen Fenster und Thüren zertrümmert und nur mit Mühe entgingen Redakteure, Schreiber und andere Angestellte dem Tod durch den Strick. Das Schiff, welches die befreiten Sklaven entführt hatte, wurde wieder eingeholt, die Unglücklichen geknebelt und furchtbar mißhandelt, und wieder nur mit genauer Noth entging (!) dessen Kapitän dem Tod durch die fast übermenschlichen Anstrengungen der Behörden. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind noch das einzige Land der Christenheit, in welchem der Menschenhandel gesetzlich gestattet und geschützt wird, und wo es hinreicht, nur eine mißbilligende Meinung gegen diesen die Menschheit entehrenden Handel zu äußern, um ohne weiters durch die modernen Republikaner gesteinigt oder gehängt zu werden. Dennoch es lebe die Republik quand même... Hoffentlich werden die europäischen Neurepublikaner sich auch dieses bald zum Muster nehmen! — Noch immer sind an 300 der unglücklichen deutschen Familien hier und in der Vorstadt Graville und jetzt dem Verhungern nahe, da kein Mitglied derselben mehr Arbeit erhält, noch arbeiten darf. Das Elend dieser armen Leute ist unbeschreiblich; jahrelang wurden sie hier auf das mildthätigste unterstützt und ernährt, der deutsch-protestantische Geistliche Hr. Pfarrer Münz hat sein möglichstes gethan, die Lage der armen Leute zu erleichtern, aber alle Ressourcen sind erschöpft, die hier wohnenden Deutschen sind meist selbst durch die Zeitumstände in eine sehr schlimme Lage versetzt, den Franzosen geht es nicht viel besser, und dann hat die Stadt jetzt Tausende von brodlosen Arbeitern zu ernähren. Es bedürfte 3 bis 4000 Gulden, diese Unglücklichen, die buchstäblich am Verhungern, und deren große Mehrzahl Württemberger sind, nach Amerika zu schaffen. Wenn ihre Landsleute in Deutschland etwas für sie thun wollen, bevor sie auf faulem Stroh umkommen, so ist es die höchste Zeit, sonst wird es auch hier wieder zu spät. (A. Z.)

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 3. Mai. Bereits sind zwei Dampfschiffe, das eine von London, das andere von Lübeck hier eingetroffen, in diesem Jahr ungewöhnlich früh. Mit ihnen treffen allmählig unsre den letzten Winter in Paris und andern europäischen Hauptstädten verbrachten Russen hier ein. Die Listen der Abreisenden, mit denen unsre beiden akademischen Zeitungen, die russische und deutsche jedes Frühjahr gefüllt sind, zeigen nur noch Ausländer an, keine Russen. Dieses dürfte auch nur wenig während dieser Navigation vorkommen. Zwar ist bis jetzt noch kein höchster Befehl erlassen, der russischen Unterthanen vorläufig das Reisen ins Ausland verböte, doch kennt man im Publikum den bestimmt darüber geltenden höchsten Willen. Einigen, die um die Erlaubniß schon angehalten, ist sie verweigert worden. Die gegenwärtigen politischen Aufregungen im Auslande haben die frühere Reisemanie der Russen, die, so äußerst kostspielig, den theilweisen oder totalen Ruin ihres Vermögens herbeiführte, sehr herabgestimmt. — Nach allen Andeutungen, die uns die schon seit einigen Wochen hier eröffnete Navigation gibt, dürfte es mit unserm auswärtigen Handel in diesem Sommer sehr flau werden. In Kronstadt waren bis vor wenigen Tagen erst 15 Schiffe angekommen, die meisten von ihnen mit Ballast geladen. Rückfrachten von hier bei keinem mitgebrachten Gut zu nehmen, dürfte ihnen schwer werden, da auch hier der Credit allgemein erschüttert ist und bei der so eben eingehenden Erklärung der königlich dänischen Regierung, alle deutschen Schiffe mit Kaufmannsgütern in der Nord- und Ostsee segelnd, zu nehmen und der erlassenen Kriegserklärung des Königs von Preußen gegen letztere Macht, völlig zu wanken beginnt. Diese Erscheinungen machen beregte Gewässer in den nächsten Monaten für den freien Handel völlig unsicher und werden die merkantilischen Operationen dieß- und jenseits lähmen. Gleich niederschlagend lauten in dieser Beziehung die neuesten Handelsberichte aus Odessa, welche melden: „die gegenwärtigen Conjunkturen in Italien und Frankreich gewähren den Handelsstädten beider Länder wenige Hoffnung für einen festen und sicheren Handelsbetrieb, die jetzt waltende Krisis kann noch lange dauern. Der Märzexport aus Odessa erreichte die Höhe von 2,308,506 S. R., wobei Getreide, Leinsamen, Talg und Wolle die Hauptartikel waren; das meiste davon aber basirte sich schon auf vorjährige Bestellungen. Der Import aus dem Auslande belief sich in demselben Monate auf 1,155,677 S. R. Schiffe waren seit Eröffnung der Navigation bis zum Eintritt des April in Odessa eingelaufen 275, abgesegelt 148. In noch traurigeren Verhältnissen denn hier und in Odessa befindet sich der auswärtige Handel in Riga, dort waren bis zum 5. vergangenen Monats erst zwei russische Schiffe von Lübeck mit Ballast gekommene Schiffe eingelaufen, aber noch kein fremdes.

St. Petersburg, 4. Mai. In dem Gouvernements Tschernigow und Nishni-Nowgorod ist die Cholera auf's Neue ausgebrochen. Selbst in der Stadt Nishni-Nowgorod sind einige akute Fälle vorgekommen. (B. N.)

Von der russischen Gränze, 5. Mai. Ein kaiserlicher Befehl verpflichtete die Civilbeamten, welche Vermögen besitzen, auf das strengste, in ihren Dienstformularen genau und der Wahrheit gemäß anzuzeigen, auf welche Weise sie dieses erworben haben, und droht bei Unterlassung dieser Berichte oder Unwahrheiten in denselben mit strenger Strafe. — In der russischen Kirche sind in der letzten Zeit eine Menge Sekten entstanden, die ihr gerade so viele Mitglieder, auf eine andere Weise vielleicht noch mehr entziehen, als sie in Polen und den Ostseeprovinzen gewonnen hat. (B. Z.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 3. Mai. (Berl. N.) Der König hat den Reichsständen die Entwürfe zu einer neuen Reichstagsordnung und neuen reichsständischen Verfassung vorlegen lassen. Es soll das Zweikammersystem eingeführt werden, wobei die erste Kammer aus 120 auf 9 Jahre gewählten, alle drei Jahre zu einem Drittel zu erneuernden, die zweite Kammer aus 130 für die Dauer des Reichstags zu erwählenden Mitgliedern bestehen soll.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag, 16. Mai: „Dorf und Stadt", Schauspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Fremdenanzeige.

Baier. Hof. HH. v. Jerscheff, Gutsbesitzer, und v. Barischnikoff v. Moskau.

Gold. Hirsch. H. v. Baumgarten, k. k. Hauptmann von Wien.

Hôtel Maulick. HH. Baron v. Seckendorf, Oberforstmeister v. Wallerstein; Gros, Deputirter v. Wien; Meyer, Kaufmann v. Heilbronn; Rement, Privatier v. Hannover.

Gold. Hahn. HH. Baron v. Stratter, Oberlandgerichtsrath v. Stettin; Plancher, Künstler v. Metz; v. Martines, Privatier v. Worms; Tauchinger, Arzt v. Karlsruhe; Pfister, Pfarrer v. Offenbach; Leibner, Professor v. Wien; Turwald, Opernsänger v. Prag; Baron v. Suboth v. Rudelsdorf; de la Rosch, Proprietär, und v. Dupoit, Kapitän v. Brüssel; Sidert, Justizrath v. Potsdam.

Blaue Traube. HH. Dobel, Oberst v. Germersheim; v. Schelhorn, Bürgermeister, Clauß, Sachmaier, Kaufleute, Waibel, Lutz, Fabrikanten, Röck, Müller v. Memmingen; Frhr. v. Gruben, Gutsbesitzer, und Breitenbach, Assessor v. Lauingen; Schmid, geistlicher Rath v. Hofpark; Frhr. v. Malzau v. Mannheim; v. Malzau und Graf v. Roting v. Landau; Hausmann, Hofschauspieler v. Mannheim; Klurpp, Amtsnotar v. Scherzberg; Beutler, Pfleger v. Tarenbach, Pammer v. Mettighofen, Kürsinger, Landrichter v. Tenewez, Kürsinger, Landrichter v. Salzburg; Ezmath, Oberverwalter v. Murau, Deputirte nach Frankfurt.

Stachusgarten. HH. Stelzle, Cand. med., und Rollenheim, Kaufmann von Wallerstein; Barek, Dosenfabrikant von Lauingen; Mallebrein, Student v. Karlsruhe; v. Schweiger, Student v. Paris; Böhm, Schauspieler v. Innsbruck; Kuhn, Lehrer v. Altersbach; Straßberger, Salinenwerkmeister v. Dürkheim; Aldinger, Rentbeamter von Ammertingen; Kohlmüller, Student v. Würzburg; Leitam, Lehrer v. Tremmetheim; Hollmann, Student, und Hausmann, Lieutenant von Würzburg.

Gestorbene in München.

Philippine Thiers, k. Centralgemäldegalleriediener-Wittwe v. h., 50 J. alt; Anton Frhr. v. Kern, quiesc. kgl. Regierungsrath v. h., 80 J. alt

Literarische Anzeige.

Neue Schrift. — Oeffentlichkeit und Mündlichkeit im Civil-Prozesse.

2404. So eben hat in der C. H. Beck'schen Buchhandlung in Nördlingen die Presse verlassen und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Das Wesentliche des französischen Civil-Prozesses. Mit besonderer Rücksicht auf die bayerische Rheinpfalz. Für nichtrheinische Juristen bearbeitet. Von **Eduard Freiherrn v. Völdern-dorff-Waradein.** Mit 80 Formularen und einem Anhang über das Institut der Huissiers und über das Notariat. (Separat-Abdruck aus den „Blättern für Fortschritt in der Civilrechtspflege" Heft 3—5.) Nebst einer Abhandlung über Einführung der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit im Civilprozesse. 8. (17½ Bogen.) broch. Preis 1 fl. 36 kr. oder 1 Thlr.

Als Fortsetzung der von demselben Verfasser in unserm Verlage erscheinenden „Blätter für Fortschritt in der Civil-Rechtspflege" wird gegenwärtig gleichfalls das 3. bis 5. Heft, Preis zusammen 1 fl. 30 kr. ausgegeben. Den Inhalt dieser 3 Hefte bildet oben angezeigte Schrift. Der Blätter für Fortschritt in der Civilrechtspflege Tendenz ist: für Verbesserung der Civilrechtspflege und namentlich auch für Herstellung einer gleichheitlichen Civil-Prozedur in allen deutschen Landen, auf der Grundlage der Mündlichkeit, zu wirken. — Der Preis eines Heftes, deren jedes im Allgemeinen à part bezogen werden kann, ist 30 kr. oder 9 Ngr.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 128.

Münchener politische Zeitung.

Man pränumerirt auf die Zt. v. J. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr.

Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag — XLIX. Jahrgang. — 16. Mai 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 12. Mai. 51. Sitzung der deutschen Bundesversammlung. Auf eine Anfrage des Fünfziger-Ausschusses, ob die zu dessen Kenntniß gekommene Abschrift eines Separatprotokolls vom 4. Mai in Betreff der Behandlung des vorliegenden Verfassungsentwurfs authentisch sey, hatte der Revisionsausschuß unter Mittheilung eines Abdrucks jenes Protokolls bejahend zu antworten beschlossen, was von der Bundesversammlung gut geheißen wird. — Ein Bericht des Prinzen Karl von Bayern, Oberbefehlshaber des 7. und 8. Armeekorps, über den Bestand dieser Armeekorps und die süddeutschen Bundesfestungen wird behufs der Frage wegen sicherer Aufbewahrung des Festungsarmirungsmaterials der Militärkommission mitgetheilt. Der preußische Gesandte bringt nachträglich eine Eingabe von mehreren tausend Einwohnern aus der Stadt und dem Kreis Posen zur Kenntniß der Bundesversammlung, worin diese um Aufnahme in den deutschen Bund bitten. Derselbe Gesandte zeigt an, daß der Transport von Steinkohlen und Koaks rheinaufwärts bis Andernach durch Dampfschleppschiffe und weiter auf der Achse ununterbrochen fortdauere und der Schutz der Dampfschleppschifffahrt von Militär- und Zivilbehörden nach Möglichkeit gewährt werde. — Der badische Gesandte zeigt an, daß nach eingetretener Beruhigung des dortigen Landes die Bundestruppen anderer Staaten zur Erhaltung der innern Ruhe nicht wesentlich erforderlich seyen; da die großherzoglich hessische Regierung zugleich um Zurückziehung ihrer Truppen gebeten, so wird beschlossen, dem Oberbefehlshaber des 7. und 8. Armeekorps zu überlassen, diese Zurückziehung nach Thunlichkeit zu bewerkstelligen. — Namens des luxemburgischen Gesandten wird angezeigt, daß die Wahlen im Limburgischen zur Nationalversammlung keinerlei Beschränkungen, welche mit dem Beschluß des Vorparlaments und dem Bundesbeschluß vom 7. April nicht übereinstimmen, unterworfen worden seyen, und daß indirekte Wahlen stattfinden, welche am 12. und 16. Mai vorgenommen werden sollen. Dieß wird dem Fünfziger-Ausschuß auf dessen Nachfrage mitzutheilen beschlossen. — Auf einen Antrag der luxemburgischen Regierung wird beschlossen, den Gouverneur der Festung Luxemburg zu ermächtigen, zur Dämpfung von Unruhen im Großherzogthum kleinere Detaschements nöthigenfalls auch über den Rayon der Festung hinaus, unbeschadet der Sicherheit der Festung, unter eigener Verantwortlichkeit abzuordnen. — Auf einen Bericht der Reklamationskommission wird beschlossen, den Buchdruckerei-Inhaber Krebs zur Veranstaltung einer Quartausgabe der Bundesprotokolle, welche unmittelbar nach Unterzeichnung derselben erscheinen sollen, zu ermächtigen. — Auf eine Eingabe des Nationalvereins für deutsche Auswanderung nach Amerika wird beschlossen, das gemeinnützige Streben dieses Vereins anzuerkennen, ihm die thunliche Unterstützung wegen etwa zu beantragender allgemeiner Maßregeln zuzusichern und die Erwartung auszusprechen, daß bei der Neugestaltung Deutschlands diese wichtige Angelegenheit zur Nationalsache werde erhoben werden.

Frankfurt, 12. Mai. Der Fünfziger-Ausschuß war heute von 9 Uhr bis nach 2 Uhr Nachmittags versammelt. Das Resultat der Berathung war eine energische Verwahrung gegen das geheime Separatprotokoll vom 4. Mai. Die Aufregung, welche dieses Protokoll veranlaßt hat, ist sehr groß. Die liberale Partei (und welche Majorität bildet sie!) verlangt, daß die konstituirende Befugniß der Nationalversammlung in keiner Weise beschränkt werde. Die Spannung, mit welcher man im Publikum dem Ergebnisse der Sitzung des Fünfziger-Ausschusses entgegen sah, war groß. — Diesen Nachmittag versammelten sich im Kaisersaale die bis jetzt hier eingetroffenen Mitglieder der Nationalversammlung, mehr als 60 an der Zahl. Der ganze große Saal war mit Zuhörern aus allen Ständen (wohl über 1000) angefüllt. Ein Mitglied (aus Württemberg) bemerkte: das Separatprotokoll der Bundesversammlung vom 4. Mai, welches eine so lebhafte Aufregung hervorgerufen habe, scheine ihm von solcher Wichtigkeit, daß eine Besprechung über dasselbe in dieser Versammlung schon jetzt wohl an der Stelle sey. Es wurde entgegnet: daß diesem Protokolle heute schon in der Sitzung des Fünfziger-Ausschusses sein Recht widerfahren, daß die gegenwärtige Versammlung lediglich privater Natur sey und deßhalb diese Angelegenheit der Nationalversammlung selbst, die ja in wenigen Tagen zusammen trete, überlassen werden möge. Die Versammlung beschloß, den Antrag auf Besprechung über das Separatprotokoll auf sich beruhen zu lassen. Noch einige Punkte sekundärer Natur wurden verhandelt und die Sitzung gegen 5 Uhr aufgehoben. (K. v. u. f. D.)

Aufforderung an alle Deutschen!

Da nun die Eröffnung des Parlaments in Frankfurt auf den 18. Mai bestimmt ist, so bringen die Unterzeichneten einen Gedanken in Anregung, der gewiß auch schon in Vielen lebte. — Nach der Völkerschlacht bei Leipzig brannten auf den deutschen Bergen Feuer, da das Joch der Fremdherrschaft abgeschüttelt war — ein noch größerer Tag naht heran: Die Deutschen feiern die beginnende Einigung ihres Vaterlandes, die erste Bedingung zu dauerhafter innerer Freiheit. — Auf unserm Kaiserstuhl wird am Vorabend des 18. Mai's ein Feuer lodern; möge auf allen Höhen, so weit die deutsche Zunge klingt, von der Nordsee bis zum adriatischen Meere Gleiches geschehen. — Die aufsteigenden Feuersäulen sollen zeigen, daß das deutsche Volk die mächtige Bedeutung des neuen Reichstags erkenne, sie sollen seine Begeisterung für denselben darthun; die Flammensäulen sollen aber auch die Männer, denen unser Heiligstes anvertraut ist, mahnen, daß das Volk wacht, daß es ein mächtiges, aber auch freies Vaterland verlangt. Heidelberg, 12. Mai 1848. Otto Welcker. Karl Mittermaier.

Bayern.

Landtag.

**München, 12. Mai. (XXIX. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische Graf v. Bray, dann Frhr. v. Thon-Dittmer. — Fortsetzung der Berathung über das „Ablösungsgesetz". — Nachdem die von der Regierung eingebrachte Modifikation bezüglich des Forstrechts in den kombinirten Ausschüssen zur Berathung gekommen war, beschlossen dieselben, jene Modifikation sey zur Annahme nicht zu empfehlen, vielmehr der Gegenstand einem besondern Gesetz vorzubehalten. — Hiebei werde, äußerte Referent Schwindl, die Zweckmäßigkeit, ja Nothwendigkeit des Gegenstandes durchaus nicht verkannt, vielmehr müsse er gründlich geprüft und erwogen werden, was nur von Seite der nächsten Ständeversammlung möglich sey. — Noch wünscht der Ausschuß, daß die Modifikation der Regierung bei Art. 19 zur Sprache komme. — Ebert. Die fragliche Modifikation hat die Landeigenthümer tief ergriffen. Sie verlangen eine Erweiterung der Streuabgabe. Alle Bitten blieben ohne Erfolg. — Leppold wünscht gleichfalls, daß man freigebiger mit der Streuabgabe verfahre. — Nachdem noch mehrere Redner gegen die Modifikation gesprochen, wird Schluß verlangt. — Minister v. Thon-Dittmer erblickt in der Auffassung dieser Modifikation von Seite der Kammer Mißverständnisse. Es handle sich nicht um Aufhebung, sondern Fixirung, Feststellung von Forstberechtigungen. — Bei der Abstimmung werden die Regierungsmodifikationen zu Art. 9 und 10 mit großer Majorität verworfen, Art. 9, 10 und 11 werden ohne Diskussion angenommen. — Zu Art. 12, 3 macht Dekan Bauer die Modifikation, daß „Einwendungen gegen den rechnungsmäßigen Nachweis der Zehentertrágnisse nur dann zugelassen werden, wenn dieselben durch die Gerichte begründet wurden. — Der I. Sekretär, Stockinger, bestreitet dieselbe. Man soll doch nicht nun Alles gleich mit Prozessen beginnen. Doch dürfe man die Gerichte nicht ganz ausschließen. Das Beste sey, im Fall eines Widerspruchs sollten die Gerichte sofort eine Kommission Sachverständiger niedersetzen. Dieses Kompromißgericht würde nicht so kostspielig seyn, wie ein Prozeß. Einige man sich aber nicht, so sey es noch immer Zeit, den Rechtsweg einzuschlagen. — v. Rotenhan ist für den rechnungsmäßigen Nachweis, erst eventuell für Schätzung. Wenn Einwendungen gegen den erstern gemacht werden, und die Gerichte, d. h. die Landgerichte, im Einvernehmen mit den Rentämtern sie prüfen und darüber entscheiden, so entstehe dadurch noch kein Prozeß. — v. Scheurl gibt die faktische Aufklärung, daß bis jetzt die Fixirung nicht von den eigentlichen Gerichten beschäftigt werde, sondern von den Distrikts-Polizeibehörden. Es müsse daher jedenfalls die fragliche Beschäftigung den wirklichen Gerichten überlassen werden, sonst könne er nicht für die Modifikation stimmen. — v. Habermann spricht gegen die Modifikation. — Ney widerlegt den Dekan Bauer, weil eigene Skripturen nie den geringsten Beweis machen können. — Dekan Bauer bringt die Modifikation ein: „Einwendungen, welche die das Fixationsgeschäft leitende Behörde begründet findet." — Stockinger dringt wiederholt darauf, daß nicht die Gerichte, oder die Distrikts-Polizeibehörde, über die Einwendungen in I. Instanz entscheiden, sondern eine Kommission Sachverständiger. — v. Habermann klärt auf, daß wenn Rekurs beim treffenden Appellationsgerichte ergriffen werden soll, in I. Instanz die Civilgerichte, nicht die Polizeibehörden, über die Einwendungen im beschleunigsten mündlichen Verhör zu entscheiden haben müsse. — Schlund spricht sich gegen die Anhaltspunkte aus, welche die zum Theil übermäßig hohen Verpachtungsbeträge geben sollten. — Keim entgegnet, da Schlund auf Thatsachen sich stützen will, daß Uebertreibungen statt fanden. — Schlund klärt auf, daß hier gemeindliche Zerwürfnisse in Mitte lägen. — Referent Dr. Schwindl ist dafür, daß die Fixation zunächst auf friedlichem Wege erreicht werde, nicht aber, wie v. Habermann, mit einem Prozesse, durch den das Mittel gegeben sey, den Pflichtigen 10 Jahre lang hinzuhalten. Verständigung, Schätzung, Kompromiß der Sachverständigen, dann einst der Rechtsweg. — Ministerialrath v. Benning macht darauf aufmerksam, daß der Instanzenzug nach der neuen Gerichtsverfassung ein anderer seyn werde, als der in Diskussion besprochene. Bezirksgericht, Appellationsge-

richte. — Art. 12, Abthl. 1 und 2 angenommen; in Abthl. 3 die Habermann'sche Motion, wegen Civilgerichten, die Bauer'sche, bezüglich „der die Geschäfte der Fixation leitenden Behörde", verworfen. Dagegen die Ausschußmodifikationen in Abthl. 3 und 4 genehmigt, somit der ganze Artikel. — Art. 13. Dr. Ruland glaubt, daß für die Ermittlung des Wein-Zehentertrügnisses ein zu kurzer Zeitabschnitt gegeben sey. Die schreiendste Rechtsverletzung in diesem Artikel sey aber der Umstand, daß Weinberge viele Jahre mit Klee besäet, dann erst mit Wein bebaut werden, in den ersten 10 Jahren aber gesetzlich zehentfrei sind. Somit gibt ein so kurzer Zeitabschnitt keinen Anhaltspunkt. — Pfarrer Dittmar bestätigt die Versicherung des Redners vor ihm. — Fischer (aus Würzburg) bemerkt dagegen, daß der Weinzehent größtentheils in Franken schon fixirt sey. — Hiemit stimmt auch Sattler überein. — Art. 13 Abthl. 1 genehmigt. Abthl. 2 (den Obst-, Heu- und Hopfen-Zehent betreffend) verworfen. — Art. 14. Hiebei will Ebert auch die Rechte der Pächter gewahrt wissen. — Die Kammer findet keinen hinreichenden Grund hiefür. — Die Art. 14 und 15 ohne Diskussion angenommen. — Art. 16. Hiezu die Regierungsmodifikation Abs. 4. Schluß. Dann nach der Entschließung des königl. Finanzministeriums vom 29. Dez. 1834, die Handlohnsfixirung und Ablösung betreffend, unter Abänderung der in derselben enthaltenen 20 Jahre, die statt von 1833/34 an, nur von 1847/48 rückwärts zu zählen. — Ministerialrath v. Hermann erläutert, daß die letzt allegirten Verordnungen mehr auf praktischem Boden ständen; es sollte die Fixirung bei Gleichheit des Prozents und der Norm, nur nach Durchschnittsberechnungen in größern Distrikten durchgeführt werden. Es gäbe dieß einen sichern Anhaltspunkt. — v. Habermann bemerkt, daß das Ausschußreferat sich bereits auf die spätern Erläuterungsreskripte der Verordnung vom 19. Juni 1832 beziehe. — Ney bringt gegen die Regierungsmodifikation die Modifikation ein, wonach der niedrigere Güterwerth von 1833/34 ab 20 Jahre rückwärts die Fixationsnorm des Handlohns abgeben soll. — Referent Schwindl spricht für die Ney'sche Modifikation. — Ministerialrath v. Hermann behauptet, daß die Billigkeit in Mitte liege. Die 20 Jahre von 1833/34 rückwärts seyen wahre Unglücksjahre für die Gutsbesitzer gewesen. Warum gerade jene auswählen? In der frühern Verordnung wurde ein ganzes Handlohn für alle Zukunft, jetzt sey blos die Hälfte dafür festgesetzt. — Minister v. Thon-Dittmer findet für die Zurückrechnung von 1833/34 keinen Ausdruck; die Unbilligkeit steigere sich auf den höchsten Grad. — Nachdem die Diskussion bereits geschlossen, erheben sich mehrere Stimmen für die Wiederaufnahme derselben. — Referent Schwindl schlägt vor, ein billiges Abkommen zu treffen. — Ruland glaubt, daß man es eben recht arg auf die Obereigenthümer abgesehen habe. — v. Rotenhan weist darauf hin, daß die Obereigenthümer ohnedem durch Fixation viel verlieren, man solle darum um so billiger seyn. — Kolb (von Straubing) geht auf die Natur des Laudemiums zurück; er findet es blos im Herkommen begründet. Die Besitzveränderungsfälle hätten sich in neuerer Zeit bei dem Aufhören der Gutsgebundenheit ungeheuer gemehrt. Diese Mehrung der Fälle gäbe aber eine unverhältnißmäßig hohe Fixationsnorm, wenn feststehe, daß zur Zeit der Gutsgebundenheit die Besitzveränderungsfälle nur innerhalb 20—30 Jahren sich ergaben. — Ney macht den Zusatz zu seiner Modifikation, welcher bezweckt, daß die Durchschnittsjahre von 1840 rückwärts bis 1820 gerechnet werden sollen. — Der Regierungskommissär, sowie der Minister v. Thon-Dittmer, erkennen hierin ein billiges Abkommen. — Abstimmung über Art. 16, 1, in der modifizirten Fassung angenommen; 2 und 3, die letzte Modifikation von Ney (1840 bis 1820 rückwärts,) der ganze Artikel nach der Ausschußfassung ebenfalls. — Hiemit wurde die Sitzung geschlossen und die nächste auf heute Nachmittags 4 Uhr anberaumt.

München, 16. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XXXIV. auf heute um 9 Uhr Vormittags angesetzte öffentliche Sitzung.) 1. Verlesung des Protokolls der XXXIII. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Fortsetzung der Berathung und Schlußfassung über den Gesetzentwurf: die Wahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung betr.

Baden.

Mannheim, 12. Mai. Durch öffentlichen Anschlag ist gestern Abend bekannt gemacht worden, daß die Erklärung in den Kriegszustand wieder aufgehoben ist. Jedoch sind vorerst keine Volksversammlungen hier gestattet, und die der Bürgerwehr gehörigen Waffen werden erst nach eingetretener neuer Organisation derselben wieder an sie ausgefolgt. Zugleich ist beigefügt, daß 1) die Einquartierung der dahier befindlichen Truppen zu Lasten der Stadt schon mit dem 10. d. M. ihr Ende genommen hat; 2) daß ein Theil dieser Truppen in den nächsten Tagen Mannheim wieder verlassen, 3) daß die Ausfolgung der Privatwaffen im Zeughause vom Heutigen an gegen Vorlage der ausgestellten Bescheinigungen eintreten, und endlich 4) daß durch das zeitweise Verbot der Volksversammlungen Vereinigungen der Wähler zur bevorstehenden Parlaments- und hiesigen Bürgerausschußwahl in keiner Weise beschränkt sind. (Karlsr. Z.)

Heidelberg, 11. Mai. Gestern fand die angekündigte kirchliche Versammlung im großen Saale des Lyzeums unter dem Präsidium des Prof. Dittenberger Statt. Sie war von den Gliedern der theologischen Fakultät und einer sehr großen Anzahl von Geistlichen und Kirchenältesten der verschiedensten theologischen und kirchlichen Richtungen besucht. Die Verhandlungen erstreckten sich auf die Nothwendigkeit einer kirchlichen Reform hinsichtlich des Verhältnisses der Kirche zum Staat und der autonomischen Organisation der ersteren, sowie auf Bildung einer deutschen evangelisch-protestantischen Nationalkirche. Man konnte jedoch nur eine kleine Anzahl von Sätzen zum Abschluß bringen, und es wurde daher die Fortsetzung der Berathung durch eine weitere Versammlung am 24. d. beschlossen. Besonders interessant war es, die Vertreter der entgegengesetztesten theologischen Richtungen, z. B. den Seminardirektor Stern und Abg. Zittel in gemeinsamer Berathung zu sehen, und besonders erfreulich dabei, keinerlei Leidenschaftlichkeit oder Bitterkeit, wie sie das beinahe unaustilgbare odium theologicum so leicht mit sich bringt, zu verspüren. Mit reicher Sachkenntniß und großer Gewandtheit vertrat Dr. Hundeshagen die von ihm in Verbindung mit Dr. Dittenberger aufgestellten Thesen, deren Inhalt in ausführlicher und schöner Durchführung wiederholt durch Dr. Ullmann angegriffen wurde. (M. Z.)

Preußen.

Berlin, 9. Mai. Zwischen England und Preußen ist, dem Vernehmen nach ein Schutz- und Trutzbündniß abgeschlossen. Das englische Kabinet hat an Präliminarien für die von ihm übernommene Vermittelung in der dänisch-deutschen Angelegenheit die Proposition gemacht, daß Dänemark sofort den Blokadezustand der von ihm gesperrten Häfen aufzuheben, hingegen Preußen Jütland zu raumen habe.

Königsberg, 7. Mai. Die Nachricht trifft hier ein, daß in dem nur 4 Meilen entfernten Städtchen Domnau ernstliche Unruhen ausgebrochen sind und ein großer Theil der Stadt in Flammen steht. Beim Abgange der Estaffette sollen bereits 45 Gebäude niedergebrannt seyn, auch die Stadtkirche ist durch das Feuer zerstört worden. Die Unruhen in hiesiger Gegend mehren sich von Tag zu Tag, und wir werden von den schrecklichsten anarchischen Zuständen bedroht. Die Gutsherrschaften führen förmlich Krieg mit den tumultuarischen Insileuten und Scharwerkern, müssen sich verschanzen und verbarrikadiren mit ihrem Haus- und Dienstpersonal, fallen aber doch oft in die Hände der Aufrührer und müssen diesen dann geben und bewilligen, was sie verlangen, wenn sie nicht ihr Leben oder ihre Gesundheit aufopfern wollen. Soeben marschirte wieder eine Kompagnie Infanterie nach dem eine Meile von hier gelegenen Gutenfeld, wo große Unruhen entstanden sind; eine Eskadron Kürassiere marschirte heute früh ebenfalls auf's Land und mehrere Abtheilungen Infanterie und Kavallerie sind gegen die Aufrührer auf dem Lande aktiv. (B. Z.)

Königsberg, 8. Mai. Unter einer Husarenbedeckung trafen heute zwei Abtheilungen von 43 und 24 Polen hier ein, die aus dem Königreiche geflüchtet sind, um sich ihrer Angabe nach der Aushebung zum russischen Militär zu entziehen. Sie sind bei Thorn über die Gränze getreten und gehören größtentheils den höhern Ständen an. Bei ihrem Durchzuge durch Elbing hat sich daselbst ganz unverhohlen eine große Mißstimmung des Volks gegen sie kundgegeben, die durch die steten Nachrichten von den im Großherzogthum an Deutschen verübten Plünderungen, Gewaltthätigkeiten und Abscheulichkeiten jeder Art gegen den ganzen polnischen Volksstamm hier überall hervorgerufen ist. (D. A. Z.)

Danzig, 8. Mai. Unser Hafen ist nun auch blokirt, doch hofft man, daß unsere „Amazone" in Begleitung des französischen Dampfschiffes „la Reine", welches 6 Kanonen führt und hier seit Herbst zum Verkauf liegt, das dänische Schiff, welches schwach bemannt seyn soll, vertreiben wird.

Swinemünde, 10. Mai. Seit vorgestern Mittag sind auch die letzten 15 Schiffe von der Rhede wieder abgegangen, und die Fregatte „Havfruen" hat gestern Abend um 6 Uhr unsere Rhede verlassen, ist indeß in einiger Entfernung kreuzend sichtbar. Bei Anbruch des heutigen Tages wurde ein dänisches Dampfschiff gesehen, das später sich östlich wendete und ohne Zweifel das Rapportiren an die in der Ostsee die Blokade ausübenden dänischen Kriegsschiffe ausführen soll. — Der Kommandeur der dänischen Fregatte hat das ungehinderte Ein- und Auslaufen der Dampfschiffe „Wladimir" und „Düna" gestattet, auch gestern das erwähnte, von ihm genommene Fischerboot wieder freigegeben, dagegen den Artilleristen Hoffmann und den Fischer Groth zurückbehalten. (Ostſ. Z.)

Posen. Am 8. Mai Nachmittags hatten sich Tausende unserer deutschen Mitbürger vor dem hiesigen Garnisons-Lazarethe auf dem Kanonenplatze versammelt, um eine Feierlichkeit traurigster Art zu begehen, auf welche die wärmste Frühlingssonne, die Herzen tröstend und erhebend, herabschien. In langem Zuge wurden die reichbekränzten Särge der 7 Soldaten, deren Leichen Freitag aus Buk hereingebracht worden waren, zur letzten Ruhestätte auf den hiesigen Garnisonskirchhof unter den Festungswerken hinüber geführt. Diese 7 Unglücklichen, deren abnorme Todeswunden nach ärztlichem Urtheil darauf haben schließen lassen, daß sie sämmtlich in den Quartieren ein entsetzliches Ende gefunden, gehören sämmtlich zum 2. Bataillon 18. Infanterie-Regiments. Einige Angehörige der beklagenswerthen Opfer waren bei der Grabfeier zugegen, so namentlich die Ehefrau des Einen. Unter den höheren Offizieren erblickte man mit Freude den Soldatenvater von Steinäcker, der nun auch schon lange von Posens deutschen Bürgern wegen seiner rastlosen Thätigkeit und Fürsorge als Freund und Vater begrüßt wird. Der Militär-Ober-Prediger Niese hielt in seiner bekannten zum Herzen dringenden Weise die Grabrede, die von dem Geiste des wahren Christenthums, von dem Geiste der versöhnenden, vergebenden Liebe durchweht war. (Pos. Z.)

Kranthofer-Krotowski ist in dem Dorfe Konarzewo bei Stenschewo verhaftet, wo er, nachdem das Schloß von Soldaten umzingelt war, im Garten sein Gewehr vergrub und gegen die beiden Husaren von der von Eckartsbergschen Schwadron, die sich seiner Person bemächtigt hatten, vorgab, er sey der Gärtner. Auch der Schlossermeister Lipinski wurde vorgestern gefangen hier eingebracht. (Pos. Z.)

Schleswig-Holstein.

Rendsburg, 9. Mai. Man erwartet im Verlauf der Woche sämmtliche Freikorps hier zurück, um dann unter angemessenen Feierlichkeiten hier entlassen zu werden. Der wackern Streiter, wenigstens der Scharfschützen unter ihnen, harrt indessen schon eine andere Bestimmung. Sie werden eine ehrenvolle Verwendung finden auf den Kriegsschiffen und Dampfböten, die jetzt mit aller Energie in Hamburg und Bremen ausgerüstet werden, um der schmachvollen Blokade unserer Ströme und Häfen ein Ende zu machen.

Kolding, 8. Mai. (Abends 6 Uhr.) So eben geht hier die zuverlässige Nachricht ein, daß Fridericia seit 7—12 Uhr von den Dänen mit 24 bewaffneten Schiffen hart beschossen werden und dabei die Stadt an zwei Stellen in Brand gerathen ist. Die preußische Artillerie mit 8 Geschützen hat kräftig geantwortet und ein großes Geschützschiff (nach einer spätern Mittheilung) drei Kanonenboote in Grund geschossen. (H. H.)

Freie Städte.

Lübeck, 9. Mai. In Folge der Kriegserklärung Dänemarks und der dänischerseits erfolgten Beschlagnahme mehrerer lübeckischer Schiffe hat der Senat am 2. Mai in außerordentlicher Versammlung beschlossen, „daß alle hier selbst oder in Travemünde ankommenden Schiffe mit Embargo zu belegen seyen." Dem entsprechend, sind die erforderlichen Verfügungen sofort an die

hiesigen Behörden erlassen. Das Militär ist, begleitet von einer großen Anzahl Bürger, heute nach Travemünde ausgerückt, um die Vertheidigung der Seeküste zu übernehmen. Die Bürgergarde hat für die Dauer der Abwesenheit desselben den Dienst in der Stadt übernommen und schon gestern alle Wachen besetzt. Zur Sicherung des Hafens ist eine feste Verschanzung aufgeworfen, die, mit 16 Stück Geschütz (4 von größerem und 12 von kleinerem Kaliber) versehen, das Einlaufen dänischer Kriegs-Fahrzeuge abzuwehren, vollkommen im Stande ist. Zudem sind zur Sperrung des Hafens mit Ketten bereits die nöthigen Maßregeln getroffen. Die von verschiedenen Seiten ergangenen Aufrufe zur Gründung einer deutschen Flotte haben auch hier lebhafte Theilnahme hervorgerufen, und es sind bereits namhafte Beiträge zur Disposition gestellt. (H. C.)

Oesterreich.

Prag, 4. Mai. Die Stadt ist ruhig, was man allenfalls so nennen mag. Starke Patrouillen aber durchziehen dieselbe. Wohl nöthig, da der einmal aufgewiegelte Pöbel sich nicht so leicht in's alte Geleise bringen läßt. Daß der ganze Krawall gegen die Juden bezahlt war, stellt sich offiziell heraus. Vom Grafen Leo Thun sieht und hört man nichts, der Bürgermeister Dr. Strobbach erlag bald der Wucht seines Amtes, er hat auch Prag verlassen und ist in Wien. Was die Wahlen für Frankfurt betrifft, so kann ich über die ganz deutschen Kreise nur das Erfreulichste berichten. Ueberall sind oder werden die Wahlen bereits vorgenommen. Es zeigt sich daselbst der beste Geist. Sonderbar und doch wahr: vom Bunzlauer Kreisamte ist das Ministerialreskript bezüglich der Wahlen noch nicht kundgemacht! Die Reichenberger werden deßhalb doch ihren Weg gehen. Aber selbst böhmische Distrikte sind, was jetzt staunenswerth ist, zur Wahl geschritten. Pisek hat gewählt! Auch von Klattau meldet man das. Deutschbrod hat bezüglich der Wahlen bis nach Iglau hin Anordnungen getroffen. Soviel wir gehört haben, soll das böhmische Landvolk die Emissäre der Ultratschechen ganz desavouiren. Von Olmütz vernehmen wir, daß von Seite der Tschechen eine ungeheure Thätigkeit entfaltet werde. Das durch Emissäre dort aufgewiegelte Landvolk will die „Frankefortsky" erschlagen, denn „Frankfurt liege hundert Meilen hinter Olmütz, und dann müßten sie bis dahin Vorspann geben." (Laut Brief.) Auch die Geistlichen, welche von den akatholischen Deutschen nichts gutes erwarten, sind schuld an dieser Lage der Dinge. Wenn man schon durchaus wählen müsse, sagt man, wolle man den Abgeordneten sehr beschränkende Instruktionen mitgeben. Die Universität allein, d. h. die Studirenden sind gesund deutsch, aber von Seite einiger tschechischen Professoren wird aus allen Kräften gegen den Anschluß an Deutschland gearbeitet. Das Benehmen derselben gegen mehrere daselbst befindliche deutsche Professoren, namentlich gegen Dr. Ficker und Dr. Zeidich ist empörend. Sie erfrechten sich sogar in einer Zusammenkunft eigenmächtig zu suspendiren. Auch wird von ihnen jedes Mittel angewendet um den dort bestehenden deutschen Verein „Concordia" beim Volk zu verdächtigen. Daß Zator und Auschwitz schon für Frankfurt gewählt, werden Sie wohl schon wissen. Jedenfalls bemerkenswerth! In Teschen hat sich ein Wahlkomité gebildet. In Biala ist Seliger gewählt. Die Bielitzer haben den Tschechen von Brünn erklärt, daß auch sie Landsleute in den Karpathen haben, die, wenn es noth thäte, herabsteigen würden. In Troppau hat sich ein gewisser Herr Pfinger, Professor, für die tschechische Sache sehr thätig gezeigt. Aber wahrlich, Schlesien ist kein Boden für derartiges. Noch was, zu wichtig als daß es hier nicht berührt werden sollte. In Troppau ging unter dem Volke eine Dankadresse an den Kaiser zur Unterschrift herum. Darin war aber ein Platz leer gelassen, und womit war dieser dann ausgefüllt? Mit der Bitte an Se. Majestät Schlesien und Mähren Böhmen einzuverleiben. Man zerriß dann die Schrift.

(Allg. Oesterr. Z.)

Triest, 10. Mai. Die Wahl der Deputirten zum deutschen Parlament für die Stadt und das Gebiet von Triest ist vorüber, und hat den Direktor des österreichischen Lloyd, Hrn. Karl v. Bruck, und den Aktuar der hiesigen Börse, Hrn. Dr. Friedrich Burger, getroffen. Als Ersatzmänner wurden gewählt: die HH. C. Rugensdorf, H. Lutteroth, J. Pagenauer und E. Mettike. Die Wahlen für den Görzer- und Istrianerkreis sind noch nicht bekannt, werden aber sicher eben so wie hier, Männer treffen, welche Deutschland Ehre machen. Vom Kriegsschauplatze sind wir seit einigen Tagen wieder ohne alle Nachrichten, was um so unangenehmer ist als es nicht an Leuten fehlt, die absichtlich allerlei Gerüchte aussprengen, die man bei dem unerklärlichen Ausbleiben offizieller Berichte nicht zu widerlegen vermag. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Aus Ungarn. Die Nachrichten bezüglich der Verfolgungen der Juden in Ungarn haben alle Gemüther bestürzt und man lebt in großer Furcht. Am 1. Mai sind in Waag-Neustadtl, Neutraer Komitat, sämmtliche Judenhäuser geplündert worden. Nur 6 Häuser blieben, da das Militär, 1000 Mann stark, durch die energische Rede eines Geistlichen beseelt, kräftig einhieb, verschont. Von den Rebellen sind 8 erschossen und vielleicht 100 eingezogen worden.

Schweiz.

Uri, 8. Mai. Die Landesgemeinde von Uri, die bei sehr schönem Wetter und nach ziemlich zahlreichem Besuche den 7. d. Mts. Statt fand, erfüllte dieses Jahr das Herz jedes friedlichgesinnten Urners mit tiefer Wehmuth. — Was seit Menschengedenken in Uri nie geschah, ist gestern geschehen. — Die ärgerlichsten Auftritte der Erbitterung und Entzweiung ließen sich unter dem sonst so friedlichen Urnervolke hohen und niedern Standes wahrnehmen. Mit vieler Umsicht und großer Geschäftskenntniß eröffnete Hr. Landammann Z'graggen die hohe Versammlung, indem er auf die traurigen innern und äußern Verhältnisse des Vaterlandes aufmerksam machte und zu Frieden und Einigkeit im Innern und zu klugem Benehmen gegen die Miteidgenossen ermahnte. Auch die ersten Wahlen eines neuen Landammans und Statthalters, wozu Dr. Lusser und Hr. Alex. Muheim noch einstimmig bezeichnet wurden, liefen ruhig ab, obwohl Hr. Lusser bei der Annahme der Landammanstelle schon die Männer der Siegwartischen Partei anzuempfehlen schien, was schon einiges böses Blut mag hervorgebracht haben. Allein bei der Besetzung des Seckelamtes und des Regierungsrathes zeigten sich dann ganz furchtbar die erhitzten Parteien. Die schmählichsten Aeußerungen und Beschimpfungen fanden Statt. Die ganze unselige Sonderbundsgeschichte wurde wieder ans Licht gebracht, dafür und dawider mit aller Heftigkeit gestritten und endlich trug die alte Partei des Sonderbundes den Sieg davon, indem zwei heftige Verfechter desselben als Seckelmeister und Regierungsrath gewählt wurden: nämlich Althsbr. Schillig und Landesfähndrich Infanger. Landammann Z'graggen, der zur Zeit der größten Noth durch weise Vermittlung und eine ehrenvolle Kapitulation mit General Dufour vor den fernern Gräueln des Bürgerkriegs das Land rettete, und um die harte eidgenössische Okkupation aufzuheben, mit dem Hrn. Muheim dem für Uri Kaution leistenden Hause Ehinger von Basel Bürgschaft leistete, wurde aus Allem entfernt, wofür er gewiß nicht zu bedauern ist, wohl aber das liebe Vaterland, das an ihm einen weisen, gemäßigten Vorsteher verlor. Da die Versammlung dann fast auseinander getreten und Niemand sonst die Gesandtstellen bekleiden wollte, wurden mit kaum 100 Händen Hr. Karl Muheim und Jauch als Gesandter gewählt. (Basl. Z.)

Italien.

Wien, 10. Mai. Der Feldzeugmeister Graf Nugent hat nach Berichten aus Conegliano vom 7. die jenseits von den Insurgenten besetzte Piave, die er bei Belluno bereits überschritten hat bei Capo die Ponte forciren müssen, weßhalb sich der Angriff gegen Treviso bis Dienstag (9.) verzögern dürfte. Es stehen bei Treviso gegen 15,000 Mann feindlicher Truppen mit 20 Kanonen, theils Insurgenten, theils Freischaaren und piemontesische Truppen. General Durando kommandirt die Crociati. Unterdessen rücken die bei Belluno eingetroffenen Truppen von dieser Seite auch gegen Treviso vor, und Graf Nugent selbst hat verkünden lassen, daß er die Feinde bei Treviso unverzüglich angreifen werde.

(Wien. Z.)

Wien, 11. Mai. Die heutigen Nachrichten aus Conegliano vom 8. bestätigen die gestern mitgetheilten Berichte über den Stand der Dinge in Treviso, wo sich die Insurgenten mit den päpstlichen Truppen zu einem heftigen Widerstand zu rüsten schienen. Feldzeugmeister Graf Nugent, dessen Hauptquartier sich Montags noch in Conegliano befand, hatte sich an diesem Tag nach Belluno begeben und eine große Rekognoszirung unternommen. General Culoz war den nämlichen Tag mit 4000 Mann auf der Straße nach Treviso bis Feltre vorgerückt, was im feindlichen Lager bei Treviso einen panischen Schrecken verbreitete. Graf Nugent kehrte Montag nach Conegliano zurück und bereitete sich auf den gemeinschaftlichen Angriff, der Dienstag oder Mittwoch (9. oder 10.) erfolgen wird, vor. Von Pordenone waren noch 2 Grenzbataillone und ein Infanterieregiment (Heinau) in Eilmärschen herbeigezogen worden. Palma nuova und Osopo sind fest cernirt. Sämmtliche Truppen sind vom besten Geiste beseelt und Lebensmittel in Ueberfluß in Conegliano und Belluno gefunden worden. Die Nobili hatten bei Herannahen unserer Truppen in diesen Städten alle Vorräthe zerstören oder verschleppen wollen, allein die Einwohner mit den Munizipalitäten an der Spitze widersetzten sich. Eben so wenig durften die flüchtigen Nobili von ihrer Habe etwas wegführen. Es sind heute mehrere Estaffetten aus dem Hauptquartier des Marschalls Radetzky vom 7. und vom Feldzeugmeister Nugent hier eingetroffen.

Verona, 7. Mai. (Aus einem gedruckten Bericht.) Wir glauben die nachfolgenden umständlicheren Notizen über die Vorfälle des mit Armeebulletin Nr. 10 vom 6. Mai angezeigten siegreichen Gefechts, das wir wohl auch eine Schlacht nennen könnten, wenn wir nicht Feinde hochtrabender Phrasen und Uebertreibungen wären, veröffentlichen zu sollen. Die Stadt Verona ist wie bekannt außer der wirksamen Tragweite des Geschützes mit einem scharf abfallenden Rideau halbmondförmig umgeben, der sich mit seinem linken Flügel bei Chievo, mit seinem rechten bei Tombetta an die Etsch lehnt und also konzentrisch die westliche Festungsfronte von Verona umgibt. Die Hauptpunkte dieses Rideau sind die Dörfer Chievo, Croce bianca, S. Massimo, und S. Lucia. Von allen diesen Punkten führen in fast paralleler Richtung gute Straßen gegen den rückwärtigen Gebirgsstock, auf welchem die piemontesische Armee schon seit einiger Zeit Position genommen hatte. Der wichtigste Punkt dieser Stellung ist, wie ein Blick auf die Karte leicht darthut, S. Lucia. Dieser Punkt hätte nach den ursprünglichen Befestigungsbauanträgen mit einigen Werken verschanzt werden sollen, was aber aus ökonomischen Rücksichten unterblieb. Auf diesem Rideau nun waren unsere Truppen aufgestellt, deren Zahl aber mit der großen Ausdehnung des Terrains in keinem Verhältniß stand. Man hatte die Hauptzugänge zu unserer Stellung durch Verhaue einigermaßen verstärkt, die sich im Laufe des Gefechts als vortheilhaft erwiesen. Gestern in der Frühe sah man den Feind von den Höhen in starken Kolonnen herabsteigen und sich in senkrechter Richtung auf unsere Stellung bewegen. Offenbar konnte seine Absicht keine andere seyn, als uns in die Festung zu werfen. Bald etwa gegen 9 Uhr früh entspann sich auf der ganzen Linie ein lebhaftes Tirailleurfeuer, welches dann in eine allgemeine Kanonade überging. Der Feind griff die beiden Punkte S. Lucia und Croce bianca mit Heftigkeit an, während er die übrigen Punkte unserer Stellung nur beschäftigte. Gegen Croce bianca, wo der Feldmarschallieutenant Baron d'Aspre mit seinem Corps stand, konnte der Feind keinen Boden gewinnen, im Gegentheil machte unser rechter Flügel bald Fortschritte und drängte den Feind zurück. Dagegen gewann er Terrain gegen den Punkt S. Lucia, gegen welchen er seine Hauptmacht konzentrirt hatte, und wo Feldmarschallieutenant Graf Wratislaw nur mit einem Theile seines Korps befehligte. Der Ort war durch die schwache Brigade Strassoldo vertheidigt. Zwei Kompagnien des braven zehnten Jägerbataillons, welches der tapfere Oberst Kopal befehligte, behaupteten den Kirchhof drei Stunden lang mit beispielloser Tapferkeit. Sie verloren mehrere Offiziere, welche theils getödtet, theils verwundet wurden. Die ungeheuere Uebermacht des Feindes zwang endlich unsere Truppen zum Rückzug aus dem Orte, jedoch nur auf eine kurze Strecke; sie sammelten sich wieder und nahmen Stellung, der Feind wagte nicht aus dem Orte hervorzubrechen. Unterdessen hatte General Graf Clam, der auf dem äußersten linken Flügel stand, nur eine schwache Abtheilung gegen den ihm gegenüber befindlichen Feind gelassen und sich mit seiner Brigade in dessen Flanke gewandt. Der Feldmarschall sandte ein Bataillon des Regiments Geppert und zwei Kompagnien Prohaska um den sich vorbereitenden neuen Angriff

gegen S. Lucia zu unterstützen. Dieser Angriff erfolgte mit großer Tapferkeit und Entschlossenheit, wobei sich die Kompagnien des Regiments Prohaska besonders auszeichneten. Unsere Truppen gewannen Boden, vermochten aber nicht, den Feind vollkommen aus dem Orte zu vertreiben. In dieser Stellung stand das Gefecht eine Zeit lang still, während auf dem rechten Flügel mit aller Anstrengung gefochten ward. Der Feind hatte bereits viermal frische Truppen ins Gefecht gebracht, unter welchen sich auch die königl. Gardeabtheilung befand: ein Beweis, daß „der Degen Italiens,“ wie man sagt, seinen letzten Trumpf ausgespielt hatte.“ Auch päpstliche Schweizer waren unter den piemontesischen Truppen. Wir sind begierig auf die Beweisführung des Herrn Nuntius zu Wien, daß seine Regierung, wie er in einer offiziellen von ihm in die dortige und in die Allgemeine Zeitung eingerückten Erklärung versichert, in Frieden und Freundschaft mit Oesterreich lebe. Gegen 4 Uhr Nachmittags ließ der Feldmarschall 4 Kompagnien des ungarischen Grenadier-Bataillons Weiler mit einem Bataillon des Regiments Erzherzog Sigismund, und einer zwölfpfündigen Batterie aus der Festung rücken, um den Feind endlich zum Rückzug aus S. Lucia zu zwingen. Allein seine Standhaftigkeit war bereits erschüttert; er wartete den Angriff nicht ab, sondern zog sich in wilder Flucht zurück, denn unsere anrückenden Truppen fanden die Straßen in allen Richtungen mit Waffen, Trommeln, Tschakos, Feldkesseln und Tornistern bestreut, so wie die Lebensmittel, die der Feind in Voraussetzung seines gewissen Sieges zum Abkochen vorbereitet hatte. Wer das hiesige Terrain kennt, der weiß, daß in dieser Richtung der Gebrauch der Kavallerie unmöglich ist. Dieser Umstand rettete unsere Gegner; denn hätten wir unsere brave Kavallerie zu seiner Verfolgung nachsenden können, so wäre er einer vollkommenen Niederlage nicht entgangen. So endete gegen Abend 5 Uhr dieser für unsere Waffen und unser Vaterland so rühmliche Tag mit einem Siege, den unsere schwachen Kräfte über einen bedeutend stärkeren Gegner davon getragen. Die erlittenen Verluste sind uns noch nicht bekannt. Bis jetzt weiß man von 12 getödteten Offizieren, unter denen sich Oberstlieutenant Lenzendorf von Geppert Infanterie befindet. Generalsmajor Baron Salis, Kammervorsteher des Erzherzogs Sigismund erhielt einen Schuß durch die Brust; Oberst Pettorney von Franz Karl Infanterie verlor die rechte Hand. Die Zahl der Verwundeten, welche in unsere Spitäler gebracht wurden, beläuft sich mit Einschluß der Piemontesen auf 300. Der Verlust des Feindes ist sehr groß, das Schlachtfeld war mit seinen Todten und Verwundeten bedeckt. Dieß ist die einfache und schmucklose Darstellung des gestrigen Gefechtes. Die Tapferkeit unserer Truppen ist über jedes Lob erhaben; die Detailrelationen werden das Nähere darüber sagen. Wir finden uns verpflichtet, diesen Bericht mit der Bemerkung zu schließen, daß sämmtliche Prinzen des Kaiserhauses, insbesondere Erzherzog Albrecht, mit wahrer Todesverachtung den ganzen Tag über im Feuer waren. Der jugendliche Erzherzog Franz Joseph, auf den Oesterreich mit stolzer Hoffnung blickt, konnte nur mit Mühe zurückgehalten werden sich dem Feuer des Feindes nicht zu kühn auszusetzen; wenige Schritte von ihm fiel eine feindliche Kanonenkugel, ohne daß er die Bewegung seines Pferdes nur ein Haarbreit aus seiner Richtung lenkte. Wir sind überzeugt, daß dieses Zeugniß den lebhaftesten Anklang in jedem Herzen finden wird, in dem noch die alte Treue und Liebe für unser hohes Regentenhaus fortlebt. (A. Z.)

Die Zeitung von Grätz meldet: „Der k. k. Postinspektor in Verona, welcher durch Thatbestand überwiesen wurde, daß er eine geheime Korrespondenz seines beim Chiffren-Kabinette in Wien angestellt gewesenen Bruders mit dem König Karl Albert seit längerer Zeit vermittle und fortan unterhalte, wurde als Landesverräther auf Befehl des Generals Radetzky standrechtlich behandelt und sogleich erschossen.“

Bei Corunda, etwa vier Meilen nördlich von Treviso, hat nach dem neuesten Mailänder Bülletin ein Gefecht stattgefunden, das sehr hartnäckig war; zuletzt zogen sich die Italiener (Römer) nach Montebelluno zurück.

Ein besonderes Mailänder Bülletin fehlt, jedoch berichtet die Mailänder offizielle Zeitung vom 10.: „Der Paß von Tonale ist, nach der Angabe eines am 6. von dort Abgereisten, von 500 Italienern wohl bewacht; in Chiavenna sind eine Anzahl italienischer Soldaten angekommen, die von Bludenz, wo zwei italienische Kompagnien sich befinden, desertirten. Sie versichern, es werden noch andere nachkommen. Das Bülletin vom 10. gibt an, daß Feltre von den Oesterreichern besetzt ist. (A. Z.)

In Turin fand am 8. Mai (wie schon erwähnt) die Eröffnung des Nationalparlaments statt. Prinz Eugen, der Stellvertreter des Königs, hielt die Eröffnungsrede, ohne Schwulst, in kurzen Sätzen, übersichtlich die allgemeinen Verhältnisse und die Zukunft des Staates berührend. (A. Z.)

Der Erbherzog von Parma kam am 3. Mai in Civitavecchia an. Das Nationalbankett, welches am 2. Mai in Livorno gefeiert wurde, endete mit einem Volksauflauf, der indeß ohne Folgen war. Zum Präsidenten der sardinischen Nationalversammlung ist Fraschini ernannt, zu Sekretären: Buffa, Guglianetti, Oldoini, Nicotti. In Mailand kam am 7. Mai Vincenzo Gioberti an, und wurde hier mit großem Beifall empfangen. Da er selbst dem jubelnden Volke wegen Unwohlseyns nicht antworten konnte, redeten seine Freunde für ihn. Ihre Worte drehten sich besonders darum, daß alle Provinzen Oberitaliens rasch in Einen Staat zusammenschmelzen sollten; sie deuteten zugleich an, daß Mailand die Hauptstadt dieses Staats seyn würde, und als solche von Turin, Genua und den übrigen piemontesischen Städten werde freudig anerkannt werden. Die Bedeutung von Gioberti's Reise liegt darin, daß er der Verfechter des „einen norditalischen Staats unter dem konstitutionellen Karl Albert“ ist: Mazzini, das Haupt der Republikaner, schweigt in der letzten Zeit ganz über die Konstituirung Italiens; hält er Gioberti's Ansicht für einstweilen passend? Das Vertheidigungskomité in Venedig ist am 2. Mai in ein Kriegskomité umgewandelt, dessen Präsident P. Armandi die Funktionen des Kriegsministeriums bekleidet. (A. Z.)

In Ancona sind am 5. Mai vier neapolitanische Dampfer, eine Fregatte und eine Brig mit Truppen angekommen. Eine zweite Fregatte und noch ein Dampfer mit Soldaten standen in Sicht: die ganze Expedition zählt 5000 Mann. Zu Lande ist in Ancona am 5. Mai der Train, 250 Reiter mit 8 Stück Geschütz angekommen. Vom 30. April an marschirten täglich 500 bis 600 Mann neapolitanische Linientruppen durch Ancona. So erzählt der Felsineo. Der römische Minister Mamiani dekretirte die Bildung eines Reservekorps von 6000 Mann.

Frankreich.

Straßburg, 12. Mai (¾ auf 7 Uhr Abends). (Telegraphische Depesche.) Paris, 12. Mai, halb 5 Uhr Abends. Der Minister des Innern an die Kommissäre der Republik. Die Kommission der vollziehenden Gewalt hat das Ministerium zusammengesetzt wie folgt: Justiz, Cremieux; Auswärtiges, Julius Bastide; Kriegswesen (einstweilen) Charras, Seewesen, Casy; Inneres, Recurt; Schulwesen, Carnot; Staatsbauten Trelat; Handel, Flocon; Kultus, Bethmont; Finanzen, Duclerc. Maire von Paris, Marrast; Polizeipräfekt, Caussidière; Sekretär des vollziehenden Ausschusses, mit berathender Stimme im Ministerrath, Pagnerre.

(Karlsr. Z.)

Großbritannien.

London, 8. Mai. Ich kann Ihnen die erfreuliche Nachricht mittheilen, daß sich hier ein Verein der hiesigen Deutschen gebildet hat, um dem Vaterland ein Geschenk mit einem ersten deutschen Kriegsschiff zu machen. Es soll 25,000 Pfd. kosten. Der Prinz von Preußen geht mit einer Zeichnung von 1000 Pfd. voran. Darf man Gerüchten trauen, so ist die preußische Gesandtschaft überhaupt bedacht, für den Ankauf von Schiffen erfolgreicher zu wirken, als der Bundestag durch seine Gesandten mit leeren Taschen. (D. Z.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 5. Mai. Die Kriegsrüstungen werden mit vermehrten Eifer betrieben. Auch in Norwegen wird gerüstet. Man sagt, ein norwegisches Korps von 4000 Mann werde sich mit der schwedischen Armee in Schonen vereinigen. Außerdem haben viele Offiziere, sowohl hier als in Norwegen, Urlaub genommen, um in königlich dänischen Dienst zu treten. Manche Studenten und andere junge Männer haben ein Bündniß geschlossen, um sich in Waffen zu üben und dann ihre Hülfe den Dänen anzubieten. Auch hier wird eine Freischaar gebildet durch einen gewissen Obersten, Bruce Bey genannt, welcher ehemals in türkischen Diensten gestanden und dort den Orden des Halbmonds erworben hat. Mit diesem Korps, sobald es vollzählig seyn wird, gedenkt er nach Dänemark zu gehen, um gegen die Feinde Skandinaviens zu fechten. Mehrere Einsammlungen, um Waffen und andere Hülfe den Dänen senden zu können, sind auch hier veranstaltet. Fast jeden Tag werden Bälle, Konzerte, Schauspiele und Abendzirkel gegeben, deren Einnahme zu demselben Zwecke bestimmt ist. Prinz Oskar ist gestern nach Karlskrona abgereist, um sich an Bord der segelfertigen Flotte zu begeben. (A. Z.)

Donaufürstenthümer.

Von der walachischen Gränze. Fürst Bibesco soll sich entschieden gegen einen Besuch der Russen in der Walachei ausgesprochen haben. Dagegen soll es zu Jassy in der Moldau am 16. April zu einem blutigen Aufstand der Bojaren gegen den Fürsten gekommen seyn, in welchem Letzterer mittelst seiner regulären Truppen Sieger blieb. Das Volk rottete sich zu einem allgemeinem Aufstand zusammen, um die gefangenen Bojaren zu befreien. (Pesth. Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag, 16. Mai: „Dorf und Stadt“, Schauspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Dümler, Abgeordneter aus der Pfalz; Reid, Rentier v. London.

Gold. Hirsch. HH. Demele, Kaufmann v. Paris; Krüger, Kaufmann v. Frankfurt.

Hôtel Maulick. HH. Graf Jaubert von Lyon; Mault, Privatier von Nördlingen; Frau Generalin v. Maievsky von St. Petersburg.

Gold. Hahn. HH. Stritzel, Rechtsrath v. Freising; Winnisdorf, Privatier von Bern; Breuel, Aktuar v. Nürnberg; Frau v. Schütz v. Karlsburg.

Gold. Kreuz. HH. Berner, Partikulier v. Berlin; Wirth, Privatier v. Altötting; Hamm, Kaufmann v. Köln.

Blaue Traube. HH. Ostermünchner, Deputirter v. Griesbach; Dr. Kerer, Professor von Innsbruck; Dr. Anritsch von Klagenfurt; v. Schmukenlach aus Steiermark; Hafswart, Advokat v. Innsbruck; Maly v. Marburg; Dr. Steiger von Klagenfurt.

Stachusgarten. HH. Maier, Privatier v. Bamberg; Bär, Handelsmann v. Oettingen; Iberle, Registrator v. Mallersdorf.

Bekanntmachung.

Aus Auftrag des Secretariats der Kammer der Reichsräthe des Königreichs Bayern wird hiemit bekannt gemacht, daß die gedruckten Kammerverhandlungen bei der hiesigen k. Oberpostamtszeitungsexpedition zu 3 fl. für je 100 Bogen bezogen werden können, wohin man sich mit allenfallsigen Bestellungen wenden wolle.

München, den 15. April 1848.

Stademann,
als Canzlei-Dirigent der Kammer der Reichsräthe.

Das Directorium der Kammer der Reichsräthe bringt hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß zu allen der fortan öffentlichen Sitzungen der Kammer Eintrittskarten für Jedermann verabfolgt werden.

Man wolle sich wegen Erlangung dieser am Eingange abzugebenden Karten an die Expedition der Canzlei der Kammer der Reichsräthe wenden.

Den Redacteuren und Stenographen der öffentlichen Blätter ist eine eigene Tribunabtheilung eingeräumt.

München, den 17. April 1848.

Das Directorium der Kammer der Reichsräthe bringt hiemit zur öffentlichen Kenntniß, daß die Eintrittskarten zu den öffentlichen Sitzungen der Kammer nur für die jedesmal bevorstehende Sitzung gelten, für jede folgende daher neue, anders numerirte Karten erholt werden wollen.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 129.

Münchener politische Zeitung.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 6 kr. berechnet.

Mittwoch — XLIX. Jahrgang. — 17. Mai 1848.

Deutschland.

Frankfurt. Der Fünfzigerausschuß hat an die Regierungen der deutschen Bundesstaaten unterm 11. Mai ein Schreiben gerichtet, betreffend die deutsche Kriegsflotte, in dem er vorschlägt, am 31. Mai in Hamburg zur Berathung einen Kongreß zu halten und diesen durch sachkundige Kommissionen zu beschicken. — In einem andern Schreiben an den Bundestag wird dieser davon in Kenntniß gesetzt und zugleich ersucht, den Bestrebungen der Küstenstaaten, sich gegen zur See drohende Gefahren zu schützen, durch Bewilligung der erforderlichen Geldmittel schleunigst zu Hilfe zu kommen.

Der Fünfzigerausschuß hat folgenden Aufruf die deutsche Flotte betreffend erlassen: Brüder! Deutsche Kriegsflotten wiegten einst ihre Masten auf allen Meeren, schrieben fremden Königen Gesetze vor, verfügten selbst über die Kronen der Feinde deutscher Macht und Herrlichkeit. Jetzt sind wir wehrlos selbst auf unsern heimathlichen Strömen! Ihr wißt es, was mit gerechtem, heiligem Zorn jedes deutsche Herz entflammt. Das kleine Dänemark verhöhnt das große, im Lichte seiner Freiheit, im Bewußtseyn hoher Weltsendung doppelt mächtige Deutschland! Ein Paar Kriegsfahrzeuge, eine Handvoll Seesoldaten dürfen es wagen, deutsche Ströme zu sperren, unsere blühende Handelsmarine dem schmählichen bereits gewagten Seeraub preiszugeben! Unsere Nationalehre ist angetastet, der deutsche Gewerbfleiß ist bedroht! Kann, darf ein großes, edles Volk Solches ertragen? In den Nord- und Ostsee-Staaten antworteten unsere wackern Brüder bereits mit der That ein mannhaftes Nein! Sie ringen, Deutschland seetüchtig zu machen. Heiliger Eifer begeistert die Wackern. Sie scheuen kein Opfer, der Schmach ein Ende zu machen. Brüder! Ganz Deutschland, das ganze Deutschland muß im gleichen Geiste wirken. Gemeinsames Handeln thut noth, nur die gemeinsame Kraft kann helfen für die Gegenwart, kann helfen für die Zukunft. Es gilt, eine deutsche Kriegsmarine zu gründen. Der Fünfzigerausschuß wendet sich an das deutsche Volk, damit es unverweilt das große Werk fördern helfe. Sachverständige aus allen deutschen Küstenstaaten werden am 31. Mai in Hamburg darüber tagen. Deutsches Volk, unterstützt sie mit der That. Wann hat Deutschland sein Gut gespart, so es die Ehre, die Unabhängigkeit des Vaterlandes galt? Auch der Heller des Unvermögenden wird dankbar angenommen werden. Reich und arm muß gleichmäßig die Freude werden, zu Deutschlands Erhebung mitzuwirken? Wenn das deutsche Volk will, werden bald schwarz-roth-goldne Flaggen auf deutschen Kriegsschiffen wehen, werden bald unsere Feinde uns achten zur See, wie auf dem festen Lande. Voran, wackeres, deutsches Volk, allüberall Deine Ehre zu wahren, allüberall für die Entfaltung Deiner Machtherrlichkeit zu sorgen!

Bayern.

Landtag.

** München, 12. Mai, Nachmittags. (XXX. öffentl. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische Frhr. v. Thon-Dittmer, Frhr. v. Lerchenfeld, v. Beisler. — I. Sekretär, Stockinger: Im Jahre 1837 habe die Kammer ein summarisches Referat über eine Beschwerde, Sportelüberschreitungen des Herrschaftsgerichts Banz betreff. Es wurde auf Untersuchung gegen den schuldigen Theil beim Ministerium angetragen. Das Justizministerium ertheilte im März dieses Jahrs dem ständischen Archivar die Aufforderung, die Originalakten auszuhändigen, dessen sich derselbe weigerte. Die Kammer nahm hievon Kenntniß, billigte die in Frage stehende Weigerung, und faßte den Beschluß: 1) daß der Archivar durch Nichtbefolgung des ministeriellen Ansinnens seiner Obliegenheit vollkommen genügte, 2) im Todesfalle des Archivars soll das Archiv obsignirt werden, 3) die Auslieferung der desiderirten Akten nur erst erfolge, wenn die eingebrachte Beschwerde als unbegründet befunden worden sey. Eine Note des Justizministeriums besagte, daß die gegen das Herrschaftsgericht vorgebrachte Beschwerde von der Beschwerdeführerin selbst zurückgenommen worden, und daß das Treiben eines Winkelagenten dahinterstecke. Es geht daraus hervor, daß Dritte die Kammer zum Tummelplatz ihrer Bosheiten zu machen wagten. Demgemäß scheint der Extradition der Akten, kein Hinderniß entgegen zu stehen. — Der Hr. Staatsminister des Innern wiederholt dieselbe Thatsache, und glaubt, daß es im Interesse der Gerechtigkeit liege, den unschuldig Angegriffenen kein Mittel vorzuenthalten, zu ihrer Ehre wieder zu gelangen. — v. Scheurl spricht sich gleichfalls für Aushändigung der betreffenden Akten aus; ebenso v. Habermann. — Der I. Sekretär, Stockinger, als Referent, stellt nun den Antrag: es möge die Kammer die Aushändigung der fraglichen Akten beschließen. (Einstimmig genehmigt.) — Fortsetzung der Berathung und Schlußfassung über das Ablösungsgesetz. — Art. 17 und 18 ohne Diskussion angenommen. An die Stelle des Art. 19 soll die Modifikation des Ausschusses vom 11. d. Mts. treten: „die ungemessenen Forstrechte sollen durch ein besonderes Gesetz geordnet werden". — Art 20. Abg. Rey stellt eine Anfrage an den Staatsminister des Innern, welche entscheidende Autorität den Polizeibehörden bei den betreffenden Fixationsverhandlungen zustehen solle, und es wird der Aufschluß ertheilt, daß da dem Kompromißgericht die Hauptentscheidung zustehe, die Polizeibehörden nur einen sehr untergeordneten Einfluß üben könnten. Art. 20 angenommen. Dr. Schwindl bringt die Modifikation zu Art. 21. Alle Grundgefälle des Staats, der Privaten, der Stiftungen und Kommunen sind unter den nachstehenden Bestimmungen ablösbar. Er motivirt dieselbe mit dem Grundsatze der durchgreifendsten Rechtsgleichheit. — Vom Ministertische kommt folgender Zusatz: „alle fixen Grundgefälle". — Abg. Bestelmayer bezieht sich auf eine Anfrage von über 300 Einwohnern Nürnbergs in Bezug auf die Ablösbarkeit der Eigengelder in Nürnberg. — Referent Dr. Schwindl ist der Ansicht, daß sie nach gleichen Grundsätzen ablösbar seyen. Es käme jedoch hier auf den Nachweis des Ursprungs derselben an. — Abg. v. Scheurl glaubt, daß diese Eigengelder in die Kategorie der Bodenzinse fallen. — Der II. Sekretär, Dr. Schwindl, bringt zu seiner Modifikation noch die Untermodifikation ein: „von der Ablösungskasse". — Dr. Ruland bringt zur Anzeige, daß das bischöfl. Ordinariat zu Würzburg erklärt habe, nie auf die Ablösung eingehen zu wollen. — Dr. Rammoser glaubt, daß sich Stiftungen bei der Errichtung der Ablösungskasse beruhigen können. — Dekan Bauer erinnert daran, daß die Kirche das größte Interesse habe, den Frieden zu wahren, den gestörten Frieden wiederkehren zu lassen. Er weiset Ruland zurück: der Widerspruch des Würzburger Ordinariats reiche bis an diese Thüre nicht. — Dr. Ruland beruft sich auf das katholische Prinzip. Die Kirche hänge nicht an diesen elenden Gütern; man nehme Alles, — sie wird auch diesen Verlust ertragen. — Dr. Ebel ermahnt, Opfer zu bringen; trotz ihrer wird der Katholizismus fortbestehen. — Art. 21—23 mit den angedeuteten Modifikationen angenommen, ebenso 24. — Zu Art. 25 wird von Bestelmayer die Modifikation eingebracht: „Ausgenommen hievon sollen die Unterrichts- und Wohlthätigkeits-Stiftungen seyn, welchen die Staatsregierung jeden erwachsenden Ausfall ersetzen soll." — Schäfer bringt eine gleiche Modifikation ein, welcher Dekan Vogel noch den „Kultus" anreiht. — Staatsminister Frhr. v. Lerchenfeld: Pflicht der Gemeinden, nicht des Staates, sey es, den Ausfall zu decken; denn der Staat könne keine Garantie aller und jeglicher Verluste übernehmen. — Schlund's Modifikation geht dahin: statt 20fachem Betrag den 18fachen Betrag — gegen den Staatszuschuß von 2 Theilen — einzusetzen. — Schätzler bemerkt, nach dem Gesetzentwurf verliere die Stadt Augsburg jährlich 50,000 fl. In den Wohlthätigkeits- und Unterrichts-Anstalten müßten bedeutende Reduktionen eintreten. — Bestelmayer erklärt es für eine Unmöglichkeit, daß die Stadt Nürnberg fortan ausreiche. Wer würde in Zukunft noch Stiftungen machen? — Staatsminister Frhr. v. Lerchenfeld. Nürnberg habe sich wahrhaftig nicht zu beklagen; die Krone Bayerns hat die immensen Schulden übernommen; der gewissenloseste Haushalt herrschte dort früher. — Kolb hält die Modifikation Bestelmayer's für staatsrechtlich begründet. — Professor Zenger stellt an den Minister des Kultus die Frage, wie nur allein der Ausfall bei der Universität München von circa 15,000 fl. gedeckt werden soll? — Staatsminister v. Beisler. Da, wo alle Kategorien Opfer bringen müssen, könne es sich nicht um die Opfer einer einzelnen Anstalt handeln. — Dr. Schwindl. Nur durch Selbstaufopferung kann das große Ziel erreicht werden. Die Verpflichteten haben die Hauptberücksichtigung zu beanspruchen. — Staatsminister v. Thon-Dittmer ist gleichfalls für Ausgleichung der Verluste. Wenn aber die Staatsanstalten ihren Rückhalt am Staate, die Stiftungen an den Gemeinden haben, so haben die Privaten gar keinen. Der Abstrich der zwei Theile an die Privatberechtigten sey daher unbillig. — Schlund's Modifikation, bezüglich des Quantums der Ablösungssumme wird verworfen; die des Ausschusses angenommen; der Zusatz des Dekan Vogel, bezüglich des Kultus angenommen; der des Bestelmayer verworfen. — Schäfer's Modifikation: den Stiftungen des Kultus und Unterrichts Entschädigung des 20fachen Betrags zukommen zu lassen, selbst im Falle, wenn sie ihre Ablösungskapitalien nicht an die Ablösungskasse des Staats übergeben lassen, angenommen. — Der Hr. I. Präsident erklärt, daß die Arbeiten der Kammer so drängen, daß auch am kommenden Sonntag Sitzung gehalten werden müsse. Würde die Kammer jedoch heute noch das Ablösungsgesetz vollenden, so könne Rath werden. (Allgemeine Heiterkeit.) — Es beginnt die Berathung des Art. 26. Er wird ohne Diskussion angenommen; ebenso Art. 27. — Zu Art. 28 schlägt Dr. Ebel folgende Fassung vor: „Wer dem Staate oder der Ablösungskasse rc. rc." (Folgt weiter der Entwurf nach den Anträgen des Referenten.) —

Digitized by Google

Dr. Schwindl, als Referent, erläutert, daß dieser Artikel besonders denjenigen Verpflichteten zu Gute komme, welche Naturalreichnisse zu leisten haben. Der Art. 28 mit der Edel'schen Modifikation wird angenommen. — Zu Art. 29 wird die Modifikation auf „Abstrich des Schlußsatzes" vom Abg. Massa eingebracht: „auch der Aermste soll ablösen können, und zwar mittelst Annuitätenzahlung." — Der Staatsminister der Finanzen widersetzt sich dieser Modifikation nicht. — Auch Dr. Schwindl tritt bei. — Einstimmig wird der Abstrich des Schlußsatzes genehmigt, so wie auch der Art. 30. — Art. 31. Hiezu Rehlen's Modification zu „Ablösungs-Schuldscheinen" und „zu 3, die 3prozentigen älteren Staatsobligationen." — Entschieden widersetzt sich der Finanzminister. In die Ablösungskassa dürfen keine fremdartigen Papiere sich eindrängen. — v. Schätzler ist ebenfalls dagegen. — Regierungskommissär v. Herrmann will statt Staatskasse „Ablösungskasse" gesetzt wissen. — In dieser Fassung wird Art. 31 angenommen; eben so 32. — Art. 33, 34 angenommen; ein Zusatzartikel Edel's, betreff. die tax- und stempelfreie Ausfertigung der Fixations- und Ablösungsurkunden, gleichfalls. Eben so der Zusatz-Artikel desselben Abgeordneten bezüglich der Annuitätenzahlung, als Art. 35. Ferner 36, 37, 38, 39, 40 angenommen. — Schließlich spricht Schland den Wunsch aus: „es möge Se. Majestät gebeten werden, schon jetzt offenbar überbürdeten Grundholden eine Erleichterung ihrer Lasten angedeihen zu lassen. — Der Finanzminister gibt beruhigende Zusicherung. — Der Wunsch wird noch vom Dekan Vogel unterstützt. — Wird genehmigt. — Bestelmayer bringt einen fernern Wunsch ein, bezüglich der Berücksichtigung der durch dieß Gesetz außer Wirksamkeit kommenden Gemeinde- und Gutsherrlichen Bediensteten. — Es wird die allgemeine Abstimmung über den ganzen Gesetzentwurf vorgenommen. Dagegen stimmten nur: 1) Pfarrer Ruland; 2) geistlicher Rath Höfer, 3) Pfarrer Riede, 4) geistlicher Rath Lemberger, 5) Pfarrer Reulbach, 6) geistlicher Rath Spieß, 7) Dekan Reitmaier, 8) Dekan Pöttinger, 9) Dekan Pflaum. Somit wurde das Gesetz mit größter Majorität angenommen, die Sitzung geschlossen und die nächste auf Morgen Vormittags 10 Uhr anberaumt.

· München, 17. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XXXV. auf heute um 9 Uhr Vormittags angesetzte öffentliche Sitzung.) 1. Verlesung des Protokolls der XXXIV. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Verlesung des Beschlusses über den Gesetzentwurf: die Wahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung betr. — 4. Vortrag des Referenten im I. Ausschusse über den Gesetzentwurf: die ständische Initiative betr. — 5. Vortrag des Referenten im I. Ausschuß über den Gesetzentwurf: die Verantwortlichkeit der Minister betr. — 6. Vortrag des Referenten im I. Ausschuß über den Gesetzentwurf: die Einführung der bayerischen Gesetze in den 1847 von Böhmen erworbenen Gebietstheilen betr.

△ München, 16. Mai. Unsere Zeit, die ihre innere Aufregung zuerst in die höhern Regionen der Politik getragen hat, scheint jetzt dieselbe auch in andere Gebiete übertragen zu wollen. Schon seit einiger Zeit hat dahier unter mehreren Gewerben eine lebhafte Bewegung stattgefunden, wahre und vermeintliche Mißstände, namentlich solche, welche auf Verhältnissen zu städtischen und Regierungs-Behörden beruhten, wurden vielfach besprochen und Mittel zur Abhilfe berathen. Aus diesen Einleitungen bildeten sich Vereine mehrerer gleichartiger Gewerbe, denen es nur an einem gemeinschaftlichen Anhaltspunkte fehlte, um zu einer wirklichen Bedeutung zu gelangen und in praktische Wirksamkeit überzutreten. Dieser Mittelpunkt scheint sich nunmehr in dem polytechnischen Vereine gefunden zu haben, einem Vereine, der seit 32 Jahren nicht allein im Gebiete der gewerblichen Technik, sondern auch für höhere Industrie vieles geleistet hat, der aber, trotz seiner vortrefflichen Grundlage und Organisation, gleichwohl durch Mangel an Geldmitteln in seiner Thätigkeit sich vielfach beengt findet. Er, dem die Beförderung aller Theile der technischen Industrie im wissenschaftlichen wie praktischen Wege erste Aufgabe ist, erschien natürlich vorzugsweise berufen, auch die lokalen Interessen der Gewerbtreibenden zum Gegenstande seiner Mitwirkung und Vertretung zu machen. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend hatte der Zentral-Verwaltungs-Ausschuß des polytechnischen Vereins am vergangenen Abend Abgeordnete der sämmtlichen einzelnen Gewerbe-Vereine zu einer größeren gemeinschaftlichen Besprechung eingeladen und hierin auch von allen Seiten die lebhafteste Theilnahme und Anerkennung gefunden. Obgleich diese Versammlung lediglich eine einleitende und vorbereitende war und es sich zunächst nur darum handelte, ob die einzelnen Gewerbevereine sich dem polytechnischen Vereine, als einem gemeinschaftlichen Organe zur genaueren Prüfung, Berathung und Vertretung ihrer industriellen Verhältnisse anzuschließen geneigt seyen, so hat sich gleichwohl nicht blos eine vollständige Einstimmigkeit über diese Frage ergeben, sondern das Resultat dieser Verhandlung gewährte auch zugleich einen tiefen Blick in die eigentliche Bedeutung und die Elemente der hier zu Grunde liegenden, tief in die gewerblichen Interessen eingreifenden Bewegung. — Unverkennbar ist hier die wahre Bedeutung jener von so Vielen besprochenen, aber von so Wenigen verstandenen Arbeiterfrage zu suchen. Nicht der unselbstständige, in der Regel jeder näheren Kenntniß öffentlicher Zustände entbehrende Arbeiter oder Geselle kann als der Repräsentant der gewerblichen Industrie betrachtet werden; sein Schicksal ist unter allen Umständen so innig mit jenem des Meisters verbunden, er selbst dabei in einem so geringen Zusammenhange mit Familie, Gemeinde und Staat, daß es nur offenbarem Wahnsinne oder politischer Verderbtheit einfallen kann, die Masse der nicht seßhaften Arbeiter zur Theilnahme an politischen Rechten, an Leitung der Gemeinde- und Staatsangelegenheiten zu berufen. Ganz anders ist dagegen die Lage des durch seine innige Verbindung mit Familie und Gemeinde bei allen öffentlichen Fragen lebhaft betheiligten Meisters, den nicht blos höheres Interesse, sondern in der Regel auch größere Erfahrung, Kenntniß und Bildung zur Theilnahme an der Leitung der Gemeinde- und Nationalangelegenheiten berechtigen. Darum ist politische Schwindelei dieser höchst achtbaren Klasse der Gesellschaft auch ferner als allen anderen, und die Bemerkung des Vorstandes des polytechnischen Vereines in seinem Vortrage bei Eröffnung der gestrigen Versammlung, daß eigentlich politische Fragen der Wirksamkeit des polytechnischen Vereines völlig fremd bleiben mußten, fand allgemeine Anerkennung. Ein größerer Vortrag des Maschinen-Schlossermeisters Wiedemann über die eigentliche Aufgabe dieser Gewerbe-Vereine und ihre Wünsche führte die Zuhörer sogleich auf diejenigen Punkte, welche wohl die Lebensfragen der ganzen gewerblichen Industrie in der gegenwärtigen Zeit bilden. Die Stellung der Gewerbe, namentlich der mit geringerem Kapital arbeitenden Handwerksmeister, zur Fabrikindustrie, zum Handelsstande, ihre schwierige Lage gegenüber einer vielfach erleichterten und ausgebreiteten fremden Konkurrenz, ihre höchst ungenügende Vertretung in allen denjenigen Organen, welche die Regierungen bisher bei industriellen Fragen beizuziehen gewohnt waren, diese Punkte werden wohl die erste und hauptsächlichste Aufgabe der Berathungen der einzelnen Gewerbe-Vereine und des dieselben vertretenden und zu einer allgemeinen Beurtheilung berufenen polytechnischen Vereines bilden. Von geringerer vorübergehender Bedeutung scheinen uns einige mehr auf lokalen Verhältnissen beruhende Mißstände, welche bei diesem Anlasse gleichfalls zur Sprache gebracht wurden. Eine zweckmäßige Abhilfe ist hier mit Sicherheit zu erwarten, sobald eine leidenschaftslose umsichtige Berathung und Darstellung dieser Uebelstände die Ansichten des Publikums sowohl als der höheren Regierungsbehörden auf die richtigen Wege geführt haben wird. Den Vereinen aber, deren erste höchst anziehende Verhandlung uns zu schönen Hoffnungen berechtigt, wünschen wir zum guten Entschlusse, tüchtigen Fähigkeiten und zur Freiheit von Vorurtheil und Leidenschaft, Ausdauer in ihrer guten Sache.

||| München, 17. Mai. Morgen ist der Zusammentritt und die Eröffnung des konstituirenden Parlaments in Frankfurt — ein Tag, wichtiger als je einer in der Geschichte Deutschlands, welcher darum auch als ein nationales Fest in ganz Deutschland gefeiert werden soll. Von Welcker und Mittermaier ist aus Heidelberg ein Aufruf ergangen, auf allen Bergen, soweit die deutsche Zunge klingt, Feuer lodern zu lassen. München hat keine Berge, aber unsere Herzen lodern freudiger empor für Deutschlands Wiedergeburt, und es soll dieser Tag auch hier ein Nationalfest seyn. Die Menterschwaige, welche so viele angenehme Erinnerungen für München in sich schließt, wurde hiezu von mehreren Seiten vorgeschlagen, und es ergeht daher an alle Bewohner Münchens die freundliche Einladung, das Nationalfest des Zusammentritts der konstituirenden Versammlung durch ihre Gegenwart in der Menterschwaige zu verherrlichen.

Sächsische Herzogthümer.

So eben gehen uns (meldet das in Hildburghausen erscheinende „Deutsche Volksblatt") von mehreren Seiten Berichte über Unterhandlungen höchst wichtiger Art zu, welche unter einigen Fürsten Thüringens stattfinden sollen. Obschon wir noch keine Bürgschaft für die Richtigkeit dieser Nachrichten haben, versäumen wir es doch nicht, sie unseren Lesern mitzutheilen. Es sollen nämlich in Anbetracht der großen politischen Bewegungen und in Voraussicht verschiedener Eventualitäten die Fürsten Thüringens Willens seyn, ihre Länder dergestalt miteinander zu verschmelzen, daß für dieselben nur Eine oberste Regierung bestehe und die einzelnen Fürsten abwechselnd nach einer passenden Reihenfolge das Ruder der Gesammtregierung führen.

Preußen.

Berlin, 13. Mai. Wir haben bereits gestern die Gefahr, welche aus der Rückkehr des Prinzen von Preußen droht, ausführlicher nachzuweisen gesucht; der Verlauf des gestrigen Tages und der verwichenen Nacht gab die Belege in Menge, daß die von uns ausgesprochenen Ansichten von der Mehrzahl der hiesigen Einwohner getheilt werden. Die Stadt befindet sich seit 20 Stunden in der fieberhaftesten Aufregung; starke Gruppen stehen überall auf den Straßen, Plakate, welche gegen die Zurückberufung protestiren und zum Widerstande auffordern, bedecken alle Straßenecken. Schon in den Mittagsstunden hielten die Studenten in der großen Aula der Universität eine Versammlung und ließen dem Ministerpräsidenten durch eine Deputation die aus dem geschehenen Schritte drohenden Gefahren vorstellen, haben nunmehr auch durch einen Maueranschlag einen Protest gegen die Rückkehr des Prinzen veröffentlicht. Nachmittags wurde in der gleichen Absicht eine Bürgerdeputation von den Ministern Auerswald und Schwerin empfangen, und endlich versammelte sich Abends in den Zelten eine Menge von wenigstens 5000 Menschen zum überwiegenden Theil der arbeitenden Klasse angehörig, und beschloß, lieber Leib und Leben zu opfern, als in die Rückkehr des Prinzen zu willigen. Die ganze Versammlung zog dann in die Stadt und ließ den Ministerpräsidenten durch ihre Sprecher von diesem Entschlusse in Kenntniß setzen. Camphausen, welcher überaus gebeugt geschienen haben soll, erwiederte ihnen, daß er als Einzelner in dieser Sache nichts thun könne, da der Antrag von dem ganzen Staatsministerium ausgegangen sey; er werde aber bei der Wichtigkeit und Dringlichkeit des Gegenstandes denselben sofort in einer heute früh zu haltenden Sitzung des Gesammtministeriums noch einmal zur Berathung bringen und für schleunigste Veröffentlichung der ferneren Entschließung Sorge tragen. Die Menge zog hierauf von Neuem nach den Zelten zur weiteren Besprechung hinaus. In der Stadt rief unterdessen gegen 9 Uhr Abends der Generalmarsch die Bürgerwehr zu den Waffen und ebenso um Mitternacht noch einmal, da um diese Zeit die Menge nach der Stadt zurückkehrte, und vor das Palais des Prinzen von Preußen zog, wo in drohender Haltung verlangt wurde, daß die seit einigen Tagen abgenommene Tafel, welche das Palais für Nationaleigenthum erklärte, von Neuem angeheftet werde. Dem Zureden der beliebtesten Volksredner, wie Jung, Held, Eichler, gelang es, für diesen Abend zum Abstehen von diesem Plane und zum ruhigen Auseinandergehen zu bewegen. Erst gegen 2 Uhr trennten sich die Massen einigermaßen und kehrte die Bürgerwehr, wenig erbaut von den Aussichten für die nächsten Abende, nach Hause zurück. Wir aber müssen noch einmal wiederholen, wie unerklärlich es ist, daß das Ministerium so wenig von der allgemeinen Volksstimmung unterrichtet seyn konnte, und daß es eine große Schuld dadurch auf sich geladen hat, daß es in dem Augenblick, wo die Leidenschaften sich eben einigermaßen zu beruhigen anfingen, dieselben mit erneuerter Stärke wieder wachrief. Sich selbst und dem Prinzen, dem es zu dienen glaubte, hat es durch diese Uebereilung eine Niederlage bereitet, welche so leicht noch durch ein kurzes Warten hätte vermieden werden können; ja man muß gestehen, daß das Ministerium Camphausen in die-

sem Augenblick hier eine solche Unbeliebtheit dadurch erlangt hat, daß es fraglich erscheint, ob es dem von ihm heraufbeschwornen Sturme gegenüber, sich noch lange zu halten im Stande seyn wird. (K. v. u. f. D.)

Pommern. Privatmittheilungen der „Vossischen Zeitung“ berichten aus der Provinz von Truppensendungen zum Schutze der Küsten, andere Zeitungen sprechen davon, daß die in Schleswig-Holstein nicht verwendbaren berliner Freischaaren ebenfalls dahingesendet werden sollen. In Wolgast und Stralsund hatten Zerwürfnisse der Bürger mit dem Stadtrath arge Ruhestörungen, Häuserdemolirungen u. s. w. herbeigeführt, so daß auch dahin Truppen abgingen. Auch in den kleinern Städten Domzatten, Richtenberg ꝛc. hatte man die Bürgermeister entsetzt. Im Hafenort Wyk, welchen nur ein kleines Kommando Greifswalder Jager besetzte, organisirt sich gegen etwaige Besuche der Dänen eine Burgerwehr. Die Schiffe sind sammtlich von der Rhede und von Wyk auf der Ryk herauf zur Stadt gebracht.

Aus Stralsund, 6. Mai schreibt man der „Weserzeitung“: Unser Hafen liegt gedrängt voll Schiffe; es sind zu dessen Schutze Batterien aufgeworfen. In Greifswald sind die Schiffe den Ryck hinauf bis zur Stadt gezogen. Alles verlangt nach einer Flotte. Es ist ein Verein zusammengetreten, um Maßregeln zum Schutze der Küsten zu verabreden. Bereits ist von demselben ein Plan zur schleunigen Herstellung einer deutschen Flotte von Dampffregatten und Kanonenböten ausgearbeitet, aus der Feder des Aeltermann Kruse, dessen Vortrag über diesen Gegenstand in der literarischen Gesellschaft mit großer Theilnahme aufgenommen ward. Er soll der Frankfurter Versammlung vorgelegt werden. Es wird die gleiche Summe (vorläufig 2 Mill.) für die Nordsee und fur die Ostsee vorgeschlagen; an der Ostsee werden die Stationen Kiel, Stralsund, Danzig seyn. Die größere Zahl der Kriegsschiffe soll in friedlicher Zeit fur den Handel benutzt werden können.

Stralsund, 10. Mai. Es traf hier gestern beim schwedischen Konsulate von Seite Dänemarks die Nachricht ein, daß, wie die Sachen sich auch gestalten möchten, der jetzt durch schwedische Dampfschiffe besorgte Postverkehr zwischen Ystadt und Stralsund nicht gestört würde, eine Nachricht, welche, ebenso wie die zu gleicher Zeit bekannt gewordenen Friedensmittheilungen Lord Palmerstons, die lebhafteste Freude hier erregten. Stralsund ist seit dem 2. Mai von Dänemark als im Blokadezustand offiziell bezeichnet, indeß hat sich seit dieser Zeit kein dänisches Schiff hier in der Nähe blicken lassen. Auch sind die Positionen bei Seehof, Barhöft und Porsnitz so vollständig armirt, daß an ein Eindringen in unseren Hafen und an ein früher sehr zu fürchtendes Verbrennen unserer Handelsschiffe nicht mehr zu denken ist, denn die Geschütze auf den erwähnten Punkten beherrschen das ganze Fahrwasser. Bei der heute vorgenommenen Wahl eines Abgeordneten nach Frankfurt ist diese, was ich voller Freude Ihnen sofort mittheile, auf E. M. Arndt in Bonn gefallen. Von 147 Stimmen waren 142 fur den wackern Greis und namentlich waren es die Wahlmänner Rügens, welche für ihren Landsmann kampften. Sein Aufsatz: „Noch eine kleine Ausgießung in die Sündfluth“ in Nr. 99 der Deutschen Zeitung hat dort solchen Enthusiasmus erregt, daß er separat gedruckt in vielen Exemplaren überall verbreitet wurde; er gibt ja auch Zeugniß, daß die Last der Jahre nicht den jugendlich frischen Geist seines Verfassers beugten. Als Stellvertreter wurde der jetzige Kultusminister, Graf Schwerin gewählt,“ bekanntlich auch ein geborner Pommeraner. (D. A. Z.)

(Neueste Nachrichten aus Posen.) Auszug aus dem Bericht des Generals v. Pfuel vom 11. Mai. Der Generallieutenant v. Wedell hat bei Piatkowczarne, wo die Kapitulation in Ausführung kommen sollte, nur 85 Insurgenten ohne Waffen gefunden. Alle übrigen hatten sich zerstreut, und heute eingegangenen Nachrichten zufolge zogen sie in einzelnen Trupps, zum Theil ohne Waffen herum, verkauften ihre Pferde und übten allerlei Unfug und Plünderung aus. Der General v. Wedell schickt Detaschements nach allen Richtungen aus, um Gefangene zu machen, und morgen soll ein Durchsuchen der Wälder längs der ganzen Warthe stattfinden. Es ward gestern Abend mit einbrechender Nacht ein starkes Detaschement von hier nach Rogalin abgeschickt. Nach so eben eingegangener Meldung war aber nichts in Rogalin, als ein kleiner Haufen Sensenmänner, die beim ersten Schusse entflohen, mit Hinterlassung von 4 Böllern, 2 Wagen mit Munition und einigen Gewehren. Ich werde jetzt mit der Entwaffnung systematisch vorgehen um neuen Versuchen zum Aufstande zuvorzukommen. So eben wird Mierosławski gefänglich eingebracht, ich werde ihn so bald als thunlich nach Küstrin schicken. Er hatte sich der Kapitulation unterwerfen wollen, es aber nicht gewagt, in das Lager zurückzukehren. Die heutige große Feierlichkeit der Bewohner Posens zur Verherrlichung ihrer Aufnahme in den deutschen Bund ist ohne alle Störung vorübergegangen. Der General der Infanterie. (gez.) v. Pfuel.

Schleswig-Holstein.

Schleswig, 6. Mai. Der Amtmann von Tondern Kammerherr v. Krogh, ist von der provisorischen Regierung seines Amtes entsetzt, weil er sich geweigert hat, als Wahldirektor für die Wahl eines Abgeordneten zum deutschen Parlamente in Frankfurt in seinem Distrikte zu fungiren. (H. K.)

Flensburg, 8. Mai. Ein gestriges Schreiben der provisorischen Regierung, worin sie der Behörde der Stadt Flensburg die Anzeige macht, daß sie einen Präsidenten als deren „Oberhaupt“ ernannt habe, fand beim Magistrat allgemeine Mißbilligung, man verlangt Zurucknahme dieser Maßregel. (H. K.)

Kiel, 9. Mai. Daß die Dänen eine Unternehmung vorhaben, läßt sich nach ihren Bewegungen kaum bezweifeln. Bei der noch unweit Bülk liegenden Galathea ist heute wieder ein Dampfschiff gewesen, und hat eine Abtheilung Matrosen oder Seesoldaten von dort mitgenommen. (Alt. Mkr.)

Rendsburg, 9. Mai. Auf den Antrag der Freikorps sind dieselben am 5. Mai von dem kommandirenden General der schleswig-holsteinischen Armee, unter Anerkennung ihrer geleisteten Dienste, entlassen worden, da der eigentliche Zweck des Krieges: die Räumung des Herzogthums Schleswig von Seiten der Dänen, erreicht ist. Sie werden ihren Marsch auf Rendsburg richten, um daselbst feierlich aufgelöst zu werden. Die Ankunft ist zum 17., 18. und 19. d. zu erwarten. — Die provisorische Regierung vertheilt schon bis jetzt gedruckte Abschiedsscheine und allen Freischärlern, die im Feuer gewesen, soll eine Medaille als Ehrenzeichen für die Theilnahme am Kampf ausgehändigt werden. (W. Z.)

Rendsburg, 10. Mai. Am 8. Mai haben die Dänen bei Sundewitt wieder in größerer Zahl als am 6. Mai eine Landung unter dem Schutz ihrer Kanonenboote versucht, sind aber mit leichter Mühe durch einen Bajonnetangriff mit einem Hurrah zurückgetrieben worden. Nur ein Mann von den Braunschweigern ist dabei getödtet worden. (B.-H.)

Rendsburg, 10. Mai. An der Mündung des Fjords von Haderleben zeigte sich am 9. d. eine feindliche Kriegskorvette. — Im Apenrader Fjord nimmt (nach Berichten von dort vom 9. d.) jeden Abend eine dänische Brigg ihre Station. — Nach Berichten aus Flensburg vom 9. d. zeigen sich dort bisweilen Kanonenböte, wagen indessen nicht in den Hafen einzulaufen. In der Bucht bei Holnis halten sich ein dänisches Kriegsschiff und ein Dampfboot auf. Diese haben mehrfach mit Kugeln zu kommuniziren versucht; seitdem indeß vor einigen Tagen die Dragoner durch Karabinerfeuer einen Landungsversuch zurückgewiesen, ist ein solcher bisher nicht wiederholt worden.

Kolding, 10. Mai. In den hiesigen Zuständen ist keine wesentliche Veränderung eingetreten, und nur mit den Kriegsschiffen finden fast täglich kleine Scharmützel statt. Am gestrigen Morgen fand in Fredericia ein Gefecht mit einem Dampfschiffe und 4 Kanonenböten statt; augenscheinlich hatten diese Schiffe es sich zur Aufgabe gestellt, die deutsche Flagge von der Hafenbatterie wegzuschießen und warfen Granaten in die Batterie und die Stadt; leider ging dabei das Zeughaus mit einem darin von den Dänen zurückgelassenen Patronenvorrath in Flammen auf, das Dach desselben wurde herabgeschossen und einige friedliche Einwohner getödtet. Indessen wurde das feindliche Feuer von den preußischen 6pfündigen Kanonen in und außerhalb der Festung lebhaft erwidert, und wir hatten die Genugthuung, 2 Kanonenböte in der Weise zu zerstören, daß sie nur mit Mühe das jenseitige Ufer erreichten, und wurde außerdem dem Dampfschiffe das eine Rad und das Hinterbord zerschossen, so wie auch die Fährstelle Strib niederbrannte. Zur Vergeltung der Beschießung von Fredericia, ließ der General v. Bonin einige Granaten (von Snoghoi aus) in Middelfart hineinwerfen, wodurch etwa 5—6 Häuser niederbrannten. Diese Stadt ist von 3 dänischen Bataillonen, 2 Batterien und freiwilliger Kavallerie besetzt. (A. M.)

Braunschweig.

Braunschweig, 11. Mai. Gestern Abend hat sich in Folge eines Antrags im hiesigen vaterländischen Verein ein Komité gebildet, um eine Hauptaufgabe des deutschen Volks in dieser Zeit, die Begründung einer Kriegsflotte, nach Kräften zu fördern.

Oesterreich.

Wien, 12. Mai. Ein unheimliches Gerücht aus Prag folgt dem andern auf dem Fuße. Mögen alle diese Angaben vor dem Ausbruche des kochenden Vulkans für jetzt nur Geburten der erhitzten Einbildungskraft oder wenigstens große Uebertreibungen seyn, immer sind sie als Vorläufer kommender Ereignisse aufzunehmen. Daß es in Prag, in Böhmen zu einem furchtbaren Kampfe zwischen den beiden feindlichen Nationalitäten kommen werde, darüber sind alle des dortigen Bodens kundigen Stimmen einig. Kaum minder zweifelhaft ist es leider, daß dieser Kampf in Prag mit einer Niederlage für uns beginnen wird, wenn man nicht rasch und kräftig Hand anlegt, das Deutschthum in der böhmischen Hauptstadt zu organisiren. Die Deutschen in Prag, obgleich den Tschechen an Zahl gleichkommend, sind entmuthigt, dadurch, daß sie sich von der Regierung im Stiche gelassen und die ganze Aristokratie auf der tschechischen Seite sehen, und es ist kaum zu hoffen, daß sie sich gegen die Schreckensherrschaft der Tschechen ohne starken moralischen Beistand von außen ermannt werden. Möge das Volk und mögen die Regierungen in den an Böhmen gränzenden Landschaften ihre Pflicht thun, mögen sie sich frühzeitig in Bereitschaft setzen, um unsern Brüdern in Böhmen für den Nothfall rasch und wirksam beizuspringen. Die Aussicht auf Beistand aus Bayern, Sachsen, Schlesien wird nicht nur die niedergedrückte Stimmung der Deutschen in Böhmen heben, sondern vielleicht auch die Tschechen vom Aeußersten zurückhalten: Die Aufwiegelei gegen Deutschland und gegen die Nationalversammlung geht inzwischen ihren Gang, und es läßt sich nicht verkennen, daß sie nicht bloß in Böhmen, sondern auch in Mähren und selbst theilweise in Schlesien nur allzu guten Erfolg hat. In Olmütz sind bei den Urwahlen nur 137 Männer erschienen! Aus 80 benachbarten Dorfgemeinden hat sich unter der Führung eines Geistlichen eine Deputation von 160 Bauern auf den Weg nach Wien gemacht, um gegen die Vereinigung Oesterreichs mit dem übrigen Deutschland zu protestiren. Kurz wenn die österreichische Regierung sich über kurz oder lang mit einem Theile ihres deutschen Ländergebietes vom deutschen Bunde lossagen will, so wird es ihr an Vorwänden nicht fehlen. (A. Z.)

Wien, 13. Mai. Die offizielle Anzeige über Erzherzog Ludwigs Entfernung, die ich Ihnen früher mitgetheilt, ist nun durch das gestrige Abendblatt der Wiener Zeitung erfolgt. Doch müssen noch manche andere Urlaubsreisen erfolgen, um die noch immer sehr mißtrauische Stimmung zu beschwichtigen. — Die Nachrichten aus Italien sind noch keineswegs geeignet, sanguinische Hoffnungen zu erwecken, und um so weniger, da selbst die Wiener Zeitung die ihrigen auf einen guten Vergleich beschränkt. Unserm Militärwesen stehen bedeutende Veränderungen bevor, die an sich und durch Absendung tüchtiger Offiziere als erwählter Abgeordneten nach Frankfurt Einfluß auf das übrige Deutschland gewinnen könnten. (A. Z.)

Italien.

Triest, 12. Mai. Das Hauptquartier der Isonzo-Armee ward nach Feltre verlegt. Palma nuova ward in der Nacht vom 10. auf den 11. so wie am 12. bombardirt. Die Truppenmärsche nach Italien dauern fort. In den Gewässern von Venedig soll auch eine französische Dampffregatte erschienen seyn. (A. Z.)

Mailander Tagbülletin vom 11. Mai nichts Neues aus dem sardinischen Hauptquartier. Von Corunda schreibt man am 9. Mai, 11 Uhr Vormittags: Fünf Stunden schlagen sich die Unsern wacker gegen die Barbaren in derselben Stellung wie gestern Abend, nämlich zwischen Corunda und Oxigo, und zwar unter dem Hügel Madonna della Rocca. Wir haben wenig Verwundete, der Feind viele Todte. Weder hier noch dort ein Vortheil.

Mailänder Abendbülletin vom 11. Mai: „Auf die Nachricht, daß die Ferrareser Kompagnie unter Kapitän Mosti, 120 Mann stark, sich bei Cornuda mit einem weit überlegenen Feind in Kampf eingelassen habe, eilte General Ferrari am Vormittag des 8. mit der zweiten römischen Legion unter Patrizi und mit dem Schützenregiment, im Ganzen 1800 Mann, den Unsern zu Hilfe. Um 6 , Uhr langten die tapfern Päpstlichen auf dem Kampfplatz an und begannen ein lebhaftes Feuer, das bis gegen 8 Uhr Vormittags währte. Der Feind brauchte die Artillerie, ohne uns zu schaden, wir zählten nur 3 Verwundete. Die Kompagnie Gentiloni hatte sich sogar der starken Stellung Madonna della Rocca bemächtigt, die sie indeß aus Mangel an Munition nicht behaupten konnte. Um 6 Uhr Vormittags am 9. begannen die Unsern den Angriff auf's Lebhafteste und schlugen sich 10 Stunden lang mit einem Muth und einer Tapferkeit ohne Gleichen. Während die Verluste des Feindes sehr bedeutend waren, hatten die Unsern nur zehn Verwundete und einige Todte. Der Feind, der sich während der Nacht verstärkt haben muß, wird etwa 5000 M. gezählt haben. Da aber General Ferrari fürchtete, der Feind versuche den Uebergang über die Brücke della Priulla über die Piave zu erzwingen und auf Treviso zu fallen, sammelte er seine Truppen, um sich zu seinem Hauptquartier in Montebelluna zu begeben, wo er am selben Tag um 7 Uhr Nachmittags ankam. Der Feind stieg nicht herab, um die Stellung der Unsern bei Cornuda einzunehmen. General Durando mußte an diesem Tage in Bassano seyn, und hat vielleicht den Feind schon über Feltre zurückgeworfen. Die zwei Regimenter päpstliche Freiwillige unter Herzog Lante sind in Treviso mit dem berühmten Pater Gavazzi als ihrem Kaplan eingetroffen, die dritte römische Legion und ein Theil der vierten unter Galliano besetzen einen Punkt auf der Pianelinie." (Montebelluna liegt nördlich von Treviso, Cornuda nördlich von Montebelluna, Onigo an der Piave nördlich von Cornuda. Dieses ist von Treviso etwa vier deutsche Meilen entfernt.)

Rom, 8. Mai. Die Brüder des Papstes sind hier eingetroffen, und in einer Privatwohnung in Via Condotti abgestiegen. Die Civica hat ihnen eine Ehrenwache errichtet. Wichtiger, und für viele alarmirend ist die Nachricht, daß das Bataillon von Trastevere auf heute nach dem Quirinal beschieden ist, um dem heiligen Vater den Fuß zu küssen. Diese Demonstration wird als der Beginn bürgerlicher Zwistigkeiten betrachtet. Dagegen sollen die Nachrichten aus den Provinzen zur Zeit noch beruhigend lauten. Der Polizeiminister Galletti war nach denselben abgegangen, um zur Beschwichtigung der Gemüther mitzuwirken. Die Zahl der nach dem Quirinal geflüchteten Kardinäle wird auf sieben angegeben. Die Angabe der „Epoca", daß der österreichische Botschafter seine Pässe bereits erhalten habe, scheint sich nicht zu bestätigen. Uebrigens steht sein Abgang nahe bevor. Er läßt den k. k. Botschaftsrath Comm. v. Ohms hier zurück. (A. Z.)

Frankreich.

Marseille, 7. Mai. Die Unruhen in Nimes waren bedenklicher, als man durch die Zeitungen erfuhr. Der ewige Zwist zwischen Katholiken und Protestanten taucht bei jeder Gelegenheit mit erneuter Wuth wieder hervor. Der Anlaß dazu waren die gewählten legitimistischen Kandidaten. Die Katholiken wollten diesen Triumph durch eine Prozession feiern, die Radikalen, meistens Protestanten, haben dieselbe mit Flintenschüssen auseinandergesprengt, so daß es zu einem allgemeinen Aufstande kam, der volle drei Tage dauerte und zur Folge hatte, daß das aus Algier rückkehrende 53. Infanterieregiment anstatt zur Alpenarmee zu ziehen, bei seiner hiesigen Landung sogleich auf der Eisenbahn nach Nimes befördert wurde. Es ist dort viel Blut geflossen und die Gemüther sind noch immer in der größten Aufregung. Die Lobhudeleien und die Bewunderung, welche man seit dem 24. Febr. den Arbeitern in ganz Frankreich spendet, bringen hier die zu erwartenden schönsten Früchte ein. Diese Leute steckten bis jetzt täglich ihre 40 Sous in die Tasche, ohne sie zu verdienen, denn anstatt zu arbeiten, steckten sie die Hände in die Taschen, rotteten sich zusammen und politisirten. Jetzt scheint man dieser Wirren überdrüssig zu seyn, und sie werden nun nach der Arbeit die sie vollbracht haben tarirt und bezahlt. Das ist aber nicht nach dem Geschmack dieser Leute. Nun ziehen sie mit vielen Fahnen an der Spitze durch die Stadt, machen Aufläufe und stoßen Drohungen aus. Unsere Nationalgarde ist dieser Rohheiten überdrüssig und durch den angestrengten Dienst gegen diese unsinnigen Unruhestifter auf das äußerste gereizt. Wenn diese Leute sich nicht gutwillig fügen, so kann es in Bälde zu blutigen Kollisionen kommen. Aus Afrika lauten die Nachrichten immer bedenklicher. In der Provinz Oran haben die Araber schon wieder den Schild erhoben, und bei Medeah und Miliana gährt es auch. General Cavaignac ist so eben von Algier eingetroffen und hat seine Reise sogleich nach Paris fortgesetzt. Der empfindlichste Stoß für unsere Kolonie in Algier ist das beständige Wechseln des Gouverneurs. Da Lamartine und Cormenin vermuthlich für Paris optiren werden, so wird es hier zwei neue Wahlen geben, wobei Thiers gewiß ist, gewählt zu werden, denn die Legitimisten haben ihm diesesmal ihre Stimmen versprochen. (A. Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 18. Mai: (Neu einstudirt:) „Das Konzert am Hofe," komische Oper v. Auber. Vorher: „Eigensinn," Lustspiel v. Benedix.

Freitag den 19. Mai: „Dorf und Stadt," Schauspiel v. Ch. Birch-Pfeiffer.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. H. Formann, Rentier aus England.

Hôtel Maulick. H. Gerley, Rentier von London; Gräfin Tscherloth aus Rußland.

Gold. Hahn. H. Opertlie, Proprietär v. Straßburg.

Gold. Kreuz. HH. Baron v. Trauttenberg, k. k. Hauptmann mit 3 Offizieren, von Wien; Marceri, Konsul von Augsburg.

Blaue Traube. HH. Lutz, Forstkommissär v. Augsburg; Tores und Marchinville, Rentiers v. Genf; Pireischner, Deputirter v. Kufstein; Wied, Pfarrer v. Nördlingen; Adelhoch, Kooperator v. Salzburghofen.

Stachusgarten. HH. Schwarz, Apotheker von Schongau; Schütz, Pfarrer v. Günzburg; Lorenz, Lieutenant v. Würzburg; Eppler, Lieutenant v. Bamberg.

2389. (3c)

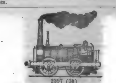
Die Molken- und Bad-Anstalt

Kreuth

wird am 1. Juni l. Js. eröffnet.

Die fixirten Preise sämmtlicher Bedürfnisse, welche die Anstalt verabreicht, sind aus den gedruckten Satzungen zu ersehen, die bei der Anstalt gratis zu haben sind.

Mit Bestellungen beliebe man sich entweder an Se. kgl. Hoh. des Prinzen Carl von Bayern Güter-Administration Tegernsee oder an die Bad-Anstalt Kreuth selbst zu wenden.



2397 (3b)

Bekanntmachung.

Kgl. Bayer. concession. pfälz. Ludwigs-Eisenbahn.

(Ludwigshafen-Bexbach.)

Zur Bestreitung der Bauausgaben der pfälzischen Ludwigsbahn ist die Leistung der Zehnten Einzahlung nöthig.

Unter Bezugnahme auf §. 33 der Statuten werden die Besitzer der Interimsscheine eingeladen,

bis zum 1. Juni l. Js.

die letzte Einzahlung von 10 pCt. nach Abzug der Zinsen vom 1. Januar bis 1. Juni, resp. 1. Juli, als dem Termine der Zins-Coupons der Aktien, à 4 Prozent zu 9 fl. 10 kr., mit

40 fl. 50 kr. per Interimsschein

an einen der nachbenannten Herren Banquiers der Gesellschaft, durch welche den Einzahlern alsbald die Aktiendokumente zugehen werden, als:

in	Augsburg:	J. L. Schäzler;
„	Frankfurt a. M.:	Gebrüder Goldschmidt;
„	id.	Ph. Nic. Schmidt;
„	Mannheim:	W. H. Ladenburg und S.;
„	id.	Joh. Wm. Reinhardt;
„	München:	Joh. Lor. Schäzler;
„	Neustadt a. H.:	L. Dacqué, oder
„	Speyer bei der Direktorial-Kasse daselbst,	

wo die Umwechselung gegen die Aktiendokumente unmittelbar vorgenommen werden kann.

Von den Besitzern der nachbezeichneten Interimsscheine ist die neunte Einzahlung per 1. Januar nicht in gehöriger Weise geleistet worden, dieselben werden daher nochmals aufgefordert, die neunte Einzahlung zur Vermeidung der statutenmäßigen Nachtheile, nachträglich zu leisten.

Interimsscheine Lit. A. 261 — 285, 2297, 2642, 2766, 3096, 3264 — 3267, 3629 — 3633, 3786, 3788, 3899, 4284, 6394, 6362. — Lit. B 1787 — 1810, 3146, 3250, 3452, 3453, 3986, 3987, 4047, 4361, 4427, 4613 — 4617, 4666, 4873.

§. 33 der Statuten lautet:

„Wer eine Einzahlung zur festgesetzten Zeit und „spätestens einen Monat nachher nicht leistet, wird „dadurch aller seiner Rechte als Aktionär, so wie „der bereits gemachten Einschüsse zum Besten des „Gesellschaftsvermögens verlustig."

Speyer, den 1. Mai 1847.

Das Directorium
der Königlich Bayerischen concessionirten pfälzischen Ludwigsbahn.
Lamotte.

2405. Von dem königl. wirkl. Geh. Oberregierungsrath

Dr. J. G. HOFFMANN

sind in unserem Verlage nachstehende staatswirthschaftliche Schriften und durch die **Literarisch-artistische Anstalt der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in München** zu beziehen:

Mit besonderer Rücksicht auf den preussischen Staat:

Die Lehre von den Steuern,
als Anleitung
zu gründlichen Urtheilen über das Steuerwesen.
Geh. 4 fl. 30 kr.

Die
Befugniss zum Gewerbbetriebe,
zur Berichtigung der Urtheile über Gewerbefreiheit und Gewerbezwang.
Geh. 4 fl. 30 kr.

Die Lehre vom Gelde,
als Anleitung
zu gründlichen Urtheilen über das Geldwesen.
Geh. 2 fl. 6 kr.

Die Zeichen der Zeit im deutschen Münzwesen,
als Zugabe zu der Lehre vom Gelde.
Geh. 1 fl. 30 kr.

Das Verhältniss der Staatsgewalt
zu den
Vorstellungen ihrer Untergebenen.
Ein Beitrag zur Erleichterung gründlicher Urtheile über die Anforderungen, welche das Zeitalter an die Staatsverwaltungen macht.
Geh. 1 fl. 48 kr.

Uebersicht
der allgemeinsten
staatswirthschaftlichen Verhältnisse,
welche die Verschiedenheit der Bildung und des Besitzstandes unter den Staatsangehörigen erzeugt.
Geh. 54 kr.

Nicolai'sche Buchhandlung in Berlin.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Digitized by Google

Nr. 130.

Man pränumerirt auf die N. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 30 kr., im III. Rayon 3 fl. 54 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Donnerstag XLIX. Jahrgang. 18. Mai 1848.

Deutschland.

Bayern.

Landtag.

**München, 13. Mai. (XXXI. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische die HH. v. Benning, v. Bezold und v. Roth; in der Kammer 120 Abgeordnete. — Eröffnet wurde die Sitzung mit Ablesung des Einlaufes, darunter auch eine Eingabe, resp. Beschwerde, von Gemeinden gegen das Wirken des Frhrn. v. Pechmann, jetzigen Polizeidirektors zu München, und ein Antrag des Hrn. I. Präsidenten, Dr. Kirchgeßner, zur Aufbesserung der Verhältnisse des Hilfspersonals bei Untergerichten. — Hiernächst wurde der aus der Pfalz eingerufene Ersatzmann, nun Abgeordnete Tümmler, eingeführt, beeidigt und vom Präsidenten willkommen geheißen. — Sofort wurde der Tagesordnung gemäß vom Referenten der ersten vier kombinirten Ausschüsse, Dr. Schwindl, der gestern Nachts 11 Uhr nach 8tägiger Doppelsitzung zu Stande gekommene Beschluß über den Gesetzentwurf: „die Aufhebung der standes- und guts-herrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten betreffend“ gelesen, und dessen Fassung genehmigt. Dieser Beschluß geht nun zur Kammer der Reichsräthe, wo die Berathung in den Ausschüssen und in Pleno wahrscheinlich auch das Aufbieten aller geistigen Kräfte fordert. — Nach der Fassungsgenehmigung obigen Beschlusses führte die Tagesordnung zur Berathung und Schlußfassung über den Gesetzentwurf: die Wahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung betr. — Referent dieses Gesetzes war Dekan Bauer, vorberathen wurde derselbe von dem kombinirten I. und III. Ausschusse. — Der Hr. I. Präsident stellte die Frage: ob die Kammer obigen Beschluß nochmal, nachdem er seiner Wichtigkeit wegen erst lithographirt werden sollte, verlesen wissen wollte. Die Kammer nahm jedoch von einer nochmaligen Verlesung Umgang. Hierauf bemerkte der Hr. Präsident, daß wegen Ermüdung der Kammermitglieder und wegen Wichtigkeit der Sache die Berathung über das Wahlgesetz auf nächsten Montag angesetzt werde. — Dekan Bauer dankte hierauf im Namen der Hinterbliebenen des frühern Abgeordneten Emil Wagner, Pfarrers in Baireuth, für die Beiträge zu einem Monumente für den ausgezeichneten Mann. — Hiernächst begann eine andere, ernste, feierliche und schöne Debatte. — Der Hr. II. Präsident, Dr. Müller: Meine Herren! Meine angegriffene Gesundheit gestattet mir nicht mehr, in der nächsten Zeit thätigen Antheil an Ihren Verhandlungen nehmen zu können. Dabei halte ich mich nach meiner innigsten Ueberzeugung und nach den auf dieser ruhenden Grundansicht über unsere Staatsverhältnisse, staatlichen Zustände, über die so vielen Bestrebungen und Bedürfnisse unserer Zeit, sowie über die Mittel und Wege, zu deren Befriedigung verpflichtet, Ihnen nicht zu verhehlen, daß ich mich nach den Erfahrungen in der jüngsten Zeit ganz außer Stand gesetzt fühle, meinem Vaterland Bayern noch fernerhin in dieser Fassion nützlich seyn zu können; dieses mich tief ergreifende Gefühl beunruhigt und erregt meinen Körper, meinen Geist und mein ganzes Seyn. Heiß und schneller rinnt das Blut durch die Adern, und es wird nur Ruhe finden in dem baldigen Wechsel des Aufenthaltsorts, — belebt durch die Hoffnung, bei wiederkehrender Gesundheit im Parlament zu Frankfurt für mein Vaterland das zu thun, was unmittelbar mir hier zu erreichen nicht vergönnt seyn will. Ich bitte Sie deßhalb, meine Herren, mir in der einen oder andern gesetzlichen Weise die Dispensirung von der fernern Theilnahme an ihren Verhandlungen zu gewähren. — Mir ist durch Ihre Wahl und durch die königl. Bestätigung die hohe Würde eines II. Präsidenten zu Theil geworden. Ich danke Ihnen nochmal aus dem Grunde meines Herzens für diese Auszeichnung. Ich habe sie nicht gewünscht diese Würde in ihrer Mitte, ich habe sie nicht gesucht, weil nach meinem Dafürhalten die Poesie des ständischen Lebens nicht in der Ehre des Vorsitzes besteht, welche die Freiheit der Meinungen und Bestrebungen des unabhängigen Abgeordneten beschränkt. Ich bin der Pflicht gefolgt, und habe die mir übertragene Würde übernommen, ich habe sie nach Kräften treuest bewahrt, und gebe sie in Ihre Hand unversehrt zurück. Wenn Sie den guten Willen für die That nehmen, so werden sie mir das Zeugniß nicht versagen, sie mit Ehre bewahrt zu haben, wo es sich um die Freiheit und Unabhängigkeit dieses Hauses, um seiner und des gesammten Volkes Ehre und des gesammten Vaterlandes Wohlfahrt, um die Achtung der Regierung handelt. Ja, ich nehme keinen Anstand, Ihnen zu sagen, beim Eintritt und beim Wachsen von Gefahren würde vielleicht mein Geist elastisch, geworden seyn, im Kleinen klein, im Großen groß. Wie Sie, wie meine Mitbürger, wie die öffentliche Meinung mich beurtheilen mag, mein Herz, mein Geist, mein ganzes Seyn gehört dem Vaterland, dem heißgeliebten Vaterland. (Allseitiger Beifall.) — Dekan Bauer manifestirte hierauf die vollste Anerkennung der Verdienste des Hrn. II. Präsidenten. — Abg. Bestelmayer machte besonders auch neben der Beistimmung zum Votum des vorigen Redners aufmerksam auf die Frage, wann denn eigentlich die Kammer das Ziel ihrer Wirksamkeit fände, nachdem in Frankfurt die hochwichtigen Sitzungen demnächst beginnen. — Hierauf ergriff das Wort der Hr. I. Präsident, Dr. Kirchgeßner, in folgender Weise: Meine Herren! Schwer berührt haben mich die Worte des Hrn. II. Präsidenten. Er deutet uns seine leidende Gesundheit an, er spricht von der Ansicht, als sey die Möglichkeit seines Wirkens in unserer Mitte beschränkt; ich will hoffen, daß seine Gesundheit bei uns bald erstarke. Seine Ansicht aber, als sey die Möglichkeit seines Wirkens beschränkt, meine Herren, muß ich gewiß in Aller Sinn mit fester Ueberzeugung widersprechen. Wir kennen unsern Hrn. II. Präsidenten seit einer Reihe von Landtagen als einen Mann, der mit dem eifrigsten Willen für das Beste, für das Vaterland Kenntnisse, Geist, Kopf und Herz in gleichem Maße verwendet hat. Die Wahl hat kund gethan, was die Kammer ihm vertraute. Sein Wirken in dieser Kammer hat dieses Vertrauen gewiß nicht geschwächt. Sein Wirken wird gewiß fernerhin dahin führen, wohin sein gutes, für das Vaterland beseeltes Herz, seine geistige Kraft es zu ziehen vermögen. Mag er seine starken Kräfte mit den unsrigen vereinen. Mögen wir ihm aber auch kund geben, daß wir noch derselben Ansicht sind, dasselbe Vertrauen zu ihm haben, wie in dem Momente, wo wir durch die Wahl unser Vertrauen kund gaben. Gewiß, meine Herren, Sie werden alle meine Worte manifestiren. (Allseitige Zustimmung.) Meine Herren, es ist von Hrn. Abg. Bestelmayer angeführt worden, was nicht blos uns, sondern das ganze öffentliche Leben berührt, eine Frage, ob wir, während in einigen Tagen die Thätigkeit des Parlaments in Frankfurt beginnen wird, wohin mehrere unserer Mitglieder einberufen worden sind, ob wir noch längere Zeit und wie lange wir noch hier weilen wollen. Meine Ansicht, meine Herren, über diese Sache beruht auf der gesetzlichen Basis. Die Stände haben nicht das Recht, sich aufzulösen; ihre Einberufung und Auflösung ist ein Recht der Krone. Die Krone wird ebenso, wie wir, des Vaterlandes Interesse zu vertreten wissen, und unser Vertrauen möge darum stark seyn, daß die Krone erkennen wird, wohin das größere Interesse zieht, ob hieher, oder nach Frankfurt. Vertrauen wir ihrem weisen Entschluß über die Zukunft. — Der Hr. II. Präsident, Dr. Müller, dankte hierauf in kurzen herzlichen Worten, worauf der Hr. I. Präsident bemerkte, daß derselbe nun sein Urlaubsgesuch offenbar zurückgenommen habe, und hiemit schloß er die heutige Sitzung und anberaumte die nächste auf künftigen Montag.

München, 18. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XXXVI. auf heute um 9 Uhr Vormittags angesetzte öffentliche Sitzung.) 1. Verlesung des Protokolls der XXXV. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Verlesung des Beschlusses über den Gesetzentwurf: die ständische Initiative betr. — 4. Vortrag des Referenten im II. Ausschuß über den Gesetzentwurf: die Kapitalsteuer betr.

München, 14. Mai. Se. Maj. der König hat unter Genehmigung des Vorrückens der bisherigen Suppleanten bei dem Medizinalkomité an der Universität München, der Doktoren Horner und Fischer in die erste und beziehungsweise in die zweite Suppleantenstelle den Professor honorarius Dr. J. Braun zum dritten Suppleanten bei dem genannten Komité ernannt.

(A. Z.)

München, 15. Mai. Am Abend des 13. d. Mts. wurde zu dem Armeebefehl vom 31. März d. Js. folgender Nachtrag bekannt: Ernannt werden: Zum 2. Kommandanten der Festung Germersheim der Oberstlieutenant Klier vom 2. Art.-Reg. mit dem Charakter als Oberst; zu Artillerie-Direktoren: die Oberstlieutenants Pöllath vom 2. Art.-Reg. in der Festung Landau, und Schnitzlein vom 1. Art.-Reg. in der Festung Germersheim; zum Referenten beim Artilleriekorpskommando der Major Hamel vom 1. Art.-Reg.; zum Oberzeugwart der Hauptmann Mager vom 2. Art.-Reg. bei der Zeughausverwaltung Ingolstadt; zum Konservator bei der Zeughaus-Hauptdirektion der Hauptmann v. Waydmann vom 1. Art.-Reg.; zu Unterlieutenants: der Edelknabe Friedrich Frhr. v. Frays; die Fahnen-Kadeten Will, Kriebel, Streiter, Hausmann, Kirchhofer und Frhr. v. Juncker-Bigatto; der Baukandidat Engelbrelt, der Ingenieur-Eleve Girl und der Ingenieur-Praktikant Schuster, sämmtlich bei der Artillerie; zu Junkers: der Kandidat der Philosophie v. Moy und der Studirende an der Ludwig-Maximilians-Universität Kreußer, der Ingenieur-Eleve Neuß und der Baupraktikant Herold und der Kandidat der Philosophie v. Hoffnaaß, sämmtlich bei der Artillerie; — zum Veterinär-Praktikanten der geprüfte Thierarzt Müller aus Regensburg im 3. Art.-Reg. — §. 3. Befördert werden: zum Generalmajor und Brigadier der Artillerie der Oberst Deyrer vom 1. Art.-Reg.; — zu Obersten: die Oberstlieutenants Frhr. v. Brandt vom 2. im 3. und

Frhr. v. Berchem vom Artill.-Korps-Kommando im 1. Art.-Reg.; — zu Oberstlieutenants: die Majore Brodesser vom 2. im 3. Art.-Reg, Speck bei der Zeughaus-Hauptdirektion, v. Eisenhofen von der Zeughaus-Haupt-Direktion im 2. Art.-Reg.; — zu Majoren: die Hauptleute St. Germain, Gallus Weber, Fuchs, Franz Ritter von Rogister, Joseph Hütz, Kriebel, Tetter, Königer, Nachtigall und Neumayer, letzterer mit der Bestimmung als Referent im Kriegsministerium; — zu Hauptleuten: die Oberlieutenants Halder, Abele, Ritter v. Mangstl, Dietl, Lutz, Max Graf v. Tattenbach, Ritter v. Schmädel, Schulze, Nepomuk Frhr. v. Müller, Max Graf v. Bothmer, Ludwig Fischer; — zu Oberlieutenants: die Unterlieutenants Karl Frhr. v. Bibra, v. Mannlich, Kitzing, Eckart, Bergmann, Roppelt, Göbel, Schoch, A. Frhr. v. Freyberg, August Frhr. v. Leonrod, Reinhard Frhr. v. Gumppenberg, Oskar Redenbacher, Frhr. von Reubeck, Franz Frhr. v. Stengel, Lori und Mussinan; — zu Unterlieutenants: die Junker Göbel, Zeller, Müller, Redenbacher, Frhr. v. Hutten; die Unteroffiziere: Feldwebel Samhaber, Korporal Weißhaupt, Korporal Kadet Eckl, Unterkanonier Reder, Unterkanonier und Kadet v. Krafft; — zu Junkern: der Korporal Krämer, die Kanoniere Karl Hofmeister und Otto Meha (sämmtlich bei der Artillerie).

München, 16. Mai. Unter dem 11. d. M. wurde der Rath außer dem Status am königl. Kreis- und Stadtgerichte München Karl v. Günther temporär quieszirt, und zu dieser Rathstelle der Assessor dieses Gerichts Karl Kammerknecht befördert. Im Ingenieurkorps und im Genieregiment hat Se. Maj. der König folgende Beförderungen verfügt als: zum Obersten im Ingenieurkorps den Oberstlieutenant Franz Hörmann v. Hörbach; zu Oberstlieutenants: die Majore W. Seydel und Tobias Bauer, beide im Ingenieurkorps; zu Majors: den Hauptmann Karl Macco im Genieregiment und den Hauptmann Friedrich Berthold im Ingenieurkorps. (A. Z.)

Aus Franken, 9. Mai. Seitdem in Bamberg eine bedeutende Militärmacht eingerückt ist, hat sich dort der Stand der Dinge wesentlich geändert. Die bisherigen verlauten Schreier, welche fast das ganze Regiment an sich gerissen hatten, ziehen sich zurück, während der andern Partei, die trotz ihrer numerischen Uebermacht feig genug war, sich von einer Handvoll sogenannter Proletarier ins Bockshorn jagen zu lassen, der Muth wieder zu wachsen beginnt. Gegen die Leiter der bisherigen Bewegung macht sich auch noch eine andere Reaktion geltend. Es zeigt sich nämlich, daß ein guter Theil ihrer bisherigen Anhänger jetzt am eifrigsten gegen sie auftritt. Außerdem wird man ihnen alles, was der Stadt und Umgegend Unangenehmes widerfahren sollte, in die Schuhe schieben, wie man ihnen jetzt schon die bereits erfolgten und noch zu erwartenden militärischen Maßregeln zur Last legt. Aus der Stadt ist das fremde, arbeitslose Gesindel ausgewiesen und über mehrere frühere Vorgänge, namentlich über die Unruhen vom Ostermontag, eine Untersuchung eingeleitet worden. Bisher hatten die Behörden in ihrer gänzlichen Machtlosigkeit jeden Unfug ungestraft hingehen lassen. In die Umgegend von Bamberg sind Militärabtheilungen verlegt worden, um den überhand nehmenden Holz- und Wildfreveln in Verein mit dem Forstpersonal kräftig zu steuern. Es ist wahrlich Zeit, daß dem gesetz- und zuchtlosen Zustand endlich einmal ein Ende gemacht werde, der bei längerer Andauer in eine allgemeine Anarchie ausgeartet seyn würde. Ueber den Zeitpunkt des in unserer Nähe zu errichtenden Bundeslagers, ist bis jetzt noch nichts näheres bekannt. Bereits im Laufe dieser Woche hatte man aus Sachsen die ersten Truppen erwartet; die Sache scheint aber auf unerwartete Anstände gestoßen zu seyn, und zu neuen Unterhandlungen Anlaß gegeben zu haben. (Karlsr. Z.)

Württemberg.

Ulm, 14. Mai. Heute gegen 11 Uhr Vormittags ist die erste Abtheilung des österreichischen nach Rastatt bestimmten Infanterieregiments Wellington, 1703 Mann mit 38 Offizieren, hier eingerückt. Die hier in Garnison befindlichen württembergischen Truppen bildeten von der Donaubrücke bis über den Markt Spaliere. Der Gouverneur der Bundesfestung, Generallieutenant Graf zur Lippe, war mit dem Festungskommandanten General v. Dambor und den übrigen höhern Offizieren den Ankommenden entgegengeritten und hatte sie bewillkommt. Morgen halten die Truppen Rasttag und werden am Dienstag den 16. d. M. wieder abmarschiren. Die zweite Abtheilung des Regiments Wellington wird bis Donnerstag erwartet. Für das zur hiesigen Besatzung bestimmte österreichische Regiment werden eiligst Baraken in Stand gesetzt, da die Kaserne auf der Wilhelmsburg noch nicht zur Aufnahme von Truppen eingerichtet ist, indeß wird rastlos daran gearbeitet. Die Schleife mit den deutschen Nationalfarben an der Fahne des Regiments Wellington, die schwarz-roth-goldnen Kokarden an den Tschakos haben uns die freudige Ueberzeugung gewährt, daß wir deutsche Brüder in den eingezogenen Truppen, nicht „Fremde,“ wie die Badener die unsrigen noch nennen, begrüßt haben. Aber wie die republikanischen Sondergelüste der Badener, so müssen auch die slavischen Trennungsversuche in Böhmen und den übrigen deutschen Ländern Oesterreichs mit aller Kraft und Energie unterdrückt werden. Dieß hoffen und fordern wir von dem deutschen Reichstage. Möge er unverzüglich Maßregeln ergreifen, welche den Tschechen zum Bewußtseyn bringen, daß Deutschland sich keines seiner Länder entfremden lassen wird. Ein Deutschland, fest wie seine Berge, das muß, das wird uns auf dem Weg friedlicher Verständigung werden! (A. Z.)

Baden.

Mannheim, 11. Mai. Die 20. Nummer des „Deutschen Zuschauers“ ist heute mit Beschlag belegt worden. — Unter dem gestrigen wurde mit der Aufhebung des Kriegszustandes zugleich verfügt, daß die Privatwaffen zurückgegeben würden. Nichtsdestoweniger sind die Waffen nicht zurückgegeben worden, weil es dem Hrn. Kommandanten hiesiger Stadt nicht beliebt, der von dem Zivil-Kommissär gegebenen Weisung Folge zu geben. — Der Bekanntmachung bezüglich der Aufhebung des Kriegszustandes ist beigefügt, daß 1) die Einquartierung der dahier befindlichen Truppen zu Lasten der Stadt schon mit dem 10. d. M. ihr Ende genommen hat; 2) daß ein Theil dieser Truppen in den nächsten Tagen Mannheim wieder verlassen; 3) daß die Ausfolgung der Privatwaffen im Zeughause vom Heutigen an gegen Vorlage der ausgestellten Bescheinigungen eintreten, und endlich 4) daß durch das zeitweise Verbot der Volksversammlungen Vereinigungen der Wähler zur bevorstehenden Parlaments- und hiesigen Bürgerausschußwahl in keiner Weise beschränkt sind.

Preußen.

Berlin, 14. Mai. (Einberufung der Stände.) Durch ein Patent vom gestrigen wurde die zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung bestimmte Versammlung, nachdem die Wahlen jetzt geschlossen sind, auf den 22. Mai einberufen. Ferner wurde bestimmt: von Abgeordneten, welche in mehreren Bezirken für die Nationalversammlung in Berlin oder in Frankfurt gewählt worden sind, hat der Wahlkommissarius sofort die Erklärung zu fordern, für welchen Wahlbezirk sie die Wahl annehmen wollen. In den Wahlbezirken, für welche die Wahl abgelehnt wird, ist von den betreffenden Wahlkommissarien sogleich eine neue Wahl anzuordnen.

Die Potsdamer Gardedragoner hatten schon seit einigen Tagen den Befehl, am 15. ds. nach Bamberg auszurücken. Dieser Befehl ist jedoch zurückgenommen worden, und die deutsche Truppenaufstellung in Franken unterbleibt ganz. Man will behaupten, daß Lamartine unter den bestimmtesten Friedensversicherungen von Seiten Frankreichs die Bitte um Zurücknahme jener Maßregel an den Bundestag gestellt habe, damit die französischen Kriegsschreier daraus keine Veranlassung ziehen können, Deutschland etwaige feindselige Absichten gegen Frankreich zuzuschreiben. (Magdeb. Z.)

Schleswig-Holstein.

Schleswig. Die provisorische Regierung macht folgende beide Aktenstücke bekannt: I. „An den General, Kommandant en chef der das Gebiet Sr. Maj. des Königs von Dänemark okkupirenden feindlichen Truppen. (Das Original ist französisch.) Herr General! Der Unterzeichnete, d. Z. Befehlshaber der Seemacht Sr. Majestät des Königs von Dänemark auf dieser Station, hält es für seine Pflicht, Sie von den nachfolgenden Thatsachen in Kenntniß zu setzen: 1) Gestern, am 8. d., während des Kampfes vor der Zitadelle von Fredericia wurden einige verwundete Matrosen von den unter meinen Befehlen stehenden Kanonenböten provisorisch in den Häusern einquartirt, welche auf der Spitze von Strib liegen, und diese Häuser wurden durch eine auf denselben angebrachte weiße Fahne bezeichnet. Die westlich in der Bucht von Fredericia aufgestellte Batterie wählte gerade diese Häuser zur Zielscheibe ihrer Haubitzen und steckte dieselben in Brand, lange nach Beendigung des Kampfes. 2) Am gestrigen Abend ist die Stadt Middelfart bombadirt worden. In der Besorgniß, daß die Anwesenheit der Dampfkorvette „Hekla“ zu einem Angriff Veranlassung geben könnte, hatte ich den Befehl gegeben, sie von ihrer Stellung vor der Stadt zurückzuziehen, und dieser Befehl ist ausgeführt worden, aber dennoch hat das Bombardement stattgehabt, nicht auf die Korvette, sondern auf eine offene und vertheidigungslose Stadt. Ich bin überzeugt, Herr General, daß die Mittheilung dieser Thatsachen, die bisher in den Kriegsannalen zivilisirter Nationen unbekannt sind, hinreichen wird, um ihre Wiederholung zu verhindern. Ich will Ihnen nur bemerken, daß es in meiner Macht gestanden hat, mehrere von feindlichen Truppen besetzte Städte zu bombardiren, und daß ich es nicht gethan habe, zurückgehalten durch die Grundsätze, welche mir diesen Brief eingeben, und daß, wenn gegen meine Erwartung die Antwort, mit welcher Sie mich beehren werden, mir beweisen sollte, daß diese Thatsachen auf Ihren Befehl geschehen sind, die dänische Marine im Stande seyn wird, eine grausame Rache an den Seestädten der Ostsee zu nehmen. Ich habe die Ehre ꝛc. Steen Bille, Kammerherr, Schiffskapitän, Befehlshaber der Seemacht Sr. Maj. des Königs von Dänemark im kleinen Belt. Am Bord des Hekla, den 9. Mai 1848. — II. „An den k. dänischen Kammerherrn und Schiffskapitän, Oberbefehlshaber der Flotte im kleinen Belt, Hrn. Steen Bille, am Bord des „Hekla.“ Ew. Hochwohlgeboren Schreiben vom gestrigen Tage habe ich so eben erhalten und beehre mich, darauf zu erwidern. 1) Der Kampf am 8. vor Fredericia ist an diesem Tage wie derjenige an dem vorhergehenden nicht von den Truppen unter meinem Befehl, sondern von der kgl. dänischen Marine selbstwillig, d. h. ohne irgend eine äußere Veranlassung begonnen worden. 2) Die kgl. dänische Marine hat sich zu ihrem Zielpunkt nicht meine Truppen allein, sondern die Stadt Fredericia ausgewählt und dort durch ihr Wurffeuer mehrere Häuser angezündet, selbst das kgl. Schloß theilweise zerstört und eine bedeutende Anzahl der schuldlosen ihrem Könige treuen Bewohner, darunter Weiber und Kinder, getödtet und verwundet. 3) Fredericia steht jetzt unter Deutschlands Schutz. Als Beweis, daß ich nicht ungerächt Akte der Grausamkeit an Schützlingen Deutschlands begehen lasse, hat am Abende des 8. meine Artillerie Gleiches mit Gleichem vergolten und das stark von dänischen Truppen besetzte Middelfart in Brand geschossen. 4) Aus demselben Grunde ist das Fredericia direkt gegenüber liegende Dorf Strib beschossen worden, vor welchem überdieß Batterien gegen die von mir besetzte Stadt und Zitadelle aufgeworfen waren. 5) Daß eine weiße Fahne auf den gegen das Ufer vorspringenden Häusern dieses Dorfes geweht habe, ist nicht bemerkt worden; wäre Dieß geschehen und wäre meinen Truppen bekannt gewesen, daß dieselbe den Schutz von Verwundeten beanspruchen solle, so würde das Feuer gewiß nur gegen die feindliche Batterie gerichtet worden seyn. 6) Wenn Ew. Hochwohlgeboren aussprechen, daß die dänische Marine für das Bombardement von Middelfart an Häfen der Ostsee Rache nehmen werde, so lassen Sie es sich gesagt seyn, daß für jedes Haus, welches die dänische Marine an deutschen Küsten in Brand schießen sollte, ein Dorf in Jütland brennen wird! Mein Name bürgt Ihnen dafür, daß es geschehen würde. 7) Ich nehme das Land, welches bis jetzt Kriegsschauplatz war, ich nehme die verwundeten und gefangenen Dänen zu Zeugen, daß ich mich bisher bemüht habe, den Krieg auf eine Weise zu führen, welche zivilisirter Nationen würdig ist und dieselben ehrt. Will mich aber die dänische Marine durch ihr Verfahren zwingen, andere Maßregeln zu ergreifen, so soll wenigstens Deutschland und ganz Europa wissen, daß nicht von mir, nicht von meinen braven Truppen zuerst solche in unserer jetzigen Zeit nicht zu rechtfertigende Art, Krieg zu führen, ausgegangen ist. Dieß Schreiben, sowie das von Ew. Hochwohlgeboren an mich gerichtete, auf welches es die Antwort ist, werde ich der Oeffentlichkeit übergeben, und in der Hoffnung, daß die dänische Marine mich nicht nöthigen werde, mein hier gegebenes Versprechen zu erfüllen, verharre ich mit ausgezeichneter Hochachtung Ew. Hochwohlgeboren ergebenster (Gez.) Wrangel. Kolding, den 10. Mai 1848.“

Der „Altonaer Merkur“ berichtet, daß am 9. und 10. d. bedeutende Abtheilungen preußischer Kavallerie und Artillerie bis Hersens vorgeschoben wurden, so daß vorderhand an eine Räumung Jütlands nicht gedacht zu werden scheint.

Kiel, 10. Mai. Die Nachricht, daß Schweden (wahrscheinlich in Verbindung mit Norwegen) den Dänen ein Armeekorps zu Hilfe schicken wird, hat bei uns nicht geringe Sensation erregt, besonders weil man kaum glauben kann, daß dieser Plan in Stockholm entworfen sey, vielmehr eine solche Realisirung skandinavischer Sympathien als vorgeschobener Posten einer mächtigeren Feindschaft gegen das Verrücken Deutschlands erscheint. (A. M.)

Der „Hamburger Börsenhalle“ berichtet man aus Altona, daß am 11. Mai von 2 bis 5½ Uhr Morgens zwei Meilen jenseits Rendsburg ein starker Kanonendonner in der Richtung von Eckernförde oder auch Alsen gehört worden sey. Ein gegen Mittag in Rendsburg angekommener Militärbericht darüber war seinem Inhalte nach bei Abgang der Nachricht noch nicht bekannt. Am Abend kam ein Offizier in Rendsburg an, der von einem ernstlichen Gefecht bei Alsen sprach ohne Näheres berichten zu können.

Rendsburg, 11. Mai. Von der Armee ist nichts zu berichten. In unseren nördlichen Häfen erscheinen ab und zu dänische Dampfschiffe, setzen sich mit den dort stationirten Kriegschiffen in Verbindung und verschwinden wieder. Ueber die Behandlung der von den Dänen nach dem Norden geführten gefangenen Patrioten erfährt man nur Betrübendes. Daß die gefangenen Dänen in Rendsburg mit aller Humanität behandelt werden, tadelt man natürlich nicht, aber man begreift nicht, daß nicht durch Parlamentäre eine gleiche Behandlung der Unsrigen, nöthigenfalls selbst mit Hilfe von Repressalien sollte durchgesetzt werden können. — Ein hier nach Norden durchreisender Kourier soll mit Uebergabe einer energischen Note der englischen Regierung an die dänische beauftragt seyn. — Im dritten schleswig'schen Wahldistrikte ist der Regierungspräsident Francke fast einstimmig gewählt worden. Die politische Gleichgültigkeit der Stadt Flensburg und des ganzen Distrikts zeigte sich in glänzender Weise durch die Abgabe von noch nicht 1000 Stimmen. (Schlesw.-holst. Z.)

Freie Städte.

Frankfurt, 13. Mai. Sicherem Vernehmen nach hat Syndikus Dr. Harnier um Enthebung von der Stelle eines Bundestagsgesandten für die hiesige freie Stadt bei dem Senat nachgesucht. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 14. Mai. Die verflossene Nacht ging es hier ziemlich unruhig her. Vor der Wohnung des bisherigen Bundestagsgesandten, Syndikus Harnier, der als Stimmführer der vier freien Städte das Separatprotokoll vom 4. d. mit unterzeichnet (seit gestern aber abgedankt hat), wurde eine Katzenmusik gebracht, wobei zuletzt die Schutzwache einschritt, um den von einer großen Menschenmasse besetzten Platz zu säubern. Es sollen dabei einige Verwundungen vorgefallen seyn. Auch vor mehreren andern Häusern fanden Katzenmusiken zum Theil mit Fenstereinwerfen begleitet statt. Vor dem Bundespalast bildete sich ebenfalls ein Haufe, der aber bald wieder abzog. Auf heute Nachmittag ist eine Arbeiterversammlung in der Reitbahn angesagt, als deren Zweck in dem Aufruf die Bildung eines großen deutschen Arbeitervereins bezeichnet wird. Zur Vorsorge ist die gesammte Bürgermiliz beordert sich zum Ausrücken bereit zu halten. (A. Z.)

Oesterreich.

Wien, 10. Mai. Mit Plakaten und Flugschriften wird fortwährend arger Mißbrauch getrieben, wie denn seit gestern ein „offener Brief an Rothschild“ angeschlagen ist und ausgerufen wird, in welchem sich die Hauptklagen darauf hinausstellen, daß Rothschild nicht jeden Hülfesuchenden persönlich vorläßt, und zur Equipirung der Nationalgarde nur 10,000 fl. K.-M. gegeben hat, während er nach der Meinung des Briefschreibers 40,000 fl. hätte spenden sollen. In Folge dessen erboten sich 12 bis 15 Studenten freiwillig Nachtwache bei Rothschild zu halten um eine etwaige Katzenmusik abzuwehren, allein die Saison für diese Konzerte scheint nun wirklich wieder vorübergegangen. Aus Ungarn lauten die Nachrichten immer bedenklicher. Die Judenverfolgungen haben dort fanatisch und kommunistisch weiter gegriffen. In ersterer Beziehung drohen ernste Konflikte zwischen Katholiken und Protestanten auszubrechen, in letzterer nimmt Raub und Unsicherheit immer mehr überhand und breitet sich selbst über die Grenze nach Oesterreich hin aus. So wird aus Fischamend, das schon diesseits liegt, berichtet, daß daselbst die große Baumwollspinnfabrik, die Mahlmühlen und acht Wohnhäuser eingeäschert wurden, und Drohbriefe waren daselbst und in andern Gegenden verbreitet. Dagegen haben die mit Bangigkeit aus Prag erwarteten Nachrichten wenigstens nichts neues gebracht. In Wien selbst tritt wohl der gemüthlich-heitere Charakter der Bewohner sehr fördernd ein, um es mit den vielen neu entstehenden Konflikten und Reklamationen so schnell abzuthun. Eine Petition der Holzhauer verbreitete sich in zwölf Punkten über ihre Beschwerden, und verlangte unter andern das Einstellen der Holzverkleinerungsgesellschaft und der Konkurrenz der Hausmeister (Pförtner) sowie die Wiedergestattung des täglichen Holzfällens in den Straßen. Oeffentlicher gehen heute die Fiaker mit ihren Beschwerden vor, indem sie in einem hiesigen Blatt auf eine pikante Weise die Mittel angeben, worauf sie angewiesen waren um sich die Gunst der ihnen vorgesetzten Polizeibehörde in ihren niederen Organen zu erwirken. — Saphir kündigt heute das Projekt eines großen politischen Journals an, wozu ihm — nur Geld fehle. Dennoch glaubt er es durch Kreirung von Aktien zu 100 fl. und 50 fl. zu Stande zu bringen, indem die Einzahlung durch Einrechnung eines dreijährigen Abonnements erleichtert würde. In Preßburg sind die vertriebenen Juden wieder in den Bezug ihrer früher innegehabten Wohnungen gesetzt werden; in Ansehung der Kaufläden wurden aber nur diejenigen zur Wiedereröffnung zugelassen, welche vor dem Jahr 1840 eingebürgert gewesen. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 9. Mai. Der ungarische Ministerpräsident Graf Batthianyi, welcher seit einigen Tagen hier verweilte und dem Vernehmen nach mit dem Fürsten Esterhazy über die panslawistischen Umtriebe in Ungarn sich berieth und auf den Grundlagen dieser Konferenz einen eindringlichen Vortrag an den Kaiser erstattete, ist heute nach Pesth abgereist, und man sieht demnächst energischen Maßregeln von Seite der ungarischen Regierung gegen die revolutionären Bestrebungen der alle Gesetze mit Füßen tretenden Faktion in Kroatien entgegen. (A. Z.)

Pesth, 12. Mai In Folge des vorgestrigen ernstlichen Zusammenstoßes des Militärs mit Bürgern und Studenten hat Baron Lederer, der Kommandirende von Ungarn, gestern Ofen heimlich verlassen, nachdem das Ministerium ihn seines Amtes enthoben, und den General Baron Boyneburg provisorisch an seine Stelle gesetzt hatte. Heute zeigt das Ministerium an, da man vermuthe, daß sich Baron Lederer nach Wien begeben habe so sollen bei der dortigen Regierung durch unsern Minister des Auswärtigen, Fürsten Esterhazy, Schritte um dessen Auslieferung gethan werden. Heute war hier große Volksversammlung, wobei heftig gegen Lederer demonstrirt und Genugthuung verlangt wurde. Es begab sich auch eine Deputation deßhalb zum Palatin. — Aus Siebenbürgen vernehmen wir, daß die dortigen Deutschen sich entschieden gegen eine Union mit Ungarn erklärten; die österrichische Fahne weht in Hermannstadt. Auch die Wallachen sind gegen eine Vereinigung mit Ungarn. (A. Z.)

Italien.

Wien, 12. Mai. Nach einer Anzeige des nach Italien abgegangenen Pazifikationskommissärs Grafen Hartig, der sich im Hauptquartier des Grafen Nugent befindet, hat die provisorische Regierung in Mailand auf seinen Vergleichsantrag die Antwort ertheilt, daß man die Verdienste des Grafen Hartig, die er seiner Zeit dem lombardischen Königreich gegenüber einer treulosen Regierung erwiesen, in Mailand keineswegs verkenne, allein der Graf Hartig möge sich selbst nach Mailand begeben, um sich zu überzeugen, daß die provisorische Regierung in Betreff der öffentlichen Meinung unter den jetzigen Umständen außer Stand sey, seinen Antrag auf irgend eine Weise zu erledigen. Aus Venedig hat Graf Hartig noch keine Antwort erhalten. Es scheint, daß auch dort die Nobili schon unter der Schreckensherrschaft stehen. Ein Maueranschlag, der nach der Einnahme von Udine erschien, forderte geradezu zur Ermordung aller Deutschen auf. Allein die Nobili hatten noch Kraft genug, um diesen Anschlag herabreißen zu lassen. Es geht indessen aus allem diesem klar hervor, daß die ephemeren Regierungen jetzt unter der Gewalt der Radikalen stehen. Allein wenn das Glück der Waffen, wie zu vermuthen ist, zu unsern Gunsten beständig bleibt, so wird sich der politische Fanatismus der Massen legen und wir werden einen anständigen Vergleich mit der Lombardei machen können. Mehr wird wohl nicht zu erlangen seyn. (Wien. Z.)

Wien 13. Mai. Aus dem Hauptquartier des Feldzeugmeisters Grafen Nugent, Conegliano, wird heute nichts Entscheidendes gemeldet. Die Truppen des Generals Culoz sind über Feltre bis zwei Posten gegen Treviso vorgerückt. Allein unsere anderen Truppen standen noch am 10. an der Piave, gegenüber den piemontesischen und päpstlichen Generalen della Marmora und Durando. Es scheint klar, daß sie den Befehl zum Angriff haben, sobald die Nachricht eintrifft, daß General Culoz über Belluno so weit als nöthig vorgerückt ist, um dem feindlichen General bei Treviso in den Rücken zu kommen. Ein gestern in Felden, im Kärnthnerischen, durchgeeilter Kurier, der nach Brixen ging, sagte aus, unsere Truppen seyen in Vicenza eingerückt und Culoz stehe vor Treviso. Die Bestätigung ist zu erwarten. (Wien. Z.)

In der „Wiener Zeitung“ wird der Artikel der Gräzer Zeitung widerlegt, wonach der Postinspektor von Verona wegen entdeckter Vermittlung einer geheimen Korrespondenz seines im Chiffre-Kabinet angestellt gewesenen Bruders mit dem König Karl Albert auf Befehl des Feldmarschalls Radetzky standrechtlich behandelt und erschossen worden sey.

Triest, 9. Mai. Ein unangenehmer Vorfall zu Pola dürfte leicht zu Mißdeutungen Veranlassung geben und wir halten es daher für gerathen, ihn so darzustellen, wie er war. Ein französisches Kauffahrteischiff, die trikolore Flagge führend, wollte in den dortigen Hafen einlaufen. Vom Kastell aus ward ihm das gewöhnliche Signal durch einen blinden Schuß gegeben um es von diesem Ansinnen abzuhalten. Da es aber darauf nicht achtete, so ward eine Kanone abgefeuert, deren Kugel dem Takelwerk Schaden zufügte. Der Kapitän des Schiffes hat sich hierher begeben, um sich zu beschweren und auf Entschädigung anzutragen. Die strenge Untersuchung wird hoffentlich herausstellen, daß er die Schuld des Vorgefallenen lediglich sich selbst beimessen müsse. Erging es doch neulich dem österreichischen Dampfboote nicht besser, oder vielmehr noch weit schlimmer. Von der Nichtachtung der Flagge, weil sie eine französische war, kann hier durchaus nicht die Rede seyn, ebenso wenig davon daß neulich, wie das Journal des Débats sich schreiben ließ, das französische Konsularwappen in Triest beschimpft worden sey. In Pola wie hier wünscht man gewiß nur mit der französischen Nation den Frieden stets aufrecht zu erhalten; dies ist etwa nicht der Wunsch nur einzelner Städte, sondern gewiß aller Bewohner der österreichischen Monarchie wie ihrer Regierung selbst. (A. Z.)

Triest, 13. Mai. Heute eingetroffenen Berichten zufolge sollen die Oesterreicher Treviso genommen und auch bereits Vicenza besetzt haben. Officiell ist darüber noch nichts bekannt geworden; man hat aber keinen Grund daran zu zweifeln, da die Nachricht von verläßlichen Personen gegeben wurde. Gewiß ist, daß unsere Vorhut auf den längs der Piave aufgestellten Feind gestoßen war, welcher von den Uhlanen heftig angegriffen, sofort die Flucht ergriff; von einer Division Dragoner sollen die meisten niedergehauen worden seyn. Am 10. war das ganze österreichische Armeekorps in Spresiano, und an demselben Tage brach Feldzeugmeister Graf Nugent gegen Vicenza auf, welches keine Besatzung hatte. Eine Brigade blieb vor Treviso. (A. Z.)

In Piacenza, wo am 10. Mai die Stimmregister geschlossen wurden, erklärten sich einige wenige Stimmen für Anschluß an die Lombardei, 300 etwa an den Papst, etwa 37,000 an Karl Albert, an den demgemäß am 12. eine Piacentiner Deputation mit der Anschlußerklärung abgehen wird.

Am 12. Mai hat die lombardische Regierung sich in einem Aufruf, der mit mehr Wärme des Gefühls geschrieben ist als die meisten italienischen Aufrufe, und zuweilen wie der schrillende Angstschrei eines Gezwungenen klingt, dafür erklärt, daß eine Verbindung der Lombardei mit Piemont eintrete, und es werden jetzt auf ihren Befehl überall in der Lombardei Register aufgelegt, in denen die mehr als 20 Jahre Alten zu erklären haben, ob sie für eine alsbaldige Verschmelzung der

Lombardei mit Piemont stimmen, oder ob sie die Entscheidung ihrer politischen Geschicke bis nach dem Siege aufgeschoben wissen wollen. Am 29. Mai werden die Register geschlossen. (A. Z.)

Durch Privatbriefe vernimmt man, daß die Genfer und Waadtländer Freischaaren mit der eidgenössischen Armbinde in Mailand eingezogen sind. Ohne Zweifel wird die Tagsatzung wegen dieses Mißbrauchs des eidgenössischen Feldzeichens die nothwendigen Schritte thun. (Basl. Z.)

Rom. Am 7. Mai erließ der Präfekt von Venedig unter Zustimmung der provisorischen Regierung eine Verfügung des Inhalts: „es wird ein Komité der öffentlichen Aufsicht von 6 Männern gebildet. Dieses beschäftigt sich in Verbindung mit der Zentralpräfektur der öffentlichen Ordnung mit Entdeckung der geheimen Staatsfeinde, damit bei ihrer Konfrontirung dem Gesetz gemäß verfahren werde. In Verbindung mit der Präfektur trifft es die geeigneten Maßregeln für gefährliche und verdächtige Personen, damit ihnen die Möglichkeit, sich zu versammeln, genommen werde. In dringenden Fällen trifft das Komité seine Verfügung ohne vorherige Rücksprache mit der nachher von ihr zu benachrichtigenden Präfektur. Um seinen Zweck zu erreichen, empfängt das Komité die Angaben (significazioni), welche Jemand ihm machen zu können glaubt. Diese Angaben enthalten Beschreibungen von Thatsachen und besondern Umständen. Sie sind von den Angebern zu schreiben und zu unterschreiben, und mit Bezeichnung des Orts, wo der Angeber wohnt. Sie werden dem Komité in seiner Residenz im Nationalpalast übergeben."

Niederlande.

Haag, 11. Mai. Gemäß einer Erklärung des Ministerpräsidenten in der Kammer steht eine unmittelbare Umgestaltung des Kabinets bevor, in Folge unvereinbarer Ansichten in demselben über mehrere wichtige Angelegenheiten.

Vom Niederrhein, 14. Mai. Was man erwartete, ist geschehen: Graf v. Schimmelpenninck und Hr. Neppen haben ihre Entlassung eingegeben und auch bereits erhalten. Somit wird jetzt ein vollständiges Reformministerium zu Stande kommen. (A. Z.)

Mastricht. Man hat in Sittard und in Falckenburg die dreifarbige deutsche Fahne aufgepflanzt.

Spanien.

Eine telegraphische Depesche aus Bayonne hatte am 11. nach Paris die Nachricht gebracht, daß, nachdem am 4. der Kriegsstand in Madrid aufgehoben worden, Sonntag den 7. daselbst abermals ein Aufstand ausgebrochen sey, der, obwohl blutiger und länger andauernd als der vom 26. März, dennoch wieder mit dem Siege der Regierung endigte. Näheres ist noch nicht bekannt.

Frankreich.

Paris, 12. Mai. Von Seite des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten sind in den letzten Tagen mehrere vertraute Männer mit besondern Missionen nach den Höfen von Wien, Berlin, London und Madrid abgeordnet worden. Die offizielle Anerkennung der französischen Republik von einigen Großmächten wird wohl nicht lange mehr auf sich warten lassen. (A. Z.)

Paris, 13. Mai. Das neuernannte Ministerium ist nur als ein vorübergehendes zu betrachten. Allerdings lag es in der Absicht der Mitglieder der Regierungskommission, ihre Portefeuilles beizubehalten, wenn nicht gleichzeitig mehrere Mitglieder der Nationalversammlung und die Häupter der revolutionären Klubbs sich verabredet hätten, von der Regierung eine bewaffnete Intervention zu Gunsten Polens zu ertrotzen. Während bereits festgestellt ist, daß Hr. Wolowsky übermorgen wegen Polen im Schooß der Nationalversammlung die Regierung zur Rede stellen will, versuchten heute die Deputationen der Klubbs in die Mitte der Nationalversammlung zu bringen, um letztere aufzufordern, sich der Sache der Polen eifriger anzunehmen. Der Zug bewegte sich vom Bastilleplatz über die Boulevards nach dem Palast der Nationalversammlung; er mochte zehntausend Köpfe zählen. Der Polizeipräfekt hatte alle Vorkehrungen getroffen, um ihm den Eintritt in den Palast zu versperren. Da zu befürchten steht, daß die revolutionäre Partei den Zug nicht friedlich ausgehen lassen möchte, so wurde in aller Eile in mehreren Stadtvierteln Generalmarsch geschlagen, um die Nationalgarde unter die Waffen zu rufen, daß sie für die Erhaltung der öffentlichen Ruhe sorge. Die Hofräume und der Garten des Versammlungshauses sind mit Bataillonen der Nationalgarde besetzt, welche scharf geladen haben. General Negrier, einer der Quästoren der Nationalversammlung, hält im Konferenzsaale 900 Flinten in Bereitschaft, damit sich jedes Mitglied der Nationalversammlung im Nothfalle persönlich vertheidigen kann. Unter solchen Umständen wird Hr. Lamartine bei den auf übermorgen angezeigten Interpellationen sich nicht direkt betheiligen, sondern sich die gänzliche Freiheit seines Handelns vorbehalten. Zu diesem Ende wird er, so wie die übrigen Mitglieder des vollziehenden Ausschusses, nur in dem Falle den Sitzungen der Nationalversammlung beiwohnen, daß die Nationalversammlung sie förmlich dazu auffordern sollte. Um jedoch bei den übermorgen stattfindenden Interpellationen ausbleiben zu können, durfte keines der Regierungsmitglieder zugleich Minister bleiben, weil ein Minister auf jedes Begehren der Nationalversammlung Rede und Antwort stehen muß. Hr. Bastide, welcher inzwischen das Ministerium des Auswärtigen leitet, besitzt nicht Ansehen genug, daß man seinen Worten das nämliche Gewicht beilegen würde, wie wenn sie aus dem Munde des Hrn. Lamartine kämen. Er wird Hrn. Wolowsky in allgemeinen Wendungen antworten, ohne die Verantwortlichkeit des Hrn. Lamartine im geringsten dabei aufs Spiel zu setzen. Wer eine Rolle wie Hr. Lamartine auszufüllen hat, der muß bedachtsam zu Werke gehen, und so lange die auswärtigen Verhältnisse Frankreichs sich nicht regelmäßiger gestalten, ein provisorisches Ministerium vor sich in erste Linie stellen. (Karlsr. Z.)

Straßburg, 13. Mai. Die deutschen Flüchtlinge, welche im Laufe der jüngsten Woche dahier eingetroffen sind, verlassen allmählich unsere Stadt. Ihr Entschluß sich hier vorübergehend anzusiedeln, ward theilweise durch die Erklärung Heinzens, der sie zum Abzuge aufforderi, vereitelt. Dr. Welcker, der Sohn des badischen Bundestagsgesandten, hat sich vorgestern nach der Schweiz begeben. Nach Privatmittheilungen aus Paris, die als halboffizielle Angabe zu betrachten sind, wird das auf morgen anberaumte Fest daselbst nicht stattfinden, vielmehr auf den 21. d. M. verlegt werden. Die Gründe dieser plötzlichen Aenderung sind nicht angeführt. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 9. Mai. Das neue Fremdengesetz ist nun in den letzten Tagen, wie im Oberhause, auch im Unterhause durchgegangen und gibt der Regierung die Ermächtigung, verdächtige oder unruhestiftende Ausländer ohne weiters aus dem Lande fortzuweisen. So sehr man auch in England das Gastrecht in der weitesten Ausdehnung gegen Fremde, wenn sie nur gegen die Landesgesetze nicht freveln, gerne bestehen läßt, und so schwer es auch viele Mitglieder namentlich des Unterhauses ankam, einem solchen „Polizeigesetze" ihre Zustimmung zu geben, so hat doch eine große Mehrheit die Gründe des Regierungsentwurfs und das Bedürfniß anerkannt, politische Sendlinge und Wühler, besonders aus dem benachbarten Frankreich, welche republikanische oder gar kommunistische Zettelungen und Umtriebe im monarchischen und besitzliebenden England versuchen oder anstellen wollen, durch gehörige Ueberwachung und rasche Fortschaffung aus dem Reiche unschädlich zu machen. (Karls. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen. Nach einer unter dem 8. Mai von dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten der Gesandtschaften zu Kopenhagen mitgetheilten Note ist beschlossen worden: 1) daß für jetzt weder die Mündung der Elbe oder der Weser, noch auch irgend ein anderer Hafen an der Nordsee durch dänische Kriegsschiffe werde blokirt werden; 2) daß die Blokade der nachfolgenden Häfen: Pillau, Danzig, Stralsund, Rostock und Wismar vom 16. Mai an aufgehoben werden soll, daß also nur Kiel mit der Mündung des Schleswigschen Kanals bei Holtenau und Swinemünde blokirt bleiben werden, daß aber die Blokade von demselben Tage an sich ausdehnen wird auf die drei Mündungen der Oder, d. h. von Wolgast, Swinemünde und Kammin. General Hedemann hat den Befehl in Alsen dem Obersten Hansen übergeben und sich mit seinem Stabe nach Fühnen begeben, wo er als Kommandirender fungiren wird. Vorher hat er noch dem preußischen General Wrangel die gegenseitige Auslieferung sämmtlicher auf beiden Seiten vom Beginne des Krieges an gemachten Gefangenen vorgeschlagen. Die Antwort des Generals Wrangel, welche bereits im Hauptquartier eingetroffen, sollte sofort mitgetheilt werden. — Daß Schweden wirklich den Dänen beispringt, erklärt sich sehr wohl, nicht blos aus reiner Sympathie für Dänemark, denn daran ist weniger zu glauben, aber weil Schweden dadurch die skandinavische Union vielleicht jetzt schon zu realisiren, wenigstens schon für eine Zukunft wirksam vorzubereiten gedenkt, und Schweden kann um so mehr hier kühn auftreten, weil, wie Privatbriefe aus Kopenhagen mit Bestimmtheit melden, Rußland nicht allein seine Zustimmung erklärt, sondern auch gegen Schweden die Garantie übernommen hat wegen aller etwaigen Konflikte, in welche dieser Staat deßhalb mit den übrigen Mächten gerathen möchte; eine Garantie, welche um so erklärlicher ist, weil Rußland dadurch Schweden von Finnland abzieht und gegen dieses Land gewissermaßen die Hände bindet. (W. Z.)

Schweden und Norwegen.

Gothenburg, 30. April. Der Skandinavismus hat sich plötzlich in einer Heftigkeit entfaltet, wovon man vor zwei Monaten noch keine Ahnung hatte. Die Stimmung in ganz Schweden gegen Deutschland und die Deutschen ist seit den letzten Nachrichten aus Schleswig so aufgeregt, daß sie nahe an Haß grenzt, und es stehen persönliche Reibungen und vielleicht Schlimmeres in Aussicht. Die öffentliche Meinung wird durch die Zeitungen auf das Eifrigste in Dänemarks Interesse bearbeitet, ohne daß irgend ein Widerspruch sich geltend machte. Schweden rüstet gewaltig. (H. C.)

Türkei.

Die Post aus Konstantinopel vom 3. Mai bringt einen bedeutsamen Ministerwechsel. Reschid-Pascha der „Reformminister," der aber wenig Reformen durchgesetzt hat, ist entlassen und ersetzt durch den bisherigen Präsidenten des geheimen Raths, Sarim-Pascha, der Europa gleichfalls kennt, es wenigstens gesehen hat, da er Gesandter in London und Paris gewesen. Die Cholera griff wieder bedeutend um sich. (A. Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 18. Mai: (Neu einstudirt:) „Das Konzert am Hofe," komische Oper v. Auber. Vorher: „Eigensinn," Lustspiel v. Benedix.

Freitag den 19. Mai: „Dorf und Stadt," Schauspiel v. Ch. Birch-Pfeiffer.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Frhr. v. Wich-Neuth und v. Weiß-Stockelfels, Legationsräthe v. Wien; v. Neumond, Legationsrath v. Berlin.

Gold. Hirsch. HH. Borans, Direktor von Oettingen; v. Baumgarten v. Wien; Baron v. Weber, k. k. Hauptmann aus Böhmen.

Hôtel Maulick. HH. Ogle, Kapitän aus Northumberland; Donner, Privatier v. Braunschweig.

Gold. Hahn. H. Weber, Professor von Meran; Dlle. v. Rapp v. Schramberg.

Gold. Kreuz. HH. Dermi...re, Partikulier von Genève; Röller, Architekt v. Ludwigsburg.

Blaue Traube. HH. v. Neger, Revierförster von Gelsenfeld; Köchlin, Privatier v. Prag; v. Brau, k. k. Hauptmann v. Innsbruck; Schindler und Griol, Privatiers von Zürich; Samm, Gutsbesitzer v. Mergentham; Graf Cocconini und Dr. Stein aus Illyrien.

Bekanntmachung.

2403. (3c) Das Bad Petersbrunn bei Leutstetten ist seit dem 1. d. Mts. eröffnet. Dasselbe ist vollständig neu hergerichtet und neu möblirt. Die Preise für Frühstück, Mittag- und Abendessen, so wie die Miethe für die Zimmer sind höchst billig, auch für gutes Bier und ächte Weine ist bestens gesorgt. Nach Verlangen kann zu jeder Zeit warm oder kalt gebadet werden. Die näheren Aufschlüsse können in dem Bade selbst, als auch dahier ertheilt werden. Zum zahlreichen Besuche wird hiermit unter Versicherung der reellsten Bedienung eingeladen.

Leutstetten den 10. Mai 1848.

Gräflich Waldbott-Bassenheim'sche Rentenverwaltung Leutstetten.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 131.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 3; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: halbjährig im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Freitag | XLIX. Jahrgang. | 19. Mai 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 15. Mai. **Zweiundfünfzigste Sitzung der deutschen Bundesversammlung.** In der heutigen Sitzung der Bundesversammlung nahmen der neue k. preußische Bundestagsgesandte, wirklicher Legationsrath v. Usedom, und der k. sächsische Bundestagsgesandte, geheimer Legationsrath Todt ihre Plätze ein. — Ein Schreiben des Generals v. Wrangel vom 8. d. Mts. meldete, daß beinahe das ganze Jütland von den Dänen geräumt ist und die preußische Artillerie mehrere glänzende Gefechte gegen dänische Kanonierboote bestanden hat. — Ein Bericht des Syndikus Banks aus London äußerte sich über die Möglichkeit und Nützlichkeit des Ankaufs von Kriegsschiffen nebst Zubehör, welcher nebst einem einschlagenden Schreiben des Fünfziger-Ausschusses an den bestellten Marineausschuß abgegeben wurde. — Für Hannover, Mecklenburg, Dessau, Bernburg, Hohenzollern-Hechingen, Schaumburg, Lippe wurde angezeigt, daß die Wahlen der Abgeordneten zur Nationalversammlung geschehen seyen. — Vorgelegt wurden die Gesetze über Volksbewaffnung im Luxemburgischen und die Wahlen der Nationalversammlung in Schaumburg. — Der großherzoglich hessische Gesandte zeigte mit Bezug auf den Bundesbeschluß vom 20. April an, daß nach der Ansicht seiner Regierung allerdings einem landständischen Abgeordneten, der zugleich in die Nationalversammlung gewählt worden sey, freistehen müsse, auch diese zweite Wahl anzunehmen, und zwar entweder mit Beibehaltung oder Niederlegung der ersten Stelle, und daß in beiden Fällen wohl keine Kammer der hessischen Ständeversammlung Anstand nehmen werde, den nöthigen Urlaub oder die Niederlegung des Amtes zu verwilligen. Eben so daß nach jener Ansicht in den einzelnen deutschen Staaten konstituirende Ständeversammlungen mit der Aufgabe, die Verfassungen neu zu gestalten, vor der Vollendung des Verfassungswerkes für ganz Deutschland nicht zu berufen seyen, weil bei Revision der Verfassung der einzelnen Staaten die Grundsätze ebenfalls Anwendung finden müßten, auf welche jenes Werk gebaut werde. — Der württembergische Gesandte beantragte zur Widerlegung irrthümlicher Auffassung des Verfahrens der Bundesversammlung bezüglich des Separatprotokolls vom 4. d. Mts. eine beruhigende öffentliche Erklärung zu erlassen. — Der holsteinische Gesandte stellte einen Antrag bezüglich ausgedehnterer Verantwortlichkeit der Bundestagsgesandten, welche Anträge an den Revisionsausschuß zur Begutachtung abgegeben wurden.

Frankfurt, 15. Mai. Dem Fünfziger-Ausschuß lag heute unter den Eingaben unter Anderm eine Protestation eines Hrn. Mitosewski aus Posen gegen die Erklärung des Hrn. Kerst, des Abgeordneten der Posener Deutschen, vor. Hr. Mitosewski beantragt die Absendung einiger redlichen Männer nach Posen, welche die Wahrheit aller seit Mitte März dort vorgefallenen Ereignisse ermitteln sollen. (An die konstituirende Versammlung verwiesen.) Der schleswig-holsteinische Verein in Hanau beklagt sich über rohe Behandlung deutscher Bürger durch die Mannheimer Polizei und badische Gendarmen. (Ebenso.) Frhr. v. Closen theilt einen Auszug seines in Bezug auf das Separatprotokoll vom 4. Mai nach München erstatteten Berichtes mit. Er erklärt, daß er und alle Gesandten mit ihm einen Einfluß der Regierungen auf die konstituirende Versammlung nur in moralischem Sinne, keineswegs durch nicht offizielle Organe beabsichtigt hätten. Sie wollten keine Organe der Regierungen, sondern Abgeordnete, die nur nach ihrem Gewissen stimmten; wo aber die Regierungen auftreten wollten, solle es offen geschehen. Auf ein von Abegg unterstütztes Gesuch der Breslauer Kaufmannschaft wird beschlossen, die österreichische Regierung neuerdings um sofortige Aufhebung des Geldausfuhrverbots anzugehen. Hierauf kommt die Arbeitsfrage zur Berathung. Die Kommission hatte einen Bericht ausgearbeitet, in welchem sie schließlich die Empfehlung des Gegenstandes an die konstituirende Versammlung zur Prüfung durch Sachverständige empfiehlt. **Stedtmann** wünscht Zuweisung an den Bundestag. Es sprachen der Reihe nach Wedemeyer, Eisenmann (welcher Palliativmittel gegen augenblickliche Noth durch den Bundestag und die Regierungen, dauernde Abhilfe mittelst Organisation der Arbeit durch die konstituirende Versammlung gewährt wissen will), Heckscher, Biedermann, Murschel, Schwarzenberg, Stedtmann, Pagenstecher, Venedey, Duckwitz, Blum, Schaffrath, Raveaux u. A. Die Diskussion verbreitete sich über die ganze Arbeiterfrage in ihrer sozialen und politischen Bedeutung, über Hebung des Handels, Verhältniß zwischen Kapital und Arbeit, über Schutzzölle rc. Gegen die Verweisung an den Bund sprachen besonders Blum, Venedey und Raveaux, weil der Bund unter den jetzigen Verhältnissen und nach seinen jüngsten Beschlüssen (Triumvirat rc.) das nöthige Vertrauen nicht verdiene. Blum meinte, der Bundestag werde nicht viel länger leben als der Ausschuß. **Raveaux** äußerte: „Wir müssen uns dem Bund entfremden, wir dürfen ihn nicht mehr anerkennen; das Volk würde uns nicht vertrauen, wenn wir vom Bunde noch etwas erwarteten.“ Sodann kam er auf Preußen zu sprechen. „Wie soll man — äußerte er weiter — Vertrauen fassen zu einem Lande, wo das konstitutionelle Ministerium Lügen unterschreibt, wo man einen Prinzen zurück ruft, den das ganze Land verabscheut, und wo die beiden freisinnigsten Minister ihre Unterschrift dazu geben? Die Regierungen taugen nichts, wie soll der Bund etwas taugen.“ (Lebhafter Beifall im Auditorium; der Präsident gebietet Ruhe.) Bei der Abstimmung wurden alle Anträge auf Zuweisung der Arbeiterfrage an den Bundestag verworfen und beschlossen, den vorliegenden Kommissionsbericht an die konstituirende Versammlung zu verweisen, damit sie ihn ungesäumt durch eine eigene Kommission unter Vernehmung von Sachverständigen aus allen Fächern, namentlich des Handwerker- und Arbeiterstandes in ganz Deutschland umfassend prüfe und die Regierungen ungesäumt zu Mittheilungen über die lokalen Verhältnisse und Maßnahmen veranlasse. Auf Venedey's Anfrage gab Stedtmann im Namen der Anmeldungskommission die Auskunft, daß alle Vorbereitungen, um die konstituirende Versammlung am Donnerstag eröffnen zu können (falls die beschlußfähige Mitgliederzahl bis dahin vorhanden ist), getroffen, auch für möglichst rasche Veröffentlichung der Verhandlungen gesorgt sey. Die nächste Ausschuß-Sitzung ist übermorgen. (N. K.)

Bayern.

Landtag.

München, 15. Mai. (XXXII. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische Frhr. v. Thon-Dittmer, Heintz, Frhr. v. Lerchenfeld, Graf v. Bray, v. Beisler; v. Bezold, v. Benning, v. Roth; in der Kammer 125 Abgeordnete. — Die Sitzung wurde mit Ablesung des Einlaufs eröffnet. Der vom Präsidenten beantragte Urlaub für den kranken Abg. **Schuhmacher** in der Pfalz wurde auf 10 Tage weiter gewährt. — Der Tagsordnung gemäß erstattete hierauf der Referent im I. Ausschuß, Dr. **Edel**, Vortrag über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über „die Gerichtsorganisation“. Es wurde nach Ausschußantrag beschlossen, daß die Siegelmäßigkeit der Bevorrechteten so lange fortdauern solle, bis das Notariat eingeführt worden sey. Der Wunsch wurde hiebei vielseitig laut, es möge das Notariat recht bald eingeführt werden, und somit die Taxfreiheit der Siegelmäßigen aufhören. — Tagsordnungsmäßig kam nun die Kammer zur Berathung des Gesetzentwurfes: „die Wahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung betr.“ — Die allgemeine Diskussion eröffnete Dekan **Goetz**. Die neue Zeit scheide sich nun von der alten. Die Korporationen sollen aufhören, enden solle in der Volksvertretung das ständische Prinzip. Man behaupte, dieß führe endlich zur Revolution. Er glaube dieß nicht. Er sey überzeugt, daß die Zeit gebieterisch das Aufgeben jenes Prinzip vielmehr fordere. Daß aber der Entwurf gar keinen Zensus verlange, dieß halte er für hochgefährlich. Schon bei den Athenern und sonstigen alten Völkern habe das politische Vorrecht der Census bedingt. In den alten Schweizerkantonen sey zwar kein Zensus, aber auch die Bevölkerung klein; in Amerika dagegen sey in vielen Staaten die Wahlfreiheit auch an Bedingungen, an Besitz, gebunden, wie in Virginien; auch in England knüpfe man Bedingungen an die Wahl; ebenso in Belgien und Schweden, den zur Wahl am freiesten sich bewegenden Ländern. Große Vorsicht sey also nöthig. — Der Hr. I. **Präsident** bemerkte hierauf, daß er so eben eine Eingabe von mehr als 600 Pfälzer Bürgern auf direkte Wahlen rc. erhalten habe. — Abg. **Christmann** äußert, er werde bei dem betreffenden Paragraphen die Eingabe selbst erörtern. — Frhr. v. **Rotenhan**. Das vorliegende Wahlgesetz sey weder zum Wohle der Länder, noch zur Wahrung einer wahren Freiheit. Er sey also entschieden dagegen. Die so eben vorgenommenen Wahlen für Frankfurt seyen wegen ihres Konservatismus ihm noch kein Muster. Bei gesteigerter Wahlagitation werden andere Resultate kommen. Objektive Verhältnisse müsse man ins Auge fassen. Bereits ertönen auch viele Stimmen im Sinne des Konservatismus; Redner liest aus Journalen und Schriften betreffende Stellen von **Eisenmann**, **Dahlmann**, **Rotteck** rc. Dahlmann will namentlich das Wahlrecht in Städten objektiv sehr begrenzen. Vor 2 Monaten habe man von Seite einsichtsvoller Patrioten Dinge behauptet im Interesse der Freiheit, was man jetzt als Irrthum erkennen wolle? Man hüte sich, nicht allzu destruktiv zu seyn. Reiche können schwinden, aber nicht die warnende Stimme der Geschichte. Bauen, nicht einreißen, müsse man; das Letztere wolle der Entwurf. Zu wesentlichen Modifikationen strebe allerdings unser bisheriges Wahlgesetz; aber er stimme gegen alle Ueberstürzung, — in ihr liege das Grab der Freiheit, der Monarchie. (Zuruf: Bravo!) — Abg. **Christmann**. Wir stehen am Anfang der Revolution, unsere Aufgabe sey es, sie auf den Weg des Friedens zu bringen. Er komme zu ganz andern Schlüssen, als der Redner vor ihm. — Abg. v. **Schkurl**. Ein Gesetz, wie das vorliegende, müsse keine Frucht der Studirstube, sondern eine Frucht des Lebens seyn. Gesetze müssen aus dem

Volke stammen. Nicht Stand, Besitz, Kirche — sondern Talent und Karakter müssen jetzt die Basis zur Wahl für öffentliches Wirken geben. Nur ein breites, weites Bett müsse jetzt die Strebungen aufnehmen. Er stimme dem hochverehrten Redner, Frhrn. v. Rotenhan, nicht bei. Er spreche, er stimme für Wahlfreiheit im weitesten Sinne; denn nur solche entspreche der Tendenz der Zeit. — Der Hr. II. Präsident, Dr. Müller. Der Entwurf sey ein gewaltiger und mächtiger Versuch, den Forderungen der Zeit zu entsprechen. Wenn man die Wahl nach privilegirten Ständen beseitigt, so solle man doch auch nicht die Arbeit beseitigen; sie sey die Quelle alles Guten im Staate. Jede geordnete Arbeit sey ein Organismus, und jeder solcher Organismus habe Rechte, natürliche und vollwichtige anzusprechen. Arbeit sey das Erwerbende, Besitz das Erworbene. Zwischen Beiden habe es immer einen Kampf gegeben. Er stimme dem Prinzipe des Entwurfs, das die wahre Volksrepräsentation nicht umfasse, auch nicht bei. Zwei Kammern — Arbeit und Besitz — seyen ihm natürlich, aber Arbeit und Besitz seyen nie gänzlich getrennt und auch nie zu trennen. Darum müssen bei Bildung der Kammern auch besondere Augenmerke auf die richtige Zusammensetzung derselben geworfen werden; hiefür könne aber nur das Prinzip der direkten Wahlen positiv wirken, und für dieses stimme er; er stimme also auch für Repräsentation der Arbeit, aber nicht für die Repräsentation nach Ständen. — Der Hr. II. Sekretär, Dr. Stockinger. Eben in den Absonderungen nach Ständen sey das Prinzip des Krieges gelegen, — im Staate könne aber keine Sonderung, sondern nur die Allgemeinheit gelten; auch die niederste Existenz müsse gelten. Ein Wahlgesetz müsse also auf die allgemeine Berechtigung gebaut werden, nur Tugend und Talent müssen gelten. — Dr. Edel. Der Entwurf sey das zeitgemäß Unvermeidliche, die Idee der persönlichen Geltung und massenhaften Vereinigung dringe, breche durch. Deutschland im Ganzen und in den Theilen zeige dieß. Daß bei diesem Streben Extreme vorkommen, sey nicht zu vermeiden. Die Universitäten hätte man aus dem Entwurf nicht weglassen sollen. Kommen auch durch die neue Wahl Nachtheile, so werde die Erfahrung diese absorbiren. Man gebe das Gesetz, das bayerische Volk werde es zu handhaben wissen! — Dr. Ruland. Er müsse, wie gegen das Ablösungsgesetz, so auch gegen den vorliegenden Entwurf stimmen, weil er das ständische Prinzip aufheben wolle. Die Stände, wenn auch der Entwurf siege, werden doch bald wieder zum Vorschein kommen. Redner bedauert auch, daß die Universitäten als Korporationen nicht, wie in England, eigens wahlberechtigt blieben. Der Pfarrklerus, nicht die Geistlichkeit, sey hier vertreten gewesen. Auf gleiche Weise deduzirt Redner die bisherige Korporationsbildung der Kammer und bedauert, daß dieß ehrwürdige Prinzip nun fallen solle. Die Regierung mache sich bei der Zurücksetzung des katholischen Klerus durch Nichtfreigebung der katholischen Kirche einer Halbheit schuldig. Es könne durch den Entwurf kommen, daß bloß Katholiken oder bloß Protestanten in der Kammer sitzen, und wegen dieser Möglichkeit halte er am bisherigen ständischen Prinzipe fest und stimme, wenn man auch behaupte, der Entwurf sey von der Zeit verlangt, gegen ihn. — Dr. Rammoser. Es handle sich um Transaktion; da müsse man neben dem Neuen vom Alten retten, was man retten könne. Man müsse sich von der Zeit nicht übertrampeln lassen, gewähren müsse man das Bessere bald, damit nicht etwa die Zukunft das Schlechtere bringe. Bevorrechtigungen müssen zwar weg, aber die Stände so mir nichts dir nichts aus dem Hause weisen — dieß sey denn doch zu arg. Das Volk, sage man, aber ihm sey das Volk nur jenes, das sich an den Interessen des Volkes betheilige. Es sey also die Frage des Entwurfs der ernstesten Erwägung werth. Vorläufig reservire er sich sein Ja und Nein! — Abg. Schnetzer. Der Glaube an Bevorrechtungen sey im Volke längst dahin. Jede Bevormundung falle! Die möglichste Freiheit in seiner Bewegung müsse dem Volke werden! Die im Entwurfe gesetzten indirekten Wahlen seyen offenbar eine Bevormundung, das Volk wolle direkte Wahlen. Redner deduzirte geschichtlich, wie man in diesem Jahrhundert das Volk bald frei bald unfrei gemacht. — Abg. Reulbach, katholischer Pfarrer, spricht ganz im Sinne des Dr. Ruland. — Graf Hegnenberg-Dux. Wir leben in einer Uebergangsperiode; der Entwurf ermangle manches praktischen Momentes; aber eben dieses müsse sich erst zeigen. Das Wohl des ganzen Landes könne nur erzielt werden durch die Vertretung der einzelnen Schichten der Gesellschaft. Ohne für ständisches Prinzip zu seyn, glaube er doch, eine künftige Kammer werde bald fühlen, daß man mit bloßer Intelligenz, ohne auf praktische Prinzipien zugleich sich zu gründen, nicht ausreiche; drei Faktoren — Ackerbau, Gewerbe, Intelligenz — müssen die wahre Repräsentation bilden; dieß gebe sich aber erst mit der Zeit. — Frhr. v. Fraunhofen spricht sich für den modifizirten Entwurf aus. Hiemit schloß die allgemeine Diskussion, und das Wort ergriff der Referent, Dekan Bauer. Er habe die Augen offen für die Armuthen seiner Zeit, ohne destruktiv zu seyn. Er trete vor Allem auf gegen den edlen Ritter von altem Schrott und Korn, seinen edlen Freund, den Hrn. Baron Rotenhan. Das ständische Prinzip habe keine Sympathie mehr im Volke. Man müsse einen Neubau konstruiren, aber nicht im Styl der alten Ritterburgen. Kein neues Wahlgesetz könne mehr das alte Ständewesen bringen. Auf der Weite und Breite des Entwurfs müsse ein neues Wahlgesetz gebaut werden. Ein anderes erhalte sicher die Genehmhaltung des Volkes nicht. Was nicht im Volk wurzle, könne ihm nicht aufgedrungen werden. Die Vergangenheit mit ihren Rechten sey um, sey fort. Was in den alten Staaten Gutes war, dafür habe es gegenüber auch das Schlechte gegeben, neben der Freiheit auch die Sklaverei, neben den Spartanern auch die Heloten. — Nur dadurch, daß Adel und Geistlichkeit sich von tiers-parti schroff schieden, sey 1789 in Frankreich das direkte Wahlsystem gekommen. Es sey nun in Frankreich das beste. Wer behaupte, daß das Volk durch freie Wahl zum Kommunismus komme, der kenne dasselbe nicht, der kenne nur gemeines Volk — der kenne am allerwenigsten das bayerische Volk, das im erregtesten Augenblicke die höchste Mäßigung bewahrte. Katastrophen bringen allein wesentliche Reformen. — Er stimme gegen alle Modifikationen; die etwa leitende Zeit weise alle solche Heilmittel zurück. Schon vor 70 Jahren habe Justus Möser behauptet, ein Knecht sey Jeder, der kein Recht an der Steuerbewilligung habe. Das Volk werde nur Männer des Vertrauens wählen. Die Monarchie wurzle nicht in der Aristokratie, ja umgekehrt sey die letztere die oft ärgste Feindin der erstern gewesen, gerade die letztere habe die Monarchie um ihre Herrschaft beneidet; eben so, wie die Prätorianer in Rom, die Aristokraten im Norden. Die Stütze der Monarchie liege im Volk, bis ins tiefste Volk sollen ihre Mauern reichen. Manches Gegebene stehe allerdings dem Entwurfe entgegen, aber man müsse mit v. Scheuerl den Muth haben, in eine neue Zeit einzutreten im Vertrauen auf den gesunden Sinn des Volkes. Redner spricht dann gegen das Votum des Hrn. Dr. Müller. Diejenigen, von welchen man glaube sie kämen herein auf die rothen Sitze, die kommen gewiß nicht herein, sondern es werden nur solche kommen, die das Vertrauen des Volks durch und durch genießen. Er spreche gegen alle Modifikationen als Mittel zur bereits eingetretenen Reaktion. — Frhr. v. Thon-Dittmer. Der Gesetzentwurf schneidet tief in alle öffentliche Verhältnisse: 1) Wahl nach Ständen, 2) direkte oder indirekte Wahl, 3) Alter, 4) Steuergröße seyen die Hauptgesichtspunkte. Das Prinzip der Ständeklassen kann vor dem neuen Prinzip sich nicht mehr halten; auch die achtbarsten Korporationen, die Universitäten z. B. konnten keinen bestimmten Platz gesichert erhalten, es wird sich Gelegenheit finden, für die Vertreter der Wissenschaft und der Intelligenz ihre Stimmen zu erheben. Die Universitäten sollen in der Reichsrathskammer besonders vertreten werden. Auch die Geistlichen werden eine ständige Vertretung anderswo finden. Der Grundsatz der direkten Wahlen habe bisher nur wenige gute Früchte getragen. Ein Wahlkampf von 7000 Menschen sey etwas bedenkliches; ebenso tagelanges Reisen. — Gründe die bereits bei der Diskussion des Parlamentswahlgesetzes durchgeführt wurden. Gegen die Altersverhältnisse sey keine Erinnerung gemacht worden. Was den Zensus betreffe, so sey das Staatsbürgerrecht nothwendig. Die Urlaubsverweigerung an Beamte werde nicht mehr erfolgen. Die Vorwürfe über Tendenzen „als untergrabe das Staatsministerium die Freiheit und die Monarchie" müßten zurückgewiesen werden; eben so über die Bevormundung des Volkes; Freiheit wolle das Ministerium, aber nicht ohne Ordnung; Tendenzen, welche Raub und Mord in ihrem Bunde führen, seyen keine republikanischen. — Schlüßlich brachte der k. Staatsminister des Innern noch einen neuen Gesetzentwurf zur Einführung bayerischer Gesetze in gewissen Enklaven Bayerns. — Hiemit wurde die Sitzung geschlossen und die nächste auf Abends halb 5 Uhr anberaumt.

München, 18. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XXXVII. auf heute um 5 Uhr Nachmittags angesetzte öffentliche Sitzung. 1. Verlesung des Protokolls der XXXVI. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Vortrag des Referenten im II. Ausschuß über den Gesetzentwurf: die Einkommensteuer betr. — 4. Fortsetzung der Berathung und Schlußfassung über den Gesetzentwurf: die Kapitalsteuer betr.

München, 19. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XXXVIII. auf heute um 9 Uhr Vormittags angesetzte öffentliche Sitzung.) 1. Verlesung des Protokolls der XXXVII. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Verlesung des Beschlusses über den Gesetzentwurf: die Kapitalsteuer betr. — 4. Vortrag des Referenten im vereinten II. und III. Ausschuß über den Gesetzentwurf: die Ablösung des Lehenverbandes betr. — 5. Berathung und Schlußfassung über den Gesetzentwurf: die Einkommensteuer betr. — 6. Berichterstattung des Sekretärs des V. Ausschusses über die geprüften und zur Vorlage an die Kammer nicht geeignet befundenen Beschwerden.

---

*†München, 19. Mai. Se. Maj. der König Max hat alle Herren Stabsoffiziere von dem österreichischen Infanterie-Regiment Latour, welches heute Mittag auf seinem Durchmarsch nach Tirol hier eintreffen und morgen Rasttag halten wird, zur königlichen Tafel gezogen.

In Kempten fand am 12. Mai ein nicht unbedeutender Bierkrawall statt; die Soldaten wollten in einem Wirthshause das Bier um einen halben Kreuzer wohlfeiler haben, was ihnen auch die Bräuer zugestanden. Indessen war der Hr. Stadtkommandant herbeigeeilt, welcher aber keinen guten Empfang hatte, und es wurden einige Mann arretirt, die jedoch später auf Begehren ihrer Kameraden wieder freigelassen und so die Ruhe von dieser Seite wieder hergestellt werde. Mittlerweile hatten sich viele Neugierige gesammelt, welche auch einen mißliebigen Polizeioffizianten in seiner Thätigkeit hemmten und mit blutigem Kopf heimschickten. Das Freikorps und die Landwehr hielten indessen die Ruhe der Stadt aufrecht. (Augsb. Abdz.)

Württemberg.

Stuttgart, 15. Mai. Zum Minister des Auswärtigen ist Geh. Legationsrath v. Roser in provisorischer Eigenschaft ernannt und Graf v. Beroldingen in den Ruhestand versetzt worden. (D. B.)

Preußen.

Posen, 13. Mai. Der kgl. Kommissarius, General der Infanterie, v. Pfuel, hat nachstehende Bekanntmachung erlassen: „Auf Grund der Allerhöchsten Bestimmungen und der mir ertheilten Vollmachten habe ich die Gränzlinie zwischen den beiden Theilen des Großherzogthums Posen, welche respektive zum deutschen Bunde treten oder der Reorganisation im nationalen Sinne theilhaftig werden sollen, so wie es die Anlage näher nachweist, vorläufig festgesetzt, indem ich nunmehr denjenigen Reklamationen, welche im Interesse der einen oder der anderen Nationalität für eine Modifikation jener Linie in einzelnen Theilen noch vorzubringen seyn möchten, entgegen sehe, damit die vollständige und definitive Regulirung dieser Angelegenheit erfolgen kann. „Zugleich fordere ich diejenigen deutschen Besitzer, welche in dem der Reorganisation zu unterwerfenden Theile, so wie diejenigen polnischen Besitzer, welche in dem zum deutschen Bunde tretenden Gebiete ansäßig sind und durch Tausch oder Veräußerung ihrer Besitzungen eine Uebersiedelung in den andern Gebietstheil wünschen, auf, mir ihre deßfallsigen Anträge einzureichen, damit von der geeigneten Behörde diejenigen Maßregeln angeordnet werden können, welche zu einer Erleichterung und Beförderung jener Absicht zu dienen vermögen. Posen, 12. Mai 1848. Der General der Infanterie, Inspekteur der 3. Armeeabtheilung und kgl. Kommissarius v. Pfuel." Der Reorganisation werden theilhaftig: 1. Aus dem

Regierungsbezirk Posen: 1) der schildberger Kreis, mit Ausnahme der Stadt und Herrschaft Kempen; 2) der adelnauer Kreis, mit Ausnahme der Stadt Ostrowo und eines Gebiets zum Anschluß dieser Stadt an die schlesische Gränze, worüber die nähere Bestimmung noch vorbehalten bleibt; 3) der pleschener Kreis; 4) der wreschener Kreis. 5) der schrodaer Kreis, mit Ausnahme des Theils nördlich der Linie von der Gränze des gnesener Kreises bei Golan beginnend und über Promno nach Gortatowo an die Gränze des posener Kreises gehend; 6) der schrimmer Kreis, mit Ausnahme des Theiles, welcher durch die Linie von Petzen Hauland Grybno, Zabno Hauland, Baranowo Hauland, Baranowo, Rogalin, Kamionek, Daszewice Hauland und Daszewice so abgeschnitten wird, daß diese genannten Ortschaften der Reorganisation nicht mehr theilhaftig werden; 7) der Theil des posener Kreises, welcher südwestlich der Linie von Jaroslawiec über Rosnowo Hauland, Chomencice bis Potlesing belegen ist; 8) der Theil des kostener Kreises, welcher nördlich der Linie liegt von Primentdorf über Barchlin, Gleinig, Proschwitz, Seyde bis Klein Woznitz; 9) der Theil des krobener Kreises, nördlich einer Linie, welche von der Gränze des krotoschiner Kreises, bei Kobylin zur Gränze des fraustädter Kreises bei Smilowo, nördlich von Punitz, führt; 10) der krotoschiner Kreis, mit Ausnahme desjenigen Theiles, welcher südlich abgeschnitten wird durch eine Linie, welche von Smoszewo an der Gränze des adelnauer Kreises, nördlich von Krotoschin und Kobylin, an die Gränze des krobener Kreises geführt wird. II. Aus dem Regierungsbezirk Bromberg: 1) der gnesener Kreis; 2) der Theil des mogilnoer Kreises, welcher früher nicht zum Netzdistrikte gehörte und welcher westlich der Linie von Niezitowo an der Gränze des schubiner Kreises über Palędzie, Mogilno, Wilatowo an die Gränze des inowraclawer Kreises, bei Dzierzazno, belegen ist; 3) der Theil des inowraclawer Kreises, südlich der Linie von der Gränze des mogilnoer Kreises bei Dzierzazno bis an den Goplo-See bei Kiefzynek; 4) der Theil des wongrowiecer Kreises südlich und resp. östlich einer Linie von Nadborowo an der Gränze des schubiner Kreises über Podolin, Koninek, westlich bei Lekno vorbei, über Radczyn, Sarbia, Chociszewo, Mieleszyn an die Gränze des gnesener Kreises bei Vorwerk Miyal. Ferner ist folgende Bekanntmachung erschienen: „Am 9. Mai d. J. wurde eine Kapitulation zwischen dem Generallieutenant v. Wedell und dem polnischen Oberst Brzezanski abgeschlossen, deren Hauptpunkte folgende waren: 1) Niederlegung der Waffen; 2) Emigranten und Fremde jeder Nationalität werden nach einem Depot zwischen der Elbe und der Weser abgeführt und können, wenn sie es wünschen, dort Pässe nach Frankreich erhalten; 3) die dem Lande Angehörigen werden kreisweise versammelt, zu ihren resp. Landräthen unter Eskorte geführt und dann nach Hause entlassen; 4) Deserteure der Linie und Landwehr werden nach Posen gebracht und der Gnade Sr. Maj. empfohlen; 5) am 10. d. M. bei Piatkowo czarne werden die Insurgenten versammelt und legen dort die Waffen nieder. Bevor noch die Vollziehung dieser Kapitulation erfolgt war, lief jedoch der Bericht des polnischen Obersten Odorski, der zur Zeit das Lager der Insurgenten kommandirte, ein, daß ein Theil der Insurgenten die Kapitulation annehme, die übrigen aber sich nach allen Richtungen zerstreuten. Als der Generallieutenant v. Wedell am 10. zur verabredeten Zeit in Piatkowo czarne eintraf, fand er daselbst auch nur 35 Mann ohne Waffen und ohne Führer vor. Es hatte sich demnach das ganze Insurgentenkorps zerstreut, und wie nachträgliche Berichte ergeben haben, sind von den nach allen Richtungen hin Geflüchteten auch bereits Plünderungen und Gewaltthaten an mehreren Orten verübt worden. Trotzdem nun, daß die Kapitulation durch die alleinige Schuld der Insurgenten nicht zur Ausführung gekommen ist und kein Einziger von ihnen Anspruch auf den Schutz hat, den sie jedem Insurgenten gewährt haben würde, so will ich dennoch Milde, anstatt der Strenge, walten lassen und erkläre hiermit, daß obige vier Bedingungen der Kapitulation noch bis zum 19. Mai Gültigkeit haben sollen für alle diejenigen, welche sich hier in Posen freiwillig stellen. Nach diesem Termine verfallen jedoch die Ausländer den Bestimmungen der Kartelkonvention. Um indessen die Ruhe und Ordnung in der Provinz schnell zurückzufördern, verordne ich, daß überall da, wo die Insurrektion stattgefunden hat, sämmtliche Waffen eingeliefert werden. Späterhin können dieselben zur geeigneten Zeit ihren Eigenthümern zurückgegeben werden. Zugleich bestimme ich, daß nach Einlieferung der Waffen in allen Städten des Großherzogthums sich Bürgergarden zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung, jedoch nur unter Aufsicht und Verantwortlichkeit der Ortsbehörden, bilden können. Die denselben nöthigen Waffen dürfen jedoch nur an zuverlässige Leute gegeben werden, denen es auch wirklich um Ruhe und Ordnung zu thun ist, und haben die Ortsbehörden die erforderlichen Reglements zu einer gehörigen Organisation dieser Bürgergarden bis zum 30. d. M. dem Generalkommando 5. Armeekorps zur Prüfung und Bestätigung einzusenden. Schließlich fordere ich alle diejenigen auf, die nach und nach zur Einsicht kommen, wie sehr sie zu ihrem eigenen Schaden irre geleitet worden sind, Aufwiegler und Emmissäre, die neue Aufhetzereien verursachen sollten, zu ergreifen und den Behörden zu überliefern, welche sie nach Posen abzuführen haben. Posen, den 12. Mai 1848. Der königl. Kommissarius, General der Infanterie, v. Pfuel." (Pos. Z.)

Limburg.

Sittard, 12. Mai. Die „aachener Zeitung" meldet: Als ich Ihnen gestern mit freudigem Herzen die Nachricht mittheilte, daß auch bei uns die deutsche Fahne feierlich aufgepflanzt worden sey, konnte ich nicht ahnen, daß diese nationale Demonstration, welche mit Zustimmung und selbst unter Anführung unserer städtischen Behörden Statt gefunden, den schweren Ingrimm unseres Gouvernements auf uns laden würde. Wahrscheinlich auf Anstiften unserer holländischen Beamten, die der deutschen Sache feind sind, erschien heute morgen hier eine Staffette aus Mastricht mit dem Befehle des Gouverneurs, das schwarz-roth-goldene Banner von dem Rathhause zu entfernen, widrigenfalls man es mit bewaffneter Macht herabholen werde. Der Stadtrath erklärte, daß er gegen den Willen des Volkes die Fahne nicht entferne. Die Bürgerschaft aber war höchst aufgebracht und wollte sich das Zeichen ihrer Erlösung nicht nehmen lassen. Einmüthig erklärte man die Fahne nicht gutwillig herzugeben; der bewaffneten Macht werde man jedoch keinen Widerstand entgegensetzen. Wir sind nun in Erwartung der Dinge, die da kommen werden. Wie sehr unser holländisches Gouvernement überhaupt geneigt zu seyn scheint, deutsche Gesinnung hier zu unterdrücken, geht daraus hervor, daß bei einem hiesigen Bürger, der sich deutschen Sache besonders angenommen und unter anderm ein Limburgisches Volkslied nach der Melodie „Noch ist Polen nicht verloren" gedichtet, welches hier von Mund zu Mund geht, während dessen Abwesenheit eine Haussuchung stattgefunden hat. Auch soll ein Verhaftungsbefehl gegen denselben vorliegen. — Unterdessen sind die Urwahlen für Frankfurt hier in Ruhe vollzogen worden. Der Sieg der deutschen Partei ist entschieden. Wenn die beiden Männer, womit Roermonde und Valkenburg das deutsche Parlament beschicken werden, unsern Wahlmännern entsprechen, so dürfen wir hoffen, daß ein unserer guten deutschen Sache feindlich gesinntes Gouvernement nicht mehr es wagen wird, unsere gesetzlichen Bestrebungen zur Aufrechthaltung unserer Nationalität zu verhindern, und daß bald die Schranken fallen werden, die uns von unserm deutschen Vaterlande trennen.

Oesterreich.

Wien, 13. Mai. Mit Palazkys Berufung in das Ministerium hatte es folgende Bewandniß, Minister v. Pillersdorf, der mit Geschäften überhäuft seine Arbeitsstube fast nie verläßt, daher auch nicht Zeit hat immer genau zu wissen, wie es mit der öffentlichen Stimmung draußen steht, hatte sich eingebildet, die gereizten Gemüther der Tschechen ganz beruhigen und gewinnen zu können, indem er einen ihrer Führer zum Minister machte. Was die Deutschen in Oesterreich, was das Volk von Wien, was die allmächtige Universität dazu sagen würden, wenn ein Panslavist in das österreichische Kabinet träte, darüber nachzudenken hatte der gute Hr. v. Pillersdorf inmitten seiner Aktenstöße und tausendfach gehäuften Amtsgeschäfte keine Zeit. Der Beschluß war sobald gefaßt als vollzogen; der gute Kaiser Ferdinand unterzeichnete und die Post brachte dem tschechischen Historiker sein Ministerportefeuille. Palazky kam sogleich nach Wien und schien in der ersten Stunde nicht üble Lust zu haben, seinen Sitz im Kabinet einzunehmen. Nach wenigen Stunden aber gingen ihm die Augen auf. Palazky ist Slave mit Leib und Seele und ziemlich ehrgeizig dazu, aber keineswegs so verblendet um der öffentlichen Meinung zu trotzen und die Lage der Dinge anders zu sehen als sie ist. Der deutsch-böhmische Verein mit dem er in Verkehr trat, schenkte ihm reinen Wein ein; die unternehmende ungestüm feurige Jugend der Universität stand drohend da und zeigte dem neuen tschechischen Unterrichtsminister sammt seinem Gönner jene wuchtige Faust, die bereits zwei Kabinette gestürzt hat. Da fand es Franz Palazky doch bequemer, wieder rechtsum nach der Tschechenstadt zu schwenken mit der ablehnenden Erklärung, die Parteien stehen einander zu schroff gegenüber, und die Mitglieder des Ministeriums flößen mir nicht Vertrauen genug ein, um neben ihnen als Kollege zu figuriren. Der kluge Entschluß des slavischen Geschichtschreibers hat uns Gottlob! von der Sorge und dem Unwesen einer neuen Straßenrevolution befreit. Vorgestern reiste Franz Palazky nach Prag zurück. Diese Einzelheiten kommen mir von sicherer Quelle zu, eben so die folgenden. An der Ergänzung des Ministeriums wird thätig gearbeitet. Verschiedene namhafte Männer, welche wir für die geeignetsten halten, haben Portefeuilles ausgeschlagen, weil sie kein Vertrauen in den Bestand des Ministeriums haben. Nun sollen Frhr. v. Wessenberg Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Professor Derner Minister des öffentlichen Unterrichts werden; Sommaruga übernimmt definitiv die Justiz. Auch Schmerling einem der tüchtigsten Abgeordneten, welche Oesterreich dem deutschen Parlament zuschickt soll ein Sitz im Ministerium vorbehalten seyn. Wahrscheinlich auch dem Frhrn. v. Andrian, dessen edlem Sinn, Geist und Charakterfestigkeit alle Parteien Gerechtigkeit wiederfahren lassen. — Graf v. Auersperg (Anastasius Grün) ist in Laibach von einem ganz slavischen Distrikt nach Frankfurt gewählt, und befindet sich seit gestern hier. Er und die meisten übrigen Abgeordneten werden diesen Abend nach Frankfurt abreisen. Der gefeierte Minister ist für den innigen Anschluß an Deutschland. In Krain und Kärnthen haben in den letzten Wochen slavische Wühlereien alles mögliche gethan, um die Wahlen nach Frankfurt zu verhindern. Der hiesige slavische Klub schickte einen Rudel von slavischen Emissären und Aufwieglern mit Fahnen und Proklamationen nach Illyrien. Auch in Mähren greift die slavische Agitation mit jedem Tag mehr um sich. — Ernst v. Schwarzer, der Redakteur der Oesterreichischen Zeitung, wurde in Böhmen zum Abgeordneten nach Frankfurt gewählt. Auf das bestimmteste wurde mir heute aus bester Quelle versichert, daß die Differenzen mit Ungarn wegen Zurückberufung der ungarischen Regimenter gelöst sind. Das Ministerium von Pesth steht von dem Verlangen der Zurückberufung der ungarischen Truppen aus Italien ab, erhält aber dafür drei Regimenter aus Böhmen und Galizien, um die südslavischen Bewegungen im Zaume zu halten, nachdem es fest erklärt hatte, daß die gegenwärtige Truppenzahl in Ungarn (etwa 21,000 Mann) zur Erhaltung der Ruhe nicht ausreiche. Der österreichische Reichstag wird sich am 26. Junius in Wien versammeln. (A. Z.)

Prag, 11. Mai. Vor einigen Tagen hatten sich mehrere Mitglieder des Nationalausschusses sehr mißfällig über die neuerlichen Unruhen in Wien geäußert und den Vorschlag gemacht, der Kaiser solle eingeladen werden, sich nach dem ruhigen Prag in die Arme seiner treuen Böhmen zu begeben, was aber die Besonneneren, weil es in Wien die größte Aufregung verursachen würde, mit Recht verwarfen — nun, der von seinen Völkern herzlich geliebte Kaiser hätte gestern ein sehr unruhiges und in alttschechischer Weise aufgeregtes Prag gefunden. Einige Führer der Ultratschechen, aus denen größtentheils das bereits 600 Mann zählende Korps Swornost („Eintracht") besteht — hatten erfahren, daß nun in allem Ernst die Wahlen zum deutschen Parlament angeordnet werden sollen; ferner daß der Faktor der Vetterleschen Buchdruckerei, Groll, wegen eines höchlich aufreizenden Flugblatts in der Nacht zur peinlichen Untersuchung verhaftet worden; plötzlich erschien früh eine gedruckte Aufforderung ohne Unterschrift des Gardekommandanten A. Haase, daß sich die Nationalgarde um 10 Uhr auf dem Altstädter Ringe versammeln möge; auch mochte man sonst auf das Volk eingewirkt haben, genug eine sehr große Menschenmenge versammelte sich auf dem Ringe, ferner vor dem Neustädter Rathhause, wo Groll verhaftet worden war und in den nächstgelegenen Straßen; viele Redner haranguirten das Volk und dieses forderte tumultuarisch

Grolls Freilassung. Da noch kein Preßgesetz erlassen ist, so mußte das Kriminalgericht nach dem bestehenden Gesetze vorgehen; doch wäre es jedenfalls besser gewesen den Beschuldigten auf freiem Fuße zu verhören, oder wenigstens die ganze Sache sogleich zu veröffentlichen. Aber unsere Behörden haben leider den Grundsatz der Oeffentlichkeit noch zu wenig begriffen! Unterdessen erschien eine Kundmachung des Gardekommandanten A. Haase, worin er das frühere Plakat als Mystifikation erklärte. (Bei dieser Gelegenheit erhielt ein Mitglied der Juristenlegion, als es die erstere Kundmachung herabriß, von einem Gliede des Swornost eine Ohrfeige, doch beide sollen sich, als sie sich als Mitglieder des Bundes Slavia erkannten, wieder versöhnt und umarmt haben.) Bürgermeister Strobach, ein wahrer Ehrenmann wurde, als er das Volk beruhigen wollte, verhöhnt. Eine Deputation bestürmte die Bürgerabgeordneten um Grolls Freilassung. Diese entschlossen sich nun dem Appellationsgericht den Wunsch des Volks zu hinterbringen. Das Gericht hielt eine Sitzung und verfügte, nach einem Gesetze, welches unter besondern Umständen Untersuchung auf freiem Fuß erlaubt, Grolls Freigebung. Der genannte wurde in eine Lohnkutsche gesetzt, das Volk spannte die Pferde aus und führte ihn triumphirend durch einen großen Theil der Stadt. Nachmittags machte sich der Unwille des Volks in einer dem Gardekommandanten gebrachten Katzenmusik Luft, wobei auch einige Fenster eingeschlagen wurden. Schnell fand sich aber auch Garde und Militär ein und zerstreute die Menge mit Gewalt, wobei einige Verwundungen erfolgten. Bald darauf erschien eine Anzeige des Bürgermeisters, worin er erklärte sein Amt niederzulegen, „weil er nicht mehr den persönlichen Einfluß besitze, die Ruhe aufrecht zu erhalten und gewaltsame Maßregeln seinem Charakter widerstrebten; er wolle Charakteren den Platz räumen, die durch energischere Maßregeln die Ruhe aufrecht erhalten würden.“ Zugleich berief er auf heute früh den großen Bürgerausschuß zur Wahl eines neuen Bürgermeisters. Die Bürger beschworen ihn flehentlich zu bleiben, er erklärte nur noch acht Tage sein Amt zu verwalten. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 14. Mai. Die Luft ist schwül, es steht ein drohendes Gewitter am Himmel, und wenn kein Wunder geschieht, so wird es zum Ausbruch kommen. Gestern war Paris außerordentlich bewegt; bis um 1 Uhr nach Mitternacht waren alle Straßen voll diskutirender Gruppen, ganze Kompagnien der Nationalgarde und der Mobilen durchzogen patrouillirend die Stadt, und die trübsten Besorgnisse wurden überall laut. Die Arbeiter sind erbittert, und werfen der Nationalversammlung vor, daß sie sich das „Zutrauen des Volkes“ entfremdet habe, woran diesmal das „Wahlsystem“ unschuldig ist, da nur Weiber und Kinder von dem Wahlrecht ausgeschlossen waren. Ein Konflikt wird täglich unvermeidlicher; welche Partei aber auch siegen mag, so wird der Sieg zur Diktatur führen. Die Regierungskommission war gestern den ganzen Tag in geheimer Berathung im Marineministerium beisammen. Die Minister waren ebenfalls anwesend; es sollen wichtige Beschlüsse in Bezug auf die auswärtige Politik gefaßt worden seyn. Man spricht von einer außerordentlichen Aushebung von 200,000 Mann, die alle unverheiratheten Männer von 18 bis 30 Jahren umfassen würde. Der Generalstab der Armee, das Geniewesen, und die mobile Nationalgarde werden auf den Kriegsfuß gesetzt. — Die Nationalversammlung hat gestern reglementarische Fragen behandelt und die Niedersetzung von 15 permanenten Ausschüssen beschlossen. Für morgen hegt man starke Besorgnisse: 100,000 Menschen wollen der Kammer eine Petition überbringen, welche Krieg zu Gunsten Polens verlangt. (Karlsr. Z.)

Straßburg, 16. Mai. (Telegraphische Depesche). Paris, 15. Mai, halb 6 Uhr Abends. Der Minister des Innern an die Kommissarien der Republik. Es hat ein unsinniger Versuch gegen die Nationalversammlung stattgefunden, aber ohne den geringsten Erfolg. Die Versammlung hat ihre Sitzungen wieder begonnen. Die Regierung ergreift die kräftigsten Maßregeln. (K. Z.)

Paris, 15. Mai. Die Prophezeihung, mit der ich mein Gestriges schloß, ist schneller, als ich ahnden konnte, in Erfüllung gegangen; ich glaubte in einigen Monaten werde die Nationalversammlung für einen innern oder äußern Krieg sich entscheiden müssen; die Nationalversammlung ist bereits für den letztern zu entscheiden gezwungen werden. Die angekündigte große Demonstration der Klubs hat heute stattgefunden; die Regierung versäumte, die gehörigen Anstalten dagegen zu treffen und so kamen die Massen Volks ohne großen Widerstand bis an den Palast Bourbon mit dem Rufe: es lebe Polen, der zwischen jedem Absatz der abgesungenen Marseillaise wie aus einer Kehle von etwa 60,000 Individuen ausgestoßen ward. Sie wollten in den Palast durch das geschlossene Gatter eindringen. Einige hatten bereits dasselbe übersprungen und sich angeschickt, es aus den Fugen zu reißen, als sie auf die Vorstellung eines Offiziers der Mobilen, die Konstituante werde sofort über die Polenfrage berathen und darüber einen Beschluß fassen, den das Volk abwarten möge, von ihrem Vorhaben abließen. (A. Z.)

Paris, 15. Mai 4½ Uhr. Die in meinem ersten Schreiben gemeldeten Nachrichten sind dahin zu berichtigen, daß man dem Volke bloß im Namen der Nationalversammlung versprochen, diese nehme Polen unter ihren Schutz. Diese Erklärung schien anfangs das Volk zu befriedigen, allein Blanqui, Hubert, Sobrier und Raspail, die an der Spitze standen, wußten es bald wieder aufzuregen, und so drang es um halb 4 Uhr in den Hof, von da in den Sitzungssaal und proklamirte Blanqui und Barbès zu Mitgliedern einer von diesen zu bildenden Regierung. Blanqui bestieg die Tribüne und beantragte, daß an Rußland, Oesterreich und Preußen der Krieg erklärt werde, wenn sie nicht sofort Polen herstellen; daß man die Organisation der Arbeit sofort dekretire und jedem Brod gebe, der welches bedürfe; daß man endlich alle Gefängnisse öffne. Sobrier unterstützte diese Anträge, eben so Raspail, der eine Petition der Polen verlas. Barbès beantragte, daß die Nationalversammlung erkläre: „que le peuple de Paris a aujourd'hui bien mérité de la patrie.“ Alle Personen, die früher auf den Tribünen sich befanden, die Redakteure und Stenographen nicht ausgenommen, wurden vom Volk verjagt, es herrschte eine unbeschreibliche Konfusion in der Kammer, mehrere Deputirte verließen den Saal. In dem Augenblick, 5 Uhr, ist in der Stadt allgemein das Gerücht verbreitet, die Nationalversammlung sey gesprengt; nach einer andern Version hatte der Präsident blos die Sitzung aufgehoben. Auf einer Fahne, die ein Arbeiter in der Kammer herumträgt, liest man: Provisorische Regierung: Blanqui, Cabet, Barbès, Ledru-Rollin, Proudhon, Raspail, Pierre Leroux. Barbès besteigt abermals die Tribüne und verlangt, daß die Versammlung dekretire eine Milliarde von den Reichen zu erheben. Barbès erklärt, daß ein Jeder der den Generalmarsch schlagen läßt, Verräther am Vaterlande sey, da das Volk bis jetzt keiner Gewaltthätigkeit sich schuldig gemacht habe (sic!). Unter der Nationalgarde wurden um 4 Uhr Patronen vertheilt. (A. Z.)

Straßburg, 17. Mai 11 Uhr Vormittags. (Telegraphische Depesche.) Paris, 17. Mai, 8 Uhr Morgens. Der Minister des Innern an die Kommissäre der Republik. Die vorgestern einen Augenblick gestörte Ruhe ist überall in Paris wieder hergestellt; es herrscht die beste Stimmung. Der Bürger Caussidière hat seine Entlassung genommen. Die Nationalgarde hält die Polizeipräfektur besetzt. Das Vertrauen kehrt wieder; die Staatspapiere sind beträchtlich gestiegen. (Karlsr. Z.)

Rußland und Polen

Von der russischen Gränze, 1. Mai. Fast die ganze Armee Rußlands, zum 1. April überall versammelt, zieht jetzt nach Polen und ist zum Theil bereits dort angelangt. Selbst das kaukasische Armeekorps befindet sich nach den neuesten Nachrichten auf dem Marsche. Der Kaiser hat Petersburg verlassen und ist nach Riga abgereist. Wem fällt dabei nicht Napoleons Abreise von Paris im Frühling 1812 ein! Sie geschah unter gleich friedlichen Versicherungen. Der Moniteur verkündete, daß Napoleon Paris nur verlasse, um eine große Musterung der Armee an der Weichsel vorzunehmen. Wahrscheinlich wird der Zaar auch eine große Musterung seiner Weichselarmee vornehmen. Aber wie 1812, werden auch 1848 so große Armeen von Hunderttausenden nicht zusammengezogen werden, um der Welt das Schaugepränge einer Musterung zu geben. Die Politik Rußlands, die persönlichen diesfallsigen Ansichten des Kaisers sind bekann. Darf Deutschland hoffen, daß Letzterer die ihm gegebene Macht blos zur Schau stellen werde? Es kann dem ruhigen Beobachter nicht entgehen, daß Dies nicht zu hoffen steht. Leider ladet Deutschlands politischer Zustand selbst zu einer russischen Invasion ein. Oesterreich, ohnehin durch den italienischen Krieg, durch seine ungarischen, böhmischen, und mährischen Zustände gelähmt, kann Deutschland wenig helfen. Preußen hat Truppen in Dänemark, sendet dermalen ein Korps nach Franken zur deutschen Zentralarmee, hat den Rhein gegen die Franzosen zu bewachen, die 180,000 Mann in jenen Gegenden sammeln, und kann deßhalb nicht, wie es doch nöthig wäre, seine Gesammtmacht Rußland entgegensetzen. Dazu die überall in Deutschland verbreiteten Radikalen und Republikaner, welche gegen die stehenden Heere deklamiren und die Fremdlinge zu Einfällen über den Rhein einladen. Das ist das Thatsächliche einer drohenden russischen Invasion gegenüber. Mögen diese Thatsachen alle wahren Freunde des deutschen Vaterlandes, besonders aber auch die Freunde der Anarchie belehren, daß nur ein festes Zusammenhalten aller Kräfte Deutschlands das Vaterland vor einer großen Gefahr bewahren konne. (D. A. Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Freitag den 19. Mai: „Dorf und Stadt.“ Schauspiel v. Ch. Birch-Pfeiffer.

Fremdenanzeige.

Hôtel Maulik. HH. Jomlin, Rentier aus England; Wilson, Rentier aus Schottland.

Gold. Hahn. HH. Falkner, Student v. Lutmanstein; v. Wigand, Rentier v. Würzburg; Bruner, Gutsbesitzer v. Kirchberg; Köchert, Posthalter v. Darmstadt

Getraute in München.

HH. Joseph Nagler, b. Stadtgärtner, mit Ther. Pfeffer, b. Gärtnerstochter v. h.; Christian Fahrenberger, Buchhalter und Revisor bei der k. Eisenbahn-Bau-Kommission das., mit Frl. Karolina Barbara Schneider, k. Holtänzerstochter v. h.; Xaver Huber, Kloßknecht, mit Anna Bachhuber, kgl. Tuchmacherstochter v. Pfeffenhausen; Joseph Karl, Färbergeselle das., mit Marianne Schweier, Zimmermannstochter v. Mittersendling; Wilhelm Georg Frohmann, kgl. Kreis- und Stadtgerichts-Protokollist das., mit Frl. Wilhelmina Ernestine Justine Walther, Rechnungskommissärstochter v. h.

Gestorbene in München.

Joseph Kufner, b. Schuhmacher v. h., 35 J. alt; Barb. Kreuzweg, b. Priechlersfrau v. h., 34 J. alt; Joseph Neukam, b. Lerncher v. h., 38 J. alt; Paul Pfaffinger, Gütlerssohn v. Schoßrinn, Herrschaftsgericht Hohenaschau, 17 J. alt; August Fader, Taglöhner v. h., 22 J. alt; Ernst Sattler, Mechanikus v. Dachau, 48 J. alt; Heinrich Büttgen, Privatier v. h., 83 J. alt; Walburga Goldner, Bräuerswittwe v. h., 81 J. alt; Katharina Castello, Bandmacherstochter v. h., 39 J. alt; Michael Braundeck, Schuhmachergesell v. Velden, Landger. Vilsbiburg, 39 J. alt; Brigitta Förch, kgl. Friseursfrau v. h., 68 J. alt; Franziska Kamel, quiesc. kgl. Regierungskanzelistenswittwe v. h., 72 J. alt; Joseph Lepp, Maurer v. h., 80 J. alt; Karl Eckdahl, Gärtnergehilfe v. Christianstadt in Schweden, 22 J. alt.

Dem „alten Freunde“ meines Hauses spreche ich den wärmsten Dank für seine unter'm 17. Mai mir zugesendete Mittheilung aus. Sie war geeignet, bereits Beschlossenes zur baldigsten Erfüllung zu bringen. Mündliche Besprechung wünscht je eher je lieber C. W.

Alle Freunde der Deklamationskunst machen wir auf die von Hrn. Hamisch zu gebende DEKLAMATORISCH-MUSIKALISCHE ABENDUNTERHALTUNG, welche Montag den 22. Mai im Saale des königl. Odeon stattfindet, hiermit aufmerksam, da derselbe durch richtiges Gefühl, gute Darstellung, verbunden mit einem kräftigen Organ, stets seine Zuhörer erfreute, hoffen wir um so mehr, diese Abendunterhaltung durch zahlreiche Theilnahme begünstigt zu sehen, da der Ertrag zur Unterstützung eines Augenleidenden bestimmt ist, dessen Wiederherstellung, nach Aussage des Arztes, ein ganzes Jahr erfordert, und somit während dieser langen Zeit unfähig, seiner gewohnten Beschäftigung als Maler obzuliegen und seinen Lebensunterhalt zu verdienen.

R. S.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 132.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München bei der Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kndbel-Gasse Nro. 25; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 3 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend XLIX. Jahrgang. **20. Mai 1848.**

Deutschland.

Frankfurt, 16. Mai. Dreiundfünfzigste Sitzung der deutschen Bundesversammlung. (Oeffentliche Erklärung der deutschen Bundesversammlung.) Die Bundesversammlung glaubt es der Sache und sich selbst schuldig zu seyn, die Mißdeutungen, welche in Folge der Verhandlungen des Fünfziger-Ausschusses ihr Verfahren hinsichtlich des Separatprotokolls vom 4. Mai erlitten hat, nicht mit Stillschweigen zu übergehen. Die Bundesversammlung weist jede Verdächtigung, als wollte sie die freie Entwicklung eines einigen kräftigen Deutschlands hemmen, aufs offenste und feierlichste zurück. Das Promemoria, welches der Bundesversammlung vorgelegt worden war, wurde, ohne ein Urtheil über dessen einzelne Sätze auszusprechen, als Aeußerung eines Einzelnen den Bundesregierungen zur gutfindenden Kenntnißnahme (d. h. zur beliebigen, nicht zur gutheißenden Kenntnißnahme, wie dieß Wort umgestaltet worden ist) mitgetheilt, indem dasselbe nach der Ansicht des Revisions-Ausschusses, theilweise wenigstens, Bemerkungen und Andeutungen enthält, deren Berücksichtigung sich empfehlen dürfte. Zur Aufnahme in das öffentliche Protokoll wurde das Promemoria nicht geeignet gefunden, weil es bei Gelegenheit einer Instruktion, die sich die Bundestagsgesandten von ihren Regierungen erbaten, zur Vorlage kam. Die Bundesversammlung unterwirft in dieser wie in allen andern Angelegenheiten alle ihre Handlungen ruhig der unbefangenen Beurtheilung des deutschen Volkes und seiner Vertreter und übernimmt jede Verantwortung hiefür. Die auf diesen Gegenstand sich beziehenden Aktenstücke werden besonders abgedruckt werden. — Folgende neue Bundestagsgesandten nahmen in der Bundesversammlung ihren Sitz ein: für Sachsen-Koburg-Gotha Geh. Rath Baron v. Stockmar, für Sachsen-Meiningen Prof. Dr. Perthes, für Sachsen-Weimar und Altenburg Landmarschall Geh. Rath von der Gabelenz. Die Kuriatstimme für diese Staaten führt von der Gabelenz. — Ein Schreiben des Generals v. Wrangel vom 11. Mai berichtet über dessen Korrespondenz mit dem Befehlshaber der dänischen Flotte wegen Beschießung der Stadt Middelfarth. — Ein Schreiben der Regierung von Ratzeburg in Betreff der Stellung des Kontingents des Herzogthums Lauenburg zum 10. Armeekorps wird an den politischen Ausschuß verwiesen. — Der preußische Gesandte zeigt an, daß statt des zum Generalmajor ernannten Obersten From der Generalmajor v. Peuker zum Bevollmächtigten bei der Militärkommission ernannt worden sey. — Dem Antrag der kurhessischen Regierung, daß die in Baden stationirten kurhessischen Truppen so schleunig wie möglich zurückgezogen werden dürfen, theils um das Kontingent mobil machen zu können, theils um Unruhen im dortigen Lande zu begegnen, wird durch eine entsprechende Weisung an den Oberbefehlshaber des 7. und 8. Armeekorps unter der Voraussetzung, daß keine besondern Umstände obwalten, entsprochen. Der Gesandte von Braunschweig bringt die Ansichten dieser Regierung über Ausführung der Oeffentlichkeit der Bundestagssitzungen zur Kenntniß; hiernach soll über alle Verfassungsangelegenheiten öffentlich in pleno berathen, eine Majorität von $^{2}/_{3}$ der Stimmen zur Beschlußfassung für genügend gehalten, und in einer zu entwerfenden Geschäftsordnung das Weitere bestimmt werden. Dieser Vortrag wird an den Revisionsausschuß verwiesen.

Bayern.

Landtag.

München, 20. Mai. (Kammer der Reichsräthe.) Tagesordnung für die auf heute um 10 Uhr angesetzte XIII. Sitzung. — 1. Bekanntmachung des Einlaufs. — 2. Vortrag, Berathung und Abstimmung über den Gesetzentwurf: die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung der Grundlasten betreffend. — 3. Anzeige von Seite des V. Ausschusses über die von demselben erledigten Beschwerden. — 4. Wahl der Deputation zur Uebergabe von Gesammtbeschlüssen. — 5. Wahl der 7 Gesetzgebungs-Ausschuß-Mitglieder. — 6. Verlesung der Sitzungsprotokolle vom 27. und 28. April, dann 4. Mai.

**München, 15. Mai. (XXXIII. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische Frhr. v. Thon-Dittmer, Heintz, Frhr. v. Lerchenfeld. Die Sitzung wurde mit Ablesung des Einlaufs eröffnet. Hiernächst wurde die Berathung über das „Wahlgesetz“, und zwar die spezielle, fortgesetzt. Die Ueberschrift des Gesetzes lautet: „Gesetz, die Wahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung betr.“ Der kombinirte I. und III. Ausschuß hatte jedoch modifizirt: „Gesetz, die Wahl der Kammer der Landtags-Abgeordneten betr.“ — Frhr. v. Rotenhan sprach von Vorneherein gegen die Aeußerungen des Dekan Bauer in der heutmorgigen Sitzung, und erörterte umfassender seine Gesinnungen und Beweggründe. Ständisches Prinzip solle vertreten werden; klopfe ein neuer, der vierte Stand, an diese Thüren, so lasse man ihn herein; aber nicht durch Wahlagitationen, nicht durch Wahl nach bloßer Kopfzahl. Ständischer Wahlmodus sey urdeutsch, jeder andere aus der Fremde her. Sey aber ein solches Gesetz einmal beschlossen, so könne es nicht so schnell wieder verändert werden, als man glaube. — Dekan Bauer erwiderte: wenn man behauptete, dieß Wahlgesetz begrabe Freiheit und Monarchie, so habe er dagegen im Namen des beleidigten Volkes gesprochen, als sein Sachwalter; denn er sey aus dem Volke hervorgegangen. — Dr. Rammoser sprach gegen die Modifikation des Ausschusses. Eine eigentliche Volksvertretung ohne Stände könne es nicht geben. Dem Zufalle könne man daher die Wahl der Vertreter dieser Stände nicht überlassen. Daher müsse auch nach Ständen gewählt werden. Daher stimme er für die Ueberschrift nach dem Gutachten der Regierung. — Hierauf wurde die Ueberschrift nach der Ausschußmodifikation angenommen. — Nun kam Art. 1 zur Berathung, nämlich über das Prinzip: daß Ein Abgeordneter auf 35,000 Seelen komme. — Dr. Schwindl. Das Maß der Abgeordneten hier beziehe sich auf das Prinzip der Verfassung, daß auf 7000 Seelen Ein Abgeordneter treffe. Nach der neuen Zahl treffen aber bloß 128 Abgeordnete, während gegenwärtig schon 147 in der Kammer sitzen. Er brachte daher eine Modifikation ein: „statt 35,000 zu setzen 30,000 Seelen“. — Der II. Präsident meinte, es käme nicht auf die Zahl an, sondern auf die Qualität. — Abg. Sattler sprach dagegen für die Modifikation. — Der Staatsminister Frhr. v. Thon-Dittmer sprach gegen die Modifikation. Auch die Wahl nach Frankfurt müsse beachtet werden. Er billige 31,500 Seelen. — Dr. Schwindl setzte nun diesen Ziffer ein, und derselbe wurde von der Kammer genehmigt. — Art. II. „Vertheilung der Abgeordnetenzahl auf die Kreise nach Maßgabe der Kreisbevölkerung“, wurde gleichfalls angenommen. — Art. III. lautet: „Die Wahl findet in zwei gesonderten Handlungen statt: a) mittelst Wahl der Wahlmänner (Urwahl), b) mittelst Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner“; also in direkte Wahl. — Dagegen brachte der Hr. I. Sekretär, Stockinger, eine Modifikation auf direkte Wahlen ein, und begründete seinen Satz durch Erfahrungs- und Vernunfts-Gründe, und nimmt Baden mit seinem direkten Wahlsystem in Anregung. Das Volk in Baden sey politisch durchbildet. Er beklage die Verirrungen und Verblendungen Einzelner; aber das Volk selbst sey ausgezeichnet. — Abg. v. Scheurl. Man müsse wohl unterscheiden zwischen der politischen Mündigkeit des ganzen Volkes und derjenigen Einzelner. Die erstere, aber nicht die letztere, sey in der Regel vorhanden. Er stimme daher für indirekte Wahlen. — Abg. Schlund. Er stimme für indirekte Wahlen, weil die Wahlbezirke zu groß seyen, und der Arme nicht, wohl aber der Reiche an den Wahlort reisen kann, und dadurch nur Volkswahlen der Reichen zu Stande kommen können. — Abg. Christmann sprach zunächst von der ihm heute morgens zugekommenen Adresse auf direkte Wahlen von 636 unterschrieben aus der Pfalz. Er stimmte natürlich auch in diesem Sinne. Er glaube durchaus an die politische Mündigkeit des Volkes, und über dieß Thema sprach Redner sich in umfassender Weise aus. Würtemberg habe sich besonders bei den letzten Wahlen als tüchtig bewährt. — Abg. Schlund behauptete das Gegentheil. Man habe dort die Wahlzettel in den Häusern herum geschickt, und wenn sie privatim geschrieben waren, wieder vom Gemeindediener abgeholt gesehen; deß sey doch wahrlich keine direkte Wahl. — Abg. Schnetzer sprach viel für direkte Wahlen. — Der Staatsminister Heintz. Sey es freisinniger, die ärmeren Klassen an ihrem oder an einem fremden Orte wählen zu lassen. Der Entwurf lasse Besprechungen, Volksversammlungen zu, weil nur dadurch eine absolute Stimmenmehrheit möglich sey. In einem und demselben Athemzuge behaupte man, das Volk sey mündig oder unmündig. Bei direkten Wahlen werde haranguirt, bei indirekten sey Freisinnigkeit. — Der Hr. I. Sekretär, Stockinger, sprach gegen die Ansicht des Hrn. Ministers. — Abg. Sattler sprach für indirekte Wahlen, weil man die Wähler nicht zusammen bringe. Er wünsche und glaube auch an indirekte Wahlen; aber gegenwärtig seyen diese nicht möglich. Redner fragte, warum die von ihm früher übergebene Adresse (Antrag) nicht erledigt worden sey. — Graf v. Hegnenberg, als Sekretär des Petitionsausschusses, bemerkte, 500 Petitionen seyen erledigt, 700 noch zu erledigen. — Dr. Schwindl sprach für indirekte Wahlen, weil sie die größte Besonnenheit und daher Freiheit bieten. — Referent Dekan Bauer resumirte die Debatte, und es wurde mit Einstimmigkeit Art. III. angenommen, wie er vom Ausschusse, resp. auch von der Regierung gekommen war; also indirekte Wahlen in zwei Wahlhandlungen. — Art. IV. nach dem Gutachten des Ausschusses lautet: „Zu jeder giltigen Wahl ist die persönliche Anwesenheit des Wählenden erforderlich. Stellvertretung findet nicht statt. Nur derjenige wird zur Wahl zugelassen, welcher erweislich den Verfassungseid abgeleistet hat. Die Wahlmänner haben außerdem bei der Wahlhandlung den im Art. XVII. vorgeschriebenen Wählereid zu schwören.“ — Hiezu wurde noch die Modifikation des Abg. Stockinger, „daß für

nichtchristliche Wähler der Schluß der Eidesformel: und sein heil. Evangelium, wegbleibe", einstimmig angenommen. — Art. V. lautet nach dem Ausschußbeschluß: „Aktiv wahlfähig ist jeder Staatsbürger (§. 3 Titl. IV. der Verfassungs-Urkunde) und jeder volljährige, selbstständige Staatsangehörige, insofern er nicht wegen Verbrechen, oder des Vergehens der Fälschung, des Betrugs, des Diebstahls oder der Unterschlagung verurtheilt worden ist. Wer nicht von eigenem Einkommen oder Erwerbe lebt, oder wer als gebrodeter Diener in Kost und Wohnung eines Dienstherrn steht, kann nicht als selbstständig angesehen werden." — Hiezu hatte der Hr. I. Sekretär, Stockinger, vorgeschlagen: „aktiv und passiv wahlfähig". — Dekan Goetz sprach für den Zensus. — Abg. Schlund sprach energisch dagegen; keine Halbheit; ob Steuer oder nicht; Jeder, auch der Soldat, der sich fürs Vaterland todt schießen läßt, soll wählen können. Kein Zensus solle seyn, keiner an Alter, keiner an Geld. — Dekan Deininger. Die Sache sey nun ganz klar. — Der Hr. II. Präsident, Dr. Müller, bezweifelt sehr, daß unsere Jugend ebenso parlamentarisch reif sey, als die englische, daher das 21jährige Alter noch nicht zur passiven Wahlfähigkeit genüge. — Dekan Bauer, als Referent, will den Zensus entfernt, dafür aber ein reiferes Alter eingesetzt wissen. — Der Staatsminister des Innern, Frhr. v. Thon-Dittmer, spricht gegen die Modifikation des Abg. Stockinger. Daß das Wahlgesetz nach Frankfurt keinen Norm geben könne, verstehe sich an und für sich. Redner widerlegt den Modifikanten in umfassender Weise. — Der Staatsminister der Finanzen Frhr. v. Lerchenfeld deklarirt, daß die Einkommensteuer durchaus keinen Einfluß auf die aktive Wahlfähigkeit übe. — Auf Abstimmen wurde die Modifikation des II. Sekretärs, so wie jene des Ausschusses verworfen. — Somit gilt also zur aktiven Wahlfähigkeit „Volljährigkeit und Entrichtung einer direkten Steuer." Art. 6 (Befähigung des Wahlmanns: Staatsbürgerthum, 25 Jahre, direkte Steuer) wurde nach einigen Aeußerungen vom Ministertische für den Entwurf der Regierung angenommen. Hiemit wurde die Sitzung geschlossen und die nächste auf Morgen 9 Uhr anberaumt.

---

*‡München, 20. März. Hr. Trikupis, k. griechischer Gesandter, in außerordentlicher Mission dahier, um JJ. MM. zur Thronbesteigung die Glückwünsche seines Königs darzubringen, hatte heute Abschiedsaudienz und wurde zur k. Tafel geladen. — Gestern Mittag trafen 3 Bataillone des k. k. österreichischen Infanterie-Regiments Latour auf ihrem Marsche nach Tirol hier ein. Se. k. Hoh. Prinz Max in Bayern und Se. Durchl. Prinz Eduard, viele Militärs aller Grade und zahlreiches Volk begleiteten diese Truppen durch die Ludwigsstraße. Der Empfang war eben so ehrenvoll als herzlich. Sie defilirten vor der Residenz, wo JJ. MM. sich am Fenster zeigten. Auch Se. Maj. König Ludwig zeigte sich und zwar in der Uniform des k. k. Regiments, dessen Inhaber er ist. Sämmtliche Stabsoffiziere des gedachten k. k. Regiments waren gestern zur k. Tafel geladen.

|||München, 16. Mai. Man hat in der Universität nicht ohne einige Verwunderung den Ihnen eingesandten Artikel vom 16. Mai gelesen, in welchem das Rektorat der Universität München aufgefordert wird, doch öffentlich bekannt zu geben, „ob im Sommersemester denn doch Vorlesungen gehalten werden und wann diese beginnen; oder ob auch das II. Semester größtentheils nur mit Exerziren und Patrouillemachen ꝛc. dahin gebracht werden soll, damit die Familienväter entweder so oder so Entschluß fassen könnten." — Dieser Aufforderung liegt die doppelte, ganz irrige Angabe zu Grunde, daß das erste Semester größtentheils für die Studirenden verloren gewesen sey und im zweiten noch gar nicht gelesen werde. Ein Jeder aber, der sich einigermaßen um die Angelegenheiten bekümmert, weiß sehr wohl, daß im ersten Semester durch die Waffen-Uebungen die Vorlesungen nicht unterbrochen wurden, und ein Jeder kann wenigstens wissen, daß sämmtliche Vorlesungen des Sommersemesters bei uns im vollen Gange sind, und wir fügen zur Beruhigung des besorglichen Einsenders hinzu, sogar von Studirenden aus Tübingen, Heidelberg und andern Orten fleißig besucht werden, die nach ihrer Erklärung hieher gekommen sind, um ihren Studien in Ruhe obliegen zu können. Die Waffenübungen des Studentenfreikorps aber sind auf die Abendstunden verlegt, wo sie den Vorlesungen nicht im Wege stehen. Uebrigens wird die verehrliche Redaktion der Münchener politischen Zeitung das Ansinnen wohl begründet erachten, daß sie bei Meldungen über unsere akademischen Angelegenheiten, aus denen irgend ein Präjudiz gegen Ordnung oder Führung der Universität gezogen, oder gar, wie hier der Fall ist, eine Beunruhigung der Eltern und der Studirenden abgeleitet werden kann, sich nach dem Grund oder Ungrund derselben vor ihrer Aufnahme um so mehr erkundigen wolle, da die Universität von der Stadt nicht so gar abgelegen ist und mit ihrem Amtslokal Jedem, der Nachricht über sie sucht, den ganzen Tag offen steht.*)

△München, 18. Mai. Präsident Zenetti wurde in Viechtach als Ersatzmann, in Landau und Landshut als Deputirter nach Frankfurt, in Landshut einstimmig gewählt. Das gab der Münchener politischen Zeitung vom 14. d. Mts. Veranlassung zu fragen, warum die Niederbayern nicht lieber den Hrn. v. Abel selbst als seinen Satelliten nach Frankfurt schicken. — Warum gerade Zenetti berufen schien, das können nur seine Wähler wissen, unter die wir nicht gehören. Daß aber der Name Zenetti's mit dem des Hrn. v. Abel nicht in Verbindung zu bringen sey, das kann Jeder wissen; das wird auch die politische Zeitung inne werden, wenn ihr eben so sehr um Prüfung als um Beurtheilung von Charakteren zu thun ist. Wir sind unter denjenigen, welche den Vorwurf, Satellite von irgend wem zu seyn, für Schimpf, den Vorwurf aber, Satellite von Abel zu seyn, für peinliche Anklage halten. Um diese und jenen zu begründen, muß die politische Zeitung noch mehr beibringen als sie gethan hat. Sie hat sich lediglich auf Zenetti's Ansichten über Zensur und auch hierauf in nicht ganz vollständiger Weise berufen. Denn Zenetti sagte nicht, daß die Preßfreiheit, sondern daß die Preßfreiheit ohne Repressivgesetze wider die Ordnung sey. Was sonst von farblosen Schatten, engherziger Bureaukratie, schweigsamen Denkmälern u. dgl. in fraglichem Artikel vorkommt, sind Ausstattungen, um die wir den Gedanken des Verfassers nicht ärmer machen wollen.

|||München, 19. Mai. Zur Feier des Zusammentritts des konstituirenden Parlaments in Frankfurt am gestrigen Tage wurde, da von der Behörde nichts geschah, durch einen improvisirten Aufruf die Bewohner Münchens in die Menterschwaige geladen. Obschon finstere Wolken am Himmel drohten, strömten dennoch viele Tausende hinaus, um den Tag festlich zu begehen, an welchem eine neue Aera für Deutschland beginnt. Unter den Anwesenden war die Studentenschaft am meisten repräsentirt. Einen allgemein freudigen Eindruck machte das Erscheinen des Freikorps der Bürgersöhne mit Musik des Jägerbataillons an der Spitze. Später erschien auch eine Abtheilung des Turner-Freikorps. Um 4 Uhr Nachmittags wurde unter Böllerschüssen eine mächtige deutsche Flagge an dem Maibaum aufgezogen, und als das Schwarz-gelb-roth in den Lüften flatterte, ertönte von dem zahlreich anwesenden Sängerchor das deutsche Nationallied: „Was ist des Deutschen Vaterland?" Hr. Dr. Greiner hielt dann eine Rede, worin er Deutschlands Zustand und Hoffnungen mit glühenden Farben schilderte, anknüpfend an das Jahr 1648, wo vor zwei Jahrhunderten der 30jährige Krieg beendigt und der westphälische Frieden geschlossen wurde; die Rede schloß mit einem allgemein wiederhallenden dreimaligen „Hurrah Hoch!" für Deutschland. Mit der herzlichsten Geselligkeit, mit Musik und Gesang wurde der Rest des Tages in allgemeiner Freude verlebt, welche nur durch den einbrechenden Regen einigermaßen gestört wurde, da Tausende, welche unter den bedeckten Räumlichkeiten nicht mehr Platz fanden, nach Hause eilten.

Gr. Hessen.

Mainz, 24. Mai. Heute hatten wir wieder einmal zur Abwechslung einen Schleppschiffkrawall, wobei es die Bürgergarde vergebens versuchte, dem Gesetze Achtung zu verschaffen. Auf die Nachricht hin, daß wieder ein Schleppschiff gewaltsam angehalten und dasselbe in Masse bestiegen worden sey, erließ der Staatsprokurator verschiedene Vorführungsmandate und übertrug die Vollziehung derselben der Bürgergarde. Herr Zitz, welcher dieselbe als Oberst kommandirt, ging mit einer starken Patrouille hinaus an den Rhein, um die erhaltene Ordre in Vollzug zu setzen, mußte indessen bei der Masse aufgeregter Arbeiter, welche alle Gründe der Vernunft mit Hohn zurückwiesen, von seinem Vorhaben abstehen. Das Schleppboot mußte nach dem Gartenfelde zurückfahren, wo es heute Nacht von der hiesigen hessischen Besatzung mit geladenen Gewehren bewacht wird. (Fr. P.-Z.)

*) Der Beginn eines Semesters wurde stets in den Blättern allgemein kund gegeben. Dieses wurde, soweit aus dem fraglichen Artikel hervorgeht, für das laufende Semester versäumt. Daher schien uns die Aufforderung hiezu sehr billig, um so mehr, als sie ja nicht von hier, wo Jeder selbst betreffende Erkundigung einziehen kann, sondern von auswärts eingesandt wurde. A. d. R.

Preußen.

Berlin, 15. Mai. Das Ministerium erläßt folgende Bekanntmachung rücksichtlich des Prinzen von Preußen: „Der mitunterzeichnete Vorsitzende des Staatsministeriums hat schon gestern — in einer Antwort an den Kommandeur der Bürgerwehr — die irrigen Gerüchte über den Zeitpunkt der Rückkehr des Prinzen von Preußen königl. Hoheit widerlegt. Dessenungeachtet ist hierüber am gestrigen Abend durch eine Deputation einer Volksversammlung eine neue Erklärung begehrt worden. Zur allgemeinen Beruhigung erklären wir demnach: Se. k. Hoheit kann und wird frühestens in vierzehn Tagen, also jedenfalls nach der auf den 22. d. M. unwiderruflich festgesetzten Eröffnung der Versammlung der Volksvertreter, in das Vaterland zurückkehren. Vorher wird der Prinz — wie es nie anders die Absicht war — Seine volle Zustimmung zu der betretenen neuen konstitutionellen Bahn öffentlich kundgeben. Jene Deputation hat gleichzeitig einen Mangel an Vertrauen zu den Mitgliedern des Staatsministeriums ausgesprochen. Wenn wir Dieß bedauern, so können wir doch darum unsere Stellung nicht verlassen, am Wenigsten jetzt, wenige Tage vor dem Zusammentritt der neuen Volksvertretung. Wir sind Dieß dem ganzen Volke — auch mit Rücksicht auf die aus der Hauptstadt, wie aus den Provinzen, uns zugegangenen zahlreichen Adressen im entgegengesetzten Sinne — schuldig. Wir sind es der Versammlung der Volksvertreter selbst schuldig, welcher wir Rechenschaft über unsere Amtshandlungen abzulegen haben. Nach dieser nochmaligen öffentlichen Erklärung erwarten wir mit Zuversicht; daß nicht durch wiederholte Demonstrationen die Vorbereitung der Vorlagen für die Volksvertretung, insbesondere des Verfassungsentwurfes, ferner gehemmt werde. Berlin, den 15. Mai 1848. Das Staatsministerium. Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. v. Arnim. Hansemann. Graf v. Kanitz. v. Patow." (Pr. St. A.)

In Köln sind zwei Adressen gegen die Zurückberufung des Prinzen von Preußen in Umlauf gesetzt worden, deren eine, die zugleich auf Entlassung des Ministeriums anträgt, alsbald mehrere tausend Unterschriften erhielt. — Auch aus Düsseldorf sollte am 15. Mai eine Adresse gegen „einstweilige" Zurückberufung des Prinzen abgehen.

Schleswig-Holstein.

Altona. Aus zuverläßiger Quelle können wir mittheilen, daß am 9. u. 10. d. eine ziemlich bedeutende Stärke unserer Kavallerie und Infanterie, sowie einiges Geschütz bis in die Nähe von Horsens vorgerückt ist. Es geht daraus hervor, daß an eine Räumung von Jütland fürs Erste noch nicht gedacht wird. Der Herzog von Augustenburg, der einige Zeit in unserer Gegend verweilt hat, ist vorgestern nach Berlin gereist. Er scheint in Gefahr gewesen zu seyn, von den Dänen aufgehoben zu werden; denn ohne Zweifel war es auf den Herzog abgesehen, als dieselben bei Stenderup, unweit der jütischen Gränze, den Jägermeister, Kammerherrn v. Krogh und den Jagdjunker Schröder überfielen und fortschleppten. Sie waren über das Wasser gesetzt, ohne Zweifel, weil sie geglaubt haben, daß der Herzog in Begleitung jener Jagdbeamten von Hadersleben kommen würde; derselbe hatte sich aber nicht mit diesen Herren auf die Jagd, sondern nach Kolding begeben. — Der Kurierwechsel dauert fort. Es sollen am 11. und 12. d. drei, ein englischer, ein schwedischer und ein dänischer durch Hamburg gekommen seyn. (Alt. M.)

Tondern, 9. Mai. Der Major v. Zeska fungirt hier jetzt als Stadtkommandant, wir haben seit 8 Tagen eine Besatzung von 250 Mann. Kleine Abtheilungen von diesen machen ab und zu einen Streifzug in die Umgegend so kürzlich nach Ballum und der dänischen Insel Römoe. Heute ist eine Abtheilung, dem Vernehmen nach, wieder nach Hoier gegangen. (R. T.)

Kiel, 11. Mai. In der gestrigen Zusammenkunft unseres deutschen Vereins wurde in Vorschlag gebracht, daß die 41,000 Reichsbankthaler, die sich von der Reichsbankhaft noch in der Altonaerbank befänden, zur Gründung einer deutschen Flotte vorerst veranschlagt wurden, nachdem die daran Betheiligten, wie nicht zu zweifeln sey, darauf Verzicht geleistet. — Gestern Abend halb 6 Uhr ging die „Galathea" nordwärts; damit wären wir sie doch wohl kaum los. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch ward der Flensburger Schiffer Thomas Thorsen gefänglich eingezogen. Man fand bei ihm ein vom Kommandeur Dirckinck-Holmfeld ausgestelltes Zeugniß, daß derselbe ihm (Holmfeld) gute Dienste als Lotse geleistet habe und als solcher den dänischen Marineoffizieren somit bestens empfohlen werde. (Schl.-H.-Z.)

Rendsburg, 12. Mai. Nach einem Briefe aus dem Hauptquartier zu Kolding vom 11. d. ruhen, kleine Neckereien an der Küste abgerechnet, die Waffen. Freiwillige ziehen täglich durch und zurück in die Heimat. Alles sehnt sich nach Beendigung dieser Unthätigkeit. (Sch.-H. Z.)

Freie Städte.

Hamburg, 12. Mai. Das Komité für die Errichtung der deutschen Kriegsmarine macht die Anzeige, daß die Herren J. C. Godeffroy und Sohn an der Stelle ihres Schiffes „Steinwärder," den allgemeinen ausgesprochenen Ansichten und Wünschen zufolge, ihr großes Schiff „Cesar Godeffroy" zu unentgeltlicher Benutzung dem Komité zur Disposition gestellt haben. (B. H.)

Hamburg, 13. Mai. Unsere Rheder werden nach Aufhebung der Blokade wohl zunächst fremde Flaggen benutzen müssen, da die deutsche trotz der Aufhebung doch nicht frei passiren kann. Das eine ist nur schlimm dabei, daß das Benutzen der fremden Flaggen so enorm theuer ist; so bedarf es zum Beispiel einer Vergütung der Hälfte des Werthes der Ladung, wenn die englische und die Hälfte des Werthes des Schiffes, wenn die holländische Flagge benutzt wird. Bei anderen Flaggen mag ein eben so hoher Zensus Sitte seyn, was eine Benutzung der fremden Flaggen fast unmöglich macht. (B. Z.)

Oesterreich.

Wien, 14. Mai. Baron Wessenberg hat auf den ihm gewordenen Antrag das Porteseuille des Auswärtigen zu übernehmen, noch nicht geantwortet, und man befürchtet, daß der herbe Familienverlust, welcher diesen würdigen Staatsmann in letzterer Zeit betroffen, ihn abhalten dürfte, wieder ins öffentliche Leben zu treten. In diesem Falle wird wahrscheinlich Graf Colloredo an die Spitze des auswärtigen Departements treten. Diese Kombination gewinnt um so mehr Wahrscheinlichkeit, weil ein Theil der hiesigen takt- und gesinnungslosen Presse bereits anfängt, den edlen Grafen zu verdächtigen, und ein kleines Lokalblatt sich sogar nicht entblödete, den Namen seiner Gemahlin, einer hochsinnigen und geistvollen Polin, mit der gegen den Grafen Ficquelmont ausgeführten unwürdigen Demonstration in Verbindung zu bringen. Mit gleichem Mißtrauen wird wohl auch jeder Nähereingeweihte in der heutigen österreichischen Zeitung die übertriebene Lobpreisung und Anempfehlung des Baron Prokesch von einem „im Orient Gewesenen" gelesen haben. — An die Stelle des Bar. Pillersdorf soll nun der Verfasser von „Oesterreich und seine Zukunft", Baron Andrian treten. Die Ministergehalte sind für die Zukunft dahin geregelt worden, daß jeder Minister blos 8000 fl. K. M. der Minister des Auswärtigen aber nebstdem 16,000 fl. K. M. Repräsentationsgelder beziehen soll. Bei dieser sehr zweckmäßigen Reduktion ist es nur unbegreiflich, wie man noch immer so viele unnöthige Stellen mit hohen Gehalten beibehält, wie namentlich der im Justizministerium ganz überflüssige Justizpräsident Graf Taaffe noch immer seine Stelle mit 16,000 fl. K. M. Gehalt nicht niedergelegt hat! Wann wird man endlich in Oesterreich anfangen, der „Hydra der Bureaukratie", wie sie der Erzherzog Franz Karl dieser Tage in seiner Antwort an die polnische Deputation unumwunden nannte, zu Leibe zu gehen? Im heutigen Ministerrath wurde dem Vernehmen nach beschlossen, der Nationalgarde zu untersagen, fernerhin Deputirte zu senden zu dem politischen Zentralkomité, welches sie in Verein mit der akademischen Legion zur Besprechung öffentlicher Angelegenheiten gegründet hat. — In der gestern abgehaltenen Sitzung des Vereins der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien war auch der rühmlichst bekannte ungarische Publizist Franz Pulszky, gegenwärtig Staatssekretär bei dem ungarischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, in Wien anwesend, und äußerte sich in einer gediegenen Rede dahin, daß Ungarn fest entschlossen ist, mit aller Kraft an Oesterreich, aber nur an ein deutsches, nie und nimmermehr aber an ein slavisches Oesterreich zu halten, und daß das Ministerium gesonnen ist, dem nächsten Reichstag die Uebernahme eines verhältnißmäßigen Theils der österreichischen Staatsschuld vorzuschlagen und sollte auch dadurch der Bestand des Kabinets in Frage gestellt werden, was aber nicht vorauszusehen sey. Diese Erklärung eines Mannes, von dem anzunehmen ist, daß er in die Pläne des ungarischen Ministeriums vollkommen eingeweiht ist, wird hoffentlich schwerer in die Wagschale der öffentlichen Meinung in Wien fallen, als die Aufhetzereien und Schmähungen gewisser ungarnfressender Zeitungsschreiber. Auch hat sich, seitdem die wahren Pläne der Panslaven den guten Wienern klar geworden sind, eine merkliche Veränderung in der hiesigen Stimmung in Betreff Ungarns offenbart. (A. Z.)

Wien, 15. Mai. Wir haben seit gestern Abend wieder eine politische Gewitterschwüle, die für heute einen Sturm verkündet. Die Regierung hat das politische Zentralkomité gestern aufgehoben, mit dem Bemerken, daß es Nationalgardisten nicht gestattet sey, über politische Gegenstände zu debattiren. Das Zentralkomité gehorchte der Weisung, beschloß aber in anderer Weise als reine Versammlung von Zivilbürgern sich nun neu zu konstituiren. Die Regierung, welche bewaffneten Widerstand befürchtete, ließ gestern Abend die ganze Besatzung unter die Waffen treten und Kanonen vor der Hofburg auffahren. Heute haben die Studenten im Sinn, dem Kaiser eine Sturmpetition, wie sie Dr. Schütte vorgeschlagen, zu überreichen und eine Aenderung verschiedener Paragraphen der Konstitution zu verlangen. Zwanzigtausend Arbeiter wollen heute Abend nach der Universität ziehen und den Studenten ihren warmen Dank bringen für das Interesse, das sie bisher an ihrem Schicksal genommen. Die Regierung ist entschlossen, diesen Arbeiterzug zu hindern, hat wieder alle Truppen unter die Waffen gerufen, während die Studenten ihrerseits gegen die Regierung zu den Waffen greifen wollen. Man fürchtet ernstere Unruhen für diese Nacht. — Nachmittag 4 Uhr. So eben wird Generalmarsch geschlagen. Die Straßen wimmeln von Menschen; viele Studenten sind in Waffen. Tausende von Neugierigen strömen nach der Universität. (A. Z.)

Italien.

Triest, 13. Mai. (Mittheilungen des Feldzeugmeisters Grafen Nugent an den Feldmarschallieutenant Grafen Gyulai vom Hauptquartier Visnadello, am 12. Mai.) Am 6. d. stand bereits die Avantgardebrigade in dieser Richtung: Generalmajor Culoz in Belluno mit einem Detaschement, das einigen Widerstand siegreich bekämpft und eine Kanone erobert hatte, in Longarone; die Brigade Felix Fürst Schwarzenberg aber war bis Capo di Ponte vorgerückt. Am 7. wurde von der ersteren ohne Widerstand Feltre besetzt und eine Rekognoszirung gegen Primolano vorgenommen. Das Gros des Korps nebst dem Hauptquartier befand sich Abends in Belluno. Die Brigade Schulzig zu Susegana erhielt den Auftrag, durch vermehrte Thätigkeit den Abmarsch des Korps zu maskiren. Die Brigade Edmund Fürst Schwarzenberg war im Marsch nach Sacile und Pordenone begriffen, und so das linke Piaveufer hinreichend gesichert. Nachmittags wurde die über Longarone auf der Strada d'Allemagna vorgeschobene Abtheilung lebhaft von einem vielfach überlegenen Feind angegriffen, behauptete jedoch rühmlich Kastell Lavazzo. Am 8. war meine Avantgarde bis über Quero vorgedrungen, nachdem die Feinde, 1600 Mann regelmäßige päpstliche Truppen mit Geschütz und Kavallerie versehen, sich von da über Fenner und Piderobba nach leichtem Widerstand bis Onigo zurückgezogen hatten. General Culoz unternahm sofort eine Rekognoszirung dieser sehr guten Stellung und vertrieb den Feind nach ziemlich heftiger Gegenwehr noch vor Abend aus derselben. Der Marsch des übrigen Theils des Korps nach und gegen Belluno und Feltre konnte ohne Anstand nach der Disposition vollzogen werden. Die kleine zwischen Arsie und Primolano stehende Abtheilung, 1 Offizier, Oberlieutenant Magdeburg, und 23 Mann vom ersten Banatgrenzregimente, wurde von mehr als 300 wohlbewaffneten Insurgenten angegriffen; sie warf sich in ein Haus und setzte der großen Uebermacht den erfolgreichsten Widerstand entgegen, und als es den Angreifern gelungen war, dieses in Brand zu stecken, bahnte sich die kleine tapfere Schaar mit blanken Waffen den Weg durch die Feinde und erreichte, wiewohl mit verhältnißmäßig großem Verluste Arsie. Am 9. früh war der, der Brigade Culoz gegenüberstehende und auf 7 bis 8000 Mann verstärkte Feind selbst zum anfänglich hitzigen Angriffe übergegangen; alle seine Versuche scheiterten jedoch an der Tapferkeit unserer braven Truppen, die ungeachtet der vielfachen Ueberzahl dessen Vordringen verhinderten. Gleichzeitig rückten die übrigen Brigaden des Korps echellonirt vor; die Brigade Felix Fürst Schwarzenberg tournirte den rechten Flügel des Feindes, der sich dann eilig in die feste Stellung von Monte Belluna zurückzog. Sein Verlust war bedeutend, besonders an Kavallerie. Bei diesen verschiedenen Gelegenheiten bemerkte man 2 reguläre Infanterieregimenter und beiläufig 600 päpstliche Dragoner mit beiläufig 6000 Insurgenten. Der andere Theil der feindlichen Streitkräfte stand währenddem dem Hrn. Feldmarschallieutenant Grafen Schaffgotsche an der Piave gegenüber. Derselbe ließ gegen Abend mit den eben eingetroffenen 12 Pfündern die jenseitigen feindlichen Geschütze zum Schweigen bringen und sofort den Brückenschlag bei Ponte Priula beginnen, wobei der Verlust des Oberstlieutenants Baron Karg zu beklagen ist. Am 10. d. ließ ich zum Angriff auf Monte Belluna vorrücken, fand jedoch die Stellung eben verlassen, und nur viele Verwundete zurückgeblieben. Das Korps stellte sich bei Falzè auf. Feldmarschallieutenant Schaffgotsche hatte die Piave passirt, war bis Spresiano und Visnadello vorgerückt, und die Verbindung war mit Patrouillen bewirkt. Den 11. hatte der in Treviso konzentrirte Feind den General Schulzig mit großer Uebermacht angegriffen, dessen Brigade durch die außerordentliche Tapferkeit des Infanterieregiments Graf Kinsky und des illyrisch-banatischen Grenzbataillons nicht nur den Feind aufhielt, sondern ihm auch eine päpstliche Kanone abnahm; indessen war ein Theil der Brigade Fürst Edmund Schwarzenberg zur Unterstützung vorgerückt, und General Schulzig griff nun den Feind erneuert an. Das Korps war während dieser Zeit über Postiuma links abmarschirt und erschien eben in der feindlichen linken Flanke, als obiger Angriff so vollkommen gelang, daß der Rückzug des Feindes in die wildeste Flucht ausartete. General Schulzig rückte bis nahe an Treviso; das Korps steht vereinigt rückwärts echellonirt. In der Absicht, die Provinz Belluno vollkommen zu beruhigen, dann um die Reinigung des rechten Piave-Ufers, die Herstellung der Brücke bei Ponte della Priula zu erleichtern, beschloß ich mit einem großen Theil des mir unterstehenden Armeekorps die Besitznahme von Belluno, die ich Euer Hochwohlgeboren unterm 6. d. Nr. 35 mitzutheilen die Ehre hatte, zu benützen, um die daselbst vorhandene steinerne Brücke zu diesem Zweck zu verwenden, was die obdetaillirten Vorgänge zur Folge hatte. Nugent. (A. Z.)

Spanien.

Madrid, 8. Mai. Die gestrige Meuterei hatte denselben Ausgang wie alle ähnlichen Versuche in Madrid seit 3 Jahren. Sie begann mit der Verführung einiger Unteroffiziere vom Regiment España. Diese ließen, während die Offiziere schliefen, durch die Hinterthüre ihrer Quartiers etliche 40 Revolutionäre eindringen, die der Mehrzahl nach aus entlassenen oder auf halben Sold gestellten Offizieren bestanden. Die meisten der Eindringlinge wandten sich nach dem Theile der Kaserne, wo die Offiziere schliefen, um sie zu entwaffnen, die übrigen zogen die gemeinen Soldaten mit sich fort, unter Lebehochrufen für das Volk, die Freiheit, die Konstitution und selbst die Republik. Die Aufständischen wandten sich nach einer andern Kaserne, wo sie aber mit Flintenschüssen empfangen wurden. Da sie dieses sahen, zogen sie nach der Plaza mayor und verrammelten sich hier in den Häusern, in welche sie mit Gewalt eindrangen; sie raubten darin Kleidungsstoffe und andere Gegenstände von Werth und plünderten 3 oder 4 Kramläden. Bald erschienen die treuen Truppen auf dem Platz und schritten zum Angriff, wobei sich der brave General Lersundi an ihre Spitze stellte. Sofort gingen die meisten der empörten Soldaten mit dem Geschrei: man habe sie be-

trogen, zu den treugebliebenen über. Die andern sammt ihren Rädelsführern und einigen Meuterern in Zivilkleidung, im Ganzen ungefähr 80, wurden mit den Waffen in der Hand gefangen genommen und es trat ein Kriegsrath zusammen, um sie zu richten. 300 weitere Meuterer vom Zivilstand — „paisanos“ wie man hier zu Lande sagt — hatten, als sie sahen, wie sich ihr Unternehmen wendete, Reißaus genommen. Das Volk nahm nicht nur keinen Theil an diesem Aufstandsversuch, sondern verschloß auch den Ruhestörern seine Thüren, die es den treuen Truppen mit Willen öffnete. General Fulgosio wurde von einem Zivilisten meuchlings verwundet, und die Wunde scheint gefährlich zu seyn.*) Dem General Herzog v. Ahumada wurde das Pferd unter dem Leib erschossen, und General Lersundi entging nur wie durch ein Wunder mehreren Kugeln, die seine Uniform durchlöcherten. Von Soldaten und Zivilisten sind 15 bis 20 todt geblieben und mehr als 70 verwundet. Unter den Empörern, die im Handgemenge fielen, hat man den Deputirten Belo und den Buchdrucker Dominguez erkannt; die übrigen waren Gesindel. 15 Offiziere wurden kampfunfähig gemacht. Der aus dem Obersten und 6 Hauptleuten des Regiments España gebildete Kriegsrath, der sogleich vor der Puerta de Alcalá auf offenem Felde zusammentrat, faßte rasche Entscheide und diese lauteten dahin, daß von den gefangenen Meuterern je der zehnte Mann erschossen, die übrigen degradirt und auf Lebenszeit als Sträflinge in ein Präsidio abgeführt würden. Sofort traten alle Truppen der Garnison in's Viereck, und der Unteroffizier, der sich als Hauptverführer der Truppen herausgestellt hatte, 8 Sergenten und Soldaten und 5 Zivilisten, im Ganzen 14 Individuen, wurden erschossen. Zwei von den Zivilisten trugen, als man sie gefangen nahm, Generalsinsignien. Nachdem die Hinrichtung durch die Soldaten des nämlichen Regiments, von welchem sich ein Theil empört hatte, vollstreckt war, defilirten die Truppen an den Leichen vorüber, hierauf erfolgte vor den Augen aller die Degradation und Ausstoßung der 70 übrigen mit den Waffen in der Hand Verhafteten, denen man die Uniformen vom Leibe riß. Man glaubt, daß der Oberst des empörten Regiments seinen Abschied erhalten werde, obgleich er ein Bruder des Grafen v. Vistahermosa, eines Freundes von Narvaez, ist. General Pezuela hat die Generalkapitanie von Altkastilien übernommen und die Hauptstadt in Belagerungsstand erklärt. Es finden nachträglich viele Verhaftungen statt, und um das Entweichen versteckter Meuterer zu verhindern, darf Niemand ohne einen Erlaubnißschein der Behörden die Stadt verlassen. Indessen zweifle ich, daß man aller Aufwiegler habhaft werden wird. Der Hauptanstifter der Meuterei und der alles Geld dafür bezahlt hat, war Hr. Bulwer, der englische Gesandte. Dieß weiß nicht blos die Regierung, sondern in den Kaffeehäusern und auf den öffentlichen Plätzen sagt man es laut, daß Bulwer diese Krawalle bezahlt. Man weiß im Publikum, daß einer von den Rädelsführern 130 Unzen Gold von ihm empfing; von den übrigen Meuterern erhielt Jeder 3, 4 — 8 Duros. Es herrscht eine große Aufregung gegen diesen Bulwer, besonders unter den Familien derer, die getödtet oder verwundet sind; und wenn die Regierung nicht eine Maßregel gegen ihn faßt, so sollte es uns nicht wundern, wenn ihm eine Züchtigung von Seite des Volks zu Theil würde. Das Publikum hat diese Bastarddiplomatie satt, welche unter dem Schutze völkerrechtlicher Immunitäten Meuterei und Mord hervorruft. Gestern hat man der Königin eine Ergebenheits-Adresse überreicht, die von den achtbarsten Einwohnern Madrids unterschrieben ist. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 15. Mai. Auf heute war bekanntlich die große Demonstration zu Gunsten Polens angesagt; 100,000 Menschen, Mitglieder der Klubs, der Schulen rc., sollten sich um 10 Uhr auf dem Bastillplatze versammeln und von dort im Zuge über die Boulevards eine Riesenpetition der Nationalversammlung überbringen. So ist es denn ins Werk gesetzt worden: nur ist die Sache noch etwas weiter gegangen, als angekündigt war. Um ¼ auf 1 Uhr wurde die Sitzung der Nationalversammlung eröffnet. Außerhalb der Versammlung sieht es sehr kriegerisch aus: Bataillone der Nationalgarde und der Mobilen kampiren auf allen Seiten des Palastes Bourbon. Ein Bataillon der Mobilen steht hinter dem Gitter der vordern Säulenhalle, ein Bataillon der Nationalgarde im hintern Hofe. Im Saale sind um halb 1 Uhr kaum 500 Vertreter. Man schreitet zur Tagesordnung: Interpellationen wegen Italien und Polen. Hr. d'Aragon nimmt das Wort, um von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Erklärungen über die Politik der französischen Republik gegenüber von Italien zu verlangen. Der Minister Hr. J. Bastide antwortet: sein schwaches Organ macht übrigens die Erklärung, die er abliest, ganz unverständlich. Hierauf spricht Hr. Wolowski über Polen. Während des Anfangs seiner Rede hört man von Außen heftigen Lärm, das Geschrei einer ungeheuren Volksmenge; die Versammlung wird unruhig; mehrere Deputirte nehmen ihre Hüte und gehen hinaus. Ich gehe hinab, um nachzusehen: über 100,000 Menschen mit Fahnen sind um den Palast versammelt; sie sind ohne Waffen, ohne Trommeln, und schreien unermüdlich: „Es lebe die Republik! Es lebe Polen!“ In der Versammlung spricht indessen Wolowski fort, aber niemand hört darauf. Hr. Senard stürzt todtenblaß herein und sagt Buchez etwas ins Ohr; dieser will Wolowski unterbrechen, aber die Versammlung verlangt, daß weiter gesprochen werde. Da kommt der Quästor Degousée und meldet, daß General Courtais, gegen die Anordnung des Präsidenten, der Nationalgarde befohlen habe, die Bajonnette abzunehmen. Heftiger Lärm. Klemens Thomas fordert auf, die Bittsteller anzuhören; — aber bereits ist ein Theil derselben (um ¼ auf 2 Uhr) in die Tribünen gedrungen. Fürchterlicher Lärm von Außen und im Innern. Das Volk bricht die Thüren ein, und besetzt alle Galerien. Eine halbe Stunde dauert der Lärm nun schon; die Versammlung ist auf ihren Plätzen. Um ¾ auf 2 Uhr erscheint Ledru-Rollin sehr aufgeregt. Barbès stürzt auf die Rednerbühne. Klemens Thomas und Senard wollen ihn wegdrängen. Um ¾ auf 2 Uhr dringt ein anderer Volkshaufe in den Saal selbst; Caussidière will ihm die Fahne entreißen, es kömmt zu einer Schlägerei. Ledru-Rollin ist seit einer Viertelstunde auf dem Rednerstuhl; er kann vor Lärm nicht zu Worte kommen. Barbès, Caussidière stehen ebenfalls auf der Rednerbühne, Raspail ebenfalls. Niemand kann sprechen; man hört einen Schuß von außen. Es ist 2 Uhr. Barbès gelingt es endlich, Stillschweigen hervorzubringen. Der Präsident will die Petition für Polen verlesen, aber es dringen neue Haufen ein, und der Lärm fängt von vornen an; zugleich hört man von außen feuern. Endlich will Raspail das Wort nehmen, es wird stille, — da schreit ein Deputirter: Sie haben nicht das Recht, hier zu sprechen! Das Volk wird wüthend: es will den Deputirten herunterreißen, der nur mit Mühe geschützt wird. Der Lärm geht wieder fort. Es mögen etwa 2000 Menschen eingedrungen seyn, davon 500 unten im Saale, die übrigen auf den Galerien. Die ganze bewaffnete Macht, sowohl in als vor der Kammer, hat vollauf zu thun um die Uebrigen vom Eindringen abzuhalten; die Versammlung ist daher im Innern ganz schutzlos. Um ¼ auf 3 Uhr steigt Ludwig Blanc auf den Rednerstuhl; stürmischer Jubel empfängt ihn, Alles drückt ihm die Hand; er verschafft sich Gehör. Er fordert das Volk zur Ruhe auf, damit die Petition gelesen und diskutirt werden könne; auch im Interesse seiner eigenen Würde solle das Volk groß, stark und ruhig seyn. Raspail fängt an, die Petition zu lesen, da erhebt sich ein Deputirter und protestirt. Neuer wüthender Lärm. Endlich gelingt es Raspail, die Petition vorzulesen; sie verlangt, daß die Nationalversammlung sich augenblicklich mit der Polenfrage zu beschäftigen habe. Barbès steigt auf den Tisch des Präsidenten; man kann wieder vor Lärmen Nichts hören; die Vertreter sitzen ruhig auf ihren Sitzen; draußen wird in ganz Paris Generalmarsch geschlagen. Barbès verlangt ein Dekret, wodurch die Nationalversammlung erklären soll, daß das Volk von Paris sich durch die heutige Demonstration um das Vaterland verdient gemacht habe. Es ist halb 3 Uhr vorbei; Blanqui erscheint jetzt auch, er ist auf der Rednerbühne. Ruf nach Stille! Aber auch Blanqui kann sich kein Gehör verschaffen, endlich hält er eine Rede zu Gunsten Polens; es wird stille im Saal, aber von außen hört man wüthendes Geschrei. Blanqui begehrt die Freilassung aller politischen Gefangenen, erklärt, das Volk verlange von der Nationalversammlung, daß sie sich vor Allem mit der Frage der Arbeit beschäftige, und fordert, daß man sogleich über die Polenfrage abstimme. Ueber diesen Lärm wird es 3 Uhr; die Lage der Dinge ist im Innern noch immer dieselbe; von außen wissen wir nichts mehr, denn alle Aus- und Eingänge sind geschlossen und bewacht. Neuer Lärm; — neue Haufen dringen herein. Blanqui spricht abermals unter großem Lärmen. Endlich nimmt Ledru-Rollin das Wort: er verspricht dem Volke Befriedigung seiner Wünsche (Jubel). Er sagt, das Volk von Paris solle ruhig seyn, denn bei seiner Macht könne es nicht betrogen werden. (Allgemeiner Schrei: Das Volk ist betrogen.) Ledru-Rollin fährt fort; — er bemerkt, in diesem Zustand könne die Versammlung nicht deliberiren. (Eine Stimme: sie hat doch am 24. Februar so deliberirt. Lärm.) Ledru-Rollin spricht weiter; ich kann nicht verstehen, was er sagt, aber Alles schreit: Ja! ja! Man drückt ihm die Hand; er steigt herab. Heftige Szene der Unordnung. Auf unserer Schnellschreibertribüne ist es jetzt (¾ auf 4 Uhr) so gedrängt voll, daß ich das Schreiben aufgeben muß. 4 Uhr. Ich habe die Kammer verlassen; es war nicht mehr möglich, etwas zu hören, zu sehen, zu schreiben. Volkshaufen auf Volkshaufen drangen herein und stiegen uns zuletzt auf Schultern und Köpfe. Mit halber Lebensgefahr drängte ich mich aus der Tribüne, mit Zurücklassung eines Rockschooßes die enge Treppe hinab, meine blaue Schnellschreiberkarte auf dem Hute verschaffte mir Durchlaß. Durch den unterirdischen Gang längs der Rue de Bourgogne gelangte ich in den Garten, sprang über die Mauer auf die Straße hinab, und eilte längs der Quais nach Hause. Ueberall war die Nationalgarde im Anmarsch, aber sehr schwach, manche Kompagnie kaum 30 Mann stark. Man versichert, die Mobile habe erklärt, sie schlage sich nicht gegen das Volk und habe ihre Bajonnette abgeschraubt. Die Volksmasse vor dem Palast der Nationalversammlung ist ungefähr 100,000 Mann stark, wovon jetzt etwa 3000 im Innern sind. So stehen wir denn schon wieder an einem Wendepunkte: entweder bringt uns morgen der Moniteur eine neue Regierung, oder wir haben noch heute ein fürchterliches Blutbad in Paris, — oder die Nationalversammlung und die Regierung ist von heute an unter die Herrschaft der Klubs gestellt. — Nachschrift. So eben erfahre ich noch, daß um halb 5 Uhr die Sitzung aufgehoben wurde. Das Volk blieb allein in der Nationalversammlung. (Karlsr. Z.)

*) Der General ist an seiner Wunde gestorben.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag den 21. Mai: „Hernani“ Oper von J. Verdi.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Dr. Weitler, Advokat v. Wiesbaden; v. Bartels, Konsul v. Köln; Du Moulin, Privatier v. Rendsburg; Landmann, Kaufmann v. Frankfurt.

Go.d. Hirsch. HH. Rößler, Kaufmann v Frankfurt; Guillay, Kaufmann v. Belgien; Buckley, Rentier aus England.

Hôtel Maulik. HH. v. Bourdonier, Rentier v. Antwerpen; Bosch, Kaufmann v. Fürth; Weis, Privatier v. Wien; Nell, Kaufmann v Darmstadt.

Gold. Hahn. HH. Frhr. v. Hollm v. Linz; Graf v. Hildesheim, Kapitän, und Mm. Brückner, Offiziersgattin von Berlin.

Gold. Kreuz. HH. Kann, Pharmazeut v. Karlsruhe; Herzog, Accessist v. Regensburg; Fazlat, Rentier v. Lyon.

Blaue Traube. HH. Wieland, Partikulier v. Ebersberg; Baron v. Auffeß v. Nürnberg; Croce, Massari, Akademiker, und Ritter v. Caravaghia v. Mailand; Weber, Apotheker v. Altötting.

Stachusgarten. HH. Leykam, Kantor v. Tremsheim; Pollich, Konzipient v. Babenhausen; Crus, Kupferstecher v. Winterthur; Gschwind, Pfarrvikar v. Lechbruck; Moleschott, Student aus Holland; Brunnemann, Priester v. Würzburg; Littner, Salzbeamter v. Badenweis.

Gestorbene in München.

Regina Scheid, Hutmacherstochter v Riedenburg, 49 J. alt; Melchior Hofmann, kgl. Oberauditor v. h., 56 J. alt; Benno Ilg, ehem. kgl. Salzstößler v. h., 61 J. alt; Anna Kircher, Hofglaserstochter v. h., 17 J. alt; Joseph Meindl, quiesc. k. Zollwart v. Schellenberg, 88 J. alt; Seb. Frhr. v. Schrenk, kgl. Kämmerer, Reichs- und Staatsrath, quiesc. Justizminister, 74 J. alt.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 133.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knebels Haus Nro. 23; auswärts bei den zunächst gelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr., halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raum nach zu 6 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonntag | XLIX. Jahrgang. | 21. Mai 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 17. Mai. Vierundfünfzigste Sitzung der deutschen Bundesversammlung. In der heutigen Sitzung trat für den ausgetretenen Senator Harnier der Senator Souchay als Gesandter der Stadt Frankfurt in die Bundesversammlung ein. — Senator v. d. Hude legitimirte sich als Stimmführer der freien Städte. — Berichte des Syndikus Banks vom 13. d. M. wurden verlesen und dem Marineausschuß überwiesen. — Der hannöverische Gesandte gab im Namen seiner Regierung eine Erklärung bezüglich des von den Vertrauensmännern ausgearbeiteten Verfassungsentwurfs und der Grundsätze ab, auf welche die Verfassung basiren müsse, indem er zugleich anzeigte, daß er instruirt sey, auf eine Erörterung der einzelnen Bestimmungen des Entwurfs einzugehen. — Der badische Gesandte knüpfte hieran die Erklärung, daß auch er für eine solche Erörterung instruirt sey. — Auch die Gesandten von Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, Braunschweig und Oldenburg erklärten die Bereitwilligkeit ihrer Regierung, alle irgend mögliche Opfer der Freiheit Deutschlands bei Festsetzung der künftigen Reichsverfassung zu bringen und instruirt seyen, auf eine Erörterung der Einzelnheiten des Verfassungsentwurfs einzugehen. — Der württembergische Gesandte überreichte das Gesetz über die Wahlen der Abgeordneten zur Nationalversammlung.

Frankfurt, 18. Mai. (Oeffentliche Sitzung des Fünfziger-Ausschusses vom 17. Mai, Nachmittags 4 Uhr.) In mehreren aus Idstein, Langenschwalbach, Biberich, Mosbach, Marburg und Frankenberg eingegangenen Adressen wurde dem Ausschusse der Dank der Unterzeichner für sein energisches Auftreten in der Angelegenheit des Separatprotokolls ausgesprochen. Ein Schreiben des Komites des liberalen Bürgervereins zu Aachen, nach welchem Gemeinden des Herzogthums Limburg die Wiederabnahme der deutschen Fahne von öffentlichen Gebäuden unter Androhung des Einschreitens der bewaffneten Macht anbefohlen worden ist, wurde der Bundesversammlung mit dringender Empfehlung zur Einschreitung überwiesen. Von Stedtmann wurde die aus Koblenz an das preußische Staatsministerium abgesendete Adresse gegen die Zurückberufung des Prinzen von Preußen mit dem Antrage verlesen, die Bundesversammlung zu veranlassen, daß ausgesprochen werde, daß keinerlei Maßregeln getroffen werden, welche dem durch die konstituirende Versammlung zu gründenden einheitlichen Verfassungswerke nachtheilig werden könnten. Von anderer Seite wurde geltend gemacht, daß in einer solchen Aufforderung bei dieser Gelegenheit eine Anklage gegen den Prinzen von Preußen liegen würde, welche, ohne daß man ihn vertheidigen solle, doch auch nicht ohne weiteres ausgesprochen werden könne. Auch sey im Allgemeinen schon das Nöthige durch den Ausschuß gewahrt, und es wäre unkonsequent, ohne besondern Grund mit dem Bundestage noch in Berührung zu treten. Stedtmann erinnerte dagegen, daß es sich nicht um eine Anklage handle, sondern darum, auf eine drohende Gefahr aufmerksam zu machen; denn in der fraglichen Adresse werde das Losreißen der Rheinprovinz von Preußen, also der Bürgerkrieg in Aussicht gestellt. Auf Antrag von Raveaux wurde der Gegenstand der konstituirenden Versammlung übergeben. Nach Verlesung der Einläufe erstattete Duckwitz Bericht über die der konstituirenden Versammlung zu machende Vorlage, bezüglich der Wirksamkeit des Ausschusses. Nach der Ansicht der Kommission soll eine nach Materien geordnete Zusammenstellung sämmtlicher Beschlüsse übergeben werden. Dieser Vorschlag wurde, nachdem ein Antrag Venedey's, eine Einleitung über den Entwicklungsgang des Ausschusses (eine innere moralische Geschichte desselben) vorauszuschicken, als der Stellung des berichterstattenden Ausschusses nicht entsprechend und als unthunlich bei der unvermeidlichen Subjektivität abgelehnt worden war, angenommen. Hinsichtlich der förmlichen Auflösung des Ausschusses wurde auf den Vorschlag des Vorsitzenden und nach einem Amendement von Eisenmann beschlossen, sich eine Stunde vor dem Zusammentritt der konstituirenden Versammlung nochmals zu versammeln und dann die Auflösung für den Zeitpunkt auszusprechen, wo die konstituirende Versammlung sich konstituirt haben wird. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 18. Mai. In der gestern Abend um 7 Uhr gehaltenen vorbereitenden Versammlung der bereits anwesenden Mitglieder der konstituirenden Versammlung (über 300) wurde beschlossen, sich heute den 18. Nachmittags 3 Uhr im Kaisersaale wieder zu versammeln, und um 4 Uhr nach der Paulskirche, dem Sitzungslokale der konstituirenden Versammlung, im Zuge sich zu begeben, wo sodann die Eröffnung der konstituirenden Versammlung mit der Ermittlung des Alterspräsidenten stattfinden soll. Das älteste Mitglied war bis jetzt der ehemalige Bürgermeister Behr von Bamberg, gewählt im bayerischen Wahlbezirke Kronach, alt 73 Jahre. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Bayern.

Landtag.

München, 21. Mai. (Kammer der Reichsräthe.) Tagesordnung für die auf heute um 11 Uhr angesetzte XV. Sitzung. — 1. Bekanntmachung des Einlaufs. — 2. Fortsetzung des Vortrags, Berathung und Abstimmung über den Gesetzentwurf: die Aufhebung der standes- und guts-herrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten betr. — 3. Anzeige von Seite des V. Ausschusses über die von demselben erledigten Beschwerden. — 4. Wahl der Deputation zur Uebergabe von Gesammtbeschlüssen. — 5. Wahl der 7 Gesetzgebungs-Ausschußmitglieder. — 6. Verlesung der Sitzungsprotokolle vom 27. und 28. April, dann 4. Mai.

**München, 16. Mai. (XXXIV. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische: Frhr. v. Thon-Dittmer, Frhr. v. Lerchenfeld. Die Sitzung begann mit Ablesung des Einlaufs, darunter das Urlaubsgesuch des Hrn. Dr. Edel, wegen seiner Wahl nach Frankfurt. Der Gesuchsteller begründete persönlich sein Gesuch — man möge ihn ziehen, seine Wanderjahre antreten lassen, eine ernste, heilige Pflicht rufe ihn. — Der Hr. I. Präsident unterstützte das Petitum unter ehrendster Anerkennung der Verdienste des Gesuchstellers. — Der Hr. I. Sekretär, Stockinger, bat hierauf um Entlassung, da er für die Zukunft einen andern Beruf habe. — Dekan Bauer begehrte auch für sich und die übrigen 9 nach Frankfurt Gewählten Urlaub. — Der Staatsminister Frhr. v. Lerchenfeld. Es liegen neben andern auch noch zwei Steuergesetze vor, die durchaus erledigt werden müssen. — Dr. Stockinger übergibt auch sein Urlaubsgesuch. — Der Hr. I. Präsident bemerkte, daß wenigstens der I. Sekretär und der II. Präsident bleiben möchten, bis die Verhandlungen geendet seyen. — Abg. v. Habermann. Auch das Ablösungsgesetz müsse erledigt werden. — Abg. Deininger. Er schlage vor, wir sollen beisammen bleiben. — Dr. Stockinger. Er habe kraft des Wahlgesetzes nach Frankfurt Urlaub. Als Sekretär sey schon oft Urlaub ertheilt worden. Er verdiene auch Berücksichtigung seiner Privatgeschäfte, er habe zur Bestellung ein Landgut. — Abg. Christmann. Er müsse an Ort und Stelle seyn. — Dr. Schwindl. Die Geschäfte der Kammer müssen erledigt werden. Wer das Vertrauen des Landes habe, müsse bis zuletzt ausharren. — Frhr. v. Lerchenfeld. Man beachte doch auch die Möglichkeit der Arbeit; sie sollten doch ausharren. — Abg. Schäfer. Die Neun möchten doch sich Urlaub von Frankfurt erholen. — Graf v. Hegnenberg. Man möge zur Ehre des Landes bleiben. — Diesem Wunsche stimmte auch Frhr. v. Rotenhan bei. — Der Hr. II. Präsident wünscht dasselbe. — Abg. Christmann wünscht das Gegentheil, namentlich wegen der Steuergesetze. — Frhr. v. Lerchenfeld. Schon seit dem April seyen die beiden Steuergesetze im Ausschuß. — Staatsminister v. Beisler. Man lasse doch nicht aus den Augen, daß in Frankfurt nicht sogleich das Wichtigste vorkomme. — Hierauf wurde das Urlaubsgesuch des Dr. Edel und des Hrn. I. Sekretärs, Stockinger, verworfen. — Hiernächst wurde die Debatte über das bayerische Wahlgesetz fortgesetzt. — Art. VII. (der Abgeordnete soll 30 Jahre alt und Staatsbürger seyn und direkte Steuer zahlen,) wurde von Dr. Stockinger auf 25 Jahre modifizirt. — Dekan Bauer sprach dagegen; der Hr. II. Präsident dafür. Radhart sey im 19. Jahre schon Dozent, im 21. Professor gewesen. Der gesunde Sinn des Volkes werde sich schon Bahn brechen; man verschließe aber dem Genie und Talente den Eintritt nicht. — Dr. Rammoser glaubte, wenn die künftigen Geschwornen 30 Jahre alt seyn müssen, so könnten doch wohl die Abgeordneten nicht jünger seyn. Auch die Jesuiten hätten vor 30 Jahren keinen auf die Lehrkanzel gestellt, und Christus habe sein öffentliches Leben im 30. Jahre begonnen. Er verachte die Jugend nicht, aber in diesem Saale hege er Ehrfurcht vor dem Alter. — Der Hr. II. Präsident widersprach. Das Herz der Jugend sey frei, es stimme nicht nach kalter, berechnender Ueberzeugung. — Frhr. v. Thon-Dittmer. Das Herz verknöchere nicht mit dem 30. Jahre. Mit 25 Jahren glaube er nicht, daß man gehörig gereift sey. Einzelne hervorragende Erscheinungen könne man nicht als Regel gelten lassen. — Staatsminister Heintz. Geschworne seyen überall erst mit dem 30. Jahre wählbar, im republikanischen Frankreich, wie anderswo. — Hierauf wurde Art. VII. (30 Jahre) wie oben angenommen. — Nun kam man zu dem vom Ausschuß eingeschalteten Art. VIII. („Kein bestimmtes Glaubensbekenntniß für die aktive und passive Wahlfähigkeit.") — Hr. I. Sekretär, Stockinger, hatte eine Redaktionsmodifikation eingebracht. Diese wurde mit dem Artikel selbst angenommen. — Art. IX. („für jede Wahlhandlung Bildung von Wahlbezirken") wurde angenommen. — Art. X. („auf 500 Seelen 1 Wahlmann") wurde von Dr. Schwindl auf 200 Seelen modifizirt, um mehr Wahlmänner zu bekommen, und somit einen Ersatz für den Entgang direkter Wahlen. Das Wahlgesetz werde hiedurch populärer. — Pfarrer Dittmar unterstützt

die Modifikation des Dr. Schwindl. — Der Hr. I. Sekretär, Stockinger, ist zwar auch mit der Modifikation einverstanden, will jedoch ein weit größeres Wahlkollegium; das Interesse des Landes fordere dieß. — Staatsminister Heintz. Er finde die Modifikation bedenklich, da eine absolute Stimmenmehrheit schwerer zu erhalten sey, und die Wahlbezirke zu sehr verkleinert werden müssen, er vertheidige also den Regierungsentwurf. — Auch der Referent, Dekan Bauer, sprach dagegen. — Hierauf wurde Art. IX. des Entwurfs als Art. X. mit Verwerfung der Dr. Schwindl'schen Modifikation angenommen. — Art. XI. („Bildung der Wahlbezirke durch Polizeien zu je 2000 Seelen") wurde ohne Diskussion angenommen. — Art. XII. („öffentliche Bekanntmachung der Zahl der Abgeordneten") wurde angenommen. — Art. XIII. („4–6 Wahlbezirke im Regierungsbezirk") wurde von Dr. Stockinger auf 2 modifizirt, um zu einer Wahl mehr Volk beisammen zu haben, um dadurch gewissermaßen die direkten Wahlen zu ersetzen. — Abg. Unterberger sprach für, Abg. Schlund gegen die Modifikation. — Staatsminister Heintz. Die Staatsregierung sey der Ansicht, daß ein Bezirksgericht zugleich einen Wahlbezirk bilden müsse. Je kleiner die Wahlbezirke, desto besser werde das Interesse der Einzelnen im Ganzen vertreten. — Dr. Schwindl. Er kenne nichts Erbärmlicheres, als wenn wenige Wahlmänner das Volk repräsentiren sollen. Hätte man seine Modifikation auf 200 Seelen angenommen, so wäre dieses Uebel abgeschnitten gewesen. — Dekan Bauer resumirte. — Bei der Abstimmung wurde die Modifikation des Hrn. I. Sekretärs verworfen, dagegen wurde Art. XIII. angenommen. — Hierauf wurde zu Art. XIV. übergegangen. („Wahlberechtigt zum Wahlmann nur domizilirt — zum Abgeordneten überall.") Abg. v. Habermann modifizirte: „wo er domizilirt oder gutsansäßig ist", was er jedoch vor der Wahl alternative zu erklären hat. — Diese Modifikation mit dem Artikel wurde angenommen. — Art. XIV., resp. XV., („die Wahl erfolgt an den von der Regierung zu bestimmenden Tagen,") wurde angenommen. — Art. XVI. (Art. XV.) des Entwurfs („die Wahlkommissäre werden von der Regierung bestimmt,") wurde wie Art. XVI. des Ausschusses („Anwesenheit von ⅔ Wahlmännern"), Art. XVII. („Wahlausschuß von 7"), Art. XVIII., resp. XIX., („Eidesformel") wurden, der letztere ohne die Modifikation des Dekan Vogel auf bloße „Gelobung auf Ehre und Gewissen", zur Vermeidung der Vervielfältigung der Eide, angenommen. — Art. XX. („Wahlzettel"), Art. XXI. („Erklärung über Annahme oder Ablehnung der Wahl binnen 8 Tagen"), Art. XXII. („Doppelwahl"), Art. XXII. („Reklamationen") nach dem Referenten, Art. XXIII. („Urlaub, kraft des Gesetzes") angenommen. — Art. XXIV. („Urlaub der Staatsbeamten und öffentlichen Diener") angenommen. — Art. XXV. angenommen. — Art. XXVI. („Bestechung der Wähler betreffend.") v. Habermann erklärt sich gegen eine von dem I. Sekretär eingebrachte Modifikation. Die Modifikation selbst wollte der Kammer das Recht der letzten Entscheidung bei Wahldifferenzen vindiziren, namentlich auch bei Bestechungen und Intriguen, wodurch eine Wahl unfrei würde. — Frhr. v. Thon-Dittmer. Er begreife nur nicht, wie man ohne Vorliegen einer Reklamation entscheiden könne. — Der Hr. II. Präsident, Dr. Müller, spricht dagegen. — Die Modifikation wurde hierauf verworfen, und Art. XXVI., resp. XXIV., nach dem Entwurf angenommen. — Art. XXVII., resp. XXV., („Beschränkungen der Wahlhandlungen auf bloße Wahlgeschäfte"), Art. XXVIII. („Wahlgeschäft schriftlich aufzunehmen,") wurden ohne Diskussion angenommen nach dem Entwurf. — Art. XXIX. („Freiheit des Austrittes. — Neue Wahl bei Annahme eines Staatsamtes ꝛc.") wurde nach dem Ausschußgutachten angenommen. — Art. XXX. („Diäten per 5 fl. — Reisegebühr per Stunde 1 fl.") und Art. XXXI. („Verfassungsgesetzliche Kraft und Aufhebung konvenirter Gesetze") wurden gleichfalls nach den Ausschußanträgen angenommen und dann nach Namensaufruf mit 116 gegen 7 Stimmen die Annahme des ganzen, so modifizirten Gesetzes beschlossen. Zugleich wurden die Wünsche auf zeitgemäße Umgestaltung der Kammer der Reichsräthe und konforme Umbildung der Wahlen bei Distrikts- und Landrathsversammlungen und vom Abg. Schwetzer auf Verkürzung der bayerischen Naturalisationszeit angefügt, letzter Wunsch aber geeigneter für's deutsche Parlament befunden. — Jetzt trug der Hr. Staatsminister der Finanzen einen neu eingebrachten Gesetzentwurf „die Aufhebung des Jagdrechtes" vor und stellte der Kammer frei, ob sie ihn noch in Berathung nehmen wolle oder nicht. — Die Sitzung wurde aber dann geendigt und die nächste auf morgen 9 Uhr anberaumt.

München, 20. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XL. auf heute um 5 Uhr Nachmittags angesetzte öffentliche Sitzung. 1. Verlesung des Protokolls der XXXIX. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Verlesung des Beschlusses über den Gesetzentwurf: die Aufhebung des Jagdrechtes auf fremdem Grund und Boden in den Regierungsbezirken diesseits des Rheins betr. — 4. Berathung und Schlußfassung über den Gesetzentwurf: die Ablösung des Lehenverbandes betr. — 5. Vortrag des Referenten im III. Ausschusse über den Gesetzentwurf: die protestantischen Generalsynoden und den Konsistorialbezirk Speyer betr.

---

*† München, 21. Mai. Se. k. Hoh. Prinz Karl von Bayern ist vorgestern Abends halb 9 Uhr von Baden wieder hier eingetroffen. — Heute Morgen ist das österreichische Infanterie-Regiment von hier nach Tirol wieder abmarschirt, begleitet von den königl. Prinzen, der Generalität und von zwei Musikkorps und einer großen Volksmenge.

** München, 21. Mai. In Nr. 132 der politischen Zeitung tritt Jemand, der zwar nicht als Cicero, doch sicherlich pro domo spricht, auf, und erklärt es für einen Schimpf, ja für eine peinliche Anklage, daß in einem Artikel von München, 14. Mai, der Präsident von Zenetti als einer der weiland dem Hrn. v. Abel Ergebenen bezeichnet wurde. Wir zweifeln sehr, ob ein verständiger Vertheidiger des Hrn. v. Zenetti solche Ausdrücke gewählt haben würde, und es kann nur durch Leidenschaft der besondere Ingrimm erregt worden seyn, mit dem der Hr. Verfasser für ein ehemaliges Mitglied des „Ministeriums der Liebe" in die Schranken tritt. Uns gewiß wäre nie eingefallen, Hrn. v. Zenetti wegen seiner frühern Amtsführung entehrt oder einen Verbrecher zu nennen. Was die Behauptung betrifft, Hr. v. Zenetti habe der Zensur das Wort geredet, so liegt der Beweis in den Protokollen der Kammer von 1847. Die persönlichen Ausfälle am Schlusse verzeihen wir der leidenschaftlichen Erregung des Hrn. Verfassers, mit welcher zu rivalisiren unser Geschmack nicht ist.

München, 21. Mai. (Berichtigung.) In Nr. 130 dieses Blattes lese man im Einlaufe bei der Kammer der Abgeordneten statt: Eingabe, resp. Beschwerde von Gemeinden gegen das Wirken des Frhrn. von Pechmann ꝛc. ꝛc.: „Vorstellung des landgerichtlichen Distrikts-Gemeinde-Ausschusses zu Landshut: Beleuchtung der angeblich von den Gemeinden des kgl. Landgerichts Landshut ausgegangenen Beschwerde gegen das amtliche Wirken des vormaligen Landgerichtsvorstandes Frhrn. v. Pechmann."

Württemberg.

Stuttgart, 18. Mai. Das „Tagblatt" behauptet in den bestimmtesten Ausdrücken, daß durch ministeriellen Entscheid die deutsche Kokarde von den Landwehrhüten, wo sie schon paradirt, wieder verbannt worden sey, nur eine dreifarbige Schleife sey erlaubt.

Preußen.

Köln, 16. Mai. Heute ward von der Volksversammlung auf dem Gürzenich eine Adresse an den König beschlossen, worin gegen die gleichzeitige Einberufung des Vereinigten Landtags mit der konstituirenden Versammlung in Frankfurt protestirt wird. Sodann ward eine Verwahrung eingelegt gegen den Erlaß des Kriegsministers, welcher das Vereinigungsrecht der Soldaten fast aufhebt. Es wurden bei der Berathung seltsame Beispiele angeführt von dem unter den Offizieren sich bereits wieder regenden Geiste. (A. Z.)

Schleswig-Holstein.

(Auszug aus drei Depeschen des Generals Halkett.) Der Feind hat heute wieder mit schwachen Abtheilungen seine Arbeit bei Sonderburg Föhr fortgesetzt und ist von unserer Seite beobachtet, ohne daß es zum eigentlichen Gefecht gekommen wäre. Den 10. Mai. Der Feind hat sein Manöver heute wiederholt, doch wurde er vom weiteren Vordringen durch unsere Schützen abgehalten. Das hiedurch veranlaßte Feuergefecht war wegen der großen Entfernung nur von geringer Wirkung. Gegen ein Kriegsdampfschiff, welches in unserer linken Flanke erschien und das Bataillon mit einigen wirkungslos krepirenden Bomben bewarf, wurden, wie es sich dem Lande zu sehr näherte, Schützen entsandt, welche 2 oder 3 Mann auf demselben getödtet oder verwundet zu haben glauben. Das Dampfschiff entfernte sich darauf. Die Neunpfünder-Batterie hat heute Mittag ein kleines Gefecht mit 2 Kanonenböten und den feindlichen Geschützen des jenseitigen Ufers, aber ohne großes Resultat geliefert.

Freie Städte.

Hamburg. In einem Briefe von hier 12. Mai gibt man der „Kölnischen Zeitung" einige Notizen über die ungefähren Herstellungskosten von Kriegsschiffen. Man ersieht daraus, daß eine kriegsfertige Kriegsbrigg von 12 Kanonen über 30,000 Rthlr., eine Fregatte mit 60 Kanonen über 300,000 Rthlr. kostet. Gleichzeitig wird bemerkt, daß bewaffnete Dampf- und Handelsschiffe, Kriegsschiffen gegenüber nur wenig leisten können. Um so thatkräftiger müsse der Eifer für Herstellung einer wirklichen deutschen Kriegsflotte eingreifen. In Hamburg selbst dauere die Begeisterung dafür tüchtig fort; auch sey bereits eine „Deutsche Marinezeitung" entstanden, welche sich als Organ für alle Marinebestrebungen hinstellen werde. Das kleine Bremerhafen zeichnete binnen wenigen Stunden 10,000 Rthlr.

Oesterreich.

Wien, 16. Mai. „Heute sieht's aus wie am 13. März," sagte mein Wiener Hauswirth gestern Mittag, als eine zerstreute Volksmasse, Haufen an Haufen, mit ernsten, unheilverkündenden Gesichtern, aus den Vorstädten nach dem Glacis sich wälzte. Wer die Seeküste bewohnt erkennt die untrüglichen Vorboten des Orkans an der Schwere der Luft, am Erscheinen der Sturmvögel. Die Wiener haben seit zwei Monaten ihre Sinne geschärft die Vorzeichen eines politischen Donnerwetters zu fühlen, und sie sagten bereits gestern morgen: „daß die Atmosphäre nach Revolution stinke." Die Revolution ist gekommen, und die neue Verfassung Oesterreichs, das Werk von sechs Wochen der reiflichsten Ueberlegung, der umsichtigsten Berathung unserer Staatsmänner, wurde in einer halben Nacht über den Haufen geworfen. Für heute unterlasse ich trübe Betrachtungen zu welchen ich sehr geneigt wäre, und berichte nur den Verlauf der Ereignisse. Palazkys Ernennung zum Unterrichtsminister, die Einladung der Tschechen an den Kaiser, daß er seine Residenz nach Prag verlege, hatten vergangene Woche Mißstimmung erzeugt. Dazu kam vorgestern das Verbot des politischen Zentralkomité der Nationalgarde und der so aufreizende als unnütze mili- Spektakel vor der Hofburg durch Auffahren von Kanonen und Ausrücken der Truppen. Gestern morgen schickten die Proletarier der Vorstädte eine Deputation an die Universität, um ihr für ihre Theilnahme am Schicksal der Arbeiter zu danken und sie zu versichern, „daß man auf den Beistand ihrer Fäuste rechnen könne, wenn es losgehe." Einzelne Artilleristen hatten zugleich mit den Studenten verkehrt und versprochen, daß sie nicht auf das Volk schießen würden. An den Reden, die wir gestern Nachmittag im großen Saal der Aula hörten, merkten wir daß ein großer Schlag sich vorbereite. Ein Geistlicher bestieg die Rednerbühne und ermahnte die Studenten in seltsam geheimnißvoller Weise: „sie möchten heute Besonnenheit und Muth bewähren." Je mehr Redner die Tribüne bestiegen, um so exaltirter wurden die Worte, um so ungestümer wurde der Beifall. Der Regierung wurde vorgeworfen: sie sey slawisch gesinnt, sie unterdrücke die Freiheit, sie habe eine schlechte Konstitution gegeben. Es war dabei viel vages Geschwätz, aber in jenem Pathos gesprochen, das immer auf die Jugend wirkt; selbst der arge Mißbrauch des Wortes „Freiheit" begeisterte die empfänglichen jungen Gemüther. Professor Hye, von seinen Bekannten aufgefordert, Worte der Beruhigung zu sprechen, erklärte daß er allen Einfluß auf die Studenten verloren habe. Um 2 Uhr Nachmittags hörte ich einen jungen Redner auf der Tribüne toben und bereits zu den Waffen rufen. Die Trommeln schlugen gegen 3 Uhr den Generalmarsch, die Nationalgarde erschien in großer Zahl aus Stadt und Vorstädten, die Truppen hatten die Hofburg und den anstoßenden Theil des Glacis besetzt. Als ich um 4 Uhr nach dem Volksgarten gehen wollte, fand ich das

Burgthor bereits geschlossen; alle übrigen Thore waren von Nationalgarde und Truppen scharf besetzt, um die Proletarier nicht in dichten Massen in die innere Stadt einzulassen. Eine ungeheure Volksmenge wogte inzwischen in den Gassen auf und nieder; zwischen der Hofburg und der Stephanskirche wälzten sich Hunderttausende, anfangs ruhig, die meisten neugierig, aber alle auf eine Revolution gespannt. Volksredner stiegen von Zeit zu Zeit auf die Granitstufen der Brunnen am Graben, sprachen viel durcheinander von Freiheit und Despotismus, von Volksrechten und Volkserhebung, von Kampf und Revolution. Obwohl keine neue Idee darin vorkam, vielleicht nicht ein einziger vernünftiger Gedanke, waren die Redner, besonders wenn sie gute Lungen hatten, doch eines donnernden Beifalls sicher. Um 6 Uhr rückte endlich die akademische Legion, über 5000 Mann stark, mit Trommelschlag und deutscher Fahne von der Universität aus, um in Waffen eine „Sturmpetition" dem Kaiser zu überreichen. Ein wehendes Banner wurde vorangetragen, mit der Inschrift, „Nur eine Kammer! Innigster Anschluß an Deutschland!" Die Studenten und Techniker hatten ihre Gewehre geladen; ich sah selbst Soldaten, die ihnen Patronen verkauften. Einige tausend Proletarier marschirten hinter ihnen; mehrere trugen Schaufeln und Aexte um Barrikaden zu machen. Vor jedem Hause, aus dessen Fenstern die schwarz-gelbe (österreichische) Fahne wehte, wurde Halt gemacht und mit donnerndem Rufe befohlen, diese Fahnen wegzunehmen. Ueberall wurde gehorcht und wo die deutsche Reichsfahne statt der schwarz-gelben entfaltet wurde, ertönte jubelndes Bravo! Die Forderungen der Universität, an welche der größere Theil der Nationalgarde und des Volkes sich anschloß, waren folgende: Zurücknahme des Befehls hinsichtlich der Auflösung des politischen Zentralkomités der Nationalgarde; die Nationalgarde soll künftig in Gemeinschaft mit den Truppen die Wache der Hofburg und der Thore beziehen; zum Ausrücken der Truppen bedarf es der Bewilligung des Kommandanten der Nationalgarde; das Militär schreitet nur in Gemeinschaft mit der Nationalgarde zur Herstellung der Ordnung ein; 4) das Volk verlangt eine Aenderung der Konstitution; es fordert daß nur eine Kammer und allgemeines Stimmrecht bestehe. Die drei ersten Punkte wurden sogleich vom Kaiser gewährt; Dr. Engel verkündigte es gegen 8½ Uhr Abend, durch die dichtgedrängten Straßen reitend. Ueber die letzte Forderung beriethen die Minister bis um 11 Uhr Nachts. Die Stadt hatte inzwischen freiwillig (man weiß was das sagen will) illuminirt; der Glanz von hunderttausend Kerzen erhöhte die Pracht des Mondlichts; der gelbe Lauscher aber blickte ganz verwundert auf das bunte Menschengetümmel herab. Dieses ungeheuere Gewühl von Bewaffneten, Proletariern, Studenten, Volksrednern, Nationalgardisten, Gassenjungen, von Neugierde geplagten Weibern und galanten Dirnen, dieses bunte Wogen unzählicher Fahnen, dieses Chaos von Stimmen, Gesängen, Reden, Brüllen, Jubeln, Murren, Drohen, Heulen, dieses wilde Getrommel von ungeschickten Tambours war das großartigste und vollkommenste Revolutionsgemälde, das mir jemals zu Gesicht gekommen. Um 11½ Uhr kam der Bescheid, daß auch die letzte Hauptforderung gewährt sey, die Verfassung sey zurückgenommen, und eine konstituirende Kammer werde einberufen, um eine neue Verfassung zu entwerfen. Statt damit zufrieden zu seyn, schrieen die Haufen: „wir wollen es schwarz auf weiß und die Unterschrift des Kaisers!" Um Mitternacht war die größte Volksmasse unter den Fenstern des Ministers v. Pillersdorf versammelt. Er sprach zuerst vom Fenster herab und kam dann sogar auf die Straße herunter. Alles, alles was das Volk wolle, sagte der gequälte Minister, sey gewährt, er verpfände dafür Wort und Unterschrift, nun möge das Volk aber doch ruhig nach Hause gehen! Der alte Herr sprach mit sehr bewegter Stimme und sein bleiches Gesicht und seine weißen Haare sahen im Mondlicht so rührend aus! — ich hätte weinen mögen über den guten alten unglücklichen Mann, den man zu Tode foltert. Der Haufe von Bewaffneten und Volksmännern empfand wohl theilweise auch eine Regung des Mitleids, nicht aber der ultra-radikale Doktor * * * der mit beleidigender Anmassung den Ministerpräsidenten interpellirte. Nach Mitternacht zertheilten sich die Haufen und zogen nach Hause. Ich war seit langer Zeit nicht so aufgeregt, wie diese Nacht und durchwanderte noch einige Stunden die mondbeleuchteten Glacis am Wienflusse; Trommeln und Volksgeschrei hörten allmählich auf und es herrschte wahre Geisterstille unter den riesigen Kastanienbäumen. Der Kopf ward mir immer schwerer von den bangsten Ahnungen über die kommende Zeit. Wie soll das enden, wenn die Leidenschaften so fortoben ohne Ruhe, Maß und klarem Zweck? Ich habe mein ganzes Leben lang das Volk, die Demokratie und die Freiheit heiß geliebt, aber ich gestehe, daß diese letzte Nacht eine schwere Probe für mich gewesen, daß ich heute meine ganze Liebe für die heilige Sache der Freiheit zusammennehmen muß um nicht irre zu werden an einer Ueberzeugung, die mir die theuerste meines Lebens war. Durch die Geisterstille dieses dämmernden Morgens schien mir gewaltig wie die Posaune des Gerichts der warnende Ruf eines großen deutschen Geschichtschreibers zu tönen — der Ruf mit dem ich die schlummernde Stadt Wien so gerne geweckt hätte: „Mäßigung und Ordnung predigt der große Weltengeist durch die Vergangenheit, wer seine Stimme überhört, der ist gerichtet! Fürsten von Erde und Staub, Völker von Erde und Staub — wie schrecklich dies geschehe, das lehrt die Geschichte!"

Kundmachung. Das Ministerium hat, in Erwägung der Pflichten, welche ihm gegen den Thron obliegen und zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther nach Kräften beizutragen, die Zurücknahme des Tagesbefehls der Nationalgarde vom 13. Mai 1848 und die Gewährung der zwei übrigen Punkte der überreichten Petition beschlossen. Eben so wurde der Nationalgarde gewährt, daß die Verfassung vom 25. April 1848 vorläufig der Berathung der Reichsstände unterzogen, und die Bestimmungen des Wahlgesetzes, welche zu Bedenken Anlaß gegeben haben, in einer neuerlichen Prüfung erwogen werden sollen. Da in Folge dieser Zugeständnisse die Verfassung erst durch die Reichsstände festgestellt werden wird, so wird für den ersten Reichstag nur eine Kammer gewählt werden, somit für die Wahlen gar kein Zensus bestehen, wodurch alle Zweifel einer unvollkommenen Volksvertretung entfallen. Wien 15. Mai 1848. Der Minister des Innern. Pillersdorf.

Wien, 17. Mai. Wie Sie aus der heutigen „Wiener Zeitung" entnehmen, hat das Ministerium in Masse seine Entlassung eingegeben, und noch gestern Abend wurde das Publikum durch eine angeschlagene, mit des Kaisers Unterschrift versehene Proklamation beruhigt, indem nicht nur die bereits verkündigten, sondern auch die andern bereits gemeldeten Zugeständnisse dadurch verbürgt wurden. Jedenfalls werden die alten Minister ihre Portefeuilles bis zur Ernennung neuer behalten, und es macht sich die Ansicht geltend, daß damit bis nach Eröffnung des Reichstages gewartet werden möge, um die Zustände nicht noch mehr zu verwirren. Ein wahrhafter Verlust wäre es, Pillersdorf ganz ausscheiden zu sehen, und unbegreiflich, warum sich derselbe nicht an die Spitze der Finanzen gestellt findet, welche als seine Spezialität lange vor den Zeiten Eichhofs und Kübecks, d. h. vor Jahrzehnten bezeichnet wurden. (A. Z.)

Eben erhalten wir noch ein Schreiben aus Salzburg vom 19. Mai, wonach in der Nacht vom 18. auf den 19. daselbst JJ. MM. der Kaiser und die Kaiserin, der Erzherzog Franz Karl und die Erzherzogin Sophie eingetroffen und im Gasthof zum Schiff abgestiegen waren. Schon früh 4 Uhr am 19. ward die Reise nach Innsbruck fortgesetzt. Nachts 1 Uhr ward eine Erklärung des Kaisers an das Volk gedruckt, daß wegen der unruhigen Auftritte am 15. die kaiserliche Familie Wien verlassen habe, aber freudig bewegt sey über die Ruhe und Anhänglichkeit, die sie in den oberösterreichischen Provinzen getroffen. Um 6 Uhr früh kamen der Kommandant der Wiener Nationalgarde Graf Hoyos und der Hofkammerpräsident Graf Wildschek in dem genannten Salzburger Gasthof an. Sie hatten gehofft, die kaiserliche Familie noch in Salzburg zu treffen und eilten ihr dann nach Innsbruck nach. Von Wien war Graf Bombelles mit den drei jüngsten Erzherzogen in Begleitung der kaiserlichen Familie gekommen. Von Salzburg aus begleitete der Kreishauptmann Graf Chlorinsky den Kaiser. — So berichtet uns das erwähnte Schreiben, das uns direkt aus Salzburg zugeht. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 15. Mai. Die revolutionäre Partei hat sich durch ihre vorgestrige Schlappe nicht abschrecken lassen, zu Gunsten der polnischen Sache heute eine große „Manifestation" gegen die Nationalversammlung zu veranstalten. Gegen Mittag mochten etwa 100,000 Individuen, meist aus den untersten Schichten des Volkes, auf dem Bastillplatze versammelt seyn. Von dort zogen sie unter dem Absingen der Marseillaise und dem fortwährenden Ruf: es lebe Polen! die Boulevards entlang nach dem Pallaste der Nationalversammlung, um derselben eine angeblich gestern in Paris angelangte Adresse des polnischen Volks (wahrscheinlich von dem polnischen Komité in Paris zu diesem Zwecke gefertigt) durch eine Deputation zu überreichen. Die Deputation will den Debatten über die polnische Frage persönlich beiwohnen, um die Erklärungen der Regierung zu vernehmen; die Volksmasse bleibt inzwischen auf dem Konkordiaplatze versammelt. Daß man nicht ohne Besorgniß ist, die Blusenmänner möchten sich zu Exzessen verleiten lassen, versteht sich von selbst; um so mehr, als es am Tage liegt, daß der von Ehrgeiz beherrschte Ludwig Blanc sich mit Blanqui, Barbès, Cabet und Andern zum Umsturz der Regierung verbunden hat, seit die Nationalversammlung sich weigerte, ihn zum „Minister des Fortschritts" zu ernennen. Ludwig Blanc trägt auch die Schuld, daß das auf gestern bestimmt gewesene Eintrachtsfest zum großen Verdruß der aus den Provinzen herbeigeeilten Deputationen wieder abgesagt werden mußte. Er ließ nämlich durch vertraute Agenten die Arbeiter aufhetzen, alle Vorbereitungen zu dem Feste plötzlich einzustellen, was die Regierung nöthigte, das Fest auf den nächsten Sonntag zu vertagen, wo es nun stattfinden wird, falls die allgemein befürchteten Unruhen nicht einen neuen Strich durch die Rechnung machen. Trotz aller Gegenwirkungen und Umtriebe, die man in Bewegung setzt, um die Regierung zu einem bewaffneten Einschreiten für Polen zu bewegen, wird Hr. Lamartine, wie man sagt, in der heutigen Sitzung mit edler Freimüthigkeit erklären, daß die Polen lediglich sich selbst die Schuld beizumessen haben, wenn die zu ihren Gunsten in Deutschland erwachten Sympathien plötzlich andern Gefühlen Platz machten. Hr. Lamartine wird das Begehren einer bewaffneten Hilfe zurückweisen, weil eine solche Intervention den Krieg mit Deutschland zur Folge haben müßte; dazu aber dürfe Frankreich sich nicht hinreißen lassen, weil Deutschland gegenwärtig die Vormauer der politischen Freiheit Europa's ist. Hr. Bastide, der Minister des Auswärtigen, wird sich in gleichem Sinn aussprechen. — Ich höre Generalmarsch schlagen, und eile nach dem Konkordiaplatz, um die Ursache zu erfahren. — Vier Uhr. Zwei Legionen Nationalgarde waren zur Bewachung des Gebäudes der Nationalversammlung beordert, als ein Theil der Blusenmänner, welche zu dem polnischen Zuge gehörten, gewaltsam in das Innere des Gebäudes zu dringen suchte, und zu diesem Zweck die Gartenmauer des Pallastes Bourbon erkletterte. Die Nationalgarde glaubte, bevor sie Gebrauch von den Waffen machte, das Mittel gütlichen Zuredens anwenden zu müssen; auch ließen die Blusenmänner sich theilweise zum Rückzuge bestimmen; jedoch verlangten sie vorher den Nachweis, daß die Gewehre der Nationalgarde nicht geladen seyen. Als man diesem Begehren willfahrte, versprachen sie, ruhig auseinander zu gehen. Zu besserer Vorsicht ließ der Präsident der Nationalversammlung sofort die ganze Bürgerwehr unter die Waffen rufen, und die imponirende Haltung derselben wird hoffentlich die Unruhestifter in Schach halten, ohne daß der Abend weitere Störungen bringt. (Karlsr. Z.)

Paris, 15. Mai (Nachts). Nachdem ich meinen Bericht zur Post gebracht hatte, eilte ich in die Nationalversammlung zurück. Lärm und Verwirrung nach wie vor: Barbès steht auf der Rednerbühne und schlägt eben ein Dekret vor, wodurch 1) der Krieg wegen Polens erklärt, 2) eine Steuer von tausend Millionen auf alle Reichen gelegt, und 3) das Schlagen des Generalmarsches als Hochverrath am Volke verboten wird. Er verlangt augenblickliche Annahme, aber die Nationalversammlung, die trotz der Gefahr, trotz des sie umwogenden Janhagels, schweigend und unbeweglich auf ihren Sitzen geblieben, verharrt in majestätischer Ruhe. Da stürzt Huber, Vorstand des revolutionären Klubbs, auf die Rednerbühne. „Im Namen des Volks!" schreit er, „die Nationalversammlung ist aufgelöst!" Alsbald wird der Präsident mit seinem Armstuhle umgeworfen, die Sekretäre vom Tische gejagt, die ganze Versammlung vom „Volke" ausgetrieben. Nun erhebt sich der Ruf, auf das Stadthaus zu ziehen und eine neue provisorische Regierung einzusetzen. Die Masse bricht auf

und wälzt sich über die Quais zum Stadthause. Ein Theil des Volkes ist in dem Saale geblieben; da ertönt Sturmmarsch, die Mobile und die Nationalgarde dringen mit gefälltem Bajonett in den Saal, und in einem Augenblick ist er geräumt. Lamartine, Ledru-Rollin und die Deputirten treten wieder ein und begeben sich an ihre Plätze; allgemeiner Jubel empfängt sie. Lamartine erklärt: der Platz der Regierung sey jetzt nicht hier, sondern auf der Straße, an der Spitze der bewaffneten Macht. Alles erhebt sich und eilt hinaus. Lamartine und Ledru-Rollin besteigen zwei Dragonerpferde, stellen sich an die Spitze der unabsehbaren Kolonnen der Truppen und der Nationalgarde und ziehen unter Jubelgeschrei des Volkes gegen das Stadthaus. Dort waren unterdessen die Klubbs eingedrungen, hatten die rothe Fahne aufgepflanzt und durch eine schnell gedruckte oder schon vorher fertige Proklamation eine Regierung proklamirt, bestehend aus: Ledru-Rollin, Ludwig Blanc, Albert, Thoré, Blanqui, Cabet, Raspail, Flocon, Peter Leroux und Caussidière. Plötzlich wird gemeldet, daß von allen Seiten Truppen im Anrücken sind. Sofort wird Ledru-Rollin für einen Verräther erklärt, der das Volk ermorden lassen will; der Ruf: zu den Waffen! ertönt; die Verwirrung wird unbeschreiblich. Um halb 6 Uhr fahren 4 Batterien Geschütz, von Lanzenreitern und Dragonern gedeckt, im Galopp über die Quais und stellen sich vor dem Stadthause auf; die Nationalgarde, von Lamartine und Ledru-Rollin geführt, rückt heran; die 8. und 9. Legion dringen in das Stadthaus; Barbès, Albert, Thoré, Raspail und General Courtais werden gefangen genommen. Dem Letztern werden die Epauletten heruntergerissen und der Degen zerbrochen; Alles beschuldigt ihn des Verraths. Die übrigen im Stadthause befindlichen Individuen werden ebenfalls festgenommen; Sobrier wird auf dem Quai d'Orsay verhaftet. Lamartine und Ledru-Rollin erscheinen im Saal des Stadthauses und ernennen Klemens Thomas zum Oberbefehlshaber der Nationalgarde. Es ist kein Schuß gefallen, kein Tropfen Blut vergossen. Um 6 Uhr ziehen Ledru-Rollin und Lamartine im Triumphe mit der bewaffneten Macht nach der Nationalversammlung zurück. In diesem Augenblicke langt das 21. Infanterieregiment aus St. Denis an, und die Nationalgarde des Weichbildes von Paris rückt im Sturmschritt ein. Es sind 250,000 Mann unter den Waffen. Um halb 7 Uhr wird die Sitzung der Nationalversammlung von neuem eröffnet; man votirt der Nationalgarde und der Armee den Dank des Landes; Arago, Garnier-Pagès und Marie, die in Luxemburg in Permanenz geblieben waren und alle Befehle ertheilten, während Ledru-Rollin und Lamartine dieselben persönlich ausführten, lassen Bericht abstatten. Der Aufstand ist besiegt, alle Gefahr vorüber. Die Versammlung ernennt den Deputirten General Barraguay d'Hilliers zum Militärbefehlshaber von Paris, Klemens Thomas zum Befehlshaber der Nationalgarde und verhängt den Anklagestand über drei ihrer Mitglieder: Courtais, Barbès und Albert. Ludwig Blanc, der sich vertheidigen will, wird zum Schweigen gebracht und um 10 Uhr Abends die Sitzung aufgehoben. In diesem Augenblicke (halb 11 Uhr Abends) bietet Paris ein interessantes Schauspiel dar: alle Straßen voll Menschen, die in dichten Gruppen die Ereignisse des Tages besprechen, überall Bataillone der Nationalgarde und der Mobilen, die auf der Straße bivouakiren, die Häuser alle illuminirt, hunderte von Zeitungsausrufern, um deren Blätter man sich reißt, Freude und Zufriedenheit auf allen Gesichtern. Bis 1 Uhr nach Mitternacht dauert diese Aufregung fort; dann leeren sich die Straßen und man hört nur noch den gemessenen Tritt der Patrouillen, welche zu Fuß und zu Pferd durch die Straßen ziehen. (Karlsr. Z.)

Paris, 16. Mai. Heute früh ist Paris ruhig, alle Läden sind offen, man sieht keine Spur der gestrigen Bewegung mehr, als die starken Abtheilungen der Nationalgarde, welche überall stationiren. Der National ist sehr lakonisch; er bedauert das „Unglück des Generals Courtais“, und hofft, daß nähere Erklärungen bald seine Unschuld darthun werden. Einer der Gefangenen, dessen Namen man noch nicht weiß, hat sich in der Wachtstube des Finanzministeriums erschossen. Auffallend ist es, daß Armand Marrast, als Maire von Paris und seine Adjunkten Adain und St. Hilaire sich während der gestrigen Bewegung nirgends sehen ließen. Man wirft ihnen, so wie dem Präsidenten Buchez, Schwäche und Unentschlossenheit vor. (Karlsr. Z.)

Paris, 16. Mai. Kaum hatte ich mein gestriges Schreiben auf die Post gegeben, als sich das Gerücht von Ausrufung einer neuen provisorischen Regierung, bestehend aus Barbès, Blanqui rc. verbreitete. Es war halb 5 Uhr, und da Schlag 5 Uhr die Post gesperrt wird, blieb mir keine Zeit mehr, vor Postabgang etwas Näheres zu erfahren. Bald nachher kam die Bestätigung des Gerüchtes, das nur allzu begründet war und es ging ein panischer Schrecken durch Paris, da Jedermann das Beil der Guillotine gleichsam über seinem Haupte schweben sah. So verlebten wir eine peinliche Stunde, worin Einer den Andern befragte, was der nächste Augenblick bringen werde. Endlich kommt auf den Boulevards des Italiens ein berittener Nationalgardist angesprengt und meldet voll Begeisterung, daß die Nationalversammlung unter dem Schutz der Nationalgarde ihre Berathungen wieder aufgenommen habe, daß Blanqui, Barbès, Raspail, Sobrier und die übrigen „Freiheitsmänner“, die sich zu unsern Despoten hatten aufwerfen wollen, sämmtlich festgenommen und der Sache des Gesetzes und der Ordnung der Sieg geblieben sey. Ein allgemeiner Freudenruf ertönt längs den Boulevards. Frankreich ist gerettet; — vielleicht Europa mit ihm! Wie soll ich Ihnen den Enthusiasmus beschreiben, womit Hr. Lamartine, der gestern seine ganze Energie entwickelte, empfangen wurde, als er an der Spitze von 10,000 Nationalgardisten die Nationalversammlung um 6 Uhr Abends verließ, um sich zu Pferd nach dem Stadthause zu begeben und den Verschwörern, die dort eine Gegenregierung bildeten, persönlich entgegenzutreten? Die Einzelheiten ersehen Sie aus unsern Zeitungen. Als später, um 8 Uhr Abends die Nationalversammlung ihre Sitzung wieder aufnahm, um sich für permanent zu erklären, wurden die Mitglieder der Regierung aufgefordert, ihren Sitz vom Palast Luxemburg nach dem Palast der Nationalversammlung zu verlegen, damit man beiderseits unmittelbar zur Aufrechthaltung der Ordnung zusammenwirken könne. In dieser Sitzung wurde der Staatsanwalt ermächtigt, Barbès, Albert und General Courtais, obwohl Mitglieder der Nationalversammlung in gerichtliche Untersuchung zu ziehen, und dieselben mit den andern Gefangenen in Gewahrsam zu behalten. Später in der Nacht ließ man sämmtliche Verhaftete unter starker Bedeckung nach dem Fort Vincennes bringen, um jeden etwaigen Befreiungsversuch energisch zurückweisen zu können. In der nämlichen Sitzung wurde der bisherige Oberst der zweiten Legion der Nationalgarde, Hr. Klemens Thomas, unter freudigem Zuruf der Nationalversammlung zum Oberbefehlshaber der Nationalgarde ernannt, weil Hr. Thomas sich persönlich bei der Gefangennehmung des Hrn. Barbès betheiligt, und überhaupt gestern eben so viel Geistesgegenwart als Muth bewährt hatte. Heute bemerkt man hie und da unter den Arbeitern eine dumpfe Gährung, als ob dieselben eine Emeute im Schilde führten. Die Regierung, welche dem gesetzlosen Treiben einmal ein Ende zu machen wünscht, hat schon um Mittag die gesammte Nationalgarde mit geladenen Gewehren ausrücken und von Vincennes ein Dutzend Artilleriebatterien kommen lassen, womit man die Blousenmänner zu empfangen denkt, wenn sie eine weitere Ruhestörung versuchen wollten. So eben (halb 5 Uhr Abends) eilt auch die Nationalgarde des Weichbildes freiwillig herbei, um die Nacht hindurch die Ordnung erhalten zu helfen.

(Karlsr. Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag den 21. Mai: „Ernani“ Oper von J. Verdi.

Königliches Odeon.

Montag den 22. Mai, zum Besten eines Augenkranken musikalisch-deklamatorische Abendunterhaltung im Saale des königl. Odeon von

G. A. Hanisch.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. v. Gevers, Minister aus Holland; Brandt, Kaufmann v. Hanau.

Gold. Hirsch. H. Baron Schertel v. Stuttgart.

Hôtel Maulick: HH. Melitor und Maier, Gutsbesitzer aus Böhmen.

Gold. Hahn. HH. Graf v. Riva, Ingenieur v. Como; v. Winninger, Lieutenant v. Luxemburg; Graf v. Salars, Reisender v. Königsberg; Mons. Tray v. Ofen.

Gold. Kreuz. HH. v. Egl, Appellationsgerichtsrath von Freising; Collin, Rentier von Valence; Jäger, Dr. jur. von Wien; Fuchs, Privatier v. Frankfurt.

Blaue Traube. HH. Dr. Herrmann Müller, Abgeordneter nach Frankfurt; Biebler, Regierungs-Aktuar v. Burghausen; v. Rinder und Dreischeid v. Landshut.

Stachusgarten. HH. Krauthahn, Schloßkaplan v. Karlstein; Wurm, Diakonus v. Heidenheim; Buchmann, Privatier v. Innsbruck.

Gestorbene in München.

Ernst Becker, Maurer v. Fulda, 25 J. alt; Kath. Wiedemann, Söldnerstochter v. Zirgesheim, Ldg. Donauwörth, 25 J. alt; Genovefa Müller, Schuhmacherswittwe v. h., 59 J. alt; Johann Fritsch, Nagelschmidssohn v. Haidhausen, 22 J. alt; Joseph Braun, b. Schneider v. h., 56 J. alt; Fr. Xav. Schuhbauer, Hausmeister v. Schwabing, 96 J. alt; Christoph Teufel, b. Goldarbeiter v. h., 61 J. alt; Christine Einberger, Blumenmachersfrau v. Osterhofen, 66 J. alt; Johann Bangratz, herzogl. Kutscher v. Bamberg, 50 J. alt; August Bormann, b. Schwertfeger v. h., 53 J. alt.

Bekanntmachung.

2406. (3a) Nach kreditorischem Antrage wird das sogenannte Mayrgut zu Berg der öffentlichen Versteigerung unterstellt, und hiezu Tagsfahrt auf Mittwoch den 28. Juni 1848 Vormittags 10 — 12 Uhr dahier anberaumt, wozu zahlungsfähige Kaufslustige hiemit eingeladen werden.

Der Hinschlag erfolgt nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen in den §§ 98 — 101 des Prozeßgesetzes vom 17. Novbr. 1837. Das zu versteigernde und am 12. Mai l. Js. auf 7375 fl. gewerthete Anwesen besteht:

a) aus einem neugebauten Wohnhause, einem Neben- und Oekonomiegebäude,
b) aus 1 Tagw. 36 Dez. Hofraum und Garten,
c) aus 17 Tagw. 54 Dez. Aeckern,
d) aus 9 Tagw. 81 Dez. Wiesen, und
e) aus 5 Tagw. 04 Dez. Waldung relurirt eigen zum k. Rentamte Starnberg.

Am 15. Mai 1848.

Königlich Bayer. Landgericht Starnberg

Der k. Landrichter:

Pitzner.

Münchener Schrannen-Anzeige vom 20. Mai 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest.	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	4069	2581	1468	17	33	—	42	—	—
Korn	1893	1404	489	11	12	—	51	—	—
Gerste	370	481	89	9	5	—	15	—	—
Haber	1563	1311	252	6	6	—	16	—	—

Augsburger Schrannen-Anzeige vom 19. Mai 1848.

Getreidegattung.	Mittelpreis		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Waizen	17	44	1	3	—	—
Kern	17	52	—	56	—	—
Roggen	10	59	—	22	—	—
Gerste	9	42	—	20	—	—
Haber	5	19	—	—	—	10

Aufgezogen wurden 143 Schäffl.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 134.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kindel-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährig sich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 26 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raum nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag | XLIX. Jahrgang. | 22. Mai 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 18. Mai. Der gestrigen Verabredung gemäß versammelten sich heute Nachmittags 3 Uhr die anwesenden Mitglieder der konstituirenden Versammlung im Kaisersaale des Römers. Nach gepflogener Berathung, in welcher Dr. Lange aus Hannover zum Alterspräsidenten, v. Lindenau aus Sachsen zum Altersvicepräsidenten und als Schriftführer einige der jüngsten Mitglieder bezeichnet wurden, begaben sich die Versammelten in feierlichem Zuge unter Glockengeläute und Kanonendonner durch die Reihen der aufgestellten Stadtwehr nach der Paulskirche. Tiefes Schweigen herrschte unter den herbeigeströmten Zuschauern, welche tief ergriffen schienen von dem Ernst und der Wichtigkeit des Augenblickes: Es waren nicht Wenige, denen die Thränen in den Augen standen. — Im Sitzungssaale erklärte der Alterspräsident nach einer kurzen Ansprache, in welcher er hinwies auf die Bedeutung dieser, in Deutschlands Geschichte einzig dastehenden, so außerordentlich bedeutungsvollen ersten Versammlung, unter lautem Jubel der Anwesenden die Versammlung für konstituirt. Ein von der Bundesversammlung eingegangenes und verlesenes Schreiben an die deutsche Nationalversammlung heißt diese im Namen der deutschen Regierungen mit einem Segenswunsche für ihr Beginnen willkommen. Der Präsident beantragte die Entwerfung eines Erwiderungsschreibens; mehrere Mitglieder verlangten vorgängige Debatte, andere vorherigen Druck des eingelaufenen Schreibens. Zitz aus Mainz erklärte sich gegen jede Beantwortung, da es unter der Würde der Versammlung sey, auf bloße Komplimente, wie sie das Schreiben enthält, zu antworten. Darauf beantragte Wesendonk aus Düsseldorf die Annahme einer vorläufigen Geschäftsordnung und empfahl als solche einen von ihm gemachten und verlesenen kurzen Entwurf. Zugleich solle eine Kommission zur Entwerfung einer definitiven Geschäftsordnung niedergesetzt werden. v. Reden aus Berlin empfahl zur einstweiligen Annahme die von drei Mitgliedern (Schwarzenberg, R. Mohl und Murschel) aus Veranlassung einer frühern Aufforderung entworfene Geschäftsordnung, sodann die gleichzeitige Ernennung einer Kommission zur baldthunlichsten Berichterstattung über diesen Gegenstand. Diese umfassendere Geschäftsordnung wurde erst im Laufe der Sitzung vollständig ertheilt. Die daraus hervorgehende Unbekanntschaft vieler Mitglieder mit dem genauern Inhalt wurde im Laufe der sehr stürmischen und ungeregelten Debatte vorzüglich gegen die Annahme geltend gemacht. Nach Schluß der Verhandlung wurde der v. Reden'sche Antrag durch Stimmenmehrheit angenommen. Auf Grund des Abschnitts I. der nunmehr einstweiligen Geschäftsordnung beantragte Wippermann aus Kassel die Vornahme der Wahl eines vorläufigen Präsidenten. Dagegen wurde von mehreren Seiten, wie von Jucho aus Frankfurt, Fuchs aus Breslau ꝛc. bemerkt, daß man bei den bereits getroffenen Bestimmungen hinsichtlich des Oberpräsidiums und der Schriftführer bleiben solle, bis nach Prüfung der Vollmachten eine definitive Wahl stattfinden könne. Mit der allgemeinen Annahme der Geschäftsordnung, die man noch nicht genau gekannt habe, seyen noch nicht alle Paragraphen, zumal wenn sie Beschlüssen entgegen ständen, angenommen. Jaup aus Darmstadt stellte den Antrag, unter dem Vorsitze des Alterspräsidiums einen vorläufigen Präsidenten auf vier Wochen zu wählen. Die Frage, ob überhaupt zur Wahl eines vorläufigen Präsidenten geschritten werden sollte, wurde durch Stimmenmehrheit, die sich nach mehrmaliger Probe und Gegenprobe ergab, bejaht, die Wahl selbst für heute ausgesetzt. Biedermann aus Sachsen stellte als Berichterstatter der vorbereitenden Kommission den durch Abstimmung mit einer Modifikation zum Beschluß erhobenen Antrag, daß eine gedruckte Ausgabe des stenographischen Protokolls veranstaltet, der Verkauf zu möglichst billigen Preisen veranlaßt und einer Kommission zur Einleitung der erforderlichen Maßregeln Ermächtigung ertheilt werde. Stedtmann stellte den Antrag (vor Biedermann) zur Prüfung der von der vorbereitenden Kommission für die Nationalversammlung getroffenen Anstalten eine Kommission niederzusetzen. Die Kommission zur Berichterstattung über die Geschäftsordnung soll in der morgentlichen auf 10 Uhr Vormittags festgesetzten Sitzung ernannt werden. Auf stürmisches Verlangen nach dem Schlusse der Sitzung wurde diese gegen 7 Uhr geschlossen. Die Erwägung, daß eine zahlreiche Versammlung von Männern, die sich großentheils persönlich noch nicht kennen, und deren viele noch nie ähnlichen Verhandlungen und Versammlungen thätig beigewohnt haben, nicht bereits in der ersten Sitzung der strengern Anforderung parlamentarischer Grundsätze wird genügen können, gibt die beruhigende Zuversicht, daß in der kürzesten Zeit auch in der Form und in dem geordneten Gange der Verhandlung sich die Bedeutung und Würde der höchststehenden Versammlung Deutschlands im vollen Maße beurkunden werde. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Die Bundesversammlung an die deutsche Nationalversammlung. Die Macht außerordentlicher Begebenheiten, das Verlangen, welches sich laut in unserm ganzen Vaterland ausgesprochen hat, und der aus Beidem hervorgegangene Aufruf der Regierungen haben in dieser großen Stunde eine Versammlung hierher geführt, wie unsere Geschichte sie noch niemals sah. In seinen Grundfesten hat das alte politische Leben gebebt, und von dem Jubel und dem Vertrauen des ganzen deutschen Volkes begrüßt, erhebt sich eine neue Größe: das deutsche Parlament. Die deutschen Regierungen und ihr gemeinschaftliches Organ, die Bundesversammlung, mit dem deutschen Volke in der gleichen Liebe für unser großes Vaterland vereint und aufrichtig huldigend dem neuen Geiste der Zeit, reichen den Nationalvertretern die Hand zum Willkomm und wünschen ihnen Heil und Segen. Frankfurt a. M. am 18. Mai 1848. Die deutsche Bundesversammlung und in deren Namen: Der Präsidirende, Colloredo.

Frankfurt, 19. Mai. Bei der Wahl des Präsidenten der konstituirenden Nationalversammlung erhielt Heinrich Gagern 305, v. Soiron 85, Blum 3, v. Lindenau 1, v. Vincke 1, Eyzrim 1, Dahlmann 1 Stimme. Es stimmten also 397 Mitglieder. Bei der Wahl des Vizepräsidenten erhielt v. Soiron 341, Robert Blum 26, Dahlmann 10, Hermann (aus München) 3, Schelter aus Frankfurt a. O. 2, Römer 1, Maier 1, Heckscher 1, Simon 1, Vardeleben 1, Uhland 2 Stimmen.

Bayern.

Landtag.

**München, 17. Mai. (XXXV. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische Frhr. v. Thon-Dittmer, später v. Beisler, Frhr. v. Lerchenfeld, Heintz, v. Weishaupt, v. Benning; in der Kammer 111 Abgeordnete. — Die Sitzung wurde mit Ablesung des Einlaufes eröffnet. — Abg. Benzino erhielt bis 22. d. Mts. Urlaub. Dekan Bauer las hierauf den Beschluß über den Wahlgesetz-Entwurf, dessen Fassung genehmigt wurde. — Hiernächst erstattete Dr. Zenger, königl. Professor, Vortrag über das Gesetz: „die ständische Initiative betr." Er habe diesen Saal, wo so Wichtiges verhandelt werde, immer mit Schüchternheit betreten. Die Initiative sey bisher ein Kronrecht gewesen; nun solle dieß Recht mit den Kammern getheilt werden. Es handle sich bei diesem Entwurf um ein königliches Geschenk, als solches müsse er dankbar hingenommen werden. Redner erörtert nun die Natur des Entwurfes, und begutachtet dessen modifizirte Annahme. — Hierauf wollte sofort die allgemeine Diskussion eröffnet werden, allein alle Minister waren noch nicht da, und es erstattete Dr. Edel Vortrag über den Gesetzentwurf: „die Verantwortlichkeit der Minister betreffend". Redner erörterte die Wichtigkeit des Entwurfes. Sodann erstattete derselbe Redner Vortrag über: „die Einführung der bayerischen Gesetze in den 1847 von Böhmen erworbenen Gebietstheilen betreff." Ueber diesen Entwurf wurde sofort die Berathung eröffnet; allein Niemand ergriff das Wort, und die vier Artikel wurden angenommen. Demgemäß werden die bayerischen Gesetze zu Neualbenreuth, Querenbach, Hagenreuth, Ottengrün und Ernstgrün, im Landgerichte Waldsassen, mit dem 1. Juli 1848 eingeführt, und zwar das Strafgesetzbuch mit seinen Novellen, alle oberpfälzischen Polizeigesetze und alle sonstigen in der Oberpfalz giltigen Gesetze und Verordnungen; mit dem 1. Jan. 1850 das Hypothekengesetz, die Prioritätsordnung ꝛc., und andere dort noch geltende österreichische Gesetze hören von jenen Zeitpunkten an auf. — Dieser Entwurf wurde nach Namensaufruf einstimmig (111) angenommen. — Hiernächst wurde die allgemeine Diskussion über den Entwurf: „die ständische Initiative betreffend", eröffnet. — Dekan Bauer. Wenn auch ein Geschenk, so müsse man dasselbe doch nach allen Seiten beschauen. Er rathe, das Gesetz unbedingt nach dem Entwurfe, ohne Modifikation, anzunehmen; der politische Thermometer deute darauf, daß dieser Rath gut sey, damit nicht etwa das ganze Gesetz falle. — Der Hr. II. Präsident, Dr. Müller, rieth gleichfalls, man solle sich bei allenfallsigen Modifikationen zuerst der Zustimmung der Minister versichern, damit das Gesetz nicht falle. Ohne Kampf erringen die Völker keine Freiheit. — Der Hr. I. Sekretär, Stockinger. Man stehe am Entwurfe, der ihm und seinen politischen Freunden den Namen „Dränger, Treiber" gegeben. Darüber habe man aber zwei Gesetze: „Volksbewaffnung und Assoziation" der Vergessenheit übergeben. Er erkenne an die Unantastbarkeit der Erbfolgeordnung, Regentschaft, Heiligkeit der königl. Person; aber Initiative verlange er für alle Staatsbürgerrechte, Preßfreiheit ꝛc. Er werde daher Modifikationen bringen. — Dr. Rammoser. Er wolle weder einen Despoten, noch einen Schattenkönig. Das Gesetz sey ein Geschenk der Krone. Wolle man mehr, so erhalte man einen Schattenkönig. Auch seine Ansicht gehe dahin, das Gesetz anzunehmen, wie es aus dem Ministerium kam, ohne Modifikation. — Dr. v. Scheurl kann sich hiezu nicht verstehen. Er handle nicht nach äußern Einflüssen, sondern nach seiner Ueberzeugung. Diese gehe dahin, den Entwurf mit den Modifikationen des Ausschusses anzunehmen. Er glaube, die Stände haben an ein sol-

ches Gesetz Anspruch, wenn es überhaupt die Verwirklichung der konstitutionellen Monarchie gelten solle, also sehe er den Entwurf nicht so fast als Geschenk, wiewohl als einen hochherzigen Entschluß an. Er stimme also für die Ausschußmodifikation, aber für keine neuen. — Dr. Ruland. Er habe gegen den Entwurf manche Bedenken. Bayern sey aber noch ein junger konstitutioneller Staat, vielleicht biete dieß Gesetz sogar Waffen, um der Krone ein Recht um das andere zu entwinden. Er glaube aber noch, daß die Majestät des Königs von Gottes Gnaden stamme. Ihn schmerze es, wenn man so der Demokratie in die Hände arbeite. Er stimme gegen den Entwurf; denn die charta magna bavariae scheine ihm allmählig eine charta parva zu werden. — Gegen diesen Ausdruck verwahrte der Hr. I. Präsident die Kammer. — Sofort wurde die spezielle Debatte eröffnet. — Zu Art. I. brachte der Hr. I. Sekretär, Stockinger, eine Modifikation: „das Recht der Initiative steht jeder der beiden Kammern für Gesetze jeder Art zu, mit alleiniger Ausnahme der im Tit. II. §. 2—22 der Verfassungs-Urkunde aufgeführten Bestimmungen." Der Hr. Modifikant entwickelte seine Modifikation mit einigen Mißtrauensworten gegen das Ministerium. — Der Staatsminister Heintz verwahrte sich gegen jeden Angriff, die Ueberzeugung der Minister stehe fest, an eine Reaktion sey nicht zu denken, nur die Klubbs hätten sich überstürzt, ohne von dem Staatsministerium dazu gebracht worden zu seyn. — Der Hr. I. Sekretär, Stockinger. Er habe nichts gegen die Minister, er vertraue ihnen vielmehr; er strebe immer nach dem Bessern, und wenn er es nicht erreiche, so begnüge er sich mit einer Abschlagszahlung. — Staatsminister Heintz. Würde die Krone anderer Ansicht seyn, als die Minister, so würden die Minister abtreten. Was die Regierung also vorbringe, sey lediglich Sache der Minister. Die Person des Königs müsse heilig und unverletzlich seyn. — Die Modifikation wurde unterstützt. — Abg. v. Scheurl modifizirte Art. I. so: „das Recht der Initiative für Gesetze, welche keine Abänderung in den Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde zum Gegenstande haben, steht ohne alle Beschränkung jeder der beiden Kammern zu. — Auch diese Modifikation fand Unterstützung. — Der Ausschuß hatte statt des Mittelsatzes gesetzt: „die keine Verfassungsgesetze sind." — Dekan Deininger sprach gegen alle Modifikation. — Der Hr. II. Präsident, Dr. Muller. Man nehme England zum Muster, dann müsse man die Modifikation von Stockinger unterstützen, beachte man aber lediglich unsere Lage, so könne man dieß nicht. Redner erörtert dieß geschichtlich. Er stimme also wohl gerne für die bezeichnete Modifikation; allein er halte sie noch nicht zeitgemäß. — Referent, Dr. Zenger, sprach glühend für Erhaltung der Monarchie — Bayern, Franken, Schwaben und Pfalz — Gott erhalt's. — Der Staatsminister des Innern, Frhr. v. Thon-Dittmer, sprach gegen die Modifikation des Hrn. I. Sekretärs; sie gehe zu weit, verlasse den Standpunkt der konstitutionellen Monarchie und stelle sich auf den der Demokratie. Es sey bedenklich, so weit zu gehen, hiezu können die Minister nicht rathen. Er stimme für die Modifikation des Ausschusses und des Abg. v. Scheurl. Zu einem Gesetze der Volksbewaffnung gehöre vorerst die deutsche Wehrverfassung. 50,000 Gewehre seyen bereits abgegeben worden. Man warte doch auch das Parlament in Frankfurt ab. Nicht Drängen und Treiben habe die Gesetze in die Kammer gebracht, sondern die Nothwendigkeit. — Hierauf wurde mit Verwerfung der Modifikationen von Stockinger und v. Scheurl diejenige des Ausschusses angenommen. — Art. II. (Zuständigkeit der Initiative für Tit. IV bis VIII und X. §. 1 bis 6 der Verfassungs-Urkunde) wurde von Edel modifizirt, daß noch Tit. V. eingesetzt werden solle. Dort handle sich's um Partikularrechte, warum solle man diese uns zur Abänderung entziehen? — Der politische Barometer steige und falle, wenn man etwas versäume, so werde es wohl oft doppelt eingebracht. — Die Modifikation wurde unterstützt. Abg. v. Scheurl sprach gleichfalls für sie. Siegelmäßigkeit müsse einmal wegfallen. Der II. Präsident Dr. Müller stimmte vollkommen bei. — Er wolle Ruhe, Ordnung und einen gemäßigten Fortschritt. — Gegen eine Aeußerung des Dr. Zenger als hätten die altbayerischen Landstände die Initiative nicht gehabt, übergab er als Gegenbeweis die Geschichte der Landstände von Rudhardt an den Redner. — Abg. v. Habermann sprach gegen die Modifikation des Dr. Edel, weil er sie für erfolglos halte. — Frhr. v. Thon-Dittmer. Die Weglassung des Tit. V. sey aus guten Gründen geschehen, weil seine Rechte auf Staatsverträgen beruhen. — Das Schicksal der Modifikation des Dr. Edel bedinge vielleicht auch dasjenige des Entwurfs. — Demohngeachtet wurde die Modifikation angenommen und somit Art. II. — Hiernächst wurde Art. III. (Recht zur Einberufung, Schließung und Vertagung) ohne Diskussion angenommen. — Bei Art. IV. wurde die Ausschußmodifikation (Art. II.) angenommen. — Art. V. wurde in gleicher Weise angenommen mit der Ausschußmodifikation, und Art. VI. eben so, obgleich der Hr. Minister des Innern nochmal erinnerte, daß das Schicksal des Entwurfes davon abhänge. — Ferner wurden angenommen Art. VII. nach dem Entwurf, und Art. VIII. mit der Ausschußmodifikation und Art. IX. — Nach Namensaufruf mit 106 gegen 9 Stimmen angenommen. — Dr. Edel liest jetzt den Beschluß über den erstern Gesetzentwurf, dessen Fassung genehmigt wurde. — Hierauf wurde die allgemeine Diskussion über den Gesetzentwurf „die Verantwortlichkeit der Minister" eröffnet. Niemand (die Müdigkeit war zu groß) ergriff das Wort. Bei der speziellen Debatte wurde Art. I. ohne Debatte angenommen und zwar nach der Fassung des Ausschusses, eben so Art. II. und gleichfalls nach Ausschußantrag Art. III. als Zusatzartikel; Art. 3 und 4, nun 4 und 5, wurden nach dem Entwurfe angenommen. Art. V., nun VI., nach dem Entwurfe angenommen. Art. VI des Ausschußantrags angenommen. — Art. VII. Habermann will statt besagt „verpflichtet" gesetzt wissen, weil die Minister ja auch die Verfassung beschworen. Art. VII nach der Ausschußmodifikation angenommen. Art. VIII ebenfalls nach der Fassung des Ausschusses angenommen. Art. XI soll mit Art. VI verbunden als Art. IX. nach dem Antrag des Ausschusses eingesetzt, und wurde so angenommen. Art IX. und X. angenommen; X und XI mit der Modifikation des Ausschusses angenommen. Art. XII mit der Modifikation des Ausschusses angenommen. Art. XIII. mit der Modifikation des Ausschusses angenommen. Art. XIV angenommen. Dittmar erklärte vor der Abstimmung über das ganze Gesetz, daß er in nächster Sitzung eine Anfrage bezüglich der vielen Petitionen der Schullehrer an den Minister des Kultus richten werde. Namensaufruf: mit 108 Stimmen, dann der Wunsch auf Vorlage des Gesetzes über den Staatsgerichtshof bei der nächsten Versammlung angenommen, die Sitzung geschlossen und die nächste auf Morgen anberaumt.

München, 22. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XII. auf heute um 9 Uhr Vormittags angesetzte öffentliche Sitzung.) 1. Verlesung des Protokolls der XI. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Fortsetzung der Berathung und Schlußfassung über den Gesetzentwurf: die Ablösung des Lehenverbandes betr.

---

*†München, 22. Mai. Die Frau Herzogin von Modena, Prinzessin Adelgunde von Bayern, ist gestern Abend vor 9 Uhr mit zahlreichem Gefolge hier eingetroffen.

München, 21. Mai. Die Titl. Herren Offiziere des k. k. Infanterieregiments Latour, mit ihrem Hrn. Oberst an der Spitze, haben Unterzeichneten mit einem Besuche beehrt und gebeten: „den sämmtlichen Bewohnern Münchens, und den treffenden Quartierträgern insbesonders, ihren wärmsten Dank für die so freundliche Aufnahme und Verpflegung ihrer Soldaten, worüber durchaus gleich freudige Stimme unter diesen herrsche und nicht eine entfernte Unzufriedenheitsäußerung laut geworden sey, öffentlich ausdrücken zu wollen; sie würden die in München verlebten zwei Tage nie vergessen." Der Unterzeichnete entledigt sich hiemit dieser angenehmen Aufgabe. Dr. Bauer, Bürgermeister.

Landau. Der hiesige Stadtrath hat beschlossen, daß, da kein Gesetz die Oeffentlichkeit seiner Sitzungen verbiete, in Zukunft jedem Bürger der Zutritt zu denselben frei stehe.

Baden.

Der „Oberrhein. Zeitung" schreibt man aus Karlsruhe vom 14. Mai: „Seit mehreren Tagen weilt der bayer. Ministerialrath Mositer, dem bekanntlich das Justizministerium in Baden angetragen worden ist, in unserer Mitte. Er hat jenen ehrenvollen Ruf zwar ausgeschlagen, aber sich gerne bereit erklärt, seine reifen Erfahrungen über das Institut der Schwurgerichte, die er sich in seiner frühern Stellung in Rheinbayern erworben hat, uns mitzutheilen."

Preußen.

Köln, 15. Mai. Es heißt, daß die hohe Geistlichkeit hier eine lange Conferenz gehalten hat; daß aber die jüngern Geistlichen auf geistliche Gerichte und Provinzialsynoden dringen, um nicht der absolutistischen Willkür der Bischöfe unterworfen zu bleiben.

Swinemünde, 14. Mai. Heute ist wieder ein englisches Schiff, von Bahia kommend, mit Erlaubniß der dänischen Fregatte in unseren Hafen gesegelt. Dasselbe hat vor dem 2. d. M., an welchem Tage die Blokade begann, in Helsingör klarirt und soll dies die alleinige Ursache seyn, daß die dänische Regierung seine ungehinderte Passage gestattet hat. Es steht sonach zu hoffen, daß auch die übrigen, vor dem Blokade-Termine in Helsingör klarirten Schiffe gleiche Vergünstigung erhalten und in diesen Tagen hier eintreffen werden. (Ostsee-Ztg.)

Posen, 17. Mai. Der kgl. Kommissarius, General der Infanterie v. Pfuel, hat nachstehende Bekanntmachung erlassen: „Nachdem ich durch meine Bekanntmachung vom 12. d. Mts. die Gränzlinie zwischen dem dem deutschen Bunde einzuverleibenden und dem zu reorganisirenden Theile des Großherzogthums Posen vorläufig bezeichnet habe, soll nunmehr sofort zur Errichtung der für den letzteren Theil zu bildenden neuen Regierung geschritten werden. Zum Präsidenten derselben ist der Rittergutsbesitzer Dr. v. Kraszewski ernannt, welchen ich ersucht habe, dieses Amt unverzüglich zu übernehmen. Da die Demarkationslinie mehrere landräthliche Kreise durchschneidet, so wird eine andere Kreiseintheilung erforderlich und es wird daher für die der neuen Regierung zuzutheilenden Kreise Folgendes bestimmt: I. Im Regierungsbezirk Posen: 1) die der Reorganisation unterliegenden Theile des posener und des kostener Kreises werden zu einem landräthlichen Kreise vereinigt, als dessen Kreisstadt einstweilen Kosten unbeschadet späterer Abänderungen bezeichnet wird; 2) von den Kreisen Schrimm und Schroda werden die dem deutschen Bunde einzuverleibenden Theile abgetrennt; im Uebrigen verbleiben diese Kreise in ihren gegenwärtigen Verhältnissen mit den beiden Kreisstädten Schrimm und Schroda; 3) der der Reorganisation unterliegende Theil des krobener Kreises bildet einen landräthlichen Kreis für sich mit der Kreisstadt Gostyn; 4) dasselbe gilt von den der Reorganisation unterliegenden Theilen des Krotoschiner Kreises, in welchem die Stadt Kozmin zum Sitz der Kreisbehörde bestimmt wird; 5) die Kreise Pleschen und Wreschen bleiben unverändert; 6) im adelnauer Kreise wird vorläufig die Stadt Adelnau zur Kreisstadt bestimmt; wegen Abtrennung der Stadt Ostrowo und eines Gebietes zur Verbindung mit Schlesien aber das Nähere vorbehalten; 7) vom schildberger Kreise wird die Stadt und Herrschaft Kempen abgezweigt. II. Im Regierungsbezirk Bromberg; 1) der gnesener Kreis bleibt unverändert; 2) die der Reorganisation unterliegenden Theile der Kreise Mogilno und Inowraclaw werden zu einem landräthlichen Kreise mit der Kreisstadt Trzemeszno vereinigt; 3) der der Reorganisation unterliegende Theil des wongrowiecer Kreises bildet einen besonderen Kreis mit der Kreisstadt Miescisko. Es wird übrigens durch diese Bestimmungen der Entscheidung über die bereits eingegangenen oder noch eingehenden Reklamationen in keiner Weise vorgegriffen. Diese Reklamationen, welche ich fortdauernd von beiden Nationalitäten noch anzunehmen bereit bin, können ihre Erledigung erst in einer späteren ruhigeren Zeit erwarten, weil sie nur dann erst ihrem Gewichte nach gewürdigt werden können. Ich werde nunmehr in den oben bezeichneten Kreisen ungesäumt die Wahl der Landräthe anordnen, auch wegen anderweiter Organisation der Polizeiverwaltung die erforderlichen Einleitungen treffen. Posen, den 14. Mai 1848. Der General der Infanterie, Inspekteur der 3. Armeeabtheilung und kgl. Kommissarius v. Pfuel." (Pos. Z.)

Schleswig-Holstein.

Kiel, 16. Mai. Privatbriefe aus Sundewitt wollen wissen, daß beim Morgengrauen des vorgestrigen Tages wiederum 200 Dänen von Alsen gelandet seyen, daß die hannoverischen Soldaten sogleich haben angreifen

wollen, von Halkett aber zurückgehalten worden, bis jene ziemlich vorgerückt waren; darauf seyen aber die Dänen angegriffen und größtentheils vernichtet, nur wenige sollen gefangen genommen, keiner aber entkommen und nach Alsen zurückgekehrt seyn. Die Verstärkung des 10. Armeekorps, 16,000 Mann, wird nächstens erwartet.

Lauenburg, 13. Mai. Der General v. Wrangel hat folgendes Schreiben an die lauenburgische Regierung gerichtet: „Einer ꝛc. Regierung beehre ich mich in der Anlage abschriftlich den Auszug des Protokolls der 38. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 28. April 1848 zur Kenntnißnahme zu übersenden. Eine ꝛc. Regierung wird daraus ersehen, daß die Bundesversammlung das Verfahren gemißbilligt hat, durch welches Sie das lauenburgische Truppenkontingent aus Holstein zurückgezogen haben und daß ich beauftragt bin, ohne Verzug Maßregeln zur Abhülfe zu ergreifen. Die Ueberzeugung, welche ich von der deutschen Gesinnung Einer ꝛc. Regierung, so wie von deren Gehorsam für die Befehle des deutschen Bundes hege, lassen mich hoffen, daß es genügen werde, Sie hierdurch aufzufordern: „Acht- und vierzig Stunden nach Empfang dieses Schreibens alle Mannschaften des lauenburgischen Kontingents nach Rendsburg in Marsch zu setzen, dort werden sie wieder equipirt und durch die dortige Kommandantur zu ihrem respektiven Korps instradirt werden.“ Eine ꝛc. Regierung ersuche ich, mir umgehend Anzeige über den Empfang dieses per Estafette abgehenden Schreibens zu machen und mir eine genaue Nachweisung über die Zahl der abzusendenden Mannschaften, sowie über die Truppenkorps, zu welchen sie gehören, einzusenden. Tief betrüben würde es mich, wenn eine ꝛc. Regierung durch Zögerung oder Nichterfüllung zur Anwendung von Zwangsmaßregeln mich nöthigen sollte. Kolding, den 6. Mai 1848. Der Oberbefehlshaber der Armee. (gez. v. Wrangel.“ (H. K.)

Oesterreich.

Wien, 16. Mai. Vom Ministerium ist uns folgende Mittheilung zugegangen: Nachdem durch wiederholte Deputationen von dem versammelten Ministerrathe die Zurücknahme des Tagesbefehls des Oberkommandanten der Nationalgarde gegen die Verhandlungen des politischen Komités derselben verlangt wurde, hat derselbe diesem Begehren nicht nachgeben zu können geglaubt und diese Entscheidung mit dem Beisatze ausgefertigt: daß es bei dem Beweise von Mangel an Vertrauen der Nationalgarde seine Stelle in die Hände Sr. Majestät niederlegen werde. Diese Erklärung wurde mit entschiedenem Mißfallen und mit der Erwiederung aufgenommen, daß die Sicherheit und Ruhe auf das höchste gefährdet und das Aeußerste zu besorgen seyn würde. Ebenso beunruhigende Nachrichten erhielten die Minister über die Richtung und über die vorherrschenden Sympathien für das gestellte Begehren, und über die Mittel, den in größter Gährung begriffenen Manifestationen des Volks Widerstand zu leisten. Diese Verhältnisse erforderten eine um so ernstere Erwägung als Tausende von Arbeitern in die Stadt geströmt waren, und Neigung zu gewaltsamen Schritten besorgen ließen. Sie erkannten es unter solchen Umständen für ihre heiligste Pflicht, mit Hintansetzung aller persönlichen Rücksichten, vor allem auf die Sicherheit des Thrones, der Dynastie und der Einheit der Monarchie bedacht zu seyn. Diese Pflichten geboten ihnen schwere Opfer zu bringen um größeres Unglück abzuwenden. Sie haben den angegriffenen Tagesbefehl außer Kraft gesetzt, die bereits von Sr. Majestät beschlossene gemeinschaftliche Besetzung der Stadtthore und der Burgwache mit dem Militär der Nationalgarde zugesichert, und eben so zugestanden, daß das erstere nur in jenen Fällen der dringendsten Gefahr, wo die Nationalgarde selbst darum bittet, herbeigerufen werde. Auch diese Zugeständnisse waren nicht hinreichend die aufgeregte Stimmung zu beruhigen. Die Feststellung der Verfassung durch den konstituirenden Reichstag wurde eben so wie eine Revision des Wahlgesetzes gefordert, und nur durch diese Bewilligung die Erhaltung der Ruhe als möglich erklärt. Vor allem berufen die geheiligte Person Sr. Majestät, den konstitutionellen Thron und die ernstlich bedrohte Sicherheit der Residenz zu schützen, zugleich aber die Ueberzeugung zu befestigen daß der Monarch zu jedem mit dem Gesammtwohle verträglichen Zugeständnisse geneigt sey, haben die Minister die Verantwortlichkeit übernommen Sr. Majestät vorzuschlagen den ersten Reichstag zu einem konstituirenden zu erklären, und die Wahlen für denselben auf eine Kammer zu beschränken, wodurch die für den Senat festgesetzten Wahlmodalitäten dießmal entfallen, und das provisorische Wahlgesetz einer neuen Prüfung unterzogen werden muß. So wenig sie für diese Maßregeln die Verantwortlichkeit ablehnen, so fühlen sie doch durch diese Vorgänge und durch ihren Schritt die Kraft und die Mittel gelähmt wodurch ihre Dienste der Krone zur Stütze dienen können. Ihr Pflichtgefühl hat ihnen daher die unabweisliche Nothwendigkeit auferlegt, die ihnen anvertrauten Ministerien in die Hände Sr. Majestät niederzulegen, um den Monarchen in den Stand zu setzen sich mit Räthen zu umgeben, welche sich einer allgemeinen und kräftigen Unterstützung erfreuen. (Wien. Z.)

Wien, 18. Mai. Heute Morgen ist die Bevölkerung unserer Stadt von der Nachricht überrascht worden, der Kaiser, der Erzherzog Franz Karl und seine drei Söhne haben Wien verlassen und den Weg nach Innsbruck eingeschlagen. Die Kaiserin-Mutter wollte gestern eine größere Reise unternehmen, die kaiserliche Familie und der Hof begleiteten sie im gewöhnlichen Wagen wie zu einer Spazierfahrt, niemand versah sich einer Flucht, erst Abends um 9 Uhr wurden die Minister davon unterrichtet. Die Bestürzung ist allgemein, Befürchtungen und Gerüchte kreuzen sich. Der Erzherzog Johann soll heute hier eintreffen, seine Gegenwart in diesem Augenblick wäre von größter Wichtigkeit. (A. Z.)

Prag, 16. Mai. Es stellt sich immer mehr heraus, daß die Ultra-Tschechen durch die Vorfälle am 10. eine große Schlappe erhalten haben. Selbst ihr Organ, Hawlitscheks vaterländische Zeitung, gesteht, daß ein bedeutender Theil der Prager gegen das Swornostkorps aufgebracht ist. Das Bürgerkorps, die Nationalgarde und die Studentenlegion sandten eine Deputation an den Kommandirenden, Erzherzog Karl Ferdinand, die ihre Entrüstung über die Vorfälle des 10. Mai aussprach, und ihm die Versicherung des besten Einverständnisses und Zusammenhaltens der Garden mit dem Militär gab. Zugleich bat sie schleunigst einen General zum provisorischen Oberkommandanten der Nationalgarde zu ernennen. (Generalmajor Fürst Lobkowitz ward sogleich hiezu bestimmt.) Die Nationalgarde verlangte von den Deputirten des 10. Mai, Dr. Roskoschny, Faster und Wanka, als Genugthuung: daß sie vor dem Appellationsgericht ihre gerichtlich abgegebenen Aussagen hinsichtlich der Betheiligung der Nationalgarden an dem Exceß feierlichst widerrufen sollen. Hierauf erklärten die drei Beschuldigten: daß das Protokoll von dem Appellationsgericht nicht richtig aufgenommen worden(!). Demgemäß verfügte sich die Kommission der Nationalgarde zum Appellationsgericht, welches gestern entschied, daß eine Aenderung des Protokolls nicht vorgenommen werden könne, da das Protokoll den drei Genannten vorgelegt, von ihnen gelesen und unterfertigt worden. Die Nationalgarde kann nun nichts anderes thun, als gegen die drei Deputirten bei der Strafbehörde klagbar auftreten. Die ganze Stadt ist über das Benehmen der Ultra-Tschechen empört. Die Stadtverordneten wollen die drei, die zum engern Bürgerausschuß gehören, aus ihrer Mitte ausschließen. Aus diesem, zwölf Mitglieder zählenden Ausschuß, sind so eben vier Personen ausgeschieden; müssen nun die drei austreten, so bleiben nur fünf. — Aus dem Nationalausschuß ist so eben auch Buchhändler Borrosch ausgetreten, weil man ihn am 12. dreimal nicht zu Wort kommen ließ, als er gegen den Antrag: von Seite des Ausschusses eine öffentliche Kundmachung an die Gemeinden Böhmens in Bezug auf die deutsche Parlamentsfrage zu senden, protestiren wollte. Dieß heißt bei den Herren ein parlamentarisches Verfahren! (A. Z.)

Grätz, 11. Mai. Die hiesige Zeitung berichtet, daß die immer schroffer hervortretende Spaltung zwischen Deutschen und Slaven in der Bürgerschaft den Wunsch hervorgerufen, namentlich auf der Universität dem Zwiespalt zu begegnen. Eine in dieser Beziehung vom Gubernialrath Wagner Namens der Bürgerschaft an die akademische Legion überreichte Adresse ward zwar Namens der Universität dankend angenommen. Aber die nun sich entspinnende Debatte stellte die Frage auf die Spitze, ob eine Partei unterliegen und der andern das Feld räumen, oder ob beide nachgeben sollten. Der letzte Vermittlungsversuch war die Zusammensetzung eines Ausschusses aus Slovenen (mit Ausschluß der Kroaten) und Deutschen, welche eine Aussöhnung herbeiführen soll.

Krain. Der Beschluß der Krainer Stände einen Antrag um ein Ablösungsgesetz zu stellen, ist am 16. Mai von dem ständischen Ausschuß vollzogen worden. Ein Ausschuß wird unter Zuziehung nichtständischer Gutsbesitzer und Bauern über die wünschenswerthen Grundzüge des Gesetzes berathen und diese dem Reichstag zur Entscheidung vorlegen.

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 12. Mai. In Folge des vorgestrigen ernstlichen Zusammenstoßes des Militärs mit Bürgern und Studenten hat Baron Lederer, der Kommandirende von Ungarn, gestern Ofen heimlich verlassen, nachdem das Ministerium ihn seines Amtes enthoben und der General Baron Boynebürg provisorisch an seine Stelle gesetzt hatte. Heute zeigt das Ministerium an: da man vermuthe, daß sich Baron Lederer nach Wien begeben habe, so sollen bei der dortigen Regierung durch unsern Minister des Auswärtigen, Fürsten Esterhazy, Schritte um dessen Auslieferung gethan werden. Heute war hier große Volksversammlung, wobei heftig gegen Lederer demonstrirt und Genugthuung verlangt wurde. Es begab sich auch eine Deputation deßhalb zum Palatin. — Aus Siebenbürgen vernehmen wir, daß sich die dortigen Deutschen entschieden gegen eine Union mit Ungarn erklärten; die österreichische Fahne weht in Hermannstadt. Auch die Wallachen sind gegen eine Vereinigung mit Ungarn. (A. Z.)

Italien.

Die „Allgemeine Zeitung“ erhielt folgende Zuschrift „Geehrte Redaktion! In mehreren Berichten Ihres schätzbaren Blattes über das am 6. d. M. vor Verona stattgefundene Gefecht habe ich mit wahrem Bedauern, um nicht zu sagen mit Entrüstung, die den italienischen Truppen zugedachten Anschuldigungen gelesen. Ich hatte die Ehre, an diesem Tage den von Tombetta bis nach St. Lucia einschlüssig dieses Orts reichenden linken Flügel zu befehligen. Alle unter meinem Commando stehenden Truppen, Deutsche so wie Italiener, haben sich mit gleichem Muthe, mit gleicher Tapferkeit geschlagen. Der Ort St. Lucia war in seiner rechten Hälfte von dem braven 10ten Jägerbataillon, in seiner linken von dem nicht minder tapfern (italienischen) 3ten Bataillon Erzherzog Sigismund besetzt. Beide Bataillone hielten durch 3½ Stunden gegen die heftigsten Angriffe eines zum wenigsten 4fach überlegenen Gegners rühmlichst Stand, und zogen sich erst dann fechtend von Haus zu Haus zurück, als einerseits bereits die Munition verschossen, andrerseits der Ort in seiner Flanke umgangen war. Nicht minder rühmlicher Erwähnung verdient das meinen Befehlen unterstandene italienische Grenadierbataillon d'Anthon, welches zur Aufnahme der von St. Lucia sich zurückziehenden beiden Bataillons hinter diesem Orte aufgestellt war, und durch sein kühnes und standhaftes Aushalten in einem gleichfalls beinahe unausgesetzten 3stündigen Kugelregen das Gefecht daselbst zum Stehen brachte. Als im spätern Verlaufe desselben nach eingetroffenen Verstärkungen wieder zum Angriff gegen St. Lucia vorgegangen wurde, waren es das 3te Bataillon Erzherzog Sigismund und das 3te Grenadierbataillon d'Anthon, welche in Verein mit einem Bataillon Geppert (gleichfalls Italiener) und mit den den Befehlen des Hrn. Generalmajor Grafen Clam-Gallas unterstehenden beiden Bataillons Reisinger und Prohaska den Sturm in erster Linie durchführten, und den wiederholten Zurufen des Feindes: „Venite fratelli sotto le nostre bandiere! Venite compatrioti!“ theils mit Dechargen, theils mit einem „avanti colla bajonetta!“ antworteten. Es möge der Beurtheilung Ihrer Leser überlassen bleiben, inwiefern eine solche Truppe derlei Vorwürfe, als wie die Außerordentliche Beilage Ihres Blattes vom 11. d. M. deren enthält, wirklich treffen können. Besonders aber mögen gediegenere und an Erfahrungen reichere Militärs als ich selbst entscheiden, ob ein Bataillon, wie z. B. jenes 3te von Erzherzog Sigismund, welches bei einem Stande von beiläufig 550 Feuergewehren mit 16 Todten und 51 Verwundeten ein 8stündiges, beinahe unausgesetztes Feuergefecht siegreich beendete, solchen Tadel auch nur im entferntesten verdienen kann. Daß der Sturm auf St. Lucia erst nach wiederholtem Versuche gänzlich gelang, und einzelne schwache Plänklerabtheilungen, welche in diesem ganz waldähnlichen Terrain von ihrer Hauptkolonne abgekommen, und durch starke geschlossene feindliche Abtheilungen angegriffen wurden, hin und wieder mo-

Digitized by Google

menian zurückwichen, wird jeder, der den Krieg und die hiesigen Bodenverhältnisse nur halbwegs kennt, wohl sehr begreiflich finden. Nur Unverstand oder böswillige Absicht aber, die unter die Truppen selbst den Samen der Zwietracht zu streuen zum Zweck hat, kann über derlei geringe, unter allen Verhältnissen und zu allen Zeiten immer vorgekommene nichtssagende Schwankungen gleich einen ganzen Truppenkörper, eine ganze Nation verdammen wollen. Noch bis zur Stunde, Dank sey es unsern Führern, kannte man in der Armee keine andern Rivalitäten, als jene, daß ein Truppenkörper es dem andern an Tapferkeit voraus zuthun sich bemühte. Der 6. Mai gab hievon wiederholt glänzende Beweise, welche seiner Zeit in das wohlverdiente Licht zu stellen die Aufgabe und Pflicht der Kriegsgeschichte seyn wird. Die für den Augenblick mir zunächstliegende aber besteht darin, der Oeffentlichkeit gegenüber zu erklären, daß alle jene Anschuldigungen, welche man den italienischen Truppen über ihr Benehmen im Gefecht bei St. Lucia am 6. d. gemacht hat, im hohen Grade falsch und ungerecht seyen, und daß die Truppen sich mit eben solcher Bravour, Hingebung und wahrer Todesverachtung geschlagen haben, als dieses bei den übrigen Truppen der Fall gewesen ist. Geschrieben im Feldlager zunächst St. Lucia am 14. Mai 1848. Karl Fürst zu Schwarzenberg, k. k. Feldmarschallieutenant."

Treviso wurde, wie die neueste „Wiener Ztg." meldet, in der Nacht vom 12. Mai mit Kartätschen und Brandraketen beschossen; man habe, da nirgends auf Hilfe zu rechnen gewesen, auf den 13. die Uebergabe erwartet. Bekanntlich sagte der gestrige Bericht der Wiener Zeitung — die übrigens Nugents Korps nur auf 30,000 Mann angibt — ein Theil operire gegen Mestre — also direkt gegen Venedig, doch ist dies bis jetzt durch keinen andern Bericht bestätigt.

Der Gemeinderath von Modena hat einen Aufruf erlassen, worin er den Anschluß dieses Landes an Sardinien oder vielmehr an das neu zu bildende starke konstitutionelle Königreich Ober-Italien, dessen Regent Karl Albert werden soll, vorschlägt. In dem Dokumente kommt unter Anderm folgende merkwürdige Stelle vor: „Deutschland, das nicht von fremder Herrschaft unterdrückt, aber nicht geeint, blos konföderirt ist, Deutschland hat nicht jene Schwere im Gleichgewicht Europa's, die es seiner Größe und den Eigenschaften seiner Einwohner nach in Anspruch zu nehmen hätte.

(Augsb. Abdz.)

Frankreich.

Paris, 17. Mai. Die militärische Bewachung von Paris dauert fort; heute Nacht kampirten auf allen Plätzen Bataillone der Nationalgarde, an allen Straßenecken standen Schildwachen, und starke Patrouillen durchzogen nach allen Richtungen die Stadt. Vor dem Saale der Nationalversammlung stehen 8 Kanonen, hinter demselben 4; ungefähr 10,000 Mann lagern um den Sitzungspallast. Die Verhaftungen dauern fort; man nennt unter den Verhafteten Hrn. Bocquet, Adjunkten des Maires des 12. Stadtbezirks, Raisan, Gouverneur des Pallastes Luxemburg u. A. Mehrere Klubbs sind durch die Nationalgarde geschlossen; in einem, dem Klubb Molière, kam es zum Handgemenge, es wurde von beiden Seiten gefeuert, und drei Nationalgardisten und zwei Klubbisten wurden erschossen. Die Gazette des Tribunaux gibt die Zahl der Verhafteten auf 200 an. Cabet, dessen Name in den letzten Ereignissen vielfach genannt wurde, ist in diesem Augenblicke in Marseille, wo er Vorlesungen über den „ikarischen Kommunismus" hält. Man erfährt jetzt, daß Sobrier am 15. Nachmittags um halb 4 Uhr in das Ministerium des Innern gedrungen war, mit ungefähr 100 Mann alle Posten besetzte, und sich des Siegels des Ministers des Innern bemächtigte. Allein schon nach einer Viertelstunde ward er von der Nationalgarde vertrieben. Der Polizeipräfekt Caussidière, der gestern Mittag noch eine Proklamation anschlagen ließ, dann in der Kammer seine Entlassung anbot, hat gestern Abend auch seine Entlassung als Volksvertreter gegeben. Die Vorbereitungen zu dem großen Eintrachtsfeste auf dem Marsfelde sind vorläufig eingestellt. (K. Z.)

Paris, 17. Mai. Ein Dekret der Regierungskommission im heutigen Moniteur regelt die Zusammensetzung der „republikanischen Garde" in der Art, daß sie aus 2000 Mann zu Fuß und 600 zu Pferde bestehen und sogleich neu organisirt werden wird. Ein anderes Dekret löst die bisher bestandenen unregelmäßigen Korps der republikanischen Garde, die „Montagnards," die „Lyoner" rc. auf, verfügt jedoch, daß die Mitglieder dieser Korps, wenn sie den aufgestellten Bedingungen entsprechen, vorzugsweise in die neue republikanische Garde aufgenommen werden können. Die Abdankungen des Polizeipräfekten Caussidière und seines Generalsekretärs sind von der Regierung angenommen. (K. Z.)

Abd-el-Kader befindet sich jetzt, seit dem 2. Mai, mit sechs arabischen Familien (die des Emir allein mit Inbegriff der Slaven zählt 30 Personen) auf dem Schlosse zu Pau. Die ganze Gesellschaft, ungefähr 90 Köpfe ist im zweiten und dritten Stockwerk des Flügels der Südseite untergebracht. Die Anwesenheit des seltenen Gasts lockt viele Neugierige herbei. Bequé, Maire von Pau, und seine Adjunkten machten ihm einen Besuch, er drückte ihnen in warmen Worten seine Sympathien für die Einwohner der Stadt, seine Bewunderung der unter den Fenstern seines Gefängnisses ausgebreiteten Landschaft aus. „Ueberall", sagte er, „sind die Bäume grün, aber das Grün der Eurigen scheint noch etwas lachenderes zu haben." Eine große Zahl Damen wurde ihm vorgestellt, und er empfing sie mit bezaubernder Artigkeit. Diese Besuche, heißt es im „Mémorial des Pyrenées" vom 4. Mai, scheinen ihm nicht zu mißfallen, er plaudert gern mit den Besuchern, aber in allen seinen Unterhaltungen kommt das Wort Freiheit jeden Augenblick. Als man ihm die Frau eines Offiziers, der bei den eisernen Thoren gegen ihn gekämpft hatte und der zum Volksvertreter ernannt worden ist, Lestapis, vorstellte, so erwiederte er: der Gatte dieser Dame ist ein tapferer Mann, und weil er jetzt Repräsentant des Volks, so schreibe sie ihm, daß er sich bei der Regierung verwende, damit ich bald frei werde. Auf die Anzeige des Obristen Daumas, daß eine beträchtliche Zahl am Thor stehe und ihn zu sehen wünsche, verlangte Abd-el-Kader man möchte das Volk in den Hof hereinlassen und eilte sich ihm zu zeigen. Er erschien am Fenster und ertheilte dem Volk Segensprüche, die der Obrist übersetzte. Sie wurden mit einhelligen Merkmalen der Theilnahme aufgenommen. Die Aufsicht der Obristen Daumas und Heureux ist nun beendigt, jener übernimmt wieder sein Spahiregiment in Afrika, dieser kehrt nach Paris zurück um sich zur Verfügung des Kriegsministeriums zu stellen, und zwei Hauptleute, Boissenet und Fournier, ersterer des Arabischen mächtig, werden die Sorge für das Schloß und dessen Bewohner übernehmen.

Großbritannien.

Das „Chronikle" ist über die dänische Blokade sehr ungehalten. „Berichte aus Dänemark und Deutschland", sagt diese Zeitung, „zeigen an, daß die Flotte Sr. dänischen Majestät mit aller Gewalt die furchtbaren Blokademaßregeln zur gänzlichen Vernichtung des auswärtigen deutschen Handels fortsetzt. Man darf hoffen, daß die Vermittelung Englands bald den Erfolg haben werde, diesem Kriege ein Ende zu machen, welcher zugleich für unsern kontinentalen Handel in hohem Grade nachtheilig ist. Dieselbe Hoffnung sprechen die „Times" aus: „Wenn dieser Zustand der Dinge, in Folge fortgesetzter Okkupation Dänmarks durch die Deutschen, andauern sollte, wird die britische Regierung gebieterisch dazu aufgefordert seyn, einem Zustande der Dinge ein Ende zu machen, bei welchem wir als Neutrale vielleicht in höherem Grade benachtheiligt sind, als beide kriegführende Theile." Dabei fahren die Times fort, einseitig für Dänemark Partei zu nehmen und die von diesem getroffenen Maßregeln zu rechtfertigen, „wodurch es die Deutschen für eine der ungerechtesten und unverantwortlichsten Gebietsverletzungen, welche die Geschichte kennt, zu strafen sucht. (!) Wir müssen den Schaden welchen unsere Handelsinteressen durch diesen Krieg erleiden, auf diejenigen zurückwerfen, welche ihn begonnen haben" u. s. w. Durch alle Schminke sittlicher Entrüstung schlägt auch hier die Naturfarbe jenes Eigennutzes durch, welcher für die Times charakteristisch ist.

Die Ursachen der großen Handelsstockung des vorigen Jahres waren zu vorübergehend, als daß wir davon Englands Verarmung befürchten mochten. In der That sind schon jetzt von dem Unglücke, welches einzelne hart genug traf, im allgemeinen Verkehre kaum noch Spuren zu entdecken. Das Geld ist längst von allen Seiten zurückgeströmt und ganz wohlfeil geworden. Für die besten Sicherheiten gibt man wenig über Drei von Hundert Zinsen. Die Bank von England hat über 13 Millionen baar in ihren Kellern liegen, und auch die Provinzialbanken haben mehr Goldmünzen als gewöhnlich im Vorrath. Die Unruhen in den übrigen Ländern Europas müssen freilich dem Absatze dorthin Abbruch thun, und die Unterbrechung des Handels mit dem nördlichen Deutschland wird bereits auch in den Fabriken gefühlt. Doch ist seit zehn Tagen etwas mehr Leben eingetreten, in Folge günstigerer Nachrichten aus Indien. Die Quellen des Absatzes für britische Erzeugnisse sind so manichfach, daß selten überall und noch seltener nirgends auf der Welt sich starker Begehr dafür findet.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 23. Mai: „König René's Tochter," lyrisches Drama von Leo. Hierauf: „Das Tagebuch," Lustspiel von Bauernfeld. — Dem. Hausmann: Jolanthe und Lucie.

Königliches Odeon.

Montag den 22. Mai, zum Besten eines Augenkranken **musikalisch-deklamatorische Abendunterhaltung** im Saale des königl. Odeon von

G. A. Hanisch.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Graf Lembsdorff aus Kurland; Graf Petrowitz aus Oesterreich.

Hôtel Maulick. HH. Frauenknecht, Privatier, und Mayr, Kaufmann v. Memmingen; Aberwitz, Rentier v. St. Petersburg; Hesse, Kaufmann v. Barmen; Jordan, Kaufmann v. Elberfeld.

Gold. Hahn. HH. Frhr. v. d. Pfadlen, Staatsrath von Wien; v. Göller, Forstrath v. Linz; Wagner, Künstler von Berlin; Neumüller, Bürgermeister, und Schmaus, Gutsbesitzer v. Neustadt.

Blaue Traube. HH. Preus, Dr. med. von Christiana; Liesau, Dr. med. v. Köln; Kurzer, k. k. österreichischer Major, und Schubert, k. k. Lieutenant; Lock, Verwalter v. Theresienthal.

Stachusgarten. HH. Klein, Privatier v. Stuttgart; Pettenhofer, Forstpraktikant v. Haag.

Gestorbene in München.

Anna Geiger, ehem. Zuckerbäckerin v. h., 90 J. alt; Josepha Wilhelm, Lebzelterstochter von Pfaffenhofen, 32 J. alt; Georg Fischer, Kutscher v. Löschwitz, Ldg. Kemnath, 40 J. alt; Marg. Schuster, Schuhmachersfrau von der Au, 63 J. alt.

Edictalladung.

2350. (3c) In Folge Erkenntnisses des k. Appellationsgerichts von Oberbayern als Criminalgericht vom 17. März d. Js. wird der Handelsmann Joseph Ullmann von Kriegshaber hiemit aufgefordert, innerhalb 3 Monaten von heute an bei dem unterfertigten Gerichte zu erscheinen, und sich wegen der wider ihn vorliegenden Anschuldigung eines Verbrechens der Unterschlagung zu verantworten.

München, den 23. März 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Director:

Barth.

Leitmair.

Pfandauslösung und Versteigerung.

2394. (3c) Mittwoch den 24. Mai 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat April 1847 und zwar von:

Nr. 44,717 bis 63,013.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Montag den 29. Mai öffentliche Versteigerung.

München, den 29. April. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt I. der Stadt München.

L. Negrioli, Magistratsrath.

Hannes, Cassier. v. Zech, Controleur.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 135.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir [illegible]-Gasse Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 6 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag | XLIX. Jahrgang. | 23. Mai 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 19. Mai. **Fünfundfünfzigste Sitzung der deutschen Bundesversammlung.** Statt des auf sein Ansuchen zurückberufenen bisherigen Bundespräsidialgesandten, Grafen Colloredo, tritt an dessen Stelle ein: der Appellationsrath für Niederösterreich und ständische Verordnete Ritter v. Schmerling. Für Mecklenburg-Schwerin tritt in die Bundesversammlung ein der Regierungsrath Dr. Karsten. Zur 54. Sitzung ist nachzutragen die Anzeige des k. sächsischen Gesandten, daß er für Berathung des vorliegenden Verfassungsentwurfs Instruktionen erhalten habe. Auf die Anzeige des Fünfzigerausschusses, daß der Bürgerverein in Limburg darüber Beschwerde geführt habe, daß von dem Gouverneur in Maestricht die in Limburg bei Gelegenheit der Wahlen zum deutschen Parlament aufgesteckten deutschen Fahnen wieder abzunehmen befohlen worden sey, wird beschlossen, durch die luxemburgische Gesandtschaft Aufklärung über diese Handlung einzuziehen. Eine Eingabe der lauenburgischen Regierung über die an sie ergangene Aufforderung des Generals v. Wrangel wegen Stellung des Kontingents zum 10. Bundesarmeekorps wird dem politischen Ausschuß zugewiesen. Der preußische Gesandte zeigt an, daß früher in Köln keine durchziehenden Polen zurückgehalten oder abgewiesen worden seyen, und daß seit der Beschränkung des unentgeltlichen Transports auf die dem Großherzogthum Posen Angehörigen keine weitern Zuzüge angekommen und wenige Zurückkommende ihrem Verlangen gemäß nach Straßburg instradirt worden seyen. Aus einem Berichte des Marineausschusses wurden die Maßregeln entnommen, welche wegen wirksamen Schutzes der deutschen Nordküste ergriffen worden sind. Um zu der Einführung der nothwendigen Freiheit des innern Verkehrs und zu einem großen einheitlichen deutschen Handels- und Zollsystem in möglichst kurzer Frist gelangen zu können, beschließt die Bundesversammlung, an die sämmtlichen jetzt noch durch verschiedene Zollsysteme getrennten deutschen Bundesstaaten, nämlich: 1) an Oesterreich, 2) an Preußen und die mit Preußen in einem Zollvereine verbundene Staaten, 3) an Hannover und die mit ihm im Steuerverein verbundene Staaten, 4) an das Herzogthum Holstein, 5) an die beiden Herzogthümer Mecklenburg, 6) an die drei freien Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg die Aufforderung ergehen zu lassen, sofort sachverständige Männer hierher nach Frankfurt zu senden, welche über ein gemeinschaftliches Handels- und Zollsystem sich zu verständigen und die geeigneten Vorschläge zur Ausführung zu machen haben. Der Gesandte von Braunschweig beantragt die Ergreifung von Maßregeln, wegen gleichförmiger Bildung der Landwehr neben der Bürgerwehr. Dieser Antrag wird dem Militärausschuß zugewiesen.

Frankfurt, 19. Mai. Der größte Theil der heutigen Sitzung der deutschen Nationalversammlung war der Wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreters, sodann der Bildung der allgemeinen Ausschüsse nach Abschnitt I. Nr. 2 der vorläufigen Geschäftsordnung gewidmet. Vorläufiger Präsident ist, wie bereits veröffentlicht, Heinrich v. Gagern, dessen Stellvertreter v. Soiron. Vorläufige Schriftführer bleiben Stromeyer von Graz und Riehl von Zwettl. Für die allgemeinen Ausschüsse wurden sämmtliche Mitglieder auf v. Redens Antrag in 15 Abtheilungen durch das Loos vertheilt. Nach erfolgter Konstituirung durch Wahl eines Vorstandes und Schriftführers haben dieselben je ein Mitglied für die gestern beschlossene Kommission zur Berichterstattung über die definitive Geschäftsordnung zu wählen. Sodann haben die Abtheilungen die gegenseitige Prüfung der Vollmachten der Mitglieder vorzunehmen. Die endgültige Entscheidung ist der Nationalversammlung für den Fall vorbehalten, daß nach der Ansicht der betreffenden Abtheilung der Ausschluß erfolgen müßte. Anträge, nach welchen die überhaupt angefochtenen Wahlen (von Rüder gestellt), dann diejenigen Wahlen, in welchem es sich um eine Prinzipienfrage handle (v. Venedey), der endgültigen Entscheidung der ganzen Versammlung vorgelegt werden sollen, wurden durch Stimmenmehrheit abgelehnt. — Dem abtretenden Alterspräsidenten wurde durch Aufstehen der Dank der Versammlung ausgesprochen. Ferner wurde auf den Antrag Grumprecht's aus Lüneburg der Vorsitzende, v. Gagern beauftragt, der Stadt Frankfurt den Dank der Versammlung für den ihr bereiteten festlichen Empfang auszusprechen. Die Ernennung der zur Prüfung der Thätigkeit der vorbereitenden Kommission zu erwählenden Kommission wurde dem Bureau übertragen. Vor Schluß der Sitzung stellte Raveaux von Köln den Antrag, die Versammlung solle aussprechen, daß diejenigen Mitglieder der Nationalversammlung, welche gleichzeitig Mitglieder der preußischen konstituirenden Nationalversammlung seyen, beide Wahlen zugleich sollten annehmen können. Raveaux verlangte, daß dieser Antrag, da die preußische Nationalversammlung bereits am 22. Mai zusammentrete, und das preußische Ministerium die Annahme der einen oder andern Wahl verlangt habe, in einer auf morgen anzuberaumenden Sitzung zur Berathung kommen solle. Darüber, ob dieß geschehen oder ob die Sache nach der provisorischen Geschäftsordnung vorerst an den Ausschuß gewiesen werden sollte, entspann sich eine lebhafte Debatte. Auf der einen Seite, besonders von Mitgliedern aus Preußen (z. B. v. Beckerath, Stedtmann ꝛc.) wurde die Wichtigkeit der Frage anerkannt, eben deßhalb aber die erschöpfendste Prüfung und darum die Einhaltung des geschäftsordnungsgemäßen Weges anempfohlen. Es würde eine betrübende Wendung seyn, wenn zwischen beiden Körpern (der deutschen und der preußischen Nationalversammlung) ein Zwiespalt entstände. Diesen zu vermeiden, sey wohl der Antrag gestellt, der aber auch darum der reiflichsten Erwägung bedürfe. Man solle kein Mißtrauen hegen gegen die preußische Regierung. Auch die Mitglieder selbst würden wohl ermessen, was ihre Pflicht sey. Durch die Verschiebung sey nichts präjudizirt. Auch solle man bedenken, daß die preußische Nationalversammlung nicht bloß der Verfassungsangelegenheit wegen, sondern auch zu andern Angelegenheiten der Gesetzgebung und der innern Versammlung berufen sey. Auf der andern Seite (von Blum, Wiesner, Kolb und Grumbrecht ꝛc.) wurde auf möglichst beschleunigte Berathung gedrungen. Wenn sich ein Zwiespalt erhöbe, so wäre es nur ein solcher zwischen den gesetzlichen Vertretern von ganz Deutschland und denjenigen eines Theils. Es sey Gefahr, wenn im Norden eine Versammlung, zahlreich wie die hiesige, über dieselben Gegenstände verhandle und beschließe. Am 22. Mai solle diese Versammlung zusammentreten; wenn morgen kein Beschluß erfolge, sey es zu spät. Durch Formalitäten sey heute die Zeit zersplittert worden; warum wolle man jetzt bei der ersten großen unermeßlich wichtigen Frage die Erledigung hinausschieben? Wenn man sich jetzt ganz passiv verhalte, so könnten die besten Kräfte für die Nationalversammlung verloren gehen. Die preußische Regierung habe schon lange gewußt, daß die deutsche Nationalversammlung zusammentrete; der Fünfzigerausschuß habe seine Pflicht gethan, sie noch aufmerksam zu machen. — Der größte Theil der Versammlung wollte keine Fortsetzung der Verhandlung. Die Zeichen der Ungeduld erhoben sich, als der Vorsitzende bemerkte, daß noch eine nicht geringe Zahl von Rednern sich gemeldet habe, Raveaux selbst erklärte sich nun unbegreiflicher Weise einverstanden mit der Vertagung auf den nächsten Montag, die dann auch von der Versammlung beschlossen wurde. Die nächste öffentliche Sitzung ist am 22. Mai Vormittags 11 Uhr. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Die deutsche Nationalversammlung hat beschlossen, die vollständigen stenographischen Protokolle ihrer Verhandlungen drucken und veröffentlichen zu lassen; und es wurde die Vorsorge getroffen, 1) daß diese Protokolle so vollständig und treu als nur immer möglich hergestellt werden, eine Authentizität derselben kann natürlich die Nationalversammlung nicht zusagen; 2) daß die Protokolle immer am Tage nach der entsprechenden Sitzung ausgegeben werden können, 3) daß dieselben um den möglichst billigen Preis abgegeben werden, so daß je 100 Bogen in Quart nur 1 fl. K.-M. oder 1 fl. 12 kr. rhein. oder ⅔ Thlr. preuß. kostet, diese Protokolle können allenthalben von den nächsten Posten bezogen werden. Wir haben an alle Tit. Regierungen und Postbehörden das Ersuchen gestellt, daß für diese Protokolle weder eine Stempeltaxe, noch ein Porto, noch eine Expeditionsgebühr berechnet werde, und wir hoffen daher, daß die Leser in ganz Deutschland nur den oben bezeichneten Preis, der kaum Druck und Papier deckt, dafür zu zahlen haben werden. Wir ersuchen alle Redaktionen von deutschen Zeitungen, welche unsern Wunsch der möglichsten Verbreitung der bezeichneten Protokolle theilen, daß sie diese Anzeige in ihr Blatt bald gefälligst aufnehmen möchten. Frankfurt a. M., den 20. Mai 1848. Im Namen der Nationalversammlung das mit der Veröffentlichung der Protokolle beauftragte Komité. Bassermann. Biedermann. Eisenmann. Haßler. Wigard.

Bayern.

Landtag.

**München, 20. Mai. (XIII. und XIV. Sitzung der Kammer der Reichsräthe: „Berathung über das Ablösungsgesetz.) Bei der allgemeinen Diskussion sprachen sich die meisten Redner für die Annahme des Gesetzes aus, so Reichsrath v. Armansperg, welcher zwar den Grundsatz des Rechts im Gesetz nicht beobachtet, aber doch in den Modifikationen der II. Kammer eine Anbahnung zum Recht findet, Erzbischof Graf Reisach dagegen hält blos die Fixation der Grundrenten nothwendig, obwohl schon dadurch viele Rechte verloren gehen; durch die Modifikationen der Kammer der Abgeordneten sey wohl der Zwang der Abtretung an den Staat scheinbar beseitigt, moralisch bestehe er aber doch. Derselbe schildert die Nachtheile der Annuitätenzahlung, der Verpflichtete mache sich dadurch auf Kosten des Berechtigten frei. Weitere Nachtheile seyen, daß viele katholische und protestantische Pfründen eingehen müßten, daß der freie Bauernstand, der Kern unserer Nation, sich vermindern, große Güterkomplexe sich bilden und lediglich Verhältnisse von Pächtern darauf eintreten

würden. Der Klerus sey in seiner Gesammtheit wohl zu Opfern bereit, er habe es bewiesen, aber solche Opfer könnte er, als Gott und der Nation verantwortlicher Verwalter der Stiftungen, nicht bringen, ohne sein Gewissen zu verletzen. — Graf Giech beklagt die späte Vorlage dieses Gesetzes, jetzt seyen erst Opfer zu bringen, die früher entbehrlich gewesen, die Schuld trage die Verwaltung des Mannes, der ausgerüstet mit großen Kenntnissen und Vertrauen, sein Wirken nur dazu benützt, den Fortschritt zu hemmen und die Fackel der Zwietracht unter die Konfessionen zu schleudern; er stimme mit Aufrichtigkeit für das Gesetz. — Graf Arco-Valley sieht dagegen in dem Gesetze einen bedeutenden Ausfall für den Staatshaushalt und Vermehrung der Proletarier, nicht minder Freigebung des Wuchers und Unmöglichkeit des Staats, die Seinen zu unterstützen und die Lieferung für die Armee an Getreide zu bewerkstelligen; er hätte Zehentfixation und Fixirung der Laudemien unter Aussetzung von Prämien und mit Nachlaß gewünscht, die Kirche und Stiftung aus dem Spiel gelassen und blos eine Aufforderung an die Berechtigten zu freiwilligen Opfern auf dem Altar des Vaterlandes erwartet; er berechnet dadurch einen Ertrag von 24 Millionen, welche man den Gewerbtreibenden und Brodlosen hätte zukommen lassen können unter Verwaltung der Kreisfonds. — Auch Bischof Richarz schildert nachdrucklich die unausbleiblichen traurigen Folgen dieses Gesetzes, welches rechtswidrig und gemeinschädlich sey; — Reichsrath Fürst Wallerstein ist dagegen, wenn er auch manches Nachtheilige bezüglich der Verminderung des Vermögens der Berechtigten nicht läugne, für die Entfesselung des Bodens, da gerade auf der freien Scholle der Proletarier unterkommen werde; — wogegen Reichsrath Fürst v. Wrede das Gesetz als revolutionär in seiner Anlage und seinen Folgen bezeichnet und daher gegen dasselbe ist. — Die Reichsräthe Graf v. Seinsheim sprechen gegen das Gesetz; auch Frhr. v. Aretin; dafür Graf Reigersberg, Maurer und Fürst Hohenlohe. — Am Schlusse der allgemeinen Diskussion widerlegt der kgl. Finanzminister die Behauptungen der Gegner — Bei der speziellen Debatte wird eine zu Art. 1 vom Reichsrath Grafen v. Montgelas eingebrachte bessere Sicherung der zu übernehmenden Patrimonialbeamten bezweckende Modifikation auf die Erklärung des Finanzministers dafür bestens zu sorgen, gegen 2 Stimmen (Graf Reisach und Montgelas) verworfen. Der Art. 1 aber nach der Modifikation des Ausschusses angenommen. Der Art. 2 fällt weg. Art. 3, nun 2, wird ohne alle Diskussion nach der Ausschußfassung angenommen, eben so Art. 4. — Zu Art. 5 wird ein von den Reichsräthen Bischof Richarz und Arnold gemeinschaftlich eingebrachter Zusatz, daß der Entgang des Blutzehnts den Pfründebesitzern, welche nicht die Kongrua haben oder dadurch unter dieselbe kämen, vom Staat ersetzt werden müsse, einstimmig angenommen, obwohl Finanzminister glaubt, daß dieß Sache der Gemeinde sey. — Die weiteren Artikel bis 34 werden ohne alle Diskussion nach dem Antrage des Ausschusses angenommen, eine Modifikation des Reichsrathes Armansperg, die Festsetzung der Annuitätenzahlung erst dann vorzunehmen, wenn man den wirklichen Ausfall im Staatshaushalte kennen wird, da sie nach den Ansichten des Finanzministers und Reichsraths Wallerstein die ganze Ausführung des Gesetzes auf unbestimmte Zeit hinausschiebe, verworfen. — Morgen Mittag 11 Uhr findet die Fortsetzung und Schluß der Debatte über diesen Gegenstand statt.

**München, 18. Mai. (XXXVI. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische: Frhr. v. Thon-Dittmer, Frhr. v. Lerchenfeld, v. Roth, v. Benning, v. Kleinschrodt, Aschenbrenner und Sperl; in der Kammer 128 Abgeordnete. Die Sitzung wurde eröffnet mit Ablesung des Einlaufes und mit einer herzlichen Anrede des Hrn. I. Präsidenten, Dr. Kirchgeßner, zur Feier der Eröffnung des deutschen Parlaments am heutigen Tage. Die Träume unserer Jugend scheinen in Erfüllung zu gehen; es lebe das einige, freie, starke und große Vaterland! Ein dreimaliges, donnerndes Hoch folgte diesen Worten. — Hiernächst las Dr. Zenger den Beschluß über das Gesetz der Initiative, welcher in seiner Fassung genehmigt wurde. — Sodann erstattete Abg. Neuffer Vortrag über den Gesetzentwurf: „die Kapitalsteuer betr.“ Er stellte sich die Fragen, ob der Entwurf zeitgemäß, gerecht, und sein Steuermaßstab der richtige sey. Zeitgemäß sey er wegen des Fallens der Staatspapiere überhaupt nicht, allein die steigende Armuth der untern Klassen rechtfertige das Zeitgemäße. Wenn auch hart, so sey der Entwurf doch gerecht, obgleich er glaube, nicht der Kapitalist, sondern der Schuldner müsse die Steuer zahlen. — Der Staatsminister Frhr. v. Lerchenfeld, erläuterte am Anfang der Diskussion die Ansichten der Regierung. — Abg. Vogl. Unsere Steuern müssen offenbar gleichmäßiger vertheilt werden; hiezu gehöre offenbar eine Kapital- und eine Einkommen-Steuer. Mit dem Zeitpunkte jetziger Erhebung sey er aber nicht einverstanden. Man solle bis zum Budget warten, wo man eine Ausgleichung erhalten werde. Eben so wenig sey er mit dem Maße einverstanden. Erhebungen aber sollen vorausgehen. Drohe ein Defizit, so beschleunige man das Einheben der Ablösungsbeträge. Er wolle zwar die beiden Gesetze, aber nur eingeführt sollen sie nicht sofort werden. Unsere früheren Budgets seyen lauter falsche Budgets gewesen, dieß müsse anders werden, nur 2 bis 3 Jahre dürfe ein Budget dauern. — Abg. Eppelsheim. Für den jetzigen Augenblick scheinen ihm neue Steuern nicht zweckmäßig, deßwegen stimme er gegen den Entwurf. — Frhr. v. Lerchenfeld. Sonderbar, man verlange seit Jahren eine gleichere Vertheilung der Steuern, und wolle nun das Gesetz, das solches erziele, nicht? Ein Ausfall drohe; allein eben deßwegen müsse ein Mittel zur Deckung geschaffen werden. Man wolle eben ein richtiges Budget machen, dafür gelten die bezeichneten Gesetze. Ueberall seyen die direkten Steuern höher, als in Bayern. — Abg. Eppelsheim. Er spreche sich nicht gegen das Prinzip, aber gegen die Zeit der Ausführung aus. — Abg. Schnetzer spricht gegen das Gesetz; der ärmern Klasse geschehe durch das Gesetz keine Erleichterung, da die Steuer der Schuldner, nicht der Kapitalist, zahle. Der sozialen Frage werde dadurch nicht aufgeholfen. Warum habe man in 30 Friedensjahren nichts erspart, ja an den größten Bedürfnissen Mangel. Millionen seyen nach Griechenland — es müsse noch Geld genug da seyn. — Dr. Rammoser zur Entgegnung. Man spreche von Mißtrauen im Volke, bedenke aber nicht, daß dasselbe gar oft unbegründet sey. Er habe für das Ablösungsgesetz gestimmt, nothwendig müsse er auch für die Kapitalsteuer stimmen. Diese Steuer sey längst vom Volke begehrt. Er wolle wohl für viele Millionen ein Kreditvotum geben; allein dadurch komme so wenig ausreichendes Geld, als durch das Arrosement; der Schweiß dürfe nicht allein, sondern auch das Kapital müsse besteuert werden. — Dekan Würth spricht für das Gesetz. Dem dringenden, nothwendigen Bedarf werde dadurch allein entsprochen. — Abg. Bestelmayer. Er hätte gewünscht, beide, Kapital- und Einkommen-Steuer, hätten konfundirt werden sollen. Viele Zinsen von Kapitalien stehen gegenwärtig in Frage — die Deklaration werde also sehr schwer seyn. Er sey im Ganzen der Ansicht des Dekan Vogl. Die Erhebungen sollen zuerst und jetzt gemacht, die Erhebungssumme aber erst vom nächsten Landtag ins Budget eingestellt werden. Bis dahin werde wohl das Finanzministerium Verlegenheiten zu entgehen wissen. Die Vergangenheit, die Schnetzer aufrief, lasse man ruhen; man könne doch nichts mehr daran ändern. — Frhr. v. Schätzler spricht für den Entwurf. — Frhr. v. Rotenhan. Daß ein Ausfall zu decken sey, darüber sey kein Zweifel, daß er vor der nächsten Ständeversammlung gedeckt werden müsse, sey auch klar. Die praktische Wirksamkeit der nächsten Ständeversammlung werde kaum vor Jahr und Tag ins Leben treten, also müssen Gesetze schon jetzt für jene Deckung sorgen. Die votirten 7 Millionen reichen nicht für den Ausfall hin; also könne man nur zu außerordentlichen Auslagen schreiten. Neue Steuern seyen zwar unangenehm; aber die Stände haben nicht blos angenehme, sondern auch unangenehme Seiten. Man müsse den Muth haben, auch das Unangenehme auf sich zu laden. Die Ausschüsse haben die Frage scharf erörtert, aber aus dem Dilemma des drohenden Defizits sey man nicht hinaus gekommen. An der Zolllinie des Rheins haben sich ganze Massen von Schwärzern gebildet. Die Zollerträgnisse werden auch verringert. Wie, wenn ein Krieg ausbreche, was habe man dann für Mittel, ihn zu führen. Er hoffe dieß zwar nicht, aber es liege in der Möglichkeit. Die neue Steuer treffe ja nur die Wohlhabenderen, nicht die Aermeren. Sollten sich die Ersteren zurückziehen? Nein, dieß dürfe wahrlich nicht seyn. — Abg. Fischer spricht gegen den Entwurf, weil er ihn nicht für zeitgemäß halte. Er glaube nicht, daß die Kapitalienbesitzer immer reich seyen. Die Zeitverhältnisse haben sie manchen Bedrängnissen entgegen geführt. Er wünsche die Steuer verschoben bis zur Budgetperiode. Einkommensteuer sey zwar nothwendig, aber bei diesen stockenden Zeitverhältnissen finde er die gerechte Einführung einer solchen Steuer höchst schwierig. — Abg. v. Habermann bedauert die Nothwendigkeit des Entwurfes, und stimmt also demselben bei. — Der Staatsminister Frhr. v. Lerchenfeld. Er verkenne die Schwierigkeit der Einführung der neuen Steuer nicht. Er wisse wohl, daß ein Kreditvotum leichter gewesen sey. Aber das Ministerium suche seine Pflicht zu erfüllen, hasche nicht nach Popularität auf Kosten seiner Pflicht. Redner widerlegt die Aeußerungen des Abg. Schnetzer. Neue Bedürfnisse von 3 Millionen seyen nachgewiesen, also müssen auch neue Deckungen kommen. Die Familiensteuer werde eben durch die Einkommensteuer aufgehoben. — Der Hr. II. Präsident, Dr. Müller. Die Kapital- und Einkommen-Steuern seyen die gerechtesten. Aber die Zeit sey für Kapitalisten von großer Verlegenheit. Es frage sich, wenn ein Ausfall drohe, wie man etwa diesen durch andere Mittel decke. Er glaube, ein Kreditvotum führe zum Zweck, ein Vorschuß gewissermaßen, der mit der am 1. Okt. 1849 eingeführten Kapital- und Einkommen-Steuer wieder gedeckt werden kann. — Abg. Schlund. Die Geldkrankheit sey notorisch; nur kein tödtliches Pulver solle man dem Patienten geben. Die Kapitalisten seyen bisher steuerfrei gewesen. Enormer Geldmangel herrsche überall, das Geld sey auf Einmal wie verschwunden. Durch die Kapitalsteuer werde die Quelle nun vollends verstopft werden. Er stimme für ein Kreditvotum. Die nächste Kammer werde bald, werde eher kommen, als man ahne. — Dekan Bauer spricht für den Entwurf, indem er dem Abg. Schlund entgegnet. Unser Steuersystem sey wegen seiner Ungleichheit sehr mangelhaft. Der ganze Druck der Steuerlast sey auf Grund und Boden gelegen. Auch die Distrikts- und Gemeinde-Umlagen müssen geregelter werden, und dieß könne nur durch eine Einkommensteuer zunächst erzielt werden. Man streite nun zwar nicht gegen das Prinzip, aber über die Zeit der Ausführung. Wer eine Steuer wolle, der sage offen ein praktisches Ja oder Nein! Hier handle sichs nicht um staatswissenschaftliche Theorien, hier müsse jeder Beschluß praktisch seyn. Man brauche Geld, und Geld müsse man geben. Die Regierung müsse Geld haben; Steuerbewilligung sey schwer, aber sobald das Landeswohl es gebiete, so müsse wohl die bittere Pille verschluckt werden. Man sage im Lande über diese Kammer, was man wolle, noch habe sie ihr Mandat, noch ihre Pflicht. Das Budget bestehe aus Ziffern, diese müsse man aber doch vor der Einstellung kennen, also müsse die Einkommen- und Kapitalien-Steuer mit den Ziffern ihrer Erträgnisse doch vorher schon bekannt seyn. Das lauteste Mißtrauensvotum sey dies, wenn man diesem Entwurfe nicht beistimme. — Abg. Dr. Schwindl für den Entwurf. Die beiden Steuergesetze seyen ja nicht unter einem und demselben Gesichtspunkte betrachtet worden. — Abg. Schlund. Besteuere man den Kapitalisten noch mehr, so werde er seine Kapitalien ins Ausland ziehen. — Dr. Rammoser. Wer für das Ablösungsgesetz gestimmt, müsse auch für die Kapitalsteuer stimmen. — Dekan Götz. Dies Gesetz werde vom ganzen Lande mit Freuden begrüßt werden, denn das ganze Volk wünsche diese Steuer. Um der Kapitalssteuer wegen werde Niemand sein Geld in's Ausland geben; er stimme für das Gesetz. — Abg. Bestelmayer erörtert nochmals, warum er gegen das Gesetz stimme, nämlich für Auslassung des Ziffers und vorläufige Erhebung der Beträge. Gegen ein Mißtrauensvotum müsse er sich entschieden verwahren. — Abg. Sattler führt einen Gesichtspunkt an, der bisher nicht erwähnt wurde; derselbe glaubt, die Kapitalisten würden, wenn sie besteuert werden, das Land verlassen und dadurch würde dasselbe des Kapitals entblößt. — Abg. Keim erklärt sich für den Gesetzentwurf aus Gründen der Billigkeit und Gerechtigkeit. — Abg. Dr. Kolb äußert sich in gleichem Sinne, nachdem er die wirthschaftliche und finanzielle Seite der Kapitalsteuer beleuchtet. — Abg. Weinzierl spricht für den Entwurf, so wie auch Unterberger. — Endlich schließt der I. Präsident die allgemeine Debatte und es spricht der Referent Neuffer, die

Debatte resümirend, wiederholt für den Entwurf, indem er zugleich die bisher erhobenen Einwürfe zu widerlegen sucht. Eine Steuer für die Hagestolzen, welche Dekan Würth vorgeschlagen, erklärte Redner für sehr zweckmäßig. — Frhr. v. Thon-Dittmer, k. Staatsminister des Innern: Spreche man sich gegen den Entwurf aus, so befinde man sich in einem großen Irrthum. Das Ministerium sey ernst mit sich zu Rathe gezogen, ehe es den Entwurf brachte. Diese Steuer sey für das einzige Abhilfemittel erkannt worden. Redner widerlegt alle dem Entwurf feindlichen Aeußerungen. Mit einem Kreditvotum allein sey der Regierung nicht gedient; die Zukunft könne Niemand ermessen. Es könne Krieg, allgemeiner Krieg kommen; wo seyen dann außerordentliche Mittel vorräthig. Ohne eine Kapitalsteuer müsse man dann zur Erhöhung der Grundsteuer schreiten. Im Interesse des Fortgangs einer geordneten Verwaltung rathe er zur Annahme des Entwurfs. — Frhr. v. Lerchenfeld: Ohne neue Steuer könne das Gleichgewicht der Staatsausgaben nicht erhalten werden. Redner widerlegt gegentheilige Aeußerungen. Er danke für das Vertrauen auf seine unwürdige Person, allein dieses Vertrauen könne nur praktisch etwas gelten. Entweder es müsse der Entwurf angenommen oder die direkten Steuern erhöht werden. — Der I. Präsident zeigte hiemit an, daß am nächsten Freitag der Hr. Reichsrath Frhr. v. Schrenk beerdigt werde und eine dießfallsige Einladung zur Beiwohnung an die hohe Kammer von jener der Herren Reichsräthe ergangen sey, und, indem er die Sitzung schloß, anberaumte er die nächste auf heute Nachmittags 5 Uhr.

Baden.

Freiburg, 18. Mai. Der seit Jahren hier lebende k. k. Minister außer Dienst, Frhr. v. Wessenberg, hat den Ruf als Minister des Auswärtigen von Seiten Oesterreichs erhalten und angenommen und ist schon heute nach Wien abgereist. (Karlsr. Z.)

Sächsische Herzogthümer.

Koburg, 14. Mai. Hier fand neulich ein eigenthümlicher Tumult statt; eine bedeutende Volksmenge zog nämlich tobend vor das Schloß und veranlaßte den Herzog, durch Rufen und Schreien, auf dem Balkon zu erscheinen. Es erhoben sich Stimmen für die Republik. Der Herzog erklärte, daß er gern bereit sey, dem Throne zu entsagen, wenn die Mehrzahl des Volkes sich für die Republik ausspreche. Hierauf traten Einige hervor aus der Menge, und erklärten, daß es allerdings ihr Wunsch sey, daß die Republik sofort proklamirt werde, zugleich aber erhob sich auf der andern Seite der Ruf: „Es lebe die konstitutionelle Monarchie; keine Republik!“ Beide Partieen wurden immer heftiger, und zuletzt löste der Tumult sich in eine Prügelei auf. (D. A. Z.)

Preußen.

Köln, 15. Mai. Von den hiesigen Landwehrmännern und Kriegsreservisten geht heute folgende mit zahlreichen Unterschriften versehene Eingabe an den Ministerpräsidenten Camphausen ab: „Durch ein Reskript Sr. Exz. des Kriegsministers vom 27. April d. Js. ist unsern Brüdern in der Armee, ist Bürgern das Recht der freien Vereinigung, ist ihnen das Recht genommen worden, ihre Klagen in gemeinsamen Beschwerden und gemeinsamen Gesuchen laut werden zu lassen. Sie sind damit allen Bedrückungen ihrer Vorgesetzten hilflos preisgegeben. Es gibt aber Rechte, Herr Ministerpräsident, die keine Macht der Erde in Frage stellen kann; es sind die ewigen, unveräußerlichen Rechte der freien Rede und der freien Vereinigung. Der Minister, der sie angreift oder unter seiner Verantwortlichkeit angreifen läßt, begeht einen Staatsstreich, für den er haftet mit seinem Kopfe. Wir wollen uns gern dem Glauben hingeben, daß die Neuheit konstitutioneller Formen noch Irrthümer mancherlei Art selbst bei den höchsten Beamten zuläßt, — wir erwarten aber von Ew. Exz., daß Sie so bald wie möglich der Armee ihr Recht der freien Vereinigung, der gemeinsamen Beschwerdeführung unverkürzt zurückzugeben wissen werden. Sollten Ew. Exz. dieses aber nicht wollen oder können, so werden wir einen Anklageakt gegen Ew. Exc. Amtsführung höheren Ortes formiren müssen.“ — Vom 16. In gleichem Sinne mit Vorstehendem ist heute von einer Volksversammlung auf dem Gürzenich eine Adresse an den König beschlossen worden. Auch einige Offiziere wohnten der Versammlung bei und unterzeichneten die Adresse. (Köln. Z.)

Schleswig-Holstein.

Kiel, 14. Mai. Morgen wird der Kiel zum ersten Kanonenboote gelegt werden. Der Bau wird in Auftrag und für Rechnung des Flottenkomité unternommen. Es sollen in Kiel circa 15,000 Mrk. Beisteuer für die deutsche Kriegsflotte gezeichnet seyn und nicht allein Bürger, sondern selbst Dienende und Dienstmägde tragen ihr Scherflein bei.

Hellerping, 17. Mai. Vom Norden empfangen wir Nachrichten, denen zufolge die Räumung von Alsen und Arroe von den Dänen jetzt in naher Aussicht steht. Ebenso werden die deutschen Schiffe von dem auf sie gelegten Embargo befreit werden, wogegen das deutsche Heer Jütland räumen wird. Mit der Antwort des preußischen Staatsministeriums auf die Notifikation von Seiten des schwedischen Hofs würde dies übereinstimmen. Erst nach Eintritt dieses Zustandes würden die Friedensunterhandlungen beginnen. (Nordd. Bl.)

Oesterreich.

Wien, 19. Mai. Der gestrige Tag ist ohne alle Störung der Ruhe vorübergegangen, der Geist der Ordnung hat überall gesiegt. Bürger und Studenten wachten über die Stadt, und so schwer auch die Vorgänge des 15. auf den meisten Gemüthern lasteten, so mußten doch Vorwürfe und Beschuldigungen dem drängenden Gefühle des Augenblicks weichen. Vor dem Burgthore war ein förmliches Lager, Soldaten und Nationalgarden friedlich neben einander und nirgends, selbst in den entlegensten Vorstädten die geringste Spur aufrührerischen Angriffs. Der Sicherheitsausschuß unter dem Vorsitz des Grafen Montecuculi hat seine Maßregeln getroffen. Jeder Bürger ist auf das strengste verantwortlich gemacht, das Standrecht ist verkündet, die Mitglieder des Ausschusses handeln mit großer Machtvollkommenheit, es ist mir aber nicht bekannt, daß ihr Einschreiten irgendwo nothwendig geworden wäre. Die Minister behalten die Leitung der Geschäfte. Sie sind fest entschlossen, sich von keinem Ereigniß beirren zu lassen. Professor Endlicher arbeitet fortwährend in der Hofkanzlei, seine Energie und der seltene Umfang seines Geistes bestimmen ihn zu einer bedeutenden Rolle. Auch an Graf Stadion in Galizien sind schon gestern Kouriere abgegangen, er wird auf das dringendste eingeladen, sich schleunigst hieher zu begeben. Das Ministerium bildet eine Art von provisorischer Regierung mit fast diktatorischer Vollmacht; alles ist der Meinung, man müsse es in dieser Krisis ohne Rückhalt und um jeden Preis unterstützen, es sey die einzig gesetzliche Macht, jede andere wäre nur eine Partei, und könnte unmöglich von Oesterreich anerkannt werden. Ueber die Reise des Kaisers wissen selbst die Minister nichts gewisses. Graf Dietrichstein der Oberstkämmerer ist von ihnen auf das ernsteste und bei großer Verantwortlichkeit eingeladen worden, jede Nachricht über den Aufenthalt des Hofes sogleich mitzutheilen. Man hofft noch immer, der Hof werde sich den Slaven nicht in die Arme werfen, die Folgen eines solchen Schrittes wären nicht zu berechnen. Die dynastischen Ideen sind jetzt noch in allen Gemüthern, alle betrachten das Kaiserhaus als das natürliche und geliebte Band der einzelnen Theile der Monarchie, in manchen Provinzen ist Oesterreich bloß der Kaiser. Wer hier zu bauen und zu gründen unternimmt, darf diese Gefühle nicht verkennen. Die Hofpartei des Adels, der man allgemein die Entführung des Monarchen zuschreibt, hat großen Haß gegen sich erregt. Es hat nicht an ihr gelegen, hört man sagen, daß Bürgerkrieg, Blutvergießen und Anarchie nicht über uns hereingebrochen ist, unserer Mäßigung, dem gesunden Sinn des Volkes verdanken wir allein unsere Rettung. (A. Z.)

Italien.

Wien, 17. Mai. Die heutigen Nachrichten aus dem Hauptquartier des Feldzeugmeisters Grafen Nugent in Visnadello vom 14. melden, daß die Generale Nugent, Schulzig, Culoz und Schafgotsche unter die Mauern von Treviso vorgerückt sind. Graf Nugent hatte der Stadt um 9 Uhr Morgens 3 Stunden Bedenkzeit zur Uebergabe gegeben, nach deren Verlauf die Stadt von allen Seiten beschossen wird. Die Vernichtung der päpstlichen und piemontesischen Truppen war Freitags eine vollständige. Die päpstlichen Dragoner wurden beinahe alle gefangen und die Grenzer verkauften Pferde zu 6 fl. Die Beute war ungeheuer. Die Stimmung der Truppen im Lager war eine siegestrunkene. General Welden rückte über Bassano mit 3000 Mann herab, und auch aus Udine und Görz sind neuerdings 4000 Mann im Anzuge. Heute wird der Kourier wegen der Uebergabe der Stadt Treviso hier erwartet. (W. Z.)

Verona, 15. Mai. Neun Tage sind nun vorüber, ohne daß wir unsern Feind zu Gesicht bekamen. Wir sehen ihn zwar in der Ferne auf den Höhen von St. Giustino beinahe täglich manövriren, doch nähert er sich unsern Vorposten nicht. Es scheint, als ob ihn die letzte Schlappe etwas angegriffen hätte. Man sagt, die Piemontesen erwarteten noch Verstärkungen. Feldzeugmeister Nugent soll bereits vor Vicenza stehen; wenn dies der Fall, so heißt es in wenigen Tagen „vorwärts.“ Dies ist der einzige Wunsch der Armee. Wir haben jetzt schon ziemliche Hitze, wenn dies so fortgeht, werden wir viel zu leiden haben. Von der Höhe des hiesigen Kastells aus sieht man heute Staubwolken die ein weiteres Zurückziehen der Piemontesen nach Valeggio vermuthen lassen. Vor Mantua war gestern ein Gefecht, welches sich zum entschiedenen Vortheil für uns entschied. (A. Z.)

Botzen, 18. Mai. Nach einem verläßigen Schreiben aus Verona von gestern zeigte sich die Erwartung vom nahen Anrücken Nugents auf Vicenza nicht gegründet, es unterblieb daher das Vorgehen der dahin bestimmt gewesenen Brigade. Treviso war am 14. d. M. noch nicht im Besitz unserer Truppen; auch die Verbindung zwischen dem äußersten rechten Flügel Nugents und unsern Truppen in Valsugana scheint nicht gesichert zu seyn, da kürzlich ein Kourier aus Verona nach Belluno hier durchkam. Selbst die Straße über Ampezzo nach Cadore ist zeitweilig gesperrt, da versprengte Insurgentenhaufen in den Gebirgen sich sammeln und bald da bald dort beunruhigen. In Verona hat der Feldmarschall eine mehr konzentrirte und gegen etwaige neue Angriffe festere Stellung genommen, die sich auf die nähere Umgebung der Stadt beschränkt. Von Peschiera ist nichts weiteres bekannt geworden. (A. Z.)

Venetianer Bulletin vom 15. Mai: Am 12. verloren die Oesterreicher vor Treviso wohl 50 Todte, die Trevisaner büßten 3 oder 4 Todte ein, unter denen General Guidotti; am Abend zog der Feind sich zurück. Am 13. zerstreute er sich und besetzte truppweise die folgenden Dörfer: Fontane mit etwa 5000 Mann, Madonna di Rovere mit 200, Carbonera mit 150, la Fiera mit 60. Der übrige Theil seines Heeres hielt sich weiter ab und besetzte die Wiesen zwischen Visnadello, Ponzano und Fontane. Am 14. konnte man bemerken, daß auf der Straße nach Carbonera eine Barrikade errichtet war; in Fontane wurden keine Soldaten mehr gesehen, wohl aber gegen le Castrette. So standen die Sachen um 12 Uhr Mittags. (A. Z.)

Die neuesten „Mailänder Blätter“ (16. 17.) beklagen sich über Dunkelheiten in den Kriegsnachrichten. Durando, der bei Cornuda dem Ferrari, warum ist unklar, nicht zu Hülfe kam, steht nach den letzten Nachrichten (von wann?) bei Piazzola zwischen Vicenza und Treviso. Von Venedig her, wo am 12. Jakob Antonini zum Befehlshaber der Stadt und Festung ernannt wurde, berichtet am 12. Abends das Bulletin: Am frühen Morgen des 12. näherten sich einige österreichische Pikets dem S. Thomasthor in Treviso, wurden aber zurückgetrieben. Im Laufe des Tages machten bis um 2 Uhr die unsern drei Ausfälle, die dem Feinde viel Schaden zufügten und ihm zwei Kanonen nahmen. Um 3 Uhr schickte Ferrari, indem er Treviso wohl besetzt ließ, einen großen Theil der Truppen gegen Mestre zu, um die Hauptpunkte der verschiedenen Straßen nach dieser Stadt (d. h. nach Venedig) zu bewachen. (A. Z.)

Mailänder Bulletin vom 17. Mai. Treviso hat sich den Oesterreichern nicht ergeben. Vielmehr dauert noch der hitzige Kampf, der mehrere Tage lang von den Bürgern mit großem Muthe geführt wurde und die Kapitulation, die Nugent dreimal anbot, ward dreimal heldenmüthig verworfen. Der Bericht dieses ruhmwürdigen Widerstandes hat den Enthusiasmus der Venetianer geweckt und ihre Gemüther gestärkt: Sie sandten eine Legion von ungefähr 3000 Mann ab unter Ferrari, um das Korps des den Trevisanern zu Hilfe sich bewegenden Durando zu verstärken; wenn dieser General zeitig genug ankommt, so ist kein Zweifel: die feindliche Armee wird zwischen zwei Feuer genommen seyn. Die neapolitanische Flotte ist im Angesicht von Venedig. Die Wirkung ihrer Ankunft wird die seyn, sogleich jene Stadt von der Blokade zu befreien. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 18. Mai. Die Ordnung ist vollkommen wieder hergestellt; ja, es fehlt nicht an verbrannten Köpfen, welche bereits über „Reaktion“ schreien, weil die vernünftige Mehrheit nicht zugeben wollte, daß ein Zulauf von 80 oder 100,000 Pflastertretern der von 10 Millionen Wählern erwählten Nationalversammlung vermittelst des Faustrechts Gesetze vorschriebe. Von allen Seiten rücken Nationalgarden aus den Departements in Paris ein, um die Pariser Nationalgarde zu unterstützen. Selbst sehr entfernte Punkte wie z. B. die an der belgischen Grenze liegende Stadt Cambray, sodann Amiens, Boulogne 2c., haben starke Bataillone ihrer Nationalgarde auf den Eisenbahnen nach Paris geschickt; im Laufe des gestrigen Tages allein sind wenigstens 15,000 Mann angekommen. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung erschienen die Regierungsmitglieder und die Minister, um über die Lage der Dinge Bericht zu erstatten. Der Minister des Innern erklärte, daß die größte Ruhe in Paris herrsche, daß fortwährend Abtheilungen der Nationalgarde aus den Departements eintreffen, und daß man künftig in Tagen der Gefahr nicht nur auf die 200,000 Mann Nationalgarde von Paris, sondern mindestens noch auf 500,000 Mann der Provinzen rechnen könne. General Cavaignac sey zum Kriegsminister ernannt, der Vertreter Trouvé-Chauvel zum Polizeipräfekten und auch bereits installirt. Die republikanische Garde habe die Präfektur geräumt und sey in verschiedene Kasernen vertheilt. Hierauf legte er der Nationalversammlung mehrere dringende Dekrete vor, deren schleunige Annahme er wünscht. Das erste verbietet die bewaffneten Klubbs und bestraft die Theilnehmer mit Gefängniß von 13 Monaten bis 2 Jahren. Das zweite verbietet Ludwig Philipp und seiner Familie den Eintritt in Frankreich. Hierauf legte der Minister der Staatsbauten seine Dekrete vor. Das erste authorisirt den Staat, alle Eisenbahnen durch Kauf an sich zu ziehen; das zweite verlangt 4 Millionen für augenblicklich zu beginnende Staatsbauten und 3 Millionen für die Nationalwerkstätten, die in diesem Augenblicke 150,000 Arbeiter zu unterstützen haben. Nach ihm kam der Justizminister mit einem Dekret, wonach die Mitglieder des Regierungsausschusses nicht in den Sitzungen der Versammlung zu erscheinen haben, sondern nur durch die Minister vertreten werden. Nur wenn die Versammlung den Regierungsausschuß direkt zu hören wünscht, kann sie denselben in ihren Schooß berufen. Alle diese Dekrete wären ohne Hinderniß durchgegangen, wenn nicht das eine Dekret, die Ausschließung der Familie Orleans betreffend, zu einem Zwischenfall geführt hätte. Die Herren Duvergier de Hauranne, Vivien, und andere Deputirte der ehemaligen Linken verlangten, daß diese Vorschläge der Geschäftsordnung gemäß an eine Kommission zur vorläufigen Prüfung gewiesen werden sollten; die HH. Cremieux, Flocon und Julius Favre protestirten gegen diese Beeinträchtigung der vollziehenden Gewalt, weil die Geschäftsordnung sich unmöglich auf Regierungsdekrete beziehen könne. Julius Favre, heftig unterbrochen, ward ebenfalls heftig; er wurde zur Ordnung gerufen, und es folgte ein unbeschreiblicher Tumult, in dem sich die Anschuldigungen: „Direkt rialdiktatur“ und „monarchische Reaktion!“ kreuzten. Endlich als Armand Marrast erklärte, mit solchen Beschränkungen könne man nicht regieren, und man möge es daher lieber offen sagen, wenn man die Regierungskommission nicht wolle, ward die von J. Favre vorgeschlagene Tagesordnung votirt, wonach die Regierungsvorschläge von den Förmlichkeiten der Geschäftsordnung ausgenommen sind. General Rumigny, Adjutant Ludwig Philipps, der seit einigen Tagen in Paris war, ist polizeilich ausgewiesen und an die belgische Grenze gebracht worden. General Courtais, der im Gebäude der Nationalversammlung bewacht wird, erklärt, daß er keine andere Absicht gehabt habe, als Blutvergießen zu vermeiden, und daß er kein Verräther sey. Er verschmäht jede Nahrung so wie ärztlichen Beistand, und will, wie er sagt, lieber sterben als entehrt leben. Die Gazette des Tribunaux erklärt, daß Blanqui gar nicht verhaftet worden sey; man suche ihn vergebens überall: er sey verschwunden. (Karlsr. Z.)

Rußland und Polen

St. Petersburg, 13. Mai. Se. Maj. der Kaiser hat „in Anbetracht, daß durch das Steigen der Preise von Gold und Silber unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf verschiedenen Plätzen Europa's eine verstärkte Ausfuhr von russischer klingender Münze aus den Häfen hervorgerufen wird,“ zur Wahrung der Interessen des Binnenhandels und der Industrie, in Uebereinstimmung mit dem Gutachten des Finanzkomite's, mittelst Ukases an den dirigirenden Senat vom 9. Mai befohlen: 1) Die Ausfuhr russischer Gold und Silbermünze aus sämmtlichen Häfen des Weißen, Baltischen, Asowschen und schwarzen Meers und sämmtlichen Donauhäfen bis auf weiteres zu verbieten. 2) Die Ausfuhr von Gold- und Silberbarren, so wie fremdländischer Gold- und Silbermünze, wie bisher freizulassen. 3) Den Schiffskapitänen und Reisenden zu gestatten: Ersteren bis zu 100 Rubel, Letzteren bis zu 300 Rubel Silber in Gold- oder Silbermünze auf die Person mit ins Ausland nehmen zu dürfen, worüber dem Zollamte die gehörige Anzeige zu machen ist.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 10. Mai. Es wird nunmehr versichert, sobald die Reichsstände die verlangte Kreditsumme von zwei Millionen bewilligt hätten, sey die Absicht des Königs die ganze schwedische Armee ins Feld rücken zu lassen. Jene für einen Krieg unzulängliche Summe sey nur darum begehrt worden, damit die Stände Gelegenheit finden ihre Meinung über einen etwaigen Krieg darzulegen. Die eigentlichen Kosten des Feldzugs werden aber durch englische Subsidien bestritten werden. Man sagt: England habe sich bereitwillig erklärt Schweden für die Hülfeleistung die es Dänemark zukommen lassen würde, mit einer Million Pfund Sterling zu unterstützen. Auch die provisorische Regierung Frankreichs soll Eröffnungen in ähnlicher Beziehung dem schwedischen Gesandten Graf Löwenhjelm gemacht haben, welcher nach einer sehr eiligen Reise am 7. d. aus Paris hier ankam. Alles hängt nun von der Entscheidung der Reichsstände ab. Der Enthusiasmus für die Dänen ist aber hier so allgemein, daß die Stände schwerlich den Krieg abrathen können. Der Priesterstand und der Bürgerstand haben schon heute die königliche Proposition ohne irgendeinen Widerspruch einhellig genehmigt. Der Adel und der Bauernstand haben die Entscheidung bis morgen vertagt. (A. Z.)

Stockholm, 12. Mai. Der königl. Vorschlag wegen der zu Kriegsrüstungen erforderlichen Summe von zwei Millionen wurde gestern auch von dem Adel und dem Bauernstand genehmigt, doch nicht ohne Opposition. Hr. v. Hartmansdorff widersetzte sich zwar nicht der Bewilligung der Summe, wollte aber die Reichsstände nicht mit der Verantwortlichkeit für die Unternehmung eines Kriegs belasten lassen: er wollte also, daß die Reichsstände keine Antwort auf die vom König angeführten Motive geben sollten. Diese Ansicht wurde indeß von einer Menge Redner bestritten, und die Mitglieder des geheimen Ausschusses erklärten, der König habe vom Anfang an nur zu vermitteln gesucht und sey mit der größten Umsicht zu Werke gegangen. Der Kriegsminister gab zu erkennen, daß die Absicht sey, nicht nur eine Demonstration zu machen, sondern die Truppen wirklich außer dem Lande anzuwenden. Die königl. Proposition wurde endlich mit 194 Stimmen gegen 49 bewilligt. Vom Bauernstand wurde sie gleichfalls mit 49 Stimmen gegen 16 genehmigt. Heute hat der Staatsrath eine sechsstündige Sitzung unter dem Vorsitz des Königs gehalten. Man behauptet: die schwedischen Truppen seyen bestimmt die Inseln Fünen und Alsen zu besetzen, um der dänischen Armee Gelegenheit zu geben mit ihrer ganzen Stärke gegen die Deutschen vorzugehen. (A. Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 23. Mai: „König René's Tochter,“ lyrisches Drama von Lee. Hierauf: „Das Tagebuch,“ Lustspiel von Bauernfeld. — Dem. Hausmann: Jolanthe und Lucie.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. Frhr. v. Bodelberg, Gesandter aus Preußen; v. Milamorski, Gutsbesitzer aus Polen.

Gold. Hahn. HH. Graf Barensky aus Ungarn; v. Sugadolsky, Adjunkt v. Preßburg; Ludwig, Rentier v. Mannheim; Dr. Arler v. Memmingen.

Gold. Kreuz. Frau v. Baillet v. Dresden.

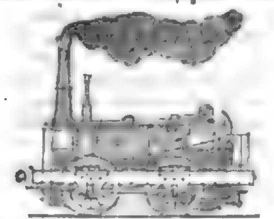
Blaue Traube. HH. Mankl, Gerichtshalter v. Erding; Dr. Roy, Appellationsgerichtsrath v. Bamberg; D'Aubigny, Partikulier v. Hering.

Gestorbene in München.

Jakob Spitzmüller, b. Schlosser v. h.; 62 J. alt; Kath. Bemerl, Taglöhnerstochter v. Traunsaufen, Ldg. Regenstauf, 18 J. alt; Karl Hauk, Landtagsabgeordneter von Stadorf, Ldg. Nürnberg, 48 J. alt; Josepha Eichinger, Kornmessersfrau v. h., 36 J. alt; Ottilia Maier, Privatdozentensgattin v. h., 26 J. alt.

2407. (3a) Ein Mann, der die Schnellessigfabrikation auf's Vortheilhafteste betrieben hat und auf das Feinste die Kunsthefe bereitet, so wie in allen Liqueuren und Senfen die feinsten Kenntnisse besitzt, sucht in derartiger Fabrik Beschäftigung oder auf Verlangen neu einzurichten, indem die Einrichtung nach der neuen Art so einfach ist, daß dem Uebernehmer nichts zu wünschen übrig bleibt.

Das Nähere in Mannheim durch portofreie Briefe bei Joh. Sturm II 6 Nr. 2.



2397. (3c)

Bekanntmachung.

Kgl. Bayer. concession. pfälz. Ludwigs-Eisenbahn. (Ludwigshafen-Bexbach.)

Zur Bestreitung der Bauausgaben der pfälzischen Ludwigsbahn ist die Leistung der Zehnten Einzahlung nöthig.

Unter Bezugnahme auf §. 33 der Statuten werden die Besitzer der Interimsscheine eingeladen,

bis zum 1. Juni l. Js.

die letzte Einzahlung von 10 pCt. nach Abzug der Zinsen vom 1. Januar bis 1. Juni, resp. 1. Juli, als dem Termine der Zins-Coupons der Aktien, à 4 Prozent zu 9 fl. 10 kr., mit

40 fl. 50 kr. per Interimsschein

an einen der nachbenannten Herren Bankiers der Gesellschaft, durch welche den Einzahlern alsbald die Aktiendokumente zugehen werden, als:

in	Augsburg:	J. L. Schäzler;
„	Frankfurt a. M.:	Gebrüder Goldschmidt;
„	id.	Ph. Nic. Schmidt;
„	Mannheim:	W. H. Ladenburg und S.;
„	id.	Joh. Wm. Reinhardt;
„	München:	Joh. Lor. Schäzler;
„	Neustadt a. H.:	L. Dacqué, oder
„	Speyer bei der Directorial-Kasse daselbst,	

wo die Umwechslung gegen die Aktiendokumente unmittelbar vorgenommen werden kann.

Von den Besitzern, der nachbezeichneten Interimsscheine ist die neunte Einzahlung per 1. Januar nicht in gehöriger Weise geleistet worden, dieselben werden daher nochmals aufgefordert, die neunte Einzahlung zur Vermeidung der statutenmäßigen Nachtheile, nachträglich zu leisten.

Interimsscheine Lit. A. 261 — 285, 2297, 2642, 2766, 3096, 3264 — 3267, 3629 — 3633, 3786, 3788, 3899, 4284, 6394, 6362, — Lit. B 1787 — 1810, 3146, 3250, 3452, 3453, 3986, 3987, 4047, 4361, 4427, 4613 — 4617, 4666, 4673.

§. 33 der Statuten lautet:

„Wer eine Einzahlung zur festgesetzten Zeit und „spätestens einen Monat nachher nicht leistet, wird „dadurch aller seiner Rechte als Aktionär, so wie „der bereits gemachten Einschüsse zum Besten des „Gesellschaftsvermögens verlustig.“

Speyer, den 1. Mai 1847.

Das Directorium
der Königlich Bayerischen concessionirten pfälzischen Ludwigsbahn.
Lamotte.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 136.

Man pränumerirt auf der K. b. P. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir [illegible] Nro. 3; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Mittwoch XLIX. Jahrgang. 24. Mai 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 17. Mai. Die definitive Eröffnung des deutschen Parlaments wird morgen stattfinden. Es schließt hiermit die erste Periode der neuen Gestaltung für Deutschland und wir können einen raschen Blick auf die nächste Vergangenheit zurückwerfen. Das Vorparlament war in gewisser Beziehung aus dem revolutionären Chaos hervorgegangen und trug vielfach in sich selbst die Spuren der ungeordnetsten Verwilderung. Beim ersten Zwiste drohte es in sich selbst zu zerfallen. Die Hecker-Struve'sche Minorität, die von Anfang an Gewalt und Aufruhr in Aussicht gestellt hatte, fiel bei der ersten Gelegenheit ab und trat aus. Aber sie erkannte, gesondert, ihre Schwäche und Ohnmacht, und suchte dann das Mittel zur Rückkehr. Ihr Austritt rief anfangs im Vorparlamente ein gewisses Schwanken hervor; nachdem dieß aber bald überwunden war, erhob sich die Mehrzahl wieder mit Macht und erklärte das deutsche Volk für mündig, erklärte das von ihm gewählte Parlament einzig und allein für befugt, die zukünftige Verfassung Deutschlands festzustellen. Die Aufruhrminorität wurde so durch den Ernst und den Muth der ruhigen, mannhaften Majorität in doppelter Weise geschlagen. Aus dem wilden, halb-chaotischen Vorparlamente ging dann der Fünfziger-Ausschuß hervor. Er trat mit Muth und Entschlossenheit auf, und nahm die Angelegenheiten Deutschlands ohne andere Rücksicht als die des Wohls des Vaterlandes in seine Hand. Der erste Schritt, den er auf seiner Bahn that, war seine kräftige Abwehr gegen die preußische Regierung, als diese die Abgeordneten zum konstituirenden Parlamente durch die in Berlin versammelten Landstände wählen ließ. Es war ein Glück für den Ausschuß, ein Glück für Deutschland, daß den Fünfzigern diese Gelegenheit geboten wurde, der mächtigsten Regierung Deutschlands gegenüber die größere Macht der neuen und jungen Volkseinstitution zu bekunden. Wir glauben, daß dieser Sieg des Ausschusses über das preußische Kabinet die moralische Autorität des Ausschusses erst begründet hat, und diese Begründung war unserer Ansicht nach die einzige Rettung Deutschlands; denn erst das Schaffen einer neuen Autorität machte auch die Besiegung der allgemeinen Anarchie möglich. Von nun an kämpfte der Ausschuß vorzugsweise gegen die anarchischen Bestrebungen. Das Abbrechen der Eisenbahn bei Kastel gab ihm die erste Gelegenheit zur Bethätigung auf dieser Bahn; die Störung der Rheinschifffahrt und endlich der Aufstand im Seekreise führten ihn zu weiteren Schritten. Man sagt oft: „Aber was hat sein Einwirken hier genutzt, war nicht am Ende doch Militär nothwendig?" Wir antworten durch eine andere Frage: „Woher kommt es, daß die Regierungen früher nicht wagten, der Anarchie entgegen zu treten? woher kommt es, daß erst, nachdem der Fünfzigerausschuß sich der Anarchie entgegen geworfen hatte, die Regierungen wieder zur thatsächlichen Unterdrückung schreiten konnten?" Die Antwort liegt auf der Hand. Die Besiegung des Hecker'schen Aufstandes hat aber viele Freunde der alten Zustände zur Verkennung der eigentlichen Ursachen dieser Besiegung geführt. Sie sahen Bajonette und Kanonen thätig und übersahen die moralische Kraft, die der Ausschuß in Bewegung gesetzt und mit der er der Anarchie ein: „Bis dahin und nicht weiter!" in den Weg geworfen hatte. Und dieses Verkennen ließ sie an die Auferstehung ihrer alten todten Macht glauben. So erhob die Reaktion ihr Haupt und konnte eine Zeit lang sogar im Ausschusse selbst über die Mehrzahl gebieten, weil sie diese Mehrzahl mit der Furcht vor Anarchie eingeschüchtert hatte. Aber sehr bald vergaß die Reaktion wieder, daß sie eben erst besiegt worden war. Der Bundestag glaubte, preußische Landtagsabschiede alten Styles gegen die Fünfziger erlassen und am Ende gar im Geheimen wieder Karlsbader Beschlüsse einleiten zu können. Das war klar und zu klar. Und augenblicklich erhob sich dann der ganze Ausschuß wieder fest wie Ein Mann, und setzte nun auch der Reaktion die moralische Macht des entfesselten Wortes gegenüber. Und er siegte hier wie gegen Aufruhr und Anarchie mit dem Schwerte des Geistes. — Das ist das Vorspiel des großen Werkes, dem wir jetzt entgegen schreiten. Seine innere Bedeutung liegt in dem Siege, den der Gedanke, der Geist, die moralische Autorität über die Sensen der Anarchie und über die Kanonen der Reaktion davon getragen hat. Hoffen wir, daß in dieser Errungenschaft eine Gewähr für die schöne, freie und kräftige Zukunft des deutschen Volkes liegt! (Köln. Z.)

Frankfurt, 20. Mai. Die in österreichisch Schlesien gewählten Abgeordneten zur konstituirenden Nationalversammlung sind hier eingetroffen. Wir werden nachträglich ihre Namen anführen. Die Bestrebungen der Czechen, Schlesien von Deutschland abwendig zu machen, sind somit thatsächlich abgeschlagen.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Bayern.

Landtag.

**München, 18. Mai. (XXXVII. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische: Frhr. v. Thon-Dittmer, Frhr. v. Lerchenfeld, Heintz, v. Kleinschrodt, v. Roth, Sperl; in der Kammer 107 Abgeordnete. Die Sitzung wurde mit Ablesung des Einlaufes eröffnet; sodann von Frhrn. v. Schätzler Vortrag über den Gesetzentwurf: „die Einkommensteuer". Diese trete an die Stelle der Familiensteuer, mit 500 fl. Einkommen zahle Jemand 30 kr., mit 1000 fl. 3 fl. — Hiernächst wurde die Debatte über „das Kapitalsteuer-Gesetz" eröffnet, und zwar die spezielle. — Art. 1, der Darlehen, Schuldbriefe, Staatsobligationen, Aktien rc. der Kapitalsteuer unterwirft, wurde von Dr. Edel modifizirt: „Alles bewegliche Vermögen bayerischer Staatsangehörigen oder inländischer juristischer Personen, welches durch Anlagen von Geldkapitalien auf Gewinnung von Zinsen oder Gewinntheilung gebildet ist, insbesondere verzinsliche Darlehen an den Staat oder Privaten, Ewiggeld- und Bodenzins-Kapitalien, sofern solche nicht von der Dominikal-Rentensteuer betroffen sind, Einlagen in Aktiengesellschaften u. s. w., unterliegen der Kapitalsteuer ohne Unterschied, ob sie in oder außer Landes anliegen". — Der königl. Finanzminister erklärte, daß es sich hier lediglich um eine Redaktionsänderung handle. — Abg. Bestelmayer brachte ferner die Modifikation: „daß nämlich die Schulden nicht versteuert werden sollen, sondern nur das reine Vermögen". — Der königl. Finanzminister sprach sich dagegen aus. Kapital- sey wie die Grund-Steuer; auch hier werde nicht untersucht, ob Schulden darauf haften oder nicht. — Frhr. v. Schätzler will ihr Folge gegeben wissen. Besteuerung des Grundes sey seit Jahren, anders bei Kapitalien. Es handle sich hier um Papiere. — Frhr. v. Lerchenfeld. Es handle sich hier nicht um Papiergeld-Geschäfte, sondern um stehende Kapitalien. — Abg. Reim. Wie werden denn Lotterieloose behandelt? — Frhr. v. Lerchenfeld. Es handle sich ja blos ums rentirende Vermögen. — Abg. Sattler. Er unterstütze die Modifikation des Abg. Bestelmayer. Die Schulden rentiren ja auch nicht. — Der Hr. II. Präsident. Dr. Müller. Die Modifikation des Dr. Edel bezwecke offenbar eine explizirte Redaktion, er stimme ihr nicht bei. — Abg. Neuffer, als Referent, stimmte dieser Modifikation des Dr. Edel ebenfalls bei, über diejenige des Abg. Bestelmayer könne er sich, als betheiligt, nicht aussprechen. — Frhr. v. Thon-Dittmer sprach gegen die Modifikation des Abg. Bestelmayer. Der Hausbesitzer, der Besitzer des Grundes müsse ja auch ohne Rücksicht auf die Schulden, die auf dem Objekt haften, Steuer bezahlen. — Der Staatsminister Heintz sprach gegen die Modifikation des Dr. Edel. Aber auch gegen Bestelmayer stimme er; denn es handle sich nur um ständiger Kapitale Besteuerung. Die Analogie anderer Steuergesetze müsse aufrecht erhalten werden. Thür und Thor wären durch die Annahme jenes Amendements geöffnet. — Nach einigen inzissiven Worten wurde abgestimmt, und die Modifikation des Abg. Bestelmayer, „Schulden steuern nicht", wurde angenommen (50—54). Es wurde jedoch vom königl. Finanzminister Namensaufruf begehrt; jedoch nachdem mehrere Stimmen sich dagegen erhoben, so zog er seinen Antrag zurück. — Ferner wurde die Modifikation des Dr. Edel verworfen, und dann Art. 1 mit der Modifikation von Bestelmayer angenommen. — Art. 2 wurde ohne Debatte angenommen (1 kr. vom fl. jährlichen Ertrags). — Art. 3 („Ausnahme der Nichtsteuerpflichtigen: Staat, Wohlthätigkeitsanstalten, Banken, öffentliche Leihanstalten, Spar- und Hilfs-Kassen, rücksichtlich ihrer Betriebskapitalien, und Kapitalien unter 500 fl. als einziges Vermögen",) wurde von Bestelmayer und Dr. Rammoser im Interesse von Nürnberger Stiftungen, für Mobiliarvermögen und von Doppelwaisen, dann von Dr. Ruland zu Gunsten von Wohlthätigkeitsstiftungen modifizirt. — Neben diesen wurden noch andere Modifikationen eingebracht. — Frhr. v. Rotenhan sprach gegen alle Ausnahmen; das Gesetz solle ja nur eine Probe seyn, um Erfahrungen zu machen. Er erkläre sich gegen sämmtliche Modifikationen. Er nahm sie nun einzeln durch und stellte ihre Unhaltbarkeit dar. — Auch Frhr. v. Schätzler sprach sich gegen alle Modifikationen aus. — Hierauf wurde Art. 3 mit der Ausschußmodifikation angenommen; alle übrigen Modifikationen wurden verworfen. — Nach einstündigem Aussetzen wurde die spezielle Berathung wieder fortgesetzt. — Art. 4 wurde vom Grafen v. Pückler-Limburg dahin modifizirt, daß, wenn Jemand, wie er, Kapitalien in Bayern und im Ausland zugleich habe, er nicht für die auswärtigen besteuert werde. Er zahle z. B. seit 30 Jahren in Württemberg Kapitalsteuer, diese wolle er nun nicht nochmal in Bayern zahlen. — Dekan Vogl modifizirte weiter, es möge die Einhebung der Steuer selbst hinausgeschoben werden. Dasselbe, was er in der letzten Sitzung beantragt hatte. — Beide Modifikationen wurden unterstützt. — Die Modifikation des Dekan Vogel stellte das ganze Gesetz in Frage, und über diese erhob sich eine sehr weitläufige Diskussion, die aber bekundete, daß die Kammer durch ihren Referenten (Neuffer) den einfachen, vertrauensvollen Sinn

auf ihren Ausschuß behauptete. Fort mit allen Modifikationen, welche dem Ministerium Verlegenheiten bereiten könnten. — Frhr. v. Thon-Dittmer sprach in gewohnter decisiver Weise für den Entwurf der Regierung. Wenn man das Prinzip wolle, so könne man die Modifikationen nicht wollen. — Aehnlich sprach Frhr. v. Lerchenfeld. Je wohl handle sichs nur um einen Versuch, aber in der Form; das Wesen, wünsche er, soll bleiben; die Form der Erhebung werde sich wohl ändern. Der Kanal trage wenig, die Dampfschifffahrt noch weniger, die Eisenbahnen haben ihren, von den Staatsfinanzen unabhängigen, gesetzlichen Gang, also für ein etwaiges Defizit eine Steuer, Kapital- und Einkommen-Steuer. Schon die Zeit der Erhebung direkter Steuern würde, wenn sie erhöht werden müßten, zum Unheil führen. Also die Bezweiflung oder Hinausschiebung der Zeit sey ganz unrichtig. Was den Maßstab betrifft, so habe der Ausschuß mit 2 kr. wohl das Minimum festgestellt. Wolle man das Prinzip nicht, so lasse man lieber das Gesetz fallen. — Dekan Vogel zog hierauf den ersten Theil seiner Modifikation zurück, ebenso Graf v. Pückler-Limburg die seinige; der zweite Theil der Modifikation von Dekan Vogl wurde verworfen, und Art. 4 nach dem Entwurfe angenommen. Derselbe lautet: „Steuerpflichtig ist jeder am Orte seines Wohnsitzes. Die Steuer ist innerhalb 3 Monaten nach Aufstellung der Steuerlisten fällig, und mit einem Male zu erheben. Die Steuerlisten müssen bis zum 1. Sept. 1848 aufgestellt seyn". — Art. 5 war illiberal vom Ausschusse vorgeschlagen worden; das Ministerium hatte nämlich die Gemeinden, der Ausschuß die königl. Behörden zur Bestimmung der Kapitalien vorgeschlagen. — Dr. Ruland rieth zur Beibehaltung der Ausschußmodifikation. — Frhr. v. Lerchenfeld brachte statt „auf Ehre und Gewissen" die Modifikation „auf Bürgerpflicht" ein, und diese wurde mit den übrigen Ausschußmodifikationen angenommen. — Sofort wurden denn auch Art. 9, 10, 11, 12, 13 und 14 nach dem Ausschußgutachten angenommen, und somit der so modifizirte Entwurf. — Man sah nothwendig und natürlich ein, daß bei so schneller, später und ermüdender Gesetzgebungsweise Uebestürzungen im negativen Sinne nicht fehlen können. Die nothwendigen Lücken muß eben die Kammer der Reichsräthe wieder ausbessern und füllen. — Hiemit schloß nach Namensaufruf zur Annahme des Gesetzes mit 85 gegen 28 Stimmen die Sitzung, und wurde die nächste auf Morgen um 9 Uhr anberaumt.

München, 23. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XLIII. auf heute um 4½ Uhr Nachmittags angesetzte öffentliche Sitzung. 1. Verlesung des Protokolls der XLII. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Fortsetzung der Berathung und Schlußfassung über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über den Gesetzentwurf: die Aufhebung der standes- und guts-herrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten betreffend. — 4. Fortsetzung der Berathung und Schlußfassung über den Gesetzentwurf: die Ablösung des Lehenverbandes betreffend. — 5. Berichterstattung des Sekretärs des V. Ausschusses über die geprüften und zur Vorlage an die Kammer nicht geeignet befundenen Beschwerden.

München, 23. Mai. Das gestern erschienene königl. Regierungsblatt (Nr. 32) enthält folgende Dienstesnachrichten: Se. Maj. der König haben den Einnehmer Herfeldt bei dem Oktroiamt Neuburg am Rhein seiner Bitte gemäß in definitiven Ruhestand versetzt, dessen Stelle dem Kontroleur Franz August von Schönebeck und des letzteren Stelle dem ersten Beseher Karl August Schäfer, die erste Beseherstelle dem Funktionär des Oktroiamts Joseph Schandein und die zweite Beseherstelle dem geprüften Finanzkandidaten und Funktionär im Rechnungskommissariat, Ludwig Hiltebrand provisorisch verliehen; den Rath außer dem Status am Kreis- und Stadtgerichte München, Karl von Günther, unter Belassung des Titels, Funktionszeichens und Gesammtgehaltes nach §. 19 der Beilage IX. zur Verfassungs-Urkunde temporär quiescirt, und zu der bei dem genannten Kreis- und Stadtgericht erledigten statusmäßigen Rathstelle den Assessor dieses Gerichts Karl Kammerknecht befördert; den Salzamtsschreiber Anton Maier zu Bayreuth zum kontrolirenden Amtsschreiber des dortigen Salzamts provisorisch ernannt; dem Kreis- und Stadtgerichte Augsburg einen Protokollisten außer dem Status beigegeben, und auf diese Stelle den Protokollisten Joseph Castell in Memmingen versetzt, sofort zum Protokollisten in Memmingen den Appellationsgerichtsaccessisten Franz Bayl von Bamberg zur Zeit in München ernannt; das erledigte Forstrevier zu Narn, Forstamts Steinwiesen, dem bisherigen Forstamtsaktuar zu Kronach, Andreas Kestel, in provisorischer Eigenschaft verliehen; den bei der Regierung von Schwaben und Neuburg gegenwärtig als Kreisingenieur angestellten Philipp Mettl.ner aus Rücksicht seiner geschwächten Gesundheit in den zeitlichen Ruhestand treten lassen; auf die eröffnete Stelle eines Gerichtsarztes bei dem Landgerichte Ochsenfurt den dermaligen Gerichtsarzt bei dem Landgerichte Marktsteft, Dr. Gustav Mayer, seiner allerunterthänigsten Bitte entsprechend versetzt und die hierdurch sich erledigende Stelle eines Gerichtsarztes bei dem Landgerichte Marktsteft dem dermaligen praktischen Arzte und Physikatsverweser in Ochsenfurt Dr. Karl Bleifuß in provisorischer Eigenschaft verliehen; die durch Beförderung des Zollrechnungskommissärs Haag erledigte Rechnungskommissärsstelle erster Klasse bei der General-Zoll-Administration dem Zollrechnungskommissär zweiter Klasse Sebastian von Sell und dessen Stelle dem Zollrechnungskommissär dritter Klasse Joh. Gg. Lämlein verliehen, ferner zum Zollrechnungskommissär dritter Klasse den Assistenten im Zollrechnungskommissariat, Joseph Müller provisorisch ernannt; mehreren Appellationsgerichten zur Aufarbeitung der bei denselben bestehenden Rückstände Assessoren außer dem Status, namentlich dem Appellationsgerichte von Oberbayern vier, dem Appellationsgerichte von Niederbayern zwei, dem Appellationsgerichte von Unterfranken und Aschaffenburg zwei, dann dem Appellationsgerichte von Schwaben und Neuburg drei bewilligt, und auf dieselben, so wie auf die bei dem Appellationsgerichte von Mittelfranken dann von Niederbayern, der Oberpfalz und von Regensburg, von Oberfranken und von Schwaben und Neuburg in Erledigung gekommenen 6 statusmäßigen Assessorenstellen 1) den Kreis- und Stadtgerichtsrath Ludwig Hutter in Fürth zum statusmäßigen Assessor bei dem Appellationsgerichte von Oberfranken, 2) den Appellationsgerichtssekretär und Accessisten Joseph Schipp in Aschaffenburg zum Assessor außer dem Status bei dem Appellationsgerichte von Unterfranken und Aschaffenburg, 3) den Kreis- und Stadtgerichtsrath Joseph Gabriel Göschl in Schweinfurt zum Assessor außer dem Status bei dem Appellationsgerichte von Oberbayern, 4) den Kreis- und Stadtgerichtsrath Johann Baptist Schmidt in Straubing zum statusmäßigen Assessor bei dem Appellationsgerichte von Niederbayern, 5) den Kreis- und Stadtgerichtsrath Joseph Then in Schweinfurt zum Assessor außer dem Status an dem Appellationsgerichte von Oberbayern, 6) den Kreis- und Stadtgerichtsrath Friedrich Helfreich zum Assessor außer dem Status bei dem Appellationsgerichte von Unterfranken und Aschaffenburg, 7) den Kreis- und Stadtgerichtsrath Dr. Joseph Barer in Fürth zum statusmäßigen Assessor bei dem Appellationsgerichte von Schwaben und Neuburg, 8) den Kreis- und Stadtgerichtsrath Adolph Wolf in Amberg zum Assessor außer dem Status am Appellationsgerichte von Oberbayern, 9) den Kreis- und Stadtgerichtsrath Karl Freiherrn von Dürnitz zu Straubing zum Assessor außer dem Status am Appellationsgericht von Oberbayern, 10) den Appellationsgerichtssekretär und Accessisten Anton Frankl zu Neuburg zum Assessor außer dem Status am Appellationsgerichte von Schwaben und Neuburg, 11) den Kreis- und Stadtgerichtsrath Martin Lüst in Bamberg zum statusmäßigen Assessor am Appellationsgerichte von Oberfranken, 12) den Kreis- und Stadtgerichtsrath Sebastian Böhm in Fürth zum statusmäßigen Assessor bei dem Appellationsgerichte von Mittelfranken, 13) den Kreis- und Stadtgerichtsrath Ferdinand Haubenschmid in Passau zum Assessor außer dem Status am Appellationsgerichte von Niederbayern, 14) den Kreis- und Stadtgerichtsrath Gustav Müller in Passau zum Assessor außer dem Status bei dem Appellationsgerichte von Niederbayern, 15) den Kreis- und Stadtgerichtsrath Ludwig Braun zu Ansbach zum Assessor außer dem Status bei dem Appellationsgerichte von Schwaben und Neuburg, 16) den Kreis- und Stadtgerichtsassessor Johann Nepomuk von Inama-Sternegg in Augsburg zum Assessor außer dem Status bei dem Appellationsgerichte von Schwaben und Neuburg, und 17) den Kreis- und Stadtgerichtsprotokollisten Alois Leiblein in Regensburg zum statusmäßigen Assessor bei dem Appellationsgerichte der Oberpfalz und von Regensburg befördert.

Wunsiedel, 20. Mai. Mit inniger Freude kann ich Ihnen berichten, daß die Deutschen in Böhmen alles daran setzen, ihre Nationalität zu bewahren und daß namentlich der Bezirk Eger es ist, der mit Muth und Energie sich an die Spitze dieser Bewegung gestellt hat. Es verdient wohl in weiteren Kreisen bekannt zu werden, daß am 18. d. M., als dem Eröffnungstag des deutschen Parlaments, eine Deputation der Stadt Eger durch eine vorher erhaltene Adresse der bayerischen Grenzstadt Wunsiedel dazu veranlaßt, einen Besuch in letzterer Stadt machte und hier ein gemeinschaftliches Fest gefeiert wurde. Es ist hier nicht der Raum geboten, die Einzelheiten dieser wahrhaft politischen Feier alle aufzuzählen; nur so viel, daß mit Hand und Mund gelobt wurde, mit Energie sich der Tschechenpartei entgegenzustellen und fest und treu zu halten am deutschen Vaterland. Möge das große Vaterland die bedrängten Brüder kräftig unterstützen! (K. v. u. f. D.)

Württemberg.

Weinsberg, 17. Mai. Das auf den Mainhardter Wald gesendete Militär überraschte zu Neuhütten mit großer Gewandtheit die Rädelsführer der hier vorgefallenen Gesetzlosigkeiten und führte sie in die Gefängnisse nach Weinsberg ab. Das Militär (600 Mann) wird wahrscheinlich bis zur Vollendung der Untersuchung auf dem Walde verweilen; den Soldaten werden täglich die Lebensmittel von Weinsberg auf Wagen zugeführt, an denen sie nun die verarmten Bewohner auch theilnehmen lassen. (S. M.)

Kurhessen.

Marburg, 19. Mai. Unter dem Vorsitze von Bayrhoffer und Ludolph entfalten der hiesige demokratische und Arbeiterverein eine immer umfassendere Thätigkeit. So eben gehen von dem ersteren wieder einige Forderungen aus, theils an das kurhessische Ministerium auf Zurückberufung des Bundestagsgesandten (Jordan) als Theilnehmer an dem Beschluß der Bundesversammlung vom 4. Mai, sowie Auflösung des Bundestags, theils an die deutsche Nationalversammlung wegen der Freigebung Polens und der Lombardei. Auch ist die Errichtung eines Freikorps „zum Schutz des souveränen Volksraths in Frankfurt gegen etwaige Fürsten- und Regierungsgewalt" beschlossen worden. Ferner erläßt der demokratische Verein ein Rundschreiben an sämmtliche auf dem gleichen Boden vollständiger Demokratie stehende Vereine zu dem Zwecke einer näheren Verbindung und gemeinschaftlicher Wirksamkeit. Der hiesige Arbeiterverein hat durch eine Zuschrift an den demokratischen Verein seinen vollkommen demokratisch-republikanischen Standpunkt dargelegt. (Fr. J.)

Preußen.

Berlin, 18. Mai. Der politische Klub hatte gestern, am Bußtage, zwei geschlossene Sitzungen, um sich zu reorganisiren. Diese Reorganisation wurde auf eine interessante Weise vorgenommen. Es wurden zuerst ein Präsident und zwei Vizepräsidenten durch Stimmzettel gewählt. Diese wählten sich darauf die Mitglieder des Direktoriums. Darauf wurde der Klub für aufgelöst erklärt, jedes frühere Mitglied sollte auf's neue aufgenommen werden und zwar in der Weise, daß über die Aufnahme des ersten Mitgliedes allein das Direktorium, über die der folgenden das Direktorium nebst den bereits aufgenommenen Mitgliedern entscheide. Man beabsichtigte hiermit eine Purifikation des Klubs. Es wurde indeß nur Ein früheres Mitglied zurückgewiesen. Auch die heutige Sitzung wurde theilweise zur Aufnahme neuer Mitglieder benutzt. Der Klub hat durch seine strengere Aufnahmeform bereits bedeutend an Mitgliedern gewonnen. Wenn aber auch der Zweck der Purifikation nicht erreicht worden ist, so wird der Klub für die Folge jedenfalls einen bedeutendern Einfluß ausüben, da sein Direktorium, aus den entschiedensten Männern des Klubs bestehend, eine Einheit bildet. — Gestern wurde vor den Zelten von dem „deutschen Komite für die Wiederherstellung Polens" eine sehr unruhige Volksversammlung abgehalten. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Breslau, 15. Mai. Die Zurückberufung des Prinzen von Preußen hat auch hier eine alle Klassen der Einwohnerschaft durchdringende mächtige Aufregung hervorgebracht. Der demokratische Verein trat zuerst öffentlich dagegen auf, indem er mehrere Plakate, welche

in einer Freitag Abend abgehaltenen Sitzung beschlossen worden waren, an die Straßenecken anschlagen ließ. Das erste derselben ist „an die bewaffnete Einwohnerschaft Breslau's" gerichtet, erklärt den Beschluß des Staatsministeriums als den klarsten Ausspruch der Reaktion ꝛc. Der Ton in diesem Schriftstück, das man auch in Berlin hatte anschlagen lassen, war der Art, daß, wie der Oberpräsident Pinder bekannt macht, der Aufruf von der Polizeibehörde dem zuständigen Gericht zur Beschlußnahme vorgelegt worden ist, ob Grund zur Einleitung der gerichtlichen Untersuchung gegen die Urheber und Verbreiter desselben vorhanden sey. (M. Z.)

Swinemünde, 13. Mai. Gestern Nachmittag ist die dänische Fregatte „Havfruen" nach unserer Rhede zurückgekehrt und hat Angesichts unseres Hafens, jedoch auf circa 2½ Meilen Entfernung, Anker geworfen. Seit mehreren Tagen haben sich ankommende Schiffe nicht weiter gezeigt. (Ostsee-Z.)

Schleswig-Holstein.

Das „Rendsburger Tagblatt" enthält Folgendes: Wir erfahren, daß der Adjutant des Kriegsministers, v. Harbou, unsern Gefangenen auf der „Dronning Marie" offizielle Kunde von der Schlacht bei Schleswig gab: „Sie würden es später doch erfahren; es hätten die Dänen sich am 23. April nach einem 8stündigen Kampfe gegen eine dreifache Uebermacht endlich in vollkommenster Ordnung auf Flensburg zurückgezogen. Die Gefangenen möchten bedenken, daß die Verhaltnisse sich leicht ändern könnten und daher nicht übermüthig werden." Ferner: Mehrfach hat der Adjutant v. Harbou formell die gefangenen Soldaten zum Landesverrathe zu verführen gesucht. Er hat ihnen vorgestellt, wie man aus ihnen ein eigenes Korps bilden wolle, und ihnen das Versprechen gegeben, er wolle sich selbst an die Spitze dieses Korps stellen. Kein einziger hat sich verführen lassen. Vielmehr wurde Harbou, als er zum vierten Male am Bord des Waldemar seine Vorstellungen erneuerte, von einem Soldaten des ehemaligen 14. Bataillons derb zurechtgewiesen und hat seitdem sich nicht wieder blicken lassen. Seit der Schlacht bei Schleswig wird die Behandlung der Gefangenen plötzlich viel besser, wenn sie auch noch immer eines zivilisirten Volkes unwürdig ist. Wie die Dänen übrigens zu einer großen Zahl von Gefangenen kommen, ergibt sich z. B. daraus, daß sie bei den Hospitälern angestellte Aerzte und Hamburger Krankenwärter in Flensburg gefangen nahmen und auf der Dronning Marie halten. Eben so wurde ein Schleswig-Holsteiner, der bei den Kalkbrüchen auf Bornholm angestellt war, der Ingenieur Wiegmann, gefangen genommen und ebendahin geführt. (A. M.)

Rendsburg, 15. Mai. Vom Kriegsschauplatz nichts Neues. Die Schiffe im Belt verhalten nach Wrangel's Drohung sich ruhig. Die Dänen warten auf die Ankunft der Schweden, welche nach ihrer Aussage am 20. d. erfolgen soll. Am 13. brachte Major Zastrow, welcher mit einem Detaschement der schleswig-holsteinischen Truppen einen Streifzug nach Aarhuus ausgeführt, 14tägige Lebensmittel aller Art für 7000 Mann, so wie den Stiftsamtmann von Aarhuus als Geißel für fernere Lieferungen und als Repressalie wegen der Gefangennahme des Hrn. v. Krogh mit nach Veile. (A. M.)

Rendsburg, 16. Mai. Diesen Mittag zog das Wasmer'sche Freikorps, durch die vielfachen Entlassungen und Urlaubsbewilligungen auf ungefähr 300 Mann zusammengeschmolzen, in der trefflichsten Haltung in unsere Stadt ein. Man wußte ihre Ankunft vorher und so hatten es sich denn die jungen Damen Rendsburgs nicht nehmen lassen wollen, den wackern Kämpfern nach so vielen Mühseligkeiten und Gefahren einen recht herzlichen Empfang zu bereiten. — Heute ist Hr. Schleiden von Frankfurt hier eingetroffen. (S.-H. Z.)

Rendsburg, 18. Mai. Die provisorische Regierung welche heute ihren Sitz nach Schloß Gottorp verlegt, hat in Uebereinstimmung mit dem in der 49. Sitzung des deutschen Bundestages gefaßten Beschluß verfügt, daß wenn gleich dänischer Seits auf deutsche Schiffe Embargo gelegt, doch von Bundeswegen eine gleiche Maßregel allgemein nicht anzuwenden sey, und daß es in den Herzogthümern Schleswig-Holstein nach Maßgabe des gedachten Beschlusses zu verhalten sey, demnach das auf dänische Schiffe gelegte Embargo wiederum aufgehoben worden. — Die provisorische Regierung hat dem entsprechend, die beiden auf Requisition der preußischen Regierung mit Beschlag belegten dänischen Schiffe „Thorwaldsen" und „Geiser" wieder freigegeben. (Schlesw.-Holst. Z.)

Hamburg, 15. Mai. Mit dem heute Abend eingetroffenen Bahnzuge erfahren wir, daß man von Alsen her wieder Kanonendonner vernommen habe; auch waren Gerüchte von einem sehr ernstlichen Treffen in Umlauf, welches zwischen den hannoverschen und braunschweigischen Truppen und einem ansehnlichen Korps Dänen zum Nachtheil der Letzteren vorgefallen sey. Es scheint dieß vielleicht auf einer Verwechselung mit einem bei Fridericia vorgefallenen Gefechte zu beruhen. Denn dort sollen in der Nacht vom Donnerstag auf den Freitag dänische Truppen (1000 Mann) bei Fridericia gelandet seyn. Zwischen das Feuer von Artillerie und Infanterie gerathen, soll ihnen aber der Rückzug auf die Schiffe völlig abgeschnitten und sie alle, so weit sie nicht gefallen sind, in Gefangenschaft gerathen seyn. Das Gefecht, welches bei dieser Gelegenheit stattgefunden hat, muß übrigens ziemlich hartnäckig oder doch blutig gewesen seyn, da der Berichterstatter angegeben haben soll, daß er 17 Wagen mit Verwundeten bemerkt habe. (H. K.)

Die Dänen sind am 11. und 12. d. wieder mit Arbeitskommandos bei Sonderburg-Fähre gelandet, doch ist kaum ein Schuß geschehen. Um 4 Uhr Morgens haben die dänischen Kanonenböte ein Haus am Ufer, welches sie wahrscheinlich für besetzt gehalten, durch Werfung von Bomben fast gänzlich demolirt und einen Einwohner im Bette getödtet. (Diese lange aber sonst bedeutungslose Kanonade gab Anlaß zu dem Gerücht des Gefechtes am 11., in dem 1000 Dänen gefangen worden waren.)

Altona. Ein Adjutant des Generals Halkett, welcher heute (den 18.) aus dem Hauptquartier mit Depeschen nach Hannover ging, versicherte, daß der Friede mit Dänemark so gut wie abgeschlossen sey, der letzte Kanonenschuß sey gefallen.

Limburg.

Heerlen, 14. Mai (Abends). (Eine neue Schmähung von Deutschland.) So eben rücken hier Kürassiere ein, um der Ordre des Gouvernements die aufgesteckten deutschen Fahnen abzunehmen, nöthigenfalls mit bewaffneter Hand Nachdruck zu geben. — Der Gouverneur des Herzogthums von Mären hat am 12. Mai dem Gemeinderath bedeuten lassen, so lange keine Anordnungen höhern Orts getroffen seyen, dürfe die deutsche Fahne auf keinem öffentlichen Gebäude wehen. (F. J.)

Hannover.

Hannover, 15. Mai. Seit gestern Abend ist es entschieden, daß die Einigung der Verfassungskommission an der Halsstarrigkeit der Aristokratie gescheitert ist. Wahrscheinlich kommt es schon heute zu den entschiedensten und heftigsten Erklärungen in der zweiten Kammer und die Existenz der Ständeversammlung möchte diese Woche kaum überdauern, wenn man mit dem Budget fertig wird. (Br. Z.)

Freie Städte.

Hamburg, 14. Mai. Von Kiel hat man hier 300 Matrosen geworben, welche heute Abends abgehen werden, um einen Handstreich gegen die „Galathea," eine Korvette von nur etwa 18 Kanonen, auszuführen. Man gab den Matrosen ein Handgeld von 10 Thlrn. und eine außerordentliche Prämie von 50 Thlrn. per Kopf, wenn das Unternehmen glücke, was schon möglich scheint, da die Korvette mancherlei Berichten zufolge nur schwach besetzt seyn soll. Ein Theil der Freischärler wird gleichfalls die Unternehmung mitmachen. Bracklow ging mit der Idee um, eine Unternehmung gegen den „Gefion" auszuführen, ein Kriegsschiff, welches 46 Kanonen hat, und zwar 28 36pfündige in der unteren Batterie und 18 24pfündige in der oberen. Er dachte es in die Luft zu sprengen; es scheint ihm aber nicht zu gelingen, das dazu nöthige Dampfschiff zu erlangen. Dagegen wird der Plan der Hamburger wohl zur Ausführung kommen, welcher darin besteht, daß man den „Gefion" mit etwa drei Dampfschiffen zu umzingeln sucht. — Der hamburgische Senat hat vorgestern Abend in einer Volksversammlung unterlegen, welche die Deicher, die Bewohner eines Theiles der Vorstadt St. Georg, ausgeschrieben und zu welcher der Senat zwei Senatsmitglieder als Delegirte abgesandt hatte. Der Senat sah sich veranlaßt, alle Forderungen zu gewähren, um einem Aufstande entgegen zu treten. (K. Z.)

Lübeck, 15. Mai. Unter den heute Morgen mit der „Alexandra" von St. Petersburg angekommenen Passagieren befindet sich der Fürst Michael Obrenowitsch. Nach einer mündlichen Mittheilung des Fürsten hatte der dänische Abgesandte v. Levetzow von dem Kaiser Nikolaus, bezüglich des Interventionsgesuches eine abschlägige Antwort erhalten. Der Kaiser soll sich mit großer Bestimmtheit dahin ausgesprochen haben, daß sich Rußland, so lange es irgend möglich, neutral verhalten werde. (M. Z.)

Italien.

Die neuesten Genueser Blätter (16. Mai) enthalten Nachrichten aus Neapel vom 10. Mai: Im Basilikat, der Provinz zwischen Apulien und Calabrien haben verschiedene Orte die Bevölkerung bewaffnet, die Zivil- und Militärbeamten fortgejagt, und provisorische Regierungen eingesetzt: wie sie sagen, um sich vor einem österreichischen Angriff zu sichern und die Regierung zum Absenden aller Truppen nach der Lombardei zu zwingen. Die französische Flotte bei Neapel beläuft sich jetzt auf 13 Schiffe.

Messina ist am 12. April vom sizilischen Parlament wiederum zu einem Stapelplatz und Freihafen erklärt, wie das es früher war. Die Zustände Rom's werden von den Zeitungen sehr widersprechend geschildert. Die einen rühmen die Ruhe und erklären, es sey an weitere Stürme nicht zu denken, die andern stellen neue Bewegungen in Aussicht. Durando mit seinen Truppen hat den Befehl erhalten, daß er unter Karl Albert stehe. In Modena kommt der Anschluß an Karl Albert auch zur Abstimmung. Dagegen haben Massa und Carrara sich jetzt entschieden für Anschluß an Toskana erklärt, und dies am 8. Mai dem Großherzog durch eine Deputation angezeigt. Das sardinische Parlament beschäftigte sich bis jetzt blos mit Untersuchung der Wahlen, wobei hier und da kleine Abschweifungen stattfanden, von denen die eine (12. Mai) das Einrücken französischer Truppen in Italien betraf. Der Minister des Auswärtigen äußerte daß Lamartine hierüber die befriedigendsten Erklärungen gegeben und sich dahin bereit erklärt habe in das offizielle Journal einrücken zu lassen, die französische Armee werde „die Grenzen unserer Staaten" nur dann überschreiten, wenn sie durch „unsere Regierung" berufen sey. Die Worte des Ministers schlossen: „die französische Armee wird nicht kommen, wenn wir sie nicht rufen, und da wir sie nicht rufen, wird sie nicht kommen." Die Insel Sardinien ist am 7. Mai demselben militärischen Aushebungsgesetze unterworfen, wie die Terra firma Piemonts. In Mailand, wo nach Angabe der provisorischen Regierung seit einiger Zeit der Bettel stark überhand nimmt, langten am 14. Mai 215 Soldaten des in Vorarlberg liegenden Italienerregiments Ferdinand von Este an, welche von hier auf die Kunde der Begebenheit in Italien ausgerissen waren. Ueber die Kriegsbegebenheiten bieten die italienischen Blätter meist nur Details, die wenig neues enthalten. Am 13. Mai machte die österreichische Besatzung einen Ausfall aus Mantua, der nach dreistündigem Kampfe mit Verlust für sie zurückgewiesen ward. Die ihr entgegenstehenden Truppen waren Toskaner und Neapolitaner. (Nach italienischen Blättern.)

Frankreich.

Paris, 18. Mai. Mehrere Bataillone der Alpenarmee, welche bisher, dem Reglement gemäß, in Depots geblieben waren, sind vervollständigt und zur Armee abgeschickt worden. Aus den neulich aus Afrika angekommenen, kriegsgewohnten Regimentern ist eine vierte Division gebildet und ebenfalls zur Alpenarmee entsendet worden. — In mehreren Gegenden der Bannmeile war diese Nacht die Bevölkerung in Unruhe. In Montmartre und La Chapelle St. Denis wurde Generalmarsch geschlagen. — In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung gab und erhielt Pater Lacordaire seine Demission, weil er erkannt habe, sagt sein Schreiben, daß die friedlichen Pflichten des religiösen Lebens mit dem schwierigen und strengen Berufe des Volksvertreters nicht zu vereinigen seyen. Es wurde beschlossen, eine Deputation von 20 Mitgliedern zu ernennen, welche im Namen der Versammlung den Leichenzug der Nationalgardisten begleiten sollen, die im Kampfe für Ordnung und Gesetzlichkeit fielen. Noch wurde über Entwürfe einer Proklamation an das Volk debattirt. Der eine von Hr. Dornes entworfene, enthält die Zusicherung, die Versammlung werde ihre Arbeiten fortsetzen und

gleichmäßig gegen Anarchie und Reaktion wirken. Mit mehr Gunst wurde ein anderer Entwurf von Hrn. Berard aufgenommen, der zuerst zur Verhandlung kam. Ein Satz in diesem letzteren, welcher der vollziehenden Gewalt Einheit empfiehlt, gab zu bitteren Klagen des Hrn. Flocon Anlaß. Es hieße dieß, sagte derselbe, dem Verdachte Nahrung geben, daß diese Einheit nicht bestehe. Das wäre von großer Wichtigkeit und er müsse sehr bitten, den Satz zu streichen. Bei Postabgang war noch nichts hierüber beschlossen. Der Zwiespalt aber, zwischen der Regierung und einem ansehnlichen Theile der Kammer war gestern ebenfalls stark ausgesprochen. Im Namen der Regierung waren nämlich folgende Gesetze vorgeschlagen werden: 1) Jede bewaffnete Vereinigung oder Verbindung zu verbieten, und diejenigen, welche in den Klubs mit offen getragenen oder verborgenen Waffen erschienen, mit 13 Monate bis 2 Jahre Gefängniß zu bestrafen. 2) Ludwig Philipp und seine Familie, wie die ältere Linie der Bourbonen auf immer aus Frankreich zu verbannen. Diese beiden Gesetzesvorschläge wurden ohne Widerspruch angehört. Darauf kam der Verschlag, die Mitglieder der ausübenden Regierungskommission sollten in der Regel nicht und ausnahmsweise nur dann in der Nationalversammlung erscheinen, wenn sie dahin berufen würden, um bestimmte Erklärungen zu geben. Die Minister sollten immer gegenwärtig seyn. Die Mitglieder der Regierungskommission immer gehört werden müssen, wenn sie es verlangten. Der Präsident der Nationalversammlung sollte zwar das Recht behalten, Generalmarsch schlagen zu lassen, die militärischen Dispositionen und andere Sicherheitsmaßregeln, welche die Nationalversammlung betreffen, aber ausschließlich der vollziehenden Regierungskommisson übertragen werden. Es entwickelte sich hier ein heftiger Streit wegen der angeblich hierbei beabsichtigten „Direktorialen“ (Fünfherrschaft). Noch wurde angekündigt, es werde ein dringendes Projekt (project d'urgence) vorgeschlagen werden, welches den Staat berechtige, die Eisenbahnen gegen Entschädigung einzuziehen. Hr. Trelat, Minister der öffentlichen Arbeiten, wies nach, wie sehr diese Gesellschaften jetzt zu ihrer Sicherheit des Schutzes der Regierung bedürften, dann wurde noch verlangt, für viele Gegenstände Kredit auszusetzen. Der bedeutendste ist von 3 Millionen für die Nationalwerkstätten. Hieran knüpfte sich nun ein heftiger Streit, ob die Regierung in ihren Vorschlägen dieselben Formen zu beobachten hätte, wie die einzelnen Volksvertreter. Hr. Flocon meinte, man könne mit so wenig Macht nicht regieren. Hr. Jules Favre würde zur Ordnung verwiesen, weil er sich erlaubt hatte, zu sagen, die Versammlung müsse ihn anhören. Endlich wurde noch beschlossen, daß die vorgeschriebenen Formen für Vorschläge der Mitglieder, nicht auf die Gesetzesvorschläge der Regierung Anwendung fänden, aber es war nur eine sehr kleine Majorität dafür.

(Fr. Ob.-P.-A.-Z.)

Paris, 19. Mai. Wir sind auf dem besten Wege, bald wieder kaiserliche oder königliche Unterthanen zu werden. Die Nationalversammlung zeigt sich täglich reaktionärer. Dornès und Berard haben ihr zwei Adressenentwürfe an die französische Nation vorgelegt, worin namentlich letzterer von der Nothwendigkeit der Einheit einer Staatsgewalt spricht, die nicht mit der Emeute paktisire. Ihr würdiger Kollege Isambert schlug gerade zu die Aufhebung des Vereinsrechts, der kostbarsten aller Eroberungen des Februars, in einem Dekretsentwurfe vor, der also lautet: Art. 1) Die Klubs und permanenten Vereine sind aufgehoben. Art. 2) Die Bürger haben nur das Recht, Petitionen in ihren Verhandlungen zu berathen oder doch nur über Fragen zu diskutiren, die vorher der Obrigkeit mitgetheilt sind. Dupin endlich, der 1830 eine Monarchie mit republikanischen Staatseinrichtungen schuf, stieg auf die Tribüne, um uns die Nothwendigkeit mit kaiserlichen Institutionen zu beweisen! . . . — Folgendes sind die Männer, welche Frankreichs neue Staatsverfassung auszuarbeiten haben. 1) Cormenin. 2) Marrast. 3) Lamennais. 4) Vivien. 5) Toqueville. 6) Dumon. 7) Martin (Straßburg). 8) Woirhaye. 9) Coquerel. 10) Corbon. 11) Thouret (Allier). 12) Gustave de Beaumont. 13) Dupin. 14) v. Vaulabelle. 15) Odillon-Barrot. 16) Pagès (Arriège). 17) Dornès 18) V. Considerant. (D. konst. Z.)

Paris, 20. Mai. Der Minister des Innern machte heute in der Nationalversammlung die Anzeige, daß Limoges ruhig sey. — Die Truppen halten alle Posten besetzt und die Arbeiter sind wieder an die Arbeit gegangen.

Straßburg, 22. Mai, 11 Uhr Vormittags. Telegraphische Botschaft. Paris, 21. Mai, 5 Uhr Abends. Der Minister des Innern an die Kommissäre der Republik. Das Fest macht sich prächtig; das schönste Wetter begünstigt diese Feierlichkeit; die Begeisterung ist allgemein. Mehr als 300,000 Bürger, Abgeordnete der Departements, Nationalgarde, Truppen zu Fuß und zu Pferde, mobile Nationalgarden, verschiedene Körperschaften von Arbeitern rc. sind an den Mitgliedern des vollziehenden Ausschusses und den Volksvertretern vorübergezogen unter dem Ruf: Es lebe die Republik! Es lebe die Nationalversammlung! Der Zug ist noch nicht zu Ende. Es herrscht ununterbrochen die vollkommenste Ruhe. (Karlsr. Z.)

Schweden und Norwegen

Das „Aftonblad“ bestätigt nach Mittheilungen von Mitgliedern des Reichstags, daß die schwedische Regierung durchaus nicht gesonnen sey, sich in den Streit in Betreff Schleswig einzumischen, außer etwa im Verein mit den Großmächten.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt 22. Mai. (Dritte öffentliche Sitzung der deutschen Nationalversammlung, 1½ Uhr.) Nach lebhafter Debatte ist eben beschlossen worden, den in der letzten Sitzung auf die heutige Tagesordnung gesetzten Raveaux'schen Antrag das Zusammentreten der preußischen konstituirenden Nationalversammlung betreffend, nach der Geschäftsordnung an einen Ausschuß zu verweisen. Der größte Theil der für die sofortige Verhandlung stimmenden Mitglieder erklärte, ihre Namen zu Protokoll geben zu wollen. Die Kommission soll heute um 4 Uhr durch die Abtheilungen gewählt werden und um 6 Uhr zusammentreten. Schluß der Sitzung: 2 Uhr. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 22. Mai. Gestern Abend kam es, wie von Mainz angelangte Reisende erzählen, dort zu einem traurigen Zusammenstoß zwischen preußischen Soldaten und der Bürgerwehr. Mehrere Personen wurden getödtet, zwölf verwundet. Die Stadt soll in Belagerungszustand erklärt worden seyn. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 25. Mai: „Prinz Eugen,“ Oper von Gustav Schmid.

Freitag den 26. Mai: Mit aufgehobenem Abonnement. Zum Vortheil des Theater-Pensions-Vereins. Zum ersten Male: „Die Schleswig-Holsteiner,“ Schauspiel von H. O. v. Bössterndorff.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Baron v. Knesebeck, Ministerresident v. Hannover; Herrmann, Dampfschiff-Direktor v. Köln.

Gold. Hirsch. HH. Weinkel, Bürger v. Schärding; Colligmon, Kaufmann v. Metz; Cerpen, Rentier aus England; Dlle. Bauer v. Aschaffenburg.

Hôtel Maulik. HH. Baron v. Wachter, Accessist v. Memmingen; Rawlinson, Rentier v. London.

Gold. Hahn. HH. Banzer, Regimentsarzt von Dresden; Bar. v. Goblenz, Rittmeister v. Potsdam; Bar. v. Goblenz, Legations-Sekretär v. Dresden.

Gold. Kreuz. HH. Strichele, geistlicher Rath v. Augsburg; Sollslo, Rentier v. Lausanne

Blaue Traube. HH. Starbeck, Ritter, und Bialobrzeski, Gutsbesitzer aus Gallizien; Bonsla, Gerichtshalter v. Grünbach; Savin, Student v. Mailand.

Stachusgarten. HH. Meixner, Pfarrer von Ebersberg; Proll, Kontroleur v. Basel; Weitendiller, Privatier v. Eichstätt; Graubichler, Mühlbesitzer von Memmingen; Krenlein, Kaufmann, und Senning, Bleichbesitzer v. Nördlingen.

Gestorbene in München.

Donatus Daselmaier, Privatier v. h., 79 J. alt; Ignatz Hönig, freiresignirter Pfarrer v. Rotthalmünster, 73 J. alt; Theodor Schuhmann, quiesc. k. Rentbeamter v. Tölz, 66 J. alt; Krescenz Gietner, Kanzleidienerswittwe v. Oettingen, 34 J. alt; Max Kunz, kgl. Hoflakai v. h., 52 J. alt; Josepha Alzheimer, Oberjustizdirektorstochter v. Bamberg, 57 J. alt.

Bekanntmachung.

2408. Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Haus Nro. 48 an der Karlsstraße im Wege der Zwangsveräußerung an den Meistbietenden versteigert, und zur Annahme der Kaufsangebote Tagsfahrt auf Montag den 26. Juni l. Js. Vormittags 10 Uhr im Geschäftszimmer des k. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Lammer angesetzt.

Das fragliche Haus ist mit dem Erdgeschoße vierstöckig, mit gewölbtem Keller versehen, und hat zwei einstöckige Seitengebäude im Hofraume, wovon das eine Stallung und Waschküche, das andere eine Remise enthält. Am Hause befindet sich ein kleines Gärtchen mit gemauerten Sommerhäuschen und im Hofraum steht ein Pumpbrunnen.

Das ganze Anwesen, welches in ziemlich gut baulichem Zustande ist, wurde laut gerichtlicher Schätzung vom 4. März l. Js. auf 34,000 fl. gewerthet, und ist mit 34,999 fl. Hypothekkapital, dann 6,300 fl. Ewiggeldkapital belastet.

Kaufslustige werden mit dem Bemerken eingeladen, daß die Versteigerung nach §. 64 des Hypothekengesetzes in Verbindung mit §. 90 u. ff. der Prozeßnovelle von 1837 geschehe, und daß gerichtsunbekannte Steigerer sich über ihre Zahlungsfähigkeit genügend auszuweisen haben.

Verfügt den 11. Mai 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Direktor:
Barth.

Loé.

Zurücknahme.

2409. Die Empfehlung, welche ich dem deutschen Reichstagsblatte zu Theil werden ließ, zwingen mich die Verhältnisse hiemit öffentlich zurückzunehmen, dagegen aber meine Freunde auf die von heute an erscheinende

REICHSTAGSZEITUNG

aufmerksam zu machen.

Frankfurt a/M. 20. Mai 1848.

Robert Blum.

Von heute an erscheint in meinem Verlage täglich eine

REICHSTAGSZEITUNG,

herausgegeben von Robert Blum, J. G. Günther und Dr. W. Schaffrath, Mitglieder der konstituirenden Nationalversammlung. Das Blatt bespricht alle wichtigen Fragen vor der Verhandlung, gibt über alle wichtigen Verhandlungen eine Beurtheilung, und liefert außerdem den Bericht über die Versammlung selbst unmittelbar nach Beendigung derselben. Es kostet bei Vorausbezahlung vierteljährlich fl. 1. 30 kr., monatlich 42 kr., und einzelne Blätter — die stets nach der Sitzung in meinem Geschäftslokal zu haben sind — 2 kr. — Wer etwa das Reichstagsblatt gegen die Reichstagszeitung umtauschen will, erhält die letztere so lange umsonst, als er das erstere nachweislich bezahlt hat.

Frankfurt a/M., 20. Mai 1848.

Gustav Oehler.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 137.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 3 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raum nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Donnerstag — XLIX. Jahrgang. — 25. Mai 1848.

Deutschland.

Frankfurt. In der Sitzung der Bundesversammlung am 19. Mai tritt statt des auf sein Ansuchen zurückberufenen bisherigen Bundespräsidialgesandten Grafen Colloredo an dessen Stelle ein der Appellationsrath für Niederösterreich und ständische Verordnete Ritter v. Schmerling. Für Mecklenburg-Schwerin tritt in die Bundesversammlung ein, der Regierungsrath Dr. Karsten. Auf die Anzeige des Fünfzigerausschusses, daß der Bürgerverein in Limburg darüber Beschwerde geführt habe, daß von dem Gouverneur in Maßtricht die in Limburg bei Gelegenheit der Wahlen zum deutschen Parlament aufgesteckten deutschen Fahnen wieder abzunehmen befohlen worden sey, wird beschlossen, durch die luxemburgische Gesandtschaft Aufklärung über diese Handlung einzuziehen. Der preußische Gesandte zeigt an, daß früher in Köln keine durchziehenden Polen zurückgehalten oder abgewiesen worden seyen, und daß seit der Beschränkung des unentgeltlichen Transportes auf die dem Großherzogthum Posen angehörigen keine weitern Zuzüge angekommen und wenige zurückkommende ihrem Verlangen gemäß nach Straßburg instradirt worden seyen. Um zu der Einführung der nothwendigen Freiheit des innern Verkehrs und zu einem großen einheitlichen deutschen Handels- und Zollsystem in möglichst kurzer Frist gelangen zu können, beschließt die Bundesversammlung, an die sämmtlichen jetzt noch durch verschiedene Zollsysteme getrennten deutschen Bundesstaaten nämlich 1) an Oesterreich, 2) an Preußen und die mit Preußen in einem Zollverein verbundenen Staaten, 3) an Hannover und die mit ihm im Steuerverein verbundenen Staaten, 4) an das Herzogthum Holstein, 5) an die beiden Herzogthümer Mecklenburg, 6) an die drei freien Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg die Aufforderung ergehen zu lassen: sofort sachverständige Männer hierher nach Frankfurt zu senden, welche über ein gemeinschaftliches Handels- und Zollsystem sich zu verständigen und die geeigneten Vorschläge zur Ausführung zu machen haben. Der Gesandte von Braunschweig beantragt die Ergreifung von Maßregeln wegen gleichförmiger Bildung der Landwehr neben der Bürgerwehr. Dieser Antrag wird dem Militärausschuß zugewiesen. (Frankf. Bl.)

Die deutsche Nationalversammlung hat beschlossen, die vollständigen stenographischen Protokolle ihrer Verhandlungen drucken und veröffentlichen zu lassen, und es wurde die Vorsorge getroffen 1) daß diese Protokolle so vollständig und treu als nur immer möglich hergestellt werden; eine Authentizität derselben kann natürlich die Nationalversammlung nicht zusagen; 2) daß die Protokolle immer am Tage nach der entsprechenden Sitzung ausgegeben werden können; 3) daß dieselben um den möglichst billigen Preis abgegeben werden, so daß je 100 Bogen in Quart nur 1 fl. K. M., oder 1 fl. 12 kr. rhein. oder ⅔ Thaler preuß. kostet; diese Protokolle können allenthalben von den nächsten Posten bezogen werden. Wir haben an alle Tit. Regierungen und Postbehörden das Ersuchen gestellt, daß für diese Protokolle weder eine Stempeltaxe noch ein Porto, noch eine Expeditionsgebühr berechnet werde, und wir hoffen daher, daß die Leser in ganz Deutschland nur den oben bezeichneten Preis, der kaum Druck und Papier deckt, dafür zu zahlen haben werden. Wir ersuchen alle Redaktionen von deutschen Zeitungen, welche unsern Wunsch der möglichsten Verbreitung der bezeichneten Protokolle theilen, daß sie diese Anzeige in ihr Blatt bald gefälligst aufnehmen möchten. Frankfurt a/M. den 20. Mai 1848. Im Namen der Nationalversammlung das mit der Veröffentlichung der Protokolle beauftragte Komité. Bassermann. Biedermann. Eisenmann. Haßler. Wigard.

Bayern.

Landtag.

**München, 21. Mai. (XIV. Sitzung der Kammer der Reichsräthe.) Schluß der Berathung über das Ablösungsgesetz. — In der heutigen Sitzung setzte die Kammer der Reichsräthe ihre Berathungen über das Ablösungsgesetz fort, und zwar mit Art. 35. — Reichsrath Armansperg kömmt hiebei nochmal darauf zurück, in seiner gestrigen Modifikation, daß jetzt schon die Einführung der Annuitäten bedenklich, durchaus nicht ein Ablehnen des Gesetzes von seiner Seite zu erkennen, er wollte die Frage nur anregen. — Reichsrath v. Wallerstein glaubt ungeachtet der Annuitätenzahlung und sofortigen Befreiung werde die Landwirthschaft erst alles leisten können, wenn ein Kulturgesetz die legislativen und konventionellen Verhältnisse geregelt habe. — Niethammer. Gerade die Grundherrschaft sey ein Hinderniß für ein Kulturgesetz gewesen. — Der Art. 35 wird hierauf ohne weitere Debatte angenommen. — Zu Art. 36 hatte der Referent, Reichsrath v. Niethammer, den Antrag gestellt, daß mit den Ablösungsscheinen auch jene Zahlung an die Staatskasse geschehen könnte, wo verordnungsmäßig dieselben mit Staatsobligationen geleistet werden dürfen. — Der Finanzminister macht aber auf das Bedenkliche, welches für das Rechnungswesen daraus hervorgehe, aufmerksam, die Ablösungskasse stehe, wenn gleich der Staat die Bürgschaft übernehme, wie bei der Eisenbahnschuld, doch isolirt bezüglich des Zinsfußes und ihres eigenen Tilgungsfondes, auch würde die Annahme dieser Modifikation den Kours der ältern 3½ prozentigen Staatspapiere zu sehr drücken. — Letzteres bestimmt die Reichsräthe Stauffenberg, Zu-Rhein und Armansperg, die Zurücknahme der Modifikation zu beantragen, was auch geschieht. — Der Art. 36 wird hierauf gegen 2 Stimmen (Reisach und Richarz) ohne Modifikation angenommen. — Die Art. 37 und 38 ebenfalls nach der Fassung der Ausschüsse, sohin die an dieser Stelle von der Kammer der Abgeordneten beantragten drei neuen Artikel, ohne weitere Diskussion. — Nur zu dem Art. 39 stellte zuerst Reichsrath Karl v. Seinsheim, und später mit ihm Reichsrath v. Stauffenberg eine Modifikation, noch mehr die Sicherung des durch die Annuitätenzahlungen sich bildenden Kapitalstockes, und die Nichtverwendung dieser Gelder zu einem andern Zweck bezielend. — Reichsrath Fürst v. Wallerstein hält dieselbe für sehr nothwendig, als die Bestimmungen unserer Verfassungs-Urkunde ohne eine der vitalsten und die Quelle mancher Differenzen zwischen Krone und Kammer seyen, hätten wir die Initiative, er würde alsbald auf Abänderung antragen; auch Reichsrath Bischof Richarz stimmt der Modifikation bei, da ohnehin aus der auf Grund und Boden versicherten Rente, jetzt bloß Geldrente werde. Die Fugger hätten wohl gewußt, was auf Erden Bestand habe, und darum auf Grund und Boden angelegt, während ihre Komtoirs und ihre Handelsflotte verschwunden sey. — Die Modifikation wird angenommen. — Die übrigen Artikel des Gesetzes werden ohne alle Diskussion angenommen. — Da Hr. Reichsrath Arco-Valley sich am Schlusse erklärt, er stimme dem Gesetze nicht bei, weil er keinen Antheil an den Beeinträchtigungen der Stiftungen und Kirchen, keinen an der Kreirung eines neuen Proletariats und der hervorgehenden Steuerüberbürdung haben wolle, widerlegt der Finanzminister des Redners Besorgnisse mit dem Schlußbemerken, daß wohl durch dieses Gesetz nur der Privat — worunter namentlich der Adel — verliere, und daß auch dieser, so oft mit dem Beispiele der Aufopferung dem Vaterlande vorangegangen, in dem, was Bayern eine frohe Zukunft bringt, nicht zurückstehen werde. — Durch Abstimmung mit Namensaufruf wird das ganze Gesetz hierauf von allen HH. Reichsräthen mit Ausnahme von 6 (Erzbischöfe von Urban und Reisach, Bischof Richarz, die beiden Grafen von Seinsheim und Graf Arco-Valley) angenommen. Die von der Kammer der Abgeordneten und den Ausschüssen der Kammer der Reichsräthe beantragten drei Wünsche, auf die Uebernahme des standes- und gutsherrlichen, dann Stiftungs-Beamtenpersonals, dann Nachlaß bei zu sehr überbürdeten Grundholden und Verstärkung des Personals der Kreisregierungen, sich beziehend, werden ebenfalls, und zwar der erste mit einer Modifikation des Reichsraths Grafen v. Montgelas angenommen. — Die Kammer schreitet sodann zur Wahl der 7 Gesetzgebungs-Ausschußmitglieder.

München, 25. Mai. (Kammer der Reichsräthe.) Tagesordnung für die auf heute um 11½ Uhr angesetzte XVII. Sitzung. — 1. Bekanntmachung des etwaigen Einlaufs. — 2. Vortrag, Berathung und Beschlußfassung über die Rückäußerung der Kammer der Abgeordneten über den Gesetzentwurf: die Aufhebung der standes- und guts-herrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten betreff. — 3. Vortrag, Berathung und Beschlußfassung über den Gesetzentwurf: die Einkommensteuer betr. — 4. Vortrag, Berathung und Beschlußfassung in Betreff der Bitte der Stadtgemeinde Gundelfingen, der Landgemeinde Echenbrunn rc. rc., über die Alluvionen. — 5. Wahlen für die Gesetzgebungs-Ausschüsse.

**München, 19. Mai. (XXXVIII. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische Frhr. v. Thon-Dittmer, Frhr. v. Lerchenfeld, Heintz, v. Beisler, Ministerialrath v. Roth; in der Kammer 102 Abgeordnete. — Die Sitzung wurde eröffnet mit Ablesung des Einlaufes, dann das Gesetz: „Ablösung des Lehenverbandes“ einer nächsten Tagesordnung vorbehalten. Referent war der Abgeordnete Graf v. Hegnenberg. — Dagegen wurde die allgemeine Berathung über „die Einkommensteuer“ eröffnet. — Der Hr. II. Präsident, Dr. Müller. Der getrübte politische Horizont berechtige dazu, daß die Kapital- und die Einkommen-Steuer in der nächsten Zeit gar nicht ausführbar seyen. Man breche doch einer künftigen Kammer nicht ihr Verwilligungsrecht! Das Ministerium möge sich ein Kreditvotum erholen, dieß werde ihr nicht versagt werden. — Dr. v. Scheurl. Er habe gestern für die Kapitalsteuer gestimmt, jetzt stimme er auch für die Einkommensteuer, wie der Ausschuß den Entwurf modifizirt habe. Die Jugend opfere ihr Leben, warum die Geldmänner nicht auch ihr Geld. Er fürchte sich vor dem Vorwurfe der Verkennung des Gemeinsinnes fürs Vaterland. — Der Hr. II. Präsident, Dr. Müller. Es sey ein Irrthum, wenn man glaube, die Stimmen gegen den Entwurf

seyen nicht patriotisch. Es werden kaum Tage vergehen, so werde die Regierung mit einem Kreditvotum einkommen; er könne sich in seinen Ansichten irren, aber sein Patriotismus werde von der innersten Ueberzeugung geleitet. — Abg. Jordan. Eine gänzliche Umgestaltung des Steuerwesens sey positiv nothwendig, nothwendig eine Herabsetzung von realen Einnahmen; das künftige Budget dürfe immer nur auf 2 Jahre dauern. Seyen die neuesten Nachrichten aus Paris wahr, so müsse die Regierung die neuen Stände so bald als möglich berufen. Jetzt sey keine Zeit zu neuen Steuergesetzen, er stimme also dagegen. — Abg. Bestelmayer. Ein Kreditvotum biete wohl weit mehr Vertrauen. Augenblickliche Hilfe müsse kommen, er stimme sogar für ein Zwangsanlehen. — Abg. Fischer. Er fürchte sich nicht, neue Steuern nach Hause zu bringen; aber modifikationsweise. — Abg. Schnetzer. Er erkenne die Nothwendigkeit der Einkommensteuer, sey aber gegen eine Kapitalsteuer. Er wünsche, die neue Kammer möge so bald als möglich einberufen werden. Das Ministerium wolle gar nicht gern dran; aber es werde doch geschehen müssen. Ob dann die Majorität für sie sey, frage man mit Recht. — Dr. Kammoser. Er glaube nicht an ein so schnell zu erholendes Kreditvotum. Ordentliche und außerordentliche Mittel seyen nothwendig. Die Kapital- und Einkommen-Steuer seyen für den ordentlichen Bedarf; ein Kreditvotum für den außerordentlichen Bedarf. Die Ablösung bringe ein Defizit, dieß könne nur durch ordentliche Mittel gedeckt werden. Er stimme für die Einkommensteuer. — Abg. Barsch stimmt für den Entwurf, da die Regierung den drohenden auswärtigen Nachrichten gegenüber Geld haben müsse. Verwerfen wir dieß Gesetz, so müßten 4 und 5 Simpla erhoben werden. Es solle ja Niemand mehr belastet werden, vielmehr Mancher erleichtert. Dieß Gesetz betreffe ja bloß die Wohlhabenderen, die Reichen. Er glaube, Millionen werden dadurch in die Staatskasse fließen." Die Familiensteuer sey für viele Armen in seiner Gegend (am Fichtelgebirge) höchst drückend und willkürlich gewesen. Er stimme also für den modifizirten Entwurf, er werde vom Volk mit Freuden begrüßt werden; denn nur der Wohlhabende, der Reiche solle dadurch belastet werden. Umgekehrt wurde dem Landeigenthümer durch Vermehrung der Simpla der Vortheil des Ablösungsgesetzes wieder entzogen werden. Diese Einkommensteuer werde eine direkte werden müssen, sie werde in die Konkurrenzrollen kommen müssen; das neue Wahlgesetz habe Lücken, Männer höherer Art seyen ausgeschlossen, nach der Einkommensteuer müssen sie aber wahlfähig werden. Er nehme den Entwurf, wie er vom Ausschusse kam, mit Freuden an; es werden doch dadurch keine neuen Schulden gemacht werden. Es gelte, eine Zeitfrage zu lösen, den Armen ihre Last abzunehmen, und er freue sich, hiezu beigetragen zu haben. — Abg. Schnetzer bemerkt dagegen, daß ja auch die Grundbesitzer die Einkommensteuer mittragen müssen. — Dekan Vogel. Man wolle ja die beiden Steuern, aber den Einführungsmoment halte man nicht für den richtigen. Er stimme aber für den Entwurf. — Graf v. Hegnenberg widerlegt die Ansicht Fischer's und Vogel's, als könne man jetzt noch keine neuen Steuern bewilligen, da ja das Ablösungsgesetz noch nicht zum Gesetz erhoben sey. Diese Steuern seyen zwar Experimente, aber absolut nothwendige. Er geht dann auf die Widerlegung mehrerer Gegner des fraglichen Gesetzentwurfes ein, und erklärt sich aus mehreren Gründen dafür. — Abg. Schäfer meint, zwischen zwei Uebeln sey hier zu wählen; das eine sey, daß man den Staat in Gefahr bringt, das andere, daß man schon jetzt die Einkommensteuer bewilligt. Er wähle das Letztere, als das Kleinere. — Abg. Schlund. Er stimme mit Nein! — Der Hr. II. Präsident, Dr. Müller, vertheidigt nochmal seine Ansicht. Auch er glaube, die neue Steuer sey ein Experiment. Daher habe er ein Kreditvotum vorgeschlagen. Es muß die Steuerverfassung von Grund aus neugebaut werden. Die Vorarbeiten dazu sollen aber jetzt erst von der Regierung gemacht werden; dazu gehöre Zeit. Die Steuerbewilligung müsse man der nächsten Kammer überlassen; sie habe ein Recht darauf, das ihr die jetzige Kammer nicht entziehen dürfe. — Frhr. v. Rotenhan hält die Einkommensteuer zwar für eine Vermehrung der Steuerlast, doch soll ja diese Last eben zum großen Theil auf die Reicheren fallen, und den Aermeren andere Lasten abgenommen werden. Er gebe daher diesem Gesetzentwurf seine Zustimmung. — Dr. Kammoser spricht sich wie in früherer Weise aus, und glaubt, die kommende Kammer werde noch genug Arbeit haben, wenn sie auch kein neues Steuergesetz zu berathen hat. — Abg. Weinzierl will dem Gesetzentwurfe beistimmen; die Zeit erfordere es einmal. Freilich habe es auch einmal eine Zeit gegeben, wo man gar keine Steuern zahlte, z. B. 1520—1526, und 1530—1534 etc. — Abg. Leupold erklärt sich für den Gesetzentwurf. — Der Referent über diesen Gesetzentwurf, Frhr. v. Schätzler, ergreift am Schluß der allgemeinen Debatte das Wort, und geht auf die Würdigung der Gründe der verschiedenen Gegner der Einkommensteuer ein, und spricht sich in der Art und Weise aus, wie ers in seinem Referate bereits that. — Der Finanzminister, Frhr. v. Lerchenfeld, will nicht auf eine ausführliche Widerlegung seiner Gegner eingehen, doch erklärt er sich gegen die wesentlichsten Punkte derselben. In Bezug auf die Beschränkung des Steuerrechtes der nächsten Kammer sagt er, es handle sich hier bloß darum, daß die Ausfälle für das nächste Jahr, das letzte in dem jetzigen Budget, gedeckt werden. Er erkennt allerdings die Schwierigkeit einer solchen Besteuerung an, aber das Prinzip, die Reichern und Wohlhabendern sollen besteuert werden nicht die Armen, sey ja gerade in diesem Gesetzentwurfe, wie in dem über Kapitalsteuer, festgehalten, und somit diese Gesetzentwürfe wahrhaft im Interesse des Volkes. Die ärmere Klasse sey ja unverhältnißmäßig gedrückt gewesen; dieser Druck soll aber durch die fraglichen Steuern vermindert werden. Er führt dann an, was bisher z. B. Taglöhner, Gesellen etc. zahlten, um das Unverhältnißmäßige recht deutlich darzuthun. — Sodann geht die Kammer zur speziellen Debatte über. — Frhr. v. Schätzler bringt eine Modifikation ein, wodurch er die Kapitalsteuer ausgenommen sehen will, findet jedoch gleich zahlreiche Gegner. — Die Modifikation fällt auch durch und der I. Artikel des Gesetzentwurfes wird angenommen. Zwischen Art. 1 und Art. 2 des Gesetzentwurfes beantragt derselbe einen Zusatzartikel, der ebenfalls verworfen wird. Zu Art. 2 bringt der Abg. Prof. Edel eine Modifikation ein, der gemäß nicht blos die Wohlthätigkeitsanstalten, sondern auch die Unterrichts- und Kultusstiftungen von der Einkommensteuer nicht betroffen werden sollen. — Der Minister des Innern erklärt, daß sich der Ministertisch dieser Modifikation anschließe und dieselbe wird auch von der Kammer angenommen. Der so modifizirte II. Artikel des Gesetzentwurfes wird demnach auch angenommen. — Zu Art. 3 wird eine Modifikation von Graf Arco-Steppberg in dem Sinne, daß Inländer, wenn sie im Auslande begütert sind, frei von der Einkommensteuer seyn sollen, eingebracht. Des Grafen Arco-Steppberg's Modifikation ward in der nachfolgenden Fassung angenommen, nämlich: Die Besitzer im Auslande gelegener Realitäten, Grundrenten und besteuerter Gewerbe haben das hieraus gezogene Einkommen nicht zu besteuern. — Art. 4, 5 und 6 wurden unverändert angenommen. Art. 7 wird mit den Ausschußmodifikationen angenommen, eben so Art. 8. Statt der Art. 9, 10 und 11 wurden zwei neue Artikel des Ausschusses angenommen und die Art. 9, 10 und 11 des Gesetzentwurfes fallen demnach weg. Die nachfolgenden Artikel, bis zu Art. 21, werden mit unwesentlichen Modifikationen des Ausschusses angenommen. — Nun folgte die Abstimmung durch Namensaufruf. Der Entwurf wurde mit 85 gegen 30 Stimmen angenommen. — Die Sitzung wurde geschlossen und die nächste auf Morgen 9 Uhr anberaumt. — Nach dem Schlusse interpellirte Abg. Dittmar zu Gunsten der teutschen Schullehrer an das Kultusministerium, dessen Chef, v. Beisler, dann auch zu ihren Gunsten antwortete.

München, 23. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XLV. auf heute um 10 Uhr Vormittags angesetzte öffentliche Sitzung.) 1. Verlesung des Protokolls der XLIV. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Verlesung des Beschlusses über den Gesetzentwurf: die Ablösung des Lehenverbandes betreff. — 4. Berichterstattung des Sekretärs des V. Ausschusses über die geprüften und zur Vorlage an die Kammer nicht geeignet befundenen Beschwerden.

Nürnberg, 20. Mai. So eben eingegangenen Nachrichten zufolge ist die beabsichtigte Bildung eines Scharfschützenkorps von der Nürnberger Schützengesellschaft vom kgl. Ministerium genehmigt.

Württemberg.

Stuttgart. Hiesigen Zeitungen schreibt man aus dem Oberlande, daß die massenreichen Desertionen in dem am 9. Mai von Bregenz abmarschirten österreichischen Regiment Este, welches meistens aus Italienern besteht, die Folge von Aufwiegelungen schweizerischer (?) Emissäre gewesen seyen. Für jeden abtrünnig werdenden Mann erhielten diese 30 fl., wovon sie jedoch 6 dem Soldaten abgeben mußten. Von Bludenz sind sogar 200 Mann auf solche Veranlassungen mit klingendem Spiele abgezogen, kehrten aber bald in ziemlicher Vollständigkeit nebst der zum Mitzug gezwungenen Musik wieder zurück, nachdem sie eingesehen hatten, daß sie von den Schweizern durch falsche Gerüchte zur Desertion veranlaßt worden waren. In Bregenz sollen drei Schweizer in schwerer Haft liegen und ihrem Urtheil entgegensehen.

Preußen.

Berlin, 18. Mai. Man ist hier der Meinung, daß die von dem General v. Wrangel verlangte Einberufung der Kriegsreserven des zehnten Bundesarmeekorps für jetzt nur noch die Bedeutung einer Drohung gegenüber den Drohungen der Schweden habe, d. h. daß die Einberufung in diesem Augenblicke noch nicht wirklich erfolge, sondern bis dahin werde hinausgeschoben bleiben, daß die Schweden zu einer wirklichen Landung in Dänemark Anstalten machen. (Nürnb. Kour.)

Berlin, 20. Mai. Die verschiedenen Ansichten über die Rückkehr des Prinzen von Preußen führen noch immer einen Tirailleurkampf in allen preußischen Blättern. Ein energischer Protest ist aus Erfurt ergangen unter der Adresse: An die protestirenden zehntausend Berliner, zu Händen des Herrn Assessor Junge. Deutsche Brüder! Wie Ihr die waret, die mit Unerschrockenheit und Heldenmuth nicht nur für Preußen, sondern für das gesammte deutsche Vaterland den glorreichen Kampf gegen das volksbedrückende System einer landesverrätherischen Politik in der Nacht vom 18. auf den 19. März kämpftet, so seyd Ihr am Abende des 21. Mai es aufs Neue gewesen, die Ihr die Interessen unserer kaum erwachten Freiheit zu wahren wußtet, als Ihr durch eine große Demonstration den Staatsministern die wahre Stimmung des Volkes zeigtet, für den Fall, daß der angeblich in London sich aufhaltende Prinz von Preußen zurückberufen werden sollte. Ihr habt als der natürliche Anwalt des gesammten preußischen Volkes und insbesondere unserer Stadt gesprochen und gehandelt. Darum unsern wärmsten Dank dafür. Es ist in einer gestern Abend hier abgehaltenen Volksversammlung ein Protest abgefaßt mit vierzehn Hundert Unterschriften bedeckt und an das Staatsministerium abgesandt worden. Die Unterzeichner dieses Protestes bestätigen dem Ministerpräsidenten Camphausen, daß allerdings die Stimmung der Hauptstadt auch die des übrigen Landes sey, und daß sie sich ganz einverstanden erklären mit den Protesten, welche bereits von Euch niedergelegt worden sind. Erkennet darin, daß im Lande Herzen für die Freiheit schlagen, von der wir uns, kaum errungen, auch nicht ein Titelchen wollen rauben lassen; erkennet, Berliner Brüder, daß wenn es gilt, gegen volksfeindliche Bestrebungen der Reaktion und gegen neue Verknechtungsversuche zu kämpfen, Tausende treuer Thüringer Eures Winkes gewärtig stehen, Leib und Leben, Gut und Blut einzusetzen. Fahret fort, die unerschrockenen Verkämpfer der Freiheit zu seyn, erfüllet den Beruf, der euch ward, zunächst dem Throne stehend, die Wächter der Volksinteressen zu seyn und der Segen einer ganzen Nation wird Euch begleiten auf Eueren Wegen. So mit Handschlag und Brudergruß. Erfurt, 16. Mai 1848. Die Ordnerschaft des Schutzbürgervereins. Berlepsch. Fr. Loos. R. Wonegutschky. — Bezeichnend für die Parteistimmung ist besonders folgendes Inserat in der V. d. Z.: Luckenwalder! „Viele Bürger" eurer Stadt verzichten hinten in der Vossischen Zeitung, wo die republikanischen Tugenden in adeligen und bürgerlichen „Eingesandt" kulminiren, auf den Antheil der Nation von Luckenwalde an dem nationaleigenthümlichen Palais unter den Linden, Ecke des Opernplatzes. Luckenwalder, ihr seyd groß! euer Edelmuth, eure Bescheidenheit, eure Genügsamkeit werden in der Geschichte glänzen! Da ihr verzichtet, so erlaubt, daß wir den adeligen Zeloten, die seit Wochen den ultraliberalen Redakteur der Voss. Zeitung durch Inserate zu Gunsten der Rückkehr des altpreuß. Korporalstocks in Verlegenheit setzen, einige Spucknäpfe aus dem Palais, die ganz besonders für

Speichellecker eingerichtet sind, zukommen lassen. Wenige Berliner. (Nürnb. Kur.)

In verschiedenen Blättern ließ man aus verschiedenen Orten dieser Provinz die schwersten Klagen über den unverbesserlichen Hochmuth der hiesigen Bureaukratie. Uebrigens sollen Berliner Briefen zufolge der Oberpräsident v. Bonin zu Magdeburg und Regierungspräsident v. Krosigk zu Merseburg wirklich ihre Entlassung erhalten haben. Als Bonins Nachfolger bezeichnete man den Grafen Helldorf. Von den Bürgern Merseburgs und den Bauern der Umgegend ist eine Bittschrift um Auflösung des Domkapitels an das Staatsministerium und den konstituirenden Reichstag beschlossen worden.

Posen, 15. Mai. Die zu Bardo am 9. d. abgeschlossene Konvention, die hier so lange geheim gehalten wurde, hat bisher keine andere Folge gehabt, als den Führern Mieroslawski, Brzezanski, Oborski, Trojanowski und Andern, welche von ihren eigenen Korps, die ihre Absicht ahnten, sich, nachdem sie den Aufstand hervorgerufen, nunmehr aus der Schlinge zu ziehen, bedroht wurden, den Weg zur Rettung ihrer Personen zu öffnen; das Volk hat dagegen die Waffen nicht gestreckt und führt den Kampf auf eigne Hand fort — und dieser Kampf wird — so fürchten wir sehr — schrecklicher seyn als der seitherige, denn jetzt dürften die galizischen Greuel wirklich beginnen und sich ganz vorzüglich gegen die Juden in den kleinern Städten wenden. Ganz zuverläßige Nachrichten aus der Provinz erhalten wir jetzt sehr selten, da die Verbindung mit derselben theils durch die Unsicherheit der Straßen, theils dadurch, daß jeder zur Stadt kommende Fremde verhaftet wird, fast ganz unterbrochen ist; so viel erhellt jedoch aus Allem, daß der Aufstand keineswegs im Abnehmen ist, denn unaufhörlich treffen hier Flüchtlinge aus entfernteren und näheren Städten ein, und bald gehen hierhin bald dorthin starke Militärkolonnen ab. Der Plan der Insurgenten scheint dahin zu gehen, der Stadt Posen die Zufuhr von Lebensmitteln abzuschneiden, und wir empfinden die Folgen davon bereits sehr. (B. Z.)

Posen, 16. Mai. Die Berliner Versammlungen vor den Zelten haben auch unsere, ohnehin noch immer im Innersten bewegte Stadt in neue Unruhe versetzt. Vor einigen Tagen trafen hier die HH. Löwinsohn und Korn hier ein, mit ihnen das aufregende Gerücht, daß sie, Abgesandte der Polenpartei Berlin's, hier im gegendeutschen, wie republikanischen Sinne zu wirken bestimmt seyen. Eine drohende Menge sammelte sich am folgenden Morgen vor ihrem Hotel und verlangte ihre Entfernung. Nur mit Mühe ward die Menge durch die Versicherung beruhigt, daß die Fremden im Auftrage der Zeltenvolksversammlung von den hiesigen Zuständen unpartelisch Kenntniß nehmen und Nachmittags in der Volksversammlung über ihre Sendung nähere Nachricht geben würden. Nachmittags erschienen sie und benahmen sich erstaunlich unklug. Hr. Löwinsohn erklärte: „Berlin sey deßhalb für die Polen, um einen Markt für seine Waaren zu gewinnen; daher müsse man auch die hiesigen Deutschen der polnischen Nation zum Opfer bringen und mit Rußland Krieg beginnen, in welchem man hinwieder die Polen als erstes Kanonenfutter zu verwenden habe." Nicht täppischer konnte man in einem Athem beide Parteien verletzen! Vor solcher Ungeschicktheit beruhigte sich das Volk gern, wurde jedoch am nächsten Tage auf's Neue erregt, da man die Herren beobachtet und erfahren hatte, daß sie nur mit den Polen verkehrten und die Arbeiter an der Festung wie auf den Zimmerwerkstätten im polnischen und kommunistisch-republikanischen Interesse bearbeiteten. Selbst Geld ist dabei vertheilt worden. Dazu kam eine Aeußerung, welche die Herren gestern gethan haben sollen und die dahin lautete: daß unsere Stadt binnen wenig Tagen wieder polnisch seyn würde. Das war unseren Deutschen, die unzertrennlich mit dem deutschen Vaterlande verbunden seyn wollen, zu viel. Eine Volksversammlung beschloß, sie aus der Stadt bringen zu lassen. General v. Pfuel hat die Ausweisung genehmigt. (Spen. Z.)

Schleswig-Holstein.

Kiel, 11. Mai. Das „Kieler Korrespondenzblatt" enthält unter der Ueberschrift: eine Anfrage in Betreff Lübecks, Folgendes: „Wir erfahren aus sehr guter Quelle folgende Nachricht, die uns, wenn sie sich bestätigt, auf das Tiefste schmerzen würde. Die provisorische Regierung hat das Dampfschiff Christian VIII. (oder Kopenhagen) in Lübeck ausrüsten lassen, um in dringendem Auftrage nach der Westsee zu gehen. Um es ohne Gefahr durch die Belte zu bringen, war es ganz ähnlich wie das norwegische Dampfschiff, das von Lübeck aus nach Norwegen geht, seitdem der Kieler Hafen blockirt ist, angestrichen und äußerlich eingerichtet. Es sollte, um seinen Zweck zu erreichen, etwa 2 bis 3 Stunden vor dem norwegischen abgehen, damit man es für dasselbe halten und frei passiren lassen möge. Der Kapitain hatte daher den Auftrag, seine letzten Kohlen kurz vor der Abfahrt einzunehmen. Allein der Lübecker Magistrat hinderte die Ablieferung der letzten 100 Tonnen Kohlen, bis das norwegische Dampfschiff ausgelaufen war und vereitelte dadurch den ganzen Plan; der Kapitain des deutschen Dampfschiffes mußte jetzt bleiben und wird schwerlich wieder auslaufen können."

In der „Börsen Halle" wird von Lübeck aus die Erzählung des „Kieler Korrespondenzblattes", daß der Magistrat von Lübeck die Kohleneinnahme oder gar die Abreise des Dampfschiffes „Christian VIII." bis zum Abgange des Norwegischen Dampfschiffes gehindert habe, für eine leere Erfindung erklärt.

Rendsburg, 17. Mai. Dem Wasmer'schen Korps ist heute das doppelte so starke von der Tann'sche (gegen 600 Mann) gefolgt. Auch ihm ist ein festlicher Empfang bereitet worden. Die schleswig-holsteinische Regierung hat heute Rendsburg verlassen und ihren Sitz wieder in Schleswig in ihren alten Räumlichkeiten und bei ihren Archiven aufgeschlagen, deren Mangel hier ihren Arbeiten oft störend in den Weg trat. Hr. Schleiden ist heute von hier nach Berlin abgereist.

Schleswig, 17. Mai. Vom Norden empfangen wir Nachrichten, denen zufolge die Räumung von Alsen und Arroe von den Dänen jetzt in naher Aussicht steht. Eben so werden die deutschen Schiffe von dem auf sie gelegten Embargo befreit werden, wogegen das deutsche Heer Jütland räumen wird. Mit der Antwort des preußischen Staatsministeriums auf die Notifikation von Seite des schwedischen Hofs würde dieß übereinstimmen. Erst nach Eintritt dieses Zustandes würden die Friedensunterhandlungen beginnen. (N. B.)

Apenrade, 17. Mai (6 Uhr Abends). Gestern ging es Sonderburg gegenüber in der Nähe der Düppler Mühle ziemlich heiß her. Die Dänen waren, angeblich zwei Bataillone stark gelandet, da machten die Bundestruppen, unter denen besonders die Oldenburger sich auszeichneten, einen Bajonnetangriff auf sie. Es sollen auf dänischer Seite 50, auf deutscher 4 Mann geblieben seyn. (H. B.-H.)

Apenrade, 18. Mai, Morgens. Es hat sich hier das hoffentlich ungegründete Gerücht verbreitet, man werde beim Abschlusse des Friedens eine Gränzscheide bei Flensburg ziehen, diese Stadt und das südliche Schleswig überhaupt dem deutschen Bunde, uns aber nebst Hadersleben und Tondern sammt den Landdistrikten des nördlichen Schleswigs der dänischen Gesammtmonarchie einverleiben. Um einer solchen Kalamität vorzubeugen, ist hier gestern in einer Versammlung der angesehensten Bürger einmüthig der Beschluß gefaßt worden, ein Rundschreiben zu erlassen, in welchem die Einwohner von Tondern, Hadersleben, Lygumkloster u. s. w. dringend aufgefordert werden, gegen jede Theilung des Herzogthums Schleswig und gegen die Abtrennung auch des kleinsten Distrikts von dem untheilbar zusammengehörigen Schleswig-Holstein feierlich zu protestiren. Deputationen sollen nach Rendsburg gehen, um der provisorischen Regierung diese Angelegenheit ans Herz zu legen. (B.-H.)

Berlin, 18. Mai. Die Verhandlungen mit Dänemark sind wieder in eine andere, nicht eben friedliche Phase getreten. Die Dänen haben den von England angebotenen Waffenstillstand nicht angenommen. Sie wollen Alsen und den Norden Schleswigs noch immer behalten. Endlich weigern sie sich hartnäckig, die Schäden des Embargo zu ersetzen. Wenn sie Elbe und Weser nicht mehr blokiren, so ist das eine Demonstration zu Gunsten Englands und Rußlands.

In Uebereinstimmung mit der bereits erwähnten Erklärung der schwedischen Regierung an die preußische ist der provisorischen Regierung das nachfolgende Schreiben des kgl. schwedischen und norwegischen Generalkonsuls, Hrn. Malmros, datirt Kiel vom 16. Mai, zugegangen: „Der königl. schwedische Minister für die auswärtigen Angelegenheiten in Stockholm hat mir mit der gestern Abend hier eingetroffenen Post mitgetheilt, daß Se. Maj. der König von Schweden und Norwegen in Folge der strengen Maßregeln, mit welchen der deutsche Bund das Königreich Dänemark bedroht und befürchtend, daß dadurch die Sicherheit des ganzen Nordens gefährdet werden könne, sich veranlaßt gefunden hat, Sicherheitsmaßregeln zum Schutze der vereinten Länder zu nehmen, daß die dabei anzuwendende Mitwirkung aber nur vollkommen defensiv wäre und daß, wenn auch Se. kgl. Maj. Sich genöthigt finden würden, einige Truppen nach den dänischen Inseln zu senden, dessen hohe Absicht doch keineswegs ist, irgend etwas vorzunehmen, was dem deutschen Handel oder der Schifffahrt hinderlich und nachtheilig seyn kann, sofern keine Feindseligkeiten gegen den Handel und die Schifffahrt der vereinten Reiche verübt werden. Beauftragt das Vorstehende den in meinem Distrikte sich befindenden Autoritäten mitzutheilen, habe ich die Ehre, solches einer hohen Regierung, als die höchste und einzige Autorität, an welche ich mich in dieser Angelegenheit wenden kann, ehrerbietigst vorzulegen." (Schl.-H. Z.)

Altona, 18. Mai. Gestern hatte General Wrangel sein Hauptquartier in Kolding, der Prinz von Augustenburg das seinige in Veile. General Halkett beabsichtigte heute, sein Hauptquartier in Apenrade aufzuschlagen. Die deutschen Truppen haben jetzt die ganze Linie von Rendsburg über Schleswig, Flensburg, Apenrade, Hadersleben, Christiansfeld und Kolding bis Veile besetzt und sind an diesen Punkten über 25,000 Mann stark. In Sundewitt ist nur eine kleine Anzahl von Bundestruppen zur Beobachtung der Insel Alsen zurückgeblieben. (H. B. H.)

Oesterreich.

Prag, 19. Mai. Die gute Stadt Wien hat doch ihren alten liebenswürdigen Charakter im ganzen beibehalten, und noch schlägt einem das Herz dort unendlich freier und glücklicher als in dieser grämlichen düstern unheimlichen Tschechenhauptstadt, die trotz ihrer wunderbar malerischen Lage auf den Deutschen einen fremdartigen peinlichen und häßlichen Eindruck macht. Vergebens sucht man hier jene freie Regung, die man im toleranten Wien allen Nationalitäten, sogar dem Italiener und Slaven gönnt, im Moldauwasser spiegeln sich nicht jene frischen Farben flatternder Fahnen, welche an der Donau so jubelnden Empfang gefunden; vergeblich lauscht man hier nach der tröstenden Kunst, die allen politischen und Privatkummer auf ein paar Stündchen wenigstens vergessen macht, nach jenen rauschenden Tönen im Volksgarten oder Prater, wo man die vaterländischen Hymnen aller Zonen, Arndt'sches Lied, Marseillaise, Strauß'schen Walzer und Polenmarsch als lustiges Völkerquodlibet durcheinanderfiedelt. In Prag ist alles beim alten — eine mürrische, giftige, deutschenhassende Slavenrace, die sich über die großartige Märzerhebung ärgert, weil Deutschland damit frei und — so Gott will — auch einig und stark geworden. Die Friedensdeputation der verschiedenen Wiener Philistervereine, welche zahm und erbärmlich genug sind, unserm Erbfeind die rechte Wange hinzubieten, nachdem die linke eine Ohrfeige bereits eingesteckt hat, ist wieder abgezogen, nachdem sie von den Tschechen frostig empfangen und am Ende noch verspottet und ausgelacht worden. Eine muthherzigere, einfältigere und schlechter geschriebene Versöhnungsproklamation als die der Wiener Vereine hat man schwerlich je in der Welt gesehen. Wer irgend die hiesigen Verhältnisse kannte, wußte auch voraus daß eine solche Botschaft hier wirkungslos seyn mußte. Im St. Wenzelsklub, in welchem der hohe Adel noch eine große Rolle spielt, weil die tschechischen Exaltados sein Geld nothwendig brauchen, hat man die Wiener Friedensmänner auf eine sehr artige Weise zur Thüre hinausgeworfen, und wäre nicht zu ihrem Glücke der bekannte Tschechenfreund Beck mit ihnen gekommen, hätten sie als freundliches Angedenken wohl noch etliche blaue Flecke mit nach Hause gebracht. Die Deutschen in Prag, obwohl durchaus im Besitz der Intelligenz und selbst des Geldes, benehmen sich hier auf eine unglaublich feige Weise, sind entweder gleichgültig ängstlich, oder schmeicheln gar den Tschechen und laufen als gebrandmarkte Apostaten ins feindliche Lager, darunter ein guter Theil des Adels voran, und zwar in keiner andern Absicht, als weil er im Slaventhum noch einen Schutz seiner Privilegien, ein letztes Bollwerk der Aristokratie und der Feudalrechte zu erkennen meint. Er hält die Deutschen für ein durch und durch demokratisches und demagogisches Volk, das alles nivelliren will, und glaubt es seinem persönlichen Interesse angemessener sich auf die Seite der Tschechen und der russischen

Knute zu schlagen. Daß die Russen bei den slavischen Umtrieben in Böhmen und Südungarn ihre Hand mit im Spiele haben, glauben die klugen Leute in Prag, wie in Wien, wie in Agram ziemlich einmüthig, wenn sie es auch nicht immer offen gestehen. Damit will nicht gesagt seyn, daß Kaiser Nikolaus dergleichen Treiben der russischen Agenten befehle oder gutheiße; diese Herren thuen es als gute Patrioten natürlich auf eigene Faust und Verantwortung. Thatsache ist jedenfalls, daß tschechische und kroatische Panslavisten und gewisse Führer des St. Wenzelsklubs, welcher Kredit und Gepräges zur Besoldung seiner Kommis Voyageurs in hohem Grade bedarf, an russischen Thüren nie vergeblich klopfen. Seit mehreren Tagen bemerkt man hier zwei große schnurrbärtige Herren mit russischen Orden, die man häufig mit den Adeligen des St. Wenzelsklubs verkehren sieht. Eine telegraphische Depesche aus Wien meldet die Abreise des Kaisers und der kaiserlichen Familie. Die Böhmen hoffen, der Kaiser werde nach Prag kommen und sehen darin bereits den Beginn des slavischen Staats Böhmen-Oesterreich. Viel Volk ist vor dem Rathhaus versammelt, wo die St. Wenzelskompagnien Wache halten. Wir können nicht glauben, daß der Kaiser sich hierher wenden wird, wodurch in Ungarn und Oesterreich eine furchtbare Krise hervorgerufen würde. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 15. Mai. Aus Semlin wurde dem Ministerium durch einen Kurier die Nachricht gebracht, daß die Serben bei Semlin mit 50 Kanonen eingefallen sind. Der Ministerrath ist in diesem Augenblicke, Abends 9 Uhr, zur Berathung versammelt. (Pannonia.)

Schweiz.

Zürich, 20. Mai. Gestern ist eine ziemliche Schaar Thurgauer als Freiwillige nach Italien hier durchpassirt.

Italien.

Dem „Felsineo" und der „Gazetta di Bologna" zufolge haben die Italiener wieder die Offensive ergriffen. — Die Nachricht daß die Oesterreicher die Belagerung Treviso's aufgeben mußten, bestätigt sich.

Spanien.

Madrid, 12. Mai. Die Wiederherstellung unserer diplomatischen Verhältnisse mit Preußen ist jetzt endlich amtlich verkündigt. General Zarco del Valle bleibt fürs erste interimistisch als Gesandter in Berlin; als preußischer Gesandter wird wohl der bisherige Vertreter dieses Staats in Lissabon nach Madrid kommen. Als Nachfolger Zarco del Valle's in Berlin werden mehrere bezeichnet, unter andern Mon, der Graf v. Revillagigedo und Vistahermosa; aber noch ist darüber nichts entschieden. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 21. Mai. Die Erklärungen über die polnische und italienische Frage, welche letzten Montag hätten gegeben werden sollen, konnten in Folge des bekannten Attentats gegen die Nationalversammlung nicht abgegeben werden. Auf Verlangen des Herrn Ducour hat nun Herr von Lamartine dieselben Dienstag den 23. Mai abzugeben versprochen und vor der Hand die Erklärung gemacht, es sey kein Grund zu befürchten vorhanden, daß der Friede zwischen Frankreich und den vier andern europäischen Großmächten gestört werde.

Großbritannien.

London, 16. Mai. Ein Portsmouther Journal kündigt eine Kabinetsveränderung als nahe bevorstehend an. Nach diesem Blatte würde Sir Robert Peel wieder an die Spitze der Geschäfte treten. Er soll es übernommen haben, ein neues, auf strenger Oekonomie beruhendes Finanzsystem, sowie die Wahl und Parlamentsreform einzuführen. In einer langen Audienz, welche Sir Robert Peel vor einigen Tagen zu Osbornehouse bei der Königin hatte, soll dieses beschlossen werden seyn und es gehört allerdings zu der alten Politik des englischen Regierung, freisinnige Verbesserungen durch Männer einführen zu lassen, welche nicht ohne Verbindung mit den Tories sind. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 14. Mai. Die Zahl der aufgebrachten Schiffe beträgt circa 80, von denen besonders die Hamburger werthvolle Ladungen enthalten. Diese werden nun allmählig in den Hafen gebracht und vorläufige Verklärung der Besatzung aufgenommen. Noch scheint aber das Prisenzgericht, nicht in Wirksamkeit getreten und daher auch keine Kondemnirung vorgekommen seyn. Das Eigenthum der laut königl. Verordnung vom 29. April als mit uns im Kriege bezeichneten Staaten wird alles gleich behandelt werden. (L. K.)

Schweden und Norwegen

Stockholm, 12. Mai. Der kgl. Vorschlag wegen der zu Kriegsrüstungen erforderlichen Summe von 2 Millionen wurde gestern auch von dem Adel und dem Bauernstand genehmigt, doch nicht ohne Opposition. Der Kriegsminister gab zu erkennen, daß die Absicht sey, nicht nur eine Demonstration zu machen, sondern die Truppen wirklich außer dem Lande anzuwenden. Heute hat der Staatsrath eine sechsstündige Sitzung unter dem Vorsitz des Königs gehalten. Man behauptet: die schwedischen Truppen seyen bestimmt, die Inseln Fünen und Alsen zu besetzen, um der dänischen Armee Gelegenheit zu geben, mit ihrer ganzen Stärke gegen die Deutschen vorzugehen. (A. Z.)

Neueste Nachrichten.

In Folge eines blutigen Zusammenstoßes zwischen Bürgern und Soldaten ist Mainz am 21. Abends in Kriegszustand erklärt worden. Nähere Einzelnheiten fehlen noch. Die Darmstädter Zeitung vom 22. enthält nur folgende kurze Notiz aus Mainz: Mainz ist in Kriegszustand erklärt. Reibungen zwischen Bürgerwehr und preußischem Militär, welches letztere durch den Donnerstagsartikel der Mainzer Zeitung: „Preußen und Deutschland" sehr indignirt worden war, führten zu einem blutigen Zusammenstoß, in welchem beiderseits von Feuerwaffen Gebrauch gemacht wurde. Die Soldaten haben mehrere Todte und Verwundete; die Bürger sollen deren auch haben. Das Festungskommando sah sich zum entschiedensten Auftreten genöthigt; die Truppen wurden nach der Zitadelle und den oberen Festungswerken konsignirt, und die Entwaffnung der Bürger innerhalb drei Stunden, d. h. bis 12 Uhr Nachts geboten, widrigenfalls die Stadt beschossen würde.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 25. Mai: „Prinz Eugen," Oper von Gustav Schmid.

Freitag den 26. Mai: Mit aufgehobenem Abonnement. Zum Vortheil des Theater-Pensions-Vereins. Zum ersten Male: „Die Schleswig-Holsteiner," Schauspiel von H. O. v. Välderndorff.

Fremdenanzeige.

Hôtel Maulik. HH. v. Schmidsfeld, Privatier v. Schmidsfeld; Wernecke, Gutsbesitzer von Magdeburg; Wolf, Advokat aus Frankreich.

Gold. Hahn. HH. Plitt, Edelmann v. London; Gollway, Hauptmann v. Dublin.

Blaue Traube. HH. Frhr. v. Stöger v. Prag; Leblond, Partikulier v. Wien; Davidson, Rentier, und Mitter-Baker, Arzt aus Schottland; Mdm Garmande-Lannoy v. Paris.

Stachusgarten. HH. Frhr. v. Eivelsberg und v. Proventey, Gutsbesitzer von Wien; Gierisch, Herrschaftsrichter von Neuburg

Getraute in München.

HH. Johann Georg Lintner, Milchmann dah., mit Anna Maria Barbara Obermayr, Milchmannstochter v. h.; Mich. Butzl, Gehilfe an der Sternwarte, mit Franz. Kiener, Bräumeisterstochter v. h.; Georg Spitzeder, Funktionär beim kgl. Kreis- und Stadtgerichte dah., mit Th. Kath. Franz Schmid, Lehrerstochter von Neuburg; Georg Benedikt, Magazindiener dah., mit Theresia Rus von Dillingen; Ignaz Dietrich, lіz. Winterschuhmacher dah., mit Elisabetha Reitberger, Stadtbaustaglöhnerstochter v. h.; Johann Fruth, Dekorationsmaler und Associé seines Hrn. Vaters, mit Kath. Weigl, b. Kaminkehrerstochter v. h.; Athanasius Floßmann, städtischer Bauaufseher dah., mit Josepha Kindner, Bräumeisterstochter v. Dillingen; Friedrich Joseph Pepplauer, b. Kaffetier, mit Maria Magdalena Pilaer, Tafernwirthstochter v. h.; Johann Anton Greiner, bgl Mechanikus dah., mit Friederike Sophie Marie Gärtner, bgl. Schneidermeisterstochter v. h.; in Regensburg: Anton v. Mayer, kgl. Rittmeister im Kürassier-Regimente Prinz Karl und Divisionsadjutant, mit Frl. Ther. Forster, Patrimonialrichterstochter v. Regensburg.

Bekanntmachung.

Aus Auftrag des Secretariats der Kammer der Reichsräthe des Königreichs Bayern wird hiemit bekannt gemacht, daß die gedruckten Kammerverhandlungen bei der hiesigen k. Oberpostamtszeitungsexpedition zu 3 fl. für je 100 Bogen bezogen werden können, wohin man sich mit allenfallsigen Bestellungen wenden wolle.

München, den 15. April 1848.

Stademann,
als Canzlei-Dirigent der Kammer der Reichsräthe.

Das Directorium der Kammer der Reichsräthe bringt hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß zu allen der fortan öffentlichen Sitzungen der Kammer Eintrittskarten für Jedermann verabfolgt werden.

Man wolle sich wegen Erlangung dieser am Eingange abzugebenden Karten an die Expedition der Canzlei der Kammer der Reichsräthe wenden.

Den Redacteuren und Stenographen der öffentlichen Blätter ist eine eigene Tribunabtheilung eingeräumt.

München, den 17. April 1848.

Das Directorium der Kammer der Reichsräthe bringt hiemit zur öffentlichen Kenntniß, daß die Eintrittskarten zu den öffentlichen Sitzungen der Kammer nur für die jedesmal bevorstehende Sitzung gelten, für jede folgende daher neue, anders numerirte Karten erholt werden wollen.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

2410. (3a) Dienstag den 20. Juni 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Mai 1847, und zwar von

Nro. 58,015 bis 68,102.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Montag den 26 Juni 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 22. Mai 1848

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

F. Negrioli, Mag.-Rath.

Schneß, Cassier. — Offenbrunner, Controleur.

Verkauf eines Herrschaftshauses.

2412. (2a) In München, in einer der schönsten Straßen, ist eingetretener dienstlicher Verhältnisse wegen ein großes herrschaftliches Haus, mit ebener Erde vierstöckig, sammt zwei Hintergebäuden, Remise für acht Wägen, Stallung für dreizehn Pferde, großem geschmackvoll angelegtem Garten, gemauerten Garten-Arkaden und großem Gartensalon zu verkaufen.

Das Haus enthält 39 Zimmer, 5 Küchen, alle sonstigen Bequemlichkeiten und befindet sich in höchst elegantem und solidem Zustande.

Die Kaufschillings-Erlage kann zum Theil auch in guten Ewiggeld- oder Hypothekbriefen bestehen.

Nähere Aufschlüsse (an Auswärtige gegen portofreie Anfrage) ertheilt der Unterzeichnete.

München im Mai 1848.

Dr. Spengel,
k. Advokat (Weinstraße Nr. 3 über 2 Stiegen.)

Bekanntmachung.

Die Abhaltung des Wollmarktes betr.

2411. Der diesjährige Wollmarkt zu Augsburg wird am 14., 15., 16. und 17. Juni, die Schafmärkte werden am 24. Juli und 18. September abgehalten und wird zu zahlreichem Besuche hiemit eingeladen.

Augsburg, den 22. Mai 1848.

Magistrat der Stadt Augsburg.
Der 1. Bürgermeister:
Forndran.
Eirlinger, Sekr.

Nr. 138.

Man pränumerirt auf der A. p. 3 in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Rückel-Gasse Nro. 2), auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: [illegible] sich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 30 kr., im III. Rayon 3 fl. 24 kr.

Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Freitag | XLIX. Jahrgang. | 26. Mai 1848.

||| München, 26. Mai. Heute vor 30 Jahren wurde die Verfassung des Königreichs Bayern gegeben und diese wäre somit in das Mannesalter eingetreten. Wir begrüßen herzlich diesen ihren dreißigsten Geburtstag um so mehr, da nur wenig fehlte, daß sie ihn nicht mehr erlebt hätte und dem in ihren Gliedern und ihrem innersten Marke zehrenden Siechthum unterlegen wäre, welches durch die verkehrtesten Mittel seit ihrer Geburt in ihr nur genährt worden war. Erzeugt war unsere vaterländische Verfassung allerdings von dem kräftigen Geiste der Freiheit, der Deutschlands Völkerschaften begeistert und geleitet hatte, das Joch einer fremden Zwingherrschaft von sich abzuschütteln. Mit Kraft und Begeisterung wurde dieses Werk vollendet; aber zum Lohne dafür, daß ihre Throne gerettet worden waren, beriethen sich die deutschen und undeutschen Machthaber darüber, wie dieser Geist der Freiheit am besten unterdrückt und niedergebeugt oder gar vernichtet werden könne. Unter solchen Umständen trat unsere Verfassung ans Licht der Welt. Ihr Aeußeres war freundlich und schön und die ersten Worte, die ihrem Munde entströmten, schienen den Wünschen des Volkes entsprechen und die Freiheit begünstigen zu wollen. Aber Lug und Trug waren diese Worte, sie waren nur äußerlicher Schein, denn das innere Wesen enthielt zu reichliche Stoffe des Verderbens, welche von den Pflegern des Kindes nicht, wie es guten Erziehern ziemt, entfernt, sondern immer mehr genährt wurde und der Krebsschaden immer weiter um sich griff. So erzielten wir in Bayern — Dank sey es den würdigen um das Vaterland so hoch verdienten Männern! — statt der angekündigten Gewissensfreiheit den schändlichsten Gewissenszwang; die Freiheit der Meinungen wurde nicht beschützt, sondern unterdrückt, und wo sie sich äußerte, mit Kerker und allen Maßregeln der Despotie dagegen eingeschritten; das verkündete gleiche Recht der Eingebornen zu allen Graden des Staatsdienstes und allen Bezeichnungen des Verdienstes wurde verhöhnt, nur der Adel konnte sich dieses Rechtes erfreuen, im übrigen trat nur Nepotismus und das ausgedehnteste Protektionswesen an dessen Stelle; die gleiche Berufung zur Pflicht und Ehre der Waffen wurden nie in Vollzug gesetzt; Unparteilichkeit und Unaufhaltbarkeit der Rechtspflege war ein schöner Traum, der leider nur 30 Jahre dauerte und dessen Realisirung wir erst jetzt erwarten können, wenn die Justiz von der Verwaltung getrennt und vom Staate die Mittel zu rascher Rechtspflege geboten werden; die Gleichheit der Belegung und die Pflichtigkeit ihrer Leistung wurde in der Art vollzogen, daß zur Deckung des Staatsbedarfes hauptsächlich die ärmere Bevölkerung gezogen wurde; die seyn sollende Ordnung des Staatshaushaltes und die gesicherte Verwendung der dafür bestimmten Mittel führte während der 33 Friedensjahre nur dahin, daß die Staatsschuldenlast vermehrt, das baare Geld verschwunden und während doch für den innern Verkehr immer nur sehr wenig geschehen war, Bayern, ohne neue Schulden zu machen, nicht einmal im Stande ist, eine Eisenbahn zu bauen oder das Bundeskontingent auszurüsten; statt die Wiederbelebung der Gemeindekörper durch die Wiedergabe der Verwaltung der ihr Wohl zunächst berührenden Angelegenheiten trat ein Bevormundungssystem ein, kraft dessen den Gemeinden alles und jedes Urtheil darüber abgesprochen wurde, was ihrem Wohle angemessen sey, denn nicht, was die Gemeinden für ihr Wohl für gut fanden, sondern, was der Regierung beliebte, mußte geschehen und wurde nöthigenfalls mit Gewalt durchgesetzt; statt einer Standschaft aus allen Klassen der ansässigen Staatsbürger gab es nur eine Standschaft der Männer des größten Besitzes, des Adels und der geistlichen Herren, durch drei Abgeordnete der Universitäten sollte die gesammte Intelligenz repräsentirt werden; das den Ständen zugesicherte Recht der Wünsche wurde verhöhnt, wenn sie zeitgemäße Wünsche für neue Gesetze oder Abänderungen einzelner Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde ehrfurchtsvollst an den Stufen des Throns niederlegten, wurden ihnen Mißbilligung und Verweise zu Theil. So wurde die Gewähr der Verfassung, nicht hindernd das Fortschreiten zum Bessern, wie es in derselben heißt, durch den, wie, so viele andere Stellen stets mißdeuteten §. 7. Tit. X. der Verfassungs-Urkunde geleistet, wie dies auch durch die gleich anfänglich gewünschte, aber bis zu den heurigen Märztagen nicht gewährte Beeidigung des Heers auf die Verfassung geschah, sowie dadurch, daß die Minister bisher faktisch unverantwortlich waren, obwohl ihre Verantwortlichkeit schon damals in Tit. X. §. 4 der Verfassungs-Urkunde ausgesprochen wurde. So konnte diese Verfassung, obwohl ein Sprosse der Freiheit, nie recht lebensfähig werden, denn statt sie auszubilden, wurde sie beschnitten und gequetscht und in jeder Weise durch Mittel eingeschränkt, welche zu bekannt und zu oft besprochen worden sind, als daß eine weitere Anführung derselben gewünscht werden könnte. Den noch größtentheils in hohen Aemtern und Würden lebenden Männern, welche diesen Zustand herbeiführten, wurde durch das jüngst erschienene Amnestiegesetz Verzeihung gewährt, und sie können nun ruhig den Rest ihrer Lebenstage in gottseliger Beschauung ihrer vollführten Thaten hinbringen. Bayern, welches in politischer Beziehung besser daran war in den früheren Zeiten, wo die Stände Steuern nur gegen Rechte und Freiheiten bewilligten, welches im Jahre 1808 eine freisinnigere Verfassung mit Gesetzen erhalten hatte, welche den ganzen Staatskörper mit neuem Leben erfüllten, wo keine Reichsrathskammer zwischen Fürst und Volk stand, hat nun gleichzeitig mit den übrigen Staaten Deutschlands, welche gleiches Loos mit ihm theilten, sich ermannt und das ihm aufgepreßte Joch drohend abgeschüttelt, um es sich nie wieder auflegen zu lassen; es ist trotz des Nagens an seiner Jugendblüthe Mann geworden, nachdem es die Ursachen seiner Krankheit erkannt und durch ein kühnes und gewagtes Mittel die verderblichen Stoffe aus sich zu stoßen und aus dem belebenden Quell der Freiheit zu trinken begonnen hat. Darum wollen wir freudig dieses Eintreten in das Mannesalter begrüßen und hoffen, daß fortan nur Freiheit und Gesetzmäßigkeit in Bayern herrschen soll.

Deutschland.

Frankfurt, 22. Mai. Sechsundfünfzigste Sitzung der deutschen Bundesversammlung. Der großherzoglich hessische Bundestagsgesandte, Frhr. v. Lepel, zeigt seine Abberufung an und substituirt vorläufig zur Führung der Stimme des Großherzogthums Hessen den k. württembergischen Gesandten. — Von dem Gouverneur der Bundesfestung Mainz, General v. Hüser, wurde eine Zuschrift vom 21. d. Mts. mitgetheilt, nach welcher es an dem bezeichneten Tage zwischen dem dort garnisonirenden preußischen Militär und der Bürgerwehr von Mainz zu ernsten Konflikten gekommen, mehrere preußische Soldaten erschossen und verwundet, in Folge dessen aber von dem Festungsgouverneur die Stadt in Belagerungszustand erklärt und die Untersuchung des Vorgefallenen durch eine gemeinschaftliche Kommission in Aussicht gestellt worden war. Die in Folge dessen zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung von dem Gouverneur ergriffenen Maßregeln unterstellte der Letztere der Genehmigung der Bundesversammlung und diese wurde denn auch, da es sich um eine Bundesfestung handelt und das Angeordnete eben eine Folge der Erklärung der Stadt in Belagerungszustand ist, nach dem Gutachten des Militärausschusses ausgesprochen und dem Festungsgouverneur die Rückantwort ertheilt, daß er in Verfolgung des vorschwebenden Zweckes mit Festigkeit und Mäßigung vorschreiten solle. Bei dieser Gelegenheit kam zur Sprache, daß der Bundesbeschluß vom 25. April d. Js. §. 341, die Vereinbarung der über die Volksbewaffnung zu erlassenden Gesetze mit den §§. 14 und 15 des Bundesfestungsreglements betreffend, noch nicht zur Erledigung gebracht ist. Derselbe hatte zum Gegenstande, an die großherzoglich hessische Regierung das Ersuchen zu richten, sofort die geeigneten Einleitungen zu treffen, damit den §§. 14 und 15 des Bundesfestungsreglements in der Bundesfestung Mainz entsprochen werde, bei Erlassung der die Volksbewaffnung regelnden Gesetze auf die oben bezogenen Bestimmungen des Festungsreglements Rücksicht zu nehmen und über das Verfügte Anzeige zu erstatten. Da die letztgedachte Anzeige noch im Rückstande ist, so soll dieselbe in Erinnerung gebracht werden. — Mitgetheilt wurden demnächst ein Schreiben des Oberbefehlshaber des 7. und 8. Armeekorps, die Aussage eines Gefangenen betreffend, ferner ein Danksagungsschreiben des Generals v. Wrangel d. d. Kolding, den 15. Mai, für eine Seiten der Bundesversammlung an ihn erlassene Zuschrift, und endlich ein Schreiben vom nämlichen Dato, in welchem der General v. Wrangel über den gegenwärtigen Stand der militärischen Operation Nachricht ertheilt und aus welchem zu entnehmen war, daß in Bezug darauf wesentliche Veränderungen nicht eingetreten sind. — Nachdem ferner einige Wahlen zur Ergänzung von unvollzählig gewordenen Ausschüssen vorgenommen worden waren, nahm der Gesandte der freien Stadt Frankfurt Gelegenheit, einer nach öffentlichen Blättern in der hannoverschen Kammer erfolgten Erklärung des Ministers Stüve Erwähnung zu thun, nach welcher der frühere Gesandte der Stadt Frankfurt geäußert haben soll, daß der Senat für die Ruhe der Stadt nicht mehr einstehen könne. Da jedoch eine derartige Aeußerung Seiten des bezeichneten Gesandten bei der Bundesversammlung weder offiziell noch vertraulich erfolgt ist, so beschloß man, hierüber eine berichtigende Erklärung in das Protokoll aufzunehmen.

Frankfurt, 20. Mai. Der Abg. Moriz Mohl stellte in der Sitzung vom 19. Mai folgende (wegen Mangels an Raum hier nur summarisch erwähnte) Anträge: 1) in Betreff der deutschen Zollverhältnisse. „Die konstituirende Nationalversammlung möge nach ihrer definitiven Konstituirung in einer ihrer ersten Sitzungen einen Ausschuß niedersetzen, mit dem Auftrage, in kürzester Zeit Anträge zu erstatten: a) wegen vorläufiger Festsetzung solcher Zollsätze in allen deutschen Staaten durch welche die deutschen Nationalinteressen und insbesondere die deutsche Arbeit zureichend geschützt werden; b) wegen alsbaldiger Herstellung des zollfreien Aus-

tauſches deutſcher Ur- und Gewerbserzeugniſſe unter allen deutſchen Staaten, und c) wegen möglichſt ſchleuniger Vereinigung aller deutſchen Staaten in ein einziges Zollgebiet. Der Antragſteller glaubt, daß es zu Begründung dieſes Antrags vorläufig genügen dürfte, darauf hinzuweiſen, daß bereits Tauſende deutſcher Arbeiter durch die Zeitverhältniſſe brodlos geworden ſind, und daß daher Menſchlichkeit und Rückſicht auf das Volkswohl eben ſo wohl als die Sorge für Erhaltung der öffentlichen Ruhe in Deutſchland es zur heiligen Pflicht der Nationalverſammlung machen, gleichzeitig mit dem Verfaſſungswerke auch die Maßregeln zu berathen, welche ohne Verzug ergriffen werden ſollten, um den deutſchen Arbeiter gegen die ausländiſche Mitbewerbung zu ſchützen. 2) In Betreff der Belaſtung der deutſchen Ströme zu beſtimmen: „daß von einem gegebenen Tage an die deutſchen Ströme, welche mehrere Staaten durchfließen, im ganzen Umfange des deutſchen Reichs (oder Bundes) bis ins Meer für deutſchen Handel und deutſche Schifffahrt frei von Waſſerzöllen und anderen die Waare oder das Schiff treffenden Abgaben ſeyn, die Waſſerſtraßen derſelben aber für Rechnung des Reichs (oder Bundes) erhalten und die auf Waſſerſtraßen, Waſſerzölle und Schifffahrt ſich beziehenden Verhältniſſe zum Auslande von Reichs- (Bundes-) wegen geordnet werden ſollen.“ Die Belaſtung der Ströme, welche mehrere Staaten durchfließen, namentlich: des Rheins und ſeiner Nebenſtröme: der Moſel, des Mains, des Neckars, der Weſer, der Elbe mit Waſſerzöllen und Rekognitionsgebühren, von welchen die erſteren die Waare, die letzteren das Schiff treffen, und der Donau mit Stadtzöllen und anderen Abgaben, iſt eine ſolche, welche die Verführung der Güter auf dieſen natürlichen Waſſerwegen in hohem Grade beſchwert und einſchränkt. — In einer Sitzung von demſelben Tage faßte der Bundestag den bekannten Beſchluß, Sachverſtändige einzuberufen, welche über ein gemeinſchaftliches Handels- und Zollſyſtem ſich zu verſtändigen und die geeigneten Vorſchläge zur Ausführung zu machen haben. Dieſer Bundestagsbeſchluß, in einer Sache gefaßt, welche die Nationalverſammlung zu einer ihrer Hauptaufgaben rechnet, ſoll heute Gegenſtand eines Antrags vieler Abgeordneten im Schooße der Nationalverſammlung werden. (Schw. Mkr.)

Frankfurt, 21. Mai. Im Gegenſatz zu dem Antrag des Abgeordneten zur Nationalverſammlung, Leue, hat der Abgeordnete Weſendonk aus Düſſeldorf folgenden Vorſchlag zur Bildung einer vorläufigen Zentralgewalt gemacht: Die konſtituirende Nationalverſammlung beſchließt: §. 1. Es wird ein vorläufiger Vollziehungsausſchuß von 9 Mitgliedern gebildet. Dieſe 9 Mitglieder werden in 9 einzelnen Wahlakten aus der Mitte der Verſammlung gewählt. Die Wahl geſchieht durch Skrutinium nach abſoluter Stimmenmehrheit. §. 2. Der Vollziehungsausſchuß vollſtreckt alle Beſchlüſſe der Nationalverſammlung durch ein vorläufiges Reichsminiſterium, welches er einſetzen wird und welches der Nationalverſammlung verantwortlich iſt. §. 3. Der Vollziehungsausſchuß ernennt einen Oberfeldherrn über die ſämmtlichen Truppen der deutſchen Bundesländer, welcher nach den Befehlen des Vollziehungsausſchuſſes handelt. Sämmtliche Truppen leiſten den Eid der Treue gegen die deutſche konſtituirende Nationalverſammlung. §. 4. Gegenwärtiges Geſetz bleibt nur bis zu erfolgter Konſtituirung der Verfaſſung Deutſchlands und des Verhältniſſes der deutſchen Einzelſtaaten zu derſelben in Kraft. (Würzb. Z.)

Frankfurt, 22. Mai. Bei der unabſehbaren Wichtigkeit des Gegenſtandes hatte geſtern noch eine dritte Vorberathung darüber ſtatt, wie man ſich den konſtituirenden Verſammlungen der einzelnen Staaten Deutſchlands gegenüber verhalten ſolle. Die Frage iſt durch die Ereigniſſe der jüngſten Tage nicht vornehmlich eine preußiſche geblieben, ſie hat ſich auch für Oeſterreich aufgeworfen, und ſo wurde auch die Vorberathung in dem Geſellſchaftshauſe der Oeſterreicher, in der Sokrateslöge gehalten. Es wurde viel Treffliches geſprochen. Mit Ruhe und Würde überraſchte Dr. Würth aus Wien, der die Anſicht geltend zu machen ſuchte, daß man die Verſammlungen der einzelnen Staaten in Wirkſamkeit treten und verbleiben laſſen müſſe, um eventuell die von ihnen entworfenen Arbeiten durch die deutſche Nationalverſammlung aufheben oder abändern zu laſſen, falls dieſelbe nicht bereits früher mit der Aufſtellung eines Minimums von Grundrechten des deutſchen Volkes fertig geworden ſeyn möchte. Dieſe Anſicht fand vielen Beifall, ſie iſt weſentlich keine andere, als die, welche in den Vorberathungen vom Freitag und Sonnabend durchzudringen ſchien. Mit ihr hängt ein Antrag von Eiſenmann zuſammen, der ſeiner milden Faſſung wegen gefiel. Der Graf v. Arnim ſuchte aufs neue die Sache dahin zu ſtellen, daß die ganze Angelegenheit in eine Abtheilung, an einen Ausſchuß, verwieſen werden müſſe. Die Frage iſt indeſſen zur Entſcheidung reif, und die Entſcheidung iſt dringend. Man muß es für ein Unglück halten, wenn für das Verſchieben ſich eine Mehrheit ausſprechen könnte. Hr. v. Vincke fehlte auch geſtern in der Vorberathung; er gehört zu den Independenten. Dem Vermuthen nach wird er ſich für die Unabhängigkeit der preußiſchen Reichsverſammlung ausſprechen. (A. Z.)

Frankfurt, 23. Mai. (Vierte öffentliche Sitzung der deutſchen Nationalverſammlung.) Unter größter Aufregung der Verſammlung und der Zuhörer wurde von Zitz Bericht erſtattet über die Vorfälle in Mainz und der Antrag geſtellt, daß ſofort das Aufhören der Ausnahmsregeln veranlaßt werde. — Nach Schluß des Berichts wird von Zitz eine eben angekommene telegraphiſche Depeſche verleſen, daß Mainz wiederum völlig geſperrt und Generalmarſch geſchlagen worden ſey. Vogt ſtellt den Antrag, unverzüglich aus dem Schooß der Verſammlung eine Kommiſſion nach Mainz zu ſenden, welche über die dortigen Vorkommniſſe und Verhältniſſe Unterſuchung pflegen und Bericht erſtatten ſolle. Nach langer, heftiger Debatte wurde beſchloſſen, den Antrag von Zitz an einen Ausſchuß von 15 Mitgliedern zur Begutachtung zu verweiſen, welchem es jedoch zur Pflicht gemacht wird, eine Kommiſſion nach Mainz zur Unterſuchung des Thatbeſtandes abzuſenden. Der Ausſchuß ſoll ſofort nach der öffentlichen Sitzung gewählt werden; für die abreiſende Kommiſſion ſoll eine Vollmacht ausgeſtellt werden. Die Mitglieder begeben ſich ſofort in ihre Abtheilungen zur Wahl des Ausſchuſſes. Schluß der Sitzung Nachmittag 1½ Uhr. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Der „Stuttgarter Beobachter“ bringt aus Frankfurt folgende (interimiſtiſche) Gruppirung der Parteien in der konſtituirenden Verſammlung: 1) die äußerſte Linke iſt der Zahl nach ſehr unbedeutend; ſie beſteht aus Sachſen, Heſſen, Rheinpreußen. Von Württembergern ſtimmen mit: Tafel, Fetzer, Rödinger, Schoder, Friſch, Hentges, Nägelen, Reinwald; ob ſie aber dabei bleiben, iſt eine große Frage. 2) Es exiſtirt eine Partei von ſehr konſervativen Leuten, die unter der Hand und ſehr umſichtig wirken. 3) Die Hauptmaſſe wird ſich wohl im linken Zentrum zuſammenfinden, und dazu werden auch die meiſten der obengenannten Württemberger gehören. So viel aber iſt jetzt ſchon unter allen Umſtänden gewiß, daß wenn die Abgeordneten nicht von Hauſe Unterſtützung finden, d. h. wenn nicht die Volksmeinung auf's Entſchiedenſte, namentlich auch in Adreſſen ſich ausſpricht, die Reaktion eine Menge Steine in den Weg werfen wird, die dem Fortſchritt hinderlich ſind. Der Einſender bittet darum ſeine Freunde, die Augen offen zu halten, die Schwaben nicht einſchlafen zu laſſen, und namentlich zu zeigen, daß es mit dem Verlangen nach Abtretung von Hoheitsrechten von Seiten der Regierungen an die Zentralgewalt ernſtlich gemeint iſt.

Bayern.

Landtag.

München, 26. Mai. (Kammer der Reichsräthe.) Tagesordnung für die auf heute um 12 Uhr angeſetzte XVIII. Sitzung. — 1. Bekanntmachung des Einlaufs. — 2. Vortrag, Berathung und Abſtimmung über den Geſetzentwurf: die Kapitalſteuer betr. — 3. Vortrag, Berathung und Abſtimmung über: 1) die Stellung des ſtändiſchen Archivs den Staatsminiſterien gegenüber; 2) den Rechenſchaftsbericht des ſtändiſchen Archivs.

** München, 20. Mai. (XXXIX. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anweſend am Miniſtertiſche: Frhr. v. Thon-Dittmer, Frhr. v. Lerchenfeld, Heintz, Sperl; in der Kammer 110 Abgeordnete. Die Sitzung wurde mit Ableſung des Einlaufes eröffnet, an deſſen Schluß der Hr. I. Präſident bemerkte, daß leider der Tod ſchon wieder ein Mitglied, den Abg. Hauck geraubt habe. Die Erde werde ihm leicht, und immer bleibe ihm von der Kammer ein ehrendes Andenken. — Sodann wurde der Beſchluß über den Geſetzentwurf: „die Einkommenſteuer“, verleſen und deſſen Faſſung genehmigt. — Dr. Schwindl erſtattete hiernächſt Vortrag über den Entwurf: „die Aufhebung des Jagdrechtes auf fremdem Grund und Boden in den Regierungsbezirken dieſſeits des Rheins“. — Die Kammer beſchloß hierauf, daß „das Lehengeſetz“ auf die nächſte Tagsordnung geſetzt werde, weil die Kürze der Zeit keine umfaſſende Information zugelaſſen hatte. — Nach dieſem begann die Berathung und Beſchlußfaſſung über das oben bezeichnete Jagdgeſetz. — Der Hr. II. Präſident, Dr. Müller, ſtimmte für Annahme des Jagdgeſetzes. — Frhr. v. Rotenhan ſprach gleichfalls für den Entwurf. — Dekan Bauer. Er habe zwar nie eine Flinte abgefeuert, aber er ſtimme für den Entwurf. — Abg. Schlund. Es werde 30jährigen Klagen abgeholfen, daher ſtimme er für den vom Ausſchuß modifizirten Entwurf; doch hätte er die Regelung der Jagd gerne den Gemeinden überlaſſen. — Dr. Schwindl, als Referent. Man habe gefragt, ob der Verordnungsweg nicht beſſer ſey; allein dieß ſey unmöglich; der Weg des Geſetzes iſt der beſte. — Hierauf wurde Art. 1 (Aufhebung des Jagdrechtes auf fremdem Grund und Boden vom 1. Okt. 1848) ohne Diskuſſion angenommen. — Art. 2 (die Gemeinden üben Namens der Grundeigenthümer innerhalb ihrer Bezirke das Jagdrecht durch Verpachtung aus) wurde gleichfalls angenommen. — Art. 3 (Eigenthümer von 240 Tagwerken üben hierauf ſelbſtſtändig das Jagdrecht) wollte von Abg. Schlund weggelaſſen ſeyn, allein der Staatsminiſter Heintz ſprach energiſch dagegen. Dieſe Beſtimmung beſtehe in der Pfalz und in Frankreich. — Abg. Schrauder brachte einen Zuſatz ein. — Der Hr. II. Präſident, Dr. Müller, ſtimmte den Aeußerungen des Hrn. Juſtizminiſters bei, und ſomit auch zum Geſetzentwurfe. — Die Modifikation des Abg. Schrauder wurde vielſeitig bekämpft, unter andern auch von den Abgeordneten Grafen v. Arko-Stepperg und Frhrn v. Lindenfels. — Abg. Schnetzer übergab einen Antrag auf Streichung des ganzen Artikels, der jedoch den Beifall der Kammer nicht erhielt. — Die Staatsminiſter Heintz und Frhr. v. Thon-Dittmer erläuterten, daß, wenn man den Art. 3 ſtreiche, auch weit größeren Grundbeſitzern die Jagd und ſomit die Grundlage des Geſetzes geſtrichen werden. — Abg. v. Habermann. Da die Jagd als Acceſſorium des Eigenthumrechts angeſehen werde, ſo müſſe man auch dem Art. 3 zuſtimmen. — In demſelben Sinne ſprach Dr. Schwindl, und es wurde Art. 3 angenommen. — Art. 4 (wenn ſolche größere Gutskomplexe von kleinern ganz oder größtentheils umſchloſſen ſind, ſo ſteht dem Eigenthümer des größern auch die Jagdbefugniß gegen Entſchädigung an den kleinern zu). Das Wörtchen „größtentheils“ erregte vielſeitigen Anſtand, auch von Seite des Referenten, weil er gegen ſolche Ausnahmsbeſtimmungen ſich erklären müſſe. — Hiegegen erklärte ſich aber das Miniſterium. Der Art. 4 beſtehe lediglich zur Verhütung von Reibereien im Intereſſe der Jagdpolizei. — Beſchloſſen wurde dann von der Kammer, daß die Worte: „oder größtentheils“ nach dem Ausſchußantrage geſtrichen werden ſollen. — Art. 5 (daſſelbe tritt ein, wenn einzelne Grundſtücke von einem größern Wald- oder Gebirgs-Komplexe ganz oder größtentheils umſchloſſen ſind, ſelbſt wenn die einzelnen Grundſtücke das im Art. 3 bezeichnete Flächenmaß überſteigen). Hiezu wurden einige Modifikationen eingebracht. Es wurde von Dr. Schwindl namentlich der Zuſatz gebracht: „inſoferne ſolche Inklaven eigene Gemeinden- oder Privat-Jagden bilden“. — Hiegegen erklärte ſich der Staatsminiſter Heintz, man möge ja nicht zu weit gehen. — Dieſer Fall trete aber überall ein, meinte Dr. Schwindl. Die vielen Jagdbezirke werden ja wildarm werden; er glaube, es ſey gut, alle Modifikationen zu ſtreichen, und den Art. 5 auch. — Hiegegen ſprachen jedoch die Miniſter Frhr. v. Thon-Dittmer und Heintz. — Hierauf wurden von der Kammer die Wörtchen „oder größtentheils“ geſtrichen, die Modifikation des Dr. Schwindl verworfen, und Art. 5 nicht angenommen. — Art. 6 (von den Beſtimmungen der vorhergehenden Art. 2 und 4 ſind ausgenommen alle und jede Grundſtücke, welche mit einer Mauer oder einer dichten Einzäunung, und mit verſchließbaren Thüren verſehen ſind). Das Wörtchen „Einzäunung“ erregte mehrſeitiges Bedenken. Hierauf wurde Art. 6 angenommen. — Art. 7 (Jagdbezirke-Bildung aus kleinern Grundſtücken und Ablieferung des

Pachtschillings in die Gemeindekassen. Jagdberechtigte können wieder in Pacht geben ꝛc.). Derselbe wurde wie Art. 8 (Jagdpachtverträge lösen sich mit dem 1. Okt. 1848 ohne gegenseitige Entschädigung der Jagdbesitzer und Jagdpächter auf) wurde in dieser vom Ausschusse begutachteten Fassung angenommen; dagegen war vom Ausschusse die Streichung des Art. 9 beantragt. — Das Ministerium hatte aber die Modifikation eingebracht, nämlich: ausgenommen sollten von obigen Bestimmungen seyn a) die niedere Jagd in der Nähe der königl. Residenzschlösser auf 3 Stunden Rundentfernung und b) die hohe und niedere Jagd in Hohenschwangau, Tegernsee und Berchtesgaden; nach dem Muster der französischen Gesetzgebung von 1790, dem Könige müsse man doch auch ein Vergnügen lassen, wie es die Franzosen in dem damaligen Revolutionsstadium gethan haben; das Volk werde wohl sicher einverstanden seyn. — Abg. v. Habermann erklärte seine Zustimmung zur eben bezeichneten Modifikation. — Dr. Rammoser. Die Stimme der Zeit müsse man auch ehren; nicht die Krone, sondern die um sie sind, seyen wegen Mißbrauchs zu fürchten. — Dekan Vogel. Man lebe in einer Zeit, wo man die ganze Wahrheit aussprechen müsse; er glaube also, man solle die Debatte noch nicht schließen. — Die Kammer beschloß jedoch die Debatte. — Dr. Schwindl. Auch er sey von kindlicher Ehrfurcht für das Staatsoberhaupt beseelt; bei der Legislation stehe aber das Gemeinwohl an der Spitze. So schwer es ihm auch ankam, so habe er doch im allgemeinen Interesse gegen den Artikel stimmen müssen. Es bestehen jedoch die Leibgehege, ein Uebereinkommen mit den Gemeinden, Pachtung ꝛc., darum habe er die Ansicht, daß das königl. Jagdvergnügen nicht geschmälert werde. — Frhr. v. Thon-Dittmer sprach dagegen. Auch vom Ministertische beachte man das Gemeinwohl. Der freien Besprechung in diesem Saale wolle man durchaus nicht entgegen treten. — Die Kammer beschloß: die Modifikation des Dr. Rammoser (mit genauer Einhaltung der gesetzlichen Jagdzeit) und den Art. 9 nach der Modifikation des Staatsministeriums anzunehmen. — In der nun modifizirten Fassung wurde das ganze Gesetz nach Namensaufruf mit 110 gegen 2 Stimmen angenommen, die Sitzung geschlossen und die nächste auf Abends 5 Uhr anberaumt.

München, 26. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XLVI. auf heute um 9 Uhr Vormittags angesetzte öffentliche Sitzung.) 1. Verlesung des Protokolls der XLV. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Vortrag, Berathung und Schlußfassung über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe bezüglich auf den Gesetzentwurf: die Verantwortlichkeit der Minister betr. — 4. Vortrag, Berathung und Schlußfassung über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe bezüglich des Gesetzentwurfes: die ständische Initiative betr. — 5. Vortrag, Berathung und Schlußfassung über die zweite Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über den Gesetzentwurf: die Aufhebung der standes- und guts-herrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten betreff. — 6. Vortrag, Berathung und Beschlußfassung über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über den Gesetzentwurf: die Einkommensteuer betr.

Die neue „Speyerer Zeitung“ enthält nachstehenden höchst bemerkenswerthen Artikel, datirt vom Rheine, 20. Mai. „Es ist ungereimt, bestreiten zu wollen, daß die Reaktion vielfach hervorzutreten sucht. Es liegt in der Natur der Dinge, daß ein so entschiedener Fortschritt, wie die neueste Zeit denselben fordert und fordern muß, nicht ohne allen Widerstand stattfindet. Es werden dadurch zu viele Gewohnheiten und zu viele Interessen verletzt, als daß Jedermann gleichmäßig beitragen möchte zur unbedingten Fortentwicklung. Was aber der Sache des Fortschritts am meisten schadet, ist die so vielfach sich festsetzende Befürchtung vor einem Ueberstürzen. Wirklich läßt es sich nicht verkennen, daß fast überall Unberufene, (unbefähigte und ungeeignete Leute) sich hervorzudrängen und den Ton anzugeben, ja daß sie die Gesammtheit zu tyrannisiren, d. h. dieser ihre Ansichten aufzudringen suchen. Der Herrschaft solcher Menschen will sich aber die unendliche Mehrzahl der Bürger nicht unterwerfen. In Folge dessen entsteht in vielen Gegenden hiedurch eine Reaktion. Leute von sonst entschieden guter Gesinnung meinen, dem „literarischen Proletariat“ dadurch entgegen treten zu müssen, daß sie geradezu der s. g. „konservativen Richtung“ sich anschließen. Viele Parlamentswahlen, namentlich in Baden haben dies gezeigt; gar manche bedenkliche Maßregeln wurden da und dort mit Freude begrüßt, blos weil man fürchtete, die Umsturzpartei würde dem Bürgerthum über den Kopf wachsen. So ist es denn wohl kaum zu bezweifeln, daß jene Partei, welche auf keine bestehenden Verhältnisse irgend eine Rücksicht nehmen, welche die Welt blos nach ihren Phantasiegebilden oder auch nach den schönsten und edelsten Theorien unbedingt neu gestalten möchte, — in Wirklichkeit der Sache der Freiheit und des Fortschritts am allermeisten schadet, indem sie den Feinden derselben auf die unverantwortlichste Weise in die Hände arbeitet. Wer den Vergängen während der jüngst verflossenen Wochen näher gefolgt ist, namentlich die mannichfachen Schwankungen von einem Hauptpunkte (wie etwa von Frankfurt) aus unbefangen beobachtet hat, der weiß, wie unberechenbar wie unermeßlich die Nachtheile sind, welche die Sache des Fortschritts namentlich durch den unsinnigen Heckerschen Aufstand erlitt. Die schlimmste Wirkung dabei ist, wie oben bereits angedeutet, die Erweckung von maßlosen Befürchtungen im Bürgerstande. Diese in der Masse der Bewohner hervorgerufenen Befürchtungen sind aber grundlos. Es ist dringend zu wünschen, daß man sich überall klar mache, daß die Anarchisten rein nichts vermögen. Eben hat sich dieses gezeigt. Man blicke auf die einzelnen deutschen Hauptstädte, auf Berlin, Wien, München; man blicke auf das am meisten „unterwühlte“ badische Land; man betrachte vorzugsweise die neuesten Vorgänge sogar in Paris, wo — wie so Viele behaupteten — Alles im größten Umsturze begriffen seyn sollte. Ueberall hat sich die Machtlosigkeit der Anarchie gezeigt, überall ist das Bürgerthum zum Siege gelangt, der nirgendwo auch nur einen Augenblick lang zweifelhaft war! Darum möge sich der ehrenhafte, unter allen Verhältnissen den Kern der Staatenvereine bildende Mittelstand aber auch nicht einschüchtern, und dadurch mißbrauchen lassen. Wir wollen die Anarchie nicht, allein wir haben sie nicht zu fürchten. Machen wir deßhalb aber auch der Rückschrittspartei keine Zugeständnisse, durch welche dem wahren Fortschritte geschadet, durch welche die Entwicklung des Bessern untergraben oder mindestens gehemmt und verkummert werden könnte.

Preußen.

Berlin, 20. Mai. Die sozialen Zustände nehmen täglich einen bedenklichern Charakter an, weil alle immer mehr verarmen und keiner dem anderen bald mehr wird Arbeit geben können. Von dieser Seite her fürchtet man mit Recht binnen kurzem einen harten Konflikt zwischen den Bemittelten und Armen. (Fr.O.-P.-A.-Z.)

Berlin, 21. Mai. Der erste Schritt ist gethan um die Souveränetät der Nationalversammlung gegenüber der Krone geltend zu machen. Etwa 60 der bereits eingetroffenen Abgeordneten hatten sich gestern Abend im Saale des Hotel de Russie zu einer gemeinsamen Besprechung eingefunden. Ein Abgeordneter der Hauptstadt, wie wir hören der Staatsanwalt v. Kirchmann, bezeichnete die Anberaumung der Eröffnungssitzung im weißen Saale des kgl. Schlosses als eine unangemessene Maßregel der Regierung, gegen welche man Protest einlegen müsse. Die Mehrheit der Anwesenden stimmte darin überein, daß die Berufung der Abgeordneten an den Thron die Stellung verkennen heiße, welche die Volksvertreter im Gegensatze zu den bisherigen Landtagsmitgliedern der Regierung gegenüber einzunehmen hätten. Die Minorität machte ihre Gründe geltend und nach lebhaft geführter Diskussion wurde ein Protest gegen die Eröffnung der Sitzungen im weißen Saale beschlossen; 39 der Abgeordneten unterzeichneten diese Erklärung, und bis jetzt soll die Zahl der Protestirenden bereits auf 100 gestiegen seyn. Man ist auf die entscheidende Antwort der Minister begierig und behauptet, diese würde verneinend ausfallen, da diese glaubten, dem nachdrücklichen Wunsch des Königs genügen zu müssen. (D. A.)

Trier, 18. Mai. Die von dem Ministerium beantragte Zurückberufung des Prinzen von Preußen veranlaßte gestern eine große Volksversammlung im Helfferschen Saale, wobei eine protestirende Adresse verlesen und von den Anwesenden unterzeichnet wurde. (Trier. Z.)

Namenlose Gräuel sind im Großherzogthum Posen geschehen, schreibt man der K. Z., geschehen noch täglich, geschehen auf beiden Seiten. General Pfuel, von Allen, die ihn kennen, als ein liberaler, menschenfreundlicher Mann geschildert, hat das Standrecht proklamiren lassen, zeichnet die Gefangenen, wie die Indianer die eingefangenen wilden Pferde zeichnen, und die Posensche Zeitung vom 14. Mai rühmt es, wie General Hirschfeld — den alle Polen einstimmig als ihren Henker bezeichnen, und dem ein Hauptmann seiner Truppen den Degen vor die Füße warf, weil es keine Ehre mehr sey, raubende und mordende Soldaten anzuführen — die Bauernhaufen aus ihren Waldverstecken hervorlockt und mit Shrapnells niederkartätschen läßt. Die Amnestiedekrete, deren Termin bald abläuft, werden höchstens in den größern Städten angeschlagen, dem Volke und namentlich den Insurgentenhaufen bleiben sie unbekannt, denn diese bekommen sie nicht zu lesen, und keine Zeitung meldet, daß Abgesandte zu solchen Haufen gesandt werden, um sie mit den Aufforderungen des Generals bekannt zu machen. Bei allem diesem greuelvollen Elende hat man nicht einmal den Trost, daß dasselbe aus dem konsequenten Gedanken einer Persönlichkeit hervorgegangen sey. Nein, es ist die Folge eines durch und durch verwerflichen Systems, das die besten Absichten und den edelsten Willen lähmt und Jeden, der ihm naht, mit seinem Maschennetz umstrickt. Was vor sieben Wochen hier ein hochgestellter Militär sagte: „In Polen darf kein Schuß fallen, sonst ist Alles verloren,“ hat sich furchtbar bewahrheitet!

Schleswig-Holstein.

Rendsburg, 18. Mai. Die provisorische Regierung hat nachstehende Verfügung in Betreff der Aufhebung des Embargo auf dänische Schiffe erlassen: In Uebereinstimmung mit dem in der 49. Sitzung des deutschen Bundestags gefaßten Beschluß, daß, wenn gleich dänischerseits auf deutsche Schiffe Embargo gelegt, doch von Bundeswegen eine gleiche Maßregel allgemein nicht anzuwenden sey, verfügt die provisorische Regierung hierdurch, daß es in den Herzogthümern Schleswig-Holstein nach Maßgabe des gedachten Beschlusses zu verhalten sey, und hebt demnach das auf dänische Schiffe bereits gelegte Embargo wiederum auf. (Alt. Mkr.)

Kolding, 18. Mai. Der General v. Wrangel hat nachstehende Proklamation erlassen: „Bewohner Jütlands! Seit 14 Tagen befindet sich ein großer Theil meiner Armee auf jütländischem Boden; ich habe genau das gehalten, was meine Proklamation vom 1. Mai Euch versprochen und habe nicht einmal alle Bedürfnisse für mein Heer gefordert, eben so wenig, wie ich Euch die Widersetzlichkeit und Abgeneigtheit, welche ich in dieser Hinsicht bei mehreren von Euren Behörden gefunden, vergolten habe. Eure Regierung fährt aber fort, deutsches Eigenthum mit Beschlag zu belegen und die deutschen Schiffe aufzubringen. Durch diese Handlungsweise zwingt mich Euere Regierung, meine Uebermacht anzuwenden, von dem Rechte des Kriegs Gebrauch zu machen und in Jütland Schadenersatz für allen Schaden, welchen der deutsche Handel, die deutsche Schifffahrt und deutsches Eigenthum anderweitig leiden, zu suchen. Jütländer! Euere Regierung zwingt mich, Euch eine Kontribution von 2 Millionen Spezies aufzulegen. Diese Kontribution soll indessen nur ein Pfand seyn für den Schaden, den Eure Regierung dem deutschen Handel und Eigenthum zugefügt hat. Im Falle Eure Regierung das unter Beschlag liegende deutsche Eigenthum freigibt und Ersatz für den Deutschland zugefügten Schaden leistet, sollen Euch die Kontributionsgelder wieder zurückgezahlt werden. Mit Hülfe Eurer Behörden beabsichtige ich, diese Kontribution unter die verschiedenen Aemter gleichmäßig zu vertheilen, wobei ich die neuesten Steuerregister zu Grunde legen und ferner die Bestimmung gelten lassen werde, daß das freie Hartkorn doppelt so viel, wie das unfreie zahlt, und daß das Eigenthum milder Stiftungen und Schulen von dem Beitrage zur Kontribution frei bleiben soll. Wenn der Betrag dieser Kontribution bis zum 28. d. Mts. nicht eingezahlt ist, wird die Eintreibung ihren Anfang nehmen. Sollten nun wider Erwarten Eure Behörden sich weigern, Euch diese Kriegslast durch gerechte und billige Repartition zu erleichtern, so werde ich diesen Auftrag andern zuverlässigen Männern übertragen und wären solche auch nicht zu finden, oder solltet ihr selbst sogar die Zahlung verweigern, so lasse ich durch meine

Truppen Alles aus Nöthige nehmen wo es gefunden wird. Ich hoffe zu Gott, daß die Behörden und das Volk selbst Einsicht genug haben werden, mich nicht zu diesem letzten Mittel zu zwingen; geschieht dies doch, dann muß das Volk selbst die Verantwortlichkeit für all das Elend und Unglück, welche bei einem solchen Verfahren unvermeidlich sind, auf sich nehmen. Kolding, 18. Mai 1848. Der Oberbefehlshaber der Armee Wrangel, königl. preuß. General der Kavallerie."

(Ostsee-Z.)

Freie Städte.

Frankfurt, 21. Mai. Gestern wurden 400 Perkussionsgewehre an unsere freiwillige Sicherheitswache vertheilt, deren Zahl auf etwa 2000 Mann angegeben wird, die jetzt abtheilungsweise Schießübungen hält. — Gestern Abend wurde im Gasthause zum deutschen Hof ein Turnermahl gehalten, wobei sich auch einige Mitglieder der deutschen Nationalversammlung einfanden und Anreden an die Turner hielten. — Heute Nachmittag wurde eine abermalige Arbeiterversammlung, die dritte innerhalb 8 Tagen, in der städtischen Reitbahn gehalten. Man vermißte dabei mehrere der frühern Theilhaber, namentlich solche, denen die Förderung ihrer gewerblichen Interessen mehr am Herzen liegt als die Politik. — Noch haben die Mitglieder der konstituirenden Nationalversammlung kein gemeinschaftliches Lokal als gesellschaftlichen Vereinigungspunkt ermittelt. Sie kommen gruppenweise an verschiedenen öffentlichen Orten zusammen. Man vermuthet, daß die vom Abgeordneten Naveaux in der zweiten Sitzung erhobene Frage wegen Gleichzeitigkeit des preußischen Landtags mit der deutschen Nationalversammlung, die morgen zur Verhandlung kommt, in der Art entschieden werden dürfte, daß, mit Hinsicht auf die besondern in Preußen obwaltenden Umstände, diese Gleichzeitigkeit als unvermeidlich anerkannt, dabei aber empfohlen werden soll, die konstitutionellen Lebensfragen in Preußen nicht definitiv zu entscheiden, bevor die Verhandlungen der Nationalversammlung selbst noch zu Ergebnissen geführt haben, welche maßgebend für jene Entscheidung seyn müssen. (A. Z.)

Oesterreich.

Wien, 19. Mai. Die republikanische Partei war zahlreicher oder wenigstens beharrlicher als man vermuthet hatte; sie ist jedoch seit gestern völlig aufs Haupt geschlagen. Der Volkswille hat sich auf das Entschiedenste gegen diese Umwälzung erklärt, und — was dabei das Erfreulichste ist — ohne irgend eine Reaktion gegen die Konstitution selbst, so daß wir hoffen dürfen, unsere errungenen Freiheiten zugleich mit der gesetzlichen Ordnung bewahrt zu sehen. Gestern und heute noch dauerten die einzelnen Versuche zur Ausrufung der Republik fort, endeten aber sämmtlich mit Verhaftung dieser Individuen von Seite der Nationalgarde. Es befanden sich darunter viele Juden und Ausländer und selbst Knaben, die dafür mit einigen Zwanzigkreuzerstücken bezahlt worden waren. Ein Mensch wollte die im Prater beschäftigten Arbeiter mit 500 fl. K.-M. zur Anzündung desselben bewegen, wurde aber von ihnen verhaftet. Eine Menge schlechter Bursche trieb sich unter dem Abzeichen von Studenten herum, und wurde von diesen selbst festgenommen. Der Redakteur der Konstitution, Häfner, welchen man ertappte, als er die Arbeiter mittelst einer gedruckten Proklamation, worin er sich selbst zum Premierminister vorschlug, zur Proklamirung der Republik verleiten wollte, ist bei seiner Abführung in das Kriminalgefängniß nur mit Mühe von der Nationalgarde vor der Wuth des Volks gerettet worden, das ihn sogleich auf der Straße aufzuhängen begehrte. Viele andere verdächtige Literaten und schlechte Skribler sind von der Nationalgarde zur Haft gebracht worden, z. B. Mahler, Tuvora, Heißler, Medis, Dr. Hammerschmidt, Löwenstein und Andere. Die Unlauterkeit und der Schmutz dieser Presse, die ihre Angriffe auch auf Damen erstreckte, hat aber auch in der That alle Grenzen überstiegen. (Schw. Mkr.)

Aus Salzburg ist folgende bedeutungsvolle Adresse an das Ministerium abgeschickt worden: „Die Gefertigten stellen an das Ministerium des Innern das Ersuchen: die Beschlüsse des von allen deutschen Provinzen und Provinztheilen Oesterreichs beschickten Frankfurter Parlaments als die souveraine Stimme des gesammten deutschen Volks für unbedingt bindend für alle deutschen Provinzen und Provinztheile Oesterreichs erklären zu wollen, die entschieden slavischen Provinztheile aber weder mit einer Aufforderung zur Absendung von Abgeordneten nach Frankfurt zu beehren, noch überhaupt ihren sonstigen Anschluß an Deutschland zu betreiben. Ein großes, einiges, deutsches Parlament, ohne Zerrüttung und Schwäche durch slavische Abgesandte! Ein großes, einiges Deutschland, so weit die deutsche Zunge reicht. Ist dies einige Deutschland gebildet, dann ist auch Oesterreich wieder einig und groß, da der Slave Verstand genug hat, lieber die Freiheit unter der Aegide Deutschlands als die Barbarei und die Knechtschaft unter der Knute Rußlands in Empfang zu nehmen."

Prag. Der gestrige Tag, der 18. Mai (11 Uhr Abends) wird einer der denkwürdigsten in der Geschichte des freien Königreichs Böhmen werden. Ein allgemeines Verbrüderungsfest der czechischen . . . und deutschen Partei soll gefeiert werden! Die Bürger- und kaufmännische und adelige Ressource, als die Träger der bisherigen verschiedenen politischen Meinungen, haben sich darin vereinigt, daß von nun an bei den hochwichtigen Ereignissen, die in Böhmen hereinbrechen, jeder Zwiespalt in den Nationalitäten und den Ständen aufhöre. Czechen und Deutsche, Söhne einer und derselben Mutter, sollen sich fortan als Brüder, als Kinder eines Landes die Hände reichen. Die genannten Ressourcen begrüßten einander durch wechselseitige Deputationen und tauschten gleiche Gesinnungen unter einander aus, daß man nur durch Eintracht und Zusammenhalten zu einem großen Ziele gelangen könne! Einige Führer der deutschen Partei erklärten feierlich, das Frankfurter Parlament werde in Böhmen auch von Deutschen nicht beschickt werden! (Schmach diesen Schurken.)

Oesterreichische Monarchie.

Aus Ungarn. Es ist uns so eben die amtliche Mittheilung geworden, daß Hr. Dionys Pazmandy und Ladislaus Szalay als Regierungsbevollmächtigte vom ungarischen Gesammtministerium nach Frankfurt a. M. zum deutschen Parlament abgesendet worden und bereits durch Wien gereist sind. Ihre Instruktion geht dahin, die freundschaftlichen Verhältnisse zwischen der ungarischen und deutschen Nation fester zu knüpfen.

(Allg. Oesterr. Z.)

Pesth, 15. Mai. In den an Galizien grenzenden slavischen armen Komitate hat sich ein förmlicher panslavistischer Klub gebildet, welcher geheime Sitzungen hält, und um so gefährlicher erscheint, als die gestürzten Aristokraten nur im Zarenthume die Aussicht auf Wiedererlangung ihrer geraubten engherzigen Privilegien sehen. Die slavischen Komitate in Ungarn sind meist gebirgig und wenig fruchtbar, die Magyaren dagegen wohnen in den segenvollsten Ebenen und Fluren. Es ist geschichtlich notorisch, daß arme Gebirgsvölker den reichen Thalbewohnern stets furchtbar waren. Unser Ministerium frei von der Verblendung der Stockmagyaren, erkennt die ganze Gefahr der ungarischen Lage und hat sich in seinen letzten Berathungen entschlossen, den Slaven alle möglichen Zugeständnisse zu machen. Die slavische Sprache soll in den slavischen Komitaten die der Rechtspflege, des Unterrichts und der Munizipalverwaltung werden. Auch den Sachsen in Siebenbürgen will das Ministerium volle Beruhigung geben, und es hat zu diesem Ende einen eigenen Kommissär an dieselben abgeschickt. Wenn es nöthig seyn sollte, so wird auch eine Mission an das deutsche Parlament in Frankfurt erfolgen. Es wäre zu wünschen, daß das Ministerium am Ruder bleibe und nicht durch die enthusiastische radikale Partei gestürzt werde. Leider aber können wir uns der Vorahnung eines solchen Sturmes nicht erwehren. (D. A. Z.)

Schweiz.

Der eidgenössische Kriegsrath hat die Anordnungen getroffen, daß in kürzester Zeit der ganze erste Bundesauszug, gegen 70,000 Mann in die Waffen gerufen werden kann, um allen Fällen begegnen zu können. Die Armee ist in acht Divisionen getheilt, die Sammelplätze sind angewiesen, jedes Bataillon, jede einzelne Schützen- und Artilleriekompagnie weiß schon zum Voraus, wohin sie zu marschiren hat, und so ist es möglich, in Zeit von zwei- bis dreimal 24 Stunden die ganze Gränze der Schweiz zu besetzen. Eine solche Wehrverfassung ist freilich besser als jede Neutralitätszusicherung von Seite fremder Mächte, sie ist aber auch nur da möglich, wo die Volksbewaffnung seit vielen Jahren durchgeführt, wo jedes Haus ein Zeughaus und jedes Dorf ein Waffenplatz ist. (Schw. Mkr.)

Rußland und Polen.

Aus Rußland, im Mai. Die russischen Rüstungen, sagt ein Korrespondent der „Allgemeinen Zeitung", wurden nach der Februarrevolution auf eine ernste und großartige Weise unternommen und sind jetzt beinahe vollendet; sie waren von Anfang an gegen Deutschland gerichtet. Aber Rußland kann, schon seiner Finanzen wegen, einen größeren Krieg nicht mit Nachdruck führen. Zu der Finanzverlegenheit kommen allerlei andere Hemmnisse, — die Stimmung unter den Leibeigenen, die Besetzung Polens, der kaukasische Krieg, endlich die Gährung in den Ostseeprovinzen, trotz der Pferdespenden des livländischen Adels. Daß es nicht ganz geheuer ist, beweisen die vielen Allarmgerüchte, die in Rußland, „wo nichts öffentlich ist, als die geheime Polizei", mehr als anderswo zu bedeuten haben und die Behörden in athemloser Angst erhalten. Die unbedeutendsten Krawalle werden mit eiserner Strenge niedergedrückt, harmlose Wortspiele wie „Freßfreiheit" ziehen verwickelte Kriminaluntersuchungen nach sich. In Podolien soll ein allgemeiner Bauernaufstand um sich greifen, Adel und Behörden flüchten, die Linienkosaken hätten sich geweigert, zu marschiren. — In den Ostseeprovinzen — so schließt der Bericht — verbreitet sich die Kunde, daß die ganze kaiserliche Familie nach Riga ziehen werde, um hier bis auf weiteres ihren Wohnsitz zu nehmen. Das wäre fast eine Flucht aus Petersburg. Die nächsten Tage werden hierüber entscheidend seyn. So viel ist unzweifelhaft, daß das halbverfallene Schloß in Riga eilends in einen bewohnbaren Stand gesetzt wird. Ich theile Ihnen das alles mit, ohne es verbürgen zu wollen, es wird aber hier so allgemein geglaubt, daß es mir mehr als Gerücht zu seyn scheint. Ich fürchte fast, daß hier in Rußland der letzte blutigste Schlußakt des großen Revolutionsdramas gefeiert wird. Was aber werden soll, das weiß Gott. Bürger- und Bauernstand, der an die Stelle der Bureaukratie treten könnte, existirt nicht, und eine Adelsherrschaft möge Gott verhüten!

Neueste Nachrichten.

Berlin, 22. Mai. Es wird heute bestimmt versichert, daß der Prinz von Preußen schon gestern oder vorgestern in Potsdam angekommen sey.

Paris, 21. Mai. Das Verbrüderungsfest ist bei schönstem Wetter ganz ruhig vorübergegangen.

Bücher-Schau.

Bei der Wichtigkeit der Sache können wir nicht umhin, unsern Lesern mitzutheilen, daß in der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei dahier eine sehr interessante kleine Broschüre über die Frage: **Wer soll der erbliche Kaiser werden?** verfaßt von Dr. jur. K. Ph. J. G**, erschienen ist. Das Werkchen ist mit großem Talente geschrieben, hat sich auch bereits von mehreren Seiten des besten Anklangs erfreut und wir müssen nur noch beisetzen, daß der Ertrag aus dem Verkaufe des Werkchens dem Vereine zur Errichtung einer deutschen Kriegsflotte überlassen ist.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Freitag den 26. Mai: Mit aufgehobenem Abonnement. Zum Vortheil des Theater-Pensions-Vereins. Zum ersten Male: „Die Schleswig-Holsteiner," Schauspiel von H. D. v. Bölderndorff.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Blum, Pfarrer v. Türkheim; Lebel, Banquier v. Ulm.

Gold. Hirsch. HH. Graf Schell-Clessen v. Holstein; Summer, Rentier aus England.

Hôtel Maulick. HH. Graf Pillau v. Estonl; Ramsauer, Gutsbesitzer v. Hamburg.

Gold. Hahn. HH. Heisler, Rentier v. Stuttgart; Mug, Kaplan v. Werneck; Brand, Pfarrer v. Oberheim.

Gold. Kreuz. HH. Graf Brockdorf v. Schnepz; Sollide, Rentier v. Genève; Pündter, Privatier v. Sigmaringen.

Blaue Traube. HH. Baron Maas-Tichlern v. Bamberg; Dr. Fröhlich von Landshut; Geratock, Partikulier aus Esthland; Frau Grün v. Petersburg.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 139.

Man pränumerirt auf die N. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir: Kardels-Gasse Nro. 23; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 3 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Zur Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend | XLIX. Jahrgang. | 27. Mai 1848.

Deutschland.

Protokoll der konstituirenden National-Versammlung zu Frankfurt a. M.
vom 19. Mai 1848.

Die Sitzung wird Vormittags 10 Uhr vom Hrn. Alterspräsidenten Dr. Lang aus Hannover eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung vom 18. Mai, so wie das Verzeichniß der bisherigen Eingaben wird verlesen und richtig gestellt. Nach der Tagesordnung wird zur Wahl des provisorischen Präsidenten geschritten und H. v. Gagern von Darmstadt mit einer Mehrheit von 305 aus 397 Stimmen zum provisorischen Präsidenten erwählt. Nach dessen Antrittsrede wird zum provisorischen Präsidenten - Stellvertreter v. Soiron von Mannheim mit einer Mehrheit von 341 aus 392 Stimmen erwählt. Auf den Antrag des Hrn. Robert Blum werden die zwei bisherigen Jugendschriftführer Karl v. Stremayr aus Gratz und Anton Riehl von Zwettl als provisorische Schriftführer beibehalten. Hierauf wird nach der Tagesordnung auf v. Reden's Antrag beschlossen, daß die ganze Versammlung in 15 Abtheilungen verloost und von jeder dieser ausgeloosten Abtheilungen ein Mitglied bestimmt werde, welches Mitglied des Prüfungsausschusses für die Geschäftsordnung seyn solle. Die sofortige Verloosung wird bis 2 Uhr fortgesezt und nach dem Beschlusse der Versammlung die öffentliche Sitzung auf Nachmittags 4 Uhr vertagt, die weitere Auslosung aber vom Bureau allein beendet. In der um 4 Uhr wieder eröffneten Sitzung werden die Mitglieder der 15 Abtheilungen namentlich verlesen und die Abtheilungen durch die nachträglich eingetretenen Abgeordneten ergänzt. Sonach wird über den Antrag Hollandt's von Braunschweig über vorläufige Debatte beschlossen, daß den ausgeloosten 15 Abtheilungen auch die Prüfung der Legitimationen übertragen und dem Präsidenten überlassen werde, die neu eintretenden Mitglieder successive einzutheilen. Der Antrag Wichmann's von Stendal: daß die 1. Abtheilung die Legitimation der 15., die 2. Abtheilung die der 1. u. s. f. zu prüfen habe, wird angenommen. Der Vorschlag Bresgen's, den §. 6 der zweiten Abtheilung der provisorischen Geschäftsordnung dahin zu begründen: über angefochtene Legitimationen wird endgültig von der Nationalversammlung entschieden, — wird nur mit dem Amendement Bassermann's aus Mannheim in der Form angenommen: Die Nationalversammlung entscheide endgültig nur dann über angefochtene Legitimationen, wenn ein Mitglied ausgeschlossen werden soll. Venedey's Antrag: daß die Nationalversammlung endgültig über jede angefochtene Legitimation entscheide, so ferne eine Prinzipienfrage dabei zur Sprache kommt, wird verworfen. Ueber Antrag Gumprecht's aus Lüneburg spricht die Nationalversammlung der Stadt Frankfurt ihren Dank für die festliche Aufnahme und Eröffnungsfeier aus, sie bewillkommt sodann über Venedey's Antrag den heute erschienenen Abgeordneten Ernst Moriz Arndt als den begeisternden Verkünder der Einigung Deutschlands und dankt ihm für sein bisheriges Wirken. Mit dem weitern Beschlusse, die Wahl der Fünfer-Kommission zur Prüfung der Arbeiten der Vorbereitungskommission den zwei Vorsitzenden und Schriftführern zu überlassen, ist die Tagesordnung erschöpft. Der weitere Antrag des Hrn. Raveaux aus Köln: die Versammlung möge beschließen, daß den Abgeordneten aus Preußen, welche zugleich für den konstituirenden Reichstag in Preußen gewählt sind, frei stehe, beide Wahlen anzunehmen, wird nach vorläufiger Debatte auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt. Die von Hrn. v. Reden aus Hannover beantragte Bildung eines Ausschusses zur Beurtheilung der Erwerbs- und Arbeitsverhältnisse in Deutschland wird auf die Zeit nach Berathung der Geschäftsordnung verwiesen. Die zwei Anträge des Hrn. Leue von Köln: 1) über Art der Herstellung des Friedenszustandes in Posen und 2) über Errichtung eines Archives der Nationalversammlung werden zum Drucke bestimmt. Wigard's Antrag zur Wahl einer Redaktionskommission der stenographischen Berichte kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung und diese wird auf Montag den 22. Mai 1848 festgesezt. Ende der Sitzung halb 7 Uhr.

Der Präsident:
v. Gagern.

Die Schriftführer:
Dr. Stremayr. Dr. Riehl.

Frankfurt, 23. Mai. Die heutige Sitzung der deutschen Nationalversammlung zeigte leider noch klarer als gestern, wie sehr Fragen, deren Entscheidung rasche Thatkraft fordern, mit Formalitäten zu kämpfen haben. Der Abg. Zitz von Mainz erhielt nach Verlesung der zahlreichen Anträge das Wort über einen Antrag bezüglich der lezten Vorkommnisse in Mainz. Er schilderte die den jüngsten Ereignissen vorhergegangenen Thatsachen seit Gründung der Bürgerwehr, die von Seiten des österreichischen Theils der Besazung stets Zeichen freundlicher Theilnahme, von Seiten der preußischen Garnison Zeichen der Mißachtung und Feindseligkeit erfahren habe. Die, durch die im März eingetroffenen Kriegsreservisten entstandene und gesteigerte Erbitterung zwischen den preußischen Soldaten und den Bürgern sey die nächste Veranlassung die Errichtung der Bürgerwehr gewesen. In Folge dessen sey längere Zeit Ruhe eingetreten; erst am lezten Freitag sey es durch einen ganz unbedeutenden Wirthshausstreit wieder zu einem Zusammenstossen gekommen, bei welchem sich die preußischen Unteroffiziere sogleich der blanken Waffe bedienten. Es sey darauf, wie früher österts preußische Soldaten, von der Bürgerwehr ein Unteroffizier, der mit dem gezogenen Säbel sich auf die Straße stürzte, verhaftet und auf die preußische Hauptwache abgeliefert worden. Da verbreitete sich das Gerücht, daß am Sonntage das fragliche Bierhaus und eben so die Bürger-Hauptwache von den preußischen Soldaten gestürmt werden solle. Gleichzeitig sey aus Veranlassung des Sonntagsexerzitiums der Bürgerwehr an den Berichterstatter, als Oberst der Bürgerwehr, ein Schreiben des preußischen Kommandanten eingelangt, in welchem über mehrere früher nicht beanstandete Punkte, wie z. B. das Ausrücken der Bürgerwehr ohne vorgängige Anzeige, sodann über die Verhaftung von preußischen Soldaten durch die Bürgerwehr x. Beschwerde geführt worden sey. Der Berichterstatter kann dieses nur in Verbindung bringen mit einem allerdings widersprochenen, seit vier Wochen kursirenden Gerüchte, dessen erster Ursprung sich auf die Aeußerung von Dienern preußischer Offiziere zurückführen lasse, — daß nämlich Mainz bei dem Zusammentritte des Parlaments in Belagerungszustand erklärt werden sollte. — Da am lezten Sonntage den preußischen Soldaten die Löhnung ausgezahlt wurde, seyen um so mehr Erzesse zu erwarten gewesen, und deßhalb seyen einige weitere Vorsichtsmaßregeln, wie Einberufung mehrerer Bürgerwehrkompagnien und verstärkte Patrouillen angeordnet worden. Leztere seyen auch von preußischer Seite bis Abends 6 Uhr durch die bedrohten Straßen gezogen. Die befürchteten Unruhen seyen auch ausgebrochen, indem von preußischen Soldaten der Anfall auf das fragliche Bierhaus gemacht worden sey. In dem Kampfe seyen auf beiden Seiten Todte und Verwundete geblieben. Hätten auch einzelne Bürger sich zur Ueberschreitung der Vertheidigung durch die Erbitterung hinreißen lassen, so sey doch der erste Angriff von der andern Seite erfolgt. Der Berichterstatter gab Einzelnheiten empörender soldatischer Rohheit, welche, wenn wirkliche Thatsachen, ein höchst trauriges Bild der Mainzer Zustände gaben. Als der Redner erwähnte, daß ein Trupp preußischer Soldaten von den Bürgern in die Flucht geschlagen worden sey, erhob sich auf der rechten Seite ein höhnisches Oh! Oh! — Auf jene Vorfälle hin sey dem Berichterstatter von dem großherzoglich hessischen Kreisrathe die Aufforderung des Kommandanten zugegangen, binnen 3 Stunden die Bürgerwehr zu entwaffnen, da im Weigerungsfalle Mainz beschossen werden würde. Da bei der bekannten Entschiedenheit des Kommandanten die Verwirklichung der Drohung nicht zu bezweifeln stand, da bereits Vorkehrungen dazu getroffen wurden, sey bis zu einem auf gestern 12 Uhr Mittags gestellten Termin die Entwaffnung vorgenommen worden. Auf die Bemerkung, daß vielleicht nicht alle Waffen abgeliefert seyn könnten, sey entgegnet worden, daß eine Haussuchung vorbehalten sey und Jeder, bei dem Waffen gefunden würden, das Erschießen zu gewärtigen habe. Der eigentliche Belagerungszustand sey jezt aufgehoben, aber noch liege die Polizei in Händen des Militärdespotismus; jede öffentliche Versammlung sey untersagt, es sey das Zusammenstehen von mehr als 3 Personen auf der Straße verboten. Auf Grund des Vorgetragenen stellte Zitz den Antrag: Die Nationalversammlung wolle veranlassen, 1) daß sofort alle Ausnahmsregeln in Mainz zurückgenommen werden, 2) daß den Soldaten das Tragen von Waffen außer Dienst untersagt werde, 3) daß die preußische Garnison bis zu ihrer demnächstigen Ablösung außerhalb der Stadt lagern solle. Während der sich nun entspinnenden heftigen Verhandlung lief die Nachricht ein, daß nach einer telegraphischen Depesche Mainz wiederum gesperrt sey; daran knüpfte sich später die weitere Nachricht, daß bereits wieder mehrere Bürger erschossen seyen. Bassermann stellte den Antrag auf Tagesordnung, den er jedoch bei der Abstimmung wieder zurückzog. Vogt aus Gießen verlangte die sofortige Absendung einer Kommission nach Mainz. Heckscher beantragte entweder sofortige Debatte oder geschäftsordnungsmäßige Verweisung an einen Ausschuß. Dem stimmte Vincke bei mit dem Bemerken, daß eine gründliche Berathung nothwendig sey. (Viele Zeichen von Unruhe.) Auf lautes Verlangen verschiedener Mitglieder der Linken, daß bei der drängenden Nothwendigkeit eilender Maßregeln die Vordiekussion geschlossen werde, geschah dieses. Da entspann sich eine neue Debatte über die Reihenfolge in der Fragstellung. Graf Arnim und v. Auerswald, die nochmals auf die frühere Frage zurückkommen, wurden auf den bereits gefaßten Beschluß der Versammlung hingewiesen. Schaffrath verlangte, daß zuerst über den Vogt'schen Antrag nach Absch. V. Kap. 6. der Geschäftsordnung, als über einen die Aussezung des Beschlusses verlangenden, abgestimmt werden müsse. Die Mehrheit entschied sich dafür, daß der Antrag auf Ueberweisung an einen Ausschuß zuerst zur Abstimmung zu bringen

sey. Dieser wurde auch angenommen; sodann aber auch Schaffraths Vorschlag, daß es demselben zur Pflicht gemacht werde, eine Kommission nach Mainz zur Untersuchung des Thatbestandes zu schicken. (Die Kommission von 15 Mitgliedern wurde durch die sogleich nach der Sitzung zusammengetretenen Abtheilungen gewählt.) Im Anfange der Sitzung erhob sich nach Verlesung des Protokolls, welches anführte, daß die Minderheit bezüglich des Raveaux'schen Antrags ihre Namen zu Protokoll geb.n zu wollen erklärt habe, eine Reklamation von mehreren Mitgliedern, die obschon bei der Minderheit, jenes nicht gethan hätten, da sie die Frage für keine Prinzipienfrage hielten. Das Protokoll wurde dem entsprechend geändert. Von den eingelaufenen selbstständigen Anträgen sind zu erwähnen: 1) Anträge von mehreren Mitgliedern, daß die Versammlung sich für permanent erklären solle, bis zur Vollendung des Verfassungswerks; 2) ein Antrag, daß die Bundesversammlung eingeladen werde, in der Nationalversammlung Platz zu nehmen zur Mitwirkung an dem Verfassungswerke; 3) ein Antrag von Kolb aus Speyer auf Bildung einer Kommission zum Entwurfe der Verfassung; 4) Anträge von Kerst, Reh rc. die posener und polnische Angelegenheit betreffend; 5) ein Antrag von Wesendonk, auf Bildung einer vorläufigen Zentralgewalt; 6) ein Antrag von Reh, die persönliche Sicherheit der Mitglieder der Nationalversammlung betreffend rc. Auf Wigard's Antrag wurde beschlossen, daß bis zur Annahme einer definitiven Geschäftsordnung künftighin nur der Name des Antragstellers und der Betreff des Antrags angegeben werden; bis jetzt waren nämlich die vollständigen Anträge mit den Motiven verlesen worden, was sehr viel Zeit in Anspruch nahm. Einen humoristischen Zwischenfall verschaffte v. Blumenröder aus Sondershausen, indem er bezüglich des Raveaux'schen Antrags vom Präsidenten zum Wort gelassen, in der Versammlung die Nothwendigkeit zu beweisen suchte, mit der kostbaren Zeit haushälterisch umzugehen. Nächste Sitzung den 24. Mai 11 Uhr Vormittags.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 24. Mai. Nach einer von dem Präsidenten der Nationalversammlung in der heutigen Sitzung verlesenen telegraphischen Depesche aus Mainz von gestern Nachmittag wurden, obschon die Stadt ruhig war, bei dem für den Abend festgesetzten Begräbniß der bei dem Kampfe Gefallenen wegen der großen Aufregung beider Theile Unruhen besorgt. — Nach einer weitern telegraphischen Depesche von heute Morgen war die Stadt ruhig und keine Besorgniß mehr wegen Störung der Ruhe. Das Leichenbegängniß der preußischen Soldaten war auf heute früh verschoben worden.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 24. Mai, Nachmittags 1½ Uhr. In der heutigen fünften öffentlichen Sitzung der deutschen Nationalversammlung ist beschlossen worden, durch die Abtheilungen 1) einen Ausschuß für die Verfassungsfrage, 2) einen Ausschuß für die Arbeiter- und Gewerbsfrage und die damit verwandten Fragen von je 30 Mitgliedern wählen zu lassen; die Abtheilungen haben je zwei Mitglieder aus ihrer Mitte zu wählen. Desgleichen soll eine Kommission von 15 Mitgliedern zum Bericht über die Priorität, der von den Mitgliedern gestellten selbstständigen Anträge gewählt werden. Derselben Kommission ist die Begutachtung über die Priorität der Petitionen zugewiesen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Bayern.

Landtag.

München, 27. Mai. (Kammer der Reichsräthe.) Tagesordnung für die auf heute um 10 Uhr angesetzte XIX. Sitzung. — 1. Bekanntmachung des Einlaufs. — 2. Vortrag, Berathung und Abstimmung über die zweite Rückäußerung der Kammer der Abgeordneten, den Gesetzentwurf: die Aufhebung der standes- und guts-herrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten betr. — 3. Vortrag, Berathung und Abstimmung über den Gesetzentwurf: die Wahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung betr. — 4. Vortrag, Berathung und Abstimmung über den Gesetzentwurf: die protestantischen Generalsynoden und den Konsistorialbezirk Speyer betr.

**München, 20. Mai (Abends). (XL. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Am Ministertische dieselben Herren Staatsbeamten, wie am Vormittag; in der Kammer 112 Abgeordnete. — Die Sitzung wurde mit Ablesung des Einlaufes eröffnet. — Dann bemerkte und las der Hr. I. Präsident das allerhöchste Reskript zur Verlängerung der Ständeversammlung bis zum 27. d. Mts. — Dann begann die Berathung über den Gesetzentwurf: „die Ablösung des Lehenverbandes betr." — Abg. Schnetzer verlangte, man möge ihm nicht beistimmen, da das Ministerium nicht alle Vorarbeiten für Einsicht dieses Gesetzes bereits habe; man schenke durch Annahme dieses Gesetzes dem Adel 40 Millionen. — Der Hr. II. Präsident, Dr. Müller, sprach den Satz aus, es dürften viele Mitglieder nicht gehörig in der Sache instruirt seyn, was von mehreren Seiten bejaht wurde. — Frhr. v. Rotenhan erörterte die historische Basis der Lehen, die aus dem Mittelalter stammen, in sehr erschöpfender Rede, und stimmte für das Gesetz. Er zeigte sich als würdiger Verfechter der Ehrenrechte seines Standes. — Der Hr. II. Präsident, Dr. Müller. Er wolle weder die Ehren- noch die materiellen Rechte des Adels bekämpfen; dieß sey die wahre Freiheit. Fideikommisse aber müssen allgemein eingeführt oder allgemein aufgehoben werden. Man müsse aber sonst mit Großmuth handeln. — Der Staatsminister Heintz. Das Gesetz sey nicht zur Begünstigung des Adels. Er sey immer ein Freund der Ablösung, weil ein freies Eigenthum nur der Kultur nützlich sey; eben so sey es mit den Lehen. Das Eigenthum müsse frei seyn. Der Gesetzentwurf wolle durchaus keine Geschenke an den Adel machen, das sey nicht so pressant, und dazu sey auch gar keine Zeit. — Der Hr. II. Präsident, Dr. Müller. Der Wahrheit müsse man zum Aussprechen auch Raum gönnen. Bei den Lehen sey man von dem 25—30fachen Betrag bis zum 2fachen herabgestiegen. Leider, daß sich diejenigen nicht hier finden, welche die Sache studirt haben. Je mehr in diesem Saale gekämpft werde, desto besser werde der Beschluß. — Abg. Schnetzer dringt wiederholt auf genauere Angaben in dem Entwurfe. Seine frühere Behauptung sey richtig. Das Ablösungsgesetz müsse zuerst in der I. Kammer durchgegangen seyn. Er dringe daher auf Verschiebung der Debatte. — Dekan Goetz. Er könne nach bestem Wissen und Gewissen für das Gesetz stimmen; was dem Einen recht, sey dem Andern billig, gelehrte Reden brauche man nicht. Nie werde er seine Stimme an ein Unrecht verkaufen. Wo ein Recht aufgegeben werden solle, da müsse auch Entschädigung kommen; der Hr. Staatsminister Heintz habe Recht gehabt, wenn er den Boden frei haben wolle; die Ablösung der Lehen kongruire ganz mit diesem Grundsatze. — Abg. Rehlen. Die Lehengüter sollen nach dem gegenwärtigen Werth geschätzt und abgelöst werden. — Der Staatsminister Heintz widersprach, wie es bei der Ablösung überhaupt, so sey es auch bei derjenigen der Lehen. — Dr. Schwindl. Ob die Aufhebung des Lehenverbandes überhaupt stattfinden solle, sey die erste Frage. Dieß werde wohl durchaus mit „Ja" beantwortet werden müssen. Wolle man die Freiheit des Bodens ansprechen, so müsse man dieß auch bei Lehen, wo der Lehenträger weder verkaufen noch vertauschen könne; dieß sey gewiß die strengste Fesselung des Bodens. Wie man ablösen könne, sey die weitere Frage. Man sage, der Staat verliere durch die Freigebung der Lehen; dieß sey unrichtig, denn bei den Lehen habe man anfangs nur die Lehentaxe zu bezahlen bei Erbveränderungen, durch diese Taxe verliere aber der Staat sehr wenig. Die Haupteinkünfte seyen die Heimfallserträgnisse — Alles in Allem jährlich circa 30,000 fl. Darauf werde nun die Ablösung fixirt, und dieß trage vielleicht dem Finanzärar mehr, als obige Summe ausmache. Sey man hiemit nicht zufrieden, so beantrage man eben eine kleine Steigerung. Man berathe das Gesetz, verschiebe aber die endliche Abstimmung durch Namensaufruf, bis das Ablösungsgesetz von der Kammer der Reichsräthe zurückkomme. — Frhr. v. Thon-Dittmer. Man habe 1,100 Lehen im Staate, und Hauptfall 69,325 fl., eben so viel der Nebenfall. Beide Gesetze, Ablösung der Grundlasten und des Lehenverbandes, stehen und fallen miteinander. Wolle man nach Osten schauen, so bedenke man, es gebe zwei Lichter, das des Tages und das des anarchischen Brandes; unter dem Schutze des erstern, der wahren Freiheit, erstarke das kommende Geschlecht, beim andern werde es geblendet. — Frhr. v. Rotenhan entwickelte nochmal umfassend seine Ansicht in Ziffern. — Dr. Rammoser erörtert gleichfalls auf historische Weise die Natur der Lehen, um die Kammer über das Thema der Debatte aufzuklären. — Dekan Bauer erklärt sich für den Gesetzentwurf, und sieht nicht ein, warum man so große Vorbereitungen haben wolle, um über den Gesetzentwurf abstimmen zu können. Das Lehenedikt von 1808 hält er für ein Produkt der Willkür. — Keim meint, Vorsicht sey nöthig; er wünsche deßhalb über manche Punkte des Gesetzentwurfes Aufklärung. — Dr. Rammoser nimmt nochmal das Wort, und will jedenfalls eine billigere Ablösungsnorm, als diese im Gesetzentwurf enthalten ist. — Der Minister der Justiz erklärt, daß die Rechnung, die Rammoser vorbrachte, auf einem Irrthum beruhe. — Der Referent über den Gesetzentwurf, Graf v. Hegnenberg, entwickelte gründlich das Wesen des Lehen, indem er auf die Geschichte desselben eingeht, und sodann die Gegner des Gesetzentwurfes der Reihe nach zu widerlegen sucht. — Auch Abg. Schlund spricht, und ist noch sehr im Unklaren über die ganze fragliche Angelegenheit, so daß es auch begreiflich war, daß er sich weder für noch gegen den Gesetzentwurf entscheiden konnte. — Hiemit schließt die allgemeine Debatte und auch die Sitzung. — Die nächste beraumte der Hr. I. Präsident auf Montag, den 22. d. Mts., Vormittags 9 Uhr an.

München, 26. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XLVII. auf heute um 5 Uhr Nachmittags angesetzte öffentliche Sitzung. 1. Verlesung des Protokolls der XLVI. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Verlesung des Gesammtbeschlusses über den Gesetzentwurf: die ständische Initiative betr. — 4. Verlesung des Gesammtbeschlusses über den Gesetzentwurf: die Einkommensteuer betr.

München, 27. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XLVIII. auf heute um 9 Uhr Vormittags angesetzte öffentliche Sitzung.) 1. Verlesung des Protokolls der XLVII. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Vortrag, Berathung und Schlußfassung über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe bezüglich der von dem Abg. Unterberger angeeigneten Bitte der Stadtgemeinde Gundelfingen u. a. das Alluvienrecht betr. — 4. Vortrag, Berathung und Schlußfassung über etwaige von der Kammer der Reichsräthe einlaufende Rückäußerungen und Verlesung der deßfallsigen Beschlüsse.

München, 27. Mai. Durch allerhöchstes Reskript wurde heute die Ständeversammlung bis auf den 31. d. Mts. verlängert.

Württemberg.

Stuttgart, 21. Mai. Es ist ungemein erfreulich, welche rege Theilnahme die Sammlungen für eine deutsche Flotte in ganz Württemberg finden. Alle Stände schließen sich denselben an, und sowohl in Stuttgart als in verschiedenen kleinen Städten des Landes haben sich eigene Vereine gebildet, welche die Beiträge annehmen und an die geeigneten Orte befördern wollen. Trotz der jetzigen Geldklemme gehen letztere doch schon zahlreich ein und man hofft, daß hier so viel auf freiwilligem Wege zusammen kommt, um ein eigenes kleines Kriegsfahrzeug, das dann zur ehrenden Erinnerung den Namen „Württemberg" führen soll, erbauen zu können. Wieder ist dies ein neues Zeichen, daß unsere deutsche Einheit nicht blos auf dem Papiere bestehe, sondern wirklich schon in's innere Leben des deutschen Volkes eingedrungen ist. Hier am Strande des Neckar fühlt man eben so gut als an der Ost- wie Nordsee, daß ein einiges kräftiges Deutschland auch nothwendig einer Kriegsflotte bedarf, wenn es eine Achtung gebietende Stellung in den Reihen der Völker einnehmen soll, und selbst der Aermste ist bereit dazu, nach seinen geringen Kräften sein Scherflein auf dem Altar des Vaterlandes niederzulegen. So etwas ist ein erfreulicher Beweis von Deutschlands endlicher Wiedergeburt, und unser theueres Vaterland kann nicht untergehen, wenn gleiche Zeichen dieses Gemeingeistes in allen Gauen desselben sich darthun. Dies auf alle Weise zu unterstützen und jedes Beispiel zu veröffentlichen, wo sich ein solcher Gemeingeist zeigt, ist heilige Pflicht der Presse, und mit inniger Freude melden wir daher jetzt dies aus Württemberg. Mehr als in dem todten Symbol eines Kölner Doms oder eines tapferen Hermanns

zeigt sich die deutsche Einheit in der Erbauung einer thätigen, uns allen nützenden Flotte, und unbedingt muß daher für jetzt ersteres beides dem letzteren, was so dringend nothwendig ist und doch bisher auf so unverantwortliche Weise vernachläßigt ward, nachstehen.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Baden.

Wie man der „Oberrheinischen Zeitung" aus Dillingen mittheilt wurde bei der dort jüngst stattgehabten Parlamentswahl von fast allen Wahlmännern eine Adresse an die Kammer unterzeichnet, worin, „wenn nicht über kurz oder lang Folgen der schlimmsten Art eintreten sollen" und „um nicht die Zwietracht in den Gemeinden, bezüglich der unvermeidlichen Staatenumgestaltung Deutschlands, bis zu jener gefährlichen Höhe zu steigern, von welcher für Badens, für Deutschlands Zukunft nichts anderes in Aussicht stünde, als Jahre langer Bürgerkrieg und Blutvergießen," um ungesäumte und ausnahmslose Amnestieertheilung für alle Vorfälle in Baden, seit Ausbruch der letzten französischen Revolution gebeten wird. (Augsb. Abdz.)

Gr. Hessen.

Mainz, 23. Mai. Die hier erscheinende „Rheinische Zeitung" meldet unterm heutigen von 10 Uhr Morgens: Wir stehen förmlich unter der Herrschaft des Säbels. Die Stadt ist in Alarm. Preußische Soldaten rennen mit dem Säbel durch die Straßen und treiben die Bürger zu Paaren. Eben wird Generalmarsch geschlagen. Die Bauern auf dem Markte sind vertrieben und eilen nach Hause. Schaaren von Bürgern strömen nach dem Stadthause und verlangen Waffen. Zehn Minuten später: Eine Deputation des Gemeinderaths begibt sich zum Vicegouverneur. Eine andere ist nach Frankfurt abgeordnet worden, um zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung mitzuwirken. 11 Uhr Plötzliche Todtenstille in der ganzen Stadt. Gemischte Patrouillen von Oesterreichern und Preußen durchziehen die Stadt. Einzelne Haufen von jungen Leuten, mit Heugabeln, Prügeln und andern Waffen durchziehen mit drohendem Rufe die Straßen. Mehrere Personen namentlich Soldaten sind verwundet. Das Militär verhaftet einzelne Bürger von der untersten Volksklasse. 12. Uhr Mittags. Das Militär ist auf dem Thiermakte in Reihe und Glied aufgestellt mit scharf geladenen Gewehren. Das seit gestern zum Theile von den Wällen hinweggefahrene Geschütz wird wieder aufgefahren. Die Hauptstraßen und Zugänge nach den Kasernen sind gesperrt. In der ganzen Stadt herrscht dumpfe Gährung. 1 Uhr. Die gemischte Untersuchungs-Kommission hielt in verschiedenen Häusern Durchsuchung. Mehrere Verhaftungen finden statt. Herr von Gagern wird mit Sehnsucht erwartet. 2 Uhr. Das Militär kehrt theilweise wieder in die Kasernen zurück. Wir sehen Geschützstücke wieder in die Depots fahren. Die Thore wieder geöffnet. Das Gerücht von bewaffneten Zuzügen von Bauern, welche die Stadt umstellten, beweist sich als unbegründet. 3 Uhr Nachmittags. Die Deputation nach Frankfurt ist noch nicht zurück. Eben erscheint eine Verfügung der Militärbehörde, wonach sogar alle Privatwaffen, sie mögen Namen haben wie sie wollen, abgeliefert werden. Halb 6 Uhr. Eine telegraphische Depesche aus Frankfurt bringt so eben am Schlusse unsers Blattes die Nachricht, daß eine Kommission der konstituirenden Nationalversammlung mit dem nächsten Zuge hier eintreffen wird, um den Thatbestand der neuesten Ereignisse zu konstatiren, und die geeigneten Verfügungen zu treffen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Mainz, 23. Mai. So eben wird folgende Bekanntmachung an unsern Straßenecken angeschlagen: „Das Festungsgouvernement hat befohlen, folgendes bekannt machen zu lassen: 1) Daß Militärpatrouillen angewiesen sind, jedes Tragen von Waffen, sie mögen einen Namen haben, wie sie wollen nicht zu dulden und jeden solchen bewaffneten Bürger zu arretiren und nach der Zitadelle zur Haft zu bringen. 2) Daß die Patrouillen ferner angewiesen sind jedes Versammeln von Bürgern auf der Straße zu verhindern und zu verbieten. Wenn nach dreimaliger Aufforderung auseinanderzugehen diesem Befehle nicht gehorcht wird, sollen die Waffen in Anwendung gebracht werden. In Auftrag des Festungsgouvernements bringe ich dieses hiemit zur öffentlichen Kenntniß, mit dem dringenden Ersuchen an alle Bewohner, sich obiger Anordnung zu fügen und den Gefahren einer Zuwiderhandlung sich nicht auszusetzen, da vor Allem die Ruhe wieder hergestellt seyn muß. Mainz, den 23. Mai 1848. Der Bürgermeister, Nack." Abermals wurde heute durch Schießen der Preußen ein Knabe getödtet und einem Bauern ins Bein geschossen, unsere Stadt ist wie ausgestorben, unser Wochenmarkt war heute beinahe ganz leer von Landleuten, die sich alle fürchten, unsere Stadt zu besuchen. In ganz Deutschland wird es wohl einen Nothschrei herbeiführen, wenn unser Zustand und die furchtbare Handlungsweise der Preußen bekannt wird. Nachschrift: So eben kommt uns die tröstende Nachricht zu, daß durch energisches Auftreten unsers wackern Dr. Zitz eine Kommission des Parlaments uns zu Hülfe eilt, dieselbe soll bereits im „rheinischen Hofe" angelangt seyn, auch Hrn. Gagern erwartet man. Unser einziges Hülfsmittel besteht in schleunigster Entfernung der preußischen Garnison, denn die Erbitterung ist auf einen solchen Grad gestiegen, daß alle Palliativmittel rein vergeblich wären.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Nassau.

Wiesbaden, 22. Mai. Heute wurde unsere neue Ständeversammlung eröffnet. (Freie Z.)

Preußen.

Berlin, 22. Mai. Se. Majestät der König eröffnete heute Mittag um 12 Uhr die zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung berufene Versammlung in Person im weißen Saale des k. Schlosses. Mit einem dreimaligen Hoch empfangen, verlas Se. Maj. folgende Thronrede: Meine Herren Abgeordneten! Mit freudigem Ernste begrüße Ich eine Versammlung, welche, aus allgemeiner Volkswahl hervorgegangen, berufen ist, mit Mir die Verfassung zu vereinbaren, die einen neuen Abschnitt in der Geschichte Preußens und Deutschlands bezeichnen wird. — Sie werden, davon bin Ich überzeugt, indem Sie das Werk beginnen, die doppelte Aufgabe sich stellen, dem Volke eine ausgedehnte Theilnahme an den Angelegenheiten des Staates zu sichern und zugleich die Bande enger zu schließen, welche seit mehr als vier Jahrhunderten Mein Haus mit den Geschicken dieses Landes unzertrennlich verwoben haben. Den Entwurf der Verfassung wird Meine Regierung Ihnen vorlegen. Mit Ihnen zugleich haben sich in Frankfurt am Main die Vertreter des ganzen deutschen Volkes versammelt. — Gern hätte Ich das Ergebniß dieser Versammlung abgewartet, bevor Ich die Vertreter Meines getreuen Volkes zusammenberief. — Das dringende Bedürfniß baldiger Feststellung des öffentlichen Rechtszustandes in unserem engeren Vaterlande hat dies nicht gestattet. — Die Einheit Deutschlands ist Mein unverrückbares Ziel, zu dessen Erreichung Ich Ihrer Mitwirkung Mich versichert halte. — Die innere Ruhe des Landes beginnt sich zu befestigen. — Die völlige Wiederherstellung des Vertrauens, mit ihr die Belebung des Verkehrs und der gewerblichen Thätigkeit ist wesentlich von dem Erfolge Ihrer Wirksamkeit abhängig. — Mehrseitige Anstrengungen sind gemacht worden, um während der Stockung in vielen Gewerben Gelegenheit zur Arbeit zu schaffen. — Sie müssen fortgesetzt und ausgedehnt werden. — Bis jetzt hat der gestiegene Geldbedarf die Ersparnisse der Vergangenheit noch nicht erschöpft. Meinen Bemühungen, den Wünschen der polnischen Bevölkerung der Provinz Posen durch organische Einrichtungen zu entsprechen, ist es nicht gelungen, eine Auflehnung zu verhindern, die, so tief Ich sie beklage, Mich nicht abgehalten hat, den eingeschlagenen Weg unter nothwendiger Berücksichtigung der Ansprüche der deutschen Nationalität zu verfolgen. Ungeachtet der großen Erschütterungen der letzten Monate sind die friedlichen Beziehungen Meiner Regierung zu den fremden Mächten nur an Einem Punkte gestört worden. — Ich darf Mich der Hoffnung überlassen, daß eine gern angenommene freundliche Vermittelung wesentlich dazu beitragen werde, die Beendigung eines Kampfes zu beschleunigen, zu dem Preußen nicht herausgefordert hat, den Ich aber als deutscher Bundesfürst aufzunehmen nicht anstehen durfte, als die Marken des gemeinsamen Vaterlandes bedroht erschienen und der Ruf zur Wahrung eines anerkannten Rechtes vom deutschen Bunde an Mich erging. Meine Politik wird sich auch in diesem Falle als eine uneigennützige und friedliche bewähren, eine Politik, der Ich, im innigen Vereine mit Deutschland, treu zu bleiben entschlossen bin. Am Schluß derselben erklärte der Vorsitzende des Ministerrathes die Versammlung für eröffnet. Se. Maj. verließ darauf unter erneutem Zuruf den Saal. Die vorläufige Leitung der Versammlung übernahm als Alters-Präsident Se. Excellenz der Staatsminister v. Schön, die Funktionen der Sekretäre die vier jüngsten Mitglieder. Eine Kommission von 40 Mitgliedern zur Prüfung der Wahlen wurde durch das Loos bestimmt. Der Vorsitzende des Ministerrathes verlas die königl. Botschaft an die Versammlung, mit welcher der Entwurf des Verfassungsgesetzes dem Präsidenten übergeben wurde, und zeigte zugleich an, daß dieser Entwurf noch im Laufe des Nachmittags allen Abgeordneten zugehen werde.

In Wirsitz, in der Provinz Posen, ist der Prinz von Preußen zum Abgeordneten der preußischen Nationalversammlung erwählt worden. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein.

Die Regierung des Herzogthums Lauenburg hat das Ansinnen der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein, den für das Herzogthum Holstein von dieser ernannten Bundestagsgesandten Professer Madai auch mit der Vertretung des Herzogthums Lauenburg zu beauftragen abgelehnt, „da sie (die Regierung von Lauenburg) in dem früheren Verhältniß zum Landesherrn verblieben sey," ebenso, „weil Se. Maj. der König der Bundesversammlung das Recht abgesprochen habe, irgendwelche Bestimmungen über das Herzogthum einseitig zu treffen," sich geweigert, den Beitrag von 716 fl. 5 kr. zu den Kosten der konstituirenden Versammlung zu zahlen.

Eckernförde, 17. Mai. Das allgemeine Interesse, welches für die Bildung einer deutschen Flotte angeregt ist, hat sich in Eckernförde durch die Beschlußnahme der städtischen Kollegien, der provisorischen Regierung ein Kapital von 5000 Rthlr. aus der Stadtkasse für jene Flotte zur Verfügung zu stellen, in erfreulicher Weise bekundet. (Alt. Mrkr.)

Elmshorn, 18. Mai. Die heute Nachmittag 6 Uhr sich hier kreuzenden Bahnzüge waren wieder sehr frequentirt. Der von Norden kommende brachte zahlreiche Freischärler, die in ihre Heimath zurückkehren; der von Süden her angelangte führte eine große Anzahl Matrosen hier durch nach Kiel. (B. H.)

Aus Ostfriesland, 18. Mai. Zur Feier der heutigen Eröffnung der deutschen Reichsversammlung ward in der Sitzung der versammelten Landstände eine von dem Stadtsyndikus Dr. Bueren entworfene und von dem Grundsatze der Volksherrschaft durchdrungene Ansprache an das deutsche Parlament verlesen, berathen und nach einigen unwesentlichen Abänderungen einstimmig angenommen. Dieselbe wird von allen 45 Landtagsdeputirten unterschrieben noch heute nach Frankfurt abgehen. Dank unserer Ritterschaft, daß sie von diesem wichtigen Schritte sich nicht ausgeschlossen, sondern gezeigt hat, daß auch in ihr noch der alte friesische Freiheitssinn vorherrscht. In derselben Sitzung wurde zur Bildung einer deutschen Kriegsflotte aus dem ständischen Dispositionsfonds vorläufig die Summe von 2000 Rthlr. bewilligt und beschlossen, auf die Einladung des Auricher Bürgervereins heute Abend nach dem eine Stunde von hier entfernten ehrwürdigen Upstallsboom zu wahlfahrten um bei dem Scheine von Freudenfeuern nach alter Friesensitte zu tagen. (Wes.-Z.)

Oesterreich.

Wien, 22. Mai. Seit gestern Abend sind drei Feuersbrünste in und vor der Stadt ausgebrochen und alle durch Brandstiftungen. Ein Militärmagazin brannte fast gänzlich ab. Ein Brandstifter, den man ertappte, sagte, ein wohlgekleideter Mann habe ihm Geld dafür gegeben. Die akademische Legion wird sich nicht auflösen, aber auf Ferien gehen und in den Provinzen Einfluß auf die Wahlen nehmen. Abermals bilden die Bankangelegenheiten heute das Tagsgespräch. In der Vorstadt wird, wie bereits gemeldet, nur zu 5 fl. gewechselt, in der Bank selbst jede Partie nur mit 25 fl. Es herrschte darüber große Mißstimmung. Eine gleichzeitige Verfügung ist in ihrer inhaltsschweren Bedeutung wohl noch nicht zur hinlänglichen Bedachtnahme gekommen. Jedermann ist gehalten, die Banknoten bei allen Zahlungen nach ihrem vollen Nennwerthe anzunehmen, gebührt die Zahlung in einer bestimmten Münzsorte, so ist sie nach der Wahl des Schuldners in dieser Münzsorte oder nach deren Werth zur Zeit der Zahlung in Banknoten zu leisten. (A. Z.)

Die Wiener Studenten haben folgenden Aufruf an die Deutschen in Böhmen erlassen: „Die Studenten Wiens an ihre deutschen Brüder in Böhmen." Ein tie-

ser Schmerz durchzuckt unsere deutsche Brust; traurige Kämpfe in Eurer Heimath stören die langersehnte Wiedergeburt unseres großen gemeinsamen Vaterlandes. Ein Schrei des Entsetzens müßte durch die deutschen Gauen widerhallen, wenn Eure tschechischen Brüder, die mit Euch durch Jahrhundete denselben Mutterboden bewohnt und gepflügt, Euch nun zum blutigen Vertilgungskampfe herausfordern wollten. Noch ist es Zeit, daß das Zauberwort Versöhnung den alten Bund erneuere, und daß beide Nationen sich frei und friedlich neben einander entwickeln. Wenn ihr aber gezwungen würdet für deutsches Recht, für deutsche Einheit, für deutsche Erde das Schwert zu ziehen, so wisset, daß kein deutscher Stamm Euch seine Bruderhilfe versagen wird. So wie der Tyroler die Feindeshand von seinen Höhen derb zurückwies und Schleswig-Holstein die dänischen Gelüste siegreich niederschlug, so werdet auch Ihr deutsche Sprache, deutsche Bildung, und deutsche Grenzen mit Kraft zu wahren wissen. Es lebe Deutschland! Gott mit Euch! Im Namen des Studentenausschusses.

Prag, 15. Mai. Alle Bemühungen der czechischen Partei sind mit Erfolg belohnt worden, während die Deutschen noch immer ohne enge Verbindung und Entschlossenheit handeln. Der konstitutionelle Verein in Prag besitzt weder die Namen noch die Geldmittel, um in den Augen des Volks als Repräsentant sich Geltung zu verschaffen. Die Reichenberger arbeiten zu einseitig und sind auch in der gefährlichsten Klemme durch die Arbeitslosigkeit einer großen Volksmasse. Im übrigen Deutschböhmen besteht kein Zusammenhang der Zeitungen, womit man die Leute aufrecht erhalten könnte; der nationalen Antipathie darf aber nicht Alles überlassen werden, weil jeder Bauer einsieht, daß er durch Berge und Flüsse an die Czechen gebunden wird. In Mähren haben die Stände protestirt und diese werden nun bald nicht mehr zögern, einer faktischen Macht sich anzuschließen, welche unter dem schwarz-gelben Banner die österreichische Staatsschuld zu garantiren, die rohen knechtischen Massen aber als das Hauptgewicht in der österreichischen Bilance an die Stelle des liberalen deutschen Elements setzen wird. Der Slavenkongreß ist in Prag berufen und die Tendenz der Gleichberechtigung der Slaven proklamirt. Die Magyaren sollen die Streiche empfinden und deßwegen befinden sich Czechen in Servien und werden die ungarischen Slovaken aufgereizt, deren Aufstand auch bald aller Orts ausbrechen dürfte. Entweder Deutschland greift rasch zu und gibt der Regierung jenen Schutz, unter dem Oesterreich sich wieder erholen kann, oder wir haben in Kurzem einen barbarischen Kampf roher, fanatisirter Völker mit jedenfalls zerstörenden Erfolgen und somit einen mittelalterlichen Ruin zu erwarten. Der böhmische Landtag ist auf den 7. Juni ausgeschrieben. (Oestr. Z.)

Italien.

Livorno, 18. Mai. Aus Neapel erhalten wir so eben traurige Nachrichten. Ein zehnstündiges Morden und Brennen hat diese Stadt in die größte Verwirrung gestürzt. Es scheint, die revolutionäre Partei wollte die Sachen bis aufs äußerste treiben, worauf eine Reaktion erfolgte, deren Opfer zum Theil die Liberalen geworden sind. Die Nationalgarde hatte sich verkrochen. Barrikaden waren errichtet, Paläste wurden angezündet. Die französische Flotte scheint nicht ohne Antheil an diesem Konflikt geblieben zu seyn, doch mag ich Ihnen keine Details schreiben, da die, welche mir vorliegen, unter Furcht und Schrecken geschrieben sind. Die Briefe sind vom 16. Mai. Das Dampfboot Capri, welches sie bringt, ward durch die Unruhen einen Tag länger dort zurückgehalten. Der König von Neapel, der es verweigerte, dem Verlangen nachzugeben, nur eine Kammer zu konstituiren und die Truppen auf 20 Stunden von der Hauptstadt zu entfernen, soll trotz der stattgehabten Vorfälle an der gegebenen Konstitution festhalten wollen. (A. Z.)

Genua, 20. Mai. Es sind heute durch den seit drei Tagen sehnlich erwarteten „Capri" Nachrichten der traurigsten Art aus Neapel hieher gelangt. Die zur Eröffnung der Kammern am 15. d. in Neapel versammelten Deputirten hatten in einer Vorberathung erklärt, daß sie den Konstitutionsentwurf nur beschwören würden, wenn verschiedene Modifikationen gemacht würden. Der König weigerte sich darauf einzugehen, rief die schweizerischen und neapolitanischen Truppen unter die Waffen, während auf der andern Seite die Nationalgarde sich in allen Straßen, namentlich Toledo, verbarrikadirte. Am 16. fielen die ersten Schüsse von der Nationalgarde, die eine mörderische Erwiederung durch die Truppen fanden. Der Kampf entbrannte bald auf allen Seiten und dauerte 7 Stunden lang mit furchtbarer Erbitterung und mit ungeheurem Verlust auf beiden Seiten, namentlich sollen die Schweizer sehr gelitten haben. Die Truppen blieben Meister der Stadt, die Nationalgarde wurde entwaffnet und die Stadt gegen außen ganz abgeschlossen, um ihr jede Hilfe abzuschneiden. Die Polizei ist wieder in voller Thätigkeit und man sieht einer Schreckensregierung entgegen. Dem neapolitanischen Konsul wurde hier sogleich das Wappen abgerissen und verbrannt, die Aufregung ist furchtbar. Ich habe für heute nicht Zeit zu mehrerem, da die Post im Begriff ist, abzugehen. (A. Z.)

Frankreich.

Zu den Ereignissen vom 15. Mai ist nachfolgender Nachtrag zu machen: Ch. de Remusat setzte zuerst die bewaffnete Macht von den Vorgängen im Sitzungssaale in Kenntniß. Als Guilbert, Anführer des 3. Bataillons der 10. Legion, und de Goyon, Oberst des 2. Dragonerregiments, welche, von diesen Vorgängen ohne alle Kunde, auf dem Quai Orsai postirt waren und auf Ordre harrten, durch Remusat hievon benachrichtiget wurden, zogen sie sogleich mit ihren Truppen der Nationalversammlung zu Hilfe. In demselben Augenblicke erzwang sich eine kleine Abtheilung Nationalgarde den Zugang in den Sitzungssaal und suchte nach neuem Kampfe die Aufrührer mit dem Bajonette aus demselben zu vertreiben. Sie wurden hiebei durch einen Theil der Nationalversammlung unterstützt, die sich zur Abwehr der Insulten in ein Zentrum formirt hatte, so wie durch das 20. Bataillon der mobilen Garde, welches von den Deputirten Falloux, Dampierre und Kendal zu Hilfe gerufen worden war. Falloux rief dann noch die übrige in der Nähe befindliche Nationalgarde herbei, und da er alsdann auf Verlangen eines ihn erkennenden Bildhauers und eines früheren Deputirten, Namens Noyer, erklärte, daß die Nationalversammlung sich nicht als aufgelöst erachten würde, so säuberten noch einige weitere Bataillone den Saal und das Gebäude vollends von den Eindringlingen, nachdem Barbès und seine Leute denselben eben verlassen hatten, um auf dem Stadthause eine neue provisorische Regierung zu proklamiren. Indeß, der Versuch ist, wie bekannt, völlig gescheitert. Blanqui ist entflohen. Die Verhaftungen dauern fort. Die geeignete Untersuchung ist im Gange.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag den 28. Mai: „Das Käthchen von Heilbronn," großes romantisches Ritterschauspiel nebst einem Vorspiele: „Das heimliche Gericht," von Kleist. — Dem. Hausmann: Käthchen, als Gast.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. Csjanak aus Ungarn; Nicolai von Bucharest; Johnson, Kapitän aus England.

Gold. Hahn. HH. Graf v. Erbach, k. k. General von Wien; Trauzeil, Rentier v. Innsbruck; Buchherz, Privatier, Baron v. Grandstein, Oberst, u. Margett, Privatier v. Wien; Thallij aus Ungarn.

Gold. Kreuz. HH. Sonnenberg, Student v. Bonn; Kaiser, Privatier v. Dresden; Braun, Student v. Klagenfurt.

Blaue Traube. HH. Gebhard, Rentier v. Neu-York; Michell, Rechtskandidat v. Heidelberg; Rink, k. Steuerinspektor v. Reichenhall; Graf v. Osten-Sacken v. Petersburg; Sehan, Pfarrer v. Kanzell.

Stachusgarten. HH. Lezbeck, Dr. med. v. Füßen; Hannepel, Pfarrer v. Reissenberg; Pilchle, Schauspieler v. Stuttgart; Steppich, Pfarrer v. Heidenheim; Willich, Pfarrer v. Eggsheim; Klein, Architekt von Stuttgart; Theis, Stadtrath v. Regensburg; Holbach, Forstadministrator v. Landshut.

Gestorbene in München.

Andreas Weßinger, Gefreiter im k. Infanterie-Regimente Kronprinz, 37 J. alt; Kath. Prädell, k. Bauinspektorswittwe v. h., 71 J. alt; Wolfgang Keller, Hafnergesell v. Josephshof, Ldg. Kemnath, 32 J. alt; Xaver Ottinger, ehem. bgl. Silberarbeiter v. h., 81 J. alt; Georg Bichler, Maurer v. Aschheim, Landg. München, 37 J. alt; Barbara Seelmaier, Kramhändlerswittwe v. h., 70 J. alt; Barbara Bauernfeind, Gerichtsdienerstochter v. Abenberg, Ldg. Pleinfeld, 30 J. alt; Josepha Theobold, Dienstmagd v. Würzburg, 18 J. alt; Jos. Bergmaier, Kürassier-Soldat v. Ultindofen, Ldg. Pfaffenhofen, 24 J. alt; Elisabeth Huber, Bauerstochter von Oberndorf, Ldg. Trostberg, Prof.-Schwester aus dem Orden der barmherzigen Schwestern, 26 J. alt; Fr. Xav. Geiger, Bildhauer v. Steinweiler, k. württ. Oberamts Neresheim, 38 J. alt; Augusta Freiin v. Schwachheim, kgl. geh. Rathstochter v. h., 68 J. alt; Kaspar Schwaiger, Milchmann v. h., 68 J. alt; Agatha v. Waitzen, Offizierswittwe von der Insel Malta, 58 J. alt; Marianna Wimmer, Taglöhnerstochter v. h., 60 J. alt; Karl Oßler, Jägergehilf v. Roseaberg in Baden, 64 J. alt; Franz Zimmermann, Hofriemermeister v. h., 75 J. alt; Michael Rechels, freires. Pfarrer v. Oberföhring, 58 J. alt.

Anzeige.

2414. Zu bevorstehenden Schulprüfungen auf dem Lande empfiehlt sich **J. B. Oettl** in München mit einer großen Auswahl gebundener Preisebücher zu gütigen Bestellungen.

2407. (3b). Ein Mann, der die Schnellessigfabrikation auf's Vortheilhafteste betrieben hat und auf das Feinste die Kunsthefe bereitet, so wie in allen Liqueuren und Senfen die feinsten Kenntnisse besitzt, sucht in derartiger Fabrik Beschäftigung oder auf Verlangen neu einzurichten, indem die Einrichtung nach der neuen Art so einfach ist, daß dem Uebernehmer nichts zu wünschen übrig bleibt.

Das Nähere in Mannheim durch portofreie Briefe bei Joh. Sturm H 6 Nr. 2.

Bekanntmachung.

Verlassenschaft Ihrer k. Hoh.
der Prinzessin Paul von
Württemberg betr.

Im Namen Sr. Majestät des Königs von Bayern.

2413. (2a) **Dienstag den 13. Juni l. Js. Vormittags von 9 bis 1 Uhr Nachmittags und nöthigenfalls auch noch Nachmittags von 3 bis 5 Uhr**, und auf gleiche Weise auch an den folgenden Tagen, wird in der k. Residenz dahier ein Theil des diesigen Nachlasses der verlebten Prinzessin Paul von Württemberg kgl. Hoheit gegen gleich baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden unter Leitung einer Kommission des unterfertigten Gerichtshofes verkauft werden.

Die dem Striche unterworfenen Gegenstände sind:

a) Gold- und Silbergeräthe, worunter namentlich Kaffee- und Theetöpfe, ein großer Theekessel, silberne Leuchter, Zuckerdosen, Tisch- und Dessertbestecke, Theelöffel von Vermeil, Vorleg-, Ragout-, Gemüselöffel, Tortenschaufeln, Präsentirteller ꝛc.
b) Bronce-, Zinn-, Kupfer- und andere Metallgegenstände, worunter drei- und zweiarmige Girandole, ꝛc. ꝛc.
c) Porzellan in verschiedenen Servicen und einzelnen Gegenständen,
d) Glas-Sachen, worunter Tafelaufsätze, Fruchtschaalen, Trinkgeschirre ꝛc. ꝛc.
e) Eine Reise-Uhr und einige Fächer.
f) Bett- und Tisch-Leinenzeug.
g) Meubles und Hausgeräthe
h) Wagen und Geschirre, worunter ein Landauer Coupée auf 4 Druckfedern mit Patentachse, eine viersitzige Berline, eine viersitzige Kalesche ꝛc. ꝛc.

Alle Gegenstände kommen in der bereits aufgeführten Ordnung bei der Versteigerung zum Ausrufen, wobei bemerkt wird, daß, beiläufig berechnet, jedem im Vorstehenden angeführten Buchstaben der Gegenstände ein besonderer Tag gewidmet werden kann, sich also die betreffenden Kaufsliebhaber nach dieser Ordnung richten können.

Bamberg am 20. Mai 1848.

Königl. Appellationsgericht von Oberfranken.

v. Silberhorn,
Präsident.

Zeichter, Sekr.

Nr. 140.

Münchener politische Zeitung.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr., halbjährlich 3 fl.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonntag — XLIX. Jahrgang. — 28. Mai 1848.

Deutschland.

Protokoll der konstituirenden National-Versammlung zu Frankfurt a. M.

vom 20. Mai 1848.

Die Sitzung wird Vormittags 11 Uhr vom provisorischen Präsidenten, Heinrich von Gagern, eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung vom 19. Mai wird verlesen und genehmigt. Es werden die vom Bureau bestimmten 5 Mitglieder zur Prüfung der Arbeiten der Vorbereitungskommission, so wie die Vorsitzenden in den 15 Abtheilungen und die Mitglieder der Kommission zur Prüfung der Geschäftsordnung namentlich bekannt gegeben, worauf zu dem auf der Tagesordnung stehenden Raveaux'schen Antrage übergegangen wird. Heckscher von Hamburg beantragt, den Raveaux'schen Antrag vorerst an einen Ausschuß zu verweisen, oder ohne die in der provisorischen Geschäftsordnung vorgesehenen formellen Vorbereitungen zur Verhandlung zu bringen. Nach beendeter Debatte hierüber und nachdem die Versammlung auf Robert Blum's Antrag die angezeigten Amendements ihrem ganzen Inhalte nach vernommen hat, wird von der Versammlung beschlossen, der Raveaux'sche Antrag sey nicht so dringend, daß abweichend von der provisorischen Geschäftsordnung sofort zur Verhandlung darüber geschritten werden soll — und damit der Raveaux'sche Antrag an einen Ausschuß verwiesen. Die Minorität gibt ihre abweisende Ansicht zu Protokoll. Die Versammlung beschließt weiteres auf den Vorschlag des Präsidenten. Der Ausschuß soll um 4 Uhr von den Abtheilungen gewählt werden und um 6 Uhr zur Berichterstattung zusammentreten; verwirft aber den Vorschlag Mittermaier's, wonach dem Ausschuß die Berichterstattung bis zur nächsten Sitzung aufgetragen werden sollte. Die Bildung einer Redaktionskommission für die stenographischen Berichte wird den beiden Vorsitzenden und Schriftführern überlassen, die Sitzung gegen 2 Uhr Nachmittags geschlossen, und die nächste Sitzung auf Dienstag den 23. Mai 1848 Vormittags 10 Uhr festgesetzt.

Der Präsident (gez.) v. Gagern.

Der Schriftführer (gez.) Dr. Riehl.

Nachtrag vom 23. Mai zu dem vorstehenden Protokolle vom 22. Mai 1848.

Ueber die in der Sitzung vom 23. Mai 1848 nach geschehener Vorlesung des vorstehenden Protokolls erhobene Reklamation wird dasselbe dahin abgeändert, daß nicht „die Minorität", sondern ein Theil der Minorität ihre abweichende Ansicht zu Protokoll gegeben habe.

Der Präsident (gez.) v. Gagern.

Der Schriftführer (gez.) Dr. Riehl.

Frankfurt, 22. Mai. Nachstehend theile ich Ihnen den Wortlaut des vom hannoverschen Gesandten in der 54. Bundestagssitzung am 17. d. M. abgegebenen Votums mit. Dasselbe gewinnt ein erhöhtes Interesse, wenn man es mit der Erklärung des Ministers Stüve in der zweiten hannoverischen Kammer vergleicht. Das Votum des Gesandten lautet: „Hannover. Der Gesandte zeigt an, daß Se. Maj. der König von Hannover nach vernommenem Vortrag Ihres Gesammtministeriums bezüglich des von den siebenzehn Vertrauensmännern übergebenen Entwurfs eines deutschen Reichsgrundgesetzes folgende allerhöchste Entschließung gefaßt haben: Se. Majestät erklären sich mit den in den §§. 1 und 2 des Entwurfs bezeichneten Grundlagen der Verfassung in so weit einverstanden, als Allerhöchstdieselben zur Begründung der nothwendigen innern Einheit Deutschlands, wie der ihm gebührenden äußern Macht die Vereinigung der sämmtlichen deutschen Bundeslande in einen Bundesstaat eben so sehr für zweckmäßig erachten, als Se. Maj. die Beibehaltung der wenn auch gegen früher beschränkten Selbstständigkeit der einzelnen deutschen Staaten im Interesse einer heilbringenden Lösung der Verfassungsfrage für unerläßlich halten. Nach der hierdurch gegebenen Nothwendigkeit einer Berücksichtigung des in Deutschland dermalen bestehenden öffentlichen Rechtszustandes betrachten Se. Majestät zu Vereinbarung der neuen Verfassung die Festhaltung gewisser leitenden Gesichtspunkte oder Grundsätze als unentbehrlich, welche zugleich den Maßstab zur Beurtheilung der vorliegenden Entwurfsbestimmungen darbieten. Diese Grundsätze sind: 1) Für Deutschlands innere Einheit und äußere Macht ist eine Zentralgewalt von erweitertem Umfange und verstärkter Wirksamkeit erforderlich, welche durch besondere Organe (Oberhaupt, Reichstag, Reichsgericht) sich äußert. 2) Der Umfang dieser Zentralgewalt wird den Gegenständen ihrer Wirksamkeit (Staatsangelegenheiten) nach genau bestimmt. Die Bestimmung, wie die ihrer Organe (Oberhaupt, Reichstag, Reichsgericht) ist Aufgabe der Verfassung des Bundesstaats. 3) Die Zentralgewalt äußert sich innerhalb ihres Umfanges in der Regel als gesetzgebende Gewalt mit der obern Aufsicht, Leitung und Entscheidung. 4) Die Ausführung der von der Zentralgewalt getroffenen Anordnungen, und die Vollziehung ihrer Entscheidungen verbleibt als selbstständiges Verwaltungsrecht den Regierungen der einzelnen Staaten, soweit nicht die Verfassung ein anderes für Heerwesen, Marine und Vertretung nach außen ausdrücklich festsetzt. 5) Wohlerworbene Rechte der einzelnen Staaten, die der Reichsgewalt im Interesse des Gemeinwohls zum Opfer gebracht werden, sind nach ihrem ermittelten Werthe zu entschädigen. 6) Gleichzeitig mit der Feststellung der neuen Verfassung werden Uebergangs- (transitorische) Bestimmungen getroffen, bei welchen die in den einzelnen deutschen Staaten bestehende Gesetzgebung und die von denselben abgeschlossenen Verträge eine vorzügliche Berücksichtigung finden. Von diesem Standpunkte aus ist der vorgelegte Entwurf eines Reichsverfassungsgesetzes einer Prüfung unterzogen, und sind darnach einige Modifikationen einzelner Bestimmungen desselben nach Ansicht der königl. hannoverschen Regierung für nothwendig zu erachten. In sofern nun der Entwurf selbst noch Gegenstand der weitern Verhandlung in der Bundesversammlung oder Gegenstand der Berathung und Beschlußnahme der konstituirenden Versammlung werden sollte, ist der königl. hannoversche Gesandte bereit, diese Wünsche seiner Regierung zu den einzelnen Paragraphen jenes Entwurfs zur Kenntniß der hohen Bundesversammlung zu bringen. (A. Z.)

Frankfurt, 25. Mai (Nachmittags 1 Uhr). In der heutigen sechsten Sitzung der konstituirenden Nationalversammlung wurde von Stedtmann aus Koblenz als dringliche Angelegenheit das Verhältniß des Herzogthums Limburg zu Deutschland zur Sprache gebracht. Es wurde die Angelegenheit, da es sich zunächst um den Eintritt des für Limburg gewählten Abgeordneten handle, nach längerer Debatte an den Zentralausschuß für die Legitimationsprüfung gewiesen. Freudige Sensation erregte eine, vom Präsidenten verlesene Vollmacht von zwei dahier angelangten ungarischen Abgesandten zur Regelung und Kräftigung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Ungarn in politischer und kommerzieller Beziehung. Die Vollmacht ist vom Palatin von Ungarn, dem Erzherzog Stephan und dem ungarischen Staatsministerium ausgestellt.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Bayern.

Landtag.

**München, 22. Mai. (XLI. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Die Sitzung wurde mit Ablesung des Einlaufes und der Bemerkung des Hrn. I. Präsidenten eröffnet, daß heute Nachmittags 4 Uhr das Leichenbegängniß des Abg. Hauck statt finde, und lud somit zu diesem letzten Ehrengang die Mitglieder der Kammer ein. — Der Hr. II. Präsident Dr. Müller, erklärte dann im Namen vieler Landeigenthümer, daß die Berathung über das „Lehengesetz" bis zur vollen Erledigung des „Ablösungsgesetzes" ausgesetzt werden möge. — Gegen dieses Prinzip sprach der Hr. I. Präsident, Dr. Kirchgeßner, indem er behauptete, daß das „Lehengesetz" ein für sich selbst bestehendes sey. — Dekan Vogel. Die Sache sey sogleich ausgemacht, wenn der Gesetzentwurf durch Kammerbeschluß auf eine andere Tagesordnung gesetzt werde. — Abg. Bartsch stimmte für sofortige Berathung, indem er eine Modifikation eingebracht wissen wollte, daß das Lehengesetz nicht eher eingeführt werden solle, als das Ablösungsgesetz selbst eingeführt sey. — Dr. Schwindl. Beide Gesetze gehören zusammen, und die letzte Beschlußfassung möge ausgesetzt bleiben, aber nicht die Berathung. — Abg. Bestelmayer sprach auch für sofortige Berathung. — Der Hr. II. Präsident, Dr. Müller. Man könne mit Gerechtigkeit nicht über den Maßstab der Ablösung beschließen, bis man nicht den Ablösungsmodus kenne. — Graf v. Hegnenberg sprach auch für Vertagung. Die Ausschüsse würden heute mit den Rückäußerungen der Kammer der Reichsräthe über das Ablösungsgesetz fertig werden. — Schließlich begehrte Abg. Unterberger ein tabellarisches Verzeichniß über die Lehenerträgnisse seit 30 Jahren vom Grafen v. Hegnenberg, um Aufklärung zu erhalten. — Dasselbe versprach denn auch möglichst zu gewähren der eben bezeichnete Hr. Referent. — Hierauf beschloß die Kammer die Vertagung. — Hiernächst erstattete Dekan Bauer Vortrag über den Gesetzentwurf: „die protestantischen Generalsynoden und den Konsistorialbezirk Speyer betr." — Abg. Jordan sprach bei der allgemeinen Diskussion den Wunsch aus, es mögen die Klöster in der Pfalz aufgehoben werden. — Dekan Goetz sprach auch seine Zustimmung zum Gesetze aus, wie der Ausschuß dieß bereits gethan hatte. — Dr. Ruland und Dekan Vogel wünschten, es möge alles Katholische aus der Berathung wegbleiben. — Dekan Dittmar. Man wolle sich, da es blos ein formelles Gesetz betreffe, kurz fassen. — Somit wurde die spezielle Diskussion eröffnet. — Art. 1 (wodurch die allgemeinen Synoden der Konsistorialbezirke Ansbach und Baireuth auf Antrag des Oberkonsistoriums mit königl. Genehmigung in eine ungetrennte, an einem geeigneten Orte in einem dieser Bezirke abzuhaltenden Versammlung vereiniget werden können) als Zusatz zu §. 7 des Ediktes vom 26. Mai 1818, wurde ohne Modifikation angenommen. — Art. 2 will, daß in §. 7 Lit. c statt „zur Berathung ꝛc." gesetzt werden solle: „zur Berathung über Angelegenhei-

ten der protestantischen Kirche des Königreichs Bayern." Auch dieser Artikel wurde angenommen; eben so unverändert Art. 3 (eventuelle Unabhängigkeitsstellung des Konsistoriums für die Pfalz) wurde, so wie Art. 4 (Inslebentreten des Gesetzes) ohne alle besondere Diskussion angenommen. — Dann wurde der Wunsch des Abg. Eppelsheim auf „Oeffentlichkeit der Konsistorialverhandlungen unterstützt. — Der Hr. II. Präsident, Dr. Müller, bemerkte, ob nicht etwa von der Mehrheit der Diözesansynoden in gewissen Fällen denn doch bei verschlossenen Thüren berathen werden solle. — Abg. Eppelsheim blieb jedoch auf dem Prinzip unbedingter Oeffentlichkeit stehen, und Dekan Goetz stimmte bei; eben so wurde der Wunsch des Ausschusses: „es mögen zu den Generalsynoden ein oder mehrere Abgeordnete der theologischen Fakultät der königl. Universität zu Erlangen beigezogen werden, wurde unterstützt, wobei der Hr. Minister des Kultus, v. Beisler, sich höchst willfährig für alle billigen Wünsche aussprach, und bemerkte, daß über die Ausführung der Wünsche zuerst das Gutachten kompetenter Kirchenkorporationen gehört werden würden. — Namentlich den letztern Wunsch unterstützte Dekan Bauer, als Referent. — Schlüßlich wurden die bezeichneten Wünsche auf Oeffentlichkeit für alle Kreise und auch auf schleunige Einberufung der Generalsynode in der Pfalz angenommen.

Der Wunsch des Abg. Rehlen, es mögen die Mitglieder der Synoden zur Hälfte aus geistlichen, zur andern Hälfte aus weltlichen Mitgliedern bestehen, wurde als improvisirt angesehen; man möge hierüber die Synoden selbst erst hören. — Abg. Rehlen nahm den Wunsch selbst zurück. — Auf eine Frage des Abg. Eppelsheim über die Erlaubniß zum Besuche auswärtiger Universitäten, bemerkte der Staatsminister des Kultus, daß eine völlige Umgestaltung der Universitäten im Werke sey. — Nachdem noch einige Interpellationen anderer Art angemeldet waren, wurde das obenbezeichnete Gesetz nach erfolgtem Namensaufruf mit 116 Stimmen angenommen, die heutige Sitzung geschlossen, und nach Verlesung des Gesammtbeschlusses über den Rechenschaftsbericht und Genehmigung von dessen Fassung die nächste Sitzung auf Morgen um 9 Uhr anberaumt.

München, 27. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die XLIX. auf heute um 6 Uhr Nachmittags angesetzte öffentliche Sitzung. 1. Verlesung des Protokolls der XLVIII. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Vortrag, Berathung und Schlußfassung über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe bezüglich des Gesetzentwurfes: die protestantischen Generalsynoden und den Konsistorialbezirk Speyer betr. — 4. Vortrag, Berathung und Schlußfassung über etwaige von der Kammer der Reichsräthe einlaufende Rückäußerungen und Verlesung der deßfallsigen Beschlüsse.

---

*†München, 28. Mai. Ihre königl. Hoheit die Frau Herzogin Max bezieht morgen mit der herzogl. Familie das Schloß Possenhofen am Starnbergersee.

††München, 27. Mai. Der königl. Legationssekretär in Wien, Ludwig v. Mich von der Reuth, ist zum königl. Legationsrath ernannt worden.

K. Sachsen.

Dresden, 22. Mai. In den heute stattgefundenen Sitzungen beider Kammern wurde in jeder derselben eine beinahe von sämmtlichen in denselben sitzenden Rittergutsbesitzern unterzeichnete Petition überreicht, in der sie auf Gleichstellung des ritterlichen und bäuerlichen Grundbesitzes antragen. Und wie sie die Patrimonial-Gerichtsbarkeit und die daraus fließenden obrigkeitlichen Befugnisse, über deren Abtretung schon der jetzigen außerordentlichen Ständeversammlung eine Gesetzvorlage zugehen wird, bereitwillig aufzugeben geneigt sind, so beantragen sie namentlich noch folgende Gesetzvorlagen: 1) über Aufhebung aller einzelnen Privatpersonen oder Korporationen zustehenden Patronatrechte in ihrer jetzigen Gestalt; 2) über Aufhebung des den Rittergütern bei Uebertragung der Parochiallasten gesetzlich zustehenden Abzugs von 25 pCt. ihres Betrages; 3) über Aufhebung des Jagdrechtes auf fremdem Grund und Boden; 4) die Ablösung der gutsherrlichen Geldgefälle auf einseitige Provokation und gegen Uebernahme derselben auf die Landrentenbank; 5) die Regulirung der Ablösungen überhaupt auf die schnellste Weise unter billigen Grundsätzen und für die betreffenden Personen kostenfrei durch besondere k. Kommissarien. (L. Z.)

Gr. Hessen.

Mainz, 24. Mai. Seit gestern Mittag ist denn die Kommission des Parlaments im „rheinischen Hofe", um alle Klagen zu Protokoll zu nehmen und überhaupt die Sache in ihrer wahren Lage kennen zu lernen. Unsere Bürger versprechen sich aber keine Hilfe davon, denn man fürchtet die deutsche Langsamkeit, während uns nur schleunigste Hilfe durch ein Mittel helfen kann, nämlich die Entfernung der ganzen preußischen Garnison. Hausfsuchungen nach Waffen sind an der Tagesordnung. (Fr.-O.-P.-A.-Z.)

Mainz, 24. Mai (2 Uhr Nachmittags). Der Belagerungszustand ist aufgehoben. Wir verdanken es der Kommission der Parlamentsdeputation. Glück auf! Ein schönes erstes Zeichen des Daseyns einer deutschen Volksvertretung! Es werden gemischte Militär- von unbewaffneten Bürgerpatrouillen begleitet, herumgehen.

Preußen.

Breslau, 18. Mai. Nachdem in der hiesigen jüdischen Gemeinde der Gedanke angeregt worden, die goldenen und silbernen Geräthschaften der Synagogen dem Staate als freiwillige Anleihe zu übergeben, ist dieser bereits vor einigen Tagen von der „Gesellschaft der Brüder" zur Ausführung gebracht worden, indem diese die silbernen Gefäße der großen Synagoge, im Gewichte ungefähr von Einhundert Mark der hiesigen Regierung abgeliefert hat. (Bresl. Z.)

Danzig, 21. Mai. Auch hier findet der Aufruf zur Begründung einer deutschen Flotte den lebhaftesten Anklang. Drei Danziger Schiffskapitäne haben sich erbötig erklärt, ihre eigenen Schiffe zu diesem Nationalzwecke herzugeben, und sie selbst gegen die Dänen zu führen, wenn man die nöthige Armirung dazu ihnen schaffe. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Schleswig-Holstein.

Lauenburg, 19. Mai. Das Komité des Vereins zum Schutz des deutschen Gewerbestandes hierselbst hat in Folge einer von dem Gewerbestande der Stadt Bremen an den Gewerbestand der Städte des Herzogthums Lauenburg ergangenen Aufforderung zur Wahrung der Interessen der städtischen Gewerbe bei dem Parlamente in Frankfurt a. M. die geeignetsten Maßregeln durch Adressen und Deputirte zu ergreifen, den Beschluß gefaßt, alle Stände im deutschen Vaterlande hierdurch zur Sendung von Deputirten zu einer Versammlung des deutschen Gewerbestandes in Hamburg einzuladen. Der Tag der Versammlung ist auf den 2. Juni d. J. niedergesetzt. (H. K.)

Flensburg, 19. Mai. Von Leuten, die eben vom Sundewitt'schen kommen, erfährt man, daß unsere Truppen gestern schon wieder mit den Dänen zusammen gewesen sind und daß diese eine ziemlich bedeutende Niederlage erlitten haben. Große Böte sah man mit todten und verwundeten Dänen nach der Insel hinüber fahren. Auf dieser Seite des Wassers halten die Dänen sich hinter einer starken Verschanzung und hinter dem Schutz ihrer Kanonenboote verwahrt. (H. K.)

Schleswig, 21. Mai. Das hier garnisonirende Kaiser Franz Garderegiment bricht am Montage von hier auf, um sofort nach Kolding zu marschiren. Neue Truppen rücken nach. Die lauenburger Jäger kamen vorgestern durch unsere Stadt. Die Freiwilligen, die in den Dörfern um Veile gelegen und noch zurückgeblieben, sind in den Dörfern an dem Hafen von Apenrade verlegt. Alles deutet auf neue dänische Angriffe. Landungen haben auch zwischen Apenrade und Hadersleben stattgefunden. Die Dänen halten nirgends Stand. (H. K.)

Rendsburg, 22. Mai. Das Kommando des Bracklowschen Scharfschützenkorps hat folgenden Aufruf ergehen lassen: Das Bracklowsche Scharfschützenkorps ist durch Urlaubsbewilligungen vieler seiner besten Schützen beraubt, und sieht sich deshalb genöthigt, da, wie es scheint, ein neuer Feind unser Vaterland bedroht, einen Aufruf an die tüchtigen Schützen Schleswig-Holsteins und des gesammten Deutschlands ergehen zu lassen, sich so schnell als möglich und vollständig zur längern Kriegsführung ausgerüstet, hier einzufinden. — Die provisorische Regierung hat verfügt, daß von der Handelsflotte der Herzogthümer Schleswig-Holstein die deutschen Farben als Flagge zu führen sind, und zwar dergestalt, daß die Farben schwarz roth gelb in der angegebenen Reihenfolge horizontal aufgezogen werden. (S.-H. Z.)

Freie Städte.

Hamburg, 20. Mai. Die Hamburger Kommerz-Deputation macht bekannt: Einem Bericht aus Curhaven zufolge soll vom Bord der Fregatte „Gefion" die Versicherung ertheilt worden seyn, daß weder die Leucht- und Lootsenschiffe auf der Elbe und Weser, noch die Hamburger und Bremer Dampfschiffe, welche Badegäste nach und von Helgoland führen, irgendeiner Behinderung ausgesetzt seyn werden.

Hamburg, 22. Mai. Von dem Hamburger Bundeskontingent sind heute früh die 1. und 5. Kompagnie der Infanterie nach Schleswig abgegangen, die Kavallerie, ungefähr 120 Mann stark, wird wahrscheinlich noch heute Abend, die 4. Kompagnie der Infanterie übermorgen folgen. (Börsenhalle.)

Lübeck, 15. Mai. Unter den heute morgen mit der „Alexandra" von St. Petersburg angekommenen Passagieren befindet sich der Fürst Michael Obrenowitsch. Nach einer mündlichen Mittheilung des Fürsten hatte der dänische Abgesandte Oberhofmarschall von Levetzow, von dem Kaiser Nikolaus bezüglich des Interventionsgesuches eine abschlägige Antwort erhalten. Der Kaiser soll sich mit großer Bestimmtheit dahin ausgesprochen haben, daß sich Rußland, so lange es irgend möglich, neutral verhalten werde. — Das heute früh angekommene Dampfschiff „Malmö" hat 66 Passagiere, zur größern Hälfte Handwerksgesellen überbracht. Nachdem schon am Sonnabend, die für die Küstenbatterie bestimmten vier großen Geschützröhren vom Walle fort nach Travemünde gebracht sind, wird morgen auch die zur Bedienung der Geschütze eingeübte Mannschaft des Kontingents dahin abgehen. (L. K.)

Lübeck, 18. Mai. Die Schanzarbeiten auf dem Leuchtenfelde sind so gut wie vollendet; die Soldaten sind nicht dabei verwendet worden. Die Befestigungen bestehen in zwei Schanzen; die eine mit vier größeren Geschützen besetzt, bestreicht die Rhede und das Fahrwasser; die andere acht Kanonen von kleinerem Kaliber enthaltend, die Stromwündung. Beide Batterien liegen nahe aneinander, wofern sie nicht ganz miteinander verbunden werden. Der Hafen kann mit zwei, an beiden Ufern und an zwei Punkten im Strome befestigten Ketten jeden Augenblick gesperrt werden. (H. K.)

Oesterreich.

Die neuesten Briefe aus Innsbruck (vom 21. Mai) melden, daß der Kaiser sich noch immer dort befand. In Salzburg waren in den letzten Tagen zahlreiche glänzende Deputationen von Böhmen ꝛc. durchgekommen, um den Kaiser nach Prag einzuladen. — Daß in Prag die Deutschen sich den Tschechen verbündet haben, wird in den neuesten Briefen aus Prag vom 21. widersprochen. Der (deutsche) konstitutionelle Verein erklärt ausdrücklich, daß nicht von ihm, sondern nur von Einzelnen jene „Versöhnung" ausgegangen. (A. Z.)

Botzen, 20. Mai. Die Wahlen für Frankfurt in den sechs Bezirken der zwei südlichen Kreise Tyrols fielen auf folgende Abgeordnete und Stellvertreter: Trient: Graf Joseph Festi, Ersatzmann Dr. Bernardelli; Roveredo: Dr. Johann v. Prato, Religionslehrer am dortigen Gymnasium, Ersatzmann F. A. Marsilli; Riva: Dr. Johann v. Prato, Ersatzmann J. A. Marsilli, ersterer nahm für Roveredo, letzterer für Riva an; Mezzolombardo: Appellrath Johann v. Pretis, Ersatzmann Dr. Oesterle; Levico: Dr. Gedeon Vettorazzi, Ersatzmann Emil Avanzini; Cles: Advokat Bernardelli, Ersatzmann Sisinio v. Pretis. Wie verlautet, beschicken unsere zwei wälschen Kreise das Frankfurter Parlament zunächst in der Absicht, um daselbst ihre Lostrennung von Deutschland zu beantragen. Vom bevorstehenden tyrolischen Landtag wollen sie sich, wie hier versichert wird, zu demselben Zwecke gänzlich ausschließen. Bezüglich der Wahlen für diesen letztern macht sich die Thätigkeit des immatrikulirten Adels bemerklich, dessen Stimmen, wie in Eppan, durch bereits ausgefüllte, blos zur Unterfertigung herumgereichte Wahllisten, oder lithographirte Briefe, worin die Kandidaten um Gewährung ihres Wunsches mit der Versicherung gegenseitiger Gefälligkeit ersuchen, gesammelt werden. Sollte ihn denn mal die in Aussicht gestellte Oeffentlichkeit der Landtagsverhandlungen zu so außerordentlicher Vorsicht nöthigen? Wir wünschen, daß er sich überzeugen möge wie nicht der zufällige Vorzug der Geburt, sondern geistige und körperliche Fähigkeiten zur Standschaft berechtigen. Von der ersten Kompagnie der Innsbrucker Studenten vernehmen wir, daß sie mit unserm Militär

in Primolano eingerückt, und die Aufständischen kommt der ganzen Bevölkerung bei ihrem Herannahen entflohen seyen; letzterer wußte man so großen Schrecken vor den deutschen „Barbaren" einzustößen, daß sie selbst die Fenster ihrer Wohnungen mit sich fortnahm. Die Unsern fanden buchstäblich nur noch die leeren Wände. Da sich die Prophezeihungen von Brand und Verwüstung so gar nicht erwahrten, mag sie sich überzeugt haben wer ihres Vertrauens würdig sey. (A. Z.)

Von der böhmischen Gränze, 17. Mai. Die Wiener Ereignisse vom 15. haben in Prag eine ungeheure Sensation hervorgerufen. Das Nationalkomité soll endlich die Larve abgeworfen und sich für unabhängig von Wien erklärt haben. Im Innern desselben zeigt sich eine große Spaltung: es ist der Kampf des radikalen mit dem allenfalls konservativ zu nennenden Elemente. (Oestr. Z.)

Prag. In einer Kundmachung sagt der Gubernialpräsident Graf Thun daß ihm der Kaiser den mündlichen Auftrag durch vertraute Personen habe zukommen lassen, er solle den Böhmen bekannt machen, daß ihn (den Kaiser) die letzten Wiener Ereignisse für eine zeitweilige Entfernung von der Residenz und seinen Aufenthalt in Tyrol zu nehmen bewogen haben. Wenn es die Aufrechthaltung des Throns, der Verfassung und Macht Oesterreichs gelten solle, so rechne er auf seine getreuen Böhmen. — Auf das Dringen der Prager Fabrikarbeiter auf das Verbot des Gebrauchs der Maschinen in den Fabriken hat der Magistrat die Fabrikanten bei einer Besprechung trotz aller Gegenvorstellungen verpflichtet, drei Wochen lang keinerlei Maschinen anzuwenden und zu dem bereits überzähligen Personal noch 40 Druckergesellen anzunehmen. So erzählt die Allgemeine österreichische Zeitung.

Oesterreichische Monarchie.

Wir erhalten so eben die verbürgte Nachricht, daß Fürst Esterhazy von Seite des ungarischen Ministeriums angewiesen worden sey, dem Kaiser nach Innsbruck zu folgen, ihn entweder zur Rückkehr nach Wien zu bewegen, oder, falls sein Aufenthalt daselbst während der Dauer der konstituirenden Versammlung für unthunlich befunden würde, denselben nach Ofen zu geleiten, einen Aufenthalt desselben in Prag jedoch nie zuzugestehen. Fürst Esterhazy ist bereits abgereist. (A. Oesr. Z.)

Aus Lemberg, 15. Mai, berichtet die „Allgemeine österreichische Zeitung", daß die zur Rekrutirung berufene Mannschaft von den Studenten verführt und beredet worden sey, sich nicht zu stellen, da man sie nothwendig im Lande brauche und es doch besser sey, fürs Vaterland zu streiten, als sich nach Italien schicken zu lassen. In der That meldet denn auch ein Brief vom 16. früh, daß das Gouvernement die Rekrutirung auf 8 Tage hinausgeschoben habe, wo sie dann durch das Loos geschehen solle. Die Studenten rissen aber auch diese Ankündigungen ab.

Pesth, 17. Mai. Das Ministerium hat verschiedene bemerkenswerthe Anordnungen erlassen. Danach werden die in Weissenburg in Siebenbürgen befindlichen Gewehrvorräthe zur Bewaffnung der siebenbürgischen Nationalgarde unter die Verfügung des siebenbürgischen Gouverneurs gestellt; eine mobile Nationalgarde oder Freiwilligenschaar von 10,000 Mann soll zur Beherrschung der im Lande sich zeigenden gefährlichen Bewegungen organisirt werden; die Prügelstrafe ist in der ungarischen Armee abgeschafft; ein besonders kroatisches Departement ist im Ministerium des Innern und der Justiz errichtet worden; die ministerielle Korrespondenz mit Kroatien wird auch fernerhin lateinisch, mit den slavonischen Komitaten ungarisch geführt; die Pferdeausfuhr aus Ungarn über die Gränzen des Auslandes ist verboten.

Auf der Generalkongregation zu Warasdin wurde dieser Tage unter andern beschlossen, daß man auf das ungarische Ministerium gar keine Rücksicht nehmen, und sich in allem nur an den Banus wenden wolle.

Italien.

Triest, 23. Mai. Gestern Abend um 10 Uhr kehrte das Dampfboot, das nach Dalmatien gehen sollte, mit der Nachricht zurück, die vereinigte neapolitanische, sardinische und venetianische Flotte befinde sich in der Nähe unsers Hafens. Sogleich wurden die Feuer des Leuchtthurmes ausgelöscht, und in der Stadt alle Vorkehrungen zur Sicherung gegen einen etwaigen Ueberfall getroffen. Die Nacht verging ruhig. Jetzt Mittag erschallen Signalschüsse von dem Hafen und dem Kastell. Die Kanoniere ziehen mit ihren Pulverwägen durch die Straßen zu den Batterien, die Kaufläden sind geschlossen, die Nationalgarde versammelt sich, alles läuft bunt durcheinander. Was geschehen ist, was geschehen wird, niemand weiß es. Nach meiner Ansicht ist unser Hafen blos blokirt, ohne daß wir einen Angriff zu befürchten haben. Ein Theil unserer Marine ist im Hafen. Das Militär marschirt nach dem Hafen; bei den Batterien steht alles auf dem qui vive! (A. Z.)

Mailand, 20. Mai. Der arglistige Karl Albert hat endlich durch seine hinterlistige Politik, durch seine Ränke und Kniffe das Ziel erreicht, wonach er so lange aus allen Kräften gestrebt hatte. Nachdem die hiesige provisorische Regierung sich für den Anschluß der Lombardei an Piemont ausgesprochen, hat jetzt auch die Republik Venedig die Erklärung abgegeben, daß sie, wenn das Volk der Lombardei sich in gleichem Sinne ausspreche, bereit sey, das Schicksal des Schwesterlandes zu theilen. Die Republik von St. Marco wird demnach, gleich der Lombardei, eine sardinische Provinz werden, denn wie die Frage des Anschlusses hier betrieben wird, ist wohl kaum ein Zweifel daran, daß sich bei der Abstimmung eine Mehrheit zu Gunsten derselben ergeben wird. Karl Albert hat diese Wendung der Dinge theils durch sein Gold, theils aber auch dadurch herbeizuführen gewußt, daß er den Krieg mit äußerster Lässigkeit betrieb und erklärte, nicht eher etwas Entscheidendes thun zu wollen, als bis diese Frage ihre Erledigung erhalten habe. Die Republik Venedig aber wußte er insbesondere dadurch gefügig zu machen, daß er sie, während sie unmittelbar von den Oesterreichern bedroht ist, ganz und gar ihrem Schicksale überlassen zu wollen erklärte. So blieb den Venetianern, wenn sie nicht wieder österreichisch werden wollten, gar nichts Anderes übrig, als sich dem sardinischen König in die Arme zu werfen. Dieses schmähliche Verfahren wird übrigens mit der Zeit auch noch seine Früchte tragen. Es besteht nämlich nicht nur in der Lombardei, sondern in Sardinien selbst, eine mächtige Partei, deren Bestreben dahin gerichtet ist, ganz Oberitalien zu einer Republik umzugestalten. Diese wartet nur darauf bis die Oesterreicher den italienischen Boden geräumt haben, um mit aller Entschiedenheit ihren Plan zu verfolgen. Da Karl Albert wegen seines früheren Benehmens und insbesondere wegen des Verraths, den er schon einmal an der Sache der Freiheit geübt, fast überall verhaßt ist, nirgends aber das geringste Zutrauen genießt, so ist an dem Gelingen des Plans kaum zu zweifeln. Die Freischaaren, welche aus allen benachbarten Ländern herbeigeströmt sind, und größtentheils aus demokratischen Elementen bestehen, werden dabei ihr Bestes thun. Die Jugend ist überall für die Republik begeistert und es ist schwer, sie schon jetzt vor den unüberlegten Schritten zurückzuhalten. An der Spitze des Ganzen steht Joseph Mazzini, der mit einem mächtigen Feuergeist hohe staatsmännische Erfahrung und Besonnenheit verbindet. Wenn der Plan in Oberitalien gelingt, so wird wahrscheinlich auch Toskana, Modena der Kirchenstaat und Neapel in denselben gezogen werden. Die weltliche Macht des Papstes ist ohnehin auf Null herabgesunken und in Neapel hat das Volk längst alle Gewalt in Händen. Ueberall sehen die Fürsten mit Besorgniß dem Ende des Krieges entgegen, der die unruhigen Elemente, denen jetzt das Schlachtfeld einen Tummelplatz gewährt, wieder in die Heimath zurückführen wird. — Sollte der Krieg auch in der nächsten Zeit keinen bessern Fortgang nehmen als bisher, so ist man fest entschlossen, das französische Heer, das an den Grenzen Italiens aufgestellt ist, zu Hilfe zu rufen und durch die Unterstützung desselben uns nicht nur die Oesterreicher, sondern auch den Carbonari-König vom Halse zu schaffen, bis jetzt hat man diesen Beistand noch nicht in Anspruch genommen, weil viele italienische Patrioten der Meinung sind, daß die Italiener selbst Kraft genug hätten, mit beiden Feinden fertig zu werden. (Fr. Mkr.)

Mailänder Bulletin vom 21. Mai. Am 16. wurde aus Treviso um 6 Uhr Morgens mit Glück ein kleiner Ausfall unternommen; die feindliche Linie erstreckt sich der Piave fast parallel von Nervesa nach San Biagio. Die Truppen Durando's und Ferrarus sind in und bei Mestre konzentrirt.

Direkte Nachrichten aus Neapel fehlen uns. Unser dortiger Korrespondent aus Neapel hatte bekanntlich längst blutige Tage prophezeiht, die rasch nahen würden. Aus unserer heutigen römischen Korrespondenz ergibt sich, daß die republikanischen Sendlinge nach Neapel gezogen waren, um dort zum Ausbruch zu schüren. Der Ausbruch ist gelungen, aber der König, von den Truppen und den Lazzaroni unterstützt, siegte, so entschieden, daß er die dreifarbige Fahne abnehmen und die weiße bourbonische aufstecken ließ! Die Schweizer, die in Oberitalien für das einige Italien kämpfen, halfen in Neapel dem Absolutismus und dem Separatismus wiederherstellen! Das französische Geschwader seinerseits stellte sich in Schlachtordnung auf und drohte den kgl. Palast zusammenzuschießen. So die Genueser Blätter, aus denen wir morgen Detailberichte nachtragen. Was werden hierauf die nach Venedig und Ankona geschickten neapolitanischen Seetruppen und Truppen thun? (A. Z.)

Niederlande.

Haag, 11. Mai. Gemäß einer Erklärung des Ministerpräsidenten in der Kammer steht eine unmittelbare Umgestaltung des Kabinets bevor, in Folge unvereinbarer Ansichten in demselben über mehrere wichtige Angelegenheiten.

Mastricht. Man hat in Sittard und in Falkenburg die dreifarbige deutsche Fahne aufgepflanzt.

Mastricht, 19. Mai. Das „Journal de Limbourg" berichtet unter diesem Datum, daß am 18. Mai Nachmittags ein außerordentlicher Kurier aus dem Haag dort angekommen war mit Depeschen, nach deren Empfang der Gouverneur gleich die Deputirtenstände zusammenberief. Das Journal fügt hinzu, daß man in Mastricht eine Proklamation an alle Gemeindeverwaltungen und sonstige Behörden erwartet, in welcher die Regierung erklären würde, daß die niederländischen Gesetze und die niederländische Gewalt allein im Limburg gelten. (K. Z.)

Spanien.

Madrid, 18. Mai. Gestern um 4 Uhr hat die Regierung Hrn. Bulwer, dem brittischen Gesandten seine Pässe zustellen lassen, mit der Weisung, binnen 48 Stunden Madrid zu verlassen. Er soll mit den Führern des letzten Aufruhrs unter der Decke gespielt haben. Heute Vormittag stellte er dem Minister des Auswärtigen, Herzog v. Sotomayor, noch eine Note zu, und trat dann den Heimweg an. Kurz vor seiner Abreise eilten Kuriere ab, sowohl von Seiten Bulwer's an Lord Palmerston, als von Seiten des hiesigen Kabinetts an seinen Vertreter in London. Es ist Graf Mirasol, den man nach London geschickt hat, um die Depeschen Sotomayor's mündlich zu vervollständigen, und wo möglich den Ausbruch eines definitiven Bruchs zwischen beiden Nationen zu hindern. (Karls. Z.)

Frankreich.

Paris, 23. Mai. Der Moniteur bringt heute zwei Dekrete der Regierungskommission, wodurch die beiden Klubs Blanqui und Raspail aufgelöst werden und eine kurze Notiz des Inhalts, daß der Präsident der Nationalversammlung in dringenden Fällen das Recht habe, den Generalmarsch schlagen zu lassen, daß er sich aber in Betreff der Vertheidigungsmaßregeln der Nationalversammlung nach außen mit der Regierungskommission ins Einvernehmen zu setzen habe. (Karlsr. Z.)

Paris, 23. Mai. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung kam die auswärtige Politik an die Reihe. Was Italien betrifft, so erklärte Hr. d'Aragon, daß er auf die angekündigte Interpellation in diesem Betreff verzichte. Hr. Wolowski hält hierauf eine lange Rede zu Gunsten Polens, die jedoch wenig Aufmerksamkeit findet. Da er sich in ungemessen lange Erörterungen einläßt, so wird die Kammer ungeduldig; man sieht, wie die polnische Frage in wenigen Tagen ihre ganze Popularität verloren hat. Hr. Wolowski ist übrigens doch so vernünftig, daß er nicht verlangt, Frankreich solle Deutschland wegen Polen den Krieg erklären: er wünscht blos freundliche Erwähnungen und diplomatische Vermittlung. Graf Montalembert, der sich ebenfalls als Redner eingeschrieben hat, ist nicht anwesend. Hr. Bavin nimmt das Wort; er will eine Erklärung der Nationalversammlung an das deutsche Volk, oder eine Adresse an den deutschen Reichstag, damit der vollziehende Ausschuß sich darauf berufen und darnach handeln könne. Es folgen noch mehrere Redner, welche dieselben Gemeinplätze wiederholen, mit denen wir regelmäßig 18 Jahre lang in der alten Deputirtenkammer regalirt worden sind. Die Versammlung wird immer ungeduldiger, und wenn man nicht wüßte, daß

Digitized by Google

Lamartine sprechen wird, so wäre die Diskussion schon längst geschlossen worden. Auch ein Napoleon Bonaparte spricht für Polen; seine äußere Aehnlichkeit mit dem Kaiser, die sich sogar bis auf die Stimme erstreckt, macht ihn zum Gegenstand allgemeiner Aufmerksamkeit. Nun ergreift Lamartine das Wort; — allgemeine Aufmerksamkeit. Er erkennt die Wichtigkeit der Frage, so wie die Sympathien an, die sie in Frankreich finde. Die Regierung habe nicht auf die Interpellationen, nicht auf die Petionen zu Gunsten Polens gewartet, um zu handeln; er könne versichern, daß die Republik nicht einen Tag der Selbstsucht gehabt habe. Der Gedanke der Bildung einer polnischen Legion sey von der Regierung ausgegangen, und wenn dessenungeachtet die Legion nicht gebildet worden sey, so liege die Schuld nicht an der Regierung, sondern an der Weigerung der polnischen Emigration. Der Redner wendet sich nun zu der Politik der provisorischen Regierung im Allgemeinen und entwickelt die Ideen seines ersten Manifestes an die Mächte Europa's. Er verliest die betreffenden Stellen, besonders jene, die auf die „Emanzipation unterdrückter Nationalitäten" Bezug haben. Durch die gegen den Willen der Regierung unternommenen Expeditionen einzelner Freikorps gegen Belgien, Savoyen, Deutschland sey inzwischen die Stellung der Regierung sehr erschwert, die Ausführung der Politik des Manifestes für den Augenblick unmöglich gemacht worden; namentlich habe der unbesonnene Einfall der „deutschen Legion" nach Baden der polnischen Frage mehr geschadet, als man glaube. Er protestirt nochmals laut gegen jede Theilnahme der französischen Regierung an diesem unsinnigen Unternehmen. Trotz Hrn. Aragon's Verzicht auf die italienische Frage geht Lamartine nun auf diese über, und protestirt vor Allem hoch und theuer gegen alle jene perfiden Insinuationen, als gedenke Frankreich sich unberufen in Italien einzumischen, um dabei irgend eine Gebietsvergrößerung für sich zu erzielen. Nochmals erklärt er, daß nicht ein französischer Soldat die Gränze Italiens überschreiten werde, wenn er nicht von der italienischen Nation selbst gerufen werde und selbst dann werde es nur in der uneigennützigsten Absicht geschehen. Nicht Schwäche, nicht Nachgiebigkeit sey es, was die friedfertige Politik der Regierung bedinge, sondern das Gefühl der Kraft und der Gerechtigkeit; die Regierung habe die Alpenarmee zusammengezogen, aber sie habe nicht handeln wollen, ohne die äußerste Nothwendigkeit und nicht vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung. Sofort liest der Redner mehrere Depeschen vor, die das Gesagte bestätigen. Aus diesen Depeschen geht hervor, daß man in ganz Italien, mit Ausnahme Venedigs und eines Theils der Lombardei, die französische Intervention nicht nur nicht verlangt, sondern sie als gleichbedeutend mit der österreichischen Unterdrückung betrachtet habe. Eine Intervention aber dürfe nie aufgedrungen werden; der einzige Fall, wo sie möglich werde, sey der, wo ein freies Volk ein anderes freies Volk zu Hilfe rufe, und dieses dem brüderlichen Rufe Folge leiste. Auf Polen zurückkommend, beweist er nun sehr anschaulich, wie thöricht es wäre, Deutschlands Freundschaft und Sympathien wegen eines so ungewissen Erfolges auf das Spiel zu setzen. Für Polen sey keine barsche Lösung der Fragen möglich; hier müsse man Alles von der Zeit erwarten; jeder Tag rücke die Mächte des Ostens dem Westen näher, und wenn einst eine allgemeine Verständigung eingetreten sey, so werde auch Polens Schicksal sich günstig gestalten. Hr. Lamartine liest hierauf die Instruktionen vor, die er den franz. Gesandten in Wien und Berlin gegeben hat, und die natürlich im Sinne dieser Politik abgefaßt sind. Frankreich, so lauten sie, wolle den Frieden; selbst eine Allianz mit den deutschen Mächten sey ihm sehr werth, aber es wünsche eine nationale Reorganisation der polnischen Landestheile, wenn ihre Unabhängigkeit in diesem Augenblicke nicht möglich sey. Schon vor der Berliner Revolution vom 18. März hatte der König von Preußen auf die Vorstellungen der französ. Republik Verpflichtungen wegen der Reorganisation Polens eingegangen, die er wenige Tage nach der Revolution zur Ausführung brachte. Allein die Polen selbst hätten dann die Ereignisse überstürzt, sich übernommen, und so ihre Sache kompromittirt. In Posen habe der Bürgerkrieg, der Krieg zwischen den zwei Nationalitäten begonnen; derselbe habe mit dem Sieg der Deutschen geendigt, die Reorganisation aber sey darum keineswegs hintangesetzt worden. (Die Sitzung dauert fort.) (Karlsr. Z.)

Großbritannien.

London, 18. Mai. Der Prozeß, welchen die Regierung gegen die irländischen Agitatoren Smith-O'Brien und Meagher eröffnet hat, ist nicht zu ihren Gunsten ausgefallen. Die Geschwornen, welche über Herrn Meagher entscheiden sollten wurden einig auf „Schuldig" zu erkennen, bis auf Herrn Walsh, welcher sich durchaus weigerte, dem Beschlusse beizutreten. Der Generalprokurator hat unter diesen Umständen vorgezogen, die Anklage fallen zu lassen, da die nöthige Einstimmigkeit der Geschwornen nicht zu erlangen war. Dasselbe ist in dem Falle des Herrn Smith O'Brien geschehen. Die Geschwornen wurden nach der Bestimmung des alten Statuts eingeschlossen, „ohne Speise, ohne Trank rc." um so lange zu berathen, bis sie einstimmig wären, doch als nach 24 Stunden immer noch zwei gegen zehn protestirten, wurden sie entlassen und die Anklage zurückgenommen.

London, 21. Mai. Auf dem preußischen Gesandtschaftshotel herrscht eine außergewöhnliche Thätigkeit, noch nie war der Depeschenwechsel zwischen London und Berlin so lebhaft. Der Prinz von Preußen trifft Anstalten zu seiner Abreise nach Berlin und hat seine Abschiedsvisiten bereits begonnen. Ich beeile mich, Ihnen bei dieser Gelegenheit ein Gerücht mitzutheilen, das in den höchsten politischen Kreisen zirkulirt und hier nicht geringes Aufsehen macht. Man versichert, der Prinz von Preußen begebe sich nach Berlin, um den Thron zu besteigen, auf den sein königlicher Bruder sogleich nach Eröffnung des Landtages feierlich verzichten werde. Man fügt hinzu, daß sich bei dem regierenden Könige Friedrich Wilhelm IV. plötzlich ernste Symptome einer Geisteskrankheit gezeigt hätten, deren Ursprung die Aerzte in Diätfehler und der spätern heftigen Aufregung während der Ereignisse des März und April suchen und die sie als Delirium tremens charakterisiren. Man versichert, der König zeige sich nicht mehr öffentlich (!) und darum sey auch die letzte Revue der Bürgerwache am 13. abgesagt worden, — er habe nur selten lichte Augenblicke und die Lage der Dinge sey so dringend, daß die Minister trotz alles Widerspruches der öffentlichen Meinung die zwei wichtigen Beschlüsse gefaßt hätten, welche (trotz des gleichzeitigen Frankfurter Parlaments) den Landtag in Berlin einberufen und den Prinzen von Preußen nach Berlin zurückrufen. Darum hat auch das Ministerium den Deputationen erklärt, daß es an seinem Platze bleiben und vor dem Landtage sich vollkommen rechtfertigen werde. Man betrachtet in den hiesigen politischen Kreisen diese Wendung der Dinge in Berlin als sehr wichtig rc.

Rußland und Polen.

Aus Warschau, 14. Mai wird von einem verunglückten Versuch zur Aufreizung berichtet. Ein früherer Schullehrer, J. Zachowski, hielt bei Gelegenheit des Gottesdienstes in der Johanniskirche eine Rede an das Volk, worin er kühn zur Empörung aufforderte. Verhaftet und vor das Kriegsgericht gestellt, bekannte er, daß er sich in tiefster Armuth befinde und in einem Aufstande seine einzige Rettung erkannt habe. Das Urtheil lautete natürlich auf Erschießen, wurde aber vom Fürsten Statthalter in zehnjährige Kettenstrafe und Verlust der Standesehre verwandelt. Mit Beschlag belegt wurde das gesammte Vermögen folgender nach Preußen geflohener und dort verhafteter Personen: Philipp Laczkowski, Joh. Krotkiewicz, Alex. Peter Bisozki, Michael Szumwell, Adalbert Golebiowski, Ludwig Medrzecki, Casimir Szymanski.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 11. Mai. Der russische Großfürst Konstantin ist hier angekommen, um sogleich seine Reise nach Kopenhagen fortzusetzen. (Nordd. Bl.)

Neueste Nachrichten.

Die österreichischen Mitglieder der Nationalversammlung haben an Se. Majestät den Kaiser eine Petition um Rückkehr desselben nach Wien erlassen, von der man sich gute Wirkung verspricht.

Paris, 23. Mai. Es geht hier das Gerücht, als würden die fünf Regierungsmitglieder ihre Demission in Masse geben und dafür eine andere aus drei Personen bestehende, wozu man die Herren Marrast, Senard und Cavaignac bezeichnet, an deren Stelle gewählt werden.

Münchener Schrannen-Anzeige vom 27. Mai 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest.	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	4131	2738	1393	16	50	1	5	—	—
Korn	2037	1535	502	9	38	1	14	—	—
Gerste	554	514	40	8	45	—	26	—	—
Haber	1501	1288	213	5	52	—	14	—	—

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag den 28. Mai: „Das Käthchen von Heilbronn," großes romantisches Ritterschauspiel nebst einem Vorspiele: „Das heimliche Gericht," von Kleist. — Dem. Hausmann: Käthchen, als Gast.

Fremdenanzeige.

Hôtel Maulik. HH. Ruppert, Privatier aus Böhmen; Klaiß, Professor v. Prag: Bohle, Fabrikant v. Gauersbach; Pagat, Gutsbesitzer v. Wien.

Gold. Hahn. HH. Baron v. Milos, Rentier v. Wien; Rungaldier, Dr. med., Urban und Altmann, Gouvernements-Konzip. v. Innsbruck; v. Zich, Lieutenant v. Ansbach; Bar. v. Cervelli, Rath v. Prag.

Blaue Traube. HH. Dr. Wenzel, Rietel, Dr. med., u. Brubeck, Kaufmann, Deputirte v. Prag; v. Mayer, Gutsbesitzer v. Wollnzach.

Storchusgarten. HH. Rothmund, Oberlieutenant v. Lindau; Geger, Kaufmann v. Nürnberg; Hörmann, Bäckermeister v. Blaswangen.

Ankündigung

2415 (3a) Der Ausschuß der Mechanischen Baumwoll-Spinnerei & Weberei in Augsburg beehrt sich hiermit bekannt zu machen, daß in Folge des in der Generalversammlung am 23 d. gefaßten Beschlusses, die Auszahlung des am 1. Juli fälligen Aktienkoupons auf den 15. Nov. a. c., eventuell auf den 15. Febr. 1849 verschoben worden sey, worüber das Nähere seiner Zeit wird bekannt gegeben werden.

Augsburg den 24. Mai 1848.

Friedr. Schmid,
Vorstand.

Verkauf eines Herrschaftshauses.

2412. (2b) In München, in einer der schönsten Straßen, ist eingetretener dienstlicher Verhältnisse wegen ein großes herrschaftliches Haus, mit ebener Erde vierstöckig, sammt zwei Hintergebäuden, Remise für acht Wägen, Stallung für dreizehn Pferde, großem geschmackvoll angelegtem Garten, gemauerten Garten-Arkaden und großem Gartensalon zu verkaufen.

Das Haus enthält 39 Zimmer, 5 Küchen, alle sonstigen Bequemlichkeiten und befindet sich in höchst elegantem und solidem Zustande.

Die Kaufschillings-Erlage kann zum Theil auch in guten Ewiggeld- oder Hypothekbriefen bestehen.

Nähere Aufschlüsse (an Auswärtige gegen portofreie Anfrage) ertheilt der Unterzeichnete.

München im Mai 1848.

Dr. Spengel,
k. Advokat (Weinstraße Nr. 3 über 2 Stiegen.)

2407. (3c) Ein Mann, der die Schnellessigfabrikation auf's Vortheilhafteste betrieben hat und auf das Feinste die Kunsthefe bereitet, so wie in allen Liqueuren und Senfen die feinsten Kenntnisse besitzt, sucht in derartiger Fabrik Beschäftigung oder auf Verlangen neu einzurichten, indem die Einrichtung nach der neuen Art so einfach ist, daß dem Uebernehmer nichts zu wünschen übrig bleibt.

Das Nähere in Mannheim durch portofreie Briefe bei Joh. Sturm H 6 Nr. 2.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 141.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir: Kandel-Gasse Nro. 3); auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 6 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag | XLIX. Jahrgang. | 29. Mai 1848.

Deutschland.

Protokoll der konstituirenden National-Versammlung zu Frankfurt a. M.

vom 23. Mai 1848.

Die Sitzung wird Vormittags 10 Uhr vom Präsidenten Heinrich v. Gagern eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und richtig gestellt. Die überreichten zahlreichen Anträge werden verlesen, und über Wigards Antrag beschlossen, daß bis zur Annahme der definitiven Geschäftsordnung nur der Betreff des Antrags und der Name des Antragstellers angezeigt werde. Zitz aus Mainz gibt eine Schilderung der letzten Ereignisse in Mainz und beantragt die Zurücknahme der Militärmaßregeln in Mainz und das Verbot des Waffentragens der Soldaten und Unteroffiziere außer Dienst zu veranlassen, so wie die sofortige Berathung über diese Maßregeln. Vogt beantragt die Absendung einer Deputation nach Mainz zur Erhebung des Thatbestandes. Der Antrag Heckscher's, die Sache in einen Ausschuß zu verweisen, wird angenommen, und es wird beschlossen, daß dieser Ausschuß aus 15, von den einzelnen Abtheilungen zu wählenden Mitgliedern zu bestehen habe. Ueber Eisenmann's Antrag wird diesem Ausschusse die Pflicht auferlegt, eine Kommission zur Erhebung des Thatbestandes nach Mainz zu senden. Endlich wird der Antrag Werner's, den Kommissionsmitgliedern durch das Präsidium eine Legitimation zu ertheilen, angenommen. Ein Theil der Minorität über den Zitz'schen Antrag gibt ihre abweichende Ansicht zu Protokoll. Ende der Sitzung halb 2 Uhr.

Der Präsident (gez.) v. Gagern.

Der Schriftführer: (gez.) Dr. Stremayr.

Frankfurt, 24. Mai. Die heutige (fünfte) Sitzung der deutschen National-Versammlung führte einen Schritt näher zur Hauptaufgabe der Versammlung. Eine, zunächst auf Eisenstucks Anregung entstandene Verhandlung, welche durch manchmal fast wörtliche Wiederholungen einzelner sprachseliger Redner wieder weit über das der Sache entsprechende Verhältniß sich ausdehnte, lieferte nach beinahe dreistündiger Dauer als Ergebniß den Beschluß, daß durch die Abtheilungen 1) ein Ausschuß von 30 Mitgliedern, welcher mit dem Verfassungswerke im weitesten Umfange sich beschäftigen, und deßfallsige Gutachten vor die Versammlung bringen soll; 2) ein Ausschuß von gleichfalls 30 Mitgliedern für die Arbeiterfrage, die Handels-, Gewerbs- und Zollverhältnisse; 3) ein Ausschuß von 15 Mitgliedern zur Begutachtung und vorbehaltlich der durch den Präsidenten zu bewirkenden Consultation der Nationalversammlung, auch zur Entscheidung über die Priorität der eingegangenen Anträge und Petitionen gewählt werden soll. Abermals kam es vor, daß einzelne Mitglieder dießmal gegen die sofortige Niedersetzung der Ausschüsse, trotz der in der ersten Sitzung erfolgten feierlichen Constituirung, anführten, daß die Versammlung sich vor Bereinigung des Legitimationspunktes nicht für konstituirt erachten könne. Beseitigt wurde übrigens auch dieses Bedenken durch die Mittheilung des Präsidenten, daß nach einer Anzeige des (Wahl-) Zentralausschusses demselben bezüglich der Prüfung aller Wahlen, mit Ausnahme der die 12. Abtheilung angehenden Wahlen und derjenigen neu eingetretener Mitglieder, Vorlage gemacht worden sey. Der Bericht über Prüfung der Legitimationen wurde hiernach auf die morgentliche Tagesordnung gesetzt. Nach einer ferneren Mittheilung des Präsidenten ist auch der Bericht über die Geschäftsordnung und den Raveaux'schen Antrag im Druck. Als besonders zeitraubend bei der heutigen Verhandlung wie bei früheren muß der stets wiederkehrende Versuch einzelner Abgeordneten bezeichnet werden, gelegentlich der Verhandlung über die Fragestellung früher beabsichtigte durch den Schluß der Debatte beseitigte Reden über die Sache selbst noch nachträglich bekannt zu machen. Möchte doch bedacht werden, daß noch genügend passendere Gelegenheit geboten seyn wird, den Mandanten Beweise von der Thätigkeit, und der Versammlung von dem rednerischen Talente der einzelnen Abgeordneten zu geben. Auch ist es nicht zweckentsprechend, wenn, wie heute, mehrmals die Nothwendigkeit der Zeitersparniß in langer Rede entwickelt wird. Die nächste Sitzung ist auf morgen Vormittag 11 Uhr anberaumt. Tagesordnung: die Legitimationsangelegenheit eventuell, die Mainzer Frage, und der Raveaux'sche Antrag.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 25. Mai. Deutsche konstituirende Nationalversammlung. Wir beeilen uns, die eben vom Präsidenten mitgetheilten Listen der für einige hochwichtige Ausschüsse gewählten Mitglieder der Oeffentlichkeit zu übergeben. Für den Verfassungsausschuß wurden in den verschiedenen Abtheilungen gewählt: 1. Abthl. Schreiner aus Graz, Deiters aus Bonn; 2. Abthl. M. Gagern aus Wiesbaden, v. Mühlfeld aus Wien; 3. Abthl. Droysen aus Kiel, Andrian aus Wien; 4. Abthl. Schüler aus Jena, Simon aus Breslau; 5. Abthl. Mittermayer aus Heidelberg, v. Beckerath aus Krefeld; 6. Abthl. Dahlmann aus Bonn, v. Lichnowsky aus Berlin. 7. Abthl. Pfizer aus Stuttgart, Detmold aus Hannover; 8. Abthl. Welker aus Heidelberg, Beseler aus Greifswalde; 9. Abthl. Robert Mohl aus Heidelberg, Hergenhahn aus Wiesbaden; 10. Abthl. Römer aus Stuttgart, Scheller aus Frankfurt a. d. Oder; 11. Abthl. H. Gagern (lehnte mit Beziehung auf die Geschäftsordnung die Wahl ab; es wird also eine neue Wahl stattfinden), Jürgens aus Braunschweig; 12. Abthl. Robert Blum aus Leipzig, Wigard aus Dresden; 13. Abthl. Ahrens aus Salzgitter, Bassermann aus Mannheim; 14. Abthl. Tellkampf aus Breslau, Waitz aus Göttingen; 15. Abthl. Wippermann aus Kassel, Soiron aus Mannheim. Ausschuß für die Arbeiter-, Handels- und Gewerbsfrage: 1. Abthl. Hildebrand aus Marburg, Degenkolb aus Eulenberg; 2. Abthl. Rönne aus Berlin, Holland aus Braunschweig; 3. Abthl. Schwarzenberg aus Kassel, Karl aus Berlin; 4. Abthl. Sprengel aus Waren, Burger aus Triest; 5. Abthl. Eisenstuck aus Sachsen, Fallati aus Tübingen; 6. Abthl. v. Bruck aus Triest, Pagenstecher aus Elberfeld; 7. Abthl. Gevekoht aus Bremen, Moriz Mohl aus Stuttgart; 8 Abthl. Merk aus Hamburg, Schirmeisen aus Insterburg; 9. Abthl. Mevissen aus Köln, Reden aus Berlin; 10. Abthl. Mathy aus Mannheim, Preußing aus Osnabrück; 11. Abthl. Hermann aus München, Osterrade aus Danzig; 12. Abthl. Dieskau aus Plauen, Rößler aus Wien; 13. Abthl. Dröge aus Bremen, Francke aus Schleswig; 14. Abthl. Veit aus Berlin, Stahl aus Erlangen; 15. Abthl. Lette aus Berlin, Hlubeck aus Gratz. Ausschuß zur Entscheidung über die Priorität der eingegangenen Anträge und Petitionen. 1. Abthl. Trützschler aus Dresden; 2. Abthl. Anderson aus Frankfurt an der Oder; 3. Abthl. Wiederhold aus Lübeck; 4. Abthl. Fuchs aus Breslau. 5. Abthl. Grambrecht aus Lüneburg; 6. Abthl. Simson aus Königsberg; 7. Abthl. Wurm aus Hamburg; 8. Abthl. Adams aus Koblenz; 9. Abthl. Uhland aus Tübingen; 10. Abthl. Briegleb aus Koburg; 11. Abthl. Feßler aus Bregenz; 12. Abthl. Kolb aus Speyer; 13. Abthl. Rießer aus Hamburg; 14. Rödinger aus Stuttgart; 15. Abth. Zittel aus Karlsruhe. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Bayern.

Landtag.

München, 28. Mai. (Kammer der Reichsräthe.) Tagesordnung für die auf heute um 12 Uhr angesetzte XXI. Sitzung. — 1. Bekanntmachung des Einlaufs. — 2. Fortsetzung des Vortrages, der Berathung und Beschlußfassung über den Gesetzentwurf: die Wahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung betr. — 3. Vortrag rc. über die etwa noch zur Verhandlung kommen könnenden Gegenstände.

**München, 23. Mai. (XLII. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische Frhr. v. Thon-Dittmer, Frhr. v. Lerchenfeld, v. Roth, v. Kleinschrodt, Sperl; in der Kammer 108 Abgeordnete. — Die Sitzung wurde mit Ablesung des Einlaufs über die Rückäußerungen der Kammer der Reichsräthe „die Ablösung rc." betr., eröffnet. — Dr. Schwindl, als Referent der IV. vereinigten Ausschüsse erstattete Vortrag. In der Hauptsache seyen die Beschlüsse der I. Kammer mit denen der II. konform; die Debatte solle nun von Artikel zu Artikel gehen, was auch die Kammer beschloß. — Art. 1 war von der I. Kammer nicht angenommen worden; vielmehr wurde von der I. Kammer Entschädigung für die Aufhebung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit ausgesprochen. — Der kombinirte Ausschuß hatte in seiner Mehrheit dieser Modifikation nicht beigestimmt, also das Prinzip „ohne Entschädigung" beibehalten. — Dr. Rammoser stimmte der letztern Fassung bei, die hohe Kammer werde wohl nicht verfassungsmäßig garantirte Rechte aufheben wollen auf ungerechte Weise, ohne Entschädigung. — Abg. Schnetzer stimmte fürs Gegentheil. Die Ablösungssumme sey bei uns zu groß, was auch Abg. Schlund bestätigte. Wenn §. 28 aufrecht bleibt, so müsse auch Art. 1 nach diesseitiger Fassung bleiben. — Dr. Schwindl verwies auf die frühere ausführliche Behandlung, und stimmte gegen die Fassung der Kammer der Reichsräthe, welche für das Aerar große Nachtheile habe. Die Ueberhandnahme des Gerichtspersonals sey Entschädigung genug. — Der Staatsminister Frhr. v. Thon-Dittmer. Der Art. 1 sey formell nicht so sehr wichtig. Materiell sey nur der Termin zur Uebergabe verändert worden. Von sehr großem finanziellen Einflusse schiene ihm die Modifikation auch nicht zu seyn, da nach dem Gesetz von 1831 die Entschädigung nicht so groß sey, und dort auch die Uebernahme des Personals striktiver bestehe. Da es sich also nur um eine formelle Redaktion handle, so möge man dieselbe, um nicht das ganze Gesetz verworfen zu sehen, doch annehmen; eine Vereinigung sey also sehr wünschenswerth. — Die Kammer der Abgeordneten verwarf aber dennoch die Modifikation der Kammer der Reichsräthe mit weit überwiegender Mehrheit, und blieb sonach auf ihrer eigenen frühern Fassung bestehen. — Art. 2 bleibt weg. — Art. 3 wurde vom Referenten gleichfalls in der ursprünglichen Fassung der II. Kammer zur Beibehaltung beantragt. — Dagegen stimmte aber Frhr.

v. Rotenhan. Er sey nicht ohne Besorgniß, daß, wenn die Fassung der Reichsräthe sofort verworfen werden, das ganze Gesetz falle. Hauptsächlich seyen nur zwei Modifikationen, diese bezüglich der Frohnen, und jene bezüglich der Holzrechte, wo die I. Kammer eine kleine Entschädigung haben wolle, was vielleicht für das ganze Land nur 100,000 fl. betrage. Die erste Kammer müsse von ihrem Standpunkte aus das Rechtsprinzip wahren, wahren das Prinzip der Stabilität. Er wünsche also, die Kammer möge nachgiebig seyn. — Abg. Schnetzer will jedoch auf dem frühern Prinzip verharrt wissen, das Gesetz falle deßwegen nicht. — Abg. Goetz dagegen wünschte die Beistimmung für die Modifikation der I. Kammer. — Abg. v. Scheurl stimmte aber gegen die Fassung der Reichsräthe. Er sehe die diesseitigen Beschlüsse als einen Friedensschluß an, er hätte sofort nur Ratifikation dieses Friedensschlusses durch die Reichsräthe gewünscht. Dieß sey nicht geschehen, er müsse also auf den frühern Beschlüssen verharren. — Frhr. v. Rotenhan verwahrte sich gegen eine solche Ansicht, dieß hieße die Freiheit der Kammern hemmen. — Abg. Bartsch spricht sich gegen die Modifikation der Kammer der Reichsräthe aus, weil da, wo kein Verlust nachgewiesen werden kann, auch auf eine Entschädigung nicht Anspruch gemacht werden könne, in demselben Sinn aus. — Art. 3 nach der Fassung der Kammer der Reichsräthe wurde mit immenser Majorität verworfen. — Bei Art. 4 (Fassung des Entwurfs) wurde von Dekan Bauer bemerkt, daß nicht die Kammer der Abgeordneten, sondern die allgewaltige Zeit das Prinzip des Gesetzes wolle. Da die Todtenfall-Handlöhne nicht auf persönlichen Rechten beruhen, wie das Mortuarium oder Sterbhandlohn, so stimme er der Modifikation der Kammer der Reichsräthe bei. — Abg. Schland. Man lasse doch alle lateinische Sprüche weg, die Bauern verstehen sie nicht, also nicht Mortuarium, sondern Todfall. — Abg. Bestelmayer stimmte auch für die Fassung der Kammer der Reichsräthe. — Abg. Bartsch stimmte gegen Bauer und Bestelmayer. Der Todfall trete ja nur ein, wenn die Person des Grundherrn sterbe, oder die Person des Grundholden; dieß sey ja doch wahrhaftig rein persönlich. Also müsse er gegen die Fassung der Kammer der Reichsräthe stimmen, folglich zur Aufhebung des Todfalles ohne Entschädigung. — Abg. v. Scheurl behauptete dagegen, der Todfall sey kein persönliches Handlohn, da er auf den Gutswerth hin berechnet werde. Er stimme für Annahme der Modifikation der Kammer der Reichsräthe, um nicht etwa bei unklarer Sache ein Unrecht zu begehen. — Dr. Ruland. Das Sterbhandlohn sey eine auf Grund und Boden haftende Last, er stimme also mit Dekan Bauer, da die frühere Abstimmung der II. Kammer auf einem Rechtsirrthume beruht habe. — Dekan Bauer zitirte hierauf aus dem Bairreuther Gesetze, daß das Sterbhandlohn wirklich die Natur eines Laudemiums besitze, und, da man Laudemien nicht ohne Entschädigung aufheben wolle, so müsse man auch der Modifikation der Kammer der Reichsräthe: „Aufhebung des Sterbhandlohns mit Entschädigung", beistimmen. — Graf v. Hegnenberg bekannte auch seinen frühern Rechtsirrthum, und drang auf Zustimmung der Modifikation der Kammer der Reichsräthe, eben weil es sich hier nicht um ein persönliches Handlohn handle, sondern dieses auf Grund und Boden hafte. — Dagegen sprach der Abg. Bartsch. Der Grundbesitz sey nur der Maßstab zur Regulirung des Gefälls gewesen, aber deßwegen kein Grundgefäll; eben so sey es bei allen Einkommensteuern, wo man als Basis das Geschäft, aber nicht die Person ins Auge fasse. — In demselben Sinn sprach Abg. Unterberger, es handle sich rein nur um ein persönliches Recht. — Auch Abg. Weinzierl stimmte der Modifikation der Kammer der Reichsräthe nicht bei. — Dr. Schwindl sprach gegen alle jene Redner, die das Todfallhandlohn als eine persönliche Last betrachteten. Daß solche Handlöhne durch Verträge in späterer Zeit auf Grund und Boden gelegt worden, entscheide Nichts gegen die persönliche Natur der Last. Er stimme, wie im Ausschusse, für Beibehaltung der Regierungsfassung. — Frhr. v. Lerchenfeld. Mortuarium heiße nicht Todfallhandlohn, sondern Besthaupt; das Letztere sey nun rein persönlich gewesen, sey bestanden aus dem besten Stück seiner fahrenden Habe. Das Besthaupt sey nun zwar als ein Stück der Leibeigenschaft 1808 aufgehoben worden, bestehe aber doch noch mißbräuchlich in manchen Gegenden, und deßhalb habe die Regierung diesen Begriff ins Gesetz aufgenommen. Das Todfallhandlohn sey aber die Zahlung der Hälfte des Laudemiums und die Zahlung der andern Hälfte erst später. Das Todfallhandlohn erhebe der Staat fort und fort; ob dasselbe nun ein Handlohn im echten Sinne des Wortes oder ein Zweig der Leibeigenschaft sey, entscheide man nicht sogleich; nach verschiedenen Observanzen sey auch die Entscheidung verschieden. Eine Rechtsfrage aber hier durchzuhauen, sey nicht der Ort. Art. 7 werde schon das Rechte finden. — Hierauf wurde die ursprüngliche Fassung des Art. 4 nach Antrag der Kammer der Reichsräthe angenommen. — Art. 5 (Aufhören des Blut- und Neubruch-Zehents) hatte die Kammer der Reichsräthe einen Zusatz gegeben, daß nämlich die den Geistlichen durch den Entgang des Blutzehents entgehende Kongrua vom Staate ersetzt werden sollen. — Ausschuß und Referent hatten gegen diesen Antrag gestimmt. — Dr. Ruland ergriff das Wort für ihn. Der Hr. Bischof von Augsburg, dessen Diözese aus mehr als 800 Pfarreien bestehe, habe unter voller Beistimmung der Kammer der Reichsräthe jenen Antrag auf Entschädigung gestellt. Es handle sich hier um Erfüllung einer einfachen Forderung der Gerechtigkeit. — Abg. Schnetzer. Man werfe die Besoldungen der hohen Geistlichkeit mit der der niedern zusammen, dann sey für alle billig gesorgt. — Dr. Rammoser: Es sey ja im eigenen Interesse der Kammer, dem Zusatze der Kammer der Reichsräthe beizustimmen. Man mache aus den Geistlichen, was man wolle, man schlage sie todt, aber man müsse sie doch haben; zahle der Staat den Ausfall der Congrua der Geistlichen nicht, so müssen ihn die Gemeinden zahlen. Das Volk habe Vertrauen auf die Gerechtigkeit der Kammer. Die Zeit fordere viel, wohl aber doch nichts Ungerechtes. Er brachte eine Modifikation dahin ein: „es möge über den Ausfall der künftigen Kammer ein Gesetz vorgelegt werden." Die Kammer und Dr. Müller unterstützten die Modifikation. Es werden zur Konstituirung eines solchen Gesetzes auch bessere Fassionen kommen. — Abg. Rehlen unterstützte auch die Modifikation, wie Abg. Schland. — Dr. Schwindl meinte jedoch, der Hr. Antragsteller trete immer sehr leise auf und wolle nichts anders, als eine Garantie der Entschädigung für die Geistlichkeit; er stimme dagegen. — Frhr. v. Thon-Dittmer erkannte zwar auch die Billigkeit des Zusatzes der Kammer der Reichsräthe, aber er könne doch nicht und auch der Modifikation des Dr. Rammoser nicht beistimmen. Mißlich sey's, Zusicherungen von Entschädigung zu geben. Das verlangte Gesetz der Entschädigung liege nicht im Bedürfnisse der Zeit, er glaube, die Modifikation könne am Schlusse des Gesetzes als Wunsch angefügt werden. Die Staatsregierung müsse der Zeit und ihren Anforderungen auch Rechnung tragen. Der Blutzehent stehe der Kultur positiv entgegen. Den Grundsatz, der Zeit Rechnung zu tragen, werde die Regierung immer fest halten. — Hiernächst wurde der erste Abschnitt des Art. 5 angenommen, dagegen die Modifikation des Dr. Rammoser und der zweite Abschnitt (Entschädigung für Congrua) verworfen. — Art. 6 war von dem kombinirten Ausschusse in der ursprünglichen Fassung der Kammer der Abgeordneten begutachtet worden. Die Kammer stimmte also auch der Modifikation der Kammer der Reichsräthe auf Streichung des Artikels (Aufhebung des Jagdrechtes) nicht und behielt ihre frühere Fassung bei. — Bei Art. 6 wurde die Modifikation der Kammer der Reichsräthe angenommen. — Die Aufzählung von Beispielen bei Art. 7 hatte der Ausschuß beibehalten, während die Kammer der Reichsräthe sie gestrichen wissen wollte. — Rehlen, Barsch und Bestelmeyer erklärten sich dagegen, Scheurl dafür, indem in diesem Falle der Kammer der Reichsräthe wohl nachgegeben werden könne. Die Kammer nimmt die Modifikation der Reichsräthe mit Stimmenmehrheit an, eben dieß gilt in Bezug auf Art. 8. In Bezug auf Art. 9 bleibt die Kammer der Abgeordneten bei ihrer Fassung des Artikels. Zu Art. 9 und 12 wird die Modifikation der Reichsräthe verworfen. Hierauf Schluß der Sitzung und Anberaumung der nächsten auf heute Abends halb 5 Uhr.

München, 29. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die L. auf heute um 9 Uhr Vormittags angesetzte öffentliche Sitzung.) 1. Verlesung des Protokolls der XLIX. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Vortrag, Berathung und Schlußfassung über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe bezüglich des Gesetzentwurfes: die Wahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung betr. — 4. Vortrag, Berathung und Schlußfassung über etwaige von der Kammer der Reichsräthe einlaufende Rückäußerungen und Verlesung der deßfallsigen Beschlüsse.

Schleswig-Holstein.

Die provisorische Regierung hat verfügt, daß von der Handelsflotte der Herzogthümer Schleswig-Holstein die deutschen Farben als Flagge zu führen sind und zwar dergestalt, daß die Farben schwarz, roth, gelb in der angegebenen Reihenfolge horizontal aufgezogen werden. — Der k. preußische Major der Artillerie, Schmitt, ist von dem Oberbefehlshaber der Armee, dem General v. Wrangel, zum Festungs-Kommandanten der Festung Rendsburg ernannt worden. Der Major von Abercron bleibt in seiner Funktion als Platzkommandant.

Berlin, 21. Mai. Die Voss. Z. entnimmt einem Privatschreiben aus Fridericia folgende Mittheilungen: Die Dänen sind bei Strüp und Middelfahrt noch immer mit der Errichtung starker Küstenbatterien beschäftigt. Wir sind indessen auch nicht müßig und werden ihnen nun auch schweres Geschütz entgegenstellen, da eine Anzahl hier vergraben gewesener 18pfündiger Kanonen, denen die Schildzapfen abgebrochen waren, wieder zum Gebrauch hergestellt sind. Die Einwohner sind mit allen Mitteln sehr gegen uns aufgereizt worden, aber vergeblich, da wir durchaus strenge Mannszucht halten, da Niemandes Eigenthum noch Person gefährdet ist, so sind sie sehr zufrieden, im Gegentheil sind sie hier in Fridericia seit dem Bombardement am 8. Mai, das der Stadt schweren Schaden zugefügt hat, sehr erbittert auf die Dänen. Die Besorgnisse von einer unvermutheten Landung dieser letztern sind zwar einzeln vorhanden, aber unbegründet; denn man macht sich dabei nicht klar, wie schwierig es ist, die Vorbereitungen zu einer Landung in bedeutender Zahl (und jede andere würde nur den Landenden schädlich seyn, nicht uns) zu treffen, die Schiffe zu versammeln, die Truppen ein- und auszuschiffen u. s. w. Ueberdies ist die Armee der Dänen durch ihre völlig aufgelöste Flucht sehr demoralisirt, und würde daher auch bei dem schwierigen Unternehmen einer Landung keine sehr sichere Stütze bieten. Schiffe freilich würden uns von unberechenbarem Nutzen seyn, und wir dürften behaupten, wenn wir zehn armirte Schiffe hätten, so hätten wir Frieden. Fridericia selbst ist ein ärmlicher Ort. Er hat nur Häuser von einem Stockwerk. Innerhalb der Werke befinden sich viele leere Räume, Kasernen fehlen ganz. Die Gegend ist schön, wasserreich und mit herrlicher Waldung durchschnitten. Seit Holstein übrigens das erste Terrain, wo Kavallerie zu verwenden wäre.

Rendsburg, 21. Mai. Auf das Schreiben des k. norwegischen und schwedischen General-Konsuls Georg Malmros in Kiel hat die provisorische Regierung unterm 18. d. die nachfolgende Antwort erlassen: „Das Schreiben des k. schwedisch-norwegischen General-Konsulats zu Kiel vom 16. d. M., betreffend den eventuellen Einmarsch k. schwedischer Truppen in die dänischen Inseln, hat die provisorische Regierung entgegengenommen. Mit Bedauern ersehen wir daraus, daß Se. Maj. der König von Schweden sich durch Befürchtungen für die Sicherheit des ganzen Nordens veranlaßt gefunden hat, die Zusammenziehung von Truppen anzuordnen. Dagegen gereicht es uns zur Beruhigung, daß diese Maßregeln nur zum Schutze der vereinigten Königreiche Schweden und Norwegen getroffen werden, daß die kgl. Truppen nur für die dänischen Inseln bestimmt sind und auch dort nur vollkommen defensiv verfahren werden. Es freut uns, zu erfahren, daß diese Maßregeln ohne Nachtheil für den deutschen Handel bleiben sollen, so lange keine Feindseligkeiten gegen den Handel und die Schifffahrt der vereinten schwedisch-norwegischen Reiche von unserer Seite begonnen werden. Wir ersuchen Sie, dem k. schwedischen Departement dagegen die Zusicherung zu ertheilen, daß wir uns unter den obwaltenden Verhältnissen bestreben werden, dem Handel und der Schifffahrt der vereinigten Königreiche, in Uebereinstimmung mit den bisher bestandenen Verträgen, möglichsten Schutz zu gewähren. Ueberhaupt haben die Herzogthümer Schleswig-Holstein nie die Absicht gehegt, irgendwie angreifend zu verfahren. Die Landesrechte der Herzogthümer auf staatliche Selbstständigkeit und unzertrennliche Vereinig-

ung beruhen auf unzweifelhaften Urkunden und Traktaten, und mehr als einmal hat der schwedische Arm sein siegreiches Schwert für die Erhaltung dieser Landesrechte erhoben. Alle regierenden Fürsten des oldenburgischen Hauses und selbst Se. jetzt regierende Maj. der König Friedrich VII. bei seiner Thronbesteigung haben die Landesrechte anerkannt und ihre Geltung versprochen; aber die unterm 24. März d. Js. unter dem Einfluß drohender Volksbewegung auf dem Schlosse Christiansburg erlassene Resolution hat den Bruch derselben offen ausgesprochen. Durch diesen Bruch und die darauf folgenden Gewaltthätigkeiten dänischer Truppen sind die Herzogthümer Schleswig-Holstein zur bewaffneten Selbstvertheidigung gezwungen; nur auf die Anerkennung unserer Landesrechte gegen dänische Gewaltherrschaft geht unser Bestreben, und wir werden in dem begonnenen Kampfe mit Gottes Hilfe und durch den Beistand des deutschen Bundes diese unsere Rechte sammt deren nothwendigen Folgerungen auch für die Zukunft sicher stellen.“ (B. H.)

Ansprache der in Aurich versammelten ostfriesischen Landstände an die deutsche Reichsversammlung zu Frankfurt a. M. bei deren Eröffnung am 18. Mai 1848. Zweimal schon in neuerer Zeit war der achtzehnte ein Tag des Ruhmes und des Sieges der unüberwindlichen Kraft des deutschen Volkes. Zweimal schon jauchzten wir dem Morgen der Erlösung entgegen. Zweimal schon leuchteten unsere Bergaltäre von Freudenfeuern und erklangen Jubelhymnen durch alle deutsche Gauen. Allein die glorreichen Heldenthaten, wodurch das deutsche Volk auf den Schlachtfeldern von Leipzig und Waterloo sich unverwelkliche Lorbeeren errang, brachten ihm zwar Befreiung von der Fremdherrschaft, nicht aber Erlösung von Fesseln innerer Willkür und Gewalt. Doch endlich am dritten Tage, am 18. Mai, den wir heute feiern, ist es auferstanden von den Todten, um in glorreicher Verklärung das Reich der Freiheit, des Lichtes und des Rechtes, das Reich des Friedens und des Segens zu beginnen. Darum lodern noch einmal an diesem heiligen Tage der Auferstehung des deutschen Volkes die Freudenfeuer, erschallen noch einmal die Jubellieder, und dießmal nicht vergebens. Zweimal schon umsonst ist, wie einst vor Tarquin, die Sybille der Zeit mit ihren gerechten unabweislichen Forderungen vor die Fürsten und Gewalthaber im Volke getreten und sie haben sie schmählich abgewiesen. Jetzt zum dritten Male endlich haben sie diesen Forderungen nicht länger widerstanden, sondern die mißhandelten Völker in ihre alten natürlichen Rechte wieder einsetzen müssen, und die Völker werden sich diese ihre Rechte nicht noch einmal entwinden lassen. Deßhalb hat das auferstandene deutsche Volk seine Selbstherrschaft ausgerufen in der St. Paulskirche zu Frankfurt; deßhalb hat es zur Befestigung dieser seiner Selbstherrschaft gegenüber allen Anmaßungen der Fürstengewalt, seine Vertreter entsandt zur alten Krönungsstadt, um dort dem großen Werke der Wiedergeburt Deutschlands die Krone der Vollendung aufzusetzen. Deßhalb sind aller Augen auf Euch gerichtet, aller Herzen Euch zugewandt, Ihr wackeren deutschen Männer in Frankfurt, die Ihr vom Volke durch freie Wahl zu dem heiligen Werke berufen seyd, welches Ihr heute beginnt und von allen Orten und Enden entsendet man Euch Segenswünsche, um Euch zu Eurer großen Aufgabe zu ermuntern, zu stärken und zu erheben. In diese Segenswünsche stimmen auch wir nach uralter Upstallsboomscher Sitte zum Maiandtage versammelte Friesen an den äußersten Grenzen des Reichs, am fernen Gestade der Nordsee um so freudiger ein, als die heilige Sache der Volksherrschaft, welche Ihr jetzt für ganz Deutschland verfechtet, von unseren Vätern und von uns am längsten auf deutscher Erde mannhaft vertheidigt worden ist. Denn wir sehen, daß Ihr einen Upstallsboom für ganz Deutschland aufgepflanzt habt zu Frankfurt. Um diesen Baum deutscher Freiheit wollen wir mit Euch uns schaaren und mit ihm wollen wir mit Euch stehen und fallen, und deßhalb begrüßen wir Euch und alle Deutsche statt mit dem altfriesischen „Kala frea Fresena“ mit dem deutschen Brudergruße: Heil! Euch, Ihr freien deutschen Männer! Aurich, den 18. Mai 1848. Die versammelten ostfriesischen Landstände. (Folgen die 45 Unterschriften.) (Wes.-Z.)

Hannover.

Vom Rhein, 21. Mai. In dem Augenblick, wo der bayerische Entwurf eines Reichsgrundgesetzes sich dem Streben nach einer einigen und starken Bundesverfassung mit aller Offenherzigkeit entgegengestellt, tauchen auch auf einer andern Seite dieselben Neigungen des Partikularismus auf, nämlich in Hannover. Minister Stüve, der wegen seines ehrenwerthen Widerstandes gegen den Gewaltstreich von 1837 sich bisher eines populären Ansehens erfreute, ohne sonst oder auch neuerlich als Staatsmann durch ein besonders freisinniges Auftreten sich bemerklich gemacht zu haben, hat in der hannover'schen Kammer sich ausführlich über das ausgelassen, was seit dem Zusammentreten des Vorparlaments in der deutschen Verfassungsangelegenheit geschehen ist oder noch zu erwarten steht. Wir wollen zwar nicht Alles vertreten, was der Fünfzigerausschuß gethan oder in offener Verkennung seiner wahren Stellung versucht hat, aber daß ein Staatsmann die öffentlichen Dinge in Deutschland so schief auffassen und in so übertriebener Weise schildern kann, das ist bedauerlicher als alle Uebergriffe des Fünfzigerausschusses. Stüve entwirft eine Schilderung unserer Zustände, wie man sie bisher nur von der radikalsten Seite als Alarmmittel vernommen hat; er wirft Vorparlament, Fünfzigerausschuß und den Aufruhr in Baden, Alles in einen Sack und spricht darüber ganz im Tone der Leute, die seit dreißig Jahren Reform, Revolution und Anarchie über einen Kamm zu scheeren gewohnt waren. Doch das sind abgemachte Dinge, und wir wollen dem hannover'schen Minister sein eigenes Urtheil nicht mißgönnen über Verhältnisse, die bereits der Geschichte angehören. Viel bedenklicher ist das, was er über die Gegenwart und Zukunft der deutschen Verfassungsangelegenheit ausspricht; gerade so schroff und eigensinnig wie Bayern, will er hier die besondere hannover'sche Glückseligkeit gegenüber der neuen deutschen Einigung und Umgestaltung festhalten. Der Verfassungsentwurf der Vertrauensmänner, lange die Zielscheibe der Angriffe von der äußersten Linken, wird jetzt auch von hoher und höchster Seite bitter angefochten, und merkwürdiger Weise stimmt die alte Politik, der Republikanismus und die Anarchie gerade in dem Hauptpunkte — der Frage über die deutsche Centralgewalt — ziemlich überein. Auch Stüve meint: die Bestimmung über das Kaiserthum sei unausführbar, ein deutscher Regent mit dieser Macht werde nie von den Fürsten anerkannt werden, das alte Föderativverhältniß werde damit ganz vernichtet. Das Letzte ist unzweifelhaft richtig, nur ist es zu wundern, daß der hannover'sche Staatsmann erst jetzt auf diese Entdeckung kommt; ob das Erste richtig ist, müssen wir erst abwarten, und die nahe Zukunft wird entscheiden, was mehr ins Gewicht fällt, die Einigungsbestrebungen der deutschen Nation oder der Partikularismus einzelner Dynastien und ihrer Minister. Stüve scheint sich aber zu einem förmlichen Widerstand zu rüsten; steht ja doch hinter ihm, wie er unverhohlen andeutet, das hannover'sche Interesse. Er prophezeiht von einem einheitlichen System des Zollwesens den innern Krieg, er sieht schon das „muthige, tapfere Küstenvolk“ sich den deutschen Reichszollbehörden widersetzen, er erschrickt vor dem Gespenst einer Centralisation, das allerdings in der bisherigen Misere unserer deutschen Zustände uns nicht viel zu schaffen gemacht hat. Er sieht die Nationalversammlung von äußern Gefahren und Terrorismus bedroht, er will ihre konstituirende Gewalt anfechten und appellirt schließlich an die „braven Hannoveraner, die ihren König noch nie verlassen hätten und ihn auch jetzt nicht verlassen würden.“ Unzweideutiger kann die Sonderbündelei nicht reden; dieses Vorschieben partikularer Interessen, dieser Angstruf gegen die Tyrannei einer Centralgewalt, diese Berufung an die Unterthanenloyalität gegen die Dynastie — das Alles haben wir in Deutschland oft und viel erlebt — es ist die Politik, durch die wir zu den berühmten Verträgen von Münster und Osnabrück, von Luneville, Preßburg und Tilsit gelangt sind. Sie hat nur in Wenigem den technischen Ausdruck gewechselt, sie träumt auch heute noch von einer bayer'schen oder hannover'schen, einer wittelsbach'schen oder guelfischen Herrlichkeit und sieht gar nicht ein, daß die ungeheure Mehrheit der Nation endlich begriffen hat, daß auch die kostbarsten inneren Freiheiten schutzlos und kraftlos sind, ohne eine starke äußere Einheit. Die innern Freiheiten sind uns jetzt zugesagt oder verbürgt, es gilt nur, sie zu erhalten; die äußere Einheit haben wir erst zu erringen, und wer sich dem widersetzt, stellt sich ganz auf den Standpunkt der alten Reaktion, über die die Weltgeschichte jetzt gerichtet hat. Wir fürchten jetzt die Reaktion nicht, die uns etwa die freie Presse oder das Vereinsrecht oder die Volksbewaffnung eines schönen Morgens wieder nehmen wollte; wir begreifen es auch nicht, wie man Sturm läuten mag durch die deutschen Gauen, wenn ein hessischer Bundestagsgesandter ein Promemoria vorlegt, aber die Reaktion ist ernster Art, die gleich am ersten Tage, wo die Nationalversammlung zusammentritt, ihre Antipathie gegen ein deutsches Verfassungswerk mit so trauriger Offenherzigkeit an den Tag legt. Diese Reaktion, die sich dem lautesten Rufe der Zeit störrig verschließt und statt einer harmonischen deutschen Konstitution die alte deutsche Konfusion verewigen möchte, diese Reaktion, wie sie an der Isar und an der Leine, und wohl auch anderwärts bereits ihr Haupt mächtig emporhebt, wird hoffentlich in der Nationalversammlung wie im Volke die rechte Antwort finden. Die Herren, die uns da ein neues politisches Monstrum, halb Bundesstaat, halb Staatenbund zurecht machen möchten, haben aus dem Ausgang des Aufruhrs in Baden ohne allen Grund größere Hoffnungen geschöpft; wollte man dort keinen Sonderbund, so will man auch anderwärts das nationale Gebäude nicht durch partikularistische und dynastische Interessen untergraben sehen. (D. Z.)

Freie Städte.

Hamburg, 19. Mai. Das hiesige Komité für eine deutsche Kriegsmarine macht nachstehende Ansprache in Betreff des Marinekongresses am 31. Mai bekannt: „Das unterzeichnete Komité fühlt sich gedrungen, öffentlich Zeugniß abzulegen von der großen Theilnahme, welche ihr Unternehmen in weiten Kreisen in Deutschland gefunden hat. Als das bedeutsamste, als das erfreulichste Ergebniß des neu erwachten Strebens muß der von dem Fünfzigerausschuß zu Frankfurt an die deutschen Uferstaaten ergangene Antrag begrüßt werden, der Antrag auf einen am 31. Mai d. J. in Hamburg zu bildenden Marinekongreß. Das Komité hält sich verpflichtet, auch seinerseits dahin mitzuwirken, daß diesem Antrage diejenige Folge möge gegeben werden, welche die Wichtigkeit der Sache fordert. Vereinte Kraft, einige Wirksamkeit ist noth, wenn der Grund gelegt werden soll zu einem Werke, wie Deutschlands Interesse, wie Deutschlands Würde es verlangt. Daß doch Keiner zurückschrecken möge vor der Schwierigkeit der Aufgabe. Ein kräftiges Handeln trägt in sich die Sicherheit des Gelingens. Oder soll Deutschland nach weiteren 30 Jahren etwa noch einmal die verlorne Zeit zu beklagen haben, wenn es bedroht wird von einer feindlichen Seemacht? Daß aber bei diesem nationalen Werke sich auch bewähren möge Deutschlands treueinige Gesinnung! Daß Deutschlands Einigkeit auch hier als unsere größte, als eine unüberwindliche Macht so lebendig von uns möge erkannt werden, wie sie zu allen Zeiten von den Feinden Deutschlands erkannt ist. Und niemals wird wieder ein Feind — wie in diesem Augenblicke noch Dänemark — es wagen dürfen, die Hoffnung laut werden zu lassen, daß Neid und Eifersucht ein Werk untergraben werde, welches begonnen wird im allgemeinen deutschen Interesse, welches sich stützt auf Deutschlands vereinigte Kraft. An alle Deutsche, an alle Vertreter der berufenen deutschen Uferstaaten insbesondere ergeht daher die Ansprache des unterzeichneten Komités, daß Jeder, so viel an ihm, dahin wirken und die Einleitung der erforderlichen Schritte fördern möge, damit die geeigneten Abgeordneten zu der auf den 31. Mai angesetzten Eröffnung des ersten deutschen Marinekongresses zahlreich sich einfinden. Wir und ganz Hamburg werden mit freudigem Gruße sie empfangen. Eine einheitliche Wirksamkeit fußend auf großer deutscher Grundlage und gerichtet auf die Herstellung einer Seemacht, welche Deutschlands würdig, wird die vereinzelte, auf das Bedürfniß des Augenblickes beschränkte Thätigkeit in sich aufnehmen. Soll aber der Antrag des Fünfzigerausschusses von Segen seyn für ganz Deutschland, so sorgt Alle, an die er ergangen ist, daß zeitig sich in Hamburg die Männer vereinigen, deren Einsicht und kräftiges Handeln berufen ist, ein Werk zu gründen zu Deutschlands Sicherheit und Ehre. Hamburg, 19. Mai 1848. Das Komité für eine deutsche Kriegsmarine: R. M. Sloman. J. C. Godeffroy und Sohn. Roß Vidal und Comp. A. J. Woldsen.“ (B. H.)

Oesterreich.

Wien, 21 Mai. So eben ist durch ein Placat in böhmischer Sprache eine große Versammlung auf heute Abend, um 7 Uhr im Riesensaal des „Odeon“ angekündigt, zur Aufrechthaltung der slavischen Nationalität

Digitized by Google

für Böhmen, Mähren und Schlesien. Die Einladung macht Sensation. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Krakau, 14. Mai. So eben ist ein von zahlreichen Unterschriften bedeckter Protest der Krakauer Einwohner gegen die in den letzten Apriltagen von den Krakauer Zivil- und Militärbehörden verübten Gewaltthaten und Mißbrauch der Amtsgewalt an den provisorischen Präsidenten des Ministerraths, Frhrn. v. Pillersdorf, abgegangen. Dem Proteste, der eine lange Reihe höchst gegründeter Beschwerden gegen das in der That wirklich unverzeihliche Benehmen der galizischen Regierung, deren Maßregeln eher auf die planmäßige Hervorrufung einer allgemeinen Revolution, und der Mordszenen des Jahres 1846 als auf Herstellung der Ruhe und Erhaltung dieser Landestheile abzuzielen scheinen, ist eine Anklageakte beigefügt, die wir hier ihrem Wortlaute nach wiedergeben. Anklageakte. Exzellenz! Aus dem zu den Stufen des Thrones Sr. kais. Majestät niedergelegten und gegen die am 26. April in Krakau durch die Militärbehörde verübten Gewaltthaten und Grausamkeiten gerichteten Proteste der gesammten Krakauer Einwohnerschaft werden Euer Exzellenz ersehen, daß die Unterzeichneten von ihren Mitbürgern ermächtiget sind, die erwähnte Militärbehörde bei dem verantwortlichen Ministerium Sr. Maj. in Anklagestand zu versetzen und das gesetzliche Verfahren gegen dieselbe zu erwirken. Die Thatsachen, auf welche sich die Anklage der Krakauer Einwohner gründet, sind folgende: I. Daß die Militärbehörde durch die gewaltsame, am hellen Tage vorgenommene Beschlagnahme der für die Nationalgarde, mit Bewilligung des Krakauer Kreishauptmannes, vorbereiteten Waffen, zuerst den Auflauf des schon früher durch andere nicht zeitgemäße Maßregeln gereizten Volkes provozirte. II. Daß dieselbe am 26. April das Militär sogleich ohne Aufforderung und ohne alle vorangehenden Vermittlungsversuche zum thätlichen Auftreten bestimmte und sogar gegen eine ganz wehrlose Menge feuern ließ. III. Daß auf deren Befehl das Militär, ohne den geringsten Versuch, die in ihrem Angesichte errichteten Barrikaden zu zerstören gerade im Gegentheile gegen die Nationalgarde, welche sich aus freien Stücken zur Aufrechthaltung der Ordnung versammelte, und sogar an mehreren Orten mit der Zerstörung der Barrikaden beschäftigt war, rücksichtslos und blindlings ihr Feuer eröffnete. IV. Daß die auf das Schloß zurückgezogene Garnison, auf deren Befehl und ohne Rücksicht auf die sogar im Kriegszustande geltenden allgemeinen Regeln, ohne irgend eine Ankündigung, die Stadt mit Granaten und Raketen zwei Stunden lang beschoß. V. Daß dieselbe in der dadurch nur noch mehr offenbarten Absicht der gänzlichen Vernichtung der alten Piastenstadt, das Militär von dem Kriminalgefängnisse zurückzog, obgleich das Kriminalgebäude im Bereiche der von dem Militär besetzten strategischen Linien lag; und daß sie dadurch die Flucht der Sträflinge veranlaßte. VI. Daß die Militärbehörde durch die der Stadt gewaltsam aufgedrungene Kapitulation, der eben am 26. April erhaltenen Konstitutionsurkunde zuwider, die Ausweisung der polnischen Emigranten auf eigene Faust anbefahl, ungeachtet der ihnen bis dato bewilligten Rückkehr. VII. Daß dieselbe der obgenannten Konstitution zuwider, in Krakau ein militärisches und demnach exzeptionelles Regiment einführte, wodurch alle verfassungsmäßigen Garantieen bis auf den heutigen Tag aufgehoben sind. Alle diese Thatsachen werden theils durch die von der Militärbehörde veröffentlichten Anordnungen, theils durch die Aussage der Zeugen erwiesen werden, und es wird daraus erhellen, daß diese Behörde, weit entfernt, ihren Schutz der unschuldigen Stadt zu gewähren und die Ruhe zu erhalten, die Waffen zum Vergießen unschuldigen Blutes gebrauchte und nur zum Unglück der Stadt wirkte. Da also die unter dem Kanonenfeuer erzwungene Kapitulation schon aus diesem Grunde null und nichtig ist, und daher für die Stadt keine verbindende Kraft haben kann; — da die Ermittlung der oben angeführten Thatsachen nur auf dem Wege einer eigens dazu entsandten Untersuchungskommission erfolgen kann, welche unter die Kontrolle des laut der Konstitution unumgänglichen öffentlichen Verfahrens gestellt werden muß; — so ersuchen die Unterzeichneten im Namen aller Einwohner Krakau's: 1. Daß eine theils aus Staatsbeamten, theils aus Delegirten der Wiener Bürgerschaft gleichmäßig zusammengesetzte Untersuchungskommission sogleich nach Krakau entsendet werde, mit dem ausdrücklichen Auftrage, ihre Mission öffentlich und auf eine die Gewissenhaftigkeit des Verfahrens verbürgende Weise zu vollführen. 2. Daß diejenigen Mitglieder der Militärbehörde, deren Schuld erwiesen werden wird, wirklich bestraft und dieselben für den dem Staate und den Einwohnern Krakau's zugefügten Schaden zum Ersatze angehalten werden. 3. Daß uns von Eurer Exzellenz über diese Ihnen als provisorischen Ministerpräsidenten eingehändigte Klage ein amtlicher Empfangsschein ausgestellt, und dabei die Versicherung gegeben werden möchte, daß diese Anklageakte sofort auf den Weg ihrer kompetenten amtlichen Erledigung weiter gebracht werde. Indem wir uns hiemit des uns von unseren Mitbürgern gegebenen Auftrages entledigen, glauben wir zugleich eine heilige Pflicht zu erfüllen, wenn wir Eurer Exzellenz die Vollführung unserer ergebensten Gesuche als das einzige Mittel anempfehlen, welches die wohl mit Recht entrüsteten Gemüther nicht nur der Krakauer, sondern auch aller galizischen Einwohner beschwichtigen könnte. — Wir rechnen in dieser Hinsicht auf die bekannte Staatsklugheit und Unpartheilichkeit Eurer Exzellenz, und verharre mit der größten Hochachtung und Ehrerbietung Eurer Exzellenz unterthänigste Diener. Anton Sigmund Helcel, Dr. der Rechte. Stephan Graf Potocki. J. H. S. Rzesinski, Dr. der Rechte. Wien, den 13. Mai 1848.

(D. konst. Z.)

Schweiz.

†Die Schweiz schreitet rüstig in ihrem Bundesverfassungswerke voran. Die Tagsatzung hat in Artikel 11. des Bundesentwurfs die Bestimmung getroffen, daß für die Zukunft keine Militärkapitulationen mit auswärtigen Staaten geschlossen werden dürfen. Obwohl dieser Artikel 11. des Bundesentwurfs, so wie die ganze neue Bundesverfassung erst der Sanktion des gesammten Schweizervolks zu unterstellen ist, so ist doch zu erwarten, daß das gesammte Schweizervolk diesem Beschlusse beistimmen werde. Die Militärkapitulationen mit auswärtigen Staaten, diese Spekulationen mit dem Blute der Söhne der freien Schweiz hätten nach dieser Bestimmung ein Ende. Wenn man bedenkt, daß bis jetzt die Söhne der freien Schweiz als Söldlinge an die Fürsten auswärtiger Staaten sich verdungen haben, daß sie die freien Republikaner oft die Knechte der Tyrannen machten, so mußte man mit Wehmuth und Trauer diesem unbegreiflichen Treiben zusehen. Die jüngsten Tage erst zeigten uns die Schweizer auf der einen Seite in Oberitalien als Streiter für die Befreiung eines Volkes von fremdem Joche, auf anderer Seite aber sehen wir sie in Unteritalien zu gleicher Zeit als die Werkzeuge eines tyrannischen Fürsten ein Volk unterdrücken, das nach Freiheit strebt. Schweizertruppen sind im Verein mit bezahlten Lazzaronis in den Straßen Neapels den gerechten Forderungen lang unterdrückter Bürger mit ihren Bajonnetten begegnet, sie haben Bürger nach Hunderten hingemordet. Eine ewige Schmach in der Geschichte der Schweiz. Sollten sich die Söhne der Schweiz nicht anders ernähren können, als daß sie die Knechte der Tyrannen machen, die Welt ist groß und für alle hat die Erde Raum genug um sich ehrlich auf derselben ernähren zu können. Darum begrüßen wir freudig den oben erwähnten Beschluß, welcher der freien Schweiz nur Ehre gewährt.

Großbritannien.

London, 20. Mai. (Amerikanischer Vorschlag zu einer englischen Republik.) Wenn England auch Veränderungen in seiner Verfassung wird vornehmen müssen, so werden sich dieselben doch nicht so leicht und rasch bewerkstelligen lassen, wie Bruder Jonathan meint, dessen Phantasie durch die Nachrichten aus Europa erhitzt ist. Man höre, mit welcher Naivetät die „Amerikanische Sonne“ ein Zeitungsblatt in New-York, die Umwandlung Englands, der am Festesten gegründeten Monarchie, in eine Republik vor sich gehen läßt. „Die Engländer können dem Beispiele der Franzosen ohne Blutvergießen folgen. Sie sind ein nüchternes, bedächtiges Volk, welches an republikanische Formen gewöhnt ist. Die Männer von England, Alle, welche über 21 Jahre alt sind, können Abgeordnete zu einer Konvention schicken. Diese Konvention kann eine Verfassung aufsetzen und das Volk kann sie genehmigen, und dann können die Engländer ruhig die neue Regierung beginnen lassen. Sie können das Königthum abschaffen, der Königin 100,000 Dollars in zuzutragendem Eigenthume geben, zu 5 oder 6 pCt., jedem ihrer Kinder 20,000 Dollars und 20,000 Dollars dem Prinzen Albert. Eine Familie von 8 Personen kann mit 210,000 Dollars mit Ehren bestehen. Die Söhne der Königin können studieren, oder Kaufleute werden, ganz nach ihrem Gefallen, und die Mädchen mit einem hübschen kleinen Vermögen werden ihrer Zeit anständig verheirathet werden.“

Dänemark.

Die Kopenhagner Blätter enthalten die Nachricht von dem förmlichen Abschluß eines Defensivtraktates zwischen den drei skandinavischen Reichen.

Schweden und Norwegen

Stockholm, 16. Mai. Die Rüstungen nehmen unausgesetzt ihren Fortgang. In Carlskrona ist Befehl eingegangen, die Linienschiffe „Karl Johann“ und „Fädernesland“ schleunigst auszurüsten, außerdem 4 Segel- und 2 Dampf-Fregatten. Dieses Geschwader wird auf 3 Monate verproviantirt. Auf den Schiffswerften herrscht eine außerordentliche Lebendigkeit; es wird an Sonn- und Festtagen selbst gearbeitet, und zwar von 4 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends. Die Arbeitskräfte sind dadurch so angestrengt, daß man eine bedeutende Anzahl Zimmerleute hat annehmen müssen. Prinz Oskar ist schon am 6. d. in Karlskrona angelangt und mit großem Jubel empfangen worden. Kapitän Egerström geht mit einer Anzahl Kanoniere nach Gothenburg ab, um daselbst ein Kanonenjollen-Bataillon zu organisiren. Es sind etwa 700 Bootsleute aufgefordert, sich hier einzufinden, um für die Bemannung der Kanonen-Schaluppen verwendet zu werden. Mit mehreren Dampfschiffen sind etwa 30,000 Stück sechslöthiges Schrot nach Schonen und Gothenburg abgegangen. Die Feldbatterien von Christianstadt und Gothenburg sollen bereits nach Schonen aufgebrochen seyn. Das norwegische Korps, welches daselbst erwartet wird, beträgt 5000 Mann. (H. C.)

Neueste Nachrichten.

So eben erhalten wir direkt aus Triest folgende Nachricht vom 24. Mai: Die Stärke der die Stadt und den Hafen von Triest blokirenden neapolitanisch-sardinisch-venetianischen Flotte beträgt 5 Fregatten, 2 Korvetten, 6 Dampfer, 4 Kriegsbriggs und 11 kleinere Kriegsschiffe, sogenannte Penitschen. Die ganze Flotte ist ungefähr in folgender Weise aufgestellt: voran gegen die Rhede und Stadt Triest gerichtet, 7 Dreimaster (Fregatten und Korvetten); eine zweite Linie bilden die Zweimaster, dazwischen die 6 Kriegsdampfschiffe, welch letztere übrigens öfter thätig sind, und bald zwischen bald hinter den beiden Schlachtlinien kreuzen. — Die österreichische Seemacht im Hafen beträgt 3 Fregatten, 2 Korvetten und 4 Kriegsbriggs. Die Landbatterien sind mit 150 Kanonen versehen.

Neapel, 15. Mai. Die Reaktion hat hier vollständig gesiegt, Ferdinand der II. ist wieder absoluter König von Neapel. Näheres Morgen.

Paris, 25. Mai. Die motivirte Tagesordnung, welche bei den Interpellationen über Polen und Italien in der Nationalversammlung zum Zwecke der Abfassung dem Komité für die auswärtigen Angelegenheiten überwiesen wurde, wurde heute von Hrn. Drouyn de l'Huys im Namen des Komités gelesen und ohne alle Discussion einstimmig angenommen wie folgt. Die Nationalversammlung ladet die Kommission der vollziehenden Gewalt ein, sich den einstimmigen Wunsch der Nationalversammlung zur Richtschnur seines Handelns zu nehmen, welcher in folgenden Worten ausgedrückt ist: **Bruderbund mit Deutschland, Wiederherstellung der Freiheit und Unabhängigkeit Polens und Befreiung Italiens.**

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 30. Mai: „Die Geschwister,“ Schauspiel v. Göthe. Hierauf: „Erziehungsresultate,“ Lustspiel nach dem Französischen v. C. Blum. (Dlle. Hausmann — Marianne und Margarethe, als letzte Gastrollen.)

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 142.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kn. del. Gasse Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.

Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag XLIX. Jahrgang. **30. Mai 1848.**

Deutschland.

Protokoll der konstituirenden National-Versammlung zu Frankfurt a. M.

vom 24. Mai 1848.

Die Sitzung wird Vormittag 10 Uhr vom provisorischen Präsidenten Heinrich v. Gagern eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung vom 23. Mai 1848 wird vorgelesen und richtig gestellt. Nach geschehener Mittheilung des Betreffs der niedergelegten Anträge und eingegangenen Petitionen, so wie der Namen der Antrag- und Petitionssteller beschließt die Nationalversammlung auf den Antrag Rauwerks: durch die 15 Abtheilungen einen Ausschuß von 30 Mitgliedern zur Begutachtung der deutschen Verfassung und zur Prüfung der hierauf bezüglichen Vorschläge und Petitionen, und ebenso einen Ausschuß von 30 Mitgliedern zur Begutachtung der Arbeiter-, Zoll-, Handels- und Gewerbsverhältnisse und zur Prüfung der hierauf bezüglichen Vorschläge und Petitionen so zu ernennen, daß jede Abtheilung für beide Ausschüsse je zwei Mitglieder aus ihrer Mitte zu wählen habe. Weiters beschließt die Nationalversammlung auf Lettes und Schwarzenbergs Antrag: durch die Abtheilungen einen Ausschuß von 15 Mitgliedern zu ernennen, welcher über die Priorität der eingehenden Anträge und Petitionen vorbehaltlich der Konsultation der Nationalversammlung durch den Präsidenten zu entscheiden habe. Der Präsident liest zwei Schreiben des Vorsitzenden der nach Mainz entsendeten Kommission der Nationalversammlung vor, in welchen über die dortige Aufgeregtheit der Gemüther jedoch gegenwärtig herrschende Ruhe und über die auf den 25. d. M. früh 7 Uhr anberaumte Begräbnißstunde der gefallenen preußischen Soldaten Nachricht gegeben wird. Die Nationalversammlung bewilligt den Berichterstattern der öffentlichen Blätter die Mittheilung der vorkommenden Aktenstücke und nachdem die Abtheilungen an heutigem Tage Nachmittag 4 Uhr zur Vornahme der beschlossenen Wahlen sich zu versammeln aufgefordert sind, wird die Tagesordnung nun bekannt gegeben, die öffentliche Sitzung um 2 Uhr aufgehoben und die nächste Sitzung auf den folgenden Vormittag 11 Uhr festgesetzt.

Der Präsident (gez.) **v. Gagern.**

Der Schriftführer (gez.) Dr. Riehl.

Vom 25. Mai. 1848.

Die Sitzung wird Vormittag 11 Uhr vom provisorischen Präsidenten Heinrich v. Gagern eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung vom 24. Mai wird verlesen und genehmigt. Stedtmann aus Koblenz erhält durch Beschluß der Versammlung das Wort über eine Eingabe des Abgeordneten aus dem Herzogthum Limburg als eine dringliche Angelegenheit; — Stedtmanns Antrag, den Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten zur Prüfung des Verhältnisses von dem Herzogthum Limburg zu Deutschland schon jetzt niederzusetzen, und der Antrag Biedermanns, einen besonderen Ausschuß zur Prüfung dieses Verhältnisses zu ernennen, werden verworfen. Der Antrag Wigards, daß vorerst die Legitimationsprüfung der Abgeordneten aus dem Herzogthum Limburg an den Zentralausschuß zur Begutachtung der Wahlen gewiesen werden, wird angenommen und über Hardtmanns Antrag ausgesprochen, daß der Abgeordnete aus Limburg sofort einen Sitz in der Versammlung einnehmen könne. Schlöffel wünscht die Dringlichkeit seiner Anträge über Anerkennung des Freizugsrechtes der deutschen Staatsangehörigen und Mißbilligung des ungesetzlichen Verfahrens der Frankfurter Polizeigewalt zu begründen, es wird von der Versammlung abgelehnt. Sodann werden die selbstständigen Anträge einzelner Personen angezeigt. Venedey wünscht über die Dringlichkeit seines Antrages zum Schutz der ungestörten Verhandlungen des Reichstags zu sprechen, es wird beschlossen, ihm das Wort nicht zu geben. Hierauf werden die angelangten Schreiben und Petitionen angezeigt. Ueber Vorlesung der Vollmacht der ungarischen Abgesandten an die deutsche Nationalversammlung wird die Darlegung dieser Vollmacht beschlossen. Der Antrag von Glaß auf besondere Ehrensitze für die ungarischen Abgesandten wird angenommen und die Errichtung von Ehrensitzen im Allgemeinen auf die Berathung über die Geschäftsordnung gewiesen. Rauwerks Antrag, Betreff der italienisch-österreichischen Frage, die Dringlichkeit des von ihm gestellten Antrags zu begründen wird abgelehnt. Eisenmann zeigt als Ergebniß der Arbeiten des Zentralausschusses zur Prüfung der Wahlen an, daß bereits mehr als 450 Mitglieder legitimirt sind. Hergenhahn aus Wiesbaden zeigt an, daß die Kommission über die Mainzer Angelegenheiten in der nächsten Sitzung berichten werde. Zitz stellt den Antrag, daß auf diese Berichterstattung die Diskussion sofort zu folgen habe. Die Verhandlung über den Bericht des Ausschusses zur Bearbeitung des Raveauxschen Antrags und der gestellten Amendements wird bis zur nächsten Sitzung vertagt. Der Antrag Simons aus Trier, die Dringlichkeit der von ihm über Volkswehr und Exekutivgewalt gestellten Anträge zu begründen, wird abgelehnt. Sonach werden die in den Abtheilungen gewählten Mitglieder des Verfassungsausschusses, des Ausschusses, für die Arbeiter-, Handels- und Gewerbsfrage, so wie der Prioritätskommission bekannt gegeben. Der Antrag Robert Blums, den Stand und Wahlkreis der anwesenden Abgeordneten in den Mitglieder-Verzeichnissen anzugeben, wird angenommen. Pagenstecher beantragt, daß die Nationalversammlung sich für definitiv konstituirt erkläre. Ueber Wesendonks Antrag wird jedoch beschlossen, daß die definitive Konstituirung mit der Wahl der Beamten der Nationalversammlung bis nach Berathung und Annahme der Geschäftsordnung ausgesetzt bleibe. Nach Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung wird dieselbe auf den folgenden Vormittag 10 Uhr bestimmt und die öffentliche Sitzung um halb 2 Uhr aufgehoben.

Der Präsident (gez.) **v. Gagern.**

Der Schriftführer: (gez.) Dr. Sixemayr.

Die vorgestern erwähnte Petition der österreichischen Mitglieder der Nationalversammlung zu Frankfurt lautet, wie folgt: Euere Majestät haben sich bewogen gefunden, Ihre Haupt- und Residenzstadt zu verlassen. In vollem Vertrauen, daß Ew. Maj. bei der bewährten Gesinnung eines jeden in Wien lebenden Oesterreichers nichts für Ihre geheiligte Person zu besorgen haben, und in der innigsten Ueberzeugung, daß die Entfernung Ew. Majestät von der Residenz, dem Zentrum unserer konstitutionellen Gesammtmonarchie, entschiedenes Unglück von unabsehbaren Folgen für Oesterreich und das gesammte Deutschland herbeiführen werde, fühlen sich die unterzeichneten zur deutschen Reichsversammlung abgeordneten Oesterreicher veranlaßt und verpflichtet, Ew. Majestät in tiefster Ehrfurcht zu bitten, zur Beruhigung Ihrer getreuesten Unterthanen in Ihre Residenz Wien zurückzukehren. Frankfurt a M. 24. Mai 1848. (Folgen die Unterschriften). Zugleich wurde beschlossen nachstehende Adresse an die Bürger Wiens abzusenden: Bürger Wiens! Wir Abgeordnete Oesterreichs zur konstituirenden Nationalversammlung in Frankfurt haben eine Petition an Se. Maj. unsern konstitutionellen Kaiser übersendet, ihn zur Rückkehr in seine Haupt- und Residenzstadt zu bewegen. Wir sind überzeugt, daß Se. Majestät in Euerer Mitte sich vollkommen sicher befinden werden. Frankfurt a M. den 25. Mai 1848. (Folgen die Unterschriften). Bei den Debatten, die sich bei dieser Gelegenheit entspannen, sprach man sich abermals mit größter Entschiedenheit gegen die Camarilla aus, die es unbekümmert um den Frieden der Monarchie in ihrer Verblendung gewagt hatte, Sr. Majestät dem Kaiser unbegründete, bei der bewährten Treue und Anhänglichkeit der Residenz ganz haltlose Besorgnisse vorzuspiegeln. Wir hätten gewünscht, daß ein recht zahlreiches Publikum den höchst interessanten Debatten beigewohnt hätte. Hoffentlich werden beide Aktenstücke die heilsame beabsichtigte Wirkung nicht verfehlen und Se. Majestät bewegen, in ihre Residenz zurückzukehren. Von einer gefährlichen republikanischen Partei, welche in Wien bei den letzten Ereignissen thätig gewesen seyn soll, wollte die Versammlung nichts hören.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Bayern.

Landtag.

München, 29. Mai. (Kammer der Reichsräthe.) Tagesordnung für die auf heute um 10 Uhr angesetzte XXIII. Sitzung. — 1. Bekanntmachung des Einlaufs. — 2. Vortrag, Berathung und Beschlußfassung über den Gesetzentwurf: die Ablösung des Lehenverbandes betreff. — 3. Verhandlung über weiter zur Berathung geeignete Gegenstände.

München, 29. Mai. (Kammer der Reichsräthe.) Tagesordnung für die auf heute um 6 Uhr Abends angesetzte XXIV. Sitzung. — 1. Bekanntmachung etwaigen Einlaufes. — 2. Verlesung des Beschlusses über den Gesetzentwurf: die Ablösung des Lehenverbandes betr. — 3. Vortrag, Berathung und Abstimmung über die Rückäußerung der Kammer der Abgeordneten: die Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden in den Regierungsbezirken diesseits des Rheins betr.

**München, 23. Mai (Nachmitt.). (XLIII. öffent. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische: Frhr. v. Thon-Dittmer, Frhr. v. Lerchenfeld; in der Kammer 104 Abgeordnete, da schon mehrere nach Frankfurt gereist sind. — Die Sitzung begann mit Ablesung des Einlaufes in einem Produkte und dann mit Fortsetzung der Debatte. — Art. 13, 14, 15 waren von beiden Kammern gleich angenommen worden. — Art. 16 (Aequivalent für Erbrecht, Freistift- und Erbzins-Lehen rc.) war von der Reichskammer zum Vortheile der Besitzer, die keine Leibeserben haben, modifizirt. Art. 16 wurde nach dem Antrage des Ausschusses der II. Kammer angenommen, somit eine neue Niederlage für die Kammer der Reichsräthe. Eben so wurden die von der Kammer der Reichsräthe zu Art. 18 und 19 gemachten Modifikationen nicht angenommen, und somit bei den Beschlüssen der II. Kammer verharrt. — Verworfen wurden weiter bei Art. 24 u. 30 alle Modifikationen der Kammer der Reichsräthe, nach dem Gutachten des Ausschusses, angenommen

oder verwerfen, wenn sie mehr als formell gewesen sind. — Bei Art. 32 und 33 wurden die Modifikationen des Ausschusses, resp. die der Kammer der Reichsräthe, angenommen. — Bei Art. 34 und 38 wurden die Modifikationen der Kammer der Reichsräthe nach dem Gutachten des Ausschusses angenommen, welche Abstimmungsweise bisher Prinzip der Kammer gewesen zu seyn scheint; eben so wird der neue Art. 38 angenommen nach demselben Prinzipe, und in gleicher Weise Art. 39. Alle übrigen Artikel, welche hier nicht aufgeführt sind, wurden von beiden Kammern angenommen und es waltet somit über dieselben Uebereinstimmung. — Der Hr. I. Präsident, Dr. Kirchgeßner, hatte noch einen Schlußartikel beigefügt über die Kompensation der Kosten bei einem Prozesse, um Prozesse abzuschneiden. — Abg. Bartsch unterstützte, wie fast die ganze Kammer, diese Modifikation; ebenso Abg. v. Habermann. — Frhr. v. Thon-Dittmer. Es sey Sache des Richters, über die Kosten zu entscheiden, diese Sache passe nicht wohl hieher. — Der Hr. I. Präsident, Dr. Kirchgeßner, sprach gegen diese Ansicht; seine Modifikation ziele blos auf Kompensation bei Streiten über das Recht selbst, z. B. bei Streiten über das Kronrecht bei konkreten Ablösungsfragen. — Abg. v. Scheurl sprach dagegen, der Hr. I. Präsident, Dr. Kirchgeßner, dafür. — Der Hr. Staatsminister des Innern bemerkte noch, daß es eine neue Uebung sey, Zusatzartikel bei Gesetzen, wenn sie schon durch zwei Kammern gegangen, noch zu machen. — Hierauf wurde die Modifikation des Hrn. I. Präsidenten, Dr. Kirchgeßner, mit 59 gegen 56 angenommen. — Dem Vorschlage zum ersten Wunsche, das Wort „Grundholden" in das Wort „Staatsgrundholden" umzuwandeln, war der Ausschuß beigetreten. — Abg. Schlund sprach dagegen, Referent, Dr. Schwindl, dafür. Es wurde also hiernächst im bezeichneten Punkte der Kammer der Reichsräthe beigestimmt, ebenso der modifizirten Fassung des zweiten Wunsches, jedoch mit der Abänderung, daß am Schlusse nach „Diener" zu setzen ist: „wo möglich" unter Belassung ihres ganzen Gehaltes baldigst verwendet werden soll, beigestimmt, dem dritten Wunsche aber nicht beigetreten. Der neue Wunsch zur Versorgung der Nebenbeamten bei Kreisregierungen nicht angenommen. — Dr. Rammoser brachte schlüßlich seine heute Morgen eingebrachte Modifikation als Wunsch ein, bezüglich der Entschädigung für entgehende Kongrua. — Abg. Bartsch sprach dagegen, und besonders gegen die Fassionen. — Dr. Schwindl. Von wem sollen denn die entgehenden Kongrua ersetzt werden? Die Staatsregierung werde schon das Ihrige zur Erhaltung der Kongrua thun. Der Wunsch sey ganz unschuldig, aber nicht nothwendig. — Hierauf wurde der Wunsch verworfen. — Frhr. v. Thon-Dittmer sprach nochmal gegen den, vom Hrn. I. Präsidenten, Dr. Kirchgeßner, eingebrachten Wunsch, die Abstimmung sey nicht die richtige, sey gegen alle Praxis. — Der Hr. I. Präsident, Dr. Kirchgeßner, sprach dagegen. Der Hr. Referent habe früher schon den Artikel zum Referate gehabt, ihn aber übersehen. — Dr. Schwindl behauptete, allerdings können neue Propositionen vorgelegt werden. — Der Hr. I. Präsident, Dr. Kirchgeßner, zog seinen Artikel zurück, wünschte jedoch eine Verwahrung ins Protokoll gegen die Ansichten des Hrn. Staatsministers. — Dagegen sprachen Frhr. v. Thon-Dittmer und Frhr. v. Lerchenfeld. Wollte man immer neue Modifikationen machen, so komme man nie zu einem Gesammtbeschluß. — Der Hr. Staatsminister Heintz. Eine Verwahrung setze eine Beeinträchtigung voraus. — Der Hr. I. Präsident, Dr. Kirchgeßner. Auch gegen mögliche Beeinträchtigung gelte eine Verwahrung. — Der Staatsminister Heintz. Dann bitte er auch, die Verwahrung des Staatsministeriums ins Protokoll zu nehmen. — Der Hr. I. Präsident, Dr. Kirchgeßner. Dieß werde natürlich geschehen. — Dr. Schwindl las hierauf den Beschluß über die eben gepflogenen Berathungen, und dessen Fassung wurde genehmigt. — Hierauf wurde auf Antrag des Abg. Schäfer, weil die Kammermitglieder durch lange fortgesetzte ermüdende Anstrengungen auch einer Erholung bedürften, die heutige Sitzung geschlossen, und die nächste auf Morgen früh 9 Uhr anberaumt.

München, 29. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die LI. auf heute um 6 Uhr Nachmittags angesetzte öffentliche Sitzung. 1. Verlesung des Protokolls der L. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Vortrag, Berathung und Schlußfassung über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe bezüglich des Gesetzentwurfs: die Ablösung des Lehenverbandes betr. — 4. Vortrag, Berathung und Schlußfassung über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe bezüglich des Gesetzentwurfes: die Aufhebung des Jagdrechtes auf fremdem Grund und Boden in den Regierungsbezirken diesseits des Rheins betr.

München, 30. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung für die LII. auf heute um 9 Uhr Vormittags angesetzte öffentliche Sitzung.) 1. Verlesung des Protokolls der LI. öffentlichen Sitzung. — 2. Bekanntgabe des Einlaufs. — 3. Vortrag, Berathung und Beschlußfassung über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe bezüglich des Gesetzentwurfs: die Ablösung des Lehenverbandes betreff. — 4. Vortrag, Berathung und Beschlußfassung über die von der Kammer der Reichsräthe etwa einlaufenden Rückäußerungen und Verlesung der deßfallsigen Beschlüsse.

||| München, 28. Mai. Schon seit mehreren Tagen erzählt man sich hier, daß der Herr Kriegsminister die Absicht habe, das hiesige Studentenfreikorps oder wenigstens einen Theil desselben zu entwaffnen, weil sich republikanische Tendenzen kundgeben. Wir wollen jetzt nicht darauf eingehen, zu untersuchen, ob wirklich republikanische Tendenzen bestehen, eben so wenig, ob die beabsichtigte Maßregel praktisch sey, aber erwähnen müssen wir, daß, wie es allgemein heißt, diese Befürchtung in dem Herrn Kriegsminister der Umstand erregt habe, daß die Studentenverbindungen Rhenania, Teutonia und Cheruskia ihrem Freunde Julius Knorr, welcher während der Oster-Ferien, wo nur wenige seiner Freunde hier waren, unerwartet schnell von München abreiste, in der Augsburger allgemeinen Zeitung einen Nachruf widmeten. Julius Knorr war bekanntlich ein sehr thätiges Mitglied des Bauhofklubs und soll sogar schon früher während der Periode der Gräfin v. Landsfeld über bayrische Zustände Artikel in den von Struve redigirten „deutschen Zuschauer" eingesendet haben. Die Gefährlichkeit einer solchen Person liegt freilich zu klar am Tage, als daß Studenten, welche sich offen als dessen Freunde bekennen, länger Waffen anvertraut werden könnten.

☞ Von der Donau, 27. Mai. Daß es unserer Regierung in Bayern Ernst sey mit der Verbesserung der deutschen Zustände, haben nur diejenigen bezweifelt, welche gewohnt sind, von jeder Regierung nur Uebles und selbstsüchtige Bestrebungen vorauszusetzen. Seitdem nun die Grundzüge des deutschen Verfassungsentwurfs, welcher von Bayern ausging, bekannt geworden, sollte man meinen, daß jene Zweifler zum Schweigen gebracht seyn dürften. Das offene Geständniß der bayerischen Regierung, daß eine wahre Zentralgewalt mit dem Rechte der Gesetzgebung und des Vollzuges angenommen werden müsse; daß selbst eine wichtige innere Angelegenheit ausschließlich Sache der Zentralverwaltung werden solle; daß gewisse Rechte als allgemeine Rechte und Befugnisse aller Deutschen zu gewährleisten seyen, könnte als ein ehrenwerthes und gewichtiges Zeugniß für den redlichen Willen dieser Regierung erscheinen, das seine wohlthätige Rückwirkung auf die übrigen deutschen Staaten nicht verfehlen sollte. Wenn man dagegen auf die in dem bayerischen Entwurfe vorgeschlagene Organisation Deutschlands seinen Blick richtet, geräth man bald in eine schmerzliche Verlegenheit. Das Parlament, ohne Initiative der Gesetzgebung will auf ein Minimum der Berechtigung reduzirt werden; dem Senate dagegen, der aus den obersten Reichsbeamten und den Gesandten der einzelnen Regierungen besteht, somit im Volke keinen Boden, sonach auch kein Vertrauen haben wird, ist das Maximum der Befugnisse eingeräumt. An der Spitze steht ein wechselndes Direktorium, dem natürlich Würde und Werth der Majestät gebricht, und nur als Minister der Fürsten der einzelnen Staaten erscheint. So ist das Oberhaupt Deutschlands ein Schatten, die Repräsentation der Fürsten und Regierungen, der Senat, Alles; das Volk und seine Vertretung Nichts. Es gehört wenig politischer Scharfblick dazu, die Unmöglichkeit eines solchen Gebäudes zu erkennen. Deutschland als aristokratische Republik, mit einem chef gerant an der Spitze, befriedigt weder das Volk, noch sichert sie den Bestand der einzelnen Monarchien. Die physische und moralische Macht des Parlaments, gegenüber der rechtlichen des Senats reizt zu stäten verderblichen Kämpfen, die mit dem Siege des Parlaments naturnothwendig endigen, weil materielle Macht zuletzt immer die Macht der Fiktion überwindet. Der bayerische Entwurf, welcher für den Anfang den einzelnen Monarchien Deutschlands schmeichelt, würde nur um so sicherer ihren gänzlichen Sturz, käme er zum Vollzuge, herbeiführen. Das Unglück der innern Zerrissenheit und der Schwäche der Zentralgewalt und fortwährender innerer Erschütterung wäre seine Folge. Sollten die Rathgeber der bayerischen Krone dieß nicht erkannt haben, oder sollten sie gleichwohl für diesen Entwurf gestimmt haben? Beides kann der Patriot nur gleich tief bedauern.

Nürnberg, 27. Mai. Gestern mußte in Folge einer Weisung des Magistrats als Polizeisenat, Hr. Gustav Diezel, der Redakteur des „Freien Staatsbürgers" und Leiter des seit wenigen Wochen hier bestehenden politischen Vereins, die Stadt verlassen. Als Ursache dieser, gerade jetzt auffallenden Maßregel wurde in dem betreffenden Konklusum des Polizeisenats angeführt, daß Diezel noch dazu „ein Ausländer" (weil er ein geborner Würtemberger ist), in seinem Blatte nicht undeutlich zu gewaltsamem Umsturz der bestehenden Verfassung auffordere (was man aus einigen Stellen herausklügeln will) durch Reden in hiesigen Volksversammlungen Unzufriedenheit und Aufregung hervorgerufen und auch die Bevölkerung der Umgegend wie Schwabach und Altdorf in seinem Sinne bearbeitet habe. Anfangs hatte man — um die Entfernung Diezels auf andere Weise zu bewirken — nicht zulangenden Beweis über die nöthigen Subsistenzmittel desselben vorgeschützt und da diese durch anderweitige Belege mehr als gedeckt waren, einen weitern Grund in dessen politischen Streben zu Hand genommen. Eine von vielen Bürgern unterzeichnete Protestation gegen diese Schriftstellerausweisung blieb erfolglos, da der Beschluß schon gefaßt war, eines unbequemen Gegners der hier in der Mehrzahl herrschenden politischen Ansicht sich zu entledigen, selbst auf die Gefahr hin, sich im Angesichte des noch im Gährungszustande seiner staatlichen Gestaltung befindlichen gemeinschaftlichen Vaterlandes bloßzustellen. Hr. Diezel hat, unterstützt von hiesigen Bürgern, den Rekurs ergriffen und zunächst seinen Aufenthalt unmittelbar an der Gränze des Stadtbanns genommen. (Nürnb. Kur.)

Württemberg.

Der „Stuttgarter Beobachter" schreibt: „Offiziere, die aus Baden zurückkehren, wo die Truppen aus 6 Bundesstaaten mit einander in Berührung kamen, versichern, so bereitwillig Alle gegen die Anarchie und den Bürgerkrieg in's Feld gezogen, so sicher könne andererseits das Parlament auf das deutsche Militär rechnen, wenn es deutsche Fürsten geben sollte, die sich seinen Befehlen zu widersetzen Miene machen.

Preussen.

Berlin, 23. Mai. Der nun veröffentlichte Verfassungsentwurf findet nirgends Anklang und hat bereits gestern Abend zu mißliebigen Demonstrationen gegen die Minister Camphausen, Schwerin und noch einige andere Veranlassung gegeben. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Berlin, 26. Mai. Vorgestern Abends hatte eine Versammlung in den Zelten statt und gegen 10 Uhr wurde dem Ministerpräsidenten Camphausen abermals eine Katzenmusik gebracht. — Da es kund geworden war, daß gestern Abend sämmtlichen Majoren und Hauptleuten der Bürgerwehr Katzenmusiken gebracht werden sollten, so wurden die Wehrmänner Abends gegen 8 Uhr einberufen. Um dieselbe Zeit zog eine große Masse, unter Voranstragung einer Fahne nach den Zelten. (Sp. Z.)

Schleswig-Holstein.

Roermond, 20. Mai. Unser Deputirter für die deutsche Nationalversammlung, Baron v. Scherpenzeel-Heusch, ist gestern nach Frankfurt abgereist. — Es verbreitet sich jetzt die Befürchtung, daß der König der Niederlande, um Repressalien gegen die Limburger zu nehmen, die Schifffahrt auf der Maas schließen werde. (Köln. Z.)

Friedrichstadt, 21. Mai. Die Stadt hat in diesen Tagen beschlossen, 1000 Mark Kour. zum Bau einer deutschen Flotte der provisorischen Regierung zur Verfügung zu stellen. Außerdem sind Einleitungen getroffen, die Verzichtleistung der hiesigen Einwohner auf

die zurückzuzahlenden Bankzinsen in rechtsverbindender Form zu erlangen, so wie endlich auch noch eine freiwillige Sammlung zu dem obigen Zwecke hier veranstaltet werden wird. (Alt. Mkr.)

Rendsburg, 22. Mai. Hier ist von Apenrade eine Abtheilung des Kregh'schen Freikorps, von Hamburg sind 3 Kompagnien Hanseaten eingetroffen. (Alt. Mkr.)

Altona, 24. Mai. Im Königreich Hannover werden von Neuem 6000 Mann mobil gemacht; ein Theil derselben soll schon in den nächsten Tagen in den Herzogthümern eintreffen. (B. H.)

Freie Städte.

Lübeck, 22. Mai. Gestern Abend 7 Uhr zog unser Infanterie-Kontingent, von einer jubelnden Volksmenge umgeben, durch's Burgthor ein. Das Ausrücken der Füsiliere bleibt auf Mittwoch festgesetzt. Die Kavallerie folgt am Donnerstag Die Truppen marschiren zunächst über Segeberg und Neumünster nach Rendsburg. In Travemünde sind die in diesem Frühjahr eingetretenen Rekruten unter zwei Feldwebeln ꝛc. zurückgeblieben; das Kommando dort ist zeitweilig dem Ober-Adjutanten der Bürgergarde, Hauptmann Ahrens, übertragen; derselbe hat sich heute Morgen nach Travemünde begeben.

Oesterreich.

Wien, 24. Mai. Das Ministerium, bis zum 18. d. M. so schwach und ohne alle Entschiedenheit des Willens, entfaltet jetzt, wo es durch die Entfernung der Hofkamarilla eine freiere Stellung genommen hat, eine ungewohnte Energie und namentlich tritt Baron Pillersdorf mit einer Freisinnigkeit und volksthümlichen Gesinnung hervor, die Jedermann überraschen müssen und uns den Beweis liefern, wie die bisherige Stellung dieses Staatmannes eine durch die Einflüsse des Hofes vielfach beengte gewesen sey. Das früher allseitig angefeindete Ministerium erfreut sich jetzt allgemeiner Unterstützung und es mag für die neue Lage der Minister bedeutsam erscheinen, da sie von der Wiener Zeitung heftig angegriffen werden, indeß die Oest. Zeitung Schwarzens nunmehr der Hort derselben ist. Pillersdorf soll sich entschieden dahin ausgesprochen haben, daß die Errungenschaften des 15. Mai, obschon auf illegalem Wege erobert, jetzt, da sie nun einmal bewilligt worden sind und ohne gefährliche Störung der Ruhe nicht mehr zurückgezogen werden könnten, mit aller Kraft aufrecht zu erhalten seyen. Zugleich wurde gestern in aller Eile der Minister des Handels Baron Dobblhof an das Hoflager Sr. Maj. des Kaisers entsendet, um in der nächsten Umgebung des Monarchen jeden unkonstitutionellen Einfluß abzuwehren und die Unabhängigkeit des hiesigen Ministeriums aufrecht zu erhalten. Den Anlaß zu dieser Mission gab der Umstand, daß Graf Bombelles, ein gewissenloser Intriguant, den Kreishauptmann in Salzburg Graf Chorinsky zum Erlaß einer Proklamation vermochte, worin im Namen des Kaisers die unverschämtesten Lügen über die Wiener Bevölkerung verbreitet werden, indeß doch der Monarch politische Kundgebungen nur durch das Organ des verantwortlichen Ministeriums ins Volk bringen darf. Baron Dobblhof ist just der Mann dazu, um der Hofkamarilla ernst und entschlossen ins Gesicht zu treten. In gleicher Mission ist auch Fürst Esterhazy als ungarischer Minister nach Innsbruck gereist, um dort die Interessen der ungarischen Krone zu wahren. — Der Sicherheitsausschuß ist gesonnen, eine Anzahl verdächtiger Ausländer von hier auszuweisen, da es sich nur zu deutlich herausstellt, daß die letzten Ereignisse durch Fremde zum Theil hervorgerufen, theils befördert worden sind. Binnen 24 Stunden haben deßhalb sämmtliche Hausbesitzer ein Verzeichniß ihrer Inwohner zu liefern, doch steht zu erwarten, daß der Begriff des Ausländerthums nicht allzu weit gefaßt werden möge, damit sich nicht etwa die polenfeindliche Bureaukratie unter dem Vorwand für die Ruhe Wiens zu sorgen, der Kontrolleurs ihres verbrecherischen Treibens in Gallizien zu entledigen suche. (D. konst. Z.)

Wien, 25. Mai. Die vom Ministerrathe dem Kaiser nachgesandten Kommissarien, die Grafen Hoyos und Wilczek, sind gestern mit zwei Handschreiben des Kaisers wieder hier angekommen, welche heute veröffentlicht worden sind. Das erste ist nur ein Begleitschreiben, womit er das in Innsbruck erlassene Manifest dem Ministerrathe mit dem Auftrage der Veröffentlichung mittheilt. Das zweite bezieht sich auf die Fortführung der Regierungsgeschäfte während seiner Abwesenheit und lautet: Lieber Frhr. v. Pillersdorf! Der Feldmarschall-Lieutenant, Graf Hoyos, hat Mir das vom Ministerrathe am 17. d. M. Abends an Mich gerichtete Schreiben so eben eingehändigt. Ich erwidere Ihnen hierauf, daß die Stadt Wien in letzter Zeit zum großen Nachtheile ihre früher gegen Mich und Meine Verfahren stets bewiesene Treue so sehr verletzt hat, daß ich Mich bestimmt finden mußte, sie auf eine Zeit zu verlassen und erst wieder dahin zurückzukommen, wenn Ich Mich von der Rückkehr zu ihren früheren Gesinnungen vollkommen überzeugt haben werde. Der Ministerrath wird, wie Ich es bei Meiner Abreise vorausgesetzt habe, es in seiner Pflicht finden, einstweilen Alles das vorzukehren, was die Lage der Monarchie und die Wahrung des Thrones von demselben fordert, indem der regelmäßige Gang der Geschäfte durch einen zeitweise geänderten Aufenthalt in Meinem Staate nicht gestört werden darf. Innsbruck, am 20. Mai 1848. Ferdinand. m. p. (D. konst. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Die „Allgemeine Oesterreichische Zeitung,“ die sonst den Ungarn wenig hold war, enthält einen Artikel, in welchem sie auf die Vortheile weist, die aus der vom ungarischen Ministerium in Frankfurt eingeleiteten Verständigung über die ungarisch-deutschen Handelsinteressen ꝛc. hervorgehen könnten. Wir kommen morgen darauf zurück. Dasselbe Blatt sagt: „So eben hören wir, daß der französische Botschafter die offizielle Erklärung erhalten hat, daß die französische Regierung entschlossen sey, Italien und Deutschland gegenüber die strengste Neutralität zu bewahren.“

Pesth, 24. Mai. Die österreichischen Blätter, von denen viele die üble Gewohnheit haben, ihren Berichten aus Agram oder anderswoher recht oft kein Datum beizufügen, melden aus Kreuz, 14. Mai, daß hier der mit den Landtagsangelegenheiten beschäftigte Ausschuß Beschlüsse gefaßt hat, die eine offene Lossagung von Ungarn und unbedingten Anschluß an Jellachich enthalten. Am 19. soll sich in der zu Agram abgehaltenen Landes-Kongregation ein eigenes Ministerium gebildet haben (Jellachich Minister des Kriegs, Gay des Auswärtigen u. s. w.), welches indeß von der Landeskongregation noch nicht bestätigt sey. Zur Beschickung des slavischen Kongresses zu Prag hat man in Agram 3 Abgeordnete gewählt. Einem ausführlichen Bericht über den am 13. Mai zu Carlowitz abgehaltenen slavischen Nationalkongreß entnimmt die O. P., daß die vom kgl. Kommissär Csernowicz erlassene Proklamation öffentlich verbrannt, daß der Metropolit von Carlowitz zum Patriarchen und der k. k. Generalmajor Supplicacz zum Woiwoden erwählt ward.

Italien.

Verona, 24. Mai. Das Nugent'sche Armeekorps ist am 22. d. unter dem Kommando des Feldmarschall-lieutenants Grafen Thurn, 19,000 Mann stark, in Verona eingerückt. Am 23. d. wurde Vicenza bombardirt, weil die Stadt, als unsere Truppen vorbeimarschirten, die rothe Fahne aufgesteckt hatte. Graf Nugent blieb wegen Kränklichkeit in Conegliano zurück; 6000 Mann halten die Brücke bei Priula besetzt. Am 22. d. Morgens wurde das Schloß Lodron und Caffaro von unsern Truppen, in Vereinigung mit den freiwilligen Tyroler Schützen, nach vierthalbstündigem Kampfe unter Oberst Melczer mit Sturm genommen. Der Feind ward über den Caffaro geworfen und bis Rocca d'Anfo und Bagolino verfolgt. Dadurch ist nicht nur dieser Grenztheil des Landes vom Feinde gereinigt, sondern auch eine starke Stellung gewonnen worden. (D. konst. Z.)

Verona, 24. Mai. In den an der Straße nach Vicenza gelegenen Orten wurde in der vergangenen Nacht eine heftige Kanonade gehört. Dieselbe währte von 1 bis gegen 7 Uhr Morgens. Man vermuthet, daß sich die Stadt ergeben habe. Schon gestern verlautete gerüchtweise, daß der Durchzug durch den Borgo (Vorstadt) St. Lucia von den österreichischen Truppen erzwungen worden sey. Dabei soll an mehreren Stellen Feuer ausgebrochen seyn. Schwerlich hatte man einen so lebhaften Widerstand erwartet. Die Vereinigung mit der Isonzoarmee ist theilweise bewerkstelligt. Von hier war Geschütz zur Verstärkung derselben beim Angriff auf Vicenza abgegangen. Auf Peschiera hält der Feind unausgesetzt sein Augenmerk. Kein Tag vergeht, an dem er nicht seine Kraft an dieser Festung versuchte — wiewohl vergebens. Der tapfere Kommandant derselben weist jeden Angriff siegreich zurück und zerstört regelmäßig jeden Morgen die Werke, die der Feind die Nacht über zur Unterstützung seiner Plane aufzuführen bemüht gewesen. Ehre dem Tapfern! Unlängst sollen sich zwei Grenzer, welche wichtige Aufträge hatten, durch die feindliche Armee durchgeschlichen haben und glücklich bis in das österreichische Hauptquartier gelangt seyn. Unsere zweite Nachbarin, die Festung Legnago, erfreut sich verhältnißmäßiger Ruhe, und nie wurde bis jetzt die Verbindung mit ihr unterbrochen. Aus dem feindlichen Lager verlautet, daß sich die piemontesischen Offiziere mit größter Anerkennung österreichischer Tapferkeit vernehmen ließen, namentlich soll des 10. Jägerbataillons rühmlichst erwähnt worden seyn. Dieß thut wahrhaftig wohl; in „Deutschland“ draußen hingegen scheint man den österreichischen Kämpfen weniger Aufmerksamkeit zu schenken — wenigstens scheint man nicht geneigt, dem guten Rechte der Oesterreicher die Anerkennung zu zollen, mit der man in andern Fällen vielleicht allzu wortreich zu Werke geht. Etwas freundlicher dürfte man wohl besonders im Norden Deutschlands unsere Lage ansehen. Es steht hier so gut wie in Schleswig der deutsche Name auf dem Spiele. (A. Z.)

Die letzten Nachrichten der oberitalischen Blätter vom Kriegsschauplatz sind: am 17. Mai waren bei Treviso 4000 Oesterreicher; am 18. zog von diesen ein Theil fort gegen Postema zu; am 19. gaben die Oesterreicher das Lager vor Treviso ganz auf; Vicenza wurde am 19. (20.?) von 5—6000 Oesterreichern ohne Erfolg angegriffen; Manin, Tommaseo, Präsident und Minister von Venedig, befanden sich (21.) mit General Antonini und 1000 Mann Truppen aus Venedig in Vicenza, wo 21. auch Durando mit seinem ganzen Korps ankam. Ein Theil der Oesterreicher ist in der Nacht vom 20. auf den 21. in Verona eingerückt. (Der neueste Mailänder Bericht spricht von 14 — 15000 Mann.)

Triest, 23. Mai. Der Kontreadmiralkommandant des italienischen Geschwaders, Albini, hat an den Befehlshaber der englischen Dampffregatte „Terrible“ folgendes Schreiben gesandt: „Indem ich die Ehre habe, Ihnen den Empfang Ihrer sehr geschätzten Zuschrift vom 23. Mai 1848 anzuzeigen, beehre ich mich zugleich, Sie in Kenntniß zu setzen, daß das Geschwader Sr. Majestät des Königs von Sardinien unter meinem Kommando sich in diesen Gewässern bloß zu dem Zwecke befindet, um unsern Handel gegen eine österreichische Kriegsmacht sicher zu stellen, die als eine, Meiner Regierung feindliche, zu bekämpfen meine Pflicht erfordert.“ Laut eines mündlichen Versprechens des eben genannten ꝛc. Albini werden ohne vorausgegangene Anzeige keine Feindseligkeiten gegen die Stadt eröffnet werden. Alle möglichen Vertheidigungsvorkehrungen werden getroffen. (D. konst. Z.)

Neapel. In Betracht, daß diejenigen, welche zu Mitgliedern der Deputirtenkammer erwählt waren, am 15. Mai, wie aus authentischen Aktenstücken hervorgeht, sich vereinten, um den Charakter einer Assemblea unica rappresentante della Nazione anzunehmen, daß sie ein Sicherheitskomite schufen, unter dessen unbedingtem Befehl die Nationalgarde stehen sollte, in Betracht, daß das illegal war, da von jenen Mitgliedern noch nicht der von den Gesetzen erforderte Schwur geleistet war u. s. w., hat der König von Neapel (17.) die Deputirtenkammer aufgelöst. Die Zahl der nach ihrer Gefangennehmung erschossenen Bürger soll 9 betragen; die Deputirten heißt es, in Widerspruch mit andern Berichten, sind auf den k. Schiffen gefangen; eine Deputation Neapolitaner soll nach Paris gegangen seyn, um die Hilfe der französischen Republik zu beanspruchen.

Livorno, 20. Mai. Ich schrieb Ihnen vorgestern früh Morgens über die Vorfälle in Neapel. Gegen Mittag zog hier in Folge dessen ein Haufe des Volks nach dem neapolitanischen Konsulat, forderte das Wappen, welches der Konsul schon hatte herunternehmen lassen, schleppte es auf den großen Platz und verbrannte es, so wie es eine Gypsbüste des Königs von Neapel beschimpfte und zertrümmerte. Sonst geschah kein Unfug. Nach bestimmt eingezogenen Erkundigungen muß ich mit Leidwesen melden, daß die Schweizer Truppen sich bei den Vorfällen in Neapel auf das Grausamste benommen haben, selbst dem Schweizer Konsul schossen sie alle Fenster ein, auf die falsche Angabe eines Lazzarone, daß aus dem Hause geschossen worden sey. Von den Schweizer Offizieren sollen viele getödtet seyn. Das heute ange-

kommene französische Regierungsdampfboot verließ Neapel am 18. ruhig. Die französischen Unterthanen, deren Wohnungen und Waarenlager geplündert worden waren, hatten auf Schadenersatz angetragen und es hieß, Admiral Baudin werde diese Forderung unterstützen. (A. Z.)

Genua, 21. Mai. Ein so eben von Neapel eingetroffenes englisches Dampfschiff bringt die Nachricht, daß 40,000 Calabresen gegen die Hauptstadt im Anzug seyen. Deßgleichen scheine ungeachtet des letzten Blutbades das Volk abermals sich empören und den Kampf erneuen zu wollen. (D. konst. Z.)

Spanien.

Madrid, 19. Mai. Hr. Bulwer hat unsere Hauptstadt gestern Abend verlassen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Frankreich.

Der Moniteur erklärt alle Gerüchte von der Demission der Mitglieder der Exekutivkommission für Erfindungen und Machinationen, welchen die Justiz auf die Spur kommen würde.

Neueste Nachrichten.

München, 30. Mai. Die „Allgemeine Zeitung" von gestern enthält folgende zweite außerordentliche Beilage: „München, 29. Mai Nachmittags. Weder über Schärding noch über Salzburg ist eine Wiener Post hier angekommen. Ein Kurier von Wien nach Innsbruck, der gestern Nachts 2 Uhr durch Salzburg eilte, brachte die Nachricht, die Post werde Wien schwerlich verlassen können. Die Thore seyen gesperrt und Unruhen ausgebrochen. Studenten und Arbeiter seyen vereint. Dieß, gerade nicht mehr und nicht weniger, wird eben auch von Salzburg aus geschrieben, während wir es bereits durch mündliche Mittheilung von Reisenden erfahren haben. — „Kein einiges Deutschland, ein einiges Oesterreich, Ungarn und Böhmen!" predigte gestern ein Geistlicher in Salzburg. Dafür wurde ihm eine Katzenmusik vorbereitet."

So eben erhalten wir nachstehende dritte außerordentliche Beilage zur „Allgemeinen Zeitung" vom 29. Mai. Augsburg, 29. Mai (Abends 6½ Uhr). Eben trifft die Post von Wien ein, die heute früh ausgeblieben. Sie bestätigt den daselbst ausgebrochenen neuen Aufstand. Das Ministerium hatte, in Folge der von Innsbruck eingetroffenen kaiserlichen Erklärungen, daß die akademische Legion durch Fremde irregeführt sey, und einer anarchischen Faktion zur Stütze diene, die Auflösung dieser Legion und deren Verbindung mit der Nationalgarde befohlen. Es entstand große Aufregung. Die Studenten und ihre Leiter scheinen die Hülfe der Arbeiter in Anspruch genommen zu haben. Ihrerseits hatte die Regierung alle Hauptposten der Stadt und die Thore besetzen lassen. Es erfolgten einige Collisionen mit den Truppen aus deren Reihen ein oder zwei Schüsse gefallen zu seyn scheinen. Es wurden in allen Straßen Barrikaden aufgeworfen, kurz alle Anstalten einer neuen Revolution getroffen. Die Sturmglocke ertönte von den Thürmen. Das Ministerium ließ das Militär wieder in die Kasernen rücken, nahm das Auflösungsdekret zurück und ließ den Studenten und ihren Hülfskorps von Bürgern und Arbeitern und Weibern den unblutigen Sieg! Montecuccoli hatte das Auflösungsdekret unterschrieben. Daher überall der Ruf: Nieder mit Montecuccoli, mit Colloredo!

Würzburg, 25. Mai. Die hiesige Studentengesellschaft Germania hat 200 fl. als Beitrag zur Erbauung einer deutschen Flotte zusammengelegt, und diese Summe unter dem Heutigen zur weiteren Beförderung nach Frankfurt geschickt.

Berlin, 25. Mai. Aus ganz authentischer Quelle höre ich so eben, „daß Rußland dem preußischen Kabinet erklärt hat, es werde, sobald Jütland nicht von den preußischen Truppen geräumt werde, diesen Umstand für einen Casus belli ansehen." (D. A. Z.) (Wo bleibt denn der Schutz unserer ungedeckten Ostgrenze? Oder gedenkt die preußische Regierung etwa mit den Baschkiren und Kosaken im Bunde die jetzige Bewegung in Deutschland zu hemmen? D. Red.)

Berlin, 25. Mai. Im Laufe der heutigen Debatte ergab sich, daß unter den Mitgliedern der konstituirenden (preußischen) Nationalversammlung selbst sich einige des Schreibens unkundige Abgeordnete befinden.

Triest, 25. Mai. Die Gefahr ist vorüber, die feindliche Flotte hat sich entfernt.

Augsburger Schrannen-Anzeige vom 26. Mai 1848.

Getreidegattung.	Mittelpreis fl.	Mittelpreis kr.	Im Vergleich gegen die letzte Schranne: minder fl.	minder kr.	mehr fl.	mehr kr.
Waizen	16	58	—	46	—	—
Kern	16	37	1	15	—	—
Roggen	9	54	1	2	—	—
Gerste	9	16	—	26	—	—
Haber	4	59	—	20	—	—

Aufgezogen wurden 208 Schäffel.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 30 Mai: „Die Geschwister." Schauspiel v. Göthe. Hierauf: „Erziehungsresultate." Lustspiel nach dem Französischen v. C. Blum. (Dlle. Hausmann — Marianne und Margarethe, als letzte Gastrollen.)

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Cesati, Kaufmann von Mailand; Dr. Bauer, Kreis- und Stadtgerichtsrath v. Nürnberg; v. Hößlin, Privatier v. Augsburg; v. Gemmingen, Offizier v. Stuttgart; Allan, Rentier v. London.

Gold. Hirsch. HH. Graf Enzenberg v. Innsbruck; Koch, Partikulier v. Haarburg.

Oberer Mauth. HH. Marquis d'Priate, Rentier v. Schwerin; Weiß und Zelsner, Privatiers v. Nürnberg.

Gold. Hahn. HH. Frhr. v. Winterey, Rittergutsbesitzer aus Pommern; St. Paiti, Proprietär von Lyon; v. Heigel, Kreisrath v. Nürnberg.

Gold. Kreuz. HH. Braun, Student v. Heidelberg; Salbert, Privatier v. Leipzig

Blaue Traube. HH. Lauti, Sänger v. Mailand; Wittmann, Gutsbesitzer v. Ingolstadt; Nennadge, ehem. Militär-Akademiker v. Wien; Martin, Obertarator v. Obersteinbach; Feuerbach u. Rivau, Maler v. Düsseldorf; v. Martens, Partikulier, und Nedällo, Akademiker v. Wien; Schlawik u. Astrey, Abgeordnete, Zeisler und Rauch, Prälaten; Wiesenfeld, Professor, Bruna, Dr. phil., Dasliek, Lieutenant, Kubaleck, Hauptmann, Czermack und Pinkel, Studenten v. Prag; Dr. Perth, Advokat aus Böhmen; Dlle. Albach von Dalmmer; Mdm. Christani v. Mailand; Marchetti, Sängerin v. Parma.

Stachusgarten. HH. Schuster, Advokat v. Ravensburg; Fermerich, Kaufmann v. Köln.

Der bisherige Geschäftsführer der unterfertigten Buchdruckerei, Hr. Karl Robert Schurich, hat diese Stelle niedergelegt, wodurch dessen Ermächtigung zum Vornehmen aller Geschäfte für genannte Buchdruckerei aufgehoben ist. Indem Jedermann ersucht wird, hievon die geeignete Kenntniß zu nehmen, empfiehlt sich ergebenst

München am 30. Mai 1848.

Dr. Karl Wolf'sche Buchdruckerei,
(Knödelgasse Nr. 2.)

Bekanntmachung.

Verlassenschaft Ihrer k. Hoh.
der Prinzessin Paul von
Württemberg betr.

Im Namen Sr. Majestät des Königs von Bayern.

2413. (2b) **Dienstag den 13. Juni l. Js. Vormittags von 9 bis 1 Uhr Nachmittags und nöthigenfalls auch noch Nachmittags von 3 bis 5 Uhr,** und auf gleiche Weise auch an den folgenden Tagen, wird in der k. Residenz dahier ein Theil des hiesigen Rücklasses der verlebten Prinzessin Paul von Württemberg kgl. Hoheit gegen gleich baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden unter Leitung einer Kommission des unterfertigten Gerichtshofes verkauft werden.

Die dem Striche unterworfenen Gegenstände sind:

a) Gold- und Silbergeräthe, worunter namentlich Kaffee- und Theetöpfe, ein großer Theekessel, silberne Leuchter, Zuckerdosen, Tisch- und Dessertbestecke, Theelöffel von Vermeil, Vorleg-, Ragout-, Gemüselöffel, Tortenschaufeln, Präsentirteller ꝛc.
b) Bronce-, Zinn-, Kupfer- und andere Metallgegenstände, worunter drei- und zweiarmige Girandole, ꝛc. ꝛc.
c) Porzellan in verschiedenen Servicen und einzelnen Gegenständen,
d) Glas-Sachen, worunter Tafelaufsätze, Fruchtschaalen, Trinkgeschirre ꝛc. ꝛc.
e) Eine Reise-Uhr und einige Fächer.
f) Bett- und Tisch-Leinenzeug.
g) Meubles und Hausgeräthe.
h) Wagen und Geschirre, worunter ein Landauer Coupé auf 4 Druckfedern mit Patentachse, eine viersitzige Berline, eine viersitzige Kalesche ꝛc. ꝛc.

Alle Gegenstände kommen in der bereits aufgeführten Ordnung bei der Versteigerung zum Ausrufen, wobei bemerkt wird, daß, beiläufig berechnet, jedem im Vorstehenden angeführten Buchstaben der Gegenstände ein besonderer Tag gewidmet werden kann, sich also die betreffenden Kaufsliebhaber nach dieser Ordnung richten können.

Bamberg am 20. Mai 1848.

Königl. Appellationsgericht von Oberfranken.
v. Silberhorn,
Präsident.

Feichter, Sekr.

Bekanntmachung.

2406. (3b) Nach kreditorischem Antrage wird das sogenannte Mayrgut zu Berg der öffentlichen Versteigerung unterstellt, und hiezu Tagsfahrt auf Mittwoch den 28. Juni 1848 Vormittags 10 — 12 Uhr dahier anberaumt, wozu zahlungsfähige Kaufslustige hiemit eingeladen werden.

Der Hinschlag erfolgt nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen in den §§ 98 — 101 des Prozeßgesetzes vom 17. Novbr. 1837. Das zu versteigernde und am 12. Mai l. Js. auf 7375 fl. gewerthete Anwesen besteht:

a) aus einem neugebauten Wohnhause, einem Neben- und Oekonomiegebäude,
b) aus 1 Tagw. 56 Dez. Hofraum und Garten,
c) aus 17 Tagw. 54 Dez. Aeckern,
d) aus 9 Tagw. 81 Dez. Wiesen, und
e) aus 5 Tagw. 04 Dez. Waldung reluirt eigen zum k. Rentamte Starnberg.

Am 15. Mai 1848.

Königlich Bayer. Landgericht Starnberg.
Der k. Landrichter:
Pitzner.

Vorladung.

Vitzthum Katharina gegen Kirner
Joseph, Vaterschaft und Alimentation betr.

Der verabschiedete Soldat Joseph Kirner von Großköllnbach, k. Landg. Landau, hat den ihm von der Klägerin deferirten Haupteid dahin zu schwören, daß er derselben weder am Faschingsdienstage den 23. Febr. 1841, noch früher noch später fleischlich beigewohnt habe. Zur Ableistung dieses Eides wird auf

Freitag den 30. Juni d. Js. Vormittags 9 Uhr

in diesgerichtlicher Kanzlei Kommission anberaumt und Joseph Kirner, dessen gegenwärtiger Aufenthalt unbekannt ist, unter dem Rechtsnachtheile der Eidesverweigerung hiezu vorgeladen.

Am 24. Mai 1848

Königliches Landgericht Burghausen.
Der königl. Landrichter:
Appel.

Die Kurlisten von Kissingen

erscheinen von nun an während der Saison nach Umständen täglich. Der Preis beträgt hier für die ganze Erscheinzeit fl. 2, im I. Rayon 2 fl. 50 kr., im II. 3 fl. 3 kr. und im III. 3 fl. 9 kr. Alle respektablen Postämter nehmen darauf Bestellungen an. Zu der Sammlung wird ein eleganter Umschlag mit Ansichten von Kissingen beigegeben. Zugleich wird bemerkt, daß bis zum Obigen 67 Badegäste in Kissingen eingetroffen waren.

Kissingen, den 24. Mai 1848.

Der Verlag der Kurlisten von Kissingen.
J. B. Niedergeßer.

Ankündigung.

2415. (3b) Der Ausschuß der Mechanischen Baumwoll-Spinnerei & Weberei in Augsburg beehrt sich hiermit bekannt zu machen, daß in Folge des in der Generalversammlung am 23. d. gefaßten Beschlusses, die Auszahlung des am 1. Juli fälligen Aktienkoupons auf den 15. Nov. a. c., eventuell auf den 15. Febr. 1849 verschoben worden sey, worüber das Nähere seiner Zeit wird bekannt gegeben werden.

Augsburg den 24. Mai 1848.

Friedr. Schmid,
Vorstand.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 143.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kindel-Gasse Nro. 21, auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährig im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mittwoch | XLIX. Jahrgang. | 31. Mai 1848.

Russisches Manöver.

Als wir neulich darauf hindeuteten daß die Reaktion in Deutschland alle Mittel aufbietet, dachten wir nicht so bald durch offene Thatsachen gerechtfertigt zu werden. Seitdem ist es geschehen. Der Bundestag hat eine neue Auflage der geheimen Konferenzbeschlüsse von sich gegeben, um gleichsam den Boden zu untersuchen; das für freisinnig gehaltene Ministerium in Berlin hat mit einer beinahe lächerlich diplomatischen Ausrede den Prinzen von Preußen wieder zurückzurufen versucht und dadurch anerkannt, daß derselbe noch fähig sey, über Bürger zu herrschen, auf die er mit Kartätschen feuern ließ, ja, daß er, wenn die Pläne einer gewissen Partei durchgeßen, sogar Kaiser der Deutschen werden könne. Andererseits aber haben wir einen wahren Triumph in Beziehung auf den Krieg mit Frankreich gefeiert. Ist es jetzt klar, wer die französische Nation durch alle Mittel, selbst durch Blut und Anarchie, zu einem Kriege gegen Deutschland hetzen will? Barbes, Blanqui rc. Wer hat nun 1832 ebenfalls die exzentrische Jugend zu den wahnsinnigen Emeuten getrieben, welche den ersten Anlaß gaben, die französischen Bürger in die Netze der Louis Philippe'schen Reaktion zu jagen? Blanqui, Barbes rc. Hat man in der Revue retrospective nicht den Sündenlohn verrechnet gefunden, den diese sich von jeher ultraradikal stellenden Verräther fortwährend von Louis Philippe bezogen haben? Glaubt man etwa, daß die jetzigen Versuche eben dieser bezahlten Anhänger des Geldkönigs nicht aus ähnlichen Beweggründen fließen? Man müßte blind seyn oder die Alles versuchenden Mittel der Diplomatie nicht aus Erfahrung kennen, wenn man dieses verkennen wollte. Die gute Sache hat in Paris übrigens gesiegt; wir wollten daher dieß nur berühren, wir möchten heute auf eine andere Weltgegend hinweisen. Schweden sieht noch immer mit Schmerz auf das Finnland, welches auf dem berühmten Völkermarkt an Rußland verkauft wurde. Was wäre nun geschehen, wenn Deutschland seine Ostseeprovinzen, Schweden, Finnland und Polen mit Frankreich das polnische Königreich zurückverlangt hätten? Eine solche Kombination war anfänglich im Werden. Hier galt es nun, Alles aufzubieten, diese drei Völker gegen einander zu hetzen. Wie es hinsichtlich Frankreichs betrieben wird, sehen wir; in Schweden werden ähnliche Hebel gegen uns in Bewegung gesetzt und leider nicht ohne Erfolg. Wir würden es für die erste Pflicht der deutschen Diplomatie halten, und hier könnte sie einmal zeigen, zu was sie gut seyn will, dieses „Mißverständniß", das durch russische Rubel und vielleicht englische Pfunde hervorgerufen ward, aufzuklären. Es gibt in Schweden Elemente genug, an die deutsche Sympathieen anzupflanzen wären; wir erinnern nur an die Sprache, welche Aftonblad führt, und welche eine bedeutende Stimme in jenem Lande ist. Skandinavien muß eben so ein starkes und einiges Reich werden, das, durch Jütland uns die Hand reichend, dem Czaaren ein Hemmschuh ist. Dahin sollte Deutschland wirken; nicht jenes unheilvolle Provisorium einer Personalunion Dänemarks mit Schleswig-Holstein wollen wir wieder mit unserm Blute erreicht haben, wie England und die sich höchst mit Unrecht deutsch nennende Zeitung es vorschlägt. Ist der König von Dänemark so bereit, auf seine Krone zu verzichten, so übertrage er sie an Schweden und aus einem gegen uns gehetzten stammverwandten Volke werde ein Freund und Brudernachbar! (Nürnb. Kur.)

Deutschland.

Frankfurt, 25. Mai. In der heutigen Sitzung der konstituirenden Nationalversammlung brachte, wie bereits erwähnt, Stedtmann aus Koblenz die eigenthümlichen Verhältnisse des Herzogthums Limburg zur Sprache. Es steht nämlich dieses Herzogthum — als Territorialentschädigung für den an Belgien abgetretenen Theil von Luxemburg dem deutschen Bunde einverleibt — in Folge eines im Jahre 1839 mit der niederländischen Regierung abgeschlossenen Staatsvertrags in administrativer Verbindung mit dem Königreich der Niederlande — unbeschadet seines Verhältnisses zum deutschen Bunde, wie in dem genannten Abkommen festgesetzt worden ist. Die administrative Verbindung ist seit Jahren dazu benützt worden, Limburg holländisch zu machen; die neue deutsche Erhebung, die auch in Limburg Anklang fand, veranlaßte nur eine Verstärkung jener Maßregeln, wie dies bereits mehrfach in den öffentlichen Blättern berichtet worden ist. Nun ist zwar gegenwärtig — wohl nur in Folge der wiederholten Anregung des Fünfzigerausschusses — ein Abgeordneter zur konstituirenden Nationalversammlung für diesen Theil des deutschen Bundesgebiets gewählt worden. Dieser legt jedoch bei den bestehenden eigenthümlichen Verhältnissen und den von niederländischer Seite ergriffenen Maßregeln, welche in Limburg große Aufregung hervorgerufen haben, Bedenken, seinen Sitz in der Nationalversammlung einzunehmen. Stedtmann trug darauf an, daß der in der provisorischen Geschäftsordnung bezeichnete Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten niedergesetzt, und demselben die Berichterstattung und Stellung von Anträgen bezüglich des Verhältnisses des Herzogthums Limburg zu Deutschland und zu den Niederlanden überwiesen werden soll. Gegen den Antrag wurde geltend gemacht, daß bereits gestern ein Antrag auf Niedersetzung der genannten Kommission abgelehnt worden sey, daß es sich nicht um eine auswärtige Angelegenheit, sondern zunächst um das Recht des Abgeordneten für Limburg handle, in der Nationalversammlung als solcher zu erscheinen. Die Sache gehöre also vor den Wahllegitimationsausschuß. Stedtmann bemerkte am Schlusse der Diskussion, daß es sich, da auch das Verhältniß Limburgs zu den Niederlanden zur Sprache kommen müsse, allerdings um eine auswärtige Angelegenheit handle, daß man einem papiernen Paragraphen nicht das Schicksal einer Provinz welche, nach langer Trennung wieder mit Deutschland vereinigt, mit neuer Losreißung bedroht sey, opfern dürfe. Der Antrag auf Ernennung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten wurde abgelehnt, eben so ein Verbesserungsvorschlag einen eigenen Ausschuß für die Limburger Angelegenheit zu ernennen. Die Sache wird nunmehr nach der Schlußäußerung des Präsidenten an den Legitimationsausschuß gehen. — Der von zwei ungarischen Abgesandten an die deutsche Nationalversammlung überreichten Vollmacht (vom 15. Mai) ist bereits in einem frühern Bericht Erwähnung geschehen. Es sind dieselben mit einer Vereinbarung zur neuen Regelung und Kräftigung der freundschaftlichen Verhältnisse beider Nationen in kommerzieller und politischer Beziehung auf dem Fuße gegenseitiger Selbstständigkeit beauftragt. Die Vollmacht wird in den nächsten Tagen vollständig veröffentlicht werden. — Nach einem Vortrage von Eisenmann über die Wahllegitimationen, betreffen die erhobenen Anstände meistens nur das Nachbringen von Urkunden rc. Ueber die Mainzer Angelegenheit gab Hergenhahn vorläufige Notiz, da bei der Menge der eingegangenen zum Theil sich widersprechenden schriftlichen Aussagen der Kommission, welche gestern Nachmittags zurückgekehrt ist, noch nicht möglich war, den erforderlichen übersichtlichen und genau geordneten Bericht zu liefern. Die Kommission hat sich mit den Zivil- und Militärbehörden, so wie auch mit Bürgern in Verbindung gesetzt. Der ausführliche Bericht wird morgen erstattet werden. Die Verhandlung über den Raveaux'schen Antrag wird gleichfalls in Berücksichtigung der stattgehabten Eröffnung des preußischen Landtags, welche vielleicht eine Modifikation des Kommissionsantrags veranlassen könnte, auf Vorschlag des Präsidenten auf morgen vertagt. Der Antragsteller erklärte sich damit einverstanden; dagegen sprach Heckscher, welcher geänderte Umstände hinsichtlich der eigentlichen Prinzipienfrage nicht finden kann. Der heute gedruckt vertheilte Antrag der (Mehrheit der) Kommission geht dahin, daß die Versammlung erklären solle: die aus dem Gesammtwillen des deutschen Volkes hervorgegangene Nationalversammlung zu Gründung einer die Einheit und politische Freiheit Deutschlands bezweckenden Verfassung erklärt, daß alle Bestimmungen deutscher Verfassungen, welche nach Vollendung des allgemeinen Verfassungswerkes mit diesem nicht übereinstimmen abzuändern und mit der deutschen Verfassung in Einklang zu bringen sind. Ein Sondergutachten (von Schaffrath, Kolb und Hartmann) geht dahin: I. Die Beschlußnahme über die Verfassung Deutschlands ist einzig und allein der konstituirenden deutschen Nationalversammlung überlassen. II. Die Verfassungen und Gesetze der einzelnen Staaten sind nur in soferne gültig, als sie mit dieser (einzig und allein von der konstituirenden Nationalversammlung zu errichtenden) Verfassung Deutschlands übereinstimmen. III. Die zu Mitgliedern der konstituirenden Nationalversammlung Gewählten können von der Verpflichtung, an den Verhandlungen derselben persönlich Theil zu nehmen, nur durch die konstituirende Nationalversammlung selbst entbunden werden. Die Mitglieder der Mehrheit sind v. Beckerath, Schoder, Pfizer, Herrmann, Lette, Heckscher, Römer. — Die Anträge der Abgeordneten Nauwerk, Pagenstecher und Simon aus Trier, von denen der erste die Dringlichkeit eines Antrags auf Ordnung der österreichisch-italienischen Angelegenheiten, der zweite bezüglich der definitiven Konstituirung der Nationalversammlung, der dritte bezüglich der Errichtung einer allgemeinen Volkswehr entwickeln zu wollen ankündigte, wurden auf den gewöhnlichen Geschäftsgang gewiesen. Die nächste Sitzung ist morgen Vormittag 10 Uhr. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 26. Mai. Nachmittags 1 Uhr. In der heutigen Sitzung der deutschen Nationalversammlung wurde bezüglich der Mainzer Angelegenheit namens des niedergesetzten Ausschusses von Hergenhahn ausführlicher Bericht erstattet. Nach diesem sind von beiden Seiten die Grenzen überschritten worden. Der Antrag der Mehrheit des Ausschusses ergeht darauf: 1) daß bei der Bundesversammlung ein Garnisonswechsel veranlaßt, 2) daß ein großherzoglich hessisches Bataillon nach Mainz verlegt werde; 3) daß die Reorganisation der Bürgerwehr nach Publikation des großherzoglich hessischen Bürgerwehrgesetzes mit Berücksichtigung der Festungsverhältnisse stattfinde. Die Minderheit des Ausschusses hat auf Tagesordnung angetragen. Nach dem Kommissionsbericht erhielt Zitz das Wort, und begründete mit großer Lebhaftigkeit seinen jüngst gestellten Antrag.

Hierauf sprach Schmerling aus Wien für Uebergehen zur Tagesordnung, Blum für den Kommissionsantrag, Fürst Lichnowsky mit großer Heftigkeit und unter vielen Unterbrechungen gegen denselben. Die Diskussion wird fortgesetzt. (Fr. Ob.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 26. Mai, Nachmittags halb 3 Uhr. So eben ist von der deutschen Nationalversammlung mit starker Majorität beschlossen werden, bezüglich der Mainzer Angelegenheit zur Tagesordnung überzugehen. Die Mehrzahl der Minderheit hat erklärt, ihre abweichende Ansicht sofort auf Grund der Geschäftsordnung zu Protokoll geben zu wollen. Dieses Ergebniß erregte allgemeine Sensation. Die Sitzung wurde nach halb 3 Uhr geschlossen, auf die Tagesordnung der morgen um 10 Uhr beginnenden Sitzung der Raveaux'sche Antrag gestellt. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Bayern.

Landtag.

**München, 24. Mai. (XLIV. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische Frhr. v. Thon-Dittmer, Frhr. v. Lerchenfeld, Graf v. Bray, Sperl. — Die Sitzung wurde mit Ablesung des Einlaufes eröffnet. Hiernächst wurde die Fortsetzung der Debatte über das Gesetz: „die Ablösung des Lehenverbandes betr.", wieder aufgenommen. Der Ausschuß hatte das Gesetz umfassend modifizirt, indem er fünf neue Artikel einschob. — Zum Art. 1 hatte Bartsch modifizirt: „dem Staate lehenbare Güter, welche den Werth von 150,000 fl. haben und darüber, und wenn sie zugleich die Eigenschaft der Heimfälligkeit an den Staat an sich tragen, sollen, wenn solche als freies Eigenthum an den Besitzer übergehen sollen, geschätzt, und soll von dem Schätzungswerthe 5 Prozent Ablösungswerth bezahlt werden". — Der Artikel selbst sprach in seinem ersten Absatz das Prinzip der Umwandlung der Lehengebühren in eine jährliche Abgabe aus. — Der Antragsteller entwickelte seine Modifikation, und sie wurde unterstützt. — Der Hr. I. Präsident, Dr. Kirchgeßner, bemerkte jedoch, daß, da der Art. 1 nur von der Lehentaxe spreche, die Modifikation zu Art. 2 gehöre. — Der Hr. II. Präsident, Dr. Müller. Er ergreife das Wort aus Auftrag. Er müsse vor Allem gegen verschiedene Ansichten des Referenten (Grafen v. Hegnenberg) sich erheben. Die Grundrenten der adeligen Güter betragen 68 Millionen; die Zahl der Lehengüter sey 1100. Redner stimmt der Modifikation des Ausschusses bei. — Abg. Schäfer erörtert gleichfalls die Ziffern, resp. deren Richtigkeit, und stimmt dem Ausschusse bei. — Abg. v. Scheurl. Er gehöre nicht zu den Vasallen. Lehen seyen staats- und privat-rechtlicher Art. Redner erörtert die Natur der Lehen in erschöpfender Weise und stimmt für die Ausschußmodifikation, während er das Lehenedikt von 1808 als ungerecht bezeichnete. — Auch Abg. v. Habermann stimmte für den Ausschuß. — Frhr. v. Lindenfels erörterte gleichfalls in umfassender Rede das Thema der Diskussion. Ablösung solle stattfinden, nur über die Art und Weise derselben sey man noch nicht im Reinen. Der Ausschuß habe das Maß „durch Erlag des 18fachen Betrages" bestimmt. — Abg. Schnetzer brachte eine Modifikation dahin, daß „bei Lehengütern von mehr als 150,000 fl. im Werthe die Lehentaxe auch höher gestellt werden solle". — Dr. Rammoser sprach gleichfalls über das Thema, während Dr. Schwindl die Sache einfach dahin erläuterte, daß es sich im Art. 1 lediglich um die Lehentax-Entschädigung an den Staat handle; der Modifikation des Abg. Schnetzer stimme er bei. — Frhr. v. Künsberg stimmte jedoch der Modifikation nicht bei, die Taxen seyen durch das Edikt von 1808 sehr willkürlich festgesetzt worden. Durch eine Erhöhung der Taxen würde das Prinzip im Art. 1 ganz umgestürzt. — Abg. v. Scheurl. Die Frage sey ja nur, ob man unständige Reichnisse in ständige verwandelt, ohne Schaden aber auch ohne Vortheil des Fiskus. Er könne für die Modifikation des Abg. Schnetzer durchaus nicht stimmen. — Der Hr. II. Präsident, Dr. Müller. Er glaube, es solle bei dem neuen Thronwechsel auch eine neue Belehnung kommen. — Der Finanzminister erläuterte, daß zur Lehenmuthung die Frist von einem Jahr und drei Tagen gesetzlich sey, Dieser Termin sey aber noch nicht verflossen. — Abg. Goeß sprach gegen die Modifikation, die man wohl bei einem Lehenedikt hätte anbringen können. — Abg. Bartsch. Die adeligen Güter seyen immer besser daran gewesen, als die Bauerngüter. — Abg. v. Habermann. Um die Bestellung von Taxen handle es sich nicht, daher könne er auch der Modifikation nicht beistimmen. — Graf v. Hegnenberg resumirte die Debatte, entgegnete auf die Aeußerung des Hrn. II. Präsidenten, und sprach sich gegen die Modifikation des Abg. Schnetzer aus, welche die Bestimmungen des Lehenedikts verlassen, und neue einführen wolle. Lehengüter-Statistiken, wie solche angegeben, könne er nicht als wahr annehmen; es handle sich bei den Lehengütern nicht immer um einen Komplex, sondern gar oft um bloße Gutstheile. — Frhr. v. Lerchenfeld. Er werde die Geduld der Kammer nicht zu lange auf die Probe stellen; ob Lehen staats- oder privat-rechtlich seyen, gehöre nicht in die spezielle Debatte. Es gebe sogar Lehen mit dem blossen Rechte, einen Pfarrer zu präsentiren. Sogar Städte, wie Bamberg, Windsheim, seyen Lehen. Gegen die Modifikation des Abg. Schnetzer, die eine neue Lehentaxe wolle, müsse er stimmen. Lehen, welche über den Betrag von 150,000 fl. hinausgehen, seyen überhaupt nur acht. — Hierauf wurde die Modifikation des Abg. Schnetzer, und der so modifizirte Art. 1 angenommen. — Art. 2 spricht die Möglichkeit der Allodifizirung aller Lehen aus, und bestimmt die Allodifikationsprozente für Söhne- und Töchter-Lehen auf 1 Prozent, bei Mannslehen auf 2 Prozent, und bei heimfälligen Lehen auf 10 Prozent. — Abg. Bartsch modifizirte jedoch diese Zahlen auf 5, 4 und 15 Prozente, weil sonst die Bauern bei ihrer Ablösung viel zu hoch stünden gegenüber den sehr bevortheilten Adeligen. — Die Modifikation wurde unterstützt. — Eine weitere Modifikation hatte Abg. Schäffer eingebracht, ebenso Schnetzer und Rehlen. — Alle diese Modifikationen gingen darauf hinaus, die Ablösungssummen höher zu stellen, als dieß die kombinirten Ausschüsse gewollt hatten. — Auch Abg. Schlund trat als Modifikant auf. — Der Hr. II. Präsident, Dr. Müller. Seyen wir billig und gerecht, der Art. 2 sey offenbar der wichtigste. Es scheine ihm der Ansatz der Ablösungsquote zu tief zu stehen; jedoch müsse der Gegenstand noch vielseitiger erörtert werden. Ihm scheine aber auch die Ablösungsquote nach der Modifikation des Abg. Bartsch zu hoch. Ueber die andern Modifikationen wolle er die weitere Diskussion abwarten. — Der Hr. I. Präsident, Dr. Kirchgeßner. Die Frage, ob die Lehen staats- oder privat-rechtlich seyen, sey unpraktisch; praktisch seyen nur die Reichnisse der Lehen an den Staat; hier sey die Frage, wie bei der Ablösung, wichtig. Der Gesammtwerth der Lehen sey auf 23,504,051 fl. vom Finanzministerium angegeben worden. Hieraus müsse nun die Ablösungsquote bestimmt werden. Die Berechnung stelle sich so ziemlich, wie sie der Ausschuß angegeben habe. Die jährliche Heimfallssumme betrage 30,738 fl. Redner überreicht dem an seinem Platze dirigirenden Hrn. II. Präsidenten eine Modifikation dahin lautend, daß die Ablösungsquote in obiger Summe alljährlich bestehen solle. Der Staat müsse gesichert werden. — Die Modifikation wurde unterstützt. — Abg. Schnetzer brachte eine weitere Modifikation, nämlich zu setzen statt „fatirten" „geschätzten". Das Lehenwesen sey wie alles Feudalwesen zu alt, und es möge daher ins Grab sinken. — Dr. Schwindl erklärt das Lehengesetz als den letzten Anker der Feinde des Ablösungsgesetzes, es sey der Zwillingsbruder des Ablösungsgesetzes, und lebe und sterbe mit demselben. Warum wolle man denn den Entwurf zu todt modifiziren? Es sey das Geldinteresse! Wolle man denn die Spitze der arithmetischen Despotie, das Lehenwesen, noch festhalten. Fort mit allem mäckeln und markten. Er stimme dem wohlerwogenen Beschluße des Ausschusses bei und gegen alle Modifikationen, obgleich er die des Hrn. I. Präsidenten noch für die beste halte. — Abg. Schlund will durchaus eine erhöhte Ablösungsquote, er sehe nicht ein, warum man mit dem Adel gar so barmherzig seyn solle; auch die Armen schreien um Hilfe, und es werde die Zeit bald kommen, wo man die Hilfe gar nicht mehr vermeiden könne. Er stimme dem Ausschusse bei. — Dr. Rammoser ergriff das Wort für den Adel. Er vertraue, daß der bayerische Adel keine Unbilligkeit verlange, eben so wenig, wie die Kammer. Er stimme gerne der Modifikation des Hrn. I. Präsidenten bei. Man solle nur nach Gerechtigkeit verfahren. — Abg. Bestelmayer. Was man wolle, daß Einem die Leute thun, solle man ihnen auch thun, dieß geschehe aber durch die Modifikationen nicht; der Boden werde dadurch nicht frei. Er glaube, das Beste sey, den Ausschußmodifikationen beizustimmen, obgleich er die Modifikation des Hrn. I. Präsidenten noch für die billigste halte, obgleich ihr die Repartitionsliste nicht zur Seite stehe, sie also immer noch eine Ungewißheit lasse. — Abg. Rabl brachte eine sogenannte Berichtigung, und stimmte für die Modifikation des Ausschusses. — Die Debatte wurde wirklich ermüdend. — Graf v. Hegnenberg resumirte als Referent die Debatte, und die Kammer beschloß nach Zurücknahme der Modifikation von Schäffer, und Widerlegung aller übrigen Modifikationen durch den Hrn. Staatsminister der Finanzen: alle Modifikationen, außer denen von Schlund und Schnetzer, seyen zu verwerfen, und Art. 2 nach dem Ausschußgutachten anzunehmen. Derselbe lautet nun: „Alle Lehen können allodifizirt werden, und zwar: 1) Söhne- und Töchter-Lehen durch Erlag von 1 Prozent des durch beeidigte Schätzer erhobenen Lehenwerthes, 2) Mannslehen durch Erlag von 3 Prozent, und 3) heimfällige Lehen durch Erlag von 10 Prozent des geschätzten Lehenwerthes. Als auf dem Heimfalle stehend, sind solche Lehen zu betrachten, welche nur noch auf 4 Augen ruhen, wenn Besitzer, und beziehungsweise Anwärter, bereits das 50. Lebensjahr erreicht haben. Den Vasallen steht es frei, das Ablösungskapital baar oder in Ablösungsschuldbriefen zu bezahlen, oder auch dasselbe als ein mit 4 Prozent verzinsliches Bodenzins-Kapital auf das bisherige Lehen zu übernehmen. Eine sehr lebhafte und heftige Debatte hatte sich hierauf über die Abstimmungsweise erhoben. — Hiernächst wurden ohne Diskussion angenommen Art. 3 (Ausnahmen — Thronlehenbare Würden und Lehen, welche auf königlicher Dotation oder auf Staatsverträgen beruhen, soferne denselben nicht ein lästiger Rechtstitel zu Grunde liegt). Art. 4 nach dem Ausschusse lautet: „Lehen, welche urkundlich als aufgetragen (feuda oblata) nachgewiesen werden, verwandeln sich in volles Eigenthum gegen Fixation oder Ablösung der Lehentaxe." Derselbe wurde angenommen. Art. 5 (Fideikommissarische Lehen werden nicht verändert ꝛc.) wurde mit einer kleinen Redaktionsänderung angenommen, dann Art. 6 und 7, letzterer nach der Modifikation des Abg. Bartsch: „das Gesetz soll nur nach der Sanktion des Ablösungsgesetzes in Wirksamkeit treten", und Art. 7, jetzt 8, nach dem Entwurfe angenommen; dann erfolgte die Annahme des ganzen so modifizirten Gesetzes mit 91 gegen 11 Stimmen; die Sitzung wurde geschlossen und die nächste noch nicht bestimmt anberaumt.

*†München, 31. Mai. Sr. Maj. dem König wurden von einer Deputation, aus beiden Kammern bestehend, die ausgearbeiteten Gesetzentwürfe gestern Abends 6 Uhr überreicht.

Baden.

Mannheim. Das Gremium der Stadtverordneten zu Berlin hat an die Bewohner Mannheims nachstehende Adresse erlassen: „Bewohner Mannheims! Aus vielen Gegenden Deutschlands ist uns der Brudergruß der Freiheit von edlen Männern dargebracht worden, denen unser achtzehnte März den Glauben an die Zukunft des Vaterlandes gestärkt und befestigt hatte. Wohlthuend war uns der Dank, erhebend die Anerkennung unserer Brüder; gleichwohl haben wir uns nicht darüber täuschen können, daß wir, zwar nicht ruhm- und willenlos, doch fortgerissen von dem Strom der Bewegung, einem Anstoß von Außen gefolgt sind, daß die Schwesterstadt am Rhein, daß Mannheim diesen Anstoß gegeben, und, wie jener alte Schweizerheld, der Freiheit eine Gasse zu brechen, zuerst in Deutschland gewagt hat. Seit langer Zeit gewohnt, unsere Hoffnungen und Wünsche durch die badische Volkskammer vertreten zu sehen, mit ihren Siegen zu jubeln, mit ihren Niederlagen zu trauern, hatten wir die Lösung der ernsten Frage, die Deutschland an die eigene Zukunft gestellt hatte, von dem badischen Volke erwartet. Unser junges politisches Leben, obgleich es schon in der Wiege gar manche Schlange zerdrückt hatte, war noch zu schüchtern und unreif, um das Vaterland aus dem beängstigenden Traume zu wecken. Ihr habt es ausgesprochen — das rechte Wort zur rechten Zeit, ihr habt das rechte Mittel, die Freiheit zu gründen und zu erhalten, auf seinen kürzesten Ausdruck gebracht; ein elektrischer Schlag hat sich

fortgepflanzt und alsobald, wie noch niemals in Deutschland, im Angesicht des 24. Februar in That und Leben sich umgesetzt. Wenn vor dem gewaltigen Geist, der durch die Welt geht, die willkürlichen Trennungen und Verbindungen zu Schanden werden, welche die Diplomatie vergangener Jahrhunderte auf uns vererbt hat, wie sollten da nicht im Innern des Vaterlandes die Scheidewände, eine nach der andern, niedersinken, die eine herrschsüchtige Staatsklugheit allzu kurzsichtig bisher aufrecht erhalten hat. Die Gegensätze von Nord und Süd, von Binnenland und Meeresküste, von konstitutioneller und ständischer Verfassung, von öffentlichen und geheimen Verfahren, die Verschiedenheit der Stämme und Bekenntnisse — sie Alle verschmelzen in der Liebe zu dem einigen, freien und starken Deutschland. Reichen wir uns denn die Hand zu dem großen Verfassungswerk, das binnen kurzer Zeit vollendet dastehen muß, wenn Deutschland seine Geltung in Europa erringen soll. Die Selbstregierung des Volkes, die zur Lüge wird, wenn sie sich nicht auf die höchsten Sphären des Staatslebens beschränkt, wir haben sie von Grund aus aufzubauen und der Welt zu zeigen, daß die Redlichkeit deutscher Fürsten und Völker die Monarchie mit demokratischen Institutionen zu einer Wahrheit macht. Dem einigen Deutschland haben wir einen Körper mit gesunden und lebensfähigen Organen, und diesem Körper eine Seele und einen mächtigen Willen zu geben, damit er sich regen und bewegen könne, und nicht wie ehedem als ein Automat mit Scepter und Reichsapfel zum Gespött des Auslands werde. Vergessen wir Alles, was uns von jeher getrennt hat, seyen wir Alles dessen eingedenk, was Deutschland zusammenhält, wodurch es groß und mächtig geworden in den Zeiten des Glückes, wodurch es zu Grunde gegangen in den Zeiten des Unglücks, vor Allem laßt uns der glorreichen Tage gedenken, in denen die heilige Glut der Begeisterung, mit der Ihr, theure Mitbürger, uns entzündet habt, den unlautern Geist des Haders und der Eifersucht, so Gott will, auf ewige Zeiten aus unseren Herzen getilgt hat. Was Ihr für Deutschland gethan, das ist und bleibt Euch unvergessen. Stolz und Dankbarkeit wird jedes deutsche Herz nach wie vor empfinden, so oft Mannheims Name genannt wird. Es lebe und blühe Euere edle Stadt, die Heimath der Männer. Berlin den 21. Mai 1848. (Folgen die 50 Namensunterschriften der Stadtverordneten.)

Kurhessen.

Hanau, 20. Mai. (Erklärung.) Seitdem das Vorparlament in Frankfurt a. M. versammelt war, hat sich allmälig ein feindseliger Zwist gegen die Bewohner der Stadt Hanau entwickelt, wie er in unsern deutschen Gauen und unter freundnachbarlichen Städten verdächtigender wohl nicht wieder gefunden werden kann. Vergebens suchte man der Quelle auf die Spur zu kommen, fand aber statt dessen nur gehässige Insinuationen, welche Hanau in Schatten drängen sollten. Insbesondere nahmen die Gerüchte gegen unsere Stadt einen ernsteren Charakter an, als die militärischen Bewegungen nach Baden stattfanden, und erreichten ihren Höhepunkt mit der noch heute unerklärlichen und plötzlichen Bewegung des darmstädtischen Militärs gegen Hanau und seine Umgegend und zwar auf kurhessischem Gebiete bis vor Dörnigheim. Da die Bewohner Hanaus und der Provinz in jenen ernsten und denkwürdigen Tagen, wo Wien und Berlin noch in seinem System uns bedrohte, bis in die untersten Schichten eine Haltung beobachteten, die den Gegensatz von jenen Verdächtigungen bildete, und da diese Haltung bis heute in keiner Weise alterirt worden ist, wenigstens keine Exzesse, keine Angriffe auf Eigenthum anderer stattgefunden haben, noch weniger Anarchie eintrat, so erklärt der unterzeichnete Volksrath in allen seinen Gliedern und kraft eines bestehenden Mandats seiner Mitbürger, daß alle gegen Hanau bezüglichen Verdächtigungen aus einer reaktionären und volksfeindlichen Quelle hervorgegangen seyn müssen, um Maßregeln zu provoziren wie man sie in Baden vielleicht gerne sah. Der Volksrath übergibt daher diese gehässigen Versuche als Ausdruck der schamhaften Verläumdung einer schnöden Partei, der Verachtung des gesammt-deutschen Vaterlandes und hält sich zum deutschen Volke versichert, daß es auf der Hut seyn werde gegen einen im Finstern schleichenden Geist der Zwietracht und der Aufregung. Alle ehrenhaften Redaktionen werden gebeten, diese Erklärung in ihre Blätter gefälligst aufzunehmen. Der Volksrath: Jakob Koch. Ph. Jakob Ott. Chr. Lautenschläger. Georg Pflüger. C. Röttelberg. Christian Renaud. L. A. Pelissier. A. H. Rödiger. Heinrich Rauh. J. G. Schreyer. E. Weidmann. G. Preffel. E. Gärtner. Rollenberger. B. Denhard. E. W. Wagner. A. Manns. A. Schärttner. Joseph Springmühl. Fr. Sommerhoff. Philipp Heydt d. j. Louis Braun. A. Kühl. G. Theobald.

Preußen.

Stettin, 23. Mai. Dem Vernehmen nach hat der Prinz von Preußen in England auf eigene Kosten eine völlig ausgerüstete englische Kriegsfregatte von 60 Kanonen gekauft, welche derselbe dem preußischen Volke zum Geschenk machen will. Auf sein Verwenden soll auch noch eine andere gut ausgerüstete Kriegsfregatte von 40 Kanonen mittelst Aktien für Preußen angekauft werden. (B. Z.)

Schleswig-Holstein.

Hadersleben, 19. Mai. Mit der Feldpost geht hier die Nachricht ein, daß der Feind heute bei Norder-Stenderup eine Landung versucht hat. Im Koldinger Fjord zeigten sich am Nachmittag 2 Dampfschiffe und 2 Kanonenböte, welche Miene machten, Truppen auszuschiffen; da aber die Küste dort von den Preußen stark besetzt war und diese sich in Position zur Vertheidigung setzten, zogen die Dänen sich zurück. Von einem Kanonenboote soll ein Schuß gefallen seyn, aber ohne Wirkung. Gegen Abend zog eine Abtheilung von Aldosers Korps gegen Osten, um den Strand des haderslebener Fjords und des kleinen Belts bei Arösund zu rekognosziren und erforderlichenfalls zu reinigen.

(H. K.)

Kiel, 23. Mai. Die Kommission zur Untersuchung der Lage der Insten und Arbeiter auf dem Lande wird zunächst ihren Sitz in der Stadt Plön aufschlagen, welches wohl zunächst seinen Grund darin hat, daß auf mehreren Gütern dieser Gegend schon seit Jahren eine Unzufriedenheit der Taglöhnerklasse bemerkbar gewesen ist. Seit vorgestern Abend hat die Korvette „Galathea" ihre Station um einige Meilen weiter in die See verlegt. — Unsere Garnison wird in diesen Tagen durch Reserven verstärkt werden, wogegen wiederum Detaschements in die Umgegend verlegt sind. Die Auflösung der Freischaaren führt uns manche Freischärler zu, welche vor ihrer Abreise noch unsere schöne Gegend betrachten wollen. (H. K.)

Rendsburg, 23. Mai. Die provisorische Regierung hat eine Bekanntmachung erlassen, in Bezug auf die Uebernahme der Garantie von Seiten der Staatskasse für die von Beamten der Herzogthümer Schleswig-Holstein ihren eventuellen Wittwen verordnungsmäßig versicherten Pensionen. Die Betheiligten haben sich innerhalb vier Wochen zu melden. Auch die von den Zollerhebungs- und den Postbeamten in Kopenhagen niedergelegten Kautionen werden als der Regierung der Herzogthümer geleistet angesehen und garantirt.

(H. K.)

Italien.

Zu dem vorgestern gemeldeten Siege der Reaktion in Neapel haben wir folgenden Nachtrag zu liefern: Bei Eröffnung der Kammern, am 14. d. Mts., haben die Ereignisse stattgefunden. Der König wollte die Abgeordneten zu dem Schwure nöthigen, daß sie an der von ihm ausgearbeiteten Konstitution nichts ändern wollten; indeß er sah sich bei einmüthigem Widerstande der Deputirten zur Nachgiebigkeit gezwungen. Er ließ aber hernach bei Nacht eine ansehnliche Truppenmasse in die Stadt rücken. Darin Verrath erblickend begann nun die Nationalgarde Barrikaden zu errichten. Es fielen Schüsse, man weiß jedoch nicht, von welcher Seite zuerst, worauf sich ein mörderischer Kampf entspann. Die Nationalgarde mußte der Uebermacht der Truppen und dem schweren Geschütze unterliegen. König Ferdinand ließ nach beendigtem Kampfe die Stadt zwei Stunden lang plündern, wobei die Lazzaroni sich am meisten hervorthaten. Die Entrüstung gegen den König von Neapel ist jetzt allgemein. In Genua wurde von dem Konsulats-Hotel das neapolitanische Wappen bei der ersten Kunde von diesen Vorgängen abgerissen und auf der Henkersstätte verbrannt. Ein Nachtrag zur „Piemonteser Zeitung" vom 21. Mai schildert diese Vorgänge näher, wie folgt: „Am 14. Mai, bei Eröffnung der Kammern, wollten die Deputirten den Eid, welchen ihnen der König aufdringen wollte, nicht leisten. Der Morgen des 14. verging unter Deputationen der Kammer an den König; der Zweck derselben war, ihn von seinem Entschlusse, die Verfassung vom 29. Jänner nicht zu ändern, abzubringen. Die Nationalgarde gab die Erklärung ab, sie würde die Protestation der Deputirten unterstützen. Um 3 Uhr Nachmittags gab in Folge dessen das Ministerium seine Entlassung. Der König gab nach. Die Deputirten verlangten nun von dem König die Erklärung und Garantie dieser Konzession durch ein zu erlassendes Dekret, welches derselbe auch am nächsten Tage zu erlassen versprach. Während der Nacht wurden aber beträchtliche Truppenmassen nach Neapel gezogen. Wegen dieses Verrathes verbarrikadirte die 4 bis 5000 Mann starke Nationalgarde die ganze Toledostraße und setzte sich in Vertheidigungszustand. Am Morgen des 15. standen mehr als 20,000 Mann Schweizer oder andere Truppen wohlgewaffnet in Schlachtordnung, sie hatten 18 Kanonen. Die Nationalgarde nebst etwas wenigem Volke stand hinter den Barrikaden. Einige „zufällig" gefallene Schüsse gaben das Signal zu einem schrecklichen Kampfe. Das Feuer dauerte von 10 Uhr Morgens bis in die Nacht. Die erste Barrikade wurde durch Kanonenschüsse vernichtet, Hunderte von Schweizern waren gefallen. Die Häuser, in denen sich Nationalgarden vertheidigten, wurden mit Kanonen niedergeschossen. Die Truppen begingen die entsetzlichsten Greuel. Kinder wurden zu den Fenstern hinaus auf die Straße geworfen; weder Alter, noch Geschlecht, noch Nationalität, indem selbst Franzosen und Engländer getödtet wurden, wurde geschont; die Greuel einer feindlichen Eroberung mußte Neapel in diesem Augenblicke in ihrer vollsten Gräßlichkeit erdulden. Nachdem der Kampf vorüber, nachdem fast alle Nationalgarden gefallen und Alles, was in die Hände der Soldateska gerathen, auf Befehl des Königs niedergehauen war, plünderte das Raubgesindel der Lazzaroni unter dem Schirme der bourbonischen Fahne die Stadt. Zwei Palläste sind abgebrannt, unter diesen der Pallast Gravina. Die französische Flotte legte sich vor die Stadt und drohte mit Beschießung des kgl. Pallastes. Gestern erging an die Nationalgardisten der Befehl, binnen 24 Stunden den zuständigen Behörden die Waffen abzuliefern, wenn sie nicht augenblicklich erschossen werden wollten. Neapel ist gegenwärtig ein Grab unter militärischer Ruthe. Der König hat Rozelli mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Es frägt sich nun, was die Provinzen dazu sagen werden; sie werden diese Schlächterei sicherlich nicht so ruhig hinnehmen. Die Deputirten haben ihre Freiheit nicht verloren und sind sogar von den Truppen in ihre Wohnungen geleitet worden. Die italienische Trikolore wurde abgenommen und an deren Stelle die weiße Fahne der Bourbonen aufgepflanzt." (Diese Ereignisse bedürfen keines Kommentars.)

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, 27. Mai. Abends 8 Uhr. In der Nachmittags 5 Uhr fortgesetzten achten Sitzung hat die deutsche Nationalversammlung bezüglich des Antrages von Raveaux, den Einfluß der Beschlüsse der konstituirenden Nationalversammlung auf die Verfassungen der einzelnen deutschen Staaten betreffend (nach Werners Antrag) mit immenser Mehrheit beschlossen: Die deutsche Nationalversammlung, als das aus dem Willen und den Wahlen der deutschen Nation hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands erklärt, daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letztern als gültig zu betrachten sind, — ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Wien, 26. Mai. Gestern um 7 Uhr Abends wurde die akademische Legion durch ein Plakat des Grafen Colleredo-Mannsfeld für aufgelöst erklärt. Dadurch wurde eine ungeheuere Aufregung hervorgerufen. Die ganze Nacht wurden Kugeln gegossen und Patronen gemacht. Heute Morgens stand ein Bataillon Polen vom k. k. Infanterieregiment Graf Nugent auf dem Universitätsplatz, doch das Volk höhnte und haranguirte die Soldaten so lange bis sie abzogen. Inzwischen waren auch alle Thore mit Truppen und Kanonen besetzt worden, was die Leidenschaften vollends entflammte. Plötzlich kam es am rothen Thurmthore zu einem Handgemenge, wobei ein Gewehr losging und ein Bürger fiel. Jetzt war ganz Wien in Feuer; man läutete mit allen Glocken Sturm, der Generalmarsch erscholl, die Arbei-

ter strömten von allen Seiten herbei, mehr als 200 Barrikaden waren im Nu fertig, die von 40,000 Nationalgardisten besetzt wurden. Ein Priester und ein Magistratsrath, welche Geld unter die Arbeiter vertheilten, um sie gegen die Studenten zu hetzen, sind verhaftet. Jetzt um 3 Uhr heulen alle Glocken und man ist zum Kampfe gerüstet. (D. konst. Z.)

Wien, 27. Mai. Um die Mittagsstunde des verflossenen Tages wurde das sämmtliche Militär in die Kasernen zurückgezogen und alle Wachtposten an die Nationalgarde übergeben. In der Nacht stürmte man abermals mit allen Glocken, weil es hieß, Fürst Windischgrätz rücke mit frischen Regimentern über die Taborbrücke. Das Gerücht war irrig, denn es waren Juraten aus Preßburg. Die Grafen Hoyos, Dietrichstein, Montecucculi und andere Personen, die sich durch Zweideutigkeit Vieles zu Schulden kommen ließen, sind verhaftet. Noch werden fortwährend Barrikaden errichtet, die nicht eher verschwinden sollen, bis nicht die folgenden 10 Punkte bewilligt sind. Was wir wollen. Da wir erkannt haben, daß die reaktionäre Partei den Sieg des souveränen Volkes zu schmälern beabsichtige, so wollen wir: 1) Daß das gesammte Militär Wien verlasse, und die russische und italienische Grenze besetze. 2) Daß alle Errungenschaften des 15. Mai ungeschmälert aufrecht erhalten und die konstituirende Versammlung nach Wien schleunigst einberufen werde. 3) Daß von amtlicher Seite Abgeordnete in die Provinzen abgeschickt werden, welche unsern Brüdern daselbst bekannt geben, daß alles, was wir gethan, nur im gemeinsamen Interesse der ganzen Monarchie geschehen sey. 4) Aufhebung der Klöster. 5) Einführung einer Einkommensteuer. 6) Beeidigung des Militärs auf die Verfassung. 8) Gleichstellung aller Nationalitäten. 8) Innigsten Anschluß an Deutschland. 9) Baldigste Rückkehr des Kaisers unter Aufrechthaltung der Errungenschaften des 15. Mai. 10) Daß alle jene, welche den Kaiser zur Abreise durch falsche Vorspieglungen bewogen, vor ein Volksgericht gestellt werden. Im Namen des Volkes.

(D. konst. Z.)

Wien, 27. Mai. Die reaktionäre Partei hat vorgestern begonnen, ihre Karten wieder offen auszuspielen und hat wieder verloren. Wien ist seit gestern in Revolution. Von 100 zu 100 Schritten beinahe thürmen sich die Barrikaden auf. Bürger, Nationalgarden, Studenten, Arbeiter, Volk, sind ohne Ausnahme Eins, das Militär ist bereit überzugehen. Was heute, nachdem die halbe Bevölkerung die Nacht hindurch auf Barrikaden wachte und schlief und nachdem die Minister alle Forderungen zu gewähren bereit sind, mit der Aufrechthaltung der Barrikaden noch bezweckt wird, hat entweder keinen oder einen sehr gründlichen politischen Sinn. Wohin die Bewegung geht und welche Konzession, welche Errungenschaft sie aufhalten wird, kann in diesem Moment Niemand aussprechen. Donnerstag am 25. brachte die Wiener Zeitung das von den Abgesandten des Ministeriums, den Grafen Hoyos und Mitzek aus Innsbruck abgeholte kaiserliche Manifest. Der ganzen Bevölkerung leuchtete ein, daß dasselbe von denselben adeligen Händen geschrieben sey, welche den Kaiser gewaltsam in den Reisewagen schoben. Die Mißstimmung darüber sprach sich deutlich aus, sowohl in mündlichen Verhandlungen, als noch am Abend desselben Tages in der Presse. Man wollte von den Errungenschaften des 15. und 16. Mai kein Titelchen opfern, man wollte nicht, wie gedemüthigte Schulknaben, die Rückkehr des Kaisers durch eine Buße erkaufen, deren Größe in gar keinem Verhältniß stände zu dem zweifelhaften Glück jener Rückkehr. Man war empört über das Vorgeben, der Kaiser wäre in Folge der Demonstration vom 15. Mai abgereist, da er doch in diesem Falle am 16. hätte abreisen müssen und nicht erst 3 Tage später und zwar in solcher Angst und Eile, daß ihm nicht einmal Zeit geblieben, Reisekleider zu nehmen. Mit einem Wort, der Aristokratie sollte nicht die ersehnte Frucht jener unseligen kaiserlichen Flucht werden. Diesem entschiedenen Volkswillen gegenüber, zeigte die reaktionäre Adelspartei ihren gewohnten Unverstand. Rücksichtslos dekretirte Montecuccoli die Auflösung der akademischen Legion. Der Kommandant derselben Graf Colloredo-Mannsfeld, dessen stockaristokratisch bornirter Kopf den deutschen Hut schändet, den er trägt, erschien mit demselben Verlangen gestern Morgens in der Universität. Natürlich widersprachen die wenigen Studenten einem Befehl, zu welchem kein Recht vorhanden. Die Aristokratie, in ihrer Wuth und unbegreiflichen Verblendung, wagte das Aeußerste: sie ließ Militär gegen die Universität anrücken. Das Volk aber, das sich indessen auf dem Universitäts-Platz gesammelt, umdrängte das Militär so dicht, daß es, um nicht sogleich von den Waffen Gebrauch zu machen, weichen mußte. Die Aufregung und Erbitterung der ganzen Stadt über diesen militärischen Gewaltstreich, vom Kriegsminister Latour ausgegangen und den Errungenschaften des 15. zuerst thatsächlich widersprechend, wuchs ungeheuer. Jetzt war die Kunde von den Vorfällen zu den Arbeitern gedrungen, die aus den Vorstädten heranzustürmen begannen. Die Stadthore wurden geschlossen und mit Militär besetzt, um — kurze Zeit darauf vom Volke gesprengt zu werden. Die Bajonette hatten dem Eindringen von Arbeitern und übrigem Volk vergeblichen Widerstand geleistet, es wurde endlich gefeuert — und drei Menschen fielen, ein Bürger, ein Student und ein Arbeiter. „Barrikaden!" scholl es jetzt als ein- und tausendstimmiger Ruf durch die ganze Stadt. Im Augenblicke waren welche errichtet, auf den bedeutendsten Plätzen und Straßen mit staunenswerther Schnelligkeit und Gewandtheit. Die elegantest gekleideten Personen, ja selbst Frauen aus dem Mittelstande halfen daran arbeiten, auf den Dächern und Fensterbrüstungen wurden Steine zurecht gelegt, um sie auf die Truppen zu werfen. Die großen Straßen, die zur Universität führen, gleichen einer einzigen ungeheuren Barrikade. Ein Geistlicher, Namens Biesinger, wollte schon am Morgen 27,000 fl. K.-M. unter den Arbeitern vertheilen, um sie gegen die Studenten zu stimmen, und wurde sammt seinem Gelde auf die Universität gebracht. Auf den Barrikaden wehten theils schwarz-roth-goldene, theils blutrothe Fahnen. Man erwartete den Angriff, statt dessen erschienen gegen Mittag eilende Boten mit der Nachricht, daß der Fortbestand der akademischen Legion vom Ministerium zugesichert sey. Damit war jetzt nicht mehr gedient, das Volk war bis zur höchsten Empörung gebracht worden, selbst die Bitte der sonst einflußreichsten Studenten, um Wegräumung der Barrikaden, blieb unbeachtet, vages Geschrei gegen den Adel, gegen das Militär ließ sich vernehmen und formulirte sich endlich zu bestimmten Wünschen, die gedruckt an allen Straßenecken zu lesen sind: 1) Abzug des Militärs aus Wien; 2) von den Errungenschaften des 15. Mai darf nichts geopfert werden; 3) der Kaiser muß binnen 14 Tagen in Wien einziehen oder einen Stellvertreter ernennen, der den Thron einnimmt, zwei Adelige müssen als Geisel mit ihren Köpfen dafür bürgen. Früher soll keine Barrikade verlassen und keine Muskete niedergelegt werden. Die meisten Arbeiter tragen gedruckte Zettel mit denselben Forderungen auf dem Hut. An allen Läden und Thüren der ganzen Stadt ohne Ausnahme stehen die Worte: „Heilig das Eigenthum." Die Nacht hindurch auf heute wurde fortwährend an Barrikaden gearbeitet und auf den errichteten die Marseillaise mit deutschem Text und dazwischen „des Deutschen Vaterland" gesungen. Nichts ändert sich heute in der Lage der Dinge trotz den amtlichen Kundmachungen, worin der Rückzug des Militärs, freilich nur in die Kasernen, zugesichert. Keine einzige Barrikade wird verlassen. Jetzt scheint das österreichische Volk selbst die metternich'sche Politik des status quo einzuschlagen und die beliebte Maxime des alten Regime, das Abwarten zu befolgen. Was daraus werden soll, das wissen die Götter, die mit dem blauesten Himmel und dem heitersten Sonnenschein die Barrikadenfelsen beleuchten, an denen die kleinen Erdengötter zerschellen sollen. Gestern waren alle Läden geschlossen, heute sind alle geöffnet, die Geschäfte nehmen ihren Lauf, nur daß man ihnen nicht nachgeht, sondern nachsteigt über Balken, Steine und sonstigen Barrikadenherrlichkeiten. Das Volk benimmt sich sublim, es herrscht ein wahrer Kommunismus an Lebensmitteln, Jeder theilt dem andern seinen Ueberfluß mit. — Die beiden am 18. verhafteten Redakteure sind vom Volke befreit worden. Ueberall verbreitet sich das Gerücht, der Kaiser wäre nicht mehr in Innsbruck, aus Furcht, den Insurgenten, wenn sie so weit vordringen in die Hände zu fallen. — Die Stadt ist, es ist lächerlich es zu sagen, trotz der Revolution, trotzdem wir zwischen 200 Barrikaden leben, vollkommen ruhig. Ein Gerücht Fürst Windischgrätz werde die Stadt beschießen, findet keinen Glauben. Ich schließe eine Stunde vor Postabgang, da ich so lange brauchen werde, den Barrikadenweg zur Post zurückzulegen.

(D. konst. Z.)

Einem „Mehrere Nationalgarden" unterschriebenen Berichte über die Vorfälle vom 26. entnehmen wir folgende Stellen: „Während dem man die Aula schließen wollte, begab sich eine Person, Namens Wiesinger, in den Prater zu den Arbeitern, und bot ihnen eine Summe Geldes an, man sprach von 27,000 fl. K.-M., mit dem Bemerken, daß sie ihre Anhänglichkeit an die Studenten fahren lassen, und sich in nichts mehr hineinmischen möchten; sie hätten hier Geld, da sollten sie trinken und sich gut geschehen lassen. Die Proletarier (Ehre dieser Klasse, kein Jahrhundert hat solchen edlen Arbeitergeist aufzuweisen) waren keine Verräther, sondern nahmen diesen Menschen gefangen, und führten ihn sammt seinem Gelde auf die Universität. — Kouriere sind bereits an Se. Majestät nach Innsbruck abgesendet worden, mit dem Verlangen der **Rückkunft Sr. Majestät in 14 Tagen**, oder der gnädigen **Ernennung eines Stellvertreters in der Person eines kaiserlichen Prinzen**. Die allgemeine Stimme ist hier, man hat uns verrathen und verkauft, und Se. Majestät unser geliebter Monarch wisse von allen den schändlichen Umtrieben der reaktionären Partei kein Wort." (D. konst. Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 1. Juni: „Don Juan," Oper v. Mozart.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. v. Rad, Privatier v. Augsburg; Schuster, Rentier v. Frankfurt.

Gold. Hahn. HH. Graf v. Patini, Rittergutsbesitzer von Wien; Rinrering, Rath von Würzburg; Frhr. v. Schöller, Hauptmann, und Frhr. v. Schöller, Lieutenant von Danzig; Schuster, Pharmazeut v. Linz.

Gold. Kreuz. HH. Bößler, Privatier v. Heilbronn; Micorwzki, Gutsbesitzer aus Galizien; Baron v. Melin, k. k. Oberlieutenant, und Geiß, Kontrolleur von Wien; Barken, Privatier v. Weimar.

Blaue Traube. HH. Krürel, Major, und Frhr. v. Reibelt, Artilleriehauptmann v. Germersheim; Löwenberg, Privatier v. Innsbruck; Wallis, Privatier v. Stockholm; Enzensbugerth, praktischer Arzt v. Mühldorf.

Stachusgarten. HH. Müller, Sekretär v. Aisiug; Seger, Kaufmann v. Nürnberg; v. Grezper, Lieutenant v. Baireuth; Cletter, Pfarrer v. Emskirchen.

Bekanntmachung.

2415. Auf Anrufen eines Hypothekgläubigers ist zum gerichtlich öffentlichen Verkaufe des Anwesens Haus Nr. 17 am Marsfelde dahier erste Versteigerungstagsfahrt auf

Montag den 10. Juli l. Js. früh 11 Uhr

Geschäftszimmer Nr. 35 bei dem unterfertigten Gerichte und zwar nach Maßgabe des §. 64 des Hypothekengesetzes und der §§. 97 – 101 des Gesetzes vom 17. Nov. 1837 angesetzt, wozu Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß der Zuschlag ertheilt werde, wenn das Meistgebot den erhobenen Schätzungswerth von 1100 fl. erreicht. Gerichtsunbekannte Käufer haben sich über ihre Zahlungsfähigkeit bei der Versteigerungstagsfahrt auszuweisen.

Das zu verkaufende Anwesen besteht aus einem von ebener Erde aus hoch erbauten mit gewölbtem Keller versehenen Wohnhause, worin sich Stube, Kammer, Küche und Hausplatz befindet, aus einem vor dem Hause befindlichen Vorgärtchen und einem kleinen Hofe hinter dem Hause, darinnen sich ein Pumpbrunnen befindet. Das Dach des Hauses ist mit Breitziegeln eingedeckt und befindet sich durchaus in gutem baulichem Stande.

Das Anwesen hat die gewöhnlichen Abgaben zu entrichten, dasselbe ist mit Hypothekschulden im Gesammtbetrage von 526 fl. 45³⁄₄ kr. belastet und der Brandversicherungsanstalt mit 500 fl. einverleibt.

Am 22. Mai 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:
Barth.

Sengel.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 144.

Münchener politische Zeitung.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir [illegible] Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Donnerstag — XLIX. Jahrgang. — 1. Juni 1848.

Deutschland.

Protokoll der konstituirenden National-Versammlung zu Frankfurt a. M. vom 26. Mai 1848.

Die Sitzung wird Vormittags 10 Uhr vom provisorischen Präsidenten Heinrich v. Gagern eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung vom 25. Mai d. Js. wird vorgelesen und richtig gestellt. Der Präsident zeigt die eingegangenen Anträge und Petitionen ihrem wesentlichen Inhalte nach an. Auf Heckscher's Antrag beschließt die konstituirende Nationalversammlung: durch die Abtheilungen einen Ausschuß für die deutsche Marine zu ernennen, welcher die dienlichen Maßnahmen für dieselbe zu begutachten habe. Hergenhahn als Vorsitzender des nach Mainz entsendeten Ausschusses der konstituirenden Nationalversammlung erstattet Bericht über die neulichen Vorfälle daselbst und beantragt Namens der Mehrheit dieses Ausschusses: 1) bei der Bundesversammlung einen theilweisen Wechsel der Garnison zu veranlassen, 2) daß ein Bataillon der großherzoglich hessischen Truppen baldmöglichst nach Mainz gelegt werde, 3) daß die Bürgerwehr zu Mainz, sobald ein Bürgerwehrgesetz mit den Ständen des Großherzogthums Hessen vereinbart ist, auf Grund desselben reorganisirt werde, jedoch unter Beobachtung der durch das Festungsreglement vorgeschriebenen Formen, und theilt mit, daß die Minderheit des Ausschusses auf Uebergang zur Tagesordnung antrage. Nachdem die konstituirende Nationalversammlung beschlossen hat, über die Mainzer Angelegenheit vor der auf der Tagesordnung stehenden Diskussion über den Antrag des Abgeordneten Raveaux sofort zu verhandeln, begründete Zitz seinen Antrag, die konstituirende Nationalversammlung möge beschließen: 1) daß sofort alle und jede vom 21. Mai 1848 an getroffenen Ausnahmsmaßregeln des Festungsgouvernements zu Mainz zurückgenommen und das gegenseitige Verhältniß zwischen dem Festungsgouvernement und der Stadtgemeinde wieder hergestellt werde, wie es vor jenem Tage bestanden hat; 2) daß den Soldaten und Unteroffizieren der Garnison Mainz das Tragen von Waffen außer Dienst gänzlich untersagt seyn soll; 3) daß die ehemalige k. preußische Besatzung der Bundesfestung Mainz sofort und bis zu ihrer Ablösung durch andere Regimenter außerhalb der Stadt kampirt werde; 4) die Berathung und Beschließung dieser Maßregel als höchst dringlicher Natur ohne vorherige Verweisung an die Abtheilung sogleich vorzunehmen. Die konstituirende Nationalversammlung vernimmt die zu diesen Anträgen gestellten Amendements von Lene, Hollandt, Heckscher, Eisenmann, Glaß, Ziegert, Welcker, Freudentheil, Nauwerk; verneint die Frage des Präsidenten, ob nicht vor dem Schluße der Debatte dem antragstellenden Berichterstatter nochmals das Wort gegeben werden solle? und beschließt in der Erwartung, daß die Behörden in dieser Angelegenheit thun werden, was ihnen obliegt, zur Tagesordnung überzugehen. Ein Theil der Minorität gibt ihre Namen und abweichende Ansicht zu Protokoll. Die Diskussion über Raveaux's Antrag wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt und der von beiden Vorsitzenden und Schriftführern bestimmte Redaktionsausschuß von 5 Mitgliedern für die stenographischen Berichte bekannt gegeben. Ende der Sitzung ½3 Uhr, nächste Sitzung am 27. Mai d. Js. Vormittags 10 Uhr.

Der Präsident (gez.) v. Gagern.

Der Schriftführer (gez.) Dr. Riehl.

Die Redaktion wird um schleunige unentgeldliche Aufnahme folgender Bitte ersucht: „Der Unterzeichnete, welcher am 23. Mai d. Js. der hohen deutschen Nationalversammlung einen Antrag auf Niedersetzung einer Kommission überreicht hat, die untersuchen soll, ob und auf welche Weise dem durch Maschinengespinnst verkümmerten Handgewebe der Leinwand, namentlich in Schlesien, Böhmen, Sachsen und anderwärts etwa durch Zollvergünstigungen u. dgl. aufzuhelfen sey, richtet an alle Sachverständigen in Deutschland die Bitte, ihm Vorschläge und Gutachten einzusenden, damit die gedachte Untersuchungskommission davon Gebrauch machen könne. Die Abgeordneten genießen bekanntlich Portofreiheit. Zahlreichen Einsendungen sieht entgegen Frankfurt am Main, 26. Mai 1848. Dr. Kahlert aus Schlesien, Mitglied der konstituirenden deutschen Nationalversammlung. (Wohnung: Eschersheimer Chaussee C XII. Nro. 1 a.)

Bayern.

Landtag.

**München, 25. Mai. (XLV. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten) Anwesend am Ministertische Frhr. v. Thon-Dittmer, v. Roth und Sperl. In der Kammer 98 Abgeordnete. — Die Sitzung wurde mit Ablesung des Einlaufes eröffnet, worunter eine Eingabe der hiesigen Künstler, resp. Architekten und Handwerker, die Ausführung von nützlichen, schönen Bauten zur Sicherung ihrer Existenz betr. — Sodann verliest der Referent über den Gesetzentwurf: „die Ablösung des Lehenverbandes betr.", den Beschluß der Kammer über diesen Gesetzentwurf. — Wegen ungenauer Abfassung des Art. 2 erhebt sich ein Streit, weßhalb die beiden Sekretäre mit dem Referenten abtreten, um sich über die bestimmte Fassung des Artikels zu einigen. — Sodann trägt der Abg. v. Scheurl den Gesammtbeschluß über die Einführung der bayerischen Gesetze in den von Bayern erworbenen Gebietstheilen vor, und ebenso der Abg. Bestelmayer „über die Verhältnisse der Sparkassen ɪc.", und die Fassung dieser Gesammtbeschlüße von der Kammer genehmigt. — Der Abg. Schnetzer beginnt dann eine Mittheilung zu machen in Beziehung auf ein in Schwabach neu errichtetes Blatt, „die Fränkische Volkszeitung" nämlich. Es wurde nämlich dieses Blatt, und zwar gleich die erste Nummer, mit Beschlag belegt. Auch über die schon öfter in öffentlichen Blättern besprochene Angelegenheit des Literaten Trautmann stellt der Abg. Schnetzer eine Umfrage an den Minister des Innern. Dieser erklärte, daß die Beschlagnahme solcher Schriften, in denen man von Umsturz der Verfassung und der bestehenden Ordnung spreche, mit dem Gesetze über Preßfreiheit gewiß nicht in Widerspruch stehe. Es sey in besagtem Blatte die Rede von den 34 Winkelfürsten, und darin die Frage gestellt, ob man sie verjagen oder mediatisiren soll. Ich glaube, fügt der Minister bei, ein solches Blatt darf, ja muß mit Beschlag belegt werden. — Die Kammermajorität entgegnet mit lautem Ja. Ueber den Trautmann'schen Fall gibt der Minister des Innern keinen nähern Bescheid, da diese Sache seinen Geschäftskreis nicht berühre. — Der Abg. Schnetzer erklärt, es sey jedenfalls sehr mißlich, wenn die junge Preßfreiheit auf obige Weise erschreckt werde, und es fragt sich, ob die Beschlagnahme absolut nothwendig gewesen sey. — Der Hr. I. Präsident, Dr. Kirchgeßner, will dem Gegenstande, wenn wirklich Grund der Beschwerde da sey, auch die nöthige Beachtung der Kammer zugewandt wissen. — Hierauf erstattet der Referent des III. Ausschußes Vortrag über die von dem Ausschuße nicht zur Besprechung von der Kammer geeignet befundenen Beschwerden. — Abg. Unterberger sieht sich veranlaßt, als Referent des VI. Ausschußes eine Erklärung zu geben. Es seyen eine Masse Eingaben eingelaufen, so daß nur wenige bis jetzt berathen werden konnten; die übrigen Anträge, die nicht zur Berathung kommen, sollen nach einer Versicherung des Hrn. I. Präsidenten an die treffenden Ministerien übergegeben werden, was er nur mit Freuden begrüßen könne. Unter diesen Anträgen sind besonders die über Holz- und Streu-Abgaben, über die wo mögliche freie Verwaltung des Gemeindewesens, über die Universität, über die bessere Besoldung der Unterbeamten, der Lehrer ɪc. — Der Hr. I. Präsident, Dr. Kirchgeßner, erklärt, daß es unmöglich gewesen sey, alle die eingelaufenen Anträge und Wünsche zur Berathung kommen zu lassen. Doch die Ministerien werden diesen Anträgen gewiß ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Ihre Aufgabe sey zum Ziele gelangt; sie gewärtigen blos noch die Rückäußerungen von der Kammer der Reichsräthe. Doch möge die Kammer auch jetzt noch ihre Thätigkeit erweisen, damit wo möglich in kurzer Zeit dieselbe geschlossen werden kann. — Hiemit schloß die Sitzung und wurde die nächste auf morgen 9 Uhr früh anberaumt.

München, 25. Mai. Viele wollen wissen, das gestern hier vielfach besprochene Manifest des Kaisers von Oesterreich sey eigentlich ein Münchener Kind und von hier aus nach Innsbruck besorgt worden. Unmöglich wäre es freilich nicht; aber es dürfte nur allzubald die Zeit kommen, wo sich weder in Wien, noch in Innsbruck, noch sonst irgendwo jemand wird mit besonderer Vorliebe zur Vaterschaft dieses Manifestes bekennen wollen. Es fehlt freilich nicht an Stimmen aus Wien, nach welchen man meinen sollte, die Kaiserstadt sey der Verzweiflung oder doch dem Entschluße nahe, lieber alle ihre Errungenschaften freiwillig fahren, als den Kaiser noch länger in seinem Gesundheitsexile wegen Gesundheitsrücksichten entbehren zu müssen. Aber thatsächlich lauten viele Briefe von ganz guter Hand auch in einem andern Tone, in dem Tone nämlich der Erbitterung und selbst der Entrüstung über das verwegene Spiel einer Kamarilla, den guten Kaiser persönlich in den Strudel der Parteikämpfe zu ziehen. Noch einige Tage Geduld und wir werden wohl sehen, in welcher Richtung zum Ziele zu gelangen noch möglich ist und wohin also von allen Oesterreichern, die es mit sich und ihrer Zukunft wohlmeinen, mit jeder nur möglichen Anstrengung gesteuert werden muß! — Die Großherzogin von Modena, Prinzessin Adelgunde von Bayern, ist in fast leidenden Gesundheitsumständen hier eingetroffen. Die Prinzessin Hildegarde, Gemahlin des Erzherzogs Albrecht, wird von Prag her mit ihren Kindern zu Besuch erwartet. König Ludwig und seine Gemahlin werden mit diesen Gästen demnächst das Schloß Berchtesgaden an der Grenze bei Salzburg beziehen. Wie kommen hiesige Blätter dazu, gerade jetzt Lola Montez in Salzburg selbst eingetroffen seyn zu lassen?? — Diejenigen, welche in den ausgehenden dreißiger und den vierziger Jahren bis auf die Letztzeit sich als gries-

gramige Gegner der Verfassung gezeigt und jede Gelegenheit eifrigst benützt haben, wo sie nur immer irgend ein verfassungsmäßiges Volksrecht durch Regierungsverfügungen und Kammerbeschlüsse zu beengen oder zu vernichten im Stande waren, — mit welcher Freude, und mit welchem aufrichtigen Jubel würden diese alle sich jetzt anschließen, wenn morgen wie am 26. Mai 1843 ein Verfassungsjubiläum unter unangetastetem Fortbestand der Verfassung begangen werden könnte. Damals widerstrebten diese Herren allen und jeden Versuchen, das 25jährige Verfassungsjubiläum feiern zu lassen. In München, wo beide Kammern versammelt waren, war's fast ein wahrer Skandal, wie es zuging und ohne das entschiedene Auftreten einiger Abgeordneten wäre es kaum zu einem Festessen gekommen. Alles, was Edelmann oder Priester oder sonst ein Rückschrittsmann nach damaligem Loyalitätsmaßstab war, dem galt eben das Staatsgrundgesetz vom 26. Mai 1818 als ein Gräuel, als ein sündhaftes Werk unverständiger Liberalität gegen die Massen ꝛc. Wie gehts denn heute mit diesen Ansichten und werden sich morgen die fraglichen Herren über die ihnen von der Zeit unter dem Volkssouveränetätsszepter auferlegten Opfer wohl beschweren dürfen, wenn sie sich an die verfassungswidrigen Streif-, Quer-Winkel-, und sonstige Züge erinnern, die man eine lange Reihe von Jahren hindurch gegen die verfassungsmäßigen Rechte des Volks unternommen hat?

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Die neue „Speyerer Zeitung“ vom 26. d. Mts. enthält folgenden Artikel, den wir um seiner Bedeutung willen, unseren Lesern seinem ganzen Inhalte nach mittheilen wollen: München, 18. Mai. Unsere Ständeversammlung wird nun doch bald wider Willen der Mehrheit in der zweiten Kammer, insbesondere wegen des Eintrittes ihrer wenigen geistigen Kräfte in die Reichsversammlung zu Frankfort, zum Schlusse gedrängt. Bekanntlich wurde die zweite Kammer unter dem Einflusse des schlechten Wahlgesetzes gewählt, von Abel dezimirt, und gab sie sich theilweise als Handlangerin seiner Rückschrittsbestrebungen her. Seitdem ist sie durch Sterbefälle, Beförderungen ꝛc. einzelner Mitglieder in ihrem ursprünglichen Bestande so sehr verändert worden, daß mehr als ein Drittel ihrer Glieder aus Ersatzleuten ergänzt wurde, von denen manche kaum 4—10 Stimmen ihrer ursprünglichen Wähler auf sich vereinigten. Eine solche Kammer konnte unmöglich das Vertrauen des Volkes für den Weiterbau seiner Freiheit besitzen. Obwohl sich hierüber die öffentliche Meinung vielfach ganz unzweideutig aussprach, so scheint bisher doch das Ministerium und die Mehrheit der Kammer ganz anderer Ansicht gewesen zu seyn; denn ersteres legte zahlreiche Gesetzentwürfe vor, und die Kammer stellte sich selbst bei mehreren Gelegenheiten ein ausgezeichnetes Fähigkeitszeugniß für ihren Fortbestand aus! Dem Vorgange Preußens und Württembergs und den Wünschen mehrerer Kreise entsprechend, hätte man glauben sollen, unser seine konstitutionelle Stellung begreifendes Ministerium werde der Kammer höchstens das Wahlgesetz und einige Grundzüge zu einer der künftigen Kammer vorbehaltenen Verfassungsreform vorlegen, dann die Kammer schnell auflösen, zur Wahl der neuen schreiten, und mit dieser aus dem Volksvertrauen und für unsere Zeitbedürfnisse gewählten Kammer die Weiterbildung unsers Staatslebens vornehmen. Statt dessen bringt es Gesetzentwürfe über die Organisation der Gerichte, über die Presse, Ministerverantwortlichkeit, Staatsgerichtshof, Anlehen und Steuern u. s. w. und erst auf mehrfache Anregungen Stockingers, Christmanns ꝛc. auch das Wahlgesetz und das Gesetz über die ständische Initiative. Also zuletzt erst das, womit man hätte anfangen und worauf man die Wirksamkeit der gegenwärtigen Kammer hätte beschränken sollen! Ja ohne „das Drängen und Treiben der Pfälzer“, wie man es hier zu nennen beliebte, würden wohl die letzten Gesetzentwürfe noch lange auf sich warten lassen; denn mit einer so geschmeidigen Mehrheit läßt sich leicht regieren, und der folgenden Kammer scheint man oben nicht ohne ernste Besorgniß entgegen zu sehen. Ja wir haben guten Grund zu glauben, daß der Gesetzentwurf über die Initiative gar nicht den Ständen vorgelegt worden wäre, hätten nicht die genannten wackeren Pfälzer, die allein nach den Regeln einer echt konstitutionellen Taktik verfahren, wiederholt auf dessen Einbringung gedrungen. Daher der Unmuth und das Geschrei der blindministeriellen Partei über das Drängen der Pfälzer, in welches Hallohgeschrei ein Theil unserer nicht sonderlich taktvollen Presse weidlich mit einstimmte, und doch beginnt mit der Wirksamkeit der ständischen Initiative erst unser freieres Volksleben. Was unsere Stände ohne dieselbe seit 30 Jahren Armseliges nur leisten konnten, ist hinlänglich bekannt; mit ihr sieht Bayern einer gründlichen Verfassungsreform und einer schönern Staatsentwickelung entgegen. Die muthigen Pfälzerabgeordneten haben sonach nicht Hetzen und Lästerung verdient, sie haben sich vielmehr den Dank des Vaterlandes erworben! Daß unser Ministerium viel guten Willen besitzt, rastlos beschäftigt ist, und auch mit höheren Hindernissen zu kämpfen haben mag, das erkennen wir und sicherlich auch die pfälzischen Abgeordneten bereitwillig an. Es scheint uns jedoch seine durch die Zeitverhältnisse gebotene und durch die Adresse der Abgeordneten bedingte Stellung von vorneherein nicht gehörig erkannt zu haben. Es konnte ihm nicht verborgen bleiben, daß die das Volksvertrauen nicht besitzende Kammer nur des Zeitdranges wegen und für Sicherstellung einiger Grundzüge der Freiheit von den Münchenern besonders gewünscht worden war. Ja als ein aus den gewaltigen Zeitbedürfnissen selbst hervorgegangenes volksthümliches Ministerium mußte es in sich selbst das Bedürfniß fühlen, sobald als möglich mittelst neuer Wahlen die allgemeine Volksmeinung zu befragen, um durch die neue Kammer unterstützt, kräftig die Hand an die freiere Wiedergeburt Bayerns legen zu können. In allen echt konstitutionellen Staaten ist es Brauch, daß die Ministerien den in den Adressen der Kammern vorgebrachten Wünschen bald einen bestimmten Entscheid folgen lassen. Sie verwirklichen entweder die Wünsche, oder aber treten ihnen mit Bestimmtheit entgegen. Wenn jedoch die beharrlich gestellten Anforderungen dem Systeme des Ministeriums widersprechen, so hat dieses die Kammer aufzulösen und an das Volk zu appelliren, oder selbst abzutreten. Nun hat aber die Adresse der zweiten Kammer Dinge berührt, die weder in der königl. Proklamation vom 6. März noch in der Thronrede vorkommen; wir erinnern nur an die politische Gleichstellung aller Bayern ohne Rücksicht auf die Religion, an die Volksbewaffnung, an das Vereinigungs- und Versammlungsrecht, an die ständische Initiative ꝛc. Das Ministerium fand es jedoch für gut, weder bei seinem Antritte ein bestimmtes Glaubensbekenntniß abzulegen, noch auf die Adresse beruhigende Zusicherungen zu geben, noch dem Volkswunsche um baldige Auflösung dieser und um schnelle Berufung einer neuen Kammer zu entsprechen; es legt vielmehr zahlreiche Gesetzentwürfe vor, die bei einer bald in Aussicht stehenden neuen Kammer noch immer zeitig genug erledigt werden konnten; es brachte sogar neue Steuergesetze, ohne vorher über die gewünschten Lebensfragen eine hinreichende Beruhigung gegeben zu haben. Nun ist es aber wiederum alter Brauch konstitutioneller Thätigkeit, daß die Stände neue Steuern in der Regel nur um neue Zugeständnisse für eine freiere Entwickelung des Staatslebens verwilligen. Die Adresse enthielt bereits die bestimmt ausgesprochenen Anforderungen; man legte aber die neuen Steuergesetze vor, ohne die Adresse zu berücksichtigen; ja man nahm es den Pfälzern sehr übel, daß sie nach den Regeln konstitutionellen Lebens die geforderten Steuern nur unter der Bedingung bewilligen wollen, wenn man endlich auch einmal die verlangten geistigen Güter gewähre, nämlich das verbesserte Wahlgesetz und die Initiative. Darob mehrfache Stürme der im konstitutionellen Leben nicht sehr taktvollen Kammermehrheit; darum Auftritte gewaltiger Aufregung, wie sie bisher noch nie im Abgeordnetensaale vorkamen und wobei Bauer, Rammoser Rotenhan und Andere nicht eben glänzende parlamentarische Rollen spielten. Auch der Herr Justizminister ließ sich bei dem größern Sturme, statt den ganzen Streit damit abzuschneiden, daß er einfach auf die damals auf dem Ministertisch vorliegenden verlangten Gesetzentwürfe hingewiesen hätte, zu seither von ihm abermals benützten unparlamentarischen Verdächtigungen der volksfreundlichen Gesinnung seiner pfälzischen Landsleute hinreißen und fachte damit den Sturm auf Seite der servilen Mehrheit erst noch recht an; wie denn auch der Herr Finanzminister bei andern Gelegenheiten eine ziemlich große Reizbarkeit an den Tag legte. Ein Ministerium das statt mit Gründen, mit Verdächtigungen und Reizbarkeit seine Stellung zu vertheidigen fortfahren würde, dürfte bei einer aus dem Volksvertrauen hervorgegangenen, geistig ausgerüsteten und selbstständigen Kammer nicht auf langen Bestand hoffen. Es würde vielmehr die Ansicht Jener rechtfertigen, welche es in mehreren seiner Bestandtheile nur für ein Uebergangsministerium ansehen. Wir wünschen ihm gerne einen längern Bestand, und eben darum machen wir es auf diese seiner Stellung höchst bedenklichen Waffen aufmerksam. Wenn es bald zur Wahl einer neuen Kammer schreitet, und die den Zeitbedürfnissen genügenden Gesetze, insbesondere die unausbleibliche Verfassungsreform unterdessen vorbereitet, so wird es sicherlich auch bei der neuen Kammer großes Vertrauen und eine kräftige Unterstützung finden. Es wird dann auch alle Jene befriedigen, die aus oben angegebenen Gründen mit seiner bisherigen Verfahrungsweise nicht völlig mit ihm einverstanden seyn konnten.

Vom Oberlande, 26. Mai. „Europamüde“ gibt es, vernahmen wir von einem Reichsrathe; aber aus Bayern brauche man nicht auszuwandern, erwiederte der greise hochachtbare Graf Reigersberg, während der unter allen am tiefsten schauende Erkenner unserer staatlichen Zustände, Fürst Wallerstein, die Auswanderung für nützlich hielt. — Es gibt wohl „Europamüde“ — Herr Reichsrath! — aber wer hat sie denn „müde“ gemacht? Guizot, Metternich und der dritte in diesem Bunde, der nun in der Stille hinter dem Vorhange zu Turin hervor nach dem trostlosen Bilde seines Vaterlandes herüberlugen mag, ihre Handlanger und Helfershelfer, Hr. Graf Arco! könnten ihnen sagen, was das über fast ganz Europa schon ausgespannte Netz bedeutete, unter dem wir uns mühe- und sorgenvoll abrangen, und im Kampfe gegen geistiges und materielles Unwohlseyn nicht aufzukommen vermochten, weder für uns, noch für unsere Kinder einen lichten Punkt der Zukunft aus den immer finsterer werdenden Wolken erspähend, Wehmuth und Mißbehagen in dem fühlenden Herzen, ohne Trost einer nahen Besserung und gehezt bei der mindesten Kraftanstrengung für das Sittliche für das Gute: — Das hat die Menschen endlich ermüdet, und die Sehnsucht nach einem bessern Vaterlande hinabgetragen bis in die untersten Schichten der Bevölkerung. — Allerdings „liegt in Bayern noch ein zweites Bayern,“ aber wer weckte es zu seiner großen Geburt? Haben jene, in deren Pflicht es lag, auch nur das Mindeste gethan, die Decke des tiefen Schlafes von dieser zweiten Kraft zu ziehen? Hat man nicht vielmehr schnurstracks überall entgegengearbeitet, wo irgend eine Anstrengung sichtbar wurde, welche körperliches und geistiges Wohl des Landes erstreben wollte? Hat unsere Bureaukratie etwas anderes gethan, als „Nummern erledigt und sich in den Akten gedeckt,“ damit der Rücken eines Jeden vor dem Obern gesichert war? Unsere Akten im Zusammenhalte mit unsern Zuständen geben unserer Nachkommenschaft ein fürchterliches Zeugniß von Unwissenheit und Trägheit in den wichtigsten Grundelementen unseres Staatswohles, und wir dürfen uns glücklich preisen, wenn sie uns nicht das Zeugniß der Schlechtigkeit geben. — Hätten wir nur die Hälfte unseres Bodens zur richtigen Entwickelung geführt, und darauf im Einklange mit einer moralisch gesunden Volksbildung die Industrie gepflanzt, — eine doppelt so große Bevölkerung gegen die jetzige dächte an keine Auswanderung. Aber dennoch wäre letztere heilsam, ja sie ist nothwendig, wenn wir in die Zukunft blicken. Wird nicht Nordamerika in Bälde die erste Rolle unter allen Staaten der Welt übernehmen, und wird es nicht nothwendig, daß Nationen, die ihre Existenz und erquickliche Subsistenz erhalten wollen, sich mit dem jungen Riesen in unmittelbare Blutverwandtschaft setzen; wird es nicht erforderlich, daß unsere Industrie ihren Schwerpunkt allmählig dorthin neigt, und daß zu diesem Behufe Deutschland jetzt, da es gerade noch Zeit ist, Kolonieen in Nordamerika bevölkert, welche das neue Vaterland mit dem alten Mutterlande in gegenseitig erstarkendem Bande erhalten? Mit Wehmuth sehen wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen unsere kräftigsten Söhne und Töchter dahin wandern, und sie dann in fremden Elementen für uns nutzlos aufgehen, während es heiligste Pflicht der deutschen Regierungen wäre, den zersplitterten Aestchen eine planmäßige Richtung zu geben, welche zum mächtigen Baum angewachsen, dereinst unsern kränkelnden Interessen neue Lebenssaft zuführen könnte. — Bayern ist zur Zeit fast lediglich Ackerbau treibend. Sucht aber einmal von Montgelas Abgang bis zu Wallersteins Erscheinen, dann wieder von dessen Abtreten bis heute, ob auch nur die leiseste Spur eines wahren Wohlwol-

lens für die Agrikultur sich findet! Durchblättert die angehäuften Akten des Wallersteinschen Ministeriums, ob auch nur ein Beamter ihn verstand in diesem ersten unserer Lebenselemente, ob auch nur einer bis hinaus in den letzten Schreiberast unserer Bureaukratie einen Funken Liebe und Aufrichtigkeit mit Sachkenntniß für die hochwichtige Sache beurkundete, fragt aber auch, ob es möglich ist, mit Lust und Liebe in einem Fache zu arbeiten, in welchem uns alle Einsicht mangelt und wie in Bayern jedem Beamten mangeln muß, weil er in seiner Nähe nicht einmal Grundbesitz haben darf, und die Antwort der Möglichkeit unserer täglich ärmer werdenden Zustände liegt auf offener Hand. — Ist es nicht vernünftig, daß ein Staat für sein wichtigstes Element ein eigenes Ministerium besitze? Ja will Bayern nicht zu Grunde gehen, so muß es ein Agrikultur- und Handelsministerium schleunigst erhalten, welches noch dazu ohne sonderliche Kosten (wir wollen es nachweisen) geschaffen werden kann, und das den zehnten Theil jenes Schweißes unserer Mitbürger nicht gekostet hätte, der jetzt die müßigen Franziskaner- und Kapuzinerkutten tränkt. (D. konst. Z.)

Schleswig-Holstein.

Rendsburg, 24. Mai. Diesen Morgen verbreitete sich hier das Gerücht, die Dänen seyen in der Nacht bei Eckernförde gelandet und mit bedeutender Macht schon auf dem Marsche hierher, Signale hatten schon diese Nacht um 1 Uhr die Kunde davon hierhergebracht. Doch schenkte man der Uebertreibung des Gerüchts nur wenig Glauben. Es ergab sich auch durch später eingelaufene Meldung, daß allerdings eine kleine Flotille von 4 dänischen Korvetten und einem Schooner in der eckernförder Bucht vor Anker gegangen, aber nur, um mit Gewalt einige Lebensmittel zu requiriren und Wasser einzunehmen. Die Schiffe waren auch bereits mit Tages-Anbruch wieder dem Auge der geängsteten Einwohner entschwunden. — Heute sind die gefangenen dänischen Offizieren von hier auf der Eisenbahn nach Altona abgeführt worden, morgen sollen die Gemeinen nachfolgen. Die Einwohner sind nicht unzufrieden mit dieser Maßregel. (Alt. Mkr.)

Oesterreich.

Aus Tirol. Was hat man bis dato hier vergessen? Warum man es vergessen hat, das mag sich jeder einbilden. Man hat es hier vergessen, die wichtigste Urkunde des ganzen Kaiserreichs, die von Sr. Majestät dem Kaiser allergnädigst verliehene und unterzeichnete Verfassungsurkunde, welche auch für Tirol volle Kraft und Gültigkeit hat, in der Zeitung allgemein bekannt zu machen. Wir haben zwar bloß eine einzige Zeitung hier, aber die hat doch ein politisches Blatt, ein Intelligenzblatt und ein Amtsblatt. Es will uns völlig scheinen, als ob man die Konstitutionsurkunde nicht für politisch, nicht für intelligent und nicht für amtlich genug hält, weil sie den Weg noch in keines der drei Blätter gefunden hat. Wir wollen das nicht glauben, denn sie haben es gewiß nur vergessen! Es sind ein anderesmal auch schon sehr wichtige Sachen im Lande nicht kund gemacht worden; z. B. das Toleranzpatent vom großen Kaiser Joseph, sie hatten es halt damals auch vergessen; diese Vergeßlichkeit ist aber den armen Zillerthalern später theuer zu stehen gekommen. Sie haben noch etwas vergessen, was zwar eigentlich nicht gar so wichtig ist, was aber auch Se. Maj. unser guter Kaiser persönlich genehmigt hat und in der Wiener Amtszeitung bekannt gegeben worden ist. Weil nun diese zweite vergessene Sache doch auch gerade für unser Landl ein absonderliches Interesse hat, so können wir schon gar nicht begreifen, warum man sie nicht bekannt macht. „Se. Maj. unser Kaiser Ferdinand I. hat die Aufhebung des Ordens der P. P. Jesuiten und der P. P. Redemptoristen und der Redemptoristinnen in der ganzen österreichischen Monarchie genehmigt." Diesen kais. Beschluß hätte man um so mehr sogleich bekannt geben sollen, als die Bauern in der Umgegend von Innsbruck und überhaupt im Lande die ganz falsche und von Verleumdern ihnen beigebrachte Meinung hegen, als wollten die Herren in der Stadt gegen die genannten Orden feindliche Schritte unternehmen. Ja, mehrere Bauern sollen sogar bis zu Drohungen aufgehetzt worden seyn. Die lieben Landleute werden sich aber beruhigen, wenn sie hören, daß Se. Maj. der Kaiser selbst aus Gründen die obigen Anordnungen getroffen hat, denn gegen seinen Kaiser hat sich noch kein guter Tiroler ausgelassen.

(Allg. Oesterr. Z.)

Frankreich.

Paris, 25. Mai. Vorgestern gaben die Delegirten der Departements, unseren beiden Bürgerwehren wie der Armee ein großes Festessen. General Tambourre, der beim Mahle präsidirte, brachte die Gesundheit der Bürgerwehr aus, welche bestimmt sey, die Republik der ehrlichen Leute, die Republik zu gründen, welche auf Ordnung, nicht minder als auf Freiheit ruht. — Man weiß jetzt, warum Barbes in engere Haft gebracht wurde. Die Polizei hat nämlich entdeckt, daß er in der Gefängnißstube, die er bis jetzt inne hatte, durch Hin- und Herstellen eines Lichtes telegraphische Zeichen mit seinen Genossen wechselte. — Das Komite der Nationalversammlung für die auswärtigen Angelegenheiten hat Herrn Napoleon Bonaparte zu einem seiner Schriftführer erwählt. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Die französische Regierung hat beschlossen, der provisorischen Regierung der Lombardei 60,000 Flinten verabfolgen zu lassen. Schon am 19. wurden zu Toulon 6000 Flinten an Bord des sardinischen Handels- und Dampfbootes „Virgil" gebracht, welches alsbald nach Genua abging.

Straßburg, 23. Mai. Die erste Nummer der dahier erscheinende Zeitung „Das republikanische Deutschland" ist heute ausgegeben worden. Als verantwortlicher Redakteur ist Hr. W. Schweitzer genannt. In dem Eingang heißt es: „Wir haben uns zur Aufgabe gestellt, unsern Lesern in ungeschmückter Wahrheit und in einer jedem verständlichen Sprache nur solche Nachrichten mitzutheilen, die wir aus sicherer Quelle selbst schöpfen können und überall ohne Ausnahme stets der Wahrheit zu huldigen, selbst dann, wenn sie unsern rein republikanischen Gesinnungen und Interessen zuwiderlaufen möchte." An alle deutschen Republikaner in Frankreich erläßt die Redaktion einen Aufruf, den ich Ihnen hiermit vollständig wiedergebe. Die letzten Ereignisse, sagt derselbe, so betrübend sie auch durch die gefallenen Opfer für jeden Deutschen seyn müssen, dürfen Euch nicht entmuthigen und nicht verleiten, der heiligen Sache der Freiheit zu entsagen. Im Gegentheil, Ihr müßt aus derselben mit erneuter Kraft, besonders aber mit vollständiger Einigkeit hervorgehen, damit für die Zukunft Fehler vermieden werden, die einestheils dazu beigetragen haben, daß Eure heldenmüthige Unternehmung keinen glücklichen Ausgang genommen hat. Einigt Euch, liebt Euch untereinander, laßt Euch von dem Geiste der Bruderliebe wahrhaft beseelen. Ermahnt Euch brüderlich zur Erfüllung Euerer Pflichten und verbannt die Zwietracht gänzlich aus Eurer Mitte. Nicht der, welcher des andern Fehler schonungslos aufdeckt, verdient die Achtung seiner Brüder, wohl aber der, welcher den Fehlenden liebend zurechtweist und ihn zurückführt auf den guten Weg. Wenn Ihr den Geist der Bruderliebe unter Euch eingeführt habt, dann schreitet weiter, übt Euch, so viel als Zeit und Umstände es erlauben, in den Waffen und bereitet Euch ernstlich zu einem großartigen Unternehmen vor, dessen Zweck Euch bald näher bekannt gemacht werden wird. Die Redaktion des republikanischen Deutschlands wird mit Freuden das Organ Eurer ächt republikanischen Gesinnungen und Wünsche seyn, wenn Ihr derselben brüderlich Eure Mittheilung darüber machen wollt. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 17. Mai. Die Aenderungen, welche die Regierung mit der Schifffahrtsakte beabsichtigt, beziehen sich nach der gestrigen Rede des Handelsamtspräsidenten Herrn Labouchere vollständig auf folgende Punkte: Erstens sey es nicht die Absicht der Regierung, irgend eine wesentliche Aenderung in den Gesetzen, welche sich auf den Küstenhandel dieses Landes bezögen, zu empfehlen, obgleich man überzeugt sey, daß, wenn auch dieser Küstenhandel den Fremden eröffnet werde, dies doch keinen Nachtheil herbeiführen werde, denn dieser Handel sey durch seine eigene Natur fest gesichert. Zweitens beabsichtige er (der Minister) auch nicht, irgend eine Aenderung in den Gesetzen zu beantragen, welche die Fischerei auf britische Schiffe beschränkten. Mit Ausnahme dieser beiden Bestimmungen beantrage er jedoch, mit den übrigen Bestimmungen des Systems der Schifffahrtsgesetze große Aenderungen zu treffen. Wenn er nämlich darin die Bestimmungen erwäge, durch welche verboten werde, Güter aus Asien, Afrika und Amerika aus irgend einem Hafen Europa's in England einzuführen, oder die Bestimmungen, durch welche England der Frachthandel mit anderen Ländern gesichert werden solle; so sey er überzeugt, daß England kein reelles Interesse habe, diese Bestimmungen gegen Länder aufrecht zu erhalten, welche geneigt wären, ein deßfallsiges Reziprozitätssystem einzugehen. Er beantrage daher, durch eine Parlaments-Akte diese Gesetze aufzuheben. Er empfehle aber dabei dem Hause, der Königin im Geheimen Rathe die Ermächtigung zu belassen, welche sie bisher immer gehabt habe, von Schiffen fremder Staaten, welche das britische Schifffahrtsinteresse mit Ungerechtigkeit behandelten, entsprechende Abgaben zu erheben. Dies seyen die Ansichten Ihrer Majestät Regierung über die eigentlich sogenannten Schifffahrtsgesetze. Außerdem müsse er aber auch noch die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Bestimmungen lenken, welche über den Charakter von britischen Schiffen beständen. 1) Wenn man den britischen Schiffseigenthümern der unbeschränkten Konkurrenz mit den Schiffseigenthümern in jedem Theile der Welt aussetze, so müsse man ihm auch alle Erleichterung gewähren, daß er sein Schiff auf die wohlfeilste Weise erhalten könne. Er beantrage daher, zu beschließen, daß es nicht mehr nöthig seyn solle, daß sein Schiff ein in England gebautes Schiff seyn müsse. Er beantrage ferner, daß ein Schiff, welches im Auslande von einem britischen Unterthan erbaut wäre, berechtigt sey, als britisches Schiff einregistrirt zu werden. Was das Eigenthum eines Schiffes betreffe, so beantrage er darin keine wesentlichen Aenderungen, außer daß er suchen werde, einige kleine Anomalieen darin zu verbessern. 2) Was die Bemannung betreffe, so beantrage er, daß es ferner nothwendig bleibe, daß die Mannschaft auf britischen Schiffen, welche zum Küstenhandel verwendet würden, auch ferner durchaus aus britischen Matrosen bestehen müsse. Für britische Schiffe, welche in dem Handel mit dem Auslande verwendet würden, fordere er, daß auch jetzt noch drei Viertel der Bemannung britische und nur ein Viertel auswärtige Matrosen seyn müßten. Er beantrage ferner, daß die Laskaren (die ostindischen Matrosen) als britische Matrosen zugelassen würden; ein Vorrecht, wozu dieselben durch ihr gutes Betragen und durch ihre Treue berechtigt wären. Er beantrage ferner, daß der Zwang, welcher britischen Schiffseigenthümern auferlegt sey, Schiffsjungen anzunehmen, aufgehoben werde. Die Wirkung dieses Systems der Schiffsjungen sey für den Schiffseigenthümer unzuträglich und lästig. Das Gesetz bestimme nämlich, daß ein Sechstheil der Bemannung aus Schiffsjungen bestehen müsse; dadurch werde aber eine Ueberfüllung mit Matrosen herbeigeführt und geschickte Seeleute von der britischen Handelsmarine in die Handelsmarine von Schweden und Amerika getrieben. 3) Was den Küstenhandel in den Kolonieen betreffe, so beantrage er endlich, daß derselbe den Kolonieen vorbehalten bleibe, wie dies bei dem Mutterlande der Fall wäre; er werde es jedoch jeder Kolonie frei stellen, wenn sie es für zweckmäßig halte, durch einen Beschluß der gesetzgebenden Versammlung der Kolonie ihren Küstenhandel für Fremde zu öffnen. Das seyen die Grundzüge der Aenderungen, welche er dem Parlamente zur Erwägung vorlege und welche er nach vielseitiger und reiflicher Erwägung den großen Interessen des Landes für entsprechend halte.

London, 19. Mai. Den Times macht es so gut, wie leider einer gewissen Partei in Deutschland Spaß, die preußische Politik zu verdächtigen, aber freilich gerade in einer Sache, deren Durchfechtung Preußen im Auftrage und Namen des gesammten deutschen Vaterlandes übernommen hat. Diese Zeitung nennt die Politik, welche Preußen zu dem Kriege gegen Dänemark getrieben habe, eine lasterhafte, aus ungerechtem Ehrgeiz (!) hervorgegangene; Preußen habe dabei zum Zweck, den unruhigen Sinn seiner Bürger zu beschwichtigen und zugleich einige Seehäfen zu gewinnen; aus andern Motiven lasse sich dieser räthselhafte Angriff nicht erklären. Aber was könne Deutschland dabei gewinnen? Frankreich warte nur auf Gelegenheit loszubrechen, und dann werde Deutschland vom Rhein bis zum Niemen ein einziges Schlachtfeld seyn. Weiterhin heißt es: „Insofern ist Schleswig Holstein das Texas und Dänemark das Mexiko Preußens. Es ist eine Fehde, deren Ruhm Schmach und deren Preis Verlust ist. Dänemark wird hartnäckigen Widerstand leisten und nicht wirkungslos. Sollten die Angreifer sich unterfangen, der Existenz Dänemarks zu Leibe zu gehen, so wird, wie es angekündigt ist, ein schwedisches Heer den Dänen zu Hülfe kommen und es liegt auch wohl im

Interesse des skandinavischen Stammes, daß Schweden Einsprache thut. Wenn die Deutschen einmal erst Herren der Ostsee sind, so werden Dänemark und Schweden aufhören, europäische Mächte zu seyn. Aber auch Rußland hat, wie es natürlich und gerecht erscheint, Erklärung über die letzten Zwecke dieses Angriffs von Preußen verlangt. Von allem Uebrigen abgesehen, kann Rußland nicht gestatten, daß der Schlüssel der Ostsee in die Hände der Nationalversammlung zu Frankfurt komme. Dies sind einige der Verlegenheiten dieses unsinnigen Kreuzzuges. Es ist wahr, zu Lande werfen die Deutschen Alles vor sich nieder. General Wrangel ist ein Mann von Talent und von einem der Lage vollkommen entsprechenden Charakter. Der Krieg wird in seinen Händen nicht erlahmen. Die Dänen aber sind Deutschland gegenüber mächtig zur See und der Gesammthandel Deutschlands ist so gut wie aufgehoben. Der bloße Enthusiasmus schafft noch keine Flotte" u. s. f. Dies ist es eben, was man uns in England nicht vergeben kann: ein allgemeines deutsches Parlament, ein allgemeiner deutscher Handels- und Zollverein mit Einschluß der Nordseestaaten, die Aufnahme einer Küstenstrecke sammt Häfen in den deutschen Bund und als Endergebniß des jetzigen Konflikts mit Dänemark hoffentlich die Errichtung einer deutschen Flotte, welche uns wenigstens den Mittel- und kleinen Seemächten gegenüber Geltung zur See und unserm Handel größere Selbstständigkeit und Unabhängigkeit von England verschaffen soll. Der Dämon des Egoismus kleidet sich so gerne in das Gewand sittlicher Entrüstung, aber dies Gewand reicht nicht hin, auch seinen hinkenden Teufelsfuß zu bedecken. Das Lächeln der Times wird oft zum Grinsen, man denke an die Gewalt und Unterdrückung predigenden Artikel, welche diese Zeitung gegen die Irländer, gegen die westindischen Pflanzer, gegen die Kolonien überhaupt zu schleudern pflegt. Mögen diese ausgesaugt werden, wenn nur das Fett für die Kaufleute der City abschäumt! Bei alledem darf man zugeben, daß das Stadium, in welches der dänische Krieg jetzt getreten, für uns Deutsche kein beneidenswerthes ist; es ist fortan ein bloßer Defensivkrieg gegen Dänemark, das mit seinen Schiffen auf allen Punkten der Küste einbrechen kann, und mit allen Nachtheilen eines Defensivkrieges verbunden; es ist ein Krieg der Drohungen, der Repressalien, der Kontributions-Ausschreibungen. Wir, die wir eigentlich nirgends einen aufrichtigen Freund haben, überwerfen uns nun auch mit den stammverwandten Skandinaviern, und der Ruf der Polen und Italiener: Tod den Deutschen! klingt nun bereits auf den dänischen Inseln, an den schwedischen Küsten und den norwegischen Fjiords wieder. Es sind drei unglückliche Kriege, die wir am Po, an der Warthe und an der Schlei führen müssen, weil wir sie führen mußten, unglücklich trotz der erfochtenen Siege, wenn es uns nicht gelingt, möglichst bald mit den Polen uns zu verständigen und mit Dänemark und Italien (denn wo deutsches Blut fließt, ist der Krieg auch deutsche Sache) einen ehrenvollen Frieden abzuschließen.

Dänemark.

Kopenhagen, 22. Mai. Heute früh kam hier von Norden auf die Rhede die norwegische Kriegsbrigg „Frederiksvärn" unter Kommando von Kapitän-Lieutenant Diederich. — Es zeigen sich auf mehreren Stellen auf den Inseln, namentlich auf Seeland, Symptome, daß die Bauern die ihnen in Aussicht gestellte Wahlfreiheit als allgemeine Freiheit von allen Pflichten und Lasten ansehen, und Zusammenrottirungen haben stattgefunden. Der Justizminister Bardenfleth hat in Folge dessen an sämmtliche Amtmänner ein weitläufiges Zirkular erlassen und diese darauf hingewiesen, daß sie sich mit der Landpolizei in nähere Verbindung zu setzen haben und ungesetzliche Versammlungen hintertreiben, auch im Nothfalle alle außerordentlichen Maßregeln ergreifen, die zur Unterdrückung des Aufruhrs nothwendig scheinen mögen. (H. K.)

Nach Briefen aus Gothenburg in Hamburger Blättern sieht es mit der schwedisch-norwegischen Intervention zu Gunsten Dänemarks sehr bedenklich aus, seitdem sich mehre schwedische Blätter gegen jede Einmischung ausgesprochen. Man habe kein Vertrauen, daß Dänemark die Kosten einer Rüstung werde tragen können, auch habe der norwegische Staatsrath die Ausgaben zur Bestreitung einer solchen Hülfe entschieden abgelehnt. — Aus Kopenhagen wird ferner in andern Berichten versichert, daß die dänischen Staatsminister, mit Ausnahme von Bardenfleth, Tscherning und Orla Lehmann, für den Frieden sich ausgesprochen haben, als die dänische Mission an den Petersburger Hof mißglückt war, daß aber die Ansicht dieser drei Männer, den Krieg auf jede Weise fortzusetzen, im Staatsrathe den Sieg davon getragen. Uebrigens sieht man in Schleswig die Besetzung Jütlands und die von diesem Lande bis zum 28. d. zu zahlende Kriegskontribution als die beste Maßregel an, Dänemark zum Frieden zu nöthigen. Eine Deputation ist bereits aus Jütland in Kopenhagen eingetroffen, mit der Erklärung, daß wenn die Inselstifte den Jütländern nicht zu Hülfe kämen, diese sich genöthigt sehen würden, sich der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein zu unterwerfen. (B. Z.-H.)

Griechenland.

Im Bezirke Phtiotis meldet der National, ist eine Insurrektion ausgebrochen, an deren Spitze der von der Regierung erst jüngst amnestirte Oberst Velenza steht. Der Aufstand scheint an Stärke zu gewinnen, da auch andere Amnestirte den Schild abermals erheben. Viele Dörfer um Lanna sind von ihnen befestigt und von einem sichern Condoyouni, Hypathe, genommen worden. Oberstlieutenant Papacosta hat sich nach Maurlitharis im Bezirke Doris seinem Geburtsland begeben, um unter seinen Verwandten und Landsleuten zu werben, dann kam er nach Salone, wo er ohne die Einwohner zu belästigen, den Unterpräfekten verjagte, Garnison in das Fort legte und sich dann in Daubes bei Cheronea festsetzte. Er machte Miene, in Livadien einzufallen, was jedoch der General Gardikiotti Grivas vereitelte, der die Stadt mit 300 königlichen Truppen besetzte. So standen die Sachen Anfangs Mai, über die Stärke der beiderseitigen Truppen bleibt man unklar, da die Insurgenten wie die Regierung zu übertreiben scheinen; nur so viel ist gewiß, daß die Bravour der Königlichen unter General Menouri und Gardikiotti nicht ausreichte, die Insurgenten aus ihren Stellungen zu vertreiben.

(Fränk. Merk.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 1. Juni: „Don Juan," Oper v. Mozart.
Freitag den 2. Juni: „Graf Waldemar," Schauspiel v. G. Freitag.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Fürst Massini v. Rom; v. La-Roche von Dürkheim; Rumel, Hüttenbesitzer von Bingen; Mayer Kaufmann v. Leipzig.

Hôtel Maulik. HH. Mare, Lieutenant, und Mare, Ingenieur von Bamberg; Gotzenbach, Privatier von Mannheim; Lindsay und Tschurch, Rentiers v. London.

Gold. Hahn. HH. v. Sieckhard, Legationsrath v. Berlin; v. Streit, Ingenieur von Bonn; Rückert, Fabrikant von Koblenz.

Gold. Kreuz. HH. Perlath, Edelmann v. London; Trösch, Privatier aus Böhmen.

Blaue Traube. HH. Baron v. Seckendorf, Junker, und Seuffert, Oberappellationsgerichtsrath v. Dillingen; Cornelia, Privatier v. Mailand; Eggis, Student v. Freiburg; Rösen, Partikulier v. Hamburg.

Starhußgarten. HH. Lichtenstein, Student v. Erlangen; Deckelmann, Zeichnungslehrer v. Donauwörth.

Getraute in München.

HH. Ludwig August Joseph Meinhard Erler v. Finster, Gutsbesitzer auf Urfarn, Ldg. Rosenheim, mit Frl. Johanna Viktoria Glonner, d. Eisenhändlerstochter v. h.; Karl Ludw. Hahn, b. Schreinermeister das., mit Josepha Schlederer, b. Lohnkutscherstochter v. h.; Karl Anton Branener, k. Hoflaquai das., mit Anna Margaretha Eisenschenk, Zollaufseherstochter v. Lichtenfels; Friedrich Maisel, Schneidergeselle, mit Elisabetha Oehler, Schriftsetzerstochter v. h.; Lorenz Burgmaier, Metzgersgehilfe das., mit Ursula Stroz, Kutschenwäscherswittwe v. h.; Ferdinand Rieppel, Kunstmaler das., mit Frl. Maria Augusta Rachbauer, Steuerrektifikationskommissärstochter v. h.; Joseph Rainer, b. Hausbesitzer das., mit M. A. Schwertl, Bauerstochter v. Teßbach, Ldg. Abensberg; Peter Silbermann, Glasfabrik- und Gutsbesitzer von Rothenbüchl, Ldg. Pernau, mit Frl. Regina Glener, kgl. Centralstaatskasse-Kontrolleurstochter v. h.; Joseph Rosenbach, b. Schuhmachermeister das., mit M. A. Wagner, Lehrerstochter v. Mosbach, Landg. Unterviechtach; Anton Baumann, Geschäftsführer das., mit Josepha Theresia Werner, Buchhalterstochter v. h.

Gestorbene in München.

Elisabetha Neumaier, Sergeantensfrau v. h., 33 J. alt; Joseph Dezenfelder, Hoftheaterchorsänger v. hier, 29 J. alt; Anna Josepha Paul, b. Kupferschmidsfrau v. h., 32 J. alt; Jakob Koller, Maurer v. d. Au, 63 J. alt; Wilhelm Bauer, Handlungskommis v. h., 23 J. alt; Kar Göpfried, Bräuerstochter v. Zeitlarn, Ldg. Regenstauf, 22 J. alt; Jos. Ruf, Kunstgärtnergehilf v. h., 21 J. alt; Franziska v. Kleber, Legationsrathswittwe v. hier, 76 J. alt; Joseph Steidl, Herbergsbesitzer v. d. Au, 77 J. alt.

Bekanntmachung.

2417. In der Verlassenschaft des Bettfederhändlers Wolfgang Vogel werden künftigen

Mittwoch den 7. Juni d. Js.

Vormittags 9 — 12 Uhr in der Behausung am Rindermarkt Nr. 6, Durchganghaus, zu ebener Erde, beim Schäffler mehrere Partieen Flaum, Schleißfedern, ganze, ordinäre Federn, zu verschiedenen Quantitäten gegen sogleich baare Bezahlung gerichtlich verkauft.

Sign. am 9. Mai 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der königl. Director:
Barth.

Fick.

Pfandauslösung und Versteigerung.

2416. (3a) Dienstag den 27. Juni 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Mai 1847 und zwar von:

Nr. 63,044 bis 72,753.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Dienstag den 4. Juli öffentliche Versteigerung.

München, den 31. Mai 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt I. der Stadt München.
L. Negrioli, Magistratsrath.
Hannes, Cassier. v. Zech, Controleur.

Bekanntmachung.

2406. (3c) Nach kreditorischem Antrage wird das sogenannte Mayrgut zu Berg der öffentlichen Versteigerung unterstellt, und hiezu Tagsfahrt auf Mittwoch den 28. Juni 1848 Vormittags 10 — 12 Uhr dahier anberaumt, wozu zahlungsfähige Kaufslustige hiemit eingeladen werden

Der Hinschlag erfolgt nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen in den §§. 98 — 101 des Prozeßgesetzes vom 17. Novbr. 1837. Das zu versteigernde und am 12. Mai l. Js. auf 7375 fl. gewerthete Anwesen besteht:

a) aus einem neugebauten Wohnhause, einem Neben- und Oekonomiegebäude,
b) aus 1 Tagw. 56 Dez. Hofraum und Garten,
c) aus 17 Tagw. 54 Dez. Aeckern,
d) aus 9 Tagw. 81 Dez. Wiesen, und
e) aus 5 Tagw. 04 Dez. Waldung relvirt eigen zum k. Rentamte Starnberg.

Am 15. Mai 1848.

Königlich Bayer. Landgericht Starnberg.
Der k. Landrichter:
Pitzner.

Ankündigung

2415. (3c) Der Ausschuß der Mechanischen Baumwoll-Spinnerei & Weberei in Augsburg beehrt sich hiermit bekannt zu machen, daß in Folge des in der Generalversammlung am 23. d. gefaßten Beschlusses, die Auszahlung des am 1. Juli fälligen Aktienkoupons auf den 15. Nov. a. c., eventuell auf den 15. Febr. 1849 verschoben worden sey, worüber das Nähere seiner Zeit wird bekannt gegeben werden.

Augsburg den 24. Mai 1848.

Friedr. Schmid,
Vorstand.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 145.

Man pränumerirt auf die Zt. [illegible] in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir [illegible] Nro. [illegible], auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährig im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 26 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Freitag — XLIX. Jahrgang. — 2. Juni 1848

Deutschland.

Frankfurt, 27. Mai. Siebenundfünfzigste Sitzung der deutschen Bundesversammlung. Nachdem mitgetheilt worden war, daß für den großh. hess. Gesandte nunmehr der königl. sächs. Gesandte substituirt sey, und der großherzogl. mecklenburg. Gesandte auch für Mecklenburg-Strelitz Vollmacht beigebracht hatte, trug der k. k. Bundespräsidialgesandte drei, seit der letzten Sitzung eingegangene Berichte des Festungsgouverneurs von Mainz vom 22. 23. und 25. d. M. vor. Im ersten wird die auf Ansuchen verlängerte Frist zur Ablieferung der Waffen angezeigt; in dem zweiten war bemerkt, daß auf Anzeige anderweiter Verwundung von Soldaten wieder Generalmarsch geschlagen und eine Aussendung verstärkter Patrouillen erfolgt sey, dieser Anzeige aber zugleich ein anonymer Brief mit verschiedenen Ausfällen und Drohungen beigefügt; im dritten endlich der Tödtung eines Mannes und eines Knaben Erwähnung gethan und bezüglich der Ablieferung der Waffen bemerkt, daß unter denselben 270 geladene und 23 Stück frisch abgeschossene sich befunden hätten. An die Mittheilung dieser Berichte knüpfte der Vorsitzende die Frage: welche Maßregeln in dieser Angelegenheit Seiten der Bundesversammlung zu ergreifen seyn möchten, nachdem die Nationalversammlung im Betreff derselben zur motivirten Tagesordnung übergegangen sey? und begleitete diese Frage mit einleitenden Bemerkungen. Hierauf stellte der kgl. sächs. Gesandte den Antrag, die Bundesversammlung wolle zur Ausgleichung der obwaltenden Differenzen und im Interesse der Ruhe und Ordnung schleunigst Maßregeln ergreifen, insonderheit aber Verfügung treffen: 1) daß alsbald ein Garnisonwechsel eintrete; 2) nach Publikation des großherzoglichen hessischen Bürgerwehrgesetzes die Bürgerwehr der Stadt Mainz, unter Berücksichtigung der Festungsverhältnisse reorganisirt, auch 3) eine Aufhebung der während der jüngsten Ereignisse getroffenen Ausnahmebestimmungen veranlaßt werde. Bei der Diskussion hierüber beantragte der großherzoglich oldenburgische Gesandte, die Bundesversammlung solle vor weiteren Schritten sofort eine Kommission nach Mainz entsenden welche in Bezug auf die ferner zu ergreifenden Maßregeln mit den dortigen Zivil- und Militärbehörden Rücksprache nehmen und sodann der Bundesversammlung Bericht erstatten solle. Dieser letztere Antrag wurde sofort zum Beschluße erhoben und zu Kommissären der großherzoglich oldenburgische und der königl. württembergische Gesandte ernannt, welche in Begleitung einiger Mitglieder der Militärkommission ohne Verzug nach Mainz sich begeben werden. Der großherzogl. hessischen Regierung soll hiervon sogleich Nachricht ertheilt werden, damit auch ihrer Seits bei den zu veranstaltenden Erörterungen sich betheiligt werde. Zum Vortrag kam ferner ein Gesuch der Gemeindebehörden zu Mannheim, um Zurückziehung der dort einquartirten Truppen. Beschluß: diese Eingabe dem Oberbefehlshaber zur Berücksichtigung zuzufertigen, den Bittstellern aber hiervon Nachricht zu ertheilen mit dem Bemerken, daß, da die Dislokation der Truppen nicht von der Bundesversammlung, sondern vom Kommandirenden angeordnet werde, eine auf die Besetzung von Mannheim bezügliche Veränderung auch von Letzterem ausgehen müße. Auf die hierbei erfolgte Mittheilung eines Schreibens des Prinzen Karl k. H., die Beendigung des Aufstandes betreffend, wurde beschlossen, in der Rückantwort den Dank der Bundesversammlung auszusprechen. Der kgl. bayerische Gesandte trug einige Kommissionsgutachten vor. Der Beschluß über ein Gutachten des Revisionsausschußes, die Wahlen zur Nationalversammlung in Böhmen betreffend, wurde auf besondern Antrag vertagt. Ein Schreiben des Präsidenten der Nationalversammlung die vorläufige Anweisung von 20—25,000 fl. zur Bestreitung der Kosten für die Nationalversammlung betreffend, ingleichen ein Schreiben des Präsidenten der Vertrauensmänner, eine Anfrage wegen Zurückberufung derselben enthaltend, wurde dem Revisionsausschuß überwiesen. Nachdem noch einige Anzeigen (Seiten des k. sächsischen Gesandten und des Gesandten der großherzogl. und herzogl. sächsischen Häuser) in Betreff der Wahlen zur Nationalversammlung erfolgt waren, erstattete auf Antrag des Gesandten für Schleswig-Holstein, der Militärausschuß durch den kgl. bayerischen Gesandten Vortrag über den Antrag des zuerst genannten Gesandten wegen Kompletirung des 10. Armeekorps, in dessen Folge, nach dem Gutachten des Militärausschußes, beschlossen wurde, daß den betheiligten Regierungen zu eröffnen sey, die Bundesversammlung könne dieselbe von der beantragten Kompletirung, insoweit diese noch beanstandet sey, nicht dispensiren, doch sey die dem Oberbefehlshaber mittelst Schreibens vom 19. d. empfohlene Berücksichtigung des Bedürfnisses der Küstenstaaten dabei nicht ausgeschlossen.

Frankfurt, 29. Mai. Achtundfünfzigste Sitzung der deutschen Bundesversammlung. Für Lippe-Detmold legitimirt sich als Bundestagsgesandter der geheime Justizrath Petri, wobei bemerkt wird, daß wie bisher für die 16. Kurie der Geheimerath v. Holzhausen die Stimme zu führen hat. Die von der Bundesversammlung nach Mainz abgesendeten Kommissäre erstatten Bericht über das Ergebniß ihrer Sendung. Zugleich wird ein Bericht des Festungsgouvernements vorgelegt, wornach die preußische Besatzung in Mainz den Wunsch ausgedrückt hat, von dort versetzt zu werden. Es wird hierauf beschlossen, diesen Gegenstand dem Militärausschuß zur schleunigen Begutachtung zuzuweisen. Auf das Ansinnen des Präsidenten der Nationalversammlung wird beschlossen, zur Bestreitung der Kosten der Nationalversammlung vorläufig die Summe von 25,000 fl. anzuweisen. Eine von der königlichen bayerischen Regierung mitgetheilte Beschwerde von Ludwigshafen wegen Störung der Dampfschleppschifffahrt wird durch die unterm 6. und 8. Mai getroffenen Verfügungen und dem seither eingetretenen beruhigenden Zustand als erledigt betrachtet. Auf den Antrag der Militärkommission wird beschlossen, die Bundesregierungen aufzufordern, die periodisch zu erstattende Anzeige über die wirkliche Stärke ihrer Truppenkontingente auf den Stand vom 8. Juni vorzulegen. Auf den Antrag der Militärkommission wird beschlossen, zur Bestreitung der Kosten für Einrichtung der Festungskommandantschaften zu Ulm und Rastatt einen Vorschuß von je 2000 fl. zu bewilligen. Die kurhessische Regierung zeigt an, daß sie das unterm 15. Januar 1835 ergangene Verbot des Wanderns der Handwerksgesellen nach der Schweiz als durch den Bundesbeschluß vom 2. April d. J. wegen Aufhebung der Ausnahmsgesetze beseitigt annehme. Mit dieser Annahme erklärte sich die Bundesversammlung einverstanden.

Bayern.

Landtag.

** München, 26. Mai. (Kammer der Reichsräthe. [XV., XVI. und XVII. Sitzung.]) In der am 24. Mai stattgefundenen 15. und 16. Sitzung der Kammer der Reichsräthe beschäftigte sich die Kammer mit der Berathung und Beschlußfassung über die Gesetzentwürfe: Einführung der bayerischen Gesetze in den 1847 von Böhmen erworbenen Gebietstheilen, die Verantwortlichkeit der Minister, sodann die ständische Initiative betreffend. — Ersteres Gesetz nahm sie ohne alle Diskussion einstimmig in der ursprünglichen Fassung an. Auch bei dem Gesetze über die Verantwortlichkeit der Minister machte sie zu der von der Kammer der Abgeordneten beschlossenen Fassung nur wenige Modifikationen, und zwar beantragte sie im Eingang des Gesetzes den Zusatz: „unter Beobachtung der in dem Titl. X. §. 7 der Verfassungs-Urkunde vorgeschriebenen Normen", und substituirte bei Art. 3 statt „entlassenen" das Wort „enthobenen" Minister. — Das ganze Gesetz bezeichnete Fürst v. Wallerstein blos als ein transitorisches, denn seiner Ueberzeugung nach komme die Zeit, wo die Minister nicht mehr aus Staatsräthen, sondern aus dem Volke gewählt, und nur so lange bleiben würden, als sie das Vertrauen desselben hätten. Gleiche transitorische Eigenschaft legt er dem Gesetz über die Initiative bei, mit ihm Fürst Leiningen, es sey ein Uebergang zur vollständigen Initiative, ohne welche letzterer sich keine konstitutionelle Regierung denken könne. — Nicht so Bischof Richarz, nur daß der Krone bisher die Initiative zustand, sey allen Rechten bisher die Stätigkeit gesichert gewesen, wer könnte später dem Auftreten eines Kommunisten um Geltendmachung seines Grundsatzes der Eigenthumstheilung oder gar des beliebten Satzes: „Eigenthum sey Diebstahl", durch ein Gesetz Schranken setzen. — Ihm stimmt R. v. Seinsheim bei, wogegen Fürst v. Wallerstein nicht an die Möglichkeit einer Kammer von Kommunisten glaubt, und wenn, dann würde gegen Kommunistenwuth auch nichts mehr das papierne Bollwerk des Titl. X. der Verfassung nützen. Das Gesetz selbst wird mit wenigen Modifikationen nach dem Antrage des Ausschußes angenommen. — In der 17. Sitzung berieth diese Kammer das Einkommensteuer-Gesetz. — Frhr. v. Lotzbeck unterstützt dasselbe, wird aber gegen die Kapitalsteuer seyn, und Fürst v. Wallerstein sieht hierin einen entschiedenen Fortschritt zur Gleichheit der Belastung, das bisherige Steuersystem habe dem Grund und Boden geschadet. — Art. 1 wird angenommen. — Art. 2 werden auch die Wittwen und Kinder als steuerfrei erklärt. — Art. 3, 4, 5 und 6 werden ebenfalls ohne Diskussion angenommen. — Bei Art. 7 beantragt Arnold die frühere Fassung, sein Einkommen auf Ehre und Gewissen angeben zu müßen, statt „auf Bürgerpflicht". Letzterer Begriff sey nicht so allgemein schon gekannt, was jedoch Fürst v. Wallerstein verneint. — Die Kammer entscheidet sich für „Bürgerpflicht". — Das ganze Gesetz wird sodann ohne weitere ausführliche Diskussion und nur mit einer Modifikation des Hrn. Reichsraths v. Zu-Rhein zu Art. 10, wonach das Einkommen nur in soweit genau anzugeben ist, daß man dadurch inner der festgesetzten Klasse bleibe, einstimmig angenommen. — Die Kammer wählte hierauf zu Gesetzgebungs-Ausschußmitgliedern Zu-Rhein, Arnold, Niethammer, Reigersberg, Armansperg, Maurer und Freiberg, als Ersatzmänner: Erzbischof Reisach,

Graf Karl v. Seinsheim und Lotzbeck, und schritt sofort zur Berathung über die Rückäußerung der Kammer der Abgeordneten, bezüglich des Ablösungsgesetzes. — Hier beharrte oft gegen den Antrag ihres Ausschusses die Kammer in allen wesentlichen Punkten, als bezüglich des Termines der Abtretung der Gerichtsbarkeit, der Entschädigung für die Frohnen, der Jagd, auf ihren frühern Beschlüssen, und zwar mit großer Majorität. Nur die verlangte Entschädigung für den Blutzehent ließ sie aus dem Gesetze fallen, und formulirte dafür einen Antrag in dieser Beziehung zum Gesetz. — Finanzminister, Giech und Hohenlohe riethen dringend zur Nachgiebigkeit, auch Rietlammer, weil man doch den Rechtsboden schon verlassen sey, nicht minder Wallerstein und Stauffenberg, sie ahnen sonst ein Fallen des Gesetzes.

**München, 26. Mai. (XLVI. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische: Frhr. v. Thon-Dittmer, Frhr. v. Lerchenfeld, Heintz, v. Bezold, v. Kleinschrodt, Sperl; in der Kammer 115 Abgeordnete. Die Sitzung wurde mit Ablesung des Einlaufes eröffnet, dann vom Hrn. I. Präsidenten, Dr. Kirchgeßner, aufmerksam gemacht, daß die Kammer, ohne ihr Recht zu vergeben, dießmal von der Wahl eines ständischen Kommissärs, wie schon die vorige Versammlung es that, Umgang nehmen sollte. — Die Kammer beschloß denn dieß gleichfalls, nachdem von mehreren Seiten dieß gewünscht worden war. — Hiernächst wurde Nro. 3 der Tagesordnung: „Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über das Ablösungsgesetz", zum Vortrag und zur Debatte gebracht. — Die I. Kammer hatte bei der Entschädigung für „Gerichtsbarkeit" und für „Frohnen" beharrt, also bei Art. 1 und 3. — Der Ausschuß der II. Kammer hatte die Entschädigung für Verzichtleistung bis zum 18. April 1848 begutachtet nach dem Gesetze von 1831, jene Gutsherren aber, welche später als am 18. April d. Js. ihre Gerichtsbarkeit anboten, sollen durch Uebernahme ihrer Beamten nach pragmatischer Weise entschädigt werden. Auf diese Weise suchte der Ausschuß irgend einen Ausweg mit der Kammer der Reichsräthe zu Stande zu bringen. Mehrere Redner versuchten dieselbe Ausgleichung; aber Abg. Schnetzer rieth, auf dem frühern Beschluße zu verharren. Die künftige Kammer möge die Sache erledigen. — Dr. Rammoser. Er könne sich mit dem Gedanken nicht vertraut machen, daß die Besitzer von Gerichtsbarkeiten nicht entschädigt werden sollten. Müsse jedoch das Eis brechen, so schließe man sich lieber dem Ausschusse an! — Abg. Schnetzer widersprach. — Abg. Rabl. Heute wolle er seine Halsstarrigkeit ablegen. Eine Eifersucht gegen den Adel geltend zu machen, sey jetzt nicht an der Zeit. — Abg. Ziegl stimmte auch für die Ausschußmodifikation. Der Gescheide gibt nach. — Abg. Schlund wünscht vom Staatsministerium Aufschluß über die Zahl der bis zum 18. April d. Js. abgegebenen, resp. zur Abgabe angebotenen Gerichtsbarkeiten, konnte jedoch diesen nicht erhalten. — Dr. Schwindl. Man lasse sich vom Worte „Entschädigung" nicht beirren; die Gerichtsherren müssen in der Regel darauf zahlen; die Jurisdiktionen seyen nur zur bessern Eintreibung der Ausstände. — Frhr. v. Lerchenfeld. Der 18. April sey der Tag der Uebergabe des Gesetzes. Er stimmte für den Ausschußantrag. — Hierauf wurde Art. 1 nach obiger Modifikation des Ausschusses angenommen. — Bei Art. 3 (Ablösung von Frohnen „ohne" Entschädigung) hatte die Kammer der Reichsräthe sich nur für „gemessene" Frohnenentschädigung ausgesprochen. — Dr. Schwindl hielt jedoch die Ausscheidung der gemessenen und ungemessenen sehr schwer. Der Ausschuß hatte auf seinem frühern Beschlusse (Ablösung „ohne" Entschädigung) verharrt, und nur die formelle Redaktionsänderung der Kammer der Reichsräthe angenommen. — Diese Annahme beschloß denn auch die Kammer der Abgeordneten, und blieb also auf ihrem frühern Beschlusse beharrend, eben so bei Art. 6, den die I. Kammer wegstreichen wollte, ebenso verharrte die Kammer auf Art. 7 und 9. Die Exemplifikation bei Art. 7 nämlich wollten die Hrn. Reichsräthe weggelassen wissen, auch diesseitige kombinirte Ausschüsse begutachteten dieß nicht, und auch Art. 9 wurde beibehalten. Bei allen folgenden Artikeln blieb die Kammer der Abgeordneten durch ihre kombinirten Ausschüsse bis auf alle unwesentliche Modifikationen der Kammer der Reichsräthe auf ihren frühern Beschlüssen beharrend, so daß also in materialibus keine, in formalibus eine Uebereinstimmung statt fand, und die Annahme des Gesetzes immerhin noch sehr in Frage gestellt, jedenfalls zu weitern Verhandlungen die Aussicht geboten ist. Besonders wurde bei Art. 16 die Modifikation der Kammer der Reichsräthe fast einstimmig verworfen, der Zusatz bei Art. 18 beibehalten, und bei Art. 19 geschah dasselbe ohne die modifizirte Fassung von Hafermann. Ebenso verharrte die Kammer bei ihren frühern Beschlüssen in den nachfolgenden Punkten, und der Wunsch, „jenen Geistlichen, welche den Blutzehent verlieren, einen entschädigenden Sustentationsbeitrag zu leisten", trotz der wiederholten Appellation an die Gerechtigkeitsliebe der Kammer, nicht, wie sich der Redner, Dr. Rammoser, ausdrückte, an ihre Gnade, wurde von der Kammer verworfen. — Hiernächst erfolgte Vortrag über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe: „die Verantwortlichkeit der Minister betr." — Die I. Kammer hatte bis auf drei unwesentliche Punkte der Kammer der Abgeordneten beigestimmt. Sofort wurde ohne alle Diskussion beigestimmt, und sogleich der Gesammtbeschluß verlesen, somit war das Gesetz zu Stande gebracht. — Sodann begann der Vortrag rc. über die Rückäußerung „die ständische Initiative betr." — Dr. Zenger referirte. — Die Kammer der Reichsräthe hatte die Auslassung des Tit. V. der Verfassungs-Urkunde ad Art. 2 begutachtet, und um das Gesetz nicht fallen zu lassen, hatte der Ausschuß und heute die Kammer beigestimmt. Bei Art. 6 hatte die Kammer der Reichsräthe gleichfalls beigestimmt bis auf eine Modifikation „und zwar bei der dritten Berathung und Schlußfassung die Gegenwart rc.", die aber angenommen wurde, und somit war auch hier Gesammtbeschluß. — Der Hr. I. Präsident, Dr. Kirchgeßner, eröffnete dann die Berathung über „die Einkommensteuer", resp. deren Rückäußerung. — Bis auf einige unwesentliche Modifikationen hatte hier die Kammer der Reichsräthe beigestimmt, und die Kammer der Abgeordneten that dasselbe, es ist also auch hier Gesammtbeschluß. Hiemit endete die Sitzung, und die nächste wurde auf heute Abends 5 Uhr anberaumt.

**München, 26. Mai. (XLVII. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) [Abends 5 Uhr.] Anwesend am Ministertische Frhr. v. Thon-Dittmer, Bezold. In der Kammer 118 Abgeordnete. — Nach Verlesung des Einlaufs und der Gesammtbeschlüsse über die „ständische Initiative und die Einkommensteuer" und Genehmigung ihrer Fassung wurden auch die an den König gerichteten dießfallsigen Schreiben verlesen und genehmigt. — Hierauf begann die Berathung und Schlußfassung über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe, den Gesetzentwurf: „die Kapitalsteuer betr." — Der Ausschuß hatte der Modifikation bei Art. 3, die letztern Worte: „Ausgenommen Unterrichts- und Kultus-Stiftungen, welche für ihren Unterhalt keine hinreichenden Mittel haben, und deßhalb aus andern Kassen unterstützt werden", zugestimmt, da schon nach der Aeußerung des Referenten Neuffer der Vordersatz genüge, und der wegzulassende Nachsatz ohnehin Nichts bedeute. — Abg. v. Scheurl hatte die Modifikation gebracht, daß die Kammern des Innern der Kreisregierungen die Dürftigkeit der Kultusstiftungen untersuchen und konstatiren sollen, die vielseitige Unterstützung fand. — Frhr. v. Thon-Dittmer sprach jedoch gegen die Modifikation. — Die Kammer beschloß hierauf aber die Annahme dieser Modifikation. — Ferner wurde bei Art. 4 das Wort „steuerpflichtig" in „steuerbar", nach der Modifikation der Kammer der Reichsräthe, angenommen; ebenso wurde beigestimmt bei den Redaktionsveränderungen zu Art. 5 und 6; auch wurde dem Antrag „auf Amtsverschwiegenheit" beigestimmt. Bei der Strafe auf „das Doppelte" hatte die Kammer der Reichsräthe auf das „Fünffache" gestimmt. — Referent und Abg. Bestelmayer stimmten dagegen; Frhr. v. Thon-Dittmer gegen die „zweifache" Strafe, wer eben ein Kapital verschweigt. — Frhr. v. Schätzler unterstützte jedoch den Referenten. — Die Kammer beschloß, auf dem frühern Beschluß „eines zweifachen Strafbetrages" zu verharren. — Abg. Bestelmayer äußerte hierauf, daß, wenn ein Gesammtbeschluß über das Ablösungsgesetz nicht zu Stande komme, er gegen die „Einkommen- und Kapital-Steuer" protestiren werde. — Der Beschluß wurde hierauf verlesen, und dessen Fassung genehmigt; die heutige Sitzung um ¾ 7 Uhr geschlossen, und die nächste auf morgen früh 9 Uhr anberaumt.

München, 1. Juni. Der k. Staatsminister des k. Hauses und des Aeußern, Hr. Graf v. Bray, gab in der Schlußsitzung der Kammer der Abgeordneten am 30. Mai folgende Erklärung ab: Ehe diese hohe Versammlung auseinandergeht, sey es mir erlaubt, von meinem Standpunkte aus auch noch einige Worte an Sie zu richten. Es sind gegen die bayerische Regierung und gegen das bayerische Volk in manchen Organen der Oeffentlichkeit arge Anschuldigungen und Verdächtigungen ausgestreut worden. Man hat sie separatistischer Tendenzen beschuldigt und behauptet, es herrsche bei ihnen nicht der nöthige Eifer für Deutschlands Einigkeit. Meine Herren! In beider Namen weise ich solche Verläumdungen zurück. Nirgend ist man deutscher gesinnt als in unserem Lande und in diesen Räumen. Ich hoffe, meine Worte werden weiter reichen als die Wände dieses Saales. Wir leben im Herzen Deutschlands, meine Herren! Bayern ist das Herz Deutschlands, und so wenig das Herz vom Leibe getrennt werden kann, wenn Leben fortbestehen soll, eben so wenig werden auch Bayern und Deutschland jemals von einander geschieden werden können. Frägt man, was die Regierung wolle, so antworte ich, sie will nichts, was nicht auch Bayern will; sie will ein einiges, kräftiges, verjüngtes Deutschland, im Innern intelligent, frei, betriebsam, nach außen geachtet und Achtung gebietend. Welche Opfer gebracht werden müssen, das hohe Ziel zu erreichen, das wir verfolgen, läßt sich wohl im Voraus nicht genau bestimmen. Es wird eine Verständigung stattfinden zwischen Völkern und Regierungen, ein Vertrag, beiden heilig, von beiden gleich geachtet. Auf solcher Basis läßt sich ein Gebäude sicher gründen! Die Opfer aber, die nicht gebracht werden dürfen, zu denen rechne ich solche, welche, würden sie gebracht, Deutschland selbst schwächen würden, Deutschland eines Ruhmes und einer Zierde berauben würden. Hierunter verstehe ich die reiche, fruchtbringende, lichtverbreitende Manichfaltigkeit und Eigenthümlichkeit der deutschen Volksstämme, und was Bayern insbesondere betrifft, unsern glorreichen Namen, unsere in Deutschland stets eingenommene und behauptete hohe Stellung unter einer tausendjährigen Dynastie. Das sind die Ansichten, die Absichten der Regierung. Daß es auch die Ihrigen sind, dafür bürgen mir die patriotischen Verhandlungen dieses letzten Landtags wie alle früheren.

Der „Speyerer Zeitung" wird versichert, Hr. Willich habe bei der bayerischen Staatsregierung unter Verzichtung auf jede Pension um definitive Entlassung aus dem Staatsdienst gebeten.

München, 2. Juni. Der Redaktion wurde nachstehender Artikel zugesendet, dem sie um der Billigkeit willen die Aufnahme nicht versagen konnte: Ein Artikel in Nr. 142 erzählt uns, der Herr Kriegsminister habe die Absicht, das Studentenfreikorps oder wenigstens einen Theil desselben zu entwaffnen, weil sich republikanische Tendenzen kund gäben. Es hat sich zwar bis zur Stunde nichts gezeigt, was bestimmt auf diese Absicht schließen läßt; allein schon das Gerücht davon zeigt, daß wenigstens bei gewissen Leuten der Wunsch einer solchen Maßregel vorhanden ist. Vielleicht ist es gegangen, wie mit einer gewissen Reise nach Innsbruck; in Berlin würde man es ein Mißverständniß nennen. Der Verfasser jenes Artikels sagt weiter, er wolle nicht untersuchen, ob die Maßregel praktisch sey. Wir empfehlen dem Herrn Kriegsminister für den Fall, daß er wirklich im Interesse der Monarchie die Entwaffnung des Münchener Studentenkorps vornehmen wollte, die neuesten Berichte aus Wien zu lesen; da steht's ganz genau, wie man's macht. Der Verfasser sagt weiter, er wolle nicht untersuchen — soll vielleicht heißen, er wolle keine Untersuchung darüber einleiten lassen — ob wirklich republikanische Tendenzen vorhanden seyen. Der Herr Verfasser liest wahrscheinlich den Eilboten nicht, sonst hätte ihm darin vor einiger Zeit die herzerfreuende Erklärung „der Münchener Studentenschaft" auffallen müssen, worin sie sich gegen jede Theilnahme an den Tendenzen des Bauhofklubs verwahrte. Und weiß denn der Herr Verfasser nicht, daß die Mitglieder dieses entsetzlichen Klubs lauter heimliche Republikaner waren, lauter Wühler und Anarchisten, die ihren Freveln damit die Krone aufzusetzen gedachten, daß sie in München die Gewerbsfreiheit proklamiren wollten! Eine Versammlung, die in ihren unsinnigen Gleichheitsideen so weit

ging, den Gesellen zugleich mit den Meistern den Zutritt zu gestatten! Nein, von diesen Abscheulichkeiten hat sich die „Münchener Studentenschaft" losgesagt. Worauf beruht also jene Behauptung, es gäben sich republikanische Tendenzen kund? Auf nichts anderem, als dem Nachruf, welchen die Verbindungen Rhenania, Cheruskia und Teutonia dem Julius Knorr gewidmet haben. Wer ist denn dieser Julius Knorr? Ein eifriges Mitglied des Bauhofklubs und Mitarbeiter an den weiland von Struve redigirten deutschen Zuschauer, sagte der Artikel in Nr. 142. Wer wird noch länger zweifeln, ihn für einen gefährlichen Menschen zu halten? Wer wird es zu läugnen wagen, daß die genannten drei Verbindungen nichts anders sind, als die Leibgarde dieses andern Struve? Wir wissen zwar nicht, woher dem Herrn Verfasser die Mitarbeiterschaft des J. Knorr am deutschen Zuschauer bekannt ist; allein in dem deutschen Zuschauer standen im Monat Januar und Februar noch andere Sachen, die vielleicht unserm bayerischen Leser sehr interessant wären. Man kann keinem bayerischen Minister zumuthen, daß er vor dem 6. März den deutschen Zuschauer gelesen habe. Wir haben uns aber dieser Sünde schuldig gemacht, und in einem Blatte des deutschen Zuschauers vom Anfang dieses Jahres einen Angriff auf den Landwehroberst Maffei gelesen, unterstützt durch ein umfangreiches Detail von Thatsachen, daß wir, um mit dem Korrespondenten ||| zu sprechen, nicht untersuchen wollen, ob Jemand anderer als ein Mitglied der hiesigen Landwehr diese Mittheilungen habe machen können. Wie, wenn wir nun geneigt wären, einen eben solchen Schluß zu ziehen und zu behaupten, es geben sich in der Münchner Landwehr republikanische Tendenzen kund? Gewiß würde uns Jeder, der die Münchner Landwehr kennt, darum auslachen. — Es wäre zu wünschen, daß von Seite des Kriegsministeriums baldige Aufklärung über dieses Gerücht stattfände. Die Beleuchtung der Sache von einer andern Seite ein ander Mal.

München, 31. Mai. Wieder ein Sieg! Die gestern gemeldete Schustergesellenbewegung ist schon unterdrückt. Eine große Anzahl der Insurgenten (man sagt über 200) wurde gestern Abends paarweise gefesselt auf Wagen unter starker militärischer Eskorte und bedeutendem Volkszusammenlaufe aus der Stadt gebracht. Es war ein barbarischer Anblick. Unter den Zuschauern befanden sich einzelne Sympathisers, welche denn auch arretirt wurden. Die Kunde, daß man sogar die in München selbst gebürtigen Gesellen in den Thurm abführe, erregte allgemeine Theilnahme. Ueberhaupt scheint die jedenfalls grelle Exekution wieder die alten Antipathien gegen die Polizei mehr erweckt zu haben, denn man hört jetzt die Leute sich ins Ohr flüstern, daß die Beschwerden der Schustergesellen, besonders in Bezug auf ökonomische Behandlung nicht ganz und gar unbegründet, aber nicht untersucht worden seyen. Abends waren starke militärische Vorkehrungen — man weiß nicht gegen wen oder was — getroffen. (D. konst. Z.)

Baden.

Aus dem Wiesenthal, 29. Mai. Gestern bildete sich in Kandern ein vaterländischer Verein, der nach Zweck und Plan Gutes verspricht. Es traten zwischen 3–400 Männer zusammen, um in ihren betreffenden Gemeinden ähnliche Gesellschaften zu gründen und über das Oberland zu verbreiten. Ihre Wirksamkeit soll sowohl eine politische als militärische seyn. Die Vereine sind gegen kein politisches Bekenntniß gerichtet. Wir sehen mit Vergnügen Republikaner und Königlichgesinnte Freigeister und Pietisten sich daran betheiligen. Das gemeinsame Panier ist deutsches Parlament und Gesetz; der einzige Feind, gegen den man auftreten will, ist die gewaltsame Minderheit der Anarchisten. Deren Hehler und Helfershelfer, Lieferanten und Zuzüger wurden ersucht, einem solchen Verein nicht anzuwohnen. Sie kamen auch nicht. Eine vom Bürgermeister zu gleicher Zeit abgehaltene Gemeindeversammlung sollte eine Gegenäußerung gegen den Verein abgeben. Es erschienen jedoch blos etliche 60 Bürger dabei, wie man mir sagte, und 24 protestirten gegen etwaige Beschlüsse der Gemeindeversammlung. Allenthalben der Unsegen der Freischärlerei, welche sich nun mit dem Worte Republik kanonisiren lassen möchte. Ein Redner hob besonders hervor, wie es sich in Baden nicht darum gehandelt habe oder handle, ob Republik oder Monarchie, sondern um das Andere: ob Gesetz oder Gesetzlosigkeit. Vorsitzer der Versammlung war Herr Jahn. Ich hoffe bald erfreuliches Weiteres berichten zu können. (Karlsr. Z.)

Preußen.

Berlin, 26. Mai. Die „Vossische Zeitung" meldet, daß das Fundament des Friedensschlusses mit Dänemark schon festgestellt sey, an dessen Annahme von Seiten Dänemarks man jedoch noch zweifle. Diese Bedingungen, welche ein englischer Bevollmächtigter, Hr. Bligh, in Kopenhagen zu stellen habe, lauten danach: „Das deutsche Bundesheer zieht sich nach Holstein zurück; Schleswig bleibt ganz von Truppen frei und darf auch dänischerseits nicht besetzt werden. Die Theilung der Provinz soll nach den nationalen Elementen geordnet werden, so daß der deutsche Theil sich zum deutschen Bunde schlägt. Die von dem Bundesfeldherrn aufgelegte Kriegssteuer wird sistirt und resp. zurückgezahlt; dagegen verpflichtet sich Dänemark, allen dem Handel zugefügten Schaden vollständig zu ersetzen.

Berlin, 27. Mai. Morgens 2 Uhr. Es wird Generalmarsch geschlagen! in allen Häusern regt es sich; man ruft aus den Fenstern, was los sey; man erfährt nur, was Jeder hört, daß getrommelt wird. — So eben bin ich eine Stunde lang umhergelaufen, um die Ursache des Alarms zu erfahren. Doch was habe ich erfahren? Aus den Fenstern sehen, vor den Thüren stehen, auf den Straßen gehen — Neugierige; Patrouillen durchziehen die Straßen. Meine Frage: „was vorgefallen, wozu der Alarm", wird verschieden beantwortet. Der Eine sagt: „Ich weiß nicht;" der Andere: „Ein Mißverständniß;" der Dritte „Man will uns ermüden;" der Vierte: „Man wünscht einen Tumult zwischen den Bürgern und den Arbeitern, damit das Militär einschreiten könne." Vor dem Hause des Herrn v. Aschoff hieß es: „Von hier oben aus ist das Mißverständniß ausgegangen."

Berlin, 27. Mai. Das Leben der Berliner wird täglich gegen einander gereizter, so daß leider ein trauriger Konflikt zwischen den Bürgern nahe bevorsteht. Die überhand genommene Katzenmusik, wozu viele Orchester systematisch organisirt zu seyn scheinen, hält Alles jetzt in großer Aufregung. Ob es der bewaffneten Bürgerwehr allein gelingen wird, dergleichen Demonstrationen Schranken zu setzen, steht noch sehr dahin, da viele unserer Mitbürger solche Abendunterhaltungen für ganz harmlos erachten. Unter solchen Umständen kann es leicht dahin kommen, daß wenn die Unruhen, wie zu befürchten ist, sich noch steigern sollten, von der Bürgerschaft der Schutz des Militärs doch bald verlangt werden wird, was aber wieder neue Reibungen herbeiführen könnte. In keinem Fall ist hier jetzt ein komfortables Leben. Das Allarmiren der Bürgerwehr am Tage und während der Nacht ist etwas alltägliches, weil die Parteien immer kühner ihr Haupt erheben und an vielen Orten sogar gefährlich zu werden drohen. Bis jetzt sind beim Zusammenstoßen derselben nur noch immer leichte Verletzungen vorgekommen, indeß kann jenes auch leicht zu blutigen Auftritten führen, was der Himmel verhüten mag. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Cleve, 25. Mai. Vor einigen Tagen war ein Bürgergardist von hier, Namens Cosmann, in Geschäften nach der vier Stunden von hier entfernten Stadt Nymwegen gegangen. Als Kopfbedeckung trug er die Bürgergardistenmütze, welche natürlich mit der deutschen Kokarde geziert war. Kaum hatte er in Nymwegen einige Sekunden vor dem Gasthofe gestanden, als ein Major in Uniform und begleitet von einigen Unteroffizieren auf ihn zukam und ihn fragte, ob er nicht wisse, daß der König von Holland zwar wohl mit dem Könige von Preußen, aber nicht mit Deutschland in freundlichem Einvernehmen stehe, und daß die deutsche Kokarde in Holland nicht geduldet werde. Auf diese barsche Bemerkung erwiederte unser Mitbürger Cosmann, daß der König von Preußen die deutschen Farben angenommen habe, und daß eine Beschimpfung derselben auch gegen Preußen gerichtet sey. Unterdessen kam aber eine große Menge Volkes herbei, welche unter Ausstoßung von Schimpfreden „Kokarde herunter!" rief, und so gelang denn der tapfern Bevölkerung von Nymwegen die Heldenthat, einen einzelnen Deutschen zur Abnahme der Kokarde seiner Nation zu zwingen. Gewiß werden unsere niederrheinischen Liedertafeln sich nicht an dem bevorstehenden Sängerfeste zu Arnheim betheiligen, ohne vorher die Gewißheit erhalten zu haben, daß Deutschlands Banner die gebührende Achtung zu Theil wird. (Köln. Z.)

Schleswig-Holstein.

Rendsburg, 24. Mai. Zufolge Reskripts der provisorischen Regierung vom 13. d. ist von derselben verfügt und den Predigern mitgetheilt worden, daß statt der bisher üblichen und vorgeschriebenen Fürbitte für den König, das königl. Haus und die Beamten des Landes, die Prediger sich im Kirchengebete der Worte: „Segne unsern Fürsten und alle Obrigkeit" zu bedienen haben. (H. K.)

Flensburg, 24. Mai. Gestern Abend um 6 Uhr machte ein dänisches Kriegsdampfschiff schon wieder eine Rekognoszirungstour längst dem Ufer nach Rinkeniß und Eckensand hinauf. Es war wohl kaum einen Flintenschuß vom Lande entfernt und segelte an den aufgestellten Kanonen dicht vorbei. Es wurde übrigens von beiden Seiten kein Schuß gethan. Nach den Vorbereitungen, welche die Dänen treffen, läßt sich in diesen Tagen ein Ausfall von denen, die in und um Alsen liegen befürchten. Unsere Deutschen sind aber guten Muthes. Täglich machen die Dänen noch ihre bekannten Bombenschüsse; besonders große Bomben richten sie auf die einzelnen Schildwachen. (H. K.)

Kiel, 25. Mai. Die Anwohner unseres verödeten Hafens folgen mit Aufmerksamkeit den Bewegungen der „Galathea" welche bald allein, bald in Begleitung eines Dampfschiffes oder Kanonenbootes den äußeren Batterien näher kommt, und wieder in See geht, nie aber auf längere Zeit verschwindet. Der Herzog von Holstein-Glücksburg hat für die Gründung einer deutschen Flotte 1000 Rthlr. gegeben und die deutschen Frauen und Jungfrauen in Hadersleben haben 550 Mk. übersandt. Das noch nicht ganz aufgelöste Freikorps des Majors von der Tann liegt jetzt unter diesem Führer in der Nähe von Kiel. Unsere Garnison, aus einem Bataillon des 3. hannoverischen Infanterieregiments bestehend, wird durch die erwarteten Reserven nächstens eine bedeutende Verstärkung erhalten. (H. K.)

Braunschweig.

Braunschweig. Bayern und Hannoveraner, Deutsche Brüder! Vor einigen Tagen haben Euere Regierungen, wie wir glauben, die Organe Eures Willens und Vertrauens, aber darum noch nicht unbedingt in allen Fällen die Dolmetscher Eurer Ansichten und Wünsche, in Reden an die Stände, in Broschüren und Verfassungsentwürfen für Deutschland der verfassunggebenden Versammlung zu Frankfurt die Befugniß abgesprochen, durchgreifende, die Sonderinteressen Eurer einzelnen Staaten berührende, für Euch bindende Beschlüsse zu fassen. Eure Regierungen haben dadurch einfach erklärt, daß ihnen das Sonderinteresse höher steht, als das Gesammtwohl des deutschen Volkes, daß sie die Einheit Deutschlands nur so weit wollen, als sie zu ihrem Vortheile ist, ja, daß sie gegen dieselbe protestiren, wenn sie ihnen wider Willen und ohne ihre Zustimmung aufgedrungen werden sollte. Eure Regierungen haben dadurch ein gefährliches Beispiel für die übrigen Länder gegeben, das zu den verderblichsten Folgen führen muß, wenn Ihr nicht offen und energisch gegen diese Kundgebungen Euerer Regierungen protestirt. Darum Ihr Hannoveraner und Bayern, ergeht von hier aus der laute und allgemeine Ruf an Euch, Euch gegen diese Ansichten Eurer Regierungen in Adressen nach Frankfurt, an Eure Regierungen und Stände und in Zeitungsartikeln unumwunden zu erklären, Euren Wunsch nach Einheit kräftig auszudrücken und der Frankfurter Versammlung unzweideutig Eure Ansichten, Wünsche und Hoffnungen mitzutheilen, um die Volksvertreter über die wahre Stimmung in Euren Ländern aufzuklären. Deutsche Brüder! bei uns haben die Erklärungen Eurer Regierungen das höchste Mißfallen erregt, und wir sehen uns durch sie in den gerechtesten Erwartungen getäuscht; eilet! saget Euch öffentlich los von diesen Ansichten, wenn Ihr nicht in ganz Deutschland Schmerz und Betrübniß hervorrufen wollt, wenn wir, Eure Brüder nicht glauben sollen, daß Ihr selbst Sonderinteressen huldigt, und daß Eure Begeisterung für die Einheit unseres gemeinsamen Vaterlandes nur eine Quelle in Eurem Egoismus habe. Wir Braunschweiger, Regierung und Volk sind bereit, freudig jedes Opfer der Einheit Deutschlands zu bringen und erwarten dasselbe auch vertrauensvoll von allen unsern deutschen Brüdern. Die allgemeinen Stimmen des Volks. (D. Z.)

Freie Städte.

Frankfurt, 27. Mai. Dem Vernehmen nach sollen die Schüler der obern Klassen des hiesigen Gymnasiums an ihr Rektorat ein Gesuch des Inhalts eingereicht haben, man möge ihnen während der Dauer des Parlaments Ferien geben, da sie in dessen Sitzungen am meisten lernen könnten! (Speyer. Z.)

Hamburg, 27. Mai. Aus sicherer Quelle erfahren wir, daß am 24. d. der Sohn des General Wrangel in Berlin angekommen ist, um einen Waffenstillstand zur Ratifikation vorzulegen, welchen General Wrangel mit dem Oberfeldherrn der dänischen Truppen abgeschlossen hat. Als Basis desselben wird bezeichnet: die deutschen Truppen ziehen sich bis über die Schlei zurück, die Dänen versprechen, Nordschleswig zu verlassen und geben die angehaltenen Schiffe wieder heraus. Man glaubt allgemein, daß dieser Waffenstillstand ratifizirt werden wird. — Der Sohn des Generals v. Wrangel ist auf der Rückkehr aus Berlin mit dem gestern Nachmittag abgegangenen Kieler Bahnzuge nach dem jetzt in Hadersleben befindlichen preußischen Hauptquartier abgereist und zwar seiner eigenen Angabe zufolge, als Ueberbringer von friedlich lautenden Depeschen. — Der Prinz von Noer wird am 30. d. M. in Tondern einrücken. (Börsenh.)

Bremen, 26. Mai. Heute Vormittag rückte unsere Kavallerie von hier nach Rendsburg aus, um der Aufforderung des General Wrangel entsprechend, mit den übrigen Truppen des zehnten Armeekorps an dem Kriege gegen Dänemark Theil zu nehmen. Von unserer Infanterie, welche bis jetzt zum Schutz der Küsten an der untern Weser verwendet ist, wird dem Vernehmen nach eine Kompagnie in den nächsten Tagen nachfolgen. (Br. Z.)

Bremen, 27. Mai. Aus Hannover ist hier von einer Seite, welche die Nachricht beachtenswerth macht, die mündliche Kunde verbreitet, daß zur Abwendung der vom General Wrangel für Jütland ausgeschriebenen Kriegssteuer von Kopenhagen der Befehl ergangen sey, die aufgebrachten deutschen Schiffe herauszugeben und die Feindseligkeiten zur See einzustellen. Unsere heutigen Briefe aus Hamburg und verschiedenen Theilen Schleswig-Holsteins enthalten aber Nichts, was zur Bestätigung dienen könnte. (Wes. Z.)

Oesterreich.

Am 25. Mai haben die Studenten an die Bevölkerung Wiens folgende Erklärung gerichtet: Um den mehrfach zumeist in böswilliger Absicht ausgestreuten Gerüchten bezüglich des Fortbestandes der akademischen Legion zu begegnen, erklärt das unterzeichnete Komité im Namen der gesammten Studentenschaft, daß die akademische Legion sich unter keiner Bedingung auflöst. Als integrirender Theil der Nationalgarde erachtet sie es vielmehr für ihre heiligste Pflicht, auch fernerhin, wie sie es bis jetzt gethan, das Ihrige zu Wahrung der konstitutionellen Errungenschaften und zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung wirksamst beizutragen.

Prag, 24. Mai. Die Prager Drucker und Setzer haben gestern ihre Arbeiten eingestellt. Daher können heute und vielleicht noch einige Tage hindurch keine Zeitungen erscheinen.

Im „Tiroler Boten" findet sich eine treffliche Antwort der Tiroler auf den kürzlich mitgetheilten Aufruf der böhmischen Deputation. Tirol weist darin energisch die Sonderideen zurück, die in dem tschechischen Aufruf gelegen waren; es weist die Hand zurück, die man den Deutschen in Oesterreich biete, damit sie gegen ihre deutschen Brüder ziehen. „Als gute Oesterreicher wie als Deutsche halten wir fest an Deutschland, weil Oesterreich nicht aufgehört hat, seinen Schwerpunkt in Deutschland zu haben. Oesterreich steht und fällt mit Deutschland. Ist es euch Ernst mit der Kräftigung des einigen Oesterreich, so müßt ihre Eure Feindschaft gegen Deutschland aufgeben, müßt eure und des Kaisers Anliegen in Frankfurt mitberathen helfen . . ." u. s. w.

Frankreich.

Paris, 27. Mai. Blanqui ist endlich zur Haft gebracht. Die Polizei hat ihn gestern Abend um 6 Uhr hier in einem fast ganz unbewohnten Hause in dem Augenblick gefangen genommen, wo er sich eben mit mehreren Freunden zu Tische setzen wollte. Anfangs machte er mit seinen Genossen Miene, sich zur Wehre zu setzen. Da ihm aber der Polizeikommissär Hr. Yon zeigte, wie das Haus umzingelt sey, ließ er sich ruhig in die Polizeipräfektur bringen. Nur bat er, zuvor sein Mittagmahl beenden zu dürfen, und benutzte die ihm bereitwillig gegebene Erlaubniß, zugleich ein Papier zu verschlucken. Diesen Abend um 4½ Uhr hieß es, es hätten sich wegen seiner Verhaftung Zusammenrottungen um das Stadthaus gebildet und Truppen wären sowohl dahin, als in die Nähe der Nationalversammlung beordert worden. Man sagt, die Gesandten der nordischen Höfe hätten gegen die von der Nationalversammlung beschlossene motivirte Tagesordnung, Italien und Polen betreffend, Protest eingelegt. — Von London schreibt man, die englische Regierung wäre im Grunde froh, daß das spanische Kabinet Hrn. Bulwer seine Päße ertheilt habe und die englischen Minister so aus einem schwierigen Handel gezogen habe. Man werde zum Schein einen großen Ton anstimmen, aber dann die Sache fallen lassen. — Briefe, die diesen Morgen angekommen sind, melden, daß der Prinz von Joinville nach Brasilien abgereist ist. Der Schiffskapitän Touchard wird ihn in der Eigenschaft als Sekretär begleiten. In der heutigen Sitzung unserer Volksvertreter machte Hr. Putri den Antrag, das Verbannungsdekret gegen die Familie Bonaparte zurückzunehmen. Der Antrag wird demnächst näher begründet werden. — Ein Mitglied zeigte an, es habe die Absicht, über die neapolitanischen Angelegenheiten Interpellationen an den betreffenden Minister zu richten. Dieser erklärte, er sey bereit Auskunft zu geben, bitte aber die Zeit so viel als möglich hinauszurücken. Es wurde hierauf bestimmt, daß dieselbe künftigen Mittwoch stattfinden sollte. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Großbritannien.

London, 24. Mai. Gestatten Sie mir, Ihnen mit einigen Worten in Bezug auf die Haltung der deutschen Presse in der Schleswiger Angelegenheit zu schreiben. Durch Herausgabe der Bunsen'schen Memoiren und anderer Arbeiten über diesen Gegenstand in der englischen Presse habe ich leider Gelegenheit gehabt, die äußerst gereizte Stimmung der Engländer gegen Deutschland kennen zu lernen. Rußland hat sich gegen uns erklärt, und ging es nach dem Willen des englischen Volkes, so hätten wir morgen auch eine englische Kriegserklärung. Glücklich ist es für uns, daß in foreign affairs, die der Engländer nicht versteht und nicht verstehen will, der Wille des foreign Secretary der öffentlichen Meinung trotzen kann. Lord Palmerston kann jeden Tag fallen. Die spanische Geschichte hat ihm einen schlimmen Stoß gegeben, und die schimpfliche Absendung seines Gesandten in Madrid kann mit einem Ministerwechsel auch einen Wechsel der englischen Politik in Bezug auf die dänische Frage erzeugen. Dieß ist sogar sehr wahrscheinlich. — Die deutschen Redaktionen und Journalisten sollten vor Allem beherzigen, daß die deutsche Presse seit Anfang März d. Js. nicht mehr auf deutsche Leser beschränkt ist. Fast alle deutschen Blätter kommen z. B. nach London nicht nur auf die Offices der Morgenblätter, sondern in Klubs, Kafés und Privathäuser. Der deutsche Journalist schreibt jetzt auch vor dem Auslande — die meisten leider nicht für dasselbe. In der schleswiger Frage hat man in verschiedenen Blättern die extravagantesten Forderungen gemacht. Die Dänen haben diese Zeitungsartikel übersetzt und sagen: Seht, das will Deutschland. Man hat nicht nur das Nöthige und Nützliche gethan, indem man die Schöpfung einer deutschen Flotte der Nation an's Herz legte, sondern man hat auch das Unnöthige und Schädliche gethan, indem man von deutscher Seemacht, von deutscher Seeherrschaft u. s. w. zu einer Zeit sprach, wo es weiser und räthlicher gewesen wäre, an die ersten dringenden Bedürfnisse zu denken und einfach zu sagen, wir müßten eine Flotte haben, um unsere Häfen zu schützen. Die Dänen übersetzen unsere Seeherrschaftsträume und legen sie dem englischen Publikum vor. Dieses Publikum wird mit jedem Tage entschiedener für die Dänen, weil es uns fürchtet. Man sagt's zum Theil offen, 44 Mill. Deutsche seyen eine Gefahr für alle andern Nationen. Das ist der Grund, warum sich Alles gegen uns kehrt, und das ist der Grund der Sympathie und des Aufsehens, den ein in diesen Tagen erschienenes Pamphlet „Germany unmasked" erregt. — Ein vor einigen Jahren in Leipzig erschienenes Flottentraumpamphlet und verschiedene Artikel aus der Allgemeinen und der Weser-Zeitung sind in diesem Buche der herrlichste Stoff, ganz England gegen uns zu erbittern. — Die Times mit ihrer Dänenfreundschaft spricht die Meinung des Publikums dem Minister gegenüber aus. Die Times ist unter jeder Bedingung der treueste Spiegel der Sympathien und Antipathien der englischen Nation. Das ist das Geheimniß ihrer Popularität und ihres Farbenwechsels. Die Journalisten ändern ihre Ansichten nicht — aber wenn sie nicht mehr „möglich" sind, so treten sie ab und machen Andern Platz. — Was ich Ihnen schreibe, würde Ihnen die eigne Erfahrung lehren, wenn Sie in dieser Krisis hier wären. Es ist traurig, aber es ist wahr, daß die Diplomatie des Ritters Bunsen von der deutschen Presse, besonders von der Allgemeinen Zeitung, aufs Haupt geschlagen wird. — Die Drohung mit deutscher Erbitterung ist die einzige, die hier Eindruck macht, denn seit zwei Monaten fängt man an, Deutschland zu respektiren. (D. Z.)

London, 26. Mai. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte Lord Palmerston, in Antwort auf eine Interpellation des Herrn Howard, man wäre sowohl von preußischer als von dänischer Seite, ziemlich geneigt, ein friedliches Abkommen zu treffen, doch könne er noch kein bestimmtes Resultat mittheilen. Immerhin hätte die dänische Regierung eingewilligt, die Blokade einiger Hafen aufzuheben, und die preußische, den General Wrangel nicht allzusehr zum Vorrücken zu drängen. (Fr. Ob.-P.-A.-Z.)

Dänemark.

Privatbriefen aus Kopenhagen vom 24. Mai zufolge wollte der König Tags darauf nach Schonen gehen, um mit dem König von Schweden eine Konferenz zu halten und gemeinschaftlich mit demselben die schwedischen Truppen zu inspiziren.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 19. Mai. Seit einigen Tagen kreuzt eine große russische Flotte vor Landsort. Der Großfürst Konstantin, welcher sich am Bord des Admiralschiffes befindet, wird noch heute hier erwartet. Was dieses zu bedeuten hat, weiß man vorläufig nicht; die Flotte wird als eine Uebungsescadre bezeichnet. (Die Stockholmer Blätter bis zum 19. d. M. melden nichts von der Ankunft dieser Eskadre.) (Rost. Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 18. Mai. Aus guter Quelle kann ich Ihnen, — so meldet man der Oesterreichischen Zeitung — die verbürgte Nachricht mittheilen, daß der Kaiser entschlossen seyn soll, seinem großen Reich eine andere politische Ordnung zu verleihen. (?)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Freitag den 2. Juni: „Graf Waldemar," Schauspiel v. G. Freitag.

Gestorbene in München.

Michael Geitner, Schuhmachergesell v. 6, 61 J. alt; Karl Müller, Taglöhnerssohn v. Berg a/L., 24 J. alt.

Verpachtung.

2418. *Nach Beschluss des hiesigen Stadtgemeinderathes soll die der hiesigen Gemeinde zuständige ausschliessliche Bierbrauerei mit Brau- und neuem Malzhaus nebst Braugeräthe, grossem Felsenkeller und zur Bierbrauerei vorzüglich gutem laufenden Brunnen, von Michaeli d. Js. an auf sechs Jahre auf den 3. Juli Vormittags 9 Uhr im Gemeinderathszimmer an den Meistbietenden, jedoch unter Vorbehalt der Auswahl unter den Bietern verpachtet werden.*

Auswärtige hier unbekannte Bieter haben sich über ihre Verhältnisse glaubhaft auszuweisen, auch wegen Aushaltung ihrer Gebote einige Sicherheit zu leisten.

Die Pachtbedingungen sind bei der unterzeichneten Behörde einzusehen oder gegen die Kopialien in Abschrift zu bekommen.

Camburg an der Saale den 27. Mai 1848.

Bürgermeisteramt.

Lange.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 146.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum nach zu 6 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend | XLIX. Jahrgang. | 3. Juni 1848.

Die Reaktion in der Nationalversammlung zu Frankfurt.

S Frankfurt, 30. Mai. (Privatkorrespondenz.) Das Zögern mit Herausgabe der stenographischen Berichte über die Verhandlungen der Nationalversammlung rührt nicht von den in Frankfurt befindlichen Stenographen her, sondern von der Reaktionspartei — vom Zentrum — welches den von ihr geblendeten Dr. Eisenmann in die Redaktionskommission gebracht hat, der auch bis gestern so wacker agitirt hat, daß Sauerländer den Druck aussetzen mußte. Eisenmann, der den Hanswurst in der Versammlung abgibt, hat sich vom Zentrum dupiren lassen. Am vergangenen Freitag, bei Gelegenheit des Raveaux'schen Antrages, wurde es ihm doch zu arg; er sprang auf die Tribune und sprach das erste gescheidte Wort, gegen das Zentrum gewendet, das also lautete: „Wenn Sie so fortfahren, alle parlamentarische Sitte und Regel mit Füßen zu treten und einen solchen Terrorismus zu üben, dann wird man gezwungen — und auch ich zähle mich zu den Konservativen — sich der Linken in die Arme zu werfen." Und wirklich verließ er seinen Platz im Zentrum und der ersten Bank neben dem Abg. v. Mühlefeld aus Wien, auf dessen Zeichen er selbst mit den Terrorismus ausgeübt. Dieser Mühlefeld ist das Haupt des Zentrums — er ist durchaus kein Redner; wenn er aber sein Notizenbuch vor's Gesicht hält und man ein Zischen hört, dann kann man sich darauf verlassen, daß es von Mühlefeld herrührt, und der Spektakel und das Getobe geht los. Nach diesem kommt Lychnowsky. Wenn dieser zischt und somit seinem Anhang das Zeichen gibt, fährt er schnell mit der Hand nach seinem Schnurrbart. Aber beide, und dann sogar Lassaulx, seit dem Hr. v. Gagern ausgeschieden ist, sind in den Verfassungsausschuß gewählt. Dieser Verfassungs-Ausschuß von 30 Mitgliedern hat zur nächsten Bearbeitung des Verfassungsentwurfs (der der Siebzehner war alsbald verworfen worden) ein Triumvirat gewählt: Dahlmann, v. Mühlefeld und R. Mohl. Wer die politischen Ansichten dieser Männer wissen will, der lese die „Deutsche Reichstags-Zeitung," von Blum, Schaffrath und Günther herausgegeben, und wer den Charakter der Versammlung näher erfahren will, lese die „Warte im Osten." Dahlmann will den König von Preußen zum deutschen Oberhaupt, die anderen Fürsten aber möglicher Weise mediatisirt wissen. Mühlefeld will, was Fürst Metternich befiehlt, und Mohl hat bis jetzt Alles aufgewandt, die Versammlung in ihrem Wirken zu behindern. Uebrigens hat Mühlefeld Charakter: er blieb fest sitzen und mit ihm etwa sieben bis acht Abgeordnete, als der Werner'sche Antrag wegen der Raveaux'schen Frage angenommen wurde, während Viele von seinem Schwanze sich erhoben, um auch so zu thun, als ob sie es ehrlich meinten. — Um nochmal auf das späte Erscheinen der stenographischen Berichte zurückzukommen, so ist dieß nicht die Schuld der Stenographen; denn diese waren jedesmal 1½ Stunde nach dem Schluß der Sitzung mit dem Manuskripte fertig. Es liegt aber im Interesse des Zentrums und der Rechten, daß das Publikum nicht erfahre, wie es zugeht. Das Bestreben dieser Leute ging in der Nationalversammlung dahin, die stenographischen Mittheilungen, ganz zu hintertreiben; Wigand setzte es aber durch rasches Handeln doch durch, worauf es ihnen jedoch noch gelang, ihre Drahtpuppe Eisenmann in die Redaktionskommission zu bringen, der denn auch bis gestern Mittag den Druck der weiteren Mittheilungen verhindert hat. Heute ist Präsidentenwahl und definitive Konstituirung der Nationalversammlung. Gagern wurde zum I. Präsidenten, Soiron zum I., Andrian zum II. Vizepräsidenten erwählt. Alles läßt fast mit Bestimmtheit voraussehen, daß der Verfassungsausschuß ein ebenso elendes Machwerk, wie das des Siebzehner, zu Tage fördern wird. Sitzt doch Fürst Lichnowsky und Lassaulx darin, und ihr Anhang ist darin überwiegend. In 4 — 6, höchstens 8 Wochen wird der Entwurf in die Versammlung kommen und dann dieselbe auseinander stäuben. Uebrigens, was die Nationalversammlung nicht thut, thut dann der Bundestag, um sich zu retten. — Das ist Alles schon so abgekartet, um die Nationalversammlung moralisch todt zu machen und den Bundestag zu stärken. — Das ist der Plan der Reaktion, in der Nationalversammlung durch's Zentrum vertreten. Am treffendsten dürfte für den in der Nationalversammlung herrschenden Geist folgendes Ereigniß sprechen. In der letzten Sitzung wurde eine Adresse der deutschen Bürger und Einwohner New-Yorks, welche zugleich 3300 Dollars übersandten, verlesen. Hr. von Gagern setzte sogar die Schicklichkeit bei Seite und forderte nicht einmal die Versammlung auf, ihren Dank oder ihre Anerkennung auszusprechen. Endlich erhob sich auf der Linken Glaß von Landau und beantragte ein Hoch, aber nur von der Linken wurde dieses und zwar nur einmal beantwortet, während das Zentrum und die Rechte so lautlos dasaßen, als wenn gar nichts vorgefallen wäre. Ja, diese Versammlung ist ein Spott auf die Vertretung der deutschen Nation! Der Präsident lavirt; offenbar hat er aber bis jetzt den Terrorismus des Zentrums und der Rechten geduldet und die Reaktion unterstützt.

Deutschland.

Frankfurt, 30. Mai. Neun und fünfzigste Sitzung der deutschen Bundesversammlung. In Folge einer Mittheilung des Präsidirenden der 17 Vertrauensmänner, womit ein Verzeichniß der durch ihre Arbeiten veranlaßten Kosten vorgelegt wurde, wird die Auszahlung des hiefür berechneten Betrags verfügt. Eine Zuschrift des Marineausschusses der Nationalversammlung, worin um Mittheilung von Materialien an Akten und Landkarten, welche auf Errichtung einer deutschen Marine Bezug haben, ersucht wird, wird dem Marineausschuß der Bundesversammlung zur Einleitung einer entsprechenden Erwiederung zugewiesen. Ein Bericht des vom Bundestag nach London abgesandten Hrn. Banks über die Erkundigungen, welche derselbe wegen Schaffung einer Kriegsmarine eingezogen hat, wurde dem Marineausschuß zugewiesen. Den übrigen Theil der Sitzung füllte ein Vortrag des Ausschusses für die schleswig-holsteinische Angelegenheit über die eingeleiteten Unterhandlungen wegen Abschluß eines Waffenstillstands und Festsetzung von Friedenspräliminarien und die Berathung hierüber aus.

Protokoll der konstituirenden National-Versammlung zu Frankfurt a. M. vom 27. Mai 1848.

Die Sitzung wird um 10 Uhr von dem provisorischen Präsidenten Heinrich v. Gagern eröffnet, das Protokoll der vorigen Sitzung verlesen und richtig gestellt. Die von einzelnen Abgeordneten gemachten selbstständigen Anträge werden also angezeigt: Mareck von Lichtenwald erhält wegen zur Begründung der Dringlichkeit seines Antrags: Daß die Nationalversammlung in Form einer Proklamation erkläre, daß sie allen mit Deutschland verbundenen nicht deutschen Volksstämmen die Achtung und Aufrechthaltung der betreffenden Nationalität und Sprache garantire, das Wort und wünscht die Niedersetzung einer Kommission von 15 Mitgliedern zur Begutachtung seines Antrages. Hlubeck aus Graz beantragt, daß die Nationalversammlung sofort darüber beschlösse eine Proklamation an die slavischen Nationalitäten zu erlassen. Der Antrag Mühlefelds von Wien, Marecks Antrag zur sofortigen Berichterstattung an den Verfassungsausschuß zu weisen wird angenommen. Der Antrag von Radowitz: auf Ernennung eines Ausschusses zur Prüfung der administrativen und militärischen Maßregeln, welche zur Sicherung der Nationalversammlung getroffen sind, wird an die Prioritätskommission gewiesen. Nach der Tagesordnung beginnt nunmehr die Verhandlung über den vom Abgeordneten Römer über den Antrag des Abgeordneten Raveaux von Köln erstatteten Kommissionsbericht und die damit in Verbindung stehenden Verbesserungsvorschläge mehrerer anderer Mitglieder der Nationalversammlung betreffend den Einfluß der Beschlüsse der konstituirenden Nationalversammlung auf die Verfassungen der einzelnen deutschen Staaten. Die zu diesem Kommissionsberichte gestellten Verbesserungsvorschläge werden verlesen und es kommen die nachstehenden Anträge zur Besprechung: 1) Der Antrag des Ausschußmitglieds Werner: „die deutsche Nationalversammlung, als das aus dem Willen des Volks und den Wahlen der deutschen Nation hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands erklärt: daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des Letzteren als giltig zu betrachten sind, ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet." 2) Der Antrag der Ausschußmitglieder v. Beckerath, Schoder, Pfitzer, Herrmann, Lette, Heckscher, Römer: „Die aus dem Gesammtwillen des deutschen Volks hervorgegangene Nationalversammlung zur Gründung einer die Einheit und politische Freiheit Deutschlands bezweckenden Verfassung erklärt, daß alle Bestimmungen deutscher Verfassungen welche nach Vollendung des allgemeinen Verfassungswerks mit diesem nicht übereinstimmen, abzuändern und mit der deutschen Verfassung in Einklang zu bringen sind." 3) Der Antrag der Ausschußmitglieder Vincke, Sommaruga, Simson und Neuwald: „Die Nationalversammlung in dem begründeten Vertrauen, daß sämmtliche Staaten Deutschlands alle Punkte ihrer besonderen Verfassungen, die nach Vollendung des allgemeinen deutschen Verfassungswerkes mit demselben in Widerspruch stehen, abändern und daß dieselben Abänderungen auch in den während der Dauer der Nationalversammlung zu Stande kommenden neuen Verfassungen einzelner deutschen Staaten vorgenommen werden," geht zur Tagesordnung über. 4) Der Antrag des Abgeordneten Eisenmann: „Die deutsche Nationalversammlung muß unerschütterlich an dem Grundsatz festhalten, daß in den einzelnen deutschen Staaten keine Institutionen eingeführt oder beibehalten werden, welche mit der deutschen Reichsverfassung im Widerspruch stehen, da aber mehrere deutsche Staaten jetzt das Zusammentreten ihrer Volksvertreter nicht vermeiden können, und da wir zu

allen deutschen Staaten das zuversichtliche Vertrauen haben, daß sie keine mit der Reichsverfassung in Widerspruch stehenden Institutionen einführen oder beibehalten werden, so glaubt die Nationalversammlung in Bezug auf den von Hrn. Raveaux gestellten Antrag zur motivirten Tagesordnung übergehen zu dürfen, ohne dadurch den Rechten der Nationalversammlung irgend etwas zu vergeben." 3) Das Sondergutachten der Ausschußmitglieder Schaffrath, Kolb, Moritz, Hartmann: „Die konstituirende Nationalversammlung als das aus den Wahlen des deutschen Volks hervorgegangene einzige Organ des Gesammtwillens der deutschen Nation zur Begründung der Einheit und Freiheit Deutschlands so wie zur Einrichtung einer auf diese gebauten Verfassung erhebt folgende Bestimmungen zur Erledigung der von Herrn Raveaux und andern Mitgliedern gestellten Anträge noch ausdrucklich zu ihrem Beschlusse: I. Die Beschlußnahme über die Verfassung Deutschlands ist einzig und allein ihr, der konstituirenden deutschen Nationalversammlung überlassen. II. Die Verfassungen und Gesetze der einzelnen deutschen Staaten und die Verträge zwischen ihnen, so wie die Beschlüsse gesetzgebender Volksvertretungen in ihnen, sind nur in so weit giltig, als sie mit dieser (einzig und allein von der konstituirenden Nationalversammlung zu errichtenden) Verfassung Deutschlands übereinstimmen. III. Die zu Mitgliedern der konstituirenden Nationalversammlung Gewählten können von der Verpflichtung an den Verhandlungen derselben persönlich Theil zu nehmen, nur durch sie, die konstituirende Nationalversammlung selbst, entbunden werden. IV. Die Bestimmungen sind ein Theil der Verfassung Deutschlands." Um 3 Uhr wird auf Beschluß der Nationalversammlung die Sitzung bis 5 Uhr vertagt und bei ihrer Wiedereröffnung die Verhandlung über den Raveauxschen Kommissionsbericht fortgesetzt. Nachdem der Beschluß gefaßt wurde, daß die Berathung über diesen Gegenstand nicht bis zur nächsten Sitzung vertagt, sondern sofort geschlossen, und den in dieser Sache noch verzeichneten Rednern mit Ausnahme des Antragstellers und Berichterstatters das Wort nicht mehr gegeben werde: wird zur Abstimmung geschritten. Schoffrath, Kolb und Hartmann nehmen ihr Sondergutachten zurück und vereinen sich mit dem Wernerschen Antrag. Heckscher beantragt ebenfalls, sich dem Wernerschen Antrag anzuschließen. Der Antrag, über den Raveauxschen Antrag zur Tagesordnung überzugehen, wird verworfen. Der Antrag Werners wird angenommen. Die drei Abgeordneten aus Luxemburg, Willmar, Servais und Munchen, erklären zu Protokoll, daß sie wegen beschränkten Mandates, welches ihnen nicht erlaubt auf den Wernerschen Antrag einzugehen, für den Uebergang zur Tagesordnung in der Raveauxschen Sache gestimmt haben. Ueber Soirons Antrag werden die Sitzungsstunden für die nächste Woche auf die Zeit von 9 Uhr Morgens angefangen bestimmt. Die Zahl der Mitglieder der Revisionskommission wird auf 7 vermehrt, und die Redaktionskommission mit derselben vereint. Die Anzeige der eingelangten Petitionen und Adressen wird auf die nächste Sitzung vom 29. Vormittags 9 Uhr verschoben, und die Tagesordnung derselben bestimmt. Ende der Sitzung 8 Uhr. — (Nachtrag.) Die Abgeordneten Burger und Bruck aus Triest und Dr. Jenny aus Istrien geben nachträglich ihre abweichende Ansicht zu Protokoll, indem sie zugleich gegen diesen Beschluß für den Fall Verwahrung einlegen, wenn die deutsche Reichsverfassung, welche erst berathen und beschlossen werden soll, mit der besonderen Verfassung Oesterreichs der speziellen Lage von Triest und Istrien unvereinbar seyn würde. Frankfurt a. M., am 28. Mai 1848.

Der Präsident (gez.) v. Gagern.

Der Schriftführer.

Für eine deutsche Seemacht.

Das unterzeichnete Komite fühlt sich gedrungen, öffentlich Zeugniß abzulegen von der großen Theilnahme, welche ihr Unternehmen in weiten Kreisen in Deutschland gefunden hat. Als das bedeutsamste, als das erfreulichste Ergebniß des neu erwachten Strebens muß der von dem Fünfziger-Ausschuß zu Frankfurt an die deutschen Uferstaaten ergangene Antrag begrüßt werden: — der Antrag auf einen am 31. Mai d. Js. in Hamburg zu bildenden Marinekongreß. Das Komite hält sich verpflichtet, auch seinerseits dahin mitzuwirken, daß diesem Antrag diejenige Folge möge gegeben werden, welche die Wichtigkeit der Sache fordert. Vereinte Kraft, einige Wirksamkeit ist noth, wenn der Grund gelegt werden soll zu einem Werke wie Deutschlands Interesse, wie Deutschlands Würde es verlangt. Daß doch Keiner zurückschrecken möge vor der Schwierigkeit der Aufgabe. Ein kräftiges Handeln trägt in sich die Sicherheit des Gelingens. Oder soll Deutschland nach weiteren 30 Jahren etwa noch einmal die verlorne Zeit zu beklagen haben, wenn es bedroht wird von einer feindlichen Seemacht? Daß aber bei diesem nationalen Werke sich auch bewähren möge Deutschlands treueinige Gesinnung! Daß Deutschlands Einigkeit auch hier als unsere größte, als eine unüberwindliche Macht so lebendig von uns möge erkannt werden, wie sie zu allen Zeiten von den Feinden Deutschlands erkannt ist, und niemals wird wieder ein Feind — wie in diesem Augenblicke noch Dänemark — es wagen dürfen, die Hoffnung laut werden zu lassen, daß Neid und Eifersucht ein Werk untergraben werde, welches begonnen wird im allgemeinen deutschen Interesse, welches sich stützt auf Deutschlands vereinigte Kraft. An alle Deutsche, an alle Vertreter der berufenen deutschen Uferstaaten insbesondere ergeht daher die Ansprache des unterzeichneten Komite's, daß Jeder, so viel an ihm, dahin wirken und die Einleitung der erforderlichen Schritte fördern möge, damit die geeigneten Abgeordneten zu der auf den 31. Mai angesetzten Eröffnung des ersten deutschen Marinekongresses zahlreich sich einfinden. Wir und ganz Hamburg wird mit freudigem Gruße sie empfangen. Eine einheitliche Wirksamkeit, fußend auf großer deutscher Grundlage und gerichtet auf die Herstellung einer Seemacht, welche Deutschlands würdig, wird die vereinzelte, auf das Bedürfniß des Augenblicks beschränkte Thätigkeit in sich aufnehmen. Soll aber der Antrag des Fünfziger-Ausschusses von Segen seyn für ganz Deutschland, so sorgt Alle, an die er ergangen ist, daß zeitig sich in Hamburg die Männer vereinigen, deren Einsicht und kräftiges Handeln berufen ist, ein Werk zu gründen zu Deutschlands Sicherheit und Ehre. Hamburg, 19. Mai 1848. Das Komite für eine deutsche Kriegsmarine: R. M. Slomann. J. C. Godeffroy und Sohn. Ross Vidal und Komp. A. F. Weldsen.

Bayern.

Landtag.

**München, 27. Mai. (XLVIII. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Am Ministertische: Frhr. v. Lerchenfeld, v. Roth. In der Kammer 115 Mitglieder. — Die Sitzung wurde mit Ablesung des Einlaufes eröffnet, darunter ein allerhöchstes Reskript, wornach die Ständeversammlung bis zum 31. d. Mts. verlängert wird. — Hiernächst begann die Erstattung des Vortrags, die Berathung und Schlußfassung über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe, bezüglich der von dem Abg. Unterberger angeeigneten Bitte der Stadtgemeinde Gundelfingen, u. a. das Alluvionsrecht betr. Die Kammer der Reichsräthe hatte nämlich den Antrag in folgender Fassung gegeben: „Es sey Se. Maj. der König auf verfassungsmäßigem Wege ehrerbietigst zu bitten, hinsichtlich des im Herzogthume Neuburg herkömmlichen Alluvionsrechtes des Staates (wo solches noch besteht, Modifikation des Dr. Rammoser) 1) der nächsten Ständeversammlung einen die Aufhebung dieses Rechtes bezweckenden Gesetzesentwurf vorlegen zu lassen; 2) wegen der bis zum Eintritt dieses neuen Gesetzes statt gefundenen und statt findenden Alluvionen aber auf administrativem Wege die Vorsorge zu treffen, daß von demselben in einer die beschädigten Uferanwohner erleichternden Weise Gebrauch gemacht werde." — Auf die Versicherung des Hrn. Staatsministers der Finanzen, Frhrn. v. Lerchenfeld, daß ein dießfallsiger Gesetzentwurf zur beantragten Zeit werde vorgelegt werden, der natürlich auf ganz Bayern, nicht auf Neuburg allein, Bezug habe, zog Abg. Dr. Rammoser seine Modifikation zurück, die Kammer nahm den Antrag der Kammer der Reichsräthe an; der Hr. I. Präsident schloß die Sitzung und anberaumte die nächste eventuell auf heute Abends 6 Uhr.

**München, 27. Mai. (XLIX. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) [Abends.] Am Ministertische, weil in der I. Kammer Sitzung, Niemand; in der Kammer 108 Abgeordnete. — Die Sitzung wurde eröffnet mit Ablesung des Einlaufs, worunter eine Verwahrung des Fürsten Karl v. Wallerstein, als Vormund des Erbfürsten v. Wallerstein, gegen das Ablösungsgesetz. — Frhr. v. Freyberg erhielt hierauf verlängerten Urlaub. — Hiernächst referirte Abg. v. Scheurl über ein Versehen „den Beschluß über das Gesetz: die Verantwortlichkeit der Minister betr.", und es wurde beschlossen, Krone und Stände sollen über verurtheilte Minister das Begnadigungsrecht üben; das letztere durch Vorschlag der Stände eine Modifikation der Kammer der Reichsräthe. — Hiemit war also wiederholt Gesammtbeschluß über Art. 12 und 13 vorhanden. — Sodann kam zur Berathung die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über den Gesetzentwurf: „die protestantischen Generalsynoden und den Konsistorialbezirk Speyer betr." — Die II. Kammer nahm die kleinen Redaktionsänderungen an, und somit war in der Hauptsache Gesammtbeschluß vorhanden. — Die Kammer der Reichsräthe hatte jedoch die Wünsche der II. Kammer nicht angenommen, resp. abgelehnt. Demgemäß steht also die Synode in Speyer, sowie die dortige protestantische Kirche in der Pfalz, wenn auch im Gesetze steht: nach Vernehmung des protestantischen Oberkonsistoriums, frei für sich da. — Die Wünsche aber waren deßwegen von der I. Kammer nicht angenommen worden, weil sie innere Angelegenheiten der protestantischen Kirche betreffen möchten. — Der Ausschoß der II. Kammer hatte auch nicht auf diesen Wünschen zu verharren geglaubt; was Dekan Dittmar ebenfalls behauptete. — Abg. Eppelsheim aber meinte, das Kultusministerium werde auf Antrag der Synode schon das Nöthige bewirken. Es wurde also von der II. Kammer auch Umgang von den Wünschen genommen, über das fragliche Gesetz der Gesammtbeschluß verlesen, und dessen Fassung genehmigt, die Sitzung geschlossen und die nächste auf Montag früh 9 Uhr anberaumt.

An die dahier noch anwesenden Herren Abgeordneten!

Entsprechend dem Wunsche vieler Herren Abgeordneten habe ich bezüglich des hier verbreiteten Gerüchtes, als sey den dahiesigen Freikorps das Tragen der deutschen Kokarde verboten worden, die Wahrheit zu ergründen gesucht, und kann Ihnen zur Beruhigung nach zuverläßigen Erhebungen mittheilen, daß ein solches Verbot nicht erlassen ward, vielmehr bezüglich der Einführung der deutschen Kokarde bei der Armee bereits Einleitungen getroffen sind.

Ihr

München, den 2. Juni 1848. ergebenster

Kirchgeßner,

d. Z. Präsident der II. Kammer.

München, 2. Juni. Die Redaktion wird zur Aufnahme nebenstehender Erklärung ersucht. „Wir sind ermächtigt, zur Beseitigung voreiliger Urtheile und unbegründeter Gerüchte zu erklären, daß von Seite der Regierung nie ein Verbot gegen das Tragen der deutschen Farben neben den bayerischen ergangen sey; — im Gegentheile soll die deutsche Kokarde mit der bayerischen vereint an den Kopfbedeckungen des Heeres angebracht werden und sind dieselben bereits in der Anfertigung begriffen."

Die „Neue Speyerer Zeitung" vom 31. Mai enthält nachstehenden trefflichen, nicht genug zu beherzigenden Artikel über Reaktion: Von der Haardt, 24. Mai. Seit kurzer Zeit wird das Wort Reaktion in Berichten öffentlicher Blätter auf die verschiedenartigste Weise gedeutet; hier erblickt man in fast allen Regierungshandlungen reaktionäre Bestrebungen; dort werden wirkliche Rückschritte, d. h. durch kein positives Gesetz sanktionirte Akte mit dem Drange der Nothwendigkeit entschuldigt oder selbst vertheidigt und denselben eine reaktionäre Tendenz abgesprochen; weiter werden gar Reaktionsbestrebungen in Abrede gestellt oder die Ausführung solcher für unmöglich erklärt. Daß reaktionäre Gelüste in Masse vorhanden sind, kann und wird kein Unbefangener leugnen; sie sind in der menschlichen Natur begründet. In dieser ist das Streben vorherrschend, verlorne Güter wieder zu erlangen, sey man selbst auf unrechtmäßige Weise in den Besitz derselben gekommen und dieses um so mehr, wenn dieser Besitz einigen Bestand hatte. Die Mittel zur Ausführung sind ebenfalls in Masse vorhanden: die Personen der Minister wurden zwar gewechselt, sonstige Veränderungen an den Höfen

aber, die Garantien bieten sollten, fanden nicht statt; alle jene Personen, welche sich seit Jahren bereitwillig zu Werkzeugen der absoluten Gewalt hergaben, sind zum bei weitem größten Theile noch in Amt und Würden. Es bedarf daher nur einer günstigen Gelegenheit, und durch Beseitigung oder Gewinnung einiger Minister steht die Reaktion wieder in ihrer ganzen Größe da. Die heute noch bestehende Einrichtung des Militärwesens dürfte, des Eides auf die Verfassung ungeachtet, nichts weniger als ein Hinderniß seyn. Wie Niemand die in der menschlichen Natur begründeten reaktionären Gelüste ableugnen kann (und Fürsten und deren Umgebungen sind doch vor Allem Menschen; solche Gelüste müssen meistens bei ihnen um so mehr vorwalten, als ihre ganze Erziehung und Ausbildung darauf berechnet war, ihnen die Idee beizubringen, sich als eine bevorrechtete Klasse zu betrachten), eben so wenig wird man in Wahrheit beweisen können, daß nicht in der jüngsten Zeit in den meisten deutschen Staaten, mehr oder weniger, solche Bestrebungen sich Geltung zu verschaffen gesucht haben. Es würde zu weit führen, die einzelnen Thatsachen angeben zu wollen. — Man wird zwar nicht, wie beim Regierungsantritte des Königs von Hannover mit der Thüre in's Haus fallen; man wird vorsichtig, selbst behutsamer als in den 1830er Jahren auftreten. Damals wurden zuerst Tribune, Westbote, Wächter am Rhein rc. verboten; fast kein einziges öffentliches Organ in Deutschland legte Verwahrung gegen ein solches Verfahren ein, vielmehr wurde diese Maßregel gebilligt, selbst mit Lobsprüchen überschüttet: hatten ja jene Blätter eine sogenannte revolutionäre Tendenz; dann ging es an den Freisinnigen, an Rotteck's Annalen u. s. w. u. s. w., bis in wenig Jahren selbst das Fortbestehen der Allgemeinen Zeitung gefährdet war. Zuerst wurden die Männer von Hambach verhaftet; auch dieser Maßregel ward öffentliche Belobung zu Theil; dann ging es an Bahr, Eisenmann rc. rc., bis in kurzer Zeit jedes nur einigermaßen zweideutige Wort dem Strafrichter verfiel. Zuerst ein ruhiges Zusehen von Seiten der Regierungsbeamten, besonders der richterlichen Behörden; dann Schwanken; endlich eine Thätigkeit, die Urtheile hervorgebracht, welche — die jüngste Zeit gerichtet hat. So das Verfahren der Reaktion in den 1830er Jahren. Wie damals das Hambacher Fest (obschon dasselbe keine gewaltthätige Tendenz und keine blutige Folge hatte), so werden heute die Vorfälle im badischen Oberlande und anderwärts auf alle nur mögliche Weise ausgebeutet, theils um Vorwände zu reaktionären Maßregeln zu geben, theils um die Gemüther zu beängstigen und einzuschüchtern. — Daß dieses zum Theil hie und da gelungen, liegt hauptsächlich in dem noch unselbstständigen Charakter des deutschen Bürgerthums. Denn gar zu leicht läßt sich dasselbe durch die Worte: Anarchie, Kommunismus u. dgl. in Furcht und Schrecken setzen; ermuntert dadurch zu reaktionären Maßregeln, die gar häufig nicht blos stillschweigend aufgenommen, sondern selbst als Rettungsmittel gepriesen werden. Statt, wo anarchische Gewalt droht, derselben mit Energie entgegen zu treten und solche nieder zu halten, weicht man feige zurück, nur von dem Einschreiten der Regierung Hilfe erwartend; liebäugelt sogar mit den feindlichen Elementen, um die eigene Haut zu wahren. Und aus demselben Grunde schmeichelt man eben so der entgegengesetzten Gewalt, und läßt geduldig alle Maßregeln über sich ergehen, so lange solche nicht zu heftig und zu plötzlich geschehen. Selbst in diesem Falle ist es meistens nicht das eigentliche Bürgerthum, das gegen Reaktionsversuche offen auftritt, sondern vielmehr die jüngere Generation und die Klasse der Handwerker. Von dem Impuls des Augenblicks läßt sich zwar das Bürgerthum häufig hinreißen; in Versammlungen Dieses oder Jenes Hoch leben zu lassen, Adressen zu unterzeichnen, selbst in militärischen Paraden aufzuziehen; kömmt aber der entscheidende Augenblick, energisch nach dieser oder jener Seite zu handeln, dann werden zaghaft die eigenen Interessen, die Sicherheit der eigenen Haut bedächtig erwogen und man läßt der Sache ihren Lauf. So lange das Bürgerthum diesen schwankenden Charakter nicht ablegt, so lange sich ein Jeder nicht bestrebt, eine kleine Anschauung und Beurtheilung der Verhältnisse sich zu erwerben; so lange man nur dem Impulse des Augenblickes folgend, sich nicht zu eigener selbstständiger Thatkraft ermannt, so lange man nicht bereit ist, nach allen Seiten hin, woher Gefahr droht, ohne Rücksicht auf das liebe Ich, energisch aufzutreten, und das Abwenden der Gefahr nur dem stehenden Heere oder dem Zufalle überläßt, so lange werden weder anarchische noch reaktionäre Bestrebungen niedergehalten. Erstere sind zwar alsdann weniger zu fürchten; allein, wie die Erfahrung lehrt, wird dann gar zu leicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Daher thut nichts mehr Noth, als daß die Bürger sich zur Thatkraft ermannen, daß der Entschluß fest in ihnen reife: wo es Noth thut, selbstständig zu handeln, daß Einer für Alle und Alle für Einen einzustehen bereit sind, daß man sich nicht durch leere Worte einschüchtern und in Furcht jagen lasse. Nur dann kann die Freiheit nach allen Seiten hin sicher gestellt, und dem Vaterlande durch das Bürgerthum und in dem Bürgerthum Achtung verschafft werden. Möge dieses ein Jeder beherzigen, dem sein eigenes und seiner Nachkommen wahres Wohl, das Wohl seiner Mitmenschen und des Vaterlandes am Herzen liegt. — Mögen aber auch jene Regierungen, welche den Verdacht reaktionärer Bestrebungen von sich abwenden wollen, Alles vermeiden, was einen solchen Verdacht hervorrufen kann; mögen sie außergewöhnliche Maßregeln (die jedoch jedenfalls in positiven Gesetzen begründet seyn müssen) nur im Falle wirklicher Noth anwenden und nur so lange fortdauern lassen, als diese Noth vorhanden ist. Nur dadurch kann Vertrauen erweckt und aus diesem Heil und Segen für das Vaterland erblühen!

Schleswig-Holstein.

Einem Privatbrief des „Rendsburger Tagblattes“ aus Veile, 24. Mai, entheben wir Folgendes: Neulich wurden wir hier durch eine Proklamation des Königs von Dänemark erheitert, welche an jeden Offizier der schleswig-holsteinischen Armee einzeln gelangte. Dieselbe ging darauf hinaus, daß Se. Maj. an den bisher Gefangenen Gnade üben wolle, weil sie durch die Vorspiegelung, als ob er unfrei gehandelt, getäuscht wären, und somit ohne Wissen ihren Eid gebrochen hätten, auch denen, welche jetzt noch übergingen oder schriftlich eine derartige Erklärung an den Kriegsminister entsendeten, solle Gnade für Recht zu Theil werden.' Wer aber von nun an in seinem verrätherischen Benehmen fortführe, habe des Königs Gnade und überhaupt alle Gnade hier auf Erden verwirkt; im Himmel werde Gott über ihn richten, d. h. also zu Deutsch: alle die etwa jetzt noch gefangen genommen werden, werden als Insurgenten und meineidige Verräther erschossen oder am Ende gar gehängt.

Der „Hamburger Korrespondent“ veröffentlicht eine Adresse, welche Delegirte des von dem Thann'schen Freikorps aus Hadersleben am 13. dem General v. Wrangel zugesandt haben. Wir theilen hier die das thatsächliche betreffende Stelle mit. Nachdem die Beschwerdeführenden die uneigennützigen, rein patriotischen Gesinnungen angedeutet, von denen beseelt sie für die Sache der Herzogthümer zum Schwert gegriffen, fahren sie fort: „Dennoch, Herr General, ist uns, wie Einzelne von uns Ihnen schriftlich und mündlich dargethan haben, von Seite der preußischen Garde eine Behandlung wiederfahren, welche selbst dann noch, wenn wir waren, wofür sie uns ausgibt, als eine unmenschliche und barbarische verabscheut werden müßte. Eben weil Ihnen authentisch bereits mitgetheilt worden, wie wir im Ganzen beschimpft und verläumdet, wie Einzelne von uns mißhandelt, wie Kranke verhöhnt und verletzt wurden, wie wir alle leiden mußten von jenem maßlosen Uebermuthe, der selbst nach den Berliner Märztagen seinen so oft und so tief verachteten Motiven nicht untreu wird, glauben wir einer Anführung der hierher gehörigen Thatsachen um so mehr uns entheben zu können, als ja schon die deutsche Presse unseren Verläumdern das Mittel zur Verbreitung ihrer abgeschmackten Lügen und Schmähungen abgeben mußte.

Oesterreich.

Als Nachtrag zu dem Berichte über die Vorfälle am 25. führt die „Oesterreichische Zeitung“ noch an: Viele Studirende führten auf ihren Kopfbedeckungen kleine metallene Schildchen mit dem Embleme eines Todtenkopfes. Von den Arbeitern unter denen gestern die Maschinenfabrikarbeiter sich besonders hervorgethan, die förmlich in Zügen organisirt mit eigens improvisirten langen Spießen und eisernen Brechstangen in die Stadt kamen, wären folgende von Augenzeugen verbürgte Notizen zu geben, die allerdings erfreulich sind. Schon als es nach dem 15. Mai hieß, viele Studirende wollen die Universität verlassen, sandten sie Deputationen an dieselben, um, wenn es nur wegen Dürftigkeit geschehe, dieselben zu unterstützen, es wolle jeder von ihnen regelmäßig mehrere Kreuzer von seinem Taglohne täglich für die braven Studirenden abgeben. Gestern hörten wir selbst mehrere der sogenannten Proletarier ihre Kameraden vor Rausch und Unordnung warnen. „Brüder, trinkt nicht zu viel,“ sagte einer, „denn die Menschheit weiß dann nicht, was sie thut.“ Einem Mann, der ihnen eine 5 fl.-Banknote unter der Bedingung gab, daß sie die Barrikaden wegräumen möchten, und zu gleichem alle Arbeiter bewegen möchten, wiesen sie scharf mit seinem Geschenke ab. In den Kasematten wo eine Durchsuchung gehalten wurde, nahm ein Bursch ein auf dem Boden liegendes unbedeutendes Bild, welches sich auf der Wand befand, herab, wurde aber von einem nebenstehenden Arbeiter mit den Worten angefahren: „Wir sind keine Diebe und Räuber, laß es liegen!“

Häffner ist aus dem Kriminalgefängniß befreit und in die Stadt geleitet worden.

Wien, 28. Mai. Auf die gestern Abend erschienene Proklamation des Ministeriums über die Zurückziehung des Militärs rc. wurden heute in der Nacht und Vormittags die meisten Barrikaden abgetragen, und die Stadt gewinnt wieder ein etwas friedlicheres Aussehen. Graf Dietrichstein und Hoyos wurden wieder entlassen, letzterer aber erhielt eine Wache vor seine Wohnung. An seine Stelle als Oberkommandant der Nationalgarde wurde der Oberstlieutenant Pannasch erwählt. Bevor die Arbeiter Hand ans Werk legten, um die Barrikaden zu entfernen, versammelten sie sich mit Abtheilungen von der Nationalgarde und der akademischen Legion vor der Wohnung des Ministers Pillersdorf, brachten ihm eine Serenade, bei welcher nebst Arndt's: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ die österreichische Volkshymne und das ungarische Nationallied abgesungen und dem Kaiser und dem Minister ein tausendstimmiges Lebehoch gebracht wurde. Gestern Nachts sind auch die Olmützer Studenten hier eingetroffen und in der Aula mit Jubel empfangen worden. Die Grätzer Studenten waren bereits früher hier angelangt. Die Adressen aus den Provinzen lauten viel freundlicher. Außer dem Haupturheber der unseligen Ereignisse vom 26. Mai, dem Grafen Montecuccoli sind auch der Graf Breuner, Baron Pereira und die beiden Professoren Dr. Hye und Endlicher entflohen, welchen Schuld gegeben wird, daß sie als Mitglieder des Sicherheitsausschusses im Verein mit dem Landespräsidenten Grafen Montecuccoli am 26. Mai das Ausrücken des Militärs mit geladenen Kanonen veranlaßt haben, ohne vom Ministerrathe dazu beauftragt gewesen zu seyn. Im Laufe des gestrigen Tages haben mehrere Gesandte Wien verlassen. (Es hieß, der Kaiser habe die fremden Legationen nach Innsbruck eingeladen.) Ihre Gesandtschaftskanzleien sind jedoch hier geblieben. (A. Z.)

Wien, 28. Mai. Gottlob! Es ist in der verhängnißvollen Krisis, in welcher wir uns seit vorgestern Morgens befanden, seit gestern Nachmittag ein entscheidender Wendepunkt zum Bessern eingetreten. Gestehen wir es offen: am 26. Mai trat deutlich heraus, was sich seit dem 18. d. allmählich enthüllt hatte, daß nämlich es sich nicht mehr um Annahme oder Verwerfung vereinzelter Rechtsfragen ohne Rücksicht auf die Fragesteller handle, sondern daß sie zunächst als das Schiboleth der einen oder andern Partei zu betrachten seyen; man war nicht mehr auf dem doktrinären Boden, man stand bereits auf der Wahlstatt der Faktionen. Was aber diesen veränderten Standpunkt besonders vor Augen brachte, war die Persönlichkeit der dießmaligen Antragsteller. Hätten die Männer des März laut und entschieden das „Zuviel“ über den 15. Mai ertönen lassen, anders wäre es wohl gekommen; aber es waren die entschiedensten Vormärzmänner, die nicht zufrieden den 15. Mai provozirt und den 18. herbeigeführt zu haben, nun fanatisch das Anathem über jenen ausriefen und damit den März selbst in Frage stellten, unmittelbar nach der Rückkunft der Deputation aus Innsbruck. Das aber hat das österreichische Volk in seinem schlichten gesunden Sinn wohl ein- und durchgesehen. Wohl manche Befürchtung und auch manche Flucht wäre unterblieben, wenn nicht ein panischer Schrecken vorgewaltet und die stark verbarrikadirte Stadt Hindernisse dargeboten hätte, um die verschiedenen Umstände ans Licht zu ziehen. Hätten diejenigen, die in Gedanken schon das Schreckenswort Republik erdröhnen hörten, die schlotternden Glieder

Digitized by Google

bis zum Herannahen der Hauptbarrikaden bezwungen, sie würden an allen — das laubbekränzte Bildniß des Kaisers Ferdinand hoch an einer Stange in Ehren gehalten — erblickt haben. Das Wort, welches das Volk — da unten — niederschrieb, das blieb eine Wahrheit, das „heilig ist das Eigenthum." So z. B. wurden von einigen nach der mühevollen Arbeit etliche Kannen Bier als wohlverdienter Lohn im nahen Wirthshause verlangt, gleich waren andere zur Hand, die sie auf die bescheidene Bitte zurückwiesen, jede Gewaltthätigkeit verpönend, wenn sie kein Gehör fände. Ein reicher Gutsbesitzer ward von den an seinem Hause arbeitenden Proletariern um etwas Essen angegangen. Er entschuldigte sich, ihnen keines verabreichen zu können, gab ihnen aber eine Banknote von 10 fl. um sich dafür Essen zu holen. Nach einer Stunde kamen sie zurück und brachten ihm 7 fl. 48 kr. heraus, weil sie nicht mehr als 2 fl. 12 kr. verzehrt hätten. Die kleinste Münze ward mit Dank angenommen; jedes wohlgemeinte Wort erwarb sich ein williges Ohr. Wohl stand an manchen Läden, wie ich schon gestern schrieb, „nieder mit der Aristokratie;" es ist darum keinem Aristokraten ein Haar gekrümmt worden. Wohl seitdem Wien steht, ist nicht so wenig Frevel oder Exzeß als an den Tagen des 26. und 27. Mai verübt worden. Willig folgten die Arbeiter seit gestern Nachmittag der Weisung der Studenten, die mit so vielem Eifer hergerichteten Barrikaden wieder zu zerstören und statt dem heutigen Sonntag in gewohnter vergnüglicher Weise nachzugehen, arbeiten sie unausgesetzt daran, damit bis morgen alles hinweggeräumt werde, alles wieder in das gewohnte Gleis eintreten könne. Das eingesetzte neue Sicherheitskomite wirkt auch nur in diesem Sinn und man würde sehr unrecht thun an den zweideutigen Namen irgendeine terroristische Vorstellung zu knüpfen. Auch sind bereits viele Personen von ihrem Vorhaben, sich fortzubegeben, abgekommen. Die Bankiers Rothschild, Sina, Eskeles, haben sich jedoch bereits gestern Morgens nach den nahen Umgebungen gewendet, sowie mehrere Dii minores aus diesen Regionen es schon Abends zuvor gethan. Dem Gesammtministerium rechnet man es hoch an, auf dem Posten verblieben zu seyn. Es verlautet daß sich unter Montecuccoli's Papieren die Weisung gefunden habe, unverzüglich ein neues Ministerium zu bilden, wozu auch die Auflösung der akademischen Legion als nothwendige Einleitung mit solcher Hast betrieben worden. Anderwärts war gegen die Studenten der Plan ausgeheckt worden, sie sogleich nach ihrer Auflösung zu assentiren und „als Freiwillige" zur italienischen Armee zu schicken. Daß sie nicht der Konskription unterliegen, wollte man damit beschönigen, daß sie zu studiren aufgehört hätten. Möchte der Kaiser bald die Bitte um Wiederkehr oder um Sendung eines Stellvertreters erhören. Als letzteren bezeichnete man gestern wiederholt den Erzherzog Johann in verschiedener Weise und man darf es sich nicht verhehlen, daß er vorzugsweise als der Mann des Vertrauens erscheint. Man weiß noch nicht, welche Ministerialveränderungen Platz greifen werden; gewiß ist es, daß Kraus als Finanzminister sich unmöglich gemacht hat. Wie früher Baron Eskeles in solcher Stellvertretung, so bezeichnet man nun Baron Stifft hiezu, der schon unter dem frühern Regime in Verfechtung der Volksrechte als österreichischer Landstand glänzend hervortrat und ehedem Bankier, sich im Finanz- und Merkantilwesen die umfassendsten Kenntnisse erworben hatte. Der neue Bankgouverneur Meyer v. Gravenegg gewinnt Anerkennung. Es steht der Bank eine Reorganisation bevor; der vor einigen Tagen in der Wiener Zeitung mitgetheilte Finanzplan ein Metallanlehen durch Lotterieloose in kleinsten Anlagen und Prämien in Leibrenten zu begründen, hat sich Anklang erworben. Die Räumung der Barrikaden hat in Folge der ersten Sitzung des neugebildeten Ausschusses stattgefunden und in derselben ist zugleich der Beschluß gefaßt worden, von dem Kriegsminister sechs Batterien zu verlangen, die statt der Barrikaden auf den Basteien aufgestellt und von den Bürgern und der Nationalgarde bedient werden, was auch zugestanden ward. Zugleich wurde vom Ministerium die Verfügung getroffen, daß die bloß zum Durchmarsch bestimmten Truppenkörper Wien gar nicht berühren sollen und daß die Militärgarnison auf den unerläßlich nöthigen Bestand zu reduziren sey. Oberst Pannasch soll das Oberkommando über die gesammte Nationalgarde erhalten. An der gestrigen Schranne waren wenig Geschäfte, doch zeigten sich mehr Verkäufer als Käufer zu gedrückten Preisen. Alle Polen — die Fürstin Sapieha mit eingeschlossen — sind von hier abgereist. Von der hieher gekommenen Deputation weilt nur noch Fürst Lubomirsky hier.

(A. Z.)

Die Wiener „Konstitutionelle Donauzeitung" meldet aus Prag, 22. Mai. Vorigen Donnerstag fand eine Art vorbereitender Versammlung von etwa 30 Gliedern des höheren und niederen Klerus unserer Hauptstadt statt. Ein Programm wurde vorgelesen über die zu besprechenden Gegenstände. So viel wir erfahren konnten sind dies beiläufig folgende: Zeitgemäße Verbesserung des Kultus und Einführung der Landessprache bei demselben; billigere geregeltere Vertheilung der kirchlichen Güter; Vermehrung der Bisthümer zur leichteren Ueberwachung der Diözesen; Aufhebung des Cölibats und Regulirung der Klöster, namentlich deren Rückführung auf den ursprünglichen Zustand.

Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir so eben, daß in den Kleinschen Eisenetablissements in Zöptau (Olmützer Kreis in Mähren) 300,000 Stück Gewehre für die böhmischen Nationalgarden in Arbeit sind, und zwar unter Leitung des Prager Büchsenmachers Lebeda. Sämmtliche Schlosser der Umgegend werden als Büchsenmacher verwendet, damit diese großartige Bestellung in kürzester Zeit fertig werde. (Allg. Oesterr. Z.)

Italien.

Neapel, 21. Mai. Ich schickte Ihnen zwei genaue Berichte über die Schreckensszenen vom 15. Mai. Sollten diese nicht eingelaufen seyn, so ist das ein neuer Beweis, daß alle Briefe erbrochen und zurückgehalten werden und daß wir überhaupt in den Schlamm eines bodenlosen Terrorismus zurückgesunken sind. Die Liste der bis jetzt Gebliebenen enthält 1753 Todte. Gräuel aller Art wurden verübt, Kinder, Weiber und Greise gespießt, verbrannt, erschlagen, dazu das Geheul der Lazzaroni, ihr Rauben und Brennen. Sie zogen mit alter bourbonischer Fahne, mit der Madonna di Carmine durch die Stadt, begafften jauchzend die Leichen der Bürger und heulten ihr grimmiges Evviva il Re! König Ferdinand II. erschien auf dem Balkon und dankte seinen Getreuen. Am 17. rauchte Se. Maj. unter den Säulengängen von St. Francesco di Paola in größter Gemüthsruhe eine Zigarre und machte dann eine Spazierfahrt durch die Stadt — natürlich umgeben von treuen Soldaten und Lazzaroni. Die Nationalgarde ist aufgelöst, die Kammer ebenfalls, die Stadt ist entwaffnet; schmutzige Lazzaronibuben tragen in Masse die Gewehre fort und hohnlachen. Die Soldatesca spreizt sich in unerhörtem Uebermuth, die alte Polizei taucht in alter Uniform wieder hervor, die Gendarmerie ist wieder da und zwingt harmlose Bürger zum Hutabnehmen u. dgl. Alle Journale, alle Maueranschläge, alles Zusammenstehen auf den Gassen ist verboten. Neapel ist fortdauernd in Belagerungszustand, wüthende Rache kocht in vielen tausend Seelen, während dumpfes Schweigen vorherrscht. Die französischen Kriegsschiffe sind voll von Flüchtlingen. Ich besuchte auf dem Ozean, auf dem Panama, auf dem Friedland mehrere. Romeo, Pellicano, Scialoja, Saliceti haben sich gerettet. Jeder, der nur irgend kann, wendet Neapel den Rücken und wahrlich mit Recht. Viele Calabresen haben um das Leben des letzten Bourbonen gewürfelt und seine Stunde wird bald geschlagen haben. Die französischen Schiffe bringen die Flüchtlinge nach Sizilien und Calabrien und binnen 14 Tagen wird Calabrien aufgestanden seyn. Bereits wurde in Ariano heftig gekämpft, aber auch hier focht die Nationalgarde unglücklich. Sehr großen Muth wage ich den Neapolitanern nicht zuzusprechen, aber die Calabresen lieferten Proben der kühnsten Todesverachtung. Die Truppen benahmen sich grausam; auch die Schweizer; man muß aber wohl dabei bedenken, daß jetzt alles von den Neapolitanern abgewälzt und den bis in den Tod verhaßten Schweizern in die Schuhe geschoben werden soll. König Ferdinand ist nach meiner Meinung verloren. Früher theilte König Ferdinand den Groll der Nation mit seinen Ministern; jetzt hat er ihn ganz allein auf sich genommen. Neapel ist eine dem Verderben geweihte Stadt. Daß es der Lesarten mehrere gibt, versteht sich von selbst. Die allgemeine Meinung ist jedoch die, daß das ganze Blutbad ein längst vorbereiteter Staatsstreich gewesen. Für diese Ansicht lassen sich wenigstens ein Dutzend Gründe anführen. Die Royalisten behaupten, König Ferdinand sey bis aufs äußerste gereizt und förmlich zum Blutvergießen gezwungen worden! Die Quelle des furchtbaren Jammers bleibt aber immer und ewig das Mißtrauen zwischen König und Volk. Möge der 15. Mai zu Neapel ein blutiges Warnungszeichen für Deutschland werden! Nunziante bewährte sich abermals als gefälliger Henkersknecht: er ließ die ersten 53 (schuldig und unschuldig) eingebrachten Gefangenen schnell in den Gräben des Castello nuovo erschießen. Der Unmuth ist gränzenlos; auf morgen fürchtet man neues Unheil. Labrano diktirt mit militärischer Strenge seine Befehle. Das Land ist unsicher, überall werden Reisende angefallen. So wollte es König Ferdinand, indem er 1000 Galeerensträflinge losließ. Daß Admiral Baudin die Stadt vor Untergang durch Raub und Mord durch sein energisches Auftreten gerettet, ist gewiß. Er nahm Flüchtlinge aller Nationen auf. Pepe und sein Heer sind zurückgerufen; sie werden aber schwerlich kommen. Die Schweizer haben jetzt die schwierigste Lage, Gift und Dolch wartet ihrer. Uebrigens würde es uns Deutschen, wenn die radikale (republikanische) Partei gesiegt, auch schlecht gegangen seyn: man wollte uns alle umbringen! Daß die in Montoliveto am 15. Mai versammelten Deputirten bereits die Absetzung Ferdinands beschlossen hatten, schrieb ich Ihnen. (Den letztern Umstand, der auf die Schilderhebung des Königs ein neues Licht wirft, enthielten jene Briefe nicht. (A. Z)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag den 4. Juni: „Tell," Oper v. Rossini.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Pischel, Hoffänger, und Kaffka, Privatier v. Stuttgart; Flamer, Kaufmann v. Eschweiler; Bormann, Privatier v. Leipzig.

Gold Hahn. HH. Baron Beck, Gutsbesitzer von Autenried; Südoff, Lieutenant v. Wien; Binder, Privatier v. Ingolstadt.

Blaue Traube. HH. Schnitzlein, k. k. Artillerie-Oberst-Lieutenant v. Ulm; Lassing, Privatier v. Villach; Klein, Privatier v. Frankfurt; Baudin, Kaufmann, und Cetsowitsch von Mailand; Vick, Gutsbesitzer v. Diessau; v. Bobies, k. k Rittmeistersgattin v. Wien.

Verlebene in München.

Xaver Burgstaller, Maurer von hier, 55 J. alt; Thomas Christ, Schneidergesell v. Rauenzell, Landg. Herrieden, 44 J. alt; Anna Dennerl, Wirthstochter v. Oberallbach, Landger. Landshut, 63 J. alt; Joseph Stückerl, Bureaudienerssohn v. h., 28 J. alt; Benedikt Schönberger, Schäfflergesell v. h., 27 J. alt; Regina Gundenthaler, dgl. Schäfflersfrau v. h., 42 J. alt; Magdalena Roth, Schrannenknechtsfrau v. h., 49 J. alt.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

2410. (3b) Dienstag den 20. Juni 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Mai 1847, und zwar von

Nro. 58,015 bis 68,102.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Montag den 26. Juni 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 22. Mai 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

L. Negrioli, Mag.-Rath.

Schnetz, Cassier. — Offenbrunner, Controleur.

---

100 Stück Weinbouteillen sind billig zu verkaufen, ebenso viele steinerne Flaschen. (Lerchenstraße Nro. 22 über 1 Stiege.)

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 147.

Münchener politische Zeitung.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir (Kaufinger-Gasse Nro. 21); auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonntag XLIX. Jahrgang. 4. Juni 1848.

Die künftige Stellung des Adels in Deutschland.

Der Umschwung der Zeit, der Deutschland bis in seine Grundvesten erschüttert und Regierungen zum Wanken gebracht hat, die sich für Jahrhunderte gesichert glaubten, hat auch denjenigen Stand nicht verschont, der sich selbst so gerne als eine bevorzugte Kaste, als die hauptsächlichste Stütze jener Regierungen und ihrer Systeme betrachtete. Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß der Adel in seiner dermaligen Gestaltung, mit den ihm in den meisten deutschen Ländern jetzt noch zustehenden gesetzlichen wie faktischen Vorrechten und Privilegien unter denjenigen Umänderungen unserer Verfassung und Gesetzgebung, welche theils bereits eingetreten, theils auf der neuen Grundlage zu erwarten sind, nicht wohl mehr fortbestehen könne. Schon vor den großen Bewegungen der letzten Monate, in den ersten Tagen dieses Jahres, hat ein hochgestellter Mann dieses Standes, der Fürst von Leiningen, durch seine bekannte Denkschrift auf die falsche Stellung der höhern Adelsklassen aufmerksam gemacht und dadurch ein ehrenvolles Zeugniß abgelegt, daß er einen tieferen Blick in den Geist der Zeit gethan als so viele der hiezu näher Berufenen, die in ihrem Dünkel sich die Kraft und die Befähigung zutrauten, jenem Geiste Fesseln anzulegen. Allein auch seine Vorschläge vermögen eben so wenig zu befriedigen, als die von ihm und vielen seiner Standesgenossen freiwillig dargebotenen Opfer durch Aufgebung aller ihnen zustehenden, aus den älteren Reichs- und Feudalverhältnissen herrührenden Vorrechte. Nicht der größere Besitz von Grundeigenthum, ja selbst nicht einmal der Besitz jener aus dem Obereigenthum herrührenden Vermögensrechte bilden den eigentlichen und wahren Grund der Unpopularität des Adels. Bürgerliche, Geistlichkeit, Stiftungen und der Staat besitzen in viel größerer Ausdehnung solche Vermögensrechte, ohne in einem ähnlichen Maße deßhalb die Mißgunst zu theilen, welcher der Adel von Seite der Mehrheit des Volkes unterliegt. Wir Alle finden den Uebermuth der reinen Geldaristokratie, bureaukratischen Dünkel, die anmaßliche Unfehlbarkeit und den schrankenlosen (?) Ehrgeiz der Demokraten, so wie ihre terroristische Willkür, wenn sie einmal zur Gewalt gelangt sind, noch viel unerträglicher, als den exklusiven Stolz einer historischen, mit der ganzen Geschichte unsers Vaterlandes innig verwachsenen Aristokratie. Der wahre Grund, der den Adel vom Volke trennt, der ihn dem letzteren als eine bevorzugte Kaste gegenüber stellt und durch fortwährende kleine Kränkungen zum Gegenstande der Erbitterung macht, liegt darum weder im Besitze, noch auch in jenen durch historische Thatsachen begründeten heraldischen Titeln und Spielereien, die zwar mitunter unsern Spott, selten aber unsern ernstlichen Aerger zu erregen vermögen. Wenn wir uns selbst aufrichtig über unsere Gefühle Rechenschaft ablegen, so werden wir finden, daß jene Mißstimmung gegen den Adel fast einzig und allein darin ihren Grund hat, daß derselbe allmählig zu einer Körperschaft herangewachsen ist, deren meiste Mitglieder weder durch entsprechende Benützung von Grundeigenthum, noch durch Theilnahme an der Industrie zur Vermehrung des Nationalvermögens beitragen, welche aber gleichwohl, selbst ohne Rücksicht auf persönliche Befähigung, theils durch gesetzliche Vorrechte, theils durch willkürliche Bevorzugung der Regenten, in den Besitz der bedeutendsten Aemter und Ehrenstellen gelangen; daß die Fürsten es gleichsam als ihre Aufgabe betrachtet haben, den Adel als die einzige ihres Vertrauens und ihres Umganges würdige Klasse den übrigen Ständen gegenüber zu stellen, während anderseits der Adel, wenigstens in dem größern Theile seiner Mitglieder, wenig Fähigkeit bewiesen hat, diese Stellung mit Ehre und Auszeichnung einzunehmen. Seitdem die Zeiten der Feudalherrschaft vorüber sind, hat sich der aus ihr herübergelangte Satz, daß der Adel die wahre Stütze der Throne sey, noch **niemals** in der That bewährt; es liegen vielmehr genug Beispiele des Gegentheiles vor. In der jetzigen Zeit aber die Bevorzugungen des Adels in der Besetzung der höhern Staatsämter, in den Militärstellen, Gnadenbezeugungen, so wie überhaupt das ganze Hofjunkerthum festhalten zu wollen, ein solcher Versuch würde nicht nur den Adel in seiner Gesammtheit einer gesteigerten Unpopularität, ja der direkten Feindseligkeit aller übrigen Stände aussetzen, sondern eine solche absichtliche Absonderung der Fürsten von denjenigen Volksklassen, welche jetzt vorzugsweise die Träger der nationalen Intelligenz und Kraft sind, könnte selbst deren ganze Existenz gefährden. **Nur Verdienst und Kenntnisse** dürfen den Weg zu allen Aemtern des Staates, so wie zu militärischen Graden bahnen; selbst für **diplomatische** Posten, welche die Aristokratie so gerne als ihr natürliches Vorrecht betrachtet, kann ein leerer Titel oder Hofgunst nicht mehr als ein gültiger Anspruch betrachtet werden. Die Politik hat aufgehört, das persönliche Interesse der Fürsten als ihr einziges Augenmerk zu betrachten, und mit vollem Rechte können und müssen die Nationen verlangen, daß die Leitung ihrer wichtigsten Angelegenheiten nur in solche Hände gelegt werde, welchen neben voller Befähigung auch ein anerkannter ehrenwerther Charakter, nationelle Gesinnung und allgemeines Vertrauen zur Seite steht. Aber nicht allein in der Stellung zum Staate muß der Adel von der ungebührlich eingenommenen Stufe zurücktreten, auch das Hofleben muß einer wesentlichen Aenderung unterliegen. Nicht blos lächerlich, sondern selbst für die Würde der Nation verletzend ist es, **nichtssagende Hofchargen über die** wichtigsten Aemter des Staates zu stellen, oder leeren Hofschranzen einen Rang und einen Einfluß zu gewähren, zu welchen sie nicht das geringste Verdienst als Titel aufzuweisen vermögen. Wollen daher die Fürsten wirklich im Sinne und im Geiste der neuen Zeit wirken, wollen sie nicht das Mißtrauen ihrer Völker fortwährend rege erhalten, den Rufen gegen Camarillas und Hofeinflüssen Stärke und Kraft verleihen, so müssen sie selbst aus ihrer bisherigen Isolirung vom Volke heraus treten und sich demselben als wahre Vertreter der nationalen Interessen, nicht aber als Häupter einer bevorzugten Aristokratie gegenüber stellen. **Darum fort mit der systematischen Begünstigung des Adels im Staatsdienste wie im Heere, fort mit einer Rangordnung, welche den Hofschranzen über den verdientesten Militär- oder Staatsbeamten stellt, fort mit jener lächerlichen und erniedrigenden Etiquette, welche die ersten Männer des Staates der Nähe der Regenten für unwürdig erklärt, fort mit Ordensinstitutionen ohne Verdienst und Bedeutung, fort mit allen einer nationalen Politik immer feindlichen Hofeinflüssen, fort endlich mit dem ganzen der Zopf- und Perückenperiode angehörigen Kammerherrn- und Hofjunkerthume aller Art!** Sicherlich wird es keinem wahren Patrioten einfallen, einem Fürsten in der Wahl seiner persönlichen Diener oder seiner Umgebung irgend eine unziemliche Beschränkung zuzumuthen; allein billig ist auch die Erwartung, ja selbst im eigenen wahren Interesse der Fürsten, daß diese Wahl nicht in einer Weise erfolge, welche aus dieser Umgebung eine in ihren Interessen vom Staate gesonderte Körperschaft bildet, die die Fürsten vom Volke isolirt, die Minister nicht selten in ihren Geschäften hemmt und schmutzigen Intriguen freien Spielraum gewährt. Der Adel aber in seiner Gesammtheit, in seinen höheren würdigen Vertretern muß in der jetzigen Zeit seine Stellung auf ganz verschiedener Basis begründen, wenn er überhaupt noch auf dauernde Existenz, auf eine selbstständige Theilnahme an der Berathung und Vertretung der Landesinteressen rechnen will. Seine pergamentene Grundlage ist vermodert, und will er sich dauernd rekonstituiren, so ist dieß nur auf einem der Hauptpfeiler nationaler Wohlfahrt, auf Grundbesitz möglich. Alle bisherigen persönlichen Vorrechte müssen schwinden, und die eigentlichen Adelstitel mit einem größeren Grundbesitze dergestalt verbunden seyn, daß nur der jeweilige Besitzer zur Führung dieser Titel berechtigt ist, alle übrigen Familienglieder aber in das Bürgerthum zurücktreten. Je mehr sich auf diese Weise die Aristokratie konzentrirt, desto mehr gewinnt sie an Kraft und Bedeutung, je mehr sie diejenigen Glieder verliert, die durch ihre Anforderungen nur eine Bürde und die Ursache vielfachen Aergernisses waren, desto höher wird sie selbst in der allgemeinen Achtung steigen. Unzuläßig wäre es ferner, den Zutritt zu dieser Adelsklasse nur auf ihre eigenen Angehörigen zu beschränken; der Grundsatz gleicher Berechtigung folgert für alle Staatsangehörigen die Möglichkeit des Beitrittes, sobald die Grundbedingung — der Besitz von genügendem unbeweglichem Eigenthum — gegeben ist. — Mögen dieses alle diejenigen Mitglieder dieses Standes, denen an der Erhaltung desselben und seiner Bedeutung etwas gelegen ist, alle diejenigen, welche nicht blos die Zerstörung der vorhandenen Institutionen, sondern auch eine dauernde Befestigung einer neuen Ordnung anstreben, aufrichtig und ohne Vorurtheile beherzigen und in's Werk setzen! — (Könnte wohl seyn, wenn der Adel in seiner Gesammtheit nicht zu bornirt ist, dieses einzige, ihm noch übrige Rettungsmittel zu ergreifen. D. Red.)

Deutschland.

Deutsche Kriegsflotte.

Die Frage: woher Kriegsschiffe nehmen? ist leichter aufzuwerfen als zu beantworten. Die Hoffnungen, welche man auf den Ankauf größerer Privatdampfböte gesetzt hatte, scheinen namentlich sehr rasch zu Wasser zu werden. Von allen Dampfböten, welche Privatgesellschaften zum Kaufe ausbieten, ist nur eines eigentlich für den Krieg gebaut, (abgesehen von den amerikanischen Postdampfböten, gegen die sich andere Einwendungen erheben,) nämlich der „preußische Adler“, welchen die Seehandlung seiner Zeit für den Postdienst in der Ostsee bauen ließ, wegen zu großen Tiefganges (von 13 Fuß) aber verwarf. Dies Schiff gehört jetzt einer Kompagnie in Cork, die es nicht wohl unter 30,000 Pfd. St. (360,000 fl.) verkaufen wird, obwohl es für den Krieg nur halb tauglich, weil es von Eisen gebaut ist. Die englische Regierung hat sich wohl bereit erklärt,

für den Fall, daß der Friede mit Dänemark abgeschlossen würde, einige ihrer Kriegsschiffe künftig an Deutschland zu überlassen; jedoch müßte sie sich hiebei, wie die Admiralität behauptet, auf den Verkauf solcher Schiffe beschränken, die nicht makellos sind! Für solchen Ausschuß werden wir uns denn doch bedanken. Es wird jedenfalls am räthlichsten seyn, die Kriegsschiffe, deren wir bedürfen, selbst bauen zu lassen, die Dampfschiffe etwa in England, die Segelschiffe vielleicht für den Anfang in den Vereinigten Staaten. Für die Bemannung und deren Einübung müßte man gleich jetzt sorgen, namentlich für die Heranbildung der Kanoniere. Mit Offizieren wird Amerika aushelfen; der Gesandte der Vereinigten Staaten in London, Hr. Bancroft, der ehemals Seeminister war, hat angeboten, so viele amerikanische Seeoffiziere stellen zu wollen als nöthig seyn würden. Auch von Triest aus bietet man Hilfe an. Die mittelländischen Kauffahrteischiffe sind weit mehr nach dem Modell von Kriegsschiffen gebaut als die nordseeischen, die Verschanzung höher, das Zwischendeck tiefer, das Verdeck weniger gebogen, mehr gerade und sehr breit, überhaupt die ganze Form auf das Tragen einer Batterie eingerichtet. Ein Rheder in Triest macht seit Jahren aus dem Bau von Kriegsschiffen ein Gewerbe und hat deren bereits mehrere an die südamerikanischen Republiken und Brasilien verkauft. Zu gleicher Zeit hat derselbe seit zwei Jahren eine kleine Flotille konstruirt, bestehend aus 4 Briggs, jede von 360 Tonnen Maß oder 400 Tonnen Tragbarkeit, 2 Briggs von 400 Tonnen Maß oder 410 Tonnen Tragbarkeit, geeignet, eine Batterie von 18 Kanonen von 24 Pf. österreichischem Gewicht zu tragen; ferner aus 2 Korvetten von 570 Tonnen Maß und 730 Tonnen Tragbarkeit, geeignet für Batterien von 22 Kanonen von 32 Pf. österreichischem Gewicht; eine Korvette von 725 Tonnen Maß und 950 Tonnen Tragbarkeit, geeignet für Batterien von 24 Kanonen zu 36 Pf. österreichischem Gewicht. Diese Schiffe sind alle fertig bis auf das letzte, welches im Bau begriffen ist und in zwei Monaten vollendet werden kann. In den letzten zwei Jahren bestanden bekanntlich wegen der vielen Getreidetransporte außerordentlich hohe Frachten, und deßhalb wurden jene Schiffe als Kauffahrer verwendet; indeß jetzt kommen sie in Verkauf. Der Eigner würde sie bedeutend unter den in Amerika erzielten Verkaufspreisen ablassen; diese Schiffe sind alle im besten Zustand, keines derselben über 2 Jahre alt, und kein Arsenal der neuen und alten Welt würde etwas Vollkommeneres liefern können. Ein Theil dieser Schiffe ist in der Nähe von Triest; eine Brigg ist in England und könnte zum Schätzungspreis gleich abgelassen und übergeben werden. (W.-Z.)

Bayern.

Landtag.

**München, 29. Mai. (I. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische: Frhr. v. Thon-Dittmer, Heinz, v. Berning, v. Bezold, v. Roth; in der Kammer 108 Mitglieder. — Die Sitzung begann mit Ablesung des Einlaufes. — Dann kam zur Berathung und Schlußfassung die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe bezüglich des „Wahlgesetzes". — Die I. Kammer hatte das von der II. Kammer modifizirte Gesetz angenommen, nur die Wünsche dieser Kammer neu redigirt. — Der Ausschuß hatte beigestimmt. — Die neuen Wünsche der I. Kammer lauten: 1) jeder nach Art. 7 passiv Wahlfähige solle vor der Wahlmänner-Versammlung, wenn er auch kein Wahlmann ist, erscheinen, und sein Glaubensbekenntniß rc. ablegen dürfen; 2) Staatsbürgerschaft solle auch durch „intellektuelle Thätigkeit" begründet werden. — Beide Wünsche, so wie die Modifikationen zu den Wünschen der Abgeordneten wurden angenommen. — Bezüglich des letztern Wunsches sprachen mehrere Redner für Gelehrte, Literaten und Künstler, um auf die klaffende Wunde durch Art. 6 ein Heilmittel zu legen. — Viele hatten zu Gunsten der Anerkennung der intellektuellen Thätigkeit gesprochen. — Frhr. v. Thon-Dittmer äußerte, daß die Regierung auf einen bloßen Wunsch keine verfassungsmäßige Bestimmung ändern könne. — Dieser Ansicht stimmte der Hr. I. Präsident, Dr. Kirchgeßner, und der Referent, Abg. v. Scheurl, bei, worauf aber doch formell die Annahme des Obigen folgte, der diesfallsige Gesammtbeschluß sogleich verlesen und genehmigt worden ist. — Hiemit tritt also das neue Wahlgesetz, „auf Staatsbürgerthum, und resp. direkte Steuer, ohne Zensus" gegründet, bei der nächsten Ständewahl ins Leben. — Hiernächst verlas Abg. Neuffer den Gesammtbeschluß über „die Kapitalsteuer", dessen Fassung genehmigt wurde. — Sodann kam zur Berathung die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über „das Jagdgesetz". — Dr. Schwindl referirte. Die Kammer der Reichsräthe hatte bei Art. 1 die verfassungsmäßige Form formulirt, was denn auch angenommen wurde. Ferner war der Termin statt 1. Okt. 1848 auf 1. Febr. 1849 modifizirt worden, um eine größere Lust für die Jagdliebhaber zu gewähren, und es würden dieselben um so besser aufräumen. — Abg. Schlund stimmte der Modifikation bei, wie Abg. Schäfer. Die Jagden werden also bis 1. Febr. 1849 an die Gemeinden übergeben. Bei Art. 3 hatte die Kammer der Reichsräthe statt 240 — 300 Tagwerke als Minimum für eine eigene Jagdgerechtigkeit angenommen, und für die Hochgebirge den Komplex noch mehr auf 600 vergrößert. — Dr. Schwindl, als Referent, hatte der Modifikation der Kammer der Reichsräthe beigestimmt. — Abg. v. Habermann meinte jedoch, die Zahl 240 sey von der Pfalz hergenommen worden; er stimme also für keine Vergrößerung; Abg. Barsch stimmte für Verwerfung der Modifikation, da er nicht einsehe, warum der von 240 Tagwerken nicht sein Jagdrecht selbst ausüben solle; er stimme also für die ursprungliche Fassung. — Dr. Schwindl bezeichnete das Votum als irrthümlich, da statt des Einzelnen ja doch immer die Gemeinde das Jagdrecht ausübe; schon 300 Tagwerk seyen sehr klein. — Abg. Schlund. Der Artikel wolle ja nur die Kultur und Landwirthschaft schützen; nicht ein Jäglein wolle man nach Hause nehmen, sondern bessere Kultur. Es solle keine Vorrechte mehr geben, sondern Gleichheit; nur keine Ausnahmsgesetze mehr! Die Gemeinden werden gesunden Sinn genug haben. — Auch Abg. Fürmann will keine Jagd nach Hause bringen. — Abg. Barsch. Er habe selbst Tagwerke genug, mehr, als zu einer Jagd gehöre, aber er habe auch nur das Gemeinwohl im Auge. — Dr. Schwindl. In kurzer Zeit werde aufgeräumt seyn; er habe in seinem Leben noch keinen Meuchelmord an einem Hasen verübt. — Hierauf wurde die modifizirte Fassung der Kammer der Reichsräthe angenommen. — Art. 4, 5, 6 und 7 beantragte die I. Kammer die Beibehaltung nach dem Entwurfe. Art. 4 war aber von der II. Kammer dahin modifizirt worden, daß das Wörtchen „größtentheils" wegfallen sollte. — Dr. Schwindl meinte, man könne es wohl auch stehen lassen. — Hierauf wurde Art. 4 nach dem Entwurfe angenommen. — Art. 5 war von der II. Kammer gestrichen, von der Kammer der Reichsräthe wieder aufgenommen worden. — Dr. Schwindl und der Ausschuß hatten jedoch die Streichung wiederholt beantragt, und die Kammer beschloß dasselbe, also gegen die Kammer der Reichsräthe. — Art. 6 und 7 waren übereinstimmend mit der I. Kammer. — Bei Art. 8 hatte die I. Kammer modifizirt. — Dr. Schwindl. Die Jagdpachtverträge dürfen nicht fortdauern, da bliebe die Sache beim Alten. Er beantrage daher das Verharren auf Art. 8. — Eben so stimmte Abg. Schlund. Bestehen die Jagdpachtverträge fort, so sey der alte Schlendrian da, das Gesetz sey dann für Nichts. — Dr. Rammoser. Es handle sich hier um Privatrechte, wo wenigstens Entschädigungsansprüche nicht abgeschnitten werden sollten. — Abg. Fürmann stimmt für das Verharren auf Art. 8, der sklavische Zustand der Jagden müsse aufhören. Das Landvolk dringe darauf; also auch die Pachtverträge der Jagden müssen aufhören! — Hierauf beschloß die Kammer, es sey auf Art. 8 direkt zu verharren. — Art. 9 hatte die Kammer der Reichsräthe mit modifizirter Fassung beibehalten. Er betrifft die Parkjagden des Königs um königl. Schlösser auf 3 Stunden weit. München, Augsburg, Würzburg und Aschaffenburg bezeichnete der Hr. Minister des Innern als eigentliche Residenzschlösser, worauf Dr. Schwindl, der diese Erklärung interpellirt hatte, äußerte, daß diese Erklärung genüge. — Abg. Rammoser sprach für die königl. Jagd um Residenzen herum, weil die Landleute ihre Produkte auch leichter in Residenzen verwerthen können. — Abg. Schlund sprach dagegen für die durch das Wild groß beschädigten Bewohner am Hochgebirge. Der Landmann wende sich oft an die Jäger, und erhalte dafür oft recht harte Worte von denselben. Hier bedürfe es wahrlich der großen, durchgreifenden Hilfe. — Frhr. v. Thon-Dittmer bemerkte, daß Abhilfe geschehen werde. — Hierauf wurde beschlossen, es habe bei dem frühern Beschlusse der Kammer der Abgeordneten sein Bewenden; eben so nahm die Kammer den Wunsch der Kammer der Reichsräthe an. — Der Hr. I. Präsident, Dr. Kirchgeßner, schloß hierauf die Sitzung, ohne die nächste bestimmt anzuberaumen.

**München, 29. Mai. (II. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) [Abends.] Anwesend am Ministertische Frhr. v. Thon-Dittmer, Frhr. v. Lerchenfeld, Graf v. Bray, v. Roth. In der Kammer 105 Abgeordnete. — Die Sitzung wurde mit Ablesung des Einlaufs eröffnet. Dann bemerkte der Hr. I. Präsident, Dr. Kirchgeßner, daß bezüglich des „Jagdgesetzes" Gesammtbeschluß vorhanden sey, die Kammer der Reichsräthe also allen Punkten diesseitiger Kammer zugestimmt habe; dieser wurde denn auch von Dr. Schwindl verlesen, und dessen Fassung genehmigt. — Hierauf wurde die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über „das Ablösungsgesetz" zur Berathung gebracht. — Dr. Schwindl bemerkte, daß nur noch zwei Differenzpunkte bestehen, nämlich vor Allem das Jagdrecht, resp. deren Aufhebung, was nun durch das Jagdgesetz geschehen ist. — Art. 6 wurde also wegbeschlossen, und hiemit war Gesammtbeschluß vorhanden. — Art. 19 hatte die Kammer der Reichsräthe dahin modifizirt, daß die Ablösung der Forstrechte nur auf Stiftungen, Kommunen und Privaten für ihre „eigenthümlichen" Waldungen anwendbar wäre; in allen Fällen einer Art von Miteigenthum würde also diese Gesetzesbestimmung nicht gelten. — Es möge, sagte Dr. Schwindl, dieser Punkt auf sich beruhen gelassen werden, oder man könne allenfalls eine Modifikation machen. Er stimme für Beibehaltung des frühern Beschlusses. — Abg. Barsch stimmte gleichfalls nicht für die Modifikation der Kammer der Reichsräthe; jedoch weil die Zeit dränge, so wolle er allenfalls beistimmen. — Abg. Neuffer. Um die Ruhe von Oberpfalz und Franken zu erhalten, glaube er, man solle auf der frühern Ansicht beharren. — Abg. Schlund brachte eine Untermodifikation, wogegen jedoch Unterberger als etwas, was unmöglich sey, kämpfte. — Auch der Staatsminister der Finanzen sprach dagegen, weil sie gar nicht hieher gehöre, und nur eine Expurifikation statt finde. Eine Fixation müsse statt finden, aber nicht jetzt, sondern durch spätere Gesetze beim nächsten Landtage. — Abg. v. Habermann. Die Modifikation der Kammer der Reichsräthe bezwecke blos die Gleichheit vor dem Gesetze. — Endlich beschloß die Kammer: Art. 19 (Ablösbarkeit der Forstrechte allgemein) nach der Kammer der Reichsräthe sey, bei einer zur Vermittelung sehr anrathenden Rede des Ministers des Innern, dennoch nicht anzunehmen. — Ferner hatte die Kammer der Reichsräthe ihren Wunsch auf Entschädigung für entgehende Kongrua erneuert; Dr. Schwindl begutachtete die wiederholte Verwerfung. — Dr. Ruland. Er spreche das letzte ständische Wort als Abgeordneter des fränkischen Klerus. Als der alte bayerische Landtag endete, endete er mit Säkularisation; der jetzige ende auch mit Ablösung; mit ihr habe die Krone aufgehört, der Schutzherr der katholischen Kirche zu seyn, die Kirche müsse nun sich selbst schützen, zu ihrer Selbstständigkeit werde sie Alles aufbieten. Hierauf verließ er die Kammer. — Frhr. v. Lerchenfeld. Alle kennen die verschiedenen Gesichtspunkte; die Unheilverkündigungen werden nie und nimmermehr wahr werden. — Dr. Schwindl. Es handle sich nicht um eine förmliche Beraubung der Kirche; nur kleine Opfer verlange die unabweisliche politische Reform. Der Adel sey weit mehr zu bedauern. Die Kirche sey aus dem Nationalvermögen reich geworden. Der allegirte Wunsch sey kein legislativer Gegenstand; vorsichtshalber stimme er also gegen den Wunsch. — Frhr. v. Lerchenfeld. Die Regierung werde Alles, was billig ist, für die Geistlichkeit thun. — Hierauf wurde der Wunsch der Kammer der Reichsräthe verworfen, der Beschluß verlesen und genehmigt, dann die Sitzung geschlossen.

*† München, 4. Juni. Morgen Mittag 12 Uhr findet der feierliche Abschied des Landtags durch Se. königl. Hoheit Prinz Luitpold im Ständehaus statt.

Augsburg, 1. Juni. Der Zentralschulbücherverlag, der katholische Büchervetein und der St. Bonifaziusverein sind — aufgehoben! o nein sie bestehen noch, als Denksaulen des Verdummungssystems, sie bestehen noch, um Zeugniß zu geben von der tiefen Weisheit, Liberalität und Erkenntniß der Zeit unseres jetzigen Kultus- und Unterrichtsministeriums. Mag auch die Bildung und Intelligenz durch diese Vereine niedergehalten werden, mögen auch eine Reihe von Gewerben bitter darunter leiden, verkümmern und zu Grunde gehen, was kümmert das ein solch' hohes Ministerium; was liegt ihm daran, ob die betheiligten Gewerbe seit zehn oder zwanzig Jahren gerechte Beschwerde führen, es hat keine Zeit übrig, an Abhilfe zu denken. — Die Beschwerde, die deßhalb an unsere Kammer eingereicht werden sollte, ist unterblieben, denn der Verlauf dieses Landtages hat zu deutlich gezeigt, daß auch in dieser Beziehung nichts Gutes von ihr zu erwarten gewesen wäre. — Wie wir hören, wird nun auch der hiesige Gewerbeverein diese Sache zu der Seinigen machen und die betheiligten Gewerbe in ihren gerechten Klagen und Forderungen unterstützen. Endlich wird doch ein liberales und gerechtes Ministerium dieser geistig und materiell so wichtigen Angelegenheit Aufmerksamkeit schenken und Vereinsmonopole aufheben, die im Jahre des Heiles 1848 und dem der deutschen Freiheit 1. nicht länger bestehen können. (D. konst. Z.)

Preußen.

Berlin, 27. Mai. Der König hat den Antrag des Staatsministeriums: sofort den Bau von Kanonenbooten an der Ostseeküste, den Stralsund zuerst befördert hatte, genehmigen zu wollen, bewilligt. (Voss. Z.)

Schleswig-Holstein.

Bei dem Wahl-Direktorium des 4. schleswigischen Wahldistrikts ist das nachstehende Schreiben des Ritters Bunsen eingegangen: „Hochgeehrte Herren! Durch Vermittelung der provisorischen Regierung habe ich die Ehre gehabt, Ihr gefälliges Schreiben vom 9. d. Mts. zu erhalten, worin Sie mir die Nachricht von der großen Ehre mittheilen, welche durch die auf mich gefallene Wahl eines Abgeordneten des vierten Wahldistrikts des Herzogthums Schleswig mir am 5. d. zu Theil geworden ist. Empfangen Sie, hochgeehrte Herren, meinen innigsten Dank für Ihr ehrenvolles Zutrauen, und wollen Sie Ihren Mitbürgern diese Gesinnungen und meinen Wunsch aussprechen, mich desselben würdig zeigen zu können. — Was mich abhält, sogleich in diesem Augenblick jenem Rufe zu folgen, sind eben die Verhandlungen über die Angelegenheiten Ihres theueren Landes mit der großbritanischen Regierung, welche mir anvertraut sind. Möge bald eine unsere und aller Deutschen gerechte Forderung und Wünsche befriedigende Lösung dieser Angelegenheit mir erlauben, dieselben Interessen und des gesammten Vaterlandes bei der Nationalversammlung in Frankfurt, Ihren Ansichten gemäß zu vertreten. Unterdessen genehmigen Sie und alle Ihre geehrten Mitbürger, den Ausdruck meiner dankbaren Ergebenheit. London, den 18. Mai 1848. Bunsen.
(Alt. Mkr.)

Schleswig, 24. Mai. Auch hier ist jetzt ein Aufruf zur Gründung einer deutschen Kriegsmarine von einigen der angesehensten Bürger und Beamten erschienen, der auf die hohe Wichtigkeit der Sache, wie auf den erfreulichen Vorgang Hamburgs und mehrerer Städte der Herzogthümer hinweist. Einer gestern auf dem Rathhaussaale gehaltenen allgemeinen Versammlung hiesiger Bürger und Einwohner ward vom Vorstande des Bürgervereins nach einer vorgängigen Besprechung in seiner eigenen Mitte die Frage vorgelegt, ob es nicht als wünschenswürdig erkannt werde, daß die von der provisorischen Regierung der Stadt Schleswig zum Besten der durch die feindliche Invasion am meisten belastet gewesenen und hülfsbedürftig gewordenen Einwohner vor kurzem geschenkten 5000 Rthlr. Kour. nicht vertheilt, sondern dem für die Gründung der deutschen Flotte in Kiel zusammengetretenen Komité überwiesen werden möchte. Die Berathung führte, da die in Rede stehenden Bedürfnisse noch gar nicht ermittelt waren und man also die Rechte Dritter, die ohnehin manchem Anwesenden sehr erheblich und begründet zu seyn schienen, unmöglich schon vergeben konnte, zu keinem rechten, wenigstens noch zu keinem günstigen Resultate. Hoffentlich ist aber damit die Sache noch nicht ganz aufgegeben, und die Veranlassung jenes Aufrufs wird wohl im weiteren Verfolge auch darauf noch einmal wieder zurückführen. Für Armirung der Hamburger Kriegsschiffe sind hier in Folge des Aufrufs einer ungenannten Hamburgerin von den Damen der Stadt 464 Mark Kour. beigesteuert und durch die Beiträge zahlreicher Dienstmädchen und mehrerer männlicher Dienenden 132 Mark 9½ Schillinge gesammelt worden.
(H. K.)

Halketts neueste Berichte nach Hannover reichen bis zum 26. Mai und melden im allgemeinen die vollkommenste Stille in kriegerischer Hinsicht. Eine Veränderung in der Vertheilung der Bundestruppen veranlaßte am 28. eine Verlegung des Hauptquartiers des 10. Armeekorps von Apenrade nach Grafenstein.

Flensburg, 27. Mai (Abends.) Gestern sind unsere in Sundewitt liegenden Truppen wiederum mit den Dänen in Kollision gerathen, und zwar bei Düppel waren die Mecklenburger heftig im Feuer. Es sind hier heute einige leicht Verwundete angekommen; es wird behauptet, daß auch der mecklenburgische Kommandant leicht verwundet heute Abend hier eingebracht worden ist. Die Dänen wagen sich immer etwas weiter ins deutsche Gebiet hinein. Das Hauptquartier des Generals Wrangel wird nach Flensburg verlegt werden; der General wird schon morgen hier erwartet. Man will hier bestimmt wissen, daß die Preußen sich aus Jütland schon entfernen — um diesseits der Königsau den Feind zu beobachten; wogegen die Dänen die aufgetriebenen deutschen Schiffe frei geben werden. (H. K.)

Rendsburg, 27. Mai (Abends.) Das Zurückziehen der Truppen bestätigt sich und zwar dahin, daß auch das Amt Hadersleben geräumt wird, wie wir vernehmen, auf Befehl des preußischen Ministeriums, welches die Abtretung Haderslebens zugestanden hat. Eine Deputation von dort ist heute nach Frankfurt abgegangen, um die Ehre des deutschen Namens gegen solche Schmach zu wahren. (Tgbl.)

Rendsburg, 28. Mai. Vom Norden ist die unerwartete Nachricht von der rückgängigen Bewegung der deutschen Truppen eingelaufen. Das Hauptquartier des Generals Wrangel befindet sich bereits in Flensburg. Die Vorhut bildet General Halkett mit den unter ihm stehenden Bundestruppen. Sicherem Vernehmen nach möchte die jetzt eingenommene Stellung indeß eine bleibende seyn, jedenfalls wird das Amt Hadersleben von den Bundestruppen besetzt bleiben, so daß hieraus der beruhigende Schluß gezogen werden darf, daß an keine Trennung der nordschleswigischen Distrikte von Schleswig-Holstein zu denken ist. So viel über den Grund des Zurückziehens der Truppen aus Jütland verlautet, dürfte derselbe in einer Meinungsverschiedenheit liegen, welche bedauerlicher Weise zwischen verschiedenen Kabinetten sich offenbart hat, und welche leider abermals zeigt wie weit wir noch von dem einheitlichen Auftreten Deutschlands nach außen entfernt sind. Wie früher scheinen auch jetzt die einzelnen Kabinette jedes für sich die Unterhandlungen geführt zu haben. Es drängt sich hierbei der Wunsch auf, daß sich die Nationalversammlung in Frankfurt unsrer Sache mit aller Energie annehmen möge, wozu ihr zunächst eine gestern Abend hier durchgekommene, nordschleswig'sche Deputation die äußere Veranlassung geben wird. (Schl.-H. Z.)

Freie Städte.

Hamburg, 29. Mai. Daß der Waffenstillstand zwischen den Generalen Wrangel und Hedemann abgeschlossen, ist gewiß; auch daß er bereits von Seiten der preußischen Regierung ratifizirt ist. Wir wissen aber noch nicht welche Demarkationslinie darin stipulirt sey. Nach einigen Behauptungen ziehen sich die Deutschen bis diesseits der Schlei zurück; nach Privatbriefen aus Flensburg aber bliebe dort das Hauptquartier. Hoffentlich werden wir morgen von Kopenhagen die Freigabe der Schiffe erfahren, was die Ratifikation bethätigen würde. Es soll sich lange darum gehandelt haben, welcher Theil zuerst den Besitz der Eroberung aufgebe. Lord Palmerston soll bei Preußen damit durchgedrungen seyn, daß es den Anfang machen müsse, damit sich Rußland und Schweden nicht einmischen (A. Z.)

Hamburg, 29. Mai. (Nachmittags.) So sehr man hier den Frieden gewünscht, so scheint er doch unter Bedingungen abgeschlossen zu werden, welche an der Börse sowohl als in der Stadt eine betrübende Stimmung hervorbringen. Allem nach hat das Ausland den zerrütteten Zustand Deutschlands abermals zu unserer Demüthigung benützt. Zwar kennen wir die näheren Bedingungen noch nicht, aber die rückgängige Stellung der Verbündeten, das Schwinkenlassen der Kriegssteuer in Jütland ehe die deutschen Schiffe freigelassen und die Blokade der Ost- und Nordseehäfen für deutsche Schiffe aufgehoben worden, deutet auf nichts gutes. Auch will man wissen, es herrsche Uneinigkeit zwischen den preußischen und hannoverischen Truppen und deren Befehlshabern. Zu diesen traurigen Betrachtungen kommen noch die Gährungen in Berlin und Leipzig, die Zerwürfnisse in Oesterreich, um welches unsere Besorgniß durch das Ausbleiben zweier Posten noch vermehrt wird, die Blokade von Triest und die schlechten Aussichten für die deutsche Sache in Italien. Nach welcher Seite unseres Vaterlandes wir uns wenden, nirgends ist Trost zu finden! (A. Z.)

Italien.

Botzen, 30. Mai. Privatbriefe mit der heutigen Post dahier eingetroffen, melden, übereinstimmend mit der Erzählung eines Reisenden, daß unsere Armee am 27. Mai von Verona eine vereinigte Bewegung vorwärts unternommen, in Folge welcher die Piemontesen aus ihren Verschanzungen bei Villafranca, Sommacampagna, Pastrengo u. s. f. gedrängt worden und über den Mincio sich zurückgezogen haben. Peschiera, in letzter Zeit täglich beschossen und berannt, ist entsetzt; unser Heer, freudig bewegt, endlich angreifen zu können, wird dem verrätherischen Karl Albert die Entscheidungsschlacht bieten. Der linke Flügel der Piemontesen dürfte gar leicht in eine verzweifelte Stellung gerathen und theilweise zwischen dem Gardasee und der Etsch eingeklemmt sich ergeben müssen. Die tirolischen Gränzen sind durch die Konzentrirung der Truppen und Schützenkompagnien von der Etsch bis an die Chiese stark besetzt, und voraussichtlich werden diese Tapfern zur Unterstützung und Vollführung der Absichten des Hauptheeres eine Bewegung gegen das Brescianische unternehmen Feldmarschallieutenant v. Welden ist schon vor einigen Tagen mit der Reserve, in ungefähr 8000 Mann bestehend, bis Conegliano vorgerückt. (A. Z.)

Mailand, 26. Mai. Es zeigt sich jetzt, daß der König von Neapel an dem Blutbad vom 15. d. ganz allein die Schuld trägt, da er die Versprechung, die er früher dem Volke in Betreff der Umgestaltung der Verfassung gegeben, nicht gehalten hat. Die Treulosigkeit der Bourbonen ist bekannt, und es ist auch nicht das erste Mal, daß Ferdinand III. sein Volk durch seine Wortbrüchigkeit getäuscht hat. Daraus erklärte es sich auch, warum die Sizilianer, obschon sie sich für eine konstitutionelle Monarchie ausgesprochen von ihm und seinem Geschlechte durchaus nichts wissen wollen. Offenbar war der Streich vom 15. von der Hofpartei mit Vorbedacht angelegt, denn es waren auf den Tag der Eröffnung der Kammern alle militärischen Vorbereitungen für denselben getroffen, namentlich aber die Kanonen auf den Kastells in Bereitschaft gesetzt worden. Man wußte im Voraus, daß die Deputirten, wenn man die heilig verbürgten Rechte des Volks schmälern werde, nicht nachgeben würden und hatte sich deßhalb gerüstet, um jeden Widerstand mit Gewalt niederzuschlagen. Auswärtige Einflüsterungen vor Allem aber der russische Einfluß sollen bei der Sache thätig gewesen seyn. Wie vorauszusehen, wird jetzt in Neapel die Reaktion ihren Gang gehen, bis eine neue Revolution der bourbonischen Herrschaft ein Ende gemacht. Möglich auch, daß der blutigen That die Rache sogleich auf dem Fuße folgt, indem die Provinzen aufstehen und das schändliche Joch, das sie so lange getragen, abschütteln. Die Hauptstadt selbst steht in diesem Augenblicke unter einer wahren Schreckensherrschaft, da dort das Standrecht verkündet ist und die fanatisirten Lazzaronis sich jede Gräuelthat erlauben. Daß sich die Schweizer Soldaten zum willenlosen Werkzeuge der Tyrannei gebrauchen ließen, ist eine Schmach, welche den Schweizernamen ewig brandmarken wird. Was kann man aber auch von Söldlingen anders erwarten. (Fr. Mkr.)

Frankreich.

Paris, 25. Mai. Der National sagt: man hat die Frage gestellt, „was demokratische Republik sey" und es muß darauf geantwortet werden, „das Gegentheil der monarchischen Republik". Letztere hatte man vorgespiegelt, sie gewann aber wenig Anhänger. Eine Monarchie mit republikanischen Institutionen ist nichts anderes, „als ein legales Land" was sich konstituirt und seine Angelegenheit treibt, ohne sich um das außerlegale zu bekümmern. Zwischen dem König, den Ministern,

Deputirten und Wählern bestand ein wechselseitiger Austausch von Dienst und Gegendienst, deren Kosten das Publikum trug. Der König garantirte das System und hinwieder garantirten Minister, Deputirte und Wähler die Dynastie; die Deputirten garantirten die Minister und diese dafür theilten Gnaden aus; die Wähler garantirten die Deputirten und diese als Gegenreichniß boten dem Wahlkörper den nothwendigen Wahlgeist als das ersprießliche Manna. So auf Kosten des außerlegalen Landes drehte sich zum Nutzen des legalen alles im kemoden Kreise. Die Wähler, welche unter der älteren Linie Bourbon dem Adel und dem Klerus gegenüber tapfer in der Stechbahn stritten, waren nicht sobald Herrn und Meister unter den jüngern Bourbons, als sie die Selbstsucht der Stände, Adel und Klerus wiederherstellten. Dieß aber eben versteht man unter einer von republikanischen Institutionen umgebenen Monarchie. Eine monarchische Republik ist im Grunde dasselbe. Zwar haben wir, Dank der Revolution, allgemeines Stimmrecht, unbeschränkte Preßfreiheit und absolutes Assoziationsrecht, und es sind dies gar mächtige Werkzeuge, allein eben immer nur Werkzeuge. Das allgemeine Stimmrecht hat zwar die stillschweigende allgemeine Uebereinkunft zwischen Wählern und Deputirten gebrochen, Presse und Assoziationsrecht werden die Anstrengungen der ehemaligen Außerlegalen von der gestürzten Regierung enterbten Klasse mächtigst unterstützen; allein wir haben diese Errungenschaften, um etwas daraus zu gestalten, und nicht um uns deren platonisch zu erfreuen. Sie seyen politische Waffen, aber gänzlich nutzlose, wenn sie nicht zur Erringung eines sozialen Zweckes gebraucht würden. Und gerade dieser soziale Zweck ist die demokratische Republik. Das Reich der Privilegien, seit 17 Jahren auf der Mittelklasse lastend, hatte Institutionen, Einflüsse und Sitten nachgelassen, welche mit der Neuzeit nicht weiter im Einklang stehen. Diese Institutionen müssen abgeändert, diese Einflüsse ausgemerzt, diese Sitten durch eine Moral ersetzt werden, welche unter dem Kaiserreiche der öffentlichen Meinung verfallen, heut zutage dem Sonderinteresse keinen Raum geben darf, sondern es unter das Allgemeine unterordnen muß. Eine von republikanischen Institutionen umgebene Monarchie, oder was ganz dasselbe wäre, eine von monarchischen Konstitutionen umgebene Republik hat ihren Stützpunkt in dieser oder jener Klasse der Gesellschaft, eine demokratische Republik dagegen hat ihn in der ganzen Nation. Die eine hat einen politischen oder konstitutionellen Zweck, die andere einen sozialen. Die eine kümmert sich nicht darum, die verschiedenen Quellen der Gesellschaft zur Verbesserung aller zusammenzufassen, wenn nur die Fraktion, für die sie lebt und handelt, gehörig gespeist wird; die andere dagegen hat die unumgängliche Sendung, jenem abnehmenden Privilegiums- und Ausnahmswesen der Vergangenheit das zunehmende Wesen billiger Ausgleichung der Zukunft entgegenzustellen und letzteres in Aufnahme zu bringen. (Fr. Mrkr.)

Paris, 29. Mai (Mittags.) Seit 5 Uhr Morgens ruft die Trommel abermals die Bürgerwehr zu den Waffen. Die Arbeiter, hieß es, haben die Nationalwerkstätten in Masse verlassen und wollen gegen die Nationalversammlung marschiren. Diese Gerüchte sind übertrieben. Die Arbeiter haben sich versammelt, um zwei Petitionen zu entwerfen, die sie der Vollziehungsgewalt und der Nationalversammlung überreichen wollen und worin sie gegen die Aufhebung der Mehrzahl der Nationalwerkstätten protestiren. — Vor dem Staatsbautenministerium und vor dem Luxemburgschlosse, dem Sitze der Vollziehungsgewalt, sind bedeutende Truppenmassen aufgestellt. Die Nationalversammlung selbst gleicht einem Feldlager. — Die beiden Personen, die sich bei Blanqui in dem Augenblicke befanden und entwichen, als derselbe arretirt wurde, sind Lacambre, Dr. med. und Flotte, Mundkoch seines Handwerks. Beide Männer genießen eines großen Einflusses auf das Arbeitervolk. Darum bot Bartoglio, Polizeikommissarius des Tuilerienviertels und eines der eifrigsten Werkzeuge des neuen Präfekten, Alles auf, um diese beiden Vögel einzufangen. Dieß ist ihm theilweise gelungen. Lacambre, sich gestern aus seinem Klub Rue Recollets begebend, wurde um halb 10 Uhr von sechs geheimen Polizeiagenten (die man für alte Stadtsergenten erkannte) überfallen, in ein Kabriolet geworfen und in die Conciergerie abgeführt. Als er durch die Porte St. Martin fuhr, erkannte ihn eine Arbeitergruppe. Im ersten Augenblicke wollte sie den Wagen anhalten. Doch begnügte sie sich, denselben einen Augenblick zu umstellen und dem Gefangenen zuzurufen: Lebewohl Lacambre! Bald werden wir dich wiedersehen! (Mehrere Augenzeugen dieser Verhaftung haben erklärt, daß zwei dieser Polizeidiener Dolche gegen die Brust Lacambre's zückten und ihn erstochen haben würden, wenn sie nicht dazwischen gesprungen wären. Flotte ist bisher den Nachforschungen des Sbirrenchefs Bartoglio noch entgangen. — Der große Staatsprozeß in Vincennes schleppt sich mühsam fort. Barbès erhält häufige Besuche, besonders von Gliedern der Nationalversammlung. Blanqui soll bei seinem Eintritte in den Donjon von Vincennes geäußert haben: Sperrt mich wohin Ihr wollt: nur nicht in die Nähe des muthigen Dummkopfs Barbès. — Es verdient Erwähnung, daß Louis Blanc gegen die Verbannung Louis Philipps und seiner Familie stimmte. Eine Republik von Brüdern, soll er gesagt haben, darf sich vor Personen, die ein gestürztes Prinzip vertreten, nicht fürchten. — Wie es heißt, wird demnächst der Nationalversammlung ein Dekretsentwurf vorgelegt werden, das auf Abschaffung der Päße, dieser Polizeiplage für die ehrlichen Leute, anträgt. Warum sollte das Festland nicht wagen, was England längst einführte. — Gestern Abend fand in dem Saale Redoute (Wintertivoli, Rue de Grenelle, wo der Klub de la Revolution seit Barbès Verhaftung seine Sitzungen hält), eine Generalversammlung der Vorstände sämmtlicher demokratischen Klubs von Paris statt. Nach gemeinsamer Berathung wurde der Beschluß gefaßt, eine Adresse als Einladung an sämmtliche Chefs der Klubs, der Nationalwerkstätten, der Gewerke, der mobilen und republikanischen Garde zu erlassen, worin sie ersucht würden, sich zu einer allgemeinen Versammlung auf heute Abend 10 Uhr in der Albany Nr. 15 einzufinden, deren Zweck sey, sich über die bevorstehenden Ergänzungswahlen der Nationalversammlung zu verständigen. Folgendes scheinen die vorzuschlagenden Kandidaten zu seyn: Caussidière, P. Leroux, Proudhon, Raspail, Kersausie, Thoré, Cabet, Schoelcher, Savary, Malarmet, Adam, Grandmenil, Ribeyrolles, Dupoty, Houré, Lesseré rc. rc. (D. konst. Z.)

Aus dem Elsaß, 28. Mai. Ueber den Abmarsch der zuletzt ausgehobenen Rekruten verlautet noch nichts näheres; dagegen ist ein ministerieller Erlaß eingetroffen, dem zufolge die verheiratheten Soldaten, welche den Reserveklassen früherer Jahre angehören, beurlaubt werden dürfen. Es scheint also, daß man die Armee vorderhand nicht weiter verstärken wolle. (F. Z.)

Großbritannien.

London, 25. Mai. Die „Times" fährt fort, in ihren leitenden Artikeln eine Deutschland unfreundliche Politik zu empfehlen. Heute sagt dies Blatt unter Anderem Folgendes: Während Frankreich, Deutschland und Italien in Schwierigkeiten und Aenderungen verwickelt sind, welche ihre künftige Lage und Politik wenigstens ungewiß machen, ist es gut daran zu erinnern, daß die kontinentalen und maritimen Interessen Englands mit denen des Nordens von Europa in vollkommener Uebereinstimmung stehen. Die gegenwärtige Lage der Verhältnisse ist nicht so, daß unsern Ministern sofort die Pflicht auferlegt wäre, irgend eine besondere kontinentale Allianz einzugehen, aber wenn die Zeit eintreten sollte, daß eine solche Kombination für die Erhaltung des Friedens oder für die Vertheidigung der großen öffentlichen Interessen nothwendig würde, dann sind die nordischen Seemächte unsere festesten Freunde und ein politisches Einverständniß zwischen England, Rußland, Schweden und Norwegen, Dänemark, Holland und Belgien würde sich als die beste Garantie der Rechte dieser Staaten und als der Schutz der Ordnung und der Unabhängigkeit ihrer Besitzungen erweisen."

Die „Times" scheint von ihrer feindseligen Gesinnung in Bezug auf die schleswig-holsteinische Angelegenheit einigermaßen zurückzukommen. In ihrem Blatt vom Freitag, den 26. Mai, sagte sie, nachdem sie die Zurückziehung der Truppen aus Jütland besprochen: „Wir hoffen, daß diesem Schritte bald der Abschluß eines Waffenstillstandes folgen werde, dessen Bedingungen die Einstellung der Feindseligkeiten zu Lande und zu Wasser, die Räumung des Herzogthums Schleswig und der dazu gehörigen Inseln durch die Truppen beider kriegführenden Theile und die Zurückgabe aller aufgebrachten Schiffe und Eigenthums einschließen würden. Die weitere Räumung Holsteins könnte natürlich erst die Folge der Erfüllung dieser Bedingungen seyn; die Herzogthümer würden auf diese Weise von dem Drucke befreit, den die Gegenwart zweier feindlicher Heere ausüben muß, und dem Norden Europas würde ein billige Aussicht auf einen Frieden dargeboten, auf Bedingungen, welche die Rechte Dänemarks und des deutschen Theils der Herzogthümer versöhnten. Wir hegen die aufrichtige Hoffnung, daß kein neuer Inzidenzpunkt vorkommen wird, um die Schwierigkeiten dieser friedlichen Einigung zu vermehren, und daß das deutsche Heer in die Stellung zurückkehren werde, die es vor dieser beklagenswerthen Expedition einnahm. Die preußische Regierung würde auf diese Weise der Welt ein achtungswerthes Unterpfand ihres aufrichtigen Verlangens nach Aufrechthaltung des Friedens geben und die Versicherungen, welche in der vortrefflichen Rede des Königs von Preußen bei Eröffnung der Nationalversammlung enthalten sind, baldigst erfüllt werden."

Griechenland

Nachrichten aus Athen vom 19. Mai melden, daß die Aufstände überall durch die Regierungstruppen bewältigt wurden und bei den Einwohnern gar keinen Anklang fanden. Perrotis ist, nachdem seine Bande in Messenien zerstreut worden, in der Richtung von Lakonien entflohen. Pappakostas Bande ward aufs neue geschlagen und durch Tod und Desertion gelichtet. Tarkazili, Sismani und Markantoni haben sich ergeben. Der Oberkommandant der türkischen Gränztruppen protestirt gegen die Anschuldigung, daß er irgendwie den Aufstand begünstigt habe.

Münchener Schrannen-Anzeige vom 3. Juni 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest.	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne weniger		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	3427	2553	874	17	16	—	—	—	26
Korn	1447	1228	219	10	30	—	—	—	32
Gerste	397	309	88	8	41	—	4	—	—
Haber	1278	1234	44	5	56	—	—	—	4

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag den 4. Juni: „Tell," Oper v. Rossini.

Fremdenanzeige.

Baier. Hof. H. Baron v Fingerlin v. Konstanz.

Gold. Hirsch. HH. Dollfus, Ingenieur von Stuttgart; Puld, Rentier v. Frankfurt; Frhr. v. Warrberg von Grätz; Marq. Corti, Marq. Rabolini und Graf Porcara v. Pavia.

Hôtel Maulik. HH. v. Schönberg, Gutsbesitzer aus dem Haag; Götz, Privatier v. Basel; Fichtner u. Hoff, Gutsbesitzer, v. Kleinmayr und Voigt, Privatiers von Wien; Bissol, Privatier v. Innsbruck.

Gold. Hahn. HH. Seifert, Landrichter v. Stridlingen; Hammer, Amtmann v. Ueberlingen; Schuster, Gutsbesitzer v. Ehingen; Brunelle, Kaufmann von Darmstadt; v. Zöhler, Kaufmann, und Lehling, Student von Heidelberg; Ermann, Rentier v. Prezant; Porch, Stadtrath v. Schwerin.

Gold. Kreuz. HH. Walser, Privatier v. Winkel; Achner, Privatier v. Waitens; Zollitsch, k. k. Hofinspektor v. Wien; Nägele, Buchdruckereibesitzer v. Stettin.

Blaue Traube. HH. Mack, Partikulier a. d. Haag; Graf Visconti und Zorn v. Wien; Baron v. Plessen v. Stuttgart; Jordan, Oberlieutenant v. Augsburg; Graf Mandelsbach v. Ulm; Gutz, Kaufmann v. Fürth; v. Glosy, Lieutenant, und v. Spieß, Kadett von Landshut; Stolle, Bürgermeister von Schweinfurt; Parisch, k. k. Archivar v. Wien; Korten, Privatier v. Düsseldorf.

Frauenhofer. Dr. Stern, Oberlieutenant v. Neumarkt; Hartmann, Aktuarsgattin von Freising; Mad. Nagelschmid, Oberamtmannsgattin von Weiler; Frl. v. Rechthaler v. Indersdorf.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 148.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaltei-Gasse Nro. 21, auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag — **XLIX. Jahrgang** — **5. Juni 1848**

Deutschland.

Bayern.

Landtag.

**München, 30. Mai. (LII. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Anwesend am Ministertische: Frhr. v. Thon-Dittmer, Frhr. v. Lerchenfeld, Graf v. Bray, v. Roth, v. Bezold, Aschenbrenner; in der Kammer 101 Abgeordnete. Die Sitzung wurde mit Ablesung des Einlaufes eröffnet, und zwar in einem Produkte. — Hiernächst begann Berathung und Schlußfassung über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über den Gesetzentwurf: „die Ablösung des Lehenverbandes betr." — Frhr. v. Lindenfels war Referent. — Art. 1 war von der Kammer der Reichsräthe auf 1, 3 und 10 Prozent des Lehen-Fassionswerthes modifizirt worden, also ohne Schätzung. Die Mehrheit der kombinirten Ausschüsse hatte die Verwerfung der Modifikation der Kammer der Reichsräthe beschlossen. — Abg. Schlund hatte eine Modifikation eingereicht, während Dr. Rammoser für die Kammer der Reichsräthe gesprochen hatte. — Dr. Schwindl schloß sich der Kammer der Reichsräthe an; er wolle noch einmal über diese Barriere hinwegspringen. — Auch Dekan Dittmar meinte, man solle nicht zu ängstlich seyn, um doch das Prinzip der Befreiung von Grund und Boden auch in dieser Beziehung zu retten. — Dagegen forderte Abg. Schlund nochmal auf, die Lehentax-Ablösung ja nicht fallen zu lassen. — Abg. Bestelmayer bemerkte aber, daß man doch der Kammer der Reichsräthe auch eine entgegenkommende Gefälligkeit erzeigen müsse, nachdem sie im Ablösungsgesetze bedeutend nachgegeben habe. — Abg. v. Scheurl erklärte gleichfalls, daß er aus überwiegenden Billigkeitsgründen für die Modifikation der Kammer der Reichsräthe stimmen werde. — Eben so stimmte Abg. v. Habermann, weil die I. Kammer ja auch bereits dem Jagdgesetze zugestimmt habe. — Abg. Schlund brachte wiederholt eine Modifikation ein auf Taxablösung. — Abg. Barsch konnte sich derselben nicht anschließen, weil die Lehentaxe ohnehin nicht groß sey, da sie nur etwa 3000 fl. tragen, nur müsse er beim Schätzungs- nicht beim Fassions-Werthe stehen bleiben. Er reicht dann eine Untermodifikation ein, dahin lautend: es soll „Lehenswerth nach der Schätzung" statt „Fassionswerth" in Ziffer 3 gesetzt werden. — Abg. v. Scheurl spricht sich dagegen aus, ebenso Neufser; sie halten sie für sehr irrelevant (ungewichtig). — Der Finanzminister erklärt, die Modifikation beruhe auf einem durchgängigen Irrthume, und weist dieß nach. — (Schluß gefordert.) — Die Modifikation der Abgeordneten Barsch und Schlund wird bei der Abstimmung verworfen, und die der Reichsräthe angenommen. — Eben so wurden alle nachfolgenden Modifikationen der Kammer der Reichsräthe von weniger Relevanz angenommen, und hiemit Gesammtbeschluß erzielt. — Die I. Kammer hatte ferner folgenden Wunsch beantragt: „Se. königl. Majestät wollen die königl. Archive ermächtigen, auf Ansuchen der Vasallen die zum Nachweise des Lehenauftrags nöthigen Urkunden ohne weitere Berichterstattung und Anfrage abschriftlich mittheilen zu dürfen." — Auch dieser Wunsch wurde angenommen. — Abg. v. Scheurl hatte schläßlich noch einen Wunsch eingebracht. — Der von dem Abg. v. Scheurl noch eingebrachte Wunsch hat eine Beschleunigung der Verwirklichung des Gesetzes zur Absicht. — Der Hr. I. Präsident, Dr. Kirchgeßner, hält diesen Wunsch für überflüßig; Abg. Bestelmayer und Dr. Schwindl sprachen sich entschieden dagegen aus; denn, sagt Dr. Schwindl, diesem Wunsche gemäß wäre mit der Erklärung der Allodifikation schon ein förmlicher Vertrag geschlossen, und für das Aerar wäre dieß jedenfalls gefährlich. — Der Wunsch wurde zurückgezogen, und dann sogleich der Gesammtbeschluß verlesen und dessen Fassung genehmigt. — Da noch mehrere Rückäußerungen ausständig waren, so pausirte die Kammer. Nach einer Stunde schloß jedoch der Hr. I. Präsident die Sitzung, und beraumte die nächste und letzte auf heute Nachmittags 3 Uhr an.

**München, 30. Mai. (LIII. und letzte Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) [Nachmittags.] Am Ministertische: Graf v. Bray, Heintz, Frhr. v. Lerchenfeld, v. Weishaupt, v. Roth. In der Kammer 101 Mitglieder. — Die Sitzung wurde eröffnet mit Ablesung des Einlaufes, dann auf die Berathung über den Gesetzentwurf: „die Ablösung betr." übergegangen. — Die Kammer der Reichsräthe hatte von Art. 19 Umgang genommen, und es war somit Gesammtbeschluß vorhanden. Uebrigens war die I. Kammer von dem Wunsche, der Staat wolle wegen beschädigter, resp. verminderter Kongrua den katholischen Geistlichen Entschädigung leisten, nicht abgegangen. — Dr. Schwindl las den Gesammtbeschluß und dessen Fassung wurde genehmigt. — Auf die Anfrage, ob die ständischen Kommissäre auch die Ablösungskasse zu überwachen hätten, bestätigte dieß der Staatsminister der Finanzen. — Die Kammer stimmte auch dieser Uebernahme bei. — Nun kam zur Berathung die Rückäußerung „die Gerichtsorganisation betr.", namentlich bezüglich des Punktes der Siegelmäßigkeit, die auch nach der I. Kammer nicht bloß mit der Einführung des Notariats, sondern zugleich mit Einführung des Prozeßgesetzes aufhören soll. — Abg. v. Scheurl rieth zur Annahme der Modifikation der Kammer der Reichsräthe. — Auch der Staatsminister der Justiz, Heintz, rieth zur Annahme; die Kammer stimmte also auch der Modifikation der Kammer der Reichsräthe bei. — Hiemit waren die Geschäfte des Landtags geendet. — Das Wort ergriff Abg. Bestelmayer: „Meine Herren! Als einem der Veteranen dieser Kammer wird es mir nach den vielseitigen Aufforderungen, die ich dazu erhalten habe, vergönnt seyn, einige Worte der Anerkennung und des Dankes an unsern verehrten Hrn. I. Präsidenten zu richten. Hochzuverehrender Hr. Präsident! Sie haben seit dem Beginne dieses Landtages unsere Verhandlungen mit einer Treue, Unpartheilichkeit und Humanität geleitet, daß darüber nur Eine Stimme in unserer Versammlung ist. Empfangen Sie dafür unsern tiefgefühltesten, gerührtesten und herzlichsten Dank. Das Bewußtseyn Ihrer treuerfüllten Pflicht möge Sie begleiten in Ihre Heimat. Der Segen des Himmels möge Sie begleiten zum neuen Berufe nach Frankfurt, den das Vertrauen Ihrer Mitbürger Ihnen gegeben hat. Mögen Sie dort dieselbe Würdigung Ihrer Verdienste finden, die wir aus dem vollen Grunde unsers Herzens anzuerkennen haben. Die Meisten von uns, die wir hier sind, werden schwerlich diesen Saal mehr sehen. Sie verlassen ihn ebenfalls in dem Bewußtseyn, furchtlos und treu das Wohl ihres Vaterlandes nach inniger Ueberzeugung berathen zu haben. Eines nur ist gewiß, sie werden das Andenken an Sie hochzuverehrender Hr. Präsident bewahren. Bewahren Sie auch das unsrige, und so sagen wir Alle Ihnen ein herzliches gerührtes Lebewohl!" — Der Hr. I. Präsident, Dr. Kirchgeßner, erwiederte Folgendes: „Meine Herren! Der Dank, den Sie durch das meinerseits unverdiente Vertrauen, durch Ihre Wahl auf diesen Ehrenposten mir zu erkennen gegeben haben, hat mir große Verpflichtungen auferlegt. Ich gestand Ihnen damals aus vollem Gefühle meines Herzens: Nur das Vertrauen, daß Sie mir auch Ihre Unterstützung und Nachsicht nicht versagen würden, konnte mich zu dem Antritte eines Geschäftes ermuthigen, zu welchem ich mich nicht kräftig genug fühlte. Sie haben mich durch Ihre Mitwirkung und Ihre Nachsicht so unterstützt, daß ich Ihnen zum vollen Danke verpflichtet bin. Wenn es in meinen schwachen Kräften lag, nur einigermaßen meiner Aufgabe zu entsprechen; so gehört das Verdienst größtentheils nicht mir, sondern Ihrem unermüdeten Eifer, Ihrer gütigen Mitwirkung und Nachsicht. Ihr Dank, welchen Sie mir durch Ihr ehrenwerthes Organ, Hrn. Abg. Bestelmayer, zu erkennen gaben, verpflichtet mich zu dem innigsten Ausdrucke meines Dankes; nehmen Sie ihn aus vollem Herzen aus meinem Munde an. Meine Herren! Unser Tagwerk ist vollendet, die Stunde des Scheidens ist nahe, und wie eines jeden gewissenhaften Mannes, so glaube ich, ist es auch unsere Pflicht, uns an die Momente unsers kurzen Lebens zurückzuerinnern. Die Bewegungen unserer Zeit erfordern eine gesetzliche Gewährung, zu deren Verständigung die Mitwirkung der Stände nothwendig ist. Dank der Krone, welche die Anforderungen der Zeit erkannt hat; Dank dem Fürsten, welcher uns zur Berathung der gesetzlichen Vorlagen berief! Groß war der königl. Fürst, indem er uns zur Bestätigung der Gewährleistungen vom Throne aus hiezu berief; groß, ja noch größer war der königl. ehrenfeste Mann, indem er seinen Grundsätzen selbst die Krone zum Opfer brachte! Unsere Liebe und unsere Verehrung ist Ihm daher gleich groß. Die Worte vom Throne, aus dem Munde unsers allgeliebten Königs Maximilian II.: „Freiheit und Gesetzmäßigkeit", sie durchdringen aller Bayern Brust. Sie realisirten sich gewiß zum größten Theile in den Gesetzvorlagen, zu deren Berathung wir hier versammelt waren, zu deren Realisirung Sie ebenfalls kräftigst mitzuwirken suchten. Meine Herren! Was Jahrzehente hindurch der Bayern Volk anstrebte, in diesen wenigen Monaten glauben wir es größtentheils erzielt zu haben. Ich erlaube mir nur, Ihnen aus den vielen Gegenständen unserer Thätigkeit in Erinnerung zurückzurufen, welche wichtigen Gesetze in Folge der Vereinbarung der Stände in Aussicht stehen. Sie erinnern sich des Amnestiegesetzes, des Gesetzes über Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, des Gesetzes über Verantwortlichkeit der Minister, des Gesetzes über Freiheit der Presse, des Gesetzes über Befreiung des Bodens von den Feudallasten, des Gesetzes über ständische Initiative, des Gesetzes über freiere Landtagswahl, des Gesetzes über Volksvertretung beim deutschen Bunde, des Gesetzes über Anbahnung einer Gleichheit in der Besteuerung. Meine Herren! Wenn wir die Reihe dieser Gesetze überschauen, so können wir den Fortschritt unserer Zeit nicht mißkennen. Wenn auch wir vielleicht beklagen müßten, diese Gesetze nur durch unsere angestrengteste Thätigkeit, und vielleicht in etwas zu geflügelter Zeit bearbeitet zu haben, so mag vielleicht hierin, obwohl ich nicht befürchte, daß es auf Kosten der Gründlichkeit der Berathung geschehen sey, die Sorgsamkeit,

Digitiz

auch alle Garantien durch legale Bestätigung dem Vaterlande zu gewinnen, unsere Thätigkeit beschleunigt haben. Ich glaube indessen, daß diese Gesetze des Landes Wohl allerdings erzielen, und wenn es uns möglich war, hierin mitzuwirken, so finden wir gewiß ein tröstendes Bewußtseyn und die größte Befriedigung für die Thätigkeit, welche von ihrer Seite sicher die angestrengteste genannt werden kann. Beklagenswerth kann ich es nur nennen, meine Herren! daß es bei der Menge gesetzlicher Arbeiten, was gewiß jeder Billigdenkende erkennen wird, unmöglich war, auch die vielen Anträge gewichtiger Art unserer Berathung zu unterziehen und dahin zu bringen, wo deren Gewährung bei der Begründung nie versagt wird. Allein, meine Herren, wenn ich aus denselben, namentlich jene Anträge hervorhebe, welche schon so oft in diesen Räumen so dringend und ausführlich berathen wurden (ich erwähne hier insbesondere den Antrag bezüglich der Verhältnisse des Lehrerstandes und jene bezüglich der Verhältnisse des subalternen Dienstpersonals und manche andere) wenn wir diese nicht mehr berathen konnten, wenn wir sie daher nach Anwendung unserer allegirten Kräfte nur mit dringendster Empfehlung an die betreffenden Ministerien hinübergeben konnten, um dort ihre Berücksichtigung zu finden, so erkenne ich hierin keineswegs einen blos formellen Akt. Meine Herren! Wir erkennen unter den vielen Garantien, welche uns geworden sind, unter den dankenswerthen Akten der Krone die Besetzung der Räthe der Krone mit Männern aus unserer Mitte, mit Männern des allgemeinen Vertrauens, welches in uns gewiß nicht verschwinden wird; indem das Bestreben, welches sie früher in dieser Kammer für die Volksrechte kund gaben, uns aus ihrer frühern Thätigkeit bekannt ist, haben wir das Vertrauen, daß sie dasselbe eben so zur That befördern werden, als wenn sie noch in unserer Mitte sich befänden. Auch diejenigen Räthe der Krone, welche nicht aus der Mitte der Abgeordneten, verdienen unser volles Vertrauen. Gewiß, meine Herren! auch wenn wir hier nicht mehr versammelt sind, auch wenn es nicht mehr an uns ist, diesen Anträgen zur Milderung der Sorge des Volkes unsere Kräfte, unsere Mitwirkung und Unterstützung zu gewähren, gewiß wird es deren angelegentlichste Sorge seyn, zu erfüllen, was des Landes Wohl ist. Hierin, meine Herren! vereinigen wir uns gewiß mit den Bestrebungen der Räthe der Krone — Alle für des Landes Wohl! Möge der Himmel seinen Segen auf unsere Thätigkeit wie auf die ihrige herabsenden, und mit diesem Gefühle, meine Herren! rufen wir (und gewiß stimmen Sie alle ein) „Hoch lebe unser König!“ (Die Kammer erwiderte diesen Ruf mit dreimaligem Hoch!) — Der k. Staatsminister des kgl. Hauses und des Aeußern, Graf von Bray: (s. Nr. 145, S. 518 dieser Zeitung). — Der I. Hr. Präsident zum Schlusse: Ich glaube, daß wir diesen Ansichten uns aus vollem Patriotismus anschließen. — Allgemeine Beistimmung. — Schluß der Sitzung.

München, 5. Juni. Zeremoniel des feierlichen Aufzuges Sr. kgl. Hoheit des durchlauchtigsten Prinzen Luitpold in Höchstdessen Eigenschaft als königl. Bevollmächtigter zur heutigen Schließung der Ständeversammlung. 1) Die feierliche Schließung der Stände-Versammlung findet durch Se. k. Hoheit den Prinzen Luitpold Montag den 5. d. um 12 Uhr im Saale des Ständehauses statt. 2) Um halb 12 Uhr versammeln sich im Appartement des durchlauchtigsten Prinzen Luitpold theils zur Kortège Sr. k. Hoheit in der k. Residenz, theils zu Höchstdessen Begleitung in das Ständehaus, der k. Oberstkämmerer, der k. Vizeoberststallmeister, ein k. Zeremonienmeister, vier k. Kämmerer, der k. Kämmerer vom Dienst, der Hofmarschall und der Adjutant Sr. k. Hoheit, zwei k. Kammerjunker, vier k. Edelknaben. (Man erscheint in gewöhnlicher Uniform, das Ordensband über dem Kleide.) 3) Beim Austritte Sr. k. Hoheit des Prinzen Luitpold aus Höchstdessen Appartement, um Sich in das Ständehaus zu begeben, setzt sich der Zug in folgender Weise in Bewegung: der k. Hoffourier, der k. Kammerfourier, zwei k. Kammerjunker, vier k. Kämmerer, der k. Kämmerer vom Dienste, ein k. Zeremonienmeister. Se. k. Hoheit der Prinz Luitpold, zur rechten und linken Seite Höchstdesselben, etwas rückwärts, der Hofmarschall und der Adjutant Sr. kgl. Hoheit. Unmittelbar nach Seiner königlichen Hoheit der königl. Oberstkämmerer und der k. Vize-Oberststallmeister. Vier k. Edelknaben. 4) Die königl. Leibgarde der Hartschiere bildet Spaliere vom Appartement des königl. Prinzen an über die breite Treppe bis zum Wagen am Portale im Residenzbrunnenhofe. 5) Zur Auffahrt Sr. königl. Hoheit in das Ständehaus werden am Portale im Brunnenhofe drei sechsspännige, unter diesen ein Gallawagen vom ersten Range für den königl. Prinzen in Bereitschaft stehen. Die königl. Hofdienerschaft in Galla. 6) Den ersten sechsspännigen Wagen besteigen der königl. Zeremonienmeister und der königl. Kämmerer im Dienst, den zweiten der Hofmarschall Sr. königl. Hoheit des Prinzen Luitpold und Höchstdessen Adjutant. 7) In dem sechsspännigen Gallawagen fahren Se. königl. Hoheit Prinz Luitpold. 8) Vor dem Wagen Sr. königl. Hoheit reiten zwei königl. Bereiter, — zwei königl. Edelknaben reiten rechts und links der hintern Räder und rechts an dem vordern Rad ein k. Oberbereiter. An jeder Seite des Wagens gehen acht Hartschiere angeführt von einem Brigadier. (Die übrigen Herren vom Kortège begeben sich nach der Abfahrt Sr. kgl. Hoheit des Prinzen aus der Residenz in das Appartement zurück, erwarten dort die Rückkunft Sr. königl. Hoheit in die königl. Residenz, empfangen Höchstdenselben sodann wieder am Fuße der breiten Treppe und kortègiren Se. königl. Hoheit in das Appartement zurück.) 9) Eine Abtheilung Kuirassiere eröffnet und schließt den Zug auf dem Wege in das Ständehaus; — Se. königl. Hoheit begeben Sich in das Ständehaus durch das Residenzkaiserthor, bei der Hofkirche St. Kajetan vorüber durch den Bergchembogen und die Prannersgasse. 10) Bei der Ankunft am Ständehause werden Se. kgl. Hoheit von den Deputationen der zwei Kammern empfangen und unter dem Vortritte derselben in den Ständesaal geführt; der Dienstkortège folgt Sr. kgl. Hoheit dahin. 11) Im Ständesaal besteigen Se. k. Hoheit die Stufen des Thrones und bleiben vor dem Thronsessel stehen. 12) Der Dienst Sr. k. Hoheit nimmt rechts und links auf den Stufen des Thrones Platz; die zwei kgl. Edelknaben begeben sich hinter den Stuhl Sr. kgl. Hoheit. 13) Hierauf liest der k. Staatsminister des Innern die k. Vollmacht ab; sodann findet die Publikation des kgl. Abschiedes statt. 14) Unmittelbar darauf folgt der Ausspruch des Schlusses der Ständeversammlung durch Se. k. Hoh. Prinzen Luitpold. 15) Nun findet der Rückzug aus dem Saale des Ständehauses auf dieselbe Weise statt, wie bei der Ankunft in demselben. Se. k. Hoheit begeben Sich in die k. Residenz zurück auf dem vorigen Wege und der Wagenzug in der angegebenen Ordnung.

München, 2. Juni. Vielfach wird hier von Reaktionsversuchen der bayerischen Regierung gesprochen, ja man behauptet sogar, daß wir bereits mitten in der Reaktion uns befinden. Wenn man die Zeichen an unserem politischen Himmel beobachtet, so läßt es sich nicht läugnen, daß es nicht ganz geheuer ist und daß der wahre Vaterlandsfreund deßhalb um so mehr seine Augen offen zu halten hat. Ich schrieb Ihnen vor einiger Zeit, daß das Gerücht gehe, die Staatsregierung beabsichtige die gegenwärtigen Mitglieder der Abgeordnetenkammer auch zur Berathung des Budgets einzuberufen, und daß deßhalb das Wahlgesetz wahrscheinlich nicht eingebracht werde. Die Veröffentlichung dieses Gerüchts mag vielleicht zur Einbringung des Wahlgesetzes beigetragen haben; so viel hat sich jetzt aber herausgestellt, daß dasselbe keine ganz leere Erfindung war, denn obgleich das neue Wahlgesetz berathen und Beschluß darüber gefaßt ist, so wird die gegenwärtige Kammer der Abgeordneten doch nicht aufgelöst, sondern nur verabschiedet, oder wie andere wissen wollen, der Landtag nur vertagt werden, — „damit der Gesetzgebungsausschuß in Wirksamkeit bleiben könne.“ Die Ausrede ist gut, aber warum wurde das betreffende Gesetz nicht dahin modifizirt, daß der Gesetzgebungsausschuß auch nach der Auflösung der Kammer berathungsfähig sey? Man hat dem Volke andere Stellvertreter versprochen und dieses wird, obgleich unsere Pfahlbürger die Schlafmützen wieder über die Ohren gezogen haben, das Versprechen zur Wahrheit, zur Wirklichkeit zu erheben und allenfallsige Reaktionsgelüste, sie mögen von einer Seite kommen, von welcher sie wollen, zu unterdrücken wissen. — Ein anderes Zeichen ist ein dieser Tage vorgefallenes „Mißverständniß.“ Sie sehen, die Zeit der Mißverständnisse ist noch nicht vorüber. Dem hiesigen Freikorps wurde nämlich von ihren Vorgesetzten angezeigt, daß die Mannschaft im Dienste nur die bayerische Nationalkokarde zu tragen habe, was gerade so viel heißt, als: die deutsche Kokarde ist nicht zu tragen erlaubt. Präsident Kirchgeßner soll den Kriegsminister um Aufschluß ersucht haben. Die Antwort war, daß ein „Mißverständiß“ obwalte, um so mehr, als bereits in Folge erhaltenen Auftrages Muster von Kokarden vorgelegt seyen, die bei der Armee eingeführt werden sollen.

(D. konst. Z.)

Von der Haardt, den 27. Mai. Heute sind es 16 Jahre, seit auf der Hambacher Schloßruine in einer imposanten, dreißigtausend Menschen zählenden Volksversammlung, von begeisterten Rednern die Umgestaltung unsers Vaterlandes, die Erschaffung eines freien, eines einigen, eines starken, achtunggebietenden Deutschlands besprochen wurde. Aus der Nähe und Ferne waren endlose Schaaren herbeigeeilt, um Antheil zu nehmen an der ersten großen deutschen Volksversammlung. Was dort gesprochen, verhandelt wurde, wiederhallte im ganzen Vaterlande, und der erregte Enthusiasmus schien unauslöschlich in Aller Herzen eingegraben. Doch nur ganz kurzer Zeit bedurfte es, und ein Umschwung der Dinge war eingetreten, den wir nicht weiter berühren wollen; es wäre zu schmerzhaft darauf zurück zu blicken. Eine düstere Nacht schien sich auf Europa lagern zu wollen, deren Schleier auf Jahrhunderte undurchdringlich geschaffen schienen. — Da, Allen ganz unerwartet, fiel plötzlich in der Seinestadt ein Blitzstrahl in den von Zundstoffen aller Art geschwängerten Boden, und unblutiger als je vorher, erfolgte eine gänzliche Umgestaltung der politischen Verhältnisse. Gleich wie mit Sturmesbrausen hatte in wenig Tagen die Bewegung Deutschland, Italien rc. ergriffen. Eine neue Zeit, ein neuer Abschnitt in der Geschichte erfolgte. — Nicht ein Winkel Deutschlands blieb unberührt; allenthalben sprach man Huldigung dem Fortschritte aus: ein einiges, ein freies, ein starkes, ein achtunggebietendes Deutschland war die Losung in Hütten und auf Thronen. — Selbstständig, aus eigner Machtvollkommenheit trat das deutsche Volk in dem Vorparlamente zu Frankfurt zusammen zur vorläufigen Besprechung der großen Angelegenheiten des Vaterlandes. — Die heiligen Volksrechte wurden für unverjährbar erklärt, die Souveränität der deutschen Nation proclamirt, und eine constituirende Nationalversammlung einberufen, diesen Rechten Geltung zu verschaffen, und durch eine aus dem ganzen Volke hervorgegangene Verfassung die Neugestaltung des Vaterlandes zu begründen. Angesichts dieser Beschlüsse ließen alle deutschen Regierungen die Wahlen zu dieser constituirenden Nationalversammlung vornehmen, und die Einheit Deutschlands schien begründet. Wenige Wochen sind seit dem Erwachen des deutschen Volkes verflossen, und die Hyder der Zwietracht, des Partikularismus, der Sonderinteressen, des deutschen Spieß- und Pfahlbürgerthums und in deren Gefolge die Reaction erheben schon wieder drohend ihr Haupt. Vor wenig Tagen haben wir unsere Ansichten über das Verhalten der verschiedenen Regierungen Deutschlands gegenüber der Nationalversammlung und deren Beschlüsse ausgesprochen, und wenn wir dort erklärten: diese Aussichten sind nichts weniger als tröstlich — so sind dieselben heute noch um Vieles mehr getrübt. Die Folgen der jüngsten Ereignisse in Wien, die Flucht des Kaisers, scheinen, statt Fortschritt Rückschritte hervorzubringen. An die Rückkehr des Kaisers nach Wien werden von der Umgebung desselben (von der Person Ferdinands kann aus zweifachen Gründen keine Sprache seyn) Bedingungen geknüpft werden, die in Bezug auf Deutschland nichts weniger als tröstlich sind. Die Erklärung des Oberhofmeisters von Bombelles an die Linzer Deputation: „schließt Euch den Slaven an“ mag als Fingerzeig dienen. Die Slaven und Böhmen werden diese Gelegenheit trefflich benützen, ihrem Streben nach nationaler Unabhängigkeit Geltung zu verschaffen: ganz Oesterreich scheint für Deutschland verloren zu seyn, und unsere dortigen Bruderstämme werden in kurzer Zeit ebenso unter die Herrschaft der Slaven und Czechen gebeugt werden sollen, als es seither der umgekehrte Fall war. Selbst gegen die stolzen Magyaren erhebt sich drohend das Slaventhum und innere blutige Kämpfe werden, allem Anscheine nach, in kurzer Zeit die österreichische Monarchie zerfleischen, deren Folgen, auch für Deutschland, unabsehbar sind. Die preußische Regierung hat in ihrem neuen Verfassungsentwurf Bestimmungen aufgenommen, die mit einer wahren Einheit Deutschlands unverträglich sind. Und es läßt sich mit Bestimmtheit voraussehen, daß wenn das preußische Regentenhaus nicht an die Spitze Deutsch-

lands gestellt wird, dasselbe die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung entweder gar nicht oder nur in so weit anerkennen wird, als solche seinem eigenen Interesse zusagen. Neuere, glaubwürdige Nachrichten wollen schon von einem Hinneigen zu Rußland wissen; selbst die Angelegenheiten Schleswig-Holsteins sollen nach russischen Einflüssen geschlichtet werden. Welches Heil für Deutschland hieraus entstehen kann, wird jeder Unbefangene leicht einsehen. Was wir in diesen Blättern vor Kurzem über die preußische Politik sagten, erhält hierdurch volle Bestätigung. Aus Bayern wurde ein Verfassungsentwurf für Deutschland veröffentlicht, der mit den Ansichten des Hofes und der Regierung übereinstimmen soll. Wir wollen auf diesen Entwurf nur kurz berichten. Nach demselben soll die Einheit Deutschlands in allen Angelegenheiten durch eine Einigung der Regierungen erzielt werden, d. h. auf dem Weg des Vertrags, des Kartells der einzelnen Regierungen unter sich (wie dieses seither geschah), soll diese Einheit hergestellt werden. Die oberste Behörde bleibt der alte Bundestag unter dem Namen Reichstag, in dem abwechselnd die drei Großmächte (Oesterreich, Preußen, Bayern) den Vorsitz führen. Diesem Bundestage steht eine Vertretung des Volkes zur Seite, in zwei Kammern, die von den Ständekammern der einzelnen Staaten gewählt wird und zwar aus diesen Kammern selbst. Diese Vertretung darf Anträge Wünsche und Petitionen stellen, die aber niemals die Verfassungen und verfassungsmäßigen Rechte der einzelnen Staaten beeinträchtigen dürfen. — Ganz kurzgefaßt: nach diesem Entwurf soll alles bleiben, wie es seither war; nur soll auch Bayern und Preußen mit Oesterreich abwechselnd den Vorsitz im Bunde führen und neben diesem Bunde (jetzt Reichstag) soll das Volk durch die von und aus den Ständekammern gewählten Abgeordneten vertreten seyn, welche Abgeordnete zwar Anträge, Wünsche und Petitionen stellen dürfen, aber es dürfen diese niemals die Verfassungen und verfassungsmäßigen Rechte der einzelnen Staaten (Regierungen, Fürsten?) beeinträchtigen. — Wer hierin eine Gewährung der Forderungen der Zeit erblickt, mag dieses thun. Auch aus Hannover hat sich eine Stimme hören lassen, die den Bundestag in seiner alten Form bestehen lassen will, und nur die Minister der einzelnen Staaten sollen für die den Bundestagsgesandten ertheilten Instruktionen verantwortlich seyn; dieses wäre die einfachste und natürlichste Vertretung der Völker beim Bundestage! — Es wird unumwunden gesagt: „Der augenblickliche Zustand eines politischen Rausches, wie er bei uns herrscht, sey überhaupt nicht geeignet, eine Verfassung zu berathen." — Schlafe daher diesen Rausch erst aus, deutscher Michel, und hole dir später bei voller Nüchternheit eine Verfassung aus Hannover, die dir ganz angemessen seyn wird; ein Beispiel hast du dorten schon erlebt. — In Mästricht wurde am 19. d. Mts. von Seiten des Gouverneurs und der Stände in einer Proklamation erklärt: „Die hohe Regierung ist durchdrungen von den Pflichten, welche ihr die Verträge und die Verfassung auferlegen. Beide erklären ganz Limburg für ein „niederländisches" Gebiet, welches dies theilweise und durch ein moralisches Band der Föderation mit Deutschland verbunden ist.... Ein Jeder wird also daran erinnert, daß ganz Limburg niederländisches Gebiet ist und Jeder sich den Landesgesetzen unterwerfen muß!" — Wenn Limburg nicht deutsch, sondern niederländisch seyn und bleiben soll, so ist dieses doch deutsch zu Deutschland gesprochen! — In unserm Artikel vom 20. d. M. haben wir unsere Ansichten auf Grund der allgemeinen Sachlage ausgesprochen; heute liegen nun die angedeuteten offiziellen Erklärungen vor, welche unsere Ansichten vollkommen rechtfertigen. Wir fragen daher: was hat unter solchen Andeutungen Deutschland zu hoffen? Ein Jeder wird und muß erklären, daß die Aussichten nichts weniger als erfreulich sind. Kann und wird die Nationalversammlung zu Frankfurt Schutz und Hilfe gewähren? Nach dem, was bisher dorten geschah, wird von dieser Seite weder das Eine noch das Andere stattfinden, denn es fehlt sowohl Wille als Kraft; und die Gestaltung der Zukunft Deutschlands ist abermals dem Zufalle überlassen. — Armes deutsches Volk, dir selbst fehlt die eigene Kraft, der eigene Wille. — Und wenn Du dieses Mal nicht durch innere und äußere Kämpfe zerfleischt, vielleicht gar zertheilt wirst, so hast du es mehr dem Schicksal als dir selbst zu verdanken! (Sp. Z.)

Baden.

Aus Freiburg wird der „Karlsruher Zeitung" geschrieben, von verschiedenen Seiten würden Hecker und Struve zur Wahl als Reichstagsabgeordnete vorgeschlagen; denn sie seyen zwar Hochverräther, aber keine Volksverräther!

Schleswig-Holstein.

Rendsburg, 28. Mai. Nachrichten aus dem Norden zufolge befindet sich das Hauptquartier des Generals von Wrangel in Flensburg. Die unter dem General Halkett stehenden Bundes-Truppen bilden die Avantgarde. (Alt. Merk.)

Apenrade, 28. Mai. Nachdem heute das Hauptquartier nebst der Gardebrigade hier angekommen und die Brigade des General v. Bonin, so wie die holsteinische Division zu Hadersleben und näher hieher Quartiere bezogen hatten, traf die Nachricht ein, daß die Dänen mit 5—6 Bataillonen und etwa 20 Geschützen von Alsen aus gelandet sind und die Vorhut des Generallieutenant Halkett, aus einem mecklenburgischen Bataillon bestehend, dem ein braunschweigisches nebst einer halben braunschweigischen Batterie später zur Unterstützung zuzog, mit Ungestüm angegriffen und vermöge ihrer starken Uebermacht gegen die Flensburger Straße zugedrängt haben. Der Augenblick war für die Expedition der Dänen um so günstiger gewählt, als der Generallieutenant Halkett zu der Zeit, die Ankunft des Oberbefehlshabers zu erwarten, sich hatte nach Apenrade begeben müssen, und die dort zur Unterstützung unserer vorgeschobenen Stellung in Jütland konzentrirten Bundestruppen sich eben erst hatten in Bewegung setzen können, um ihre früheren Positionen Alsen gegenüber wieder einzunehmen. Den eingelaufenen Nachrichten zufolge wäre später noch ein hannoversches Bataillon, so wie die halbe hannoversche 9pfündige Batterie in's Gefecht getreten, so daß dieses zum Stehen gekommen wäre. — Der General v. Wrangel und General v. Bonin sind im Begriff, sich gegen den Schauplatz des Kampfes zu dirigiren, und die Truppen fürchten nur, daß die Dänen zu rasch wieder über die Meerenge nach Alsen zurückkehren.

Rendsburg, 29. Mai. Am 28. Nachmittags hat nach der „Schl. Holst. Zeitg." ein ziemlich bedeutendes Gefecht mit den Dänen auf Sundewitt stattgehabt. Die deutschen Truppen waren eben damit beschäftigt ihre vor Alsen stehenden Vorposten abzulösen — wovon die Dänen welche in dortiger Gegend überhaupt gut von Spionen bedient sind, Kunde bekommen haben mußten — als die Feinde, bedeutend verstärkt durch neue von Fühnen zugezogene Truppen, eine Landung am diesseitigen Ufer unternahmen. Diese scheint man, mit den eigenen Truppenbewegungen beschäftigt, nicht bedeutsam erachtet zu haben; kurz, bald nach Aufstellung der neuen Vorposten sah man sich plötzlich von einer großen dänischen Uebermacht unter den Düppeler Höhen angegriffen, während gleichzeitig westlich von Eckensund (bei Alnoer und Treppe) eine fernere Landung mit Schiffen und Kanonenbooten versucht zu werden schien. Dennoch gelang den Dänen die beabsichtigte Spaltung der deutschen Streitkräfte nur in geringem Maß. Ein sehr heißer Kampf entspann sich auf den Düppeler Höhen, auf beiden Seiten führte das Geschützfeuer große Verluste herbei. Die Streitmacht der Dänen wird auf 8000, die der Deutschen auf 7000 Mann angegeben. Die Dänen fochten tapfer unter dem Schutze der Schiffskanonen und der auf dem Land zur Seite aufgestellten Geschütze. Nach mehrständigem unentschiedenem harten Kampf sahen sich die deutschen Truppen veranlaßt den Rückzug über Gravenstein und nördlich davon bis gegen Quars anzutreten, während die Dänen sich dem vom Nachtrab besetzten Gravenstein bis auf eine Stunde näherten. Andere Privatnachrichten widersprechen einander. Die einen sprechen von großen Verlusten der Dänen, die andern von Erbeutung von 50 Gefangenen und 6 Kanonen. Die officiellen Nachrichten werden hoffentlich bald über Hannover zu uns kommen.

Altona, 29. Mai. Die deutsche Flotten-Angelegenheit findet hier jetzt eifrigen Anklang, und es werden verschiedene Vorschläge gemacht, die Sache energischer zu betreiben. An einem der Abende im Bürger-Vereine, wo diese Angelegenheit besprochen ward, entwickelte auch der verdiente Director unserer Telegraphenlinie, Herr J. L. Schmidt, sein interessantes neues System des Schiffbaues. Zeichnungen und Modelle stellten es heraus, daß ein nach solchem System konstruirtes Schiff eine außerordentliche Festigkeit erlangt und sich diese Manier namentlich für Dampf- und Kriegsschiffe eignen möchte. Der Gegenstand erregte allgemeines Interesse, und dem Erfinder wurde ein aufrichtiger Dank zu Theil. (Alt. Merk.)

Hamburg, 30. Mai. Die Gerüchte von Gefechten bei Sundewitt haben sich so oft als unwahr herausgestellt daß man dem gestern Abend angekommenen um so weniger Glauben schenkte als man den Waffenstillstand abgeschlossen und von Seite Preußens ratificirt wußte. Um so überraschender trifft uns heute die Bestätigung durch die Rendsburger Zeitung und um so niederschlagender als daraus hervorgeht die Nachtheile seyen auf unserer Seite; wenn dieses auch nicht deutlich in dem Berichte ausgesprochen wird, so ist es doch zwischen den Zeilen zu lesen. Die heute eingetroffenen Kopenhagener Blätter behaupten ihre Regierung würde unter Bedingungen wie sie von deutscher Seite gestellt werden, keinen Frieden abschließen. Man wußte dort am 27. daß die Preußen Jütland geräumt, sagte aber nicht daß solches in Folge eines Waffenstillstands geschehen. Das von Preußen ratificirte Document konnte freilich noch nicht angelangt seyn, da es erst am 26. aus dem einen Hauptquartier in das andere abging. Anstatt der erwarteten Freilassung der deutschen Schiffe zeigen Privatbriefe aus Kopenhagen an wie das Gericht mehrere derselben als gute Prisen erklärt habe, und daß sie ehestens sammt ihren Ladungen verkauft werden sollen. Noch wollte man an der Börse wissen es sey ein dänisches Linienschiff vor der Elbe angekommen um die Blokade zu verstärken. Es braucht wohl nicht hinzugesetzt zu werden daß diese Neuigkeiten, sowie die aus Wien, nicht dazu beitragen konnten die schon vorherrschende trübe Stimmung zu erheitern, im Gegentheil war sie heute noch muthloser. Von Apenrade sind heute Flüchtlinge angekommen, die sich dort nicht mehr sicher halten aus Furcht die Dänen kämen wieder.

Oesterreichische Monarchie.

Von der ungarischen Grenze, 23. Mai. Sichern Nachrichten zufolge ist in Serbien große Gährung. Man beabsichtigt das große südslavische Reich mit der Hauptstadt Belgrad zu gründen. Einzelne bewaffnete Haufen von Serbiern (500 Mann beiläufig) sind vor einigen Tagen nach Carlowitz (slavonische Militärgränze) geströmt, wo viele ungarische Raizen zur Vorbereitung der am 15. alten Styls abzuhaltenden kirchlichen Synode der orientalischen Kirche versammelt waren. Sie proklamirten dabei den Oberst Czuplikaz vom Likaner Grenzregiment zum Weiwoden aller Serben, den Metropoliten Reinizitsch zum Patriarchen aller Serben. (Der Metropolit muß ihnen zur Feier des Tags zwei Ochsen schlachten lassen.) Der 90 Jahre alte Renadowitsch erklärte, 20,000 Serben seyen bereit, jeden Augenblick ihren Brüdern in Ungarn zu Hülfe zu eilen um die Ungarn und Deutschen zu vertreiben. Gewaltthätige Schritte geschahen nicht; die Serben gingen zum Theil zurück, zum Theil zerstreuten sie sich. Das Gerücht vergrößerte diesen Vorfall zu einem bewaffneten Einfall in Ungarn. (Allg. österr. Z.)

Italien.

Verona, 30. Mai. Dreizehntes Armeebülletin. Der Herr Feldmarschall verließ mit einem bedeutenden Theil der Armee am 27. d. M. Abends Verona, und rückte mit einem kühnen und glücklich ausgeführten Flankenmarsche knapp am Feinde vorüber, während der Nacht und dem ganzen darauf folgenden 28. in drei Kolonnen nach Mantua, wo die k. k. Truppen durch diesen Gewaltmarsch zwar sehr ermüdet, aber brennend vor Kampflust am Abend des Tages ankamen. Zugleich ward auf Befehl des Herrn Feldmarschall-Lieutenants Grafen Lichnowsky unter dem Kommando des Obristen Baron Zobel im obern Etschthale ein Scheinangriff auf die linke Flanke des Feindes gegen Pastrengo am 28. Abends und am 29. früh unternommen, um den Feind irre zu führen und den Marsch der Armee gegen Mantua zu verbergen. Durch diese Manöver ist es dem Feldmarschall gelungen seine Kräfte schnell auf die äußerste Rechte des Feindes zu werfen, den Mincio zu überschreiten und so alle feindlichen am rechten und am linken Ufer dieses Flusses seit sechs Wochen vom Gardasee bis Mantua errichteten großartigen Verschanzungen zu umgehen. Um dem Feinde ganz in die Flanke zu kommen und mit der Armee auf die Ebene zu debouchiren mußte zuerst auch seine vorwärts Mantua um

Curtatone befestigte Stellung angegriffen und genommen werden. Die Armee hat diese schwere Aufgabe am Vorabend des Namensfestes unsers geliebten Monarchen rühmlichst gelöst. In drei Stunden harten Kampfes waren die Linien am Curtatone genommen; gegen 2000 Mann, darunter 1 Obrist, 66 Offiziere, und ein ganzes Bataillon Neapolitaner sind gefangen, und 11 Kanonen und eine große Anzahl Waffen sind erbeutet. Alle Truppen haben mit Löwenmuth gestritten und ihre Todesverachtung in glänzendster Weise bewiesen. Die Post geht ab, morgen das vollständige Bülletin gedruckt. (A. Z.)

Verona, 31. Mai. So eben laufen sichere Nachrichten ein von bedeutenden Erfolgen, welche die österreichischen Truppen am 29. bei Curtatone westlich von Mantua am obern See, über neapolitanische und toskanische Truppen und mit ihnen vereinte Freischaaren erkämpft haben. Der Feind war furchtbar verschanzt, seine Vertheidigungswerke sollen meisterhaft gebaut gewesen seyn. Elf Kanonen wurden von den Oesterreichern erobert über 2000 Gefangene und eine große Menge Beute gemacht. Die Zahl der auf feindlicher Seite gebliebenen Todten und Verwundeten ist noch nicht bekannt, jedenfalls sehr bedeutend. Oesterreichischer Seits zählt man an 300 Gefallene, darunter über 40 Offiziere der verschiedenen Grade. Ehre diesen auf fremder Erde für die deutsche Sache gebliebenen Tapfern! Während dieses Kampfes bei Mantua fand ein Scheinangriff auf die zwischen dem rechten Ufer der Etsch und dem Gardasee befindlichen piemontesischen Streitkräfte statt, wobei die Oesterreicher im Vortheil blieben, aber der reizend gelegene Hafenort Bardolino in Brand gerieth, doch erlitt er nicht bedeutenden Schaden. Nun gegen den Po hin das Terrain gesäubert und die Gefahr eines Angriffs gegen unsern Rücken vorderhand entfernt ist, rückt der greise Feldherr ohne Zweifel, den Mincio aufwärts, dem „Schwert Italiens" rasch in die Seiten; die an der Etsch aufgestellten Streitkräfte werden dieser Bewegung in entsprechender Weise entgegenkommen. Ueber S. Massimo, Croce Bianca, St. Lucia hin steht das Gros des österreichischen Heeres, ihm gegenüber bei Sona, Sommacampagna ꝛc. das feindliche. Ein entscheidender Tag naht. Peschiera hält sich fortwährend tapfer; es wurde sogar neuerlich mit Lebensmitteln versehen, die auf bewaffneten Booten in diese Festung geschafft wurden. Mit der Ausführung der oben angedeuteten Kombination ergibt sich der Entsatz derselben von selbst. Vicenza wurde nicht genommen, weil man nicht Geduld hatte den Erfolg der ersten Beschießung abzuwarten. Wir verloren dabei etwa 100 Leute und eine Kanone. (A. Z.)

Verona, 31. Mai. Das Glück erscheint den Waffen Oesterreichs hold. Die Erfolge der großen vereinten Armee sind bedeutend, die feindlichen Verschanzungen am Curtatone erstürmt, über zweitausend Gefangene gemacht, 11 Kanonen genommen, Piemontesen und Crociati von der Seite und im Rücken bedroht. Verona blieb völlig unangefochten. Die Veroneser stecken die Köpfe zusammen und zischeln sich in die Ohren. Das zweite Bataillon der Wiener Freiwilligen, 1300 Mann, ist zur obigen Expedition gestoßen, das erste steht bei Treviso. (A. Z.)

Verona. Peschiera, durch Karl Albert hart bedrängt und nahe daran, doch eine Kapitulation einzugehen, ist durch eine Bewegung der österreichischen Armee entsetzt. In der Nacht vom 27. bis 28. Mai brachen ungefähr 50,000 Mann von Verona auf, die Hauptkolonne in der Richtung von Peschiera. Die Piemontesen sind durch diese offensive Bewegung aus ihren Verschanzungen bei Villafranka, Somma Campagna, Pastrengo und Goito gedrängt, der linke Flügel derselben zwischen dem Gardasee und der Etsch eingeschlossen. Am 30. Mai, dem Namenstage des Kaisers, dürfte es wohl zu einer Hauptschlacht kommen. (D. konst. Z.)

Spanien.

Madrid, 25. Mai. Die „Gazeta" beginnt heute mit folgender Bekanntmachung: „Die spanische Regierung hat die französische Republik anerkannt und ist somit mit Hrn. Lesseps, Botschafter der französischen Republik, in amtliche Geschäftsverbindung getreten. Madrid, 24. Mai. Das Ministerium des Aeußern. — Vorige Nacht fanden noch viele Verhaftungen statt, die sich auf die Insurrektionen vom 26. März und 7. April bezogen. (D. konst. Z.)

Frankreich.

Paris, 30. Mai. Die Nationalarbeiter hatten die Bürgerwehr in den April geschickt: die Ruhe ist weder am gestrigen Tage noch Abends gestört worden und die Bürgerwehr kehrte ermattet in ihre Familien zurück. Wird sie diesen Kriegszustand lange aushalten? Wir glauben nicht. Solche Ermattung wirkt tödtender als offener Kampf — das wissen die Arbeiter vortrefflich. Uebrigens hoffen wir ein baldiges Ende dieser Spannung. Mit dem allgemeinen Stimmrecht und dem freien Wort in den Klubs, sind alle sozialen Fragen nur Fragen der Zeit. Die Gesellschaft kann unmöglich immer mittelst Kartätschen und Bajonnetten berathen wollen. — Gestern Abend hielten die Vorsteher sämmtlicher Pariser demokratischen Klubs die von uns angezeigte Generalversammlung im Lokale des Barbesklubs, Grenelle — St. Honoré. Es wurden darin folgende Kandidaten für die Nationalversammlung gewählt: 1) Caussidière, 2) Pierre Leroux, 3) Charles Lagrange, 4) Proudhon, 5) Savary, 6) Kersausie, 7) Vidal, 8) Ribeyrolles, 9) Dupaty, 10) Adam Gerber, 11) Schoelcher. Die ersten vier wurden einstimmig gewählt. — Das Ehescheidungsgesetz findet in den Bureaux der Nationalversammlung lebhaften Widerspruch. Das fünfte Bureau hält es für Religion, Familie und öffentliche Ordnung gefährlich; im sechsten Bureau erhoben sich Bedenken rücksichtlich der Kindererziehung, die jedoch Nachet mit Geschick bekämpft und dafür zum Referenten ernannt wurde. Das siebente und achte Bureau zeigten sich ziemlich günstig. Im zehnten dagegen protestirten Dupin und der Bischof von Orleans aus allen Kräften gegen die Wiedereinführung der Ehescheidung. Auch Viktor Considérant zeigte sich ihr Anfangs abhold. Doch bekämpfte er die religiösen Einwendungen der Vorredner, indem er sagte, daß die christliche Moral stark genug sey, um sich nicht durch Ehescheidungsverbote zu waffnen (!) Aus dem ursprünglichen Gegner wurde zuletzt ein warmer Vertheidiger. Am Ergötzlichsten war eine Protestation v. Ludre's anzuhören. Dieselbe lief darauf hinaus, die Ehescheidung als einen sehr gefährlichen Schweif des Kommunismus jetzt noch nicht zu votiren. Auch in den übrigen Abtheilungen fand das Gesetz ganz erbauliche Widersprüche. — Ein rothes Plakat, das gestern Morgen an die Straßenecken geschlagen wurde, fordert alle „den republikanischen Grundsätzen aufrichtig ergebenen" Frauen auf, sich heute Vormittags 10 Uhr auf dem Vendômeplatz einzufinden, um dem Justizminister Cremieux eine Dankadresse in Anerkennung der edlen Initiative rücksichtlich des Ehescheidungsgesetzes zu überreichen. — Bastide, Minister des Auswärtigen, zeigte der Nationalversammlung gestern amtlich an, daß die offiziellen Anerkennungsbriefe der französischen Republik zwischen Belgien und Spanien in diesem Augenblick gewechselt würden. — Stanislaus Worcell, eines der fähigsten Häupter der polnischen Emigration, richtete an die Reforme einen Brief, worin er gegen die Behauptung der „Frankfurter Oberpostamtszeitung," „daß die Polen im Posen'schen mit dem Sturm des 15. Mai gegen die französische Nationalversammlung im Einklang und in Verbindung gestanden hätten und durch sein Mißlingen sehr unangenehm überrascht wären," öffentlich protestirt. Diese Angabe sey eine absichtliche Unwahrheit. — Während die gesammte Bürgerwehr gestern auf den Beinen war, um einen neuen Sturm gegen die Nationalversammlung abzuhalten, saßen die sämmtlichen Glieder der Nationalhauptwerkstätten in einem Garten an der Barrière von Saint Mandé, wo sie ein Bankett bei Brod und Käse à 25 Centimes per Kopf improvisirt hatten. Ihre übrigen Kameraden befanden sich auf den Werkplätzen, nicht um zu arbeiten, sondern um eine Protestation an den Constitutionell zu entwerfen, der sie mit Lügen, Schmähungen und Verläumdungen aller Art ganz besonders überhäuft hatte. (D. konst. Z.)

Großbritannien.

London, 27. Mai. Im Unterhause fragte gestern Lord Brougham den Minister Marquis v. Lansdowne, ob der englische Gesandte der Regierung Kenntniß von der Rede gegeben habe, in welcher Hr. v. Lamartine erklärt haben solle: an der italienischen Gränze haben 30,000 Mann, welche nöthigenfalls auf 60,000 gebracht werden könnten, die bereit wären, die italienische Gränze zu überschreiten. Gerade so habe Frankreich 1792 gesprochen. Der Minister möchte in diesem Falle die Depesche des Gesandten dem Hause offiziell mittheilen. Marquis v. Lansdowne erwiderte, er habe allerdings Depeschen von dem Gesandten erhalten, welche aber keine Mittheilung der Art enthielten. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

China.

Wie der National meldet, hätte in Peking eine Revolution zu Gunsten der Freiheit der Presse stattgefunden. Es existire daselbst ein Zensurgericht, Tuitscha-Yuen, für alle im Reiche erscheinenden Schriften, mit alleiniger Ausnahme der Thesen der Studirenden. Im Monat Dezember sey nun ein Versuch gemacht worden, dies Vorrecht zu verletzen, indem eine medizinische Dissertation wegen Beleidigung der Majestät konfiszirt und der Verfasser mit 100 Bambushieben verurtheilt worden. Hierauf sey die ganze Studentenschaft in Peking gegen 6000 an der Zahl, wie ein Mann aufgestanden; habe die Miliz entwaffnet und den kaiserl. Palast selbst bedroht, was die Wirkung gehabt, daß der „Himmelssohn" sogleich seinen Rath versammelt, die Zensoren abgesetzt und ein neues Preßedikt erlassen, durch welches faktisch die „Preßfreiheit in China" so gut als eingeführt zu betrachten sey.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 6. Juni: „Herr und Sklave." Trauerspiel v. Gerlitz. Hierauf: (Zum Erstenmale:) „Die Vendetta." Schwank in 1 Akt nach dem Französischen. Zum Beschluße: (Zum Erstenmale:) „Zephyr's Tändeleien," Divertissement. (Hr. Carry, erster Tänzer des k. k. Hoftheaters zu Wien und Mailand „Zephyr" als erste Gastrolle.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Zertis, Gutsbesitzer aus Ungarn; v. Ketelhort, Geheimrath v. Rudolstadt; Bohl, Gutsbesitzer v. Eisenach; Lady Montigomery v. London.

Gold. Hirsch. HH. Graf Zamoyski, und Dr. Geroux von Wien.

Würtel Mauth. HH. Kirschbaum, Privatier, und Beck, Gutsbesitzer v. Wien; Krieger, Privatier v. Donauwörth.

Gold. Hahn. HH. Zoanetti, Rentier v. Mailand; Frhr. v. Getz, Justizkommissär v. Berlin; Kraft, Privatier v. Ansbach.

Gold. Kreuz. HH. Zamoni, Partikulier von Verona; Schlaofsky, Privatier v. Moskau; Brohl, Privatier v. Darmstadt; Pohlmayer, Landschaftsrath v. Königsberg.

Gestorbene in München.

Amalia Seidl, Tapezierers-Wittwe v. h., 70 J. alt; Michael Kästauer, bzl. Altmetzger v. h., 58 J. alt; Marzelin Schloßer, Schuhmachergesell v. Altorf in Würtemberg, 48 J. alt; Barb. Mayer, ehem. Landarztensfrau v. Glon, Ldg. Ebersberg, 84 J. alt; Martin Wirth, Instrumentenmachergehilf v. Lichtensteig in der Schweiz, 36 J. alt.

Bekanntmachung.

2419. (3a) Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Anwesen der Branntweinerseheleute Georg und Elisabetha Eisgruber Nro. 56 in der Sendlingerstraße dahier im Wege gerichtlicher Hilfsvollstreckung nach §. 64 des Hypothekengesetzes vom 1. Juni 1822 und den §§. 98—101 der Prozeßnovelle vom 17. November 1837 dem öffentlichen Verkaufe zum zweiten Male unterstellt und hiezu Tagsfahrt auf

Donnerstag den 3. August d. Js. Vormittags 10—12 Uhr

im Bureau 32 II des k. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Frhr. v. Feuri anberaumt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken geladen werden, daß der Zuschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolge, und die dem Gerichte unbekannten Steigerer sich über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben. — Bezüglich der Beschreibung der Bestandtheile dieses Anwesens, dessen Werth und Belastung, wird sich auf die Ausschreibung vom 31. Dez. v. Js. bezogen.

Beschlossen am 26. Mai 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Director:

Barth.

Neubach.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 149.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kardinalstraße Nro. 2½ auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährig im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 30 kr., im III. Rayon 3 fl. 36 kr.

Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 6 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag — XLIX. Jahrgang. — 6. Juni 1848

Deutschland.

Protokoll der Sitzung der konstituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. M.

vom 29. Mai 1848.

Die Sitzung wird Vormittags 9 Uhr vom provisorischen Präsidenten, Heinrich v. Gagern, eröffnet. — Sommaruga aus Wien gibt Namens von 37 Abgeordneten, deren bei der Verhandlung über den Raveaux'schen und die damit zusammenhängenden Anträge in der Minorität gebliebenen abweichende Ansicht, daß die gedachte Verhandlung fortzusetzen gewesen sey, zu Protokoll. Der Protest der Luxemburger wird mit den vom Präsidenten gegebenen Erläuterungen an den Verfassungsausschuß gewiesen. Der Präsident theilt ein Schreiben von Breßgen als Nachtrag zu den stenographischen Berichten mit, zeigt die Anträge und sonstigen Eingaben ihrem wesentlichen Inhalte nach an, und verliest eine Adresse der New-Yorker Bürger mit einem Schreiben des amerikanischen Konsuls Gräbe, womit dieser die Adresse und 3500 Dollars von den New-Yorker Bürgern übergibt, welche die konstituirende Nationalversammlung für die Kriegsmarine bestimmt. Auf den Antrag des Hrn. Abg. Brunck wird durch die Akklamation der Dank der Nationalversammlung den Gebern votirt. Robert Mohl aus Tübingen erstattet Namens des Ausschusses Bericht über die von ihm entworfene Geschäftsordnung. In der über diesen Entwurf einer Geschäftsordnung im Allgemeinen eröffneten Verhandlung begründen Wigard, Tellkampf, Jucho, Jaup, Wedekind, Bassermann, Lichnowsky, Adams, Schilling darauf Bezug nehmende Anträge, worauf die konstituirende Nationalversammlung, ohne zur Berathung der einzelnen Paragraphe des Entwurfs überzugehen, nach Jaup's Antrag beschließt, den vorliegenden Entwurf einer Geschäftsordnung in Bausch und Bogen anzunehmen; jedoch mit dem Vorbehalte auf jeden einzelnen Gegenstand zum Zwecke vollständiger Berathung zurückzukommen, sobald wenigstens 50 Mitglieder es verlangen. Auf Simon's Anregung beschließt die konstituirende Nationalversammlung weiteres, zur Prüfung und Begutachtung aller völkerrechtlichen und internationalen Fragen einen Ausschuß von 15 Mitgliedern durch die Abtheilungen zu erwählen; bei den Fragen des innern Staatsrechts aber in jedem einzelnen Falle zu entscheiden, ob sie diesem oder dem Verfassungsausschusse zuzuweisen seyen. Die Verwahrung der Abgeordneten von Triest gegen den Beschluß vom 27. Mai d. Js. wird auf Grumprecht's Vorschlag an den Verfassungsausschuß gewiesen. Nachdem der Präsident die Tagesordnung festgesetzt, wurde die Sitzung um 1 Uhr geschlossen, und die nächste Sitzung auf den 31. Mai d. Js. Vormittags 9 Uhr anberaumt.

Der Präsident (gez.) v. Gagern.

Der Schriftführer (gez.) Dr. Riehl.

Vom 31. Mai. 1848.

Die Sitzung wird Vormittags 9 Uhr vom provisorischen Präsidenten, Heinrich v. Gagern, eröffnet. — Das Protokoll der vorigen Sitzung wird vorgelesen und genehmigt. Die gestellten Anträge werden ihrem wesentlichen Inhalt nach mitgetheilt. Lüdemann macht Namens des Zentralausschusses zur Prüfung der Legitimationen die Anzeige, daß bis jetzt 521 Abgeordnete als legitimirt anerkannt sind. Niederhold berichtet, daß der Prioritätsausschuß für die verersle Verhandlung jener Eingaben, welche die Bildung einer provisorischen Zentralgewalt betreffen, und unter diesen für die Priorität des Antrages vom Abgeordneten Simon aus Trier sich entschieden habe. Fuchs berichtet über eine in demselben Ausschusse entstandene Kompetenzfrage. Die Berathung über diese beiden Berichte wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt. Der Präsident gibt die Namen der in den Ausschuß für völkerrechtliche und internationale Fragen gewählten 15 Mitglieder bekannt. Hierauf wird folgende auf Anlaß des Mareck'schen Antrages vom Verfassungsausschusse durch Dahlmann in Antrag gebrachte Protokollerklärung von der konstituirenden Nationalversammlung durch Akklamation angenommen: die verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung erklärt feierlich: daß sie in vollem Maße das Recht anerkenne, welches die nicht deutschen Volksstämme auf deutschem Bundesboden haben, den Weg ihrer volksthümlichen Entwickelung ungehindert zu gehen, und in Hinsicht auf das Kirchenwesen, den Unterricht und die Literatur und die innere Verwaltung und Rechtspflege sich der Gleichberechtigung ihrer Sprache, soweit deren Gebiete reichen, zu erfreuen, sowie es sich denn von selbst verstehe, daß jedes der Rechte, welche die im Bau begriffene Gesammtverfassung dem deutschen Volke gewährleisten wird, ihnen gleichmäßig zusteht. Das fortan einige Deutschland ist groß und mächtig genug, um den in seinem Schooße erwachsenen anders redenden Stämmen eifersuchtslos in vollem Maße gewähren zu können, was Natur und Geschichte ihnen zuspricht; und niemals soll auf seinem Boden weder der Slave, noch der dänisch redende Nordschleswiger, noch der italienisch redende Bewohner Süddeutschlands, noch wer sonst uns angehörende in fremder Zunge spricht, zu klagen haben, daß ihm seine Stammesart verkümmert werde, oder die deutsche Bruderhand sich ihm entziehe, wo es gilt. — Nachdem sofort die Namen der als legitimirt anerkannten Abgeordneten verlesen worden sind, schreitet die konstituirende Nationalversammlung zur Wahl ihres Vorstandes, und es wurden gewählt: der Präsident, Heinrich v. Gagern von Darmstadt, mit 499 von 518 Stimmen; der erste Vizepräsident, v. Soiron von Mannheim, mit 408 von 513 Stimmen; der zweite Vizepräsident, v. Andrian von Wien, mit 310 von 505 Stimmen. Das Skrutinium über die Wahl der Schriftführer wird dem Vorstande allein überlassen, und die Verkündigung der Erwählten auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt. Die Anzeigen der eingelangten Petitionen und Adressen wird auf die nächste Sitzung verschoben. Nächste Sitzung am 3. Juni 1848 Vormittags 9 Uhr. Ende der öffentlichen-Sitzung Mittags 1 Uhr.

Der Präsident (gez.) v. Gagern.

Der Schriftführer (gez.) Dr. Riehl.

Bayern.

Landtag.

**München, 31. Mai. (XX., XXI. und XXII. Sitzung der Kammer der Reichsräthe.) In der 20. Sitzung ist die Berathung über das Wahlgesetz auf der Tagesordnung. Referent Reichsrath Graf Karl v. Seinsheim entwickelt seine ganz von den Beschlüssen der Ausschüsse divergirende Ansicht, wornach er ein Wahlgesetz zwar als ein solches zur Erfüllung des königlichen Wortes für nothwendig, das vorliegende aber für nicht zweckmäßig erachtet, weil es die wesentlichsten Grundlagen der verfassungsmäßigen Bestimmung der Wahlordnung und die Repräsentation nach Ständen, eine Einrichtung, die am besten zur Erhaltung der Ordnung im Staate ist, abändert, während den allerdings vorhandenen Gebrechen der bisherigen Wahlordnung auf anderm Wege hätte abgeholfen werden können, weil es ferner den Zensus als Grundlage der Wahlfähigkeit aufhebt, der doch selbst bei den freisinnigsten Staaten bis auf die neueste Zeit bestand. Er sieht durch diese Aufhebung gerade den Wahlintriguen den freiesten Spielraum gegeben, keine ordentliche Vertretung der Landesinteressen in der Zukunft, und befürchtet im Ganzen, es möchte einst statt eines Königs von Gottes Gnaden — König von Volkes Gnaden heißen. Bei der hierauf eröffneten allgemeinen Diskussion tritt ihm vor Allem Reichsrath v. Armansperg bezüglich beider Ansichten entgegen. Nicht allein wegen Erfüllung der in der Proklamation gegebenen Zusicherung sey dieses Gesetz nothwendig, sondern auch deßhalb, weil das dermalige Wahlsystem sich überlebt habe, er möchte sagen, durch die große Bewegung der Zeit überstürzt wurde. Das bisherige Wahlgesetz beruhe auf der Gliederung der Klassen von Ständen, allein gerade diese Verschiedenheit habe ja aufgehört; die allgemeine Volksstimme sey, daß eine andere Wahlbasis angenommen werde. Die Regierung habe sie erkannt und daß sie dieselbe richtig aufgefaßt, beweise die Annahme des Gesetzes in der 2. Kammer. Aber auch zweckmäßig finde er das Gesetz, wenn er gleich nicht die Bürgschaft im Festhalten des Zensus für Ordnung und Ruhe verkenne, so habe doch derselbe die Schattenseite, daß durch einen zu hohen Zensus die Intelligenz ausgeschlossen würde und hindernd sey, den zu wählen, der unbedingtes Vertrauen genieße; der vorliegende Gesetzentwurf trage namentlich in der Bestimmung der zu einem Wähler und Wahlmann erforderlichen Eigenschaften Bürgschaften genug in sich, zudem sey auch noch ferner in der 1. Kammer der Besitz vertreten, und die Parlamentswahlen geben ihm durch ihr erfreuliches Resultat auch bezüglich der Wahlen für unsere Kammer Beruhigung, letzteres sey auch der Grund, daß er mit der Einführung der indirekten Wahlen, obwohl er im Prinzipe für direkte sey, sich einverstanden erkläre. — Wallerstein: Jede menschliche Einrichtung habe ihre Zeit, und darin liege gerade die schönste Perle unserer Verfassung, dessen Geber ewig in den Herzen seiner Bayern leben werde, daß der Fortschritt zum Bessern ausgedrückt ist. Das neue Wahlgesetz sey für die Bürger und Bauern das, was das Ablösungsgesetz für die Berechtigten sey, auch sie würden ihrer Rechte entkleidet, eine neue bürgerliche Gesellschaft trete auf. Die von Graf v. Seinsheim angeführten Beispiele an die alten Staaten, welche einen Zensus festsetzten, mahnen uns gerade an die Zeiten des noch aufrechtstehenden Sklaventhums, wo es noch Halbunterjochte und Leute gab, die man nur für Waare ansah. Dem Christenthum — dem Kreuz verdanken wir den großen Umschwung. Jeder Freie auf deutschem Boden tagte mit, im Mittelalter machten sich die Städte Bahn, später folgte der Bauernstand. Zensus wäre zu seiner Zeit an der Stelle gewesen, jetzt nicht mehr, wo auch das geistige Element seine Rechte erlangt habe. Er sey stets für den Fortschritt gewesen und jeder Staatsmann müsse wünschen, daß das Neue fortan zum Ziele geführt werde, denn nur dieß sey Monarchismus, sey Konservatismus. Ein Wahlgesetz müsse zwei Aufgaben lösen, es müsse gerecht seyn und die Keime der Lebensfähigkeit in sich tragen. — Freyberg: Es wäre in der Proklamation nur eine Verbesserung der Wahlordnung versprochen worden, die

Regierung sey aber weiter gegangen und habe ein Gesetz gebracht, welches die Grundvesten unserer Verfassung erschüttere und doch größtentheils Niemand befriedige. Das Gesetz sey nicht zeitgemäß; nicht was die Klubs aussprechen und was der gegenwärtigen Bewegung entspreche, sey auch zeitgemäß; deren Foderung würde immer weiter gehen; vernünftiger Föderung solle die Regierung Rechnung tragen; werde jetzt Ruhe werden? gerade das Gegentheil. Einen vierten Stand hätte man noch vertreten lassen sollen, so wie ferner solche beiziehen, die keinem Stand angehören, keinen Zensus bezahlen, sondern nur die Intelligenz repräsentiren. — Giech: Würde es sich nur um Reform, um Anknüpfen an das Alte handeln, hätte er vieles einzuwenden, selbst gegen den Standpunkt, von dem das Gesetz ausgehe, würde er dann seine Stimme erheben. Der Standpunkt sey aber nach dem großen Umschwung der politischen Ansichten ein anderer; in 3 Monaten sey geschehen, was sonst nicht in Jahrhunderten; wer das Gesetz richtig beurtheilen solle, müßte auch den Muth haben, gleichsam in sich selbst diesen Sprung mitzumachen. Er stimme für das Gesetz und vertraue auf den gesunden Sinn des Volkes; Verwerfung des Gesetzes wäre Anfang der Reaktion. — Aug. Seinsheim stellt mehrere Vergleiche auf und fürchtet das Aeußerste von dem Gesetz; wenn man den Perdel von der Uhr aushebe, laufe sie in das Unendliche. — Hohenlohe bewundert den Muth des vorigen Redners, daß er sich gegen das Gesetz ausspreche; nur daß der Feind der bürgerlichen Ordnung am Staate Theil nehmen kann, werde er dessen Freund. Er stimme für das Gesetz. — Zu-Rhein: Indem wir dem Gesetze mit offenem Sinn die Hand reichen, sprechen wir es aus, daß es uns Ernst sey mit der Einheit der deutschen Sache, daher solle man nicht zurückschrecken vor den Grundbedingungen, die zur friedlichen Lösung nöthig. — Armansperg weiset nach, daß bisher doch nicht alle Klassen der Staatsbürger vertreten waren, nicht der Adel ohne Gerichtsbarkeit, nicht die Geistlichkeit ohne Pfarrpfründe, nicht alle, wenn man auf den Zensus sehe, nicht der gelehrte Stand. — Geist und Tendenz der Verfassung wäre aber, daß alle berufen zur Standschaft, dieß wollte die Verfassung nicht in einem bindenden Gesetze geben, sondern der Zeit überlassen, die unsere Regierung wohl begriffen. — Maurer: Nur wegen des Aufgebens des ständischen Prinzips habe das Gesetz so viele Gegner, sie schwänden, könne man zeigen, daß dieses Prinzip schon untergegangen ist, es sey bereits untergegangen in unsern Ideen und Sitten sowohl als in unserm Staatsrecht, untergegangen in der neuen Idee des Staatsbürgerrechts. — Am Schlusse der allgemeinen Debatte spricht der Minister des Innern seine Verwunderung darüber aus, wie man, da man die Nothwendigkeit des Gesetzes allenthalben erkannt, das Gesetz als gefährlich verdammen könne; dem Gesetze, wenn es auch die Gliederung nach Ständen und keinen Zensus adoptirte, enthalte dennoch Garantien durch die indirekte Wahl und die bedingte Eigenschaft des reifern Alters und des Staatsbürgerrechts als Wahlmann, so wie im Festhalten des Zweikammersystems. Ein Festhalten an dem bisherigen Wahlgesetz wäre bei dieser Zeit unausführbar gewesen, die Ueberzeugung beseelte die Regierung. Besseres bilden zu müssen, wollte sie bei dem neuen Abschnitt des Staatslebens den Stürmen entgehen, mußte dem wankenden Gebäude eine Schutzwehr gegen die leckende Flamme der Anarchie bilden, um den Bau der Verfassung zu schützen. — Hierauf schritt man zur speziellen Diskussion. Bei Art. 1 hätte Wallerstein und Armansperg wohl eine Vermehrung der Abgeordneten gewünscht, er wird jedoch ohne weitere Diskussion nach der Fassung der Kammer der Abgeordneten angenommen, in gleicher Weise Art. 2. — Bei Art. 3 sprechen sich Zu-Rhein und Wallerstein für das Prinzip der direkten Wahl — als die einzig wahre und ungebührlichen Einflüssen die Thüre versperrend — aus; ersterer begnügt sich deßhalb, weil der Begriff des politischen Lebens noch nicht recht in's Leben getreten, was auch der I. Präsident behauptet, jedoch Wallerstein nicht zugibt, ein gesunder Sinn reiche zur Wahl hin. Letzterer verwundert sich, daß selbst der durch und durch teutsche Mann Gagern für indirekte Wahl sich aussprach. Art. 3 wird gegen 1 Stimme (Wallerstein) hierauf angenommen. — Art. 4 wird ebenfalls ohne weitläufige Diskussion angenommen. — Bei Art. 5 findet in der Zulassung der Juden, als dem höchsten Rechte des Staatsbürgers, auch eine gänzliche Gleichstellung in allen bürgerlichen Verhältnissen statt, was der Minister des Innern in Abrede stellt, weil das Edikt von 1813 bis zur Abänderung zu Recht bestehe. — Wallerstein nimmt die Juden in Schutz, sie wären beim Mitzahlen dabei und beim Blutvergießen für das Vaterland, daher ihnen auch diese politische Befugniß zustehe. Er bedauert aber, daß so viele wahlberechtigte Staatsangehörige durch die Einkommensteuer von der Wahl ausgeschlossen würden, was bei Belassen des durch diese Steuer aufgehobenen Familiensteuergesetzes nicht der Fall wäre, weßwegen er den Zusatz beantragt, daß auch diejenigen wahlberechtigt seyen, die nach dem letzten Gesetze von 1814 steuerpflichtig gewesen wären. Wallerstein dringt jedoch nicht durch und wird der Art. 5 nach Fassung der Abgeordnetenkammer angenommen. (Schluß folgt.)

‖ München, 6. Juni. Als vor einigen Tagen das Gerücht vom Verbot des Tragens der dreifarbigen Kokarde auftauchte, waren wir durchaus nicht geneigt, die Widersinnigkeit eines solchen Verbotes zu jetziger Zeit auszusprechen, wollen doch so viele und so gewichtige Gründe Berucksichtigung, welche besonders ein Tragen solcher Bänder im Knopfloch als geradezu verwerflich erscheinen lassen. Beantworten wir uns nur vor allem die ernste Frage: Auf welche Art kann sich, so lange dieser Zustand noch fortdauert, der mit Orden dekorirte Hochadelige dem gewöhnlichen verdienstlosen Unadeligen gegenüber äußerlich unterscheiden? Hat doch der hohe Adel so manche bittere Pille in neuerer Zeit schlucken müssen, und soll sich jetzt auch noch die wohlverdiente Ehre rauben lassen, „Orden“ zu tragen, eine Ehre, deren er sich, wie jüngst ein solcher Hochadeliger klagte, bei Ueberhandnahme dieses Uebels leider begeben müsse. Seither konnte man doch den Unterschied zwischen einem, verschiedenen Ministerien Treuergebenen, oder bei höchsten Geburten, Tanzen, Vermählungen rc. rc. wohlverdienten Hochadeligen, und den gemeinen verdienstlosen Plebejer durch den ersten Blick auf die Brust erkennen, und fortan soll dieß aufhören? Das hat doch der hohe Adel gewiß nicht verdient; schon nicht durch seine gütige Herablassung und „nobles“ Benehmen bei den Lolavorgängen, wo er zeitweise sogar zu vergessen schien, daß er von besserm Blut als der Bürger stammte, nicht durch seine uneigennützige, großmüthige Haltung bei diesen Ereignissen, welche seine jetzige unangenehme Lage theilweise veranlassen mußte. Nehme man sich vielmehr den Herrn Oberpostmeister von Augsburg zum Muster. Dieser erklärte seinen Kondukteurs geradezu, daß er es bei hoher Ungnade nicht gern sehe, wenn sie Bänder im Knopfloche trügen. Sie möchten sonst meinen, diese Dinger wären Orden! Darum nur etwas mehr Delikatesse gegen den hohen Adel! würde diese in größerm Maaß angewandt, so hätte sich neulich eine Person gewiß nicht unterfangen, der Mutter eines solchen Hochadeligen die Nachricht mitzutheilen, daß ihr Herr Sohn, der Herr Graf beim Landwehrfreikorps und zum Exerziren in die Kaserne marschirt sey. Die arme Dame! sie fiel bei dieser Nachricht in Ohnmacht, und war lange Zeit ernstlich leidend, ein Zustand, den jeder einigermaßen nicht mit bloßem „Plebejerauffassungsvermögen“ Begabte sehr begreiflich finden wird. Wünschen wir daher diesem hohen Stand von Herzen, er möge vor solchen und auch vor anderen Vorfällen geschützt bleiben, welche seinen schwachen Nerven vielleicht eine Ohnmacht verursachen könnten, von der er sobald nicht mehr erwachte.

⊙ München. (Historischer Verein von Oberbayern.) Zu Prutting in der Nähe des Chiemsees wurde am 27. April h. J. bei dem Umbau der dortigen Pfarrkirche und zwar bei dem Abbrechen der Tumba eines Seitenaltars, welcher von dem Presbyterium in das neuerbaute Seitenschiff der Kirche gesetzt wurde, ein römisches Denkmal aufgefunden, über welchen interessanten Fund in der Versammlung des historischen Vereins am 2. Juni die von dem Hrn. Pfarrer Mayr in Prutting eingesandte Anzeige unter Vorlage der zugleich eingesandten Zeichnung des Monuments und einer Kopie der auf demselben befindlichen Inschrift, über deren Ergänzung und Erklärung sich zugleich Hr. Professor v. Hefner aussprach, vorgetragen. Dasselbe geschah auch mit der dem historischen Vereine über diesen Fund zugekommenen Notiz des Herrn Pfarrers Dr. Vogel in Vogtareut, der ebenfalls eine Kopie der Monumentsinschrift beigefügt hatte. Die Veranlassung des Monuments war nach der Aufschrift ein unter den Kaisern Maximinus Konstantinus und Licinius von der dalmatinischen Legion erfochtener Sieg, weßhalb ein Tempel errichtet wurde. Die Zeit dieses Sieges und Tempelbaues fällt sohin in die Jahre 307 bis 313 nach Christus. Näheres hierüber wird einer Erörterung in der Vereinsschrift vorbehalten und hier nur noch bemerkt daß in Prutting seit Jahrhunderten sich die Sage erhalten, die dortige Pfarrkirche sey an der Stelle eines römischen Tempels errichtet worden. — Von den, der heutigen Versammlung vorgelegten literarischen Erwerbungen des historischen Vereins führen wir namentlich an, die höchst interessante Schrift des Hrn. Oberbauraths Panzer in München „Beitrag zur deutschen Mythologie,“ kürzlich bei Christian Kaiser in München erschienen —, dann die ebenfalls von dem Hrn. Verfasser dem historischen Vereine von Oberbayern zugesendete Schrift des Herrn Raths Bergmann in Wien über die heutigen sogenannten Cimbern in der Sette-Communi im Veronesischen. Mit Vorlage dieser Schrift wurde auch ein hierüber an den Vereinsvorstand gerichtetes Schreiben des Herrn Verfassers der Versammlung bekannt gegeben. — Hierauf trug Herr Benefiziat Geiß in München aus der von ihm verfaßten größern Geschichte des Klosters Frauen-Chiemsee die Abtheilung über die letzte Abtissin dieses Klosters, Plazida Gärtner, und über die Klosterauflösung (1799 bis 1812) vor. — Sodann legte der Herr Domprobst Dr. v. Deutinger ein in der ständischen Bibliothek dahier befindliches Manuskript einer Chronik des Bisthums Freising, angefertigt von dem nachmaligen Pfarrer Joh. Gg. Diemer, gest. 1813, vor und begleitete diese Vorlage mit näherer Darstellung des Inhaltes. — Schließlich wurde die von dem Vereinsmitgliede Herrn Lieutenant und Inspektionsoffizier im Kadettenkorps Frhrn. v. Schönhueb verfaßte und dem Verein eingesendete Geschichte des erloschenen Geschlechts der Zaifseringer von Zaifsering, Landgerichts Rosenheim, vorgetragen. — Die nächste Vereinsversammlung wird Samstag den 1. Juli Nachmittags 4 Uhr stattfinden.

Aus der Pfalz. Als im Jahr 1813 das deutsche Volk sich gemeinsam mit seinen Fürsten erhob, um der fremden Herrschaft entledigt zu werden, wurde nach glücklich vollbrachtem Werke, am 30. Mai 1814 in Paris der Friede abgeschlossen. Gleich damals wurde, wegen erfolgter Auflösung des Rheinbundes, in Erwägung gezogen, ob das deutsche Reich und die deutsche Kaiserwürde wieder hergestellt werden solle, was jedoch nicht für geeignet erhalten wurde, vielmehr wurde in dem erwähnten Friedenstraktat festgesetzt, daß die Staaten Deutschlands selbstständig und durch ein Föderativband vereinigt seyn sollten. Die weitere Ausführung der Sache wollte jedoch nicht gedeihen und wäre Napoleon im Jahr 1815 nicht wieder in Frankreich erschienen, so möchte es noch lange gedauert haben, bis der Wiener Kongreß irgend einen Entscheid in der Sache gefaßt hätte. Schon damals murrte das Volk über die Nichtvollziehung gegebener Versprechen und Männer, welche an der Spitze des Tugendbundes gestanden und das Volk für das Abschütteln des fremden Joches begeistert hatten, waren schon in jener Zeit verdächtig und mißliebig geworden. Als aber Napoleon wieder erschienen war und man der Arme des Volks bedurfte, so wurde in aller Eile, die deutsche Bundesakte am 8. Juni 1815 auf dem Kongreß in Wien zu Stande gebracht, wornach sich die souverainen Fürsten und freien Städte Deutschlands zu einem beständigen Bund, der deutsche Bund genannt, vereinigten. Unter andern wichtigen Rechten wurde dem deutschen Volke überall eine landständische Verfassung zugesichert; diese Zusicherung blieb aber bekanntlich fast unerfüllt oder wurde erst allmählig nach vielen Jahren in Vollzug gesetzt; die Abfassung des Art. 13 der Bundesakte in prophetischem Ton gehalten, war für die Diplomatie ein willkommener Vorwand, die Ertheilung von Verfassungen hinauszuschieben, da die Worte des fraglichen Artikels, daß in allen Bundesstaaten eine landständische Verfassung statt haben werde, die Regenten nicht zu verpflichten schien, sofort Hand ans Werk zu legen. Wenige derselben, deren Rathgeber den fraglichen Artikel ehrlich auslegten, bewilligten solche alsbald, viele aber bekanntlich nicht, ließen vielmehr bis in die neueste Zeit die Prophezeihung im Stiche. Was geschehen ist, um in Deutschland bessere

politische Zustände einzuführen, ist bekannt, ebenso wie schmählich die besten Männer Deutschlands behandelt wurden, welche es mit dem Volke ehrlich meinten und die Versprechungen und Verheißungen zu verwirklichen suchten, welche die Fürsten in Zeiten der Noth gemacht, aber zu erfüllen, absichtlich oder unabsichtlich, vergessen hatten. Im Jahr 1830, nach dem Ausbruch der zweiten französischen Revolution, schien der Augenblick gekommen zu seyn, die Freiheiten zu erlangen, nach welchen die Völker schon so lange gestrebt hatten, allein die Fürsten hielten dieses Bestreben auch damals mit Gewalt nieder und es blieb beim Alten. Die im Februar letzthin stattgehabte dritte französische Revolution veranlaßte einen allgemeinen Sturm der deutschen Völker gegen die Fürsten, hervorgerufen durch die schmachvolle Behandlung, welche sie seither erlitten und durch das Verweigern der gegründetsten Forderungen, welche man vergeblich zu erfüllen gebeten hatte. Hätten die Fürsten und ihre Rathgeber die Zeichen der Zeit begriffen und wären sie eingedenk gewesen, daß nicht ihretwegen die Völker vorhanden seyen, sondern sie des Volkes wegen und freiwillig nur den zehnten Theil von dem zugestanden, was sie nun gezwungen und im Gefühl des seither begangenen Unrechts zugestehen mußten, sie hätten sich den Dank ihrer Völker auf immer erworben. Es scheint aber nicht, daß die Vorsehung wollte, daß auf diese Weise das begangene Unrecht gutgemacht werde, die Völker, ihrer sittlichen Kraft bewußt, sitzen nun zu Gericht und es soll durch das Parlament id est durch das Volk entschieden werden, welche staatliche Form Deutschland erhalten müsse. Die Schwierigkeit, die sich hiebei aufwirft, springt in die Augen. Deutschland ist ein vielgegliederter Staatskörper, aus verschiedenartigen Bestandtheilen zusammengesetzt; kein Glied desselben wird, wenn es noch so wenig zum Ganzen taugt, von demselben getrennt seyn wollen und es kann ganz gut in dieser Beziehung mit dem vielbeplackten Rock des Johannes Wurst verglichen werden, der nicht bunter ausgesehen haben kann, als die Charte Deutschlands. Wir alle fühlen deßwegen tief, daß Deutschland Einheit Noth thut, nicht in Gesinnungen allein, sondern hauptsächlich auch in staatlicher Beziehung, welche erstere fördern wird und vielleicht einzig und allein nur fördern kann, allein wer kann, wer wird den Stein vor der Thüre wegwälzen können und wollen? Gewaltsam will man die staatliche Einheit Deutschlands, wie es scheint, nicht zu Stande bringen; der bekannte Entwurf des Reichsgrundgesetzes, der Vertrauensmänner, hat überall keinen Anklang gefunden; er hält sich zu viel an das Historische und Hergebrachte und man sieht klar aus dem entschuldigenden Eingang dazu, daß jene Männer recht gut wußten, wo der Schuh drücke, daß sie es aber nicht wagten, anzugeben, wie dieses Uebel beseitigt werden könne. Tabula rasa ist nicht vorhanden, vielmehr ist auf der Tafel viel, ja zu viel geschrieben, was wegzuwischen eben keine kleine Arbeit ist. Sie kamen deßwegen auf die höchst unglückliche Idee, einen weitern Placken auf das schon so sehr verplackte Kleid zu setzen, nämlich einen deutschen Kaiser mit einem Reichstag und Reichsgericht vorzuschlagen, mit dem Zusatz, welcher zugleich ein Mißtrauensvotum gegen die dermaligen Regenten ist, selbiger dürfe kein regierender Fürst seyn, also Regent ohne Sand noch Land, sohin ohne Gewicht im deutschen Reich, welches ihm erst auf Kosten der deutschen Nation geschaffen werden müßte, mittelst einer Zivilliste und einer ansehnlichen Armee. Man glaubte wahrscheinlich, der Name deutscher Kaiser wirke elektrisch auf das Volk und man war glücklich, die Sache mit einem Wort gleichsam erschöpft zu haben, ohne zu bedenken, daß man mit Worten trefflich streiten kann, ohne in der Sache etwas zu thun und daß offenbar Deutschland für einen weitern Regenten und ein neues Beamtenheer nicht in die Schranken getreten ist. Könnte Deutschland in eine Republik umgeschmolzen werden, so wäre freilich in Betreff der nominellen Einheit geholfen, waren wir aber seither gleichsam unter absoluten Monarchien gestanden, so konnen wir nicht aus diesen mittelst eines Satzes in eine Republik hinüber gelangen, wir sind sicher zu einer solchen Staatsverfassung politisch noch nicht reif und die Kulturgeschichte aller Völker hat gezeigt, daß dergleichen Sprünge lebensgefährlich sind, die nie ungestraft gemacht werden, auch nie zum Heil der Völker gereichten. In dem letzten Jahrhundert hat sich dieses noch bewiesen, indem solches selbst durch den absoluten Fürsten, nämlich durch Kaiser Joseph, welcher seinem Zeitalter voraneilte, nicht ungestraft geschehen konnte, ebenso in Frankreich. Nur mittelst freien Institutionen, in deren Besitz die Völker längere Zeit gewesen, läßt sich eine republikanische Staatsform heranbilden, die dann auch ohne Blutvergießen und Anarchie verwirklicht werden könnte. Es läßt sich auch der Süden Deutschlands nicht mit dem Norden vergleichen; Deutschland würde sicherlich bei Einführung einer solchen Staatsform in 2 Lager zerfallen und es würde dann entweder die Beute des Bürgerkriegs oder irgend einer auswärtigen Macht oder eines aus dem Chaos hervortretenden Diktators oder Tyrannen werden und dann moralisch tiefer herabsinken als je. Allerdings sind in Deutschland der Regenten zu viel und wenn man auch aufstellen könnte, daß das Zentralisiren ein Nachtheil für das Volk ist und daß bei kleinern Regierungen die Interessen der Einzelnen mehr gewahrt würden, so sind dabei Sondervortheile der einzelnen Regierungen doch so vielfältig, daß unmöglich an eine Einheit gedacht werden kann. Es muß demnach auf rechtlichem Weg dahin gewirkt werden, daß die kleineren Regenten mit der Zeit eingehen oder beziehungsweise sich der Einheit zu Liebe, dem allgemeinen Besten unterordnen. Vor Uebereilungen, gegen welche wir ohnehin bei dem deutschen Charakter gesichert sind, ist sich aus vielen Gründen dennoch zu hüten, damit man das begonnene große Werk dauerhaft gründen könne und das Vorparlament hätte öfters behutsamer verfahren sollen, um unsere Lage, die auch geographisch nicht zu den vortheilhaftesten gehört, nicht zu kompromitiren. Dadurch nämlich, daß das Vorparlament Schleswig als Theil Deutschlands erklärte, obschon es seit Jahrhunderten der Krone Dänemarks angehörte, das auch nur für Holstein dem deutschen Bund beigetreten war, wurden wir mit diesem Land in einen Krieg ohne Nutzen verwickelt und dadurch, daß der deutsche Theil Posens dieselbe Verfügung traf, können wir entweder mit Frankreich oder Rußland in einen Krieg verwickelt werden. Alles dieses hatte keine Eile; ist einmal Deutschland geordnet und sind auch nicht alle deutschen Zungen in selbiges vereinigt, so werden diese ihrer Nationalität wegen Theil desselben werden wollen, finden sie, daß es der Mühe lohnt. Die Idee, welche bei dem Vorschlag zur Gründung eines Parlaments ursprünglich obschwebte, war die Vertretung des deutschen Volks an dem Bundestag, weil, wie die Erfahrung gezeigt, dieses Organ nicht die Interessen der Völker, sondern die der Fürsten wahrte. Die neuern Ereignisse haben aber diesem Parlament eine andere Bestimmung gegeben, wornach es das größte Werk vollbringen soll, so seit dem Bestehen aller menschlichen Institutionen vielleicht noch je einem Staatskörper zu vollbringen auferlegt wurde. Es kann dieses vielleicht, wiewohl nur unvollkommen, für die Einheit Deutschlands gelingen, wenn unter andern 1) das Parlament alle in dessen einzelnen Staaten bestehenden Staatsverfassungen sofort außer Wirkung treten läßt und an deren Stelle für ganz Deutschland eine einzige aus den freiesten Grundsätzen über Volkswohlfahrt und Volksrechte hervorgegangene Verfassung setzt; 2) auf den Entwurf, ein deutsches Reich zu gründen unter einem deutschen Kaiser mit Reichstag und Reichsgericht nicht eingeht; 3) den Bundestag, resp. Bundesversammlung, sofort aufhebt und zur Wahrung der Reichsverfassung einen aus den charakterfestesten Männern gewählten Senat kreirt, mit der Obliegenheit, die Vollziehung und Anwendung der Verfassung zu überwachen und nöthigen Falls zwischen Volk und Fürsten zu entscheiden; 4) die Masse der Beamten vermindert, die übermäßigen Gehalte abschafft und auf ihr richtiges Maß reduzirt; 5) ebenso die Zivillisten moderirt; 6) alle Gesandtschaftsposten der deutschen Fürsten an den gegenseitigen Höfen aufhebt und 7) gleichfalls alle Adels- und Standesvorrechte.

(Speyer. Z.)

Preußen.

≠ Berlin, 31. Mai. Nach den Mittheilungen, welche in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung seitens des Kriegsministeriums gegeben worden sind, haben die Waffensendungen, welche aus dem hiesigen Zeughause seit etwa 14 Tagen stattgefunden haben, keinen andern Zweck gehabt, als die Waffendepots in den Provinzen, welche durch die Abgabe von Gewehren an die neu gebildeten Bürgerwehren theilweise ganz geleert waren, wieder zu vervollständigen. Das Zeughaus in Berlin bildet das Zentralwaffendepot für das ganze Land; Sendungen von Waffen, welche die Erhaltung der Wehrhaftigkeit der Waffenplätze in den Provinzen zum Zweck haben, können daher als rein administrative Maßregeln im Ressort des Kriegsministeriums ein besonderes Aufsehen mit Grund nicht erregen. Die zur Sicherung des Zeughauses getroffenen Vorkehrungen gegen früher sind übrigens in keiner Weise verändert worden.

Schleswig-Holstein.

Apenrade, 30. Mai. Wir sind hier geflüchtet, weil alles Militär gestern Hadersleben verlassen und uns den Dänen preisgegeben hat. Der Magistrat und alle Beamte, so wie Personen die etwas zu verlieren haben, sind uns gefolgt, um einer Katastrophe zu entgehen, wie wir solche früher erlebt. Die Dänen sind wirklich auch heute in Hadersleben eingerückt. Hier liegen noch circa 1000 Mann Preußen. Vierzig Familien sind diese Nacht und heute geflüchtet — was daraus werden soll, mag Gott wissen. Diese Nacht bleiben wir hier mit vielen andern; vielleicht hören wir morgen Näheres über das unglückliche Hadersleben. Die Dänen sind richtig in großer Menge da; die treuen Freischaaren haben noch bis zuletzt Ordnung in der schon empörten Stadt gehalten; sie sandten hierher um Hülfe. Ob die Preußen nun wieder vorrücken, weiß Niemand; ist dies der Fall, so ziehen wir mit ihnen zurück; wir wollen so ungerne weiter von der theuern Heimath. Man erwartet diese Nacht die Dänen hier, doch hier ist Militär und nicht so viel dänischer Pöbel, den wir auch mehr fürchten als dänische Truppen. Zwei Kanonenböte und ein Dampfschiff lagen im Hafen von Apenrade, welche heute morgen die Stadt beschossen. Bei Alsen ist es auch zur Metzelei gekommen, indem die Dänen landeten. Man sagt, Wrangel wolle jetzt den Krieg ernsthafter führen.

(Börsenh.)

Altona, 31. Mai. In Rendsburg sind gestern viele deutschgesinnte Flüchtlinge aus Hadersleben und Apenrade angekommen. — Nach einer Mittheilung aus Rendsburg in den „W. G. N.“ hat die provisorische Regierung den Freikorps das Anerbieten gemacht, als besonderes, den Linientruppen gleichgestelltes Korps wieder in Dienst zu treten, gegen die Verpflichtung bis zum Frieden, längstens aber ein Jahr zu dienen. Das von der Tannsche Korps, 500 Mann stark, ist auf diese Bedingungen bereits eingegangen. (Börsenh.)

Rendsburg, 31. Mai. Eine Nachricht des „Rendsburger Tagblattes“ gibt noch ein Schreiben aus Gravenstein vom 29., also dem Tage nach jenem Gefecht. Um 3 Uhr Morgens ging's aus Apenrade zur Schlacht, die Dänen rückten von Alsen und Kolding entgegen. Um 2 Uhr Nachmittags war ein Treffen bei Nübel und die Dänen gingen zurück. Das Ende des Briefs aus Gravenstein, halb 3 Uhr Nachmittags meldet die für die Deutschen günstige Entscheidung des Kampfes. Die Dänen wurden ziemlich rasch aus dem Feld und Dorf geschlagen. Die Dislokation der deutschen Truppen wurde bestimmt. Ein Theil ging nach Flensburg ab. — Deutsche Flüchtlinge aus Hadersleben melden von Apenrade, 30. Mai, das Einrücken der Dänen in Hadersleben.

Freie Städte.

Frankfurt, 2. Juni. Franz Schuselka ist heute mit der Mittagspost nach Wien abgereist. Es ließ ihm keine Ruhe mehr hier. Unter Umständen eilen wahrscheinlich noch mehrere österreichische Abgeordnete nach Wien zurück, denn alle Briefe sprechen sich dahin aus, daß noch nicht der letzte Kampf geschlagen worden. Die Wiener und überhaupt österreichischen Zustände machen einen peinlichen Eindruck, einen noch peinlicheren die Berichte und Gerüchte aus Berlin. Nach den heutigen Gerüchten sollte der König von Preußen wieder einmal von Berlin entflohen, und die konstituirende preußische Volksversammlung auseinandergesprengt worden seyn, Gerüchte, die ohne Zweifel falsch, welche aber immerhin geeignet sind, die Gemüther in Aufregung zu erhalten. Ebenso werden bereits mancherlei Vermuthungen über den Zweck der hierher verschriebenen Versammlung der demokratischen Vereine ausgestreut, und es fällt immer ein Körnchen auf fruchtbaren Boden. — Nächsten Sonntag soll in dem eine Stunde von hier entfernten kurhessischen Flecken Bergen, der die schönste Aussicht auf das Mainthal bietet, eine große Volksversammlung stattfinden; der Hanauer Volksrath ließ die kurhessischen Gemeinden dazu auffordern, zählte dabei aber gewiß auf starke Betheiligung auch von hier aus. (A. Z.)

Von der Aller, 30. Mai. Die Volksversammlung, welche zum 1. Juni auf den Bahnhof in Cel-

trap ausgeschrieben ist, und die dem Vernehmen nach, namentlich aus den Herzogthümern Bremen und Verden stark besucht seyn wird (in Verden hat man einen Extrazug bestellt), soll hauptsächlich zum Zweck haben, ein Unterwerfung der Versammelten, namentlich auch der tapfern Küstenbewohner, unter die Beschlüsse der Nationalversammlung auszusprechen, wie dies schon in Stade, Göttingen und an vielen andern Orten im Hannoverschen geschehen ist; zugleich soll aber an die konstituirende Versammlung die Bitte gerichtet werden, daß sie dahin strebe, daß dem von dem Fünfzigerausschusse hinsichtlich der hannoverschen Verfassung gefaßten Beschluße dort nachgelebt werde, daß also die versprochenen Verfassungsveränderungen durch eine konstituirende Versammlung vereinbart werden. Endlich bezweckt man die Bildung eines Komités, welches die Bewohner der Weser und Allergegend zur Subskription von Eichen, zum Bau einer deutschen Flotte veranlasse. (Brem. Z.)

Oesterreich.

Wien, 27. Mai. Der heutige in's Leben gerufene „provisorische Ausschuß der Bürger, Nationalgarde und Studenten" hat so eben Folgendes bekannt gemacht: „In diesen dringenden Augenblicken haben sich der Gemeindeausschuß der Stadt Wien, die Bürger, Nationalgarde und die Studenten brüderlich vereinigt und einen provisorischen Ausschuß gebildet, der sich die Aufgabe gestellt hat, die konstitutionellen Rechte des Volks zu wahren und für Ruhe und Ordnung zu wachen. Dieser Ausschuß hat sich bereits versammelt, und wird in kürzester Zeit die Resultate seiner Wirksamkeit zur öffentlichen Kenntniß bringen. Der Ausschuß ist permanent auf dem Rathhaus in Thätigkeit." (A. Z.)

Wien, 28. Mai. Die Auflösung der akademischen Legion und die Unterdrückung der Volksfreiheit soll, wie es heißt, von Bombelles eingeleitet, und von Graf Colloredo, Hye, Frhrn. Pereira, Graf Breuner und Professor Endlicher zur Ausführung übernommen werden seyn. Außer dem Grafen Hoyos ward auch Graf Dietrichstein als Geißel für das fernere Verhalten der Aristokratie vom Volke gefangen gehalten. Der Nationalgarde sind 36 Kanonen vom Kriegsministerium zur Verfügung übergeben worden. Berechnen Sie schon hiernach die Größe des Sieges, den das Volk errang. Oberst Pannasch ist zum Oberkommandanten der Nationalgarde ernannt. Gestern verbreitete sich das Gerücht Se. Maj. der Kaiser hätte sich von Innsbruck nach Botzen begeben. Mehrere unzweideutige Demonstrationen gegen Personen im Gefolge des Kaisers sollen diesen Umzug veranlaßt haben. Offiziell ist hierüber nichts bekannt gemacht worden, der Minister v. Pillersdorf soll jedoch diese Neuigkeit heute einer Deputation der Bürger mitgetheilt haben. Nachdem der Ministerrath in der heutigen Nummer der „Wiener Zeitung" dem Volke hochwichtige Forderungen bewilligt hat, begann man die riesigen Barrikaden abzutragen, und ist bereits damit so weit vorgeschritten, daß Wagen die Hauptstraßen passiren können. Die Arbeiter ziehen sich bereits zurück und gehen an ihr gewöhnliches Tagewerk. Die Aufschrift an den verschlossenen Kaufläden: Heilig das Eigenthum, rührt auch nicht, (?) wie die „Wiener Zeitung" behauptet, zum Theil von den Arbeitern her, diese fühlten sich durch diese Inschriften vielmehr so verletzt, daß sie es sogleich unter sich zum Gesetz machten, daß Jeder, der nur das Geringste von fremdem Eigenthum an sich reißt, augenblicklich aufgehängt werden solle. Es kam kein solcher Fall vor, da sich die Arbeiter eben so tapfer als redlich bewährten. Dagegen wurde Bombelles in der Aula in effigie aufgehängt. Aus den Provinzen kommen Zuzüge von Freiwilligen, deren Zahl von Stunde zu Stunde wächst. Es sind meist Studenten, die in der Meinung, daß noch gekämpft werde, bewaffnet herbeieilen, um den Wienern ihren Arm zu leihen. Doch kommen sie zum Glück zu spät. Erzherzog Stephan ist in der Nacht vom 25. auf den 26. ohne Aufenthalt hier durch nach Innsbruck, um, wie man glaubt, den Kaiser nach dem Wunsch der Ungarn, zur Rückkehr in die alte Haupt- und Residenzstadt zu bestimmen. Die „Preßburger Zeitung" bringt heute die Nachricht: Den Banus von Kroatien haben die Kroaten aufgefordert, der Union mit Ungarn beizutreten. Zwar widerstreitet dieß der Nachricht: in Agram hätte sich ein eigenes Ministerium gebildet, allein die Nachricht der „Preßburger Zeitung" lautet so bestimmt, daß man ihr gerne Glauben schenkt. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Italien.

Mailand. Nach Behauptung von Reisenden, die aus Mailand in Feldkirch eintrafen, ist die Stadt in vollem Aufstande. (Tyr. B.)

Belgien.

Brüssel, 31. Mai. Der Prinz von Preußen ist gestern Abend um halb acht Uhr nach Antwerpen abgereist, um über Holland nach Berlin zurückzukehren. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, 1. Juni. Ein offizieller Artikel zeigt heute an, daß die Regierung gerichtliche Verfolgungen gegen den Verfasser und Drucker des Anschlages eingeleitet hat, durch den die Wähler von Paris aufgefordert worden, den Prinzen von Joinville zum Abgeordneten in die Nationalversammlung zu wählen. Dies findet Jedermann in der Ordnung; daß aber Ludwig Blanc wegen der Vorgänge vom 15. Mai einer gerichtlichen Untersuchung verfallen und nicht über die Justiz erhaben seyn soll, das will den Arbeitern, die zu ihm halten, nicht in den Kopf, und man hört bereits wieder an das Faustrecht appelliren. Eine andere offizielle Mittheilung erklärt, die Regierung werde der Nationalversammlung morgen zwei Gesetzentwürfe gegen die Zusammenrottungen und gegen die Maueranschläge vorlegen. — Am Sonntage (4.) findet im Walde von Vincennes das große Arbeiterbankett zu 5 Sous (7 kr.) per Kopf statt. Es werden sich 200,000 Arbeiter, wie die Proklamation sagt, bei Brod, Käs und Wein zu einer „brüderlichen Gemeinschaft" versammeln. — Hr. Luzian de la Hodde, der bis jetzt im Gefängnisse der Conciergerie saß, wo ihm Caussidière beständig zwei geladene Pistolen gelassen hatte, ist von dem neuen Polizeipräfekten seiner Haft entlassen worden. — Die radikalen Klubs von Paris und den Departements haben beschlossen, eine Subskription zu einem Sou per Kopf zu eröffnen, um von dem Ertrage dem General Courtais (im Kerker von Vincennes) einen Ehrendegen zu übergeben und ihn so an der „Verleumdung" von Seite der „Bourgeoisie" zu rächen. — Heute, als am Himmelfahrtsfeste, ist weder Sitzung der Nationalversammlung, noch Börse. — Rothschild's prachtvolle Mustermeyerei in Suresnes ist in der vorigen Nacht gänzlich abgebrannt. (Karlsr. Z.)

Das „Journal des Debats", das bekanntlich langjährige und sehr intime Verbindungen mit dem dänischen Hofe hat, bringt heute einen Brief aus Kopenhagen vom 24., worin auf das Bestimmteste gemeldet wird: Der Kaiser von Rußland habe am 13. Mai ein Ultimatum an die preußische Regierung gerichtet, wonach, falls die deutschen Truppen nicht bis zum 28. Mai Jütland, Schleswig und Holstein ganz geräumt und sich auf das andere Ufer der Elbe zurückgezogen haben würden, der Kaiser dieses als eine Kriegserklärung zwischen Rußland und dem deutschen Bunde betrachten müsse und sogleich die Feindseligkeiten zu Wasser und zu Lande beginnen werde. Diese Nachricht scheint nach dem schnellen Rückzug der Bundestruppen vollkommen begründet zu seyn.

Dänemark.

Kopenhagen, 27. Mai. Die halbamtliche „Berlingske Tidende" von heute Abend theilt die Nachrichten der „Börsenhalle" vom Donnerstag über die eingeleiteten Friedensunterhandlungen mit der Bemerkung mit: Die Redaktion kann mit Bestimmtheit versichern, daß durchaus nicht die Rede von irgend einem Friedensschluße auf jene Bedingungen ist. Diese halbamtliche Berichtigung bezieht sich also nur auf die Meldung der „Berliner Nachrichten," daß die Friedensunterhandlungen auf Basis einer Theilung Schleswigs nach den Nationalitäten so weit gediehen, daß die Bundestruppen bis hinter die Eider zurückgingen, Rendsburg Bundesbesatzung erhielte und Schleswig neutral bliebe. — Von dem Waffenstillstand wissen die dänischen Blätter noch nichts, obgleich sie den Rückzug der Preußen aus Jütland kennen. „Aarhuus Flyveblade" bringt aus Veile die „für alle Jüten frohe Nachricht, daß die Feinde sich über Hals und Kopf aus dem Lande machen." Der Befehl zum Aufbruch sey sehr plötzlich gekommen. General Wrangel sey rasend gewesen bei Empfang der Depesche und die Preußen betrachten sich als mit Schande bedeckt. Wenn auch das Gerücht, daß 200,000 Russen in Preußen eingerückt, nicht wahr sey, so wäre doch gewiß, daß Rußland in einer energischen Note einen Termin festgesetzt hätte, binnen welchem Jütland geräumt seyn müsse, wenn Rußland nicht den Krieg erklären solle. Auch „Dannevirke" spricht von der russischen Note und von der großen Eile, mit der die Preußen sich zurückziehen; reitende Stafetten haben nach dem Eintreffen einer Depesche am 23. Mai Nachmittags die requirirten Ochsen und andere Lebensmittel abbestellt. Wrangel sey sehr ärgerlich über die unausgeführte Brandschatzung von zwei Millionen Spezies und hätte gesagt: „Wir ziehen ab wie die Narren." Die „Berlingsche Zeitung" gibt diese Berichte ohne Bemerkung. — Man erinnert sich, wie kleinlaut die Dänen waren, als Wrangel die jütische Kontribution ausgeschrieben; sie klagten nur, Jütland werde ausgeplündert werden. Allein jetzt, da die Preußen abziehen, wird nur von energischem Widerstand gesprochen; man habe sich mit dem Feinde in keiner Hinsicht auf die Kontribution eingelassen, sich gerüstet zum Wiederstande u. s. w.; in Horsens sey ein rothbärtiger Spion gefangen und in den Bürgergewahrsam gesetzt. Orla Lehmann hat die Proklamation des Generals Wrangel mit einem Rundschreiben an die Amtleute beantwortet, in welchem er die Jüten nach den neuesten Proben deutscher Ehrlichkeit, die Wrangel, der erst den Jüten den Schutz ihres Eigenthums gelobt, gegeben habe, warnt, an die Rückzahlung der Gelder zu glauben.

Nach Privatberichten aus Kopenhagen vom 28. Mai lagen auf dortiger Rede eine russische, schwedische und norwegische Eskadrille. Der russische Großfürst Konstantin und der schwedische Prinz Gustav waren in Kopenhagen gelandet. Dem Vernehmen nach sollte die Kondemnation von Schiffen nur zum Betrag der in Jütland effektiv eingeforderten Requisitionen stattfinden.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 6. Juni: „Herr und Sklave." Trauerspiel v. Gerlitz. Hierauf: (Zum Erstenmale:) „Die Vendetta." Schwank in 1 Akt nach dem Französischen. Zum Beschluße: (Zum Erstenmale:) „Zephyr's Tändeleien." Divertissement (Hr. Carey, erster Tänzer des k. k. Hoftheaters zu Wien und Mailand „Zephyr" als erste Gastrolle.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. H. Graf Breuner, Gutsbesitzer v. Wien.

Gold. Hirsch. HH. Herdt, Partikulier v. Nürnberg; Saxe, Partikulier von London; Colier und Fischer, Kaufleute von Wien.

Gold. Kreuz. HH. Kreneck, Kaufmann von Nördlingen; Sölchen, Agent v. Breslau.

Blaue Traube. HH. Gider, Privatier, und Breiberg, Partikulier v. Augsburg; Heise, Partikulier, und Authell v. Nürnberg.

Stachusgarten. HH. Dr. Lutz v. Kaltheim; Blattner, Privatier v. Augsburg; Milker, Negotiant v. St. Gallen.

Gestorbene in München.

Joseph Kunz, Schlossergesell v. Stadlern, Ldg. Obervlechtach, 22 J. alt; Franziska Müllbauer, Zimmermannstochter v. h., 39 J. alt; Karolina Schmitz, k. Rittmeisterswittwe v. Würzburg, 50 J. alt.

Pfandauslösung und Versteigerung.

2416. (3b) Dienstag den 27. Juni 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Mai 1847 und zwar von:

Nr. 63,044 bis 72,753.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Dienstag den 4. Juli öffentliche Versteigerung.

München, den 31. Mai 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt I. der Stadt München.

L. Negrioli, Magistratsrath.

Dannes, Cassier. v. Jeck, Controleur.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 150.

Münchener politische Zeitung.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir [illegible] Nro. 2?? auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mittwoch — XLIX. Jahrgang. — **7. Juni 1848.**

Schleswig-Holstein.

(Aus dem Nürnberger Kurier.)

Wieder einmal wollen sie Deutschland verrathen, verkaufen vielleicht um das Beifallslächeln eines Fremdlings, um ein gnädiges Kopfnicken des russischen Czaren. Wenn in früherer Zeit ein Napoleon ein Volk um seine Freiheit betrog, so gab er ihm dafür wenigstens Macht nach Außen, Ruhm und Ehre. Und wir, siegreich dem Feind gegenüber, den Fuß im Lande des Ueberwundenen, wir sollen jetzt nicht nur freiwillig zurückgehen, nein, wir sollen ihm jetzt zum Danke, auf daß er vergesse, wie wir ihn geschlagen, ein Stück deutschen Landes, einen Theil des deutschen Volkes schenken! Soweit ist die glorreiche Erhebung der Märztage gekommen; man darf uns ungescheut verkaufen, und in demselben Augenblick, wo die eine Hand die junge Freiheit zu erwürgen sucht, und den Prinz von Preußen zurückruft, in demselben unterschreibt die andere den Verkauf der deutschen Brüder. Und was thut Deutschland? Steht es nicht auf wie ein Mann gegen solche Schmach, gegen solche Erniedrigung? Nein, nicht ein Wort der Entrüstung ist zu erhören; die Zeitung durch und für Hofräthe in Heidelberg heißt es mit staatsmännischer Weisheit gut, wenn ganz Schleswig-Holstein dänisch bleibt, und die preußische Regierung ist zufrieden mit dem Lobe, das ihr die Times, die Erbfeindin Deutschlands, allergnädigst zukommen läßt. Sie hat mehr zu thun, sie muß Kartätschen und Soldaten für das eigene Volk bereit halten. Hat Deutschland vergessen, daß es geschworen auf den Barrikaden: „Die Zeit der Knechtschaft ist vorbei, fortan soll nicht ein Fuß breit deutschen Landes mehr von dem gesammten deutschen Vaterlande gerissen werden!" Sind in Frankfurt wirklich die Vertreter des souveränen Volkes versammelt? Werden sie zusehen, wie der Fremde Deutschland theilt? Sind wir schon so weit; also im Jahre 1848 darf die Geschichte die erste Theilung Deutschlands durch England und Rußland einzeichnen! Schon ziehen die Abgesandten der deutschen Stadt Hadersleben zu uns, um uns anzuflehen, sie nicht zu verkaufen, werden wir sie von uns stoßen, werden wir wirklich so Vaterland, Freiheit und Ehre verleugnen, wird der deutsche Stamm von nun an als ein Schandwort gelten weit und breit, weil wir ein schändlicherer Judas unsere Brüder verrathen? „Ach! was, Patriotismus, hohlklingende Phrase, es wird uns ein schön Stück Geld eintragen, und wichtig ist nur der Kompetenzkonflikt, wer wird die für den Verkauf Nordschleswigs bezahlte Summe ins Budget zu rechnen haben, die Nationalversammlung oder der preußische Reichstag!"

Deutschland.

Bayern.

Landtag.

**München, 31. Mai. (XX., XXI. und XXII. Sitzung der Kammer der Reichsräthe.) [Schluß der gestrigen Mittheilung.] Bei Art. 6 machte der Minister des Innern und der Justiz gegen die Aeußerung des Fürsten Wallerstein bemerklich, daß man zur Eigenschaft als Wahlmann das volle Staatsbürgerrecht habe festsetzen müssen, weil aus diesen auch die Geschwornen seiner Zeit genommen werden müßten, auch sey es bei Umgestaltung des Landrathes nöthig; durch Zulassung von Leuten höherer Bildung, für deren Ausschluß die Regierung keinen Grund habe, ja vielmehr sie gewünscht hätte, wären Ausnahmsgesetze enthalten, was auf Privilegien herauskäme, denen die Regierung nicht gewogen sey. Art. 6 wird hier auch nach Fassung der Abgeordnetenkammer angenommen — Die kommenden Art. 7, der neue Art. 8, dann die Art. 8 (9) und 9 (10) werden ebenfalls ohne bedeutende Diskussion angenommen. Der für möglichste Ausdehnung eingenommene Fürst Wallerstein hätte bei Art. 9 (10) freilich gewünscht, daß auf 100 oder 200, statt 500 Seelen, ein Wähler treffe, wogegen der Minister der Justiz bemerkt, unter den 500 Seelen seyen auch solche begriffen, die wegen Mangel an Selbstständigkeit nicht wählen dürften, daher sey die Ausdehnung groß genug, bei der Bestimmung von 100 Seelen würden aber 20 einen Wähler zu wählen haben. — In der XXI. Sitzung setzte die Kammer der Reichsräthe ihre Berathung über das Wahlgesetz fort und zwar über Art. 10, und nahm die Art. 10 (11) bis 15 (16), so wie den neuen Art. 17 der Kammer der Abgeordneten, ferner Art. 16 (18) bis 22 (24) ohne alle Diskussion an und zwar immer nach Fassung der Kammer der Abgeordneten. — Bei Art. 22 (24) wollte Reichsrath v. Zu-Rhein eine bündige Erklärung vom Ministertisch, daß die Urlaubsverweigerung nur auf die Militärbeamten und Offiziere Bezug habe, indem ihm die Bestimmung des Gesetzes nicht so klar scheine; was hierauf der Minister des Innern auf das Bestimmteste erklärt. — Auch die Art. 23 (25) und 25 (27) werden nach der Fassung der Abgeordnetenkammer angenommen, bei letzterem Art. wünschte aber Wallerstein die Bestimmung eingeschaltet, daß es den Wahlkandidaten zustehe, bei der Wahl vor ihre Kandidaten treten zu können, worauf der Minister des Innern dieses Auftreten als durchaus keinen dem Gesetze fremdartigen Gegenstand oder eine Einmengung erklärt, jedoch als im Gesetz aufgenommen nicht zweckmäßig hält. — Wallerstein dringt auch damit nicht durch und wird seinen Antrag als Wunsch einbringen. — Die übrigen Art. des Gesetzes werden hierauf ebenfalls ohne Diskussion nach der Fassung der Kammer der Abgeordneten angenommen. — Von den von der Kammer der Abgeordneten gestellten 3 Wünschen werden die ersteren, Umbildung der 1. Kammer und Umgestaltung der Landraths- und Gemeindewahlen betreff., angenommen; dem dritten aber, Zutheilung des Staatsbürgerrechts an Eingewanderte vor dem Verlauf der im 1. Edikt §. 8 bestimmten Zeit von 6 Jahren betr., nicht beigestimmt. Zwei fernere Wünsche des Reichsraths Fürsten v. Wallerstein, a) daß jedem nach Art. 7 dieses Gesetzes passiv Wahlfähigen, ohne Wahlmann zu seyn, freistehe, vor dem Wahlgremium zu erscheinen, seine politischen Grundsätze darzulegen und von den Wählern an ihn gerichtete Fragen zu beantworten; b) daß den in Tit. IV. §. 3 der Verfassungsurkunde aufgeführten Criterien zum Staatsbürgerrecht auch das besteuerte Einkommen, aus intellektueller Betriebsamkeit, beigesellt werde, werden (letzterer gegen 9 Stimmen) angenommen, so wie dann das ganze Wahlgesetz gegen 3 Stimmen. Die Kammer berieth hierauf noch über die Rückäußerung der Kammer der Abgeordneten bezüglich des Kapitalsteuergesetzes, und erklärte sich für die Annahme des bei der Strafe auf Verschweigung der Kapitalsrenten von dort beantragten zwei- statt fünffachen Betrages, nachdem der Finanzminister hiezu, der Vereinbarung wegen, gerathen hatte. — In der XXII. Sitzung der Kammer der Reichsräthe schritt die Kammer zur Berathung des Jagdgesetzes. — Der Minister der Justiz sah sich veranlaßt, schon beim Beginn der Sitzung darauf aufmerksam zu machen, daß durch dieß Gesetz es sich nicht um Aufhebung der Jagd handle, sondern nur zu Gunsten der Eigenthümer von Grund und Boden von den Gemeinden ausgeübt werden solle, wie schon die Motive sagen; prinzipaliter werde sie wohl aufgehoben. — I. Präsident, obwohl Jagdfreund, spricht sich für das Gesetz aus; die Idee der Zeit fordere die Aufhebung der Privilegien, wogegen Arco-Valley, Karl und Aug. Seinsheim es als Aufhebung eines verfassungsmäßigen Rechtes ansehen und letzterer es mit der Legende vom heil. Crispin vergleicht. — Wallerstein ist für das Gesetz, er kenne als stellvertretender Vorstand des landwirthschaftlichen Vereins nur zu gut die Klagen der Grundeigenthümer. — Finanzminister gesteht wohl zu, daß vom Standpunkt des Privatrechts das Aufhören wohlerworbener Rechte nicht gerechtfertigt sey, allein der Standpunkt des Gesetzgebers sey häufig nicht der des Privatrechts. — Die früher beabsichtigte Entschädigung an die Berechtigten mußten wegen Schwierigkeit der zu verschiedenen Werthsbestimmung unterlassen werden, und gibt als Grund dieses Gesetzes an, daß wenn die Jagd dem zustehe, dem nicht das Eigenthum des Bodens sey, das Interesse des Jagdberechtigten zu sehr dem Interesse der Schonung der Kultur vorgesetzt werde. — Bei der speziellen Debatte wird schon bezüglich des Einganges der bei Veränderung verfassungsmäßiger Bestimmung vorgeschriebene Beisatz „unter Beobachtung der in Tit. X. §. 7 vorgeschriebenen Formen" auf Antrag der Reichsräthe Freyberg und Armansperg, dann Wallerstein, gegen die Ansicht der Reichsräthe Heintz und Reigersberg von der Kammer beschlossen, sodann Art. 1 nach der Fassung, daß mit 1. Febr. 1849 statt 1. Oktbr. d. Js. die Berechtigung aufhöre, und Art. 2 nach dem ursprünglichen Gesetzentwurf ohne alle Diskussion angenommen. — Der Art. 3 ebenfalls, jedoch mit einer Modifikation des Reichsraths Niethammer: „daß der Eigenthümer eines zusammenhängenden Grundbesitzes von 300 Tagw. auf der Ebene und 600 Tagw. im Hochgebirg befugt seyn solle, die Jagd selbstständig und ausschließend auszuüben. — Der Art. 4 wird ohne Diskussion nach dem Gesetzentwurf angenommen, eben so der Art. 5 nach dem Gesetzentwurf und nicht (wie die Kammer der Abgeordneten beantragt) dessen Wegbleiben beliebt. — Der neue Art. 6 der Kammer der Abgeordneten, daß nur der des Jagdwesens Kundige Jagd pachten dürfe, wird nicht angenommen. — Art. 6 und 7 nach dem Regierungsentwurf angenommen und Art. 9 nach dem Gutachten des Reichsrathsausschusses, da die Kammer den König nicht in Jagdrechten beschränken wolle. — Ein Wunsch des Reichsraths Arco-Valley um Berücksichtigung der brodlos werdenden Jäger wird vom Reichsrath Wallerstein kräftigst und ernst unterstützt, angenommen und vom Finanzminister die Berücksichtigung nach Kräften zugesichert.

*†München, 6. Juni. II. MM. der regierende König und die Königin mit den durchlauchtigsten Prinzen werden dem Vernehmen nach am Donnerstag Abends das königl. Schloß in Nymphenburg beziehen.

München. Das am 5. l. M. erschienene Regierungsblatt Nr. 35 enthält folgende Bekanntmachung, den Hofstaat II. MM. des Königs Ludwig und der Königin Theresia, dann I. k. Hoh. der Prinzessin Alexandra betr. Hofstaat Sr. Maj. des Königs Ludwig. Hofmarschall: F. Du Jarrys, Frhr. v. La-Roche, k. Kämmerer und Oberstlieutenant im Generalquartiermeisterstabe. Flügeladjutanten: Th. Frhr. v. Jeetze, Major; F. v. Gmainer, k. Kammerjunker und Oberlieutenant. Kabinet Kabinetssekretär: H. v. Kreutzer, k. geh. Rath. Kabinetskassier: J. Rösen. Kabinetskanzellist: J. Riedl. Leibarzt: Dr. A. Schreitinger, k. Rath. Dem Hofmarschallamte unterstellt: Oekonomierath und Kassier: J. Hüther, k. Rath. Hofmarschallamts-Offiziant und Hofsomier: K. Voll. 2. Offiziant (zugleich in der k. Proviantkammer): J. Gerstbach. Saal-, Proviant- und Kellermeister: F. Unger. Bereiter: K. Bram. — Hofstaat J. Maj. der Königin Therese. Oberst-hofmeister: A. Graf Eckbrecht v. Dürckheim-Montmartin, k. Kämmerer, Excellenz. Obersthofmeisterin: M. A., verw. Gräfin zu Eltz, geb. Freiin v. Wambold von Umstadt, Excellenz. Schlüsseldamen: S. Gräfin v. Gravenreuth; M. Freiin v. Mandl. Sekretär J. Hüther. Lectricen: M. de Nesle; A. Celange. Kammerfrauen: K. Schmauß; H. Herdegen. — Hofstaat J. k. Hoh. der Prinzessin Alexandra. Oberhofmeisterin: Freifrau v. Welden, geb. Freiin v. Redwitz, kgl. Kammerherrn- und Oberappellations-Gerichts-Präsidentenswittwe, Excellenz. Hofdame: Th. Freiin v. Besserer. Kammerdienerin: K. Dirl.

München, 6. Juni. Die verschiedenen Gerüchte über einen am 4. Juni in der St. Michaelskirche stattgehabten Vorfall sind dahin zu berichtigen, daß ein Studirender den Hrn. Pf. Haßlinger nicht in seiner Rede unterbrach, sondern vor sich hin eine Aeußerung über den Inhalt der Rede laut werden ließ, welche die die heil. Stätte entweihenden brutalen Angriffe gegen ihn und seinen Beschützer hervorriefen, der mit ihm der Polizei übergeben, gleich nachher aber wieder auf freien Fuß gesetzt wurde.

München, 7. Juni. Eine Batterie der reitenden Artillerie (3. Artillerieregiment) ist bereits vollständig ausgerüstet und wird von Nymphenburg nach Dillingen verlegt.

Preußen.

Berlin, 3. Juni. Vorgestern hat eine Einigung des seit einiger Zeit in Zwiespalt gerathenen bewaffneten Studentenkorps stattgefunden.

Aus Westpreußen. Die Partei der Reaktionäre ist bei uns leider mehr thätig, als man glauben möchte, unbekümmert um die Folgen ihrer Thätigkeit: denn daß jeder ernste Versuch zur Reaktion Preußen an den Rand des Abgrundes oder auf die schwindelnde Höhe der Republik führen muß, das sehen diese Zopfmänner nicht ein. Zu dieser Clique gehören meistentheils unsere größern Grundbesitzer, zum Theil Mitglieder der dahingeschiedenen Herrenkurie, denen sich aber auch einige bürgerliche Gutsherren angeschlossen haben. Diese Herren hielten am 15. d. M. eine Zusammenkunft in Pr. Holland, in welcher politischen Konferenz die krassesten Tiraden über das Zweikammersystem gehalten wurden. Alles drehte sich hier um das Oberhaus, das diesen Herren natürlich am nächsten liegt, und da man nun einmal das Patent vom 3. Februar nicht wiederherstellen konnte, so wollte man wenigstens für sich doch ein Oberhaus aus erblichen Mitgliedern mit Hinzuziehung volksthümlicher Elemente. Wäre dieser Gedanke nicht so unendlich gescheidt, man käme sonst in Versuchung, ihn herzlich dumm zu nennen. Diese Faktion der reaktionären Partei sucht die neue durch die Berliner Revolution herbeigeführte Gestaltung der Dinge für sich so viel wie möglich auszubeuten. Nur unlängst noch entblödete sich ein Beamter des alten Regime's (leider auch noch Beamter des neuen!) nicht, öffentlich zu erklären: „Wir werden schon der Bewegung Herr werden! wir werden den Strom zurückdämmen oder ihm in die Wege leiten, die wir für gut befinden.“ Wenn diese Herren das verlorne Paradies auch nimmer wieder erobern, — Unheil stiften und Exzesse herbeiführen, um dieselben der Revolution in die Schuhe zu schieben, das können sie und insofern sind sie allerdings zu fürchten.

Danzig, 27. Mai. Hier taucht das alte Projekt Napoleons wieder auf, die Ostsee durch den nur eine Achtelmeile vom Strande gelegenen Saspor See (hinter Neufahrwasser) mit der Weichsel in Verbindung zu bringen und dadurch für die künftige Armada Deutschlands den bedeutendsten Kriegshafen der Ostsee zu bilden. Auch werden die Kosten dazu sehr billig befunden.

(Fr. O.-P.-Z.)

Schleswig-Holstein.

Flensburg, 29. Mai. Die vergangene Nacht bestätigte uns die traurigen Begebenheiten des gestrigen Tages. An 20 Wagen mit Verwundeten fuhren im Laufe der Nacht in die Stadt herein und noch heute Morgen kamen mehrere an. Die Dänen waren gestern Morgen schon sowohl von Sonderburg über die Brücke, wie an verschiedenen anderen Stellen, ans Land gegangen und fielen auf diese Weise gleichsam von allen Seiten über die Deutschen her. Unsere Truppen waren sehr in die Enge getrieben, aber sie vertheidigten sich so muthig gegen den in Massen herandrängenden Feind, daß es diesem, trotz seiner Uebermacht, nicht gelingen konnte, weiter ins Land hinein vorzudringen. Leider verloren wir viele deutsche Brüder; aber das Blut eines Jeden floß nicht, ohne sich an manchen Dänen gerächt zu haben; ja die tapferen Deutschen haben wie Männer gestanden. Manche der Unsrigen, namentlich Mecklenburger, sind in die Hände des Feindes gefallen. Man behauptet, daß dieses Gefecht das bedeutendste gewesen, das bisher vorgefallen. Es dauerte bis Abends 8 Uhr. Die Deutschen jagten alsdann den Feind mit dem Bajonnet auf seine Schiffe zurück und setzten sich wieder in Duppel fest. Heute Vormittag entspann sich wieder ein sehr lebhaftes Gefecht, welches 4—5 Stunden anhielt. Die Dänen sollen sich jetzt ruhiger verhalten. Eben kommen wieder Verwundete an. Heute Nachmittag traf ein preußisches Kürassierregiment hier ein. Auch einige preußische Infanterieregimenter kamen mit klingendem Spiel und vollen Muthes hier an. General Wrangel kam um halb 7 Uhr in unserer Stadt an.

(H. K.)

Flensburg, 31. Mai. Von Gravenstein erfährt man nichts weiter, als daß das Gerücht von dem gestrigen Bombardement des Schlosses sehr übertrieben gewesen ist, daß zwar einige Bomben in der Richtung hingeworfen worden sind, aber keinen wesentlichen Schaden angerichtet, am Wenigsten gezündet haben. Die Stimmung ist hier wieder etwas vertrauensvoller geworden, da man einsieht, daß man sich durch übertriebene Darstellungen der Sundewitter Affaire vom Sonntag unnützer Weise hat erschrecken lassen. Am Montag scheint daselbst so gut wie gar nichts vorgefallen zu seyn.

Freie Städte.

Hamburg, 30. Mai (Abends 8 Uhr). Laut einer Bekanntmachung der Kommerzdeputation, welche so eben in der Börsenhalle angeschlagen wird, hat die dänische Fregatte am Ausfluß der Elbe wieder eine Bremer Brigg, von Rio Grande kommend, sowie sieben Blankeneser Ever genommen. Kopenhagener Briefe, von gestern datirt, welche eben angekommen, sagen, es liegen auf dortiger Rhede eine russische, eine schwedische und eine norwegische Eskadrille. Der russische Prinz Konstantin und der schwedische Prinz Gustav waren ans Land gestiegen. Dieselben Briefe melden ferner: die verurtheilten Schiffe seyen preußische und zwar nur zum Betrag der vom General Wrangel in Jutland erhobenen Kontribution. Dieses scheint jedenfalls ein Irrthum, da General Wrangel die Kriegssteuer zwar ausschrieb, aber nicht erhob. Vom Waffenstillstand erwähnen sie nichts; waren alle Nachrichten darüber irrthümlich?

(A. Z.)

Hamburg, 2. Juni. Gestern hat der Marinekongreß seine Sitzungen in dem großen Saale der Harmonie eröffnet. Man vernimmt nur, daß ein permanenter Ausschuß zur Betreibung der Vorarbeiten ernannt worden ist.

Oesterreich.

Die „Wiener Zeitung“ bringt nachstehenden Aufruf an die Garnison Wiens: „Soldaten! Brüder! Das fluchwürdige Attentat der gestürzten Aristokratie hat das Vaterland an den Abgrund des Verderbens gebracht, sie hat den letzten Streich gewagt, um durch unsere Vernichtung ihre mißbrauchte Gewalt neu zu erobern, sie wollte Uns durch Euch knechten — den Bruder durch den Bruder. Doch Gottlob! ihr letzter Streich ist ihr nicht gelungen, er ist zerschellt an dem einmüthigen Willen des Volkes, an seiner todtesmuthigen Kraft. Soldaten! Ihr habt Euch bewunderungswürdig gemäßigt, wir danken Euch dafür. Soldaten! Wir haben gefordert, daß Ihr Wien verlasset, mißdeutet nicht die Nothwendigkeit dieses Schrittes, wir haben es gethan, nicht aus Haß gegen Euch, — denn wir lieben unsere Brüder, — sondern daß Ihr nicht in die schrecklichste aller Lagen gebracht werden könnet, gegen Euere Brüder zu kämpfen, ihr Blut zu vergießen, uns und Euch zu verderben zur Freude unserer gemeinsamen Feinde. Ist einmal die Freiheit garantirt, unser und Euer Feind unschädlich geworden, dann Brüder-Soldaten, werden wir Euch mit klingendem Spiele unter Thränen der Freude zurückrufen; wir werden uns gegenseitig freuen, wie langgetrennte Brüder, die sich wieder finden, denn Ihr seyd mit tausend Fäden unzerreißbar an unser Herz gewachsen, unter uns leben Euere Eltern, Brüder, Schwester, Freundinnen, unser Wohl ist Euer Wohl, unsere Knechtschaft ist Euere Knechtschaft. Wir kämpfen für Freiheit und Recht! Es lebe das Vaterland, es lebe der Kaiser!“ Wien, den 27. Mai 1848.

Wien, 29. Mai. Verläßlichen Privatnachrichten aus Innsbruck zu Folge ist unser gütiger Kaiser von den Tyrolern selbst gebeten worden, nach Wien zurückzukehren, und wir hoffen den geliebten Monarchen demnächst wieder in unsern Mauern zu sehen. (W. Z.)

Wien, 30. Mai. Hr. Tuvora, der bekanntlich wegen Versuchs, die Republik zu proklamiren, von dem Wiener Volke verhaftet worden war, am 26. Mai aber von demselben Volke wieder befreit werden sollte, gab Dieß nicht zu, sondern verlangte einen Urtheilspruch durch Geschworene. Hr. Häfner war weniger skrupulös und akzeptirte die angebotene Freiheit dankbar.

Wien, 31. Mai. Das Namensfest des Kaisers wurde auf die loyalste Weise begangen; die Nationalgarden und die akademische Legion waren ausgerückt, feierlicher Gottesdienst wurde abgehalten, und die Volkshymne wurde unter enthusiastischem Zuruf abgesungen. Abends ward sogar — was sonst nicht geschah — die Stadt zum größten Theil beleuchtet. Gewiß, nie stiegen heißere Wünsche und Bitten für des Kaisers Wohlergehen zum Himmel empor. Einige Stadtkompagnien der Nationalgarde hatten sich sowohl den übrigen Kompagnien als der akademischen Legion entfremdet. Darüber fand denn nach vorausgegangenen gegenseitigen Erklärungen gestern ein Einigungsfest im Odeonsaal statt. Der neuerwählte Oberkommandant der Nationalgarde, Oberst Pannasch, sprach bei diesem Anlaß ergreifende Worte. Auch wurde am Nachmittag einem frühern Akte der humaneren Geistesrichtung Geltung verschafft, freilich nicht ohne daß dabei ein bedeutender Menschenauflauf stattgefunden hätte. Ein italienischer Grenadier sollte in der Getreidmarktskaserne wegen irgend eines Vergehens Stockprügel bekommen. Einige Personen des neugebildeten Sicherheitsausschusses, hievon benachrichtigt, intervenirten gegen diese widerrechtliche Verfügung, deren Ausführung auch verhindert wurde. Der Hauptmann ist zur Verantwortung gezogen. Hieran schließt sich die im heutigen Amtsblatte der „Wiener Zeitung“ enthaltene Kundmachung von Seite des Justizministers, wonach alle entehrenden Strafen, namentlich körperliche Züchtigung und öffentliche Ausstellung aufzuhören haben. Das finanzielle Ergebniß des Monats April würde, da es ein Defizit auf 5,000,000 fl. ausweist, eine größere Mißstimmung hervorbringen, wenn nicht andererseits dasjenige der gesammten sechsmonatlichen Epoche vom November bis Ende April ein noch ziemlich leidiges Resultat herausstellte. Die Börse war abermals sehr fest, und Nordbahnaktien wurden zu neuerdings gestiegenen Kursen für ausländische Rechnung gekauft. Gold ist dagegen um einige Prozente gefallen. (A. Z.)

Wien, 31. Mai. Die Kriegsrüstungen und die Rekrutirung werden ununterbrochen fortgesetzt. So eben hören wir, daß nebst der Aufstellung der zweiten Landwehrbataillons bei jedem der 35 deutschen Infanterieregimenter ein viertes Feld-Reservebataillon errichtet, und daß auch die fünf Artillerieregimenter jedes um ein Bataillon vermehrt werden. — Der Oberkommandant der Nationalgarde, Graf Hoyos, der am 26. von der Nationalgarde und der akademischen Legion gefangen genommen wurde, ist wieder in volle Freiheit gesetzt. Obgleich Graf Hoyos das Kommando der Nationalgarde noch nicht niedergelegt hat, so hat man dennoch voreiligerweise ohne Bestätigung des Kaisers den Obersten Pannasch (Redakteur der militärischen Zeitschrift) zum provisorischen Oberkommandanten ernannt. — Seit heute ist hier das wohl sehr der Bestätigung bedürfende Gerücht verbreitet, daß der Fürst Milosch von Serbien, welcher vor kurzem nach Grätz abgereist ist, in Agram

wegen revolutionärer Umtriebe verhaftet, und daselbst gefangen gesetzt worden sey. Man sagt, er habe zu diesem Zweck eine Million Gulden mit sich genommen. So viel ist gewiß, daß sein Sohn, der Fürst Michael, vorgestern von hier abgereist ist, um sich nach Agram zu begeben. Binnen kurzem muß sich der Sachverhalt aufklären. (A. Z.)

Wien, 1. Juni. Gestern Abends sind die neuesten Nachrichten aus Innsbruck über den Eindruck, welchen die Wiener Ereignisse vom 26. Mai am Hoflager erregten, hier eingetroffen. Der Ministerpräsident v. Pillersdorff schweigt noch hierüber, allein wir wissen aus bester Quelle, daß sie mehr als Erstaunen, daß sie ein Entsetzen verursachten. Man gibt in Innsbruck nicht der Aula, sondern dem unsinnigen Benehmen der Sicherheitsbehörde, diese ihrerseits dem Hrn. v. Pillersdorff, dem sie nicht habe trauen können, die Schuld. Am Empfindlichsten war am Hoflager die Nachricht aufgenommen, daß die Häupter der republikanischen Partei Häfner und Tuvora, welche am 18. Mai vom Volke aufgehenkt werden sollten, von den Bürgern aus dem Kerker befreit wurden. (Augsb. Abdz.)

Wien, 1. Juni. Das Ministerium hat die Einleitungen getroffen, daß in Uebereinstimmung mit den Anordnungen der Proklamation Se. Majestät vom 16. d. Mts. die Wahlen der Abgeordneten zur Einen Kammer des konstituirenden Reichstages auf der Grundlage der Bestimmungen der provisorischen Wahlordnung vom 9. d. Mts. für die Wahl der Kammer der Abgeordneten nunmehr unverzüglich vorgenommen, und dabei jeder Unterschied in Beziehung auf die Zahl der Wahlmänner in den Wahldistrikten in Städten, welche eigene Abgeordnete zu senden haben, beseitigt, und das Alter der Wählbarkeit zum Abgeordneten auf das zurückgelegte 24. Lebensjahr gesetzt werde. Dabei wurde den Länderchefs jede mit der Wichtigkeit des Gegenstandes vereinbare Beschleunigung der Wahlen anbefohlen, damit der konstituirende Reichstag in Gemäßheit des Allerhöchsten Patentes vom 9. Mai d. Js. am 26. Juni eröffnet werden könne. Pillersdorff.

Wien, 1. Juni. Unsere finanzielle Lage wird immer verwickelter und bedenklicher. Nachdem das Finanzministerium im Verein mit der österreichischen Nationalbank erst vor wenigen Tagen eine Art Zwangsmaßregel ergreifen mußte, um eine zeitweilige Beschränkung in der Umwechslung der Banknoten eintreten zu lassen, und eine Emission von neuen Banknoten zu 1 und 2 fl. zu bewerkstelligen, erschien heute eine abermalige Zwangsmaßregel des Ministerraths, welche verordnet: daß die bei den Depositenämtern der landesfürstlichen und der Patrimonialgerichte erliegenden oder künftighin dort in Aufbewahrung kommenden baaren Summen (Depositengelder), sie mögen in Papiergeld oder in klingender Münze bestehen, an die Depositenkasse des Staatsschuldentilgungsfonds abzuführen seyen, wo sie bis zum Tage der Rückzahlung mit 3 Prozent verzinst werden sollen. Bringt man damit die vom Finanzministerium gestern veröffentlichte ungünstige Gebahrung des Finanzetats für den Monat April d. Js. in Verbindung, welcher für diesen Monat ein Defizit von 5,160,200 fl. ausweist, zu deren Deckung 2½ Millionen von der Bank gegen 3 Prozent Anweisungen geliehen werden mußten, so geht daraus klar hervor, daß weder das Verbot der Geldausfuhr noch das im vorigen Monat mit der Nationalbank geschlossene Uebereinkommen wegen Hinausgabe der neuen Hypothekar-Partialobligationen (per 45 Millionen auf die k. k. Salinen in Gmunden) dem Schwinden der finanziellen Kräfte entsprechend abzuhelfen vermochten. — Der Kaiser hat im Allgemeinen beschlossen, die Todesstrafe aufzuheben, bis der Reichstag über die definitive Abschaffung derselben förmlich Beschluß gefaßt haben wird. (A. Z.)

In Folge der von Kaiser Ferdinand von Oesterreich an die fremden Legationen zu Wien ergangenen Einladung, sich an das dermalige kaiserl. Hoflager zu Innsbruck zu begeben, ist auch der königl. bayer. Gesandte, Graf Luxburg, von Wien dorthin abgereist. (A. Z.)

Prag, 1. Juni. Sie können sich vorstellen, mit welchem Vergnügen die Deutschgesinnten in Prag die Mitglieder des Slavenkongresses hier ankommen sahen. Der Kongreß theilt sich in drei Sektionen nach den Hauptgruppen der österreichischen Slaven, West-, Ost- und Südslaven. Jede Sektion bestimmt für jede der andern Sektionen zwei Sendboten, welche ohne Stimmberechtigung über alle ihre Nationalität betreffende Gegenstände Aufklärungen geben und ihren Absendern über die Debatten Bericht erstatten. (Dies ist nothwendig, denn selbst unter den Literaten der Versammlung gibt es nur wenige, welche sämmtliche Dialekte der Mitglieder verstehen. Dem Uebel wäre vielleicht abgeholfen, wenn deutsch debattirt würde, was wohl die meisten Mitglieder verstehen; aber ein slavischer Congreß kann doch nicht deutsch verhandeln!) Ein gemeinsamer Beschluß kann nur mit Zustimmung aller Sektionen gefaßt werden. Die Generalversammlungen werden im Saale der Sophieninsel abgehalten, der in allen Dialekten gedruckte Bericht über die Verhandlungen der Sektionen vorgelesen, der Gesammtbeschluß publicirt, von gewählten Rednern motivirt und auch sogleich in deutscher Sprache kundgemacht. Vorgestern kamen 150 Slaven mit dem Nachmittagstrain hier an, zum Theil in reichem slavischen Costume, wurden von der Slavia und Swornost jubelnd empfangen, und begaben sich unter Vortragung einer böhmischen und slavischen Fahne in den Sophieninselsaal, wo sie Faster böhmisch begrüßte, worauf in allen slavischen Dialekten Reden gehalten wurden. Am meisten Aufsehen erregte der bekannte Herausgeber der serbischen Volkslieder, der greise Wuk Stephanowitsch Karadschitz; die begeistertste Rede hielt der von den Magyaren vertriebene slovakische Pfarrer Hurban. Von den angekommenen Deputirten nennen wir nur noch einige: Libelt und Moraczewski vom Posener Nationalcomité, Fürst G. Lubomirski und Karl Malisz, Abgeordnete des Lemberger Volksraths; aus Illyrien: Baron Kuschlan, Prica, der Dichter Stanko Wraz; Professor Cybulski aus Berlin, Balewski aus Galizien; Professor Purkinje aus Breslau; Stamatowitsch, Archipresbyter aus Neusatz; Petrowitsch ebendaher. Russinen: Boriskiewicz, Vicepräsident des russinischen Nationalausschusses, Ginilewicz und Zalinski aus Lemberg; endlich der bekannte Russe Bakunin. Heute versammelten sich die Deputirten im Museumssaale. Das provisorische Centralcomité für den Congreß hat ein Programm mit fünf Punkten veröffentlicht. Nur durch ein Schutz- und Trutzbündniß der freien slavischen Völker kann Oesterreich stark werden, indem es sich zu einem Bundesstaat gestaltet mit gleichberechtigten Nationalitäten. (In Böhmen scheint es mit der Gleichberechtigung der deutschen Nationalität ziemlich bergab zu gehen!) Auf dem Völkertag zu Wien mögen sich die österreichischen Völker über ihre Interessen verständigen; auch die Magyaren sollen die Gleichberechtigung der unter ihnen wohnenden Stämme anerkennen. Man spricht die Theilnahme für die außerösterreichischen Slavenstämme, besonders in Polen und in der Turkei aus, und wird die literarische Wechselseitigkeit aller Slaven anstreben. Die Slaven können es nie zugeben, daß sich Oesterreich einer andern Macht unterordne; die Frankfurter Beschlüsse haben demnach für sie keine bindende Kraft. Die allgemeinen Beschlüsse des Kongresses werden dem Kaiser durch eine Deputation bekannt gemacht. — Gestern wurde mit größter Stimmenmehrheit I. U. Dr. Wenzel Wanka zum provisorischen Bürgermeister ernannt. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 22. Mai. Daß die letzte Wienergeschichte nur eine Dupirung der guten Wiener seyn würde, dachten wir uns Alle, nachdem wir von dem ersten Erstaunen zurückgekommen waren, denn diese Abreise des Kaisers hat hier ein ungeheures Aufsehen gemacht. Schon ging die Rede, Stephan als König zu proklamiren. Indessen beruhigte man sich bald wieder, als man sah, daß Stephan und die Minister nun höchst kräftig aufzutreten anfangen. Batthyany erließ gestern unter seiner eignen Verantwortlichkeit einen Aufruf an die Szekler in Siebenbürgen, diesen kräftigen ungarischen Urstamm, sich sobald als möglich, 12,000 Mann stark, nach Szegedin zu verfügen, wo ein ungarisches Lager gebildet wird und Alles zu ihrer Aufnahme bereit sey. Seit zwei Tagen wird hier öffentlich für die ungarische Armee geworben und die ungarischen Musikbanden ziehen in der ganzen Stadt umher, gefolgt von einer Masse Volk, die sich bereits anwerben ließ. Nyari hielt eine begeisternde Rede, in Folge deren 200 junge Leute gleich unter die Fahne traten. Der Vizekönig erließ gestern eine Proklamation, worin er die Nation auffordert, ihm und dem Ministerium ganz zu vertrauen. Die Minister bitten um Beisteuer an Geld und Geldeswerth; heute tritt die Bürgerschaft zusammen, um über die auf die Stadt Pesth zu legende Kriegssteuer zu berathen; gestern sollte eine Volksversammlung beim Museum abgehalten und alle Einwohner aufgefordert werden, ihre Gaben auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen, das von allen Seiten bedroht wird; ein noch heute anhaltender Regen verhinderte dieselbe. Dagegen werden Sammlungen von Haus zu Haus angestellt. Alles will gerne geben, und alle Deutschen halten fest an der Sache der Ungarn, denn nur sie sind's, die den Fortschritt anstreben. Ich schrieb neulich schon, daß Ungarn sich fest an Deutschland anschließen will, der „Hirlap" gab schon mehrere Artikel in diesem Sinn und Kossuth sagt in dem Programm zu seinem am 1. Juli erscheinenden großen Journal: Das deutsche Element ist das Element der Zivilisation, mit diesem bin ich mit Freuden im Bunde, ohne jedoch deßwegen die selbstständigen Rechte und Freiheit meiner Nation aufzuopfern. In Wien aber sitzt der Verrath, das zeigt sich immer deutlicher. Jellachich verbrannte die Befehle des Vizekönigs und der Minister, sowie das Handbillet des Kaisers, ein solches stellt nämlich alle Kommandirenden Ungarns und der Nebenländer unter Stephan und das ungarische Ministerium, ebenso die ganze Grenze und den Ban von Kroatien, und heute soll eine Kriegserklärung desselben gegen Ungarn in der Agramer Zeitung stehen. Die von hier nach Eszeg gesandten italienischen Kompagnien hat man dort nicht eingelassen; einige Stimmen sagen, sie seyen entwaffnet. Diese Truppen sind höchst günstig für Ungarn gestimmt, riefen den Pesthern ein wiederholtes evviva zu, als sie mit dem Dampfboot abfuhren, und erkundigten sich, ob sie auch wohl im Interesse von Ungarn dahin geschickt würden, weil sie nur für dieses zu kämpfen bereit seyen. Wir erhielten heute mehrere Briefe von Oravitza, Lugos und Werschitz, dort ist's meist ruhig und Alles spricht sich für Ungarn aus; nur einige Gegenden werden von illyrischen und russischen Aufwieglern bearbeitet, was aber einstweilen nur zu Aufständen gegen die Grundherrschaften führte, deren Grundstücke die Bauern unter sich vertheilten. So leicht wird es nicht werden, Ungarn zu knechten — die Cumanen Jazygen bieten den Ministern Gut und Blut; nach Delurin gehen tüchtige Leute, um zu werben. Die schändlichen Räubereien zu Neutra wurden nur von slavischen Bauern vollführt, in keinem einzigen ungarischen Ort fand eine Ruhestörung oder ein Judenkrawall Statt. Gott wird Ungarn vor einer slavischen Herrschaft bewahren! Esterhazy hat den Befehl erhalten, sich unverzüglich zum König zu verfügen und seine Person nicht zu verlassen, sich vielmehr den entschiedensten Einfluß bei ihm zu sichern. Kroatien und Slavonien soll den Plan hegen, sich mit Serbien zu vereinigen; und sollte Ungarn oder Oesterreich gegen diese vollständige Losreißung einschreiten, so will Rußland als Vermittler auftreten. So erzählen mir wenigstens Slavonier. (D. Z.)

Von der Weichsel, 26. Mai. Wir erhalten so eben die verbürgte Nachricht, wie bewaffnete Insurgenten aus Posen sich durch den Wadowicer und Teschner Kreis in die nördlich von Slaven bewohnten Komitate nach Ungarn begeben wollen, wo ihnen die beste Aufnahme zugesagt worden ist. Ueber in diesen Komitaten getroffene Besprechungen und Vorkehrungen läßt sich auch nicht im Geringsten zweifeln, daß die slavische Bevölkerung daselbst gesonnen ist, mit den eingedrungenen Insurgenten einen Zug zur Befreiung Krakaus, wie gesagt wird, zu unternehmen. Damit nun diese bewaffneten Insurgenten ihr Vorhaben nicht auszuführen im Stande wären, ist die preußische Gränze entlang des Teschner Kreises bis in den Wadowicer Kreis durch verstärkte Posten der Finanzwache und Militär durch das k. k. Infanterieregiment Erzherzog-Stephan besonders bei den Einbruchsstationen Dziedis und Kaniow stark besetzt worden. Auch bleibt dießfalls das aus Galizien im Marsch begriffene Infanterieregiment Nassau im Teschner Kreise stehen. (A. öster. Z.)

Schweiz.

Vom Jura, 1. Juni. Die Tagsatzung hat in ihrer Dienstagssitzung, wie ich in meinem letzten Bericht mittheilte, den Antrag Genfs die Schweizertruppen in Neapel betreffend, nach einläßlicher Diskussion zwar verworfen, weil er zu weit zu gehen schien, dagegen den Antrag des Thurgauischen Gesandten angenommen, der, obschon nicht so entschieden lautend als der von Genf,

doch am Ende zu dem nämlichen Resultat führen wird. Es wurde nämlich mit 15 Stimmen beschlossen: „1) eine Untersuchung über das Benehmen der Schweizertruppen in Neapel anzustellen, und 2) die geeigneten Schritte sowohl bei den in der Kapitulation begriffenen Ständen als auch weitere zu thun, um auf dem Wege der Unterhandlungen eine Aufhebung der Kapitulationen zu bewirken.“ Der Antrag Berns „alle Schweizertruppen, wo sie auch seyn möchten, zurückzurufen“ wurde von keiner Seite unterstützt, weil er weder die eine, noch die andere Partei befriedigte, jeder vielmehr unangenehm war. Die Urkantone (Schwyz, Uri und Unterwalden) hatten beantragt, die ganze Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen, sie blieben mit diesem Antrag jedoch in der Minderheit, da er selbst nicht einmal von Baselstadt, oder Appenzell Inner-Rhoden unterstützt wurde. — Aus der ganzen Diskussion ergab sich übrigens, daß man beinahe allerseits einsieht, wie unwürdig es eines freien Volkes ist, fremden Fürsten Werbungen zu gestatten, da die auf solche Weise gebildeten Schaaren doch vorzugsweise zur Unterdrückung im Innern verwendet werden. Dieses Gefühl mußte um so drückender seyn, als man zugleich aus den verschiedenen Mittheilungen der Konsuln in Neapel, Mailand und Livorno, so wie aus Privatberichten die Ueberzeugung gewinnen mußte, daß die Schweizerregimenter sich bei den blutigen Kämpfen in Neapel manche Barbareien haben zu Schulden kommen lassen, und daß die Bevölkerung in Neapel sowohl, als in Oberitalien gegen die Schweizertruppen im höchsten Grad empört ist, so daß auch schon Demonstrationen gegen eidgenössische Konsuln stattgefunden haben. Man ist zur Ueberzeugung gekommen, daß man schnell möglichst diesen von den alten aristokratischen Regierungen ererbten Unwesen ein Ende machen muß, welches die liberale Schweiz in verderbliche Konflikte zu bringen geeignet wäre. Es ist daher zu hoffen, daß die Schweizertruppen in fremden Diensten bald in die Heimat zurückberufen werden, da man selbst in den Urkantonen für nöthig gefunden hat, die Werbungen für jetzt zu verbieten, was freilich zunächst durch den Umstand herbeigeführt worden ist, daß man in Italien die Neugeworbenen weder zu Land noch zu Wasser mehr nach Neapel gehen läßt. Vom größten Gewichte ist aber, daß alle Schweizertruppen in Neapel selbst die Auflösung der Kapitulation wünschen. Briefe von verschiedenen Schweizeroffizieren sprechen diesen Wunsch auf das lebhafteste aus. Die meisten Schweizer in Neapel sehen ein, daß sie durch den letzten Kampf in eine ganz unhaltbare Stellung gekommen sind. Sie sind überzeugt, daß vielleicht in der nächsten Zukunft das Volk sich wieder erheben und daß sie alsdann als die ersten Opfer fallen werden, da der Haß sich vorzugsweise auf sie geworfen hat. Möchte der Vorort rasch handeln, damit diese traurige Ahnung nicht in Erfüllung gehe. (D. konst. Z.)

Italien.

Zwei Mailänder Bülletins (31. Mai 11½ Uhr Vormittags, 31. Mai Abends) berichten, daß die Toskaner am 29. am Curtatone von den Oesterreichern geschlagen wurden, daß an selben Tag die Oesterreicher einen erfolglosen Angriff auf die Piemontesen bei Rivoli gemacht, daß am 30. die 20,000 Mann starken Piemontesen die 30,000 Mann starken Oesterreicher bei Goito geschlagen und das Peschiera kapitulirt habe.

Mailand. Die Mailänder Studenten haben an die Studenten der Wiener Hochschule eine Adresse gerichtet, in welcher sie ihre Sympathien anrufen und die Ueberzeugung aussprechen, daß die Nachricht, Letztere würden als Freikorps gegen die Lombarden zu Felde ziehen, falsch sey. Die Adresse schließt: Es lebe die Brüderschaft der Völker! Es lebe die deutsche Einheit. (Mail. Z.)

Aus Triest schreibt die „Allgemeine österreichische Zeitung“: Uns fehlt hier noch viel um deutsch zu seyn. Wir sprechen hier nicht von der rein italienischen Einrichtung der Justiz; diese bestand schon früher, und zwang allen Josephinischen Verordnungen zum Trotze den Deutschen, mit dem Deutschen vor dem deutschen Beamten wälsch zu verkehren, und nur des Letzteren Gnade erlaubte ihm, das Wort deutsch zu führen, das aber in das Protokoll jederzeit italienisch übersetzt ward. Nun ist aber selbst die halb-deutsche Verkündigung der administrativen Bekanntmachungen eingestellt worden, und alle Gubernialcirkulare erscheinen in italienischer Sprache! War es doch endlich schon nahe daran, daß italienisches Kommando in der Nationalgarde eingeführt werden sollte!

Neapel. Der Kartätschenkönig, wie Ferdinand von allen italienischen Blättern genannt wird, durchritt am 17. von seiner Leibgarde den Lazzaronis begleitet, das Feld seiner carneficina borbonica, bourbonischen Schlächterei. Die gefallenen Opfer schlägt man auf 2000 an und noch am 20. wurden 9 mit den Waffen in der Hand ergriffene Bürger abgeschlachtet. Die Entwaffnung der Nationalgarde geschieht mit äußerster Strenge. Eine große Anzahl Verhaftungen fand statt, und man fürchtet, daß sie summarische und heimliche Todesurtheile in Gefolge haben werden. Trotz diesen Henkermaßregeln gährt es furchtbar und eine Erhebung Neapels gegen diesen Schlächterkönig zu seiner Austreibung aus Italien, wird nicht ausbleiben. Es ist an der Zeit — schreibt die Patria von Florenz — daß diese abscheuliche Race vertilgt werde! (Fr. Mkr.)

In allen Städten Italiens gibt sich die höchste Empörung über diese blutige Schandthat kund. In Florenz zog das Volk in Masse vor das Palais des neapolitanischen Gesandten, der in aller Frühe weißlich Wappen und Fahnen abgenommen hatte, aber am Abend mußte er sie dem Hasse des Volks preis geben, welches sie auf der Stelle, wo ehemals der Stadtgalgen stand, verbrannte. Aehnliche Aeußerungen gaben sich in Turin und Genua kund. Der Papst hat den neapolitanischen Gräul in jenen verflucht, die die Religion durch den Todtschlag ihres Nächsten beleidigen. — Vom Kriegsschauplatz nichts erhebliches, die Beschießung Peschieras dauert fort. Die Oesterreicher haben 400 Mann stark mit 12 Kanonen am 13. einen Ausfall aus Mantua gemacht, wurden aber zurückgeworfen. Der Oberst eines Kroatenregiments wurde dabei erschossen. (Fr. Mkr.)

Aus Neapel, schreibt ein Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ über die großartige Aufschneiderei der Italiener: Ich lege Ihnen das Blatt „Harlekin“ bei, und empfehle Ihnen dasselbe als dasjenige, welches unsere Verhältnisse am richtigsten zeichnet. Gestern wurde hier an allen Ecken die Eroberung Mantuas mit allen Einzelheiten, worunter auch 26,000 todte Oesterreicher, bekannt gemacht. Nach italienischen Berichten sind nun seit März bereits über 300,000 Oesterreicher gefallen. Fast täglich erscheinen napoleonische Bülletins.

Aus Genua vom 21. Mai. meldet man über den Stand der Dinge in Neapel, 40,000 Kalabresen und andere Provinzbewohner marschiren gegen die Hauptstadt. Der König will ihnen die Schweizer entgegenstellen, allein Neapel rüstet sich zu einem neuen Aufstand. Admiral Baudin hält mit der französischen Flotte in Schlachtordnung vor Neapel. Ein Neapolitaner, Peter Angelo Fiorentino, hat sich mit andern angesehenen Personen nach Paris begeben, um der französischen Regierung über das Blutbad zu berichten und die Republik zur Intervention aufzurufen. In Genua wollten sich 500 Schweizerkapitulanten für ihre in Neapel liegenden Regimenter einschiffen, als die Nachricht von dem Blutbade eintraf. Die Bevölkerung Genuas hat sich sofort ihrer Abreise widersetzt und sollen sie nunmehr zu der Unabhängigkeitsarmee nach der Lombardei instradirt werden. (Fr. Mkr.)

Belgien.

Brüssel, 31. Mai. Der „Moniteur“, der heute auch die vorgestern erfolgte Ankunft des Prinzen von Preußen in Brüssel meldet, fügt hinzu, daß der König der Belgier, der Se. königl. Hoheit im preußischen Gesandtschafts-Hotel besuchte, eine Stunde dort verweilt, und daß dann der Prinz sich zu der Kompagnie des Eliteregiments, welche ihm vom Eisenbahnhofe nach dem Hotel begleitet und sich dann vor diesem aufgestellt hatte, hinabbegeben und ihr für ihr Ehrengeleit gedankt habe.

Das „Journal de Liège“ meldet: In Folge der so beruhigenden Erklärungen des französischen Gesandten, Herrn Bellocq, und bei der überall in Belgien herrschenden Ordnung läßt General Chazal (der Kriegsminister) in seinen Büreaus eine Arbeit zur Reduktion des Effektivbestandes der Armee vorbereiten.

Großbritannien.

London, 31. Mai. Baron Rothschild wird trotz der Judenbill seine Zulassung zum Unterhause verlangen. Hierauf wird ihm der Eid abgefordert werden. Er wird sich bereit erklären, ihn zu leisten, bis auf die Worte: „Auf den wahren Glauben eines Christen.“ Man wird ihn abweisen und eine neue Wahl für die City wird angeordnet werden, die sicherlich auf Niemand Anders fallen wird, als auf Baron Rothschild.

Rußland und Polen

Von der russischen Grenze, 26. Mai. Es ist außer Zweifel, daß sich in dem ganzen russischen Heere, namentlich bei den Offizieren jeden Ranges, den jüngern besonders eine außerordentliche Kriegslust kund gibt, und daß es sie nach einem Feldzuge nach Westen, wie nach einer Lust- und Erholungsreise gelüstet. Diese Sehnsucht steigert sich mit jedem Tage, und wäre Kaiser Nikolaus nicht unumschränkter Selbstherrscher, so würde er kaum solchen Gesinnungskundgebungen zu widerstehen vermögen. Dazu kommen noch die panslavischen Bestrebungen in den westlichen Ländern, die zwar dem Kaiser selbst fremd sind (?), denen aber seine nächsten Umgebungen nachhängen. Zu dem kommt ferner noch das religiöse oder kirchliche Element, das, wie ältere Leute behaupten, zu keiner Zeit in Rußland, selbst nicht im Jahre 1812, die untern Volksschichten in allen ihren Kreisen so innig durchdrang, als gegenwärtig. Ein holländischer Kaufmann, welcher nach mehrjähriger Abwesenheit die Hauptstädte Petersburg und Moskau kürzlich wieder besucht hatte, jetzt aber auf dem Heimwege begriffen ist, versicherte, daß sich in beiden Hauptstädten die äußerliche religiöse Haltung bei der ganzen Bevölkerung so sehr verändert habe, daß er sich um ein Jahrhundert in der Zeit zurückversetzt glaubte. Unstreitig ist es die Geistlichkeit, welche diese an Fanatismus grenzende Haltung heraufbeschworen hat. Der Kaiser aber ist das Haupt der russisch-griechischen Kirche, das hinter derlei Kundgebungen des religiösen Sinnes um so weniger zurückbleiben kann und zurückbleibt, da sich ihm die Nation viel mehr noch in dieser Eigenschaft, denn in der als unumschränkter Selbstherrscher zu unbedingtem Gehorsam und unverbrüchlicher Treue verpflichtet glaubt. (Schw. Mkr.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 8. Juni: „Jessonda,“ Oper v. Spohr.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. Pasanowisko, Privatier aus Polen; Goussin, Künstler v. Paris.

Hôtel Maulick. HH. v. Königsfeld, Rentier von Wien; Ramsberg, Privatier von Hamburg; Dillmann, Partikulier aus Curland.

Gold. Hahn. HH. Dr. Adler von Meiningen; Graf v. Blücher und Bar. v. Eckstein v. Potsdam; Schulze, Rentier v. Erlangen.

Blaue Traube. HH. Graf d'Alton di Salvarello v. Venedig; de Cesarino, Lieutenant, Codelli, Student, und Calamani, Kaufmann v. Mailand; Frhr. v. Lerchenfeld v. Augsburg; Albertoni aus Italien.

Stachusgarten. H. Brem, Privatier v. Günzburg; Dlle. Birklinger v. Augsburg.

Gestorbene in München.

Johanna Dornsteiner, Handelsmannstochter von Freising, 59 J. alt; Klara Pörmann, b. Weinwirthstochter v. h., 27 J. alt; Anton Darberger, Hausmeister von hier, 72 J. alt; Brigitta Greiderer, b. Kaffeetierersfrau v. h., 47 J. alt; Franz Schäffler, Privatier v. h., 84 J. alt; Gertraud Schmid, Näherin v. h., 55 J. alt; Christoph Schrott, kgl. Wundarzt v. h., 59 J. alt; Anna Zaun, kgl. Schneiderstochter v. h., 27 J. alt; Franziska Zierhut, Lampenanzündersfrau v. h., 58 J. alt.

2420. Die königl. Glasmalerei-Anstalt bringt hiemit zur Kenntniß, daß die daselbst in Allerhöchstem Auftrage Sr. Maj. des Königs Ludwig angefertigten — für 4 Fenster des Kölner Doms — bestimmten Glasmalereien an folgenden Tagen Vormittags von 8 — 11 Uhr und Nachmittags von 3 — 6 Uhr im Lokale dieser Anstalt (Luisenstraße) öffentlich ausgestellt werden.

Das erste Fenster den 8., 9., 10. Juni,
„ zweite „ „ 12., 13., 14. Juni,
„ dritte „ „ 16., 17., 18. Juni,
„ vierte „ „ 20., 21., 22. Juni.

Der Eintrittspreis beträgt für die Person 6 kr., und die Gesammteinnahme ist als Beitrag zur Gründung der deutschen Flotte bestimmt.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 151.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir [illegible] Gasse Nro. 3[illegible]; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährig im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 26 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Donnerstag | XLIX. Jahrgang. | 8. Juni 1848.

Ueber den bevorstehenden Friedensschluß mit Dänemark.

(Aus der Karlsruher Zeitung.)

Im Verlauf des Kriegs mit Dänemark sahen wir seit dem Erscheinen Wrangel's und seiner Handvoll Pickelhauben einen andern Geist die dortige Kriegsweise überkommen. Schnell flüchtete sich die bis dahin großprahlende Danebrogsfahne über den Belt, zusehend, wie beinahe ohne Schwertstreich ganz Jütland erobert ward. Mitten in seiner siegreichen Laufbahn wird nun General „Drauf“ genöthigt, die Glücksgöttin zu verabschieden; er muß auch die ausgeschriebenen Millionen im Stich lassen, und das Land der Jüten auf schnellste wieder für die ins Fäustchen lachenden Dänen räumen. Wohl mit schwerem Herzen führte Wrangel diesen Rückzugsbefehl aus. Er mochte dabei an Blücher denken, der bei einem Feste Wellington's, nach dem Einzug in Paris 1815, den ahnungsvollen Toast ausbrachte: Mögen die Federn der Diplomaten nicht wieder verderben, was durch die Schwerter der Heere mit so großer Anstrengung gewonnen wurde! — Die Dänen bekamen wieder neuen Muth, hefteten sich den Unsrigen an die Ferse, und sollen nach den neuesten Nachrichten nicht unbedeutende Erfolge errungen, ja viele Gefangene und auch Kanonen erbeutet haben. Fällt dieß Wrangeln zur Last? — Gewiß nicht, sondern nur Denen, welche diese unehrenvolle Rückzugsbewegung veranlaßten. Warum ward dieselbe angeordnet? — Um Frieden zu schließen.
Ei, das ist eine neue Art, Frieden zu schließen, daß man zuvor das Eroberte freiwillig fahren läßt! Erst Frieden schließen, und dann das Land räumen; nicht aber erst fliehen und dann Friede machen! Das Abschließen eines Friedens nach einem Rückzuge und nach einer (wenn auch freiwilligen) Niederlage ist ein ganz anderes, als ein solches, wobei man festen Fuß in des Feindes Land hat, und dieser für sein Fortbestehen zittert. Was nützen alle Siege auf den Schlachtfeldern, wenn dadurch der vorgesetzte Zweck des Krieges nicht erreicht wird? In letztem Fall ist von unserer Seite, aber nicht von Seiten der Dänen, unnöthig Blut geopfert worden. Sieger verdient stets nur derjenige Theil mit Recht genannt zu werden, welcher Dasjenige, was durch einen Krieg erreicht werden soll, auch wirklich erreicht hat, gleichviel, ob er auch die meisten, ja alle Schlachten verlor. Besiegter ist Derjenige, der seine Zwecke nicht durchzusetzen vermochte, selbst wenn er auch immer als Sieger einherschritt. So werden wir denn wahrscheinlich wieder — wie nach so manchen gewonnenen Schlachten — dennoch die Geschlagenen seyn! Das großmüthige, uneigennützige England hat es übernommen, den Vermittler zu machen. Einen vortheilhaften Frieden gaben wir echt deutsch-gutmüthig aus der Hand, statt daß es unser Zweck gewesen wäre, denselben für Schleswig-Holstein und den deutschen Ostsee-Handel so günstig als möglich zu gewinnen. Ja, wendet der deutsche Philister ein, Schweden, Rußland, England sahen scheel zu unsern Fortschritten und drangen auf Friedensabschluß. War diesen Mächten aber mehr daran gelegen, den Friedensstifter zu machen, als ihnen überhaupt vielleicht daran lag, unsere erlangten Vortheile wieder verloren gehen zu sehen, so konnte der Frieden auch ohne jene Schmach gewonnen werden. Obwohl wir Deutsche jetzt gerade keine Ursache haben, uns stets neue Feinde auf den Hals zu laden, so durften wir doch die Ehre und Würde unserer Nation nicht preisgeben. Ein ehrenhafter Untergang verleiht oft selbst einem verachteten Daseyn einigen Glanz; ein so mit Schmach erkauftes Fortbestehen aber läßt nicht einmal die Möglichkeit eines ehrenhaften Untergangs übrig. Wir nennen diesen übereilten Rückzug auf unsere eigene Verantwortung noch mehr als Schmach. In Rom, in Griechenland, zur Zeit der ersten französischen Revolution wären die Veranlasser der Schande der Nation als Verräther des Vaterlandes gebrandmarkt worden, — und Dieß mit allem Fug und Recht. Wir wiederholen nochmals: Erst Friede schließen und dann das Land räumen!

Deutschland.

Frankfurt, 2. Juni. Sechszigste Sitzung der deutschen Bundesversammlung. Es gelangten verschiedene neue Eingaben an die Bundesversammlung zum Vertrag. — Zuerst eine Zuschrift des Börsenvereins der deutschen Buchhändler zu Leipzig, in welcher zur Gründung einer deutschen Flotte ein Beitrag von 1000 Thlr. offerirt wird. Diese Eingabe wurde, unter gebührender Anerkennung der Offerte, dem Marineausschuß überwiesen. — Der königl. preuß. Major Klapproth macht Vorschläge zur Errichtung eines deutschen Jägerkorps. Diese Vorschläge wurden an den Militärausschuß abgegeben. — Von dem, Seiten des Bundestags nach London geschickten Hrn. Syndikus Banks waren wieder mehrere Berichte eingegangen, welche den betreffenden Ausschüssen zugewiesen wurden. Zugleich wurde beschlossen, dem Berichterstatter für seine bisherigen Mittheilungen den Dank der Bundesversammlung auszusprechen und ihn zu ersuchen, dieselben fortzusetzen. — Der Gesandte von Mecklenburg zeigte im Auftrage seiner Regierung an, daß mehrere mecklenburgische Schiffe in Helsingör mit Beschlag belegt worden seyen und knüpfte daran die Frage: ob und welcher Schadenersatz dießfalls geleistet werde? Dieser Gegenstand gelangte an den, bereits mit Anträgen ähnlicher Art beschäftigten Embargoausschuß. Ein Antrag der Deputirten aus Luxemburg auf Wiederaufhebung des vom Bundestag unter dem 8. März l. Js. beschlossenen Verbots der Ausfuhr von Pferden, dem Militärausschusse überwiesen. — In Gemäßheit eines Kanzleivortrags wurde der Wittwe des bei der Bundesversammlung angestellt gewesenen Kanzleipedells Kleinschrodt eine Pension von jährlich 187½ fl. (vierter Theil der bezogenen Besoldung) vom 1. April l. Js. an zugebilligt. — Kürzere Anzeigen erfolgten Seiten der Gesandtschaften von Oesterreich, Königreich Sachsen, Baden, Großherzogthum Hessen, Schleswig-Holstein, Luxemburg und Oldenburg. Sie betrafen zum Theil die Wahlen zur Nationalversammlung, und die dießfalls erlassenen gesetzlichen Bestimmungen, dann die erfolgte Einzahlung der Umlage von 60,000 fl. zu den Kosten der Nationalversammlung, Gesetze über die Volksbewaffnung und Erklärung über den von den Vertrauensmännern vorgelegten Verfassungsentwurf. — Königreich Sachsen übergab einen von dem amerikanischen Konsul Flügel in Leipzig an die Deutschen in Amerika erlassenen Aufruf zur Betheiligung bei Gründung einer deutschen Flotte. Baden referirte das Resultat der über die nach einer Anzeige des Fünfzigerausschusses angeblich in der Schweiz geschehene Beeinträchtigung der deutschen Flagge erfolgten Erörterungen, aus denen sich ergab, daß nur eine unbedeutende Differenz mit einem Nachen zu dem Gerüchte von der Beeinträchtigung der deutschen Flagge Anlaß gegeben hatte. Ebenso wurde, in Folge einer ähnlichen Anregung, durch den Gesandten von Luxemburg in Betreff des Verbots des Aufziehens der deutschen Fahne in Limburg, Seiten des Gouverneurs von Maestricht befriedigende Erklärung gegeben. — Nach einem Vortrage des Gesandten von Kurhessen, Namens des Ausschusses für das Reichskammergericht, wurde die Kanzleirechnung der Archivkommission auf das Rechnungsjahr vom 1. Mai 1847 bis dahin 1848 genehmigt, und der übliche Vorschuß von 500 fl. anderweit bewilligt, so wie eine hieher gehörige andere kleine Ausgabe angewiesen. — Nachdem hiernächst der fragliche Ausschuß durch Wahl zweier Mitglieder ergänzt worden war, erstattete der königl. württemberg. Gesandte, Namens des Militärausschusses, noch in Bezug auf die in Mainz stattgehabten Vorfälle und die dagegen ergriffenen Maßregeln, so wie das Ergebniß der hierüber angestellten Nachforschungen Vertrag: In einem Bericht des Festungsgouvernements vom 28. Mai ist angezeigt worden, die königl. preuß. Garnison habe, nachdem sie durch den Beschluß der Nationalversammlung hinreichende Genugthuung für die ihr widerfahrene Unbilden erhalten, den Wunsch geäußert, ganz oder wenigstens theilweise von Mainz versetzt zu werden, und dieser Wunsch sey bereits dem königl. preuß. Kriegsministerium vorgetragen worden. Zugleich hat das Festungsgouvernement über die stattgehabte Androhung der Beschießung der Stadt und die aufgetauchte Besorgniß wegen Wiederholung ähnlicher Maßregeln sich dahin ausgesprochen, daß das Gouvernement, wie aus seiner vieljährigen Amtsführung hervorgehe, bei Anwendung und Ausführung außerordentlicher Maßregeln sich stets von den Grundsätzen der Humanität und Billigkeit leiten lassen, und nur im Falle der Bedrohung und des Angriffs gegen die Sicherheit der Festung nach seiner Pflicht für deren Erhaltung zum äußersten schreiten werde. Was die Reorganisation der Bürgerwehr betrifft, so bemerkt das Gouvernement, daß es solche für die nächste Zeit nicht für angemessen halte, und dieselbe nur unter veränderten Verhältnissen, in beschränktem Maße und allein unter den im Festungsreglement gebotenen Garantieen und nach Maßgabe des hierüber erst zu erwartenden Bewaffnungsgesetzes stattfinden könne. Nach Erwägung der Lage der Sache, wie sich solche durch diesen Bericht und die von den Kommissarien der Bundesversammlung eingezogenen Erkundigungen darstellt, wurden über die Anträge des königl. sächs. Gesandten vom 27. Mai folgende Beschlüsse gefaßt: 1) der Antrag auf einen Garnisonswechsel erledigt sich durch den von der königl. preuß. Garnison ausgedrückten Wunsch einer vollständigen, oder wenigstens theilweisen Ablösung und die hierüber bei dem königl. preuß. Kriegsministerium gestellten Anträge. Es wird hierin zugleich das wirksamste Mittel erkannt, ferneren durch gegenseitige Erbitterung hervorgerufene Konflikte vorzubeugen; 2) die Reorganisation der Bürgerwehr kann nach dem wohlerwogenen Gutachten des Festungsgouvernements zur Zeit noch nicht angeordnet werden, sondern es muß dieselbe auf nähere Erwägung der Art und Weise, wie das zu erwartende großherzogl. hess. Bürgerwehrgesetz mit den Bestimmungen des Bundesfestungsreglements in Uebereinstimmung gebracht werden kann, und ob die Lage der Umstände alsdann eine Bürgerbewaffnung in Mainz gestattet, ausgesetzt werden; 3) in Erwägung, daß die von dem Festungs-

gouvernement in Folge der ausgebrochenen Unruhen getroffenen Ausnahmsbestimmungen, so weit es die Umstände gestattet haben, bereits modifizirt werden sind, in Erwägung insbesondere, daß ein Verbot der Vereine im allgemeinen, so wenig als ein Verbot der Versammlungen in geschlossenen Räumen ergangen ist, und daß die Freiheit der Presse durch keinerlei Zensurvorschriften gehemmt, sondern blos die Ausstellung aufreizender Bilder und Schriften untersagt und den Redaktionen die Weisung geworden ist, keine Artikel aufzunehmen, welche die Erbitterung der Garnison und Bürger steigern könnten; findet die Bundesversammlung keinen Grund, dem pflichtmäßigen Ermessen des Gouvernements darüber, wie bald die Umstände es gestatten werden, den ordentlichen Zustand der Bundesfestung in vollem Maße wieder eintreten zu lassen, vorzugreifen und erwartet von der Disziplin der gesammten Garnison ebenso, wie von der Ordnungsliebe der Bürger, daß sie alle Veranlassung zur Störung des so wünschenwerthen gegenseitigen guten Einvernehmens vermeiden werden.

Frankfurt, 5. Juni. Nach Verlesung des Protokolls trug v. Auerswald auf Niedersetzung einer Kommission zur Prüfung des Zustandes der deutschen Heere an. Vischer von Tübingen und Ree verlangten, daß diese Kommission zugleich Vorschläge über zweckmäßige Einrichtung allgemeiner Volksbewaffnung machen solle. Einstimmig wurde der Antrag angenommen, und die Kommission zugleich bevollmächtigt, Sachverständige beizuziehen. Nun kommt die Weigerung vieler böhmischen Bezirke, den Reichstag zu beschicken zur Sprache. Man verweist die Sache an den völkerrechtlichen Ausschuß. Das Gleiche geschieht in Betreff der Limburger Frage. Sodann berichtet Mittermayer im Namen des Zentralausschusses über den von vielen Polen wider die Wahl der Posener Abgeordneten erhobenen Widerspruch. Er trägt darauf an, den Posenern vorläufig Sitz und Stimme in der Paulskirche zu gewähren, die Frage selbst aber, ob das Großherzogthum Posen Deutschland einverleibt werden könne, an den Ausschuß für Völkerrecht zu überweisen. Dieser Vorschlag hatte zwei mächtige Gegner wider sich: die gesunde Logik, welche verbietet, eine Sache vorläufig zu entscheiden, ehe sie untersucht ist, und die in vielen Anwesenden pulsirenden Mitgefühle für das arme Volk der Polen. Vergebens vertheidigte ein Mitglied der Rechten, mit hohlen, tönenden Redensarten, denen viel Sentimentalität in Betreff Polens beigemischt war, den Kommissions-Antrag. Gegen denselben sprachen mit Wärme Venedey und Andere. Der Antrag mußte deshalb verlassen werden, und der Präsident stellte die Frage: Soll die Posen'sche Sache an den genannten Ausschuß verwiesen werden und bis nach erstattetem Berichte ruhen? Sie wurde mit großer Mehrheit bejaht. Schluß der Sitzung um 2 Uhr. Da man den Kommissionen für ihre großen und umfassenden Aufgaben nothwendig Zeit gönnen muß, findet die nächste Sitzung erst am Mittwoch statt. (Karlsr. Z.)

Bayern.

Landtag.

** München, 5. Juni. (Die letzten Sitzungen der Kammer der Reichsräthe.) XXIII. Sitzung der Kammer der Reichsräthe am 29. Mai. Es kam das Gesetz über die Ablösung des Lehenverbandes zur Berathung, bei deren allgemeinen Diskussion Referent Reichsrath v. Aretin vorerst bemerkte, wie schwer es ihm ankomme, der Aufhebung eines altehrwürdigen Institutes das Wort zu reden, und Graf Karl v. Seinsheim sich auch — obgleich es ihm auf frühern Landtagen so ziemlich gelungen, mit der Regierung Hand in Hand zu gehen — gegen dieses Gesetz aussprach und zwar weil die Regierung das Recht aufgebe, künftig Männer von Verdienst mit Lehen zu belohnen, so wie ferner, daß die würdevolle Aufrechthaltung des Adels nur bei gesichertem Besitz in Aussicht stehe; dieß werde durch das vorliegende Gesetz vereitelt. — Ihm entgegen spricht sich Reichsrath Wallerstein für das Gesetz aus, als dem Landeswohl zusagend, das wahre Leben sey aus dem Lehenwesen seit Anfang dieses Jahrhunderts schon verschwunden, und Verdienste von Männern könnten auch von der Kammer anerkannt und durch Dotation belohnt werden, was um so ehrenvoller für jene sey, wenn die öffentliche Meinung sich vorerst darüber ausgesprochen. Reichsrath Niethammer ist für das Gesetz, nicht so Arco-Valley, weil es dem Lehenedikt von 1808 gegenüber, eine Rechtsungleichheit in der Allodifikation bezíele. — Der Ausschuß der Reichsräthe hatte, als Art. 1 einen eigenen Artikel vorgeschlagen, wornach die Entschädigung für die bisherige Rente auch jene der Ablösung des Obereigenthums in sich fassen solle. — Minister des Aeußern erklärt sich jedoch entschieden für die Annahme der Art. 1 und 2 der Kammer der Abgeordneten, wornach für beide gesonderte Ablösung stattfinden solle und bemerkt, daß das Gesetz schon eingebracht war, als er in das Ministerium trat, er sich nicht mehr mit seinen Kollegen benehmen konnte, und daher eine eigenthümliche Stellung habe. — Die Kammer nimmt hierauf den Art. 1 des Ausschusses der Reichsräthe an, wornach von einer Lehentax-Ablösung Umgang genommen werden solle; eben so Art. 2 nach der Fassung der Abgeordnetenkammer, nicht minder Art. 3 nach der Fassung des Ausschusses der Reichsräthe. Der von der Kammer der Abgeordneten beantragte Wegstrich des Art. 4 wird genehmigt, und die Art. 5 und 6 nach dem Gutachten des Reichsrathsausschusses angenommen. Ein nach Art. 6 neu eingeschalteter Artikel, wornach die Bestimmung dieses Gesetzes auch auf die Afterlehen angewendet werden sollen, wird jedoch von der Kammer verworfen, nicht minder der neue Art. 7. – Gegen einen fernern neuen Art. 8, wornach schon mit der Erklärung der Ablösung von Seite der Vasallen das Lehen als allodifizirt betrachtet werden sollte, spricht sich der Finanzminister nachdrücklich aus, der Staat könne dann auf sein Recht verzichten, wenn die Gegenleistung bezahlt sey. Der Art. wird sodann verworfen gegen 3 Stimmen (Castell, Hohenlohe und Aretin). — Eben so wird auch ein nach Art. 6 von den Abgeordneten eingeschalteter Artikel verworfen, dagegen der ursprüngliche Art. 7 angenommen. — Am Schlusse erklärt Aretin, aus höheren Rücksichten hätte er dem Gesetze zugestimmt, da jedoch in der jetzigen Form desselben der Zweck sehr schwer erreicht werden wird, müsse er dennoch dasselbe verwerfen. — Mit ihm stimmen bei der Abstimmung über das Gesetz die Reichsräthe Arco-Valley, Preising und Karl v. Seinsheim. — Auch der Wunsch wegen Herausgabe der den Vasallen zum Ablösungsgeschäfte nöthigen Dokumente wird angenommen. — Am Schlusse eröffnet der 1. Präsident der Kammer, daß Reichsrath Wrede ohne Anzeige von München abgereist sey. — In der XXIV. und XXV. Sitzung der Kammer der Reichsräthe beschäftigte sich die Kammer mit der Berathung über die Rückäußerungen der Kammer der Abgeordneten a) bezüglich des Jagdgesetzes. Letztere hatte den Art. 5 in seiner Fassung wiederholt verworfen, und da der Ausschuß der Reichsräthe schon bei der ersten Berathung die Annahme nach Fassung der Abgeordneten begutachtet hatte, so stimmte die Kammer nunmehr bei. In gleicher Weise hatte der Ausschuß schon die Fassung des Art. 8 der Kammer der Abgeordneten, Jagdpachtverhältnisse betr., empfohlen, da diese Kammer wiederholt darauf beharrte, nahm ihn auch die Reichsrathskammer an. — Bei Art. 9, welcher den Vorbehalt der Jagden für den König betrifft, erklärt der Finanzminister, daß die Regierung nicht ferner auf der Fassung des Artikels nach dem Gesetzentwurf beharre, worauf — aber nach der Erklärung der Reichsräthe Stauffenberg, Zu-Rhein, Seinsheim und Reigersberg nur aus Veranlassung dieser Erklärung — die Kammer der Reichsräthe den Artikel in der limitirenden Fassung der Kammer der Abgeordneten annahm. — Bei der Rückäußerung über das Ablösungs-Gesetz kam endlich auch eine Vereinigung bezüglich des noch beanstandeten Art. 19, worin die Kammer der Reichsräthe wenigstens das Prinzip ausgesprochen wissen wollte, daß auch die Holzrechte abgelöst werden müßten, zu Stande, da der Finanzminister eine deßfallsige Gesetzesvorlage am künftigen Landtag zusicherte, womit sich freilich bei dem seit jüngster Zeit oftmals eingetretenen Wechsel der Minister und dem Mangel einer Garantie für die Beistimmung einer künftigen Kammer zu dem einzubringenden Gesetz nicht recht begnügen wollte. — Dem diesem Gesetze angefügten Wunsch der Entschädigung der Geistlichkeit wegen Entgang des Blutzehents trat die Kammer der Abgeordneten wiederholt nicht bei; Se. k. Hoh. Prinz Luitpold bat jedoch die Kammer, auf diesen auf Billigkeit gestützten Wunsch, der ohnehin keine Einwirkung auf die Annahme des Gesetzes habe, zu beharren, was auch einstimmig geschah. — Zu dem Gesetze über die künftige Gerichtsorganisation beantragte Referent, Reichsrath Maurer, bezüglich des noch beanstandeten Art. 6 die veränderte Fassung, lautend: Mit dem Notariat- und dem Prozeßgesetze hat auch die Siegelmäßigkeit als Vorrecht aufzuhören. Diese Fassung wird ohne Debatte von der Kammer einstimmig genehmigt. — XXVI. Sitzung der Kammer der Reichsräthe. Nachdem die Kammer der Abgeordneten der von der Kammer der Reichsräthe beantragten Fassung des Art. 6 des Gesetzes über die künftige Gerichtsorganisation beigestimmt, sohin über das Gesetz Gesammtbeschluß bestand, wurde derselbe verlesen und hierauf vom 1. Präsidenten die Geschäfte für den gegenwärtigen Landtag als beendet erklärt. — Reichsrath v. Armansperg überließ es dem Hrn. Reichsrath Wallerstein, dem 1. Präsidenten den Dank der Kammer auszusprechen, wogegen sogleich im Gegentheil der 1. Präsident sich als zum Danke an die hohe Kammer für die gefundene Unterstützung verpflichtet erklärt und nur den Wunsch hegt, daß die großen Opfer, die die hohe Kammer brachte, auch dem Lande und ganz Deutschland zum Segen gereichen mögen. — Reichsrath Wallerstein spricht in inniggefühlten Worten den Dank der Kammer aus, dabei den neuen Bau der Verfassung erst als begonnen bezeichnend. Der Fortbau sey eine große mächtige Aufgabe der künftigen Kammer oder selbst des Reichstags in Frankfurt. Auch er sey von dem Wunsche beseelt, daß Alles zum Besten gedeihen möge, dann sey dieß der schönste Lohn für ihre Opfer, und sie könnten mit Stolz auf dieselben zurückschauen.

München, 7. Juni. Das gestern erschienene Gesetzblatt für das Königreich Bayern (Nr. 7) enthält den Abschied für die Ständeversammlung des Königreichs Bayern, welcher lautet: Maximilian II. von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben rc. rc. Unseren Gruß zuvor, Liebe und Getreue, Stände des Reichs! Wir haben Uns bei dem nunmehr eingetretenen Schlusse des Landtages über die Uns übergebenen gemeinschaftlichen Beschlüsse der beiden Kammern der Ständeversammlung, so wie über die Berathungsverhandlungen derselben ausführlichen Vortrag erstatten lassen und ertheilen hierauf nach Vernehmung Unseres Staatsrathes Unsere königl. Entschließung, wie folgt: I. Abschnitt. Beschlüsse der Kammern über die Gesetzentwürfe. §. 1. Die Wahl der bayerischen Abgeordneten zur Volksvertretung bei dem deutschen Bunde betreffend. Wir haben das Gesetz über die Wahl der bayerischen Abgeordneten zur Volksvertretung bei dem deutschen Bunde mit Genehmigung der von den Ständen vorgeschlagenen Modifikationen unterm 15. April l. J. sanktionirt und durch das Gesetzblatt vom 17. nämlichen Monats (Stück 1) bereits bekannt machen lassen. Wir haben auch das nach erklärter Zustimmung der Stände genehmigte Gesetz Ziffer I. die Kosten auf Beschickung des deutschen Parlaments zu Frankfurt betreffend, durch das Gesetzblatt verkünden lassen. §. 2. Die Zahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung aus der Pfalz betr. Das transitorische Gesetz, die Zahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung aus der Pfalz betr., ist am 15. April d. Js. von Uns sanktionirt und durch das Gesetzblatt vom 17. nämlichen Monats (Stück 2) verkündet und vollzogen worden. §. 3. Die Amnestirung betreffend. Der Gesetzentwurf, die Amnestirung betreffend, ist in der von den Ständen vorgeschlagenen Fassung am 15. April d. J. von Uns zum Gesetze erhoben, und dieses im Gesetzblatte vom 17. nämlichen Monats (Stück 3) bekannt gemacht. Dem Wunsche Unserer Stände, dem Dr. Eisenmann und dem ehemaligen Bürgermeister Behr für ihre materiellen, in Folge der gegen sie eingetretenen strafrechtlichen Verhandlungen erlittenen Verluste eine billige Entschädigung zu gewähren, sind Wir durch eine bereits bewilligte Vergütung entgegengekommen. §. 4. Die Behandlung neuer Gesetzbücher betreffend. Die Bekanntmachung des von Uns mit den Modifikationen der Stände unterm 12. Mai d. J. sanktionirten Gesetzes über die Behandlung neuer Gesetzbücher ist bereits in dem Gesetzblatte vom 14. nämlichen Monats (Stück 4) erfolgt. Den Wünschen, daß 1) während der gegenwärtigen Ständeversammlung von der Ausführung der Art. II. und XI. Umgang genommen, und 2) die Entwürfe der im Art. I. erwähn-

ten Gesetze möglichst bald durch den Druck veröffentlicht werden möchten, werden Wir entsprechen. §. 5. Die Aufnahme eines Anlehens im Wege der freiwilligen Subskription betr. Wir haben dem Gesetze, die Aufnahme eines Anlehens im Wege der freiwilligen Subskription betreffend, in der von den Ständen vorgeschlagenen Fassung am 12. Mai d. J. Unsere Sanktion ertheilt, und solches durch das Gesetzblatt vom 13. nämlichen Monats (Stück 5) bekannt machen lassen. Den von den Ständen in ihrem Gesammtbeschlusse beigefügten Wünschen: 1) daß auf der Rückseite eines Jeden der betreffenden neu zu kreirenden Staatsschuldscheine der Zinsenbetrag bemerkt werde, und 2) daß bei Unterstützung der Industrie allen Kreisen nach deren Bedürfniß und industrieller Betriebsamkeit geeignete Rücksicht zugewendet werde, besonders aber auch auf die kleinen Gewerbtreibenden Bedacht zu nehmen sey — werden Wir unsere besondere Berücksichtigung zuwenden. §. 6. Einige Aenderungen des Strafgesetzbuches von 1813 betreffend. Wir haben dem Gesetze, einige Aenderungen des Strafgesetzbuches von 1813 betreffend, mit den von den Ständen beantragten Modifikationen am 12. Mai d. J. Unsere Genehmigung ertheilt und solches am 15. nämlichen Monats durch das Gesetzblatt (Stück 6) verkünden lassen. Bezüglich des beigefügten Wunsches, denjenigen Personen, die nach dem Wilddiebstahlgesetze, vom 9. Aug. 1806 dermalen noch Verbrechens- (oder Vergehens-) strafen erleiden, einen Akt Allerhöchster Gnade angedeihen zu lassen, wollen Wir nach Revision der Strafbestimmungen über den Wilddiebstahl Unsere allergnädigste Berücksichtigung vorbehalten. §. 7. Die ständische Initiative betreffend. Dem Gesetzentwurfe die ständische Initiative betreffend, ertheilen Wir unter den von den Ständen beantragten Abänderungen Unsere Allerhöchste Sanktion und lassen das darnach ausgefertigte Gesetz durch das Gesetzblatt (Beilage II.) verkünden.

(Fortsetzung folgt.)

Se. Maj. der König haben vermöge allerhöchster Entschließung vom 1. d. M. nachstehende Veränderungen, Ernennungen und Beförderungen im formationsmäßigen Stande der Militärärzte allergnädigst anzuordnen geruht: Versetzt werden: a. Aus dienstlichen Rücksichten. 1) Der Reg.-Arzt II. Klasse Dr. K. Golch vom 9. Inf.-Reg. Wrede zum 1. Art.-Reg. Prinz Luitpold. 2) Der Bat.-Arzt Dr. Georg Zimmer vom 7. Inf.-Reg. Karl Pappenheim zum 1. Kuirass.-Reg. Prinz Karl (Detachement und Garnisons-Komp. Nymphenburg). 3) Der Bat.-Arzt Dr. J. Mayer vom 6. Chev.-Reg. Herzog von Leuchtenberg zum 1. Chev.-Reg. Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg. b. Auf Nachsuchen, somit ohne Anspruch auf Umzugsgebühren. 1) Der Bat.-Arzt Dr. Karl Mundorff vom 9. Inf.-Reg. Wrede zum 2. Art.-Reg. Zoller. 2) Der Unterarzt I. Klasse Dr. Xav. Leuck vom 9. Inf.-Reg. Wrede zum 6. Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm. 3) Der Unterapotheker I. Klasse W. Gerstner von der Kommandantschaft Landau zu jener von Germersheim. Ernannt werden: Zu Unterärzten II. Klasse: Die Doktoren der Medizin: 1) L. Tutschek aus Bayreuth, bei der Kommandantschaft des Kadetten-Korps, 2) W. Pohl aus Hof bei der Kommandantschaft Augsburg, 3) D. Schanzenbach aus München bei der Kommandantschaft Würzburg, 4) A. Müllbauer aus München bei der Kommandantschaft München, 5) A. Handschuh aus München bei der Kommandantschaft München, 6) Gottfried Stollberg aus Weißenburg bei der Kommandantschaft Augsburg, 7) Fr. Babinger aus Güßbach bei der Kommandantschaft München, 8) E. Burbaum aus Regensburg im 2. Chev.-Reg. Taxis, 9) A. Höger aus Nabburg bei der Kommandantschaft Ingolstadt, 10) Fr. Ludwig aus Oberndreit bei der Kommandantschaft Landau, 11) F. König aus Würzburg im 2. Chev.-Reg. Taxis. Befördert werden: Zum Stabsarzte: der Reg.-Arzt I. Klasse Dr. J. Heyser vom 4. Inf.-Reg. Gumppenberg beim I. Armeedivisionskommando. Zu Regimentsärzten I. Klasse: Die Regimentsärzte II. Klasse: 1) Dr. Sebastian Schreiner im 15. Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen, 2) Dr. A. Fröhlich im 1. Inf.-Reg. König, 3) Dr. St. Ruß im 2. Chev.-Reg. Taxis. Zu Regimentsärzten II. Klasse: Die Bataillonsärzte: 1) Dr. Xav. Gast im Genieregiment. 2) Dr. L. Wilhalm vom 13. Inf.-Reg. Hertling im 9. Inf.-Reg. Wrede, 3) Dr. J. Hueber vom 1. Jäger-Bat. im 1. Chev.-Reg. Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg, 4) Dr. Fr. von Sicherer vom 5. Inf.-Reg. Erbgroßherzog von Hessen, im 4. Inf.-Reg. Gumppenberg. Zu Bataillonsärzten: Die Unterärzte I. Klasse: 1) Dr. Joseph Dietl im 10. Inf.-Reg. A. Pappenheim, 2) Dr. J. Kraus im 3. Chev.-Reg. Herzog Maximilian, 3) Dr. X. Krammer im 2. Kuirass.-Reg. Prinz Adalbert, 4) Dr. Georg Müller im 3. Chev.-Reg. Herzog Maximilian, 5) Dr. J. Kolb im I. Kuirass.-Reg. Prinz Karl, 6) Dr. K. Primbs im 2. Kuirass.-Reg. Prinz Adalbert, 7) Dr. E. von Grauvogl im 2. Chev.-Reg. Taxis, 8) Dr. A. Besnard im 1. Art.-Reg Prinz Luitpold, 9) Dr. A. Hereth im 12. Inf.-Reg. König Otto von Griechenland, 10) Dr. Johann Rast im 8. Inf.-Reg. Seckendorf. Zu Unterärzten I. Klasse: Die Unterärzte II. Klasse: 1) Dr. E. Hildenbrand von der Kommandantschaft Landau im 9. Inf.-Reg. Wrede, 2) Dr. M. Wurth von der Kommandantschaft Augsburg im 13. Infant.-Reg. Hertling, 3) Dr. Fr. P. Schneider von der Kommandantschaft Ingolstadt im 7. Inf.-Reg. K. Pappenheim, 4) Dr. A. Kemp von der Kommandantschaft Würzburg im 9. Inf.-Reg. Wrede, 5) Dr. F. J. Heusler vom 2. Chev.-Regiment Taxis im 15. Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen, 6) Dr. M. Wehlinger von der Kommandantschaft München im Geniereg., 7) Dr E. Glocker von der Kommandantschaft Augsburg im 1. Jäg. Bat., 8) Dr. B. Pfeiffer von der Kommandantschaft Würzburg im 2. Art.-Reg. Zoller, 9) Dr. K. Schiller vom 2. Chev.-Reg. Taxis im 5. Inf.-Reg. Erbgroßherzog von Hessen, 10) Dr. U. Langenmantel von der Kommandantschaft München im 6. Chev.-Reg. Herzog von Leuchtenberg, 11) Dr. J. Rogg von der Kommandantschaft München im 4. Jägerbat., 12) Dr. B. Schipper von der Kommandantschaft Würzburg im Genie-Reg.

München, 7. Juni. Man hätte denken sollen, nach achttägigem Aufenthalt in Innsbruck dürfte die Umgebung des guten Kaisers zu der Erkenntniß gekommen seyn, daß die Flucht aus Wien nach keiner Richtung hin Vortheil gebracht habe, daß sie aber wohl den Hof und die Monarchie mit vollständigem Verderben je länger desto mehr bedrohe. Diese Annahme hat sich nicht bestätigt. Wir lesen im Gegentheile aus bester Quelle, daß eben diese Umgebung des Kaisers eher auf alles andere sinnt, selbst auf eine Weiterflucht des Kaisers, als auf dessen Zurückreise nach Wien. Aber die Ernsteren und Einsichtsvolleren in Innsbruck selbst scheinen etwas veränderter Ansicht geworden zu seyn. Dem guten Kaiser würde man zwar zweifelsohne noch einmal die Pferde ausspannen und überhaupt für ihn und sein Haus Leib und Leben lassen, ob er nach Wien zurückkehre oder nicht, aber daß eine förmliche Hofhaltung in Innsbruck etablirt wird und daß die aristokratischesten aller Aristokraten theils aus sämmtlichen Provinzen herbeieilen, theils aus München herbeiziehen, hat jedem nicht absichtlich Blinden eben doch die Augen öffnen müssen. In dem Briefe eines geachteten und nicht uneinflußreichen Mannes lesen wir die Bemerkung, daß jetzt nur noch Fürst Metternich fehle, um das ganze alte Wien in Innsbruck beisammen zu sehen. Hoffen diese Personen in der Umgebung des Kaisers wirklich, daß man auch in Wien noch einmal willig zum Alten zurückkehren werde? Es fehlt dort freilich an dem ersten und unentbehrlichsten, was in solcher Zeit Noth thut, an einem ehrenhaften, einsichtsvollen und kräftigen Führer, an einem Manne, dessen Wissen, Können und Wollen alle aristokratischen und hierarchischen Wühlereien und Parteibestrebungen im Keime zu zertreten und den unterwühlten Rechts- und Verwaltungsboden rasch wieder zu festigen vermöchte. Aber dafür hat Wien ein anderes Gut, das unschätzbare Gut der Ehrlichkeit und Nüchternheit der Massen und des guten Willens der bewaffneten Bürgerschaft, von der Begeisterung einer zahlreichen Jugend gar nicht zu reden! Noch ist's Zeit für die Herrschaften in Innsbruck, sich der Dinge zu bemächtigen und dieselben mit gestalten helfen zu können. Noch weitere acht Tage warten wollen, heißt sich dieser Aussicht selbst berauben. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

München, 7. Juni. Aus Lindau und Bregenz erzählen Blätter und Briefe, wie das österreichische Infanterieregiment Wellington, das bei seinem Durchmarsch durch Württemberg und Bayern die deutschen Kokarden aufgesteckt hatte, bei seinem Einrücken in Vorarlberg auf Befehl des Regimentskommandeurs, die deutschen Kokarden und die deutschen Bänder von der Fahne abgenommen habe. Viele Blätter machen dem Regiment — das aus Böhmen besteht und von einem Ungar befehligt seyn soll — große Vorwürfe. Es ist zu erwarten, daß über das jedenfalls auffallende Benehmen des Offiziers — den allein ein Vorwurf treffen kann — öffentliche Aufschlüsse gegeben werden. Indessen mußte es jenes Regiment jedenfalls befremden, daß die deutschen Kokarden, die man bei ihm jubelnd begrüßte, bei den bayerischen und württembergischen Truppen, durch deren Garnisonsorte sie kamen, noch fehlten. (A. Z.)

Die „Aschaffenburger Zeitung“ schreibt: Ein wahrhaft dankenswerthes Geschenk hat das kgl. Staatsministerium der Finanzen dem bayerischen Volke gegeben durch die Einführung des neuen Fahrposttarifes. Dem Privaten, wie dem Geschäftsmanne gewährt dieser neue Tarif die namhafteste Erleichterung in der Versendung von Gegenständen jeder Art. Aller weitern Lobeserhebungen uns enthaltend, lassen wir in Folgendem zur Begründung des oben Gesagten die Zahlen sprechen. 900 fl. mit einem Gewichte von 25 Pfund kosteten von Aschaffenburg bis Würzburg nach dem alten Tarife 1 fl. 20 kr., nach dem neuen 36 kr. 30 Pfund bei einer Werthangabe von 300 fl. nach München, welche bisher 5 fl. 35 kr. betragen haben, werden jetzt mit 2 fl. 39 kr. berechnet. Aus diesen beiden Beispielen geht hervor, daß das Porto bei den k. bayer. Fahrposten um mehr als die Hälfte ermäßigt worden ist und daß somit die Taxen des neuen Tarifs zu den billigsten von ganz Deutschland gehören.

Gr. Hessen.

Mainz, 3. Juni. Gestern machten die Voranzieher am Rhein wieder Miene dem Durchziehen der Schleppboote durch die Rheinbrücke Hindernisse in den Weg zu legen. Diesmal hatten sie es aber nicht mit der Bürgerwehr zu thun, sondern mit wohlorganisirten Militärpikets, die keinen Spaß verstehen. Als sie daher sahen, daß hier mit Gewalt nichts auszurichten sey, weil das Militär auf der Stelle von den Waffen Gebrauch gemacht haben würde; standen sie von ihrem thörichten Versuch die Schleppschifffahrt zu stören, ab, und die Schiffe zogen im Triumph durch die Brücke. So wäre denn endlich auch diesem heillosen Uebelstande abgeholfen, der nur zu lange gedauert und die rheinischen Handelsstädte in die größten Nachtheile gebracht hat. Den Voranziehern konnte ihr gesetzloses Handeln nur in der Zeit allgemeiner Unruhe gelingen. Jetzt aber, wo überall Gesetzlichkeit um jeden Preis wiederhergestellt wird, würde in diesem Falle Nachsicht der Ruin des rheinischen Handels seyn. Uebrigens wird die Lage der Segelschiffer und Voranzieher nicht lange mehr eine trostlose bleiben, denn die hier zusammengetretene Kommission der Rheinuferstaaten hat den festen Willen, die Lage dieser Gewerbsklasse zu verbessern. Die Ruhe ist seit den jüngsten Vorgängen nicht wieder gestört worden. Das Verhältniß zwischen preußischem Militär und Bürger wird erträglicher. Doch ist ein Truppenwechsel beschlossen. Das 30. Regiment kommt hieher. Es besteht aus Rheinländern, meist von der Obermosel. Es wird sich ohne Zweifel mit den Mainzern gut vertragen. (A. Z.)

Preußen.

Berlin, 31. Mai. Die „Aachner Zeitung“ berichtet: Wir hören, daß der Prinz von Preußen wirklich einige Sitzungen hindurch an den Berathungen der Nationalversammlung in seiner Eigenschaft als Abgeordneter Theil zu nehmen gedenke, hiernächst dann aber, wie bereits früher schon von uns erwähnt, die Einberufung seines Stellvertreters beantragen werde. Es steht jedenfalls zu erwarten, daß der Prinz in der Kammer Veranlassung nehmen werde, sich offen über seine Stellung in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft auszusprechen.

Wir erhalten folgenden Hilferuf aus Posen an das gesammte Deutschland. Deutsche Brüder! Die Schrecken des Bürgerkrieges, welche durch die beklagenswerthe Schilderhebung der Polen heraufbeschworen sind, senden nunmehr von allen Seiten ihre Trauerboten nach unserer Stadt. Die deutschen Einwohner des platten Landes und der kleineren Städte flüchten in Schaaren zu uns. In langen Wagenreihen, welche die eilig zusammengeraffte Habe bergen, folgen die Einen den aus ihrer Gegend abberufenen Militärkolonnen, während Andere, durch mordende und plündernde Banden all ihres Hab und Gutes beraubt, in eiliger Flucht nur das nackte Leben zu retten vermochten. Ganze Städte sind eingeäschert oder völlig verödet und bis auf das geringste Besitzthum ausgeplündert. Einzelne Häuser hierselbst haben bereits 60—80 Flüchtlinge aufgenom-

nen. Die Besitzer suchen denselben aus eigenen Mitteln, oder wo diese nicht ausreichen, durch anderer Menschenfreunde milde Spenden die unentbehrlichste Kost zu reichen. Die Stadt Posen thut, was sie vermag, aber sie fühlt, daß ihre Kraft nicht ausreicht. Es ist Euch ferner bekannt, daß Hunderte theils in offenem Kampfe, theils meuchlings überfallen, unter Schauder erregenden Gräueln ihr Leben verloren haben. Unter diesen Hingemordeten sind viele Gatten und Väter, deren Familien dadurch dem größten Elende preisgegeben sind. Diesen unglücklichen Wittwen und Waisen, namentlich den Familien der im Kampfe für unsere Sache verwundeten und gefallenen Soldaten, sind wir schleunige Hilfe schuldig! Auch diejenigen Theile der Provinz, die bisher von den Gräueln des Aufruhrs verschont blieben, sind durch die täglich im Zunehmen begriffene Arbeitslosigkeit durch Stockung des Handels und der Gewerbe, durch die völlige Kreditlosigkeit und die bisherigen Anstrengungen zur Wahrung der deutschen Nationalität wie zur Milderung der uns umgebenden Noth fast durchgängig erschöpft; wir wenden uns demnach an Euch Alle, deutsche Männer und Frauen nah und fern, in den weiten Grenzen unseres großen Gesammtvaterlandes, mit dem auch wir jetzt innig verbunden sind, sammelt — wir bitten Euch — Gaben der Liebe und sendet sie uns, denn der Thränen sind viel zu trocknen! Das deutsche Zentralkomite ist durch seine eigene Wirksamkeit und die ihm von anderen ähnlichen Vereinen gewordene freundliche Handreichung in der Lage, die Größe der Noth und die Zahl der Hilfsbedürftigen übersehen und dargebotene Hilfe zweckmäßig verwenden zu können. Dasselbe erbietet sich deßhalb, Unterstützung jeder Art entgegenzunehmen und diese entweder unmittelbar oder durch Vermittelung der hier bereits zu ähnlichen Zwecken ins Leben getretenen Vereine, auf deren freundliche Mitwirkung wir rechnen dürfen, zur Vertheilung zu bringen. Deutschland hat seine mächtige Hilfe bei der Noth unserer Brüder in Oberschlesien thätig bewiesen, das Unglück, das über unsere Provinz hereingebrochen, ist nicht geringer, die Hilfe nicht weniger dringlich, spendet daher mit reichen Händen. Alle verehrlichen deutschen Zeitungsredaktionen ersuchen wir, diesem Aufrufe in den Spalten ihrer Blätter einen Platz zu gönnen und jede auch die geringste Gabe, für uns gefälligst in Empfang zu nehmen und zu Händen unseres Schatzmeisters, des Kaufmanns Berger, hierselbst einzusenden. Posen, 15. Mai 1848. Der Unterstützungsausschuß des deutschen Zentralkomites. Dr. Barth. Berger. Kießling. Dr. Hantke. Günter. v. Hassenkrug. Schweminski. F. Seidemann. Louis Falk. W. Weltinger.*) (D. Z.)

Schleswig-Holstein.

Rendsburg, 31. Mai. Die Regierung fängt jetzt an, mit Eifer die Vervollständigung unseres Heeres zu betreiben; 2500 Mann sind bereits einberufen; wahrscheinlich wird in den nächsten Tagen die Einberufung der ganzen Reservemannschaft folgen. — Ein Reisender bringt die Nachricht, daß die Dänen gestern Abend um 6 Uhr in Apenrade eingerückt sind. Die nach Hadersleben bestimmte Post hat nur bis Seegaard kommen können. — In einer Nachschrift enthält das „Rendsburger Tagblatt" Folgendes: Nach dem Bericht eines Augenzeugen ist gestern (am 31. Mai) im Sundewittschen ein hitziges Treffen vorgefallen, in welchem die Dänen mit großem Verluste aus ihren Stellungen geschlagen und von den Mecklenburgern bis an die Küste so hartnäckig verfolgt sind, daß mehrere ihren Kolbenschlägen erlegen, andere ertrunken sind. Somit scheint der aus dem neulichen glücklichen Coup der Dänen erwachsene Hochmuth etwas wieder gedämpft zu seyn.

Flensburg, 31. Mai. Ein Gerücht geht, ein preußischer Kourier habe heute dem General Wrangel den Befehl zu erneutem Vorrücken gebracht. Der Halkettsche Bericht über das Gefecht am 28. ist noch nicht in der Hannoverschen Zeitung erschienen.

Schleswig, 1. Juni. So eben eingetroffenen Nachrichten zufolge bestätigt sich das seit gestern bereits verbreitete Gerücht von der Gefangennahme von zwei Bataillonen Dänen. Die Gefangenen werden in diesem Augenblicke Abends 8 Uhr hier erwartet. Mit dieser Nachricht verbreitete sich das Gerücht, daß ein dänisches Armeekorps von 6000 Mann von den Preußen und den übrigen Truppen umzingelt sey. So viel ist gewiß, daß morgen früh um 5 Uhr das zweite Bataillon des Kaiser-Franz-Garde-Regiments nach Oeversee aufbricht und daß am Sonntag Morgen das erste Bataillon nachfolgen wird. (H. K.)

*) Die Redaktion erklärt sich mit Vergnügen zur Annahme von Beiträgen bereit.

Rendsburg, 2. Juni. Die Bundestruppen büßten in der Affaire vom 28. Mai ein: an Todten 1 Offizier, 1 Unteroffizier, 18 Mann; an Verwundeten 7 Offiziere, 10 Unteroffiziere, 132 Mann; an Vermißten 40 Mann — zusammen 210 Mann.

Hannover.

Hannover. In der Sitzung der zweiten hannoverischen Kammer am 30. in welcher die Berathung des Verfassungsentwurfs geschlossen wurde, ist das Zweikammersystem in dritter, also definitiver, Abstimmung mit 48 gegen 19 Stimmen angenommen worden.

Freie Städte.

F Frankfurt, 5. Juni. Allgemein erwartet man auf Pfingsten eine Bewegung, welche nicht nur hier, sondern überall in den Nachbarstädten und besonders in ganz Baden losbrechen soll, wovon sich die Republikaner viel versprechen, was sie auch keineswegs verhehlen. Indessen könnte unter gegenwärtigen Umständen nur eine Revolution, welche alles Bestehende umstürzte und die Nationalversammlung auseinander triebe (und dieses ist doch nicht wahrscheinlich), ihren Interessen förderlich seyn, eine kleine Bewegung kann ihnen nur zum Nachtheil gereichen. — Die 80 Parlamentsmitglieder der äußersten Linken werden dieser Tage eine gemeinschaftliche Lustparthie in die Pfalz machen.

Lübeck, 31. Mai. Sehr gespannt war hier gestern (30.) Alles auf die Ankunft des Dampfschiffes „Nordstern", um von Kopenhagen die Ratifikation des zwischen dem General Wrangel und Hedemann abgeschlossenen Waffenstillstandes und die daraus hervorgehende Freigabe der aufgebrachten Schiffe zu erfahren; leider hat sich diese Hoffnung nicht verwirklicht. Die Ratifikation des mit Preußen abgeschlossenen Waffenstillstandes ist zu Kopenhagen verweigert worden, woselbst die Vereinigung aller skandinavischen Streitkräfte den Muth wieder in dem Grad erhoben hatte, daß die eifrigste Fortsetzung dieses bisher unglücklichen Krieges der vorherrschende Volkswille war. Um sich nun hierin gegen England zu rechtfertigen, sandten die dänischen Minister den Kammerherrn v. Reedtz mit dem von Petersburg zurückkehrenden englischen Dampfschiffe „Victory" nach London. (Br. Z.)

Oesterreich.

Wien, 2. Juni. Die gestern hier bekannt gewordene Kreirung einer provisorischen Regierung in Böhmen bildet die Tagesfrage und wird wahrscheinlich zur Lebensfrage für die Gesammtmonarchie werden. Stürmische Debatten überall: in der Aula, in den Sitzungen des provisorischen Bürgerausschusses, in den Kaffe's, in den Kneipen. Die Stimmung im Ganzen gedrückt — doch kampfeslustig; man begreift bereits, daß an eine friedliche Lösung dieser Differenz kaum mehr zu denken ist. Die schwarzgelben „Oesterreicher um jeden Preis" lassen sich nirgends mehr blicken: obiges Ereigniß hat ihnen den Todesstoß beigebracht. Am Jämmerlichsten ergeht es der Vorfechterin der schwarzgelben Schattirung, der k. k. privilegirten Wienerzeitung. Sie wird kaum mehr gelesen, selbst der gemeine Mann macht sich über ihre Salbadereien — heute liberal, morgen das Gegentheil — lustig und die Redakteure derselben wurden aus der Liste der akademischen Legion gestrichen. In einer Berathung auf der Aula wurde beschlossen: eine Riesendeputation aus allen Ständen — Klerus und Militär nicht ausgenommen — an Se. Majestät nach Innsbruck zu entsenden, mit dem Auftrage: Se. Maj. nochmals dringend zur Rückkehr nach Wien, jedoch ohne jesuitische Kamarilla, einzuladen, oder die Namhaftmachung eines kaiserl. Stellvertreters hierselbst zu veranlassen. Im entgegengesetzten Falle kam man dahin überein: in Anbetracht und Erwägung der slavischen Uebergriffe sich an die Frankfurter Nationalversammlung zu wenden. — Aus den übrigen Provinzen langen — neben den Gesinnungsäußerungen entgegengesetzter Art — täglich auch Deputationen hier an, die sich mit den Errungenschaften des 15. Mai vollkommen einverstanden erklären, bei welcher Gelegenheit man nicht außer Acht läßt, zu versichern: der innigste Anschluß an Deutschland sey allein der sichere Bürge der errungenen Freiheit. Sogar eine Bauerndeputation aus dem Marchfelde erschien heute und versicherte die Wiener: auf den kräftigsten Beistand in Noth und Tod von ihrer Seite könnten sie rechnen. — Die heute hier begonnene Werbung zur Komplettirung der Armee findet wenig Anklang, weil die Hoffnung auf das Gelingen des italienischen Feldzuges beinah erloschen ist. (A. v. u. f. D.)

Prag, 26. Mai. Wie brüderlich es bei dem sogenannten Verbrüderungsfeste von czechischer Seite herging, erfahren wir nun nachträglich. Man hörte Nichts als Czechisch; dem deutschen Parlamente wurde ein Pereat gebracht und Spottlieder auf die Deutschen gesungen. Das war die Verbrüderung! Während des Festes kam der von den Magyaren geflüchtete Hurban aus Agram; unendlicher Jubelruf „Slava!" empfing ihn; die Nationalgarde, welche den Namen Swornost (Eintracht) angenommen, umringte ihn. Er sprach nun begeistert von den Slaven und ihrer Unterdrückung, zum ersten Male aber umschlinge alle Stämme die Swornost, es sey die Zeit der Waffen, des Kampfes gegen die Unterdrücker gekommen. Die Deutschen hörten das Alles ruhig mit an und wußten nicht, was sie zu der neuen Eintracht und der Versöhnung sagen sollten. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Lemberg, 27. Mai. Die Lemberger Garnison hat, mit der Unterschrift aller Offiziere, einen Aufruf an die Armee erlassen, worin sie dem Wiener Treiben auf das Entschiedenste entgegentritt. Sie erklärt sich gegen die anmaßende Gewalt einer kleinen Fraktion, welche den Staat „anarchischer Entfesselung rathlos in die Arme schleudert." Dagegen aufzutreten sey die Armee als staatsbürgerliche Genossenschaft wie als fest geschlossene Macht moralisch und politisch verpflichtet; es sey ihre Aufgabe, sich dorthin zu stellen, wo sie Kaiser und Vaterland schirmen könne. Schließlich faßt der Aufruf die Entschließung der Soldaten in die Worte zusammen: „Wir wollen Ordnung, wir wollen Recht, wir wollen das hohe Gut unserer Konstitution in weitester Ausdehnung, jedoch in männlich-kluger, geregelter Entwicklung auf das schärfste bewachen." Daß sich diesem Entschluß die ganze Armee anschließen werde, ist die Hoffnung, in welcher dieser Aufruf von der Lemberger Garnison erlassen worden. (A. Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 8. Juni: „Jessonda," Oper v. Spohr.

Freitag den 9. Juni: „Von sieben die Häßlichste." Posse v. Angely.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Obermayer, Banquier v. Augsburg; Konstam, Kaufmann v. New-York.

Gold. Hirsch. HH. v. Giorgieri, k. k. Geh.-Sekretär von Toskana; v. Brockhurst, Rentier aus England.

Gold. Hahn. HH. Schmied, Rentier von Nürnberg; v. Gieße, Privatier v. Augsburg.

Blaue Traube. HH. Frhr. v. Gralnger, k. k. Kämmerer; Schmid, Stadtpfarrer v. Pfaffenhofen; Hösel und Würtemberg, Ingenieurzöglinge v. Stuttgart; v. Barth, Gutsbesitzer v. Straßburg.

Getraute in München.

Joseph Kraus, herrschaftlicher Bedienter dah., mit Theresia Soller, Bauerstochter v. Alburg, Landg. Straubing; Georg Emsenseder, Privilegiumsinhaber und Insaße in Haidhausen, Besitzer eines Bauerngutes in Dellenhofen, Pf. Oberbachlag, mit Xav. Hellstern, Hafnerstochter v. Nymphenburg; Christian Hauck, b. Bader dah., mit Anna Mayer, Hausbesitzerstochter v. Landau an der Isar; Georg Ganzenmüller, b. Juwelier und Goldarbeiter dah., mit Frl. Maria Anna Elisab Kurz, k. Hauptmannstochter v. h.; Alois Aigner, b. Schuhmachermeister dah., mit Marg. Seidl, b. Lederertochter v. Geisenfeld; Karl Strobl, bgl. Melber, mit Johanna Wagner, Malerstochter von der Au.

Gestorbene in München.

Johanna Rahn, Tapetenfabrikantenswittwe von Aarau in der Schweiz, 69 J. alt; Katharina Kellner, Münzarbeiterstochter v. h., 29 J. alt; Barbara Kößner, Schuhmacherswittwe v. d. Au, 60 J. alt; Georg Schmer, Steindruckergehilf v. Altmanstein, 31 J. alt.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 152.

Münchener politische Zeitung.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaidels Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährig im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 30 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.

Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Freitag — XLIX. Jahrgang. — 9. Juni 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 1. Juni. An dem heutigen Tage sollte in Dresden der postalische Kongreß wieder zusammentreten, um die letzte Hand an die Bildung einer allgemein deutschen Postkonvention zu legen. Die unterdessen eingetretenen politischen Umwälzungen, besonders die penible Lage Oesterreichs und Preußens, sind auch hier hemmend eingetreten und es wurde der Wiederzusammentritt des postalischen Kongresses auf unbestimmte Zeit verschoben, aber durchaus nicht aufgehoben.

Frankfurt, 2. Juni. Wenn die Bayern etwa noch nicht wissen, auf welcher Stufe von politischer Bildung sie stehen, so sind sie gestern vom Hrn. Arnold Ruge in einer politischen Versammlung darüber belehrt worden. Derselbe äußerte: „Nach Ausbreitung des Christenthums hätten unter den Christen noch viele gelebt, die nicht zur Erkenntniß der christlichen Religion gekommen, und diese habe man pagani (Heiden) genannt. So lebten nun auch in Deutschland viele, die noch nicht zur Erkenntniß der politischen Wahrheit gekommen und daher politische Heiden seyen, wie die Bayern und Westphalen". Wir können daher unsern heidnischen Landsleuten nichts angelegentlicher empfehlen, als sich bei Hrn. Ruge die politische Taufe zu holen. (K. v. u. f. D.)

Frankfurt, 4. Juni. Die Linke hatte sich gestern Abends mit ihren Freunden wieder zahlreich im „deutschen Hofe" versammelt, wo eine äußerst interessante Berathung stattfand. Professor Hildebrand aus Marburg präsidirte. Zunächst wurde Bericht erstattet über die Wahl des Ausschusses von 15 Mitgliedern zur Prüfung der Anträge auf Bestellung einer Exekutivgewalt. Das Ergebniß war für die Linke ein sehr ungünstiges, denn sie hat nur zwei Mitglieder darin: Trütschler und Robert Blum. Aus den Berichten war zu entnehmen, daß die Rechte die Ernennung der Exekutivgewalt durch die Regierungen, das rechte Zentrum wenigstens die Mitwirkung der Regierungen und das linke Zentrum die Gutheißung der von der Nationalversammlung vorzunehmenden Wahlen von den Regierungen, aber ohne daß letzteren ein Veto zustehe, will. Die Linke dagegen will die Wahl der Exekutivgewalt nur durch die Nationalversammlung, und will jede und alle Mitwirkung der Regierungen entfernt gehalten wissen. Es ergriffen nach einander Wesendonck, Arnold Ruge, Zimmermann (aus Stuttgart), Kuni, Vogt (aus Gießen) u. andere das Wort. Sie alle forderten die Partei auf, in dieser hochwichtigen Frage fest zusammenzuhalten, nicht die geringste Konzession zu machen und entweder zu siegen, oder zu fallen. Den letzten Vortrag hielt Vogt. Er sprach sich entschieden dagegen aus, daß die Linke nach einer Niederlage die Versammlung verlasse. Sie solle bis auf den letzten Mann stehen, protestiren und immer protestiren, namentliche Abstimmungen begehren und nöthigenfalls auch einen Aufruf an's deutsche Volk erlassen. Vogt zeigte ferner an, daß seine Wähler (in Gießen) am 2. d. eine Petition an's Parlament beschlossen haben, worin sie die Auflösung der Bundesversammlung und die Einsetzung der Exekutivgewalt begehren und fordert die Mitglieder der Linken auf, in ihren Wahlkreisen gleiche Petitionen zu veranlassen. Niemand verhehlt sich, daß der Kampf um die Einsetzung einer Exekutivgewalt ein heißer und auch ein entscheidender werden wird. Man sieht ihm deshalb mit größter Spannung entgegen. (K. v. u. f. D.)

Wie man vernimmt, hatte der Verfassungsausschuß erst die erste Hälfte des ersten Paragraphen seines Entwurfs berathen. (Speyer. Z.)

Bayern.

München, 30. Mai. Eine k. Entschließung verordnet die Vermehrung sämmtlicher Reiterregimenter um je eine Schwadron.

München. (Fortsetzung der gestern abgebrochenen Mittheilung des Gesetzblattes, den Landtags-Abschied betr.) §. 8. Die Verantwortlichkeit der Minister betr. Wir ertheilen dem Gesetzentwurfe, die Verantwortlichkeit der Minister betreffend, mit den von den Ständen beantragten Modifikationen Unsere Genehmigung, und dem hienach angefertigten unter Ziffer III. anliegenden Gesetze Unsere Sanktion. Den dem Gesammtbeschlusse von den Ständen angefügten Wünschen: 1) den Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof und das Verfahren bei Anklage der Minister der nächsten Ständeversammlung unverzüglich wieder vorlegen zu lassen, und 2) die Anordnung zu treffen, daß bei allen Ausschreibungen von Unseren Allerhöchsten Entschließungen, sowie von den Entschließungen Unserer Staatsministerien auch die Unterzeichnung und Gegenzeichnung, wie sie in der Urschrift enthalten sind, in den amtlich zu beglaubigenden Abschriften auszudrücken seyen, werden Wir entsprechen, und die betreffenden Weisungen an Unser Gesammtministerium erlassen. §. 9. Die Wahl der Landtags-Abgeordneten betr. Den Gesetzesentwurf, die Wahl der Landtags-Abgeordneten betreffend, erheben Wir in der von den Ständen modifizirten Fassung durch Unsere Sanktion zum Gesetze, und lassen solches unter Ziffer IV. hiebei folgen. Auf die von den Ständen dem Gesammtbeschlusse angehängten Vorschläge erklären Wir was folgt: 1) Wir werden den Antrag, daß dem nächsten Landtage ein Gesetzentwurf über zeitgemäße Erweiterung der Kammer der Reichsräthe vorgelegt werde, sorgfältiger Würdigung und geeigneter Berücksichtigung unterziehen, und 2) ebenso die Frage einer zeitgemäßen, den Prinzipien des neuen Landtags-Wahlgesetzes entsprechenden Revision der Gesetze über die Wahlen zu Kreis-, Bezirks- und Gemeinde-Vertretung in Berathung nehmen lassen, um hienach das Weitere einzuleiten. 3) Dem Antrage, daß jedem gemäß Art. 7 des Landtags-Wahlgesetzes passiv Wahlfähigen, welcher ohne Wahlmann zu seyn, sich für eine Abgeordnetenstelle meldet, frei stehe, unmittelbar vor Beginn des Wahlaktes in der Versammlung zu erscheinen, seine politischen Grundsätze darzulegen, und die von Wahlmännern an ihn gerichteten Fragen zu beantworten, vermögen Wir, so wenig Wir der Freiheit der Besprechung zwischen Kandidaten und Wahlmännern irgendwie entgegen zu treten beabsichtigen, aus Rücksichten für den geordneten und ungestörten Vollzug der Wahlhandlungen nicht zu entsprechen. 4) Dem Vorschlage, daß den in Tit. IV. §. 3 Lit. b der Verfassungs-Urkunde aufgeführten Kriterien des Staatsbürgerthums auch das besteuerte Einkommen aus intellektueller Thätigkeit beigezählt werde, können Wir um so weniger Unsere Zustimmung ertheilen, als hiedurch eine verfassungsmäßige Bestimmung auf den Grund eines, zur Zeit nur als transitorisch angenommenen Gesetzes über die Einkommensteuer abgeändert werden will. Zudem widerstreitet dieser Vorschlag dem, von beiden Kammern unverändert angenommenen Art. 6 des Gesetzentwurfes, die Wahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung betr., und erscheint, als dort im Modifikationswege nicht angeregt, verspätet. §. 10. Die Freiheit der Presse und des Buchhandels betr. Wir ertheilen dem Edikte über die Freiheit der Presse und des Buchhandels mit Genehmigung der von den Ständen vorgeschlagenen Modifikationen Unsere Sanktion und verordnen dessen Verkündung Ziffer V. durch das Gesetzblatt. Auf die dem Gesammtbeschlusse der Stände beigefügten Wünsche erklären Wir: 1) daß der Antrag, die Revision der Strafgesetze über die Verletzung der Amtsverschwiegenheit betr., bei der neuen Strafgesetzgebung in geeigneter Art Berücksichtigung finden werde, und daß der Antrag auf Umgestaltung der dießfälligen Dienstesvorschriften, insbesondere mit Rücksichtnahme auf die Vertheidigung der Staatsdiener gegen öffentliche Angriffe ihrer Amtsehre, sowie mit Rücksichtnahme auf das Interesse der Statistik, einer nähern sorgfältigen Würdigung werde unterstellt werden. 2) Wir finden Uns auch unter Bezugnahme auf den §. 5 des Ediktes bewogen, mit Gesetzeskraft auszusprechen: „Der Herausgeber einer Zeitung oder periodischen Schrift ist schuldig, in Beziehung auf die in derselben vorgetragenen Thatsachen jede amtliche oder amtlich beglaubigte Berichtigung unentgeltlich, sowie jede andere Berichtigung des Angegriffenen gegen die gewöhnlichen Insertionsgebühren sogleich nach deren Mittheilung in das nächstfolgende Blatt, Stück oder Heft aufzunehmen. Bis zum Erscheinen eines Preß-Polizeigesetzes soll der Zuwiderhandelnde auf Anrufen des Betheiligten vom Richter zu einer Strafe von 5 bis zu 25 fl. verurtheilt werden." 3) Bezüglich des weitern Antrags im Betreff der Napoleonischen Dekrete von 1810 über die Buchdruckereien und den Buchhandel behalten Wir Uns die nähere Erwägung mit Rücksicht auf den Umstand, daß Privatrechte und Interessen dabei betheiligt sind, bevor.

(Fortsetzung folgt.)

München, 5. Juni. Wir leben hier in einer beständigen Todesangst. Die Bürger sehen nichts, als eine Wiederholung der Wiener Studenten-Arbeiter-Krawalle; andererseits sind die schönsten Anzeichen vorhanden, daß eine andere Partei eine Art Neapeler Geschichte zum Vorschein bringen will. Gestern Morgen kamen einige Schustergesellen auf die Universität und baten die Studenten, sich ihrer anzunehmen; sie sprachen sehr ruhig und vernünftig; da erschien plötzlich auch ein anderer Herr und fing gewaltig an zu peroriren per „wir Schustergesellen". Nachmittag wurde nun diese Sache vor die sogenannten Repräsentanten gebracht; allein da brachte nun ein Student zum Vorschein: er sey selbst bei mehreren Schusteraltgesellen gewesen, und diese hätten ihm gesagt: „es seyen Tags zuvor Leute bei ihnen gewesen, die sie aufgefordert hätten, zu den Studenten zu gehen". Auf dieses hin wurde, so sehr Jeder persönlich über die Behandlung der Schuster indignirt war, erklärt: „als Studentenschaft seyen sie in dieser Sache, in der überdieß noch gar keine Instanz versucht worden sey, inkompetent". Wir halten dieß unbedingt für Recht, die Studenten sollen sich nicht als Werkzeuge einer Partei gebrauchen lassen, die Alles anwendet, die Bürger noch mehr ins Bockshorn zu jagen, und dadurch der Reaktion in die Arme zu arbeiten. Warum greift denn die „Postzeitung", „Volksbote" rc. nur den Minister Lerchenfeld und höchstens noch Heintz an? Und wie reimt sich die beständige Philippika gegen die Wähler zusammen mit den Aufforderungen: durch

das Ablösungsgesetz sey das Konkordat gebrochen; die Kirche sey dem Staate Nichts mehr schuldig, sie werde sich auf ihre eigene Kraft verlassen; die Gemeinden sollten sich alle erheben gegen diese Beraubung! Also einem vollständig durchgegangenen Gesetz wollen sich die Herren Reaktionäre nicht unterwerfen; meinen sie, wir wären schon so weit, daß man so Etwas versuchen könnte, und dazu wäre ein Krawall der Studenten wahrscheinlich höchst zweckdienlich? „Wäre der Gedanke nicht so verwünscht gescheidt, man wäre versucht ihn herzlich dumm zu nennen." — Hrn. v. Hormayer soll der Schlag getroffen haben. — Die Geschichte mit dem Studenten in der Michaelskirche stellt sich völlig zu dessen Gunsten heraus, und gestern fand gleichsam eine Versöhnung der Bürger und Studenten statt. — Heute ist Versammlung der Wahlmänner, um über ein Schreiben Fallmerayers zu berathen. Derselbe fühlt sich sehr unbehaglich. — Der Partikularismus gewinnt hier immer mehr Boden, und überhaupt verfinstert sich unser Horizont immer mehr. (Nürnb. Kur.)

München, 6. Juni. Da gestern bei der Schließung des Landtags die Kammer der Abgeordneten nur verabschiedet, nicht aufgelöst wurde, so will man hieraus schließen, daß diese Kammer nochmals einberufen werden könnte. Dem ist aber keineswegs so; denn sobald in einigen Monaten die Gesetzgebungsausschüsse beider Kammern ihre Aufgabe (Gesetze zur sofortigen Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit mit Geschwornengerichten zu berathen und zu beschließen) gelöst haben, wird die Auflösung der Abgeordnetenkammer erfolgen und neue Wahlen nach dem neuen Wahlgesetze ausgeschrieben werden. Es waren sonach jedenfalls die letzten Stände Bayerns, die gestern das Ständehaus verließen. Künftig wird die Bezeichnung „Ständehaus" nicht mehr richtig seyn, da nicht mehr die Gewählten der Stände, sondern die Gewählten des Volkes fortan in demselben tagen werden. — Den Vorfall in der Michaelskirche (am Sonntag) wollte man benützen, um zwischen Bürgern und Studenten Zwietracht zu erregen, was aber glücklicherweise nicht im Geringsten gelang. Es haben dadurch gewisse Leute wieder einmal die Rechnung ohne den Wirth gemacht. (K. v. u. f. D.)

Württemberg.

Stuttgart. Letzten Mittwoch langte ein Tübinger Bürger hier an, und suchte die Hilfe der hiesigen Behörden nach, um drei etwa 12jährigen Knaben auf die Spur zu kommen, welche ihre Familien zur großen Betrübniß der Eltern verlassen hatten. Endlich gelang es der Polizei, zwei der Jungen ausfindig zu machen, und sie dem väterlichen Verfolger zu überliefern. Ueber die Ursache ihrer unerklärlichen Flucht befragt, erklärten sie, sie haben beabsichtigt, nach Hamburg zu gehen, um sich bei der deutschen Flotte als Schiffsjungen anwerben zu lassen. Ihr Reisegeld zu diesem Unternehmen bestand — in zehn Kreuzern. (N. Tagbl.)

Baden.

Mannheim, 2. Juni. Unter einem Theile der hier liegenden bayerischen Soldaten regt sich der Geist der Unzufriedenheit. Sie beklagen sich über allzugroße Beschwerlichkeiten im Dienste, namentlich über das Exerziren und Ausrücken mit Sack und Pack, wollen entweder in Kasernen untergebracht oder bequemere Einrichtung in den für ihre Beherbergung bestimmten Lokalen haben, der Wunsch zur Rückkehr in ihre Garnisonsstädte wird täglich lebhafter. Heute fielen in Folge dessen Wirthshaus- und zum Theil Straßenexzesse vor, aber es wurde von Seiten der Behörde kräftig eingeschritten und mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die Verhafteten werden nach der Rheinpfalz abgeführt und dort zur Untersuchung gezogen werden. Uebrigens ist zu befürchten, daß der Geist der Unzufriedenheit noch nicht völlig erstickt ist. (Schw. Mkr)

In Mannheim, woselbst vom 6, 9. und 12. bayerischen Infanterieregiment je ein Bataillon und eine halbe Batterie Artillerie vom 1. Regiment (nebst nassauischen Truppen) garnisoniren, erwartet man weitere Verstärkung von Bayern.

K. Sachsen.

Leipzig, 5. Juni. In der gestrigen Sitzung des deutschen Vereines fesselte besonders Hr. Dr. Laube, welcher nach längerem Aufenthalte in Wien wieder hier eingetroffen war, durch einen auf eigene Anschauung begründeten Vortrag über die schwierige und verwickelte Lage Oesterreichs hinsichtlich seines engeren Anschlusses an Deutschland, die Aufmerksamkeit der Versammlung. Nach einer übersichtlichen Darstellung der jüngsten Ereignisse in Wien bezeichnete Hr. Dr. Laube besonders den 15. Mai als den verhängnißvollen Tag, an welchem zwar die Sache der Freiheit einen glänzenden Sieg errungen, hingegen die deutsche Angelegenheit insofern eine unabsehbare Niederlage erlitten habe, als der Panslavismus den Stand der Dinge zu seinem Vortheil mit Erfolg auszubeuten verstanden. Bei allgemeiner Bestürzung, welche sich darauf der Bevölkerung Wiens durch die Flucht des Kaisers bemächtigte, habe man in der Nachricht, daß der Kaiser die Heerstraße nach den deutschen Provinzen des Reichs eingeschlagen, einigen Trost gefunden, allein sowohl die weite Ausdehnung der Reise bis Innsbruck als die gefährliche Umgebung des Kaisers mußte den Zustand aufs neue und bedenklichste verwirren, bis endlich bei der Schwäche des Ministeriums die Krisis durch den Befehl zur Auflösung der akademischen Legion den höchsten Grad erreichte. Der Gewinn, welchen die slavischen Völker daraus zu ziehen gewußt, sey bekannt. Böhmen vor allen wolle sich jetzt zu einem selbstständigen Königreiche erheben und von dieser Seite drohe der Einheit Deutschlands die größte Gefahr. Der Redner erwartet jedoch theils von der Thatkraft des deutschen Parlaments, theils von der ungemeinen Gutmüthigkeit der Oesterreicher, daß noch Mittel und Wege gefunden werden, die deutschen Interessen zu retten. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Gr. Hessen.

Mainz, 3. Juni. Die hiesigen Differenzen zwischen preußischem Militär und Bürger ordnen sich, beide Theile kommen sich milder entgegen, man spricht sogar von einer Versöhnung, im Falle daß das frühere Verhältniß, wie es vor den Unruhen war, wieder hergestellt werden kann. Von Konflikten ist Nichts mehr vorgekommen und wird auch wohl nichts mehr vorkommen, wenn die jetzige Haltung der Garnison stets dieselbe. Uebrigens sind die preußischen Truppen auf den Befehl zum Abmarsch gerüstet. (D. Z.)

Preußen.

Der König hat dem Staatsministerium das nachstehende Schreiben des Prinzen von Preußen mitgetheilt und dasselbe zur Veröffentlichung dieses Schreibens ermächtigt: „Euer Majestät zeige ich unterthänigst an, daß ich, dem mir ertheilten Befehl gemäß, London verlassen und den Kontinent wieder betreten habe. Ich halte diesen Zeitpunkt für den passendsten, um meine Euer Majestät schon bekannten Gesinnungen, mit denen ich in die Heimath zurückkehre, nochmals offen auszusprechen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die freien Institutionen, zu deren festerer Begründung Ew. Majestät jetzt die Vertreter des Volkes berufen haben, unter Gottes gnädigem Beistande sich zum Heile Preußens mehr und mehr entwickeln werden. Ich werde dieser Entwicklung mit Zuversicht und Treue alle meine Kräfte widmen und sehe dem Augenblick entgegen, wo ich der Verfassung, welche Ew. Majestät mit Ihrem Volke nach gewissenhafter Berathung zu vereinbaren im Begriffe stehen, die Anerkennung ertheilen werde, welche die Verfassungsurkunde für den Thronfolger festsetzen wird. Brüssel, den 30. Mai 1848. Prinz von Preußen."

(Preuß. St.-Anz.)

Berlin, 2. Juni. Das Staatsministerium gewinnt in der Nationalversammlung täglich mehr Vertrauen, als zu erwarten stand und dürfte sich demnach ungeachtet so mancher gegen dasselbe erhobenen Klagen doch halten. Besonders zufrieden gestellt scheinen die Abgeordneten heute mit der Antwort der Minister auf die an sie in der Versammlung gerichteten Fragen zu seyn, indem sie nicht nur beruhigend lauten, sondern von Thaten sprechen, die das Wohl des Vaterlandes fördern müssen. — Eine frohe Nachricht dürfte es auch seyn, daß der Zwiespalt, welcher unter dem bewaffneten Studentenkorps seit kurzem leider herrschte, nun völlig beseitigt ist und jenes, dem Berlin für seine bisher bestandene Ruhe und Sicherheit viel zu danken hat, gemeinsam dafür wieder wirken wird. Unter allen Klassen unserer Einwohner besitzen die Studirenden großes Vertrauen, was sie auch in jeder Beziehung verdienen, da sie nirgend herrschend, aber überall beruhigend aufzutreten sich bemühen, damit das konstitutionelle Leben sich gehörig entwickle. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Graudenz. Die Festung wird eiligst armirt; bald werden auch die Anlagen auf dem Glacis verschwunden seyn. Man sieht den Grund dazu in dem Verhältnisse zu Rußland.

Köln, 3. Juni. Heute ist die Angelegenheit endlich entschieden, die so lange unsern Platz und die gesammte Rheinprovinz in der peinlichsten Spannung gehalten: Die Versammlung der Gläubiger des Bankhauses Schaaffhausen hat den Beschluß gefaßt, den man im Interesse der Provinz hoffen mußte, und das Geschäft wird von den bisherigen Theilhabern der Firma A. Schaaffhausen und deren Gläubigern, zu einer Aktiengesellschaft vereint, unter den bereits früher mitgetheilten Bedingungen und unter der Firma „Schaaffhausensche Bank" fortgesetzt. Staffetten mit dieser freudigen Botschaft sind sogleich nach allen Richtungen der Provinz abgegangen. — Mit dem letzten Bahnzuge trifft hier die Nachricht ein, daß in Düsseldorf ernste Unruhen ausgebrochen sind. Es soll ein förmlicher Kampf stattgefunden haben. Ueber die Veranlassung und über die Einzelheiten des Kampfes ist noch nichts bekannt; man weiß nur, daß Barrikaden errichtet wurden und das Militär aus der Stadt gezogen ist.

(Karlsr. Z.)

Schleswig-Holstein.

Der Rückzug der Preußen aus Jütland und die Preisgebung Nordschleswigs in dem Augenblicke der Einleitung von Friedensunterhandlungen müssen einem jeden in das Getriebe der Diplomatie nicht Eingeweihten um so mehr ein Räthsel bleiben, je einleuchtender es dem einfachen Menschenverstande ist, daß die vortheilhafteste Stellung am Sichersten den vortheilhaftesten Frieden diktirt. Löst die befehlshaberische russische Note das Räthsel, wie die Kopenhagener Blätter meinen, oder vielleicht die Besorgniß, Rußland werde von seiner Freundschaftpolitik in der Türkei eine zweite Auflage im Norden herausgeben, und sich aus lauter Freundschaft zu dem kleinen Dänemark in den Besitz des Sundes und somit der Herrschaft über die Ostsee setzen? Wer kanns wissen! Leicht erklärlich ist jedenfalls die Erbitterung und der Unwille, welche unter den Bewohnern der Herzogthümer die von der Diplomatie eröffneten Aussichten auf einen unehrenhaften Frieden hervorgerufen haben. Am lebhaftesten macht diesem Unwillen das amtliche Blatt der provisorischen Regierung, die „Schleswig-Holsteinische Zeitung" Luft. „Die Einheit Deutschlands praktisch angewandt" betitelt sie den Artikel und schreibt unter anderm Folgendes: „Das einige Deutschland ist ein solches, wo jeder deutsche Regent im militärischen und politischen Verhalten zum Ausland seinen eigenen Willen hat, wo Preußen gar nicht zu wollen braucht was Hannover will, und umgekehrt. Das einige Deutschland schließt nicht aus, daß ein deutscher Fürst sich weigert, sein Kontingent zu stellen. Das einige Deutschland schließt nicht aus, daß ein deutsches Land einen Separatfrieden schließt. Das einige Deutschland kann viel vertragen, unbeschadet seiner Einheit, gerade wie das heilige römische Reich, trotz Neutralitätserklärungen und Baseler Friedensschlüssen, das heilige römische Reich blieb. Das einige Deutschland ist eine Koalition mehrerer Fürsten, mit einer Phrase dazu. Das einige Deutschland ist ein periodisch wiederkehrender Traum des deutschen Michels, der in Versen vortrefflich, in Prosa schlecht und in der Praxis nirgends an seinem Platze ist. Das einige Deutschland ist ein Hohn der Dänen, die Schadenfreude Englands. Aus Versehen ist Deutschland einig gewesen vier Wochen lang; aber umsonst erschracken die Nachbarn, daß es nun Ernst werden möchte. Schon lenken wir ein in das alte zerfahrene Geleise des ewigen Zwiespaltes und das erste Opfer ist Schleswig-Holstein. So erläutert die Praxis den Begriff des einigen Deutschlands. Das starke Deutschland ist ein Land von 40 Millionen Menschen, das mit Mühe und Zaudern 30,000 Mann Truppen mobil macht; das aber durch diese Kraftanstrengung so erschöpft ist, daß aus Mangel an nachrückenden Reserven nicht blos das Vorrücken unterbleibt, nicht blos das feindliche Land geräumt, sondern ein Theil des deutschen Landes dem Feinde blosgegeben wird. Das starke Deutschland ist ein Land, welches zur Entschädigung für die geraubten Schiffe eine dänische Provinz besetzt und ihr eine Kriegssteuer von 2 Mill. Rthlr. auflegt und das, ohne die Schiffe zurückerhalten zu haben, ohne einen einzigen jener Thaler gesehen zu haben, ohne vom Feinde angegriffen zu seyn, die Proklamation über Ausschreibung der Kriegssteuer wieder einsteckt und eiligst weitab in's deutsche Land entweicht. . . . . . Seit unser Recht von Deutschland anerkannt ist, daß die Herzogthümer zusammenbleiben sol-

len ungetheilt, ist es eine Ungerechtigkeit Deutschlands gegen Schleswig-Holstein, ihm nicht zu seinem ganzen Rechte zu verhelfen; und wie mag es mit der deutschen Ehre bestehen, sich dies Unrecht von dem dänischen Kleinstaat gefallen zu lassen? Einen schnellen Frieden wünschen wir Alle; aber es gibt hoffentlich noch Deutsche, die den Frieden wollen, aber nicht den Frieden um jeden Preis; die es begreifen, daß man jetzt den Frieden nur schließen kann mit vollständiger Befriedigung der dänischen Impertinenz; die nur einen solchen Frieden wollen, worin dieser Impertinenz weder volle noch halbe Genüge gethan wird. Deutschland hat den Handschuh aufgenommen für Schleswig-Holstein; für Schleswigs Besitz ist Deutschlands Ehre verpfändet. Wenn die Fürsten sie nicht einlösen, löset ihr sie ein, deutsche Brüder! . . . . . .

Es stellt sich immer klarer heraus, daß der letzte Landungsversuch und Angriff der Dänen bei Sundewitt nichts mehr und nichts weniger als Verrath und Wortbruch war. In Frankfurt (wird dem Hamburger Korrespondenten geschrieben) war es genehmigt, daß General Wrangel Jütland bis zum 25. Mai räumen sollte. Rußland soll andererseits die Garantie übernommen gehabt haben, daß die Dänen Alsen und Arröe bis zum 28. Mai räumen, das Embargo aufheben und die Schiffe von den Küsten entfernen würden. Die radikale Partei soll indeß in Kopenhagen den Sieg davon getragen haben, d. h. sie hat keinen Frieden schließen wollen. In Folge dessen geschah der Ueberfall am vorigen Sonntag, wo man vielleicht zu sorglos gewesen. Die Deutschen haben sich aber wacker geschlagen; die Hannoveraner ließen sich nicht Zeit zu schießen, sondern schlagen mit den Kolben darein.

Oldenburg, 2. Juni. Ueber den Angriff der Dänen bei Sundewitt auf die vereinigten oldenburgischen und mecklenburgischen Truppen kann ich Ihnen aus dem Brief eines oldenburgischen Offiziers, zur Widerlegung der umlaufenden, vielfach übertriebenen Berichte, Folgendes mittheilen: „Die 7. und 8. Kompagnie unserer Truppen und zwei Kompagnien Mecklenburger, die am 28. die Vorposten hatten, wurden Morgens 9 Uhr von etwa 5000 Mann Dänen mit 18 schweren Geschützen plötzlich von drei Seiten angegriffen und hielten Stand, während die übrigen zur Hilfe herbei eilten. Erst nach mehreren Stunden mußten sie der ungeheuern Uebermacht weichend, sich zurückziehen, und das Gefecht dieses Tages endete nach 12stündigem hartem Kampfe. Hiebei kam eine Kompagnie, die 3., Hauptmann Schlasbaum, an der äußersten Spitze der Halbinsel (der Ort ist mir entfallen) so ins Gedränge, daß sie völlig abgeschnitten war und auf dem Punkte stand, gefangen zu werden; den zugerufenen Pardon aber schlug sie aus, sie wollte lieber sterben, als sich ergeben, griff die Dänen an, und schlug sich nach einem mehrstündigen Kampfe durch die ganze Masse der Dänen glücklich hindurch, wobei sie 12 Mann, die Helme und die Kompagniekarre mit dem Offiziergepäck, den Feldkesseln und dem Schanzzeuge der Kompagnie, die in einen Sumpf gerieth, verlor, die Pferde jedoch rettete. General Wrangel hat bei dem aufgestellten Armeekorps den Hauptmann Schlasbaum vortreten und sich den Bericht über sein Durchschlagen wiederholen lassen und darauf die ganze Kompagnie den Korps als Muster hingestellt. (Wes. Z.)

Schleswig, 1. Juni. Der moralische Eindruck, den der Rückzug aus Jütland und Nordschleswig, wo die Position kaum haltbar gewesen seyn soll, auf die dortige Bevölkerung gemacht hat, ist immer das Nachtheiligste; daß der frühere Bürgermeister Lassen seine Ankunft in Hadersleben angekündigt hatte, ist gewiß, doch behauptet man, daß keine Dänen dort eingezogen sind, obwohl noch immer deutsche Flüchtlinge in Schleswig ankommen. So war heute der Probst Rohhoff aus Apenrade ebenfalls auf der Flucht. Wenn Wrangel die Dänen nicht faßt, so wird er sich jetzt die zwei Millionen Spezies holen und wir wollen lieber Krieg und noch lange Zeit mit allen seinen ernsten und traurigen Folgen als einen schimpflichen Frieden. Aufhebung der Personalunion ist jetzt die Losung.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Kiel, 2. Juni. Die Verfügung der provisorischen Regierung, welche die schleswig-holsteinische Ständeversammlung nach Rendsburg beruft, ist eine Maßregel, worüber das gesammte Land sich freuen wird, schon deßhalb, weil es dadurch aus der peinlichen Ungewißheit über Krieg oder Frieden und über angebliche Friedensbedingungen herauskommen muß. Vermuthlich ist eben die Einberufung zum Theil durch die Friedensvorschläge der vermittelnden Mächte motivirt und man darf Vorlagen darüber von Seiten der provisorischen Regierung entgegen sehen; außerdem würde die Ständeversammlung sich einer diesfälligen Anfrage nicht entschlagen können, denn das Land harrt mit Sehnsucht der Aufklärung. — In einer gestern durch den Bürgerverein veranlaßten Zusammenkunft des deutschen Vereins wurde eine Petition an die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt beantragt, um diese zu vermögen, die diplomatische Vermittlung fremder Mächte in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit mannhaft abzuwehren. Sie fand allgemeinen Beifall und Advokat Bargum erbot sich, dieselbe im Namen des Vereins persönlich zu überbringen, und die Kosten der Reise selbst zu tragen. Heute versammelt sich nun der Bürgerverein gleichfalls in dieser Sache. (K. v. u. f. D.)

Oesterreich.

Wien, 1. Juni. Gestern Abend ist neuerdings ein Pfarrer von Mistelbach, der durch Geld die Arbeiter gegen das Volk aufreizen wollte, ebenso wie sein würdiger Vorgänger, der berüchtigte Wiesinger, durch die Nationalgarde verhaftet worden.

Wien, 2. Juni. Das von dem Ministerrathe an den Sicherheitsausschuß ergangene Ansuchen, die Betreibung der Anklage gegen die Urheber des 26. Mai, wie dieß in der Proklamation des 26. Mai ausdrücklich zugestanden war, fallen zu lassen, wurde mit überwiegender Stimmenmehrheit abgelehnt. (Oest. Z.)

Das Ministerium hat, nach einem amtlichen Artikel in der „Wiener Zeitung", auf die Nachricht von der Errichtung einer provisorischen Regierung in Böhmen sogleich dem Kaiser das Ungesetzliche dieses Vorganges vorgestellt, um jedem Einschreiten einer Deputation für die Anerkennung dieses Schrittes zu begegnen. Zugleich erklärte der Minister des Innern in einem Erlaß an den Landeschef in Böhmen den ganzen Akt für illegal und ungiltig und forderte ihn auf, demselben unter seiner Verantwortung keine Folge zu geben. Gleichzeitig wurde an alle Länderchefs eine Anzeige von dem in Prag Geschehenen erlassen mit hinzugefügter Weisung, im Falle ähnlicher Zumuthungen sich jeder ungesetzlichen Konstituirung zu enthalten, jeden Versuch dazu zu vereiteln und unter ihrer schweren Verantwortung jeden Schritt zu vermeiden, welcher in diesem wichtigen Momente die Einheit der Regierung schwächen könnte. Im Justizministerium werden unter persönlichem Vorsitz des Ministers Komiteberathungen über einen Entwurf wegen alsogleicher Einführung von Geschwornengerichten in Kriminalfällen abgehalten.

Wien, 5. Juni. Hundert Zeichen verkünden den von der Reaktion gegen die radikale Hauptstadt heraufbeschwornen Sturm. Es ist kein Geheimniß mehr, daß das entsetzliche Blutbad in Neapel im Einverständniß mit der österreichischen Hofkamarilla, in der ein freches Weib, die Kammerfrau Cibini, eine Hauptrolle spielt, eingeleitet worden, wofür ein im Kirchenstaate aufgefangener Staatsbote den Beweis liefert. Man wollte eine den Kriegsangelegenheiten in Oberitalien günstige Diversion in Unteritalien und da war kein Ort angemessener, als das volkreiche Neapel mit seinen Söldnertruppen und seinen Lazzaronihorden, daher denn auch der rasche Befehl des Königs an den General Pepe, nicht über den Po zu rücken, sondern nach Neapel zurückzukehren, ein Befehl, der indeß von der Armee nicht befolgt ward, die es angemessener fand, den Feinden der italienischen Freiheit muthig die Stirn zu bieten. Gern möchte unsere Hofparthei den herrlichen Staatsstreich in Neapel in der österreichischen Hauptstadt nachahmen, allein es fehlt eben nur an zwei wichtigen Elementen in Wien, nämlich an einer viehischen Horde wie die Lazzaroni und an fremden Söldnerschaaren. In Innsbruck wird Arges gebrütet. — Die Truppenzusammenziehungen bei Laudenburg und Wiener Neustadt sind keine Phantasiebilder der Klubs, sondern eine drohende Wahrheit, von der sich Schreiber dieses selbst überzeugt hat, weshalb ihn auch keine Erklärungen des Kriegsministers in den Zeitungen hierüber beruhigen können. Weiß ich auch nicht genau, wie viel Mann in diesen Gegenden liegen, so weiß ich doch, daß fast in jedem Hause 6 bis 10 Mann bequartiert sind und zwar zur großen Unzufriedenheit der Bauern, die man dadurch gegen die Hauptstadt erbittern will. Zugleich zirkulirt in den Dörfern, wie ich in Engersdorf, zwei Postmeilen von hier, selbst gesehen habe, unter den Landleuten eine Erklärung, zu deren Unterfertigung sie durch allerlei Vorspiegelungen genöthigt werden und worin sie sich dahin aussprechen sollen, daß sie den bisherigen Zustand allen Neuerungen vorziehen! Durch derlei Albernheiten wollen die Aristokraten den Zeitgeist bannen und ihre ledernen Privilegien festhalten. (D. konst. Z.)

Innsbruck, 5. Juni. Heute Nachts kamen Hofwägen, was auf einen längern Aufenthalt des allerhöchsten Hofes hier schließen läßt. — Von Gesandten kamen hier wieder an der sächsische, württembergische, badische und bayerische.

Prag, 30. Mai. Wenn ich sage, eine große Maskerade wird jetzt in unserer Stadt gefeiert, so habe ich wohl in vieler Beziehung Recht; Sie sehen auf unsern Straßen Kroaten, Serben und Polen, die in Menge zum allgemeinen Slaventage herbeieilen, in ihren Nationaltrachten wandern; Sie sehen Tschechen und Tschechinnen aus Libussa's und aus Zischka's Zeiten, Alles buntschillernd durcheinander. Der große Slavenkongreß nimmt seinen feierlichen Anfang, eröffnet durch eine von serbischen Popen gehaltene Messe. Die hohen österreichischen Aristokraten und die tschechischen Demokraten spielen ein sich gegenseitig täuschendes Spiel; wie werden jene aber erschrecken, wenn die Masken abgenommen werden, und sie erkennen, daß sie ihr Spiel verloren! (Leipz. Z.)

Prag, 31. Mai. Die slavischen Deputirten haben sich in Menge eingefunden; Polen und Südslaven sind heute auf der Eisenbahn festlich und mit „Noch ist Polen nicht verloren" empfangen worden. Auch der alte Wuk Stefanowitsch Karadschitsch hat sich eingefunden. Drei nach der Sprachverschiedenheit gesonderte Bureaus sind zur Einzeichnung hergerichtet. Die Versammlungen finden im Sophieninselsaal statt. Nach der ausgegebenen Geschäftsordnung zum Kongreß wird derselbe in 3 Abtheilungen zerfallen: 1) Böhmen, Mähren, Schlesier und Slowaken; 2) Polen und Ruthenen; 3) Kroaten, Dalmatier, Slowaken und Serben, die jede ihren Präsidenten wählen, von denen einer Präsident der Versammlung, der andere Vizepräsident wird. Ferner ist vom provisorischen Zentralkomite für den Slavenkongreß ein Programm über die in der Versammlung zu verhandelnden Gegenstände erschienen, das aus 5 Punkten besteht: 1) Abschluß eines slavischen Schutz- und Trutzbündnisses, das dahin wirke, daß Oesterreich ein Bundesstaat werde, als welcher es wieder stark werden könne, selbst wenn ein Theil der Monarchie verloren gehen müßte. 2) Soll der Bundesstaat ein Band gleichberechtigter Nationalitäten seyn, deren keine unterdrückt werden soll. Man bietet allen übrigen Völkern der Monarchie die Hand, und auf einem Völkertage in Wien können die Völker Oesterreichs aller Zungen durch eine gleiche Anzahl von Vertretern über ihre gemeinschaftlichen Interessen sich verständigen. Bei diesem Punkt erhalten die Magyaren eine Admonition und wird die tiefgefühlteste Theilnahme für die Polen, wie auch für die türkischen Slaven ausgesprochen. 3) Wünsche zur Begründung literarischer Wechselseitigkeit unter allen slavischen Völkerschaften. 4) Verhältnisse der Slaven zum deutschen Bunde. Die Slaven werden nie zugeben, daß die Souveränetät Oesterreichs durch Unterordnung unter eine andere Macht vernichtet werde. Die Parlamente seyen das einzige Organ zwischen dem Kaiser und seinen Völkern. Den Frankfurter Beschlüssen wird nie eine bindende Kraft für das Kaiserthum zuerkannt werden. 5) Sollen die als angenommen proklamirten Beschlüsse des Slavenkongresses durch eine Deputation an den Kaiser gebracht werden. Zu diesem Programm bedarf es keines Kommentars. Morgen früh 9 Uhr wird der Kongreß mit einer Messe in der Teynkirche eröffnet. (Lpz. Z.)

Prag, 1. Juni. Die Eröffnung des Slavenkongresses ist auch heut noch nicht erfolgt. Als Grund der Verzögerung wird angegeben, daß noch nicht alle gewiß erwarteten Abgesandten eingetroffen sind. Unter den Vertretern der Donauprovinzen zählt man einige serbische Popen; Kara Georgiewicz von Serbien beschickt den Kongreß durch einen seiner Minister, der gestern hier eingetroffen ist. Auf heut erwartete man die Ankunft des (russenfreundlichen) Vladika von Montenegro; jedoch vergebens, da er erst morgen oder übermorgen eintreffen wird; unter den anwesenden Russen nenne ich den Dichter Bakunin. Die meisten der Eingetroffenen zeichnen sich durch ihre kräftigen Gestalten, üppigen

Bartwuchs und ihre zum Theil sehr glänzenden Nationalkostüme aus. Die Promenade der Kolowratsstraße und des Roßmarkts gleicht gegenwärtig einem italienischen Korso. (Konst. Bl. aus Böhmen.)

Teplitz, 29. Mai. Gestern wurde zum zweitenmale auf den böhmisch-sächsischen Grenzmarken von deutschen Männern getagt, hoch oben auf dem Gebirgskamm in Zinnwald. Es hatten sich wohl an 1200 deutsche Männer aus Böhmen und Sachsen zusammengefunden; jene zogen zum Theil in ihren Nationalgardenuniformen mit klingendem Spiel auf, diese unter Vorantritt eines Sängerchors. Der eigentliche Zusammentritt fand im Freien statt und sprachen Redner von einer kleinen Anhöhe, indem über ihnen die deutsche Fahne wehte. (Lpz. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 29. Mai. Eben eingelaufene Kouriernachrichten aus Slavonien melden von einer dort ausgebrochenen allgemeinen Kontrerevolution gegen den Ban Jellachich von Kroatien und seine panslavistischen oder absolutistischen Tendenzen. Die Banalbriefe wurden überall öffentlich verbrannt und Jellachich selbst als Verräther erklärt. Dagegen wurde der ausgesendete k. ungarische Regierungskommissär Feldmarschalllieutenant Baron J. Hrabowsky, namentlich in Essek und Wakowar, mit Jubel und Fackelzügen empfangen. Die Slavonier erklären, mit Ungarn in freundschaftlichem und gesetzmäßigem Verbande verbleiben zu wollen. (D. Allg. Z.)

Pesth, 1. Juni, 7 Uhr Abends. So eben erhielten wir die Nachricht, daß die Union mit Siebenbürgen angenommen wurde. — Wir haben in den schwierigsten Momenten der Neuzeit nie an der schönen Zukunft Ungarns verzweifelt, jetzt ist dieser Glaube zur mathematischen Gewißheit geworden. Es leben die Neuvermählten hoch! (Pesth. Z.)

Italien.

Genua, 1. Juni. Heute früh um fünf Uhr brachte eine Estaffette die Nachricht von der Uebergabe von Peschiera. Die Details fehlen noch. (A. Z.)

Verona, 4. Juni. Ich glaube versichern zu können, daß Peschiera gefallen ist; den Angriffen der Kunst, den Stürmen des Feindes konnte der tapfere Kommandant widerstehen, dem Hunger nicht. Das Schicksal dieser gar nicht unwichtigen Festung, ihrer braven Besatzung stand in unserer Hand; was man aber heute hätte thun können und müssen, verschob man mit gänzlicher Verachtung des Feindes auf die nächsten Tage. Dieß die Ursache der von vielen geahnten Katastrophe. Somit ist ein neues Glied zu jener Kette von Unglücksfällen, welche die Armee in Italien betroffen, hinzugekommen; die Folgen davon sind groß, die Verschuldung jedoch muß von den Truppen gewiesen werden. Verrath, Feigheit und gänzlicher Unverstand, Mangel an militärischer und politischer Kapazität haben den Bestrebungen Karl Alberts mehr in die Hände gearbeitet als man erwarten durfte; den Beweis darüber zu führen sind wir durch die allbekannten Thatsachen enthoben. Auch die Berichte, welche die Allgemeine Zeitung über die Operationen der unter Feldzeugmeister Nugent gestandenen Armee brachte, stimmen alle darin überein, daß dieselben unter aller Kritik gewesen, von Niemanden gerechtfertigt werden können. Operationen, wo man, um figürlich zu sprechen, von der Hand in den Mund lebt, bilden nach dem Ausdrucke eines polnischen Schriftstellers*) „die Zigeunermanie des Kriegführens.“ Von der Armee, die jetzt in der Nähe von Mantua auf dem rechten Ufer des Mincio steht, haben wir keine weiteren Berichte; eine Rekognoszirung der Verschanzungen bei Goito fiel blutig aus. Die feindliche Armee scheint Front und Flügel verändert zu haben, man ist sehr gespannt auf die nächsten Operationen. Zum Schlusse erlauben wir uns noch die Frage: wer wird das Kommando der Armee nach einem Unglück, welches den Feldmarschall betreffen könnte, übernehmen? Wahrscheinlich der ihm im Rang Zunächststehende — wohl! wenn das Vertrauen einer ganzen Armee für gar nichts geachtet wird. Diese wichtige Frage scheint bis jetzt kaum in Erwägung gezogen zu seyn. (A. Z.)

*) Mieroslawski über den polnischen Krieg im J. 1830.

Verona, 4. Juni. Peschiera wurde nicht verproviantirt, nicht entsetzt, wie ich neulich irrig meldete; es ward seinem Schicksal überlassen, und mußte sich aus Hunger ergeben! Ratten dienten schon als Nahrungsmittel! Wahrscheinlich wollte man sich bei der begonnenen Operation von Mantua aus mit der Festung in Verbindung setzen, allein dieß gelang nicht schnell genug, um dem Fall zuvorzukommen. Mantua scheint bedroht unter Wasser gesetzt zu werden, indem der Feind nur die Schleußen des in seinen Händen befindlichen Sees öffnen darf. Morgen erwartet man die Armee wieder zurück in Verona (?), da die feindliche Verbindungslinie durch den Fall von Peschiera völlig hergestellt ist und die bei uns zurückgebliebene kleine Besatzung bei einem Hauptangriff weder Verona halten, noch die Abschneidung der Verbindung mit Tirol würde verhindern können. Die erlittenen Verluste des Heers sind nun um so schmerzlicher, als sie erfolglos sind! Welch Unglück für das tapfere Heer unter solchen Führern zu stehen! (A. Z.)

Aus Verona vom 5. Juni ist uns noch keine Post zugekommen. Auch aus Mailand und Genua fehlen in diesem Augenblick noch Briefe und Blätter. Das Gerücht (gestern unter andern durch einen Brief aus Turin hier angekommen) der König von Neapel sey ermordet — nach andern enthauptet — ja die ganze kgl. Familie habe den Tod erlitten, vermögen wir auf keine zuverläßige Quelle zurückzuführen. Blos daß sich in Calabrien eine provisorische Regierung gebildet, scheint sich zu bestätigen.

Von der italienischen Gränze, 26. Mai. Nach Berichten aus Rom haben in der letzten Zeit mehrfache Volksdemonstrationen gegen die russische Gesandtschaft stattgefunden. Kurz nach dem Eintreffen der Nachrichten aus Neapel versuchte es sogar ein Volkshaufe das Wappen an dem Gesandtschaftshause abzureißen, wurde aber durch die Nationalgarde daran verhindert. Der russische Gesandte hat deßhalb bei der Regierung Beschwerde geführt und gedroht, seine Pässe zu nehmen, wenn ihm nicht volle Genugthuung zu Theil würde. Man mißt die letzte Katastrophe in Neapel hauptsächlich den russischen Rathschlägen bei. Die Erbitterung, welche dadurch in ganz Italien hervorgerufen wurde, hat sich noch keineswegs gelegt, sie tritt vielmehr mit jedem Tage heftiger hervor. (Mannh. Z.)

Frankreich.

Paris, 1. Juni. Der Maire von Suresnes erklärt die Nachricht vom Niederbrennen der Rothschild'schen Musterwirthschaft für unwahr.

Paris, 3. Juni. Die Nationalversammlung berieth gestern, ob es zeitgemäß, den Antrag ihres Kollegen Pietri auf Abschaffung des Verbannungsgesetzes gegen die Napoleoniden ohne alle Ausnahme (selbst nicht des närrischen Prinzen Napoleon Louis) zu berücksichtigen? Sie hat diese Frage nach langer und ergötzlicher Diskussion mit Ja beantwortet und wird in nächster Woche die Berathung definitiv schließen. — Die Nationalversammlung berieth ferner, ob auf den Antrag ihres Kollegen, Obersten Rey, „das Bildniß des Kaisers Napoleon im Kranze der Ehrenlegion nicht wieder herzustellen sey?“ Clemens-Thomas, der es bekanntlich bis zum Generalissimus unserer Bürgerwehr brachte, ohne je Pulver auf dem Schlachtfelde gerochen und Orden erhalten zu haben, bekämpfte nicht blos den Antrag, sondern trug auf Aufhebung des ganzen Ordens an: „Wer von uns wollte wohl auf dieses Kinderspielzeug noch etwas geben?“ Diese Erklärung rief ein furchtbares Donnerwetter im Saale hervor. General Lebreton sprang auf die Tribune, um zu erklären, daß der General Thomas das Ehrgefühl von ganz Frankreich verletzt habe. — Louis Blanc wird heute ohne Zweifel vor Gericht gestellt. Der Prüfungsausschuß hat sich ja mit 15 gegen 3 Stimmen gegen ihn entschieden. (D. f. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, 17. Mai. Aus Tscherkessien läuft die Nachricht ein, daß die Bergbewohner von Anapasonkoum Soudjak, welche bis jetzt mit den Russen in Frieden gelebt hatten, plötzlich aufgestanden sind.

Bücher-Schau.

**München, 8. Juni. So eben verließ die Presse im Verlage von Joseph Giel ein Gedicht: „Die deutsche Flotte,“ verfaßt von Dr. Goßmann. Der Dichter, dem schon sein Heldengesang „Maximilian“ und viele andere treffliche einen ehrenvollen Ruf gesichert, ließ auch jetzt wieder die Saiten zu einem männlich edlen Rufe erklingen, dem der schönste Wiederhall in der Brust jedes wahrhaften Vaterlandsfreundes nicht fehlen wird. Möge Jeder dieses Gedicht sich als ein erhebendes Gedenkblatt an die gegenwärtige ernst-schöne Zeit erkaufen, um auch so dem großen Zwecke, dem es der Dichter, das Herz voll edler Begeisterung, widmete, zu dienen. Der Ertrag ist für die deutsche Flotte bestimmt.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Freitag den 9. Juni: „Von sieben die Häßlichste.“ Posse v. Angely.

Fremdenanzeige.

Hôtel Maulik. HH. Horwood, Kapitän aus England; Steiger, Privatier v. Augsburg.

Gold. Hahn. HH. Graf v. Treuberg von Klosterholzen; Gezinus, Künstler v. Florenz; Dr. v. Streuter v. Constanz.

Blaue Traube. HH. Laschan, Partikulier aus Illyrien; Dr. Hutter v. Traunstein; Kurz, Pfarrer, und Kom. Schmid v. Augsburg.

Gestorbene in München.

Theres Hohmann, bgl. Tischlerswittwe v. h., 85 J. alt; Anna Maria Burghard, Taglöhnersfrau v. h., 34 J. alt; Magdalena Lachner, Taglöhnerstochter v. h., 63 J. alt.

Literarischer Verein.

2421. Die verehrlichen ordentlichen Mitglieder werden zu der am

Mittwoch den 14. Juni Abends 5 Uhr

anberaumten

GENERALVERSAMMLUNG

eingeladen. Die zur Tagesordnung bestimmten Gegenstände sind im Vereinslokale durch besondern Anschlag bezeichnet.

München den 8. Juni 1848.

Der Ausschuß.

2424. Zur gefälligsten Abnahme für Hier und Auswärts empfiehlt Unterzeichneter seine große Auswahl von

Tauf- und Firmungsmünzen,

in Gold und Silber, so wie auch

Medaillen der unbefleckten Empfängniss Mariä.

Georg Sanktjohanser,
bgl. Silberarbeiter, Dienersgasse
Nro. 5.

2422. Beim dießigen Landgerichte ist die Stelle eines Oberschreibers erledigt. Bewerber, welche sich über Befähigung, Geschäftsgewandtheit im Notariate und im gesammten Rechnungswesen, dann über Kautionsfähigkeit und Fleiß u. s. w. auszuweisen vermögen, werden hiemit aufgefordert, sich unverzüglich in portofreien Briefen an den unterzeichneten Amtsvorstand zu wenden. Der Eintritt steht sogleich oder längstens bis 1. Juli d. Js offen.

Sign. den 28. Mai 1848.

Königliches Landgericht Hengersberg in Niederbayern.

Obermaier,
Landrichter.

Für die schwer bedrängten Deutschen in Preußisch-Polen.

Von J. H...r . . . . 3 fl.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 153.

Man pränumerirt auf die 12. v. J. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 3 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 6 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend — XLIX. Jahrgang. — 10. Juni 1848.

Wegen des heil. Pfingstfestes erscheint morgen keine Zeitung.

Deutschland.

Frankfurt, 6. Juni. In der gestrigen Bundestagssitzung wurde ein Bericht des Generals v. Wrangel über das Zurückziehen der deutschen Truppen aus Jütland und einem Theile Schleswigs erstattet, und von dem holsteinischen Gesandten wegen verzögerten Eintreffens der vollständigen Kontingente des zum Krieg aufgebotenen 10. Bundesarmeekorps der Antrag auf geeignete Maßnahmen zur Vervollständigung der Bundesarmee in ihrer ganzen Kontingentsstärke gestellt. Die Bundesversammlung beschloß den bayerischen Gesandten und den Vorstand der Militärkommission als Kommissäre an die betreffenden Regierungen abzusenden, um an Ort und Stelle zu untersuchen, ob und welche Hindernisse der Erfüllung der Bundespflicht im Wege stehen, und die Beseitigung derselben so schnell wie möglich zu bewirken. Auf das Gesuch des Hrn. v. Wrangel um weitere Instruktionen wurde ihm, unter Benachrichtigung von obiger Verfügung und der hienach zu erwartenden schleunigen Verstärkung, erwiedert: daß der Bundesversammlung keine politischen Gründe vorliegen, welche der Wiederbesetzung der genannten Landestheile entgegenstehen, und daß General v. Wrangel die Befreiung des von den dänischen Truppen neuerlich besetzten Theils von Schleswig zu bewirken wissen werde. (A. Z.)

Frankfurt, 5. Juni. Hauptgegenstand der in der heutigen 12. Sitzung der konstituirenden Nationalversammlung gepflogenen Berathungen war die allgemeine Volksbewaffnung, in deren Betreff auch auswärtige Techniker mit Gutachten zu vernehmen, dem dafür gewählten Ausschusse zugestanden wurden. — Der Ausschuß für die Prüfung der Anträge wegen Bildung einer provisorischen Zentralgewalt hat eine Thätigkeit entfaltet, welche alle gegen die Nationalversammlung von zwei entgegengesetzten Seiten, jedoch aus begreiflichen Ursachen erhobenen Beschuldigungen, als bezeugen sie sich saumselig bei Erfüllung ihrer wichtigen Mission thatsächlich widerlegt. In der vorgestrigen Sitzung der Nationalversammlung verordnet, hielt der Ausschuß schon gestern zwei Sitzungen, die zu einem prinzipiellen Resultate führten. Zehn Mitglieder des Ausschusses nämlich, welche, irren wir nicht, dem linken Zentrum angehören, gestanden dem Bundestage die Befugniß zu, die Kandidaten für die Personifikation der besagten Zentralgewalt der Nationalversammlung zu präsentiren, welcher es vorbehalten bleiben soll, dieselben zu bestätigen oder abzulehnen. Drei andere Mitglieder pflichteten dieser Ansicht bei, jedoch ohne den Vorbehalt, indeß nur zwei die Ernennungsbefugniß ausschließlich für die Nationalversammlung beanspruchen. Heute wird der Ausschuß abermals eine Sitzung halten, in welcher man den von ihm abzugebenden gutachtlichen Bericht so weit vorzubereiten gedenkt, daß er schon morgen erstattet werden kann. (D. konst. Z.)

Frankfurt, 6. Juni. In dem Ausschusse zur Begutachtung eines Vollziehungsausschusses wird diejenige Ansicht die Oberhand behalten, welche will, daß von den Regierungen in kürzester Zeit drei Männer, auf welche das Volk Vertrauen habe, bestimmt und dann der Versammlung zur Annahme oder Genehmigung vorgelegt werden sollten. Das Veto (gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung) welches für die Vollziehungsbehörde von der einen Seite (Dahlmann) als im konstitutionellen Wesen begründet in Anspruch genommen wird, erfährt von anderer Seite großen Widerspruch. Eine einzelnstehende Ansicht (v. Lindenau), daß in die Vollziehungsbehörde drei von den Fürsten, drei von der Versammlung ernannt werden sollten, blieb allein, da sie sich auch mit der Ansicht zweier Ausschußmitglieder (Blum und v. Trützschler), welche einen bloßen Vollziehungsausschuß für die Beschlüsse der Nationalversammlung im Auge haben, nicht einigen konnte. Nach der Ansicht der Majorität soll der Vollziehungsausschuß nun allerdings eine Art provisorische Regierung seyn. Die Linke will jetzt einfach einen Präsidenten, der sich ein verantwortliches Ministerium wählt. (Nürnb. Kur.)

Frankfurt, 6. Juni. Im Ausschusse für die Bildung der Vollziehungsgewalt hat, wie man vernimmt, der unglückliche Gedanke hinsichtlich eines Triumvirats wieder Wurzel gefaßt. Die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder soll dafür seyn. Darnach würden Oesterreich und Preußen je ein Mitglied ernennen, Bayern aber würde drei vorschlagen, aus denen die andern Regierungen das dritte wirkliche Mitglied bestimmten. Diese drei Männer wählten sich dann ein verantwortliches Ministerium. — Es gränzt an's Unbegreifliche, wie man in dieser Zeit mit solchen Vorschlägen hervortreten mag. Die Gährung im Volke steigt. In Frankfurt selbst hört man die Konservativen fortwährend Befürchtungen äußern, und wir wissen namentlich, daß der Prioritätsausschuß angegangen worden ist, die Anträge wegen Sicherung der Nationalversammlung als dringend, der Versammlung zur Vorlage zu bringen, was auch geschehen soll. Man will besonders für die Pfingsttage fürchten, und bringt damit eine Volksversammlung in Zusammenhang, welche am letzten Sonntag in dem benachbarten Ort Bergen stattgefunden hat. Wir halten diese Besorgnisse für jetzt unbegründet; ob sie es immer seyn werden, ist freilich eine andere Frage. Unbegreiflich ist es aber, wie die so vielfach äußerst furchtsamen „Konservativen" immer wieder auf Vorschläge verfallen mögen, durch welche sie den entschieden Unzufriedenen ganz offen in die Hände arbeiten. Wir hegen die innige Ueberzeugung, daß der jetzige Bestand der Dinge auf die Dauer einzig und allein nur dadurch gerettet werden kann, daß man ehrlich vollkommen das erfüllt, was man versprochen hat. Will man bei der Ausführung der verheißenen Institutionen rc. engherzig markten oder gar listig manches täuschend beschränken und verkürzen, so wird man sich hintenach nicht wundern dürfen, wenn das Unheil wirklich eintritt das man so gewaltig fürchtet: man hat es selbst verschuldet, — gleichviel ob durch Unfähigkeit oder Unredlichkeit. (Speyer. Z.)

Frankfurt, 6. Juni. Gestern Nachmittag traf eine nahe aus fünfzig Personen bestehende Deputation aus dem nördlichen von den Dänen wieder besetzten Schleswig ein. Sie haben sich allsogleich an die Bundesversammlung gewendet, die darauf noch gestern Abend eine Sitzung hielt, in welcher, wie es heißt, die Deputation mündliche Erläuterungen gegeben haben soll. Heute Morgen wurde die Deputation von dem Präsidenten der Nationalversammlung, Heinrich v. Gagern, auf das theilnahmvollste empfangen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Mission der schleswigischen Flüchtlinge morgen Gegenstand der Berathung in der Nationalversammlung seyn wird. — Der Ausschuß zur Prüfung der auf Bestellung einer Exekutivgewalt, die jetzt in Jedermanns Munde ist, gestellten Anträge hat sich in seiner Majorität dahin vereinigt: einen Antrag auf Ernennung dreier Mitglieder (von Oesterreich, Preußen und dann den übrigen deutschen Staaten) der Exekutivgewalt mit einem Reichsministerium zu stellen, kommt also auf den frühern Vorschlag, der den Fünfzigerausschuß so sehr in Harnisch brachte, theilweise zurück; die Minorität des Ausschusses, die zwar nur aus Trützschler und Robert Blum besteht, stellt dagegen den Antrag, die Exekutivgewalt in die Hände eines Einzigen zu legen, und hat dabei nur Heinrich v. Gagern im Auge. Dieser solle sich dann sein Ministerium wählen. Die Linke sprach sich in ihrer gestrigen Abendversammlung mit dieser von Robert Blum gegebenen Erklärung vollkommen einverstanden aus. (A. Z.)

Der Ausschuß für völkerrechtliche und internationale Verhältnisse und für die ihm zuzuweisenden Fragen des innern Staatsrechts hat auf Anlaß der Abgeordneten Dahlmann, Michelsen, Francke, Gülich, Engel, Droysen, Claussen, Neergard, Esmarch und Waitz, die schleswig-holstein'sche Sache betreffend, vom 2. Juni, und auf Anlaß eines gleichfalls auf die schleswig'sche Sache bezüglichen Gesuches von Dr. Meyer, C. B. Gölst und J. F. Lorenzen, Abgesandten von Stadt und Amt Hadersleben, vom 2. Juni, in seiner Sitzung vom 3. Juni beschlossen, bei der Nationalversammlung folgende Beschlußnahmen in Antrag zu bringen: „Die deutsche Nationalversammlung erklärt, daß die schleswig'sche Sache, als eine Angelegenheit der deutschen Nation, zu dem Bereich ihrer Wirksamkeit gehört und verlangt, daß bei dem Abschlusse des Friedens mit der Krone Dänemarks das Recht der Herzogthümer Schleswig und Holstein und die Ehre Deutschlands gewahrt werde. Auch spricht die deutsche Nationalversammlung die zuversichtliche Erwartung aus, daß in der Voraussetzung, daß der Rückzug der deutschen Bundestruppen nach dem Süden Schleswig's strategischen Gründen beizumessen sey, für die erforderliche Verstärkung des Bundesheeres in Schleswig - Holstein, so wie für die Sicherstellung des durch den erwähnten Rückzug den feindlichen Einfällen etwa bloßgestellten nördlichen Schleswigs schleunige und wirksame Fürsorge getroffen werde." (K. v. u. f. D.)

Frankfurt, 7. Juni. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung nimmt v. Auerswald das Wort und verliest ein Schreiben des preußischen Ministers v. Arnim, worin die bei der Berathung des Raveaux'schen Antrags durch Robert Blum angeführte Thatsache, die preußische Regierung habe den Bundesregierungen angerathen, durch Einberufung möglichst vieler Landtage ein Gegengewicht gegen die Frankfurter Nationalversammlung aufzustellen als unwahr, und Blums Behauptung als verleumderisch bezeichnet wird. Im Anfange der Sitzung war das von dem provisorischen

Zentralkomite in Prag dem Slavenkongreß vorgelegte Programm in besondern Abdrücken verbreitet worden: Glaß aus Landau nahm hievon Anlaß auf schleunige Berichterstattung des Ausschusses über die Zentralgewalt zu dringen. Das erwähnte Programm werfe der Einheit Deutschlands und den Beschlüssen der Nationalversammlung den Fehdehandschuh hin. Es gelte jetzt Kraft zu zeigen und nöthigenfalls mit dem Schwert den tschechischen Bestrebungen entgegenzutreten. Das Resultat einer längeren Debatte war, daß ein Ausschuß „zur Begutachtung der österreichischen slavischen Frage, soweit es sich von deutschen Bundesländern handelt" eingesetzt werden soll. Die Wahl und die Konstituirung des Ausschusses wird noch heute erfolgen. (A. Z.)

Frankfurt, 6. Juni. So gibt es denn also wirklich Leute, welche der deutschen Nationalversammlung zumuthen, daß sie eine deutsche Landschaft entnationalisiren, welche mit dreister Stirn verlangen, daß eine halbe Million unserer Landsleute aus der Gemeinschaft mit dem deutschen Volke hinausgestoßen, des deutschen Gesetzes beraubt, dem dunkeln Schicksale des polnischen Volkes preisgegeben werde! So gibt es denn Leute unter uns, deren Gerechtigkeitsgefühl sich dagegen empört, daß einige hunderttausend Polen das kräftige deutsche Leben mitleben sollen, die aber nicht den geringsten Anstoß daran nehmen, eine viel größere Anzahl von Deutschen aus diesem frischen Leben herausgerissen und in das Fieberlazareth des Polenthums eingesperrt zu sehen! Diejenigen, welche sich vorzugsweise für die Männer der Freiheit halten, dieselben verdammen lieber die deutschen Posener zu polnischer Anarchie und unter slavisches Joch, als sie die polnischen Bewohner des deutschen Theils des Großherzogthums dazu verurtheilen, gleichberechtigte Bürger eines freien deutschen Staats zu seyn; dieselben Männer, welche bei jeder und zumal bei dieser Gelegenheit zeigen, daß ihnen die deutsche Nationalität wenig oder nichts gilt, dieselben Männer erhitzen sich bis zum Fanatismus, sobald es die angeblichen Rechte der polnischen Nationalität gilt. Noch mehr: die abgesagten Feinde der Idee des historischen Rechts klemmen sich krampfhaft an eine veraltete Jahreszahl an, wenn es sich darum handelt, sich den Forderungen des gebieterischen Interesses der eigenen Nation entgegenzustemmen. Wenn man ihnen beweist, was die Gerechtigkeit gegen Deutschland heute verlangt, so antworten sie mit Dem, was im Jahre 1772 die Gerechtigkeit gegen Polen mit sich brachte. Daß binnen den inzwischen verflossenen achtzig Jahren in Posen eine andere Welt entstanden ist, daß das Polenthum dem Deutschthum in weiten Kreisen Platz gemacht hat, diese Kleinigkeit ist jenen Herren keiner Berücksichtigung werth. Aber lassen wir die Fragen von Recht und Gerechtigkeit und Nationalehre und politischem Interesse. Es gibt eine andere Frage, wenn nicht von größerer, so doch von unmittelbarerer Wichtigkeit, für welche die Leute wohl schwerlich irgend eine Antwort haben, welche Posen aus dem deutschen Bunde hinauswerfen wollen. Wenn es möglich wäre — wir wissen Gottlob, daß es unmöglich ist — wenn es aber möglich wäre, daß die Nationalversammlung im Sinne jener Forderung einen Beschluß faßte, begreift man nicht, daß es in demselben Augenblick um ihr Ansehen, um ihren Einfluß, um die bindende Kraft ihrer Entscheidungen in einem großen Theile von Deutschland geschehen seyn würde? Will man nicht einsehen, daß auf einen solchen Beschluß hin alle östlichen Grenzprovinzen mit einem Schlage in eine unversöhnliche Opposition gegen die Nationalversammlung geworfen werden würden? Weiß man nicht, welche Stimmung in Schlesien, in Pommern, in Brandenburg, in Ost- und Westpreußen gegen die Polen herrscht, — will man nicht glauben, daß die Polen dort kaum weniger, vielleicht sogar mehr verhaßt sind als die Russen, und ist man unfähig, zu begreifen, daß die Hinopferung von 500,000 Deutschen an das verhaßte Polenthum, wenn auch nur an ein künftiges und sehr problematisches Polenthum, einen großen Theil jenes Polenhasses auf die Nationalversammlung übertragen würde? Genug mit diesen Andeutungen. Wer die Nationalversammlung fürchtet, wer die Einheit Deutschlands vereitelt sehen will, der wünsche den polnischen Ideen der HH. Itz, R. Blum und Simon aus Trier zahlreiche Anhänger und guten Fortgang. (Karlsr. Z.)

Frankfurt, 4. Juni. Die republikanisch-französirende Partei (sie sagt in ihrem von einem bekannten Verächter des deutschen Volkes verfaßten Manifeste offen: „die französische Republik bietet uns die Hand, wir nehmen sie mit Freuden an") hat keine Hoffnung auf einen Erfolg in der Nationalversammlung selbst. Es bleibt ihr daher nichts übrig als ihren Lehrmeistern in Paris zu folgen und die Nationalversammlung durch äußere Gewalt sich fügsam zu machen, oder wenn dies nicht gelingt, auseinanderzutreiben. Zu diesem Zwecke wird die Masse des Volkes aufs Fleißigste durch zahllose Agenten aufgehetzt, die Volksversammlungen, durch welche der Aufruhr in Baden vorbereitet wurde, werden aufs Neue organisirt und die durch wüthende Reden und Hetzereien fanatisirte Menge auf eine nahe bevorstehende „Kraftäußerung" vorbereitet. Petitionen der demokratischen Vereine an die Nationalversammlung mit Androhung von Gewalt, sofern diese nicht dem Willen der Partei („des Volkes") sich fügen wolle, werden mit Unterschriften bedeckt. In den gestern gehaltenen Volksversammlungen in Offenbach, Bergen u. a. O. wurde geradezu aufgefordert, sich zu einer baldigen „Kraftäußerung" gegen die Nationalversammlung bereit zu halten, die Deputirten von Hanau und Mainz sollen dabei die Zusicherung gegeben haben, daß sie über die Einwohner der genannten Städte zu diesem Zwecke zu disponiren hätten. Dabei wurde aber eingeschärft, man müsse die linke Seite schonen und in der Paulskirche lassen, damit diese sich sogleich als eigentliche Nationalversammlung konstituiren und als provisorische Regierung von Deutschland proklamiren könne. Sie sehen eine ins Deutsche übersetzte Auflage der Februarereignisse in Paris, nur mit dem Unterschiede, daß hier Alles mehrere Wochen vorher in öffentlichen Versammlungen berathen, und herüber und hinüber gelegt wird. Wie lange wird sich noch das deutsche Volk von diesen Leuten äffen, zuerst der Anarchie und durch diese der wildesten Reaktion in die Arme führen lassen?

Frankfurt, 7. Juni. Wie man von Ohrenzeugen vernimmt, so ist die Mehrheit der Nationalversammlung sowohl bei der Volksversammlung in Bergen, wo auch Itz gesprochen, als auch bei der Arbeiterversammlung in Offenbach nicht auf's Freundlichste beurtheilt worden. (N. Würzb. Z.)

Bayern.

*†München, 10. Juni. Se. Maj. der König Max begibt sich morgen von Nymphenburg aus nach dem kgl. Schlosse Berg am Starnbergersee, um die zwei Pfingstfeiertage dort zu verweilen.

München, 6. Juni. Der sogenannte bayerische Reichsverfassungsentwurf hat durch die Verbindung, in welche man natürlicher Weise denselben mit den Absichten des bayerischen Ministeriums zu setzen versucht seyn mußte, eine Bedeutung erhalten, die ihm in der That nicht zusteht. Dieß geht wohl am Besten aus der Geschichte seiner Entstehung hervor, und ich glaube daher, die dahier bekannten Notizen hierüber dem größern Publikum nicht vorenthalten zu sollen. Wie die Redaktion der Allgemeinen Zeitung im Blatt vom 3. d. bestätigt, sind weder der Entwurf selbst, noch die denselben begleitenden Artikel aus irgend einer ministeriellen Quelle an die Allgemeine Zeitung gelangt. Auch die Autorschaft des Entwurfes ist nichts weniger als offizieller Natur. Derselbe rührt vielmehr von einem bekannten, mit der bayerischen Verwaltung in keinem direkten Zusammenhange stehenden Publizisten her, und ist in seiner ursprünglichen Form geraume Zeit vor dem Erscheinen des Siebenzehnerentwurfes gefertigt worden. Dieser erste Entwurf wurde den damaligen Mitgliedern des bayerischen Ministeriums und andern zu einem politischen Urtheile berufenen Männern mitgetheilt, von diesen aber ziemlich einstimmig als praktisch unausführbar, ja theilweise als ein solcher erklärt, der für die bayerische Regierung nur Mißkredit und Verlegenheiten begründen könne. Auch die hierauf vorgenommene Umarbeitung dieses Entwurfes scheint nur eine sehr beschränkte Billigung der bayerischen Minister erhalten zu haben; zu einer gründlichen Prüfung im gewöhnlichen Geschäftswege ist sie jedenfalls eben so wenig als der erstere Entwurf gelangt, wenn gleich der inzwischen eingetretene neue Staatsminister des Aeußern sich dazu verstand, das vorliegende Elaborat der bayerischen Bundestagsgesandtschaft und durch diese dem Bundestage selbst mitzutheilen. Es knüpfen sich an diesen Sachverhalt manche nicht unbedeutende Erwägungen, jedenfalls aber möchte sehr zu bezweifeln seyn, ob hiernach der fragliche Entwurf als der wahre Ausdruck der Ansichten des bayerischen konstitutionellen Ministeriums über die deutsche Verfassungsfrage betrachtet werden könne. (A. Z.)

München. (Fortsetzung der gestern abgebrochenen Mittheilung des Gesetzblattes, den Landtags-Abschied betr.) §. 11. Die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten betr. Wir bekleiden den Gesetzesentwurf, die Aufhebung der standes- und guts-herrlichen Gerichtsbarkeit, dann Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten betr., unter Genehmigung der von den Ständen hiezu beantragten Modifikationen mit Gesetzeskraft, und lassen hiernach das unter Ziffer VI. anliegende Gesetz ausfertigen. Den dem Gesammtbeschlusse von den Ständen beigefügten Wünschen: 1) jenen Staatsgrundholden, welche mit Grundlasten offenbar überbürdet sind, und deßhalb früher bedeutende Nachläße erhalten haben, entsprechende Ermäßigungen zu gewähren, und nur die ermäßigten Beträge bei der Fixation und Ablösung in Anschlag zu bringen; 2) daß die vom Staate in Folge dieses Gesetzes übernommenen standes- und guts-herrlichen Gerichts- und Polizei-Beamten und Diener, wo möglich unter Belassung ihres ganzen Gehaltes, baldigst verwendet werden sollen, endlich 3) auf diejenigen Gemeinde- und Stiftungs-Beamten, welche bei den Stiftungsverwaltungen durch das gegenwärtige Gesetz entbehrlich werden, im Staatsdienste Rücksicht zu nehmen, werden Wir nach Thunlichkeit entsprechen. §. 12. Die Ablösung des Lehenverbandes betr. Wir ertheilen dem Gesetzesentwurfe über Ablösung des Lehenverbandes mit den von den Ständen beantragten Modifikationen Unsere Genehmigung, und haben hierüber das angebogene Gesetz unter Ziffer VII. ausfertigen lassen. Zugleich versichern Wir dem Wunsche, die königl. Archive zu ermächtigen, auf Ansuchen der Vasallen, die zum Nachweise des Lehenauftrages nöthigen Urkunden ohne weitere Berichterstattung und Anfrage schriftlich mittheilen zu dürfen, Unsere Allerhöchste Gewährung. §. 13. Die Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden in den Regierungsbezirken diesseits des Rheins betr. Den Gesetzentwurf, die Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden in den Regierungsbezirken diesseits des Rheins betreffend, sanktioniren Wir mit den von den Ständen vorgeschlagenen Modifikationen, und lassen hierüber das unter Ziffer VIII. anliegende Gesetz ausfertigen. Den von den Ständen beigefügten Wunsch wegen Bedachtnahme auf das Brodloswerden des Jagdpersonals werden Wir geeignet berücksichtigen. §. 14. Die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichtsorganisation, über das Verfahren in Zivil- und Straf-Sachen und über das Strafrecht betr. Den Entwurf des Gesetzes, die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichtsorganisation, über das Verfahren in Zivil- und Straf-Sachen und über das Strafrecht betreffend, haben Wir mit Genehmigung der von den Ständen vorgeschlagenen Modifikationen sanktionirt, und verordnen, daß bei Bearbeitung der neuen Gesetze von den darin enthaltenen Bestimmungen ausgegangen werde. Wir erlassen demnach das unter Ziffer IX. anliegende Gesetz. (Fortsetzung folgt.)

Die „Kissinger Kurliste" zählt bis zum 5. Juni 114 Nummern.

K. Sachsen.

Dresden, 31. Mai. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer richtete Abgeordneter Wehner, gestützt auf eine Mittheilung R. Blums, im Parlament die Interpellation an den Minister des Aeußern: ob es wahr sey, daß Preußen die übrigen Regierungen, mithin auch die sächsische aufgefordert habe, so viel Landtage als möglich einzuberufen, um hiedurch der Kraft der konstituirenden Versammlung eine Gegenkraft gegenüber zu stellen? Der Finanzminister gab die Erklärung, daß der Regierung keine derartige Note zugekommen sey, und v. d. Pfordten erklärte dann auf weitere Fragen, daß auch nicht bekannt sey, daß den übrigen Regierungen etwas derartiges angemuthet worden. Sachsen würde übrigens eine solche Aufforderung entschieden zurückgewiesen haben. Darauf ging man zur Tagesordnung über.

Gr. Hessen.

Darmstadt, 3. Juni. Es ist auffallend, wie sehr sich die Stimmung im Odenwalde gegen die allgemeine Volksbewaffnung wendet, wie die schon gebildeten Schützenrotten an manchen Orten fast zusehends abnehmen. Wir würden sagen, es ist unerklärlich, wenn wir nicht

zu gut wüßten und von neuem belehrt würden, daß es die Pfarrer oder Schulmeister oder Landrichter oder Kreisräthe oder deren Sekretäre, oder endlich alle zusammen sind, die in den Ortschaften die Bauern gegen die Volksbewaffnung stimmen. So hörten wir unlängst von einem Pfarrer die Behauptung aufstellen: „Gebt nur acht, wenn ihr erst die Büchsen habt, dann müßt ihr auch die Mützen haben und der Mütze folgt eine ganze Uniform, die ihr auch neu anzuschaffen habt. Ich denke aber, ihr habt die Zeit noch nicht vergessen, wo mancher arme Teufel Land und Geräth verkaufen mußte, bloß um sich eine Montur anzuschaffen." Absurd allerdings, aber nicht absurd genug, um nicht doch geglaubt zu werden, ein Beweis jedenfalls, daß die Reaktion in Gegenden bedeutend stark agirt.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Preußen.

Berlin, 3. Juni. Als vielfach verbreitetes Gerücht theile ich Ihnen mit daß der Verfassungsentwurf, wie er jetzt den Kammern und der Nation vorliegt, mit dieser ersten gemischten Kammer von erblichen Pairs und Besitzenden (Achttausend-Thalermänner, wie man hier sagt) nach dem fest ausgesprochenen Willen des Königs veröffentlicht wurde. — Der Einsprache der Minister gelang keine weitere Modifikation und eben jenem Gerücht nach erklärte der König, daß wenn man mehr begehre als dieß, er lieber dem Throne entsagen werde. Da nun ein solches Ereigniß die furchtbarsten Folgen der Verwirrung nach sich ziehen müßte, entschlossen sich die Minister nachzugeben, da aber auch vorauszusehen ist, daß, trotz der großen konstitutionellen Majorität der Kammer dieser Entwurf gewiß nicht angenommen, vielmehr die erste Kammer bedeutend umgestaltet und namentlich die Pairie ganz daraus verschwinden wird, schien es dringend nothwendig, den Prinzen von Preußen zurückzurufen und für jeden Fall in der Nähe zu haben. Dieß soll die Ursache seyn, weßhalb die Minister mit solcher Hartnäckigkeit und so allgemein unerwartet auf Heimkehr des Prinzen bestanden und anfangs völlig unerklärbar, die heftigste Gährung im Lande hervorgerufen haben, bei der die Reaktion im Trüben fischen zu können glaubte. — Daß reaktionäre Absichten bei der Fortschaffung von 10,000 Gewehren und einigen Batterien nicht zu Grunde gelegen haben, wird jeder Einsichtige gern glauben, allein das Mißtrauen ist wach, überall wittert man Reaktionäre und die Regierung müßte für jetzt Alles vermeiden, was diesen Gedanken Nahrung geben könnte. Statt dessen ist es nur zu wahr, daß die der Revolution feindliche Parthei so viel thut, wie möglich, um ihren Haß und ihre Verachtung an den Tag zu legen. Der Liberalismus eines großen Theils der Beamten, welche früher Opposition in der Tasche machten, kann sich nicht mit der demokratischen Ungebundenheit und deren Auswüchsen verständigen; so vergrößert sich das allgemeine Mißtrauen, welches die Folge hat, daß morgen die Klubs und die Volksvereine einen großen Festzug zu den Gräbern der Freiheitshelden vom 18. März machen werden, weil, wie sie sagen, die Revolution verherrlicht und aufrecht gehalten werden müsse, die von der Reaktion in allerlei Gestalt, ja von der Majorität der Nationalversammlung verkannt und mißachtet wird. Die Bürgerwehr fängt an, sich in zwei Parthien zu spalten. Ein Theil, der die Klubs besucht, tritt immer entschiedener auf Seite des Volks, ein anderer Theil repräsentirt den gemäßigten Liberalismus. — Der Kommandant der Bürgerwehr, General Aschoff, hat sich zurückgezogen, weil ein großer Theil der Wehrmänner sich offen gegen ihn erklärt hat. Es ist möglich, daß sein Nachfolger ein Republikaner seyn wird. — Das Mißtrauen wendet sich gegen Potsdam, gegen die Umgebungen des Königs, gegen den Aufenthalt in Sanssouci, und wenn ich auch nicht glaube, daß wir einen Versailler Zug erleben, so kann es doch leicht seyn, daß zur Beruhigung der Hauptstadt der König dringend ersucht werde, nach Berlin zurückzukehren, das er nicht hätte verlassen sollen. — Die Arbeiterhaufen, welche während dieser Woche mancherlei Unfug durch Zusammenrottungen trieben, haben sich größtentheils bequemt, in Akkord zu arbeiten, nachdem man ihnen die Arbeit so gestellt hat, daß sie bei gewöhnlichem Fleiß einen halben Thaler täglich verdienen können. — Das wühlerische Treiben mancher Unruhestifter hindert die fleißigen Arbeiter jedoch noch immer zu arbeiten wie es ihnen beliebt und erst gestern sahe ich, wie Haufen von Bauarbeitern an verschiedenen Bauten die Maurer zwangen, um 6 Uhr Abends aufzuhören, weil kein Arbeiter länger arbeiten soll. Andere Haufen zogen vom Zeughause aus vor die Wohnung des interimistischen Kommandeurs der Bürgerwehr und verlangten von diesem Waffen, die ihnen nicht bewilligt wurden. Ein Bataillon Bürgerwehr folgte dem Haufen auf dem Fuße und beobachtete sie, bis sie endlich zur Ruhe ermahnt, sich friedlich zerstreuten. Solche Szenen fallen in Berlin alle Tage vor. Alle Straßenecken sitzen voll Plakate, Aufforderungen zu Volksversammlungen und Darstellung der Tagesvorgänge. An jeder Ecke bildet sich noch ein politischer Klub von Ab- und Zugehenden, die oft bis tief in der Nacht beisammen stehen und heftig streiten. Aber Alles bleibt ruhig. Es gehört zu unseren jetzigen Zuständen, die dem Fremden wohl erschreckend vorkommen mögen, bis jetzt aber nicht so erschreckend sind, wie sie aussehen.

(D. konst. Z.)

Schleswig-Holstein.

Rendsburg, 2. Juni. Aus zuverläßiger Quelle kann versichert werden, daß die im „Hamburger unparteiischen Korrespondenten" vom 25. Mai unter Rendsburg, den 24. Mai, enthaltene Adresse des von der Tann'schen Freikorps von dem General v. Wrangel deßhalb unbeantwortet geblieben ist — weil sie niemals eingesandt worden. (H. C.)

Rendsburg, 3. Juni. Heute Morgen ist das Tann'sche Freikorps vollständig uniformirt und nach Weise der regulären Truppen organisirt, nach Norden ausgerückt. Dasselbe wird den Kern des Korps bilden, zu welchem jetzt sämmtliche Freikorps vereinigt werden sollen. Man beabsichtigt, es auf 1200 Mann zu bringen. Der Major von der Tann wird Kommandeur der ganzen Abtheilung, eine Bestimmung, welche sowohl unter den Freiwilligen, als im größeren Publikum sich des allgemeinen Beifalls erfreut. Gestern Abend wurde ihm aus diesem Anlaß ein Fackelzug gebracht. (Tagbl.)

Hannover.

Hannover, 1. Juni. Mit großer Freude haben wir bei der jetzigen Umgestaltung der Dinge im Königreiche Hannover auch von der Wiedereinsetzung der im Jahre 1831 bei den Göttinger Unruhen betheiligten Freiheitsmänner, in ihre früheren Aemter vernommen. Bei dieser Gelegenheit fragt man sich aber allgemein, ob es nicht ein Akt der Gerechtigkeit seyn würde, wenn man den Häuptern der Familien, welche eine Reihe von Jahren im Kerker schmachteten und dadurch der blühende Wohlstand für immer aus ihrem Kreise verschwand, von Seiten der Regierung eine theilweise Entschädigung zukommen ließe, wie dies bereits auch in anderen Ländern zur Ausführung gebracht wurde. Wir bezweifeln diesen Schritt um so weniger, als nur einige Familien davon betreffen sind. (F. Z.)

Hannover, 3. Juni. Aus Eistrup ist eine Adresse mit mehr als 400 Unterschriften an die Frankfurter Versammlung abgegangen, des Inhalts, daß das hannoverische Volk, ungeachtet der bekannten Aeußerungen der Minister, den Beschlüssen der vom hannoverischen Volk selbst mitgewählten Nationalvertreter sich unbedingt zu unterwerfen bereit sey, selbst wenn dieß nicht ohne Opfer geschehen könne. Zu Eschen in Ostfriesland wurde ebenfalls in einer zahlreich besuchten Volksversammlung ein Mißtrauensvotum gegen die Minister und die Kammern als Eingabe an die Regierung, eine Erklärung für die Obergewalt der Nationalversammlung über alle Einzelstaaten und für das Prinzip der Volkssouveränetät, endlich auch ein Protest gegen das Verfassungswerk der jetzigen „inkompetenten" Ständekammern, sowie gegen das Zweikammersystem als Klagschrift an das Parlament beschlossen.

Freie Städte.

Frankfurt, 6. Juni. Für den Verlauf der Pfingstwoche sehen wir einem großen Fremdenverkehr in unserer Stadt entgegen. So sollen etliche und dreißig Turngemeinden beabsichtigen, sich am Pfingstmittwoch in Masse einzufinden, um eine Tagfahrt zu halten und dem ehrwürdigen Vater Jahn ihre Verehrung zu bezeigen. An den beiden folgenden Tagen aber sollen sich die Freunde der demokratischen Staatsform, wo nicht in Masse, so doch durch zahlreiche Deputationen der dafür bestehenden Klubs zu Frankfurt ein Stelldichein geben. Wie ich höre, soll eine dießfallsige Einladung an sie von Seiten des Montagskränzchens ergangen seyn. In diesem Vereine selbst ist jedoch eine Spaltung eingetreten, aus welchem, wie man vernimmt, ein konstitutioneller Verein demnächst hervorgehen dürfte. (Schw. Mkr.)

Hamburg, 3. Juni. In Folge der, abseiten der hiesigen Kommission des Marinekongresses ergangenen Einladung, fanden sich am 1. d., Mittags, etwa sechzig bis siebzig Delegirte in dem Lokale des hiesigen gesellschaftlichen Vereins: „die Harmonie" ein. Die Versammlung bestand außer den Kommissionen der Regierungen von Preußen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Schwerin, Lübeck, Bremen und Hamburg, aus den Delegirten einer großen Anzahl von Privatkomités der verschiedenen Seehäfen an der Nordküste Deutschlands von Königsberg bis zu der Ems und dem Rhein. Die Sitzung dauerte am 1. drei bis vier Stunden und am 2. eben so lange. Das Resultat unter Anderm war die Einsetzung einer Kommission, bestehend aus den Kommissarien der Küstenstaaten und zwei Komitédelegirten für jeden Staat, welche die näheren formellen Vorschläge und den Entwurf eines allgemeinen Planes für die energische Entwickelung der deutschen Marine ausarbeiten soll. Das Protokoll soll gedruckt werden.

(Freihafen.)

Oesterreich.

Wien, 4. Juni. Das gesammte diplomatische Korps begibt sich zum Kaiser nach Innsbruck. Man glaubt allgemein, es stehe dieser Schritt mit der demnächst zu erwartenden Abdankung des Kaisers in Verbindung.

(Augsb. Abdz.)

Das Gerücht von einer beabsichtigten Abdankung des Kaisers wird der „Allgemeinen Zeitung" aus zuverläßiger Quelle als gänzlich grundlos bezeichnet.

Unsere eben eintreffenden neuesten Berichte aus Wien vom 6. Juni lauten beruhigend. Die Ordnung war in keiner Weise weiter gestört worden. Unter der Nationalgarde — schon an 40,000 Mann stark — soll mehr und mehr Einigkeit herrschen. (A. Z.)

Die „italienischen Blätter" bringen einen Brief des Papstes, an den Kaiser von Oesterreich vom 3. Mai. Es heißt darin: „Möge es der edlen deutschen Nation nicht unlieb seyn, daß wir sie einladen, den Haß abzulegen und in nützliche Beziehungen freundlicher Nachbarschaft eine Herrschaft zu verwandeln, die weder edel noch glücklich seyn könnte, weil sie blos auf dem Schwert ruhen würde. Wir vertrauen darauf, daß die genannte Nation in löblicher Weise stolz auf ihre eigene Nationalität, nicht in blutige Versuche gegen die italienische Nation ihre Ehre setzen wird, sondern sie vielmehr darin sucht, diese offen als Schwester anzuerkennen, wie ja beide unsere Töchter und unserm Herzen theuer sind."

Aus Tyrol, 3. Juni. Unsere Wahlen für den Landtag verlaufen unter dem gleichen Einfluß der alten finstern Gestirne. Der Sieg der Ultramontanen wird ein vollkommener werden, entmuthigt verzichten die Bessergesinnten auf jede Theilnahme, die wenigen Unverzagten wagen bereits unter Gefahren zu widerstehen — um ohne Erfolg zu unterliegen. Nicht mit 13 Stimmen wird die Geistlichkeit am Landtage vertreten seyn, wie es im Entwurfe bestimmt war — mehr als die Hälfte, ja zwei Drittheile der Vertreter aus den übrigen Ständen, sind vollkommen in ihren Händen — durch gleiche Gesinnung oder Furcht den Beschlüssen verfallen, die unsere wirklichen Oberherrn (der Kaiser und sein Gubernium sind ihnen nur gutmüthig geduldete Figuranten) zu fassen gedenken. Und — doch sind wir konstitutionelle Bürger der österreichischen Monarchie! Wenn nicht der Schmerz, — so müßte die Scham unsere letzte Kraft brechen. Es geht auch das Gerücht und man nährt es im Interesse der eigenen Sache bis eine ungestüme Forderung daraus wird, der Reichstag solle in Tyrol in Innsbruck unter dem Schutze der Bauernkompagnien zusammentreten, welchen seiner Zeit ihre Feldkapläne schon ein Zeichen geben würden, wie sie den „berathenden Herren" ihre Anerkennung zu verstehen geben müßten. Bangeren, sehnlicheren Blickes sehen wohl wenige Deutsche nach Frankfurt, als wir, die in Tyrol deutsch werden wollen — nicht allein um unseres Weines und des wohlfeilen Brodes willen. Die Gewährleistung allgemein gültiger Volksrechte rettet uns allein vor dem Separatismus, durch welchen die Ultramontanen mit terroristischer Entschlossenheit ihre Existenz zu befestigen suchen. (D. Z.)

Prag, 3. Juni. Erst gestern ist der allgemeine Slavenkongreß eröffnet worden. Gleich in dieser ersten Sitzung wurde ausgesprochen, daß Oesterreich eine sla-

rische Monarchie werden müsse und nur als solche Kraft, Macht und Bestand haben werde, indem die überwiegende Mehrheit seiner Bevölkerung aus Slaven bestehe; alle und jede Vereinigung mit Deutschland müsse aufgegeben werden. — Aus der Tschechomanie scheint aber jetzt Großslavomanie zu werden, welche selbst Rußland mit in ihre Sympathien faßt. Polen, Serben und Russen sind in bedeutender Anzahl hier. Rußland bietet Alles auf, um Deutschland in Uneinigkeit und Verwirrung zu bringen. (K. v. u. f. D.)

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 4. Juni. Aus Klausenburg vom 30. Mai ist hier auf außerordentlichem Weg die Nachricht eingelaufen, daß der siebenbürgische Landtag sich einstimmig für die sofortige und unbedingte Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn auf den Grundlagen des ungarischen Gesetzartikels 7: 1848 ausgesprochen und den darauf bezüglichen Vorschlag alsbald Sr. Maj. unterbreiten werde. In der Debatte über diese hochwichtige Angelegenheit sprachen bloß die (sächsischen) Deputirten von Kronstadt und Hermannstadt und erklärten sich dahin, daß sie in Betreff der Aufrechthaltung der Privilegien der sächsischen Nation keine Bedingungen in Bezug auf die Union machen wollten, indem die Diplome von Andreas und Geisa, welche den Sachsen ihre Gerechtsame verliehen, ohnedieß aus einer Zeit herrühren, wo Ungarn und Siebenbürgen noch vereint waren. Auch aus Kroatien lauten heute die Nachrichten erfreulich. Die Stadt Warasdin und die drei slavonischen Komitate haben sich der Autorität des ungarischen Ministeriums und dem General Hrabowsky unterworfen. Baron Jelachich ist nach Innsbruck berufen worden, und man sieht bald einer Lösung dieser unglückseligen kroatischen Wirren entgegen. Wie Sie wissen, hat Baron Jelachich den Exfürsten Milosch, der in Agram Propaganda machen und sich vielleicht wieder auf den serbischen Fürstenstuhl schwingen wollte, verhaften lassen und hat seine Baarschaft (10,000 Stück Dukaten) mit Beschlag belegt. Die Nachricht von dem günstigen Empfang der ungarischen Deputation von Seite des deutschen Parlaments hat in Ungarn die freudigste Sensation erregt und neue Sympathien für das große „Volk der Denker" wachgerufen. (A. Z.)

Schweiz.

Zürich, 30. Mai. Die Bewegung im Kanton Luzern wegen der Klosteraufhebung nimmt einen sehr ernsten Charakter an. Ueberall werden kleinere und größere Versammlungen offen und geheim gehalten. Die Regierung schreitet nun ein und zwar mit Verhaftungen. In Willisau, Sursee und Hochdorf wurden bei zwanzig Personen festgenommen. Die Verdachtsgründe sind bis jetzt unbekannt. An Verwerfung des Klosterdekrets ist nicht zu denken, sie wäre jedenfalls das größte Beispiel der Aufopferungsfähigkeit eines Volkes zu Gunsten religiöser Institute. (Schw. Mrkr.)

Zürich, 6. Juni. Die Vetofrage in Luzern ist erledigt: von 26,949 stimmfähigen Bürgern haben nur 11,190 (nach andern 9 bis 10,000) das Veto eingelegt. Es ist also das Dekret vom April über Aufhebung der Klöster in Kraft getreten.

Italien.

Wien, 2. Juni. Die Schweizer Zeitungen wiederholen seit drei Tagen auf das Bestimmteste das Gerücht, daß die Oesterreicher am 30. Mai bei Goito geschlagen worden seyen, und daß die Besatzung von Peschiera kapitulirt habe. Doch gibt die „Neue Züricher Zeitung" jetzt zu, daß am 29. die Toskaner und Neapolitaner zurückgedrängt wurden. Die österreichischen Berichte aus Verona (bis zum 1. Juni) fahren fort, zu versichern, daß der am 29. errungene Sieg der Oesterreicher Nichts zu wünschen übrig lasse. In Verona hörte man dem „Tyroler Boten" zufolge am 31. Mai Abends ein starkes Feuern über den Mincio. Inzwischen reißen die Neapolitaner, wie sogar die „Neue Züricher Zeitung" meldet, in ganzen Schaaren aus. General Pepe erklärt in einem Tagesbefehl, daß er die, welche nicht innerhalb 3 Tage zurückkehren werden, als Ausreißer vor dem Feinde behandeln werde. Ein Aufruf ergeht sodann an die Römer, die neapolitanischen Deserteurs als Feinde zu behandeln.

Innsbruck, 7. Juni. Heute früh aus Verona angekommene Reisende erzählen, daß in der Ebene von Monte Chiari ein bedeutendes Kavalleriegefecht vorgefallen sey, wodurch die Piemontesen ganz zersprengt wurden; von Peschiera sollen sich dieselben zurückgezogen haben, um nicht vom Korps des Feldmarschalls Radetzky abgeschnitten zu werden.

Bülletin von Bergamo, 5. Juni, 9 Uhr Vormittags. In diesem Augenblick langt vom Lager her die Nachricht an, daß es nach einem offiziellen Briefe des Prinzen Eugen von Savoyen und des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Pareto gewiß ist, daß der Bourbon von Neapel und sein erstgeborner Sohn feierlich enthauptet sind. So sey es! (Eine Nachricht, die auf dem Umwege von Neapel über Turin, Goito und Bergamo zuerst zu uns kommt, kann wahr seyn, aber offenbar keine große Glaubwürdigkeit ansprechen. Unser neuestes Genueser Blatt (der Pensiero Italiano vom 4.) meldet aus der Luccheser Riforma, also auch auf einem Umwege, daß am 2. Juni in Livorno die Nachricht eintraf, es sey ein neuer Aufstand in Neapel, der König solle in den Händen des Volks seyn. — Der Dampfer Lombardo, der am 2. Juni Abends oder vielleicht erst am 3. Juni Morgens in Genua ankam, berichtet vom 31. Mai: Neapel sey noch unter dem bourbonischen Joch. (Die Zeitungen Mailands vom 4. schweigen über eine neue Revolution in Neapel.) (A. Z.)

Großbritannien.

London, 4. Juni. Lord John Russel hat jetzt ein anderes Mittel gefunden, den Baron Rothschild parlamentsfähig zu machen; er hat am 1. Juni im Unterhause angekündigt, daß er am 5. Juni eine Bill einbringen werde, wodurch die von den Parlamentsmitgliedern beim Eintritt in das Haus zu leistende Eidesformel abgeändert wird; für den Freitag darauf hat er ferner die Einbringung einer Bill angezeigt, wodurch die in der Reformbill enthaltenen Klauseln abgeschafft werden sollen, welche bestimmen, daß man vor der Einschreibung in die Wahlregister sich über Bezahlung der Steuern gehörig auszuweisen habe. (Dies sieht wie eine kleine Abschlagzahlung auf die neuesten Reformforderungen aus und erscheint fast als ein — übrigens ziemlich kleinliches — Gegenmanöver gegen den neuen Volksbund) Auf eine Frage des Hrn. Baillie erklärte Lord Palmerston: der spanische Gesandte, Hr. Isturiz habe wenige Tage vorher ihm die Anzeige gemacht, daß der Graf Mirasol in London angekommen sey, um der englischen Regierung Erklärungen und Erläuterungen über die jüngsten Madrider Ereignisse zu geben. Seine (Palmerstons) Antwort, sey gewesen, daß er solche Mittheilungen wohl von dem beglaubigten spanischen Gesandten entgegennehmen werde, daß er es jedoch ablehnen müsse, sich mit dem Grafen von Mirasol in irgend einen persönlichen Verkehr einzulassen. Unter allen Umständen müßten, habe er ferner erklärt, diese Mittheilungen nur schriftlich gemacht werden. (Beifall.) Er werde dem Hause zu geeigneter Zeit die betreffenden Aktenstücke und Briefschaften vorlegen.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 23. Mai. In den angesehensten Blättern sprechen sich häufig Stimmen entschieden gegen die Einmischung Skandinaviens in den ungerechten Angriff der Dänen auf Schleswig aus. Norwegische Blätter melden tadelnd, daß selbst Norweger in Drontheim die deutsche Kokarde tragen.

Rußland und Polen.

Wien, 6. Juni. Die Russen sollen an der bessarabischen Gränze über den Pruth gegangen seyn. Was ich außerdem von dieser neuen Komplikation erfahren konnte, besteht darin, daß man von hier aus durch Stürmer in Konstantinopel aufs energischste dagegen protestirt hat. (A. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, 13. Mai. Zufolge eines gestern abgehaltenen Ministerraths ist die Sendung zweier Kommissäre nach der Moldau und Wallachei beschlossen worden. Man sagt, daß sie Firmans für die Fürsten haben, die ihr Benehmen bei den letzten Unruhen in Jassi und Bukarest billigen und sie ermächtigen, alle zu Gebote stehenden Mittel für Aufrechthaltung von Ruhe und Ordnung anzuwenden. Diese Maßregel ist in Folge der Sendung des russischen Generals Duhamel, der in gleichem Auftrage in die Fürstenthümer geschickt ist, ergriffen worden. (Voss. Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Montag den 12. Juni: „Der Freischütz," Oper von Mozart.

Fremdenanzeige.

Gold. Kreuz: HH. Rocher, Aspirant von Paris; Roth, Privatier v. Landshut; Keill, Privatier v. Mainz; Siebert, Rentbeamter v. Heidenheim.

Blaue Traube: HH. Schmalzigaug, Maurer v. Augsburg; Wanka und Mittelstädt, Gutsbesitzer von Posen; Hartmann, Regierungsrath v. Nürnberg.

Stachusgarten. HH. Bohle, Partikulier v. Balck; Schertel, Kurator v. Unteralsheim; Schmid, stud. med. v. Würzburg; Schmidt, Privatier v. Lindau.

Gestorbene in München.

Joseph Nagler, k. Leibgarde-Hartschier, 36 J. alt; Jakob Kermer, Hausknecht v. Unterbrombach, Ldg. Rotinz, 50 J. alt; Joh. Greindl, Soldat im kgl. Infanterie-Leibregiment, geb. von Wesenlinden, Landg. Wegscheid, 23 J. alt; Joseph Bauer, Kanonier im königl. Artillerie-Regiment Luitpold, 24 J. alt.

Lebensversicherungsbank f. D. in Gotha.

2423. Je größer die Gefahren sind, in welche die jetzigen bewegten Zeiten auch den Friedlichen versetzen, um so mehr verdient die Lebensversicherung jedem Familienvater zur Benutzung empfohlen zu werden.

Die Gothaer Lebensversicherungsbank zeichnet sich eben so sehr durch Solidität der Einrichtungen als durch Billigkeit der Bedingungen aus. In Folge der vertheilten Dividenden von durchschnittlich 23 pCt. haben sich die Beiträge bei derselben bisher für den Beitritt

im 30. Jahre von 2 Thlr. 19 Sgr. — pf. auf 2 Thlr. — Sgr. 10 pf.
im 35. Jahre von 2 Thlr. 29 Sgr. 1 pf. auf 2 Thlr. 8 Sgr. 7 pf.
im 40. Jahre von 3 Thlr. 11 Sgr. 7 pf. auf 2 Thlr. 18 Sgr. 3 pf.
im 45. Jahre von 3 Thlr. 28 Sgr. 10 pf. auf 3 Thlr. 1 Sgr. 6 pf.
im 50. Jahre von 4 Thlr. 22 Sgr. — pf. auf 3 Thlr. 19 Sgr. 4 pf.

für je 100 Thlr. lebenslänglicher Versicherung ermäßigt.

Die Dividende für 1848 beträgt 26 pCt., für 1849 steht eine gleiche und für 1850 eine noch höhere Dividende in Aussicht.

Außer den tarifmäßigen Prämien sind keinerlei Nebenkosten zu entrichten.

Für die Sicherheit der Bank bürgt neben dem gegenseitigen Verband der Mitglieder (dermalen 15,000 an der Zahl) ein in günstigen Jahren gesammelter Fonds von 5,200,000 Thlr., welcher größtentheils auf werthvolle Hypotheken von Landgütern innerhalb solider Grenzen ausgeliehen ist. Mit größter Ruhe kann daher Jeder, welcher jetzt Gelder disponibel hat, sie zu einer Versicherung bei dieser Anstalt benutzen.

In Gemäßheit ihrer Verfassung trägt die Bank bei ihren Versicherungen nicht nur das Risiko des Todes in Folge von Krankheiten jeglicher Art und allen Unglücksfällen, welche der Versicherte nicht durch unverantwortlich muthwilliges Wagniß selbst herbeigeführt haben sollte, sondern leistet auch Zahlung für diejenigen Versicherten, welche im Kampfe für Herstellung der Ruhe und Ordnung, oder bei Vertheidigung ihres Lebens und Eigenthums fallen. Es erleidet daher durch den Eintritt eines Versicherten in die Bürgerwehr, Kommunalgarde oder in andere zur Aufrechthaltung der Ordnung und zur Sicherstellung des Eigenthums gesetzlich begründeten Vereine die Versicherung keine Beeinträchtigung. Nur die Gefahren des militärischen Kriegsdienstes sind von der Garantie ausgeschlossen. Wer jedoch deshalb seine Versicherung nach wirklichem Antritt des aktiven Kriegsdienstes aufgeben will oder aufgeben muß, erhält in Gemäßheit eines neueren Beschlusses des Bankvorstandes, außer den rückständigen Dividenden, den vollen Betrag der auf die Versicherung treffenden Reserve, was ohngefähr die Hälfte der bezahlten Beiträge ausmacht.

Versicherungen werden vermittelt durch
München den 7. Juni 1848.

Joh. Aug. Unedorfer.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 154.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir ([illegible]-Gasse Nro. 3); auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 34 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Montag | XLIX. Jahrgang. | 12. Juni 1848.

Wühlerthum und Reaktion.

⚌ München, 10. Juni. Wir haben die Korrespondenz SFrankfurt, 30. Mai: Reaktion in der Nationalversammlung zu Frankfurt, unsern Lesern in Nro. 146 mitgetheilt ohne Kommentar und Bemerkung als ein ernstes Zeichen der Zeit und der wühlerischen Umtriebe, deren Tummelplatz diese Versammlung geworden, und glaubten, jeder denkende Leser würde gleich uns diese Erscheinungen betrauern, ohne daß es nöthig wäre, dieses ihm erst noch räthlich zu machen. Seitdem hat aber der „freie Staatsbürger", Nro. 21 vom 8. l. Mts. diese Korrespondenz benützt, um daran eine Prophezeiung zu knüpfen, daß vor Ablauf von 6—8 Wochen die gemäßigten und vernünftigen Theile der Nationalversammlung vor den Thaten einer gewissen Partei zerstieben werden, wie Spreu vor dem Winde. Er nennt Alles, was nicht der äußersten Linken angehört, Organe der Regierungen, d. h. der Reaktion. Einen perfideren Gebrauch der von uns mitgetheilten Korrespondenz hätte der „freie Staatsbürger" nicht wohl machen können. Allein das beirrt uns nicht. Wir wollen die Freiheit, aber auch Ordnung; wir wollen vernünftige Herrschaft, die wir nur in der Monarchie, umgeben von volksthümlichen Institutionen, erkennen. Die Verfassung Deutschlands darf deßhalb diesem Grundsatze nie entgegentreten. Dieß wolle sich der „freie Staatsbürger" wohl beherzigen und bedenken, daß dieß die Sprache von 99 Prozent des bayerischen Volkes wenigstens ist. Dafür stehen wir ein, wenn es Worte und Gründe nicht thun, mit Gut und Blut, und wollen sehen, wer uns diese Meinung wie Spreu vor dem Sturme hinwegblase. Mag es in diesem oder jenem Winkel Deutschlands den Anschein haben, als wäre es anders; größtentheils gilt doch allenthalben unsere Ansicht der Dinge, und daß sie wenigstens in Bayern gelte, beweiset die Thatsache, wie hier im treuen Zusammenhalte mit unserer Regierung, die werthvollsten Errungenschaften der Zeit bereits verwirklichet werden, beweiset die Kraft und Ehrenhaftigkeit, mit welcher der bayerische Staat in Mitte der flutenden Elemente ringsumher stehet. Möglich, daß eine Zeit kömmt, welche die Wahrheit dieser Worte mit blutiger Schrift auf der frechen Stirne des Wühlerthums bekräftigen muß: die Verantwortung lastet dann aber nicht auf uns.

Deutschland.

Frankfurt, 6. Juni. Die gestrige Sitzung der Reichsversammlung hat wieder gezeigt, wie weit es Manche in der sogenannten deutschen Gerechtigkeitsliebe treiben. Während selbst Frankreich Anstand nimmt, hinsichtlich der neuesten Vorfälle in Posen den Polen das Wort zu reden, und zu erkennen anfängt, daß Deutschland denn doch nicht so ohne Weiteres Alles, was einmal zu Polen gehört hat, wäre es auch noch so fest mit ihm verwachsen, abzustoßen verpflichtet ist, erheben sich in der deutschen Reichsversammlung Stimmen, welche es mit Heftigkeit Deutschen zum Vorwurf machen, daß sie nicht polnisch seyn wollen. Sofort will man zwar nur die Stadt Posen aus Deutschland ausweisen, aber es bleibt dabei vorbehalten, seiner Zeit auch die übrigen deutschen Theile von Posen nebst einigen Stücken von Ost- und West-Preußen an die „gewiß dafür dankbaren" (!) Polen zu verschleudern. Es ist wahr, die Gerechtigkeit verlangt, daß der polnischen Nationalität ihre Selbstständigkeit zugestanden werde; aber die Gerechtigkeit verlangt nicht, daß man, um die Verletzung dieser Nationalität wieder gut zu machen, eine andere nicht weniger tief verletze; sie verlangt noch weniger, daß die deutsche Nationalität, indem sie sich in weiter Ausdehnung blosstellt, sich selbst gefährde, damit nur Polen Gelegenheit bekomme, von Neuem zu zeigen, daß es bei aller seiner Ritterlichkeit doch Nichts aus sich machen kann. Indem wir sagen, die Gerechtigkeit verlange, daß Polen wieder selbstständig werde, stellen wir uns nicht auf den Standpunkt des historischen Rechts. Der Satz, daß ein Zustand, eben blos weil er anders war, wieder werden müsse, wie er sonst war, ist nicht richtiger als der, daß ein Zustand, weil er so ist, bleiben müsse, wie er ist. Wollte man auch nur jeden Raub wieder ungeschehen machen, so bliebe kein Staat in der Welt bestehen, am Allerwenigsten bekäme Polen Alles, was es verlangt, da es selbst sehr viel davon geraubt, d. h. erobert hatte. Das Recht der Polen ist besser begründet; es ruht auf dem Grundsatz, daß jede Nationalität, wie jedes Individuum, sein eigner Herr zu seyn, für sich zu bestehen den Beruf hat. Darin liegt aber freilich auch, daß jede Nationalität nur ihre Selbstständigkeit verlangen kann, nicht auch die Unterwerfung fremder Bestandtheile. Aber — sagen die Vorfechter eines nach den früheren weitesten Grenzen wiederherzustellenden Polens — künftig hat es ja gar nichts mehr auf sich, wenn auch ein Stück einer Nationalität von dem Ganzen, dem es gehört, abgerissen, einem fremden Ganzen angefügt wird; die Demokratie deren Herrschaft nicht ausbleiben kann, macht die Völker frei, freie Völker unterdrücken einander nicht; zwischen und in ihnen verschwindet der Unterschied der Nationalität. Nun wenn Das ist, so wollen wir lieber ganz Posen behalten; denn dann kann es ja auch den Polen ganz einerlei seyn, ob sie einem polnischen oder einem deutschen Staate angehören. Jedenfalls aber warten wir doch erst noch die Zeit ab, bis die Demokratie diesen Erfolg gehabt hat und behalten wir bis dahin, was uns ohne diesen Erfolg nothwendig ist, was wir ohne ihn nicht preisgeben dürfen. (K. v. u. f. D.)

Frankfurt, 7. Juni. 13. Sitzung der konstituirenden Nationalversammlung. Nach Verlesung des Protokoll nimmt Venedey (von Köln) das Wort: er sey in der letzten Sitzung vom Präsidenten zur Ordnung gerufen worden wegen einer Aeußerung, die er bei der Diskussion, ob die Debatte über die Anträge des Legitimationsausschusses in Betreff der Posener Abgeordneten zu schließen sey gemacht habe; im Sturme, der die Versammlung bewegt habe, sey er aber mißverstanden worden; er habe nicht gedroht, nicht drohen wollen. Der Präsident: Nach dieser Erklärung des Abgeordneten Venedey nehme er den Ruf zur Ordnung zurück. — Der Präsident zeigt hierauf an, daß der Prioritätsausschuß von den eingebrachten selbstständigen Anträgen bereits 26 an den Verfassungsausschuß gewiesen habe, 30 an den Ausschuß für Volkswirthschaft, 14 an den Ausschuß für internationale und staatsrechtliche Angelegenheiten, 2 an den Marineausschuß, 5 an den Ausschuß für Prüfung der Legitimationen, 21 an den Verfassungsausschuß, 16 an den Ausschuß für Volkswirthschaft, 5 an den Marineausschuß. — Weiter wird vom Präsidium mitgetheilt, daß auf den preußischen Posten sämmtlichen Mitgliedern der Nationalversammlung Portofreiheit für ihre Korrespondenz eingeräumt worden. — Jaup (von Darmstadt): Der Ausschuß für internationale und staatsrechtliche Fragen komme sehr häufig in den Fall, sich von außen Auskunft verschaffen zu müssen; man möge deßhalb den Ausschuß ermächtigen, bei allen in seine Thätigkeit einschlagenden Gegenständen von der im §. 24 der Geschäftsordnung vorgesehenen Ermächtigung Gebrauch zu machen. Dieser Antrag wird genehmigt. Freudentheil (v. Stade): Immer lauter und mahnender werde der Nothschrei aus Nordschleswig; neuerdings hätten sich von dort viele deutsche Patrioten vor den Dänen flüchten müssen; er habe den Antrag gestellt, daß der Bund sofort solche Maßregeln treffen solle, daß die Einwohner von Schleswig gegen die Dänen vollkommen sicher gestellt würden: er wolle den Antrag zurückziehen, wenn die Anträge des Ausschusses in Betreff Schleswigs noch heute zur Diskussion kommen würden. Der Präsident: Der Ausschußbericht über die schleswigische Sache werde morgen vorgelegt werden. — Der Präsident verliest ein von Lelewel an die Nationalversammlung gerichtetes Memorandum, worin auf die Nothwendigkeit der Existenz und der ungeschmälerten Wiederherstellung Polens hingewiesen wird. Geht an den Ausschuß für internationale Verhältnisse. Auf der Linken: Das Memorandum solle gedruckt werden. Der Druck wird beschlossen. — Auerswald (von Breslau): Der Abgeordnete Robert Blum habe in der Sitzung vom 27. Mai, gestützt auf eine Privatmittheilung, angeblich eines Ministers, den Vorwurf gegen die preußische Regierung erhoben, daß dieselbe in einer Mittheilung an die Regierung von Sachsen-Meiningen den Rath ausgesprochen habe, daß in den deutschen Staaten möglichst viele ständische Versammlungen gleichzeitig mit der Nationalversammlung einberufen werden, um so den Eindruck dieser letzteren Versammlung zu paralysiren. Robert Blum habe eine bloße Behauptung aufgestellt, er beantrage deßhalb, daß der Abgeordnete Blum aufgefordert werde, seine Behauptung auszuführen. Der Präsident theilt den Inhalt eines vom 1. Juni datirten Schreibens des Grafen Arnim, preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten mit, worin erklärt wird, daß von Seiten der preußischen Regierung weder vor noch nach dem Zusammentritte des deutschen Reichstages irgend ein Rath ertheilt worden sey, durch gleichzeitige Einberufung möglichst vieler ständischer Versammlungen den Eindruck der Nationalversammlung in Frankfurt zu paralysiren; eine solche Behauptung müsse als verleumderisch zurückgewiesen werden. (Große Sensation.) Robert Blum: Die stenographischen Berichte würden zeigen, daß er nicht die Ausdrücke gebraucht habe, wie sie in dem eben verlesenen Schreiben des Grafen Arnim vorkommen. Der Präsident: Er werde eine authentische Aufnahme der betreffenden Aeußerung des Abgeordneten für Leipzig aus den stenographischen Aufzeichnungen extrahiren lassen. — Plaß (von Stade): es sey ein Manifest des provisorischen Zentralkomites des slavischen Kongresses, datirt Prag vom 27. Mai, und gerichtet an die Mitglieder der deutschen konstituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt, heute in dieser Versammlung vertheilt worden; dieses Manifest über welches jedes Mitglied dieser Versammlung nur auf das tiefste empört seyn könne, sey ein Fehdehandschuh, den der slavische Kongreß in Prag der deutschen konstituirenden Nationalversammlung hinwerfe; mit dürren Worten heiße es in diesem Manifeste: Nie und nimmermehr wollen wir die Souveränetät Deutschlands über uns anerkennen.

Kaiser und König Ferdinand ist und bleibt unser alleiniger Souverän wie bisher. Ueber ihm erkennen wir keine zweite Autorität, er allein ist unser Staatsoberhaupt, und zwischen ihm und uns gibt es kein anderes Volksorgan als die uns zuständigen Parlamente. Mit Zuversicht hoffen wir auf einen gemeinschaftlichen Protest aller Slaven Oesterreichs gegen die Rechtsgiltigkeit des Frankfurter Bundestags und seiner Beschlüsse für irgend einen Theil des slavischen Oesterreichs. Um so dringender sey es nun die Frage von der Bildung einer provisorischen Zentralgewalt sofort auf die Tagesordnung zu stellen, damit der deutsche Reichstag baldigst ein Schwert in die Hand bekomme, um seinen Aussprüchen Nachdruck zu verleihen. Lindenau, Mitglied des mit der Zentralgewaltsfrage beauftragten Ausschusses: Die Aufgabe, welche dem Ausschuß gestellt sey, sey höchst schwierig, der Bericht solle aber möglichst bald erfolgen. Ostendorf (von Soest): Die deutsche konstituirende Nationalversammlung habe erklärt: sie wolle alle Nationalitäten in deutschen Bundesländern achten, allen Bewohnern deutscher Bundesländer völlig gleiche Rechte und Freiheiten zusichern; wie aber antworten die Slaven in Böhmen darauf? Durch Berufung eines Slavenkongresses, durch Aufstellung des Projekts eines großslavischen Reiches, welches sich gründen solle auf Trümmer eines deutschen Staats, durch Absendung einer Deputation nach Paris, um von der französischen Nationalversammlung die Nationalitäten garantiren zu lassen; er wiederhole deßhalb seinen früheren Antrag, daß ein besonderer Ausschuß für Prüfung und Berichterstattung über die deutsch-slavische Frage ernannt werden möge. Der Präsident: Diese Frage sey vorgestern an den Legitimationsausschuß gewiesen worden; es sey nicht parlamentarisch, auf einen schon gefaßten Beschluß zurückzukommen. Wiesner (von Wien): Die slavische Frage sey von ungeheuerer Wichtigkeit; vorgestern habe man dieses Manifest noch nicht gekannt, heute aber erhalte man eine Erklärung aus Prag: „Wir die Slaven wollen mit Deutschland nichts zu thun haben." Man habe schon viel von der Majestät der Nationalversammlung gesprochen: nun solle sie einen Beweis geben von ihrer Majestät, sie solle sich wenigstens national zeigen; die Nationalversammlung möge und müsse die österreichische Regierung unterstützen in dieser deutschen Sache; die österreichische Regierung habe, wie heute bekannt geworden, an die Präsidien aller Provinzen Oesterreichs die Weisung erlassen, daß die provisorische Regierung, die sich in Prag gebildet, ungesetzlich sey und ihre Beschlüsse nicht befolgt werden dürften (lauter Beifall); die Nationalversammlung solle durch einen feierlichen Ausspruch jenes Manifest zurückweisen und erklären, daß sie nicht dulden werde, daß auch nur ein Zoll deutschen Gebietes für Deutschland verloren gehe. Ein Mitglied: Man solle die Integrität Deutschlands feierlichst aussprechen, jeden Angriff auf dieselbe als Landesverrath erklären. Wartensleben (von Swirssen): Gegen einen besondern Ausschuß und gegen eine Protestation; würden die Slaven auf ihrem Kongresse nicht einig, was zu erwarten stehe, dann habe man nicht unnöthig böses Blut gemacht; würden sie aber einig, dann solle man handeln, dann würden die Slaven auch zur Besinnung kommen, wenn sie Deutschland entschlossen sähen, seine Rechte auf Böhmen zu behaupten. Hartmann (von Leitmeritz): Man dürfe den Feind nicht festen Fuß fassen lassen; der Ausschuß möge sofort ernannt werden und baldigst Bericht erstatten. Neuwall (von Brünn): Die Sonderinteressen, die sich gegenwärtig in Ländern des österreichischen Kaiserstaates zeigten, würden sich sicher ausgleichen; Oesterreich sey mächtig gewesen unter jenem Manne, den er nicht zu nennen brauche, dessen unseliger Politik Oesterreich seine gegenwärtige Lage zu verdanken habe; Oesterreich werde noch mächtiger werden auf der neuen Bahn, die es jetzt betreten: die jetzige Regierung Oesterreichs verdiene Vertrauen; nicht gegen sie erkläre sich die öffentliche Meinung, sondern nur gegen jenen finsteren Dämon, der den Kaiser verlockt habe, sich von Wien zu entfernen, gegen die Reaktion (auf der Linken: Wer sagt Ihnen das?); auf diese Frage habe schon Wien mit Pflastersteinen im Lapidarstyle geantwortet; der Slavenkongreß sey kein erwählter Kongreß; es sey der Würde der Nationalversammlung nicht angemessen, eine direkte Antwort zu geben auf jenes Manifest eines provisorischen nicht gewählten Komités; aber eine Kommission möge ernannt werden zur Beantragung von Mitteln für kräftigste Wahrung der Rechte Deutschlands. Giskra (von Wien): man möge den Slavenkongreß nicht überschätzen, aber auch nicht unterschätzen; schon am 1. März sey der Gedanke gefaßt gewesen, der jetzt in Prag verwirklicht dastehe; der Kongreß zähle die bedeutendsten, angesehensten Namen, und mit jenen Tendenzen sey der Geist der slavischen Bevölkerungen einverstanden; die österreichische Regierung, endlich die deutsche Bewegung und die Zeit richtig erkennend, habe feierlich protestirt gegen die provisorische Regierung in Prag und müsse nun unterstützt werden von der deutschen Nationalversammlung; es handle sich um die deutsche Bewegung, um ein deutsches Land; die Nationalversammlung müsse zeigen, daß es ihr Ernst sey, der Ausschuß müsse energische Mittel vorschlagen; auf ein solches Manifest dürfe nicht mit Worten, müsse nöthigenfalls mit dem Schwerte geantwortet werden. (Lebhafter Beifall.) Nachdem noch Würth (von Wien) für Bildung eines Ausschusses gesprochen, wird die Diskussion für geschlossen erklärt. Die Versammlung beschließt mit großer Majorität: daß ein besonderer Ausschuß ernannt werden solle zur Begutachtung der deutsch-slavischen Frage, in so weit es sich von deutschen Bundesländern handle, und daß dieser Ausschuß mit der im §. 24 der Geschäftsordnung vorgesehenen Ermächtigung ausgestattet sey. Schluß der Sitzung. (K. v. u. f. D.)

Bayern.

München, 10. Juni. Se. Maj. der König hat unterm 7. d. einen Generalpardon an die Ausreißer der Armee und an die widerspenstigen Konskribirten erlassen, um die Rückkehr dieser Verirrten zu ihrer Pflicht zu erleichtern. (A. Z.)

München. (Fortsetz. der vorgestern abgebrochenen Mittheilung des Gesetzblattes, den Landtags-Abschied betr.) §. 15. Die protestantischen Generalsynoden und den Konsistorialbezirk Speyer betr. Dem Gesetzentwurfe über die protestantischen Generalsynoden und den Konsistorialbezirk Speyer ertheilen Wir mit den von den Ständen beantragten Modifikationen Unsere Genehmigung, und lassen hienach das anruhende Gesetz Ziffer X. durch das Gesetzblatt bekannt machen. — §. 16. Die Einkommensteuer betr. Das Gesetz, die Einkommensteuer betreffend, wird nach dem von den Ständen darüber gefaßten Gesammtbeschlusse Ziffer XI. von Uns sanktionirt, und durch das Gesetzblatt verkündet. — §. 17. Die Kapitalsteuer betr. Wir genehmigen die von den Ständen beantragten Modifikationen zu dem Gesetzentwurfe über die Kapitalsteuer, und lassen hienach das betreffende Gesetz Ziffer XII. im verfassungsmäßigen Wege verkünden. — §. 18. Die Verhältnisse der Sparkassen und beziehungsweise die bei der Staatsschuldentilgungs-Anstalt anliegenden Sparkasse-Kapitalien betr. Wir sanktioniren das Gesetz über die Verhältnisse der Sparkassen und beziehungsweise über die bei der Staatsschuldentilgungs-Anstalt anliegenden Sparkasse-Kapitalien mit den von den Ständen vorgeschlagenen Abänderungen, und lassen solches unter Ziffer XIII. hiebei folgen. — §. 19. Die Einführung der bayerischen Gesetze in den 1847 von Böhmen erworbenen Gebietstheilen betr. Dem Gesetzentwurfe über die Einführung der bayerischen Gesetze in den 1847 von Böhmen erworbenen Gebietstheilen ertheilen Wir nach erfolgter Zustimmung der Stände Unsere Genehmigung, und haben hienach das betreffende Gesetz Ziffer XIV. in verfassungsmäßiger Form erlassen. — II. Abschnitt. (Nachweisungen.) Die Verwendung der Staatseinnahmen für das dritte Jahr der VI. Finanzperiode und die Verwaltung der Fonds der Staatsschuldentilgungs-Anstalt für 1845/46 betr. Durch die Vorlage der Nachweisungen über die Verwendung der Staatseinnahmen und über die Verwaltung der Fonds der Staatsschuldentilgungs-Anstalt für das Jahr 1845/46 sind die Bestimmungen des Titl. VII. §. 10, 11 und 16 der Verfassungs-Urkunde erfüllt worden, da jedoch deren Würdigung den Ständen im Laufe der gegenwärtigen Versammlung nicht mehr möglich war, so werden Wir solche dem nächsten Landtag verlegen lassen.

(Schluß folgt.)

Wir erhalten aus authentischer Quelle folgende Berichtigung: „München, 8. Juni. Zu Widerlegung der in Nro. 160 der Allg. Zeitung enthaltenen Münchner Korrespondenz mit dem Zeichen B sind wir zu erklären ermächtigt, daß der unter dem Titel „Grundzüge zu einer nationalen deutschen Bundesverfassung" bekannt gewordene Entwurf allerdings ein von der bayerischen Regierung gebilligter Vorschlag ist, und sein Zweck kein anderer war, als über die Hauptpunkte der künftigen Konstituirung Deutschlands eine Verständigung zunächst der Regierungen anzubahnen. Hieraus dürfte sich von selbst ergeben, daß von einem starren Festhalten an allen einzelnen Bestimmungen des Entwurfs nie die Rede seyn konnte. Es kann die zuversichtliche Hoffnung ausgesprochen werden, daß eine solche Einigung der Ansichten erfolgen werde — ja daß sie jetzt vielfach schon bestehe, sowie denn auch die Gegner des bayerischen Entwurfs (bei etwas aufmerksamer und unparteiischer Prüfung) sich überzeugen mögen, daß zwischen ersterm und dem veröffentlichten Programm des linken Zentrums der Nationalversammlung in vielen, ja in den meisten und wichtigsten Punkten Uebereinstimmung vorhanden oder leicht herzustellen ist." (A. Z.)

München, 10. Juni. Die „Deutsche Zeitung" gibt folgende Unrichtigkeit: Die Stimmung unter den Studenten war gestern eine ziemlich gereizte und man befürchtete Zusammenrottungen. Gestern wurde nämlich in der Michaelskirche ein Student während der Predigt mißhandelt, weil er sein Mißfallen mit dem Inhalte dieser — der Pfarrer schimpfte über die Wiener Studenten — durch eine Bemerkung zu seinem Nachbar zu erkennen gab. Heute ist übrigens Alles wieder ruhig. Uebrigens gährt es ziemlich auch unter den Arbeitern.

München, 6. Juni. Man hört die Idee erneuern: die Kadettenschule nicht mehr fortbestehen zu lassen; dazu sollen sehr zu billigende Gründe vorwalten. Die Hauptsache ist: daß wir keine Anstalt besitzen dürfen, welche bis auf geringe Ausnahmen, nur einigen Ständen geöffnet war. Die Kosten sind auch zu sparen, denn die polytechnischen Schulen des Landes bieten noch Raum in Menge und brauchen nur noch einen Lehrer, um in Taktik zu unterrichten, so finden junge Leute, die sich dem Militär widmen wollen, dort Alles in viel bequemerer Weise. Durch den Besuch dieser Schulen wäre ferneres den jungen Männern möglich gemacht, sich später einem beliebigen Stande zuzuwenden und die Gemeinschaftlichkeit des Unterrichtes ließe zudem erwarten, daß mancher betrübende Gegensatz zwischen den Ständen in Zukunft verschwinden wird. — Vielleicht steckt in einem unserer Bauernsöhne das größte Feldherrntalent, während damit Nichtbegabte ihm durch Monopole den Weg verschließen? Monopole gebe nur das Talent, so will es der Zeitgeist und so wird es jeder Billigdenkende ordnungsmäßig finden. Soll eine Art von Militärschule wieder errichtet werden, so wird sie auf freier Basis, wie alle andern zu gründen seyn.

(D. konst. Z.)

Bamberg, 5. Juni. Anstatt des „Wahrheitsfreundes" ist heute die Anzeige ausgegeben worden: Unter den jetzt bestehenden Verhältnissen verbieten mir meine Grundsätze ein Volksblatt herauszugeben; der Wahrheitsfreund erscheint vorläufig nicht mehr. Dr. Wirth, bisheriger Redakteur des Wahrheitsfreundes.

Vom bayerischen Main, 2. Juni. Nachdem in unserer Armee vor kurzem ein Regiment reitender Artillerie errichtet, das Geniebataillon zu einem Regimente erhöht und die dritten Bataillone aller Infanterieregimenter eingerufen worden sind, wird auch jedes Reiterregiment (wir haben deren 8) um eine Schwadron vermehrt. Die Stärke der bayerischen Armee wird sich auf diese Weise wohl auf 70,000 Mann belaufen. Nebstdem geht das Gerücht, daß in Bälde auch die vierten Bataillone (die sogenannten Reserven) der Infanterieregimenter errichtet werden sollen.

(Frankf. Z.)

Baden.

Vom Bodensee, 4. Juni. Es geht gegen Pfingsten, und wenn es auf die Revolutionäre allein ankäm so würden wir eine zweite Osterfeier erleben. Es ist etwas im Werke, das zeigt die wiederkehrende trotzige Haltung der Herren, der lebhafte Verkehr mit den an der Grenze lungernden Freischärlern, vor allem aber die Geschäftigkeit, mit welcher die „erfreulichsten" Neuigkeiten verbreitet werden. Man muß es gestehen, diese Partei hat sich gut organisirt, sie kann sich hierin mit den Jesuiten messen, und wenn es wahr ist, daß jenem Orden alle Mittel recht sind, falls sie nur, sey es mittelbar oder unmittelbar, zum Ziele führen, so darf sie getrost mit demselben fraternisiren. Kaum war z. B. die neue Wiener Revolution bekannt, so hieß es: gut

nun wird in München Etwas geschehen und zu meinem Erstaunen lese ich nun vier Tage später von einer Arbeitseinstellung der Schustergesellen, ihrer Ausweisung, und einem Krawallversuche, der bei dieser Gelegenheit stattgefunden. Gestern, den 3. Juni brachten Abends einige Landleute die Nachricht aus Konstanz mit, es sey in Stuttgart losgegangen, der König sey vertrieben rc. Man sollte glauben, so dick aufgetragene Lügen müßten die Urheber derselben in Mißkredit bringen; das geschieht aber nicht, denn wenn auch z. B. die heutige Nachricht, die mit allen Betheurungen als eine zuverlässige gegeben wurde, sich als grundfalsch ausweist, so gibt es dafür in Neapel oder Mailand, in Wien oder Prag, in Paris oder Lyon, in Nagold oder Krähwinkel irgend etwas, das zu brauchen ist, um die Lüge vergessen zu machen, und den Leuten den Kopf von einer anderen Seite zu verrücken. Darauf zielt alles: nur die Köpfe verwirrt, nur keine Ruhe gelassen, nur die Furcht vor einer Reaktion recht lebhaft gepflegt, die Regierungen und die Gesetze verlästert, das Parlament in Frankfurt verspottet, Haß und Verdächtigung gegen hervorragende Namen ausgesäet, und wenn nun — wie man offen den Wunsch aussprechen hört — die Kreditlosigkeit, Gewerbstockung und der Geldmangel noch fühlbarer drückt, wenn nun endlich auch eine recht schlechte Aernte in Aussicht stünde: — so könnte es nicht fehlen, die Revolution müßte triumphiren. Es ist nicht übertrieben, was ich da sage, es ist baare trockene Wahrheit: um jeden Preis soll eine Revolution gemacht und mit jedem Mittel angebahnt werden. Man verlangt Amnestie und zwar allgemeine für Hecker und seinen Anhang; Hr. Wiesner in Frankfurt wird uns aber doch die Anfrage erlauben, ob denn jene Herren eine Amnestie auch nur wollen; ob sie überhaupt nur zugestehen werden, daß sie Unrecht gethan haben, also der Vergessenheit bedürfen? Setzen sie ihre Umtriebe nicht durch Zeitungen, Pamphlete, und Sendlinge fort? Der einzige Unterschied zwischen Pfingsten und Ostern ist der: damals kamen Herren aus der Stadt in Kutschen herausgefahren und ermunterten die Landleute zum Aufstande; im badischen müsse es losgehen, dann werde ganz Deutschland nachfolgen. Jetzt aber kommen durch Landleute, die in der Stadt gewesen, Ermahnungen, sich gefaßt zu machen, da und dort werde es losgehen, die Truppen abziehen, und dann werde man im Seekreis die Sache noch einmal zur Hand nehmen und diesmal ganz anders verfahren; von Amnestirung Derer, die ihre Pflicht gethan, ist dabei nicht die Rede.

(Karlsr. Z.)

K. Sachsen.

Leipzig, 5. Juni. Aus zuverlässiger Hand geht uns die Nachricht zu, daß, nachdem der Bau der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn auf ihrem Anschluß an die thüringer Bahn sich auffallend lang verzögert hat, endlich das Hinderniß beseitigt, der Anschlußpunkt bestimmt und der Vertrag in diesen Tagen ratifizirt worden ist, so daß nunmehr der Bau beider Bahnen mit Nachdruck seinem Ende entgegengeführt wird. (D. A. Z.)

Kurhessen.

Aus Kassel, 3. Juni berichtet man der „Kölner Zeitung von erneuerten Unruhen, beziehentlich Katzenmusiken, welche einem höhern Eisenbahnbeamten wegen Verwarnung seiner Unterbeamten vor der Theilnahme an politischen Demonstrationen und dem Polizeidirektor am einen Abende galten und die Abreise des erstern, die Resignation des letztern zur Folge hatten. Folgenden Tags empfing man dann die von der Bürgerwehr festlich eingeholten Truppen, welche vom badischen Oberlande zurückkehrten, mit Zischen, Pfeifen und republikanischem Vivat. Die Bürgergarde hat durch Anschläge ihre Entrüstung dahin ausgesprochen, daß sie fortan allen derartigen Unfug mit strenger Waffe niederhalten werde. „Augenscheinlich — sagt dann der Berichterstatter — geht hier wie in andern Städten und Residenzen eine verborgene Partei darauf aus durch einen Bruch zwischen Militär und Bürgerthum Reaktion oder Anarchie herbeizuführen."

Gr. Hessen.

Mainz, 6. Juni. Aus Darmstadt hören wir, daß der Ministerrath vor einigen Tagen den Beschluß gefaßt, die Ausführung der hessischen Ludwigsbahn auf Staatskosten zu übernehmen und zwar auf Grundlage der Vorschläge, welche der Verwaltungsrath dieser Eisenbahn der Staatsbehörde gemacht hat.

Mainz, 7. Juni. Heute wurde unsere Garnison abermals durch eine von Wien kommende Abtheilung österreichischer Bombardiere verstärkt. Seit einigen Tagen ist man beschäftigt, die Schilderhäuser am Gouvernement- und Commandanturgebäude in schwarz-roth-gold zu kleiden. Die um unsere Stadt liegenden Dörfer haben bereits Truppen zur Einquartierung angesagt bekommen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Nassau.

Aus dem Herzogthum Nassau, 4. Juni. Die Abgeordnetenkammer wurde den 22. Mai einberufen. Die Deputirten weigerten sich, den früheren Eid, welcher dem Herzog und der Konstitution Treue gelobt, zu leisten, und setzten durch, daß sie nur dem Volke Treue schworen. Der zweite Kampf betraf die Wahl des Präsidenten. Der Herzog wählte früher aus drei vorgeschlagenen Kandidaten. Die Kammer verlangte nun, den Präsidenten allein zu wählen, und auch hierin wurde nachgegeben. Prokurator Schenk wurde Präsident. Ein weiterer Kampf entspann sich bei der Berathung der Adresse an den Herzog. Der Entwurf, welcher von einer Kommission vorgelegt wurde, ward von der Kammer als „zu de- und wehmüthig" verworfen und ein anderer angenommen. Ein hitziger Kampf entspann sich über die herkömmliche Unterschrift der Adresse: „treu unterthänige Kammer." Ein Theil der Deputirten wünschte statt „unterthänig", welches sich nicht mit der Volkssouveränetät vertrage, das Wort „ehrerbietig." Diesmal blieb jedoch die radikale Partei in der Minderheit und das „unterthänig" blieb stehen. Ebenso ging der Antrag auf die Beschränkung der Sprechbefugniß der Regierungskommissarien, nämlich, daß in Zukunft die Regierungskommissarien, wie die Deputirten, das Wort von dem Präsidenten zu verlangen hätten, nicht durch. Dies hatte zur Folge, daß in einer Volksversammlung folgende Adresse an die Kammer beschlossen wurde: „Die Abgeordnetenkammer hat durch die in den letzten Sitzungen gefaßten Beschlüsse: 1) die ausdrückliche Anerkennung der Volkssouveränetät von der Hand gewiesen; 2) durch den Gebrauch von Formen, welche lediglich der absoluten Monarchie eigen sind, das Prinzip der Volkssouveränetät verleugnet; 3) durch Beibehaltung der übermäßig ausgedehnten Befugnisse der Regierungskommissäre das demokratische Prinzip beeinträchtigt. Wir erklären, daß wir diese Beschlüsse der Abgeordneten nicht billigen können, daß wir darin eine Verletzung der errungenen Volksrechte sehen, und daß wir mit den von der Minorität gemachten Anträgen, welche der Majorität unterlagen, einverstanden sind. Wir fordern die Kammer auf, diesem Ausdruck des Volkswillens die gebührende Rechnung zu tragen und die Stellung einzunehmen, welche den Rechten und den Wünschen des Volkswillens allein entspricht."

Preußen.

Köln, 5. Juni. Nach der „Kölner Zeitung" sind in Folge einer wegen Theilnahme an der freiwilligen Anleihe stattgehabten Versammlung mehrern hiesigen Einwohnern von den Anwesenden sofort 63,000 Thlr. für diesen Zweck gezeichnet worden. Die gestern auf der Rückreise hier durchgekommene schleswig-holsteinische Deputation nach Frankfurt äußerte sich befriedigt über die Ergebnisse ihrer Sendung und hofft auf energischere Maßregeln zum Schutze der Herzogthümer gegen die dänischen Eingriffe und deren Erhaltung als integrirenden Theil Deutschlands.

Wesel, 5. Juni. Was der Prinz von Preußen gestern hier zu der Versammlung im Kommandanturgebäude mit tief aufgeregtem Gefühle sprach, ist als der erste Ausdruck seiner Gesinnung auf vaterländischem Boden so bedeutungsvoll, daß ich mich beeile, es Ihnen mitzutheilen: „Sagen Sie Wesel meinen Dank für den freundlichen Empfang, der mir hier zu Theil geworden ist. Es ist immer ein wohlthuendes Gefühl, wenn man in das Vaterland zurückkehrt und es wird mir immer eine glückliche Erinnerung bleiben, daß Wesel die erste Stadt ist, wo ich mich habe aussprechen können. Den Herren ist bekannt, daß vieles über mir gewaltet hat. Es ist schmerzlich, verkannt zu werden. Nur mein reines Gewissen hat mich über die Zeit hinweggeführt und mit reinem Gewissen kehre ich in mein Vaterland zurück. Ich habe immer gehofft, der Tag der Wahrheit werde anbrechen und er ist angebrochen. Es hat sich seitdem vieles in unserm Vaterland geändert. Der König hat es so gewollt, des Königs Wille ist mir heilig. Ich bin sein erster Unterthan und — ich schließe mich mit vollem Herzen den neuen Verhältnissen an. Aber Recht, Ordnung und Gesetz müssen herrschen, keine Anarchie — dagegen werde ich mit meiner ganzen Kraft streben, das ist mein Beruf. Wer mich gekannt hat weiß, wie ich immer für das Vaterland geglüht habe. Sie können sich denken, daß ich mit erschüttertem Herzen vor Ihnen stehe. Um so wohlthuender ist mir dieser herzliche Empfang." (Köln. Z.)

Schleswig-Holstein.

Aus Flensburg, 5. Jun. schreibt ein Bericht der Hamb. Börsenh. daß das ganze deutsche Armeecorps bis auf eine für die Stadt und die Hafenbatterie nothwendige militärische Besatzung, angeblich zur Feier des Geburtstags des Königs von Hannover, nordwärts ausgerückt ist. Man lebte in der gespanntesten Erwartung da auch kurz vorher ein dänischer Parlamentär bei Wrangel angekommen war, welcher Depeschen des dänischen Oberbefehlshabers gebracht hatte.

Aus Flensburg, 6. Juni enthält die „Hamburger Börsenhalle die Nachricht, daß an demselben Tage und Tags zuvor bedeutende Treffen zwischen Gravenstein und Sonderburg stattfanden, wodurch die Dänen bis Sonderburg zurückgedrängt wurden. Der Kampf hatte am 6. d. früh wieder angefangen, doch war das Ergebniß dieses Tages noch nicht bekannt. Wrangel selbst befand sich auf der Walstadt. Die Dänen schienen geglaubt zu haben, Wrangel werde am 5. eine große Parade abhalten (zur Feier des Geburtstags des Königs von Hannover, wie auch in Flensburg verbreitet war); er aber war direkt auf den Feind losgegangen. Tondern und Apenrade sind wieder von den Deutschen besetzt. In Flensburg sind am 5. viele Leichtverwundete, am 5. und 6. bis zum Schluß des Briefs 34 Soldaten und 3 Officiere gefangen eingebracht worden. Ebenso schreibt die Schlesw. Holst. Z. aus Rendsburg 6 Jun. vom Einbringen gefangener Dänen aus der Gegend des Lygumklosters. Fernere Nachrichten fehlen ihr noch aus dieser Gegend. Auch hat sie noch keine Kunde von dem von der Hamb. Börsenhalle mitgetheilten Gefecht, dessen Wahrheit indessen durch einen zweiten ausführlichen Bericht von den Vorfällen des 5. in jenem Blatt außer Zweifel ist.

Freie Städte.

Aus Hamburg 5. Jun. berichtet die Weser Ztg. daß dem Vernehmen nach die Idee zur Abhaltung eines allgemeinen deutschen Handwerkercongresses wieder aufgegeben sey und die hier anwesenden Deputirten des Gewerbstandes, welche ihre letzte Sitzung im Schneideramthause gehalten, ohne Ergebniß wieder abreisten.

Oesterreich.

Prag, 2. Juni. Unsere provisorische Regierung hat vom Wiener Ministerium eine etwas herbe Zuschrift erhalten, die Wurmbrand beantworten sollte; dessen Aufsatz fiel aber so heftig aus, daß er nicht genehmigt wurde, und man faßte eine sehr mäßige und versöhnliche Antwort ab, die auch abgeschickt werden soll. — Es circulirt hier eine neue Ministerliste, indeß hat man noch keine bestimmte Nachricht, ob ein solches Cabinet wirklich in Aussicht steht. Wessenberg Aeußeres, Pillersdorf Inneres, Zanini Krieg, Exner öffentlicher Unterricht, Bach Justiz, Meyer Stamez Finanzen. Die Gesellen der verschiedenen Gewerbe haben Unruhen gemacht, doch ist man ernstlich gegen sie eingeschritten, und hat heute Nacht sechzig arretirt. — Vom Slavenkongreß kann ich Ihnen wenig sagen. Die bedeutendsten Celebritäten sind: Bakunin, Wuk Stephanowitsch, Dr. Libelt, Stur und die hiesigen Gelehrten, der Wladika von Czernagora wird erwartet. Gestern zogen sie aus der Teynkirche auf die Färberinsel, von der Swornost und den Technikern geleitet, doch war kein Enthusiasmus, ja selbst keine Theilnahme bei der Bevölkerung zu bemerken. Man sah mit Staunen die verschiedenen Phantasietrachten, doch bewiesen eben diese, daß dieses ganze Unternehmen nicht im Volke wurzelt, sondern ein künstlich erzwungenes ist. Die Resultate können nur literarische und in keiner Weise politische seyn. Der Zutritt zu den Berathungen ist uns gegen Karten gestattet. Der Landtag soll am 15. d. M. zusammentreten. Wie er ausfallen wird, läßt sich noch gar nicht bestimmen. Jedenfalls wird der Adel die Majorität haben, er wird aber schwerlich die Energie besitzen, diesen Vortheil auszubeuten. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Von der venetianisch-tirolischen Gränze. Ende Mai. Die Gesinnung der höhern Stände des südlichen Tirols ist durchaus italienisch, wie dieses z. B. eine

Wahl zur Frankfurter Nationalversammlung in Levico (nahe bei Trient) beweist: 10 — 12 Signori haben hier ihren Abgeordneten nur gesandt, um ihren Zweck, die Lostrennung von Deutschland und Anschluß an Italien leichter zu erreichen. Was die Masse des Volks betrifft, so sind ihr natürlich alle Beziehungen zu Deutschland völlig fremd; ebenso fremd aber auch jede Sympathie mit der italienischen Bewegung: „Noi siamo Tirolesi et vollamo restare“, ist die gewöhnliche Antwort, die man vom gemeinen Manne empfängt, wenn man ihm über seine Gesinnung ein wenig den Puls fühlt. Zahlreiche Emissäre versuchten es zwar, auch in Wälsch-Tirol das Volk zum Aufstand zu bewegen und so im Rücken der Oesterreicher durch Besetzung der wichtigsten Päße ꝛc. eine vortheilhafte Stellung zu erhalten; aber größtentheils scheiterte ihr Bestreben an dem direkten Widerstande der Bevölkerung, welche von „Briganden“, wie hier die italienischen Krieger heißen, Nichts wissen will. — Die Innsbrucker Studenten haben mit 2 Kompagnien Militär und einer Schützenabtheilung die Vertheidigung des Val Sugana, welches wegen der Straße ins Venetianische von großer Wichtigkeit ist, übernommen. Die Italiener beschränken sich darauf, auf den Bergen ihre Wachtfeuer leuchten zu lassen und wenn die Unsrigen vorrücken, über die Grenze davon zu laufen. Nur einmal kamen wir bei einer Rekognoszirung gegen Primolano in ein mörderisches Feuer von drei Seiten; die Wälschen schoßen aber sämmtlich zu hoch und gaben uns also wohl ihre Kugeln zu hören, aber nicht zu fühlen. Soeben lesen wir nun aber in der Venetianischen Zeitung, daß bei diesem letzten Zuge 100 von uns geblieben und die Uebrigen in wilder Flucht davon gelaufen seyen: zufälligerweise waren im Ganzen nur 100 Mann da, die sich ohne einen einzigen Verwundeten oder Todten langsam zurückzogen. Danach kann man die übrigen Nachrichten der italienischen Zeitungen, die die Augsb. Allgemeine so fleißig mittheilt, berichtigen. Von Innsbruck wissen wir nur aus Briefen, daß Graf Brandis die Gegenwart des Kaisers schändlich genug dazu benutzt, einen katholisch-konstitutionellen Verein zu bilden, welcher dem Kaiser die Bitte vortragen soll, den in der Verfassungsurkunde enthaltenen, die allgemeine Glaubensfreiheit gewährenden Artikel für Tirol als ungiltig erklären zu wollen!! Traurig für ein Land, wenn solche Männer an der Spitze seiner Verwaltung stehn, aber auch traurig für einen Mann, der mit solcher Verblendung geschlagen, nicht einsieht, daß er dadurch nur um so eher seiner Entfernung von der Verwaltung entgegen geht. — Nächstens sollen wir den Paß von Primolano, der von feindlichen Kanonen stark besetzt ist, einnehmen: er ist zur Behauptung unserer Grenze (die er auch schon seit 300 Jahren bildet) durchaus nöthig. (D. Z.)

Schweiz.

Luzern, 5. Juni. Man hat hier die beängstigende Nachricht erhalten, daß der hl. Vater in Rom kränkelnd abzehre. Sollte dieses wirklich der Fall und der Tod die Folge seyn, so darf man nur mit Schrecken an das weitere denken. (A. Z.)

Italien.

Innsbruck, 8. Juni. Achtes Bülletin. Laut eben eingelangten offiziellen Berichten des Feldmarschallieutenant Baron Welden — und des Schützenkommando im Pusterthal — sind auch Bassano und Feltre von unsern Truppen besetzt, und die Strada d'Allemagna eröffnet worden. Feldmarschallieutenant Baron Welden liefert hierüber und über die sonstigen von ihm seit 1. d. im Venetianischen erreichten Vortheile — aus seinem Hauptquartier Conegliano am 5. d. — Details. Vom Feldmarschall Radetzky erhielt ich aus seinem Hauptquartier Sanguinetto am 5. d. die Mittheilung, daß er sich entschlossen habe, bis zur Fortsetzung seiner offensiven Bewegungen am Mincio zur Bezwingung von Vicenza zu schreiten und sich daher dahin in Marsch gesetzt habe. Erzherzog Johann mpr. (A. Z.)

Mailänder Bülletin 5. Juni (2 Uhr Nachmittags). In den letzten Tagen hatten die Oesterreicher ihre Vorposten bis Ceresara vorrücken lassen, und in der Nähe von Casaloldo und Asola Streifzüge unternommen. Gestern aber konzentrirten sie sich immer mehr bei Rivalta, wo das Hauptquartier des Feldmarschalls Radetzky war. Dort schlagen sie auch eine Brücke; sie waren 20,000 Mann mit 120 Kanonen. Das italienische Heer hatte den Paß bei Goito, so wie seine eigenen Lagerplätze stark verwahrt und sie mit der schweren Artillerie von Peschiera her besetzt. 30,000 Mann mit 60 Kanonen sehnten sich nach der Schlacht. Am 4. rückten die Reserven vor, um die Oesterreicher anzugreifen, fanden aber, als sie in die feindlichen Stellung eindrangen, diese von den Oesterreichern verlassen. In der Nacht hatten sich letztere eilig nach Mantua zurückgezogen, theils in die Stadt, theils unter die Kanonen der Festung. Karl Albert kehrte ins Hauptquartier zu Valeggio zurück. — Ein Privatbericht in der Gazzetta di Milano meldet, daß nach Angabe von Ausreißern die bei Castellachio ꝛc. gelagerten Oesterreicher 3. Juni 9 Uhr Abends ganz unerwartet den Befehl erhielten aufzubrechen, und daß ihr Marsch nach Mantua ging. Ob auch die Stellung Radetzkys am Curtatone geräumt sey, ist nicht daraus ersichtlich. (A. Z.)

In der Stadt Neapel war es bis zum 4. Juni ruhig, über die Provinzen meldete der in Genua am 7. Juni aus Neapel angekommene Dampfer, daß auch hier noch nichts Entscheidendes vorgefallen sey.

Frankreich.

Paris, 4. Juni. Ein Journal vom Kap der guten Hoffnung vom 1. April enthält folgenden Auszug aus der Zeitung von St. Helena: Zu vermiethen „das Grab Napoleon's dem Meistbietenden.“ (!!)

Paris, 5. Juni. Eine Proklamation des Maire von Paris erklärt, daß die Regierung fest entschlossen sey, gegen die Zusammenrottungen und Aufläufe, unter deren Schutze die Agenten einiger Prätendenten Anarchie und Unruhe zu verbreiten suchten, ernst einzuschreiten. Die Zusammenrottungen an den Thoren St. Denis und St. Martin haben fortgedauert, nur gestern Sonntag, wo Alles sich vor die Barrieren begibt, waren sie fast unbedeutend. Vorgestern am Vorabende der Wahlen hatten die Gruppen eine sehr stürmisch aufgeregte Physiognomie, und es kam zu Thätlichkeiten zwischen den diskutirenden Parteien, bis die Nationalgarde einschritt und den Platz säuberte. — Alle Maschinisten der verschiedenen Eisenbahnen haben den Beschluß gefaßt, von heute an ihre Verrichtungen einzustellen, wenn die Eisenbahnverwaltungen ihre Forderungen nicht bewilligen. Die Maschinisten erhalten jeder einen Jahresgehalt von 4000 Frcs. und sind nur 14 Tage im Monate beschäftigt; allein sie verlangen die Entfernung aller englischen Maschinisten, von denen sich übrigens nur noch im Dienste der Rouen-Eisenbahn welche befinden. Man sieht in dieser ungerechten Arbeitseinstellung ein Mittel, um die Aktiengesellschaften zum Verkauf der Bahnen an den Staat zu zwingen. — Der Moniteur zeigt an, daß die Demissionen der Prokuratoren Portalis und Landrin angenommen sind. (K. v. u. f. D.)

Durch telegraphischen Befehl ist die Artilleriedirektion in Metz angewiesen, sechs neue Batterien, vier zu Fuß und zwei zu Pferd, auf Kriegsfuß zu setzen.

Aegypten.

Ein Brief der M. Post d. d. Kairo, 20. Mai spricht von den großen Truppenaushebungen Ibrahim Pascha's, welcher, seitdem Mehemet Ali altersschwach geworden, thatsächlich Regent von Aegypten ist. Vertragsmäßig darf das ägyptische Heer nur aus 18,000 Mann bestehen, aber es soll alsbald auf 50,000 gebracht werden. Die Aushebungen sind vom grausamsten Verfahren gegen die Fellah begleitet, deren bereits viele sich nach Syrien geflüchtet haben. Ueber den Zweck dieser Rüstungen gingen sonderbare Gerüchte, unter andern, daß ein Einfall von 25,000 Mann Engländer von Aden her zu erwarten sey! Die wahrscheinlichste Muthmaßung soll seyn: Ibrahim beabsichtigt jetzt, wo die europäischen Staaten alle genug mit sich selbst zu thun haben, seine Tributpflichtigkeit gegen die Pforte abzuschütteln, überhaupt sich unabhängig zu machen.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Montag den 12. Juni: „Der Freischütz.“ Oper von Mozart.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Rovveld, Rentier aus Amerika; Heredia, Rentier v. Malaga; Dlle. Spies, Rentiere v. Bamberg.

Gold. Hirsch. H. Weber, Offizier v. Wiesbaden; Gräfin v. Zamoyski v. Wien.

Gold. Hahn. HH. Graf v. Blüllow, Major v. Darmstadt; Brocher und Cholenn, Negotianten v. Genf; Frau v. Günther v. Bamberg.

Blaue Traube. HH. Schmid, Inspektor v. Freysing; v. Perger v. Frankfurt; Haag, Ingenieur v. Kaufbeuern.

Stachusgarten. HH. Knosp, Negotiant v. Stuttgart; Bar. v. Staader, v. Donauwörth.

Gestorbene in München.

Joseph Obermann, Lakirer von Regensburg, 48 J. alt; Barbara Haslinger, kgl. Hofmusikuswittwe v. h., 55 J. alt; J. B. Karmann, pens. k. Reitknecht v. h., 67 J. alt; Klara Kirmaier, Daniteleinarbeitersfrau v. h., 57 J. alt; Andreas Müller, Stukator v. Donaustauf, 31 J. alt; Barb. Schmeß, Zimmermannsfrau v. h., 61 J. alt; Philipp Graf v. Deroy, k. Kämmerer, erblicher Reichsrath und Rittmeister à la Suite, 38 J. alt.

Bekanntmachung.

2426. In der Verlassenschaftssache der Apollonia Scheid, (auch Gebwald) Salzaufsetzerstochter von Feldkirchen, werden alle Diejenigen, welche Ansprüche auf deren Verlaßthum zu machen haben, aufgefordert, binnen 6 Wochen ihre Ansprüche geltend zu machen, widrigenfalls das Vermögen von 50 fl. — kr. an die vorhandenen Verwandten verabfolgt wird.

Den 30. Mai 1848.

Königl. Landgericht Aibling.

Der k. Landrichter:

Kienast.

Lehner.

Anwesens-Verkauf.

2425. Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird Behufs der Beitreibung einer ausgeklagten Kapitalsforderung von 1300 fl., dann ausgeklagten Zinsen zu 58 fl. 30 kr. und der betreffenden Kosten das Anwesen des Bauers Jakob Koch und seiner Ehefrau Benedikta zu Guggemosen, der Gemeinde Rückholz,

Montag den 7. August d. Js. Vormittags 10 Uhr im Orte Guggemosen der gerichtlichen Versteigerung unterstellt.

Das Anwesen ist eigen, wurde am 13. Januar d. Js. vor Gericht auf 2049 fl. eingewerthet, und besteht aus einem Wohnhause sammt Stall und Stadel, mit 600 fl. brandassekurirt, Wurz-, Obst- und Grasgarten zu 0,33 Dez., Krautgarten zu 0,09 Dez., einer Waldung zu 1 Tagw. 98 Dez., 24 Tagw. 87 Dez. Acker- und Wiesgründen, und einem ganzen Nutzantheile an den noch unvertheilten Gemeinde-Besitzungen der Ortsgemeinde Guggemosen.

Der Zuschlag erfolgt nach § 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 — 101 der Prozeßnovelle vom 17. Novbr. 1837.

Kaufsliebhaber werden hiezu mit dem Bemerken eingeladen, daß Auswärtige oder sonst dem Gerichte Unbekannte mit gehörigen Leumunds- und Vermögenszeugnissen versehen seyn müssen.

Schloß St. Mang zu Füßen den 6. Juni 1848.

Frhr. v. Ponikau'sches Patrimonialgericht I. Klasse St. Mang.

Koneberg.

Patrimonialrichter.

Münchener Schrannen-Anzeige vom 10. Juni 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest.	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	3593	2719	874	16	39	—	37	—	—
Korn	1809	1461	348	9	53	—	37	—	—
Gerste	291	273	18	8	34	—	7	—	—
Haber	1092	1070	22	6	1	—	—	—	5

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 155.

Man pränumerirt auf die Nr. ?. 3 in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir (Kaufinger Gasse Nro. 2); auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährig im I. Rayon 3 fl. 8 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr.

Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag | XLIX. Jahrgang. | 13. Juni 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 8. Juni. Folgendes ist der Antrag der Majorität des Ausschusses zur Prüfung der Anträge über Bestellung einer Vollziehungsgewalt. Die Nationalversammlung beschließt: 1) Bis zur definitiven Begründung einer obersten Regierungsgewalt für Deutschland soll ein Bundesdirektorium zur Ausübung dieser obersten Gewalt in allen gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden. 2) Dasselbe soll aus drei Männern bestehen, welche das Vertrauen der Nationalversammlung genießen und, nach vorläufiger Vereinbarung mit einem von der Nationalversammlung eigens hiezu gewählten Ausschusse von 30 Mitgliedern von den Regierungen ernannt und von der Nationalversammlung gebilligt werden. Oesterreich und Preußen bestellt je einen derselben; der dritte wird von den übrigen Bundesstaaten aus drei von Bayern vorzuschlagenden Kandidaten durch Stimmenmehrheit der vierten bis siebzehnten Stimme der engeren Versammlung des Bundestags erwählt. 3) Das Bundesdirektorium hat a) die von der konstituirenden Nationalversammlung gefaßten und von ihm genehmigten Beschlüsse durch seine Verkündigung in Rechtskraft zu setzen und zu vollziehen, b) die zur Vollziehung der Reichsgesetze nöthigen Verordnungen zu erlassen, c) die Oberleitung der gesammten Vertheidigungseinrichtungen zu übernehmen und den Oberfeldherrn sämmtlicher Bundestruppen zu ernennen, d) die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands auszuüben, Gesandte und Konsuln zu ernennen. 4) Ueber Krieg und Frieden, und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt das Bundesdirektorium im Einverständnisse mit der Nationalversammlung. 5) Das Bundesdirektorium übt seine Gewalt durch von ihm ernannte der Nationalversammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen desselben bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen Ministers. 6) Das Bundesdirektorium ernennt zu diesem Ende a) einen Minister für die auswärtigen Angelegenheiten, b) einen Minister des Kriegs (zugleich für die Marine), c) einen Minister des Innern, d) einen Finanzminister, e) einen Minister für Ackerbau, Gewerbe, Handel und für öffentliche Arbeiten. 7) Die Minister haben das Recht, den Berathungen der Nationalversammlung beizuwohnen und von derselben jederzeit gehört zu werden; sie haben jedoch das Stimmrecht in der Nationalversammlung nur dann, wenn sie als Mitglieder derselben gewählt sind. Dagegen ist die Stellung eines Mitglieds des Bundesdirektoriums mit jener eines Abgeordneten zur Nationalversammlung unvereinbar. 8) Sobald das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und in Ausführung gebracht ist, hört die Thätigkeit des Direktoriums und seiner Minister auf." (A. Z.)

Frankfurt, 9. Juni, (Nachmittags 4 Uhr.) In der heutigen 15. Sitzung der deutschen Nationalversammlung wurde nach lebhafter Debatte der Kommissionsantrag, bezüglich auf die schleswig-holsteinische Angelegenheit, mit großer Mehrheit abgelehnt, und nach dem Antrage von Waitz aus Göttingen beschlossen: „Die deutsche Nationalversammlung erklärt, daß die schleswig'sche Sache als eine Angelegenheit der deutschen Nation zu dem Bereich ihrer Wirksamkeit gehört und verlangt, daß energische Maßregeln getroffen werden, um den Krieg mit Dänemark zu Ende zu führen, daß aber bei dem Abschlusse des Friedens mit der Krone Dänemark das Recht der Herzogthümer Schleswig und Holstein und die Ehre Deutschlands gewahrt werde." Ueber den weiteren Antrag von Waitz, daß die Genehmigung des abzuschließenden Friedensvertrags der Nationalversammlung vorzubehalten sey, wurde (auf Verlangen der Linken) namentlich abgestimmt und der Antrag mit 275 gegen 200 Stimmen abgelehnt. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Bayern.

München, 13. Juni. Die gestern bereits erwähnte allerhöchste Entschließung, betreffs der Amnestirung der widerspenstigen Konskribirten und Deserteure lautet also: „Um bei Unserm Regierungsantritte auch den Deserteuren der Armee und den widerspenstigen Konskribirten Unsere landesväterliche Huld und Gnade zuzuwenden, finden Wir Uns bewogen durch die Ertheilung eines Generalpardons die Rückkehr dieser Verirrten zu ihrer Pflicht zu erleichtern. Wir beschließen und befehlen demnach wie folgt: 1) Allen Unteroffizieren und Soldaten, welche sich der Desertion, so wie allen Konskribirten, die sich der Widerspenstigkeit vor der Verkündigung des gegenwärtigen Generalpardons schuldig gemacht haben, ist hiemit volle Verzeihung und Straflosigkeit gewährt, wenn sie sich in dem Zeitraum vom 1. d. M. bis zum 1. Nov. l. J. bei den betreffenden Militär- oder Zivilbehörden freiwillig stellen und zu ihrer Pflichterfüllung zurückkehren, oder wenn sie diese Absicht im Falle ihrer Aufgreifung wenigstens wahrscheinlich machen können. 2) Diese Straflosigkeit soll sich auch auf den gänzlichen Nachlaß der Vermögens- und der Geldstrafen ausdehnen, in so ferne diese bis zur Bekanntmachung dieses Generalpardons noch nicht zum theilweisen oder vollständigen Vollzuge auf Grund der deßfallsigen Erkenntniß gekommen sind. 3) Von dieser Verzeihung sind ausgenommen: a) diejenigen, welche vor oder nach ihrer Desertion oder Widerspenstigkeit noch ein anderes Verbrechen oder eines der in §. 4 des H. E. G. vom 15. August 1828 bezeichnetes Vergehen verübt haben, b) jene, welche nach der Bekanntmachung dieses Generalpardons vom Heere entweichen, oder sich als Konskribirte der Widerspenstigkeit schuldig machen. 4) Alle diese sub lit. a und b Bezeichneten, so wie diejenigen, welche von dem gegenwärtigen Generalpardon keinen Gebrauch machen und erst nach dem oben Ziff. 1. abgelaufenen Termin als Deserteure oder Widerspenstige sich stellen, oder aufgegriffen werden, sind ohne weitere Nachsicht nach den einschlägigen Strafbestimmungen zu behandeln. Maximilian.

München. (Schluß der gestern abgebrochenen Mittheilung des Gesetzblattes, den Landtags-Abschied betr.) III. Abschnitt. Besonderer Wunsch und Antrag. Das Alluvionsrecht des Staates im Herzogthum Neuburg betr. Auf den Uns von den Ständen vorgelegten Antrag hinsichtlich des im Herzogthum Neuburg herkömmlichen Alluvionsrechtes des Staates erwidern Wir, daß es 1) in Unserer Absicht liegt, demnächst durch gesetzliche Vorlagen über den Uferschutz und Flußbau im Allgemeinen, so wie die Konkurrenzpflicht hiezu den dießfalls mehrfach erhobenen Beschwerden zu begegnen, und die hiemit verbundene Frage über das Alluvionsrecht ebenfalls gesetzlich zu regeln. Inzwischen aber wollen Wir 2) Unsere betreffenden Behörden wiederholt angewiesen haben, bei Behandlung vorkommender Alluvionsfälle, im Hinblicke auf die dießfallsigen in den Landtagsabschieden vom 28. Dez. 1831 Abthl. III. §. 73, vom 17. Nov. 1837 Abthl. III. Lit. J Ziff. V. und vom 23. Mai 1846 Abschn. III. Lit. B §. 26 gegebenen Entschließungen, den beschädigten Grundbesitzern auch fernerhin billige Berücksichtigung angedeihen zu lassen. Indem Wir Unsern Lieben und Getreuen, den Ständen des Reiches, diesen Abschied ertheilen, blicken Wir mit Befriedigung zurück auf die Ergebnisse dieses hochwichtigen nunmehr geendigten Landtages. Ernst und stürmisch bewegt war die Zeit seines Beginnes, aber in Mitte dieser Bewegungen und drohenden Vorzeichen stand fest und unerschüttert die Treue Unseres geliebten Volkes und seiner Vertreter. Von seltenem Umfange und großer Bedeutsamkeit waren die Gesetzesvorlagen, die Wir als kräftige Gewährschaften freier Entwicklung und als dauernde Grundlagen gesetzlicher Ordnung an Unsere Stände gebracht haben; aber durch eben so hingebende Thätigkeit als besonnene Berathung wurden sie alle zum erwünschten Ziele geführt, und zu gemeinsamen Beschlussen erhoben. Groß sind die Anforderungen der Zeit, groß die Opfer, welche von der Krone, welche von einzelnen Ständen und Körperschaften, von der ganzen Nation gebracht werden mußten. Aber es galt der zeitgemäßen Fortbildung des Verfassungslebens, der Anbahnung einer volksthümlichen Rechtspflege, der Entfesselung des Grund und Bodens und der Fürsorge für jeglichen Nothstand; es galt dem Schutze des Vaterlandes nach Innen und nach Außen, dem wirksamsten Mittel zur Gründung eines einigen und wahrhaft freien Gesammtvaterlandes. Deßhalb haben Wir diese Opfer mit Bereitwilligkeit gebracht, und freuen Uns, bei Unseren Lieben und Getreuen und allenthalben in den Gauen des Vaterlandes dieselbe Gesinnung, dieselbe Bereitwilligkeit wieder gefunden zu haben. Nur von solchem Geiste geleitet und durch gegenseitiges Vertrauen gehoben, konnte das so mühevolle Werk in so kurzer Zeit zum Ziele geführt werden. Mit demselben beginnt ein neuer bedeutsamer Abschnitt in der Geschichte Bayerns; möge er in seinem Erfolge dem Vaterlande zum Heil und Frommen gereichen! Mit dem gleichen innigen Wunsche blicken Wir auch auf diejenige Versammlung hin, die, berufen das große Verfassungswerk Unseres deutschen Gesammtvaterlandes zu berathen, an den Ufern des Maines tagt. Dort wie hier werden wahre Vaterlandsliebe und offenes Vertrauen stete Geltung behaupten, und so Thron und Volk, Regierungen und Stände, überall vereint voranschreiten auf der allein richtigen Bahn des Gesetzes und des Rechts, der Wahrheit und des Lichtes, welche Wir Uns zur Richtschnur genommen und hiefür in den heute erlassenen Gesetzen neue feste Bürgschaften gegeben haben. Zum Schlusse ist es Unserem Herzen Bedürfniß, Unseren Lieben und Getreuen, den Ständen des Reichs, für die Uns in dieser schweren Zeit vielfach bethätigten Gesinnungen treuer Anhänglichkeit und warmer Vaterlandsliebe und für den rastlosen Eifer, mit welchem Sie der Erfüllung Ihres ebenso wichtigen, als schwierigen Berufes oblagen, Unsere wohlgefällige Anerkennung auszudrücken, und die Versicherung Unserer besonderen landesväterlichen Huld und Gnade zu ertheilen. Gegeben München, den 4. Juni 1848. Maximilian. v. Thon-Dittmer. Heintz. Lerchenfeld. Weishaupt. Graf v. Bray. v. Strauß, Staatsrath. Nach dem Befehle Sr. Maj. des Königs: der geheime Sekretär des Staatsrathes, Rath Sebastian v. Kobell.

Baden.

Von der Schweizergrenze, 31. Mai. Wer glaubt, daß die republikanische Partei seit ihrem mißglückten Unternehmen sich eines Bessern besonnen habe, täuscht sich gewaltig: alle flüchtig gewordenen Männer dieser Partei haben ihre Wohnsitze, von Kreuzlingen an bis abwärts Muttenz in Baselландschaft, hart an der badischen Landesgrenze, aufgeschlagen und stehen unter sich in beständiger Verbindung, unter Leitung Hecker's, der bald zu Baden im Kanton Aargau, bald zu Schaffhausen und Kreuzlingen Zusammenkünfte veranstaltet, und die Maßnahmen anordnen oder beschließen hilft, welche in der jetzigen Lage der Flüchtlinge als nothwendig erscheinen. Bei diesen Zusammenkünften wurde unter Anderm beschlossen, daß die nicht im Ausland befindlichen und nicht verhafteten Genossen der republikanischen Partei sich aus allen Kräften dafür zu bemühen haben, im Sinne der bekannten Villinger Petition durch Eingaben an die Reichsversammlung in Frankfurt oder an die versammelten Ständekammern Amnestie zu erwirken, um den Führern die Rückkehr in ihr Heimatland und damit eine neue Schilderhebung möglich zu machen; bis dahin soll mittelst der Presse für Ausführung der Zwecke der für eine Republik gestimmten Partei gewirkt werden. Dieß Letztere geschieht denn auch in der That unermüdet und in mannigfaltiger Weise; so z. B. durch Vertheilung von Pamphletten, von denen eines unter dem Titel: „Republik, ein Wort ans Volk", in tausenden von Exemplaren im Klettgau und den meisten Aemtern des badischen Seekreises, theils von Hand zu Hand, theils durch Einwerfen in offen stehende Häuser und Scheunen verbreitet worden ist. Dieses Pamphlett überbietet Alles, was bis jetzt noch in dieser Beziehung geschrieben worden. Hier einige Stellen daraus: „Wer für die Freiheit des Volkes im Ernste kämpfen will, der vernichte die Throne sammt ihren Fürsten. Willst Du, o Volk, diese großen Banditen länger dulden, deren Hauptwaffe ihre Räuberbande — das stehende Heer — ist? Gegenüber dem Heere gibt es kein anderes Mittel, als den Kampf auf Tod und Leben mit demselben. Der edelgesinnte (!) Soldat soll desertiren zu den Kämpfern für das Volk, nicht bleiben bei den Mördern der Freiheit; er soll zu uns herüberkommen nach der Schweiz oder Frankreich, wir werden ihn unterstützen und pflegen; alle Republikaner in ganz Deutschland werden die Mittel dazu sammeln und sie uns zusenden." Das Pamphlett schließt mit nachstehender Drohung, welche keines Kommentars bedarf: „Das Blut unserer Brüder schreit nach Rache. Wir werden sie rächen an den Feinden der Republik. Machet daher Register über alle die hervorragenden Feinde der Republikaner und sendet sie uns ein, damit wir dann bald auf sie fahnden können, wie sie jetzt auf uns fahnden." Mit dem 1. Juni d. Js. gibt Hecker in Verbindung mit andern „anerkannten und bewährten Volksmännern" ein politisches Blatt unter dem Titel „der Volksfreund" heraus; dasselbe wird in Rheinfelden bei Fidel Hollinger gedruckt, erscheint wöchentlich zweimal, und soll zur Erleichterung der Anschaffung für das ganze Jahr nicht mehr als 2 fl. kosten. Unterm 28. d. Mts. erschien bereits das Probeblatt, welches erklärt, daß es dem entschiedensten Fortschritte, nämlich der echten Republik huldige. In einem leitenden Artikel wird ebenfalls mit dem nahe beginnenden Volkskampfe gedroht, und dann weiter gesagt: „Aber der Kampf wird beginnen, er muß beginnen; in deine Hände, o Volk, ist gelegt deine Errettung und deine Erlösung, in deine Hand, du muthige Schaar republikanischer Männer; denn während man rathet und redet und tagt und sagt und beschließt, daß zu dem Liede des Arndt ein neuer Vers gemacht werden soll, sammeln die Despoten ihre bezahlten Schaaren enger um sich, reichen den Russen hinter dem Rücken des Volkes die Hand zum Bunde. Mit hunderttausenden von Slaven, mit Kosaken, Baschkiren und Tartaren, mit dem wilden Raubgesindel von Asien steht er an der Pforte, um hereinzubrechen und die Fürsten einzusetzen in die rachedürstende Macht, und dich rückzuführen in eine Knechtschaft, härter, als die Israels war unter Pharao, um wieder zu bauen ein verwüstetes Land." Man muß gestehen, angemessener kann das Gesuch um Ertheilung allgemeiner Amnestie für die Leiter und Führer des stattgehabten revolutionären Unternehmens nicht unterstützt werden. Würde hierauf eingegangen, so würde jeder Staat, und zunächst der badische, einen moralischen Mord an sich selbst begehen, und die Folgen würden für alle Freunde des gesetzlichen Fortschritts, so wie für diesen selbst, unberechenbar seyn, da bekanntlich zu den Lockmitteln und **Verführungskünsten des letzten Aufstandes** namentlich auch die Versicherung gehörte, im Falle des „übrigens unwahrscheinlichen" Mißlingens der Unternehmung müsse für alle Betheiligten Amnestie ausgesprochen werden, weil deren zu Viele seyen! (Karlsr. Z.)

Aus dem Seekreis, 4. Juni. Heute treffen auf den Ruf Heckers seine Anhänger dießseits und jenseits der Schweizergränze in Schaffhausen zusammen; es soll über die Art und Weise, wie man sich jetzt zu verhalten habe, dort berathen und beschlossen werden. Es ist seit der Niederlage im April die Zahl noch nicht geringer geworden, ob aber klüger, wird wahrscheinlich die nächste Zukunft zeigen. So viel ist gewiß, daß trotz der Gereiztheit und Erbitterung, die in unserm Landestheile noch immer herrscht und an manchen Orten in wahren politischen Fanatismus übergeht, der bewaffnete Zuzug — wenn ein solcher wieder verlangt würde — noch viel geringfügiger ausfallen würde, als das erste Mal; nicht aus Mangel an Neigung, sondern aus dem Grunde, weil man hierorts einsieht, daß im freien Felde dem regelmäßigen Militär gegenüber ungeordnete Haufen nichts auszurichten im Stande sind. Man hat daher alle Hoffnung auf die Franzosen gesetzt. Ja, die deutschen Republikaner sowohl dießseits als jenseits der Gränze sprechen es unverhohlen aus, daß eine französische Armee die Freiheit bringen müsse! Sie wollen mit aller Gewalt zurückkehren; geht es nicht mit Hilfe einer abterrorisirten Amnestie, doch mit der der Franzosen! (D. Z.)

Aus dem Hegau, 6. Juni. Es ist Etwas im Werke; seit zwei Tagen herrscht von Muttenz bis an die Thore von Konstanz eine erstaunliche Rührigkeit. Sigel ist rheinaufwärts gegangen, wahrscheinlich um sein Hauptquartier in die Nähe von Konstanz zu verlegen. Für den Hegau ist Stein am Rhein der Ort, wo die Verhaltungsbefehle abgegeben werden. Dort zeigte sich gestern einer der keckſten Häuptlinge, Kaiser aus Konstanz. An Waffen fehlt es den Flüchtlingen durchaus nicht; in neuerer Zeit sind besonders viele gezogene Gewehre in aller Stille beigeschafft worden, so viel man unterscheiden kann, Lütticher Fabrikat. „Auf Pfingstdinstag gibt es einen Generalkrach", sagen die herumschleichenden Agenten, die gerade wieder auffallend gut mit Geld versehen sind. „In Wien, in Berlin, im Hessischen und Fränkischen, in den sächsischen Ländern, in den preußischen Rheinlanden geht es los; dann kommt die Reihe an uns; dann wollen wir Denen vergelten, die uns jetzt verfolgen." Von diesem Parteigerede abgesehen, sieht es unheimlich genug aus; in Frankreich bereitet sich offenbar ein Schlag gegen das System Lamartine's vor und wenn der Telegraph dessen Sturz in das Departement des Jura und Oberrheins meldet, so werden neue Schaaren über die Gränze brechen. Zweifle Niemand einen Augenblick, daß unsere Freischaaren mit den Franzosen gemeinschaftliche Sache machen werden; alle Völker machen ja „Brüderschaft"; ich versichere auf's Bestimmteste, daß ich solche Aeußerungen aus Ihrem Munde schon zu hundert Malen gehört habe. So ist denn ein neuer Terrorismus im Anzuge; aber er wird gerüstete Gegner finden. (Karlsr. Z.)

Schleswig-Holstein.

Flensburg, 6. Juni. Gestern und heute haben bedeutende Gefechte zwischen Gravenstein und Sonderburg stattgefunden. Man hat mit vieler Erbitterung gefochten und die Dänen sind bis Düppel und Sonderburg zurückgedrängt. Der Kampf hat heute früh mit Tagesanbruch wieder angefangen; die Resultate sind hier nicht vor morgen zu erwarten. Wrangel ist selbst auf dem Kampfplatze gegenwärtig. Tondern und Apenrade sind von deutschen Truppen besetzt. Gestern wurden 19 Mann und 2 Offiziere Kavallerie und heute bis jetzt circa 15 Mann Infanterie und 1 Offizier gefangen eingebracht. Hier sind Batterien mit schwerem Geschütz, um das Einlaufen von Kriegsschiffen zu verhindern, aufgeworfen. (H. B. H.)

Oldenburg.

Aus dem Oldenburgischen, 2. Juni. Vielfach ist in den Tagesblättern davon die Rede gewesen, auf welche Weise für die deutsche Flotte am schnellsten und zweckmäßigsten Schiffe ausgerüstet und bemannt werden. An eine wesentliche Bedingung für die Herstellung und Erhaltung einer Flotte scheint man weniger gedacht zu haben, an Stationsplätze und Häfen für dieselbe, obgleich bekannt seyn muß, daß nicht jeder Hafen ein Kriegshafen seyn kann. Es wird daher wohl nicht unzweckmäßig seyn, auf diesen Punkt hinzuweisen und dazu einige Bemerkungen dem größern Publikum mitzutheilen, welche in den „Jeverländischen Nachrichten" veröffentlicht werden. Sie rühren von einem Sachverständigen her (Herrn Hullman, Wasserbau-Kondukteur), welcher durch die früher von ihm herausgegebene Karte der Jade einen Beweis von seiner gründlichen Kenntniß dieses Busens und seiner verschiedenen Tiefen gegeben hat, und verdienen deßhalb wohl, aus dem engern Leserkreise eines Lokalblattes vor die Leser Ihrer verbreiteten Zeitung gebracht zu werden. Das Verständniß einiger örtlichen Kunstausdrücke wird sich wohl aus dem Zusammenhange ergeben. — Große Linienschiffe haben einen Tiefgang von 26 bis 30 Fuß. Deßhalb können, wenn in der Nordsee ein Kriegshafen angelegt werden soll, nur folgende Punkte in Betracht kommen: die Elbe bei Kuxhaven mit 48, die Weser neben dem Langlütjen-Sande mit 30, die Jade an ihrer Mündung mit 39 und die Ems in der Nähe von Emden mit 26 Fuß Tiefe, alle an ihren seichtesten Stellen und bei Hochwasser. Die Weser und Ems müssen wegen ihrer geringen Tiefe demnach ausgeschlossen bleiben, obgleich die Lokalitäten in der Weser bei Nordenhamm und in der Ems die Anlage eines Hafens begünstigen. Auch ist zu berücksichtigen, daß das linke Ems-Ufer ein fremdes Gebiet ist, von wo einer Flotte sowohl im Hafen, als beim Auslaufen durch Boote Schaden zugefügt werden könnte. In der Nähe von Cuxhaven dürfen Kriegsschiffe in dem dortigen Fahrwasser nicht stationiren, weil daselbst bei stürmischer Witterung ein zu heftiger Wellenschlag Statt findet und die andere frequente Schifffahrt es ebenfalls nicht gestattet. An der Jade eignen sich zwei Plätze zum Hafen, nämlich der eine südöstlich von Heppens und der andere nördlich von Horumersiel. Bei Heppens ist ein solcher mit wenigen Kosten herzustellen und zu unterhalten, da unmittelbar am Lande was bei der Eigenthümlichkeit der Nordseeufer hervorzuheben ist, eine Tiefe von 30 Fuß vorhanden ist, wogegen bei Horumersiel ein Watt von 2000 Fuß sich vorfindet, worin ein Außentief von 8 Fuß Tiefe unter der niedrigsten Ebbe anzulegen und mit Mudderprahmen offen zu halten wäre. Als Stationsplatz läßt der innere Busen der Jade schon jetzt Nichts zu wünschen übrig, indem die größten Schiffe an verschiedenen Stellen bei einer Tiefe von 36 Fuß bei niedrigster Ebbe ruhig und ohne Gefahr von Stürmen liegen können. Ueberdieß ist bei der Jade vorzüglich zu berücksichtigen, daß die im Verhältnisse zu dem Busen schmale und seichte Einfahrt von 39 Fuß Tiefe und 3400 Fuß Breite nordöstlich von Wangeroogе auch nur 36,000 Fuß lang ist, so daß ein Linienschiff auch bei niedrigstem Winde in $\frac{3}{4}$ Stunden durch ein Dampfschiff ein- und ausbugsirt werden kann. Schon früher, als Jeverland unter russischer Regierung stand, wurde durch eine eigene, von dieser hiezu abgesandte Kommission eine Untersuchung angestellt, wie weit die Jeversche Küste sich zu einer Hafenanlage eignete. Dasselbe soll zur s. g. französischen Zeit geschehen seyn. Der Wechsel der Verhältnisse hat die Pläne dieser Regierungen bei Seite gelegt. Wird der Frankfurter Ausschuß für die Flotte ꝛc. solche Untersuchungen veranlassen? Und wenn diese ein günstiges Ergebniß liefern, wird dann die Ausführung wieder, wie früher, zu den Akten gelegt werden? Die Hoffnung der Jeverländer, daß ihre Gegend, die durch Lage und Verhältnisse dem Gesammtleben Deutschlands in so vieler Hinsicht entrückt ist, durch einen Kriegshafen für das ganze Vaterland Bedeutung erlangen wird, fällt mit der Hoffnung auf eine große Zukunft Deutschlands zusammen, wenn es sich wirklich herausstellen sollte, daß die Jade, deren Mündung mit denen der Weser und Elbe zusammenstößt, die geeignetste Station für Kriegsschiffe an der Nordsee bietet. (D. Z.)

Freie Städte.

Frankfurt, 8. Juni. Allerlei, wie es mir scheint, ungegründete oder doch höchst übertriebene Gerüchte über Gefahren, welche der deutschen Nationalversammlung und unserer Stadt in den nächsten Tagen drohen sollen, haben ängstliche Gemüther in Sorgen versetzt. Die Verhandlungen, welche veranlaßt durch jene Gerüchte, über diese angeblichen Gefahren heute Morgen in der Paulskirche gepflogen wurden, dürften vollkommen

geeignet seyn, den Einwohnern unserer Stadt jeden Anlaß zu Befürchtungen zu nehmen. Die Versammlung hat, indem sie zur Tagesordnung überging, indem sie also die Dringlichkeit der ihre Sicherheit betreffenden Anträge zurückwies, ausgesprochen, daß kein Grund zu Besorgnissen vorhanden ist, und die hiesige Einwohnerschaft kann getrosten Muthes dieser Ansicht beitreten. Jedenfalls reichen die Mittel, welche unsere Stadt in sich selbst, und namentlich in ihren bewaffneten, von dem vortrefflichsten Geiste beseelten Bewohnern besitzt, vollkommen aus, Freiheit und Ordnung aufrecht zu erhalten und es bedarf keinerlei außerordentlichen, außerhalb der Stadt zu suchenden Beistands. Wäre er aber auch jemals nöthig, so würde doch, wie ja auch in den Verhandlungen in der Paulskirche heute Morgen ausdrücklich anerkannt wurde, unsere Regierung vollkommen berechtigt seyn, sich dieses Beistands, ohne daß es dazu eines Beschlusses der Nationalversammlung bedarf, im Voraus schon zu versichern, und es war daher eine ausdrückliche Beschlußfassung der Versammlung, die ja doch nichts anders hätte thun können, als neben der bewaffneten Macht Frankfurts auch die der Nachbarstaaten zu ihrem Schutze in Anspruch zu nehmen, vollkommen überflüssig. Ich bin daher mit dem gefaßten Beschlusse um so mehr einverstanden, als durch das Uebergehen zur Tagesordnung, wie schon bemerkt, nur die Dringlichkeit einstweiliger Sicherheitsmaßregeln verneint, alle die Stellung der Versammlung und ihrer Mitglieder nach Außen betreffenden Anträge dagegen an einen Ausschuß zur Begutachtung verwiesen worden sind. Da heute Morgen, bevor ich zum Worte gelangen konnte, die Debatte geschlossen wurde (ich war der zweite von den bei dem Schluß der Debatte geschriebenen Redner), so halte ich mich verpflichtet, meinen Mitbürgern meine Ansicht in dieser für sie besonders wichtigen Angelegenheit mindestens durch die Presse kund zu geben. Jucho.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Hamburg. Man hört, daß die Idee in Frankfurt einen allgemeinen deutschen Handwerkerkongreß zu halten, wieder aufgegeben ist, und daß die hier gewesenen Deputirten des Gewerbestandes, welche ihre letzte Sitzung im Schneideramthause ganz unter sich hielten, resultatlos wieder abreisten. (Wes. Z.)

Altona, 5. Juni. Unter den heute Mittag hier angekommenen dänischen und schwedischen Blättern ist ein schwedisches Journal, das die scandinavischen Sympathien in Bezug auf die jetzigen deutsch-dänischen Zustände ungefähr folgendermaßen paralysirt: „Man muß bei dieser Gelegenheit nicht allein dem Gefühl nachgeben sondern bedenken: 1) daß vielleicht ein allgemeiner europäischer Krieg nahe bevorsteht; 2) daß unser Nachbar im Osten uns nie zu heilende Wunden geschlagen hat; 3) daß eben dieser Nachbar kampfgerüstet steht, ohne daß man bestimmt weiß, gegen wen; 4) daß unsere Kriegsmacht bedeutende Geldopfer erheischt.“ Zum Schlusse dieses Artikels, der sehr charakteristisch ist für die Beurtheilung der scandinavischen Verhältnisse, heißt es: „Laßt uns daher mehr indirect, als direct, z. B. durch Geldbeiträge und Freischaaren unsern dänischen Brüdern zu Hülfe kommen. Auch uns gebührt es, zu überlegen und zu prüfen, ehe wir handeln!“ — Beseler ist gestern Abend mit einem Extrazuge, von Frankfurt kommend, nach Rendsburg abgegangen; man schmeichelt sich hier mit der Hoffnung, daß er günstige Resultate von der constituirenden Nationalversammlung in Frankfurt für die souveräne Selbstständigkeit und Unzertrennlichkeit der Herzogthümer Schleswig und Holstein mitgebracht habe. Mit der Volksbewaffnung zur theilweisen Ablösung der Bürgerwehr, wie mit der Organisation eines schleswig-holsteinischen Landsturms hat es guten Fortgang. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Oesterreich.

Aus Wien, 4. Juni, schreibt die „Breslauer Zeitung“: Aus mehrfachen Umständen scheint hervorzugehen, daß der Kaiser die fremden Gesandten nur deßhalb nach Innsbruck an sein Hoflager beschieden habe, um dort in feierlicher Weise die Krone niederzulegen (s. dagegen Pesth) und seinen Bruder Franz Karl als seinen Nachfolger auf dem Throne zu erklären. Nicht nur scheint die Würde des Thrones diesen Schritt zu verlangen, da es sich mit der Hoheit der Krone schlecht zusammenräumen ließe, und der Monarch jetzt ohne Bürgschaften, gleichsam wie ein eingebrachter Flüchtling in seine unruhige Hauptstadt zurückkehren müsse, sondern es sind hierbei auch andere mächtige Triebfedern thätig, die man erst in der Folgezeit offen darlegen dürfte. So viel steht fest, daß Ihre kaiserliche Hoheit die Erzherzogin Sophie, eine energische und ehrgeizige Frau, seit lange her dahin wirkt, daß die Verhältnisse der Thronfolge baldigst geordnet werden, und daß die Vorkampfer der Märztage in diese Intrigue vielfach verflochten gewesen sind. Auch dürfte es von Bedeutung seyn zu wissen, daß Graf Bombelles, der den Kaiser zur Flucht bewog, Erzieher des Kronprinzen Erzherzog Franz Joseph, des Sohnes der Erzherzogin Sophie ist.

Grätz, 5. Juni. Die hiesige Zeitung veröffentlicht heute eine in einer zahlreichen Aulaversammlung gestern angenommene Adresse an den Kaiser, auf Rückkehr nach Wien. Wir entnehmen aus ihr folgende Stelle: „Majestät!“ Mit unsäglichem Schmerzgefühle überschauen wir die Lage Wiens und sein mögliches Schicksal. Soll das herrliche Wien erdrückt werden im Anstoße mit den verschiedenen Nationalitäten der Provinzen? Soll es zusammenbrechen unter dem Gedränge und der Uebermacht seiner Arbeiter? Soll Neapels schaudererregendes, fluchbeladenes Geschick jüngster Zeit eine warnende Kassandra seyn für dessen spätere Zukunft? — Majestät! — Es ist Ihre Geburtsstätte!“ — Die Adresse liegt bis übermorgen zur Unterzeichnung auf und soll dann durch eine eigene Deputation nach Innsbruck überbracht werden. (D. konst. Z.)

Wien, 7. Juni. Der Slavenkongreß in Prag hat seine belustigenden Züge. Ein Sprecher der Serben hielt einen Vortrag, welcher mit Rührung und Begeisterung von den Czechen aufgenommen und von einem derselben in böhmischer Sprache fortgesetzt wurde, worauf wieder die Serben ihre Rührung bezeugten. Als es zu einer entscheidenden Abstimmung kommen sollte, stellte sich erst heraus, daß die Serben von den Czechen, die Czechen von den Serben durchaus nicht verstanden worden und es mußte die Sprache des gemeinsamen Feindes, die deutsche Sprache zur gegenseitigen Verständigung in Anwendung kommen. — Ueber die provisorische Regierung von Böhmen sind hier dunkle Gerüchte verbreitet, daß sie mit Gewalt gestürzt worden, mindestens deutet Alles darauf hin, daß ihr nicht einmal die Dauer, welche sie sich selbst setzte, nämlich bis zur Eröffnung des Reichtags, gegönnt seyn dürfte. (D. konst. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 31. Mai. Die heutige Nummer des „Pesti Hirlap“ bringt aus Semlin eine Nachricht, die auch den letzten Hoffnungsfunken zu einer Vereinigung und Aussöhnung Ungarns mit den Nebenländern verlöschen muß. Am 25. Mai ward ein ungarischer Soldat von Don Miguel auf seinem Wachtposten durch eine Rotte Illyrier insultirt, ein Corporal eilte ihm zu Hülfe, doch sie mußten der Uebermacht weichen und in der nächsten Stunde mußte Don Miguel alle Wachtposten den illyrischen Csaikisten überlassen. Am 26. des Morgens bewegte sich eine festlich gekleidete Schaar unter lautem Gesange und klingendem Spiele, von dem Geläute der Glocken begleitet, an Bord eines Dampfers, der sie nach Belgrad führte. Es waren dieß Deputirte, welche den Belgradern die Beschlüsse einer eben abgehaltenen Versammlung überbringen sollten, nämlich: Gänzliche Lossagung von Ungarn. Gründung eines südslavischen Reiches (bestehend aus Croatien, Slavonien, Dalmatien und Banat) unter Anführung Jellachich's oder, wenn er sich weigerte, auch ohne ihn. Ernennung eines eigenen Königs, der sammt dem Lande dem Schutze des Kaisers von Oesterreich empfohlen werde. Nach gepflogener Berathung mit den Belgradern geht die Deputation nach Agram, um die Genehmigung des Banus einzuholen und begibt sich dann nach Insbruck, wo sie Se. Majestät um Förderung ihres Vorhabens bitten will.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Brody, 26. Mai. Die Communication mit Rußland ist von gestern angefangen gänzlich gesperrt. Reisende mit österreichischen Pässen mussen vorläufig das Visa des russischen Gesandten in Wien einholen, nur einigen ganz gut bekannten brodyer Insassen ist es gestattet, in die Nachbarstadt Radziwilow sich zu begeben. Man hört beinahe täglich in Rußland Kanonendonner und Pelotonfeuer, welches zu dem Gerüchte eines in Podolien ausgebrochenen Aufstandes Veranlassung gab. Reisende sprechen jedoch nur von großartigen Heeresübungen, die sehr fleißig betrieben werden. — Die russischen Bauern sind nach der Aufhebung der Robot in Gallizien in einem sehr aufgeregten Zustande, und nur ein Funke der Hoffnung eines glücklichen Erfolgs könnte sie leicht zur Abwerfung dieses Jochs vermögen. Die Treue des galizischen Landmanns bewährt sie dagegen bei jeder Gelegenheit. Die Versuche der demokratischen Partei, die Gemeinden zur Nichtstellung der Rekruten zu bewegen, scheiterten ganz. (Oest. Z.)

Schweiz.

Bern, 1. Juni. Wer hätte es für möglich gehalten, daß dem kaum überwundenen Sonderbunde der katholischen Kantone ein zweiter Sonderbund gleichsam auf dem Fuße nachfolge? Und doch ist es so. Die Rolle, welche gegenwärtig die westlichen Kantone, insbesondere Genf, Waadt und Neuenburg, und theilweise auch Tessin, Wallis und Freiburg an der Tagsatzung spielen, sieht derjenigen der ehemaligen Sonderbundsstände so ähnlich, wie ein Ei dem andern. Ja in mehrfacher Beziehung sind die geheimen Pläne, sowie das Benehmen dieser Stände gegenüber der Eidgenossenschaft, noch tadelnswerther, verderblicher und das Nationalgefühl beleidigender, als es die Bestrebungen des katholischen Sonderbundes waren. Zwar haben auch die Letzteren mit dem Auslande geliebäugelt und auf dessen Unterstützung gerechnet. Allein sie scheuten sich doch, dies so offen auszusprechen, die Sprache ihrer Magistrate war (Siegwart Muller abgerechnet) schweizerisch, und niemals würden dieselben, mit Ausnahme Siegwarts dazu die Hand geboten haben, die Schweiz an's Ausland zu verkaufen. Jene westlichen Stände hingegen vergaßen ob ihren Sympathien für Frankreich und die Lombardei ihre beschwornen Pflichten gegen das eigene Vaterland, sie haben nicht mehr die gemeinsamen Interessen und internationalen Verpflichtungen der Eidgenossenschaft, deren Glieder sie sind, im Auge, sondern sie lassen sich durch unbegreifliche Verblendung oder schändlichen Verrath dazu verleiten, die Neutralität preiszugeben und mit Frankreich und der Lombardei gemeine Sache zu machen, unbekümmert und trotz der Beschlüsse der Tagsatzung. Ja, ihre Gesandten, insbesondere James Fazy (welcher in mehr als einer Beziehung bei dem neuen Sonderbunde diejenige Rolle übernommen zu haben scheint, welche Siegwart bei dem frühern spielte), geben nicht undeutlich zu verstehen, daß je nachdem die Umstände sich gestalten, jene Stände nach ihrer Konvenienz (oder besser nach ihren vermeintlichen Sonderinteressen) handeln und ihren Sympathien für die französische Republik und die Befreiung Italiens selbst auf Unkosten der schweizerischen Neutralität und Unabhängigkeit getreu bleiben werden. Daß bei allem dem der geheime Gedanke an eine Trennung von der Schweiz und Vereinigung mit jenen Ländern zum Grunde liegt, ist kaum zu bezweifeln. Wenn demnach die völkerrechtliche Stellung der Eidgenossenschaft nicht neuerdings gefährdet, wenn dieselbe nicht von Frischem in Verwicklungen mit dem Auslande gerathen, wenn ihr Gebiet gegen eine ihr durch den Abfall der wälschen Kantone drohende Zerbröckelung geschützt werden soll, so ist es hohe Zeit daß die Tagsatzung gegen diesen neuen „Sonderbund“ einschreite und dem propagandistischen landesverrätherischen Treiben dieser neuen Auslandspartei ein Ende mache. (D. Z.)

Bern, 6. Juni. Gestern ist eine Depesche vom schweizerischen Geschäftsträger aus Wien, eingetroffen, welche von vielen Sympathieadressen spricht, die aus den Provinzen an den als provisorischer Regierung angesehenen Wohlfahrtausschuß anlangen. Er bemerkt, daß, wenn auf die ergangene Einladung weder der Kaiser noch ein kaiserlicher Prinz als dessen Stellvertreter nach Wien zurückkehren werde, sich Wien vorläufig als freie Stadt erklären dürfte. (D. Z.)

Zürich, 6. Juni. Die fünförtige (Bern, Neuenburg, Freiburg, Waadt und Solothurn) Juragewässerkorrektionskonferenz hat kürzlich zwei Sitzungen zu Bern gehalten und ist bereits zu einem erfreulichen Resultate gelangt; sie hat beschlossen, die zu 16,000 Fr. angeschlagenen Vorarbeiten zu beginnen und das Unternehmen überhaupt durch eine auf dem Wege des Konkordats von Seite der betreffenden Regierungen niederzusetzende Kommission auszuführen. Herrn Oberstlieutenant Lanicca's Plan zur Entsumpfung ist grundsätzlich angenommen, er und Hr. Oberst Buchwalder sind mit der Anfertigung der Spezialpläne, Aussteckung der Korrektionslinie, Klassifikation des Entsumpfungsgebietes u. s. w. beauftragt. Ich bemerke dabei Ihren Lesern, daß es sich hier um eine höchst bedeutende Maßregel handelt,

Digitized by Google

die zwar viele Millionen kosten wird, dafür aber auch Tausenden von Kolonisten Unterhalt verspricht, die jetzt denselben im fernen Westen suchen müssen.*)

(D. konst. Z.)

Italien.

Palermo. Das sizilische Parlament hat (21. Mai) beschlossen, es sollen die beiden Kammern, die ausführende Gewalt, alle ersten Behörden, die Nationalgarde, das Landheer und die Flotte, der Neapler Ereignisse wegen dreitägige Trauer anlegen, in allen Kirchen der Insel solle für die Erlösung des neapolitanischen Volks aus den Händen seines Tyrannen gebetet werden. Am 24. hat das Parlament der ausführenden Macht das Recht übertragen, einen Freischaarenzug gegen Neapel zu leiten, ihn mit Geschütz und Kriegsvorrath zu versehen. (A. Z.)

Niederlande.

Xanten, 31. Mai. Die Anmaßung unserer holländischen Nachbarn hat nun bald einen solchen Grad erreicht, daß eine ernste Zurechtweisung dringend nothwendig wird. Fast keine deutsche Kokarde entgeht ihren Beschimpfungen. In einigen Städten haben sich ordentlich Aufpasserrotten gebildet, die die Mützen und Hüte der anlangenden Reisenden von allen Seiten besehen und beim Anblick der deutschen Nationalfarben in die rohesten Schimpfreden ausbrechen, selbst zu Thätlichkeiten übergehen. (B. M.)

Spanien.

Madrid, 31. Mai. Narvaez gab gestern dem französischen Gesandten, Herrn Lesseps, ein großes Bankett. Neue Gerüchte einer Ministerialkrisis cursiren; doch verdienen sie keinen Glauben. — Herr Siena, Unterstaatssekretair im Finanzministerium, und Herr Brian, Commissär der Fernandobank, sind nach London abgereist. Man sagt, sie suchten die Fonds für das Quecksilber zu erhalten, um dieselben zur Bezahlung des künftigen Semesters zu verwenden.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Frankreich.

Rouen, 1. Juni. Noch immer sind Brandstiftungen und angelegte Waldbrände in unserer Nähe an der Tagesordnung. Alle Lebensmittel, absonderlich diejenigen, welche zu der feineren Gattung gehören, sind hier und auf 50 und mehr Stunden im Umkreis von Paris so billig geworden, daß man sich nicht entsinnt, das Geflügel, feine Fische, Wild rc. um so geringen Preis gekauft zu haben, aber auch Butter, Eier, Gemüse u. s. w. sind sehr wohlfeil. Dieß hat man dem Umstand zuzuschreiben, daß sich dermalen über 200,000 Personen weniger als vor der Revolution in Paris befinden, und gerade solche, welche die meiste Konsumtion in diesen Artikeln verursachten. Fremde, von denen täglich 30,000 ab- und zugingen, sind fast gar keine mehr daselbst und die größte Zahl der wohlhabenden Einwohner von Paris hat sich in die Departemente geflüchtet. Die Hauptstadt war ein Wehrwolf, der auf hundert Lieues in der Runde alles verschlang, was nur Gutes und Delikates erzeugt wurde; dieß ging soweit, daß wenn die Reichen in Havre einen kostbaren Seefisch für ihre Tafel haben wollten, sie denselben auf dem Pariser Fischmarkt kaufen lassen mußten, da die Havrer Fischhändler noch vor Tagesanbruch das Kostbarste, was man der See entnommen nach Paris spedirten, und so war es mit allen Viktualien. Dennoch verwünscht jedermann diese Wohlfeilheit, da sie, weit entfernt Segen zu bringen, nur das Elend befördert. Lange kann es nicht mehr dauern, wir stehen am Vorabend außerordentlicher Ereignisse. Die Miene ist ebenso gefüllt, und zum Springen bereit, wie sie es vor dem 24. Februar war; der zündende Funken dürfte nicht lange mehr auf sich warten lassen. Jedermann ist davon überzeugt, nur in gewissen Regionen scheint man blind und will es nicht Wort haben.

(A. Z.)

Großbritannien.

London, 6. Juni. In ihren Ergüssen über auswärtige Politik haben die Times sich wohl schon öfters derbe Blößen gegeben, aber wohl noch nie in der Art, als in ihrer Nummer vom 5. Juni, wo sie über das armselige, in derselben Zeitung bereits früher mit ganz besonderem Nachdruck hervorgehobene Gefecht bei Sundewitt nicht bloß mehrere Auszüge aus deutschen Journalen und eine Originalkorrespondenz aus Hamburg, sondern auch einen leitenden Artikel bringen, worin diesem ziemlich gemeinen und heimtückischen Handstreich der Dänen eine Bedeutung beigelegt wird, die er nur in so fern hat, als er ein trauriges Ergebniß sowohl unserer Halbheit und politischen Ungeschicklichkeit, als des diplomatischen Verraths ist, von dem wir nach allen Seiten hin umsponnen zu seyn scheinen. Wir wollen hier nicht alle die wahrhaft ehrenkränkenden Ausdrücke und Beinamen wiederholen, womit die Times uns wegen des Kriegs mit Dänemark überschütten; aber die Heuchelei verdient hervorgehoben zu werden, womit diese Zeitung die wahrhafte und aufrichtige Freundin Deutschlands zu seyn vorgibt, die schon seit langer Zeit sich bemüht habe, uns auf die revolutionären Keime aufmerksam zu machen, welche in unserer bemitleidenswerthen Begeisterung für die Sache der Herzogthümer gelegen seyen. Aber die Deutschen hätten ihre (der Times) „uneigennützigen" Rathschläge mit Hohn und Verachtung abgewiesen, und die Folge davon sey, daß sich Deutschland in den wilden Wirbel der Revolution hinabgezogen sehe, während in Dänemark die schönste Vertrauen erweckende und verheißende Ordnung fortdauernd herrsche. Die Times prophezeien uns, daß dieser „schändliche" Krieg für uns mit gänzlicher Niederlage enden müsse, denn schon habe sich eine russische Flottille mit der schwedischen verbündet, und wenn der ganze Norden gegen uns losbreche, so werde dies mit der Zustimmung Englands geschehen, insofern wir uns nicht eines bessern besännen und nicht blos Schleswig, sondern auch Holstein räumten; Dänemark habe ein Recht, die Räumung Holsteins durch die Bundestruppen zu fordern, ehe es sich in irgend einen Vertrag mit uns einlasse. Das haben wir von unserer durch nichts zu entschuldigenden Räumung Jütlands! Wir haben uns schwach gezeigt, und man steigert die Forderungen zu einem Grade, daß wir alles Gefühls für nationale Ehre baar und ledig seyn müßten, wenn wir darauf eingingen! Die Times drohen uns mit einem Bündniß der nordischen Mächte; nun wohl, wenn es auf bloße Drohungen ankommt, so könnten wir Drohung gegen Drohung setzen, wir könnten ein Bündniß aller kontinentalen West-, Süd- und Zentralmächte in Aussicht stellen, wir könnten die Freigebung Polens bewirken, um Rußland in Schach zu halten, wir könnten uns Frankreich anschließen, das uns mit offenen Armen empfangen würde, wir könnten von uns aus das frühere Schauspiel der Kontinentalsperre wirksamer wiederholen. Schwerlich wird uns doch England zu einem solchen monströsen Bündniß drängen wollen, das aber keinesfalls monströser wäre, als das Bündniß zwischen den früheren Todfeinden Schweden und Rußland, Dänemark und England gegen Deutschland. Aber wir sind auch für uns allein stark genug, wir bilden im Mittelpunkt Europas ein kompaktes Volk von über 40 Millionen, wir sind der Hauptmarkt für England, für seine Waaren und Fabrikate, wir sind, was England recht wohl weiß, sein natürlichster Bundesgenosse, der im Falle eines allgemeinen Kriegs seine Schlachten zu Lande schlägt, es gilt jetzt auszudauern, fest zusammenzuhalten und alle augenblicklichen Verluste mit patriotischer Aufopferung zu tragen, weil das, was wir in Zukunft gewinnen können und müssen, tausendfach Dasjenige überwiegt, was wir für den Augenblick etwa verlieren. England kann und wird nicht die Gemüther einer so zahlreichen Nation sich gänzlich entfremden, einer Nation, die für England Opfer gebracht, nicht umgekehrt, einer Nation, von der bereits ein nicht unbeträchtlicher Theil sich eher zu Frankreich als England hinüberneigt; es wird die Zahl der Letzteren nicht unnütz vermehren wollen, es wird uns in keine Politik hineindrängen wollen, die unserm Herzen widerstrebt, es wird nicht wollen, daß wir an seiner vielgerühmten Ehrwerthheit verzweifeln. Hätte England zu gleicher Zeit, als die Deutschen das jütische Gebiet nicht nur, sondern selbst Hadersleben und Apenrade räumten, einige seiner überflüssigen Kriegsschiffe in die dänischen Gewässer gesandt, um die Dänen von jedem fernern Anfall abzuschrecken, mit der bestimmten Drohung, daß es einen Wiederbeginn der Feindseligkeiten Seitens Dänemark nicht dulden werde, so möchten wir glauben, England spiele kein falsches Spiel, eine Annahme, zu der wir uns durch den angeführten Artikel der Times jetzt berechtigt halten müssen. Wir wissen wohl, daß diese Zeitung nicht die einsichtigere englische Regierung repräsentirt, aber sie repräsentirt den größten, den stockenglischen Theil des britischen Volkes, und Palmerston und Russell sind weder als Menschen noch als Minister unsterblich.

*) Warum denkt man bei uns an so etwas noch immer nicht?

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Mittwoch, 14. Juni: (Mit aufgehobenem Abonnement) „Gisela", Oper von Adam.

Fremdenanzeige.

Goldn. Hirsch. HH. v. Lioell, Oberjägermeister v. Stockholm; v. Dedekewitz v. Wien; Knewes aus Amerika.

Hôtel Maulick. HH. v. Rüeb, Gutsbesitzer v. Rotterdam; Köppel, Privatier v. Heilbronn; Graf v. Kranitz, Rentier aus Italien; Parke, Rentier aus Irland.

Goldn. Hahn. HH. Sommer, Privatier, und Gießing, Rentier v. Plauen.

Goldn. Kreuz. HH. v. Balla, Stadtgerichtsprotokollist, und Wägemann, Kaufmann v. Augsburg; Wölfen, Privatier von Dresden; Manz, Architekt v. Paderborn.

Bekanntmachung.

2427. Mathias Plöchl, Besitzer des ½ Schwarzrößlhofes zu Herzogsreuth, welchen er am 15. Mai 1844 um 4030 fl. durch Uebernahme erworben hat, hat laut des den Gläubigern abschriftlich mitgetheilten Protokolls vom 26. Mai l. Js. unter Angabe von 6764 fl. 15½ kr. seine Insolvenz erklärt und gebeten, daß das Geeignete durch Konvokation seiner Gläubiger instruirt werde.

Da nun Ueberschuldung klar am Tage liegt, indem der Aktivstand den jetzt schon bekannten Passivstand nie erreichen kann, da das unterm 4. März 1844 gerichtlich abgeschätzte Anwesen nur einen Werth von 4920 fl. hatte, so muß bei der fraglichen Insolvenzerklärung die Eröffnung des Konkurses ausgesprochen werden, und wird sonach

I. zur Anmeldung der Forderung und deren Liquidation Tagsfahrt auf

Dienstag den 25. Juli l. Js. Vormittags 8 Uhr.

II. zur Angabe der Exzeption Tagesfahrt auf

Montag den 28. August l. Js. Vormittags 8 Uhr.

III. Zur Schlußverhandlung und zwar

a. für die Replik auf

Donnerstag den 28. September l. Js. Vormittags 8 Uhr.

b. für die Duplik auf

Samstag den 14. Oktober l. Js. Vormittags 8 Uhr.

Ediktstag unter dem Rechtsnachtheile anberaumt, daß das Nichterscheinen am ersten Ediktstage den Ausschluß der Forderungen der Masse, das Nichterscheinen an den übrigen Tagen den Ausschluß der betreffenden Handlungen zur Folge habe.

Weil übrigens die Schätzung vom 4. März 1844 eine Hypothekschätzung Behufs der Aufnahme eines Hypothekkapitales war, der Güterwerth seit dieser Zeit bedeutend zurückgegangen ist, so ist eine neuerliche Schätzung des Gantanwesens und der Mobilien Behufs des Verkaufes dringend geboten, und ist hiezu Termin auf

Montag den 17. Juli l. Js. Vormittags 10 Uhr.

in loco Herzogsreuth angesetzt, worauf sodann die Ausschreibung des Verkaufes des Gantanwesens auch sogleich verfügt werden wird.

Diejenigen, welche von dem Vermögen des Kridars etwas in Handen haben, werden aufgefordert, solches unter Vorbehalt ihrer Rechte bei Gericht zu übergeben.

Am 6. Juni 1848.

Königliches Landgericht Wolfstein.

D. l. a.

Schütz, Ass.

Augsburger Schrannen-Anzeige vom 9. Juni 1848.

Getreidegattung.	Mittelpreis		Im Vergleich gegen die letzte Schranne: minder		mehr	
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Waizen	16	36	—	11	—	—
Kern	16	12	—	43	—	—
Roggen	9	37	—	41	—	—
Gerste	8	42	—	43	—	—
Haber	5	2	—	22	—	—

Aufgezogen wurden 167 Schäffel.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 156.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 3[illegible]; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige halbjährig im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 2[illegible] kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 6 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Mittwoch — XLIX. Jahrgang. — 14. Juni 1848.

Deutschland.

In Frankfurt hat sich am 7. ein Verein für gleichgesinnte Mitglieder der Nationalversammlung gebildet. Seine Ordner für die ersten vierzehn Tagen sind v. Rotenhan aus München, E. M. Arndt aus Bonn, Bloemer aus Aachen und Kerer aus Insbruck. Sein Program will daß den Einzelregierungen „Befugniß und Mittel zur Willkür benommen werden, aber die volle Kraft bleibe die rechtliche Ordnung und die wahre Freiheit zu schützen;" daher constitutionelle Monarchie. Für den Gesammtbund Einheit ohne Vernichtung der Glieder. Die Gebiete der Centralgewalt und der Einzelregierungen abzugränzen ist ihnen die erste, die Gestalt der Centralgewalt die zweite, und die Verwirklichung der Verfassung die dritte Aufgabe der Reichsversammlung. Sie sind für Vereinbarung mit den Regierungen; kommt aber diese nicht zu Stande, so halten sie die Reichsversammlung für berechtigt und verpflichtet die Bundesverfassung als bindend für alle zu verkündigen. (A. Z.)

Frankfurt. Kürzlich circulirte unter den Mitgliedern der Nationalversammlung selbst ein „Antrag bezüglich Herbeischaffung der Geldmittel zur Gründung einer deutschen Kriegsmarine." Der Antrag ging dahin, daß jedes Mitglied der Versammlung für jedes unnöthig in derselben gesprochene Wort drei Kreuzer, für jeden überflüssigen Antrag einen Gulden bezahlen müsse. Dadurch würden die erforderlichen Geldmittel in reichlichstem Maße und in kürzester Frist herbeigeschafft werden. (N. Speyer Z.)

Frankfurt. Die Abgeordneten zur Nationalversammlung, welche eine Reise nach der Pfalz beabsichtigen, werden am nächsten Samstag zu Neustadt eintreffen, am Sonntage Eschbach, Gleisweiler und Edenkoben, am Montage Neustadt, Deidesheim und Dürkheim besuchen, und am Dienstage nach Frankfurt zurückkehren. (N. Speyer Z.)

Bayern.

München, 14. Juni. Nachstehende Erklärung an das deutsche Parlament in Frankfurt a M. ist in einer Versammlung von Urwählern und Wahlmännern aus beiden hiesigen Parlamentswahl-Bezirken beschlossen worden, und wird von gestern an und die zwei folgenden Tage im Rathhaussaale und in der Studentenhauptwache zu München, im Rathhaussaale der Vorstadt Au und in den Gemeindehäusern zu Haidhausen und Giesing zur allgemeinen Unterzeichnung öffentlich aufgelegt werden: Ansprache der unterzeichneten Bewohner von München, der Vorstadt Au und Umgebung an die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung in Frankfurt. Oeffentliche Stimmen in Deutschland haben Bayern beschuldigt, in der gegenwärtigen großen Angelegenheit des gemeinsamen Vaterlandes solche Absichten zu hegen, welche die wahre Einigung der deutschen Völker zu hindern oder Bayern von ihr auszuschließen vermöchten. Dem gerechten Unwillen, womit wir diesen Vorwurf von uns weisen, wollen und müssen wir vor der ganzen Nation einen öffentlichen Ausdruck geben. Wir erklären hiemit feierlich, daß wir der deutschen Nationalsache mit der aufrichtigsten Vaterlandsliebe zugethan und jedem Absonderungsbestreben gänzlich fremd sind. Wir halten fest an den Errungenschaften der Märztage und der jüngsten Zeit und setzen in die Nationalversammlung das volle Vertrauen, daß sie sich dem deutschen Verfassungswerke zur gemeinsamen Wohlfahrt, Ehre und Freiheit aller deutschen Völker standhaft unterziehen wolle, und dieser großen Zukunft der deutschen Einheit müssen alle Sonderinteressen freudig zum Opfer gebracht werden. Das bayerische Volk kann und wird nur deutsche Gesinnungen haben! Teutschland vertraue ihm! — Am 10. Juni 1848.

München, 10. Juni. Dieser Tage traf von den noch in Griechenland anwesenden Deutschen ein Geschenk von 100 fl. zur deutschen Flotte ein. — Nach dem Inhalt eingetroffener Privatbriefe von jenem Königreich, soll der Friede allenthalben sehr bedroht und namentlich sollen die englischen Agenten bemüht seyn, den glimmenden Funken zur Flamme anzublasen. Die Regierungstruppen sind dem Könige treu, aber die Fraktionen wühlen und untergraben die Ruhe und den Wohlstand des jungen, schönen Landes. — Der erbliche Reichsrath Philipp Alois Graf v. Deroy starb gestern Abends im besten Mannesalter, er erreichte nur ein Alter von 41 Jahren. (Lechb.)

München, 9. Juni. Nach der „Neuen Würzburger Zeitung" wurde der Remonteeinkauf in Würzburg deßhalb eingestellt, weil der Bedarf für die formationsmäßige Stärke bereits durch Akkorde gedeckt ist. An die Bildung des vierten Bataillons bei der Infanterie werde wohl kaum mehr gedacht, da die drei Bataillons über 100 Kompagnien enthielten, welche noch nicht vollzählig seyen. Doch gehe die Formation, Bekleidung und Ausrüstung der Mannschaft überall rasch vorwärts. — Aus Ansbach ist am 8. eine Summe von 455 fl. 19 kr. als Ertrag der Sammlungen für die deutsche Flotte an den Abgeordneten beim Parlament Künßberg abgesendet worden.

Die „Regensburger Zeitung" schreibt: Seit einiger Zeit laden unsere Dampfschiffe ansehnliche Lieferungen von Silber, mitunter auch Goldbarren. Selbe gehen von London über Hamburg nach Wien.

Bamberg. Dem zur Zeit als Parlamentsmitglied in Frankfurt verweilenden Hofrath Dr. W. J. Behr ist die amtliche Mittheilung zugegangen, die königl. Regierung habe seine Wiedereinsetzung in den Bezug seines vollen Quieszenzgehaltes von 1800 fl. jährlich genehmigt; dann daß für die erlittenen Verluste demnächst Auszahlung einer namhaften Entschädigung erfolgen werde.

Speyer. Von 10. bis 15. Juni werden provisorische Fahrten auf der Strecke der Pfälzer Ludwigsbahn zwischen Kaiserslautern und Homburg stattfinden. (N. Speyer Z.)

Württemberg.

Stuttgart. Der „Beobachter" schreibt vom 9. Juni: Die allgemein gegen den Kriegsminister Grafen v. Sontheim herrschende Mißstimmung drohte gestern zu einem gewaltthätigen Ausbruch zu kommen. Gegen 9 Uhr sammelten sich einige hundert Menschen vor dem Kriegsministerium, in der Absicht eine sogenannte „Katzenmusik" zu bringen. Doch muß bemerkt werden, daß weitaus der größte Theil der sich Zusammenrottenden aus Gassenjungen bestand. Auch genügte die Thätigkeit der anwesenden Polizeimannschaft den beabsichtigten Ausbruch zu verhindern. Nach 10 Uhr verlief sich die Menge wieder.

Aus Ulm berichten Reisende von bedeutendem Straßenlärm, der gestern Abend dort stattgefunden habe und wobei auch der Ruf: es lebe die Republik gehört worden sey. Welche beklagenswerthe Stimmung auch in einem Theile der Stuttgarter Bevölkerung herrscht und sich von Zeit zu Zeit in Ausbrüchen kundgibt, ersieht man aus dortigen Blättern und Korrespondenzen.

Ulm, 7. Juni. Hiesige Blätter versichern „aus zuverlässiger Quelle", daß der Oberingenieur Ruland aus München mit dem hiesigen Baurath Eleß sich bereits zum Behufe der Eisenbahnverbindung zwischen Ulm und Augsburg über den Anschlußpunkt bei Ulm verständigt habe. Die Terrainaufnahmen zwischen Ulm und Augsburg sollen schon in den nächsten Tagen kräftig in Angriff genommen werden.

Baden.

Donaueschingen, im Mai. Einige wenige Worte über Euer Militär werden wohl nicht ohne Interesse für Euch seyn. Ich habe nun so ziemlich die Truppen alle an mir vorüberziehen lassen, und immer mit besonderer Vorliebe mit ihnen verkehrt, besonders mit den Schwaben und Altbayern. Immer aber hat sich mir der nämliche Typus gezeigt. Es sind durchaus offene, biedere, gemüthliche Leute, die man, wenn man sie zu behandeln versteht, um den Finger wickeln kann. Dabei sind sie seltner Aufopferung fähig, was namentlich die Schützen vom Regiment König beim Brande in Stockach bewiesen haben. Wenn demungeachtet da und dort Unordnungen vorgefallen sind, so liegt, nach meiner Ueberzeugung die Schuld an den Obern und nicht an den Soldaten. Die Mehrzahl der Offiziere zwar steht mit ihren Untergebenen auf ganz kameradschaftlichem Fuße, einzelne aber können den rechten Ton durchaus nicht finden, und das ist ein großer Fehler. Die Stabsoffiziere besonders, die meisten wenigstens, besitzen das Vertrauen der Masse nicht. Der Soldat ist ein strenger Kritiker, und trifft nicht selten den Nagel auf den Kopf. „Mit unserm Oberst", hörte ich dieser Tage einen sagen, „ists lauter nichts; erstens hört er nichts, zweitens versteht er nichts, und drittens traut er sich nichts zu." Schallendes Gelächter der umstehenden Kameraden drückte ihm ihren Beifall und ihre Zustimmung aus. „Und der General", frug ich entgegen, „was ists mit dem?" „O der", antwortete der kecke Bursche, „der sitzt halt in seinem Armstuhl oder lehnt sich an die Wand, daß er nicht umfällt, und macht dabei den Leuten die schönsten Grobheiten!" Wirklich haben die Offiziere, denen ich dieses Gespräch lachend erzählte, durch verlegenes Schweigen die Wahrheit dieses Urtheils bestätigt. Ich bin überzeugt, wenn man das bei Euch wüßte, man würde vielleicht da und dort abhelfen. Ich für meinen Theil wenigstens glaube, daß mit diesen Truppen unter tüchtigen und humanen Führern, die die alte Zopfzeit hinter sich haben, Alles auszurichten wäre . . . . (Augsb. Abdz.)

Unterm 8. d. erließ das Bürgermeisteramt zu Freiburg eine Einladung und Erklärung an die benachbarten Landorte zum Besuche des Wochenmarktes am 10. Man hatte nämlich das Gerücht verbreitet es werde am 10. kein Markt in Freiburg stattfinden, dagegen jeder, der die Stadt besuche verhaftet werde u. dgl.

Heidelberg, 7. Juni. Die nassauischen Truppen, welche längere Zeit hier einquartirt gewesen, haben uns heute bis auf eine geringere Anzahl verlassen. Wie man sagt, soll bayerisches Militär hieher kommen.

In Mannheim ist nach dem „Schwäbischen Merkur" am 8. Juni dem Nassauischen Regiment mitgetheilt worden, daß es alsbald nach der Heimat abgehen solle, man erwartet daher dessen Abmarsch täglich, wenn nicht die Gerüchte von erneuten Schilderhebungen der

Republikaner einen Aufschub erwirken. — Anstatt des Nassauischen Regiments sollen 2000 Bayern einrücken. (Nach spätern Berichten waren die Nassauer für die Umgegend von Frankfurt bestimmt.)

K. Sachsen.

Leipzig, 9. Juni. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt „aus zuverlässiger Hand“, daß nachdem der Bau der Friedrich-Wilhelms-Bahn auf ihrem Anschluß an die Thüringer sich auffallend verzögert hatte, nun das Hinderniß beseitigt, der Anschlußpunkt bestimmt, der Vertrag vollzogen worden ist, so daß der Bau beider Bahnen jetzt nachdrücklich seiner Vollendung entgegengeführt werden kann.

Gr. Hessen.

Darmstadt, 7. Juni. Staatsrath Hallwachs hat heute in der zweiten Kammer erklärt, die Regierung habe beschlossen, ihre Gesandten bei den deutschen und fremden Höfen zurückzurufen. (Das Gleiche hat bereits Nassau gethan.)

Darmstadt, 9. Juni. Gestern Abend brachen zum zweiten Male Unruhen in der hiesigen Infanteriekaserne aus. Unsere streitlustigen Soldaten wollen lieber in das Feld vor den Feind geführt seyn, als das langweilige Klosterleben innerhalb der weißen Wände ihrer traurigen Kasernen länger fortsetzen.

Mainz, 8. Juni. Die „Mainzer Zeitung“ berichtet heute, daß die Plakate, welche die Militärpflichtigen zu einer neuen Berathung wegen ihres Protestes gegen die Musterung zusammenrufen sollten, durch Polizeibeamte von den Straßenecken abgerissen wurden. Eine deßhalb an den Polizeikommissär Künstler gesendete Deputation erhielt den Bescheid, die Versammlung sey ungesetzlich, weil sie gegen das Bestehende gerichtet sey.

Preußen.

Berlin, 7. Juni. Gestern Nachmittag ist hier ein Kabinetskurier aus St. Petersburg angekommen, welcher eine sehr entschiedene Note des dortigen Kabinets in der schleswig-holstein'schen Angelegenheit überreicht hat; er hat sich dann sogleich weiter, nach London begeben.

Berlin, 7. Juni. Der Prinz von Preußen ist glücklich wieder angekommen. Sein Palast ist vollständig zu seinem Empfang in Bereitschaft gesetzt, und von allen Folgen des 20. März gereinigt, Stadenten, Wachstube und die volksrichterlichen Inschriften sind entfernt und selbst ein vor dem Palast bisher stehender Flugblätterhändler wurde vorgestern durch freundliches Bitten des Polizeipräsidenten veranlaßt, sich einen andern Standpunkt zu wählen, so daß nun der Prinz beim Eintritt in sein Haus, wie vor 34 Jahren ein anderer Königsbruder bei Gelegenheit einer andern Restauration sagen kann: „Nichts ist verändert, es ist nur ein Preuße mehr da!“ Wenn nur der Besitzer nicht die alten Grundsätze in sein Grundstück zurückbringt, so muß sich jeder Freund des Rechts freuen, daß die Volksjustiz keine bleibende Wirkung an diesem Palast zurückläßt, denn die rohe Gewalt eines seiner Fesseln eben entledigten Volkes ist gefühlverletzender, als die rohe Gewalt von Gottes Gnaden, bei welcher sich doch stets einzelne Personen der Gefahr einer moralischen Verantwortlichkeit aussetzen. Uebrigens habe ich von glaubwürdiger Seite erfahren, daß der Prinz sein Haus gewissermaßen ranzionirt indem er ein schwimmendes Haus auf seine Kosten in England bauen läßt, ein imposantes Kriegsschiff welches er als Geschenk zum Nationaleigenthum und zum würdigen Anfang der deutschen Flotte zu machen beabsichtigt. Ueberhaupt sollen aus dem Schooß der königlichen Familie ansehnliche Summen zur Gründung einer Marine hervorgehen, und Prinz Adalbert, Bruder der Königin von Bayern, von jeher mit Wissenschaft und Beruf für Seewesen ausgerüstet, wird wahrscheinlich seine Thätigkeit und Erfahrung von nun an diesem Fache zuwenden. Die Redaktion der Allgemeinen Zeitung, die sich seit lange so warm für diese Nationalsache verwendet, mag sich durch die Versicherung freuen, daß die Schöpfung einer Seemacht von Seiten des Hofs, der Regierung und aller Klassen des Volks auf eine Preußens würdige Weise betrieben wird, wenn auch die bestimmt ausgeprägten Thatsachen noch nicht zum Vorschein reif sind. (A. Z.)

Berlin, 7. Juni. Die große Volksdemonstration zu Ehren der Märzopfer und zur Aufrechthaltung der Revolution ist von den wohlthätigsten Folgen gewesen. Ich muß Ihnen bekennen, daß ich auch manches von diesem ungeheuern Zuge zu den Gräbern der Getödteten fürchtete, wenn ich auch nicht die Besorgniß theilte daß die Republik proklamirt werden könnte. Aber es herrschte eine tiefe Mißstimmung in der Hauptstadt, gegen die Behörden sowohl, welche ihre Theilnahme verweigert hatten, wie gegen die Nationalversammlung, deren Majorität über den Antrag sich anzuschließen, zur Tagesordnung übergegangen war. Es hatten sich jedoch freiwillig 100 Deputirte dem Zuge angeschlossen und verliehen ihm damit eine noch größere Würde. Unter mehr als hundert Fahnen und Bannern zogen die Schaaren hinaus, und obwohl wenigstens 150,000 Menschen Straße, Plätze und Felder füllten, obwohl nicht ein Mann Polizei oder Bürgerwehr zur Erhaltung der Ordnung aufgeboten war, obwohl alle und jede Obrigkeit fehlte, herrschte die bewunderungswürdigste Ruhe und Einigkeit von Anfang bis zu Ende. Nichts konnte die Provinzen besser überzeugen, daß es mit der Anarchie und Pöbelherrschaft so schlimm in Berlin nicht stehe, wie die reaktionäre Partei aussprengt, als dies Volksfest, das ein Band der Einigkeit und des Vertrauens um alle Klassen und Stände schlang, und namentlich das Vertrauen zwischen Arbeiter und Bürger befestigt hat. (D. konst. Z.)

Posen, 6. Juni. Die Stadt Posen ist in einer ganz verzweifelten Lage. Mit der Abtrennung des polnischen Theils ist sie statt einer Provinzialhauptstadt zu einer Grenzfestung geworden; wird nun gar der deutsche Theil des Landes zu den angränzenden Provinzen geschlagen, so kann der völlige Ruin nicht ausbleiben. Irre ich nicht, so sind in Deutschland noch Ansichten verbreitet, als ob die Stadt Posen auch bei einer Trennung der Provinz auf nationaler Basis mit Unrecht als deutsch betrachtet worden sey; ich theile Ihnen deßhalb nachstehende Notizen aus einer Petition der hiesigen Kommunalbehörden mit: 1) Nach der letzten amtlichen Zählung hat die Stadt Posen ungefähr 42,000 Einwohner, mit Ausschluß des Militärs. Von diesen sind 24,000 deutscher und 18,000 polnischer Nationalität. 2) Posen hat 1191 Grundstücke; von diesen sind 783, im Werthe von 6,934,000 Thlrn., in deutschen, und 408 (meist in den Vorstädten), im Werthe von 685,000 Thlrn., in polnischen Händen. 3) Das Bürgerrecht nach der revidirten Städteordnung vom 17. März 1831 besitzen in Posen 1050 Personen; von diesen sind 720 deutscher, 330 polnischer Nationalität. 4) Die Zahl der zu Stadtverordneten wählbaren Bürger stellt sich auf 430; unter diesen gibt es nur 115 Polen und 315 Deutsche. 5) Es werden in Posen 76 verschiedene Gewerbe betrieben; darunter sind 32 von den Polen gar nicht vertreten. 6) Im Allgemeinen gibt es hier 2133 Handwerker; davon sind 691 Polen und 1442 Deutsche. — So die Thatsache, welche die Deutschen beherzigen sollten, ehe sie deutschen Boden und ihre einzige militärische Schutzwehr gegen Rußland einem nicht existirenden Polenreiche zur Mitgift geben wollen. — Die Rüstungen haben hier in der letzten Zeit einen Charakter angenommen, daß sie kaum anders als gegen Rußland gerichtet seyn können, dessen Truppenanhäufungen trotz aller Ableugnungen immer großartiger hervortreten. — An der Befestigung Posens wird selbst Sonntags gearbeitet. Auch mehrere Orte an der russisch-polnischen Grenze, wie z. B. Skalmierzice und Strzalkowo, werden befestigt. Posen ist noch immer an mehreren Eingängen zur großen Belästigung der Einwohner geschlossen. — Russische Agenten treiben hier ihr Spiel fort, um den Bruch zwischen Deutschen und Polen unheilbar zu machen. (D. konst. Z.)

Schleswig-Holstein.

Aus Schleswig schreibt man vom 4. Juni. Der Wind war heute sehr ungünstig, sonst würden die dänischen Kriegsschiffe den gestern in Flensburg angekündigten Besuch vielleicht schon gemacht haben. Die Dänen schüren die Flamme des Kriegs zur tiefsten Erbitterung. Bei den Schwerverwundeten in Christiansfelde waren zwei preußische Aerzte zu ärztlicher Pflege freiwillig zurückgeblieben. Man hat dieselben gefangen genommen und soll sie von den Kranken entfernt haben. — Die um Glücksburg und in Angeln garnisonirenden Truppen erhielten gestern Marschordre, angeblich zu einem großen Manöver zu Ehren des Geburtstages des Königs von Hannover. Doch schien die Weite des Weges nach Holldüll anzudeuten, daß es das ersehnte Manöver gegen die Dänen auf Sundewitt seyn werde. Alles brennt, sich zu schlagen. Eine Nachricht, die heute hier eingetroffen ist, meldet, daß die Deutschen wieder in Apenrade eingerückt, und daß Gefangene heute in Flensburg eingebracht worden sind. Die so bestimmte Nachricht über die frühere Gefangennehmung von zwei Bataillonen hat sich in der Weise nicht bestätigt. Nach Tondern brach am Donnerstage die eine Eskadron der Itzehöer Dragoner auf, da ein kleines Pikett in Lygumkloster aufgehoben worden war. Alles deutet an, daß es bis an die Königsau wieder vorwärts geht. Das dritte Bataillon Schleswig-Holsteiner ist vorgestern in Schleswig eingerückt; es hat bei Bau und Schleswig mitgeschlagen und war bis nach Aarhuus hinauf. Heute hat man eine heftige Kanonade vernommen. — Allgemein erwartet man im Laufe dieser Woche eine Schlacht; beide Partieen sollen sich zwischen Apenrade, Bau und Quars sehr nahe stehen. — Als Kommandant ist hiesigen Orts nach dem Ausrücken der preußischen Truppen an die Stelle des Hauptmanns Lenz der Kammerjunker Krabbe getreten. Mit dem von der Tannschen Freiwilligenkorps ist gleichzeitig wieder schweres Geschütz hinauf gegangen; dagegen werden 5 Bataillons Hannoveraner noch immerfort erwartet.

Hamburg, 7. Juni. Nach zuverlässigen Berichten ist Folgendes der Verlauf und das Resultat des oben erwähnten Treffen im Sundewittschen vom 5. d. M.: Ulderup (Dorf zwischen Sonderburg und Apenrade) den 6. Juni, 1 Uhr Mittags. Behufs der Feier des Geburtsfestes des Königs von Hannover sollte sich das gesammte Korps am 5. Juni 9 Uhr Morgens in der Gegend von Holldüll sammeln; zu diesem Zwecke rückten ungefähr um 6 Uhr des Morgens die Preußen aus Flensburg, und der General von Wrangel verließ um 7 Uhr die Stadt, in der Absicht, um 5 Uhr Abends desselben Tages von gedachter Feier zurückzukehren. Statt seiner traf aber gegen 6 Uhr die Meldung ein, daß aus der Parade sich ein sehr bedeutendes Gefecht gegen die Dänen entsponnen habe. Dänische Patrouillen hatten sich in der Nähe von Gravenstein gezeigt, und dem General von Wrangel war die Meldung zugegangen, daß die Dänen mit bedeutenden Streitkräften bereits gelandet seyen, und sich in der Gegend von Duppel zum Kampfe aufgestellt hätten. Hier führte Wrangel das Bundeskorps dem Feinde entgegen. Das Gefecht war sehr blutig und bedeutender als das bei Schleswig. Die feindlichen Truppen werden auf 16,000 Mann geschätzt, unterstützt von einer Anzahl von Kanonenbooten. Fünf Bataillone Hannoveraner haben den ersten Angriff muthig ausgehalten, jedoch sehr bedeutenden Verlust erlitten. Erst gegen Abend wurden die preußischen Truppen ins Feuer geführt, und sie haben sich so tapfer und heldenmüthig geschlagen, daß die Dänen sich bereits vollständig nach Sonderburg zurückgezogen haben. Das Füsilierbataillon des 31sten preußischen Regiments hat zwei Kanonenboote der Dänen vollständig desarmirt, indem die darauf befindlich gewesenen 120 Mann Dänen durch die gut gezielten Schüsse unserer Truppen sämmtlich getödtet sind. Die Zahl unserer Gefallenen kennt man noch nicht, eben so wenig den Verlust der Dänen, welcher aber sehr bedeutend seyn muß, weil nicht Wagen genug von unserer Seite zu beschaffen sind, um die eroberten dänischen Waffen und Montirungsstücke zu transportiren. Am 5. Juni ganz früh waren 100 schwer Verwundete in Flensburg eingebracht. (Nach andern Berichten vom 6. beläuft sich die Zahl der in Flensburg eingebrachten Verwundeten im Ganzen auf 200, zu deren Aufnahme das Harmoniegebäude eingerichtet worden ist.) (K. v. u. f. D.)

Kiel, 6. Juni. Wir haben jetzt authentische Nachrichten über die Behandlung unserer Gefangenen auf Droning Maria, und zwar durch die Mittheilung einiger dort gefangen gehaltener und jetzt ausgewechselter Aerzte. Hiernach war die frühere Behandlung ein Schandfleck mehr in der dänischen Geschichte. Nicht nur litten sie in den ersten Tagen Hunger, nicht nur waren die ihnen endlich dargereichten Speisen ungenießbar, nicht nur schmachteten sie im untersten Schiffsraum in luftloser Dunkelheit u. s. w., sondern man vergaß sich so weit, den Dr. Franck, der in seinem Berufe, indem er die verwundeten Landsleute verband, gefangen ward, zu prügeln ꝛc. Allmälig ward man aus dem untersten in die obersten Schiffsräume aufgerückt, und verhaltnißmäßig verbesserte sich auch die Behandlung. Jetzt ist die Lage der Gefangenen, gegen die frühere gehalten vortrefflich, wenn gleich mit derjenigen unserer dänischen Gefangenen nicht zu vergleichen. Das Essen ist genießbar und wer ein Taschenmesser hat, darf es vermuthlich auch zerschneiden; außerdem freilich ist der [illegible]

gut gehaltene Haushund besser daran, dem man das Fleisch zerschnitten vorzusetzen pflegt, während hier weder Löffel noch Messer und Gabel gereicht werden, weßhalb man die Suppe trinken und mit den Fingern essen muß. Und mit einem solchen Volke sollen wir in Personal-Union stehen? mit einem Volke, welches den Krieg führt, als ob der Friede niemals wiederkehrte? mit einem Volke, welches in uns fortwährend nur Rebellen sieht und die fortgeschleppten Beamten und liberal gesinnten Männer hiernach behandelt? Die Behandlung der letzteren, wie öffentliche Blätter sie geliefert haben, will ich hier nicht wiederholen — mir schaudert davor!

(K. v. u. f. D.)

Rendsburg, 6. Mai. Einem Namensverzeichniß sämmtlicher kriegsgefangenen Dänen zufolge, welches der Schlesw.-Holst. Zeitung beiliegt, beträgt die Gesammtzahl derselben 872, von denen 220 verwundet sind. Beiläufig sey bemerkt, daß unter diesen Verwundungen mindestens sieben Achtel durch Schüsse herbeigeführt sind; außerdem sehr wenige Hiebwunden und einige Bajonnettstiche. Der Grund davon liegt wohl darin daß es im Ganzen bisher nur sehr selten zum Kampfe Mann an Mann kam, die Erstürmung des Dannewirke und einige kleine Einzelgefechte ausgenommen. (A. Z.)

Flensburg, 7. Juni. Der Däne hat seine Schanzen bei Sonderburg verlassen; er hat wieder sein Element, das Wasser, gesucht! Unsere Truppen ziehen sich wieder in ihre vorige Stellung zurück. Die Hannoveraner, Braunschweiger und Oldenburger rücken in unsere Stadt wieder ein. General Wrangel kam Nachmittags 2 Uhr hier an; das Hauptquartier bleibt provisorisch hier. — Mit weißer Flagge lief ein feindliches Dampfschiff heute Mittag in unseren Hafen ein; ein Parlamentär ward ans Land gesetzt, wo ihn der Stadtkommandant empfing. Der Däne überlieferte einen versiegelten Brief und verließ auf dem Dampfschiffe sofort den Hafen. Man weiß nicht, was er hier gewollt.

Altona, 7. Juni. Der Abendzug von Rendsburg bestätigt die Angaben über die im Sundewittschen errungenen Vortheile Die Unsrigen haben 8 Kanonen erobert, das Treffen währte Vorgestern bis 10 Uhr Abends. Hier sind bereits 160 leicht Verwundete angekommen. (H. C.)

Helgoland, 7. Juni. Nach zuverlässigen Berichten sind in den letzten Tagen drei Schiffe aufgebracht, eine oldenburger Galliot oder Kuff mit Früchten, ein blankeneser Schooner mit Schwefel und eine Brig unter dänischer Flagge, deren Kapitän ein Färöer seyn soll, von Rio de Janeiro mit Kaffee, von den noch immer hier kreuzenden beiden dänischen Fregatten genommen und nach Kopenhagen gesandt worden. Wie ich ferner erfahre, werden Bremer Schiffe mit Auswanderern keineswegs geschont.

Hamburg, 8. Juni, Abends 9 Uhr. Der so eben von Rendsburg angekommene Bahnzug hat aus dem Sundewitt'schen nichts Neues mitgebracht. Die Dänen waren nicht wieder diesseits Alsen erschienen. Der Verlust der Truppen am 5. und 6. d. läßt sich noch nicht angeben. Er muß aber auf beiden Seiten groß gewesen seyn, da mit vieler Erbitterung gefochten wurde. Das v. d. Tann'sche Korps machte gestern einen Streifzug im nördlichen Schleswig und nahm einem überlegenen Feinde in der Gegend von Hadersleben 2 bespannte Kanonen und 24 Gefangene ab, welche sämmtlich heute in Flensburg nebst 24 Pferden eingebracht wurden.

(A. Z.)

Freie Städte.

Bremen, 7. Jun. Ein gestern abgehaltener Kaufmannsconvent verhandelte über die Niedersetzung eines möglichst aus allen Handelszweigen zu bestellenden Ausschusses von 18 Kaufleuten zur Berathung über die wünschenswerthen Punkte bei einer demnächst bevorstehenden Vereinbarung über allgemeine deutsche Handels- und Zollverhältnisse. Unter den Mitgliedern der Commission befindet sich Senator Duckwitz. (Brem. Bl.)

Oesterreich.

Prag, 7. Juni. Zu der hübschen Beleuchtung Ihres Korrespondenten, d. d. Prag, 30. Mai, über unsere Zustände, namentlich über die drei HH. Graf Johann Mathias Thun, Graf Stadion und Graf Leo Thun, unsern immer schwächer werdenden Gubernialpräsidenten, will ich Ihnen ein weiteres Bild über unsere Tschechen geben. Diese haben den Tirolern Einigkeit, festen Zusammenhalt an die österreichische Monarchie gepredigt, während sie selbst Alles aufbieten, daß die ganze Monarchie zerfalle. Die eben so schöne als wahre Antwort der Tiroler auf die Adresse der Prager Deputation hat Ihr Blatt gebracht, aber keine hiesige Zeitung, die alle unter dem Terrorismus der Tschechen stehen, hat sich getraut, solche aufzunehmen, und die Deputation, die bei ihrer Zurückkunft von Innsbruck ihre Adresse an die Tiroler an allen Straßenecken angeschlagen, hat sich wohl gehütet, auch die Antwort darauf bekannt zu geben! Graf Leo Thun, ganz in den Keiten der tschechischen Partei, hat in Folge der letzten Wiener Ereignisse hier bekanntlich eine provisorische Regierung niedergesetzt, weil das Wiener Ministerium nicht frei sey, während er vielleicht noch mehr unter dem Terrorismus schmachtet als das Wiener Ministerium. Er nahm unter die acht Mitglieder seiner provisorischen Regierung sechs Erztschechen und zwei Deutsche, von denen die tschechische Partei wohl wußte, daß sie diesen illegalen Schritt nicht billigen und sich bei der Regierung nicht betheiligen würden. So geschah es auch; sie nahmen die Ernennung nicht an, und nun werden sie durch Tschechen ergänzt werden, die sich ohnehin gleich dahin ausgesprochen hatten, daß kein Deutscher in diese Regierung kommen dürfte. Am Sonntag kam der Protest des Wiener Ministeriums gegen diesen illegalen Schritt hier an; sogleich ergriffen einige Leute der tschechischen Partei ihre Maßregeln dagegen. Während zwei Tage vorher die Studenten eine Deputation an die Stadtverordneten gesandt hatten, daß sie sich auflösen, die Waffen niederlegen und die hier nicht Einheimischen nach Hause gehen wollten, kamen am Sonntag Leiter der Tschechenpartei, die HH. Fatler, Trojan und Hauschild und der Holzhändler Brabetz in die Aula, forderten die Studenten auf, hier zu bleiben, weil man sie während des nächsten Landtags, der also unter der Fuchtel der Studenten und der Swornost berathen wird, brauchen würde, und sie eine noch größere Rolle spielen würden als die Wiener Studenten. Sie sagten ihnen dieses im Namen der Bürger, die mit Vergnügen bereit wären, sie in ihre Wohnungen aufzunehmen und ihnen auch die Kost zu geben. Die Studenten, jung und unüberlegt wie sie sind, glauben wirklich, daß die genannten vier Herren ihnen den Ausdruck der ganzen Bürgerschaft gebracht haben! Und die Studenten bleiben nun beisammen hier als Werkzeug der wühlerischen Tschechen, die lieber alles in Flammen setzen, als daß sie die Deutschen neben sich gleichberechtigt dulden. Ihr einziger süßer Gedanke ist die Verwirklichung eines Slavenreichs, vor welchem uns aber der Himmel und Deutschland bewahren mögen! Gott erleuchte die Deutschen, daß sie einig und stark werden, damit uns Deutsche in Böhmen das Vaterland vor dem tschechischen Vernichtungskriege schütze. Man wird nun die Universität in eine Studentenkaserne verwandeln, und Sie mögen die Folgen ermessen, wenn ich Ihnen sage, daß schon jetzt ein großer Theil der Studenten im Krankenhaus liegt... Der Fluch der Studenten und deren Eltern wird jene Leute treffen, welche die Studenten veranlaßt haben, hier zu bleiben. Glauben Sie nicht, daß ich übertreibe, in ganz kurzer Zeit werden Sie alles, was ich Ihnen hier mittheilte, durch die nackte That bestätigt finden. Es wird mich nicht wundern, wenn wir in wenig Wochen auch hier Barrikaden haben werden, denn Polen haben wir genug hier, und Sie wissen, wie diese Alles in Flammen zu setzen beabsichtigen, um ihre Zwecke zu fördern. Und die armen Studenten wissen nicht, wessen Spielball sie sind. Daß die Tschechen allen hiesigen Kaffeewirthen verboten haben, ferner Ihre Zeitung in ihren Schanklokalen aufzulegen, wird Ihnen vielleicht noch nicht bekannt seyn; Sie mögen hieraus erkennen, wie weit es bei uns gekommen ist. So wird hier die Freiheit der Presse und der Rede gehandhabt. Ueber den Slavenkongreß werden Sie eigene Berichte erhalten; die Adeligen nehmen innigsten Antheil daran, bereits tragen sie alle das slavische Band.

(A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Lemberg, 3. Juni. Die hiesige Zeitung enthält nachstehende Bekanntmachung des Landes-Gouverneurs, Grafen Stadion: „Mit allerhöchstem Handschreiben Sr. Majestät vom 26. v. M. mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt und aufgefordert, zu diesem Behufe mit möglichster Beschleunigung in das allerhöchste Hoflager nach Innsbruck abzugehen, hat der gefertigte Gouverneur der Königreiche Galizien und Lodomerien im Grunde höchster Ermächtigung Sr. Exz. den Herrn Kommandirenden von Galizien, Freiherrn v. Hammerstein eingeladen, im Einvernehmen mit dem Hrn. Gubernialvizepräsidenten Agenor Grafen Goluchowski seine Stelle bis auf weitere allerhöchste Befehle zu vertreten. Lemberg, am 3. Juni 1848. Franz Graf v. Stadion, Landesgouverneur." (Oestr. D. Z.)

Pesth, 5. Juni. Die Wiener Maiereignisse haben auf den Ban von Kroatien erschütternd gewirkt. Die acht Bataillons Grenzer, welche er vom Ausmarsche nach Italien zurückgehalten, ließ er nachher abziehen. Der ungarische Regierungskommissär, Feldmarschallieutenant v. Hrabowsky und der ihm beigeordnete Direktor Eötvös sind am 30. Mai in Agram eingetroffen. Ueber den Erfolg sind dem Ministerium noch keine Nachrichten zugekommen. Ein Gerücht will aber wissen, daß Hrabowsky und Eötvös unverrichteter Sache und heimlich abziehen mußten, um nicht vom Agramer Pöbel mißhandelt zu werden. Der General Rath, Kommandant von Essek, war hier, um vom Ministerium mündliche Verhaltungsbefehle entgegenzunehmen. Der Temeser Graf und k. Regierungskommissär Peter v. Csernovich, welcher ebenfalls hier eingetroffen war, ist wieder nach Neusatz abgegangen. — In allen slavischen Provinzen ist alles in Bewegung, zahlreiche Schaaren aus allen Gegenden wechseln mit einander ab; die andern gehen in ihre Heimath zurück. — Die Beschlüsse des permanenten Ausschusses der serbischen Nation lauten im Wesentlichen wie folgt: 1) Die serbische Nation erklärt sich für eine freie selbstständige Nation, unter dem Hause Oesterreich und der ungarischen Krone. 2) Syrmien mit der Grenze, Baranya, Baks mit dem bakser Distrikt und dem Csaikistenbataillon, Banat mit der banater Militärgränze und mit dem großkikindaer Distrikt, werden auf Grund der mit dem Hause Oesterreich und der ungarischen Krone geschlossenen Verträge für das Territorium des serbischen Woywodenthums erklärt. 3) Es wird der politische Verband des serbischen Woywodenthums mit dem Königreich Kroatien, Slavonien und Dalmatien auf dem Grunde der Freiheit und der vollkommenen Gleichheit ausgesprochen, dessen Bedingungen ausgearbeitet werden sollen. 4) Um diese Bedingungen auszuarbeiten, wird ein Ausschuß aus 42 Mitgliedern gewählt, welcher sein Operat der Nationalversammlung vortragen soll. Außerdem wurde demselben Ausschuß die Vollmacht ertheilt, über alles zu dem oben angedeuteten Zwecke Nothwendige zu verfügen, die Nationalversammlung, so oft sie erforderlich ist, zusammenzuberufen, einen permanenten Ausschuß aus eigner Mitte zu wählen, die Wünsche und Beschwerden der Nation entgegenzunehmen und dieselben für die bevorstehende Nationalversammlung vorzubereiten. 5) Den König zu bitten, daß die walachische Nationalität im Geiste der Freiheit und im Geiste der Volksthümlichkeit ausgesprochen und sicher gestellt werde. 6) Dem Ausschuß wird das Recht ertheilt, über den bestehenden Nationalfond zu verfügen, und die vielleicht erforderlichen Auslagen daraus zu bestreiten. 7) Eine Deputation aus der ganzen Nation zu bestimmen, welche die Wünsche der Nation dem König vortragen und dem kroatisch-slavonischen Landtag mittheilen wird. 8) Daß der vom Ministerium ausgeschriebene Kongreß nicht abgehalten werde. 9) Eine Deputation an die Prager-Slavische Versammlung abzusenden. Die in der den 16. Mai abgehaltenen Sitzung gefaßten, wichtigern Beschlüsse sind folgende: 1) Es wurde aus dem gewählten Ausschuß ein permanenter Ausschuß von 12 Mitgliedern gewählt. 2) Es wurden die Mitglieder der an den Kaiser abzusendenden Deputation, an der Zahl 450, gewählt, welcher sich aus andern Gemeinden Abgeordnete beigesellen können. Auch wurde der Ban von Kroatien gebeten, diese Deputation von Kroatien aus gleichfalls zu beschicken. 3) Wurde zum amtlichen Blatt die früher in Pesth, jetzt aber hier erscheinende serbische Zeitung Wjestnick gewählt. In derselben Sitzung wurde auch beschlossen, für den Fall, daß man den Forderungen der serbischen Nation Hindernisse in den Weg legen sollte, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Den 17. Mai sind die wichtigern Beschlüsse folgende: 1) Auch von dorther eine Deputation nach Prag zu schicken, welche die Foderungen der serbischen Nation unterstützen soll. 2) Ein Siegel mit der Aufschrift: „Ausschuß der Vertreter der serbischen Nation" anfertigen zu lassen. 3) Die Wahl eines Ausschusses bei allen serbischen Gemeinden zu veranlassen, welche mit diesem Zentralausschuß in Verbindung stehen sollen. 4) Wurde der vom Erzherzog-Palatin an den Patriarchen

Digitized by Google

geschriebene Brief vorgelesen, in welchem dem Patriarchen angezeigt wird, daß der vom Ministerium ausgeschrieben gewesene Kongreß um einen Monat später und zwar in Temeswar abgehalten werden soll. Ferner wurde der Patriarch für alle Folgen verantwortlich gemacht. Die anwesende zahlreiche Versammlung erklärte alle Verantwortlichkeit auf sich nehmen zu wollen und nach kurzer Berathschlagung wurde beschlossen, dem Erzherzog-Palatin in serbischer Sprache zu antworten, daß die jetzige Versammlung der serbischen Nation den bisher bestandenen serbischen Nationalkongreß in seiner bisherigen Form für ihr Organ nicht mehr anerkennt und ihn in der alten Form für immer aufgehoben hat, so wie der früher bestandene ungarische Landtag im Geiste der neuern Zeit für immer aufgehoben ist. Dieses sind die wichtigern Beschlüße des hier arbeitenden Ausschusses der serbischen Nation. Schließlich melde ich noch daß in Neusatz gleich nach der vor einigen Tagen abgehaltenen Restauration vom Magistrate die serbische Sprache als die Geschäftssprache angenommen wurde. Dasselbe geschah auch in Pancsowa. (D. konst. Z.)

Italien.

Innsbruck. Hier verbreitet sich das Gerücht, daß Vicenza von F. M. Radetzky genommen seyn soll, was aber noch der Bestätigung bedarf. — Se. kais. Hoheit Erzherzog Albrecht ist wieder nach Italien, Erzherzog Wilhelm nach Prag abgereist.

(Bote v. u. f. T. u. Vorarlb.)

Privatbriefe aus Mailand lauten übereinstimmend dahin, daß zwischen Radetzky und der provisorischen Regierung in Mailand Friedensunterhandlungen gepflogen worden, dahin gehend, daß Venedig unter Oesterreich zu verbleiben und die Lombardei einen ansehnlichen Theil der österreichischen Staatsschuld zu übernehmen hätte.

(Eidg. Z.)

Die „Basler Zeitung" sagt: Ein Privatbrief aus Mailand vom 4. Juni bestätigt die bedeutende Schlappe der Italiener am 29. Mai unweit Mantua, und meldet eine größere Schlacht am 1. Juni, deren Ausgang noch unbekannt ist, worüber aber mehr Furcht als Hoffnung walte. Cremona war ernstlich bedroht. Gewisses wußte man nicht.

Triest, 5. Juni. Nach einem Privatbriefe vom 31. Mai in einem Genueser Blatte sollen 3000 Sizilianer auf Kalabrien marschiren, um es zu insurgiren und einen Sohn Karl Alberts als König auszurufen. In Reggio und Pizzo sollen die königlichen Truppen entwaffnet und so heimgeschickt worden seyn; Niemand zahle mehr Steuern in den Provinzen. — In Civita Vecchia sind die beiden Romeo und andere Flüchtlinge aus Neapel angekommen. (K. v. u. f. D.)

Nach Briefen aus Triest vom 8. Juni hatte die feindliche Flotte keine Angriffsbewegung mehr gemacht, aber alles deutete auf ihre Absicht, den Hafen zu blokiren. Warum denn nicht? Rührt sich doch in Deutschland niemand für den deutschen Seehafen, dessen Deputirte freilich in Frankfurt zu keiner ungelegenern Zeit ihre separatistischen Verwahrungen hätten einlegen können! Welche Verblendung von allen Seiten! Morgen näheres über jene unglückliche Blokade, die den ganzen Seehandel von Oesterreich bedroht — ein neuer Schlag für den politisch und finanziell zerrütteten Staat.

(A. Z.)

Spanien.

Madrid, 3. Juni. Die diplomatischen Verbindungen mit dem Berliner Hof sind nach vieljähriger Unterbrechung hergestellt. Gestern ist der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Sr. preuß. Majestät, Graf Raczynsky eingetroffen, und noch an demselben Tag wurde er in einer Privataudienz von der Königin empfangen. Aeußerungen der wohlwollendsten Gesinnungen wurden bei dieser Gelegenheit ausgetauscht. Ueber den belgischen Geschäftsträger, Graf v. Hamel, hatte sich das Gerücht verbreitet, er sey wie Bulwer fortgewiesen. Derselbe erklärt nun in einer Zeitschrift an die Journale, daß er bei seiner Regierung um einen Urlaub nachgesucht, daß es aber nicht wahr sey, daß man ihm bedeutet habe, er solle von demselben Gebrauch machen. (Sp. Bl.)

Frankreich.

Paris, 9. Juni. Zu den Gerüchten, womit man das Volk aufzuregen und unruhig zu erhalten sucht, gehört auch die Sage, der Prinz Joinville sey von der „reaktionären" Partei förmlich nach Paris beschieden worden, um demnächst einen großen Staatsstreich ausführen zu helfen, der zum Ziel haben soll, den Prinzen zum Reichsverweser auszurufen. Es ist nicht zu leugnen, daß sich unter der Pariser Nationalgarde mehrfache Sympathien zu Gunsten des Prinzen Joinville kundgeben. Den Beleg dazu haben wir in den letzten Wahloperationen der Hauptstadt, indem der Prinz in jedem der drei ersten Stadtviertel mehrere hundert Stimmen erhielt, obgleich die Nationalversammlung durch ein besonderes Dekret die Verbannung aller Mitglieder der Julidynastie ausgesprochen hatte. Allein eben so gewiß ist es, daß der Prinz nicht den französischen Boden betreten hat, obgleich der Regierung die Meldung zugekommen seyn soll, der Prinz sey vorgestern in einem Postwagen der Kompagnie Laffitte und Gaillard verkleidet in unsern Mauern eingetroffen. Nachdem die Polizei die sorgfältigsten Nachforschungen gepflogen hatte, um der Glaubwürdigkeit jener Meldung auf den Grund zu sehen, gewann sie die Ueberzeugung, daß dieß lediglich eines der vielen Gerüchte war, womit man unter dem Volke die Gährung zu unterhalten strebt. (A. Z.)

In Algerien hat sich der Stamm der Flittas empört und den aus Mostaganem ausgerückten Truppen ein heißes Treffen geliefert. Zu Konstantine ward eine von Achmed Bey und anderen Arabern angezettelte Verschwörung rechtzeitig entdeckt. Man wollte die Stadt anzünden, um in der Verwirrung plündern zu können.

Großbritannien.

London, den 3. Juni. Der Handel mit dem Festlande ist ganz gelähmt; in den gewerbreichen Gegenden herrscht zum Theile große Noth, und Unruhen sind die Folge davon. (N. Speyer Z.)

Schweden und Norwegen.

Christiania, 30. Mai. Heute Nacht 12½ Uhr hat der Storthing bei verschlossenen Thüren den am 27. beim Storthing eingegangenen, von dem sofort am 27. niedergesetzten Ausschuß gebilligten und am 29. Nachmittags 6 Uhr vorgelegten Antrag: „die norwegischen Linientruppen und Ruderflotille, wie Se. Majestät der König es nothwendig findet, zur Theilnahme an der Vertheidigung Dänemarks gegen den Angriff des deutschen Bundes und Preußens und zum Schutz der gegenwärtigen und zukünftigen Interessen zu verwenden und zu den dadurch nothwendig gewordenen Ausgaben außerordentlich eine Summe von 260,000 Spezies zu bewilligen," einstimmig angenommen. Durch die Motivirung dieses Antrages verliert das Votum die Bedeutung, die es beim ersten Anschein für die dänische Kriegspartei hat und man begreift, wie eine doch bisher durch Einsicht, Gewissenhaftigkeit und Besonnenheit so ausgezeichnete Körperschaft, wie der norwegische Storthing diesen Beschluß fassen konnte. Die Komite ersieht aus den von der Regierung mit beigelegten Aktenstücken, daß die schleswig-holsteinische Frage und die künftige staatsrechtliche Stellung des Herzogthums Schleswigs als die vereinigten Reiche Schweden und Norwegen nicht angehend betrachtet bleibt und nur die nordische Frage in so fern der deutsche Bund die offenbare Absicht zeigt, sich eines Theils des eigentlichen Dänemarks zu bemächtigen, in Betracht kommt. Nachdem der Storthing seine Bewilligung weiter, so viel als möglich verklausulirt und sich gegen die Einmischung in die eigentlich schleswig-holsteinische Frage verwahrt hat, lautet der Schlußantrag des Komites dahin: „In Betracht Alles dieses: weil die Nation vertrauen könne, daß der König, was nur in seiner Macht stehe, mit Beistand der fremden Mächte thun werde, die Sache auf friedlichem Wege rasch zu erledigen, und nichts in den vorgelegten Aktenstücken vorliege, daß eine weitere Annäherung und ein bedenklich seyndes gegenseitiges Schutz- und Trutzbündniß vorbereitet und eingeleitet werde: und weil endlich die schwedischen Stände bereits die nöthigen Mittel bewilligt, da Schwedens und Norwegens Interessen in diesem Falle als gleich betrachtet werden können: und weil die Verweigerung der königlichen Anträge das Bruderband zwischen den Reichen zu bedenklich schwächen würde: so beantragt das Komite die Bewilligung der königlichen Anträge.

(D. konst. Z.)

Rußland und Polen

Riga, 1. Juni. Die politischen Ereignisse draußen erregen hier die größte Aufmerksamkeit. Die Zeitungen werden verschlungen. Schade daß den freisinnigen Blättern der Zugang nicht erlaubt ist. Unser Buchhandel empfindet von den Zuständen in Deutschland einen harten Schlag. Denken Sie sich die Bestürzung der Buchhändler, als die Nachricht zur Gewißheit wurde, daß eine neue Zensureinrichtung in den Ostseeprovinzen ins Leben tritt. Noch ist sie nicht im Gange, aber in diesen Tagen werden sechs neue Zensoren in Riga erwartet. Kaum hatte man sich etwas von dem Schrecken über diese Hiobspost erholt, so kommt schon die zweite und zwar gestern die, daß für die Folge alle Bücher Zoll bezahlen; jede Flugschrift, jedes Heft zahlt 5 Kopeken Silber (1½ Sgr.), Romane 15 Kopeken auf jeden Band (5 Sgr.), rohe Bücher pfundweise 5 oder 10 Kopeken. Nicht die Hälfte der Geschäfte wie früher wird unter diesen Aussichten gemacht. Jedes Buch geht in Zukunft durch die Hände der Zensoren, die ihren Stempel darauf drücken. Alles Verschreiben von Neuigkeiten, alles Zurücksenden des Unverkauften muß somit aufhören. Alles schreit über diesen Barbarismus, wir aber klagen über den beschränkten Standpunkt der russischen Staatsmänner, die vermeinen, daß man Gedanken abwehren könne durch Zölle, und nicht einsehen, wie so verkehrte Maßnahmen wie die angeführte keinen andern Erfolg haben, als die Verbreitung der Bildung aufzuhalten, während sie den etwanigen Geist der Freiheit nimmermehr hemmen. Noch eines. Nur wenigen ist es jetzt ausnahmsweise gestattet, hinauszureisen nach Deutschland und Frankreich. (A. Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Mittwoch, 14. Juni: „Eisele und Beisele," Lustspiel v. Feldmann.

Fremdenanzeige.

Blaue Traube. HH. Gravenegg, Privatier von Wien; Gaisberg, Gutsbesitzer v. Donauwörth; Hair, Baumeister v. Augsburg; Hasp, Bauführer v. Dorten; Lesto, Kaufmann v. Glarus; Heinzelmann, Banquier v. Augsburg.

Stachusgarten. HH. Arnold, Stadtbeamter v. Mannheim; Frhr. v. Rüd v. Augsburg; Krakowitzer, Dr. med. v. Linz; Entres, Landgerichtsassessor v. Oberdorf; Brand, Landgerichts-Assessor von Donauwörth; Vogl, Rechtspraktikant, Bauernfeind, Landgerichtsoberschreiber, und Mark, Bürger v. Obersberg; Hüfinger, Dr. med. v. Schwäbischhall.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

2410. (3c) Dienstag den 20. Juni 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Mai 1847, und zwar von

Nro. 58,015 bis 68,102.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Montag den 26. Juni 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 22. Mai 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

L. Negrioli, Mag.-Rath.

Schnetz, Cassier. — Offenbrunner, Controleur.

Pfandauslösung und Versteigerung.

2416. (3c) Dienstag den 27. Juni 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Mai 1847 und zwar von:

Nr. 63,044 bis 72,753.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Dienstag den 4. Juli öffentliche Versteigerung.

München, den 31. Mai 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt I. der Stadt München.

L. Negrioli, Magistratsrath.

Hannes, Cassier. — v. Zech, Controleur.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 157.

Man pränumerirt auf die Nr. 3 in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kindel-Gasse Nro. 21, auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährig 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 3 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 6 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Donnerstag XLIX. Jahrgang. 15. Juni 1848.

Bayern und die Taktik der Wühler.

*** München, 15. Juni. „Es ist Methode in diesem Wahnsinn." Wer möchte es läugnen? In den Krawallen, Schilderhebungen und Straßenkämpfen der republikanischen Partei ist eine Methode, aus der auch die Gegner Manches lernen können. Wir meinen die bewunderenswerthe Konsequenz, mit der jene Partei nach dem Ziele (man weiß nach welchem!) strebt. Wer die Augen offen hält, ist längst darüber im Klaren, daß Deutschland einer bodenlosen Anarchie anheimfallen würde, und nur von einem Prinzipienkriege mit all seinen schrecklichen Folgen Rettung hoffen könnte, wenn die Partei, die wir bezeichneten, an einem oder mehreren Punkten unsers Gesammtvaterlandes die Oberhand gewänne. Leider gibt es Viele, denen durch den absichtlich an allen Ecken und Enden sich fast gleichzeitig erneuernden, geschickt genährten wüsten Aufruhrlärm der schwache Kopf zu schwindeln beginnt, so daß sie die künstlich erregte Bewegung für eine natürliche und darum unvermeidliche halten. Aber gerade deßhalb hatte die Tagespresse niemals mehr als jetzt die heilige Pflicht, der Wahrheit und nur der vollen, furchtlosen Wahrheit zu huldigen. Betrachten wir die Taktik unserer Gegner, der Männer des Umsturzes, so zeigt sich, daß sie eine wesentlich andere geworden, seitdem die Forderungen des deutschen Volkes an den Thronen Gehör gefunden, seitdem die Bürgschaften freierer Entwicklung des nationalen Lebens gegeben sind, seitdem das Bedürfniß des gegenseitigen Vertrauens zwischen Regierten und Regierenden sich wieder geltend macht, und seit man zu Frankfurt tagt, um Deutschlands Verfassung auf neuen, dauernden Grundlagen zu erbauen. Die früher von den Führern der extremen Richtung den wahren Vaterlandsfreunden abgelauschten, von Jenen aber niemals redlich gemeinten Losungsworte, sind jetzt verbraucht. Was würde es weiter noch frommen, das Volk für mündig zu erklären, den Ruf nach Reformen, den Klageschrei über Knechtung der Presse zu erheben, da die erlangten Zugeständnisse so umfassend sind, daß selbst dem Schwerzubefriedigenden volle Genüge geschah? Die Gefahr droht nun von anderer Seite her. Man fürchtet die Wiederherstellung eines geordneten Zustandes; ihn zu hindern, ja unmöglich zu machen, werden alle Hebel der Lüge, der Drohung, der offenen Gewalt in Bewegung gesetzt. Die große Mehrheit der deutschen Nation wünscht Rückkehr der öffentlichen Sicherheit, eine geregelte Entfaltung der neugewonnenen Institutionen, Wiederbelebung des gelähmten Handels, der stockenden Gewerbe, Befestigung der konstitutionellen Throne und Gründung einer gleichfalls konstitutionell-monarchischen Zentralgewalt für ganz Deutschland an der Stelle der bisherigen, unhaltbar gewordenen Bundesverfassung. Sie will, um es kurz zu sagen, fortan in den friedlichen Genuß aller jener Güter treten, die sie durch eine große und hochherzige Kundgebung des Nationalwillens sich errungen hat, und für welche sie, würde von irgend einer Seite her der Versuch gemacht, sie ihr wieder zu entreißen, jeden Augenblick wie ein Mann sich zu erheben bereit wäre. Freilich sind dieß trübe Aussichten für jene Männer der Extremität, deren Waffe die Anarchie, deren Licht die Mordbrennerfackel, deren Bundesgenosse der schnöde Verrath ist, mit dem sie uns an den Wälschen verkaufen möchten. Da müssen alsogleich neue Schreckworte ersonnen werden, damit der keimende Friede in den Gemüthern nicht den Boden finde, in dem er wurzeln möge, und damit die mit Mühe unterdrückte Drachensaat des Mißtrauens aufs neue hervorschieße. Es ist der Warnungs- und Droh-Ruf der Reaktion, der gebrochenen Zusagen, des Wiederauftauchens der Rückschrittspartei, des Einflusses der Camarillen, der antinationalen, dynastischen Sondergelüste, und wie jene ganze Gespensterfamilie heißen mag, die nun Tag für Tag von der unermüdlichen, nicht minder kühnen als schlauen Propaganda heraufbeschworen wird, um die leichtgläubigen Massen in Aufregung und Mißstimmung zu erhalten. Zeigt irgendwo eine deutsche Regierung noch einige Energie und Festigkeit, um rohe Ungebühr und Auflehnung zurückzuweisen, dann Schmach ihr und Fluch auf immerdar! Sie ist verfehmt und geächtet in dem Urtheile der Patrioten; denn sie hat treulosen Wortbruch geübt und beugt den mündig gesprochenen Bürger unter das alte Joch bureaukratischer Bevormundung und Gewalt. Gewinnt es den Anschein, als behalte im deutschen Parlamente die Stimme der Besonnenheit, der Erfahrung und des praktischen Sinnes die Oberhand, schnell werden die Volksvertreter zu Volksverräthern; die reaktionäre Partei hat in der Versammlung der Erwählten Deutschlands triumphirt, und selbst die zufällige, ungehobene Verspätung des Abdruckes der Protokolle ist — welcher Abgrund von Tücke! — das planvolle Werk eines perfiden süddeutschen Rückschrittsmannes. Gibt es nun vollends in Deutschland noch einen Landstrich, der wirklich einigen Halt in seinen Zuständen offenbart, wo Besitz und Personen des Rechtsschutzes genießen, Wohlstand und Zufriedenheit herrschen, gibt es noch eine Hauptstadt, die das Stadium des Barrikadenbaustyls und der Theorie der Katzenmusik nicht gründlich genug betrieben hat, die klassische Literatur der Maueranschläge vernachlässigt und das Glück der Sicherheits-Ausschüsse, der Sturmpetitionen, des Klubterrorismus nicht gehörig zu schätzen weiß, gibt es noch einen Volksstamm, der mit Liebe und Treue an seinem Fürstenhause hängt und Vertrauen zu den Räthen der Krone besitzt, die es aufrichtig mit dem Wohle des Landes meinen, — dann wehe dem böotischen Geschlechte, wehe den „politischen Heiden", für die Hrn. Ruges Evangelium immer ein apogryphes bleiben wird, weil ihnen das Organ mangelt, seine göttliche Inspiration zu fassen. Was Wunder ist es sonach, daß die Blätter der radikalen Farbe insbesondere mit dem giftigsten Hasse das Band zu lockern versuchen, welches Bayerns aus kerndeutschen Stämmen bestehende Bevölkerung fortwährend an gesetzliche Ordnung und beschworne Bürgerpflicht knüpft und festhält? Dem warmen Gefühle für seine mit schweren Opfern bewahrte Stammeigenthümlichkeit und Selbstständigkeit, deren tiefgewurzelter monarchischer Sinn sich sträubt, dem Phantom einer nach neuesten Pariser Mustern zugeschnittenen deutschen Republik ein reelles, durch Jahrhunderte erprobtes Gut leichtfertig preiszugeben, schiebt man von jener Seite her unbedenklich separatistische Tendenzen und verwerfliches undeutsches Sondergelüste unter. Der so maßlos angefochtene bayerische Entwurf zur Reichsverfassung kann nach den seither öffentlich gegebenen Erklärungen über seine Entstehung und seinen Zweck ferner nicht als Stütze solcher Verdächtigung dienen. Hat doch Bayern weit weniger als irgend ein anderes Gebiet des deutschen Gesammtvaterlandes Grund und Beruf, sich von der allgemein deutschen Sache zu trennen! Bayerns Stellung neigt sich vielmehr mit ihrem vollen Schwerpunkte Deutschlands Einheit zu; mit ihr muß es stehen, mit ihr fallen. Seine Lage, seine ungemischt deutsche Bevölkerung, sein Vorantritt auf der Bahn des konstitutionellen Lebens, durch welche ihm die gewaltsamen Umwälzungen erspart wurden, von denen wir Oesterreich und Preußen bis in's tiefste Mark erschüttert und geschwächt sehen, der wenig fruchtbare Boden, den die Saat fremdländischer Wühlerei in ihm gefunden, während sie in den nichtbayerischen deutschen Rheingauländern üppig emporsproßte, Bayerns Mangel an einem der Hauptfaktoren der Revolution, einer den Führern blind folgenden Proletariermasse, die es als vorzugsweise agrikoler Staat zu seinem Glücke entbehrt, der unverdorbene gesunde Sinn seiner Bewohner endlich, welcher dem Rückschritte eben so abhold ist als kopfloser Ueberstürzung — alle diese Vortheile kann es zu Gunsten eines einigen und starken Deutschlands in die Wagschaale legen, und es kann es nicht blos, es will und muß es wollen; das Gegentheil würde sein Verderben seyn. Aber man beherzige es wohl, Bayerns Stärke ist Deutschlands Stärke! Wollen, daß Bayern der Auflösungspartei, die mit verlockenden Namen ihre destruktiven Absichten zu bemänteln sucht, sich um jeden Preis in die Arme werfe, verlangen, daß es auf sein Recht, auf seine Pflicht, vermittelnd zwischen die Extreme zu treten, Verzicht leiste, es hindern, mit Ernst und Vorsicht abzuwägen, welche Opfer der Selbstständigkeit der Drang und die hohe Aufgabe der Zeit in Wahrheit begehre, welch andre dagegen theils redlicher, aber unpraktischer Idealismus, theils offnes und verkapptes Republikanerthum als unerläßliche bezeichnen, dieß hieße eine schwere Verschuldung nicht blos an Bayerns Wohl und Zukunft, sondern an Deutschland selbst auf sich laden. Bayern wird — davon sind wir lebhaft überzeugt — das schwierige, staatsrechtliche Problem, das die Frankfurter Versammlung beschäftigt, so mitlösen helfen, daß ihm der Dank und die Anerkennung der deutschen Nation nicht entgehen kann. Gleich ferne den verderblichen Doktrinen einer schrankenlosen Demokratie, wie denen des Absolutismus und einer engherzigen Sonderpolitik werden die Vertreter Bayerns als ächt deutsche Männer, deren Herzen begeistert für Deutschlands Größe schlagen, zum Werke unserer nationalen Wiedergeburt nach Kräften das ihrige beitragen. Sie werden sicher seyn, nirgends weniger auf Hemmnisse und Widerstand zu stoßen, als bei ihrer eigenen liberalen Regierung, die auf der Bahn der Reformen mit so viel Entschiedenheit vorangegangen ist, nirgends weniger als bei ihrem Monarchen, der die Freiheit und Gesetzmäßigkeit zu seinem Wahlspruche erkoren, und dessen erste Regentenhandlung es war, seinen Anschluß an den mit stärkeren Gewährschaften als bisher zu umgebenden deutschen Einheitsbund laut, offen und ohne Rückhalt zu verkünden.

F. B.

Deutschland.

Auszug
aus dem
Protokoll der Sitzung der konstituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. M.
vom 8. Juni 1848.

Anfang der Sitzung: Vormittags 9 Uhr. Vorsitzender: Heinrich Gagern. Der Vorsitzende zeigt nach einigen Erläuterungen die Namen der für die österreichisch-slavische Frage erwählten Ausschußmitglieder an. Es sind: 1) Schrett aus Wien, Vorsitzender. 2) Kaichberg aus

Teschen, Stellvertreter desselben. 3) Nagerbauer aus Linz. 4) Reitter aus Prag. 5) Beisler aus München. 6) Lausch aus Troppau. 7) Schmerling aus Tulm. 8) Gatherz aus St. Pölten. 9) Sommaruga aus Wien. 10) Ruge aus Leipzig. 11) Fallmerayer aus München. 12) Giskra aus Mährisch-Trübau. 13) Malowizka aus Krakau. 14) Berger aus Mähren. 15) Fritsch aus Ried. Heckscher berichtet im Namen des Ausschusses für völkerrechtliche und internationale Angelegenheiten über den von Dahlmann und mehreren andern Abgeordneten gestellten Antrag in der schleswig-holstein'schen Angelegenheit. Der Antrag der Kommission geht auf folgenden Beschluß: „Die deutsche Nationalversammlung erklärt, daß die schleswig'sche Sache als einer Angelegenheit der deutschen Nation zu dem Bereich ihrer Wirksamkeit gehört und verlangt, daß bei dem Abschlusse des Friedens mit der Krone Dänemarks das Recht der Herzogthümer Schleswig und Holstein und die Ehre Deutschlands gewahrt werde. Auch spricht die deutsche Nationalversammlung in der Voraussetzung, daß der Rückzug der deutschen Bundestruppen nach dem Süden Schleswigs strategischen Gründen beizumessen sey, die zuversichtliche Erwartung aus, daß für die erforderliche Verstärkung des Bundesheeres in Schleswig-Holstein, sowie für die Sicherstellung des durch den erwähnten Rückzug den feindlichen Einfällen etwa bloßgestellten nördlichen Schleswigs schleunige und wirksame Fürsorge getroffen werde.“ Sofort erstattet Mittermaier im Namen des Verfassungsausschusses Bericht über die von dem Luxemburger Abgeordneten eingelegte Verwahrung gegen den von der National-Versammlung aus Veranlassung des Raveaux'schen Antrags gefaßten Beschluß. Der Antrag der Kommission geht dahin: „Die National-Versammlung in Erwägung, daß Beschränkungen oder Instruktionen bei Wahlen der Abgeordneten als rechtlich wirksam nicht anerkannt und Verwahrungen von Abgeordneten gegen einzelne Beschlüsse der Nationalversammlung nicht beachtet werden können, fordert die Abgeordneten von Luxemburg auf, an den Verhandlungen der Nationalversammlung wieder Theil zu nehmen.“ Hierauf berichtet Radowitz im Namen des Marine-Ausschusses, und stellt folgenden Antrag: „Die Nationalversammlung wolle beschließen, daß die Bundesversammlung zu veranlassen sey, die Summe von 6 Mill. Thlr. zum Zweck der Herstellung einer deutschen Flotte auf verfassungsmäßigem Wege verfügbar zu machen und zwar 3 Mill. sogleich, 3 Mill. nach Maßgabe des Bedürfnisses.“ Nach einigen Debatten und Anträgen von Seiten Wippermann's, Radowitz's, Venedey's, Mayern's und Edel's die Sicherheit der Nationalversammlung betreffd., geht die Versammlung nach Abstimmung zur Tagesordnung über; diese führt hierauf zur Verhandlung über die von Rob. Blum in der Sitzung vom 27. Mai erfolgte Aeußerung, betreffend eine Mittheilung des preußischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten an die sachsen-meiningen'sche Regierung. Eisenmann beantragt, auf die Verhandlung der Sache nicht einzugehen. Die Versammlung lehnt jedoch diesen Antrag ab. In der nun eröffneten Berathung beantragt R. Blum: die Nationalversammlung wolle die Einforderung der Akten beschließen, welche die von ihm zur Sprache gebrachte Angelegenheit betreffen. Auerswald dagegen beantragt: die Nationalversammlung wolle, in gerechter Würdigung der von dem Abgeordneten von Leipzig erhobenen nicht begründeten Anklage einer hohen deutschen Bundesmacht, ihre Mißbilligung darüber aussprechen. Nach Verkündigung der Tagesordnung für die nächste Sitzung und nach Anzeige der anberaumten Ausschußsitzungen wird die Sitzung Nachmittags 1½ Uhr geschlossen.

Zur Beurkundung:
Der Vorsitzende: v. Gagern.
Die Schriftführer: Fetzer, Möring.
(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 11. Juni. Der Ausschuß für Begutachtung der Anträge auf Bildung einer Zentralgewalt ist, nachdem er sich bereits in der am 7. d. Mts. mitgetheilten Weise geeinigt hatte, nochmals uneins geworden und wird nun seinen Antrag in einigen Punkten modifizirt einbringen. Vornehmlich wird es unter 2) heißen: dasselbe (das Direktorium) soll aus 3 Männern bestehen, welche von den Regierungen bezeichnet und, wenn sie von der Nationalversammlung durch einfache Abstimmung ohne Berathung gebilligt sind, ernannt werden. Ferner unter 3) a und b: Das Bundesdirektorium hat bis zur Begründung der obersten Reichsgewalt die exekutive Gewalt auszuüben. In dieser Fassung wird der Antrag, wenn sich nicht neue Bedenken erheben, kommenden Mittwoch eingebracht werden.
(K. v. u. f. D.)

Bayern.

München, 14. Juni. Aus Tegernsee erfahren wir, daß Se. königl. Hoheit, der Hr. Herzog Maximilian bei seiner Ankunft dort mit großem Jubel empfangen worden sey. — Offiziere und Wehrmänner der Landwehr aller Waffengattungen, der Freikorps der Studirenden, der Bürgerssöhne, Künstler, Turner rc. fanden sich zahlreich in Tegernsee ein, ebenso die Schützen von Oberaudorf, Rottach, Egern und Kreuth. — Am Samstag Abends 9 Uhr war Zapfenstreich mit Musik, auch wurde Sr. königl. Hoheit dem Hrn. Herzog ein Ständchen gebracht. Die Gasthäuser sowie alle Privatwohnungen sind überfüllt. Die Münchener Bürger-Sängerzunft fand sich zahlreich ein. Ueberall herzliche Fröhlichkeit. Leider ereignete sich in Gmund ein Unglücksfall. Der Sohn eines hiesigen bürgerl. Salzstößlers ertrank beim Baden, seine Leiche wurde von den in Gmund anwesenden Mitgliedern des Freikorps der Bürgerssöhne nach langem Suchen aufgefunden. (B. Lndtz.)

In der Nacht vom 12. auf den 13. d. Mts. sind aus dem Strafarbeitshause der Vorstadt Au drei Verbrecher entsprungen, von denen der eine lebenslänglich, der andere auf unbestimmte Zeit, und der dritte auf 12 Jahre zur Kettenstrafe verurtheilt war. (Lbdtn.)

Augsburg, 13. Juni. Gestern Nachmittags lebten wir in einer sehr beunruhigenden Spannung. Der Nachmittagsbahnzug von München war über drei Stunden zurückgeblieben und Befürchtungen der mannigfaltigsten Art knüpften sich an diese Zögerung und sprachen sich hie und da laut aus! Endlich erfahren wir, daß der ganze Aufenthalt durch das Einlenken des Zuges in ein falsches Geleise veranlaßt wurde, was ein Verweilen von mehreren Stunden in Pasing veranlaßte. Ein Unglück fiel Gottlob nicht vor. — Am 1. Pfingstfeiertag hat ein beim königl. Oberpostamt in Nürnberg praktizirender königl. bayer. Lieutenant seinem Leben durch die Kugel ein Ziel gesetzt. Eine fehlgeschlagene Erwartung soll die Ursache dieses beklagenswerthen Ereignisses seyn. (Lechb.)

Württemberg.

Stuttgart, 13. Juni. Die vielfach im Umlauf gewesenen Gerüchte über Unruhen, welche an Pfingsten hier statthaben werden, haben sich, wie vorauszusehen war, nicht bewahrheitet. Es waren alle erforderlichen Maßregeln getroffen. (Schw. Mkr.)

Cannstatt, 13. Juni (11 Uhr Vormittags.) Heute früh um 6 Uhr hätte die Hinrichtung der beiden Mörder Mauthe und Schaff stattfinden sollen, als einige Stunden vor der bestimmten Zeit die Nachricht eintraf, daß dieselbe verschoben sey. Die große Menschenmenge, die seit 1 Uhr Morgens sich hier zusammenzog, war darüber sehr unwillig und äußerte auf die verschiedenste Weise ihren Unmuth. Ein Theil derselben, meist junge Leute von 15—18 Jahren rissen das nur schwach bewachte Schaffot zusammen und warfen es zum Theil in den Neckar, zum Theil verbrannten sie es. Die nach Hause kehrende ungeheure Menschenmenge überfüllte auf kurze Zeit die Stadt und drohte mit Demonstrationen, so daß die Bürgerwehr unter die Waffen gerufen werden mußte, wodurch die Ordnung bald wieder hergestellt war. Die Zeit der Hinrichtung ist bis jetzt noch nicht bekannt. Außer den jetzt modernen Schlagworten: „Hecker hoch!“ hörte man keinerlei politischen Demonstrationen. Jetzt ist es wieder ganz ruhig hier.
(Schw. Mkr.)

K. Sachsen.

Leipzig, 10. Juni. Bei den gestrigen Exerzitien des 2. Schützenbataillons ereignete sich ein sehr beklagenswerther Unfall. Es standen die 1. und 2. Kompagnie der 3. und 4. gegenüber und exekutirten einen Scheinangriff. Bei dem Feuern wurden auf Seiten der ersten Abtheilung ein Mann getödtet und drei verwundet. Den Hergang der Sache wird die eingeleitete Untersuchung feststellen. (D. A. Z.)

Preußen.

*Berlin, 9. Juni. Der Behrendsche Antrag: „die hohe Versammlung wolle in Anerkennung der Revolution zu Protokoll erklären, daß die Kämpfer des 18. und 19. März sich wohl um das Vaterland verdient gemacht haben“ hat in der Reichsversammlung sowohl, wie außerhalb derselben zu sehr lebhaften Erörterungen geführt. Nach langer Debatte wurde derselbe nach dem Antrag von Zachariä, welcher dem Sinne nach so lautet: die Versammlung gehe in Anerkennung der großen Ereignisse des März und ihres Einflusses auf die gegenwärtigen Staatsentwickelungen zur Tagesordnung über mit 196 gegen 177 Stimmen angenommen. Dies verursachte bei dem außen versammelten Volke die ungeheuerste Aufregung, da man die Sache so auffaßte, als habe die Reichsversammlung die Revolution verläugnet. Es fehlte auch nicht an Rednern, die das Volk noch mehr aufhetzten. Während dies vorging, verließ der Minister v. Arnim das Ständehaus und forderte, als er auf seine Frage, was das Volk hier stehe die Antwort erhielt, daß man den Beschluß der Versammlung wissen wolle, das Volk mit einer etwas ungestümen Armbewegung und den Worten: Das werdet ihr morgen erfahren, geht nach Hause; zum Auseinandergehen auf. Da ward er plötzlich umringt, man stieß ihn, drohte, schimpfte, schlug mit Stöcken auf seinen Hut, und es war einen Augenblick lang sein Leben in Gefahr. Da gelang es einigen herbeieilenden bewaffneten Studenten, befreiten ihn endlich und führten ihn in die Aula. Bevor man noch die Universität schließen konnte, waren bereits hunderte nachgedrängt und es entspann sich eine sehr lebhafte Szene in derselben. Kaum aber schien die Aufregung sich einigermaßen gelegt zu haben, als eine zweite Volksmasse, laut brüllend Hrn. v. Sydow hereinschleppte, der, wie man erfahren hatte, sich gegen den Behrendschen Antrag ausgesprochen hatte. Beide, der Minister von Arnim und der Abgeordnete von Sydow konnten erst spät die Aula verlassen. Auch der Kriegsminister Canitz war von dem wüthenden Haufen angefallen und nur mit Mühe wieder freigelassen worden.

Schleswig-Holstein.

Aus Schleswig, 6. Juni, schreibt man der „Weser Zeitung“: „Es verbreitet sich hier die aus guter Quelle kommende Nachricht, daß England die 3 Hauptforderungen unseres historischen Rechtes anerkannt habe, nämlich: die Herzogthümer Schleswig und Holstein sind selbstständige Staaten, sie sind unzertrennlich mit einander verbundene Staaten, der Mannsstamm herrscht in den Herzogthümern. Jedoch scheinen die Friedensvorschläge von dem dänischen Ministerium zurückgewiesen zu seyn. Denn wieder ertönt Kanonendonner und Waffengeklirr vom Norden her u. s. w.“

Freie Städte.

Frankfurt, 11. Juni. Die Besorgnisse wegen Ruhestörungen, die hier noch unlängst viele Gemüther erfüllten, sind, da das Pfingstfest wirklich eingetreten ist, ganz in den Hintergrund getreten. Die frühern Gerüchte von zahlreichen Zuzügen aus entfernten Gegenden, womit eine Demonstration gegen die Nationalversammlung bezweckt würde, sind insgesammt wieder verhallt. — Von den Deputationen der demokratischen Vereine sind schon einige hier eingetroffen, ihre Verhandlungen finden jedoch in geschlossenen Räumen statt; ebenso die der Philosophenversammlung, welche sich, wie man hört, unter Leitung des Dr. Noack von Oppenheim über die Füglichkeit berathen will, die politischen Grundlehren Hegels ins praktische Staats- und Volksleben einzuführen. (Schw. Mkr.)

Frankfurt, 12. Juni. In verflossener Nacht ist es in Offenbach zwischen Militär und Bürgern zu bedauerlichen Konflikten gekommen. Was wir bis jetzt über den Hergang ermitteln konnten, besteht in Folgendem: Einige Soldaten, die sich von dem in Büdingen stehenden Detaschement des Regiments ohne Urlaub nach Offenbach zurückbegeben hatten, waren mit Kasernenarrest bestraft worden. Eine Anzahl ihrer Kameraden, denen sich Bürger anschlossen, zogen gestern Abend um 11 Uhr nach der neuen Kaserne, sprengten das Thor und bewirkten die Freilassung der Arrestanten. Dann zogen sie mit ihnen nach der alten Kaserne, und dort wurde — ob auf Kommando oder nicht, scheint noch nicht ermittelt zu seyn — von den Soldaten auf die Heranziehenden Feuer gegeben. Es sollen ungefähr 10 Personen theils bei diesem Anlaß, theils bei dem Handgemenge in der alten Kaserne Schuß- und Stichwunden erhalten haben, darunter einer lebensgefährlich. Gegen Mitternacht wurde die Bürgerwehr durch den Generalmarsch unter Waffen gerufen. Der Gemeinderath sandte

noch in der Nacht eine Deputation nach Darmstadt ab, von wo bereits heute früh 9½ Uhr General v. Bechtold zur Untersuchung der Sache eingetroffen ist. (A. Z.)

Frankfurt, 12. Juni, Abends. Heute Mittag trat in Offenbach eine gemischte Kommission, bestehend aus dem General v. Bechtold, dem Ministerialrath Maurer und den Lokalbehörden zusammen und faßte den Beschluß, daß Oberst v. W. vorderhand beurlaubt werde und der sehr beliebte Obristlieutenant H. das Kommando übernehme. Das Militär wird in der Kaserne konsignirt und behält blos die Hauptwache. Das Regiment verläßt mit nächstem die Stadt, und es wird dieser anheimgestellt, ob sie eine andere Garnison oder sonstige Entschädigung (etwa ein Appellationsgericht) wünsche. Diese Beschlüsse wurden um 4 Uhr einer Volksversammlung mitgetheilt und mit großem Beifall aufgenommen. Der General hatte zugesichert, daß die wachthabende Mannschaft keine Patronen erhalten solle; da man aber erfuhr, daß trotz dieses Befehls scharf geladen worden sey, so ließ die Volkskommission die Mannschaft, welcher die Turner mit scharf geladenen Gewehren gegenüber standen, zur Abgabe der Patronen auffordern, worauf diese ohne Weigern einging. Das von Darmstadt und Langen hieher beorderte Militär (dessen Berufung wohl zunächst durch die Arbeiterversammlung veranlaßt war) erhielt von Offenbach aus Gegenbefehl. Einer der gestern Verwundeten wird die Nacht schwerlich überleben. (A. Z.)

Oesterreich.

Wien, 8. Juni. Gott sey Dank! all unsere Bemühungen auf staatsrechtlicher Basis eine Versöhnung herbeizuführen sind überflüssig geworden. Die Proklamation des Kaisers ist da, und marktet nicht und feilscht nicht, sondern erkennt die Zusage vom 15. und 16. Mai also den konstituirenden Reichstag uneingeschränkt an. Alle Hetzereien, alle Befürchtungen sind niedergeschlagen und wir alle sind zum erstenmal wieder in wahrer Freude. Ich sage alle; denn auch diejenigen, welche die Gefahr eines konstituirenden Reichstags für deutsches Interesse nicht verkennen, oder welche die Form der Errungenschaft mißbilligten, auch diese sind froh, daß auf eine so herzliche, der freien Volksentwickelung sich hingebende Weise von unserm Kaiser der Zwiespalt gelöst, die Versöhnung aller Parteien angebahnt wird. — Mögen nun alle Rekriminationen vermieden, möge eine neue, wirklich organisirende Epoche unseres Staatslebens begonnen werden! Man beschicke den Reichstag so vollzählig, wie möglich, man vertage die Einleitungen zu Provinziallandtagen — sie spalten und hemmen jetzt nur, und keine Provinz hat jetzt mehr einen stichhaltigen Vorwand, den Reichstag zu umgehen. Diejenige, welche jetzt noch in solchen Vorwänden beharrt, dokumentirt dadurch der Gesammtmonarchie feindliche separatistische Gelüste. (A. Z.)

Wien, 9. Juni. Das Finanzministerium hat ein Regulativ der Postgebühren für die inländischen (österreichischen) Zeitschriften erlassen. Maß der Beförderungsgebühren ist der Preis der Zeitungen. Davon sind für die Versendung innerhalb der Monarchie 20 pCt. zu bemessen, doch darf die Versendung nie mehr als 4 fl., nie weniger als 40 kr. jährlich betragen, und zur Erleichterung der Tarirung sind beim Ansatz des Nettopreises Beträge über 30 kr. als volle Gulden, dagegen unter 30 kr. gar nicht in Anrechnung zu bringen. Dagegen heißt es noch immer: „Für die im Inland erscheinenden Zeitungen und andern Zeitschriften, welche nach dem Ausland zu senden sind, ist den auswärtigen Postanstalten keine höhere als die unter 2) festgesetzte Speditionsgebühr anzurechnen; wogegen es bis zur Verständigung mit den fremden Postanstalten bei den bisherigen Postgebühren für den Bezug auswärtiger Zeitungen und anderer Zeitschriften zu verbleiben hat." Die österreichische Post behält also den auswärtigen Zeitungen gegenüber ihren theilweisen bis zu 150 pCt. steigenden Postaufschlag bei, während alle Staaten die Portogebühren herabsetzen!

Triest, 6. Juni. Um 7 Uhr Abends wurden die Allarmkanonen gelöst und die drei Doppelschüsse vom Kastell und im Hafen brachte die ganze Stadt auf die Beine. Von der Anhöhe in St. Andrea konnte man deutlich das feindliche Geschwader sehen, das mit vollen Segeln und im günstigen Winde anrückte. Ich zählte 11 Segelschiffe und drei Dampfer, welche letztere den linken Flügel bildeten. Mittlerweile waren alle Wachposten, mit Ausnahme der Hauptwache und der Wache des Artilleriezeughauses vom Militär an die Nationalgarde übergeben worden, und das gesammte Militär bivouakirte auf den Hauptplätzen. Die Vorposten desselben standen zunächst am Ufer. An diesem und den Hafendämmen sind Batterien von 36 Pfündern und Congreveschen Raketen, am Fischplatz auch zwei 30-Pfünder Granaten aufgestellt. Eben so sind die beiden Lazarethe mit Geschütz wohl besetzt und unsere ungebetenen Gäste werden eine unsanfte Begrüßung finden. Unter den Truppen herrscht der beste Geist; die Mannschaft der Marine ließ wiederholt ihr schallendes Hurrah vernehmen. Um halb 11 Uhr fielen Kanonenschüsse — es waren keine blinden Schüsse mehr. Die französische Fregatte „Asmodé" und der englische Dampfer „Terrible" sammt zwei englischen Segelschiffen haben sich außerhalb der Rhede seitwärts des eigentlichen Schauplatzes aufgestellt. (Morgens.) Das Feuern dauerte mehr oder weniger unterbrochen bis nach 1. Uhr in der Nacht. Ein Dampfschiff und eine Korvette aus dem feindlichen Geschwader hatten sich zuerst genähert und das Feuer eröffnet. Wie ich höre, haben zwei feindliche Dampfschiffe ziemlich Schaden gelitten. (Karls. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

In der Sitzung der czecho-slavischen Sektion des Slavenkongresses vom 8. Juni wurde folgender Beschluß gefaßt: Die versammelten Gesandten der slavischen Gemeinden und Nationen in Oesterreich, die ungarischen Kronländer mit einbegriffen, treten auf Grundlage der konstitutionellen Freiheit in eine Einheit zur Wahrung ihrer Nationalität im vollen Sinne des Wortes dort, wo sie die nationalen Rechte bereits genießen; zur Eroberung derselben, wo sie derselben noch beraubt sind. Zu diesem Zwecke werden sie alle Mittel anwenden, welche in einer rechtlich gegründeten Gesellschaft zur Wahrung angeborner Rechte gegen die Unterdrücker möglich und giltig sind." Die Polen sträubten sich anfangs, an den Schritten gegen die Magyaren Theil zu nehmen; schlossen sich aber, besonders durch Liebelt's Zureden, später dem gemeinschaftlichen Beschluß an.

Klausenburg, 29. Mai. Heute wurde der letzte siebenbürgische Landtag mit großer Feierlichkeit eröffnet. Zuerst begaben sich die Deputirten in Gala in die Kirche, sodann durch die auf beiden Seiten der Straßen dichtgedrängt stehenden Menschenmassen auf das Landhaus, im Redoutengebäude. Nachdem sämmtliche Abgeordnete sich auf ihren Sitzen eingefunden, verlas der k. Kommissar, Frhr. v. Puchner, die königlichen Propositionen, die Sie bereits kennen, zuerst in lateinischer und dann, als von Seiten der Zuhörerschaft im Saal und auf den Galerien dagegen protestirt wurde, in ungarischer Sprache. Mit Eljenruf empfangen, trat er von demselben Lebehochrufen begleitet ab. In allen Gassen zunächst dem Landhause bildete die Nationalgarde Spalier. Im allgemeinen herrschte eine der Ordnung und Ruhe durchaus günstige Stimmung und die sächsischen Deputirten, besonders diejenigen von Hermannstadt, welche trotz der ihnen auf das feierlichste von der Nationalgarde zugesagten Achtung ihrer Stellung und Person wohl nicht ohne Befürchtungen die Straßen betraten, mögen über ihre glücklicherweise getäuschten Erwartungen selbst gelächelt haben, als sie auch nicht die mindeste feindliche Demonstration oder unruhige Bewegung im Volke zu bemerken im Stande waren. Ebensowenig erfolgte eine noch wenige Tage vorher erwartete Demonstration von Seiten der Walachen. Denn obschon die Blasendorfer Beschlüsse, in 16 Artikeln zusammengefaßt, den Beitritt der Walachen zur Union an die Bedingung ihrer vollständigen Anerkennung als vierter Nation geknüpft hatten und sie Willens schienen, durch eine hundert Mann starke Deputation ihre Beschlüsse vor dem Landtag auf das kräftigste zu vertreten, so erfuhr man doch, daß die Deputation von ihrem Vorhaben abgestanden, seit man in der am 28. stattgefundenen allgemeinen Nationalversammlung (nemzeti gyülés) den Beschluß gefaßt, den nächsten ungarisch-siebenbürgischen Reichstag bereits dem neuen Repräsentativsystem, nach welchem auch die Walachen eine Anzahl von Vertretern senden sollen, mit Deputirten zu beschicken. Die größere Mehrzahl der Glieder der walachischen Deputation besteht aus Popen. — Den 30. Mai. Heute am Namenstag des Königs Ferdinand V. ist von dem Landtage die Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn einstimmig beschlossen worden. (A. Z.)

Italien.

Aus Südtyrol, 10. Juni. Wir haben seit dem Ausbruche der Empörung der lombardisch-venetianischen Provinzen eine große Zahl von Bulletins gelesen, welche von Verona, Botzen, Trient und zuletzt aus Innsbruck datirt wurden. Von letzterer Gattung sende ich Ihnen hier ein Exemplar, das achte Bulletin betitelt. Alle diese gedruckten und geschriebenen Berichte, so viel sie auch nicht sagten und verschwiegen, sprechen doch unläugbar Eine große Wahrheit aus: wir haben eine treffliche Armee voll Hingebung und Tapferkeit, aber die Leitung, die Kriegskunst, das rasche, geniale Feldherrntalent vermissen wir. Es schrieb Ihnen schon einigemale ein Korrespondent aus Verona ganz dasselbe. Nun tritt diese Wahrheit deutlich zu Tage. Früher hieß es immer: wenn nur einmal das Nugentische Armeekorps mit dem Hauptheere vereinigt ist, dann wird der Krieg bald entschieden seyn. Die Vereinigung erfolgte vor ungefähr drei Wochen und wir sind von der gehofften günstigen Entscheidung so weit entfernt als zuvor, ja wir ließen sogar erst jetzt das heldenmüthig vertheidigte Peschiera in Feindeshand kommen. Es scheint, man will auch noch die Reserven unter Baron Welden abwarten, welche dem bisherigen raschen und klug kombinirten Vordringen dieses Generals gemäß bald zur Stelle seyn werden. Möchte dem Baron Welden bei den nächsten Operationen unsers Heers ein vorzüglicher Einfluß zu Theil werden! Er ist nach dem Urtheile der Sachkundigen vielleicht allein der Mann, der uns noch den Sieg erringen kann. Man räume diesem talentvollen energischen Führer schleunig den gebührenden Platz bei der Armee ein! Aber es darf nicht länger gezögert werden, soll nicht — trotz der Tapferkeit und des besten Geistes der Truppen — das alte österreichische Kriegsunglück aus der Langsamkeit und Unentschlossenheit der obersten Leitung unsere letzten Hoffnungen in Italien vereiteln und die Monarchie ihrer kräftigsten Stütze — der Armee — berauben. Wir geben dieß den hohen Herren in Innsbruck und dem wackern Kriegsminister in Wien zu bedenken. (A. Z.)

Rom, 3. Juni. Heute 12 Uhr sind die Kammern eröffnet worden; Kardinal Altieri hielt im Namen des Papstes die Thronrede, die sich in allgemeinen Formeln bewegte und die Kammern aufforderte, Finanzen und Gesetzgebung zu berathen. (A. Z.)

Niederlande.

Aus dem Haag wird gemeldet: Die Verzögerung in der Vorlage des Grundgesetzentwurfes hat sich als sehr nachtheilig erwiesen. Adressen über Adressen laufen ein, und die radikalsten, die ohne Umschweif Aufhebung der ersten Kammer, Herabsetzung der Zivilliste u. s. w., nebenbei auch gänzliche Absonderung von Limburg verlangen, damit man mit Deutschland nicht in unangenehme Berührung komme, erwecken gar kein Befremden mehr. Was die limburgische Angelegenheit betrifft, so vermißt man schmerzlich eine feste Hand, hinsichtlich der auswärtigen Angelegenheiten. Noch hat der jetzige König nicht einen Minister der auswärtigen Angelegenheiten gehabt, der als ein Mann von Bedeutung angesehen worden wäre, und die einzige Erklärung, welche dieser Umstand zuläßt, liegt darin, daß sich kein politisch bedeutender Mann eine fortgesetzte Einmischung des Königs in die Diplomatie gefallen lassen will. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 8. Juni. Hier nähert sich alles wieder einer Krisis, man sieht es an allen Zeichen, die einer solchen vorausgehen: ungewöhnliche Versammlungen von Arbeitern auf den Boulevards, wüthende Deklamationen in den Klubs, Zunahme der Maueranschläge und tägliches Erscheinen neuer Zeitungen, die offenbar nicht bestimmt sind, länger zu leben, als bis sie einer augenblicklichen Aufregung gedient haben. Man sagt, die Klubs wollen Sonntag einen Versuch auf Paris machen, um von der Aufregung Nutzen zu ziehen, welche die Reform der nationalen Werkstätten unter den Arbeitern erregt, und daß sie deßwegen ihr Bankett zu 10 Sous auf diesen Tag verlegt haben, andere meinen, sie werden nach Vincennes ziehen, um zu versuchen, Barbès zu befreien. Sie werden wohl nicht verrückt genug seyn, das letztere zu wagen und ich glaube auch nicht, daß sie die Waffen hier ergreifen werden, denn ihre Führer müssen fühlen, daß sie zum voraus geschlagen sind; aber dieser beständige Zustand eines schlummernden bürgerlichen

Kriegs, der nicht zum Ausbruch kommt, ist zerstörend für das Land. Wir führen das Leben von Wilden, wo man jeden Augenblick bereit seyn muß, seine Habe und Existenz mit den Waffen in der Hand zu vertheidigen und wo man sich von dem Staat nicht beschützt fühlt. Daher wird auch die Armuth täglich größer, alle Tage sieht man hier eine größere Anzahl von Buden geschlossen und hört von Fabriken und Werkstätten, die in allen Theilen des Landes zu arbeiten aufhören, weil die Besitzer ihre letzten Kräfte erschöpft haben, um das rohe Material anzuschaffen, während sie die Fabrikate nicht verkaufen können, oder weil die Arbeiter mitten in diesen Umständen höheren Lohn verlangen, indeß man ihnen den bisherigen nur mit großen Opfern geben konnte. Zum Glück stehen die Früchte der Erde vortrefflich, so daß keine Theurung der Lebensmittel zu besorgen ist, denn bei dem gänzlichen Mangel an Erwerb, an Kapital und an Kredit wäre eine Theuerung ein Uebel, dem die bürgerliche Gesellschaft in ihrer Erschöpfung nicht gewachsen wäre. Der Preis des Getreides ist gegenwärtig so niedrig, daß er sich nicht allein durch die gute Ernte des letzten Jahres erklären läßt; er kommt daher, daß der Kornhandel so gut als aufgehört hat; der Müller, der Kornhändler und der Bäcker kaufen Getreide und Mehl von Woche zu Woche, sie haben keinen Kredit zu ihrem gewöhnlichen Handel und niemand kann Korn speichern. So ist es mit dem Vieh; gegenwärtig ist die Zeit, wo man das junge Vieh zum Mästen aufkauft, aber die Viehzüchter in der Normandie haben kein Geld, die Bankiers, die ihnen Kredit gaben, haben auch keines, daher werden die Pachtgelder nicht bezahlt, wer auf Hypotheken entlehnen will, erhält um keinen Preis Geld, weil man immer von den Eingriffen der Platzmacher in die Privatrechte bedroht ist und so steht im Landbau alles still, so weit es von den Menschen abhängt. Die Kammer kann die Administration hindern, Schritte zu thun, welche das Wiedererwachen des Kredits unmöglich machten, wie z. B. der gezwungene Ankauf der Eisenbahnen; sie kann sie sogar zwingen, einige positive Schritte zu thun, um wieder Vertrauen einzuflößen, wie z. B. durch die Annahme des Vorschlags über vollständige Entschädigung der Sparkassen und Schatzscheine, einzelne Minister können das Ihrige beitragen, um die Ordnung zu vertheidigen, wie Trelat durch das Dekret über nationale Werkstätten und Rekurt durch den Gesetzentwurf über Aufläufe, aber daß ein wahres und erfolgreiches Vertrauen wiederkehrte, auf welches hin der Kredit sich wieder bauen ließe, dazu gehörte eine Regierung. (A. Z.)

Paris, 9. Juni. Die Aufläufe an dem Porte St. Denis und St. Martin dauern fort. Die Haufen schreien: Es lebe Barbès! Nieder mit Thiers! Auch in andern Gegenden der Stadt sind Exzesse vorgefallen. Ein Volkshaufe begann Garten und Haus des Hrn. Thiers, das aber durch bewaffnete Macht geschützt wurde, zu stürmen, ein anderer richtete sich gegen die Vorstädte, um der ungeheuern Militärmacht zu entweichen, die sich von 10 Uhr an längs der Boulevards aufstellte und die ganze Nacht hindurch lagerte. Diesen Morgen wurde eine Proklamation des Vollziehungsausschusses in Betreff der Aufläufe angeheftet. — Gestern gegen Abend feuerte ein Blousenmann eine Pistole gegen Grandchamp, Adjutanten des Obergenerals Thomas auf dem Tuilerienquais ab, den er wahrscheinlich für den General selbst betrachtet hatte. Der Schuß traf jedoch nicht den Reiter, sondern das Pferd, das todt niederstürzte. — Thiers, auf den es gestern abgesehen war, dessen Haus ein Bataillon Mobilgarde die Nacht über schützte und den keine Seele im März vorzuschlagen wagte, ist in vier Departements zugleich gewählt worden. Darunter Paris! (Schw. Mkr.)

Paris, 10. Juni. Auch gestern Abend großes Volksgedränge an den Pforten St. Denis und St. Martin. Von neuem ging es gegen das Haus des Hrn. Thiers, das wieder bewacht war. — Eine Versammlung von 500 Abgeordneten besprach sich gestern über Abhülfe gegen die jetzigen Unruhen. Man beschloß vor allem den Konstitutionsentwurf abzuwarten. (Schw. Mkr.)

(Nationalversammlung.) Sitzung vom 10. Juni. An dem Brückengeländer an den Quaieinfassungen nahmen heute zu guter Stunde eine Menge Arbeiter, Militärs und bekrückter Invaliden Platz, nicht um die Nationalversammlung zu stürmen, sondern um den Prinzen Napoleon Louis Bonaparte bei seiner Ankunft vor dem Sitzungssaale zu begrüßen. An des Justizministers Bethmont Stelle, wird G. Lafayette zum Vizepräsidenten gewählt. Bald nach 2 Uhr trat Thiers in den Saal. Seine alten Freunde: Vieillard, Remusat, Taschereau, Duvergier de Hauranne rc., empfingen ihn mit großer Zuvorkommenheit. Um 2½ Uhr begann eine ziemlich lebhafte und beißende Debatte über die Zügellosigkeit der Preßfreiheit. Mehrere Blätter begann ein Abgeordneter, veröffentlichen eine Liste aller reichen Leute; das heiße das Volk offenbar zur Plünderung auffordern. Er trage daher auf strenge Ahnung solcher Frechheiten bei der Vollziehungsgewalt an. Die Minister Duclerc und Bethmont versprachen, den Verfassern jener Artikel nachzuforschen und sie vor die Gerichte zu ziehen. Uebrigens sey bereits ein Gesetz gegen beleidigende Maueranschläge erschienen. Flocon bemerkte, daß wenn man Repressivmaßregeln verordne, man sie auch auf die reaktionäre Presse ausdehne, die besonders ihn und seine gleichgesinnten Freunde täglich beleidige. (Schw. Mkr.)

Großbritannien.

London, 9. Juni. Wir haben abermals Unruhen in London und in verschiedenen andern Städten Englands gehabt und einige Chartistenhäupter haben beschlossen, nächsten Montag einen neuen Versuch auf die Freiheit des Landes zu machen. Es sollen nämlich gleichzeitig in allen Städten so zahlreiche Meetings gehalten werden, als an einem zweiten Pfingsttage zusammengebracht werden können. Diese sollen durch ihre Menge und ihre Stellung vor allem zeigen, daß die Chartisten nicht eine verächtliche Faktion sind, sondern das Volk bilden. Was dann weiter erfolgen solle, will man wohl der Zeit und den Verhältnissen des Augenblicks überlassen. Die Regierung jedoch hat ihrerseits allenthalben so vortreffliche Gegenanstalten getroffen, daß nirgend auch nur ein augenblicklicher Triumph von Seiten dieser nach Alleinherrschaft strebenden Massen zu befürchten steht. — Das Unterhaus beißt sich noch immer über den Vorschlag für die Abschaffung der Schifffahrtsgesetze herum, welcher um so eher durchgehen muß, da das Ministerium seine Existenz daraufgesetzt und Peel nebst allen denen, welche ein Ministerium mit ihm bilden könnten, in der Hauptsache mit ihm eins sind. (A. Z.)

Der „M. Post“ zufolge dürfte nächstens auch der Herzog v. Bordeaux mit seiner Gemahlin in England eintreffen und da auf längere Zeit seinen Wohnsitz aufschlagen. Ludwig Philipp und der Herzog v. Bordeaux, Dom Miguel und Graf v. Montemolin, Fürst Metternich und der Herzog Karl von Braunschweig — so wird dann das halbe Dutzend vertriebener Regenten und Prätendenten auf brittischem Boden voll seyn. Ludwig Philipp lebt mit seiner Familie äußerst still und zurückgezogen in Claremont.

(Deutscher Patriotismus in London.) Am 2. Juni, erzählt die Hamburger Börsenhalle, hielten die Deutschen in London ein „Meeting“, zu welchem alle großen Kaufleute, Konsuln und Diplomaten besonders eingeladen worden waren zu welchem sich aber nur eine sehr kleine Zahl einfand. In dem großen Saale der „Hall of Commerce“ die der Eigenthümer, ein Engländer, unentgeltlich eingeräumt hatte, waren von den 40,000 Deutschen, die London bewohnen, nicht mehr als 2 bis 300 erschienen. Die meisten Deutschen in London erklären offen, sie hätten „aufgehört Deutsche zu seyn“; sogar mehrere Konsuln Deutschlands, namentlich der österreichische benützten diese Ausflucht. Die Versammlung wählte Hrn. Hübner zum Präsidenten, der die Verhandlungen mit einer trefflichen Rede eröffnete, in welcher er den Aufruf an alle Deutsche in England zu Beiträgen für die Bildung einer deutschen Flotte, dieser „neuen Bürgschaft des Friedens“ mit warmen Worten empfahl. Andere Redner, wie Professor Forchhammer, Gerstenberg, Baur rc. folgten. Das Resultat war ein Aufruf an alle Deutsche in England, die Bestätigung des Kommittees, und die Eröffnung der Subskriptionen, welche bis zum 2., einschließlich der 1000 Pf. von dem Prinzen von Preußen, nur etwa 1400 Pf. St. betragen. Auch in andern Briefen aus London wird über die Theilnahmlosigkeit der deutschen Kaufleute in London sowie der deutschen Konsuln an der Flottenangelegenheit, bittere Beschwerde geführt. „An alle deutschen Kaufleute in der City“, heißt es in einem Schreiben vom 2. Juni, „ergingen Einladungen zur Versammlung, und etliche zwanzig der angesehensten und reichsten Häuser wurden um Erlaubniß ersucht, ihre Firma der Liste Derjenigen hinzuzufügen, die bereit sind, Beiträge zu diesem patriotischen Zweck in Empfang zu nehmen. Mit drei ehrenwehrten Ausnahmen lehnten es Alle ab in Briefen, deren Styl von der üblichen Höflichkeit bis zu einem tiefen Grade von Grobheit hinabreichte. Der Vorwand der Meisten war der Krieg mit Dänemark; Einige schrieben, sie seyen britische Unterthanen, und möchten sich deßhalb in deutsche Angelegenheiten nicht einmischen; Andere sagten, sie könnten ihre Zeit für solche Dinge nicht hergeben; ein Anderer erklärte, er sey „kein Deutscher, sondern ein Südösterreicher“, und deßwegen habe das Unternehmen keinerlei Interesse für ihn (die Blokade von Triest wird vielleicht seine Ansicht ändern); ein Haus, das sich auf sein Deutschthum immer viel zu gut that, ging sogar so weit, gegen die Erwähnung seiner Firma mit einem öffentlichen „Proteste“ zu drohen!“ Die Antworten der deutschen Konsuln waren noch charakteristischer. Der österreichische erklärte, er könne sich mit den Angelegenheiten eines fremden Landes nicht befassen, er habe mit den eigenen genug zu thun; der Vertreter der drei Hansestädte begnügte sich mit der lakonischen Anzeige, er habe die Einladung den Behörden, die er repräsentirt, mitgetheilt; der badische Konsul that kund und zu wissen, daß er sich ohne alle Verhaltungsbefehle befinde; der weimarische befürchtete, die englische Regierung würde es nicht erlauben, Beiträge zu diesem Zwecke zu sammeln (!), und der Vertreter einer freien Reichsstadt fügte seinem schriftlichen Ablehnen noch die mündliche Erklärung hinzu: Deutschland bedürfe gar keiner Flotte, wenn es sich zu Hause gut aufführe, so habe es von Außen Nichts zu fürchten, und übrigens besitze ja Oesterreich eine Flotte! Es ist vorgeschlagen worden, die Briefe dieser Herren drucken zu lassen, und sie zum Besten der deutschen Flotte zu verkaufen.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 15. Juni: (Zum Erstenmal:) „Geizige Liebe,“ oder: „Gleich und gleich gesellt sich gern.“ Lustspiel in 2 Akten von Dr. Lederer. Hierauf: (Neu einstudirt:) „Der Verschwiegene wider Willen,“ oder: „Die Fahrt von Berlin nach Potsdam.“ Lustspiel in 1 Akt von Kotzebue.

Freitag den 16. Juni: „Martha.“ Oper von Flotow.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. van der Herberg, Kaufmann v. Eupen; Fränkl, Architekt von Karlsruhe; v. Mayer, Privatier aus Württemberg.

Gold. Hirsch. HH. v. Tavernier, Partikulier v. Harburg; v. Greffen v. Berlin; Saz, Privatier v. Pesth.

Hôtel Maulik. HH. Barly u. Forbes, Rentiers v. London; Beschl, Privatier v. Türkheim; Haderlat, Gutsbesitzer aus Schlesien; Schzlesky, Rentier aus Rußland; Blaickburn, Rentier aus Schottland; Mack, Proprietär v. Antwerpen.

Gold. Hahn. HH. Galamberti, Realier von Mailand; v. Sugotolsky, Offizier v. Posen; Glas, Gastgeber v. Freising.

Blaue Traube. HH. Graf Reizersberg, Oberlieutenant v. Nürnberg; von Mikoz, k. k. Geheimrath, und Theian Larius aus Siebenbürgen; Graf Kovachik v. Homald; Bernuber, praktischer Arzt, und Dr. Mannhart, Professor v. Passau; v. Braun, Postverwalter von Erlangen; Wetzeril, Student von Giessen; Gerg, Forstkommissär v. Speyer; Dr. Lutz v. Kaltzeim; Kreuhofer, k. k. Beamtenswittwe von Wien; v. Mark, Oberstsgattin v. Dillingen; Fr. Gräfin v. Bergheim v. Burghausen.

Stachusgarten. HH. Faust, Dr. jur. v. Fürth; Sagle, Hofgärtner von Eichstädt; Sazle, Oekonom von Germering; Schmid, Maler v. Schwaz; Baumüller, Privatier v. Lindau; Galster, Privatier v. Augsburg.

Gestorbene in München.

Anna Regner, Wagnerstochter v. Fürth, Ldg. Cham, 24 J. alt; Martin Jäger, Zimmermann von Sendling, 71 J. alt; Johann Laudenberger, herzogl. Kammerportier, 64 J. alt; Joseph Jakobi, pens. Hofmusikus, 63 J. alt; Anna Degenauer, Chirurgenstochter v. Neubeuern, 48 J. alt; Cäcilia Maiberger, Maurerswittwe v. h., 84 J. alt; Heinr. Scheidl, pens. kgl. Revierförster von Höchenkirchen, 69 J. alt; Albert Günther, Bildergalleriekonservatorssohn v. h., 17 J. alt.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 158.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir [illegible]-Platz Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährig 1 fl. 30 kr. halbjährig 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

[illegible] 6 fl. — Für Auswärtiges halbjährig im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 36 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Freitag XLIX. Jahrgang. **16. Juni 1848.**

Deutschland.

Frankfurt, 10. Juni. Zweiundsechzigste Sitzung der deutschen Bundesversammlung. Dieselbe war vorzüglich bestimmt, um die seit der letzten Sitzung an die Bundesversammlung gelangten Eingaben zum Vortrag zu bringen. Auch wurden von mehreren Mitgliedern der Bundesversammlung in der üblichen Weise Anzeigen gemacht. Zu den ersteren gehörten zwei Berichte des Syndikus Banks aus London, die Beschaffung einer Marine und die schleswig-holstein'sche Angelegenheit betreffend, welche an die betreffenden Ausschüsse abgegeben wurden. — Der gegenwärtig in Hamburg versammelte Marinekongreß erklärte in einem Schreiben vom 4. d. Mts., wie man allgemein einverstanden sey, daß eine Marine ein unabweisbares Bedürfniß sey, wies aber zugleich darauf hin, daß für diesen Zweck bedeutende Geldbewilligungen erforderlich seyen, und knüpfte daran den Antrag, die Bundesversammlung soll schon zu deren Beschaffung Einleitung treffen. Diese Eingabe wurde dem Marineausschuß zur gutachtlichen Berichterstattung überwiesen. — Eine Zuschrift des Präsidenten der Nationalversammlung vom 7. d. Mts. theilt mit, daß von Letzterer zur Gründung einer allgemeinen Wehrverfassung ein besonderer Ausschuß niedergesetzt worden sey, und stellt mehrere Anträge, unter andern auch den, die Regierungen nach Auskunftsertheilung über die verhandenen, militärischen Streitkräfte u. s. w. aufzufordern. Bevor hierüber Beschluß gefaßt wird, soll das Gutachten des Revisionsausschusses vernommen werden. — Unter den von den Gesandten erstatteten Anzeigen sind besonders die Mittheilungen der Gesandten von Hannover, Braunschweig und Lübeck über die Ausführung des Bundesbeschlusses im Betreff der Stellung der Kontingente des 10. Armeekorps zu erwähnen. Hiernach sind die Letzteren bereits vollständig mobil gemacht und nach der Anzeige von Hannover bis zum 14. d. Mts. sogar 1½ Bataillone für Bundeszwecke mehr aufgestellt als das Bundeskontingent beträgt. Zugleich wurde hierbei bemerkt, daß die Kommissäre der Bundesversammlung am 7. d. Mts. in Hannover angekommen waren, und mit dem Minister des Auswärtigen und der Generaladjutantur konferirt und die gewünschte Auskunft empfangen hatten, am 9. aber ihre Reise weiter fortzusetzen gedachten. — Vom Königreich Sachsen wurden die dort erlassenen Verordnungen über die Volksbewaffnung mitgetheilt. — Zum Schlusse referirte noch der Gesandte für die XVI. Stimme Namens des betreffenden Ausschusses den monatlichen Kassenrapport über das Bundeskassenwesen auf den Monat Mai.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 10. Juni. Von den Bürgern und Bewohnern der Provinz Rheinhessen ist ein Protest gegen den Bundesbeschluß vom 2. Juni l. Js. und als Antrag auf Auflösung der Bundesversammlung an die konstituirende deutsche Nationalversammlung eingetroffen.

(Nürnb. Kur.)

Frankfurt, 11. Juni. Die zahlreichen Deputationen, welche von Schleswig-Holstein hergeeilt waren, um der Nationalversammlung den traurigen Zustand ihres Vaterlandes, der durch den unheilvollen Rückzug der Preußen herbeigeführt worden ist, zu schildern und ihren Beistand zu verlangen, sind größtentheils wieder abgereist. Waren sie hergekommen in der Ueberzeugung, daß die Hilfe der Nationalversammlung die einzige und letzte sey, welche ihr Vaterland retten könne, in der Hoffnung, daß die Vertreter des deutschen Volkes die deutsche Sache Schleswig-Holsteins nicht verrathen, sondern sich derselben um so mehr annehmen werden, als eine falsche Diplomatie sie preisgegeben hat; so sind sie im Ganzen befriedigt wieder in ihre Heimat gegangen. Zwar hätten sie in dem Bewußtseyn, daß thatkräftige Energie allein von Erfolg seyn kann, gewünscht, daß der Beschluß der Nationalversammlung kräftiger und bestimmter gewesen wäre, namentlich auch gewünscht, daß die Versammlung als Organ des deutschen Volkes sich die Ratifikation des Friedens vorbehalten hätte, sowie auch, daß ein fortwährender Ausschuß für die schleswig-holstein'sche Angelegenheit erwählt worden wäre; allein sie glauben, daß dieser Mangel des Resultats gehoben wird durch den veröffentlichten Gang der Verhandlungen selbst, welcher das Gepräge eines ächten deutschen Geistes trägt.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Bayern.

= München, 15. Juni. Eine wesentliche Ergänzung der Zeitungsberichte über die Verhandlungen der Nationalversammlung zu Frankfurt bilden die Privatmittheilungen einzelner Mitglieder an Freunde oder Wähler. Nicht als ob sie nicht Vieles enthielten, was schon durch die Zeitungen schneller zur Offenkunde gelangt wäre; aber sie führen uns aus dem lauten großen Sprechsaal der öffentlichen Debatte in die engeren und stilleren Räume der Betrachtungen, Ansichten und Bestrebungen des Einzelnen, dessen individuelle Anschauungsweise uns hier, oft im Gegensatze zu dem Eindrucke der öffentlichen Berichte, mit wohlthuender Klarheit und Ruhe entgegen tritt. Solche Briefe zirkuliren seit dem Zusammentritte der Nationalversammlung auch bei uns unter dem lebhaften Interesse der Gleichgesinnten, an die sie gerichtet sind. Man vervielfältigt sie in Abschriften und ihr Inhalt bleibt somit kein Geheimniß. Aus diesem Grunde tragen wir kein Bedenken, aus dem letzten, d. d. 5. Juni, hier angelangten, uns zur Auswahl desjenigen, was sich für die Oeffentlichkeit eignet, gefälligst zugestellten Privatschreiben eines hiesigen Mitgliedes der Frankfurter Versammlung Folgendes mitzutheilen: Bekanntlich ist eine der schwebenden Hauptfragen die Aufstellung einer provisorischen, exekutiven Zentralgewalt. Man weiß, daß der Prüfungsausschuß für die in diesem Betreff gestellten Anträge durch Majorität zu dem Beschlusse gelangt ist, einen Antrag auf Ernennung dreier Mitglieder (eines von Oesterreich, eines von Preußen bestellt, das dritte von den übrigen deutschen Staaten aus drei von Bayern vorzuschlagenden Kandidaten erwählt) als Exekutivgewalt mit einem Reichsministerium zu stellen. Wie der Verfasser jenes Briefes schreibt, waren es hauptsächlich die Gefahren, von welchen Deutschland durch die Uebergriffe der zu seinem Gebiete gehörigen fremden Nationalitäten sich bedroht sieht, in Verbindung mit der mangelhaften Bevollmächtigung des Bundestages, welche die provisorische Aufstellung einer Zentralgewalt als dringend nothwendig erscheinen ließen. Zwar hat man bekanntlich in dem Ausschuß für völkerrechtliche und internationale Fragen, aus Veranlassung der Slavenfrage, der Frage der Italiener und des dänisch redenden Theils von Nordschleswig vorläufig zu Protokoll erklärt, daß die deutsche Nation diesen in ihrem Gebiete wohnenden Volksstämmen ihre Sprache und Eigenthümlichkeiten unbeeinträchtigt erhalten werde. Aber die Polen verlangen im Großherzogthum Posen die Hauptstadt und selbst einen Theil von Westpreußen; Südtiroler wollen italienisch werden; in Böhmen spricht sich offener Abfall von Deutschland aus. Hier gilt es somit rasches, einiges und entschiedenes Handeln, und diese Erwägung drängte allmählig jenen Vorschlag in den Vordergrund. Der erste Antrag ging dahin, die Nationalversammlung selbst solle die Exekutivgewalt ernennen. Dagegen sträubte sich aber doch der gesunde Sinn der Abgeordneten. Es leuchtete ein, daß die Nationalversammlung doch nur ein gesetzgebender Körper sey und keinerlei provisorische Regierungsgewalt habe. Wenn ihr auch das Recht zustehe, die Zentralgewalt im Reichsgrundgesetz zu normiren, könne sie doch nicht eine Zentralgewalt aufstellen und in Thätigkeit setzen, bevor nicht ihr Gesetzgebungswerk vollendet und proklamirt sey. Man müsse zugestehen — fährt das Sendschreiben fort — daß zur Zeit noch alle Regierungsgewalt bei den Fürsten und freien Städten sey. Werde daher die Nothwendigkeit der raschen Zentralisirung eines Theiles derselben zugestanden, so könne diese nur von den Fürsten selbst vollzogen werden, in so ferne diese auf einen Theil ihrer Regierungsrechte verzichten und sie dem provisorischen Zentralorgan der Reichsgewalt übertragen. Die Mehrzahl der Mitglieder der Nationalversammlung sey daher der Ansicht, dieses Organ möchte so zu bilden seyn, daß die Nationalversammlung die Fürsten und freien Städte auf die Nothwendigkeit einer provisorischen Reichsgewalt aufmerksam macht und sie einladet, diese nach eigner Wahl aufzustellen. Dieselbe würde zu der Reichsversammlung in dasselbe Verhältniß treten, wie jede Regierung zu ihren Ständen. Außer der Möglichkeit, plötzlichen Gefahren zu begegnen, böte sie noch einen jetzt (bei der mangelhaften Bevollmächtigung des Bundestages) fehlenden Weg zur alsbaldigen Verständigung der Partikularregierungen über die Parlamentsbeschlüsse. Denn auch diejenigen, welche die Reichsversammlung in Sachen der Einheit und bürgerlichen Freiheit allein berechtigt ansehen, schließen doch, die äußerste Linke abgerechnet, die vorgängige Verständigung mit den Regierungen über die zu fassenden Beschlüsse nicht aus. Dabei seyen nun aber neben der Hauptfrage über Nothwendigkeit und Art der Aufstellung einer provisorischen Reichsregierung noch gar manche Nebenpunkte in Betracht zu ziehen. Vor Allem der: Müsse oder könne ein Fürst an der Spitze stehen? Sodann: Solle ein Mann oder sollen Mehrere die Gewalt haben? Ferner: Sind diese verantwortlich, wie die ihnen beigegebenen Minister, oder (was wohl nöthig wäre, wenn ein Fürst an der Spitze steht) ist der Vorstand unverantwortlich? Es fragt sich endlich: Bei welcher Einrichtung bleibt das Ansehen der Fürsten der Partikularstaaten besser aufrecht erhalten, bei einem unverantwortlichen Fürsten oder bei einem verantwortlichen Präsidium mit Ministern? — Die beiden Hauptausschüsse für die Reichsverfassung und die volkswirthschaftlichen Angelegenheiten haben ihre Arbeiten mit Eifer begonnen. Der erstere beräth zunächst die Grundrechte der deutschen Staatsbürger. Da unter diesen die Erwerbsarten mitzuerwähnen sind, so wird für alle, die bei gewerblichen Verhältnissen betheiligt sind, der von dem Verfasser des Sendschreibens Mitgliedern jenes Ausschusses vorgeschlagene Grundsatz von besonderer Wichtigkeit seyn. Er ist geeignet, alle Furcht vor plötzlicher Einführung störender Verhältnisse zu beseitigen. Dieser

Grundsatz lautet: Jeder Angehörige eines deutschen Staates hat das Recht, in jedem andern deutschen Staate Erwerb und Handel zu treiben unter denselben gesetzlichen Bedingungen, wie die Einheimischen dieses Staates. Zwar werde dieser Vorschlag einerseits viel angefochten werden, aber andrerseits die Beistimmung vieler Mitglieder der Nationalversammlung (besonders der Oesterreicher, Süddeutschen und Hannoveraner) erhalten. In dem volkswirthschaftlichen Ausschusse geht es noch ziemlich chaotisch her. Manche wollen schon ordnen, ehe sie nur das Bestehende kennen. Es müße daher hauptsächlich auf vollständige Kenntniß dessen gedrungen werden, was die zu vereinigenden Staaten Eigenthümliches haben, um daraus zu bemessen, wie die Vereinigung in ein Handels- und Zollgebiet am Ersprießlichsten im Einzelnen zu bewirken sey. Ob und in wie weit hier der Zollgesetzgebung vorgearbeitet werden könne, sey noch nicht ganz klar. Am meisten werde auf die Mitwirkung des künftigen Reichsministeriums zu hoffen seyn. In Bezug auf den Stand der Parteien (rechtes Zentrum, linkes Zentrum, Linke) verweist das Sendschreiben auf die drei Programme der beiden Zentrums und der Linke. Die vierte Partei, die äußere Rechte, erkennt gar kein selbstständiges Recht der Nationalversammlung zur Reichsgesetzgebung an, sondern nur das Recht des Vorschlags behufs der Vereinbarung über die Reichsverfassung mit den Regierungen. Diese Ansicht wird gerade von denen vertreten, welche als Lichter des Liberalismus auf dem ersten preußischen Landtage glänzten, namentlich Hrn. v. Vincke. Ueber die Gerüchte von dem Parlamente drohenden Gefahren, die auch hier häufig besprochen werden, gibt das Schreiben beruhigende Versicherungen. Es sey keine Gefahr wahrzunehmen, wenn die Versammlung ernst ihren Weg gehe, wie bisher, und sich weder von der Rechten zurück, noch von der Linken unbedacht vorwärts reißen lasse. Bei der Arbeiterversammlung in Hanau fielen zwar heftige Reden, aber die Ordnung wurde in aller Weise aufrecht erhalten. Wohl kann es einiges Bedenken erregen, daß auf den 14. und 15. Juni alle demokratischen Vereine nach Frankfurt eingeladen sind; wenigstens steht die Einreichung einer Riesenpetition in Aussicht zu Gunsten des von der Frankfurter Polizei wegen aufreizender Reden und Artikel ausgewiesenen Vorstandes des dortigen Arbeitervereines und Redakteurs der Arbeiterzeitung, des Literaten Esselen, und seiner Mitredakteure, Eduard Pelz und Löwenstein. Daß das Parlament zwar die frühere von Zitz eingereichte Arbeiterpetition in Betreff dieser Ausweisung an den Ausschuß verwies, aber einen Abgeordneten, der über diese Angelegenheit das Wort „wegen Dringlichkeit" begehrte, solches verweigert hat, trug natürlich nicht dazu bei, die Betheiligten besonders günstig für die Nationalversammlung zu stimmen. Die Sitzung am 5. wegen der Polensache bezeichnet der briefliche Bericht als eine sehr stürmische. Die Linke wollte die preußischen Deputirten aus Posen erst dann zulassen, wenn der Ausschuß über die Einverleibung des Großherzogthums Posen in das deutsche Reich berichtet und die Reichsversammlung entschieden hätte. Die Majorität ließ sie *vorläufig* zu, vorbehaltlich der definitiven Entscheidung auf den Ausschußbericht.

= München, 15. Juni. Es liegt uns ein neues Schreiben aus Frankfurt vom 9. d. Mts. vor, das in mehrfacher Beziehung einen willkommenen Kommentar zu den schon bekannten Zeitungsberichten, besonders auch hinsichtlich der Stellung der bayerischen Abgeordneten, bildet. Vorerst wird zur Abweisung des in einem Lokalblatte gegen bayerische Abgeordnete in Frankfurt gerichteten Vorwurfes, als sey durch sie v. Lassaulx's Wahl in den Verfassungsausschuß veranlaßt oder durchgesetzt worden, folgende Erläuterung des Sachverhaltes gegeben. Die Wahlen in die Ausschüsse geschehen in folgender Weise: Die Nationalversammlung ist in 15 Abtheilungen durchs Loos getheilt. Jede derselben wählt aus ihrer Mitte einen oder mehr (in den Verfassungsausschuß waren zwei zu wählen) Mitglieder. Vor der Wahl spricht sich gewöhnlich jedes Mitglied kurz über den Gegenstand aus, oder es werden die Mitglieder, für welche sich von vornherein eine Vermuthung besonderer Befähigung zeigt, aufgefordert, sich zu äußern. Als Präsident v. Gagern, den einer der bayerischen Abgeordneten in der Vorberathung als besonders geeignet hervorhob, die auf ihn gefallene Wahl in den Verfassungsausschuß ablehnte, und eine neue Wahl vorgenommen wurde, sprachen gleich beim ersten Zusammentritte mehrere Nichtbayern das Vorhaben aus, einen Bayer, und zwar Lassaulx, zu wählen. Es wurde indessen keine Vorberathung gehalten, sondern gleich zur Wahl geschritten; aber erst nach dreimaligem Skrutinium erhielt v. Lassaulx die absolute Majorität. Die Abtheilung besteht aus einigen 30 Mitgliedern, unter ihnen 6 Bayern, von deren Meinungsverschiedenheit sich überdieß voraussetzen läßt, daß sie nicht alle für Hrn. Lassaulx stimmten. v. Lassaulx wurde gewählt wie jeder, weil die Mehrzahl der einander nahezu ganz unbekannten Mitglieder der Abtheilung einen Bayer wählen wollte, und er sich in der Wahlabtheilung mehrmals freimüthig und entschieden ausgesprochen hatte. Daß die Voraussetzung, als ob Lassaulx nicht durch Freimuth und freisinnige Auffassung der Verfassungsfragen in den Verfassungsausschuß tauge, irrig ist, dafür bürgt schon der Umstand, daß der Antrag mehrerer Mitglieder der Nationalversammlung, worin die Aufstellung eines Ministeriums als Vollziehungsbehörde durch die Fürsten verlangt ist, den man als die eigentliche Ansicht des linken Zentrums betrachten kann, auch von Lassaulx unterschrieben ist. Was den bayerischen Verfassungsentwurf für das deutsche Reich betrifft, dem man Partikularismus verwarf, so konnte derselbe keineswegs, wie von einer Seite her verlautete, die Stellung der bayerischen Abgeordneten erschweren, da jener Entwurf für sie keine irgendwie bindende Kraft gleich dem Mandate ihrer Wähler besaß. Durch Rechnung kann nachgewiesen werden, daß wenigstens in der Wahlabtheilung, in welcher zufällig die beiden Münchener Deputirten sitzen, die entschiedenste Bevorzugung der Bayern statt gefunden hat. Es waren für 10 Ausschüsse 12 Mitglieder zu wählen. (2 Ausschüsse erhielten je 2 Mitglieder, die übrigen 1 aus jeder Abtheilung.) Davon wurde gewählt aus 6 bayerischen Deputirten: Zenetti 2mal, Lassaulx 1mal, Fallmerayer 1mal, Hermann 3mal. Im Ganzen lieferten 6 Bayern 7 Ausschußmitglieder. Die Gesammtzahl der Stimmenden ist weit über 30. Während also die 6 Bayern bei gleicher Behandlung 2—3 Ausschußmitglieder zu geben erwarten durften, wählte man aus ihnen 7mal, aus den übrigen 24 Mitgliedern nur 5mal. Wahrlich, es gehört viel Unbilligkeit oder Hypochondrie dazu, mit dieser Anerkennung, wenigstens in *der* Abtheilung wo die Münchener Deputirten sich befinden, unzufrieden zu seyn! — Die zuweilen vernommene Befürchtung, daß die Majorität in der deutschen Nationalversammlung die Hoheitsrechte der deutschen Monarchie zu schmälern beabsichtige, entbehrt bis jetzt eines zureichenden Grundes. Daß aber von den Gesetzgebungs- und Regierungs-Rechten der einzelnen Staaten nichts abzugeben wäre, wenn Ein Reich deutscher Nation zu Stande kommen soll, wäre Widersinn. Nur daß nicht mehr als nothwendig zentralisirt werde, ist zu verhüten. Daß aber die dem Zentrum des Reichs wirklich erforderliche Gewalt sich in der Hand der Reichsregierung befinde, das kann nimmermehr anders geschehen, als dadurch, daß die partikularen Regierungen gerade so viel an ihrer Gewalt verlieren, als sich im Zentrum sammeln soll. Einen Beweis, daß die Majorität keine Usurpation fürstlicher Rechte wolle, gab sie neuerdings durch die Verwerfung des Antrags, daß in der schleswig-holstein'schen Sache die *Reichsversammlung* sich die Genehmigung der Friedensbedingungen vorbehalte. Man verlangte einfach, daß der Krieg energisch fortgeführt werde, und beim Abschluß des Friedens das Recht der Herzogthümer und die Ehre Deutschlands zu wahren sey. Hierüber könne nur an den Bundestag, später an die Exekutivgewalt Eröffnung ergehen. Wollte die Versammlung sich selbst die Ratifikation vorbehalten, so könne sie in die Lage kommen, nicht mehr beisammen zu seyn, wenn der Friede geschlossen würde. Jedenfalls aber maßte sie sich eine Exekutivgewalt an, die nicht in ihrer Aufgabe liegt, und die, wirklich geübt im vorliegenden Falle leicht die übelsten Folgen haben und den Krieg verlängern und weiter verbreiten könnte. — Die Ausschüsse für die Verfassung und die staatswirthschaftlichen Fragen haben bisher eifrig berathen, was unter die Grundrechte des deutschen Volkes aufzunehmen wäre. Hiebei ergab sich alsbald in dem volkswirthschaftlichen Ausschusse ein entschiedener Zwiespalt. Die Einen wollten allen Normen über Heimath, Ansässigmachung und Gewerbsbetrieb der Zentralgewalt beilegen und ganz gleich im ganzen Reich geregelt wissen, um sofort alles Partikulare auszutilgen. Die Andern wollten vorerst unter den gegenwärtigen Partikulargesetzen eine reziproke Gleichstellung, sodann allmähliche Durchführung gleichförmiger Grundsätze bei der Umbildung der Partikulargesetze. In dem Unterausschuß (für Handel, Seeschifffahrt und Zollwesen) drang die letzte Ansicht durch, in der Sitzung des Gesammtausschusses erhielt jedoch Matthy's Antrag die Mehrheit, der die unbedingte Gleichheit und Zentralisirung der Gesetzgebung über Ansässigmachung und Erwerb vertrat. Die Sätze der Minorität lauten so: „Jeder Bürger eines deutschen Staates ist befähigt, in jedem andern deutschen Staate *unter denselben gesetzlichen Bestimmungen wie die Bürger dieses Staates* sich aufzuhalten, ansäßig zu machen, Grundstücke zu erwerben, Gewerbe und Handel zu treiben. Die Reichsgewalt hat darauf zu halten, daß bei der Umbildung der Gesetze hierüber in den einzelnen Staaten nach gleichförmigen Grundsätzen verfahren werde." Die Majorität läßt die durchschossenen Worte aus und setzt statt des 2. Absatzes: „die Reichsgewalt hat über Ansässigmachung und Gewerbswesen ein allgemein bindendes Gesetz zu erlassen, nach welchem alle Gesetze der einzelnen Staaten über diese Gegenstände abzuändern sind. Uebrigens hat der volkswirthschaftliche Ausschuß sich seine ganze Aufgabe in vielen Sitzungen klar zu machen gesucht. Auch hiebei tritt aber dringend die Nothwendigkeit einer provisorischen Exekutivgewalt hervor, der man die Unzahl von Bitten zuweist, welche die Nationalversammlung zu direktem Handeln auffordert. — In Bezug auf die vielen Anträge von Mitgliedern auf Sicherungsmaßregeln, namentlich militärischer Art, hat die Nationalversammlung den richtigen Takt gezeigt, von allen diesen Anträgen und Befürchtungen zur Tagesordnung überzugehen. Wie der Verfasser des Sendschreibens bemerkt, scheint in der That die Sache so zu liegen: ist das Werk der Nationalversammlung dem Bedürfnisse des Volkes entsprechend, so wird es Anerkennung finden und Bestand gewinnen; wenn nicht, so werden Bajonnette nicht im Stande seyn, es durchzuführen.

*München, 16. Juni. Die vergangene Nacht haben einige Ruhestörungen stattgefunden, welche aus verschiedenen Motiven hervorgegangen sind. Die bedeutendste war die vor dem Gasthause zum kleinen Löwengarten vor dem Karlsthore; sie wurde durch die Hartnäckigkeit des Wirths, welcher sein Bier nicht unter dem Preise von 6 kr. per Maaß abgeben wollte, veranlaßt. Als die bewaffnete Macht zum Auseinandergehen aufforderte, wurde dieselbe insultirt und bei dem Vordringen derselben mit gefälltem Bajonnete haben Verwundungen stattgefunden. Das Gasthaus selbst nebst Nebengebäuden wurde bedeutend beschädigt. — Eine weitere Ruhestörung am Rindermarkt hatte ihren Grund in einigen Aeußerungen, welche Hr. Kaufmann Rospal vorgestern auf dem Rathhause hatte fallen lassen. Er erhielt eine Katzenmusik, welche mit Fenstereinwerfen verbunden war. Unsere Tagblätter erwähnen die obigen Aeußerungen des genannten Herrn in mehr oder minder heftiger Weise. Auch Hr. Pfarrer Rammoser wurde mit einer derartigen Aufmerksamkeit bedacht. — Politischen Charakter trug sonach weder eine noch die andere dieser Demonstrationen.

Aus Nürnberg wird geschrieben: Wie schlägt einem Deutschen das Herz, daß er nun ein einiges großes freies Vaterland hat, und wie freudig fühlt er sich ergriffen, wenn er sieht, wie diese Einheit gepflegt wird. Der Sohn eines Nürnberger Bürgers wandert als Handwerksbursche nach Schleswig und wird dort im 10. Armeekorps Soldat. Er kämpfte die Schlachten mit, die dort bisher gegen die Dänen geschlagen wurden, und lief nicht davon, sondern er erwarb sich Ruhm. Nun ist derselbe Mann für das 7. Armeekorps pflichtig. Man schreibt hin, er soll kommen. Die Antwort vom dortigen Kommando lautet, er diene bereits und es möchte einerlei seyn, ob unter 10. oder 7. Man droht mit Vermögenskonfiskation, wenn er sich nicht stellt. Also stellte er sich, um die Einheit Deutschlands nicht zu verletzen. (N. Kour.)

Württemberg.

Kannstatt, 14. Juni. Die Hinrichtung der beiden Mörder Manthe und Schaff fand heute früh um 5 Uhr statt. Der ganze Akt ging ohne die mindeste Störung vorüber. Der Zuschauer waren es bei Weitem weniger als gestern, und diese verhielten sich vollkommen ruhig. — So betrübend die gestrigen Ausbrüche von Rohheit und Gewaltthätigkeit waren, so wohlthuend war heute die ernste Haltung des Publikums. (Schw. Mkr.)

Baden.

Karlsruhe, 13. Juni. Der gefürchtete Pfingstmontag ist ohne die geringste Störung der Ruhe verlaufen, dagegen spricht man nun von einer Sturmpetition, welche auf Kapps Betreiben von einigen tausend Bewohnern der Seegegend und des Odenwaldes hieher gebracht werden soll und in welcher — um ferneres Blutvergießen zu verhüten — der Großherzog gebeten wird, freiwillig abzudanken. Zu jeder andern Zeit würde man einem solchen Begehren lediglich mit einem Gelächter geantwortet haben, jetzt hat es die gute Folge, daß die hiesige Bürgerwehr sich im Dienste und im Gebrauch der Waffen eifriger einübt, und die unzuverlässigen Subjekte mehr und mehr aus ihren Reihen entfernt. (A. Z.)

K. Sachsen.

Leipzig. Briefe aus Oberschlesien bringen die Nachricht, daß dort allgemein der Glaube verbreitet und durch Privatnachrichten aus Polen genährt werde, zwei russische Heere würden die preußische Grenze überschreiten und gegen Breslau und Berlin anrücken. Als Tag des Einfalles bezeichnet man den 12. Juni. Glaubhafte Berichte bezeugen, daß zwei Meilen von der oberschlesischen Grenze ein starker Heerhaufen lagert, ein zweiter stehe nördlich von Kalisch. Der Kaiser ist nicht in Riga, wie einige Zeitungen behauptet haben.

(A. Z.)

Sächsische Herzogthümer.

Eisenach, 12. Juni. Gestern Abends wurden die Vorberathungen unter den Studirenden in dem Saale der Bürgergesellschaft gehalten. Das provisorische Präsidium hatte Salis von Berlin erhalten, welchem dann definitiv Lang aus München folgte. Vertreten waren durch Deputationen die Universitäten Breslau, Berlin, Wien, Gießen, Bonn und München, Halle, Jena und Leipzig sendeten keine Deputationen, dafür waren aber eine sehr große Anzahl akademischer Bürger selbst von diesen Universitäten gekommen. Großen Beifall erhielt schon in der Vorberathung eine Adresse der Studirenden in Königsberg, die so ziemlich alle die Punkte enthielt, welche die Reorganisation der Universitäten umfassen. Folgende Anträge sind von dem berathenden Ausschuß für die Tagesordnung bestimmt: 1) Die Universitäten sollen Nationalanstalten werden: Das Vermögen der einzelnen Universitäten soll vom Gesammtstaat eingezogen werden. Dieser bestreitet ihre Bedürfnisse. Die Oberleitung übernimmt eine aus den Vertretern der einzelnen Universitäten zusammengesetzte Zentralbehörde, die dem deutschen Reichstag verantwortlich ist. Jede Universität verwaltet die ihr von der Zentralbehörde zugewiesenen Gelder durch selbstgewählte Beamte. Sie ist zuvörderst der Zentralbehörde und dann dem deutschen Reichstag verantwortlich. Die Mitglieder der Zentralbehörde werden auf bestimmte Zeit und mit Betheiligung der Studirenden gewählt. (Adresse.) 2) Die Universitäten sollen mit Aufhebung aller Fakultäten eine encyklopädische Stellung einnehmen. (Adresse.) 3) Unbedingte Lehr- und Hörfreiheit. (Adresse.) 4) Aufhebung des Zwanges, behufs Zulassung zum Staatsexamen auf einer sogenannten Landesuniversität studirt zu haben. (Adresse.) 5) Modifikation respektive Aufhebung der akademischen Gerichtsbarkeit. (Adresse.) 6) Die einzelnen Staaten sollen den Bundesbeschluß über Aufhebung der Ausnahmsgesetze seit 1819 sofort in Wirksamkeit treten lassen. (Adresse.) 7) Gewährung aller bürgerlichen Rechte für die Studirenden, soweit sie ihnen nach den allgemeinen Gesetzen zukommen. (Adresse.) 8) Betheiligung der Studirenden bei der Wahl der akademischen Behörden und bei Besetzung der Lehrstühle. (Adresse.) 9) Wegfall der Kollegienhonorare, der Gelder zur Erlangung akademischer Grade und der In- und Exmatrikulationsgebühren. (Adresse.) 10) Die Erlangung eines Staatsamtes soll fernerhin nicht mehr von der Erlangung einer akademischen Würde abhängig seyn. (Adresse.) 11) Aufforderung an alle Universitäten, sich baldmöglichst zu wohlorganisirten Studentenschaften zu konstituiren. 12) Wiederkehr der deutschen Studentenversammlungen an einem in jeder Versammlung für das nächstemal zu bestimmenden Orte. 13) Errichtung einer Studentenzeitung. Ein öffentlicher von drei Studirenden unterzeichneter Anschlag lud die demokratisch (republikanisch) gesinnten Kommilitonen zu einer Versammlung im Rathhause ein. Zweck derselben war, eine Adresse an die äußerste Linke der Nationalversammlung, in welcher man ihren Ansichten über die deutsche Verfassung seinen Beifall zollte und sie mit Gut und Blut vertheidigen wolle. Aus der Geschäftsordnung ist hervorzuheben, daß Nichtstudirende nur eine berathende Stimme haben und daß Niemand im Sitzungssaale bewaffnet erscheinen dürfe.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Preußen.

Aus Berlin schreibt man: In den Provinzen dauert die reaktionäre Machination der Landräthe, des Landadels und der Beamten fort, sie hetzen uns die Bauern und Pfahlbürger auf den Hals, denen sie vorspiegeln, in Berlin regiere der Pöbel und dieser tyrannisire König, Minister und Volk. — Die unglücklichen Exzesse vor der Nationalversammlung werden wiederum redlich benützt werden, und in gleicher Art bearbeiten die Offiziere ihre Soldaten. Es hilft jedoch alles nichts, denn mit jedem Tage erklärt sich die öffentliche Meinung in den größeren Städten zumal für konsequente Aufrechthaltung der Freiheit, für die Revolution und Volkssouveränetät, wie gleichzeitig mit aller Kraft gegen Anarchie, wie gegen Reaktion. — Dem hier eingetroffenen französischen Gesandten, Hrn. Arago, brachten vorgestern mehrere tausend Personen aus den höheren Ständen ein Ständchen und Vivats für die französische Republik. Herr Arago dankte im Namen des französischen Volkes, erklärte, daß die Völker Brüder seyen, daß seine Sendung den Friede erhalten solle und daß er sich glücklich schätze, die brüderliche Vereinigung Deutschlands und Frankreichs zu proklamiren. Bemerkenswerth ist der Zwiespalt der Neigungen zwischen den Parteien. — Die Garden in Potsdam, und die ächten Reaktionäre haben noch immer Gelüste nach einem Kriege mit Frankreich und sind verblendet genug, an eine Verbindung mit Rußland zu glauben. Dagegen wendet sich der Sinn des Volks mit wachsender Gewalt gegen diese Macht und täglich verfestigen sich die Ansichten, daß ein russischer Krieg bald unvermeidlich seyn werde. — Man weiß mit Bestimmtheit, daß ein mächtiges russisches Heer sich in Lithauen sammelt. Die Festungen Danzig, Graudenz, Thorn und Posen werden rasch in Vertheidigungszustand gesetzt, dazu kommt das feindliche Erscheinen des Großfürsten Konstantin in Kopenhagen, Stockholm und an der schleswigschen Küste, kurz, die Stimmung bereitet sich zu einem Kriege vor, in welchem wir allerdings nicht allein mit Deutschland, sondern mit dem ganzen Westeuropa im Bunde seyn werden.

(D. konst. Z.)

Die „Bremer Zeitung“ bemerkt über das Auftreten des Prinzen von Preußen in der Nationalversammlung vom 8. Juni folgendes: „Es ist nicht anders! die Sache der Monarchie hat heute ihre dritte große Niederlage erlitten; erlitten durch ihre eigene Schuld, zur aufrichtigen Trauer aller ihrer redlichen Freunde. Alles stand zu ihrem Vortheile. Kamphausens neuliche Rede hatte dem Prinzen von Preußen den Weg gebahnt. Einer ähnlichen Erklärung von seiner Seite hätte die Versammlung nicht widerstanden. Die gegebene war eine Halbheit. Es fehlte ihr das freimüthige Eingeständniß des Irrthums über das alte System, dem er alle seine Kräfte gewidmet zu haben sich rühmte. Dies Geständniß war der nothwendige volle Einsatz, den er machen mußte, um sein Spiel zu gewinnen. Er hat es nicht gethan und so auch die Frucht des halben verloren. Schon daß er nicht, wie vielseitig gerathen, der königl. Familie selbst von Seiten offener Freunde der Demokratie gerathen worden war, im Bürgerkleide, sondern in Soldatentracht erschien, war ein unverzeihlicher Fehler gegen sein eigenes Interesse. Daß er diese Versammlung willkommen hieß, in der er doch ausdrücklich nur in seiner Eigenschaft als Abgeordneter eines Kreises erschien und eingeführt wurde, war ein zweiter. Was aber Alles verloren machte, war, daß er als Schluß seiner Rede ein Losungswort wählte, das einst volksthümlich, jetzt als Symbol der Reaktion auch bei dem Geringsten verrufen ist. Es ist ewig das alte Wort: „Sie haben nichts vergessen und nichts gelernt.“

Posen, 11. Juni. Aus Kalisch ist gestern die außerordentliche Nachricht hier eingegangen, daß daselbst aufs schleunigste ein Lager für hunderttausend Mann errichtet werden soll. Die russischen Truppen rücken in Eilmärschen heran und die ganze Besatzung von Litthauen ist bereits im Königreiche Polen eingetroffen. Man ist hier nicht ohne große Besorgniß. (A. Z.)

Schleswig-Holstein.

Kiel, 7. Juni. Durch eine angestellte Rekognoszirung ist ermittelt worden, daß die Fregatte, welche sich neben andern Schiffen gestern bei der „Galathea“ hat blicken lassen und von einem Dampfschiffe fortbugsirt wurde, eine russische gewesen ist. Man hat auch mehrfältige Schüsse gehört, welche wohl Salutschüsse gewesen sind. (H. K.)

Das Tannsche Freikorps hat am 7. zwischen Hadersleben und Apenrade ein feindliches Detaschement von 3 Kompagnien, 2 Schwadronen und 2 Kanonen überfallen und demselben nach hartnäckigem Kampfe 29 Gefangene, worunter 2 Offiziere und die beiden Kanonen abgenommen, von denen die eine mit fortgeführt, die andere vernagelt wurde. Dagegen verlor auch das Korps 12 Gefangene an die Dänen, von denen jedoch die meisten das Korps wieder erreicht haben sollen. Der sonstige Verlust des Korps wird auf 6 Todte und 7 Verwundete angegeben. Die Gefangennahme des Hauptmanns Corneli hat sich glücklicherweise nicht bestätigt.

Freie Städte.

Hamburg, 10. Juni. Der gestrige „Lämmermarkt“, eines der wenigen Volksfeste der Hamburger, zeichnete sich durch eine großartige Demonstration der Bewohner der Vorstadt St. Georg gegen das Institut der Thorsperre und der Accise aus. Es war ein schöner, heiterer Abend und viele Menschen waren auf den Beinen; sie schienen Lust zu haben, länger als gewöhnlich frische Luft zu athmen, ohne dafür Steuern zu zahlen, und die Beamten der Thorsperre machten von der Regel eine Ausnahme, indem sie das Publikum nach der Sperrstunde frei aus und einwandern ließen. Der Offizier der, wegen Abwesenheit der Garnison, mit 30 Bürgern besetzten Wache, nahm von den Freiheiten der Vorstädter Aergerniß und benahm sich gegen die Menge prahlerisch und herausfordernd. Als man sich seiner Weisung, den Platz vor der Wache zu räumen, nicht fügen wollte, kommandirte er, mit gezogenem Degen vor seiner Mannschaft, das Bajonnet zu fällen und das Volk im Sturmschritt zurückzutreiben. Bei diesem unvernünftigen Manöver wurde ein Mann durch den Bauch gestochen ein anderer in den Kopf und es kamen überhaupt mehrere Verwundungen vor, die das Zeichen zum allgemeinen Kampf gaben. Das Straßenpflaster ward aufgerissen, ein Hagel von schweren Steinen warf die Bürgerwehr zurück, die sich in das Wachthaus verkroch, aus welchem sie vom Dach aus zu entrinnen suchte. Einigen Gardisten gelang dies, andere verkrochen sich hinter dem Ofen und dem Rettungskorb, der zum Gebrauch für Verunglückte in der Wache hing. Ein schwerer Steinwurf brach den Helm einer nahe am Wachtgebäude befindlichen Gaslaterne ab, der armdick hervorlodernde Gasstrahl zündete das Gebäude an, und die Gardisten sahen sich genöthigt, ihr Asyl zu verlassen; natürlich übte die Volksjustiz bei dieser Flucht das Recht des Mächtigern aus. Nachdem die Wache in Brand gerathen, legte man auch in dem ihr gegenüberstehenden Accisegebäude Feuer an. Bald loderten zwei mächtige schöne Feuersäulen gegen Himmel, während die Sturmglocke und die Lärmtrommel die Spritzenmannschaft und die Bürgermiliz herbeiriefen. Das Volk war indeß vollkommen Herr des Platzes, und ein Angriff auf dasselbe unterblieb aus sehr triftigen Gründen. Man sah sehr wohlgekleidete Herren und junge Leute bei diesem Akt beschäftigt, das Straßenpflaster aufzureißen, Brennmaterial herbeizuschleppen und die Ordnung aufrecht erhalten. Niemand störte den geordneten Gang der ganzen Prozedur, die gegen 2 Uhr Nachts geendet war; nicht der geringste Gegenstand ist dabei entwendet worden, alle wenigen werthvollen Sachen, die in den Häusern der Wache und Accise vorgefunden wurden, warf man ins Feuer. Ein Thorflügel wurde ausgehoben und in den nahen Stadtgraben gewälzt, der vorgefundene Vorrath an Pulver wurde ins Wasser getragen. Außer den Verwundungen ist bei dieser Demonstration des Volks nichts zu beklagen. Die Accise und Sperre sind verhaßt, weil sie den Mittelstand und den Armen besonders drücken. Heute wurden Anstalten getroffen, um die übrigen Thore vor dem Schicksal des Steinthors zu bewahren; ob sie ihm entgehen werden, ist sehr die Frage. (D. konst. Z.)

Bremerhaven, 11. Juni, (11 Uhr 45 Minuten Morgens) (per elektr. Telegraph). Es ist diesen Morgen von Bremen Nachricht eingegangen, daß ein Kriegsschiff (in einem Bericht heißt es, unter preußischer

Flagge) bei der Baake sey. Hier wurde Generalmarsch geschlagen und Alles zur Vertheidigung bereit gesetzt. (Alle Kanonen sind fertig und die Soldaten auf den Posten, sagt ein früherer Bericht von 10 Uhr 50 Minuten.) (Wes. Z.)

Oesterreich.

Wien, 11. Juni. Heute Nacht fand von Seite der Universität vor mehreren Militärkasernen ein glänzender Fackelzug zum Zeichen der innigsten Annäherung statt. — Aus glaubwürdiger Quelle vernehme ich bei Abgang dieses, daß im Ministerkonseil die Zulassung der selbstständigen Arbeiter zu den jetzigen Wahlen beschlossen worden sey. Die Taglöhner blieben nämlich ausgeschlossen, wogegen alle auf Wochenlohn angewiesenen 24jährigen Gesellen und Arbeiter schon jetzt zugezogen würden. (A. Z.)

Wien, 12. Juni. Die Wahlfähigkeit der Arbeiter ward noch gestern Abend durch Plakat verkündet. Die Bestimmung aber, daß nur selbstständige Arbeiter in jenen Wahlbezirken, in welchen sie ihren bleibenden Wohnsitz haben, als Wähler auftreten dürfen, erzeugt bereits Reklamationen. Abermals verlangt man Erläuterungen und Vervollständigungen, und bereitet dem Ministerium erneute Vorwürfe. (A. Z.)

Innsbruck, 12. Juni. Die große Deputation aus Wien, an welche sich mehrere Provinzialdeputationen angeschlossen hatten, erhielt heute Audienz bei Sr. Maj. dem Kaiser. Se. Maj. der Kaiser empfing die HH. Deputirten huldvoll und äußerte sich: „Er habe nie die Absicht gehabt, Seine Residenzstadt Wien auf längere Zeit zu verlassen. Mit den besten Hoffnungen werde Er in dieselbe zurückkehren und Er könne den Herren Deputirten vorläufig zu ihrer und ihrer Sender Beruhigung sagen, daß Er hier nur noch einige Tage verweilen und sohin seine Rückreise nach Oesterreich antreten werde. (Innsbr. Z.)

Prag, 11. Juni. Heute früh war an den Ecken eine mit rothen Buchstaben gedruckte Zuschrift an die Bewohner Prags zu lesen, ungefähr folgenden Inhalts: Da man heimliche militärische Vorkehrungen bemerke, gegen die Stadt gerichtete Batterien auf dem Wyschehrad, Lorenzberg ꝛc. gepflanzt worden, ferner zwischen den Garnisonen von Lemberg und Prag Sendschreiben über die Uebergriffe des Zivils gewechselt worden, so sehe sich die Studentenlegion verpflichtet, Maßregeln gegen eine drohende Reaktion zu ergreifen und werde eine Deputation an den Kommandirenden senden, welche 2000 Gewehre, 80,000 Patronen, eine Batterie für sich und Entfernung der an die oben bezeichneten Orte zur Nachtzeit heimlich geschleppten Kanonen verlangen soll. Man hoffe auf die Unterstützung dieses Begehrens von Seite aller Bewohner Prags. Unterzeichnet war das Plakat von fünf Personen, darunter die Doktoren Sladkowsky und Brana. Nachmittags waren bereits die meisten dieser Zettel (wahrscheinlich von friedliebenden Bürgern) abgerissen worden. Ich komme soeben von einem Gang durch die Altstadt und fand viel Volk auf dem Ringe und in der zum Generalkommando führenden Zeltnergasse. Die Nationalgarde war schon Mittags aufgeboten worden; Militär mit geladenen Gewehren steht auf dem Ringe und unweit des Generalkommandos. Starke Patrouillen ziehen durch alle Straßen. In der Zeltnergasse wollte ein Offizier einen Jungen, der vor ihm Grimassen schnitt, abführen lassen, die Volksmenge insultirte den Offizier, der sich flüchten mußte. Ich höre, daß, als die Studentenlegion sich beim Fürsten Windischgrätz melden ließ, dieser seinem Kammerdiener gebot, die Thüre zu öffnen und zu den Deputirten sagte: „Sie können gehen." Doch kann ich dieses nicht verbürgen. Vor einigen Tagen hielt der Adel bei Nacht eine Versammlung, worauf die meisten (mit Ausnahme der zur Nationalgarde gehörigen) mit ihren Familien sich von Prag entfernten. (A. Z.)

Triest, 12. Juni. (Durch außerordentliche Gelegenheit.) Meine Vermuthung, daß es dem Kontreadmiral Albini hauptsächlich um eine Blokade zu thun sey, bewährt sich. Das Lloyd'sche Dampfboot Imperatrice, welches gestern mit den nöthigen Certifikaten versehen, nach der Levante abgehen sollte, wurde von der Flotte zurückgewiesen, mit dem Bemerken, daß Triest seit gestern in Blokadezustand erklärt sey und heute der Regierung davon amtliche Anzeige gemacht werden soll, die aber bis zu diesem Augenblick (Nachmittag um 1 Uhr) noch nicht erfolgt ist. So sind wir fortwährend der Willkühr des Feindes preisgegeben, ohne daß wir wissen, woher die Hilfe kommen soll. Vielleicht kommt sie von Deutschland, das uns ganz vergessen zu haben scheint. In der letzten Nacht fuhr ein feindliches Dampfboot wieder so nahe an das Ufer, daß es gewiß in den Grund gebohrt worden wäre, wenn es sich nicht eiligst entfernt hätte. Gegenwärtiges Schreiben erhalten Sie durch einen Kourier, welcher heute von hier an die Nationalversammlung zu Frankfurt abgeht. (A. Z.)

Italien.

Triest, 9. Juni. Der jüngste Bericht über die Kriegsoperationen des Reservearmeekorps wird nun auch durch einen offiziellen Bericht aus Conegliano vom gestrigen Tage bestätigt und ergänzt. Die Hindernisse der Kommunikation mit Tirol, heißt es in demselben, sind gehoben, die Strada d'Allemagna ist offen und für den Postenlauf hergestellt, indem in Folge einer Umgehung mit 2000 Mann durch das obere Tagliamentothal die feste Stellung von Cadore genommen und an demselben Tag auch die Verbindung mit Belluno hergestellt worden ist. Bei dieser Gelegenheit fielen zwei Kanonen in unsere Hände. Die Insurgenten sind in das Zoldo- und Agordothal gejagt, dort eingesperrt und fünf Kolonnen von uns halten soeben Treibjagd auf dieselben, während drei Bataillone das Piavethal besetzen. Am 6 wurde Primolano angegriffen und hierdurch auch das Val-Sugana geöffnet. Am 5. rückten 1500 Mann in Bassano ein, besetzten Marostica und sind nun bemüht, den hartnäckig vertheidigten Kanal di Brenta, d. h. die Schlucht zwischen Bassano und Primolano zu nehmen. Nebstdem sind 5000 Mann nächst den Lagunen Venedigs und haben Portegrandi wieder besetzt. Ueberall zeigten die Bewohner guten Willen, sogar Zuvorkommenheit und die Verpflegung der Truppen wird ohne Anstand besorgt, so daß es an nichts fehlt.

(J. d. österr. L.)

Verona, 11. Juni. Treviso soll kapitulirt haben. Ein Theil der Armee Radetzky's ist hieher zurückgekehrt, das Gros hat sich aber nach Vicenza begeben und diese Stadt im Zusammenwirken mit Welden's Korps gestern nach äußerst hartnäckigem Widerstande genommen. Man erzählt sich von außerordentlichen Grausamkeiten, welche die Menschlichkeit und Brüderlichkeit predigenden Italiener bei dieser Gelegenheit verübt haben sollen, z. B. Beschütten der Soldaten mit glühendem Sande, Ermorden schwangerer Soldatenweiber ꝛc. (A. Z.)

Aus Oberitalien 7. Juni. König Karl Albert scheint mit der Einverleibung des lombardisch-venetianischen Königreichs und der Herzogthümer Parma und Modena noch nicht zufriedengestellt. Seine gierigen Blicke sind bereits auch auf Toskana, den Kirchenstaat und Neapel gerichtet. Zahlreiche Emissäre durchziehen diese Länder, namentlich aber Toskana und die päpstlichen Staaten, wo sie Gelder ausstreuen und das Heil eines italienischen Königreichs unter dem Zepter des tapfern und freisinnigen Königs Karl Albert predigen. An einzelnen Orten ist der solchergestalt ausgestreute Samen bereits auf fruchtbaren Boden gefallen. So haben sich in Florenz, Ankona und Rom bereits Partien zu Gunsten des Anschlusses an Piemont gebildet, und erst vor wenigen Tagen hat in dem sonst republikanisch gesinnten Livorno ein bedeutender Volksauflauf stattgefunden, bei dem das Geschrei ausgestoßen wurde: „nieder mit Leopold II., es lebe Karl Albert, König von Italien!" Auch der gefeierte Gioberti macht unter der Hand Geschäfte mit dem künftigen italienischen König. (Karlsr. Z.)

Frankreich.

Paris, 10. Juni. Je mehr die Nationalpartei (Marrast und Thiers) gegen Lamartine und Ledru-Rollin, als Träger des Augenblicks konspiriren, desto inniger schließen sich diese beiden letztern aneinander. — Ein Blatt will wissen: Marrast habe die Wahl des Thiers und des Prinzen Louis Napoleon Bonaparte im Stillen arrangirt. Diese beiden Wahlen bleiben für viele brave Leute allerdings ein Räthsel. Aber man entsinnt sich, daß in der rothen Brieftasche der Tuillerien eine Quittung über 100,000 Fr. zur Bestechung Marrasts, bei Gelegenheit der Pariser Befestigungsfrage, gefunden wurde. Will Marrast etwa einen Dreierbund im Gegensatze zur Lamartineschen Präsidentschaft gründen? — Heute trifft der Prinz Louis Napoleon Bonaparte in Auteuil (am Gehölz von Boulogne) ein. Man wollte ihn Anfangs arretiren, jetzt wird man ihn aber fetiren. Seine 80,000 Wähler wollen ihm sogar, sagt man, ein Bankett veranstalten, bei dem Marrast den Vorsitz führen dürfte. Es lebe der Held von Boulogne. (D. konst. Z.)

Paris, 11. Juni. Wir nähern uns mit Riesenschritten einer Krisis; morgen wird die Nationalversammlung durch das Vertrauensvotum über die von der Regierung verlangten 100,000 Fr. geheime Gelder sich über das Fortbestehen oder den Sturz der Vollziehungskommission entscheiden. — Es herrscht große Aufregung in Paris. Die Umtriebe der bonapartistischen Partei treten immer klarer an den Tag. — Diesen drohenden Anzeigen eines 18. Brumaire gegenüber, scheint die Vollzugskommission die entsprechende Energie entwickeln zu wollen. Gegen die Zusammenrottungen ward gestern kräftig eingeschritten, indem man sich zugleich der leitenden Agenten dieser Demonstrationen zu bemächtigen suchte. Man versichert, daß bei dieser Gelegenheit merkwürdige Fänge gemacht wurden. So sollen sich zwei Attache's der englischen Gesandtschaft, eine bedeutende Person aus der Vorstadt St. Germain und 10 bis 12 Offiziere der Linie unter den Gefangenen befinden; ungefähr 150 derselben sollen mit Dolchen und Pistolen bewaffnet gewesen seyn. Eine genaue Sichtung der Gefangenen wird heute stattfinden. Das 4. Artillerieregiment, das sich in Vincennes befindet, hat vom Kriegsminister den Befehl erhalten, nach Toulon abzumarschiren. Es ist dies dasselbe Regiment, das sich 1836 in Straßburg für Ludwig Napoleon erklärte. Es wird durch ein Regiment aus Lyon ersetzt werden. (Karlsr. Z.)

Paris, 12. Juni. Der „Napoleonien" erklärt bereits, daß, wenn, wie es im Verfassungsentwurfe vorgeschlagen sey, die Wahl eines Präsidenten der französischen Republik durch allgemeine Abstimmung aller Wahlfähigen in ganz Frankreich stattfinde, kein Anderer, als Napoleon Ludwig Bonaparte, Präsident werde. — So eben (4 Uhr) verbreitet sich das Gerücht in der Kammer, daß die Nationalgarde des Weichbildes (Passy, Auteuil, Boulogne ꝛc.) den Prinzen Ludwig Napoleon mit Gewalt in die Kammer führe, und daß überall Generalmarsch geschlagen werde. Man bemerkt, daß die Besatzung der Nationalversammlung unter die Waffen getreten ist und alle Zugänge besetzt hat. (Karlsr. Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Freitag den 16. Juni: „Martha," Oper von Flotow.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH Baron Hofenbrerl v. Eisenstein; Kaufmann, Privatier v. Frankfurt

Gold. Hahn. HH. Groß, Rentier v. Frankfurt; van der Volen v. Rotterdam; v. Schutzmann, k. k. Beamter v. Brünn; Frhr. v. Schrott, Rentier, und Fr v. Glüsen v. Karlsruhe.

Blaue Traube. HH. Dr. Vogel, k Advokat v. Kempten; Popp, Privatier von Donauwörth; Galeni, Gutsbesitzer von Warschau; v. Oettinger, Lieutenant v. Neuenburg; Kuchler, prakt. Arzt v. Wolnzach; Dr. Streiter, Advokat von Botzen; v. Zaltzewski, Proprietär v. Posen.

Stachusgarten. HH. Müller, Privatier von Ebersberg; Baumann, Handelsmann v. Pappenheim; Sämer, Privatier v. Hohenaschau.

Gestorbene in München.

Joseph Huberberger, b. Schuhmachersohn v. h., 42 J. alt; Joseph Schmid, Pflasterer v. h., 42 J. alt; Juliana Stieglitz, k. Polizeioffizialenswittwe v. h., 77 J. alt; Mar. Staudinger, b. Branntweinerswittwe v. h., 64 J. alt; Wilh. Frfr. v. Boithenberg, k. Majorswittwe v. Nürnberg, 74 J. alt; Mathias Dauscher, Soldat im kgl. Infanterie-Leibregimente, 23 J. alt; Franz Kollmann, Soldat im k. Kürassier-Regimente Prinz Karl, 25 J. alt.

(3a) Es wird in Mitte der Stadt ein heizbares Zimmer zu ebener Erde mit eigenem Eingang oder auch ein Laden sogleich zu miethen gesucht.

Für die schwer bedrängten Deutschen in Preußisch-Polen.

Früher eingegangen . . . . 3 fl. — kr.
Ferner: Von J. Sch...ze . . . . — fl. 30 kr.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 159.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 3; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend. XLIX. Jahrgang. 17. Juni 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 14. Juni. In der heutigen 16. Sitzung der deutschen Nationalversammlung ist mit großer Mehrheit beschlossen worden: „daß die Bundesversammlung zu veranlassen sey, zum Zweck der Begründung eines Anfangs der deutschen Kriegsmarine die Summe von sechs Millionen Thalern, über deren Verwendung die zu bildende provisorische Zentralgewalt der Nationalversammlung verantwortlich seyn wird, auf bisher verfassungsmäßigem Wege verfügbar zu machen, und zwar drei Millionen sofort, die übrigen drei Millionen nach Maßgabe des Bedürfnisses. Es ist dieser Beschluß, der auf Eisenstuck's Anregung, und mit Zustimmung des Ausschusses modifizirte Antrag des Marineausschusses. Der Beschluß wurde mit großem Beifalle aufgenommen.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Der „Deutschen Zeitung" schreibt man aus Frankfurt: „Wie wir hören, hat der Verfassungsausschuß unter die Grundrechte des deutschen Volks auch die Abschaffung aller politischen Standesvorrechte aufgenommen. Darnach würden alle Adelskammern wegfallen und die ersten Kammern in den einzelnen Ländern in Zukunft ebenfalls aus dem Volke hervorgehen müssen." (Es ist schwer glaublich, daß das Parlament den Einzelstaaten die Normen sollte vorschreiben wollen, nach denen sie ihre Volksvertretung einzurichten haben. Ist Das doch nicht einmal in Nordamerika der Fall.)

Bayern.

München, 16. Juni. Das gestern erschienene Gesetzblatt für das Königreich Bayern (Nro. 15) veröffentlicht das Gesetz, die Aufhebung des Jagdrechtes auf fremdem Grund und Boden in den Regierungsbezirken diesseits des Rheins betreffend, welches also lautet: „Maximilian II., von Gottes Gnaden König von Bayern xc. xc. Wir haben nach Vernehmung Unseres Staatsrathes und mit Beirath und Zustimmung Unserer Lieben und Getreuen, der Stände des Reichs, und, den nachstehenden Art. 1 betreffend, unter Beobachtung der in dem Titl. X. §. 7 der Verfassungs-Urkunde vorgeschriebenen Formen, beschlossen und verordnen, was folgt: Art. 1. Das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden ist aufgehoben und geht mit dem 1. Febr. 1849 an die betreffenden Grundeigenthümer über. — Art. 2. In der Regel üben die Gemeinden Namens der Grundeigenthümer innerhalb ihrer Bezirke das Jagdrecht durch Verpachtung aus. Die Pachtschillinge werden in die Gemeindekassen einbezahlt und den betheiligten Grundbesitzern verrechnet, beziehungsweise zu den sie treffenden Gemeindeausgaben verwendet. — Art. 3. Der Eigenthümer eines zusammenhängenden Grundbesitzes von mindestens 300 Tagwerken in der Ebene und 600 Tagwerken im Hochgebirge ist jedoch befugt, die Jagd auf diesem Eigenthume selbstständig und ausschließend auszuüben. — Art. 4. Sind einzelne Grundstücke geringeren Flächeninhalts von einem solchen Gutskomplex ganz oder größtentheils umschlossen, so steht dem Eigenthümer des letztern die Jagdbefugniß auch auf den kleineren Grundstücken gegen eine verhältnißmäßige, an die Eigenthümer derselben zu entrichtende Entschädigung zu. — Art. 5. Von den Bestimmungen der vorhergehenden Art. 2 und 4 sind ausgenommen alle und jede Grundstücke, welche mit einer Mauer oder mit einer dichten Einzäunung und mit verschließbaren Thüren versehen sind. — Art. 6. Durch Vereinigung mehrerer kleinerer Gemeindebezirke sollen entsprechende Jagdpachtbezirke gebildet und der erzielte Pachtschilling, im Verhältniß des Arealbestandes, in die Gemeindekasse abgeliefert werden. Die in Art. 3 benannten Jagdberechtigten können die ihnen zustehende Selbstbenützung der Jagd auf ihrem, in oder an dem betreffenden Jagdbezirke liegenden Besitzthume mit in die Verpachtung geben, und nehmen dann nach dem Flächenverhältnisse entsprechenden Antheil an dem erzielten gemeinschaftlichen Pachtschillinge. Ein Gleiches steht den im Art. 5 bezeichneten Grundbesitzern zu. — Art. 7. Jagdpacht-Verträge lösen sich mit dem 1. Febr. 1849 ohne gegenseitige Entschädigung der Jagdbesitzer und Jagdpächter auf. — Art. 8. Von obigen Bestimmungen sind ausgenommen: a) die niedere Jagd in der Umgebung der königl. Residenzschlösser, jedoch mit genauer Einhaltung der gesetzlichen Jagdzeit, innerhalb eines Rayons von drei Stunden; b) die hohe und niedere Jagd in den königl. Leib- und Reserve-Gehegen Hohenschwangau, Tegernsee und Berchtesgaden. Die betreffenden Grundbesitzer oder Gemeinden werden hiefür, in so ferne ein freiwilliges Uebereinkommen nicht erzielt werden kann, nach dem Maßstabe der Pachtschillinge der umliegenden Jagden entschädigt. — Art. 9. Unsere Staatsminister des Innern und der Finanzen sind mit dem Vollzuge dieses, durch das Gesetzblatt bekannt zu machenden Gesetzes beauftragt. — Gegeben München, den 4. Juni 1848. Maximilian. v. Thon-Dittmer. Heintz. Lerchenfeld. Weishaupt. Graf v. Bray. v. Strauß, Staatsrath. Nach dem Befehle Sr. Maj. des Königs: der geh. Sekretär des Staatsraths, Rath Sebastian v. Kobell.

*München, 17. Juni. Gerüchten zufolge, welche gestern von Reisenden mitgetheilt wurden, hat Fürst Windischgrätz in Prag auf dem Hradschin mit einem ganzen Artillerieregimente Posto gefaßt, die Stadt von herbeigezogenen deutschen Truppen cerniren lassen, und beschießt dieselbe seit zwei Tagen. Daß Außerordentliches in Prag vorgeht, beweist das Ausbleiben der dortigen Post seit vier Tagen.

München, 17. Juni. (Eingesandt.) Künftigen Montag, den 19. d. Mts., Abends 8½ Uhr findet im Gasthause „zu den 3 Rosen" eine Versammlung der Bürger zur Berathung der Statuten des Landwehr-Unterstützungsvereins statt. Es läßt sich erwarten, daß die regste und allgemeinste Theilnahme diesem gemeinnützigen Unternehmen nicht entgehe.

In Bamberg starb am 12. d. M. der Appellationsgerichtsdirektor von Reding plötzlich an einem Schlagflusse.

Die durch die neuesten Zeitereignisse zwar etwas ins Stocken gerathenen deutschen Wanderversammlungen sollen einen neuen Zuwachs erhalten. Von Kissingen aus wird nemlich auf den 29. Juni zu einer Versammlung deutscher Redakteure, die daselbst stattfinden soll, eingeladen! Die gedruckten Aufforderungen sind unterzeichnet: „Das Komité für die Versammlung deutscher Redakteure;" wer aber die Mitglieder dieses Komité's sind, wird nicht gesagt. Männer der Presse dürften es schwerlich seyn, da unsers Wissens in Kissingen nur eine Kurliste und vielleicht sonst noch ein Lokalblatt erscheint, dessen Redaktionspersonal doch kaum genügen dürfte, um ein Komité für eine „Versammlung deutscher Redakteure" vorzustellen.

Württemberg.

Stuttgart, 13. Juni. Die politische Stille bei uns ist seit einigen Tagen durch vorübergehende Unruhen unterbrochen worden, die übrigens weder tief eingedrungen sind, noch auch einen Eindruck zurückgelassen haben, bei welchem ernstliche Bewegungen zu erwarten wären. Die Ursache liegt sowohl in dem allgemeinen Nothstand bei Stockung der Geschäfte, der einen großen Theil der arbeitenden Klassen seines Erwerbes beraubt hat, und in der gespannten Stimmung, die aus der allgemeinen Lage Deutschlands sich ergibt, wie auch in zufälliger und sogar, wie es scheint, absichtlich herbeigeführter Veranlassung. Was die letztere betrifft, so wurden wenigstens Volksbewegungen auf den zweiten Pfingsttag auch hier vorausgesagt; waren dieselben beabsichtigt, so hatten diejenigen, welche Unruhen erregen und sich dabei betheiligen wollten, gewissermaßen einen Aufstand auf Subskription eingeleitet, denn man sprach allgemein einige Wochen im voraus von der beabsichtigten Volksbewegung. Wie in Baden war es auf Verführung des Militärs in den Schenken durch reichliche Wein- und Bierspenden abgesehen, und es wurde auch vor einigen Tagen eine Verhaftung deßhalb vorgenommen. (A. Z.)

Stuttgart, 13. Juni. Sieht man sich die gegenwärtige, höchst aufgeregte Stimmung der Gemüther an, so kann man sich des Gedankens nicht erwehren, daß in letzter Zeit von der republikanischen Partei ungeheure Anstrengungen gemacht worden seyn müssen. Ueberall scheinen Emissäre das Landvolk bearbeitet zu haben. Wer gestern die Eisenbahnlinie von Süßen bis Stuttgart befuhr, mußte nur staunen über die Zeichen des Geistes, der gegenwärtig durch die untern Schichten der Gesellschaft geht. Nicht nur an verschiedenen Tischen in dem Garten der Stadt Warschau zu Göppingen, wo eine ungemeine Menschenmenge sich versammelt hatte, konnte man die Rufe hören: „es lebe Hecker, es lebe die Republik!" sondern auch an allen Haltstationen von Göppingen bis Stuttgart, fast wie wenn Plan und Verabredung in der Sache wäre, ertönte immer von Neuem der Ruf: „Es lebe Hecker, Hecker lebe hoch!" Je näher es aber der Hauptstadt zugeht, jedenfalls von Eßlingen an, tritt eine andere Stimmung ein. Hier war von jenem Rufe, der wie auf ein gegebenes Zeichen allenthalben ertönte, nichts mehr zu vernehmen. — Aus Besorgniß vor dem etwaigen Ausbruch von Ruhestörungen wurde auch gestern hier eifrig patrouillirt. Doch war auch nicht eine Spur von Unordnungen zu bemerken. (Beob.)

Baden.

Freiburg, 11. Juni. Gestern ist von hier ein Buchdruckergehilfe nach Mainz zur allgemeinen Buchdruckerversammlung abgegangen. Derselbe ist mit Instruktionen versehen, welche dahin gehen, daß, wenn die übrigen süddeutschen Zeitungen damit einverstanden seyen, auch hier die Sonntagsarbeit eingestellt werde, wonach wir dann keine Montagszeitung mehr haben würden.

(Südd. pol. Z.)

Mannheim, 11. Juni. Heute hat sich eine Anzahl hiesiger Bürger aus dem gewerblichen Mittelstande nach der Schweiz aufgemacht, um Friedrich Hecker einen Besuch abzustatten. Sie bilden indessen nur einen kleinen Bruchtheil der hiesigen Bürgerschaft und vermochten bisher bloß im Anschlusse an die untern Volksklassen etwas auszurichten. Nach der äußern Physiognomie unserer Stadt sollte man meinen, es herrsche hier eine allgemeine Begeisterung für Hecker. Eine der ergötzlichsten

Erfindungen bildet die Kombination der weiland Kaspar Hauser'schen Geschichte, mit der Abstammung des vergötterten Lieblings. Nach einem sehr im Schwange gewesenen Gerede, wäre Hecker ein legitimer Nachkomme unseres verstorbenen Großherzogs Karl und eine der Prinzessinnen das für ihn untergeschobene Kind. Es wurde sogar hinzugefügt, Herr v. Itzstein habe die deßfallsigen untrüglichen Beweise in den Händen.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Sächsische Herzogthümer.

Weimar, 13. Juni. Gestern fand in dem zwei Stunden entfernten Badeort Berka eine Volksversammlung statt, welche von Erfurt, Apolda, Weimar u. s. w. besucht war. Von Erfurt war der Anstoß zu ihr erfolgt. Die Redner stellten keine bestimmte Anträge als etwa den der Bildung eines großen Volksvereines durch das ganze Thüringer Land. Den lebhaftesten Anklang aber fand der schon vielfach in Gesprächen und Zeitungen verhandelte Wunsch, daß alles Thüringer Land, jetzt unter acht Fürsten vertheilt, zu einem Ganzen wieder vereinigt werden möge. (A. Z.)

Preussen.

Berlin. In der Sitzung der konstituirenden Versammlung vom 9. Juni fragte der Abgeordnete Rodbertus, ob es wahr sey, daß die dänischen Schiffe ungehindert und ohne Gefahr eines Beschlags in den übrigen deutschen Häfen verkehren könnten. Er rügt laut diese Schmach für die deutsche Einheit, und reicht den Entwurf einer Adresse der Nationalversammlung an die Nationalversammlung in Frankfurt ein. Minister v. Arnim bejaht die Frage und legt dar, wie Hannover und die provisorische Regierung in Schleswig-Holstein von dem Bundesbeschluß vom 8. Mai zu Separatauskünften mit Dänemark Gebrauch gemacht, ebenso Oldenburg, Hamburg und Bremen. Er enthält sich aller Bemerkungen zu den Thatsachen. Die Versammlung äußert laut ihren Unwillen. (D. Bl.)

Berlin, 13. Juni. Hier ist folgende Bekanntmachung erlassen worden: „Um die Sitzungen der Nationalversammlung gegen Störungen zu sichern, erscheint es nothwendig, das Ansammeln und Verweilen größerer Menschenmassen in der Nähe des Sitzungslokals zu verhindern. Es kann daher an den Sitzungstagen während der Dauer der Berathungen der Nationalversammlung in den nächsten Umgebungen der Singakademie dem Publikum das Zusammentreten und Verweilen in größerer Menge überhaupt nicht mehr gestattet werden. Auch an anderen Orten und zu anderen Zeiten sind größere Anhäufungen des Publikums auf den Straßen und öffentlichen Plätzen der Stadt unstatthaft, sobald sie die Freiheit des Verkehrs oder sonst die öffentliche Ordnung beeinträchtigen. Finden nichts desto weniger solche Ansammlungen statt, so wird die Bürgerwehr, wenn nach zweimaliger Aufforderung des Befehlshabers die Menge nicht auseinander geht, auf Grund der Verordnung vom 19. April c. einschreiten und die bei dieser Gelegenheit zu verhaftenden Personen dem Gericht zur Bestrafung überweisen. Berlin, den 10. Juni 1848. Das interim. Kommando der Bürgerwehr: Blesson. Der Polizeipräsident: v. Minutoli."

Köln, 12. Juni. In dieser Woche wird hier eine große Volksversammlung ausgeschrieben, um förmlich gegen den Beschluß des Parlaments in Frankfurt zu protestiren, in welchem es sich gegen die Unabhängigkeit der Kirche vom Staate ausgesprochen, auf der hier die katholische Partei fest besteht. — Die Sitzungen unseres Bürgervereins sind stark besucht und anziehend durch die in demselben geführten Debatten, an welchen sich Leute aus allen Ständen betheiligen. (Fr. O.-P.-A.-Z)

Breslau, 10. Juni. Heute um die zwölfte Stunde zogen die Kürassiere und die Artillerie-Abtheilung der hiesigen Garnison, welche im Großherzogthum Posen gegen die Insurgenten gekämpft, mit klingendem Spiele in unsere Stadt ein. Sie wurden eingeholt von der Bürger-Kavallerie und den hier garnisonirenden Jägern.

(Bresl. Z.)

Posen, 6. Juni. Unter den blutigen Thaten, welche Posen zu einem schrecklichen Schlachtfelde gemacht haben, wird auch folgende furchtbare Szene berichtet. Ein Offizier war vor einigen Tagen bei dem Ausgraben von acht Leichen, etwa anderthalb Stunden von Posen, nach Slaczewo, kommandirt. Sämmtliche Leichen lagen in voller Uniform, mit auf der Brust zusammengebundenen Händen, mit dem Gesichte der Erde zugekehrt, in Einem Grabe. Da die Aerzte keine äußere Veranlassung des Todes finden konnten, so müssen dieselben lebendig beerdigt worden seyn. Es soll Dieß die That der Krauthoser'schen Sense gewesen seyn.

(Köln. Z.)

Posen, 11. Juni. Hier ist folgende Bekanntmachung erschienen: „Da gegenwärtig Ruhe und Ordnung im Großherzogthum wieder hergestellt sind und zu deren fernerer Handhabung außergewöhnliche Maßregeln nicht mehr nothwendig erscheinen, so erkläre ich hiermit das Martialgesetz, welches am 5. Mai c. für das Großherzogthum Posen proklamirt worden war, für aufgehoben. Posen den 10. Juni 1848. Der k. Kommissarius, General der Infanterie, v. Pfuel. (Pos. Z.)

Schleswig-Holstein.

Aus Schleswig. Das v. d. Tann'sche Freikorps erhielt von dem General Wrangel die Erlaubniß, selbstständig in Nordschleswig zu operiren, und marschirte demnach am Montag den 5. d. M. in einer Stärke von 400 Mann, ohne erst die von Rendsburg nachgesandten Verstärkungen abzuwarten, von Flensburg aus nach Ück. Es wurde ausgestreut, daß ein Marsch nach Tondern beabsichtigt werde, und zu dem Ende 60 Wagen aufgeboten. Die Absicht war, dänische Korps, die in Hadersleben seyn sollten, zu überrumpeln; indessen stieß die berittene Spitze des Korps schon zwei und eine halbe Stunde über Ück hinaus auf eine dänische Reiterpatrouille, welche von den vier berittenen Freiwilligen geworfen und verfolgt wurde. Obwohl eine Ueberrumpelung nunmehr unmöglich war, beschloß der Major v. d. Tann dennoch, den Marsch nach Norden fortzusetzen. Mit Tagesanbruch am 7. d. M. traf nordwestlich von Hadersleben eine Kompagnie von 60 Mann, welche die Vorhut bildete, auf zwei feindliche Schwadronen Husaren (320 — 340 Mann), welche sich sogleich auf sie stürzten. Die Kompagnie warf sich sogleich hinter die Hecken. Unter dem Feuer der Schützen stürzten die dänischen Husaren. Die beiden Schwadronen warfen sich in wilder Flucht zurück. Während dieses Gefechtes der Vorhut ordnete Major Tann die übrigen Kompagnien in Kolonnen und rückte mit denselben vorwärts. Die Vorhut stieß auf zwei Kompagnien dänischer Kastelljäger (350 Mann); hinter denselben auf einer Anhöhe standen zwei Kanonen und 300 Schritt hinter diesen zwei Schwadronen Husaren. Die Kastelljäger wurden zeitig genug entdeckt. Hätten dieselben nicht viel zu früh geschossen, so stand dem Korps eine sehr ernstliche Gefahr bevor. Es entwickelte sich indeß frühzeitig genug ein Tiraillerrgefecht, welches nach einiger Dauer dadurch beendet wurde, daß man mit einem Hurrah drauf ging. Die Kastelljäger hielten diesen Angriff nicht aus, sondern flohen. Ohne sich mit ihrer Verfolgung aufzuhalten, befahl Major Tann den Angriff auf die dänischen Geschütze, welche die tapfere Schaar mit Kartätschenfeuer empfingen. Im Sturmschritte drang die Kolonne mit dem Bajonnete vorwärts und eroberte die beiden dänischen Geschütze; die Mannschaft wurde größtentheils zu Gefangenen gemacht. Die drei dänischen Schwadronen wagten es nicht, den Versuch zu machen, durch das Büchsenfeuer hindurch die Artillerie zu retten. Indessen hatten sich die beiden Kompagnien der Kastelljäger wieder gesammelt und drangen auf der linken Flanke des Majors Tann vor und bald stürmten auch die drei Schwadronen auf das Häuflein der Unsrigen herein. Aber unter dem wohlgezielten Feuer derselben stürzten Roß und Reiter zusammen, ein Knäuel der Verwirrung vereinte Niedersinkende, Kämpfende und Heranstürmende. Der Angriff der Reiterei verwandelte sich bald in eine aufgelöste Flucht. Mit Leichtigkeit wurden nun auch die vorgedrungenen dänischen Jäger zurückgetrieben. Das Gefecht war entschieden. Die kleine Schaar tapferer Schützen hatte gegen Artillerie, Infanterie und Kavallerie zusammen gegen 900 Mann Dänen, glorreichen Sieg erfochten. 50 — 60 todte Dänen bedeckten das Feld; die große Zahl der Verwundeten ward zum Theil von den Dänen gerettet, die andern mußten auf dem Platze gelassen werden. Der eigene Verlust betrug 4 Todte und 19 Verwundete. 2 Kanonen, 29 Gefangene aller drei Waffengattungen, 2 Offiziere, ein Munitionswagen und mehrere andere Wagen, endlich 22 Pferde fielen den Siegern in die Hände. Bei dem Mangel an Bespannungsgeschirr konnte nur eine Kanone mitgenommen werden.

(Rendsb. Tagbl.)

Aus Helgoland, 7. Juni, war in Bremen die Nachricht von neuen Aufbringungen deutscher Schiffe durch die noch hier kreuzenden dänischen Kriegsschiffe angelangt. „Wie ich ferner erfahre," heißt es, „werden Bremer Schiffe mit Auswanderern keineswegs geschont.

Hannover.

Hannover, 10. Juni. Gestern traf von unserm Gesandten in London der vom dortigen dänischen Gesandten unterzeichnete Waffenstillstandsvertrag hier ein. Ob ihm der Friede auf dem Fuße folgen, oder ob noch mehr Blut, das in den letzen Tagen so reichlich vergossen ist, fließen wird, das wagen wir noch nicht zu beurtheilen. (A. Z.)

Oesterreich.

Wien, 9. Juni. Wie man hört, sollen II. MM. der Kaiser und die Kaiserin am 18. d. M. wieder hier eintreffen. Der Erzherzog Franz Karl und die Erzherzogin Sophie werden jedoch jetzt noch nicht nach Wien zurückkehren, sondern einige Zeit in Ischl verweilen. — Die Arbeiterfrage macht dem provisorischen Ausschuß der Bürger, Nationalgarden und Studenten viel zu schaffen, da sich die Zahl der aus der Umgegend nun herbeiströmenden Arbeiter in auffallender Progression vermehrt. Es werden dermalen bereits 19,000 Arbeiter hier durch den Ausschuß beschäftigt, während man sonst die Zahl der beschäftigungslosen Arbeiter in Wien höchstens auf 8 bis 10,000 anschlagen durfte.

(A. Z.)

Wien. (Manifest des Kaisers.) An meine getreuen Niederösterreicher. Der Besuch bei Meinen biedern und treuergebenen Tirolern, deren Empfang Mir unvergeßlich bleiben wird, hat Mir zugleich die erneuerten Beweise der Anhänglichkeit und Treue Meiner Provinzen zugeführt. Ich habe solche bereits durch die ihren Abgesandten ertheilten aufrichtigen Versicherungen Meiner Huld und Gewogenheit erwiedert, will Mich aber nicht darauf beschränken, sondern finde Mich bewogen, Mich durch gegenwärtiges Manifest noch bestimmter und lauter über Meine Gesinnungen und Absichten auszusprechen. Die dankbaren Gefühle Meiner Völker für die ihnen bereitwillig ertheilten freien Institutionen haben Mich deren Werth erst recht erkennen lassen, und Ich werde daher an solchen nicht weniger als Meine geliebten Völker selbst festhalten. Sie mögen bauen und vertrauen auf Meinen unerschütterlichen Willen einer vollständigen Erfüllung Meiner Verheißungen. Allein, noch ist das von Mir begründete Werk nicht vollbracht; es kann erst durch die kluge und kräftige Mitwirkung der Abgeordneten Meines Reichs eine den allgemeinen Interessen entsprechende Wirklichkeit werden. Ich bin zwar den Wünschen Meiner Völker nach dem Antrage Meiner verantwortlichen Räthe, mit den Grundregeln einer Verfassung entgegen gekommen, welche Mir den Forderungen der Zeit und den Bedürfnissen der einzelnen Länder Meines Kaiserreichs zu entsprechen schien. Dabei war es aber nie Meine Absicht, der überwiegenden Meinung Meiner Völker Schranken setzen zu wollen, und um diese Meine Gesinnung unzweideutig an den Tag zu legen, habe Ich Mich bewogen gefunden, den ersten Reichstag als einen konstituirenden zu erklären, und seiner Natur gemäß die Wahlordnung abzuändern. Diesen konstituirenden Reichstag will Ich in Meiner Residenzstadt Wien, wo bereits die nöthigen Vorbereitungen getroffen worden sind, eröffnen, wofern daselbst Ruhe und Ordnung, Friede und Versöhnung in jenem Maße hergestellt und verbürgt seyn werden, wodurch die zum Reichstage versammelten Abgeordneten bezüglich einer freien und ungestörten Berathung über die künftige Gesetzgebung des Reichs vollkommen beruhigt seyn können. Dort hoffe ich diejenigen um Mich für die höchsten Interessen des Vaterlands vereinigt zu sehen, welche Mir hieher ihre herzlichen Huldigungen nachgesendet haben. Innsbruck, den 6. Juni 1848. Ferdinand mpr. Wessenberg mpr. Doblhoff mpr.

Wien, 9. Juni. Die Wahlen zur konstituirenden Reichsversammlung werden vorbereitet, und nehmen die gespannteste Aufmerksamkeit aller Denkenden in Anspruch, während einige Ultras vorzüglich über drei Punkte in der Wahlordnung Zeter schreien. Diese drei Punkte sind: 1) Der Ausschluß aller Arbeiter, die von Tag- und Wochenlohn leben; 2) daß man sechs Monate in einem der Wahlbezirke domiziliren muß, um passiv wahlfähig zu seyn; 3) daß die Wahlen indirekt sind. Ob nicht behufs der Abänderung dieser Punkte eine abermalige Sturmpetition beim Ministerium in Aussicht steht, wage ich weder zu bejahen, noch zu verneinen; doch hoffe ich, daß diesmal der gemäßigtere Theil der Presse seinen ganzen Einfluß aufbieten wird, um einen

derartigen Skandal fernzuhalten. — Der provisorische Ausschuß von Bürgern, Nationalgarden und Studenten balgt sich mit den Arbeitern herum, die hier und da sich Uebergriffe zu Schulden kommen lassen, einzelne Wirthe außer den Linien um Bier u. s. w. brandschatzen, die Waldungen im Prater lüften, Werbungshütten demoliren, nutz- und zwecklose Umzüge veranstalten, auch an Sonn- und Feiertagen furs Nichtsthun bezahlt seyn wollen, und was dem ähnliche Dinge mehr sind. Die Sitzungen dieses Ausschusses erfreuen sich einer starken Theilnahme von Seite des Publikums, die Gallerie ist immer gedrängt voll und das Auditorium ziemlich lebhaft in seinen Beifalls- und Mißfälligkeitsäußerungen. — Die Deputation der Prager Studenten wurde sowohl auf der Aula, als im provisorischen Ausschuß ziemlich kühl empfangen, der steyerischen dagegen ein Verbrüderungsfest veranstaltet, bei dem es weder an Toasten und Festreden, noch an einer gewissen Weinseligkeit fehlte. — Verbrüderungsfeste sind überhaupt an der Tagesordnung; sie und eine Anzahl von Journalen schießen auf, wie die Pilze nach einem Gewitterregen. Außer den vormärzlichen Zeitungen beglucken uns seit Freigebung der Presse nachstehende tagtaglich mit ihrem Gesalbader: die Konstitution; der Freimuthige; die konstitutionelle Donauzeitung; der Nationalgardist; das Parlament; der Radikale; Vorwärts; Gradaus; Wiener Tagblatt; der freie Wiener; Wiener Weltkurier; die Straßenzeitung; die Schnellpost; Opposition; die neue Zeit; der Volksfreund; der Unpartheiische; der reisende Teufel; Wiener Theaterchronik; Damenzeitung; Schulzeitung; Arbeiterzeitung; Studentenblatt; Barrikadenzeitung 2c., eine Anzahl von Flugblättern gar nicht gerechnet. Man sieht, an Zeitungen fehlt es uns nicht; wir werden, wenn es so fortgeht, bald mehr Journalisten als Leser haben. Alles wirft sich auf die Politik und spielt den Weltverbesserer. Von dem gesunden Sinne der Wiener ist jedoch zu erwarten, daß er dieser Ueberschwenglichkeit bald satt seyn und seine Groschen nützlicherem zuwenden wird, als derlei patriotischen Beutelschneidereien. — In wohlunterrichteten Kreisen erzählt man sich: Feldmarschall Radetzky habe an das Kriegsministerium ein neuerliches Ansuchen um 60,000 Mann Truppen jeder Waffengattung gestellt, sonst müsse er der Uebermacht erliegen und könne keinen entscheidenden Schlag führen. (K. v. u. f. D.)

Das Geschwornengericht für Preßprozesse soll in der Hauptstadt sofort ins Leben treten. Zu diesem Behufe sollen vom 13. bis 16. Juni in der Stadt und den Vorstädten 800 Geschworne und 25 Ersatzmänner gewählt werden. Wahlberechtigt sind alle in Wien ansässigen österreichischen Staatsbürger, welche selbstständig, 24 Jahre alt und im Vollgenuß der bürgerlichen Rechte sind, ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses. Jeder Wähler ist zum Geschwornen wählbar, wenn er in der Stadt oder in der Umgebung seinen Wohnsitz hat; dagegen sind Geistliche aller Konfessionen und Beamte ausgeschlossen.

Wien, 12. Juni. Das Kriegsministerium hat mittelst Kurier so eben vom Feldmarschall Grafen Radetzky aus dem Hauptquartier Sanguinetto vom 5. d. M. die Anzeige erhalten, wornach derselbe, bei der erlangten Ueberzeugung, daß seine Bewegung uber Mantua in Flank und Rücken des Feindes ihre volle Absicht nicht mehr erreichen könne, beschlossen hat, sich Verona wieder zu nähern. Weil jedoch der direkte Weg dahin nicht ohne Gefahr gewesen wäre, so will der Feldmarschall die Etsch bei Legnago passiren und beabsichtigt zugleich während dieser Bewegung auch Vicenza anzugreifen, wodurch er mit dem Reservekorps unter Feldmarschallieutenant Baron Welden in Verbindung tritt. Zugleich hat das Kriegsministerium verfügt, daß neuerdings unverzüglich namhafte Verstärkungen an Truppen fur unsere Armee in Italien abgehend gemacht werden.

(Wien. Z.)

Wien, 13. Juni. Im Laufe des heutigen Vormittags und an der Börse zirkulirten hier die beunruhigendsten Gerüchte aus Prag über einen zwischen dem dortigen Militär und den Bürgern gestern stattgehabten blutigen Konflikt, bei welchem das Volk hinter Barrikaden heftigen Widerstand geleistet haben, und Feldmarschallieutenant Fürst Windischgrätz sich mit Mühe durchzuschlagen gezwungen gewesen seyn soll. Nach andern soll dieser Konflikt zwischen der czechischen und der deutschen Partei, welcher sich das Militär angeschlossen hatte, ausgebrochen seyn, bei welcher Gelegenheit viel Opfer gefallen, die deutsche Partei und das Militär aber die Oberhand behalten haben sollen. Auch wird erzählt, Graf Leo Thun sey gefangen, und die Fürstin Windischgrätz am Fenster von der Gasse erschossen worden u. s. w. Wie gesagt, ich theile Ihnen alles dieß nur als Gerücht mit, welches jedoch, da es von vielen Seiten erzählt wird und auch an der Börse auf die Kurse lähmend einwirkte, nicht ganz grundlos zu seyn scheint. Die Nachricht soll auf telegraphischem Wege hieher gekommen seyn. Die hier befindlichen Studenten aus Prag sollen noch heute dahin abreisen. Die am 10. Abends von hier nach Grätz abgegangene Deputation der Wiener Bürger, Nationalgarden und Studenten, die nahe an tausend Personen zählte, ist zum Theil schon heute früh wieder hieher zurückgekehrt. Der andere Theil kommt heute Abends zurück. Die Aufnahme daselbst war die herzlichste. (A. Z.)

Wien, 13. Juni. Es verlautet so eben, daß in Prag Barrikaden errichtet, und auf Befehl des Fürsten Windischgrätz auf das Volk geschossen worden sey. Hier wiederholen sich die Reibungen zwischen Böhmen und Deutschen. Die geschäftliche Stimmung, welche durch das Gerücht einer bevorstehenden Pazifizirung Italiens angenehm erregt worden war, blieb in Folge der Prager Nachrichten eine gedrückte. Man wollte von sechsstundigem Schießen wissen, und daß die Fürstin Windischgrätz dabei das Leben verloren habe. (A. Z.)

Aus Prag fehlen uns zwei Posten, was die obigen Wiener Berichte leider zu bestätigen scheint. Eben kommt uns folgende Notiz aus Regensburg, 15. Juni, zu: „Von Prag haben wir die Posten von gestern und heute nicht erhalten. Nach einer Mittheilung aus Pilsen fehlt dort die Post von Prag schon seit zwei Tagen, woraus zu schließen ist, daß in Prag etwas außerordentliches vorgefallen seyn muß. Man hörte in Pilsen starken Kanonendonner von Prag her."

Die neueste „Regensburger Zeitung" sagt: „Prag soll in vollem Aufstand seyn, der Postenlauf von da ist gehemmt, indem heute weder Briefe noch Zeitungen eintrafen. Es sollen die Deutschen mit den Czechen im Kampfe begriffen seyn und die Stadt an mehreren Orten brennen. Gestern ist ein Kurier in dringendster Angelegenheit nach Munchen durchgeeilt."

Die „Augsburger Postzeitung" läßt sich aus Innsbruck schreiben, der päpstliche Nuntius sey am 13. Juni von dort mit einer besonderen Mission nach Frankfurt abgereist.

Bregenz, 8. Juni. Ein Artikel vom Bodensee, 30. Mai in dem „Regensburger Tagblatte" Nro. 153 gibt an, das österreichische Infanterieregiment Wellington habe bei dem Ueberschreiten der Gränze aus Bayern nach Vorarlberg das schwarz-roth-goldene Band von der Fahne herabgerissen, und die Mannschaft habe die Kokarden theilweise in den Koth getreten. Nicht um dem Einsender dieser bösartigen und lügenhaften Uebertreibung entgegen zu treten, — denn wir vermögen das Gewicht seiner persönlichen Ansicht zu ertragen, — sondern um einen Irrthum zu berichtigen, der die Herzen der Deutschen mit gerechter Entrüstung erfüllen muß, halten wir es für unsere Pflicht, zu erklären: daß dem Regimente die deutschen Fahnenbänder und Kokarden vom k. k. Aerar mit dem Auftrage zugekommen sind, dieselben bei dem Uebertritte über die österreichische Grenze als gemeinschaftliches Erkennungszeichen der zum Bundeskontingente bestimmten Truppen zu tragen. Innerhalb der Grenzen des Kaiserstaats kann die deutsche Kokarde bei der Armee bis jetzt um so weniger noch getragen werden, als die sich gegenwärtig zur Geltung bringenden Nationalitäten die Aufrechthaltung ihrer eigenen Landesfarben eifersüchtig ansprechen, und als gemeinschaftliche Farbe in einigen Provinzen nur die kais. österreichische dulden. Bei dem Rucktritte in den österreichischen Kaiserstaat mußten die deutschen Farben analog der früheren Anordnung wieder abgenommen werden und dieß ist ohne irgend eine besondere Förmlichkeit und ohne ein Gewicht darauf zu legen, ruhig geschehen. Bänder und Kokarden sind als ärarisches Gut deponirt, bis zu weiters angeordnetem Gebrauche. Gewaltig Unrecht thut man also dem Regimente, wenn man in der Abnahme der Kokarde die Manifestation irgend eines politischen Glaubensbekenntnisses wahrnehmen will. Im Namen seiner Kameraden: ein Offizier des österreichischen Infanterieregiments Herzog Wellington. Mayrhofer Hauptmann.*)

*) Warum nicht der Kommandant? (A. d. R.)

Triest, 11. Juni. Auch wir haben Barrikaden, aber nicht in den Straßen, sondern auf der See. Um zu verhindern, daß der Feind die im Hafen liegenden Schiffe durch Brander beschädige, hat das Militärkommando den Eingang durch mit Ketten verbundene und an Bogen befestigte Balken sperren lassen, die einen Kordon von dem einen bis zum andern Lazarethe bilden. Die feindliche Flotte wurde seit einigen Tagen wieder um zwei Fahrzeuge verstärkt, so daß sie gegenwärtig nebst den Dampfern 19 Schiffe zählt, welche ganz nahe dem Hafen, im Angesichte der Promenade St. Andrea, in Schlachtordnung aufgestellt sind. Dieselbe verhält sich seit zwei Tagen ganz ruhig. Wenn man auch hier fortwährend guter Dinge ist, und ein Bombardement im allgemeinen nicht gefürchtet wird, so haben doch sehr viele Familien die Stadt verlassen und die Landhäuser bezogen, welche wohl nie so zahlreich bewohnt gewesen seyn dürften, wie heuer. Der französische Konsul hat im Osservatore Triestino an seine Nationalen die Aufforderung ergehen lassen, falls Triest beschossen werden sollte, sich an Bord des zu ihrer Verfügung stehenden Dampfers „Asmodée" zu begeben. Auch für die Engländer und Amerikaner stehen Kriegsschiffe für diesen Fall zur Disposition. Alle übrigen mögen sehen, wie sie sich retten, wenn es noth thun sollte, aber, wie gesagt, es kommt wahrscheinlich nicht zum äußersten, und wenn auch: die Forts sind so trefflich bedient, daß die feindlichen Schiffe noch in größerer Gefahr sind, als unsere Stadt, der höchstens einige Häuser beschädigt werden können. Von einer zu versuchenden Landung kann wohl kaum die Rede seyn, da man mit Bestimmtheit behauptet, daß sich keine Landungstruppen auf den Schiffen befinden. — Nachschrift vom 12. In der heutigen Nacht haben sich vier Dampfboote von der feindlichen Flotte getrennt. Man vermuthet, daß sie Landungstruppen holen wollen.

(A. Z.)

Schweiz.

Zürich, 13. Juni. Der Ochsenbein'sche Antrag das Bernische Regiment aus Neapel zurückzurufen, hat wenig Aussicht auf Erfolg, seit man nach einem ungefähren Ueberschlage berechnete, daß dem Kanton Bern eine jährliche Mehrausgabe von mehr als einer halben Million daraus erwachsen würde. Interessant ist es, daß der schweizerische Konsul in Neapel unter den gegenwärtigen Umständen die Stirn hat, den Vorort um die Erlaubniß anzugehen, einen von dem Könige von Neapel erhaltenen Orden zu tragen; es wirft aber dieses Begehren ein hinlänglich helles Licht auf die höchst partheiischen Berichte jenes Konsuls über die Gräuelthaten vom 15. und 16. Mai, nach welchen bekanntlich das mit Kartätschen zu Boden geschmetterte Volk eine anarchische Faktion war, die das Todesurtheil der ganzen königlichen Familie schon unterzeichnet hatte.

(D. konst. Z.)

Italien.

Verona, 11. Juni. Abends. Meiner heute früh übersendeten Freudenbotschaft, daß gestern Vicenza genommen wurde, muß ich den hinkenden Boten nachschicken, daß gestern die Anhöhen von Rivoli genommen wurden von den Piemontesen, die mit sechzehn Bataillonen anrückten, gegen welche Oberst Zobel von Kaiser Jäger mit seinen drei Bataillonen sich nicht behaupten konnte. Der Feind steht also hart am rechten Etschufer, während die Tyroler Straße hart am linken Ufer vorbeiführt. Die Straße ist vom Feind nur etwa dreihundert Schritte entfernt, und kann daher leicht beschossen werden. Somit wären wir wenigstens von dieser Seite abgesperrt. Ist die Sache mit Vicenza glücklich für Oesterreich vollendet, so wird sich ein Ausweg über diese Stadt, dann Bassano, freilich mit einem Umweg ergeben. Die Pferde zweier vierspänniger Lastwägen, welche gegen Verona mit Getreide fuhren, waren sammt den Fuhrleuten die ersten Opfer der Besetzung jener Anhöhen; sie wurden von den Piemontesen niedergeschossen. Ein Uebersetzen über die Etsch ist wahrscheinlich nicht gelungen, da sie sehr reißend und gegenwärtig noch sehr angeschwollen ist. Der Fluß ist übrigens im Fallen. (A. Z.)

Verona, 12. Juni. Da ich erfahre, daß die Briefpost wieder im Gange ist, beeile ich mich, das eben erschienende Bülletin Nr. 14 zu übermachen. Die päpstlichen Truppen unter Durando zogen mit klingendem Spiel von Vicenza ab. Daß sie die Waffen ablegen

mußten, versteht sich wohl von selbst. Ihre Zahl betrug fünfzehntausend Mann. Die Opfer von Seite unseres Heeres waren dabei sehr bedeutend. Auch Fürst Thurn und Taxis ward schwer verwundet. — Die zwei gestern für Parlamentärs gehaltenen piemontesischen Offiziere begleiteten nur den gefangen gewesenen, verwundeten General Fürsten Bentheim hieher, gegen welchen der Major Trotti ausgewechselt wird. Man rückt jetzt gegen Padua. (A. Z.)

Verona, 12. Juni. Armeebericht. Die Armee unter den Befehlen Sr. Exz. des Hrn. Feldmarschalls Grafen Radetzky hat am 10. Juni Vormittags Vicenza von allen Seiten angegriffen. Alle um diese Stadt vom Feinde besetzten Höhen und Verschanzungen wurden mit stürmender Hand genommen. Mit den päpstlichen Truppen ist eine Konvention abgeschlossen worden, in Folge welcher dieselben über den Po sich zurückzuziehen und das venetianische Gebiet zu räumen haben. Unsere braven Truppen zogen bereits in Vicenza ein. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 11. Juni. Die Exekutivbehörde wankt; man fürchtet, daß ihr Verlangen von 100,000 Fr. für geheime Ausgaben, das sie zur Existenzfrage gemacht hat, ihren Sturz herbeiführen wird; man hat bereits eine neue Regierung in Bereitschaft, in der außer Marraſt, Senard u. A. sogar Thiers figuriren soll! Wir glauben nicht, daß es schon so weit gekommen ist, bedenklich macht uns aber die wiederholte Kriegserklärung, die der National, bisher das Organ des republikanischen Optimismus, gegen die Regierung losläßt. Wir wünschen lebhaft, sagt das genannte Blatt, daß die Exekutivbehörde, unter dem Antrieb der republikanischen Mehrheit der Versammlung, aus der Unthätigkeit heraustrete, worin sie zu lange geschmachtet hat, und mit der Energie, welche die Umstände gebieten, den Schwierigkeiten der Lage abzuhelfen suche. Wir wünschen, daß sie es durchführe; es gilt hier nicht, die Personen, sondern das System zu ändern. Sie muß die Finanzen herstellen, dem Kredit weitere Grundlagen verschaffen, die Arbeit neu beleben und zugleich der republikanischen Meinung Bürgschaften sichern, ohne welche man weder Finanzen, noch Kredit, noch Belebung der Arbeit haben wird. Die Aufgabe ist schwer, wir geben das zu. Aber die Majorität würde gern mit ihrer thätigen Hülfe zur Seite stehen, wenn sie sähe, daß die Kommission sich selber hülfe und nicht die Regierung des Landes einer Art von politischem Eklektizismus preisgäbe. Der National vertraut auf die Versammlung; in die Regierung scheint er nicht dasselbe Vertrauen zu setzen. Er gibt ihr kurze Frist, ihre Fähigkeit zu zeigen; wo nicht, so möge sie gehen, — das ist das bündige Programm, das er ihr gegenüber aufstellt.

Paris, 12. Juni. Pierre Bonaparte, gegenwärtiges Glied der Nationalversammlung, wurde am 24. Sept. 1836 in Rom zum Tode verurtheilt, weil er den Offizier erdolcht hatte, der ihn als des Meuchelmordes eines Forstwächters verdächtig, nebst seinem Bruder Antonius gefangen nehmen sollte. Der Papst indessen begnadigte den Verurtheilten, indem er die Todesstrafe in Verbannung verwandelte. Auf diese Weise suchte der Sohn Luzians ein Asyl in Amerika, von wo ihn nun Korsika in die Nationalversammlung schickte. (D. konst. Z.)

=Paris, 13. Juni. Die Nationalversammlung hat in der gestrigen Sitzung mit großer Majorität der Kommission der Exekutivgewalt ein Vertrauensvotum, das sie wünschte, durch die Genehmigung von monatlich 100,000 Fr. für die Bureaukosten und Ausgaben der Vollziehungsgewalt gegeben. Die lärmenden Demonstrationen der Napoleonisten von Außen trugen nicht wenig zu diesem Beschlusse bei. Es hatten sich zahlreiche Arbeiter-Zusammenrottungen gebildet; man hörte die Trommeln wirbeln; der Kriegsminister und die Mitglieder der Versammlung, welche Offiziere in der Nationalgarde oder in der Armee sind, trugen ihre Uniformen; bald verbreitete sich das Gerücht, es seyen auf den General der Nationalgarde Hrn. Clement Thomas und gegen andere Oberoffiziere Schüsse gefallen unter dem Ruf: Es lebe Louis Napoleon! Es lebe der Kaiser! Hr. Lamartine, dessen Rede dadurch unterbrochen wurde, theilte selbst diese Nachrichten mit, welche den lebhaftesten Unwillen der Versammlung erregten. Der Ruf: Es lebe die Freiheit! Es lebe die Nationalsouveränetät! durchtönte den Saal. Hr. v. Lamartine fügte sogleich die Versicherung bei, daß energische Maßregeln von der Kommission getroffen seyen, bis das Votum gefällt sey, durch das die Versammlung entscheidet, ob Louis Napoleon seinen Sitz in der Kammer einnehmen kann oder nicht. Zwei Deputirte, Mitglieder der Napoleonischen Familie, Napoleon Bonaparte, Sohn des Königs Jerome, und Peter Bonaparte, Sohn Lucian's, versicherten, daß Louis Bonaparte diesen Umtrieben fremd sey, was aber wenig Glauben findet. Die Journale versichern, daß er noch fortwährend in London sey. Der Nationalgarde gelang es, gegen 3 Uhr den Concordienplatz zu säubern. Die Zusammenrottungen dauerten zwar Abends und Nachts noch auf den Boulevards fort, aber ohne daß sich eine feindselige Absicht derselben zeigte.

Paris, 13. Juni. Ueber die Ereignisse des gestrigen Tages liegen bis jetzt nur unzusammenhängende, fragmentarische Berichte vor. Es stellt sich heraus, daß die Menschenmenge, die vor dem Pallast Bourbon versammelt war, angeblich um Ludwig Napoleon ankommen zu sehen, immer mehr anwuchs und daß eine Bande von 3000 Individuen: Es lebe Ludwig Napoleon! Es lebe der Kaiser! von den elysäischen Feldern gegen die Nationalversammlung anrückte. Allein hier waren bereits alle Vorsichtsmaßregeln getroffen und beträchtliche Truppenmassen aufgestellt. Der Kriegsminister Cavaignac, der General Negrier, der Oberbefehlshaber der Nationalgarde, Klemens Thomas, stellten sich an die Spitze der bewaffneten Macht und säuberten die Zugänge der Kammer und den Konkordiaplatz. Auf letzterem wurden drei Schüsse auf Klemens Thomas und seinen Generalstab abgefeuert und einem Hauptmann der Nationalgarde zwei Finger der rechten Hand zerschmettert, die sogleich amputirt werden mußten. Mehrere Personen, welche „hoch Napoleon!“ schrieen, den Trommelschlägern, die den Generalmarsch schlugen, die Trommeln durchlöcherten oder aufrührerische Reden hielten, wurden verhaftet. Um 7 Uhr Abends war die Ruhe überall wieder hergestellt; aber ganz Paris war am Abend auf den Straßen und dichte Gruppen besprachen überall die Ereignisse des Tages. Man erzählte auch von einem gestern Morgen gemachten, aber mißlungenen Versuche, die Gefangenen von Vincennes zu befreien. Die Vollziehungskommission hat gestern nicht ein neues Verbannungsdekret gegen Ludwig Napoleon vorgelegt, sondern nur angezeigt, daß sie, bis die Nationalversammlung anders beschlossen habe, das Verbannungsdekret von 1832 auf ihn in Anwendung bringe. Heute wird die Versammlung sich mit der dreifachen Wahl des Prinzen beschäftigen, und dieselbe wahrscheinlich annulliren. Der Justizminister hat an alle Prokuratoren der Republik den Befehl erlassen, auf den Bürger Ludwig Napoleon Bonaparte zu fahnden und ihn festzunehmen. Man versichert noch immer, daß er sich wohlverborgen in Auteuil, vor der Barriere von Passy, befinde, und daß die ihm ergebene Nationalgarde des Weichbildes ihn schütze. (Karlsr. Z.)

Straßburg, 6. Juni. Die jetzt beschlossene Entfernung der Arbeiter aus den Departementen, die mit Strenge durchgeführt werden soll, denn auch hier hat die Munizipalbehörde angekündigt, daß keine Päße nach der Hauptstadt gegeben werden, wird wohl zu wichtigen Dingen führen. Die Bürgerschaft und die Truppen sind dann Meister der Stadt und den gefährlichen Friedensstörern ist ihr mächtiges Werkzeug entzogen; wo aber dann, wenn eine so gewissenlose Regierung fortgehen sollte, das Schiff des Staates hingeleitet werden wird, wer kann, wer wollte es mit Gewißheit voraussagen. Auf der Wartburg und in Grätz liegen die Stürme gefesselt, welche vielleicht die Anarchie lösen wird. Doch hat die Regierung immer noch das Bewußtseyn der Gefahr und wird wohl, wenn es immer möglich, dieselbe abwenden. Daß sie den Krieg entfernt, davon bin ich überzeugt; es wird gerüstet, aber mit Maß und Ziel. So sind schon wieder die verheiratheten Männer von den Reserven nach Haus geschickt worden; auch werden keine Anstalten zu einer neuen Konskription getroffen. Die Finanzlage ist die große Krisis, die das öffentliche wie das Privatleben erschüttert. Auch die hiesige Stadt will eine Schuld von 300,000 Fr. kontrahiren, um öffentliche Bauten ausführen zu lassen, da die Privatleute sich in Nichts einlassen können. Ob sie Gläubiger finden wird für jene Summe, dies wird von Vielen bezweifelt. (D. Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag den 18. Juni: „Der Antheil des Teufels,“ komische Oper von Auber.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. Graf Stadion von Innsbruck; Graf v. Doll aus Rußland.

Drei Mohren. HH. Graf v. Lehndorf, Rentier v. Berlin; Baron v. Kreß, Privatier v. Marktbreit; Wimmer, Privatier, und Schauer, Gutsbesitzer v. Berlin.

Gold. Hahn. HH. Schlaier, Privatier von Paderborn; Wittmann, Privatier v. Ingolstadt; Dem. Tadis und Kattmann v. Regensburg.

Gold. Kreuz. HH. Behrle, Pfarrer v. Memmingen; Fallon, Proprietär v. Straßburg; Böhl, Fabrikbesitzer aus Hannover.

Blaue Traube. HH. Banner, Kaplan von Klagenfurt; Wahler, Rentier v. Fulda

Stachusgarten. HH Sailer, Pfarrer v. Kindling; Wassermann, Benefiziat v. Donauwörth; Welmansperger, Konzipist v. Landau; v. Löwenstein, Künstler v. Donauwörth.

Getraute in München.

HH. Johann Georg Vogl, Guts- und Realitätenbesitzer zu Eisenach im Großherzogthume Sachsen-Weimar-Eisenach, mit Freifrl. Bertha Theresia Dorothea Marg v. Diez, k. Generallieutenants- und Präsidentenstochter v. h.; Sigm. Hermann, Handlungsbuchhalter dah., mit Kar. Keld, Schützenamts-Aktuarstochter v. h.; Ferdinand Näher, b. Schuhmachermeister, mit Maria Unger, Schuhmachermeisterswittwe v. h.; Ernst Prestele, k. Sekretär im Staatsministerium des Aeußern, mit Frl. Euphrosina Amalia Bauer, k. l. Sekretärstochter v. h.; Fr. Xav. Wittl, kgl. Posttrompeter und bgl. Stadtmusikus dah., mit Antonia Rampl, Hartschierstochter v. h.; Joh. B. Seb. Jobl, k. Regierungsassessor dah., mit Frl. Ther. Aug. Handschuh, k. Oberstabsarztstochter v. h.; Jakob Weinberger, Hausbesitzer und Faßbinder, mit Anna Maria Girisch, Bäckerstochter v. Pressath in der Oberpfalz; Nathan Schuster, Kaufmann v. Frankfurt am Main, mit Frl. Joh. Seligstein, Großhändlerstochter v. h.

Gestorbene in München.

Franziska v. Kleinmaier, k. Professorstochter v. h., 24 J. alt; Karl Gernet, Soldat im Kürassier-Regiment Prinz Karl, 26 J. alt; Anna Kreitmann, b. Zinngießerswittwe v. h., 80 J. alt; A. M. Werp, bgl. Garkochsfrau v. h., 31 J. alt; Anna Zeiler, Silberarbeiterstochter v. h, 64 J. alt

---

Bekanntmachung.

Franziska Schmid, geborne Allram, auf dem Wirthsanwesen zu Marquartstein, starb hierorts im Spital mit Hinterlassung zweier Grundstücke, auf welche der Magistrat Aibling Ansprüche macht.

Da dieselbe eine Deszendenz nicht hinterließ und deren Verwandte auch nicht bekannt sind, so werden alle Diejenigen, welche ein Erbschaftsrecht auf die Verlassenschaft nachzuweisen vermögen, aufgefordert, sich binnen 6 Wochen hierorts zu melden, widrigenfalls nach Ablauf dieser Zeit ohne weitere Rücksichtenahme die beiden Grundstücke an den hiesigen Magistrat ausgeantwortet werden.

Den 6. Juni 1848.

Königl. Landgericht Aibling.

Der k. Landrichter:

Kienast.

Lehner.

Todesanzeige.

2428. Heute früh $3\frac{1}{2}$ Uhr starb dahier, 62 Jahre alt, unverehelicht, der

k. bayerische Kammerherr, erste Direktor des k. bayer. Appellationsgerichtes von Oberfranken, Ritter des k. b. Zivil-Verdienst-Ordens vom hl. Michael,

Jos. Ant. Frhr. v. Reding,

mit den Heilmitteln der Religion versehen nach kurzer Erkrankung am Schlagflusse.

Diesen höchst schmerzlichen unerwarteten Verlust bringen den zahlreichen Freunden und Bekannten des wahrhaft edlen Verblichenen in tiefster Betrübniß zur Kunde

Bamberg, am 13. Juni 1848.

die Verwandten.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 160.

Man pränumerirt auf die Zeitung [illegible] in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir [illegible]. Außerhalb bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

[illegible] ganzjährig 6 fl. — Für Auswärtige: halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. [illegible] kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum nur zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonntag — XLIX. Jahrgang. — 18. Juni 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 14. Juni. (16. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.) Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung theilte der Präsident den Eingang von 50 fl. aus Wien, sodann von 306 fl. 42 kr. aus Ansbach (Ertrag einer Verloosung weiblicher Handarbeiten) für die deutsche Marine mit. Nach einer fernern Mittheilung des Präsidenten haben Dr. Meyer, Abgeordneter des 13. hannoverschen Wahlbezirks, in Folge persönlicher Verhältnisse, sodann von Arnim-Boitzenburg ihren Austritt aus der Nationalversammlung, sowie Minister Camphausen angezeigt, daß er verhindert sey, seinen Sitz in der Nationalversammlung einzunehmen. Die Stellvertreter der Genannten, deren Austritt genehmigt wurde, werden demnächst eintreten. Die Verhandlung über den Bericht des Verfassungsausschusses, bezüglich des Protestes der Luxemburger Abgeordneten, wurde auf Ersuchen dieser ausgesetzt. Es haben dieselben nach der Mittheilung des Präsidenten ein Dokument vorgelegt, wonach die bekannten Vorbehalte vorläufig beseitigt sind; die Abgeordneten haben jedoch Schritte für vollständige Aufhebung gethan, deren Ergebniß abgewartet werden möchte. Nächster Gegenstand der Tagesordnung war der Bericht des Marineausschusses. Möring aus Wien gab interessante Mittheilungen über das bei den Nordamerikanern zur Anwendung gebrachte System, kleinere Schiffe durch stärkere Manövrirfähigkeit und Ausrüstung mit schwerem Geschütz in die Lage zu setzen, mit Erfolg gegen größere Schiffe zu kämpfen. Der Redner erläuterte dieses durch genaue Beschreibung einer hiernach gebauten und ausgerüsteten Dampffregatte. — Kerst von Posen bemerkte bezüglich des Ausschußantrages, daß der Ausschuß keineswegs beabsichtigt habe, bestimmte Vorschläge in dieser Beziehung zu machen, daß derselbe vielmehr nur an einem Beispiel habe zeigen wollen, was mit der verlangten Summe werde angeschafft werden können. — v. Wartensleben hob hervor, daß vor allem die erforderlichen Mittel zu beschaffen seyen. Er forderte auf, die Frage als eine allgemeine deutsche Frage zu betrachten. — Wiesner ist gleichfalls durchdrungen von der Nothwendigkeit, Deutschlands Würde und Ehre zu wahren. Allein er berücksichtigt, daß eine besonders wichtige Aufgabe zu lösen ist; denn die Versammlung habe zum erstenmale eine Steuer aufzulegen. Der Redner vermißt in dem Ausschußantrage eine genügende Berücksichtigung und Würdigung der einschlagenden bestehenden Verhältnisse, die Verlässigung darüber, ob sich der Ausschuß alle Dokumente verschafft habe, ob er mit dem Marinekongreß in Hamburg ins Benehmen getreten sey, ob er über den Betrag der durch die freiwilligen Beiträge gelieferten Summe sich vergewissert habe. Die Summe von 6 Millionen sey an sich klein für ganz Deutschland, und das Volk werde sie zahlen; aber die Vertreter des Volkes müßten auf der Hut seyn, und kargen im Interesse des Volkes. Man erwarte Steuererleichterungen und es würde viel Geld gebraucht werden für die Arbeiterverhältnisse. Der Redner beantragt die Zurückverweisung des Berichtes an den Ausschuß, behufs der angedeuteten Aufschlüsse und machte darauf aufmerksam, sich mit der österreichischen Regierung zu benehmen, da Oesterreich allein den Anfang einer Flotte habe. — Tellkampf von Breslau äußert sich für den Möring'schen Vorschlag und ist der Meinung, daß die Sache sofort in Angriff genommen werden solle. — Schlöffel aus Schlesien macht auf den Nothstand der unteren Klasse aufmerksam und schlägt vor, an die Großmuth der Privilegirten zu appelliren, welche bis jetzt alles aus dem Volke gezogen hätten. — v. Reden aus Berlin bemerkt, daß die Steuer nicht den Darbenden sondern dem Bemittelten aufzulegen sey. Er weist auf die bereits bestehenden Anstalten für den Schiffbau hin, so wie auf die schon vorhandenen Seekräfte in Deutschland. Dieses hat Schiffe zu 470,000 Lasten, und an 50,000 tüchtige Matrosen. — Wedekind sieht in der Bewilligung keine Steueranlage, sondern nur das Zugestehen einer Ausgabe; indem den einzelnen Staaten überlassen sey, nach ihren Verhältnissen das Geld herbeizuschaffen. — Roß aus Hamburg vertheidigt den Ausschußbericht, und gibt die Gründe an, warum man nicht auf Einzelnheiten eingegangen sey. Man habe allerdings das amerikanische System in Erwägung gezogen und dabei sich erinnert, daß dasselbe eine Streitfrage und ein großer Theil vom Sachverständigen nicht mehr für dasselbe sey. Der Ausschuß habe es für erforderlich gehalten, zuerst für die Herbeischaffung des Geldes Sorge zu tragen; diese Geldbewilligung sey die erste deutsche That. — Auf den lauten oft wiederkehrenden Ruf nach Abstimmung bemerkte der Präsident, daß verschiedene Verbesserungsanträge vorlägen. Es wurde verlangt, daß noch Rednern gegen den Antrag das Wort gegeben werde. Gegen denselben trat nun Grubert auf, dem die Summe zu groß, die damit zu schaffende Flotte zu klein erscheint. Er ist ferner dagegen, daß die einzelnen Staaten und nicht die ganze Nationalversammlung direkt die Steuer ausschreibe. Endlich seyen die Mittel in den einzelnen Ländern, wie sich z. B. bei Anlehen in Hessen-Darmstadt und in Preußen ergeben habe, jetzt äußerst erschöpft. Ruge ist für Aussetzung der Bewilligung bis nach Einsetzung der provisorischen Exekutivgewalt, da erst die verantwortliche Behörde fest stehen müsse, welcher das Geld zu bewilligen sey. Der Präsident erklärt sich damit einverstanden, soweit es die eigentliche Verwendung des Geldes betrifft. Eisenstuck schließt sich der Bemerkung von Ruge mit einem entsprechenden Amendement an; er verlangt, daß das von der Souveränetät in Deutschland verwilligte Geld nur von einer dieser Souveränetät verantwortlichen Behörde verwendet werden könne, da sonst eine Garantie für die Verwendung nicht vorhanden sey. Eisenmann ist der Ansicht, die Summe zu bewilligen, die Bestimmung über die Verwendung sich vorbzubehalten. Der Redner verlangt, daß die Steuer nicht ach einzelnen Staaten, sondern nach der wirklichen Kopfzahl und als Einkommensteuer, welche den Mittelstand mäßig, die Reicheren mehr treffe, ausgeschlagen werde. Siemens von Hannover spricht sich dafür aus, daß der Ausdruck: „auf verfassungsmäßigem Wege" beibehalten werde. Radowitz sprach noch zum Schlusse als Berichterstatter für den Ausschußantrag. Er bemerkte, der Ausschuß sey nicht der Meinung gewesen, daß es sich gleich um die Verwendung der Summe handle, und schloß mit der dringenden Aufforderung, das Einzelne zur Zeit fallen zu lassen. Der Antrag auf namentliche Abstimmung fand nicht die Unterstützung von 50 Mitgliedern; Eisenstuck zeigte sich geneigt, seinen Antrag auf Aussetzung der Verwilligung zurückziehen zu wollen, wenn die Verantwortlichkeit der provisorischen Zentralgewalt in den Beschluß aufgenommen werde. Damit erklärte sich v. Radowitz Namens des Ausschusses für einverstanden. Die nunmehr hiernach von dem Präsidenten gestellte Frage: „ob die Versammlung beschließen wolle, daß die Bundesversammlung zu veranlassen sey, zum Zweck der Begründung eines Anfangs der deutschen Kriegsmarine die Summe von sechs Millionen Thalern, über deren Verwendung die zu bildende provisorische Zentralgewalt der Nationalversammlung verantwortlich seyn wird, auf bisher verfassungsmäßigem Wege verfügbar zu machen, und zwar 3 Millionen sofort, die übrigen drei Millionen nach Maßgabe des Bedürfnisses, — wurde mit großer Mehrheit und unter Beifallsbezeugung bejaht. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Württemberg.

Stuttgart, 16. Juni. Dem Vernehmen nach hat das Ministerium, der Stimme und dem Wunsche des Volkes und seiner Vertreter Gehör gebend, die Einberufung unserer Stände noch im Laufe dieses Monats beschlossen. Die Verhandlungen sollen vielleicht schon den 21., jedenfalls aber längstens den 27. beginnen. (N. Tgbl.)

Ulm, 16. Juni. So eben trifft ein Erlaß des Kriegsministeriums vom Gestrigen hier ein, nach welchem alle Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten und Militärbeamte „nach dem Vorgange anderer Staaten" fortan ebenfalls deutsche Kokarden tragen und die Fahnen mit schwarz-roth-goldnen Bändern geschmückt werden sollen. (Ulm. Schn.)

Der „vaterländische Verein" von Calw beschloß in seiner Sitzung vom 13. Juni: 1) Eine Aufforderung an das Volk für die deutsche Flotte nicht ergehen zu lassen, indem er glaubt, daß es zweckmäßiger sey, wenn ein Aufruf an die deutschen Fürsten ergehe, dieselben möchten einen Theil ihrer gesammelten Schätze zur Herstellung einer deutschen Flotte auf dem Altar des gemeinsamen deutschen Vaterlandes niederlegen. 2) Es sey wünschenswerth, daß die deutschen Regierungen offiziell erklären, sie erkennen die Souveränetät der Reichsversammlung in Frankfurt an, und unterwerfen sich ihren Beschlüssen unbedingt und ohne alles Weitere.

Gr. Hessen.

Mainz, 11. Juni. (Schw. Mkr.) Heute trat hier eine Versammlung von Mitgliedern deutscher Buchdruckereien zusammen; es waren Abgeordnete aus 38 Städten. Die Versammlung konstituirte sich als allgemeiner deutscher Nationalbuchdruckerverein. Die Berathungen betrafen die Verhältnisse der Lehrlinge, die Setzer- und Druckerpreise &c. In Betreff des Sonntagsgeschäfts wurde der Antrag auf vollständige Feier, insbesondere auch bei den Zeitungen, gestellt, und einstimmig der Beschluß gefaßt: „Der Nationalbuchdruckerverein ersucht die Redaktion des Frankfurter Journals, die Erklärung sämmtlicher deutschen Zeitungsredaktionen in Empfang zu nehmen und zu veröffentlichen, ob sie gesonnen seyen, an Sonntagen ihre Offizinen geschlossen zu halten." Von Gehilfen bei folgenden Zeitungen wurde mitgetheilt, daß deren Redaktionen wohl nicht abgeneigt seyen, unter Voraussetzung der Betheiligung der übrigen, darauf einzugehen: „Allgemeine Zeitung", „Augsburger Post-Zeitung", „Augsburger Abendzeitung", „Aachener", „Düsseldorfer", „Karlsruher", „Kölnische Zeitung", „Schwäbischer Merkur", „Nürnberger Kurier", „Nürnberger Korrespondent", „Mittelfränkische Zeitung", „Rhein- und Moselzeitung", „Koblenzer Tagblatt", „Koblenzer Anzeiger".

Preußen.

Berlin, 11. Juni. Die Urtheile über die Verletzungen, welche den aus der letzten Sitzung der Volksvertreter nach Hause sich begebenden Männern (Minister Arnim und Prediger Sydow) zugefügt werden, fallen ohne Ausnahme mißbilligend aus, obgleich die Beweggründe der Urtheile sehr verschieden sind. Der Nährstand Berlins fürchtet und mit Recht eine noch größere Entfremdung der Provinzen, wenn diese von dem brutalen Vorgange Kunde erhalten und allen, oder wenigstens vielen zur Last legen, was von einer Anzahl von Menschen ausgegangen ist, deren einziges Mittel der Betheiligung an öffentlichen Angelegenheiten die rohe Gewalt ist. Auch die Anhänger der äußersten Linken sind entrüstet über die Vorgänge am Freitag, wie es scheint, wegen der für sie nachtheiligen Folgen. Bereits am Freitag war eine lange Berathung vieler hoher Staatsbeamten über das Verhalten, welches in Folge des beklagenswerthen Vorfalles zu beobachten sey; heute hat sich, wie es heißt, der Minister- und Staatsrath in Potsdam beim Könige versammelt, um einen definitiven Beschluß in dieser Angelegenheit zu fassen. Es heißt, es werde die Nationalversammlung von Berlin nach einer Provinzialstadt verlegt werden. Käme es aber so weit, so läßt sich mit Grund annehmen, daß dieß nicht als eine Maßregel der Regierung oder der Krone ausgeführt, sondern vielleicht ein Vorschlag in dieser Hinsicht bei der Kammer gemacht werde. Daß die Berliner der Ausführung eines solchen Beschlusses nicht gleichgiltig zusehen werden, geht aus Allem hervor, was man heute hört. Das Volk verlangt nicht nur, daß die Nationalversammlung in Berlin ihre gesetzgebenden Arbeiten fortsetze, sondern vielfach hört man das Verlangen nach der Uebersiedlung des Königs von Potsdam nach Berlin so lange, als die Nationalversammlung beisammen ist, laut werden.

Breslau, 10. Juni. (Allg. Oderz.) So eben geht uns aus Warschau die Nachricht zu, es sey daselbst auf öffentlicher Straße verkündigt worden, der Kaiser werde dieser Tage eine Erklärung erlassen, die selbst die kühnsten Hoffnungen und Pläne der Polen übertreffen würde. Eben so erzählt man als gewiß, gegen den 16. d. M. würden die Russen in drei Armeekorps gegen Westen vorrücken. Das Zentrum, unter den Befehlen des Kaisers, würde in der Richtung nach Wien marschiren, der rechte Flügel unter Orlow gegen Berlin vorrücken, und der linke unter Paskewitsch Krakau und die schlesische Grenze besetzen. Wir dürften also in diesen Tagen bedeutenden Ereignissen entgegen gehen und es sich doch bewahrheiten, was von mancher Seite, freilich bis jetzt tauben Ohren, gepredigt worden ist. (Bedarf noch einer anderweitigen Bestätigung.

Eine Nachricht desselben Blattes aus Lemberg, 6. Juni enthält folgendes: „In der Gegend des Zbrucz (Grenzfluß zwischen dem südöstlichen Galizien und Rußland) geht das Gerücht, daß die russischen Geistlichen und Behörden die Bauern ermahnen, sich ja nicht vor den Türken zu fürchten, wenn dieselben durch Podolien marschiren würden; sie kamen nicht als Feinde, sondern als Verbündete. Nach Podolien sollen in der That Baschkiren kommen; was aber die Türken betrifft, so verhält sich die Sache ganz anders. Russische Truppen ziehen dem Pruth zu, es sollen dort schon über 100,000 Mann stehen. Den Soldaten wurde gesagt, sie gingen an die türkische Grenze, um die Türken als Freunde zu empfangen und in ihr Land (Rußland) hineinzuführen. Außerdem ist aus Podolien zu uns die Nachricht gelangt, der Czar gedenke über die Donau zu gehen und nach Ungarn und Wien zu marschiren, und die Truppen ziehen an den Pruth, oberhalb der Grenze. In der Nacht überschreiten sie auf Pontons den Bug und Dniester.

Posen, 11. Juni. (Fr. O.-P.-A.-Z.) Seit gestern ist die bestimmte Kunde hier, daß im Königreich Polen, und zwar unmittelbar an unserer Grenze, in der Nähe der Stadt Kalisch, auf das schleunigste ein Lager für 100,000 Mann Russen errichtet wird; die Truppen werden in Eilmärschen aus Litthauen und den angrenzenden Gouvernements herangezogen. Hier herrscht über diese Nachricht viel Besorgniß, und selbst Leute, die sonst ein gesundes Urtheil haben, sind nicht ohne Furcht vor einer russischen Invasion. Es kann freilich Niemandem verborgen seyn, daß die polnische Frage eine Lebensfrage für Rußland ist, und daß der kluge Kaiser Nikolaus, mit dessen allein möglichem Regierungssystem zeitgemäße Reformen sich nicht vertragen, sich sagen muß, daß die Ruhe seines Reichs so lange bedroht sey, als die Polen nicht zur unbedingten Unterwürfigkeit zurückgekehrt sind.

Schleswig-Holstein.

Schleswig-Holstein. Vom Kriegsschauplatz nichts Neues. Das von der Tann'sche Freicorps ist am 10. Juni in Apenrade eingerückt. Nordische Blätter geben dessen Stärke jetzt auf beiläufig 700 Mann an, während es bei dem jüngsten siegreichen Gefechte nur 400 zählte. Dieser Unterschied mag wohl daher rühren, weil, wie ein Korrespondent der Börsenhalle aus Flensburg schreibt, alle Welt voll des Lobes dieser kleinen, aber tapfern Schaar ist, und „Alles diesem Freicorps zuströmt.“ Im selben Briefe heißt es: „der Führer selbst wird als ein unternehmender, in Ersinnung immer neuer Kriegslisten unerschöpflicher, sonst fast kindlich weicher Mann geschildert. Sein bayerischer Begleiter bei dem letzten Zuge, der Hauptmann Cornelli, wird wohl am Leben erhalten werden und vielleicht auch ohne Amputation davonkommen.“ — Hadersleben ist von den Dänen geräumt. (D. konst. Z.)

Oesterreich.

Wien, 13. Juni. Ein Erlaß des Ministers Pillersdorff fordert die Ordinariate in Niederösterreich auf, den Diözesanklerus dahin zu verständigen, daß sich derselbe eines weisen und pflichtgemäßen Benehmens in einer Zeit befleiße, welche mehr als je einen versöhnlichen Geist in Anspruch nehme. Auch werde derselbe hiedurch dem Vorwurfe entgehen, sich an politischen Umtrieben zu betheiligen.

Wien, 14. Juni. (A. Z.) In gutunterrichteten Kreisen spricht man heute davon, daß der Kaiser trotz des in einem Handschreiben gegebenen Versprechens dennoch vielleicht weder zur Eröffnung der hiesigen noch der ungarischen Reichsversammlung hieher kommen werde, und daß dieser veränderte Entschluß vorzüglich dem in jüngster Zeit immer verderblicher hervortretenden Einfluß hoher Frauen zuzuschreiben sey. Den kühnen, eines freisinnigen Staatsmannes aber vollkommen würdigen Vorstellungen des Grafen Batthyanyi soll es bisher nicht gelungen seyn, den Monarchen zur Abänderung dieses Vorhabens zu bringen. Wehe über die Verblendung, welche das Schicksal von Thronen und Völkern von Frauenlaunen abhängig zu machen sucht! — Ein großer Theil der hiesigen Garnison wird dieser Tage als Verstärkung zur Armee nach Italien gehen.

Wien, 14. Juni. (A. Abdz.) Gestern wurden wir durch die neuesten Ereignisse in Prag aufgeschreckt. Nachmittags strömte Alles auf die Aula, von wo sich die hier anwesende Deputation der Prager Studenten sogleich anschickte, ihren Brüdern nach Prag zu Hilfe zu eilen. Abends 6 Uhr zogen gegen 15–2000 Studenten und Freiwillige nach dem Prager Bahnhof, um nach Prag zu eilen. Der Ministerpräsident Pillersdorf hatte schon Mittags mittelst eines Separattrains eine Zivil- und Militärkommission nach Prag beordert. Es herrschte große Bestürzung über diese Nachrichten, welche wieder so viel in Frage stellen.

Wien, 14. Juni. Während uns diese traurigen Nachrichten aus Prag lebhaft beschäftigen, dient das Benehmen der hier anwesenden Prager Deputation nur dazu, die Erbitterung der Deutschen gegen die Böhmen auch hier zum Ausbruch kommen zu lassen. Die Czechen und Swornostmänner lassen keine Gelegenheit unbenützt, um hier auf öffentlicher Straße und endlich sogar im Sitzungslokale des Bürgerausschusses empörenden Skandal zu verursachen. Sie rissen gestern deutsche Fahnen ab, beschimpften die Träger der deutschen Kokarde und unterbrachen zur allgemeinen Entrüstung die Debatte des Ausschusses. Derselbe sah sich daher genöthigt, eine Entfernung der Czechen und Swornostmänner aus Wien binnen 24 Stunden zu verordnen, damit das Gastrecht nicht durch strengere Maßregeln verletzt werden müßte. — Die Prager Post fehlt. In Wien herrscht vollkommene Ruhe und Ordnung. Es werden alle Vorbereitungen für den Reichstag getroffen, die Wahlen haben bereits begonnen. (D. konst. Z.)

Wien. Das Ministerium macht eine telegraphische Depesche aus Prag, 13. Juni 2 Uhr 45 Minuten Nachmittags bekannt, worin es heißt: Es wurden Barrikaden errichtet und die Gewinnung einer Kommunikation mit der Kleinseite leider mit bedeutendem Verluste von Menschenleben erkauft. Gubernialpräsident Graf Thun ist im Clementinum festgehalten.

Wie man der „konst. Donauzeitung“ schreibt, hat der in Prag befehligende Fürst Windischgrätz schon am 8. Juni militärische Vorsichtsmaßregeln treffen, namentlich eine Batterie in die Josephskaserne und eine zweite auf den Wissehrad bringen lassen. In Folge hievon war in einer Volksversammlung der Beschluß gefaßt worden, den Kaiser in einer Bittschrift um Abberufung des Fürsten zu ersuchen.

(Aufruhr in Prag.) Man schreibt der „Leipziger Zeitung“ unterm 13. Abends aus Dresden: das lang Befürchtete ist eingetreten — Prag ist in hellem Aufruhr! Die Posten von dort sind ausgeblieben und wir haben nur Nachrichten erhalten durch mit dem böhmischen Dampfschiff gekommene Reisende, die mit Hinterlassung ihres Gepäcks zu Fuß aus der Stadt nach Karolinenthal (Vorstadt) geflohen, wo sie noch Wagen fanden, die sie glücklich zum Dampfschiff brachten. Die eigentliche Ursache des ausgebrochenen Kampfes konnte ich nicht ermitteln, ob sie mit der Nichtbestätigung der provisorischen Regierung, oder ob sie damit zusammenhängt, daß schon Tages vorher starke Unruhen waren, weil der Studentenlegion die verlangten Kanonen verweigert wurden, oder aber ob die Tschechen auf diesen Tag einen Schlag vorbereitet hatten, von dem Fürst Windischgrätz, der Kommandirende, Kunde erhalten. Ich gebe Ihnen das, nur das, was verschiedene Reisende übereinstimmend erzählt. Am 12. morgens wurde wieder eine Messe unter freiem Himmel auf dem Roßmarkt abgehalten, eine Menge Volks hatte sich dazu eingefunden, auch die Swornost. Nach Beendigung der Feierlichkeit zog die Menge mit Frau und Kind, wie besonders angegeben wird, slavische Lieder singend über den Graben; als sie durch das Thor des sogenannten Pulverthurms kamen, versperrte ihnen das vor der Generalkommandantur quer über die Straße aufgestellte Grenadierbataillon den Weg und empfing sie mit gefälltem Bajonnet. Die Menge wollte dessen ungeachtet eindringen und es entspann sich der Kampf. Es wurde geschossen. Aus den Fenstern der Häuser wurden auf die Soldaten Steine geworfen und ebenfalls geschossen. So soll die Gemahlin des Fürsten Windischgrätz, welche am Fenster stand, durch eine Kugel aus dem gegenüberliegenden Gasthof „Der Engel“ tödtlich getroffen worden seyn. Viele Offiziere fielen. Ueberall wurden vom Volke Barrikaden in der Stadt aufgeworfen. Fürst Windischgrätz ließ Kanonen auffahren und mit Kartätschen schießen. Der allgemein gewordene Kampf dauerte am Abend fort. Auf allen Höhen zündete das Volk Signalfeuer an und die tschechischen Bauern aus den Ortschaften der Umgegend, aus Schlan rc. zogen nach der Stadt. Auf der Kleinseite nahmen sie das Sandthor ein; dort hörten die Abreisenden am frühen Morgen stark schießen. Ob die Truppen die Oberhand erhalten, konnte man noch nicht sagen; wir zweifeln. Wer den tschechischen Pöbel, die tschechischen Bauern kennt, wird sagen, daß, wenn diese losgelassen, Prag im furchtbarsten Zustand sich befindet, Mord und Plünderung werden herrschen. Wie werden die Deutschen sich verhalten? — Ebenso unterm 14 Morgens: So eben habe ich mit einem Herrn gesprochen, der gestern Früh 4 Uhr Prag verlassen hat. Die Abreisenden wurden einzeln gegen Vorweisung von Papierzetteln, daß sie nicht am Aufstand Theil genommen, herausgelassen und kamen nach Karolinenthal wo sie Wagen fanden, die sie zum Dampfschiff förderten. Im Ganzen stimmt des Herrn Erzählung mit dem überein, was ich Ihnen bereits mitgetheilt; ich füge nur neue Angaben bei. Da die Demonstration der Tschechen am 11. gegen das Militär durch die Festigkeit des Fürsten Windischgrätz fehlgeschlagen, so wurde ein neuer Aufstand vorbereitet. Nach feierlichem, öffentlichem Gottesdienst wurden Barrikaden aufgeworfen, das Volk drängte nach der Generalkommandantur vor, wo die Soldaten aufgestellt waren; vor ihren Augen baute man Barrikaden. Windischgrätz ließ den Aufrührern sagen, wenn binnen einer Stunde die Barrikaden nicht weggerissen seyen und sich Alles zur Ruhe begeben, lasse er Kanonen auffahren und sie niederschießen. Ein Schuß aus dem „Engel“ fiel und tödtete die Gemalin des Fürsten. Da ließ Windischgrätz die Soldaten vorrücken und auf die Menge feuern, mit Kartätschen wurde geschossen, die Kavallerie sprengte in die Masse und hieb ein; ein ganzes Studentenkorps soll zusammengehauen worden seyn. Das Militär scheint gegen 11 Uhr Abends die Oberhand behalten zu haben; dem Sohne des Fürsten Windischgrätz soll

das Bein von einem Schuß zerschmettert worden seyn; ein Oberst der zur Ruhe reden wollte, ist mit Steinen niedergeschlagen worden. Da wurden vom Volk die Signalfeuer auf den Höhen angezündet und die Bauern zogen heran; sie fanden die Thore verschlossen. Fleischerknechte aus der Kleinseite überwältigten die Wache am Sandthor, sprengten dasselbe und ließen die Bauern herein. Bei der Abfahrt hörten die Reisenden von dorther starkes Feuern. Nach der Angabe dieses Herrn waren es nur die Tschechen, welche gegen die Truppen kämpften.

Prag, 8. Juni. Das slavische Parlament, das mehremal in der Woche seine Sitzungen hält, könnte durch sein Interesse den Reisenden fesseln, aber es liegt in dem Wesen dieses Parlaments, das ganz einfach eine Verschwörung gegen Teutschland ist, daß der Eintritt dazu nicht offen seyn kann. Deutsche Zuhörer, die sich eingeschlichen hatten, konnten sich nur durch Entfernung Insulten und Thätlichkeiten entziehen. Uebrigens liegt der Plan der tschechischen Partei offen zu Tag; es ist seltsam, daß man in auswärtigen Staaten so selten eine richtige Auffassung desselben findet. Die tschechische Politik will vereinigte Staaten von Oesterreich herstellen. Jeder Staat soll souverän in Beziehung auf die Anordnung seiner innern Angelegenheiten seyn, nur die Verhältnisse des ganzen Staatenkomplexes nach Außen, was Diplomatie, was Krieg und Frieden betrifft, sollen ihren Mittelpunkt gemeinsam haben. Diese neue Umbildung des Staats auf Basis der Nationalität und Sprache kann nur nach Auflösung des bisherigen staatsrechtlichen Verhältnisses vor sich gehen, das leuchtet ein; darauf ist schon gehörig hingearbeitet worden. Große Insurrektionen bereiten sich in Ungarn vor, die slavischen zur Krone Ungarns gehörigen Länder sollen sich zusammenfinden und ein separates, von den Magyaren ganz unabhängiges, autonomes Königreich herstellen; die mehr nach Westen gelegenen Stämme in Südsteiermark und Krain sollen ein gleiches thun. Jeder der neuen Staaten soll einen Vizekönig aus dem Hause Lothringen und ein verantwortliches Ministerium erhalten. Die Regierung begünstigt offenbar diese Bewegung, ich meine, die Regierung in Innsbruck, nicht die in Wien. Sie stützt sich auf die Slaven, die dem monarchischen Prinzip mehr Sicherheit bieten als irgend ein anderes Volk, und freut sich an der Verwirrung der Magyaren, ihrer alten Feinde, die sich bald von einer ungeheuren slavischen Insurrektion werden eingeschlossen sehen. Das Schicksal der deutschen Provinzen Oesterreichs ist bei solchen Verhältnissen gar sehr beängstigend. Auch in einem Föderativstaat wird das slavische Uebergewicht entsetzlich auf sie drücken; wo werden sie die Garantien ihrer Sprache, ihrer Nationalität, ihrer politischen Fortbildung finden, wenn ein Reichstag mit seiner ungeheuren slavischen Majorität gegen alles interveniren kann, was deutsche Interessen, Anschluß an die deutschen Brüder draußen im deutschen Bunde heißt? Es ist vorauszusehen, daß die deutschen Provinzen Oesterreichs in wenig Jahren gleichsam das Elsaß eines großen westslavischen Staates bilden würden. Möchten die österreichischen Deputirten in Frankfurt das bedenken, alle die ein vom übrigen Deutschland unabhängiges oder doch nur lose damit verbundenes Oesterreich herstellen wollen! Kaiser Ferdinand heißt schon in allen böhmischen Manifesten der „milde Premislide!“ (A. Z.)

(Petition um Herstellung einer westslavischen Flotte.)*) Wir geben hier einen gedrängten Auszug aus einem längern Artikel in dem angeführten Journale, aus welchen man ersehen kann, wie weit die Forderungen der Slaven sich erstrecken! Im Eingange wird gefragt: Weßhalb ist der czechische Löwe eingeschlafen — warum kam die Nation Libussa's unter das furchtbare Joch der Njemez? Antwort: weil Böhmen keine Seeküste hat! Böhmen war groß und mächtig, als sich seine Gauen (!) bis an die Ostsee und das adriatische Meer erstreckten! Ja, die alte Hansa, sprich Hanso, d. h. böhmischer Hans oder Johannes von Nepomuk, ist rein czechischen Ursprunges! Die Donau ist ein rein czechischer Strom, welcher aus der Verbindung der Theiß, Drave und Save entsteht, denn das Wasser, welches durch Bayern und Oesterreich „heruntersickert“ ist nur als unbedeutender Nebenfluß zu betrachten, welcher „froh ist, in den stolzen slavischen Wogen aufzugehen“! Alle Hauptflüsse Mitteleuropa's sind slavisch und müssen als solche wieder gewonnen werden von der fremden Usurpation!

*) Aus Curanda's Grenzboten Nro. 23, „Eingaben an den Panslavenreichstag zu Prag.“

Nun kommt der Petent zur böhmischen Seeküste, und beweist, daß, so wie Ostslavien (Rußland) eine Flotte hat, auch Westslavien (Böhmen, im Verein mit Kroatien und Illyrien) um jeden Preis seine Flotte haben muß. Dabei überpurzelt sich der Patriotismus des Petenten auf die komischste Weise, indem er durch ein Citat aus Shakespeare's „Wintermährchen“, wo dieser von einer „böhmischen Küste“ spricht, eine Prophezeihung aufgestellt sieht, und dafür den großen Briten für würdig preist, ein Slave zu seyn und „Shakespearovich“ zu heißen. Um aber diese wichtige Prophezeiung wahr zu machen, ist nur „ein kleiner Schritt“ nöthig: — der hohe Slavenreichstag braucht blos die Dynastie, welche den Slaven so viel verdankt, aufzufordern, daß das Kommando auf der österreichischen Marine „slavisch“ eingeführt wird, und dadurch anzuerkennen, daß Oesterreich nicht blos zu Land, sondern auch zur See vorzugsweise slavisch ist! Um aber dieser Aufforderung Nachdruck zu geben, muß man an eine Vermehrung der Flotte denken. Hier wird hoffentlich der Sohn Slava's rascher seyn als der ungeschmiedete Njemetz! Alle Fahrzeuge, selbst die deutschen, „die wohl bis dahin noch nicht fertig sind“ (?), werden dann vor uns die Flagge streichen. Welche Macht! ruft der trunkene Petent aus, welche Macht, welcher Reichthum, welche Herrschaft wird dann des Slaven Erbtheil! Aller Segen aber wird von Osten kommen und Süden, aus dem unbefleckten Schooße des Slaventhums! — — Die Njemzi sollen nur ihre Zolllinien um uns ziehen, wir wollen keinen Verkehr und keinen Handel mit ihnen; weder Kauf noch Verkauf. Unsere farbigen Glasbecher und unsere funkelnden Granaten wandern nach Süden zum Schmuck und zur Lust illyrischer Ritter und Seehelden. Prag sendet seine Musiker nicht mehr zu den undankbaren Deutschen, seine Polkas werden sich verwandeln in Schlachttänze, und den Kroaten anfeuern im heiligen Kampf zur Vertilgung der Magyaren. Uns hat die Natur Poesie und sinnliche Freude gegeben, den Deutschen gab sie Uneinigkeit, Philosophie und sinnverwirrende Spekulation, die häßlicher ist, als eine Hexe, und doch gefährlicher, als die schönste Buhlerin. (!!!) — Das Abendland ist verderbt und entnervt, wir sind das Volk der Zukunft, das Volk der Einfalt und Frömmigkeit. Nur die Flügel sind uns noch gebunden — eine Flotte, und wir sind flügge! — — — NB. Wenn Westslavien eine Hansa besitzt, dann wollen wir sehen, ob die Rumburger, Karlsbader, Leitmeritzer und Reichenberger es noch wagen werden, ein Wörtchen von Frankfurt am Main zu sprechen! Denn rufen sie die Njemzi zu Hilfe, so kann sich unser „Palacky“ oder „Hawliczek“ vor Hamburg und Bremen legen, ein bischen bombardiren und kapern, 2c. 2c. — Das ist wohl auch eine Probe der Poesie der Slaven, mit welcher sie Gott nach dem Ausspruche des Petenten so reichlich begabt hat! Allein, die Schlange hat gezischt, und es wäre Thorheit, leichtsinnig über das Ganze hinwegzugehen!

Nach Briefen aus Innsbruck vom 15. Juni war der Kaiser schon seit einigen Tagen leidend. Die beständigen Aufregungen durch die ernsten Berichte aus Italien, Wien, Ungarn, Croatien, die unzähligen Deputationen und Audienzen haben seine Nerven sehr angegriffen. Für die folgende Woche erwartete man die Abreise der kaiserlichen Familie, aber noch wußte man nichts sicheres über die Richtung. Wahrscheinlich aber war, daß der Hof, das diplomatische Korps mit Wessenberg und Doblhof zunächst nach Salzburg gehen werden, während Erzherzogin Sophie und ihre Umgebung sich, wie es hieß, nach Ischl begeben wollten. Doch beruhten alle diese Annahmen noch auf unverbürgten Voraussetzungen. Die Friedensunterhandlungen dauerten fort. (A. Z.)

Eben erhalten wir noch aus München folgende erfreuliche Zeilen: „Als ein willkommenes Zeichen deutschen Sinnes eile ich, Ihnen mitzutheilen, daß der bayerische Gesandte, Hr. v. Abel, in Turin beauftragt ist, gegen die Blokade von Triest energische Protestation einzulegen, und falls dieselbe nicht berücksichtigt wird, seine Päße zu begehren. Endlich auch einmal ein thatsächlicher Beweis, daß auch das übrige Deutschland die Oesterreicher unterstützen will.“ Hoffentlich werden alle deutschen Regierungen alsbald dasselbe thun! (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 12. Juni. (A. Z.) Ich beeile mich, Ihnen über eine sehr ernste militärische Meuterei, deren Schauplatz noch bis diese Stunde unsere Stadt ist, Mittheilung zu machen. Unsere neu angeworbenen Freiwilligen (der mobilen Nationalgarde) liegen mit den Italienern vom Regiment Ceccopieri in einer und derselben Kaserne. Schon einmal kam es zu einem blutigen Konflikt zwischen ihnen; in der letzten Nacht wiederholte sich der Streit auf eine bedeutende Weise. Aus einem geringfügigen Anlaß kam es zum Handgemenge, zu Schwertstreichen und zu Flintenschüssen. Der Kampf wüthete im Innern der kolossalen Kaserne (das Invalidenhaus) mehrere Stunden lang, während außen die Sturmglocken gezogen wurden und viel herbeigeeiltes Volk, mitunter auch Nationalgarden, sich versammelte. Die Thore waren von Innen verrammelt, das Volk, welches eindringen wollte, schlug einige Marktbuden zusammen, um sich mit den Trümmern zu bewaffnen; allein man schoß aus den Fenstern der Kaserne, Niemand wagte einzudringen, und man mußte die Kämpfenden ihrem Schicksale überlassen. Mittlerweile rückte Militär aus den andern Kasernen aus und stellte sich vor den verschiedenen Eingängen des Invalidenhauses auf, von deren rückseitigen Fronte auch eine Batterie Kanonen aufgefahren ist. Der Kampf schien nach Mitternacht im Innern aufgehört zu haben, aber die Italiener weigern sich noch immer, dem Befehl des Kriegsministers, die Waffen abzulegen, Folge zu leisten. Man gab ihnen heute noch einige Stunden Bedenkzeit, die bei Abgang der Post noch nicht abgelaufen. Alles hat eine drohende Stellung — die Nationalgarden beider Städte stehen unter Waffen, und man weiß noch nicht, wie die Geschichte enden werde. Bis jetzt soll es von beiden Seiten 6 bis 7 Todte, aber sehr viele Verwundete geben. Unter den Todten bedauert man den Oberlieutenant Maaßburg, der zufällig von einer Kugel getroffen wurde.

Agram. Die erste Sitzung des kroatisch-slavonischen Landtags fand hier den 4. Juni unter freiem Himmel am Katharinenplatze statt. Der Ban Jellachich wurde unter allgemeinem Jubel beeidigt und feierlich in die Kirche getragen. In der Sitzung am 5. wurde eine Dankadresse an den Kaiser für die Ernennung des Banus angenommen.

Italien.

Der „Tyroler Bote“ vom 13. Juni schreibt: „Ein uns soeben zugekommenes Privatschreiben d. d. Trient, 11. Juni enthält folgendes. Seit heute ist auch die Passage zwischen Trient und Roveredo gesperrt. Wie man gegründet vermuthen kann, ist Rivoli feindlich besetzt und das Etschufer in Gefahr unsern Truppen genommen zu werden. Alles deutet darauf hin. Um die Gränzen Tyrols verstärkt sich die Zahl der feindlichen Korps und dieselben scheinen in der offensten Gefahr, überschritten zu werden. Abtheilungen Infanterie marschieren soeben gegen Judicarien, Valsugana und Roveredo. Die Schützen rücken vor. Der Stab des Regiments Baden ist von Roveredo nach Trient zurückgezogen worden, kurz — plötzlich allgemeine Bewegungen. Sogar für Mobilmachung der Militärkranken dahier soll gesorgt werden. Die Trientiner zeigen fröhliche Gesichter — übles Zeichen.“

Frankreich.

Paris, 11. Juni. (A. Z.) Man versichert, die Vollziehungskommission beabsichtige auf Annullirung der Wahl Ludwig Napoleons anzutragen. Auf welche Gründe sie ihren Antrag stützen wird, ist nicht leicht abzusehen, es sey denn, daß sie dem Neugewählten als im Besitz des Bürgerrechts in der Schweiz, das Bürgerrecht in Frankreich absprechen wolle. Ich glaube sie thäte wohl daran, wenn sie die Sache ruhig auf sich beruhen ließe, denn nicht nur würde die Persönlichkeit des Prinzen durch einen solchen Antrag eine unverdiente Bedeutung gewinnen, sondern man darf auch darauf wetten, daß im Falle der Annullirung seiner Wahl dieselben Wähler ihn von neuem ernennen werden. Nichtsdestoweniger ist die üble Laune des Gouvernements leicht zu begreifen, denn die Wahl des Helden von Straßburg und Boulogne muß als ein Symptom des Zweifels in die Dauer der Republik betrachtet werden. Wenn eine Erbschaft eröffnet ist, melden sich die Erbberechtigten, oder die sich für solche halten. Jenes Symptom gewinnt in dem Maße an Bedeutung, als der Prinz Ludwig Napoleon deutlich genug bewiesen hat, daß er nicht auf der Höhe des Namens steht, den er trägt. Diejenigen, welche ihn ernannten, mußten wahrlich eine geringe Meinung von der Lebenskraft der Republik haben. —

Eine ähnliche Bedeutung hat die Enthaltung der meisten Wähler bei den jüngst stattgefundenen Ergänzungswahlen. Die Ueberzeugung daß das Gouvernement und die Nationalversammlung troz ihres guten Willens die ihnen gestellte Aufgabe nicht zu lösen im Stande seyen, bricht sich von Tag zu Tag mehr Bahn, und hat eine Indifferenz hervorgerufen, die mehr als alles andere Zeugniß ablegt von dem Gefühl des Unbehagens und der Trostlosigkeit, das sich der Gemüther bemächtigt hat. Viele von denen aber, die von ihrem Rechte Gebrauch machten, gaben ihre Stimmen Männern, deren Eintritt in die Volksrepräsentation sie zur Zeit der allgemeinen Wahlen für ein öffentliches Unglück hielten. Daher die imposante Majorität, welche Proudhon und Pierre Leroux erhielten. Auch Raspail, Cabet, Thoré haben mehr als dreimal so viele Stimmen gegen früher gehabt. Wir bedauern es nun zwar nicht, daß die sozialistischen Theorien in der Kammer vertreten werden, man übersehe aber den Umstand nicht, daß Proudhon und Pierre Leroux heute als die Repräsentanten einer politischen Partei in den Palast Bourbon einziehen, während sie damals nur als die Chefs gesellschaftlicher Doktrinen zu betrachten gewesen wären. Es ist überflüssig, die Wichtigkeit dieses Unterschiedes auseinanderzusetzen. Die Wahl des Hrn. Thiers wünschten wir bereits in einem früheren Schreiben. Unser Wunsch ist übertroffen worden, da Hr. Thiers an mehreren Orten ernannt wurde. — In Summa sind die Resultate der Ergänzungswahlen eine leise Anfrage an das Direktorium, ob es nicht für gut finde sich zurückzuziehen. So sollen sie auch verstanden worden seyn und das Gouvernement hat daher keine Wahl als ein Vertrauensvotum zu fördern, um neue Kräfte daraus zu schöpfen, oder aber im Falle einer Schlappe sich zurückzuziehen.

Paris, 14. Juni. Nach einer langen und heftigen Diskussion hat die Nationalversammlung heute mit einer sehr starken Majorität die Zulassung des Karl Louis Napoleon als Mitglied beschlossen! (Man wolle damit die gestrige Nachricht vergleichen, um die Konsequenz dieser Versammlung zu bewundern!!) Abends las man in der „Patrie": Man macht bekannt, daß nach der Abstimmung über die Zulassung des Louis Napoleon Ledru-Rollin seine Entlassung als Mitglied der Exekutivkommission gegeben hat.

Ueber die Wahl Louis Napoleons erzählt die „Kölner Zeitung", daß die Legitimisten dabei Hand im Spiele gehabt. Dieselben hätten eingesehen, daß aus einem allgemeinen Kriege allein der Herzog von Bordeaux als König von Frankreich hervorgehen könnte, und Louis Napoleon um so lieber unterstützt, als sie ihn für unfähig betrachten, eine Dynastie zu begründen, und glauben, ihn leicht beseitigen zu können, nachdem sie ihn zu ihren Zwecken benutzt haben würden. Zwei Mittel sollen bei der Wahl hauptsächlich gewirkt haben: der Einfluß Louis Blanc's und das Geld der Legitimisten. Louis Blanc ist besiegt, sein Ehrgeiz aber nicht gedämpft, und er fühlt, daß nur neue Ereignisse ihn nochmals emporbringen können. Der Diktator des Palais de Luxembourg will gern mit dem Militärdiktator Louis Napoleon seinem Landsmanne die Beute theilen. Daß Geld ausgetheilt wurde, ist Thatsache; daß die Partei Louis Blanc's wie Ein Mann für Louis Napoleon gestimmt hat, ist ebenfalls Thatsache und in einem der meist legitimistischen Nester Frankreichs, in Charleville, hat man die erste bonapartistische Proklamation gewagt. Von den persönlichen Planen Louis Napoleon's sagt man, daß er, um seine Laufbahn glänzend anzutreten, Belgien und das — linke Rheinufer durch ein Dekret für französisches Grundgebiet erklären würde. So lauten die Nachrichten in den bestunterrichteten Kreisen über die bonapartistische Verschwörung.

Großbritannien.

London, 10. Juni. (Karlsr. Z.) Die Regsamkeit der Chartisten macht gegenwärtig der Regierung viel zu schaffen. Sie ist aber, gewarnt durch die Vorgänge auf dem Festlande, auf der Hut, und fährt, wo eine solche Chartistenbewegung in That oder Wort die Schranken der verfassungsmäßigen Freiheit und des Gesetzes überschreiten oder in Eigenthumsbeeinträchtigungen, Ordnungsstörungen oder Aufruhrversuche umschlagen will, rasch und kräftig mit Polizei, Spezialkonstabeln (Männer aller Stände, die sich zur Unterstützung der Sicherheitsbeamten beeidigen lassen), nöthigenfalls auch Militär, und mit Verhaftungen der eigentlichen Hetzer und greifbaren Tumultuanten dazwischen. Von besonders thätigen Londoner Führern und Hauptrednern der Chartisten sind dieser Tage vier festgenommen worden, nämlich: Fussell, ein Goldarbeiter-Gehülfe, Williams, ein Bäcker, Sharpe, ein Kupferdrucker, und Jones, ein Advokat. Was diese Chartisten unter dem Vorwande politischer Strebungen und Rechtsforderungen wollen und treiben, ist Kommunismus, zum Theil der krassesten Art, revolutionäres Raubgelüst nach fremdem Eigenthum.

London, 12. Juni. Der gestrige Tag (Pfingstsonntag), an welchem man eine vorbereitende Chartistenversammlung auf den Bishop Bonner's Field erwartet hatte, ging ruhig vorüber. Freilich hatten sich zahlreiche Polizeikonstabler an dem bezeichneten Orte aufgestellt, und zwar dießmal nicht blos mit dem weißen Amtsstabe, sondern auch mit Hirschfängern bewehrt. Der Anblick dieser Waffe scheint heilsame Wirkung gethan zu haben, denn der gemeine Engländer hat, so lange er nicht militärisch gedrillt ist, vor dem blanken Gewehr ganz besondern Respekt. Auf den Pfingstmontag (11.) war dann eine Hauptversammlung auf dem genannten Feld angesagt, aber die Behörden veröffentlichten eine Warnung gegen die Theilnahme daran, und 1500 Mann von der Stadtpolizei zu Fuß nebst 100 Mann zu Pferd waren an Ort und Stelle beordert, während zugleich die Garden und alles übrige in London liegende Militär (dermalen über 10,000 Mann) in ihren Kasernen konsignirt wurden. Die Magistrate in den verschiedenen Polizeiämtern der Hauptstadt waren die letzten Tage her beschäftigt neue „Spezial-Konstabler" in Eid und Pflicht zu nehmen.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 6. Juni. (A. Z.) Der König ist am 3. d. Abends von dem Kronprinzen und dem Prinzen Gustav begleitet auf dem Krondampfschiffe „Gylfe" nach Malmö abgereist. Am verwichenen Sonnabend ging auch das zweite Garderegiment auf dem Dampfschiff „Thor" von hier nach Schonen ab. Vier Regimenter sind in Gothenburg eingeschifft worden. Die übrigen Truppen haben sich zu Lande nach ihren Einschiffungsorten in Schonen begeben. General Cederström befehligt die Armee, so lange sie auf schwedischem Boden bleibt, aber General Lefren wird den Befehl übernehmen, sobald sie eingeschifft worden.

Malmö, 6. Juni (H. C.) Se. Maj. der König ist heute hier eingetroffen und wird 2—3 Wochen hier verweilen, zu Johannis aber in Stockholm zurückerwartet. Heute wird auch der König von Dänemark hier eintreffen und einige Tage bei unserem Könige verweilen, der ihn durch den General Sprengtporten hat einladen lassen.

Gestern sind hier 11 Bataillone Truppen angelangt, die sich zwischen dem 13. und 14. d. nach Fühnen einschiffen sollen, wohin eine Division unter dem General Löwenhjelm direkt aus Gothenburg abgegangen ist. An der Spitze der ganzen Armee wird General Lefren stehen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 14. Juni. (8½ Uhr Abends.) (K. v. u. f. D.) Die Revolution ist in ihre zweite Phase getreten, man baut so eben wieder Barrikaden und Alles strömt und rennt. Ein Angriff auf das Zeughaus Seitens der Arbeiter wurde aus dem Innern des Hauses mit Gewehrsalven erwidert. Man spricht bereits von 4 Todten. Der Abend wird blutig werden und wer kennt das Ende! Es sollen bedeutende Truppenmassen gegen Berlin im Anzug seyn. Morgen Näheres.

Nachrichten aus Dresden vom 15. d. M. bestättigen, daß der Fürst Windischgrätz die Oberhand in Prag behalten hat. Hradschin und Wischehrad sind wie die Hauptstraßen der Stadt mit Kanonen besetzt. Die Nationalgarde und die Deutschen überhaupt sollen keinen Antheil am Kampfe genommen haben. Der Mörder der Fürstin ist entdeckt, es ist ein entlassener Jäger des Fürsten. — Der Slavenkongreß ist auseinander gegangen, seine Theilnehmer sind aus der Stadt über die Grenze gebracht worden. Die czechischen Truppen haben sich gegen die Czechomanen mit der größten Erbitterung geschlagen. (K. v. u. f. D.)

Frankfurt. 16. Juni. So eben verbreitet sich das Gerücht, daß Triest, ungeachtet der energischen Protestation sämmtlicher Konsuln der verschiedenen fremden Staaten, von der sardinischen Flotte angegriffen und beschossen worden sey. Morgen das Nähere.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag den 18. Juni: „Der Antheil des Teufels," komische Oper von Auber.

Fremdenanzeige.

Blaue Traube: HH. v. Zorre, Oberzollinspektor v. Lindau; Bellamy, Rentier aus England; Kavesglas, Apotheker v. Pesth.

Stachusgarten. H. Volmer, praktischer Arzt v. Freising.

Bekanntmachung.

Verlassenschaft der Prinzessin Paul von Württemberg, k. Hoh., betr.

Im Namen Sr. Majestät des Königs von Bayern.

2429. Mehrfach geäußertem Wunsche gemäß wird hiemit bekannt gemacht, daß die Versteigerung der zur diesfigen Masse gehörigen Wagen

Dienstag den 20. Juni Vormittags 9 Uhr

im k. Residenzhofe dahier stattfindet.

Bamberg am 16. Juni 1848.

Königl. Appellationsgericht von Oberfranken.

v. Silberhorn,
Präsident.

Zelcher, Sekr.

Münchener Schrannen-Anzeige vom 17. Juni 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest.	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	2991	2872	119	17	18	—	—	—	39
Korn	1225	1114	111	10	27	—	—	—	34
Gerste	256	228	28	8	39	—	—	—	5
Haber	1017	903	114	6	1	—	—	—	—

Augsburger Schrannen-Anzeige vom 16. Juni 1848.

Getreidegattung.	Mittelpreis		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Waizen	18	27	—	—	1	51
Kern	18	54	—	—	2	42
Roggen	11	41	—	—	2	4
Gerste	9	30	—	—	—	48
Haber	5	23	—	—	—	21

Aufgezogen wurden 96 Schäffel

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

München. Verkehr auf den königl. bayer. Eisenbahnen im Monat Mai 1848:

Bahnstrecken.	Personen. Zahl.	Einnahme.		Frachtgüter. Gewicht.		Einnahme.		Bagage, Equipage, Vieh 2c. Einnahme.		Gesammt-Summe der Einnahmen.	
		fl.	kr.	Ctnr.	Pf.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
München-Donauwörth, Augsburg-Kaufbeuern	51277	37489	35	58836	33	9731	56	5131	26	52352	48
Nürnberg-Neuenmarkt	39265	24151	14	35259	15	5846	41	1694	10	31692	10
Summa:	90542	61640	49	94095	48	15578	37	6825	36	84045	2

Digitized by Google

Nr. 161.

Man pränumerirt auf die [illegible] in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir, [illegible] Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährig 1 fl. 30 kr. Halbjährig 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für den ganzen Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: ganzjährig im I. Rayon 8 fl. 2 kr., im II. Rayon 8 fl. 20 kr., im III. Rayon 8 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag XLIX. Jahrgang. 19. Juni 1848.

Deutschland.

Adresse der gesammten Einwohner Wiens, an das souveräne Parlament zu Frankfurt. Vertreter des deutschen Volks! Mit dem unendlichen Jubel eines freiheitsbegeisterten Gemüths, mit dem erhebenden Bewußtseyn freier Männer, begrußen wir in Euch die edelsten unseres Volkes, denen die heilige Aufgabe geworden, den Bau unserer Freiheit zu begründen, und ihn gedeihlich zu vollenden. Als wir in den Märztagen die Sklavenketten gebrochen, und unsere Unterdrücker verjagt, war ein großes einiges Deutschland unser heißester Wunsch; als wir im Mai unsere Freiheit zweimal errungen und bewahrt, war Deutschland unsere Loosung, war innigster brüderlicher Anschluß unser Wahlspruch. Von den Zinnen unseres Doms glänzen die deutschen Farben, und in der alten Burg seiner Ahnen, wo Joseph der deutsche Kaiser, der Unvergeßliche, ewig thront, pflanzte Kaiser Ferdinand die deutsche Fahne auf. Da man nun nicht mehr fragen kann ob Oesterreich frei, ob es deutsch ist, da wir nicht bloß einige Institutionen, einige Gesetze gemeinschaftlich mit unsern deutschen Brüdern haben wollen, nicht bloß gemeinsame Elle und gemeinsames Pfund, sondern Eine Gesinnung, Einen Geist, Einen Willen, Eine Thatkraft, ein einiges zu einem Ganzen verschmolzenes Deutschland, so hoffen und erwarten wir, daß Ihr Männer des Volks nicht zurückbleiben werdet, hinter den Bewegungen der Zeit, hinter den Fortschritten der einzelnen deutschen Stämme, die fortan keine Schranke, keine Sonderinteresse und keine Familienpolitik mehr trennen darf. Wir Oesterreicher haben am 15. Mai diejenige Bahn betreten, welche zur besten Regierungsform, zur konstitutionellen Monarchie auf volksthümlicher Grundlage führt. Soll die Einheit Deutschlands zur Wahrheit werden, so kann sein Parlament nicht minder freisinnig seyn, als wir es waren. Vorwärts! ist die ernste Mahnung; vorwärts! ist der Ruf der Zeit; wir haben ihn verstanden und stehen auf dem Standpunkt, auf welchem wir alle unsere deutschen Brüder zu sehen wünschen. Es hatte uns mit freudigem Muth beseelt, als die Männer, die zu Frankfurt tagen, an der Ostsee unsere Grenzen entschieden zu wahren beschlossen, und um so tiefer und bitterer war unser Schmerz, als wir jüngst vernommen, daß eine den Deutschen von jeher feindliche Macht mit allen Diplomatenkniffen unser heiliges Recht zu beschränken sich bemüht — ja, daß sogar eine deutsche Regierung sich nicht geschämt, mit den Feinden des Vaterlandes Separatverträge zu schließen. Vertreter des deutschen Volks! Wisset, so lange die Sonne der Freiheit Wiens Mauern bescheint, werden seine Bewohner nicht aufhören, für deutsches Volksthum, deutsches Recht und deutsche Freiheit zu leben und zu sterben! Es lebe Deutschland! Gott mit Euch! Wien, am 8. Juni 1848. Im Namen der ganzen Bevölkerung Wiens: Der Ausschuß der Bürger, Nationalgarden und Studenten für Ruhe, Ordnung, Sicherheit und Wahrung der Rechte des Volkes.

Bayern.

*München, 19. Juni. Morgen früh um 7 Uhr findet die feierliche Fahnenweihe des hiesigen Landwehr-Freikorps statt.

(Aufforderung an die Flottenvereine in Bayern.) In Bayern, wie in ganz Deutschland, haben sich Vereine gebildet zur Sammlung von freiwilligen Beiträgen für die deutsche Flotte. Es ist der gerechtfertigte Wunsch der Beisteuernden, sowie derjenigen, die es erst noch werden wollen, daß über die Verwendung dieser freiwilligen Gaben im voraus eine Bestimmung getroffen werde. Unser Ziel hatten wir in unserm „Aufruf“ ausgesprochen; das Gedächtniß deutscher Vaterlandsliebe in Bayern solle in der zu gründenden Flotte fortleben, und wo möglich ein Schiff den Namen „Bayern“ durch die Meere tragen. Eine Flotte bedarf vieler Schiffe von verschiedener Größe; aber auch nur zu einem mäßigen gehören bedeutende Geldmittel. Vereinigten Kräften wird gelingen, was den einzelnen unmöglich bleibt. Wir ersuchen deßhalb sämmtliche Zentral-Flottenvereine in Bayern, über ihre Sammlungen noch nicht zu verfügen, wohl aber sich mit uns in Verbindung zu setzen, um in Gemeinschaft auf die Erbauung eines Schiffes hinwirken zu können, das als Geschenk aus Bayern dem Vaterlande dargebracht werde. Wir ersuchen die geehrten Redaktionen bayerischer öffentlichen Blätter, diese unsere Aufforderung gefälligst aufnehmen zu wollen. München, 15. Juni 1848. Der oberbayerische Ausschuß für Sammlung von freiwilligen Beiträgen zur Gründung einer deutschen Flotte: Dr. E. Förster, Vorstand; Appellationsgerichtsrath Stoffert; Oberbergrath Feder; Gabr. Sedlmayr; G. Faulstich, Sekretär; G. Schulze, Kassier.

Regensburg, 16. Juni. Aus dem Landgerichte Waldmünchen ist die Nachricht hieher gelangt, daß viele an der böhmischen Grenze wohnende Tschechen auf die Kunde von dem ausgebrochenen Aufstande in Prag sogleich auf Wägen bewaffnet nach Prag geeilt seyen; während die um Eger wohnenden Tschechen sich ruhig verhalten, wie aus dem Landgerichte Waldsassen berichtet wurde. (R. Z.)

Würtemberg.

Stuttgart, 16. Juni. Aus dem „Beobachter“ ersieht man, daß bereits die Einleitung zur Zurückziehung der württembergischen Gesandten getroffen ist. Ueberhaupt werde das Budget des Ministeriums des Auswärtigen hinsichtlich übertriebenen Aufwandes keinen Angriffspunkt mehr bieten.

Baden.

Karlsruhe, 15. Juni. (D. Z.) Die Wahlen von Helbing in Freiburg und Mez in Villingen gehören zu denen, welche jeder Wohlgesinnte mit Freude vernommen hat, und denen von Welcker, Soiron und ihren Freunden an die Seite stellt. Von Hecker ist ein Aufruf an die Wahlmänner erschienen, worin die Reichsversammlung verhöhnt wird, weil sie nur Reden und keine Thaten geliefert habe. Von den Wählern wird die That verlangt, daß sie in eben diese Reichsversammlung, welche doch gar Nichts taugt, Männer wie Struve, Kaiser, Doll wähle, welche für das Volk im Kugelregen und im Schnee gestanden, sich aber zu rechter Zeit davon gemacht haben. Hecker spricht von den Gefahren, welche Deutschland von allen Seiten drohen, in einem Athem mit der Aufreizung zur größten Gefahr, zu dem Bürgerkrieg, der uns dem Ausland in die Hände liefern würde. Seine Helden, meint er, würden alle Gefahren glücklich bestehen; wenigstens ist es ihnen gelungen, den Gefahren zu entgehen, in welche sie Andere gestürzt haben. Zum Schlusse wird dem Volke reiche Beute versprochen an Domänen, Zivillisten, Besoldungen u. dgl. — Dies und Anderes wird vertheilt, wenn die Wähler die That begehen, Hecker und seinen Genossen ihre Stimmen zum Reichstag zu geben, oder, was noch besser wäre, den Bürgerkrieg mit fremder Hilfe auf's Neue zu entzünden, um jene Helden zur Gewalt emporzuheben. Wer die Vortrefflichkeit dieser Vorschläge nicht einsieht, den treffen früher nie gehörte Schimpfwörter, die auch in Volksversammlungen am freien deutschen Rhein die Ohren gesitteter Menschen anwidern.

Sächsische Herzogthümer.

Die Tagesordnung der Studentenversammlung auf der Wartburg lautet: Tagesordnung für die deutsche Studentenversammlung auf der Wartburg, entworfen von dem berathenden Ausschuß. 1) Die Universitäten sollen Nationalanstalten werden. Das Vermögen der einzelnen Universitäten soll vom Gesammtstaat eingezogen werden. Dieser bestreitet ihre Bedürfnisse. Die Oberleitung übernimmt eine aus den Vertretern der einzelnen Universitäten zusammengesetzte Zentralbehörde, die dem deutschen Reichstag verantwortlich ist. Jede Universität verwaltet die ihr von der Zentralbehörde zugewiesenen Gelder durch selbstgewählte Beamte. Sie ist zuvörderst der Zentralbehörde und dann dem deutschen Reichstage verantwortlich. Die Mitglieder der Zentralbehörde werden auf bestimmte Zeit und mit Betheiligung der Studirenden gewählt. (Adresse.) 2) Die Universitäten sollen mit Aufhebung aller Fakultäten eine encyklopädische Stellung einnehmen. (Adresse.) 3) Unbedingte Lehr- und Hörfreiheit. (Adresse.) 4) Aufhebung des Zwanges Behufs Zulassung zum Staatsexamen auf einer sogenannten Landesuniversität studirt zu haben. (Adresse.) 5) Modifikation, resp. Aufhebung der akademischen Gerichtsbarkeit. (Adresse.) 6) Die einzelnen Staaten sollen den Bundesbeschluß über Aufhebung der Ausnahmsgesetze seit 1819 sofort in Wirksamkeit treten lassen. (Adresse.) 7) Gewährung aller bürgerlichen Rechte für die Studirenden, so weit sie ihnen nach den allgemeinen Gesetzen zukommen. (Adresse.) 8) Betheiligung der Studirenden bei der Wahl der akademischen Behörden und bei Besetzung der Lehrstühle. (Adresse.) 9) Wegfall der Kollegienhonorare, der Gelder zur Erlangung akademischer Grade und der In- und Exmatrikulationsgebühren. (Adresse.) 10) Die Erlangung eines Staatsamtes soll fernerhin nicht mehr von der Erlangung einer akademischen Würde abhängig seyn. (Adresse.) 11) Aufforderung an alle Universitäten, sich baldmöglichst zu wohlorganisirten Studentenschaften zu konstituiren. 12) Wiederkehr der deutschen Studentenversammlungen an einem in jeder Versammlung für das nächstemal zu bestimmenden Orte. 13) Errichtung einer Studentenzeitung. (D. Z.)

Gr. Hessen.

Darmstadt, 16. Juni. (D. Z.) Großherzog Ludwig II. ist heute Nachmittags um 3 Uhr im 71. Lebensjahre verschieden. Er war geboren am 26. Nov. 1777, vermählt am 19. Juni 1804 mit der Prinzessin Wilhelmine von Baden, des Großherzog Karls Schwester, und Wittwer seit den 27. Jan. 1836.

Preussen.

Berlin, den 12. Juni. Seit einigen Tagen trägt man sich hier wieder mit allerlei Gerüchten. Unter anderem soll von der französischen Regierung eine Anzeige über republikanische Agitationen auf preußischem Gebiete eingelaufen seyn. Man spricht sogar davon, daß hier am Orte eine republikanische Verschwörung entdeckt, bei den Mitgliedern beweisende Aktenstücke, Fahnen u. s. w. in Beschlag genommen, die weitere Verfolgung aber,

um die französische Regierung nicht zu compromittiren, unterlassen worden sey. Unter den Namen, welche hierbei genannt werden, findet sich auch der des in Trier verhafteten Abgeordneten Baldenaer. Außerdem nennt man einzelne Mitglieder der hiesigen demokratischen Partei, welche durch aufgefundene Heckersche Papiere compromittirt seyn sollen. Wie viel oder wie wenig an diesen Gerüchten Wahres ist, möchte sich schwer bestimmen lassen. (Schw. Merk.)

Berlin, 15. Juni Morgens 4 Uhr. Man kann an eine Darstellung der Ereignisse des gestrigen Tages und Abends, die uns plötzlich wieder in den Strudel revolutionärer Aufregung hineingerissen haben, nicht gehen, ohne vorher daran erinnert zu haben, daß bereits seit länger als 8 Tagen hier der 13. und 14. Juni als Zeitpunkt einer allgemeinen republikanischen Schilderhebung bezeichnet wurde, und man eine Menge Orte, namentlich Breslau, Köln, Wien, Mainz ꝛc., bezeichnete, wo es gleichzeitig losbrechen sollte. Schon früh standen gestern große Schaaren in der Nähe des Sitzungssaales, und bereits des Vormittags rief der Generalmarsch deshalb die Bürgerwehr zu den Waffen. Um 10 Uhr zog man nach dem Schlosse, wo gestern zum ersten Male an einzelnen Portalen die großen Gitterthore angebracht waren, welche das Volk als ein Mißtrauensvotum des Monarchen gegen seine Unterthanen ansah. Man ging deshalb schnell ans Werk, in einer halben Stunde waren die aus geschmiedetem Eisen bestehenden, viele Zentner schweren Gitter hinweggeräumt, und Hunderte tragen sie von dannen, warfen sie theils in die Spree, theils brachten sie sie nach der Universitätsaula. Dann konzentrirten sich die Schaaren wieder in der Nähe des Sitzungssaales der Nationalversammlung, und es wurden, als um 4 Uhr die Sitzung beendigt war, die einzelnen beim Volke beliebten Oppositionsmänner fast immer mit Hurrah und Jubel durch die vom Volke gebildeten Spaliere hindurchgeleitet. Die Menge wurde immer dichter, das Andringen gegen das unmittelbar daneben gelegene Zeughaus immer größer, der Ruf, daß das im Zeughause noch befindliche Militär aus demselben zurückgezogen und Waffen an jeden wehrhaften Mann vertheilt werden sollten, immer allgemeiner. Man insultirte die zur Bewachung aufgestellte Bürgerwehr vielfach, zum Theil sogar thätlich durch Steinwürfe; der kommandirende Bürgerwehrmajor Benda forderte wiederholt zum Auseinandergehen auf, er ließ endlich dreimal die Trommel rühren und kommandirte dann Feuer, worauf 6 bis 8 Schüsse fielen. Die Aufregung und Wuth, welche sich in Folge dieses Schießens schnell verbreitete, war außerordentlich, und das allgemeine Laufen und Schreien nach Waffen erinnerte sehr lebhaft an den 18. März, obgleich wir unserer Meinung nach uns in diesem Augenblicke erst etwa in einem dem 15. März analogen Stadium befinden, dem ein neuer Achtzehnter jedoch mit Zuverlässigkeit folgen wird. Ein Haufe zog vor das Kriegsministerium und verlangte mit Ungestüm nach Waffen; ein energischer Bajonetenangriff der Bürgerwehr, wobei etwa 8 bis 10 Verwundungen vorkamen, trieb die Massen jedoch vollständig auseinander. Das nun beginnende Bauen von Barrikaden ward auf Zureden wieder eingestellt. Gegen 10 Uhr konzentrirte sich Alles wieder um das Zeughaus, die zur Beschützung desselben aufgestellten Bürgerwehr-Abtheilungen zogen sich endlich zurück; Fackeln waren nun schnell zur Hand und es wurde die nach dem Gießhause zu gelegene Eingangsthür des Zeughauses vom Volk gestürmt. Eine große Menge Munition, besonders viel Spitzkugeln, und eine Menge kleiner Fahnen wurden als die ersten Siegeszeichen herausgebracht, es folgten dann auch etwa 200 Gewehre. Nunmehr erfolgte aber aus der oberen Etage des Zeughauses, wo noch ein Bataillon des 24. Infanterieregiments lag, ein Trommelwirbel als Zeichen daß wiederum geschossen werden würde; Alles stürzte in wilder Flucht zum Zeughause hinaus; es erfolgte zwar kein Schießen, aber das Zeughaus wurde geräumt und in seinem untern Theil wieder von Bürgerwehr besetzt.

Nach den „Berliner Blättern“ vom 15. Abends scheint die Ruhe nicht weiter gestört worden zu seyn.

Köln, 11. Juni. In der neuesten Nummer des „Kölner Domblattes“ erklärt der Vorstand des Kölner Zentraldombauvereins in einer Ansprache an die Vereinsgenossen, daß die Kasse erschöpft sey und mit dem kommenden 1. August die Bauthätigkeit eingestellt werden müsse, wenn nicht sofort neue Hilfsmittel beschafft würden.

Schleswig-Holstein.

Rendsburg, 10. Juni. Der bayerische Lieutenant Aldosser ist, nachdem er seinen Freischaarenzug ruhmvoll beendet hat, nun mit der Organisirung des Landsturms in Angeln beschäftigt. Aldosser hat sich die Liebe und Anerkennung aller erworben durch seine Aufopferung und durch seine kühnen Streiche. Er war immer detaschirt mit einer starken Compagnie, und hat mehrere glänzende Gefechte ausgeführt. So hat er vor der Schlacht bei Schleswig mit 34 Mann einen Angriff auf 19 dänische Dragoner gemacht. Von 4 Seiten ließ er diese Schaar zugleich mit Hurrah in das Dorf eindringen, in welchem die Dragoner lagen. Diese saßen auf, und setzten sich zur Wehre. Ein Wachtmeister wurde erschossen, und auf Aldossers auswendig gelernten Ruf: Die skall ha Pardon, fra Heste, Sabel ind! (Ihr sollt Pardon haben, vom Pferde, Säbel ein!) übergab sich die ganze Gesellschaft der kleinen kühnen Schaar. Die reiche Beute wurde in Rendsburg eingebracht. Bald darauf erreichte er einen feindlichen Proviantzug, schlug die feindliche Deckung aufs Haupt, machte sie zu Gefangenen und erbeutete den ganzen Zug. Später wurde er an die Küste geschickt, um sie vor Landungen zu decken. Der verwegene Offizier ist nicht faul und fängt vom Lande ein Büchsengefecht gegen ein großes Kriegsdampfschiff an, welches sich dem Ufer auf 3 bis 400 Schritte genähert hatte, ohne zu ahnen, welche freundliche Begrüßung ihm dort werden sollte. Bald darauf stieß ein Kutter und zwei Kanonenboote zu dem Dampfschiff und Aldosser nimmt mit seinen Leuten eine Stellung hinter einem Steinwall am Ufer. Die lustige Schaar improvisirt aus Lappen eine schwarz-roth-gelbe Fahne und pflanzt sie auf den Wall. Bei jeder Salve bückten sie sich hinter den Steinwall und wenn die Kugeln dicht um sie herum eingeschlagen waren, so erhoben sie sich mit einem lauten Jubelruf, schwenkten die Mützen und sangen „Schleswig-Holstein.“ So neckten sie die Seehelden bis zur Ermüdung. Den andern Morgen schickt Aldosser ein Billet an den Kapitän des Kutters und ladet ihn freundlichst ein, diesem langweiligen nutzlosen Kampfe ein Ende zu machen, und lieber den Abend bei einer dampfenden Bowle Punsch in seinem Kreise zuzubringen. Der Kapitän läßt seine Schiffe umliegen, und antwortet in einem sehr freundlichen Schreiben, er bedaure sehr, daß ihm sein Dienst dieses Vergnügen nicht erlaube, er hoffe nach Beendigung des Kriegs die Bekanntschaft seiner wackern Gegner zu machen. Als dann das kleine Geschwader die Küste verließ, brachten die Aldosser ihm ein donnerndes Hoch vom Ufer und der Kampf war beendet. Aldosser hat außerdem mit der größten Liebe für seine Leute gesorgt, und wenn alle lagen, dann erst suchte er sich ein bescheidenes Eckchen. So sah jeder den braungebrannten Krieger mit Freude an, als er von seinem Zug zurückkehrte, umgeben von einer Zahl schöner, muthiger Männer aus allen deutschen Gauen. Ebenso hat Graf Bothmer aus Bayern sich die Liebe und Achtung seiner Leute durch die größte Aufopferung, durch Kaltblütigkeit und richtigen Blick erworben, und Lieutenant v. Buthwile, bayerischer Kürassieroffizier, hat durch einen kühnen Streich gezeigt zu was er fähig ist. Er ritt mit einem kleinen Häuflein Dragoner auf eine feindliche Schwadron zu, in gestrecktem Galopp, setzte dem Offizier an der Spitze die Pistole auf der Brust und donnerte ihm zu, sich zu ergeben. Die Schwadron stutzte, in der Idee, er sey an der Spitze einer größeren Kavallerieabtheilung. Als aber diese ausblieb, wuchs ihnen der Kamm, sie fingen an, mit Karabinern zu schießen und Buthwile machte sich aus dem Staube. Als diese edlen Bayern hierher gezogen, haben sie gewiß geglaubt, man würde sie zu etwas besserem verwenden. Bothmer und Aldosser sind tüchtige Artilleristen, und Holstein hat 24 Geschütze im Felde, bei denen ein Offizier dient. Von der Tann ist ein bewährter Offizier, und hätte, von dem König hieher gesandt, ein willkommner Führer für eine große Truppenabtheilung seyn müssen. Aber man hat die Offiziere auffallenderweise nicht nach ihren Kräften verwandt, und die Herren haben die schwierige Aufgabe gelöst, sich auf ihre eigene Faust Ruhm und Liebe aller zu erwerben. Die Herzogthümer werden ihnen ewig dankbar seyn. Der Segenswunsch jedes Schleswig-Holsteiners begleitet sie ins Feld, und jeder Tag bringt uns Kunde von ihrer Tüchtigkeit.

Flensburg, 11. Juni Abends. (Hamb. Börsenh.) Alle Welt ist voll des Lobes jener kleinen, aber tapfern Schaar, die sich unter v. d. Tann die schönsten Lorbeern errungen hat. Alles strömt dem Tann'schen Korps zu; der Führer selbst wird als ein kühner, unternehmender, in Ersinnung immer neuer Kriegslisten unerschöpflicher, sonst fast kindlich weicher Mann geschildert. Sein bayerischer Begleiter bei dem letzten Zuge, der Hauptmann Corneli, wird wohl am Leben erhalten werden, und vielleicht auch ohne Amputation davonkommen; dagegen ist heute früh der hannover'sche Hauptmann Dammert (am Bein) amputirt worden, und man ist für sein Leben noch nicht ganz unbesorgt. — Es liegen hier in 4 bis 5 Hospitälern etwa 600 Verwundete, darunter viele Schwerverwundete; an Bataillonsärzten fehlt es sehr. Um so erfreulicher ist es, daß gestern ein dänisches Kriegsschiff hier 8 deutsche Aerzte ans Land gesetzt hat. An ihrer Stelle kehren 8 gefangene dänische Aerzte nach Kopenhagen zurück. — Die Preußen stehen jetzt meist im Sundewitt'schen, doch befindet sich Möllendorf mit seiner Brigade wohl im Norden; ein Theil der schleswig-holstein'schen Artillerie lag gestern bei Bummelund, das frühere v. Krog'sche Freikorps bei der Kupfermühle. — Hadersleben ist jedenfalls von den Dänen geräumt; ob aber schon deutsche Truppen dort eingezogen sind, ist bis jetzt noch zweifelhaft. In Apenrade sind gestern Preußen und das v. d. Tann'sche Freikorps eingerückt.

Schleswig. Auf der dänischen Insel Fühnen sind 6000 Mann Schweden gelandet. — Am 10. Juni Nachmittags ging das bisher in Kiel stationirte hannover'sche Armeekorps nach in der Nacht eingegangener Staffette per Eisenbahn nach Rendsburg, um von da weiter gegen Norden zu ziehen. Sonach scheint es mit dem in der „Allgemeinen Zeitung“ abgeschlossenen Waffenstillstand nicht viel zu seyn.

Freie Städte.

Frankfurt, den 14. Juni. Die Pfingstfeiertage sind vorübergegangen, ohne daß uns deren Freuden und Genüsse, wie Manche besorgten, durch Ruhestörungen im Mindesten verkümmert worden wären. Die auf den Höhen von Biber (bei Offenbach) am Pfingstmontag abgehaltene Arbeiterversammlung war von 6 bis 700 Personen besucht, worunter ein Zuzug von etwa 200 Handwerksgesellen aus Frankfurt. Es entspann sich auf derselben ein Streit zwischen einem ihrer hiesigen Leiter, L. H. Löwenstein, und dem bekannten Professor Bayrhoffer aus Marburg über socialistische Lehrsätze, der jedoch für den größten Theil der Zuhörer, die nichts davon verstanden, vollkommen unfruchtbar war. — Zahlreicher war die Volksversammlung zu Hochheim, zumal von Rheinhessen und Nassauern besucht; jedoch mag die Angabe, daß sich ihrer 12,000 dabei eingefunden, wohl übertrieben seyn. Auch einige Mitglieder der Nationalversammlung traten in derselben als Redner auf. (Schw. Merk.)

Frankfurt, 14. Juni. (Schw. Mkr.) In einer vorberathenden Versammlung des demokratischen Vereins in Frankfurt am 13. Juni, in welcher Dr. Fröbel den Vorsitz führte, wurden in die provisorische Kommission gewählt: Dr. Bayrhoffer, F. Freiligrath, Dr. Bamberger, Rau von Gaildorf, Julius Frölich, Joh. Renge, Gemming von Leipzig.

Frankfurt, 15. Juni. Die Anrede in der demokratischen Versammlung ist: Bürger, Republikaner! In der Versammlung sehe ich Damen, sogar Knaben, hie und da gewahrt man eine Turnkleidung, auch Studentenmützen. Bei Eröffnung der Versammlung werden unter allgemeinem Bravo Abgeordnete aus Wien angemeldet. Darauf wurde durch einen Heidelberger Abgeordneten der Antrag gestellt, die Nationalversammlung aufzufordern, sogleich Hecker einzuberufen. Unter stürmischer Akklamation angenommen. Ferner wurde beschlossen, nur die Beschlüsse nicht die Verhandlungen zu publiziren, nach Weise Nordamerikas. Ein Wiener erzählt, daß auf dem Wartburger Feste eine ähnliche Petition rücksichtlich Heckers (Vertrauensvotum) beschlossen wurde, zugleich wurde berichtet, Hecker habe die Parlamentswahl angenommen. Zum Sitz des Zentralausschusses wurde Berlin gewählt. Außerdem sind Leipzig, Altenburg, Frankfurt und Bamberg vorgeschlagen worden. (N. W. Z.)

Frankfurt, 15. Juni. (A. Z.) Der demokratische Kongreß schloß heute Vormittag um 1 Uhr seine Verhandlungen und nahm sie um 4 Uhr wieder auf. Die wichtigsten Beschlüsse sind: Das Zentralkomite ist beschlossen und soll aus drei Mitgliedern bestehen, kann sich aber erweitern. Berlin ist als Vorort gewählt —

die Sitzung ist noch nicht geschlossen. Hecker kommt nach den Aeußerungen des Kongresses, sicher hierher, um seinen Sitz in der Paulskirche einzunehmen. Anbei folgt das Verzeichniß der bis jetzt eingetroffenen demokratischen Deputirten. (Es enthält 151 Mitglieder, darunter Ludwig Feuerbach, Moriz Carriere, Freiligrath, Karl Ohly, Fr. Anneke, E. Grunz E. Pelz, G. Rau (aus Stuttgart), G. Strecker aus Mainz, Bischer aus Nagold. Als erster Vorsitzender ist Jul. Fröbel, als zweiter Vorsitzender Professor Bayrhoffer aus Marburg bezeichnet.)

Der „Frankfurter Oberpostamts-Zeitung" wird aus angeblich sicherer Quelle mitgetheilt, daß man auf der Börse in Hamburg darüber einig sey, der russische Kaiser habe der dänischen Regierung ansehnliche Geldvorschüsse gemacht. Sie sollen nach einer zarten Distinktion nicht zur Kriegsführung, sondern nur zur Aufrechthaltung und Fortführung der Regierung gemacht seyn. Die russischen Imperialen werden nach Hamburg geschickt und es gehen dafür Silberbarren nach Kopenhagen, wo sie in Speziesthaler ausgeprägt werden.

Oesterreich.

Wien, 7. Juni. Karl Herzig aus Reichenberg erklärt in diesem Blatte: Aus den Zeitungen werden Sie ersehen haben, daß ich unbegreiflicher Weise zum Mitgliede der provisorischen Regierung von Böhmen ernannt worden bin. Ich habe meine Ablehnung bereits einrucken lassen, wünsche aber, daß dieselbe allgemein bekannt werde, damit nicht einen Augenblick der Verdacht auf mir hafte, daß ich im Stande sey, die deutsche Sache zu verrathen. (Oester. Z.)

Wien, 9. Juni. Die „Wiener Zeitung" enthält nachstehendes (oft erwähnte und mit Unrecht bisher von mancher Seite als unächt bezweifelte) Schreiben des Papstes an Se. Maj. den Kaiser: „Es war immer ein Gebrauch bei dem heiligen Stuhle, inmitten der Kriege, welche die christliche Erde mit Blut tränkten, Worte des Friedens zu sprechen und indem wir schon in unserer Allokution vom verflossenen 29. Mai aussprachen, daß es unserem väterlichen Herzen widerstrebe, den Krieg zu erklären, hatten wir ausdrücklich unseren sehnlichsten Wunsch, etwas zum Frieden beizutragen, ausgesprochen. Es wird daher Eurer Majestät gewiß nicht mißfällig seyn, wenn wir uns an Ihre Frömmigkeit und Gewissenhaftigkeit wenden und allerhöchstdieselben mit väterlicher Zuneigung ermahnen, von einem Kriege abzustehen, der ohne die Gemüther der Lombarden und Venetianer dem Kaiserreich wieder erobern zu können, eine lange Reihe von Drangsalen nach sich ziehen würde, die allerhöchstdieselben gewiß eben so sehr verabscheuen als mißbilligen. Auch wird es der edelmüthigen deutschen Nation nicht mißliebig seyn, wenn wir sie auffordern, allen Haß zu beseitigen und durch nützliche und freundnachbarliche Verhältnisse eine Herrschaft zu begründen, die weit edler und glücklicher seyn würde, als wenn sie auf das Schwert sich stützte. Wir hegen das Vertrauen, daß die Nation selbst, die mit Recht stolz auf ihre Nationalität ist, nicht ihre Ehre in blutige Versuche gegen die italienische Nation setzen wird, sondern vielmehr darin, sie edelmüthig als Schwester anzuerkennen, da Beide unserem väterlichen Herzen als Töchter theuer sind und in ihre natürlichen Grenzen wieder zurückzukehren, um in ehrenhaften Verhältnissen unter dem Segen des Herrn neben einander zu wohnen. Wir bitten indessen den Spender aller Aufklärung und den Urheber alles Guten, Ew. Majestät fromme Rathschlüsse einzuflößen, indem wir mit Inbrunst unseres Herzens allerhöchstdenselben Ihrer Majestät der Kaiserin und der kaiserlichen Familie den apostolischen Segen ertheilen.

Wien, 10. Juni. Aus einem Erlaß in der „Wiener Zeitung" ersieht man die Aufhebung der bisherigen Hofkammer für Münz- und Bergwesen, deren Münz-, Verschleiß- und Domänenangelegenheiten dem Finanzministerium zufallen, deren Montan- und Hüttenangelegenheiten dagegen eine eigene Abtheilung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten bilden werden.

Wien, 11. Juni. (Schw. Mkr.) Eine Wiener Burschenschaft hat sich nun organisirt und wird mit den Nationalgarden morgen in dem romantisch gelegenen Haimbach ihr Gründungs- und sogenanntes Verbrüderungsfest (Burschenkommers) feiern. Ueberhaupt scheint sich das noch junge politische Leben bei uns wieder in jene Schau- und Vergnügungssucht umwandeln und zersetzen zu wollen, welche dem Wiener gleichsam angeboren. Uebungsmärsche, d. h. Lustpartien der Nationalgarden mit Musik in die schönen Umgebungen finden sehr häufig statt, während der durch die freilich unnöthige Beseitigung des Militärs, bei den meisten Posten stark gewordene Wacht- und Patrouillendienst wegen vielfältigen Ausbleibens derselben den Oberkommandanten Pannasch zu der Einführung von Ehrenstrafen veranlaßt hat. — Hinsichtlich der in dieser Woche beginnenden Wahlen für den Reichstag wird es, trotz der Protestation der radikalen Partei, welche die Wahlfähigkeit und Wählbarkeit auch auf die Arbeiter im Tag- und Wochenlohn ausgedehnt wissen wollte, bei den Anordnungen des Ministeriums verbleiben. — Die Lüge, ein Geistlicher habe am 26. v. M. mittelst 27,000 fl. K.M. die Arbeiter wider die Studenten erkaufen wollen hat sich nun dahin aufgeklärt, daß dieser Mensch (welcher nur 27 fl. bei sich führte) ein Landwirth war, welcher einige Arbeiter zur Demonstration gegen seine Ortsobrigkeit, um sich angeblich in den vorenthaltenen Besitz von 12,000 fl. K.M. zu setzen, gewinden wollte. So steht es mit der Wahrheit der Tagesgerüchte bei uns, und doch hatte eben diese Lüge z. B. auf den Barrikadenbau entscheidend eingewirkt.

Einem in Wien verbreiteten Flugblatt entnehmen wir, daß Windischgrätz entschieden das deutsche Element verficht. Er soll sich geäußert haben: „Früher habe ich das alte System unterstützt, jetzt verfechte ich das neue von Sr. Majestät sanktionirte und werde jederzeit die Aufwiegler mit Entschiedenheit zurückweisen." Am 13. Juni in der Früh 2 Uhr soll angefangen worden seyn, mit Kartätschen zu feuern. Der Aufruhr brach los, als Windischgrätz folgende 3 Forderungen abschlug: 1) Ausfolgung von 4000 Gewehren, 2) 80,000 Patronen und 3) eine Batterie Geschütz. Man brachte dem Fürsten am Morgen des 12. Juni eine Katzenmusik, errichtete Barrikaden und dann ging das Bombardement los, das beim Abgang der neuesten Nachrichten noch fortgedauert haben soll. Es seyen bereits viele Offiziere gefallen. (A. Abdz.)

Eben eintreffende Briefe aus Wien vom 15. Juni sprechen von Aufregung unter den Arbeitern, besonders den böhmischen. Sie verlangten höhern Lohn ꝛc. Der Sicherheitsausschuß benahm sich mit Festigkeit. Die Nationalgarde rückte aus. Bis zu Abgang der Post (4½ Uhr) blieb alles ruhig. (A. Z.)

Triest, 13. Juni. (A. Z.) Die Blokadeerklärung lautet: An Se. Erz. den Hr. Altgrafen v. Salm, Gouverneur Triest's und des Küstenlandes. Exzellenz! Die unterzeichneten Admirale haben die Ehre, Ew. Erz. die Erklärung des Blokus von Triest zu übermitteln, damit sie dieselbe dem Handelsstande mitzutheilen und das eigene Ministerium davon in Kenntniß zu setzen belieben. Sie haben die Ehre, sich mit der vollkommensten Hochachtung zu nennen, vom Ankerplatz außerhalb der Küste von Triest, 8. Juni 1848. Ew. Erz. gehorsamste und ergebenste Diener Bua, Contreadmiral. Albini.

(Blokadeerklärung gegen Triest.) Die beiden kommandirenden Admirale der sardinischen und venezianischen Schiffsdivisionen, geleitet von den philantropischen Absichten ihrer Regierungen und erfüllt von der Achtung für das geheiligte Völkerrecht, welche die zivilisirten Nationen ehrt und auszeichnet, halten sich bei ihrer Kreuzung im adriatischen Meer, zur Vertheidigung der italienischen Unabhängigkeitssache an den Grundgedanken für den Handel keine Störung herbeizuführen, noch auch den Verkehr der Kauffahrteischiffe von irgendwelcher Flagge, die österreichische mit einbegriffen, zu belästigen. Daher würden sie in Uebereinstimmung mit diesen Grundsätzen sich zu jeder Art von Rücksicht zu Gunsten der Stadt Triest verpflichtet halten, falls dieselbe bloß mit Handelsangelegenheiten beschäftigt und in ihrem friedlichen Charakter verharren sich jeder militärischen Operation enthalten hätte. In Erwägung jedoch, daß die Stadt Triest, weit entfernt, ausschließlich eine Handelsstadt zu bleiben, die Funktion eines Kriegsschauplatzes übernommen hat, indem es durch ein Kastell und mehrere Batterien befestigt worden, mit einer zahlreichen Garnison besetzt ist, eine Division Kriegsschiffe aufgenommen hat, die fliehend vor dem italienischen Geschwader durch Hilfe der österreich. Lloyds Dampfer sich jetzt auf der Rhede in Angriffsstellung befindet; indem es die Küste und die Höhen mit Kanonen besetzt, um das System der Kreuzfeuer zu verstärken; indem es sich der auf Kriegsfuß ausgerüsteten Dampfboote der Handelsgesellschaft des Lloyd bediente, um die Blokade von Venedig aufrecht zu erhalten und jede Art kriegerischer Unternehmungen zu erleichtern; indem es bisher Mittelpunkt der gegen die Küste von Venedig gerichteten Feindseligkeiten und Ausgangspunkt für alle Beförderung von Truppen, Proviant und Kriegsmaterial gewesen ist; indem es in der Nacht vom 6. Juni ohne die mindeste Herausforderung das Feuer gegen das italienische Geschwader eröffnete, eben als dieses sich anschickte, Anker zu werfen, um den Tag darauf Unterhandlungen mit dem Gubernium einzuleiten; indem es ungeachtet des Schweigens der Flottenbatterien fortfuhr, Kanonenschüsse abzufeuern, von denen einige beim Rückprallen die sardinische Fregatte „St. Michaele" trafen; in Erwägung ferner, mit welcher Heftigkeit man sich von Seiten der österreichischen Armee auf italienischem Boden schlägt, erklären die beiden Admirale, sich berufend auf ihr Kriegsrecht und gestützt auf die Aussprüche der geachtetsten und anerkanntesten Publizisten, dieser Stadt und Rhede von Triest die Blokade für alle Schiffe unter österreichischer Flagge, beginnend vom 15. des laufenden Monats Junius, indem sie schließlich den Anfang der Blokade für andere Flaggen auf den 15. Julius festsetzen. Bua, Kontreadmiral. Albini.

Italien.

Verona, 15. Juni. (A. Z.) Vermöge Uebereinkunft mit dem päpstlichen Heerführer Durando, geschlossen zu Vicenza, hat derselbe auch die in Padua befindlichen päpstlichen Truppen über den Po zurückzuführen. In Folge dessen hat derselbe die Besatzung von Padua an sich gezogen, worauf Padua selbst eine Deputation geschickt haben soll, um sich österreichische Garnison zu erbitten. Die Besatzung wird aus der Brigade Lichtenstein bestehen. Wegen Rivoli ist nichts bekannt. Man hofft, der Einmarsch Weldens in Treviso werde zwischen gestern und heute erfolgt seyn.

Neapel, 3. Juni. (D. Z.) Das hiesige Ministerium ist bereits wieder auf dem Punkte, zurückzutreten, es verlangte, die Schweizertruppen aus der Hauptstadt zu entfernen, was der König nicht thun will. Die Erbitterung eines großen Theils der hiesigen Einwohner gegen diese Truppen ist sehr groß. Jedenfalls haben diese Truppen, wie es noch weiter gehen möge, nun einen bösen Stand und ihr Bleiben dürfte von keiner langen Dauer mehr seyn; es war vorauszusehen, daß ein Zusammenstoß mit den Bürgern ihr Todesstoß seyn würde. — Aus den Provinzen werden die Nachrichten immer verworrener, die Einen lassen die Ruhe in den meisten Orten wieder ziemlich hergestellt seyn, die Andern berichten von Aufstand, provisorischen Regierungen u. s. w. Im Allgemeinen scheint die Bevölkerung nicht gerade lebhaften Antheil an der Bewegung zu nehmen, indessen hat man doch dieser Tage etwa 200 Gendarmen aus Kalabrien entwaffnet hierher zurückgeschickt, mit einer Erklärung an den König, daß jener Theil nicht für das Parlament wählen werde, wenn nicht alsobald die Schweizer aus der Hauptstadt entfernt, die Forts zur Hälfte mit der Nationalgarde besetzt, und die Verfassung auf die gleichen Grundlagen, wie sie vor dem 15. Mai war, wieder gestellt würde. Dagegen bestätigt es sich, daß das sizilianische Parlament beschlossen hat, eine Expedition gegen Neapel zu machen, um „ihre neapolitanischen Brüder vom Joche des Tyrannen befreien zu helfen", ihr Hauptbeweggrund ist aber wohl der, sich selbst den Rücken frei zu machen, denn bis jetzt war wenig von einer neapolitanisch-sizilianischen Fratellanza wahrzunehmen, wenn schon das Parlament in Palermo kürzlich durch die ganze Insel für die in Neapel gefallenen Brüder eine dreitägige Trauer und öffentliche Gebete verordnet hat. Gerüchte lassen die Festung in Messina durch Verrath in die Hände der Sizilianer gefallen seyn.

Frankreich.

Paris, 9. Juni. Die zehnte, eben erschienene Nummer der „Revue rétrospective" enthält manches interessante Aktenstück, keines wird jedoch so sehr Erstaunen erregen, als nachstehendes, worin ein Anonymus den König vor einem Feinde in seiner Familie warnt, und dieser Feind ist kein anderer als — — der Herzog von Orleans. Dasselbe ist ohne Angabe des Orts vom 2. Mai 1839 datirt, und lautet also: „Sire, die Könige können nicht alles wissen, besonders wenn die hochgestelltesten und ergebensten Diener das Herz eines Vaters zu verletzen fürchten, so sie dem König von dem politischen Betragen eines seiner Kinder, desjenigen mit

einem Wort sprächen der, als der älteste, seinem Herzen und seinem Thron am nächsten steht. Ein Ritter der Ehrenlegion unter Ihrer Regierung, Sire, der Ihnen Treue schuldet, hält es, geschützt durch seine Entfernung von den Geschäften, und der keine Gunst mehr von der Gewalt zu verlangen haben wird, für seine Pflicht, Ew. Majestät in Kenntniß zu setzen, daß Monseigneur der Herzog von Orleans auf seiner letzten Reise im nördlichen Frankreich sich erlaubt hat, mehreren Generalen und andern Offizieren seine persönliche Unzufriedenheit mit allem, was geschieht, zu äußern, indem er unter tausend andern Dingen sagte, er habe weniger Macht als ein Wähler, er sey weniger als dieser, er thue nichts, als die Aufträge eines Ministers bestellen, alles sey in einem unsichern (précaire) Zustande und verspreche keine Dauer, man könne nicht voraussehen, was daraus werden würde, und unsere Armee sey nicht in der Fassung, einen Feldzug auszuhalten. Man fragt ihn, wann des Grafen von Paris Taufe stattfinden werde, er erwiedert, er wisse überhaupt nicht, ob sie je stattfinden werde; andern sagt er endlich: er sey Cherbourg näher, als irgendeinem andern Orte u. s. w. Es ist unbegreiflich! Und doch erzählen mehr als 300 Offiziere die unglücklichen Aeußerungen Monseigneurs. Wolle Gott, daß die schlechte Presse sich ihrer nicht bemächtige. Das, Sire, wird niemand Ihnen zu enthüllen wagen, und doch ist es nöthig, solchen, für Frankreich gefährlichen Verirrungen, Grenzen zu setzen. Die Treue, die nichts anderes als die Fortdauer Ihrer Dynastie wünscht, wagt es, Ihnen diese Enthüllungen zu machen. Ew. Majestät begreift, daß es unnütz ist, Beweise zu liefern, Sie ist auf dem Wege, sich deren zu verschaffen, von den Chefs der Korps, wie von den Personen, die den Prinzen begleitet haben. Er (der Einsender) wiederholt, daß er nichts anderes bezwecke, als unter dem Schutz seiner ihn schirmenden Verborgenheit eine Pflicht zu erfüllen. Seine einzige Furcht ist, daß dieser Brief nicht zu den Füßen Ew. Majestät gelange, zu denen er auch den Ausdruck seiner ehrfurchtsvollen Ergebenheit und seiner unerschütterlichen Treue niederlegt." (A. Z.)

Paris, 14. Juni. Gestern Abend wurden Zettel angeschlagen, durch die der Herzog von Bordeaux als Kandidat für die nächsten Ersatzwahlen in die Nationalversammlung vorgeschlagen wird. Die Kandidatur Joinvilles wird nun unausbleiblich nachfolgen.

= Paris, 15. Juni. Gestern nach Eröffnung der öffentlichen Sitzung begaben sich drei Mitglieder der Vollziehungskommission, die Mehrzahl der Minister und eine große Anzahl von Abgeordneten in das vierzehnte Bureau, um sich über die Haltung zu benehmen, die die Regierung nach dem gestrigen Votum annehmen solle. Man beschloß, an die Regierung Interpellationen über die Abdankungsgerüchte zu stellen. Man will dann erklären, daß jenes Votum das der Regierung früher gegebene Vertrauensvotum nicht entkräfte. Der „Messager" versichert, daß die Abdankungsgerüchte ungenau seyen. Zahlreiche Verkäufer und Vertheiler von Portraiten und Biographien Louis Napoleons sind verhaftet worden; eben so Hr. Tremblaire, Redakteur einer seit 6 Jahren im Interesse des Helden von Straßburg und Boulogne geschriebenen Revue, und Hr. v. Persigny, einer der Hauptanheber der Agitation für den Prinzen.

Straßburg. (A. Z.) Ein uns eben aus Brüssel zugehendes Schreiben sagt: „Tauben sollen diesen Nachmittag die Nachricht von einem neuen blutigen Konflikt in den Straßen von Paris gebracht haben."

Straßburg, 17. Juni, halb 10 Uhr Morgens. (Karlsr. Z.) Telegraphische Depesche. Paris, 16. Juni, halb 7 Uhr Abends. Der Minister des Innern an die Präfekten. Ludwig Napoleon Bonaparte hat seine Entlassung als Volksvertreter gegeben. Paris ist ruhig.

Großbritannien.

London, 14. Juni. (Karlsr. Z.) Unsere Börse war heute in einiger Aufregung, weil sich das Gerücht verbreitet, man habe dem spanischen Gesandten seine Pässe geschickt und es werde demnächst eine Expedition abgehen, um den Spaniern Cuba zu nehmen. Indessen brachte der „Globe" in einer zweiten Ausgabe folgende Erklärung: „Wir sind ermächtigt, in der bestimmtesten und förmlichsten Weise die Gerüchte zu widerlegen, welche sich rücksichtlich der Verhältnisse Englands und Spaniens in der City verbreitet haben."

Die Lords des Schatzes haben auf Ansuchen des dänischen Gesandten Befehl an sämmtliche Zollämter des Königreichs gegeben, alle Sendungen von Waffen und Kriegsvorräthen nach Deutschland zu verhindern, sobald sie überzeugt wären, diese Kriegsbedürfnisse sollten gegen die dänische Regierung gebraucht werden. Vor kurzem gaben die englischen Blätter Nachricht von theilweise bereits ausgeführten Waffenbestellungen der dänischen Regierung. Warum wurden diese nicht verhindert? Wo bleibt Englands Neutralität? Sind die zahlreichen deutschen Gesandtschaften in London weniger thätig gewesen als die dänische? Haben sie keine Schritte gethan, oder sind diese Schritte vergeblich gewesen? Deutschland ist berechtigt, hierüber Aufklärung zu verlangen.

Rußland und Polen

St. Petersburg, 7. Juni. (Fr. O.-P.-A.-Z.) Wir leben hier fortdauernd in einer tiefen Stille, die in diesem Moment, wo das ganze westliche Europa von so großen Aufregungen bewegt ist, größer als in frühern Zeiten ist. Die wichtigen Ereignisse des Auslandes kommen nur fragmentarisch zu unserer Kunde. Von dem innern Leben, das 60 Millionen Bewohner des russischen Kaiserstaats führen, erfahren wir nur die gehaltlosern Tageserscheinungen, die bemerkenswerthern bleiben uns verborgen. Unsere Tagespresse ist in dieser Beziehung, vielleicht gezwungen, sehr beschränkt. Keines dieser Blätter hat bis jetzt der bereits am 21. v. M. von Kronstadt aus erfolgten Seereise des Großfürsten Konstantin Erwähnung gethan; selbst über den Verfolg der Kriegsereignisse im Kaukasus haben sie uns seit mehreren Wochen keine Mittheilung gegeben. Die heutigen Zustände in den westeuropäischen Staaten, besonders die in Frankreich und Deutschland, werden häufig von unsern Zeitungen mit supplirenden Bemerkungen begleitet, die in grellen Farben die unselige Verblendung der heutigen Machthaber, die zerrüttendsten Folgen, die aus dieser Verblendung für die ganze europäische Gesellschaft hervorgehen müssen, als warnendes abschreckendes Beispiel für Rußlands Bewohner darstellen, wobei den Redakteuren ein freies Feld der Diskussion gelassen wird.

Aus Masuren, Ende Mai. (D. Z.) Vor drei Tagen gelang es mir endlich, nach Polen und bis zur Gouvernementsstadt Suwalken zu kommen. Die Grenze ist nämlich hier ganz gesperrt und selbst mit einem vom russischen Generalkonsul visirten Paß gelangt man nicht hinüber. Ein Silberrubel gilt oft mehr als eine kaiserliche Ukase, und dieser öffnete mir die Grenze. Dort kennt mich ein Jeder, verborgen konnte ich also nicht bleiben und hielt es daher für's Gerathenste, dem Gouverneur sofort meine Aufwartung zu machen. Ihn fand ich vollständig von Allem unterrichtet, was kein Wunder ist, da ich ihm zumal wöchentlich die Königsberger und die polnische Posener Zeitung zuschicke! Außer ihm aber auch Niemanden und selbst hohe Beamte, Kaufleute ꝛc. sind in völliger Unkenntniß über die Zustände in Preußen, ja in Europa. Von Amtswegen wird ihnen auf jede Weise eingetrichtert, daß in Preußen vollständige Anarchie herrsche, der König entthront sey und Polen nächstens den Einmarsch preußischer Horden, die ihnen ihren Glauben nehmen und sie evangelisch machen wollen, zu erwarten habe. Auf diese Weise suchen selbst die höchsten Behörden und die Priester sogar auf die gemeinste Art Haß gegen die Preußen zu erregen. Als ich mich mit dem Gubernator eine Weile unterhalten hatte, fragte er mich, wodurch denn im Posenschen ein so wüthender Haß gegen die Deutschen erregt sey. Ich erwiderte ihm dreist, daß u. A. — wie man bei uns sagt — dies theils von Warschau aus geschehen seyn soll, indem dort Gefangene unter dem Beding freigelassen und ihnen reiche Belohnungen versprochen sind, daß sie ins Posensche gehen und dort auf jede Weise das Volk gegen die Deutschen aufhetzen sollen. Hiezu lächelte er, und dies veranlaßte mich zu der Frage, ob er so Etwas wohl für möglich halte? — NB. er war vor 8 Tagen aus Warschau gekommen. — Er antwortete erst nicht, aber als ich die Frage wiederholte, bejahte ers mit Kopfnicken und sagte, indem er mir vertraulich den Arm drückte: „ich glaub's!" — Die ganze russische Truppenmasse in Polen beträgt höchstens 60—80,000 Mann. Die Soldaten werden aber fortwährend im Kreise herumgeführt, wechseln schwarze mit weißen Bandalieren und es übernachtet dasselbe Bataillon nie da, wo es schon einmal genächtigt hat. Den Namen des Regiments erfuhr ich nur durch eine Dame, die mit einem jungen Offiziere Bekanntschaft hatte. Wäre ich eine Stunde früher nach S. gekommen, dann hätte ich aus dem Fenster des dortigen evangelischen Predigers ein echt russisches Schauspiel ansehen können. Am Tage vorher hatte man drei russische Deserteure hart vor unserer Grenze ergriffen. Einer von den Unglücklichen wurde an dem Tage auf eine Trage gebunden und sollte 6000, sage sechstausend Stockschläge erhalten. Als er 2000 erhalten hatte, gab er seinen Geist auf; der Arzt erklärte ihn für völlig todt, aber demungeachtet wurden ihm noch die fehlenden 4000 Hiebe applizirt und er dann wie ein krepirter Hund verscharrt. Für die Wahrheit dieser Geschichte bürge ich, der grausame Mord der beiden andern Deserteure, die der Exekution beiwohnen mußten, sollte in den folgenden Tagen erfolgen.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Montag den 19. Juni: „Romeo und Julia," Trauerspiel nach Shakespeare von Schlegel. (Dem. Emilie Heußer vom Hoftheater zu Mannheim, „Julia" als Gast.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Heineszla, Rentier aus Ungarn; v. Chevier, Rentier v. Genf; Sprecher und Venegz aus Graubünden; Obermayer, Banquier v. Augsburg.

Gold. Hirsch. HH. Baron v. Kübeck v. Stuttgart; Cartwight, Rentier aus England; Imhof, Advokat von Donauwörth.

Hôtel Maulick. HH Groß, Beamter v. Lichtenstein; Copyel und Custoza, Privaters, und Marello, Rentier v. Wien; Box, Rentier v. London.

Gold. Hahn. HH. Graf v. Ehrenberg v. Eimading; Bar. v. Trautner, Rittmeister v. Deich; v. Retcloff, Kammerherr v. Petersburg; Volz, Rentier v. Mainz.

Gold. Kreuz. HH. Andrie, Dr. juris v. Wien; Remold, Partikulier v. Zürich; Reiser, Privatier v. Ischl.

Blaue Traube. HH. Galamari, Buchhalter v. Mailand; Reeser, Privatier von Augsburg; Baron v. Stolberg von Breich; v. Steinbüchel, Professor v. Wien; Bar. v. Ruffin, Offizier von Landshut; Fällinus, Kaufmann von Salzburg; Greizer, Accessist v. Ansbach.

Stachusgarten. HH Link, Stenograph von Nordhalle; Heymann, Banquier v. Augsburg; Beyschlag, Seifensieder v. Nördlingen; Hauener, Handelsmann von Ichhausen; Lügelberger, Privatier und Dlle. Riedl v. Neuburg.

Gestorbene in München.

Walburga Strober, b. Apothekersgattin v. h., 48 J. alt; Ursula Steinkirchner, Exekutorsgattin von hier, 39 J. alt; Anna Winterle, Gärtnerstochter v. h., 27 J. alt.

Bekanntmachung.

2419. (3b) Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Anwesen der Branntweinerseheleute Georg und Elisabetha Eisgruber Nro. 56 in der Sendlingerstraße dahier im Wege gerichtlicher Hülfsvollstreckung nach §. 64 des Hypothekengesetzes vom 1. Juni 1822 und den §§. 98—101 der Prozeßnovelle vom 17. November 1837 dem öffentlichen Verkaufe zum zweiten Male unterstellt und hiezu Tagsfahrt auf

Donnerstag den 3. August d. Js. Vormittags 10—12 Uhr

im Bureau 32 II des k. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Frhr. v. Feuri anberaumt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken geladen werden, daß der Zuschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolge, und die dem Gerichte unbekannten Steigerer sich über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben. — Bezüglich der Beschreibung der Bestandtheile dieses Anwesens, dessen Werth und Belastung, wird sich auf die Ausschreibung vom 31. Dez. v. Js. bezogen.

Beschlossen am 26. Mai 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Director:

Barth.

Neulbach.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 162.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir (Kaufinger-Gasse Nro. 2) auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 30 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag | XLIX. Jahrgang. | 20. Juni 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 18. Juni. Aus dem Protokoll der Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 16. ersieht man, daß dieselbe zwei höchst wichtige Beschlüsse gefaßt hat. Zuerst Verwahrung einzulegen gegen die Blokade von Triest durch die neapolitanisch-sardinische Flotte und den sardinischen Gesandten am Bundestag von dieser Verwahrung unter dem Bemerken in Kenntniß zu setzen, wie man nicht zweifle, daß die sardinische Regierung nicht zögern werde dem Befehlshaber ihrer Flotte solche Befehle zu ertheilen, welche Stadt und Hafen von Triest sowie das deutsche Bundesgebiet überhaupt, vor allen Verletzungen durch die dortigen Kriegsereignisse sicherzustellen geeignet seyen. Ferner wurde auf den Bericht des politischen Ausschusses über die Konflikte, welche zwischen den Befehlen des Königs von Dänemark als Landesherrn und den Bundesverpflichtungen sich in Lauenburg ergaben, beschlossen: 1) es soll in Erwägung rc. eine interimistische Verwaltung des Herzogthums Lauenburg eintreten; 2) dasselbe wird unbeschadet Dänemarks Rechte bis zur Einstellung der von Dänemark geübten Feindseligkeiten und Herstellung des Friedens in Administration genommen; 3) sofort wird zu dem Zweck ein Kommissär ins Herzogthum entsendet.

Frankfurt, 16. Juni. Die durch den Präsidenten angeordnete Vertagung der auf heute angesetzten Sitzung der Nationalversammlung wird von gewisser Seite her wie ein Ereigniß behandelt, und wie ein Ereigniß wird sie allem Anschein nach wirken. Der Klub des deutschen Hofes, zu welchem sich für dießmal mehrere österreichische Abgeordnete aus der Sokratesloge geschlagen hatten, war anfänglich entschlossen, gegen jene Vertagung als gegen einen Eingriff in die Rechte der Nationalversammlung durch eine gewaltige Demonstration Verwahrung einzulegen. Man wollte nämlich die Mitglieder der Nationalversammlung durch Rundschreiben auffordern, sich der ursprünglichen Anordnung gemäß heute zur gewöhnlichen Stunde und ohne Berücksichtigung der Absage des Präsidenten in der Paulskirche einzufinden und mit den parlamentarischen Geschäften voranzuschreiten. Einige Stimmen verlangten überdieß, daß eine Tagesordnung für die beabsichtigte Sitzung festgesetzt und die Bildung der provisorischen Zentralgewalt an die Spitze derselben gestellt werde. Mit Beseitigung dieser Zumuthung hatte man im deutschen Hof bereits einen förmlichen Beschluß in jenem Sinn gefaßt, und sogar dessen Ausführung damit begonnen, daß man den Präsidenten durch eine Deputation von dem Vorhaben in Kenntniß gesetzt, als es dem verständigen Zureden einiger später eintreffenden Mitglieder des Klubs, unter denen man mit einiger Verwunderung Hrn. Ruge bemerkte, gelang, den ganzen Plan wieder rückgängig zu machen und damit einen zwecklosen Skandal zu ersparen. Indessen ist mit Sicherheit vorauszusehen, daß die „Linke“ morgen den Präsidenten wegen jener Vertagung zur Rechenschaft ziehen, und überhaupt die scheinbare Lässigkeit, mit welcher die parlamentarischen Arbeiten bis jetzt allerdings betrieben worden sind, zum Gegenstand einer scharfen Erörterung machen wird. Man bestreitet dem Präsidenten die Befugniß, eine im Einverständniß mit der ganzen Versammlung angesetzte Sitzung aus eigener Machtvollkommenheit abzusagen, und man findet es anstößig, unverantwortlich, daß die Versammlung ihre Arbeiten so häufig unterbreche, wie dieß bisher geschehen ist. Dieser letzte Vorwurf ist nicht ganz ungerecht, er trifft aber viel mehr die Ausschüsse, welche die Vorbereitung der Geschäfte zu besorgen haben, als die Versammlung, die ganz vergeblich tagen würde, wenn keine Vorlagen zur Verhandlung reif sind. Es ist hohe Zeit, daß der schleppende Geschäftsgang, welcher in den meisten der Ausschüsse zu herrschen scheint, einer kräftigeren Handhabung der vorliegenden Aufgaben Platz mache, und es steht zu hoffen, daß der gestrige Zwischenfall in dieser Richtung eine sehr heilsame Wirkung ausüben werde. Wenn die Nationalversammlung dadurch aber zum raschen und energischen Handeln angespornt wird, so kann jener Zwischenfall mit Recht ein Ereigniß genannt werden, ein Ereigniß, zu welchem wir vor allem andern der Nationalversammlung selbst Glück wünschen dürfen, indem es mancher bittern Beschwerde und mancher lauten Verdächtigung ein Ende machen wird.

Frankfurt, 15. Juni. Die Zahl der eigentlichen Mitglieder der demokratischen Konferenz, welche gestern in unserer Stadt aus Abgeordneten auswärtiger Vereine zusammengetreten, beträgt 151. Die Sitzung des demokratischen Kongresses, welche gestern Nachmittag im „deutschen Hofe“ statt fand, war von vielen Neugierigen besucht. Die Verhandlung war fast durchgängig geordnet; der Ton derselben ging dahin, daß man „vorderhand“ auf gesetzlichem Wege für die demokratische Republik Propaganda machen müsse; weniger scheint die Absicht darauf zu gehen, auch die endliche Einführung der demokratischen Republik auf gesetzlichem Wege durchzusetzen. In dieser Beziehung wurde vielmehr ganz besonders auf den Gang der Ereignisse hingewiesen, dabei auch wohl angedeutet, daß eine Diktatur, wenn sie „eine Armee“, wenn sie „100,000 Bajonnete und eine Guillotine“ hinter sich habe, etwas ganz Annehmbares sey. Die Redner sprachen fast alle kurz, aber nur selten schlecht; viele mit großer Lebhaftigkeit und Entschiedenheit. (K. v. u. f. D.)

Frankfurt, 16. Juni. (A. Z.) In der Abendversammlung der Demokraten wurde gedroht, daß man die Thüren der Paulskirche erbrechen und auf eigene Faust tagen wolle. Man habe die Herren der äußersten Linken für sich, und das seyen doch nur die eigentlichen Volksvertreter, die andern seyen nur Bastarde, die man zur Rechenschaft ziehen werde. Hinter ihnen, den Demokraten, stehe das Volk. In der That waren etwa 2 — 300 Menschen in dieser Versammlung, die jedem offen steht, von den 60 — 70,000 Einwohnern der Stadt Frankfurt, die also bis auf jene Zahl nicht zum deutschen Volke gehören. Hr. Julius Fröbel präsidirte, und Hr. Bayrhoffer aus Marburg war Vizepräsident. Die Redner, größtentheils sehr junge Leute, legten das Zeugniß großer Unkenntniß ab, und nicht einer unter ihnen erregte Aufsehen bei den Verständigen. Johannes Ronge und Freiligrath sind hier. Ersterer hat in dem sogenannten „Essighause“, einem Bierhaus, vor den dort Versammelten gepredigt. Das Gerücht, daß Hecker kommen und in der Paulskirche seinen Sitz nehmen werde, ist in der ganzen Stadt verbreitet. Gestern hörte ich eine Mutter zu ihrem abreisenden Sohne sagen, daß sie ihm schreiben würde, wenn Hecker käme. Er sagte: Ja, wenn ich nur Zeit hätte. Du mußt Zeit haben, entgegnete sie, es ist schon etwas werth, solch einen berühmten Mann zu sehen. Die drei Deputirten, welche die Stadt Wien an ihre hier bei der Nationalversammlung anwesenden Landsleute sandte, haben tröstliche Nachrichten mitgebracht. Wien will nöthigenfalls mit Barrikaden den tschechischen Anmaßungen entgegen treten. Allein unter den hiesigen österreichischen Deputirten selbst, die man in die schwarz-gelben und die schwarz-roth-goldenen theilt, ist eine Spaltung eingetreten. So beschloß gestern Abend in der Versammlung in der Loge Sokrates ein Theil, ebenfalls Gagern um eine Sitzung auf heute anzugehen, während die Einsichtsvollern sich dem widersetzten.

Frankfurt, 16. Juni. Es verlautet, daß zwischen der linken und rechten Seite in Betreff der provisorischen Executivgewalt eine wesentliche Annäherung in der Art stattgefunden, daß man sich dahin vereinigt habe, die drei Mitglieder aus dem Schooß der Nationalversammlung selbst hervorgehen zu lassen. Es ist kein Zweifel, daß durch ein solches Abkommen die Lösung der Frage wesentlich beschleunigt werden würde. Man ist sehr gespannt auf die morgende Sitzung, in welcher, wie es heißt, der Ausschußantrag über diesen Gegenstand erstattet werden soll. — Die von dem demokratischen Congreß beschlossene Adresse in Betreff Heckers lautet: „Der Congreß der deutschen demokratischen Vereine in Frankfurt fordert die Nationalversammlung auf, als eine Achtungsbezeugung gegen den Willen des Volks und als ein Zeichen des Zutrauens in sich selbst, den Abgeordneten Friedrich Hecker von Mannheim unverzüglich einzuladen in ihrer Mitte Platz zu nehmen.“ (Unterz. von dem Präsidenten Julius Fröbel und dem Secretär der Versammlung Kapp.) Ein anderer Beschluß geht dahin, die Nationalversammlung aufzufordern, bei der badischen Regierung die Zurückberufung der geflüchteten Theilnehmer des Heckerschen Unternehmens zu veranlassen. Gegen diesen letztern Beschluß erhob der Abgeordnete des demokratischen Vereins in Bonn, Lehmann, Namens seiner Committenten, förmlichen Protest und zeigte, als er überstimmt war, seinen Austritt an. Eine Reihe anderer Anträge wurde beseitigt, darunter auch der: die „sogenannte“ Nationalversammlung solle die Fürsten ersuchen im Interesse des öffentlichen Friedens und der Menschlichkeit ihre Kronen niederzulegen; sowie ein anderer Antrag: „Das dem Volke geraubte Staatsgut (welches der Antragsteller auf 3000 Millionen Thaler anschlägt) zurückzufordern, und unter die Gemeinden zu vertheilen.“ Der Congreß wird kein Manifest erlassen, sondern lediglich seine Beschlüsse mit einer erläuternden Einleitung veröffentlichen. — In der letzten Reichstagssitzung wurde ein mit „Friedrich Hecker“ unterzeichnetes Flugblatt vertheilt, worin die Versammlung unumwunden aufgefordert wird, das große Wort: deutsche Republik, deutscher Volksstaat! auszusprechen. (Allg. Ztg.)

In Bezug auf die Ereignisse in Prag hat Hr. Reiter, böhmischer Abgeordneter in Frankfurt, folgende Erklärung abgegeben: „Um allen irrigen Deutungen in Bezug auf die in Prag am 12. ausgebrochene Revolte vorzubeugen, eile ich mich als geborner Prager darauf aufmerksam zu machen, daß der in Prag durch die Stimmführer der panslavistischen Partei angeregte Angriff gegen die dortige Garnison nicht etwa deßwegen erfolgte, um sich einer unterdrückenden Soldateska zu erwehren (denn die österreichische Armee hat bis jetzt eben so gut in Prag als an andern Orten bewiesen, daß sie keineswegs ein Feind der Bürgerfreiheit ist), sondern bloß aus dem Grunde entstand, weil die Prager Garnison im höchsten Grade indignirt war, zu sehen, wie die zum Theil von Rußland, zum Theil von der Aristokratie bezahlte panslavistische Partei das Ruder in Böhmen führe und das deutsche Element unterdrücke. Uebrigens ist der merkwürdige Umstand zu erwähnen,

daß auch das in Prag befindliche bloß aus Polen bestehende Regiment mit den czechischen Panslavisten nicht harmonirte. Frankfurt, 16. Juni 1848. H. Reitter, Abgeordneter aus Böhmen."

Mainz, 14. Juni. Die allgemeine deutsche National-Buchdrucker-Versammlung hat in ihrer Sitzung am 12. Juni im Akademie-Saale des kurfürstlichen Schlosses zu Mainz, veranlaßt durch einen Antrag des Abgeordneten von Stuttgart, mit welchem sich die Abgeordneten von 16 Städten nach besonderen Aeußerungen der betreffenden Verleger oder Redaktionen einverstanden erklärten, den Beschluß gefaßt:

„Die allgemeine deutsche National-Buchdrucker-Versammlung ersucht die Redaktion des „Frankfurter Journals", die Erklärungen sämmtlicher deutschen Zeitungsredaktionen in Empfang nehmen zu wollen und zu veröffentlichen, ob dieselben in der Folge an Tagen nach Sonn- und Festtagen ihre Blätter erscheinen lassen wollen oder nicht, damit an Sonn- und Festtagen das Arbeiten der in Zeitungen Beschäftigten aufhöre."

Durch eine allgemeine Vereinigung der betreffenden Redaktionen oder Verleger würde die leidige Konkurrenz dann verschwinden, und wäre dieselbe wohl noch bis 1. Juli d. Js. zu Stande zu bringen.

Sämmtliche Zeitungsredaktionen sind hiermit gebeten, oben angeregte Erklärung abzugeben und überdieß für möglichste Verbreitung des Obigen durch Aufnahme in die betreffenden Blätter zu sorgen.

Die deutsche National-Buchdrucker-Versammlung zu Mainz.

Bayern.

Der „Karlsruher Zeitung" wird aus München, unter dem 13. Juni geschrieben: Die Unheilspropheten sind hier abermals beschämt worden: der gestrige Abend ist ohne die geringste Störung der Ordnung vorübergegangen. Nirgends wurde auch nur der entfernteste Versuch dazu gemacht, und die getroffenen militärischen Vorsichtsmaßregeln mögen wohl auch mit dazu beigetragen haben, die etwaigen Krawalllustigen zur Ueberlegung zu bringen. Nichtsdestoweniger haben auch wir unsere Wühler, und diesen fehlt es auch nicht an Organen, die leider ein trauriges Bild von dem Zustande geben, in welchem unsere Münchener Presse noch immer sich befindet. Während in Nürnberg zwei ganz tüchtige und durch charaktervolle Gesinnung bemerkenswerthe Blätter, der „Korrespondent" und der „Kurier", bestehen, auch noch einige andere Städte Bayerns — ich spreche natürlich nicht von der „Allgemeinen Zeitung", als welche ein allgemein deutsches, oder, wenn man will, ein europäisches Blatt ist — wenigstens erträgliche Zeitungen besitzen, hat bisher in der Hauptstadt Bayerns, wo doch unter den Bürgern ein so wackerer, tüchtiger Sinn und weit mehr politische Bildung herrscht, als man auswärts in der Regel annimmt, noch kein Blatt aufzukommen vermocht, das sich nur bis zur Mittelmäßigkeit emporgeschwungen hätte. In dieser Hinsicht steht die Hauptstadt Bayerns (das „deutsche Athen", und in vielen Beziehungen mit Recht so genannt) wirklich einzig, aber eben nicht in glänzendem Lichte unter allen größeren Städten des Gesammtvaterlandes da. Woran liegt die Schuld? Fehlt es an den Männern, die an Geist, Kenntnissen und Charakter befähigt wären zur Schaffung eines tüchtigen Organs der öffentlichen Meinung, oder gebricht es an materiellen, besonders Geldmitteln dazu? Beides ist nicht anzunehmen, und ein gutes Blatt, von entschiedener Richtung, der Reaktion wie der Anarchie gleich entschlossen entgegentretend, würde gewiß Anklang finden. Sein Wahlspruch müßte seyn: Freiheit auf der Grundlage der Ordnung, Fortschritt auf dem Wege des Gesetzes, unbedingte Herrschaft des Gesetzes und Achtung vor demselben, und als Grundpfeiler für all Dieses Festhalten an der konstitutionellen Monarchie. In diesen wenigen Worten ist das Glaubensbekenntniß der ungeheuern Mehrheit des Volks in Bayern zusammengefaßt, und ein Blatt, das eine solche Richtung verfolgte und würdig festzuhalten wüßte, ist, zumal in der jetzigen Zeit, ein wahres Bedürfniß für München geworden. Die kleinen, jetzt bestehenden Blätter, unter denen allerdings einzelne es recht gut meinen, denen aber die Wirkung fehlt, da dieselben kaum über die nächsten Provinzen hinauskommen, reichen für die gegenwärtige Zeit jedenfalls nicht mehr aus.

München, 17. Juni. (Nürnb. Kur.) Unter den Studenten ist als Nachwehen früherer Zustände wieder eine kleine Aufregung. Von den vergangenes Semester verjagten Alemanen sind nämlich wieder etliche hieher gekommen. Die Polizei wandte sich nun an die schon früher berührte Repräsentantenversammlung, und ersuchte sie um eine schriftliche Erklärung, ob die Studenten dieselben an der Universität, resp. in München, dulden wollten. Eine große Partei an der Universität wollte sich durchaus gegen jede Duldung erklären; allein Andere wiesen darauf hin, daß man dann eben in jene Polizeiwillkür verfalle, welche Leute wegen Mißliebigkeit beliebig ausweise, und so wurde in der Repräsentantenversammlung heute folgender Beschluß gefaßt, der ein gutes Zeugniß für den rechtlichen Takt unserer Jugend gibt: „Der Polizei sey auf ihre Anfrage zu erklären: ob die Alemanen auf der Universität angenommen werden sollen, darüber hat der Senat nach Maßgabe ihrer Zeugnisse zu entscheiden. Sollte dieser sie dazu für fähig halten, so können, nach unserer Ansicht, wir ihnen nicht verbieten, die Wissenschaft an der Allen zugänglichen Staatsanstalt zu betreiben. In unsere Studentenschaft können wir sie jedoch nun und nimmermehr aufnehmen, und überhaupt auch nur für die in der Repräsentantenversammlung vertretenen Studenten (circa die Hälfte von Allen) eine Meinung abgeben." Im Verlaufe der Versammlung erschien auch ein Wiener Student, und brachte von der Wiener Studentenschaft der Münchner Hochschule einen Freundschaftsgruß, der mit Jubel aufgenommen ward. (N. K.)

*München, 19. Juni. Heute zog nach einer dreitägigen kaum mehr erträglichen Schwüle zwischen 4 und 5 Uhr Nachmittags ein gewaltiges Gewitter mit großer Schnelligkeit heran und entlud sich unter dem heftigsten Hagelwetter, so daß eine Unzahl von Fenstern zertrümmert, Bäume und Gärten ꝛc. bedeutend zerstört wurden; Die Hagelstücke hatten fast alle die Gestalt einer Brechnuß (nux vomica) mit einem lichten Kern und erhabenem dichten Rande. Noch stundenlang nach dem Gewitter waren Hagelsteine zu sehen; Das Ganze war übrigens binnen einer halben Stunde vorüber.

*München, 20. Juni. Heute Morgen fand auf dem Marsfelde bei sehr zweideutigem Wetter die Weihe der Fahnen sämmtlicher Freikorps statt. Se. Exz. der hochwürdigste Herr Erzbischof las die Feldmesse, nach welcher das herkömmliche Nägeleinschlagen erfolgte. Um 9 ½ Uhr erschienen JJ. MM. der König und die Königin nebst den Prinzen und Prinzessinnen des königl. Hauses auf dem Festplatze und unter den üblichen Salven erfolgte die Uebergabe der Fahnen an die einzelnen Korps.

Die „Augsburger Postzeitung" schreibt: Ulmer Blätter bringen aus angeblich „zuverlässiger" Quelle die Nachricht, daß Oberingenieur Ruland aus München mit dem dortigen Baurath Cloß sich bereits zum Behufe der Eisenbahnverbindung zwischen Ulm und Augsburg über den Anschlußpunkt bei Ulm verständigt habe. Wir können aus noch „zuverlässigerer" Quelle versichern, daß diese Nachricht in das Reich der Erfindungen gehört. Allerdings war Oberingenieur Ruland in Ulm, aber seine Anwesenheit hatte mit obiger Sache durchaus nichts gemein.

Bayreuth, 16. Juni. (Bayr. Z.) Gestern erhielten vier Kompagnien des 13. Infanterieregiments zu je 150 Mann und eine Eskadron des 1. Chevaulegerregiments den Befehl sich marschfertig zu halten, um auf Requisition in die reußischen Fürstenthümer, nach Lobenstein, Hirschberg und Ebersdorf zu marschiren. Ueber die dortigen Vorfälle ist hier immer noch nichts Sicheres bekannt.

Aschaffenburg, 9. Juni. Dem Vernehmen nach wird hier in Kurzem eine Truppenmasse von 10,000 Mann in einem Lager konzentrirt werden, über welches Prinz Karl von Bayern den Oberbefehl führen wird. Diese Truppen sollen für unvorhergesehene Fälle dem Präsidenten der Nationalversammlung in Frankfurt zur Verfügung gestellt werden. (Nass. Z.)

Württemberg.

Stuttgart, 16. Juni. (K. v. u. f. D.) Das 4. bisher hier liegende Regiment marschirt diesen Abend um 9 Uhr nach Heilbronn. Dieß ist feststehende Thatsache: in diesem Augenblick wird zum Aufbruch getrommelt und Tausende stehen auf dem Platz vor der Kaserne dicht geschaart, um den Abmarsch mit anzusehen. Ueber alles Weitere haben wir nichts als Gerüchte. Diese sind beruhigend genug; z. B. die Proletarier hätten sich mit den meuterischen Soldaten vereinigt; sie seyen nach Weinsberg gezogen, um die dort verhafteten Aufrührer von Neuhütte zu befreien; die Bürgerwehr habe sich gefürchtet, einzuschreiten, weil die Aufwiegler gedroht hätten, in dem Augenblick, wo sich die Bürgerwehr rühre, die Stadt anzuzünden; man habe Barrikaden in Heilbronn errichtet, um sich gegen Zuzug weiteren Militärs zu vertheidigen; indeß seyen ein Kavallerieregiment, ein Bataillon Infanterie und eine Batterie reitender Artillerie von Ludwigsburg ebenfalls nach Heilbronn beordert.

Rottweil, 14. Juni. „Jetzt muß es bald losgehen!" ist fast Alles, was man auf den Straßen, was man in den Wirthshäusern hört. Die Stimmung, die dermalen herrscht, ist nicht wohl zu beschreiben, sie hat etwas Unheimliches, furchtbar Beklemmendes! Durch republikanische Flugschriften wird das Volk ohne Aufhören bearbeitet und demselben die Ideen, für welche ein großer Theil ohnedieß empfänglich genug ist, eingeimpft. Die Leute werden auf die unverschämteste Weise mit Ausstreuung der unsinnigsten Gerüchte in Spannung gehalten. Und es gibt Viele, die dieses Zeug glauben. — Wir werden bald sehr unruhige Auftritte erleben.

K. Sachsen.

Dresden, 16. Juni, Morgens. (Leipz. Z.) Ueber Prag bringt man folgendes Weitere in Erfahrung: Viele wollen den dortigen Zustand für das Militär nicht als so günstig ansehen, da dasselbe von der, nicht mit hinter den Barrikaden stehenden Tschechenpartei in der Stadt bedroht sey, doch, wie hätten die Ausweisungen der Fremden so vollständig ausgeführt werden können, wenn die militärischen Behörden nicht Macht genug hätten? Allerdings ist es höchst merkwürdig, daß keine Posten abgehen können, da doch die Thore von Soldaten besetzt sind. Andere von Prag Kommende sagen dagegen, daß die Deutschen die Sache des Militärs als die Ihrige ansahen und sich diesem anzuschließen begonnen hätten. Noch hört man, die Verhandlungen seyen so weit gediehen, daß das Militär abziehen und die Nationalgarde seine Stelle übernehmen und für die Ruhe der Stadt wachen würde. Das ist wohl nur ein Vorschlag, der von Seiten der beängsteten Bürger gemacht worden ist. Eben so wenig kann es begründet seyn, daß Fürst Windischgrätz seinen Oberbefehl über die Truppen abgeben wolle. Aus ganz sicherer Quelle kann mitgetheilt werden: Graf Leo Thun und mehrere andere Mitglieder der obersten Behörden waren von den Studenten gefangen gehalten, sind jedoch vorgestern frei gegeben worden. Leo Thun hat seine Stelle als Präsident des Guberniums, wie der provisorischen Regierung, welche letztere ohnedem aufgelöst ist, niedergelegt. Sein ältester Bruder Franz hat sich seinen starken Bart abschneiden lassen, ist aus der Stadt geflohen und mit dem gestrigen Dampfschiff nach Tetschen, einer Thun'schen Besitzung gefahren. Viele Fabrikarbeiter treiben sich im Lande, nach der Kleinseite zu, heerdenweise zerstörend und plündernd umher. Die Bauern, welche nach Prag gezogen, haben sich wieder nach Hause begeben, die Besitzenden haben überhaupt wenig an jenem Zuge theilgenommen, sie sagen, sie wollten daheim bleiben, um ihr Eigenthum zu schützen. Von daher also scheint den Tschechen in Prag wenig Hülfe zu kommen. Viele Geistliche haben beim Kampfe am 12. fanatische Anführer des Volks abgegeben, man hat welche gesehen, die Aermel aufgestreift, Gewehre in der Faust schwingend, dem Volke voran, wie in den Hussitenzeiten. Auch Weiber haben mitgekämpft. Der Ausbruch des Kampfes soll nach den Bericht einiger Herren, die ich eben gesprochen, durch eine Dame, die vor dem hart herandrängenden Volke, von Swornostmännern umgeben, gegen einen der vor der Kommandantur aufgestellten Grenadiere sich thätliche Insulten erlaubte, herbeigeführt worden seyn. — Am 14. d. ist durchaus kein Kampf in Prag gewesen, und am 13. nur Morgens, und zwar auf der Kleinseite. — Heute Morgen ist die Prager Post ebenfalls ausgeblieben, was freilich noch auf einen sehr bedenklichen Zustand schließen läßt. Alle Reisende von Prag, die hier eingetroffen, sind durch das Porschitzer Thor, wo Nationalgarde die Wache hält, nach dem Karolinenthal geführt worden; die Ausgewiesenen mit militärischer Bedeckung.

Leipzig, 15. Juni. (L. Z.) Durch die Erklärung des Ministers Arnim auf die Interpellation vom 9.

wegen der mit dem Reichstag gleichzeitigen Einberufung vieler Ständeversammlungen erfährt man endlich auch die Ansichten der sächsischen Regierung über die künftige Reichsverfassung, wie sie aus der Note unseres Gesandten, v. Könneritz, am Berliner Hofe hervorgeht. Unmöglich könne sie den Entwurf der Siebzehner in der vorgelegten Form billigen, weil er eine „Annullirung der einzelnen Staaten und ihrer Regierungen" in sich trage. Besonders erforderten die Bestimmungen über die Abgrenzung der Reichsgewalt gegen die Territorialgewalt, die Bestimmung des Oberhauptes, die Bildung der ersten Kammer, die Garantie der Verfassung der Einzelstaaten bedeutende Abänderungen. Allein ausführbar und beruhigend sey ein fünfjähriger Turnus in Uebertragung der Obergewalt zwischen dem Kaiser von Oesterreich und den deutschen Königen nach ihrer bisherigen Rangordnung, so jedoch, daß jetzt aus diesen das erste Oberhaupt durch Stimmenmehrheit der deutschen Bundesglieder im engeren Rathe gewählt würde, nach demselben aber jedenfalls der Kaiser von Oesterreich, sofern er nicht etwa jetzt gewählt würde, den Turnus begänne. Die erste Kammer, Vertreterin der Regierungen, wie die zweite die des Volks, sey freilich am besten aus den Gesandten der Einzelstaaten zusammenzusetzen, doch da diese kein Gegengewicht gegen das zahlreiche Unterhaus bilden würden, so müßten die Regierungen darauf bestehen, daß ihnen die Ernennung nicht derselben, sondern der ganzen Anzahl der Reichsräthe zustehe. Dieß sey den Volksrechten nicht gefährlich, weil fortan keine Regierung im grundsätzlichen Widerspruch mit dem Volksgeiste stehen könne.

Gr. Hessen.

Mainz, 15. Juni. (N. W. Z.) Seit mehreren Tagen wird hier für die Heckersche Schaar stark geworben. Ein Handgeld wird ausbezahlt und freie Station zugesagt. Ungefähr 20 Individuen haben bereits heute morgen ihre Reise in das Heckersche Lager angetreten.

Preußen.

Berlin, 15. Juni. (D. A. Z.) Auf dem Alexanderplatze ist gestern Abend vor einer großen Menschenmasse die Republik ausgerufen und eine rothe Fahne entfaltet worden. An mehreren Punkten der Stadt haben die Redner größeren Volkshaufen die Nothwendigkeit vorgestellt, jetzt die Republik zu proklamiren, das Volk sey wieder verrathen, es sey wieder auf dasselbe geschossen worden. Mehrseitig wird behauptet, die ersten Schüsse am Zeughause seyen aus einem Haufen gefallen, um ein Gefecht einzuleiten.

Berlin, 15. Juni. (A. Z.) Die gestrigen Exzesse waren nichts weniger als zufällig, sie waren projektirt — das ist jetzt wohl zu erkennen. Schon vor mehreren Tagen hatte ich gehört, daß für gewisse Leute wieder viel Geld flüssig gemacht worden sey. Am 12. d. traf eine große Anzahl Polen hier ein, welche zu uns nicht kommen um Ordnung zu schaffen und das Wohl des preußischen Staats fordern zu helfen. Am zweiten und dritten Pfingstfeiertage ist aber das Berliner Volk zu nichts anderem zu brauchen, als zum Vergnügen; was geschehen sollte konnte daher erst am 14. geschehen. — Die große Neuigkeit des Tages ist die Niederlage der Minister in der Reichsversammlung. Die Linke hat gesiegt, der Verfassungsentwurf ist mit einer Majorität von 46 Stimmen als Vorlage verworfen, es wird eine Kommission ernannt einen neuen auszuarbeiten. Was werden nun die Minister thun, und was wird der König thun? Das sind die Fragen, welche heute alle politischen Kreise Berlins beschäftigen. Wie unerwartet indeß dieses Resultat kam, so ist es gleichwohl zu erklären. Fürs erste ist noch eine ziemliche Anzahl von Deputirten abwesend, und es versteht sich wohl von selbst, daß dieß nicht solche sind, die zur Linken gehören. Sodann wurde mit Ja und Nein abgestimmt, und nach den letzten Ereignissen mag mancher sich gescheut haben zu Gunsten der Minister und für einen mißliebigen Verfassungsentwurf zu stimmen. Genug, die Minister sind geschlagen, und für Preußen ist wieder sehr viel in Frage gestellt.

Berlin, 15. Juni, (Nachmittags 5 Uhr. (K. v. u. f. D.) Die Ruhe hat sich heute während des ganzen Tages erhalten. Der ablehnende Beschluß der Nationalversammlung in Betreff des ihr angebotenen militärischen Schutzes hat sichtlich einen guten Eindruck auf die Bevölkerung gemacht. Bürgerwehr hält den Raum, der vom Zeughause, der neuen Wache, der Singakademie und dem Universitätsgebäude begrenzt wird, auch noch jetzt nach geschlossener Sitzung besetzt. Die Menge, die sich vor den bewaffneten Reihen umherbewegt, besteht nur noch aus Neugierigen und Spaziergängern. Der Kriegsminister zeigt an, daß noch heute die beiden Bataillone des 20. Landwehrregiments und das hiesige Gardelandwehrbataillon einberufen und eingekleidet werden sollen, um in Gemeinschaft mit der Bürgerwehr zum Schutz der Ordnung und zur Wiederherstellung der Ruhe thätig zu seyn. Aus dem Zeughause wird Munition auf Kähne gepackt.

Thorn, 13. Juni. (Z.-H.) Gestern kam vom Generalkommando der Befehl an die Kommandantur, daß die Festung auf das Allerschleunigste vollständig armirt und verproviantirt werde.

Schleswig-Holstein.

Rendsburg, 13. Juni. (Alt. Merk.) Die provisorische Regierung hat nachstehende Bekanntmachung erlassen: Nachdem in der letzten Zeit wieder mehrfache Treffen mit den Dänen stattgefunden, hat sich sofort eine Anzahl von Freiwilligen aus den verschiedenen Theilen Deutschlands von neuem erboten, den Herzogthümern in diesem Kampfe zu Hilfe zu eilen. Die provisorische Regierung erkennt mit Dankbarkeit die Hingebung und den Patriotismus an, welcher sich in dieser von neuem gezeigten Bereitwilligkeit kundgibt, für ein bedrohtes deutsches Land sofort im Augenblicke der Gefahr die Waffen zu ergreifen. Die provisorische Regierung hat sich indeß als verpflichtet ansehen müssen, es zur öffentlichen Kunde zu bringen, daß die Gründe, welche die Bekanntmachungen vom 19. und 21. April d. J., nach welchen die fernere Annahme von Freiwilligen zur Zeit unthunlich ist, veranlaßt haben, auch jetzt noch fortdauern, und daß demnach diejenigen, welche sich dennoch zum Eintritt in die Frei-Corps melden sollten, nicht werden angenommen werden können, auch keine freie Beförderung zu gewärtigen haben.

Oesterreich.

Wien, 16. Juni. (A. Z.) In aller Eile theile ich Ihnen mit, daß gestern eine Estaffette vom Gouverneur in Klausenburg hier durch, nach Innsbruck abgegangen ist, welche die wichtige Nachricht überbringt: daß man in Siebenburgen einen russischen Spion aufgegriffen und durch ihn erfahren habe, daß an der Grenze der Moldau 60,000 Mann russische Truppen bereit stehen jeden Augenblick dort einzurücken, und daß sowohl im Banat, als in Serbien und in der dortigen Gegend überhaupt russische Emissäre ausgeschickt seyen, um die dort befindlichen Ruthenen zu einem Aufstand vorzubereiten, der in dem Augenblick losbrechen soll, als die Russen die moldauische Gränze überschritten haben würden.

Prag, Dienstag 13. früh gegen 5 Uhr schickte Fürst Windischgrätz einen Parlamentär von der Kleinseite nach der Altstadt, und forderte die Unterwerfung der Tschechen, unter Androhung des Bombardements. Da der Parlamentär abgewiesen ward, so wurden zuvor 20 Kartätschen auf die Alt- und Neustadt geworfen, und als auch dies fruchtlos war, ließ der Fürst beide Stadttheile bis 10 Uhr Morgens ohne Unterlaß beschießen, wobei an mehreren Stellen Feuer ausbrach und der Ultraische Faster auf einer Barrikade erstochen worden seyn soll. So die „Wiener Zeitung."

Wien, 16. Juni. (A. Z.) Ueber die letzten Prager Ereignisse erschien folgende telegraphische Depesche an unser Ministerium des Innern: Das Ministerium des Innern erhält so eben 10½ Uhr eine von der abgesendeten Hofkommission in Prag um 8 Uhr Morgens expedirte telegraphische Depesche folgenden Inhalts: der Fürst Windischgrätz hat seinen Dienstposten niederzulegen sich entschlossen. Graf Mensdorf übernimmt provisorisch das Kommando. Es läßt sich Ruhe erwarten. Die Kanonade ist eingestellt. Die Truppen werden in dem Maße als Barrikaden geräumt werden, einrücken gemacht."

Von der böhmischen Grenze, 16. Juni. (A. Abdz.) Heute ist der vierte Tag und wir haben noch nichts Bestimmtes über das Schicksal der Bewohner Prags. Es kommt weder ein Eilwagen, Estafette noch Expreß, welche uns Mittheilungen brächten. Dem Gerüchte zufolge, welches so ziemlich mit andern Aussagen übereinstimmend ist, soll der Graben viel gelitten haben, besonders das schwarze Roß, 3 Linden, kl. Stern und goldene Engel. Erschossen sind der Inhaber des Regiments Kevenhüller (Feldmarschall Kevenhüller-Metsch), 1 General, 1 Oberst, deren Namen mir jedoch entfallen sind, außerdem gegen 20 Offiziere. Dienstag früh den 13. hörte man um 5 Uhr Kanonendonner in der Gegend von Horosedel von der Richtung von Prag. Heute sollen Estafetten eintreffen und uns Näheres bringen.

Schweiz.

Zürich, den 11. Juni. Der bekannte Graf Montecuculi, der sich am 26. Mai von Wien flüchtete, ist am 8. dieß durch Chur nach Italien gereist.

Italien.

Der zehnte Armeebericht des Erzherzogs Johann gibt Mittheilungen aus dem Bericht Weldens aus Treviso vom 15. Juni. Danach hatte Treviso am Tage zuvor nach 12stündiger Beschießung sich unterworfen. Welden schreibt den Erfolg neben der betäubenden Beschießung den Umgehungskolonnen zu, die er schon am 12. und 13. über die Sile gegen die Straße von Mestre (Venedig) und auf dem ganzen rechten Ufer der Sile, von Tre Pallade bis Casale anbefohlen. Die 4000 Mann italienischer Besatzung machten sich verbindlich drei Monate lang nicht gegen Oesterreich zu dienen, und zogen sich von österreichischen Offizieren geleitet, über den Po zurück. In Treviso wurden 36 Geschütze und eine Menge Waffen, Munition und Feldgeräthe erbeutet. Der Feind, vorzüglich dessen Artillerie, habe sich auf das heftigste vertheidigt. (A. Z.)

In später Stunde erhalten wir noch Briefe aus Venedig vom 13. Juni. Die Regierung von Venedig hat sich an die französische Republik gewendet, und um deren Einschreiten in dem Kampfe mit Oesterreich nachgesucht. Was Karl Albert bisher mit Sorgfalt vermied, hat also Venedig gethan — schwerlich zum Besten seiner Freiheit. (A. Z.)

Aus Verona vom 16. Juni erhalten wir die Bestätigung der gestrigen Nachricht, daß Padua ohne Schwertstreich sich unterworfen und bereits die Brigade des Fürsten Friedrich v. Lichtenstein dort eingerückt sey. Es befanden sich folglich von den venezianischen Provinzen alle bedeutenden Städte mit Ausnahme der Lagunenstadt selbst, in den Händen der kaiserlichen Truppen, was die Stellung Oesterreichs bei den vorgehenden Friedensverhandlungen bedeutend günstiger machte, als sie noch vor acht Tagen war. (A. Z.)

Belgien.

Brüssel, 14. Juni. (Fr. O.-P.-A.-Z.) Die Wahlen in unserer Hauptstadt sind durchweg im repräsentativ-monarchischen Sinne ausgefallen. Die Kandidaten der „freisinnigen Verbindung und des konstitutionellen Vereins" sind durch eine große Mehrzahl zu Deputirten gewählt worden, während die von der Alliance vorgeschlagenen Kandidaten sämmtlich durchgefallen sind. So weit wir bis jetzt Nachricht aus den Provinzen haben, zeigt sich dort dasselbe Resultat.

Spanien.

Madrid, 10. Juni. In den gewöhnlich gut unterrichteten Zirkeln der Hauptstadt unterhält man sich bereits ziemlich laut über den interessanten Zustand der Königin. Dieses Mal soll ihr hoffnungsvoller Zustand keine diplomatische Erfindung, sondern ein wirklich gesegneter seyn. — Das Montpensier'sche Ehepaar befindet sich wohl und munter in Sevilla. — Cabrera ist nicht in Spanien, sondern in Toulouse. — In Ceuta sollte gleich Sevilla, eine Militärrevolution ausbrechen. Sie wurde aber durch Verrath vereitelt. — Vorige Nacht sind abermals 100 Personen bei den letzten Ereignissen betheiligt, aus Madrid forttransportirt worden.

Frankreich.

Paris, 12. Juni. Die Mitglieder des Clubs der Union haben eine Petition an die Nationalversammlung gerichtet, worin sie die Nichtigerklärung der Wahl Louis Bonapartes beantragen, weil er Schweizerbürger und also nicht wählbar sey. — Nach Berichten aus Algerien herrscht unter den Arabern große Gährung; sie fordern ihren „Sultan" Abdel Kader zurück.

Paris, 14. Juni. (Fr. O.-P.-A.-Z.) Was ich über die Bedeutung der Wahlen zu Paris und namentlich der Wahl L. Napoleons geschrieben, bestätigt sich zum großen Schrecken aller friedlich Gesinnten. Das Proletariat, im höchsten Grade unzufrieden mit der Regierung und mit der Nationalversammlung, müde der Herrschaft der „Boutiquiers" klammert sich in seiner Verzweiflung an einen Namen, der ihm Brod und Krieg zu versprechen scheint. Und die Reaktionäre aller Far-

den, welche nicht minder verzweifeln, auf dem Wege der Gesetzgebung die demokratische Regierung zu stürzen und ihre „gemäßigten" Republikaner oder ihre Prätendenten an deren Stelle zu etabliren; alle diese klammern sich an denselben Namen, in der Hoffnung ihrem Ziele einen Schritt näher zu rücken, wenn sie nur erst das Haupthinderniß, die bestehende Regierung gestürzt haben. Auch die Mehrheit der Nationalversammlung, welche vorgestern aus Furcht vor Anarchie die Regierung aufrecht erhielt und mit ihrem gestrigen Votum keineswegs die Absicht verband, ihr vorgestriges umzustoßen — auch sie stimmt in ihrer Verzweiflung für die Zulassung Ludwig Napoleons, weil die Emeute vor den Thoren des Repräsentantenhauses grollt, weil ihre Angst vor dem gegenwärtigen Proletariat größer ist, als ihre Furcht vor einem künftigen Imperator und sie durch ihr Votum der Welt beweisen zu können glaubt, daß eine solche Furcht bei ihr nicht existirt. Die Demokraten schreien Zeter und behaupten, die Nationalversammlung habe die Republik verrathen. Der künftige Napoleon II. endlich träumt nichts Geringeres als eine Erbschaft der Autokratie des kleinen Korporals. Auf welcher Seite, muß man sich nun fragen, sind die größern Illusionen? Gewiß ist, daß die Aufregung, welche seit einigen Tagen in Paris und seiner Umgegend für Ludwig Napoleon herrscht, von Agenten genährt wird, die Geld und Wein vertheilen. Eben so gewiß aber ist es auch daß diese Korruptionsmittel nicht die Wirkung hervorgebracht haben würden, die wir seit einigen Tagen wahrnahmen, wenn nicht wirklich Sympathien für den Namen Napoleon im Volke vorhanden wären, Sympathien, die sich durch die Wahl Ludwig Napoleon's in drei verschiedenen Departementen, denen sich vielleicht noch ein viertes beigesellen wird, deutlich gezeigt haben. — Dürfen wir hieraus den Schluß ziehen, daß das Kaiserreich früher oder später wieder erstehen wird? Ein solcher Schluß würde unserer Ansicht nach, sehr irrig seyn. Um einen zweiten Napoleon aufkommen zu lassen, gehört mehr dazu, als sein Name, mehr als die unbestimmten Sympathien des Volkes. Dazu gehört eine Weltlage, wie jene, welche den ersten Napoleon erzeugt hat, eine Weltlage, die der fortgeschrittene demokratische Geist und mehr noch der so sehr veränderte ökonomische und soziale Zustand Europa's nicht mehr bietet; dazu gehört aber auch nebenbei ein Mann, der nicht nur der „Neffe des Onkels" ist, sondern der auch die Eigenschaften desselben hat, Eigenschaften, welche dem lächerlichen Prätendenten ganz abgehen.

— Paris, 16. Juni. Die angekündigten Interpellationen in der Nationalversammlung sind unterblieben, da die Executivgewalt sich mit dem früheren Vertrauensvotum begnügt. Der Brief Louis Napoleons aus London, worin er auf seine Abgeordnetenstelle verzichtet, und der vom Präsidenten am Schluß der Sitzung vorgelesen wurde, verwickelt die Lage Frankreichs auf's neue, da man Besorgnisse hegt, der Prinz werde nun offen als Prätendent auftreten. Ein Mitglied machte den Vorschlag, den Prinzen auf der Stelle als Vaterlandsverräter zu erklären. Doch lehnte die Versammlung einen Beschluß hierüber ab. Das Journal des Debats mahnt zur Wachsamkeit und spricht sich mit unverkennbarer Aengstlichkeit über die Zukunft aus.

Paris, 16. Juni. (Karls. Z.) Man hatte gemüthlich über Algier und den Pauperismus debattirt, als sich der Präsident erhob, um der Versammlung einen Brief Ludwig Napoleons vorzulesen. Allgemeine Spannung. Dieser Brief lautet: London, 14. Juni 1848. Herr Präsident! Ich wollte eben auf meinen Posten abgehen, als ich erfuhr, daß meine Wahl bedauernswerthen Unruhen und traurigen Verirrungen zum Vorwande dient. Ich habe die Ehre, Volksvertreter zu seyn nicht gesucht, weil ich den ungerechten Argwohn kannte, dessen Gegenstand ich bin. Ich strebe noch viel weniger nach der Gewalt. Aber wenn das Volk mir Pflichten auferlegen sollte, so werde ich sie zu erfüllen wissen. Unterbrechung. Eine Stimme: Aber das ist ja impertinent. Andere: Das ist ein Aufruf zur Empörung! Der Präsident fährt zu lesen fort: Zugleich aber alle Jene Lügen, die mir ehrgeizige Absichten beilegen, die ich nicht habe. Mein Name ist das Symbol der Ordnung, der Nationalität, des Ruhmes, und es würde mich tief schmerzen, sollte er dazu dienen, Unruhen und die Zerwürfnisse des Vaterlandes zu vermehren. Um einem solchen Unglücke vorzubeugen, bliebe ich lieber in der Verbannung. Ich bin für das Glück Frankreichs zu allen Opfern bereit. Haben Sie die Güte, Herr Präsident, diesen Brief zur Kenntniß meiner Kollegen zu bringen. Ich schicke Ihnen beigehend eine Abschrift meiner Danksagung an meine Wähler. Empfangen Sie rc. Ludwig Napoleon Bonaparte. Ein ungeheurer Tumult folgte der mehrfach mit Lärm unterbrochenen Verlesung dieses Briefes.

Paris, 16. Juni. (Karlsr. Z.) Paris war gestern Abend ruhig; aber auf allen Boulevards, Straßen, Plätzen hatten sich Gruppen gebildet, die lebhaft über Ludwig Napoleon und seinen Brief debattirten. Für heute sind große Vorsichtsmaßregeln getroffen worden, und jeder Versuch einer Emeute wird kräftig unterdrückt werden. Wie es heißt, ist Ludwig Napoleon heute Morgen auf der Eisenbahn von Rouen in Paris angekommen. Andere behaupten, daß er schon seit 8 Tagen heimlich in Paris anwesend und heute nur pro forma offiziell angekommen sey. Die Vollziehungskommission und die Minister sind seit 5 Uhr Morgens im Pallast Luxemburg in Permanenz.

Rußland und Polen

Aus einem Artikel der „Allgemeinen Zeitung" von der Nordsee entnehmen wir folgendes: Wir würden das Unglück der Polen bedauern und ihnen das beste Loos wünschen, wenn sie nicht auch jetzt wieder Deutschland mit Vorwürfen überschütteten. Viele von ihnen schnauben Rache und Wuth, und die ersten Schritte, mit denen sie eine neue Selbstständigkeit anbahnen wollten, waren jene Vorgänge in Posen, die an Gräueln denen in Galizien nicht nachstehen. Führt ein edles Volk sich in solcher Weise wieder in die Geschichte ein? Zeugt ein solches Auftreten von politischer Fähigkeit und Gesittung? Und haben jene so unrecht, welche den Polen alle politische Berechtigung absprechen? Gewiß bleibt, daß es den Polen bisher an aller politischen Lebensfähigkeit mangelte. Und wenn Johannes Müller, nachdem er die Theilungen geschildert, anklagend und strafend ausrief: Gott wollte damals die Moralität der Großen zeigen, so hätte er auch hinzusetzen sollen: er wollte zeigen, wohin ein Staat geräth, der keine Bürger hatte, sondern nur einen verwilderten herrschenden Adel, der niemals arbeiten wollte, und einen geknechteten, aller Menschenwürde beraubten Bauer. Die Adelsanarchie war Polens Unglück gewesen; trotzdem stellte die vielgepriesene Verfassung von 1791 den Grundsatz fest daß dem Adel alle seine Rechte gewährleistet blieben. Und auch nach dem Aufstande von 1830 wurden die Bauern nicht freigegeben. Die polnischen Demokraten wollen freilich die Emanzipation des unterdrückten Knechtes, sie erstreben dieselbe auf Kosten des Adels in agrarischer Weise. Aber dagegen wird der Adel sich wehren bis zum letzten Blutstropfen und das erste in einem neuen polnischen Staate wäre sicherlich ein Parteikrieg. Die Demokratie kann nur in einem bürgerlichen Lande gedeihen, und Polen hat sich nie fähig gezeigt, einen Bürgerstand aus sich selbst heraus zu schaffen.

Schweden und Norwegen.

Gothenburg, 7. Juni. (B.-H.) Diesen Morgen um 1 Uhr fing die Einschiffung der vier Regimenter Infanterie in dänischen Schiffen an und dauerte bis 9 Uhr Vormittags, worauf sie von dänischen Dampfern bugsirt, mit starkem konträren Winde in die See gingen, wie man sagt, nach Nyborg, wo sie morgen ankommen sollen. Der Schiffsraum war so beschränkt, daß, obschon man die Mannschaft sehr zusammenstaute, dennoch 300 Mann zurückbleiben mußten. Es erregte ein eigenes Gefühl, diese braven schwedischen Truppen an Bord dänischer Schiffe gehen zu sehen. Man fängt nachgerade an, die Folgen des Krieg bedeutend im Handel und in den Kreditverhältnissen zu spüren, und erfolgt nicht bald eine Beilegung und eine volle Rückkehr zum Frieden, so dürften bedeutende Bankerotte nicht ausbleiben. — Nachschrift. Welche vortreffliche Vorkehrungen die Dänen zur Abholung unserer Truppen getroffen, können Sie daraus schließen, daß die Schiffe in der See umwenden und wieder einlaufen und wiederum — als überstauet — 500 Mann ans Land setzen mußten, welches außerordentlich böses Blut verursacht hat. Schlimmer wird es wohl, wenn man hört, wie es den anderen gegangen ist. — (Nach dem Berichte eines heute von Nyborg hier in Hamburg eingetroffenen Reisenden waren dort bereits 4500 Mann schwedischer Truppen gelandet.)

Türkei.

Konstantinopel, 31. Mai. (A. Z.) Das neue türkische Handelsgesetzbuch, größtentheils eine Uebersetzung des französischen, das seit einiger Zeit dem Divan zur Berathung vorlag, ist nun angenommen. Wann es in Kraft tritt, ist noch nicht bestimmt. — Der Gesandte der französischen Republik, General Aupick, kam auf einem französischen Kriegsdampfboot vorgestern hier an, verließ aber erst gestern das Schiff. Gegen Mittag stieg er in Tophana an's Land, und begab sich, begleitet von mehreren Hunderten hier wohnender Franzosen, in das Gesandtschaftshotel. Nachmittags verließ er das Hotel wieder und fuhr nach Therapia. Von Seite der Pforte fand keinerlei Begrüßung statt. Man versichert, die Pforte mache, durch russische Einflüsterungen dazu bewogen, noch Schwierigkeiten, die französische Republik anzuerkennen. Auf die üblichen Ehrenbezeugungen scheint indeß ein neu ankommender Gesandter auch noch keinen Anspruch machen zu können, bevor er seine Beglaubigungsschreiben überreicht hat. Doch soll schon bei der Ankunft des den Gesandten führenden Schiffs an den Dardanellen der dort befehligende Pascha gegen dessen Einlaufen in die Dardanellen protestirt haben, weil den Verträgen gemäß kein fremdes Kriegsschiff die Dardanellen passiren dürfe. Darauf erklärte jedoch, wie man versichert, der Gesandte der Republik: wenn man ihm die Weiterfahrt verwehre, wohl, so werde er für jetzt nach Frankreich zurückkehren, aber nicht allein, sondern mit dem gesammten übrigen hier befindlichen Gesandtschaftspersonal; er werde aber später wieder kommen, und dann werde man die Weiterfahrt nicht hindern. Nach dieser Erklärung ließ der Pascha die Durchfahrt zu.

Neueste Nachrichten.

Dresden, 16. Juni, Abends. (K. v. u. f. D.) (Wiederausbruch des Kampfes in Prag.) Noch immer treffen keine Posten von Prag ein, dagegen erhalten wir so eben die Nachricht, daß seit gestern Morgen wieder stark mit Kanonen geschossen wird. Nähere Angaben über den neuen Ausbruch des Kampfes fehlen.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 22. Juni: „Die Jungfrau von Orleans," romantische Tragödie v. Schiller. (Dlle. Heusser: Johanna.)

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Zöpprit, Fabrikant v. Heidenheim; v. Noord-Warely v. Amsterdam; Rozet-Damas, Kaufmann v. Paris.

Gold. Hirsch. HH. Graf Schell-Plessen von Hamburg; v. Melem, Privatier v. Rom.

Hôtel Maulik. HH. Fricker, Kapitän v. London; Baron v. Pelzschuher v. Augsburg.

Gold. Hahn. HH. Baron v. Wildt von Königsberg; v. Hählersdorf v. Prag; Brosst, Rentier v. Frankfurt; Kültig, Privatier v. Bonn; Frau Gräfin v. Hilbesheim v. Königsberg.

Blaue Traube. HH. Graf Reigersberg v. Freysing; Berreck, Student aus England; Frau Gräfin Holnstein v. Regensburg.

Starbusgarten. HH. Weimann, Maler v. Dresden; Zell, Privatier v. Augsburg; Rink, Maler v. Berlin.

Gestorbene in München.

Maria Lasser, Taglöhnerstochter v. Fünfstetten, Landger. Monheim, 17 J. alt; Maria Liebl, Dienstmagd v. Günchlag, Ldg. Stadtamhof, 19 J. alt; Elisabetha Wassert, Geometerstochter v. Regensburg, 26 J. alt.

---

(36) Es wird in Mitte der Stadt ein heizbares Zimmer zu ebener Erde mit eigenem Eingang oder auch ein Laden sogleich zu miethen gesucht.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 163.

Man pränumerirt auf die [illegible] in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir, Kaufinger Gasse Nr. [illegible]; im Auslande bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: vierteljährlich 1 fl. 30 kr. halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. [illegible] kr., im III. Rayon 3 fl. 34 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Mittwoch XLIX. Jahrgang. **21. Juni 1848.**

☞ **Wegen des heil. Fronleichnamsfestes erscheint morgen keine Zeitung.**

Deutschland.

Frankfurt, 16. Juni. Dreiundsechzigste Sitzung der deutschen Bundesversammlung. Auf einen Bericht des politischen Ausschusses über die Kollisionen, welche sich im Herzogthum Lauenburg zwischen den Befehlen des Königs von Dänemark, als Landesherrn und der Erfüllung der Bundespflichten für dieses dem deutschen Bunde einverleibte Land ergeben haben, deren möglichst schleunige Beseitigung durch eine von den lauenburgischen Landesvertretern hieher gesendete Deputation betrieben wird, wurde folgender Beschluß gefaßt: 1) In Erwägung der zwischen Sr. Maj. dem Könige von Dänemark und dem deutschen Bunde eingetretenen Feindseligkeiten, der von dem König als Herzog von Lauenburg stattfindenden Weigerung der Leistung seiner Bundespflicht, der dadurch herbeigeführten, vom König aber nicht angenommenen Abdankung der lauenburgischen Regierung, worin eine Verwirrung der Landesverhältnisse droht, zu deren Abwendung die verfassungsmäßigen Organe des Herzogthums die Dazwischenkunft des deutschen Bundes angesprochen haben, soll eine interimistische Verwaltung des Herzogthums Lauenburg eintreten. 2) Das Herzogthum Lauenburg wird daher unbeschadet der Rechte Sr. Maj. des Königs von Dänemark bis zur Einstellung der von Dänemark gegen den deutschen Bund geübten Feindseligkeiten und bis zur Herstellung des Friedens von Seiten des deutschen Bundes in Administration genommen, und wird 3) vom deutschen Bunde sofort ein Kommissär ins Herzogthum Lauenburg entsendet, um demgemäß die nöthigen Anordnungen zu treffen, und eine für den deutschen Bund (unbeschadet der Rechte des Landesherrn) zu verpflichtende interimistische Verwaltung unter Berücksichtigung der Wünsche des Landes einzurichten, über die Ausführung dieses Auftrages aber demnächst Bericht zu erstatten. Zugleich wurde der badische Gesandte als Kommissär für Ausführung dieser Maßregel ernannt. Endlich wurde ein Schreiben des Marineausschusses der Nationalversammlung, womit ein Antrag des Marinekongresses in Hamburg auf Bewilligung einer Summe von 300,000 Thaler zur Ausrüstung von Kriegsschiffen mitgetheilt worden war, dem Marineausschuß der Bundesversammlung zur Begutachtung zugewiesen.
(Fr. O.-P.-A.-Z.)

(Die provisorische Zentralregierung.) Vorschlag der Majorität des Ausschusses zur Bildung einer provisorischen Zentralgewalt bestehend aus den Herren Claussen, Dahlmann Dunker, Max v. Gagern, v. Mayern, v. Raumer, v. Saucken, Stedmann Wippermann, v. Wurth und v. Zenetti. Die Nationalversammlung beschließt: 1) Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland, soll ein Bundesdirektorium zur Ausübung dieser obersten Gewalt in allen gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden. 2) Dasselbe soll aus 3 Männern bestehen, welche von den deutschen Regierungen bezeichnet und nachdem die Nationalversammlung ihre zustimmende Erklärung durch eine einfache Abstimmung ohne Diskussion abgegeben haben wird, von denselben ernannt werden. 3) Das Bundesdirektorium hat provisorisch a. die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaats betreffen; b. die Oberleitung des gesammten Heerwesens zu übernehmen und namentlich den Oberfeldherrn der Bundestruppen zu ernennen; c. die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands auszuüben und zu diesem Ende Gesandte und Konsuln zu ernennen. 4) Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt das Bundesdirektorium im Einverständniß mit der Nationalversammlung. 5) Die Errichtung des Verfassungswerkes bleibt von der Wirksamkeit des Bundesdirektoriums ausgeschlossen. 6) Das Bundesdirektorium übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Nationalversammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen derselben bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen Ministers. 7) Die Minister haben das Recht, den Berathungen der Nationalversammlung beizuwohnen und von derselben jederzeit gehört zu werden; sie haben jedoch das Stimmrecht in der Nationalversammlung nur dann, wenn sie als Mitglieder derselben gewählt sind. Dagegen ist die Stellung eines Mitgliedes des Bundesdirektoriums mit der eines Abgeordneten zur Nationalversammlung unvereinbar. 8) Sobald das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und in Ausführung gebracht ist, hört die Thätigkeit des Direktoriums und seiner Minister auf. (Fr. O.-P. A.-Z.)

Frankfurt, 16. Juni. Der demokratische Kongreß wird uns einen Tag länger beglücken, nicht etwa weil er, wie Hr. Esselen meinte, morgen bei der Hand seyn will, wenn etwa die äußerste Linke, nach dem Vorgang im Vorparlament, wegen der Exekutivgewalt, falls diese nicht in ihrem Sinne beantragt würde, vielleicht mit Eklat zurück- und austreten möchte. Das brachte der Präsident des demokratischen Kongresses gar nicht zur Abstimmung, aber dieser Verein hat eben noch hier zu thun. Gestern dekretirte er, außer der demokratischen Republik wäre nichts in Deutschland möglich. Wer das nicht anerkennt, ist des Verbrechens der beleidigten Majestät des Volkes schuldig und überwiesen! Was wir, die wahren Volksvertreter, die Männer der alleinigen Möglichkeit aber zu thun haben, das ist, unser Deutschland in Kreise, je nach den Nöthen der Zeit abzutheilen, um da unsere Filialdemokratie zu organisiren. Es sind: der badische Kreis, Hauptstadt Mannheim, der württembergische Kreis, Hauptstadt Stuttgart, der bayerische, Hauptstadt Bamberg (wo Titus lebt, der keinen Tag verliert), der österreichische, Hauptstadt Wien, Mittelrhein und Main, Hauptstadt Frankfurt, Rheinprovinz und Westfalen, Hauptstadt Köln, Hessen, Hauptstadt Marburg rc. Ein Manifest an das Volk ist auch noch nicht fertig. Wir sind Volksmänner, auch die Kommissionen brauchen sich nicht zu eilen. Morgen wird es vom Stapel laufen. Ferner ist eine Bittschrift für Hecker abzugeben, den wir uns herablassen, diesem ungiltigen, zum Theil aus indirekten Wahlen entstandenen Parlamente beizugeben. So lauten die Beschlüsse des demokratischen Kongresses, und so wenig sie in unserer Ansicht sind, so müssen wir doch zur Steuer der Wahrheit sagen, daß sie bis jetzt nicht von dem geringsten Versuche zu Unruhen begleitet waren. (A. Z.)

(Deutsche Reichsversammlung.) Die „Aachener Zeitung“ stellt eine Vergleichung zwischen den konstituirenden Versammlungen in Frankfurt, Berlin und Paris an, und bemerkt unter Anderem: Wir hatten versprochen, ein Wort über die Pariser und Berliner Nationalversammlung zu sagen, denn von beider Gehalt ist schon ziemlich genau die Probe zu machen, während das Parlament zu Frankfurt noch so viele Kräfte und Richtungen in sich verbirgt, die noch nicht zu Tage gekommen sind, daß die Prüfung seiner Wirksamkeit nothwendig einer spätern Zeit überlassen bleiben muß. Damit ist schon gesagt, daß dieses mehr in die Tiefe geht, jene auf der Oberfläche schwimmen und daher leichter abzuschätzen sind. Wenn wir die beiden Versammlungen in Paris und Berlin gegen einander halten, so ergibt sich sogleich ein wesentlicher Unterschied. Die letztere macht den Ministern ihre Aufgabe zu leicht, die andere oft unmöglich, während die Aehnlichkeit auf der andern Seite darin unabweisbar hervortritt, daß in beiden das Talent sich sehr spärlich erweist und beide ihren Kommittenten, also der Art, wie sie gewählt worden, geringe Ehre machen. Betrachten wir zunächst die Pariser Versammlung, so fällt von vorn herein der Mangel an jeder großartigen Einheit nach irgend einer Seite auf. Die Versammlung hat kein Prinzip, keine Tendenz, keine Ueberzeugung. Sie vertritt weder die alte noch die neue Zeit und schwankt täglich anders nach verschiedenen Seiten. Was die Talente betrifft, so steht sie gerade so zurück gegen die frühere konstitutionelle Kammer, wie die Berliner Versammlung gegen die frühern Landtage. Die Stimmen haben an Zahl, aber nicht an Metall gewonnen.

Bayern.

München, 19. Juni. Se. Maj. der König haben in Folge der Allerhöchstdenenselben gewordenen Anzeige über den Hintritt Sr. königl. Hoheit Ludwig II., Großherzogs von Hessen und bei Rhein, eine dreiwöchentliche — mit Dienstag den 20. Juni beginnende und am 10. Juli incl. — endende Hoftrauer anzuordnen geruht.

München, 19. Juni. Se. Maj. der König hat zufolge allerhöchster Entschließung vom 15. Juni den bisherigen Generalmajor und Brigadier der ersten Armeedivision, Leonhard Frhrn. v. Hohenhausen zu seinem Generaladjutanten zu ernennen und denselben zugleich zum Generallieutenant zu charakterisiren geruht. Das Kommando der ersten Armeedivision hat nunmehr der Generalmajor und Brigadier der Kavallerie Ferdinand v. Parseval zu übernehmen. (A. Z.)

München, 21. Juni. Se. Maj. der König haben allergnädigst zu bestimmen geruht, daß bei der am Frohnleichnamstage den 22. Juni l. Js. stathabenden feierlichen Prozession, welcher Allerhöchstdieselben mit dem großen Cortege beiwohnen werden, das höhere Personal der königl. Stellen, so wie jenes der denselben untergeordneten Behörden zu erscheinen habe.

*München, 21. Juni. In der verflossenen Nacht gegen 11 Uhr versuchte ein Haufen vor dem Gebäude des Ministeriums des Innern nächst der Theatinerkirche eine Katzenmusik zu veranstalten. Durch äußerst schnelles Einschreiten der bewaffneten Macht aber wurden die Theilnehmer theils versprengt, theils verhaftet. Eine weitere Ruhestörung fand nicht statt.

**München, 21. Juni. Wir werden ersucht, die in unserm gestrigen Blatte, dem „Nürnberger Kurier“ entnommene, allen Grundes entbehrende Nachricht: als hätte die Polizei an die Repräsentantenversammlung der Studenten sich mit dem Ersuchen um Erklärung gewendet, ob sie die Allemanen in München dulden wollen, folgendermaßen zu berichtigen: Die vormaligen Allemanen haben ohne vorheriges Einvernehmen der gedachten Repräsentantenversammlung den polizeilichen Auftrag erhalten, München zu verlassen, gegen diese Verfügung aber den Rekurs ergriffen, nachdem sie die Repräsentantenversammlung um ein Zeugniß darüber angegangen hatten, daß von dieser Seite keine Anfeindungen und Demonstrationen zu besorgen stunden. Hiernach konnte die darauf erfolgte Erklärung auch nur den Gesuchstellern und nicht der kgl. Polizeidirektion gelten, die von ihrem Standpunkte aus in der Sache bereits verfügt hatte.

München, 17. Juni. Fallmerayer hat an mehrere seiner hiesigen Freunde geschrieben daß er körperlich und geistig so angegriffen sey, daß er fühle, er werde nicht mehr lange auf seinem Posten in Frankfurt bleiben können. Es wäre sehr zu bedauern, wenn sich der Zustand Fallmerayers nicht besserte; denn sein Austreten aus der Nationalversammlung wäre für diejenigen hiesigen Einwohner, welche es mit der deutschen Einheit wirklich aufrichtig meinen ein unersetzlicher Verlust, namentlich deswegen, weil hier ein Verein im Entstehen, dessen Zweck derselbe ist, wie der des Volksvereins in Nürnberg, und Fallmerayer mit einigen Mitgliedern dieses Vereins im Briefwechsel steht, wodurch ihm die Wünsche des Volks mitgetheilt werden können. (N. K.)

Augsburg, 20. Juni. Die Lokomotive, welche den heute um 6 Uhr Morgens abgegangenen Zug nach München bringen sollte, ist bald außerhalb der Stadt gebrochen, wodurch bei dem Mangel eines Doppelgeleises der Bahnzug aus München gehindert wurde, vor der zeitraubenden Wegschaffung der schweren Maschine hier einzutreffen. Der Bruch der Lokomotive hat so viel wir bis jetzt hören, nur den einzigen Unglücksfall herbeigeführt, daß in Folge der Erschütterung ein Pferd aus einem Transportwagen sprang und ums Leben kam. (D. konst. Z.)

Württemberg.

Stuttgart, 17. Juni. Das „N. Tagblatt“ schreibt: Der Befehl der Truppen lautet dahin, Morgens nach ihrer Ankunft auf den Wasen zu marschiren und dort das Heilbronner Regiment (von dem ein Theil sich selbst Urlaub ertheilt und aus Heilbronn entfernt haben soll) zu entwaffnen, nöthigenfalls mit Gewalt. Auch die Bürgerschaft soll entwaffnet und bei der geringsten Weigerung die Stadt in Kriegszustand erklärt werden. Die abgesendeten Truppen, wozu auch Reiterei und Artillerie von Ludwigsburg stieß, bleiben vorerst zur Exekution in Heilbronn, das dortige Regiment aber kommt weg nach Ludwigsburg. Sollte die Entwaffnung des Regiments nicht ruhig vor sich gehen, soll die ganze Strenge der Kriegsgesetze eintreten (also Erschießungen in Masse vorgenommen werden). — Reisende, die von Heilbronn kommen, versichern, die Stadt sey verbarrikadirt und Militär und Bürgerwehr seyen entschlossen, sie aufs Aeußerste zu vertheidigen.

Heilbronn. Das Militär ist in Heilbronn ohne Störung eingezogen. Einen Augenblick soll bei einem Theil der Bevölkerung von Errichtung von Barrikaden die Rede gewesen seyn; allein der Einzug ging so schnell vor sich, daß die Unruhigen ihn nicht verhindern konnten. Samstag Vormittag ließ General v. Miller die Schuldigen antreten und fragte sie, warum sie tumultuirt hätten? Sie sollen dann dieß ganz in Abrede gestellt haben. Auf Samstag Nachmittag war die Fortsetzung der Untersuchung bestimmt. (Südd. pol. Z.)

Baden.

Der „Allgemeine Zeitung“ schreibt man aus Karlsruhe, 18. Juni: Gestern hat die zweite Kammer nach lebhaften Verhandlungen, welche von 4 Uhr Abends bis spät in die Nacht hinein andauerten, beschlossen: die Erlaubniß zum Untersuchungsverhaft des auch in das deutsche Parlament gewählten Abg. Peter zu ertheilen. Der Haftbefehl ist vom Hofgerichte des Seekreises ausgegangen und stützt sich auf die Thatsache, daß Peter durch Annahme der revolutionären Statthalterwürde sich des Hochverraths schuldig gemacht habe und daß die Entschuldigungsgründe, welche er in der vorausgegangenen Disziplinaruntersuchung für sich anführte, nicht stichhaltig seyen. Während seiner vierundzwanzigstündigen Statthalterschaft schrieb er als oberster Beamter der neuen Republik an den General Baligand, den Befehlshaber der bayerischen Truppen, um ihn vom Einmarsche in den Seekreis abzuhalten, sowie nach Karlsruhe, um die Regierung von dem Umschwunge der Dinge in Kenntniß zu setzen. Beidemal hat sich Peter als Statthalter selbst unterzeichnet. Der Kommissionsbericht, welcher schon vor drei Tagen in der zweiten Kammer von dem Abg. Stößer verlesen worden war, ist eigens gedruckt und wird dazu dienen, die Mitglieder des deutschen Parlaments über die Vorgänge genauer aufzuklären und sie in den Stand setzen, über Peters Zulassung in ihre Mitte entscheiden zu können. Unter den Rednern, welche für Peter sprachen, zeichneten sich besonders Christ und Lamey aus, deren Benehmen in dieser Angelegenheit räthselhaft genannt werden muß; für den Kommissionsantrag sprachen mit Lebhaftigkeit außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Weller, Mathy, Dennig und Blankenhorn. Für die Verhaftung stimmten 28 Mitglieder, gegen dieselbe 16.

K. Sachsen.

Dresden, 15. Juni, 10 Uhr Morgens. Die Post aus Prag ist auch heute früh ausgeblieben. Nachträglich erfährt man noch, daß Prag aus allen näheren Garnisonstädten Militärverstärkung bereits erhalten hat; so aus Theresienstadt, Leitmeritz rc. Doch wollen die Reisenden auch großen Zuzügen von Bauern begegnet seyn, von denen sie mannichfach aufgehalten worden seyen. Aus allem geht hervor, daß es ein tschechischer Aufruhr ist. Fürst Windischgrätz wird als einer der tüchtigsten Generale der österreichischen Armee angesehen, als ein vollendeter Soldat voll energischer Umsicht und von eisernem militärischen Willen. Die Böhmen haben ihn von jeher nicht geliebt und ihn „Fürst Herodes“ genannt, Achtung und Furcht haben sie jedoch vor seinem Charakter gehabt; seine Soldaten beten ihn an und folgen ihm blindlings. Trotz der furchtbaren Unglücksfälle, die ihn in diesen Tagen getroffen haben, scheint er in seiner kraftvollen, umsichtigen Thätigkeit nicht gelähmt worden zu seyn. Die Deutschen mögen es jetzt für ein Glück ansehen, daß der Kommandirende von Böhmen in Prag auf seinem Posten war. Seine Gemahlin, die ein so beklagenswerthes Ende gefunden, ist die Tochter des Feldmarschalls Fürsten Schwarzenberg, deren Mutter in Paris im brennenden Festsalon bei der Vermählungsfeierlichkeit Napoleons mit der Erzherzogin Marie Louise von Oesterreich umkam, als sie ihr Kind zu retten, sich in die Flammen stürzte.

Dresden, 17. Juni, (Morgens 6 Uhr.) (Lpz. Z.) Die traurigsten Nachrichten aus Prag! Das Dampfschiff „die Konstitution“ kam nachdem wir es so lange erwartet hatten, endlich um 12 Uhr Nachts hier an; durch die Leute desselben erfuhren wir, daß vorgestern vom Morgen bis zum Abend in die verbarrikadirten Straßen und auf die Aufrührer geschossen worden. Die Unseligen wollen sich nicht ergeben und nicht die Barrikaden wegräumen; ihre Stellung ist im wirklichen Innern der Stadt nach dem Judenviertel zu, dessen Straßen sie auch inne haben sollen. Auch auf der Kleinseite sollen Andere sich festgesetzt haben; da haben sie aber einen höchst gefährlichen Posten, da sie vom Hradschin zusammengeschossen werden können. So hat der Kommandirende eine Aufforderung an alle Bewohner der Stadt ergehen lassen, daß wer nur wolle, die Stadt verlassen möge, da er dieselbe von den Wällen und den Höhen mit Kanonen beschießen lassen werde. Noch vorgestern sind eine große Zahl der Einwohner nach allen Seiten ausgezogen. Das Dampfschiff allein förderte dreihundert nach Außig, Teplitz rc. Graf Mensdorf kam vor drei Tagen als Abgesandter des Wiener Ministeriums nach Prag und wurde von den Bürgern mit Jubel empfangen; daß Windischgrätz sein Kommando niedergelegt habe und die Truppen aus der Stadt zögen, diese der Nationalgarde überlassend, war ein leeres Gerücht, das vielleicht zu gewissen Zwecken ausgestreut worden war.

Sächsische Herzogthümer.

Leipzig, 17. Juni. In Altenburg sollen vorige Nacht bedeutende Ruhestörungen stattgefunden haben. Das Schloß werde von der Bürgerwehr bewacht. Für heute Mittag sey eine große Volksversammlung angesagt, um eine Sturmpetition an den Herzog auf Wiederentlassung der einberufenen Beurlaubten zu beschließen. (D. A. Z.)

Altenburg, 17. Juni. Es ist eine Volksversammlung heute Mittag halb 1 Uhr gewesen und debattirt worden, ob man vor das Schloß in Masse ziehen wolle? Die Mehrheit unter einem Führer der republikanischen Partei (Erbe) hat sich dagegen erklärt; man hat gemeint, es würde dieß von der reaktionären Partei benutzt werden; man will den Herzog in Frankfurt verklagen, Erbe hat auf den Landtag vertröstet. Am Schluß soll ein großer Theil sich sehr unzufrieden über die Führer und Wühlereien geäußert haben. Im Uebrigen ist die Sache ruhig abgegangen. Das Schloß war von dem gesammten Militär besetzt, die Thore alle fest verwahrt. Vorige Nacht waren alle Zugänge zu dem Schloß besetzt; auch der Eisenbahnhof ist im Auge behalten worden, weil man die Ankunft fremden Militärs befürchtet hat. (D. A. Z.)

Gr. Hessen.

Offenbach, 15. Juni. In Folge der letzten betrübenden Ereignisse wird unsere Besatzung morgen die Stadt verlassen und vorläufig in der Umgegend kantonniren. Ob dieselbe später wieder hieher zurückkehren, oder durch andere Truppen ersetzt werden wird, ist noch zweifelhaft. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Preußen.

Berlin, 15. Juni. Der Verfassungsentwurf wurde wie schon erwähnt, von der Nationalversammlung verworfen. Der Antrag dazu war von den Abgeordneten Waldeck und Wachsmuth gestellt worden. Er lautet nach der Parlamentszeitung: Die Plenarversammlung tritt sofort in die Abtheilungen, welche je drei Mitglieder zu einer Kommission ernennen. Dieser Kommission wird, unter Zufertigung des Regierungsentwurfes und Mittheilung aller auf die Verfassung bezüglichen Petitionen und Anträge, dessen Umarbeitung resp. Ausarbeitung eines neuen Entwurfs aufgetragen; der solchergestalt ausgearbeitete Entwurf wird dann in den Abtheilungen berathen und durch die Zentralsektion vor das Plenum der Versammlung gebracht. Das Resultat der namentlichen Abstimmung ist: 188 für Ja, 142 für Nein. Majorität: 46 Stimmen

Berlin, 15. Juni. (Karlsr. Z.) Um die Wahrheit zu gestehen, so weiß in diesem Augenblick eigentlich Niemand zu sagen, wer bei uns Koch und wer Kellner ist. Das Zeughaus ist fast ohne Widerstand geplündert worden; die untersten Schichten der Bevölkerung haben die Waffen in der Hand. Von Achtung des Gesetzes ist keine Rede; von dem verfassunggebenden Landtage, obwohl er auf allgemeines Verlangen mit allgemeinem Stimmrecht ohne irgend eine Beschränkung gewählt wurde und folglich aus dem „reinen Volkswillen“ hervorgegangen ist, fast noch weniger. Im Ministerium scheint Spaltung zu herrschen; Hr. v. Arnim hat seine Entlassung gegeben, und ist nach Neustadt-Eberswalde abgereist.

Der „preußische Staatsanzeiger“ theilt eine k. Verordnung, Herabsetzung des Gehaltes der zur Disposition gestellten Beamten betreffend, mit.

Berlin, 16. Juni. Soeben (Abends 6 Uhr) erfahren wir die freilich nicht verbürgte Nachricht, daß in Hamburg ein Expresser angekommen sey, der angezeigt habe, daß 34 Segel der nordamerikanischen Flotte im Anzuge seyen, um die von den Dänen weggenommenen Schiffe frei zu machen. (??) (Berl. N. Z.)

Die „Spener'sche Zeitung“ bezeichnet die Nachricht, daß Graf Schwerin seine Entlassung und zwar schon am 10. eingereicht und sein Amt nur noch interimistisch bis zur Ernennung seines Nachfolgers verwalte, als aus zuverlässiger Quelle stammend. Ebenso bestätigt dieses Blatt, daß Baron v. Arnim, Minister des Auswärtigen, und Hr. v. Canitz, Kriegsminister, am 11. ihre Entlassung eingereicht haben. An die Stelle des Letzteren werde, sicherem Vernehmen nach General

v. Schreckenstein, der noch jüngst in Trier kommandirt, treten. „Wir bedürfen, fügt die Sp. Ztg. hinzu, eines militärischen Talents, das alle unsere Streitkräfte zu organisiren und sie besonders mit dem Elemente der Bürgerwehr und der Volksbewaffnung in das richtige Verhältniß zu setzen weiß.“

Berlin, 15. Juni. Die Fahne, welche die Bürgerwehr dem Arbeitertrupp am Brandenburger Thor abgenommen hat, war nicht roth mit etwas schwarz und gold, sondern roth und weiß (polnisch), wie ich von einem Bürgerwehrmann erfahren, der mit auf der Wache war, und die Bürger schritten erst mit Kolben ein, nachdem ein Arbeiter einen der Ihrigen mit einem Messer an der Backe verwundet hatte. Aufs bestimmteste wird ferner versichert, daß auf die Bürger, die am Zeughaus Feuer gaben, zuerst vom Volk aus geschossen worden sey; und zwar, wie man glaubt, mit blind geladenen Pistolen, in der Absicht, die Bürger zum ernstlichen Angriff zu reizen und einen Kampf herbeizuführen. Daß aber eine Stunde lang das Zeughaus gestürmt und geplündert werden konnte, ohne daß etwas dagegen geschah, darüber staunt man heute und schämt sich dessen. Allein, wenn es wahr ist, was ich aus glaubwürdiger Quelle vernommen, daß nämlich der Bürgerwehr und dem Militär im Zeughaus ein falscher schriftlicher Befehl, als vom Kriegsminister kommend, zugegangen sey: das Zeughaus dem Volk zu überlassen, — dann ist das staunenswerthe Faktum einigermaßen erklärt. Ein solcher Befehl mußte freilich selber die höchste Verwunderung erregen; aber da heutzutage alles möglich und glaublich ist, so kann man es auch den Bürgern und Soldaten nicht allzusehr verargen, daß sie ohne weitere Untersuchung gehorchten. Heute wurde von Bürgerwehrmännern Haussuchung gehalten nach etwa entwendeten und verborgenen Gewehren. Der Staatsanwalt Temme kündigte in einem Plakate an, daß er die gerichtliche Untersuchung der gestrigen Exzesse veranlaßt habe, und der Kriegsminister in einem andern, daß die beiden Bataillone des hiesigen Landwehrregiments und das Garde-Landwehrbataillon zusammenberufen und eingekleidet würden, um der Bürgerwehr im Schutze der Stadt beizustehen. (A. Z.)

Berlin, 16. Juni. In der „Spener'schen Zeitung“ lesen wir folgende Bekanntmachung: „Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß noch am heutigen Tage sowohl die beiden Bataillone des 20. Landwehrregiments hierselbst, als auch das hiesige Gardelandwehrbataillon, zusammenberufen und eingekleidet werden soll, um in Verbindung mit der Bürgerwehr zur Aufrechthaltung der Ordnung und zur Wiederherstellung der Ruhe verwendet zu werden. Offiziere und Mannschaften treten sofort in Gehalt und Verpflegung. Alle Wehrmänner haben sich schleunigst bei ihren Bataillonen einzufinden. Berlin, den 15. Juni 1848. Der Kriegsminister.

Berlin, 12. Juni. Man will das Institut der englischen Konstabler bei uns einführen und zu diesem Ende 2500 wohlgediente Unteroffiziere der Armee, welche Ansprüche auf Zivilversorgung haben, als Konstabler anstellen. Vielleicht hätte man besser gethan, Landwehrunteroffiziere dazu zu nehmen. (Br. Z.)

Berlin, 4. Juni. Der demokratische Klub hat in einer seiner letzten Sitzungen nachfolgende Adresse an die Bürger von Mainz beschlossen. Sie wurde von 4000 Anwesenden einstimmig angenommen und ist bereits nach ihrer Bestimmung abgegangen. Bürger von Mainz! „Auch die Straßen Eurer Stadt hat jetzt mordlustige Soldateska mit Euerem Blute bespritzt. Wie jüngst die Truppen Eures Landes im Dienste der Fürstengewalt das Blut eines edlen Bruderstammes — des badischen Volkes — vergossen haben, so waren es dießmal in Eurer Stadt Söhne unseres des preußischen Volkes, die entmenscht durch das scheußliche System monarchischer Politik, in Euern Reihen gemordet haben. Mit Scham und Entrüstung haben wir Männer von Berlin es vernommen. Wir fühlen uns gedrungen, Euch diese unsere Gefühle kund zu geben. Bald ist kein Ort mehr im deutschen Vaterlande, an dem nicht die rothe Saat deutschen Volksbluts gesäet ist.*) Bürger von Mainz! Diese Saat wird aufgehen und reifen. Wenn aber das deutsche Volk Ernte hält, dann so seyd hiemit versichert, wird das Volk von Berlin nicht unter den Schnittern fehlen.“ Der demokratische Klub von Berlin. (Seebl.)

*) Die Augen der Berliner Demokraten scheinen sehr gereizt zu seyn, daß sie fast an allen Orten Blut sehen, oder möchten sie Blut sehen? (A. d. R.)

Köln, 17. Juni. Heute verläßt in Rückladung ein Mannheimer Schiff unsern Hafen, das während der republikanischen Erhebung im Seekreise hier eintraf; an seinem Spiegel stand damals der Name „Niegfracht.“ Jetzt, wo es zurückkehrt nach Mannheim, ist dieser Name in großen goldenen Lettern durch die Inschrift „Fritz Hecker“ ersetzt. Ich gebe Ihnen das Faktum ohne Kommentar. (Karlsr. Z.)

Marienburg, 11. Juni. Unlängst wurde in der „Kölnischen Zeitung“ berichtet, daß viele Bauern aus dem Elbinger Werder eine Monsteradresse an den König gerichtet hätten. Wir trauten kaum unsern Augen, als wir jenen Artikel lasen, aber doch ist dem wirklich so. Jene Adresse enthielt die dringende Bitte, der König möge wieder seine frühere Stellung als absoluter Monarch einnehmen und das in Folge der Märztage ihm aufgedrungene Ministerium wieder entlassen, sie (die Bauern) seyen mit der früheren Regierungsweise vollkommen zufrieden gewesen und bereit zur Verwirklichung ihrer Bitte den Thron mit Geld und Mannschaft zu unterstützen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Königsberg, 15. Juni. Die hier verbreitete Privatnachricht von dem Vorrücken eines russischen Armeekorps auf die preußische Grenze (man schätzt es auf 50,000 Mann) gewinnt dadurch an Bestand, daß gestern durch eine Stafette an den Oberpräsidenten und den kommandirenden General die Meldung gelangt seyn soll, daß das Korps zwischen Polangen und Memel bivouakire. (K. v. u. f. D.)

Aus Pillau wird berichtet, daß fünf preußische Schiffe und drei englische sich mit 6 — 7 Kanonen bewaffnet hätten und die Ostsee bestrichen, um die Mannschaft einzuüben; der Engländer habe dabei das Lehramt übernommen. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein.

Rendsburg, 13. Juni. Ein besonderer Vorfall ist in diesem Augenblick vom Kriegsschauplatz nicht zu melden. Gestern kamen alle möglichen Gerüchte aus dem nördlichen Schleswig hier an, denen ungefähr folgendes Wahre zu Grunde liegt: Das v. d. Tann'sche Freikorps lag nordwärts Apenrade in Kantonnirung, als in aller Frühe die nächstgelegenen schleswig-holsteinischen Truppen und das Korps allarmirt wurden und weiter nach Norden vorrückten. Beim Abgange der letzten Berichterstatter waren schon Vorposten von unserer Seite mit dänischen zusammengekommen und selbst einige Leute todt und verwundet. Es scheint aber, daß das Gefecht nicht lange gedauert hat, wenn die Gros überhaupt zusammengestoßen sind und daß es von keiner Wichtigkeit ist. Tann liegt aber immer voran, um in jedem Fall eines Gefechts den Dänen von vornherein den Muth zu kühlen, denn auf ein größeres Hinderniß als auf seine tapfern Truppen stoßen sie so leicht nicht wieder, wenn sie ihn einmal geworfen haben. Vor einigen Tagen wurde wieder ein großer Zug Getreide in Flensburg eingebracht, welches er den Dänen abgejagt hat. Seine glänzenden Erfolge wirken magnetisch auf die Jugend des Landes und trotz der allgemeinen Aushebung, die nun vor sich geht, melden sich noch täglich ganze Züge, um noch vorweg zu seinem trefflichen Korps zu stoßen. Auch kommt uns heute vom Norden her die Kunde, daß das Bracklow'sche Scharfschützenkorps, welches unverweilt auf dem Schauplatz geblieben ist und noch immer unter dem preußischen Lieutenant Graf Wallersee steht, zu Tann gestoßen sey. Ebenso hat sich Aldosser mit seiner Abtheilung und zwei Haubitzen mit ihm vereinigt und Buthwill kommandirt sein kleines Kavalleriedetaschement, gebildet aus Reitkundigen seines eigenen Korps, welche sich die Pferde von den dänischen Husaren erobert haben. Tann muß sich nur immer mit andern Truppen in einiger Verbindung halten, damit ihn nicht irgendwo eine zu große Uebermacht allein erwischt, dann wird er noch bedeutende Erfolge haben. Seine Stärke mag nun etwa 900 Mann seyn, wird aber noch viel bedeutender werden. Das Aussehen der Truppen ist schon ein höchst kriegerisches. (A. Z.)

Am 13. Juni fand in Rendsburg eine sehr zahlreich besuchte Volksversammlung statt, bei welcher folgende Beschlüsse gefaßt und der provisorischen Regierung mitgetheilt wurden: 1) Augenblickliche Einführung allgemeiner Wehrpflicht ohne Ausnahme und Stellvertretung; unverzügliche Aufstellung eines starken Heeres. 2) Direkte Volkswahl. Das Volk erwartet, daß das Wahlgesetz und die neuen Wahlen möglichst gefördert werden, damit die jetzige Ständeversammlung, nach Erledigung der dringendsten Vorlagen, der neugewählten ihren Platz einräumen könne. 3) Das Volk Schleswig-Holsteins verwirft jede Theilung des Herzogthums Schleswig. 4) Das Volk Schleswig-Holsteins wünscht und hofft, daß der König Friedrich VII. nicht wieder zur Ausübung der Regierungsgewalt in den Herzogthümern gelange, und hält seine Freiheit und seine deutsche Nationalität nur durch die Anerkennung des Grundsatzes gesichert: Kein König von Dänemark darf Herzog von Schleswig-Holstein seyn, kein Herzog von Schleswig-Holstein König von Dänemark. (R. T.)

Freie Städte.

Frankfurt, 16. Juni. (Karlsr. Z.) Ich kann Ihnen aus guter Quelle die Mittheilung machen, daß die Augsburger Allgemeine Zeitung einen bereits früher gefaßten Plan gegenwärtig wieder aufgenommen hat und demnächst ihr ganzes Institut hieher, nach Frankfurt, übersiedeln wird. Sie schwankte eine Zeitlang zwischen hier und München.

Oesterreich.

Wien, 15. Juni. In dem Programm des Zentralwahlkomités für den bevorstehenden konstituirenden Reichstag wird als unerläßliche Bedingung seiner Unterstützung von den Kandidaten gefordert: 1) Ein unbefleckter, ehrenhafter, fester Charakter. 2) Durch Wort und That bewährte, entschieden freisinnige Grundsätze. 3) Hinlängliche auf wissenschaftlichem Wege oder im praktischen Leben erworbene politische Bildung, um die Forderungen der Gegenwart und die nothwendigen Bedingungen einer volksrechtlichen Verfassung richtig zu ermessen. Als eine wahrhaft volksrechtliche Verfassung vermag der Ausschuß aber nur diejenige anzuerkennen, kraft welcher dem ganzen Volke, d. h., allen Staatsangehörigen, ohne Unterschied, allein das Recht zusteht, sich alle seine Gesetze unter Sanktion des die Volkssouveränetät repräsentirenden Monarchen durch direkt und ohne Zensus gewählte Vertreter zu geben. 4) Unverbrüchliches Festhalten an dem Grundsatze, daß die Existenz des österreichischen Kaiserstaats unbedingt abhängig sey von dem innigen Anschluße an das große deutsche Mutterland, zu gegenseitiger Gewährleistung der volksrechtlichen Verfassungen aller deutschen Einzelstaaten und zu einheitlicher Vertretung ihrer Gesammtinteressen, gegenüber dem Auslande, endlich 5) Anerkennung der vollkommenen staatlichen Gleichberechtigung aller Nationalitäten des österreichischen Kaiserstaates.

Wien, 17. Juni. Nachmittags. Die Arbeiter verlangen heute unter den drohendsten Demonstrationen erhöhten Arbeitslohn. Die Nationalgarde ist konsignirt und die Aufregung in der ganzen Stadt ist sehr groß. Mit Mailand soll ein Waffenstillstand abgeschlossen seyn. (Die Post ist heute verspätet in Augsburg eingetroffen.) (Augsb. Abd.-Z.)

Ein Wiener Korrespondent des „Konstitutionellen Blattes aus Böhmen“ theilt folgendes interessante Schreiben aus Innsbruck mit, das aus der nächsten Umgebung des Hofes (von Doblhof?) herrührt: „Von hier aus ist in Ansehung der für die Monarchie entscheidenden Ereignisse noch gar nichts geschehen, und weiß Gott, ob Etwas geschehen wird. Das Rechte will man nicht angreifen, man hat nicht den Muth dazu, oder erklärt es für schädliche Schwäche und Nachgiebigkeit, und ganz verderbliche Maßregeln offen in Anwendung zu bringen, verhinderte ich bis jetzt mit Kraft und Ausdauer. Ich bin vom ersten Augenblick an, mit Hinweisung auf die Folgen, welche stufenweise bereits einzutreten beginnen, darauf bestanden, daß der Kaiser sich der Residenzstadt Wien allenfalls bis Persenbeug nähere, daß der Erzherzog Franz Joseph in Begleitung des Erzherzogs Johann ohne Weiteres nach Wien abgesendet werden, und daß dieselben den Bestand des 15. Mai garantiren, dagegen aber von der Stadt Wien festgegründete Bürgschaften für jene feste und Dauer versprechende Ruhe und Ordnung dargeboten werden, welche die bleibende Anwesenheit des Kaisers in Wien und die Zusammentretung der Konstituante in Wien möglich machen. Ich habe damit auch nicht durchgreifen können, und anderen verkehrten Maßnahmen verweigere ich meine Mitwirkung; vielleicht weiß ihnen Wessenberg, der morgen eintrifft, besseren, heilsameren Rath — meine Mission ist dann erfüllt. Mehrere Gesandte sind bereits eingetroffen, selbst der Nuntius (von Rom kommend) wird

erwartet, dann ist volle Finsterniß. Wie wird das enden? Vielleicht ist es überhaupt trop tard, und diejenigen mögen es verantworten, welche den weisen Rath zur Flucht ertheilt und hilfreiche Hand dazu geboten haben. — Erzherzog Johann ist der einzige Anhaltspunkt; er begreift die gegenwärtige Lage, besitzt aber kein Vertrauen.“ Dieser Brief, setzt der Korrespondent hinzu, aus der Feder eines der edelsten und gesinnungsvollsten Männer, läßt uns einen tiefen Blick in das Treiben der Camarilla in Innsbruck werfen, eines Hofes, wo die Kammerfrau Cibini es zu sagen wagt: „So lange eine Cibini bei Hofe ist, geht der Kaiser nicht nach Wien.“

(Der Aufstand in Prag.) Der „Leipziger Zeitung“ schreibt man aus Dresden, 17. Juni. Es sind mir einige Proklamationen der aufständischen Tschechen in Prag zu Gesicht gekommen, in welchen sie ihre Sache als die des Prager und Böhmischen Volks gegen die sie bedrückende Regierungs- und Militärgewalt ausgeben. Die letzte derselben lautet nicht so viel fordernd als die ersten; es heißt nur darin, Windischgrätz der Bluthund müsse das Kommando niederlegen und die Stadt verlassen; auch der größere Theil des Militärs solle abziehen, nur so viel zurückbleiben, um die Wachen mit der Nationalgarde zu beziehen; die Nationalgarde aber solle sich bessere volksthümliche (tschechische!) Führer wählen. Windischgrätz hat auf dieselben mit der Beschießung der Barrikaden geantwortet. In Außig wohnen jetzt die polnischen Fürstinnen Czartoriska und Sapieha, viele Polen haben sich um sie versammelt. Die Polen bemühen sich, den Aufstand in Prag als eine allgemeine volksthümliche Erhebung gegen das Joch der reaktionären Regierung und die schmachvollste Militärgewalt darzustellen. — In Prag selbst wird mit Strenge darüber gewacht, daß Niemand von außen in die Stadt komme; die Nationalgarde unterstützt das Militär.

Pilsen, 17. Juni. Auch am 16. keine Pragerpost, keine Estafette und kein Wiener Paket, nur flüchtige Studenten kommen von dorther und erzählen die schrecklichsten Szenen. Das Militär hat noch die Höhen und die Thore besetzt; die Nationalgarde ist noch neutral, die Swornostistudenten und Arbeiter, eigentlich die Ultra-Tschechen, sind noch nicht besiegt, trotz einer furchtbaren Metzelei. Am 16. hieß es, auf der Brücke wären die russischen Fahnen aufgesteckt. Abends kam die Nachricht hieher, die Tschechenparthei habe die weiße Fahne aufgesteckt. Durch die Ungewißheit von der wahren Lage der Hauptstadt ist hier eine außerordentliche Aufregung und Spannung zwischen Deutschen und Böhmen. Emissäre fordern die Nationalgarde und Bauern auf, den Pragern resp. den Tschechen zu Hilfe zu kommen; man droht Jenen, welche nicht mitziehen wollen, und doch hat man nicht hinlänglich Waffen. Die Deutschen gehen nicht nach Prag, indem sie gut wissen, was sie von den Tschechen zu hoffen haben. Am 16. wurde hier auf dem Platz öffentlich mit der Fahne geworben für Prag, endlich entschied man sich, eine Deputation eiligst nach Prag zu senden, welcher sich eine Deputation von Klattau anschloß. Bei uns ist vollkommene Anarchie. Siegt in Prag die Ultra-Tschechenpartei, so ist ein Bürgerkrieg zwischen den Nationen unvermeidlich. Nur die Ungewißheit hält noch die fanatisirten Tschechen zurück. Man spricht und ich glaube fast auch, daß man zwischen Prag und Pilsen die Posten und Estafetten aufgefangen hat. Alles hört zu arbeiten auf und sammelt sich in Gruppen. Die Studenten forderten von der Schützengarde Gewehre, auch vom Militär Munition, welchem aber nicht entsprochen wurde. Einige glauben, Faster*) werde im Taus werden und mit einigen Tausenden nach Prag ziehen, an welche sich natürlich alle Tschechen anschließen werden. Mit dem böhmischen Landtag wird es nichts werden. (N. Z.)

Die „Leipziger Zeitung“ erklärt es nach neuesten Nachrichten für ein leeres Gerücht, daß Fürst Windisch-Grätz den Befehl niedergelegt habe und die Truppen aus der Stadt gezogen seyen. Am 15. Juni sey von Morgens bis Abends in die verbarrikadirten Straßen und auf die Aufrührer geschossen worden. Letztere wollen sich nicht ergeben. Ihre Stellung ist im Innern der Stadt nach dem Judenviertel zu, dessen Straßen sie noch inne haben. Der Kommandirende hat an alle Bewohner eine Aufforderung ergehen lassen, die Stadt zu verlassen, da er sie von den Wällen und den umliegenden Höhen aus mit Kanonen beschießen werde.

(Augsb. Abd.-Z.)

*) Der Biertrauer Faster ist das Haupt der Ultra-Tschechen.

Die „Regensburger Zeitung“ will wissen, es sey in Folge der Ereignisse in Prag von unserer Regierung die Bestimmung getroffen worden, daß, wenn Bundeshilfe von dort aus, resp. von Wien, verlangt werden sollte, sofort einige Regimenter nach Böhmen abmarschiren können.

Italien.

Venedig, 13. Juni. Bereits früher nachdem man die Hoffnung auf eine befriedigende Vermittlung von Seiten des deutschen Parlaments aufgeben zu müssen glaubte, soll die hiesige Regierung sich an die französische Republik gewendet haben, um deren Einschreiten anzusprechen. In diesem Augenblick (2 Uhr Nachmittags) bedecken sich in allen Kirchsprengeln aufgelegte Adressen mit Unterschriften zum gleichen Zweck. Sie ersehen hieraus, daß man die Absicht hat, sich für lange und aufs Aeußerste zu vertheidigen, wie denn auch ringsum die Forts mit allem versorgt und wohlbewaffnet sind. Jeden Augenblick rücken neue Truppen (wie es scheint, von Entschlossenheit beseelt) hier ein. Die Wirkung der Nachrichten von Paduas und Vicenzas Ergebung bringen mit jedem Augenblick steigende Erbitterung hervor und machen die entgegengesetzte Wirkung als die Oesterreicher erwarten durften. (A. Z.)

Livorno, 10. Juni. Da es mit der Republik durchaus in Italien nicht gehen will, so haben sich nun die Republikaner auf ein einziges Königreich Italien unter Karl Albert geworfen, aber auch hiefür werden sie, was Toskana betrifft, gewiß keine irgend bedeutende Partei auftreiben.

In Neapel herrscht nach Berichten vom 8. Juni vollkommene Ruhe und ein Beweis, daß man Vertrauen zu dem gegenwärtigen Stande der Dinge trägt, ist wohl das Steigen der Fonds die vor kurzem noch kaum 80, heute auf 90 notirt kommen.

Wir erhalten noch einen Brief unseres Neapler Korrespondenten mit Nachrichten bis zum 11. Juni, den wir aus Mangel an Raum auf morgen zurückstellen müssen. Der Aufstand in Calabrien, die Truppenfendungen dauern danach fort. Die Regierung hat am 9. ein neues Dekret zu Bildung einer Nationalgarde erlassen, welches aber, da es im illiberalsten Sinne abgefaßt ist, nur 2400 Auserwählte statt der 18,000 früheren Wehrmänner zu den Waffen ruft, ungemein empört hat. (Schw. Mkr.)

Frankreich.

Paris, 16. Juni. Die mehrfach von mir gegebene Andeutung, daß Hr. Lamartine auf dem Punkt stehe, die Gewalt niederzulegen, wird nun vom „Bien public,“ dem vertraulichen Organe dieses Staatsmannes, in folgenden Ausdrücken bestätigt: „Wir sind gewiß, daß Hr. Lamartine dem Geiste nach seine Entlassung bereits gegeben hat, obwohl er dieselbe aus Staatsrücksichten noch nicht förmlich auf der Rednerbühne der Nationalversammlung aussprach. Er kann zwar vorderhand noch auf seinem Posten verbleiben, dem Drang der Nothwendigkeit folgend, jedoch nicht ohne ein gewisses Gefühl der Selbstverleugnung und mit dem festen Willen der Ablösung von seinem Posten, um nicht die Verantwortlichkeit eines napoleonischen Votums von Seiten der Nationalversammlung zu tragen.“ (Karlsr. Z.)“

=Paris, 17. Juni. Der Präsident der Nationalversammlung hat gestern beim Beginn der Sitzung den Hrn. Blum, Delegirter der Maurer bei der Arbeiter-Kommission, verhaften lassen. Dieser Blum hatte dem Präsidenten am Ende der Sitzung im Saal der Pas Perdus geschrieben, daß er als Delegirter der Arbeiter ihn als Vaterlandsverräther erkläre, wenn er die Proklamation Louis Bonaparte's an die Wähler der Seine nicht vorlese. Hr. Blum wurde auf der Polizeipräfektur in Gewahrsam genommen. — Amiens, Cambrai und andere Städte des nördlichen Frankreichs halten ihre Nationalgarden bereit, um, wenn es nöthig wäre, der Hauptstadt gegen einen bonapartistischen Handstreich Schutz zu leisten. — Im Ausschuß der Nationalversammlung wurde gestern ein Gesetzentwurf für Bewilligung einer neuen Summe von 3 Millionen für die Nationalwerkstätten vorgelegt. Man hält es für durchaus nothwendig, diese Werkstätten in möglichst kürzester Frist aufzulösen.

Großbritannien.

Trotz des gestrigen, so gemessenen Widerspruchs des Globe melden die Londoner Blätter vom 15. Juni nun doch die in der vorherigen Nacht erfolgte Abreise Sr. Exz. des spanischen Gesandten Hrn. Isturitz nach Madrid. Er fuhr auf der südöstlichen Eisenbahn nach Folkstone und schiffte sich dort nach Frankreich ein. (Ein Pariser Blatt vom 16. meldet bereits seine Ankunft in der französischen Hauptstadt. Die Geschäfte der Legation in London sind interimistisch der Sorge des ersten Gesandtschaftssekretärs Hrn. v. Tacon, des zweiten Sekretärs Ritter Diaz und des ersten Attaché Hrn. Urbistondo anvertraut. La Presse sieht in diesem Schritte einen förmlichen Bruch zwischen England und Spanien, die Londoner Blätter aber suchen die Sache in einem milderen Lichte darzustellen.

Neueste Nachrichten.

Altenburg, 17. Juni. Gerüchtsweise erzählt man sich, daß an mehreren Punkten sächsisches Militär unserer Grenze nahe stehe. Auch Preußen sollen seit gestern um Zeitz stehen. (Mittags 1 Uhr.) Die für heute Mittag anberaumte Massendemonstration ist unterblieben und zwar nach dem ausdrücklichen Willen der Volksführer, von denen sie erst gestern Abend beschlossen war.

Die Leipziger Zeitung berichtet unterm 18. Juni: Heute Mittag 12 Uhr ward eines der hier garnisonirenden Schützenbataillons auf der Eisenbahn nach Altenburg geführt, dem gegen 3 Uhr Nachmittags noch eine Kompagnie folgte. Reisende, die diesen Nachmittag von Altenburg kamen, schildern den Zustand dieser Stadt sehr bedenklich. In allen Straßen seyen Barrikaden aufgeworfen und von allen Seiten strömten Schaaren von Bauern nach der Stadt, mit Flinten, Sensen und Dreschflegeln bewaffnet. Die Kommunikation zwischen der Stadt und dem Bahnhof war völlig unterbrochen, und der letztere selbst mit großen Menschenmassen besetzt, welche den Abgang des Bahnzugs verhindern wollten, der aber demungeachtet abging. Unterwegs hörten die mit der Eisenbahn beförderten Reisenden ein ziemlich heftiges Feuern und glaubten daraus schließen zu müssen, daß die Bürgerwehr Altenburgs mit den Tumultuanten handgemein geworden sey. Das Militär war noch in einiger Entfernung von der Stadt aufgestellt, was auch mit einer Kompagnie Linie der Fall war, die gestern Abend von Zwickau nach Altenburg gezogen war.

Wien, 17. Juni. Eine telegraphische Depesche aus Prag von heute Morgen 8 Uhr lautet: „Die telegraphische Kommunikation zwischen Ollmütz und Brünn ist abgebrochen. Prag in vollem Aufruhr. Prag brennt.“

(K. p. u. f. D.)

Ein uns zukommendes gedrucktes Blatt aus Eger bringt folgende Nachrichten aus Prag, 17. Juni: „Die Stadt ist in Belagerungszustand erklärt, alle Gerichtsbarkeiten sind außer Wirksamkeit; die Altstadt Prag hat sich noch nicht ergeben; vorgestern den 15. wurde sie vom Lorenziberge, Belvedere und Wischehrad mit Sechspfündern sechs Stunden beschossen. Vom 16. auf den 17. Nachts hat man die Altstadt durch Brandraketen in Brand gesteckt; es brennen jetzt die Mühlen, der Wasserthurm und noch mehrere Häuser. Es ist schrecklich! — kein Mensch eilt zu retten, kein Thürmer gibt mehr ein Zeichen. Der russische Hof, dem man sich unterwerfen wollte, hat der Regierung die Verschwörung entdeckt. Das Haupt der Verschwörung wurde gefangen, man hat sich seiner Papiere bemächtigt, vermöge welcher am 15. alle k. k. Beamten und Herrschaften ermordet werden sollten. Es ist Baron Vilani. Graf Boquoy wurde gestern festgenommen; das Standrecht wurde publizirt. Die Proletarier stürmten die Spitäler und Kasernen; doch auf die Kleinseite können sie nicht herüberdringen, da 25,000 Mann sich dort befinden.“

(K. v. u. f. D.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 22. Juni: „Die Jungfrau von Orleans,“ romantische Tragödie v. Schiller. (Dlle. Deuffer: Johanna.)

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 164.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gang Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Freitag XLIX. Jahrgang. **23. Juni 1848.**

Deutschland.

Frankfurt, 19. Juni. Es schlägt eben neun, und mit diesem Schlage beginnen für Deutschland verhängnißvolle Stunden. Der Antrag zur Schaffung einer provisorischen Zentralgewalt steht auf der Tagesordnung, und die Parteien sind gerüstet. (A. Z.)

So eben erhalten wir noch die Frankfurter Post vom 19. Abends. Die Verhandlung hatte bis 3 Uhr gedauert und ward dann vertagt. Sie war stürmisch; die Gallerien mischten mit Beifall und Pfeifen sich ein, letzteres namentlich, als Hr. v. Radowitz sprach. Die Redner der Linken entwickelten ihr Programm: provisorische Regierung von 5 Mitgliedern, von der Versammlung gewählt und dafür verantwortlich, die Beschlüsse der Versammlung zu vollziehen. (A. Z.)

Frankfurt, 20. Juni. Die konstituirende deutsche Nationalversammlung hat im Beginne ihrer heutigen Sitzung mit Akklamation den Beschluß gefaßt, daß jede Feindseligkeit gegen Triest als eine Kriegserklärung gegen Deutschland betrachtet werden soll. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 20. Juni. Die Verhandlungen über die Prager Ereignisse bildeten den Schluß der heutigen Sitzung. Herrn v. Schmerlings Anzeige, daß Sachsen und Bayern aufgefordert werden sollen ihre Truppen zum Einrücken in Böhmen für die erste Aufforderung bereit zu halten, eröffnet die Verhandlung. Manche Redner wollen keine Aufforderung Oesterreichs abgewartet wissen, und sehen schon die Veranlassung des Bundestags zu einer Aufforderung, zu sofortigem Einrücken der bayerischen und sächsischen Truppen, andere warnen vor Improvisation eines Beschlusses, da man die Verhältnisse des Prager Kampfes noch gar nicht kenne. Beseler stellt deßhalb den Antrag, die Frage zuvor an den Ausschuß für die slavischen Angelegenheiten zu verweisen. Dies wird zum Beschluß erhoben. (A. Z.)

Bayern.

|| München. Wir Bayern, und insbesondere wir Münchener, sind doch recht gutmüthig. Da schrie die deutsche Professorenzeitung in Heidelberg so lange in die Welt hinaus: „In Bayern herrschen Sonderinteressen vor", daß die Frankfurter Versammlung darob erschrack, und des Zweckes ihrer Zusammenkunft beinahe ganz vergaß und den Ruf wiederholte: „Bayern hegt Sonderinteressen". Am Ende wurde das Geschrei ringsum so laut, daß Bayern selbst davon betäubt wurde, und man in München nichts Ernstlicheres zu thun hatte, als eine offene Erklärung zu erlassen und feierlich zu betheuern, daß Bayern gut deutsch gesinnt sey. Aber bedurfte es denn dieser Worte, da Thaten so laut dafür sprechen, daß ganz Bayern mit seinem Könige die Sache Deutschlands bisher immer zur seinigen gemacht habe, und noch mache? Das sollten freilich die Heidelberger Professoren wissen, zumal die Geschichten- und Zeitungen-Schreiber; aber Bayern erhält von ihnen selten Gerechtigkeit, spricht doch Schlosser offen aus, daß es recht und gut gewesen wäre, wenn Bayern unter Karl Theodor von Oesterreich wäre eingetauscht oder verschlungen worden. Da bringen sie denn alte Geschichten zum Vorschein, als habe das alte Bayern immer Sonderinteressen verfolgt, und sie wissen doch, daß das jetzt regierende Geschlecht in Bayern das pfälzisch-wittelsbachische ist, und daß sich seit der Herrschaft desselben alles anders gestaltete. Wie könnten sie denn vergessen, daß Bayern in den Befreiungskriegen mit den übrigen Deutschen redlich das Seine gethan habe? Und als die Schlachten geschlagen, der Sieg errungen war, gab nicht Bayerns geliebter König Max seinem Volke vor andern deutschen Fürsten eine Konstitution mit solchen Grundsätzen, welche folgerecht entwickelt ein immer schöneres politisches Leben wecken und gestalten mußten? War es nicht Bayerns Regierung, die unter den ersten dahin wirkte, daß die Schlagbäume in einem großen Theile von Süddeutschland fielen, damit sich die deutschen Völker immer inniger, aneinander schließen möchten? Bahnte sie nicht dadurch dem darauf entstehenden größeren Zollvereine den Weg? Woher anders als aus München und Bayern erhob sich die deutsche Kunst wie ein Phönix, der seinen Flug über ganz Deutschland verbreitete? Wurden nicht auch dadurch die deutschen Völker einander befreundeter? Und als Hamburgs Pracht großen Theils im gräßlichen Flammenmeere versunken war, zeigte sich Bayerns Königshaus und Volk nicht brüderlich deutsch zur Hilfe thätig für die deutsche Stadt? Wann ist je eine Klage selbst aus dem entferntesten Winkel Deutschlands ohne innige thätige Theilnahme in Bayern verklungen? Wo fand die Sache von Schleswig-Holstein zuerst freudigen Anklang, und wo anders bildete sich der erste Beselerverein als in Bayern? Zu jedem gemeinnützigen Unternehmen steuerte es redlich bei, selbst zur deutschen Flotte, obgleich sich die bayerische Geradheit der Frage nicht enthalten kann, ob die deutsche Flotte ohne die vorhergehende Einigung Deutschlands nicht vielmehr den Russen oder Engländern zu gut komme, als Deutschland. Ist es nöthig, hinzuweisen auf Bayerns Theilnahme an jedem Denkmale, welches zur Vereinigung der deutschen Stämme bestimmt war, am Kölner Dombaue, an dem Hermanns Denkmale? Wie benahm es sich bei der Verfassungsfrage in Hannover, wie förderte es die Sängerfeste? Ging Bayern nicht überall mit seinem Beispiele leuchtend voran? Das waren gewiß Sonderinteressen? Soll ich nun euch noch hinweisen auf die Märztage, in welchen Bayern durch die schnelle echt deutsche Verständigung zwischen König und Volk ein Ziel erreichte, dem alle anderen deutschen Völker dann nacheiferten, das diese aber jetzt noch nicht, selbst nicht nach Strömen vergossenen Blutes erlangt haben. Und nach allen diesen Vorgängen, die deutlicher als Worte sprechen, wagt es die deutsche Zeitung, Bayern der Sonderinteressen zu zeihen und vor ganz Deutschland zu verdächtigen? Ist dieses redlich und deutsch, oder muß man nicht vielmehr zu dem Schlusse kommen, man beneide Bayern um seinen Ruhm und seine herrliche Stellung, die es in der neuesten Zeit unter den deutschen Völkern errungen? Doch die Hauptverdächtigung stützen die Neider und Gegner auf den bekannten bayerischen allgemeinen Verfassungsentwurf. Nun, was war denn dieser Entwurf anders, als ein Plan, wie mancher andere, der von Diesem oder Jenem ausging, und welcher in der Versammlung berathen, und über den leicht eine Verständigung konnte erzielt werden? Hat Bayern je erklärt, daß es nur diesen Plan wolle ausgeführt wissen, hat es sich geweigert, die Hand zur Einigung zu bieten? Enthält der Plan nicht Grundzüge, die unabweisbar sind? Zeigte sich nicht eben Bayern dadurch, daß es seine Gesinnung offen und schnell aussprach, echt deutsch, indem gerade es wieder zuerst auf eine allgemeine Verständigung, schnelle Bewirkung der Einheit Deutschlands drang, und sie ins Werk gesetzt wissen wollte, da es die von Außen und Innen drohende Gefahr bei längerer Zögerung erkannte? Und nun soll dieser Entwurf von den Sonderinteressen Bayerns zeugen? Nicht Bayerns Regierung und Volk hegt und pflegt Sonderinteressen, diese muß man anderwärts suchen, denn immer deutlicher erscheint es, daß eine kleine Partei nach einer Republik strebe, die niemals unter den deutschen Völkern, am allerwenigsten in Bayern, Grund und Boden finden wird. Nur so lassen sich manche Anträge erklären, die man durchzusetzen sucht, ehe Deutschlands Einheit nach dem monarchisch-konstitutionellen Prinzipe hergestellt ist. Man will die Fürsten zuerst Stück um Stück ihrer Macht und ihres Glanzes entkleiden, damit man sie dann mit desto leichterer Mühe ganz entfernen könne. Darin werden aber die sogenannten Freiheitsmänner bei uns gewiß Sonderinteressen gegen ihre Sondergelüste finden, und Bayern und Wittelsbach werden wie seit einem Jahrtausend fort und fort treu verbunden miteinander stehen. S.

Aus der Pfalz, 16. Juni. Am Sonnabend vor Pfingsten, 10. d. M. kamen eine ziemliche Anzahl Parlamentsmitglieder von der äußersten Linken hier an. Mehrere derselben hielten am ersten Pfingstfeiertag Reden an verschiedenen Orten. Auf den zweiten Feiertag war von Dr. Hepp eine Volksversammlung ausgeschrieben, die sehr zahlreich besucht war. Zuerst sprach Robert Blum über Fürsten, Philister und Priester, sodann Zimmermann über Preß- und Redefreiheit. Schlöffel soll, wie behauptet wird, ein Hoch auf Hecker ausgebracht haben. Es wurde schließlich eine Geldsammlung zum Besten der Verbannten veranstaltet.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Baden.

Mannheim, 18. Juni. Gestern hat der neue vaterländische Verein fast einstimmig beschlossen, die Gemeindebehörde zu veranlassen, daß sie kräftige Schritte thue, damit die Wiedererrichtung der Bürgerwehr hier unverzüglich stattfinde. Man dringt von Seiten des Vereins um so mehr auf die Wiederbewaffnung der Bürger, als sie gewissen Ereignissen der neuesten Zeit gegenüber unumgänglich nothwendig sey. In der Voraussicht der baldigen Wiedererrichtung der Bürgerwehr hat sich hier eine Scharfschützenkompagnie, welche schon weit über 100 Mann zählt, gebildet. (Schw. Mr.)

Mannheim, 19. Juni. In den benachbarten pfälzischen Ortschaften ziehen sich starke bayerische Truppenkorps zusammen. Man kann die Ursache dieser Bewegung nicht anders deuten, als daß sie Mannheim gelte. Bis jetzt ist übrigens hier Alles ruhig und jede Schilderhebung ist unwahrscheinlich, sollte aber dennoch ein Krawall, denn mehr könnte es doch nicht geben, versucht werden, so könnte es nur in größter Verblendung geschehen. In Ludwigshafen wurden schon gestern drei Kanonen gegen die hiesige Stadt aufgerichtet, auch heißt es, daß mehrere Mörser aus Landau hierher unterwegs seyen. (Schw. Mr.)

K. Sachsen.

Dresden, 16. Juni. Die Nachricht, daß ein russisches Heer von 240,000 Mann gegen Deutschland bestimmt sey, wird, obwohl sich russischerseits Alles vorläufig auf ein Lager bei Kalisch beschränkt, die politischen Zwistigkeiten der Deutschen hoffentlich beseitigen und die Nation zur Eintracht bringen. Nur vereinte Kräfte leisten viel! Selbst unser Ländchen ist jetzt in Fraktionen gespalten. Mehrere Mitglieder des Vaterlandsvereins zu Oederan, Leipzig, Dresden und Wurzen haben bei

Digitized by Google

der jetzigen aufgeregten Zeit „republikanisch phantasirt.“ Der deutsche Verein wollte sie kuriren und kam deßhalb in den Verdacht, als sey er ein Opiumfreund. Der Vaterlandsverein will Bewegung, der deutsche Verein Ruhe: das ist am Ende der wahre Charakter beider. Da diese beiden Vereine sich nicht nur durch fast alle Städte Sachsens verzweigen, sondern sogar auch in Dörfern Eingang gefunden haben, so ist diese Spaltung allerdings nicht unbedeutend. Zwischen beide Parteien stellt sich nun der demokratische Verein, der alle Obrigkeit abzuschaffen geneigt gewesen seyn soll. Vorgestern hat der Komponist des „Rienzi“ in einem langen Aufsatze den König indirekt aufgefordert Sachsen zu einem Freistaate mit erblichem Oberhaupte, König genannt, zu erklären. Dieser Unsinn der vorher in einer Volksversammlung vorgetragen und beklatscht wurde, beweist, daß das Volk doch noch sehr unselbstständig und im Stande ist, an „eisernes Glas“ zu glauben.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Leipzig, 19. Juni. (Mittags.) Die Differenz zwischen dem Herzog und dem Volk in Altenburg scheint ausgeglichen zu seyn, da das sächsische Militär Ordre zur Rückkehr erhalten hat. Den Vergleichspunkten wird noch entgegengesehen. (L. Z.)

Sächsische Herzogthümer.

Altenburg, 18. Juni. Ueber 50 Barrikaden wurden errichtet. Das Schloß ist von allen Seiten eingeschlossen und wenn nicht bald wirksame Hülfe erscheint, so dürften die darin Belagerten bald empfindlichen Mangel leiden, da für die Soldaten, welche mit eingeschlossen sind, natürlich nicht auf längere Zeit ausreichende Lebensmittel vorhanden sind. Außerdem ging man damit um, den Belagerten das Wasser abzugraben. (L. Z.)

Altenburg, 18. Juni. Heute Morgen gegen 8 Uhr wollte man den hiesigen Advokaten Erbe, einen heftigen Republikaner, festnehmen; sofort wurde dies durch Bürgergardisten seiner Nachbarschaft verhindert, Generalmarsch geschlagen und inzwischen auch von der sehr starken republikanischen Partei reitende Boten besonders nach Wintersdorf entsendet. Auch läutete man eine kurze Zeit auf dem Nikolaithurm Sturm. Bald füllte sich die Stadt mit Freiwilligen; Barrikaden in der Schmöllnschen, Teichgasse, am ehemaligen Burg- und Pauritzerthor entstanden mit wunderbarer Schnelligkeit, da man ernstlich dem Einmarsche fremder Truppen begegnen wollte; sie sind im Laufe des Tages mit unermüdlichem Fleiße befestigt worden. Mehrere Deputationen an den Herzog sind ohne Erfolg geblieben.

Altenburg, 19. Juni (7 Uhr Morgens.) Diese Nacht ist hier sehr unruhig, jedoch ohne besondere Vorgänge verflossen. Während soeben eine große Volksversammlung auf dem Schießplatz stattfindet, deren Resultat noch unbekannt, ist man in der Stadt mit Errichtung neuer Barrikaden beschäftigt. Die Zugänge zum Schlosse sind fortwährend sehr stark besetzt und von der andern Seite scharf bewacht. Das gestern hier eingetroffene kgl. sächsische Militär ist auf dem Bahnhofe zum Schutze desselben, als k. sächs. Staatseigenthums aufgestellt. (D. Z.)

Altenburg, 20. Juni. Gestern erschien als Maueranschlag folgendes Publikandum: Auf Befehl Sr. Hoh. des regierenden Herzogs wird hiermit bekannt gemacht: 1) Das hier zusammengezogene kgl. sächsische Militär wird sofort ernstlich zurückgezogen in der Erwartung, daß die in der Stadt errichteten Barrikaden gleichzeitig von der Bürgerschaft wieder entfernt werden und gesetzliche Ordnung wieder eintritt und gehandhabt wird; auch wird die Staatsregierung auf ehethunliche Verminderung des Präsenzstandes des Linienbataillons Bedacht nehmen; 2) alle bisher verschuldeten politischen Vergehen sind amnestirt; 3) die Eröffnung des einberufenen Landtags erleidet keinen Aufschub; 4) der Dr. jur. Fried. Albert Cruciger ist zum dritten Minister ernannt. Altenburg, den 19. Juni 1848. Herzogl. sächsisches Ministerium. v. Planitz. Jese. — Das k. sächsische Militär, welches zum Schutze des königl. sächs. Staatseigenthums hierher beordert und aufgestellt war, ist auch theils schon gestern Abends, theils und zwar gänzlich heute früh abgezogen. Mit dem Abtragen der Barrikaden hat man bereits gestern Abend angefangen und wird damit diesen Morgen fortgefahren. In voriger Nacht, die zwar sehr unruhig aber ohne besondere Ergebnisse verflossen ist, sind mehrere Züge Bewaffneter aus der Umgegend hier angekommen. (D. Z.)

Aus Thüringen. In den sächsischen Herzogthümern findet die Idee vielen Anklang, daß die zehn kleinen Staaten Thüringens zu einer Gesammtregierung zu vereinigen wären. Selbst die Staatsregierungen sollen sich mit dieser Einheitsfrage beschäftigen, welche auch in der weimar'schen Bürgerversammlung und in der Volksversammlung zu Berka zur Sprache gebracht worden ist.

Kurhessen.

Kassel, 18. Juni. In der gestrigen Sitzung der Ständeversammlung begründete Hr. Henkel zwei Anträge: 1) wegen schleuniger Einführung allgemeiner Volksbewaffnung zum Schutz der errungenen Freiheit gegen etwaige Angriffe Rußlands; 2) wegen des Verhältnisses der Regenten zu den verantwortlichen Ministern. (K. A. Z.)

Gr. Hessen.

Darmstadt, 17. Juni. Es wird kein feierliches Leichenbegängniß des verstorbenen Großherzogs Ludwigs II mit der üblichen Beisetzung in dem alten fürstlichen Erbbegräbniß in der Stadtkirche stattfinden. Derselbe wird vielmehr nächsten Montag den 19. d. früh um 6 Uhr ganz in der Stille, an der Seite seiner 1836 verstorbenen Gemahlin beigesetzt werden in der Gruft, welche dieselbe auf einem von ihr geschaffenen sehr anmuthigen Landsitze, der Rosenhöhe, eine halbe Stunde von der Stadt, jetzt dem Prinzen Karl gehörig, hatte errichten lassen. (Fr. Ob.-P.-A.-Z.)

Darmstadt, 17. Juni. Das Regierungsblatt enthält folgende Verkündigung über das Ableben des Großherzogs Ludwig II. Die bereits als Mitregenten des Hochseligen Großherzogs k. Hoheit von Uns angetretene nunmehr vermöge Nachfolgerechts Uns angefallene Regierung werden Wir in denselben Gesinnungen fortsetzen, die Wir beim Antritte Unserer Regierung kundgegeben, treu den in Unserer Proklamation vom 6. März d. J. gegebenen Verheißungen, unausgesetzt bemüht für die Wohlfahrt des Landes, welcher alle unsere Kräfte gewidmet sind. In diesem Bewußtseyn vertrauen Wir Unserem Volke, daß es die Liebe und Anhänglichkeit, die es bisher zu uns getragen, Uns ferner bewahren wird, und blicken getrost der Zukunft entgegen, die eine verhängnißvolle Zeit Uns, Unserem Volke und dem großen deutschen Vaterlande bringen wird.

Mainz, 17. Juni. In hiesiger Stadt und Bundesfestung sollen an 150 junge Leute für Hecker angeworben worden seyn; so viel steht wenigstens fest, daß es gestern unsern Behörden gelungen ist, zwei der Werber zur Haft zu bringen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Preußen.

Berlin, 17. Juni. Die heutige Sitzung des Reichslandtages war unter allen bisherigen die kürzeste, denn sie begann halb ein Uhr, und wurde nach Verlauf einer Stunde geschlossen, wahrscheinlich war sie aber auch die entschiedenste. Denn sie enthüllte, wenn auch nur erst einen Theil des Treibens der radikalen Partei in Berlin, das sie in ihrer ärgsten Blöße aufdeckte; sie enthielt im Gegensatze dazu gleichsam das Thermometer, worin sich in der Kammer die Sympathien für das Königthum messen ließen; sie zeigte nicht minder, wie sich bei allen diesen Vorgängen die äußerste Linke gerirte, und ist beinahe eine Klammer um das Ministerium Camphausen geworden, zumal wenn dasselbe die Augenblicke der Gegenwart mit Weisheit und zeitgemäßer Vaterlandsliebe auszubeuten weiß. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Schleswig-Holstein.

Ein Mitglied des Freikorps schreibt der „Nationalzeitung“ aus Ilck, 8. Juni. „So eben erhält unser Major (von der Tann) einen Brief von dem Grafen Waldersee, Offizier der preußischen Garde und früher ein besonderer Anfeinder der Freischaaren, worin derselbe alle Beleidigungen die uns von Seiten der Garde zu Theil geworden widerruft und bittet es zu vergeben, seine Bewunderung und Achtung über unsere Tapferkeit im Gefecht bei Hadersleben ausspricht und sagt: daß er es für eine Ehre rechnen würde künftig noch einmal an unserer Seite zu fechten.“

Schleswig, 15. Juni. Die Stände versammelten sich gestern nach 12 Uhr in dem Schauspielhause, das eine zweckmäßigere Einrichtung erhalten hatte. Die Mitglieder der Ritterschaft kamen einzeln; man erkannte sie an der aristokratischen Haltung. Das Publikum war nicht so zahlreich wie vor drei Monaten. Auch der Herzog von Augustenburg erschien im einfachen Gehrock; er nahm bei dem Professor Christiansen seinen Platz ein. Es gibt keine Linke, keine Rechte; alles sitzt durcheinander. Die Abgeordneten, die in Frankfurt tagen, waren theilweise durch Stellvertreter ersetzt. Es waren aber statt 93 doch nur 72 versammelt. Der Landtagskommissär, Herr Bremer, äußerte, daß reichlich zwei Monate verflossen wären, als die Stände vertagt worden. Der Krieg sey indessen ausgebrochen und habe seine blutigen Opfer gefordert. Was Erfreuliches und Betrübendes geschehen, sey allen bekannt. Was die Verhältnisse nach Außen betreffe, so werde eine besondere Vorlage den Ständen zu Theil werden. (Das Tagblatt hatte dies gestern Morgen gefordert.) Die provisorische Regierung bedürfe des Beirathes und der Beschlußnahme der Stände in diesem Augenblick. Bei der frühern Zusammenkunft sey die provisorische Regierung aufgefordert worden, den Entwurf eines Wahlgesetzes vorzulegen. Jetzt sey es an der Zeit für die Neugestaltung der schleswig-holsteinischen Verfassung den Grund zu legen, damit das Staatsrecht der Herzogthümer festgestellt werde. Ein solcher Entwurf sey ihnen zur Berathung und Beschlußnahme vorgelegt worden. Die provisorische Regierung sey bisher in der günstigen Lage gewesen, die vermehrten Staatsausgaben bestreiten zu können. Die außerordentlichen Ausgaben erheischten außerordentliche Auflagen, wie sich von selbst verstehe. Dies wären die drei Hauptvorlagen.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Rendsburg, 15. Juni. Vom Kriegsschauplatz ist nichts zu berichten. (Schl.-holst. Z.)

Rendsburg, 16. Juni. Von zwei bei Nübel gefangenen Dänen erfahren wir, daß der moralische Zustand der dänischen Armee sehr schlecht ist. Es fehlt das Vertrauen zu den Offizieren, welche sie mit fortdauernden Lügen hintergehen, die denn nach und nach an den Tag kommen. Wie am 25. April der Armee in Hadersleben offiziell bekannt gemacht wurde, daß Rendsburg von den Engländern eingenommen, so müssen jetzt immer Russen und Schweden aushelfen, um den gesunkenen Muth wieder zu heben. Ueberdieß sind die besten Offiziere gefallen, gefangen oder verwundet, im Ganzen über hundert, darunter allein zehn Stabsoffiziere. Offiziersaspiranten nehmen die erledigten Stellen ein. Löhnung war seit vierzehn Tagen nicht ausbezahlt, blecherne Bons müssen auf Alsen die Stelle des Geldes vertreten. Die Verpflegung war schlecht, von Fühnen mußte die Verproviantirung sowohl des Heeres als der ausgesogenen Alsener Bauern stattfinden. Daneben klagten sie über fortwährende Dislozirungen und Märsche, die sowohl früher auf Fühnen als später auf Alsen stattgefunden. (Tagbl.)

Freie Städte.

Frankfurt, 15. Juni. Die Abgesandten der demokratischen Vereine sind seit zwei Tagen in Frankfurt versammelt, ohne daß bis jetzt die kleinste Resolution aus ihren Berathungen hervorgegangen wäre. Vor allen andern Dingen ist es die Schamlosigkeit, mit welcher von dieser Seite her die antinationalsten Gesinnungen zur Schau getragen werden, welche einen Theil der Mitglieder der demokratischen Versammlung mit Eckel erfüllt. Wie wir hören, wird in diesem Augenblick ein Programm ausgearbeitet, welches den nationalen Gedanken und die Unterordnung unter den durch die Nationalversammlung vertretenen Gesammtwillen des Volkes an die Spitze stellt, und erst in dritter Reihe die republikanischen Ideen folgen läßt. Dieses Programm wird der demokratischen Versammlung vorgelegt werden und wenn sie dasselbe nicht annimmt, so verliert sie alle diejenigen Mitglieder, welche auf die Achtung ihrer Mitbürger und auf ihre eigene Achtung Anspruch haben. (Karlsr. Z.)

Frankfurt, 19. Juni. Hr. Peter, Abgeordneter aus dem Großherzogthum Baden zur deutschen Nationalversammlung, hat auf die Nachricht, die ihm durch einen Expressen überbracht wurde, daß die zweite Kammer der badischen Stände, deren Mitglied er ist, ihre Zustimmung zu seiner Verhaftung gegeben, Frankfurt eilends verlassen. Er hat sich, wie es heißt, vorerst nach Belgien begeben. (K. v. u. f. D.)

Lübeck, 15. Juni. Unter den Nachrichten, welche mit dem letzten Dampfschiff aus Malmö herübergelangt sind, ist jedenfalls die wichtigste, daß die Stimmung des schwedischen Volkes nicht nur, sondern auch des schwedischen Heeres mit jedem Tage für die dänische Sache ungünstiger, ja für die Stockholmer Regierung entschieden schwierig wird. Das schwedische Volk erklärt sich bereit, für jede vaterländische Sache Gut und Blut ein-

zusehen, für Dänemark bringt es nur mit Widerstreben Opfer, sieht es sich nur widerwillig der Gefahr ausgesetzt. Diese Stimmung ist im Lande die herrschende. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Oesterreich.

Wien, 13. Juni. Wir haben, dem Himmel sey Dank, ruhige Pfingstfeiertage überlebt. — Besorglich war man in diesen Tagen für die Aufrechthaltung der Ruhe in Baden. Der bekannte Radikale Häfner, Redakteur der „Konstitution", welchen die Arbeiter am 18. Mai wegen seiner Umtriebe aufknüpfen wollten und den die Studenten durch die nämlichen Arbeiter am 26. Mai, Nachts, aus dem Kerker im Triumph abholen ließen, war in Baden eingetroffen, und es hieß, er sey beschäftigt, eine Proskriptionsliste aller Adeligen und Reichen, die nach Baden geflüchtet, zu verfertigen. Man kann sich denken, welchen Schrecken ein solches Gerücht verursachen mußte. (Bresl. Z.)

Wien, 14. Juni. Die Erzherzogin Sophie, Mutter des Thronerben, ließ in diesen Tagen ihren ganzen Schmuck, der hier zurückgeblieben war, durch das Obersthofkämmereramt in die Schatzkammer niederlegen. Man will hierin ein Vertrauensvotum erblicken, welches dadurch den Wienern stillschweigend ertheilt wird. — Am Pfingstmontag war ein Studentenkommers in Heimbach, einige Stunden von Wien, dem ein großer Theil der Bevölkerung beiwohnte. Die Büste des Kaisers war auf einem Hügel aufgestellt und mit Blumen bekränzt. — Am 11. traf eine Anzahl von 150 deutsch gesinnten Pragern hier ein, um in ihrem und in dem Namen vieler Gleichgesinnten die Hilfe des Sicherheitsausschusses in Anspruch zu nehmen, gegen die täglich gewaltiger um sich greifende Zensur, welche die Czechen gegen alles Deutsche ausüben. Gestern folgte eine Deputation der eigentlichen Czechen, welche gekommen waren, um von dem Ministerium zu verlangen, daß alles Militär aus Prag entfernt werde. Sie geberdete sich bei diesem Ansuchen so insolent und anmaßend, daß sie von dem Sicherheitsausschusse buchstäblich aus dem Versammlungslokale die Treppe hinabgeworfen wurde. Im Odeon rissen diese Fanatiker die deutsche Fahne herunter und traten sie mit Füßen. Dazu kam noch, daß die Arbeiter mehrere böhmische Individuen selbst einbrachten, welche versucht hatten, sie aufzuwiegeln. Da wurden die Herren Deputirten ausgewiesen und ihnen bedeutet, daß nach 7 Uhr (gestern Abend) sich keiner derselben mehr in Wien blicken lassen durfe. — Der Adel scheint sich in Böhmen stark verrechnet zu haben. Er wähnte, sich des Volkes zu bedienen, um für sich selbst zu sorgen und statt dessen bediente sich das Volk seiner, um sich dem Hofe gegenüber (und angeblich immer in dem Interesse des Hofes) gesetzlich zu konsolidiren, nun es sich stark genug glaubt, gibt es den Adel Preis. (D. Z.)

Wien, 17. Juni. Die „Wiener Zeitung" enthält an ihrer Spitze ein kaiserliches Handschreiben, welches, das Abschiedsgesuch Pillersdorfs ablehnend, den Minister zur Bildung eines Ministeriums auffordert. Pillersdorfs Antwort darauf verschiebt seine Entscheidung darüber, ob er diesen Auftrag vollziehen könne zunächst auf die Rückkehr des Kaisers nach Wien, und knüpft sie überdieß an die Bedingung daß er Beruhigung darüber haben müsse, ob er das Vertrauen der österreichischen Völker besitze, daß er sich ferner der Mitwirkung jener Männer versichert halten dürfe, welche er zur Unterstützung bei diesem Geschäfte berufen werde, endlich, daß er mit Zuversicht und Vertrauen seine Kräfte der Befestigung und Entwicklung der konstitutionellen Freiheiten widmen könne, deren Gewähr eine so glorreiche Epoche der Regierung Sr. Majestät bezeichne."

Wien, 17. Juni. Bereits ist dem General Hrabowsky mittelst Dampfboot eine bedeutende Truppenverstärkung zugesendet worden; auch ist ein Theil der Szekler bis Arad vorgerückt, so daß eine baldige Unterdrückung des Aufstands zu hoffen ist. Zur wirklichen Befriedigung der Gemüther der nun so aufgeregten raizischen Bevölkerung wird es aber nothwendig seyn, große Konzessionen in Bezug auf die Sprache zu machen. Der ungarische Minister des Innern korrespondirt auch schon mit den Behörden in den vorwiegend raizischen Distrikten in raizischer Sprache. Heute ist aus Innsbruck die Nachricht eingelangt, daß Se. Majestät wegen plötzlicher Erkrankung den Reichstag nicht in Person eröffnen könne, und der Erzherzog Franz Karl den Kaiser dabei als Stellvertreter repräsentiren wird. (A. Z.)

Wien, 18. Juni. Man erfährt so eben durch Estafette aus Konstantinopel, daß es den russischen Emissären gelungen sey, die Donaufürstenthümer aufzuwiegeln. Sie sollen eine Nationalversammlung zusammenberufen, und die Frage des direkten Anschlusses an Rußland primo loco debattiren wollen. (?) (A. Z.)

Wien, 19. Juni. Die beiden Hofkommissäre, Feldmarschallieutenant Graf Mensdorff-Pouilly und Hofrath Kleczansky, sind von ihrer Mission nach Prag so eben zurückgekehrt, und ihr Bericht läßt nun das Benehmen des Feldmarschallieutenants Fürsten Windischgrätz gerechtfertigt erscheinen! Ja wie man versichert, soll man es seinem besonnenen Auftreten zu verdanken haben Böhmen vor einem blutigen Bürgerkrieg gerettet zu haben. Auch hier wäre noch mancher Schleier zu lüften, denn daß der Fürst Windischgrätz selbst als Theilnehmer der provisorischen Regierung bekannt und genannt war, ist nur zu gewiß. Ob wir aber die Lösung dieses Räthsels je erfahren werden muß dahin gestellt bleiben. Jedenfalls bildet dies ein Seitenstück zu der kroatischen Angelegenheit mit dem Banus Jellachich. (A. Z.)

Innsbruck, 20. Juni. Erzherzog Johann ist abgereist, das diplomatische Korps zerstreut sich; die meisten gehen nach Ischl, wohin der Hof wohl gleichfalls bald zu gehen gedenkt. Der Banus von Kroatien reist heute ab. Man hofft, daß eine Verständigung mit den Magyaren zu Stande kommen werde. Fürst Esterhazy soll eine sehr dringende Note deßhalb an das Ministerium nach Pesth haben abgehen lassen. Die Minister Doblhoff und Wessenberg folgen dem Erzherzog Johann nach Wien. Der Kaiser und Erzherzog Johann empfingen heute die tyrolischen Stände, die eine Adresse des Landtags überreichten. (A. Z.)

Aus Innsbruck wird gemeldet, daß die päpstlichen Gesandten Morichini und Viale Prela einen Waffenstillstand vorgeschlagen haben, um den Frieden zu vermitteln. Baron Wessenberg hat denselben angenommen und dießfalls Befehle an den Feldmarschall Radetzky erlassen. (Augsb. Abdz.)

Wien, 16. Juni. Heute sind durch den Telegraphen abermals traurige Berichte aus Prag eingelaufen; die Stadt wurde vom Grafen Mensdorff abermals beschossen und stehe an mehreren Orten in Brand. Meine gestrigen Mittheilungen über den illyrischen Aufruhr nach den Erzählungen eines Reisenden muß ich dahin ergänzen, daß die Stadt Carlowitz, der Hauptsitz des serbischen Aufstandes, vom General Habrowsky, nach dreimaliger Aufforderung sich zu ergeben, beschossen, mit Sturm genommen und die Aufrührer theils getödtet, theils gefangen oder versprengt wurden. (A. Z.)

Mehrere andere Wiener Briefe (die uns heute sehr verspätet zukommen) melden uns jenes Unglücksgerücht aus Prag auch; andere bezweifeln es: der Telegraph sey unterbrochen. Carlowitz soll ein Aschenhaufen, die südslavischen Provinzen im Aufstand seyn. Daß der Kaiser nicht zum Reichstag komme, wußte man in Wien; aber dort hieß es, Erzherzog Franz Karl werde sein Stellvertreter seyn. — In Pesth wurde — wie es scheint, wegen des illyrischen Aufstandes — am 15. Juni das Standrecht verkündigt. (A. Z.)

Prag, 16. Juni, Morgens. Die Kanonade dauerte gestern bis 9 Uhr Abends. So eben läßt Fürst Windischgrätz bekannt machen, daß er bisher nur Nachsicht geübt habe, daß er aber mit vollster Strenge handeln müsse, wenn man seinen Bedingungen, gänzliche Ergebung und Auslieferung der Waffen, nicht nachkäme. Ob eine Unterwerfung erfolgt, kann ich nicht sagen, fast bezweifle ich's, denn es scheint, als wolle die bisher neutrale Nationalgarde mit dem Volke gemeinschaftliche Sache machen. Dagegen hat der Fürst die Truppen und Geschütze der Festung Theresienstadt heute Nachts an sich gezogen. Abermals das Gerücht von dem Rücktritt des Fürsten. Ein ministerieller Abgeordneter soll angekommen seyn, um zu pazifiziren. Wehe für Oesterreich, wenn es mit solchen Feinden unterhandelt, ehe sie ganz besiegt sind. Im ganzen Lande geht keine Post, die Grenzen aber sollen offen seyn. Gott gebe eine baldige Aenderung zum Guten! Baron Villani, Kommandant der Swornost, soll sich versteckt haben, der Wirth Faster soll Landleute bei Pilsen anwerben. Nachschrift. Faster wurde gestern bei Beraun verhaftet, aber wieder in Freiheit gesetzt. (A. Z.)

Die wenigen Reisenden, die am Abend des 16. Juni aus Prag, wo ihr Fortkommen mit Lebensgefahr verbunden war, in Dresden ankamen, brachten die Nachricht, daß das Bombardement derjenigen Stadttheile, welche sich noch nicht ergeben, sehr stark fortdaure. Fürst Windischgrätz hat das Kommando wieder übernommen und Befehl von Wien erhalten, mit der größten Energie zu verfahren. Die Stadt wurde am 15. Juni Abends 9 Uhr beschossen, nachdem man die ruhigen Bürger, die Frauen und Kinder aufgefordert hatte, vorher die Stadt zu verlassen. Das Bombardement ward darauf nach und nach mit steigender Heftigkeit eröffnet. Zuletzt soll mit 80 Kanonen geschossen worden seyn, gegen 18,000 Mann sind in und bei Prag zusammengezogen. Der Kampf ist sehr schnell durchaus ein Kampf der Czechen gegen die Deutschen geworden, und zwar unter Trennung der Ultraczechen von der aristokratischen Partei. Die deutsche Bürgerwehr steht auf Seite der Truppen. Dabei sollen die deutschen Demokraten in der eigenthümlichen Lage sich befinden, auf Seite des auch ihnen mißliebigen Militärs zu kämpfen. Der Fanatismus und die scheußlichen Greuelthaten der Czechen sollen kaum zu schildern seyn. Gewiß wird das Militär siegen; anderenfalls wären die Deutschen in Böhmen verloren. Die Czechen haben in den von ihnen noch besetzten Stadttheilen die „Republik" ausgerufen, und die noch bei ihnen stehende provisorische Regierung will lieber unter den Trümmern fallen als sich ergeben. Mehrere hundert Soldaten (böhmische) sind zu ihnen übergegangen. Graf Leo Thun ist aus seiner Haft freigegeben. Faster soll nicht gefallen, sondern geflohen seyn und die ganze Landschaft gegen die Deutschen alarmiren. Daher ist auch für die deutsche Volksversammlung in Außig die Aufforderung ergangen, gegen einen Czechenüberfall Vorsicht zu gebrauchen. Solche Befürchtung scheint zu weit gegangen, da in der Nähe von Außig alles deutsch und die Bürger bewaffnet sind. (D. Z.)

Prag, 17. Juni. Die am 15. Abends abgeschlossene Kapitulation wurde von den Aufrührern fortwährend durch Feuern auf das Militär verletzt, da die Studenten und Bauern, gestützt auf den Beistand des fanatisirten Pöbels, sich nicht ergeben wollten. Da wurde gestern Abend auf die Mühlen, von wo aus am meisten auf das Militär geschossen wurde, Zündraketen geworfen, so daß diese über Nacht niederbrannten; das wirkte! Seit heute Morgen wurden die Barrikaden abgetragen und Mittags 12 Uhr begann der Einzug des Militärs, bis zu welcher Zeit alle Waffen bei Todesstrafe abgeliefert seyn mußten. (Augsb. Abdz.)

Prag, 18 Juni. Die verhängnißvolle Katastrophe ist vorüber; die tschechische Partei hat den lange schon vorhergesehenen Kampf wagen müssen, weil die geheimsten Fäden ihres Komplottes der Regierung bekannt waren, und diese ihr zuvorkam. Der Kampf war furchtbar, er wäre es noch mehr gewesen, wenn er nur wenige Tage später begonnen hätte. Die Summe der ganzen Bewegung läßt sich in die wenigen Worte zusammenfassen: der Slavenkongreß ist mit Kanonen aufgelöst worden, und mußte sich überzeugen, daß in der böhmischen Bevölkerung keine Sympathien für ihn zu finden sind. (A. Z.)

Briefe aus Triest vom 16. und 17. Juni melden, daß der Militärkommandant das Standrecht hatte verkündigen lassen. Die feindliche Flotte lag fortwährend auf der Höhe von Pirano und hielt Triest strenge blokirt. Die Stadt litt unsäglich darunter, nicht minder Istrien und Dalmatien, die von dem Verkehr mit Triest leben. (A. Z.)

Triest, 18. Juni. Heute haben die englische Kriegsfregatte „Spartan", Kapitän Symonds, mit 240 M. und 24 Kanonen und die englische Kriegsbrig „Harlequin", Kapitän J. Moor, mit 130 Mann und 14 Kanonen, beide in zwei Tagen von Ankona kommend, auf unserer Rhede Anker geworfen. (J. d. öster. Lloyd.)

Oesterreichische Monarchie.

Die Stadt Carlowitz, der Hauptsitz des serbischen Aufstandes, wurde vom General Hrabowsky, nach dreimaliger Aufforderung sich zu ergeben, beschossen, mit Sturm genommen und die Aufrührer theils getödtet, theils gefangen oder versprengt. — Mehrere andere Wiener Briefe sagen, Carlowitz soll ein Aschenhaufen, die südslavischen Provinzen in Aufstand seyn. — In Pesth wurde — wie es scheint wegen des illyrischen Aufstands — am 15. Juni das Standrecht verkündigt. (A. Z.)

Digitized by Google

Italien.

Innsbruck, 18. Juni. Eilftes Bülletin. Der Feldmarschall Graf Radetzky hat Mir aus seinem Hauptquartier Verona am 15. d. nachstehende Mittheilung gemacht: „Nach allen hier eingetroffenen Nachrichten hat der Sieg bei Vicenza und die Einnahme dieser Stadt die schönsten Rückwirkungen auf die Beschwichtigung der revolutionären Stimmung der Städte im Venetianischen gehabt. Padua hat auch seine Thore dem mit der Brigade Friedrich Liechtenstein dahin vorgerückten Korpskommandanten Feldmarschallieutenant Baron d'Aspre eröffnet. Es ist somit bloß die Blokade Venedigs von der Landseite nothwendig; der übrige Theil der Terra ferma aber kann mit Ausnahme von Palmanuova und Osoppo als gänzlich unterworfen angesehen werden. Von hier ist nichts besonders Neues zu melden. Das 2. Korps besetzt Vicenza und hat die Val Arsa eröffnet. Das 1. und Reservekorps steht in und um Verona, das 3. Korps unter Feldmarschallieutenant Graf Thurn bei Roveredo. Der Feind hat zwar noch Rivoli und die Chiusa besetzt, ist jedoch nicht weiter als südlich von Peri und Rivalta vorgedrungen. Vor meiner Front machte der Feind dieser Tage einige Scheinbewegungen um jene gegen Tirol zu decken, doch blieb es bei denselben, und er ist heute wieder in seine alte Stellung bei Sona und Somma Campagna zurückgekehrt.“ Weiters wird mir aus Verona gleichfalls vom 15. d. gemeldet: „Gestern fand auf unserer Vorpostenkette gegen Somma Campagna eine kleine Rekognoszirung von unserer Seite statt, wobei von einer Schwadron Uhlanen 18 piemontesische Lanziers gefangen und bei 30 andere getödtet und verwundet wurden. Der piemontesische Schwadronskommandant blieb auch todt auf dem Platze. Von unserer Seite wurde der Uhlanenlieutenant Horvath schwer und mehrere von der Mannschaft nur leicht verwundet, übrigens wurde kein Mann getödtet oder gefangen.“ Erzherzog Johann. (A. Z.)

Nach Briefen aus Innsbruck vom 19. Juni war dort das Gerücht verbreitet, Rivoli befinde sich wieder in Besitzung der österreichischen Truppen. Der Kaiser litt fortwährend an nervösen Anfällen. Die kroatische Deputation am Hoflager erklärte sich laut und entschieden gegen jeden Antheil an den tschechischen Umtrieben in Prag, durch die so schreckliches herbeigeführt worden. (A. Z.)

Belgien.

Brüssel, 14. Juni. Belgien hat abermals eine wichtige Probe bestanden. Die Wahlreform hatte die Zahl der Wähler verdoppelt. Man fragte sich, wem die neuen Wähler folgen würden: den Retrograden oder den Radikalen. Die Antwort liegt klar, unzweideutig vor uns: die neuen Wähler haben sich sämmtlich um die Fahne der Konstitution und des Fortschritts geschaart, und die liberal-konstitutionellen Kandidaten als die wahren Vertreter des Volkswillens und der Volkswünsche mit unermeßlicher Stimmenmehrheit ausgerufen. Brüssel ging mit gutem Beispiele voran. Die Kandidaten der „Assoziation liberale“ gingen sämmtlich mit 4600 bis 5300 Stimmen aus der Urne hervor, während die Kandidaten der „Allianze“ kaum 300 bis 800 Stimmen zählten. Die Retrograden hatten sich hier nicht einmal auf den Kampfplatz gewagt. Das Resultat des Skrutiniums wurde unter ungeheuerem Beifallsrufen aufgenommen. Einige Bülletins trugen die Worte: Keine Republik! In Antwerpen war der Sieg der Liberalen nicht weniger glänzend. (Köln. Z.)

Frankreich.

Paris, 16. Juni. Der spanische Gesandte in London, Hr. Isturitz ist hier angekommen. Lord Palmerston hat ihm zwar nicht seine Pässe geschickt, aber ihm angezeigt, daß er alle diplomatischen Beziehungen mit ihm abbreche, worauf Isturitz sogleich abreiste.
(K. v. u. f. D.)

Paris, 17. Juni. Seit gestern gewinnt das Gerücht, als beabsichtige Lamartine sich von seinem Posten zurückzuziehen, einige Haltbarkeit. Es sollen nicht nur politische, sondern auch Gesundheitsrücksichten seyn, die den verehrten Mann zu diesem Schritt bewegen. (A. Z.)

Paris, 17. Juni. Nach der Presse ist die Zahl der Häuser, die ihre Zahlungen einstellen mußten, welche Ende Aprils 1500 betrug, seitdem auf 6000 angewachsen! (Fr.-O.-P.-A.-Z.)

Paris, 18. Juni. Ein Dekret der Vollziehungskommission im Moniteur erhöht die Anzahl der Linienschiffslieutenants erster Klasse von 110 auf 325. — Mehrere Blätter machen darauf aufmerksam, daß seit acht Tagen die Auslegekasten der Geldwechsler mit russischen Goldstücken, die sonst hier sehr selten vorkommen, völlig überschwemmt sind. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Paris, 19. Juni. Man will wissen, Ludwig Napoleon sey vor fünf Tagen in Paris auf handhafter That als Aufwiegler betreten und verhaftet worden und die Vollziehungskommission habe ihn nur unter der Bedingung in Freiheit gesetzt, daß er auf seine Wahl als Volksvertreter Verzicht leiste. Der in der Sitzung vom 17. vorgelesene Brief des Prinzen sey die Folge dieser Uebereinkunft gewesen. (Karlsr. Z.)

Mehrere Journale melden, daß sämmtliche Forts um die Hauptstadt jetzt von den Mobilen und den Linientruppen besetzt sind. Der Artilleriedienst ist auf folgende Art organisirt. Die Ringmauer und die Forts sind in drei Bezirke abgetheilt, die unter der allgemeinen Artilleriedirekti.n von Paris stehen und über die je ein Oberoffizier als Befehlshaber gesetzt ist. Der erste Bezirk begreift die Ringmauer des rechten Ufers zwischen Bercy und dem Kanal de l'Ourcq, nebst den Forts Charenton, Vincennes, St. Maur-Nogent, Rosny und Romainville, es heißt der östliche Artilleriebezirk. Der zweite ist der Nordbezirk, er umfaßt die Ringmauer vom Kanal de l'Ourcq an und die Forts St. Denis und Aubervilliers. Zum Südbezirk endlich gehört die Ringmauer des ganzen linken Seineufers nebst den Forts Ivry, Bicêtre, Montrouge, Vanvres, Issy und der Festung Mont-Valerien.

Großbritannien.

London, 14. Juni. „Times“ haben einen Artikel über Schleswig-Holstein, der sich sehr feindlich gegen Deutschland ausspricht und folgende Stellen enthält: „Dänemarks Angelegenheit konnte mit Sicherheit auf die Stütze mindestens einiger der bedeutendsten nördlichen Mächte rechnen; und die angreifende Politik Deutschlands war nicht nur darauf berechnet, ihm seine nordischen Nachbarn zu entfremden, sondern auch zwischen den Ansichten und dem Benehmen Deutschlands und Englands ernstliche Differenzen zu schaffen. Nachdem das Blatt hierauf den Beschluß der konstituirenden Reichsversammlung zu Frankfurt und die von General Wrangel wieder ergriffene Offensive mißbilligend erwähnt hat, fährt es fort: In politischer wie in geographischer Beziehung sind Jütland und Schleswig nur eine Sackgasse, die keinen andern Ausgang hat als ihren Eingang. Der Kaiser von Rußland und seine Politik wird hingegen unbedingt gepriesen. Es fiele demselben nicht ein, mit den 230,000 Mann russischer Truppen, die am Niemen und in Polen ständen, jetzt in Deutschland einzufallen. Aber es hätte nichts Unbesonneneres von Deutschland geschehen können, als durch die Besetzung Schleswigs und den Angriff auf Jütland einen Kriegsfall mit Rußland zu schaffen, während man nichts versäumen dürfte, um den allgemeinen Frieden zu erhalten. Es wäre dies, meint der englische Journalist, geradezu eine wahnsinnige Handlung, und Deutschland möchte leicht den Kürzeren dabei ziehen. Die größte Gefahr dabei wäre, daß er die Deutschen den Franzosen in die Arme werfen würde, und die Gegenwart Arago's in Berlin sollte eher eine Warnung, wie eine Versuchung für das deutsche Volk seyn. Der Artikel schließt mit den Worten: so lange Schleswig nicht geräumt ist, steht Preußen, dem ganzen übrigen Europa gegenüber, in einer falschen und gefährlichen Stellung da. Diese Sprache, welche das englische Blatt so nie gegen Sardinien führte, erlaubt es sich jetzt gegen Deutschland und Preußen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Die neuesten englischen Blätter „Times“ und „Daily News“ besprechen dieses in einem gegen Deutschland freundlichen, jenes in feindlichem Sinne, den Krieg in Schleswig. Beide anerkennen das vollständige Fehlschlagen der englischen Vermittlung. Während aber nach dem Daily News der Rückzug der Preußen in Folge der englischen Vermittlungsvorschläge stattfand, versichern die Times: „Die rückgängige Bewegung Wrangels war nicht das Resultat der Palmerston'schen Vorschläge, die damals in Berlin und Kopenhagen kaum bekannt seyn konnten, sondern der entschiedenen Erklärung des russischen Kabinets, unterstützt von einer ebenso entschiedenen Note des schwedischen Gesandten.“ Nach beiden Blättern ist es diese russische Erklärung, auf welche gestützt das dänische Kabinet die englische Vermittlung verwarf. Demnach wäre unser Krieg gegen Dänemark fortan ein Krieg gegen Rußland, oder vielmehr gegen den Herrn Schwager in Petersburg.

London, 16. Juni. Aus einer von Lord John Russell in der gestrigen Sitzung der Gemeinen abgegebenen Erklärung geht hervor, daß die Abreise des spanischen Gesandten Isturiz nicht in Folge einer Zurückberufung Seitens der spanischen Regierung erfolgte, sondern daß er von der englischen Regierung in Folge eines Briefwechsels mit dem spanischen Kabinet fortgeschickt wurde (dismissal). Also förmlicher diplomatischer Bruch mit Spanien.

Türkei.

Konstantinopel, 7. Juni. Reisende, die gestern mit dem Donaudampfboot hier ankamen, versichern, daß man in Galacz den Einmarsch russischer Truppen auf den 6. d. sicher erwartete. Alles zum Brückenschlagen nöthige, Pontons rc., hielt man schon seit längerer Zeit dort stets in Bereitschaft. (A. Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Samstag den 24. Juni: (Neu einstudirt:) „Der Schnee,“ komische Oper, Musik von Auber.

Sonntag den 25. Juni: „Geistige Liebe,“ Lustspiel von Dr. Lederer. Hierauf: „Die Waldnymphe,“ großes pantomimisches Ballet v. Henzl. Musik v. Grotberthaler.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Schattermann, Justizkanzleidirektor v. Kreuzwertheim; Graf Thun v. Prag; Marquis Bariso v. Mailand; van der Trad, Privatier, und Dr. Braunek von Amsterdam; Graf Brenner v. Wien.

Gold. Hirsch. HH. Clarke, Parker u. Allemon, Rentiers aus Amerika; Baron v. Stolzenberg; v. Ringelmann von Altenburg; v. Bißling v. Bologna.

Gold. Hahn. HH. Blanes, Rentier v. Augsburg; Küß, Kaufmann v. Winterthur; v. Scheierl, Beamter v. Leipzig.

Gold. Kreuz. HH. Hepter, k. Kreis- und Stadtgerichts-Rath v. Bamberg; Baillez, Kaufmann v. Waldsassen; Grehle, Kaufmann v. Erfurt.

Blaue Traube. HH. v. Besserer, Hauptmann v. Baireuth; Ritter v. Sturm, Rittmeister von Landshut; Ottermann und Heilig, Priester v. Lüttich; v. Knapp, Appellationsgerichtsdirektor v. Freising; Trewitzsch, Maler v. Berlin; Trewitzsch, Buchdrucker v. Frankfurt; Tardiz, Proprietär v. Dijon; Zelwotnowil und Nušalick, Kaufleute, Smentrowack, Bürgermeister, und Groodanowil, Komitatsbeisitzer v. Karlsstadt in Kroatien.

Stachusgarten. HH. Albrecht, Pfarrer v. Frankfurt; Dietz, Privatier v. Augsburg; Lang, Lehrer v. Gunzelfing; Steg, Privatier v. Nürnberg; Schweitzer, Fabrikant v. Aichach

Getraute in München.

HH. Johann Gettele, Schuhmachergeselle, mit Anna Zwanzger v. h.; Augustin Jocher, Justizministerialbote dahier, mit Maria Eva Merahert, Lederertochter v. Donauwörth; Jos. Brüner, herrschaftlicher Bereiter, mit Kath. Pfeffer, Gärtnerstochter v. h.; Ulrich Rath, Schmidgeselle dah., mit Jos. Tischler, Schneiderstochter v. h.; Heinr. Fr. Lav. Gampenrieder, bgl. Goldarbeiter und Juwelier dah., mit Frl. Anna Klara Karllager, Kaufmannstochter v. h.; Joh. Bapt. Ströll, Bankkonsulent dah., mit Frl. Julia v. Schlichtegroll, königl. Reichsarchivsadjunkten- und Hofrathstochter v. hier; Johann Böhm, b. Hausbesitzer dah., mit Magd. Fahn, Gütlerstochter v. Waal, Landg. Pfaffenhofen; Georg Schwaiger, Steindruckersgehilfe, mit Maria Haltmayr, Gütlerstochter von Berg, Ldg. Aibling; Wolfgang Popp, Ministerialfunktionär dah., mit Kath. Deschler, Schmiedmeisterstochter v. Eiting; Joh. Jakob Präg, Eisenbahnwärter in Ramahofen, mit Marg. Theresia Hausknecht, Fuhrmannstochter v. Neustadt an der Waldnab.

Gestorbene in München.

Joseph Alam, Vizekorporal im k. Infanterie-Regiment Kronprinz, 30 J. alt; Johann Georg Stecher, Soldat im Infanterie-Leibregimente, 23 J. alt; Kath Fasenreiter, Lohnkutscherknechtswittwe v. h., 77 J. alt; M. A. Marr, Bataillonstambourfrau v. h., 29 J. alt; Peter Köhler, Zeltenbäckergesell v. Neu-Isenburg in Darmstadt, 29 J. alt; Jos. Neumaier, Viehhändler v. Bogenhausen, 43 J. alt; Susanna Kalb, Bäckerstochter v. Georgensgmünd, 25 J. alt; Joseph Schönmesser, Hoftheaterfeuerwächter v. h., 53 J. alt; Marg. Huber, Zimmermannstochter v. h., 78 J. alt.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 165.

Münchener politische Zeitung.

Man pränumerirt auf die Nr. 3 in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Knödel-Gasse Nro. 2; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonnabend XLIX. Jahrgang. 24. Juni 1848.

Deutschland.

Die „Frankfurter Oberpostamtszeitung" nennt als die drei Fürsten, welche das Bundesdirektorium übernehmen würden, Erzherzog Johann, Prinz Wilhelm von Preußen, Oheim des gegenwärtigen Königs von Preußen und den Prinzen Luitpold von Bayern.

Frankfurt, 19. Juni. Einen wehmüthigen Eindruck machte in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung der alte Hofrath Behr aus Würzburg, einstmals ein glänzender Redner und gefeiertes Mitglied der bayerischen Ständekammer, jetzt ein hinfälliger Greis, den Alter und hartes Schicksal völlig gebeugt haben. Er sprach — zwar mit einem sehr würdigen Anstand, mit rührendem Ausdruck in dem noch immer geistvollen Antlitz — aber mit so kraftloser Stimme, daß ihn fast kein Mensch verstand, auch nicht die zunächst Sitzenden. Der Präsident, der ihm gespannte Aufmerksamkeit schenkte, hatte die Gefälligkeit, den Sinn der Rede Behrs der Versammlung in kurzen Worten zu wiederholen; ihr Inhalt war durchaus versöhnender Art. Bis jetzt haben die bayerischen Abgeordneten auffallend wenig gesprochen, wofür man ihnen im allgemeinen Interesse beinahe Dank wissen muß, da der Zudrang zur Rednerbühne zum Erschrecken groß ist, und durch Abstimmung im rechten Sinn dem deutschen Volk ein besserer Dienst geschieht als durch übertriebene Redseligkeit, durch endlose Verlängerung der Debatten. Rotenhan, Hegnenberg, die in München nicht eben schweigsamen Herren Dekane Bauer und Vogel haben bis jetzt noch kein Wort gesprochen. Fallmerayer leidet an fortwährender Heiserkeit und Hustenreiz, der ihn seit seiner letzten stürmischen Pontusfahrt nie ganz verlassen, und in Deutschland sich verschlimmert hat. Er spricht davon, seinen hiesigen Posten, wo er sich in jeder Hinsicht unbehaglich fühlt zu verlassen und nach Cairo zu gehen, um sich durch ein anhaltendes ägyptisches Luft-Schwitzbad zu kuriren. Ich dachte mirs gleich als ich Fallmerayers Wahl gehört, daß der Fragmentist hier schwerlich auf der rechten Stelle sey. Der Feind, den er mit den Waffen seiner rosig-giftigen Ironie so viele Jahre rastlos bekämpfte, liegt jetzt zu Boden und nun weiß er kaum, gegen wen er sie künftig kehren soll. In der Slavenfrage hoffen wir gleichwohl seine Jungfernrede, die zu gleicher Zeit sein parlamentarischer Schwanengesang seyn dürfte, zu hören, wenn ihn sein Halsübel nicht davon abhalten wird. Von bayerischen Deputirten wird, so viel ich weiß, nur Dr. Tüns gegen den Antrag über die Zentralregierung sprechen. Im ganzen sind 113 Redner eingeschrieben. (A. Z.)

In der Sitzung der Reichsversammlung vom 20. d. wurde, wie bereits gemeldet, nach Fassung des Beschlusses über Triest, die Debatte über die Exekutivgewalt fortgesetzt, die nicht zum Schlusse kam. Eben sollte die Sitzung geschlossen werden, da erregte die Anfrage des Vizepräsidenten wegen einer Nachmittagssitzung rücksichtlich des Schilling'schen Antrages über Böhmen einen wahren Sturm in der Versammlung. Schmerling erklärte als Bundespräsidialgesandter, daß Preußen, Sachsen und Bayern bereits Ordre erhalten, auf den Hülferuf Oesterreichs nach Böhmen zu marschiren. (Beifall.) Venedey: Man vergesse nicht, daß es ein Bürgerkrieg sey, man führe ihn mit Milde. Kuranda: Ich kam gestern von Dresden, Prag brennt, liegt halb in Trümmern. Wir müssen vor Allem dafür sorgen, daß Oesterreich energisch handle und kein gefährliches Spiel treibe. Wiesner: Der Bundestag säumt, nicht erst auf Oesterreichs Hilferuf, sogleich sollen die Truppen einmarschiren. Wenn Nachmittag nicht Sitzung anberaumt würde, sollte wenigstens Eine Fraktion sich versammeln. (Murren.) Der Vizepräsident: Eine Fraktion ist nicht die Nationalversammlung. Vogt: Des Redners Willen sey nicht der seine und der seiner Freunde. Aber allerdings waren die Maßregeln des Bundestags die des Zauderns. Sogleich müsse gehandelt werden. Auch mache er darauf aufmerksam, daß in Böhmen in den Kampf der Deutschen und Tschechen sich aristokratische Elemente gegen demokratische mischten. Er nenne den Fürsten Windischgrätz, der aber jetzt allerdings abgetreten. Das Parlament solle echt deutsche Männer als Gesandte hinschicken. Die Versammlung verlangt augenblickliche Diskussion. Zuerst sprach Venedey, der seine bereits angegebenen Ansichten weiter ausführte. Drei Proklamationen, eine an die Tschechen, eine an die Deutsch-Böhmen und eine an das Heer sollten von der Nationalversammlung erlassen werden. Beseler beantragt Ueberweisung an den slavischen Ausschuß zur schleunigen Berichterstattung. Man solle keine Kriegserklärung improvisiren. Kuranda: (Er erzählt einem der Abgeordneten, dessen Vater wahrscheinlich erschossen worden, nur nur die Ultratschechen seyen gegen die Deutschen, nicht aber die besitzenden Bürger oder Landleute,) meint, man solle Oesterreich nur handeln lassen. Lychnowski entgegnet an Vogt: Wenn man auch eine Kaste hasse, so wäre es doch unklug, einen General zu tadeln, der Recht gethan; General Schußer und General Schneider hätten eben so handeln müssen. Nachdem noch Amendements gestellt worden, wurde Beseler's Antrag angenommen. Die Sitzung dauerte von 9 bis 3½ Uhr.

(N. W. Z.)

Bayern.

Dem „Nürnberger Korrespondenten" wird aus München geschrieben: „Dem Gesetzgebungsausschuß der Kammer der Reichsräthe wurde gestern vom Staatsministerium der Justiz ein Gesetzentwurf: die Abänderung einiger Bestimmungen des I. Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend, vorgelegt, und dem gleichen Ausschuß der Kammer der Abgeordneten der Gesetzentwurf: die Einführung der Schwurgerichte betreffend. Die Ausschüsse werden heute eine Sitzung halten, um ihre Referenten zu ernennen."

München, 22. Juni. Die gestern erwähnte berathende Versammlung der hiesigen Studentenschaft hat stattgefunden und zu folgenden Ergebnissen geführt: 1) Es sind wirklich, wie die Aussagen vieler Studirenden darthun, Uebergriffe geschehen, und zwar nicht veranlaßt durch einen Befehl des Ministeriums, sondern durch Rohheit und Vollmacht-Ueberschreitung einzelner militärischer und polizeilicher Personen, die sich zum Theil bis zu persönlichen Beleidigungen herabließen, und Viele, wie sich später herausstellte, unschuldig arretirten. Die Belege zu diesen Behauptungen werden sofort durch eine niedergesetzte Kommission der Studenten gesammelt und 2) in Betreff dieser Vorfälle geben sofort die Studirenden (insofern die heute stattgefundene Versammlung den Willen der Mehrzahl der Studentenschaft vertreten kann) eine Klageschrift an's Ministerium, in welcher sie in bündigen und scharfen Ausdrücken Genugthuung fordern. 3) Da bei den gestrigen Vorkommnissen auch das Vorrecht der Studirenden, durch Ablieferung ihrer Legitimationskarten persönlicher Festnehmung und Transportirung auf die Polizei zu entgehen, nicht anerkannt wurde, so geben sofort die Studirenden diese ihre Legitimationskarten dem Universitäts-Senate zurück, als einen für sie bedeutungs- und geltungslos gewordenen Gegenstand. Bereits in der Versammlung selbst noch wurde eine große Anzahl Karten abgegeben; die Ablieferung der übrigen erwartet man in den nächsten Tagen. Sämmtliche Karten sollen, wie es heißt, in ein Behältniß gepackt mit dem nöthigen Erklärungsschreiben versehen dem Senate überschickt werden. (A. Abdz.)

* München, 23. Juni. Heute ist uns die Probenummer der „Neuen Berliner Zeitung" zugekommen, welche laut ihres Programms „festhalten wird an dem konstitutionell-monarchischen Prinzip, und sich bemühen will, den Inhalt und die Konsequenzen desselben frei und offen zu allgemeiner voller Berechtigung und Anerkennung zu bringen, zu der Anerkennung, welche die Beseitigung aller Stürme der Gegenwart, die Wiederkehr der gesetzmäßigen Ordnung und die Schöpfung einer starken Verfassung zur unmittelbaren Folge haben wird."

* München, 23. Juni (Nachmittags). Ein heute Vormittags 10 Uhr an allen Straßenecken angeklebtes Plakat verursachte vielseitige Unruhe und Aufregung. Es war überschrieben: „An die Katholiken Bayerns!*)" und enthielt die Aufforderung, durch Unterzeichnung einer auf dem Rathhaussaale sowohl, als auch in Haidhausen und Giesing aufliegenden Adresse an die konstituirende Versammlung zu Frankfurt „zur Wahrung des katholischen Glaubens"; ohne daß der Drucker genannt**) oder daß ausgedrückt gewesen wäre, von wem eigentlich der Aufruf ausginge. An vielen Plätzen wurde das Plakat sogleich abgerissen, was mitunter zu Thätlichkeiten Anlaß gab. Der Rathhaussaal füllte sich bald mit Menschen, welche größten Theils der niedersten Klasse angehörend, unter dem Rufe: „Wir wollen uns nicht lutherisch machen lassen!" die dortige Adresse unterzeichneten. Gegen 1 Uhr trat jedoch ein Redner auf, der die Frage stellte, von wem die Adresse eigentlich ausginge? Ob von der Geistlichkeit, oder von einem Klubb? Im ersteren Falle sey der Rathhaussaal nicht der Ort zum Unterzeichnen, der andere Fall sey nicht wohl anzunehmen, da ein Klubb nicht unterzeichnet sey. Die bereits mit vielen Unterschriften bedeckten aufliegenden Bogen***) wurden zerrissen, und so der ferneren Unterzeichnung ein Ende gemacht. Daß es dabei etwas stürmisch herging, läßt sich denken. In Folge dieser Auftritte ist der Saal geschlossen worden. Noch immer (4 Uhr Nachmittags) stehen Gruppen vor dem Rathhause. Dieß ist der einfache Hergang der Sache, welche wir ohne allen Kommentar unsern Lesern mittheilen, nur eines bemerkend, daß wir befürchten, es möchte dieser erste Versuch nicht der letzte bleiben! — So eben erfahren wir, daß auf heute Abend eine Volksversammlung auf den Franziskanerkeller in der Au ausgeschrieben ist, um daselbst die Adresse in jedem Sinne zu besprechen.

*) Warum nicht Münchens? Oder sind vielleicht auch an andern Orten derlei Adressen für den heutigen Tag vorbereitet gewesen? A. d. R.

**) So viel uns bekannt ist, haben sich die hiesigen Drucker vereinigt, nichts zu drucken, ohne den Namen des Druckers anzugeben. A. d. R.

***) Kinder von 6 Jahren haben unterzeichnet! A. d. R.

* München, 24. Juni. Die durch das gestrige Plakat (s. München, 23. Juni) hervorgerufene Aufregung machte für die Nacht eine größere Truppenentwicklung, als seit längerer Zeit der Fall war, nothwendig. Die Ruhe der Stadt wurde indeß, so viel uns bekannt ist, nicht gestört. Das Ergebniß der Volksversammlung in der Au werden wir morgen nachbringen, wenn es einigermassen von Interesse ist.

* München, 24. Juni. So eben erhalten wir die betrübende Kunde von dem plötzlichen Tode Ihrer k. Hoh. der verwittweten Frau Kurfürstin von Bayern. Auf einer Reise von hier nach Salzburg begriffen hatte sie gestern Nachmittags halb 2 Uhr das Unglück, daß ihr Wagen an dem Berge hinter Wasserburg von einem Salzfuhrwerke, dessen Hemmkette zerriß, umgeworfen und sie selbst herausgeschleudert wurde. Wenige Minuten nach dem Sturze war sie verschieden. Ihre k. Hoheit stand im 72. Lebensjahre. Der Kutscher und der Bediente sollen unbeschädigt geblieben, dagegen die Kammerfrau schwer verletzt worden seyn.

Württemberg.

Stuttgart. Se. Majestät haben, vermöge höchster Entschließung vom 19. Juni genehmigt, daß alle Soldaten des k. Truppenkorps für die Zukunft mit „Sie" angeredet werden sollen.

Stuttgart, 20. Juni. Von der freien Presse eines aufgeklärten Volkes hat eine freisinnige nur nach dem Wohl des Vaterlandes strebende Regierung das Recht, kräftige Unterstützung ihrer redlichen Bestrebungen und Absichten zu erwarten. Nicht Lobeserhebungen, nicht unbedingte Billigung aller ihrer Ansichten und Maßregeln verlangt eine ehrliche Regierung von der Presse. Sie nimmt von ihr einsichtsvolle sachkundige Prüfung, begründeten Tadel, zweckmäßige und überdachte Anforderungen und Mahnungen gern und dankbar an; aber sie muß es, im Interesse des Vaterlandes, wie der Presse selbst tief beklagen, wenn diese durch Persönlichkeiten, Gehässigkeiten und Verdächtigungen Mißstimmung und Unbehagen zu verbreiten, das Vertrauen zu untergraben sucht, und namentlich durch das leichtsinnige Heraufbeschwören des so leicht zu zitirenden Gespenstes der Reaktion, der wirklichen und leibhaftigen Anarchie, bewußt oder unbewußt in die Hände arbeitet. Die in solchem Verfahren der Presse liegende von vielen verkannte Gefahr veranlaßt mich, an meine Mitbürger ein offenes Wort zu richten. Beim Hinblick auf die Erzeugnisse eines nicht geringen Theils unserer württembergischen Tagespresse kann man sich der Ueberzeugung nicht erwehren, daß sie der Regierung im Ganzen das Zutrauen des Volks durch die Verbreitung gehässiger Gerüchte und Zuflüsterungen durch Aufhetzungen, durch Verkehrung aller gesunden Begriffe von Freiheit, Recht, Gesetz und Sittlichkeit zu entfremden suche. Die Regierung ist zwar entschlossen, wie es ihre Pflicht ist, in geeigneten Fällen das Einschreiten der Gerichte gegen die von der Presse begangenen Vergehen anzurufen; zugleich muß aber auch der gesunde und rechtliche Geist des Volkes selbst sich gegen die Einflüsterungen und Gehässigkeiten der unter der Maske der Freiheits- und Vaterlandsliebe einhergehenden Zügellosigkeit erheben. Für verpflichtet erachte ich mich, meine Mitbürger daran zu erinnern, daß sie bei dem Umsichgreifen einer Presse, welche die Handhabung der Gesetze zu erschweren sucht, nicht neutral bleiben dürfen, daß sie einem schweren Irrthume anheimfielen, wenn sie in den offenen oder versteckten Angriffen gegen Gesetz und Recht, eine Wahrung und Erweiterung ihrer Freiheit erblickten und sich der Schwächung des Ansehens der Gesetze und der Staatsgewalt als ihres Sieges freuten. Ich halte es für die Pflicht des freiheits- und vaterlandsliebenden Bürgers, besonders in Zeiten der politischen Bewegung und Aufregung, nicht den thatlosen und stummen Zuschauer zu machen, sondern durch Wort und That, durch seine politische und sittliche Haltung die Sache der wahren gesetzmäßigen Freiheit und des Vaterlandes mit Entschiedenheit zu unterstützen, das gesetzlose, Ordnung und Vertrauen untergrabende Treiben der falschen Propheten der Freiheit in jeder Gestalt mit Entrüstung zurückzuweisen und die Bestrebungen einer Verwirrung aussäenden Presse auf jede Weise zu entmuthigen. Wenn ich mich hiemit an meine Mitbürger wende, wenn ich ihre ernste moralische Unterstützung in Anspruch nehme, so geschieht dies nicht so, als ob ich mir eine Gunst erflehe; ich thue es in der Ueberzeugung, daß eine geordnete Regierung nicht bestehen, daß sie das Wohl des Vaterlandes nicht befriedigend fördern kann, wenn das Volk gleichgültig ihr den Kampf mit feindseligen Bestrebungen allein überläßt, wenn es nicht in ihrer Sache auch die seinige erkennt, wenn es nicht mit starkem Rechtsgefühl und moralischer Kraft sich um sie schaart, und durch seine Festigkeit und durch thatsächliche Kundgebungen die Gelüste und Versuche der Gegner eines friedlichen und geordneten Fortschrittes vereitelt und unterdrückt. Der Vorstand des Departements des Innern: Duvernoy.

(Schw. Mkr.)

Ulm, 21. Juni. Gestern Abend gab es hier einen, wiewohl nicht bedeutenden Militärkravall. Einem mißliebig gewordenen Wirth in der untern Stadt (Wirthshaus zum Thurm) wurde von einem Trupp Soldaten, was Zerbrechliches im Hause sich fand, zusammengeschlagen. Als die Patrouillen herbeikamen, war das Werk der Zerstörung schon vollbracht, und die Thäter hatten sich aus dem Staube gemacht. (A. Z.)

Ulm, 22. Jun. Ein trauriges Ereigniß wird heute in allen Kreisen besprochen. Der Gouverneur unserer Bundesfestung, Generallieutenant Graf zur Lippe ein tüchtiger Soldat aus der napoleonischen Schule, hat sich heute früh in seiner Wohnung erschossen. Tiefgehender Kummer über seine mit Widerwärtigkeiten mannichfacher Art verknüpfte hiesige Stellung soll den Schritt veranlaßt haben. Gleich in den ersten Tagen seiner Ankunft gerieth er als Festungsgouverneur mit der Bürgerwehr in Konflikte, die sich jedoch neuerstens befriedigend gelöst hatten. Sofort aber haben die Vorgänge unter der hiesigen Besatzung höchst nachtheilig auf sein Gemüth eingewirkt. Gestern Abend noch war er in der Kaserne des zweiten Infanterieregiments, und machte den Soldaten Vorstellungen wegen der vorgestern im Wirthshaus zum Thurm begangenen Exzesse. Niemand ahnte den heute früh ausgeführten Entschluß. (A. Z.)

Ulm, 23. Juni. So eben bringen Stuttgarter Reisende die Nachricht her, daß das eben von Heilbronn nach Ludwigsburg versetzte aufständische 8. Regiment im letztgenannten Orte von Neuem Exzesse verübt und namentlich den inhaftirten Fourier zu befreien gesucht habe. Das 2. Reiter- und 7. Infanterieregiment soll gegen das 8. scharf eingeschritten und dabei viele Verwundungen vorgefallen seyn. (L. konst. Z.)

Heilbronn, 21. Juni. Sicherem Vernehmen nach wird am morgenden Donnerstag in der Frühe aus dem hiesigen Pulvermagazin durch ärarische Wagen unter militärischer Begleitung, ohne Berührung der Stadt, eine Munitionsabfuhr stattfinden. (P. T.)

Baden.

Aus dem Badischen, 19. Juni. Wie ich eben erfahre, soll auch unsere Regierung, gleich mehreren andern beschlossen haben, ihre Gesandten an den auswärtigen Höfen abzuberufen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Baden-Baden, 19. Juni. Seit vielen Jahren ist der Fremdenzug nach unserer Bäderstadt nicht so gering gewesen als jetzt. Die Frequenz der Eisenbahnen ist im Personen- und Gütertransport so beschränkt, daß die Einnahmen kaum die Ausgaben decken.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Sächsische Herzogthümer.

Eisenach, 17. Juni. Gestern Abend um 10 Uhr hat auch die Deputirtenversammlung der Studenten ihre Arbeiten beendigt, nachdem sie von Morgens 5 Uhr mit wenigen Unterbrechungen berathen hatte. Auch in dieser Versammlung war Lang aus München Präsident, wurde aber in seinem Amte gestern oft durch v. Salis aus Berlin vertreten. Die Beschlüsse der allgemeinen Studentenversammlung sind von den hundert Deputirten im Wesentlichen angenommen worden, bis auf den wichtigen Punkt von der Einziehung des Universitätsvermögens, dem geradezu die Spitze abgebrochen worden ist. Ehe die Versammlung sich auflöste, wurde die Einberufung eines „Gesammtausschusses der deutschen Studenten" auf den 25. August d. Js. nach Eisenach beschlossen. Diese Versammlung soll von allen deutschen Universitäten beschickt werden, und zwar in der Weise, daß jede Universität durch Urwahlen auf je hundert Studenten einen Vertreter wählt. Die einstweiligen Geschäfte, so wie die Vorbereitungen zur nächsten Versammlung leitet ein Vorort, zu welchem einstimmig Breslau erwählt wurde. Wien wird, bei einer Zahl von 4500 Fakultätsstudenten, durch 45 Deputirte vertreten seyn. Die Zahl aller Mitglieder des Gesammtausschusses berechnet man auf etwa 160. Dem Vernehmen nach sollen die Professoren mehrerer Universitäten beabsichtigen, zu dieser Versammlung ebenfalls Vertreter zu senden. (Lpz. Z.)

Preußen.

Berlin, 15. Juni. Nach einer uns zugehenden Mittheilung hat die französische Regierung an das diesseitige Gouvernement die Forderung gestellt, das gesammte Großherzogthum Posen mit Einschluß der abgegränzten deutschen Distrikte im Interesse der Wiederherstellung eines selbstständigen polnischen Staates freizugeben. Es soll von der Gewährung dieser Forderung die Erhaltung des Friedens zwischen Deutschland und Frankreich abhängig gemacht seyn. (D. A. Z.)

Berlin, 19. Juni. Ich beeile mich, um dem heutigen Staatsanzeiger, der wahrscheinlich bereits die Bestätigung bringen wird, noch zuvorzukommen, folgende kurze Mittheilung über die neue Zusammensetzung des Ministeriums zu machen: Camphausen bleibt Ministerpräsident, Generallandschaftsrath Rodbertus-Jagetzow (Abgeordneter des Wahlkreises Usedom-Wollin) wird Minister des Innern, v. Auerswald übernimmt das Ministerium der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten, Hansemann behält die Finanzen, ebenso Märnemann die Justiz, Frhr. v. Schleinitz, der vor Kurzem nach Hannover ernannte Gesandte, übernimmt das auswärtige Departement, Frhr. v. Schreckenstein das Kriegsministerium und Frhr. v. Patow verbleibt provisorisch Verweser des Ministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten. (K. v. u. f. D.)

Nach unsern neuesten Briefen aus Berlin vom 19. Juni war eine erfreuliche Wendung in der dortigen Stimmung eingetreten. Die Regierung hatte endlich einige der Hauptdemagogen (Held, Korn, Lowinson rc.) auch einige emanzipirte Damen der demokratischen Klubs darunter einige Polinnen zur Haft bringen lassen.

(A. Z.)

Berlin, 20. Juni. Der König hat den bisherigen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Frhrn. v. Arnim, auf sein Ansuchen von der Leitung dieses Ministeriums entbunden und denselben zur Disposition gestellt, zugleich auch den bisherigen Gesandten, geheimen Legationsrath, Frhrn. v. Schleinitz zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt.

Schleswig-Holstein.

Flensburg, 17. Juni. Der General Wrangel ist unwillig über die nutzlosen Friedensunterhandlungen. Was wir mit dem Schwerte gut machen, sagte er zu seinen Offizieren, das verderben die Diplomaten mit ihren Schreibfedern.

Hannover.

Hannover, 8. Juni. Gestern kam die zweite Kammer an die zweite und letzte Abstimmung über den Antrag Richters: den König zu bitten, von seiner Zivilliste für die jetzige Nothzeit einen Theil zum Besten des Landes zu verwenden. Die Einnahmen des Königs sind 600,000 Thlr. Zivilliste, die englische Apanage, die Zinsen der in englischen 3 pCt. Stocks belegten 600,000 Pfd. Sterl. und die Zinsen der Schatullkasse, welche 2,400,000 Thaler enthält. Richter vertheidigte seinen Antrag im Interesse der Monarchie selbst, der die Republikaner besonders ihre Kostspieligkeit vorwärfen. Lang unterstützte ihn, weil er die doch unvermeidliche Wiedervereinigung der Kassen erleichtere. Lehzen meinte, der König könne sich unmöglich noch mehr einschränken. Die Kammer nahm mit überwiegender Mehrheit den Antrag an; nur etwa 8 Mitglieder stimmten mit den Ministern. Auch ein Antrag Bodungens, im Geleitschreiben die Regierung zu ersuchen, daß sie auf baldmöglichste Zurückziehung der oben erwähnten 600,000 Pf. St. aus den englischen Stocks bedacht seyn möge, wurde einstimmig angenommen. (Magd. Z.)

Freie Städte.

Frankfurt, 16. Juni. Der demokratische Kongreß hält seine Sitzungen im Saale des deutschen Hauses, der sonst für die abendlichen Vereine der äußersten Linken diente. Fröbel leitet die Verhandlungen mit vielem Geschick und Anstand; es mag wohl eine Zuhörerschaft von 2 bis 300 gegenwärtig seyn, darunter auch Frauen, deren Emanzipation, das heißt Zulassung zu den Geschäften in dem Kongreß bereits beantragt wurde. Unsern Freiligrath sah ich unter der Tribune des Präsidenten sitzen. Er hatte mich am Eingang in den Saal verlassen, weil er als Abgeordneter durch eine andere Thüre eingelassen wurde. Wir hatten uns seit etwa zehn Jahren nicht gesehen; unwillkührlich umarmten wir

uns als alte Fremde, unbekümmert, ob die Straße, die wir wandeln uns nicht in kurzem weit — sehr weit von einanderführt. Daß der Kongreß die Republik allein und untheilbar will, versteht sich von selbst; er will ferner die That statt der Worte, und wird unverzüglich ans Werk gehen, wenn er gleich voraussieht, daß die Freiheit nach seinem Sinne mit Blut errungen werden muß. . . . Wie viele Gewalten haben wir jetzt in Deutschland. Neben der konstituirenden Reichsversammlung den demokratischen Kongreß, dann den Bundestag, neben dem wir morgen die neue Exekutivgewalt haben werden und zu allem diesem noch 38 große und kleine Herrscher. Arme Einheit! Wir sehen trübe Zeiten kommen! (A. Z.)

Oesterreich.

Wien, 19. Juni. Nach Berichten aus Innsbruck vom 16. befand sich der Kaiser von seiner Unpäßlichkeit beinahe hergestellt, und man hoffte, daß Se. Majestät binnen wenigen Tagen Innsbruck verlassen würde. Am 20. kehrt das ganze diplomatische Korps, einer Einladung des Ministers des Aeußern, Baron von Wessenberg, zufolge, der schon am 19. nach Wien abreist, an das kais. Hoflager nach Wien zurück. Die päpstlichen Ablegaten, welche zur Vermittelung des Friedens in Innsbruck eingetroffen sind, begeben sich ebenfalls nach Wien. (Wien. Z.)

Wien, 20. Juni. Gestern wurde abermals die gesammte Nationalgarde durch Trommelschlag zusammenberufen. Man befürchtete ernste Demonstrationen von Seite der Arbeiter welche sich aber ziemlich ruhig verhielten. Auf den verschiedenen Arbeitsplätzen wurden Verhaftungen vorgenommen; es sollen bei 80 Aufwiegler eingefangen worden seyn. Da sich das Gerücht verbreitete, die Arbeiter wollten den Pulverthurm auf der sogenannten Türkenschanze nächst Wien in die Luft sprengen, wurde dieser vom Militär besetzt, und 1 Batterie daselbst aufgeführt. Heute hat der Sicherheitsausschuß eine Kundmachung an die Arbeiter erlassen, nach welcher ihren Forderungen auf keinerlei Weise Gehör gegeben werden kann. (A. Z.)

Dresden, 20. Juni, Morgens 6 Uhr. Das Militär ist jetzt völlig Meister der Stadt Prag. Studenten wie alle andern Bewohner haben die Waffen abgeben müssen; die Nationalgarde wird sie nach Herstellung der Ordnung wieder erhalten. Das Standrecht ist in größter Strenge verkündigt; wer mit Waffen ergriffen wird, wird sogleich erschossen. Von den 13 zu liefernden Geiseln haben bis jetzt nur ungefähr sechs gestellt werden können; unter ihnen Palazky, Baron Villani, Claudi (Anführer der Studenten), Wanka. Die übrigen sind entflohen oder versteckt. Faster, der gleichfalls von Windischgrätz verlangt wurde, ist in Pilsen von den Behörden verhaftet worden; das Volk stand aber gegen den Bürgermeister auf und zwang ihn, den Tschechenführer wieder frei zu geben. Er entkam. Von den Häusern Prags wehen weiße Fahnen; die ersten Posten, welche abfuhren, hatten weiße Fahnen aufgesteckt; man begrüßte sie auf allen Stationen im Lande mit Jubel. Graf Leo Thun hat sich in Tetschen nicht für sicher gehalten und ist in neuer Verkleidung hieher gekommen. (Lpz. Z.)

Dresden, 19. Juni, Nachmittags. (Nachträgliches aus Prag.) Nur von Zeit zu Zeit ließ Windischgrätz schießen, den Bürgern aber sagen, wenn die vollständige Uebergabe der Stadt bis Nachmittags 6 Uhr nicht erfolgt sey, würde er mit größerem Geschütz die Stadt zusammenschießen. Wohl konnten die Bürger erkennen, daß es dem Manne furchtbarer Ernst sey; um ihr Leben, Hab und Gut besorgt, traten sie den Aufrührern entgegen, sie räumten so viel sie konnten Barrikaden weg. Ein harter Kampf soll sich zwischen den Parteien entsponnen haben, große Greuel verübt worden seyn. Viele von den Studenten und dem Volk wollten die Waffen strecken und traten in Wuth gegen die Führer auf, die sie davon abhalten wollten. Der Bischof und die Geistlichkeit durchzog in ernster Feierlichkeit die Stadt, ihnen folgten Bürger, Studenten und Volk, und so kamen sie als Bittende zum Fürsten. Er verlangte vollständige Auslieferung aller Waffen, Niederreißung aller Barrikaden, Auflösung aller Klubs und meuterischen Verbindungen; genug vollkommene Uebergabe. Noch verlangte er Auslieferung aller Rädelsführer und ließ das Standrecht über die Stadt verkünden. Man suchte allen seinen Befehlen nachzukommen; doch ist es noch nicht gelungen, alle Rädelsführer ihm abzuliefern. Noch halten sich mehrere Trupps in engen Straßen hinter ihren Barrikaden, sie wird jedoch ein furchtbares Geschick ereilen. (Lpz. Z.)

Pilsen, 19. Juni. In Folge der Drohung, die Alt- und Neustadt zu bombardiren, ergab sich die ultratschechische Partei in Prag. Auf der Kleinseite Prags sind 20,000 Mann und die Höhen sind mit Kanonen und schwerem Geschütz besetzt. Seit Samstag kommt wieder die Prager Briefpost; Mallewagen kommen noch nicht. Hätte nicht Windischgrätz die Ultra-Tschechen niedergedrückt, so wäre es in Böhmen zwischen den beiden Nationalitäten zum fürchterlichsten Bürgerkrieg gekommen. Man hat die Fäden der Verschwörung in Händen; die fanatischen Tschechen wollten sich von Oesterreich losreißen, trotz aller Versicherungen ihrer Treue, und ein Slavenreich gründen; es sollen wichtige Verhaftungen vorgenommen worden seyn, auch heißt es, die russische Regierung habe Mittheilungen gemacht. Der tschechische Uebermuth hat schon jetzt nachgelassen.

Die „Wiener Zeitung" enthält folgende Bekanntmachung: Der Prager Eisenbahnzug, welcher am 16. d. M. um 6 Uhr Abends von dort abgegangen, ist am 17. d. M. Nachmittags halb 3 Uhr hier angekommen. — Bei der Abfahrt war noch Waffenstillstand. Am 16. d. M. um ein Viertel über 11 Uhr Nachts berichtete der Telegraph, daß es in Prag an mehreren Orten brenne. Am 17. d. M. um 1 Uhr Morgens hat der Telegraph nicht mehr geantwortet und ist die Kommunikation somit unterbrochen. Abends drei Viertel auf 7 Uhr langte nachstehende telegraphische Depesche von Olmütz an: Von Prag ist der Frühzug nicht abgegangen und es wurde sonach der Train von Kolin abgesendet. Man kann weder nach Prag noch von Prag reisen und der Verkehr geht nur bis Kolin. Vom Ausschusse der Bürger, Nationalgarde und der akademischen Legion.

Die „Wiener Zeitung" vom 18. Juni meldet: „Vom Telegraphen zu Kollin ist folgende Mittheilung an den Minister des Innern gelangt: Der von Prag um 6 Uhr Abends abgegangene Zug VII. brachte nach Kolin die Nachricht, daß die Beschießung der Stadt seit 11 Uhr der vergangenen Nacht eingestellt, und die Kapitulation eingeleitet sey. Die Barrikaden sollen schon großen Theils weggeräumt, für das Militär zugängig und die Besitznahme derselben zum Theile schon bewerkstelligt seyn. Die Entwaffnung der Studenten und des Volkes, mit Ausnahme der Nationalgarde, begann. Der Kommandant verlangt vierzehn von ihm bezeichnete Personen als Geißeln. Der Brand in der Stadt ist gelöscht."

Prag, 19. Juni. Wir haben eine schreckliche Woche durchlebt, und waren 6 Tage lang dem Gesindel preisgegeben. Die Stadt mußte sich aber nach dem Bombardement unbedingt ergeben und jetzt wird Gericht über die Räuber und Mörder gehalten. Das Standrecht ist seit gestern publizirt und heute früh ist wieder Militär eingerückt. Fürst Windischgrätz hat die Deutschen vor einer Bartholomäusnacht bewahrt. Die czechische Partei, mit polnischen Vagabunden verbunden, wollte alle Deutschen ermorden, und das Proletariat war ganz zu diesem Zweck bereit. Die Swornost und Slavia wollten den Mordplan ausführen, die erstere ist heute durch ein Regiment Militär zernirt und aufgehoben worden. Ein Drittheil der Bevölkerung war auf der Flucht vor dem kannibalisch wüthenden czechischen Gesindel. (R. Z.)

Der Fürst Windischgrätz in Prag hat sich auf die edelste Weise benommen. Ungeachtet seine Gemahlin das erste, und eines der nächsten Opfer der Empörung sein Sohn geworden war, gab er doch dem Militär Befehl, Bürgerblut zu schonen und ja keine Rache zu üben. Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß während des ganzen Kampfes nur 80 Zivilisten geblieben sind.

Prag. Nach einer dem Wiener Sicherheitsausschusse mitgetheilten Proklamation wurde von den Prager Studirenden, die Swornost inbegriffen, nichts mehr und nichts weniger als völlige Unabhängigkeit von Wien nach dem Muster Ungarns verlangt. Anerkennung der jetzigen provisorischen Regierung, Errichtung eigener Ministerien, ein eigenes nationales slavisches Heer, das aber über die böhmischen Gränzen hinaus nicht verwendet werden darf und dergleichen mehr. (Oesterr. Z.)

Italien.

Der „Constitutionnel" bringt die Nachricht, daß König Karl Albert am 10. Juni im Hauptquartiere zu Garda den Akt unterzeichnet habe, welcher die Vereinigung der Lombardei mit Sardinien ausspricht. „Die provisorische Regierung soll sofort ihr Amt einstellen. Sie wird durch eine Regentschaftskommission ersetzt, welche aus Piemontesen und Mailändern unter dem Vorsitz Casati's besteht."

Frankreich.

Paris, 17. Juni. Die Regierung will sich nicht recht befestigen; Lamartine, so geht das Gerücht immer wieder, werde abtreten. Was diesem Gerüchte einigen Halt gibt, ist ein Artikel im „Bien public", das sich in diesem Sinn äußert; man setzt nämlich voraus, daß das Bien public mit Lamartine in engerer Berührung stehe und will jene Erklärung als halbamtlich ansehen. Louis Blanc, der noch vor drei Monaten für eine Größe galt, ist in den Augen aller praktischen Leute in Frankreich mit seinem Renommee zu Ende, und auch Pierre Leroux hat mit seiner jüngst gehaltenen Rede seinen Ruf nicht gerechtfertigt. Wie glücklich sind unsere Sozialisten in Deutschland, daß es ihnen noch nicht vergönnt war, sich in praktischen Geschäften bloszustellen. (D. Z.)

Paris, 18. Juni. Zahlreiche Gruppen hatten sich gestern schon während der Sitzung um den Palast der Nationalversammlung gebildet, in denen Louis Napoleon's Abdankung lebhaft diskutirt ward. Gegen das Ende der Sitzung wurden sie immer zahlreicher, und die herausgehenden Vertreter wurden mit dem Rufe: „Nieder mit den 25 Francs-Männern (25 Frs. ist bekanntlich die Tagesdiät eines Mitglieds der Nationalversammlung), es lebe Louis Napoleon!" empfangen. Gegen 8 Uhr Abends wurden diese Zusammenrottungen drohender, und endlich wollte ein Haufen in den Palast dringen. General Negrier, einer der Quästoren, ließ die Truppen die Waffen ergreifen und den Platz säubern; mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Auch andere Theile der Stadt wurden von Banden von 2 bis 300 Individuen durchzogen, die: Es lebe Louis Napoleon! riefen. (K. v. u. f. D.)

Paris, 18. Juni. Mehrere schlimme Berichte aus den Provinzen haben gestern Abend in den wenigen gesellschaftlichen Zirkeln, welche noch bestehen, große Traurigkeit hervorgebracht. Das Widerstreben gegen die Entrichtung der 45 Centimes hat sich, wie es bisher noch nicht der Fall war, in offene Auflehnung verwandelt. Man darf jedoch der Sache keine allgemeine Geltung für ganz Frankreich beilegen. Leider kamen nun noch blutige Auftritte in Nimes hinzu, welche wahrscheinlich einen andern als materiellen Grund haben. Ernstliche Unruhen sind in Perpignan ausgebrochen; die Stadt wurde in Belagerungszustand erklärt. (Schw. Mkr.)

Paris, 19. Juni. Morgen findet ein in der modernen Völkergeschichte einziges Verfahren statt. Von Morgens 6 Uhr an werden nemlich sämmtliche Häuser von Polizeidienern besucht, um die darin befindlichen Proletarier aufzuschreiben. Diese Maßregel soll zunächst für eine genaue Kontrolle der Nationalwerkstätten benützt werden. Jeder Arbeiter muß von 6 Uhr früh bis Mittags 12 Uhr in seiner Wohnung bleiben. (A. Abdz.)

Unter den dieser Tage von der Polizei ergriffenen Papieren der Napoleoniden befinden sich auch Offiziersdiplome, die der Prinz schon in London für die neue republikanische Kaisergarde ausgestellt hatte.

Der „Constitutionel" zeigt an, daß Hr. Pasquier, ehemaliger Leibarzt Louis Philipps, in aller Eile nach London berufen worden sey, da der Zustand des Prinzen von Joinville ernste Besorgnisse einflöße. Der Prinz leide schon lange an einer Leberkrankheit, die ihm starke Bewegungen, z. B. anhaltendes Reiten, unmöglich mache. Aber auch geistige Aufregungen wirkten sehr nachtheilig auf seinen Zustand, und die Nachricht von dem Verbannungsdekret gegen die Familie Orleans habe bei dem Prinzen einen so heftigen Anfall erzeugt, daß sein Zustand sehr gefährlich sey.

Dem Privatbriefe eines Pariser Bürgers an einen deutschen Kaufmann entnehmen wir folgende, zwar etwas derbe aber nicht minder charakteristische Schilderung der Lage der Dinge und der Stimmung in gewissen Kreisen in Paris: „Wir haben Louis Philipp davon gejagt, um ihn mit Taugenichtsen zu ersetzen, die uns weit mehr bestehlen, als er. Er regierte mit dummen Grundsätzen, während die Republikaner, welche, Lamartine an der Spitze, die Macht an sich gerissen haben, mit Fuchs-

Digitized by Google

schlauheit handeln. Sie bezahlen ihre Schulden mit unserem Gelde, sie nehmen mit vollen Händen, sie bereichern sich, indem sie uns ruiniren. Lamartine ist eine Null ohne Energie, welche sich wendet wie eine Wetterfahne; die Macht ist bei den Massen, bei der Koterie des Ledru-Rollin und all den Elenden, welche es sich zum Handwerk gemacht haben, gegen alle und jede Regierung zu schreien; es ist darunter nicht Einer, welcher bis jetzt etwas Gutes gestiftet hätte. Wir sind in einer schrecklichen Lage, Handel, Industrie, Vertrauen, Kredit, Alles ist verloren. Wir haben die Republik mit dem Elend, mit dem Ruin und dem nahen Bürgerkrieg. Wir brauchen einen Napoleon, um Frankreich zu retten, nicht eine Ziehpuppe wie Lamartine, einen Beschützer der schlechten Kneipen wie Flocon, einen Esel wie Louis Blanc, Räuber wie Blanqui, Barbès, Sobrier, Albert u. s. w. Diese Schnapphähne ekeln einen an. Sie nennen sich Republikaner, aber sie haben deren Tugenden nicht. So weit sind wir jetzt. Wenn dieser Zustand noch einige Monate währt, sind wir vernichtet, Einer wird den Andern massakriren. Ich für meine Person bin entschlossen, die Ordnung mit herstellen zu helfen und wäre es mit dem Opfer meines Lebens. Seit 4 bis 5 Tagen ist alle Tage eine Zusammenkunft von 20 bis 30,000 Menschen vom Thore St. Denis bis St. Martin, der Neugierigen sind zwar sehr viele, aber die Anarchisten schreien: es lebe Barbès, es lebe die Plünderung, es lebe 1793! Wäre Lamartine ein energischer Mann, so würde sich Dergleichen nicht ereignen. Bei Ihnen ist man vernünftiger (?), Sie wollen die Republik nicht, welche selbst für Frankreich unmöglich ist; Sie haben kein solches Gesindel, keine Räuber und Mörder wie die Robespierre's von 1848. Sie werden ruhig und glücklich seyn, während wir am Rande des Abgrundes stehen."

(K. v. u. f. D.)

Die „legitimistische Union" bringt ein interessantes Aktenstück, das Programm zu einem politischen Blatt dem „Spectateur de Londres", das unter den Auspicien von Guizot und Metternich in London erscheinen soll. Dieses Blatt will für drei Länder, insbesondere für Deutschland, England und Frankreich, ein Mittelpunkt „der gesunden Doktrinen und konservativen Interessen" seyn. Es soll dies nach den religiösen und überlieferten Grundsätzen geschehen, welche die Basis der gesellschaftlichen Ordnung bilden. Es beständen, so meint das Programm, in den Völkern viele Vorurtheile und Mißverständnisse in sittlichen und politischen Dingen; diese soziale Auflösung sey schon einige Jahrhunderte im Wachsen. Es sey eine Verwüstung der Geister, eine Verneinung alles überlieferten Gesetzes, ein kindischer Enthusiasmus für unausführbare Theorien, ein Haß gegen den alten Glauben vorhanden, den man als die Wurzel alles Uebels bekämpfen müsse. Die Herren Guizot und Metternich, deren staatsmännischer Bruderbund dieses Uebel nicht hat bezwingen können, wollen es nun als Journalisten versuchen und kündigen dies in einem Programm an, das wieder einmal beweist, daß die Bourbonen nicht allein das Unglück haben, Nichts zu lernen und Nichts zu vergessen. Die „Union" glaubt, Hr. Guizot sey der Verfasser dieses Programms; es könnte aber ebenso gut von Jarke oder Hurter verfaßt seyn. Denn es ist das alte Lied von der Auflösung der Gesellschaft, es sind die alten heuchlerischen Thränen vom Verfall des Glaubens und der Religion, die man uns im österreichischen Beobachter so lange und so vergeblich vorgeweint hat. Wer hat aber in Frankreich die Monarchie zerstören helfen, wer die österreichische Monarchie zerbröckeln lassen, wer dort wie hier göttliche und menschliche Ordnungen auf lange Zeiten hinaus erschüttert? Das politische und sittliche Chaos, in welchem sich Frankreich jetzt befindet, die Anarchie zu Wien, der blutige Kampf in der Lombardei, der Bürgerkrieg in Böhmen — ob die Herren Guizot und Metternich dabei wohl so Etwas von dem empfinden, was der gewöhnliche Mensch Gewissensbisse nennt? Ob sie wohl ahnen, welche Verwünschung unter allen denen laut wird, denen es mit Gesetz und Ordnung Ernst ist, wenn auch nicht mit dem, was Guizot und Metternich darunter verstehen? Die Klage über Verfall der Moral und des Glaubens nimmt sich so trefflich aus im Munde von Männern, denen die kleine wie die große Moral ihr Lebenlang gleichgiltig war; ja es klingt ist wie bitterer Hohn, wenn die beiden vertriebenen Minister sich den messianischen Beruf zutrauen, durch den „Spectateur de Londres" dem drohenden Umfall der gesellschaftlichen und sittlichen Ordnung vorzubeugen! Metternich und Guizot mit Allem, was daran hängt, sind gerichtet; selbst der Wahnsinn der Anarchie wird ihrer Reaktion keine neuen Wege öffnen. Sie mögen das Journalistenhandwerk aufgeben; es gibt für sie nur eine literarische Thätigkeit, wofür die Welt ihnen dankbar würde: sie sollen ihre Denkwürdigkeiten schreiben, aber so wahr, so aufrichtig, so reumüthig, wie Augustin seine Bekenntnisse schrieb.

Rußland und Polen

Die „Kölner Zeitung" theilt folgende Stelle aus dem Briefe eines unmittelbar aus dem Königreiche Polen gekommenen Reisenden mit: „Was mir am meisten auffiel, war, daß ich unter den russischen Offizieren ganz offen von der Erhebung des allgemeinen Slaventhumes reden hörte. Bei dem russischen Heere gibt es eine Art von Offizieren, welche man mit dem Namen Konversationsoffiziere zu benennen pflegt, und welche von Petersburg aus an die Truppentheile versendet werden, um den Geist des Heeres zu stimmen. Diese Konversationsoffiziere nun predigen seit der letzten Zeit ganz laut die Idee des Panslavismus, und daß der „Batuschka" (der Kaiser) bald eintreffen werde, um das Heer nach Deutschland zu führen und dort die Feinde Gottes und der Ordnung zu züchtigen. In diesem Sinne sucht man das Heer zu fanatisiren und es dürfte somit doch noch letztlich dem Kaiser von Rußland vorbehalten seyn, die wahre „„Vereinbarung"" Deutschlands mit sich selbst zu Wege zu bringen."

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Samstag den 24. Juni: (Neu einstudirt:) „Der Schnee," komische Oper, Musik von Auber.

Sonntag den 25. Juni: „Geistige Liebe," Lustspiel von Dr. Lederer. Hierauf: „Die Waldnymphe," großes pantomimisches Ballet v. Fenzl. Musik v. Grothentzaler.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Keckert, Hofschauspieler v. Kassel; Dr. Jaaß v. Hamburg; Greyerz, Forstpraktikant v. Bern.

Gold. Hirsch. HH. v. Guillery aus Belgien; Bulley aus England; Angers und Baltars, Architekten v. Paris.

Hôtel Maulik. HH. Heward, Kapitän aus Irland; Gatinara, Rentier v. Turin; Eicher und Bremer, Privatiers v. Zürich; Westermeyer, Advokat v. Kaufbeuern.

Gold. Hahn. HH. Frhr. v. Notzing v. Unterbringen; de la Bondy, Proprietär von Paris; Wild, Privatier v. Augsburg; Dendler, Rentier von Regensburg; Wigand, Professor v. Berlin.

Gold. Kreuz. HH. Beragg, Partikulier von Paris; Canudi, Partikulier von Mailand; Enggesser, Großhändler von Köln.

Blaue Traube. HH. Dr. Bär von Nürnberg; Scholz, Privatier v. Arenberg; Schulz, Privatier v. Amberg; Wagner und Wenzl, Steinmetz, und Mom. Lindig von Eichstädt; Dlle. Thomas aus England.

Stachusgarten. HH. Knöpfle, Chirurg, und Eiberger, Lehrer von Lauchheim; Hurler, Alwar v. Augsburg; Senburg, Landrichter v. Burgebrach; Schlagintweit, Gerichtsarzt v. Abensberg.

Gestorbene in München.

Johann Vögerl, Soldat im kgl. Infanterie-Leibregimente, 23 J. alt; Katharina Freifrau v. Gruben, k. Staatsraths-Wittwe v. h., 60 J. alt; Georg Friederich, quiesz. k. Landrichter v. Hollfeld, 69 J. alt; Georg Spann, Kammmachergesell von der Au, 25 J. alt; Heinrich Steffens, Tischlergesell v. Berlin, 41 J. alt; Joseph Friedrich Kolb, b. Vorstadtkrämer, 71 J. alt; Dr. Jakob Eduard Singer, Hofrath von Leipzig, 41 J. alt; Georg Plöderl, Soldat im k. Infanterie-Leibregimente, 24 J. alt; Joseph Maier, Soldat von der Garnisonskompagnie Nymphenburg, 52 J. alt; Joseph Feichtner, Zimmermannssohn v. h., 17 J. alt; Joseph Schleicher, Benefiziat v. Grünbach, Landger. Erding, 41 J. alt; Anna Pörl, Wirthswittwe von Ampermoching, Ldg. Dachau, 74 J. alt; Michael Denk, Küchelbäcker v. h., 64 J. alt; Theresia Erhard, Dienstmagd von Bruck, 21 J. alt; Stephan Maier, b. Vorstadtkrämer, 63 J. alt; Magdalena Maier, bgl. Weberswittwe v. hier, 64 J. alt; Veronika Stocker, Polizeidienerswittwe v. h., 79 J. alt.

Bekanntmachung.

2431. (2a) Behufs der Befriedigung eines Hypothekgläubigers wird das an der Wasserstraße dahier gelegene Anwesen Nro. 5, gerichtlich gewerthet auf 3050 fl., mit 1100 fl. der Brandassekuranz einverleibt und mit 3427 fl. Hypotheken belastet, nachdem bei der ersten Versteigerungstagsfahrt vom 30. v. Mts. kein Angebot auf dasselbe erfolgt ist, unter Bezug auf die in der Bekanntmachung vom 31. März l. Js. enthaltene Beschreibung zum zweiten Male der öffentlichen Versteigerung nach §. 64 des Hypothekengesetzes und der §§. 98 bis 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 unterstellt.

Neuerliche Versteigerungstagsfahrt ist auf Mittwoch den 26. Juli l. Js. Vormittags 10—12 Uhr im Geschäftszimmer Nro. 36 des k. Kreis- und Stadtgerichts-Rathes Baron v. Schleich anberaumt, wozu Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß dem Gerichte Unbekannte sich über Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben und der Hinschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgen werde.

Am 7. Juni 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

Zottmayr.

Pfandauslösung und Versteigerung.

2410. (3c) Dienstag den 27. Juni 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Mai 1847 und zwar von:

Nr. 63,044 bis 72,753.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Dienstag den 4. Juli öffentliche Versteigerung.

München, den 31. Mai 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt I. der Stadt München.

L. Negrioli, Magistratsrath.

Hannes, Cassier. v. Zech, Controleur.

2432. Der Rechenschaftsbericht der Lebensversicherungs-Bank f. D. in Gotha für 1847, welcher von den neuen glücklichen Fortschritten dieser Anstalt Zeugniß gibt, ist erschienen und bei dem unterzeichneten Agenten unentgeltlich zu haben. Derselbe ladet zu neuer Theilnahme ein. Bei größter Sicherheit, verbürgt durch einen effektiven, auf solide Hypotheken angelegten Fonds von 3 Millionen Thlr., gewährt die Bank möglichste Billigkeit der Versicherungspreise. Zu keiner Zeit empfiehlt sich die Benutzung dieser großartigen Sparkasse mehr als in der jetzigen, wo Leben und Eigenthum des Einzelnen so manchen außergewöhnlichen Gefahren Preis gegeben sind.

J. A. Unedorffer in München.

2430. (3a) In dem Verlage der Decker'schen Geheimen Oberhofbuchdruckerei in Berlin erscheint vom 20. d. Mts. ab die

Neue Berliner Zeitung

zu dem vierteljährigen Abonnementspreis von fl. 2. 15 kr. für Berlin. Die ersten zehn Nummern (Probenummern) werden dem Preußischen Staatsanzeiger beigelegt, auch werden sie an die sämmtlichen preußischen Postanstalten, welche Bestellungen annehmen, versandt.

Berlin den 15. Juni 1848.

(3c) Es wird in Mitte der Stadt ein heizbares Zimmer zu ebener Erde mit eigenem Eingang oder auch ein Laden sogleich zu miethen gesucht.

Münchener Schrannen-Anzeige vom 23. Juni 1848.

Getreide-Gattung.	Ganzer Stand.	Wurde verkauft.	Bleibt im Rest.	Mittel-Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder		mehr	
	Schäffel	Schäffel	Schäffel	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	2674	2294	350	18	16	—	36	—	—
Korn	982	819	163	12	1	1	34	—	—
Gerste	77	61	16	9	12	—	33	—	—
Haber	740	596	144	6	26	—	25	—	—

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 166.

Man pränumerirt auf die [illegible] 3 in München im Zeitungs-Expeditions-[illegible] Kaufinger-Gasse [illegible] Nro. 2); auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.
Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährig sich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr.
Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Sonntag XLIX. Jahrgang. 25. Juni 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 21. Juni. Es haben heute wieder 12 Redner über die provisorische Zentralgewalt sich vernehmen lassen, seit dem Beginn der Debatte also 36; über 100 sind noch eingeschrieben. Minister v. Beisler aus München hielt heute eine gute Rede, ward aber vom heftigsten Zischen der Galerien oft unterbrochen. Beisler war immer ein ächt freisinniger Mann, ein höchst ehrenwerthes, fleckenloses Leben liegt hinter ihm. Aber all das bringt unser republikanischer Pöbel nicht mehr in Rechnung, und wer nicht mit ihm in das ultra-demagogische Horn bläst, der wird verketzert, verlästert, ausgezischt. So ging es gestern dem wackern Welcker, so heute den HH. Beisler und v. Vincke. Gegen letztern wendete sich die äußerste Linke und das mit ihr verbündete republikanische „Volk" der Galerien mit solchem Wuthausbruch, daß der Präsident zum Erstenmal drohen mußte, die Galerie räumen zu lassen, und auch da antworteten noch trotzige Rufe von allen! Unter allen Rednern sprach heute am besten und längsten v. Vincke, freilich in ziemlich schroff monarchischem Sinn, was seinen Gegnern nicht behagte, und die Waffe des Spottes, die er unbarmherzig schwang, verletzte gar viele, die ihm das nie verzeihen werden. Als Zeichen der Zeit verdient Erwähnung, daß jede Berufung auf die deutsche Treue, auf die Liebe zum angestammten Fürstenhaus mit heftigem Zischen und Marren vom Publikum der Tribünen aufgenommen wurde. Zur Charakteristik des Hrn. A. R., des äußersten Mannes der äußersten Linken, kann ich Ihnen aus sicherster Quelle mittheilen, daß derselbe in einer öffentlichen Versammlung der Linken im Gasthof zum Deutschen Hof erklärte: Jeder, der den Fürsten bei Ernennung der Zentralgewalt irgend einen Antheil zugestehe, sey ein Volksverräther. Er (R.) als ein milder Mann stimme zwar dafür, jeden, der das thue, nach Amerika zu deportiren, aber das Volk werde sich nicht damit begnügen, sondern sie alle aufhängen. (A. Z.)

Laut der „Ulmer Schnellpost" ist am 20. Juni von der Bundesversammlung der Befehl ausgefertigt worden, daß sofort 5000 Mann churhessischer Truppen sich unter dem Befehl des hannöverischen Generals Halkett nach Schleswig-Holstein begeben sollen. — (Auch die österreichische Regierung wird aufgefordert werden, wenn thunlich 10,000 Mann Militär nach Böhmen marschiren zu lassen.)

Die „Dorfzeitung" sagt in ihrer bündigen Weise: Warum wehren wir uns denn mit dem kleinen Finger, da wir doch die ganze Hand haben? Gibt's denn in Deutschland kein weiteres Armeekorps, als das zehnte? Es ist eine Schande, wie armselig dieser dänische Krieg geführt wird! Es ist gerade, als dürften wir nicht mehr Truppen gegen Dänemark schicken, als die Dänen uns gegenüberstellen können. So zieht sich das Geplänkel und Gemerde lange Monate hinaus und kommt zu keinem Ende. Hätte man gleich anfangs mit 150,000 Mann ganz Jütland überschwemmt, so wäre die Sache gewiß schnell zu Ende gekommen. So aber lauscht man schüchtern nach England und Rußland, ob's den Herren dort auch genehm ist, wenn Deutschland einen Schritt weiter für seine Ehre thut und läuft ängstlich zurück, so wie sie eine scheele Miene machen! — Wir sind miserabel daran mit dieser armsel'gen Zerstückelung, wahrhaftig die Bedienten des Auslandes! Börne hat Recht! Gott gebe, daß wir's uns diesmal zur Lehre nehmen.

Bayern.

*† München, 25. Juni. Wegen des Ablebens Ihrer königl. Hoheit der Frau Kurfürstin findet keine Landestrauer, sondern nur Hoftrauer statt, das Theater bleibt geöffnet und das stündliche Glockengeläute unterbleibt.

Die „Allgemeine Zeitung" schreibt aus München: Ein Putsch, der Thon-Dittmer galt, von etwas zweideutigen Emanzipatoren ausgegangen und theilweise von Studenten unterstützt, ist an den getroffenen Vorkehrungen vorgestern Abend gänzlich gescheitert und im Beginn erstickt worden. Wiederholungen aus dieser oder ähnlicher Veranlassung dürften bei der hier herrschenden Stimmung noch eindringlicher darthun, daß man die Ordnung mit aller Macht aufrecht zu erhalten ernstlich gewillt sey. Hinter der seit einiger Zeit lebhaft betriebenen Opposition gegen Thon-Dittmer, den Jedermann als einen freisinnigen Ehrenmann kennt, dürften auch andere Ideen als die des redlichen Liberalismus sich verstecken. Würde es gelingen, ihn aus dem Ministerium hinaus zu manövriren, so würde er nicht allein scheiden und dann würde offenbar werden, für wen und für was man gearbeitet. Wird diese Andeutung genügen? Wir sehen uns im ganzen Lande um und sehen keine bessern, des Vertrauens würdigere Männer, um die gegenwärtigen Minister zu ersetzen.

München, 7. Juni. Die „Deutsche Zeitung" vom 27. Mai enthält einen Artikel, überschrieben: „Der Leiningen'sche Brief". Ich würde mich bei der dort über denselben so milde ausgesprochenen Kritik vollständig beruhigen, wenn ich nicht befürchten müßte, mißverstanden worden zu seyn. — Nicht erst in der Neuzeit, sondern schon seit Jahren war ich mit dem Gedanken deutscher Einheit lebhaft beschäftiget und habe, so weit ich es vermochte, und da, wo es damals allein möglich war, in diesem Sinne gewirkt. Leider mit schlechtem Erfolg! — Den Bassermann'schen Vorschlag für ein deutsches Parlament habe ich mit Enthusiasmus begrüßt, mich später hier in München beeilt, jene Petition auf dem Rathhause zu unterschreiben, welche der bald darauf erfolgten Proklamation des Königs vom 6. März zur Grundlage dient, und in welcher bekanntlich die Parlamentsfrage enthalten war. Seitdem sind drei Monate verflossen. Ich habe die Schwierigkeiten, welche sich der Vollendung des erhabenen Werkes entgegenthürmen, täglich wachsen sehen, nicht allein durch die Stellung der Regenten, sondern auch durch die Abneigung der Völkerstämme, sich unterzuordnen, überhaupt durch Sonderinteressen aller Art. Diese Schwierigkeiten traten offenbar erst recht sichtlich und fühlbar hervor, als man Hand ans Werk legte. Durch diese Beobachtung wurde ich zu dem Gedanken geführt, daß wenn es die Konsequenzen des von vorneherein beschlossenen Zentralstaates seyn könnten, welche dem Zustandekommen der deutschen Einheit solch große Hindernisse in den Weg legen, man zurückgreifen solle, um durch Modifikation der Grundidee andere und günstigere Konsequenzen für Einigung des beabsichtigten Zweckes zu erlangen. Ich habe von jeher der Ueberzeugung gehuldigt, daß einem jeden Volke, wenn es eine gewisse Stufe politischer und sozialer Ausbildung erreicht hat, das unbedingte Recht zusteht, zu bestimmen, wie es regiert seyn will. Niemals vielleicht war aber eine Nation mehr hiezu berufen, als jetzt die deutsche, nachdem ihre bisherigen Regierungssysteme in Folge innerer Gehaltlosigkeit und Schwäche in sich selbst zusammenstürzen. Allein, ich hege ferner auch die Ueberzeugung, daß das Mandat, welches die Nation denjenigen gegeben hat, welche das Werk für sie errichten sollen, ein doppeltes ist. Einmal, um zu erkennen und zu bestimmen, was Noth thut, dann aber, um dieses auch wirklich ins Leben zu rufen! Letzteres ist indeß durch die Möglichkeit der Ausführung bedingt. Mißlänge daher die Arbeit, weil man nur theoretisch, oder nach vorgefaßten Meinungen, oder gar nur nach Parteizwecken, nicht aber auch praktisch, staatsmännisch, das heißt, mit Berücksichtigung bestehender inneren und äußeren Verhältnisse verfahren wäre, dann dürfte die Nation die Arbeiter vor ihren Richterstuhl fordern und strenges Gericht halten müssen! Ich muß mich demnach auf das Entschiedenste dagegen verwahren, als könnte ich durch meine Andeutung in vorerwähntem Briefe eine Schmähung der einheitlichen Gestaltung Deutschlands zu Gunsten des Partikularismus beabsichtiget haben; eben so entschieden aber auch jedwelche Betheiligung an dem sogenannten bayerischen Projekte ablehnen. Leiningen. (D. Z.)

Aus der „Deutschen konstitutionellen Zeitung" entnehmen wir Folgendes: München, 22. Juni. Es liegt uns der Gesetzentwurf über die Einführung der Schwurgerichte nun vor, wie er den zu diesem Zwecke ermächtigten ständischen Ausschüssen, die hier blieben, zur Berathung und Schlußfassung übergeben wird. Der Entwurf enthält in zwei Abtheilungen 39 Paragraphen. Die erste Abtheilung handelt von der Fertigung und Ergänzung der Geschwornenliste, die zweite von der Zusammenberufung und Bildung des Schwurgerichtes. Der Art. 1 heißt: Zu den Verrichtungen eines Geschwornen können, vorbehaltlich der in Art. 2 festgesetzten Ausnahmen, alle Staatsbürger berufen werden, welche entweder 1) das Amt eines Bürgermeisters, Magistratsraths oder Gemeindevorstehers bekleiden oder in den letzten zwölf Jahren bekleidet haben, oder 2) auf einer deutschen Hochschule den Doktorgrad erlangt haben oder auf dem Grunde einer am Schlusse der Universitätsstudien bestandenen Prüfung für befähigt zum Eintritt in die Praxis erklärt worden sind, oder 3) jährlich an direkten Steuern einen Gesammtbetrag von wenigstens 20 Gulden entrichten. In den Motiven zu dem Gesetzentwurfe heißt es: Im Allgemeinen sind zum Geschwornendienste alle Staatsbürger für befähigt erklärt, welche durch Bekleidung gewisser Gemeindeämter durch mit Erfolg betriebene Universitätsstudien oder durch Zahlung einer gewissen Steuerquote die Vermuthung für sich haben, daß die bürgerliche Gesellschaft sie für würdig halten werde, eine Vertrauen verdienende Stellung einzunehmen.

Nürnberg, 22. Juni. Der hiesige Industrie- und Kulturverein hat beschlossen, eine Armenkolonie in hiesiger Gegend zu gründen und zugleich die Anregung zur Bildung einer Gesellschaft Behufs Beförderung der Anlage von Armenkolonien im ganzen Königreich zu geben. Die Statuten dieser Gesellschaft werden demnächst allerhöchsten Orts zur Genehmigung vorgelegt und sodann im ganzen Königreich verbreitet werden. Die Mittel, wodurch diese so nützlichen Anstalten in's Leben gerufen werden sollen, werden zunächst in Jahresbeiträgen der Mitglieder im Betrage von nicht mehr als 30 kr. bestehen. Auf diese Weise soll dürftigen Familien ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses, welche den einheimischen Armenpflegen bereits zur Last fallen oder doch Dem nahe sind, durch Gewährung einer eigenen oder einer möglichst billigen Pachtwohnung eine Erleich-

lerung ihres Looses bereitet werden. Es ist zu wünschen und bei dem geringen Ansatz der Beiträge auch zu hoffen, daß dem Vereine durch zahlreichen Beitritt von Mitgliedern die Mittel zu einer recht ausgedehnten Wirksamkeit geboten werden. (N. Kor.)

Nürnberg, 23. Juni. Der hiesige konstitutionelle Verein hat eine Adresse an die deutsche Nationalversammlung abgefaßt und zur Unterschrift (auch von Nichtmitgliedern) aufgelegt. Er erklärt sich darin gegen die demokratischen Vereine und spricht sich dafür aus, daß „den Beschlüssen des deutschen Parlaments, wie dieselben auch nach den in seinem Innern durchgemachten Kämpfen sich gestalten mögen, das deutsche Volk, die einzelnen Regierungen Folge zu leisten schuldig sind, ferner, weil jene als der Ausdruck des wahren, allgemeinen Volkswillens erscheinen." Nur solle die Versammlung rasch handeln: Schleswig-Holstein, Triest, Prag; Entschlossenheit gegen Rußland, keine unnöthige Furcht vor Frankreich u. s. f. (N. K.)

Von der bayerischen Grenze meldet man uns daß die Ortsvorsteher des kgl. Landgerichts Günzburg vorgeladen und nach Platz für Stallung und Mannschaft in den resp. Ortschaften gefragt worden seyn, da innerhalb 14 Tagen in dortiger Gegend größere Truppenmassen für längere Zeit zusammengezogen werden würden. Dabei fragt man sich: sollen sie vielleicht zur Besatzung der Festung Ulm gelten, das in Folge der unfertigen Kasernen noch keine Truppen aufnehmen kann? (Die Ulmer Schnellpost, der wir diesen Bericht entnehmen, fügt selbst hinzu, daß ähnliche Anfragen durch den Herrn Kriegskommissär auch beim Stadtschultheißenamt in Ulm gestellt worden seyn sollen.)

Württemberg.

Stuttgart, 22. Juni. Das „Tagblatt" schreibt: Sicherem Vernehmen nach hat sich unsere Regierung dahin erklärt, sich den Beschlüssen der Nationalversammlung unbedingt unterwerfen zu wollen.

Kurhessen.

Aus Marburg, 17. Juni, berichtet die „Hanauer Zeitung", daß am 15. Abends eine Schaar von 4 bis 500 Mann, um den Gymnasialdirektor Vilmar zum Widerruf eines ihr nicht gefälligen Artikels über den Republikanismus und Kommunismus zu zwingen, vor dessen Wohnung zog, und erst nach einem Bajonnetangriff der Bürgerwehr, welche bei ihrem Nahen durch Steinwürfe empfangen worden war, zerstreut werden konnte.

Preußen.

Berlin, 20. Juni. (Nationalversammlung.) Der Präsident Milde übergab dem Sekretär Hausmann nun ein Schreiben des Ministerpräsidenten Camphausen, der auf seinem Platze fehlt, zur Verlesung. Allgemeines Aufsehen, tiefe Stille. Es lautet: „Ew. Hochwohlgeboren (es ist an den Kammerpräsidenten gerichtet) beehre ich mich anzuzeigen, daß es mir nicht gelungen ist, die in Aussicht gestellte Ergänzung des Ministeriums zu bewirken und daß ich in Folge davon Sr. Majestät meine Entlassung eingereicht habe. Ich füge noch den Wunsch bei, daß die Plenarsitzungen der Nationalversammlung auf einige Tage bis zur Bildung des neuen Kabinets möchten ausgesetzt werden." v. Auerswald: „Es liegt mir nach dieser Erklärung nur die Pflicht ob, für mich und im Namen meiner Kollegen, auch des Hrn. v. Schreckenstein und des Frhrn. v. Schleinitz zu erklären, daß wir unsere Porteseuilles nur noch so lange fortführen werden, bis das neue Kabinet gebildet seyn wird; dem Wunsche des Herrn Ministerpräsidenten, die Plenarsitzungen auszusetzen, können wir uns nur anschließen. (K. v. u. f. D.)

Berlin, 20. Juni. Die Stimmung der Stadt ist schwül, wie die Gewitterluft, die heute auf uns drückt. Die Bevölkerung ist zum größeren Theil noch nicht im Stande, die Bedeutung eines Rücktritts des gesammten Staatsministeriums zu erkennen. Gleichwohl ahnet sie, was in einem Provisorium Bedenkliches und Krankhaftes liegt. Man beschäftigt sich mit Vermuthungen und alarmirt sich wie immer durch Gerüchte. Man erzählt sich, Camphausen sey darum zurückgetreten, weil der König einen Privatbrief des Kaisers von Rußland den Ministern vorenthalte. Andere bringen sein Ausscheiden mit der Sendung und den geheimen Aufträgen des Generals v. Pfuel an den Hof von St. Petersburg in Zusammenhang. Zugleich findet das Gerücht Glauben, daß russischer Seits gegen die Reorganisation Posens protestirt und mit Kriegserklärung gedroht worden sey.

— Unsere Börse ist durch den Rücktritt des Ministers Camphausen in eine Bestürzung gerathen die die ohnedieß schon sehr flaue Stimmung ganz niederdrückt und für heute gar kein Geschäft zuließ. (K. v. u. f. D.)

Berlin, 20. Juni (Abends halb 10 Uhr.) So eben erscheint folgender Maueranschlag: „Se. Majestät der König haben den Finanzminister Hansemann mit Bildung des Ministeriums beauftragt. Berlin, 20. Juni 1848." (K. v. u. f. D.)

Berlin, 21. Juni. Den seit mehreren Tagen zirkulirenden Gerüchten von feindlichen Truppenbewegungen Seitens der Russen kann aus zuverlässiger Quelle auf das Bestimmteste widersprochen werden. — Die Reserven des Gardekorps sind einberufen worden und es dürfte das letztere bald auf den Kriegsfuß gesetzt werden. (B. N.)

Königsberg, 18. Juni. Nach authentischen Berichten ist die Gränze von Polangen bis Kowno mit dichten russischen Heerhaufen besetzt. Regierungsrath Müllner geht im Auftrage der hiesigen Regierung zur Berichterstattung ab. Preußische Kurassiere stehen schon an der Gränze, Infanterie rückt ihnen nach. Der kommandirende General soll gestern eine Stafferte abgeschickt haben, ob er mit seinen Truppen aus Königsberg ausrücken solle. Gleichzeitig bereist ein Artillerieinspektor die Festungen der Provinz, um ihren Zustand zu untersuchen; er war schon von Graudenz bis Memel. Nach brieflichen Nachrichten von der polnischen Gränze ist besonders der Artillerietrain der Russen bedeutend, durch Kowno sind 120 Kanonen, meistens auf Wagen passirt. Die wichtigste Frage ist nunmehr, in welcher Eigenschaft stehen die Russen an unseren Gränzen? Die Frage könnte seltsam erscheinen, wenn ihr Benehmen nicht so verdächtig freundschaftlich wäre, insbesondere bemühen sie sich, mit dem preußischen Militär fast zu fraternisiren; überall ist das Gerücht verbreitet, daß ihnen dem preußischen Volke gegenüber die strengste Mannszucht anbefohlen sey. Ein furchtbarer Verdacht steigt in der Provinz auf, den Viele unverhohlen äußern; und dennoch ist es zweifelhaft, welcher Empfang den Russen in der Provinz werden würde. Die Wage schwankt zwischen einem allgemeinen Volksaufstande und der tiefsten Ruhe, welche ein übertriebener Royalismus bewirken könnte. Will die Regierung einen Volksaufstand gegen die Russen, so kann ein Aufruf von ihr ihn bewirken, und die 60,000 Gewehre des Danziger Zeughauses können ihn wirksam machen; will sie ihn nicht, so geht er vielleicht wider ihren Willen vor sich. Die nächsten Wochen entscheiden über das Schicksal der Provinz; Tausende von Familien, Tausende von Leben können in den nächsten Wochen geopfert seyn. (K. v. u. f. D.)

Posen, 16. Juni. Man fährt immer noch fort, eifrigst die schwachen Stellen unserer Festung zu befestigen; auch sind eine höchst bedeutende Anzahl von Kugeln und Granaten (70,000 Stück) vorräthig angefertigt worden; neulich verbreitete sich sogar das Gerücht, die Festung solle auf sechs Monate verproviantirt werden. Man erzählt sich viel von den Truppenkonzentrirungen der Russen, und sieht nicht ohne Bangen nach der Grenze; zwar meinen die Anhänger des alten Systems, deren es hier sehr viele gibt, die Russen werden als Freunde kommen (ja vielleicht als Polenfreunde), indeß Gott bewahre uns vor der Russenfreundschaft. Uns scheint es, sollen sie einmal über die Grenze kommen, besser, sie ziehen als Feinde gegen uns, wo wir, mit Hilfe des einigen Deutschland, wohl noch mit ihnen fertig werden dürften. — Die Spannung zwischen Polen und Deutschen besteht immer noch in unerfreulichster Art fort. — Keiner traut dem Andern. Die Polen haben sich vorgenommen, bei keinem Juden zu kaufen, denselben überhaupt in keiner Art einen Verdienst zukommen zu lassen, und sie führen dieß System, zum großen Schaden unserer jüdischen Bevölkerung, mit größter Konsequenz durch. Die kommerziellen Verhältnisse gestalten sich hier mit jedem Tage trauriger und für die Zukunft beunruhigender. (Schles. Z.)

Schleswig-Holstein.

(Kannibalische Kriegsführung der Dänen.) Die „Hannov. Zeitung" enthält folgende Erklärung: „Schon früher haben die deutschen Truppen, welche Sonderburg gegenüberstanden, bemerkt, daß die Bomben, womit die Dänen sie fast täglich aus ihren Batterien bei Alsen begrüßten, mit Nägeln, Haken und anderem alten Eisen gefüllt waren. Da diese Bomben aber eben so wirkungslos blieben, als sie ohne Veranlassung abgeschossen zu seyn schienen, so ist die Sache nicht weiter zur Sprache gebracht worden, obgleich sie dem in gesitteten Heeren eingeführten Kriegsgebrauche widerspricht. Jetzt hat man aber bei gefangenen Dänen eine Art von Geschoß für das kleine Gewehr gefunden, das näher bekannt zu werden verdient. Mit der Bleikugel ist nemlich ein Stück Eisenblech in Verbindung gebracht, welches scharfe Kanten und spitze fast widerhakenartige Ecken hat. Da es zur Sicherheit des Schusses gewiß nicht beiträgt, so kann es nur den Zweck haben, die Wunden schmerzhafter und gefährlicher zu machen. Etwas Aehnliches würde man durch Vergiften der Kugeln erreichen können. Wir haben stets Achtung vor dem dänischen Charakter gehabt; wir haben geglaubt, mit ehrenwerthen Gegnern zu kämpfen; es ist Dieß durch die Behandlung der verwundeten und gefangenen Dänen vielfach bethätigt worden. Wir bringen daher die obigen Thatsachen, die wir zu beweisen im Stande sind, hier öffentlich zur Sprache.

Oesterreich.

Wien, 20. Juni. Die Wahlen zum Reichstag nehmen ihren Fortgang, doch ist die Betheiligung an denselben noch immer keine übergroße. — Die Deputation, welche der Sicherheitsausschuß zur Konstatirung der Thatsachen, die den blutigen Zusammenstoß veranlaßten, vor einigen Tag nach Prag gesendet, ist zurückgekehrt, ohne ihre Sendung, wie man sagt, vollbracht zu haben. Ueber die Ereignisse in Prag äußerte sich Fürst Windischgrätz folgendermaßen: „Ich habe die Fäden der Verschwörung bereits in meinen Händen und ich kann Ihnen meine Herren nur sagen: ich und meine Truppen sind stolz darauf, das Vaterland gerettet zu haben." Aus den Erzählungen der Deputation ist ersichtlich, daß die Ultraczechen das Blutbad durch die schändlichsten Umtriebe provozirt haben, daß Leo Thun an beiden Theilen zum Verräther wurde, Graf Buquoi zum König von Böhmen ausgerufen werden sollte, und eben dieser und der bekannte Villani die Lenker der Bewegung waren, die auf nichts Anderes hinausging, als sich von Oesterreich zu trennen und ein selbstständiges Reich zu gründen. Beide sind verhaftet und bei Beschlagnahme ihrer Effekten soll sich sehr viel russisches Geld gefunden haben. Die Erbitterung auf beiden Seiten ist groß, wo man Einzelner habhaft werden konnte, wurden sie zu Tode gemartert. Das Land selbst ist außerdem in drei Partieen gespalten: in eigentliche Deutsch-Böhmen, die den Anschluß an Deutschland wollen, ihre Anzahl ist sehr gering; in die österreichisch seyn Wollenden, die gegen Deutschland sind, und in die ultraczechische Fraktion, die mit russischem Gelde operirt. Ihre Kopfzahl ist nicht so bedeutend, wie die der österreichisch Gesinnten, an Energie, Uebermuth, Halsstarrigkeit jedoch übertrifft sie die vorgenannten Schattirungen bei Weitem. Während des Blutbads kämpften alle Parteien bunt durcheinander und bis nun konnte auch nicht mit einiger Sicherheit bezeichnet werden, wer mit dem Militär, wer gegen das Militär, das zuletzt Sieger blieb, gekämpft hatte. Einstimmig verlangt man in Prag nach Garnisonswechsel und verlangt, daß Windischgrätz das Kommando niederlege. Graf Mensdorf hat das Kommando nur Einen Tag behalten, Windischgrätz mußte es wieder nehmen, sonst hätte sich, wie es heißt, das wüthende an 20,000 Mann starke Militär der Kanonen bemächtigt, Prag in einen Schutthaufen verwandelt und wäre nach Italien gezogen. Merkwürdig sind die Worte des FML. Grafen Walmoden, zu dem die Wiener Abgesandten zuerst geführt wurden und welcher die Vollmacht derselben, ausgestellt vom hiesigen Minister und dem Präsidenten des Sicherheitsausschusses, musterte und auf die Unterschriften weisend, sagte: „Fischhof (der Name des Präsidenten im Sicherheitsausschusse), der Name ist gut; Pillersdorf — der Name gilt hier nicht." Ein schönes Kompliment für das hiesige Ministerium! (K. v. u. f. D.)

Wien, 20. Juni. Die Aula der Universität ist seit einigen Tagen gesperrt und die meisten Studirenden haben sich nach Hause in die Provinzen begeben. Die akademische Legion zählt kaum über 2000 effektive Mitglieder mehr. Desto schwieriger bleibt der Stand für die Nationalgarde, welche nun allein die gefährlichen Arbeiterunruhen zu bekämpfen hat. Die Stimmung gegen die Studirenden, welche zunächst diese rohen Kräfte heraufbeschworen hatten, ist daher nicht eben die beste. Gestern war wieder ein Gefahr drohender Tag. Die

Arbeiter versuchten auf zwei Punkten, wo sie am zahlreichsten versammelt, Widerstand zu leisten und verbarrikadirten sich sogar, um höheren Lohn und Anderes zu erringen. Man hörte die fürchterlichsten Drohungen von ihren Rädelsführern. Die Nationalgarde rückte fast vollzählig aus, lud im Angesichte der Meuterer ihre Gewehre und es wurde ihnen allen Ernstes bedeutet, daß man nöthigen Falls auch Kanonen gegen sie aufführen lassen werde. Dieß wirkte und der bessere Theil der Arbeiter, welcher dadurch Muth gewann, lieferte selbst die Anstifter aus, die etwa 80 an Zahl zur Haft gebracht wurden. Fremde verkleidete Aufwiegler, männlichen und weiblichen Geschlechtes, befinden sich darunter. — Fürst Windischgrätz hat auf das einstimmige Verlangen des Militärs und der Nationalgarde in Prag das vorige Kommando wieder übernommen.

(K. v. u. f. T.)

Innsbruck, 20. Juni. Gestern hatten die kroatische und slavonische Deputationen Audienz bei Sr. Majestät und den übrigen Gliedern der kaiserl. Familie. Das brillante Kostume der Kroaten und die interessanten Nationaltrachten und Physiognomieen der Slavonier zogen eine Menge Zuschauer vor die kaiserl. Burg. Das Resultat war den Wünschen dieser Nationen nicht ganz entsprechend, da sie mit ihren Petitionen auf den Weg durch das ungarische Ministerium verwiesen wurden. Fürst Esterhazy war dabei gegenwärtig. Bei diesen Audienzen soll mit solcher Wärme gesprochen worden seyn, daß sämmtlich Betheiligte zu Thränen gerührt waren. — Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog Johann ist gestern Abends 7½ Uhr mit Familie nach Wien abgereist. Ihm folgten die Minister Doblhoff und Wessenberg. — Der päpstliche Legat Monsignor Morichini, und der Banus von Kroatien werden heute abreisen.

(Tyrol. Bote.)

Wien, 20. Juni. Die Wiener Deputation ist von Prag zurückgekommen. Sie berichtet in starken Ausdrücken über die dortige Militärherrschaft. Nur mit Lebensgefahr konnten sie von der letzten Station im Wagen nach Wien gelangen. Ueberall riefen ihnen die Husaren entgegen: haben wir euch, ihr Wiener Hunde? Selbst einzelne Offiziere sollen sich sehr roh benommen haben. Auf dem Schloß, zu welchem sie sich Bahn brechen mußte, nahm ihnen Graf Wallmoden ihre Vollmachten ab, sah auf die Unterschriften und machte seine Bemerkungen über Fischhof und Pillersdorff. Zu Windischgrätz geführt sagte dieser in scharfem Ton zu ihnen: Ueberall hat die Revolution gesiegt, hier sind wir die Sieger. Den Deputirten wurden die Waffen abgenommen und man hielt sie in einem Zimmer gefangen. Nach zwei Tagen bekamen sie Erlaubniß auszugehen, die Waffen wurden ihnen nicht zurückgestellt. Den abziehenden Studenten, worunter auch Wiener, wurden auf der ersten Station in Birchowitz ebenfalls die Waffen abgefordert, und als sie Abgabe verweigerten, soll in die Wagen geschossen worden seyn. In Prag war die Ruhe hergestellt; in der Altstadt fehlte es an Wasser, da Windisch-Grätz den Wasserthurm hatte zerstören lassen. Die Mühlen an der Moldau, aus welchen auf das Militär geschossen worden war, sind ganz vernichtet. Ueberhaupt wird hervorgehoben, daß die Kugeln sich ihr Ziel gut aussuchten und ausgezeichnet gut trafen. Hier geben diese Berichte der radikalen Partei wieder die Waffen in die Hand. Es ist zu beklagen, daß Uebergriff so eng an Sieg geknüpft erscheint. Um übrigens die Prager Ereignisse gehörig würdigen zu können, muß man von allen Umständen genau unterrichtet seyn. So wenig Revolutionen mit Rosenwasser gemacht werden, so wenig kann man Aufstände, welche die Früchte einer Revolution selbst in Frage stellen, mit Rosenwasser dämpfen.

(A. Z.)

Prag, 18. Juni. Eine Woche ist nun verflossen seit dem Beginn des Aufstandes, und welch eine fürchterliche Woche! Das schöne Prag, die stolze herrliche Königsstadt ist nicht mehr zu erkennen: Ueberall Barrikaden, Brandstätten, rauchende Trümmerhaufen. Eine Uebersicht des ganzen Hergangs zu gewinnen ist jetzt noch nicht möglich, eben so wenig lassen sich die Verheerungen oder die Anzahl der Gebliebenen auch nur annähernd bezeichnen. Der Kampf wurde lediglich von der Tschechenpartei begonnen, und zwar von dem exaltirten Theile dieser Partei, welche sich stark genug glaubte, die Losreißung von Oesterreich und die Zertrümmerung des Kaiserstaats zu bewerkstelligen. Ein günstigerer Zeitpunkt konnte zu diesem Unternehmen nicht gewählt werden: der Kaiser abwesend, Wien in Parteiungen zerrissen, Ungarn und Kroatien im offenen Kampfe, und aus Italien trafen so eben für die österreichischen Waffen höchst ungünstige Nachrichten ein, die von Palazky und seinem Anhange mit Jubel aufgenommen wurden. Es schien also leichtes Spiel Oesterreichs Macht für immer zu brechen, oder vielmehr ganz zu vernichten. Der Leiter des Aufstandes, das sichtbare Werkzeug war Peter Faster, ein Gastwirth, der seine ruinirten Vermögensverhältnisse in einem Umsturz der Dinge zu verbessern hoffte. Faster war es, der die Arbeiterklassen durch Geld, Vorspiegelungen und die Aussicht auf Plünderung für seine Partei gewann, der durch Schmeicheleien die Studenten zurückhielt, während der schon eingetretenen Ferien in Prag zu bleiben. Alle Fabrik- und Eisenbahnarbeiter, Taglöhner, Drucker etc. aus der Umgegend waren in die Stadt gezogen worden, um sogleich nach der vorauszusehenden abschlägigen Antwort wegen Errichtung einer unabhängigen böhmischen Regierung losschlagen zu können. Allen diesen Planen, wie dem ganzen verrätherischen Treiben stand ein Mann im Wege, der obgleich gar nicht feindlich der böhmischen Nationalsache doch von allen Prager Tschechen bitter gehaßt wurde, und dieser Mann ist Fürst Alfred Windischgrätz, kommandirender General in Böhmen. Weder im Leben noch in seiner Amtsführung konnte ihm je das mindeste zur Last gelegt werden; geliebt wie ein Vater von allen seinen Untergebenen galt er seit lange als einer der besten Generale der Armee und als tapferer einsichtsvoller Soldat. Dies war der Grund des Hasses, womit ihn die Tschechenpartei beehrte, und deshalb trachtete man ununterbrochen, ihn durch Güte oder Gewalt, durch Anschwärzungen, Verläumdungen und plumpe Zeitungsangriffe zum Niederlegen seiner Stelle zu bewegen. Oesterreichs guter Genius wollte, daß Windischgrätz blieb, und wenn auch eine Stadt sehr gelitten hat, so wurde dadurch einem unabsehbaren Bürgerkriege vorgebeugt. Der Fürst ist mit aller denkbaren Schonung, so daß er sich selbst öfters bloßstellte, verfahren, und hat erst dann volle Strenge gebraucht, als alle Anerbietungen, alle Versuche der Güte fruchtlos waren. Welche Verdienste sich Fürst Windischgrätz um Oesterreich und um Deutschland erwerben, kann nur beurtheilen, wer die östlichen Marken des Vaterlandes kennt: der hiesige Kampf hat welthistorische Bedeutung und ohne diesen Feldherrn wäre Oesterreich verloren. (A. Z.)

Der „Frankfurter Ober-Postamts-Zeitung" wird aus Eger geschrieben: Bei uns in Eger ist alles in einer großen Aufregung. Das Landvolk um Prag scheint noch ruhig. Nur ein Lebenszeichen von dort und von hier, so brechen Freischaaren auf. Gestern haben wir einen Theil des Egerlandes zu einer Art Landwehr organisirt, die andern folgen nach. Im Erzgebirge rufen wir die Gebirgsschützen auf. Der Leitmeritzer konstitutionelle Verein hat uns gestern Nachrichten zugesandt. Die Leitmeritzer und wir fordern alle deutschen Städte Böhmens auf, einen Kongreßort zu bestimmen. Die Einleitung ist getroffen. Das Verfahren der Insurgenten gegen die Deutschen in Prag ist schaudererregend; es wurden Deutschen Arme und Beine öffentlich am Ringe abgehackt. — Zwischen Pilsen und Eger steht bald ein Armeekorps; bei uns wird schon Proviant ausgeschrieben. Wird nicht Bayern und Sachsen ein Korps an die Grenze stellen?

Italien.

Die amtliche „Venediger Zeitung" vom 15. Juni erwähnt noch nichts von einem Hülferuf an die französische Republik, wohl aber drückt sie ihre Freude darüber aus, daß die Besatzung der Lagunenstadt durch Zuzug so vieler Freiwilligen, lombardischer, römischer, neapolitanischer (letztere unter General Pepe), sowie durch einen Theil der bisherigen Garnison von Padua verstärkt worden sey. Dem am 13. Juni von Padua angelangten lombardischen Bataillon unter Major Rivara ist die Vertheidigung von Malghera aufgetragen. — Der „Mailänder Zeitung" vom 18. Juni zufolge hat die provisorische Regierung von Mailand Hrn. Gaetano Faffati an den neapolitanischen Hof abgeordnet, um diesen von dem Entschluß abzubringen, seine noch übrigen Truppen aus dem obern Italien zurückzuziehen. Der „Corriere Mercantile" von Genua klagt bitter über Umtriebe der aristokratisch-jesuitischen Kamarilla in Turin.

General v. Welden hat mit seiner Truppenmacht Venedig schon tüchtig umschlossen. Folgendes ist sein Bericht über die Vorgänge bei dem Reserve-Armeekorps vom 15. bis 19. Juni 1848. Die feindlichen Horden, welche zur Qual der Einwohner Treviso auf das äußerste vertheidigten, sind noch in der Nacht vom 14. auf den 15. in der Richtung nach dem Po abgezogen, und hatten die Finsterniß gewählt, um die Unordnung, die unter ihnen herrschte, unsern Augen zu entziehen. Sie sind gestern, den 17., über den Po nach Ferrara gezogen. Sie hatten die beglückende Freiheit der Stadt Treviso während ihres 5wöchentlichen Daseyns für einen Kostenaufwand von 800,000 Lire gewährt. Sowie die ganz mit Barrikaden versehene Stadt nur etwas geräumt, und meine Truppen sich von den forcirten Märschen, die sie vor die Thore Treviso's gebracht, 24 Stunden erholt hatten, schob ich die Avantgarde, unter dem Fürsten Liechtenstein, am 16. bis an den Zero vor, ordnete die Truppeneintheilung, die Verpflegung und Administration. Am 17. rückte die Brigade Liechtenstein mit ihrem Hauptquartier nach Mogliano, die Avantgarde bis an die Dese vor, rechts von ihr besetzte die Brigade Susan, Campo S. Pietro und Noale, links die Brigade Mitis S. Michaele di Quarto, und stand über Marcon mit der Brigade Liechtenstein in Verbindung. Den 18. Abends rückten alle drei Brigaden vor und besetzten Tesera, Mestre, Ponte di Rana und Malcontenta. Mit Tagesanbruch stieß man auf den Feind, der sich nach einigem Plänkeln auf der einen Seite nach Malghera, auf der andern nach Fusine zurückzog und nun theils aus Malghera, theils aus zwei Birogen, die bei Fusine aufgestellt waren, ein zwei Stunden lang währendes Feuer aus schwerem Geschütz gegen unsere vorrückende Kolonne, jedoch ohne Erfolg eröffnete. Gegen 9 Uhr Morgens hatte selbe ihren Zweck erreicht, den Damm, über den die Eisenbahn fährt, Ponte della Rana, Maranzano — drei sehr wichtige Punkte — stark besetzt und fing an sich dort sehr zu befestigen. Die Reserven standen in Mestre, Bedenigo und Malcontenta. In der Nacht rückte die Brigade Susan nach Mirano, ihre Avantgarde bis Oriago. Das Gros der Brigade Liechtenstein sammelte sich in Mestre. Unter den bewandten Umständen war ich entschlossen, mich mit Malghera um so weniger zu beschäftigen, als selbst dessen Besitz mit jenem Venedigs in keinem Zusammenhang stand; dagegen an dem westlichen Lagunenrande gegen Süden mehr und mehr Fuß zu fassen, um die große Masse Lebensmittel, vorzüglich Fleisch, welches Venedig aus dem Paduanischen bekömmt, abzuschneiden und alle Hilfsquellen dieser reichen Provinz unserer Armee an der Etsch zuzuführen. (A. Z.)

Die neueste „Wiener Zeitung" läßt sich, angeblich aus Verona, schreiben: Die päpstlichen Abgesandten Morichini und Viale Prela hätten einen Waffenstillstand vorgeschlagen, welchen Baron Wessenberg angenommen und dießfalls die geeigneten Befehle an Feldmarschall Radetzky erlassen habe. Die Wiener Zeitung beklagt, daß auf solche Weise den kaum mit einiger Energie in Gang gebrachten Operationen ein Ziel gesteckt werde. Wolle man die Zeit mit Konferenzen und Protokollen verlieren, bis es vollkommen unmöglich werde, einen ehrenvollen Frieden zu erkämpfen?

Ein amtlicher Bericht meldet aus Caorle (Piavemündung): Am 2 Juni, um 4 Uhr Nachmittags, langte eine kombinirte Flottille, bestehend aus 3 Dampfern, 1 Fregatte, 5 Kanonierbooten, 8 Piroghen und mehreren Brazozzi vor Caorle an, und begann unmittelbar nach Aufstellung der sämmtlichen Fahrzeuge das Bombardement des Orts, das 1½ Stunden fortwährend unterhalten wurde. Von den 79 Kanonenschüssen, die in diesem Zeitraume abgefeuert wurden, trafen nur zehn dreißigpfündige Granaten die Stadt, ohne übrigens dort bedeutenden Schaden anzurichten. Die beiden Kirchen, die Batterie und ein Privathaus litten hiebei am meisten, von den 10 Granaten sprangen nur 3 aber keine von allen zündete. Dieses Feuer von Seiten der Schiffe wurde von der einzigen zwölfpfündigen Kanone auf dem Walle vor der Stadt erwiedert, und zwar durch 29 Schüsse, von denen 14 theils das Dampfschiff, theils die Fregatte bedeutend beschädigten. Dem Oberkanonier Karl Karoly, der als Vormeister mit Geschicklichkeit und bewunderungswürdiger Gemüthsruhe sein Geschütz bediente, gebührt das Verdienst dieses wohlgeleiteten Feuers, dessen unglaubliche Wirkung den Feind in solches Staunen versetzt haben muß, daß er, ohne auch

nur eine Ausschiffung zu versuchen, nach Betrachtung der Besatzung, die am Ufer sichtbar wurde bei Einbruch der Nacht sich entfernte. (Oss. Tr.)

Genua, 13. Juni. Die neuesten Berichte aus Rom entwerfen eine ziemlich düstere Schilderung von den dortigen Zuständen, die durch das Treiben der äußersten Parteien mit jedem Tage unheimlicher werden. Man fürchtete noch immer einen blutigen Zusammenstoß, ähnlich jenem in Neapel. Die Volksvertreter waren deshalb nur sehr spärlich aus den Provinzen eingetroffen; viele wollen gar nicht kommen, weil sie ihr Leben gefährdet glauben. Pius IX., der gefeierte Mann des Jahrhunderts und der größte Wohlthäter seines Volkes, hat allen politischen Einfluß verloren. Er ist bereits in die alte Rumpelkammer geworfen. Die Radikalen haben ihn so lange bei der Masse verdächtigt, bis diese Chorus mit ihnen machte. Die Zügel des Staats liegen fast ganz in den Händen der Klubs, deren terroristische Gewalt fast keine Grenzen kennt. Es soll eine neue Aenderung des Ministeriums bevorstehen. (Karlsr. Z.)

Neapel, 14. Juni. In Calabrien stehen die Dinge schlecht. Nachdem es sich herausgestellt hat, daß die angekommenen Truppen statt des den Calabresen angekündigten Generals Palma von dem berüchtigten, jedem Calabresen in den Tod verhaßten General Nunziante befehligt seyen, habe sich das ganze innere Land, wie ein Mann erhoben. Jetzt heißt es, die Provinzen alle glauben sich verrathen, und man erwartet den Anmarsch bedeutender Massen nach der Hauptstadt, wovor der Himmel uns bewahre! — So eben wird die Aufhebung des Belagerungszustandes durch eine Proklamation des Platzkommandanten verkündet. (Schw. Mkr.)

Frankreich.

Paris, 18. Juni. Unter den von der Regierung angegebenen Gründen für die Mobilisirung weiterer 300,000 Mann bemerkt man folgendes: Die vollziehende Regierungskommission behält die entschiedene Hoffnung, daß der Friede erhalten werde. Doch kann Frankreich nicht ohne Vorsichtsmaßregeln Territorialveränderungen mit ansehen. Es würde nicht dulden dürfen, daß eine Vergrößerung der Macht seiner Nachbarn ohne Ersatz für es, seine eigene Macht schwäche. Es scheint dies zu bedeuten, daß Frankreich die Vereinigung der Lombardei und anderer, italienischer Staaten mit dem Reiche Karl Alberts nur gegen Abtretung Savoyens zuzugeben entschlossen sey. In den Bureaux wird hierüber wohl weitere Erklärung gefordert und gegeben werden. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Paris, 19. Juni. Der Courrier français will wissen, auf der Ebene von Satory bei Versailles werde ein Lager von 25,000 Mann zusammengezogen. — Der Minister des Innern hat der Nationalversammlung zwei Gesetzesentwürfe vorgelegt: 1) Die Pariser Mobilgarde von 14,000 auf 20,000 Mann zu erhöhen, 2) 300 Bataillone (300,000 Mann) Bürgerwehr zu mobilisiren. Diese beiden Entwürfe begleitet der National mit folgender Erläuterung: Im Augenblick, wo wichtige Vorfälle die italienische Frage verwickeln, wo die Rüstungen des Czaren auf eine Intervention in Preußen und Oesterreich deuten, herbeigerufen vielleicht durch den Verrath der Souveräne gebietet die allergewöhnlichste Vorsicht der französischen Republik, sich auf jede Möglichkeit bereit zu halten. Es handelt sich darum, die Unabhängigkeit Frankreichs zu sichern und die Zivilisation Europas zu beschützen. — Die Reforme, sonst eben kein Haase, sieht die Russen schon an den Grenzen Frankreichs, an den Ufern des Ozeans, wenn die Republik sich nicht bald mit den Deutschen verbinde. Wozu haben wir Gesandte und Geschäftsträger in Berlin, Wien, München und Stuttgart? Deutschland — ruft sie aus — ist nicht mehr dort, es ist in Frankfurt! Wir verlangen daher, daß die französische Republik einen bevollmächtigten Minister an die Nationalversammlung in Frankfurt sende. — Die Epoque, ein kleines aber mit vielem Geist gewürztes Blatt will in Erfahrung gebracht haben, daß Kaiser Nikolaus die Bestrebungen Louis Bonapartes begünstige, um in zweiter Instanz seinen Eidam, den Herzog v. Leuchtenberg, auf den französischen Thron zu setzen. — Die Gazette de France (et de Navarre) zeigt alles Ernstes an, daß sich die Gräfin von Chambord (die Herzogin von Bordeaux) guter Hoffnung befinde. Noch ein Prätendent! (Schw. Mkr.)

Paris, 20. Juni. Die Schriftsetzer und Drucker von ganz Paris, selbst die des Moniteur haben in einer vorgestern zu Montmartre abgehaltenen Generalversammlung den einstimmigen Beschluß gefaßt: ihre Arbeiten einzustellen, wenn die Zeitungskautionen wieder eingeführt würden. Calais wird in Kriegsstand versetzt und an den dortigen Festungsbauten fleißig gearbeitet. (Schw. Mkr.)

Paris, 20. Juni. Das „Journal des Debats“ enthält in der Nummer vom 21. bei Gelegenheit der Erwähnung der Diskussion über die für die Nationalwerkstätten geforderten 3 Mill. Fr. eine längere, ziemlich trübe Betrachtung. Wo soll das hinaus, fragt es, wird und soll Frankreichs Industrie zu Grunde gehen? Die Nationalwerkstätten bemächtigen sich aller Arbeit und ruiniren dadurch die Gewerbe! Kann man aber die Nationalwerkstätten so ohne weiters schließen? Hunderttausend Arbeiter stehen auf der einen Seite, sechzigtausend, welche in den Nationalwerkstätten Beschäftigung wollen, auf der andern. Wie wird das im nächsten Winter werden? Mag auch die Kammer mit allem Aufwand ihrer Kräfte die Lösung dieser Frage betreiben, wer steht uns dafür, daß die Regierung gleichfalls an eine ernstliche Lösung denkt? Wir sprechen es offen aus: man zweifelt daran! Man glaubt, die Regierung sehe nicht ohne eine Art von geheimer Befriedigung diese Armee von 100,000 Mann, deren Taglohn sie in die Hand der Regierung gibt. Man glaubt, die Regierung wolle nicht gewaltsam die bisher bestehende gesellschaftliche Form auflösen, nein, sie wolle sie im langsamen Todeskampfe dahinsterben lassen. Man wolle den Kredit nicht durch einen Gewaltstreich vernichten, aber man wolle seine Wiederherstellung durch alle Mittel verhindern. Und wenn so die Regierung Schritt vor Schritt die großen Unternehmungen an sich gerissen haben würde, heute diese, morgen jene, würde sie allein der große Kapitalist, der große Fabrikant, der große Besitzer in Frankreich seyn und der Kommunismus würde dann siegreich aus der Krise hervorgehen! Diejenigen, welche noch ein Kapital besäßen, würden es langsam aufzehren, ohne es wieder erwerben zu können, die aber, welche nichts haben, als ihre Hände, würden Mittel haben zu leben und zu erwerben. Das wüßte die Regierung, aber sie thue nichts dagegen, sie suche Zeit zu gewinnen, sie verspreche, aber sie thue nichts!

Paris, 21. Juni. Es verbreitet sich heute die Nachricht, daß eine telegraphische Depesche die Meldung einer Hauptschlacht zwischen den Oesterreichern und Piemontesen gebracht habe, in der die Piemontesen geschlagen wurden, und der Herzog von Savoyen in die Hände der Oesterreicher gefallen seyn soll. (Karlsr. Z.)

Großbritannien.

Hr. Guizot hat in den Salons der englischen Aristokratie eine Flugschrift rundgehen lassen, welche er angeblich für den Druck bestimmt, obgleich sie für den Augenblick noch Manuskript bleiben soll. Der Ex-Konseilspräsident soll darin gegen den Ex-König die bittersten Beschwerden vorbringen, und das Doppelspiel anklagen, welches Ludwig Philipp in den Februartagen getrieben habe und wodurch das Königthum untergegangen sey. Nach Guizot's Erzählung hatte der Ex-König die Demission der Minister des 29. Oktobers angenommen und im Drange der sich folgenden Ereignisse die Leitung der Angelegenheiten Hrn. Molé anvertraut, ohne daß jedoch dessen Ernennung unterzeichnet worden wäre. So trat in der Gewalt ein Interregnum ein, durch welches sich die Verwirrung der ertheilten Befehle oder vielmehr der Mangel an aller Leitung erklären würde. Ludwig Philipp hatte sich auf diese Weise eine Art von Diktatur zugelegt, welche ihm je nach dem Ausgange des entstandenen Kampfes gestatten sollte, entweder Molé zu verwenden oder Guizot und Duchâtel beizubehalten.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 9. Juni. Der größte Theil der in Karlskrona ausgerüsteten Kriegsschiffe ist nunmehr von dort ausgelaufen und hat die Richtung nach dem Sunde genommen. Admiral Nordenschöld ist zum Befehlshaber des ganzen Geschwaders ernannt. Außerdem sind sechs Mörserfahrzeuge aus Gothenburg abgegangen, mit versiegelten Befehlen, welche auf der Höhe von Winga erbrochen werden sollen. Auch in Karlskrona werden Mörserfahrzeuge ausgerüstet. Der König hat Befehl gegeben, daß die Festungen Warholm und Carlsten in vollständigen Vertheidigungszustand gesetzt werden. (A. Z.)

Rußland und Polen.

Einem viel verbreitetem Gerüchte zufolge soll von Seiten des russischen Gouvernements der diesjährige Ertrag von circa 3000 Morgen Landes bei Kalisch angekauft worden seyn, um auf diesem ausgedehnten Flächenraum für das in dortiger Gegend sich mehr konzentrirende russische Militär Lager aufzuschlagen. Hiernach dürfte zu schließen seyn, daß Deutschland auch von dieser Seite, mit einem russischen Observationsheere bedroht wird. (Bresl. Z.)

Neueste Nachrichten.

Bremen, 21. Juni. Gestern ist von der Werft des Herrn H. Ulrichs in Vegesack das erste an der Weser erbaute Kanonenboot vom Stapel gelaufen. (W. Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Sonntag den 25. Juni: „Geistige Liebe.“ Lustspiel von Dr. Lederer. Hierauf: „Die Waldnymphe,“ großes pantomimisches Ballet v. Fenzl. Musik v. Grotbenthaler.

Fremdenanzeige.

Hôtel Maulik. HH. Neurath, Legationsrath von Stuttgart; Stockum, Gutsbesitzer v. Landshut; Bischoff, Privatier v. Augsburg; Schuster, Privatiersgattin v. Donauwörth.

Gold. Hahn. HH. Schmaus, Fabrikbesitzer v. Elberfeld; v. Badaris, Offizier v. Florenz.

Blaue Traube. HH. Lanz, Dr. med. v. Berg; Knappe, Direktor v. Venedig; Sorg, Postkommissär v. Augsburg; Dr. Eirriner von Vilshofen; Leo, Direktor v. Augsburg; Baron Ruffin v. Landshut; v. Lilgenau, Regierungsaccessist v. Regensburg.

Stachusgarten. H. Roller, Privatier v. Augsburg; Mdm. Schramm, Zolleinnehmersgattin v. Mindelheim

Edictalcitation.

Zacherl Maria gegen Obermaier
Joseph wegen Vaterschaft und
Kindsalimentation betr.

Die Vormundschaft des unehelichen Kindes der Taglöhnerstochter Maria Zacherl, Namens Maria, geboren den 22. Mai 1842, hat bei dem unterfertigten k. Landgerichte Klage gestellt gegen Joseph Obermaier, Zimmergesellen in Schwaben, wegen Vaterschaft und Alimentation.

Da der gegenwärtige Aufenthalt des Letzteren nicht erfragt werden kann, so wird er hiemit aufgefordert, seine Vernehmlassung auf gegen die gegen ihn vorliegende Klage vom 22., praes. 30. Dezbr. in Zeit 60 Tagen bei Vermeidung der Verurtheilung in die Kosten abzugeben.

Am 13. Juni 1848.

Königliches Landgericht Ebersberg.
Der königl. Landrichter:
Liebl.

coll. Benz.

2433. Die täglich erscheinende

Augsburger Abendzeitung

(Auflage 4500), welche vom 1. Juli d. Js. an im ganzen Königreich Bayern, mit dem Unterhaltungsblatt **„Der Sammler“**, halbjährlich nur 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. kostet, empfiehlt sich zum Abonnement; so wie Inserate aller Art billigst aufgenommen werden.

Augsburger Schrannen-Anzeige vom 23. Juni 1848.

Getreidegattung.	Mittelpreis		Im Vergleich gegen die letzte Schranne			
			minder		mehr	
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Waizen	17	41	—	47	—	—
Kern	18	58	—	—	—	4
Roggen	11	19		22	—	—
Gerste	9	14	—	16	—	—
Haber	5	20	—	3	—	—

Aufgezogen wurden 353 Schäffel.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 167.

Münchener politische Zeitung.

Man pränumerirt auf die Z. [illegible] in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern.

Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr.

Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum nach zu 6 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Montag | XLIX. Jahrgang. | 26. Juni 1848.

Deutschland.

Frankfurt. In der Sitzung der Nationalversammlung am 21. Juni sprach Beisler für den Antrag des Ausschusses in Betreff der Executivgewalt. Er bestand darauf, daß die Nationalversammlung die Verfassung mit den Fürsten gemeinsam zu vertragen habe, fügte aber die Bereitwilligkeit Bayerns bei, alles zu thun, was zur Gründung einer starken und würdigen Centralgewalt beitragen könne. v. Vincke's Aeußerung: „wir lieben unsere Fürsten" veranlaßte so starkes Zischen von der Linken und von der Gallerie herab, daß der Präsident die Zuhörer entfernen zu lassen drohte. Uebrigens versicherte Vincke, daß Preußen jedes Opfer zu bringen bereit sey, und nichts dagegen haben werde, wenn der, den man an die Spitze stellen wolle, aus Oesterreich genommen würde. (Einige Redner hatten auf den Erzherzog Johann gedeutet.) Claussen sagte: wenn Hr. v. Vincke seinen Fürsten liebe, so sey das Geschmackssache; er liebe seinen Fürsten (den Dänenkönig) gar nicht. (Lachen.) von Auerswald sprach für das Triumvirat, schon weil es am schnellsten zum Ziele führe; die Regierungen seyen, (wie auch v. Beisler und v. Lindenau andeuteten) für diesen Fall bereits einverstanden.

Frankfurt, 22. Juni. Der dritte Tag des Kampfes war ein sehr bedeutungsvoller für die Frage, ob ein Bundesdirektorium aus Dreien, oder ob nur ein Reichsverweser ernannt werden soll, wahrscheinlich ein entscheidender. v. Vincke wird durch seine meisterhafte Rede wohl die Stimmen für die Einheit gesichert haben. Die Gründe, die Ihr gestriger leitender Artikel für die Dreiheit aufführt, sind wohl gewichtig, doch warf Vincke noch schwerere in die andere Wagschale, und wahrlich wird es nicht ein schöneres Zeichen deutscher Einigkeit seyn, wenn Preußen, Oesterreicher und Bayern sich in einem Oberhaupte vereinen, als wenn man, nur um die alte Eifersucht der verschiedenen Stämme zu schonen, aus jedem Lande Einen wählt? Hat ein energischer Reichskanzler oder Ministerpräsident mit einem unverantwortlichen Oberhaupte nicht leichtere Arbeit, als mit Dreien? Ist es nicht gerade der Vereinfachung wegen, daß man von der Bundesversammlung ganz absieht? Es war ein schöner Augenblick, als Vincke, obschon ein guter Preuße, gestern sich öffentlich für den Erzherzog Johann erklärte. So weit ich preußische Abgeordnete gesprochen, stimmen sie alle damit überein. In einer Vorberathung, welche gestern Abend auf der Mainlust — und zu meinem Nutzen bei offenen Thüren — abgehalten worden, erklärten sich auch Mitglieder kleinerer Staaten, wie z. B. Welcker und Bassermann, mit Freuden für die Einheit (wie sich die Baiern verhalten, konnte ich noch nicht erfahren), und so dürfen Sie denn wohl mit ziemlicher Gewißheit annehmen, daß in Kurzem der populärste deutsche Fürst*) mit einem verantwortlichen Reichsministerium an der Spitze Deutschlands stehen wird. Hatte vorgestern die äußerste Linke ihre Haupttruppen in's Feld gestellt, so war gestern die Hauptmacht der Rechten, ja der äußersten Rechten, im Treffen, und wahrlich sie traf. Sie traf zunächst Hrn. Jordan aus Berlin, der, im Vertrauen auf ein gutes Organ, Volksrednertalent und Geberdenspiel, sich in einer Versammlung, wie ein deutsches Parlament, allzu weit voraus wagte, um nicht heimgeschickt zu werden. — Ja, ich schrieb es Ihnen schon neulich, die Linke erleidet eine moralische Niederlage nach der anderen; aber nach dem Selbstbewußtsein, mit welchem Hr. Jordan auftritt, zu urtheilen, wird ihn die erhaltene Belehrung schwerlich abhalten, nächstens einen neuen Refrain auf die Rednerbühne zu bringen. Das Wichtigste, was er, der aus Berlin kommt, aus von der Rednerbühne mitgetheilt, war unstreitig seine Ueberzeugung, daß die große Mehrheit des deutschen Volks die Republik nicht wolle, und daß er die Einführung dieser Staatsform für eine „Kalamität" halten würde; ein solches Geständniß von der Linken ist bedeutend. Der Kampf entbrennt heute zum viertenmale; er wird wohl nur mit der Woche enden. Bis dahin aber wird die Einigkeit noch größere Fortschritte machen. (D. Z.)

*) Und der ist? Anm. d. R.

Frankfurt, 22. Juni. Ich theile Ihnen eine Nachricht von weltgeschichtlicher Bedeutung mit. Sie wissen, daß die meisten Abgeordneten zum Reichstage neben den öffentlichen Sitzungen in der Paulskirche besondere Berathungen je nach ihren politischen Farben in abgesonderten Lokalen halten. Seit mehreren Tagen wurde zwischen diesen Schattirungen aufs lebhafteste unterhandelt. Der Gedanke eines Direktoriums von Dreien, zusammengesetzt aus einem österreichischen, preußischen und bayerischen Prinzen schien darum zu siegen, weil er den bestehenden Machtverhältnissen entsprach und weil der Reichstag nur mittelst desselben die drei großen Theilheere für die allgemeine Sache gewinnen zu können hoffte. Wir wären dann durch die hohle Gasse der Dreiheit in das ersehnte Reich der Einheit eingezogen. Der Himmel hat es anders und besser gefügt, hauptsächlich durch den muthigen Widerstand vieler konservativen Deputirten, welche durchaus auf der Einheit bestanden. Gestern Abend hat Preußen erklärt, daß es auf seinen Sitz im Direktorium verzichte und den Erzherzog Johann von Oesterreich als Reichsstatthalter anerkennen werde. Nun müssen die Bayern folgen, und der Vorschlag wird wahrscheinlich heute Abend mit großer Majorität im Reichstage durchgehen. Die deutsche Nation ist gerettet. Erzherzog Johann wird den obersten Befehl über das gesammte deutsche Heer führen, den gesandtschaftlichen Verkehr allein haben, kurz er wird oberster Lenker des wiederhergestellten Reichs germanischer Nation seyn. Die Franzosen, die Russen mögen jetzt kommen: wir sind Manns genug, Allen die Spitze zu bieten. Hoch lebe Deutschland! Hoch lebe Erzherzog Johann, unser Reichsstatthalter und Feldhauptmann!

(Karlsr. Z.)

Aus dem Kinzigthal, 18. Juni. Wir haben früher darauf aufmerksam gemacht, wie die provisorische Regierung in Paris den Eingangszoll von der Baumwolle herabsetzte; heute lesen wir, daß die französische Vollziehungskommission den Einfuhrzoll auf ostindischen Nankin und auf Spiegelscheiben, so wie die Ausgangsprämien für Seiden-, Baumwolle-, Leinen-, und Wollgewebe erhöht habe. Sind wir doch in Vielem so gerne bei der Hand, die Franzosen nachzuahmen; möchte also auch hierin ein solcher Nachahmungstrieb recht wirksam seyn, dessen wir uns im speziellen Falle wahrlich nicht zu schämen hätten. Wir hoffen zwar von Frankfurt recht viel auf einmal zu erhalten; allein auch eine Abschlagszahlung weist immer auf den guten Willen des Schuldners hin, und ein Sperling in der Hand ist besser, als ein Kranich auf dem Dach. Nun das bürokratische System in Berlin gefallen ist, sind hoffentlich auch die englisch-deutschen Zollkonferenzen zur Ruhe gegangen, und so Gott will, wird der Zollverein aufziehen im einigen, freien, für sich sorgenden, eigene und fremde Achtung verdienenden Deutschland. (Karlsr. Z.)

Bayern.

München, 25. Juni. Nachdem es dem Allmächtigen in seinem unerforschlichen Willen gefallen hat, Ihre königl. Hoheit, die durchlauchtigste verwittwete Kurfürstin Marie Leopoldine von Pfalz-Bayern, geborne Prinzessin und Erzherzogin von Oesterreich, im 72. Lebensjahre, am 23. dieß aus dem zeitlichen in das ewige Leben abzuberufen, so haben Se. Maj. der König eine Hoftrauer von 9 Wochen, nämlich vom 25. Juni bis einschlüßig 26. August anzuordnen geruht. (Der Leichnam wurde nach dem Gute Stepperg bei Neuburg a D. abgeführt.)

†† München, 26. Juni. II. MM. der König Ludwig und Königin Therese werden am 1. Juli nach Berchtesgaden abreisen. Ihre Maj. die Frau Herzogin von Braganza mit der Prinzessin Tochter sind heute Morgen nach Stein abgereist.

München. Der dem Gesetzgebungs-Ausschuß der Kammer der Abgeordneten von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf: „die Einführung der Schwurgerichte betreffend", lautet wie folgt: Se. Maj. der König haben zum Zwecke der einstweiligen Einführung der Schwurgerichte in den sieben Kreisen diesseits des Rheins, nach Vernehmung Allerhöchst Ihres Staatsrathes und mit Beirath und Zustimmung der hiezu durch das Gesetz vom 12. Mai d. Js. (Gesetzblatt Nro. 6) ermächtigten ständischen Ausschüße beschlossen und verordnen: I. Abtheilung. Von der Fertigung und Ergänzung der Geschwornenliste. Art. 1. Zu den Verrichtungen eines Geschwornen können, vorbehaltlich der in Art. 2 festgesetzten Ausnahmen, alle Staatsbürger berufen werden, welche entweder 1) das Amt eines Bürgermeisters, Magistratsraths oder Gemeindevorstehers bekleiden oder in den letzten 12 Jahren bekleidet haben, oder 2) auf einer deutschen Hochschule den Doktorgrad erlangt haben oder auf dem Grunde einer am Schlusse der Universitätsstudien bestandenen Prüfung für befähigt zum Eintritt in die Praxis erklärt worden sind; oder 3) jährlich an direkten Steuern einen Gesammtbetrag von wenigstens 20 fl. entrichten. — Art. 2. Geschworne können nicht seyn: 1) Sämmtliche in Dienstesaktivität stehende besoldete Staatsbeamten und Militärpersonen. 2) Alle Individuen, welche ein geistliches Amt bekleiden oder geistliche Funktionen verrichten. 3) Die Advokaten an dem Bezirksgerichte, an dessen Sitze die Assisen gehalten werden. 4) Personen, welche das 30. Jahr noch nicht zurückgelegt haben. 5) Personen, welche wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen außer Stand sind, den Pflichten eines Geschwornen nachzukommen; endlich 6) Alle diejenigen, welche wegen eines Verbrechens oder wegen Vergehens der Fälschung, des Betrugs, des Diebstahls oder der Unterschlagung verurtheilt worden sind. — Art. 3. Die Verrichtung eines Geschwornen kann wegen 60jährigen Alters für immer abgelehnt werden. — Art. 4. Für jede Gemeinde soll eine Liste der in derselben wohnhaften, zu den Verrichtungen eines Geschwornen befähigten Individuen, und zwar in den Städten und größeren Märkten vom Bürgermeister unter Zuziehung zweier Magistratsräthe, in den Landgemeinden vom Ortsvorsteher unter Zuziehung zweier Mitglieder des Gemeindeausschusses angefertigt werden. Diese Liste (Urliste) ist während 14 Tagen im Ge-

meindehause zu Jedermanns Einsicht aufzulegen oder anzuheften, und, daß dieses geschehen sey, ist öffentlich bekannt zu machen. — Art. 5. Jedes Gemeindemitglied ist berechtigt, innerhalb des im vorhergehenden Artikel bezeichneten Zeitraumes gegen die aufgelegte oder angeheftete Liste wegen Uebergehung befähigter oder Eintragung unbefähigter Individuen Einsprache zu erheben, worüber sodann in voller Versammlung des Magistrats oder Gemeindeausschusses entschieden wird. Gegen diese Entscheidung steht den Betheiligten das Recht der Beschwerde, und zwar in den Städten, welche der Kreisregierung unmittelbar untergeben sind, an diese, in den übrigen Gemeinden an die betreffende Distrikts-Polizeibehörde zu. Die Beschwerde ist binnen 8 Tagen, vom Tage der Eröffnung des Bescheides an gerechnet, ein- und auszuführen, und sodann von der zuständigen Behörde in kürzester Frist zu erledigen. (Fortsetzung folgt.)

(Aufforderung.) Wir leben in einer großen aber auch in einer schweren Zeit. Die Sicherheit des Landes wie die Aufrechthaltung der Ordnung im Staate fordern große Opfer und bedeutende stets parate Mittel. Allein durch Mißtrauen in den gegenwärtigen Zustand der Dinge wird das reichlich vorhandene baare Geld zurückgehalten. Mit diesen, die Ordnung eines jeden Staatshaushaltes störenden Einwirkungen vereinigt sich noch Geschäftslosigkeit und die Aufgabe der Regierungen: den Verdienstlosen helfend die Hand zu bieten. Ueberall werden Steuern und andere Abgaben nicht in ihrer budgetmäßigen Größe eingebracht — es können sohin die nothwendig gewordenen höhern Staatsausgaben durch die täglich geringer werdenden Staatseinnahmen nicht mehr befriedigt werden. Auch auf Bayern haben diese allgemein bestehenden Mißverhältnisse ihre drückenden Einwirkungen geäußert. Wer kann aber ohne die innigste Regung in einer patriotischen Brust die Regierung seines theuren Vaterlandes in einer solchen Lage wissen, wer fühlt nicht, daß er eine Pflicht hat, das Wohl derselben als sein eigenes zu betrachten? Aus dieser Pflicht wird er aber gern eine weitere folgern — dieß ist die Pflicht der Unterstützung zur nothwendigen Aufrechthaltung ihrer Würde, zur Erfüllung ihrer vielseitigen Verbindlichkeiten. Daher sind wir der gerechtesten Hoffnung: daß die sämmtlichen königl. Zivilbeamten jeder Branche, die hochw. Geistlichkeit sowie das Offizierkorps der Armee nebst den Militärbeamten einer Regierung — welcher sie alle Ehre, Ansehen, Stellung und Existenz verdanken — einen Beweis ihrer Anhänglichkeit und Dankbarkeit zu geben gerne bereit sind. Dieses könnte am besten dadurch geschehen: daß jeder Beamte, Geistliche oder Offizier, welcher aus irgendeiner königl. Kasse eine Besoldung, Gage oder Pension von 500 fl. an jährlich bezieht, mittels Einzeichnung in die bei allen vorgesetzten Behörden aufliegenden Inskriptionslisten sich freiwillig erbietet: für den Betrag einer monatlichen Einnahme sich an dem freiwilligen Anlehen zu betheiligen. Es könnte dieß für die Unterzeichner dadurch erleichtert werden, daß diese Zahlungen nicht auf einmal, sondern allmählig geschehen würden. Z. B. wer 500 fl. bezieht, würde 40 fl. unterzeichnen, und davon etwa 20 fl. am 1. Juli und 20 fl. am 1. Sept., oder am 1. Aug. und 1. Okt. erlegen. Wer 700 fl. bezieht, könnte einmal 20 fl. und einmal 35 fl., bei 1200 fl. zweimal 50 fl. u. s. w. erlegen. Auf solche Weise würde der Staat einen nicht unbeträchtlichen Theil des durch Gesetz vom 12. Mai 1848 autorisirten freiwilligen Anlehens aufbringen, und die Unterzeichner hätten dabei nicht den geringsten Verlust zu befürchten, da die Scheine dieses Anlehens bei den Ablösungen, welche voraussichtlich bedeutende Summen einbringen werden, in vollem Nennwerthe an Zahlungsstatt angenommen werden. So wollen wir alle zu einem Ganzen uns vereinigen im gemeinschaftlichen Streben uns beeilend: vor der Regierung unseres theuren Vaterlandes diesen Beweis unserer Huldigung wie unserer Anhänglichkeit darzubringen.

Ein königl. Beamter.

Die „Ulmer Schnellpost" bestreitet darauf, daß die durch ihr Blatt zuerst verbreitete Nachricht von einer in Betreff des Eisenbahnanschlusses zwischen Augsburg und Ulm zu Stande gekommenen Verständigung zwischen den Herrn Oberingenieur Ruland in München und Oberbaurath Eloß zuverlässig sey. (Auch wir haben aus bester Quelle dasselbe vernommen.) (Augsb. Abdz.)

Württemberg.

Da man dem Kronprinzen von Würtemberg mehrfach, namentlich auch in öffentlichen Blättern, vorwarf, er lasse seine Zimmergeräthschaften, Kleider u. s. w. im Auslande machen, so hat er dagegen eine Verwahrung ergehen, mehrere aus Paris gekommene Kisten mit Meubles aber den Stuttgarter Handwerkern als Modelle überlassen. In einer kürzlich abgehaltenen Volksversammlung stellte Hr. Kaufmann Bechter, ein Sohn des Stuttgarter Kriminalrichters, den Antrag, Se. Maj. zu bitten, seine in der englischen Bank angelegten Gelder von da zurückzuziehen und im Lande zu verwenden, schrieb dieß auch dem König. Dieser ließ nun Herrn Bechter, unter Verpfändung seines eigenen Ehrenworts, versichern, daß dem nicht so sey, sondern daß er das von seiner ersten Gemahlin, einer russischen Prinzessin, herrührende Vermögen meist in Staatspapieren angelegt habe. Jetzt verlangt man aber zu wissen, was mit den französischen Contributionsgeldern geschehen sey? Bis jetzt ist über deren Verwendung ein bedeutendes Dunkel verbreitet. (Abz.)

Vom Neckar, 22. Juni. Ein Gutes haben die „Nationalwerkstätten" gehabt: — sie haben denen, die nicht glauben, wenn sie nicht sehen, handgreiflich gezeigt, wohin es führt, wenn die Faullenzer Herren werden. Nur freilich ist die Erfahrung ein wenig theuer, und es kann ein Volk leicht darüber untergehen. Sodann haben sie auch gezeigt, was die theoretische „Wohlfeilheit" der „sozialen" Republik, in Praxis übertragen, zu bedeuten hat. Täglich 250,000 Franken: — das ist eine starke „Zivilliste" für einige tausend Faullenzer! (Karlsr. Z.)

Baden.

Heidelberg, 21. Juni. An den jüngsten Abenden wurden hier mehrfach Katzenmusiken gebracht und zwar vorgestern und gestern dem Kammermitglied Bissing und dem Prof. Häußer, gestern auch den Hrn. Gervinus, der nicht einmal hier anwesend ist. Veranlassung scheinen bei dem Ersten seine Abstimmung in der Peterschen Sache, bei Häußer sein Auftreten gegen Hagen gelegentlich der Wahl für den Reichstag, so wie seine Theilnahme an der „Deutschen Zeitung", und bei Gervinus die in seinem Organe niedergelegten politischen Ansichten gewesen zu seyn. (Fr. J.)

Sächsische Herzogthümer.

Altenburg, 19. Juni. Wir haben hier in Altenburg sehr unruhvolle Auftritte erlebt. Unsere „Volksmänner" hatten die Pfingstfeiertage Rundreisen durch's Land gemacht und überall Republik gepredigt. Sie fanden auch dießmal, wie bei den früheren Versammlungen, in den nachbarlichen Dörfern bei den niedern Bürgerklassen viel Anhang, was bei den Mitteln, die sie anwenden, gar nicht zu verwundern ist. Das neue Ministerium hat indeß die Truppen vollständig einberufen, da Exzesse zu fürchten waren. Dieß wollten aber die Volksmänner nicht leiden; eine Deputation nach der andern wurde an den Herzog abgeschickt. Sie wurden aber nicht vorgelassen, sondern vom Ministerium empfangen, welches bei seiner Maßregel beharrte. Da beschloß man, durch eine große Demonstration den Herzog und seine Minister zur Zurücknahme jener Maßregel zu zwingen. Da hiergegen tüchtige Vorkehrungen getroffen wurden, so unterblieb diese Demonstration, wodurch die republikanische Partei offenbar eine moralische Niederlage erlitten hatte. Man fürchtete, es möchte der Herzog in der Nacht vor der beabsichtigten Demonstration Altenburg verlassen; deßhalb hatten drei von den Parteiführern alle Ausgänge des Schlosses mit größtentheils bewaffneten Haufen besetzt. Diese Führer sollten Sonntag den 18. Juni Morgens verhaftet werden. Die Menge verhinderte dieß aber; man stürzte von allen Seiten mit Waffen herbei. Da man befürchtete, es möchte fremdes Militär einrücken, wurden auf Anrathen eines der Parteiführer in allen Straßen, die zur Stadt ausliefen, Barrikaden errichtet; es wurde gestürmt und aus den benachbarten Orten eilten die schon früher Gewonnenen bewaffnet herbei. Die Bürgergarde konnte nichts thun, da der größte Theil derselben zur republikanischen Partei gehört und die Uebrigen wenig Muth besitzen. Leider ließ sich das Ministerium einschüchtern, statt kräftig einzuschreiten; denn man darf überzeugt seyn, daß jene Haufen sehr leicht auseinander zu sprengen und die Barrikaden ohne viele Mühe zu nehmen waren. Das Ministerium fing an, Konzessionen zu machen; zunächst natürlich wurde der Verhaftsbefehl zurückgenommen. Aber die Partei war damit nicht zufrieden und stellte mehrere Forderungen. Gegen Abend kamen die Leipziger Scharfschützen, 2 Schwadronen Kavallerie aus Borna, in der Nacht noch mehr sächsisches Militär an, aber das Ministerium machte keinen Gebrauch davon. Es verständigte sich am 19. Juni Morgens dahin, daß Cruciger (Präsident des Vaterlandsvereins, welcher in seinem Programm die Republik für die beste Staatsform hält und darauf hin mit Schrift und Wort zu wirken verspricht) in's Ministerium einträte, eine Amnestie erklärt würde, das fremde Militär, welches gar nicht gebraucht worden war, abzöge und darauf die Barrikaden wieder zerstört würden. (D. Z.)

Gr. Hessen.

Mainz, 18. Juni. Wenn man Mainz „eine wahrhaft deutschgesinnte Stadt" nennt, so thut man ihr unrecht, denn ein nicht geringer Theil ihrer Bewohner hegt Gesinnungen, die wahrlich nicht deutsch und patriotisch genannt werden können. Man macht hier theilweise gar keinen Hehl aus seiner Vorliebe für Frankreich und wie es die „glücklichste Zeit" für die Stadt gewesen sey, als sie unter der Herrschaft jenes Landes stand. Im Jahre 1793 öffnete man den Franzosen die Thore und tanzte mit ihnen die Karmagnole um den mit einer Jakobinermütze geschmückten Freiheitsbaum; im Jahre 1848 möchte man Aehnliches, wenn auch vielleicht auf minder wilde Weise thun. Es klingt hart, wenn man eine solche Anklage wegen Mangels an patriotischer Gesinnung auf eine Stadt wirft; allein man kann gar leicht Beweise hiefür schaffen. Jedes Kind fast weiß es, daß Deutschland von auswärtigen Feinden, sey es im Osten oder Westen, gerade jetzt arg bedroht wird, ja daß wir im Norden bereits in einen Krieg verwickelt sind: — und in einem solchen Augenblicke der Gefahr fordern die Mainzer durch gedruckte Maueranschläge an den Gassenecken, die wiederholt abgerissen werden mußten, förmlich alle Konskriptionspflichtigen in Rheinhessen auf, sich nicht zu den Fahnen zu stellen, ja versuchen es, die schon dienenden Soldaten zu massenweiser Verlassung ihrer Fahnen zu bewegen. Wie kann man solch ein Beispiel nennen und was sollte aus Deutschland werden, wenn dasselbe überall Nachahmung fände, was zwar glücklicher Weise nicht geschieht? Man kann oft in Mainz hören und ich selbst der Schreiber Dieses, habe Solches schon im Mai und auch jetzt in den letzten Tagen wiederholt gehört, daß Mainzer den auf Posten stehenden preußischen Soldaten zuriefen: „Na, wartet nur, wir holen die rothen Hosen und die sollen Euch schon über den Rhein bringen." Sind solche Aeußerungen, die freilich nur von Einzelnen ausgehen, aber doch zur Bezeichnung des Geistes sehr vieler Bewohner (es gibt manche rühmliche Ausnahmen) dienen, „deutsch" und „patriotisch"? Würde wohl je ein anderes Volk, selbst in der höchsten politischen Leidenschaftlichkeit, einen solchen Mangel an Selbstachtung an den Tag legen? Kann man es unter solchen Umständen den deutschen Besatzungstruppen wohl verdenken, wenn sie eine tiefe Verachtung gegen solche Gesinnungslosigkeit hegen, oder darf man sich wundern, daß jedes preußische Regiment, welches nach Mainz kommt, dies gleichsam als ein Exil betrachtet, jedes abziehende aber die Stadt mit Jubel verläßt? Man beruft sich stets auf das gute Einvernehmen, in welchem man mit den österreichischen Truppen stehe; allein das sind tschechisch redende Böhmen, von denen kaum der zehnte Mann ein Wort deutsch versteht und die deßhalb mit den Mainzern gar nicht in Berührung kommen. Möge eine gesunde kernhafte Nationalgesinnung in Mainz wieder die Oberhand gewinnen, damit die schöne von der Natur so reich begünstigte mit so vielen Erinnerungen echt deutscher Vergangenheit geschmückte Rheinstadt die Achtung des gemeinsamen Vaterlandes nicht einbüße! (Karlsr. Z.)

Reußische Fürstenthümer.

In Gera strömten am 19. Juni einige Hundert Landleute, von einem gewissen Landkammerrathe Krause aufgefordert, zusammen, um bei dem Fürsten eine „Sturmpetition" vorzubringen, und zogen nach einem Schlosse in der Nähe der Stadt, wo der Fürst sich befand. Als sie eine kleine Militärabtheilung gewahr wurden, die nach Schloß Osterstein zog, stürmten sie unter dem Rufe: „Militär weg!" ihnen nach, beruhigten sich indeß, als der Fürst erklärte, es sey seine Schloßwache, und als die meisten Soldaten ihre Gewehre ablegten. Der Fürst bewilligte ihnen einzelne Punkte, in andern verwies er sie auf den demnächst zusammentretenden Landtag. Jetzt forderten die Führer zum Auseinandergehen auf; allein der Haufe zog noch zur Hauptwache und zerstreute sich erst, nachdem ein verhaßter Tischlergeselle, Exerziermeister bei der Bürgerwehr, welcher seinen Ab-

del gezogen haben sollte, Abbitte gethan hatte und ihnen versprochen worden war, daß er keine Waffen mehr tragen dürfe. (D. A. Z.)

Preußen.

Berlin, 16. Juni. Großes Aufsehen macht es, daß Hr. Held seit einigen Tagen wie verschwunden ist; man behauptet, er wäre heimlich, um seiner Verhaftung auszuweichen, abgereist. Den eigentlichen Grund kennt man bis jetzt nicht, und es ist zweifelhaft, ob dieses Verschwinden mit der Zeughausangelegenheit in irgend welcher Verbindung steht. (Magd. Z.)

Berlin, 18. Juni. Die Gerüchte, daß fremdes Geld bei den neuesten Vorgängen im Spiel gewesen, behalten Bestand und knüpfen sich an die entdeckte Korrespondenz der Fürstin Czartoryska, nach der man in einem dieser Tage dem bestimmten Eintreffen von 1500 bis 2000 Fünffrankenstücken entgegensieht.

Berlin, 20. Juni. Da man die Kabinetskrisis der Hofkamarilla zuschreibt (die neuen Minister Schreckenstein und Schleinitz sind dem alten Systeme befreundet, stehen namentlich dem Prinzen von Preußen nahe), so herrscht in der Stadt eine schwüle Stimmung. Einige wollen sogar wissen, Camphausen sey deswegen abgetreten, weil der König den Ministern einen Privatbrief des Kaisers von Rußland vorenthalte. Andere bringen sein Ausscheiden mit der Sendung und den geheimen Aufträgen des Generals Pfuel an den Hof von St. Petersburg in Verbindung. Also jedenfalls ein Spiel Rußlands, das seine Heere an der Grenze zum Einmarsche bereit stehen hat. Die Börse ist über den Rücktritt Camphausens in ungeheuere Bestürzung gerathen. (Augsb. Abdz.)

Königsberg, 17. Juni. Von Memel ist dem Oberpräsidenten die Anzeige geworden, daß, während bis jetzt die dortige Grenze von russischen Truppen frei geblieben, nunmehr ein bedeutendes Korps hart an die Grenze gerückt ist, und ein Lager bezogen hat. (D. A. Z.)

Königsberg, 19. Juni. Die russischen Truppentheile, welche von Polangen bis Georgenburg theils in der unmittelbaren Nähe der Grenze, hauptsächlich aber etwa 4 Meilen landeinwärts standen, sollen sich weiter nach Kowno bewegt haben, von wo ein starkes russisches Armeekorps nach Polen gerückt ist. Der Artilleriepark soll sehr bedeutend gewesen seyn, darunter auch Mörser von schwerem Kaliber. Der Uebergang über den Niemen dauerte mehrere Tage, und man sah unter den Truppen auch viele Asiaten, Tartaren und Kalmucken. Die Reisenden, welche bis Kowno gelangen, werden durch Beamte und Kosaken fortwährend überwacht. Ob es Polen gilt? (Nürnb. Kur.)

Danzig, 17. Juni. Das hiesige Gouvernement hat den Befehl erhalten, sämmtliche Festungswerke unserer Stadt kriegsgemäß zu armiren. Dem Vernehmen nach soll die Besatzung bis auf 18,000 Mann erhöht werden. — Allem Vermuthen nach werden wir entweder den König oder den Prinzen von Preußen eine Zeit lang in unsern Mauern weilen sehen, denn die nicht dienstlichen Zimmer des Gouvernementsgebäudes werden mit fürstlichem Luxus ausgestattet, zu welchem Zweck, außer den 800 Thalern, welche die Stadt alljährlich zahlt, die Summe von 8000 Thalern ausgesetzt ist. — Sämmtliche Oder- und Weichsel-Kähne, welche die Gegend von Thorn passiren, werden bei der genannten Stadt angehalten und zur Disposition des Gouvernements gestellt, damit, falls eilige Truppenmärsche über die Weichsel nothwendig werden sollen, das nöthige Material zum Bau von Schiffbrücken gleich zur Hand sey. Den Eigenthümern wird hiefür eine Gratifikation von 4 Thalern pro Tag gewährt, wogegen sie aber auch gleichzeitig verpflichtet sind, auf jedem Kahne zwei des Fahrens kundige Männer zu stellen. (D. A. Z.)

Aus Stettin 18. Juni wird der „Breslauer Zeitung" gemeldet: Ein gestern von Hamburg hier angekommener Schiffer bestättigt als Augenzeuge die Nachricht daß auf der Höhe von Curhafen 10 amerikanische Kriegsfahrzeuge, worunter ein Dampfer ankern, welche Deutschlands Rechtsame gegen Dänemark wahrnehmen sollen.

Aus dem Posen'schen wird dem „Frankfurter Journal" unter dem 17. d. Mts. geschrieben, daß 60,000 Russen bereit seyen, jeden Tag die preußische Grenze zu überschreiten, um das Großherzogthum Posen zu besetzen; ja, die Truppen hätten dieß schon durch ein kaiserliches Manifest erfahren! So sollen auch die Preußen unmittelbar bei Thorn eine Schiffbrücke über die Weichsel geschlagen, die Russen aber 5 Meilen oberhalb dasselbe gethan haben. Den Einwohnern von Thorn wurde übrigens vom Gouvernement aus die Weisung, sich mit Proviant und hauptsächlich mit Mehl zu versehen.

Posen, 19. Juni. Der Licentiat der Theol., Vikar Janiszewski, welcher, da die Deutschen in Samter und Buk über den zu Wählenden uneinig waren, von den Polen für Frankfurt gewählt worden ist, wird am 19. bereits in Frankfurt eingetroffen sein. Er war Mitglied des polnischen Komités und zwar ein sehr thätiges. Sein Verhalten in Frankfurt wird sich wohl nach dem nächsten Feldzugsplane der Polen richten. Wir erwarten vorläufig einen feierlichen Protest gegen die Posener Abgeordneten und den Anschluß der deutschen Bevölkerung. Der Vorgang wird sicherlich nicht uninteressant sein, da Hr. Janiszewski nicht ohne Geist ist. (D. Z.)

Die „Weser-Zeitung" unter'm 17. d. Mts. bringt eine interessante Nachricht über den Zusammenhang der Posener Bewegung mit der Prager und Berliner. Seit 4 Tagen, wird ihr aus Posen geschrieben, zeigt sich eine eigenthümliche Bewegung unter den Polen. Sie wurden mit einem Male laut, saßen Nachts jubelnd in den Weinhäusern und sprachen offen davon, daß nun etwas Wichtiges im Gange sey, Posen werde nimmer lang deutsch bleiben, so daß keinen Falls zu bezweifeln ist, daß die Polen schon vor den Berliner Ereignissen von dem, was dort geschah, gut unterrichtet waren. Eben so wenig ist zu zweifeln, daß sich die Polen den Russen in die Arme werfen werden, denn der fanatische Haß gegen die Deutschen überwiegt selbst ihre Freiheitsliebe und ihren Patriotismus.

Schleswig-Holstein.

Flensburg, 18. Juni. Das Tann'sche Freikorps ist immer noch in Apenrade und scheint nicht nur dort bleiben zu wollen, sondern auch diese Stadt bis auf das Aeußerste zu vertheidigen entschlossen zu seyn. Der Major v. d. Tann will, wie er sich ausdrückt, ein zweites Saragossa daraus machen; eine Barrikade wird neben der andern errichtet, durch alle Straßen hindurch, und an den Eingängen in die Stadt sind Kanonen aufgepflanzt. (K. T.)

Altona, 19. Juni. Es sind mit dem heutigen Vormittagszuge noch keine Mittheilungen vom Kriegsschauplatze eingetroffen; aber eine andere, von einem glaubwürdigen Reisenden erzählte Kunde hält hier alle Gemüther in Spannung. Zwischen der Küste Moen und der Küste Schoonen sind, wie bestimmt versichert wird, den 17. Mittags 14 russische Kriegsschiffe und eine Anzahl Kanonenböte gesehen worden. Da sich auf den Gewässern der Ost- und Nordsee vorher noch nicht so viel russische Kriegsschiffe gezeigt hatten, so macht natürlich diese Nachricht großes Aufsehen. Es ist, wie wir hier sehen, kein Geheimniß mehr, daß Rußland seine Flügel über große und kleine Staaten auszubreiten sich anschickt; die russische Politik will in das Gleichgewicht der europäischen Staaten eingreifen. „Faedrelandet" sagt auf die von Dänemark beanspruchte russische Intervention in seiner neuesten Nummer vom 14. d. M., daß man, einmal in der Noth, wo man keine bessere Hulfe zu erlangen weiß, selbst mit dem Teufel kein Bündniß zu scheuen habe. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Braunschweig.

In Braunschweig ist auf dem Eisenbahnzug ein Soldat, an Händen und Füßen geknebelt, eingebracht worden, der Verrath an den deutschen Truppen hatte üben wollen. Er hatte des Nachts versucht über die Meerenge nach Alsen hinüberzuschwimmen, mit wichtigen Papieren und Karten über die Stellungen der Truppen u. s. w. Das Plätschern verrieth ihn den Posten, welche Jagd auf ihn machten und ihn gefangen nahmen.

Freie Städte.

Lübeck, 19. Juni. Das diesen Morgen in Travemünde angekommene Dampfschiff „Malmö", Kapitän D. Mattson, ist heute bei Anbruch des Tages 8 Meilen von Travemünde, an der mecklenburgischen Küste bei Bukow, eine schwedische Flotte von 9 und unweit davon eine russische Flotte von 14 Segeln passirt. Die letztere ist auch vorgestern Mittags, weiter nördlich, zwischen Möen und der Küste von Schonen von dem gestern Morgen von Stockholm eingetroffenen Dampfschiff „Swithiod" gesehen worden. (L. K.)

Oesterreich.

Wien, 19. Juni, 2 Uhr Nachmittags. Die Stadt ist wieder in der größten Aufregung. Ueberall wird Generalmarsch geschlagen. Militär und Nationalgarde ziehen den gegen die Linien heranstürmenden Arbeitern entgegen. [illegible]

Wien, 20. Juni. (Korrespondenz.) Die Festigkeit und Charakterstärke, welche unser Minister-Präsident v. Pillersdorf seit den März-Tagen entwickelte, hat vorgestern ihren Gipfelpunkt erreicht. Eine von Prag gekommene Abordnung von Czechen hatte es in ihren Verhandlungen mit diesem Minister so weit gebracht, daß er bereits einwilligte, daß die in Prag entwaffneten Czechen wieder bewaffnet werden und die slavische Zwornost nicht aufgelöst werden sollte. Glücklicherweise befand sich ein patriotischer Böhme in der Kaiserstadt, welcher, als er diesen Entschluß des Ministers vernahm, den Muth hatte, dem Hrn. v. Pillersdorf frei zu erklären, daß er ihn bei dem bevorstehenden Reichstag in Anklagestand versetzen werde, wenn er diesen Befehl nicht augenblicklich zurücknehme. Zugleich übergab er einen Bericht aus Prag, der die ganzen Umtriebe und Verschwörungen der Czechen in so klares Licht stellte, daß Pillersdorf außer sich gerieth und den Befehl zurücknahm. Gleich hernach traf Feldmarschalllieutenant Mensdorf von seiner Sendung aus Prag zurück ein, und bestätigte alle Angaben dieses edlen Patrioten. So ist nun vorderhand Fürst Windischgrätz in seiner Thatkraft und Wirksamkeit in Prag erhalten. Allein hier macht dieses Benehmen des Ministers einen betrübenden Eindruck. Die ganze Welt weiß es, daß Zwornost und Czechen die Emancipation und Losreißung vom Kaiserstaate beabsichtigen, daher das Benehmen des Herrn v. Pillersdorf auch den Laien unbegreiflich ist. (Abz.)

Aus Brünn ist die Nachricht von einem ebenfalls bewältigten Aufstand eingegangen (die Wiener Zeitungen enthalten nichts davon). Er sey durchaus von der Prager Partei organisirt gewesen. Graf Schlick solle dort kommandirt und die Stadt mit Kanonen bewältigt haben. Viele Prager Studenten seyen dort gefangen genommen, einige getödtet worden. Auch in Ollmütz habe man deren Viele aufgegriffen. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 16. Juni. Nach gestern Abend eingegangenen Kuriernachrichten aus Peterwardein dauerte der Kampf des Militärs gegen die aufständischen Raizen in und bei Karlowitz am 12. Juni von 10 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends. Karlowitz ward von Peterwardein aus mit Brandraketen beschossen, und als es an vierzehn Punkten in Flammen stand, drang das Militär kämpfend in die Straßen. Die Aufständischen ergriffen theils die Flucht, theils ergaben sie sich, viele warfen sich aber in die feste Kirche und in den erzbischöflichen Palast. Beide wurden vom Militär nach hartnäckigem Widerstande mit Sturm genommen. Vom Militär sind 6 geblieben, viele verwundet; von den Aufständischen sollen gegen 200 gefallen seyn, etwa 100 sind gefangen genommen worden. Auch 600 Grenzer unter Anführung eines Grenzkapitäns sind unter den Aufständischen. Diese zogen sich nach dem Fall von Karlowitz in das Gebirge Kamenitza zurück. Ein anderer Trupp der Aufständischen hat sich in Neusatz verschanzt und erwartet dort den Angriff des Militärs. Am 13. Juni sollte der Kampf von Neuem beginnen. (D. A. Z.)

Krakau, 16. Juni. Auf der Krakauer Eisenbahn zwischen Szczakowa und Myslowitz war gestern ein Extrazug angesagt. Es war die Rede, daß der Fürst Paszkiewicz mit dem Grafen Orlow durch den Krakauer Kreis kommen werde. — Aus Petersburg meldet man, daß die dortigen Garden Befehl erhalten haben, am 15. Juni gegen die polnische Grenze aufzubrechen. (Gaz. Kr.)

Italien.

Innsbruck, 22. Juni. Aus Italien nichts Neues. Welden hat Venedig von der Landseite eingeschlossen; damit ist aber noch wenig Gefahr für die Stadt vorhanden, die sich seewärts hinlänglich verproviantiren kann. Indeß ist jetzt wenigstens durch die Eroberung der Terra Ferma für uns Ueberfluß an Lebensmitteln, und der Mangel, dem die Armee so lange ausgesetzt war, ist verschwunden. — Beifolgende Proklamation hat der Ban von hier aus an die kroatischen Truppen bei der Armee erlassen, denen Emissäre Besorgnisse für ihre Heimat eingeflößt haben. Diese wenigen Zeilen sprechen Folianten. „Meine lieben und tapfern Waffenbrüder und Landsleute! Gestern war ich, Euer Ban, so glücklich, bei Sr. Majestät unserm allergnädigsten Kaiser und Herrn eine Audienz zu erlangen, wobei Allerhöchstdie-

selben mir zu eröffnen geruhten, in der Person Sr. k. k. Hoh. des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Johann einen Vermittler bestimmt zu haben, um die Differenzen zwischen Ungarn und unserm Lande mit Rücksicht auf unsere Wünsche auszugleichen. Um dieses hochwichtige und schwierige Geschäft vornehmen zu können, bedarf es vor allem, daß in unserm Lande überall die Ordnung und Ruhe aufrecht erhalten werde. Leider ist dieselbe schon in Slavonien bei Carlowitz gestört worden; indessen habe ich bereits die nöthigen Schritte gemacht, um jede weitere Gewaltthätigkeit zu verhindern und hoffe von dem gesunden Sinn der Nation, daß sie meiner Vorstellung Gehör schenken, daß sie in Ruhe das Werk der Ausgleichung durch Se. k. k. Hoheit den Herrn Erzherzog Johann abwarten werde. In diesem Sinn schreibe ich nun auch an Euch meine theueren Waffenbrüder! Lasset Euch durch Nachrichten und Besorgnisse über Gefahren in Eurem Vaterlande von der Erfüllung Eurer schweren aber schönen Pflicht zur Vertheidigung des Thrones und Staates in Italien nicht abwendig machen. Schon erschallt durch ganz Europa Euer Lob über Euren Heldenmuth über Eure Ausdauer im Kampfe, Beschwerden, trübet nicht diesen Ruhm etwa durch irgendeine Eurem Schwure zuwiderlaufende Handlung, die Euer und Eurer tapfern Vorfahren unwürdig wäre. Dort wo ihr steht, gilt es Eurem geliebten Kaiser, Euer Gesammtvaterland, und seyd dessen versichert, daß wir in Kroatien und Slavonien uns noch stark genug fühlen auch ohne Eure Hülfe unsern Herd beschützen, und unsere Rechte und Nationalität vertheidigen zu können. Innsbruck, den 20. Juni 1848. Joseph, Frhr. v. Jellachich mpr. Feldmarschallieutenant und Ban. (D. Z.)

Triest, 10. Juni. Fast jede Nacht wird die Bevölkerung der Stadt, deren ganze waffenfähige Mannschaft unter Waffen steht (so daß selbst das Journal des österreichischen Lloyd, wegen der fehlenden Mitarbeiter, nur unvollständig erscheinen kann), durch die Manöver der Italiener aus dem Schlafe unter's Gewehr gerufen. Die Vertheidigungsmaßregeln sind jedoch durch den sehr beliebten Feldmarschall-Lieutenant Gyulai so gut getroffen, daß die feindliche Flotte sich wohl schwerlich einem Angriffe auf den Hafen aussetzen wird. Für die eigene Sicherheit ist daher kaum Etwas zu befürchten; wie störend diese Verhältnisse jedoch in den Handel eingreifen, läßt sich allein schon daraus abnehmen, daß die gesammte Dampfschifffahrtsverbindung gegenwärtig gelahmt ist. (D. Z.)

Aus Oberitalien, 17. Juni. In der vorgestrigen Sitzung der piemontesischen Ständeversammlung hat der Minister des Innern die Vereinigung der Lombardei mit Sardinien amtlich angezeigt und die hierauf bezüglichen Aktenstücke den Ständen vorgelegt. Die Vereinigungsakte ist vom 13. datirt und enthält unter andern folgende Bestimmungen: Den Lombarden werden die Freiheit der Presse, das Versammlungs- und Vereinigungsrecht und die Nationalgarde in ihrer gegenwärtigen Ausdehnung gewährleistet. König Karl Albert kann keine politischen und Handelsverträge abschließen ohne Zustimmung eines außerordentlichen Raths, welcher aus den Mitgliedern der provisorischen Regierung von Mailand besteht. Innerhalb eines Monats wird eine konstituirende Versammlung ausgeschrieben, welche jedenfalls vor dem 1. November zusammenzutreten hat. Die Wahlen hiezu geschehen direkt und beruhen auf den breitesten Grundlagen des allgemeinen Stimmrechts. Die Verlesung dieses Akts erregte in der Kammer einen ungeheuern Freuden- und Beifallssturm. In derselben Sitzung legte das Ministerium einen Gesetzentwurf vor, welcher eine neue Aushebung von 15,000 M. verlangt. Ein anderer Gesetzentwurf, welcher einen Kredit von 10 Mill. Lire zur Anschaffung von Flinten und Säbeln anspricht, ist in der gestrigen Sitzung bereits angenommen worden. (Karlsr. Z.)

Frankreich.

Paris, 20. Juni. Der neue Konstitutionsentwurf ist mit den Worten eingeleitet: vor Gott (en présence de Dieu) und im Namen des französischen Volkes verkündet und verordnet die Nationalversammlung was folgt. Sie beginnt mit der Erklärung der Rechte und Pflichten. Die Pflichten des Menschen in der Gesellschaft seyen: Ehrfurcht vor der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen, Vertheidigung des Vaterlandes, Erfüllung der Pflichten der Familie, und brüderliche Erfüllung der Pflicht der Nächstenliebe. Zu den Rechten, welche die Verfassung verbürgt, gehört auch die Arbeit, was dahin erklärt wird, der Mensch habe das Recht zu leben, indem er arbeitet, und die (bürgerliche) Gesellschaft habe die Pflicht, durch die allgemeinen Produktionsmittel, worüber sie gebietet, und welche später organisirt werden sollen, den arbeitsfähigen Menschen, die sich keine Arbeit zu verschaffen vermögen, solche anzuweisen. Greise und gebrechliche Menschen hätten ein Recht darauf, vom Staate Existenzmittel zu erhalten. Das Recht auf Unterricht lege dem Staate die Pflicht auf, diese unentgeltlich ertheilen zu lassen. Zu den vom Staate verbürgten Rechten rechnet dieselbe ferner: Freiheit, Gleichheit, Sicherheit und Eigenthum, von deren Definition wir nur einiges anführen. Zur Freiheit wird das Assoziationsrecht jedoch ohne Waffen, die unbeschränkte Religionsfreiheit, die Preßfreiheit u. s. w. gezählt. Zum Rechte auf Eigenthum gehört auch das über sein Vermögen zu verfügen (also auch durch Erbschaft). Das erste Kapitel handelt von der Volkssouveränetät, wobei bemerkt wird, daß kein Theil des Volkes, kein Individuum sich dieselbe anmaßen darf. Noch wird daselbst bestimmt, daß keine Macht erblich delegirt werden darf. Die Trennung der Gewalten wird als erste Bedingung einer freien Regierung (Verfassung) erklärt. Das zweite Kapitel handelt von der gesetzgebenden Macht. Die Wahlen sind allgemein und direkt. Alle Franzosen, welche im Besitze der bürgerlichen und politischen Rechte sind, sind zu 21 Jahren Wähler, zu 25 wählbar. Falliten, die nicht rehabilitirt sind, und Personen, welche zu beschämenden oder beschimpfenden Strafen, oder solchen verdammt wurden, welche das Gesetz als Verbrechen, oder bedeutende (näher angegebene) Vergehen erklärt, sind weder Wähler noch wählbar. Die Wahlen werden nach Departementen, am Hauptorte der Kantons, und durch geheimes Skrutinium vollzogen. Die Nationalversammlung besteht aus 900 Mitgliedern, wird für drei Jahre gewählt, ist permanent und kann sich immer nur auf höchstens 3 Monate vertagen. Kategorische Mandate sind untersagt, da jeder Volksvertreter nicht sein Departement, sondern Frankreich vertritt.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Paris, 20. Juni. Die hier so eben eingetroffene „Estafette du Midi" meldet den Ausbruch eines Volksaufstandes in Savoyen. Man stürme in Stadt und Land unter dem Rufe: „Es lebe die italienische Republik! Tod dem König Albert. Die Vollziehungsgewalt scheint fest entschlossen ihren ganzen Einfluß aufzubieten, um die Proklamirung Karl Alberts als Lombarden-König zu hintertreiben. Der „National" sagt: „Nichts widerspräche wohl der allgemeinen Hoffnung auf ein endliches vereinigtes Italien mehr als die Gründung einer Monarchie, die sich nur bis an die Gränze von Toscana erstreckte. Aus den Staaten Italiens einen Bund von Republiken (Föderation) zu machen, lasse sich hören; aber Italien in einen einzigen Staat durch Association der Fürsten verwandeln zu wollen, sey eine Chimäre. Das 1815 dergestalt rekonstruirte Deutschland ist die genügendste Warnung (Abz.)

Paris, 22. Juni. Eine offizielle Note der Vollziehungskommission zeigt an, daß alle Arbeiter der Nationalwerkstätten im Alter von 17 bis 25 Jahren aufgefordert sind, als Freiwillige in die Armee zu treten; Diejenigen, die sich weigern, werden aus den Listen der Nationalwerkstätten gestrichen. (Karlsr. Z.)

Paris, 22. Juni. Die Lage Polens und überhaupt die des Großherzogthums Posen verdient die Aufmerksamkeit der Kabinette. Man sagt, das Großherzogthum sey von Preußen in zwei Theile, in den polnischen und in den deutschen getheilt worden. Diese Theilung ist eine Verletzung des Völkerrechts und der feierlichsten Verträge, und wird, wie man uns versichert, den Gegenstand ernster Unterhandlungen zwischen der französischen und preußischen Regierung bilden. (J. d. D.)

Großbritannien.

London, 20. Juni. In Irland organisirt sich die aufständische Partei täglich mehr. Blos in Dublin gibt es jetzt 40 Klubs, jeden zu 300 Mann; zusammen also 12,000 Mann, welche sich wöchentlich wenigstens einmal versammeln, um sich in den Waffen zu üben. In die Provinzen werden Sendlinge abgeschickt. Die Kriegspresse trägt das Ihrige bei, um die Aufregung anzufachen. Sie empfiehlt außer der Pike besonders die Sense, welche sich in Polen als Waffe bewährt habe. „Wenn Alt- und Jung-Irland sich vereinigt haben," sagt Hr. Duffy, „so wird nicht mehr eine Partei einem Staate gegenüberstehen, sondern in den Augen von Europa und Amerika Irland und England in die Schranken treten."

In ihrer Nummer vom 19. Juni enthalten die „Times" nun auch einmal einen Aufsatz für das gute Recht der dänischen Herzogthümer. Der Aufsatz ist unterzeichnet: Ein Schleswig-Holsteiner. Vielleicht kommt diese Zeitung allmälich zur Besinnung. Freilich hat der genannte Artikel nicht die Bedeutung eines leitenden, er steht nicht am Kopfe, sondern am Fuße der Nummer.

Schweden und Norwegen

Der „Frimodige" (Freimüthige), ein norwegisches Blatt verwahrt sich gegen den dänischen Skandinavismus, gegen alle engere Verbindung mit Dänemark. Die Dänen, welche sich selbst durch ihre Uebertreibungen in Gefahr gestürzt, hätten bei ihrem Skandinavismus nur selbstsüchtige Plane und nur ein starkes Dänemark in Augen. Die skandinavische Halbinsel würde durch die Verbindung mit Dänemark nur geschwächt und wäre ohne Dänemark stärker, selbst wenn Deutschland in Besitz von Jütland käme. Dänemarks schnöde Undankbarkeit habe Norwegen oft genug erfahren.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 27. Juni: „Czaar und Zimmermann," Oper von Lortzing.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. HH. v. Bremern, russischer General von Moskau; v. Germany und Balzeck, Privatiers v. Kassel.

Hôtel Maulik. HH. Vicomte Jessoval v. Paris; Fellner, Privatier, und Herrmann, Gutsbesitzer v. Wien.

Blaue Traube. HH. Lanz, Dr. med. v. Bern; Knapp, Direktor von Venedig; Sorp, Kommissär v. Augsburg; Dr. Greiner v. Vilshofen.

Stachusgarten. HH. Dobl, Dr. med. v. Herisau; Köferle, Domänendirektor von Weissenborn; Päueler, pens. Hauptmann v. Wien; Helrecker, Privatier, und Vittinghof, Juwelier v. Augsburg

Bekanntmachung.

2431. (2b) Behufs der Befriedigung eines Hypothekgläubigers wird das an der Wasserstraße dahier gelegene Anwesen Nro. 5, gerichtlich gewerthet auf 3050 fl., mit 1100 fl. der Brandassekuranz einverleibt und mit 3427 fl. Hypotheken belastet, nachdem bei der ersten Versteigerungstagsfahrt vom 30. v. Mts. kein Angebot auf dasselbe erfolgt ist, unter Bezug auf die in der Bekanntmachung vom 31. März l. Js. enthaltene Beschreibung zum zweiten Male der öffentlichen Versteigerung nach §. 64 des Hypothekengesetzes und der §§. 98 bis 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 unterstellt.

Neuerliche Versteigerungstagsfahrt ist auf Mittwoch den 26. Juli l. Js. Vormittags 10—12 Uhr im Geschäftszimmer Nro. 36 des k. Kreis- und Stadtgerichts-Rathes Baron v. Schleich anberaumt, wozu Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß dem Gerichte Unbekannte sich über Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben und der Hinschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgen werde.

Am 7. Juni 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director:

Barth.

Zottmayr.

2430. (3b) In dem Verlage der Decker'schen Geheimen Oberhofbuchdruckerei in Berlin erscheint vom 20. d. Mts. ab die

Neue Berliner Zeitung

zu dem vierteljährigen Abonnementspreis von fl. 2. 15 kr. für Berlin. Die ersten zehn Nummern (Probenummern) werden dem Preußischen Staatsanzeiger beigelegt, auch werden sie an die sämmtlichen preußischen Postanstalten, welche Bestellungen annehmen, versandt.

Berlin den 15. Juni 1848.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 168.

Man pränumerirt auf die K. [illegible] in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir [illegible] Nro. 21 [illegible] bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

[illegible] — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 24 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Dienstag XLIX. Jahrgang. **27. Juni 1848**

Entwurf der Grundrechte des deutschen Volkes.

(Aus der „Deutschen Zeitung".)

Dem deutschen Volke sollen die nachstehenden Grundrechte gewährleistet seyn. Sie sollen den Verfassungen der deutschen Einzelstaaten zur Norm dienen, und keine Verfassung oder Gesetzgebung eines deutschen Einzelstaates soll dieselben je aufheben oder beschränken können. Art. I. §. 1. Jeder Deutsche hat das allgemeine deutsche Staatsbürgerrecht. Die ihm kraft dessen zustehenden Rechte kann er in jedem deutschen Lande ausüben. Das Recht zur deutschen Reichsversammlung zu wählen, übt er da, wo er zur Zeit seinen Wohnsitz hat. §. 2. Jeder Deutsche darf an jedem Orte eines deutschen Staates Aufenthalt nehmen, sich niederlassen, Grundeigenthum erwerben, Kunst und Gewerbe treiben, das Gemeindebürgerrecht gewinnen — vorerst unter denselben Bedingungen, wie die Angehörigen des betreffenden Staates, bis ein Reichsgesetz die zwischen den Gesetzen der einzelnen Staaten noch obwaltenden Verschiedenheiten völlig ausgleicht. §. 3. Die Aufnahme in das Staatsbürgerthum eines deutschen Staates darf keinem unbescholtenen Deutschen verweigert werden. §. 4. Die Strafe des bürgerlichen Todes soll nicht stattfinden. §. 5. Die Auswanderungsfreiheit ist von Staats wegen nicht beschränkt. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden. Art. II. §. 6. Alle Deutschen sind gleich vor dem Gesetze. Standesprivilegien finden nicht statt. Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich. Die Wehrpflicht ist für Alle gleich. §. 7. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmsgerichte sollen nie stattfinden. Die Verhaftung einer Person soll — außer im Fall der Ergreifung auf frischer That — nur geschehen in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls. Dieser Befehl muß im Augenblicke der Verhaftung oder spätestens innerhalb der nächsten 24 Stunden dem Verhafteten vorgewiesen werden. §. 8. Die Wohnung ist unverletzlich. Eine Haussuchung darf nur auf Grund eines richterlichen Befehls vorgenommen werden. Dieser Befehl muß sofort oder spätestens innerhalb der nächsten 24 Stunden dem Betheiligten vorgewiesen werden. Für die Verhaftung in einer Wohnung finden keine besonderen Beschränkungen statt. §. 9. Das Briefgeheimniß ist gewährleistet; die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen. Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf nur auf Grund eines richterlichen Befehls vorgenommen werden. §. 10. Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort und Schrift seine Meinung frei zu äußern. Die Preßfreiheit darf weder durch Zensur, noch durch Konzessionen oder Sicherheitsstellung beschränkt werden. Ueber Preßvergehen wird durch Schwurgerichte geurtheilt. Art. III. §. 11. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. §. 12. Jeder Deutsche ist unbeschränkt in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Uebung seiner Religion. Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen werden, sind nach dem Gesetze zu bestrafen. §. 13. Durch das religiöse Bekenntniß wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch thun. §. 14. Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden; einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht. §. 15. Niemand soll zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden. §. 16. Die bürgerliche Giltigkeit der Ehe ist nur von der Vollziehung des Zivilaktes abhängig; die kirchl. Trauung kann erst nach der Vollziehung des Zivilaktes stattfinden. Art. IV. §. 17. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. § 18. Unterricht zu ertheilen und Unterrichtsanstalten zu gründen, steht jedem unbescholtenen Deutschen frei. §. 19. Für den Unterricht in Volksschulen und niederen Gewerbsschulen wird kein Schulgeld bezahlt. Unbemittelten soll auf allen öffentlichen Bildungsanstalten freier Unterricht gewährt werden. §. 20. Es steht einem Jeden frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will. Art. V. §. 21. Jeder Deutsche hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden schriftlich an die Behörden, an die Landstände und in den geeigneten Fällen an die Reichsversammlung zu wenden. Dies Recht kann sowohl von Einzelnen, als von Mehreren im Verein ausgeübt werden. §. 22. Jeder hat das Recht, öffentliche Beamte wegen amtlicher Handlungen gerichtlich zu verfolgen; einer vorgängigen Erlaubniß der Oberbehörde bedarf es dazu nicht. Die Verantwortlichkeit der Minister ist besonderen Bestimmungen vorbehalten. Art. VI. §. 23. Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besonderen Erlaubniß dazu bedarf es nicht. Volksversammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verboten werden. §. 24. Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieses Recht soll durch keine vorbeugende Maßregel beschränkt werden. (Schluß folgt.)

Deutschland.

Frankfurt, 24. Juni. (Nachmittags 1½ Uhr.) (23. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.) Den Vorsitz hat v. Soiron übernommen. Nach Verlesung des Protokolls sprach Blum (für seinen Antrag). Er erklärte, daß seine politischen Freunde in zwei Punkten auf ihrem Prinzip und auf Entscheidung durch namentliche Abstimmung bestehen müßten, nämlich bezüglich der Verantwortlichkeit und bezüglich der Ernennung des Präsidenten. Lichnowsky für den Vincke'schen Antrag; Vogt bestätigt die Erklärung von Blum. Rosmann von Stettin für den Möring'schen Antrag; Stedtmann für den Welcker'schen Zusatz. Der Redner verlangt, daß die Bestimmung bezüglich der Vollziehung der Beschlüsse der Versammlung etwa dahin gefaßt werde, daß der Präsident (Reichsverweser) die Verkündigung und Ausführung der von der Versammlung beschlossenen Gesetze zu übernehmen habe. Ein darauf hinzielendes Amendement haben Waitz und andere niedergelegt. Es entspinnt sich eine Debatte, ob dieses noch zur Berathung kommen könne. Die Abstimmung ergibt durch die Gegenprobe, daß die Entwicklung nicht mehr zugelassen werden solle. Raveaux (für den Schoder'schen Antrag) findet die gegen die französische Republik im Lauf der Debatte gemachten Ausfälle ungeeignet, nachdem die französische Republik Deutschland die Hand geboten. Auf des Redners Aufforderung erhebt sich die Versammlung, zur Anerkennung der von Frankreich ausgesprochenen freundschaftlichen Gesinnung. (Stürmischer andauernder Beifall.) Mathy für den Meyern'schen Antrag eingeschrieben. Eben betritt H. v. Gagern die Rednerbühne. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 24. Juni. Heinrich v. Gagern hat heute die Reihe der 65 Redner über die wichtige Tagesfrage geschlossen und zum Erstaunen aller für die direkte Ernennung des neuen Reichsverwesers durch die Nationalversammlung gesprochen. Man mußte ihn hören, den außerordentlichen Mann, man mußte selbst Augen- und Ohrenzeuge der heutigen Debatte seyn, um die Gewalt seiner Worte zu begreifen. Ohne Abschweifungen, ohne die Würze des pikanten Spottes, der persönlichen Anspielungen und der Seitenhiebe, deren alle übrigen Redner sich mehr oder minder bedienten, ohne alles Pathos ging Gagern noch einmal auf den lange verhandelten Gegenstand ein, wußte die Zuhörer, sonst so ungeduldig und lärmsüchtig, zur gespanntesten Stille über eine Stunde zu fesseln, verschmähte jeden oratorischen Kunstgriff, und erntete doch zuletzt einen so begeisterten Beifall, wie wir ihn nie in öffentlicher Versammlung gesehen. Er riß Hunderte von schwankenden Abgeordneten mit sich fort, gewann eben so viele Gegner für seine Ansicht, und wenn man unter dem ungeheuren Eindruck seiner Rede abgestimmt hätte — ich glaube, die direkte Wahl des neuen Reichsoberhauptes wäre mit ungeheurer Mehrheit votirt, und der Mann, dem auch Gagern seine Stimme gibt (Erzherzog Johann) sogleich gewählt worden. Die Abstimmung findet erst übermorgen statt. Zwei Tage des Nachdenkens wird viele abkühlen, doch glaube ich, daß die Majorität im Sinne Gagern's stimmen wird. (A. Z.)

Bayern.

†München, 27. Juni. Seine Exzellenz der Herr Kriegsminister Weishaupt ist aus dem Urlaub bereits wieder zurückgekehrt und hat das Portefeuille des Staatsministeriums der Armee heute wieder übernommen.

†München, 26. Juni. Se. Maj. der König haben Sich unterm 23. d. Mts. allergnädigst bewogen gefunden, auf die bei dem Appellationsgerichte von Unterfranken und Aschaffenburg in Erledigung gekommene Präsidentenstelle den Justizministerialrath Karl Bartholomä v. Lehner zu befördern, ferner den Präsidenten des Appellationsgerichts der Oberpfalz und von Regensburg, Staats- und Reichs-Rath Georg Ludwig v. Maurer, auf sein Verlangen von dem Antritte dieser Stelle zu entheben, und in den zeitlichen Ruhestand zu versetzen, sofort die hiedurch in Erledigung kommende Präsidentenstelle dem Direktor des Oberappellationsgerichts, Joseph v. Allweyer, zu verleihen; ferner zu den durch Beförderung der Kreis- und Stadtgerichts-Assessoren, Ritter in Bayreuth, Trautmann in Memmingen, Frhrn. v. Seefried, Künsberg und Krehne in Bamberg, Körner in Passau, Goll in Schweinfurt, Heyde in Ansbach, Nero in Straubing, Gebrath und Frhr. v. Branca in Regensburg, erledigten Kreis- und Stadtgerichts-Assessorenstellen 1) den Kreis- und Stadtgerichts-Protokollisten Matthäus Christoph Otto in Nürnberg, 2) den Appellationsgerichts-Accessisten Fedor Lutz in München bei dem Kreis- und Stadtgerichte Regensburg; 3) den Kreis- und Stadtgerichts-Protokollisten Georg Heribert Stautner in München bei dem Kreis- und Stadtgerichte Straubing; 4) den Appellationsgerichts-Accessisten Rudolph Eulemann zu Erlangen bei dem Kreis- und Stadtgerichte Ansbach; 5) den Rechtspraktikanten Sigmund Marx in München bei dem Kreis-

und Stadtgerichte Bamberg; 6) den Appellationsgerichts-Accessisten Wilhelm Hammer in Nürnberg bei dem Kreis- und Stadtgerichte Bamberg; 7) den Appellationsgerichts-Accessisten Eduard v. Lößl in München bei dem Kreis- und Stadtgerichte Schweinfurt; 8) den Appellationsgerichts-Accessisten Balthasar Hiltner in Amberg bei dem Kreis- und Stadtgerichte Bamberg; 9) den Appellationsgerichts-Accessisten Friedrich Schlag in Passau bei dem Kreis- und Stadtgerichte daselbst; 10) den Appellationsgerichts-Accessisten und dermaligen Landgerichts-Funktionär Alexander Plöderl in Landshut bei dem Kreis- und Stadtgerichte Bayreuth, und 11) den Appellationsgerichts-Accessisten und dermaligen Landgerichts-Funktionär Joseph Gürster zu Regen bei dem Kreis- und Stadtgerichte Memmingen, zu ernennen; ferner haben Allerhöchstdieselben geruht, unterm 25. d. Mts. die erledigte Regierungs-Assessorsstelle bei der königl. Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg, K. d. J., dem bisherigen Sekretär I. Klasse bei der königl. Regierung von Schwaben und Neuburg, K. d. J., Karl Adolph v. Weber, zu verleihen; der Kreis- und Stadtgerichts-Rath zu Augsburg, Frhr. Franz v. Lerchenfeld-Aham, wurde auf den Grund des §. 22 Lit. D der IX. Beilage zur Verfassungs-Urkunde in den erbetenen Ruhestand für immer versetzt; und unterm 26. d. Mts. haben Se. Majestät geruht, den quieszirten Oberappellationsgerichts-Rath, Johann Wilhelm Merk, als Rath außer dem Status bei dem obersten Gerichtshofe zu reaktiviren.

(Der Gesetzentwurf bezüglich der Einführung der Geschwornengerichte. [Fortsetzung.]) Art. 6. Mindestens 4 Wochen vor Zusammentritt des Landraths müssen sämmtliche Urlisten jedes Distriktspolizei-Bezirks an den betreffenden Amtsvorstand eingesendet werden. Dieser beruft sofort 1) 4 Gemeindevorstände der bevölkertsten Stadt- und Land-Gemeinden des Bezirks, dann 2) 5 von denjenigen Wahlmännern, welche bei der im Monate Mai gegenwärtigen Jahres vorgenommenen Wahl von Abgeordneten zur Volksvertretung bei dem deutschen Bunde die meisten Stimmen in ihren Wahlbezirken erhalten haben, damit dieselben unter seiner Leitung aus den Urlisten diejenigen Personen auswählen, welche wegen erprobter Einsicht und Ehrenhaftigkeit der Gesinnung zu dem Amte von Geschwornen am geeignetsten erscheinen. Die Wahl geschieht in der Weise, daß für je 500 Einwohner des Distriktspolizei-Bezirks 1 Geschworner ausgewählt wird. Ergibt sich bei dieser Berechnung eine Bruchzahl über die Hälfte, so wird ein Geschworner mehr genommen; geringere Bruchzahlen werden dagegen außer Anschlag gelassen. — Art. 7. In den Städten, welche der Kreisregierung unmittelbar untergeordnet sind, wird die Urliste an den Stadtkommissär, in der Haupt- und Residenzstadt München an den Polizeidirektor eingesendet, welche Beamten die Wahl nach den, im vorhergehenden Art. 6 gegebenen Vorschriften vorzunehmen haben. Statt der in Nro. 1 dieses Artikels bezeichneten Personen sind jedoch 1 Bürgermeister und 3 Gemeindebevollmächtigte zuzuziehen. Auch ist in solchen Städten für je 250 Einwohner ein Geschworner auszuwählen. — Art. 8. Aus den in jedem Distriktspolizei- oder Stadt-Bezirke Gewählten wird eine Liste gebildet und an den Präsidenten der Kreisregierung eingesendet, welcher nunmehr aus den verschiedenen Bezirkslisten die Kreisliste anfertigen läßt. Demselben steht hiebei die Befugniß zu, auch noch solche Personen aus den Urlisten, welche nicht aus den in Art. 6 und 7 bezeichneten Wahlen hervorgegangen sind, auf die Kreisliste zu setzen. Die Zahl dieser Personen darf jedoch in keinem Fall den 10. Theil der Gewählten überschreiten. — Art. 9. 14 Tage vor Zusammentritt des Landraths ist die Kreisliste jedem einzelnen Mitgliede desselben zuzustellen. Der versammelte Landrath hat sodann die Zahl der auf derselben befindlichen Personen auf die Hälfte, jedoch in keinem Falle unter 600 Namen, herabzusetzen. — Art. 10. Bei der im vorhergehenden Artikel angeordneten Reduktion hat der Landrath sorgfältig darauf Bedacht zu nehmen, daß nicht nur intelligente und durchaus unbescholtene Männer, sondern auch, daß wo möglich Befähigte aus allen Gegenden des Kreises, und daß insbesondere Befähigte aus solchen Orten, wo die Assisensitzungen gehalten werden, in angemessener Anzahl der Liste einverleibt werden. Mitglieder des Landraths selbst dürfen nicht auf der Liste stehen. — Art. 11. Aus den auf solche Weise vom Landrathe ausgewählten Personen bildet sich die Hauptliste der bei den Assisensitzungen zu verwendenden Geschwornen, und die Abgänge, welche sich auf derselben durch Todesfälle, Verlust der zum Amte eines Geschwornen erforderlichen Eigenschaften, oder in Folge der in Art. 25 enthaltenen Bestimmung ergeben, werden in nachstehender Weise ergänzt. (Fortsetzung folgt.)

Erlangen, 24. Juni. Erlauben Sie mir, den einfachen Hergang eines Ereignisses, das in diesen Tagen die hiesige Studentenschaft bewegt hat, zu erzählen und damit alle falschen Gerüchte, die sich allenfalls daran knüpfen könnten, von vorneherein abzuschneiden. Es war von einem Theile der in den Pfingsttagen auf der Wartburg versammelten Studenten eine an das deutsche Parlament gerichtete Adresse abgefaßt worden, in welcher die Sympathien dieses Theils für die Republik ausgesprochen waren, und um diesen Meinungsausdruck zu vervollständigen, wurden an den einzelnen deutschen Universitäten auch diejenigen republikanisch gesinnten Studenten zur Unterzeichnung dieser Adresse aufgefordert, welche an dem Wartburgfeste sich nicht persönlich betheiligt hatten. Dieß geschah denn auch hier in Erlangen durch öffentlichen Anschlag am schwarzen Brette der Universität. Nun aber hielt sich die Universitätspolizei für verpflichtet, sowohl den Anschlag vom schwarzen Brette abnehmen, als auch die Adresse aus dem in dem Anschlage angegebenen Lokale wegholen zu lassen; und trotz wiederholter Protestationen der Betheiligten wurde die Adresse nicht nur nicht zurückgegeben, sondern nach Ansbach an die königl. Regierung von Mittelfranken geschickt. Obwohl nun die bedeutend überwiegende Mehrzahl der Erlanger Studenten die in dieser Adresse ausgesprochenen republikanischen Gesinnungen keineswegs theilt (von den über 400 in diesem Semester hier befindlichen Studenten haben nemlich im Ganzen 33 die Adresse unterzeichnet, wobei zu bemerken ist, daß die Unterzeichnung sämmtlicher Gesinnungsgenossen durch die Wegnahme eines einzelnen Exemplars der Adresse natürlich nicht verhindert werden konnte), so sah doch die Studentenschaft durch diesen Schritt der Universitätspolizei das durch die neuesten Ereignisse garantirte freie Petitionsrecht und überhaupt das Recht der freien Meinungsäußerung entschieden beeinträchtigt. In einer gestern abgehaltenen zahlreichen Versammlung, zu der alle Studenten von einem ihrer Kommilitonen durch Anschlag am schwarzen Brett eingeladen worden waren, erklärten alle Anwesenden einstimmig, daß sie durch das erwähnte Einschreiten der Universitätspolizei das Petitionsrecht für verletzt hielten und beschlossen, es solle eine Deputation im Namen der Erlanger Studentenschaft möglichst bald unmittelbar nach Ansbach reisen, um dort bei der kgl. Regierung von Mittelfranken über den Vorfall Beschwerde zu führen, die Adresse zurückzuverlangen und für die Zukunft dergleichen unmöglich zu machen. Diese Deputation, bestehend aus drei hiezu von der Studentenversammlung erwählten Studenten, ist heute Morgens mit einem ausführlichen, von der Versammlung genehmigten schriftlichen Kreditiv versehen, nach Ansbach abgegangen. Uebrigens sey noch bemerkt, daß auch in diesem Kreditiv ausdrücklich beigefügt war, daß die überwiegende Mehrheit der Erlanger Studenten die in der betreffenden Adresse ausgesprochenen Gesinnungen nicht theile. Aus Allem erhellt wohl zur Genüge, wie die Erlanger Studentenschaft im Allgemeinen in dem Strudel der Zeitbewegungen sich einen gesunden Sinn, der von jeher ihr hervorstechender Ruhm war, nicht hat rauben lassen und daß sie von politischer Gleichgültigkeit eben so weit entfernt ist, als von politischer Unbesonnenheit und Ueberstürzung. (K. v. u. f. D.)

Ich erfahre eben, daß man in Bamberg durchreisenden Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung gesagt hat, ich sey von der Regierung erkauft worden. Ich fordere Jedermann auf, der nachweisen kann, daß ich von irgend einer Regierung irgend eine Begünstigung oder irgend eine Belohnung erhalten oder nachgesucht habe, Solches unter Beisetzung seines Namens zu veröffentlichen. Bis ein solcher Nachweis erfolgt, erkläre ich Jeden, der mir ein Erkauftseyn nachsagt, und überhaupt einen Wechsel meiner politischen Gesinnung behauptet, für einen ehrlosen Verleumder. Ich bitte alle Redaktionen, welche die Entrüstung gegen solche Verleumdungen theilen, diese Erklärung in ihr Blatt aufzunehmen. Frankfurt, den 23. Juni 1848.

Eisenmann.

Württemberg.

Stuttgart, 24. Juni. Der Kriegsminister Graf v. Sontheim wird an die Stelle des Generallieutenants Grafen zur Lippe nach Ulm kommen, dagegen der Adjutant des Königs, Hr. v. Rüpplin, Kriegsminister in provisorischer Eigenschaft werden. Der neuerrichtete demokratische Verein, welcher selbst „mit einer demokratischen Republik" sich nur annähernd zufrieden gibt, hält vor einem sehr zahlreichen Publikum bereits seine Sitzungen. (Beob.)

Stuttgart, 25. Juni. Die hiesige Gesammtbürgerwehr hat heute dem Staatsrath Duvernoy folgende Adresse überreicht: Herr Staatsrath! Sie haben Ihre Mitbürger öffentlich zur Unterstützung aufgefordert im Kampfe gegen den bösen Geist, welcher einen Theil der Presse beherrsche und Freiheit und Ordnung im Staat gefährde. Sie haben es in der Ueberzeugung gethan, daß eine geordnete Regierung nicht bestehen kann, wenn ihr das Volk gleichgiltig den Kampf gegen feindselige Bestrebungen überläßt und erkennen an, daß die Stärke der Regierung allein in dem Vertrauen ihrer Bürger wurzelt. Wir sind nicht immer in diesem Geiste regiert worden und die fieberhafte Aufregung, welche auch in Württemberg herrscht, begleitet natürlich und nothwendig den raschen Uebergang aus dem frühern Zustande der Unterdrückung in den jetzigen der Freiheit. Uebergriffe einer lange geknechteten und plötzlich freigewordenen Presse werden, wo sie vorkommen, den gesunden Sinn der Mehrheit unseres Volks nichts bethören. Diese Mehrheit will mit uns Freiheit, aber nicht Gesetzlosigkeit, geordneten Fortschritt und vor Allem friedliche, aber konsequente Verwirklichung des Grundsatzes der Volkssouveränetät — nicht gewaltsamen Umsturz, nicht heimliches Untergraben alles Bestehenden. Wir sind überzeugt, daß die verlockende Stimme der falschen Propheten vor dem freudigen Zuruf verstummen wird, mit welchem das Volk seine Anerkennung gegen die Regierung ausspricht, wenn sie in jenem Geiste kräftig und entschieden handelt. Wenn durch fortgesetzte Angriffe das Ansehen des Gesetzes und der bestehenden Regierung geschwächt wird, feiern wir keinen Sieg der Freiheit, sondern beklagen den Triumph der Feinde des Vaterlandes. Wir wollen die Regierung in den Händen unserer freisinnigen Minister stark und mächtig wissen, weil nur wie sie erprobte Männer es vermögen, in dieser sturmbewegten aber großen Zeit das Ruder zu führen. Sie haben sich in jahrelangem ermüdendem Kampfe als Freunde des Vaterlandes und der Freiheit bewährt und ein Recht auf unsere Dankbarkeit, unser Vertrauen erworben. Wir haben Ihnen dieses Vertrauen bewahrt, wenn auch alte Verdienste heutzutage schnell vergessen werden und das Vertrauen des Volkes täglich neu verdient seyn will. Sie werden nicht zögern, auch fernerhin mit Handlungen zu beurkunden, daß Sie die Sache des Volkes zu der Ihrigen gemacht haben. Dann wird dasselbe mit uns stets einmüthiger in der Sache der Regierung auch die seinige erkennen und fest um sie geschaart, mit Wort und That jeden feindlichen Angriff siegreich bekämpfen. Mit Hochachtung rc.

Baden.

Donaueschingen, 23. Juni. Das bayerische Hauptquartier ist zwar immer noch hier, dagegen wurden in jüngster Zeit verschiedene Truppenversetzungen vorgenommen, nämlich das erste Infanterie-Regiment (König) mit zwei Stücken Geschütz auf den Schwarzwald vorgeschoben, wogegen in hiesige Gegend das fünfte Infanterieregiment (Erbgroßherzog von Hessen) mit einer halben Batterie und einer Schwadron Chevauxlegers nachrückte. Durch die Anwesenheit dieser Truppen wurde das gestrige Frohnleichnamsfest ganz besonders feierlich; höchlich zu beklagen ist, daß dieses Fest durch einen sehr bedauerlichen Unglücksfall getrübt worden ist, indem der Kommandant der zum Salutiren herbeigezogenen vier Kanonen, Hauptmann v. Baswitz, in Folge eines Sturzes mit dem Pferde, theils durch diesen theils dadurch, daß das Rad eines Sechspfünders sein Haupt stark streifte, eine solche Hirnerschütterung erlitt, daß für sein Aufkommen in diesem Augenblick wenig Hoffnung vorliegt. Unglücklicherweise brannte auch ein Altar während des Gottesdienstes bei der Prozession am neuen Baue zusammen. Der Wind trieb das Feuer einer Kerze gegen die Draperie. — Die Heuernte hat begonnen und verspricht gute Ausbeute. Im Felde sieht es fortwährend sehr gut aus.

(Schw. Mkr.)

Preußen.

Berlin, 21. Juni. Wenn es wahr wäre, was man heute sich sagt, so würde die Ministerkrisis ihr Ende schon erreicht haben. Hansemann wäre Ministerpräsident, Beckerath würde Finanzminister, Auerswald Kultusminister werden und Rodbertus das Innere übernehmen; General Schreckenstein würde als Kriegsminister und Schleinitz als Minister der auswärtigen Angelegenheiten eintreten; Bornemann und Patow würden ihre Portefeuilles behalten. Möglich, daß dieses Ministerium zu Stande kommt oder schon besteht, möglich, daß es sich hält. (A. Z.)

Die Hindernisse, welche dem Minister-Präsidenten Camphausen die Bildung eines neuen Ministeriums unmöglich gemacht haben, werden verschieden angegeben. Gewiß ist, daß dem Abgeordneten Rodbertus das Ministerium des Innern angeboten war, dieser es aber abgelehnt, weil das übrige Ministerium mit dem Wechsel der Personen nicht den der Prinzipien anerkennen wollte, und besonders, weil das Ministerium des Auswärtigen auch ihm ein Geheimniß bleiben sollte. Als es bekannt geworden, daß dem Abgeordneten Rodbertus ein Portefeuille angeboten sey, haben die westphalischen Deputirten dem Ministerium erklärt, sie würden mit der äußersten Linken stimmen, wenn Rodbertus ins Ministerium eintrete. (Nat.-Z.)

Dem „Mannheimer Journal" schreibt man über die Ursache des Rücktritts Camphausens: Es hätten zwischen Potsdam und St. Petersburg Verhandlungen stattgefunden, in die nur wenige Minister eingeweiht gewesen seyen. Daher auch der Rücktritt Arnims, Schwerins und Kanitzs. Der Minister des Aeußern, Arnim, soll übrigens nichts darum gewußt, sondern erklärt haben, neben der Kamarilla in Potsdam sey es unmöglich zu regieren. Kompromittirt scheint Graf Schwerin zu seyn. Es heißt Hr. Rodbertus, dem das Portefeuille des Innern bestimmt gewesen, habe sich geweigert, in ein Ministerium Hansemann einzutreten, das in der Revolution nur eine Transaktion sehe. In Berlin herrscht eine äußerst gespannte Stimmung, welche durch die verschiedenen Gerüchte von einem Anmarsche der Russen noch gesteigert wird. Die Hofpartei sucht zwar durch das Aussprengen von allerlei Gerüchten beruhigend einzuwirken, was ihr jedoch nicht gelingt. So soll Pfuels Sendung ganz dem Sinne des Volkes entsprechen; die von ihm dem russischen Hofe zu übergebende Note soll nämlich in der ernstesten Weise die Zurückziehung der russischen Truppen fordern. Eben so erzählt man sich der Prinz von Preußen habe sich dahin geäußert, daß so lange die Herren Stollberg und Thile den König umgeben und geheime Intriguen spinnen, die vollkommene Ruhe und ein Vertrauen zu dem Königshause schwerlich wiederkehren dürften.

Berlin, 22. Juni. Ein Organisationskomité ist mit der Bildung einer Bürgerartillerie sehr lebhaft beschäftigt. Sowohl der Magistrat als auch der Gouverneur v. Aschoff haben dem Verlangen der Bürgerwehr nach einem angemessenen Artilleriepark ihre Zustimmung ertheilt. Nach einem Vortrage bei dem Könige ist jedoch der Bescheid erfolgt, „daß höheren Ortes die Errichtung einer Bürgerwehrartillerie nicht erforderlich erachtet werde." Der Rittergutsbesitzer von Holtzendorff-Vietmannsdorf, bekannt durch seine Kämpfe mit dem gestürzten Regierungssysteme, ist durch Beschluß des Staatsministeriums in den vollständigen Besitz der politischen Ehrenrechte wieder eingesetzt worden. Diese Rehabilitation ist auf Grund eines vom Justizministerium erstatteten Gutachtens erfolgt. — Das Kriminalgericht hat kürzlich den Streit: ob das Abreißen von Plakaten strafbar sey? entschieden. Es betrachtet das Zettelabreißen als öffentlichen Straßenunfug und hat in einem unter Anklage gestellten Falle auf 8 Wochen Gefängniß erkannt. Das neue Institut der Konstabler ist schon jetzt ins Leben getreten. Bis zum 1. Juli werden 500 mit je 15 Thlr. monatlich angestellt. Die Gesammtzahl wird 2000 betragen und die obere Leitung von einem Direktor (mit 1600 Thlr. Gehalt) geführt werden. Die Kleidung dieser Bürgerpolizei ist bürgerlich, doch erhalten sie einen Hirschfänger als Waffe und einen weißen Stab als Amtszeichen. Auf sie wird der größte Theil der Exekutivpolizei, namentlich die Straßen-, Ordnungs- und Sicherheitspolizei übergehen.

(K. v. u. f. D.)

Breslau, 19. Juni. In der vorigen Woche wurde hier zum ersten Male eine Ehe zwischen einer Jüdin und einem Christen mittelst zivilrechtlichem Vertrags durch den Richter geschlossen und darauf in der Armenhauskirche von dem Prediger Vogtherr eingesegnet.

Die „Ostsee-Zeitung" enthält ein Schreiben von der oberschlesischen Grenze, 18. Juni. Nach eingegangenen, ziemlich zuverläßigen Nachrichten von der russisch-polnischen Grenze ist zur Bildung einer Armee zwischen Czenstochau und der preußischen Grenze in den letzten Tagen der Militärtransport auf der Eisenbahn von Warschau nach Czenstochau mit einer außerordentlichen Lebhaftigkeit betrieben, und nach allen Behauptungen ist das dazu für 100,000 Mann ausgesteckte Lager fast besetzt. Das preußische Gouvernement scheint aber nicht zu fürchten, daß der Kaiser von Rußland seine Nachbarn mit einer Militärmacht zu einem Kampfe überfluthen würde, ohne zuvor Preußen oder Deutschland förmlich den Krieg zu erklären und uns Zeit zur angemessenen Rüstung zum Kampfe zu lassen. Für diese Ansicht spricht die Thatsache, daß allerdings bis jetzt unsererseits dem auf 100,000 Mann bei Czenstochau heranwachsenden russischen Korps nur Observationstruppen in geringer Zahl, Kavallerie und Infanterie in sporadischer Vertheilung entgegen gestellt sind, welche als mobile Kolonnen zugleich den Zweck der Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung im Innern des Landes haben. Daß indeß Preußen dem russischen Kaiser gegenüber auf Eventualitäten sich vorbereitet und gefaßt macht, geht daraus hervor, daß in den letzten Tagen Seitens der Militärbehörden Vorkehrungen getroffen sind, um die der russisch-polnischen Grenze zunächst liegenden Festungen Kosel und Neisse vollständig zu armiren und in vertheidigungsmäßigen Zustand zu versetzen. So sind z. B. für die Festung Neisse 30,000 Pallisaden bestellt, welche auf die erste Nachricht in den nächsten Forsten gefällt werden sollen, und eben so sind 4000 Arbeiter und 150 Zimmerleute aus den nächsten Kreisen konsignirt, um auf den ersten Wink nach dieser Festung abzugehen und dort die Glacis zu rasiren. — N. S. In diesem Augenblick geht uns auf zuverläßigem Wege die Nachricht zu, daß der Uebertritt der Russen auf preußisches Gebiet von Czenstochau aus, also zunächst in die Landrathskreise Lublinitz, Rosenberg, Beuthen, in den nächsten Tagen als ganz bestimmt anzunehmen sey, da die Marschkolonnen sich schon zu den verschiedenen Uebergangspunkten über das Grenzflüßchen Prosna formiren, Pontons dazu an die Grenze gerückt, und die Wege dazu auf polnischem Gebiet mit großen Menschenmassen in Stand gesetzt werden; ferner sollen in den polnischen Grenzortschaften schon Fuhren bestellt seyn zum Marsch nach Schlesien. — Eben geht auch die Nachricht ein, daß in den nächsten Tagen mehrere Landwehrbataillone in Oberschlesien zusammengezogen werden sollen. (Das wäre sehr wenig!)

Freie Städte.

Der „Aachener Zeitung" schreibt man die wunderbare Sage aus Frankfurt, daß Hecker schon seit einigen Tagen in der Stadt verborgen sey und nur darauf warte, hervortreten zu können, sobald die Nationalversammlung seine Zulassung dekretirt. Im entgegengesetzten Falle heißt es, werde man einen neuen Putsch versuchen, um mit Gewalt durchzusetzen, was das Recht verbiete. Die Mainzer Werbungen sollen darauf berechnet seyn.

Lübeck, 15. Juni. Man spricht heute viel davon, daß der englische Gesandte nach dem Eintreffen der beiden Könige in Malmö denselben eine Note überreicht hat, die Beiden Mißmuth verursacht haben soll. (B. H.)

Oesterreich.

Wien, 23. Juni. Heute trifft der Frhr. v. Wessenberg hier ein. Zu unserem großen Bedauern vernehmen wir jedoch, daß dieser bewährte, freisinnige Diplomat aus dem Ministerium tritt und seine Stelle als Minister der auswärtigen Angelegenheiten bereits in die Hände des Kaisers zurückgelegt hat. (A. Z.)

Innsbruck, 21. Juni. Gestern ist unvermuthet der Erzherzog Stephan mit zwei ungarischen Ministern, St. Széchényi und Eötvös hier angekommen; zu welchem Ende, ob den Kaiser zur Eröffnung des ungarischen Landtags nach Pesth zu führen, oder ihm schon hier wieder ein neues Dekret gegen den Ban abzunöthigen, ist noch nicht bekannt. — Das diplomatische Korps ist schon fast ganz auseinandergegangen; nur Lord Ponsonby und Graf Medem bleiben hier. Von der Abreise des Hofes ist nicht die Rede. (A. Z.)

Triest. Die sardinisch-venetianische Flotte (3 Fregatten, 3 Korvetten, 4 Briggs, 1 Goelette und 4 Dampfer) hat nach der vom Kontreadmiral bekannt gegebenen Blokadeerklärung der Stadt Triest auf zehn Seemeilen von hier in Schlachtordnung geankert und hält alle österreichischen Schiffe auf. Es verlautet, daß die hier geankerte österreichische Flotte die feindliche angreifen soll, sobald sie sich dermaßen verstärkt haben wird, um dieser die Spitze bieten zu können. Mehrere große Kauffarteischiffe sind zu diesem Zwecke hier angekauft und werden ausgerüstet, außerdem sollen noch einige Schiffsrheder ihre Schiffe gegen Miethe angeboten haben, da dieselben aber zu hohe Bedingungen setzten, so ist noch kein Abschluß zu Stande gekommen. — Der sardinische Vizekonsul Agabio wurde aus der Stadt gewiesen und hat sich an Bord zu Kontreadmiral Albini begeben. — Täglich langt schweres Geschütz von Wien hier an, mit welchem die neuen Batterien besetzt werden, welche bis jetzt 174 Geschütze zählen. Die österreichische Flotte hat 142 Geschütze gegen den Feind gerichtet, der es nicht mehr wagen kann, einen Angriff auf Stadt und Flotte zu machen, da er das erste Mal so übel mitgenommen wurde. (A. österr. Z.)

Schweiz.

Luzern. Die „Eidgenössische Zeitung" schreibt: In Luzern scheint man wirklich bedenklichen Umtrieben der höheren Geistlichkeit auf die Spur gekommen zu seyn. Mehrere Geistliche, an ihrer Spitze der bischöfl. Kommissär Kaufmann, haben ausgemacht, auf eine einseitige, unbefugte, falsche und gewissenlose Auslegung des Konziliums von Trient (das in seinem disziplinarischen Theile im Kanton Luzern nie ist anerkannt worden) unter die Gläubigen auszustreuen, es seyen alle diejenigen im Banne, welche mittelbar oder unmittelbar bei der Aufhebung der Klöster St. Urban und Rathhausen mitgewirkt, und demnach seyen die Geistlichen anzuweisen, den frommen Beichtkindern die Absolution zu verweigern, sobald man durch ein inquisitorisches Verfahren von denselben herausgebracht habe, daß sie das Veto gegen die Klosteraufhebung nicht eingelegt haben. Eine solche aufwieglerische, unkirchliche und unbefugte Aufhetzungsschrift, eigenhändig vom Probst Kaufmann geschrieben, liegt vor. Nach diesem Plane wurden die Beichttage an manchem Orte mißbraucht. Allem diesem Treiben stand nicht ferne Hr. Bovieri, der Sekretär des gegenwärtig abwesenden Nuntius. Hr. Bovieri, der in ganz untergeordneter Stelle dasteht, bloß als einstweiliger Geschäftsführer, ist bei der Eidgenossenschaft, so viel wir wissen, nicht einmal beglaubigt — und mischt sich in Angelegenheiten, die ihn in keiner Weise berühren. Die Regierung ist entschlossen, energisch einzuschreiten.

Vevey, 18. Juni. Heute Morgen um 3 Uhr riß sich der Felsen, genannt Dent de Naye, 7000 F. hoch, los und stürzte donnernd in das Thal von Montreux hinab. Die Größe des Unfalls können wir bis jetzt noch nicht ermessen, jedenfalls aber begrub er, so viel man bis jetzt weiß, 7 Sennhütten mit allen darin befindlichen Menschen und Vieh. Ueber das Schicksal der höher hinauf gelegenen Sennhütten weiß man noch nichts Bestimmtes, da man vor den ungeheuren Felsblöcken, die das Thal anfüllen, nicht hinzu gelangen kann. — 12 Uhr. So eben erfahre ich, daß man wegen einer Pension, die diesen Morgen dahin einen Ausflug machte, sehr in Sorgen ist. 3 Menschen wurden bis jetzt ausgegraben, einer gab noch einige Lebenszeichen von sich. Im Ganzen sollen zwischen 15 bis 18 Menschen und einige Hundert Stück Vieh begraben seyn. (St. Tgbl.)

Italien.

Aus Verona meldet der heutige „Postkurier" vom 19., daß zwei Brigaden unserer Truppen gegen Schio auf der Straße von Botzen operiren, denn Feldmarschall Radetzky war in Verona, allwo es hieß, es seyen bereits Mailänder Abgeordnete auf dem Wege nach Innsbruck, um unter Vermittlung des Papstes den Frieden zu unterhandeln. Die Armee ist überall mit Lebensmitteln reichlich versehen und vom besten Geiste beseelt. Es herrscht überall Ruhe. (Augsb. Abdz.)

In Neapel ist der Belagerungszustand mit seinen außerordentlichen Maßnahmen am 14. Juni aufgehoben. Ueber die Provinzen verbreitet sich als ziemlich beglaubigtes Gerücht: die königl. Truppen unter Nunziante sind in der Nähe Pizzo's von den Aufständischen angegriffen und geschlagen, Nunziante selbst ist gefangen.

Die drei Calabrien, das Basilikat, Bari, Otranto, Capitanata, also von den fünfzehn Provinzen des Reichs sieben und zwar die südlicheren, meist Sizilien zunächst gelegenen, sind in vollem Aufstande.

Frankreich.

Paris, 22. Juni. Die Mobilisation der 300 Bataillone der Nationalgarde hat in dem diplomatischen Korps Aufsehen gemacht und den sardinischen Gesandten, Hrn. v. Brignole-Sales, veranlaßt, das französische Kabinet um Erläuterungen zu bitten über eine Maßregel, welche von Seite Frankreichs Absichten anzudeuten scheine, die mit den früher ertheilten friedlichen Versicherungen unverträglich seyen. Hrn. Bastide's Antwort war: die Gesinnungen der Regierung seyen so friedlich als vorher. Frankreich wolle den Frieden, wolle ihn redlich und aufrichtig, aber es müße auf alle Eventualitäten gefaßt seyn. Die Mobilisirung der Nationalgarde sey eine allgemeine Vorsichtsmaßregel, die kein Mißtrauen erregen dürfe, denn sie verberge keine Hintergedanken. Ohne Zweifel würde Frankreich, wenn dazu gezwungen, die Achtung seiner Rechte aufrecht zu erhalten wißen, aber es werde nicht herausfordernd noch angreifend verfahren.' (A. Z.)

Rußland und Polen

Die „Breslauer Zeitung" bringt folgende Nachricht, die jedoch um so unwahrscheinlicher ist. als die Warschauer Blätter gänzlich davon schweigen: Warschau, 17. Juni. Sämmtliche auf der hiesigen Festung gefangen gewesene Polen sind nach einem kaiserl. Gnadenakte in Freiheit gesetzt worden, sogar die nach Sibirien Deportirten sind begnadigt, und sollen auf Staatskosten in ihre Heimat geschafft werden.

Neueste Nachrichten.

Paris, 23. Juni (10 Uhr Vormittags.) In diesem Augenblicke wird in ganz Paris Generalmarsch geschlagen! die Garnison und sämmtliche Legionen der Nationalgarde treten unter die Waffen. Die Arbeiter sollen sich in zwei Kolonnen von je 20,000 Mann auf dem Platze des Pantheons und in der Vorstadt St. Anton gesammelt haben, und von dort aus einen Anzug gegen die Nationalversammlung beabsichtigen. — (12 Uhr.) Der Aufstand ist ausgebrochen; er hat seinen Sitz im Viertel des Stadthauses, in der Cité und der Vorstadt St. Jakob, wo seit 10 Uhr Vormittags überall Barrikaden errichtet werden. Die Arbeiter sind unter den Waffen. Mehrere dieser Barrikaden wurden bereits von der Nationalgarde und den Mobilen aus eigenem Antriebe genommen, obgleich noch kein allgemeiner Angriffsbefehl gegeben ist. Vor dem Stadthause, vor dem Luxemburgpallaste und vor der Militärschule stehen starke Truppenmassen; der Pallast der Nationalversammlung ist mit einer kleinen Armee umgeben; 10 Kanonen decken die vordere, 10 die hintere Fronte. Auf den Boulevards, an dem Thore St. Denis hat das beiderseitige Feuer bereits begonnen; man zählt bereits eine Anzahl Todte. (1 Uhr.) Es scheint, daß jetzt die Angriffsbewegung von Seiten der Regierung beginnt. Die Barrikaden von St. Denis und St. Martin sind von der Nationalgarde mit Sturm genommen. (2 Uhr.) Die Barrikaden auf den Quais und auf den Boulevards sind genommen. Der Widerstand der Aufständischen, die übrigens bei der großen Mehrheit der Bevölkerung wenig oder gar keine Sympathien finden, läßt nach. Auf den Boulevards St. Denis und St. Martin war das Flintenfeuer sehr heftig; eben so in der Straße Planche-Mibray, wo aus den Fenstern auf die Truppen geschossen wurde. (Halb 3 Uhr.) Die polytechnische und die Militärschule von St. Cyr treffen so eben in Waffen am Pallaste der Nationalversammlung ein. Klemens Thomas, der vor einigen Tagen seine Entlassung als Oberbefehlshaber der Nationalgarde gab, hat sich für die heutige Stunde der Gefahr wieder an die Spitze der Nationalgarde gestellt. (3 Uhr.) Die Aufständischen aus dem Innern der Stadt verdrängt, haben sich in die Vorstädte St. Jakob, Marceau und das Viertel des Pantheons geworfen. Man meldet, daß die Nationalgarde des Weichbildes im Anmarsch ist. Um den Pallast der Nationalversammlung werden so eben die Kanonen geladen; auch die Truppen haben den Befehl zum Laden erhalten. Man befürchtet, daß die Aufständischen einen Handstreich gegen die Nationalversammlung versuchen wollen. — (4 Uhr.) In diesem Augenblick sollen die Insurgenten in der Vorstadt St. Jakob die Oberhand haben, die Nationalgarde entwaffnen, und aus allen Häusern Waffen und Munition wegnehmen. Sie haben sich in der genannten Vorstadt verbarrikadirt und schicken Streifkolonnen in die angränzenden Vorstädte. Die Rufe, die man hört, sind: Es lebe Ludwig Napoleon! Es lebe der Kaiser! — auch: Es lebe die rothe Republik! Die Vollziehungskommission befindet sich im Präsidentschaftsgebäude neben der Nationalversammlung und leitet von dort aus alle Anstalten. Der Kriegsminister Cavaignac ist an der Spitze der Truppen; die anderen Minister sind auf ihren Bänken in in der Versammlung. Man fürchtet, daß wenn es nicht gelingt, heute Abend noch den Aufstand ganz zu unterdrücken, dieser über Nacht ins Große wachsen und morgen der Kampf sehr ernst werden könne. (Karlsr. Z.)

Zwei außerordentliche Beilagen zur „Allgemeinen Zeitung" vom 26. Juni bringen folgende Nachrichten: Paris, 23. Juni. Die Maßregeln zur Auflösung der Nationalwerkstätten haben einen förmlichen Aufstand herbeigeführt. Seit dem frühen Morgen wurden in den Vorstädten St. Martin und St. Denis und bei den Thoren gleichen Namens Barrikaden errichtet und um 10 Uhr hörte man den Generalmarsch schlagen, der die Nationalgarde und die Linie unter die Waffen rief. Bald kam es auf mehreren Punkten zum Kampf, und es soll auf beiden Seiten zahlreiche Verwundete auch mehrere Todte geben. General Lamoricière befehligte die Truppen und die Mobilen. Viele Barrikaden wurden genommen. Bei Abgang der Post war die Ordnung noch nicht völlig hergestellt, aber die öffentliche Gewalt behauptete überall die Oberhand. Eine eigentliche Börse fand nicht statt. Doch wurden notirt: 3pCt. 43, 50; 5pCt. 67, 25; Schatzscheine 22; Bankaktien 1255.

Paris, 23. Juni, Abends 4½ Uhr. Einige Zöglinge der politechnischen Schule sollen an der Spitze der Bewegung stehen. General Cavaignac ist zum Kommandanten aller Truppen ernannt. Bereits beträgt die Zahl der Verwundeten mehrere Hundert. Allem Anscheine nach wird der Kampf bis spät in die Nacht fortdauern, und morgen sich erneuern. Die Erbitterung auf beiden Seiten — den Arbeitern und der Nationalgarde, von jenen die Aristokraten genannt — steigt mit jeden Augenblick.

Von Straßburg haben wir bis jetzt keine telegraphische Depesche bekommen.

Eben (Abends 5 Minuten nach 7 Uhr) erhalten wir noch durch Staffette aus Straßburg vom 25. Juni zwei telegraphische Depeschen. Paris, 24. Juni 9 Uhr Vormittags. Der Minister des Innern an die Präfekten: Mehrere Chefs der Nationalwerkstätten haben bedeutende Unruhen in Paris veranlaßt. Man hat Barrikaden errichtet. Die Nationalgarde, die Mobilen, die Linientruppen und die republikanische Garde haben muthig ihre Pflicht gethan. Sie sind Meister auf allen Punkten.

Paris 24. Juni 1½ Uhr Nachmittags. Der Chef der Vollziehungsgewalt an die Präfekten. Durch Dekret der Nationalversammlung ist Paris in Belagerungszustand und die Nationalversammlung in Permanenz erklärt. Die Vollziehungsgewalt ist dem General Cavaignac anvertraut. Die Vollziehungskommission hat ihre Entlassung eingegeben. Barrikaden bestehen noch, aber die Einstimmigkeit zwischen der Nationalgarde der Armee und den Mobilen gibt die Gewißheit baldiger Wiederherstellung der Ordnung. Die Nationalgarden mehrerer Städte sind bereits eingetroffen. Ihr Beispiel wird Nachahmung finden. Die Republik wird siegreich aus diesem letzten Kampfe gegen die Anarchie hervorgehen. (Unterz.) Cavaignac.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Dienstag den 27. Juni: „Czaar und Zimmermann," Oper von Lortzing.

Fremdenanzeige.

Gold. Hahn. HH. v. Poll, Hauptmann v. Neapel; Lüst, Advokat v. Straubing; Persch, Rentier v. Hamburg; Graf Barni, Major, und Baron v. Obecini, Hauptmann aus Italien; Wählerer, Dekan v. Schaben.

Gold. Kreuz. HH. De Herra, Bellati, Brambilla, Mazzachetti, Pantiani, Blanchessi, Moretti und di Belgiojoso Riccha, Gutsbesitzer von Mailand; Graf v. Bulleti und de Gernasoni, Gutsbesitzer v. Crema; Giani, Advokat von Verona; Mad. Bützler, Gutsbesitzerin von Triest.

Blaue Traube. HH. Zauner, Assessor v. Heidenheim; v. Schautz, Partikulier aus Livland; v. Wohalich, Privatier v. Nürnberg; Müller, Oberzollinspektor v. Marquartstein; Seiling, Oberzollinspektor v. Mittenwald; Höpfl, Rechtspraktikant v. Landshut.

Stachusgarten. HH. Reisinger, Rechnungskommissär von Augsburg; Burk, Waarenfabrikant v. Lauingen.

Verstorbene in München.

Ludwig Wörle, Soldat im k. Infanterie-Leibregimente 22 J. alt; Kreszentia Krönauer, Schuhmacherstochter v. Nesselbrunn, 39 J. alt; Joseph Ulrich Tischlergesell v. Schriesheim in Baden, 24 J. alt

Bekanntmachung.

2435. (3a) Jene verehlichen Eltern und Vormünder, welche ihre Söhne oder Mündel für das Studienjahr 18⁴⁸/₄₉ der unterbezeichneten Anstalt übergeben wollen, haben die Aufnahmsgesuche an Se. Maj. den König stylisirt und mit Tauf-, Impf-, Schul- und Gesundheitszeugnissen belegt, spätestens bis Mitte August l. Js. entweder bei dem k. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, oder bei dem unterfertigten Direktorate einzureichen.

Jedem Gesuche um eine Freistelle ist außer den oben genannten Zeugnissen noch ein legales Vermögenszeugniß beizulegen und die Bemerkung beizufügen, ob der Bittsteller bereit sey, eine halbe Freistelle anzunehmen, resp. ob er vermögend sey, die Hälfte der Jahrespension mit 125 fl. zu bezahlen. Wenn diese Bemerkung fehlt, findet das Gesuch bei Verleihung halber Freistellen keine Berücksichtigung, und es ist eben deßwegen weniger Hoffnung des Erfolges.

München am 26. Juni 1848.

Direktorat des k. Erziehungsinstitutes für Studirende.

P. Placid. Laemse,
Direktor.

Bekanntmachung.

2434. (3a) Montag den 24. Juli l. Js. Vormittags wird der dem Damenstifte St. Anna zugefallene sogenannte Schelshornhof zu Brunnthal bei Hechenkirchen, k. Landgerichts München, im Wirthshause zu Hechenkirchen vorbehaltlich allerhöchster Genehmigung öffentlich versteigert oder verpachtet.

Vor der Versteigerung, wo die nähern Bedingungen bekannt gemacht werden, müssen sich die Kaufs- und Pachtliebhaber über Zahlungsfähigkeit und Leumund legal ausweisen.

Ein Theil des Kaufschillings kann gegen Verzinsung auf dem Anwesen liegen bleiben.

Das genannte Anwesen besteht:

A. Gebäude.

Aus Wohnhaus, Stadel und Stallung unter einem Dache.

Das Wohnhaus enthält

2 gewölbte Keller,

zu ebener Erde Stube, Küche, Fletz und Speise,

über 1 Stiege 4 Zimmer und Fletz.

Stallung auf 4 Pferde und 8 Stück Rindvieh.

B. Grundstücke.

Garten 1 Tagw. 24 Dez.,

Aecker und Wiesen 39 Tagw. 68 Dez.,

Waldgründe 40 Tagw. 39 Dez.

München den 24. Juni 1848.

Königl. bayer. Damenstifts-Administration St. Anna.

Riedl.

2436. (2a) Die unterzeichnete Kommission eröffnet hiemit nach erhaltenem höchstem Auftrage, im Verfolge der Ausschreibung vom 18. April l. Js., daß zur Zeit der Ankauf zum Militärdienste brauchbarer Pferde sistirt sey.

München am 26. Juni 1848.

Die königl. Administrations-Kommission der Militär-Fohlenhöfe.

Vorladung.

2437. (3a) Joseph Steingraber von Weriach dieß Gerichts und Soldat beim ehemaligen k. b. Chevauxlegers-Regiment Kaiser Franz ist seit dem russischen Feldzuge im Jahre 1812 vermißt.

Auf Ansuchen wird derselbe oder seine Descendenz hiemit aufgefordert, sich binnen drei Monaten hierorts zu melden, widrigenfalls sein Vermögen, bestehend in 207 fl. — kr., an seine Verwandte gegen Kaution verabfolgt wird.

Den 18. Juni 1848.

Königl. Landgericht Aibling.

Der k. Landrichter:
Kienast.

Lehner.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 169.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger-Gasse Nro. 31; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: halbjährig im I. Rayon 3 fl. 3 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Mittwoch XLIX. Jahrgang. 28. Juni 1848.

Entwurf der Grundrechte des deutschen Volkes.

(Aus der „Deutschen Zeitung“.)

(Schluß.)

Art. VII. §. 25. Das Eigenthum ist unverletzlich. §. 26. Eine Enteignung kann nur aus Rücksichten des gemeinen Besten nur auf Grund eines Gesetzes und nach vorgängiger gerechten Entschädigung vorgenommen werden. §. 27. Alle guts- und schutzherrlichen Grundlasten, Zehnten, ländliche Servituten, soweit diese letzten der freien Benutzung und Kultur des Bodens hinderlich sind, sind auf Antrag des Belasteten ablösbar. §. 28. Ohne Entschädigung aufgehoben sind: a) die Gerichtsherrlichkeit, die gutsherrliche Polizei, sowie die übrigen einem Grundstücke zuständigen Hoheitsrechte und Privilegien; b) die aus solchen Rechten herstammenden Befugnisse, Exemtionen und Abgaben; c) die aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande entspringenden persönlichen Abgaben und Leistungen. Mit diesen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, die dem bisher Berechtigten dafür oblagen. §. 29. Die Jagdgerechtigkeit auf fremden Grund und Boden ist ohne Entschädigung aufgehoben. Jedem steht das Jagdrecht auf eigenem Grund und Boden zu. Der Landesgesetzgebung ist es vorbehalten, zu bestimmen, wie die Ausübung dieses Rechtes aus Gründen der öffentlichen Sicherheit zu ordnen ist. §. 30. Die Besteuerung (Staats- und Gemeindelasten) soll so geordnet werden, daß die Bevorzugung einzelner Stände und Güter aufhört. §. 31. Aller Lehensverband soll gelöst werden; in welcher Art, bestimmt die Landesgesetzgebung. §. 32. Die Vergrößerung bestehender und die Stiftung neuer Familienfideikommisse ist untersagt. Die bestehenden können durch Familienbeschluß aufgehoben oder abgeändert werden. §. 33. Die Strafe der Gütereinziehung soll nicht stattfinden. Art. VIII. §. 34. Alle Gerichtsbarkeit geht vom Staate aus. Es sollen keine Patrimonialgerichte bestehen. §. 35. Es soll keinen privilegirten Gerichtsstand der Personen oder Güter geben. §. 36. Kein Richter darf, außer durch Urtheil und Recht von seinem Amt entfernt werden. Kein Richter darf wider seinen Willen versetzt werden. (Der Richter darf wider seinen Willen nur auf Grund eines gerichtlichen Beschlusses in den durch das Gesetz bestimmten Fällen und Formen in Ruhestand versetzt werden). §. 37. Das Gerichtsverfahren soll öffentlich und mündlich seyn. §. 38. In Strafsachen gilt der Anklageprozeß. Schwurgerichte sollen jedenfalls in schwereren Strafsachen und bei allen politischen Vergehen urtheilen. §. 39. Die bürgerliche Rechtspflege soll in Sachen besonderer Berufserfahrung durch Männer aus dem Volke geübt oder mitgeübt werden (Handelsgerichte, Fabrikgerichte, Landwirthschaftsgerichte u. s. w.) §. 40. Rechtspflege und Verwaltung sollen getrennt seyn. §. 41. Die Verwaltungsrechtspflege hört auf; über alle Rechtsverletzungen entscheiden die Gerichte. §. 42. Rechtskräftige Urtheile deutscher Gerichte sind in jedem deutschen Lande gleich den Erkenntnissen der Gerichte dieses Landes vollziehbar. Art IX. §. 43. Jede deutsche Gemeinde hat als Grundrechte ihrer Verfassung: a) die Wahl ihrer Vorsteher und Vertreter, b) die selbstständige Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten mit Einschluß der Ortspolizei, c) die Veröffentlichung ihres Gemeindehaushaltes, d) Oeffentlichkeit der Verhandlungen, so weit die Rücksichten auf besondere Verhältnisse es gestatten, e) allgemeine Bürgerwehr. Die Ordnung der Bürgerwehr und ihr Verhältniß zur allgemeinen Wehrpflicht wird ein Reichsgesetz bestimmen. §. 44. Jedes Grundstück muß einem Gemeindeverbande angehören. Beschränkungen, wegen Waldungen und Wüstenien sind der Landesgesetzgebung vorbehalten. Art. X. §. 45. Jeder deutsche Staat muß eine Verfassung mit Volksvertretung haben. §. 46. Die Volksvertretung hat eine entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung und der Besteuerung. Die Minister sind ihr verantwortlich. Die Sitzungen der Ständeversammlungen sind in der Regel öffentlich. Art. XI. §. 47. Den nicht deutsch redenden Volksstämmen Deutschlands ist ihre volksthümliche Entwickelung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, soweit deren Gebiete reichen, in dem Kirchenwesen, dem Unterrichte, der Literatur, der inneren Verwaltung und Rechtspflege. Art. XII. §. 48. Jeder deutsche Staatsbürger in der Fremde steht unter dem Schutze der deutschen Nation.

Deutschland.

Frankfurt, 25. Juni. Die Verhandlungen der Nationalversammlung über die Ausschußanträge wegen Einsetzung einer provisorischen Zentralgewalt, füllten sechs Tag für Tag (Montag bis Samstag) auf einander folgende Sitzungen derselben, eine jede von etwa fünfstündiger Dauer, und schlossen endlich mit der gestrigen. Von den 189 Abgeordneten, welche über die Frage das Wort zu nehmen sich gemeldet hatten, wurden, gemäß dem darüber getroffenen Uebereinkommen, 63 Vorträge vernommen, ungerechnet die Reden des Präsidenten v. Gagern und des Berichterstatters des Ausschusses, Dahlmann, welcher zuletzt sprach. Daß Gagern den Rednerstuhl besteigen würde, war kaum vermuthet worden, wenn schon er gleich bei Eröffnung der gestrigen Sitzung dem ersten Vizepräsidenten v. Soiron den Vorsitz übertragen hatte. So laut sich die Ueberraschung äußerte, als der Präsident seine Absicht verkündete, in Betreff des fraglichen Gegenstandes seine Ansichten vorzutragen, so tief war die augenblickliche Stille, als er den Rednerstuhl bestiegen hatte, welche Stille während der ganzen Dauer der nur bei einigen Stellen durch stürmischen Beifall unterbrochenen Rede herrschte. So ertönte namentlich lauter Beifall, wo Gagern die Befugniß, den Träger der Zentralgewalt mittelst Wahl zu berufen, ausschließlich für die Nationalversammlung in Anspruch nahm, worin die Linke und das linke Zentrum eine prinzipielle Konzession gewahrten, und daher in einen Sturm von Beifall ausbrachen, während sich die Rechte still verhielt. Man glaubt nun allgemein, es würden Gagern's Anträge für die Beschlüsse der Versammlung in den wesentlichsten Punkten wenigstens maßgebend seyn. Als den hohen Prinzen aber, auf welchen als Träger der Zentralgewalt der Präsident hindeutet, bezeichnet man den Erzherzog Johann von Oesterreich, dessen Zustimmung man zu erlangen hofft, wenn schon er zum Stellvertreter des Kaisers Ferdinand für die Eröffnung des österreichischen Reichstages ernannt ist. Sollte man sich aber in dieser Erwartung täuschen, so dürfte die Wahl der Nationalversammlung auf den Prinzen Wilhelm von Preußen Oheim Se. Maj. des Königs fallen. (Schw. Mkr.)

Die Rede Gagern's theilt die „Neue Würzburger Zeitung“ in folgender Weise mit: Er hält es für seine Pflicht, der Nation seine Ansicht in dieser wichtigen Sache nicht vorzuenthalten. Das Vertrauen, das er bis jetzt in der Nationalversammlung genösse, käme wohl daher, weil er immer seiner Ueberzeugung treu war. Man müsse zuerst die Kompetenz dieser provisorischen Stelle untersuchen. Ist es bloß Vollziehungsgewalt, dann verstehe er den Vorwurf gegen den Majoritätsantrag, als sey diese Stelle Diktatur. Der Nationalversammlung bleibt ja das gesetzgebende Recht, das ihr gebührt als konstituirender Versammlung. Nachdem er sich hierüber noch weiter verbreitet, sagt er in Bezug auf die Verantwortlichkeit. Der verantwortliche Minister könne und werde sich der höhern, öffentlichen Meinung nicht entziehen. Die Bundesversammlung könne nicht mehr bestehen, aber eine andere Gewalt, die gewiß nöthig, müsse sogleich geschaffen werden. Doch können wir das nicht mit einem Amendement abmachen, das sey eine Aufgabe, darüber der Nationalversammlung ein Gesetz vorzulegen. Die Zentralgewalt soll von uns selbst geschaffen werden, (der Beifall dauerte wohl eine Minute,) sie muß stark seyn, das Vertrauen des Volks haben. Einer sey mit verantwortlichen Ministern, und diese Wahl könnte, überließe man es den Regierungen, denselben große Schwierigkeiten bereiten. Ich glaube, meine Herren, daß wir nicht wanken in der Wahl dieses Einen. Dieser Mann muß aber aus der höchsten Sphäre seyn, dieser Mann muß sich der Unterstützung aller Staaten versichert halten, und das kann kein Privatmann seyn; es sey ein Fürst, nicht weil, sondern obgleich es ein Fürst ist (Bravo). Man hat hier viel von Haß gegen die Fürsten gesprochen, Haß gegen ganze Generationen ohne Rücksicht auf Persönlichkeit ist nicht wohl ziemlich (Bravo). — Dem Schluß dieser Rede folgt ungemeines Bravo auf Bänken und Galerien, die den Sieg des Erzherzogs Johann entschieden zu haben scheint.

Frankfurt, 24. Juni. Die allgemeine Stimme bezeichnet den Erzherzog Johann von Oesterreich als provisorischen Reichspräsidenten, als den Fürsten, der wie Gagern heute bemerkte, nicht weil er ein Fürst, sondern obgleich er ein Fürst sey, an die Spitze der provisorischen Zentralgewalt in Deutschland zu berufen sey. (K. v. u. f. D.)

Bayern.

München, 27. Juni. Wegen des zeitlichen Hintritts Ihrer königl. Hoheit weiland der Durchlauchtigsten verwittweten Kurfürstin Marie Leopoldine von Pfalz-Bayern haben Se. Maj. der König einen feierlichen Trauergottesdienst in der Hofkirche zum heiligen Kajetan in der Art anzuordnen geruht, daß Freitag den 30. dieß Nachmittags 3 Uhr die Vigil und Samstag den 1. Juli um 11 Uhr Vormittags das Requiem stattfinden wird. II. kk. Majestäten und II. kk. Hoheiten wohnen beiden Feierlichkeiten im Oratorium bei.

*München, 28. Juni. Gestern Abend wurde an den Straßenecken eine Bekanntmachung von Seiten des Magistrats und der Bürgerschaft der Vorstadt Au angeschlagen, des Inhalts, daß die Genannten innerhalb des Weichbildes der Vorstadt keine Volksversammlung mehr zu dulden gesonnen seyen.

(Der Gesetzentwurf bezüglich der Einführung der Geschwornengerichte. [Fortsetzung.]) Art. 12. In jeder Gemeinde werden jährlich, am Anfange des Monats März, auf die im Art. 4 bezeichnete Art diejenigen Personen auf der früheren Urliste gestrichen, welche während des abgewichenen Jahres mit Tod abgegangen sind, oder die zum Geschwornenamte erforderliche Befähigung verloren haben. In gleicher Weise sind diejenigen, welche während des Jahres diese Befähigung erst erlangt haben, der Liste hinzuzusetzen. Die Bestimmungen über Bekanntmachung der Urlisten, über Anbringung und Verbescheidung von Einsprüchen, sowie über die Einsendung der Listen an die in Art. 6 und 7 genannten Beamten finden auch hieher Anwendung. — Art. 13. Nachdem diesen Beamten zuvor vom Regierungspräsidenten das Verzeichniß derjenigen Personen ihres Distriktspolizei- oder Stadt-Bezirkes zugefertigt worden ist, welche auf der Hauptliste eingetragen sind, sowie derjenigen, welche wegen bereits geleisteten Dienstes für das nächste Jahr nicht wieder auf dieselbe gesetzt werden dürfen (Art. 25), schreiten dieselben nach Maßgabe der in Art. 6 und 7 enthaltenen Vorschriften zu einer neuen Auswahl, wobei jedoch 1) statt der im Art. 6 Nro. 2 bezeichneten Wahlmänner 5 von denjenigen Wahlmännern zu berufen sind, welche bei der vorausgegangenen Wahl der Landtagsabgeordneten die meisten Stimmen in ihren Wahlbezirken erhalten haben, 2) in den Distriktspolizei-Bezirken nur für je 2000, und in den der Kreisregierung unmittelbar untergebenen Städten für je 1000 Einwohner 1 Geschworner gewählt wird. — Art. 14. Die in dem Art. 6 bezüglich der Bruchzahlen enthaltene Bestimmung kommt auch bei den in Gemäßheit des vorhergehenden Art. 13 vorzunehmenden Wahlen zur Anwendung. Die Auswahl kann sowohl die neuerdings wählbar gewordenen, als auch die früher schon gewählten, aber vom Landrathe der Hauptliste nicht einverleibten Staatsbürger treffen. — Art. 15. Die Befugniß des Regierungspräsidenten, bei Anfertigung der Kreisliste auch noch andere Personen, als die in den Distriktspolizei- und Stadt-Bezirken gewählten, als Geschworne in Vorschlag zu bringen, findet auch bei der jährlichen Ergänzung der Hauptliste, jedoch nur unter der im Art. 8 bezeichneten Beschränkung, Anwendung. — Art. 16. Dem versammelten Landrathe wird nach vorgängiger Zustellung der Kreisliste an die einzelnen Mitglieder — (Art. 9) — das Verzeichniß der unterdessen abhängig gewordenen Geschwornen der früheren Hauptliste mitgetheilt, und dieser ergänzt sofort dieselbe durch Hinzusetzung der dem Abgange entsprechenden Anzahl neuer Geschwornen. — II. Abtheilung. Von der Zusammenberufung und Bildung des Schwurgerichts. Art. 17. Wenigstens 14 Tage vor Eröffnung der Assisensitzungen hat der Regierungspräsident die vom Landrathe angefertigte Hauptliste dem Präsidenten des Appellationsgerichts mitzutheilen. Von diesem werden sodann in Gegenwart von 4 Mitgliedern des Gerichtshofes und unter Zuziehung des Staatsanwaltes aus den in eine Urne zu legenden Namen sämmtlicher auf die Hauptliste gesetzten Staatsbürger für die bevorstehenden Sitzungen 45 hervorgezogen. — Art. 18. In gleicher Weise findet nach Beendigung der allgemeinen Ziehung eine besondere Ziehung zur Bestimmung von 9 Ersatzgeschwornen statt. Hierbei sind nur die Namen der an dem Orte, wo die Assisen abgehalten werden, wohnhaften, auf der Hauptliste stehenden Staatsbürger in die Urne zu legen. — Art. 19. Das Verzeichniß sämmtlicher gezogenen Geschwornen ist in kürzester Frist dem ernannten Assisenpräsidenten mitzutheilen, und dieser ist verpflichtet, binnen 24 Stunden die 45 Namen auf 30, die 9 auf 6 herabzusetzen. — Art. 20. Das auf solche Weise bereinigte Verzeichniß ist ohne Verzug an den Regierungspräsidenten einzusenden und durch diesen jedem einzelnen Geschwornen von seiner Berufung und dem Tage und Orte, wo er zu erscheinen hat, durch eine schriftliche Ausfertigung unter ausdrücklicher Bemerkung der auf das Ausbleiben gesetzten Strafen (Art. 22) Nachricht zu geben. Die Zustellung der Ausfertigung ist wenigstens 8 Tage vor dem zur Eröffnung der Sitzungen bestimmten Tage durch die geeignete Behörde entweder an den Betheiligten in Person oder in dessen Abwesenheit an die in seiner Wohnung befindlichen Familienglieder oder Diener, oder endlich, wenn in der Wohnung Niemand zu finden ist, an den Gemeindevorsteher zu bewerkstelligen, welcher sodann verpflichtet ist, die ihm übergebene Ausfertigung ohne Aufschub an den Betheiligten gelangen zu lassen. Die Zustellung ist zu bescheinigen, und die Bescheinigung sogleich dem Regierungspräsidenten einzusenden. (Fortsetzung folgt.)

Augsburg, 26. Juni. (Bericht über den XIV. Wollmarkt zu Augsburg am 14., 15., 16. und 17. Juni 1849.) Wenn im vorigen Jahre ein langer harter Winter, wenn eine vorangegangene mindere Fruchtbarkeit und die hieraus folgenden ungünstigen Verhältnisse manch kleinere Schäferei eingehen machten und daher auch auf dem hiesigen Wollmarkte, wie erwartet werden mußte, ein vermindertes Lager herbeiführte, — so gaben im heurigen Jahre ein kurzer, milder Winter, ein zeitiges Frühjahr, eine große Fruchtbarkeit des Vorjahrs für die Fütterung, eine günstige Schurzeit, die besten Hoffnungen auf eine wieder vergrößerte Anzahl der Einlagernden auf dem dießjährigen Wollmarkte, welche in dieser Beziehung auch erfüllt wurden, denn die Zahl der Einlagernden hatte sich von 318 auf 402 gehoben, und zu Markte wurden gebracht nach den Lagerprotokollen 1981 bayerische oder 2252 Zollzentner Wolle aller Sorten, während im vorigen Jahre nur 1744 bayerische oder 1953 Zollzentner vorhanden waren. — Es ist dieser Markt auch stärker, als jener vom Jahre 1846, welcher als der meist befahrene unter den hiesigen Wollmärkten bisher gegolten hat, so daß alle Räume der Halle und mehrere des anstoßenden Gebäudes benützt werden mußten. Von obigem Wollquantum gehörten 285 bayer. Ztr. der hochfeinen Wolle, 590 bayer. Ztr. der feinen Bastardwolle, 462 bayer. Ztr. der mittelfeinen Bastardwolle, 445 bayer. Ztr. der rauhern Bastardwolle, 200 bayer. Ztr. der deutschen und gemischten Wolle an. — So lebhaft im vorigen Jahre gleich am ersten Tage der Verkehr sich zeigte, so gestaltete er sich dießmal erst am zweiten mehr am dritten Tage günstiger für die Verkäufer, jedoch konnten die Preise des Vorjahrs nicht erzielt werden, wozu natürlich die jetzigen bewegten Zeitverhältnisse, welche so allgemein drückend auf allem Gewerb und Verkehr lasten, dann insbesondere die Berichte von den geringen Resultaten des Breslauer Wollmarktes wesentlich beitrugen, und die hiesigen Preise gleichfalls um 15, 20—25 pCt. herabdrückten. Trotz dieser Konjunkturen wurden 1360 Zentner abgesetzt und zwar hochfeine Wolle per Zentner 105—118 fl., feine Bastardwolle per Zentner 70—91 fl., mittelfeine Bastardwolle per Zentner 56—85 fl., rauhe Bastardwolle per Zentner 50—67 fl., deutsche Bastardwolle per Zentner 45—56 fl. Die aufmunternden Resultate, welche der Wollabsatz in unsern Gegenden, namentlich durch den hiesigen Wollmarkt, bisher gewährten, ließen auch heuer wieder die erfreuliche Wahrnehmung machen, wie auch kleinere Schafzüchter diesem Zweige der Oekonomie erhöhte Aufmerksamkeit, ein gesteigertes Interesse zuwenden und für Veredlung der Wolle und deren bessere Behandlung erhöhten Fleiß anwenden, wie denn auch das größere Quantum der zu Markt gebrachten Wolle, der gut charakterisirten mittelfeinen Sorte angehörte und zum größten Theile auch abgesetzt wurde. Die Wäsche und Sortirung ließ indessen heuer bei vielen Produzenten zu wünschen übrig, und mancher hätte leichter verkauft, wäre hierauf vor der Einlagerung mehr gesehen worden. Auch hier mögen die Zeitumstände das Ihrige beigetragen haben und der nächste Markt wird um so schönere Waare liefern. — Außerdem daß eine Menge Landwirthe aus zahlreichen Ortschaften der Umgegend in einer Entfernung von 3—4 Meilen sich immer häufiger an der Schafzucht betheiligen und den hiesigen Markt besuchen, ward dieser auch von entferntern Orten, wie Landshut, Weilheim, Zollhaus, Tagmersheim und vielen andern beschickt, und wir freuen uns, unter der trotz obiger Bemerkung nicht kleinen Zahl vorzüglicher Wollsortimente des Marktes wieder einige Schafzüchter nennen zu können, welche sich durch schöne Wäsche, Wolle mit gutem Charakter, abermals auszeichneten, wie die königl. Staatsgüteradministration in Schleißheim, dann die Herren Frhr. v. Leyden auf Weihern, M. Dromann, Schäfer von Holzheim, Dekan Kobeller von Egenhofen; Sam von Mergenthau; Fahrmann, Posthalter von Garching; Stephan und Georg Burkhardt von Obergermaring; Graf Arco von Tagmersheim; Graf Törring-Seefeld; Joseph Bauer von Thierhaupten; Joseph Häfl von Hohenwart; Herzog Max kgl. Hoh. auf Kühbach; Bernh. Demhardter von Langenreichen; Friedrich Lutz von Augsburg; Friedrich Greiner von Wessenbrunn; Fr. Gräfin Leyden von Achdorf u. a. m. — Durch die Menge der zu Markt gebrachten Wolle thaten sich hervor: Hr. Friedrich Lutz von Augsburg; die königl. Staatsgüteradministration Schleißheim; die HH. Nepomuk Eser von Schwabmünchen; Kasp. Prugl von Stadlhof; Joseph Bonaberger von Schrobenhausen; Joseph Hall von Hohenwart; Graf Sandizell; Gerstmayr von Wertingen. Jos. Wiedemann von Zollhaus u. a. — Anerkennenswerth insbesondere ist es aus den im vorjährigen Berichte ausgesprochenen Gründen, namentlich der ermöglichten Anschauung einer durch vorzügliche Behandlung ausgezeichneten Musterwolle, des erleichterten Austausches der Ideen hierüber, der Belehrung wegen, daß die kgl. Staatsgüteradministration Schleißheim den dießjährigen Markt und mit einer bedeutenden Quantität Wolle besuchte. Gegen die bestehenden Anordnungen ward kein Wunsch geäußert, mit der Aufsicht und Bedienung, der schnellen Fortschaffung rc. waren Käufer und Verkäufer zufrieden.

Württemberg.

Ludwigsburg, 23. Juni. Der Unwille über die Art wie das Militär bei den Ruhestörungen der letzten Tage die Straßen säuberte, ist hier außerordentlich. Das Vorrücken, namentlich des siebenten Regiments, gegen das fliehende Volk geschah in einer Weise, daß selbst die Ludwigsburger Bürgerwehr Miene machte, Waffengewalt gegen das anrückende Militär zu gebrauchen. Nachdem Verwundungen in Masse vorgekommen, ja selbst Bürgerwehrmänner welche auf ihren Sammelplatz eilten von dem Militär bedroht waren, als gar Kanonen aufgeführt und gegen den Marktplatz gerichtet wurden, da fällte die Bürgerwehr das Bajonnet, um zum Schutz der bedrohten Stadt gegen die Soldaten der Linie vorzurücken. Bereits schlugen hierauf die Schützen des siebenten Regiments unter dem Rufe an: „Sollen wir Feuer geben?" und es hing an einem Faden, ob nicht ein Blutbad angerichtet worden wäre, wie in Berlin. Aber in demselben Augenblicke ritt der General v. Miller im Galopp heran unter dem Rufe: „Wer spricht von Feuer geben? — Zurück Schützen, zurück!" Der General kam sofort zur Bürgerwehr heran und entschuldigte das Geschehene. — Ein Reisender von Stuttgart liegt tödtlich verwundet im Spital. — Ueber General Miller, welcher um die Ecke der Poststraße reitend stürzte, fiel ein Soldat des achten Regiments her. Ein Soldat des siebenten aber durchstach den letzteren mit dem Bajonnette, so daß er bald darauf starb. (St. T.)

K. Sachsen.

Dresden, 22. Juni. Die Czechenflüchtlinge, Polen und Böhmen, haben sich in Sachsen, in Schandau und Dresden, einen Zufluchtsort gesucht. Eine in Schandau wohnende Fürstin soll viel Geld ausgeben und täglich Stafetten fortschicken. — Dem ausgesprochenen Wunsche, das Johannisfest wieder herzustellen, hat das Kultusministerium dieses Jahr nicht entsprechen können, weil dieser Festtag im Verein mit den Ständen abgeschafft gewesen war. Man sollte ein politisches Fest aus diesem Tage machen. Die in den um Dresden liegenden Dörfern wohnenden Bauern haben sich gegenseitig versprochen, sobald man in Dresden „republikanischen Aufstand" versuche, den König in seinem Schlosse zu schützen. Neulich hatten sie die Schießübungen der Kommunalgarde vernommen; da sie das Schießen verdächtig fanden, sendeten sie einen reitenden Boten in die Stadt, um zu erfahren, ob etwa der Dresdener Pöbel rebellire. Um dem König ihre Treue persönlich zu beweisen, zogen sie vor 8 Tagen bewaffnet vor sein Lustschloß Pillnitz. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Preußen.

Berlin, 19. Juni. Seit einiger Zeit wurde der bekannte Held vermißt. Nun will die „Elberfelder Zeitung" wissen, daß er zu Triesack an der Hamburger Eisenbahn verhaftet worden. Dieser Mann, der sich in seinen Reden mit so vielem Schwulst und erheucheltem Pathos der Interessen der Arbeiter angenommen, scheint sich auch der Kasse des Arbeitervereins in einem Grade angenommen zu haben, daß ihr 7000 Thlr. fehlen!

Berlin. Das Bürgerwehrstatut ist im Entwurf fertig und bereits gedruckt. Es umfaßt etliche und fünfzig Paragraphen. Als Grundsatz stellt es fest: Jeder, der das 20. Jahr erreicht hat und die Eigenschaften eines Urwählers besitzt, ist berechtigt, in die Bürgerwehr einzutreten. Jeder der das 24. Jahr erreicht und das 50. nicht überschritten hat, ist verpflichtet zum Beitritt. Die Führer werden durch direkte Wahl ernannt, ebenso der

Oberbefehlshaber, dem, wenn er Anspruch darauf macht ein Gehalt von 3000 Thlr., jedoch ohne Pension zugesichert werden soll. (Voss. Z.)

Berlin. Gegen Graf Reichenbach, Krug und Meyen soll in Folge der in den bekannten Freiburger Papieren über sie enthaltenen Andeutungen eine Untersuchung im Werke seyn.

Berlin, 23. Juni. In gewissen Kreisen, in denen man immer viel zu kombiniren pflegt, unterhält man sich seit einigen Tagen über eine geheime Korrespondenz des Kaisers von Rußland mit Louis Bonaparte, deren Vermittler der Herzog von Leuchtenberg seyn soll. Man erzählt, der Czar wünsche die Diktatur oder wo möglich ein Kaiserthum Bonaparte, er sey überzeugt, daß die Zeit der ältern wie der jüngern Bourbons vorüber sey, und russisches Geld sey es, das die bonapartistischen Redner auf den Pariser Boulevards bezahle. Man wolle sich russischer Seits einem Kaiser oder Diktator Louis Bonaparte gegenüber bereit erklären, Polen freizugeben, und sich hiefür im Orient entschädigen. Eben so hoffe man, England, dem man wie Frankreich Eroberungen im Orient, besonders einen Theil Aegyptens überlassen wolle, zum Einverständniß zu bewegen. (K. v. u. f. D.)

Berlin, 24. Juni. Die letzte Woche ist uns ganz ruhig vergangen, denn die demokratischen Klubs verschmerzen den Schlag nicht so leicht, welcher ihnen durch die Vorgänge vom 14. zugefügt wurde. — Die Untersuchung über den schmählichen Einbruch in's Zeughaus ist jetzt in vollem Gange. Es sind nach und nach 36 Personen verhaftet worden, die zum Theil sehr interessante Geständnisse gemacht haben, namentlich über die Geldvertheilungen unter das Volk, die von der polnischen Partei herrührten, welche es durchaus zu einer Erklärung der Republik bringen wollte. Einzelne Polen haben 5 bis 6000 Thaler geopfert, mehrere haben ihr ganzes Silberzeug und Juwelen versetzt, um Geld zu erhalten. — Der Lieutenant Techow, der den Hauptmann v. Natzmann beschwor, seinen Posten zu verlassen, und sein Wort darauf gab, daß die Regierung gestürzt und der König entflohen sey, ist nach Spandau in Verwahrsam gebracht worden, und über ihn wird dort ein Kriegsgericht wahrscheinlich einen sehr strengen Spruch fällen. (D. k. Z.)

In Köln sollen laut der „Frankfurter Oberpostamtszeitung" auf einigen Wällen Kanonen vernagelt worden seyn. Am Abend des 20. Juni wurden in einer stillen Straße von Erwachsenen Barrikaden gebaut, gleichsam zur Vorübung; denn es ist allgemein die Rede, in 14 Tagen würde die demokratisch-republikanische Partei in ganz Deutschland einen Hauptstreich ausführen und allenthalben die rothe Fahne aufpflanzen. Die Garnison ist seit einiger Zeit außerordentlich wachsam. In den Forts sollen Kartätschen, Shrapnells und selbst Brandraketen in Masse seyn.

Kosten 19. Juni. Das 19. Infanterieregiment marschirte am 17. Juni aus Posen ab, um in Wittenberg zu garnisoniren. Der erste Marschtag brachte dasselbe nach und in die Gegend von Stenschewo und es war bestimmt, daß die Mannschaften am 18. zwischen Schmiegel und Kosten einquartirt werden sollten, also etwa 4 Meilen zu marschiren hatten. Die Hitze am 18. war unerträglich, das Thermometer zeigte 28° im Schatten. Gegen 10 Uhr Vormittags rückte das Füsilier- und ein Musketierbataillon hier ein; beide Bataillone verloren bis Kosten neun Todte, welche am Schlagfluß der ungeheuern Hitze erlagen. Gegen 1 Uhr langte noch ein Musketierbataillon hier an, ebenfalls bis zum äußersten erschöpft. Kurz — das hiesige Militärlazareth zählte Abends 9 Uhr achtzehn todte Soldaten des 19. Regiments, unter diesen ein Familienvater, ein Unteroffizier. Die Leichen wurden heute Abends 6 Uhr mit großem Gefolge beerdigt. — Man sagt, daß in dem benachbarten Schmiegel ebenfalls zehn Todte und einige dreißig schwere Kranke sich befinden. (Bresl. Z.)

(Loyalistischer Freischaarenzug nach Berlin.) In der Posener deutschen Zeitung vom 22. Juni forderte der Justizkommissär (Advokat) Ahlemann zu Samter zu einem Zuge nach Berlin auf, um die Aufruhrsausbrüche, die sich dort kundgegeben hätten, zu unterdrücken. Als nächster Anlaß wurden die Vorfälle vom 14. Juni angeführt. Darauf erließ der Oberpräsident der Provinz Posen eine Warnung vor dieser, als einer ungesetzlichen Unternehmung. Ehe jedoch diese Warnung ihre Wirkung thun konnte, hatte Ahlemann schon eine weitere Bekanntmachung veröffentlicht, in welcher er anzeigt, daß das Korps am 26. von Samter ausrücken und in drei Kolonnen nach Berlin ziehen werde. Die Regierung von Posen hat darauf kräftige Gegenmaßregeln ergriffen. Der Landrath von Haza wurde angewiesen, dem Zuge mit allen ihm zu Gebot stehenden Mitteln entgegenzutreten, auch wenn nöthig, militärische Beihilfe zu fordern. Zugleich wurde dem Land- und Stadtgerichte zu Samter die Einleitung einer Untersuchung anheimgestellt.

Schleswig-Holstein.

Apenrade 20. Juni. Die Dänen sollen mit 15,000 Mann die Südgrenze des Amtes Hadersleben besetzt und bei Skrystrup und Törningmühle verschanzt haben. Ihre Patrouillen streifen bis Hellewadt und rothem Krug Gjenner u. s. w. Man scheint beiderseits nicht zum Angriff geneigt und fast sollte man glauben, daß Friedensvermittelungen diese Passivität veranlassen.

(Schl.-holst. Z.)

Apenrade, 20. Juni. Vorgestern am 18. d. war der Geburtstag des Majors v. d. Tann; er hat gerade vor 33 Jahren, also in demselben Jahre und an demselben Tage das Licht der Welt erblickt, an welchem die Schlacht von Waterloo geschlagen wurde. Als die hiesigen Bürger gegen Abend hiervon Kunde bekamen, ward schnell der Beschluß gefaßt, unserem tapferen Beschützer und in ihm seiner todesmuthigen Schaar ein Hoch zu bringen. Gegen 10 Uhr stellten die Bürger sich in großer Zahl vor seiner Wohnung im Norddeutschen Hotel mit der schwarz-roth-goldenen Fahne auf; Hr. Dr. Schow richtete ein paar Worte an den Gefeierten, wozu unter andern der heldenmüthigen Einheit Deutschlands vor 33 Jahren wie der Gegenwart Erwähnung geschah und schloß mit einem Hoch, das aus voller Seele aus hunderten Kehlen dreimal wiedertönte. Weißgekleidete junge Mädchen erschienen und überreichten einen Lorbeerkranz nebst einigen Versen. Der edle, bescheidene Held des Tages trat vor und drückte uns tief gerührt die Hände, äußerte, solch einen Geburtstag noch nicht erlebt zu haben, und versicherte, so viel an ihm läge, solle die Stadt Apenrade möglichst geschützt und gesichert werden. Seine Schaar brachte ihm wiederholte Vivats, einen Fackelzug und die kräftigen Männerchöre erfüllten bis Mitternacht die belebten Straßen. (S.H.Z.)

Am 22. Juni fand in Kandern ein trauriger Militärkonflikt statt. Mittags rückte eine Abtheilung Infanterie und eine halbe Schwadron Kavallerie daselbst ein. Abends begaben sich die Offiziere dieser von Oberst v. Hinkeldey befehligten Truppen in eine Bierwirthschaft, geriethen daselbst mit mehreren der anwesenden Zivilisten in Streit, die Folge war, daß das Militär anrückte, auf die sonst friedlichen Bürger einhieb und mehrere derselben bedeutend verwundete; lebensgefährlich verletzt ist blos einer.

Hannover.

Aus Hannover meldet man vom 21. d. M. daß die erste Kammer sich endlich entschlossen, der besondern Vertretung des Adels zu entsagen, so daß sie aufgehört hat, Adelskammer zu seyn und in Zukunft gleich der zweiten Kammer durch allgemeine Wahlen gebildet werden wird.

Oesterreich.

Wien, 23. Juni. Mit dem 1. Juli wird, wie die „Wiener Zeitung" amtlich meldet, für die Dauer der gegenwärtigen schwierigen Verhältnisse eine Steuer von den Beamtenbesoldungen und Pensionen, so wie von dem reinen Einkommen der Pfründen, Klostergemeinden und geistlichen Orden eingeführt. Frei von dieser Abgabe sind nur die Einkommen bis zu 1000 fl.; dagegen werden die von 1000 — 3000 fl. mit 5 pCt. und die von 3000 fl. aufwärts mit 10 pCt. besteuert. Außerdem werden die Diäten der Beamten in den 9 ersten Klassen einstweilen auf 3 Viertheile des ursprünglichen Ausmaßes herabgesetzt und rücksichtlich der höhern Pensionen festgesetzt, daß keine derselben 8000 fl. übersteigen darf; der Rest wird einstweilen zurückbehalten.

(Korr. v. u. f. D.)

Wien, 24. Juni. Das k. k. Hauptzollamt hat eine geheime Korrespondenz zwischen dem Fürsten Metternich in London und einer Reihe von 12 hiesigen Aristokraten entdeckt, welche von Hrn. Herz, Associé des Bankhauses Arnstein und Eskeles, vermittelt wurde. Das Hauptzollamt faßte indeß die Sache blos als Beeinträchtigung des Postgefälls auf und folgte die mit Beschlag belegten Briefe nach Erlangung der Strafgelder unbedenklich aus. (D. k. Z.)

Bemerkenswerth erscheint auch das Urtheil der „Breslauer Zeitung" über den Prager Aufstand. Nach einer Schilderung des Kampfes selbst heißt es: „Es ist nunmehr die zweite Hauptfrage zu beantworten: welche Bedeutung hatte der Kampf? welches waren die kämpfenden Parteien? Die Tschechen haben nicht nur vor dem Aufstande und während desselben, sondern auch in spätern Berichten ihn als einen Kampf gegen die Militärherrschaft, gegen die Camarilla, gegen die Reaktion dargestellt und sehr viele zu dieser Meinung bekehrt. Wir protestiren auf das entschiedenste gegen dieselbe. Es ist wahr, daß die Tschechen nicht gegen die Deutschen, sondern gegen das Militär gekämpft haben, aber sie mußten über die Leichen des Militärs hinwegschreiten, um entschieden gegen die Deutschen auftreten zu können. Und hat denn noch niemand daran gedacht, daß dieselbe Partei, welche sich jetzt als Kämpen gegen Camarilla und Reaktion gerirt, noch vor ganz kurzer Zeit mit der Hofpartei Hand in Hand ging und die Wiener Fortschrittspartei auf das heftigste bekämpfte? Aendert man etwa in 14 Tagen so seine Gesinnung, oder liegt es nicht vielmehr auf der Hand, daß die tschechische Partei je nach ihren Zwecken sich bald für demokratisch, bald für gut kaiserlich gesinnt ausgibt? Ist es bedeutungslos, daß man auf den Zuzug tschechischen Landvolkes provozirte, bedeutungslos, daß die Deutschen gar nicht am Kampfe theilnahmen, daß viele deutsche Familien aus Prag flüchteten? daß die Deutschen in Prag die Soldaten als ihre Verbündeten betrachteten und auf das höchste bestürzt waren, als man vom Abzug des Militärs sprach? Uebrigens widersprechen sich die Tschechen selbst. Sie reden von einer Coalition der deutschen Partei mit der bureaukratischen und aristokratischen gegen sie und andrerseits wollen sie es nicht Wort haben, daß der Kampf im Wesen ein tschechisch-deutscher war."

Aus oder über Prag wird in einigen Zeitungen behauptet, der Kampf sey von neuem losgebrochen. Dieß ist falsch; wir haben Zeitungen und Briefe von dort bis zum 24., welche nichts von einem Wiederausbruch wissen; aber in den Gemüthern lebte der Aufruhr fort, der die Barrikaden noch lange scheint überdauern zu wollen. Windischgrätz habe, so berichtet man aus Wien, keinen Sarg für seine Frau bekommen können! Morgen näheres über die jetzigen Zustände. Faster ward am 21. Morgens zu Stab von der Nationalgarde festgenommen und unter Bedeckung nach Prag geführt, wo er an das Platzkommando übergeben ward. (A. Z.)

Innsbruck, 25. Juni. Keine neuern Nachrichten aus Italien. Heute rückt die erste Kompagnie hiesiger akademischer Freiwilligen von Italien ein. Sie führt eine eroberte Kanone, mehrere Doppelhaken und erbeutete Waffen mit. — Von den Geschäften des Palatin und der ungarischen Minister weiß ich nichts zuverlässiges; doch scheint der Kaiser bei seiner geschwächten Gesundheit den persönlichen Besuch in Pesth nicht ausführen zu wollen. (A. Z.)

Triest, 21. Juni. Wir hören, daß viele Triestiner beim Gemeindeausschuß der Stadt Wien die Erlaubniß nachsuchen wollen, die Allgemeine Zeitung zensurfrei beziehen zu dürfen, damit man doch wenigstens erfahren könne, was in der Residenz vorgeht. Die dort erscheinenden Blätter müssen oder wollen über alle Vorgänge schweigen und da uns Wien gar zu sehr interessirt, so wäre es doch wirklich gar zu arg, wenn wir wie aus der Bemerkung des Dr. Bach hervorgeht, künftig die hier so sehr verbreitete Allgem. Zeitung nicht beziehen dürften. (A. Z.)

Triest, 22. Juni. Gestern wurde der Protest der deutschen Bundesversammlung gegen die Blokade von Triest mittelst des mit der schwarz-roth-goldenen und der Parlamentärflagge geschmückten Dampfbootes „Sophia" zum Kontreadmiral Albini befördert. Dieser wiederholte die schon so oft gegebenen Versicherungen, daß er keine feindlichen Absichten gegen Triest u. s. w. hege und in Betreff des weitern Verfahrens die Befehle seines Hofes abwarte. Trotz aller freundschaftlichen Betheuerungen wurden gestern zwei österreichische Küstenfahrzeuge, welche die Entfernung der Flotte von der Küste benutzend unsere Rhede zu gewinnen suchten, von einem sardinischen Dampfboote verfolgt und aufgebracht.

(A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 17. Juni. Der Kommandant von Peterwardein, Feldmarschallieutenant Hrabowsky, hat die Brücke

Digitized by Google

zwischen Peterwardein und Neusatz ausheben lassen. An den Fürsten von Serbien hat Hrabowsky eine Note gerichtet, in welcher er über das Einströmen bewaffneter Serbier in das ungarische Gebiet Aufklärung verlangte, da seines Wissens Oesterreich mit der Pforte im Frieden lebe. Der Fürst von Serbien gab darauf die Antwort, daß er, so viel in seiner Macht stehe, solchen Einfällen entgegen treten werde, soll aber zugleich die vertrauliche Anzeige gemacht haben, daß gegen 16,000 Serbier zu einem Einfall in Ungarn sich vorbereiten, welchen zu verhindern er (der Fürst) kaum mächtig genug seyn würde. Das Geheimniß in der Sache scheint das zu seyn, daß Rußland übermächtiger Einfluß in Serbien die serbischen Freischaaren gegen den Willen der Pforte und des Namensfürsten begünstigt und selbst ausrüstet. Unser Hof scheint auch den russischen Umtrieben mehr als auf der Spur zu seyn. Ein hier gefänglich eingebrachter Emissär, Namens Kmety, hatte vom Exminister Grafen Kolowrat die Mission, die Bauern slavischen Stammes in Ungarn auf die Ankunft der Russen vorzubereiten, als welche letztere den Edelleuten den Grundbesitz wegnehmen würden, um denselben unter die Bauern zu vertheilen. Die Ungarn machen nun die riesenhaftesten Anstrengungen, um die Integrität ihres Reiches zu behaupten. In der Schiffswerfte zu Ofen wird sogar an Kriegsschiffen gearbeitet. Die drei ungarischen Palatinal-Husarenregimenter sind bereits aus Böhmen auf ungarischem Boden angelangt, und noch andere Truppen werden aus den österreichischen Provinzen erwartet. Im äußersten Falle sollen aber 200,000 Nationalgarden aufgeboten werden. — Der König hat bereits einen ungarischen Konsul für Amsterdam ernannt. (D. l. Z.)

Schweiz.

Basel, 18. Juni. Seitdem die Fama verkündete, Hecker habe von seinen Freunden in Frankfurt und Leipzig 10,000 Thlr. empfangen, geht es schaarenweise durch unsere Stadt nach dem benachbarten Dorfe Muttenz. Unter den Zugereisten befinden sich viele vazirende Handwerksburschen, Kellner, Hausknechte rc. die alle Freischärler gewesen seyn wollen, jedoch gewöhnlich bei der zweiten Frage schon verrathen, daß sie zur Zeit des Kampfes friedlicheren Beschäftigungen obgelegen haben. Es ist begreiflich, daß sich Hr. Hecker so viel als möglich unsichtbar macht; unter solchen Umständen würde ein größeres Budget als das oben ausgeworfene, zur Befriedigung aller Anforderungen nicht hinreichen. Von den Vorbereitungen zu einem zweiten Freischaarenzuge sehen wir immer noch nichts. Die Bauern des Ober- und Seelandes wollen erst ihre Ernte zu Hause haben (Frankf. J.)

Italien.

Aus unserer italienischen Korrespondenz ziehen wir heute nur das Wichtigste aus. In Palermo war alles mit der nahen Wahl eines Königs beschäftigt, wofür der zweite Sohn Karl Alberts, der Großherzog von Toskana und zwei Napoleoniden (namentlich Ludwig Bonaparte) vorgeschlagen waren. In Neapel bis zum 18. Juni die Ruhe nicht gestört; in den Provinzen wachsender Aufstand. In Rom Kriegsrüstungen und die alte Mißstellung des Papstes und eines großen Theils des Klerus zum weltlichen Regiment. In Bologna (von wo ein Brief vom 20. vor uns liegt) matte Feier des Jahrestags der Krönung des heil. Vaters, schwacher Jubel, schlechte Beleuchtung. In Genua (von wo wir Briefe bis zum 23. haben) Bestürzung und Entrüstung über die Erfolge der österreichischen Waffen im Venetianischen; Geschrei über Verrath, Wuth über Durando, Verwünschung des Papstes; Straßentumulte, selbst Plünderungsdrohungen, wenn man den Krieg nicht entscheidend führe und den Adel und Klerus zahlen lasse. In Turin ein Aufgebot von neuen 24,000 Mann. Aus Verona haben wir ebenfalls Briefe bis zum 23. Juni. Kein Ereigniß. Aber Aerger und bitterer Groll über den von der Wiener Zeitung gemeldeten, an Radetzky ergangenen Befehl zur Waffenruhe. Ob die Waffenruhe im Venezianischen eingetreten ist, bleibt zweifelhaft. Es geht uns zwar heute ein Schreiben aus Venedig zu, aber es ist vom 19. Juni datirt, da es den Umweg über Mailand nach der Schweiz machen mußte. Damals hörte man in Venedig den Geschützdonner vom Fort Malghera her; bekanntlich besetzte damals Welden die meisten Orte des Lagunenrandes. Ueber ein Unterstützungsgesuch Venedigs an Frankreich hören wir nichts weiter; aber die Pariser Blätter meldeten in den letzten Tagen, daß ein Abgesandter Venedigs angekommen sey und häufige Konferenzen mit den Mitgliedern der Regierung habe. (A. Z.)

Frankreich.

In Paris scheint das jüngste Ereigniß eine Militärdiktatur zu seyn. General Cavaignac bisher Kriegsminister, ist einer der algierischen Krieger; er ist ein Bruder des verstorbenen Cavaignac, der im Aprilaufstand 1834 eine bedeutende Rolle spielte. Wir bemerken, daß als vor einiger Zeit ein Triumvirat als wahrscheinlich nächste Regierungsform besprochen wurde, man neben A. Marrast, Senard den General Cavaignac nannte.

Straßburg, 25. Juni. Nachdem der Telegraph durch sein zweitägiges Stillschweigen uns mit banger Besorgniß erfüllt hatte wurde diesen Morgen durch die Kunde von dem neuen Ausbruch des tobenden französischen Vulkans Schrecken und Entrüstung in unserer Stadt verbreitet. Die Nationalgarde, welche gerade vor den Thoren exerzirte, rückte schleunigst wieder in das Innere ein und schwur von neuem ewige Treue für die Republik. Sogleich wurde folgende Adresse unterzeichnet und unmittelbar nach Paris geschickt: „Straßburg, den 25. Juni 1848. An den Bürger Cavaignac, Bevollmächtigten der Vollziehungsgewalt. Bürger General! Die Straßburger Nationalgarde würde sich wie ein Mann erheben, um der Nationalversammlung zu Hülfe zu eilen, wenn nicht eben so heilige Pflichten sie an der Grenze zurückhielten. Es lebe die Republik, die Eine und unzertrennliche! Es lebe die Nationalversammlung!" Wie wir diesen Morgen gesagt haben, der Telegraph von Feuburg St. Antoine in Paris leistet nicht mehr Dienst, seit Samstag 9 Uhr Morgens. Die beiden Depeschen, welche wir veröffentlicht haben, sind durch Staffette nach Rainey gebracht worden, dem vierten telegraphischen Posten von Paris an. (Schw. Mkr.)

Dänemark.

Kopenhagen, 15. Juni. Von den schwedischen Truppen sieht man bis jetzt noch nichts, obgleich es täglich hieß, daß sie kommen sollen. Schwedische Kriegsschiffe hatten wir hier genug, auch einige russische, jetzt liegen indeß alle bei Malmö. Die Stimmung in Kopenhagen ist sehr gedrückt. Zuerst war das hier ein Muth und ein Bramarbasiren ohne Gleichen, nach der Schlacht bei Dannewirke wurde man kleinlaut, dann hieß es aber, die Schweden kämen und als gar Wrangel aus Jütland zurück ging, waren die Kopenhagener wieder oben auf, und pochten auf russische Hülfe. Allein jetzt sind sie wieder kleinlaut geworden, sie sagen, „der Wrangel, der Wrangel, das ist ein gar zu arger Kerl." — Heute ereignete sich hier folgender merkwürdiger Vorfall. Vor einigen Tagen kam auf die Rhede von Helsingör ein Memeler Schooner „Uruguay", legte sich Abends nahe beim Wachtschiff ruhig vor Anker und zeigte am folgenden Morgen die preußische Flagge. Das Schiff wird mit Beschlag belegt und nach Kopenhagen gebracht. Hier ist man äußerst erstaunt, wie ein Preußisches Schiff es wagen kann, den Sund passiren zu wollen, verfällt also auf eine andere Idee, und meint, es könne Waffen am Bord haben, um uns damit zu versehen. Der Schooner wird sogleich in den Hafen geholt, um sich der Beute zu vergewissern, Kapitän und alle Mannschaft müssen das Schiff verlassen. Der Kapitän geht zum Marineminister und fragt ihn, was diese strengen exceptionellen Maßregeln bedeuten, er sey von Memel ausgelaufen, weil man ihm gesagt, es sey Frieden geschlossen. Der Minister schickt ihn zu mehreren Generalen, die ihn alle verwundert dasselbe fragen, endlich kommt er zum General Duren, der sagt ihm: „Ich habe eine frohe Nachricht für Sie, — Sie sind frei und können segeln, aber nicht früher als heute Nacht, damit es das Volk nicht sieht, und wenn man sie fragt, weshalb sie frei sind, so sagen Sie Ihr Schiff und Ladung sey Englisches Eigenthum." Der Schooner ging heute Abend in See. Niemand weiß, weshalb man ihn freigegeben. (Ostsee-Z.)

Schweden und Norwegen.

Ein Schreiben aus Stockholm in der „Börsen-Halle" motivirt die Einmischung des Königs von Schweden in den dänisch-deutschen Krieg damit, daß König Friedrich von Dänemark die Absicht hege, König Oskar's zweiten Sohn als Thronfolger zu adoptiren. Das wäre also von Seite des schwedischen Königs eine dynastische Politik wie die, welche Ludwig Philipp zum Falle gebracht hat.

Stockholm, 16. Juni. Die Gardebataillone, zwei Schwadronen Kronprinz-Husaren und eine Batterie hatten Befehl bekommen, sich fertig zur Einschiffung nach Fühnen zu halten; allein die zwei Schonen'schen Kavallerie- und die Nord- und Südschonen'schen Infanterie-Regimenter sollten, wie man glaube, auf ihrem Marsche anhalten. „Bald — bemerkt die in dem offiziellen Blatt abgedruckte Korrespondenz — und in wenig Tagen wird es sich zeigen, ob wir, wie unsere Soldaten es wünschen, uns zum Streit rüsten oder ob eine friedliche Erledigung dem blutigen Kampf vorbeugt." Das heißt wohl: die Antworten aus St. Petersburg und London werden die Entscheidung bringen; in ungefähr 6 Tagen kann von Petersburg und London Antwort in Kopenhagen seyn, und es kann also die nächste Kopenhagener Post uns morgen früh wichtige und endlich entscheidende Nachrichten bringen, fügt die Hamburger „Börsenhalle hinzu. — Die ultra-dänischgesinnte „Oresundsposten" wollen wissen, daß König Oskar sich nicht auf die englischen Vermittelungsvorschläge eingelassen.

Neueste Nachrichten.

Paris, 24. Juni. Die Nationalversammlung ist in Permanenz. Sie hat Deputationen auf alle Schauplätze des Kampfes entsendet, theils um Truppen und Nationalgarde zu ermuthigen, theils um die Insurgenten gütlich zur Unterwerfung zu bewegen. — Die Vollziehungskommission, deren Stellung unmöglich geworden war, hat ihre Entlassung gegeben. General Cavaignac ist mit diktatorischer Gewalt bekleidet; alle Zivil- und Militärgewalt ist in seinen Händen vereinigt; doch hat sich die Nationalversammlung ihre Souveränität vorbehalten und kann ihm daher formell jeden Gewalt wieder entziehen. — Paris ist in Belagerungszustand erklärt. Man spricht von einer neuen Regierungskommission aus 3 Mitgliedern, die heute Abend ernannt werden soll. Als deren Mitglieder nennt man: Cavaignac, Thiers und Senard. Thiers hat sich heute zum ersten Male in die Diskussion gemischt und über die Mittel zur raschen Beendigung des Aufstandes gesprochen. Er hat eine lange Unterredung mit Cavaignac gehabt, und dieser soll nun erklärt haben, heute Abend müsse der Aufstand besiegt seyn oder er wolle seinen Kopf verlieren. — In der Straße St. Paul sind bereits zwei Häuser unter den Kanonenschüssen eingestürzt. — Die bis jetzt eingelaufenen Berichte lassen auf eine Zahl von 3000 Todten von beiden Seiten schließen. Die Zahl der Verwundeten ist sehr groß. — Man spricht von einem Angriffe der Insurgenten auf Vincennes, der aber abgeschlagen worden ist. (Karlsr. Z.)

Kiel, 23. Juni. In Rendsburg war ein Brief aus Kopenhagen eingegangen, wonach dort Unruhen stattgefunden hätten. Mehrere Häuser sollen gebrannt haben, die Minister gestürzt seyn u. s. w. Der Brief ist wirklich vorhanden; ist also die Nachricht falsch, so kann von keinem Irrthum, sondern nur von einer Lüge die Rede seyn. (N. Kor.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 29. Juni: „Die Jungfrau von Orleans, romantische Tragödie v. Schiller.

Fremdenanzeige.

Blaue Traube. HH. v. Wittmann, kgl. Rittmeister von Würzburg; Bentel, Privatier v. Bonn; Vanelli und Sanqualetti, Bildhauer v. Crema.

Gestorbene in München.

Johann Schimenkinger, Maurer von der Au, 40 J. alt; Johann Himmelkoß, Anstreicher von Neukirchen, 45 J. alt; Magd. Fuchs, Rosenkranzmacherswittwe v. h., 70 J. alt; Magd. Winkler, Tischlerswittwe v. h., 71 J. alt; Katharina Hold, Hüterstochter von der Georgenschwaig, 41 J. alt; Peter Mandl, Buchbindergesell v. h., 24 J. alt; Phil. Sauerzapf, Postkondukteur v. h., 57 J. alt; Kreszenz Fruhmann, Viehhändlersfrau v. h., 41 J. alt.

2438. Gesonnen, wieder auf längere Zeit in München mich aufzuhalten, erbiete ich mich, Unterricht im Klavierspiel, von den ersten Anfangsgründen bis zur höchsten Ausbildung, so wie in der Harmonie- und Compositionslehre zu ertheilen. Auf Verlangen gebe ich auch den Klavierunterricht in französischer Sprache. Meine Wohnung: Löwenstraße Nr. 8.

Wilhelm Speidel.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 170.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir [illegible] Nro. 21; auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 23 kr., im III. Rayon 3 fl. 28 kr.
Für Inserate wird die dreifgespaltene Petitzeile dem Raume nach zu 6 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Donnerstag XLIX. Jahrgang. **29. Juni 1848.**

Deutschland.

Unmittelbar nach der Sitzung der Reichsversammlung vom 24. Juni hat sich der französische Gesandte beim deutschen Bunde, Hr. Savoye (geborner Rheinbayer) zu Hrn. Raveaux begeben, um ihm für sein Wohlwollen gegen Frankreich und die französische Republik zu danken.

Frankfurt, 26. Juni (Abends). Wir hatten heute einen parlamentarischen Sturm ohne Gleichen. Bei der Berathung der Fragestellung brachten v. Auerswald und Bassermann ein neues Amendement, wonach der Reichsverweser aus den nichtregierenden Mitgliedern der deutschen Fürstenhäuser genommen, und von der Nationalversammlung im Vertrauen auf die Zustimmung der deutschen Regierungen gewählt werden solle. Die Zulassung dieser neuen Anträge zur Abstimmung wurde von der Linken entschieden bekämpft. Bassermann trat zurück, zuletzt auch v. Auerswald, der jedoch verlangte, daß auch Heckscher sein Amendement zurücknehme. Dieser verlangte Bedenkzeit, und die Sitzung wurde von 2½ bis 5 Uhr unterbrochen; nachdem sie wieder eröffnet worden, erklärte Heckscher, er werde nicht zurücktreten. Die Linke verkündigte hierauf, daß sie ebenfalls neue Anträge bringen werde. Die Galerie applaudirte. Heckscher machte eine Aeußerung, welche die Linke so deutete, als habe er ihr Einverständniß mit der Galerie vorgeworfen. Sie ruft tumultuarisch zur Ordnung. Soiron (der statt Gagern präsidirt,) will Heckscher das Wort erhalten. Der Tumult war aber so arg, daß er sich bedeckte, und die Sitzung für eine halbe Stunde ausgesetzt erklärte. Sie wurde um 6 Uhr wieder eröffnet, da aber die Linke auf dem Ordnungsruf besteht, sogleich wieder geschlossen, und die Berathung auf morgen früh 9 Uhr vertagt. (A. Z.)

Bayern.

*†München, 29. Juni. Se. Maj. der König inspizirten am 26. d. Mts. in Fürstenfeldbruck das Bataillon vom Infanterie-Leibregimente. Se. Majestät begibt sich heute bei günstiger Witterung nach dem Schloß Berg am Starnbergersee.

(Der Gesetzentwurf bezüglich der Einführung der Geschwornengerichte. [Fortsetzung.]) Art. 21. Wenn an dem zur Eröffnung der Sitzung bestimmten Tage von den vorgeladenen Geschwornen nicht wenigstens 24 erscheinen, so haben für die Abhängigen sofort die nach Art. 18 bestimmten Ersatzgeschwornen und zwar nach der unter diesen durch die Ziehung geordneten Reihenfolge einzutreten. — Art. 22. Jeder Geschworne, welcher auf die ihm zugestellte Ladung weder erschienen ist, noch sein Ausbleiben auf zulängliche Weise entschuldigt hat, verfällt in eine Geldstrafe von 100 fl. Bei dem zweiten Rückfall tritt nebst doppelter Geldstrafe der Verlust der Fähigkeit zur Ausübung der Verrichtung eines Geschwornen ein, das Urtheil ist durch das Amtsblatt des Kreises auf Kosten des Straffälligen bekannt zu machen, und dessen Name in der Hauptliste der Geschwornen zu streichen. — Art. 23. Gleicher Bestrafung unterliegt jeder Geschworne, der zwar auf die ergangene Ladung erschienen ist, aber vor dem Schlusse der Assise sich ohne eine als giltig anerkannte Entschuldigung wieder entfernt hat. — Art. 24. Als giltig entschuldigt ist nur derjenige zu betrachten, welcher eine Bescheinigung darüber beibringt, daß es ihm unmöglich war, an dem festgesetzten Tage sich einzufinden, oder bis zum Schlusse der Assise zu verweilen. Der Assisenhof hat über die Zulänglichkeit der vorgebrachten Entschuldigung zu entscheiden, und wenn er solche vermißt, sofort die Strafe auszusprechen. — Art. 25. Wer auf die erhaltene Ladung erschienen, und seinen Verrichtungen als Geschworner nachgekommen ist, soll weder in dem nämlichen, noch in dem nächstfolgenden Jahre noch einmal zu gleichen Verrichtungen angehalten werden, soferne er nicht ausdrücklich auf diese Befreiung verzichtet, worüber derselbe am Schlusse der Sitzungen besonders zu befragen ist. Das Verzeichniß der also austretenden Geschwornen ist sodann dem Regierungspräsidenten jedesmal mitzutheilen, um die Vormerkung auf der Hauptliste eintragen zu können. — Art. 26. Jeder Geschworne, der seine Obliegenheit erfüllt hat, und nicht am Sitzungsorte wohnt, erhält, wenn sein Wohnort weiter als zwei Stunden davon entfernt liegt, auf Verlangen eine Entschädigung der Reisekosten, deren Betrag durch Regierungsverordnung festgesetzt wird. — Art. 27. An dem zur Eröffnung der Sitzungen anberaumten Tage und vor dem Beginne der Verhandlung einer jeden neuen Strafsache sind die Geschwornen, welche auf die Vorladung erschienen sind, sowie die statt der nicht Erschienenen etwa bestimmten Ersatzgeschwornen (Art. 21) in Gegenwart des Staatsanwaltes und des Angeklagten in öffentlicher Sitzung namentlich aufzurufen und ihre Namen in eine Urne zu legen. — Art. 28. Das Schwurgericht ist für die Aburtheilung jeder einzelnen Strafsache aus 12 Geschwornen zu bilden. — Art. 29. Sollte jedoch eine einzelne Verhandlung eine längere Dauer erwarten lassen, so kann der Assisenhof verfügen, daß außer den erforderlichen 12 Geschwornen durch weitere Ziehung noch 1 oder 2 Ergänzungsgeschworne bestimmt werden, um der Verhandlung beizuwohnen, und in dem Falle, wenn das eine oder andere Mitglied bis zu der Berathschlagung und Ertheilung des Ausspruches auszuharren gehindert seyn sollte, dasselbe zu ersetzen. Die Ergänzungsgeschwornen treten in diesem Falle nach der Reihe ein, in welcher ihre Namen gezogen worden sind. — Art. 30. Ist der Aufruf beendigt und die Art. 21 erforderliche Zahl vorhanden, so zieht der Präsident die Namen der 12 Geschwornen aus der Urne heraus. — Art. 31. Der Angeklagte und Staatsanwalt sind befugt, eine gleiche Anzahl von Geschwornen abzulehnen. Ist jedoch eine ungerade Zahl von Geschwornen vorhanden, so steht dem Angeklagten das Recht zu, einen mehr als der Staatsanwalt abzulehnen. — Art. 32. So oft die Verhandlungen gegen mehrere in der nämlichen Sache betheiligte Angeklagte gerichtet ist, haben sich dieselben darüber zu vereinigen, in welcher Art sie das ihnen zustehende Ablehnungsrecht ausüben wollen. Kann eine Vereinigung nicht erzielt werden, so ist durch das Loos die Reihenfolge zu bestimmen, in welcher die einzelnen Angeklagten das Ablehnungsrecht auszuüben haben. Die von einem Einzelnen ausgeübte Ablehnung ist in diesem Falle für alle bindend. — Art. 33. Sowie der Name eines Geschwornen aus der Urne gezogen wird, hat zuerst der Staatsanwalt, sodann der Angeklagte sich zu erklären, ob er von dem Rechte der Ablehnung Gebrauch machen will. Gründe der Ablehnung dürfen nicht angegeben werden. — Art. 34. Die Ziehung ist beendigt, sobald 12 Namen aus der Urne hervorgegangen sind, gegen welche das Ablehnungsrecht nicht ausgeübt worden ist. In dem durch Art. 29 vorgesehenen Fall ist die zur Bildung des Schwurgerichtes aus der Urne zu ziehende nöthige Namensanzahl von 12 auf 13 und beziehungsweise auf 14 zu erhöhen. — Art. 35. Sind in der Urne nur noch so viele Namen übrig, als zur vollzähligen Bildung des Schwurgerichtes erfordert werden, so findet eine weitere Ablehnung nicht statt.

(Schluß folgt.)

München, 27. Juni (Abends 6½ Uhr). So eben erfahre ich noch, daß nach heute hier eingetroffenen Briefen die von dem königl. bayer. Gesandten v. Abel gemeinschaftlich mit dem königl. preuß. Gesandten v. Werther in Turin wegen der Blokade von Triest gethanen Schritte bei der sardinischen Regierung nicht vergeblich gewesen seyen, und eine befriedigende Lösung dieser deutschen Angelegenheit in den nächsten Tagen zu erwarten stehe. (A. Z.)

*München, 29. Juni. Wir können nicht umhin, unsere Leser auf eine schöne Gelegenheit, ihren patriotischen Sinn zu bethätigen, sowie einige genußreiche Stunden hinzubringen, aufmerksam zu machen. Der hier anwesende bekannte Deklamator Hr. Hanisch wird nämlich am 9. Juli im großen Saale des königl. Odeons eine große deklamatorisch-musikalische Mittagsunterhaltung unter Mitwirkung der ersten Kräfte unserer Oper wie des Orchesters veranstalten, deren Ertrag zur Hälfte für die deutsche Flotte bestimmt ist. Hrn. Hanisch geht ein sehr guter Ruf als Deklamator voraus, und wir sind überzeugt, daß, zumal bei so billig gestellten Preisen, nur eine recht zahlreiche Theilnahme zu erwarten ist.

Baden.

Vom Oberrhein, 25. Juni. An die Wahlmänner der Amtsbezirke, Blumenfeld, Stühlingen, Jestetten, Waldshut und Bonndorf ist in diesen Tagen ein Beglückwünschungsschreiben des Heidelberger demokratischen Vereins, unterzeichnet von Professor Hagen, wegen der Erwählung Heckers ergangen, und sind dieselben aufgefordert, auf derselben zu beharren, indem in kurzer Zeit Ereignisse eintreten dürften, die dem Eintritte Heckers in die Nationalversammlung die bisherigen Hindernisse wegräumen würden. Im Amte Waldshut und Jestetten befinden sich übrigens nur sechs „Heckerlinge" unter den sämmtlichen Wahlmännern. Durch „Zufall" wurde zu gleicher Zeit von schweizerischer Seite aus ein plump abgefaßter Aufruf an das ausgesogene Volk in Deutschland verbreitet. (Karlsr. Z.)

K. Sachsen.

Leipzig, 25. Juni. Seit gestern Vormittag wurden zum ersten Male in Leipzig auf dem Augustusplatze republikanische und kommunistisch-demokratische Kokarden öffentlich verkauft. Dieß gab zu einer großen Beunruhigung bei vielen konstitutionell-gesinnten Bürgern Veranlassung, um so mehr, als von dem Verkäufer gelegentlich geradezu geäußert wurde, daß diese Kokarden das Abzeichen der rechtschaffenen Armen gegenüber den ungerechten Reichen seyen. Schon Vormittags fielen Schimpfreden von beiden Seiten. Gegen Abend machte sich denn dieser Unwille auf eine nicht zu billigende Weise Luft, nachdem Viele vergeblich ein Einschreiten der Polizei erwartet hatten, indem Plakate mit der Ankündigung der republikanischen Kokarden abgerissen wurden. Nach einer über den Vorfall von der republikanisch-gesinnten Partei im Schützenhause stattgefundenen Besprechung begab sich eine Deputation nach dem Polizeiamte, um sich mit der Behörde über diese Angelegenheit in Vernehmen zu setzen und hier auf dem Naschmarkte soll es zu republikanischen Expektorationen ge-

kommen seyn. Von hier zog man abermals nach dem Schützenhause und beschloß beim Kriminalamte darauf anzutragen, daß Diejenigen, welche die Verkaufsanzeigen wegen der republikanischen Kokarden abgerissen hätten, sogleich zur Untersuchung gezogen würden und zwar mit dem Verlangen, daß das Kriminalamt binnen acht Tagen das Resultat des Prozesses bekannt mache. Eine Deputation ward ernannt, welcher diese Sache übergeben ward. Ferner ward ausgemacht, am andern Nachmittag auf dem Exerzierplatze wieder zusammenzukommen, wo die Deputirten hierüber Bericht abstatten sollten. Nachdem auch hier bei den Verhandlungen einige republikanische Herzensergießungen laut geworden, zerstreute sich die Versammlung, wovon jedoch ein Theil in der Salomonstraße dem Tischlermeister Pörschmann und später am Ausgange der Grimma'schen Straße dem Kanditor Felsche Katzenmusiken brachte. Während Dieß geschah, ward Generalmarsch geschlagen, wodurch der größte Theil der Charivaribringer sich zerstreute. Starke Patrouillen durchstreiften die Stadt und nahmen Arretirungen vor. Die Stadt ward bald so ruhig, daß die Kommunalgarde und das auch ins Gewehr getretene Militär nach 1 Uhr abtreten konnten. (Lpz. Z.)

Kurhessen.

Kassel, 20. Juni. Es herrscht dermal hier eine ungewöhnliche Aufregung, die gegen die Person des Regenten gerichtet ist. Je einträchtiger nämlich das populäre Ministerium mit den versammelten Ständen die Bahn der Gesetzgebung und öffentlichen Entwickelung betritt, desto mehr fällt im Publikum die Zögerung auf, die nun jede vereinbarte Maßregel oder gesetzliche Bestimmung bei der zu ihrem Vollzug erforderlichen höchsten Unterschrift findet. Man hält eine Veränderung in der vollziehenden Gewalt für dringend erforderlich und spaltet sich in verschiedene Wünsche und Parteien. Die Einen wollen eine Verbindung mit Darmstadt zu einem großen hessischen Staate; die Andern wollen das Näherliegende — eine Regierungsübernahme von Seiten des legitimen Nachfolgers unseres Regenten, des dermal als Gast des Kurfürsten auf Wilhelmshöhe befindlichen Landgrafen Wilhelm. Was eine dritte Partei, was die Republikaner wollen, läßt sich denken und eine gewaltsame Katastrophe, die von Vielen befürchtet wird, könnte dieser sehr rührigen Partei nur in die Hände arbeiten. Diese Aufregung noch mehr zu entzünden, hat der Deputirte Henkel am 17. d. in der Ständesitzung einen Antrag gestellt, nach welchem unser Regent angegangen werden soll, die gesammte Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt auf seine Minister zu übertragen. Unser Ministerium ist darüber in sehr entrüsteter Verlegenheit, der Jubel des Volkes aber eben so groß. Gestern Abend hat man diesem Abgeordneten einen Fackelzug mit bezüglichen Fahnen gebracht, so wie denn auch in den Ständesitzungen die übertriebenen Deklamationen dieses im Ganzen sehr mäßig begabten, eben so ehrlichen als eiteln Mannes mit Beifall aufgenommen werden, der schon mehrmal die Ordnung des Saales gestört hat. (Köln. Z.)

Nassau.

Wiesbaden, 22. Juni. Wenn ich recht berichtet bin, soll unser kaum beurlaubtes Militär binnen 14 Tagen wieder einberufen und mobil gemacht werden, um es mit dem Kontingente von Kurhessen, Sachsen und Luxemburg (9. Armeekorps) dem deutschen Bunde, resp. dem hoffentlich in Bälde von der Nationalversammlung gewählten Bundesoberfeldherrn gegen äußere Feinde, entweder gegen Osten oder Norden, zur Verfügung stellen zu können. Verbürgen kann ich zwar diese Nachricht nicht; allen Anzeichen nach scheint sie aber ziemlich richtig zu seyn. (Frkf. Z.)

Preussen.

Berlin, 23. Mai. Die königl. preußische und die sächsische Regierung haben den Bau einer Eisenbahn, welche sich einerseits bei Jüterbogk an die Berlin-Anhaltsche Eisenbahn und andererseits oberhalb Riesa bei Röderau in der Richtung auf Dresden an die Leipzig-Dresdener Bahn anschließt gestattet und werden, eine jede innerhalb ihres Gebietes dafür Sorge tragen, daß der demselben angehörige Theil der gedachten Eisenbahn von den betheiligten Gesellschaften bis spätestens Ende Oktober fertig gestellt und dem Betriebe übergeben werde. (Pr. St.-A.)

Berlin, 24. Juni. Aus einem uns von einem jungen Offizier aus Potsdam zugegangenen Briefe theilen wir folgendes mit: „Man hat uns hieher verlegt, um uns wahrscheinlich den revolutionären Einflüssen Berlins zu entziehen. Das Tragen von Zivil, welches 4 Meilen von hier noch gestattet war, ist hier streng verpönt, damit doch wenigstens in Potsdam die Sonderung zwischen Militär und Zivil möglichst scharf aufrecht erhalten werde. Die Offiziere tragen hier die schon vor 3 Monaten befohlene deutsche Kokarde größtentheils noch nicht. Die Gardejäger und Schulabtheilung, welche ich heute im Dienste gesehen, hatte ebenfalls die deutsche Kokarde nicht aufgesteckt. Ja selbst in der Artillerie-Schule, die seit dem 15. wieder hieher verlegt und in der sonst jeder vorschriftswidrige Anzug auf das Strengste geahndet wird, scheint man es sogar gerne zu sehen, wenn die jungen Fähnriche und Lieutenants durch das Nichttragen der deutschen Kokarde ihr Preußenthum an den Tag legen. In dieser Anstalt las neulich der zweite Direktor, Hr. Hauptmann Handtke einen durchweg reaktionären Artikel aus der Haud und Speuerschen Zeitung, die Armee und deren reaktionäre Tendenz vor und ließ sich über denselben mit den Worten aus: „ja meine Herren, so einen Artikel fühlte ich mich gedrungen, ihnen mitzutheilen; er muß das Herz eines jeden wahren Soldaten erheben! — —“ Es fällt heute auf, daß das hier garnisonirende Militär, namentlich die Kavallerie piketweise häufig die Straßen durchzieht. Sogar von der Potsdamer Garde du Corps sieht man schon heute den ganzen Tag Trupps bis zu 30 Mann. — Wessen Kommando eigentlich militärische Maßregeln veranlaßt, ist überaus zweifelhaft. Es wird versichert, daß das Anhalten des Bahnzugs bei Spandau und die Bedrohung durch Kanonen desselben in der Nacht vom 14. direkt von Potsdam ausgegangen sey. Wenigstens soll Hr. v. Griesheim, als Direktor des Kriegsdepartements erklärt haben, daß weder dem Kriegsministerium noch einem andern Mitgliede der Regierung von jener Maßregel etwas bekannt gewesen sey. (Nürnb. K.)

Berlin, 24. Juni. Hr. v. Minutoli hat jetzt definitiv sein Amt niedergelegt, und Polizeidirektor Müller in Köln wird sein Nachfolger. Welche Stellung Hr. v. Minutoli künftig einnehmen wird, steht dahin. Jedenfalls wird er im Staatsdienst verbleiben; sein ganzes Vermögen ist jetzt in Posen verloren gegangen. (D. Z.)

Berlin, 24. Juni. Ueber die Zusammensetzung unseres neuen Ministeriums haben wir noch keine Gewißheit. Doch wird nunmehr mit ziemlicher Bestimmtheit wiederholt, daß der Oberpräsident von Preußen, Hr. v. Auerswald, mit der Bildung eines Kabinets beauftragt sey. Hat dies Grund, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß folgende Kombination: Auerswald Präsident ohne Portefeuille, Kühlwetter Inneres, Rodbertus Kultus, Milde Finanzen, Schreckenstein Krieg (hinsichtlich der beiden übrigen Portefeuilles verlautet noch nichts) zu Stande komme.

Berlin, 25. Juni. Ich schreibe Ihnen unter dem Druck einer Krisis, wie sie seit dem 18. März noch nicht war. Wir haben kein Ministerium, keinen Oberbürgermeister, keinen General der Bürgerwehr, keinen Polizeipräsidenten, keine Verfassung, ja in voller Bedeutung des Wortes keinen König; dagegen haben wir unglücklichen Krieg im Norden, unglücklichern Frieden im Osten, und daher zweideutige Sympathien im Westen und Süden, während unser Volk von heimischen Feinden offen und verborgen bedroht ist. Beinahe acht Tage dauert die Ministerkrisis, morgen ist der letzte Termin vor der Nationalversammlung und noch ist keine Kombination zu Stande gebracht, denn die Liste, welche sie in den heutigen hiesigen Blättern finden, ist mit einer einzigen Variante (Kühne statt Kühlwetter) zwar richtig, aber das Ministerium Rodbertus-Milde-Auerswald ist nur eine Nothbrücke, ein Lückenbüßer, kurz ein ephemeres Ministerium. (A. Z.)

Berlin, 25. Juni. Nach einem Ministerialbeschluß sollen diejenigen Deputirten des demokratischen Kongresses in Frankfurt, welche hier in Berlin ihr Geschäftsbüreau errichten wollten, sogleich nach ihrer Ankunft von hier ausgewiesen werden.

Von der schlesischen Grenze, 18. Juni. Mit banger Besorgniß blicken wir in die Zukunft. Deutschland von Parteien zerrissen, welche, statt Einigung, Haß und Zwietracht unter die deutschen Brüderstämme säen; Preußen und Oesterreich mit der Feststellung ihrer neuen Verfassung beschäftigt, von einer negirenden und zersetzenden Partei beherrscht; — Volk und Heer, Bürger und Arbeiter einander mißtrauend und anfeindend, alle politischen Leidenschaften entfesselt, und zum Theil der persönlichen Eitelkeit und dem Ehrgeize Einzelner unterthänig, ohne daß einer dieser sogenannten Volksmänner sich durch hervorragenden Geist oder Talente auszeichnete; dazu alle Grenzen offen, und beutelustige Nachbarn gerüstet, dicht an denselben! Dies Alles möchte wohl hinlänglichen Stoff zu ernstlichen Betrachtungen geben und für die Versammlung in Berlin eine dringende Mahnung enthalten, endlich den kleinlichen Parteistreitigkeiten, wovon das Land nicht den geringsten Nutzen hat, zu entsagen und sich mit ernsten Dingen, mit dem Wohle des Vaterlands zu beschäftigen. Das große Deutschland hat bis jetzt nicht das unbedeutende Dänemark besiegen können, — denken wir uns nun einen Krieg mit Rußland, 400,000 Mann die Grenze überschreitend, und dazu die Berliner Interpellationen!! (Köln. Z.)

Oesterreich.

Wien, 24. Juni. Die Landesregierung im Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns macht bekannt, daß bei der Fortdauer der Verhältnisse, welche das Ausfuhrverbot für Gold- und Silbermünzen hervorrief, die dadurch vorgezeichneten Bestimmungen auf die Dauer bis Ende Juli d. Js. ausgedehnt werden. — Die Wahl-Angelegenheiten bewegen, wie man aus den Blättern ersieht, die ganze Bevölkerung Wiens bis in ihre Tiefen. Besonders herrschte auch zwischen dem Gemeinde-Ausschuß und dem vereinigten Ausschuß eine starke Meinungsverschiedenheit bezüglich der aufzustellenden Wahlkandidaten. Ein Ministerialerlaß hatte die engere Vereinigung beider Ausschüsse zu erwirken versucht, und in der Morgensitzung vom 18. des Gemeindeausschusses, deren Protokoll die „Wiener Zeitung“ vom 23. Juni bringt, wurde beschlossen, daß derselbe permanente Sitzungen durch einander ablösende Mitglieder halten wolle. Eine Deputation des vereinigten Ausschusses erklärte bei dieser Gelegenheit, daß sie, nachdem ein Ministerialerlaß alle Einmischung von Behörden in die Wahlangelegenheit verboten habe, die Konstituirung eines Wahlkomites durch den Gemeindeausschuß auf dem Rathhaus geradezu für widerrechtlich erachte. Indessen drängten andere nach einem verschiedenen Beschluß in dieser so hochwichtigen Angelegenheit, und Dr. Schiel sagte bei dieser Gelegenheit: „Was den vereinigten Ausschuß der Bürger, Nationalgarden und Studenten insbesondere anbelangte, so fühle er sich verpflichtet, in diesem Momente das zu wiederholen, was er und sein Kollege, Dr. Fischhof, bei Gelegenheit der Konstituirung desselben bereits ausgesprochen haben, nämlich: daß der vereinigte Ausschuß sich glücklich preisen werde, wenn der Tag kommen wird, wo er seine improvisirten und exzeptionellen Vollmachten niederlegen und in die Hände der Munizipalität und Regierungsbehörden zurückgeben könne, welche in ruhigen Zeiten allein berufen sind, die Träger der öffentlichen Exekutivgewalt im Staate zu bilden. Dieß sey sein innigster Wunsch, welchen alle seine Kollegen mit ihm theilen. Er hoffe daher, daß die Versammlung in der Folge diese Erklärung stets im Auge behalten und die Bahn gemeinschaftlicher Bestrebungen einschlagen werde, so daß man in Zukunft nicht mehr von einem vereinigten Ausschusse, sondern von vereinigten Ausschüssen sprechen werde.“ Nachdem sich hiermit die Deputation des vereinigten Ausschusses entfernt hatte, und der Vorsitzende des Gemeindeausschusses die Erläuterung gegeben, daß der vierte Punkt seines Wahlprogramms zwar ausspreche, im engen Anschluß an Deutschland erkenne man die Gewährleistung der „Integrität der Monarchie“, nicht aber meine, daß der Gesammtstaat Oesterreich sich Deutschland unbedingt unterordne, noch weniger darin aufgehen solle, beschloß die Versammlung einstimmig, ihre vollkommene Anerkennung und Annahme des Programms des vereinigten Ausschusses, demzufolge sie von der Bildung eines Wahlkomites abstehe. (A. Z.)

Prag, 22. Juni. Die Kleinseite der Stadt ist noch immer militärisch von der Altstadt abgeschlossen und mit Massen von Truppen besetzt, um von dort (Hradschin) die Stadt zu beherrschen. Die Besetzungen in der Stadt, Militär und Nationalgarde getheilt, sind schwach. Auf dem Quai darf Niemand spazieren gehen. Der Belagerungszustand der Stadt dauert vorläufig fort. Die Entwaffnung des Volks (nicht der Nationalgarde) ist ziemlich vollständig geschehen; doch hat der größte Theil der Aufrührer die Stadt verlassen und durchstreift das Land. Vom Militär sind weit mehr, man gibt 6—700

an, als vom Volke geblieben." Die Stadt sieht noch wüst und unheimisch aus. Niemand traut der hergestellten Ruhe. Die Führer der Ultratschechen, von denen sich jeder schon als böhmischer König träumte, sind verhaftet. (D. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 24. Juni. Die heutigen Nachrichten aus Agram vom 23. sind im höchsten Grade beunruhigend. Die in Pesth veröffentlichten königlichen Befehle, nach welchen der abwesende Banus entsetzt ist, haben dort Eingang gefunden, und da zugleich Berichte aus Innsbruck einliefen, nach welchen sich diese kaiserlichen Entschließungen bestätigen, so erfolgte eine furchtbare Aufregung. „Der Banus ist in Gefahr", dieß ist das Losungsgeschrei und findet überall Echo. 4 Bataillons Grenzsoldaten und die Serezaner stehen in der Umgebung und warten nur auf den Augenblick, um loszuschlagen. Möge es in Innsbruck gelingen, den Sturm zu beschwören, der den Königreichen Kroatien und Slavonien droht. (Wien. Z.)

Italien.

Innsbruck. Offiziellen Nachrichten vom 23. dies zufolge hat der kommandirende General in Italien, Feldmarschall Graf Radetzky sich bemüßigt gefunden, in den unterworfenen Städten der venezianischen Provinzen und der Terra ferma, so lange der Kriegsstand dauert, die Guardia civica aufzulösen und die Bevölkerung zu entwaffnen, da bei dem üblen Geiste, welcher sich trotz aller Unterwerfungsform fortwährend im venetianischen zeigt, eine zweite bewaffnete Macht neben der kaiserlichen Armee nicht geduldet werden kann. Die Westseite von Venedig auf der Terra ferma von Porto grande über Mestre bis Fusina ist vom kaiserlichen Reservekorps eingeschlossen, dagegen hat General Pepe sich mit 6000 Mann Neapolitaner nach Venedig geworfen. Vom k. k. Militärkommando in Innsbruck. Der Interimsmilitärkommandant: Eliatschek, Generalmajor.

Innsbruck, 26. Juni. Ein Bericht des Generals v. Welden aus Treviso vom 24. d. ist heute hier eingetroffen. Er enthält nähere Angaben über die Zernirung von Venedig, und die Meldung, daß mehrere Fahrzeuge der Venetianer durch ein wohl gerichtetes Geschützfeuer der Brigade Liechtenstein bedeutenden Schaden gelitten. Bei der letzten Rekognoszirung gegen Rivoli haben übergegangene Jäger des italienischen 8. Jägerbataillons noch in der österreichischen Uniform in dem coupirten Terrain scheinbar eine Plänklerlinie gegen den Feind gebildet, der die Oesterreicher in der Meinung es seyen österreichische Jäger folgten. Als sie die Truppen nahe genug an sich hatten anrücken lassen, kehrten sie plötzlich um und gaben auf wenig Schritte Feuer, wodurch bei 30 Mann getödtet und verwundet wurden. Feldmarschall Radetzky hat auf alle Besitzungen entflohener Italiener ein Sequester gelegt. (A. Z.)

Von der Etsch, 25. Juni. Gestern und heute soll von Verona und Roveredo aus mittels einer kombinirten Bewegung gegen Rivoli die Oeffnung der nun schon 14 Tage gesperrten Hauptstraße durch das Etschthal wieder gewonnen werden. Diese ziemlich glaubwürdige Nachricht hat die seit ein paar Tagen verbreitete Kunde über den nahen Abschluß eines Waffenstillstandes widerlegt. Der Fall von Padua hat auch jenen von Rovigo nach sich gezogen, wie heute eingetroffene Briefe bestätigen. (A. Z.)

Triest, 19. Juni. Von Reisenden, welche eben aus Venedig eintreffen, erfahren wir, daß die Operationen gegen die Stadt nächstens beginnen werden, wenn der italienischer Seits eingeleitete Friedensvertrag nicht zu Stande kommt. Die Venetianer haben 5 Bogen von der großen Brücke abgebrochen — die Oesterreicher dagegen die Brücke der Brenta zerstört. — Das vereinigte italienische Geschwader befindet sich in diesem Augenblicke unter vollen Segeln bei Pirano. (D. Z.)

Rom, 10. Juni. Auf das Eigenthum der Jesuiten steht ein heftiger Sturm bevor. Auf der langen Liste von Kirchengütern, die gegen Tresorbons verpfändet worden sind, hat man nämlich alle und jede Besitzung der Gesellschaft Jesu vermißt. Sie können sich denken, welchen Eindruck dieß auf unsre Liberalen hervorgebracht hat. Eine größere Ungeschicklichkeit läßt sich auch kaum denken, denn nun stehen der Reaktion Thüren und Thore offen. Man schreitet zur Revision aller von den Jesuiten seit Jahr und Tag vorgenommenen Scheinverkäufe, setzt so manches auf's Korn, welches man sonst leicht vergessen haben würde, und wird nicht ermangeln, die Parteilichkeit des Gouvernements daran zu argumentiren, so wie man andererseits an die Maßregeln der Schweiz erinnert hat. — Die Opposition hat Gewaltiges im Sinn. Ist doch sogar von einer Freiheit aller Kulte die Rede, was als Beispiel allein hinreichen kann, die Unmöglichkeit des Vorhabens anzudeuten. Bei solchen Stichwörtern da kann von einem Biegen nicht mehr die Rede seyn, da muß es nothwendig zum Bruch kommen, und darauf scheint es diese Partei abgesehen zu haben. (D. Z.).

Frankreich.

Paris, 24. Juni (Mittag.) Mein gestriges Schreiben, worin ich Ihnen mittheilte, daß gegen 5 Uhr Abends der Kampf geendet zu seyn schien, hatte ich kaum auf die Post gegeben, als ich erfuhr, daß in der Vorstadt St. Antoine und in der Cité das Gewehrfeuer sich von neuem hören ließ. Von Mitternacht bis 3 Uhr trat eine Art Waffenstillstand ein, aber von 3 Uhr an ist ein großer Theil von Paris ein wahres Schlachtfeld. Was ich Ihnen gestern sagte, findet sich heute bestätigt: die Klubs stehen an der Spitze der Aufrührer und namentlich ist es die Société des droits de l'homme (nach dem 15. Mai aufgelöst, aber seit dem 11. d. M. von neuem konstituirt), welche den Aufstand der Ouvriers zu Gunsten der „rothen Republik" auszubeuten versucht. Sie hat sich in einem Hause in der Rue St. Jacques versammelt und in Permanenz erklärt. Trotz aller Anstrengungen der Nationalgarde und der Truppen gewinnt die Insurrektion bis jetzt an Boden. Die Vorstädte du Temple, St. Antoine, St. Marceau, die Cité (Zentrum der Empörung), sogar ein Theil von St. Germain ist in ihrem Besitz. Sie können sich leicht vorstellen, daß eine zusammenhängende Darstellung der Dinge in diesem Augenblick noch nicht möglich ist. Am heftigsten wüthete der Kampf gestern Abend in der Vorstadt du Temple in der Rue St. Maure. Hier war eine enorme Barrikade errichtet, zwei Geschütze wurden aufgefahren, um sie zusammenzuschießen, aber noch ehe die Kanonen abgeprotzt waren, lagen fast sämmtliche Kanoniere und Pferde tödtlich getroffen am Boden. Es bedurfte neuer Geschütze, um die Barrikade zu nehmen; endlich gelang es, aber in diesem Augenblick ist dieser Theil der Stadt wieder in den Händen der Insurgenten. Seit 10 Uhr heute früh ist Paris in Belagerungszustand erklärt. Cavaignac soll die Absicht haben, die Cité und in ihr die Insurrektion abzuschließen, und dann ohne alle Schonung zu verfahren. Die Generale Bedeau, François, Lamoricière sind verwundet. Der Redakteur des National, Hr. Dornès ebenfalls. Die Insurgenten haben eine unerhörte Masse von Munition, namentlich von Schießbaumwolle. Die Insurgenten haben bereits sechzehn Stück Geschütz und man versichert mir, daß sie gegen das Hotel de Ville verrücken. Die Nordbahn ist theilweise zerstört. Um 1 Uhr. Das Feuern nähert sich immer mehr den Boulevards, wo ich dieses niederschreibe und noch immer folgen sich die Nachrichten von dem geringen Erfolg der Nationalgarden. Die Nationalgarde der Banlieu von Vannes, Issy und Meudon ist angekommen. Eine Armee von fast 60,000 Mann ist in Paris konzentrirt. Hr. Clement Thomas ist verwundet. Die Vorkämpfer der Insurgenten sind die Mitglieder der neugebildeten garde républicaine, die fast sämmtlich übergegangen seyn soll, ebenso ein Theil der garde mobile. Viele Offiziere der Nationalgarde von der eilften und zwölften Legion stehen ebenfalls an der Spitze der Insurgenten, sowie viele Zöglinge der polytechnischen Schule. Daß es an Verwundeten und Todten nicht fehlt, können Sie sich denken; der Kampf in den Februartagen war ein wahres Kinderspiel, verglichen mit dem heutigen. Man spricht von mehr als 2000 Gefallenen. (A. Z.)

Paris, 24. Juni (11 Uhr.) Alle Eisenbahnen sind bereits abgebrochen — die ganze Nationalgarde von Paris ist auf den Beinen, die Nationalgarde aus dem Weichbilde und selbst aus mehreren Orten der Departements Seine et Oise und Seine et Marne sind angekommen; trotz dieser ungeheuern Macht glaube ich doch, wünsche aber mich zu irren, das Volk werde heute oder morgen die Oberhand erhalten. Einige Kompagnien des 71. Regiments sollen gestern Abend zu den Insurgenten übergegangen seyn; Thatsache ist es, daß heute die ganze republikanische Garde dasselbe gethan hat und schon gestern, während der Kriegsminister in der Kammer sagte, daß sich diese Garde „bewunderungswürdig" schlage (was auch von einem Theile wahr gewesen), hatte der andere Theil mit der Emeute gemeine Sache gemacht. Die Garde mobile ist schwankend, auch von ihr soll ein Theil übergegangen seyn. Rechnen wir noch dazu, daß die Nationalgarde von Belleville, größtentheils aus Arbeitern bestehend, um 2 Uhr in Masse dem Aufstande sich anzuschließen versprochen hat, daß ferner die Arbeiter aus Rouen bereits angekommen seyn sollen, so sehen wir wenig Hoffnung, daß der Kampf zu Gunsten der bestehenden Ordnung ausfalle. Es kann jetzt keinem Zweifel unterliegen, daß der Aufstand lange vorher organisirt war und mit keinem Prätendenten was zu thun hat, ebensowenig mit „dem Gelde des Auslandes": die Leute wollen nichts weniger, als was sie eine demokratische soziale Republik nennen; unter diesem Losungswort kämpfen sie; einige Barrikaden haben Fahnen aufgepflanzt, auf denen die Worte stehen: „Brod oder Tod!" Gestern Abends hat man mit den Insurgenten unter einigen Barrikaden parlamentirt; sie wollten die Waffen niederlegen unter der Bedingung, daß die Regierung abtrete, die Nationalversammlung sich auflöse und Proudhon, Pierre Leroux und Barbès eine provisorische Regierung bilden. Auf einer andern Seite hatten die Insurgenten gefordert, Lamartine und Ledru-Rollin mögen allein die exekutive Gewalt übernehmen und ihre übrigen Kollegen entlassen; Lamartine und Ledru-Rollin sagten sie, haben die besten Absichten für das Volk, die jedoch von den übrigen Mitgliedern der Kommission durchkreuzt werden. — Ich habe zu erwähnen vergessen, daß der größere Theil der 12. und ein Theil der 8. Legion der Nationalgarde gestern der Emeute sich angeschlossen. Bekanntlich sind das die Nationalgarden zweier Bezirke, in welchen sehr viele Arbeiter wohnen, die somit nach der neuen Organisation der Bürgerwehr zu derselben gehören. Alle Gassen sind gesperrt, und man kann nur unter Bedeckung von zwei Mann Nationalgarde nach Hause gelangen oder die Erlaubniß erhalten, einen erweislich dringenden Auftrag zu bestellen. Diesen Brief werde ich unter solcher Bedeckung auf die Post tragen. (A. Z.)

Paris, 15. Juni. Fast alle Generale, welche die Truppen kommandiren, sind schon verwundet; darunter Bedeau, Damesme, und Lafontaine gefährlich. Die Deputirten Bixio (erst von der Gesandtschaft in Turin zurückgekehrt) und Dornès (Oberredakteur des National) sind an der Spitze der Nationalgarde schwer verwundet worden. Alle Straßen von Paris sind durch Abtheilungen der Nationalgarde abgesperrt; es wird niemand durchgelassen; alle Thüren und Fenster müssen geschlossen seyn. Es beginnt bereits an Lebensmitteln zu fehlen, da die Zufuhr nur gering ist. Die Nationalversammlung ist in Permanenz; sie hat dekretirt, daß die Republik alle Wittwen und Waisen der in Vertheidigung der Ordnung gefallenen Nationalgardisten adoptirt; sonst besteht die ganze Sitzung nur aus der Mittheilung der fortwährend einlaufenden Berichte. General Cavaignac hat als Haupt der Regierung den Oberbefehl der gesammten Nationalgarde dem General Perrot übergeben, — demselben, der, am 24. Febr. Platzkommandant von Paris war. Die Truppen erleiden große Verluste; manche Bataillone der mobilen Garde sind auf die Hälfte geschmolzen. (2 Uhr.) Das Feuer dauert noch immer fort. Der Kampf dauert mit äußerster Erbitterung fort; doch verlieren die Insurgenten immer mehr Boden, da ihnen alle Verstärkungen abgeschnitten sind, während die Regierung fortwährend Truppen und Nationalgarden an sich zieht. So eben rücken die Nationalgarden von Havre, Yvetot und Longjumeau, und zwei Linienregimenter ein. Man berichtet uns daß alle Insurgenten, die man mit den Waffen in der Hand gefangen nimmt, sogleich erschossen werden. Aber auch die Insurgenten geben kein Quartier mehr; besonders die Soldaten der mobilen Nationalgarde werden sogleich niedergehauen und mit ihren Leichnamen die Barrikaden höher gemacht. (Halb 5 Uhr.) Das Feuern hat seit einer halben Stunde etwas nachgelassen; doch ist noch wenig Hoffnung vorhanden, daß der Kampf heute beendet wird. Vor einer Stunde sind zwei Marketenderinnen, die den Soldaten vergifteten Branntwein einschenkten, auf der That ergriffen und sogleich erschossen worden. Die Vorsichtsmaßregeln werden immer strenger gehandhabt; niemand darf mehr ohne eine schriftliche

Bewilligung des Maires seines Bezirks seine Wohnung verlassen, und auf den Straßen werden die Ausgehenden bei jedem Posten visitirt, ob sie nicht Waffen oder Munition bei sich tragen. (Karlsr. Z.)

Auch in Marseille brach am 22. d. ein Arbeiteraufstand aus. Der junge Präfekt, Emil Olivier, hatte die Arbeitszeit auf zehn Stunden vermindert, während sie nach dem Gesetz in den Departements eilf Stunden betragen soll. Letztere Arbeitsdauer sprechen die Meister und Fabrikherrn an, und darüber kam es nun zu Arbeiterzusammenrottungen und Reibungen mit der bewaffneten Macht, die am 22. zu einem völligen Aufstand erwuchsen. An der Ecke der zweiten Calade wurde eine Barrikade errichtet, aber von der Bürgerwehr muthig erstürmt. Nun zogen sich die Aufständischen, etwa 800 an der Zahl in verschiedene enge Straßen zurück, wo die Truppen und die Bürgerwehr die einzelnen Häuser erstürmen mußten. Als Abends das Gesetz wieder in Kraft stand, waren es auf beiden Seiten gegen hundert Todte und Verwundete. Am Abend war noch nicht Alles beigelegt; auf dem Platze Castellane blieb noch eine ungeheuere Barrikade, welche von mehreren hundert Aufrührern vertheidigt wurde. In der Nacht erwartete man Truppen; man hofft, daß die Arbeiter nicht lange mehr taub bleiben werden für die Rathschläge der Behörde und der Vernunft. (Schw. Mkr.)

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 16. Juni. Nach zuverlässigen Privatnachrichten aus dem Innern stehen unserer Börse große Verluste bevor. Die Städte Orel, Tula, Jaroslaw und mehrere Kreisstädte namentlich in dem Gouvernement Orel, sind durch Brandstiftung so gut wie eingeäschert; den Verbrechern war man noch nicht auf der Spur. Offizielle Nachrichten darüber fehlen noch. Ein anderer Privatbrief aus St. Petersburg von demselben Datum meldet folgendes: In Orel und Jatesch haben große Feuersbrünste bedeutenden Schaden angerichtet; unter anderem sind 150,000 Pud Hanf verbrannt. (H. B.-H.)

Von der polnischen Grenze, 14. Juni. Nach Berichten aus Tiflis sind in der jüngsten Zeit auf dem kaukasischen Kriegsschauplatze wichtige Ereignisse vorgefallen. Eine unbestimmte Kunde von den Vorgängen in West- und Mitteleuropa scheint in die Gebirge gedrungen zu seyn, wenigstens ist unter den Bergvölkern der Glaube verbreitet, daß der große Sultan der Franken und Inglis den russischen Czaar mit Krieg überzogen habe und daß dieser deshalb keine Soldaten in die Gebirge schicken könne. Diesen Umstand scheinen Schamyl und seine Anhänger für günstig gehalten zu haben, um gegen die Russen einen entscheidenden Schlag auszuführen. Sie haben fast gleichzeitig am Kuban, am Terek, an der Sundscha und am Sulak die Feindseligkeiten begonnen. Die meisten neutralen Stämme sind auf ihre Seite getreten und drei oder vier kleinere Forts waren bereits in ihre Hände gefallen. Nach den letzten Berichten hatten sie selbst einen Angriff auf Kisljahr unternommen und Mosdok, eine Stadt von 6000 Einwohnern, war von ihnen bedroht. Der Oberbefehlshaber der Armee, Fürst Woronzoff war auf die Kunde von den feindlichen Bewegungen der Bergvölker eiligst von Tiflis nach dem Kriegsschauplatze gereist, wo er bedeutende Truppenmassen zusammengezogen hat. Unter einem Theile des russischen Heeres war die Cholera wieder ausgebrochen. (M. Z.)

Neueste Nachrichten.

Die neuesten Nachrichten aus Frankfurt lauten sehr unerquicklich. Man streitet hin und her über Aenderungsvorschläge, die Debatte wird von rohem Geschrei übertönt, und Ihre Maj. die Gallerie scheint der Majestät der deutschen Nation, welche in der Reichsversammlung repräsentirt ist, offen Trotz zu bieten. Der Vizepräsident v. Soiron mußte die gestrige Abendsitzung (26.) schließen, weil es nicht möglich war, inmitten solcher barbarischen Gesetzlosigkeit Anstand und Würde zu erhalten. — Ein Ergebniß der Abstimmung scheint bis heute Mittag (27.) noch nicht erfolgt zu seyn, da wir in diesem Falle Nachricht durch einen Expressen haben würden. (Karlsr. Z.)

Augsburg, 28. Juni. So eben, 3 Uhr 53 Minuten Nachmittags erhalten wir durch besondere Estaffette von Straßburg, 27. Juni 11¹/₂ Uhr Morgens, folgende telegraphische Depesche aus Paris, 26. Juni 2 Uhr Nachmittags. Der Chef der Vollziehungsgewalt an die Präfekten. Der Faubourg St. Antoine, der letzte Widerstandspunkt ist genommen. Die Aufständischen sind unterworfen. Der Kampf ist beendigt. Die Ordnung hat über die Anarchie den Sieg davon getragen. (A. Z.)

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Donnerstag den 29. Juni: „Die Jungfrau von Orleans, romantische Tragödie v. Schiller.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. HH. Geiser, Hauptmann, Schlumberger, Lieutenant, und Obermayer, Adjutant v. Augsburg; Mme. William v. London.

Gold. Hirsch. HH. v. Melzner, Privatier von Wien; Samprepe, Kaufmann v. Paris; Müller, Kaufmann v. Ulm; Heywood, Rentier aus England.

Hôtel Maulik. HH. Graf v. Wesendonk v. Wien; Jenisch, Privatier v. Stuttgart; Commeter, Partikulier v. Hamburg; Obermayer, Partikulier v. Passau; Stirpelberg, Privatier aus Livland.

Gold. Hahn. HH. Frhr. v. Schlichten, Rentier v. Prag; Bleyner, Privatier v. Augsburg; v. Poller, Rath v. Aschaffenburg; Tarre, Erzieher, und Dlle. Pattey v. Genf; Mem. Flenning v. Brünn.

Gold. Kreuz. HH. Borefol, Späle, Herratinl u. Capalli, Gutsbesitzer v. Crema.

Blaue Traube. HH. Frhr. v. Hutten, Lieutenant v. Würzburg; v. Hartlieb, Privatier v. Memmingen; Crecilt, Negotiant v. Crema.

Stachusgarten. HH. Spitta, Partikulier v. Berlin; Walter, Fabrikbesitzer von Neuburg; Gschwandter, Chirurg von Murmoos; Mayer, Winklmann und Groser, Chirurgen von Landshut; Schranka, Chirurg v. Jetzendorf.

Getraute in München.

HH. Martin Klup, Pulvermeister zu Wisen an der Sieg in Rheinpreußen und Insaße dah., mit Theresia Fesl, Präparatorstochter v. h.; Karl Joseph Friedrich Sommer, Sergeant im k. Infanterieregimente König dah., mit Mar. Anna Pyringer, Lederausschneiderstochter v. h.; Christian Koller, b. Sattlermeister, mit Maria Margaretha Mages, Schäffermeisterstochter v. Pottenstetten; Max Joseph v. Plank, k. Kämmerer und Landgerichtsassesser von Aichach, mit Frl. Theresia Freiin v. Laßberg, kgl. Theresien-Ordens-Stiftsdame v. h.; Nikolaus Erel, I. Wachtmeister im hiesigen Kürassierregimente Prinz Karl, mit Anna Maria Katharina Haindl, bgl. Kornkäuferstochter v. h.; Dominikus Piske, bgl. Bader dah., mit Barbara Johanna Wihrler, Kammerdienerstochter von Augsburg.

Gestorbene in München.

Alois Witzmann, Schuhmachergesell v. Bißling in Mähren, 57 J. alt; Wilhelmine Beyerlein, Fabrikantenstochter v. Dinkelsbühl, 22 J. alt; Josepha Angermaier, Milchmannstochter v. h., 34 J. alt; Adam Heilmaier, Steuerkatasterfunktionär v. h, 43 J. alt; Maria Erl, Zimmermannswittwe v. h., 87 J. alt.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

2440. (3a) Donnerstag den 20. Juli 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Juni 1847, und zwar von

Nro. 68,103 bis 76,560.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Dienstag den 25. Juli 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 27. Juni 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

F. Regrisli, Mag.-Rath.

Schnetz, Cassier. — Offenbrunner, Controleur.

Todesanzeige.

2439. Nach dem unerforschlichen Rathschlusse Gottes des Allmächtigen wurde unser innigstgeliebter Bruder, der

Durchlauchtig hochgeborne Herr
Wilhelm Karl Fürst von Thurn und Taxis,

Fürst zu Buchau und zu Krotoszyn, gefürsteter Graf zu Friedberg-Scheer, Graf zu Valsassina, Marchthal und Neresheim u. s. w., Kaiserlich Königl. Oesterreichischer Kämmerer, General-Major und Brigadier, Kommandeur des Kaiserl. Oesterreichischen Ordens der eisernen Krone, Großkreuz des Kaiserl. Russischen St. Stanislaus-Ordens, Kommandeur des Großherzogl. Badischen Zähringer-Löwen-Ordens in Brillanten, Ritter des Königl. Neapolitanischen Militär-Ordens des hl. Georgs der Wiedervereinigung beider Sicilien, und Ehrenritter des Ordens des heil. Johann von Jerusalem,

in ein besseres Leben abgerufen.

Er starb am 11. d. Mts. Mittags 12 Uhr vor Vicenza, an einer Tags zuvor bei Eroberung der Stadt erhaltenen Schußwunde, gestärkt durch die Tröstungen unserer heiligen Religion und treu seinem Eide, — in einem Alter von 46 Jahren und 7 Monaten.

Indem wir diesen höchst schmerzlichen Verlust allen Verwandten und Freunden zur Anzeige bringen, empfehlen wir den edlen Verblichenen Ihrem frommen Andenken und uns Ihrer stillen Theilnahme.

München den 25. Juni 1848.

August Fürst von Thurn und Taxis, k. b. Generalmajor à la suite, Ritter des k. b. Civil-Verdienst-Ordens der bayer. Krone, des kaiserl. Russischen St. Anna-Ordens II. Klasse, des kaiserl. Oester. Leopold-Ordens, des königl. Preuß. Ordens pour le mérite milit. Kl., des königl. Großbritanischen Militär-Bath-Ordens, u. Offizier der französischen Ehrenlegion.

Joseph Fürst von Thurn und Taxis, kgl. bayer. Generalmajor à la suite, Ritter des königl. bayer. Civil-Verdienst-Ordens der bayer. Krone und des königl. Preußischen rothen Adler-Ordens II. Klasse mit dem Stern, Kommandeur des Großh. Badischen Zähringer-Löwen-Ordens, Ritter des kaiserl. Oester. Leopold-Ordens, des kaiserl. Russischen St. Wladimir-Ordens IV. Klasse mit der Schleife, und des Großh. Bad. Karl Friedrich Militär-Verdienst-Ordens,

im Namen unserer abwesenden Brüder und sämmtlicher Verwandten.

Die Leiche wurde am 12. Juni Mittags auf dem neuen Gottesacker bei Vicenza mit militärischen Ehren bestattet. Der Trauergottesdienst in München findet Montag den 3. Juli Vormittags 11 Uhr in der Metropolitan-Pfarrkirche zu U. L. Frau statt.

2430. (3c) In dem Verlage der Decker'schen Geheimen Oberhofbuchdruckerei in Berlin erscheint vom 20. d. Mts. ab die

Neue Berliner Zeitung

zu dem vierteljährigen Abonnementspreis von fl. 2. 15 kr. für Berlin. Die ersten zehn Nummern (Probenummern) werden dem Preußischen Staatsanzeiger beigelegt, auch werden sie an die sämmtlichen preußischen Postanstalten, welche Bestellungen annehmen, versandt.

Berlin den 15. Juni 1848.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 171.

Man pränumerirt auf die M. p. Z. in München im Zeitungs-Expeditions-Comptoir Kaufinger Gasse Nr. 3); auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern. Der Preis der Zeitung beträgt in München: Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Halbjährlich 3 fl.

Münchener politische Zeitung.

Für das ganze Jahr 6 fl. — Für Auswärtige: Halbjährlich im I. Rayon 3 fl. 2 kr., im II. Rayon 3 fl. 20 kr., im III. Rayon 3 fl. 38 kr. Für Inserate wird die dreispaltige Petitzeile dem Raume nach zu 4 kr. berechnet.

Mit Allerhöchstem Privilegium.

Freitag — XLIX. Jahrgang. — 30. Juni 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 23. Juni. Von hier wird der „Augsburger Postzeitung" geschrieben: Eine merkwürdige Sensation erregte gestern in einer Separatversammlung die Mittheilung Welckers, die englische Regierung habe erklärt, mit dem Parlamente selbst nicht in Verhandlung treten zu können, so lange dasselbe die weitgehendsten republikanischen Tendenzen in seinem Schooße nähre, sondern einfach mit dem Bundestage fort verkehren werde. Es scheint, daß das Kabinet von St. James von der entgegengesetzten Zusammensetzung der deutschen Nationalversammlung keine Kunde nehmen will.

Frankfurt, 26. Juni. In dem Programme, das der heutigen Abstimmung zu Grunde gelegt werden sollte, sind bezüglich der Wahl des Präsidenten oder Reichsverwesers drei verschiedene Fragen gestellt, nämlich, soll derselbe von den Regierungen, soll er von der Nationalversammlung, oder soll er im Zusammenwirken beider gewählt werden? Da nun die große Mehrheit in keiner dieser drei Fassungen sich vereinigen konnte, so beantragte Bassermann nebst einigen Anderen, übereinstimmend mit dem von Gagern in seiner Rede vom Samstag ausgesprochenen Antrag, es möge neben den im Programm gestellten drei Fragen noch die weitere gestellt werden (und zwar lediglich zur Vermittlung der auseinandergehenden Ansichten); soll der Reichsverweser aus den Prinzen der regierenden Häuser von der Nationalversammlung selbst gewählt werden, im Vertrauen auf die Zustimmung der Regierungen? beantragte weiter Heckscher, die Frage einfach zu stellen: soll der Reichsverweser durch die Nationalversammlung selbst im Vertrauen auf die Zustimmung der Regierungen gewählt werden? Es würde zu weit führen, die ganze Untersuchung nochmals durchmachen zu wollen, ob diese Fassungen formell zuläßig waren oder nicht. Viele Stimmen, namentlich auch Gagern, waren für die Zuläßigkeit andere waren dagegen. Immer aber mußte Jeder in der Versammlung wissen, daß nur in einer dieser neuen Fragefassungen ein Ausdruck der Meinung der Mehrheit gefunden werden konnte, während die drei in das Programm aufgenommenen Fassungen eine Einigung sehr erschwerten. Dies war gewiß genug, bei der großen Zweifelhaftigkeit der formellen Zuläßigkeit im Interesse der Sache nicht gegen diese aufzutreten. Die Abstimmung soll ja doch nur herausstellen, welches in einer Sache die Ansicht der Mehrheit ist. Anders aber dachte die äußerste Linke. Während sie sonst den Rechtsboden auf alle Weise höhnt, war sie heute für jeden Buchstaben des angeblich in der Geschäftsordnung für sie sprechenden Rechtes. Mehrere Redner traten mit einer Leidenschaftlichkeit für dieses angebliche formelle Recht auf, die Jeden, dem nur etwas an der Sache lag, mit Widerwillen erfüllen mußte. Wesendonk allein stürzte vier- oder fünfmal auf die Bühne; Schaffrath nicht weniger oft. Man schrie, man drohte und lärmte 5 Stunden lang und das Alles nur, weil man sah, daß die Mehrheit der Nationalversammlung geneigt war, sich in einer Weise zu vereinigen, die weniger günstig für die Extreme war, als man es gehofft hatte. Um zwei Uhr wurde die Sitzung auf 3 Stunden ausgesetzt; ich zweifle kaum, daß nachdem bei der großen Erbitterung, die der Streit diesen Morgen erregt hatte, die von den Fragfassungen Bassermanns und Heckschers erwarteten Vortheile der Einigung mehr als in Frage gestellt sind, beide Verbesserungsanträge werden zurückgezogen werden. Die Sache steht dann wieder auf dem Punkte, wo sie heute morgen um 9 Uhr stand, und das ganze Ergebniß der leidenschaftlichen Verhandlung bleibt das Kuriosum, daß die äußerste Linke zum erstenmal mit einer Aengstlichkeit am Rechtsboden gehalten hat, daß man versucht war, sie für das äußerste Ende der äußersten Rechten zu halten. (6 Uhr Abends.) Heckscher hat seinen Antrag nicht zurückgenommen, als er kurz nach dieser Erklärung eine Aeußerung über den Beifall der Gallerien zu den Amendements der äußersten Linken machte, entstand bei dieser und noch viel mehr auf der sehr stark gefüllten Gallerie ein so furchtbarer Lärm, ein Brüllen und Toben, daß der Vizepräsident, der den Vorsitz führte, die Sitzung Anfangs auf eine halbe Stunde, und nachdem gegen 6 Uhr wenigstens wieder so viel Ruhe hergestellt war, daß er reden konnte, auf morgen vertagte. Der Unfug auf den Gallerien, der freilich oft genug durch Appellationen an sie provozirt worden ist, war grenzenlos. Ich werde diesen Tag so leicht nicht vergessen; es darf viel Gutes geschehen, bis gut gemacht ist, was an ihm geschah! (K. v. u. f. D.)

Frankfurt, 27. Juni (Abends). In der von heute früh 9 bis 6 Uhr Abends ununterbrochen fortdauernden Sitzung der Nationalversammlung sind bis jetzt folgende Beschlüsse gefaßt worden. Der Antrag Vincke's, daß die Nationalversammlung ihren Beschluß vorbehaltlich des Einverständnisses mit den Regierungen fasse, wurde mit 577 gegen 31 Stimmen verworfen. Der Antrag, daß die Zentralgewalt die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkünden und zu vollziehen habe, mit 277 gegen 261 Stimmen verworfen. Der Antrag, daß die Zentralgewalt über Krieg und Frieden und über Verträge mit den auswärtigen Mächten im Einverständniß mit der Nationalversammlung beschließe, mit 403 gegen 143 Stimmen angenommen, die Uebertragung der Zentralgewalt an einen Präsidenten mit 355 gegen 171 Stimmen verworfen. Dagegen mit großer Mehrheit für einen Reichsverweser entschieden. Die Wahl desselben durch die Nationalversammlung mit 403 gegen 135 Stimmen beschlossen. Morgen wird über die Verantwortlichkeit und den Bundestag entschieden werden.

(A. Z.)

Bayern.

†† München, 29. Juni. Se. Maj. der König haben Sich unterm 25. d. allergnädigst bewogen gefunden, dem Kreis- und Stadtgerichte Bamberg, wegen der zur Zeit sehr vermehrten Arbeiten bei demselben, einen Assessor außer dem Status beizugeben, und hiezu den Appellationsgerichts-Accessisten Johann Heinrich Eyselein daselbst zu ernennen.

(Der Gesetzentwurf bezüglich der Einführung der Geschwornengerichte. [Schluß.]) Art. 36. Die Mitglieder des Schwurgerichtes sind für jeden einzelnen Fall öffentlich zu beeidigen. Der Präsident hat zu diesem Ende den Geschwornen folgende Eidesformel vorzulesen: Ich schwöre, die gegen N. N. erhobene Anklage und dessen Vertheidigung bei der bevorstehenden gerichtlichen Verhandlung mit sorgfältiger Aufmerksamkeit zu verfolgen, die Anschuldigungsbeweise gewissenhaft zu prüfen, über den zu ertheilenden Ausspruch mit Niemand außer mit einem Mitgeschwornen mich zu benehmen, in der Ausübung der mir als Geschwornen obliegenden Verrichtungen nicht aus Haß, Gunst, Furcht, Eigennutz, Rücksicht auf die Person oder aus andern solchen Ursachen zu handeln, sondern dabei nur Gott, die Gerechtigkeit und Wahrheit vor Augen zu haben und meinen Ausspruch nach meinem Gewissen und der durch die Verhandlungen in mir begründeten freien Ueberzeugung zu geben. „Alles getreulich und ohne Gefährde. So war mir Gott helfe." Nach Ablesung der Eidesformel ist jeder Geschworne einzeln durch den Präsidenten aufzurufen, und hat mit emporgehobener Rechte die Worte auszusprechen: „Ich schwöre." Religionsgenossen, welchen der Eid untersagt ist, werden nach ihrem Ritus verpflichtet. — Art. 37. Nach erfolgter Beeidigung ist die Verhandlung der abzuurtheilenden Strafsache zu eröffnen. Wird diese Verhandlung aus irgend einem Grunde zur nächsten Assise hingewiesen, so muß bei dieser zu einer neuen Bildung des Schwurgerichts nach den vorstehenden Vorschriften geschritten werden. — Art. 38. Die Bestechung der Geschwornen ist nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches Thl. I. Art. 355, 356, 443, 444, 446 und 448 zu beurtheilen. Anstatt der Dienstentsetzung in den dort bezeichneten Fällen soll, wenn der Schuldige nicht zugleich ein öffentlicher Beamter ist, auf Arbeitshaus von 2 bis zu 4 Jahren, und anstatt der Dienstesentlassung auf Gefängniß von 3 Monaten bis zu 1 Jahr erkannt werden. — Art. 39. Der Tag, mit welchem das gegenwärtige Gesetz in den einzelnen Kreisen in Wirksamkeit zu treten hat, wird durch besondere Regierungsverordnung festgesetzt werden. Die Staatsminister der Justiz, des Innern und der Finanzen sind mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt. Gegeben München . . . Für den Entwurf v. Thon-Dittmer, Heintz, Lerchenfeld.

Erlangen, 27. Juni. Hört es, ihr Vertreter des deutschen Volks! Vor etwa acht Tagen wurde dahier von einigen Studirenden eine Adresse an die Nationalversammlung zur Unterzeichnung aufgelegt, worin sie ihre Ueberzeugung aussprechen, daß nur in der demokratischen Regierungsform das Heil von Deutschland liege, und bitten, diese in unserem Vaterland einzuführen. Diese Adresse wurde auf Befehl des königl. Stadtkommissärs dahier durch Polizeisoldaten aus dem Zimmer, in welchem sie auflag, ohne auf den im Zimmer anwesenden und dagegen protestirenden Studenten zu achten, mit Gewalt weggenommen und sogleich von dem königl. Stadtkommissär an die Regierung von Mittelfranken gesandt. Sämmtliche Studenten Erlangens, obwohl die größere Mehrzahl derselben den Inhalt nicht billigten, fühlten sich aber durch diese Gewaltthat der Polizei in ihrem Rechte der freien Meinungsäußerung und Petitionsfreiheit tief verletzt, und sandten deßhalb sogleich eine Deputation nach Ansbach, um die Zurückgabe der konfiszirten Adresse zu verlangen, sowie daß künftig dem königl. Stadtkommissariat solche Maßregeln untersagt würden; wenn jene 33 Unterzeichner der Adresse durch den Inhalt derselben irgendwelche Gesetze verletzt hätten, so könnte die Regierung sie zur Verantwortung ziehen, aber von vorneherein dürfe sie die Adresse nicht unterdrücken, denn das sey Zensur und gegen ihre Wiedereinführung verwahre sich feierlich die Erlanger Studentenschaft. Was für eine Antwort bekam aber die Erlanger Deputation hierauf von dem Präsidenten von Mittelfranken? Die, daß die Studenten weder das Recht der freien Meinungsäußerung noch das Petitionsrecht haben! — Hierüber etwas zu sagen, ist unnöthig; den Kommentar dazu mache sich Jeder am besten selbst. —

Uebrigens haben die Erlanger Studenten diese Antwort mit der größten Indignation aufgenommen, und sind entschlossen, auch nicht ein Jota von ihrem Rechte sich nehmen zu lassen, und morgen schon geht deßhalb eine energische Protestation an das Kultusministerium ab.

Von der Vils. Auch unsere Gegend hat durch das Gewitter vom 13. d. Mts. nicht unbedeutend gelitten, indem der Hagelschlag auf den Feldern, und namentlich am Korn großen Schaden angerichtet hat, so daß kaum noch auf ein Drittheil der Ernte zu hoffen ist. Besonders stark war der Hagelschlag in der Gegend von Vilsbiburg und Gangkofen. Kurz vor dem Eintritt des Unglückfalles hörte man die Bauern unserer Gegend häufig äußern, daß sie jetzt vor Hagelschlag gesichert seyen, weil die P. P. Redemptoristen sich hier niederließen, deren Nähe Schutz und Segen verleihen müsse. Dieser Aberglaube, der schon entstand, als erst fünf der frommen Väter hier waren, und der, als ihre Zahl auf fünfzehn wuchs, immer fester wurzelte, ist bis jetzt bedeutend erschüttert. Die frommen Herren, welche bis jetzt von der Mildthätigkeit der Bauern lebten, sitzen hier nun nicht mehr so sicher als vorher, und sollten sie sich nicht von kirchlichen und politischen Umtrieben fern halten, so dürfte die öffentliche Stimme wieder gegen sie laut werden und lauter als früher, denn die große Mehrheit will nicht wieder in die frühere Finsterniß zurückfallen. (Ldbte.)

Württemberg.

Stuttgart, 23. Juni. Dahier erregte ein Verfall einiges Aufsehen, der zu allerlei Deutungen Anlaß geben kann: Gestern saßen einige Bürger oder Arbeiter beisammen, als es zweien einfiel, Hecker, der jetzt so vielgenannt wird, Hoch leben zu lassen. Zwei Soldaten, ein Reiter und ein Artillerist, erhoben sich, sie zu arretiren und zogen die Säbel, die Bürger erklärten den Soldaten, daß sie kein Recht hätten, einen Bürger zu arretiren und widersetzten sich, ein Gleiches erklärte ihnen ein herzugerufener Polizeisoldat, der beifügte, er kenne einen der Beschuldigten, dessen Namen er nannte, man könne solchen anzeigen, aber zum Verhaften stehe den Soldaten kein Recht zu. Der Reiter betheuerte jedoch wiederholt, sein Oberst habe ihnen besonders aufgetragen, jeden Bürger der republikanische Gesinnung äußere, festzunehmen und der Artillerist bestätigte dieß. Es wäre nun wohl interessant zu ermitteln, ob dieß wirklich wahr ist, denn in diesem Fall wäre Stuttgart im Kriegszustand befindlich, ohne daß es öffentlich erklärt ist, wenn dem Militär, ohne daß es requirirt und im Dienst ist, das Recht der Verhaftung über die Bürger zustände. Ich bezweifle sehr, daß irgend ein Minister, selbst der Hr. Kriegsminister, die Verantwortlichkeit einer solchen Maßregel auf sich nehmen möchte. (Ulm. Schnellp.)

Stuttgart, 24. Juni. Der Kriegsminister Graf Sontheim hat um Entlassung gebeten; Oberst v. Rapplin ist mit Führung des Kriegsministeriums beauftragt. — Der König hat dem Verein zur Unterstützung brodloser Gewerbtreibenden und Arbeiter 4000 fl. aus seiner Privatkasse bewilligt. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Stuttgart, 24. Juni. Die Versammlung des demokratischen Kreisvereins ward gestern Abend mit der Gegenwart eines Polizeikommissärs beglückt, welcher aus Auftrag der königl. Stadtdirektion zu erscheinen hatte, um zu hören, ob nichts Ungesetzliches verfalle und wenn dies der Fall wäre, es zu berichten. Natürlich mischte sich der Kommissär nicht in die Verhandlungen, doch steht der Verein nun, wenn es so fortgeht, unter polizeilicher Aufsicht. Uebrigens beschränkten sich die Verhandlungen an diesem Abend ohnedies nur auf die Berathung der Statuten. Nur zuletzt verlas ein kurz erst aus Nordamerika Gekommener aus einem amerikanischen Blatte die Adresse der Deutschen in St. Louis, worin diese der großen Bewegung in Europa sich freuend, die Deutschen des Mutterlandes zu Begründung einer deutschen Föderativ-Republik aufmuntern und ihnen Hilfe an Geld und Waffen zusagen. — Die besitzende Bürgerschaft fährt hier fort, sich gegen solche republikanische Bestrebungen entschieden zusammen zu schaaren. Heute war an allen Straßenecken ein Aufruf zu lesen, eine Ergebenheits- und Vertrauensadresse an das Ministerium zu unterzeichnen, wozu sich Stadtrath und Bürgerausschuß in Folge des Duvernoy'schen Manifestes gegen den Mißbrauch der Presse geeinigt und dieselbe auf dem Rathhause oder andern dazu bezeichneten Lokalen zu unterzeichnen.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Ulm, 28. Juni. Wir haben eine peinliche Nacht gehabt. Es sind grobe, verabscheuungswürdige Gewaltthaten von einer Seite, zu deren Beruf es mitgehört, Leben und Sicherheit des Bürgers zu schirmen, verübt worden. Die Thatsachen mögen sprechen. In den gestrigen Lokalblättern lud der seit einiger Zeit ein in den untern Schichten der Einwohnerschaft gelesenes Blatt redigirende ehemalige Vikar Schifterling die Einwohnerschaft zu einer Versammlung in das Gasthaus zum Schiff ein, um die Bildung eines „demokratischen Vereins" zu angeblich „heilsamer Entwicklung Deutschlands in freiester Gestalt" in's Werk zu setzen. Schifterling, der hier bereits an der Spitze eines „Arbeitervereins" steht, war kürzlich als Abgeordneter dieses Vereins beim Demokratenkongreß zu Frankfurt. Der erhaltenen Aufforderung zufolge versammelten sich Abends die Anhänger des gedachten Literaten und andere im Saale des Gasthauses zum Schiff, woselbst Schifterling seinen Plan über Bildung eines demokratischen Vereins in einer Ansprache an die Versammelten entwickelte. Bald nach Beendigung derselben entstand außen ein Lärm, die Fenster wurden eingeschlagen und man vernahm ein wildes Geschrei: „Schifterling heraus!" Die Versammelten, von Schrecken ergriffen, suchten zu fliehen, an allen Ausgängen aber wurden sie mit Säbelhieben von einer Anzahl Schützen und Unteroffizieren des hiesigen dritten Reiterregiments empfangen und auseinander gesprengt, im Innern des Hauses (der Wirth soll zur Partei Schifterling's gehören) alles demolirt und zerschlagen. Der unglückselige Literat aber, dem es, wie es scheint, zunächst gelten sollte, kam mit heiler Haut davon, und soll die Nacht über sich außerhalb der Stadt im Felde verborgen haben. Nach andern Angaben hatte er einen Augenblick vor Beginn des Angriffs der Reiter die Versammlung verlassen. Durch die Säbelhiebe der Eindringenden wurden mehrere Bürger, darunter ein hiesiger Bäcker dergestalt verwundet, daß er heute Vormittag gestorben ist. Eine ungeheure Aufregung in der Stadt war die Folge dieser brutalen Exzesse. Die Allarmtrommeln riefen die Bürgerwehren zusammen, und ihrer bis 2 Uhr Nachts fortgesetzten aufopfernden Thätigkeit verdankt man die Erhaltung der Ruhe und Ordnung in den von drohenden Arbeitergruppen angefüllten Straßen der erregten Stadt. (A. Z.)

Ulm. Es war durchaus kein leeres Gerücht, wenn vor kurzem behauptet wurde, daß verdächtige Männer auf dem Festungsbau beobachtet worden seyen, die eine Aufwieglung der Festungsarbeiter versucht hätten. Wir erfahren darüber aus guter Quelle, daß die Festungsbauarbeiter einen solchen Emissär, der ihnen Geld versprochen, wenn sie bei der Hand seyen, sobald es losgehe, selbst verhaftet und auf die Polizei abgeführt haben. Es war ein Schweizer. (Ulm. Schnellp.)

Tübingen, 23. Juni. Die Schweickhardische Petition an die Nationalversammlung um Beseitigung der Verkehrshindernisse im Innern, um eine nationale Handelspolitik mit genügendem Schutz der Schifffahrt durch Differentialzölle und endlich um eine gleiche im Gebiete der Industrie, die den Schutz der heimischen Arbeit und des eben so unbeschützten Erfindungsgeistes so wie eine Verzollung, die den Werth der Waare anstatt des Gewichts zur Grundlage hat, ist mit beiläufig 12,000 Unterschriften aus 69 Gemeinden heute an Dr. Uhland Reichstagsabgeordneten in Frankfurt mitgetheilt worden.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Baden.

Aus dem badischen Oberlande. In Konstanz sollten kürzlich einige unbotmäßige Soldaten verhaftet werden, was aber nicht zum Vollzuge gebracht werden konnte, weil sich die andern Soldaten dagegen erklärten. In Folge dessen wurde am andern Tage das ganze Bataillon nach Stockach verlegt; was weiter geschah, ist nicht in's Publikum gekommen. — In Sigmaringen steht gegenwärtig wieder bayerisches Militär, wo es gleich in den ersten Stunden zu einer Prügelei mit einigen Bürgern kam, welche politische Belehrungsversuche an den Soldaten gemacht hatten. Die Untersuchung gegen einen der in Anklage versetzten Offiziere aus dem Hohenzollern'schen Bundeskontingent ist beendigt, die Aburtheilung wird durch das Obertribunal in Stuttgart geschehen. Gegen einen zweiten Offizier soll die Untersuchung beginnen. (N. K.)

Mannheim, 26. Juni. Durch den Kampf der Mailänder, der in Ermangelung von Pulver großentheils mit Schießwolle geführt worden ist, hat diese merkwürdige Substanz eine praktische Bedeutung für die Entscheidung der Völkergeschichte gewonnen. In diesen Zeiten gewaltiger Erschütterungen aller europäischen Verhältnisse in denen jetzt die deutsche Nationalität an drei Stellen bedroht ist, und dem deutschen Volke vielleicht noch blutige Kämpfe bevorstehen, wäre es höchst erfreulich, wenn die Deutschen aus ihrer wichtigen Erfindung auch einen Vortheil in der Kriegskunst gewinnen könnten. Es scheint zu einem solchen Ergebniß wirklich Hoffnung vorhanden; denn dem Vernehmen nach haben die in Mainz ununterbrochen fortgesetzten Versuche der vom Bunde niedergesetzten Kommission, in Betreff einer den Herren Schönbein und Böttger zuzuerkennenden Nationalbelohnung, in neuerer Zeit dahin geführt, die vollkommene und höchst vortheilhafte Anwendbarkeit der Schießwolle auch bei grobem Geschütz und im Felde außer Zweifel zu setzen.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

K. Sachsen.

Dresden, 26. Juni. Durch heute veröffentlichte Bekanntmachung der Ministerien der Justiz und des Innern wird die vom 22. April 1847 datirende Generalverordnung, die Belohnung mit 20—100 Thlr. für die Denunzianten aufrührerischer Schriften betreffend, außer Wirksamkeit gesetzt. (D. A. Z.)

Der „Kölnischen Zeitung" meldet man aus Leipzig, 23. Juni, daß seit der Unterdrückung des Prager Aufstandes Sachsen der Heerd der slavischen Propaganda werden solle. Dresden und alle Orte längs der Elbe wimmeln von Polen. Hauptsammelplatz des reichen slavischen Adels sey namentlich Schandau geworden. Besonders erhielten die angeblich aus Gesundheitsrücksichten dort lebenden Fürstinnen Sapieha und Czartoriska, berüchtigt als fanatische Sarmatinnen, wöchentlich bedeutende Geldsendungen und eine Menge von Depeschen. Man sey überzeugt, daß von Seite vieler sächsischen Staatsbürger baldigst bei der Regierung wegen dieser bedenklichen Ansammlungen slavischer Flüchtlinge angefragt und wenn nicht mehr, doch deren strenge Ueberwachung werde gefordert werden. Zeit sey es wahrlich, daß der Deutsche sich endlich seiner Haut wehre gegen den Ingrimm, Groll und die blutige Rachsucht der Polen und Tschechen, welche diese trotz aller Schönreden gegen die freundlichgesinnten Deutschen im Herzen tragen.

Leipzig, 24. Juni. Nachdem hier schon vorgestern ein bedeutendes Feuer war, hatten wir gestern genau zu derselben Stunde Abends wieder ein solches; da nun für heute wieder in einem andern Stadttheil ein Brand ausbrechen soll, so glaubt man, daß Brandstifter die Feuer angelegt haben. Die Einwohnerschaft Leipzigs ist im höchsten Grade besorgt. (Schw. Mkr.)

Preußen.

Nachdem der Präsident des Staats-Ministeriums, Staatsminister Camphausen, so wie die Staatsminister Graf v. Schwerin, v. Auerswald, Bornemann und Frhr. v. Schleinitz, ingleichen der Chef des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Frhr. v. Patow, von Mir auf ihren Antrag aus ihren bisherigen Stellungen entlassen worden sind, habe Ich 1) den Oberpräsidenten v. Auerswald zum Präsidenten des Staatsministeriums und zugleich interimistisch zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, 2) den Präsidenten der Nationalversammlung, Abgeordneten Milde, zum Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, 3) den General-Landschafts-Rath, Abgeordneten Rodbertus, zum Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, und 4) den Kriminalgerichts-Direktor Märker zum Justizminister ernannt. 5) Von dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten soll die Verwaltung der landwirthschaftlichen Angelegenheiten getrennt und ein eigenes Ministerium für diese Angelegenheiten gebildet werden, dessen Leitung Ich dem Stadt-Syndikus, Abgeordneten Gierke, unter Ernennung desselben zum Staatsminister, übertragen habe. 6) Die Leitung des Ministeriums des Innern habe Ich dem Regierungspräsidenten Kühlwetter, jedoch auf seinen Wunsch nur interimistisch übertragen. Der Finanzminister Hansemann und der Kriegsminister Frhr. v. Schreckenstein bleiben in ihren bisherigen Stellungen. Mein gegenwärtiger Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Sanssouci, den 25. Juni 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (contras.) Hansemann. (Pr. St.-A.)

Köln, 24. Juni. Der Polizeidirektor Müller reiste heute von Frankfurt kommend hier durch nach Berlin,

wohin er von dem Minister Hansemann durch den Telegraphen berufen worden. (K. Z.)

Diesen Morgen gingen neuerdings Polen hier durch nach Paris und Straßburg. Sie waren, obgleich in Reisekleidern, brillant angezogen. Ueber ihre Sendungen ließen sie nichts verlauten. Zwei davon waren nach Frankfurt bestimmt. Ob ein schwedischer Obrist, der hier war und eilends nach Wien ging, in politischer Beziehung daselbst auftreten wird, konnte man nicht erfahren. Russische Stabsoffiziere aber, die nach Paris und London gingen, schienen offiziell einen diplomatischen Charakter zu haben.

Aachen, 24. Juni. Der hiesige Regierungspräsident Hr. Kühlwetter ist schleunigst nach Berlin berufen worden und gestern dorthin abgereist. Es hat sich dabei das Gerücht verbreitet, derselbe solle an der neuen Ministerkombination Theil nehmen und der ihm befreundete Hr. Hansemann habe ihm das Portefeuille der Justiz oder des Innern zugedacht. Hr. Kühlwetter ist ein Mann von etwa 50 Jahren, mit geistigen Fähigkeiten ausgestattet und war früher Staatsprokurator, später Spezial-Direktor an der Kölner-Mindner Eisenbahn. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Schleswig-Holstein.

Altona, 24. Juni. Zwistigkeiten mit ihren selbstgewählten Offizieren haben die Mitglieder der 6. Kompagnie des v. d. Tannschen Freikorps, 132 Mann, meist Berliner Studenten u. s. w. veranlaßt, aus dem Dienste zu scheiden. Neunzig von den Abgegangenen sind bereits gestern mit dem Güterzuge hier angekommen. (B.-H.)

Oesterreich.

Wien, 24. Juni. Proklamation des Erzherzogs Johann. Se. Maj. der Kaiser hat mich in Anbetracht seines noch andauernden Unwohlseyns zu seinem Stellvertreter ernannt. In dieser Eigenschaft habe ich den Reichstag in seinem Namen zu eröffnen und bis zu seiner Zurückkunft nach Wien die ihm als konstitutionellen Kaiser zustehenden Regierungsgeschäfte zu leiten. Dieses Vertrauen meines Kaisers ist mir heilig! Ich will es rechtfertigen, indem ich seinen innersten aufrichtigen Willen erfülle, der dahin gerichtet ist, die den österreichischen Völkern gewährten Freiheiten und Rechte streng und gewissenhaft zu wahren und in allen Fällen, wo das kaiserliche Wort entscheiden soll, den Geist der Gerechtigkeit und Milde festzuhalten. Die Zeit ist ernst und entscheidend für Oesterreichs Glück und Macht; ein neuer fester Grundbau ist zu vollführen, die Gesetzgebung bedarf in allen ihren Zweigen wesentliche Veränderungen, und neue Hilfsquellen sind zu eröffnen, um den nächsten dringenden Anforderungen zu genügen. Diese große Aufgabe kann nur durch gemeinsame und kräftige Mitwirkung aller und nur durch die vereinigte feste Haltung gegen die Feinde des Vaterlands freudig gelöst werden. Mit Zuversicht rechne ich auf diese allgemeine Mitwirkung — ich rechne auf die Liebe des österreichischen Volks zu seinem Kaiser und zu seinem schönen Vaterlande — ich rechne auf seinen verständigen Sinn für Ordnung und Ruhe als Bedingungen einer wahren Freiheit, und ich rechne endlich auf sein Vertrauen zu meinem, wie ich glaube, bewährten ehrlichen Willen für Oesterreichs Wohlfahrt und Ruhe auch meine letzte Kraft zu weihen. Unter diesen Voraussetzungen fühle ich mich noch stark und von den besten Hoffnungen erfüllt, daß ich die mir anvertraute Macht durch das Gesetz, durch den Frieden und durch das allgemeine Wohlergehen gekräftigt in die Hände meines gnädigsten Kaisers wieder zurücklegen werde. Erzherzog Johann.

Triest, 19. Juni. Als die erste Kunde von dem Erscheinen der feindlichen Flotte vor Triest nach Steyermark, Krain und Kärnthen gelangte, gab sich in diesen Provinzen die größte Theilnahme für die bedrohte Stadt kund. Diese Theilnahme steigerte sich, als man dort die Nachrichten von der Blokade erhielt, und spricht sich offen und aufrichtig in einer Adresse aus, die von dem Geist ächt brüderlicher Gesinnung zugleich einen thatsächlichen Beweis gibt. Es sind darin den Triestinern Unterstützungsmannschaften versprochen und wirklich sind bereits vier komplete Compagnien vom Landwehrregiment Piret in Triest eingetroffen. Sie wurden von Grätz theils auf der Eisenbahn, theils auf Wagen nach Sessana befördert, von wo sie zu Fuß an den Ort ihrer Bestimmung weiter marschirten. — Auch der griechische Consul in Triest hat gegen feindselige Operationen der italienischen Marine-Division einen Protest bei dem Admiral Albini eingelegt. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 20. Juni. Unser Ministerium hat gestern einen Kourier aus Peterwardein erhalten. Aus sicherer Quelle erfahren wir, daß der Kommandant von Peterwardein, Feldmarschallieutenant v. Hrabowsky, den weit überlegenen Aufständischen gegenüber mit dem Grafen Albert Nugent einen vierzehntägigen Waffenstillstand schließen mußte. Nach der Angabe des Feldmarschalls stehen die Illyrier in zwei verbundenen verschanzten Lagern hinter Karlowitz an dem Kamenitzer Gebirge gelehnt und in den sogenannten römischen Schanzen bei Temerin. Beide Lager zählen 21,000 Mann, welche großentheils mit Schießgewehren bewaffnet sind, und besitzen 8 Dreypfünder 2 Sechspfünder und viele Mörser. Diese an sich schon furchtbare Mannschaft wird noch täglich durch neu hinzuströmende Bauern aus dem Banat verstärkt. Der ganze Aufstand wird von einem provisorischen Zentralkomité geleitet, welches früher in Karlowitz, jetzt aber in dem Lager bei Karlowitz residirt. Dieses Zentralkomité hat auch eine besondere Gesandtschaft nach Innsbruck beordert, welche die Entfernung v. Hrabowskys aus Peterwardein und die Ausrüstung des Patriarchen Rajacsics von Karlowitz, des Bans Jellachich und des neugewählten Wojewoden Obersten Schuplikatz mit unbeschränkten Vollmachten vom König auswirken soll. In der Festung Peterwardein selbst zeigte sich unter den vielen Serbiern des Regiments Dom Miguel eine feindselige Stimmung gegen Ungarn. Die serbischen Soldaten sendeten eine Deputation aus ihrer Mitte an den Kommandanten v. Hrabowsky mit den Forderungen der serbischen Nation. Der Kommandant, darüber indignirt, gab die lakonische Antwort, daß er beim Militär keine serbische Nation kenne. Hierauf nahm der Oberstlieutenant Hallawanje den Abschied und ein ganzes Bataillon verweigerte den Gehorsam. Im Barser Comitat welches meist von Serbiern oder Raizen bewohnt ist, warten diese nur die Ankunft der Aufständischen ab, um sich denselben anzuschließen. Die Komitatsbehörde hat daher beim Ministerium um ein Hilfskorps von 10,000 Mann zur Niederhaltung des Aufstandes nachgesucht. (D. A. Z.)

Italien.

Laut einem Privatbriefe von Mailand wären die Friedensunterhandlungen zwischen Oesterreich und der Lombardei bereits vollständig gescheitert. Ueber die gegenseitigen Forderungen werden folgende nicht unwahrscheinliche Angaben gemacht: Oesterreich habe die Lombardei aufgeben wollen gegen Uebernahme von hundert Millionen an die österreichische Staatsschuld, und unter der Bedingung, daß das venetianische Gebiet bei Oesterreich verbleibe. Dagegen habe die provisorische Regierung in Mailand den Isonzo als Grenze so wie das italienische Tyrol verlangt. — Die Volksstimmung in Mailand sey außerordentlich gedrückt und gegen Karl Albert erbittert. (E. Z.)

Genua, 19. Juni. Von der sardinischen Flotte vor Triest ist heute die Nachricht eingegangen, daß der Admiral Albini den Plan einer Beschießung der Stadt oder, wie sich die Italiener ausdrücken, „der Befreiung Triest's vom österreichischen Joch" aufgegeben hat, weil er sich nach der Entfernung des neapolitanischen Geschwaders zu schwach dazu fühlt. Aus eben diesem Grunde hatte er in der Nacht vom 13. auf den 14. die Rhede von Triest verlassen und sich nach Pirano zurückgezogen. Die Blokade soll von dort aus fortgesetzt werden. — Die Nachricht, daß die österreichischen Kriegsschiffe nach Pola entkommen seyen, hat sich nicht bestätigt. Für jetzt ist indeß im Hafen von Triest für sie keine Gefahr mehr vorhanden; Albini scheint im Gegentheil zu fürchten, daß sie die Offensive ergreifen möchten. (Karlsr. Z.)

Neapel, 21. Juni. Der Bürger der Hauptstadt rührt sich nicht; es wäre Tollheit es zu thun, denn die Anstalten, die im Schlosse getroffen werden, kennt man. Die Kanonen der Kastelle zeigen ihre verderbendrohenden Mündungen, die Werkstätten für Kriegsmunition sind in ungeheuerer Thätigkeit, jeden Abend werden Munition aller Art und Mundvorräthe nach den Forts geschafft und was dergleichen Vorbereitungen mehr sind. Der König ist unsichtbar für die Stadt, verläßt den Palast nicht, das Ministerium aber fährt fort, sich in seinem verhängnißvollen undurchdringlichen Schleier zu bewegen. Der Aufstand in Calabrien wird immer gewaltiger: Truppen über Truppen gehen hin und richten nichts aus, ja gehen so zu sagen verloren. Nunziante mit einem ganzen Truppenkorps ist förmlich umzingelt, und soll kapituliren müssen; zwei andere Führer, die ins Innere vordringen wollten, seyen ebenfalls geschlagen. Ein beträchtliches Korps Sizilianer hat die Landung in Calabrien durchgesetzt. Kurz die ganze Stadt ist voll von Gerüchten: die Postverbindung aber ist unterbrochen, die Regierung schweigt. (Schw. Mkr.)

Frankreich.

Paris, 25. Juni. Indem ich mir vorbehalte in einem Schreiben, was ich über die Lage der Dinge von heute erfahren, nachzutragen, will ich zuvörderst den Hergang der Ereignisse von gestern zusammenstellen aus den Berichten in den Journalen und Angaben von Theilnehmern am Kampfe, die ich gestern Abends gesprochen. Um 3 Uhr Morgens begann der Angriff am Pantheon und auf dem Bastilleplatze zu gleicher Zeit. Die Artillerie unterhält ein langes und mörderisches Kanonenfeuer gegen die ungeheure Barrikade, die auf dem Bastilleplatz an der Mündung des Faubourg St. Antoine, allein dieselbe ist so fest und kunstvoll aufgebaut und hat einen so starken aus Quadersteinen zusammengesetzten Mantel, daß die Kugeln abprallen, ohne den geringsten Schaden zuzufügen. Im Laufe des Tags wurden noch mehrere Angriffe auf diese Barrikade, wie überhaupt auf mehrere Seiten des Faubourg St. Antoine gerichtet, die ich weiter zu erwähnen unterlasse, weil sie alle vergebens waren. Die ganze Vorstadt ist so gut befestigt, daß sie schlechterdings uneinnehmbar wird. Wenn man in der Kammer berichtete, General Cavaignac habe in eigner Person diese oder eine andere Barrikade in genannter Vorstadt genommen, so liegt hierin entweder eine Verwechslung des Orts oder eine fabelhafte Uebertreibung. Während jenes Angriffs auf die Barrikade bemächtigten sich die Insurgenten eines großen Magazins von Modewaaren, eines Eckhauses zwischen der Rue Huchette und der Rue de la Boucherie im Faubourg St. Jacques und machten daraus ihr Hauptquartier in diesem Viertel. Um 4 Uhr machten in der Nähe dieses Punktes auf dem Petit Pont, welchen die Insurgenten stark befestigt hatten, und der in Verbindung mit der ebenfalls von ihnen befestigten Kirche St. Severin, die Vorstädte St. Jacques und St. Marceaux mit der Cité verband, die Mobilen einen Angriff, der auf beiden Seiten eine Stunde mit der größten Hartnäckigkeit und Tapferkeit bestanden wird. Die Artillerie unterstützt dann diesen Angriff. Der Platz wird zwar genommen, allein die Insurgenten bleiben in ihrer Stellung hinter der genannten Kirche, die sie heute Morgen noch inne hatten. In der Rue du Faubourg du Temple greifen Infanterie und Artillerie die unzähligen in dieser steilen Gasse sich erhebenden Barrikaden an, wovon im Laufe des Tages in einem fast ununterbrochenen hartnäckigem Kampfe eine nach der andern genommen wird. Die Insurgenten flüchten sich in Masse, wenn sie ein Bollwerk aufgeben, hinter eine andere Barrikade oder ins Faubourg St. Antoine; eine nicht unbeträchtliche Zahl derselben fällt jedoch in die Hände der Truppen und wird gefangen fortgeführt. Gegen 6 Uhr begibt sich ein Trupp Arbeiter aus dem Faubourg Poissonniere und St. Antoine nach der Nordbahn, wo sie nach hartnäckigem Widerstand von Seite der Linie und Nationalgarde diese zurückschlagen, des Anfahrtplatzes sich bemächtigen und aus einer bedeutenden Strecke der Bahn die Schienen ausreißen und den Telegraphendraht abschneiden. Um 7 Uhr stiegen die Arbeiter aus der Villet (Weichbild) herab, bemächtigten sich des Faubourg Poissonniere und der Rochechouart und bauten in dem ganzen Quartier mit unbegreiflicher Schnelligkeit eine große Anzahl Barrikaden, die jedoch im Laufe des Tags von der Linie und Artillerie genommen wurden. Der Generalmarsch, der seit 4 Uhr Morgens geschlagen, hatte nach 6 Uhr bereits eine große Anzahl von Kompagnien der Nationalgarde auf die bedrohten Orte geführt, indessen war erst um 8 Uhr die ganze Nationalgarde auf den ihr angewiesenen Punkten. Ein großer Theil von ihnen wird dazu verwendet, alle Straßen zu sperren und so den Insurgenten die Verbindung mit den noch nicht bedrohten Punkten abzuschneiden, ferner die Bewegung der öffentlichen Macht frei und die Neugierigen entfernt zu halten. Um 9 Uhr läßt der General Cavaignac den Insurgenten auf allen Punkten einen Waffenstillstand von einer Stunde verkünden,

Digitized by Google

während dessen sie sich zurückziehen können ohne spätere Verfolgungen zu besorgen. Nach Verlauf desselben aber werde er ohne Schonung alle Barrikaden und Häuser, unter deren Schutz sie sich befinden, bombardiren lassen. Die Aufforderung findet kein Gehör und von beiden Seiten benützt man die Frist, um sich zum erneuten Kampfe zu rüsten. Nach 10 Uhr beginnt auf beiden Seiten ein mörderisches Feuer, worin die Insurgenten entschieden Sieger bleiben. Sie behalten nicht nur ihre Stellungen, sondern werfen ihre Gegner zurück und rücken auf verschiedenen Punkten vorwärts, bemächtigen sich der Kornhallen, der ohnehin durch derlei Waffenthaten schon berühmt gewordenen Kirche St. Marie und um 1 Uhr sind sie bereits in der Rue Rambuteau vorgedrungen, wo sie am Eingange des Montorgueil eine Barrikade errichten, die bis heute Morgens noch jedem Angriff widerstanden. Im Faubourg St. Marceau, St. Jacques und am Panthéon war der Kampf nicht minder hartnäckig, und erst gegen Abend hatte die öffentliche Macht in den beiden Vorstädten die Insurgenten zurückgedrängt und alle Barrikaden genommen. Auf der Höhe derselben hielten sie noch ihre uneinnehmbaren Bollwerke. Am Panthéon unterlagen die Insurgenten schon Nachmittags um 3 Uhr. Sie hatten den Platz vollkommen inne des Morgens, ebenso das daran gränzende Quartier Latin, wo sie die Ecole de Droit geplündert hatten; aus dieser Plünderung rührt auch meistentheils das Geld, das man bei vielen Gefangenen gefunden, und die 10,000 Fr. in Gold, die man bei einem 14jährigen Burschen fand, wovon in der Kammer die Rede war; Infanterie, Mobile und Nationalgarde bemächtigten sich nach einem 4stündigen ununterbrochenen Kampfe dieses Platzes, woraus die Insurgenten eine förmliche Festung gemacht hatten. Um 7 Uhr Abends hörte der Kampf auf allen Seiten auf. Das Ergebniß dieses Schlachttages reduzirt sich darauf, daß die Insurgenten aus dem größern Theil der Cité, wo sie das Stadthaus bereits einen Augenblick erobert hatten, sich zurückziehen mußten und hier nur das Hotel Dieu und die Kirche St. Severin behielten, daß sie ferner aus dem größten Theil der Quartiere St. Denis, St. Martin und den Vorstädten gleichen Namens wie aus der Vorstadt Poissonniere, ebenso aus denen von St. Marceaux und St. Jacques sich zurückziehen mußten, die Höhen der letztern aber noch inne hatten. Heute Morgen waren sie noch Meister der ganzen Vorstadt St. Antoine, des Enclos St. Lazare, des größern Theil der Rue Rambuteau und in der Cité des Hotel Dieu und der obenerwähnten Kirche St. Severin. Die Kanonade hat eine Menge Häuser ganz in Asche gelegt, so die Mairie des 8. Bezirks auf der Place Royale, auf dem Kai St. Michel das Haus zur „schönen Gärtnerin,“ und aus den beiden Straßen Planche Mitray und des Arcis wird — Dank den Kanonen — eine neue entstehen, die man füglich die Rue du 24. Juin nennen sollte. (A. Z.)

Rußland und Polen.

Der „Breslauer Zeitung“ schreibt man aus Krotoschin über die russischen Truppenanhäufungen: die russische Heersmacht bei Kalisch soll lange nicht so zahlreich in dortiger Gegend vorhanden seyn, wie sie in den Zeitungen mehrfach angegeben ist. Alles soll vielmehr auf Täuschung in Hinsicht der Stärke und Bewegung dieser Macht, besonders aber in Hinsicht der zahlreichen Geschütze abgesehen seyn. Die des Nachts nur stattfindenden Bewegungen, das häufige Verschwinden der russischen Truppen von einem Distrikt und die Besetzung des andern und das baldige Wiedererscheinen der nämlichen Truppen mit anderem Riemzeug ꝛc. bestätigen ganz diese Angabe.

Aus Riga, 17. Juni läßt sich die „Bremer Zeitung“ schreiben: Da ich weiß, wie ganz und gar unvollkommen immer die Nachrichten sind, die man draußen über die Operationen der Russen sich erzählt, so mache ich Ihnen von hier aus einige Mittheilungen in dieser Hinsicht, die der Wahrheit wenigstens so nahe kommen, als es bei dem russischen Systeme überhaupt möglich ist. Ein Artikel der in russischer Sprache in St. Petersburg erscheinenden „Biene“ bringt die Nachricht, daß 270,000 Mann Infanterie und 70,000 Mann Kavallerie (von Artillerie speziell war keine Rede) an die deutsche Grenze in Bewegung gesetzt sind und daß am Ende vorigen Monats eine Flotte von 16 Dreideckern segelfertig vor Kronstadt gelegen. Diese Nachricht wird aus dem Munde von Offizieren bestätigt. Thatsache ist die Nachricht eines Geschäftsfreundes aus Kiew, daß bis gegen Ende Mai 16,000 Mann Fußvolk an die deutsche Grenze durchmarschirt waren. Tag für Tag gehen hier durch Riga bedeutende Pulvertransporte ebendahin. Ich selbst habe am ersten Pfingsttage 52 vierspännige Pulverwagen gezählt und Tags darauf machte ein Transport von circa 200 Vorrathswagen hier Rast, um die Nacht weiter zu gehen. So geht es seit über 8 Tagen fort. Die Truppenmärsche gehen 15 — 20 Meilen südlich von hier. Thatsache ist ferner, daß die hiesige Festung kriegstüchtig gemacht wird, und daß in den nächsten 14 Tagen 16,000 Mann in der Umgegend einquartirt werden. Ueberhaupt werden die Ostseeprovinzen trotz ihrer Ergebenheitsadressen militärisch besetzt. Die Aerzte sind aufgefordert, sich dem Militärdienste zu widmen. Melden sich nicht genug, so wird eine Zwangskonskription ausgeschrieben. Gegen Polen können diese Maßregel nicht seyn, denn da stehen schon über 200,000 Mann. Ob sie nur eine Okkupation der Grenze auf russischem Gebiet bezwecken? Man glaubt hier, oder eigentlich nur die Russen behaupten, die Operation sey durchaus feindlich gegen Deutschland, die Truppen würden die deutsche Grenze nicht respektiren. Die freundlicher gesinnten Deutsch-Russen befürchten dieß nur. Vor dem wirklichen Handeln wird aber schwerlich Jemand eine Gewißheit darüber erlangen können. Bei den hiesigen Deutsch-Russen herrscht völlige Gleichgültigkeit gegen die deutsche Sache. Ob allein die Aussicht auf Sibirien die Ursache dieses Indifferentismus ist, bleibe dahingestellt.

Bekanntmachungen.

Königliches Hof- und National-Theater.

Samstag den 1. Juli: „Kabale und Liebe,“ Trauerspiel von Köckert. (Hr. Köckert: Ferdinand; Dlle. Heusser: Louise als Gast.

Sonntag den 2. Juli: „Die Zauberflöte,“ Oper von Mozart.

Fremdenanzeige.

Hôtel Maulik. HH. Chevalier de Zapes aus Spanien; Graf v. Pappenheim von Pappenheim; Endrews und Bigelow, Rentiers v. London; Fahrenbacher, Privatier v. Augsburg; Coltmann, Kaufmann v. Barmen; Mdm. Pflaum v. Wien.

Gold. Hahn. HH. Beck, Kaufmann v. Hannover; Hartmann, Künstler von Innsbruck; v. Ducent, Professor v. Lübeck; Herdst, Bräuer v. Nürnberg.

Blaue Traube. HH. Hönig, Forstmeister v. Partenkirchen; Graf Taufkirch, Oberlieutenant v. Augsburg; Mohr, Veterinär v. Fürstenfeld; v. Schön, Grenzoberkontrolleur v. Neukirchen; Werner, Gutsbesitzer v. Bruck; Pregel, Kaufmann v. Wolfsegg; Frl. Dangel, Privatier v. Baireuth.

Stachusgarten. HH. Wennagel, Privatier v. Würzburg; Jaschke, Zeichner v. Prag; Frl. Löw v. Memmingen.

Gestorbene in München.

Elisabetha Gruber, Taglöhnerin v. d. Au, 70 J. alt; Ludwig Habel, Privatier v. Füssen, 33 J. alt; Jos. v. Kern, quiesz. k. Lotto-Oberbeamter v. Regensburg, 71 J. alt; A. M. Riedmaier, Regimentsbüchsenmachersfrau v. h., 42 J. alt.

Bekanntmachung.

2419. (3c) Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Anwesen der Branntweinerseheleute Georg und Elisabetha Eisgruber Nro. 56 in der Sendlingerstraße dahier im Wege gerichtlicher Hilfsvollstreckung nach §. 64 des Hypothekengesetzes vom 1. Juni 1822 und den §§. 98—101 der Prozeßnovelle vom 17. November 1837 dem öffentlichen Verkaufe zum zweiten Male unterstellt und hiezu Tagsfahrt auf

Donnerstag den 3. August d. Js. Vormittags 10—12 Uhr

im Bureau 32 II des k. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Frhr. v. Feuri anberaumt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken geladen werden, daß der Zuschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolge, und die dem Gerichte unbekannten Steigerer sich über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben. — Bezüglich der Beschreibung der Bestandtheile dieses Anwesens, dessen Werth und Belastung, wird sich auf die Ausschreibung vom 31. Dez. v. Js. bezogen.

Beschlossen am 26. Mai 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Director:

Barth.

Roslbach.

Bekanntmachung.

2435. (3b) Jene verehrlichen Eltern und Vormünder, welche ihre Söhne oder Mündel für das Studienjahr 18$^{48}/_{49}$ der untenbezeichneten Anstalt übergeben wollen, haben die Aufnahmsgesuche an Se. Maj. den König stylisirt und mit Tauf-, Impf-, Schul- und Gesundheitszeugnissen belegt, spätestens bis Mitte August l. Js. entweder bei dem k. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, oder bei dem unterfertigten Direktorate einzureichen.

Jedem Gesuche um eine Freistelle ist außer den oben genannten Zeugnissen noch ein legales Vermögenszeugniß beizulegen und die Bemerkung beizufügen, ob der Bittsteller bereit sey, eine halbe Freistelle anzunehmen, resp. ob er vermögend sey, die Hälfte der Jahrespension mit 125 fl. zu bezahlen. Wenn diese Bemerkung fehlt, findet das Gesuch bei Verleihung halber Freistellen keine Berücksichtigung, und es ist eben deßwegen weniger Hoffnung des Erfolges.

München am 26. Juni 1848.

Direktorat des k. Erziehungsinstitutes für Studirende.

P. Placid. Lacense,

Direktor.

Bekanntmachung.

2434. (3b) Montag den 24. Juli l. Js. Vormittags wird der dem Damenstifte St. Anna zugefallene sogenannte Schelshornhof zu Brunnthal bei Hohenkirchen, k. Landgerichts München, im Wirthshause zu Hohenkirchen vorbehaltlich allerhöchster Genehmigung öffentlich versteigert oder verpachtet.

Vor der Versteigerung, wo die nähern Bedingungen bekannt gemacht werden, müssen sich die Kaufs- und Pachtliebhaber über Zahlungsfähigkeit und Leumund legal ausweisen.

Ein Theil des Kaufschillings kann gegen Verzinsung auf dem Anwesen liegen bleiben.

Das genannte Anwesen besteht:

A. Gebäude.

Aus Wohnhaus, Stadel und Stallung unter einem Dache.

Das Wohnhaus enthält

2 gewölbte Keller,

zu ebener Erde Stube, Küche, Fletz und Speise,

über 1 Stiege 4 Zimmer und Fletz,

Stallung auf 4 Pferde und 8 Stück Rindvieh.

B. Grundstücke.

Garten 1 Tagw. 24 Dez.,

Aecker und Wiesen 39 Tagw. 68 Dez.,

Waldgründe 40 Tagw. 99 Dez.

München den 24. Juni 1848.

Königl. bayer. Damenstifts-Administration St. Anna.

Uzkl.

2436. (2b) Die unterzeichnete Kommission eröffnet hiemit nach erhaltenem höchstem Auftrage, im Verfolge der Ausschreibung vom 18. April l. Js., daß zur Zeit der Ankauf zum Militärdienste brauchbarer Pferde sistirt sey.

München am 26. Juni 1848.

Die königl. Administrations-Kommission der Militär-Fohlenhöfe.

Vorladung.

2437. (3b) Joseph Steingraber von Werlach dieß Gerichts und Soldat beim ehemaligen k. b. Chevaurlegers-Regiment Kaiser Franz ist seit dem russischen Feldzuge im Jahre 1812 vermißt.

Auf Ansuchen wird derselbe oder seine Deszendenz hiemit aufgefordert, sich binnen drei Monaten hierorts zu melden, widrigenfalls sein Vermögen, bestehend in 207 fl. — kr., an seine Verwandte gegen Kaution verabfolgt wird.

Den 18. Juni 1848.

Königl. Landgericht Aibling.

Der k. Landrichter:

Kienast.

Lehner.

Unter Verantwortlichkeit der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google